

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Hauptherausgeber
Horst Möller

Mitherausgeber
Klaus Hildebrand und Gregor Schöllgen

R. Oldenbourg Verlag München 2010

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

1979

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1979

Wissenschaftliche Leiterin
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter
Michael Ploetz und Tim Szatkowski

R. Oldenbourg Verlag München 2010

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by Die Deutsche Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data is available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

© 2010 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen
Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach

ISBN 978-3-486-59191-0

Inhalt

Vorwort VII

Vorbemerkungen zur Edition VIII

Verzeichnisse XV

Dokumentenverzeichnis XVII
Literaturverzeichnis LXXVI
Abkürzungsverzeichnis LXXXIII

Dokumente 1

Band I (Dokumente 1–195) 3
Band II (Dokumente 196–395) 951

Register 1979

Personenregister 1979
Sachregister 2059

Anhang: Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Februar 1979

Dokumentenverzeichnis

1 02.01. Ministerialdirektor Blech an Botschafter Thomas, Stockholm S. 3

Blech skizziert die Optionen der Bundesrepublik angesichts der Weigerung Schwedens, Berlin (West) in den Besuch des Königs Carl XVI. Gustaf einzubeziehen.

2 05.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt, z. Z. Guadeloupe S. 5

Ruhfus berichtet über das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierminister Callaghan, Präsident Carter und Staatspräsident Giscard d'Estaing auf Guadeloupe. Erörtert wurden die Rolle der Volksrepublik China im Kräftespiel zwischen den USA und der UdSSR, SALT, das eurostrategische Gleichgewicht und MBFR. Außerdem wurden Fragen der Deutschlandpolitik, die Beziehungen der Bundesrepublik zur UdSSR, die Führungsrolle der USA in der atlantischen Allianz, die Sicherung der Erdölversorgung, die Lage der Türkei, die Konferenz der Blockfreien in Havanna und Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung angesprochen.

3 05.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierminister Callaghan, Präsident Carter und Staatspräsident Giscard d'Estaing auf Guadeloupe S. 12

Die Gesprächspartner befassen sich mit der Entwicklung des nuklearen Kräfteverhältnisses auf globaler und eurostrategischer Ebene, der konventionellen Stärke des Warschauer Pakts, MBFR, der Strategie der NATO und dem Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz.

4 05.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt, z. Z. Guadeloupe S. 20

Ruhfus resümiert sein Gespräch mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, dem Leiter des britischen Kabinettssekretariats, Hunt, und dem Generalsekretär des französischen Präsidialamts, Wahl, auf Guadeloupe. Themen waren die innere Entwicklung und außenpolitische Rolle der Volksrepublik China, die Beziehungen der USA zur UdSSR, SALT und die diesbezügliche Haltung Frankreichs.

5 06.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierminister Callaghan, Präsident Carter und Staatspräsident Giscard d'Estaing auf Guadeloupe S. 22

Erörtert werden die Einbeziehung der sowjetischen SS-20-Rüstung in die SALT-Verhandlungen, die Lage im Iran, die Erdölversorgung Israels und Südafrikas, die ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen, Saudi-Arabien, die Türkei und Pakistan

sowie die Frage der Nichtverbreitung von Kernwaffen, Rüstungslieferungen an die Staaten des indischen Subkontinents, der vietnamesische Einmarsch in Kambodscha und die Konfliktherde in Afrika.

6 09.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 36

Blech analysiert das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 27. Dezember 1978 an Bundeskanzler Schmidt.

7 09.01. Gesandter Boss, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 38

Boss resümiert die SALT-Konsultationen im Ständigen NATO-Rat. Neben der Behandlung noch offener Fragen wurden die jeweiligen amerikanischen und sowjetischen Zugeständnisse gegeneinander abgewogen.

8 10.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 43

Meyer-Landrut entwickelt Leitlinien für eine mögliche Evakuierung von Bürgern der Bundesrepublik aus dem Iran.

9 10.01. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 47

Staden gibt Eindrücke aus einem Gespräch mit dem designierten chinesischen Botschafter in Washington, Chai Zemin, wieder und regt eine Sprachregelung zu den chinesischen Vorwürfen gegen die UdSSR an.

10 11.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager S. 48

Lautenschlager legt dar, inwieweit den Wünschen Indiens und Pakistans nach Rüstungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik entsprochen werden könne.

11 11.01. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 56

Staden informiert über ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Dobrynin. Themen waren das Vierertreffen auf Guadeloupe, SALT, die Beziehungen der UdSSR zu den USA und zur Bundesrepublik, die Volksrepublik China, die Lage im Iran, der Nahe Osten sowie die amerikanische Politik gegenüber Kuba.

12 15.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Freiherr von Stein S. 60

Vor dem Hintergrund der wachsenden Verschuldung Polens prüft Stein, zu welchen Bedingungen einer Bundesbürgschaft für einen ungebundenen Finanzkredit zugestimmt werden könne.

13 15.01. Flottillenadmiral Seizinger, Washington, an das Auswärtige Amt — S. 64

Seizinger informiert über Gespräche des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Bundestags, Wörner, im amerikanischen Verteidigungsministerium. Neben SALT II und der Grauzonenproblematik wurden die Nuklearstrategie, MBFR, die Volksrepublik China, die Rüstungskooperation und die Neutronenwaffe angesprochen.

14 18.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenminister Sonoda — S. 70

Im Mittelpunkt stehen der Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha und die diesbezügliche Haltung der Volksrepublik China, der ASEAN-Mitgliedstaaten und der UdSSR. Daneben werden die chinesisch-japanischen Beziehungen erörtert.

15 18.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem japanischen Außenminister Sonoda — S. 74

Mit Blick auf den bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel in Tokio werden die Schwäche des Dollars und die japanische Konjunkturpolitik erörtert. Die Gesprächspartner befassen sich außerdem mit der Uranversorgung Japans und der Bundesrepublik, dem Vierertreffen auf Guadeloupe, dem vietnamesischen Einmarsch in Kambodscha und den Beziehungen Japans zur Volksrepublik China und zu Vietnam.

16 18.01. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing — S. 79

Gegenstand sind das Vierertreffen auf Guadeloupe sowie Fragen des Europäischen Währungssystems und der EG-Agrarpolitik.

17 19.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal — S. 83

Neben der Revolution im Iran werden das Vierertreffen auf Guadeloupe, Fragen der Erdölversorgung, die Wirtschaftslage Ägyptens und der Türkei, die ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen sowie die Annäherung zwischen Syrien und dem Irak angesprochen.

18 22.01. Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt — S. 87

Gehlhoff übermittelt Informationen des Kardinals Bengsch zu dessen Gesprächen mit Papst Johannes Paul II. und dem Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche, Casaroli, über eine kirchenrechtliche Neuordnung in der DDR.

19 24.01. Hausbesprechung S. 90

Unter Federführung der Staatssekretäre van Well und Hermes werden Leitlinien für die Rüstungszusammenarbeit mit Indien und Pakistan ausgearbeitet.

20 24.01. Vortragender Legationsrat I. Klasse Rückriegel an die Botschaft in Washington S. 93

Rückriegel informiert über die Positionen der Bundesrepublik und der USA im Hinblick auf begleitende Maßnahmen im Rahmen von MBFR.

21 25.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager S. 97

Angesichts eines möglichen Schadens für das Ansehen der Bundesrepublik befaßt sich Lautenschlager mit der Lieferung von Unterwasserforschungsschiffen an Südafrika.

22 25.01. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit S. 99

Stabreit teilt mit, daß sich das Politische Komitee im Rahmen der EPZ mit der vor dem Europarat eingebrachten Menschenrechtsklage Zyperns gegen die Türkei und den Vermittlungsbemühungen des UNO-Generalsekretärs Waldheim im Zypern-Konflikt befaßt habe. Ferner seien die Zusammenarbeit im UNO-Abrüstungsausschuß, der Fortgang der KSZE, die Bekämpfung des Terrorismus, die gemeinsame Rechtspolitik, der Europäisch-Arabische Dialog, die Revolution im Iran und der vietnamesische Einmarsch in Kambodscha behandelt worden.

23 28.01. Botschafter Schlagintweit, Djidda, an das Auswärtige Amt S. 108

Schlagintweit berichtet über das Ersuchen Saudi-Arabiens, im Bereich der nachrichtendienstlichen Funkaufklärung mit der Bundesrepublik zu kooperieren.

24 30.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 111

Blech bewertet eine amerikanische Initiative zur Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Integration der NATO.

25 30.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Edler von Braunmühl S. 115

Braunmühl gibt Äußerungen des amerikanischen Botschafters in Ost-Berlin, Bolen, zur Staatsbürgerschaft der DDR wieder.

26 31.01. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing S. 117

Die Gesprächspartner erörtern das Europäische Währungssystem und die EG-Agrarpolitik, die Rolle der Bundesrepublik in Europa, eine ZDF-Fernsehsendung mit Schmidt aus Paris und

die bevorstehenden deutsch-französischen Außenministerkonsultationen.

27 31.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager S. 121

Gegenstand ist die Gewährung einer Bundesbürgschaft für einen ungebundenen Finanzkredit an Polen.

28 05.02. Drahterlaß des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 126

Meyer-Landrut faßt das Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem südafrikanischen Botschafter von Schirnding zusammen. Im Mittelpunkt standen die Namibia- und Rhodesien-Frage sowie die politische Entwicklung in Südafrika.

29 05.02. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 131

Pauls verweist auf die Gefahr der Abkopplung Europas von den USA, falls die TNF-Modernisierung der NATO ausbleiben sollte.

30 05.02. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 135

Gaus berichtet über sein bevorstehendes Aufrücken an die zweite Stelle der Anciennitätsliste des Diplomatischen Corps in Ost-Berlin und benennt die Handlungsmöglichkeiten der Bundesregierung.

31 07.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron S. 137

Citron faßt die Gespräche zusammen, die der stellvertretende Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Aaron, im Auswärtigen Amt zur geplanten TNF-Modernisierung geführt hat.

32 07.02. Botschaftsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach, Jakarta, an das Auswärtige Amt S. 145

Pfetten-Arnbach berichtet über ein Gespräch mit dem indonesischen Außenminister Mochtar. Themen waren der Besuch des chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping in den USA, der vietnamesische Einmarsch in Kambodscha und die chinesisch-vietnamesischen Beziehungen.

33 08.02. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 149

Staden berichtet über ein Gespräch mit dem Berater des amerikanischen Außenministers, Shulman. Behandelt wurden der Besuch des chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping in den USA und die Politik der UdSSR in Asien und Afrika.

34 09.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 153

Meyer-Landrut gibt Empfehlungen für die Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien im Bereich der Nachrichtendienste und der inneren Sicherheit.

35 09.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 158

Meyer-Landrut bewertet das Ersuchen Libyens um Ausrüstung und Ausbildung einer Leibgarde für Oberst Ghadafi durch die Bundesrepublik.

36 09.02. Botschafter Arnold, Rom, an Ministerialdirektor Müller S. 161

Arnold äußert sich zur verdeckten finanziellen Förderung kultureller Vorhaben in Südtirol durch die Bundesrepublik und den daraus erwachsenden Konsequenzen für die Beziehungen zu Italien.

37 09.02. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 162

Pauls resümiert die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats über den Besuch des chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping in den USA.

38 13.02. Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 169

Ruth informiert über die deutsch-amerikanischen Konsultationen zu SALT und MBFR und übermittelt die amerikanische Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel in einem SALT-II-Vertrag.

39 13.02. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 177

Jung berichtet über die Gespräche des Leiters der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow, mit ihm selbst und dem stellvertretenden Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation, Dean. Im Mittelpunkt stand der Vorschlag Tarassows zur Vereinbarung kollektiver Höchststärken ohne vorherige Dateneinigung.

40 14.02. Bundeskanzler Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew S. 183

Schmidt beantwortet die Schreiben Breschnews vom 18. November und 27. Dezember 1978 zu Rüstungsexporten, insbesondere an die Volksrepublik China.

41 15.02. Bundeskanzler Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew S. 187

Schmidt beantwortet ein Schreiben Breschnews vom 16. November 1978 zu den bilateralen Beziehungen, vor allem zu Fragen der Wirtschaft sowie zur Abrüstung und Rüstungskontrolle.

42 15.02. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 192

Pauls äußert sich zur Grauzonenproblematik aus Sicht der NATO, zur Rolle der USA und zur Frage eines rüstungskontrollpolitischen Ansatzes bei einer TNF-Modernisierung.

43 17.02. Botschafter Neubert, Tripolis, an das Auswärtige Amt S. 194

Neubert berichtet über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in Tripolis und die Entwicklung der Beziehungen der DDR zu Libyen.

44 19.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 198

Meyer-Landrut bewertet die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und Israel im Rüstungsbereich.

45 21.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 200

Blech informiert über die amerikanische Haltung zum Vorschlag der Bundesrepublik, eine Special Group der NATO einzurichten.

46 21.02. Botschafter Diehl, Tokio, an das Auswärtige Amt S. 203

Diehl berichtet über die Mitteilung eines Mitarbeiters der sowjetischen Botschaft in Tokio, daß die UdSSR nicht mit Streitkräften in den chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg eingreifen werde.

47 21.02. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 204

Wieck diskutiert den Zeitpunkt der Übergabe der Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 14. und 15. Februar 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew.

48 21.02. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 205

Gaus empfiehlt, der DDR mitzuteilen, daß der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin nicht die Funktion eines Doyen oder Vize-Doyen im Diplomatischen Corps übernehmen könne.

49 21.02. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 207

Pauls berichtet über ein „private meeting" des Ständigen NATO-Rats zur Entwicklung im Iran und zu ihren Auswirkungen auf die Allianz.

50 22.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet in Paris S. 214

Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen die Ost-West-Beziehungen, der chinesisch-vietnamesische Grenzkrieg und die Entwicklung im Iran.

51 23.02. Deutsch-französisches Regierungsgespräch in Paris S. 225

Themen sind die Entwicklung im Iran, der chinesisch-vietnamesische Grenzkrieg, der französische Wunsch nach Änderung des EURATOM-Vertrags, die geplante Einführung des Europäischen Währungssystems und die Frage der Währungsausgleichsbeträge.

52 23.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer S. 232

Fleischhauer weist die Analyse des Referats „Allgemeines Völkerrecht, Kriegsvölkerrecht" des Bundesministeriums der Verteidigung zum I. Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen von 1949 zurück und erläutert die Rechtslage.

53 23.02. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 235

Wieck übermittelt die Aufzeichnung eines Gesprächs mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko anläßlich der Übergabe der Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 14. und 15. Februar 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew.

54 26.02. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt S. 238

Herbst faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet zusammen. Themen waren die Höhe des Europäischen Regionalfonds und der französische Wunsch nach Änderung des EURATOM-Vertrags.

55 27.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Owen S. 241

Besprochen werden die Entwicklungen im Nahen Osten angesichts der Friedensverhandlungen zwischen Ägypten und Israel, außerdem die Konflikte in Indochina.

56 28.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Owen S. 245

Themen sind die Namibia- und Rhodesien-Frage, der französische Vorschlag einer europäisch-afrikanisch-arabischen Konferenz und Fragen der Europapolitik.

57 28.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Lücking S. 255

Lücking informiert über den Wunsch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, Japan zu besuchen, und formuliert die diesbezügliche Haltung der Bundesregierung.

58 01.03. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 257

Ruth legt vier Vermerke zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Owen vor. Themen waren die MBFR-Verhandlungen, der französische Vorschlag einer Europäischen Abrüstungskonferenz, die SALT-Verhandlungen und die geplante TNF-Modernisierung sowie eine mögliche Modifizierung des WEU-Vertrags.

59 01.03. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 263

Ruth erläutert den Vorschlag des britischen Außenministers Owen für ein Interimsabkommen bei MBFR und gibt die Einschätzung des Bundesministers Genscher wieder.

60 01.03. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit S. 267

Stabreit faßt die Ergebnisse der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ zusammen. Schwerpunkte waren das KSZE-Expertentreffen zu Mittelmeerfragen in Valletta, der Mißbrauch diplomatischer Privilegien, die Rolle der EPZ in der UNO-Generalversammlung, die Lage in Afrika und der Zypern-Konflikt. Weitere Themen waren die Entwicklung im Jemen und in Indochina sowie das Verhältnis der UdSSR zur Volksrepublik China.

61 01.03. Botschafter Wickert, Peking, an das Auswärtige Amt S. 279

Wickert berichtet über den Abbruch des Besuchs des indischen Außenministers Vajpayee in der Volksrepublik China nach dem Einmarsch chinesischer Truppen in Vietnam.

62 01.03. Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 280

Pfeffer gibt Informationen über den Besuch des Staatssekretärs im norwegischen Verteidigungsministerium, Holst, in Moskau wieder.

63 02.03. Drahterlaß des Ministerialdirektors Blech S. 283

Blech teilt mit, daß die Bundesregierung beabsichtige, ihre Vorschläge zu den begleitenden Maßnahmen bei MBFR demnächst offiziell in die NATO einzuführen.

64 03.03. Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 286

Pfeffer berichtet, daß der Ständige NATO-Rat bei einem informellen Treffen den chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg erörtert habe.

65 05.03. Ministerialdirektor Blech an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 291

Blech bittet, dem Ständigen NATO-Rat den Vorschlag der Bundesrepublik zu erläutern, im Zuge der TNF-Modernisierung eine Special Group zu Rüstungskontrollfragen einzurichten.

66 06.03. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierminister Callaghan S. 293

Schmidt und Callaghan sprechen über die innenpolitische Situation in Großbritannien, die Lage in Indochina und im Nahen Osten sowie den britischen Beitrag zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei.

67 06.03. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter S. 298

Themen sind die Vorbereitungen für die Nahost-Reise Carters und die anstehende sicherheitspolitische Debatte im Bundestag.

68 06.03. Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 301

Fiedler übermittelt eine Einschätzung zur Nahost-Reise des amerikanischen Verteidigungsministers Brown.

69 06.03. Botschafter Schlagintweit, Djidda, an das Auswärtige Amt S. 303

Schlagintweit spricht sich für eine Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Saudi-Arabien im Sicherheitsbereich aus.

70 07.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Präsidenten der Weltbank, McNamara S. 305

Themen sind die Leistungsfähigkeit des IWF, die Lage in der Türkei, die ägyptische Wirtschaft, die Politik der Industriestaaten gegenüber den Entwicklungsländern, die Bemühungen um Errichtung eines Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe, UNCTAD V und die Höhe des Kapitals der Weltbank.

71 07.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 312

Blech äußert sich zur revidierten Interpretationserklärung der USA zur Nichtumgehungsklausel in einem SALT-II-Vertrag.

72 07.03. Ministerialdirektor Lautenschlager an Botschafter Herbst, Paris S. 318

Lautenschlager bittet Herbst, im französischen Außenministerium zu verdeutlichen, daß eine deutsch-französische Vereinbarung über die Entwicklung und Herstellung eines Kampfpanzers eine einvernehmliche Regelung für den Export in dritte Staaten enthalten muß.

73 07.03. Botschafter Grabert, Wien, an das Auswärtige Amt S. 320

Grabert übermittelt eine Aufzeichnung über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kreisky mit dem sowjetischen Botschafter in Wien, Jefremow.

74 09.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel S. 323

Stoessel erläutert das Schreiben des Präsidenten Carter an den Bundeskanzler zu MBFR. Schmidt weist darauf hin, daß sich die Bundesrepublik mit drei der neun begleitenden Maßnahmen, die nach amerikanischer Auffassung als Paket in die MBFR-Verhandlungen eingebracht werden sollen, nicht einverstanden erklären könne.

75 09.03. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 327

Staden skizziert die Diskussion in den USA über eine zukünftige Ausgestaltung der amerikanischen Verteidigungsstrategie.

76 12.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 331

Blech spricht sich dafür aus, daß die Bundesrepublik bei der zweiten Vorkonferenz der UNO-Waffenkonferenz den Vorschlag für das Verbot von Brandwaffen mit einbringen sollte.

77 12.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 334

Meyer-Landrut befürwortet die Fortsetzung der Ausrüstungshilfe an Somalia im Bereich des Polizeiwesens.

78 12.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hansen S. 337

Hansen analysiert mit der Grauzone zusammenhängende Fragen und kommt zu dem Ergebnis, daß in der öffentlichen Diskussion nicht die Parität bei den strategischen Nuklearwaffen, sondern die Disparität im Mittelstreckenbereich als der Kern des Problems herausgestellt werden sollte.

79 13.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierminister Callaghan in Paris S. 347

Schmidt und Callaghan erörtern die Schreiben des Präsidenten Carter zu MBFR, vor allem zur Frage von begleitenden Maßnah-

men, und den Vorschlag des britischen Außenministers Owen für ein Interimsabkommen.

80 13.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 352

Blech befaßt sich mit Äußerungen des Bundeskanzlers vor dem Bundestag zur Kollektivität bei MBFR und benennt deren Rückwirkungen im Bündnis.

81 14.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel S. 355

Stoessel übermittelt den Wunsch der amerikanischen Regierung, den ägyptisch-israelischen Friedensvertrag durch eine Demarche in gemäßigten arabischen Staaten zu unterstützen. Außerdem werden die Bemühungen um eine Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei thematisiert.

82 15.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem jamaikanischen Außenminister Patterson S. 359

Schmidt und Patterson sprechen über eine Beteiligung der Bundesrepublik an der Caribbean Group for Cooperation in Economic Development, die Auswirkungen der Ölpreiserhöhung und andere wirtschaftliche Fragen.

83 15.03. Runderlaß des Legationsrats I. Klasse Oehms S. 363

Oehms faßt die Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rats in Paris zusammen. Neben der Verkündung des Inkrafttretens des EWS wurden Fragen der Energieversorgung und die Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie die wirtschaftliche und soziale Lage der Gemeinschaft diskutiert. Frankreich äußerte den Wunsch nach einer Revision von Teilen des EURATOM-Vertrags.

84 15.03. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 367

Gaus berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Graf Lambsdorff mit dem Mitglied des SED-Politbüros, Mittag, in Ost-Berlin. Thema war die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

85 19.03. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Elbe S. 373

Elbe faßt einen Meinungsaustausch mit Vertretern des BND über die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik der DDR zusammen.

86 20.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher S. 376

Christopher unterrichtet den Bundeskanzler über die bevorstehende Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags. Erörtert werden ferner mögliche Maßnahmen der Arabischen Liga gegen Ägypten, die Lage im Iran und die Bemühungen um eine Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei.

87 20.03. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 385

Pauls berichtet über mögliche Auswirkungen der sicherheitspolitischen Debatte in der Bundesrepublik auf die übrigen NATO-Mitgliedstaaten.

88 22.03. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 387

Pauls benennt die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik, der USA und der UdSSR im Zusammenhang mit den MBFR- und SALT-Verhandlungen sowie der geplanten TNF-Modernisierung der NATO.

89 23.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem griechischen Verteidigungsminister Averoff-Tossizza S. 392

Schmidt erläutert die Gründe der Bundesrepublik, im Zuge des griechischen EG-Beitritts eine einseitige Erklärung zur Freizügigkeit abzugeben. Gegenstand des Gesprächs sind ferner die Beziehungen Griechenlands zur Türkei, zu Jugoslawien und Bulgarien.

90 23.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 397

Blech erläutert den Entwurf eines Arbeitspapiers und einer „Draft Guidance" der Bundesrepublik, die als Grundlage für abschließende Beratungen in der NATO über begleitende Maßnahmen bei MBFR dienen sollen.

91 23.03. Botschafter Schmidt-Dornedden, Amman, an das Auswärtige Amt S. 403

Schmidt-Dornedden berichtet über ein Gespräch mit Kronprinz Hassan. Gegenstand war die Haltung Jordaniens zur Nahost-Reise des Präsidenten Carter und zum ägyptisch-israelischen Friedensvertrag.

92 27.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit UNO-Generalsekretär Waldheim S. 408

Schmidt und Waldheim diskutieren über die Entwicklung im Nahen Osten nach Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags, über die Zypern-Frage sowie die Lage im Iran

und in Indochina. Erörtert werden auch Möglichkeiten einer effektiven Hilfe für die Entwicklungsländer.

93 28.03. Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 417

Pfeffer berichtet über die Haltung Frankreichs zum Vorschlag der Bundesrepublik, eine Special Group der NATO einzurichten.

94 29.03. Deutsch-ägyptisches Regierungsgespräch S. 421

Bundeskanzler Schmidt und Präsident Sadat erörtern im großen Kreis die Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags, die Reaktionen der arabischen Staaten, die finanzielle und wirtschaftliche Situation Ägyptens und dessen Wunsch nach Unterstützung durch die Bundesrepublik.

95 29.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit einer Delegation des American Jewish Committee S. 428

Gegenstand des Gesprächs sind die Debatte in der Bundesrepublik über die Verjährung von Mord und Völkermord sowie die Menschenrechtspolitik der Bundesrepublik und der USA.

96 02.04. Botschaftsrat I. Klasse Venzlaff, Addis Abeba, an das Auswärtige Amt S. 431

Venzlaff bewertet die von äthiopischen Regierungskreisen auf informellem Weg an die Botschaft herangetragene Bitte um Vermittlung in den Konflikten im Ogaden und in Eritrea.

97 03.04. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Diouf in Dakar S. 435

Erörtert werden die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Senegal, die Lage in Zaire und die Auswirkungen des Bürgerkriegs in Angola.

98 03.04. Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt S. 438

Dannenbring resümiert Informationen des amerikanischen Außenministers Vance zum ägyptisch-israelischen Friedensvertrag.

99 04.04. Vortragender Legationsrat von Studnitz an Botschafter von Staden, Washington S. 442

Studnitz übermittelt ein Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an Präsident Carter, in dem die Haltung der Bundesregierung zur Frage von begleitenden Maßnahmen bei MBFR dargelegt wird.

100 04.04. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt S. 444

Herbst analysiert die Diskussion in Frankreich über die Deutsche Frage, als deren Kern er die französische Furcht vor einer außenpolitischen Neuausrichtung der Bundesrepublik identifiziert.

101 05.04. Botschafter Ruth an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 449

Ruth übermittelt den Text einer einführenden Stellungnahme zum Vorschlag der Bundesrepublik, eine Special Group der NATO zu den rüstungskontrollpolitischen Aspekten einer TNF-Modernisierung zu bilden.

102 05.04. Gesandter Lewalter, Brasilia, an das Auswärtige Amt S. 454

Lewalter faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Figueiredo zusammen. Themen waren wirtschaftliche und politische Folgen des Ölpreisanstiegs, die Lage im Nahen Osten nach der Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags, der Einfluß der UdSSR in Afrika, Fragen der Entwicklungspolitik, Rüstungskontrolle und Entspannungspolitik, die Entwicklung in Lateinamerika sowie die Beziehungen Brasiliens zu den USA und zur Bundesrepublik.

103 09.04. Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 463

Strenziok wertet die Hinrichtung des ehemaligen Ministerpräsidenten Hoveyda als Zeichen dafür, daß von der jüngst proklamierten Islamischen Republik Iran die Beachtung der Grundsätze westlicher Rechtsstaatlichkeit nicht zu erwarten sei.

104 10.04. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Richter Prada in Lima S. 465

Die Gesprächspartner erörtern die Erschließung der peruanischen Erdölvorkommen, Fragen des Kapitalexports und der Entwicklungspolitik, die sozialrevolutionären Ziele der peruanischen Militärregierung und eine Zusammenarbeit bei archäologischen Projekten.

105 10.04. Botschafter Wickert, Peking, an das Auswärtige Amt S. 471

Wickert weist darauf hin, daß die These von der Unvermeidbarkeit eines neuen Weltkriegs für die Außenpolitik der Volksrepublik China keine maßgebliche Bedeutung mehr besitze.

106 10.04. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 474

Nach einem Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Dobrosielski skizziert Jung die polnische Haltung zur Frage der Streitkräftedaten bei MBFR.

107 14.04. Botschafter Fröwis, Kampala, an das Auswärtige Amt S. 477

Fröwis berichtet über die Einsetzung des ugandischen Oppositionspolitikers Lule als Präsident nach der Einnahme Kampalas durch tansanische Truppen.

108 18.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager S. 480

Lautenschlager empfiehlt, dem Ersuchen Saudi-Arabiens nach Lieferung des Flakpanzers „Gepard" nicht zu entsprechen.

109 24.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel S. 483

Anläßlich der Übergabe eines Schreibens des amerikanischen Außenministers Vance an Bundesminister Genscher werden Schritte zur Lösung der Konflikte in Namibia und Rhodesien, die Lage im Nahen Osten nach Abschluß des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags, SALT, neue Bestimmungen der DDR für ausländische Journalisten, die Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei und die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Kuba erörtert.

110 25.04. Botschafter Simon, Helsinki, an das Auswärtige Amt S. 491

Simon berichtet über die Flucht eines Diplomaten aus der DDR, der mit Hilfe der Botschaft in die Bundesrepublik ausgereist war.

111 25.04. Botschafter Simon, Helsinki, an das Auswärtige Amt S. 493

Simon erläutert die Erwägungen, welche die Botschaft zur Hilfe für einen zur Flucht entschlossenen Diplomaten aus der DDR veranlaßten.

112 26.04. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 496

Ruth gibt einen Überblick zu den Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über ein Verbot von Anti-Satelliten-Systemen.

113 26.04. Botschafter Pauls und Generalinspekteur Brandt, Bundesministerium der Verteidigung, z. Z. Boeing 707, an das Auswärtige Amt S. 498

Pauls und Brandt berichten über die Beratungen der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO zu den Themen SALT, sowjetische Kernwaffenrüstung und TNF-Modernisierung.

114 27.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann S. 505

Hofmann vermerkt Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Apel zur TNF-Modernisierung der NATO und der Führungsrolle der USA.

115 27.04. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vogeler S. 509

Vogeler informiert über eine Ressortbesprechung bei Bundeskanzler Schmidt zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei.

116 30.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Botschafter Meroz S. 512

Erörtert werden die Haltung Saudi-Arabiens und Jordaniens zum ägyptisch-israelischen Friedensvertrag, die Maßnahmen der Arabischen Liga gegen Ägypten sowie die Haltung Israels zur PLO.

117 30.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ägyptischen Botschafter Sirry S. 516

Im Mittelpunkt steht die Haltung der arabischen Staaten zu Ägypten nach Abschluß des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags. Außerdem werden die Einbeziehung der Palästinenser in den Friedensprozeß sowie die innenpolitische Machtbalance in Jordanien und Syrien angesprochen.

118 30.04. Gespräch des Staatssekretärs van Well mit den Botschaftern Brunet (Frankreich), Stoessel (USA) und Wright (Großbritannien) S. 521

Themen sind die 10. Tagung des ZK der SED, Spekulationen in den Medien zur Deutschen Frage, neue Bestimmungen der DDR für ausländische Journalisten, die Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament und der Berlin-Besuch des UNO-Generalsekretärs Waldheim.

119 30.04. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt S. 530

Herbst resümiert ein Gespräch mit dem Publizisten Raymond Aron über dessen Aufenthalt in der Bundesrepublik.

120 02.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in Sofia S. 532

Themen sind Reisen von Politikern der Bundesrepublik nach Bulgarien, der Ölpreisanstieg und die Wirtschaftslage, die Energiepolitik, der Reaktorunfall bei Harrisburg, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie deutsche Kriegsgräber in Bulgarien.

121 02.05. Aufzeichnung des Legationsrats Hennig S. 541

Hennig resümiert eine amerikanische Unterrichtung zum Stand der Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über ein Verbot chemischer Waffen.

122 03.05. Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in Sofia S. 546

Neben der Wirtschaftspolitik Bulgariens werden dessen Beziehungen zu Jugoslawien sowie Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle erörtert. Außerdem werden die bilateralen Handelsbeziehungen angesprochen.

123 03.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jordanischen Botschafter al-Nimer S. 557

Die Gesprächspartner analysieren die Lage im Nahen Osten nach Abschluß des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags und befassen sich mit Äußerungen des Präsidenten Sadat über Saudi-Arabien.

124 04.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in der Residenz Euxinograd S. 560

Erörtert werden Pläne für die Entwicklung der bulgarischen Wirtschaft, die Zusammenarbeit der Balkan-Staaten, die Zukunft Jugoslawiens und dessen Rolle in der Bewegung der Blockfreien sowie die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW.

125 04.05. Botschafter von Pachelbel-Gehag, Beirut, an das Auswärtige Amt S. 546

Pachelbel-Gehag unterrichtet über ein Gespräch mit dem Vertreter der PLO, el-Hindi, zu einer möglichen Freilassung von in der Bundesrepublik wegen Vorbereitung eines Terroranschlags inhaftierten Palästinensern.

126 07.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Senator Muskie S. 568

Anläßlich der Übergabe eines Schreibens des Präsidenten Carter werden die Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei, die amerikanisch-türkischen Beziehungen, Fragen der Energie- und Wirtschaftspolitik, der Reaktorunfall bei Harrisburg, die Lage im Nahen Osten, die Situation an der NATO-Südflanke, MBFR, SALT II und die TNF-Modernisierung erörtert.

127 08.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Kekkonen S. 574

Die Gesprächspartner befassen sich mit den Verhandlungen über ein umfassendes Teststoppabkommen, SALT II, MBFR sowie mit den Handelsbeziehungen zwischen Finnland und der Bundesrepublik und den finnisch-sowjetischen Beziehungen.

128 09.05. Botschafter Oncken, Neu Delhi, an das Auswärtige Amt S. 579

Oncken informiert über ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Woronzow. Erwähnung fanden Fragen der indischen Innenpolitik, Pakistan, der Spionagefall Guillaume und der sowjetische Waffeneinsatz während des Ussuri-Konflikts.

129 10.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bosch S. 583

Bosch notiert ein Gespräch des Staatssekretärs Hermes mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Geschäftsleitung von Messerschmidt-Bölkow-Blohm, Hort. Gegenstand war die Haltung der Bundesregierung zur Lieferung von Rüstungsgütern aus deutsch-französischer Kooperation an die Volksrepublik China.

130 10.05. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 585

Pauls resümiert die Konsultationen zu Ost-West-Fragen im Ständigen NATO-Rat. Im Mittelpunkt stand der Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, über einen Nichtangriffspakt zwischen den Unterzeichnern der KSZE-Schlußakte.

131 11.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Carrington in London S. 589

Genscher berichtet über sein Gespräch mit dem spanischen Außenminister Oreja. Außerdem werden Rhodesien, Namibia, Südafrika, Fragen der Menschenrechte, SALT II, MBFR, die TNF-Modernisierung und Auswirkungen des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags angesprochen.

132 11.05. Deutsch-britisches Regierungsgespräch in London S. 601

Die Gesprächspartner erörtern die britischen Beitragszahlungen zum EG-Haushalt und das Europäische Währungssystem. Sie befassen sich ferner mit der Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei, der Sanierung der britischen Wirtschaft, SALT II, der TNF-Modernisierung, der Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament, Fragen der Entspannungspolitik, Rhodesien und Namibia sowie mit Rüstungslieferungen an die Volksrepublik China.

133 11.05. Ministerialdirigent Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 609

Bertele benennt innenpolitische Gründe für die Entscheidung der DDR, die Arbeitsmöglichkeiten westlicher Journalisten einzuschränken.

134 14.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Kronprinz Fahd S. 613

Schmidt und Fahd befassen sich mit der Haltung Saudi-Arabiens zum ägyptisch-israelischen Friedensvertrag und zu Israel, mit der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten vom 26. März, der Palästina-Frage, dem Besuch Präsident Sadats in der Bundesrepublik, der Rolle des Ministerpräsidenten Begin, der Nahost-Politik der UdSSR, den Beziehungen zwischen den USA und Israel, der Haltung der Bundesrepublik zur PLO sowie mit Fragen der Erdölversorgung.

135 14.05. Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher S. 621

Themen sind die Beziehungen zwischen der Türkei, Griechenland und Zypern, das Kernwaffenprogramm Pakistans sowie dessen Beziehungen zu Afghanistan und Indien, die Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament, die Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten ausländischer Journalisten in der DDR sowie die Verhandlungen zwischen der DDR und den USA über einen Konsularvertrag.

136 14.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 627

Meyer-Landrut nimmt das Ersuchen der südafrikanischen Regierung für ein Agrément zur Bestellung eines neuen Militärattachés zum Anlaß, die Auflösung des südafrikanischen Militärattachéstabs in Bonn vorzuschlagen.

137 14.05. Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin Siebourg S. 635

Siebourg faßt den Verlauf des informellen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Mercuès/Cahors zusammen. Angesprochen wurden der ägyptisch-israelische Friedensvertrag und die Verlängerung des UNIFIL-Mandats durch den UNO-Sicherheitsrat, der Besuch des israelischen Außenministers Dayan in Paris, die Haltung der EG zur PLO, die Lage im Libanon und im Iran, Rhodesien, Namibia und Südafrika, die Direktwahlen zum Europäischen Parlament sowie die Türkei und der EG-Beitritt Griechenlands.

138 14.05. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 647

Pauls resümiert die Diskussion auf der Ministersitzung der Eurogroup der NATO zur Strategie des Bündnisses und zur TNF-Modernisierung.

139 15.05. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 651

Staden berichtet über das Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski. Neben MBFR, SALT und der TNF-Modernisierung wurden die Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei, die wachsende politische Rolle des Islam sowie die bilateralen Beziehungen erörtert.

140 16.05. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 654

Pauls informiert über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung der NATO. Vor dem Hintergrund des fortgesetzten Aufwuchses der sowjetischen Streitkräfte wurden die Maßnahmen der NATO zur Stärkung ihrer Verteidigungskraft bewertet.

141 17.05. Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg an Staatssekretär Hermes, z.Z. Caracas S. 662

York übermittelt die Ergebnisse der Sitzung des Nuklearkabinetts der Bundesregierung. Behandelt wurden der Reaktorunfall bei Harrisburg, die Errichtung eines nuklearen Entsorgungszentrums in Gorleben, die internationale Initiative des Bundeskanzlers Schmidt für Reaktorsicherheit und die Gespräche mit den USA über die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Argentinien im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

142 17.05. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann an die Botschaft in Ankara S. 666

Hofmann informiert über Gespräche in Ankara, bei denen die Haltung der türkischen Regierung zur TNF-Modernisierung und zur NATO dargelegt wurde.

143 17.05. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 669

Pauls faßt die Beratungen der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung der NATO über SALT und die TNF-Modernisierung zusammen.

144 18.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann S. 676

Hofmann resümiert die Konsultationen zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden über Verteidigungs- und Sicherheitsfragen in Den Haag. Im Mittelpunkt standen die innenpolitischen Widerstände in den Niederlanden gegen eine TNF-Modernisierung der NATO.

145 18.05. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 678

Pauls informiert über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO. Angesprochen wurden die Verteidigungshilfe für die Türkei und Portugal, AWACS sowie die Lage im Nahen Osten und am Persischen Golf.

146 18.05. Botschafter Dreher, Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 683

Dreher berichtet über Gespräche im niederländischen Außenministerium. Anlaß waren von polnischer Seite an die Niederlande herangetragene Sorgen über eine mögliche Wiedervereinigung Deutschlands.

147 19.05. Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an Präsident Carter S. 685

Im Hinblick auf den SALT-II-Vertrag betont Schmidt nochmals die Bedeutung der amerikanischen Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel. Außerdem übermittelt er ein Memorandum der Bundesregierung zu SALT III und der TNF-Modernisierung der NATO.

148 21.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 691

Themen sind SALT II, die TNF-Modernisierung der NATO und das Kräfteverhältnis im Bereich der Mittelstreckenwaffen, MBFR, das KSZE-Folgetreffen in Madrid, die Beziehungen der UdSSR zur Volksrepublik China und zu Vietnam, Fragen der Energiepolitik und der Reaktorsicherheit, die Ausweisung von ZDF-Korrespondenten aus der UdSSR, die Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament sowie die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

149 23.05. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 700

Staden gibt ein Telefongespräch mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, zur Vorbereitung des Besuchs von Bundeskanzler Schmidt in den USA wieder.

150 24.05. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 701

Gaus informiert über ein Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros der SED, Herrmann, zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Schwerpunkte waren die Reaktion der Bundesregierung auf die Ausweisung eines ZDF-Korrespondenten und eine mögliche Ausdehnung der Kfz-Steuer auf Lkw und Omnibusse aus der DDR.

151 25.05. Aufzeichnung des Staatssekretärs van Well S. 705

Van Well resümiert seine Gespräche in Warschau über die Fortsetzung der Ausreiseregelung für Spätaussiedler und die Gewährung eines Finanzkredits an Polen.

152 25.05. Botschafter Ahrens, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 711

Ahrens unterrichtet über die Gespräche des Staatssekretärs van Well mit dem Sekretär des ZK der PVAP, Frelek, in Warschau. Erörtert wurden der Stand der Entspannungspolitik, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, vertrauensbildende Maßnahmen im Rahmen der KSZE, die Lage in Kambodscha und der chinesisch-vietnamesische Grenzkrieg, Fragen der bilateralen Beziehungen sowie der SALT-II-Vertrag.

153 29.05. Botschafter Peckert, Damaskus, an das Auswärtige Amt S. 717

Nach einem Gespräch mit einem Berater des syrischen Präsidenten umreißt Peckert die Haltung Syriens zur Nahost-Politik der Bundesregierung.

154 30.05. Ministerialdirektor Blech, z. Z. Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 722

Blech berichtet über das Vierertreffen der Außenminister am Vortag der NATO-Ministerratstagung in Den Haag. Im Mittelpunkt standen die Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament, der Deutschland- und Berlin-Passus im Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung und die Erstreckung von Abrüstungsabkommen auf Berlin (West). Außerdem wurden die innere Lage der DDR, die Verhandlungen zwischen den USA und der DDR über einen Konsularvertrag sowie der Besuch des französischen Außenministers in Ost-Berlin angesprochen.

155 30.05. Ministerialdirektor Blech, z. Z. Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 731

Blech faßt das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance zusammen. Themen waren begleitende Maßnahmen bei MBFR, die TNF-Modernisierung und das bevorstehende Gipfeltreffen zwischen Präsident Carter und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Wien.

156 31.05. Ministerialdirektor Blech, z. Z. Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 736

Blech informiert über die Beratungen der NATO-Ministerratstagung in Den Haag zur TNF-Modernisierung und zum Fortgang der SALT-Verhandlungen, zu MBFR, zu einer Europäischen Abrüstungskonferenz und zum Kommuniqué der Tagung

der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts in Budapest.

157 01.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Barre S. 745

Erörtert werden Energiefragen, die Entwicklung im Nahen Osten, das Europäische Währungssystem, die Haltung Großbritanniens zur Gemeinsamen Agrarpolitik und zum EG-Haushalt sowie der Umfang des Europäischen Entwicklungsfonds und der geplante Bau des französischen Kernkraftwerks Cattenom.

158 01.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem kubanischen Außenminister Malmierca S. 754

Themen sind die kubanische Außenpolitik, insbesondere die Anwesenheit kubanischer Truppen in afrikanischen Staaten, die Beziehungen Kubas zu den USA sowie die bevorstehende Konferenz der blockfreien Staaten in Havanna. Außerdem werden die außenpolitischen Grundsätze der Bundesrepublik und die Entwicklungshilfeleistungen der sozialistischen Staaten angesprochen.

159 01.06. Ministerialdirektor Blech an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 762

Blech resümiert die NATO-Ministerratstagung in Den Haag, bei der die Lage in Namibia, in Rhodesien und im Nahen Osten sowie die Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei im Mittelpunkt standen.

160 05.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Carrington S. 767

Neben Energiefragen werden die Haltung Großbritanniens zum EG-Haushalt, die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags, die geplante TNF-Modernisierung und das Namibia-Problem behandelt.

161 06.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, in Washington S. 775

Schmidt und Brzezinski erörtern das bevorstehende Treffen des Präsidenten Carter mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Wien, die MBFR-Verhandlungen, die Entwicklung im Nahen Osten und den Anstieg der Erdölpreise.

162 06.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter in Washington S. 783

Im Vordergrund stehen Energiefragen, vor allem die steigenden Erdölpreise, und die wirtschaftliche Entwicklung in den USA und der Bundesrepublik.

163 06.06. Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt S. 786

Dannenbring resümiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter über die geplante TNF-Modernisierung, den SALT-II-Vertrag und SALT III sowie die Frage einer Aufhebung der Sanktionen gegen Rhodesien.

164 06.06. Staatssekretär van Well, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 790

Van Well teilt mit, er habe mit dem amerikanischen Außenminister Vance über die geplante TNF-Modernisierung, die Ratifikation des SALT-II-Vertrags, MBFR, die Lage im südlichen Afrika und in Indochina gesprochen.

165 07.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet in Paris S. 794

Die Gesprächspartner befassen sich mit den Reisen von François-Poncet und von Bundeskanzler Schmidt in die USA, der kommenden Tagung des Europäischen Rats, den Verhandlungen über ein neues Abkommen von Lomé und der friedlichen Nutzung der Kernenergie im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften.

166 07.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet in Paris S. 802

Diskutiert werden Fragen der Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik, unter anderem die begleitenden Maßnahmen bei MBFR und der französische Vorschlag einer Europäischen Abrüstungskonferenz.

167 07.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet in Paris S. 805

Genscher und François-Poncet erörtern den Entwurf einer Nahost-Erklärung der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ.

168 07.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager S. 807

Lautenschlager wägt ab, ob der Lieferung von U-Booten an Indien einschließlich der Genehmigung zur Lizenzfertigung weiterer U-Boote sowie einer darüber hinausgehenden Zusammenarbeit in diesem Bereich zugestimmt werden kann.

169 07.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit S. 816

Stabreit informiert über die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ in Paris, das sich mit der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, den „Indochina-Flüchtlingen“ und der Nuklearpolitik Pakistans beschäftigte.

170 07.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit S. 821

Stabreit berichtet über die Beratungen zur Entwicklung im Nahen Osten und zum Europäisch-Arabischen Dialog auf der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ in Paris.

171 07.06. Vortragender Legationsrat Scheel an die Botschaft in Warschau S. 825

Scheel teilt mit, Bundesminister Genscher habe mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Wrzaszczyk Erklärungen darüber ausgetauscht, ob Ausreisen von Spätaussiedlern weiterhin möglich seien.

172 09.06. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 829

Wieck berichtet, der sowjetische Botschafter in Pakistan habe die pakistanische Regierung vor einer weiteren Unterstützung der Aufständischen in Afghanistan gewarnt und auf die Möglichkeit einer militärischen Intervention hingewiesen.

173 11.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Lee Kuan Yew S. 830

Behandelt werden der Ansehensverlust der USA in Asien, die Entwicklungen in Indochina, in der Volksrepublik China und im Nahen Osten sowie Energiefragen.

174 11.06. Gespräch des Staatssekretärs van Well mit den Botschaftern Brunet (Frankreich), Stoessel (USA) und Wright (Großbritannien) S. 837

Die Gesprächspartner erörtern die Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament, die innerdeutschen Beziehungen, die Reise von Papst Johannes Paul II. nach Polen und die französische Initiative für eine Europäische Abrüstungskonferenz.

175 11.06. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 843

Staden berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Brown zur geplanten TNF-Modernisierung und zur Einlagerung von amerikanischem Militärmaterial in der Bundesrepublik.

176 12.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Martens S. 847

Schmidt und Martens befassen sich mit der innenpolitischen Lage in Belgien, Energiefragen und der TNF-Modernisierung.

177 13.06. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing S. 852

Themen sind die Direktwahlen zum Europäischen Parlament, der SALT-II-Vertrag, Energiefragen und die bevorstehende Tagung des Europäischen Rats.

178 18.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa, Haig S. 858

Schmidt und Haig erörtern die Rolle der Bundesrepublik bei der geplanten TNF-Modernisierung der NATO und sprechen über die Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Integration der Allianz.

179 18.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Heick, Bundeskanzleramt S. 861

Heick gibt einen Bericht des Bundeskanzlers Schmidt über dessen Gespräch mit einer führenden Persönlichkeit der OPEC wieder. Neben der Entwicklung des Erdölpreises wurde eine Wiederaufnahme der KIWZ zur Unterstützung der Entwicklungsländer angesprochen.

180 19.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Oberst Ghadafi in Tripolis S. 866

Genscher und Ghadafi legen grundsätzliche außenpolitische Positionen der Bundesrepublik bzw. Libyens dar, insbesondere zum Nahost-Konflikt.

181 19.06. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 871

Auf der Basis der Information des Ständigen NATO-Rats durch die USA berichtet Pauls über das Treffen des Präsidenten Carter mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Wien.

182 20.06. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter S. 880

Gegenstand des Gesprächs sind das Treffen des Präsidenten Carter mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Wien, Fragen der Energiepolitik, die anstehende Tagung des Europäischen Rats und der Aufenthalt Schmidts in Moskau bei seinem Flug zum Weltwirtschaftsgipfel in Tokio.

183 20.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem zyprischen Außenminister Rolandis S. 883

Genscher und Rolandis sprechen über den Zypern-Konflikt und die Wiederaufnahme der Volksgruppengespräche.

184 21.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Desai S. 887

Themen sind die Lage in Indochina, die Nichtverbreitung von Kernwaffen, die amerikanisch-sowjetischen und die chinesisch-indischen Beziehungen sowie Energiefragen.

185 21.06. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 893

Pauls berichtet über eine Sitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO zur Sicherheitslage im Nahen Osten und am Persischen Golf.

186 24.06. Botschafter Schlagintweit, Djidda, an das Auswärtige Amt S. 899

Schlagintweit berichtet über das Gespräch der Bundesminister Genscher und Graf Lambsdorff mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal zu Energiefragen.

187 24.06. Botschafter Schlagintweit, Djidda, an das Auswärtige Amt S. 902

Schlagintweit informiert über das Gespräch der Bundesminister Genscher und Graf Lambsdorff mit König Khalid und Kronprinz Fahd, bei dem Fragen der Energiepolitik im Vordergrund standen.

188 25.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau S. 905

Angesprochen werden das Treffen des Präsidenten Carter mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Wien, die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags durch den amerikanischen Senat, SALT III, die MBFR-Verhandlungen, die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China, der Weltwirtschaftsgipfel in Tokio und die bilateralen Beziehungen.

189 25.06. Botschafter Schlagintweit, Djidda, an das Auswärtige Amt S. 918

Schlagintweit berichtet über das Gespräch der Bundesminister Genscher und Graf Lambsdorff mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal zum Nahen Osten.

190 26.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll S. 922

Boll informiert über die Tagung des Europäischen Rats in Straßburg, auf deren Tagesordnung die Direktwahlen zum Europäischen Parlament, das Europäische Währungssystem und Energiefragen standen.

191 27.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenminister Sonoda in Tokio S. 926

Genscher und Sonoda behandeln Tagesordnungspunkte des anstehenden Weltwirtschaftsgipfels, darunter das Problem der „Indochina-Flüchtlinge", und den Entwurf einer Erklärung zum Nahen Osten.

192 27.06. Botschafter Boss, Bangkok, an das Auswärtige Amt S. 931

Boss berichtet über das Gespräch der Bundesminister Genscher und Graf Lambsdorff mit Ministerpräsident Kriangsak zur Lage in Indochina und zum Flüchtlingsproblem.

193 29.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt S. 936

Ruhfus resümiert ein Gespräch mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, und dem Generalsekretär des französischen Präsidialamts, Wahl, in Tokio. Schwerpunkte waren SALT III und die geplante Produktion der MX-Rakete, Rüstungslieferungen an die Volksrepublik China sowie die Lage im Iran und in Afghanistan.

194 29.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer S. 940

Fleischhauer äußert sich zur Frage der Fortführung von Ausreisen nach Auslaufen des deutsch-polnischen Ausreiseprotokolls.

195 29.06. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 943

Pauls berichtet über die Konsultationen im Ständigen NATO-Rat zum SALT-II-Vertrag.

196 02.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit S. 951

Stabreit informiert über die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ in Paris. Behandelt wurden die Lage in Indochina, der Europäisch-Arabische Dialog, der Militärputsch in Ghana, der Rhodesien-Konflikt und Sicherheitsfragen im Rahmen des KSZE-Prozesses.

197 03.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rückriegel S. 959

Rückriegel befaßt sich mit der Interpretationserklärung der USA zur Nichtumgehungsklausel des SALT-II-Vertrags, die auf der Sitzung des Ständigen NATO-Rats abgegeben wurde.

198 03.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll S. 962

Boll berichtet über den Weltwirtschaftsgipfel in Tokio, der sich hauptsächlich mit Fragen der Energiepolitik beschäftigte.

199 03.07. Botschafter Diehl, Tokio, an das Auswärtige Amt S. 966

Diehl berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Ohira im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels. Neben dem Bereich der Energiepolitik wurde die Bedrohung Japans und der Bundesrepublik durch sowjetische Mittelstreckenwaffen angesprochen.

200 05.07. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 971

Jung analysiert die Perspektiven der MBFR-Verhandlungen nach dem Gipfeltreffen zwischen Präsident Carter und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Wien sowie der MBFR-Initiative der Warschauer-Pakt-Staaten vom 28. Juni.

201 06.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem irakischen Außenminister Hammadi in Bagdad S. 977

Genscher und Hammadi legen die außenpolitischen Grundsätze der Bundesrepublik bzw. des Irak dar und bewerten die Lage im Nahen Osten.

202 06.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnot S. 981

Vor dem Hintergrund der jüngsten Gipfeltreffen unterzieht Arnot amerikanische und französische Einschätzungen zur Rolle verschiedener Mitglieder der sowjetischen Staats- und Parteiführung einer Auswertung.

203 06.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Montfort S. 984

Montfort legt dar, der irakische Außenminister Hammadi habe Bundesminister Genscher bei dessen Besuch im Irak über die Beziehungen seines Landes zu Syrien, Jordanien und Saudi-Arabien informiert sowie eine Einschätzung der Lage im Iran gegeben.

204 09.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer und des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt S. 986

Fleischhauer und Ruhfus resümieren ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Papst Johannes Paul II. Themen waren die Reise des Papstes nach Polen, die Besuche des Bundeskanzlers und des Papstes in lateinamerikanischen Staaten, die Situation der katholischen Kirche in Osteuropa und die katholische Soziallehre.

205 09.07. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche, Casaroli, im Vatikan S. 991

Erörtert werden Möglichkeiten der praktischen Anwendung der katholischen Soziallehre, die Lage in Lateinamerika, die gewachsene Bedeutung der Volksrepublik China, die Ölkrise sowie die Debatte im Bundestag über die Verjährung von Mord und Völkermord.

206 10.07. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Andreotti in Rom S. 1001

Im Mittelpunkt stehen die Frage der Regierungsbildung in Italien, der SALT-II-Vertrag, die geplante TNF-Modernisierung und die friedliche Nutzung der Kernenergie.

207 10.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 1009

Meyer-Landrut beurteilt die Lage in Nicaragua nach Ausrufung einer provisorischen Regierungsjunta durch die Führung der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront.

208 12.07. Gespräch des Ministerialdirektors Meyer-Landrut mit dem israelischen Botschafter Meroz S. 1012

Meyer-Landrut und Meroz erörtern die Reise des Bundesministers Genscher in den Irak und die deutsch-israelischen Beziehungen.

209 13.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk S. 1016

Schenk faßt die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Nordli in Oslo zusammen, bei denen die geplante TNF-Modernisierung, die militärische Lage in Nordeuropa, der SALT-II-Vertrag und SALT III, die Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei sowie Energiefragen besprochen wurden.

210 18.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hofstetter S. 1023

Hofstetter legt dar, der stellvertretende Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Aaron, habe bei seinem Besuch in der Bundesrepublik einen Vorschlag zur geplanten TNF-Modernisierung erläutert.

211 20.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnot S. 1028

Arnot vergleicht die Unterrichtung durch die USA und die UdSSR über das Gipfeltreffen in Wien.

212 24.07. Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem Ständigen Vertreter der DDR, Moldt S. 1033

Mit Blick auf die KSZE-Folgekonferenz in Madrid werden der Sinn einer weiteren Gewaltverzichtserklärung sowie die Abstimmung zwischen begleitenden und vertrauensbildenden Maßnahmen erörtert.

213 25.07. Vortragender Legationsrat Umlauff an die Botschaft in Djidda S. 1037

Umlauff übermittelt ein Schreiben des Bundesministers Baum an den saudi-arabischen Botschafter Nouri Ibrahim zur Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit.

214 25.07. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1040

Staden teilt mit, er sei von Bundeskanzler Schmidt über dessen Telefongespräch mit Präsident Carter unterrichtet worden. Dabei seien SALT, die geplante TNF-Modernisierung und die Regierungsumbildung in den USA behandelt worden.

215 25.07. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1042

Staden berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski. Im Vordergrund standen die Regierungsumbildung in den USA, die Ratifikation des SALT-II-Vertrags und die geplante TNF-Modernisierung.

216 26.07. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1044

Jung resümiert Überlegungen innerhalb der NATO-Mitgliedstaaten zum weiteren Vorgehen nach Abschluß der 18. Runde der MBFR-Verhandlungen und der Initiative der Warschauer-Pakt-Staaten vom 28. Juni.

217 30.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager S. 1049

Lautenschlager schlägt vor, bei Projekten der Rüstungskooperation mit Frankreich und Großbritannien künftig eine Haltung einzunehmen, die französische und britische Exportwünsche stärker berücksichtigt.

218 09.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Carter in Washington S. 1052

Im Mittelpunkt stehen die bilateralen Beziehungen, die geplante TNF-Modernisierung, die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags und die Regierungsumbildung in den USA.

219 09.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance in Washington S. 1056

Genscher und Vance erörtern die Haltung mehrerer Bündnispartner zur geplanten TNF-Modernisierung.

220 09.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Petersen S. 1058

Petersen äußert sich zustimmend zur Lieferung von zwei Krankenwagen an den Palästinensischen Roten Halbmond.

221 10.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, in Washington S. 1060

Genscher und Brzezinski erörtern die amerikanischen Vorschläge zur geplanten TNF-Modernisierung, die Rolle der Türkei bei der Verifikation des SALT-II-Vertrags, den Stationierungsmodus der MX-Rakete, die Nahost-Reise des FDP-Abgeordneten Möllemann, die amerikanische militärische Präsenz im Nahen Osten und die Lage im Iran.

222 10.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 1066

Angesichts einer schrittweisen Liberalisierung in Chile, die auch die Menschenrechte betreffe, spricht sich Meyer-Landrut dafür aus, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der Bundesrepublik zu diesem Staat nach und nach zu intensivieren.

223 10.08. Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1072

Dannenbring berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance zum Nahen Osten. Die Gesprächspartner widmeten sich dabei insbesondere dem Ende des UNEF-Mandats, den israelischen Angriffen auf Ziele im Libanon, einer möglichen Änderung der UNO-Sicherheitsratsresolution Nr. 242 und dem Verhältnis der USA zur PLO.

224 11.08. Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1076

Dannenbring informiert über die Unterredung des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance zur inneren Entwicklung in der DDR und zu den deutsch-deutschen Beziehungen. Außerdem wurden die Situation der Menschenrechte in den Warschauer-Pakt-Staaten und die Reise von Papst Johannes Paul II. nach Polen angesprochen.

225 11.08. Flottillenadmiral Seizinger, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1078

Seizinger unterrichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Brown, bei dem die geplante TNF-Modernisierung und die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags Hauptthemen waren. Ferner wurden MBFR und die Auswirkungen von Konflikten außerhalb des Bündnisbereichs auf den amerikanischen Beitrag zur NATO behandelt.

226 12.08. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1081

Ruth resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance über ein Interimsabkommen und die begleitenden Maßnahmen bei MBFR.

227 12.08. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1085

Ruth faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance zusammen, bei dem Genscher die Position der Bundesregierung zur geplanten TNF-Modernisierung darlegte.

228 13.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem niederländischen Außenminister van der Klaauw S. 1086

Besprochen wurden innenpolitische Aspekte der geplanten TNF-Modernisierung und der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags in den Niederlanden und den USA.

229 13.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1092

Hinsichtlich der begleitenden Maßnahmen bei MBFR schlägt Blech vor, die revidierten amerikanischen Vorschläge zur Ankündigung von Divisionsaktivitäten und der Einladung von Beobachtern anzunehmen.

230 14.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz S. 1099

Seitz resümiert eine Tagung des Rüstungskontroll-Konsortiums in Aspen, auf der die Frage diskutiert wurde, ob die SALT-Verhandlungen den strategischen Interessen der USA dienlich waren.

231 14.08. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 1105

Gaus nimmt Stellung zu einer amerikanischen Aufzeichnung über die innere Entwicklung der DDR.

232 15.08. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Jørgensen auf Bornholm S. 1107

Erörtert werden die Lage in Nicaragua, die Reisen Schmidts in die USA und nach Norwegen sowie sein Aufenthalt in Moskau, die geplante TNF-Modernisierung, ferner Wirtschafts- und Währungsfragen.

233 15.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Sonderbotschafter Entezam S. 1113

Entezam erläutert die innere Entwicklung des Iran. Weiteres Thema sind die Übergriffe iranischer Staatsangehöriger in der Bundesrepublik gegen angebliche Mitglieder des ehemaligen iranischen Geheimdienstes SAVAK.

234 16.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Vrhovec in Zagreb S. 1117

Die Gesprächspartner erörtern die bevorstehende Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten in Havanna, den Nahost-Konflikt, insbesondere die Rolle der PLO, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die Beziehungen Jugoslawiens zu Albanien und Bulgarien sowie das bilaterale Verhältnis.

235 16.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge S. 1135

Dröge rät davon ab, der beabsichtigten Ausbildung ägyptischer und israelischer Kampfflugzeugpiloten in Einrichtungen der amerikanischen Luftwaffe auf dem Bundesgebiet zuzustimmen.

236 17.08. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, auf Hela S. 1138

Schmidt und Gierek befassen sich mit den bilateralen Beziehungen, Wirtschaftsfragen, der Lage im Nahen Osten, SALT und den MBFR-Verhandlungen, der Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenwaffen und der KSZE-Folgekonferenz in Madrid.

237 18.08. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, auf Hela S. 1150

Schmidt und Gierek behandeln MBFR, SALT, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, Wirtschaftsfragen, die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen, die Fortführung von Ausreisen aus Polen, das bilaterale Abkommen über Renten- und Unfallversicherung, den 40. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs sowie die Debatte im Bundestag über die Verjährung von Mord und Völkermord.

238 21.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ungerer S. 1162

Hinsichtlich des sowjetischen Vorschlags, die Bundesrepublik möge die Ausrüstung für sowjetische Kernkraftwerke liefern, schlägt Ungerer vor, der UdSSR ein Non-paper zur Kooperation im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu übergeben.

239 23.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Verbeek S. 1167

Verbeek äußert sich zur Ausstellung von Pässen mit der Eintragung der deutschen Staatsangehörigkeit an Volksdeutsche durch Vertretungen der Bundesrepublik in Jugoslawien.

240 27.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem syrischen Außenminister Khaddam in Damaskus S. 1169

Genscher und Khaddam erörtern die Lage im Nahen Osten, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser sowie die Politik Israels, SALT II und die Entwicklung im Iran.

241 27.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Assad in Damaskus S. 1180

Die Gesprächspartner widmen sich dem Nahost-Konflikt, vor allem der Rolle der USA, dem Rücktritt des amerikanischen UNO-Botschafters Young und dem Europäisch-Arabischen Dialog.

242 28.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem syrischen Außenminister Khaddam in Damaskus S. 1188

Besprochen werden die bevorstehende Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten in Havanna, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den USA sowie der Zusammenhang zwischen Entwicklungshilfe und Rüstungsausgaben.

243 28.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hille S. 1191

Hille vermerkt die Gespräche des Bundesministers Genscher mit Präsident Sarkis, Ministerpräsident Hoss und dem libanesischen Außenminister Boutros in Beirut. Im Mittelpunkt stand die Lage im Libanon nach israelischen Angriffen auf den Süden des Landes.

244 29.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Badran in Amman S. 1198

Badran erläutert die Haltung Jordaniens zu den Konferenzen von Camp David, Genscher die Position der Bundesregierung zum Nahost-Konflikt. Daneben werden bilaterale Wirtschafts- und Finanzfragen thematisiert.

245 29.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit König Hussein in Amman S. 1205

Genscher und Hussein sprechen über den Camp-David-Prozeß und die Entwicklung der PLO.

246 30.08. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing S. 1208

Schmidt berichtet über seinen Besuch in Polen. Die Gesprächspartner analysieren sodann die Wirtschaftspolitik des Ministerpräsidenten Barre und Fragen der Energiepolitik.

247 30.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Kronprinz Hassan in Amman S. 1212

Genscher und Hassan erörtern die Haltung der PLO zum Nahost-Konflikt sowie den Fortgang der Gespräche zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomieregelung für das Westjordanland und den Gaza-Streifen.

248 30.08. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1216

Ruth analysiert die Interessenlage der Bundesrepublik angesichts sowjetischer Äußerungen über einen erweiterten Teilnehmerkreis bei den SALT-III-Verhandlungen.

249 31.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Khalil in Alexandria S. 1219

Im Mittelpunkt stehen die Autonomiegespräche über den Gaza-Streifen und das Westjordanland sowie die Beziehungen Ägyptens zur PLO.

250 02.09. Botschafter Behrends, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 1226

Behrends berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Sadat. Vor dem Hintergrund der Nahost-Reise Genschers wurden die Aussichten für einen Frieden in der Region bewertet.

251 04.09. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, in Budapest S. 1233

Neben den bilateralen Beziehungen befassen sich die Gesprächspartner mit Fragen der europäischen Identität, der Rüstungskontrolle und des militärischen Gleichgewichts, der KSZE sowie mit den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

252 04.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Müller S. 1245

Müller gibt einen Überblick zu den Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Angola über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

253 04.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Nordenskjöld S. 1250

Nordenskjöld vermerkt die Ergebnisse eines Gesprächs des Bundeskanzlers Schmidt mit Bundesminister Genscher zu den rüstungskontrollpolitischen Aspekten der geplanten TNF-Modernisierung der NATO.

254 04.09. Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1254

Pfeffer berichtet über Äußerungen des ehemaligen amerikanischen Außenministers Kissinger zur schwindenden Verläßlichkeit der amerikanischen Nukleargarantie für die europäischen NATO-Partner.

255 05.09. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, in Budapest S. 1259

Schmidt und Kádár erörtern die innenpolitische Lage Ungarns, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Bundesrepublik, das militärische Gleichgewicht in Europa sowie SALT und MBFR.

256 06.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hansen S. 1266

Hansen nennt Optionen, um Pakistan durch multilaterale Aktionen zum Verzicht auf sein Kernwaffenprogramm zu bewegen.

257 07.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1277

Gegenstand ist das Ansinnen der USA, amerikanische Militäreinrichtungen in der Bundesrepublik zur Ausbildung ägyptischer und israelischer Kampfpiloten nutzen zu dürfen.

258 07.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann S. 1280

Hofmann rekapituliert die Bemühungen der Bundesregierung um eine Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen im Schiffbau.

259 07.09. Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1284

Dannenbring übermittelt Informationen des militärischen Nachrichtendienstes der USA zur Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba.

260 09.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Dayan S. 1289

Dayan erläutert den Stand der ägyptisch-israelischen Verhandlungen. Außerdem wird die Nahost-Politik der Bundesre-

gierung, insbesondere ihre Haltung in der Palästina-Frage, diskutiert.

261 10.09. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem israelischen Außenminister Dayan S. 1294

Im Mittelpunkt des Gesprächs steht die Haltung der Bundesregierung in der Palästina-Frage. Daneben werden die Umsetzung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags und die Lage im Libanon angesprochen.

262 11.09. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1302

Staden informiert über ein Gespräch des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO.

263 12.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen S. 1305

Richthofen berichtet über die Bedenken des sowjetischen Gesandten Kwizinskij gegen eine Vertiefung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

264 12.09. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1307

Pauls weist darauf hin, daß Verzögerungen bei der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags den Konsens im Bündnis über die geplante TNF-Modernisierung gefährden könnten.

265 13.09. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll S. 1309

Boll informiert über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Dublin. Themen waren die „Indochina-Flüchtlinge", die Vertretung Kambodschas bei der UNO, der Europäisch-Arabische Dialog, Rhodesien, Chile und Nicaragua.

266 14.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem malaysischen Außenminister Rithauddeen S. 1313

Genscher und Rithauddeen befassen sich mit der Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten in Havanna, der Lage in Kambodscha, den „Indochina-Flüchtlingen" sowie der Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ASEAN.

267 14.09. Gespräch des Ministerialdirektors Meyer-Landrut mit dem ägyptischen Botschafter Sirry S. 1318

Meyer-Landrut unterrichtet Sirry über den Besuch des israelischen Außenministers Dayan. Ein weiterer Gegenstand des

Gesprächs ist die Fortführung des Europäisch-Arabischen Dialogs.

268 14.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt S. 1322

Ruhfus notiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit den Bundesministern Genscher und Apel. Themen waren die Haltung der Bundesregierung zur geplanten TNF-Modernisierung, MBFR und das Drei-Prozent-Ziel des Langfristigen Verteidigungsprogramms der NATO.

269 17.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1326

Blech faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem belgischen Außenminister Simonet zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO und über Simonets Besuch in der DDR zusammen.

270 18.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Malfatti S. 1329

Neben der Frage der begleitenden Maßnahmen bei MBFR befassen sich Genscher und Malfatti mit den Beziehungen Spaniens zu Israel und den arabischen Staaten, der Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten in Havanna und der Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaften mit den ASEAN-Staaten.

271 18.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager S. 1335

Lautenschlager untersucht die veränderte Haltung Frankreichs zum Rüstungsexport in die Volksrepublik China.

272 19.09. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Pertini S. 1337

Im Mittelpunkt des Gesprächs steht die geplante TNF-Modernisierung der NATO. Dabei werden insbesondere der Zusammenhang mit der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags und die sich abzeichnende sowjetische Propagandakampagne erörtert.

273 19.09. Kanzler Tesch, Maskat, an das Auswärtige Amt S. 1343

Tesch übermittelt die Bitte des omanischen Außenministeriums um Unterstützung beim Aufbau einer Minenräum-Flottille zum Schutz der Straße von Hormuz.

274 21.09. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter S. 1345

Die Gesprächspartner verständigen sich über Fragen im Zusammenhang mit der geplanten TNF-Modernisierung der NATO. Es kommen ferner die Stationierung sowjetischer Kampftruppen

auf Kuba und der Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik zur Sprache.

275 21.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Heyken S. 1349

Heyken notiert Äußerungen des Stellvertretenden Abteilungsleiters beim ZK der KPdSU, Falin, zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR im Lichte der geplanten TNF-Modernisierung der NATO.

276 24.09. Legationsrat I. Klasse Daum, Sanaa, an das Auswärtige Amt S. 1351

Daum resümiert vertrauliche Informationen zur Außen- und Innenpolitik der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen).

277 24.09. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1354

Staden informiert über mögliche Schritte der amerikanischen Regierung bezüglich der Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba.

278 26.09. Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1356

Stabreit berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance. Angesprochen wurden der Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik, die geplante TNF-Modernisierung der NATO, die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens und die Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba, die Lage im Libanon und die Palästina-Frage, das pakistanische Kernwaffenprogramm, die Lage in Nicaragua und die Konflikte im südlichen Afrika.

279 27.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer S. 1362

Nach einer Mittelamerika-Reise skizziert Limmer, wie die Bundesregierung einer Entwicklung Nicaraguas hin zu einem kommunistischen Staat entgegenwirken könne.

280 27.09. Ministerialdirektor Blech, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1371

Wechmar resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Oreja. Themen waren die Beziehungen Spaniens zu Israel und zur PLO, die Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten in Havanna, die Entwicklung Nicaraguas, ein spanischer Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften und zur NATO, Fragen der spanischen Innenpolitik sowie die Kandidaturen der Bundesrepublik und Spaniens für die Präsidentschaft der nächsten UNO-Generalversammlung.

281 27.09. Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1377

Stabreit gibt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko wieder. Mit Blick auf die bilateralen Beziehungen wurde die geplante TNF-Modernisierung der NATO erörtert.

282 28.09. Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1383

Ruth berichtet über die gemeinsame Sitzung der High Level Group und der Special Group der NATO, auf der der weitere Weg zur geplanten TNF-Modernisierung und zu dem damit verbundenen Rüstungskontrollangebot abgestimmt wurde.

283 30.09. Legationsrat I. Klasse Daum, Sanaa, an das Auswärtige Amt S. 1388

Daum legt dar, wie der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) ein Fahndungsersuchen der Bundesrepublik nach deutschen Terroristen übermittelt werden könne.

284 01.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Barre S. 1390

Schmidt und Barre befassen sich mit Fragen der französischen Innenpolitik, dem Anstieg der Ölpreise und dem Ausbau der Kernenergie. Außerdem werden die Wirtschaftslage Großbritanniens, die EG-Agrarpolitik und das Europäische Währungssystem in den Blick genommen.

285 01.10. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1396

Wieck informiert über den Besuch des Abrüstungsausschusses der Sozialistischen Internationale beim ZK der KPdSU.

286 03.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt S. 1399

Ruhfus faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing und Ministerpräsident Barre zusammen. Themen waren die Volksrepublik China, die TNF-Modernisierung der NATO, die Lage in den USA, MBFR, der Besuch Giscard d'Estaings in Berlin (West), das Projekt eines gemeinsamen Fernsehsatelliten, Fragen der Währungspolitik, die deutsch-französische Rüstungskooperation, die Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten in Havanna sowie der Nahe Osten.

287 08.10. Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1407

Pfeffer resümiert die Diskussion im Ständigen NATO-Rat über die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Ost-Berlin.

288 09.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Cossiga S. 1413

Die Gesprächspartner würdigen die bilateralen Beziehungen und behandeln die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags, die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Ost-Berlin, die sowjetischen SS-20-Raketen und die TNF-Modernisierung der NATO. Außerdem werden die Europareise des Ministerpräsidenten Hua Guofeng, die EG-Agrarpolitik und das Europäische Währungssystem angesprochen.

289 09.10. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1425

Jung analysiert Äußerungen von Mitgliedern der sowjetischen MBFR-Delegation über die Vorlage neuer Streitkräftedaten durch die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten.

290 12.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceauşescu in Bukarest S. 1428

Die Gesprächspartner befassen sich mit den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und humanitären Fragen, der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags, der TNF-Modernisierung der NATO und der strategischen Bedeutung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials, dem Ölpreisanstieg sowie der Lage im Nahen Osten.

291 12.10. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an Bundeskanzler Schmidt S. 1441

Gaus unterrichtet über ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Im Mittelpunkt standen die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Ost-Berlin, ein Abkommen über die Steuerbefreiung von Lkw und Omnibussen aus der DDR, ein langfristiges Handels- und Kooperationsabkommen, eine Amnestie in der DDR sowie ein mögliches Treffen zwischen Schmidt und Honecker.

292 14.10. Aufzeichnung des Botschafters Behrends S. 1452

Behrends rekapituliert ein Gespräch mit Präsident Sadat über die Umsetzung des Friedensvertrags mit Israel, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Ägypten sowie die Rolle der PLO im Nahost-Konflikt.

293 15./16. 10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Lynch in Dublin S. 1457

Im Vorfeld der Tagung des Europäischen Rats in Dublin beraten Schmidt und Lynch über den britischen Haushaltsbeitrag, die EG-Agrarpolitik und die Rolle Irlands in den Europäischen Gemeinschaften. Weitere Themen sind die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die Türkei, der Nordirland-Konflikt und Fragen der Energiepolitik.

294 15.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1466

Blech weist darauf hin, daß die im Rahmen der begleitenden Maßnahmen bei MBFR zu vereinbarenden Boden- und Luftinspektionen auch unter deutschlandpolitischen Aspekten zu bewerten seien.

295 15.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnot S. 1471

Arnot läßt das Vorgehen der UdSSR in der Diskussion über die Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba Revue passieren.

296 15.10. Aufzeichnung der Abteilung 2 S. 1474

Die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Ost-Berlin wird im Hinblick auf die MBFR-Verhandlungen und die TNF-Modernisierung der NATO analysiert.

297 17.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Sieger S. 1486

Sieger weist Behauptungen zurück, die Bundesregierung wolle die Volksrepublik China bei der Vergabe von Krediten gleichrangig mit der UdSSR behandeln.

298 19.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 1487

Meyer-Landrut bewertet die Situation in El Salvador nach der Regierungsübernahme durch das Militär.

299 20.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Karamanlis in Hamburg S. 1490

Die Gesprächspartner diskutieren über das Ost-West-Verhältnis vor dem Hintergrund des SALT-II-Vertrags und der geplanten TNF-Modernisierung der NATO.

300 20.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Karamanlis in Hamburg S. 1497

Schmidt und Karamanlis erörtern die wirtschaftliche Lage in Griechenland und in der Bundesrepublik, die angestrebte Rückkehr Griechenlands in die militärische Integration der NATO, das griechisch-türkische Verhältnis, die geplante TNF-Moder-

nisierung und das damit verbundene Rüstungskontrollangebot sowie den Stand der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags.

301 22.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Hua Guofeng S. 1506

Schmidt betont die Notwendigkeit, das militärische und geopolitische Gleichgewicht zu erhalten, und äußert die Ansicht, die Volksrepublik China könne zu einer entsprechenden Stabilisierung beitragen.

302 22.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel S. 1509

Stoessel trägt die Bitte vor zu prüfen, ob auf Kuba wirtschaftlicher Druck ausgeübt werden könne. Genscher und Stoessel behandeln dann den Rücktritt des israelischen Außenministers Dayan, das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Ashford Castle, den Besuch des Ministerpräsidenten Hua Guofeng in der Bundesrepublik sowie die geplante Deutsche Nationalstiftung.

303 22.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1515

Ruth erläutert den amerikanischen Vorschlag, im Zusammenhang mit der geplanten TNF-Modernisierung der NATO eintausend Kernsprengköpfe aus Europa abzuziehen.

304 23.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua S. 1519

Genscher und Huang Hua sprechen über den chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg, die Lage in Kambodscha und Laos sowie das Verhältnis der Volksrepublik China zu Indien und zur UdSSR. Ferner wenden sie sich Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle zu, unter anderem den MBFR-Verhandlungen, und erörtern den Nahost-Konflikt.

305 23.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Hua Guofeng S. 1531

Schmidt erläutert die politische und wirtschaftliche Situation in verschiedenen EG-Mitgliedstaaten sowie den Europäischen Gemeinschaften insgesamt. Er kommt darüber hinaus auf die Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenwaffen zu sprechen. Hua Guofeng beschreibt das chinesisch-sowjetische Verhältnis vor dem Hintergrund des chinesisch-vietnamesischen Grenzkriegs und der nuklearen Aufrüstung der UdSSR.

306 23.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1546

Ruth resümiert Gespräche mit dem stellvertretenden Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Aaron, zur bevorstehenden Entscheidung über die TNF-Modernisierung der

NATO und zur Erstellung eines integrierten Entscheidungsdokuments. Behandelt wurden auch der Stand der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags und die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Ost-Berlin.

307 24.10. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1553

Wieck berichtet über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im ZK der KPdSU, Samjatin, bei dem die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags und die geplante TNF-Modernisierung der NATO im Vordergrund standen.

308 25.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hille S. 1557

Gegenstand ist ein Gespräch mit dem Leiter des PLO-Büros in Bonn, Frangieh, über den Selbstmord eines aus der Haft in der Bundesrepublik abgeschobenen Palästinensers.

309 26.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 1560

Im Mittelpunkt stehen die sowjetische Haltung zu SALT II und zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO sowie der Besuch von Ministerpräsident Hua Guofeng in der Bundesrepublik.

310 26.10. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1581

Jung berichtet über ein Gespräch mit dem Leiter der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow, zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO und zu deren möglichen Auswirkungen auf die MBFR-Verhandlungen.

311 29.10. Ministerialdirektor Lautenschlager an Botschafter Herbst, Paris S. 1584

Angesichts fortschreitender Gespräche über die bilaterale Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines Kampfpanzers bittet Lautenschlager, im französischen Außenministerium darauf zu drängen, die Demarche der Bundesregierung vom 15. März zu beantworten.

312 30.10. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter S. 1586

Themen sind die italienische und niederländische Haltung zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO, der amerikanische Vorschlag, eintausend Kernsprengköpfe aus Westeuropa abzuziehen, der Besuch von Ministerpräsident Hua Guofeng in der Bundesrepublik und der Stand der SALT-II-Ratifizierung.

313 30.10. Staatssekretär van Well an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 1590

Van Well übermittelt die Stellungnahme der Bundesrepublik für die bevorstehende Erörterung des integrierten Entscheidungsdokuments zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO.

314 31.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher S. 1594

Erörtert werden der Besuch des Ministerpräsidenten Hua Guofeng in der Bundesrepublik und in Großbritannien, die Verfassungskonferenz über Rhodesien und die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Ost-Berlin. Darüber hinaus werden die geplante TNF-Modernisierung der NATO sowie der britische Beitrag zum EG-Haushalt behandelt.

315 31.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Carrington S. 1606

Die Gesprächspartner befassen sich mit der geplanten TNF-Modernisierung der NATO, insbesondere mit der niederländischen Position, sowie mit dem amerikanischen Vorschlag, eintausend Kernsprengköpfe aus Westeuropa abzuziehen. Weitere Schwerpunkte sind die Aussichten für eine Europäische Abrüstungskonferenz im Rahmen der KSZE, die Lage im Nahen Osten und in Südostasien sowie die Verfassungskonferenz über Rhodesien in London.

316 31.10. Deutsch-britisches Regierungsgespräch S. 1621

Hauptthemen sind die Verfassungskonferenz über Rhodesien, die geplante TNF-Modernisierung der NATO und der britische Beitrag zum EG-Haushalt.

317 02.11. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1630

Wieck analysiert Äußerungen des sowjetischen Verteidigungsministers Ustinow, des Ersten Stellvertretenden Außenministers Kornienko und des Abteilungsleiters im ZK der KPdSU, Samjatin, zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO.

318 05.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hoff S. 1634

Anläßlich eines entsprechenden amerikanischen Ersuchens plädiert Hoff dafür, die private und öffentliche Zusammenarbeit mit Kuba im Wirtschafts- und Finanzbereich weiterhin restriktiv zu handhaben.

319 05.11. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen S. 1638

Richthofen teilt mit, Bundesminister Genscher habe in einem Schreiben an den sowjetischen Außenminister Gromyko aus

humanitären Gründen um die Freilassung von Rudolf Heß gebeten.

320 06.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 1641

Nach einem Ausblick auf die Bundestagswahlen 1980 sprechen Genscher und Semjonow über die geplante TNF-Modernisierung der NATO sowie über SALT II und SALT III.

321 06.11. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1653

Pauls berichtet, in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats sei das aus den Berichten der High Level Group und der Special Group kompilierte „integrierte Entscheidungsdokument" zur TNF-Modernisierung und zu einem Rüstungskontrollangebot diskutiert worden.

322 07.11. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident van Agt S. 1658

Schmidt erläutert die Haltung der Bundesregierung zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO, während van Agt auf die Schwierigkeiten der niederländischen Regierung verweist, einen entsprechenden Beschluß innenpolitisch durchzusetzen.

323 08.11. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel S. 1661

Themen sind die Lage im Iran nach der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran, die geplante TNF-Modernisierung der NATO, insbesondere die Haltung der Niederlande, und die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Argentinien im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

324 09.11. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Schöps S. 1668

Schöps legt eine Aufzeichnung über ein Gespräch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Montfort mit dem iranischen Geschäftsträger Navab-Motlagh vor. Unter dem Eindruck der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran wurde auch über eine mögliche Gefährdung der Botschaft der Bundesrepublik gesprochen.

325 09.11. Ministerialdirektor Blech an Botschafter Thomas, Stockholm S. 1670

Blech informiert über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im schwedischen Außenministerium, Leifland. Gegenstand war die Äußerung des sowjetischen Stellvertretenden Außenministers Semskow bei dessen Besuch in Schweden, die UdSSR werde auf eine TNF-Modernisierung der NATO mit der Stationierung von SS-21-Raketen reagieren.

326 09.11. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1672

Herbst erläutert die Motive der französischen Regierung für ein verstärktes Engagement in „Mitteleuropa".

327 13.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager S. 1677

Lautenschlager befürwortet die Ablehnung einer Anfrage der amerikanischen Regierung, die Bundesrepublik möge Israel zu Erprobungszwecken 120-mm-Glattrohrkanonen zur Verfügung stellen.

328 13.11. Botschafter Pauls, z.Z. Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 1680

Pauls berichtet über die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Den Haag, bei der über den Stand der Dislozierung von strategischen Waffen in den USA und der UdSSR referiert wurde. Erörtert wurden ferner die geplante TNF-Modernisierung der NATO, insbesondere die niederländische Haltung, und die Ankündigung der USA, eintausend Kernsprengköpfe aus Europa abzuziehen.

329 14.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge S. 1687

Dröge resümiert die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Den Haag, bei der die Berichte der High Level Group und der Special Group ohne substantielle Änderungen als Basis für die Beschlüsse zur TNF-Modernisierung und für ein Rüstungskontrollangebot angenommen wurden.

330 14.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Lücking S. 1689

Lücking bewertet den Besuch des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing in Berlin (West) aus deutschlandpolitischer Sicht und im Hinblick auf den besonderen Status der Stadt.

331 14.11. Botschafter Ritzel, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 1692

Ritzel übermittelt einen Bericht über eine Demarche von sieben EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ beim iranischen Außenminister Bani Sadr anläßlich der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran.

332 15.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem zairischen Außenminister Nguza Karl-I-Bond S. 1698

Themen sind die Verfassungskonferenz über Rhodesien in London, Berichte über die Ermordung von Kindern in der Provinz Kasai durch zairische Soldaten sowie die Beziehungen der Bundesrepublik und Zaires zu Angola.

333 15.11. Oberst i. G. Meyer-Plath, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 1705

Meyer-Plath analysiert die Motive für die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran sowie das Verhalten des Ayatollah Khomeini und der iranischen Regierung.

334 15.11. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1707

Jung berichtet, die Niederlande und Belgien hätten sich kritisch zu den Vorschlägen der Bundesrepublik und der USA für ein Interimsabkommen bei MBFR geäußert.

335 16.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen S. 1711

Richthofen berichtet über ein Gespräch mit dem Präsidenten des Landessportbundes Berlin, Korber. Der Präsident des NOK, Daume, sei der Auffassung, die UdSSR habe keine Einwände gegen die Teilnahme von Sportlerinnen und Sportlern aus Berlin (West) an den Olympischen Spielen 1980.

336 16.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Derix S. 1712

Derix notiert, der Botschaftsrat an der britischen Botschaft in Bonn, Eyers, habe sich kritisch über die protokollarische Gestaltung des Besuchs von Staatspräsident Giscard d'Estaing in Berlin (West) durch Frankreich geäußert.

337 16.11. Staatssekretär van Well an die Botschaft in Moskau S. 1714

Van Well übermittelt die Antwort des Bundeskanzlers Schmidt auf das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 11. Oktober. Im Mittelpunkt standen die Rede Breschnews in Ost-Berlin und die geplante TNF-Modernisierung der NATO sowie SALT und MBFR.

338 19.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Wirtschaftsminister Patt S. 1718

Die Gesprächspartner erörtern den Fortgang der ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen, die wirtschaftliche Situation in Israel, die Beziehungen Israels zu Spanien sowie die Lage im Iran.

339 20.11. Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Newsom S. 1725

Van Well und Newsom sprechen über die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran, das pakistanische Nuklearprogramm und den bevorstehenden Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko in der Bundesrepublik.

340 21.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem norwegischen Außenminister Frydenlund S. 1731

Hauptthemen waren die geplante TNF-Modernisierung der NATO sowie der anstehende Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko in der Bundesrepublik.

341 21.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko S. 1740

Genscher und Gromyko legen ihre Positionen zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO sowie zu SALT II und SALT III dar.

342 22.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko S. 1748

Die Außenminister erörtern die bilateralen Beziehungen, insbesondere im wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Bereich, sowie humanitäre Fragen.

343 22.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko S. 1759

Genscher schildert die Sorgen der Bundesregierung angesichts des Ungleichgewichts im Mittelstreckenbereich infolge der Dislozierung von sowjetischen SS-20-Raketen. Gromyko betont dagegen, daß nach wie vor ein Kräftegleichgewicht bestehe. Die Gesprächspartner behandeln weitere Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, so die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Ost-Berlin, SALT II, die KSZE und MBFR. Außerdem werden die Konflikte im südlichen Afrika angesprochen.

344 23.11. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko S. 1770

Schmidt und Gromyko sprechen über den Besuch des Ministerpräsidenten Hua Guofeng in der Bundesrepublik, die chinesisch-sowjetischen Beziehungen, die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran, Fragen der Energieversorgung, die innerdeutschen Beziehungen und die geplante TNF-Modernisierung der NATO.

345 23.11. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Jørgensen S. 1785

Jørgensen unterrichtet Schmidt über den Beschluß der dänischen Regierung, die Entscheidung über die TNF-Modernisierung der NATO zu verschieben. Schmidt warnt, daß Dänemark sich isolieren werde. Die Gesprächspartner wenden sich außerdem Fragen der Europapolitik zu.

346 23.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 1788

Fischer schlägt vor, dem Wunsch der argentinischen Regierung nach Lieferung von vier Fregatten aus der Bundesrepublik und der Lizenzfertigung von sechs Korvetten in Argentinien stattzugeben.

347 23.11. Botschafter Munz, Amman, an das Auswärtige Amt S. 1791

Munz teilt mit, in Jordanien habe die Besetzung der Großen Moschee in Mekka erhebliche Besorgnis hinsichtlich der Stabilität Saudi-Arabiens und des gesamten Nahen Ostens ausgelöst.

348 26.11. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1792

Hermes berichtet über ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Vance anläßlich der Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran.

349 27.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Botschaftern al-Ansari (Katar), al-Atassi (Syrien), Guiga (Tunesien) und al-Nimer (Jordanien) S. 1795

Die Botschafter betonen, daß der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel noch kein Schritt zu einer umfassenden Friedenslösung für den Nahen Osten sei, und fordern die Bundesregierung zu einer Intensivierung ihrer Nahost-Politik auf.

350 27.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer S. 1800

Fleischhauer erläutert den Stand der Beratungen in der UNO über die von der Bundesrepublik initiierte Konvention gegen Geiselnahme.

351 27.11. Staatssekretär van Well an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 1804

Van Well plädiert dafür, in der bevorstehenden Sitzung des Ständigen NATO-Rats zur neuesten Fassung des „integrierten Entscheidungsdokuments" der NATO positiv Stellung zu nehmen.

352 27.11. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1809

Jung berichtet, der stellvertretende Leiter der polnischen MBFR-Delegation, Prystrom, habe Verständnis für das Anliegen der NATO-Mitgliedstaaten gezeigt, die Datenfrage im Hinblick auf die sowjetischen Streitkräfte zu klären.

353 28.11. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem ungarischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Marjai S. 1811

Gegenstand des Gesprächs sind die geplante TNF-Modernisierung der NATO, die bilateralen Beziehungen und die wirtschaftliche Lage in Ungarn.

354 28.11. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik S. 1815

Holik unterrichtet über ein Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem niederländischen Botschafter van Lynden. Der Botschafter habe sich kritisch zum Vorschlag der Bundesrepublik für ein Interimsabkommen bei MBFR geäußert.

355 29.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südafrikanischen Außenminister Botha S. 1817

Hauptthemen sind die Rhodesien- und Namibia-Frage sowie das Agrémentersuchen für einen südafrikanischen Militärattaché in der Bundesrepublik.

356 29.11. Botschafter Wickert, Peking, an das Auswärtige Amt S. 1826

Wickert teilt mit, vor dem Hintergrund von Äußerungen des Ministerpräsidenten Karamanlis zur Deutschen Frage bei dessen Besuch in der Volksrepublik China sei der chinesischen Regierung erneut die Haltung der Bundesregierung verdeutlicht worden.

357 01.12. Botschafter Hermes, Washington, an Ministerialdirigent Montfort S. 1827

Hermes berichtet, er habe den amerikanischen Außenminister Vance darüber unterrichtet, daß der frühere Ministerpräsident Bazargan eine Initiative ergreifen wolle, um Schah Reza Pahlevi zur Rückkehr in den Iran zu bewegen und im Gegenzug die Freilassung der amerikanischen Geiseln zu erreichen.

358 03.12. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Bundeskanzleramt S. 1830

Gaus teilt mit, er habe ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, geführt. Anlaß war eine mündliche Botschaft des Bundeskanzlers Schmidt zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO und zu bilateralen Fragen.

359 04.12. Aufzeichnung des Oberst i. G. Genschel, Bundeskanzleramt S. 1835

Genschel resümiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem norwegischen Verteidigungsminister Stoltenberg, bei dem die geplante TNF-Modernisierung der NATO, der SPD-Parteitag in Berlin (West) und der Besuch des sowjetischen Außen-

ministers Gromyko in der Bundesrepublik angesprochen wurden.

360 04.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vestring S. 1838

Vestring informiert über die Haltung der UdSSR zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran, die weiterhin keine eindeutige Verurteilung erkennen lasse.

361 05.12. Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem chinesischen Stellvertretenden Außenminister Song Zhiguang S. 1841

Themen sind der Besuch des Ministerpräsidenten Hua Guofeng in der Bundesrepublik, die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran, wirtschaftliche Maßnahmen gegen den Iran und die Lage in Kambodscha, insbesondere die Stellung des Prinzen Sihanouk.

362 05.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ellerkmann S. 1849

Ellerkmann faßt die Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rats in Dublin zusammen, bei der die britischen Beiträge zum EG-Haushalt, Energiefragen sowie die Lage im Iran und in Kambodscha im Vordergrund standen.

363 06.12. Ministerialdirigent Montfort an die Botschaft in Teheran S. 1854

Montfort berichtet über seine Reise in die USA, bei der ein Schreiben des früheren Ministerpräsidenten Bazargan an Schah Reza Pahlevi hinsichtlich der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran übergeben werden sollte.

364 06.12. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1856

Herbst bittet um Mitteilung, ob bei den deutsch-französischen Konsultationen am 15. November eine abschließende Ausfuhrregelung für einen von der Bundesrepublik und Frankreich gemeinsam geplanten Kampfpanzer getroffen worden sei.

365 07.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem marokkanischen Botschafter Iraqui S. 1858

Während Iraqui die marokkanische Haltung zum Westsahara-Konflikt darlegt, verweist Genscher auf eine auch von Marokko eingebrachte Resolution der UNO-Generalversammlung, in der die Bundesregierung wegen angeblicher nuklearer Zusammenarbeit mit Südafrika verurteilt wurde.

366 07.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1863

Blech notiert, im Politischen Ausschuß der NATO auf Gesandtenebene sei Einigung über eine Verhandlungsweisung für ein Zwischenergebnis bei MBFR erzielt worden.

367 07.12. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vestring S. 1869

Vestring teilt mit, schon vor der Besetzung der Großen Moschee in Mekka habe es in Saudi-Arabien Unruhen gegeben. Der Versuch der Destabilisierung des Königshauses sei aber gescheitert.

368 09.12. Botschafter Ritzel, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 1871

Ritzel erörtert mögliche Konsequenzen einer Beteiligung der Bundesrepublik an Wirtschaftssanktionen gegen den Iran und gibt Anregungen für das weitere Vorgehen im Hinblick auf die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran.

369 10.12. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1876

Pauls berichtet über die Sitzung der Eurogroup der NATO auf Ministerebene, bei der strategische Fragen und die geplante TNF-Modernisierung diskutiert wurden.

370 11.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance S. 1878

Im Mittelpunkt stehen die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran und die Frage von Wirtschaftssanktionen gegen den Iran.

371 11.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt S. 1884

Staden resümiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident van Agt und dem niederländischen Außenminister van der Klaauw über die Haltung Belgiens und der Niederlande zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO.

372 12.12. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1888

Pauls berichtet über die Sitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO auf Ministerebene, bei der die Verteidigungshilfe für Portugal und die Kosten für Luftfrühwarnsysteme erörtert wurden.

373 12.12. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1892

Pauls resümiert das Ergebnis der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten in Brüssel, auf der der NATO-Doppelbeschluß verabschiedet wurde.

374 13.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit S. 1894

Stabreit informiert über eine Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ in Dublin. Erörtert wurden die Lage im Nahen Osten, insbesondere im Iran, die Bemühungen um eine Wiederaufnahme des Europäisch-Arabischen Dialogs sowie die Situation in Rhodesien und Kambodscha.

375 13.12. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1899

Pauls berichtet über die Positionen der NATO-Mitgliedstaaten zum NATO-Doppelbeschluß, wie sie auf der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister in Brüssel deutlich wurden.

376 13.12. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1902

Pauls setzt seinen Bericht über die Diskussion zum NATO-Doppelbeschluß auf der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten in Brüssel fort.

377 13.12. Ministerialdirektor Blech, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1905

Blech informiert über ein Gespräch der vier Außenminister, Carrington, François-Poncet, Genscher und Vance, im Vorfeld der NATO-Ministerratstagung in Brüssel zu möglichen Sanktionen gegen den Iran.

378 13.12. Ministerialdirektor Blech, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1909

Blech informiert über die NATO-Ministerratstagung in Brüssel. Erörtert wurden der NATO-Doppelbeschluß, der Vorschlag für ein MBFR-Interimsabkommen und die Vorbereitungen für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid.

379 13.12. Ministerialdirektor Blech, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1913

Blech berichtet über ein Gespräch auf der Ebene der Politischen Direktoren zur Vorbereitung des Vierertreffens der Außenminister über Deutschland- und Berlinfragen am Vorabend

der NATO-Ministerratstagung in Brüssel. Im Zentrum standen die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Berlin (West) sowie zwischen der Bundesrepublik und der DDR, ferner eine Beurteilung der Lage von Berlin (West).

380 13.12. Ministerialdirektor Blech, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1919

Blech unterrichtet über das deutschlandpolitische Vierertreffen der Außenminister am Vorabend der NATO-Ministerratstagung in Brüssel sowie über dessen Vorbereitung durch die Politischen Direktoren. Gesprächspunkte der Direktoren waren die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR, Charterflüge nach Berlin-Schönefeld sowie die Kommunikations- und Verkehrsverbindungen zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik. Die Minister konzentrierten sich auf die innerdeutschen Beziehungen, maßgeblich auf ein Treffen des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker.

381 14.12. Bundeskanzler Schmidt an Ministerpräsident Karamanlis S. 1924

Schmidt greift Anregungen von Karamanlis zu einer Reform der EG-Institutionen auf und bezieht Stellung zu dessen Äußerungen über eine Wiedervereinigung Deutschlands.

382 18.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Freiherr von Stein S. 1926

Stein legt eine Aufzeichnung zur Vorbereitung eines Kabinettsbeschlusses über Wirtschaftssanktionen gegen den Iran vor.

383 18.12. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1931

Wieck übermittelt Informationen der amerikanischen Botschaft in Moskau zum sowjetischen militärischen Engagement in Afghanistan.

384 18.12. Brigadegeneral von Ondarza, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1933

Ondarza gibt Erkenntnisse des militärischen Nachrichtendienstes der USA zur Verlegung sowjetischer Streitkräfte nach Afghanistan wieder.

385 18.12. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1936

Hermes übermittelt Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium über die Stärke der nach Afghanistan verlegten sowjetischen Streitkräfte.

386 19.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt S. 1937

Staden notiert den Inhalt eines Gesprächs des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Wojtaszek, in dessen Mittelpunkt der NATO-Doppelbeschluß und bilaterale Fragen standen.

387 19.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Lücking S. 1945

In einer Leitlinie für Gespräche mit Journalisten bewertet Lücking das politische Engagement der DDR in Afrika.

388 21.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 1949

Im Zentrum der Unterredung stehen der NATO-Doppelbeschluß und die MBFR-Verhandlungen.

389 21.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel S. 1956

Erörtert werden eine Befassung des UNO-Sicherheitsrats mit Wirtschaftssanktionen gegen den Iran sowie die Aussichten für Maßnahmen auf freiwilliger Basis.

390 21.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1960

Blech vermerkt erste Reaktionen der Warschauer-Pakt-Mitgliedstaaten auf den Vorschlag für ein Interimsabkommen bei MBFR und für begleitende Maßnahmen.

391 24.12. Botschafter Ritzel, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 1963

Ritzel berichtet, er habe dem ehemaligen Ministerpräsidenten Bazargan ein amerikanisches Papier mit Überlegungen zu einer Lösung der Krise um die besetzte amerikanische Botschaft in Teheran übergeben. Bei dessen Erörterung sei auch eine mögliche Vermittlerrolle der Bundesregierung angesprochen worden.

392 27.12. Runderlaß des Ministerialdirigenten Freiherr von Stein S. 1968

Stein unterrichtet darüber, daß die Bundesregierung Banken und Ölgesellschaften empfohlen habe, die amerikanischen Vorschläge für freiwillige Wirtschaftssanktionen gegen den Iran umzusetzen.

393 28.12. Vortragende Legationsrätin Wannow an die Botschaft in Moskau S. 1970

Wannow teilt mit, das Auswärtige Amt sei durch Botschafter Semjonow über die sowjetische Intervention in Afghanistan in Kenntnis gesetzt worden.

394 31.12. Botschafter Berninger, Kabul, an das Auswärtige Amt S. 1972

Berninger äußert sich zu möglichen Folgen der sowjetischen Intervention in Afghanistan für die Beziehungen der Bundesrepublik zu Afghanistan und zur UdSSR.

395 31.12. Gesandter Berendonck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1975

Berendonck resümiert eine Unterrichtung durch den amerikanischen Botschafter in Moskau, Watson, über den Briefwechsel zwischen Präsident Carter und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan.



Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Hauptherausgeber
Horst Möller

Mitherausgeber
Klaus Hildebrand und Gregor Schöllgen

R. Oldenbourg Verlag München 2010

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

1979

Band I: 1. Januar bis 30. Juni 1979

Wissenschaftliche Leiterin
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter
Michael Ploetz und Tim Szatkowski

R. Oldenbourg Verlag München 2010

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by Die Deutsche Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data is available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

© 2010 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Druck: Memminger MedienCentrum, Memmingen
Bindung: Buchbinderei Klotz, Jettingen-Scheppach

ISBN 978-3-486-59191-0

Inhalt

Vorwort VII

Vorbemerkungen zur Edition VIII

Verzeichnisse XV

Dokumentenverzeichnis XVII
Literaturverzeichnis LXXVI
Abkürzungsverzeichnis LXXXIII

Dokumente 1

Band I (Dokumente 1–195) 3
Band II (Dokumente 196–395) 951

Register 1979

Personenregister 1979
Sachregister 2059

Anhang: Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Februar 1979

Vorwort

Mit den Jahresbänden 1979 wird zum siebzehnten Mal eine Sammlung von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts unmittelbar nach Ablauf der 30jährigen Aktensperrfrist veröffentlicht.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, vor allem dem Politischen Archiv. Gleichermaßen zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Gesprächsaufzeichnungen in die Edition aufnehmen zu können. Herrn Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt danke ich für die Genehmigung zum Abdruck wichtiger und die amtliche Überlieferung ergänzender Schriftstücke aus seinem Depositum im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Großer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausgebergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe mit bewährter Kompetenz gewidmet haben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag R. Oldenbourg sowie den in der Münchener Zentrale des Instituts Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsleiterin Frau Ingrid Morgen.

Das Hauptverdienst am Gelingen der zwei Bände haben die Bearbeiter, Herr Dr. Michael Ploetz und Herr Dr. Tim Szatkowski, zusammen mit der Wissenschaftlichen Leiterin, Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch. Ihnen sei für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Wesentlich zur Fertigstellung der Edition beigetragen haben überdies: Herr Dr. Wolfgang Hölscher und Frau Britta Durstewitz durch die Herstellung des Satzes, Frau Jutta Bernlöhr, Frau Gabriele Tschacher und Frau Brigitte Hoffmann durch Schreibarbeiten sowie Frau Jula Danylow, Frau Sophia Freund und die Herren Christian Bartlau, Patrick Härtel und Lorenz Hoffmann.

Berlin, den 1. Oktober 2009 Horst Möller

Vorbemerkungen zur Edition

Die "Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1979" (Kurztitel: AAPD 1979) umfassen zwei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band II finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Februar 1979.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der "Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1979" sind die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden zur Kommentierung herangezogen. Verschlußsachen dieser Ressorts blieben unberücksichtigt. Dagegen haben die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten weitgehend Aufnahme gefunden. Als notwendige Ergänzung dienten die im Bundeskanzleramt überlieferten Gesprächsaufzeichnungen. Um die amtliche Überlieferung zu vervollständigen, wurde zusätzlich das Depositum des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgewertet.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil fast ausschließlich Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich und größtenteils als Verschlußsachen (VS) der Geheimhaltung unterworfen waren. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA ohne Einschränkung zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstücken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlußsachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1979 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine äußerst geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem

um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 395 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z.B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z.B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Anmerkung ausgewiesen. Bei Aufzeichnungen über Gespräche ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der meist spätere Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und Dokumentenüberschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen das Datum. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zuläßt und die Ermittlung zugehörigen Aktenmaterials ermöglicht, besteht in der Regel aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit sowie aus weiteren Elementen wie dem inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Den Angaben im Dokumentenkopf läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments entnehmen. Aufzeichnungen sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt, auch dann, wenn er sich nur indirekt erschließen läßt. Letzteres wird durch Hinzufügen der Unterschrift in eckigen Klammern deutlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert ("Verfasser laut Begleitvermerk" bzw. "Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung"). Läßt sich der Urheber etwa durch den Briefkopf eindeutig feststellen, so entfällt dieser Hinweis. Ist ein Verfasser weder mittelbar noch unmittelbar nachweisbar, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung, Referat oder Delegation) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Infor-

mationen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war. Anderenfalls werden die Adressaten in einer Anmerkung aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit angegeben. Rechts davon befindet sich das Datum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Als Geschäftszeichen der VS-Drahtberichte dient die Angabe der Chiffrier- und Fernmeldestelle des Auswärtigen Amts (Referat 114). Ferner wird außer Datum und Uhrzeit der Aufgabe auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringenden Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke werden im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger die Nummer des Schriftberichts und das Datum genannt. Gelegentlich bedienten sich Botschaften und Zentrale des sogenannten Privatdienstschreibens, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amts mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen insbesondere von Dolmetschern gefertigte Niederschriften über Gespräche ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet und chronologisch nach dem Gesprächsdatum eingeordnet, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen sind.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist stillschweigend Bonn zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein "z. Z." vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstausfertigung mußten gelegentlich ein Durchdruck, eine Abschrift, eine Ablichtung oder ein vervielfältigtes Exemplar (Matrizenabzug) herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Anmerkung. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Die Dokumente werden ungekürzt veröffentlicht. Sofern in Ausnahmefällen Auslassungen vorgenommen werden müssen, wird dies durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern ("[...]") kenntlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert. Bereits in der Vorlage vorgefundene Auslassungen werden durch einfache Auslassungszeichen ("...") wiedergegeben.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; im Bedarfsfall wird jedoch vereinheitlicht bzw. modernisiert. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen werden in einer Anmerkung aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden nur in Ausnahmefällen wiedergegeben. Der Kursivdruck dient dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Überschriften usw.) folgt das Druckbild nach Möglichkeit der Textvorlage.

Unterschriftsformeln werden vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftscharakter wird aufgelöst (mit Nachweis in einer Anmerkung). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein "gez." vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz "gez.", wird er in eckigen Klammern ergänzt. Weicht das Datum der Paraphe vom Datum des Schriftstückes ab, wird dies in der Anmerkung ausgewiesen.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe "VS-Bd." versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Liegt ausnahmsweise ein Schriftstück bereits veröffentlicht vor, so wird dies in einer gesonderten Anmerkung nach der Angabe der Fundstelle ausgewiesen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf Begleitschreiben und Begleitvermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden in eckigen Klammern aufgelöst, sofern sie nicht im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt sind.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten, sofern ein Konzipient das Schriftstück entworfen hat. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weiteres Aktenmaterial und anderweitiges Schriftgut nachweisen, das unmittelbar oder mittelbar angesprochen wird, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen und zum Verständnis der Dokumente beitragen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlassen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Systematische Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen, insbesondere auf weitere Bestände des PA/AA, erfolgen nicht. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung

vorkommenden Personen. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird in der Kommentierung, den Verzeichnissen sowie den Registern der Begriff DDR für die Deutsche Demokratische Republik verwendet. Das Adjektiv "deutsch" findet nur bei gesamtdeutschen Belangen oder dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet.

Die zur Kommentierung herangezogenen Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden mit Kurztitel angeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Häufig genannte Verträge oder Gesetzestexte werden nur bei der Erstnennung nachgewiesen und lassen sich über das Sachregister erschließen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliterierung durchgeführt.

Die Kommentierung enthält schließlich auch Hinweise auf im Internet veröffentlichte Dokumente. Dabei wurden nur solche Dokumente berücksichtigt, die in gedruckter Form nicht ermittelt werden konnten. Die benutzten Internetadressen waren zum Zeitpunkt der letzten Prüfung (16.11.2009) gültig. Ein Ausdruck von jedem über das Netz ermittelten und zitierten Dokument mit dem Datum des jeweiligen Zugriffs befindet sich in den Akten der Editionsgruppe.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Kurzübersicht.

Das *Literaturverzeichnis* enthält die zur Kommentierung herangezogenen Publikationen, die mit Kurztiteln oder Kurzformen versehenen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden durch bibliographische Angaben aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, insbesondere von Organisationen, Parteien und Dienstbezeichnungen sowie sonstige im diplomatischen Schriftverkehr übliche Abbreviaturen. Abkürzungen von Firmen werden dagegen im Sachregister unter dem Schlagwort "Wirtschaftsunternehmen" aufgelöst. Nicht aufgenommen werden geläufige Abkürzungen wie "z.B.", "d.h.", "m.E.", "u.U." und "usw." sowie Abkürzungen, die im Dokumententext oder in einer Anmerkung erläutert sind.

Register und Organisationsplan

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die einzelnen Dokumente. Näheres ist den dem jeweiligen Register vorangestellten Hinweisen zur Benutzung zu entnehmen.

Der *Organisationsplan* vom Februar 1979 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und informiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

1 02.01. Ministerialdirektor Blech an Botschafter Thomas, Stockholm S. 3

Blech skizziert die Optionen der Bundesrepublik angesichts der Weigerung Schwedens, Berlin (West) in den Besuch des Königs Carl XVI. Gustaf einzubeziehen.

2 05.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt, z. Z. Guadeloupe S. 5

Ruhfus berichtet über das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierminister Callaghan, Präsident Carter und Staatspräsident Giscard d'Estaing auf Guadeloupe. Erörtert wurden die Rolle der Volksrepublik China im Kräftespiel zwischen den USA und der UdSSR, SALT, das eurostrategische Gleichgewicht und MBFR. Außerdem wurden Fragen der Deutschlandpolitik, die Beziehungen der Bundesrepublik zur UdSSR, die Führungsrolle der USA in der atlantischen Allianz, die Sicherung der Erdölversorgung, die Lage der Türkei, die Konferenz der Blockfreien in Havanna und Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung angesprochen.

3 05.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierminister Callaghan, Präsident Carter und Staatspräsident Giscard d'Estaing auf Guadeloupe S. 12

Die Gesprächspartner befassen sich mit der Entwicklung des nuklearen Kräfteverhältnisses auf globaler und eurostrategischer Ebene, der konventionellen Stärke des Warschauer Pakts, MBFR, der Strategie der NATO und dem Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz.

4 05.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt, z. Z. Guadeloupe S. 20

Ruhfus resümiert sein Gespräch mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, dem Leiter des britischen Kabinettssekretariats, Hunt, und dem Generalsekretär des französischen Präsidialamts, Wahl, auf Guadeloupe. Themen waren die innere Entwicklung und außenpolitische Rolle der Volksrepublik China, die Beziehungen der USA zur UdSSR, SALT und die diesbezügliche Haltung Frankreichs.

5 06.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierminister Callaghan, Präsident Carter und Staatspräsident Giscard d'Estaing auf Guadeloupe S. 22

Erörtert werden die Einbeziehung der sowjetischen SS-20-Rüstung in die SALT-Verhandlungen, die Lage im Iran, die Erdölversorgung Israels und Südafrikas, die ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen, Saudi-Arabien, die Türkei und Pakistan

sowie die Frage der Nichtverbreitung von Kernwaffen, Rüstungslieferungen an die Staaten des indischen Subkontinents, der vietnamesische Einmarsch in Kambodscha und die Konfliktherde in Afrika.

6 09.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 36

Blech analysiert das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 27. Dezember 1978 an Bundeskanzler Schmidt.

7 09.01. Gesandter Boss, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 38

Boss resümiert die SALT-Konsultationen im Ständigen NATO-Rat. Neben der Behandlung noch offener Fragen wurden die jeweiligen amerikanischen und sowjetischen Zugeständnisse gegeneinander abgewogen.

8 10.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 43

Meyer-Landrut entwickelt Leitlinien für eine mögliche Evakuierung von Bürgern der Bundesrepublik aus dem Iran.

9 10.01. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 47

Staden gibt Eindrücke aus einem Gespräch mit dem designierten chinesischen Botschafter in Washington, Chai Zemin, wieder und regt eine Sprachregelung zu den chinesischen Vorwürfen gegen die UdSSR an.

10 11.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager S. 48

Lautenschlager legt dar, inwieweit den Wünschen Indiens und Pakistans nach Rüstungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik entsprochen werden könne.

11 11.01. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 56

Staden informiert über ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Dobrynin. Themen waren das Vierertreffen auf Guadeloupe, SALT, die Beziehungen der UdSSR zu den USA und zur Bundesrepublik, die Volksrepublik China, die Lage im Iran, der Nahe Osten sowie die amerikanische Politik gegenüber Kuba.

12 15.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Freiherr von Stein S. 60

Vor dem Hintergrund der wachsenden Verschuldung Polens prüft Stein, zu welchen Bedingungen einer Bundesbürgschaft für einen ungebundenen Finanzkredit zugestimmt werden könne.

13 15.01. Flottillenadmiral Seizinger, Washington, an das Auswärtige Amt — S. 64

Seizinger informiert über Gespräche des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Bundestags, Wörner, im amerikanischen Verteidigungsministerium. Neben SALT II und der Grauzonenproblematik wurden die Nuklearstrategie, MBFR, die Volksrepublik China, die Rüstungskooperation und die Neutronenwaffe angesprochen.

14 18.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenminister Sonoda — S. 70

Im Mittelpunkt stehen der Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha und die diesbezügliche Haltung der Volksrepublik China, der ASEAN-Mitgliedstaaten und der UdSSR. Daneben werden die chinesisch-japanischen Beziehungen erörtert.

15 18.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem japanischen Außenminister Sonoda — S. 74

Mit Blick auf den bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel in Tokio werden die Schwäche des Dollars und die japanische Konjunkturpolitik erörtert. Die Gesprächspartner befassen sich außerdem mit der Uranversorgung Japans und der Bundesrepublik, dem Vierertreffen auf Guadeloupe, dem vietnamesischen Einmarsch in Kambodscha und den Beziehungen Japans zur Volksrepublik China und zu Vietnam.

16 18.01. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing — S. 79

Gegenstand sind das Vierertreffen auf Guadeloupe sowie Fragen des Europäischen Währungssystems und der EG-Agrarpolitik.

17 19.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal — S. 83

Neben der Revolution im Iran werden das Vierertreffen auf Guadeloupe, Fragen der Erdölversorgung, die Wirtschaftslage Ägyptens und der Türkei, die ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen sowie die Annäherung zwischen Syrien und dem Irak angesprochen.

18 22.01. Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt — S. 87

Gehlhoff übermittelt Informationen des Kardinals Bengsch zu dessen Gesprächen mit Papst Johannes Paul II. und dem Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche, Casaroli, über eine kirchenrechtliche Neuordnung in der DDR.

19 24.01. Hausbesprechung S. 90

Unter Federführung der Staatssekretäre van Well und Hermes werden Leitlinien für die Rüstungszusammenarbeit mit Indien und Pakistan ausgearbeitet.

20 24.01. Vortragender Legationsrat I. Klasse Rückriegel an die Botschaft in Washington S. 93

Rückriegel informiert über die Positionen der Bundesrepublik und der USA im Hinblick auf begleitende Maßnahmen im Rahmen von MBFR.

21 25.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager S. 97

Angesichts eines möglichen Schadens für das Ansehen der Bundesrepublik befaßt sich Lautenschlager mit der Lieferung von Unterwasserforschungsschiffen an Südafrika.

22 25.01. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit S. 99

Stabreit teilt mit, daß sich das Politische Komitee im Rahmen der EPZ mit der vor dem Europarat eingebrachten Menschenrechtsklage Zyperns gegen die Türkei und den Vermittlungsbemühungen des UNO-Generalsekretärs Waldheim im Zypern-Konflikt befaßt habe. Ferner seien die Zusammenarbeit im UNO-Abrüstungsausschuß, der Fortgang der KSZE, die Bekämpfung des Terrorismus, die gemeinsame Rechtspolitik, der Europäisch-Arabische Dialog, die Revolution im Iran und der vietnamesische Einmarsch in Kambodscha behandelt worden.

23 28.01. Botschafter Schlagintweit, Djidda, an das Auswärtige Amt S. 108

Schlagintweit berichtet über das Ersuchen Saudi-Arabiens, im Bereich der nachrichtendienstlichen Funkaufklärung mit der Bundesrepublik zu kooperieren.

24 30.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 111

Blech bewertet eine amerikanische Initiative zur Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Integration der NATO.

25 30.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Edler von Braunmühl S. 115

Braunmühl gibt Äußerungen des amerikanischen Botschafters in Ost-Berlin, Bolen, zur Staatsbürgerschaft der DDR wieder.

26 31.01. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing S. 117

Die Gesprächspartner erörtern das Europäische Währungssystem und die EG-Agrarpolitik, die Rolle der Bundesrepublik in Europa, eine ZDF-Fernsehsendung mit Schmidt aus Paris und

die bevorstehenden deutsch-französischen Außenministerkonsultationen.

27 31.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager S. 121

Gegenstand ist die Gewährung einer Bundesbürgschaft für einen ungebundenen Finanzkredit an Polen.

28 05.02. Drahterlaß des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 126

Meyer-Landrut faßt das Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem südafrikanischen Botschafter von Schirnding zusammen. Im Mittelpunkt standen die Namibia- und Rhodesien-Frage sowie die politische Entwicklung in Südafrika.

29 05.02. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 131

Pauls verweist auf die Gefahr der Abkopplung Europas von den USA, falls die TNF-Modernisierung der NATO ausbleiben sollte.

30 05.02. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 135

Gaus berichtet über sein bevorstehendes Aufrücken an die zweite Stelle der Anciennitätsliste des Diplomatischen Corps in Ost-Berlin und benennt die Handlungsmöglichkeiten der Bundesregierung.

31 07.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron S. 137

Citron faßt die Gespräche zusammen, die der stellvertretende Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Aaron, im Auswärtigen Amt zur geplanten TNF-Modernisierung geführt hat.

32 07.02. Botschaftsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach, Jakarta, an das Auswärtige Amt S. 145

Pfetten-Arnbach berichtet über ein Gespräch mit dem indonesischen Außenminister Mochtar. Themen waren der Besuch des chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping in den USA, der vietnamesische Einmarsch in Kambodscha und die chinesisch-vietnamesischen Beziehungen.

33 08.02. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 149

Staden berichtet über ein Gespräch mit dem Berater des amerikanischen Außenministers, Shulman. Behandelt wurden der Besuch des chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping in den USA und die Politik der UdSSR in Asien und Afrika.

34 09.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 153

Meyer-Landrut gibt Empfehlungen für die Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien im Bereich der Nachrichtendienste und der inneren Sicherheit.

35 09.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 158

Meyer-Landrut bewertet das Ersuchen Libyens um Ausrüstung und Ausbildung einer Leibgarde für Oberst Ghadafi durch die Bundesrepublik.

36 09.02. Botschafter Arnold, Rom, an Ministerialdirektor Müller S. 161

Arnold äußert sich zur verdeckten finanziellen Förderung kultureller Vorhaben in Südtirol durch die Bundesrepublik und den daraus erwachsenden Konsequenzen für die Beziehungen zu Italien.

37 09.02. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 162

Pauls resümiert die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats über den Besuch des chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping in den USA.

38 13.02. Botschafter Ruth, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 169

Ruth informiert über die deutsch-amerikanischen Konsultationen zu SALT und MBFR und übermittelt die amerikanische Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel in einem SALT-II-Vertrag.

39 13.02. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 177

Jung berichtet über die Gespräche des Leiters der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow, mit ihm selbst und dem stellvertretenden Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation, Dean. Im Mittelpunkt stand der Vorschlag Tarassows zur Vereinbarung kollektiver Höchststärken ohne vorherige Dateneinigung.

40 14.02. Bundeskanzler Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew S. 183

Schmidt beantwortet die Schreiben Breschnews vom 18. November und 27. Dezember 1978 zu Rüstungsexporten, insbesondere an die Volksrepublik China.

41 15.02. Bundeskanzler Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew S. 187

Schmidt beantwortet ein Schreiben Breschnews vom 16. November 1978 zu den bilateralen Beziehungen, vor allem zu Fragen der Wirtschaft sowie zur Abrüstung und Rüstungskontrolle.

42 15.02. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 192

Pauls äußert sich zur Grauzonenproblematik aus Sicht der NATO, zur Rolle der USA und zur Frage eines rüstungskontrollpolitischen Ansatzes bei einer TNF-Modernisierung.

43 17.02. Botschafter Neubert, Tripolis, an das Auswärtige Amt S. 194

Neubert berichtet über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in Tripolis und die Entwicklung der Beziehungen der DDR zu Libyen.

44 19.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 198

Meyer-Landrut bewertet die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und Israel im Rüstungsbereich.

45 21.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 200

Blech informiert über die amerikanische Haltung zum Vorschlag der Bundesrepublik, eine Special Group der NATO einzurichten.

46 21.02. Botschafter Diehl, Tokio, an das Auswärtige Amt S. 203

Diehl berichtet über die Mitteilung eines Mitarbeiters der sowjetischen Botschaft in Tokio, daß die UdSSR nicht mit Streitkräften in den chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg eingreifen werde.

47 21.02. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 204

Wieck diskutiert den Zeitpunkt der Übergabe der Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 14. und 15. Februar 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew.

48 21.02. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 205

Gaus empfiehlt, der DDR mitzuteilen, daß der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin nicht die Funktion eines Doyen oder Vize-Doyen im Diplomatischen Corps übernehmen könne.

49 21.02. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 207

Pauls berichtet über ein „private meeting" des Ständigen NATO-Rats zur Entwicklung im Iran und zu ihren Auswirkungen auf die Allianz.

50 22.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet in Paris S. 214

Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen die Ost-West-Beziehungen, der chinesisch-vietnamesische Grenzkrieg und die Entwicklung im Iran.

51 23.02. Deutsch-französisches Regierungsgespräch in Paris S. 225

Themen sind die Entwicklung im Iran, der chinesisch-vietnamesische Grenzkrieg, der französische Wunsch nach Änderung des EURATOM-Vertrags, die geplante Einführung des Europäischen Währungssystems und die Frage der Währungsausgleichsbeträge.

52 23.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer S. 232

Fleischhauer weist die Analyse des Referats „Allgemeines Völkerrecht, Kriegsvölkerrecht" des Bundesministeriums der Verteidigung zum I. Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen von 1949 zurück und erläutert die Rechtslage.

53 23.02. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 235

Wieck übermittelt die Aufzeichnung eines Gesprächs mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko anläßlich der Übergabe der Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 14. und 15. Februar 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew.

54 26.02. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt S. 238

Herbst faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet zusammen. Themen waren die Höhe des Europäischen Regionalfonds und der französische Wunsch nach Änderung des EURATOM-Vertrags.

55 27.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Owen S. 241

Besprochen werden die Entwicklungen im Nahen Osten angesichts der Friedensverhandlungen zwischen Ägypten und Israel, außerdem die Konflikte in Indochina.

56 28.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Owen S. 245

Themen sind die Namibia- und Rhodesien-Frage, der französische Vorschlag einer europäisch-afrikanisch-arabischen Konferenz und Fragen der Europapolitik.

57 28.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Lücking S. 255

Lücking informiert über den Wunsch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, Japan zu besuchen, und formuliert die diesbezügliche Haltung der Bundesregierung.

58 01.03. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 257

Ruth legt vier Vermerke zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Owen vor. Themen waren die MBFR-Verhandlungen, der französische Vorschlag einer Europäischen Abrüstungskonferenz, die SALT-Verhandlungen und die geplante TNF-Modernisierung sowie eine mögliche Modifizierung des WEU-Vertrags.

59 01.03. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 263

Ruth erläutert den Vorschlag des britischen Außenministers Owen für ein Interimsabkommen bei MBFR und gibt die Einschätzung des Bundesministers Genscher wieder.

60 01.03. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit S. 267

Stabreit faßt die Ergebnisse der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ zusammen. Schwerpunkte waren das KSZE-Expertentreffen zu Mittelmeerfragen in Valletta, der Mißbrauch diplomatischer Privilegien, die Rolle der EPZ in der UNO-Generalversammlung, die Lage in Afrika und der Zypern-Konflikt. Weitere Themen waren die Entwicklung im Jemen und in Indochina sowie das Verhältnis der UdSSR zur Volksrepublik China.

61 01.03. Botschafter Wickert, Peking, an das Auswärtige Amt S. 279

Wickert berichtet über den Abbruch des Besuchs des indischen Außenministers Vajpayee in der Volksrepublik China nach dem Einmarsch chinesischer Truppen in Vietnam.

62 01.03. Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 280

Pfeffer gibt Informationen über den Besuch des Staatssekretärs im norwegischen Verteidigungsministerium, Holst, in Moskau wieder.

63 02.03. Drahterlaß des Ministerialdirektors Blech S. 283

Blech teilt mit, daß die Bundesregierung beabsichtige, ihre Vorschläge zu den begleitenden Maßnahmen bei MBFR demnächst offiziell in die NATO einzuführen.

64 03.03. Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 286

Pfeffer berichtet, daß der Ständige NATO-Rat bei einem informellen Treffen den chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg erörtert habe.

65 05.03. Ministerialdirektor Blech an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 291

Blech bittet, dem Ständigen NATO-Rat den Vorschlag der Bundesrepublik zu erläutern, im Zuge der TNF-Modernisierung eine Special Group zu Rüstungskontrollfragen einzurichten.

66 06.03. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierminister Callaghan S. 293

Schmidt und Callaghan sprechen über die innenpolitische Situation in Großbritannien, die Lage in Indochina und im Nahen Osten sowie den britischen Beitrag zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei.

67 06.03. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter S. 298

Themen sind die Vorbereitungen für die Nahost-Reise Carters und die anstehende sicherheitspolitische Debatte im Bundestag.

68 06.03. Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 301

Fiedler übermittelt eine Einschätzung zur Nahost-Reise des amerikanischen Verteidigungsministers Brown.

69 06.03. Botschafter Schlagintweit, Djidda, an das Auswärtige Amt S. 303

Schlagintweit spricht sich für eine Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Saudi-Arabien im Sicherheitsbereich aus.

70 07.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Präsidenten der Weltbank, McNamara S. 305

Themen sind die Leistungsfähigkeit des IWF, die Lage in der Türkei, die ägyptische Wirtschaft, die Politik der Industriestaaten gegenüber den Entwicklungsländern, die Bemühungen um Errichtung eines Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe, UNCTAD V und die Höhe des Kapitals der Weltbank.

71 07.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 312

Blech äußert sich zur revidierten Interpretationserklärung der USA zur Nichtumgehungsklausel in einem SALT-II-Vertrag.

72 07.03. Ministerialdirektor Lautenschlager an Botschafter Herbst, Paris S. 318

Lautenschlager bittet Herbst, im französischen Außenministerium zu verdeutlichen, daß eine deutsch-französische Vereinbarung über die Entwicklung und Herstellung eines Kampfpanzers eine einvernehmliche Regelung für den Export in dritte Staaten enthalten muß.

73 07.03. Botschafter Grabert, Wien, an das Auswärtige Amt S. 320

Grabert übermittelt eine Aufzeichnung über ein Gespräch des Bundeskanzlers Kreisky mit dem sowjetischen Botschafter in Wien, Jefremow.

74 09.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel S. 323

Stoessel erläutert das Schreiben des Präsidenten Carter an den Bundeskanzler zu MBFR. Schmidt weist darauf hin, daß sich die Bundesrepublik mit drei der neun begleitenden Maßnahmen, die nach amerikanischer Auffassung als Paket in die MBFR-Verhandlungen eingebracht werden sollen, nicht einverstanden erklären könne.

75 09.03. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 327

Staden skizziert die Diskussion in den USA über eine zukünftige Ausgestaltung der amerikanischen Verteidigungsstrategie.

76 12.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 331

Blech spricht sich dafür aus, daß die Bundesrepublik bei der zweiten Vorkonferenz der UNO-Waffenkonferenz den Vorschlag für das Verbot von Brandwaffen mit einbringen sollte.

77 12.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 334

Meyer-Landrut befürwortet die Fortsetzung der Ausrüstungshilfe an Somalia im Bereich des Polizeiwesens.

78 12.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hansen S. 337

Hansen analysiert mit der Grauzone zusammenhängende Fragen und kommt zu dem Ergebnis, daß in der öffentlichen Diskussion nicht die Parität bei den strategischen Nuklearwaffen, sondern die Disparität im Mittelstreckenbereich als der Kern des Problems herausgestellt werden sollte.

79 13.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierminister Callaghan in Paris S. 347

Schmidt und Callaghan erörtern die Schreiben des Präsidenten Carter zu MBFR, vor allem zur Frage von begleitenden Maßnah-

men, und den Vorschlag des britischen Außenministers Owen für ein Interimsabkommen.

80 13.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 352

Blech befaßt sich mit Äußerungen des Bundeskanzlers vor dem Bundestag zur Kollektivität bei MBFR und benennt deren Rückwirkungen im Bündnis.

81 14.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel S. 355

Stoessel übermittelt den Wunsch der amerikanischen Regierung, den ägyptisch-israelischen Friedensvertrag durch eine Demarche in gemäßigten arabischen Staaten zu unterstützen. Außerdem werden die Bemühungen um eine Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei thematisiert.

82 15.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem jamaikanischen Außenminister Patterson S. 359

Schmidt und Patterson sprechen über eine Beteiligung der Bundesrepublik an der Caribbean Group for Cooperation in Economic Development, die Auswirkungen der Ölpreiserhöhung und andere wirtschaftliche Fragen.

83 15.03. Runderlaß des Legationsrats I. Klasse Oehms S. 363

Oehms faßt die Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rats in Paris zusammen. Neben der Verkündung des Inkrafttretens des EWS wurden Fragen der Energieversorgung und die Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie die wirtschaftliche und soziale Lage der Gemeinschaft diskutiert. Frankreich äußerte den Wunsch nach einer Revision von Teilen des EURATOM-Vertrags.

84 15.03. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 367

Gaus berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Graf Lambsdorff mit dem Mitglied des SED-Politbüros, Mittag, in Ost-Berlin. Thema war die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

85 19.03. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Elbe S. 373

Elbe faßt einen Meinungsaustausch mit Vertretern des BND über die Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik der DDR zusammen.

86 20.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher S. 376

Christopher unterrichtet den Bundeskanzler über die bevorstehende Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags. Erörtert werden ferner mögliche Maßnahmen der Arabischen Liga gegen Ägypten, die Lage im Iran und die Bemühungen um eine Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei.

87 20.03. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 385

Pauls berichtet über mögliche Auswirkungen der sicherheitspolitischen Debatte in der Bundesrepublik auf die übrigen NATO-Mitgliedstaaten.

88 22.03. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 387

Pauls benennt die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik, der USA und der UdSSR im Zusammenhang mit den MBFR- und SALT-Verhandlungen sowie der geplanten TNF-Modernisierung der NATO.

89 23.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem griechischen Verteidigungsminister Averoff-Tossizza S. 392

Schmidt erläutert die Gründe der Bundesrepublik, im Zuge des griechischen EG-Beitritts eine einseitige Erklärung zur Freizügigkeit abzugeben. Gegenstand des Gesprächs sind ferner die Beziehungen Griechenlands zur Türkei, zu Jugoslawien und Bulgarien.

90 23.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 397

Blech erläutert den Entwurf eines Arbeitspapiers und einer „Draft Guidance" der Bundesrepublik, die als Grundlage für abschließende Beratungen in der NATO über begleitende Maßnahmen bei MBFR dienen sollen.

91 23.03. Botschafter Schmidt-Dornedden, Amman, an das Auswärtige Amt S. 403

Schmidt-Dornedden berichtet über ein Gespräch mit Kronprinz Hassan. Gegenstand war die Haltung Jordaniens zur Nahost-Reise des Präsidenten Carter und zum ägyptisch-israelischen Friedensvertrag.

92 27.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit UNO-Generalsekretär Waldheim S. 408

Schmidt und Waldheim diskutieren über die Entwicklung im Nahen Osten nach Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags, über die Zypern-Frage sowie die Lage im Iran

und in Indochina. Erörtert werden auch Möglichkeiten einer effektiven Hilfe für die Entwicklungsländer.

93 28.03. Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 417

Pfeffer berichtet über die Haltung Frankreichs zum Vorschlag der Bundesrepublik, eine Special Group der NATO einzurichten.

94 29.03. Deutsch-ägyptisches Regierungsgespräch S. 421

Bundeskanzler Schmidt und Präsident Sadat erörtern im großen Kreis die Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags, die Reaktionen der arabischen Staaten, die finanzielle und wirtschaftliche Situation Ägyptens und dessen Wunsch nach Unterstützung durch die Bundesrepublik.

95 29.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit einer Delegation des American Jewish Committee S. 428

Gegenstand des Gesprächs sind die Debatte in der Bundesrepublik über die Verjährung von Mord und Völkermord sowie die Menschenrechtspolitik der Bundesrepublik und der USA.

96 02.04. Botschaftsrat I. Klasse Venzlaff, Addis Abeba, an das Auswärtige Amt S. 431

Venzlaff bewertet die von äthiopischen Regierungskreisen auf informellem Weg an die Botschaft herangetragene Bitte um Vermittlung in den Konflikten im Ogaden und in Eritrea.

97 03.04. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Diouf in Dakar S. 435

Erörtert werden die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Senegal, die Lage in Zaire und die Auswirkungen des Bürgerkriegs in Angola.

98 03.04. Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt S. 438

Dannenbring resümiert Informationen des amerikanischen Außenministers Vance zum ägyptisch-israelischen Friedensvertrag.

99 04.04. Vortragender Legationsrat von Studnitz an Botschafter von Staden, Washington S. 442

Studnitz übermittelt ein Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an Präsident Carter, in dem die Haltung der Bundesregierung zur Frage von begleitenden Maßnahmen bei MBFR dargelegt wird.

100 04.04. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt S. 444

Herbst analysiert die Diskussion in Frankreich über die Deutsche Frage, als deren Kern er die französische Furcht vor einer außenpolitischen Neuausrichtung der Bundesrepublik identifiziert.

101 05.04. Botschafter Ruth an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 449

Ruth übermittelt den Text einer einführenden Stellungnahme zum Vorschlag der Bundesrepublik, eine Special Group der NATO zu den rüstungskontrollpolitischen Aspekten einer TNF-Modernisierung zu bilden.

102 05.04. Gesandter Lewalter, Brasilia, an das Auswärtige Amt S. 454

Lewalter faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Figueiredo zusammen. Themen waren wirtschaftliche und politische Folgen des Ölpreisanstiegs, die Lage im Nahen Osten nach der Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags, der Einfluß der UdSSR in Afrika, Fragen der Entwicklungspolitik, Rüstungskontrolle und Entspannungspolitik, die Entwicklung in Lateinamerika sowie die Beziehungen Brasiliens zu den USA und zur Bundesrepublik.

103 09.04. Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 463

Strenziok wertet die Hinrichtung des ehemaligen Ministerpräsidenten Hoveyda als Zeichen dafür, daß von der jüngst proklamierten Islamischen Republik Iran die Beachtung der Grundsätze westlicher Rechtsstaatlichkeit nicht zu erwarten sei.

104 10.04. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Richter Prada in Lima S. 465

Die Gesprächspartner erörtern die Erschließung der peruanischen Erdölvorkommen, Fragen des Kapitalexports und der Entwicklungspolitik, die sozialrevolutionären Ziele der peruanischen Militärregierung und eine Zusammenarbeit bei archäologischen Projekten.

105 10.04. Botschafter Wickert, Peking, an das Auswärtige Amt S. 471

Wickert weist darauf hin, daß die These von der Unvermeidbarkeit eines neuen Weltkriegs für die Außenpolitik der Volksrepublik China keine maßgebliche Bedeutung mehr besitze.

106 10.04. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 474

Nach einem Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Dobrosielski skizziert Jung die polnische Haltung zur Frage der Streitkräftedaten bei MBFR.

107 14.04. Botschafter Fröwis, Kampala, an das Auswärtige Amt S. 477

Fröwis berichtet über die Einsetzung des ugandischen Oppositionspolitikers Lule als Präsident nach der Einnahme Kampalas durch tansanische Truppen.

108 18.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager S. 480

Lautenschlager empfiehlt, dem Ersuchen Saudi-Arabiens nach Lieferung des Flakpanzers „Gepard" nicht zu entsprechen.

109 24.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel S. 483

Anläßlich der Übergabe eines Schreibens des amerikanischen Außenministers Vance an Bundesminister Genscher werden Schritte zur Lösung der Konflikte in Namibia und Rhodesien, die Lage im Nahen Osten nach Abschluß des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags, SALT, neue Bestimmungen der DDR für ausländische Journalisten, die Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei und die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Kuba erörtert.

110 25.04. Botschafter Simon, Helsinki, an das Auswärtige Amt S. 491

Simon berichtet über die Flucht eines Diplomaten aus der DDR, der mit Hilfe der Botschaft in die Bundesrepublik ausgereist war.

111 25.04. Botschafter Simon, Helsinki, an das Auswärtige Amt S. 493

Simon erläutert die Erwägungen, welche die Botschaft zur Hilfe für einen zur Flucht entschlossenen Diplomaten aus der DDR veranlaßten.

112 26.04. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 496

Ruth gibt einen Überblick zu den Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über ein Verbot von Anti-Satelliten-Systemen.

113 26.04. Botschafter Pauls und Generalinspekteur Brandt, Bundesministerium der Verteidigung, z. Z. Boeing 707, an das Auswärtige Amt S. 498

Pauls und Brandt berichten über die Beratungen der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO zu den Themen SALT, sowjetische Kernwaffenrüstung und TNF-Modernisierung.

114 27.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann S. 505

Hofmann vermerkt Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Apel zur TNF-Modernisierung der NATO und der Führungsrolle der USA.

115 27.04. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vogeler S. 509

Vogeler informiert über eine Ressortbesprechung bei Bundeskanzler Schmidt zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei.

116 30.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Botschafter Meroz S. 512

Erörtert werden die Haltung Saudi-Arabiens und Jordaniens zum ägyptisch-israelischen Friedensvertrag, die Maßnahmen der Arabischen Liga gegen Ägypten sowie die Haltung Israels zur PLO.

117 30.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ägyptischen Botschafter Sirry S. 516

Im Mittelpunkt steht die Haltung der arabischen Staaten zu Ägypten nach Abschluß des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags. Außerdem werden die Einbeziehung der Palästinenser in den Friedensprozeß sowie die innenpolitische Machtbalance in Jordanien und Syrien angesprochen.

118 30.04. Gespräch des Staatssekretärs van Well mit den Botschaftern Brunet (Frankreich), Stoessel (USA) und Wright (Großbritannien) S. 521

Themen sind die 10. Tagung des ZK der SED, Spekulationen in den Medien zur Deutschen Frage, neue Bestimmungen der DDR für ausländische Journalisten, die Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament und der Berlin-Besuch des UNO-Generalsekretärs Waldheim.

119 30.04. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt S. 530

Herbst resümiert ein Gespräch mit dem Publizisten Raymond Aron über dessen Aufenthalt in der Bundesrepublik.

120 02.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in Sofia S. 532

Themen sind Reisen von Politikern der Bundesrepublik nach Bulgarien, der Ölpreisanstieg und die Wirtschaftslage, die Energiepolitik, der Reaktorunfall bei Harrisburg, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie deutsche Kriegsgräber in Bulgarien.

121 02.05. Aufzeichnung des Legationsrats Hennig S. 541

Hennig resümiert eine amerikanische Unterrichtung zum Stand der Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über ein Verbot chemischer Waffen.

122 03.05. Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in Sofia S. 546

Neben der Wirtschaftspolitik Bulgariens werden dessen Beziehungen zu Jugoslawien sowie Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle erörtert. Außerdem werden die bilateralen Handelsbeziehungen angesprochen.

123 03.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jordanischen Botschafter al-Nimer S. 557

Die Gesprächspartner analysieren die Lage im Nahen Osten nach Abschluß des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags und befassen sich mit Äußerungen des Präsidenten Sadat über Saudi-Arabien.

124 04.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in der Residenz Euxinograd S. 560

Erörtert werden Pläne für die Entwicklung der bulgarischen Wirtschaft, die Zusammenarbeit der Balkan-Staaten, die Zukunft Jugoslawiens und dessen Rolle in der Bewegung der Blockfreien sowie die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW.

125 04.05. Botschafter von Pachelbel-Gehag, Beirut, an das Auswärtige Amt S. 546

Pachelbel-Gehag unterrichtet über ein Gespräch mit dem Vertreter der PLO, el-Hindi, zu einer möglichen Freilassung von in der Bundesrepublik wegen Vorbereitung eines Terroranschlags inhaftierten Palästinensern.

126 07.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Senator Muskie S. 568

Anläßlich der Übergabe eines Schreibens des Präsidenten Carter werden die Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei, die amerikanisch-türkischen Beziehungen, Fragen der Energie- und Wirtschaftspolitik, der Reaktorunfall bei Harrisburg, die Lage im Nahen Osten, die Situation an der NATO-Südflanke, MBFR, SALT II und die TNF-Modernisierung erörtert.

127 08.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Kekkonen S. 574

Die Gesprächspartner befassen sich mit den Verhandlungen über ein umfassendes Teststoppabkommen, SALT II, MBFR sowie mit den Handelsbeziehungen zwischen Finnland und der Bundesrepublik und den finnisch-sowjetischen Beziehungen.

128 09.05. Botschafter Oncken, Neu Delhi, an das Auswärtige Amt S. 579

Oncken informiert über ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Woronzow. Erwähnung fanden Fragen der indischen Innenpolitik, Pakistan, der Spionagefall Guillaume und der sowjetische Waffeneinsatz während des Ussuri-Konflikts.

129 10.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bosch S. 583

Bosch notiert ein Gespräch des Staatssekretärs Hermes mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Geschäftsleitung von Messerschmidt-Bölkow-Blohm, Hort. Gegenstand war die Haltung der Bundesregierung zur Lieferung von Rüstungsgütern aus deutsch-französischer Kooperation an die Volksrepublik China.

130 10.05. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 585

Pauls resümiert die Konsultationen zu Ost-West-Fragen im Ständigen NATO-Rat. Im Mittelpunkt stand der Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, über einen Nichtangriffspakt zwischen den Unterzeichnern der KSZE-Schlußakte.

131 11.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Carrington in London S. 589

Genscher berichtet über sein Gespräch mit dem spanischen Außenminister Oreja. Außerdem werden Rhodesien, Namibia, Südafrika, Fragen der Menschenrechte, SALT II, MBFR, die TNF-Modernisierung und Auswirkungen des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags angesprochen.

132 11.05. Deutsch-britisches Regierungsgespräch in London S. 601

Die Gesprächspartner erörtern die britischen Beitragszahlungen zum EG-Haushalt und das Europäische Währungssystem. Sie befassen sich ferner mit der Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei, der Sanierung der britischen Wirtschaft, SALT II, der TNF-Modernisierung, der Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament, Fragen der Entspannungspolitik, Rhodesien und Namibia sowie mit Rüstungslieferungen an die Volksrepublik China.

133 11.05. Ministerialdirigent Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 609

Bertele benennt innenpolitische Gründe für die Entscheidung der DDR, die Arbeitsmöglichkeiten westlicher Journalisten einzuschränken.

134 14.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Kronprinz Fahd S. 613

Schmidt und Fahd befassen sich mit der Haltung Saudi-Arabiens zum ägyptisch-israelischen Friedensvertrag und zu Israel, mit der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten vom 26. März, der Palästina-Frage, dem Besuch Präsident Sadats in der Bundesrepublik, der Rolle des Ministerpräsidenten Begin, der Nahost-Politik der UdSSR, den Beziehungen zwischen den USA und Israel, der Haltung der Bundesrepublik zur PLO sowie mit Fragen der Erdölversorgung.

135 14.05. Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher S. 621

Themen sind die Beziehungen zwischen der Türkei, Griechenland und Zypern, das Kernwaffenprogramm Pakistans sowie dessen Beziehungen zu Afghanistan und Indien, die Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament, die Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten ausländischer Journalisten in der DDR sowie die Verhandlungen zwischen der DDR und den USA über einen Konsularvertrag.

136 14.05. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 627

Meyer-Landrut nimmt das Ersuchen der südafrikanischen Regierung für ein Agrément zur Bestellung eines neuen Militärattachés zum Anlaß, die Auflösung des südafrikanischen Militärattachéstabs in Bonn vorzuschlagen.

137 14.05. Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin Siebourg S. 635

Siebourg faßt den Verlauf des informellen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Mercuès/Cahors zusammen. Angesprochen wurden der ägyptisch-israelische Friedensvertrag und die Verlängerung des UNIFIL-Mandats durch den UNO-Sicherheitsrat, der Besuch des israelischen Außenministers Dayan in Paris, die Haltung der EG zur PLO, die Lage im Libanon und im Iran, Rhodesien, Namibia und Südafrika, die Direktwahlen zum Europäischen Parlament sowie die Türkei und der EG-Beitritt Griechenlands.

138 14.05. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 647

Pauls resümiert die Diskussion auf der Ministersitzung der Eurogroup der NATO zur Strategie des Bündnisses und zur TNF-Modernisierung.

139 15.05. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 651

Staden berichtet über das Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski. Neben MBFR, SALT und der TNF-Modernisierung wurden die Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei, die wachsende politische Rolle des Islam sowie die bilateralen Beziehungen erörtert.

140 16.05. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 654

Pauls informiert über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung der NATO. Vor dem Hintergrund des fortgesetzten Aufwuchses der sowjetischen Streitkräfte wurden die Maßnahmen der NATO zur Stärkung ihrer Verteidigungskraft bewertet.

141 17.05. Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg an Staatssekretär Hermes, z.Z. Caracas S. 662

York übermittelt die Ergebnisse der Sitzung des Nuklearkabinetts der Bundesregierung. Behandelt wurden der Reaktorunfall bei Harrisburg, die Errichtung eines nuklearen Entsorgungszentrums in Gorleben, die internationale Initiative des Bundeskanzlers Schmidt für Reaktorsicherheit und die Gespräche mit den USA über die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Argentinien im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

142 17.05. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann an die Botschaft in Ankara S. 666

Hofmann informiert über Gespräche in Ankara, bei denen die Haltung der türkischen Regierung zur TNF-Modernisierung und zur NATO dargelegt wurde.

143 17.05. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 669

Pauls faßt die Beratungen der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung der NATO über SALT und die TNF-Modernisierung zusammen.

144 18.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann S. 676

Hofmann resümiert die Konsultationen zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden über Verteidigungs- und Sicherheitsfragen in Den Haag. Im Mittelpunkt standen die innenpolitischen Widerstände in den Niederlanden gegen eine TNF-Modernisierung der NATO.

145 18.05. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 678

Pauls informiert über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO. Angesprochen wurden die Verteidigungshilfe für die Türkei und Portugal, AWACS sowie die Lage im Nahen Osten und am Persischen Golf.

146 18.05. Botschafter Dreher, Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 683

Dreher berichtet über Gespräche im niederländischen Außenministerium. Anlaß waren von polnischer Seite an die Niederlande herangetragene Sorgen über eine mögliche Wiedervereinigung Deutschlands.

147 19.05. Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an Präsident Carter S. 685

Im Hinblick auf den SALT-II-Vertrag betont Schmidt nochmals die Bedeutung der amerikanischen Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel. Außerdem übermittelt er ein Memorandum der Bundesregierung zu SALT III und der TNF-Modernisierung der NATO.

148 21.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 691

Themen sind SALT II, die TNF-Modernisierung der NATO und das Kräfteverhältnis im Bereich der Mittelstreckenwaffen, MBFR, das KSZE-Folgetreffen in Madrid, die Beziehungen der UdSSR zur Volksrepublik China und zu Vietnam, Fragen der Energiepolitik und der Reaktorsicherheit, die Ausweisung von ZDF-Korrespondenten aus der UdSSR, die Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament sowie die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

149 23.05. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 700

Staden gibt ein Telefongespräch mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, zur Vorbereitung des Besuchs von Bundeskanzler Schmidt in den USA wieder.

150 24.05. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 701

Gaus informiert über ein Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros der SED, Herrmann, zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Schwerpunkte waren die Reaktion der Bundesregierung auf die Ausweisung eines ZDF-Korrespondenten und eine mögliche Ausdehnung der Kfz-Steuer auf Lkw und Omnibusse aus der DDR.

151 25.05. Aufzeichnung des Staatssekretärs van Well S. 705

Van Well resümiert seine Gespräche in Warschau über die Fortsetzung der Ausreiseregelung für Spätaussiedler und die Gewährung eines Finanzkredits an Polen.

152 25.05. Botschafter Ahrens, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 711

Ahrens unterrichtet über die Gespräche des Staatssekretärs van Well mit dem Sekretär des ZK der PVAP, Frelek, in Warschau. Erörtert wurden der Stand der Entspannungspolitik, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, vertrauensbildende Maßnahmen im Rahmen der KSZE, die Lage in Kambodscha und der chinesisch-vietnamesische Grenzkrieg, Fragen der bilateralen Beziehungen sowie der SALT-II-Vertrag.

153 29.05. Botschafter Peckert, Damaskus, an das Auswärtige Amt S. 717

Nach einem Gespräch mit einem Berater des syrischen Präsidenten umreißt Peckert die Haltung Syriens zur Nahost-Politik der Bundesregierung.

154 30.05. Ministerialdirektor Blech, z. Z. Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 722

Blech berichtet über das Vierertreffen der Außenminister am Vortag der NATO-Ministerratstagung in Den Haag. Im Mittelpunkt standen die Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament, der Deutschland- und Berlin-Passus im Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung und die Erstreckung von Abrüstungsabkommen auf Berlin (West). Außerdem wurden die innere Lage der DDR, die Verhandlungen zwischen den USA und der DDR über einen Konsularvertrag sowie der Besuch des französischen Außenministers in Ost-Berlin angesprochen.

155 30.05. Ministerialdirektor Blech, z. Z. Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 731

Blech faßt das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance zusammen. Themen waren begleitende Maßnahmen bei MBFR, die TNF-Modernisierung und das bevorstehende Gipfeltreffen zwischen Präsident Carter und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Wien.

156 31.05. Ministerialdirektor Blech, z. Z. Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 736

Blech informiert über die Beratungen der NATO-Ministerratstagung in Den Haag zur TNF-Modernisierung und zum Fortgang der SALT-Verhandlungen, zu MBFR, zu einer Europäischen Abrüstungskonferenz und zum Kommuniqué der Tagung

der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts in Budapest.

157 01.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Barre S. 745

Erörtert werden Energiefragen, die Entwicklung im Nahen Osten, das Europäische Währungssystem, die Haltung Großbritanniens zur Gemeinsamen Agrarpolitik und zum EG-Haushalt sowie der Umfang des Europäischen Entwicklungsfonds und der geplante Bau des französischen Kernkraftwerks Cattenom.

158 01.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem kubanischen Außenminister Malmierca S. 754

Themen sind die kubanische Außenpolitik, insbesondere die Anwesenheit kubanischer Truppen in afrikanischen Staaten, die Beziehungen Kubas zu den USA sowie die bevorstehende Konferenz der blockfreien Staaten in Havanna. Außerdem werden die außenpolitischen Grundsätze der Bundesrepublik und die Entwicklungshilfeleistungen der sozialistischen Staaten angesprochen.

159 01.06. Ministerialdirektor Blech an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 762

Blech resümiert die NATO-Ministerratstagung in Den Haag, bei der die Lage in Namibia, in Rhodesien und im Nahen Osten sowie die Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei im Mittelpunkt standen.

160 05.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Carrington S. 767

Neben Energiefragen werden die Haltung Großbritanniens zum EG-Haushalt, die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags, die geplante TNF-Modernisierung und das Namibia-Problem behandelt.

161 06.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, in Washington S. 775

Schmidt und Brzezinski erörtern das bevorstehende Treffen des Präsidenten Carter mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Wien, die MBFR-Verhandlungen, die Entwicklung im Nahen Osten und den Anstieg der Erdölpreise.

162 06.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter in Washington S. 783

Im Vordergrund stehen Energiefragen, vor allem die steigenden Erdölpreise, und die wirtschaftliche Entwicklung in den USA und der Bundesrepublik.

163 06.06. Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt S. 786

Dannenbring resümiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter über die geplante TNF-Modernisierung, den SALT-II-Vertrag und SALT III sowie die Frage einer Aufhebung der Sanktionen gegen Rhodesien.

164 06.06. Staatssekretär van Well, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt S. 790

Van Well teilt mit, er habe mit dem amerikanischen Außenminister Vance über die geplante TNF-Modernisierung, die Ratifikation des SALT-II-Vertrags, MBFR, die Lage im südlichen Afrika und in Indochina gesprochen.

165 07.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet in Paris S. 794

Die Gesprächspartner befassen sich mit den Reisen von François-Poncet und von Bundeskanzler Schmidt in die USA, der kommenden Tagung des Europäischen Rats, den Verhandlungen über ein neues Abkommen von Lomé und der friedlichen Nutzung der Kernenergie im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften.

166 07.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet in Paris S. 802

Diskutiert werden Fragen der Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik, unter anderem die begleitenden Maßnahmen bei MBFR und der französische Vorschlag einer Europäischen Abrüstungskonferenz.

167 07.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet in Paris S. 805

Genscher und François-Poncet erörtern den Entwurf einer Nahost-Erklärung der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ.

168 07.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager S. 807

Lautenschlager wägt ab, ob der Lieferung von U-Booten an Indien einschließlich der Genehmigung zur Lizenzfertigung weiterer U-Boote sowie einer darüber hinausgehenden Zusammenarbeit in diesem Bereich zugestimmt werden kann.

169 07.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit S. 816

Stabreit informiert über die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ in Paris, das sich mit der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, den „Indochina-Flüchtlingen“ und der Nuklearpolitik Pakistans beschäftigte.

170 07.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit S. 821

Stabreit berichtet über die Beratungen zur Entwicklung im Nahen Osten und zum Europäisch-Arabischen Dialog auf der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ in Paris.

171 07.06. Vortragender Legationsrat Scheel an die Botschaft in Warschau S. 825

Scheel teilt mit, Bundesminister Genscher habe mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Wrzaszczyk Erklärungen darüber ausgetauscht, ob Ausreisen von Spätaussiedlern weiterhin möglich seien.

172 09.06. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 829

Wieck berichtet, der sowjetische Botschafter in Pakistan habe die pakistanische Regierung vor einer weiteren Unterstützung der Aufständischen in Afghanistan gewarnt und auf die Möglichkeit einer militärischen Intervention hingewiesen.

173 11.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Lee Kuan Yew S. 830

Behandelt werden der Ansehensverlust der USA in Asien, die Entwicklungen in Indochina, in der Volksrepublik China und im Nahen Osten sowie Energiefragen.

174 11.06. Gespräch des Staatssekretärs van Well mit den Botschaftern Brunet (Frankreich), Stoessel (USA) und Wright (Großbritannien) S. 837

Die Gesprächspartner erörtern die Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament, die innerdeutschen Beziehungen, die Reise von Papst Johannes Paul II. nach Polen und die französische Initiative für eine Europäische Abrüstungskonferenz.

175 11.06. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 843

Staden berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Brown zur geplanten TNF-Modernisierung und zur Einlagerung von amerikanischem Militärmaterial in der Bundesrepublik.

176 12.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Martens S. 847

Schmidt und Martens befassen sich mit der innenpolitischen Lage in Belgien, Energiefragen und der TNF-Modernisierung.

177 13.06. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing S. 852

Themen sind die Direktwahlen zum Europäischen Parlament, der SALT-II-Vertrag, Energiefragen und die bevorstehende Tagung des Europäischen Rats.

178 18.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa, Haig S. 858

Schmidt und Haig erörtern die Rolle der Bundesrepublik bei der geplanten TNF-Modernisierung der NATO und sprechen über die Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Integration der Allianz.

179 18.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Heick, Bundeskanzleramt S. 861

Heick gibt einen Bericht des Bundeskanzlers Schmidt über dessen Gespräch mit einer führenden Persönlichkeit der OPEC wieder. Neben der Entwicklung des Erdölpreises wurde eine Wiederaufnahme der KIWZ zur Unterstützung der Entwicklungsländer angesprochen.

180 19.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Oberst Ghadafi in Tripolis S. 866

Genscher und Ghadafi legen grundsätzliche außenpolitische Positionen der Bundesrepublik bzw. Libyens dar, insbesondere zum Nahost-Konflikt.

181 19.06. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 871

Auf der Basis der Information des Ständigen NATO-Rats durch die USA berichtet Pauls über das Treffen des Präsidenten Carter mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Wien.

182 20.06. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter S. 880

Gegenstand des Gesprächs sind das Treffen des Präsidenten Carter mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Wien, Fragen der Energiepolitik, die anstehende Tagung des Europäischen Rats und der Aufenthalt Schmidts in Moskau bei seinem Flug zum Weltwirtschaftsgipfel in Tokio.

183 20.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem zyprischen Außenminister Rolandis S. 883

Genscher und Rolandis sprechen über den Zypern-Konflikt und die Wiederaufnahme der Volksgruppengespräche.

184 21.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Desai S. 887

Themen sind die Lage in Indochina, die Nichtverbreitung von Kernwaffen, die amerikanisch-sowjetischen und die chinesisch-indischen Beziehungen sowie Energiefragen.

185 21.06. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 893

Pauls berichtet über eine Sitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO zur Sicherheitslage im Nahen Osten und am Persischen Golf.

186 24.06. Botschafter Schlagintweit, Djidda, an das Auswärtige Amt S. 899

Schlagintweit berichtet über das Gespräch der Bundesminister Genscher und Graf Lambsdorff mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal zu Energiefragen.

187 24.06. Botschafter Schlagintweit, Djidda, an das Auswärtige Amt S. 902

Schlagintweit informiert über das Gespräch der Bundesminister Genscher und Graf Lambsdorff mit König Khalid und Kronprinz Fahd, bei dem Fragen der Energiepolitik im Vordergrund standen.

188 25.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau S. 905

Angesprochen werden das Treffen des Präsidenten Carter mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Wien, die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags durch den amerikanischen Senat, SALT III, die MBFR-Verhandlungen, die Beziehungen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China, der Weltwirtschaftsgipfel in Tokio und die bilateralen Beziehungen.

189 25.06. Botschafter Schlagintweit, Djidda, an das Auswärtige Amt S. 918

Schlagintweit berichtet über das Gespräch der Bundesminister Genscher und Graf Lambsdorff mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal zum Nahen Osten.

190 26.06. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll S. 922

Boll informiert über die Tagung des Europäischen Rats in Straßburg, auf deren Tagesordnung die Direktwahlen zum Europäischen Parlament, das Europäische Währungssystem und Energiefragen standen.

191 27.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenminister Sonoda in Tokio S. 926

Genscher und Sonoda behandeln Tagesordnungspunkte des anstehenden Weltwirtschaftsgipfels, darunter das Problem der „Indochina-Flüchtlinge", und den Entwurf einer Erklärung zum Nahen Osten.

192 27.06. Botschafter Boss, Bangkok, an das Auswärtige Amt S. 931

Boss berichtet über das Gespräch der Bundesminister Genscher und Graf Lambsdorff mit Ministerpräsident Kriangsak zur Lage in Indochina und zum Flüchtlingsproblem.

193 29.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt S. 936

Ruhfus resümiert ein Gespräch mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, und dem Generalsekretär des französischen Präsidialamts, Wahl, in Tokio. Schwerpunkte waren SALT III und die geplante Produktion der MX-Rakete, Rüstungslieferungen an die Volksrepublik China sowie die Lage im Iran und in Afghanistan.

194 29.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer S. 940

Fleischhauer äußert sich zur Frage der Fortführung von Ausreisen nach Auslaufen des deutsch-polnischen Ausreiseprotokolls.

195 29.06. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 943

Pauls berichtet über die Konsultationen im Ständigen NATO-Rat zum SALT-II-Vertrag.

196 02.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit S. 951

Stabreit informiert über die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ in Paris. Behandelt wurden die Lage in Indochina, der Europäisch-Arabische Dialog, der Militärputsch in Ghana, der Rhodesien-Konflikt und Sicherheitsfragen im Rahmen des KSZE-Prozesses.

197 03.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rückriegel S. 959

Rückriegel befaßt sich mit der Interpretationserklärung der USA zur Nichtumgehungsklausel des SALT-II-Vertrags, die auf der Sitzung des Ständigen NATO-Rats abgegeben wurde.

198 03.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll S. 962

Boll berichtet über den Weltwirtschaftsgipfel in Tokio, der sich hauptsächlich mit Fragen der Energiepolitik beschäftigte.

199 03.07. Botschafter Diehl, Tokio, an das Auswärtige Amt S. 966

Diehl berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Ohira im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels. Neben dem Bereich der Energiepolitik wurde die Bedrohung Japans und der Bundesrepublik durch sowjetische Mittelstreckenwaffen angesprochen.

200 05.07. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 971

Jung analysiert die Perspektiven der MBFR-Verhandlungen nach dem Gipfeltreffen zwischen Präsident Carter und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Wien sowie der MBFR-Initiative der Warschauer-Pakt-Staaten vom 28. Juni.

201 06.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem irakischen Außenminister Hammadi in Bagdad S. 977

Genscher und Hammadi legen die außenpolitischen Grundsätze der Bundesrepublik bzw. des Irak dar und bewerten die Lage im Nahen Osten.

202 06.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnot S. 981

Vor dem Hintergrund der jüngsten Gipfeltreffen unterzieht Arnot amerikanische und französische Einschätzungen zur Rolle verschiedener Mitglieder der sowjetischen Staats- und Parteiführung einer Auswertung.

203 06.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Montfort S. 984

Montfort legt dar, der irakische Außenminister Hammadi habe Bundesminister Genscher bei dessen Besuch im Irak über die Beziehungen seines Landes zu Syrien, Jordanien und Saudi-Arabien informiert sowie eine Einschätzung der Lage im Iran gegeben.

204 09.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer und des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt S. 986

Fleischhauer und Ruhfus resümieren ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Papst Johannes Paul II. Themen waren die Reise des Papstes nach Polen, die Besuche des Bundeskanzlers und des Papstes in lateinamerikanischen Staaten, die Situation der katholischen Kirche in Osteuropa und die katholische Soziallehre.

205 09.07. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche, Casaroli, im Vatikan S. 991

Erörtert werden Möglichkeiten der praktischen Anwendung der katholischen Soziallehre, die Lage in Lateinamerika, die gewachsene Bedeutung der Volksrepublik China, die Ölkrise sowie die Debatte im Bundestag über die Verjährung von Mord und Völkermord.

206 10.07. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Andreotti in Rom S. 1001

Im Mittelpunkt stehen die Frage der Regierungsbildung in Italien, der SALT-II-Vertrag, die geplante TNF-Modernisierung und die friedliche Nutzung der Kernenergie.

207 10.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 1009

Meyer-Landrut beurteilt die Lage in Nicaragua nach Ausrufung einer provisorischen Regierungsjunta durch die Führung der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront.

208 12.07. Gespräch des Ministerialdirektors Meyer-Landrut mit dem israelischen Botschafter Meroz S. 1012

Meyer-Landrut und Meroz erörtern die Reise des Bundesministers Genscher in den Irak und die deutsch-israelischen Beziehungen.

209 13.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk S. 1016

Schenk faßt die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Nordli in Oslo zusammen, bei denen die geplante TNF-Modernisierung, die militärische Lage in Nordeuropa, der SALT-II-Vertrag und SALT III, die Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei sowie Energiefragen besprochen wurden.

210 18.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hofstetter S. 1023

Hofstetter legt dar, der stellvertretende Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Aaron, habe bei seinem Besuch in der Bundesrepublik einen Vorschlag zur geplanten TNF-Modernisierung erläutert.

211 20.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnot S. 1028

Arnot vergleicht die Unterrichtung durch die USA und die UdSSR über das Gipfeltreffen in Wien.

212 24.07. Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem Ständigen Vertreter der DDR, Moldt S. 1033

Mit Blick auf die KSZE-Folgekonferenz in Madrid werden der Sinn einer weiteren Gewaltverzichtserklärung sowie die Abstimmung zwischen begleitenden und vertrauensbildenden Maßnahmen erörtert.

213 25.07. Vortragender Legationsrat Umlauff an die Botschaft in Djidda S. 1037

Umlauff übermittelt ein Schreiben des Bundesministers Baum an den saudi-arabischen Botschafter Nouri Ibrahim zur Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit.

214 25.07. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1040

Staden teilt mit, er sei von Bundeskanzler Schmidt über dessen Telefongespräch mit Präsident Carter unterrichtet worden. Dabei seien SALT, die geplante TNF-Modernisierung und die Regierungsumbildung in den USA behandelt worden.

215 25.07. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1042

Staden berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski. Im Vordergrund standen die Regierungsumbildung in den USA, die Ratifikation des SALT-II-Vertrags und die geplante TNF-Modernisierung.

216 26.07. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1044

Jung resümiert Überlegungen innerhalb der NATO-Mitgliedstaaten zum weiteren Vorgehen nach Abschluß der 18. Runde der MBFR-Verhandlungen und der Initiative der Warschauer-Pakt-Staaten vom 28. Juni.

217 30.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager S. 1049

Lautenschlager schlägt vor, bei Projekten der Rüstungskooperation mit Frankreich und Großbritannien künftig eine Haltung einzunehmen, die französische und britische Exportwünsche stärker berücksichtigt.

218 09.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Carter in Washington S. 1052

Im Mittelpunkt stehen die bilateralen Beziehungen, die geplante TNF-Modernisierung, die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags und die Regierungsumbildung in den USA.

219 09.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance in Washington S. 1056

Genscher und Vance erörtern die Haltung mehrerer Bündnispartner zur geplanten TNF-Modernisierung.

220 09.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Petersen S. 1058

Petersen äußert sich zustimmend zur Lieferung von zwei Krankenwagen an den Palästinensischen Roten Halbmond.

221 10.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, in Washington S. 1060

Genscher und Brzezinski erörtern die amerikanischen Vorschläge zur geplanten TNF-Modernisierung, die Rolle der Türkei bei der Verifikation des SALT-II-Vertrags, den Stationierungsmodus der MX-Rakete, die Nahost-Reise des FDP-Abgeordneten Möllemann, die amerikanische militärische Präsenz im Nahen Osten und die Lage im Iran.

222 10.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 1066

Angesichts einer schrittweisen Liberalisierung in Chile, die auch die Menschenrechte betreffe, spricht sich Meyer-Landrut dafür aus, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der Bundesrepublik zu diesem Staat nach und nach zu intensivieren.

223 10.08. Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1072

Dannenbring berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance zum Nahen Osten. Die Gesprächspartner widmeten sich dabei insbesondere dem Ende des UNEF-Mandats, den israelischen Angriffen auf Ziele im Libanon, einer möglichen Änderung der UNO-Sicherheitsratsresolution Nr. 242 und dem Verhältnis der USA zur PLO.

224 11.08. Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1076

Dannenbring informiert über die Unterredung des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance zur inneren Entwicklung in der DDR und zu den deutsch-deutschen Beziehungen. Außerdem wurden die Situation der Menschenrechte in den Warschauer-Pakt-Staaten und die Reise von Papst Johannes Paul II. nach Polen angesprochen.

225 11.08. Flottillenadmiral Seizinger, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1078

Seizinger unterrichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Brown, bei dem die geplante TNF-Modernisierung und die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags Hauptthemen waren. Ferner wurden MBFR und die Auswirkungen von Konflikten außerhalb des Bündnisbereichs auf den amerikanischen Beitrag zur NATO behandelt.

226 12.08. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1081

Ruth resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance über ein Interimsabkommen und die begleitenden Maßnahmen bei MBFR.

227 12.08. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1085

Ruth faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance zusammen, bei dem Genscher die Position der Bundesregierung zur geplanten TNF-Modernisierung darlegte.

228 13.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem niederländischen Außenminister van der Klaauw S. 1086

Besprochen wurden innenpolitische Aspekte der geplanten TNF-Modernisierung und der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags in den Niederlanden und den USA.

229 13.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1092

Hinsichtlich der begleitenden Maßnahmen bei MBFR schlägt Blech vor, die revidierten amerikanischen Vorschläge zur Ankündigung von Divisionsaktivitäten und der Einladung von Beobachtern anzunehmen.

230 14.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz S. 1099

Seitz resümiert eine Tagung des Rüstungskontroll-Konsortiums in Aspen, auf der die Frage diskutiert wurde, ob die SALT-Verhandlungen den strategischen Interessen der USA dienlich waren.

231 14.08. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 1105

Gaus nimmt Stellung zu einer amerikanischen Aufzeichnung über die innere Entwicklung der DDR.

232 15.08. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Jørgensen auf Bornholm S. 1107

Erörtert werden die Lage in Nicaragua, die Reisen Schmidts in die USA und nach Norwegen sowie sein Aufenthalt in Moskau, die geplante TNF-Modernisierung, ferner Wirtschafts- und Währungsfragen.

233 15.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Sonderbotschafter Entezam S. 1113

Entezam erläutert die innere Entwicklung des Iran. Weiteres Thema sind die Übergriffe iranischer Staatsangehöriger in der Bundesrepublik gegen angebliche Mitglieder des ehemaligen iranischen Geheimdienstes SAVAK.

234 16.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Vrhovec in Zagreb S. 1117

Die Gesprächspartner erörtern die bevorstehende Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten in Havanna, den Nahost-Konflikt, insbesondere die Rolle der PLO, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die Beziehungen Jugoslawiens zu Albanien und Bulgarien sowie das bilaterale Verhältnis.

235 16.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge S. 1135

Dröge rät davon ab, der beabsichtigten Ausbildung ägyptischer und israelischer Kampfflugzeugpiloten in Einrichtungen der amerikanischen Luftwaffe auf dem Bundesgebiet zuzustimmen.

236 17.08. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, auf Hela S. 1138

Schmidt und Gierek befassen sich mit den bilateralen Beziehungen, Wirtschaftsfragen, der Lage im Nahen Osten, SALT und den MBFR-Verhandlungen, der Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenwaffen und der KSZE-Folgekonferenz in Madrid.

237 18.08. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, auf Hela S. 1150

Schmidt und Gierek behandeln MBFR, SALT, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, Wirtschaftsfragen, die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen, die Fortführung von Ausreisen aus Polen, das bilaterale Abkommen über Renten- und Unfallversicherung, den 40. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs sowie die Debatte im Bundestag über die Verjährung von Mord und Völkermord.

238 21.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ungerer S. 1162

Hinsichtlich des sowjetischen Vorschlags, die Bundesrepublik möge die Ausrüstung für sowjetische Kernkraftwerke liefern, schlägt Ungerer vor, der UdSSR ein Non-paper zur Kooperation im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu übergeben.

239 23.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Verbeek S. 1167

Verbeek äußert sich zur Ausstellung von Pässen mit der Eintragung der deutschen Staatsangehörigkeit an Volksdeutsche durch Vertretungen der Bundesrepublik in Jugoslawien.

240 27.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem syrischen Außenminister Khaddam in Damaskus S. 1169

Genscher und Khaddam erörtern die Lage im Nahen Osten, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser sowie die Politik Israels, SALT II und die Entwicklung im Iran.

241 27.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Assad in Damaskus S. 1180

Die Gesprächspartner widmen sich dem Nahost-Konflikt, vor allem der Rolle der USA, dem Rücktritt des amerikanischen UNO-Botschafters Young und dem Europäisch-Arabischen Dialog.

242 28.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem syrischen Außenminister Khaddam in Damaskus S. 1188

Besprochen werden die bevorstehende Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten in Havanna, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den USA sowie der Zusammenhang zwischen Entwicklungshilfe und Rüstungsausgaben.

243 28.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hille S. 1191

Hille vermerkt die Gespräche des Bundesministers Genscher mit Präsident Sarkis, Ministerpräsident Hoss und dem libanesischen Außenminister Boutros in Beirut. Im Mittelpunkt stand die Lage im Libanon nach israelischen Angriffen auf den Süden des Landes.

244 29.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Badran in Amman S. 1198

Badran erläutert die Haltung Jordaniens zu den Konferenzen von Camp David, Genscher die Position der Bundesregierung zum Nahost-Konflikt. Daneben werden bilaterale Wirtschafts- und Finanzfragen thematisiert.

245 29.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit König Hussein in Amman S. 1205

Genscher und Hussein sprechen über den Camp-David-Prozeß und die Entwicklung der PLO.

246 30.08. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing S. 1208

Schmidt berichtet über seinen Besuch in Polen. Die Gesprächspartner analysieren sodann die Wirtschaftspolitik des Ministerpräsidenten Barre und Fragen der Energiepolitik.

247 30.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Kronprinz Hassan in Amman S. 1212

Genscher und Hassan erörtern die Haltung der PLO zum Nahost-Konflikt sowie den Fortgang der Gespräche zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomieregelung für das Westjordanland und den Gaza-Streifen.

248 30.08. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1216

Ruth analysiert die Interessenlage der Bundesrepublik angesichts sowjetischer Äußerungen über einen erweiterten Teilnehmerkreis bei den SALT-III-Verhandlungen.

249 31.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Khalil in Alexandria S. 1219

Im Mittelpunkt stehen die Autonomiegespräche über den Gaza-Streifen und das Westjordanland sowie die Beziehungen Ägyptens zur PLO.

250 02.09. Botschafter Behrends, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 1226

Behrends berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Sadat. Vor dem Hintergrund der Nahost-Reise Genschers wurden die Aussichten für einen Frieden in der Region bewertet.

251 04.09. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, in Budapest S. 1233

Neben den bilateralen Beziehungen befassen sich die Gesprächspartner mit Fragen der europäischen Identität, der Rüstungskontrolle und des militärischen Gleichgewichts, der KSZE sowie mit den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

252 04.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Müller S. 1245

Müller gibt einen Überblick zu den Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Angola über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

253 04.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Nordenskjöld S. 1250

Nordenskjöld vermerkt die Ergebnisse eines Gesprächs des Bundeskanzlers Schmidt mit Bundesminister Genscher zu den rüstungskontrollpolitischen Aspekten der geplanten TNF-Modernisierung der NATO.

254 04.09. Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1254

Pfeffer berichtet über Äußerungen des ehemaligen amerikanischen Außenministers Kissinger zur schwindenden Verläßlichkeit der amerikanischen Nukleargarantie für die europäischen NATO-Partner.

255 05.09. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, in Budapest S. 1259

Schmidt und Kádár erörtern die innenpolitische Lage Ungarns, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Bundesrepublik, das militärische Gleichgewicht in Europa sowie SALT und MBFR.

256 06.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hansen S. 1266

Hansen nennt Optionen, um Pakistan durch multilaterale Aktionen zum Verzicht auf sein Kernwaffenprogramm zu bewegen.

257 07.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1277

Gegenstand ist das Ansinnen der USA, amerikanische Militäreinrichtungen in der Bundesrepublik zur Ausbildung ägyptischer und israelischer Kampfpiloten nutzen zu dürfen.

258 07.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann S. 1280

Hofmann rekapituliert die Bemühungen der Bundesregierung um eine Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen im Schiffbau.

259 07.09. Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1284

Dannenbring übermittelt Informationen des militärischen Nachrichtendienstes der USA zur Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba.

260 09.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Dayan S. 1289

Dayan erläutert den Stand der ägyptisch-israelischen Verhandlungen. Außerdem wird die Nahost-Politik der Bundesre-

gierung, insbesondere ihre Haltung in der Palästina-Frage, diskutiert.

261 10.09. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem israelischen Außenminister Dayan S. 1294

Im Mittelpunkt des Gesprächs steht die Haltung der Bundesregierung in der Palästina-Frage. Daneben werden die Umsetzung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags und die Lage im Libanon angesprochen.

262 11.09. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1302

Staden informiert über ein Gespräch des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO.

263 12.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen S. 1305

Richthofen berichtet über die Bedenken des sowjetischen Gesandten Kwizinskij gegen eine Vertiefung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

264 12.09. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1307

Pauls weist darauf hin, daß Verzögerungen bei der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags den Konsens im Bündnis über die geplante TNF-Modernisierung gefährden könnten.

265 13.09. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll S. 1309

Boll informiert über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Dublin. Themen waren die „Indochina-Flüchtlinge", die Vertretung Kambodschas bei der UNO, der Europäisch-Arabische Dialog, Rhodesien, Chile und Nicaragua.

266 14.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem malaysischen Außenminister Rithauddeen S. 1313

Genscher und Rithauddeen befassen sich mit der Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten in Havanna, der Lage in Kambodscha, den „Indochina-Flüchtlingen" sowie der Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ASEAN.

267 14.09. Gespräch des Ministerialdirektors Meyer-Landrut mit dem ägyptischen Botschafter Sirry S. 1318

Meyer-Landrut unterrichtet Sirry über den Besuch des israelischen Außenministers Dayan. Ein weiterer Gegenstand des

Gesprächs ist die Fortführung des Europäisch-Arabischen Dialogs.

268 14.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt S. 1322

Ruhfus notiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit den Bundesministern Genscher und Apel. Themen waren die Haltung der Bundesregierung zur geplanten TNF-Modernisierung, MBFR und das Drei-Prozent-Ziel des Langfristigen Verteidigungsprogramms der NATO.

269 17.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1326

Blech faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem belgischen Außenminister Simonet zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO und über Simonets Besuch in der DDR zusammen.

270 18.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Malfatti S. 1329

Neben der Frage der begleitenden Maßnahmen bei MBFR befassen sich Genscher und Malfatti mit den Beziehungen Spaniens zu Israel und den arabischen Staaten, der Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten in Havanna und der Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaften mit den ASEAN-Staaten.

271 18.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager S. 1335

Lautenschlager untersucht die veränderte Haltung Frankreichs zum Rüstungsexport in die Volksrepublik China.

272 19.09. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Pertini S. 1337

Im Mittelpunkt des Gesprächs steht die geplante TNF-Modernisierung der NATO. Dabei werden insbesondere der Zusammenhang mit der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags und die sich abzeichnende sowjetische Propagandakampagne erörtert.

273 19.09. Kanzler Tesch, Maskat, an das Auswärtige Amt S. 1343

Tesch übermittelt die Bitte des omanischen Außenministeriums um Unterstützung beim Aufbau einer Minenräum-Flottille zum Schutz der Straße von Hormuz.

274 21.09. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter S. 1345

Die Gesprächspartner verständigen sich über Fragen im Zusammenhang mit der geplanten TNF-Modernisierung der NATO. Es kommen ferner die Stationierung sowjetischer Kampftruppen

auf Kuba und der Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik zur Sprache.

275 21.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Heyken S. 1349

Heyken notiert Äußerungen des Stellvertretenden Abteilungsleiters beim ZK der KPdSU, Falin, zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR im Lichte der geplanten TNF-Modernisierung der NATO.

276 24.09. Legationsrat I. Klasse Daum, Sanaa, an das Auswärtige Amt S. 1351

Daum resümiert vertrauliche Informationen zur Außen- und Innenpolitik der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen).

277 24.09. Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1354

Staden informiert über mögliche Schritte der amerikanischen Regierung bezüglich der Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba.

278 26.09. Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1356

Stabreit berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance. Angesprochen wurden der Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik, die geplante TNF-Modernisierung der NATO, die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens und die Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba, die Lage im Libanon und die Palästina-Frage, das pakistanische Kernwaffenprogramm, die Lage in Nicaragua und die Konflikte im südlichen Afrika.

279 27.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer S. 1362

Nach einer Mittelamerika-Reise skizziert Limmer, wie die Bundesregierung einer Entwicklung Nicaraguas hin zu einem kommunistischen Staat entgegenwirken könne.

280 27.09. Ministerialdirektor Blech, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1371

Wechmar resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Oreja. Themen waren die Beziehungen Spaniens zu Israel und zur PLO, die Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten in Havanna, die Entwicklung Nicaraguas, ein spanischer Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften und zur NATO, Fragen der spanischen Innenpolitik sowie die Kandidaturen der Bundesrepublik und Spaniens für die Präsidentschaft der nächsten UNO-Generalversammlung.

281 27.09. Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1377

Stabreit gibt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko wieder. Mit Blick auf die bilateralen Beziehungen wurde die geplante TNF-Modernisierung der NATO erörtert.

282 28.09. Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1383

Ruth berichtet über die gemeinsame Sitzung der High Level Group und der Special Group der NATO, auf der der weitere Weg zur geplanten TNF-Modernisierung und zu dem damit verbundenen Rüstungskontrollangebot abgestimmt wurde.

283 30.09. Legationsrat I. Klasse Daum, Sanaa, an das Auswärtige Amt S. 1388

Daum legt dar, wie der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) ein Fahndungsersuchen der Bundesrepublik nach deutschen Terroristen übermittelt werden könne.

284 01.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Barre S. 1390

Schmidt und Barre befassen sich mit Fragen der französischen Innenpolitik, dem Anstieg der Ölpreise und dem Ausbau der Kernenergie. Außerdem werden die Wirtschaftslage Großbritanniens, die EG-Agrarpolitik und das Europäische Währungssystem in den Blick genommen.

285 01.10. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1396

Wieck informiert über den Besuch des Abrüstungsausschusses der Sozialistischen Internationale beim ZK der KPdSU.

286 03.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt S. 1399

Ruhfus faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing und Ministerpräsident Barre zusammen. Themen waren die Volksrepublik China, die TNF-Modernisierung der NATO, die Lage in den USA, MBFR, der Besuch Giscard d'Estaings in Berlin (West), das Projekt eines gemeinsamen Fernsehsatelliten, Fragen der Währungspolitik, die deutsch-französische Rüstungskooperation, die Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten in Havanna sowie der Nahe Osten.

287 08.10. Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1407

Pfeffer resümiert die Diskussion im Ständigen NATO-Rat über die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Ost-Berlin.

288 09.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Cossiga S. 1413

Die Gesprächspartner würdigen die bilateralen Beziehungen und behandeln die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags, die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Ost-Berlin, die sowjetischen SS-20-Raketen und die TNF-Modernisierung der NATO. Außerdem werden die Europareise des Ministerpräsidenten Hua Guofeng, die EG-Agrarpolitik und das Europäische Währungssystem angesprochen.

289 09.10. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1425

Jung analysiert Äußerungen von Mitgliedern der sowjetischen MBFR-Delegation über die Vorlage neuer Streitkräftedaten durch die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten.

290 12.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceauşescu in Bukarest S. 1428

Die Gesprächspartner befassen sich mit den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und humanitären Fragen, der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags, der TNF-Modernisierung der NATO und der strategischen Bedeutung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials, dem Ölpreisanstieg sowie der Lage im Nahen Osten.

291 12.10. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an Bundeskanzler Schmidt S. 1441

Gaus unterrichtet über ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Im Mittelpunkt standen die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Ost-Berlin, ein Abkommen über die Steuerbefreiung von Lkw und Omnibussen aus der DDR, ein langfristiges Handels- und Kooperationsabkommen, eine Amnestie in der DDR sowie ein mögliches Treffen zwischen Schmidt und Honecker.

292 14.10. Aufzeichnung des Botschafters Behrends S. 1452

Behrends rekapituliert ein Gespräch mit Präsident Sadat über die Umsetzung des Friedensvertrags mit Israel, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Ägypten sowie die Rolle der PLO im Nahost-Konflikt.

293 15./16. 10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Lynch in Dublin S. 1457

Im Vorfeld der Tagung des Europäischen Rats in Dublin beraten Schmidt und Lynch über den britischen Haushaltsbeitrag, die EG-Agrarpolitik und die Rolle Irlands in den Europäischen Gemeinschaften. Weitere Themen sind die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die Türkei, der Nordirland-Konflikt und Fragen der Energiepolitik.

294 15.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1466

Blech weist darauf hin, daß die im Rahmen der begleitenden Maßnahmen bei MBFR zu vereinbarenden Boden- und Luftinspektionen auch unter deutschlandpolitischen Aspekten zu bewerten seien.

295 15.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnot S. 1471

Arnot läßt das Vorgehen der UdSSR in der Diskussion über die Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba Revue passieren.

296 15.10. Aufzeichnung der Abteilung 2 S. 1474

Die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Ost-Berlin wird im Hinblick auf die MBFR-Verhandlungen und die TNF-Modernisierung der NATO analysiert.

297 17.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Sieger S. 1486

Sieger weist Behauptungen zurück, die Bundesregierung wolle die Volksrepublik China bei der Vergabe von Krediten gleichrangig mit der UdSSR behandeln.

298 19.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut S. 1487

Meyer-Landrut bewertet die Situation in El Salvador nach der Regierungsübernahme durch das Militär.

299 20.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Karamanlis in Hamburg S. 1490

Die Gesprächspartner diskutieren über das Ost-West-Verhältnis vor dem Hintergrund des SALT-II-Vertrags und der geplanten TNF-Modernisierung der NATO.

300 20.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Karamanlis in Hamburg S. 1497

Schmidt und Karamanlis erörtern die wirtschaftliche Lage in Griechenland und in der Bundesrepublik, die angestrebte Rückkehr Griechenlands in die militärische Integration der NATO, das griechisch-türkische Verhältnis, die geplante TNF-Moder-

nisierung und das damit verbundene Rüstungskontrollangebot sowie den Stand der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags.

301 22.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Hua Guofeng S. 1506

Schmidt betont die Notwendigkeit, das militärische und geopolitische Gleichgewicht zu erhalten, und äußert die Ansicht, die Volksrepublik China könne zu einer entsprechenden Stabilisierung beitragen.

302 22.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel S. 1509

Stoessel trägt die Bitte vor zu prüfen, ob auf Kuba wirtschaftlicher Druck ausgeübt werden könne. Genscher und Stoessel behandeln dann den Rücktritt des israelischen Außenministers Dayan, das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Ashford Castle, den Besuch des Ministerpräsidenten Hua Guofeng in der Bundesrepublik sowie die geplante Deutsche Nationalstiftung.

303 22.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1515

Ruth erläutert den amerikanischen Vorschlag, im Zusammenhang mit der geplanten TNF-Modernisierung der NATO eintausend Kernsprengköpfe aus Europa abzuziehen.

304 23.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua S. 1519

Genscher und Huang Hua sprechen über den chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg, die Lage in Kambodscha und Laos sowie das Verhältnis der Volksrepublik China zu Indien und zur UdSSR. Ferner wenden sie sich Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle zu, unter anderem den MBFR-Verhandlungen, und erörtern den Nahost-Konflikt.

305 23.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Hua Guofeng S. 1531

Schmidt erläutert die politische und wirtschaftliche Situation in verschiedenen EG-Mitgliedstaaten sowie den Europäischen Gemeinschaften insgesamt. Er kommt darüber hinaus auf die Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenwaffen zu sprechen. Hua Guofeng beschreibt das chinesisch-sowjetische Verhältnis vor dem Hintergrund des chinesisch-vietnamesischen Grenzkriegs und der nuklearen Aufrüstung der UdSSR.

306 23.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1546

Ruth resümiert Gespräche mit dem stellvertretenden Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Aaron, zur bevorstehenden Entscheidung über die TNF-Modernisierung der

NATO und zur Erstellung eines integrierten Entscheidungsdokuments. Behandelt wurden auch der Stand der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags und die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Ost-Berlin.

307 24.10. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1553

Wieck berichtet über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im ZK der KPdSU, Samjatin, bei dem die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags und die geplante TNF-Modernisierung der NATO im Vordergrund standen.

308 25.10. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hille S. 1557

Gegenstand ist ein Gespräch mit dem Leiter des PLO-Büros in Bonn, Frangieh, über den Selbstmord eines aus der Haft in der Bundesrepublik abgeschobenen Palästinensers.

309 26.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 1560

Im Mittelpunkt stehen die sowjetische Haltung zu SALT II und zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO sowie der Besuch von Ministerpräsident Hua Guofeng in der Bundesrepublik.

310 26.10. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1581

Jung berichtet über ein Gespräch mit dem Leiter der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow, zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO und zu deren möglichen Auswirkungen auf die MBFR-Verhandlungen.

311 29.10. Ministerialdirektor Lautenschlager an Botschafter Herbst, Paris S. 1584

Angesichts fortschreitender Gespräche über die bilaterale Zusammenarbeit bei der Entwicklung eines Kampfpanzers bittet Lautenschlager, im französischen Außenministerium darauf zu drängen, die Demarche der Bundesregierung vom 15. März zu beantworten.

312 30.10. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter S. 1586

Themen sind die italienische und niederländische Haltung zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO, der amerikanische Vorschlag, eintausend Kernsprengköpfe aus Westeuropa abzuziehen, der Besuch von Ministerpräsident Hua Guofeng in der Bundesrepublik und der Stand der SALT-II-Ratifizierung.

313 30.10. Staatssekretär van Well an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 1590

Van Well übermittelt die Stellungnahme der Bundesrepublik für die bevorstehende Erörterung des integrierten Entscheidungsdokuments zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO.

314 31.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher S. 1594

Erörtert werden der Besuch des Ministerpräsidenten Hua Guofeng in der Bundesrepublik und in Großbritannien, die Verfassungskonferenz über Rhodesien und die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Ost-Berlin. Darüber hinaus werden die geplante TNF-Modernisierung der NATO sowie der britische Beitrag zum EG-Haushalt behandelt.

315 31.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Carrington S. 1606

Die Gesprächspartner befassen sich mit der geplanten TNF-Modernisierung der NATO, insbesondere mit der niederländischen Position, sowie mit dem amerikanischen Vorschlag, eintausend Kernsprengköpfe aus Westeuropa abzuziehen. Weitere Schwerpunkte sind die Aussichten für eine Europäische Abrüstungskonferenz im Rahmen der KSZE, die Lage im Nahen Osten und in Südostasien sowie die Verfassungskonferenz über Rhodesien in London.

316 31.10. Deutsch-britisches Regierungsgespräch S. 1621

Hauptthemen sind die Verfassungskonferenz über Rhodesien, die geplante TNF-Modernisierung der NATO und der britische Beitrag zum EG-Haushalt.

317 02.11. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1630

Wieck analysiert Äußerungen des sowjetischen Verteidigungsministers Ustinow, des Ersten Stellvertretenden Außenministers Kornienko und des Abteilungsleiters im ZK der KPdSU, Samjatin, zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO.

318 05.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hoff S. 1634

Anläßlich eines entsprechenden amerikanischen Ersuchens plädiert Hoff dafür, die private und öffentliche Zusammenarbeit mit Kuba im Wirtschafts- und Finanzbereich weiterhin restriktiv zu handhaben.

319 05.11. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen S. 1638

Richthofen teilt mit, Bundesminister Genscher habe in einem Schreiben an den sowjetischen Außenminister Gromyko aus

humanitären Gründen um die Freilassung von Rudolf Heß gebeten.

320 06.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 1641

Nach einem Ausblick auf die Bundestagswahlen 1980 sprechen Genscher und Semjonow über die geplante TNF-Modernisierung der NATO sowie über SALT II und SALT III.

321 06.11. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1653

Pauls berichtet, in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats sei das aus den Berichten der High Level Group und der Special Group kompilierte „integrierte Entscheidungsdokument" zur TNF-Modernisierung und zu einem Rüstungskontrollangebot diskutiert worden.

322 07.11. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident van Agt S. 1658

Schmidt erläutert die Haltung der Bundesregierung zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO, während van Agt auf die Schwierigkeiten der niederländischen Regierung verweist, einen entsprechenden Beschluß innenpolitisch durchzusetzen.

323 08.11. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel S. 1661

Themen sind die Lage im Iran nach der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran, die geplante TNF-Modernisierung der NATO, insbesondere die Haltung der Niederlande, und die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Argentinien im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

324 09.11. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Schöps S. 1668

Schöps legt eine Aufzeichnung über ein Gespräch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Montfort mit dem iranischen Geschäftsträger Navab-Motlagh vor. Unter dem Eindruck der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran wurde auch über eine mögliche Gefährdung der Botschaft der Bundesrepublik gesprochen.

325 09.11. Ministerialdirektor Blech an Botschafter Thomas, Stockholm S. 1670

Blech informiert über ein Gespräch mit dem Staatssekretär im schwedischen Außenministerium, Leifland. Gegenstand war die Äußerung des sowjetischen Stellvertretenden Außenministers Semskow bei dessen Besuch in Schweden, die UdSSR werde auf eine TNF-Modernisierung der NATO mit der Stationierung von SS-21-Raketen reagieren.

326 09.11. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1672

Herbst erläutert die Motive der französischen Regierung für ein verstärktes Engagement in „Mitteleuropa".

327 13.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager S. 1677

Lautenschlager befürwortet die Ablehnung einer Anfrage der amerikanischen Regierung, die Bundesrepublik möge Israel zu Erprobungszwecken 120-mm-Glattrohrkanonen zur Verfügung stellen.

328 13.11. Botschafter Pauls, z.Z. Den Haag, an das Auswärtige Amt S. 1680

Pauls berichtet über die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Den Haag, bei der über den Stand der Dislozierung von strategischen Waffen in den USA und der UdSSR referiert wurde. Erörtert wurden ferner die geplante TNF-Modernisierung der NATO, insbesondere die niederländische Haltung, und die Ankündigung der USA, eintausend Kernsprengköpfe aus Europa abzuziehen.

329 14.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge S. 1687

Dröge resümiert die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO in Den Haag, bei der die Berichte der High Level Group und der Special Group ohne substantielle Änderungen als Basis für die Beschlüsse zur TNF-Modernisierung und für ein Rüstungskontrollangebot angenommen wurden.

330 14.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Lücking S. 1689

Lücking bewertet den Besuch des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing in Berlin (West) aus deutschlandpolitischer Sicht und im Hinblick auf den besonderen Status der Stadt.

331 14.11. Botschafter Ritzel, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 1692

Ritzel übermittelt einen Bericht über eine Demarche von sieben EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ beim iranischen Außenminister Bani Sadr anläßlich der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran.

332 15.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem zairischen Außenminister Nguza Karl-I-Bond S. 1698

Themen sind die Verfassungskonferenz über Rhodesien in London, Berichte über die Ermordung von Kindern in der Provinz Kasai durch zairische Soldaten sowie die Beziehungen der Bundesrepublik und Zaires zu Angola.

333 15.11. Oberst i. G. Meyer-Plath, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 1705

Meyer-Plath analysiert die Motive für die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran sowie das Verhalten des Ayatollah Khomeini und der iranischen Regierung.

334 15.11. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1707

Jung berichtet, die Niederlande und Belgien hätten sich kritisch zu den Vorschlägen der Bundesrepublik und der USA für ein Interimsabkommen bei MBFR geäußert.

335 16.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen S. 1711

Richthofen berichtet über ein Gespräch mit dem Präsidenten des Landessportbundes Berlin, Korber. Der Präsident des NOK, Daume, sei der Auffassung, die UdSSR habe keine Einwände gegen die Teilnahme von Sportlerinnen und Sportlern aus Berlin (West) an den Olympischen Spielen 1980.

336 16.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Derix S. 1712

Derix notiert, der Botschaftsrat an der britischen Botschaft in Bonn, Eyers, habe sich kritisch über die protokollarische Gestaltung des Besuchs von Staatspräsident Giscard d'Estaing in Berlin (West) durch Frankreich geäußert.

337 16.11. Staatssekretär van Well an die Botschaft in Moskau S. 1714

Van Well übermittelt die Antwort des Bundeskanzlers Schmidt auf das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 11. Oktober. Im Mittelpunkt standen die Rede Breschnews in Ost-Berlin und die geplante TNF-Modernisierung der NATO sowie SALT und MBFR.

338 19.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Wirtschaftsminister Patt S. 1718

Die Gesprächspartner erörtern den Fortgang der ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen, die wirtschaftliche Situation in Israel, die Beziehungen Israels zu Spanien sowie die Lage im Iran.

339 20.11. Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Newsom S. 1725

Van Well und Newsom sprechen über die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran, das pakistanische Nuklearprogramm und den bevorstehenden Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko in der Bundesrepublik.

340 21.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem norwegischen Außenminister Frydenlund S. 1731

Hauptthemen waren die geplante TNF-Modernisierung der NATO sowie der anstehende Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko in der Bundesrepublik.

341 21.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko S. 1740

Genscher und Gromyko legen ihre Positionen zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO sowie zu SALT II und SALT III dar.

342 22.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko S. 1748

Die Außenminister erörtern die bilateralen Beziehungen, insbesondere im wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Bereich, sowie humanitäre Fragen.

343 22.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko S. 1759

Genscher schildert die Sorgen der Bundesregierung angesichts des Ungleichgewichts im Mittelstreckenbereich infolge der Dislozierung von sowjetischen SS-20-Raketen. Gromyko betont dagegen, daß nach wie vor ein Kräftegleichgewicht bestehe. Die Gesprächspartner behandeln weitere Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, so die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Ost-Berlin, SALT II, die KSZE und MBFR. Außerdem werden die Konflikte im südlichen Afrika angesprochen.

344 23.11. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko S. 1770

Schmidt und Gromyko sprechen über den Besuch des Ministerpräsidenten Hua Guofeng in der Bundesrepublik, die chinesisch-sowjetischen Beziehungen, die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran, Fragen der Energieversorgung, die innerdeutschen Beziehungen und die geplante TNF-Modernisierung der NATO.

345 23.11. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Jørgensen S. 1785

Jørgensen unterrichtet Schmidt über den Beschluß der dänischen Regierung, die Entscheidung über die TNF-Modernisierung der NATO zu verschieben. Schmidt warnt, daß Dänemark sich isolieren werde. Die Gesprächspartner wenden sich außerdem Fragen der Europapolitik zu.

346 23.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 1788

Fischer schlägt vor, dem Wunsch der argentinischen Regierung nach Lieferung von vier Fregatten aus der Bundesrepublik und der Lizenzfertigung von sechs Korvetten in Argentinien stattzugeben.

347 23.11. Botschafter Munz, Amman, an das Auswärtige Amt S. 1791

Munz teilt mit, in Jordanien habe die Besetzung der Großen Moschee in Mekka erhebliche Besorgnis hinsichtlich der Stabilität Saudi-Arabiens und des gesamten Nahen Ostens ausgelöst.

348 26.11. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1792

Hermes berichtet über ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Vance anläßlich der Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran.

349 27.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Botschaftern al-Ansari (Katar), al-Atassi (Syrien), Guiga (Tunesien) und al-Nimer (Jordanien) S. 1795

Die Botschafter betonen, daß der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel noch kein Schritt zu einer umfassenden Friedenslösung für den Nahen Osten sei, und fordern die Bundesregierung zu einer Intensivierung ihrer Nahost-Politik auf.

350 27.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer S. 1800

Fleischhauer erläutert den Stand der Beratungen in der UNO über die von der Bundesrepublik initiierte Konvention gegen Geiselnahme.

351 27.11. Staatssekretär van Well an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 1804

Van Well plädiert dafür, in der bevorstehenden Sitzung des Ständigen NATO-Rats zur neuesten Fassung des „integrierten Entscheidungsdokuments" der NATO positiv Stellung zu nehmen.

352 27.11. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1809

Jung berichtet, der stellvertretende Leiter der polnischen MBFR-Delegation, Prystrom, habe Verständnis für das Anliegen der NATO-Mitgliedstaaten gezeigt, die Datenfrage im Hinblick auf die sowjetischen Streitkräfte zu klären.

353 28.11. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem ungarischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Marjai S. 1811

Gegenstand des Gesprächs sind die geplante TNF-Modernisierung der NATO, die bilateralen Beziehungen und die wirtschaftliche Lage in Ungarn.

354 28.11. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik S. 1815

Holik unterrichtet über ein Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem niederländischen Botschafter van Lynden. Der Botschafter habe sich kritisch zum Vorschlag der Bundesrepublik für ein Interimsabkommen bei MBFR geäußert.

355 29.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südafrikanischen Außenminister Botha S. 1817

Hauptthemen sind die Rhodesien- und Namibia-Frage sowie das Agrémentersuchen für einen südafrikanischen Militärattaché in der Bundesrepublik.

356 29.11. Botschafter Wickert, Peking, an das Auswärtige Amt S. 1826

Wickert teilt mit, vor dem Hintergrund von Äußerungen des Ministerpräsidenten Karamanlis zur Deutschen Frage bei dessen Besuch in der Volksrepublik China sei der chinesischen Regierung erneut die Haltung der Bundesregierung verdeutlicht worden.

357 01.12. Botschafter Hermes, Washington, an Ministerialdirigent Montfort S. 1827

Hermes berichtet, er habe den amerikanischen Außenminister Vance darüber unterrichtet, daß der frühere Ministerpräsident Bazargan eine Initiative ergreifen wolle, um Schah Reza Pahlevi zur Rückkehr in den Iran zu bewegen und im Gegenzug die Freilassung der amerikanischen Geiseln zu erreichen.

358 03.12. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Bundeskanzleramt S. 1830

Gaus teilt mit, er habe ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, geführt. Anlaß war eine mündliche Botschaft des Bundeskanzlers Schmidt zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO und zu bilateralen Fragen.

359 04.12. Aufzeichnung des Oberst i. G. Genschel, Bundeskanzleramt S. 1835

Genschel resümiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem norwegischen Verteidigungsminister Stoltenberg, bei dem die geplante TNF-Modernisierung der NATO, der SPD-Parteitag in Berlin (West) und der Besuch des sowjetischen Außen-

ministers Gromyko in der Bundesrepublik angesprochen wurden.

360 04.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vestring S. 1838

Vestring informiert über die Haltung der UdSSR zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran, die weiterhin keine eindeutige Verurteilung erkennen lasse.

361 05.12. Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem chinesischen Stellvertretenden Außenminister Song Zhiguang S. 1841

Themen sind der Besuch des Ministerpräsidenten Hua Guofeng in der Bundesrepublik, die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran, wirtschaftliche Maßnahmen gegen den Iran und die Lage in Kambodscha, insbesondere die Stellung des Prinzen Sihanouk.

362 05.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ellerkmann S. 1849

Ellerkmann faßt die Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rats in Dublin zusammen, bei der die britischen Beiträge zum EG-Haushalt, Energiefragen sowie die Lage im Iran und in Kambodscha im Vordergrund standen.

363 06.12. Ministerialdirigent Montfort an die Botschaft in Teheran S. 1854

Montfort berichtet über seine Reise in die USA, bei der ein Schreiben des früheren Ministerpräsidenten Bazargan an Schah Reza Pahlevi hinsichtlich der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran übergeben werden sollte.

364 06.12. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt S. 1856

Herbst bittet um Mitteilung, ob bei den deutsch-französischen Konsultationen am 15. November eine abschließende Ausfuhrregelung für einen von der Bundesrepublik und Frankreich gemeinsam geplanten Kampfpanzer getroffen worden sei.

365 07.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem marokkanischen Botschafter Iraqui S. 1858

Während Iraqui die marokkanische Haltung zum Westsahara-Konflikt darlegt, verweist Genscher auf eine auch von Marokko eingebrachte Resolution der UNO-Generalversammlung, in der die Bundesregierung wegen angeblicher nuklearer Zusammenarbeit mit Südafrika verurteilt wurde.

366 07.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1863

Blech notiert, im Politischen Ausschuß der NATO auf Gesandtenebene sei Einigung über eine Verhandlungsweisung für ein Zwischenergebnis bei MBFR erzielt worden.

367 07.12. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vestring S. 1869

Vestring teilt mit, schon vor der Besetzung der Großen Moschee in Mekka habe es in Saudi-Arabien Unruhen gegeben. Der Versuch der Destabilisierung des Königshauses sei aber gescheitert.

368 09.12. Botschafter Ritzel, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 1871

Ritzel erörtert mögliche Konsequenzen einer Beteiligung der Bundesrepublik an Wirtschaftssanktionen gegen den Iran und gibt Anregungen für das weitere Vorgehen im Hinblick auf die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran.

369 10.12. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1876

Pauls berichtet über die Sitzung der Eurogroup der NATO auf Ministerebene, bei der strategische Fragen und die geplante TNF-Modernisierung diskutiert wurden.

370 11.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance S. 1878

Im Mittelpunkt stehen die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran und die Frage von Wirtschaftssanktionen gegen den Iran.

371 11.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt S. 1884

Staden resümiert ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident van Agt und dem niederländischen Außenminister van der Klaauw über die Haltung Belgiens und der Niederlande zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO.

372 12.12. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1888

Pauls berichtet über die Sitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO auf Ministerebene, bei der die Verteidigungshilfe für Portugal und die Kosten für Luftfrühwarnsysteme erörtert wurden.

373 12.12. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1892

Pauls resümiert das Ergebnis der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten in Brüssel, auf der der NATO-Doppelbeschluß verabschiedet wurde.

374 13.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit S. 1894

Stabreit informiert über eine Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ in Dublin. Erörtert wurden die Lage im Nahen Osten, insbesondere im Iran, die Bemühungen um eine Wiederaufnahme des Europäisch-Arabischen Dialogs sowie die Situation in Rhodesien und Kambodscha.

375 13.12. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1899

Pauls berichtet über die Positionen der NATO-Mitgliedstaaten zum NATO-Doppelbeschluß, wie sie auf der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister in Brüssel deutlich wurden.

376 13.12. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1902

Pauls setzt seinen Bericht über die Diskussion zum NATO-Doppelbeschluß auf der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten in Brüssel fort.

377 13.12. Ministerialdirektor Blech, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1905

Blech informiert über ein Gespräch der vier Außenminister, Carrington, François-Poncet, Genscher und Vance, im Vorfeld der NATO-Ministerratstagung in Brüssel zu möglichen Sanktionen gegen den Iran.

378 13.12. Ministerialdirektor Blech, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1909

Blech informiert über die NATO-Ministerratstagung in Brüssel. Erörtert wurden der NATO-Doppelbeschluß, der Vorschlag für ein MBFR-Interimsabkommen und die Vorbereitungen für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid.

379 13.12. Ministerialdirektor Blech, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1913

Blech berichtet über ein Gespräch auf der Ebene der Politischen Direktoren zur Vorbereitung des Vierertreffens der Außenminister über Deutschland- und Berlinfragen am Vorabend

der NATO-Ministerratstagung in Brüssel. Im Zentrum standen die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Berlin (West) sowie zwischen der Bundesrepublik und der DDR, ferner eine Beurteilung der Lage von Berlin (West).

380 13.12. Ministerialdirektor Blech, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1919

Blech unterrichtet über das deutschlandpolitische Vierertreffen der Außenminister am Vorabend der NATO-Ministerratstagung in Brüssel sowie über dessen Vorbereitung durch die Politischen Direktoren. Gesprächspunkte der Direktoren waren die Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR, Charterflüge nach Berlin-Schönefeld sowie die Kommunikations- und Verkehrsverbindungen zwischen Berlin (West) und der Bundesrepublik. Die Minister konzentrierten sich auf die innerdeutschen Beziehungen, maßgeblich auf ein Treffen des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker.

381 14.12. Bundeskanzler Schmidt an Ministerpräsident Karamanlis S. 1924

Schmidt greift Anregungen von Karamanlis zu einer Reform der EG-Institutionen auf und bezieht Stellung zu dessen Äußerungen über eine Wiedervereinigung Deutschlands.

382 18.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Freiherr von Stein S. 1926

Stein legt eine Aufzeichnung zur Vorbereitung eines Kabinettsbeschlusses über Wirtschaftssanktionen gegen den Iran vor.

383 18.12. Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1931

Wieck übermittelt Informationen der amerikanischen Botschaft in Moskau zum sowjetischen militärischen Engagement in Afghanistan.

384 18.12. Brigadegeneral von Ondarza, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1933

Ondarza gibt Erkenntnisse des militärischen Nachrichtendienstes der USA zur Verlegung sowjetischer Streitkräfte nach Afghanistan wieder.

385 18.12. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1936

Hermes übermittelt Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium über die Stärke der nach Afghanistan verlegten sowjetischen Streitkräfte.

386 19.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt S. 1937

Staden notiert den Inhalt eines Gesprächs des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Wojtaszek, in dessen Mittelpunkt der NATO-Doppelbeschluß und bilaterale Fragen standen.

387 19.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Lücking S. 1945

In einer Leitlinie für Gespräche mit Journalisten bewertet Lücking das politische Engagement der DDR in Afrika.

388 21.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 1949

Im Zentrum der Unterredung stehen der NATO-Doppelbeschluß und die MBFR-Verhandlungen.

389 21.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel S. 1956

Erörtert werden eine Befassung des UNO-Sicherheitsrats mit Wirtschaftssanktionen gegen den Iran sowie die Aussichten für Maßnahmen auf freiwilliger Basis.

390 21.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 1960

Blech vermerkt erste Reaktionen der Warschauer-Pakt-Mitgliedstaaten auf den Vorschlag für ein Interimsabkommen bei MBFR und für begleitende Maßnahmen.

391 24.12. Botschafter Ritzel, Teheran, an das Auswärtige Amt S. 1963

Ritzel berichtet, er habe dem ehemaligen Ministerpräsidenten Bazargan ein amerikanisches Papier mit Überlegungen zu einer Lösung der Krise um die besetzte amerikanische Botschaft in Teheran übergeben. Bei dessen Erörterung sei auch eine mögliche Vermittlerrolle der Bundesregierung angesprochen worden.

392 27.12. Runderlaß des Ministerialdirigenten Freiherr von Stein S. 1968

Stein unterrichtet darüber, daß die Bundesregierung Banken und Ölgesellschaften empfohlen habe, die amerikanischen Vorschläge für freiwillige Wirtschaftssanktionen gegen den Iran umzusetzen.

393 28.12. Vortragende Legationsrätin Wannow an die Botschaft in Moskau S. 1970

Wannow teilt mit, das Auswärtige Amt sei durch Botschafter Semjonow über die sowjetische Intervention in Afghanistan in Kenntnis gesetzt worden.

394 31.12. Botschafter Berninger, Kabul, an das Auswärtige Amt S. 1972

Berninger äußert sich zu möglichen Folgen der sowjetischen Intervention in Afghanistan für die Beziehungen der Bundesrepublik zu Afghanistan und zur UdSSR.

395 31.12. Gesandter Berendonck, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1975

Berendonck resümiert eine Unterrichtung durch den amerikanischen Botschafter in Moskau, Watson, über den Briefwechsel zwischen Präsident Carter und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan.

Literaturverzeichnis

AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, Jahresbände 1963–1978, München 1994–2009.
ACTA APOSTOLICAE SEDIS	Acta Apostolicae Sedis. Commentarium Officiale. Band 31: 1931. Band 53: 1961. Band 59,1: 1967, Vatikanstadt 1931, 1961 und 1967.
ADAP, D	Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Band VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch (9. August bis 3. September 1939), Baden-Baden 1956.
AdG	Archiv der Gegenwart, zusammengestellt von Heinrich von Siegler, Bonn/Wien/Zürich 1955 ff.
AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
THE ARAB-ISRAELI CONFLICT	The Arab-Israeli Conflict, Band III (Documents), hrsg. von John Norton Moore, Princeton/New Jersey 1974.
AUSSENPOLITIK DER DDR	Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik. Band XXI: 1973. Band XXVII: 1979. Bd. XXVIII: 1980; hrsg. vom Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Potsdam-Babelsberg, in Zusammenarbeit mit der Abteilung Rechts- und Vertragswesen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1976 und 1984.
AUSWÄRTIGE POLITIK	Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Auswärtigen Amt unter Mitwirkung eines wissenschaftlichen Beirats, Köln 1971.
BONN UND OST-BERLIN	Heinrich Potthoff, Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente, Bonn 1997.
BONN – WARSCHAU	Bonn–Warschau 1945–1991. Die deutsch-polnischen Beziehungen. Analyse und Dokumentation, hrsg. von Hans-Adolf Jacobson und Mieczysław Tomala, Köln 1992.

BR DRUCKSACHEN	Verhandlungen des Bundesrates. Drucksachen, Bonn 1949 ff.
BR STENOGRAPHISCHE BERICHTE	Verhandlungen des Bundesrates. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
BRESCHNEW, Wege	Leonid I. Breschnew, Auf dem Wege Lenins. Reden und Aufsätze. Band 7: Januar 1978–März 1979, Berlin [Ost] 1980.
BT DRUCKSACHEN	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
BULLETIN	Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
BULLETIN DER EG	Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, hrsg. vom Generalsekretariat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1968 ff.
BUNDESANZEIGER	Bundesanzeiger, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1950 ff.
BUNDESGESETZBLATT	Bundesgesetzblatt, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
CHRONIK DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE	Chronik der Deutschen Sozialdemokratie. Daten, Fakten, Hintergründe, 3. neubearbeitete und ergänzte Auflage, hrsg. von Franz Osteroth und Dieter Schuster, Berlin 2005.
CONGRESSIONAL RECORD	Congressional Record. Proceedings and Debates of the 89th Congress, Second Session, Band 112, Teil 16 (August 29, 1966 to September 12, 1966). Proceedings and Debates of the 91st Congress, First Session, Band 115, Teil 27 (November 26, 1969 to December 4, 1969), hrsg. vom United States Government Printing Office, Washington D.C. 1966 und 1969.
CONSTITUTIONS	Constitutions of the Countries of the World. Republic of Cuba, hrsg. von Gisbert H. Flanz, Patricie H. Ward, Dobbs Ferry, New York 2004.
DEPARTMENT OF STATE BULLETIN	The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy, Washington D.C. 1947 ff.
DOCUMENTS ON DISARMAMENT	Documents on Disarmament, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D.C. 1963 ff.
DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT	Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Band XVI: 1978, zusammengestellt von Hanswilhelm Haefs, Sankt Augustin 1980.

DzD II/1	Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe: Vom 9. Mai 1945 bis 4. Mai 1955. Band 1: Die Konferenz von Potsdam, 3 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, bearbeitet von Gisela Biewer, Neuwied/Frankfurt am Main 1992.
DzD III/1	Dokumente zur Deutschlandpolitik. III. Reihe: Vom 5. Mai 1955 bis 9. November 1958. Band 1: Vom 5. Mai bis 31. Dezember 1955, hrsg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, bearbeitet von Ernst Deuerlein unter Mitwirkung von Hansjürgen Schierbaum, Frankfurt am Main/Berlin 1961.
DzD IV/8	Dokumente zur Deutschlandpolitik. IV. Reihe: Vom 10. November 1958 bis 30. November 1966. Band 8: Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1962, 2 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearbeitet von Hannelore Nathan, Frankfurt am Main 1977.
ENTSCHEIDUNGEN	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts, Tübingen 1953 ff.
ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESSOZIALGERICHTS	Entscheidungen des Bundessozialgerichts, hrsg. von seinen Richtern, Band 42, Berlin/Köln 1977.
ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERWALTUNGSGERICHTS	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts, hrsg. von den Mitgliedern des Gerichts, Band 9, Berlin 1960.
EUROPA-ARCHIV	Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.
EUROPÄISCHES PARLAMENT, SITZUNGSDOKUMENTE 1977–1978	Europäisches Parlament, Sitzungsdokumente 1977–1978, Band 42, hrsg. von den Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1978.
FRUS 1961–1963	Foreign Relations of the United States 1961–1963. Band XI: Cuban Missile Crisis and Aftermath, bearbeitet von Edward C. Keefer, Charles S. Sampson und Louis J. Smith, hrsg. von David S. Patterson, Washington D.C. 1994.
FÜNFTER GESAMTBERICHT 1971	Fünfter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften 1971, hrsg. von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1971.
DE GAULLE, Discours et messages	Charles de Gaulle, Discours et messages. Band 3: Avec le renouveau (Mai 1958–Juillet 1962), [Paris] 1970.
GEMEINSAME GESCHÄFTSORDNUNG	Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien. Allgemeiner Teil (GGO I), hrsg.

	vom Bundesministerium des Innern, Köln/Berlin/Bonn/München 1969.
GESETZBLATT DER DDR	Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1949 ff.
INTERNATIONAL COURT OF JUSTICE 1975	International Court of Justice. Reports of Judgments, Advisory Opinions and Orders. Western Sahara (Request for Advisory Opinion): Order of 3 January 1975, hrsg. von der Sales Section, United Nations, New York 1975.
INTERNATIONAL LEGAL MATERIALS XVIII (1979)	International Legal Materials, Band XVIII, hrsg. von Marilou M. Righini im Auftrag der American Society of International Law, Washington D.C. 1979.
JAHRBUCH INTERNATIONALE POLITIK UND WIRTSCHAFT 1979	Jahrbuch der Internationalen Politik und Wirtschaft 1979, hrsg. vom Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und dem Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Berlin [Ost] 1979.
JAHRESBERICHT 1978	Jahresbericht der Bundesregierung 1978, hrsg. vom Presse und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1979.
JOURNAL OFFICIEL. LOIS ET DECRETS 1939	Journal Officiel de la République Française. Lois et Décrets. Arrêtés, Circulaires, Avis, Communications, Informations et Annonces, Nr. 209 vom 4. September 1939.
KAHN, Jahre	Hermann Kahn, Vor uns die Guten Jahre. Ein realistisches Modell unserer Zukunft, Wien/München/Zürich/Innsbruck 1977.
LNTS	League of Nations Treaty Series. Publication of Treaties and International Engagements registered with the Secretariat of the League, hrsg. vom Publications Sales Department of the League of Nations, Genf 1920–1946.
MARTENS	Nouveau Recueil Général de Traités et autre actes relatifs aux rapports de droit international. Continuation de Grand Recueil de George Frédéric de Martens par Heinrich Triepel, Band 12, Leipzig 1924.
MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK	Monatsberichte der Deutschen Bundesbank. Februar 1979, Frankfurt am Main 1979.
NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974	Texts of Final Communiques 1949–1974. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Com-

mittee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.

NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980 — Texts of Final Communiques 1975–1980. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.

NATO STRATEGY DOCUMENTS — NATO Strategy Documents 1949–1969, hrsg. von Gregory W. Pedlow in collaboration with NATO International Staff Central Archives, Brüssel [1997].

OPPOSITION UND WIDERSTAND — Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, hrsg. von Hans-Joachim Veen, Peter Eisenfeld, Hans Michael Kloth, Hubertus Knabe, Peter Maser, Ehrhart Neubert und Manfred Wilke, Berlin/München 2000.

LA POLITIQUE ETRANGERE — La Politique Etrangère de la France. Textes et Documents. 1974 (2 Teilbände), 1978 (4 Teilbände), 1979 (4 Teilbände), hrsg. vom Ministère des Affaires Etrangères, Paris 1975, 1976, 1978, 1979 und 1980.

PUBLIC PAPERS, CARTER 1977 — Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter. Band I: January 20 to June 24, 1977; Band II: June 25 to December 31, 1977, Washington D.C. 1978.

PUBLIC PAPERS, CARTER 1978 — Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter. Band I: January 1 to June 30, 1978; Band II: June 30 to December 31, 1978, Washington D.C. 1979.

PUBLIC PAPERS, CARTER 1979 — Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter. Band I: January 1 to June 22, 1979; Band II: June 23 to December 31, 1979, Washington D.C. 1980.

PUBLIC PAPERS, FORD 1974 — Public Papers of the Presidents of the United States. Gerald R. Ford. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. August 9 to December 31, 1974, Washington D.C. 1975.

PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961 — Public Papers of the Presidents of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 20 to December 31, 1961, Washington D.C. 1962.

PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963 — Public Papers of the Presidents of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to November 22, 1963, Washington D.C. 1964.

REICHSGESETZBLATT	Reichsgesetzblatt, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1885, 1913 bzw. 1919–1945.
SAMMLUNG DER RECHTSPRECHUNG DES GERICHTSHOFES 1978	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften. Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes 1978, Dritter Teil, Luxemburg o. J.
SCHMIDT, Menschen	Helmut Schmidt, Menschen und Mächte, Berlin 1987.
SCHMIDT, Nachbarn	Helmut Schmidt, Die Deutschen und ihre Nachbarn. Menschen und Mächte II, Berlin 1990.
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2	Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation 1973–1978, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Wolfgang Mallmann und Christian Meier, Köln 1978.
SIEBENTER GESAMTBERICHT 1973	Siebenter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaften 1973, hrsg. von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1974.
SMITH, Bitter Harvest	Ian Douglas Smith, Bitter Harvest, London 2001.
SPD PARTEITAG	Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 3. bis 7. Dezember 1979, ICC Berlin. Band II: Angenommene und überwiesene Anträge, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1979.
THATCHER, Downing Street	Margaret Thatcher, The Downing Street Years, London 1993.
UN GENERAL ASSEMBLY, 26th Session, Plenary Meetings	United Nations. Official Records of the General Assembly. Twenty-Sixth-Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings. 21 September–22 December 1971, 3 Bände, New York 1974.
UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings	United Nations. Official Records of the General Assembly. Twenty-Ninth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 17 September–18 December 1974, 3 Bände, New York 1986.
UN GENERAL ASSEMBLY, 34th Session, Plenary Meetings	United Nations. Official Records of the General Assembly. Thirty-Fourth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 18 September 1979–7 January 1980, 3 Bände, New York 1984.
THE UNITED KINGDOM AND THE EUROPEAN COMMUNITIES	The United Kingdom and the European Communities, presented by the Prime Minister by Command of Her Majesty, London 1971.

UNITED NATIONS RESOLUTIONS Serie I	United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich, New York 1972 ff.
UNITED NATIONS RESOLUTIONS Serie II	United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, hrsg. von Dusan J. Djonovich, New York 1988 ff.
UNITED STATES TREATIES AND OTHER INTERNATIONAL AGREEMENTS	United States Treaties and Other International Agreements. Vol. 30, Band 1 (1978–79), Washington D. C. 1980.
UNTS	United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements. Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, [New York] 1946/47 ff.
VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 1978	Betrifft: Verfassungsschutz 1978, hrsg. vom Bundesminister des Innern, Bonn 1979.
VIZIT KANCLERA ADENAUERA	Vizit Kanclera Adenauera v Moskvu 8–14 sentjabrja 1955 g. Dokumenty i materialy, hrsg. von A. V. Zagorskij und Thomas Kunze, Moskau 2005.
WEISSBUCH 1979	Weißbuch 1979. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, im Auftrag der Bundesregierung hrsg. vom Bundesminister der Verteidigung, Bonn 1979.
YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS	Yearbook of the United Nations, hrsg. vom Department of Public Information, New York 1947 ff.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
ABC-Waffen	atomare, biologische und chemische Waffen
ABM	Anti-Ballistic Missile
ACDA	(United States) Arms Control and Disarmament Agency
ADM	Atomic Demolition Munition
AFCENT	Allied Forces Central Europe
AFP	Agence France Press
AFSOUTH	Allied Forces Southern Europe
AG	Arbeitsgruppe bzw. Aktiengesellschaft
AHG	Ad-hoc-Gruppe
AJC	American Jewish Committee
AKP	Afrika, Karibik, Pazifik
AL	Abteilungsleiter bzw. Arabische Liga
ALCM	Air-Launched Cruise Missile
AM	Außenminister bzw. Associated Measures
ANC	African National Congress/Council
Anl./Anlg.	Anlage/Anlagen
ASBM	Air-to-Surface Ballistic Missile
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
AStV	Ausschuß der Ständigen Vertreter
AU(S)	Australien
AWACS	Airborne Warning and Control System
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
AZ	Aktenzeichen
B/BE/BEL	Belgien
BAM	Bundesaußenminister
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BdKJ	Bund der Kommunisten Jugoslawiens
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGS	Bundesgrenzschutz
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BK	Bundeskanzler
BKA	Bundeskanzleramt bzw. Bundeskriminalamt
BM	Bundesminister/ium
BMB	Bundesminister/ium für innerdeutsche Beziehungen
BMF	Bundesminister/ium der Finanzen
BMFT	Bundesminister/ium für Forschung und Technologie
BMI	Bundesminister/ium des Innern
BMJ	Bundesminister/ium der Justiz
BML	Bundesminister/ium für Landwirtschaft
BMV	Bundesminister/ium für Verkehr
BMVg	Bundesminister/ium der Verteidigung
BMWi	Bundesminister/ium für Wirtschaft
BMZ	Bundesminister/ium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BND	Bundesnachrichtendienst
BR	Bundesrepublik
BR (I)	Botschaftsrat (I. Klasse)
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSP	Bruttosozialprodukt
BSR	Bundessicherheitsrat
BT	Bundestag

CA/CDN/CND	Canada
CBM	Confidence Building Measures
CCD	Conference of the Committee on Disarmament
CD	Committee on Disarmament bzw. Camp David
CDA	Christen Democratisch Appèl
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CENTO	Central Treaty Organization
CF	Common Fund
ChBK	Chef des Bundeskanzleramts
CIA	Central Intelligence Agency
CINCHAN	Commander-in-Chief Channel
CM	Cruise Missile
CNAD	Conference of National Armaments Directors
COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy
COMECON	Council for Mutual Economic Aid/Assistance
CPN	Communistische Partij van Nederland
CSCE	Conference on Security and Cooperation in Europe
ČSSR	Československá Socialistická Republika/ Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CSU	Christlich-Soziale Union
CTB(T)	Comprehensive Test Ban (Treaty)
CW	Chemical Weapons bzw. Chemiewaffen
D	Deutschland bzw. (Ministerial-)Direktor
DAE/DK	Dänemark
DB	Drahtbericht
DC	Democrazia Cristiana
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DE	Drahterlaß
Dg	(Ministerial-)Dirigent
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIA	Defense Intelligence Agency
DM	Deutsche Mark
DPC	Defense Planning Committee
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DTA	Democratic Turnhalle Alliance
EAD	Europäisch-Arabischer Dialog
EAGFL	Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EAK	Europäische Abrüstungskonferenz
ECE	Economic Commission for Europe
ECOFIN	Economy and Finances
ECOSOC	(United Nations) Economic and Social Council
ECU	European Currency Unit
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaften
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EH	Entwicklungshilfe
EIB	Europäische Investitionsbank
EL	Entwicklungsländer
ENCD	Eighteen Nations Disarmament Committee
ENMOD	Environmental Modification
EP	Europäisches Parlament
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ER	Europäischer Rat

ERE	Europäische Rechnungseinheit
ERP	European Recovery Program
ERW	Enhanced Radiation Weapon
ETA	Euskadi Ta Askatasuna
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Währungssystem
F/FR/FRA	Frankreich
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FBS	Forward Based Systems
FCO	Foreign and Commonwealth Office
FDP	Freie Demokratische Partei
FF	Französischer Franc/ Franc français
FNLA	Frente Nacional de Libertação de Angola
FRELIMO	Frente de Libertação de Moçambique
FS	Fernschreiben
FSLN	Frente Sandinista de Liberación Nacional
FUNSK	Front d'Union Nationale pour la Salut du Kampuchea
FüS	Führungsstab der Streitkräfte
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GB/GRO	Great Britain/ Großbritannien
GDR	German Democratic Republic
GE	Germany
geh.	geheim
GF	Gemeinsamer Fonds
GG	Grundgesetz
GK	Generalkonsul bzw. Generalkonsulat
GLCM	Ground-Launched Cruise Missile
GR/GRI	Griechenland
GS	Generalsekretär
GSG	Grenzschutzgruppe
GV	Generalversammlung
HLG	High Level Group
I/IT	Italien
IAEA	International Atomic Energy Agency
IAEO	Internationale Atomenergieorganisation
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile
IDA	International Development Association
IEA	International Energy Agency
i. G.	im Generalstab
IGH	Internationaler Gerichtshof
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IL	Industrieländer
IMF	International Monetary Fund
IMS	International Military Staff
INFCE(P)	International Nuclear Fuel Cycle Evaluation (Program)
IR/IRL	Irland
IS/ISL	Island
IWF	Internationaler Währungsfonds
JCS	Joint Chiefs of Staff
KAE	Konferenz für Abrüstung in Europa
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti
KH	Kapitalhilfe
KIWZ	Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit

KKW	Kernkraftwerk
KMK	Kultusministerkonferenz
KP	Kommunistische Partei
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPFi	Kommunistische Partei Finnlands
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KWKG	Kriegswaffen-kontrollgesetz
L/LUX	Luxemburg
LH	Lufthansa
LOT	Polskie Linie Lotnicze
LPl	Leiter Planungsstab
LR (I)	Legationsrat (I. Klasse)
LRTNF	Long Range Theater Nuclear Forces
LRTNW	Long Range Theater Nuclear Weapons
LS	Legationssekretär
LTDP	Long-Term Defence Programme
MB	Ministerbüro
MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions
MC	Military Committee
MD	Ministerialdirektor
MdB	Mitglied des Bundestages
MDg	Ministerialdirigent
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MinDir	Ministerialdirektor
Mio.	Million/en
MIRV	Multiple Independently Targetable Reentry Vehicle
MoU	Memorandum of Understanding
MP	Ministerpräsident/in
MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola
MR	Ministerialrat
MRBM	Medium-Range Ballistic Missile
Mrd.	Milliarde/n
MS	Mitgliedstaaten
MTN	Multilateral Trade Negotiations
MX	Missile Experimental
N/NO/NOR	Norwegen
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NfD	Nur für den Dienstgebrauch
NL/NLD	Niederlande
N+N	Neutrale und Nichtgebundene
NPG	Nuclear Planning Group/ Nukleare Planungsgruppe
NPT	Non-proliferation Treaty
NS	Nationalsozialismus
NSC	National Security Council
NV/NVV	Nichtverbreitung/ Nichtverbreitungsvertrag
NW	Neutronenwaffen
NWG	Norwegen
OAE	Organisation für Afrikanische Einheit
OAPEC	Organization of Arab Petroleum Exporting Countries
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
OAU	Organization of African Unity
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries
o. V. i. A.	oder Vertreter im Amt
OZ	Ortszeit
PCI	Partito Comunista Italiano
PD	Presidential Directive
P.E.N.	Poets/Playwrights, Essayists, Novelists
PF	Patriotic Front
PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine

PK	Politisches Komitee
PL/POL	Polen
PLI	Partito Liberale Italiano
PLO	Palestine Liberation Organization
PM	Premierminister/in
PNE	Peaceful Nuclear Explosion
PO	Portugal
POLAD	Political Advisers, Committee of
PRI	Partito Repubblicano Italiano
PS	Parti Socialiste
PSDI	Partito Socialista Democratico Italiano
PSI	Partito Socialista Italiano
PStS	Parlamentarischer Staatssekretär
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
PvdA	Partij van de Arbeid
RB/RBM	Regierender Bürgermeister
RE	Rechnungseinheit
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
RK-Referent	Rechts- und Konsularreferent
RL	Referatsleiter
RSA	Republic of South Africa
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe
SACLANT	Supreme Allied Commander Atlantic
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SAM	Sowjetisches Außenministerium
SAVAK	Sazeman-e Ettela'at va Amniat-e Keshvar
SCC	Standing Consultative Commission
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SG	Special Group
SGV	Sondergeneralversammlung
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe
SLBM	Submarine Launched Ballistic Missile
SLCM	Sea-Launched Cruise Missile
SPC	Senior Political Committee
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SR	Sicherheitsrat bzw. Sozialistische Republik
SRTNF	Short Range Theater Nuclear Forces
SS	Schutzstaffel bzw. Surface to Surface
StäV	Ständige Vertretung
StM	Staatsminister
StS	Staatssekretär
St.V.	Ständiger Vertreter
SU	Sowjetunion
SVP	Südtiroler Volkspartei
SWAPO	South West Africa People's Organization
SWP	Stiftung Wissenschaft und Politik
SZR	Sonderziehungsrecht
T/TK/TR/TU	Turkey/Türkei
TASS	Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza
TH	Technische Hilfe
TNF	Theater Nuclear Forces
TO(P)	Tagesordnung(-spunkt)
t.o.r.	terms of reference
TSI	Treuhandstelle für den Interzonenhandel
UA	Unterabteilung
UANC	United African National Council
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UK	United Kingdom
UN	United Nations

UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UNEF	United Nations Emergency Force
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNFDAC	United Nations Fund for Drug Abuse Control
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNIFIL	United Nations Interims Force in Lebanon
UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola
UNO	United Nations Organization
UNTAG	United Nations Transition Assistance Group
UNTSO	United Nations Truce Supervision Organization
URSS	Union des Républiques Socialistes Soviétiques
US	United States
USA	United States of America
USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
UStS	Unterstaatssekretär
VAM	Vizeaußenminister
VAR	Vereinigte Arabische Republik
VK	Vereinigtes Königreich
VLR (I)	Vortragender Legationsrat (I. Klasse)
VM	Verteidigungsminister
VMA	Vier-Mächte-Abkommen
VN	Vereinte Nationen
VP	Vizepräsident
VR	Volksrepublik
VRC	Volksrepublik China
VS	Verschlußsache
VS-v	VS-vertraulich
VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie
WEU	Westeuropäische Union
WP	Warschauer Pakt
WÜD	Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen
ZANLA	Zimbabwe African National Liberation Army
ZANU	Zimbabwe African National Union
ZAPU	Zimbabwe African People's Union
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZK	Zentralkomitee

Dokumente

1

Ministerialdirektor Blech an Botschafter Thomas, Stockholm

204-321.36 SCN-1/79 VS-vertraulich **2. Januar 1979**[1]

Für Botschafter o.V.i.A.

Betr.: Staatsbesuch des schwedischen Königs[2];
hier: Einbeziehung Berlins in das Besuchsprogramm

Bezug: DB Nr. 414 – Pol 700.10 – vom 30.10.1978[3]

Anl.: 1[4]

1) Sie werden gebeten, bei Ihrem bevorstehenden Antrittsbesuch beim schwedischen Außenminister diesem nachdrücklich unseren Wunsch vorzutragen, Berlin in das Besuchsprogramm des Königs einzubeziehen. Die bisher von schwedischer Seite in diesem Zusammenhang vorgebrachten Gründe gegen eine Einbeziehung Berlins überzeugen uns nicht. Dies gilt insbesondere für das Argument, die Stellung des Königs erlaube es nicht, daß er in politische Kontroversen gezogen werde.

2) Sollte die schwedische Seite auf ihrer ablehnenden Haltung zur Einbeziehung Berlins in das Besuchsprogramm des Königs beharren, so bitte ich darauf hinzuweisen, daß wir dann zumindest einen Besuch des schwedischen Außenministers noch während des Staatsbesuches in Berlin erwarten. Diese Möglichkeit ist früher von schwedischer Seite selbst ins Gespräch gebracht worden (so am Rande der deutsch-schwedischen Konsultationen der Politischen Direktoren im April 1978[5]).

Bei der Übermittlung dieses Mindestwunsches, daß AM Blix statt des Königs Berlin besuche, sollte betont werden, daß es sich hierbei um einen ausdrückli-

1 Durchdruck.
Hat Legationsrat Wegener am 3. Januar 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir haben mitgezeichnet. H[errn] Jansen n[ach] R[ückkehr] z[ur] K[enntnis]."
Hat Legationsrat I. Klasse Jansen am 8. Januar 1979 vorgelegen.

2 König Carl XVI. Gustaf hielt sich vom 20. bis 27. März 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Botschafter Thomas, Stockholm, berichtete, er habe bei Gesprächen im schwedischen Außenministerium Staatssekretär Leifland und Abteilungsleiter Thyberg nochmals das Interesse der Bundesregierung an einer Einbeziehung von Berlin (West) in den Besuch des Königs Carl XVI. Gustaf dargelegt. Von schwedischer Seite sei aber bekräftigt worden, daß weder an einen Besuch des Königs noch an einen getrennten Besuch der Königin Silvia in Berlin zu denken sei. Hinsichtlich der Frage, „wie sich die schwedische Seite zu einem gemeinsamen Besuch der beiden Außenminister in Berlin stellen würde", teilte Thomas mit: „Während Thyberg noch mildes Interesse erkennen ließ und meinte, man müsse darüber noch nachdenken, ließ sich Leifland trotz meines Insistierens zu keiner Reaktion herbei." Vgl. Referat 204, Bd. 110361.

4 Dem Vorgang nicht beigefügt.

5 Ministerialdirektor Blech vermerkte am 2. Mai 1978, der Abteilungsleiter im schwedischen Außenministerium, Thyberg, habe am 18. April 1978 bekräftigt, daß König Carl XVI. Gustaf im Rahmen seines Besuchs in der Bundesrepublik nicht nach Berlin (West) reisen wolle. Thyberg habe in diesem Zusammenhang erwähnt, „daß seinerzeit, als in Berlin etwas über eine Visite des Königs öffentlich gesagt worden war, der SU-Botschafter im Stockholmer Außenministerium vorstellig wurde". Vgl. den handschriftlichen Vermerk auf der Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vom 19. April 1978; Referat 204, Bd. 110361.

chen persönlichen Wunsch des Herrn Bundesministers handelt. Gleichzeitig sollte klargemacht werden, daß die Bundesregierung eine solche Geste von der Regierung des befreundeten Schweden erwartet und eine Nichtberücksichtigung Berlins im Zusammenhang mit dem Staatsbesuch des Königs in der deutschen Öffentlichkeit nicht verstanden würde.

In diesem Zusammenhang kann auch der Berlin-Besuch des kanadischen Außenministers während des Trudeau-Besuchs im Juni 1978 erwähnt werden.[6] Der hiesige schwedische Botschafter[7], den ich am 8.11.78 ausdrücklich auf den kanadischen Besuch hingewiesen habe, hielt dies auch im Zusammenhang mit dem Staatsbesuch des schwedischen Königs für ein durchaus erwägenswertes Beispiel.

Auf ein eventuell zu erwartendes Kompromißangebot eines Berlin-Besuchs des Außenministers bei anderer Gelegenheit sollten wir uns ebensowenig einlassen wie auf ein mögliches Angebot, andere hochrangige schwedische Persönlichkeiten (u. U. Präsident des Reichstages[8]) statt des Königs oder Außenministers im Zusammenhang mit dem Staatsbesuch zu einem Besuch Berlins zu entsenden.

Der anliegende Vermerk, der die Praxis der Berlin-Besuche hochrangiger ausländischer Gäste der Bundesrepublik Deutschland darlegt, kann bei dieser Gelegenheit als Non-Paper übergeben werden.

Zur Erläuterung kann auf entsprechende schwedische Fragen darauf hingewiesen werden, daß 1978 folgende hochrangige Gäste der Bundesrepublik Deutschland auch Berlin besucht haben:

Staatsoberhäupter:	Präsident Carter[9]	
	Königin Elisabeth II.[10]	
	Ernesto Geisel[11]	(Brasilien)
	Omar Bongo[12]	(Gabun)
	Numeiri[13]	(Sudan)
	König Hussein II.[14]	(Jordanien)
	Jawara[15]	(Gambia)

6 Ministerpräsident Trudeau hielt sich vom 17. bis 21. Juli 1978 in der Bundesrepublik auf. Der kanadische Außenminister Jamieson besuchte am 18. Juli 1978 Berlin (West). Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk hielt dazu am 31. Januar 1979 fest: „Berlin-Besuch durch PM Trudeau war in der Programmvorbereitung nicht vorgesehen. Berlin-Besuch des AM Jamieson am 18. Juli 1978 wurde aufgrund einer Initiative des kanadischen Botschafters eingeplant. Besuch wurde als ‚offiziell' behandelt. Nachrichtenagenturen stellten ihn in Zusammenhang mit Aufenthalt PM Trudeaus in der Bundesrepublik Deutschland und früheren Besuch eines kanadischen Außenministers in Berlin." Vgl. Referat 204, Bd. 110361.

7 Sven Backlund.

8 Henry Allard.

9 Präsident Carter besuchte am 15. Juli 1978 Berlin (West).

10 Königin Elisabeth II. hielt sich am 24. Mai 1978 in Begleitung von Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher in Berlin (West) auf.

11 Präsident Geisel besuchte vom 5. bis 10. März 1978 die Bundesrepublik und Berlin (West).

12 Präsident Bongo besuchte vom 23. bis 27. Januar 1978 die Bundesrepublik und Berlin (West).

13 Präsident Numeiri besuchte vom 1. bis 7. Oktober 1978 die Bundesrepublik und Berlin (West). Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 292.

14 König Hussein II. besuchte vom 5. November bis 11. November 1978 die Bundesrepublik und Berlin (West). Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 343 und Dok. 344.

15 Präsident Jawara besuchte vom 28. November bis 1. Dezember 1978 die Bundesrepublik und Berlin (West).

Regierungschefs:	Kronprinz Fahd[16]	(Saudi-Arabien)
Außenminister:	Siméon Aké[17]	(Elfenbeinküste)
	Cyrus Vance[18]	(USA)
	Donald C. Jamieson	(Kanada)
	El Tahir Bakr[19]	(Sudan) (Begleitung Staatsbesuch)

Um Drahtbericht wird gebeten.[20]

[gez.] Blech

VS-Bd. 13117 (210)

2

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt, z.Z. Guadeloupe

Geheim **5. Januar 1979**[1]

Betr.: Treffen in Guadeloupe[2];
hier: Gespräch am 5. Januar vormittags

Der Bundeskanzler gab über das Gespräch mit Carter, Giscard und Callaghan die folgenden Stichworte nach seinem Gedächtnis:

1) Allgemeine Bewertung

Ein gutes Treffen in einer ausgezeichneten Atmosphäre.

16 Kronprinz Fahd besuchte vom 21. bis 23. Juni 1978 die Bundesrepublik und Berlin (West).

17 Der ivorische Außenminister Aké besuchte vom 8. bis 10. Mai 1978 die Bundesrepublik und Berlin (West).

18 Der amerikanische Außenminister Vance besuchte vom 13. bis 15. Juli 1978 die Bundesrepublik und Berlin (West). Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 218 und Dok. 219.

19 Der sudanesische Außenminister Bakr besuchte vom 1. bis 7. Oktober 1978 die Bundesrepublik und Berlin (West).

20 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk teilte der Botschaft in Stockholm am 15. Januar 1979 mit: „Der schwedische Botschafter hat Chef Prot[okoll] zugesagt, daß im Parallelprogramm für AM Blix während des Staatsbesuchs des schwedischen Königs ein Besuch Berlins fest eingeplant ist. [...] Mit dieser Zusage hat sich hier vorbereitete Weisung erledigt, der zufolge in der Frage der Einbeziehung Berlins in das Besuchsprogramm im schwedischen Außenministerium auf hoher Ebene demarchiert werden sollte. Botschaft sollte bei geeigneter Gelegenheit Befriedigung über die schwedische Zusage zum Ausdruck bringen. Sie kann hierbei durchblicken lassen, daß mit Berücksichtigung Berlins auch einem persönlichen Wunsch des Bundesministers Rechnung getragen wird." Vgl. den Drahterlaß Nr. 3; Referat 204, Bd. 110361.
Der schwedische Außenminister Blix hielt sich am 22./23. März 1979 in Berlin (West) auf.

1 Ablichtung.

2 Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. auch Dok. 3–5.

2) Allgemeine Lage

Carter führte ein mit einem allgemeinen Tour d'horizon insbesondere über die letzten Entwicklungen im Verhältnis zur VR China.[3] Die amerikanisch-chinesischen Beziehungen sollten die Beziehungen zur Sowjetunion nicht beeinträchtigen. Dies sei erklärte Politik, die die amerikanische Regierung nachdrücklich verfolge. Der Westen insgesamt sei durch die Normalisierung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen stärker geworden.

Die Sowjetunion habe zu SALT II neue Vorstellungen vorgetragen, einmal Einbeziehung von Drohnen in die Cruise-Missiles-Regelung[4] und zum anderen zur Geltungsdauer des Protokolls. Diese Vorschläge seien nicht sehr bedeutend, bei gutem Willen könnte schnell eine Lösung gefunden werden.

Bundeskanzler fragte nach den Möglichkeiten eines Präventivkrieges der Sowjetunion gegen die VR China.

Hieran entspann sich eine längere Diskussion, was letztlich das geringere Übel für den Westen sei: ein Krieg zwischen Moskau und Peking oder aber eine Versöhnung zwischen diesen beiden großen Ländern.

Giscard: Eine Versöhnung zwischen Moskau und Peking würde zu einer überwältigenden Machtkonzentration führen. Daher sei letztlich der Krieg vorzuziehen. Aber er sehe keine Chance für eine Versöhnung zwischen Moskau und Peking.

Bundeskanzler führte aus, Moskau verfolge die Öffnung Chinas und die Unterstützung Chinas durch den Westen mit großer Sorge. Er wies darauf hin, daß er bereits Breschnew gesagt habe, es sei nicht gut, wenn die Sowjetunion auf die chinesische Verachtung gegenüber Rußland mit Zeichen von Angst und Besorgnis reagiere.[5]

Allgemein bestand in dem Gespräch Besorgnis, daß Ceauşescu seine Hand gegenüber der Sowjetunion überreizen könne und daß die Sowjetunion zum Einmarsch nach Rumänien veranlaßt werden könne.[6] In diesem Fall würde der Westen nicht eingreifen können.

[3] Die USA und die Volksrepublik China gaben am 15./16. Dezember 1978 in einem Gemeinsamen Kommuniqué die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum 1. Januar 1979 bekannt. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2022, S. 25. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 76 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 395.

[4] Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 29. Dezember 1978, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Gelb, habe zu den Verhandlungen des amerikanischen Außenministers Vance mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko vom 21. bis 23. Dezember 1978 in Genf über einen SALT-II-Vertrag erklärt: „Die einzige völlig neue Forderung der Sowjets habe darin gelegen, daß sie mit Hinweis auf Verifikationsprobleme die Beschränkungen für CMs auch auf unbewaffnete CM (z. B. Aufklärungsdrohnen) ausdehnen wollten. Die USA seien hierzu nicht bereit." Die amerikanische Abrüstungsbehörde habe ergänzend versichert: „Diese Frage werde kein ernsthaftes Problem darstellen, weil den Sowjets habe dargelegt werden können, daß die Unterscheidung zwischen unbewaffneten und bewaffneten CMs leicht möglich sein werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4775; VS-Bd. 11386 (220); B 150, Aktenkopien 1978.

[5] Bundeskanzler Schmidt und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, erörterten am 30. Oktober 1974 in Moskau die Rolle der Volksrepublik China in den internationalen Beziehungen. Beim Besuch Breschnews in der Bundesrepublik wurde das Thema am 7. Mai 1978 angesprochen. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 315, bzw. AAPD 1978, I, Dok. 143.

[6] Ministerialdirektor Blech vermerkte am 29. November 1978 über die Weigerung Rumäniens, alle Beschlüsse der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 22./23. November 1978 in Moskau mitzutragen: „Die Formulierung des Abschlußkommuniqués: ‚Die Tagung

Giscard wies darauf hin, daß die Politik der Sowjetunion gegenüber der Bundesrepublik sich gewandelt habe. Dies sei wohl auf den Respekt für den Bundeskanzler zurückzuführen.

Giscard wies ferner darauf hin, daß die Beziehungen zwischen den USA und den europäischen Staaten, insbesondere der Bundesrepublik, nicht mehr so gut seien wie in den 60er Jahren.

Callaghan führte aus, dies könne eine der Folgen des Vietnamkrieges sein. Die Zeiten der Pax Americana gehörten der Vergangenheit an. Auch die wirtschaftliche Vorherrschaft der USA lasse nach.

Nach einem personellen Wechsel in Moskau werde die sowjetische Außenpolitik schwerer zu kalkulieren sein. Der Einfluß der sowjetischen Militärs nehme zu.

Callaghan führte aus, er werde SALT II vor der Öffentlichkeit nachhaltig unterstützen. Gleichwohl habe er persönliche Vorbehalte (private reservations).

Bundeskanzler: Dies entspreche seiner Position. Allerdings seien seine Vorbehalte nicht nur privat, sondern regierungsoffiziell.

Bundeskanzler ging in längeren Ausführungen auf die Meinungsunterschiede zwischen der amerikanischen Regierung und der Bundesregierung ein. In den Fragen der Wirtschaftspolitik und der Inflationsbekämpfung[7] seien inzwischen die Meinungsverschiedenheiten ausgeräumt. Beide Regierungen verfolgten gleiche Ziele.

Fortsetzung Fußnote von Seite 6

verlief in einer Atmosphäre brüderlicher Freundschaft und kameradschaftlicher Zusammenarbeit' ist schwächer als üblich und läßt auf Meinungsverschiedenheiten schließen. [...] Nicht weniger aufsehenserregende öffentliche Erklärungen des rumänischen Staats- und Parteichefs Ceauşescu nach seiner Rückkehr aus Moskau in Bukarest bestätigten, daß nicht nur zum Nahostproblem tiefgreifende Differenzen innerhalb der Warschauer-Pakt-Staaten bestehen. Nach den Äußerungen Ceauşescus forderte die Sowjetunion während des Treffens eine Erhöhung der Militärhaushalte der Paktstaaten, eine stärkere Integration der militärischen Paktorganisation mit supranationalen Kommandostrukturen und verstärkte Unterstützung der Aktivitäten Moskaus außerhalb des Geltungsbereichs des Vertrages. Wie unserer Botschaft in Moskau von rumänischer Seite vertraulich mitgeteilt wurde, soll Rumänien sich geweigert haben, ein diese Forderung enthaltendes und den Teilnehmerstaaten ‚aus heiterem Himmel' vorgelegtes Papier auch nur zu diskutieren. Die Tatsache, daß die Deklaration einerseits die Reduktion der Militärhaushalte fordert, andererseits auf der Tagung über die Erhöhung der Militärausgaben diskutiert wurde, mindert den politischen Aussagewert des Dokuments erheblich. Derselbe Gegensatz zwischen Inhalt der Deklaration und Inhalt der Verhandlungen besteht bezüglich der Struktur des Militärbündnisses, deren Auflösung die Deklaration fordert, dessen Verstärkung die SU auf dem Treffen aber durchsetzen wollte." Vgl. Referat 221, Bd. 112977.

7 Botschafter von Staden, Washington, teilte am 2. November 1978 mit, Präsident Carter habe am Vortag ein Programm zur Stützung des Dollars und zur Inflationsbekämpfung bekanntgegeben: „Dieses Programm sieht u.a. vor: Erhöhung der Interventionsmasse an DM, Yen und Schweizer Franken auf rund 30 Mrd. Dollar. Ziehung (Kreditinanspruchnahme) von rund 3 Mrd. Dollar beim IWF, wovon 1 Mrd. Dollar in Kürze über die AKV (Allgemeinen Kreditvereinbarungen der Zehnergruppe) bereitgestellt werden sollen. Abgabe von zwei Milliarden S[onder]Z[iehungs]R[echten] gegen Währungen anderer Mitgliedsländer. Erhöhungen der Swap-Vereinbarung (auf Abruf bereitstehende kurzfristige Kredite) mit der Bundesbank, der Bank of Japan und der Schweizer Nationalbank. Begebung von langfristigen Anleihen in Auslandswährung durch die USA bis zu 10 Mrd. Dollar. Erhöhung des Diskontsatzes von 8,5 auf 9,5 Prozent. Erhöhung der Mindestreserven um zwei Prozentpunkte und dadurch Stillegung von rund 3 Mrd. Dollar. Verfünffachung der bisherigen Goldverkäufe auf mindestens 1,5 Mio. Unzen monatlich (d.h. rund 3,5 bis 4 Mrd. Dollar ‚Erlös' pro Jahr)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4075; Referat 420, Bd. 124327.

Der Meinungsunterschied im Bereich der zivilen Nutzung der Kernenergie bestehe allerdings fort.[8]

Carter warf hier ein, die unterschiedliche Bewertung werde eher noch wichtiger werden.

Bundeskanzler: Das Kartell der Erdöllieferanten sei belastend genug. Er sei gegen eine neue OPEC im Bereich der zivilen Nutzung der Kernenergie. Er werde hier die deutschen Interessen mit Energie und Nachdruck vertreten. Dabei würde er sich auch durch innenpolitische Widerstände nicht behindern lassen.

Callaghan: Innenpolitische Widerstände und Vorbehalte könnten vielleicht durch INFCE[9] überwunden werden.

Giscard äußerte Zweifel, ob die Ergebnisse von INFCE sehr konklusiv sein würden.

Bundeskanzler legte ausführlich dar, er wolle eine Sonderposition der Bundesrepublik mit Nachdruck vermeiden. Schon die wirtschaftliche Position und das wachsende politische Gewicht der Bundesrepublik würfen Probleme auf. Sie dürften nicht durch einen betonten Ausbau des militärischen Gewichts verstärkt werden. Der Bundeskanzler erläuterte die Konzentration von Soldaten

[8] Am 7. bzw. 9. Februar 1978 wurde der „Nuclear Non-Proliferation Act of 1978" vom amerikanischen Kongreß verabschiedet. In einer Aufzeichnung des Referats 413 vom 30. März 1978 wurde dazu festgestellt: „Das neue US-Gesetz über verschärfte Nichtverbreitungsmaßnahmen einschließlich strengerer Nuklearexportauflagen ist nach Verabschiedung durch den Kongreß von Präsident Carter am 10. März 1978 unterzeichnet worden und damit in Kraft getreten. Das Gesetz fordert den Präsidenten auf, bestehende Kooperationsabkommen neu zu verhandeln mit dem Ziel, eine Anpassung an die verschärften Exportkriterien durchzusetzen. Die Abkommenspartner – so auch EURATOM – haben eine Frist von 30 Tagen, um ihre Bereitschaft zu Neuverhandlungen zu erklären. Diese Frist läuft am 10. April ab. Wenn die Gemeinschaft bis dahin nicht reagiert, droht nach dem neuen US-Gesetz eine Suspendierung der US-Lieferungen, insbesondere für leicht- und hochangereichertes Uran". Vgl. Referat 413, Bd. 123648. Vgl. dazu auch AAPD 1978, I, Dok. 102.
Am 16. November 1978 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Rouget, Ministerialdirektor Lautenschlager habe dem amerikanischen Senator Johnston am 14. November 1978 die deutsche Haltung zum „Nuclear Non-Proliferation Act" dargelegt: „Herr D 4 unterstrich unter Bezugnahme auf die Weltwirtschaftsgipfel in London und Bonn die Bedeutung der Kernenergie für die Energieversorgung. Angesichts auch des Kontrollsystems von EURATOM und dessen Verifikation durch die IAEO gehe von der Europäischen Gemeinschaft keine Proliferationsgefahr aus. Dies sollte, wenn es um das europäisch-amerikanische Verhältnis bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie gehe, nicht übersehen werden. Herr D 4 betonte die Empfindlichkeit der Bundesrepublik auf jede Art von Druck, der von den Kernwaffenstaaten ausgehe und die allgemeine Gültigkeit von Art[ikel] 4 des NV-Vertrages in Frage stelle. Der neue amerikanische Nuclear Non-Proliferation Act von 1978 stelle insbesondere die Bundesrepublik vor noch nicht in allen Konsequenzen abzusehende Probleme; wir glaubten jedoch, daß es in erster Linie auf eine flexible Implementierung des Gesetzes durch die Administration ankomme [...]." Zur Antwort Johnstons vermerkte Rouget: „Senator Johnston distanzierte sich von der Nichtverbreitungspolitik der Carter-Administration, wie sie sich in dem neuen Nuclear Non-Proliferation Act dokumentiert und bezeichnete sie als ‚mistaken' und ‚self-defeating', da die USA sich als unzuverlässiger Lieferant selbst ihres Einflusses auf die Nuklearpolitik anderer Staaten beraubten." Vgl. Referat 413, Bd. 123651.

[9] Auf dem Weltwirtschaftsgipfel am 7./8. Mai 1977 in London wurde die Einsetzung einer Expertengruppe für Kernenergie und Nichtverbreitung vereinbart. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 112.
Am 12. Dezember 1978 stellte Ministerialdirigent Dittmann zur ersten Plenarkonferenz zur internationalen Bewertung des Kernbrennstoffkreislaufs (INFCE) vom 24. bis 29. November 1978 in Wien fest: „Auf der Konferenz wurden vornehmlich prozedurale Fragen behandelt. In erster Linie wurden die in den ersten zwölf Monaten in acht Arbeitsgruppen und im Technischen Koordinierungsausschuß (TCC) erzielten Ergebnisse erörtert und gutgeheißen. Man war sich einig, daß der ersten Phase der Sammlung von Daten und technischen Fakten nunmehr die entscheidende Phase der Analyse und Bewertung folgen müsse." Vgl. Referat 413, Bd. 123612.

und Waffen sowie von nuklearen Trägermitteln und Sprengköpfen auf deutschem Boden.

Callaghan warf ein, warum der Bundeskanzler sich dann nicht stärker für eine erfolgreiche Fortsetzung der MBFR-Verhandlungen einsetze.

Bundeskanzler: Dies sei seine Absicht. Er würde allerdings behindert, einmal durch die Haltung seines französischen Freundes Valéry Giscard d'Estaing und zum anderen durch innenpolitische Schwierigkeiten in der Bundesrepublik.

Callaghan wies auf die hohen Kosten hin, die der Unterhalt der britischen Truppen in der Bundesrepublik für die britische Regierung mit sich bringt.

Bundeskanzler: Er halte es für denkbar, daß ein Teil der britischen Truppen nach Großbritannien zurückverlegt werde, wenn die britische Regierung gleichzeitig eine Expeditionstruppe (expedition force) schaffe. Im übrigen sei dies nicht das eigentliche Problem. Wichtig sei, daß die britische Regierung insgesamt die Stärke der britischen Truppen beibehalte und ausbaue.

Bundeskanzler setzte sodann seine Ausführungen über die besondere Lage der Bundesrepublik fort. Er verwies darauf, daß die Bundesrepublik wegen Berlin und wegen der Grenze zur DDR inmitten der deutschen Nation leichter verletzlich sei als andere Bündnispartner. Außerdem verwies er auf die deutsche Vergangenheit und auf die zunehmenden Hinweise auf Auschwitz und andere Verbrechen des Nationalsozialismus in der jüngsten Berichterstattung ausländischer Medien. Diese Entwicklung könne in einigen Jahren zu einer sehr nachhaltigen Reaktion in der Bundesrepublik führen, da dann der weitaus größte Teil der Bevölkerung an den nationalsozialistischen Verbrechen keinerlei persönlichen Anteil mehr gehabt habe.

Diese Ausführungen machten einen nachhaltigen Eindruck.

Giscard führte aus, gerade deshalb benötige die Bundesrepublik die Einbindung in die Gemeinschaft.

Bundeskanzler: Richtig – in EG und NATO.

Callaghan: Er höre diese Darlegung zum ersten Mal.

Bundeskanzler wies darauf hin, daß er dies Callaghan bereits im Oktober ausführlich dargelegt habe.[10]

Auch Präsident Carter schien beeindruckt.

3) Lieferung von Waffen an die VR China

Callaghan berichtete, seine Regierung verhandele mit der VR China über die Lieferung von 50 „Harrier"-Flugzeugen.[11] Das Geschäft werde aber nur abge-

10 Premierminister Callaghan besuchte am 18./19. Oktober 1978 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1978, Teil II, Dok. 313 und Dok. 314.

11 Am 12. September 1978 berichtete Gesandter Massion, London, über chinesisches Interesse am Kauf von britischen Kampfflugzeugen des Typs „Harrier": „Hoffnungen auf Vertragsabschluß über Lieferung von mehreren hundert ‚Harrier' nach Volksrepublik China haben sich nach Ende der Farnborough Air Show verdichtet. Nach Angaben von British Aerospace wird sich 60-köpfige chinesische Delegation noch weitere drei Wochen im Lande aufhalten, um Flugzeugwerke zu besichtigen und Unterauftragnehmer für ‚Harrier' zu besuchen. [...] Die britische Regierung überläßt derzeitige Bemühungen noch weitgehend der Industrie. Die Formel ‚China als Alliierter des Westens gegen sowjetischen Expansionismus' wird verstärkt hörbar." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1969; Referat 341, Bd. 107512.
Am 17. November 1978 beantragte die britische Regierung auf einem Treffen der COCOM-Mit-

schlossen, wenn die Bedingungen annehmbar seien und wenn zugleich ein größeres Handelsgeschäft zustande komme.

Giscard führte aus, Frankreich verhandele über die Lieferung von short range protective weapons wie „Milan", „Hot"[12] und Hubschraubern. Frankreich werde keine Militärtechnologie an China liefern.

Die Diskussion ergab, daß zum Jahreswechsel Callaghan, Giscard und der Bundeskanzler einen zweiten Brief von Generalsekretär Breschnew betreffend Waffenlieferungen an China erhalten haben.[13]

Präsident Carter hat zum Jahreswechsel erstmals einen Brief Generalsekretär Breschnews zum gleichen Thema erhalten. Alle stimmten überein, daß der Brief erst nach Guadeloupe beantwortet werden soll.

Bundeskanzler teilte mit, er wolle seine Antwort so formulieren, daß daraus keine Schwierigkeiten für die Partner erwüchsen.[14] Er werde in dem Brief darauf hinweisen, daß die Entspannung unteilbar sei. Dies müsse aber auch für Waffenlieferungen seitens anderer Staaten gelten. Im übrigen sei eine ständige Politik der Bundesregierung, keine Waffen außerhalb des Bündnisses zu liefern.[15] So habe die Bundesregierung beispielsweise die Lieferung von Leopard

Fortsetzung Fußnote von Seite 9

gliedstaaten in London eine Genehmigung zur Lieferung von „defensiven Rüstungsgütern" an die Volksrepublik China. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 358 und Dok. 386.
Botschafter Wieck, Moskau, teilte am 28. November 1978 mit: „Britischer Botschafter bestätigte in Viererrunde am 27.11.1978, daß durch politischen Botschaftsrat sowjetischer Botschaft in London Botschaft Breschnews an Callaghan übermittelt wurde, in der Breschnew vor Verkauf von ‚Harrier'-Senkrechtstartern an China gewarnt und dies als ‚serious matter' bezeichnet habe. Botschaft habe aber keine Drohung erhalten. Britischer Botschafter teilte weiter mit, britische Seite habe Botschaft Breschnews geheimhalten wollen. Ihr Inhalt sei ohne britisches Zutun in die Öffentlichkeit gelangt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4202; Referat 341, Bd. 107512.

12 Staatssekretär Hermes führte am 19. Dezember 1978 in Paris Gespräche mit dem Generalsekretär im französischen Außenministerium, Soutou, zu einer Lieferung der in deutsch-französischer Koproduktion gefertigten Panzerabwehrrakete „Hot" an die Volksrepublik China. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 394.

13 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, richtete zur Frage von Waffenlieferungen im November/Dezember 1978 zwei Schreiben an Bundeskanzler Schmidt, ein Schreiben an Präsident Carter, ein Schreiben an Ministerpräsident Trudeau sowie jeweils zwei Schreiben an Ministerpräsident Andreotti, Premierminister Callaghan und Staatspräsident Giscard d'Estaing. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kühn vom 22. Februar 1979; VS-Bd. 13162 (213); B 150, Aktenkopien 1979.
Ministerialdirektor Blech unterrichtete die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel am 8. Januar 1979 über das Schreiben Breschnews vom 18. November 1978 an Schmidt. Darin hieß es: „Nach wie vor erreichen uns die Nachrichten, daß in einigen westeuropäischen Ländern die Versuchung wächst, sich mit dem Verkauf von Waffen an die Volksrepublik China zu beschäftigen, daß entsprechende Konsultationen abgehalten und hier und da auch praktische Schritte in dieser Richtung unternommen werden. [...] In Anbetracht der Vertraulichkeit unserer Beziehungen will ich Ihnen offenherzig sagen, daß die Neigung der Regierungen einiger Länder, Ansprüche Pekings auf Lieferungen von Waffen oder Material vollständig oder teilweise zu befriedigen, die unmittelbar zur Vergrößerung des Militärpotentials beitragen können, natürlich unsere Besorgnis hervorruft. Es kommt auf die Frage an, auf welchen Kurs sich diese Regierungen zu halten beabsichtigen – an die Festigung der Entspannung und des Friedens oder an deren Zerstörung, darunter mittels der in fremde Hände gelegten Waffen?" Vgl. den Drahterlaß Nr. 72; VS-Bd. 13162 (213); B 150, Aktenkopien 1979.
Zum Schreiben Breschnews vom 27. Dezember 1978 an Schmidt vgl. Dok. 6.

14 Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 14. Februar 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew; Dok. 40.

15 Die Ausfuhr von Rüstungsgütern war geregelt durch das Ausführungsgesetz vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) sowie durch das Außenwirt-

an den Iran[16] und an Saudi-Arabien[17] abgelehnt, trotz großer wirtschaftlicher Interessen der Bundesrepublik in diesen Ländern.

Carter und Callaghan führten aus, diese Position sei für die Bundesrepublik leichter einzunehmen als für ihre Länder, da die deutschen Waren allgemein größeren Anklang fänden.

4) Nordflanke

Bundeskanzler hat über seine Gespräche mit MP Nordli berichtet und Besorgnisse über den zunehmenden sowjetischen Druck an der Nordflanke dargelegt.[18]

Diese Ausführungen wurden zustimmend aufgenommen.

5) Hilfe für die Türkei[19]

Carter wies auf die schlechte wirtschaftliche Lage in der Türkei hin. Wenn ein anderes Land die Führung übernehme, seien die USA bereit, sich an einem Konsortium für die Türkei zu beteiligen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 10

schaftsgesetz vom 28. April 1961. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–452 bzw. S. 481–495.
Der Rüstungsexport war außerdem geregelt durch die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" vom 16. Juni 1971. Vgl. dazu AAPD 1971, I, Dok. 83.
Ferner verabschiedete der Bundessicherheitsrat in seiner Sitzung am 2. Februar 1977 den Entwurf vom 16. Juni 1976 einer Richtlinie für den Rüstungsexport („Flächenpapier"). Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 195, und AAPD 1977, I, Dok. 16.

16 Der Iran bemühte sich seit 1968 um den Erwerb von Panzern des Typs „Leopard" aus der Bundesrepublik. Am 30. Oktober 1974 teilte die iranische Regierung ihre Absicht mit, statt dessen britische Panzer des Typs „Chieftain V" zu erwerben. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 169.
Angesichts eines neuerlichen Kaufinteresses des Iran sprach sich das Auswärtige Amt im Oktober 1976 gegen eine Lieferung von Panzern des Typs „Leopard" aus. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 317.

17 Ministerialdirigent Sigrist wies am 11. Februar 1976 darauf hin, daß Saudi-Arabien Anfang 1974 die Bundesregierung erstmals um eine Genehmigung für die Lieferung von 500 bis 600 Schützenpanzern des Typs „Marder" gebeten habe. Vgl. Referat 422, Bd. 124241.
In einer Ministerbesprechung unter der Leitung des Bundeskanzlers Schmidt am 18. Februar 1976 wurde beschlossen, keine Panzer nach Saudi-Arabien zu liefern. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 59.

18 Bundeskanzler Schmidt und Ministerpräsident Nordli erörterten am 23. November 1978 in Hamburg die Sicherheitslage an der NATO-Nordflanke. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 355.
Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, z. Z. Bahamas, teilte am 1. Januar 1979 mit, Nordli habe am 29. Dezember 1978 gegenüber Schmidt in einem Vier-Augen-Gespräch am Rande des informellen Treffens von sieben Staats- und Regierungschefs auf Jamaika „seine Sorge über angeblich mangelndes Interesse vor allem der Amerikaner" an der NATO-Nordflanke zum Ausdruck gebracht. Schmidt habe zugesichert, „die Frage in Guadeloupe anzusprechen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 47.

19 Ministerialdirektor Blech wies am 23. November 1978 darauf hin, daß aufgrund der Höhe des Zahlungsbilanzdefizits der Türkei gravierende Konsequenzen für deren Wirtschaft nur noch durch eine multilaterale Hilfsaktion abzuwenden seien. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 356.
Referat 203 betonte am 15. Dezember 1978, daß der fortschreitende Destabilisierungsprozeß in der Türkei nur aufzuhalten sei, wenn finanzielle Hilfsmaßnahmen über einen Zeitraum von etwa fünf Jahren in Höhe von jährlich mindestens einer Milliarde Dollar geleistet würden: „Sollte es nicht zu einer solchen Hilfsaktion verbündeter Regierungen kommen, so steht mit ziemlicher Sicherheit 1979 zu erwarten: weiterer Rückgang der Industrieproduktion (die jetzt schon aus Mangel an Importen nur noch 50 % der Kapazität beträgt); Absinken der Agrarproduktion (aus Mangel an importierten Dünge- und Pflanzenschutzmitteln) unter die Schwelle der Selbstversorgung; steiler Anstieg der Arbeitslosigkeit (jetzt bereits 15 %) und Inflation (gegenwärtig 50 %); weiterer drastischer Rückgang der Überweisungen von Gastarbeitern [...]; schrumpfender Export, da Industrie wie Landwirtschaft keine Überschüsse mehr produzieren; weiteres Aufklaffen der Lücke in der Zahlungsbilanz; Energiemangel, Nahrungsmangel, Zusammenbruch der Volkswirtschaft; Verfall der Staatsautorität, Ende des parlamentarischen Systems, Bürgerkrieg und/oder Diktatur von rechts oder links, wenn nicht der Zerfall des Landes selbst." Vgl. Referat 203, Bd. 115913.

Seine Ausführungen wurden von den anderen Gesprächspartnern nicht aufgegriffen.

Callaghan wies darauf hin, daß die Türkei sich ständig in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinde.

6) Treffen der Blockfreien in Havanna 1979[20]

Carter wies darauf hin, die westlichen Länder müßten ihre Haltung rechtzeitig abstimmen und dafür Sorge tragen, daß diese Veranstaltung kein Erfolg werde, weder für die Sowjetunion noch für ihren kubanischen Satelliten.

Bundeskanzler, Callaghan und Giscard sagten entsprechende Zusammenarbeit zu.

7) Generalsekretär der NATO

Carter sprach sich gegen MP Thorn als Nachfolger von Generalsekretär Luns aus.[21] Es bestand eine gewisse Präferenz, Davignon als Nachfolger den Vorzug zu geben.

8) Inflationsbekämpfung

Carter erläuterte das Programm seiner Regierung zur Bekämpfung der Inflation. Er führte aus, ein schwacher Dollar sei letztlich ein Zeichen für eine schwache Führung der USA.

Ruhfus

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 47

3

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierminister Callaghan, Präsident Carter und Staatspräsident Giscard d'Estaing auf Guadeloupe

Geheim **5. Januar 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch der vier Staats- und Regierungschefs in Guadeloupe[2] am 5.1.1979 nachmittags von 16.30 bis 19.45 Uhr

Vorbemerkung: Präsident Giscard legte Wert darauf, daß keine Protokollnotizen gemacht werden. Daher ist ein großer Teil des Gesprächs aus dem Gedächtnis aufgezeichnet.

20 Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt.

21 Joseph Luns übte das Amt des NATO-Generalsekretärs vom 1. Oktober 1971 bis 25. Juni 1984 aus.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, z. Z. Guadeloupe, am 6. Januar 1979 gefertigt.

2 Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. auch Dok. 2, Dok. 4 und Dok. 5.

Carter berichtete eingehend über den derzeitigen Stand der SALT-Verhandlungen und über die Fortschritte, die in den letzten Gesprächen gemacht wurden. Die Verbündeten würden in Konsultationen in der NATO in den nächsten Tagen unterrichtet werden.[3] Über die Non-circumvention sei mit den Verbündeten ausführlich gesprochen worden.[4] Er habe nicht das Gefühl, daß es hier irgendwelche Schwierigkeiten gebe.

Die Sowjetunion habe bis zu der letzten Runde der Verhandlungen[5] in good faith verhandelt. Dann erst habe sie neue Probleme aufgeworfen, um offenbar eine Verschiebung des Abschlusses der Verhandlungen zu erreichen. Es handele sich hier vor allem um die beiden neuen Fragen Ausdehnung der Regelung für Cruise Missiles auf Drohnen[6] sowie Laufzeit des Protokolls[7]. Hinsichtlich der Drohnen würden die USA nicht nachgeben. Was das Protokoll anbetrifft, halte er einen Kompromiß: Geltungsdauer bis Dezember 1981 für erreichbar. Nach letzten Informationen aus Washington sehe er es so, daß die Begegnung mit Breschnew Ende Februar stattfinden werde.

Callaghan: Er sei ursprünglich gegen die Einbeziehung der Grauzone in SALT III gewesen, da der Westen über keine geeigneten Systeme verfüge, die dem Osten als Gegenleistung für den Abbau der sowjetischen SS-20 und „Backfire"

3 Zur SALT-Konsultation im Ständigen NATO-Rat am 9. Januar 1979 vgl. Dok. 7.

4 Im Rahmen der SALT-Konsultationen wurde der Ständige NATO-Rat am 24. Februar 1978 auch über den Stand der Verhandlung hinsichtlich einer Nichtumgehungsklausel unterrichtet. Der amerikanische Außenminister Vance führte während seines Besuchs vom 19. bis 23. April 1978 in der UdSSR eine amerikanische Rückfallposition in die Verhandlungen ein. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 64 und 126.
Botschafter Ruth erteilte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 18. Januar 1979 folgende Weisung: „Dem in der europäischen informellen Gruppe am 9.1.79 ad referendum verabredeten Verfahren, wonach der italienische Ständige Vertreter auf einem der nächsten Treffen der NATO-Botschafter sich beim amerikanischen Ständigen Vertreter für Überlassung neuesten Wortlauts amerikanischer Interpretationserklärung zur Non-circumvention-Klausel einsetzen und informelle Gruppe nach Erhalt auf eigens anberaumter Sitzung Positionen und Reaktionen der teilnehmenden Mitgliedsländer abstimmen soll, wird zugestimmt. [...] Da wir ebenso wie die Briten seit geraumer Zeit im Besitz des fraglichen Textes sind und den Amerikanern Änderungsvorschläge unterbreitet haben, sollte unsere Unterstützung italienischer Demarche beim Botschaftertreffen in der Weise erfolgen, daß wir allgemein auf die Notwendigkeit hinweisen, in Fragen von besonderem europäischen Interesse den Wortlaut der einschlägigen SALT-Bestimmungen zu kennen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 242; VS-Bd. 11405 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT II) fanden vom 21. September bis 2. November 1978 in Genf statt.

6 Zur Einbeziehung von „Drohnen" in einen SALT-II-Vertrag vgl. Dok. 2, Anm. 4.

7 Über die unterschiedliche amerikanische und sowjetische Position zu der Laufzeit des im Rahmen der SALT-II-Vereinbarungen zu beschließenden Protokolls wurde in der Presse berichtet: „The United States maintains that the deadline by which the Russians must dismantle 150 of their strategic nuclear missiles under the SALT accord should be no later than the expiration of the protocol. Originally, the protocol was to run for three years after the end of the U.S.-Soviet interim agreement, making its termination date Oct[ober] 1, 1980. Since the treaty has been delayed so long, the Russians want the protocol extended to three years after the ratification of SALT, taking it to mid-1982 under the most optimistic assumptions. The United States some time ago proposed Jan[uary] 1, 1981, for termination of the protocol, and recently offered to extend this to June 30, 1981, still about a year short of the Soviet demand. The Russians have agreed to a fixed date for dismantling their missiles, according to informed sources. This date is reported to be between June 30, 1981 and June 30, 1982." Der Grund für die Änderung in der sowjetischen Haltung liege vermutlich in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China und der Ankündigung eines Besuchs des chinesischen Stellverstretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping Ende Januar 1979 in den USA. Vgl. den Artikel „Soviet Speech Upsets Hopes on SALT Pact"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 26. Dezember 1978, S. 1 f.

angeboten werden könnten. Er habe aus den Gesprächen mit dem Bundeskanzler inzwischen jedoch die Überzeugung gewonnen, daß das sowjetische Grauzonenpotential ein ernsthaftes Problem, insbesondere für die Bundesrepublik, schafft. Aus diesem Grunde sei er heute für die Einbeziehung der Grauzone in SALT III.

Giscard fragte, was das eigentliche Ziel der amerikanischen Verhandlungsführung für SALT III sein würde.

Carter führte aus, daß in den letzten Jahren die Sowjetunion große technische Fortschritte gemacht habe, insbesondere bei der Verwendung von MIRV und hinsichtlich der Zielgenauigkeit. Da die sowjetischen Systeme von vornherein über ein größeres Wurfgewicht verfügt hätten, stellten diese technischen Fortschritte eine ernsthafte Bedrohung insbesondere für die verbunkerten amerikanischen Systeme dar. Es würde heute geschätzt, daß die Sowjets bei einem Erstschlag etwa 85 bis 90% der verbunkerten Systeme ausschalten könnten. Ferner bestehe Gefahr für die amerikanischen Systeme von Command and Control. Er wolle jedoch kein einseitiges Bild zeichnen. Die USA verfügen bei den SLBMs nach wie vor über erhebliche Vorteile. Weitere Aufgaben für SALT III ergäben sich im Bereich der Verifikation.

Die USA seien bereit, die Grauzone in SALT III einzubeziehen, allerdings nur in Kooperation mit ihren europäischen Verbündeten.

Im März 1977 habe er zu Beginn seiner Amtszeit der sowjetischen Führung zwei Alternativen angeboten, einmal Abschluß von SALT II auf der Grundlage der Absprachen von Wladiwostok[8]. Mit einer gewissen Naivität habe er der Sowjetunion daneben eine zweite Alternative mit Vorschlägen für einen sehr viel weitergehenden Abbau der Systeme angeboten.[9]

Die jetzt ausgehandelte Regelung für SALT II liege auf der Linie von Wladiwostok.

Carter berichtete sodann über die amerikanischen Möglichkeiten zur Modernisierung der TNF. Er schilderte die derzeitigen Überlegungen zur Herstellung von „Pershing" II, ALCMs, GLCMs und SLCMs. Die Kosten seien erheblich.

8 Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Sie kamen überein, daß das Interimsabkommen vom 26. Mai 1972 über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen bis Oktober 1977 verlängert werde und seine Bestimmungen in ein neues Abkommen zu übernehmen seien. Die neue Vereinbarung werde eine Laufzeit von Oktober 1977 bis 31. Dezember 1985 haben. Ferner sollten beiden Seiten berechtigt sein, eine bestimmte Anzahl strategischer Trägerwaffen und eine vereinbarte Gesamtzahl von ICBMs und SLBMs mit Mehrfachgefechtsköpfen zu besitzen. Schließlich wurde vereinbart, nicht später als 1980/81 neue Verhandlungen über die Begrenzung und Reduzierung strategischer Waffen zu beginnen. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), Heft 1852, S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.
Am 2. Dezember 1974 gab Präsident Ford vor der Presse die vereinbarten Zahlen bekannt. Demnach wurde die Höchstgrenze für interkontinentale ballistische Flugkörper, einschließlich von U-Booten zu startenden Flugkörpern und schweren Bombern, auf jeweils 2400 festgelegt. Davon sollten 1320 mit Mehrfachgefechtsköpfen (MIRV) ausgerüstet werden dürfen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, FORD 1974, S. 679. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 100.

9 Anläßlich seines Besuchs in der UdSSR vom 28. bis 30. März 1977 unterbreitete der amerikanische Außenminister Vance einen neuen Verhandlungsvorschlag für einen SALT-II-Vertrag, der umfassende Reduzierungen im Bereich der strategischen Waffen vorsah. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 82 und Dok. 84.

Daher wolle er wissen, welche Haltung die Europäer zur Frage der Dislozierung einnähmen.

Giscard berichtet über sein Gespräch mit Außenminister Gromyko.[10] Der sowjetische Außenminister sei explodiert, als er (Giscard) die Grauzonenproblematik angesprochen habe. Gromyko habe auf die westlichen FBS hingewiesen. Nach seiner – Giscards – Ansicht verfüge der Westen im Grauzonenbereich über keinen trade-off. Daher sei er dafür, daß die Sowjetunion und die USA die Verhandlungen über ihre zentralen Systeme führten. Die englischen und französischen Systeme sollten nicht in SALT III eingebracht werden.

Er sei dafür, auch die SS-20 zur Zeit nicht in SALT III einzubeziehen. Der Westen solle zunächst durch geeignete Maßnahmen einen trade-off schaffen. Dann könne man es der Sowjetunion überlassen, ihrerseits das Problem der SS-20 und möglicher westlicher Gegenleistungen in den Verhandlungen aufzuwerfen.

Auf Fragen präzisierte Giscard, daß die französische Regierung nicht bereit sei, amerikanische Cruise Missiles zu übernehmen. Frankreich arbeite aber an eigenen Cruise Missiles. Wenn die anderen Verbündeten eine Entscheidung treffen über die Einführung von Cruise Missiles, sei Frankreich bereit, gleichzeitig Ankündigungen über das eigene Cruise-Missiles-Programm zu machen. Aus den Ausführungen von Giscard ging hervor, daß die französischen Bemühungen derzeit in erster Linie auf ALCMs gerichtet sind.

Bundeskanzler berichtete ausführlich über die deutsche Haltung. Das den SALT-Verhandlungen zugrunde gelegte Prinzip der Parität gewinne immer mehr an Bedeutung. Es müsse auch den Verhandlungen im konventionellen und im Mittelstreckenbereich zugrunde gelegt werden.

SS-20 und „Backfire" bedrohten nicht nur Europa, sondern darüber hinaus Teile des Mittelmeers, des Nahen und Mittleren Ostens sowie Gebiete in Ostasien. Die Bundesregierung sei bereit, sich an Maßnahmen zur Modernisierung der TNF zu beteiligen. Er werde diese Entscheidungen auch innenpolitisch vertreten und durchstehen. Allerdings dürfe die Bundesrepublik dadurch nicht ausgesondert werden.

Carter betonte das Engagement der USA in Europa. Er wies hin auf die Maßnahmen, die zur Zeit getroffen werden, um die amerikanische Präsenz in Europa, insbesondere in der Bundesrepublik, zu verstärken.[11]

10 Der sowjetische Außenminister Gromyko besuchte vom 25. bis 28. Oktober 1978 Frankreich. Gersandter Lahusen, Paris, resümierte am 31. Oktober 1978: „In der Form freundschaftlich und verbindlich, in der Sache jedoch hart verlaufen sind offenbar die Gespräche über Abrüstungsfragen. So sehr Gromyko in seinen Gesprächen mit de Guiringaud anscheinend auch den ausgezeichneten Stand der beiderseitigen Beziehungen charakterisiert hatte [...], so wenig konnte es in den Fragen Übereinstimmung geben, die die Sowjets zu ihren wesentlichen Anliegen zählen: die Einbindung der französischen Nuklearstreitkräfte und die konstante Weigerung Frankreichs, an Rüstungskontrollgesprächen über N[uklear]-Waffen teilzunehmen. Diese Fragen wurden von Gromyko vorsichtig, aber anscheinend direkt angesprochen. Wie er auch in der Pressekonferenz verlauten ließ, hat er die Einbeziehung Frankreichs und Englands in die SALT-Verhandlungen angeregt und außerdem die Frage der Begrenzung der Massenvernichtungsmittel angeschnitten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3308; Referat 213, Bd. 133108.

11 In Ausführung des vom amerikanischen Kongreß 1974 verabschiedeten „Nunn Amendment" erwog das amerikanische Verteidigungsministerium eine Reduzierung der amerikanischen Versorgungstruppen in Europa und eine Verstärkung der Kampftruppen in gleicher Personalhöhe. Am 30. September 1975 informierte der amerikanische Verteidigungsminister Schlesinger den Kongreß darüber,

Callaghan wies darauf hin, daß ein Teil der amerikanischen nuklearen Streitkräfte in Großbritannien stationiert sei und daß deshalb Großbritannien ein ähnliches Risiko trage wie die Bundesrepublik. Er fragte sodann, ob die deutschen Überlegungen nicht letztlich eine Frage des Vertrauens in die Haltung der Amerikaner und der übrigen Verbündeten seien.

Bundeskanzler stimmte zu, daß Großbritannien ein vergleichbares Risiko wie die Bundesrepublik trage. Das gelte nicht für Frankreich, das eine Sonderstellung einnehme, da es an der integrierten Verteidigung nicht beteiligt sei.[12]

Bundeskanzler ging sodann ausführlich auf die Vertrauensfrage ein. Er schilderte die Entwicklung des Ost-West-Kräfteverhältnisses. In den 50er Jahren habe es eine eindeutige Überlegenheit der USA gegeben. Dem habe die Strategie der massive retaliation entsprochen.[13] Nachdem die Sowjets ihre nuklearen Systeme entwickelt hätten, sei der Westen zu der Strategie der flexible response übergegangen.[14]

Heute würde in SALT I[15] und II quantitative und qualitative Gleichheit des strategischen Kräfteverhältnisses zwischen USA und Sowjetunion festgelegt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 15

daß zu diesem Zweck in den Finanzjahren 1975 und 1976 jeweils eine Brigade in die Bundesrepublik verlegt werde. Die 3. Brigade der 2. Panzerdivision habe bereits vorläufige Standorte auf den Truppenübungsplätzen Grafenwöhr, Hohenfels und Wildflecken bezogen. Eine weitere Brigade der 4. Mechanisierten Infanteriedivision werde ab März 1976 im Raum Wiesbaden stationiert. Vgl. dazu das Schreiben des Staatssekretärs Mann, Bundesministerium der Verteidigung, vom 6. Januar 1976 an Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt; Referat 420, Bd. 117855. Vgl. dazu ferner AAPD 1976, I, Dok. 46.

Am 19. Juli 1977 wurde in der Presse über die beabsichtigte Verlegung einer weiteren amerikanischen Panzerbrigade mit 4000 Mann nach Norddeutschland berichtet: „Die Vereinigten Staaten würden mit der Verlegung der Panzerbrigade seit Beginn der siebziger Jahre ihren dritten Kampfverband neu in der Bundesrepublik stationieren. Die erste dieser Brigaden bezog Unterkünfte in Wiesbaden, die zweite Brigade, für die gegenwärtig die Kasernenanlagen in Garlstedt nördlich von Bremen gebaut werden, ist vorläufig und behelfsmäßig auf dem bayrischen Truppenübungsplatz Grafenwöhr untergebracht. Die dritte Brigade soll nach den Überlegungen der NATO-Stäbe in den Raum westlich von Hannover ziehen." Vgl. den Artikel „Zwei Kampfbrigaden werden nach Deutschland verlegt"; DIE WELT vom 19. Juli 1977, S. 1.

12 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

13 Die NATO-Ministerratstagung am 2./3. Mai 1957 in Bonn billigte den Bericht des Militärausschusses MC 14/2 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area"). Die darin entwickelte nukleare Verteidigungsstrategie der „massive retaliation" ging davon aus, daß einem Angriff nur kurzfristig mit konventionellen Streitkräften begegnet werden könne und eine Einnahme des europäischen Territoriums durch konventionelle NATO-Streitkräfte allein nicht zu verhindern wäre. Daher müsse die NATO zum sofortigen Einsatz ihres strategischen und taktischen Atomwaffenpotentials fähig und bereit sein. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 277–313.

14 Der Ausschuß für Verteidigungsplanung der NATO stimmte am 12. Dezember 1967 in Brüssel der vom Militärausschuß vorgelegten Direktive MC 14/3 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area") zu. Nach dem unter dem Begriff „flexible response" bekannt gewordenen Konzept sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential zum Einsatz kommen. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 345–370. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 386.

15 Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau einen Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) und ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–398.

Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen zu den Verträgen; DEPARTMENT

In der Triade gebe es eine Lücke zwischen den taktischen Nuklearwaffen und den strategischen Nuklearwaffen im Mittelstreckenbereich. Im Interesse der Glaubwürdigkeit der Eskalationsdrohung müsse diese Lücke ausgefüllt werden.

Seine Befürchtungen richteten sich vor allem auf die Mitte der 80er Jahre. Wenn die Sowjetunion ihr Übergewicht im Mittelstreckenbereich weiter im gegenwärtigen Tempo ausbaue, bestehe Gefahr, daß die Sowjetunion unter den Nachfolgern von Breschnew, die möglicherweise einen härteren außenpolitischen Kurs verfolgen, dieses Übergewicht als politisches Druckmittel einsetzen könnte.

Die Bundesregierung sei bereit, bei einem TNF-Modernisierungsprogramm mitzumachen. Hierfür könnten Cruise Missiles geeignete Systeme sein. Die Modernisierung dürfe aber nicht allein auf die Bundesrepublik beschränkt werden. Sonst bestehe Gefahr, daß die Bundesrepublik von der Sowjetunion ausgesondert und gezielt unter Druck gesetzt werde.

Carter: Er sei bereit, neue Systeme im Mittelstreckenbereich produzieren zu lassen. Er könne allerdings den Kongreß nur um Bewilligung der erforderlichen Mittel bitten (schätzungsweise zwei Mrd. Dollar), wenn er sicher sei, daß die Systeme disloziert werden können.

Auf Fragen erklärte *Dr. Brzezinski*, daß die Sowjetunion zur Zeit jährlich etwa 50 neue SS-20-Abschußrampen produziere.

Giscard: Er sehe nach wie vor kein überzeugendes Argument, warum die Grauzone in SALT III einbezogen werden soll.

Callaghan zeigte Verständnis für die vom Bundeskanzler ausgedrückten Besorgnisse. Er sei dafür, daß innerhalb der nächsten sechs Monate überprüft werde, was gegen die Disparität im Mittelstreckenbereich getan werden könne. Experten sollten ein Konzept entwickeln. In diesem Zusammenhang solle auch geprüft werden, ob der Westen equivalence benötige oder ob sufficiency ausreichend sei.

Bundeskanzler: Er sei persönlich überzeugt, daß die Hinweise der Militärs auf die Überlegenheit des Warschauer Pakts im konventionellen Bereich unzutreffend seien. Er glaube vielmehr, daß im konventionellen Bereich zwischen Ost und West, wenn man alle Faktoren in Rechnung stelle, annäherndes Gleichgewicht bestehe. Anders sei dagegen die Lage im Mittelstreckenbereich.

Carter: Er sei bereit, die Grauzone in SALT III einzubeziehen. Das Ziel von SALT III sei, die Zahl der ICBMs weiter zu reduzieren. Dadurch würde die Bedeutung der Disparität im Mittelstreckenbereich zusätzlich erhöht werden.

Giscard: Er sei einverstanden, wenn SS-20 im Zusammenhang mit anderen neuen westlichen Systemen in Verhandlungen einbezogen würde. Es dürfe aber keinerlei Einschränkung der französischen Programme geben.

Callaghan betonte nachdrücklich die Notwendigkeit ausreichender Beteiligung der Europäer. Die Entscheidungen über diese Fragen dürften nicht über die Köpfe der Europäer hinweg getroffen werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 16

OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

Carter: Er sei zu ausreichenden Konsultationen bereit. Möglicherweise könne Secretary of Defense Brown vor seinen Gesprächen mit Breschnew nach Europa kommen, um mit den drei Verbündeten vorher Erörterungen zu führen.

Bundeskanzler: Er sei eher für Konsultationen der Außenminister. Wenn Frankreich ankündige, was es im Mittelstreckenbereich zu tun gedenke, wenn Callaghan sich zu Maßnahmen bereit erklärt, dann werde er auch in der Lage sein mitzumachen.

Callaghan: Er sei bereit, aber er könne noch nicht genau sagen, welche Systeme für sein Land in Betracht kämen.

Giscard: Sein auf U-Boote gestütztes Programm nuklearer Systeme reiche bis Ende dieses Jahrhunderts. Er denke daran, ergänzend ALCMs einzuführen.

Europäische Abrüstungskonferenz

Giscard erläuterte die französischen Vorschläge.[16] Er führte aus, die französische Regierung beabsichtige, mit ihrem Konzept dem Eindruck entgegenzutreten, daß nur die Sowjetunion umfassende Abrüstungsvorschläge mache.

Callaghan äußerte Zweifel, ob die Sowjetunion bei dem französischen Konzept vom Atlantik bis zum Ural mitmachen werde. Andererseits verkenne er nicht, daß es bei MBFR nur wenig Fortschritte gebe.

Giscard: Die französischen Bedenken gegen MBFR beruhten einmal darauf, daß der geographische Kreis der Beteiligten zu eng gezogen sei. Zum anderen befürchte Frankreich, daß hier eine besondere Zone der Abrüstung geschaffen werde.

Bundeskanzler: Hinzu kämen wohl Überlegungen, daß Frankreich für seine Präsenz in der Bundesrepublik keine Begrenzungen akzeptieren wolle.

Giscard gab zu verstehen, daß dies richtig sei. Er werde MBFR-Ergebnisse zwar kritisieren, aber nicht hintertreiben.

Carter gab zu erwägen, ob MBFR mit den französischen Vorschlägen verbunden werden könne. Dies könne dadurch geschehen, daß der Inhalt der gegen-

16 Am 25. Januar 1978 billigte der französische Ministerrat einen Bericht des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing über die Haltung Frankreichs zur Abrüstungspolitik. Darin wurde der Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz unterbreitet, welche die konventionellen Rüstungen im Raum zwischen dem „Atlantik und dem Ural" zum Gegenstand haben sollte. Vgl. dazu LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1978, I, S. 38. Vgl. dazu auch AAPD 1978, I, Dok. 27.
In ihrem Memorandum vom 19. Mai 1978 an die übrigen KSZE-Teilnehmerstaaten legte die französische Regierung nochmals ihren Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz dar. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 506–509.
Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), teilte dazu am 10. November 1978 mit: „Die fast ganztägige Konsultation im NATO-Rat zu französischem EAK-Vorschlag ist von Bündnispartnern zu eingehender Befragung Frankreichs genutzt worden. [...] Die teilweise vagen französischen Antworten ließen erkennen, daß F[rankreich] seinen Vorschlag noch längst nicht in allen Einzelheiten und Konsequenzen durchdacht hat. Das Konzept einer EAK bedarf weiterer eingehender Vorbereitung sowie gründlicher Erörterung innerhalb des Bündnisses. Die Konsultation machte deutlich, daß niemand bereit ist, eine Gefährdung der MBFR- und KSZE-Verhandlungsrahmen trotz ihrer Unzulänglichkeiten durch die EAK in Kauf zu nehmen. Mit Genugtuung ist daher die wiederholte französische Zusicherung aufgenommen worden, daß EAK nicht in Konkurrenz zu MBFR treten oder MBFR aushöhlen soll. Auch versicherte F, das delikate Gleichgewicht in der KSZE-Schlußakte erhalten und den KSZE-Prozeß fortsetzen zu wollen, auch wenn in Phase 1 der EAK vorgesehen ist, die vertrauensbildenden Maßnahmen der Schlußakte obligatorisch und verifizierbar zu machen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1185; Referat 221, Bd. 112973.

wärtigen Wiener Gespräche auf den Kreis der KSZE-Teilnehmer ausgeweitet würde.

Callaghan zweifelte, ob dies ein gangbarer Weg sei. Alle hätten ihre Erfahrungen mit dem großen Kreis der Teilnehmer in Helsinki[17] und beispielsweise mit Dom Mintoff gemacht.

Bundeskanzler unterrichtete seine Kollegen, daß er im Laufe dieses Jahres Sofia[18] und Budapest[19] besuchen wird.

Allianzstrategie

Bundeskanzler führte aus, er wünsche keine neue Strategie. Das strategische Konzept der NATO sei seit den Athener Richtlinien[20] vielfach ergänzt und verändert worden. Er habe aber große Zweifel, ob einer der Kollegen am Tisch oder die Regierungschefs der übrigen verbündeten Länder einen klareren Überblick über das derzeit gültige strategische Konzept des Bündnisses hätten. Es gäbe inzwischen zu viele grundlegende Dokumente, die ohne klare Beziehung zueinander seien.

Die übrigen Teilnehmer äußerten keinerlei Widerspruch.

Generalsekretär der NATO[21] und SACEUR

Das angekündigte Ausscheiden von General Haig wurde allgemein bedauert.[22]

Es bestand Einvernehmen, daß sein Abtritt eine Gelegenheit sein könnte, um auch im politischen Bereich einen Wechsel des Generalsekretärs ins Auge zu fassen. Es wurden mehrere Namen genannt.

Giscard und Callaghan schienen Davignon zu favorisieren.

Der *Bundeskanzler* nannte neben Thorn Denson und Holst. Er sprach sich dafür aus, mit der Wahl des nächsten Generalsekretärs die Amtszeit auf fünf Jahre zu begrenzen. Man könne eine Pension vorsehen. Im übrigen solle nach fünf Jahren auch eine Wiederwahl nicht ausgeschlossen werden.

Es bestand Übereinstimmung, daß die vier Außenminister[23] diese Frage weiter verfolgen sollen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 47

17 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

18 Bundeskanzler Schmidt besuchte vom 2. bis 4. Mai 1979 Bulgarien. Vgl. dazu Dok. 120, Dok. 122 und Dok. 124.

19 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. September 1979 in Ungarn auf. Vgl. dazu Dok. 251 und Dok. 255.

20 Die auf der NATO-Ministerratstagung vom 4. bis 6. Mai 1962 in Athen verabschiedeten Richtlinien regelten das Konsultationsverfahren im Bündnis für den Einsatz von Atomwaffen. Vgl. dazu das Kommuniqué; NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 143–146. Für den deutschen Wortlaut vgl. DzD IV/8, S. 483–486. Vgl. dazu auch den Drahterlaß Nr. 1651 des Legationsrats I. Klasse Scheske vom 10. Mai 1962; AAPD 1962.

21 Joseph Luns.

22 Der amerikanische General Haig gab am 3. Januar 1979 bekannt, daß er zum 30. Juni 1979 von seinen Ämtern als Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) und als Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa zurücktreten werde. Vgl. dazu den Artikel „NATO-Befehlshaber Haig tritt zurück"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Januar 1979, S. 1.

23 Jean André François-Poncet (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), David Owen (Großbritannien) und Cyrus R. Vance (USA).

4

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt, z.Z. Guadeloupe

Geheim **5. Januar 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch Dr. Brzezinski, Sir John Hunt, Jacques Wahl und AL 2 am 5. Januar 1979, vormittags

Das Gespräch erstreckte sich auf die gleiche Thematik wie das der vier Regierungschefs am gleichen Vormittag.[2] Ergänzend ist folgendes festzuhalten:

1) *Dr. Brzezinski* äußerte die Überzeugung, daß Deng Xiaoping den neuen Kurs in China unumkehrbar machen wolle. Er sei allerdings nicht sicher, ob Deng hierfür bei seinem Alter noch genügend Zeit habe. Deng versuche vorzubeugen, indem er jetzt schon einen Generalsekretär der Partei benennt, der auf seiner Linie liege.[3] Im übrigen könne der Westen durch wirtschaftliche Zusammenarbeit, Ausbildung chinesischer Studenten etc. zur Festigung der neuen Linie beitragen.

Dengs Politik sei wesentlich eleganter und gekonnter als die Außenpolitik der Sowjetunion. Dies habe sich z.B. gezeigt in der geschickt gehandhabten Einladung an Senator Goldwater, der einer der prominentesten Gegner der Normalisierung mit China sei.[4]

Die Sowjetunion habe dagegen die Chancen, die das starke Engagement von Carter und Vance in Abrüstungsfragen für SALT II eröffnet hätte, niemals richtig erkannt und genutzt. Auch sei unverständlich, daß die Sowjetunion den Abschluß von SALT II bis nach dem Besuch von Deng in Washington[5] verzögert habe. Ein Treffen Carter/Breschnew Mitte Januar hätte die Möglichkeit geboten, eindrucksvoll die amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit herauszustellen und den chinesischen Besuch von vornherein ins zweite Glied zu stellen.

Ich habe darauf hingewiesen, daß der Aufbau von Kontakten und persönlichem Vertrauen eine gewisse Zeit erfordere und daß nach unserer Erfahrung die sowjetischen Politiker nur langsam ihr Mißtrauen überwinden. Daher stelle sich

[1] Ablichtung.

[2] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierminister Callaghan, Präsident Carter und Staatspräsident Giscard d'Estaing auf Guadeloupe vgl. Dok. 2.

[3] Am 13. September 1978 teilte Botschaftsrat I. Klasse Keil, Peking, zur Reorganisation des Parteiapparats der KPCh mit: „Seit Anfang Januar ist das Generalsekretariat der Partei, eine bereits vor der Kulturrevolution (damaliger Generalsekretär Deng Xiaoping) bestehende Schlüsselstellung zur Kontrolle des Parteiapparats, wiedererrichtet worden. Neuer Generalsekretär ist der 63-jährige Hu Yaobang. Er leitet gleichzeitig die Propagandaabteilung des Zentralkomitees und bestimmt damit als ‚Chefideologe' des neuen Kurses Chinas Wissenschafts-, Erziehungs- und Kulturpolitik. Hu ist enger Vertrauter von Deng Xiaoping und gilt als dessen möglicher Nachfolger." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1281; Referat 341, Bd. 110479.

[4] Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping erklärte am 5. Januar 1979 in Peking, daß er bei seiner bevorstehenden Reise in die USA den amerikanischen Senator Goldwater zu einem Besuch Chinas einladen wolle. Vgl. den Artikel „China Seeks Union with Taiwan Soon"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 6./7. Januar 1979, S. 1 f.

[5] Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping hielt sich vom 29. Januar bis 4. Februar 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 37.

die Frage, ob den sowjetischen Führern nicht einige neue Dinge in zu kurzer Zeit zugemutet worden seien.

Im übrigen berichtete ich auf der Grundlage des Sprechzettels zu Ost-West-Beziehungen.

2) *Wahl* berichtete, daß Präsident Giscard Ende März in die Sowjetunion reisen wird.[6]

3) Wahl zeigte deutliche Besorgnis, daß die Europäer, insbesondere die beiden Nuklearmächte, von den USA bei den Kontakten mit den beiden Großmächten Sowjetunion und China nicht genügend berücksichtigt würden. Er zeigte vor allem Besorgnis, daß die Interessen Frankreichs und Großbritanniens bei SALT III berührt und beeinträchtigt werden könnten.

Sir John *Hunt* wies darauf hin, daß es für die Europäer sehr schwierig sei, bei dem komplizierten Prozeß der Meinungsbildung unter den verschiedenen Ressorts in Washington den richtigen Zeitpunkt für eine Intervention herauszufinden.

Brzezinski betonte die Bereitschaft der USA zur Unterrichtung und Konsultation der Europäer. Er ließ dabei durchblicken, daß die USA auf Vorbehalte eines europäischen Verbündeten nicht reagieren würden, daß sie dagegen diesen Vorbehalten Rechnung tragen würden, wenn sie von mehreren Europäern vorgetragen werden.

4) Brzezinski bezeichnete atomaren sowjetischen Präventivschlag gegen China als unwahrscheinlich. Chinesen verfügten über etwa 100 nukleare Raketen, die u. a. Moskau und Wladiwostok erreichen könnten. Die Raketen seien so geschickt an der Südseite von Bergen angebracht, daß sie durch sowjetische Raketen nicht ausgeschaltet werden könnten.

Ein konventioneller Präventivkrieg sei sehr unwahrscheinlich, da die Sowjets gegen die Masse der Chinesen keine Siegeschancen haben würden. Die wahrscheinlichste Alternative sei ein Stellvertreterkrieg beispielsweise durch Vietnam auf der indochinesischen Halbinsel.

Ruhfus

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 47

6 Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 26. bis 28. April 1979 in der UdSSR auf.

5

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierminister Callaghan, Präsident Carter und Staatspräsident Giscard d'Estaing auf Guadeloupe

Geheim **6. Januar 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch der vier Staats- und Regierungschefs in Guadeloupe am 6. Januar 1979[2]

Follow up von SALT II und SALT III

Carter: Er werde Breschnew bei dem Gespräch Ende Februar sagen, daß SS-20 ein sehr bedrohliches System sei. Die USA sähen sich veranlaßt, geeignete Gegenmittel zu schaffen. Er sei dafür, daß SS-20 in die nach SALT II folgenden Abrüstungsverhandlungen einbezogen werde.

Die drei europäischen Partner sollten unter sich überlegen, wie sie wünschten, daß die Frage von den USA behandelt werde. Er sei bereit, SoD[3] Brown oder aber seinen fachkundigen Mitarbeiter Aaron zu Gesprächen nach London, Paris oder Bonn zu entsenden.

Bundeskanzler stimmte zu. Er regte an, daß Aaron mit klaren amerikanischen Vorstellungen in die europäischen Hauptstädte kommen solle.[4]

Giscard: Nach reiflicher Überlegung müsse er dabei bleiben, Frankreich könne bei Vierer-Konsultationen nicht mitmachen.

Carter: SALT III werde stattfinden. Daher müsse man sich abstimmen.

Es wurde vereinbart, daß Aaron die europäischen Hauptstädte nach den Gesprächen Carter/Deng Xiaoping[5] vor dem Besuch von Breschnew besucht. Die Unterrichtung über die Gespräche mit Deng soll als Deckmantel dienen.

Giscard erhob gegen diese bilateralen Kontakte keinen Widerspruch.

Carter bat um unterstützende Äußerungen der übrigen Teilnehmer in der Presseerklärung nach Abschluß des Treffens für SALT II.

Giscard, Callaghan und *Bundeskanzler* sagten dies zu.[6]

Iran

Carter berichtete über die Kontakte seiner Regierung mit dem Schah, den Militärs und anderen politischen Kräften im Iran. Die amerikanische Regierung

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, gefertigt.

2 Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. auch Dok. 2–4.

3 Secretary of Defense.

4 Vgl. dazu die Gespräche des stellvertretenden Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Aaron, am 6. Februar 1979 im Auswärtigen Amt; Dok. 31.

5 Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping hielt sich vom 29. Januar bis 4. Februar 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 37.

6 Bundeskanzler Schmidt, Premierminister Callaghan und Staatspräsident Giscard d'Estaing bekräftigten am 6. Januar 1979 vor Pressevertretern auf Guadeloupe ihre Unterstützung für einen baldigen Abschluß des SALT-II-Vertrags. Vgl. dazu den Artikel „Die Sicherheit verstärken und Spannungen abbauen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8. Januar 1979, S. 1 f.

habe dem Schah geraten, seine Unentschlossenheit zu beenden. Sie habe ihm nahegelegt, notfalls eine Militärregierung zu berufen und einen Regentschaftsrat zu schaffen. Der Schah habe zunächst gesagt, er werde das Land verlassen, sobald Bakhtiar eine Zivilregierung geschaffen habe. Später habe er diese Zusage dahingehend modifiziert, daß er das Land verlassen werde, sobald eine Zivilregierung geschaffen worden sei und diese Regierung die Ordnung wiederhergestellt habe.[7]

Callaghan: Nach letzten Meldungen aus Teheran werde der Schah spätestens am Montag[8] das Land verlassen. Es sei aber noch unsicher, ob er nach Amerika gehe oder auf eine Insel. George Brown sei ein früherer Freund von Bakhtiar. Bakhtiar habe ihn gebeten, ihn politisch zu beraten.

Es sei zu erwarten, daß der Iran unter einer neuen Regierung in außenpolitischen Fragen einen proarabischen Standpunkt einnehmen werde.

Es sei erforderlich, mehr Kontakte zu den Golfstaaten herzustellen. Ihre Stabilität und ihre prowestliche Haltung beruhten vielfach nur auf einer Persönlichkeit oder einer Familie. Sie könnten jederzeit durch die starken palästinensischen Kräfte im Lande verändert werden.

Giscard: Er habe einen persönlichen Vertrauten nach Persien entsandt. Dessen Bericht sei zu entnehmen, daß die Militärs und die religiösen Führer die entscheidenden Kräfte des Landes seien. Man müsse beide zusammenbringen. Er

7 Im Iran kam es seit Januar 1978 zu sich ständig verschärfenden Demonstrationen gegen die Herrschaft des Schahs Reza Pahlevi. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 258, Dok. 332, Dok. 340, Dok. 362 und Dok. 393.
Am 6. November 1978 gab Schah Reza Pahlevi die Einsetzung einer Militärregierung unter General Azhari bekannt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Montfort resümierte am 7. Dezember 1978: „Der Militärregierung ist es nicht gelungen, Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen. Im Gegenteil, das Land wird zunehmend unregierbar. Täglich werden Menschen erschossen, wenn das Militär versucht, die untersagten Demonstrationen wenigstens zu kontrollieren." Die Opposition werde getragen von „Ayatollah Khomeini, dem unversöhnlichen Schah-Gegner, der in seinem Pariser Exil nur ein Ziel kennt: Beseitigung des Schah-Regimes. Das religiöse Moment in der Opposition wird immer stärker. Alle anderen Kräfte verblassen dagegen." Vgl. den Runderlaß Nr. 6312; Referat 311, Bd. 137618.
Botschafter Ritzel, Teheran, bewertete am 4. Januar 1979 die Aussichten der Bildung einer zivilen Regierung unter dem designierten Ministerpräsidenten Bakhtiar: „Es besteht eine Chance, daß es dem relativ gemäßigten Dr. Bakhtiar, obwohl er inzwischen bereits von den radikalen Vertretern der Opposition desavouiert und aus der Nationalen Front ausgeschlossen wurde, gelingen wird, eine zivile Koalitionsregierung zu bilden, die auch von der radikaleren Opposition zunächst einmal toleriert würde. Dies setzt voraus, daß der Schah zu wesentlichen Konzessionen bis hin zur praktischen Abdankung [...] bereit ist. Ein besonders neuralgischer Punkt ist dabei die Frage des Oberbefehls über die Armee. Der Schah, dessen Linie in den letzten Tagen schwankte, hat die Bereitschaft erkennen lassen, sich auf die Rolle eines konstitutionellen Monarchen zurückzuziehen und zur Entspannung der Situation vorübergehend außer Landes zu gehen. Eine solche Lösung, wenn sie rasch käme, hat gewisse Chancen. Es mehren sich neuerdings Anzeichen dafür, daß sie unter gewissen Voraussetzungen auch für die Armee akzeptabel wäre, wenn dadurch Ruhe im Land einkehrte. Kehrt sie nicht ein, besteht die Gefahr eines Militärputsches, [...] um durch hartes Durchgreifen, solange die Armee als Instrument dafür noch halbwegs intakt ist, Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Ob eine solche militärische Lösung, die vermutlich viel Blut kosten würde, überhaupt noch durchsetzbar ist, ist fraglich, sie könnte jedenfalls keine Lösung auf Dauer sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 31; Referat 311, Bd. 137619.
Nachdem das iranische Parlament der Regierung des Ministerpräsidenten Bakhtiar am 16. Januar 1979 das Vertrauen ausgesprochen hatte, verließ Schah Reza Pahlevi noch am selben Tag den Iran. Vgl. den Artikel „Der Schah hat Iran verlassen. Chomeini will eine Übergangsregierung bilden"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. Januar 1979, S. 1.

8 8. Januar 1979.

halte es für denkbar, daß eine nasseristische Regierung zustande komme. Frankreich habe Khomeini auf Bitten des Schahs in Frankreich gehalten.[9]

Bundeskanzler berichtete über das Engagement der deutschen Wirtschaft im Iran. Verluste seien zu befürchten. Die Bundesrepublik werde sie letztlich jedoch verkraften können.

Ölpreise

Callaghan äußerte die Befürchtung, daß die Ereignisse im Iran zu einem zusätzlichen Druck auf die Erhöhung der Ölpreise führen würden.

Giscard regte an, die OECD-Länder sollten versuchen, die letzte von der OPEC beschlossene Ölpreiserhöhung über einen längeren Zeitraum zu strecken.[10] Rücknahme der Preiserhöhung sei psychologisch nicht durchzusetzen. Eine Ausdehnung der Erhöhung von zehn Monaten auf zwei Jahre sei möglicherweise zu erreichen.

Bundeskanzler: Die Ölpreiserhöhung könne kurzfristig nachteilige Auswirkungen auf die Entwicklung der Weltwirtschaft und auf die Bemühungen um Bekämpfung der Inflation haben. Längerfristig sei es jedoch richtig, die Ölpreise zu erhöhen und damit Maßnahmen zur Einsparung des Energieverbrauchs und die Entwicklung alternativer Energiequellen rechtzeitig in Gang zu bringen.

Callaghan äußerte die Befürchtung, daß die OPEC-Länder für die zeitliche Streckung der Ölpreiserhöhung Gegenforderungen stellen würden.

Giscard: Man könne versuchen, ihnen mit der Zusicherung der Bemühung um Stabilität der weltwirtschaftlichen Lage und um Dämpfung der Preisentwicklung entgegenzukommen.

Bundeskanzler: Er sehe die Gefahr, daß die bisherige Lohnpreisspirale durch eine neue Spirale der Energiepreise und der Preise für Industriegüter abgelöst werde.

Es wurde vereinbart, daß der Versuch unternommen werden soll, die Ölpreiserhöhung zeitlich zu strecken. Präsident Carter wird in diesem Sinne mit Fahd bei dessen Besuch in Washington sprechen.[11]

9 Der iranische Oppositionsführer Ayatollah Khomeini hielt sich seit dem 6. Oktober 1978 in Frankreich auf.

10 Auf der Ministerkonferenz der OPEC am 16./17. Dezember 1978 in Abu Dhabi wurde eine stufenweise Erhöhung des Ölpreises für das Jahr 1979 beschlossen. Die Preiserhöhung sollte in Tranchen von 5% ab 1. Januar, 3,8% ab 1. April, 2,29% ab 1. Juli und 2,69% ab 1. Oktober 1979 erfolgen. Vgl. dazu den Artikel „Die OPEC-Länder erhöhen den Ölpreis in vier Stufen"; DIE WELT vom 18. Dezember 1978, S. 1.

11 Am 25. März 1979 legte Botschafter Schlagintweit, Djidda, zur Absage der Reise des Kronprinzen Fahd in die USA dar: „Das in saudischen Augen ungeschickte Verhalten der USA gegenüber den Vorgängen im Iran sowie ihre einseitige Identifikation mit Ägypten und Israel haben zu einer erneuten Trübung des ‚besonderen' saudisch-amerikanischen Verhältnisses und zu Zweifeln an den Zielen der amerikanischen Nahost-Politik geführt. Spektakulärster Ausdruck der Vertrauenskrise war die Absage des für Mitte März 1979 vereinbarten Amerika-Besuchs Kronprinz Fahds. Die Interdependenz zwischen den USA und Saudi-Arabien und die engen Beziehungen auf allen Gebieten wurden davon jedoch kaum berührt. Wie sehr Saudi-Arabien weiter auf die USA angewiesen ist, machte der Krieg im Jemen deutlich. Dies schließt nicht aus, daß Saudi-Arabien künftig deutlicher die Rolle des selbständigen Partners spielen und stärker hervorheben wird, daß die nationalen Interessen der USA im Nahen Osten nicht notwendigerweise mit denen Saudi-Arabiens identisch sind." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 231; Referat 311, Bd. 119948.

Bundeskanzler und *Callaghan* stimmten zu, daß sie sich im gleichen Sinne an die saudi-arabischen Führer wenden werden.[12]

Erdölversorgung von Israel und Südafrika

Callaghan führte aus, Südafrika habe etwa 90% seines Öls aus dem Iran bezogen. Südafrika habe derzeit Reserven für eine etwa zweijährige Versorgung. Er halte es für denkbar, daß Südafrika zu Rationierungsmaßnahmen greifen werde.

Es bestand der Eindruck, daß die Ölversorgungsschwierigkeiten die südafrikanische Regierung politisch zu einer etwas nachgiebigeren Haltung veranlassen könnten.

Callaghan und *Carter* berichteten, daß Israel etwa 60% seines Erdöls aus dem Iran bezogen habe. Israel könne versuchen, auf Bezüge u.a. aus Mexiko und Großbritannien auszuweichen. Israel sei jedoch noch nicht an die britische Regierung herangetreten.

Naher Osten

Carter berichtete, Ägyptens Stellung sei durch die jüngsten Ereignisse im Iran gestärkt worden. Es gebe Kontakte zwischen Ägypten und Saudi-Arabien über möglichen militärischen Schutz aus Ägypten im Falle eines Angriffs auf Saudi-Arabien.[13]

Die Ägypter hätten sich nach Camp David[14] sehr entgegenkommend verhalten. Die Israelis hätten sich als überaus schwierig erwiesen. Begin berufe sich darauf,

12 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal am 19. Januar 1979; Dok. 17.

13 Botschafter Schlagintweit, Djidda, berichtete am 11. Januar 1979, am Vortag habe man ihm im saudi-arabischen Außenministerium zu den ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen mitgeteilt: „Saudi-Arabien trete unverändert für eine Friedensregelung ein, die befriedigende Lösung für Palästinenser-Frage und Jerusalem bringe. Camp-David-Vereinbarungen böten dafür keine ausreichende Grundlage. Saudi-Arabien hoffe, daß es Präsident Sadat gelinge, in Verhandlungen – dabei unterstützt von den USA – Verbindung ägyptisch-israelischen Friedens mit Westbank-Gaza-Frage zu erreichen, die eindeutiger und verbindlicher als Camp-David-Abkommen weitere Entwicklung in Richtung auf palästinensische Selbstbestimmung erkennen lasse. [...] Saudi-Arabien sehe sich seit Gipfelkonferenz von Bagdad verstärkt den Spannungen zwischen Ägypten und den Sadat unterstützenden Staaten einerseits und den Ablehnungsstaaten andererseits ausgesetzt. Es verfolge daher weitgehend eine Politik des ‚wait and see'. Es bemühe sich weiterhin, die Risse im arabischen Lager nicht noch tiefer werden zu lassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 43; Unterabteilung 31, Bd. 135594.
Botschafter Schütz, Tel Aviv, resümierte am 10. Januar 1979 Ausführungen des israelischen Außenministers Dayan zur Rolle Ägyptens als regionaler Militärmacht: „Die Ägypter würden allen sagen, daß sie selbst für die Saudis und andere in der Region existenzsichernd seien. Sie seien die einzigen, die im Sudan durch ihre militärische Kraft einen Umsturz verhindert hätten und möglicherweise auch in Somalia, vor allem aber seien sie die einzigen im arabischen Lager, die die militärische Macht haben, um die Stabilität in Saudi-Arabien tatsächlich zu erhalten, falls es zu inneren Schwierigkeiten komme. Deshalb wären die Verteidigungsverträge, die sie in den vergangenen Jahren mit den arabischen Staaten abgeschlossen hätten, von besonderem Wert. Deshalb könnten sie sich auch nicht, z.B. durch Nichtbeachtung der palästinensischen Frage, aus dem arabischen Rahmen entfernen. Nach Auffassung Dayans entspricht dies möglicherweise nicht nur einer ägyptischen Propagandalinie, sondern der Einschätzung der wirklichen Lage. Wichtig ist für ihn jedenfalls, daß diese Einstellung vor allem wohl die Vereinigten Staaten überzeugt hat." Vgl. den Drahtbericht Nr. 40; Unterabteilung 31, Bd. 135594.

14 Ministerpräsident Begin, Präsident Carter und Präsident Sadat trafen vom 5. bis 17. September 1978 in Camp David, dem Landsitz des amerikanischen Präsidenten, zusammen, um eine Friedensregelung auszuarbeiten. Am 17. September 1978 unterzeichneten sie in Washington ein Rahmenwerk für den Frieden im Nahen Osten und ein Rahmenwerk für den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 78

daß ein Teil der Koalitionsparteien das Ergebnis von Camp David von vornherein nicht akzeptiert habe.[15]

Gleichwohl habe er Hoffnung auf baldige Fortsetzung der Gespräche zwischen dem ägyptischen und israelischen Außenminister.[16] Falls es zu Verhandlungen über Westbank und Gaza komme, seien die USA bereit, eine hochrangige Persönlichkeit (unterhalb von Außenminister Vance) zu entsenden.

Bundeskanzler fragte nach den Chancen, das Verhandlungsergebnis durch eine Genfer Konferenz indossieren zu lassen.

Carter: Israel und Ägypten seien beide gegen eine Beteiligung der Sowjetunion. Die Haltung der Sowjetunion gegenüber den amerikanischen Friedensbemühungen im Nahen Osten sei in den letzten Monaten immer schwieriger geworden.[17] Offenbar befürchte die Sowjetunion, durch den Ausgleich zwischen Syrien und Irak[18] weiter an Einfluß zu verlieren.

Fortsetzung Fußnote von Seite 25

(1978), Heft 2019, S. 7–11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 47–54. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 271, Dok. 278, Dok. 281 und Dok. 282.

15 Botschafter von Staden, Washington, stellte am 2. Januar 1979 fest, daß „die Verhandlungsprobleme zwischen Israel und Ägypten im Kern auf die israelischen Ansprüche auf Cis-Jordanien und Gaza zurückzuführen" seien: „Als Amerikaner und Ägypter ernst damit machten, dem Abkommensentwurf Texte anzuhängen, die diese Ansprüche schließlich gefährden könnten, fing Israel das Momentum von Camp David im Netz der Detailverhandlungen auf. [...] Das State Department sieht in dieser Haltung den sicheren Weg in die nächste Nahostkrise. Weder ist arabischer Nationalismus für historische Ansprüche Israels empfänglich, noch wird er verstehen, daß Israelis in Westjordanien siedeln dürfen, die Palästinenser aber in der Diaspora bleiben sollen. Die noch geringe Zahl der Siedler besagt nicht viel. Ihre symbolische Bedeutung ist erheblich, und in Palästina fingen die Zionisten auch einmal ‚klein' an." Vgl. den Drahtbericht Nr. 7; Unterabteilung 31, Bd. 135594.
Am 5. Januar 1979 teilte Botschafter Schütz, Tel Aviv, zur israelischen Siedlungspolitik mit: „Während viereinhalbstündiger, ausschließlich Siedlungspolitik gewidmeter Sitzung Likud-Fraktion am 4. Januar bekräftigte PM Begin erneut Entschlossenheit seiner Regierung, weitere Siedlungen in Judäa und Samaria zu errichten [...]. Er hob hervor, daß seine Regierung erstmalig Siedlungen im Kern Judäas und Samarias zugelassen habe, und unterstrich Entschlossenheit, in Wahlplattform enthaltenes Siedlungsprogramm zu verwirklichen. Israelische Regierung habe auch während vergangener drei Monate trotz erheblichen amerikanischen Drucks in Siedlungsfrage bestehende Siedlungen wie angekündigt verstärkt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 23; Unterabteilung 31, Bd. 135594.

16 Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 8. Januar 1979, der amerikanische Sonderbeauftragte für den Nahen Osten, Atherton, habe ihm dargelegt, Präsident Carter habe entschieden, „daß als nächster Schritt ein ägyptisch-israelisches Treffen unterhalb der Gipfelebene stattfinden soll. AM Vance habe daraufhin den ägyptischen Ministerpräsidenten Khalil und AM Dayan zu einem am 21.2.1979 beginnenden Treffen nach Camp David eingeladen. Diese Einladung ist formal noch nicht angenommen, da insbesondere Begin noch die Zustimmung seines Kabinetts benötigt [...]. Atherton hofft, daß Khalil und Dayan mit einer ausreichenden Vollmacht ausgestattet sein werden, um in der Sache verhandeln zu können." Vgl. den Drahtbericht Nr. 531; Unterabteilung 31, Bd. 135594.

17 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kühn führte am 28. November 1978 zur Nahostpolitik der UdSSR aus: „In ihrer einseitigen Nahostpolitik hat sich die Sowjetunion durch Camp David eine schwere Niederlage zugezogen. In dem Versuch, verlorenes Terrain gutzumachen, unterstützt Moskau die Ablehnungsfront und trägt damit zur arabischen Uneinigkeit bei. Dennoch ist sowjetische Vorsicht zu beobachten, z. B. in der Zurückhaltung bezüglich Waffenlieferungen während des Assad-Besuchs in Moskau im Oktober." Vgl. Referat 213, Bd. 133109.

18 Anläßlich seines Besuchs vom 24. bis 26. Oktober 1978 im Irak unterzeichneten Präsident Assad und Präsident al-Bakr eine „Charta für eine gemeinsame Nationale Aktion". Der syrische Botschafter al-Atassi legte Ministerialdirektor Lautenschlager am 12. Februar 1979 zu den darin niedergelegten Zielen dar: „Die Fusionierung zwischen Syrien und Irak werde aller Voraussicht nach bis spätestens Ende dieses Jahres vollzogen sein. Die Form (Föderation oder Konföderation) sei noch offen. Die Vereinigung beider Länder werde aber sehr weit gehen (ein Staatspräsident, ein Parteiführer, eine Außenpolitik und eine Armee). Die neue Union werde ein ‚Faktor der Stabilität' im Nahen Osten sein, der leichter einer Einflußnahme von außen widerstehen könne als Einzelstaaten. Ihr käme angesichts

Giscard wies hin auf die Problematik eines Separatvertrages und die Gefahren, die dies für die Stellung Sadats im arabischen Lager mit sich bringen könnte. Die arabischen Staaten hätten in der Schlußerklärung der Konferenz von Bagdad[19] eine positivere Haltung zur Resolution 242[20] eingenommen. Er fragte, ob sich hieraus nicht ein neuer Ansatz ergeben könne, das Nahost-Problem vor ein neues Forum (entweder Genf oder VN) zu bringen.

Carter: Er habe Sadat in seinen langen Gesprächen sehr gut kennengelernt. Daher wisse er, daß er Sadat zu nichts bewegen könne, was dessen Willen zuwiderlaufe.

Giscard: Er wolle seine Ansicht überspitzt wie folgt erläutern: Er halte es für wichtiger, gute Beziehungen mit den gemäßigten arabischen Staaten aufrechtzuerhalten, als den Abschluß der in Camp David anvisierten Verträge durchzusetzen.

Carter erläuterte, daß auch die amerikanische Regierung sich nachdrücklich um ein gutes Verhältnis zu den gemäßigten Arabern – von Marokko, Tunis über Sudan bis hin zu Jordanien und Saudi-Arabien – bemühe.

Bundeskanzler: Hussein sei in guter Barometer für die Stimmungslage im Nahen Osten.

Giscard fragte, ob es ein contingency planning für eventuelle Veränderungen in Saudi-Arabien gebe.

Carter: Die USA hätten den Militärs im Iran zu verstehen gegeben, daß sie auf die USA zählen könnten, wenn es zu außenpolitischen Auseinandersetzungen komme.

Was Saudi-Arabien anbeträfe, seien die USA notfalls in der Lage, 100000 Soldaten in kurzer Zeit nach Saudi-Arabien zu fliegen.[21] In die Überlegungen sollte

Fortsetzung Fußnote von Seite 26

der Destabilisierung der Lage im Iran besondere Bedeutung zu." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 125025.

19 Im Kommuniqué der Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten vom 2. bis 5. November 1978 in Bagdad hieß es: „Nach Prüfung der arabischen und der internationalen Lage bekräftigte die Gipfelkonferenz das Engagement der arabischen Nation für einen gerechten Frieden auf der Grundlage des vollständigen israelischen Abzugs aus allen 1967 besetzten arabischen Gebieten, einschließlich des arabischen Jerusalem, und der Gewährleistung der unveräußerlichen nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, einschließlich des Rechtes auf Rückkehr, des Rechtes auf Selbstbestimmung und des Rechtes auf die Gründung seines eigenen unabhängigen Staates auf seinem nationalen Boden." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 68.

20 Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967: „The Security Council [...] 1) Affirms that the fulfilment of Charter principles requires the establishment of a just and lasting peace in the Middle East which should include the application of both the following principles: i) Withdrawal of Israel armed forces from territories occupied in the recent conflict; ii) Termination of all claims or states of belligerency and respect for and acknowledgement of the sovereignty, territorial integrity and political independence of every State in the area and their right to live in peace within secure and recognized boundaries free from threats or acts of force; 2) Affirms further the necessity a) For guaranteeing freedom of navigation through international waterways in the area; b) For achieving a just settlement of the refugee problem; c) For guaranteeing the territorial inviolability and political independence of every State in the area, through measures including the establishment of demilitarized zones". Vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578f.

21 Am 29. Januar 1979 übermittelte Flottillenadmiral Seizinger, Washington, Informationen zu den Schnellen Eingreiftruppen der amerikanischen Streitkräfte: „Die Krisen der jüngsten Vergangenheit (Iran, Nicaragua, Kambodscha) haben deutlich gemacht, daß die USA auch außerhalb des NATO-Gebietes Interessen zu schützen haben. Für diesen Zweck sind Quick Reaction Forces bis zur Stärke

einbezogen werden, daß ägyptische Truppen helfen können. Schließlich seien parallele Maßnahmen der Europäer erwünscht. Man müsse überlegen, was von Europa notfalls nach Saudi-Arabien gebracht werden könne.

Türkei[22]

Carter kam erneut auf die katastrophale Wirtschaftslage und die politische Bedeutung der Türkei zu sprechen. Man könne bei einer Lösung den IWF nicht umgehen. Einer der Teilnehmer solle die Führung übernehmen.

Bundeskanzler verwies auf die schlechten Erfahrungen, die er mit der zusätzlichen Hilfe nach den Gesprächen mit Ecevit im Mai 1978 gemacht habe.[23] Er habe gegen den Willen der Ressorts zusätzlich 100 Millionen zugesagt. Ecevit habe dafür eine entgegenkommendere Haltung in Neu-Famagusta angekündigt.[24] Das Ergebnis sei aber sehr enttäuschend gewesen.

Callaghan verwies auf die amerikanischen Pläne für eine Lösung des Zypern-Problems und regte Unterstützung durch Deutschland und Frankreich an.[25]

Fortsetzung Fußnote von Seite 27

eines Korps vorgesehen. Sie bestehen aus einer Panzerdivision, einer leichten Infanteriedivision und einer Marineinfanteriedivision oder, je nach Lage und Umfang der Aufgaben, aus Teilen dieser Verbände. Zusätzlich sind, ebenfalls je nach Bedarf, taktische Luftstreitkräfte und Marinekräfte eingeplant. Stärke und Ausrüstung dieser Kontingente befähigen die USA, in kurzer Zeit in alle denkbaren Krisengebiete mit jeweils der Aufgabe angemessenen Kräften und zweckmäßiger Ausrüstung zu verlegen. Der dazu erforderliche Transportraum wird durch das Military Airlift Command (MAC) und die US Navy gestellt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 385; VS-Bd. 11124 (204); B 150, Aktenkopien 1979.

22 Zur Wirtschafts- und Finanzlage der Türkei vgl. Dok. 2, Anm. 19.

23 Ministerpräsident Ecevit hielt sich vom 10. bis 13. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 146 und Dok. 147.

24 Vortragender Legationsrat I. Klasse Heibach notierte am 24. Januar 1979 zur türkischen Position bezüglich einer Freigabe von Varosha, eines als Hotelstadt errichteten und seit 1974 leerstehenden Vororts von Famagusta: „In den im April 1978 Waldheim übergebenen türkischen Zypern-Vorschlägen wird den Eigentümern der Hotels und ihrem Personal die Rückkehr in einen von zwei Straßen begrenzten Teil von Varosha angeboten, damit sie dort unter zypern-türkischer Verwaltung das Tourismus-Geschäft wieder in Gang bringen sollten [...]. Beim Besuch Ecevits in Bonn werden die Türken auf verschiedenen Ebenen [...] auf Varosha angesprochen. Daraufhin gibt Ecevit am 11.5.1978 in Bonn eine öffentliche Erklärung ab, wonach mindestens 30000 Griechen nach Varosha zurückkehren könnten. Unsere Interpretation, wonach damit die Straßenbegrenzung aufgehoben und auf die Unterstellung der Rückkehrer unter zypern-türkische Verwaltung (weil bei diesen Zahlen undurchführbar) verzichtet werden sollte, wird von türkischer Seite bestätigt. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß Ecevit in seiner Erklärung dieses Angebot ausdrücklich in den Rahmen der türkischen Vorschläge vom April 1978 stellt. Die türkische Seite ist daher formal im Recht, wenn sie seither behauptet, Ecevit habe damals keineswegs an eine bedingungslose Freigabe von Varosha gedacht, vielmehr ein Junktim zu der Annahme der türkischen Vorschläge als Verhandlungsbasis im Auge gehabt." Vgl. Referat 203, Bd. 115918.

25 Referat 203 resümierte am 21. Dezember 1978 die Bemühungen der amerikanischen Regierung zur Lösung des Zypern-Konflikts: „1) Am 10.11.1978 hat die US-Regierung dem zyprischen AM Rolandis, dem Führer der Zyperntürken, Denktasch, den Regierungen in Athen und Ankara sowie GS Waldheim ein Papier ‚framework for a Cyprus settlement' übergeben. Ursprünglich hatten die USA, britischen Anregungen folgend, beabsichtigt, ihre Zypern-Initiative in den Rahmen einer Fünfer-Aktion nach dem Vorbild der Namibia-Gruppe (USA, VK, CND, F, D) zu kleiden. Da Paris jede Teilnahme verweigerte, sahen auch wir uns nicht in der Lage, offiziell mitzumachen. Es handelt sich daher um eine amerikanische Initiative, die von London u. (mit gewissen Vorbehalten) Ottawa mitgetragen wird. [...] 2) Abgesehen von den fortbestehenden Mängeln des insgesamt nicht sehr sorgfältig ausgearbeiteten Textes und ungeschickt gewähltem Zeitpunkt für die Präsentation (inmitten der Zypern-Debatte in GV und SR) stieß, wie zu erwarten, die Firmierung der Initiative als ‚amerikanischer Plan' bei den Parteien auf Zurückhaltung. Zwar kann es sich weder die griechische noch die türkische Seite leisten, die USA vor den Kopf zu stoßen; aber für die öffentliche Meinung in beiden Inselteilen ist der ‚Plan' nur diskutabel mit neutralerem Firmenschild. 3) Deshalb hat

Carter schlug vor, Araber und Japaner sollten bei der Sanierung der Türkei mithelfen. Er sei bereit, in seinen bevorstehenden Gesprächen mit Fahd Saudi-Arabien Beteiligung nahezulegen.

Nach längerem Schweigen erklärte der *Bundeskanzler* sich bereit, die Initiative für Abstimmung unter den Vieren zu ergreifen. An einem Expertentreffen der Vier sollten neben Sachverständigen für Wirtschafts- und Finanzfragen auch Experten für die Themen Zypern und Ägäis beteiligt werden.[26]

Bundeskanzler erwähnte, daß die Bundesrepublik zusätzlich großes Interesse hätte an einer befriedigenden Regelung des Problems der Freizügigkeit für die türkischen Gastarbeiter.

Pakistan

Carter berichtete, die pakistanische Regierung sei interessiert an dem Kauf amerikanischer Militärflugzeuge.[27]

Giscard berichtete, Frankreich habe die Lieferung einer Wiederaufarbeitungsanlage gestoppt, nachdem nachrichtendienstliche Erkenntnisse gezeigt hätten, daß die Pakistanis die Wiederaufarbeitungstechnologie für militärische Zwecke benutzen wollten.[28]

Fortsetzung Fußnote von Seite 28

Waldheim das amerikanische Papier umformuliert, mit eigenen Gedanken angereichert und am 18./19.12.1978 den vier Beteiligten sowie der USA-Regierung als nunmehr ‚Waldheimplan' zugestellt. [...] 4) Aufgrund eines PK-Beschlusses vom 12.12.1978 hat unser VN-Botschafter am 19.12.1978 Waldheim aufgesucht, um ihm die Bereitschaft der Neun, die Wiederaufnahme der interkommunalen Gespräche zu unterstützen, auszudrücken." Vgl. Referat 203, Bd. 115918. Vgl. dazu auch AAPD 1978, II, Dok. 331.

26 Ministerialdirektor Blech teilte am 10. Januar 1979 mit, daß beim Vierertreffen auf Guadeloupe vereinbart worden sei, Mitte Januar in Bonn Arbeitsgespräche zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei aufzunehmen. Dazu führte er aus: „Wir sehen in den vorgesehenen Vierer-Beratungen einen vorbereitenden Schritt zu einer weitergefaßten Aktion, in der OECD und IMF, insbesondere aber auch EG eine wesentliche Rolle zu spielen haben. Wir sind dabei, unsere diesbezüglichen Vorstellungen intern zu entwickeln. Bundesminister beabsichtigt, die EG-Partner am Rande des EG-Rats am 15.1. über das Unternehmen zu unterrichten. [...] Wir legen unter diesen Umständen Wert darauf, als Gastgeber des Treffens zu viert mit der damit übernommenen Aufgabe auch die Disposition über die Modalitäten dieses Treffens einschließlich der Präsidentschaft gegenüber anderen Regierungen und der Öffentlichkeit in der Hand zu behalten, wobei wir insbesondere unser Verhältnis zu den Partnern in der EG zu beachten haben." Vgl. den Drahterlaß Nr. 101; VS-Bd. 11100 (203); B 150, Aktenkopien 1979.

27 Botschafter Scheske, Islamabad, resümierte am 15. Oktober 1978 Ausführungen des amerikanischen Botschafters Hummel: „Die US-Regierung sei weiter bereit, wieder Waffenverkäufe an Pakistan aufzunehmen, allerdings nur gegen Kasse, d. h. nicht auf Kredit und auch sonst nicht zu weicheren Konditionen. Die ursprünglich noch von Kissinger erklärte Bereitschaft, bei einem Verzicht auf die W[ieder]A[ufbereitungs]-Anlage modernste Flugzeuge wie die A-7 zu liefern, sei der Überlegung gewichen, kein ‚sophisticated' Material auf den Subkontinent zu bringen. Dafür biete man jetzt die F-5, ein Ground-support-Flugzeug, an." Vgl. den Drahtbericht Nr. 509; Referat 340, Bd. 107677.

28 Am 17. März 1976 unterzeichneten Frankreich und Pakistan eine Vereinbarung über die Lieferung einer Wiederaufbereitungsanlage an Pakistan. Das französische Außenministerium teilte dazu am 11. August 1976 mit, es handele sich um eine „Versuchsanlage zur Wiederaufarbeitung von bestrahlten Brennelementen. [...] Die französische Regierung hat ihre Zustimmung erst nach der Unterzeichnung eines Zusammenarbeitsvertrags mit Pakistan am 17.3.76 über die friedliche Nutzung der Kernenergie gegeben. Er sieht strenge Kontrolle durch die IAEO vor." Ein entsprechendes trilaterales Abkommen zwischen Frankreich, Pakistan und der IAEO sei am 18. März 1976 abgeschlossen worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2285 des Gesandten Lahusen, Paris, vom 11. August 1976; Referat 413, Bd. 119557.
Am 23. August 1978 gab Präsident Zia ul-Haq in Rawalpindi der Presse bekannt, daß Frankreich die Lieferung einer Wiederaufbereitungsanlage an Pakistan abgelehnt und neue Verhandlungen über Modifikationen des Vertrags vom 17. März 1976 vorgeschlagen habe. In der Presse wurde wei-

Pakistan sei wegen dieser französischen Entscheidung nicht zu nachtragend gewesen. Andererseits sei Frankreich jetzt bereit, pakistanischen Wünschen, Militärflugzeuge zu kaufen, entgegenzukommen.

Er habe von Bhutto einen sehr ergreifenden persönlichen Brief erhalten.[29]

Callaghan berichtete, Großbritannien habe Militärflugzeuge an Indien geliefert.[30] Die britische Regierung sei nach vorheriger Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Lieferung an Indien das Gleichgewicht zwischen Indien und Pakistan nicht ernsthaft berühre.

Die CENTO sei, insbesondere nach den jüngsten Ereignissen im Iran, praktisch am Ende. Es stelle sich jetzt die Frage, ob man CENTO endgültig sterben lassen wolle.[31]

Fortsetzung Fußnote von Seite 29

ter berichtet, Präsident Giscard d'Estaing habe in einem Schreiben an Zia ul-Haq zu der Entscheidung ausgeführt, „daß die Forderung nach nuklearer Nichtweiterverbreitung mit den Bestimmungen des Abkommens über die Lieferung der französischen Wiederaufbereitungsanlage für atomare Brennelemente in Einklang gebracht werden müsse". Vgl. den Artikel „Rückschlag für Pakistans Nuklearpläne"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 25. August 1978, S. 2.

29 Ministerpräsident Bhutto wurde am 5. Juli 1977 vom pakistanischen Militär gestürzt und in Haft genommen. Nach Bestätigung des Todesurteils am 6. Februar erfolgte am 4. April 1979 Bhuttos Hinrichtung. Botschafter Scheske, Islamabad, teilte dazu am 5. April 1979 mit: „Die hiesigen EG-Botschafter berieten gestern nach der Hinrichtung Bhuttos die Lage. Französischer und britischer Botschafter teilten mit, Präsident Giscard und Primeminister Callaghan hätten noch am Vortag mit Telegrammen an General Zia ul-Haq versucht, die bevorstehende Exekution abzuwenden. Mit Ausnahme des Briten waren die Kollegen sich einig, daß der Prozeß gegen Bhutto nicht einwandfrei geführt worden sei. Ich argumentierte, wenn man anfänglich den Fall als reine Kriminalsache hätte ansehen können, so zeige jetzt die Hinrichtung Bhuttos aufgrund eines mit knapper Mehrheit [...] gefällten Urteils des Supreme Court, daß hier erhebliche politische und persönliche Gründe mitspielen. Ein Todesurteil, das schon im Zustandekommen Zweifel in sich trägt, wäre unter anderen Verhältnissen umgewandelt worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 177; Referat 340, Bd. 110679.

30 Am 10. Januar 1978 führte Botschafter Oncken, Neu Delhi, zum Besuch des Premierministers Callaghan vom 6. bis 11. Januar 1978 in Indien aus: „Die Lieferung des britischen Kampfflugzeugs mit großer Reichweite ‚Jaguar' (deep penetration aircraft) wurde ebenfalls von Callaghan aufgegriffen, der die britische Lieferbereitschaft zusicherte. Die Entscheidung hierüber liege in indischer Hand, das nach seinen militärischen Notwendigkeiten zu entscheiden habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 38; Referat 340, Bd. 107540.
Kapitän zu See Schneider, Neu Delhi, teilte am 25. Oktober 1978 zur Einführung von Kampfflugzeugen des Typs „Jaguar" bei der indischen Luftwaffe mit: „18–20 Flugzeuge sollen zur Aufstellung der ersten Staffel von der R[oyal]A[ir]F[orce] ausgeliehen werden. Eintreffen der ersten Flugzeuge u. U. noch in diesem Jahr, so daß die Staffel Mitte 1979 aufgestellt werden kann. [...] Beginnend Mitte 1979 sollen insgesamt 40 Flugzeuge (zwei Flugzeuge pro Monat) ausgeliefert werden. Mitte 1980 würden genügend Flugzeuge für die erste Staffel ausgeliefert sein und die ausgeliehenen Flugzeuge könnten an die RAF zurückgegeben werden. [...] Man rechnet, 1982 die Produktion in Indien aufnehmen zu können. Insgesamt sollen 110 bis 120 Flugzeuge produziert werden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 49; Referat 340, Bd. 107548.
Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 9. November 1978: „M[is]s Clapp, Sonderassistentin im Bureau of Politico Military Affairs im State Department, bestätigte uns, daß man amerikanischerseits über Engländer und Franzosen wegen des Abschlusses des ‚Jaguar'-Geschäfts sehr verärgert sei. Beide seien vorher dringend um Zurückstellung gebeten worden, wobei man nicht zuletzt die Schwierigkeiten Pakistans angesichts der Lage in Afghanistan und Iran im Auge gehabt habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4192; Referat 340, Bd. 107548.

31 Die iranische Regierung gab am 11. März 1979 den Austritt aus der CENTO bekannt. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, Z 65 f.
Am 13. März 1979 berichtete Botschafter Scheske, Islamabad: „Außenminister Agha Shahi gab gestern in Pressekonferenz bekannt, Pakistan werde seine Mitgliedschaft in CENTO mit Wirkung vom Februar 1980 beenden. [...] Befragt, ob Pakistan nunmehr die volle Mitgliedschaft in der Gruppe der Ungebundenen anstrebe, meinte der Minister, dies sei sein Recht. Pakistan wie Iran erfüllten nunmehr alle Voraussetzungen hierzu." Aus dem pakistanischen Außenministerium sei indes ferner

Die Frage von Callaghan blieb unbeantwortet.

Callaghan wies darauf hin, daß der pakistanische Ministerpräsident Zia ul-Haq ein guter Mann sei. Ihm fehle jedoch der Rückhalt in der Bevölkerung.

Kambodscha

Carter berichtete, Vietnam habe zur Zeit bereits etwa ein Viertel Kambodschas besetzt.[32]

Giscard: Wenn man zynisch sein wolle, komme man zu der Feststellung, daß ein Zusammenbruch des gegenwärtigen kambodschanischen Regimes nicht schlecht sei, da dieses Regime besonders unmenschlich sei. Für die westlichen Interessen sei es positiv, wenn Vietnam dazu diene, die Sowjetunion und die VR China auseinander zu halten.

Bundeskanzler: Der Westen nutze zu wenig die propagandistischen Möglichkeiten, die darin liegen, daß hier zwei kommunistische Regierungen miteinander Krieg führen, von denen die kambodschanische Regierung besonders unmenschlich sei.

Vietnamflüchtlinge[33]

Carter und *Giscard* berichteten über ihre Maßnahmen zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Vietnam. Sie appellierten an die Bundesrepublik und Großbritannien, ihrerseits mehr vietnamesische Flüchtlinge aufzunehmen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 30

zu erfahren gewesen: „Es sei nicht beabsichtigt, auch das bilaterale Sicherheitsabkommen mit den USA vom 5.3.1959 zu kündigen, obwohl dessen Präambel das Abkommen in den Rahmen des CENTO-Pakts und der ‚Eisenhower-Doktrin' (Schutz vor kommunistischer Aggression) stellt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 124; Referat 340, Bd. 110682.

Botschafter Sahm, Ankara, teilte am 16. März 1979 mit: „Türkische Regierung beschloß am 15.3.1979 unter Eindruck Austrittsentscheidungen Pakistans und Irans, notwendige Schritte zur Auflösung des CENTO-Pakts in Übereinstimmung mit entsprechenden vertraglichen Vorschriften zu unternehmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 305; Referat 340, Bd. 110682.

32 Vortragender Legationsrat I. Klasse Steger führte am 16. Januar 1979 zu dem am 25. Dezember 1978 erfolgten Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha aus: „Mit Rückendeckung Moskaus (sowjetisch-vietnamesischer Freundschaftsvertrag vom 3.11.1978) und unter dem Deckmantel nationalen kambodschanischen Widerstandes (Gründung der FUNSK = Vereinigte Front für die Nationale Rettung Kampucheas am 3.12.1978) hat Vietnam im Rahmen einer Ende Dezember 1978 begonnenen Großoffensive [...] das Pol-Pot-Regime aus Phnom Penh vertrieben und dort am 8.1.1979 eine provietnamesische Regierung (‚Revolutionärer Volksrat') installiert [...]. Im westlichen Teil Kambodschas soll an einigen Stellen noch gekämpft werden. Ob das neue Regime, das bisher nur von Moskau-orientierten Staaten anerkannt worden ist, und die Vietnamesen in der Lage sein werden, das Land zu kontrollieren, ist bisher noch offen. Insbesondere bleibt abzuwarten, ob es dem wegen seiner Brutalität diskreditierten Pol-Pot-Regime noch gelingt, einen nationalen Widerstand gegen das verhaßte Vietnam und die von ihm eingesetzte Regierung zu mobilisieren." Vgl. Referat 340, Bd. 110768.

33 Generalkonsul Dietrich, Hongkong, informierte am 6. Januar 1979 über Presseberichte zu den aus Vietnam in Hongkong eintreffenden Flüchtlingsschiffen: „Die vom 12.1.1979 datierte Ausgabe der in Hongkong erscheinenden, sehr angesehenen Wochenzeitschrift ‚Far Eastern Economic Review' schreibt in einem Eigenbericht, daß die vietnamesische Regierung den Flüchtlingsstrom unter Benutzung ‚krimineller Elemente' als Mittelsmänner organisieren lasse; das Land nur noch mit Hilfe dieser Organisation verlassen werden könne, während unorganisierte Fluchtversuche gewaltsam verhindert würden; ‚Huey Fong' und ‚Tung An' die Flüchtlinge nicht auf Hoher See aufgenommen hätten; drei weitere Frachter um die Weihnachtszeit ebenfalls im Mekong-Delta auf Flüchtlinge gewartet hätten; einer habe wahrscheinlich inzwischen mit r[un]d 3000 Menschen an Bord die Fahrt nach Hongkong aufgenommen. Die Kontrolle über den Flüchtlingsstrom liege wahrscheinlich bei dem Politbüromitglied Nguyen Van Linh, früher Vorsitzender des Komitees für die Sozialisierung privater Industrien, der direkt Premierminister Pham Van Dong unterstellt sei. Die Regierung soll die Hälfte der von den Auswanderungswilligen zu entrichtenden Gebühr (etwa 2700 US-

Callaghan und *Bundeskanzler* wiesen hin auf die große Zahl von Ausländern (Großbritannien aus dem Commonwealth, Bundesrepublik Gastarbeiter, insbesondere aus der Türkei), die sie bereits in ihr Land aufgenommen haben.

Bundeskanzler regte an, den Flüchtlingsstrom aus Vietnam stärker in der internationalen Öffentlichkeit herauszustellen.

Afrika

Giscard berichtete über seine jüngste Reise nach Westafrika.[34] Guinea wende sich jetzt stärker dem Westen zu. In Guinea habe es in den vergangenen Jahren keinerlei wirtschaftlichen Fortschritt gegeben.

Giscard appellierte insbesondere an die Bundesrepublik, den demokratisch orientierten und dem Westen zugewandten Staaten wie Senegal, Elfenbeinküste, Kenia, Sudan und anderen stärker zu helfen.

Senegal und Marokko wollten ihre Truppen Ende 1978 aus Shaba zurückziehen.[35] Es fehle an Geld, um sie weiter dort zu lassen oder um den Transport zu finanzieren.

Fortsetzung Fußnote von Seite 31

Dollar für Chinesen, 4000 US-Dollar für Vietnamesen) kassieren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 6; Referat 340, Bd. 110377.

Referat 340 gab am 5. Juli 1979 einen Überblick zur Entwicklung des Flüchtlingsproblems: „Der anhaltende Strom der Indochina-Flüchtlinge bereitet den ASEAN-Staaten und Hongkong immer größere Probleme. [...] In Thailand halten sich z. Z. – abgesehen von ca. 40 000 sog[enannten] Altflüchtlingen aus dem ersten Indochina-Krieg – ca. 154 000 anerkannte Indochina-Flüchtlinge (überwiegend Laoten) auf, außerdem ca. 40 000 Kambodschaner, die nach dem Fall von Phnom Penh (7.1.79) eingetroffen sind und von den Thais als ‚illegal immigrants' behandelt werden. Weitere 45 000 Kambodschaner wurden kürzlich bereits wieder über die Grenze nach Kambodscha abgeschoben, wo sie Hunger und Tod erwartet. In Malaysia befinden sich z. Z. etwa 76 000, in Indonesien ca. 47 000, auf den Philippinen ca. 4000 und in Hongkong ca. 60 000 Bootsflüchtlinge aus Vietnam. Es wird befürchtet, daß die Zahl der Flüchtlinge in der Region von derzeit etwa 330 000 – außerdem 235 000 Vietnam-Flüchtlinge in China und 150 000 Kambodscha-Flüchtlinge in Vietnam – bis September d. J. auf über 500 000 anschwellen wird. Einige Regierungen der Region rechnen mit einer möglichen Gesamtzahl von mehreren Millionen Indochina-Flüchtlingen." Vgl. Referat 340, Bd. 110377.

34 Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 20. bis 22. Dezember 1978 in Guinea auf.

35 In der Nacht vom 11./12. Mai 1978 drangen Rebellen in die zairische Provinz Shaba ein. Frankreich und Belgien entsandten am 19. Mai 1979 Fallschirmjäger zur Evakuierung von Europäern aus der umkämpften Stadt Kolwezi. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 321 vom 19. Mai 1978; Referat 321, Bd. 115609.

König Hassan II. gab am 2. Juni 1978 in Fes bekannt, daß Marokko ein Truppenkontingent nach Zaire entsenden werde. Am 7. Juni 1978 erklärte Ministerpräsident Diouf die Bereitschaft Senegals, Zaire militärische Unterstützung zu gewähren. EUROPA-ARCHIV 1978, Z 130 f.

Mit Schreiben vom 18. Dezember 1978 legte Ministerialdirigent Müller Ministerialdirigent Ehmann, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dar: „Wie Sie wissen, besteht die Gefahr, daß die im wesentlichen die Stationierung der panafrikanischen Friedenstruppe in Shaba tragenden Staaten Marokko und Senegal ihr Engagement aus finanziellen Gründen nicht länger aufrechterhalten können. Eine Rückführung der Stationierungstruppen ließe Shaba ungedeckt, da die in der Zwischenzeit zu reorganisierenden und auszubildenden zairischen Truppen vor Herbst 1979 nicht einsatzbereit sein werden. [...] Frankreich, das an Ausrüstung und Versorgung der Stationierungstruppen beteiligt war, sieht sich nicht in der Lage, weitergehende Kosten allein zu übernehmen. In seiner Sorge um die weitere Entwicklung hatte die französische Regierung am 13.12.1978 zu einem Treffen in Paris eingeladen. Das Ziel dieser Konferenz war es, die vertretenen Staaten zu einer Beteiligung an den Stationierungskosten zu veranlassen. Diese betragen jährlich r[un]d 38 Mio. DM. Unser Anteil beliefe sich auf ca. 5 bis 6 Mio. DM, die es zusätzlich aufzubringen gälte. Da eine Direktzahlung an die Länder nicht angebracht erscheint, wäre eine kompensatorische Gewährung von Entwicklungshilfe in Bereichen, die entwicklungspolitisch unumstritten sind und gleichzeitig eine Entlastung der nationalen Haushalte erlaubte, wie z. B. Lieferung von Fahrzeugen, von Dünge-, bzw.

Botschafter Young habe öffentlich erklärt, Frankreich schütze in Shaba seine wirtschaftlichen Interessen. Die französischen Interessen seien wesentlich geringer als die der USA, der Bundesrepublik oder Belgiens.

Er appellierte, auch für Zaire mehr Mittel zur Verfügung zu stellen.

Hinsichtlich des Problems Westsahara bemühe sich Frankreich darum, daß das derzeit von Mauretanien und auch von Marokko verwaltete westsaharische Gebiet im Rahmen einer lockeren Föderation an Mauretanien angegliedert wird. Die übrigen Partner sollten Algerien bedrängen, seine Unterstützung für Polisario einzustellen.[36]

Giscard berichtete über die Fortsetzung der französischen Präsenz in Dschibuti.[37]

Carter und *Bundeskanzler* forderten Giscard auf, die Präsenz in dieser wichtigen afrikanischen Region fortzusetzen. Dies liege im internationalen Interesse.

Bundeskanzler: Er sei bereit zu prüfen, ob die Bundesrepublik ihre Hilfe für Afrika erweitern könne. Scherzhaft warf der Bundeskanzler ein, daß er hoffe, daß Frankreich dann auch etwas für die Türkei tun werde. Allerdings dürfe die gute Zahlungs- und Handelsbilanzsituation der Bundesrepublik nicht darüber täuschen, daß nur etwa die Hälfte der öffentlichen Ausgaben über den Bundes-

Fortsetzung Fußnote von Seite 32

Schädlingsbekämpfungsmitteln und dergleichen, die beste Möglichkeit." Vgl. Referat 321, Bd. 11561. Vortragender Legationsrat Freundt informierte die Botschaft in Rabat am 26. März 1979: „BMZ ist grundsätzlich bereit, aus der finanziellen Zusammenarbeit 1979 für Marokko und Senegal einen zusätzlichen Betrag von 5–6 Mio. DM für entwicklungspolitisch unstrittige Zwecke zur Verfügung zu stellen. Die Mittel für Senegal werden um 4 Mio. DM für eine dringend erbetene Warenhilfe erhöht. [...] Wir werden darauf hinweisen, daß die Erhöhung auch zur Entlastung Senegals im Hinblick auf seine Truppen in Shaba gedacht ist. Zu Marokko teilte das BMZ mit, daß sich die Absichtserklärung noch nicht zu einer Erhöhung der Zusage konkretisiert hat." Vgl. den Drahterlaß Nr. 46; Referat 321, Bd. 115610.

36 Botschaftsrat I. Klasse Fiedler, Rabat, berichtete am 14. März 1978: „Am 26. Januar waren es genau zwei Jahre her, daß Spanien sich aus der Verwaltung der Westsahara zurückzog und Marokko und Mauretanien das Gebiet sich einverleibten. Aus dem marokkanisch-spanischen wurde ein marokkanisch-algerischer Konflikt. Seitdem hat sich in Nordwestafrika ein neuer Spannungsherd entwickelt, dessen äußerer Anlaß zwar der phosphatreiche Wüstenstreifen am Atlantik war, der inzwischen aber in eine internationale Dimension hineingewachsen ist. [...] Marokko betrachtet die Zugehörigkeit der Westsahara zwar als irreversibel und hat in dem in drei Provinzen gegliederten Gebiet Fakten geschaffen, aber trotz allen entgegengesetzten Beteuerungen konnte das Sahara-Dossier noch immer nicht geschlossen werden. Algerien und die von ihm unterstützte Polisario stellen die neuen Realitäten mit zunehmender Intensität militärisch und diplomatisch und politisch in Frage. [...] Die ganze Wucht der Guerilla-Tätigkeit richtet sich gegen das schwächere Mauretanien, um das Regime Präsident Mokhtars zu Fall zu bringen". Frankreich leiste „seit der Geiselnahme französischer Techniker in Zouerate durch die Polisario am 25. Oktober 1977 begrenzte militärische Hilfe, indem die französische Luftwaffe Aufklärungseinsätze über Mauretanien fliegt, und liefert Waffen an Marokko und Mauretanien. Frankreich erweist sich damit erneut als privilegierter Partner, obwohl es sich zur Nichteinmischung in den Konflikt bekennt. Die französische Regierung hat sich von Anfang an gegen einen West-Sahara-Staat gewandt." Vgl. den Schriftbericht Nr. 246; Referat 311, Bd. 137590.

37 Das französische Territorium der Afar und Issa proklamierte am 27. Juni 1977 unter dem Namen Dschibuti seine Unabhängigkeit. Die Botschaft in Sanaa wies am 15. August 1977 darauf hin, daß in Dschibuti „aufgrund des bei der Unabhängigkeit mit Frankreich geschlossenen, unbefristeten Vertrages" zirka 4500 französische Soldaten stationiert seien und eine französische Marinebasis bestehe. Frankreich sorge ebenfalls für die Ausbildung der einheimischen Streitkräfte, deren Stärke 3000 bis 4000 Mann betrage. Die französischen Militärausgaben für Dschibuti seien mit etwa 200 Millionen Dollar zu veranschlagen. Vgl. die Länderaufzeichnung über die Republik Dschibuti; Referat 320, Bd. 116771.

haushalt liefe. Dank der Entscheidung der früheren Besatzungsmächte hätten die Länder eine sehr starke Stellung und verfügten über einen großen Teil unserer öffentlichen Mittel.

Südliches Afrika

Zum südlichen Afrika bestand Übereinstimmung, daß die Fünfer-Zusammenarbeit sich bewährt hat.[38] Sie soll mit der Bundesrepublik und Kanada fortgesetzt werden, auch wenn diese beiden Länder aus dem Sicherheitsrat ausgeschieden sind.[39] Auf Vorschlag von Giscard beschlossen die vier Regierungschefs, ihre Außenminister[40] zu bitten, daß Experten beauftragt werden sollen, ein längerfristiges Konzept für die Haltung des Westens gegenüber dem südlichen Afrika zu entwickeln: Was ist unser Ziel, welche politischen Zustände wollen wir erreichen (majority rule)? Welche Sicherheit für die Weißen? Mit welchen Methoden wollen wir dies gemeinsam anstreben?

OTRAG

Bundeskanzler verwies auf die Belastungen, die sich aus der Tätigkeit von OTRAG für unsere Afrikapolitik ergeben.[41]

Giscard erklärte sich bereit, hierüber mit Mobutu zu sprechen.

Callaghan führte aus, MP Botha lege Wert darauf, das Ansehen seiner Regierung zu verbessern und zu diesem Zweck London und andere westliche Hauptstädte zu besuchen.

Man solle dieses Interesse nutzen, um die Südafrikaner zu einer konstruktiveren und kooperativeren Haltung gegenüber Rhodesien zu veranlassen.[42]

38 Am 10. April 1978 unterbreiteten fünf Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA, einen Vorschlag für eine Lösung der Namibia-Frage. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 574–578. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 115.

39 Die Bundesrepublik und Kanada gehörten dem UNO-Sicherheitsrat als nicht-ständige Mitglieder vom 1. Januar 1977 bis 31. Dezember 1978 an.

40 Jean André François-Poncet (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), David Owen (Großbritannien) und Cyrus R. Vance (USA).

41 Die Orbital Transport- und Raketen-AG (OTRAG), Neu-Isenburg, hatte sich die Entwicklung, Herstellung und kommerzielle Nutzung von Raketen zur Beförderung von Nutzlasten in den Weltraum zum Ziel gesetzt. Am 26. April 1976 schloß sie mit Zaire einen Vertrag über die uneingeschränkte Nutzung eines Territoriums von 130 000 qkm ab, auf dem am 17. Mai 1977 ein erster Probestart erfolgte. Mit Demarche vom 23. August 1977 erbat die UdSSR von der Bundesregierung offizielle Information über die Aktivitäten der OTRAG in Zaire. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 241. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 198.
Die Regierung Angolas machte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik von einer Einstellung der Aktivitäten der OTRAG in Zaire abhängig. Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem angolanischen Botschafter in Brüssel, de Almeida, am 6. Oktober 1978; AAPD 1978, II, Dok. 298.

42 Botschaftsrat I. Klasse Schmidt, Pretoria, berichtete am 2. Januar 1979 zur Lage in Rhodesien, Ministerpräsident Smith habe in seiner Neujahrsansprache „in beschwörenden Worten einen Appell an die USA und Großbritannien" gerichtet, „den internen Lösungsversuch zu unterstützen. Rhodesien habe die Forderung des Westens nach einer Verfassung auf der Basis schwarzer Mehrheitsherrschaft erfüllt. Der Westen habe jedoch angesichts der Forderungen der P[atriotic]F[ront] die Suche nach einer Verhandlungslösung offensichtlich aufgegeben und schaue dem täglichen Blutvergießen tatenlos zu. Die interne Lösung habe zwar ihre Probleme, die Regierung habe jedoch die Absicht, die allgemeinen Wahlen wie vorgesehen am 20. April abzuhalten." Schmidt legte dazu dar: „Smith' nahezu flehentlicher Appell an den Westen ist vor dem Hintergrund eines erneuten Stimmungstiefs in Salisbury zu sehen, das durch das Öldesaster ausgelöst wurde, dessen tiefere Ursachen

Unterrichtung der Partner

Abschließend wurde festgelegt, daß die Neun durch die derzeitig präsidierenden Franzosen[43] über die Gespräche in Guadeloupe unterrichtet werden sollen. Die amerikanische Delegation wird Botschafter Bennett bei der NATO eine Unterrichtung zukommen lassen, so daß er die übrigen NATO-Partner informieren kann.[44]

Fortsetzung der Begegnung

Es bestand Übereinstimmung, daß das Vierertreffen nicht institutionalisiert werden soll. Andererseits soll die Begegnung von Zeit zu Zeit fortgesetzt werden. Ein möglicher neuer Termin könnte der Herbst dieses Jahres sein. Die genaueren Einzelheiten: Zeitpunkt, Ort und Einladende könnten am Rande des Wirtschaftsgipfels in Tokio[45] geklärt werden.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 47

Fortsetzung Fußnote von Seite 34

jedoch in den auf allen Gebieten rapide zunehmenden Problemen zu suchen sind: Das einschneidendste dieser Probleme ist gegenwärtig wohl die durch die Unruhen im Iran gefährdete Ölversorgung. Angesichts drohender s[üd]a[frikanischer] Rationierungsmaßnahmen wird Rhodesien selbst unweigerlich von noch härteren Einsparungsmaßnahmen betroffen werden. Darüber hinaus ist die Situation in der Landwirtschaft, die nach dem Bergbau den Stützpfeiler der rhodesischen Wirtschaft bildet, äußerst besorgniserregend. [...] Hinzu kommt der erhöhte Blutzoll, den die weiße Bevölkerung und insbesondere die Farmer gegenwärtig entrichten müssen. So wurden allein im Jahre 1978 186 Weiße getötet, mehr als die Hälfte derer, die im Gesamtzeitraum seit 1972 durch den Guerillakrieg umgekommen sind." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4; Referat 320, Bd. 125203.

43 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

44 Zur Unterrichtung am 18. Januar 1979 in Brüssel vgl. Dok. 7, Anm. 4.

45 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 vgl. Dok. 198.

6

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

VS-vertraulich **9. Januar 1979**[1]

Herrn RL 213[2]

Gesichtspunkte der Analyse des Breschnew-Briefes vom 27.12.78[3]:

1) Betonung der „noch größeren Aktualität und Schärfe" der Problematik als Motiv neuen Schreibens.

2) Nicht nur „Rüstungen", sondern auch „Technologien", die militärischen Zwekken „dienen können", sind das Thema. Gegen Präsentation als herkömmliche technische Hilfe.

3) Festhalten an Bewertung chinesischer Politik als Politik, die auf permanenten Konflikt abzielt.

4) Betonung des Gedankens der Unteilbarkeit der Entspannung (jede Region der Erdkugel). Andeutung eines Zusammenhangs zwischen sowjetischer Zurückhaltung in Afrika (bezüglich dessen der Westen die Unteilbarkeitsthese entwickelt hat) und westlicher Zurückhaltung gegenüber China?

1 Handschriftliche Aufzeichnung.

2 Alfred Kühn.

3 Mit Schreiben vom 6. Januar 1979 übersandte Vortragender Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, Staatssekretär van Well eine inoffizielle Übersetzung des Schreibens des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, an Bundeskanzler Schmidt. Zur Frage von Rüstungsexporten an die Volksrepublik China führte Breschnew aus: „Eine Reihe westlicher Länder, darunter die nächsten Partner und Verbündeten der Bundesrepublik Deutschland, ziehen es einstweilen offenbar vor, einer klaren Äußerung ihrer Position hinsichtlich der Rüstung Chinas auszuweichen. In der Zwischenzeit, solange sich die Politiker ins Schweigen hüllen, wird die Sache auf praktischen Fuß gesetzt, werden die Kontrakte für die Übergabe an China der Rüstungen und Technologien vorbereitet, die unmittelbar für militärische Zwecke bestimmt sind oder diesen dienen können. [...] In unseren Kontakten mit Ihnen und während unserer Begegnungen und Gespräche wurde mehrmals der Gedanke hervorgehoben, daß die Entspannung unteilbar ist, daß es notwendig ist, daß alle Staaten ihre Politik in jeder Region der Erdkugel mit den Bedürfnissen der Entspannung vergleichbar gestalten. Unter diesem Gesichtspunkt betrachten wir auch die Richtung, in der die Entwicklung der Beziehungen westlicher Länder, darunter auch der Bundesrepublik Deutschland, zu China vor allem auf dem militärischen Gebiet vor sich geht. Sie verstehen wohl, daß die Schlußfolgerungen, die wir ziehen müßten, weil unvermeidlich, keinen akademischen Charakter hätten. Ich bin der Meinung, daß die Frage sehr ernst steht. Mit China und um China wird ein großes Spiel angezettelt. Ich werde nicht in diesem Zusammenhang all die Argumente wiederholen, die schon früher angeführt und Sie möglicherweise zu gewissen Überlegungen angeregt hatten. Ich möchte bloß bemerken, daß in den letzten Jahren keine geringe Arbeit für die grundlegende Umgestaltung der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen, die Festigung der Entspannung in Europa und die Schaffung der Grundlagen des Vertrauens und des gegenseitigen Verständnisses zwischen unseren Ländern geleistet wurde. In der gleichen Richtung entwickelten sich die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR und anderen sozialistischen Ländern. Wie ich verstehe, nicht weniger große Aufgaben haben wir mit Ihnen auch in der Zukunft zu lösen. Wir schaffen es, wenn das gemeinsam aufgestockte Kapital des gegenseitigen Vertrauens vervielfacht, nicht aber verausgabt wird. Ich erwarte, Herr Bundeskanzler, daß Sie an die von mir angeschnittene Frage mit all dem Ernst herangehen, die sie verdient. Ich rechne ferner darauf, daß in den Kontakten mit ihren Verbündeten Sie Ihren Einfluß gelten lassen werden, um den Handlungen vorzubeugen, die sowohl dem gesamten Frieden als auch den Interessen unserer Staaten Schaden zufügen können." Vgl. VS-Bd. 14078 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

5) Verdacht einer Kollusion unter den westlichen Ländern:
- Schweigen auf Aufforderung, Position klarzumachen, statt dessen Schaffung von faits accomplis.
- Arbeitsteilung bei Waffenexporten: Wer nichts tut, läßt doch andere tun.

6) Möglicherweise ist es für SU wirklich schwer vorstellbar, daß westliches Bündnis keine gemeinsame Linie in dieser Frage finden kann.

Auf jeden Fall werden die, die nichts tun, für die Aktivität der anderen mitverantwortlich gemacht.

7) So wird die BR Deutschland zunächst nicht in den Vorwurf eingeschlossen, sie äußere sich nicht, um doch faits accomplis zu produzieren. Dann wird dennoch die BR Deutschland ausdrücklich unter die Länder gezählt, die Beziehungen zur VRC[4] auch auf militärischem Gebiet entwickeln (wohl zumindest indirekt über ihre Verbündeten). Daher Forderung, auf Verbündete Einfluß zu nehmen (nicht, eigene Aktivitäten gegenüber VRC zu unterlassen).

8) Druck:
- kein akademischer Charakter der zu ziehenden Folgerungen,
- Auswirkung auf deutsch-sowjetisches Verhältnis,
- Auswirkungen auf innerdeutsches Verhältnis.[5]

Blech[6]

VS-Bd. 13162 (213)

4 Volksrepublik China.

5 Für das Antwortschreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 14. Februar 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 40.

6 Paraphe.

7

Gesandter Boss, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-47/79 geheim
Fernschreiben Nr. 21
Citissime

Aufgabe: 9. Januar 1979, 22.00 Uhr[1]
Ankunft: 9. Januar 1979, 23.15 Uhr

Betr.: SALT
hier: Bündniskonsultationen am 9.1.79

Bezug: DB Nr. 16 vom 9.1.1979 (cosmic top secret)

Zur Unterrichtung

I. Am 9.1.79 fanden im NATO-Rat Bündniskonsultationen zum Verhandlungsstand von SALT statt. Die Unterrichtung durch US-Seite wurde von Botschafter Earle und Lt. Gen.[2] Rowny vorgenommen. Auf den mit Bezugs-DB gesondert übermittelten zusammenhängenden Bericht von Botschafter Earle wird verwiesen. Zu den gestellten Fragen und den Antworten Botschafter Earles vergleiche II.

Botschafter Bennett verlas eine kurze Erklärung zu den in Guadeloupe behandelten Fragen.[3] Er bezeichnete diese Erklärung ausdrücklich als eine erste und vorläufige Unterrichtung und kündigte detailliertere Information, insbesondere zu den Sicherheits- und Abrüstungsthemen, für die nähere Zukunft an.[4]

An die Diskussion im NATO-Rat schloß sich eine Expertensitzung an, zu der Botschafter Earle und Gen. Rowny auf weitere Fragen antworteten. Vom französischen und belgischen Botschafter[5] war im Rat vorher angeregt worden, daß künftig die amerikanischen Ausführungen über technische Details des Verhandlungsstandes vor Expertensitzungen verteilt werden sollten, um eine bessere Vorbereitung solcher Treffen zu gewährleisten.

II. 1) Im Verlauf der Konsultationen ergab sich folgender Verhandlungsstand bei SALT II:

Die US-Delegation wollte sich auf zeitliche Voraussagen zum voraussichtlichen Abschluß von SALT II nach früheren wiederholt unrichtigen Prognosen nicht

[1] Hat Ministerialdirektor Blech vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Pfeffer und an Referat 201 verfügte.
Hat Ministerialdirigent Pfeffer vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 15. Januar 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Daerr verfügte.
Hat Daerr am 16. Januar 1979 vorgelegen.

[2] Lieutenant General.

[3] Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. Dok. 2–5.

[4] Gesandter Boss, Brüssel (NATO), berichtete am 18. Januar 1979: „Amerikaner unterrichteten Bündnispartner bei Treffen der Ständigen Vertreter im kleinsten Kreise am 17.1. über Guadeloupe. Unterrichtung war wenig detailliert. Sie beschränkte sich im wesentlichen auf einen Überblick über den äußeren Ablauf, die Gesprächsthemen und eine allgemeine Darstellung der wichtigsten Ergebnisse des Meinungsaustausches, wie sie weitgehend bereits durch öffentliche Erklärungen der Teilnehmer bekanntgeworden sind." Vgl. den Drahtbericht Nr. 68; VS-Bd. 10497 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

[5] Constant Schuurmans (Belgien) und Jacques Tiné (Frankreich).

festlegen. Auf persönlicher Basis ging Botschafter Earle allerdings davon aus, daß ein Abschluß mit gleichzeitiger Gipfelbegegnung Ende Februar im Bereich des Möglichen liege.

Es entstand der Eindruck, daß insbesondere durch die Begegnung Vance–Gromyko am 21./23. Dezember die Verhandlungen in Bewegung geraten sind und auf wichtigen noch ausstehenden Gebieten Einigung bzw. Annäherung erzielt wurde.[6] Dabei sind von beiden Seiten Konzessionen gemacht worden.

Die wichtigsten amerikanischen Zugeständnisse liegen im Bereich der Cruise Missiles (insbesondere Aufgabe der Unterscheidung zwischen nuklear und konventionell bewaffneten Cruise Missiles aus Verifikationsgründen und damit Einschluß auch der konventionellen Cruise Missiles in Vertrags- bzw. Protokollregelungen[7]). Bei „Backfire" bahnt sich nun endgültig eine Lösung an, die im Wege einseitiger Erklärungen beider Vertragspartner gefunden werden wird.

Die Gebiete, bei denen ein Entgegenkommen der Sowjetunion deutlich geworden ist, sind u. a.

- weitgehende Übernahme der amerikanischen Vorschläge zur Fraktionalisierung (jedoch noch abhängig von „zufriedenstellender" Cruise-Missiles-Regelung),
- Annahme der US-Vorstellungen zum Verbot der Dislozierung und der Tests von mobilen Abschußrampen schwerer ICBMs, schwerer SLBMs und Air-to-Surface Ballistic Missiles[8],
- sowjetische Zustimmung, daß Verbot neuer Arten von ICBMs im Vertrag anstatt im Protokoll geregelt wird,
- grundsätzliche sowjetische Zustimmung zum SALT-III-Ziel weiterer Reduzierungen und qualitativer Beschränkungen in der Prinzipien-Erklärung,
- Annäherung bei der Durchschnittszahl der ALCM pro schwerer Bomber,
- erstmals sowjetische Flexibilität zur Laufzeit des Protokolls.

6 Der amerikanische Außenminister Vance und der sowjetische Außenminister Gromyko führten vom 21. bis 23. Dezember 1978 in Genf Verhandlungen über einen SALT-II-Vertrag. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 399.

7 Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 19. Dezember 1978, das amerikanische Außenministerium habe zum Stand der SALT-II-Verhandlungen mitgeteilt, die USA seien nunmehr bereit, der UdSSR bei der Definition von Cruise Missiles entgegenzukommen: „Das heißt, die USA würden auf die Zulassung von konventionell ausgerüsteten ALCMs auf anderen als schweren Bombern verzichten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4679; VS-Bd. 11386 (220); B 150, Aktenkopien 1978.
Am 20. Dezember 1978 wies Staatssekretär van Well die Botschaft in Washington darauf hin, daß damit „erstmals die mögliche Bereitschaft der Amerikaner" erwähnt worden sei, „konventionelle ALCMs in die Begrenzung des SALT-II-Vertrags einzubeziehen. Es würde sich hierbei um eine substantielle Veränderung der bisherigen amerikanischen Position handeln, nach der sich SALT eindeutig nur auf nukleare Systeme bezieht." Dazu führte van Well aus: „Die amerikanische Seite ist sich sicher im klaren darüber, daß mit einer Anrechnung konventioneller ALCMs im Rahmen der Regelung des Vertrages die saubere Trennung zwischen nuklearen und konventionellen Systemen aufgegeben wird. Wir haben Verständnis für die Verifizierungsprobleme bei den ALCMs, andererseits könnte aber die Einbeziehung konventioneller ALCMs ein schwerwiegender Präzedenzfall für die Einbeziehung oder Anrechnung anderer nicht-nuklearer Waffensysteme sein." Es sei daher zu erfragen, ob die amerikanische Seite die Auffassung teile, „daß sich mit der Einbeziehung eines konventionellen Systems Problem der Nichtumgehungsklausel qualitativ anders stellt als vorher". Vgl. den Drahterlaß Nr. 6523; VS-Bd. 11386 (220); B 150, Aktenkopien 1978.

8 Korrigiert aus: „Air-to-Ballistic Missiles".

Andererseits bestehen nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten fort (allem Anschein nach immer noch die berühmten fünf Prozent), wobei zwischenzeitlich teilweise andere Probleme in den Vordergrund gerückt sind. Hierbei handelt es sich insbesondere um

- die Modernisierungsfrage (Botschafter Earle bezeichnete hierbei die Auffassungen als noch weit auseinander liegend),
- die Dauer der Protokollaufzeit,
- Bestimmung der Faktoren, die die strategische Situation kennzeichnen, in der Prinzipienerklärung,
- sowjetische Forderung nach Einbeziehung von unbewaffneten Aufklärungsdrohnen in die Cruise-Missiles-Definition[9],
- der sowjetische Versuch, die MIRVung von Cruise Missiles zu unterbinden.

Es bleibt offen, inwieweit es sich bei diesen Punkten um Substanzfragen oder um Probleme handelt, die von der Sowjetunion vorgeschoben sind, um einen SALT-Abschluß aus allgemein politischen Gründen noch hinauszuzögern. In diesem Zusammenhang erscheint eine Äußerung von Botschafter Earle interessant, wonach ein plötzlicher Umschwung der Verhandlungsatmosphäre gegen Ende der letzten Begegnung Vance–Gromyko auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Washington und Peking[10] zurückgeführt werden könnte.

Bemerkenswert erscheint ferner eine Äußerung Botschafter Earles, daß er sicher davon ausgehe, daß FBS Gegenstand von SALT III sein würden, da die Sowjetunion ihre Zustimmung zur 2250 Höchstgrenze von einer solchen Einbeziehung abhängig gemacht hätte.[11] Hierbei kommt der Tatsache Bedeutung zu, daß Moskau nunmehr mit weiteren Reduzierungen und qualitativen Beschränkungen als Verhandlungsziel von SALT III einverstanden ist.

Von britischer und dänischer Seite wurde erneut besonderes Interesse an einer gemeinsamen Öffentlichkeitssprachregelung für den Fall des Abschlusses von SALT II bekundet.

2) Im einzelnen ist von den Konsultationen und dem anschließenden Expertentreffen festzuhalten:

Die Diskussion konzentrierte sich im wesentlichen auf nachfolgende Fragen:

- Cruise-Missiles-Regelungen,
- hiervon möglicherweise ausgehende Präjudizierungen,
- „Backfire",
- Prinzipienerklärung (Faktoren, die die strategische Situation bestimmen),
- Verifikationen.

9 Zur Einbeziehung von „Drohnen" in einen SALT-II-Vertrag vgl. Dok. 2, Anm. 4.

10 Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 3.

11 Gesandter Boss, Brüssel (NATO), teilte am 11. Januar 1979 mit, daß bei diesem Satz die Wörter „Unterschreitung der" nicht übermittelt worden seien. Richtig müsse der Satz lauten: „Bemerkenswert erscheint ferner eine Äußerung B[otschafter] Earles, daß er sicher davon ausgehe, daß FBS Gegenstand von SALT III sein würden, da die Sowjetunion ihre Zustimmung zur Unterschreitung der 2250 Höchstgrenze von einer solchen Einbeziehung abhängig gemacht hätte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 33; VS-Bd. 10648 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

Auf unsere Frage verneinte Botschafter Earle Implikationen des Einschlusses von konventionell bewaffneten ALCMs in den Vertrag für die Non-circumvention clause und die interpretative amerikanische Erklärung[12] hierzu. Ebenso verneinte er die Möglichkeit einer von dieser Regelung ausgehenden Präjudizierung für die Protokollgegenstände GLCMs und SLCMs für die Zeit nach Auslaufen des Protokolls. Jede Änderung des Protokoll-Inhaltes (und das wäre im Ergebnis eine Präjudizierung) müßte die gleichen amerikanischen Entscheidungsgremien durchlaufen wie das Abkommen selbst. Außerdem würden die auch konventionelle Cruise Missiles betreffenden Regelungen die Gefechtsköpfe nicht berühren, da sich das Abkommen grundsätzlich nur auf Launchers beziehe. F-111 würden ebenso wie „Backfire", falls mit ALCM bestückt, als schwere Bomber gelten und unter die 2250 Höchstgrenze und die MIRV-Grenze 1320 zu zählen sein. Zum Modernisierungsproblem führte Earle auf unsere Frage aus, daß man hier noch weit auseinander liegende Meinungen habe: Die USA sprächen sich für möglichst umfangreiche Beschränkungen aus (as tight as verifiable), während die sowjetische Position nach wie vor nur einzelne Parameter für die Modernisierung anerkennen wolle. Die USA hätten dabei das Ziel, die bestehenden ICBMs möglichst auf ihrem derzeitigen Stand zu halten.

Zu „Backfire" machte die amerikanische Delegation deutlich, daß sie die sowjetische Erklärung als rechtlich verbindlich betrachten werde. Auf die sowjetische Erklärung werde eine amerikanische Gegenerklärung in dieser Frage Bezug nehmen.

Hinsichtlich der strategischen Qualität des „Backfire" war die amerikanische Stellungnahme nicht einheitlich. Während Botschafter Earle dem Bomber zwar interkontinentale Kapazität unterstellte, ihn jedoch unterhalb der strategischen Qualität[13] einordnete, schrieb ihm Gen. Rowny eindeutig strategische Fähigkeiten zu.

Sowohl Großbritannien als auch Frankreich ließen Vorbehalte gegenüber dem amerikanischen Vorschlag zum Einleitungssatz der Prinzipienerklärung (in the light of factors that determine the strategic situation) erkennen. Beide Stellungnahmen hängen mit der Haltung dieser Staaten zur Grauzonenproblematik und zur Frage des Einschlusses eigener Nuklear-Systeme zusammen. Frankreich machte deutlich, daß es durch derartige Formulierungen nicht gebunden werde.

Gen. Rowny erklärte auf Frage des Vertreters des MC zur strategischen Situation, daß der amerikanische Gefechtskopfüberhang abnehmend sei. Die Sowjetunion werde bis 1985 die USA aufgeholt und echte Parität erreicht haben. Washington werde im weiteren Verlauf bis 1988 alle Anstrengungen unternehmen müssen, um den Verlust der Parität zu vermeiden oder gar diese zurückzugewinnen.

Eine gesonderte und detaillierte Aufzeichnung über die Diskussion im Rat und in der Expertengruppe bleibt vorbehalten.

12 Zur Nichtumgehungsklausel bei SALT vgl. Dok. 3, Anm. 4.

13 Der Passus „interkontinentale Kapazität ... strategischen Qualität" wurde von Ministerialdirektor Blech durch Fragezeichen hervorgehoben.

III. In der nachmittags stattfindenden Sitzung der europäischen informellen Gruppe (sog. Petrignani-Gruppe) fand ein nützlicher Gedankenaustausch über den Verlauf der Konsultation und den SALT-Verhandlungsstand statt. In diesem Zusammenhang fanden unsere Ausführungen vor dem Rat und in der Expertengruppe zum Einschluß konventioneller Cruise Missiles in Vertragsbestimmungen und zu möglichen Implikationen für die Non-circumvention Klausel besonderes Interesse. Im Verlauf der Sitzung wurde, bei allem Verständnis für die amerikanische Zurückhaltung, vor Einigung mit der Sowjetunion Vertragstexte herauszugeben, die Dringlichkeit hervorgehoben, bei den USA in Fragen von besonderem europäischen Interesse für die Überlassung des Wortlautes der Bestimmungen einzutreten. Im einzelnen wurden als solche Fragen die Cruise-Missiles-Regelungen, die Prinzipien-Erklärung und die Interpretationserklärung zur NC-Regelung[14] genannt.

Die Teilnehmer erzielten ad referendum Einverständnis darüber, daß der italienische NATO-Botschafter[15] bei einem der kommenden Botschafter-Essen um Überlassung des neuesten Wortlautes der interpretativen Erklärung zur NC-Regelung nachsuchen solle und daß dann in einer eigens anzuberaumenden Sitzung der Gruppe eine Abstimmung über die Haltung der europäischen Mitgliedstaaten und ihre Reaktion erfolgen solle.

Wir haben am Rande der Sitzung, ebenfalls auf persönlicher Basis, mit den Briten vereinbart, daß die Vorschläge und Positionen unserer beiden Länder in dieser Frage in baldmöglichst abzuhaltenden bilateralen Konsultationen verglichen und abgestimmt werden sollten.

[gez.] Boss

VS-Bd. 10648 (201)

14 Non-circumvention-Regelung.
15 Felice Catalano di Melilli.

8

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut

311-320.10 IRN-14/79 VS-vertraulich **10. Januar 1979**[1]

Herrn Staatssekretär zur Entscheidung[2]

Betr.: Lage in Iran[3]
hier: mögliche Evakuierung der Deutschen

Anlg.: 1[4]

Entscheidungsvorschlag

Billigung der unter Ziffer 3 dargestellten Haltung.

1) Das AA hat das BMVg am 1.12.1978 mit der Detailplanung einer möglichen Evakuierung der Deutschen aus Iran beauftragt.[5] Das BMVg führt diese Pla-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Montfort und Legationsrat I. Klasse Schöps konzipiert.
Am 16. Januar 1979 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr Marschall von Bieberstein dar: „Referat 500 hat trotz ausdrücklicher Bitten und trotz Zusage von Herrn Dr. Hille keine Gelegenheit zur Mitzeichnung der Bezugsvorlage erhalten." Des weiteren führte er aus: „Referat 500 teilt die Auffassung der Abteilung 3, daß aus humanitären Gründen alle rechtlich nur irgend vertretbaren Wege zur Evakuierung der Deutschen aus dem Iran beschritten werden sollten. Es hält aber ein Mindestmaß völkerrechtlicher Glaubwürdigkeit unserer Argumentation schon deshalb für unabdingbar, weil sonst die beträchtliche Gefahr besteht, daß die Sowjetunion ‚völkerrechtswidrige Einmischungen' westlicher Staaten zum Vorwand einer eigenen militärischen Intervention machen könnte." Daher seien Änderungen an der Aufzeichnung vorzunehmen. Vgl. VS-Bd. 11150 (311); B 150, Aktenkopien 1979.
Hat Schöps erneut vorgelegen
Zu den von Marschall erbetenen Änderungen vgl. Anm. 9, 10, 11 und 12.

2 Hat Staatssekretär van Well am 16. Januar 1979 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Meyer-Landrut handschriftlich vermerkte: „Es handelt sich um eine Eventualfallplanung. Die Entscheidungen zu a + b der Ziff[er] 3 können jetzt nicht vorweggenommen werden. Sie müssen gleichzeitig mit der Entscheidung über die Ingangsetzung der Eventualfallplanung getroffen werden."
Hat Meyer-Landrut erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Hille und Referat 311 verfügte.
Hat Hille am 16. Januar 1979 vorgelegen, der am folgenden Tag vermerkte: „Den Inhalt des anliegenden handschriftlichen Vermerks von StS van Well vom 16.1.79 habe ich dem Leiter des Arbeitsstabes im BMVg, General von Bornstaedt, mitgeteilt. Herr von Bornstaedt betonte, daß er mit dieser Entscheidung ‚leben könne': Die Terms of reference als Grundlage der gemeinsamen Evakuierungsplanung verschiedener Mächte bänden nicht die einzelnen beteiligten Nationen, im Ernstfall jeden Teil der Eventualfallplanung mitzumachen. Da das AA sich jetzt nicht entscheiden könne, bestehe lediglich das Risiko, daß das BMVg dann im Ernstfall etwas mehr Zeit für seine Reaktion benötige, wenn die Entscheidung der politischen Spitze ergangen sei." Vgl. VS-Bd. 11150 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

3 Zur Lage im Iran vgl. Dok. 5, Anm. 7.

4 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Vgl. Anm. 6.

5 Mit Schreiben vom 1. Dezember 1978 teilte Staatssekretär van Well Staatssekretär Hiehle, Bundesministerium der Verteidigung, mit: „Der Arbeitsstab Iran ist der Ansicht, daß die Lage in Iran weiterhin unklar ist [...]. Es kann in dieser kritischen Zeit zu Ausschreitungen gegen Ausländer kommen, auch gegen unsere rund 13 000 deutschen Staatsangehörigen. Der Arbeitsstab hat daher vorgeschlagen, schon jetzt die Luftwaffe zu bitten, vorbereitende Überlegungen anzustellen, wie bei einer plötzlichen Verschärfung der Lage größere Zahlen von Deutschen aus dem Iran ausgeflogen werden können, wenn Lufthansa und private Charter dies nicht voll übernehmen können. [...] Im Ernstfall ist damit zu rechnen, daß sehr kurzfristig gehandelt werden muß. Unter diesen Umständen

nung in Zusammenarbeit mit den USA, Großbritannien und Frankreich auf der Grundlage dieser Vorlage beiliegender terms of reference[6] durch. Diese Koordinierung dient verschiedenen Evakuierungsleistungen der Beteiligten in der Weise, daß z. B. ein US-Flugzeug, das einen Provinzflugplatz zur Evakuierung anfliegt, dort neben den US-Bürgern auch Angehörige der übrigen Teilnehmerstaaten mitnimmt. Für die Bundesrepublik ist vorgesehen, daß sie bei einer Seeevakuierung im Bereich des Persischen Golfs die Häfen Bushir, Bandar Abbas und Bandar Shapur anläuft und dort neben den Deutschen auch die amerikanischen, englischen und französischen Staatsbürger mitnimmt. Einseitige Evakuierungsaktionen der Teilnehmerstaaten sind durch die terms of reference jedoch nicht ausgeschlossen.

Die von amerikanischer Seite entworfenen t.o.r.[7] nennen als Voraussetzung einer Evakuierung eine „permissive environment". Dieser bewußt unscharf formulierte Begriff umfaßt einmal die ausdrückliche Zustimmung der iranischen Regierung zu einer Evakuierung. Wahrscheinlich umfaßt er aber auch den Fall, daß eine ausdrückliche Zustimmung der iranischen Regierung nicht zu erlangen ist, weil diese etwa handlungsunfähig ist oder weil ein Antrag nicht übermittelt werden konnte. Der Vertreter der Rechtsabteilung hat auf der Sitzung des Arbeitsstabs Iran am 8.1.1979 erklärt, daß er der Formel „permissive environment" nur insofern zustimmen könne, als darunter die ausdrückliche Zustimmung der iranischen Regierung zu verstehen sei.[8] Das BMVg wurde gebeten, bei den noch laufenden Verhandlungen mit den USA, Großbritannien und Frankreich über die t.o.r. diese Auffassung zu vertreten.

Das BMVg hat außerdem vertraulich mitgeteilt, daß die USA außerhalb der t.o.r. den Einsatz einer Luftlandebrigade für den Fall beabsichtigen, daß die iranische Regierung ihre Zustimmung zur Evakuierung verweigern sollte. Das BMVg wurde gefragt, ob die Bundesrepublik sich an einer solchen Aktion beteiligen wolle. Diese Frage wurde auf der Direktorenbesprechung vom 5. Januar in dem Sinne behandelt, daß wir den Amerikanern im Rahmen des Informationsaustauschs über contingency planning unseren Evakuierungsbedarf mitteilen, im übrigen aber Distanz zu einer solchen Aktion halten sollten. Das BMVg, dem diese Auffassung mitgeteilt wurde, hat eingewandt, daß die Amerikaner uns dann sicher auch um technische oder personelle Hilfe bitten würden, zu deren Leistungen das BMVg in der Lage sei. Hierzu bedürfe es aber einer politischen Entscheidung. Das BMVg hat die in der Direktorenbesprechung festgelegte Verhandlungslinie den Amerikanern daher bisher nicht mitgeteilt.

2) Abteilung 3 hält für die weitere Vorbereitung der Evakuierungsplanung durch das BMVg die Entscheidung folgender zwei Fragen für notwendig:

Fortsetzung Fußnote von Seite 43

kommt es darauf an, auf bereits bestehende Planungen zurückgreifen zu können." Vgl. Referat 311, Bd. 137618.

6 Für die „Terms of Reference for a Multinational Evacuation of Iran" vgl. Referat 311, Bd. 137618.

7 Terms of reference.

8 Legationsrat I. Klasse von der Planitz vermerkte am 9. Januar 1979 zur Sitzung des Arbeitsstabs Iran vom Vortag: „Rechtsabteilung hat keine Einwendungen gegen t[erms]o[f]r[eference], bat aber um weitere Aufklärung des Begriffs ‚permissive environment' [...]. Ref[erat] 311 wird wegen der Frage, was zu tun ist, wenn keine iranische Genehmigung zur Evakuierung zu erhalten ist, eine Vorlage vorbereiten. BMVg wird unabhängig davon auf Grundlage der t.o.r. mit Amerikanern weiter verhandeln, jedoch mitteilen, daß noch keine Ermächtigung der Bundesregierung zur Evakuierung ohne Genehmigung der iranischen Regierung vorliegt." Vgl. Referat 311, Bd. 137619.

a) Ist die Bundesregierung bereit, die sich aus den t.o.r. ergebenden Verpflichtungen auch in dem Fall zu erfüllen, daß unter „permissive environment" das bloße Schweigen der iranischen Regierung verstanden wird, eine ausdrückliche Zustimmung zur Evakuierung also nicht vorliegt[9]?

b) Ist die Bundesregierung bereit, an der Vorbereitung einer amerikanischen Luftlande-Operation (Einsatz von amerikanischen Truppen) zugunsten von Ausländern in Teheran für den Fall teilzunehmen, daß die iranische Regierung ihre Zustimmung zur Evakuierungsaktion ausdrücklich verweigert?

3) Entscheidungsvorschläge

Entscheidungsvorschlag zu 2 a):

Die Bundesregierung sollte an der Evakuierung im Rahmen der t.o.r. auch dann teilnehmen, wenn einerseits die ausdrückliche Zustimmung der iranischen Regierung zur Evakuierung (z.B. wegen Handlungsunfähigkeit) nicht zu erlangen ist, andererseits aber keine ausdrückliche Ablehnung der Regierung vorliegt. Für diese Entscheidung sprechen folgende Gründe:

- Die Fürsorgepflicht der Bundesregierung gegenüber den immer noch 7 bis 10000 Deutschen in Iran. Angesichts sich mehrender Anzeichen einer Fremdenfeindlichkeit sowie der zunehmenden Unfähigkeit der iranischen Regierung, die Sicherheitslage in den Griff zu bekommen, sollte unsere Fürsorge für die Deutschen im Iran nicht an der Unfähigkeit oder Untätigkeit der iranischen Regierung scheitern.
- Eine solche Aktion würde nicht als schwerer Eingriff in die Souveränität des Irans gewertet werden, da sie sich[10] in einem tatsächlichen Machtvakuum vollziehen würde. Aus diesem Grunde wäre sie völkerrechtlich jedenfalls vertretbar.[11]
- Die Öffentlichkeit der Bundesrepublik würde es nicht verstehen, wenn in einem solchen Fall die übrigen Teilnehmer der t.o.r. erfolgreich evakuieren, während wir aus formalistischen[12] „Bedenken" auf die Evakuierung unserer großen Zahl Deutscher im Iran verzichten.

9 Auf Wunsch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr Marschall von Bieberstein wurde an dieser Stelle folgender Passus von Legationsrat I. Klasse Schöps handschriftlich eingefügt: „vorausgesetzt, daß wenigstens um eine entsprechende Zustimmung nachgesucht worden ist". Vgl. dazu Anm. 1.

10 Der Passus „nicht als schwerer ... da sie sich" wurde auf Wunsch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr Marschall von Bieberstein gestrichen. Dafür wurde von Legationsrat I. Klasse Schöps handschriftlich eingefügt: „sich voraussichtlich". Vgl. dazu Anm. 1.

11 Dieser Satz wurde auf Wunsch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr Marschall von Bieberstein gestrichen. Dafür wurde von Legationsrat I. Klasse Schöps handschriftlich eingefügt: „Trotzdem würden dritte Mächte und die (wenn dann auch weitgehend handlungsunfähige) iranische Regierung darin wahrscheinlich einen Eingriff in die Souveränität des Iran sehen. Jedoch könnten wir uns ... s[iehe] Zuschrift Ref[erat] 500 von 16.1.1979." Vgl. dazu Anm. 1.
Laut Aufzeichnung Marschalls vom 16. Januar 1979 sollte der von Schöps nicht vollständig auf die Aufzeichnung übertragene letzte Satz der Einfügung wie folgt lauten: „Jedoch könnten wir uns unter Umständen rechtfertigend darauf berufen, wir hätten frühere Äußerungen und das tatsächliche Verhalten der iranischen Regierung als Zustimmung verstanden." Vgl. VS-Bd. 11150 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

12 Dieses Wort wurde auf Wunsch des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr Marschall von Bieberstein gestrichen. Dafür wurde von Legationsrat I. Klasse Schöps handschriftlich eingefügt: „völkerrechtlichen". Vgl. dazu Anm. 1.

Gegen die oben dargestellte Entscheidung sprechen folgende Gründe:

- Eine ohne ausdrückliche Zustimmung der iranischen Regierung durchgeführte Evakuierung könnte uns neben den USA den Vorwurf kolonialistischen Verhaltens unter Mißachtung der Souveränität eines Entwicklungslandes eintragen.
- Sie könnte unsere politischen Beziehungen zur iranischen Regierung, insbesondere zu einer Nachfolgeregierung, die von der Massenbewegung der Opposition getragen wird, belasten.

Entscheidungsvorschlag zu 2) b):

Wir sollten an der einseitigen Aktion der USA nicht teilnehmen.

Sie würde uns mit Sicherheit eine Verurteilung in den Vereinten Nationen wegen kolonialistischen Verhaltens eintragen und unsere Beziehungen zu Iran auf längere Zeit belasten. In einer Zeit, in der unsere Politik darauf abzielt, die Länder der Dritten Welt als vollwertige und gleichberechtigte Partner zu behandeln, können wir uns eine militärische Aktion im Ausland nicht leisten, die uns als ein Rückfall in die geistige Haltung der Kolonialmächte des 19. Jahrhunderts ausgelegt würde. Wir sollten eher versuchen, den Amerikanern ein solches Einschreiten auszureden.[13] An Vorbereitungen zu einer Luftlande-Operation sollten wir uns nicht beteiligen, zumal mehr als fragwürdig ist, ob eine militärische Aktion dieser Art Erfolgsaussichten hat. Man muß sich vergegenwärtigen, daß es darum gehen würde, etliche tausend Ausländer aus einer so weitläufigen Großstadt wie Teheran herauszuholen bei vermutlich gesperrten Zugangswegen zum Flugplatz.

Im übrigen wirkte sich bisher die Fremdenfeindlichkeit in ungleich stärkerem Maße gegen die Amerikaner aus, denen die besonders intensive Verbindung zum Schah-Regime vorgeworfen wird.

Wir sollten die für uns vorteilhafte Differenzierung der iranischen Bevölkerung nicht dadurch zu einem allgemeinen Fremdenhaß eskalieren lassen, daß wir uns durch Beteiligung an einer solchen Aktion praktisch mit der bisherigen Rolle der USA in Iran identifizieren.

Die gegen die Entscheidung a) aufgeführten Gründe sprechen somit für die Entscheidung b), an einer einseitigen Aktion der Amerikaner nicht teilzunehmen.

Meyer-Landrut

VS-Bd. 11150 (311)

[13] Dieser Satz wurde von Staatssekretär van Well hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nein."

9

Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt

114-55/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 10. Januar 1979, 13.05 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 110 **Ankunft: 10. Januar 1979, 19.26 Uhr**

Betr.: Haltung der chinesischen Diplomatie gegenüber der Sowjetunion

Der neue chinesische Botschafter in Washington, Chai Zemin, der sich schon bei seinem Antrittsbesuch bei mir (noch als Delegationsleiter[2]) in bemerkenswert aggressiven anti-sowjetischen Darlegungen ergangen hatte, wiederholte dies in meiner Gegenwart bei gesellschaftlichem Anlaß, in einem amerikanischen Haus im Beisein anderer, auch nicht-amerikanischer Gäste.

Er kritisierte den Imperialismus und die Hegemoniebestrebungen der Sowjetunion, behauptete, daß Vietnam bereits die Rolle des asiatischen Kuba übernommen habe, unterstellte der sowjetischen Regierung kriegerische Absichten – anscheinend auch in Europa – und äußerte – gelinde gesagt – Zweifel an der Vertragstreue der Sowjets. Wie einer der zuhörenden Gäste bemerkte, zeigten die Chinesen geradezu eine „Obsession". Der Stellvertreter des Botschafters, Han Xu, der gleichfalls den Botschaftertitel führt und demnächst ins Außenministerium nach Peking zurückkehrt, äußerte sich ähnlich.

Ich berichte dies, weil mir die fast hemmungslos zu nennende Heftigkeit, mit der die chinesische Diplomatie argumentiert, bedenklich erscheint. Sie kann meines Erachtens nur dazu beitragen, das sowjetisch-chinesische Verhältnis zusätzlich bis zu einem Punkt zu belasten, an dem die Gefahr ernster Verwicklungen nicht mehr auszuschließen ist. Ich halte es deswegen für erwägenswert, unserer eigenen Diplomatie eine Sprachregelung an die Hand zu geben, die uns in Stand setzt, diesen chinesischen Äußerungen in einer einigermaßen uniformen Weise gegenüberzutreten. Noch besser wäre es meines Erachtens, wenn insoweit eine Abstimmung unter den Neun stattfinden könnte.

Ich habe bei dem Gespräch u.a. dargelegt, wie unsere Politik einerseits auf dem Gedanken des Gleichgewichts, andererseits auf der vertraglich abgesicherten Zusammenarbeit beruhe. Ferner habe ich die Äußerungen über Kambodscha zum Anlaß genommen, darauf hinzuweisen, daß die kambodschanische Seite nach den mir bekannten Zeitungsberichten über den Beginn der Grenzstreitig-

1 Hat Ministerialdirektor Meyer-Landrut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Petersen und Referat 340 verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Die Argumentation des Herrn v[on] Staden ist nicht besonders glücklich. Zum d[eu]t[sch]-sowjet[ischen] Verhältnis sagen wir den Chinesen stets klar und deutlich, wie die Dinge in unserer geopolit[ischen] Situation sich darstellen; zu Vietnam/Kambodscha sollten wir auf die Verteilung von Schuld verzichten; wer, wo, wann an der Grenze provoziert hat, ist nicht so klar ersichtlich, daß wir eindeutig Stellung nehmen könnten. Im übrigen haben die Chinesen stets für unsere Sowjetunionpolitik zwar keine Sympathie, aber Verständnis gezeigt. Auch ist diese chinesische Argumentationsweise keineswegs neu und uns aus Bonn, Peking und New York sattsam bekannt. Braucht es da wirklich eine Sprachregelung??"
Hat Vortragendem Legationsrat Heymer am 11. Januar 1979 vorgelegen.
Hat Petersen am 12. Januar 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Steger vorgelegen.

2 Chai Zemin war vom Mai 1978 bis zu seiner Ernennung zum Botschafter im März 1979 Leiter des Verbindungsbüros der Volksrepublik China in Washington.

keiten vor mehreren Monaten offenbar auch ihrerseits zum Ansteigen der Spannungen aktiv beigetragen habe.[3] Hier, wie auch in dem sehr anders gelagerten Fall von Somalia[4], zeige es sich, daß einem großen Nachbarn gegenüber eine erforderlichenfalls zwar feste, zugleich aber maßvolle und umsichtige Politik am Platze sei.

[gez.] Staden

VS-Bd. 11190 (341)

10

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager

422-411.10 INI 5/79 VS-vertraulich **11. Januar 1979**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Wünsche Indiens und Pakistans nach Rüstungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik

Zweck der Vorlage: Vorschlag, die Problematik in einer Hausbesprechung zu erörtern.[3]

I. Sachverhalt

1) Indien

1.1) Indien ist in den letzten zehn Jahren wiederholt mit dem Wunsch nach engerer Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor (Rüstungskäufe, Überlassung

3 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.
Referat 340 stellte dazu am 15. Januar 1979 fest: „Für China bedeutet die Entwicklung in Kambodscha, der es mehr oder weniger tatenlos zusehen mußte, einen schweren Prestigeverlust. Auch durch Unterstützung eines sich möglicherweise noch formierenden nationalen kambodschanischen Widerstandes wird es Vietnam kaum wieder aus Kambodscha verdrängen können. Das gleiche gilt hinsichtlich einer möglichen Verstärkung des Drucks auf die Nordgrenze Vietnams." Vgl. Referat 340, Bd. 110768.

4 Am 24. Juli 1977 beschuldigte Äthiopien Somalia der Aggression in der äthiopischen Provinz Ogaden. Die somalische Regierung wies am folgenden Tag diese Behauptung zurück; in Äthiopien seien vielmehr seit längerem Kämpfe von Befreiungsbewegungen im Gang, darunter der Westsomalischen Befreiungsfront. Am 20. August 1977 rief Äthiopien die nationale Mobilmachung aus und brach am 7. September 1977 die diplomatischen Beziehungen zu Somalia ab. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, Z 149, Z 153, Z 165 und Z 173.
Die somalische Regierung gab am 9. März 1978 den Beschluß zum Abzug ihrer Truppen aus dem Ogaden bekannt. Sie appellierte außerdem an die Großmächte, den Abzug aller ausländischen Truppen aus dem Kriegsgebiet zu bewirken. Am folgenden Tag nannte die äthiopische Regierung Bedingungen für einen Waffenstillstand mit Somalia. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, Z 63 und Z 69. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 67.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pabsch und Vortragendem Legationsrat Bosch konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Hermes am 22. Januar 1979 vorgelegen.

3 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Hermes hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja."

von Nachbaurechten) an uns herangetreten. Die meisten Anträge auf Ausfuhr von modernem Gerät wurden aufgrund unserer bekannten Grundsätze für den Rüstungsexport[4] abgelehnt (Ausnahme: Genehmigung nach BSR-Entscheidung vom Mai 1977 zum Bau von zwei U-Booten sowie zum Nachbau von sechs weiteren U-Booten in Indien[5]).

Bei seinem Besuch Indiens im April 1977 war der Herr BM von seinem indischen Kollegen auf die Möglichkeit einer Rüstungszusammenarbeit angesprochen worden.[6] Bundesminister Genscher hatte dem indischen Außenminister[7] erklärt, er wolle die indische Anfrage zu Hause übermitteln und sich dafür einsetzen, daß sich die deutsche Seite einem Gespräch auch in diesem Bereich nicht verschließe. Weitergehende Zusagen sind bisher nicht gemacht worden.

1.2) Nach dem Besuch von BM Genscher hatte uns die indische Seite im Mai 1977 eine Liste mit 20 ausgewählten Kriegswaffen und Rüstungsgütern übereicht, die für Indien von Interesse seien.[8] Nach Überprüfung dieser Liste teilte das BMVg dem AA die Gebiete mit, die für eine Zusammenarbeit aus der Sicht des BMVg

- unproblematisch (z. B. U-Boote, Marinetechnologie, Ballonsperren),
- problematisch (z. B. Geräte für elektronische Kriegsführung, Minensuchgeräte, Sonargeräte),
- ausgeschlossen (z. B. Kampfpanzer „Leopard" II, Luft/Bodenflugkörper, ECM[9]-Geräte)

sind.[10] Indien wurde über diese Stellungnahme vom AA bei Staatssekretärsgesprächen unterrichtet und zu Detailgesprächen an das BMVg verwiesen.[11]

4 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 2, Anm. 15.

5 Die Sitzung des Bundessicherheitsrats fand am 2. Mai 1977 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Kapitäns zur See Borgemeister, Bundeskanzleramt, vom 3. Mai 1977; VS-Bd. 14064 (010); B 150, Aktenkopien 1977.

6 Bundesminister Genscher hielt sich von 20. bis 23. April 1977 in Indien auf. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 99.

7 Atal Bihari Vajpayee.

8 Ministerialdirektor Lahn notierte am 26. Mai 1977, ihm sei vom Abteilungsleiter im indischen Außenministerium, Bhandari, am 24. Mai 1977 eine Liste mit Rüstungsgütern aus der Bundesrepublik übergeben worden, „die Indien unter Umständen in der einen oder anderen Form interessieren könnten". Bhandari habe dazu bemerkt, „daß Indien – was sich auch aus der Liste ergebe – bekanntlich weniger am Erwerb, als vielmehr an technologischer Zusammenarbeit bei der Herstellung von Rüstungsgütern interessiert sei". Vgl. VS-Bd. 9340 (422); B 150, Aktenkopien 1977.

9 Electronic Counter Measures.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Steger legte am 4. August 1977 dar, das Bundesministerium der Verteidigung habe mit Schreiben vom 6. Juli 1977 „zu der von der indischen Regierung übergebenen Liste zur möglichen rüstungswirtschaftlichen Zusammenarbeit Stellung genommen" und festgestellt, „daß die Bundeswehr kein spezifisches Interesse an einer rüstungswirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Indien hat. Die aus einer solchen Zusammenarbeit zu erwartenden ‚Nachteile und Belastungen für die deutsche Seite' seien nur dann in Kauf zu nehmen, wenn diese Zusammenarbeit für uns von ‚ganz besonderem außenpolitischen Nutzen' wäre." Vgl. VS-Bd. 9340 (422); B 150, Aktenkopien 1977.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Steger vermerkte am 15. September 1977, der Staatssekretär im indischen Außenministerium, Mehta, habe sich bei Staatssekretär van Well am 8. September 1977 erneut nach den Möglichkeiten einer rüstungswirtschaftlichen Zusammenarbeit erkundigt. Van Well habe hierauf erklärt, „daß die Bundesregierung bekanntlich eine restriktive Waffenexportpolitik verfolge, was im wesentlichen historische und volkswirtschaftliche Gründe habe. Dazu komme heute der von der Regierung Carter gegebene Anstoß, generell Waffenexporte zu begrenzen. Innerhalb

Im November 1977 wurde dort dem indischen Militärattaché[12] die deutsche Stellungnahme zu der 20-Punkte-Liste erläutert und präzisiert. Zu einigen Punkten wurden indische Angaben erbeten, um in eine nähere Prüfung eintreten zu können; in anderen Punkten wurde eine nochmalige deutsche Prüfung der indischen Wünsche zugesagt, die jedoch zu keiner Änderung des ursprünglichen Standpunktes geführt hat. Die Ergebnisse dieser Überprüfung wurden dem indischen Militärattaché schriftlich und in mehreren persönlichen Besprechungen durch das BMVg mitgeteilt.

Nach Mitteilung des BMVg erfolgte seitdem von indischer Seite keine weitere Reaktion; auch die zugesagten indischen Erläuterungen zu einzelnen Punkten sind bis heute nicht eingegangen. Vor allem aber kam es auch bei den als unproblematisch eingestuften und zur Zusammenarbeit freigegebenen Waffen und Geräten nicht zu irgendwelchen Vereinbarungen mit der Industrie. Auch ein Vertrag über die bereits vom BSR genehmigten U-Boote ist bisher nicht zustande gekommen. Aus einzelnen Gesprächen mit Unternehmen ist dem BMVg bekanntgeworden, daß die Industrie die indischen Angebote vielfach nicht für seriös hält und der Ansicht ist, daß Indien lediglich an Informationen und bestenfalls am Kauf einzelner Geräte zum Zwecke des Nachbaus interessiert ist, wobei die von indischer Seite angebotenen Bedingungen nicht für akzeptabel gehalten werden. Hierüber wurde auch Botschafter Oncken anläßlich eines persönlichen Besuchs am 19.7.1978 bei der Rüstungsabteilung des BMVg informiert.[13]

1.3) Obwohl der indische Wunsch nach Informationen über den Kampfpanzer „Leopard" II und nach technologischer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Panzerentwicklung vom BMVg immer wieder abschlägig beschieden wurde, versucht Indien seit längerem, diese Frage erneut in die Diskussion zu bringen.

Dem indischen Militärattaché war mit Schreiben des BMVg vom November 1977 aufgrund einer erneuten Vorsprache nochmals kategorisch mitgeteilt worden, daß eine Zusammenarbeit mit Indien beim Kampfpanzer „Leopard" II auch in bezug auf Motor und Bewaffnung nicht möglich sei.[14] Trotzdem hat im Juni 1978 eine indische Delegation unter Umgehung des üblichen Genehmigungsverfah-

Fortsetzung Fußnote von Seite 49

dieser Grundsätze sei die Bundesregierung mit Indien bereit zu Gesprächen und zur Zusammenarbeit, wie noch im einzelnen erläutert werden könnte. Diese Antwort der Bundesregierung sei als eine wichtige politische Entscheidung (major political decision) zu verstehen, die nach den Gesprächen von Bundesminister Genscher in Indien getroffen worden sei." Vgl. VS-Bd. 11182 (340); B 150, Aktenkopien 1977.

12 Rajinder Singh Chowdhary.

13 Am 28. Juli 1978 vermerkte Legationsrat I. Klasse Koenig, Ministerialdirektor Sadtler, Bundesministerium der Verteidigung, habe Botschafter Oncken, z. Z. Bonn, am Vortag zu einer möglichen Rüstungszusammenarbeit mit Indien erklärt: „Die von den Indern übergebene 20-Punkte-Liste bedürfe in Einzelfragen noch der Klärung. Das BMVg prüfe im übrigen derartige Wünsche nur unter dem technischen Aspekt, ob es erlaubt oder anzustreben sei, Kriegsgüter in ein Land zu exportieren, das von der Sowjetunion abhängt bzw. stark von ihr beeinflußt wird. Bei dieser Prüfung seien Sicherheits- und Geheimhaltungsgesichtspunkte vorrangig. Zusammen mit dem Auswärtigen Amt halte das BMVg Indien nicht mehr für ein Spannungsgebiet; trotzdem komme alles, was als besonders kritisch und sensibel zu beurteilen sei, für eine rüstungspolitische Zusammenarbeit nicht in Frage. Nach Prüfung der 20-Punkte-Liste bleibe eigentlich nur die Frage der U-Boote übrig." Vgl. Referat 340, Bd. 107548.

14 Für das Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 17. November 1977 an den Militärattaché an der indischen Botschaft, Chowdhary, vgl. Referat 340, Bd. 107548.

rens die Fa. Krauss-Maffei besucht und dort den Wunsch nach Besichtigung des „Leopard" II geäußert.[15] Dieser Wunsch ist von der Firma mit dem Hinweis abgelehnt worden, daß die dazu erforderlichen amtlichen Genehmigungen nicht vorliegen. Der indischen Delegation ist dann lediglich aus Höflichkeitsgründen eine Erlaubnis zur Besichtigung des Panzers in Aussicht gestellt, aber von den Indern nicht in Anspruch genommen worden. Dabei handelte es sich jedoch nicht um eine Zusage zu einer gründlichen Untersuchung durch Experten, die Einblick in Funktion und Technik des Panzers ermöglicht hätte; eine solche Untersuchung würde das BMVg nach wie vor nicht zulassen.

1.4) Im übrigen hatten wir vor einiger Zeit dem britischen Anliegen zugestimmt, die (von GB, I und uns entwickelte) hochmoderne Haubitze FH-70 nach Indien zu exportieren (auch in diesem Fall haben die Inder auf ein entsprechendes Angebot durch GB nicht weiter reagiert).[16]

2) Pakistan

Auch Pakistan ist an uns wegen der Lieferung von Rüstungsgütern herangetreten, zuletzt bei den StS-Konsultationen in Islamabad im Dezember 1978.[17] StS van Well deutete dabei die Möglichkeit der Lieferung von Rüstungsgütern (nicht Kriegswaffen) an. Eine bei diesem Gespräch vorgelegte pakistanische Wunschliste zur rüstungswirtschaftlichen Zusammenarbeit wird z.Z. von den Pakistanern neu überarbeitet und soll uns demnächst übermittelt werden.

II. Bewertung

1) Unsere Botschaft in New Delhi befürwortet seit etwa einem Jahr eine Rüstungszusammenarbeit mit Indien. Sie wird dabei von Abt. 3 mit den folgenden Argumenten unterstützt:

– Die Zusammenarbeit mit Indien würde dazu beitragen, die indische Rüstungsabhängigkeit von der SU zu lockern.[18]

15 Vortragender Legationsrat Huebener unterrichtete die Botschaft in Neu Delhi am 16. Juni 1978 über die „ohne vorherige Unterrichtung amtlicher deutscher Stellen" vom 9. bis 14. Juni 1978 durchgeführte Informationsreise einer Delegation des indischen Verteidigungsministeriums zu wehrtechnischen Betrieben in der Bundesrepublik. Vgl. den Drahterlaß Nr. 170; Referat 340, Bd. 107548.
Botschafter Oncken, Neu Delhi, teilte dazu am 19. Juni 1978 mit: „Auch Botschaft war über Absicht und Durchführung Besuchs indischer amtlicher Delegation bei deutschen Firmen, die für Rüstungsaufträge in Frage kommen, [...] nicht unterrichtet. Ich halte dies für ungewöhnlich und werde in geeigneter Weise indischen Gesprächspartnern zu verstehen geben, daß Methoden dieser Art die Realisierung einer deutsch-indischen Zusammenarbeit in Rüstungsfragen eher erschweren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 564; Referat 340, Bd. 107548.

16 Mit Schreiben vom 28. August 1978 teilte das Bundesministerium der Verteidigung mit: „Das britische Verteidigungsministerium, das gemäß M[emorandum]o[f]U[nderstanding] für die Förderung des Verkaufs der trilateral (von Deutschland, Großbritannien und Italien) entwickelten Feldhaubitze 70 und die damit zusammenhängenden Fragen der Informationsfreigabe zuständig ist, hat um die grundsätzliche Zustimmung der deutschen Regierung gebeten, Indien eine Verkaufszusage geben zu können. Nach trilateraler Abstimmung hat Indien bisher nur Informationsmaterial über die Feldhaubitze 70 erhalten. Es liegt nunmehr eine indische Anfrage auf Abgabe eines Angebotes über Lieferung von 50, 100 und 200 Geschützen, einem angemessenen Ersatzteilpaket und Munition für zwei Jahre vor." Vgl. Referat 340, Bd. 107548.

17 Staatssekretär van Well führte am 12./13. Dezember 1978 in Islamabad Gespräche mit Vertretern der pakistanischen Regierung. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 389.

18 Kapitän zur See Schneider, Neu Delhi, gab am 15. März 1978 Ausführungen eines hohen Offiziers der indischen Luftwaffe zur militärischen Zusammenarbeit zwischen Indien und der UdSSR wieder: „Die U[d]S[S]R würde bei Lieferungen von Wehrmaterial immer auch gleichzeitig ‚technische Berater' anbieten, um das Gerät zu warten, instand zu setzen sowie das indische Personal anzulernen. Dabei

– Sie würde jetzt, da das Beispiel des Putsches in Afghanistan[19] die Gefahren einseitiger Zusammenarbeit mit der SU offengelegt hat, von indischer Seite besonders begrüßt werden.[20]
– Die deutsch-indische Kooperation auf dem Rüstungssektor würde auch zukünftige indische Regierungen an den Westen binden.
– Die westlich-chinesische Annäherung, die zumindest auf längere Sicht auch zu einer militärischen Stärkung Chinas beiträgt, hat das indische Mißtrauen in die Politik des Westens neu belebt.

2) Pakistan

Abt. 3 möchte auch Pakistan teilweise entgegenkommen,

– da sich Pakistan durch die Veränderungen in Afghanistan bedroht fühlt[21];
– da sich Pakistan vom Westen, insbesondere von den USA, im Stich gelassen fühlt[22];

Fortsetzung Fußnote von Seite 51

übersteigen das nach USR-Vorstellungen notwendige Personal und die Zeitdauer bei weitem die indischen Wünsche (bis auf das zehnfache). Nach seiner Auffassung bestehe kein Zweifel über die wahren Absichten der USR: Spionage im weitesten Sinne, sowohl auf militärischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Bei indischen Versuchen, das Personal zu verringern – vor allem um es besser überwachen zu können –, hätten die Sowjets argumentiert, daß sie unter diesen Umständen keine Garantie und Verantwortung übernehmen könnten; sie erzwängen so häufig die Anwesenheit ihres Personals. [...] Die USR würde die indischen Rüstungsverhandlungen mit westlichen Ländern sehr genau beobachten und sei erstaunlich gut über Einzelheiten informiert. Bei auftauchenden Schwierigkeiten würde sie sich einschalten und bessere Vorschläge machen. Wenn sich hinterher auch häufig herausstellen würde, daß die sowjetischen Gegenangebote andere Schwachstellen hätten, so hätten die Sowjets doch fast immer erreicht, daß die Verhandlungen gestört und sehr häufig über Monate – wenn nicht sogar Jahre – verzögert würden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 4; Referat 340, Bd. 107548.

19 Am 27. April 1978 fiel Präsident Daud einem Staatsstreich der afghanischen Streitkräfte zum Opfer. Der Revolutionsrat der Streitkräfte rief am 30. April die Demokratische Republik Afghanistan aus und übertrug dem Vorsitzenden der kommunistischen Khalq-Partei, Taraki, die Ämter des Präsidenten und Ministerpräsidenten. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 145.

20 Botschafter Oncken, Neu Delhi, legte am 3. Mai 1978 zu einer möglichen Rüstungszusammenarbeit mit Indien dar: „In den letzten Wochen ist aufgefallen, daß sich Äußerungen indischen Interesses an Kooperation mehren. Auch nach Eindruck Verteidigungsattaché waren diese Äußerungen nicht taktisch bedingt. Gerade bei militärischen Gesprächspartnern, auch auf höchster Ebene, trat unverhülltes Interesse zutage, aus Abhängigkeit von SU in Fragen Rüstungszusammenarbeit herauszukommen. [...] Es besteht ein politisches Interesse daran, daß wir Indern wenigstens in der Form nicht die kalte Schulter zeigen. [...] Ich sehe jedenfalls in diesen Wochen, wie die Sowjets auf politischer Ebene immer wieder im Geschäft zu bleiben suchen. Ob die Vorgänge in Afghanistan ihnen dies erleichtern. ist eine andere Frage. Immerhin wurde in Afghanistan ein deutliches Zeichen gesetzt, welche Implikationen Rüstungskooperation mit den Sowjets nach sich ziehen kann." Vgl. den Drahtbericht Nr. 434; Referat 340, Bd. 107548.

21 Oberstleutnant i. G. Müller-Hellwig, Islamabad, stellte am 28. November 1978 zum Kräfteverhältnis zwischen Afghanistan und Pakistan fest: „Die Bedrohung Pakistans ist nach dem prosowjetischem Putsch in Afghanistan 1978 gewachsen: Die afghanischen Streitkräfte wurden in ein Korsett sowjetischer Berater eingebunden. Laut Zeitungsmeldungen beabsichtigen die Sowjets, Afghanistan an das sowjetische Eisenbahnnetz anzuschließen. Dies würde den Aufmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan beschleunigen sowie Pakistans Warnzeit vor Ausbruch von Feindseligkeiten verkürzen. Es ist davon auszugehen, daß die Sowjets in Bälde umfangreiche wehrtechnische Lieferungen an Afghanistan aufnehmen werden. Eine Änderung des Kräfteverhältnisses zuungunsten Pakistans erscheint absehbar." Vgl. den Schriftbericht Nr. 17; Referat 340, Bd. 107680.

22 Am 20. Februar 1979 berichtete Botschafter Scheske, Islamabad, Präsident Zia ul-Haq habe in einem Interview zur Rolle der USA als Bündnispartner Pakistans erklärt: „Nennen Sie mir ein Beispiel dafür, daß die Vereinigten Staaten ihren Alliierten in einer Krise zur Seite gestanden haben. Ich gebe Ihnen nur ein Beispiel. Nehmen Sie Pakistan. Wir waren die Alliierten der Vereinigten Staaten durch einen Vertrag. Wir waren Alliierte in CENTO. 1965, als die Krise kam, wurde Pakistan im Stich

– da Pakistan wegen ungenügender Rüstung nicht die seinem Selbstverständnis und unseren Interessen entsprechende Sperriegelfunktion zu erfüllen vermag.

3) Diese Argumente sind durchaus gewichtig. Allerdings ist sorgfältig abzuwägen, ob und wie weit andere politische Gesichtspunkte, insbesondere unsere rüstungsexportpolitischen Grundsätze, uns ein Eingehen auf die Wünsche Indiens und Pakistans ermöglichen.

4) Dabei ist davon auszugehen, daß es jedenfalls der indischen Seite weniger um den Erwerb von Rüstungsgütern als vielmehr um eine technologische Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Herstellung und beim Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie geht. Dies wirft erhebliche Probleme auf:

– Soweit sich die indischen und pakistanischen Wünsche auf einen Erwerb von Know-how beziehen, ist zu beachten, daß es sich dabei vielfach um geheimhaltungsbedürftige Technologie handelt. Die Besprechungen des BMVg mit den Indern haben ergeben, daß die Inder jeweils am letzten Entwicklungsstand interessiert sind, der meist der Geheimhaltung unterliegt. Ein großer Teil dieser Technologie ist Eigentum deutscher Firmen, die ihrerseits außer unseren staatlichen Sicherheitsbelangen aus Konkurrenzgründen verständlicherweise auch eigene Interessen beachten.
– Eine rüstungswirtschaftliche und rüstungstechnische Zusammenarbeit mit Indien und Pakistan auf der Ebene der Regierungen (Verteidigungsministerien) wäre der erste Fall einer regierungsamtlichen Zusammenarbeit im Rüstungsbereich mit einem Land der Dritten Welt (bisher haben wir eine rüstungstechnische Kooperation auf Regierungsebene nur mit NATO-Partnern), der eine völlig neue Dimension in unsere Rüstungsexportpolitik einführen würde. Hier stellen sich grundsätzliche Fragen von erheblichem Gewicht. Die Herstellung hochwertiger Kriegswaffen mit deutscher Technologie im Ausland stellt uns schon jetzt vor erhebliche Probleme, da der Weiterexport solcher Waffen in andere Länder von uns nicht mehr kontrolliert werden kann, uns aber dennoch politisch zugerechnet wird. Selbst die USA lehnen Kooperationen auf rüstungswirtschaftlichem Gebiet mit Ländern der Dritten Welt ab (Teil der Carter-Initiative).[23] Außerdem könnten wir, wenn wir Entwick-

Fortsetzung Fußnote von Seite 52

gelassen. [...] Die Sowjetunion ist unser Nachbar und wir versuchen, unsere Beziehungen mit ihr zu normalisieren. Dies geschieht aus keinem anderen Grund als aus dem, daß die Vereinigten Staaten nicht in der Lage waren, ihren Alliierten beizustehen. Sie haben sie immer im Stich gelassen. Ich gebe Ihnen ein Beispiel; nicht über Amerika, sondern ein Beispiel über die andere Seite. Die Sowjetunion schloß 1971 einen Freundschaftsvertrag mit Indien. Das Ergebnis war die Teilung Pakistans und die Entstehung von Bangladesch. Die Sowjetunion schloß einen Freundschaftsvertrag mit Äthiopien und Sie sehen, was in Eritrea passiert und in Somalia. Die Sowjetunion schloß einen Freundschaftsvertrag mit Vietnam, und Kambodscha ging verloren. Die Sowjetunion schloß jetzt einen Freundschaftsvertrag mit Afghanistan, und ich kann nicht sagen, was wahrscheinlich passieren wird." Vgl. den Schriftbericht Nr. 157; Referat 340, Bd. 110682.

23 Präsident Carter verkündete am 19. Mai 1977 sechs Grundsätze zur neuen amerikanischen Rüstungsexportpolitik: Das Dollar-Volumen für amerikanische Rüstungslieferungen solle im Haushaltsjahr 1978 reduziert werden; die USA würden nicht als erster Lieferant neue militärische Systeme in eine Region liefern, wenn sie dort die Kampfkraft erhöhten; die Weiterentwicklung hochtechnisierter Waffensysteme ausschließlich für den Export werde verboten; Koproduktionen für wichtige Waffen würden untersagt; bei Waffenverkäufen sollte eine Weitergabe an Drittstaaten ausgeschlossen werden; Waffenverkäufe müßten vom amerikanischen Außenministerium genehmigt werden. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1977, S. 931 f.

lungsländern wie Indien (und Pakistan) beim weiteren Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie helfen, kaum noch den Anspruch aufrechterhalten, wir seien besorgt über die Rüstungsproliferation in der Dritten Welt und über die damit einhergehende Verschwendung von Ressourcen, die besser der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zugute kämen. Ferner ist zu beachten, daß eine solche Zusammenarbeit zur Folge hätte, daß

- wir den ASEAN-Staaten und anderen Staaten der Dritten Welt nur schlecht vorenthalten könnten, was wir Indien gewähren,
- wir auch mit einer qualitativen und regionalen Ausweitung im Bereich von Rüstungslieferungen in diesen Raum rechnen müßten

und damit vor der Frage stünden, unsere restriktive Rüstungsexportpolitik, die eine Zusammenarbeit bei der Rüstungsentwicklung mit Ländern der Dritten Welt auf Regierungsebene bisher praktisch ausschließt, weitgehend aufzugeben.

- Mit einem großzügigen Eingehen auf die indischen Wünsche würden wir auch von unserer bisherigen Politik abweichen, nicht mit Hilfe der Rüstungsexportpolitik Außenpolitik zu betreiben (was bisher mit durchaus wechselndem Erfolg nur die Großmächte betrieben haben). So haben wir es bisher nicht als unsere Aufgabe angesehen, auf Entwicklungen in einer Region durch Rüstungsexporte stabilisierend einzuwirken.
- Die Bundeswehr hat laut Mitteilung des BMVg kein spezifisches Interesse an einer rüstungswirtschaftlichen und rüstungstechnischen Zusammenarbeit mit Indien, weil durch eine solche Kooperation keine Erkenntnisse anfallen werden, die den hohen Aufwand deutscher finanzieller, sachlicher und persönlicher Mittel rechtfertigen könnten. Die von Indien gewünschte intensive Rüstungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik würde nach Ansicht des BMVg ausschließlich Indien Vorteile bringen; dagegen wäre für die Bundeswehr eine solche Kooperation nach Darstellung des BMVg eine erhebliche Belastung („Entwicklungshilfe").
- In Anbetracht der Tatsache, daß die Inder im wesentlichen nur hochwertige und moderne Technologie zu erwerben wünschen, die überwiegend geheimzuhalten ist, käme wahrscheinlich nur ein kleinerer Teil der indischen Wunschliste für eine Zusammenarbeit in Betracht. Damit stellt sich die Frage, ob die dadurch notwendigerweise beschränkte Größenordnung der Rüstungszusammenarbeit ausreichen würde, die gewünschte außenpolitische Wirkung zu erzielen, insbesondere angesichts des Umstandes, daß die Inder am Nachbau und an eigener Weiterentwicklung interessiert sind; der möglicherweise durch deutsches Entgegenkommen eintretende Goodwill-Effekt würde sehr schnell verpuffen.
- Bei einer rüstungswirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Indien wäre auch stets das diffizile Verhältnis Indiens zu Pakistan zu berücksichtigen, wie wir bei einer Hilfe für Pakistan auch auf Indien Rücksicht zu nehmen hätten; beides würde uns vor erhebliche Probleme stellen.
- Schließlich ist zu berücksichtigen, daß wir Indien mehrmals unsere Bereitschaft zu einem Entgegenkommen bewiesen haben (s.o. I 1.3 und 4), Indien darauf aber nicht eingegangen ist.

– Es darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß Indien durch die großzügige Exportbereitschaft Großbritanniens bei Waffen hinreichend Gelegenheit hatte, sich aus der „Rüstungsabhängigkeit" von der Sowjetunion zu befreien. Wenn Indien diese Gelegenheit nicht wahrgenommen hat, so beruht dies ausschließlich auf einer indischen Entscheidung und nicht darauf, daß der Westen den Indern keine Alternative zu russischen Waffen geboten hätte.

5) In jedem Fall wäre eine Rüstungskooperation mit Indien und Pakistan ein Abweichen von unserer bisherigen Haltung, insbesondere von den Grundsätzen unserer restriktiven Rüstungsexportpolitik, was sorgfältiger Abwägung bedarf und nicht ohne Entscheidung durch die Bundesregierung möglich wäre.

Bevor wir an das BMVg in dieser Sache herantreten (vgl. Weisung von StS van Well in der Direktorenbesprechung vom 4.1.79), sollten die Möglichkeiten, Grenzen und Probleme einer Rüstungszusammenarbeit mit Indien eingehend im Hause erörtert werden, nicht zuletzt auch, um vor den deutsch-indischen Konsultationen auf Direktorenebene am 25.1. eine gewisse Abklärung der Gesichtspunkte zu erreichen.[24]

Abteilung 4 schlägt zu diesem Zweck eine Hausbesprechung vor, an der beide Staatssekretäre[25], die Abteilungsleiter 3[26] und 4 sowie RL 340[27] und RL 422[28] teilnehmen sollten.[29]

D 3 hat nicht mitgezeichnet, sondern die anliegende Stellungnahme übermitteln lassen[30], auf deren Inhalt bei der mündlichen Erörterung in der Hausbesprechung ebenfalls einzugehen wäre.

Lautenschlager

VS-Bd. 9522 (422)

24 Ministerialdirektor Meyer-Landrut hielt sich vom 29./30. Januar 1979 in Indien auf. Vortragender Legationsrat Schumann vermerkte am 5. Februar 1979, Meyer-Landrut habe dem Staatssekretär im indischen Verteidigungsministerium, Menzes, am 30. Januar 1979 erläutert, „daß eine Zusammenarbeit in der Angelegenheit Kampfpanzer ‚Leopard' II nicht in Frage komme, da der Panzer zur o.g. Kategorie ‚ausgeschlossen' zählt". Menzes habe dazu bemerkt, „daß der mehrfach geäußerte Wunsch, den Panzer zu besichtigen, damit entfalle. Indien sei an der Lizenzherstellung eines erprobten Panzers interessiert. An einem speziell für Indien noch zu entwickelnden Modell, wie es Krauss-Maffei offenbar angeboten hat, sei Indien nicht sonderlich interessiert." Vgl. Referat 340, Bd. 110539.

25 Peter Hermes und Günther van Well.

26 Andreas Meyer-Landrut.

27 Hans Alfred Steger.

28 Wiegand Pabsch.

29 Für die Hausbesprechung am 26. Januar 1979 vgl. Dok. 19.

30 Dem Vorgang nicht beigefügt.

11

Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt

114-81/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 11. Januar 1979, 20.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 132 **Ankunft: 12. Januar 1979, 03.05 Uhr**

Betr.: Gespräch mit Botschafter Dobrynin am 11.1.1979

Das Gespräch fand bei einem Mittagessen zu zweit im Hause des sowjetischen Botschafters statt.

Insgesamt hinterließ es bei mir den Eindruck, daß sich der sowjetische Botschafter in gelockerter und optimistischer Stimmung befindet. Er vermied es, den Eindruck zu erwecken, als sei Moskau über die Entwicklung des amerikanisch-chinesischen Verhältnisses[2] beunruhigt. Das Gespräch erbrachte keine neuen Erkenntnisse, wurde aber mit einer betonten Freundlichkeit geführt, die augenscheinlich für den guten Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen indikativ sein sollte.

Im einzelnen halte ich fest:

1) Dobrynin erkundigte sich nach den Ergebnissen von Guadeloupe[3], insistierte jedoch nicht, da er offensichtlich davon ausging, keine Einzelheiten erfahren zu können. Meinen Hinweis darauf, daß die europäischen Verbündeten und insbesondere der Herr Bundeskanzler SALT II unterstützt hätten und daß man sich über die Priorität der Entspannungspolitik einig gewesen sei, registrierte er positiv.

2) Zu SALT II bemerkte Dobrynin, daß er mit einem Abschluß der Verhandlungen im Februar rechne.[4] Der Ort eines anschließenden Gipfeltreffens sei offen. Der sowjetische Botschafter ließ durchblicken, daß man überlege, Carter nach Moskau einzuladen.

3) Zum amerikanisch-sowjetischen Verhältnis äußerte sich Dobrynin positiv. Es habe starken Schwankungen unterlegen, sei aber zur Zeit befriedigend. Dobrynin hob die Rolle von Außenminister Vance positiv hervor. In zunehmendem Maße werde die sowjetische Regierung rechtzeitig über die Ansichten und Motive Washingtons unterrichtet. Die neue Administration „lerne langsam", wie man es machen müsse, um Mißverständnisse zu vermeiden und Mißtrauen nicht aufkommen zu lassen. Gleichzeitig wurden in dem Gespräch wiederholt kritische Töne gegenüber dem NSC und insbesondere Brzezinski hörbar. Doch äußerte der Botschafter diese Kritik gedämpft und ohne jede Aggressivität.

4) Über die deutsch-sowjetischen Beziehungen äußerte sich Dobrynin sehr positiv. Der Besuch von Breschnew in Bonn sei auch auf sowjetischer Seite als ein

[1] Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Montfort vorgelegen.

[2] Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China am 1. Januar 1979 vgl. Dok. 2, Anm. 3.

[3] Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. Dok. 2–5.

[4] Zum Stand der Verhandlungen über einen SALT-II-Vertrag vgl. Dok. 7.

Erfolg empfunden worden.[5] Hervorzuheben sei der Abschluß eines Vertrages über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einer Dauer von 25 Jahren.[6] Inhaltlich habe dieser Vertrag zwar mehr eine symbolische Bedeutung, doch sei es wichtig, daß er auf 25 Jahre abgeschlossen worden sei. Dies zeige das Vertrauen der Bundesrepublik in eine längerfristige gute Zusammenarbeit mit der Sowjetunion.

Als wichtig hob Dobrynin hervor, daß man sich beim Besuch von Breschnew in Bonn über das Prinzip der Parität im Rahmen von MBFR geeinigt habe.[7] Er frage sich, warum die Bedeutung dieses Umstands in Washington nicht erkannt worden sei. Auf meinen Hinweis, daß dies bei den Kennern der Materie durchaus der Fall sei, stimmte Dobrynin zu. Das gelte jedoch nicht vom NSC. Dobrynin erkundigte sich, wie man bei MBFR Fortschritte machen könnte. Auf meinen Hinweis, daß die Datenfrage[8] gelöst werden müsse, ging er nicht ein.

5) Die Frage der westlichen Beziehungen zu China berührte der Botschafter nur kurz. Er kritisierte die britische und französische Absicht, Waffen an China zu verkaufen.[9] Dies jedoch ohne besondere Betonung und unter Verzicht darauf, Warnungen auszusprechen. Die Vereinigten Staaten, so meinte er, verkauften zwar selber keine Waffen an China, doch liefe ihre Erklärung, sie wollten in britisch-französische Übereinkünfte nicht eingreifen, auf eine Ermutigung der beiden europäischen Mächte hinaus.

6) Über die Lage im Iran äußerte sich Dobrynin nur analytisch, ohne Stellungnahme. Man werde sehen müssen ob es Bakhtiar gelingen werde, die Lage zu

5 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

6 Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, II, S. 59 f.

7 In Ziffer III der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik hieß es: „Beide Seiten betrachten es als wichtig, daß niemand militärische Überlegenheit anstrebt. Sie gehen davon aus, daß annähernde Gleichheit und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen. Ihrer Meinung nach würden angemessene Maßnahmen der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung im nuklearen und konventionellen Bereich, die diesem Grundsatz entsprechen, von großer Bedeutung sein. Hinsichtlich der Streitkräfte in Mitteleuropa bekräftigen beide Seiten das Ziel der Wiener Verhandlungen, auf der Grundlage unverminderter Sicherheit der Beteiligten zu einer stabileren Lage auf niedrigerem militärischen Niveau als heute zu gelangen. Beide Seiten bestätigen erneut, daß sie dementsprechend bereit sein werden, sich mit ihren Streitkräften an Verringerungen der direkten Teilnehmer der Verhandlungen gemäß den Modalitäten, die in Wien ausgehandelt werden, zu beteiligen." Vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f.

8 Am 27. November 1978 wurde von Referat 221 zur Diskussion um die für die MBFR-Verhandlungen relevanten Streitkräftedaten des Warschauer Pakts festgestellt: „Der Osten legte am 10. Juni 1976 erstmals Zahlen über seine eigenen Streitkräfte in Mitteleuropa vor (805 000 Landstreitkräfte per 1.1.1976 und 987 300 Mann Land- und Luftstreitkräfte). Damit soll die mit der bis zum Juni 1976 vom Osten vertretenen Verhandlungsargumentation nicht im Einklang stehende Behauptung gestützt werden, in Mitteleuropa bestehe bereits ungefähre numerische Parität. Zwischen der westlichen Einschätzung und östlichen Zahlenangaben über die Stärke der WP-Streitkräfte besteht eine Divergenz von über 150 000 Mann. Die Aufklärung der Gründe für diese Divergenz ist Aufgabe der Datendiskussion." Vgl. Referat 221, Bd. 116928. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 58 und Dok. 78.

9 Zu den Verhandlungen über die Lieferung der Panzerabwehrraketen „Hot" und „Milan" durch Frankreich an die Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 12.
Zu den Verhandlungen über die Lieferung britischer Kampfflugzeuge an die Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 11.

stabilisieren, wenn der Schah das Land verlassen habe.[10] Interesse bekundete Dobrynin an unserer Einschätzung der Eventualität einer militärischen Machtübernahme. Auf meine Antwort, daß das nicht ausgeschlossen werden könne, daß aber Voraussagen unmöglich seien und daß die Lage heute ein wenig entspannter erscheine als während der letzten Tage, meinte Dobrynin, die Lage innerhalb der iranischen Streitkräfte sei sehr komplex. Die hohe Generalität sei vom Schah außerordentlich verwöhnt und reich dotiert worden. Sie habe sich an ein entsprechendes Wohlleben gewöhnt und zeige dem Herrscher gegenüber deshalb Loyalität. Eine ganz andere Frage sei es jedoch, wie die mittleren Ränge dächten, die ja schließlich zum großen Teil aus oppositionell eingestellten Familien kämen. Schließlich sei eine weitere Frage, ob das Offizierskorps überhaupt wüßte, wie die Mannschaften empfänden.

Es sei jedenfalls interessant festzustellen, daß die Armeeführung Truppenverschiebungen vornehme in der offenkundigen Absicht, die Einheiten an Standorte zu verlagern, wo die Mannschaften noch keine persönlichen Kontakte angeknüpft hätten. Dobrynin betonte, daß die Sowjetunion sich in die iranischen Angelegenheiten in keiner Weise einmische. Dies werde von amerikanischer Seite auch anerkannt. Er erinnerte an den sowjetisch-iranischen Vertrag von 1921, der der Sowjetunion, wie er sagte, das Recht zu bewaffneter Intervention für den Fall gebe, daß dritte Mächte ihrerseits intervenieren.[11] Er fügte aber sofort hinzu, daß man die Gefahr einer solchen Intervention von dritter Seite nicht sehe. Wiederholt kam Dobrynin auf das sowjetische Interesse an der Entwicklung im Iran zurück. Für die Bundesrepublik handele es sich um eine Frage der Ölversorgung, für die Sowjetunion jedoch sei der Iran ein Nachbar.

Zum kubanisch-amerikanischen Verhältnis meinte Dobrynin, daß Castro die Normalisierung mit den Vereinigten Staaten wünsche, mit seiner Bereitschaft, Tausende politisch Verurteilter ausreisen zu lassen, eine erhebliche Konzession gemacht habe und jetzt erwarten dürfe, daß die Vereinigten Staaten als größerer Partner den ersten Schritt zur Normalisierung täten.[12] Auf meinen Hinweis,

10 Zur Lage im Iran vgl. Dok. 5, Anm. 7.

11 Vgl. dazu Artikel 6 des Vertrags vom 26. Februar 1921 zwischen Persien und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik über Freundschaft; LNTS, Bd. IX, S. 403.

12 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hoff stellte am 12. September 1978 zu den Bemühungen des kubanischen Präsidenten um eine Verbesserung der Beziehungen Kubas zu den USA fest: „Castro scheint zu Beginn der Carter-Administration unter dem Eindruck gestanden zu haben, für die Aufhebung des Handelsembargos nur einen geringen Preis zahlen zu müssen. Als jedoch sein zunehmendes Eingreifen am Horn von Afrika zu einer deutlichen Verschärfung auf seiten der USA führte, dürfte er erkannt haben, daß die Aufhebung des Handelsembargos nicht ohne erhebliche Konzessionen seinerseits auf dem Gebiet des militärischen Engagements in Afrika zu haben ist. Das aber ließen sein revolutionäres Sendungsbewußtsein und sein Ehrgeiz nicht zu. Gerade das afrikanische Engagement hat Kuba eine für die geringe Größe des Landes unverhältnismäßige Bedeutung in der Weltpolitik eingebracht, die ihrerseits sowohl das kubanische Nationalbewußtsein als auch Castros Führungsrolle in der Dritten Welt – wohl das Hauptziel seiner Außenpolitik – stärkte." Vgl. Referat 330, Bd. 111097.
Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 1. Dezember 1978, das amerikanische Außenministerium habe zur Ankündigung der kubanischen Regierung, 3000 politische Häftlinge in die USA ausreisen zu lassen, erklärt, Präsident Castro halte „sein Regime inzwischen wohl für politisch so gefestigt, daß er glaube, sich eine solche Aktion ohne Nachteile leisten zu können. Daneben sei mit dieser spektakulären Geste eine der amerikanischen Hauptforderungen zur Normalisierung der amerikanisch-kubanischen Beziehungen erfüllt, was die USA in Zugzwang bringe. Gleichzeitig habe Castro auch geschickt den ‚Ball der Menschenrechtsverletzungen zurück ins amerikanische Feld gespielt', indem er den US-Behörden nicht ganz zu Unrecht vorwerfe, die Einreise freigelassener

daß das Eingreifen kubanischer Truppen in Afrika im gesamten Westen als äußerst schwerwiegend empfunden worden sei, erwiderte Dobrynin, daß die kubanischen Truppen Angola jederzeit verlassen würden, sofern Präsident Neto dies wünschte.[13] In Äthiopien hätten die kubanischen Truppen der dortigen Regierung auf deren Bitte gegen eine Invasion von außen beigestanden. In den Eritrea-Konflikt hätten sie dagegen nicht eingegriffen, obwohl sie von äthiopischer Seite darum gebeten worden seien.[14]

7) Zum Mittleren Osten bemerkte Dobrynin, es sei falsch und unfair zu behaupten – wie dies stellenweise geschehe –, daß die Sowjetunion im Mittleren Osten keinen Frieden wolle.[15] Sie stimme mit der amerikanischen Methode zwar nicht überein, enthalte sich aber jedes Versuchs, die amerikanischen Bemühungen zu stören.

[gez.] Staden

VS-Bd. 11150 (311)

Fortsetzung Fußnote von Seite 58

Häftlinge in die USA durch langwierige Sicherheitsüberprüfungen zu erschweren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4486; Referat 330, Bd. 111097.

13 Die Botschaft in Havanna skizzierte am 27. Dezember 1976 die Rolle kubanischer Truppen im angolanischen Bürgerkrieg: „Die ab Oktober 1975 nach Angola auf dem See- und Luftwege entsandten kubanischen Streitkräfte von 10000 bis 20000 Mann verhalfen der prokommunistischen MPLA aus einer Lage ernster Bedrohung durch die FNLA und UNITA heraus zum Sieg im Frühjahr 1976. Seitdem kämpfen MPLA und Kubaner gegen die von FNLA und UNITA eingeleitete Guerilla. [...] Im Sommer d. J. versprach Castro zwar einen schrittweisen Truppenabzug (Brief an den schwedischen Premierminister Palme im April 1976), ließ aber auch öffentlich keinen Zweifel an der Aufrechterhaltung einer Präsenz Kubas in Angola bis zur endgültigen Stabilisierung der MPLA-Herrschaft." Vgl. die auszugsweise Abschrift des Berichts der Botschaft Havanna vom 27.12.1976; Referat 300, Bd. 107990.

14 Legationsrat I. Klasse von Arnim führte am 3. April 1978 zur Rolle kubanischer Truppen im Konflikt zwischen Äthiopien und Somalia aus: „Zwischen Harrar und Jijiga liegt eine etwa 2000 m hohe Gebirgskette [...]. Beide Orte verbindet eine Straße, die über den Marda-Paß führt. Als Ende Februar eine kubanische Brigade mit Panzern, Schützenpanzern und Artillerie diesen von den Somalis gehaltenen Paß umgangen hatte, war der Krieg im Ogaden praktisch entschieden. Er war entschieden, weil eine gut ausgebildete, mit modernen Waffen vertraute, insgesamt nicht einmal besonders große Truppe (ca. 10000 Mann [...]) in diesem mehr oder weniger konventionell geführten Krieg – ein wichtiger Unterschied zu Eritrea, wo ein Guerillakrieg geführt wird – zwischen zwei relativ modern bewaffneten, aber schlecht geführten und noch schlechter ausgebildeten Parteien ohne große Mühe den Ausschlag geben konnte." Zur Rolle der UdSSR bei den kubanischen Militäreinsätzen in Afrika führte ergänzte Arnim: „Ohne die Transportmittel der sowjetischen Marine und Luftwaffe wären die Kubaner jedoch nie nach Afrika gelangt, ohne laufende sowjetische Unterstützung hätten sie dort nicht kämpfen können. Es geht letztlich also um sowjetische Politik. Sie hat den Entschluß zum Einsatz der Kubaner gefaßt." Vgl. Referat 330, Bd. 111095.
Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba, legte am 19. November 1979 zur fortdauernden Stationierung kubanischer Truppen in Äthiopien dar: „Die Gesamtstärke der in Addis Abeba selbst fast nie in Erscheinung tretenden kubanischen Soldaten und anderen militärischen Personals in Äthiopien schwankt nach nicht zuverlässig verifizierbaren Informationen zwischen 11500 und 12000 Mann. 800 von diesen sind drei km nördlich von Addis Abeba in einem zur logistischen Basis und als Materialdepot ausgebauten Lager untergebracht. Das Gros der hiesigen kubanischen Streitkräfte, vornehmlich Infanterie, Panzer und mechanisierte Truppen, ist im Ogaden zum Schutz des Nordsomalia gegenüberliegenden Grenzgebietes eingesetzt [...]. Eine Luftwaffeneinheit ist auf dem 150 km von der Südgrenze entfernten, von sowjetischem und kubanischem Personal gemeinsam benutzten Militärflugplatz Gode stationiert. Dieser südliche Flankenschutz erlaubt der äthiopischen militärischen Führung, den größten Teil ihrer Truppen im Norden des Landes zur Bekämpfung der eritreischtigreischen Befreiungsfront zu konzentrieren. Kubanische Ausbilder unbekannter Zahl sind auch in dem etwa 30 km von der Hauptstadt entfernten Hauptausbildungslager (Tatek) für paramilitärische Milizen tätig, wo auch die ZANU- und ZAPU-Kämpfer ausgebildet werden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 960; Referat 320, Bd. 125166.

15 Zur Nahostpolitik der UdSSR vgl. Dok. 5, Anm. 17.

12

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Freiherr von Stein

421-401.00 POL-23/79 VS-vertraulich **15. Januar 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Polnische Kreditwünsche[4]

Anlg.: 1

Am Vorabend des Besuchs des polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Wrzaszczyk in Bonn[5] hat der polnische Botschafter Chyliński Staatsminister Wischnewski im Bundeskanzleramt den polnischen Wunsch nach einem Überbrückungskredit unterbreitet. Ein solcher Kredit sollte der polnischen Devisen-Schuldenerleichterung in den kritischen nächsten zwei bis drei Jahren dienen.

Nach Informationen auf Arbeitsebene aus dem BMWi und ChBK[6] wurde beim Gespräch zwischen dem Bundeskanzler, BM Graf Lambsdorff und Vizepremier Wrzaszczyk am 22.12.1978, an dem auf deutscher Seite auch Frau MD Steeg teilnahm, der polnischen Seite zugesagt, die Möglichkeiten einer staatlichen Gewährleistung für einen ungebundenen Finanzkredit ohne präjudizielle Wirkung (auf andere entsprechende Partnerländer, d.h. im Rahmen des bestehenden deutschen Finanzierungsinstrumentariums) an Polen zu prüfen. Unverbindlich wurde eine Größenordnung von über 500 Mio. DM, aber unter 1 Mrd. DM erwähnt. Mit der Vorprüfung solcher Möglichkeiten wurden Frau MD Steeg und der polnische Vizeaußenhandelsminister Długosz beauftragt. Frau Steeg wird zu diesem Zweck vom 25. bis 28. Januar 1979 nach Warschau reisen.[7]

BM Graf Lambsdorff soll beabsichtigen, nach Rückkehr aus seinem Urlaub am 15. Januar d.J. Sie in einem persönlichen Schreiben über den Verlauf des o.a. Gesprächs zu unterrichten.[8] Ferner hat MD Schulmann (ChBK) Herrn StS van

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Rudolph konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Hermes am 15. Januar 1979 vorgelegen

3 Hat Bundesminister Genscher am 18. Januar 1979 vorgelegen.

4 Im Dezember 1978 erklärte die Bundesregierung ihre Bereitschaft, Polen eine Bundesbürgschaft für einen Finanzkredit zu gewähren. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 400.

5 Bundeskanzler Schmidt führte am 22. Dezember 1978 ein Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Wrzaszczyk. Auf die polnische Anfrage bezüglich eines Finanzkredits antwortete Schmidt: „Wir hätten den ernsthaften politischen Willen, in dieser Frage mit Polen zu kooperieren; Grund: Stärkung der deutsch-polnischen Beziehungen und persönliches Vertrauen in Herrn Gierek. Wir seien auch bereit, eine alleinige deutsche Finanzierung anzubieten; jedoch könne nur eine Lösung in Betracht kommen, die eindeutig ein Präjudiz für andere Anfragende in Osteuropa oder südlicher (er nannte Jugoslawien und die VAR beispielsweise) vermeidet. Die Konstruktion müsse objektiv geeignet sein, die Wiederholbarkeit einer solchen Kreditaktion auszuschließen. Zur Größenordnung sei zu sagen, daß wir keineswegs in den den Polen offenbar vorschwebenden Beträgen denken könnten. Unverbindlich wolle er sagen, daß der Betrag über 500 Mio. DM, aber unter 1 Mrd. DM liegen könne." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 536 (014); B 150, Aktenkopien 1978.

6 Chef des Bundeskanzleramts.

7 Ministerialdirektorin Steeg, Bundesministerium für Wirtschaft, hielt sich vom 9. bis 12. Februar 1979 in Warschau und Krakau auf. Vgl. dazu Dok. 27, Anm. 16.

8 Für das Schreiben des Bundesministers Graf Lambsdorff vom 15. Januar 1979 an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 9513 (421).

Well zugesagt, das Protokoll über das Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem polnischen Vizepremier zu übersenden.[9] Es liegt bisher hier noch nicht vor.

Wenn eine staatliche Gewährleistung nur für einen ungebundenen Finanzkredit ohne präjudizielle Wirkung in Frage kommt, dann müßte sie sich in unsere bisherige Gewährleistungspraxis einfügen. Voraussetzung hierfür wäre das Vorliegen eines besonderen gesamtwirtschaftlichen Interesses der Bundesrepublik Deutschland. Es könnte sich also nur um die Gewährleistung eines UFK[10] im Rahmen von Rohstoffprojekten handeln. (§ 9 des Haushaltsgesetzes 1979[11] sieht neben Bürgschaften und Garantien im Zusammenhang mit förderungswürdigen Ausfuhren bis insgesamt 145 Mrd. DM auch einen Plafond für sonstige Gewährleistungen in Höhe von 17 Mrd. DM vor. Letzterer steht auch für Gewährleistungen von ungebundenen Finanzkrediten für Rohstoffprojekte, die im Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegen, zur Verfügung.) Auf Schwierigkeiten dürfte bereits die Feststellung geeigneter polnischer Rohstoffvorkommen bzw. die Möglichkeit ihrer Ausbeutung stoßen. So dürfte an einer Erweiterung des deutsch-polnischen Kupferprojektes (Metallgesellschaft) zur Zeit auf seiten der deutschen Partner kein großes Interesse bestehen, da der Weltkupfermarkt sich entspannt hat und Polen neben der Lieferung von Rohkupfer auch auf der Abnahme von Halbzeug besteht.[12] Andererseits soll Polen nach eigenen, bereits vor längerer Zeit gemachten Angaben über bisher nicht erschlossene Vanadium- und Titanvorkommen verfügen.[13] Falls die polnischen Angaben zutreffen, dürften diese Metalle ohne größere Schwierigkeiten auf dem deutschen Markt abzusetzen sein, da ein wesentliches Interesse deutscher Bezieher besteht.

9 Mit Begleitvermerk vom 18. Januar 1979 übersandte Ministerialdirektor Schulmann, Bundeskanzleramt, das Protokoll des Gesprächs zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Wrzaszczyk am 22. Dezember 1978. Vgl. VS-Bd. 536 (014); B 150, Aktenkopien 1978.

10 Ungebundener Finanzkredit.

11 Für den Wortlaut des Paragraphen 9 des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1979 (Haushaltsgesetz 1979) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil I, S. 206 f.

12 Am 13. August 1976 berichtete Botschafter Ruete, Warschau, vom Abschluß eines Abkommens zwischen einem Firmenkonsortium aus der Bundesrepublik und Polen über den Bezug von polnischem Kupfer. Es setze sich aus folgenden Teilverträgen zusammen: „Kreditvertrag: Gewährung eines ungebundenen Finanzkredits an Polen in Höhe von 300 Mio. DM zum Ausbau der polnischen Kupferindustrie; Liefervertrag: Lieferung von 40 000 t unverarbeitetes Kupfer aus Polen in die Bundesrepublik im Zeitraum von zwölf Jahren; Kooperationsvertrag: Zusammenarbeit auf industriellem und wissenschaftlich-technischem Gebiet zwischen deutschen und polnischen Unternehmen in der Kupferindustrie (Überlassung von deutschem Know-how zur Kupfergewinnung und -verarbeitung); einseitige polnische Erklärung über Selbstbeschränkung bei Halbzeuglieferungen in die Bundesrepublik." Vgl. den Drahtbericht Nr. 977; Referat 421, Bd. 117626.

13 Ministerialdirektor Lautenschlager vermerkte am 13. Februar 1979 zu einer deutschen Beteiligung an der Erschließung von Vanadium- und Titanvorkommen in Polen: „Die polnische Seite gab über das Projekt folgende Informationen: Die Vorkommen, die bei Suwalki im Nordosten Polens liegen, seien geologisch gut untersucht, jedoch seien weitere Studien nötig. Die Produktionskapazität soll nach sechs Jahren bei 2 Mio. t Erz pro Jahr (Vanadium, Titan, Eisen), nach zehn Jahren bei 8 Mio. t pro Jahr liegen. Das Finanzierungsvolumen mit Verzinsung wurde von polnischer Seite auf ca. 3 Mrd. DM geschätzt. Das Projekt soll bereits im Dezember 1978 mit der Fa. Lurgi/Frankfurt erörtert worden sein, die sehr interessiert gewesen sein soll, einen Teil der maschinellen Ausrüstung zu liefern." Vgl. VS-Bd. 9513 (421); B 150, Aktenkopien 1979.

Für Polen hätte ein solcher Kredit den Vorteil, daß er – bei entsprechenden Kreditbedingungen – zunächst für die Überbrückung kurzfristig eingetretener Liquiditätsschwierigkeiten eingesetzt werden könnte.

Ein Vermerk über die derzeitige polnische Kreditsituation ist dieser Aufzeichnung beigefügt.

Über die politische Gesamtthematik der deutsch-polnischen Beziehungen befindet sich eine Aufzeichnung der Abteilungen 2, 4 und 5 in Vorbereitung.[14]

von Stein

[Anlage]

Betr.: Polnische Kreditsituation

1) Derzeitige Westverschuldung Polens

Die polnische Wirtschaftslage ist von einer weiterhin hohen Belastung der Zahlungsbilanz gekennzeichnet. Nach dem Verlauf der Rückzahlungsfälligkeiten dürften für Polen die Jahre 1979 und 1980 besonders schwierig werden.

Die Commerzbank schätzt die Gesamtnettoverschuldung Polens gegenüber westlichen Ländern für Ende 1978 auf rd. 14 Mrd. US-Dollar (andere Schätzungen für Ende 1978: 15 bis 16 Mrd. US-Dollar). Nach Londoner Euromarkt-Statistik soll Polen von Januar bis Oktober 1978 1,1 Mrd. Dollar Eurokredite aufgenommen haben. Polen hat 1978 am Eurodollarmarkt einen um 1/2 bis 3/4 Prozent höheren Zinssatz zahlen müssen als andere RGW-Länder (Sowjetunion, Ungarn, ČSSR).

Die polnische Bruttoverschuldung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland ist im ersten Halbjahr 1978 nach Informationen der Bundesbank nur noch leicht von 5,3 auf 5,4 Mrd. DM angestiegen; die Nettoverschuldung lag mit 4,7 Mrd. DM Ende Juni 1978 auf gleicher Höhe wie Ende 1977.

2) Entwicklung des Westhandels Polens

1978 ist es Polen gelungen, sein Westhandelsbilanzdefizit drastisch zu senken. Bei Exportsteigerungen um +9% und einer Importdrosselung um -6% ging das Defizit in den ersten drei Quartalen 1978 um rd. 50% auf 2,46 Mrd. Devisenzłoty zurück (gegenüber 5,1 Mrd. Devisenzłoty im Zeitraum Januar-September 1977). Rund die Hälfte des polnischen Außenhandelsdefizits entstand im Handel mit der EG. Nach Angaben Vizepremier Wrzaszczyks im Dezember 1978 in Bonn werde das polnische Defizit im Westhandel 1978 ca. 400 Mio. Dollar betragen gegenüber noch fast 3 Mrd. Dollar im Jahre 1976.

Auch der deutsche Ausfuhrüberschuß gegenüber Polen ist in diesem Jahre wiederum rückläufig gewesen; er ging von rd. 650 Mio. DM im Zeitraum Januar/

[14] Am 23. Januar 1979 stellte Ministerialdirektor Blech fest, daß „sich das Klima der deutsch-polnischen Beziehungen in den letzten Monaten deutlich verbessert" habe: „Den Auftakt dieser günstigeren Entwicklung bildete eine im wesentlichen positive Bewertung der Beziehungen Polens zur Bundesrepublik Deutschland durch Parteichef Gierek im Rahmen seiner Pressekonferenz, die er am 6.9.1978 im Anschluß an das Krim-Treffen mit dem sowjetischen Parteichef Breschnew hielt. Es ist anzunehmen, daß sich auch in den deutschlandpolitischen Äußerungen Giereks die polnisch-sowjetischen Konsultationen reflektieren." Vgl. Referat 214, Bd. 132810.

November 1977 auf 490 Mio. DM im Januar/November 1978 zurück. Nach polnischen Statistiken soll das Handelsdefizit gegenüber der Bundesrepublik Deutschland Ende 1978 nur 200 bis 300 Mio. DM erreichen.

3) Kreditgewährung westlicher Länder

Die Chase Manhattan Bank gewährte im September 1978 Polen einen 250 Mio. Dollarkredit für den Ausbau seiner Kupferindustrie.

Ein internationales Bankenkonsortium unter Führung von Barclay International (Großbritannien) gewährte Polen im Oktober 1978 einen 290 Mio. Dollarkredit zur Finanzierung britischer Exporte für das Ursus-Werk bei Warschau.

Die US-Regierung gewährte Polen für 1979 CCC[15]-Kredite in Höhe von 500 Mio. Dollar für den Kauf amerikanischer Agrarerzeugnisse mit der üblichen Laufzeit von drei Jahren (1978 wurden CCC-Kredite an Polen in Höhe von 540 Mio. Dollar gewährt). (Gierek hat im Dezember 1978 den Kauf von 5,5 Mio. t Getreide für 1979 angekündigt, die größtenteils aus Hartwährungsländern eingeführt werden müssen. Die Sowjetunion soll für 1979 nur Getreidelieferungen in Höhe von 500 000 t angeboten haben.)

Japan soll kürzlich einen ungebundenen Finanzkredit von 100 Mio. Dollar zur Projektfinanzierung an Polen vergeben haben.

Die polnische Regierung bemüht sich seit kurzem um einen Eurodollarkredit in Höhe von 500 Mio. Dollar; der stellv. polnische Finanzminister Krzak führte hierüber mit westlichen Banken in Hamburg im Dezember 1978 Gespräche. Krzak deutete an, daß sich Polen um wesentlich bessere Bedingungen bemühen werde, als es für den achtjährigen Eurodollarkredit über 250 Mio. Anfang 1978 erhalten habe. (Für diesen Kredit hatte die Marge über der Londoner Interbankenrate (Libor) 1 3/8 bis 1 1/2 % betragen.) Polen strebt jetzt einen Satz von 7/8 bis 1% über Libor an, da es sich wegen seiner Kreditwürdigkeit am Eurodollarmarkt keinen höheren Zinssatz als andere RGW-Länder leisten kann.

4) Kreditstanding Polens

Nach Einschätzung der Commerzbank könnten die großen Rückzahlungsverpflichtungen Polens 1979 und 1980 zu kurzfristigen Liquiditätsschwierigkeiten führen. Nach Ansicht dieser Bank sei Polen allerdings in der Lage, Mittel über den Euromarkt zu relativ hohen Zinsen oder von den internationalen Banken des RGW zu beschaffen. Nicht zuletzt auch wegen des voraussichtlichen Rückhalts innerhalb des RGWs wird die Kreditwürdigkeit Polens von den Geschäftsbanken noch als gegeben angesehen. Einzelne westliche Banken sind allerdings bereits an die Grenzen ihrer internen Limits für Polen gestoßen. Nach Angaben der Commerzbank würden Großkredite etwa ab 500 Mio. DM Schwierigkeiten bereiten, da der Spielraum der Banken eingeengt sei. Es wird nicht ausgeschlossen, daß Polen in den kommenden zwei bis drei Jahren westliche Geschäftsbanken um Prolongation bitten wird, allerdings wird ein Moratorium für unwahrscheinlich gehalten.

Nach einer Beurteilung der Deutschen Bundesbank vom August 1978 gäben die der Bundesbank vorliegenden Zahlen über die Verschuldung Polens gegen

15 Commodity Credit Corporation.

über Banken der Bundesrepublik Deutschland keinerlei Hinweise, die auf eine dramatische Verschlechterung der polnischen Position hindeuten würden.

VS-Bd. 9513 (421)

13

Flottillenadmiral Seizinger, Washington, an das Auswärtige Amt

114-113/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 15. Januar 1979, 18.30 Uhr** [1]
Fernschreiben Nr. 164 **Ankunft: 16. Januar 1979, 08.15 Uhr**

Betr.: Besuch des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages MdB Dr. Wörner im Pentagon

Vorbemerkung:

Der nachfolgende Bericht ist nach der Reihenfolge der einzelnen Gespräche gegliedert. Innerhalb der Gesprächsblöcke wurden die Aussagen Dr. Wörners und der amerikanischen Partner zu den einzelnen Themen zusammengefaßt, um zu erreichen, daß die jeweiligen Standpunkte klar ersichtlich werden.

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses hat um Überlassung einer Kopie gebeten. Fü S II 4 wird um entsprechende Veranlassung gebeten.

1) Programm

Dr. Wörner führte am 11.1.1979 im Pentagon Gespräche mit Secretary of Defense Dr. Brown (20 Minuten); Deputy Secretary of Defense Duncan (20 Minuten); Under Secretary of Defense Dr. Perry (20 Minuten); Principal Deputy Assistant Secretary of Defense Slocombe (30 Minuten).
Das Gespräch mit Under Secretary Dr. Perry fand unter vier Augen statt.

In einer Pause zwischen den Gesprächen wurde auf Wunsch von Ambassador Komer ein kurzer Erfahrungsaustausch durchgeführt.

Gespräch mit Secretary of Defense Dr. Brown

Das Gespräch drehte sich vornehmlich um die Grauzone (durch Secretary of Defense Brown angesprochen), um das SALT-II-Protokoll und die Option III MBFR (beides durch Dr. Wörner angesprochen).

a) Grauzone

Brown: Im Zusammenhang mit der Grauzonenproblematik stellt sich für den Westen die Frage, wie der sowjetischen Bedrohung im Mittelstreckenbereich (long range theater nuclear weapons, LRTNW) am besten zu begegnen sei.

[1] Hat Vortragendem Legationsrat Roßbach am 16. Januar 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Dg 22 bi[tte] n[ach] R[ückkehr]."
Hat Botschafter Ruth am 17. Januar 1979 vorgelegen.
Hat Roßbach erneut vorgelegen.

Möglichkeiten bieten sich über

– Rüstungskontrollverhandlungen oder die

– Einführung eigener Mittelstreckensysteme oder durch beides an.

Inwieweit eine Neutralisierung künftig durch strategische Systeme erfolgen kann, ist fraglich und müßte genauestens untersucht werden.

Wörner: Voraussetzung für Verhandlungen über die Grauzonensysteme in SALT III ist die Stationierung von Mittelstreckensystemen in Europa. Dabei sollte sich die NATO nicht nur auf eine Systemart festlegen, sondern über verschiedene Systeme eine Optionenvielfalt anstreben. Es bieten sich dafür GLCM und „Pershing" II an. Es wird sicher nicht leicht sein, in der deutschen innenpolitischen Landschaft die Stationierung durchzusetzen. Aber mit dem entsprechenden politischen Führungswillen ist das möglich. Dabei wäre es sicher eine Erleichterung, wenn – wie es die deutsche Regierung fordert – die Stationierung nicht nur auf dem Territorium der Bundesrepublik vorgesehen wird. Die geringsten innenpolitischen Probleme dürfte die Einführung der „Pershing" II bereiten.

Brown: Die Entwicklung LRTNW muß weitergeführt werden. Mit deren Einführung wird in Europa die Sorge um die Gefahr der Abkoppelung wachsen. In diesem Dilemma, einerseits die LRTNW zu benötigen, andererseits aber die Abkoppelung zu vermeiden, sollte man wissen, wieviel und welche Systeme man haben will. Die Cruise Missile und „Pershing" II werden Anfang der 80er Jahre einsatzbereit zur Verfügung stehen. Ihre Entwicklung aber kann nur dann planmäßig erfolgen, wenn das Stationierungsproblem in nächster Zeit geklärt wird.

b) SALT-II-Protokoll

Wörner: Die Laufzeit des Protokolls ist von entscheidender Bedeutung für die Lösung der Grauzonenproblematik. Es muß sicher sein, daß das Protokoll höchstens drei Jahre gültig sein wird.

Brown: Die gleiche Forderung wird der Kongreß erheben. Innerhalb des Ratifizierungsverfahrens für den SALT-II-Vertrag wird der Kongreß deshalb wahrscheinlich bestimmen, daß eine Verlängerung der Laufzeit des Protokolls nicht durch eine Regierungsentscheidung möglich sein wird, sondern ebenfalls den Ratifizierungsprozeß durchlaufen muß.

c) Option III MBFR[2]

Wörner: Die Option III ist für den Westen äußerst nachteilig, weil sie ein Zugeständnis der NATO darstellt, für das keine nukleare Gegenleistung gefordert wird, und weil sie deshalb die Handlungsfähigkeit der NATO auf dem Gebiet der TNF-Modernisierung einseitig einschränkt. Es ist erforderlich, die Option zurückzunehmen.

[2] In Ergänzung ihres Rahmenvorschlags vom 22. November 1973 unterbreiteten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten am 16. Dezember 1975 einen Vorschlag für einen Abzug von Nuklearwaffen aus dem Reduzierungsraum („Option III"). Er sah den Abzug von 1000 amerikanischen Atomsprengköpfen, 36 amerikanischen Startlafetten für ballistische Boden-Boden-Raketen vom Typ „Pershing" und 54 amerikanischen nuklearfähigen Kampfflugzeugen vom Typ F-4 („Phantom") vor. Ferner wurde eine kombinierte Höchststärke für das Personal der Land- und Luftstreitkräfte von 900 000 Mann vorgeschlagen („combined common ceiling"). Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 370.

Brown: Die USA sind sich der Problematik bewußt und prüfen entsprechende Möglichkeiten, eine Rücknahme wird äußerst schwierig sein.

3) Gespräch mit Deputy Secretary Duncan

Hier wurde nochmals über die Option III (Wörner) und das Stationierungsproblem GLCM (Duncan) sowie Rüstungskooperation und Nuklearstrategie (beides Wörner) gesprochen.

a) MBFR Option III

Wörner: Die Initiative zur Rücknahme der Option III muß von den USA ausgehen. Die durch die Option auferlegte Selbstbeschränkung ist deshalb so gefährlich, weil die Sowjetunion unterhalb der erreichten strategischen Parität intensiv bemüht ist, das kontinentale Gleichgewicht zu ihren Gunsten zu verschieben. Wenn die sowjetischen Systeme SS-20 und „Backfire" nicht neutralisiert werden können, wird dieses eine entsprechende Hebelwirkung haben. Abkoppelung ist eben gleichbedeutend mit fehlenden Optionen.

Duncan: Die Administration ist bemüht, eine praktikable Möglichkeit zu finden.

b) Stationierung GLCM

Duncan: Wird man in Deutschland GLCM stationieren können?

Wörner: Das ist schwer vorhersehbar. Sicher ist mit einer Opposition durch den linken Flügel der SPD und durch Teile der Öffentlichkeit zu rechnen. Nach dem Verlauf der Diskussion um die Neutronenwaffe muß ähnliches, wenn nicht sogar schlimmeres, für die einzuführenden Mittelstreckensysteme befürchtet werden. Es ist leider ein deutsches Problem, daß die Öffentlichkeit sicherheitspolitisch viel zu wenig informiert und interessiert ist und deshalb wenig Verständnis für strategische Erfordernisse aufbringt.

c) Rüstungskooperation

Duncan betonte mehrfach, daß die Administration sich alle Mühe gebe, Kongreß und Gewerkschaften für eine verbesserte Rüstungszusammenarbeit zu gewinnen. Obwohl der Kongreß einer solchen Idee nicht gerade Sympathie entgegenbringt, waren in letzter Zeit Fortschritte zu verzeichnen.[3] So wurde die Regierung überraschend aus dem Kongreß unterstützt (z. B. durch den Congressman Brooks, Dem.[4] Texas), bei den Gewerkschaften war ein gewisses Verständnis in einzelnen Fragen (Kauf deutscher handelsüblicher Kraftfahrzeuge durch US-Streitkräfte in Europa) festzustellen. Dennoch wird die Rüstungskooperation ein erhebliches Problem für die Regierung bleiben. Einigen Erfolg verspricht

[3] Am 24. Februar 1979 berichtete Botschafter von Staden, Washington, daß ein vom amerikanischen Repräsentantenhaus am 2. Mai 1978 eingesetzter Unterausschuß für Standardisierung, Interoperabilität und Bereitschaftsstand innerhalb der NATO „eine detaillierte Studie" vorgelegt habe: „Die Schlußfolgerungen des Berichts zu den Bereichen Standardisierung, Interoperabilität und Rüstungskooperation sind ähnlich pessimistisch: Die Konzeption sei konfus. Es sei unwahrscheinlich, daß eine verstärkte Rüstungskooperation zu ins Gewicht fallenden Einsparungen führen könne. Wettbewerb sei der einzige einigermaßen effiziente und faire Mechanismus, um die bestmögliche Verteidigung sicherzustellen. Memoranda of understanding hätten, da sie dem Kongreß nicht vorgelegt würden, sehr beschränkte Wirkung. Das Konzept der Waffenfamilien sei undefiniert und führe dazu, den Wettbewerb auszuschalten. Es gebe im übrigen keinen Grund, die europäische Auffassung der ‚Zweibahnstraße' zu akzeptieren und eine Sonderbilanz über Rüstungsbeschaffungen aufzumachen. Die Bilanz aller verteidigungsrelevanten Leistungen weise seit Jahren ein erhebliches europäisches Defizit auf". Vgl. den Drahtbericht Nr. 725; Referat 201, Bd. 120160.

[4] Democrat.

man sich von der Idee der Waffenfamilie, die geeignet erscheint, den Bestand an Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie weniger zu gefährden.

d) Nuklearstrategie

(Hier antwortete für Duncan der bei dem Gespräch anwesende Mr. Slocombe)

Wörner: Gibt es eine Änderung in der amerikanischen Nuklearstrategie? Was ist aus Schlesingers selective counterforce option geworden?[5]

Slocombe: Es gibt keine grundsätzlichen, sondern nur graduelle Veränderungen im Rahmen einer Überarbeitung der Strategie. Diese waren durch veränderte Rahmenbedingungen erforderlich geworden. So hat z.B. die ständige Vermehrung der Gefechtsköpfe die Frage nach deren sinnvoller operationeller Verwendung aufgeworfen. Ziel der Studie, die wahrscheinlich vom Präsidenten im wesentlichen akzeptiert wird, war es, die Anzahl der vorhandenen Optionen zu erhöhen und dadurch eine größere Flexibilität zu erreichen. Je größer die Flexibilität, um so glaubwürdiger die Abschreckung.

Für die Zielplanung wäre es gut zu wissen, was die Sowjets darüber denken. Es scheint, als würden sie militärische Ziele bevorzugen. Auch wir haben und hatten immer in großem Ausmaße militärische Ziele in unseren Planungen vorgesehen. Allerdings wird unsere Zielplanung sehr geheimgehalten. Es wäre zu überlegen, ob die Information der Sowjets über die amerikanische Zielplanung die Abschreckung erhöhen würde.

Wörner: Je mehr Optionen verfügbar sind, um so größer ist die Abschreckung. Die Anstrengungen der USA auf diesem Gebiet sind sehr beruhigend. Wird SALT II möglicherweise Beschränkungen für die USA enthalten, die die angestrebte Flexibilität einengen könnten (z.B. Beschränkungen hinsichtlich einer mobilen ICBM)?

Duncan: Nach Auslauf des Protokolls wird es keine Beschränkungen geben. Wir arbeiten sehr intensiv an der Entwicklung einer überlebensfähigen (mobilen) ICBM.

4) Gespräche mit Assistant Secretary of Defense Slocombe (ISA[6])

Dr. Wörner stellte bei dieser Begegnung vornehmlich Fragen, die sich auf die Laufzeit des SALT-II-Protokolls, die Neutronenwaffe und die Rolle Chinas im SALT Kontext bezogen.

[5] Ministerialdirektor van Well vermerkte am 17. Januar 1974: „Wie US-Verteidigungsminister Schlesinger am 10. d. Mts. in einer Pressekonferenz der Overseas Writers mitteilte, ist im Sommer 1972 eine Änderung der Einsatzdoktrin für die strategischen Nuklearstreitkräfte der USA eingeleitet worden. In Zukunft sollen nicht mehr Städte und Industriekomplexe, sondern militärische Einrichtungen wie Raketensilos, Flugplätze etc. vorrangiges Ziel von Vergeltungsschlägen sein. Dementsprechend wird die Zielplanung neu festgelegt. Zur Gewährleistung der technischen Voraussetzungen für die Durchführung des neuen Konzepts wird intensiv an der Entwicklung von Sprengköpfen mit großer Treffgenauigkeit gearbeitet. Mit diesen Ausführungen bestätigt Schlesinger eine neue, seit 1970 in den Foreign Policy Reports des Präsidenten angekündigte Wende im nuklearstrategischen Denken der USA. Sie ist sowohl in militärisch-strategischer Hinsicht als auch im Hinblick auf SALT von großer Bedeutung." Die neue strategische Doktrin trage dazu bei, „die Glaubhaftigkeit der Abschreckung und insbesondere auch der Abschreckung für Westeuropa, nach Lage der Dinge zu verbessern. [...] Schlesinger hat die Einführung der neuen Doktrin im Zusammenhang mit der Erörterung von SALT erwähnt. Es erscheint ziemlich sicher, daß die USA mit ihr auch die festgefahrenen SALT-Verhandlungen wieder in Bewegung bringen will". Vgl. VS-Bd. 8171 (201); B 150, Aktenkopien 1974. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 195.

[6] Office of the Assistant to the Secretary of Defense for International Security Affairs.

a) SALT-II-Protokoll

Wörner: Es wird schwierig sein, von dem im Protokoll beschriebenen Zustand nach dessen Gültigkeitsende abzurücken, besonders im Hinblick auf die Zugeständnisse bei den Cruise Missiles.

Slocombe: Die Sowjets haben verstanden, daß sie mit Ende des Protokolls in neue Verhandlungen einzutreten haben, die die Vereinbarungen des dann ungültigen Protokolls erneut zum Inhalt haben werden. Sicherlich werden die Sowjets auch dann wieder mit unzumutbaren Forderungen in die Verhandlungen einsteigen. Sie werden wahrscheinlich auf den Beschränkungen für die Cruise Missiles bestehen – wie sie auch auf der Einbeziehung der FBS zu Beginn der SALT-II-Verhandlungen bestanden haben[7]. Diese Haltung aber ist für die USA in keinem Falle annehmbar. Mit großer Wahrscheinlichkeit kann man davon ausgehen, daß die Sowjetunion ebenfalls Cruise Missiles entwickeln wird. Wahrscheinlich weniger aus militärischer Notwendigkeit (sie besitzen genügend Raketensysteme entsprechender Reichweite) als vielmehr aus politischen Gründen, um in kommenden Verhandlungen mehr Masse zu besitzen.

Wörner: Gibt es ein starkes sowjetisches Interesse, französische Mittelstreckensysteme in SALT III einzubeziehen?

Slocombe: Ja, obwohl diese Versuche wenig Aussicht auf Erfolg haben werden. Die Sowjets wissen das wohl auch. Ihr Bestreben dient wohl mehr dem Versuch, ihre Flexibilität bei den Verhandlungen zu erhöhen.

b) Neutronenwaffe

Wörner: Gab es sowjetische Zugeständnisse für die amerikanische Entscheidung, die Produktion der Neutronenwaffen aufzuschieben? Wie lange würde es dauern, bis Neutronenwaffen zur Verfügung stehen können?

Slocombe: Die Entscheidung des Präsidenten vom April 78 war nicht endgültig[8] und sollte vielmehr die sowjetische Reaktion auf eine freiwillige Selbstbeschränkung testen. Die Anweisung, mit der Produktion der Komponenten zu beginnen, ist kürzlich gegeben worden.[9] Wann die Neutronenwaffen verfügbar sein werden, ist abhängig von der politischen Entscheidung. Es würde einige Monate dauern, bis die ersten Neutronenwaffen zur Verfügung wären.

[7] Die erste Runde der zweiten Phase der Gespräche zwischen den USA und der UdSSR über eine Begrenzung der strategischen Waffen (SALT II) fand vom 21. November bis 21. Dezember 1972 in Genf statt. Dabei bekräftigte die sowjetische Delegation ihren Wunsch, die „Forward Based Systems" in die Gespräche einzubeziehen. Vgl. dazu AAPD 1972, III, Dok. 375.

[8] Präsident Carter gab am 7. April 1978 eine Erklärung über die unbefristete Verschiebung der Produktion der Neutronenwaffe ab. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1978, S. 702. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 470 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 108.

[9] Referat 221 vermerkte am 15. Mai 1979: „Am 18. Oktober 1978 gab Präsident Carter eine Entscheidung über die Modernisierung der nuklearen Lance-Artillerie-Sprengköpfe (8 inch/203 mm), die zur Aufnahme von E[nhanced]R[adiation]W[eapons] hergerichtet werden können, sowie die Aufnahme der Teilproduktion von ERW-Komponenten bekannt. Dieser Schritt bedeutete keine endgültige amerikanische Entscheidung über die Produktion von Neutronenwaffen. Die Entscheidung über den Einbau der ERW-Komponenten in die Sprengköpfe blieb aufgeschoben." Vgl. Referat 221, Bd. 116924. Vgl. dazu auch AAPD 1978, II, Dok. 322.

c) China

Wörner: Hat das Verhältnis der Sowjetunion zu China bei den SALT-Verhandlungen eine bemerkenswerte Rolle gespielt?

Slocombe: Natürlich wurde häufig das Argument angeführt, die umfangreiche Aufrüstung sei wegen der wachsenden Bedrohung durch China erforderlich. Wahrscheinlich wurde auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der USA zur Volksrepublik und die sich anbahnende Zusammenarbeit des Westens mit China zum Anlaß genommen, den SALT-Gipfel zu verschieben.[10] Substantiell und direkt allerdings hat die China-Frage in den SALT-Verhandlungen keine erwähnenswerte Rolle gespielt. Es ist allerdings zu bedenken, daß die russische Sorge über China sehr tief sitzt. Die Sowjets empfinden die Bedrohung nicht kurzfristig, sondern auf lange Sicht.

Kommentar

1) Gespräch mit Dr. Perry

Überraschend bestand Dr. Perry auf einem Vier-Augen-Gespräch. Der Grund dafür war nicht ersichtlich und konnte von Dr. Wörner auch nicht genannt werden. Nach seiner Aussage wurde über Rüstungszusammenarbeit gesprochen, speziell über die Vorstellungen hinsichtlich der dual-production und der Waffenfamilien.

2) Interessenschwerpunkte Dr. Wörners:

Dr. Wörner ging es vor allem um

- die Konsequenzen des kommenden SALT-Vertrages und des begleitenden Protokolls im Hinblick auf die anzustrebende Flexibilität im strategischen und taktisch-nuklearen Bereich. Er betonte besonders die Notwendigkeit der Entwicklung einer überlebensfähigen (mobilen) ICBM, der Aufhebung der im Protokoll festgelegten Beschränkungen hinsichtlich der GLCM sowie der Einführung von LRTNW, bevor über Grauzonensysteme verhandelt werden sollte;
- die Rücknahme der Option III bei den MBFR-Verhandlungen durch den Westen.

3) Amerikanische Interessenschwerpunkte

Die Fragen von Dr. Brown/Duncan (wie der Bedrohung im Mittelstreckenbereich am besten zu begegnen, wird eine Stationierung von GLCM in der Bundesrepublik möglich sein) deuten darauf hin, daß die Administration die Lösung dieser Fragen als vorrangig ansieht. In beiden Fragen scheint man besonderen

10 Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China am 1. Januar 1979 vgl. Dok. 2, Anm. 3.
Referat 213 analysierte am 14. Februar 1979 die sowjetische Haltung zur Annäherung zwischen den USA und der Volksrepublik China: „1) Aus sowjetischer Sicht unterscheidet sich das sowjetisch-amerikanische Verhältnis qualitativ von allen anderen bilateralen Beziehungen der SU, denn das Einvernehmen der zwei Supermächte (so die Moskauer Optik) sichert geordnete internationale Beziehungen und letztlich den Weltfrieden. Diese Sicht der Beziehungen als eines globalen Kondominiums hat eine rational schwer zu erklärende Komponente: den sowjetischen Wunsch nämlich, von der Weltmacht USA als völlig gleichberechtigter Exklusiv-Partner anerkannt zu werden. 2) Bei dieser Sicht der Dinge mußte die erhebliche Intensivierung des amerikanisch-chinesischen Dialogs (Dezember 1978 Aufnahme diplomatischer Beziehungen, 29.1. bis 5.2.1979 Besuch des Stellvertretenden chinesischen Ministerpräsidenten Deng Xiaoping) die SU irritieren. Dies um so mehr, als beides überraschend kam und der Deng-Besuch zu einem Zeitpunkt angekündigt wurde, als für die Begegnung Carter/Breschnew der 15. Januar ins Auge gefaßt war." Vgl. Referat 213, Bd. 133141.

Wert auf einen eindeutigen deutschen Standpunkt zu legen. Die zustimmenden Reaktionen Dr. Browns auf Dr. Wörners Antworten lassen darauf schließen, daß das Pentagon wahrscheinlich die Modernisierung der TNF (Option auf LRTNW) anstreben möchte, bevor sie über die Grauzonensysteme zu verhandeln wünscht. Es wurde deutlich, daß man in baldiger Zukunft eine europäische Entscheidung über die Stationierung der LRTNW erwartet, um deren planmäßige Entwicklung weiterbetreiben zu können.

Ambassador Komer, der bei den Brown-Duncan-Gesprächen zugegen war, machte in einem Pausengespräch mit Dr. Wörner deutlich, daß er als Berater des Ministers ein Gleichgewicht (womit er nicht „equality" meinte) im Mittelstreckenbereich für äußerst wichtig hält. Wenn allerdings die Europäer verlangen sollten, daß die USA die Lasten der dazu erforderlichen Maßnahmen zu tragen hätten, müßte Europa gewärtig sein, daß die USA entsprechende Gegenleistungen (evtl. auf konventionellem Gebiet) anstreben würden. Komer betonte auch, daß die Bundesrepublik bei den anstehenden zu lösenden Problemen eine Führungsrolle in Europa übernehmen müßte.

Es ist davon auszugehen, daß BM Apel während seines Besuches in Washington ebenfalls mit den in diesem Abschnitt genannten Problemen konfrontiert werden wird.[11]

[gez.] Seizinger

VS-Bd. 11291 (220)

14

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenminister Sonoda

341-321.11 JAN VS-NfD **18. Januar 1979**[1]

Gespräch BM mit AM Sonoda beim Mittagessen am 18. Januar 1979 – 13 bis 15.00 Uhr[2]

BM leitete das Gespräch mit der Bemerkung ein, daß er sich freue, daß die Außenminister-Konsultationen mit dieser Intensität geführt werden können und regte eine Ausweitung dieser Konsultationen auf alle Ebenen zu verschiedenen Themen an, was in Anbetracht der Interessenidentität auch auf eine Zusammenarbeit im Ausland ausgedehnt werden könne.

11 Bundesminister Apel hielt sich vom 19. bis 22. Februar 1979 in den USA auf.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Meyer-Landrut am 19. Januar 1979 gefertigt.

2 Der japanische Außenminister Sonoda hielt sich am 18./19. Januar 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 15.

Min. *Sonoda* bedankte sich für den Empfang und verwies auf das große Interesse, das in Deutschland für Japan bestehe. Dies sei sogar größer als vor dem Kriege, was auf den intensiven Besucheraustausch der letzten Zeit zurückzuführen sei. Die enge Konsultation habe auch gute Auswirkungen nach außen, z.B. in den USA. Auch die „historische" EG-ASEAN-Konferenz wurde von Japan begrüßt, denn das Augenmerk Europas werde auch dadurch auf Asien gerichtet.[3]

Sonoda gab dann einen Überblick über die japanische Einschätzung der Lage in Ostasien.

Die VR China und Kambodscha hätten die Lage in Indochina offenbar zu optimistisch und zu unkritisch beurteilt. Die Aggression gegen Kambodscha sei von Vietnam initiiert und von der SU unterstützt worden.[4] Es habe sich außer den vietnamesischen Divisionen nur um 5000 Soldaten der Kambodschanischen Einheitsfront gehandelt, unterstützt von ungefähr 10000 Menschen in der Bevölkerung; diese Zahl könne zunehmen. Das Verhältnis zwischen den Aggressoren und der kambodschanischen Armee war 10:1. Die Luftwaffe Kambodschas – einige MiGs und einige Bomber – seien noch vor der Invasion zerstört worden. Die Angriffe erfolgten aus drei Richtungen. Zunächst griffen im Norden 3000 Kambodschaner der Front und 30000 Vietnamesen an, worauf Kambodscha seine Truppen in den Norden verlegte. Daraufhin wurden massive Angriffe im Süden und in der Mitte des Grenzgebietes vorgetrieben, die ohne besonderen Widerstand blieben und zu einer Vernichtung der kambodschanischen Armee zu etwa 70% führten. Der Rest floh in die Berge und das thailändische Grenzgebiet. Von dort soll der Guerillakrieg ausgehen. Wichtige Nachschubstraßen im Grenzgebiet zu Thailand sowie zwei Häfen seien blockiert. Die Chinesen denken daran, Ieng Sari als Ministerpräsidenten aufzubauen, zusammen mit Sihanouk als Präsidenten.[5] Ob das sich verwirklichen läßt, sei offen.

China verhandelt jetzt mit Thailand wegen der Benutzung des Luftraumes, um die Guerilla-Krieger mit Nachschub versorgen zu können.

Die Idee der Vietnamesen scheint zu sein, das Gebiet östlich des Mekong zu okkupieren, westlich des Mekong soll dann das Gebiet der Kambodschanischen Einheitsfront beginnen.

3 Am 20./21. November 1978 fand in Brüssel eine Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 353.

4 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.

5 Am 25. Januar 1979 berichtete Gesandter Jelonek, New York (UNO), Prinz Sihanouk habe einem Mitarbeiter der Botschaft am Vortag seine Haltung zu der Regierung des Ministerpräsidenten Pol Pot dargelegt: „Prinz Sihanouk erzählte, vor wenigen Tagen habe er eine Nachricht der chinesischen Regierung erhalten, daß sie auf unbegrenzte Zeit die Regierung Pol Pot unterstützen werde und daher größten Wert darauf lege, daß dies auch Sihanouk tue. Andernfalls werde er seinen großen Ruf als Patriot gefährden." Sihanouk habe erklärt, daß er „keinerlei Absicht habe, weiterhin das Regime Pol Pot zu unterstützen, das mit nie gekannter Brutalität in Kampuchea geherrscht habe. Bereits 1975, nach seiner Rückkehr nach Phnom Penh, habe er die wahre Natur dieses Regimes erkannt, deshalb sei er zu jener Zeit auch freiwillig und ohne jeden Druck von dem Posten des Staatsoberhauptes zurückgetreten, um sich nicht mit der Politik dieser Regierung zu identifizieren. Innenpolitisch könne sie nur mit Hitler verglichen werden. [...] Sihanouk kennzeichnete Pol Pot, der früher Saloth Sar geheißen habe, als brutalen Machtmenschen, der darauf Wert gelegt habe, in seiner Umgebung als der Intelligenteste anerkannt zu werden. Dies erkläre z.T. die Ausrottung der Intelligenz. Selbst Khieu Samphan, der eine viel bessere Ausbildung besitze, habe immer wieder betonen müssen, daß erst die Theorien von Pol Pot ihm die Augen für die Wirklichkeit geöffnet hätten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 151; Referat 340, Bd. 110617.

Die ASEAN-Länder sind beunruhigt und haben Furcht! Thailand befürchtet in zwei bis drei Jahren, daß Vietnam von Kambodscha aus erfolgreich Druck auf die landwirtschaftlich genutzten Gebiete in Nordthailand ausüben wird.

Die Chinesen demarchieren weltweit, man solle Vietnam nicht unterstützen. Bald gehe Deng Xiaoping in die Vereinigten Staaten[6], auf dem Rückweg werde er zwei Tage in Tokio[7] Station machen. Er werde versuchen, die US, aber auch Japan, auf die chinesische Linie in der Indochinafrage zu bringen. Die US sind jedoch zur Zeit sicher nicht bereit, sich direkt in Indochina zu engagieren (Vietnam-Trauma!).

Die japanische Position ist folgende:

1) Japan interpretiere die Anti-Hegemonie-Klausel[8] – und das wissen die Chinesen – nicht so, daß man gegen Hegemoniebestrebungen gemeinsame Aktionen unternehme, sondern jeder Partner für sich. Für China sei Vietnam ein Feind, nicht für Japan. Deshalb werde Japan auch die Entwicklungshilfe für Vietnam nicht aufkündigen, sondern suspendieren.[9]

2) Japan habe kein Interesse daran, daß der Gegensatz SU/China auf der Indochina-Halbinsel zu einem großen Konflikt ausufert. Für den Konflikt solle eine politische Lösung gefunden werden, eine asiatische Lösung, und Japan halte sich bereit, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln. Deshalb werde Japan auch nicht die Beziehungen zu Vietnam abbrechen, sondern diese nach Möglichkeit im Sinne des Friedens in der Region nutzen.

3) Japan habe keine Absicht, die Einheitsfront Kambodschas anzuerkennen; es werde in dieser Frage im Gleichschritt mit den ASEAN-Staaten gehen. Es kann dann der Zeitpunkt kommen, wenn es angezeigt erscheint, die gegenwärtige Regierung von Kambodscha anzuerkennen, ja Kambodscha wirtschaftlich zu unterstützen. Man muß hier offen bleiben.

Zur Rolle der Sowjetunion ist festzustellen, daß die Dislozierung der vietnamesischen Truppeneinheiten nach sowjetischem strategischen Muster erfolgt ist. Für Vietnam dürfte es bald zu Schwierigkeiten kommen, diese große Streitmacht in Kambodscha zu halten (Nachschubprobleme).

6 Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping hielt sich vom 29. Januar bis 4. Februar 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 37.

7 Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping hielt sich vom 6. bis zum 8. Februar 1979 in Japan auf.

8 Vgl. dazu Artikel 2 des Vertrags vom 12. August 1978 zwischen Japan und der Volksrepublik China über Frieden und Freundschaft; UNTS, Bd. 1225, S. 269. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 566.

9 Am 10. Januar 1979 übermittelte Gesandter Steinmann, Tokio, Informationen des japanischen Außenministeriums: „Japans Wirtschaftshilfe sei zwar keinesfalls geeignet, Vietnams Militärmacht zu vergrößern, sondern diene nur dem friedlichen Aufbau. Mit Rücksicht auf die ASEAN-Staaten habe die japanische Regierung aber am 9.1. entschieden, ihre künftige Vietnam-Hilfe sehr sorgfältig zu überprüfen. Sie habe beschlossen, die Zusage des laufenden Haushaltsjahres bis 31.3.1979 auszuführen, nämlich 10 Mrd. Yen für Warenkredite und 4 Mrd. Yen als nichtrückzahlbare Zuschüsse. Die Entscheidung über Hilfeleistungen im gleichen Umfang für das kommende Haushaltsjahr, die Japan dem Außenminister von Vietnam, Nguyen Duy Trinh, bei dessen Besuch in Tokio im Dezember 1978 grundsätzlich zugesagt hatte [...], werde jedoch einstweilen unbefristet aufgeschoben. Bezüglich der Nahrungsmittelhilfe von 150 000 t Reis, die gleichfalls bei dem Trinh-Besuch vereinbart worden war, werde das Außenministerium einen sofortigen und unbefristeten Lieferstopp vorschlagen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 37; Referat 340, Bd. 110767.

AM Sonoda kam dann auf die Themen „Friedensvertrag zwischen Japan und China" und die Normalisierung der Beziehungen zwischen Washington und Peking[10] zu sprechen.

Die Absicht, die Beziehungen mit Peking zu normalisieren, bestand in Washington bereits seit der Wahl von Carter[11]. Die Administration mußte jedoch die Öffentlichkeit hierauf vorbereiten. Auch China hatte ein entsprechendes Interesse. Es war das Interesse Japan aus dieser Lage Nutzen zu ziehen. Dies ist auch gelungen. Den Chinesen habe er stets gesagt, je schneller sie mit Japan vorwärts machten, um so besser für die Entwicklung der Beziehungen mit den USA.

Das Hauptproblem in diesem Zusammenhang ist Taiwan.[12] Er habe den Chinesen gesagt, sie bezeichneten Taiwan als Teil ihres Territoriums, behandelten es aber wie Feindesland. Deshalb würden sie für ihre Taiwanpolitik keine Unterstützung finden. China solle für Taiwan konkrete Maßnahmen zur Festigung von Frieden und Fortschritt unternehmen. Außerdem gebe es viele ausländische Investitionen in Taiwan, die geschützt werden müßten. China wehre sich gegen die Aufgabe des Anspruchs, Taiwan mit Gewalt wiederzuvereinigen. Er habe dagegen das Beispiel Hongkongs ins Feld geführt.

Seine Gespräche in Peking über dieses Thema seien nicht ohne Erfolg geblieben[13], wie ihm auch von den USA bestätigt worden sei.

Zur inneren Lage Chinas sei als größtes Problem das der Mittel für die geplanten Modernisierungen zu sehen. China habe allenfalls 4 bis 6 Mio. $ an Devisenreserven; es hoffe auf die Nutzbarmachung der Rohstoffe, doch dies brauche Zeit.

BM stimmte der Analyse des Ministers zu. Er unterstrich die Bedeutung, die wir ASEAN beimessen und begrüßte das gleichgerichtete Interesse Japans.

Was China anbetreffe, so könne niemand daran gelegen sein, daß das größte Volk der Erde in Selbstisolierung verharre. Deshalb begrüßten wir die Öffnung Chinas, aber China solle nicht zum Gegner der Sowjetunion aufgebaut werden. Die Sowjetunion habe eine Reihe von Fehlern begangen, wie z.B. die Briefe an die Guadeloupe-Teilnehmer[14], die die Position der Empfänger nur habe verhärten können („Harrier"-Lieferungen[15]). Für uns sei die Lage einfach,

10 Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China am 1. Januar 1979 vgl. Dok. 2, Anm. 3.

11 Am 2. November 1976 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Demokratischen Partei, Carter, als Sieger hervorging. Die neue Regierung übernahm am 20. Januar 1977 die Amtsgeschäfte.

12 Botschaftsrat I. Klasse Keil, Peking, übermittelte am 18. Januar 1979 Ausführungen des chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten zu Taiwan: „Deng Xiaoping erläuterte am 14.1. japanischen Parlamentariern die chinesische Taiwan-Politik. Dabei bestätigte er die neue, auf Versöhnung angelegte Politik [...]. Deng versicherte, China werde nach der Wiedervereinigung mit Taiwan die Realitäten achten, das soziale System Taiwans nicht antasten, den Lebensstandard auf der Insel bewahren und keine Einwände gegen den Fortbestand taiwanesischer Streitkräfte erheben. [...] Aber die national-chinesische Flagge müsse von der Bildfläche verschwinden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 89; Referat 341, Bd. 110489.

13 Der japanische Außenminister Sonoda hielt sich vom 8. bis 12. August 1978 in Peking auf.

14 Vgl. dazu das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. November 1978 bzw. vom 27. Dezember 1978 an Bundeskanzler Schmidt; Dok. 2, Anm. 13, bzw. Dok. 6.

15 Zu den Verhandlungen über britische Rüstungslieferungen an die Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 12.

weil der Bundeskanzler nur unsere bekannte Position zu wiederholen brauchte.[16]

Auf eine entsprechende Zwischenfrage von AM Sonoda: die SU habe sicherlich aus der Berichterstattung den Eindruck haben können, daß in Guadeloupe[17] eine gegen die SU gerichtete Konferenz stattgefunden hätte, weil so viel über Waffenlieferungen an China geschrieben worden sei, doch wenn dies der Fall sei, so habe die Sowjetunion sich dieses selber zuzuschreiben.

Referat 341, Bd. 110587

15

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem japanischen Außenminister Sonoda

VS-NfD **18. Januar 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem japanischen Außenminister Sonoda am 18. Januar 1979 von 17.15 bis 18.00 Uhr im Bundeskanzleramt[2]

Weitere Teilnehmer: Botschafter Yoshino, H. Sato (Mitarbeiter des AM), Botschaftsrat Kurokawa als Dolmetscher, Botschafter Diehl, MDg von der Gablentz, LR I Schulte als Dolmetscher.

Sonoda dankt für den Empfang und übermittelt Grüße von MP Ohira, der um nützliche Hinweise des Bundeskanzlers für die Organisation des Weltwirtschaftsgipfels[3] bittet, und des ehemaligen MP Fukuda.

Bundeskanzler bittet, die Grüße zu erwidern. Er hat sich gefreut, MP Ohira in Tokio kennenzulernen.[4] Er erkundigte sich nach dem Ergehen Fukudas.

16 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 2, Anm. 15.
17 Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. Dok. 2–5.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 22. Januar 1979 „vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bundeskanzler" an das Auswärtige Amt weitergeleitet.
Hat Ministerialdirigent Petersen, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wegner und Vortragendem Legationsrat Gerster am 24. Januar 1979 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Meyer-Landrut vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 341, Bd. 110587.

2 Der japanische Außenminister Sonoda hielt sich am 18./19. Januar 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 14.

3 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

4 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 10. bis 13. Oktober 1978 in Japan auf. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 305 und Dok. 306.

Er zeigt Verständnis für die Probleme, die Japan dabei hat, die zugesagten 7% Wachstum zu erreichen.[5] Solches Wachstum zu verlangen, sei eine Zumutung gewesen. Er übergibt Sonoda aus einem ihm geschenkten Nußkorb eine besonders große, schwer zu knackende Nuß mit der Aufschrift Dollarschwäche und meint, so lange diese Nuß nicht geknackt sei, sei auch die Nuß japanische Konjunkturentwicklung nicht endgültig zu knacken. Deutschland habe wie Japan dieselbe Nuß zu knacken. Wenn Deutschland ein Wachstum wie in Japan erreicht hätte, so würde er als Held der Nation dastehen.[6]

Sonoda zeigte sich für diese Bemerkung sehr dankbar und betont das außerordentlich solide Wirtschaftswachstum in Deutschland.

Bundeskanzler betont noch einmal, daß die wirtschaftliche Leistung Japans wirklich gut sei. Er habe weder in Bonn[7] noch in London[8] die japanische Wirtschaftspolitik kritisiert. Ohne seinen Rat aufdrängen zu wollen, wiederholt er eine Anregung, die er bereits Fukuda gegenüber gemacht hat[9], daß nämlich Japan entgegen seinen Traditionen die Finanzmärkte öffnen und auch fremde Banken hineinlassen sollte. Im übrigen hätte Japan wie Deutschland nach dem Kriege unter dem Zwang der Notwendigkeit, mit Exporten seine Rohstoffeinfuhren bezahlen zu müssen, eine zu stark exportorientierte Wirtschaftsstruktur aufgebaut. Das führt zu Zeiten einer guten Konjunktur und größeren Wachstums zwangsläufig zu steigenden Exportüberschüssen, die wiederum zu stetiger Aufwertung des Yen und der DM führen, was nicht von allen Partnern wohlwollend hingenommen wird. Für diese Probleme gibt es nur zwei Lösungen, entweder die eigenen Märkte so weit zu öffnen wie möglich und Kapital zu exportieren, oder aber eine immer weitere Aufwertung zu ertragen. Er könne sich vorstellen, daß Japan für eine weitere Öffnung der Märkte generationenlange Denktraditionen bewußt ändern müsse. Aber er werde sich auch in diesem Punkt nicht an der öffentlichen Kritik an Japan beteiligen.

Zum Wunsch der Australier, sich am Weltwirtschaftstreffen in Tokio zu beteiligen, der von den Japanern aus eigenem Interesse unterstützt werde, habe er in Jamaika[10] MP Fraser Zurückhaltung empfohlen, da die USA, GB und F eine Erweiterung des Kreises nicht wünschten und der Bundeskanzler sich ihnen

5 Die Botschaft in Tokio legte am 12. Juli 1979 zu den Wachstumszielen der japanischen Regierung im vorangegangenen Haushaltsjahr dar: „Die Regierung Fukuda hatte sich für das Haushaltsjahr 1978/79 (1.4.78 – 31.3.79) ein Wirtschaftswachstum von real 7% zum Ziel gesetzt und sich hierzu auch auf dem Bonner Wirtschaftsgipfel international bekannt." Obgleich dieses Ziel nicht erreicht worden sei, habe sich die japanische Wirtschaft 1978 befriedigend entwickelt: „Zwar blieb das Wachstum hinter den Erwartungen der Regierung zurück (Fukuda: 7%; Ohira: 6,3%), im internationalen Vergleich lag es jedoch mit 5,6% an der Spitze der OECD-Länder." Vgl. den Jahreswirtschaftsbericht Japan 1978/79; Referat 341, Bd. 110594.

6 In der Bundesrepublik nahm das reale Sozialprodukt gegenüber dem Vorjahr um 3,4% zu. Vgl. dazu JAHRESBERICHT 1978, S. 207.

7 In Bonn fand am 16./17. Juli 1978 ein Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 225.

8 Am 7./8. Mai 1977 fand in London ein Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 111, Dok. 112 und Dok. 114.

9 Bundeskanzler Schmidt führte am 11./12. Oktober 1978 in Tokio Gespräche mit Ministerpräsident Fukuda. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 305 und Dok. 306.

10 Am 28./29. Dezember 1978 fand auf Jamaika ein informelles Treffen von sieben Staats- und Regierungschefs statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 401.

anschließen würde.[11] Er hat auch Trudeau unterrichtet, der seine Meinung teilte.[12] MP Fraser hat daraufhin seinen Wunsch in Washington überhaupt nicht mehr vorgetragen.[13] Die drei anderen Regierungschefs haben in Guadeloupe[14] ihre ablehnende Haltung bestätigt. Sie waren der Auffassung, daß sie sonst mindestens Brasilien, die Niederlande und Indien das nächste Mal einladen müßten. Dies sei mit Ausnahme der Frage der iranischen Öllieferungen die einzige wirtschaftliche Frage beim Treffen in Guadeloupe gewesen, das sich sonst nur mit strategischen Problemen befaßt habe.

Auf Sonodas Frage zu seinen Erfahrungen mit dem Bonner Weltwirtschaftstreffen betont er, daß er die Verpflichtung zu Maßnahmen für ein zusätzliches Wirtschaftswachstum in Höhe von ein Prozent übernommen habe[15], um diese Maßnahmen innenpolitisch leichter durchsetzen zu können, und außerdem, um von Carter etwas verlangen zu können. Es handelt sich um die Vertragstreue der USA und Kanadas bei der Belieferung Japans und Deutschlands mit nuklearem Brennstoff. Dieser Punkt wird auch in Zukunft für uns vital sein, und er hofft, daß die deutsch-japanische Zusammenarbeit gegenüber den USA und Kanada in diesem Bereich fortgesetzt wird. Er macht vertraulich seine japanischen Freunde darauf aufmerksam, daß er glaubt, Anlaß zu weiterer Besorgnis zu haben. Ihm sei aus Bemerkungen in Guadeloupe deutlich geworden, daß es in Washington Leute gebe, die die Absicht hätten, Nicht-Atomwaffenstaaten in diesem Punkte zu benachteiligen.[16] In Frankreich und Großbritannien zeichne sich wachsendes Interesse für diesen amerikanischen Standpunkt ab. Eine mögliche Verknappung und Verteuerung des Erdöls könne solche Bestrebungen in Washington noch verstärken, da man dort auf den Gedanken kommen könnte, daß andere Staaten dann eher bereit sein würden, auf die bisher abgelehnten Bedingungen einzugehen. Er habe die Absicht, nicht nachzugeben, sondern am Artikel 4 des Nichtverbreitungsvertrages[17] und den Zusagen Carters und Trudeaus

11 Am 30. Dezember 1978 berichtete Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, z. Z. Jamaika, Bundeskanzler Schmidt habe Ministerpräsident Fraser am Vortag am Rande des informellen Treffens von sieben Staats- und Regierungschefs auf Jamaika zu einer Teilnahme Australiens am kommenden Weltwirtschaftsgipfel in Tokio erklärt: „Australier sollten nicht als Demandeur erscheinen [...]. Er sei grundsätzlich für Treffen im kleinen Kreis. Gewisse Fragen von großem gemeinsamen Interesse könnten nur in einem engen Kreis besprochen werden. Es sei kaum möglich, eine akzeptable Begrenzung der Teilnehmerzahl zu erreichen, wenn man bei jedem Treffen für die Region bedeutsame neue Teilnehmer hinzuziehe. [...] BK erklärte sich allerdings bereit, sich in der Frage australischer Teilnahme der Mehrheit der bisherigen Teilnehmer anzuschließen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 10; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 47; B 150, Aktenkopien 1978.

12 Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, z. Z. Bahamas, resümierte am 1. Januar 1979 ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Trudeau am 30. Dezember 1978 auf Jamaika: „Trudeau habe sich für Teilnahme Australiens am Weltwirtschaftstreffen Tokio eingesetzt. Man werde dann feststellen, daß der Teilnehmerkreis zu groß werde und in Zukunft nur gelegentlich Länder wie z. B. Brasilien hinzuziehen. Außerdem würden öfter Treffen von der Art Guadeloupe nötig werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 47; B 150, Aktenkopien 1979.

13 Ministerpräsident Fraser hielt sich vom 1. bis 3. Januar 1979 in den USA auf.

14 Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. Dok. 2–5.

15 Vgl. dazu die Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels am 16./17. Juli 1978 in Bonn; BULLETIN 1978, S. 758.

16 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter, Premierminister Callaghan und Staatspräsident Giscard d'Estaing am 5. Januar 1979 auf Guadeloupe; Dok. 2.

17 Für den Wortlaut von Artikel IV Absatz 2 des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 789 f.

von Bonn[18] festzuhalten. Man müsse allerdings aufpassen, daß bei INFCE die Weichen nicht in eine falsche Richtung gestellt werden.[19] Wenn das 1979/80 geschieht, werde man 1985 schwer darunter zu leiden haben. Seine konkrete Schlußfolgerung für Tokio lautet: Wenn man von Japan und Deutschland irgendeine konkrete Zusage verlangt, so sollte sie nicht ohne Gegenleistung gegeben werden. Er sage dies nur Sonoda und sonst niemandem.

Sonoda kann diese Darlegungen des Kanzlers sehr gut verstehen.

Bundeskanzler betont den freundschaftlichen Charakter der Gespräche in Guadeloupe, die im wesentlichen strategische Fragen behandelt hätten und über die Frankreich wohl bereits die Japaner unterrichtet habe.

Sonoda betont, daß er auch von AM Genscher unterrichtet worden sei und z.Z. keine weiteren Fragen zu Guadeloupe habe.[20] Er habe mit AM Genscher außerdem über den japanisch-chinesischen Friedensvertrag[21], die Aufnahme der Beziehungen der USA mit China[22] und die Lage in Indochina gesprochen.[23]

Auf Frage des Bundeskanzlers nach den psychologisch-politischen Konsequenzen der Invasion Vietnams in Kambodscha[24] für Thailand[25] und die anderen ASEAN-Länder unterscheidet er zwischen den Ländern, die eine unmittelbare Grenze mit Vietnam haben, und den anderen. Insbesondere Thailand habe die große Sorge, daß Vietnam im Norden Thailands sog. Befreiungsaktionen ins

18 In der Erklärung des Weltwirtschaftsgipfels am 16./17. Juli 1978 in Bonn hieß es: „Der Präsident der Vereinigten Staaten und der kanadische Ministerpräsident brachten ihre feste Absicht zum Ausdruck, im Rahmen wirksamer Sicherungsmaßnahmen weiterhin zuverlässige Lieferanten von Kernbrennstoff zu sein. Der Präsident beabsichtigt, seine volle Amtsgewalt einzusetzen, um eine Unterbrechung der Lieferung von angereichertem Uran zu verhindern, und sicherzustellen, daß die bestehenden Abkommen eingehalten werden. Der Premierminister Kanadas beabsichtigt, daß es auf der Grundlage wirksamer Sicherungsmaßnahmen zu keiner Unterbrechung der Uranlieferungen kommt." Vgl. BULLETIN 1978, S. 759.

19 Zur Arbeit der Expertengruppe für Kernenergie und Nichtverbreitung vgl. Dok. 2, Anm. 10.

20 Auf der Plenarsitzung der deutsch-japanischen Außenministerkonsultationen am 18. Januar 1979 berichtete Ministerialdirektor Lautenschlager über das Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe: „Deutscher Seite liege das Thema ‚Türkeihilfe' am Herzen. Alarmierende Wirtschaftssituation der Türkei gewinne im Hinblick auf die Lage im Iran und in Pakistan zusätzlich politische Bedeutung. Daher sei dieses Thema auch in Guadeloupe zur Sprache gekommen. Dort sei man sich einig geworden, daß es zunächst darum gehe, prozedurale Wege zu finden, was im Moment Gegenstand weiterer Vierergespräche auf Beamtenebene unter Vorsitz von StS Dr. Hermes sei. Notwendig erscheine eine kurzfristige Soforthilfe für die Türkei, mittelfristig ein substantieller Sanierungsbeitrag." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 110587.

21 Am 12. August 1978 schlossen Japan und die Volksrepublik China einen Vertrag über Frieden und Freundschaft. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1225, S. 257–272. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 565 f.

22 Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 3.

23 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenminister Sonoda am 18. Januar 1979 vgl. Dok. 14.

24 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.

25 Botschaftsrat I. Klasse Sönksen, Bangkok, gab am 9. Januar 1979 folgende Einschätzung zur thailändischen Reaktion auf den Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha ab: „Schon jetzt läßt sich sagen, daß die Thai-Regierung über das Tempo des vietnamesischen Vordringens bestürzt ist [...] und die mittlere Zukunft mit großem Ernst betrachtet. Von Panik oder Schock, wie sie nach dem Fall Südvietnams und dem Rückzug der USA aus Südostasien eintraten, kann nicht gesprochen werden, wenn auch das ‚Fallenlassen' Phnom Penhs seitens Pekings ernüchternd wirkt, hatte doch Thailand seit Juli 1975 in der sino-sowjetischen Rivalität in S[üd]o[st]asien unverhohlen auf Peking gesetzt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 33; Referat 340, Bd. 110767.

Leben rufen könne. Die ASEAN-Staaten hätten sich daher für eine Einstellung der Feindseligkeiten und den Abzug von Truppen eingesetzt, ohne allerdings Vietnam deutlich mit Namen zu nennen.[26] Hierfür nannte er zwei Gründe: die mangelnde Aussicht, daß das ehemalige kambodschanische Regime noch einmal an die Macht kommt, sowie die Absicht aller ASEAN-Staaten, den sino-sowjetischen Konflikt nicht auf asiatischem Boden anzufachen.

Auf den jüngsten Appell Pekings, sich der Kritik an Vietnam anzuschließen, die Hilfe an Vietnam einzustellen und Kambodscha zu helfen[27], habe Japan geantwortet, daß die konkrete Interpretation der Anti-Hegemonie-Klausel im Friedensvertrag eine Angelegenheit nur von Japan sei. Da Vietnam für die Japaner nicht ein Feind sei, werde man Hanoi sagen, daß Japan gegen jede Invasion eines anderen Landes und gegen jede Lösung von Problemen mit Waffengewalt sei. Wenn Vietnam mit der Invasion fortfahre, werde Japan vorläufig seine Hilfe einstellen, aber nicht seine Beziehungen abbrechen.[28] Es werde, wenn nötig und angezeigt, auch seine Hilfe wieder aufnehmen und sich dafür einsetzen, daß Konflikte durch Dialog aller Beteiligten gelöst werden.

Bundeskanzler zeigt sich von den wirtschaftlichen Leistungen Singapurs und dem Selbstbewußtsein Lee Kuan Yews außerordentlich beeindruckt.[29] Es sei nur schade, daß Singapur der kleinste Staat unter den ASEAN-Staaten sei.

Sonoda bestätigt, daß man aus dem Beispiel Singapurs gute Lehren ziehen könne. Lee werde als „Diktator der freien Gesellschaft" bezeichnet.

Bundeskanzler meint, daß Entwicklungsländer, die ja sowieso zumeist Diktaturen seien, ihre Lehren aus dem Beispiel Singapurs ziehen könnten.

Sonoda dankt für das Gespräch und die Ratschläge (BK: nur einen, nicht nachzugeben!) und die Grüße, die er MP Ohira und Fukuda überbringen wird.

Auf Frage des Bundeskanzlers bestätigt er als Termin des Weltwirtschaftstreffens in Tokio Ende Juni 1979. Er fragt, ob Wahlen in GB[30] und Kanada[31] auf den Termin Einfluß haben könnten.

Bundeskanzler stellt fest, daß eine Verschiebung in den Juli hinein Europa Schwierigkeiten machen würde. Er glaubt nach seinen Gesprächen mit Callag-

26 Die Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten verabschiedeten am 13. Januar 1979 in Bangkok eine Erklärung zur Lage in Südostasien, in der sie „die gegen die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität von Kambodscha gerichtete bewaffnete Intervention lebhaft" bedauerten und „den unverzüglichen und vollständigen Abzug fremder Streitkräfte von kambodschanischem Gebiet" forderten. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 303.

27 Gesandter Steinmann, Tokio, teilte am 17. Januar 1979 mit: „Der hiesige chinesische Botschafter, Fu Hao, suchte am 16.1. AM Sonoda auf und trug ihm [...] den Wunsch seiner Regierung auf Verurteilung des Angriffs Vietnams auf Kambodscha sowie auf eine gemeinsame Unterstützung der Pol-Pot-Regierung vor. Hierbei habe er sich auf die Anti-Hegemonie-Klausel des japanisch-chinesischen Friedens- und Freundschaftsvertrages vom 12.8.1978 bezogen. Die Invasion Vietnams in Kambodscha sei wesentlicher Teil der sowjetischen Hegemoniebestrebungen in diesem Raum. Die Unterstützung des ‚Demokratischen Kambodschas' habe daher große Bedeutung für die Zurückweisung dieser sowjetischen Strategie und für den Frieden in der Region." Vgl. den Drahtbericht Nr. 67; Referat 340, Bd. 110767.

28 Zur Aussetzung der japanischen Wirtschaftshilfe für Vietnam vgl. Dok. 14, Anm. 9.

29 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 13./14. Oktober 1978 in Singapur auf. Für das Gespräch mit Ministerpräsident Lee Kuan Yew am 14. Oktober 1978 vgl. AAPD 1978, II, Dok. 310.

30 In Großbritannien fanden am 3. Mai 1979 Parlamentswahlen statt.

31 In Kanada fanden am 22. Mai 1979 Parlamentswahlen statt.

han und Trudeau nicht an einen Wahltermin in den beiden Staaten im Juni. In beiden Ländern stehen die Wahlchancen auf des Messers Schneide. Ein anderer Wahlausgang werde in Großbritannien weder die wirtschaftliche Lage noch die außenpolitische Ausrichtung verändern. In Kanada könnten sich wesentliche innen- und vor allem verfassungspolitische Änderungen ergeben.

Referat 341, Bd. 110587

16

Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing

18. Januar 1979[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Giscard am Telefon am 18. Januar 1979 von 18.35 bis 18.55 Uhr

Note-taker: MDg von der Gablentz

Nach einleitenden Bemerkungen über Guadeloupe[2] (*BK*: I liked everything; *Giscard*: angenehmes und nützliches Treffen, nach Abflug des Bundeskanzlers lediglich Treffen mit lokalen Politikern) kommt Giscard auf die deutsch-französischen Ministerbesprechungen[3] am vergangenen Montag in Brüssel zum EWS und agrarmonetären Fragen[4] zu sprechen. Er sieht in dem ersten Treffen die

1 Ablichtung.

2 Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. Dok. 2–5.

3 Bundesminister Genscher und der französische Außenminister François-Poncet führten am 15. Januar 1979 in Brüssel am Rande der EG-Ministerratstagung ein Gespräch über Fragen der Währungsausgleichsbeträge in der Landwirtschaft in Verbindung mit dem geplanten Europäischen Währungssystem. Vgl. dazu LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1979, I, S. 5.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ellerkmann informierte am 4. Januar 1979: „Das Inkrafttreten des Europäischen Währungssystems (EWS), das der Europäische Rat (ER) für den 1. Januar 1979 vorgesehen hatte, verzögert sich. Die französische Regierung sah sich nicht in der Lage, den Wartevorbehalt, den die französische Delegation im Finanzministerrat am 18.12.78 gegen die das EWS begründenden Rechtsakte eingelegt hatte, rechtzeitig zum 1. Januar 1979 aufzuheben. Die französische Seite macht die Aufhebung ihres Vorbehalts von einer befriedigenden Regelung des Währungsausgleichs im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik abhängig. (Der Währungsausgleich verhindert das Durchschlagen von Wechselkursänderungen auf die gemeinschaftlichen Stützpreise in einzelstaatlicher Währung und damit auf die landwirtschaftlichen Einkommen.) Die französische Regierung sieht im Währungsausgleich eine Benachteiligung der französischen Landwirtschaft zum Vorteil anderer M[itglied]S[taaten], darunter D. [...] In dem Bemühen um eine Lösung hat noch am 27. Dezember eine Ministerbesprechung unter Vorsitz des BK stattgefunden, welche die Grundzüge der deutschen Haltung wie folgt festlegte: Es besteht ein überragendes Interesse der Gemeinschaft und ihrer MS am EWS. Wir stehen zur Entschließung des ER, der lediglich die technische Anpassung der gemeinsamen Agrarpolitik an das EWS noch vor dem 1. Januar 1979 vorsah, sich jedoch hinsichtlich des Abbaus des Währungsausgleichs mit einer Absichtserklärung begnügte. Der Abbau des Währungsausgleichs muß so erfolgen, daß unter Berücksichtigung der Einkommensentwicklung in dem jeweiligen Land eine Preissenkung vermieden wird. Das Problem des Währungsausgleichs ist eine Angelegenheit der Gemeinschaft, die in den dafür zuständigen Gremien behandelt werden muß [...]. Diese Haltung übermittelte unser Botschafter in Paris der französischen Regierung auf

Chance einer Öffnung und möchte mit dem Bundeskanzler prüfen, wie sie den Ministern für das nächste Treffen gewisse Impulse geben können.

Bundeskanzler sieht nach dem Vermerk von StS Lahnstein Möglichkeiten für einen vernünftigen Kompromiß.

Giscard meint auf die Bemerkung des BK, daß die britische Haltung Probleme aufwerfen könne, die Briten seien nicht Mitglieder des EWS. Nach seiner Ansicht gäbe es allerdings von den anderen EG-Mitgliedern nur noch mit den Briten Probleme, da die WABs[5] ja eine Gemeinschaftsmaterie seien. Mit den übrigen EG-Mitgliedern stünden die Franzosen in gutem Kontakt und fänden für ihre Haltung Verständnis bei ihnen.

Die von deutscher Seite in Brüssel vorgeschlagene Formel sei interessant.[6]

Fortsetzung Fußnote von Seite 79

hoher Ebene. Die französische Regierung ließ uns jedoch wissen, daß sie sich zur Aufhebung des Vorbehalts nicht in der Lage sah." Vgl. den Runderlaß Nr. 1; Referat 012, Bd. 111777.

5 Währungsausgleichsbeträge.
Vor dem Hintergrund der anhaltenden Währungskrise und der Aufnahme der drei neuen Mitgliedstaaten Dänemark, Großbritannien und Irland legte die EG mit Wirkung vom 1. Februar 1973 spezielle Währungsausgleichsbeiträge auf dem Agrarsektor fest, in die ab 13. Februar 1973 auch Italien einbezogen wurde. Vgl. dazu SIEBENTER GESAMTBERICHT 1973, S. 263 f.
Zur Funktion und Entwicklung dieses Währungsausgleichs informierte das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten am 23. Juni 1976: „Für Länder mit abgewerteter Währung – wie Großbritannien – besteht der Währungsausgleich darin, daß bei der Einfuhr Erstattungen gewährt und bei der Ausfuhr Abgaben erhoben werden. [...] Die Schwäche des britischen Pfund hat zu einem erheblichen Ansteigen des britischen Währungsausgleichs geführt (z. Z. 20,9%). Da Großbritannien ein Agrarimportland ist, belastet jeder Prozentpunkt, um den das britische Pfund sinkt, den E[uropäischen] A[us]G[leichs]F[onds für] L[andwirtschaft] mit 25 bis 30 Mio. RE. Der derzeitige britische Währungsausgleich kostet den EAGFL pro Jahr 500 bis 600 Mio. RE. Eine Begrenzung dieser Kosten kann nur durch Abwertung des ‚Grünen Pfund' erreicht werden." Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 511.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Freitag hielt am 25. Januar 1979 fest, daß der britische Botschafter Wright Staatsminister von Dohnanyi am selben Tag die britische Haltung zur Frage der Währungsausgleichsbeträge in der EG-Agrarpolitik wie folgt dargelegt habe: „Die britische Regierung stehe voll zur Entschließung des Europäischen Rats zu dieser Problematik; sie betone jedoch in diesem Zusammenhang die Bedeutung, welche die Preispolitik für das VK habe. Seine Regierung sei bereit, den Abbau neu entstehender W[ährungs]A[us]G[leichsbeträge] zu prüfen; hierüber dürfe jedoch wegen der Auswirkungen eines Abbaus auf Preise, Produktion und Haushaltskosten nicht isoliert entschieden werden. VK sei auch bereit, den schrittweisen Abbau (‚phasing out') bestehender WAG zu diskutieren, zugleich müsse aber ein Preisniveau festgelegt werden, das zum Abbau der Überschüsse führe. Der von der Kommission in ihrem Bericht an den Europäischen Rat vom 5./6.12.1978 aufgezeigten Linie zur künftigen Preispolitik könne seine Regierung zustimmen." Vgl. Referat 010, Bd. 178806.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Freitag vermerkte am 18. Januar 1979, der Ausschuß der Staatssekretäre für Europafragen habe am selben Tag folgende Verhandlungslinie zur Einführung des Europäischen Währungssystems in die EG-Agrarpolitik festgelegt: „1) Künftig entstehende Währungsausgleichsbeträge (WAG): a) Wir halten an der – von uns leicht modifizierten – sog. belgischen Kompromißformel fest (Abbau zu Beginn des folgenden, spätestens übernächsten Wirtschaftsjahres, jedoch Berücksichtigung der Einkommensentwicklung und keine Agrarpreissenkung in nationaler Währung), sind jedoch bereit, die Probezeit von einem Jahr (was wir im letzten deutsch-französischen Ministergespräch vorgeschlagen hatten) auf zwei Jahre auszudehnen und damit eine zeitliche Parallele zur Anlaufphase des EWS herzustellen. Eine rechtliche Verkopplung der Lösung der WAG-Problematik mit dem Eintritt in die Endphase des EWS haben BMF und BK-Amt abgelehnt; man könne das Inkrafttreten des EWS nicht formell mit der Regelung der Agrarprobleme verknüpfen. b) Wir verweisen Frankreich erneut auf die Möglichkeit, den französischen Währungsausgleich (durch Abwertung des ‚grünen Francs') schneller abzubauen und damit die Einkommenssituation in der französischen Landwirtschaft zu verbessern. Darüber hinaus sind wir grundsätzlich zu einer differenzierten Berechnung des WAG für einzelne Veredlungsprodukte bereit (was vor allem einem Anliegen des französischen Landwirtschaftsministers entspricht. 2) Bestehender WAG: Wir sind – wie schon bisher – grundsätzlich zum Abbau bereit und können hierfür letztlich auch eine Frist von

Bundeskanzler präzisiert, daß es sich um eine Erweiterung des belgischen Vorschlags gehandelt habe. Die Frist müsse länger sein.

Giscard schlägt eine Formulierung vor: For that period new MCAs[7] will not last longer than until the next round of price fixation or, exceptionally, the next one following.

Bundeskanzler präzisiert, daß dies in der Praxis Fristen von 12 Monaten plus ein Tag oder 24 Monaten minus ein Tag bedeuten könnte.

Giscard könnte einen solchen Text akzeptieren, wenn als Regel eine Frist für den Abbau bis zur nächsten Preisrunde, unter besonderen Umständen bis zur übernächsten Preisrunde, festgelegt würde. Er regt an, diesen Mechanismus am Ende der Probephase im Lichte der Erfahrungen zu überprüfen.

Bundeskanzler glaubt, daß ein Kompromiß gefunden werden kann.

Er spricht folgende Punkte an, die bisher noch nicht berührt wurden:

1) Was passiert nach Ablauf der Frist für den Abbau eines neuen MCAs? Wird die Frist verlängert oder gibt es eine Guillotine?

Giscard setzt sich für Guillotine ein und weist auf die Möglichkeit hin, andere Kompensationen zu finden.

Bundeskanzler betont, daß ein Kompromiß erleichtert werde, wenn eine Schutzklausel vorgesehen wird. Für den Fall, daß es nicht zum Abbau eines MCAs in der vorgesehenen Frist kommt, sollte die Frist maximal bis zur zweiten Preisrunde verlängert werden.

Er präzisiert, daß der Mechanismus zum Abbau der MCAs während einer Probephase von zwei bis drei Jahren zur Anwendung kommen sollte. Die Fristen für den Abbau neugeschaffener MCAs sollten als äußerstes bis zur zweiten Preisrunde verlängert werden können.

2) *Bundeskanzler* muß den deutschen Bauern sagen können, daß es durch Einführung des EWS zu keiner Reduzierung der Agrarpreise in nationaler Währung kommt.

Giscard: Es geht nicht um den Preis, sondern um das Einkommen, da bei sinkenden Produktionskosten ein gleiches Einkommen auch bei niedrigeren Preisen erzielt werden kann.

3) Es muß verhindert werden, daß währungspolitische Entscheidungen (Interventionen, Leitkursänderungen) von landwirtschaftlichen Interessen bestimmt werden.

Bundeskanzler teilt als erfahrener Währungspolitiker die entsprechende Sorge des Zentralbankrats. Ratschlag: Clappier möge hierzu eingeschaltet werden.

Giscard ist bereit, dieses Problem zu berücksichtigen.

Bundeskanzler schlägt vor, daß StS Lahnstein und ein Vertreter der französischen Zentralbank sich hierüber Gedanken machen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 80

fünf Jahren akzeptieren, unter der Vorraussetzung, daß a) der Abbau im Rahmen der Preisbeschlüsse erfolgt, b) die Einkommensentwicklung berücksichtigt wird, c) keine Preissenkung in nationaler Währung eintreten, d) die Frist sich verlängert, falls die Bedingungen zu b) und c) nicht erfüllt werden können." Vgl. Referat 010, Bd. 178806.

7 Monetary compensatory amounts.

4) Was passiert, wenn MCAs wegen starker Leitkursänderungen so hoch sind, daß sie auf dem oben genannten Wege nicht mehr abgebaut werden können?

Giscard stellt fest, daß starke Abwertungen einzelner Währungen (z.B. der Lira) das Niveau des ECU senken und das gemeinsame Preisniveau (BK: Das führt zu positiven MCAs auch für die französischen Bauern). Wenn dann alle mit einer Ausnahme positive MCAs erhalten, sollen die in ECU ausgedrückten Agrarpreise so modifiziert werden, daß die in nationalen Währungen ausgedrückten Agrarpreise unverändert bleiben.

5) Bereits bestehende MCAs

Bundeskanzler betont, daß er in dieser Frage flexibel vorgehen möchte (Giscard: Das ist sehr wichtig). Er fragt, ob es möglich sei, einen asymmetrischen Abbau (z.B. einen stärkeren für die negativen MCAs Frankreichs als für die positiven Deutschlands) ins Auge zu fassen.

Giscard hält es für möglich. Wichtig sei eine substantielle Reduzierung um einige Punkte.

6) Nationale Einkommenskompensation

Bundeskanzler möchte jede nationale Einkommenskompensation vermeiden. Sie würde auf Widerstand nicht nur des Finanzministers[8], sondern auch der Gewerkschaften stoßen.

Giscard hält das deutsche Agrareinkommensniveau für außerordentlich hoch (excessive), während *Bundeskanzler* betont, daß es stark schwankend (highly volatile) sei.

Bundeskanzler betont, daß er sich auf dieses Telefongespräch nicht vorbereitet habe, seine Bemerkungen daher nicht das Ergebnis einer sorgfältigen Analyse seien. Er schneidet abschließend folgende Punkte an:

1) Kommissar Gundelach sollte bei den bilateralen Ministergesprächen in Brüssel anwesend sein, um Positionen zu verhindern, durch die andere EG-Mitglieder in eine schwierige Lage kommen könnten (Giscard stimmt zu).[9]

2) Wieviel Zeit wird die Einigung erfordern? *Giscard* hält ein Gespräch von drei bis vier Stunden in Brüssel für eine Einigung in Grundzügen (agreement on features) für ausreichend.

Bundeskanzler wird über die aufgeworfenen Fragen nachdenken und u.U. Giscard am Sonntag[10] (Giscard kehrt Samstag aus Rumänien zurück) anrufen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 47

8 Hans Matthöfer.

9 Am 23. Januar 1979 vermerkte Ministerialdirektor Lautenschlager, das Gespräch der Bundesminister Genscher und Ertl mit dem französischen Außenminister François-Poncet und dem französischen Landwirtschaftsminister Méhaignerie habe am 22. Januar 1979 in Brüssel unter Beteiligung des EG-Kommissars Gundelach stattgefunden. Hinsichtlich der Währungsausgleichsbeträge (WAG) habe sich „am Ende des Gespräches [...] folgender Rahmen für Verständigung" abgezeichnet: „Zwei Jahre Probezeit; asymmetrischer Abbau; künftige WAGs über Preispolitik; differenzierende Lösung für ‚unschuldige' Aufwertung, in diesem Jahr Einbeziehung der Preispolitik für Abbau bestehender WAGs; darüber hinaus aber ergänzende nationale Maßnahmen, um insgesamt zu einem signifikanten und politisch vorzeigbaren Abbauschritt zu kommen (letzteres allerdings unter dem Ausdruck des Vorbehalts noch zu treffender Entscheidungen in den Hauptstädten)." Vgl. Referat 010, Bd. 178806.

10 21. Januar 1979.

17

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem saudi-arabischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal

VS-NfD **19. Januar 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem saudischen Außenminister Prinz Saud al-Faisal am 19. Januar 1979, 15.00 Uhr[2]

Weitere Teilnehmer: der saudi-arabische Botschafter, Mohamed Nouri Ibrahim, MD Dr. Lautenschlager, MD Dr. Ruhfus.

Nach Worten der Begrüßung bat der *Bundeskanzler* Prinz Saud, über die Lage im Nahen Osten, insbesondere nach den jüngsten Ereignissen im Iran, zu berichten.[3]

Prinz Saud: Wenn eine Lösung im Iran von innen heraus gefunden wird, wird die Entwicklung für die Nachbarn annehmbar sein. Schwierigkeiten werden sich ergeben, wenn die Probleme im Iran durch äußeren Einfluß gelöst werden. Wenn die Streiks und inneren Auseinandersetzungen weiterhin andauern, bestehe die Gefahr, daß kommunistische Einflüsse sich breitmachen.

Auf Fragen des Bundeskanzlers führte er aus, er kenne Khomeini nicht persönlich. Er sei wohl eine Persönlichkeit mit begrenztem Horizont (primitive personality). Er teile beispielsweise die Menschen ein in Sünder und Nichtsünder. Es bestehe Gefahr, daß in seiner Umgebung Persönlichkeiten sind, die unter kommunistischem Einfluß stehen.

Die Schiiten seien in Saudi-Arabien nur eine kleine Minorität. Es gebe größere schiitische Gruppen in Kuwait. Das politische Engagement der Schiiten gehe historisch auf die Spaltung des Kalifats zurück.

Bundeskanzler: Die Gespräche in Guadeloupe[4] hätten gezeigt, daß keiner der Teilnehmer ein klares Konzept für den Iran gehabt habe. Die USA und die Sowjetunion hielten sich zurück. Die Entwicklung verlaufe zur Zeit eher autonom. Es gebe keine Beweise für Einmischung aus der Sowjetunion.

Prinz Saud: Die Unruhe sei nicht von der Sowjetunion ausgelöst, aber die innere Krisenbewegung sei von kommunistischen Kräften gesteuert worden. Sie hätten sich geschickt darauf konzentriert, den Regierungsapparat zu zerstören. Es gebe die Gefahr der Aufgliederung Persiens in verschiedene Republiken. Bereits zur Zeit von Mossadegh[5] habe es in Persien Stimmen gegeben, die sich für die Angliederung von Teilen des Iran als Provinzen an die Sowjetunion ausgesprochen hätten.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, gefertigt.

2 Der saudi-arabische Außenminister Prinz Saud al-Faisal hielt sich am 19. Januar 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Zur Lage im Iran vgl. Dok. 5, Anm. 7.

4 Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. Dok. 2–5.

5 Mohammad Mossadegh wurde am 29. April 1951 von Schah Reza Pahlevi zum Ministerpräsidenten ernannt und am 24. Januar 1953 durch Wahlen in seinem Amt bestätigt. Ein Staatsstreich führte am 19. August 1953 zu seinem Sturz.

Bundeskanzler fragt, ob die Sowjetunion nicht Sorgen habe, daß das wachsende Gewicht der moslemischen Bevölkerung zu stärkeren Unabhängigkeitstendenzen der Moslems innerhalb der Sowjetunion führen würde.[6]

Prinz Saud: Diese Sorge bestehe. Daher habe die Sowjetunion sich beispielsweise gegen den islamischen Staat Pakistan gewandt.[7] Die Entwicklung in der Türkei sei für die Sowjetunion noch bedeutsamer. Die Sunniten in der Türkei übten größeren Einfluß auf die sunnitischen Moslems in der Sowjetunion aus.

Öl

Bundeskanzler: Es bestehe Besorgnis über die Auswirkungen des Ausfalls des iranischen Öls.[8] Saudi-Arabien habe seine Förderung verstärkt.[9] Dies sei zu begrüßen.

Prinz Saud: Wenn die iranische Ölproduktion zusammenbricht, dann muß das iranische Öl durch einen internationalen Mechanismus ausgeglichen werden, der neben den OPEC-Staaten auch die Nicht-OPEC-Länder Norwegen, Mexiko, Großbritannien mit einbeziehe. Die Aufteilung der zusätzlichen Produktion müsse entsprechend der Marktanteile der Produzenten erfolgen.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kühn legte am 10. Januar 1979 zu den Muslimen in der UdSSR dar: „Die islamische Volksgruppe zählt etwa ein Fünftel der sowjetischen Gesamtbevölkerung und dominiert in Aserbaidschan und in den fünf zentralasiatischen Republiken der SU. Die starke Geburtenrate der islamischen Minorität stellt die sowjetische Führung vor nicht geringe demographische Probleme, da sie eine Verschärfung der ohnehin virulenten Nationalitätenprobleme zur Folge haben könnte. Daher ist es für die Sowjetunion eine unerwünschte Perspektive, daß der Islam, der in den letzten Jahren in der Sowjetunion eine Wiederbelebung erfahren hat [...], als Folge der Re-Islamisierung im Iran, in der Türkei und in Pakistan auch zuhause politisch aktiv wird. Die sowjetische Führung wird sich daher in ihrer Religions- und Nationalitätenpolitik auf neue Schwierigkeiten einstellen müssen. Allerdings sollte man die Schwierigkeiten nicht überschätzen. Obwohl der Islam sicher noch tief im Volke verwurzelt ist, läßt sich seine geistliche und weltliche Kraft nach 60 Jahren Sowjetherrschaft nicht annähernd mit der islamischen Allgegenwart im Iran und anderen Staaten der Region vergleichen." Vgl. Referat 213, Bd. 133140.

7 Botschafter Scheske, Islamabad, führte am 25. Februar 1979 zu den Beziehungen zwischen Pakistan und der UdSSR aus: „Die UdSSR, zu der korrekte Beziehungen bestehen, drängt Pakistan, das CENTO-Bündnis aufzugeben und sich den ‚Blockfreien' anzuschließen. Außerdem sucht sie, im Lande politisch Fuß zu fassen. Diesen Bemühungen sind in der traditionell antikommunistisch gestimmten moslemischen Bevölkerung Grenzen gesetzt. Als gefährlich wird die UdSSR durch das Bündnis mit Indien angesehen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 170; Referat 340, Bd. 110676.

8 Botschafter Ritzel, Teheran, informierte am 7. Januar 1979 über die iranische Ölindustrie: „1) Iranische Ölproduktion ist seit 30.12. auf 200000 bis 250000 Barrels/Tag gesunken. Sie reicht damit nicht aus, den Inlandsbedarf von rund 600000 B[arrels]/D[ay] zu decken. Gestern (6.1.1979) wurden 240000 Barrels gefördert. 2) Die meisten ausländischen Ölspezialisten haben das Land verlassen. Vor allem die amerikanischen Ölfachleute wurden durch den Mord an Paul Grimm am 23.12. in Ahwaz stark beunruhigt. [...] Sein Name soll auf einer Liste mit 20 weiteren Namen aus der Ölindustrie gestanden haben, die ‚exekutiert' werden sollten. 3) Der Streik in der Ölindustrie trifft zunehmend die iranische Bevölkerung, da wegen Produktionsausfällen weder Benzin noch Petroleum (von Iranern häufig zum Heizen verwendet) erhältlich sind." Vgl. den Drahtbericht Nr. 42; Referat 311, Bd. 137619.

9 Botschafter Schlagintweit, Djidda, führte am 25. März 1979 zur Erdölpolitik Saudi-Arabiens aus: „In der Ölpreisfrage hat Saudi-Arabien im Vergleich mit vergangenen Ölpreisrunden eine flexiblere Haltung eingenommen. In Abu Dhabi akzeptierte das Land eine Ölpreisanhebung von insgesamt 14,5% für das Jahr 1979. Seit Januar 1979 berechnet Saudi-Arabien für Teilmengen seiner Förderung Preise, die über die Beschlüsse von Abu Dhabi hinausgehen. In der Ölmengenpolitik setzte sich im Verlaufe des Jahres 1979 eine konservativere Richtung durch mit dem Ergebnis, daß die Förderung im Verlauf des Januars von rd. 11 Mio. Barrels/Tag stark zurückgenommen wurde und im ersten Quartal 1979 lediglich eine Förderung von durchschnittlich 9,5 Mio. Barrels erreicht wird." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 231; Referat 311, Bd. 119948.

Bundeskanzler: Der Iran werde auf die Deviseneinnahmen nicht verzichten können.

Prinz Saud: Der Iran befinde sich jetzt schon in einem chaotischen Zustand (mess). Die soziale und politische Auflösung biete Chancen, die die Sowjetunion letztlich am besten für ihre Zwecke ausbeuten könne.

Bundeskanzler: Die Ölpreiserhöhung von 14,5% rufe Besorgnisse hervor.[10] Sie treffe nicht so sehr die Bundesrepublik. Die Regierungschefs von Ländern mit einem Zahlungsbilanzdefizit befürchten, daß Tendenzen für Protektionismus und für Einschränkungen des internationalen Handels zunehmen werden. Es bestehe die Gefahr des Rückfalls in das politische Verhalten der Jahre 1974/75. Für die Weltwirtschaftsentwicklung würde es sehr hilfreich sein, wenn die Preiserhöhungen auf zwei Jahre gestreckt werden könnten.

Prinz Saud: Saudi-Arabien sei sich über die Auswirkungen der Ölpreisentwicklung im klaren. Seine Regierung verfolge längerfristig das Ziel, die Ölpreise allmählich an das Niveau von anderen substitutiven Energiequellen hinzuführen. Sein Land habe gehofft, daß die Industrieländer die Phase der stabilen Ölpreise für strukturelle Änderungen nutzen würden. Der Ölmarkt wandele sich von einem Käufer- zu einem Verkäufermarkt. In dem Verkäufermarkt bestimme nicht mehr der große Anbieter, sondern die kleinen Produzenten. Im Grunde sei es gut gewesen, daß die Ölpreiserhöhung vor den letzten Ereignissen im Iran beschlossen worden und nicht noch höher angesetzt worden sei.

Bundeskanzler: Die USA könnten mit einer weiteren Erhöhung des Ölpreises trotz ihres Zahlungsbilanzdefizits noch am ehesten fertig werden.[11] In erster Linie würden die Lebensbedingungen in den nicht Öl produzierenden Entwicklungsländern tangiert. Ferner seien wachsende Zahlungsbilanzdefizite in anderen Industrieländern zu erwarten.

Prinz Saud: Sie suchten nach Formen, um Erschütterungen der Weltwirtschaft zu vermeiden.

Bundeskanzler: Es fehle an geeigneten internationalen Mechanismen. Beide bedauerten, daß die KIWZ keinen besseren Erfolg gehabt habe.[12]

Türkei

Bundeskanzler: Er sei tief besorgt über die wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei.[13] Es gebe Anzeichen für eine Annäherung bestimmter Kreise in der

10 Vgl. dazu die OPEC-Beschlüsse vom 16./17. Dezember 1978 in Abu Dhabi; Dok. 5, Anm. 10.

11 Generalkonsul Schulze-Boysen, New York, legte am 20. März 1978 zur Entwicklung der amerikanischen Zahlungsbilanz aus Sicht der New Yorker Banken dar: „Bezüglich der Handels- und Leistungsbilanz sind die Banken überwiegend pessimistisch. Sie glauben nicht, daß das Handelsdefizit 1979 spürbar unter dem Fehlbetrag von 28 1/2 Mrd. Dollar liegen dürfte, der 1978 verzeichnet wurde. Noch vor wenigen Monaten habe man aufgrund der mit Verzögerung wirksam werdenden Effekte der Dollarabwertung für 1979 eine Verbesserung der Handelsbilanz von 6–8 Mrd. Dollar erwartet. Das über Erwarten lange Andauern der Hochkonjunktur, die Verteuerung des Öls und anderer Rohstoffe, die Erosion der neugewonnenen Wettbewerbsvorteile der USA durch die fortgesetzt starke Inflation und der Exportrückgang im Iran hätten diese Hoffnungen jedoch erheblich gedämpft. Auch die Leistungsbilanz werde infolge dieser Faktoren wohl keine ausgeprägte Besserung verzeichnen können." Vgl. den Schriftbericht Nr. 291; Referat 420, Bd. 124328.

12 Die Konferenz über Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ) wurde am 16. Dezember 1975 in Paris eröffnet. Die abschließende Ministertagung der KIWZ fand vom 30. Mai bis 2. Juni 1977 in Paris statt. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 167.

13 Zur Wirtschafts- und Finanzlage der Türkei vgl. Dok. 2, Anm. 19.

Türkei an die Sowjetunion.[14] Im Innern zeichne sich die Gefahr einer ähnlichen Entwicklung wie im Iran ab.[15] Die Türkei wünsche eine Milliarde pro Jahr.

Prinz Saud warf ein, Ägypten wünsche zwei Milliarden pro Jahr.

Bundeskanzler: Ecevit und Sadat überschätzten offenbar die Möglichkeiten unserer und anderer Geberländer.

Prinz Saud: Er begrüße die Bemühungen der westlichen Länder.[16] Das Vertrauen in die Türkei müsse wieder hergestellt werden. Saudi-Arabien habe versucht, der Türkei durch Kredite (Zahlungsbilanzkredite für Ölimporte und Kredite für Entwicklungsprojekte) zu helfen. Die Zusammenarbeit habe darunter gelitten, daß die türkische Regierung kein überzeugendes wirtschaftliches Konzept habe. Er hoffe, daß die Hilfe in einem größeren Rahmen noch wirksamer geleistet werden könne.

Naher Osten

Bundeskanzler fragt, ob die Entwicklung im Iran zu weiterer Isolierung Ägyptens führen werde oder zu einer stärkeren Annäherung Kairos an die gemäßigten Araber.

Prinz Saud: Persönlichkeiten spielten in der Politik eine Rolle, aber man dürfe die zugrundeliegenden Fragen nicht übersehen. Es sei falsch, die Araber in gemäßigte und in Extremisten einzuteilen, je nach ihrer Haltung zu dem Ergebnis von Camp David.[17] Sadat habe, überspitzt ausgedrückt, den Fehler gemacht, daß er eine separate Regelung seiner Probleme mit Israel angestrebt habe und die Lösung der übrigen Fragen den USA überlassen wollte. Die USA hätten diese Interpretation, die Sadat dem Ergebnis von Camp David gegeben habe, nicht geteilt.

Auf Fragen des Bundeskanzlers führte Prinz Saud aus, er glaube nicht, daß die Unruhe vom Iran auf Saudi-Arabien übergreifen werde. Iran werde allerdings

14 Am 5. Juli 1978 stellte Referat 203 im Zusammenhang mit der Reise des Ministerpräsidenten Ecevit vom 21. bis 26. Juni 1978 in die UdSSR fest: „Moskau betreibt Türkei-Politik auf lange Sicht und spricht, bei aller Rücksichtnahme auf die augenblicklichen Gegebenheiten, die Zielvorstellung offen aus: Kossygin hat Ecevit als Idealfall von ‚guter Nachbarschaft' das Beispiel Finnland genannt und betont, welch günstige Perspektiven für ‚Zusammenarbeit' mit Afghanistan der Regimewechsel in Kabul eröffne. Der Kreml weiß natürlich, daß die Türkei erheblich mehr ‚kosten' würde als die genannten Länder. Das ganz große Angebot ist diesmal nicht erfolgt, aber wohl langfristig mögliche Perspektiven angedeutet worden – für den Fall, daß die Situation in der Türkei infolge weiterer Enttäuschungen durch den Westen und weiterer Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse hierfür reif erscheinen sollte." Vgl. Referat 203, Bd. 115912.

15 Botschafter Sahm, Ankara, berichtete am 26. Dezember 1978, daß in der Türkei aufgrund innerer Unruhen der Ausnahmezustand verhängt worden sei: „Vor einigen Tagen lebte alter Streit zwischen Schiiten und Sunniten – mißbraucht von rechten und linken Kräften – mit großer Heftigkeit in Provinzhauptstadt Karaman-Maras [...] auf. Nach Pressemeldungen ist von 200 Toten und über 1000 Verletzten die Rede. Die Heftigkeit der Unruhen entspricht Stimmung im Lande, die keine Hemmungen in Anwendung von Waffengewalt kennt. Allein in den letzten drei bis vier Wochen wurden täglich im Durchschnitt bis zu fünf Terrormorde verübt. [...] Unter dem seit Monaten zunehmenden Druck der öffentlichen Meinung sah sich Regierung nun endlich zum Handeln gezwungen, wobei Ereignisse in abgelegenem Karaman-Maras nur als auslösendes Moment anzusehen sind. Heute nacht hat die Regierung entscheiden, ab 26.12. morgens 7.00 Uhr in elf vorwiegend ostanatolischen Provinzen sowie in Ankara und Istanbul den in Verfassung vorgesehenen Ausnahmezustand [...] für die Dauer von zwei Monaten zu verhängen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1307; Referat 203, Bd. 115908.

16 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 5, Anm. 26.

17 Zur Konferenz vom 5. bis 17. September 1978 in Camp David vgl. Dok. 5, Anm. 14.

dann eine politische Bedrohung für seine Nachbarn werden, wenn es ein Satellit der Sowjetunion werde und wenn die finanziellen Möglichkeiten, die der Ölreichtum eröffne, in den sowjetischen Einflußbereich gerieten.

Die Annäherung zwischen Syrien und Irak sei zu einem günstigen Zeitpunkt erfolgt.[18] Irak habe sich bemüht, seine Isolierung im arabischen Lager zu überwinden. Syrien habe sich bedroht gefühlt durch die Ergebnisse von Camp David. Die Sowjetunion sei über den Ausgleich zwischen Syrien und Irak nicht sehr glücklich.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 47

18

Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt

114-209/79 geheim **Aufgabe: 22. Januar 1979, 15.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 6 **Ankunft: 22. Januar 1979, 17.16 Uhr**

Betr.: Kirchenrechtliche Neuordnung in der DDR

Bezug: Drahtbericht Nr. 204 vom 11. Dezember 1978 VS-NfD[2]

1) Kardinal Bengsch hat am 8.1.1979 ein längeres Gespräch mit Erzbischof Casaroli und am 20. Januar ein Gespräch mit Papst Johannes Paul II. über die Frage der kirchenrechtlichen Neuordnung in der DDR geführt.[3] Über den Verlauf seiner Audienz beim Papst teilte mir der Kardinal folgendes mit:

18 Zur syrisch-irakischen „Charta für eine gemeinsame Nationale Aktion" vgl. Dok. 5, Anm. 18.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ackermann am 24. Januar 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 26. Januar 1979 vorgelegen.
Hat Ackermann am 29. Januar 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) H[errn] StS v[an] Well (S. 3). 2) Z[u] d[en] A[kten] (M[inister]B[üro])."
Hat Staatssekretär van Well am 8. Februar 1979 vorgelegen. Vgl. Anm. 6.

2 Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), berichtete: „Erzbischof Casaroli bestätigte mir, daß Kardinal Bengsch im Januar 1979 zu Gesprächen nach Rom kommen werde. Der 8. Januar sei für ein Gespräch mit ihm selber (Casaroli), der 18. Januar für eine Audienz beim Papst festgesetzt worden. Casaroli bemerkte kryptisch, daß dem Berliner Kardinal nichts aufgezwungen werden solle. In den anberaumten Gesprächen werde sich der Heilige Stuhl allein von den Interessen der Kirche und der Gläubigen in der DDR leiten lassen." Vgl. Referat 501, Bd. 165833.

3 Am 12. Februar 1979 teilte Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, zu den Gesprächen des Kardinals Bengsch im Vatikan mit: „Ergänzend war zu hören, daß der Kardinal dem Papst gegenüber sehr nachdrücklich auf die unterschiedliche Lage der katholischen Kirche in Polen und in der DDR hingewiesen habe. Konkret habe Bengsch moniert, daß die Bemerkung des Papstes gegenüber DDR-Außenminister Fischer, er müsse vor einer Entscheidung über die kirchenrechtliche Neuordnung in der DDR mit dem Kardinal sprechen, nicht glücklich gewesen sei. Es dürfe keinen Zweifel geben, daß die Verantwortung für eine Entscheidung, wie sie auch immer getroffen werde, beim Vatikan liege. Casaroli habe Bengsch gesagt, daß der neue Papst der Stimme der Bischöfe draußen in der Welt mehr Gewicht beimesse als dem Votum der Kurie. Das sei eine ‚Via pericolosa'. Bei der Gelegenheit äußerte Casaroli auch seine Sorge darüber, daß der Papst Gespräche mit hohen ausländischen Würdenträgern unter vier Augen führe und daß möglicherweise nicht immer sichergestellt sei,

Der Papst wolle hinsichtlich der kirchenrechtlichen Neuordnung in der DDR nichts übereilen, halte die Errichtung von apostolischen Administraturen auf die Dauer aber für unumgänglich. Diese Einschätzung habe der Papst nach seinen eigenen Worten auch von dem Primas von Polen, Kardinal Wyszyński, erhalten, den er hierzu um seine Meinung befragt hatte. Wyszyński habe geantwortet, es sei unumgänglich, daß in der DDR apostolische Administraturen errichtet würden, doch wäre Johannes Paul II. gerade wegen seiner polnischen Herkunft gut beraten, wenn er diese Entscheidung nicht bereits im ersten Jahr seines Pontifikats treffe. Der Papst – so fuhr Kardinal Bengsch fort – sei im übrigen entschlossen, die Errichtung von apostolischen Administraturen zu gegebener Zeit nicht durch einen Vertrag mit der DDR, sondern als einseitige Maßnahme seitens des Heiligen Stuhls zu vollziehen. Auch erwäge er, einen solchen Schritt durch ein päpstliches Schreiben an die Berliner Bischofskonferenz zu begleiten. Ein solches Schreiben könnte einige Aussagen zur Ausübung der Religionsfreiheit enthalten, sollte in den Kirchen verlesen werden und würde somit dazu bestimmt sein, die Lage der Kirche in der DDR zu festigen.

Der Papst habe abschließend bemerkt, daß er, wenn die Errichtung von apostolischen Administraturen beschlossen werden würde, noch rechtzeitig Konsultationen mit der Bundesregierung und mit der Deutschen Bischofskonferenz veranlassen würde.

2) Kardinal Bengsch äußerte, er würde es nach wie vor am liebsten sehen, wenn der Status quo beibehalten würde, denn die Deutschen in der DDR, unter ihnen besonders auch die katholischen Gläubigen, lehnten jede Maßnahme, die die Teilung Deutschlands weiter festigen oder stärker sichtbar machen würde, mit Entschiedenheit ab. Andererseits sei zu berücksichtigen, daß die tatsächliche Lage der katholischen Kirche in der DDR zwar besser als in irgendeinem anderen Land des Ostblocks sei, auch besser als in Polen, daß eine Garantie insoweit aber keineswegs gegeben sei. Eine definitive Ablehnung der Administraturenlösung könnte dazu führen, daß die DDR-Behörden die faktische Lage der katholischen Kirche erheblich verschlechterten. Deshalb sei eine definitive Ablehnung der Administraturenlösung gegenüber der Kirche und den Geistlichen wahrscheinlich nicht zu verantworten.

Der Kardinal kündigte an, daß er im Februar 1979 ein Gespräch mit dem DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen, Seigewasser, haben werde.[4] Bei dieser Gelegenheit werde er voraussichtlich schon in vorsichtiger Weise auf das Argument hinweisen, daß gerade ein aus Polen kommender Papst in Fragen der kirchen-

Fortsetzung Fußnote von Seite 87

daß die zuständigen Mitarbeiter alle Informationen erhielten. Der Kardinal hatte im übrigen den Eindruck, daß der Papst vor der Audienz über die Haltung der deutschen Bischöfe zur Frage der kirchenrechtlichen Neuordnung nicht sehr gut informiert gewesen sei." Vgl. den Drahtbericht Nr.114; VS-Bd. 14081 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Am 23. Februar 1979 berichtete Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, Kardinal Bengsch habe dem DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen, Seigewasser, am 13. Februar 1979 auf dessen Frage, „ob sich im Vatikan eine Änderung der außenpolitischen Linie abzeichne", zur Antwort gegeben, „daß Papst Johannes Paul II. Casaroli beibehalten habe. Schon daraus ergebe sich, daß die Grundlinien der vatikanischen Außenpolitik sich nicht ändern würden. Ergänzend fügte Bengsch dann hinzu, daß dies wohl auch für die Haltung des Vatikans hinsichtlich der kirchenrechtlichen Neuordnung in der DDR gelten würde. Allerdings würde ein aus Polen kommender Papst in Angelegenheiten, die die Deutschen betreffen würden, besonders vorsichtig sein. Er, Bengsch, rechne daher kurzfristig nicht mit einer Änderung der Situation." Vgl. den Drahtbericht Nr. 152; VS-Bd. 10772 (501); B 150, Aktenkopien 1979.

rechtlichen Neuordnung in der DDR behutsam vorgehen müsse und eine Entscheidung nicht schon zu Beginn seines Pontifikats treffen könne.

3) Nach meinem Eindruck sind es vor allem die zermürbenden Schwierigkeiten aus dem kirchlichen Alltag, die Kardinal Bengsch dazu veranlassen, solange wie nur irgend möglich an dem kirchenrechtlichen Status quo in der DDR festzuhalten und der DDR-Führung nicht das Geschenk einer Aufwertung durch den Heiligen Stuhl zu machen. Insbesondere auch will er vermeiden, daß eine solche Aufwertung, selbst wenn unbeabsichtigt, im Zusammenhang mit dem 30. Jahrestag der Gründung der DDR[5] vorgenommen wird.

Nach meinem Eindruck aus Gesprächen mit der Kurie hat der Heilige Stuhl zwar erwogen, den gegenwärtigen kirchenrechtlichen[6] Status in der DDR zunächst beizubehalten[7], jedoch nur unter der Voraussetzung, daß er die DDR-Regierung darauf verweisen könnte, daß der Episkopat in der DDR eine Änderung der kirchenrechtlichen Lage einmütig und entschieden ablehne. Aus verständlichen Gründen will und kann sich der Episkopat in der DDR eine solche Verantwortung nicht zuschieben lassen, denn die Konsequenzen, die in einem solchen Fall von der DDR-Regierung gegenüber den Bischöfen und der Kirche ergriffen würden, kann man sich leicht ausmalen. All dieses ist dem Heiligen Stuhl nicht unbekannt. Er will deshalb die ihm zukommende Verantwortung nicht von sich abschieben, andererseits aber auch einigermaßen sicher sein, daß er nach Durchführung einer Administraturenlösung nicht mit versteckten und offenen Vorwürfen[8] überschüttet wird, die Neuordnung gegen den erklärten Widerstand der Berliner Bischofskonferenz (und eventuell der Deutschen Bischofskonferenz) durchgesetzt zu haben.

4) Meines Erachtens sollten wir die weitere Entwicklung aufmerksam beobachten, brauchen vorerst aber keine Initiative zu ergreifen.[9]

[gez.] Gehlhoff

VS-Bd. 14081 (010)

5 Am 7. Oktober 1949 erklärte sich der „Deutsche Volksrat" zur „provisorischen Volkskammer" und erklärte das Territorium der Sowjetischen Besatzungszone zur Deutschen Demokratischen Republik.

6 Beginn der Seite 3 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

7 Seit 1949 befanden sich Teile von Diözesen mit Bischofssitz in der Bundesrepublik auf dem Gebiet der DDR. Die bischöflichen Kompetenzen wurden in diesen Gebieten zunächst durch Kommissare wahrgenommen, die von den jeweiligen Bischöfen der zuständigen Diözesen in der Bundesrepublik ernannt wurden, darüber hinaus jedoch mit einem „Mandatum speciale" des Papstes handelten, das die Übertragung bestimmter, der päpstlichen Genehmigung unterliegender Befugnisse regelte. Bei den kommissarisch verwalteten Jurisdiktionsbezirken der katholischen Kirche in der DDR handelte es sich um das Generalvikariat Erfurt als Teil des Bistums Fulda, das Erzbischöfliche Kommissariat Magdeburg als Teil des Erzbistums Paderborn, das Kommissariat und Generalvikariat Meiningen als Teil des Bistums Würzburg sowie das Kommissariat Schwerin als Teil des Bistums Osnabrück. Vgl. dazu AAPD 1972, III, Dok. 324.
Am 23. Juli 1973 wurden die bisherigen Kommissare zu dem Papst unmittelbar unterstehenden Apostolischen Administratoren ernannt. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 226.
In der DDR gab es keine nationale Bischofskonferenz. Die in der DDR residierenden Bischöfe gehörten der Deutschen Bischofskonferenz an, wurden jedoch aus politischen Gründen an der Teilnahme gehindert. Die Bischöfe der DDR trafen sich daher in einem informellen Gremium, das als Berliner Ordinarienkonferenz bezeichnet wurde. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 260.

8 Die Wörter „mit versteckten und offenen Vorwürfen" wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Die wird es mit Sicherheit geben."

9 Am 8. März 1979 vermerkte Referat 501 über die veränderte Haltung des Heiligen Stuhls zur kirchenrechtlichen Neuordnung in der DDR: „Der Vatikan hat offenbar erkannt, daß eine Veränderung

19

Hausbesprechung

340-360.90 INI/PAK-68/79 VS-vertraulich **24. Januar 1979**[1]

Betr.: Rüstungsexportpolitik gegenüber Indien und Pakistan[2]

Teilnehmer: Staatssekretär van Well; Staatssekretär Hermes; D4[3]; D3[4]; VLR I Pabsch, Ref. 422; VLR Dr. Siemes, Ref. 340.

Mittwoch, 24.1.79, 16 Uhr, Dauer 50 Minuten.

Aus der Besprechung wird festgehalten:

Staatssekretär *Hermes* gab zunächst einen kurzen Überblick über Entwicklung und Grundsätze unserer Rüstungsexportpolitik gegenüber Indien und Pakistan.

Zu Indien legte er dar, Indien habe bisher nicht zu erkennen gegeben, daß es bei uns Waffen und andere Rüstungsgüter kaufen wolle. Indien sei offensichtlich nur an dem Erwerb von modernsten Technologien interessiert, an einer rüstungstechnologischen Zusammenarbeit sei aber weder dem BMVg noch uns gelegen.

Indien hätte zwar im Juni 1977 erstmals eine Liste mit Kaufwünschen vorgelegt[5], die das BMVg sehr sorgfältig geprüft habe. Es sei aber nicht auf die vom BMVg aufgezeigten Möglichkeiten eingegangen. Im wesentlichen habe unsere Botschaft in Delhi die Angelegenheit weiter vorangetrieben, nicht die indische Regierung. Die Inder selbst seien, was den Erwerb von Waffen angehe, mehr als zurückhaltend geblieben.

D3 bemängelte die grundsätzlich negative Haltung des BMVg, das in mehreren Schreiben an den Verteidigungsattaché[6] der indischen Botschaft in Bonn stereotyp Einzelwünsche der Inder negativ beschieden habe, ohne sie auf unsere beschränkten Möglichkeiten hinzuweisen. Es sei z.B. politisch unklug, den Indern den „Leopard" nicht wenigstens zu zeigen. Dabei sei das BMVg durchaus außenpolitischen Erwägungen offen, wie aus einem Schreiben des BMVg vom 6.7.77 hervorgehe.[7] Er sei sicher, daß Indien an der Fortsetzung der Gespräche

Fortsetzung Fußnote von Seite 89
der kirchenrechtlichen Situation in Berlin ihn in eine praktisch, politisch und rechtlich unlösbare Situation bringen würde. Die Überlegungen des Vatikans über die kirchenrechtliche Neuordung in der DDR konzentrieren sich daher bisher offenbar auf die Frage der Verselbständigung der überlappenden Bistumsteile; eine Veränderung des Bistums Berlin scheint bisher nicht vorgesehen zu sein." Vgl. Referat 501, Bd. 165833.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Siemes am 26. Januar 1979 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Steger am 13. Februar 1979 vorgelgen.

2 Zur Frage von Rüstungsexporten nach Indien und Pakistan vgl. Dok. 10.

3 Hans Lautenschlager.

4 Andreas Meyer-Landrut.

5 Zu der am 24. Mai 1977 übergebenen Liste vgl. Dok. 10, Anm. 8.

6 Rajinder Singh Chowdhary.

7 Zum Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung an das Auswärtige Amt vgl. Dok. 10, Anm. 10.

interessiert sei. D3 hielt es politisch für bedeutsam, die Inder eher etwas zu ermutigen.

Staatssekretär *van Well* bemerkte, er habe die indische Regierung entsprechend unterrichtet.

D3 bat um Entscheidung der Grundsatzfrage, ob eine Zusammenarbeit mit Indien gewünscht sei oder nicht.

D4 verwies darauf, daß eine rüstungstechnologische Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und Indien zu einer neuen Qualität der Beziehungen führe. Eine solche Zusammenarbeit außerhalb des NATO-Bereichs sei erstmalig. Er wisse nicht, wie sich dies in die SGV[8] und die Carter-Linie[9] einfügen lasse. Wenn man eine solche Zusammenarbeit mit Indien begründe, dann müsse man auch Pakistan berücksichtigen. Grünes Licht gebe es dagegen nur für Lieferungen.

Staatssekretär *van Well* meinte, eine technologische Zusammenarbeit, soweit sie uns überhaupt möglich sei, könne nur sehr gering bleiben und bringe bilateral politisch nicht viel. Er schlage daher vor, dies nicht weiter aufzugreifen. Wenn die Inder auf ihre Wünsche zurückkämen, sollten wir bereit sein, über die vom BMVg aufgezeigten Möglichkeiten und Einzelfälle zu sprechen.

Staatssekretär *Hermes* legte dar, daß Indien, wenn es den Kauf des „Sky-Servant" beabsichtige, diesen bar bezahlen müsse.[10] Dafür gebe es keine Bundesgarantie. Er verwies auf den Kabinettsbeschluß, wonach Käufe von Rüstungsgütern nicht Hermes-verbürgt werden dürften. Wenn jedoch der „Sky-Servant" nicht unter den Begriff „Rüstungsgut" falle, dann könne eine Hermesdeckung in Betracht kommen.

Staatssekretär Hermes betonte, daß er den Begriff „Rüstungsgut" extensiv im Sinne von Kriegswaffen auszulegen geneigt sei. Wir gingen sehr weit, wenn wir den „Sky-Servant" nicht als Rüstungsgut klassifizieren würden.

D3 bezweifelte, daß der „Sky-Servant" ein Rüstungsgut sei, da er im Rahmen der Ausrüstungshilfe sogar verschenkt werde. Die Bundesregierung subventioniere den Bau der Maschine. Er erläuterte sodann die indischen Einsatzpläne für den „Sky-Servant", soweit uns bekannt. Die Frage stelle sich auch bei der Lieferung von Hubschraubern und Unimogs.

Auf Wunsch von Staatssekretär *van Well* wird Referat 422 gebeten, diese Frage umgehend zu prüfen, damit D3 ggf. noch Indien im Verlauf seiner Konsultationen in Delhi[11] entsprechend informieren könne.

8 Die Zehnte UNO-Sondergeneralversammlung über Abrüstung fand vom 23. Mai bis 30. Juni 1978 in New York statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 212.

9 Zu den von Präsident Carter am 19. Mai 1977 verkündeten Grundsätzen zur amerikanischen Rüstungsexportpolitik vgl. Dok. 10, Anm. 23.

10 Ministerialdirektor Lautenschlager vermerkte am 16. Januar 1979: „Die Fa. Dornier, Friedrichshafen, steht mit dem indischen Verteidigungsministerium über die Lieferung von neun Flugzeugen des Typs Do 28 ‚Sky-Servant' (Auftragswert 27 Mio. DM) in Verhandlungen und hat für dieses Geschäft eine Ausfuhrbürgschaft bei der Hermes-Kreditversicherungs-AG beantragt. [...] Bei der letzten Sitzung des interministeriellen Ausfuhrgarantieausschusses am 4.1.79 wurde der Antrag zurückgestellt, da die beteiligten Ressorts zunächst prüfen wollten, ob die Indeckungnahme mit dem Kabinettsbeschluß, Kreditgeschäfte über Rüstungsgüter in Nicht-NATO-Länder nicht zu verbürgen, vereinbar ist. Anlaß zu dieser Prüfung besteht, da [...] die Ausfuhr der Do 28 ‚Sky-Servant' wegen der elektronischen Ausstattung der Genehmigungspflicht nach dem AWG unterliegt." Vgl. Referat 340, Bd. 110539.

11 Ministerialdirektor Meyer-Landrut hielt sich am 29./30. Januar 1979 in Indien auf. Vgl. dazu Dok. 10, Anm. 24.

Zu Pakistan:

D3 legte die soeben eingegangene neue Liste der pakistanischen Wünsche vor.[12] Der Wunsch nach Lieferung von Panzern M 48 erübrige sich, da wir keine mehr hätten. Ziffer 2 betreffe dagegen die Lieferung und Errichtung einer Munitionsfabrik für Panzergranaten durch die Firma Rheinmetall.[13]

D4 verwies darauf, daß Pakistan ebenso wie Indien nur Technologie und Lizenzen kaufen wolle, sich aber nicht an die einzelnen deutschen Firmen wende, sondern direkt an die Bundesregierung. Pakistan verhalte sich so wie die indische Regierung.

Referatsleiter 422 erwähnte, daß wir ähnlichen Lieferungen in die Philippinen[14] und nach Brasilien[15] zugestimmt hätten.

Staatssekretär *van Well* warf ein, daß er den pakistanischen Präsidenten den Unterschied zwischen Waffenexport und Rüstungsexport erläutert habe.[16]

12 Botschafter Scheske, Islamabad, teilte am 17. Januar 1979 mit, das pakistanische Außenministerium habe „nunmehr die überarbeitete Version des Aide-mémoires über rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit übermittelt". Vgl. den Schriftbericht Nr. 48; Referat 340, Bd. 110685.
Oberstleutnant i. G. Müller-Hellwig, Islamabad, faßte am 29. Januar 1979 das pakistanische Aide-mémoire zusammen: „1) Zusätzliche deutsche Warenhilfe [...] mit einem Gesamtbetrag von etwa 100 Mio. DM für strukturelle Verbesserungen der Pakistan Ordnance Factories Wah/Rawalpindi, die einer Produktionserweiterung des zivilen Marktanteils dienen sollen. 2) Herstellung von panzerbrechender Munition [...] in pakistanischen Betrieben. Hierzu wird die Genehmigung und Mithilfe der deutschen Bundesregierung bei der Übertragung von Lizenzen, technischen Wissens sowie der Lieferung von Anlagen erbeten. 3) Lieferung von 100 bis 150 Kampfpanzern M 48 aus Beständen der Deutschen Bundeswehr." Vgl. den Einzelbericht Nr. 5; Referat 340, Bd. 110685.

13 Vortragender Legationsrat Schumann vermerkte am 7. März 1979, Ministerialdirektor Meyer-Landrut habe dem pakistanischen Botschafter Iftikhar Ali am Vortag mitgeteilt: „Zur pakistanischen Bitte um die Lizenz zur Herstellung der von der Fa. Rheinmetall entwickelten 105 mm Panzergranate [...] erklärte er, die Granate sei noch im Stadium der Erprobung und werde bei Bewährung erst um 1982 bei der Bundeswehr eingeführt. Über eine Lizenzvergabe könne noch nicht gesprochen werden." Vgl. Referat 340, Bd. 110685.

14 Die Firma Diehl unterrichtete das Auswärtige Amt mit Schreiben vom 7. August 1978 über ein Angebot, beim Aufbau einer Munitionsfertigung auf den Philippinen mitzuwirken: „Das philippinische Verteidigungsministerium denkt an die Herstellung der Kaliber 20 mm bis 155 mm, wobei in der Anfangsphase nur die Kaliber 20 mm und 105 mm gefertigt werden sollen." Vgl. Referat 422, Bd. 124240.
Am 12. Januar 1979 empfahl Ministerialdirektor Lautenschlager, dem Vorhaben zuzustimmen. Dazu legte er dar: „Bedenken könnten sich allenfalls aus allgemeinen rüstungsexportpolitischen Gesichtspunkten herleiten. Die Schaffung neuer Rüstungskapazitäten in anderen Ländern mit deutscher Hilfe ist nicht unproblematisch, weil sich unsere Kontrollmöglichkeiten für Rüstungsexporte deutscher Technologie und deutschen Fabrikats, die uns politisch häufig zugerechnet werden, in weitere dritte Länder verringern. Bisher haben wir aus solchen Überlegungen jedoch noch keine praktischen Konsequenzen gezogen; im Gegenteil haben wir in der Vergangenheit solchen privatwirtschaftlichen Kooperationsvorhaben in aller Regel zugestimmt, weil es sich bei den dabei anfallenden Lieferungen fast ausschließlich um dem AWG unterliegende Rüstungsgüter handelt, deren Ausfuhr nur bei Vorliegen der Tatbestände des § 7 AWG unterbunden werden kann. So hat der BSR im Jahre 1977 der Errichtung einer Munitionsfabrik sogar im Sudan zugestimmt. Die Gefahr, daß uns Exporte des in den Vorhaben hergestellten Materials in dritte Länder politisch zugerechnet werden, ist bei verbrauchbaren Massengütern wie Munition zudem gering". Vgl. Referat 422, Bd. 124240.

15 Mit Schreiben vom 27. Juli 1978 informierte die Firma Diehl das Auswärtige Amt über eine angestrebte Zusammenarbeit mit der staatlichen Militärindustrie Brasiliens bei der Modernisierung und dem weiteren Ausbau von Fertigungsstätten für die Munitionsproduktion. Vgl. Referat 422, Bd. 124204.
Vortragender Legationsrat Bosch teilte der Firma Diehl mit Schreiben vom 14. März 1979 mit, daß die Bitte um Erteilung entsprechender Ausfuhrgenehmigungen nunmehr positiv entschieden worden sei. Vgl. Referat 422, Bd. 124204.

16 Staatssekretär van Well führte am 12. Dezember 1978 in Islamabad ein Gespräch mit Präsident Zia ul-Haq. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 389.

D4 und Staatssekretär *Hermes* verwiesen auf die Problematik und brachten Beispiele, wo uns die Weiterlieferungen von im Ausland mit deutscher Lizenz hergestellten Waffen zugerechnet bzw. vorgeworfen worden seien. Staatssekretär Hermes meinte, es sei sicherlich besser, Munition zu liefern, die schnell verbraucht werde und deren Ausfuhr aus der Bundesrepublik bzw. Verwendung man kontrollieren könne, als den Export von Rüstungsfabriken.[17]

Hier wurde dem Petitum des D4 entsprochen, die Frage nicht sofort zu entscheiden, sondern sie zunächst genau zu prüfen. Es sei bisher nicht sicher, ob Rheinstahl die Munitionsfabrik überhaupt liefern wolle.[18]

VS-Bd. 11182 (340)

20

Vortragender Legationsrat I. Klasse Rückriegel an die Botschaft in Washington

221-372.20/4-61/79 geheim **24. Januar 1979**[1]

Betr.: MBFR
hier: Begleitende Maßnahmen

Bezug: DB Plurez 78 vom 22.1.1979 aus Brüssel NATO[2]

Enthält Weisung

I. Zum Hintergrund der Weisung unter II:

1) In seiner dem Osten am 19.4.1978 unterbreiteten MBFR-Initiative hat der Westen angekündigt, er werde das Thema der begleitenden Maßnahmen (d.h. im wesentlichen Stabilisierungs- und Verifizierungsmaßnahmen) in Wien zur Sprache bringen.[3]

17 So in der Vorlage.

18 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Siemes handschriftlich: „Herrn D3 mit der Bitte um Kenntnisnahme und Billigung. W[ieder]v[orlage] R[eferats]l[eiter] 340."
Hat Ministerialdirektor Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Steger am 1. Februar 1979 vorgelegen.

1 Durchschlag als Konzept.

2 Gesandter Boss, Brüssel (NATO), berichtete: „1) Als Anlage wird der vollständige Entwurf einer Bewertung der Maßnahme 3 vorgelegt. Er wurde in einem kleinen Kreis der MBFR-Arbeitsgruppe erarbeitet, die sich am 25.1.79 damit befassen wird, ehe dieser Entwurf der MBFR-Arbeitsgruppe selbst vorgelegt werden wird. 2) Obwohl amerikanischer Sprecher in letzter MBFR-Arbeitsgruppensitzung neuen Beitrag über eine neue Maßnahme 3 ankündigte, setzten sich Vorsitzender und britischer Sprecher für Abschluß der Bewertung der bisherigen Maßnahme 3, wie sie bisher erfolgte, ein." Vgl. VS-Bd. 11511 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

3 Am 19. April 1978 berichtete Botschafter Behrends, Wien (MBFR-Delegation), er habe am selben Tag zur Einführung der Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten erklärt: „Die teilnehmenden westlichen Regierungen messen den begleitenden Maßnahmen, d.h. Stabilisierungs-, Verifizierungs- und Nichtumgehungsmaßnahmen, die in beiden Phasen zur Erhöhung militärischer Stabilität in Europa Anwendung finden sollen, weiterhin großes Gewicht bei.

2) Bereits seit Januar 1978 ist die Allianz mit der Untersuchung eines Pakets geeigneter begleitender Maßnahmen aufgrund eines zu diesem Zeitpunkt in Brüssel eingebrachten deutschen Arbeitspapiers und eines ca. drei Monate später eingebrachten amerikanischen Papiers befaßt. Die Maßnahmen werden gegenwärtig in der MBFR-Arbeitsgruppe unter vorwiegend militärischen Gesichtspunkten beurteilt.

3) Zu den von den Amerikanern zur Prüfung vorgeschlagenen Maßnahmen gehört der Vorschlag, die Zahl der Divisionen, die sich gleichzeitig außerhalb ihrer Kasernen aufhalten dürfen, zu limitieren (im Katalog der in der Prüfung befindlichen Maßnahmen hat diese associated messure No. 3 die Bezeichnung „limitations on the size of out of garrison activity by the ground forces of direct participants" erhalten). Die Amerikaner schlagen als begrenzenden Parameter vor, daß kein direkter MBFR-Teilnehmer mehr als fünf Divisionen und keines der beiden Bündnissysteme zusammen mehr als zwölf Divisionen ihrer Landstreitkräfte (getrennt) bzw. nicht mehr als fünf Divisionen multinational in einem zusammenhängenden Manöver außerhalb ihrer Unterkünfte haben darf.

4) In dieser Maßnahme werden von den Befürwortern folgende Vorteile gesehen: Die Möglichkeiten des WP, überraschend angreifen zu können, werden reduziert. Dabei werden die Angriffsfähigkeiten des WP einseitig dahingehend interpretiert, daß der Osten sich einem langwierigen Vollaufmarsch seiner Kräfte unterziehen würde. Durch die Begrenzungen wäre er aber gezwungen, die Schwelle zulässiger Divisionen zu überschreiten und das Abkommen zu brechen. Dieses würde – neben anderen Indikationen – Grundlage für den politischen Entschluß darstellen. Auf die Flexibilität der NATO – so wird behauptet – hätte diese Maßnahme nur sehr geringe Auswirkungen.

Demgegenüber sehen wir folgende Nachteile: Diese Maßnahme bewirkt nicht mehr, sondern eher weniger Warnzeit. Zunächst müßte das Überschreiten der Schwelle abgewartet werden, was dem WP bereits einen Zeitvorsprung gestatten würde. Darüber hinaus müßte das Eintreffen gesicherter Aufklärungsergebnisse abgewartet werden. Die im Vergleich zur NATO günstiger dislozierten WP-Streitkräfte besitzen außerdem bereits jetzt die Fähigkeit zum Angriff mit geringer Vorbereitung und verbessern diese ständig. Um ein rechtzeitiges Eintreffen in den Verteidigungsräumen sicherzustellen, wären die generell ungünstiger dislozierten NATO-Streitkräfte zu frühzeitigen Anfangsbewegungen gezwungen. Die NATO müßte also den Vertrag als erste brechen. Die Reaktionsfähigkeit des Bündnisses wäre beeinträchtigt und die Vorneverteidigung[4] ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 93

Unserer Auffassung nach würden diese Maßnahmen dazu beitragen, die Gefahren militärischer Konfrontation zu vermindern und das Vertrauen zwischen Ost und West zu stärken. Der Westen wird deshalb dieses Thema im Lauf der Verhandlungen als eine Materie, über die in Phase I Übereinstimmung zu erzielen ist, zur Sprache bringen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 274; VS-Bd. 11472 (221), B 150, Aktenkopien 1978.

In der Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 19. April 1978 wurde die Forderung nach Abzug einer sowjetischen Panzerarmee modifiziert. Vgl. AAPD 1978, I, Dok. 110.

4 Am 23. Mai 1957 stellte der Militärausschuß der NATO in der Direktive MC 48/2 („Measures to Implement the Strategic Concept") fest: „In addition to our nuclear retaliatory measures, our land, sea and air forces must be developed also to respond immediately to the task of defending the sea areas and NATO territories as far forward as possible in order to maintain the integrity of the NATO area, counting on the use of their nuclear weapons at the outset." Vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 323.

fährdet. Außerdem würde die nationale Begrenzung auf westlicher Seite ausschließlich die Bundeswehr treffen. Somit wäre die nationale Verfügungsgewalt über die Bundeswehr und die Operationsfreiheit des Heeres beeinträchtigt. (Zudem wäre damit das Prinzip der Kollektivität durchbrochen.)

Wegen dieser Nachteile für die NATO ist diese Maßnahme auch für die Bundesrepublik Deutschland nicht akzeptabel. SACEUR[5] lehnt diese Maßnahme ebenfalls strikt ab.

5) Wir haben uns in Brüssel von Anfang an unter Darstellung der Gegengründe gegen diese Maßnahme ausgesprochen. Außerdem haben wir den Amerikanern gegenüber auch bilateral ausführlich und bei häufigen Gelegenheiten (so bei den trilateralen Besprechungen am 18./19.9.1978 in Bonn[6], das BMVg bei den deutsch-amerikanischen Generalstabsbesprechungen im Oktober 1978[7], der deutsche Verteidigungsminister gegenüber seinen amerikanischen Kollegen bei einem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1978[8], Dg 22 in Washington im Oktober 1978[9] sowie auf Arbeitsebene gegenüber der hiesigen amerikanischen Botschaft) dargelegt, warum wir diese Maßnahme ablehnen und uns auf andere konzentrieren. Die Amerikaner haben in Brüssel dagegen stets versucht, uns von der Richtigkeit ihrer Argumente zu überzeugen, obwohl wir glauben, ihnen deutlich gemacht zu haben, daß die Maßnahme für uns aus zahlreichen Gründen inakzeptabel ist und wir hierin von SACEUR unterstützt werden.

In einer weiteren Behandlung in der MBFR-Arbeitsgruppe sehen wir keinen Nutzen, sondern nur eine Behinderung und Verzögerung der notwendigen weiteren Arbeit, die darauf abzielen muß, zu einem Paket allseits akzeptabler Maßnahmen zur Einführung in die MBFR-Verhandlungen zu kommen.

5 Alexander M. Haig.

6 Die trilateralen MBFR-Konsultationen zwischen der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA fanden am 18./19. September 1978 in Bonn statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 274.

7 Die deutsch-amerikanischen Stabsbesprechungen fanden vom 23. bis 27. Oktober 1978 in Hamburg-Fischbek statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 26. Oktober 1978; VS-Bd. 10497 (201).

8 Botschafter Ruth notierte am 23. Oktober 1978 zum Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Brown in der Bundesrepublik: „Anläßlich des Besuchs von Verteidigungsminister Dr. Harold Brown in der Bundesrepublik Deutschland hat am 17.10.1978 zu dem Thema begleitende Maßnahmen ein ruhiger und sachlicher Gedankenaustausch zwischen Bundesminister Dr. Apel und seinem amerikanischen Kollegen stattgefunden. Im Anschluß an eine kurze Darstellung der deutschen Haltung bei der Erarbeitung eines Pakets begleitender Maßnahmen im Bündnis durch Minister Apel äußerte sich jetzt auch Secretary Dr. Brown verständnisvoll zu unseren Überlegungen." Vgl. VS-Bd. 11511 (221); B 150, Aktenkopien 1978.

9 Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 4. November 1978, Botschafter Ruth habe dem Abteilungsleiter in der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Newhouse, am Vortag die deutsche Haltung zu den begleitenden Maßnahmen bei MBFR dargelegt: „Er betonte die Bedeutung, die wir den begleitenden Maßnahmen beimessen, und unterstrich, daß auch ohne die für uns nicht akzeptablen drei Elemente (prior notification of out of garrison activity, mobile Inspektionstrupps, Luftinspektion) ein durchaus präsentables Paket von Maßnahmen zur Verfügung stehe. Die genannten drei Punkte müßten wir ablehnen, weil sie geeignet seien, der Schaffung einer separaten politischen Einheit in Europa Vorschub zu leisten." Newhouse habe erwidert: „Er verstehe und respektiere unsere Bedenken. In dieser Frage bestünden weiterhin gewichtige Auffassungsunterschiede. Auf amerikanischer Seite sei eine endgültige Meinungsbildung noch nicht erfolgt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4099; VS-Bd. 11511 (221); B 150, Aktenkopien 1978.

6) Nachdem der amerikanische Vertreter in der MBFR-Arbeitsgruppe seit November 1978 ohne Weisung ist, so auch zuletzt bei der Sitzung vom 18.1.1979, oder an Sitzungen überhaupt nicht teilnimmt, erklärte er am 18.1.1979, daß die USA neue Überlegungen zur Maßnahme 3 (und auch zur Maßnahme 1 – prior notification of out of garrison activity by the ground forces of direct participants in the areas of reductions –, die hier nicht zur Debatte steht und bei der wir einer Einigung nahe sind) anstellten.[10] Überlegungen zu diesen Maßnahmen hätten dem National Security Council am 17.1.1979 vorgelegen. Der US-Sprecher betonte weiter, daß die Verzögerung nicht in einem nachlassenden Interesse der USA an den begleitenden Maßnahmen zu suchen sei, „eher in einem zu starken Interesse der in Washington damit befaßten Stellen". Zum Inhalt der neuen Überlegungen äußerte sich der amerikanische Sprecher auch auf Befragen nicht. Er konnte auch nicht angeben, wann etwa mit einer Einführung in die MBFR-Arbeitsgruppe gerechnet werden könnte.

II. Weisung

Sie werden gebeten, an entsprechender Stelle darum zu bitten, daß uns diese Überlegungen noch vor Einführung in die MBFR-Arbeitsgruppe zur Kenntnis gebracht werden. Dabei können Sie von den in Ziffer I enthaltenen Argumenten Gebrauch machen. Eine Sachauseinandersetzung sollte dabei allerdings vermieden werden. Der Akzent sollte auf den prozeduralen Aspekt – Fortschritte bei der Behandlung in Brüssel – gelegt werden. Die Wahl des Ansprechpartners wird in Ihr Ermessen gestellt. Vielleicht empfiehlt es sich, unsere Bitte zunächst im State Department vorzubringen.[11]

[gez.] Rückriegel

VS-Bd. 11511 (221)

10 Gesandter Boss, Brüssel (NATO), berichtete am 19. Januar 1979 über die Sitzung der MBFR-Arbeitsgruppe der NATO vom Vortag: „US-Sprecher, ohne Weisung für diese Sitzung, erklärte an ihrem Ende, daß USA neue Überlegungen zu Maßnahme 1 und 3 anstellten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 70; VS-Bd. 11511 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

11 Am 25. Januar 1979 teilte Botschafter von Staden, Washington, mit, er habe den Mitarbeiter in der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Fisher, über die deutsche Haltung zur Frage von begleitenden Maßnahmen bei MBFR unterrichtet: „Fisher zeigte Verständnis für unser Bedenken. Die Joint Chiefs of Staff und die Intelligence Community machten sich für Maßnahme 3 sehr stark; er verweise auch auf Senator Nunn. Es sei sehr schwierig, einen Kompromiß zu finden, der unseren Bedenken Rechnung trage und gleichzeitig die Vorteile wahre, die von den J[oint]C[hiefs of]S[taff] und der Intelligence Community in der Maßnahme 3 gesehen werden. Man habe lange genug technische Einzelheiten erörtert. Der NSC sei jetzt damit befaßt, und über die amerikanischen Vorschläge werde auf höherer Ebene entschieden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 344; VS-Bd. 11511 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

21

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager

422-411.10 SUA-54/79 geheim **25. Januar 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Lieferung von Unterwasserforschungsschiffen nach Südafrika

Bezug: a) Vorlage der Abt. 4 vom 17.4.1978 – beigefügt[4]
b) Schreiben von StS Dr. Rohwedder an StS Dr. Hermes vom 15.9.1978 mit Anlage – beigefügt[5]
c) Vorlage der Abt. 4 vom 6. Oktober 1978 – beigefügt[6]
d) Ihre Randverfügung auf der Bezugsvorlage c) vom 23.11.78[7]
e) Vorlage der Abt. 4 vom 6.12.1978 – beigefügt[8]

Zweck der Vorlage: Unterrichtung auf Weisung und Bitte um Zustimmung zum Entscheidungsvorschlag auf der Bezugsvorlage c) vom 6.10.1978

Auf der Bezugsvorlage zu e) hatten Sie um Rücksprache der beiden Staatssekretäre[9] gebeten.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pabsch konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Hermes am 26. Januar 1979 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 18. Mai 1979 vorgelegen.

4 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Ministerialdirektor Lautenschlager legte dar, bei einer Ressortbesprechung am 5. April 1978 im Bundesministerium für Wirtschaft sei erwogen worden, eine bereits erteilte Genehmigung für die Lieferung von Unterwasserforschungsschiffen an Südafrika aufgrund einer vermuteten militärischen Nutzung zu widerrufen: „Dabei ist besonders darauf hinzuweisen, daß ein Unterliegen der Bundesregierung in einem Verwaltungsstreitverfahren über die Rechtmäßigkeit des Widerrufs der Ausfuhrgenehmigung die Folge haben würde, daß die Ausfuhrgenehmigung bestehen bliebe; der mit einem Widerruf angestrebte Zweck würde dadurch nicht erreicht, sondern die Bundesregierung könnte sich erheblicher innenpolitischer Kritik aussetzen, ohne daß die zu befürchtenden negativen Auswirkungen und die aus dem Ausland zu erwartende Kritik, die Bundesregierung halte sich nicht an das VN-Waffenembargo, vermieden worden wären." Vgl. VS-Bd. 9337 (422); B 150, Aktenkopien 1978.

5 Dem Vorgang nicht beigefügt.

6 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager vgl. AAPD 1978, II, Dok. 301.

7 Im Hinblick auf die zeitliche Befristung der der Firma Abeking & Rasmussen erteilten Ausfuhrgenehmigung für Unterwasserforschungsschiffe nach Südafrika vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich auf der Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager vom 6. Oktober 1978: „1) Was heißt das? 2) Ist mit dem Bau schon begonnen?" Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 301. Vgl. dazu ferner Anm. 8.

8 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Ministerialdirektor Lautenschlager beantwortete Fragen des Bundesministers Genscher bezüglich der der Firma Abeking & Rasmussen am 9. September 1977 erteilten Ausfuhrgenehmigung für Unterwasserforschungsschiffe nach Südafrika: „Eine Rückfrage beim BMWi hat ergeben: 1) Die Herstellungs- und Ausfuhrgenehmigung ist deshalb bis Mitte 1980 befristet worden, weil bis dahin mit der Fertigstellung der Schiffe gerechnet wird. 2) Die Firma Abeking & Rasmussen hat im Frühjahr 1978 mit dem eigentlichen Bau der Schiffe begonnen. Mit den Vorkehrungen dazu, nämlich Holzeinkauf, Bau einer zusätzlichen Fertigungshalle, Auftragserteilung an Unterlieferanten, hatte Abeking & Rasmussen bereits im Herbst 1977 nach der Erteilung der Genehmigung begonnen." Vgl. VS-Bd. 9337 (422); B 150, Aktenkopien 1978.

9 Peter Hermes und Günther van Well.

Zur Vorbereitung dieser Rücksprache haben beide Staatssekretäre, die Abteilungsleiter 3[10] und 4[11] und die RL 320[12] und 422[13] am 24.1.79 den Fragenkomplex noch einmal besprochen.

Sie sind dabei zu der Überzeugung gelangt, daß die vorliegenden Anhaltspunkte nicht den sicheren Schluß zulassen, daß die beiden Unterwasserforschungsschiffe zu anderen als den angegebenen Zwecken, insbesondere nicht für militärische Zwecke, bestimmt sind; auch in Anbetracht der Erklärung der Werft, die diesen Sachverhalt ausdrücklich bestätigt, ist davon auszugehen, daß die südafrikanischen Besteller die Schiffe in der Tat zur Unterwasserforschung verwenden wollen. Eine solche Verwendung erscheint für ein Land wie Südafrika mit langen Meeresküsten und einem offenbaren Interesse für die Off-shore-Prospektierung nach Mineralien oder anderen wirtschaftlich ausbeutbaren Vorkommen auch sinnvoll und daher glaubhaft. Allerdings kann selbstverständlich nicht mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden, daß die Schiffe später bei entsprechendem Bedarf auch als Minenräumboote eingesetzt werden könnten; sie sind für diesen Zweck jedoch nicht speziell konstruiert und müßten dafür umgerüstet werden.

Da die Schiffe nicht für eine militärische Verwendung konstruiert sind, würde ihre Auslieferung an Südafrika nicht gegen das mandatorische Waffenembargo des VN-Sicherheitsrats verstoßen; eine bloße Eignung für eine militärische Verwendung reicht nach unserer Auslegung der SR-Resolution 418[14] nicht aus, um ein Ausfuhrverbot zu rechtfertigen. Allerdings ist nicht auszuschließen, daß uns bei einem Bekanntwerden der Lieferung dennoch eine Verletzung des Waffenembargos vorgeworfen werden könnte. Wir müßten solchen Vorwürfen mit dem Hinweis auf den zivilen Charakter der Schiffe entgegentreten.

Unter diesen Umständen sind die Staatssekretäre zu dem Ergebnis gelangt, daß keine Handhabe besteht, die bereits erteilte Ausfuhrgenehmigung zu widerrufen; sie sind sich deshalb darin einig, einen Widerruf der Ausfuhrgenehmigung – auch im Hinblick auf das hohe Prozeßrisiko, vgl. Bezugsaufzeichnung zu a) – nicht vorzuschlagen.

Es wird deshalb gebeten, dem Entscheidungsvorschlag in der Bezugsvorlage zu c) – die Antwort der Firma Abeking & Rasmussen als ausreichend zu betrachten – nunmehr zuzustimmen.

Lautenschlager

VS-Bd. 9524 (422)

10 Andreas Meyer-Landrut.

11 Hans Lautenschlager.

12 Leonhard Kremer.

13 Wiegand Pabsch.

14 Am 4. November 1977 beschloß der UNO-Sicherheitsrat einstimmig unter Bezugnahme auf Kapitel VII der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 die Resolution Nr. 418: „The Security Council [...] decides that all States shall cease forthwith any provision to South Africa of arms and related matériel of all types, including the sale or transfer of weapons and ammunition, military vehicles and equipment, paramilitary police equipment, and spare parts for the aforementioned, and shall cease as well the provision of all types of equipment and supplies and grants of licensing arrangements for the manufacture or maintenance of the aforementioned." Weiterhin sollte jegliche Zusammenarbeit mit Südafrika bei der Entwicklung oder Herstellung nuklearer Waffen eingestellt werden. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Band X, S. 41 f.

22

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit

200-350.32-35I/79 VS-vertraulich **25. Januar 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 373 Plurez

Betr.: Europäische Politische Zusammenarbeit
hier: 81. Politisches Komitee am 23./24.1.1979 in Paris

In Ergänzung der in gesondert übermitteltem Relevé de Conclusions[2] festgehaltenen Ergebnisse wird folgendes mitgeteilt:

1) TOP Mittelmeer

DK beantragte, Bericht über die politische Bedeutung Maltas für die Europäische Gemeinschaft und die Mittelmeerpolitik der westlichen Länder auf die interne Entwicklung Maltas auszudehnen, die vom Berichtsthema nicht zu trennen sei. Während Präsidentschaft in der Sache zustimmte, widersprachen NL, B und I. IRL schlug Kompromiß vor, auf den sich PK einigte: Ausführungen zur inneren Entwicklung Maltas im Teil B 2 a und b sollen vertieft werden.

In der Diskussion über die Menschenrechtsklage Zyperns gegen die Türkei vor dem Europarat begrüßten alle Teilnehmer, daß die Neun einheitliche Linie wahren und ihren Entwurf in der Abstimmung am 20. Januar durchsetzen konnten.[3] (Gewisse Reserve bei IRL.) Teilnehmer berichteten über zyprische Versuche, Abstimmung durch kräftige Interventionen in letzter Minute zu verhindern. Inte-

1 Durchdruck.
Hat Ministerialdirektor Blech zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Für den Entwurf des Relevé de Conclusions der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 23./24. Januar 1979 in Paris vgl. den Drahtbericht Nr. 347 (Coreu) der Botschaft in Paris; VS-Bd. 11078 (200).

3 Referat 200 führte am 11. August 1978 aus: „Zypern legte bei der Europäischen Kommission für Menschenrechte in Straßburg nach Ereignissen 1974 zwei Menschenrechtsbeschwerden gegen die Türkei ein. Hierüber wurde nach Bericht der Kommission und türkischem Memorandum hierzu im Komitee der Ministerbeauftragten am 21.10.1977 eine Entscheidung gefällt [...], die keine Verurteilung und nicht die Feststellung bestimmter Menschenrechtsverletzungen enthält. Die Entscheidung läßt Möglichkeit zu, daß das K[omitee für]M[inister]B[eauftragte] die Frage nach neun Monaten wieder auf die Tagesordnung bringt. [...] Unter Berufung auf die Entscheidung vom 21.10.1977 hat Zypern mit Schreiben vom 22.7.1978 an den Präsidenten des KMB Wiederaufnahme auf TO der am 11.9.1978 beginnenden 291. Sitzung des KMB gemäß Artikel 32 der Europäischen Menschenrechtskonvention mit der Begründung beantragt, die Türkei habe seit Oktober 1977 keine Maßnahmen zur Beendigung von Menschenrechtsverletzungen ergriffen." Vgl. Referat 200, Bd. 116200.
Die Referate 200 und 203 resümierten am 16. Oktober 1979 den Fortgang des Verfahrens: „1978 brachte Zypern die Angelegenheit erneut auf die Tagesordnung des Komitees der Ministerbeauftragten mit dem Ziel, eine Veröffentlichung des Berichts der Kommission durch den Europarat zu erreichen. Da wir befürchten mußten, daß die zyprische Regierung den veröffentlichten Bericht zum Anlaß nahmen würde, die darin festgestellten Menschenrechtsverletzungen gegen die Türkei einzuklagen und die Bereinigung der Menschenrechtsverletzungen zur Voraussetzung für die Wiederaufnahme der V[olks]g[ruppen]-Gespräche zu machen, war es unser Bestreben, eine Veröffentlichung des Berichts der Kommission zu verhindern. Dies gelang gegen zum Teil hartnäckigen Widerstand unter unseren Partnern in der EPZ. Mit ihrer Entschließung vom Januar 1979 betrachteten die Ministerbeauftragten die Angelegenheit vor dem Europarat als beendet und beschlossen die Aufhebung der Vertraulichkeit der Unterlagen mit Wirkung vom 31. August 1979". Vgl. Referat 203, Bd. 115920.

ressant dabei vertrauliche Ausführungen der Präsidentschaft[4] anläßlich Abendessen der Direktoren, denen[5] zu entnehmen ist, daß offenbar Zyprer gegenüber Franzosen durch allzu massives Auftreten (insbes. Versuch Kyprianous, bei Präsident Giscard d'Estaing telefonisch zu intervenieren, Anruf wurde vom Generalsekretär des Elysée-Palastes[6] entgegengenommen) kontraproduzent wirkten. Zyprisches Verhalten nach Abstimmung, soweit es sich (z.B. gegenüber Präsidentschaft) manifestierte, läßt darauf schließen, daß zyprische Regierung die Dinge nüchtern sieht und dedramatisiert (ausdrücklicher Dank von AM Rolandis gegenüber französischem Botschafter in Nikosia[7]). Bemerkenswert die laue Unterstützung zyprischen Vorstoßes durch Griechenland, was Schluß darauf zuläßt, daß griechische Regierung mit der in Straßburg gefundenen Lösung nicht unzufrieden ist. Wir haben Grund zur Annahme, daß Franzosen hochrangigen Kontakt mit Griechen aufgenommen hatten.

Es bestand Einigkeit, daß man sich nunmehr den wirklichen Problemen auf Zypern zuwenden müsse. D2[8] (unterstützt von DK) führte aus, vorgesehene Demarche der Neun bei den Beteiligten zur Unterstützung der Waldheim-Initiative solle sich – zumindest noch – nicht ausdrücklich mit der Substanz der Vorschläge des UN-Generalsekretärs identifizieren.[9] Die Lage sei im Fluß, und es sei besser, sich im Rahmen einer allgemeinen Unterstützung Waldheims einen Beurteilungsspielraum vorzubehalten. Waldheim sollte durch die Unterstützung der Neun nicht auf Einzelheiten seines Vorgehens, insbesondere nicht die Einzelheiten der Vorstellungen, die Amerikaner und Briten ihm nahegebracht haben, festgelegt werden. Präsidentschaft sagte unverzügliche Durchführung der Demarche zu.

2) TOP UN-Abrüstung

Große Aufmerksamkeit fand hier Frage einer Abstimmung zwischen den sechs im Genfer Abrüstungsausschuß vertretenen Gemeinschaftsländern und den drei Nichtmitgliedern.[10] Bisherige Praxis fand Zustimmung, doch machte Diskussion

4 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

5 Korrigiert aus: „deren".

6 Jacques Wahl.

7 Philippe Olivier.

8 Klaus Blech.

9 Zu den Bemühungen um eine Lösung des Zypern-Konflikts vgl. Dok. 5, Anm. 25.
Am 22. Januar 1979 vermerkte Referat 203, UNO-Generalsekretär Waldheim „habe dem französischen VN-Botschafter unter Bezugnahme auf das ihm noch von der deutschen Präsidentschaft aufgrund PK-Beschluß vom 12./13.12.1978 gemachte Unterstützungsangebot mitgeteilt, daß er nunmehr den Zeitpunkt für Neuner-Demarchen bei den Parteien für gegeben erachte. Nach Ansicht Waldheims sollten die Demarchen folgende Elemente enthalten: Aufforderung zur Wiederaufnahme der interkommunalen Gespräche auf der Basis des sogenannten ‚Waldheim-Papiers'; Warnung vor öffentlicher Polemik, insbesondere vor Diskussion des Inhalts der von Waldheim gemachten Vorschläge." Vgl. Referat 203, Bd. 115918.
Am 2. Februar 1979 informierte die französische EG-Ratspräsidentschaft über die von ihr gemäß Beschluß des Politischen Komitees vom 24. Januar 1979 am 27. bzw. 29. Januar 1979 bei der griechischen bzw. türkischen Volksgruppe auf Zypern durchgeführten Demarchen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 484 aus Paris (Coreu); Referat 203, Bd. 115918.

10 Botschafter Pfeiffer, Genf (CD), äußerte sich am 5. Januar 1979 zur Frage einer verstärkten Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten bei der Konferenz des Abrüstungsausschusses in Genf: „Es stellt sich aber die Frage, ob eine Beratung der Arbeit des neuen Abrüstungsausschusses in der EPZ mit dem Ziel eines abgestimmten Auftretens der EG-Länder für uns zweckmäßig ist. Im Abrüstungsausschuß gibt es eine traditionell gut eingespielte westliche Zusammenarbeit. Nach der letzten

den Stellenwert klar, der dieser Frage zukommt. (NL: Abrüstungskomitee muß Zentrum für Diskussion werden, wie wir Europäer die Abrüstung auffassen).

Präsidentschaft berichtete ausführlich über das französische Projekt einer europäischen Abrüstungskonferenz.[11] Sie solle diejenigen Faktoren im Bereich der konventionellen Rüstung erfassen, die überfallartiges Handeln ermöglichen, und damit für mehr Vertrauen sorgen. Dazu bedürfe es einer genauen Analyse der in Europa befindlichen Streitkräfte. Sowjets hätten Einwände gegen den vorgeschlagenen geographischen Erfassungsbereich erhoben (im Osten bis zum Ural) sowie dagegen, daß die Konferenz auf konventionelle Waffen beschränkt werden solle. F sei nicht davon überrascht. Es werte seinen Vorschlag aufgrund seiner inhärenten Vorteile („sa valeur propre"), aber auch, weil durch die Konferenz ein permanenter Abrüstungsdruck auf die Länder des Warschauer Pakts ausgeübt werde. Der Wert der Konferenz werde stark von der Unterstützung abhängen, die das Projekt aus dem Westen erhalte.

D2 führte aus, sowjetischer Einwand gegen ausschließliche Behandlung konventioneller Rüstung lasse Schluß zu, daß sowjetische Seite Nuklearwaffen einbeziehen wolle, Ablehnung geographischen Erfassungsbereichs lasse dagegen offen, was Sowjets konkret wünschen.[12] F antwortete, keine Anhaltspunkte für konkrete sowjetische Gegenvorstellungen zu haben.

Nach Auffassung von F dürfen Vorbereitungsarbeiten nicht zu sehr ins Detail getrieben werden, da andernfalls Konferenz bereits im Vorfeld erstickt wird.

Andererseits müsse man noch weiterarbeiten, um zu sehen, ob es eine gemeinsame Basis gebe. (Mérillon: „Nous sommes prudents dans une affaire qui est importante".) Frage der „Chronologie" stelle sich noch nicht.

IRL wies auf Komplexität der Materie hin und zeigte sich skeptisch hinsichtlich Möglichkeit. D2 entgegnete, die EPZ habe zwei Aspekte: Die Demonstration der Kohäsion unter den Neun nach außen, aber auch den ständigen Versuch nach innen, einen Konsens herzustellen. Unter dem zweiten Aspekt müßten zunächst die Möglichkeiten der internen Diskussion ausgeschöpft werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 100

Erweiterung des Ausschusses gehören der westlichen Gruppe jetzt folgende zehn Mitgliedsstaaten an [...]: Australien, Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Niederlande, USA. Die Zusammenarbeit in dem neuen erweiterten Kreis hat auf unsere Anregung hin bereits in New York während der letzen GV begonnen. [...] Bei einer auf die EPZ-Mitglieder begrenzten westlichen Abstimmung ist zu bedenken, daß diesem Kreis mit Irland und Dänemark zwei Staaten angehören, die nicht Mitglied des Abrüstungsausschusses sind. Von Dänemark ist bekannt, daß es die Mitgliedschaft anstrebt. Dieses Land wird sich – und das ist bereits in New York während der sonst ausgezeichneten Zusammenarbeit der Abrüstungsexperten in der EPZ deutlich geworden – bei seinen Entscheidungen zu Fragen des Abrüstungsausschusses davon leiten lassen, ob sie seinem Ziel der Vollmitgliedschaft dienen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 10; Referat 222, Bd. 113000.

11 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 3, Anm. 16.

12 Gesandter Lahusen, Paris, berichtete am 14. September 1978, das französische Außenministerium habe ihm zu den UNO-Konsultationen mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Israeljan, vom Vortag in Paris mitgeteilt: „Zum französischen Vorschlag der Europäischen Abrüstungskonferenz habe sich Israeljan erwartungsgemäß weiter zurückhaltend gezeigt. Insbesondere habe er bemängelt, daß der Vorschlag keine Kontrolle über amerikanische Territorien und über amerikanische (konventionelle) Streitkräfte in Gebieten um die SU herum vorsehe. Den letzteren Gedanken habe er aber nicht näher erläutert, so daß für die französische Seite offen geblieben sei, ob damit z. B. auch der Iran gemeint sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2735; Referat 221, Bd. 112973.

3) TOP KSZE

Präsidentschaft berichtete über informelles Treffen der Neun in Genf am 22.1. mit Exekutivsekretär Naudi und Botschafter Saliba.[13] Eingehende Diskussion ergab Konsens, daß Vorschlag eines informellen Treffens der 35 KSZE-Teilnehmerländer am Vorabend der Eröffnungssitzung angenommen werden solle. Allerdings sollten – auch gegenüber SU – Grenzen eines solchen Treffens klargestellt werden (DK: Wir sollten ein klares „caveat" aussprechen). Dazu gehöre, daß jedes auf dem informellen Treffen hergestellte Einvernehmen am Tage darauf ratifiziert werden müsse. Ziel des Treffens sei es, wenn möglich, Fragen prozeduraler Art aus dem Wege zu räumen, die am 13. Februar die Konferenz in Schwierigkeiten bringen könnten (insbes. Stellung der „participating non-participants").

Alle Teilnehmer waren sich einig, daß jede Politisierung des Treffens von Valletta, die von der eigentlichen Funktion der KSZE als Instrument multilateraler Ost-West-Entspannung ablenke und Madrid[14] belasten könne, verhindert werden müsse. Schon dies schließe eine Teilnahme der PLO aus, falls eine solche (wie angedeutet) vom Osten gesucht werde. Im übrigen sei in der Helsinki-Schlußakte nur von „den nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten" die Rede.[15]

Sachliche Vorschläge, die sich im Rahmen des Mandats zu halten hätten, sollten konkret und in seriösem Ton (I) behandelt werden. Präzedenzwirkungen für Madrid seien zu vermeiden. D 2 führte aus, die Sonderrolle, die dem Valletta-Treffen zukomme, verbiete eine Diskussion von Sicherheitsfragen (diese gehörten in den Ost-West-Kontext). Menschenrechtsfragen spielten sicher nicht die gleiche Rolle wie auf der KSZE, die Betonung habe auf wirtschaftlichen und kulturellen Fragen zu liegen. Im Prinzip handele es sich für uns im Hinblick auf die Ost-West-Entspannung um eine „damage-limiting operation", was uns nicht davon abzuhalten brauche, konkrete Ergebnisse zu suchen.

In Diskussionen über die Vorbereitung des Treffens von Madrid führte UK aus, der Westen habe in Belgrad[16] Fehler gemacht. Erste Phase, die kritische Bewer-

13 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß am 13. Februar 1979 in Valletta ein Expertentreffen zum Mittelmeerraum einberufen werden sollte, um Möglichkeiten für wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zu prüfen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 248.
Botschafter Fischer, Genf (Internationale Organisationen), berichtete am 23. Januar 1979: „EG-Präsidentschaft lud 22.1. in Genf anwesenden Exekutivsekretär Naudi zusammen mit Ständigem Vertreter Maltas (M) zu informellem Gedankenaustausch über Vorbereitung KSZE-Expertentreffen in Valletta ein. [...] Fragen an Naudi ergaben, daß er sich noch wenig Gedanken gemacht hat. Obgleich drei Monate im Amt, will er bislang nur Kontakte mit vier Neutralen, Ägypten, Algerien und Ungarn in Genf, sowie mit SU und USA in Valletta gehabt haben. [...] Nach Gespräch mit Exekutivsekretär hat Vertretung den Eindruck, daß mit Wahl Naudis zum Exekutivsekretär organisatorischer Ablauf Treffens in Valletta schwierig sein wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 92; Referat 212, Bd. 116383.

14 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247.

15 Für den Wortlaut der Erklärung über „Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 945 f.

16 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 320 und Dok. 373, und AAPD 1978, I, Dok. 16, Dok. 24, Dok. 25, Dok. 60 und Dok. 88.

tung des Erreichten bringen sollte, sei[17] in Polemik ausgeufert (insbesondere US-Delegierter Goldberg). Man sei so nie zu zweiter Phase der Prüfung konkreter Projekte durchgestoßen. Außerdem habe jeder Teilnehmer Vorschläge auf den Tisch gelegt. Insgesamt seien es 80 bis 100 gewesen, und die Konferenz habe sich beim besten Willen nicht mit allen beschäftigen können. Man solle jetzt reinen Tisch machen und eine neue, realistische Liste von Vorschlägen ausarbeiten, von denen man ausgehen könne, daß sie angenommen würden. Unter keinen Umständen solle der Westen mit 80 bis 100 „Albatrossen" am Hals nach Madrid gehen. D 2 führte aus, man müsse unterscheiden zwischen interner Lagekritik und der Frage der Präsentation in den bilateralen Sondierungen mit den Ländern des Ostens. Nur mit der Frage der Präsentation habe sich die Arbeitsgruppe befassen wollen. Es wäre falsch, bei den Partnern den Eindruck entstehen zu lassen, wir distanzierten uns heute von der Substanz der damaligen Vorschläge. Im Gegenteil, es müsse klar sein, daß wir in der Sache unsere Auffassung nicht geändert hätten.

Von UK gebrauchter Ausdruck „Neubeginn" (to start afresh) sei irreführend. NL und I stimmten D 2 zu.

Problem in Belgrad sei nicht Zahl der Projekte gewesen, sondern Streit über Natur des Schlußdokumentes[18]. Wir dürften in Kontakten mit östlichen Ländern jetzt nichts präjudizieren und müßten in Grundsatzfragen festbleiben. D 2 führte aus, erst wenn wir uns über alle Aspekte des Madrider Treffens (z. B. Organisation Schlußdokument etc.) Gedanken gemacht hätten, könnten wir sinnvoll über Vorschläge sprechen.

4) Top Espace judiciaire[19]

PK einigte sich darauf, daß das Übereinkommen zur Anwendung des Europäischen Übereinkommens über eine Bekämpfung des Terrorismus zur Zeichnung aufgelegt werden soll, sobald in Kürze die technischen Voraussetzungen geklärt

17 Korrigiert aus: „habe".

18 Für den Wortlaut des abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 246–248.

19 Vortragender Legationsrat I. Klasse von der Gablentz vermerkte am 29. März 1978: „Von französischem Präsidenten auf letztem Europäischen Rat im Dezember 1977 entwickelte Idee der Schaffung eines einheitlichen europäischen Rechtsraums der Strafverfolgung (espace judiciaire) wurde von uns als sinnvolle europapolitische Initiative begrüßt. Thema ist Gegenstand der Arbeiten der Arbeitsgruppe hoher Beamter der neun Justizminister, die aufgrund Auftrags des Europäischen Rats von 1976 an Justizminister zur Ausarbeitung eines Übereinkommens der Neun gegen den Terrorismus gebildet wurde. Arbeitsgruppe, die Mitte April wieder zusammentritt, hat Erörterungen über belgischen Entwurf einer Vereinbarung, durch die die Neun sich untereinander zur Anwendung des Europaratsübereinkommens über die Bekämpfung des Terrorismus verpflichten, weitgehend abgeschlossen. Sie befaßt sich – aus Gründen rechtlicher Schwierigkeiten in längerer Perspektive – ebenfalls mit dem französischen Vorschlag eines generellen, nicht auf terroristische Akte beschränkten Auslieferungsübereinkommens für schwere Straftaten, der von französischer Seite als wesentliches Element eines europäischen Rechtsraums der Strafverfolgung angesehen wird." Vgl. Referat 200, Bd. 111264. Botschafter Herbst, Paris, informierte am 23. Januar 1979 über den Stand der Beratungen: „In der Zeit vom 16. bis 19. Januar d. J. hat in Paris eine Expertensitzung von Vertretern der neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft zur Frage der Schaffung eines Europäischen Rechtsraums (Espace judiciare) stattgefunden. wie hierzu im französischen Außenministerium zu erfahren war, ist auf dieser Sitzung ausschließlich das Problem der Auslieferungen erörtert worden. Weitere Expertensitzungen sollen zwischen dem 7. und 9. März d. J. sowie dem 28. und 30. März 1979 in Paris abgehalten werden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 296; Referat 200, Bd. 119449.

sind.[20] Eine feierliche „kollektive" Unterzeichnungszeremonie ist nicht vorgesehen. Bis zur Konferenz der Justizminister im April[21] soll eine möglichst hohe Anzahl von Zeichnungen vorliegen.

Französischer, bei Treffen der Hohen Beamten vorgebrachter Vorschlag, Bereiche des Zivilrechts in den Espace judiciaire einzubeziehen, stieß bei einer Reihe von Partnern auf mehr oder minder große Skepsis (DK, NL, UK). D 2 begrüßte Gedanken im Grundsatz (positiv auch I, B wies auf Aktivitäten der Gemeinschaft im Rechtsbereich hin).

Von UK aufgeworfene Frage, ob es sinnvoll sei, diesen Problembereich im Rahmen der EPZ zu behandeln (warum nicht „Cooperation judiciaire") beantwortete NL mit Hinweis, daß Frage nach Natur der Zusammenarbeit Probleme aufwerfe. Es gebe in den NL Leute, die ohnehin der Meinung seien, die intergouvermentale Zusammenarbeit lenke vom Kern europäischer Einigung, den Römischen Verträgen[22] und den auf ihnen basierenden Institutionen ab.

5) TOP Euro-Arabischer Dialog

Bewertung der Sitzung Allgemeiner Kommission fiel positiv aus.[23] Teilnehmer bemängelten zum Teil (NL), daß europäische Seite einseitig auf arabische Kri-

20 Mit Ausnahme von Irland und Malta unterzeichneten alle Mitgliedstaaten des Europarats auf der Tagung des Ministerkomitees des Europarats am 27. Januar 1977 in Straßburg das Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1137, S. 93–111. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 139–142.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit vermerkte am 29. Januar 1979 zur Unterzeichnung des Übereinkommens zur Anwendung des Europäischen Übereinkommens über eine Bekämpfung des Terrorismus: „Ich habe heute MR Walther vom BMJ angerufen und ihm einen kurzen Bericht über den Verlauf der Debatte zum Bezugsthema im PK und am Rande des PK gegeben. Auf der Grundlage des handschriftlichen Vermerks von Herrn D 2 vom 26.1.1979 habe ich Herrn Walther alsdann über die Bitte der Franzosen unterrichtet, die Unterzeichnung des Übereinkommens wenn möglich ohne große Publizität vorzunehmen, um Frankreich, das sich aus bekannten Gründen noch nicht zur Unterzeichnung in der Lage sähe, einen embarras zu ersparen. Herr Walther sagte mir zu, daß er diesen Wunsch mit der Spitze seines Hauses aufnehmen werde. Er könne sich jedoch vorstellen, daß der Minister darauf Wert lege, das Abkommen, das sich gegen den Terrorismus richte, in gebührender Wiese publik zu machen." Vgl. Referat 200, Bd. 119449.

21 Am 23. April 1979 fand in Paris eine Konferenz der Justizminister der EG-Mitgliedstaaten statt.

22 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

23 Der Vorschlag eines Europäisch-Arabischen Dialogs wurde von Vertretern der Arabischen Liga am 14./15. Dezember 1973 der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten in Kopenhagen unterbreitet. Auf der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10./11. Juni 1974 wurde beschlossen, den Dialog über eine Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, technologischem und kulturellem Gebiet zu beginnen. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 167. Das erste Expertentreffen im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs fand vom 10. bis 15. Juni 1975 in Kairo statt.
Referat 310 hielt am 22. Januar 1979 zur Arbeit der Allgemeinen Kommission des Europäisch-Arabischen Dialogs fest: „Die vierte Sitzung der Allgemeinen Kommission (AK), die unter gemeinsamer deutsch-syrischer Präsidentschaft vorbereitet und durchgeführt wurde, hat den Dialog aus der Phase der Stagnation herausgeführt und Perspektiven für substantielle Fortschritte in der Zukunft eröffnet. Der fortgesetzte Widerstand der Europäer gegen die erneut mit Nachdruck vorgetragenen politischen Forderungen der Araber (Anerkennung der PLO und gemeinsame Verurteilung Israels) und die Reserve der Europäer gegenüber wiederholtem arabischen Wunsch nach einem EAD-Treffen auf Ministerebene haben sich nicht nachteilig auf die Konferenz ausgewirkt. [...] Die vierte AK hat jedoch auch deutlich gemacht, daß die Fortführung des Dialogs angesichts der europäischen Zurückhaltung im politischen Bereich für die arabische Seite nur dann von Interesse ist, wenn die europäische Seite zu verstärktem Engagement im wirtschaftlich-technischen Bereich bereit ist. Für die Zukunft des Dialogs wird es daher entscheidend darauf ankommen, ob es gelingt, die Zusammenarbeit in diesem Bereich auf ein Niveau anzuheben, das den gemeinsamen Wunsch nach ‚special

tik fixiert sei. Sie habe in einer Reihe von grundsätzlichen Fragen wohlbegründeten Standpunkt, den sie auch nicht ständig wechsele, wie dies bei arabischen Partnern hin und wieder zu beobachten sei (UK). Arabische Seite müsse im übrigen gegenüber europäischen politischen Anliegen gleiche Aufgeschlossenheit zeigen, wie sie die Neun gegenüber Problemen des Nahen Ostens aufgebracht hätten.

D2 führte aus, bei arabischem Petitum einer Euro-Arabischen Konferenz auf Ministerebene müßten die Neun das politische „Umfeld" in Betracht ziehen. Zunächst müßte das Schicksal der israelisch-ägyptischen Friedensbemühungen[24] und die Reaktion der anderen arabischen Staaten auf ein eventuelles Ergebnis dieser Bemühungen abgewartet werden. Es wäre sehr schlecht, wenn bei einer solchen Konferenz auf arabischer Seite Lücken aufträten. Konferenz sollte arabischen Zusammenhalt fördern. Sie sollte daher erst konkret ins Auge gefaßt werden, wenn sich die Lage geklärt habe.

UK warnte, Ungeduld („frustration") der PLO zu ernst zu nehmen. PLO habe weder Sicherheitsratsresolution 242[25] akzeptiert, noch positiv zur Erklärung des Europäischen Rates vom Juni 1977[26] Stellung genommen. Es sei an ihr, Bewegung zu zeigen. Eine Ministerkonferenz könne erst stattfinden, wenn die Minister der Neun der arabischen Seite etwas zu sagen hätten. Bei der gegenwärtigen Lage im Mittleren Osten sei dies nicht der Fall.

6) TOP Nahost

Ein kurzer Meinungsaustausch zum Iran[27] ergab, daß die Vertreter der Neun in Teheran Abstimmung über aktuelle Lage vornehmen sollen, während die Arbeitsgemeinschaft sich mit langfristigen und grundsätzlichen Aspekten dortiger Entwicklung befaßt. Eine Studie über die islamischen Bewegungen wurde als sehr nützlich angesehen, soll jedoch gesondert behandelt werden. Die Zusammenarbeit der Botschaften der Neun in Teheran wurde sehr positiv gewürdigt. Französische Präsidentschaft betonte, die Zusammenarbeit wie unter deutscher Präsidentschaft fortsetzen zu wollen.

7) TOP Asien

Meinungsaustausch über Lage in Kambodscha[28] ergab, daß die Neun ohne Ausnahme Staaten, nicht Regierungen, anerkennen. Frage der „Anerkennung" neu-

Fortsetzung Fußnote von Seite 104

relationship' zwischen dem Europa der Neun und den Staaten der Arabischen Liga glaubwürdig erscheinen läßt." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 125035.

24 Der amerikanische Sonderbeauftragte für den Nahen Osten, Atherton, besuchte vom 16. bis 28. Januar 1979 Israel und Ägypten. Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler vermerkte dazu am 1. Februar 1979: „Ägypten und Israel machen sich gegenseitig für den Mißerfolg der Atherton-Mission verantwortlich und bleiben bei ihren bisherigen Positionen; gleichzeitig erklären sie jedoch übereinstimmend ihre Bereitschaft zu weiteren Verhandlungen." Ursache hierfür sei der „fortbestehende Zielkonflikt. Israel will die besetzten Gebiete nicht freigeben, wie AM Dayan in Brüssel auch öffentlich bestätigte. Ägypten muß zumindest auf Offenhalten der in SR-Res[olution] 242 festgelegten Positionen beharren. Israel hatte offenbar bis zuletzt geglaubt, daß ein Separatfrieden mit Ägypten zu erzielen sei und die Autonomieregelung im Hinblick auf fehlende Mitwirkung der übrigen Araber scheitern werde." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135594.

25 Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 20.

26 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats über den Nahen Osten vom 29. Juni 1977 vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 516 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 174.

27 Zur Lage im Iran vgl. Dok. 5, Anm. 7.

28 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 30.

er kambodschanischer Regierung durch förmliche Kontakte stelle sich wohl zuerst in internationalen Gremien (bei Beglaubigung der Vertreter Kambodschas), für den Bereich der UNO jedoch frühestens im Frühjahr 1979[29], da die Generalversammlung jetzt zu Ende gehe[30] und niemand dem derzeitigem kambodschanischen Vertreter[31] die credentials entziehen werde. Es bestand Einigkeit, daß das neue Regime in Kambodscha das Land noch nicht kontrolliert und die Lage im Fluß ist. D2 führte aus, wir würden Reaktionen Dritter Welt, aber auch industrialisierter pazifischer Staaten (Japan, Australien) in unsere Überlegungen einbeziehen. Besonders gelte dies für die ASEAN-Staaten, denen dies auch bilateral mitgeteilt worden sei. Es sei damit zu rechnen, daß kein ASEAN-Land Konfrontation mit Hanoi riskieren werde.

UK und B forderten zu Konsultationen im Neunerkreis auf, falls sich die Frage der Behandlung neuer Regierung (etwa in internationalen Organisationen) stelle. (UK: „Harmony should be kept among the Nine, nobody should rush into action.") Präsidentschaft nahm allerdings diesen Gedanken nicht in Zusammenfassung des Konsenses auf. Belgischer Vorschlag einer gemeinsamen Erklärung der Neun zur Lage in Kambodscha fand in diesem Stadium keinen Anklang.

Haltung gegenüber Vietnam: Einigkeit, daß Aggression vorliegt. Soweit Entwicklungshilfe an Vietnam gegeben wurde, werden wohl von fast allen Partnern bestehende Verpflichtungen erfüllt, neue jedoch nicht eingegangen. Auskünfte von F waren in diesem Punkt nicht eindeutig. UK kündigte an, es werde sich in Brüssel Vorschlägen der EG-Kommission für Entwicklungshilfe an Vietnam widersetzen. I teilte mit, Vietnam befürchte besonders, von westlicher Hilfe abgeschnitten zu werden (Gespräch mit vietnamesischem Botschafter in Rom[32]).

8) TOP Lateinamerika

Direktoren beschlossen, daß die Arbeitsgemeinschaft Lateinamerika ihre Arbeiten intensivieren wird (dafür insbesondere I), Arbeitsgemeinschaft müsse einerseits konkreter, aber gleichzeitig auch differenzierter vorgehen. Untersuchungen sollen sich auch darauf beziehen, welche Interessen Europäer in Lateinamerika hätten, welche Erwartungen bei den Lateinamerikanern bestünden und wo reale Möglichkeiten für Intensivierung der Beziehungen nicht ausgeschöpft seien. NL verlangten Einbeziehung der Karibik.

9) TOP Mißbrauch diplomatischer Privilegien

PK beschloß, daß die Gruppe der Protokollchefs zusammentreten soll, um sich u.a. mit dem bisher in einer Untergruppe behandelten Themenbereich des Mißbrauchs und der Verletzung diplomatischer Privilegien zu befassen.[33]

29 Korrigiert aus: „1978".

30 Die XXXIII. UNO-Generalversammlung tagte vom 19. September 1978 bis 31. Mai 1979 in New York.

31 Thiounn Prasith.

32 Nguyen Anh Vu.

33 Ministerialdirektor Fleischhauer vermerkte am 14. Januar 1979: „Die Untergruppe ‚Mißbrauch/Verletzung diplomatischer Privilegien' der EG-Protokollchefs, die auf unsere Initiative während unserer zweiten Präsidentschaft gebildet wurde, hat den Protokollchefs zwei Entwürfe für eine Erklärung der Außenminister über den Mißbrauch des diplomatischen/konsularischen Kuriergepäcks vorgelegt. [...] Das Politische Komitee hat ins Auge gefaßt, den Ministern die Abgabe einer entsprechenden Erklärung bei deren nächster EPZ-Zusammenkunft im März 1979 vorzuschlagen." Fleischhauer legte dazu des weiteren dar: „Eigentlicher Zweck der Erklärung soll sein, der Öffentlichkeit einzelner EG-Staaten, in denen sich bewaffnete Zwischenfälle mit anderen Botschaften ereignet haben, zu

10) TOP Entwicklung der EPZ

Französischer Terminkalender, der ein turnusmäßiges EPZ-Ministertreffen en marge des Europäischen Rates[34] vorsieht, stieß auf Kritik einiger Partner. Es besteht Befürchtung, daß auf diese Weise EPZ-Treffen abgewertet werden. Es bestand Einigkeit, daß auf jeden Fall auch dann, wenn EPZ-Ministertreffen mit Europäischem Rat zeitlich verbunden wird, organisatorisch sichergestellt sein muß, daß es sich um ein gesondertes Treffen handelt (z.B. durch Aufstellen regulärer Tagesordnung). Frage der Fortentwicklung der EPZ-Strukturen wurde aufgeworfen. Dabei kam auch zur Sprache, ob Mandat der Drei Weisen auch EPZ abdeckt, nach überwiegender Auffassung ist dies nicht der Fall.[35] PK beschloß daher, Korrespondenten zu beauftragen, zu diesem Bereich einen Fragen- und Problemkatalog zu erarbeiten, den die Politischen Direktoren auf ihrem informellen Treffen am 23. März zur Grundlage ihrer Diskussion machen wollen. Direktoren werden sich aufgrund dieser Diskussion schlüssig werden, ob aus EPZ heraus Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsweise parallel zu den EG-bezogenen Vorschlägen entwickelt werden und die Minister um ein entsprechendes Mandat gebeten werden sollten.

[gez.] Stabreit

VS-Bd. 11078 (200)

Fortsetzung Fußnote von Seite 106

zeigen, daß etwas gegen den Mißbrauch diplomatischer Privilegien getan wird, der im Zusammenhang mit dem internationalen Terrorismus steht oder gebracht wird. [...] Bei der Erklärung müssen wir jedoch an die mit ihr verbundene Selbstbindung denken. Das allgemeine Völkerrecht schränkt zwar – ebenso wie das WÜD – die Benutzung des Kurierweges auf die amtlichen Zwecke der Botschaften ein. Die Versendung von Waffen per Kuriersack, um die es den Autoren der Erklärung in erster Linie geht, ist danach weder ausdrücklich erlaubt, noch ausdrücklich verboten. Eine zu deutliche Fassung der Erklärung würde daher geeignet sein, für die Autoren wie eine authentische Interpretation des geltenden Völkerrechts zu wirken, und zwar in einem restriktiven Sinn. Dabei ist zu beachten, daß in unserer Praxis Referat 118 Waffen und Munition einschl[ießlich] Übungsmunition für BGS-Beamte und ins Ausland abgeordnete Begleitschutzbeamte des BKA versendet. Der Versand erfolgt auch in Staaten, die das Führen von Waffen durch unsere Beamten zwar stillschweigend dulden, bei denen aber nicht abzusehen ist, ob sie auf entsprechenden Antrag die ausdrückliche Zustimmung erteilen würden. Es hat in der Vergangenheit auch Fälle gegeben, in denen der Versand von Waffen gegen den Willen der Empfangsstaaten angezeigt erschien." Vgl. VS-Bd. 10776 (502); B 150, Aktenkopien 1979.

34 Zur Tagung des Europäischen Rats am 12./13. März 1979 in Paris vgl. Dok. 83.

35 Mit Schreiben vom 12. September 1978 an die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedsstaaten schlug Staatspräsident Giscard d'Estaing die Ernennung von „Drei Weisen" vor, die sich mit den Problemen der Erweiterung der EG befassen sollten. Vgl. dazu LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1978, III, S. 47.
Auf der Tagung des Europäischen Rats vom 4./5. Dezember 1978 in Brüssel wurde ein Ausschuß bestehend aus dem ehemaligen niederländischen Ministerpräsidenten Biesheuvel, dem ehemaligen britischen Handelsminister Dell und dem ehemaligen Vizepräsidenten der EG-Kommission, Marjolin, eingesetzt, der über Anpassung der Organe der EG im Hinblick auf bevorstehende Erweiterung beraten und seine Schlußfolgerungen im Oktober 1979 vorlegen sollte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1978, S. 104. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 380.

23

Botschafter Schlagintweit, Djidda, an das Auswärtige Amt

114-293/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 28. Januar 1979, 08.40 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 114 **Ankunft: 28. Januar 1979, 11.13 Uhr**

Bitte Staatssekretär von Schoeler vorzulegen

Betr.: Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien in Sicherheitsfragen

Mit der Bitte um Weisung

1) In einem längeren Gespräch, das ich vor einigen Tagen mit dem saudischen Innenminister Prinz Nayif ibn Abdul Aziz, einem Halbbruder des Königs[2] und Vollbruder des Kronprinzen[3] führte, bat dieser mich um deutsche Hilfe auf dem Gebiet einiger sensibler Gebiete des Sicherheitswesens. Eins von ihnen wird bereits zwischen der saudischen Botschaft und dem Innenministerium diskutiert, das zweite ist neu. Beide dürften zum Teil auch in den Zuständigkeitsbereich des Bundeskanzleramts fallen. Ich schlage vor, diesen Gesamtkomplex während meines Aufenthalts in Bonn in den beiden nächsten Wochen mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Innenministerium, von Schoeler, der während seines Besuchs in Riad zum Teil hierauf angesprochen worden ist[4], sowie ggf. mit dem Bundeskanzleramt persönlich zu besprechen.

2) Eingangs legte der Minister dar, daß Saudi-Arabien als eines der reichsten Länder der Welt und als antikommunistischer Staat besonders ausgeprägte Sicherheitsbedürfnisse habe. Die Entwicklung im Iran[5], die hier u.a. im Zusammenhang mit der Errichtung einer stärkeren sowjetischen Präsenz im Südjemen, Äthiopien und Afghanistan[6] sowie mit den innenpolitischen Schwächezeichen

1 Hat Vortragendem Legationsrat Lambach am 31. Januar 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hier würde die von Schlagintweit erwähnte Analyse der Sicherheitslage Saudi-Arabiens interessieren."
Hat Legationsrat I. Klasse Plischka am 1. Februar 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „2) Ref[erat] 311 um Vorlage des Berichts bei Ref. 300 gebeten. 3) zurück an 300."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Montfort am 4. Februar 1979 vorgelegen.
Hat Lambach am 6. Februar 1979 erneut vorgelegen, der für Oberamtsrat Mangold handschriftlich vermerkte: „B[itte] prüfen, wer zuständig."
Hat Mangold am 7. Februar 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ref[erat] 311 hat das Arbeitsexemplar."

2 Khalid ibn Abdul Aziz al-Saud.

3 Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud.

4 Parlamentarischer Staatssekretär von Schoeler, Bundesministerium des Innern, hielt sich vom 20. bis 22. Dezember 1978 in Saudi-Arabien auf.

5 Zur Lage im Iran vgl. Dok. 5, Anm. 7.

6 Botschafter Schlagintweit, Djidda, skizzierte am 18. September 1978 die Sorge Saudi-Arabiens über den wachsenden Einfluß der UdSSR: „Saudi-Arabien hat das Vordringen der sowjetischen Präsenz vor allem am Horn von Afrika, aber auch in Afghanistan, mit einem wachsenden Gefühl der Bedrohung und der Sorge vor allmählicher sowjetischer Einkreisung verfolgt. Hatte es durch erhebliche Hilfszahlungen zur Ausbootung der Sowjetunion in Somalia beitragen können, so mußte es im Gefolge des Ogaden-Krieges dem Ausbau der militärischen Präsenz der Sowjets und ihrer Verbündeten in Äthiopien angesichts des Fehlens eigener militärischer Möglichkeiten weitgehend ohnmächtig und mit steigender Enttäuschung über die Abstinenz des Westens zusehen. [...] Das Horn von Afrika ist in jüngster Zeit als Quelle der Beunruhigung für die Saudis zunehmend vom Südjemen verdrängt worden. Die gewaltsame Ausschaltung des Präsidenten Salem Rubayi hat alle

in der Türkei[7] und in Pakistan[8] gesehen wird, und von der man befürchtet, daß sie der Sowjetunion erlaubt, in einer umfassenden Bewegung sich der Ölgebiete des Mittleren Ostens zu nähern, habe diese Bedürfnisse verstärkt.

Deutschland genieße, fuhr der Minister fort, besonderes Vertrauen. Man fühle sich der deutschen Führung seit den Staatsbesuchen der Regierungschefs[9] und der Außenminister[10] besonders verbunden und schätze die deutsche Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit.

3) Die saudische Regierung bäte daher – neben der Ausbildung und Ausrüstung einer Antiterrorgruppe entsprechend GSG 9 (Drahtbericht Nr. 113 vom 27.1.) auf folgenden Gebieten um die Hilfe der Bundesregierung:

a) Hinsichtlich von Monitor-Einrichtungen und Richtungssuchern stehen die saudische Botschaft und Angehörige seines Ministeriums bereits seit anderthalb Jahren im Gespräch mit dem Bundesinnenministerium. Leider sei es noch nicht gelungen, auf dem wichtigen Gebiet der Ausbildung Klarheit zu erlangen. Der saudischen Regierung gehe es nicht nur um entsprechendes Gerät, das sie gerne und zu jedem von uns für richtig gehaltenen Preis in Deutschland kaufen wolle. Mindestens ebenso wichtig sei die Schulung von Fachpersonal, damit das Gerät nicht nutzlos verkommt.

Dies gilt vor allem für Crypto-Analyse, Verschlüsselung und Entschlüsselung sowie Informationsanalyse. Diese Schulung könne nicht kommerziell erworben werden. Regierungsstellen müßten helfen. Es war dem Minister bewußt, daß eventuell nicht nur das BMI in Frage kommt, sondern auch Dienststellen des Bundeskanzleramts. Er seinerseits legte, wie er mir auf eine Frage, ob die Dien-

Fortsetzung Fußnote von Seite 108

saudischen Hoffnungen auf eine allmähliche Lockerung der Bindung Adens zum Osten schlagartig zunichte gemacht und der saudischen Führung die Erkenntnis aufgedrängt, daß die von der ersten sowjetischen Basis auf der Arabischen Halbinsel ausgehende Gefährdung für die konservativen Staaten in Zukunft eher noch zunehmend dürfte." Vgl. den Schriftbericht Nr. 617; Referat 311, Bd. 119948.

7 Zur Wirtschafts- und Finanzlage der Türkei vgl. Dok. 2, Anm. 19.

8 Am 23. November 1978 zeichnete Referat 340 folgendes Bild von der inneren Lage Pakistans: „Im Innern sind die Folgen des Sturzes Bhuttos nicht überwunden. Die Regierung des gelernten Militärfachmanns Zia ul-Haq ist, auch nach der Einsetzung eines zivilen Kabinetts, immer noch ein Provisorium. Das Bemühen Zias, das Land durch seine ‚Re-Islamisierung' auf Pakistans ‚raison d' être', den Islam, zu verpflichten, lähmt die Kräfte des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts. Zur Stunde ist ungewiß, ob eine in Aussicht stehende endgültige Verurteilung und Exekution Bhuttos das Land in neue innere Unruhen stürzen und im Außenverhältnis Pakistans nachbarschaftliche Beziehungen (Iran, Saudi-Arabien) beeinträchtigen wird. Dabei bedarf das Land zumindest einer ruhigen Entwicklung, um seine drückenden wirtschaftlichen Probleme angehen zu können. Der Export qualifizierter Facharbeiter in die Ölländer bringt kurzfristig Devisen, bedeutet aber einen Aderlaß an Ressourcen." Vgl. Referat 340, Bd. 107674.

9 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 29. bis 31. Mai 1976 in Saudi-Arabien auf. Für die Gespräche mit Kronprinz Fahd vgl. AAPD 1976, I, Dok. 164.
Kronprinz Fahd besuchte vom 21. bis 23. Juni 1978 die Bundesrepublik. Für die Gespräche mit Schmidt am 21./22. Juni 1978 vgl. AAPD 1978, I, Dok. 195 und Dok. 197.

10 Der saudi-arabische Außenminister Prinz Saud al-Faisal hielt sich am 29./30. Juli 1978 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 29. Juli 1978 vgl. VS-Bd. 525 (014); B 150, Aktenkopien 1978.
Prinz Saud al-Faisal besuchte am 13./14. September 1978 die Bundesrepublik. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 14. September 1978 vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 46; B 150, Aktenkopien 1978. Für sein Gespräch mit Bundesminister Genscher am 14. September 1978 vgl. AAPD 1978, II, Dok. 265.
Prinz Saud al-Faisal hielt sich am 19. Januar 1979 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 19. Januar 1979 vgl. Dok. 17.

ste nicht in Verbindung stünden, antwortete, Wert darauf, diesen Komplex in seiner unmittelbaren Nähe bearbeitet zu wissen.

Aus dem Gespräch, das ich im Anschluß daran mit seinem Mitarbeiter führte, kam eine gewisse Ungeduld darüber zum Ausdruck, daß sich die Behandlung dieser Frage nun schon seit langem hinschleppe, ohne daß man weiter komme. Man hoffe auf saudischer Seite auf eine baldige positive Entscheidung. Auch im negativen Fall wüßte man gerne bald Bescheid, damit nicht kostbare Zeit verloren geht.

b) Entsprechende Hilfe erbat der Minister auch auf dem für die der Entdeckung und Entfernung von Abhörgeräten (bugs).[11] Am liebsten würde man einen zuverlässigen Fachmann aus dem Bundesdienst ausleihen. Sollte das nicht möglich sein, so wären auch gelegentliche Besuche willkommen, bei denen die Regierungsbüros auf Abhörgeräte abgesucht werden.

4) Ich bin mir klar darüber, daß es sich hier um sehr delikate Materien handelt, darf aber auch hier darauf aufmerksam machen, daß wir mit der Erfüllung dieser Wünsche eine Möglichkeit haben, eine politisch bedeutsame Zusammenarbeit zu vertiefen, ohne in Konflikte mit den Grundsätzen unserer Rüstungsexportpolitik[12] zu geraten.

Die Botschaft hat in einer ausführlichen Analyse darauf hingewiesen, daß sie die saudische Regierung und die hiesige politische Struktur für gefestigt hält und eine Ansteckung der iranischen Krankheit für eine überschaubare Zeit nicht zu erwarten ist.[13] Saudi-Arabien ist im Gegenteil das wahrscheinlich stabilste Land im Mittleren Osten und besitzt wegen seines Ölreichtums und der darauf beruhenden Wirtschaftskraft sowie wegen seiner maßvollen Politik einen positiven Einfluß auf die arabischen Staaten und die Entwicklungsländer. Der Bundeskanzler und der Bundesminister des Auswärtigen trugen durch die Vereinbarung eines engeren Konsultationsmechanismus der besonderen politischen Bedeutung Saudi-Arabiens für uns Rechnung. Eine sehr wohlwollende Prüfung der saudischen Vorschläge scheint daher gerechtfertigt.

5) Im Laufe des Gesprächs sagte der Minister, er bedaure es, daß er Staatssekretär von Schoeler nicht persönlich sprechen konnte. Er würde es außerordent-

11 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

12 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 2, Anm. 15.

13 Am 21. November 1978 führte Botschafter Schlagintweit, Djidda, zur Frage, ob „die Vorgänge in Iran auch in Saudi-Arabien denkbar" seien, aus: „Wie Iran ist Saudi-Arabien eine Monarchie, in der ohne Verfassung regiert wird und politische Opposition nicht geduldet und bestraft würde. Es fehlt sogar ein nominelles Mitbestimmungs- und Beratungsorgan wie das iranische Parlament. Diese Regierungsform entspricht jedoch immer noch den Vorstellungen und Bedürfnissen des größten Teils der saudischen Bevölkerung. Nicht zuletzt deswegen, weil es ihr dabei wirtschaftlich gut geht, aber auch, weil die ihr wichtigen Freiheiten: Wahl des Wohnsitzes, Reisen, wirtschaftliche Betätigung nicht, Informationen kaum beeinträchtigt sind. Auch in Saudi-Arabien gibt es einen gut funktionierenden Sicherheitsdienst. Aber er arbeitet leiser und wirkt weniger bedrohlich als SAVAK. Träger der Macht ist in Saudi-Arabien nicht eine Person, sondern eine relativ große Gruppe von Abkömmlingen des Staatsgründers, die mit den wichtigsten Stämmen und großen Familien des Landes verwandt ist und den Kontakt mit den traditionellen Bevölkerungsgruppen sucht. Man hört nie die Klage, König oder Kronprinz umgäben sich mit einer Kamarilla, die ihnen den Blick auf die Realitäten des Landes versperren; vielmehr besteht in der Bevölkerung das Gefühl, jederzeit Zutritt zum König oder einem Mitglied der königlichen Familie zu haben." Vgl. den Schriftbericht Nr. 812; Referat 311, Bd. 119950.

lich begrüßen, wenn er den Herrn Bundesminister des Innern[14] nach Saudi-Arabien einladen könnte, und bat um Mitteilung, ob eine solche Einladung angenommen werden würde.

[gez.] Schlagintweit

VS-Bd. 11137 (300)

24

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

201-360.90 GRI-224/79 VS-vertraulich **30. Januar 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Reintegration Griechenlands in die NATO[4];
hier: Amerikanische Initiative

Bezug: DB Washington Nr. 322 vom 24.1.1979, Pol 322.00 GRI-248/79 Vs-v[5]

14 Gerhart Rudolf Baum.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Boldt konzipiert.
Hat Ministerialdirektor Blech am 2. Februar 1979 erneut vorgelegen.
Hat Hofstetter am 5. Februar 1979 vorgelegen, der für Boldt handschriftlich vermerkte: „B[itte] DE an Wash[ington]."

2 Hat Staatssekretär van Well am 1. Februar 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wir sollten uns die US-Linie in der Sache nicht zu eigen machen. (s[iehe] S[eite] 4)". Vgl. Anm. 11.

3 Die Wörter „über" und „Herrn Bundesminister" wurden von Staatssekretär van Well gestrichen.

4 Am 14. August 1974 erklärte Griechenland den Austritt aus der militärischen Integration der NATO. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 236.
Am 2. Januar 1979 resümierte Referat 201 die Bemühungen um eine Wiedereingliederung Griechenlands in der militärische Integration der NATO: „Auf der Grundlage eines im Oktober 1975 überreichten griechischen Neun-Punkte-Papiers wurden im November 1975 in Brüssel in einer Open-ended group auf Gesandtenebene mit Griechenland Gespräche mit dem Ziel aufgenommen, eine Regelung der Zusammenarbeit der NATO mit Griechenland nach dessen Austritt aus der militärischen Integration zu erreichen. Das allgemein gehaltene griechische Neun-Punkte-Papier beantwortete die NATO im März 1976 mit einem Memorandum, in dem Griechenland um eine nähere Erläuterung gebeten wurde. Die griechische Antwort hierauf wurde von der Türkei wegen anti-türkischer Passagen als Grundlage für weitere Gespräche abgelehnt. In der Open-ended group wurde daraufhin ein Fragenkatalog erarbeitet (inventory of issues), der die türkischen Einwände berücksichtigte und als Grundlage für exploratorische Gespräche dient. Im Februar 1978 beauftragte der Generalsekretär das MC mit der Aufnahme exploratorischer Gespräche mit Griechenland auf militärtechnischem Gebiet. Mit der Durchführung dieser Gespräche wurde SACEUR beauftragt." Vgl. VS-Bd. 10481 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Botschafter von Staden, Washington, teilte mit: „Wie uns im State Department gesagt wurde, sind Amerikaner besorgt, daß bei der Reintegration Griechenlands in die NATO keine Fortschritte erzielt wurden. Für die Allianz stehen nach amerikanischer Auffassung zu wichtige Fragen auf dem Spiel, als daß man Griechen und Türken gestatten könnte, Fortschritte nur aus taktischen Überlegungen (im Hinblick auf spätere bilaterale Verhandlungen über Ägäis-Fragen) zu verhindern. Washington halte den Zeitpunkt für gekommen, von beiden Seiten Flexibilität in Substanzfragen zu verlangen. Die Griechen hätten einen ersten Schritt getan, indem sie Erläuterungen (Amplifications) zu dem Haig-

Anl.: 1 (nur am Original) (201-170/79 Vs-v)[6]

Zweck der Vorlage: Unterrichtung über die geplante amerikanische Initiative und Bitte um Zustimmung zu Ziffer 4.

1) Seit November 1975 werden im Rahmen des Bündnisses Gespräche über die Reintegration Griechenlands in die militärischen Strukturen der Allianz geführt.

Diese Gespräche brachten im Juni 1978 mit dem Abschluß der zwischen General Haig und dem griechischen Generalstabschef Davos zu militärtechnischen Fragen geführten Verhandlungen einen ersten Fortschritt.[7]

Im sogenannten „Haig-Davos-Arrangement" ließen die Griechen eine weitgehende Bereitschaft zur Rückkehr in die militärischen Strukturen des Bündnisses erkennen.

Der erzielte Fortschritt ist jedoch in Frage gestellt, da die Türken im Oktober 1978 die im Haig-Davos-Arrangement enthaltenen Vorschläge für eine Regelung der Kommandogrenzen in der Ägäis, die Luftverteidigung in der Ägäis und für die Verminung von Seegebieten abgelehnt und statt dessen eine allseits befriedigende Regelung dieser Fragen vor einer Reintegration Griechenlands gefordert haben.

Die Gespräche im Rahmen des Bündnisses konnten seitdem nicht fortgeführt werden. Die Frage der Reintegration Griechenlands war in letzter Zeit vielmehr Gegenstand bilateraler Gespräche interessierter Bündnispartner und des Generalsekretärs[8] mit den Griechen und den Türken.

Fortsetzung Fußnote von Seite 111

Davos-Arrangement akzeptierten. Der türkische Versuch, die Reintegrationsfrage als Hebel zur Erlangung von Wirtschaftshilfe zu benutzen, müsse zurückgewiesen werden, zumal nach Aufhebung des Waffenembargos die USA, die Bundesrepublik Deutschland und andere Staaten um zusätzliche Hilfe bemüht seien." Vgl. VS-Bd. 10481 (201); B 150, Aktenkopien 1979.
Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 38.

6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 4.

7 Ministerialdirektor Blech führte am 24. Juli 1978 aus: „Die von SACEUR mit der griechischen Seite geführten Gespräche bedürfen nunmehr der Bewertung durch das MC. Eine MC-Bewertung liegt vorerst nur im Entwurf vor. Aus diesem Entwurf verdient folgendes Erwähnung: Das Ergebnis der exploratorischen Gespräche beweist eine klare griechische Bereitschaft, in die Integration unter Regelungen zurückzukehren, die in fast allen Fällen den Status quo ante wiederherstellen, in einigen Fällen sogar verbessern würden; [...] die ins Auge gefaßten Regelungen sind durchführbar und entsprechen den Zielen und Prinzipien des Bündnisses; Griechenland ist bereit, fast ebenso viele Truppen in die Integration einzubringen, wie dies vor 1974 der Fall war; die von Griechenland vorgeschlagenen Änderungen der Kommandostruktur (neues integriertes Kommando für griechische Luft- und Landstreitkräfte in Larissa) sind aus militärischer Sicht annehmbar; Probleme wie Ersetzung der gegenwärtigen Marinekommandostruktur durch ein Task-Force-Konzept, Erarbeitung eines Konzepts für Minenlegen auf See, Nutzung des Luftraumes über der Ägäis, bedürfen weiterhin der Lösung; diese Probleme existierten bereits lange vor Griechenlands Rückzug aus der Integration, Griechenlands Rückkehr in die Integration sollte nicht von der Lösung dieser Probleme abhängig gemacht werden." Vgl. VS-Bd. 10480 (201); B 150, Aktenkopien 1978.

8 Referat 201 stellte am 2. Januar 1979 zu den Vermittlungsbemühungen des NATO-Generalsekretärs fest: „Generalsekretär Luns hat während seines Aufenthaltes in der Türkei vom 15. bis 20.11.1978 auf persönlicher Basis den Türken sehr detaillierte Lösungsvorschläge unterbreitet, die von folgenden Überlegungen ausgehen: Weder Griechenland noch die Türkei sollen aus einer Reintegration Griechenlands für ihre jeweiligen nationalen Interessen Gewinn ziehen. Die Reintegration Griechenlands solle deshalb nicht von der Regelung strittiger Grenzfragen abhängig gemacht werden. Sie setze aber militärische Interimsregelungen voraus, um die Militärkommandos funktionsfähig zu machen. [...] Die Interimsregelungen seien unter dem Vorbehalt zu treffen, daß sofort nach der Reintegration Griechenlands Verhandlungen im Allianzrahmen über eine endgültige Regelung der Fragen der Kommandogrenzen, der Zusammenarbeit zwischen den NATO-Befehlshabern an

2) Die Botschaft Washington berichtet (vgl. Anlage), daß die Amerikaner nunmehr eine neue Initiative beabsichtigten. Sie haben Generalsekretär Luns dafür gewonnen, General Haig zu beauftragen, in erneuten Gesprächen einen Kompromiß zwischen Griechen und Türken in den strittigen militärtechnischen Fragen herbeizuführen. Elemente des Kompromisses könnten nach amerikanischen Vorstellungen sein:

- Erhaltung der Substanz zum „Haig-Davos-Arrangement";
- ein „political disclaimer", wonach keine Seite Regelungen der NATO als Präzedenz für die offenen bilateralen Fragen in der Ägäis betrachtet;
- einige Erweiterungen zum „Haig-Davos-Arrangement"

  (– türkische Zustimmung zu Wiederbelebung des NATO-Marine-Kommandos COMEDEAST[9] in Athen mit dem Befehlsbereich Ägäis, griechische Zustimmung zur Einführung des Task-Force-Konzepts für die Ägäis, wobei die zu bildende Task-Force nicht durch COMEDEAST befehligt werden soll,
  - im Gebiet der Luftverteidigung für einen noch zu bestimmenden Bereich der Ägäis Anwendung des Cross-Tel-Verfahrens, d.i. automatische Übermittlung von für die Luftverteidigung relevanten Informationen von einer Radarstation zu einer anderen,
  - im Gegenzug zur Einführung des Cross-Tel-Verfahrens türkische Zustimmung, daß zivile „Flight Information Region" Grenze zwischen FIR Athen und Istanbul, wie von den Griechen gefordert, auch Grenze der NATO-Luftverteidigung in der Ägäis wird,
  - Aufhebung der Sperre des ägäischen Luftraums für NATO-Zwecke,
  - griechische Zustimmung, daß Luftraum um griechische Inseln für NATO-Zwecke nicht zehn, sondern nur sechs Seemeilen beträgt).

Nach amerikanischen Vorstellungen sollten die Bemühungen General Haigs durch Briefe von Präsident Carter und des Herrn Bundeskanzlers an MP Karamanlis und MP Ecevit unterstützt werden. In einem Private Meeting am 29.1.1979, in welchem er die Vertreter der Bündnisstaaten über seine Absicht, General Haig erneut zu beauftragen, unterrichtete, hat Generalsekretär Luns diesen letzten Gedanken nicht aufgegriffen.[10]

Fortsetzung Fußnote von Seite 112

der Südostflanke und der Zusammenarbeit bei der Verteidigungsplanung aufzunehmen seien." Referat 201 führte dazu aus: „Die Vorschläge des Generalsekretärs sind von türkischer Seite zurückhaltend aufgenommen worden. MP Ecevit hat GS Luns gegenüber den türkischen Standpunkt wiederholt, daß die Kommandostrukturfrage vor der Reintegration zu lösen sei. Die Amerikaner rechnen damit, daß die ‚Vorschläge' des Generalsekretärs sowohl in Ankara wie Athen keine Zustimmung finden werden." Vgl. VS-Bd. 10481 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

9 Commander Eastern Mediterranean Area.

10 Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), teilte am 29. Januar 1979 mit: „GS Luns hat heute [...] im ‚Private Meeting' den Vorschlag gemacht, daß er General Haig neues Mandat erteilt, in Verhandlungen mit der griechischen und türkischen Seite Lösungen für die noch ausstehenden militär-technischen Probleme einer Reintegration Griechenlands zu finden. Das Mandat soll weit und flexibel gehalten sein und General Haig erlauben, nach Ankara und Athen zu reisen. [...] GS Luns hat nach einer kurzen Beschreibung des griechisch-türkischen deadlocks seine oben wiedergegebenen Vorschläge damit begründet, die Allianz könne nicht untätig bleiben. Ein Scheitern der Initiative sei nicht auszuschließen, aber die Chance einer Lösung rechtfertige den Versuch. General Haig habe in der Vergangenheit auf diesem Gebiet sehr gute Arbeit geleistet. Er sei Persona grata bei Griechen und Türken." Vgl. den Drahtbericht Nr. 106; VS-Bd. 10481 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

3) Zur amerikanischen Initiative, General Haig erneut mit der Führung von Gesprächen auf militärtechnischer Ebene zu betrauen, ist folgendes zu bemerken:

Die Gespräche könnten zum einen das fortbestehende Interesse der Allianz an der Reintegration Griechenlands dokumentieren. Von ihnen könnten auch Anstöße ausgehen, den gegenwärtigen Stillstand in den Reintegrationsgesprächen zu überwinden. Auch wenn die Aussicht nicht sehr groß erscheint, so ist doch denkbar, daß sich auf der von den Amerikanern vorgezeichneten Linie ein Kompromiß zwischen Griechen und Türken erzielen läßt. Jedenfalls sollten wir trotz unserer Vorbehalte gegenüber einer „disclaimer-Lösung" einem Versuch von SACEUR in dieser Richtung nicht entgegentreten.

Eine die Bemühungen General Haigs unterstützende Briefaktion Präsident Carters und des Herrn Bundeskanzlers erscheint hingegen wenig opportun.

Hiergegen spricht, daß

- zum jetzigen Zeitpunkt, da noch nicht erkennbar ist, ob Griechen und Türken sich zu Gesprächen mit General Haig bereit finden, eine derartige Aktion verfrüht wäre; (Auf diesen Gesichtspunkt und die ungewissen Aussichten einer solchen Briefaktion hat auch die Botschaft Athen hingewiesen. Nach Auffassung der Botschaft erscheint es im Hinblick auf andere griechisch-türkische Differenzen, die unser Tätigwerden erfordern könnten, besser, nicht zu früh hervorzutreten.)
- nach Lage der Dinge die Türken eine derartige Aktion als gegen sich gerichtet empfinden müßten;
- über die amerikanischen Motive keine Klarheit besteht; (Es ist zu vermuten, daß der Grund für die amerikanische Initiative nicht nur im Bestreben liegt, den gegenwärtigen Stillstand in den Gesprächen zur Reintegration Griechenlands zu überwinden, sondern auch in dem Bemühen, der Kritik der griechischen Regierung und der griechischen Lobby in den USA [11]an der vermehrten amerikanischen Militärhilfe[12] und militärischen Zusammenarbeit mit der Türkei und an der geplanten Wirtschaftshilfe zu begegnen.)

11 Beginn der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 2.

12 Am 18. Oktober 1974 unterzeichnete Präsident Ford eine Resolution des Kongresses vom Vortag, wonach die Verteidigungshilfe an die Türkei zum 10. Dezember 1974 ausgesetzt werden sollte. Dieser Termin wurde mit Resolutionen des Senats und des Repräsentantenhauses vom 17. bzw. 18. Dezember auf den 5. Februar 1975 verschoben. Am 24. Juli 1975 sprach sich das amerikanische Repräsentantenhaus für die Aufrechterhaltung des Waffenembargos aus; am 2. Oktober 1975 stimmten das Repräsentantenhaus und der Senat für eine teilweise Aufhebung der Ausfuhrsperre. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 357, und AAPD 1975, II, Dok. 226.
Am 26. März 1976 schlossen die USA und die Türkei ein Abkommen über Verteidigungshilfe. Gesandter Hansen, Washington, teilte dazu mit, die Türkei solle „während eines Zeitraums von vier Jahren Militärhilfe in Höhe von einer Milliarde Dollar" und militärisches Gerät zu ermäßigten Preisen erhalten: „Das Abkommen wird ohne Frage auf Widerstände im Kongreß stoßen. [...] Erschwerend kommt hinzu, daß diese relativ hohen Summen bewilligt werden sollen, ohne daß Fortschritte in der Zypernfrage erzielt wurden. Durch eine vorbehaltlose Billigung des Abkommens würde der Kongreß sich in gewisser Weise selbst die Wirkungslosigkeit seines eigenen Embargos bescheinigen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1051 vom 29. März 1976; VS-Bd. 9666 (201); B 150, Aktenkopien 1976.
Legationsrat I. Klasse Boldt führte dazu am 13. März 1979 aus: „Das vierjährige amerikanische Waffenembargo hat angesichts der chronisch schlechten türkischen Wirtschaftslage zu einem Verfall der türkischen Verteidigungsfähigkeit geführt. Die Türkei ist heute nicht in der Lage, ihre im Rahmen der NATO übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Wiederherstellung der türkischen Verteidigungsfähigkeit dürfte auch nach der inzwischen erfolgten Aufhebung des amerikanischen Embar-

– die Erörterung militärtechnischer Fragen durch eine Briefaktion ein ihr nicht zukommendes politisches Gewicht erhalten würde[13];
– bei den an einer derartigen Briefaktion nicht beteiligten Bündnispartnern Verstimmung ausgelöst werden könnte[14].

4) Wir sollten daher zur amerikanischen Initiative folgende Haltung einnehmen:

Wir unterstützen den Gedanken, General Haig erneut mit der Aufnahme von Gesprächen auf militärtechnischer Ebene mit dem Ziel zu betrauen, zwischen Griechen und Türken einen Kompromiß auf der von den Amerikanern vorgezeichneten Linie[15] zu erreichen.

Die angeregte Briefaktion erscheint uns jedoch vorerst nicht opportun.

Blech

VS-Bd. 10481 (201)

25

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Edler von Braunmühl

210-322.00 USA **30. Januar 1979**

Betr.: Beziehungen USA–DDR;
hier: Gespräch des amerikanischen Botschafters in Ostberlin, Bolen, mit Politbüromitglied und ZK-Sekretär Axen am 22.1.1979

Der amerikanische Vierergruppensprecher J. Whitlock unterrichtete mich am 29. Januar mit der Bitte um vertrauliche Behandlung anhand eines Drahtberichts der US-Botschaft in Ostberlin über das Gespräch Bolens mit Axen.

Zur Frage des Konsularvertrages[1] erklärte Axen unter Anspielung auf eine frühere Bemerkung von Kreisky: Die DDR könne nicht hinnehmen, daß Staaten,

Fortsetzung Fußnote von Seite 114
gos und der Wiederaufnahme der amerikanischen Verteidigungshilfe [...] mehrere Jahre beanspruchen. [...] Im Haushaltsjahr 1979 erhält die Türkei amerikanische Militärhilfe im Wert von rund 300 Mio. Dollar (85 Mio. Rüstungslieferungen aus früheren, blockierten Verträgen, 175 Mio. Dollar Foreign Military Sales Credits, 50 Mio. Dollar Security Support Assistance)." Vgl. Referat 201, Bd. 120193.

13 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär van Well hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

14 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär van Well hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

15 Der Passus „auf der ... vorgezeichneten Linie" wurde von Staatssekretär van Well gestrichen.

1 Die USA und die DDR nahmen am 10. Februar 1975 in Washington Gespräche über einen Konsularvertrag auf, konnten jedoch in der Frage der Staatsangehörigkeit keine Einigung erzielen. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 306.
Am 30. Oktober 1978 legte Ministerialdirektor Fleischhauer zum Stand der Verhandlungen dar: „Die Amerikaner haben uns im August 1978 wissen lassen, daß sie der DDR spätestens im Oktober

die mit ihr diplomatische Beziehungen unterhielten, sie als Staat ohne Staatsangehörige behandelten.[2] Bolen widersprach: Die USA anerkennten eine Staatsbürgerschaft der DDR. Sie seien bereit, dies in den spiegelbildlichen Erklärungen zum Konsularvertrag festzustellen. Darauf erwiderte Axen: Wenn dies in aller Form so gesagt werde, wie Bolen dies jetzt ausgedrückt habe, sei man einen erheblichen Schritt weiter. Als Bolen seine Bemerkung später wiederholte, meinte Axen: Darauf werde man „ein Glas trinken" können. Die Reaktion auf den letzten amerikanischen, in Washington der DDR übergebenen Vorschlag behielt sich Axen jedoch vor.

In bezug auf die Beziehungen zwischen der USA und der DDR im allgemeinen erklärte Axen mehrfach, die DDR respektiere, daß die USA ihre Verbündeten habe und auf sie Rücksicht nehmen müsse. Bolen erklärte in bezug auf die allgemeine Entwicklung der Beziehungen USA–DDR: Die USA anerkennten die Bedeutung der DDR, besonders im mitteleuropäischen Zusammenhang.

Zu dieser letzten Bemerkung habe ich Whitlock um eine Erläuterung gebeten. Ich machte darauf aufmerksam, daß die DDR und die Sowjetunion mit ähnlichen Formulierungen ihre Auffassung zum Ausdruck brächten, daß die Existenz der DDR den Frieden in Europa gewährleiste, weil sie eine Wiedervereinigung Deutschlands, von der friedensbedrohende Gefahren ausgehen würden, blockiere. Whitlock spielte die Bemerkung als eine Art Captatio benevolentiae herunter, wobei er aber darauf hinwies, daß sich Bolen sehr um eine Verbesserung der Beziehungen USA–DDR bemühe. Ich habe dazu abschließend gesagt: Ich glaub-

Fortsetzung Fußnote von Seite 115

einen neuen Vorschlag machen möchten. Der neue Vorschlag solle den Abschluß des Konsularvertrags ohne Staatsangehörigkeitsdefinition und ohne begleitende Erklärung zur Staatsangehörigkeitsfrage bezwecken. Es sollten lediglich Erklärungen über den konsularischen Zugang zu den eigenen Staatsangehörigen im jeweils anderen Staat ausgetauscht werden." Dazu stellte er fest: „Geregelt im eigentlichen Sinne würde lediglich der konsularische Zugang zu inhaftierten Deutschen aus der DDR. Der DDR-Konsularbeamte erhielte den wiederholten Zugang zu einem inhaftierten Deutschen aus der DDR, falls dieser mit einem von den USA visierten DDR-Paß in die Vereinigten Staaten eingereist ist, und zwar unabhängig vom Willen des betreffenden DDR-Deutschen. [...] Dagegen könnte die DDR aus der amerikanischen Erklärung über das Zugangsrecht der DDR-Konsularbeamten – nach uns mündlich mitgeteilter amerikanischer Auffassung – nicht herleiten, daß die Vereinigten Staaten verpflichtet seien, dem DDR-Konsularbeamten den Zugang zu einem DDR-Deutschen zu ermöglichen, der sich in die Vereinigten Staaten abgesetzt hat, ohne daß ihm von den Amerikanern die Freiheit entzogen worden ist. [...] Falls der inhaftierte Deutsche aus der DDR die Betreuung durch einen Konsularbeamten der Bundesrepublik Deutschland wünschte, würde unser Konsularbeamter Zugang zu dem DDR-Deutschen erhalten, gegebenenfalls auch ungeachtet des Protests des DDR-Konsuls." Vgl. B 81 (Referat 502), Bd. 1131.

Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 3. November 1978, daß dem Botschafter der DDR, Grunert, am selben Tag der amerikanische Kompromißvorschlag sowie der Text einer entsprechenden DDR-Erklärung übergeben worden sei. Die amerikanische Erklärung habe folgenden Wortlaut: „The government of the United States of America wishes to assure the government of the German Democratic Republic that, with regard to the bilateral US–GDR Consular Convention signed this date, Consuls of the GDR will have the right of access to GDR citizens in the United States on Passports of the GDR containing US entry visas. No such citizens will be forced to see consular or other officials of any other state against his or her will." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4093; B 81 (Referat 502), Bd. 1131

2 Presseberichten zufolge führte Bundeskanzler Kreisky am 21. Januar 1975 zur Frage einer DDR-Staatsbürgerschaft aus: „‚Wir können uns nicht zu der Erklärung durchringen, daß das ein Staat ohne Staatsbürger ist.'" Vgl. den Artikel „Kreisky verbittet sich Bonner Kritik an der Wiener Außenpolitik"; DIE WELT vom 22. Januar 1975, S. 1.

Österreich und die DDR schlossen am 26. März 1975 einen Konsularvertrag ab. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 152.

te nicht, daß die DDR die Bemerkung Bolens als eine Änderung der bekannten amerikanischen Auffassung in der deutschen Frage verstanden habe.

2) Herrn von Richthofen[3] mit der Anregung, Herrn Dg21[4] und Herrn D2[5] zu unterrichten.[6]

Braunmühl

VS-Bd. 13120 (210)

26

Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing

31. Januar 1979[1]

Vermerk über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Giscard am 31. Januar 1979 von 19.35 bis 19.55 Uhr

Bundeskanzler berichtet, daß er wegen der Erkrankung AM Genschers anstelle des geplanten Außenministertreffens am 2. Februar StS Hermes beauftragt

3 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen am 30. Januar 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Über Herrn Dg21 Herrn D2 m[it] d[er] B[itte] um R[ücksprache] vorzulegen: Die Haltung des Botschafters Bolen ist in doppelter Hinsicht bedenklich: Er kommt der DDR verbal auf unsere Kosten zu weit entgegen und tut alles, um zu verhindern, daß wir davon Kenntnis erhalten. Die Art der amerikanischen Unterrichtung (vertraulich beim Mittagessen) entspricht nicht der großzügigen Unterrichtung durch uns in der Vierergruppe und bilateral. Dies sollte man dem State Department gelegentlich zu verstehen geben."
Hat Ministerialdirigent Lücking am 1. Februar 1979 vorgelegen, der zum Vorschlag Richthofens, das amerikanische Außenministerium auf den Vorgang hin anzusprechen, handschriftlich vermerkte: „Ja, aber dann sagen uns die Amerikaner noch weniger."

4 Wilhelm Lücking.

5 Hat Ministerialdirektor Blech am 1. Februar 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich bitte, für den 26.2. (Begegnung mit Vest) an den Vorgang erinnert zu werden."

6 Am 5. Februar 1979 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin zur Sitzung der Bonner Vierergruppe am 1. Februar 1979 mit: „Zu der Bemerkung Bolens über die Wichtigkeit der DDR, besonders im mitteleuropäischen Zusammenhang, haben wir in der Vierergruppe, wie schon vorher bei der bilateralen Unterrichtung, festgestellt: Diese Formulierung sei etwas ungewöhnlich. Eine ähnliche Sprache führten die Sowjetunion und die DDR, um ihre These auszudrücken, daß die Existenz der DDR im Zentrum Europas, die die Wiedervereinigung Deutschlands verhindere, den Frieden in Europa gewährleiste. Da der DDR der Standpunkt der amerikanischen Regierung in der Deutschlandfrage bekannt sei, glaubten wir dennoch nicht, daß die Bemerkung Botschafter Bolens mißverstanden worden sein könne. Der hiesigen amerikanischen Botschaft ist diese Bemerkung Bolens offenbar unangenehm." Vgl. den Drahterlaß Nr. 532; VS-Bd. 13120 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 1. Februar 1979 gefertigt.

habe, AM François-Poncet am 1. Februar die deutschen Erwägungen zum Stand der Diskussion über EWS und agrarmonetäre Fragen[2] darzulegen.

(Giscard: AM François-Poncet wird mir am 2. Februar berichten.) Im übrigen nehme er an, daß Präsident Giscard ihn wegen der geplanten ZDF-Sendung in Paris sprechen wolle.

Giscard möchte zunächst auf EWS und agrarmonetäre Fragen zu sprechen kommen. Er will versuchen, die offenen Fragen zu lösen und hierfür Anstrengungen zu unternehmen. Es darf nicht das Gefühl entstehen, als ob man nicht mehr in der Lage sei, die anstehenden europäischen Probleme zu lösen.

Bundeskanzler erläuterte, daß StS Hermes im Grunde den Auftrag habe herauszufinden, ob die französische Regierung genügend politischen Spielraum für eine Lösung habe.

Giscard meint, man habe beim letzten Telefongespräch die Umrisse einer Lösung (indications) ausgetauscht. Er folgert, daß man hiervon nicht zu weit abgehen solle. Auf Einwurf des Bundeskanzlers, daß französische Beamte nach seinem Eindruck nicht auf dieser Linie verhandelt hätten, sagte er zu, dem nachzugehen und zu den beim letzten Telefongespräch erwogenen Lösungen zurückzukehren.

Bundeskanzler wäre nur allzu froh, wenn Lösungen gefunden werden können. Denn nicht nur das persönliche Prestige des französischen Staatspräsidenten und des deutschen Bundeskanzlers steht auf dem Spiel, sondern auch das Schicksal des Gemeinsamen Marktes. Ein Scheitern einer so großen Anstrengung wie des EWS wäre für Europa ein Zeichen der Entmutigung.

Giscard möchte am Freitag[3] an einer Lösung der Fragen arbeiten und am Wochenende erneut mit dem Bundeskanzler telefonieren.

Zu dem vom Bundeskanzler erwähnten Vorschlag der Kommission[4] meint er, daß die Kommission das EWS unterstütze, sich bei der Behandlung künftiger MCAs[5] der französischen Meinung anschließe und Preiserhöhungen ablehne, die es den Deutschen erleichtern könnten, bestehende MCAs abzubauen. Er schlägt vor,

1) zunächst die einfachere Frage der künftigen MCAs zu lösen,

2) dann das EWS in Kraft zu setzen,

2 Zur Haltung der Bundesregierung bezüglich einer Einführung des Europäischen Währungssystems in die EG-Agrarpolitik vgl. Dok. 16, Anm. 6.

3 1. Februar 1979.

4 Ministerialdirektor Lautenschlager notierte am 6. Februar 1979, zentrales Thema der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 5./6. Februar 1979 in Brüssel seien die Preisvorschläge der EG-Kommission für das Wirtschaftsjahr 1979/80 und die Einführung des Europäischen Währungssystems in die gemeinsame Agrarpolitik gewesen. Dazu stellte er fest: „Kommissionsvorschlag enthält folgende wesentliche Elemente: allgemeines Einfrieren der Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1979/80; zusätzliche Maßnahmen zur Eindämmung der Milchüberschüsse, insbesondere Anhebung der Erzeuger-Mitverantwortungsabgabe von 0,5% auf 2% mit weiterer automatischer Anhebung bei weiterer Produktionssteigerung (um jeweils den doppelten Prozentsatz der Produktionssteigerung); Abbau des negativen Währungsausgleichs (WAG) für FR, IT und VK um jeweils fünf Prozent-Punkte, für IR um drei Prozent-Punkte. Kein Abbau des positiven WAGs (D, Benelux; DK hat derzeit keinen WAG)." Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 534.

5 Monetary compensatory amounts.

3) danach sich in einer zweiten Runde über den Abbau der bestehenden MCAs zu einigen.

Bundeskanzler berichtet, daß die Kommission zum Abbau der bestehenden MCAs vorschlagen wolle:

1) Zunächst kein Abbau der bestehenden positiven MCAs.

2) Abwertung der Grünen Währungen für It, F, GB, Irl.

3) Allgemeine Erklärung, daß der Abbau positiver MCAs nicht durch Anhebung der gemeinschaftlichen Preise kompensiert werden darf sowie Verpflichtung, MCAs bis etwa vier Jahre nach dem Inkrafttreten des EWS abzubauen.

Er sieht darin auf den ersten Blick eine mögliche allgemeine Lösung mit Ausnahme der von der Kommission erwogenen Möglichkeit nationaler Kompensationen, die vermieden werden müssen. Er hält es für möglich, daß auch die Vier-Jahres-Frist für den Abbau der bestehenden MCAs in Deutschland akzeptiert werden könne.

Giscard teilt mit, daß er morgen mit Präsident Jenkins zu Mittag essen werde. Er wiederholt den Gedanken einer dreistufigen Lösung: Zunächst Einigung über die künftigen MCAs, dann Inkraftsetzen des EWS und danach in einer zweiten Runde Einigung über den Abbau der bestehenden MCAs.

Bundeskanzler teilt mit, daß Graf Lambsdorff nach dem Agrarrat[6] BM Ertl vertreten werde, der sich operieren lassen muß.

Giscard hält die ZDF-Sendung in Paris für einen guten Gedanken. Er möchte den Bundeskanzler aber auf eine heftige politische Debatte in Frankreich hinweisen, die zwar keine schwerwiegenden sachlichen, aber doch gewisse politisch-psychologische Konsequenzen haben könne. Er werde beschuldigt,

1) Frankreich in ein von Deutschland beherrschtes Europa zu führen,

2) die Entwicklung einer Gemeinschaft mit supranationalen Machtbefugnissen zu fördern.

Diese Beschuldigungen werden allerdings nicht von der öffentlichen Meinung, sondern nur von einer kleinen Gruppe unterstützt. Der Bundeskanzler sollte aber im Auge halten, daß das französische Volk beunruhigt wäre, wenn es in Europa zu einem exzessiven deutschen Einfluß komme und wenn Deutschland sich für die Errichtung einer supranationalen Macht von Eurokraten einsetze. Dagegen werde es gut ankommen, wenn der Bundeskanzler sich für ein Europa einsetze, das die Art der Kooperation im Auge habe, wie sie zwischen Deutschland und Frankreich existiert, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und Gleichheit.

Bundeskanzler wirft drei Fragen in Verbindung mit der ZDF-Sendung auf:

1) Liegt es auf dieser Linie, wenn er sich für de Gaulles Wort vom „Europe des patries“[7] einsetzt, das ihm schon vor 15 Jahren sehr eingeleuchtet habe?

6 Die EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister fand am 12. Februar 1979 in Brüssel statt.

7 Präsident de Gaulle erklärte am 15. Mai 1962 in Paris auf einer Pressekonferenz: „Je voudrais incidemment, puisque j'en ai l'occasion, vous faire observer, Messieurs les journalistes – et vous allez peut-être vous en étonner – que je n'ai jamais, quant à moi, dans aucune de mes déclarations, parlé

Giscard stimmt zu.

2) Er beabsichtige, seine bekannte Kritik an den Eurokraten zu wiederholen, wolle darunter aber auch die vielfältigen Ministerräte verstanden wissen, die den Überblick über die Probleme verstellten.

Giscard: Ja, aber nicht allzu stark, um nicht den Feinden Europas Argumente zu liefern.

3) Zum EP wird er betonen, daß die Direktwahl nicht die in den Verträgen festgesetzten Befugnisse des Parlaments verändern werde.[8]

Er erläutert den Ablauf seines kurzen Paris-Besuchs, den er als privat und sozusagen inkognito bezeichnet. Er bietet an, Präsident Giscard oder MP Barre kurz aufzusuchen, falls es politisch ratsam erscheint. Sonst könne man die Öffentlichkeit auch auf das heutige Telefongespräch verweisen.

Giscard rät nach kurzem Nachdenken, es bei dem öffentlichen Hinweis auf das Telefongespräch zu belassen, um den Eindruck zu vermeiden, als wolle die französische Regierung dem Bundeskanzler Ratschläge zur Beantwortung der Fragen in der ZDF-Sendung geben. Er wird die Tatsache des Telefongesprächs bekanntgeben und betont, daß er morgen in seinem Büro jederzeit zur Verfügung steht, falls der Bundeskanzler noch irgendeine Frage besprechen möchte.

Bundeskanzler und Giscard vereinbaren, sich rasch über die Gespräche StS Hermes/AM François-Poncet unterrichten zu lassen und möglicherweise am Wochenende miteinander zu telefonieren.

Giscard regt an, in der ZDF-Sendung zum EWS und agrarmonetären Fragen den Eindruck zu vermitteln, daß eine Lösung auf dem Wege sei.

Bundeskanzler stimmt zu. Er wird seine Absicht hervorheben, die Fragen zu lösen und seinen starken Eindruck, daß dies auch die Haltung der französischen Regierung sei.

Er bedauert den Rücktritt Andreottis[9] und fragt, wie man ihm – evtl. durch ein privates Telegramm – helfen kann.

Giscard meint, daß Andreotti vermutlich schon ein Ausweg einfallen werde. AM François-Poncet sei morgen früh in Rom und werde ihm nach Rückkehr berichten.[10] Er sagt zu, sich mit dem Bundeskanzler in Verbindung zu setzen, falls er zu dem Schluß kommt, daß man etwas tun sollte.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 47

Fortsetzung Fußnote von Seite 119

de ‚l'Europe des patries', bien qu'on prétende toujours que je l'ai fait." Vgl. DE GAULLE, Discours et Messages, Mai 1958–Juillet 1962, S. 406.

8 Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 7. und 10. Juni 1979 statt.
Zu den Befugnissen des Europäischen Parlaments vgl. die Artikel 137 bis 144 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957; BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 858–861.

9 Ministerpräsident Andreotti erklärte am 31. Januar 1979 seinen Rücktritt.

10 Der französische Außenminister François-Poncet hielt sich vom 31. Januar bis 1. Februar 1979 in Italien auf.

27

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager

421-401.00 POL-68/79 geheim **31. Januar 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Gewährung einer Bundesbürgschaft für einen ungebundenen Finanzkredit an Polen

Bezug: Schreiben des Bundeskanzlers vom 22.1.1979[3] und des Bundesministers für Wirtschaft vom 15. und 29.1.1979[4]

Anlg.: 6[5]

Zweck der Vorlage: Bitte um Billigung und Zeichnung der Antwortentwürfe an den Bundeskanzler[6] und den Bundesminister für Wirtschaft[7]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Sieger und Vortragendem Legationsrat Rudolph konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Hermes am 2. Februar 1979 vorgelegen.

3 Bundeskanzler Schmidt führte in seinem Schreiben an Bundesminister Genscher aus: „Am 22. Dezember 1978 habe ich dem stellvertretenden polnischen Ministerpräsidenten Wrzaszczyk die wohlwollende Prüfung einer Bundesbürgschaft für einen Kredit deutscher Banken in Aussicht gestellt, dessen Modalitäten die Wiederholbarkeit einer solchen Aktion ausschließen. Einen Vermerk über das Gespräch, an dem auch Graf Lambsdorff teilgenommen hat, füge ich bei. Ich wäre Ihnen für eine Prüfung dankbar, welche Erwartungen im Zusammenhang mit noch ungelösten Rückführungsfragen an einen solchen Kredit geknüpft werden können." Vgl. VS-Bd. 14075 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Für das Schreiben des Bundesministers Graf Lambsdorff vom 15. Januar 1979 an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 9513 (421).
Für das Schreiben des Bundesministers Graf Lambsdorff vom 29. Januar 1979 an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 9513 (421).

5 Dem Vorgang nicht beigefügt.

6 Mit Schreiben vom 5. Februar 1979 teilte Bundesminister Genscher Bundeskanzler Schmidt mit: „Für die dem stellvertretenden polnischen Ministerpräsidenten Wrzaszczyk zugesagte wohlwollende Prüfung einer Bundesbürgschaft für einen Kredit deutscher Banken erscheint mir eine deutsch-polnische Zusammenarbeit im Rohstoffbereich eine mögliche Basis zu sein. Bei einer Bürgschaftsgewährung für die Kreditierung eines Rohstoffprojekts dürfte sich auch die Wiederholbarkeit einer solchen Aktion am ehesten ausschließen lassen. In diesem Sinne habe ich auch Bundesminister Graf Lambsdorff unterrichtet. [...] Was die im politischen Bereich liegenden Fragen, z. B. im Zusammenhang mit den in der Durchführung begriffenen deutsch-polnischen Vereinbarungen von 1975 angeht, werden noch weitere Überlegungen angestellt." Vgl. VS-Bd. 14075 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

7 Bundesminister Genscher führte in seinem Schreiben vom 5. Februar 1979 an Bundesminister Graf Lambsdorff aus: „Ich stimme mit Ihnen und dem Herrn Bundeskanzler darin überein, daß eine deutsch-polnische rohstoffpolitische Zusammenarbeit als Basis dafür geeignet erscheint, einerseits Polen bei den insbesondere in den nächsten zwei bis drei Jahren akuten Devisenschwierigkeiten zu helfen, andererseits aber auch gewisse Interessen der deutschen Wirtschaft zu berücksichtigen. Dabei gehe ich mit Ihnen davon aus, daß ein solches Konzept den bisher geltenden Regelungen für Bundesbürgschaften entsprechen müßte. Nach Abstimmung Ihres Hauses mit dem Bundesminister der Finanzen halte ich es gleichfalls für angebracht, wenn Frau Steeg nunmehr wie vorgesehen das Interesse deutscher Unternehmen an einschlägigen polnischen Rohstofflieferungen eruiert und bei positivem Verlauf mit der polnischen Seite im Rahmen der o. a. Voraussetzungen Gespräche über die Möglichkeiten einer rohstoffpolitischen Zusammenarbeit führt. Aus Ihrer Darstellung ersehe ich, daß sich anscheinend alle für eine deutsch-polnische Zusammenarbeit denkbaren Rohstoffvorhaben noch in einem sehr frühen Entwicklungsstadium befinden. Es müßte dann im Rahmen des gegebenen Ermessensspielraums für Bürgschaften geprüft werden, ob dieses Projekt gleichwohl in Be-

1) Bürgschaft für einen Rohstoffkredit

Der Bundeskanzler hat dem stellvertretenden polnischen Ministerpräsidenten Wrzaszczyk im Gespräch am 22.12.1978 die wohlwollende Prüfung einer Bundesbürgschaft für einen ungebundenen Finanzkredit deutscher Banken an Polen unter Hinweis darauf zugesagt, daß die Wiederholbarkeit einer solchen Aktion ausgeschlossen sein müßte.

Um eine präjudizielle Wirkung auf dritte Länder auszuschließen, müßten wir uns an die bestehende Deckungspraxis für Bundesbürgschaften halten. BM Graf Lambsdorff hat als geeignetes Modell gegenüber Wrzaszczyk und in seinem Schreiben vom 29. Januar 1979 an Sie eine Bundesbürgschaft für einen ungebundenen Finanzkredit (UFK) deutscher Banken im Rahmen einer deutsch-polnischen rohstoffpolitischen Zusammenarbeit vorgeschlagen.

Nach bisheriger Deckungspraxis wurden Bundesbürgschaften für UFKs für Rohstoffprojekte nur gewährt, wenn die Lieferung des betreffenden Rohstoffes im Versorgungsinteresse der Bundesrepublik Deutschland lag und wenn ausgereifte technisch und betriebwirtschaftlich geprüfte Vorhaben vorlagen.

Nach bisher vorliegenden Informationen befinden sich alle denkbaren polnischen Rohstoffprojekte gegenwärtig noch in einem sehr frühen Stadium der Entwicklung. Der Bundesminister für Wirtschaft schlägt daher vor, sich im vorliegenden Fall mit einer Rahmenvereinbarung der deutschen Industrie über die Zusammenarbeit bei Exploration, Förderung und Absatz noch zu bestimmender Rohstoffe als Grundlage für eine Kreditvereinbarung und Bürgschaftsvergabe zu begnügen. Der Kredit wäre zurückzuzahlen, wenn er nicht innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, der der näheren Feststellung der Rohstoffvorkommen und der Aushandlung der Firmenvereinbarung dienen würde, durch definitive Vereinbarungen belegt würde.

Es ist daher zweckmäßig, daß Frau MD Steeg/BMWi Gespräche mit deutschen Unternehmen und der polnischen Seite über die mögliche Konzeption führt. Von den Ergebnissen dieser Gespräche wird abhängen, ob und in welchem Umfang ggf. der Ermessensspielraum gegenüber der bisherigen Praxis ausgedehnt werden müßte. Zugleich würde danach erst das Risiko einer Präjudizwirkung auf dritte Länder genauer beurteilt werden können.

Der Bundeskanzler hat in seinem Schreiben um Prüfung gebeten, welche Erwartungen im Zusammenhang mit noch ungelösten Rückführungsfragen an einen solchen Kredit geknüpft werden können. Ob die Verknüpfung politischer Fragen mit einer Bürgschaftsgewährung im vorliegenden Fall möglich und zweckmäßig ist, bedarf einer genauen Prüfung, wenn sich nähere Einzelheiten des Projektes nach den Gesprächen von Frau MD Steeg abzeichnen.

Über die zur Zeit bestehenden Probleme in den deutsch-polnischen politischen Beziehungen wird eine gesonderte Aufzeichnung der Abteilung 2 vorgelegt.[8]

Fortsetzung Fußnote von Seite 121

tracht gezogen werden könnte. Wie hoch dadurch das Risiko für Berufungsfälle durch ähnliche Anträge dritter Länder angesetzt werden muß, läßt sich zur Zeit wohl noch nicht übersehen. Allerdings könnte bei derartigen Anträgen unsere Interessenlage vor Erteilung einer Bundesbürgschaft für jedes Rohstoffprojekt und jede Rohstoffart nach dem jeweiligen Bedarf gesondert geprüft werden." Vgl. VS-Bd. 14075 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

8 Ministerialdirektor Blech stellte am 23. Januar 1979 fest: „Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen befinden sich nach einer Periode starker Entwicklung Anfang der 70er Jahre gegenwärtig

In diesem Zusammenhang ist allerdings darauf hinzuweisen, daß die Bundesregierung die Gewährung von Bürgschaften für Rohstoffprojekte im Rahmen der bestehenden Deckungspraxis bisher nicht mit konkreten politischen Bedingungen verknüpft hat. So haben wir auch die Gewährung einer Bundesbürgschaft für einen UFK (300 Mio. DM) für ein deutsch-polnisches Kupferprojekt[9] sowie für einen Lieferantenkredit (2 Mrd. DM) beim deutsch-polnischen Kohlevergasungsprojekt[10] anläßlich des Gierek-Besuchs 1976[11] nur mit unserer Erwartung einer positiven Auswirkung auf die allgemeinen deutsch-polnischen Beziehungen verbunden.

2) Gewährung von Freijahren an Polen im Rahmen des deutschen Bürgschaftsinstrumentariums

Anläßlich des Wrzaszczyk-Besuchs[12] ist den Polen von BM Graf Lambsdorff – nach Abstimmung mit BMF und AA – zugesagt worden, in Zukunft auch Exportbürgschaften für die Lieferung von Stahlprodukten, Chemikalien, synthetischen Fasern und Ersatzteilen zu gewähren. Die Regelung gilt nur gegenüber Polen und ist auf die Jahre 1979 und 1980 begrenzt. Dieses Zugeständnis bedeutet bereits eine nicht unbeträchtliche Erleichterung der Kreditaufnahme durch Polen auf dem deutschen Kapitalmarkt, dient aber auch den Interessen der deutschen Exportwirtschaft.

Die von BM Graf Lambsdorff in seinem Schreiben vom 15.1.1979 erwähnten weitergehenden polnischen Wünsche, im Rahmen der neuen Regelung ein bis zwei Freijahre einzuräumen, widersprechen dem Konsensus über Exportkredite

Fortsetzung Fußnote von Seite 122

in einer Phase der Konsolidierung. Seit der letzten Tagung der Gemischten Regierungskommission im Mai 1978 in Warschau sind jedoch gewisse Fortschritte zu verzeichnen. Polen konnte aufgrund besonderer Anstrengungen bei seinen Exporten in die Bundesrepublik Deutschland (nach polnischen Angaben +18%) den Negativsaldo nicht unerheblich konsolidieren. Nach polnischen Angaben soll das Handelsbilanzdefizit uns gegenüber Ende 1978 nur 200 bis 300 Mio. DM erreichen. Nach deutschen Statistiken verlief die Entwicklung nicht ganz so günstig. [...] Die deutsche Einfuhr aus Polen nahm im Zeitraum Januar–November 1978 um +1,1% auf 1,91 Mrd. DM zu. Die deutsche Ausfuhr nach Polen, die im ersten Halbjahr 1978 noch erheblich um -19% gesunken war, lag in den ersten elf Monaten 1978 mit 2,39 Mrd. DM nur noch um -5,6% unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Allerdings ist auch nach deutscher Statistik das polnische Handelsbilanzdefizit von 650 Mio. DM auf 486 Mio. DM (Januar–November 1978) zurückgegangen." Vgl. Referat 214, Bd. 132810.

9 Zu den Vereinbarungen über Kupferlieferungen aus Polen vgl. Dok. 12, Anm. 12.

10 Vortragender Legationsrat Hölscher legte am 7. September 1977 dar, daß „anläßlich des Gierek-Besuchs im Juni 1976 in Bonn [...] zwischen der Firma Krupp und der polnischen Seite Rahmenvereinbarungen über das Kohle/Chemie-Projekt unterzeichnet" worden seien, „dessen Gesamtvolumen auf 2,65 Mrd. DM geschätzt" werde. „Das Projekt sieht drei Elemente vor: Kohleförderung, Kohlevergasung und die Verarbeitung eines Teiles des Gases zu Chemieerzeugnissen [...]. Die Finanzierung des Projekts erfolgt durch einen deutschen Lieferantenkredit von 2 Mrd. DM, für den die Bundesregierung eine grundsätzliche Bürgschaftszusage im Juni 1976 gegeben hat und über den ein Rahmenkreditabkommen mit einem deutschen Bankenkonsortium [...] am 29. August 1977 in Warschau unterzeichnet worden ist." Vgl. Referat 421, Bd. 122534.
Gesandter König, Warschau, teilte am 21. September 1978 mit, das polnische Regierungspräsidium habe am 15. September 1978 ein „sogenanntes ‚Komplexprogramm für die Kohleverarbeitung'" beschlossen. Bestandteil dieses Programms sei auch ein deutsch-polnisches Kohlevergasungsprojekt: „Mit ersten Vertragsabschlüssen sei nunmehr in den nächsten sechs bis acht Wochen zu rechnen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1271; Referat 421, Bd. 122534.

11 Der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, hielt sich vom 8. bis 12. Juni 1976 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 181 und Dok. 186.

12 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Wrzaszczyk, am 22. Dezember 1978; Dok. 12, Anm. 5.

und bedürfen daher noch einer genauen Prüfung durch die Ressorts (Österreich und Schweden gewähren zwar bereits entsprechende Freijahre bei der Lieferung einiger Erzeugnisse, nicht jedoch die USA, Frankreich, Großbritannien, Japan und Italien). Gegebenenfalls erscheint vorhergehende Abstimmung oder Konsultation mit westlichen Partnern erforderlich.

3) Umschuldung

Vertreter des State Department beurteilen die gegenwärtige wirtschaftliche und finanzielle Lage Polens relativ kritisch.[13]

Die US-Regierung wird in diesem Jahr zur Finanzierung polnischer Agrarimporte 400 Mio. Dollar als CCC[14]-Kredit bereitstellen und außerdem für 100 Mio. Dollar Kreditgarantien gewähren.

Ferner hat ein westliches Bankenkonsortium unter Führung der Bank of America Ende Januar d.J. Polen einen Kredit von 500 Mio. Dollar – ohne Verbürgung durch die US-Regierung – zugesagt; an dem Konsortium ist die Bank für Gemeinwirtschaft beteiligt.

Falls Polen an die USA wegen einer Umschuldung herantreten würde, werde die Reaktion der US-Regierung (so State Department) wahrscheinlich positiv ausfallen, sofern die Umschuldung im Rahmen einer internationalen Aktion stattfinde, die gerechte Lastenverteilung gewährleiste. (Als größter westlicher Handelspartner Polens hätten wir nach amerikanischen Vorstellungen wahrscheinlich auch den größten finanziellen Beitrag zu leisten!)

Das State Department hat allerdings auch erklärt, daß es bisher keine amtlichen polnischen Hinweise gebe, daß eine Umschuldung ins Auge gefaßt werden solle. Auch der polnische Vizefinanzminister Krzak habe bei seinen Gesprächen im November 1978 in Washington keinerlei Andeutungen in dieser Richtung gemacht.

Der stellvertretende polnische Ministerpräsident Wrzaszczyk hat bei seinen Gesprächen mit dem Bundeskanzler und BM Graf Lambsdorff zwar auf die beträchtlichen Schwierigkeiten hingewiesen, die sich aus der kumulierten Verschuldung in den nächsten zwei bis drei Jahren für Polen ergäben, jedoch nicht erkennen lassen, daß Polen eine Umschuldung in Erwägung ziehe. Auch nach Ansicht der Botschaft Warschau wird ein polnisches Ersuchen um eine internationale Umschuldung als unwahrscheinlich angesehen. Eine derartige Umschuldungsaktion hat bisher noch kein Staatshandelsland beantragt. Selbst Ru-

[13] Botschafter von Staden, Washington, übermittelte am 24. Januar 1979 Äußerungen des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Vest, zur Lage Polens: „Die wirtschaftliche und finanzielle Situation verschlechtere sich laufend, wozu vor allem schlechte Ernten, unzureichende Produktion der Industrie und wachsende Westverschuldung beigetragen hätten. Die industrielle Reorganisation habe bisher nicht die gewünschten Resultate gebracht. Wichtige Faktoren wie z. B. Öl und Rohstoffpreise könnten von Polen nicht beeinflußt werden. Die politische Führung sei gealtert, gesundheitlich geschwächt, ihre Effizienz werde von der Bevölkerung nicht hoch eingeschätzt. Alternativen, die aus westlicher Sicht als besser bewertet werden könnten, zeichnten sich nicht ab (it might get from bad to worse). Die Auswirkungen der Wahl eines Polen zum Papst und dessen bevorstehender Besuch [...] werfen zusätzliche Probleme auf. [...] Amerikanischerseits werde der gesamte Finanzierungsbedarf Polens im Jahre 1979 auf 6 Milliarden Dollar veranschlagt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 314; VS-Bd. 9513 (421); B 150, Aktenkopien 1979.

[14] Commodity Credit Corporation.

mänien hat als IWF-Mitgliedsland nach der Erdbebenkatastrophe 1977 eine solche Möglichkeit kategorisch abgelehnt.[15]

Eine multilaterale Umschuldung würde für Polen und wohl auch für andere relativ hoch verschuldete RGW-Länder auf längere Sicht den Zugang zum internationalen Kapitalmarkt verschließen.

Ein polnisches Moratorium wird auch von deutschen Geschäftsbanken für unwahrscheinlich gehalten. Nach Einschätzung der Banken sei Polen bei kurzfristigen Liquiditätsschwierigkeiten in der Lage, Mittel über den Euromarkt allerdings zu relativ hohen Zinsen zu beschaffen. Die Gewährung des 500 Mio. Dollar-Kredits an Polen durch westliche Banken bestätigt diese Einschätzung.

Nach den Gesprächen von Frau MD Steeg in Warschau dürfte sich vielleicht besser abschätzen lassen, ob die polnische Regierung Überlegungen im Hinblick auf eine internationale Umschuldungsaktion anstellt.

Es ist beabsichtigt, über unsere Botschaften bei den wichtigsten westlichen Handelspartnern Polens nachzufragen, wie dort die polnische Verschuldungslage beurteilt wird und ob Anzeichen für ein polnisches Umschuldungsersuchen vorliegen. Wir würden dabei unsere westlichen Partner über die Äußerungen Vizepremier Wrzaszczyks zur polnischen Devisen- und Wirtschaftslage unterrichten sowie Angaben aus unserer Handels- und Zahlungsbilanz mit Polen machen.

Es wird vorgeschlagen, den zunächst für den 25. Januar 1979 in Warschau vereinbarten und auf den 9. Februar 1979 verschobenen Gesprächen von Frau MD Steeg mit dem polnischen Vizeaußenhandelsminister Długosz über Möglichkeiten eines deutsch-polnischen Rohstoffprojekts unter Beteiligung eines Vertreters des AA (BMWi sieht auch Beteiligung des BMF vor) im Rahmen des Antwortentwurfs an BM Graf Lambsdorff zuzustimmen.[16]

Referat 214 hat mitgezeichnet.

Lautenschlager

VS-Bd. 9513 (421)

15 Rumänien wurde am 4. März 1977 von einem Erdbeben erschüttert, das zahlreiche Todesopfer forderte und insbesondere in der Hauptstadt Bukarest starke Verheerungen anrichtete. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 102.

16 Ministerialdirektorin Steeg, Bundesministerium für Wirtschaft, führte vom 9. bis 12. Februar 1979 in Warschau und Krakau Gespräche mit dem polnischen Stellvertretenden Außenhandelsminister Długosz. Ministerialdirektor Lautenschlager vermerkte dazu am 13. Februar 1979: „Die erste Gesprächsrunde hatte den Charakter einer informellen Konsultation, um einen Katalog denkbarer Konzepte aufzustellen. Frau Steeg stellte einleitend klar, daß zwischen den Regierungen keine Kreditverhandlungen geführt werden können, da für einen Regierungskredit keine Haushaltsmittel vorhanden seien. Priorität habe für uns ein ungebundener Finanzkredit für eine Zusammenarbeit im Rohstoffbereich, der zwischen der polnischen Bank Handlowy und deutschen Geschäftsbanken ausgehandelt werden müsse und für den die Bundesregierung die Garantie übernehmen könne. Diese Operation sei nicht wiederholbar. Es müsse ein Konzept erarbeitet werden, das weder osteuropäische noch andere Länder zu ähnlichen Forderungen veranlasse." Zur Bestimmung möglicher Projekte seien weitere Gespräche für den Zeitraum Mitte März bis Anfang April vereinbart worden. Vgl. VS-Bd. 9513 (421); B 150, Aktenkopien 1979.

28

Drahterlaß des Ministerialdirektors Meyer-Landrut

320-321.00 SUA **5. Februar 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 533 Plurez **Aufgabe: 6. Februar 1979, 09.01 Uhr**
Citissime

Betr.: Dialog mit der südafrikanischen Regierung
hier: Gespräch zwischen StS van Well und dem südafrikanischen Botschafter in Bonn über Fragen des südlichen Afrika am 2.2.1979

Aus dem auf südafrikanischen Vorschlag am 2.2.79 zustande gekommenen einstündigen Tour d'horizon zwischen StS van Well und Botschafter von Schirnding, der in freundlicher Atmosphäre stattfand, ist folgendes festzuhalten:

1) In der Namibia-Frage unterstrich der südafrikanische Botschafter erneut das bereits in den im wesentlichen gleichlautenden Briefen von AM Botha vom 31.1.1979 an seine fünf westlichen Kollegen zum Ausdruck gebrachte Interesse Südafrikas an der Einhaltung des Zieldatums (26. Februar) für den UNTAG-Beginn.[2] Zugleich wies er – wie bereits AM Botha in seinen Briefen – auf die Besorgnis seiner Regierung über Ahtisaaris anscheinend negative Bewertung der Ergebnisse seiner zweiten Vorausmission hin[3], die aus der Berichterstattung der südafrikanischen VN-Vertretung hervorgegangen sei.

[1] Durchdruck.
Der Drahterlaß an die Botschaft in Pretoria und die Ständige Vertretung bei der UNO in New York wurde von Vortragendem Legationsrat Ueberschaer konzipiert.
Hat Staatssekretär van Well am 5. Februar 1979 zur Mitzeichnung vorgelegen.

[2] Mit Resolution Nr. 435 beschloß der UNO-Sicherheitsrat am 29. September 1978 die Einrichtung einer United Nations Transition Assistance Group (UNTAG) für einen Zeitraum von bis zu zwölf Monaten, die der Gewährleistung der baldigen Unabhängigkeit Namibias durch freie Wahlen unter der Aufsicht und Kontrolle der UNO dienen sollte. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597f.
Am 31. Januar 1979 richtete der südafrikanische Außenminister Botha Schreiben an die Außenminister François-Poncet (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Jamieson (Kanada), Owen (Großbritannien) und Vance (USA). Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 10 des Botschafters Eick, z.Z. Kapstadt, vom 1. Februar 1979; Referat 320, Bd. 125270.
In seinem Schreiben an Bundesminister Genscher führte Botha zu UNTAG aus: „South Africa agreed to several major steps in the interest of facilitating the early implementation of the Western proposal and of Security Council Resolution 435 (1978). [...] The dates for the start of the transitional period and the election were tentatively fixed at 26 February and the last week in September 1979, respectively." Vgl. Referat 320, Bd. 125270.

[3] Der UNO-Sonderbeauftragte für Namibia, Ahtisaari, führte vom 16. bis 18. Januar 1979 mehrere Gespräche mit dem südafrikanischen Generaladministrator für Namibia, Steyn, in Swakopmund. Danach reiste er nach Kapstadt weiter, wo er mit dem südafrikanischen Ministerpräsidenten Botha und dem südafrikanischen Außenminister Botha mehrere Gespräche führte. Botschaftsrat I. Klasse Schmidt, Pretoria, berichtete am 23. Januar 1979, Ahtisaari habe auf einer Pressekonferenz vor seiner Abreise am Vortag die Hoffnung ausgedrückt, daß UNTAG so bald wie möglich aufgestellt werde und die Arbeit aufnehmen könne. Es seien erhebliche Fortschritte erreicht worden, auf beiden Seiten habe man nun ein weit klareres Bild über die jeweiligen Absichten. Eine endgültige Zusage bezüglich des UNTAG-Beginns habe Ahtisaari allerdings nicht geben können. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 34; Referat 320, Bd. 125270.

StS van Well unterstrich unser gleichermaßen großes Interesse an einem frühestmöglichen UNTAG-Beginn und unsere positive Einschätzung der hierfür bestehenden Aussichten.

SWAPO habe in letzter Zeit mehrfach – zuletzt in einer Erklärung ihres ZK vom 7.1.1979 – ihre Bereitschaft zur Mitwirkung an SR-Res. 435 bekräftigt.[4] Von einer negativen Bewertung seiner letzten Vorausmission in Namibia und Südafrika durch Ahtisaari sei uns nichts bekannt.[5] Dagegen spreche allein schon die Tatsache, daß die Ergebnisse seiner Mission von Frontstaatenvertretern in New York (Botschafter Salim) als ermutigend bezeichnet würden.

Wichtig sei nunmehr, den Konsultationsprozeß über die noch offenen Fragen baldmöglichst abzuschließen und noch bestehende oder potentielle Hindernisse für den baldigen UNTAG-Beginn mit allseitigem guten Willen aus dem Wege zu räumen:

- Das von Militärfachleuten Ahtisaaris und der Südafrikaner gemeinsam erstellte „Operational Implementation Document“[6] brauche nach unserer Auffassung dann keine Schwierigkeiten zu bereiten, wenn sich alle Beteiligten bei Zweifeln hinsichtlich der Vereinbarkeit einzelner darin enthaltener Bestimmungen mit dem Lösungsplan[7] über dessen Vorrang einig seien.[8]
- Hinsichtlich der UNTAG-Zusammensetzung möge Südafrika seine Bedenken gegen eine Beteiligung Finnlands zurückstellen. Ferner wäre es angesichts der Bedeutung[9] Nigerias und seines Engagements für ein Gelingen der Fünfer-Initiative von Vorteil, wenn Südafrika dem Vorschlag des VN-Generalse-

4 Das ZK der SWAPO gab am 7. Januar 1979 in der angolanischen Stadt Gabela folgende Erklärung ab: „The Central Committee, in the same vein, reiterates SWAPO's commitment to the full and scrupulous implementation of the UN Secretary General's final and definitive report as endorsed by Security Council Resolution 435 (1978). In this context, the Central Committee commends the UN council for Namibia for its persistent efforts in support of the just struggle of the Namibian people and pledges SWAPO's continued close cooperation with it.“ Vgl. Referat 320, Bd. 125270.

5 Gesandter Jelonek, New York (UNO), berichtete am 25. Januar 1979, daß sich der UNO-Sonderbeauftragte für Namibia, Ahtisaari, am Vortag „trotz verbleibender Skepsis in gewissen Einzelfragen [...] insgesamt befriedigt“ über den Verlauf seiner Reise gezeigt habe. Jelonek führte weiter aus, daß sich Ahtisaari lobend über den südafrikanischen Außenminister Botha, aber kritisch über den südafrikanischen Generaladministrator für Namibia, Steyn, geäußert habe. Nach Ahtisaaris Angaben habe Steyn wiederholt von der „bedingten Zustimmung“ Südafrikas zur Durchführung des Lösungsplans der fünf westlichen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats für Namibia gesprochen. Dem sei Ahtisaari mit einer „harten Erklärung“ entgegengetreten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 150; Referat 320, Bd. 125270.

6 Das „Operational Implementation Document“ wurde von Botschaftsrat I. Klasse Schmidt, Pretoria, am 23. Januar 1979 übermittelt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 36; Referat 320, Bd. 125270.

7 Am 10. April 1978 unterbreiteten fünf Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA, einen Vorschlag für eine Lösung der Namibia-Frage. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 574–578. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 115.

8 Gesandter Jelonek, New York (UNO), teilte am 25. Januar 1979 mit, daß das „Operational Implementation Document“ in der New Yorker Kontaktgruppe „schwerwiegende Bedenken“ hervorgerufen habe. Die nähere Durchsicht habe gezeigt, „daß es an zahlreichen Stellen offenbar auf Betreiben der südafrikanischen Seite Formulierungen enthält, die sich mit dem Lösungsvorschlag, wie er vom Sicherheitsrat gebilligt worden ist, nicht vereinbaren lassen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 155; Referat 320, Bd. 125270.

9 Die Wörter „der Bedeutung“ wurden von Staatssekretär van Well handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „des Prestigebedürfnisses“.

kretariats, bei der Besetzung von Stabsstellen bei UNTAG Nigerianer zu berücksichtigen[10], zustimmen würde.

– GA Steyn könnte durch erneute eigenmächtige Äußerungen – vergleichbar denen vom 25. Januar dieses Jahres[11] – insbesondere bei den für das Gelingen der Namibia-Initiative entscheidend wichtigen Frontstaaten[12] großen politischen Schaden anrichten. Die südafrikanische Regierung möge ihm in dieser sensitiven Phase größte Zurückhaltung auferlegen. (Botschafter von Schirnding nannte Steyn in diesem Zusammenhang eine „Primadonna", die mittlerweile für die eigene Regierung ein Problem darstelle.)

Wie bereits durch unsere Botschaft in Pretoria bei der südafrikanischen Regierung angeregt, sollte diese die von SWAPO am 18. Januar dieses Jahres aufgestellte Behauptung überprüfen, daß sich seit den Dezemberwahlen in Namibia[13] noch neunzehn SWAPO-Funktionäre in Haft befänden.[14]

StS van Well gab ferner zu bedenken, daß man im Interesse einer langfristigen friedlichen Entwicklung Namibias auch versuchen sollte, SWAPO als eine der wichtigen politischen Kräfte des Landes aus ihrer Isolierung zu lösen und sie über ihre bloße Wahlbeteiligung hinaus in den demokratischen Prozeß einzubinden. Diesen Aspekt habe die Namibia-Initiative bisher nicht genügend berücksichtigt. Die südafrikanische Regierung könne dazu dadurch einen wichtigen Beitrag leisten, daß auch sie SWAPO in Zukunft als Gesprächspartner akzeptiere. Wir seien unsererseits bereit, über die uns zur Verfügung stehenden Kanäle auf SWAPO einzuwirken, vitale Interessen Südafrikas an[15] seiner Nordwestgrenze auf dem Sicherheitssektor zu berücksichtigen[16].

10 Der Passus „bei der Besetzung ... zu berücksichtigen" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs van Well zurück. Vorher lautete er: „eine wichtige Stabsstelle bei UNTAG einem Nigerianer zu übertragen".

11 Referat 320 legte am 31. Januar 1979 dar: „Besonders schädlich [...] erweisen sich öffentliche Äußerungen wie die Ankündigung von G[eneral]A[dministrator] Steyn vom 25.1.1979, die bei den internen Dezemberwahlen gewählte Verfassunggebende Versammlung werde auch nach den VN-kontrollierten Wahlen nicht aufgelöst, sondern könne neben dem neu gewählten Gremium weiterbestehen. Wir haben mit Befriedigung von der den Botschaftern der Fünf in Pretoria am 26.1.1979 zugestellten Verlautbarung der südafrikanischen Regierung Kenntnis genommen, daß das aus den VN-kontrollierten Wahlen hervorgehende Gremium die einzige rechtmäßig gewählte Verfassunggebende Versammlung in Namibia darstellen werde." Vgl. Referat 320, Bd. 125218.

12 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia und Tansania.

13 Auf Veranlassung der südafrikanischen Regierung fanden vom 4. bis 8. Dezember 1978 in Namibia Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung statt. Botschaftsrat I. Klasse Schmidt, Pretoria, resümierte am 15. Dezember 1978: „Die DTA hat ihr Wahlziel erreicht. Mit 80,99% Stimmenanteil haben sich [...] knapp über 60% aller geschätzten Wahlberechtigten für die DTA entschieden. Die DTA wird in Zukunft behaupten, die absolute Mehrheit aller Namibianer stehe hinter ihr. [...] Zu hoffen ist, daß der hohe Wahlsieg der DTA es den Befürwortern einer internationalen Lösung innerhalb der Allianz leichter machen wird, sich gegen ihre Opponenten durchzusetzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 736; Referat 320, Bd. 125268.

14 Botschafter Eick, z. Z. Kapstadt, teilte am 29. Januar 1979 mit: „Nachfrage am 26.1. in Windhuk ergab, daß die in Presseerklärung genannten Namen kirchlichen Organisationen nicht bekannt sind. Da sich fast die ganze Führungsspitze der internen SWAPO zur Zeit außer Landes befindet, konnte selbst im SWAPO-Büro in Windhuk keine Bestätigung der Meldung erhalten werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3; Referat 320, Bd. 125270.

15 Dieses Wort wurde von Staatssekretär van Well handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „jenseits".

16 Die Wörter „zu berücksichtigen" wurden von Staatssekretär van Well handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „anzuerkennen".

Botschafter von Schirnding meinte hierzu, daß seine Regierung hierüber sicher mit sich reden lasse, sobald SWAPO ihre Gewalttätigkeit in Namibia endgültig eingestellt habe.

2) Angesichts der zunehmend kritischen Situation in Rhodesien sprach StS van Well die Erwartung aus, daß ein Gelingen der Namibia-Initiative auch in Rhodesien neue Ansätze für eine Verhandlungslösung eröffnen werde. Wir selbst beabsichtigten zwar auch weiterhin, uns an der britisch-amerikanischen Haltung zu orientieren, stellten uns aber nach der Zurückstellung der britischen Pläne zur Einberufung einer Allparteienkonferenz[17] als zur Zeit nicht realisierbar die Frage, ob die westlichen Vermittlungsbemühungen nicht bald auf eine breitere Basis gestellt werden sollten. Angesichts der wachsenden Gefahr einer Einmischung des Ostblocks und Kubas in die Rhodesien-Frage, die sich durch den kürzlichen Moskau-Besuch Nkomos[18] und den bevorstehenden Besuch Honekkers in Mosambik, Sambia und Angola[19] anbahnen könnte, werde ein Fortschritt auf dem Wege zu einer einvernehmlichen Rhodesien-Lösung immer dringender.

Auf Frage des südafrikanischen Botschafters erklärte StS van Well, daß die immer wieder auftauchenden Meldungen von der Stationierung größerer Fallschirmjäger-Einheiten der DDR in Angola einer Nachprüfung nicht standhiel-

17 Präsident Carter führte am 2. April 1978 auf einer Pressekonferenz in Lagos aus, daß Großbritannien und die USA bestrebt seien, so bald wie möglich zu einer Konferenz aller am Rhodesien-Konflikt beteiligten Parteien sowie der UNO einzuladen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1978, S. 653.
Zur Vorbereitung einer solchen Konferenz führten die Außenminister Owen (Großbritannien) und Vance (USA) vom 14. bis 17. April 1978 Gespräche in Daressalam, Pretoria und Salisbury. Referat 320 vermerkte dazu am 26. April 1978: „Während die Frontstaaten und die Patriotische Front einer solchen Konferenz zustimmten, lehnte Salisbury am 25.4.1978 nach anfänglich ausweichender Antwort jede Teilnahme an einer Allparteienkonferenz ab. [...] Nach dieser klaren Stellungnahme kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß rhodesische Interimsregierung an der Implementierung der internen Lösung, allen internationalen Pressionen zum Trotz, festhalten will." Vgl. Referat 320, Bd. 116809.

18 Der Vorsitzende der ZAPU, Nkomo, hielt sich am 24./25. Mai 1978 in Moskau auf. Botschafter Wieck, Moskau, teilte dazu mit: „Die Sowjetunion hat in Rhodesien schon immer auf einen mit Hilfe der Patriotischen Front durchgeführten bewaffneten Umsturz gesetzt und in der Vergangenheit wiederholt versucht, ihren Einfluß zu diesem Ziel geltend zu machen. Nkomos radikale Äußerungen über eine Fortsetzung des bewaffneten Kampfes in Zimbabwe und seine Stellungnahme gegen eine ‚innere Lösung' kommen den sowjetischen Plänen in willkommener und nicht unerwarteter Weise entgegen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1076 vom 31. Mai 1978; Referat 320, Bd. 116812.

19 Nach einem Besuch am 15./16. Februar 1979 in Libyen hielt sich der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vom 17. bis 20. Februar in Angola, vom 20. bis 22. Februar in Sambia und vom 22. bis 24. Februar 1979 in Mosambik auf. Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, berichtete am 28. Februar 1979: „Mit seiner zehntägigen Afrikareise nach Libyen, Angola, Sambia und Mosambik hat Honecker sichtbar das afrikapolitische Engagement der DDR unterstrichen. [...] In allen besuchten Ländern hat die Reise der DDR prima facie zusätzliche Ansatzpunkte zum Aufbau oder Ausbau ihrer Präsenz und ihres politischen Einflusses gebracht, so daß sie insgesamt als ein Erfolg erscheint, der intern, aber auch im Ausland, dem Ansehen und der Position Honeckers zugute kommt und im Warschauer Pakt als bedeutsamer Beitrag der DDR zur abgestimmten sozialistischen Außenpolitik eingebracht werden kann. [...] Wenngleich sich bei einer Betrachtung im einzelnen zeigt, daß bei der Reise wahrscheinlich nicht alle Wünsche der DDR in Erfüllung gegangen sind, bleibt doch der Saldo für sie positiv. Die Reise hat deutlich gemacht, daß die DDR prominent in der Front der antikolonialistischen Kräfte in Afrika steht, was nicht nur von notorisch moskaufreundlichen Regimen, sondern bei dieser Gelegenheit auch von gemäßigten wie Sambia anerkannt worden ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 165; Referat 320, Bd. 125164.

ten.[20] Für uns stelle sich die Frage, ob hier nicht von interessierter Seite bewußt Falschmeldungen in die Welt gesetzt würden.

3) Zur Entwicklung in der Republik Südafrika wurden die folgenden Einzelkomplexe angesprochen:

- StS van Well fragte nach der Bewertung der kürzlich von PM Botha bei einem Treffen mit Homeland-Führern vertretenen Auffassung, daß die bisherige Homeland-Konsolidierungspolitik der südafrikanischen Regierung einer Überprüfung bedürfe.[21] Der Botschafter erklärte dazu, daß PM Botha hinsichtlich einer gerechteren Landverteilung in Südafrika erheblich über die von seinem Vorgänger[22] verfolgte Linie hinausgehen wolle. Es sei zu hoffen, daß er sich dabei die Unterstützung seiner eigenen Partei sichern könne.
- Zur Haltung seiner Regierung zu dem im November 1978 entwickelten Verfassungsmodell der oppositionellen Progressiven Föderalen Partei[23] meinte der Botschafter, daß dieses Modell zwar in der öffentlichen Diskussion, weniger jedoch bei der Regierung auf Interesse gestoßen sei. Die südafrikanische Regierung neige bei Überlegungen über eine künftige südafrikanische Verfassungsordnung eher dem Staatstyp des Staatenbundes als dem des Bundesstaates zu.
- StS van Well wiederholte abschließend unsere, der südafrikanischen Regierung bereits durch die Botschaft Pretoria übermittelte Bitte um Freilassung des wegen Verstoßes gegen das Terrorismus-Gesetz inhaftierten südafrikanischen Dichters Breytenbach und Erteilung der Ausreisegenehmigung nach Holland, das sich zu dessen Aufnahme bereit erklärt hat.[24]

Meyer-Landrut[25]

Referat 320, Bd. 125218

[20] Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen teilte dazu am 14. Februar 1979 mit: „Die in den vergangenen Wochen und Monaten in der Presse wiederholt aufgestellte und auch von südafrikanischen Kreisen verbreitete Behauptung über die angebliche Präsenz von ca. 3500 DDR-Fallschirmjägern in Angola ist nicht zutreffend. [...] Die Meldung [...] kann schon allein deswegen nicht richtig sein, weil die DDR nur über ein einziges Fallschirmjägerbataillon mit einer Stärke von 600 Mann verfügt, das auf Rügen stationiert ist und das nachweislich nicht verlegt worden ist. Dagegen ist die Anwesenheit einer sehr begrenzten Anzahl von Angehörigen des Bataillons in Angola nicht auszuschließen." Vgl. dem Drahterlaß Nr. 727 an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel; VS-Bd. 13125 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

[21] Botschaftsrat I. Klasse Schmidt, Pretoria, berichtete am 23. Januar 1979, Ministerpräsident Botha habe nach einem Treffen mit „Homeland-Führern" am 22. Januar 1979 vor der Presse erklärt, daß die bisher erzielten Fortschritte überprüft und in Konsultationen mit Wissenschaftlern und den „Homeland-Führern" die Grundlagen für eine „echte Konsolidierung" der Homelands geschaffen werden sollten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 38; Referat 320, Bd. 125217.

[22] Balthazar Vorster.

[23] Botschafter Eick, Pretoria, berichtete am 30. Oktober 1978: „Nach mehr als einjähriger Arbeit hat eine parteiinterne Kommission der P[rogressive]F[ederal]P[arty] [...] am 26. Oktober das neue Verfassungsmodell der seit den letzten Wahlen mit 17 Abgeordneten ‚offiziellen' weißen Opposition veröffentlicht. Es bedarf noch der Ratifizierung durch den nationalen Parteikongreß am 17./18. November 1978. Hauptmerkmale dieses lang erwarteten Konzepts sind: Bundesstaatlichkeit, Einstimmigkeit (Konsens), allgemeines Erwachsenen-Verhältniswahlrecht und Minderheitenschutz. Ziel der Partei bleibt, daß über die Annahme dieses Verfassungsmodells durch einen ‚nationalen Konvent' aller Bevölkerungsgruppen Einvernehmen erzielt werden soll." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1048; Referat 320, Bd. 116837.

[24] Referat 320 legte am 31. Januar 1979 dar: „Breytenbach ist am 26. November 1975 wegen Verstoßes gegen das Terrorismus-Gesetz zu neun Jahren Haft verurteilt worden. Ihm wurden konspirative

29

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-412/79 geheim
Fernschreiben Nr. 136
Citissime

Aufgabe: 5. Februar 1979, 14.00 Uhr[1]
Ankunft: 5. Februar 1979, 16.18 Uhr

Betr.: TNF-Modernisierung

1) Politische Ausgangslage
2) Deutsche Verantwortung
3) Abkoppelung
4) Operative Schlußfolgerung
   (a) Eigenes Interesse
   (b) Politische und militärische Bedeutung der Mobilität
   (c) Politische Folgen einer Nicht-Modernisierung

Aus bisheriger Sicht ergibt sich zur Zeit folgende Beurteilung der Lage:

1) Politische Ausgangslage:

Wesentliches politisches Ziel der Allianz muß bleiben, Rüstungsbegrenzung und -kontrolle anzustreben, um Spannungen zu vermindern. Ein Zustand der Entspannung bleibt eine Vision. Auf nicht abzusehende Zeit ist das Ganze ein beständiger dynamischer Prozeß. Fortschritte müssen wir mit allen Anstrengungen erstreben. Wenn man nur die Steigerung der Bewaffnung der letzten zehn Jahre weitere zehn Jahre in das Ende der 80er Jahre projiziert, wird klar, daß wir uns dann in Richtung auf eine Katastrophe fortbewegen.

Es liegt nahe und ist attraktiv, das Teilziel einer Rüstungsbegrenzung im nuklearen Mittelstreckenbereich durch den Hinweis auf technologische Optionen des Westens in Verhandlungen mit der SU erreichen zu wollen.

Wirklich ist jedoch, und die Erfahrung lehrt, daß die SU durch den bloßen Hinweis auf solche Optionen des Westens nicht zu beeindrucken und zu Konzessionen zu bewegen ist.

Nur ein Beispiel: Der Verzicht Carters auf die sofortige Produktion der Neutronen-Granate und seine Aufforderung an die SU, darauf angemessen zu reagieren[2], ist ohne sowjetische Antwort geblieben. Aufgrund der Neutronen-Erfahrung kann man der SU nicht einmal einen Vorwurf machen, wenn sie annimmt,

Fortsetzung Fußnote von Seite 130

Tätigkeit gegen die R[epublik]S[üd]A[frika] und Spionage vorgeworfen. Nach einem mißlungenen Fluchtversuch wurde Breytenbach im Juli 1977 zu weiteren fünf Jahren Haft verurteilt. Seither sind der ‚International P.E.N.' und das deutsche P.E.N.-Zentrum verschiedentlich an Mitglieder der Bundesregierung [...] mit der Bitte um Intervention zugunsten Breytenbachs herangetreten." Vgl. Referat 320, Bd. 125218.

25 Paraphe.

1 Hat Legationssekretär Scharioth am 5. Februar 1979 vorgelegen.

2 Zur Erklärung des Präsidenten Carter vom 7. April 1978 vgl. Dok. 13, Anm. 8.

daß sie jeden westlichen Versuch der TNF-Modernisierung – die ER[3]-Waffe ist nichts anderes als ein Teil dieser Modernisierung – in einer Propaganda-Kampagne, die die westeuropäische politische Öffentlichkeit in eine Art Hysterie versetzt, zu ersticken vermag.

Daraus ergibt sich, daß die Allianz eine gewisse Verhandlungsmasse schaffen muß, um erfolgsmögliche Verhandlungen mit der SU eröffnen zu können. Wieso diese Verhandlungsmasse nicht vorhanden ist, bedarf hier nicht näherer Ausführung. Der Hauptgrund ist das Erscheinen der höchst mobilen SS-X-20 mit einer Reichweite über 4500 km, der die Allianz nichts entgegenzusetzen hat.

NATO muß von vornherein klarmachen, daß sie keinen Rüstungswettlauf will, daß es sich nur um eine qualitative Bewegung, nicht um quantitatives Gleichziehen handelt, kein „match" Rampe für Rampe, Geschoß für Geschoß, daß sie nichts will als Begrenzung und Kontrolle. Die eigene politische Öffentlichkeit muß darüber intensiv informiert werden, um einer Wiederholung der Neutronen-Hysterie vorzubeugen, soweit das möglich ist. Die sowjetische Propaganda wird das nicht honorieren. Aber die Politiker und Militärs der anderen Seite werden das Signal verstehen.

2) Deutsche Verantwortung:

Das deutsche Gewicht in der Allianz führt dazu, daß es ohne deutsche Mitwirkung keine TNF-Modernisierung geben wird.

Ohne sie wird die Strategie der „flexible response"[4] wegen des „widening gap" in Frage gestellt werden und damit „forward defense"[5]. Die Abschreckung, deren Wirkung davon abhängt, daß der Angreifer damit rechnen muß, auf allen Ebenen möglichen Kampfes unkalkulierbare Risiken zu laufen, wird beträchtlich geschwächt. Diese Abschreckungswirkung aber ist entscheidend zur Friedenserhaltung, bis eine Phase der Entspannung erreicht werden könnte. Denn ein Krieg in Europa, konventionell oder nuklear, wäre eine vollkommene Katastrophe für alle Beteiligten. Dabei unterstelle ich der jetzigen sowjetischen Führung keine militärische Angriffsabsicht auf die NATO, wohl aber ist mit der Gefahr zu rechnen, daß bei einem Regimewechsel in Moskau, dessen Umstände nicht kalkulierbar sind, dort eine innere Krise zu nach außen gerichteten Aktionen verleiten könnte, unter Verwendung militärischer Drohungen, die eine Krisensituation schaffen, die zu bewältigen, überzeugende Abschreckung unentbehrlich ist.

3) Abkoppelung:

In NATO-Sicht ist die von Europäern immer wieder angeregte Abkoppelungsdebatte verheerend.

Sie bringt den europäisch-amerikanischen Gedankenaustausch in eine Art „Split-level"-Situation. Der amerikanische Verbündete kann und wird aus eigenem Interesse niemals zugeben, daß es eine solche Möglichkeit gibt. Präsident Carter auf dem Washington Summit.[6] Die Europäer reden dauernd davon oder

[3] Enhanced Radiation.

[4] Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 3, Anm. 14.

[5] Zum operativen Konzept der „Vorneverteidigung" vgl. Dok. 20, Anm. 4.

[6] Unvollständiger Satz in der Vorlage.
Am 30./31. Mai 1978 tagte der NATO-Rat auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in Washington. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 170.

haben es mindestens im Hinterkopf. Man könnte das machen, wenn man für Europa einen alternativen Alliierten zur Verfügung hätte. Davon kann keine Rede sein. Die Sowjets hören das Mißtrauen dauernd mit, die Amerikaner könnten davon in unerwünschte Richtung beeindruckt werden. Man kann Krisen herbeireden. Die Geschichte lehrt es. Nehmen wir besser die Amerikaner beim Wort, auch in der TNF-Modernisierung, und sagen ihnen, daß das eine Sache aller Verbündeten, nicht nur der Europäer, ist, bei der den USA mehr als nur die Produktion zufällt.

(a) Eigenes Interesse

Auf deutschem Boden ist eine auf die Dauer unerträgliche Über-Quantität von nuklearen Sprengköpfen gelagert, die – überaltert oder nicht – uns mehr und mehr politisch belasten wird, ohne zu nützen. Wir müssen mehr Beweglichkeit zurückgewinnen und Deutschland aus der Situation, amerikanische Depositionsmacht zu sein, herausführen.

Die TNF-Modernisierung bietet dafür eine einmalige Chance.

TNF-Modernisierung, was ja nichts anderes bedeutet als qualitative Verbesserung, bietet die Chance zur quantitativen Verringerung, die auch in der Öffentlichkeitswirkung deutlich gemacht werden muß. Mit der Modernisierung, d.h. mit der qualitativen Verbesserung, muß eine quantitative Verminderung einhergehen.

(b) Bedeutung der Mobilität

Die Qualität der Modernisierung liegt weniger in der Reichweite solcher Waffen als in ihrer Mobilität. Sie brauchen in der Reichweite der SS-X-20 nicht gleichzukommen.

Aber höchste Mobilität – die derzeitige „Pershing" ist insoweit nicht mobil, die SS-X-20 ist es, soweit ich weiß – steigert militärisch die Überlebenschancen, die Abschreckungswirkung. Das heißt, je höher die Mobilität, die Qualität, ist, um so mehr kann an der Quantität gespart werden. Und umgekehrt: Ein Festhalten an alten unwirksam gewordenen oder werdenden Systemen belastet uns weiter mit einer unerträglichen quantitativen Last.

Je mobiler einzuführende Systeme – man sollte nicht zu früh für das eine oder andere optieren, eine begrenzte Vielfalt ist nötig – sind, um so leichter wird es werden, die Mitwirkung aller Verbündeten zu erlangen. Immobile Systeme bedürfen der beständigen Garnisonierung. Mobile Systeme bedürfen der Bereitschaft der Verbündeten, sie der wechselnden Schwerpunktlage entsprechend aufzunehmen. Das wird leichter zu erreichen sein als ständige Stationierung. Dazu hätten zu gehören, außer der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien (Reichweitenfrage), die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Italien, Griechenland und Türkei. Von den Skandinaviern wird man in Friedenszeit aus bekannten

Fortsetzung Fußnote von Seite 132

Präsident Carter führte am 31. Mai 1978 aus: „For years, the Alliance has relied principally on American strategic forces for deterring nuclear attack on Europe. This coupling of American strategic forces to Europe is critical, for it means that an attack on Europe would have the full consequences of an attack on the United States. Let there be no misunderstanding. The United States is prepared to use all the forces necessary for the defense of the NATO area." Vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1978, S. 1020. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 476.

Gründen absehen müssen. Eine gewisse Reserve besteht hinsichtlich der weiteren innenpolitischen Entwicklung Italiens und vorbehaltlich der Reintegration Griechenlands in die militärische Struktur[7]. Denkbar ist, daß die US wegen der beiden letzteren Bedenken haben und man auf sie, zumindest zunächst, verzichten muß.

Mit einer so konstruierten Aufnahmebereitschaft in der Allianz wären wir in der Stationierungsfrage nicht mehr allein. Die Sache darf keine deutsch-amerikanische werden. Das würde für unsere Europapolitik und die NATO-Solidarität verderblich und uns im deutsch-amerikanischen Verhältnis überfordern.

(c) Politische Folgen einer Nicht-Modernisierung

Wenn der Bundeskanzler und die Führung der relevanten Parteien eine solche Politik vertreten, wird sich die deutsche politische Öffentlichkeit von der Notwendigkeit überzeugen lassen. Das wird sich auf die europäischen Verbündeten auswirken und das deutsch-amerikanische Bündnis festigen, das unverzichtbar ist. Wenn wir uns in dieser leider für unsere Bündnissituation entscheidend gewordenen Frage versagen, wird die europäische Kohäsion des Bündnisses leiden, eine deutsch-amerikanische Krise – unabhängig von der Präsidentschaft – folgen und unsere äußere Sicherheitslage in den 80er Jahren prekär werden.

Die Sowjetunion wird sich – subjektiv zu Recht – aufgefordert sehen, weiter auf die Verteidigungsanstrengungen der NATO, d.h. wesentlich der Bundesrepublik Deutschland, bis in den konventionellen Bereich, nachdem der nukleare erfolgreich überwunden ist, einzuwirken.

Bitte das Fernschreiben Herrn Bundesaußenminister, StS des AA[8], D 2[9] vorzulegen.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 543 (014)

7 Zur Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Integration der NATO vgl. Dok. 24.
8 Günther van Well.
9 Klaus Blech.

30

Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-419/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 5. Februar 1979, 17.58 Uhr**
Fernschreiben Nr. 96 **Ankunft: 5. Februar 1979, 19.21 Uhr**

Betr.: Diplomatisches Corps in Berlin (Ost)
hier: Position des Leiters der Ständigen Vertretung

Bezug: Bericht der Botschaft Helsinki Nr. 63/79 vom 22.1.1979[1]

1) Wie sich aus dem Bezugsbericht ergibt, wird der jetzige finnische Botschafter bei der DDR, Botschafter Kock, demnächst abgelöst werden.[2] Mit seinem Weggang werde ich selbst an die zweite Stelle in der Anciennitätsliste rücken[3], unmittelbar nach dem tunesischen Botschafter Moncef Jaafar, der seit dem 5.3.1973 hier akkreditiert und seit Herbst letzten Jahres Doyen des hiesigen Diplomatischen Corps ist.

2) Da nicht bekannt ist, wie lange der tunesische Botschafter noch auf seinem Posten bleibt, sich in jedem Fall aber aus der Anciennitätsfolge bereits die Notwendigkeit ergibt, bei Abwesenheit des Doyen ggf. dessen Funktion wahrzunehmen, müssen wir jetzt kurzfristig unsere Haltung bedenken und festlegen. Zwei Möglichkeiten wären m.E. denkbar:

a) Mit dem Wechsel auf dem Posten des finnischen Botschafters übernehme ich, soweit erforderlich, protokollarisch die Vertretung des Doyen; wir stellen jedoch gleichzeitig in einer Zirkularnote an das Diplomatische Corps sowie in einer Note an das MfAA klar, daß dies lediglich mit Rücksicht auf die Anciennität geschieht und nichts an unserer Position ändert, wonach zwischen den beiden deutschen Staaten Beziehungen besonderer Art bestehen und die Ständige Vertretung keine diplomatische Vertretung ist[4]. Die Übernahme der Funktion des Vize-Doyen oder gar des Doyen durch den Leiter der Ständigen Vertretung würde freilich den äußeren Anschein verstärken, daß es sich bei der Ständigen Vertretung letztlich doch um eine Botschaft handelt; andererseits würden wir

1 Botschafter Simon, Helsinki, berichtete, daß Präsident Kekkonen am 19. Januar 1979 Kuuno Honkonen zum neuen finnischen Botschafter in der DDR ernannt habe. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 63; Referat 210, Bd. 116499.

2 Der neue finnische Botschafter in der DDR, Honkonen, wurde am 20. April 1979 akkreditiert.

3 Am 20. Juni 1974 überreichte Staatssekretär Gaus dem Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Stoph, sein Beglaubigungsschreiben. Vgl. dazu den Artikel „Die Ständigen Vertretungen nehmen ihre Arbeit auf"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 21. Juni 1974, S. 1.

4 In den Erläuterungen zum Protokoll über die Errichtung der Ständigen Vertretungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der DDR vom 14. März 1974 und zu den Protokollvermerken hieß es: „Mit den in Ziffer 2 festgelegten Bezeichnungen wird klargestellt, daß es sich bei den Vertretungen nicht um Botschaften handelt." Vgl. BULLETIN 1974, S. 339.
In Ziffer 2 des Protokolls über die Errichtung der Ständigen Vertretungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der DDR vom 14. März 1974 wurde ausgeführt: „Die Vertretungen führen die amtliche Bezeichnung ‚Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland' beziehungsweise ‚Ständige Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik'. Die Leiter führen die Amtsbezeichnung ‚Der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland' beziehungsweise ‚Der Leiter der Ständigen Vertretung der Deutschen Demokratischen Republik'." Vgl. BULLETIN 1974, S. 337.

in der Sache nicht über das hinausgehen, was wir bisher schon akzeptiert haben: entsprechende Geltung des WÜD und demnach auch des Artikel 16 (Anciennität der Missionschefs)[5] und faktische, weitgehend auch formale Gleichstellung der Ständigen Vertretung mit den hier akkreditierten Botschaftern durch die DDR-Regierung. Mit einer rechtswahrenden Erklärung könnten wir weitergehende präjudizierende Wirkungen verhindern. Der DDR würde die äußerliche Annäherung an ihren Standpunkt zwar willkommen sein; diese Befriedigung würde aber – wie ich aus früher geführten Gesprächen glaube schließen zu können – sicherlich mehr als aufgewogen durch das Unbehagen angesichts einer protokollarischen Aufwertung des Leiters der Ständigen Vertretung.

b) Die Alternative wäre, strikt den Standpunkt einzunehmen, daß in Anbetracht der besonderen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und des Charakters der Ständigen Vertretung als einer nichtdiplomatischen Vertretung besonderer Art selbst die nur vertretungsweise Übernahme von Funktionen des Doyen mit dem Status des Leiters der Ständigen Vertretung nicht vereinbar sei. Eine solche Erklärung wäre nach vorheriger Ansprache im MfAA und in Abstimmung mit dem Doyen zu zirkulieren. Es ist zu erwarten, daß die DDR eine Gegenerklärung abgeben würde, in der sie ihren Standpunkt darlegt. Da die Stellung des Doyen und seines Vertreters aber nicht zur Disposition des Gastlandes steht, sondern eine für das Diplomatische Corps ausgeübte Funktion ist, würde die DDR uns letztlich nicht hindern können, so wie gesagt zu verfahren; abgesehen davon wäre ihr das Ergebnis, der auftretenden protokollarischen Probleme ungeachtet, vermutlich angenehm. Schwieriger sind die Reaktionen des Diplomatischen Corps vorauszusehen, wo jedenfalls mit Vorbehalten aus politischen und anderen Gründen zu rechnen wäre. Auch dieses Vorgehen wäre daher nicht ganz unproblematisch; es würde uns vielleicht auch manche Wirkungsmöglichkeiten nehmen, hätte aber andererseits den Vorteil, demonstrativ unsere Position klarzumachen.

3) Auf jeden Fall muß eine Entscheidung über unser Verhalten schnell getroffen werden. Der genaue Termin, zu dem der bisherige finnische Botschafter seinen Posten verläßt, ist hier zwar noch nicht bekannt; wir müssen jedoch in den nächsten Wochen damit rechnen. Zu diesem Zeitpunkt müssen wir uns in dem einen oder anderen Sinne erklären. Danach wäre es nämlich sowohl für einen Vorbehalt als auch für die Ablehnung der Funktion des Vize-Doyen zu spät.

Ich beabsichtige, die Frage im Fünfer-Kreis anzusprechen.

[gez.] Gaus

VS-Bd. 10774 (502)

[5] Artikel 16, Ziffer 1 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 bestimmte: „Innerhalb jeder Klasse richtet sich die Rangfolge der Missionschefs nach Tag und Zeit ihres Amtsantritts gemäß Artikel 13." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 969.

31

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron

220-371.80-139/79 geheim **7. Februar 1979**[1]

Betr.: Protokoll über die Gespräche von Mr. David Aaron, Stellvertretender Vorsitzender des NSC, im Auswärtigen Amt am 6.2.1979

Bezug: Gliederung für die Gesprächsführung vom 5.2.1979, Az: 220-371.80-128/79 geheim[2]

1) Teilnehmer

Auf deutscher Seite: StS van Well (zeitweise); MD Dr. Blech; Botschafter Dr. Ruth; VLR I Dr. Citron; VLR Dr. Hofstetter; MD Dr. Ruhfus (zeitweise); MD Dr. Stützle, Leiter Planungsstab; Brigadegeneral Tandecki, Stabsabteilungsleiter.

Auf amerikanischer Seite: David Aaron, Stellvertretender Sicherheitsberater des Präsidenten; Robert Hunter, NSC; W. R. Smyser, Botschaftsrat (US-Botschaft); J. Klein, Zweiter Sekretär (US-Botschaft).

2) Die Begegnung mit dem Stellvertretenden Sicherheitsberater des Präsidenten führte zu einem sehr intensiven informellen Gedankenaustausch über folgende Fragen:

- TNF-Modernisierung,
- Dislozierungsproblematik,
- Rollenverteilung im Bündnis,
- Zeitrahmen 1979,
- TNF-Modernisierung und Rüstungskontrolle,
- Konsultationsmechanismen speziell zur Verzahnung von verteidigungspolitischen und rüstungskontrollpolitischen Konsultationen.

Die Gespräche wurden in freundschaftlicher Atmosphäre geführt.

Es herrschte Einvernehmen, die angeschnittenen Fragen möglichst bald im Rahmen der vorgesehenen bilateralen Grauzonenkonsultationen weiter zu erörtern.

3) Protokoll über den Ablauf des Gesprächs am Vormittag des 6. Februar 1979

Mr. Aaron betonte Bedeutung dieses Gedankenaustausches zur Vorbereitung wichtiger Entscheidungen über die TNF-Modernisierung.

Die USA seien bereit, TNF großer Reichweite zur Dislozierung in Europa zur Verfügung zu stellen.

Die amerikanische Regierung sehe wie wir, daß von der Modernisierung sowjetischer Mittelstreckensysteme eine Bedrohung ausgehe, welche politische und militärische Wirkungen habe. Die USA könnten zwar weiterhin eine glaubhafte

[1] Hat Ministerialdirektor Blech vorgelegen.

[2] Für die Aufzeichnung des Referats 220 vgl. VS-Bd. 11387 (220); B 150, Aktenkopien 1979. Für einen Auszug vgl. Anm. 17.

Abschreckung aufrechterhalten, hielten es jedoch für notwendig, das Bündnis durch die Dislozierung von TNF zu stärken. Dabei sei es wünschenswert, auch nach Möglichkeiten Ausschau zu halten, die Bedrohung durch Maßnahmen der Rüstungskontrolle zu mindern.

Die amerikanische Einschätzung der von den sowjetischen Mittelstreckenpotentialen ausgehenden Bedrohung habe sich aufgrund der letzten Nachrichtendienstanalyse im Herbst 1978 geändert: Man müsse feststellen, daß die SU ihre Kampfkraft (war fighting capacity) erheblich gesteigert habe.

Zur Entwicklung der Sprengkopfzahlen führte Aaron aus, daß die USA ihre Sprengköpfe weiterhin vermehren würden. Die geplante Erhöhung um 25% bis 1985 werde dann erneut zu einem Sprengkopfüberhang der USA führen. Aufgrund neuer Erkenntnisse sei allerdings zu befürchten, daß es 1982 bis 1984 zu einem „online gap" zu Lasten der USA komme. Folgende Entwicklungen seien dafür maßgebend:

- Der Prozeß der Mirvung sowjetischer ICBM erfolge schneller als erwartet.
- Aufgrund neuerer intelligence sei mit einer beträchtlichen Vermehrung der Sprengköpfe für sowjetische nukleare U-Boote zu rechnen. Unter Umständen komme es zu ihrer Verdopplung.

Für die zunächst gegenläufige Tendenz bei der Zahl amerikanischer Sprengköpfe seien folgende Entwicklungen ausschlaggebend:

- Die Streitkräfte erwerben weniger ALCM der ersten Generation als ursprünglich vorgesehen. Man ziehe es vor, auf die zweite Generation der ALCM zu warten.
- Schwerwiegender seien die Auswirkungen der Umrüstung der Poseidon-U-Boote auf Trident, die viel Zeit in Anspruch nehmen werde. Die Verteidigungsprogramme hätten die erst jetzt bekanntgewordene Entwicklung bei den sowjetischen Sprengköpfen noch nicht genügend berücksichtigen können.

  Die Frage, ob die Zahl der Sprengköpfe vermehrt werden solle (u.a. bei Trident), sei Gegenstand einer eingehenden Prüfung im amerikanischen Verteidigungsministerium, bei der es darum gehe, was militärisch sinnvoll sei. Die USA seien technisch in der Lage, auch zahlenmäßiges Gleichgewicht herzustellen. Man könne nicht ausschließen, daß es in nächster Zeit zu einer öffentlichen Diskussion über das amerikanisch-sowjetische Sprengkopfverhältnis komme (warhead gap).

TNF-Modernisierung

a) Aaron leitete seine Ausführungen mit der Feststellung ein, daß man auf amerikanischer Seite die sowjetische Bedrohung auf dem Gebiet der Mittelstreckensysteme ernst nehme. Man halte es für erforderlich, daß die Allianz bis zum Ende dieses Jahres Entscheidungen treffe. Gleichzeitig könne man Rüstungskontrollmaßnahmen planen, die verteidigungspolitische Anstrengungen begleiten. Entscheidend seien folgende Faktoren:

- Die Verteidigungsplanung mache rechtzeitige Entscheidungen erforderlich (Systemprogrammierung).
- Die USA seien bereit, verschiedene Formen der Zusammenarbeit mit den Verbündeten zu prüfen. Dies setze eine genauere Kenntnis darüber voraus,

wo die Präferenzen der Verbündeten liegen. Die USA hätten noch keine festgelegten Positionen.

Zu den als long-range systems in Frage kommenden Waffensystemen führte Aaron folgendes aus:

- „Pershing" II: gute Überlebensfähigkeit; ausgezeichnete Eindringfähigkeit; besondere Eignung für selektive Optionen. Im Gegensatz zu CM hat „Pershing" für den Gegner ein unmißverständliches Einsatzprofil.

  Unter politischen Gesichtspunkten könne die „Pershing" II als „evolutionärer" Schritt gesehen werden, da sie nur eine Fortentwicklung der „Pershing" I sei.

  Die Reichweite betrage etwa 1800 km. Daraus folge, daß für eine Stationierung in Zentraleuropa hauptsächlich das Territorium der Bundesrepublik Deutschland und der Benelux-Staaten in Frage komme. (Wenn „Pershing" II die „Pershing" I ersetze und Zielabdeckung nach Osten ausgedehnt werde, verringere sich allerdings die Abdeckung im näheren Bereich.)
- Cruise Missiles: Alle drei CM-Versionen haben eine gute Eindringfähigkeit (Eindringfaktor 0,9).
  - SLCM: unter allen CM die relativ beste Eindringfähigkeit; hohe Überlebensfähigkeit; kostengünstig, falls auf Schiffen disloziert, die auch andere Aufgaben wahrnehmen; in diesem Falle allerdings auch Einschränkung dieser anderen Aufträge.
  - ALCM: Überlebensfähigkeit vor Einsatzentwicklung entspricht der Überlebensfähigkeit der Trägerflugzeuge; gute Eindringfähigkeit; relativ kostengünstig, da Infrastruktur der vorhandenen Flugplätze nutzbar; evolutionär insofern, als luftgestützte Einsatzmittel bereits vorhanden sind. Nachteil liegt darin, daß dadurch dual capable aircraft weniger für ihre konventionelle Rolle zur Verfügung stehen.
  - GLCM: Überlebensfähigkeit entspricht der „Pershing" II, ist größer als bei ALCM, aber kleiner als bei SLCM. Der Vorteil liegt darin, daß dual capable aircraft in größerem Maße für konventionellen Einsatz freigestellt werden. GLCMs lassen sich jedoch nicht als „evolutionär" bezeichnen.

Die USA engagierten sich weder für das eine oder für das andere System. Zwar gebe es eine vorläufige Präferenz für die „Pershing" II, es sei aber auch ein Mix aus verschiedenen Systemen denkbar. Gewisse Vorbehalte gebe es gegen SLCM und ALCM.

Die Administration verstehe die deutschen Besorgnisse. Von entscheidender Bedeutung sei es daher, daß die ganze Allianz eine für die Bundesrepublik Deutschland hilfreiche Haltung einnehme und die Bündnispartner die Bereitschaft zum Ausdruck brächten, Risiko und Lasten zu teilen. Die USA würden zu der gewünschten Entwicklung im Bündnis beitragen.

b) Herr D2 erläuterte sodann die deutsche Haltung zur TNF-Modernisierung und zur Grauzonenproblematik auf der Grundlage der Gesprächsgliederung vom 5. Februar 1979. Er stellte folgende Gesichtspunkte in den Vordergrund:

Die Bundesregierung habe die 1975 von den USA ausgegangene Initiative zur Modernisierung begrüßt und bekenne sich zu der auf dem NATO-Gipfel im Mai 1978 in Washington ausgesprochenen Bestätigung des Langfristigen Verteidi-

gungsprogramms[3], auch soweit es um die evolutionäre Stärkung von Systemen größerer Reichweite gehe.

Jetzt komme es darauf an, im Bündnis Entscheidungen zu treffen, die sowohl militärisch als auch rüstungskontrollpolitisch gerechtfertigt und politisch durchsetzbar seien.

Dabei müsse der Öffentlichkeit ganz deutlich werden, daß die Allianz gemeinsam diese Entscheidungen getroffen hat. Es sei notwendig, daß die USA die ihnen zukommende Führungsrolle übernehmen; die Bundesrepublik Deutschland könne als Nicht-Nuklearmacht zwar wichtige Beiträge leisten, aber nicht die USA ersetzen. Eine singuläre Rolle der Bundesrepublik Deutschland müsse im Interesse der Kohäsion des Bündnisses vermieden werden.

Zur Thematik der TNF großer Reichweite erklärte D2, daß es sich um mehr als nur eine evolutionäre Modernisierung handele, wenn der Terminus „evolutionäre" nur technisch verstanden werde. Da es bisher keine Bedrohung sowjetischen Territoriums von unserem Boden aus gebe, würde durch die eventuelle Stationierung von long-range TNFs in der Bundesrepublik Deutschland eine neue politische Lage geschaffen. Dies müsse bei Entscheidungen in Rechnung gestellt werden. Dies bedeute:

- Eine nukleare Teilhabe der Bundesrepublik Deutschland als „user nation" von Systemen größerer Reichweite scheidet daher aus.
- Eine Dislozierung solcher Systeme allein in der Bundesrepublik Deutschland bleibt ebenfalls außer Betracht.
- Entscheidungen müssen im Bündnis getroffen und von ihm getragen werden. Deshalb ist es notwendig, die Konsultationen in der Allianz zu intensivieren, sie richtig zu strukturieren und vor allem bei der Präsentation der Bündnisentscheidung auch ein rüstungskontrollpolitisches Konzept zu haben. Dafür gelte es, in der Allianz einen organisatorischen Rahmen zu schaffen, der es gestattet, parallel zur Diskussion verteidigungspolitischer Fragen in der HLG[4] die politischen Implikationen zu erörtern und rüstungskontrollpolitische Optionen zu erarbeiten.
- Im übrigen erklärte D2, daß die amerikanischen Zeitvorstellungen für die Entscheidung in der Allianz weitgehend unseren Überlegungen entsprechen. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Auswirkungen eines möglichen Führungswechsels in der UdSSR hin.

c) In seiner Erwiderung nahm Aaron auf das Treffen in Guadeloupe[5] Bezug. Man sei sich dort einig gewesen, daß eine realistische Einschätzung der rüstungskontrollpolitischen Aspekte ein klares Bild über die militärischen Erfordernisse voraussetze. Auf amerikanischer Seite habe man sich zwar über die Grauzonenproblematik gewisse Gedanken gemacht, Folgerungen seien jedoch

[3] Auf der NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31. Mai 1978 in Washington wurde eine Reihe von Maßnahmen als Aktionsprogramm bestätigt, das dazu beitragen sollte, das Verteidigungspotential des Bündnisses den Erfordernissen der achtziger Jahre anzupassen. Für den deutschen Wortlaut der amtlichen Zusammenfassung des Langfristigen Verteidigungsprogramms der NATO vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 483–486.

[4] Zur Tätigkeit der High Level Working Group (HLG) der nuklearen Planungsgruppe der NATO vgl. AAPD 1978, I, Dok. 61.

[5] Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. Dok. 2–5.

noch nicht gezogen worden. Fest stehe lediglich, daß dieses Problem in SALT III behandelt werde. Zu SALT III gebe es noch keine feste Planung (no interagency work). Man wolle auf jeden Fall vermeiden, daß durch Fehldeutungen (etwa aufgrund von leaks) die Ratifikation von SALT II, die möglicherweise erst im Herbst 1979 oder gegebenenfalls erst 1980 zustande komme, nachteilig beeinflußt werde.

In diesem Zusammenhang erwähnte Aaron die Notwendigkeit, auch die Implikationen zu prüfen, die sich durch hardware-Entscheidungen für die Option III bei MBFR[6] ergeben.

d) Aaron kam sodann auf den Gedanken einer breiten Allianzbeteiligung an der TNF-Modernisierung zurück und stellte die Frage, auf welche Weise dem deutschen Anliegen Rechnung getragen werden könne.

- Würde es genügen, wenn in Großbritannien und Frankreich neue Systeme mit größerer Reichweite disloziert würden? Herr D2, MD Dr. Stützle und General Tandecki führten hierzu aus, daß eine solche Dislozierung zwar hilfreich sein könne, aber kein Substitut für die Dislozierung auf dem Territorium von nicht-nuklearen Allianzpartnern, die der integrierten Verteidigung angehörten, sei. Für Großbritannien und Frankreich stelle eine solche Stationierung keine qualitative Änderung dar.[7]
- Wäre es für die Bundesrepublik Deutschland akzeptabel, wenn die Dislozierung von Systemen größerer Reichweite zunächst nur auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland und erst später auf dem Territorium anderer Allianzpartner vorgesehen würde? Auch gegen diese Lösungsmöglichkeit wurden von deutscher Seite erhebliche Bedenken geltend gemacht.
- Auf eine entsprechende Frage Aarons wurde von Herrn D2 klargestellt, daß es für uns nicht ausreichend wäre, wenn Trägersysteme größerer Reichweite, obzwar im Besitz anderer Allianzpartner, ausschließlich auf deutschem Boden stationiert würden.

Aaron stellte die Frage, ob sein Eindruck berechtigt sei, wir machten unsere Bereitschaft zur Dislozierung von der Zustimmung Den Haags und Brüssels abhängig. Angesichts der wirklichen Bedrohung scheine es nicht ganz überzeugend, wichtige Sicherheitsfragen von kleineren Bündnispartnern mit unsicheren Regierungsmehrheiten abhängig zu machen.[8]

Aaron warf schließlich die Frage auf, ob man nicht auch an eine Dislozierung von ALCM in England denken könne, deren Träger von Zeit zu Zeit in den Benelux-Staaten, der Bundesrepublik Deutschland, aber auch Italien und der Türkei disloziert würden. Hierzu wies General Tandecki darauf hin, daß jedes

6 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 16. Dezember 1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III) vgl. Dok. 13, Anm. 2.

7 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt: „jedoch aus den dargelegten Gründen für uns. Das ‚sharing', von dem hier die Rede sei, müsse sich auf diese qualitative Änderung beziehen."

8 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt: „D2 räumte ein, daß hier ein praktisches Problem liegen könne; es stelle sich jedoch seiner Natur nach bei jedem demokratischen Bündnispartner."

Signal der Solidarität im Bündnis zu begrüßen sei, daß aber auch nach amerikanischer Bewertung die ALCM nicht zu den bevorzugten Systemen gehören.

MD Dr. Stützle wies darauf hin, daß die sowjetische Mittelstreckenbedrohung sich ihrer Natur nach (sowjetisch, nuklear, strategisch) in erster Linie gegen die nukleare Schutzfunktion der Vereinigten Staaten für und in Europa richte. Dieser Bedrohung könne nicht durch die Bundesrepublik Deutschland oder andere europäische Partner begegnet werden. Es gehe daher nicht, wie von D. Aaron gesagt, darum, wie die Atlantische Allianz eine für die Bundesrepublik Deutschland hilfreiche Haltung einnehmen könne, sondern vielmehr um die Hilfe der Allianz für die USA bei der Lösung eines Problems, das durch die Sowjetunion geschaffen worden ist. Washington müsse daher zum Beispiel auch mit Den Haag und Brüssel sprechen, nicht nur mit uns.

Hierauf antwortete Aaron mit dem Hinweis, daß es sich nicht um ein US-Problem handele, sondern um ein gemeinsames Problem der Allianz. Die USA seien bereit, auch in Zukunft ihre traditionelle Führungsrolle zu übernehmen.[9]

Dg 22 sprach sich dafür aus, die Möglichkeiten einer belgischen und niederländischen Teilnahme weiterzuverfolgen. Diese realistischen Aussichten könnten durch Meldungen, die Bundesrepublik Deutschland sei bereit, allein zu dislozieren, gemindert werden.

Abschließend betonte Aaron, die USA seien weiterhin in der Lage, die nukleare Abschreckung voll aufrechtzuerhalten, selbst wenn es dem Bündnis nicht gelänge, die TNF-Problematik zu lösen.

4) Gespräch bei StS van Well

Der StS wies auf die Bedeutung der für Mitte März angesetzten Debatte im Bundestag zu den Großen Anfragen über Sicherheit und Rüstungskontrolle[10] hin und riet, die gegenwärtige sicherheitspolitische Debatte in größerem Zusammenhang zu sehen und einzelne Äußerungen nicht überzubewerten. Die Bundesregierung sei bereit, im Rahmen der Allianz Verantwortung mitzutragen. Sie sei im Begriff, ihre Politik zum Grauzonenproblem zu entwickeln und dabei verteidigungspolitischen und rüstungskontrollpolitischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen. Die Erarbeitung eines nationalen Konsensus in dieser Frage verlange jedoch Zeit. Es komme darauf an, eine Debatte zu vermeiden, die zu einer Polarisierung in nationalen Sicherheitsfragen führen könne.

David Aaron betonte die Bereitschaft der USA, der sowjetischen Bedrohung sowohl durch verteidigungspolitische als auch rüstungskontrollpolitische Maßnahmen zu begegnen, unter der Voraussetzung, daß die Bündnispartner dies wünschten.

Eine Schwierigkeit ergebe sich daraus, daß zwar die TNF-Optionen, nicht aber die künftigen rüstungskontrollpolitischen Optionen durchdacht seien (SALT II sei ebenso noch nicht aus dem Weg). Washington verstehe, daß Bonn die TNF-Modernisierung im Allianzrahmen behandelt sehen möchte. Die Administration

[9] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt: „D 2 ergänzte, wir legten deshalb so großen Wert auf die Absicherung von Sachentscheidungen durch das gesamte Bündnis, weil nur auf diese Weise der Einheit der Sicherheitsinteressen aller Partner Rechnung getragen werde."

[10] Zur sicherheitspolitischen Debatte des Bundestags am 8./9. März 1979 vgl. Dok. 80.

sei bereit, die von ihr erwartete Führungsrolle zu übernehmen. Es gelte, die für die TNF-Modernisierung notwendigen Entscheidungen dieses Jahr zu treffen:

- Welche Systeme?
- Wo?
- Wann?

Der StS betonte die Notwendigkeit, in der Öffentlichkeit klar auf die bestehenden Defizite und die militärischen Notwendigkeiten hinzuweisen und damit die späteren politischen Entscheidungen vorzubereiten.

Für die TNF-Entscheidungen im Bündnis skizzierte Aaron folgenden Fahrplan:

Vorbereitung der Optionen durch HLG, DPC[11], NATO-Rat im Juni[12]; abschließender Konsensus möglicherweise Ende 1979. Bei der Vorbereitung des Verteidigungsbudgets für 1980 werde die Administration der Entwicklung in der Allianz Rechnung tragen.

Auf Fragen des StS erklärte Aaron, daß sowohl die Cruise Missiles als auch „Pershing" II etwa gleichzeitig nach Ablauf des Protokolls zur Verfügung gestellt werden könnten. Da ALCM ohnehin produziert würden und vom technischen Standpunkt aus GLCM nicht allzu verschieden von ALCM seien, erscheine eine Bündnisentscheidung über GLCM weniger vordringlich als über die „Pershing" II.

Auf eine weitere Frage erklärte Aaron, daß nach amerikanischer Auffassung die Option III die Modernisierung der TNF nicht ausschließe. Dies sei jedoch eine Frage, die weitere Untersuchungen verlange.

D2 und Dg22 erinnerten daran, daß die östliche Seite in Wien den an die Option III geknüpften Bedingungen[13] bisher nicht entsprochen hätte.

5) Gespräch beim Mittagessen

In Fortführung des Gesprächs am Vormittag stellte Aaron die Frage, wie wir eine Dislozierung[14] beurteilen würden, welche die Bundesrepublik Deutschland nicht einschlösse.

MD Dr. Stützle erwiderte, daß diese Frage so noch nicht gestellt und untersucht worden sei. Seine allererste Reaktion sei aber, daß das von uns betonte Prinzip, in keine singuläre Rolle gebracht werden zu dürfen, nicht nur in einer Richtung wirke.

D2 ergänzte, daß auch diese Option letztlich zu einer singulären Rolle der Bundesrepublik Deutschland führen würde. Er fügte hinzu, daß das Konzept

11 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung der NATO (DPC) am 15./16. Mai 1979 in Brüssel vgl. Dok. 140, Dok. 143 und Dok. 145.

12 Zur NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 156 und Dok. 159.

13 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten verbanden mit ihrem Vorschlag vom 16. Dezember 1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III) eine Reihe von Bedingungen, unter anderem die Zustimmung zur Parität und den kollektiven Charakter von Höchststärken. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 381.

14 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt: „etwa nur in Großbritannien".

der Abschreckung militärische und politische Aspekte habe. Die Option, LRTNF nur in England zu stationieren, sei politisch nicht überzeugend.[15]

Auf die Frage von Dr. Stützle, was der für Ende 1979 erwünschte Konsensbeschluß der Allianz alles beinhalten müsse, erwiderte Aaron, einmal die Entscheidung über die Dislozierung von LRTNF (deployment), ferner, falls möglich, einen rüstungskontrollpolitischen Vorschlag.

Dg22 erinnerte an die politische Verletzlichkeit der Bundesrepublik Deutschland und erwähnte in diesem Zusammenhang den jüngsten Prawda-Artikel, in dem der Vorwurf erhoben werde, wir blockierten MBFR und strebten nach TNF.[16] Beide Vorwürfe zielten auf eine Isolierung der Bundesrepublik Deutschland. Gerade angesichts der erwähnten Propagandamöglichkeiten der SU müsse die Allianz ein politisches Konzept für die TNF-Modernisierung entwickeln. Dies würde letztlich auch bei der Ratifizierung von SALT II nützen.

Das Gespräch konzentrierte sich dann auf die deutsche Anregung, eine neue politische Arbeitsgruppe unter amerikanischem Vorsitz in der Allianz zu schaffen, um die rüstungskontrollpolitischen Aspekte der TNF zu erörtern.[17] Auf die Frage Aarons, wie die Überlegungen der HLG und des neuen Gremiums zur Übereinstimmung gebracht werden könnten, wurde von deutscher Seite angeregt, beide zusammen tagen zu lassen oder ein Koordinierungsorgan vorzusehen.

Dg22 unterstrich nochmals, daß es notwendig sei, die Modernisierungsproblematik und die Entwicklung eines rüstungskontrollpolitischen Konzepts im Zusammenhang zu sehen. Dabei müsse sichergestellt werden, daß die Entwicklung eines längerfristigen rüstungskontrollpolitischen Konzepts die erforderlichen zeitgerechten verteidigungspolitischen Entscheidungen des Bündnisses nicht gefährde. Aaron nahm diese Erklärung zustimmend zur Kenntnis.

Auf die Frage von Dg22, ob die SU bereits auf die Bereitschaft Präsident Carters reagiert habe, die Entscheidung über die Produktion der ERW im Lichte des sowjetischen Verhaltens zu fällen[18], und ob zu diesem Thema Gespräche mit der Sowjetunion stattgefunden hätten, erklärte Aaron, daß diese Haltung des Präsidenten ohne Echo geblieben sei. Verhandlungen zu diesem Thema habe

15 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt: „weil sie den Anschein erwecken könnte, daß die Bundesrepublik Deutschland nur Vorfeld und nicht ganz von der Abschreckung abgedeckt."

16 Vgl. den Artikel „Ne vopreki li interesam razrjadki?"; PRAVDA vom 1. Februar 1979, S. 4.

17 Anläßlich des Besuchs des stellvertretenden Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Aaron, am 6. Februar 1979 in Bonn betonte Referat 220 die Notwendigkeit einer „Veränderung der bisherigen Konsultationspraxis von der Information zu echter Konsultation mit wirklicher Beteiligung an Kollektiventscheidungen". Die Konsultationen zur verteidigungspolitischen Seite der durch die „Grauzone" aufgeworfenen Fragen seien „institutionell ausreichend", nicht aber die Konsultationen zu den rüstungskontrollpolitischen Aspekten. Referat 220 schlug deshalb vor: „Angesichts Notwendigkeit, Konsultationsebene zu intensivieren, könnte daran gedacht werden, parallel zur HLG rüstungskontrollpolitisches open ended Konsultationsgremium in der Allianz vorzuschlagen (z. B. Senior Arms Control Group) mit der Aufgabe, rüstungskontrollpolitische Optionen auszuarbeiten. (Teilnehmer: Vertreter der Außen- und Verteidigungsministerien). Um Verzahnung zwischen TNF und Abrüstungsoptionen sicherzustellen, könnten HLG und neues Gremium von Zeit zu Zeit gemeinsam tagen." Vgl. die Aufzeichnung vom 5. Februar 1979; VS-Bd. 11387 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

18 Zur Erklärung des Präsidenten Carter vom 7. April 1978 vgl. Dok. 13, Anm. 8.

es nicht gegeben. In Gesprächen wiederhole Moskau lediglich das alte Angebot des gegenseitigen Verzichts auf Neutronenwaffen.

Abschließend äußerte sich D2 befriedigt über den freimütigen Gedankenaustausch und regte an, die offenen Fragen, insbesondere die Frage des Zeitablaufs (Einordnung von verteidigungspolitischen und rüstungskontrollpolitischen Entscheidungen ...) und der Struktur der bündnisinternen Konsultations- und Entscheidungsprozesse bei der nächsten vorgesehenen Grauzonendiskussion in Washington weiter zu erörtern, sobald die amerikanische Seite zu präziseren Auffassungen gekommen sei.

Citron

VS-Bd. 11386 (220)

32

Botschaftsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach, Jakarta, an das Auswärtige Amt

114-438/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 76
Citissime

Aufgabe: 7. Februar 1979, 15.45 Uhr[1]
Ankunft: 7. Februar 1979, 11.10 Uhr

Betr.: Gespräch mit indonesischem Außenminister Mochtar am 7.2.79

Bezug: DB Nr. 72 vom 6.2. zum Thema Indochina-Flüchtlinge

1) Außenminister Mochtar eröffnete das Gespräch, das auf seinen Wunsch zustande kam, mit einem Hinweis auf den Besuch Dengs in den USA[2]. Er verwies auf seine vorgestrigen Presseäußerungen (siehe heutiger Schriftbericht), wonach er den USA dafür Anerkennung gezollt habe, daß sie sich nicht von Deng auf eine Linie antisowjetischer Äußerungen habe drängen lassen.[3] China brauche die USA für seine Entwicklungsanstrengungen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Steger am 8. Februar 1979 vorgelegen.
Hat den Vortragenden Legationsräten Gerster und Siemes am 16. Februar 1979 vorgelegen.

2 Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping hielt sich vom 29. Januar bis 4. Februar 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 37.

3 Botschaftsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach, Jakarta, teilte am 7. Februar 1979 mit: „Der hiesige US-Botschafter hat am 4.2. den indonesischen Außenminister über Verlauf, Ergebnisse sowie US-Einschätzung des Besuchs von Vizepremier Deng Xiaoping in den USA unterrichtet. Im Anschluß an dieses Gespräch hat Außenminister Mochtar vor der hiesigen Presse erklärt, er habe der US-Regierung seine Anerkennung dafür zum Ausdruck gebracht, daß sie sich nicht vor den chinesischen Wagen habe spannen lassen. Man sei zufrieden darüber, daß die USA bemüht gewesen sei, nicht in der gleichen aggressiven Tonlage wie der chinesische Besucher zu sprechen, der seinerseits in unangemessener Weise für eine harte Haltung den Sowjets gegenüber und für eine Zurückweisung ihres angeblichen Hegemoniestrebens eingetreten sei. Das zurückhaltende amerikanische Verhalten Deng gegenüber befinde sich im Einklang mit der indonesischen Position. Diese bemühe sich, eine Verschärfung der durch den kambodschanischen Konflikt eingetretenen Krisensituation zu vermeiden". Vgl. den Schriftbericht Nr. 162; Referat 341, Bd. 110492.

Es sollte Deng daher verwehrt sein, in seinem Gastland unverantwortliche Erklärungen abzugeben. Mochtar fragte nach den Reaktionen in Europa. Er stehe unter dem Eindruck, daß die Europäer die chinesische Hinwendung zum Westen begrüßten, weil dadurch die sowjetische Militärmacht neutralisiert werde. Ich erklärte ihm, daß die Bundesregierung zwar das Heraustreten Chinas aus seiner Selbstisolierung begrüße, weil wir der Meinung seien, daß China angesichts Größe, Bevölkerungszahl und natürlichen Gewichts einen verantwortlichen Platz in der Völkergemeinschaft einnehmen müsse. Wir seien jedoch auch der Auffassung, daß die rasche Hinwendung Chinas zum Westen die Ost-West-Entspannung nicht beeinträchtigen dürfe, und erläuterten dies am Fall unserer restriktiven Rüstungsexportpolitik[4].

Minister Mochtar gab sodann seiner Beunruhigung darüber Ausdruck, daß das vietnamesisch-chinesische Verhältnis von einer „Eskalation der Worte" zu einer „Eskalation der Aktionen" führen könne.[5] Man wisse allerdings nicht genau, ob in China eine innere Opposition bestehe. Nach den langen Jahren der Herrschaft Maos gebe es zweifellos auch dort „vested interests", die sich dem raschen Wandel widersetzten. Dennoch bestehe die reale Gefahr, daß es an der Grenze zu Indochina zu einem bewaffneten Konflikt komme.

Mochtar kam sodann auf Vietnam zu sprechen. Vietnam habe sich in Kambodscha verrannt und befinde sich in einer mißlichen Lage (is bogged down).[6] Ein Indiz dafür sei die Tatsache, daß der erwartete vietnamesisch-kambodschanische Freundschaftsvertrag bisher ausgeblieben sei.[7] Vietnam habe sich verkalkuliert und befinde sich offensichtlich in Schwierigkeiten. Es sei daher möglich, daß Vietnam nach einer unauffälligen Rückzugsmöglichkeit suche. Die ASEAN-Länder bereiteten eine Aktion vor, die es Vietnam ermöglichen würde, ohne Gesichtsverlust einzulenken. Als neutrales Gesprächsthema wolle man mit Vietnam das Problem der Indochina-Flüchtlinge[8] aufgreifen. Durch den Monsun sei der Flüchtlingsexodus auf dem Seewege derzeit abgeflaut, er werde sich aber möglicherweise neu beleben. Mochtar ging dann auf das Thema des Transitzentrums (processing centre) für Flüchtlinge über, welches aufgrund ASEAN-

4 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 2, Anm. 15.

5 Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 2.

6 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.
Zur militärischen Lage in Kambodscha notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Steger am 2. Februar 1979: „Die am 7.1.1979 in Phnom Penh etablierte pro-vietnamesische Regierung (‚Volksrevolutionsrat') kontrolliert inzwischen mit Hilfe der vietnamesischen Interventionsstreitkräfte die Bevölkerungszentren und wesentlichen Verbindungswege in Kambodscha, das übrige Gebiet jedoch nur teilweise. Die Roten Khmer leisten nach wie vor erheblichen Widerstand. Auch wenn eine Gegenoffensive kaum zu erwarten ist, dürften sie selbst nach der endgültigen Unterbrechung der Nachschubwege zu einem langandauernden Guerillakampf, der erhebliche vietnamesische Kräfte binden wird, in der Lage sein." Vgl. Referat 340, Bd. 110768.

7 Am 18. Februar 1979 schlossen die vietnamesische Regierung und der kambodschanische Revolutionäre Volksrat einen Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit. Die beiden Parteien verpflichteten sich darin, auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der legitimen Interessen sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zusammenzuarbeiten und alle etwaigen Streitigkeiten in ihren bilateralen Beziehungen durch friedliche Verhandlungen zu lösen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 305–307.

8 Zu den „Indochina-Flüchtlingen" vgl. Dok. 5, Anm. 33.

Beschlusses auf einer indonesischen Insel eingerichtet werde.[9] Da Indonesien bisher vom Flüchtlingsproblem nur am Rande berührt gewesen sei, habe es aus Solidarität mit seinen in einer Notlage befindlichen Partnern hier vorangehen müssen. Er hoffe, von USA und Kanada, die angesprochen seien, Hilfe zu erhalten. Das Verfahren hierfür befinde sich dort im Stadium der parlamentarischen Behandlung. Er hoffe, auch von den europäischen Ländern und der Bundesrepublik Deutschland bei der Aufnahme von Flüchtlingen Unterstützung zu erhalten. Man würdige die von uns bereits geleisteten Beiträge.[10]

Ich habe auf die besondere Lage der Bundesrepublik durch die Aufnahme deutscher Aussiedler und die Familienzusammenführung aus osteuropäischen Ländern unter Zahlenangabe verwiesen[11] und kurz Gelegenheit genommen, den historischen Kontext zu schildern. Mochtar, der nicht insistierte, erwähnte noch die Tatsache, daß für Indonesien erschwerend hinzutrete, daß die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge ethnisch Chinesen sei, was zu den bestehenden hiesigen Minoritätenproblemen beitrage. Die ASEAN-Länder wollten das Problem an der Wurzel fassen und es nunmehr in Hanoi zur Sprache bringen. Er habe den vietnamesischen Botschafter[12] bereits vor der ASEAN-Konferenz in Bangkok[13] auf die „nonchalante" Art hingewiesen, mit der seine Regierung dieses Problem behandelt habe. Er habe knapp vor dem Vorwurf innegehalten, die vietnamesische Regierung der Mitwisserschaft bei dem Exodus zu bezichtigen. Jedenfalls habe man Hanoi unverblümt klargemacht, daß sein Verhalten in dieser Frage nicht im Einklang mit den den ASEAN-Ländern gegebenen Zusicherungen stehe. Es gebe nunmehr Anzeichen, daß Hanoi in dieser Frage gesprächsbereit geworden sei. Es sei international isoliert, durch den Einfall in Kambodscha geächtet und suche nach Kontakten. Er und seine ASEAN-Kollegen hätten den Eindruck, daß man hier die Dinge nicht auf sich beruhen lassen sollte und es an der Zeit sei, den Draht wiederaufzunehmen. Die Regierung in Hanoi bedürfe jetzt internationaler Respektabilität und werde sich möglicherweise für Gesten erkenntlich zeigen. Man könne bei dieser Gelegenheit der Regierung Vietnams behilflich sein, zur politischen Vernunft zurückzufinden („gaining their senses"). Man wolle ihr auch vor Augen führen,

9 Im Kommuniqué über die Tagung der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten vom 28. bis 30. Juni 1979 in Denpasar auf Bali hieß es: „Die Außenminister unterstrichen die wichtige Rolle von Weiterleitungszentren als ein Schritt der Durchführung der Neuansiedlungsprogramme. Diesbezüglich begrüßten sie die Angebote der Regierung der Republik Indonesien und der Regierung der Republik Philippinen, die Galang-Insel bzw. die Tara-Insel als Weiterleitungszentren auf der Grundlage der Prinzipien und Bedingungen zur Verfügung zu stellen, die in der am 21. Februar 1979 in Bangkok veröffentlichten Erklärung der Außenminister enthalten sind." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 461.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Steger notierte am 9. Februar 1979: „Nach unserer Auffassung geht es jetzt vor allem darum, ASEAN den Rücken zu stärken. In diesem Zusammenhang ist auch das Problem der Indochina-Flüchtlinge zu erwähnen, zu dessen Lösung wir nach Kräften beitragen wollen. Unsere Möglichkeiten, Aufnahmeplätze zur Verfügung zu stellen, sind leider begrenzt. (Die Bundesländer haben von November 78 bis Anfang Februar 79 2720 Plätze, seit 1975 insgesamt 4370 Plätze zur Verfügung gestellt. Zusätzlich nimmt die Stadt Frankfurt noch 250 Vietnam-Flüchtlinge aus Hongkong auf.)" Vgl. Referat 340, Bd. 110768.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Steger vermerkte am 9. Februar 1979, daß die Zahl „deutscher Aussiedler aus Ost- und Südosteuropa" 1978 etwa 58000 betragen habe. Vgl. Referat 340, Bd. 110768.

12 Tran My.

13 Die Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten trafen am 12./13. Januar 1979 in Bangkok zusammen.

was es bedeute, sich in der russischen Umarmung zu befinden („the Russian bear hug"). Der Westen habe hier möglicherweise eine Gelegenheit, die Bedingungen zu schaffen, in der es Vietnam möglich ist, sich selbst aus der Verstrikkung zu befreien, in die es sich begeben habe. Man wisse in Indonesien, wo es viele Gemeinsamkeiten mit den Vietnamesen gebe, wie stolz die dortige Führung auf die gewonnene Unabhängigkeit sei und wie tief verwurzelt die nationalen Gefühle sind. Man glaube in Jakarta, mit den dortigen Persönlichkeiten guten Kontakt zu besitzen und ihr Vertrauen gewonnen zu haben. Zudem müsse man auch den dortigen, auf internationale Zusammenarbeit in stärkerem Maße bedachten Persönlichkeiten wie Pham Van Dong gegen eine Gruppe von „hardlinern", wie z. B. Giap, den Rücken stärken. Der Minister schloß, es handele sich hier um eine längerfristige Strategie, die darauf abziele, den indochinesischen Staaten eine echte Unabhängigkeit zu sichern (an einer Stelle in seinen Ausführungen machte Mochtar eine Bemerkung über seinen singapurischen Kollegen[14], dem er vorwarf, in seinen öffentlichen Erklärungen nicht die Meinung der ASEAN-Länder wiederzugeben). Wegen des Timings für seine Kontakte mit Hanoi wollte sich Außenminister Mochtar auf entsprechende Frage nicht festlegen. Er erwähnte, dies hänge in erster Linie von der Entwicklung zwischen China und Vietnam ab, die man mit Sorge verfolge. Mochtar wird in den nächsten Tagen in andere ASEAN-Länder und nach Japan reisen, wo er Gespräche mit seinen Außenminister-Kollegen führen wird.

Ich dankte dem Minister dafür, daß er die europäischen Länder von seinen Überlegungen in Kenntnis setze. Wir schätzten es hoch ein, daß sich in Fortführung des EG-ASEAN-Ministertreffens in Brüssel[15] ein politischer Dialog entwickelt habe. Er nahm dies zustimmend zur Kenntnis.

2) Das Thema der Indochina-Flüchtlinge wurde von Mochtar nicht in den Mittelpunkt seiner Ausführungen gestellt. Er hat das Thema westlicher Hilfe nur eher beiläufig erwähnt. Im Vordergrund stand die mehrfach geäußerte Besorgnis über China und die Notwendigkeit einer eigenen ASEAN-Initiative, um Vietnam aus einer, wie es hier gesehen wird, gefährdeten und mit Unsicherheiten belasteten Lage den Rückzug zu ermöglichen und auf den Pfad kooperativen Verhaltens zurückzuführen. Außer mit uns hat AM Mochtar mit Franzosen und anderen westeuropäischen Botschaften gesprochen.

Bitte Botschafter Schödel unterrichten.

[gez.] Pfetten

VS-Bd. 11182 (340)

14 Sinnathamby Rajaratnam.

15 Am 20./21. November 1978 fand in Brüssel eine Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 353.

33

Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt

114-476/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 8. Februar 1979, 18.55 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 542 **Ankunft: 9. Februar 1979, 02.10 Uhr**

Betr.: Mein Gespräch mit Marshall Shulman am 6.2.1979

Ich habe am 6.2.1979 mein Gespräch mit Shulman fortgesetzt.[2] Dabei wurden folgende Themen berührt:

1) Besuch von Deng Xiaoping in den USA[3]

Auf die sowjetische Reaktion angesprochen, sagte Shulman, daß Moskau zu Beginn des Besuchs Dengs auffallend gemäßigt reagiert habe.[4] Offizielle Äußerungen habe es zunächst überhaupt nicht gegeben. Der Artikel Bowins in der Prawda[5] und Izvestija[6] hätte sich durch eine betont sachliche Bewertung ausgezeichnet. Erst auf die Aufnahme der Hegemonieklausel in die gemeinsame Presseerklärung[7] habe Moskau neuralgisch reagiert.[8] Dobrynin habe bei seiner Rücksprache im State Department auf diesen Punkt hingewiesen, dabei aber persönlich gesprochen und keine weiteren Erläuterungen zum Deng-Besuch erbeten.

Shulman glaubt, daß Moskau vor einer abschließenden Bewertung des Deng-Besuchs noch einige Tage abwarten will, bis der „Schaueffekt" abgeklungen und die bleibende Wirkung besser erkennbar ist.

Auf meine Frage, ob der Deng-Besuch Auswirkungen auf das Treffen Carter–Breschnew[9] haben wird, erklärte Shulman, daß es dafür bisher keine Anzei-

1 Hat Vortragender Legationsrätin Wannow und Legationsrat I. Klasse Barker am 12. Februar 1979 vorgelegen.

2 Botschafter von Staden, Washington, führte am 26. Januar 1979 ein erstes Gespräch mit dem Berater des amerikanischen Außenministers, Shulman. Themen waren SALT und die Konzentration von Truppen der Volksrepublik China an der Grenze zu Vietnam. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 364 vom 26. Januar 1979; VS-Bd. 11312 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

3 Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping hielt sich vom 29. Januar bis 4. Februar 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 37.

4 Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 2. Februar 1979: „Die bisherige sowj[etische] Reaktion auf den Besuch Deng Xiaopings in Washington ist relativ zurückhaltend. An ihr fällt auf, daß in erster Linie Deng als aktiv handelnd herausgestellt und in seiner klaren antisowjetischen Ausrichtung kritisiert wird. Demgegenüber erscheinen Carter und die Administration als der eher reagierende, in einigen Kernfragen aber auch überhaupt nicht reagierende Teil während des Besuches. Sowj. Seite vermeidet jede direkte Kritik an Carters Verhalten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 374; Referat 341, Bd. 110492.

5 Vgl. den Artikel „Ob amerikano-kitajskoj vstreče"; PRAVDA vom 2. Februar 1979, S. 5.

6 Vgl. den Artikel „Ob amerikano-kitajskoj vstreče"; IZVESTIJA vom 3. Februar 1979, S. 4.

7 Im gemeinsamen Kommuniqué vom 1. Februar 1979 über den Besuch des chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping in den USA bekräftigten beide Seiten ihre Entschlossenheit, die Bemühungen eines jeden Landes oder einer jeden Gruppe von Ländern abzulehnen, Hegemonie oder Herrschaft über andere zu errichten. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2024, S. 11f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 149f.

8 Vgl. den Artikel „Sejatel' nedoverija i vraždy"; IZVESTIJA vom 7. Februar 1979, S. 5.

9 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

chen gebe. Amerikaner und Sowjets hätten es bisher vermieden, über Einzelheiten einer solchen Begegnung zu sprechen. Nach amerikanischer Auffassung müßte dieses Gipfeltreffen aus protokollarischen Gründen in den USA stattfinden, weil zuletzt der amerikanische Präsident in Moskau[10] und Wladiwostok[11] gewesen sei.

Wie Newsom (vgl. DB Nr. 514 vom 6.2.[12]) bestätigte mir auch Shulman, daß negative Auswirkungen des Deng-Besuchs auf SALT nicht erkennbar seien und von den Amerikanern auch nicht erwartet würden. Shulman charakterisierte in diesem Zusammenhang die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen als zwar nicht „good", aber „relaxed and without major tensions". Auf meinen Hinweis, daß die Republikanische Partei offenbar beabsichtige, der Frage des „linkage" in der SALT-Debatte größeres Gewicht zu geben[13], also der Wechselwirkung von SALT und der sowjetischen Machtprojektion in anderen Teilen der Welt, erklärte Shulman, daß dadurch die SALT-Diskussion in der Tat erschwert würde. Er glaube jedoch nicht, daß dadurch die Ratifizierung des SALT-Vertrages ernsthaft gefährdet sei. Aufgrund seiner intensiven Kontakte im Senat habe er vielmehr den Eindruck, daß die meisten Senatoren die Vorlage des endgültigen Vertragstextes abwarten und ihr Urteil vor allem davon abhängig machen würden, ob Carter der Nachweis gelinge, daß die Sicherheit der USA nicht vermindert werde. (Optimistisch zu den Aussichten auf Ratifizierung äußerte sich mir gegenüber auch der frühere SALT-Unterhändler, Sonderbotschafter Gerard Smith.)

Bei dieser Gelegenheit bestätigte Shulman meinen Eindruck, daß das Ergebnis der kürzlichen Reisen von amerikanischen Senatoren in die Sowjetunion[14] für

10 Präsident Nixon hielt sich vom 22. bis 30. Mai 1972 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1972, I, Dok. 149, und AAPD 1972, II, Dok. 161.

11 Präsident Ford und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen am 23./24. November 1974 in Wladiwostok zusammen. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 354, Dok. 372 und Dok. 374.

12 Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 6. Februar 1979 über ein Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Newsom, am selben Tag: „In einer Wiedergabe der – so vermute ich – Analyse der Administration zur Wirkung des Deng-Besuches auf die SALT-Debatte im Kongreß unterschied Newsom drei Gruppen: Die erste, die jedoch ohnedies nicht für SALT eintrete, sei wahrscheinlich in der Annahme bestärkt worden, daß den Sowjets nicht zu trauen sei; eine zweite könne den Eindruck gewonnen haben, daß es an der Zeit sei, sich über SALT schlüssig zu werden; die dritte sei [sich] dank des scharfen anti-sowjetischen Tons Dengs möglicherweise der Notwendigkeit eines Gleichgewichts in den Beziehungen zu Moskau und Peking bewußt geworden. Hier fühlten sich diejenigen bestätigt, die SALT wünschten. Manche seien wohl in dem Sinne ‚sensibilisiert' worden, daß es nicht gut sei, zu weit von dem Mittelweg abzuweichen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 514; Referat 341, Bd. 110492.

13 Am 3. Februar 1979 wurde auf einer Konferenz der Republikanischen Partei in Easton die Forderung erhoben, jedes weitere SALT-Abkommen mit der UdSSR vom Verhalten des Vertragspartners weltweit abhängig zu machen. Vgl. dazu den Artikel „Republikaner: SALT-Abschluß an sowjetisches Verhalten binden"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Februar 1979, S. 2.

14 Vom 11. bis 18. November 1978 hielt sich eine Delegation von zwölf amerikanischen Senatoren in der UdSSR auf. Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 18. November 1978: „Die sowjetische Seite hat in allen Sitzungen die Abrüstungsfrage, vor allem SALT, aber auch MBFR und andere Fragen der Abrüstung, in den Vordergrund gestellt. Sie wollte damit wohl in Anerkennung des großen Gewichts, das der Senat in dieser Frage hat, die amerikanischen Senatoren von dem Friedenswillen, aber auch von der Entschlossenheit der Sowjetunion überzeugen, nur einen Vertrag unter Gleichen und auf der Basis des Kräftegleichgewichts abzuschließen. [...] Die Senatoren haben der sowjetischen Führung und ihren anderen Gesprächspartnern das Funktionieren des amerikanischen Senats und die Selbsteinschätzung dieses Zweiges der amerikanischen Legislative klarzumachen versucht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4093; Referat 204, Bd. 110302.

die Sowjets eher kontraproduzent gewesen sei. Die Sowjets hätten zwar für die Senatoren den roten Teppich ausgerollt und ihnen ein besonders gutes Besuchsprogramm geboten, in der Sache hätten sie jedoch die Senatoren, vor allem die kritisch eingestellten, in ihrer skeptischen Haltung bestärkt. Mit den Worten von Senator Hayakawa: „Die Sowjets haben sich wie ein Haufen aufdringlicher Gebrauchtwagenhändler benommen." Immerhin haben diese Kontakte nach Einschätzung von Shulman dazu geführt, daß die Sowjets nunmehr die Haltung des Senats ernst nehmen und nicht wie vorher nur als ein verhandlungstaktisches Argument der Administration betrachten. Als besonders interessant bezeichnete Shulman, daß Gromyko gegenüber Senator Mathias in der SALT-Frage eine außerordentlich harte Linie vertreten habe, ohne anzudeuten, daß die Sowjets nur wenige Tage später in Genf zu einigen Kompromissen bereit seien[15]. Hier habe sich die Erfahrung bestätigt, daß man bei Verhandlungen mit den Sowjets in der ersten Phase auf eine harte Haltung stoße, die dann im späteren Verlauf der Verhandlungen aufgelockert würde. Bei dieser Gelegenheit erwähnte ich, daß mir Senator Ribicoff nach Rückkehr aus der Sowjetunion erzählt habe, die eindrucksvollste Persönlichkeit, der er begegnet sei, sei der Parteivorsitzende von Minsk[16]. Shulman bestätigte dies nachdrücklich, es handele sich um eine sehr einflußreiche Persönlichkeit, die Kandidat des Politbüros und zugleich Vertreter der bjelorussischen Nationalität sei.

2) Zur Bewertung des sowjetischen Vorgehens an Krisenpunkten der Dritten Welt äußerte sich Shulman wie folgt:

Zur Lage in Kambodscha sagte Shulman, daß nach amerikanischen Erkenntnissen die Sowjets zwar von der Aggression Vietnams[17] gewußt, die Vietnamesen jedoch nicht zu diesem Vorgehen gedrängt hätten. Die Sowjets hätten den Vietnamesen auch keine nennenswert erhöhte Materialhilfe geleistet – was allerdings nicht nötig gewesen sei, weil die Vietnamesen vorläufig noch über ausreichendes amerikanisches Beutematerial verfügten. Entgegen der Presseberichterstattung sei der Widerstand in Kambodscha keineswegs zusammengebrochen. Shulman bestätigte erneut, daß sich die Truppen Pol Pots ziemlich geordnet in die Gebirgsgegenden im Westen und Norden Kambodschas zurückgezogen hätten. Man müsse daher mit einer längeren Dauer des Konflikts rechnen.

Auf meine Frage, ob der sowjetischen Machtprojektion in der Dritten Welt nach seiner Meinung eine langfristige systematische Planung zugrunde läge oder ob die Sowjets eher sich bietende Gelegenheiten ausnutzten, erwiderte Shulman, daß diese Frage von Fall zu Fall verschieden zu beantworten sei: Am deutlichsten habe sich in Afghanistan gezeigt, daß die Sowjets gezielt und langfristig eine Atmosphäre schaffen, die einen Umsturz begünstigt. In Afghanistan hätten die Sowjets ihren Einfluß vor allem in den Streitkräften, zumal in der Luftwaffe, geltend gemacht und damit eine wichtige Voraussetzung für den

15 Der amerikanische Außenminister Vance und der sowjetische Außenminister Gromyko führten vom 21. bis 23. Dezember 1978 in Genf Verhandlungen über ein SALT-II-Abkommen. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 399.

16 Pjotr Mironowitsch Mascherow.

17 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.

Sturz der Regierung Daud[18] geschaffen. Ähnlich wie bei dem Vorgehen Fidel Castros[19] seien dann jedoch der genaue Zeitpunkt und die Umstände des Regierungssturzes nicht von den Sowjets, sondern von den Revolutionären bestimmt worden. Auch schiene Moskau das Regime Taraki vor einem zu schnellen Weg in den Sozialismus eher zu warnen.

Im Jemen sei ebenfalls eine gezielte und langfristige Einflußnahme der Sowjets erkennbar.[20] Dort käme es Moskau offensichtlich darauf an, mit Aden einen dauerhaften und leistungsfähigen Stützpunkt in der Region zu gewinnen.

Im Falle Äthiopiens sei in erster Linie die dort bewiesene Fähigkeit der Sowjets bemerkenswert, binnen kurzer Zeit auf dem Luft- und Seewege große Truppeneinheiten zum Einsatz zu bringen.[21] Dies sei eine außerordentliche logistische Leistung, die im Hinblick auf den möglichen Einsatz sowjetischer Truppen in anderen Teilen der Dritten Welt noch näher analysiert werden müsse.

Die Entwicklung im Iran[22] ist dagegen nach amerikanischer Einschätzung von den Sowjets nicht gezielt herbeigeführt oder unterstützt worden. Im Gegenteil sei zu erkennen, daß die sowjetische Reaktion ambivalent sei: Einerseits sei die Destabilisierung im Iran aus sowjetischer Sicht zu begrüßen, weil dadurch die amerikanische Position geschwächt werde. Andererseits sei die Stärkung einer unabhängigen islamischen Bewegung – wie sie sich auch in Syrien und im Irak zeige – keineswegs im Sinne Moskaus. Die Reaktion der Sowjets sei daher im wesentlichen durch vorsichtiges Abwarten charakterisiert.[23] Meine

18 Zum Staatsstreich am 27. April 1978 in Afghanistan vgl. Dok. 10, Anm. 19.

19 Nach über zweijährigem Guerillakrieg gegen kubanische Regierungstruppen und der Flucht des Präsidenten Batista am 1. Januar 1959 proklamierte Fidel Castro am 2. Januar 1959 den Richter Manuel Urrutia zum provisorischen Präsidenten von Kuba. Am 13. Februar 1959 ernannte Präsident Urrutia Castro zum Ministerpräsidenten.

20 Legationsrat I. Klasse Daum, Aden, gab am 10. März 1979 einen Überblick zur Entwicklung der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen): Sie sei „in Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik ein militanter kommunistischer Staat, der sich als Vorhut aller progressiven Kräfte in der Region sieht. [...] Nachdem durch den blutigen Putsch vom 26. Juni 1978 die letzte innerparteiliche Opposition (durch den linksnational-arabischen Präsidenten Salem Rubayi repräsentiert) ausgeschaltet wurde, war der Berichtszeitraum durch die endgültige Konsolidierung des moskauorientierten Parteiflügels und die entsprechende Umwandlung der Institutionen charakterisiert." Vgl. den Schriftbericht Nr. 75; Referat 311, Bd. 137633.

21 Zum Zusammenwirken der UdSSR und Kubas im Konflikt zwischen Äthiopien und Somalia vgl. Dok. 11, Anm. 14.

22 Am 1. Februar 1979 kehrte der iranische Oppositionsführer Khomeini aus seinem Exil in Frankreich in den Iran zurück. Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 5. Februar 1979: „Seit Mitte Dezember 1978 beansprucht Khomeini offen – und zwar für sich alleine – die oberste weltliche Macht. Nach Rückkehr aus dem Exil verkündete er am 2. d. M., er werde eine islamische Regierung bilden und eine bereits ausgearbeitete, aber noch nicht veröffentlichte Verfassung für eine islamische Republik dem Volk in einem Referendum vorlegen. [...] Angesichts der Möglichkeit, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt breite Massen der Bevölkerung blindlings Khomeinis Verfassungsvorschlägen in einem überstürzten Referendum folgen könnten, ist die Gefahr eines Ableitens Irans in eine autoritäre Theokratie, in eine Herrschaft der Mullahs, durchaus gegeben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 239; Referat 311, Bd. 137620.

23 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kühn legte am 25. Januar 1979 dar, daß die Sowjetunion seit einigen Tagen dazu übergegangen sei, „im Iran klar auf Khomeini zu setzen", die Unterstützung für ihn aber nur teilweise der sowjetischen Interessenlage entspreche. Kühn führte weiter aus: „Einerseits ist der SU an ihrer sensiblen Südflanke jeder Partner willkommen, der weniger pro-amerikanisch ist als der Schah. [...] Andererseits wäre natürlich eine Linksregierung aus Moskauer Sicht bei weitem vorzuziehen; sie ist jedoch derzeit nicht in Sicht (kommunistische Tudeh-Partei seit 1949

Frage, ob sich die Reislamisierung auch auf die Nationalitäten in den zentralasiatischen Sowjetrepubliken auswirke, verneinte Shulman. In der Sowjetunion werde die Nationalitätenfrage vorläufig mehr durch wirtschaftliche als durch religiöse Entwicklungen beeinflußt.

[gez.] Staden

VS-Bd. 13176 (213)

34

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut

311-321.00 SAR-48'/79 VS-vertraulich **9. Februar 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien beim Ausbau des saudischen Nachrichtendienstes („Projekt Monitor")

Bezug: Anliegender Drahtbericht der Botschaft Djidda Nr. 114 vom 28.1.1979 – Pol 300/2-02/78 VS-v[3]

Anlage

Zweck der Vorlage: Zur Entscheidung auf Bitte des Bundeskanzleramts um Bewertung des Projekts aus außenpolitischer Sicht

Entscheidungsvorschlag:

1) Zustimmung zu begrenzter Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien beim Aufbau eines landesweiten Funküberwachungssystems mit dazugehöriger Ausbil-

Fortsetzung Fußnote von Seite 152

im Exil, im Iran selbst ohne Rückhalt). Moskau kann auch über die stark national-konservativ-islamische Linie Khomeinis nicht glücklich sein und macht sich über die antisowjetische Komponente seines politischen Konzepts sicher keine Illusionen." Kühn zog folgendes Fazit: „Daß Moskau derzeit Khomeini Avancen macht, geschieht also ‚faute de mieux': Von der sowjetischen Interessenlage her ist es nicht ideal, ideologisch nicht ganz leicht zu vertreten, möglicherweise mit unerwünschten innenpolitischen Konsequenzen befrachtet (Rückenstärkung für islamische Minderheiten im Süden der Sowjetunion). Es schließt mittelfristig nicht aus, daß die SU in vorhersehbarer Enttäuschung über den Mißerfolg ihrer Spekulation auf eine Islam-Links-Koalition im Iran gegenüber Khomeini wieder härtere Töne anschlägt und sich auf die Suche nach einem anderen Partner begibt." Vgl. Referat 213, Bd. 133140.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Montfort und Legationsrat I. Klasse Plischka konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Dröge am 14. Februar 1979 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär van Well am 13. Februar 1979 vorgelegen.

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Dok. 23.

dungskomponente (durch BMI) sowie zur Ausbildung saudischer Experten in Grundkenntnissen der Entschlüsselungstechnik (durch Dienststelle ChBK[4])

2) Zurückhaltende Beantwortung saudischen Wunsches nach Expertenentsendung zur Feststellung von Abhöreinrichtungen

1) Sachverhalt

a) Das Bundesministerium des Innern steht seit Januar 1977 mit dem saudischen Innenministerium in Verbindung wegen der Einrichtung eines landesweiten Funküberwachungs-(Monitor-)Systems in Saudi-Arabien. Die Kontakte liefen über die saudische Botschaft in Bonn sowie im Wege direkten Besucheraustausches, ohne daß AA oder Bundeskanzleramt bisher beteiligt waren. Eine erste Projektstudie der Firma Siemens[5] geht von einem Umfang der notwendigen technischen und baulichen Einrichtungen von ca. 200 Mio. US-Dollar und einer Bauzeit von ca. vier Jahren aus; geliefert werden soll handelsübliches Fernmeldegerät, das jedoch in besonderer Weise zusammengesetzt und gerichtet wird. Eine grundsätzliche Einigung der beiden Innenministerien wurde über folgende zusätzliche Leistungen erzielt:

- Aufsicht des BMI über sachgerechte Installation und Gesamtplanung,
- Einweisung und Ausbildung des technischen Personals durch die Firma Siemens.

b) Im Laufe der Verhandlungen hat das saudische Innenministerium um weitergehende Zusammenarbeit bei der

- Ausbildung saudischen Personals in den Grundlagen der Entschlüsselungstechnik von Funksprüchen insbesondere östlicher Nachrichtendienste

und neuestens um

- Entsendung deutscher Experten zur Feststellung von Abhöreinrichtungen

gebeten und die Durchführung des Gesamtprojekts jedenfalls von der Ausbildung in der Entschlüsselungstechnik abhängig gemacht.

Die saudischen Wünsche wurden unserem Botschafter[6] im Januar 1979 von Innenminister Prinz Nayif persönlich vorgetragen, der als Halbbruder des Königs[7] und Bruder des Kronprinzen zum inneren Kreis der saudischen Führung gehört. Kronprinz Fahd hat sich anläßlich des Besuchs des saudischen Wirtschaftsministers Aba al-Khail[8] in einer persönlichen Botschaft für den Herrn Bundeskanzler um ein Entgegenkommen in dieser Angelegenheit bemüht. StM Wischnewski soll eine „positive" Entscheidung in Aussicht gestellt haben.

c) Das BMI nimmt zu beiden letztgenannten Bereichen der Zusammenarbeit eine einschränkende bzw. zurückhaltende Haltung ein:

- Eine Entschlüsselung hochgradiger Schlüsselsysteme des östlichen Agentenfunks sei auch mit bestem technischen Aufwand nicht möglich. Denkbar sei lediglich eine Grundausbildung, die zur Unterscheidung von Agentenfunk

4 Chef des Bundeskanzleramts.
5 Für die Projektstudie vgl. VS-Bd. 11154 (311).
6 Reinhard Schlagintweit.
7 Khalid ibn Abdul Aziz al-Saud.
8 Der saudi-arabische Wirtschafts- und Finanzminister Aba al-Khail hielt sich am 1./2. Februar 1979 in der Bundesrepublik auf.

und sonstigem legalen Funkverkehr befähige, für die Lokalisierung von Agenten aber ausreiche. Im übrigen sei nicht das BMI, sondern die besondere Dienststelle des ChBK für Entschlüsselungstechnik zuständig.

– Bei der Feststellung von Abhöreinrichtungen seien die drei deutschen Dienste[9] so zurückhaltend, daß sie sogar dem Bundeskriminalamt Hilfe versagten, um Rückschlüsse auf ihre Methoden zu vermeiden. Eine Expertenentsendung nach Saudi-Arabien komme allenfalls im Ausnahmefall in Frage. Dieser Bereich könne im übrigen ohne Schwierigkeiten von den anderen Gebieten der Zusammenarbeit getrennt werden.

2) Bewertung

Das Bundeskanzleramt hat um eine Bewertung dieser Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien aus außenpolitischer Sicht gebeten. Zur Vorklärung hat am 5.2.1979 eine Ressortbesprechung mit Vertretern des Bundeskanzleramts und des BMI stattgefunden.[10]

a) Die Bedeutung der Zusammenarbeit liegt für Saudi-Arabien – erklärtermaßen – in der Überwachung potentieller Unruhestifter aus dem Zwei-Millionen-Heer der Gastarbeiter im eigenen Land (dem überwiegenden Teil der Arbeitsbevölkerung, darunter ca. 1 Mio. Jemeniten, auch Südjemeniten, und ca. 50 000 Palästinenser). Einerseits ist die saudische Entwicklungsplanung auf die Fremdarbeiter notwendig angewiesen, andererseits sollen sie weitgehend unter staatlicher Kontrolle gehalten werden; gelegentliche Streiks wurden mit Massenausweisungen per Flugzeug beantwortet, Unruhen wie Ende 1978 in Mekka mit Gewalt unterdrückt.[11] Im Heer der Gastarbeiter liegt langfristig bei einer Steuerung von außen, etwa durch Südjemen oder palästinensische Organisationen, bei Fortdauer einer Atmosphäre der Verunsicherung durch das Vorbild der iranischen Revolution eine entscheidende Gefährdung der Monarchie in Saudi-Arabien.

Saudi-Arabien hat eine vergleichbare Zusammenarbeit offenbar auch den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich angeboten, die bisher nicht darauf eingegangen sein sollen.

b) Für die Bundesrepublik Deutschland bedeutet das Projekt eine erstmalige enge Zusammenarbeit im inneren Sicherheitsbereich Saudi-Arabiens. Lediglich

9 Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), Bundesnachrichtendienst (BND) und Militärischer Abschirmdienst (MAD).

10 Botschafter Schlagintweit, Djidda, hielt am 27. Februar 1979 fest: „Der Ressortbesprechung vom 5. Februar, an der ich teilgenommen habe, entnahm ich, daß diese m. W. in die Zuständigkeit des Bundesinnenministeriums fallende Frage positiv geklärt ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 216; VS-Bd. 11154 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

11 Botschafter Schlagintweit, Djidda, berichtete am 21. September 1978: „Wie der Botschaft von einem Mitarbeiter hiesigen Sicherheitsdienstes berichtet wurde, soll es am 18.9. zu Unruhen in der Stadt Mekka gekommen sein. Diese seien ausgebrochen, als die Polizei in einem hauptsächlich von Westafrikanern bewohnten Viertel eine Kontrolle der Visa- und Aufenthaltsgenehmigungen durchführte. [...] Über Vorgänge sei strikte Nachrichtensperre verhängt worden. [...] Als Zahl der Toten und Verletzten wird mehrheitlich 50 bis 100 genannt. Auch diese Zahl muß mit Vorsicht aufgenommen werden. [...] Vorfälle wie der beschriebene dürften die Regierung in Einschätzung der potentiellen Gefahr riesigen Gastarbeiterkontingents bestätigen und ihre Entschlossenheit zu noch schärferer Kontrolle sowie zu raschem und unnachsichtigem Durchgreifen bei geringstem Anzeichen von Unruhe verstärken. Wie zu hören ist, sollen in Mekka inzwischen 2–3000 Nigerianer zur Abschiebung verhaftet worden sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 597; Referat 311, Bd. 119948.

auf einem Teilgebiet, beim Aufbau einer saudischen „GSG-9"-Truppe, ist bisher eine vergleichbare begrenzte Zusammenarbeit in die Wege geleitet worden.[12] Ein Monitorsystem dieser Größenordnung ist vom BMI bisher in keinem anderen Land aufgebaut worden. Als ein Beitrag zur inneren Sicherheit Saudi-Arabiens handelt es sich im Kern um ein politisches Engagement, das nach politischer Zweckmäßigkeit und auch nach der politischen Gegenleistung der Saudis beurteilt werden muß.

Zu den wesentlichen Zielen unserer Saudi-Arabien-Politik gehört, einen politischen Konsensus mit der saudischen Führung zu finden, um in Fragen der Erdölversorgung, in Weltwirtschaftsfragen und im Nahost-Konflikt die bisher ausgleichende und verantwortungsvolle Politik Saudi-Arabiens stützen zu können. Durch die Besuche der Regierungschefs[13], mehrere Besuche des saudischen Außenministers in Bonn[14], auch durch den vielfältigen Besuchsaustausch der Ressortminister wurde in den vergangenen zwei Jahren ein tragfähiges Vertrauensverhältnis der Regierungen geschaffen. Die angestrebte Zusammenarbeit liegt im Rahmen der beiderseits erklärten Bereitschaft zur politischen Zusammenarbeit – und wird von der saudischen Führung offenbar auch so gewertet. Die mögliche Frage, ob diese Zusammenarbeit uns über ein vertretbares Maß hinaus mit der saudischen Monarchie in einem kritischen Sicherheitsbereich liiert, muß im Zusammenhang mit der fortdauernden und sogar wachsenden Bedeutung einer dem Westen freundlichen Regierung Saudi-Arabiens gesehen werden.

Zusätzliche außenpolitische Implikationen der Zusammenarbeit ergeben sich daraus, daß das Monitorsystem den Funkverkehr aller Nachbarstaaten Saudi-Arabiens, auch Israels, erfassen kann. Möglichen israelischen Einwänden könnte mit dem Hinweis begegnet werden, daß es sich um ein defensives Horchsystem, nicht um ein aktives Störsystem, handelt. Zudem sollte Israel an einer Überwachung palästinensischer oder südjemenitischer Einflußnahme auf die innere Ordnung Saudi-Arabiens gelegen sein.

12 Vortragender Legationsrat I. Klasse Pagenstert notierte am 21. Juni 1979: „Unter dem Eindruck der Ereignisse in Mogadischu hat der Innenminister des Königreichs Saudi-Arabien, Prinz Nayif, Bruder des Königs und Regierungschefs, im November 1977 um die Hilfe der Bundesregierung bei der Schulung von saudischen Spezialeinheiten für die Befreiung von Geiseln aus Flugzeugen sowie bei der Beschaffung der hierfür erforderlichen Ausrüstung gebeten. Mitte September 1978 wurde bei Vorgesprächen zweier saudischer Sicherheitsexperten im BMI in Bonn eine Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien vereinbart, die sich jedoch infolge der dienstlichen Belastung, der Gliederung und personellen Ausstattung der GSG 9 nur in engen Grenzen halten konnte (Ausbildung von Ausbildern). Über den geringen Umfang der angebotenen Hilfe war die saudische Seite enttäuscht. Bei einem Besuch u.a. des Kommandeurs der GSG 9, L[ei]t[en]d[er] P[olizei]d[irektor] im BGS, Wegener, in Djidda und Riad Ende Mai 1979 wurde vorbehaltlich der Abklärung auf höherer Ebene im BMI einer engeren Zusammenarbeit zugestimmt. Anstelle der ursprünglichen Absicht, nur Ausbilder auszubilden, soll nun das Personal einer neu zu schaffenden Einheit von Angehörigen der GSG 9 ab Frühjahr 1980 ausgewählt und ausgebildet werden." Vgl. VS-Bd. 11154 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

13 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 29. bis 31. Mai 1976 in Saudi-Arabien auf. Für das Gespräch mit dem saudi-arabischen Kronprinzen Fahd am 30. Mai 1976 vgl. AAPD 1976, I, Dok. 164.
Fahd hielt sich vom 21. bis 23. Juni 1978 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Schmidt am 21./22. Juni 1978 vgl. AAPD 1978, I, Dok. 195 und Dok. 197.

14 Der saudi-arabische Außenminister Prinz Saud al-Faisal hielt sich am 29./30. Juli 1978, am 13./14. September 1978 und am 19. Januar 1979 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 14. September 1978 vgl. AAPD 1978, II, Dok. 265. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 19. Januar 1979 vgl. Dok. 17.

Falls das Monitorsystem oder Teile davon innerhalb Saudi-Arabiens in falsche Hände (etwa von Terroristen) gelangt, hätte es nach Auffassung des BMI für diese nur relativ geringen Wert. Eine Verwendung zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland sei nicht zu befürchten.

c) Gegen eine Begrenzung der Zusammenarbeit in dem vom BMI aus zwingenden Sicherheits- bzw. technischen Erwägungen gezogenen Rahmen bestehen aus außenpolitischer Sicht keine Bedenken. Im Gegenteil sollte auf eine Begrenzung auf das zeitlich wie personell notwendige Maß Wert gelegt werden. Eine langfristige technische Betreuung des Projekts u. a. durch wiederholte Inspektionen dürfte sich allerdings kaum vermeiden lassen, während das BMI für die reine Ausbildungskomponente nur ca. ein halbes Jahr veranschlagt.

Falls die beabsichtigte Zusammenarbeit zustande kommt, könnten wir der saudischen Regierung zu verstehen geben, daß wir diese Zusammenarbeit im Gesamtrahmen des beiderseitigen politischen Vertrauensverhältnisses sehen und deshalb auf besonderes saudisches Verständnis bei anderem Anlaß rechnen (ohne daß dies zur Zeit konkretisiert werden könnte).

3) Geschäftsordnung der Bundesregierung

Die Tatsache, daß das BMI die Angelegenheit über zwei Jahre lang in direktem Kontakt mit saudischen Regierungsstellen betrieben hat, ohne das AA zu beteiligen, stellt eine Verletzung des §11(2) der GOBuReg[15] und des §76(1) GGO I[16] dar.

Das AA hat nur dadurch Kenntnis erlangt, daß der saudische Innenminister Ende Januar 1979 unseren Botschafter wegen des langsamen Fortgangs der Angelegenheit einschaltete.

Meyer-Landrut

VS-Bd. 11154 (311)

15 Paragraph 11 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Bundesregierung vom 11. Mai 1951 lautete: „Verhandlungen mit dem Ausland oder im Ausland dürfen nur mit Zustimmung des Auswärtigen Amtes, auf sein Verlangen auch nur unter seiner Mitwirkung geführt werden." Vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT, 5. Juni 1951, S. 138.

16 Paragraph 76 Absatz 1 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien, Allgemeiner Teil (GGO I), nach dem Stand vom 1. Oktober 1969 lautete: „Nach internationalem Brauch verkehren die obersten Bundesbehörden mit den Vertretungen fremder Mächte und zwischenstaatlicher Organisationen im Inland sowie mit nichtdeutschen Behörden im Ausland unmittelbar nur, wenn es auf internationalen oder zwischenstaatlichen Abmachungen beruht oder mit dem Auswärtigen Amt vereinbart worden ist oder die Bundesregierung es ausdrücklich beschlossen hat. Mündlich vorgebrachte Wünsche oder Anfragen sind daher, wenn die Ausnahmen nicht vorliegen, ohne sachliche Antwort auf den diplomatischen Weg zu verweisen, schriftliche Anfragen mit sachlicher Äußerung an das Auswärtige Amt abzugeben." Vgl. GEMEINSAME GESCHÄFTSORDNUNG, S. 38.

35

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut

311-321.00 LIY-102/79 VS-vertraulich **9. Februar 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister mit der Bitte um Entscheidung

Betr.: Wunsch des libyschen Innenministers auf Ausrüstung und Ausbildung einer Leibgarde für den libyschen Staatspräsidenten Ghadafi

Vorschlag: Den Wunsch abzulehnen mit der Begründung, daß die Bundesrepublik Deutschland aufgrund der deutschen Vergangenheit davon absehen muß, deutsches militärisches Know-how und deutsche Waffen zur Aufstellung von Truppenteilen im Ausland zur Verfügung zu stellen.

1) Sachverhalt

Der libysche Innenminister hat den o.a. Wunsch während seines gegenwärtigen Besuches in der Bundesrepublik Deutschland[3] vorgetragen. Die Stärke der Leibgarde soll rd. 1000 Mann betragen. Die deutschen Leistungen wären gegen Bezahlung zu erbringen. Uns ist bekannt, daß die libysche Regierung den gleichen Antrag zunächst an die DDR gerichtet hat. Warum die libysche Regierung nunmehr uns fragt, wissen wir nicht.

2) Wertung

a) positiv:

Für ein Eingehen auf den libyschen Wunsch sprächen folgende Überlegungen:

- die Bedeutung Libyens als Erdöllieferant[4] – besonders nach dem gegenwärtigen Ausfall des Iran[5];
- die Bedeutung Libyens als Abnehmer deutscher Ausfuhren (gut 60% der libyschen staatlichen Ausschreibungen gehen an Firmen der Bundesrepublik Deutschland);
- die sich anscheinend z.Z. bietende Möglichkeit, die enge Verbindung Libyens mit dem Ostblock allmählich zu lockern[6];

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Dröge am 14. Februar 1979 vorgelegen.
Hat Lewalter am 18. Mai 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM bittet um genaue Vorlage (welche Ausrüstung wird erbeten, Ausbildung durch wen – Militär oder Polizei?)"

2 Hat Staatssekretär van Well am 13. Februar 1979 vorgelegen.

3 Der libysche Innenminister Belgassem hielt sich vom 22. bis 28. Januar 1979 in der Bundesrepublik auf.

4 Botschafter Neubert, Tripolis, vermerkte am 11. März 1979, daß die wirtschaftlichen Beziehungen „wohlfundiert" seien. Libyen sei für die Bundesrepublik der zweitwichtigste Erdöllieferant nach dem Iran. Vgl. den Schriftbericht Nr. 156; Referat 311, Bd. 119931.

5 Zur Erdölförderung im Iran vgl. Dok. 17, Anm. 8.

6 Botschafter Neubert, Tripolis, berichtete am 11. März 1979: „Die seit 1977 von der Dschamahirija so demonstrativ betonte Zugehörigkeit zur ‚sozialistischen Völkerfamilie' und die darauf folgende Intensivierung der Beziehungen zu den kommunistischen Ländern hat denn wohl auch vor allem der Absicht gegolten, die fast ganz auf den Westen ausgerichteten Wirtschaftsbeziehungen zu diversifizieren. Die Erkenntnis, daß dem in den Industrieländern des RGW verhältnismäßig enge

– die damit evtl. gegebene Chance, das Abstimmungsverhalten Libyens in internationalen Gremien in unserem Sinne zu beeinflussen.

b) negativ:

Gegen ein Eingehen auf den libyschen Wunsch sprechen folgende Argumente:

– Bereits jetzt erregen die ersten Anfänge einer deutsch-libyschen Abstimmung bei der Terrorismusbekämpfung Mißtrauen bei den Nachbarn Ägypten und Tunesien (Anfrage ägyptischen Botschafters wegen deutsch-libyscher Zusammenarbeit bei Aufspürung von terroristischen Sprengsätzen[7]; Mitteilung Sadats, Carlos habe in Libyen Villa). Eine Ausdehnung der beginnenden Zusammenarbeit auf den militärischen Bereich würde unser Verhältnis zu den Nachbarn Libyens nachhaltig beeinträchtigen.

  Ghadafi gilt in der gesamten Region als Störenfried:

  – Mit Ägypten hatte er verschiedentlich Reibungen; vor rd. eineinhalb Jahren gab es sogar bewaffnete Zwischenfälle an der Grenze.[8]
  – Im Sudan hatte Ghadafi beim letzten Umsturzversuch gegen Präsident Numeiri die Hand im Spiele.[9]
  – Im Tschad hat Libyen 1977 den im Norden gelegenen Aouzou-Streifen annektiert.[10]

Fortsetzung Fußnote von Seite 158

Grenzen gesetzt sind, hat offenbar zu einer gewissen Ernüchterung geführt. [...] Daß das Verhältnis zu den kommunistischen Ländern einschließlich ihrer Supermacht bei aller Freundschaft distanziert bleibt, ergibt sich aus dem nicht zu überbrückenden Gegensatz zwischen dem atheistischen Kommunismus östlicher Prägung und dem islamischen Sozialismus Ghadafis". Vgl. den Schriftbericht Nr. 157; Referat 311, Bd. 119931.

7 Vortragender Legationsrat Richter notierte am 2. Februar 1979: „Der ägyptische Botschafter Sirry sprach auf Weisung seiner Regierung am 1.2.1979 bei Herrn Staatssekretär van Well vor. Die ägyptische Regierung sei besorgt über Meldungen, wonach beim Besuch des libyschen Innenministers Belgassem in Bonn vereinbart worden sei, 18 libysche Beamte in der Bundesrepublik Deutschland in der Terrorismusbekämpfung auszubilden. Die Libyer sollten in Aachen u. a. in der Entschärfung von Sprengstoffen ('booby-traps') unterwiesen werden. Libyen habe in der Vergangenheit Sprengstoffattentate in Ägypten verübt. Die Methoden seien allerdings so primitiv gewesen, daß Gegenmaßnahmen relativ einfach waren. Ägypten befürchte, daß die Kenntnis der modernen Antiterrorbekämpfung die Libyer instand setzen würde, ägyptische Vorsichtsmaßnahmen künftig zu umgehen." Vgl. Referat 311, Bd. 119931.

8 Botschafter Neubert, Tripolis, informierte am 23. Juli 1977, Radio Tripolis habe am 21. Juli 1977 von „heftigen militärischen Zusammenstößen an der libysch-ägyptischen Grenze" berichtet, die Höhepunkt wiederholter Grenzzwischenfälle seit Mitte Juni 1977 seien. Am 22./23. Juli seien ägyptische Luftangriffe auf Tobruk, Kufra, Badi, Musad und Jagbub gemeldet worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 274; Referat 311, Bd. 119932.
Am 24. Juli 1977 kündigte Präsident Sadat ein Ende der Kampfhandlungen an. Vgl. dazu den Artikel „Egypt's Planes Pound Libya Air-Radar Bases"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 25. Juli 1977, S. 1.

9 Am 4. August 1976 teilte Botschaftsrat Schilling, Tripolis, zum niedergeschlagenen Staatsstreich im Sudan am 2. Juli 1976 mit: „Nachdem die sudanesische Regierung Libyen Beteiligung an dem kürzlich gescheiterten Putschversuch vorwarf, sind die Beziehungen auf einem Tiefpunkt angelangt. Numeiri hat alle sudanesischen Staatsangehörigen aufgefordert, Libyen zu verlassen. Viele, jedoch nicht alle, sind dieser Aufforderung gefolgt. Die diplomatischen Beziehungen sind abgebrochen, ebenso andere Verbindungen (z. B. Post-, Flugverkehr-, Bankverbindungen)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 329; Referat 311, Bd. 108812.

10 Kanzler I. Klasse Weineck, N'Djamena, gab nach einer Unterrichtung der Botschaft durch die Regierung des Tschad am 3. Juli 1977 folgenden Bericht: „Seit 21. Juni 1977 massive und koordinierte Angriffe der Aufständischen [...]. An aktiver Rolle Libyens, das damit sein Expansionsstreben möglichst über die gesamte Nordpräfektur B. E. T. (Borkou, Ennedi, Tibest) ausdehnen möchte, bestehe kein Zweifel. Rebellen erhielten starke Unterstützung von Libyen an Waffen, Munition und

– Mit Tunesien bestehen Spannungen wegen der Abgrenzung des Küstenmeeres im Golf von Gabès[11]. Die Tunesier behaupten, daß Ghadafi die Opposition in ihrem Lande schürt und Waffen einschmuggelt.[12] Sie beobachten mit Mißtrauen die Behandlung der in Libyen inhaftierten Flugzeugentführer.[13]

In den letzten Monaten hat sich zwar das Verhältnis Libyens zu seinen Nachbarn leicht gebessert. Wie lange diese Tendenz anhalten wird, ist zunächst ungewiß.

– Daß Libyen sich mit einer derartigen Anfrage an die Deutschen wendet, ist kein Zufall. Bei den Arabern werden die Deutschen (in West und Ost) nach wie vor wegen ihrer militärischen Leistungen im Zweiten Weltkrieg bewundert.

Danach mag ein Element der Anerkennung für die Hitlersche Judenverfolgung eine Rolle spielen (im Falle der DDR, die zuerst angesprochen wurde, nicht überlagert durch die Kritik an deutsch-israelischer Versöhnungspolitik).

Das Deutschlandbild, das sich hier manifestiert, entspricht nicht unserer eigenen Vorstellung und Politik. Wenn wir dieses Deutschlandbild bestärken, kompromittieren wir unsere eigene Politik. Schädliche Reaktionen z.B. in Israel, USA und in der westlichen Welt wären zu befürchten.

– Wir wissen nicht, wie Ghadafi eine von uns ausgerüstete und ausgebildete Elite-Einheit einsetzen würde. Es wäre nicht unvorstellbar, daß er sie in einem neuen Nahost-Krieg gegen Israel einsetzt!

Hiesigen Erachtens überwiegen die Argumente, die gegen ein Eingehen auf den libyschen Wunsch sprechen, bei weitem.

Meyer-Landrut

VS-Bd. 11157 (311)

Fortsetzung Fußnote von Seite 159

sonstiger Ausrüstung." Weineck bemerkte dazu: „In der Geschichte der tschadischen Rebellion ist Ausmaß der Angriffe ohne Beispiel. Verhandlungen mit Libyen über Rückzug aus besetztem Aouzoustreifen (ca. 144 000 qkm) und Grenzverlauf vor wenigen Tagen gescheitert". Vgl. den Drahtbericht Nr. 39; Referat 311, Bd. 119931.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Montfort vermerkte am 8. Juni 1977, Libyen und Tunesien würden sich seit 1968 über die Abgrenzung des vermutlich erdölhaltigen Festlandsockels streiten: „Nach einem ersten Zwischenfall wegen einer für Libyen arbeitenden italienischen Bohrplattform im Frühjahr 1977 hatte sich die Lage seit Ende Mai wegen des von Libyen gecharterten US-amerikanischen Bohrschiffes ‚J.W. Bates' erneut zugespitzt." Während Tunesien behaupte, das Bohrschiff sei im Schutze dreier libyscher Kriegsschiffe über einem zu Tunesien gehörenden Teil des Festlandsockels in Position gegangen, widerspreche Libyen dieser Darstellung. Vgl. Referat 311, Bd. 119957.

12 Botschaftsrat Hach, Tunis, berichtete am 6. Oktober 1978, daß der tunesische Verteidigungsminister Farhat in einer Rede am 30. September 1978 Waffenfunde libyscher Herkunft in Tunesien und die terroristische Ausbildung von Tunesiern in libyschen Lagern öffentlich angeprangert und als „Neokolonalismus" qualifiziert habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 250; Referat 311, Bd. 119957.

13 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hille vermerkte am 9. März 1979 nach einer Demarche des tunesischen Botschafters Guiga am Vortag, dieser habe mitgeteilt, daß der libysche Innenminister Belgassem nach seinem Besuch in der Bundesrepublik „in Belgien Station gemacht und dort vor der Presse erklärt habe, die am 13.1.1979 in Libyen verhafteten Entführer des tunesischen Flugzeugs seien inzwischen an Tunesien ausgeliefert worden. Diese Behauptung sei unwahr. Trotz des bestehenden Auslieferungsvertrages seien die Entführer weder ausgeliefert worden noch sei der tunesischen Regierung mitgeteilt worden, daß ihnen in Libyen der Prozeß gemacht worden sei." Vgl. Referat 311, Bd. 119957.

36

Botschafter Arnold, Rom, an Ministerialdirektor Müller

Geheim **9. Februar 1979**[1]

Betr.: Kulturelle Zuwendungen Südtirol[2]

Lieber Herr Müller,

bei unserem letzten Gespräch in Bonn sprachen wir am Rande u.a. von der Problematik, die in unserer verdeckten finanziellen Förderung kultureller Vorhaben in Südtirol steckt. Inzwischen ist in einem anderen Sachbereich (Verbesserung unserer konsularischen Tätigkeit in Südtirol) durch deutsch-österreichische Konsultationen in Dingen, die ausschließlich Südtirol und uns betreffen, eine Situation entstanden, die uns gegenüber italienischen Dienststellen und auch der hiesigen Regierung (die solche Dinge nach aller Erfahrung immer zur Kenntnis erhalten) in eine eher peinliche Lage bringt.[3] Soweit mir aus meiner Tätigkeit als Ihr Vorgänger in Erinnerung ist, finden über die verdeckten finanziellen Hilfen für kulturelle Vorhaben in Südtirol gelegentlich auch deutsch-österreichische Gespräche oder Konsultationen[4] statt. Ich habe diese als Ihr Vorgänger – mangels ausreichender Kenntnis der hiesigen Gegebenheiten – laufen lassen. Im einzelnen kann Sie über Verfahren und Substanz der damaligen Kontakte Herr Witte unterrichten. Aus meinen inzwischen hier gesammelten Erfahrungen ergibt sich nunmehr der Eindruck, daß solche Konsultationen oder Kontakte nicht nur im Hinblick auf die deutsch-italienischen Beziehungen inopportun sind, sondern daß sich für sie auch generell (ebenso wie für die ver-

1 Hat Ministerialdirektor Müller am 19. Februar 1979 vorgelegen, der Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schmitt um Rücksprache bat.
Hat Vortragendem Legationsrat von Uthmann vorgelegen.

2 Seit 1969 war das Auswärtige Amt für die finanzielle Unterstützung von kulturellen Vorhaben des deutschsprachigen Bevölkerungsteils in Südtirol verantwortlich. Diese Zuwendungen wurden größtenteils verdeckt geleistet. Aus politischen Gründen wurde der Abbau der verdeckten Leistungen betrieben. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 12, und AAPD 1978, II, Dok. 295.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Heibach vermerkte am 2. März 1979: „Bei der Konsularkonferenz in Rom im März 1978, an der ich teilgenommen habe, wurde von GK Forster, Mailand, die Frage aufgeworfen, wie die konsularische Betreuung in Südtirol verbessert werden könne. Alle Beteiligten, darunter Gesandter Mühlen, Rom, Chefinspekteur Botschafter Ramisch, waren sich darin einig, daß die Zeit und politische Lage es erlauben, dem Gedanken einer selbständigen konsularischen Vertretung in Bozen, zunächst in Gestalt eines Honorarkonsulats, näherzutreten. Auch die Möglichkeit, eine Außenstelle des GK Mailand in Bozen zu errichten, wurde erörtert. In seinem Bericht vom 10.8.1978 hat das GK Mailand auf die Schwierigkeit hingewiesen, eine geeignete Persönlichkeit als Honorarkonsul für Bozen zu finden, und sich deshalb für die Errichtung einer Außenstelle ausgesprochen. Diesem Petitum ist die Botschaft Rom mit Bericht vom 12.9.1978 beigetreten. [...] Referat 203 hat sich dem Vorschlag der beiden Vertretungen angeschlossen. Die Botschaft Wien hat die Bitte um Stellungnahme offenbar so verstanden, daß sie dazu die Meinung des österreichischen Außenministeriums, und zwar auf hoher Ebene (GS Steiner – Gesandter von Dungern) einzuholen habe. Erwartungsgemäß hat sich das österreichische AM gegen die Lösung ausgesprochen, in Bozen eine Außenstelle des GK Mailand zu errichten. Referat 110 hat diesem Rechnung getragen und das GK Mailand angewiesen, es vorerst bei den Sprechtagen in der Bozener Handelskammer zu belassen. Referat 203 hat, nachdem die große Lösung nicht mehr möglich war, der Beibehaltung des bisherigen Verfahrens zugestimmt." Vgl. Referat 203, Bd. 115877.

4 Der Passus „gelegentlich ... Konsultationen" wurde von Vortragendem Legationsrat von Uthmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nein."

deckte finanzielle Förderung selbst) eigentlich keine von der Bundesregierung vertretbare Begründung geben läßt. Ich möchte daher anregen, daß wir nicht nur, wie wohl unverändert vorgesehen, die verdeckte Finanzierung selbst möglichst schnell auf Null reduzieren, sondern auch diese deutsch-österreichischen Kontakte, sollten sie weiterhin bestehen, schnell und intensiv einschlafen lassen. Ich darf anregen, daß Sie über die Sache auch mit Herrn Blech sprechen, den ich in dem o.a. Zusammenhang eingehend unterrichtet habe.[5]

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Hans Arnold

VS-Bd. 12448 (600)

37

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-494/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 170

Aufgabe: 9. Februar 1979, 18.30 Uhr[1]
Ankunft: 9. Februar 1979, 19.31 Uhr

Betr.: Besuch Deng Xiaoping in Washington (28. bis 31.1.1979)

Bezug: FS-Bericht 27 vom 7.2.1979 aus Washington

1) Der Stellvertretende National Security Advisor to the President, Aaron, hat heute nachmittag den Rat über den Besuch Dengs[2] unterrichtet und die Fragen der Botschafter beantwortet.

Bei seiner Unterrichtung folgte Aaron im wesentlichen dem Schema des Bezugsberichts.

[5] In seinem Antwortschreiben an Botschafter Arnold, Rom, führte Ministerialdirektor Müller am 21. Februar 1979 aus, daß die verdeckte Förderung inzwischen bis auf die sogenannte „Heimaktion", die Unterbringung von Schülern in Heimen und Internaten, ganz in die offene Förderung überführt worden sei. Wegen der Überführung der „Heimaktion" in die offene Förderung würden Gespräche mit den zuständigen Stellen in Südtirol geführt. Müller legte weiter dar: „Hinsichtlich der Gespräche mit den Österreichern, die früher stattgefunden haben, teile ich ganz Ihre Meinung. Seit ich die Kulturabteilung übernommen habe, hat es derartige Gespräche nicht mehr gegeben. Auch von österreichischer Seite wurde kein Versuch unternommen, an die früheren Konsultationen anzuknüpfen." Vgl. VS-Bd. 12448 (600); B 150, Aktenkopien 1979.
Am 22. November 1979 hielt Ministerialdirigent Witte fest: „Der Anteil der verdeckten Förderung an dem Gesamtprogramm konnte von 450 000 DM im Jahre 1976 auf 200 000 DM im Jahre 1979 vermindert werden und beschränkt sich auf das Vorhaben Heimaktion, über das die italienische Regierung in Rom unterrichtet ist. Die Südtiroler Seite befürchtet weiterhin bei Offenlegung der deutschen Förderung negative Reaktionen in der italienischen Öffentlichkeit." Vgl. VS-Bd. 12448 (600); B 150, Aktenkopien 1979.

[1] Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wegner am 12. Februar 1979 vorgelegen.

[2] Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping hielt sich vom 29. Januar bis 4. Februar 1979 in den USA auf.

2) Die etwa einstündige lebhafte Diskussion berührte vor allem folgende Sachbereiche:

- Entwicklung in China und Rolle Dengs,
- sowjetische Bedrohung,
- NATO-Fragen,
- SALT,
- Korea,
- Taiwan,
- Vietnam,
- sonstige Regionen,
- Bewertung des Besuchs.

Aaron beantwortete die Fragen der Botschafter gesammelt.

Im einzelnen ist folgendes festzuhalten:

Zur Entwicklung in China:

Mehrere Fragen (D, DK, NL) bezogen sich auf die Kontinuität der chinesischen Außenpolitik, die Homogenität der chinesischen Führungsgruppe und die Stellung Dengs in der Regierung. Ich fragte, ob die augenblickliche chinesische Politik nach amerikanischer Ansicht von Dauer sei, ob die Amerikaner über Umfang und Geschwindigkeit der chinesischen Entwicklung (too much too fast) Sorge empfänden, und ob sich Deng zum chinesischen Tempo geäußert habe. Der dänische Botschafter[3] schloß sich meiner Frage an und wies auf das Auf und Ab der chinesischen Politik sowie die gewaltsamen Richtungsänderungen in der Vergangenheit hin. Der niederländische Botschafter[4] erkundigte sich nach der Homogenität der chinesischen Führungsgruppe; sei Deng die eigentliche Führungspersönlichkeit?

Aaron führte zur Frage der Dauerhaftigkeit der Öffnung Chinas zum Westen aus, es handele sich in Sicht der USA nicht um einen taktischen Zug der Chinesen, sondern um eine historisch-strategische Entscheidung. Die Normalisierung zu den Vereinigten Staaten habe sich unter drei Regierungen (Mao, Viererbande[5] und jetzige Regierung) entwickelt und sei im übrigen von drei verschiedenen amerikanischen Regierungen erwidert worden. Hier handele es sich um eine fundamentale Evolution. Deng glaube nicht, daß intensivere Westbeziehungen China ideologisch beeinflussen könnten. Er fühle sich in dieser Beziehung überhaupt nicht beunruhigt. Er habe auch nichts dagegen einzuwenden, wenn von den vielen Studenten, die China in die USA entsenden werde, einige in den USA verblieben. China habe genügend Studenten. Deng habe auch scherz-

3 Anker Svart.

4 Carl Dietrich Barkman.

5 Nach dem Tod des Vorsitzenden des ZK und des Politbüros der KPCh, Mao Zedong, am 9. September 1976 wurden die Mitglieder des Politbüros der KPCh, Zhang Chunqiao, Jiang Qing, Wang Hongwen und Yao Wenyuan, am 6. Oktober 1976 verhaftet. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 311.
Am 22. Juli 1977 wurde bekanntgegeben, daß auf Beschluß des Dritten Plenums des X. ZK der KPCh „die als ‚Viererbande' bezeichnete radikale Gruppe [...] auf ewig aus der Partei ausgeschlossen und aller Ämter innerhalb und außerhalb der Partei enthoben werden" solle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 462 des Botschaftsrats I. Klasse Keil, Peking; Referat 303, Bd. 103766.

haft gefragt, wie viele Immigranten die USA von China aufnehmen wollten, vielleicht zehn Millionen?

Aaron meinte, daß für China die Modernisierung des eigenen Landes allererste Priorität habe und eigentliches Motiv für die Öffnung zum Westen sei. China brauche für seine Modernisierung eine lange Periode des Friedens und der Sicherheit. Wenn jetzt davon gesprochen werde, die Ent-Maoisierung sei im Gange, so müsse man doch daran festhalten, daß es Mao gewesen sei, der erkannt habe, daß China mit der sowjetischen Bedrohung fertigwerden müsse.

Dengs Führungsposition sei während seines Besuches klar hervorgetreten. Deng habe als einziger für die chinesische Delegation gesprochen und sich nur in zwei unwichtigen technischen Fragen von seinen Mitarbeitern Auskunft erbeten. Aaron betonte, daß der Besuch in den USA Dengs Stellung in der chinesischen Führung weiter gestärkt habe. Gelegentlich habe Deng darauf aufmerksam gemacht, daß in allen wichtigen Fragen die gesamte chinesische Führung hinter ihm stehe. Auf eine Frage von GS Luns nach der Persönlichkeit Dengs bemerkte Aaron, er könne sich denken, viele Senatoren und Kongreßabgeordnete seien froh, daß Deng inzwischen nach China zurückgekehrt sei und nicht für den Kongreß kandidiere. Deng habe, ohne ein Wort Englisch zu sprechen, sogleich eine unmittelbare Kommunikation zu seinen Gesprächspartnern gefunden.

Zur Frage der Selbsteinschätzung (Bedeutung Chinas für die USA) habe Deng gesagt, die Amerikaner hätten einen „sehr armen Freund" gewonnen. China sei ein rückständiges Land.

Sowjetische Bedrohung

Der dänische Botschafter fragte nach der sowjetischen Reaktion auf den Deng-Besuch. Die publizierte Reaktion sei nicht sehr heftig[6], aber vielleicht könnten sich die Amerikaner über die eigentliche Reaktion, die nicht veröffentlicht sei, äußern. Dieser Frage schloß sich der kanadische Botschafter[7] an und erkundigte sich, wie es zu dem Hegemonie-Passus im Pressekommuniqué[8] gekommen sei und welche Motive die USA gehabt hätten, eine Sprache zu übernehmen, von der sie doch wüßten, daß sie der SU Ärger mache. Auch GS Luns fragte nach der offiziellen sowjetischen Reaktion und erwähnte den Besuch von Dobrynin bei Vance.[9]

Aaron sagte, er teile die Einschätzung des dänischen Botschafters, daß die sowjetische Reaktion als gedämpft bezeichnet werden könne. Es habe im Grunde überhaupt keine offizielle, allenfalls eine offiziöse Reaktion gegeben (die Wiederga-

6 Zur Reaktion der UdSSR auf den Besuch des chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping in den USA vgl. Dok. 33, Anm. 4.

7 Joseph Evremond Ghislain Hardy.

8 Zur Hegemonieklausel im amerikanisch-chinesischen Kommuniqué vom 1. Februar 1979 vgl. Dok. 33, Anm. 7.

9 Botschafter von Staden, Washington, vermerkte am 2. Februar 1979: „Der Pressesprecher des Weißen Hauses, Joseph Powell, erklärte gestern (1.2.), Botschafter Dobrynin habe ein ohnehin wegen SALT anberaumtes Gespräch mit AM Vance benutzt, um das Thema des amerikanisch-chinesischen Pressekommuniqués vom gleichen Tage anzuschneiden. Dabei habe er sich primär mit dem Begriff ‚Hegemonie' befaßt. Vance habe versucht, Dobrynin zu überzeugen, daß die USA und China nicht im Begriff seien, eine anti-sowjetische Allianz zu bilden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 483; Referat 341, Bd. 110492.

be von Äußerungen des Führers der amerikanischen Kommunistischen Partei[10] in sowjetischen Medien gehöre sicher nicht zu den wichtigsten). Der Dobrynin-Besuch bei Vance habe rein informativen Charakter gehabt.

Zum Hegemonie-Thema habe die amerikanische Seite der chinesischen klarzumachen versucht, daß die Beziehungen jetzt einen Punkt erreicht hätten, an dem man sich weniger mit Schlagworten als mit realen Problemen befassen müsse.

Der britische Geschäftsträger[11] erkundigte sich nach der Haltung Dengs zur chinesischen Doktrin von der Unvermeidbarkeit des Krieges[12]. Sei der Krieg jetzt aufgeschoben und für wie lange? Aaron erwiderte, der Krieg sei nach Dengs Meinung in der Tat aufschiebbar. Das erfordere allerdings eine konzertierte Aktion der USA, Europas, Chinas und der DW[13] gegen den sowjetischen Expansionismus. Eine Allianz, die Carter als einen Fehler bezeichnet habe, sei nicht ins Auge gefaßt.[14]

Deng veranschlagte einen möglichen Kriegsaufschub „auf etwa 22 Jahre" (gemeint ist wohl das Jahr 2000). Er behaupte aber, daß die SU eines Tages angreifen werde. Dengs wichtigstes Ziel seiner US-Reise („his thesis, message, purpose") sei gewesen, die wirkliche Natur der sowjetischen Bedrohung den Amerikanern vor Augen zu führen.

Auf kanadische Frage verneinte Aaron, daß das Thema der Waffenverkäufe an China während des Deng-Besuchs diskutiert worden sei.

NATO-Fragen

Der niederländische Botschafter erkundigte sich danach, ob NATO-Sicherheitsfragen im Detail erörtert worden seien, ob sich Deng z. B. zu den SS-20, die ja auch auf China gerichtet seien, geäußert habe. Aaron erwiderte, daß sich Deng an Detailfragen, also auch z. B. an Einzelheiten über die SS-20, nicht interessiert gezeigt habe.

SALT

Der britische Geschäftsträger fragte, ob die öffentliche Erklärung Dengs zu SALT[15] ein Hindernis auf dem Wege zur Ratifizierung in den Vereinigten

10 Gus Hall.

11 Paul Cecil Henry Holmer.

12 Zu den Thesen der KPCh über die Gefahr eines neuen Weltkriegs vgl. Dok. 105.

13 Dritte Welt.

14 Botschafter von Staden, Washington, teilte am 31. Januar 1979 mit, der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping habe vor Pressevertretern am selben Tag ausgeführt: „Er könne keinen Vorschlag einer amerikanisch-chinesischen Allianz gegen sowjetisches Hegemoniestreben einbringen. Mit den ‚Hegemonisten' müsse man sich in realistischer Weise befassen. Um Frieden, Stabilität und Sicherheit in der Welt sicherzustellen, müßten die USA, Europa, Japan und China und andere Länder der Dritten Welt sich zusammenschließen und der (sowjetischen) Herausforderung ernsthaft begegnen. Man bedürfe keines Paktes hierzu, vielmehr gemeinsamen Verstehens der Situation und gemeinsamer Anstrengungen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 437; Referat 341, Bd. 110492.
Nach einer Unterrichtung durch den Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Newsom, über die Gespräche des Präsidenten Carter mit Deng berichtete Staden am 6. Februar 1979: „Carter habe verdeutlicht, daß Bemühungen um Errichtung einer gegen die Sowjetunion gerichteten Allianz ein Fehler wären, daß es jedoch auch so genügend Gebiete gebe, die sich für konzertierte Aktionen der USA und Chinas eigneten." Vgl. den Drahtbericht Nr.514; Referat 341, Bd. 110492.

15 Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 31. Januar 1979, der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping habe sich vor Pressevertretern am selben Tag zu einem

Staaten darstelle. Der kanadische Botschafter stellte die Frage, ob nach dem Besuch Dengs der Weg jetzt für SALT frei sei. Würde der Abschluß von SALT einen mildernden Effekt auf China ausüben?

Aaron bemerkte hierzu nur, daß China die Wichtigkeit von SALT für die USA anerkenne. China erkenne auch an, daß die Vereinigten Staaten im Gegensatz zu China globale Interessen hätten. SALT sei seit Dezember-Treffen Vance–Gromyko in Genf[16] sehr geschäftsmäßig weiterbehandelt worden. Die Liste der noch offenen Punkte für Genf sei groß gewesen, der zeitliche Aufschub also normal. Ein Abschluß sei in nächster Zukunft zu erwarten.

Über spezifische Rüstungskontrollbemühungen oder die Teilnahme Chinas an Rüstungskontrollbemühungen habe man nicht gesprochen.

Korea

Der niederländische Botschafter fragte, ob es stimme, daß Deng sich zuversichtlich darüber geäußert habe, daß in Korea kein Konflikt ausbrechen werde[17], und ob dies wohl seine wirkliche Meinung sei.

Aaron ging in seiner zusammenfassenden Beantwortung auf diese Frage nicht ein.

Taiwan

Ich erkundigte mich nach der amerikanischen Bewertung der interessanten Tatsache, daß Deng die USA und Japan gebeten habe, Taiwan dazu zu bewegen, auf die chinesischen Kontaktbemühungen einzugehen.[18] Dies bedeute ein Abweichen von der bisherigen chinesischen Taiwanpolitik, die dieses Problem

Fortsetzung Fußnote von Seite 165

SALT-II-Vertrag geäußert: „China widersetze sich nicht der Unterzeichnung dieses oder jenes Abkommens mit Moskau, vielmehr sei manches davon wohl sogar notwendig. Chinas Ansicht sei aber, daß man auf diese Abkommen keine Hoffnungen gründen könne, da Vereinbarungen eine zu geringe ‚restraining role' im Verhältnis zu den Sowjets bedeuteten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 437; Referat 341, Bd. 110492.

16 Der amerikanische Außenminister Vance und der sowjetische Außenminister Gromyko führten vom 21. bis 23. Dezember 1978 in Genf Verhandlungen über ein SALT-II-Abkommen. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 399.

17 Botschafter Leuteritz, Seoul, berichtete am 28. Februar 1979: „Dominierender Faktor in der sicherheitspolitischen Lage der Republik Korea ist zunächst weiterhin die permanente Konfrontation mit dem militärisch noch überlegenen Nordkorea, das in seiner Politik eine gewaltsame Wiedervereinigung der Halbinsel nach wie vor nicht ausschließt. Der 1978 zwar verlangsamte, aber nach derzeitigem Sachstand immer noch geplante Abzug aller US-Landstreitkräfte aus Südkorea birgt die Gefahr in sich, die Konfrontation noch zu verschärfen, falls es in absehbarer Zeit zu keiner politischen Lösung der Koreafrage kommen sollte. [...] Nicht zuletzt auch aus dem daraus resultierenden besonderen Sicherheitsbedürfnis heraus bemüht sich die Republik Korea um eine schnelle Annäherung an die VR China. Dies erfolgt in der Hoffnung, durch einen möglichen positiven chinesischen Einfluß auf die unberechenbare Politik Nordkoreas einen neuen Krieg auf der koreanischen Halbinsel zu vermeiden. Doch die Unberechenbarkeit Kim Il Sungs und die unveränderte Haltung der Sowjetunion gegenüber Südkorea, die sogar zu einer Unterstützung nordkoreanischer Angriffspläne führen könnte, um die sich neu entwickelnden sicherheitspolitischen Verhältnisse in Ostasien zu destabilisieren, werden auch in nächster Zeit die Lage auf der koreanischen Halbinsel vermutlich nicht entspannen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 147; Referat 341, Bd. 110621.

18 Nach einer Unterrichtung durch den Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Newsom, über die Gespräche des Präsidenten Carter mit dem chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping berichtete Botschafter von Staden, Washington, am 6. Februar 1979: „In der Taiwanfrage hätten beide Seiten ihre bekannten Positionen vertreten. Deng habe gebeten, Taiwan zum Gespräch mit China zu ermutigen. Carter habe für Geduld und friedliche Regelung plädiert. Deng habe Mäßigung in dieser Frage zugesichert, jedoch keine verbindliche Zusage (‚flat commitment') des Gewaltverzichts gegeben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 514; Referat 341, Bd. 110492.

als eine innere chinesische Angelegenheit betrachtet habe. Der niederländische und belgische Botschafter[19] erkundigten sich nach der Zukunft der Vereinbarungen zwischen den USA und Taiwan.[20]

Aaron erwiderte, das Problem Taiwan sei mit Deng nicht sehr intensiv erörtert worden. Der amerikanischen Politik stünden die gleichen Möglichkeiten offen, von der auch andere westliche Staaten Gebrauch machten, nämlich die Beziehungen zu Taiwan auf nicht offiziellem Weg fortzusetzen (einschließlich des Verkaufs defensiver Waffen).

Zur Reaktion Dengs meinte er: „China disagrees, but we continue."

Vietnam

Der britische Geschäftsträger erkundigte sich danach, ob Deng „private Hinweise" gegeben habe, wie weit China gegen Vietnam vorgehen werde.[21] Aaron berichtete, daß Vietnam dem[22] chinesischen Vize-Premier ebenfalls als Beispiel für die Aggressivität der Sowjetunion gedient habe. China werde „Vietnam eine Lektion erteilen" müssen.[23] Deng habe jedoch nicht gesagt, wie diese Lektion aussehen werde. China halte an der Unterstützung für Pol Pot fest.[24] Grie-

19 Constant Schuurmans.

20 Am 2. Dezember 1954 unterzeichneten die USA und die Republik China (Taiwan) einen Vertrag über „gemeinsame Verteidigung". Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 248, S. 214–233.
Der amerikanische Kongreß bestätigte am 10. April 1979 den „Taiwan Relations Act", mit dem die Beziehungen zu Taiwan nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China auf eine neue Grundlage gestellt wurden. Die USA eröffneten ein Kulturinstitut auf Taiwan, das den Abbruch der diplomatischen Beziehungen kompensieren sollte, und verpflichteten sich, Defensivwaffen zu liefern, um die Verteidigungsfähigkeit Taiwans sicherzustellen. Für den Wortlaut vgl. INTERNATIONAL LEGAL MATERIALS XVIII (1979), S. 873–877.

21 Botschafter von Staden, Washington, resümierte am 1. Februar 1979 ein Fernsehinterview des chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping vom selben Tag: „Deng vermied die klare Beantwortung der Frage, ob China wegen Kambodscha gegen Vietnam in den Krieg ziehen wolle. China ergreife Maßnahmen nur nach sorgfältiger Prüfung und werde keine voreiligen Schritte unternehmen. Ob es sich um globales oder örtliches Hegemoniestreben handele, Chinas Haltung sei fest. Schließlich habe Vietnam über den Angriff auf Kambodscha hinaus auch sehr viele Grenzzwischenfälle an der chinesischen Grenze ausgelöst, die sich noch ausweiteten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 437; Referat 341, Bd. 110492.

22 Korrigiert aus: „vom".

23 In der Presse wurde berichtet: „Deng Xiaoping hatte vor seiner Abreise nach Atlanta (Georgia), Houston (Texas) und Seattle (Staat Washington) vor Journalisten bestätigt, daß China an der Grenze Vietnams zehn bis zwölf Divisionen und rund 150 Kampfflugzeuge stationiert habe, da es möglicherweise ‚notwendig ist, den Vietnamesen einige fällige Lehren zu erteilen'. Diese Truppenbewegungen seien infolge des vietnamesischen Angriffs gegen Kambodscha erfolgt." Vgl. den Artikel „Deng bringt Carter mit Angriffen gegen Moskau in Verlegenheit"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Februar 1979, S. 1.
Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 2.

24 Botschafter Wickert, Peking, bilanzierte am 16. März 1979: „China mußte seinerseits gegen Jahresende – insbesondere angesichts des sowjetisch-vietnamesischen Freundschaftsvertrags – erkennen, daß Vietnam sich mehr und mehr in das sowjetische Lager begab und daß dem Verbündeten Kambodscha eine gefährliche Bedrohung erwuchs. Die Besetzung Kambodschas durch Vietnam, die es nicht verhindern konnte, mußte China als Rückschlag empfinden. Das an seiner Südflanke gelegene Vietnam entwickelte sich zu einem ‚Kuba Asiens', das zunehmend Grenzprovokationen verübte. So entschloß sich China schließlich im Februar 1979, obwohl zahlreiche politische und militärische Gründe hiergegen sprachen, zu einer begrenzten Invasion des südlichen Nachbarn, um Vietnam – und sei es unter hohen eigenen Opfern – eine ‚Lektion' zu erteilen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 415; Referat 341, Bd. 110489.

chischer Botschafter[25] verwies auf eine Bemerkung Dengs, daß China sich gezwungen sehen könnte, etwas zu tun, was es nicht zu tun wünsche.[26] Bedeute dies, daß eine militärische Aktion ausgeschlossen, möglich oder wahrscheinlich sei?

Aaron erwiderte, Deng habe die Frage offenbar mit Absicht im Nebel gelassen, um sich alle Optionen freizuhalten. Er, Aaron, könne hierüber nur spekulieren.

Vietnam spiele im übrigen – so Deng – für China die Rolle, die Kuba für die USA spiele. Nur sei Vietnam viel gefährlicher. Die SU versuche, über Vietnam die Staaten um die Straße von Malakka unter ihren Einfluß zu bringen. Deng habe in diesem Zusammenhang von einer Einkreisung Chinas gesprochen.

Sonstige Regionen

Auf meine Frage, ob über die amerikanischen Basen auf den Philippinen gesprochen worden sei, antwortete Aaron, daß Deng einer Erklärung Carters über die positive Bedeutung der Verlängerung amerikanisch-philippinischen Stützpunkt-Abkommens[27] nicht widersprochen habe. Krisenherde in anderen Regionen (z. B. Iran, Afghanistan, Nahost) habe Deng immer wieder als Beispiel für seine zentrale These vom sowjetischen Expansionismus genommen.

Was die Entwicklung der Beziehungen Chinas zu Afrika anginge, so habe er zugegeben, daß China gegenwärtig nur noch gute Beziehungen zu Sambia und Zaire unterhalte. Die Zukunft Mobutus habe er sehr pessimistisch eingeschätzt.

Die Frage des türkischen Botschafters[28], ob über den Balkan gesprochen worden sei, wo die neue chinesische Politik praktisch ihren Ausgang genommen habe (Rumänien, Albanien, Jugoslawien, Diversifizierung des Kommunismus in dieser Region), hat Aaron verneint. Ebensowenig sei das Thema der Kontrolle Vietnams über die Spratly-Inseln[29] angesprochen worden, wonach ich gefragt hatte.

25 Eustache Lagacos.

26 Botschafter von Staden, Washington, hielt zu den Gesprächen des chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping mit Mitgliedern des amerikanischen Kongresses am 30. Januar 1979 fest: „Zum Verhältnis der Volksrepublik zu Vietnam sagte Deng, China müsse ‚in geeigneter Weise' reagieren, um seine Grenzen zu sichern, und es könne nicht zulassen, daß die ‚Hegemonisten' wüten, ohne daß sie gebremst werden. China müsse sich mit dem Hegemoniestreben Vietnams ‚auf die eine oder andere Weise' befassen. Im Interesse des Weltfriedens und im Interesse Chinas ‚könnten wir gezwungen sein, zu tun, was wir nicht tun möchten'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 434 vom 31. Januar 1979; Referat 341, Bd. 110492.

27 Am 14. März 1947 schlossen die USA und die Philippinen eine Vereinbarung für die Dauer von 99 Jahren über die Beibehaltung von 23 amerikanischen Militärbasen auf den Philippinen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 43, S. 271–311.
Die USA und die Philippinen modifizierten am 7. Januar 1979 ihre Vereinbarung vom 14. März 1947. Für den Wortlaut der neuen Vereinbarung vgl. UNITED STATES TREATIES AND OTHER INTERNATIONAL AGREEMENTS, Bd. 30/1, S. 863–900.
Am 25. Januar 1979 erklärte Präsident Carter: „We also intend to maintain a vigorous American military presence in the Pacific. Successful completion of a revised military base agreement in the Philippines, following ten years of negotiations, provides an essential underpinning for our military capability in Asia." Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2024, S. 26.

28 Osman Olcay.

29 Generalkonsul Dietrich, Hongkong, berichtete am 5. Februar 1979: „Die sich durch den vietnamesischen Einmarsch in Kambodscha verschärfenden Spannungen zwischen China und Vietnam haben nicht nur zu bewaffneten Zwischenfällen an der diesen beiden Staaten gemeinsamen Landgrenze geführt, sondern erhöhen zwangsläufig auch die Gefahr gewaltsamer Auseinandersetzungen um die Spratly-Inseln im südchinesischen Meer. Der rd. 1000 km südlich von China (Insel Hai-

Bewertung des Besuches

Zusammenfassend bezeichnete Aaron den Besuch als einen Erfolg für die USA. Das habe man schon an der Reaktion in der Öffentlichkeit und auch im Kongreß ablesen können. Sicher müsse man sich gegen Euphorie schützen, wie dies auch in den Beziehungen zur SU notwendig sei, aber mit diesem Besuch ende zweifellos eine lange Periode der Entfremdung. Der Besuch bedeute eine Wende in den Beziehungen. Die Basis sei gelegt für eine konstruktive Beziehung. Die USA suchten ausgewogene Beziehungen zu China und zur SU. Dies liege im Interesse der USA, der Allianz und auch im Interesse Chinas. Für die Chinesen sei der Besuch ebenfalls ein Erfolg. Dies ergebe sich nicht zuletzt aus dem Niederschlag in den Medien.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 11190 (341)

38

Botschafter Ruth, z.Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-540/79 geheim
Fernschreiben Nr. 591
Citissime

Aufgabe: 13. Februar 1979, 17.00 Uhr[1]
Ankunft: 14. Februar 1979, 01.28 Uhr

Betr.: SALT–MBFR
hier: Deutsch-amerikanische Konsultationen am 12.2.1979

I. Allgemein

Die bilateralen deutsch-amerikanischen Konsultationen zu SALT – Vorsitz Dg22[2]/Leslie Gelb – amerikanische Gesprächspartner u.a. Bartholomew, Goodby, Slocombe, Welch, Newhouse – am 12.2.1979 in Washington behandelten vornehmlich nachfolgende SALT-II-relevante Themen:

- amerikanische Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel,
- einseitige amerikanische Erklärung zur Beschränkung von Grauzonensystemen,

Fortsetzung Fußnote von Seite 168

nan) gelegene Archipel ist in seinem westlichen Teil von Vietnam besetzt. Zur Ostküste Südvietnams, die vom ehemaligen US-Marinestützpunkt Cam Ranh bis zum Mekongdelta reicht, beträgt die Entfernung etwa 450 km. Damit ist Vietnam geographisch in der Lage, die Seestraße von China nach Kambodscha und darüber hinaus zu beherrschen. In einer Erklärung vom 29. Dezember v.J. wiederholte das Außenministerium in Peking die Auffassung, daß China die Souveränität über die gesamten Spratlys besitze und keinem Land die Exploration oder die Benutzung der Inseln gestatte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 27; Referat 340, Bd. 110760.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron vorgelegen.

2 Friedrich Ruth.

- Absichts- und Prinzipienerklärung,
- Text einer öffentlichen NATO-Erklärung zu SALT II,
- Konsultationsmechanismen,
- unser Vorschlag einer gesamtstrategischen Analyse im Bündnis,
- Kräftevergleich,
- MBFR, begleitende Maßnahmen.

Die Konsultationen standen im Zeichen des herannahenden Abschlusses der SALT-II-Verhandlungen. Dabei konnten insbesondere in noch offenen Fragen der Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel und der einseitigen amerikanischen Erklärung zur Beschränkung von Grauzonensystemen Fortschritte erzielt werden.

Die US-Seite hat Bedeutung unterstrichen, die sie positiven deutschen Stellungnahmen zu SALT auf politischer, administrativer und militärischer Ebene beimißt.

Die Amerikaner wollten sich hinsichtlich des genauen Zeitpunktes des Abschlusses von SALT II nicht festlegen, gingen jedoch von einer Verhandlungsdauer von zwei bis drei Monaten aus. Die Konsultationen in folgendem zeitlichen Zusammenhang:

- Die deutsch-amerikanischen Konsultationen werden mit der Diskussion der Grauzonenproblematik im März fortgesetzt werden.
- Ebenfalls im März – jedenfalls vor Abschluß von SALT II und Gipfeltreffen[3] – stehen Bündniskonsultationen zu SALT II an.
- Unmittelbar nach der Unterzeichnung von SALT II werden erneut Konsultationen im Bündnis stattfinden.
- Daran wird sich der Beginn des Ratifizierungsprozesses im amerikanischen Senat anschließen.

II. SALT

1) Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel:

a) In der Frage der Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel war Gelegenheit zu einem umfassenden Meinungsaustausch über den amerikanischen Erklärungstext und über die von uns gemachten Änderungsvorschläge.[4] Dabei war ersichtlich, daß die USA

- den politischen Charakter der für den Rahmen des NATO-Rats und der Ratifikation im Kongreß vorgesehenen Erklärung deutlich hervorheben, wenngleich sie gewisse rechtliche Auswirkungen der Erklärung nicht in Abrede stellen,
- jede etwa von der Erklärung ausgehende Festlegung gegenüber der Sowjetunion vermeiden und

[3] Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

[4] Am 8. Februar 1979 verfaßte Referat 500 eine Synopse der seitens der Bundesrepublik, Großbritanniens und der USA vorgelegten Entwürfe einer Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel. Vgl. dazu VS-Bd. 11405 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

– mit der Erklärung keine sowjetische Gegenerklärung heraufbeschwören wollen.

Dem Meinungsaustausch lag ein neuer, von amerikanischer Seite im Verlauf der Konsultationen übergebener Erklärungstext zugrunde. Dieser Text ist in der Anlage wiedergegeben. Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Text sind durch Unterstreichung kenntlich gemacht.[5] Infolge der politischen und rechtlichen Komplexität des Erklärungsinhaltes und der von uns vorgeschlagenen Änderungen war von vornherein klar, daß wir nicht die Gesamtheit unserer Wünsche durchsetzen können. Jedoch haben die in der Diskussion erzielten Fortschritte die anstehenden Fragen einer Lösung erheblich näher gebracht:

Einem Teil unserer Vorschläge war in vorausgegangenen britisch-amerikanischen Konsultationen zu diesem Thema bereits Rechnung getragen worden, u.a. amerikanisches Anerkenntnis der von SALT II für das Gesamtbündnis ausgehenden Implikationen. Die entsprechenden Änderungen hatten bereits in dem von amerikanischer Seite verteilten neuen Text ihren Niederschlag gefunden. Andere Probleme konnten zum Teil ausgeräumt, zum Teil so aufbereitet werden, daß eine Lösung in einem unmittelbar an die Konsultationen sich anschließenden Meinungsaustausch gefunden werden kann, der verabredungsgemäß über die beiderseitigen Botschaften in Washington und Bonn geführt werden soll. Von amerikanischer Seite wurde überzeugend dargelegt, daß die noch verbleibenden offenen Punkte nicht auf Unterschiede in der politischen Zielsetzung und in der politischen Interpretation des SALT-Vertrages und der Nichtumgehungsklausel, sondern allenfalls auf rechtstechnische Beurteilungsunterschiede und auf abweichende Zweckmäßigkeitserwägungen zurückzuführen seien.

Von besonderer Bedeutung ist die in den Konsultationen geäußerte amerikanische Bereitschaft, zu den von uns angeschnittenen, in der Interpretation selbst nicht gedeckten Punkten eine unseren Anliegen Rechnung tragende offizielle Stellungnahme der amerikanischen Regierung (mindestens auf Außenministerebene) herbeizuführen. Diese amerikanische Stellungnahme kann dann vor der Öffentlichkeit verwandt werden.

b) Über die im Zusammenhang mit der Interpretationserklärung gelösten, noch offenen und nicht durchsetzbaren Fragen wird im einzelnen nach der Rückkehr der Delegation eine Aufzeichnung vorgelegt werden.[6]

Aus der Diskussion wird jetzt festgehalten:

[5] Der als Anlage beigefügte Text wurde ohne Unterstreichungen übermittelt.

[6] Legationsrat I. Klasse Fulda, z.Z. Washington, vermerkte am 13. Februar 1979 zu den deutsch-amerikanischen Konsultationen am Vortag in Washington: „Die amerikanische Delegation hat mehrfach unterstrichen, daß eine positive deutsche Stellungnahme zu SALT auf politischer, administrativer und militärischer Ebene für den Ratifikationsprozeß in den Vereinigten Staaten große Bedeutung haben werde. Der neue amerikanische Vorschlag, ein Schreiben, unter Umständen sogar auf der Ebene der Regierungschefs, an uns zu richten, zeigt, daß die von uns vorgetragenen Bedenken und Änderungsvorschläge ernst genommen werden. Ein Teil unserer Vorschläge, die auch von GB unterstützt worden waren, sind in dem neuen US-Text in uns befriedigender Weise aufgenommen worden. Das amerikanische Zögern, auch die anderen Punkte im Text der Interpretationserklärung zu berücksichtigen, ist einerseits darauf zurückzuführen, daß die Amerikaner russische Reaktionen vermeiden möchten, andererseits auf das Bestreben, die weit vorangeschrittene interne Inter-agency-Koordinierung nicht durch zu viele weitere Veränderungen des Textes zu komplizieren.“ Vgl. VS-Bd. 10748 (500); B 150, Aktenkopien 1979.

Bei dem Meinungsaustausch waren von besonderem Interesse die Fragen
- extensive bzw. restriktive Auslegung des Vertrages,
- des Verhältnisses von non-circumvention zu non-transfer,
- der Erwähnung der Cruise-Missile-Regelung und der konventionellen Cruise Missiles in Verbindung mit der „armed definition".

Die von uns vorgeschlagene Formel „was nicht ausdrücklich verboten ist, ist erlaubt" (völkerrechtliche Interpretationsregel) stieß auf Bedenken, weil ihre ausdrückliche Erwähnung sowohl dem Ziel der Interpretationserklärung als auch der Struktur des SALT-Vertrages nicht gerecht werde und möglicherweise eine unerwünschte Diskussion über die Tragweite der vereinbarten Verbote auslösen könne. In diesem Zusammenhang wurde deutlich, daß die amerikanische Seite sich in bestimmten Fällen ihrerseits die Möglichkeit einer extensiven Auslegung des Vertrages vorbehalten möchte. Wir schlugen vor, zum Ausdruck zu bringen, daß die NC-Klausel nicht geeignet sei, das Prinzip einer generell extensiven Auslegung vertraglicher Verpflichtungen einzuführen. Die USA-Seite stellte in Aussicht, unseren Bedenken durch die Einfügung der Worte „nor does it broaden these obligations" im Anschluß zu den Ausführungen über „additional obligations" Rechnung zu tragen.

2) In der für uns wichtigen Frage der einseitigen amerikanischen Erklärung zur Gegenseitigkeit bei der Beschränkung von Grauzonensystemen[7] gelang es uns, eine Klärung bei der in diesem Zusammenhang noch ausstehenden Beurteilung der Cruise Missiles als Systeme, die überwiegend für den Kriegsschauplatzeinsatz geeignet sind, herbeizuführen.[8] Dieser Themenbereich war durch ein Vier-Augen-Gespräch zwischen Dg22 und dem amerikanischen Delegationsleiter Leslie Gelb vor Beginn der Konsultationen vorbereitet worden. Die US-Seite bestätigte auf unsere Fragen, daß sie die gegenwärtig in der Entwicklung befindlichen boden- und seegestützten Cruise-Missile-Systeme (GLCMs und SLCMs) als Waffensysteme betrachte, die vornehmlich für den Kriegsschauplatzeinsatz geeignet sind. Die USA sind auch bereit, von uns eine schriftliche Fixierung der Diskussion zu dieser Frage nach vorheriger inoffizieller Textüberlassung offiziell entgegenzunehmen.

3) Die Amerikaner sagten zu, uns den vollständigen Text zur Absichts- und Prinzipienerklärung zu übergeben. In diesem Zusammenhang machten die USA deutlich, daß bei der Einleitungsformel zu Paragraph 3 der Prinzipienerklä-

[7] Am 7. Februar 1979 erläuterte Referat 220: „In diesem Zusammenhang beabsichtigen die USA, nicht zuletzt wegen unserer Warnungen vor weiteren einseitigen Beschränkungen westlicher, auch im Mittelstreckenbereich bedeutsamer Systeme (vorläufige CM-Regelungen im Protokoll; Abmachung, über Protokollgegenstände in SALT III weiterzuverhandeln), eine einseitige Erklärung zum Joint Statement in der Absichtserklärung abzugeben. Diese einseitige Erklärung wird folgenden Wortlaut haben: ‚Any future limitation on US systems principally designed for theater missions should be accompanied by appropriate limitations on Soviet theater systems.'" Vgl. VS-Bd. 11386 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

[8] Referat 220 vermerkte am 7. Februar 1979, daß die USA bereit seien, eine weitere interpretative Erklärung zum Text ihrer einseitigen Erklärung über die Gegenseitigkeit bei der Begrenzung von Grauzonensystemen abzugeben: „Diese Interpretation würde besagen: future limitations sind alle Beschränkungen nach Abschluß von SALT II; die Cruise-Missile-Regelungen im Protokoll sind nur vorläufig; alle künftigen Beschränkungen von Cruise Missiles, die hauptsächlich für den Kriegsschauplatzeinsatz bestimmt sind, müssen von entsprechenden östlichen Beschränkungen begleitet sein." Vgl. VS-Bd. 11386 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

rung (Erwähnung der Faktoren, die die strategische Situation bestimmen) im sowjetischen Text nicht nur die Worte „all relevant factors" auf Bedenken stießen, sondern im Lichte der Verhandlungsgeschichte vor allem die Worte „take into account" eine Bezugnahme auf alte sowjetische Forderungen betreffend Einschluß von FBS und Drittstaatensystemen sowie Berücksichtigung der geographischen Situation erkennen ließen.[9] Die US-Seite wollte nicht den Eindruck erwecken, als ob die entsprechende amerikanische Formulierung „in the light of factors which determine the strategic situation" problemlos erscheine. Sie wies jedoch darauf hin, daß sie sich mit ihrer eigenen Formulierung eine bessere Ausgangslage für nachfolgende Vertragsauslegungen verspräche.

Auf unsere Frage betonten die Amerikaner, daß die sowjetische prinzipielle Zustimmung zu weiteren Reduzierungen (Unterschreitung der Ziffer 2250) nicht an eine ausdrückliche sowjetische Bedingung des Einschlusses von FBS in SALT II gebunden sei. Eine entsprechende Bemerkung von Botschafter Earle bei den NATO-Konsultationen am 9.1.79[10] könne nur so verstanden werden, daß aufgrund bisheriger sowjetischer Äußerungen und Verhaltensweisen von einer solchen Situation des Verhandlungsstandes ausgegangen werden müsse.

4) Die US-Seite informierte uns, daß in vorausgegangenen Konsultationen mit den Briten vereinbart worden sei, daß diese einen Text für die öffentliche Stellungnahme des Bündnisses zu SALT II vorbereiteten. London werde uns direkt das Ergebnis dieser Bemühungen mitteilen. Man gehe amerikanischerseits davon aus, daß wir uns konstruktiv an der Endformulierung beteiligten.

5) Zur Frage geeigneter Bündniskonsultationsmechanismen für SALT III unterstrichen wir die Notwendigkeit einer Intensivierung der bestehenden Konsultationsmöglichkeiten in der Allianz. In diesem Zusammenhang erläuterten wir erneut den bereits Mr. Aaron bei seinem Besuch in Bonn gemachten Vorschlag eines speziellen Konsultationsforums innerhalb der NATO für Rüstungskontrollfragen, das nach unserer Vorstellung das erforderliche Gegenstück zur High Level Group im TNF-Bereich werden sollte.[11] Wir führten aus, daß in einem solchen Gremium ein amerikanischer Vorsitz dankbar sei, um so die Führungsrolle der USA in der Allianz auch in diesem Bereich zu unterstreichen. Wir wiesen sowohl auf die Möglichkeit gemeinsamer Sitzungen eines solchen Gremiums mit der HLG sowie auf die Notwendigkeit weiterlaufender normaler Konsultationen im Rahmen des NATO-Rats hin. Wir betonten, daß ein solches Konsultationsgremium nicht im Wettbewerb mit bereits bestehenden NATO-Konsultationsforen stehen würde; es würde verdeutlichen, daß

- SALT III eine wichtige Bündnisangelegenheit darstellt,
- die Allianz sich um die Bewältigung der anstehenden Rüstungskontrollfragen bemüht und

9 Referat 220 hielt am 7. Februar 1979 den sowjetischen Textvorschlag fest: „The parties shall pursue in the course of these negotiations taking into account all relevant factors that determine the strategic situation". Dazu wurde ausgeführt, daß die Worte „all relevant" eine Festlegung in Richtung Einschluß von Forward Based Systems bedeuten könnten. Die Worte „taking into account" hätten jedoch eine „relativ geringe Bindungswirkung". Vgl. VS-Bd. 11386 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

10 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 9. Januar 1979 vgl. Dok. 7.

11 Zu den Gesprächen des stellvertretenden Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Aaron, am 6. Februar 1979 im Auswärtigen Amt und zum Vorschlag der Bundesregierung für eine Verbesserung der Konsultationspraxis in der NATO vgl. Dok. 31, insbesondere Anm. 17.

– ein Interesse an zeitlicher Parallelität zwischen der Arbeit der HLG und des neuen Gremiums besteht.

Die Amerikaner wiesen darauf hin, daß eine endgültige Regierungsposition in dieser Frage noch nicht bestehe, äußerten sich jedoch auf persönlicher Basis weitgehend zustimmend zu unseren Ausführungen. Die zu bildende Konsultationsgruppe im Bündnis müsse nach amerikanischer Auffassung mit Regierungsexperten aus den Hauptstädten beschickt werden, regelmäßig zusammentreten und eine höhere Ebene politischer Verantwortlichkeit repräsentieren. Goodby gab zu bedenken, ob für den von uns dargestellten Zweck nicht bereits bestehende NATO-Gremien SPC herangezogen werden könnten.[12]

6) Wir führten aus, daß eine erste Aufgabe dieser zu bildenden rüstungskontrollpolitischen Konsultationsgruppe die Ausarbeitung einer gesamtstrategischen Analyse (vgl. deutscher Vorschlag im NATO-Rat[13]) sein könnte. Zielsetzung eines solchen Auftrages müsse es sein, die Diskussion rüstungskontrollpolitischer Fragen im Zusammenhang mit SALT III zu beginnen und eine bis jetzt noch nicht bestehende einheitliche Problemdefinition zur Grauzone im Bündnis zu erreichen. Unsere Ausführungen wurden von amerikanischer Seite mit Interesse zur Kenntnis genommen.

7) Kräftevergleich

US-Seite unterrichtete uns noch einmal offiziell über den Gefechtskopfüberhang bei den zentralstrategischen Systemen der USA, der wahrscheinlich von der Sowjetunion bis 1982/83 ausgeglichen werden könne. Hierbei handele es sich um eine vorübergehende ungünstige Situation, die einerseits darauf beruhe, daß die Sowjetunion ihre SLBM schneller mit MIRV ausrüste (ein Jahr früher) als angenommen und die Amerikaner aufgrund des Standes ihrer Programme sowie der Notwendigkeit, einen Teil der bestehenden Systeme einer technischen Modifizierung und Modernisierung[14] zu unterziehen, ihr Gefechtskopfpotential zunächst nicht [15]verstärken können. Diese Situation werde in den späten achtziger Jahren behoben sein, und die Amerikaner rechnen dann mit einem erneuten Gefechtskopfvorteil von mehreren Tausend RV[16] gegenüber der Sowjetunion. Wir haben darauf hingewiesen, daß wir hiervon durch Aaron im Prinzip unterrichtet seien und daß wir die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, einen strategischen Zweitschlag zu führen, nicht in Zweifel zögen. Wir haben indessen die Frage gestellt, welche Motive die SU habe, solch ein starkes Drohpotential[17] aufzubauen, und ob dies der SU in der Anfangsphase von SALT III eine bessere Ausgangsposition verschaffe als den USA.

III. MBFR

Wie verabredet fand am Ende der Konsultationen zu SALT ein Meinungsaustausch über MBFR statt. Wir kündigten unsere Absicht an, alsbald ein Arbeits-

12 So in der Vorlage.

13 In der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 20. November 1978 schlug die Delegation der Bundesrepublik vor, die nähere Behandlung der Grauzonenproblematik mit einem umfassenden Kräftevergleich aller nuklearen Waffen zu beginnen. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 352.

14 Korrigiert aus: „Modifizierung Modernisierung".

15 Beginn des zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

16 Reentry Vehicles.

17 Korrigiert aus: „Pro Potential".

papier zu begleitenden Maßnahmen ins SPC einzuführen.[18] Wir haben unsere Position dargestellt, daß wir der Maßnahme „limitation of out of garrison activities" vor allem aus militärischen Gründen nicht zustimmen könnten, und haben in diesem Zusammenhang vor allem die militärischen Implikationen aus unserer Sicht erläutert. Wir führten aus, daß wir vorschlagen wollen, die sechs Maßnahmen, die im Bündnis unumstritten sind, zu einer zusammenzufassen, um sie bald in Wien einführen zu können. Dabei wollten wir für die Maßnahmen

- Ankündigung von Divisionsaktivitäten außerhalb der Kasernen und
- Einladung von Beobachtern

hierzu den Geltungsbereich von den vertrauensbildenden Maßnahmen der Schlußakte[19] als geographischen Anwendungsbereich vorschlagen. Ferner wollten wir nachfolgende Maßnahmen im geographischen Rahmen des Reduzierungsraumes vorschlagen:

- vorherige Notifizierung von größeren Bewegungen der Landstreitkräfte in den Raum der Reduzierungen hinein,
- festgelegte Durchlaufpunkte für das Personal der stationierten Land- und Luftstreitkräfte mit Beobachtern,
- Austausch von bestimmten militärischen Informationen (betreffend Reduzierung und Aufrechterhaltung des common collective ceiling),
- Nichtbeeinträchtigung nationaler technischer Aufklärungsmittel.

Wir führten weiter aus, daß wir für die weitere Ausgestaltung des oben näher umschriebenen Pakets die Bekräftigung der bereits implementierten vertrauensbildenden Maßnahmen der KSZE-Schlußakte durch alle MBFR-Teilnehmer als ersten Teil unseres Paketes[20] vorschlügen, um die Abwertung der CBMs der Schlußakte zu verhindern. Das Problem der Boden- und/oder Luftinspektionen solle untersucht werden.[21] Die amerikanische Seite hat Verständnis für unsere Argumente gezeigt, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, daß die begleitenden Maßnahmen bei MBFR und insbesondere die Limitierung der out of garrison activities für ihre MBFR-Position und deren Vertretung u. a. vor dem amerika-

18 Zum Entwurf eines Arbeitspapiers und einer „Draft Guidance" vgl. Dok. 90.

19 Im „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 verpflichteten sich die Teilnehmerstaaten unter anderem zur Ankündigung von Manövern auf ihrem Territorium bei einer Gesamtstärke von mehr als 25 000 Mann. Bei einem Teilnehmerstaat, dessen Territorium sich über Europa hinaus erstreckte, mußten Manöver angekündigt werden, „die in einem Gebiet innerhalb von 250 Kilometern von seiner Grenze stattfinden, die einem anderen europäischen Teilnehmerstaat gegenüberliegt, oder die er mit ihm teilt". Vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 922.

20 Korrigiert aus: „Paktes".

21 Referat 221 hielt im März 1979 zum Problem der Bodeninspektionen fest: „Wir haben bislang diese Maßnahme wegen der politischen und rüstungskontrollpolitischen, aber auch der militärpolitischen Konsequenzen äußerst zurückhaltend beurteilt (Vermeidung von Souveränitätseinschränkungen nur für Teilnehmer, die innerhalb des Raums der Reduzierungen liegen, und damit Vermeidung einer Rüstungskontrollzone mit der Bundesrepublik als Kernland auf westlicher Seite). Wir befürworten deshalb die geographische Ausdehnung über den engen Raum der Reduzierungen hinaus und die Einbeziehung von sowjetischem Territorium. Von militärpolitisch besonderem Interesse wäre die Einbeziehung der drei westlichen sowjetischen Militärbezirke, die direkt an den Raum der Reduzierungen nach Osten hin angrenzen und die für die östliche Seite das logistische Hinterland darstellen. Zugleich würden politisch die Folgen eines nur auf Mitteleuropa beschränkten Raums der Reduzierungen gemildert." Für Luftinspektionen gelte das gleiche wie für Bodeninspektionen. Vgl. Referat 221, Bd. 116921.

nischen Kongreß sehr wichtig seien und die Unterstützung aller militärischen Stellen haben.

Wir wiesen abschließend darauf hin, daß das von uns vorgeschlagene Paket vertrauensbildender Maßnahmen sich an dem jetzt möglichen orientieren werde, aber auch dann so substantiell sein werde, daß seine Einführung wie ein wichtiger Schritt des Westens sein werde.

Anmerkung der Telko: Der letzte Absatz ist handschriftlich eingesetzt und konnte teilweise nicht gelesen werden.

[gez.] Ruth

Anlage

Interpretive Statement on Non-circumvention

1) In the view of the United States, the non-circumvention provision in the SALT Agreement simply makes explicit the inherent obligation any state assumes when party to an international agreement not to circumvent the provisions of that agreement. It is a basic tenet of international law that agreements once entered into are to be carried out and not circumvented, and the United States would be so obligated with or without a non-circumvention provision. It is the position of the United States that the non-circumvention provision does not impose any additional obligation whatever on it beyond the specific obligations of the provisions of the treaty and, for the period of its effectiveness, the protocol.

2) The United States has consulted intensively with the alliance throughout the SALT II negotiations, recognizing the important alliance interest in the SALT II Agreement which deals with the strategic relationship between the United States and Soviet Union. In view of the possible implications of the non-circumvention clause for alliance cooperation, the United States reiterates what it has specifically stated in alliance consultations during the negotiations, that is, the non-circumvention provision will not affect existing patterns of collaboration and cooperation with its allies, nor will it preclude cooperation in modernization.

3) As to the issue of transfers, the United States has consistently rejected the inclusion of a provision on non-transfer in the SALT Agreement. We have made clear in the negotiating record that transfers of weapons or technology to our allies will continue and cannot, ipso facto, constitute circumvention. The United States will deal with future requests for transfers of weapons systems and technology on a case-by-case basis under the SALT II Agreement, as it has done in the past. The transfers of weapons systems or technology for systems which were not numerically limited or prohibited by the agreement would be unaffected by the agreement. With respect to systems numerically limited in the agreement, as under the Interim Agreement, transfers would not be necessarily precluded by the agreement. Of course, requests for such transfers would, in many cases, involve policy issues, and would have to be dealt with in light of the circumstances of the situation and the particular request. This would also be the case if there were no agreement.

4) The United States will not be able to transfer to its allies or other states those weapons systems or technology uniquely related to such systems, which

are prohibited to the United States itself by the agreement. The United States fully accepts its responsibility not to circumvent the agreement. For the United States to supply to other states systems of a type that is prohibited to the United States itself by a provision of the agreement would be a circumvention of the agreement, even if there were no non-circumvention provision.

5) In accordance with recognized international practice, no third party can be bound or legally affected by the obligations the United States assumes under the SALT Agreement. The United States would reject and would view as inconsistent with the political and strategic purposes of the agreement any attempt by the Soviet Union to raise, on the basis of the non-circumvention provision, questions concerning the activities of states not party to the agreement. In both a legal and practical sense, only the United States is subject to challenge in connection with questions raised by the Soviet Union with respect to the SALT Agreement.

VS-Bd. 11401 (220)

39

Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-537/79 geheim
Fernschreiben Nr. 99
Citissime

Aufgabe: 13. Februar 1979, 18.19 Uhr[1]
Ankunft: 13. Februar 1979, 21.05 Uhr

Delegationsbericht Nr. 12/79

Betr.: MBFR;
hier: bilaterale Gespräche Tarassows mit Dean am 7.2. und mit mir am 8.2.1979

Bezug: Fernmündliche Unterredung mit BR I Dr. Holik vom 9.2.79

1) Wie zu Beginn jeder Runde fand am 7.2.1979 ein sowjetisch-amerikanisches bilaterales Gespräch statt, bei dem die wichtigsten aktuellen Verhandlungsaspekte erörtert wurden. Dabei ventilierte Tarassow eine neue Version seines früheren persönlichen Vorschlags der Vereinbarung kollektiver Höchststärken ohne vorherige Dateneinigung, wobei die Überprüfung der beiderseitigen Personalstärken nachfolgenden Verifikationsmaßnahmen überlassen bleiben soll (vgl. DB Nr. 594 vom 26.7.78[2] Tgb.Nr. 297/78 VS-geheim[3]). In seiner jetzigen Form

1 Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 27. Februar 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Hofmann am 28. Februar 1979 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Blech vorgelegen.

2 Korrigiert aus: „25.7.78".

3 Für das Fernschreiben des Botschafters Jung, Wien (MBFR-Delegation), vgl. AAPD 1978, II, Dok. 230.

geht der Vorschlag in erheblichem Maße auf westliche Kollektivitätsvorstellungen und die am 13.12.1978 vom Westen gemachten Verhandlungsschritte[4] ein. Er sieht eine generelle Formel vor, die[5] die Streitkräfte einzelner Teilnehmer und damit auch die der Sowjetunion nach oben begrenzt. Ferner impliziert der Vorschlag sowjetische Reduzierungen in sehr hohem Umfang. Allerdings wurde dieser Aspekt von Tarassow nicht direkt angesprochen. Tarassow begründete seine neue Version mit dem Verständnis der Sowjetunion für die insbesondere von der Bundesrepublik gehegten Befürchtungen gegenüber nationalen Reduzierungsverpflichtungen und nationalen Höchststärken.

2) Im einzelnen: Tarassow lehnte zunächst mit gleicher Argumentation wie Strulak in Informal vom 6.2. (vgl. DB Nr. 90 vom 8.2.1979[6] Tgb.Nr. 38/79 VS-vertraulich[7]) ein Einlenken in der Datenfrage ab. Er erklärte, sowjetische Experten hätten während der letzten Verhandlungspause nach nochmaliger Überprüfung des Datenkomplexes festgestellt, daß eine weitere Aufschlüsselung der östlichen Datenangaben nicht zu einer Klärung für die Diskrepanzen führen werde. Nehme man an, daß westliche und östliche Zahlen über die Stärke der sowjetischen und polnischen Divisionen nicht weit auseinander lägen, wäre das Ergebnis einer solchen weiteren Aufschlüsselung lediglich, daß die östliche Streitkräftestruktur offenbart würde. Tarassow kam dann auf seinen früheren Vorschlag einer Vereinbarung von kollektiven Höchststärken ohne Dateneinigung zurück und sagte, die Sowjetunion erkenne an, daß die westlichen Verhandlungsschritte vom Dezember 1978 einen Kern von Substanz enthielten. Unterzeichne der Osten allerdings ein Phase-I-Abkommen auf der Basis der westlichen Vorschläge, müsse er befürchten, daß der Westen die allianzinterne Aufteilung der Phase-II-Reduzierungen der nicht-amerikanischen direkten Teilnehmer einen Tag später ändere.[8]

4 Am 13. Dezember 1978 präsentierten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten neue Vorschläge zur Kollektivität. Danach sollten die nicht-amerikanischen Teilnehmer im Zusammenhang mit einem Phase-I-Abkommen ihre Bereitschaft erklären, einen substantiellen Anteil der Reduzierungen in Phase II zu übernehmen. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 388.

5 Korrigiert aus: „der".

6 Korrigiert aus: „8.2.1978".

7 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete über die erste informelle Sitzung der 17. Runde der MBFR-Verhandlungen am 6. Februar 1979: „Strulak behandelte die Datenfrage und behauptete, der Westen habe die Bedeutung der Datendiskussion stark übertrieben. Was der Westen erreichen wolle, seien östliche Reduzierungen auf der Basis der überhöhten westlichen Schätzzahlen. Es bestehe kein Grund, der Datenfrage gegenüber den anderen Reduzierungsfragen einen absoluten Vorrang zuzuschreiben. Da jede Seite über ihre Streitkräfte offizielle Zahlen vorgelegt habe, sollte es eine Datendiskussion eigentlich überhaupt nicht geben." Vgl. VS-Bd. 10438 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

8 Botschafter Ruth stellte am 24. Januar 1979 fest: „Der Westen hat dem Wunsch des Ostens nach verläßlicher Einbeziehung der nicht-amerikanischen westlichen Teilnehmer in Phase-II-Reduzierungen Rechnung getragen. Er hat [...] die östliche Unterstellung, daß die allgemeine Beteiligungszusage an Phase-II-Reduzierungen auch durch eine lediglich nominelle Beteiligung eingelöst werden könne, mit der Feststellung zurechtgerückt, daß unter der Voraussetzung eines den westlichen Kernelementen Parität, Kollektivität und Selektivität Rechnung tragenden MBFR-Abkommens diese Beteiligung substantiell (‚significant') sein werde. Gleichzeitig wurde dem Osten mitgeteilt, daß die Aufteilung der kollektiven Reduzierungsquote schon vor Unterzeichnung eines Phase-I-Abkommens vorgenommen werden könnte, sie bliebe aber souveräne Entscheidung des westlichen Bündnisses, unabhängig davon, ob sie der Öffentlichkeit bekannt gemacht werde. Der Osten hat auf diese Klarstellung vorläufig mit der Forderung nach eindeutig nationalen Reduzierungsverpflichtungen reagiert." Vgl. VS-Bd. 11436 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

Dean unterstrich in seiner Erwiderung die grundlegende Bedeutung der Datendiskussion für die Festlegung des Umfangs der östlichen Reduzierungen und betonte, der Osten unterschätze die bisher erzielten und die noch möglichen Fortschritte erheblich. Die von Tarassow geäußerte Befürchtung einer späteren Änderung der allianzinternen Entscheidung über die Aufteilung der Phase-II-Reduzierungen bezeichnete er als übertrieben. Erstens werde die Allianz ihre Entscheidung nicht ändern, zweitens wäre die Sowjetunion in einem solchen Fall selbst in der Lage, in den Phase-II-Verhandlungen Konsequenzen zu ziehen. Dean kam dann auf die Bemühungen des Ostens zu sprechen, für die Personalstärke, die Bewaffnung und die Einheiten der westeuropäischen Teilnehmer und namentlich der Bundesrepublik individuelle Beschränkungen durchzusetzen. Dieses Vorgehen sei kontraproduzent, denn es wecke Befürchtungen, damit solle die Basis für spätere Versuche geschaffen werden, nationale Streitkräfte-Restriktionen einzuführen.

Tarassow erwiderte, für derartige Besorgnis der Bundesrepublik habe die Sowjetunion Verständnis. Deshalb schlage er, auf theoretischer und rein persönlicher Basis, eine andere Lösung vor. Wenn die Bundesrepublik individuelle Reduzierungsverpflichtungen nicht akzeptieren wolle, weil sie befürchte, diese könnten später als eine Art nationaler Höchststärken angesehen werden, solle man nationale Höchststärken und nationale Reduzierungsverpflichtungen völlig vergessen. Möglich sei auch eine Regelung, bei der kein direkter Teilnehmer individuelle Reduzierungsverpflichtungen eingehe und bei der es keine wie immer gearteten individuellen Höchststärken gebe. Beide Seiten könnten sich verpflichten, ihre Landstreitkräfte auf jeweils 700 000 Mann zu reduzieren und diese Höchststärke anschließend einzuhalten. Die Aufteilung der Reduzierungen sollten beide Allianzen intern festlegen und die Zahlen anschließend veröffentlichen. Die beiderseits bestehenden Befürchtungen, daß die Streitkräfte eines einzelnen Teilnehmers der Gegenseite in der Folge übermäßig erhöht werden könnten, wären durch eine Regelung auszuräumen, wonach die Streitkräfte keines Teilnehmers einen bestimmten Prozentsatz der Höchststärke überschreiten dürften, beispielsweise 40 oder 45 Prozent. Vielleicht müsse man durch Sonderregelungen die Möglichkeit einer starken Erhöhung der amerikanischen Streitkräfte offenhalten.[9] Eine Verständigung hierüber sei wahrscheinlich leicht erreichbar. Dieses Konzept werde das Problem der Datendiskrepanzen effektiv erledigen.

Dean entgegnete, Reduzierungen auf der Grundlage einer Dateneinigung bedürften der Verifikation. Reduzierungen auf Grundlage kontroverser Zahlen und ohne Dateneinigung setzten jedoch ein derartig umfassendes und intensives Verifikationssystem voraus, daß man sich seine Verwirklichung nur schwer vorstellen könne, zumal angesichts des traditionellen sowjetischen Widerstands gegen effektive Verifikationsmaßnahmen. Tarassows Vorschlag erscheine daher von nur theoretischer Bedeutung.

Tarassow betonte, die Sowjetunion sei einer Verifikation gegenüber flexibel und habe ihre pragmatische Einstellung durch Zustimmung zu einer ganzen Reihe von vereinbarten Verifikationsmaßnahmen unter Beweis gestellt. Im

[9] Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Blech durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

übrigen gebe es noch einen weiteren Aspekt: Bekanntlich seien auch einige westliche Teilnehmer, insbesondere die Bundesrepublik, gegenüber Verifikationsmaßnahmen äußerst empfindlich. Bei dieser Gelegenheit wiederholte Tarassow die östliche Bereitschaft zur Behandlung der im April 1978 angekündigten westlichen Vorschläge für assoziierte Maßnahmen.[10] Der Osten habe insoweit noch keine eigenen Konzepte entwickelt. Nur soviel könne er sagen, daß assoziierte Maßnahmen drei Kriterien entsprechen müßten: Sie hätten einfach zu sein, sich auf alle Teilnehmer zu erstrecken und zu gleicher Zeit in Kraft zu treten. (Das von ihm im vergangenen Juli erwähnte vierte Kriterium, sie müßten zusammen mit Reduzierungen[11] vereinbart werden, nannte er nicht.) Am Schluß des Gesprächs wandte sich Tarassow wie schon bei früheren Gelegenheiten nachdrücklich gegen die westliche Forderung asymmetrischer Reduzierungen.

3) In seinem Gespräch mit mir am folgenden Tag äußerte sich Tarassow weniger umfassend. Ich selbst vermied detaillierte Frage, weil Dean mich wegen der Kürze der Zeit nicht über Einzelheiten hatte unterrichten können. Tarassow betonte auch mir gegenüber, er verstehe unsere Position bezüglich der Gefahr einer Einmischung in interne westliche Angelegenheiten sehr wohl. Man müsse daher Wege finden, strittige Punkte zu umgehen. Anschließend entwikkelte er die neue Version seines Vorschlags in gleicher Weise wie gegenüber Dean. Dabei gab er zu, daß es sich bei unserem Vorschlag vom 13.12. tatsächlich um einen neuen Schritt gehandelt habe.

Von Interesse war im übrigen die heftige Reaktion Tarassows auf meinen Hinweis auf die Notwendigkeit einer besonderen Begrenzung der sowjetischen Streitkräfte im Reduzierungsgebiet. Ob wir wirklich glaubten, daß die Sowjetunion einen ceiling akzeptieren würde, wenn ein solcher für die Bundeswehr nicht vereinbart sei? Der Sieger von Potsdam[12] werde so etwas niemals akzeptieren. Man werde doch wohl in Wien das Ergebnis von Potsdam nicht ändern wollen. Er, Tarassow, werde um seine Entlassung bitten, falls Moskau einem „Kapitulationsabkommen" mit einem ceiling für die Sowjetunion wider Erwarten zustimmen sollte.

4) Bei einer vorläufigen Bewertung des Tarassow-Projekts – zweifellos eine Frucht seiner kürzlichen Gespräche in Moskau – möchte ich folgende Elemente hervorheben:

a) Ähnlich wie in den östlichen Gegenvorschlägen vom 8.6.1978[13] wird der Versuch unternommen, durch Eingehen auf einzelne westliche konzeptionelle

10 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 19. April 1978 vgl. Dok. 20, Anm. 3.

11 Die Wörter „zusammen mit Reduzierungen" wurden von Ministerialdirektor Blech hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

12 In Potsdam fand vom 17. Juli bis 2. August 1945 eine Konferenz statt, an der Präsident Truman, Premierminister Churchill bzw. Premierminister Attlee und der Vorsitzende des Rats der Volkskommissare, Stalin, teilnahmen. Für den Wortlaut des Kommuniqués („Potsdamer Abkommen") vgl. DzD II/1, S. 2102–2148.

13 Am 8. Juni 1978 brachten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten neue Vorschläge ein. Sämtliche direkten Teilnehmer sollten ihre Streitkräfte nach gleichen Prozentzahlen vermindern. Eine ungefähre Parität wurde als bereits bestehend angenommen. Die vom Osten vorgelegten Streitkräftedaten sollten zur Grundlage eines Abkommens werden. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 180.

Vorstellungen bzw. die Andeutung von Konzessionsbereitschaft in Einzelfragen in der Kernfrage der Verhandlungen eine Lösung im östlichen Sinne durchzusetzen:

- Bei der Kollektivität geht Tarassow auf das westliche Konzept ein, mit Ausnahme der Regelung für eine spezielle Begrenzung bestimmter Streitkräfte sowie des combined common collective ceiling. Insbesondere verzichtet er auf individuelle Reduzierungsverpflichtungen und den restriktiven Mechanismus für die Aufrechterhaltung der Höchststärken.
- Daraus könnte man folgern, daß die vom Osten bisher geforderte Begrenzung von Einheiten wegfallen soll. Bei der früheren Version seines Vorschlags hatte Tarassow auch ausdrücklich keine Waffenreduzierungen der nicht-amerikanischen westlichen Teilnehmer verlangt.
- Die Berücksichtigung amerikanischer Streitkräfteverstärkungen wird für möglich erklärt.
- Eine gewisse Bereitschaft zum Eingehen auf associated measures wird angedeutet.
- Ambivalent ist die für die Begrenzung einzelner nationaler Streitkräfte vorgesehene Regelung, da sie durch ihren generellen Charakter (wie der britische 50-Prozent-Vorschlag[14]) sowohl für die sowjetischen Streitkräfte als auch für die Bundeswehr gelten würde. Zugleich signalisiert Tarassow die Möglichkeit einer starken Minderung der sowjetischen Präsenz im Reduzierungsgebiet. Bei Zugrundelegung östlicher Zahlen würde eine Begrenzung der sowjetischen Landstreitkräfte auf 45 Prozent des ceilings sowjetische Reduzierungen um 111000 Mann erfordern, d.h. die Sowjetunion müßte über die östliche Gesamtquote von 105000 Mann hinaus reduzieren.[15] Das würde bedeuten, daß keine Reduzierungen von nicht-sowjetischen Streitkräften zur Erreichung der 700000 notwendig sind, ein Aspekt, der der Aufklärung bedarf.[16]

b) In der zentralen Verhandlungsfrage asymmetrischer östlicher Reduzierungen und der damit im direkten Zusammenhang stehenden Frage der Stärke der östlichen Streitkräfte bleibt Tarassow hart. Statt ein „bargaining" über Zahlen zu offerieren, entfernt er sich von den östlichen Vorschlägen vom vergangenen Juni. Diese ließen die Möglichkeit einer Dateneinigung immerhin offen, und in der Folge erkannte der Osten die Notwendigkeit einer Dateneinigung

14 Botschafter Behrends, Wien (MBFR-Delegation), nahm am 5. Oktober 1977 zu dem in den deutsch-britisch-amerikanischen Konsultationen vom 22./23. September 1977 in London unterbreiteten Vorschlag Stellung, wonach „kein direkter Teilnehmer nach Phase-II-Reduktionen mehr als 50 Prozent des Landstreitkräftepersonals seiner Seite unterhalten darf". Behrends urteilte, das britische Modell vermeide Nachteile, die sich aus einer individuellen Stärkebegrenzung der amerikanischen Stationierungsstreitkräfte ergeben könnten, und erleichtere das westliche Verhandlungsziel, das Personal der sowjetischen Landstreitkräfte im Raum der Reduzierungen zu begrenzen: „Ob diese Begrenzung allerdings wirksam und ausreichend sein wird, hängt davon ab, welche Ausgangsdaten für die sowjetischen Landstreitkräfte im Gebiet vereinbart werden." Das britische Modell führe jedoch für die Bundesrepublik zu speziellen Nachteilen: „Nationale Stärkebegrenzung gegenüber dem Osten, faktische Sonderbehandlung der Bundesrepublik Deutschland im MBFR-Rahmen, annähernde Gleichsetzung der Bundesrepublik Deutschland mit der Sowjetunion im MBFR-Rahmen, Handhabe für östliche Forderung nach Einbeziehung deutschen Luftstreitkräftepersonals in Verminderungen und Begrenzungen. Angesichts dieser Risiken kann das britische Modell nicht befürwortet werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 634; VS-Bd. 11488 (221); B 150, Aktenkopien 1977.

15 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Blech durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

16 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Blech durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

als Voraussetzung eines Abkommens wiederholt an (zuletzt Strulak in der Plenarerklärung vom 31.1.1979[17]). Tarassow zielt dagegen auf ein MBFR-Abkommen ohne Dateneinigung. Der Vorschlag ist deshalb ein Aliud gegenüber dem westlichen Verhandlungskonzept, das numerische Parität und für nicht-amerikanische westliche Teilnehmer Kollektivität erreichen will und auf das sich der Osten seit dem letzten Juni hinzubewegen schien.

c) Da sich Tarassow sowohl der Unvereinbarkeit seines Vorschlags mit dem westlichen Konzept als auch der entscheidenden Schwäche seines Vorschlags beim Verifikationsaspekt bewußt sein muß, kann man unterstellen, daß er damit primär taktische Zwecke verfolgt, nämlich

- in erster Linie den Westen von einer weiteren Verstärkung seines Drucks in der Datenfrage abzuhalten,
- zum anderen ihn zu Schritten zu verleiten, die in der Öffentlichkeit Zweifel an der Glaubwürdigkeit der westlichen Datenposition erwecken würden.

Beide Motive werden durch den Fortgang der Datendiskussion bestätigt, in der der Osten zur Daten ...[18] übergegangen ist.

d) Tarassow scheint jedoch außerdem eine gewisse Bereitschaft der Sowjetunion zur Aufschnürung des Bündels von Optionen signalisieren zu wollen, das die östliche MBFR-Position enthält. Eine Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte um 110000 Mann erscheint den Sowjets offenbar kein besonderes Opfer. Da sich die tatsächliche Stärke der sowjetischen Landstreitkräfte nach diesen Reduzierungen auf 372000 Mann belaufen würde, läge sie nur um 54000 unter den 426000, die die SU jetzt zu haben behauptet und von denen sie ohnehin 30000 Mann in Phase I reduzieren will.

e) Um die Glaubhaftigkeit seiner Datenposition nicht selbst in Frage zu stellen, muß der Westen an seiner Datenstrategie festhalten. Da die offiziellen östlichen Zahlen zunehmend zweifelhaft erscheinen, könnte es für den Osten allerdings schwieriger werden, in der Datenfrage einen Ausweg zu finden.

Bemerkenswert ist in diesem Gespräch auch, daß Tarassow offenbar die westlichen Zahlen für die sowjetischen und polnischen Divisionen[19] nicht bestreiten

17 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete über die Ausführungen des Leiters der polnischen MBFR-Delegation, Strulak: „Der Hauptgrund für die negative westliche Haltung gegenüber den Vorschlägen vom 8. Juni seien die darin vorgeschlagenen Verminderungsquoten, die auf dem ungefähren Gleichgewicht der Kräfte in Europa beruhten. Der Westen, der auf seinen falschen Schätzungen beharre, versuche das Problem dadurch zu lösen, daß er seine übertriebenen Zahlen aufteile und die einzelnen Teile verschiedenen sozialistischen Ländern zuschreibe. Daraus ergebe sich keine Möglichkeit für eine Dateneinigung. Der Osten sehe daher keinen Grund für eine weitere Auffächerung der ausgetauschten Daten. Dennoch sei er bereit, nach einer Lösung dieses Problems auf einer realistischen Grundlage zu suchen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 68 vom 1. Februar 1979; Referat 221, Bd. 116940.

18 Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

19 Am 21. Mai 1979 führte Referat 221 zur Diskussion um die Streitkräftedaten bei MBFR aus: „Im Streit um die Ausgangsdaten vollzieht sich die Auseinandersetzung um die entscheidende Frage, wie groß die Reduzierungen auf jeder Seite im Ergebnis konkret sein werden. Dieses Problem ist immer mehr in den Mittelpunkt der Verhandlungen gerückt. Der Osten gibt die Gesamtzahl des Personals seiner Landstreitkräfte im Raum der Reduzierungen mit 805000 Mann an und behauptet damit, annähernde Parität brauche nicht erst hergestellt zu werden (westliche Forderung nach asymmetrischen Reduzierungen), sondern existiere bereits. Der Westen geht davon aus, daß tatsächlich eine Disparität von etwa 150000 Mann besteht. Zwischen den eigenen Angaben des Ostens und den westlichen Erkenntnissen über die WP-Landstreitkräfte (‚rote Zahlen') klafft eine Lücke

will. Ähnliche Äußerungen sind inoffiziell von anderen östlichen Delegationsmitgliedern zu hören.

f) Für unsere Position innerhalb des Bündnisses erscheint bedeutsam, daß Tarassow sowjetisches Verständnis für unsere Befürchtungen gegenüber nationalen Reduzierungsverpflichtungen und Höchststärken geäußert hat. Falls künftig Alliierte auf Konzessionen in diesem Bereich drängen sollten, könnten wir ihnen seine Äußerungen entgegenhalten.

5) Eine ergänzende Bewertung nach einer noch ausstehenden Aussprache mit Briten und Amerikanern bleibt vorbehalten. Da die Details des amerikanisch-sowjetischen bilaterals bisher nur den Briten und uns bekannt sind, bitte ich, andere Verbündete darauf vorerst nicht anzusprechen.

[gez.] Jung

VS-Bd. 10655 (201)

40

Bundeskanzler Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew

VS-vertraulich **14. Februar 1979**[1]

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

Ihre Schreiben vom 18. November[2] und 27. Dezember 1978[3] habe ich mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Sie behandeln darin die Frage von Waffenexporten. Ich bin gern bereit, über dieses Thema, das zahlreiche Aspekte hat, Meinungen mit Ihnen auszutauschen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 182
von ebenfalls etwa 150 000 (‚Diskrepanz'). Auf Grundlage eines im Frühjahr 1978 [...] vollzogenen Austausches grob aufgefächerter Daten [...] drängt der Westen in Wien auf die Aufklärung dieser Diskrepanz; mit einer neuen Strategie (Vorlage ‚roter Zahlen' u. a.) hat der Westen die Datendiskussion in der 16. und 17. Runde intensiviert und unter taktischer Nutzung östlicher Verfahrensvorschläge offensiver geführt. Der Osten versucht, einer Dateneinigung nach wie vor auszuweichen, sieht sich dabei aber zunehmend in die Defensive gedrängt." Vgl. Referat 221, Bd. 116939.

1 Ablichtung.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Kühn vermerkte am 21. Februar 1979: „Die endgültige Fassung der Antwort des Bundeskanzlers (Datum 14.2.1979) an Generalsekretär Breschnew auf seine beiden Schreiben vom 18.11. und 27.12.1978 wegen Waffenlieferungen an China deckt sich fast vollständig mit dem Entwurf des Auswärtigen Amtes. Der Bundeskanzler hat lediglich zwei kleine, inhaltlich nicht wesentliche Ergänzungen angebracht [...], zwei geringfügige redaktionelle Änderungen vorgenommen und den Satz gestrichen, daß nach unserem Eindruck die chinesische Führung nicht mehr an der These von der Unvermeidbarkeit des Krieges festhält". Vgl. VS-Bd. 13162 (213); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. November 1978 an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 2, Anm. 13.

3 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 27. Dezember 1978 an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 6.

Bereits bei unserem Gespräch in meinem Haus im Mai 1978[4] konnte ich Ihnen die ständige Politik der Bundesrepublik Deutschland darlegen, Lieferungen von Kriegswaffen bis auf wenige wohl erwogene Ausnahmen auf die Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses zu beschränken.[5] Bereits frühere Bundesregierungen, denen ich als Minister angehört habe, haben sich aus grundsätzlichen Erwägungen, die sich an ihrer eigenen Einschätzung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland orientierten, für diese Linie entschieden. Die gegenwärtige Bundesregierung und ich halten aus den gleichen Erwägungen an dieser Linie fest.

Selbstverständlich ist die Frage der Waffenlieferungen an fremde Staaten, deren Bedeutung weit über den Fall der Volksrepublik China hinausreicht, Gegenstand des Meinungsaustausches mit unseren Freunden und Verbündeten. Sie, Herr Generalsekretär, kennen meine Überzeugung, daß solche Lieferungen auf der ganzen Welt ein viel zu großes Ausmaß angenommen haben und daß der Frieden in der Welt um einiges sicherer wäre, wenn alle Staaten sich in der gleichen Weise wie die Bundesrepublik Deutschland bei dem Export von Rüstungsgütern beschränken würden. Wir begrüßen daher jede internationale Anstrengung, die Gefahren, die sich aus dem Übermaß der Waffenexporte ergeben, zu bannen. Ich teile Ihre Auffassung, daß die Entspannung unteilbar und daß es für alle Staaten notwendig ist, ihre Politik in allen Teilen der Welt in Einklang mit den Bedürfnissen der Entspannung zu gestalten. Dieser fundamentale Gedanke wird nur dann verwirklicht werden können, wenn ihm alle Staaten ohne Ausnahme auch bei ihren Waffenlieferungen in andere Staaten Rechnung tragen. Ich will dabei nicht verschweigen, daß die Waffenexporte der Sowjetunion an Länder außerhalb des Warschauer Pakts mir Anlaß zur Besorgnis geben.[6]

Die Bundesrepublik Deutschland läßt sich auch im Verhältnis zur Volksrepublik China von den allgemeinen Grundsätzen ihrer Rüstungsexportpolitik, wie ich sie oben dargestellt habe, leiten. Das habe ich Ihnen in unserem Gespräch im Mai 1978 ebenfalls bereits dargelegt. Unsere Haltung ist der Volksrepublik China bekannt. Sie ist im übrigen nicht mit Wünschen nach Waffenlieferungen an die Bundesregierung herangetreten. Auch unsere Freunde und Verbündeten kennen unsere Linie und respektieren sie als Ausdruck unserer eigenen souveränen Entscheidung, die – davon gehe ich aus – auch von allen anderen Staa-

4 Bundeskanzler Schmidt und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen am 7. Mai 1978 in Hamburg zusammen. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 143.

5 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 2, Anm. 15.

6 Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 22. Mai 1979 über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats am Vortag: „In seinen einleitenden Bemerkungen hob der Vorsitzende, Generalsekretär Luns, hervor, daß die Sowjetunion ihre Waffenlieferungen in die Länder der Dritten Welt besonders in der Zeit von 1973 bis 1977 intensiviert habe. Mit 13 Mrd. Dollar innerhalb dieses Fünfjahreszeitraums übersteige der sowjetische Waffenexport die den Ländern der Dritten Welt gewährte Wirtschaftshilfe (2,7 Mrd. Dollar) um das Fünffache. Neben strategisch-politischen Zielen erlangten finanzielle Interessen der Sowjetunion sowie die Versorgung des Ostblocks mit Roh- und Brennstoffen angesichts der immer schwieriger werdenden eigenen Situation zunehmende Bedeutung. Die Notwendigkeit zur Erschließung kostenintensiver Ressourcen in Sibirien mit hohem Transportaufwand machten die rohstoffreichen Länder für den Ostblock besonders interessant." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1629; VS-Bd. 13159 (212); B 150, Aktenkopien 1979.

ten als solche respektiert wird. Die Bundesrepublik Deutschland handelt hier in voller Unabhängigkeit und eigener Verantwortlichkeit.

Lassen Sie mich die Gelegenheit benutzen, einige allgemeine Bemerkungen darüber anzufügen, wie ich die internationale Stellung der Volksrepublik China sehe. Dabei gehe ich davon aus, daß wir in einer Welt leben, in der sich gerade in der gegenwärtigen Epoche Veränderungen von historischer Dimension vollziehen.

Zu diesen bedeutenden Veränderungen gehört, daß die Volksrepublik China bereit ist, ihre Selbstisolierung aufzugeben und ihre Beziehungen zur Außenwelt zu intensivieren. Wir können und dürfen diese wichtige Tatsache nicht ignorieren. Wenn ein Land wie die Volksrepublik China in einer Welt, die auf eine enge Zusammenarbeit aller Staaten angewiesen ist, am internationalen Verkehr teilnehmen will, so eröffnet das positive Perspektiven. Es liegt im Interesse der internationalen Staatengemeinschaft, wenn das volkreichste Land der Erde zunehmend in die internationale Entwicklung und damit auch in die gemeinsame Verantwortung für eine interdependente Welt einbezogen wird. Diese Entwicklung, die erst am Anfang steht, wird sich über viele Jahre erstrecken, weil sie langfristiger Natur ist.

Die Tatsache, daß die Volksrepublik China nunmehr aktiv in der neu gegründeten Abrüstungskommission der Vereinten Nationen[7] mitwirkt und außerdem Aussicht besteht, daß sie in absehbarer Zeit den ihr zustehenden Platz im Genfer Abrüstungsausschuß[8] einnehmen wird, zeigt, daß sie bereit ist, nunmehr auch in diesem wichtigen Bereich aktiv mitzuwirken.

Es ist das Bemühen der Bundesregierung, gerade auch im Hinblick auf den Charakter der Bundesrepublik Deutschland als außenhandelsorientiertes Industrieland, zu allen Staaten der Welt gute Beziehungen zu unterhalten, einschließlich des Bereichs moderner Entwicklungen in Wirtschaft und Technologie. Indem wir auch zur Volksrepublik China normale diplomatische, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen entwickeln und unterhalten, tragen wir der Bedeutung dieses großen Landes Rechnung. Dabei möchte ich anmerken, daß der wirtschaftliche Austausch bis jetzt, auch im Hinblick auf die Möglichkeiten der Volksrepublik China, noch recht begrenzt ist.

7 Mit Paragraph 118 des Schlußdokuments der Zehnten UNO-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 30. Juni 1978 wurde die Einsetzung einer Abrüstungskommission (Disarmament Commission) aus Vertretern aller UNO-Mitgliedstaaten beschlossen. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1978, S. 433. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 538.

8 Mit Paragraph 120 des Schlußdokuments der Zehnten UNO-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 30. Juni 1978 wurde die Umwandlung der Conference of the Committee on Disarmament (CCD) in Genf beschlossen. An ihre Stelle sollte ein Abrüstungsausschuß (Committee on Disarmament) aus allen Nuklearmächten und 32 bis 35 anderen Staaten treten. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1978, S. 433 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 538 f.
Botschaftsrat Pöhlmann, Genf (CD-Delegation), berichtete am 16. Mai 1979: „China, das aufgrund des Wortlauts von Paragraph 120 S[onder]G[eneral]V[ersammlung]-Schlußdokument Mitglied des CD ist, nahm zwar nicht an dessen Arbeit teil, hat jedoch auf Stuhl und Namensschild im CD bestanden. China hält sich durch gelegentliche Teilnahme eines Angehörigen seiner Mission als Beobachter an offiziellen Sitzungen sowie über die pakistanische Delegation unterrichtet." Vgl. den Schriftbericht Nr. 62; Referat 222, Bd. 113000.

Sie wissen, daß die zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China bestehenden Spannungen für uns eine Quelle der Besorgnis sind, ebenso wie wir andere Konflikte in dieser Weltgegend, wie etwa gegenwärtig in Teilen Südostasiens, mit großer Besorgnis verfolgen.

Wir sind davon überzeugt, daß ein Konflikt zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China niemandem in der Welt zum Vorteil gereichen würde. Eine militärische Auseinandersetzung wäre mit der Gefahr eines weltweiten Krieges verbunden. Wir glauben nicht an die Unvermeidbarkeit eines solchen Konflikts, wie wir nachdrücklich die allgemeine These von der Unvermeidbarkeit von Kriegen ablehnen. Wir sind vielmehr überzeugt – und diese Überzeugung liegt unserer eigenen Politik zugrunde –, daß kein politischer Gegensatz zum bewaffneten Konflikt führen muß, wenn Vernunft, Verantwortung und nüchterne Geduld herrschen.

Wir werden wie bisher auch in der Zukunft nicht verfehlen, im politischen Dialog mit der Volksrepublik China unsere Sicht der Dinge unmißverständlich darzulegen, insbesondere unsere Überzeugung, daß es möglich ist, durch ernsthafte politische Anstrengungen drohende Konflikte zu vermeiden und bestehende Konflikte zu entschärfen.

Die Politik der Bundesregierung ist unverändert von der Überzeugung geleitet, daß im Interesse der Welt, Europas und nicht zuletzt unserer beiden Länder der Prozeß der Entspannung fortgesetzt werden muß.

Die aktive Politik des Ausgleichs und der Entspannung, die die Bundesregierung führt, ist fest verankert in unserer Zugehörigkeit zur Europäischen Gemeinschaft und zum Atlantischen Bündnis. Auch haben wir erst kürzlich bei dem Treffen der vier Staats- und Regierungschefs auf Guadeloupe[9] diese Politik klar und eindeutig bestätigt.

Jede Möglichkeit, den Prozeß der Entspannung zu vertiefen und zu erweitern, sollte genutzt werden. Die Bundesregierung steht zu den Worten, die Sie und ich in der Gemeinsamen Erklärung vom 6. Mai 1978[10] mit unserer Unterschrift bestätigt haben. Die Deutschen, im Zentrum Europas auf beiden Seiten der Ost und West trennenden Linie lebend, haben ein vitales Interesse daran, daß der Frieden gewahrt wird und daß die Beziehungen über diese Linie hinweg erleichtert und enger gestaltet werden. Wir sind uns darüber im klaren, daß dabei der Sowjetunion als einem nahen Nachbarn für die friedliche, vom Geiste gleichberechtigter Zusammenarbeit geprägte Entwicklung in Europa eine große Bedeutung zukommt. Wir sehen deshalb bei der Ausgestaltung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ihrem Lande noch große Aufgaben und Möglichkeiten.

Wir sind der Überzeugung – dies lassen Sie mich bitte abschließend feststellen –, daß eine intensive Fortführung des Entspannungsprozesses auch dem wohlverstandenen Ausgleich der Interessen aller Mitglieder der Staatengemeinschaft

9 Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. Dok. 2–5.

10 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429f.

dient und kriegerische Konflikte vermeiden hilft. Wir sind bereit, unsere Kräfte für dieses hohe Ziel einzusetzen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Stets Ihr sehr ergebener[11]
Helmut Schmidt

VS-Bd. 14078 (010)

41

Bundeskanzler Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew

VS-vertraulich **15. Februar 1979**[1]

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

für Ihr Schreiben, das mir Herr Botschafter Semjonow bei seinem Antrittsbesuch am 6. Dezember 1978 übergeben hat, danke ich Ihnen sehr.[2] Die Bundesregierung weiß es zu schätzen, daß Sie als neuen Vertreter Ihres Landes in der Bundesrepublik Deutschland wiederum einen erfahrenen Diplomaten entsandt haben, der mit unserem Land und seinen Problemen, seiner Geschichte und Kultur vertraut ist und der unsere Sprache spricht.[3]

Ich stimme mit Ihnen in der Bewertung unserer Beziehungen überein, so wie sie sich seit Ihrem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1978[4] entwickelt haben. Dieser Besuch, an den ich mit Befriedigung zurückdenke, hat bedeutende Ergebnisse erbracht, die unserem Handeln den Weg weisen. Es

11 Die Wörter „Stets Ihr sehr ergebener" wurden von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt.

1 Ablichtung.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Kühn vermerkte am 21. Februar 1979: „Auch die Antwort (Datum 15.2.1979) auf das Schreiben Breschnews zu den bilateralen Beziehungen und zu Abrüstungsfragen ist mit dem Entwurf des Auswärtigen Amtes nahezu identisch. Abgesehen von einigen kleinen Änderungen rein redaktioneller Art ist nur folgendes zu bemerken: In den Passagen zu MBFR wurden [...] die Worte ‚und Zug um Zug' im Zusammenhang mit dem Hinweis auf die Erörterung der offenen Substanzfragen gestrichen. In einem weiteren Absatz zu MBFR [...] wurde eingefügt: ‚so bald wie möglich zu guten Ergebnissen zu kommen.'" Vgl. VS-Bd. 13162 (213); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, an Bundeskanzler Schmidt vom 16. November 1978, das von Botschafter Semjonow am 6. Dezember 1978 übergeben wurde, vgl. VS-Bd. 13090 (213).
Schmidt führte am 6. Dezember 1978 ein Gespräch mit Semjonow über die Themen SALT und Naher Osten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt, vom 7. Dezember 1978; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 47; B 150, Aktenkopien 1978.

3 Botschafter Wieck, Moskau, analysierte am 25. Oktober 1978 die Ernennung des sowjetischen Stellvertretenden Außenministers Semjonow zum neuen Botschafter der UdSSR in der Bundesrepublik und gab eine Einschätzung über dessen Persönlichkeit. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 325.

4 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

ist unser beider Aufgabe, diese Resultate in die politische Praxis umzusetzen. Mit Recht haben Sie in Ihrem Schreiben die Bedeutung unserer kontinuierlichen Kontakte und des Dialogs hervorgehoben, der sich auf mehreren Ebenen vollzieht. Wie Sie bewerten wir die Begegnung der Außenminister als wichtig und nützlich, ebenso wie den Besuch der Delegation des Obersten Sowjet in der Bundesrepublik Deutschland[5] und die Kontakte zwischen den Außenministerien und in anderen Institutionen. Wir haben auch die gute Zusammenarbeit zwischen unseren VN-Delegationen während der Zeit unserer Mitgliedschaft im Sicherheitsrat[6] sehr begrüßt.

Auf vielen Gebieten haben sich unsere Beziehungen sehr zufriedenstellend entwickelt. Dies gilt besonders für den Bereich der Wirtschaft. Von zukunftweisender Bedeutung sowohl für die Gesamtbeziehungen zwischen den beiden Ländern als auch für die Festigung des Friedens in Europa ist das langfristig konzipierte Wirtschaftsabkommen.[7] Mit Genugtuung stelle ich fest, daß dieses Abkommen am 27. Dezember 1978 in Kraft getreten ist. Erste Schritte für die Umsetzung des Abkommens in die Praxis sind bereits eingeleitet.

Als ein gutes Zeichen für die wachsende Kooperation betrachte ich den in diesen Tagen sich vollziehenden erfolgreichen Abschluß der Vertragsverhandlungen über einen weiteren wichtigen Abschnitt des Oskol-Projektes.[8] Positiv ist

5 Eine Delegation des Obersten Sowjet der UdSSR hielt sich vom 2. bis 7. Oktober 1978 in der Bundesrepublik auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Kühn vermerkte am 9. Oktober 1978: „Wie aus dem Bundesrat bekannt wird, ist auch der zweite Teil des Besuchs der Delegation des Obersten Sowjets außerhalb Bonns befriedigend verlaufen. Delegationsmitglieder hatten sich schon beim Empfang des sowjetischen Geschäftsträgers am Abend des 4. Oktober [...] mir gegenüber sehr positiv über Verlauf und Inhalt des Besuchs geäußert. Besonders vermerkt wurde die Tatsache, daß Bundeskanzler zeitweise persönlich an Gespräch im Kanzleramt am 3. Oktober teilgenommen hat, ebenso wie die ‚konstruktive Haltung' von MP Stoltenberg als Angehöriger der Opposition im Hinblick auf die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen [...]. Die sowjetische Seite war bereit, die Teilnahme von Berlin-Vertretern (Bevollmächtigter Korber, MdB Amrehn) an den verschiedenen gesellschaftlichen Veranstaltungen in Bonn zu akzeptieren. Sie lud diese jedoch nicht zum Empfang des Geschäftsträgers ein (an dem MP Stoltenberg teilnahm), beschränkte sich andererseits aber auch in der Auswahl der Gäste, so daß eine sichtbare Diskriminierung Berlins vermieden wurde." Vgl. den Drahterlaß Nr. 882 an die Botschaft in Moskau; Referat 213, Bd. 133080.

6 Die Bundesrepublik übernahm vom 1. Januar 1977 bis 31. Dezember 1978 einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat.

7 Die Bundesrepublik und die UdSSR unterzeichneten am 6. Mai 1978 ein Abkommen über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 58–60.

8 Am 16. November 1972 unterzeichneten die Salzgitter AG und die Korf-Stahl AG in Moskau eine Vereinbarung mit der sowjetischen Handelsvereinigung Metallurgimport über den Bau eines integrierten Hüttenwerks auf der Basis der Direktreduktion in Mittelrußland (Kursk), das „eine Jahreskapazität von etwa 3 Mio. Tonnen Walzprodukte und 5 Mio. Tonnen reduzierte Pellets haben" sollte. Vgl. BULLETIN 1972, S. 1931.
Vertreter des Konsortiums von Firmen aus der Bundesrepublik, dem seit Sommer 1973 auch die Fried. Krupp GmbH angehörte, sowie der sowjetische Stellvertretende Außenhandelsminister Komarow paraphierten am 15. Dezember 1973 in Köln eine Generalvereinbarung zur Zusammenarbeit bei der Errichtung des Hüttenwerks, wobei jedoch keine Einigung über die Finanzierung erzielt werden konnte. Am 12. Dezember 1974 wurde in Moskau zunächst der Vertrag über das auf 18 Monate angelegte Vorprojekt unterschrieben. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hermes vom 13. Dezember 1974; Referat 421, Bd. 117692.
Am 31. März 1977 erläuterte der Geschäftsführer der AG Kursk, Herbst, die UdSSR habe sich aus Kostengründen entschlossen, die Koordinierung des Projekts selbst in die Hand zu nehmen, so daß die Firmen aus der Bundesrepublik nur noch Einzelanlagen liefern würden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 1. April 1977; Referat 421, Bd. 122513.
Am 23. März 1979 unterzeichneten die Fried. Krupp GmbH und die sowjetische Handelsvereini-

auch zu bewerten, daß der bilaterale Warenverkehr im Jahre 1978 wieder zugenommen hat und das sowjetische Handelsbilanzdefizit weiterhin abgebaut werden konnte.[9] In diesem Zusammenhang messe ich auch der Tätigkeit der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission erhebliche Bedeutung bei, deren letzte Sitzung im September 1978 in Moskau besonders erfolgreich verlaufen ist.[10]

Lassen Sie mich hoffen, daß die Sportbeziehungen zwischen unseren beiden Ländern, die das Interesse der Öffentlichkeit in der nächsten Zeit mehr denn je finden werden, sich harmonisch entfalten können.

Ich stimme mit Ihnen, Herr Generalsekretär, auch darin überein, daß wir unser Augenmerk auf die Festigung der internationalen Entspannung richten sollten. Die grundsätzliche Haltung der Bundesregierung zu dieser Frage habe ich in meinem Schreiben an Sie vom 14. Februar 1979 dargelegt.[11]

Sie haben das Gebiet der Abrüstung und Rüstungskontrolle hervorgehoben: Ich teile mit Ihnen die Überzeugung, daß die Vereinbarung konkreter Maßnahmen im Bereich der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung im Vordergrund der internationalen Bemühungen um die Sicherung des Friedens steht. Die Begrenzung des Rüstungswettlaufs unter wirksamer internationaler Kontrolle wäre ein wesentlicher Beitrag zu Stabilität und Sicherheit. Diese Problematik wird im März Gegenstand einer parlamentarischen Debatte im Deutschen Bundestag sein.[12]

Ich danke Ihnen für die Mitteilung Ihrer Einschätzung des Standes der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen. Wie schon bei unseren Gesprächen im Mai 1978 deutlich wurde, stimmen wir in der Beurteilung dieser Verhandlungen als eines zentralen Bestandteils des Entspannungsprozesses überein. Ich hoffe, daß die noch verbleibenden Schwie-

Fortsetzung Fußnote von Seite 188

gung Metallurgimport einen Vertrag über den Bau eines Elektroblockstahlwerks mit einer Jahreskapazität von 1,45 Millionen Tonnen. Der Auftragswert betrug rund 350 Millionen DM. Vgl. dazu den Artikel „Krupp liefert Stahlwerk in die Sowjetunion"; DIE WELT vom 26. März 1979, S. 13.

9 Referat 421 vermerkte am 13. Dezember 1978 über die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen: „Annähernde Vervierfachung des bilateralen Warenverkehrs in der Zeit von 1971 bis 1976. 1977 dann leichter Rückgang um 1%. In den ersten zehn Monaten 1978 Umsatzsteigerung um 12% gegenüber Vergleichszeitraum 1977, so daß für das gesamte Jahr 1978 wieder mit realem Zuwachs zu rechnen ist [...]. Ungleichgewicht in der Handelsbilanz kann von der Sowjetunion seit 1976 zunehmend abgebaut werden. Tendenz hält auch 1978 an (sowjetische Exporte +28%, Importe +1,4%). In den ersten zehn Monaten 1978 waren bereits 83,2% der sowjetischen Bezüge aus der BR Deutschland durch entsprechende Exporte dorthin gedeckt (Quote 1975: 46,6%)." Vgl. Referat 213, Bd. 133115.

10 Die achte Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit fand am 11./12. September 1978 in Moskau statt. Botschafter Wieck, Moskau, teilte am 12. September 1978 mit, die Tagung habe gezeigt, „daß die Sowjetunion weiterhin an einem guten atmosphärischen Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland interessiert ist. Die sowj[etische] Seite bemühte sich, ihren Wunsch nach einem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, deren politische Seite vom sowj. Vorsitzenden Tichonow mehrfach hervorgehoben wurde, deutlich zu machen. [...] Inhaltlich ist als Ergebnis hervorzuheben, daß sich beide Seiten einigten, bis Mitte 1980 das in Artikel 2 des Langfristigen deutsch-sowjetischen Kooperationsabkommens vom 6. Mai 1978 vorgesehene langfristige Programm für die wirtschaftliche Zusammenarbeit auszuarbeiten, damit es mit dem Beginn des 11. Fünfjahresplans der Sowjetunion 1981 synchronisiert werden kann." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3210; Referat 421, Bd. 122507.

11 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 14. Februar 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 40.

12 Zur sicherheitspolitischen Debatte des Bundestags am 8./9. März 1979 vgl. Dok. 80.

rigkeiten bald überwunden werden können. Die Bundesregierung betrachtet einen erfolgreichen Abschluß von SALT II als einen wichtigen Beitrag zum Weltfrieden. Ich habe dies mehrfach öffentlich betont.

Wir hatten bei Ihrem Besuch in Bonn Gelegenheit, über die Bedeutung eines stabilen nuklearen Gleichgewichts zwischen Ost und West zu sprechen. Ich habe Ihnen dabei meine Sorge über die Disparität im Mittelstreckenbereich nicht verhehlt. Diese Disparität darf bei den Bemühungen um ein stabiles Gleichgewicht nicht außer Betracht bleiben.

Ihre Bemerkungen zu den Wiener Verhandlungen habe ich mit Aufmerksamkeit gelesen. Während unserer Gespräche in Bonn habe ich Ihnen mein besonderes persönliches Interesse an diesen Verhandlungen dargestellt, und ich glaube, daß wir mit unserer Gemeinsamen Deklaration[13] einen wichtigen konzeptionellen Beitrag leisten konnten. Im vergangenen Jahr sind die Verhandlungen in Wien in Bewegung geraten. Der wichtige westliche Vorschlag vom April 1978[14] und die östliche Antwort vom 8. Juni 1978[15] zeigen eine prinzipielle Annäherung der Positionen. Die Aufgabe liegt jetzt darin, diese prinzipiellen Annäherungen im Konkreten zu verwirklichen. Meines Erachtens kann dies am besten damit geschehen, daß die offenen Substanzfragen – und dazu rechne ich insbesondere die Klärung der Datenbasis in Verbindung mit der Herstellung der Parität und das Konzept der Kollektivität – konstruktiv erörtert werden. Der Westen hat hierzu inzwischen bereits weiterführende Überlegungen in die Verhandlungen eingebracht.[16]

In der Gemeinsamen Deklaration waren wir uns einig, daß durch die Weiterentwicklung von vertrauensbildenden Maßnahmen in Europa das bestehende Mißtrauen und die Gefahren der militärischen Konfrontation abgebaut und die Sicherheit aller gestärkt werden würden. Bekanntlich hat die Bundesregierung bereits anläßlich der KSZE größten Wert auf die Aufnahme von vertrauensbildenden Maßnahmen in die Schlußakte von Helsinki gelegt.[17] Wir halten es für wünschenswert, daß dieser wichtige Gegenstand auch in den Wiener Verhandlungen, wo er bisher nur gelegentlich erörtert wurde, bald konkret und seiner sicherheitspolitischen Bedeutung entsprechend behandelt werden kann.

Im übrigen freue ich mich, daß Sie der leider auch in der letzten Zeit wiederholten Behauptung keinen Glauben schenken, der Grund für den Mangel an Fortschritten liege in der Position der Bundesrepublik Deutschland. Es liegt an der Bedeutung der Wiener Verhandlungen und ihren besonderen geographischen Bedingungen, daß sie mit Sorgfalt geführt werden müssen. Meine Regie-

13 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429f.

14 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 19. April 1978 vgl. Dok. 20, Anm. 3.

15 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 8. Juni 1978 vgl. Dok. 39, Anm. 13.

16 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 13. Dezember 1978 vgl. Dok. 39, Anm. 4.

17 Für den Wortlaut des „Dokuments über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

rung nimmt an ihnen engagiert und mit dem Wunsch teil, so bald wie möglich zu guten Ergebnissen zu kommen. Ich darf daran erinnern, daß wir bei Ihrem Besuch in Bonn über die westliche Initiative vom April 1978 gesprochen haben. Es ist allgemein bekannt, daß diese Initiative maßgeblich auf Anregungen der Bundesregierung zurückgeht. Die westlichen Teilnehmer sind, wie dies auch in dem jüngsten NATO-Kommuniqué[18] deutlich gemacht wurde, vital an der Herstellung eines wirklich ausgewogenen Kräfteverhältnisses in Mitteleuropa interessiert, das geeignet ist, zu stabileren Beziehungen und zur Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa beizutragen. Dieses Ziel entspricht der realen Lage und den Interessen meines Landes wie der westlichen Teilnehmer insgesamt.

Auch die Bundesregierung ist der Auffassung, daß wir uns auf die positive Lösung der Aufgaben konzentrieren sollten, die sich in unseren Beziehungen stellen. Schwierigkeiten, die hier und dort auftreten, sollten wir sachlich und nüchtern überwinden. In diesem Sinne begrüße ich vor allem die praktische Handhabung der Fragen seit Ihrem Besuch, die Berlin (West) und die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten betreffen.

Sie können versichert sein, daß wir der weiteren Entwicklung unserer Beziehungen große Bedeutung beilegen und daß Ihr neuer Botschafter, wie sein Vorgänger[19], bei seiner Aufgabe jede Unterstützung erfahren wird, so wie wir es begrüßen, wenn auch der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau[20] auf die gleiche Aufgeschlossenheit bei der Erfüllung seiner Aufgaben rechnen darf.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Stets Ihr sehr ergebener[21]
Helmut Schmidt

VS-Bd. 14078 (010)

18 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 7./8. Dezember 1978 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 102–105. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 105–108.

19 Valentin Michajlowitsch Falin.

20 Hans-Georg Wieck.

21 Die Wörter „Stets Ihr sehr ergebener" wurden von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt.

42

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-576/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 15. Februar 1979, 18.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 201 **Ankunft: 15. Februar 1979, 19.32 Uhr**

Betr.: Grauzonenproblematik – Gedanken aus NATO-Sicht

Zur Unterrichtung

1) Dem bedrohlichen Aufwuchs im sowjetischen Mittelstreckenbereich versucht das Bündnis sowohl konzeptionell-strategisch als auch rüstungskontrollpolitisch zu begegnen. Aus der Sicht des Bündnisses ist das neue sowjetische Mittelstreckenpotential (SS-20, „Backfire") mehr als nur die evolutionäre Erneuerung eines veralternden Potentials. Der neue russische Aufrüstungsschub im Mittelstreckenbereich ist sowohl technologisch als auch strategisch der Vorstoß in eine neue Dimension. Zielgenauigkeit, Reichweite, Mobilität, Mehrsprengkopffähigkeit und quantitativer Umfang stellen der Sowjetunion eine neue strategische Bedrohungsoption gegenüber Westeuropa zur Verfügung. Vor allem aber die veränderte strategische Gesamtsituation mit einem schwindenden amerikanischen strategischen Überhang stellen die alte strategische Gleichung auf westlicher Seite in Frage. Da die NATO ein vergleichbares Mittelstreckenpotential weder nach Umfang noch nach technologischer Qualität besitzt, gewinnt die Sowjetunion im Mittelstreckenbereich eine strategisch gefährliche Eskalationsdominanz, die die nukleare Eskalationsfähigkeit der NATO im Bereich der Gefechtsfeldwaffen neutralisieren kann, da auf westlicher Seite der Eskalationssprung von nuklearen Gefechtsfeldwaffen zu zentralen strategischen Systemen zu groß und das damit verbundene Sicherheitsrisiko für Amerika u. U. untragbar werden kann.

2) Beim rüstungskontrollpolitischen Ansatz ist die kritische Frage, aus welchem westlichen Potentialbereich die Verhandlungsmasse gestellt werden kann und soll, die dem sowjetischen Mittelstreckenpotential gegenüber verhandelbar ist. Aus Brüsseler Sicht werden weder die USA bereit sein, ihren strategischen Sprengkopfüberhang zur Verfügung zu stellen, noch Frankreich oder England ihre begrenzten Potentiale, die gerade in der aufziehenden Bedrohungssituation für sie immer wertvoller werden. So müßte die westliche Verhandlungsmasse in anderen Bereichen gesucht werden. Hierzu bieten sich Marschflugkörper und FBS (Flugzeuge) an. Marschflugkörper sind jedoch nur bedingt mit der SS-20 zu vergleichen, da sie erstens noch in der Entwicklung stehen und zweitens aufgrund ihrer längeren Flugzeit und der damit verbundenen Verwundbarkeit nicht die gleiche technisch-militärische Qualität besitzen. Außerdem sind sie zunächst durch das Zusatzprotokoll politisch eingebunden, und es ist bis jetzt noch eine offene Frage, inwieweit diese Einbindung nach Ablauf des Protokolls politisch wieder rückgängig gemacht werden kann.[2] FBS (Flug-

[1] Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Daerr verfügte.
Hat Daerr am 19. Februar 1979 vorgelegen.

[2] Zu den Regelungen im Protokoll eines SALT-II-Vertrags vgl. Dok. 7.

zeuge) sind nur in einem sehr begrenzten Maße ein vergleichbares Potential. Mit Ausnahme der F-111 sind sie in erster Linie „Dual-capable"-Waffensysteme[3], die sowohl für konventionelle als auch nukleare Aufgaben vorgesehen sind (F-4, F-16, MRCA[4]). Außerdem haben sie gar nicht die Reichweite, um bei normaler Einsatzrolle, außer von Randgebieten, die Sowjetunion zu erreichen. Aufgrund ihrer wenn auch beschränkten Reichweite und ihrer besonderen Fähigkeit, bewegliche Ziele im Rahmen selektiver Nukleareinsätze in der Tiefe des erweiterten Gefechtsfeldes bekämpfen zu können, haben sie jetzt und in der Zukunft eine besondere Bedeutung als Bindeglied zwischen den reinen Gefechtsfeldwaffen und den bis jetzt kaum vorhandenen TNF größerer Reichweite. Ihr wesentlicher Einsatzraum liegt zwischen 100 bis ca. 500 km. Die Sowjetunion besitzt in ihren Flugzeugen der dritten Generation ein ähnliches Potential, das in der Mittelstreckengleichung meist nicht einbezogen wird, aber trotzdem berücksichtigt werden muß. Es muß daher darauf hingewiesen werden, daß im Falle einer rüstungskontrollpolitischen Einbindung dieser FBS sowohl die konventionelle Schlagkraft des Bündnisses als auch die Nuklearfähigkeit für das erweiterte Gefechtsfeld gravierend eingeschränkt würden. In diesem Falle müßte sich das Bündnis evtl. nach neuen Waffenoptionen für den selektiven nuklearen Einsatz in der Tiefe des Operationsgebietes umsehen.

3) Unter dem bereits angesprochenen Gesichtspunkt der neuen strategischen Qualität der sowjetischen Mittelstreckenbedrohung Westeuropas und dem Zugewinn einer gefährlichen Eskalationsdominanz in diesem Bereich können die Überlegungen der NPG/HLG zum Entwickeln einer NATO-TNF-Option größerer Reichweite mit einem begrenzten Umfang aus NATO-Sicht nicht nur als ein Schaffen rüstungskontrollpolitischer Verhandlungsmasse betrachtet werden. Im Gegenteil ist das Schaffen einer derartigen Option, die bewußt die sowjetischen Fähigkeiten quantitativ nicht ereichen will, eine strategische Notwendigkeit, um die NATO-Strategie der „flexible response"[5] im Nuklearbereich glaubwürdig zu erhalten und die Verbindung zum US-strategischen Potential herzustellen; sie macht auch die Gefechtsfeldoption wieder glaubwürdiger. Diese Option könnte nur dann wegverhandelt werden, wenn die Russen ihrerseits auf ihre Mittelstreckenoption verzichten würden[6], was unwahrscheinlich ist. Da es hierbei zwar um die Bewältigung eines NATO-Strategieproblems geht, aber unleugbar Westeuropa daran ein besonderes Interesse haben muß, können sowohl die materiellen wie auch psychologischen Lasten bei der Verwirklichung nicht einseitig den USA aufgebürdet werden.

4) Unzweifelbar haben die USA als Weltmacht und Führungsmacht des Bündnisses sowie als Nuklearmacht eine besondere Führungsverantwortung im Nuklearbereich. Insofern hat sich seit den Athener Richtlinien[7] an der besonderen nuklearen Verantwortung der USA gegenüber Westeuropa nichts geändert. Der amerikanischen Seite muß daher deutlich gemacht werden, daß ihr bei der

3 An dieser Stelle vermerkte Legationsrat I. Klasse Daerr handschriftlich: „Auch die F-111."

4 Multi Role Combat Aircraft.

5 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 3, Anm. 14.

6 An dieser Stelle vermerkte Legationsrat I. Klasse Daerr handschriftlich: „Auch dann nicht."

7 Zu den Richtlinien, die auf der Tagung des NATO-Ministerrats vom 4. bis 6. Mai 1962 in Athen verabschiedet wurden, vgl. Dok. 3, Anm. 20.

Entscheidung von so wichtigen Fragen im Bereich der TNF-Modernisierung eine führende Rolle sowohl intern im Bündnis wie auch nach außen bei der Formulierung der Notwendigkeiten und Zielsetzungen zukommt. Dies galt schon im Falle der Neutronenwaffe. Auch wenn besondere europäische Interessen involviert sind, können die USA nicht erwarten, daß westeuropäische Nicht-Nuklearstaaten, besonders aber die Bundesrepublik Deutschland, in ihrer sensitiven Position zwischen Ost und West, als Fordernde zuerst in die öffentliche Arena treten. Hier dürfen die Rollen nicht vertauscht werden. Vor allem um die mögliche Dislozierung in anderen europäischen Ländern müssen sich die USA aktiv mitbemühen. Westeuropäische Staaten können erst, nachdem die USA ihre Position deutlich gemacht haben, ihnen unterstützend bei der Realisierung einer für nötig befundenen strategischen Option zur Seite treten. Diese Unterstützung muß ihnen dann allerdings auch gewährt werden.

Sollten die USA den Eindruck gewinnen, daß NATO-Europa ihnen nicht nur die materiellen, sondern vor allem auch die psychologischen und moralischen Lasten in der Öffentlichkeit einseitig überlassen will, so werden in der Zukunft die USA zunehmend weniger bereit sein, die Führungsverantwortung zu übernehmen. Es bestünde dann die Gefahr, daß sie sich sowohl strategisch wie rüstungskontrollpolitisch zunehmend in einem eingeengten Sinne an ihren eigenen Sicherheitsinteressen orientieren.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10548 (201)

43

Botschafter Neubert, Tripolis, an das Auswärtige Amt

114-603/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 45
Citissime nachts

Aufgabe: 17. Februar 1979, 11.00 Uhr[1]
Ankunft: 17. Februar 1979, 11.38 Uhr

Betr.: Honecker-Besuch in Libyen

Bezug: DE 20 vom 15.2.79[2]

Zur Information

Interflugmaschine mit DDR-Delegation ist im Laufe des Donnerstagvormittags[3] (diplomatisches Korps wird hier nicht mehr zur Begrüßung zum Flug-

[1] Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Montfort vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse von der Planitz verfügte.
Hat Planitz am 20. Februar 1979 vorgelegen.

[2] Vortragender Legationsrat I. Klasse Montfort bat die Botschaft in Tripolis am 15. Februar 1979 um laufende Berichterstattung über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in Libyen. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 20; Referat 311, Bd. 119932.

[3] 15. Februar 1979.

platz gebeten) in Tripolis gelandet. Honecker war von MP Stoph, den Politbüromitgliedern Axen und Mittag sowie von AM Fischer begleitet. Begrüßung durch Ghadafi wirkte im Fernsehen peinlich verklemmt. Verlegenheit Honekkers löste sich erst beim Anblick von Major i. G. Jalloud, den er demonstrativ lange umarmte und küßte. Das Händeschütteln mit Belgassem, der mit fünf weiteren Ressortleitern ebenfalls anwesend war, erfolgte auf beiden Seiten mit unbewegter Miene.

Wie das libysche Fernsehen zeigte, hat die DDR-Delegation ein Wohnungsbauprojekt, eine Textilfabrik und einen landwirtschaftlichen Betrieb im Randgebiet von Tripolis besichtigen können, bevor es am späten Nachmittag – laut JANA[4] – zu den offiziellen Gesprächen kam, denen ein Treffen der beiden Staatschefs vorausging, an dem auf libyscher Seite auch Major i. G. Jalloud und auf DDR-Seite die Herren Stoph und Fischer teilnahmen.

Diese Gespräche können insgesamt nicht sehr lange gedauert haben, da um 19.30 Uhr die Vorstellung des diplomatischen Korps in einem der Gästehäuser angesetzt war. Dabei zeigte sich Honecker sehr viel gelöster – er erwiderte meine Begrüßung beinahe mit Wärme – als die übrigen Delegationsmitglieder, die laut Urteil des österreichischen Kollegen[5] zusammen mit ihrem Chef wie eine Riege von Oberlehrern wirkten. Immerhin reagierte Herr Axen auf mein „wir kennen uns ja schon" mit einem Lächeln.

Im Anschluß an die Vorstellung des diplomatischen Korps ging es zum Essen in ein Offizierskasino in Ghadafis Hauptquartier. Obwohl die DDR-Delegation einschließlich der Presseleute gut 60 Köpfe zählte und das diplomatische Korps in der üblichen Stärke erschienen war, hatte man in dem riesigen Raum den Eindruck einer nicht gerade gut besuchten Veranstaltung.

Nachdem Ghadafi seinen Gast zu Tisch geleitet hatte, begann er – entgegen aller Gewohnheit – sogleich mit seiner Ansprache. Nach den üblichen Formeln, wie Dank für die ihm in Berlin[6] zuteilgewordene Aufnahme und die ihm bei seinem Besuch vermittelten Eindrücke, ging er zu einem Exkurs über die aktuelle internationale Lage über und betonte am Schluß, daß bei allen Unterschieden der gesellschaftlichen Systeme viele gemeinsame Vorstellungen die beiden Länder verbinden.

Ghadafis Ausführungen zur internationalen Lage drehten sich um das unvermeidliche Scheitern von Imperialismus, Rassismus und Zionismus, der eine spezifische Abart des Rassismus sei.[7] Zu der Revolution des iranischen Volkes

4 Jamahiriya News Agency.

5 Helmut Schurz.

6 Der Generalsekretär des Allgemeinen Volkskongresses der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija, Ghadafi, hielt sich vom 26. bis 28. Juni 1978 in der DDR auf.

7 Botschafter Neubert, Tripolis, führte am 11. März 1979 aus: „Libyens Außenpolitik ist bestimmt von der Ghadafi'schen Vision einer im solidarischen Einsatz für die Sache der Palästinenser geeinten panarabischen Nation. Dabei gilt: Israel ist ein Unrechtsgebilde, das mit Gewalt geschaffen wurde und mit Gewalt aufrechterhalten wird. Es verdankt Existenz und Bestand den Vereinigten Staaten und der von diesen kontrollierten westlichen Welt, deren kapitalistischem System imperialistische, kolonialistische und rassistische Triebkräfte unausrottbar immanent sind. Aus dieser Sicht ergibt sich das polarisierte Spannungsverhältnis zum Ägypten des verhandlungsbereiten Sadat, die Unterstützung der Freiheitsbewegungen, das ‚natürliche' Bündnis mit der Sowjetunion und die Betonung der Zugehörigkeit zur sozialistischen Völkerfamilie." Vgl. den Schriftbericht Nr. 157; Referat 311, Bd. 119931.

stellte er fest, daß sie für die internationale Lage eben kein Unruhefaktor, sondern im Gegenteil ein Stabilitätsfaktor sei. Hinsichtlich des Tschad stellte er den unvermeidlichen Sieg der revolutionären Bewegung über das „faschistische, sich auf imperialistischen Schutz stützende Regime" in N'Djamena heraus.[8]

Honecker, dessen merkwürdig fahrige, die Endsilben längerer Worte verschluckende Sprechweise auffallend war, beschwor die Gemeinsamkeiten der politischen Vorstellungen mit der Zitierung des „natürlichen Bündnisses" und der wiederholten Versicherung, daß die DDR zuverlässiger Partner, Freund und Mitstreiter der Dschamahirija (die auszusprechen ihm besonders schwer fiel) sei.

Im weltpolitischen Exkurs seiner Rede führte Honecker die Ereignisse in Kampuchea[9] noch vor denen im Iran als Beweis für das unvermeidliche Scheitern des Imperialismus an. Hinsichtlich der Lage in Nahost ließ er indessen bei aller verbalen Unterstützung der Sache der Palästinenser am Existenzrecht aller in der Region lebenden Völker keinen Zweifel. Im übrigen hob er hervor, daß seit Ghadafis Besuch in Berlin die entspannungsfeindlichen Kräfte verstärkte Aktivität entfaltet hätten und sich nun unter Ausnutzung der aggressiven Kräfte in der NATO durch ein Aufrüsten nie gekannten Ausmaßes daran machten, das bestehende Gleichgewicht der Kräfte „zuungunsten des sozialistischen Lagers und der Befreiungsbewegungen in Asien und Afrika" zu verändern.

Es war offensichtlich, daß letztere Bemerkung, die Honecker durch Unterstreichen der Frontlage der DDR an der Nahtstelle der weltpolitischen Gegensätze noch dramatisierte, als Entschuldigung dafür zu dienen hatte, daß die DDR über die verbale Pflege der Freundschaft zu Libyen bisher nicht viel hinausgekommen ist. Tatsächlich ist der entscheidende Anlaß für Ghadafis Enttäuschung in diesem Bereich zu suchen. Man hatte ihm das besonders verlockende Angebot der Entsendung eines Teams für ein 200-Betten-Hospital gemacht, auf seine konkreten Fragen aber immer neue Ausflüchte gemacht und schließlich zugegeben, daß die Entsendung in etwa fünf Jahren erfolgen könne.[10]

8 Botschafter Metzger, N'Djamena, berichtete am 6. Mai 1979 über die Entwicklung im Tschad: „Die Bevölkerung des Tschad ist heterogen; die größten Gegensätze bestehen zwischen dem islamischen Norden und Osten (Dar el Islam) und dem animistischen bzw. christlichen Süden (Dar el Abid – Land der Sklaven). [...] Ende August 1978 war der regierende Conseil Supérieur Militaire, CSM, von einer Regierung der Nationalen Einheit unter Beteiligung des Rebellenflügels von Hissein Habré (Forces Armées du Nord – FAN) abgelöst worden. [...] Doch ist, im nachhinein betrachtet, die Allianz zwischen Präsident Malloum und Hissein Habré der Ausgangspunkt des Bürgerkriegs vom Februar/März 1979. Beide fanden nie Vertrauen zueinander [...]. Am 12. Februar 1979 kam es zu dem von Habré gut vorbereiteten Bürgerkrieg, der das Ende der Malloum-Ära brachte. [...] Der Bürgerkrieg hat die bestehenden politisch-militärischen Machtstrukturen umgekehrt: Anstelle der Südtschader (im Bürgerkrieg Forces Armées Tchadiennes – FAT) sind die Rebellen von gestern an der Macht: FAN, FRO[nt][de]LI[bération]NAT[ionale][du Tchad] und die MPLT (Mouvement populaire pour la Libération du Tchad)." FAN, FROLINAT, MPLT und einige Vertreter der FAT hätten am 29.4. eine Übergangsregierung der Nationalen Einheit gebildet. Vgl. den Schriftbericht Nr. 117; Referat 321, Bd. 127614.

9 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.

10 Botschafter Neubert, Tripolis, hielt am 14. März 1979 fest: „Aus hiesiger Sicht scheinen die Schwierigkeiten der DDR, mit konkreten Projektvorschlägen aufzuwarten oder solche zu verwirklichen, weniger im finanziellen als im personellen Bereich zu liegen. Das Vorhaben der Entsendung des Personals für ein 200-Betten-Hospital – ganz gewiß von den Libyern angeregt – ist dafür ein sprechendes Beispiel. Einige Länder machen dabei nämlich noch ein Geschäft, indem sie die von den Libyern gezahlten Gehaltssummen selbst kassieren und nur einen Teil davon an ihre hier be-

Dazu kommt, wie der hier jetzt gezeigte Fernsehfilm von Ghadafis Berlinbesuch zeigt, die onkelhaft wohlwollende Art, mit der man Ghadafi in der DDR behandelt hat. Sie hätte den selbstbewußten Ghadafi selbst dann verstimmen müssen, wenn er – was er nicht ist – frei von Eitelkeit wäre. Daß der von Honecker erzwungene Gegenbesuch[11], der einer Nötigung gleichkam, Ghadafis Verstimmung entgegenwirken könnte, ist wenig wahrscheinlich. Belgassem, den ich nach dem von Ghadafi gegebenen Abendessen bei der Vorfahrt der Wagen kurz sprach, quittierte meine Bemerkung, es sei ja wohl recht gut gelaufen, mit der sarkastischen Bemerkung „aussehen tat es wohl so".

Wie mir Belgassem bei der Gelegenheit im übrigen sagte, sei die Abreise der DDR-Delegation mit dem Ziel Angola[12] für den nächsten Morgen (16. Februar) vier Uhr angesetzt. Ursprünglich hatte es geheißen, der Besuch würde bis zum 17. Februar dauern.

[gez.] Neubert

VS-Bd. 11159 (311)

Fortsetzung Fußnote von Seite 196

schäftigten Bürger auszahlen. Was hier aber u. a. Bulgarien und Kuba in aller Gelassenheit praktizieren, wäre der DDR kaum möglich. Selbst wenn sie ihren hierher entsandten Fachkräften die von den Libyern bewilligten Gehälter durch Zuschüsse aufbessern würde, blieben für die DDR derartige Entsendungen in ein Land, wo stets ca. tausend hochbezahlte Bundesbürger tätig sind und mit ihren Familien leben, äußerst prekär. Das gilt um so mehr, als die DDR nicht abzuschätzen vermag, wie sich die libyschen Behörden verhalten würden, wenn der eine oder andere DDR-Bürger die Gelegenheit zum Absprung benutzen sollte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 80; Referat 311, Bd. 119932.

11 Botschafter Neubert, Tripolis, berichtete am 13. Februar 1979: „Wie ich vertraulich erfahre, bemüht sich DDR-Staatsratsvorsitzender Honecker seit Wochen um Besuchstermin in Tripolis. Nachdem Ghadafi unter Hinweis auf laufende Vorbereitungen für Sondersitzung des Allgemeinen Volkskongresses [...] und seine dadurch bedingte Abwesenheit von Tripolis um Aufschub auf späteren noch zu vereinbarenden Zeitpunkt gebeten hat, insistiert Honecker auf Besuchstermin noch in dieser Woche. Er schlägt dazu reinen Arbeitsbesuch und womöglich unmittelbares Anfliegen von Misurata oder Sirte vor. Es ist offensichtlich, daß Honecker [...] Aussprache mit Ghadafi noch vor nächstem Ministerbesuch aus der Bundesrepublik in Tripolis wünscht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 38; Referat 311, Bd. 119932.

12 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 17. bis 20. Februar 1979 in Angola auf.

44

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut

310-360.90 ISR-122/79 geheim **19. Februar 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Kontakte zwischen dem BMVg und Israel im Rüstungsbereich

Bezug: BM-Vorlage vom 6.2.1979 – 422-411.10 ISR-79/79 geheim[4] und Weisung des Herrn Bundesministers vom 10.2.1979

Anlg.: Bezugsvorlage[5]

Zweck der Vorlage: Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem BM der Verteidigung[6], in dem Bedenken gegen Intensität und Ausdehnung der Zusammenarbeit mit Israel vorgebracht werden.

1) Auch nach der Einstellung deutscher Waffenlieferungen nach Israel[7] gab es

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler und Vortragendem Legationsrat Richter konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Dröge am 20. Februar 1979 vorgelegen.
Hat Lewalter am 16. März 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich für das Büro Staatssekretäre vermerkte: „Bundesminister kann dieses Gespräch zur Zeit nicht führen."
Hat Lewalter am 2. Mai 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 2. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Montfort verfügte und handschriftlich vermerkte: „Mit der Bitte um Stellungnahme, ob Problematik noch aktuell und ein Gespräch BM/BM Apel sein sollte."
Hat Vortragendem Legationsrat Buchrucker am 6. Mai 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „010: vorläufig nicht mehr aktuell; BMVg ist inzwischen sensibilisiert."
Hat Wallau am 20. Mai 1979 erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär van Well am 19. Februar 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „+StS Hermes."
Hat Staatssekretär Hermes am 20. Februar 1979 vorgelegen.
Hat van Well am 18. März 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[orlage] 1.5."
Hat van Well am 2. Mai 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich für das Ministerbüro vermerkte: „Das Gespräch ist in der Zwischenzeit nicht geführt worden. Der H[err] Min[ister] interessiert sich sehr für das Problem. Ich nehme an, daß er selbst gern H[errn] Apel dazu ansprechen würde."

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte Gesprächstermin mit BM Apel vereinbaren."

4 Ministerialdirektor Lautenschlager hielt am 6. Februar 1979 fest, in der israelischen Presse sei berichtet worden, „Israel kooperiere mit zwei großen deutschen Firmen bei der Herstellung einer neuen Granate für Panzerkanonen". Das Bundesministerium der Verteidigung habe dazu mitgeteilt, „es sei richtig, daß die Bundesrepublik bei einer israelischen Firma in Tel Aviv 100 000 Granaten des Kalibers 105 mm bestellt habe. Der Auftragnehmer sei verpflichtet, deutsche Firmen mit 50 % der Gesamtstückzahl an der Fertigung zu beteiligen [...]. Als Grund für den Auftrag wird vom BMVg angegeben, daß die von der israelischen Firma entwickelte und gebaute Granate z. Z. den militärischen Anforderungen der Bundeswehr hinsichtlich Qualität und Lieferzeit in besonderem Maße entspreche. Die Bundesrepublik habe dementsprechend auch ein Nachbaurecht für diese Munition erworben. [...] Bei dem Geschäft handele es sich um eine reine Beschaffung durch die Bundeswehr; eine Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Granate habe es nicht gegeben, vielmehr sei diese eine rein israelische Entwicklung." Vgl. VS-Bd. 9522 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 4.

6 Hans Apel.

7 Im August 1962 genehmigte Bundeskanzler Adenauer eine Ausrüstungshilfe an Israel mit einem Gesamtumfang von 240 Mio. DM. Im Oktober 1964 gelangten Nachrichten über die durchgeführten und

weiter enge Beziehungen zwischen der Bundeswehr und den israelischen Streitkräften. Lange vor dem Austausch von Verteidigungsattachés[8] unterhielt ein Angehöriger der israelischen Botschaft in Bonn laufende Kontakte zum BMVg, das sich erst jetzt um eine Normalisierung dieser Beziehungen bemüht (BMVg – FüS II 2 teilte mit, die bisherige Geheimhaltung habe zur Folge gehabt, daß die einzelnen Arbeitseinheiten des BMVg untereinander keine Kenntnis von den Kontakten hatten, was von israelischer Seite bewußt ausgenutzt worden sei). Es fand ein regelmäßiger Besuchsaustausch von Offizieren statt. Offenbar erhielten dabei Bundeswehroffiziere Gelegenheit zur Besichtigung sowjetischer Beutewaffen (1968 und 1973), was zu Gegenleistungen verpflichtete. Prominentester Besucher war 1978 der stellvertretende israelische Verteidigungsminister Zippori.[9]

2) Auch wenn es sich in dem in der Bezugsvorlage geschilderten Fall nicht um die Lieferung von Kriegswaffen, sondern um deren Kauf handelt (immerhin werden Zünder für Granaten geliefert, die wieder reexportiert werden[10]), kann ein Bekanntwerden dieser Beziehungen unsere Beziehungen zu den arabischen Staaten belasten. Im Mai und November 1978 berichtete die in Genf erscheinende Militärzeitschrift „Defense Review" bereits über die Zusammenarbeit deutscher Firmen mit Israel bei der Herstellung von Panzergranaten. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis dieses Thema von arabischer Seite aufgegriffen wird, wobei es gleichermaßen schädlich wäre, wenn Forderungen nach ähnli-

Fortsetzung Fußnote von Seite 198

noch auszuführenden geheimen Lieferungen, die unter dem Decknamen „Frank[reich]/Kol[onien]" liefen und u. a. 150 Panzer aus amerikanischer Produktion beinhalteten, an die Öffentlichkeit. Vom Februar 1965 an bemühte sich die Bundesregierung um eine Einstellung der Waffenlieferungen gegen die Zahlung einer Ablösungssumme an Israel. Vgl. dazu AAPD 1965, I, Dok. 1, Dok. 2 und Dok. 70.

8 Vortragender Legationsrat Richter vermerkte am 15. Dezember 1975: „OTL Gerlach teilte telefonisch mit, daß das BMVg nunmehr nach Zustimmung der zuständigen Bundestagsausschüsse seine Versetzung nach Tel Aviv notifizieren werde. Herr Gerlach möchte möglichst bald nach Israel ausreisen." Vgl. Referat 310, Bd. 104787.
Der erste israelische Militärattaché in der Bundesrepublik, Doron, wurde am 1. Mai 1976 akkreditiert.

9 Der stellvertretende israelische Verteidigungsminister Zippori hielt sich vom 26. Februar bis 2. März 1978 in der Bundesrepublik auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Böcker vermerkte am 13. März 1978: „BMVg hat sich wegen angeblicher Überlastung trotz mehrfacher Mahnung bisher nicht in der Lage gesehen, über Verlauf des Besuchs Zipporis Bericht zu erstatten. Unterrichtung wurde für nächste Woche zugesagt. Vorab sagte zuständiger Offizier, Zippori sei ausschließlich an militärischen Führungsgrundsätzen und an Frage parlamentarischer Kontrolle der Streitkräfte interessiert gewesen. Sonstige politische oder bilaterale Fragen seien nicht besprochen worden." Vgl. Referat 310, Bd. 119881.

10 Das Bundesministerium der Verteidigung bezog seit 1960 Mörser und Mörsermunition aus Israel. Die dazugehörigen Zünder wurden von der Firma Junghans AG nach Israel zur dortigen Montage geliefert. Zum Stand vermerkte Ministerialdirigent Robert am 31. August 1970: „1969 wurden auf Anregung der Politischen Abteilung Gespräche mit dem BMVg auf Staatssekretärebene mit dem Ziel geführt, die rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit mit Israel zu beenden, da sie unserer Politik der Nichteinmischung widerspricht. Um einen abrupten Abbruch zu vermeiden, erteilte das BMVg Ende 1969 und Anfang 1970 noch langfristig eingeplante Aufträge über 70 000 Schuß Mörser-Munition (Lieferung ab August 1970) und über 303 Mörser (Lieferung von Ende 1970 bis Anfang 1972). Außerdem wurde – unter Zurückstellung von Bedenken – einer deutschen Lieferung von 100 000 Zündern für vom Iran bestellte israelische Mörsermunition zugestimmt. [...] Abteilung III und Pol sind der Auffassung, daß die von den StS des AA und BMVg beschlossene Politik [...] fortgeführt werden sollte, d. h. nach Abwicklung der zur Zeit laufenden Aufträge der Bundeswehr wird weiteren Beschaffungen in Israel nicht mehr zugestimmt." Vgl. VS-Bd. 8773 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1970. Vgl. dazu ferner AAPD 1969, II, Dok. 245 und Dok. 372.

cher Zusammenarbeit oder Angriffe wegen unausgewogener politischer Beziehungen damit verknüpft würden.

3) Die Argumente, die gegen die Lieferung von Kriegswaffen in das Spannungsgebiet Nahost sprechen, gelten in ähnlicher Form auch hinsichtlich jeglicher enger militärpolitischer oder rüstungswirtschaftlicher Zusammenarbeit mit nahöstlichen Konfliktstaaten. Wir sind bisher gut mit unserer Zurückhaltung gefahren und sollten daher auch im Falle Israels auf „Sonderbeziehungen" verzichten.

4) Es wird daher vorgeschlagen, daß der Herr Bundesminister mit dem Herrn Bundesminister der Verteidigung spricht und ihn um eine umfassende Unterrichtung über alle Bereiche der Zusammenarbeit seines Ressorts mit Israel bittet. Es erscheint kaum möglich, eine solche Übersicht auf niedrigerer Ebene zu erhalten. Gleichzeitig sollten bei dieser Gelegenheit bereits Bedenken gegen die Intensität und Ausdehnung der bisherigen Zusammenarbeit mit Israel geäußert werden.

Meyer-Landrut

VS-Bd. 11145 (301)

45

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

220-371.80-232/79 geheim **21. Februar 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.

Betr.: SALT/Grauzone
hier: Intensivierung der Bündniskonsultationen;
deutscher Vorschlag einer besonderen Arbeitsgruppe im Allianzrahmen

1) Um mit den Bündnispartnern eine gemeinsame Position zum Grauzonenproblem zu entwickeln und laufend abzustimmen, wird es darauf ankommen, mit Blick auf die SALT-III-Verhandlungen die bilateralen und Bündniskonsultationen besser zu strukturieren.

Bei diesen Bemühungen müßte im Interesse der Bündniskohäsion die zentrale Aufgabe den bestehenden und ggf. fortzuentwickelnden Gremien in der Allianz zufallen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Roßbach konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Dröge am 23. Februar 1979 vorgelegen.
Hat Lewalter am 4. April 1979 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 220 verfügte.

2 Hat Staatssekretär van Well am 22. Februar 1979 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 22. Februar 1979 vorgelegen.

2) Wir haben hierzu bei den Gesprächen mit Aaron[4] und zuletzt bei den Konsultationen, die Botschafter Ruth in Washington am 12.2.1979 führte[5], zur Diskussion gestellt, in der Allianz parallel zu den TNF-Konsultationen in der High Level Group auch ein rüstungskontrollpolitisches Expertengremium unter amerikanischem Vorsitz vorzusehen.

3) Die amerikanische Reaktion auf unsere in Washington gemachten Anregungen war auf persönlicher Basis positiv. Wie Mr. Goodby, Deputy Assistant Secretary of State, anläßlich seines Besuches bei Botschafter Ruth am 20.2.79[6] mitteilte, gibt es zwar noch keine offizielle amerikanische Position zu diesen Fragen, jedoch enthält ein amerikanisches Arbeitspapier, das im Anschluß an die deutsch-amerikanischen Konsultationen am 12.2.79 in Washington angefertigt wurde, bereits die nachfolgenden von uns gemachten Anregungen:

- Gründung einer Sonderarbeitsgruppe (Special Working Group/SWG) mit unbegrenzter Mitgliedschaft, um französische Teilnahme offen zu halten.
- Die SWG soll sich aus Senior Officials zusammensetzen (ähnlich der High Level Group).
- An der SWG sollte auch ein Vertreter des NATO-Generalsekretärs teilnehmen.
- Die Thematik der SWG soll nach zeitlich begrenztem Mandat u. a. rüstungskontrollpolitische Möglichkeiten zur Beschränkung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials umfassen. Dabei ist Berücksichtigung der Einwirkungen vorgesehen von
  - SALT,
  - MBFR (u. a. Option III[7]),
  - der durch die TNF-Modernisierung sich ergebenden Konsequenzen.
- Notwendigkeit des Rückgriffs auf die Arbeiten der High Level Group.
- Tagungsort Brüssel, aber auch andere Orte möglich.
- Amerikanische Bereitschaft, den Vorsitz zu übernehmen.
- Die SWG soll dem NATO-Rat auf der Ebene der Ständigen Vertreter berichten.

4) Nach uns vorliegenden Informationen aus Washington besteht begründeter Anlaß zu der Annahme, daß die oben aufgeführten Einzelheiten in der endgültigen amerikanischen Position enthalten sein werden.

4 Zu den Gesprächen des stellvertretenden Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Aaron, am 6. Februar 1979 im Auswärtigen Amt vgl. Dok. 31.

5 Zu den deutsch-amerikanischen Konsultationen am 12. Februar 1979 in Washington vgl. Dok. 38.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte am 20. Februar 1979, daß sich das Gespräch des Botschafters Ruth mit dem Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Goodby, „auf von deutscher Seite bei Aaron-Besuch vorgeschlagenes neues Konsultationsgremium zur Erörterung rüstungskontrollpolitischer Fragen im Zusammenhang mit der TNF-Modernisierung" konzentriert habe. Vgl. VS-Bd. 11312 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

7 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 16. Dezember 1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III) vgl. Dok. 13, Anm. 2.

Die USA sind der Auffassung, daß der Vorschlag zur Errichtung der Special Working Group möglichst schon im März dem NATO-Rat unterbreitet werden sollte. Sie wollen den Vorschlag jedoch nicht selbst einbringen.

Ein erster vorläufiger Bericht über den Stand der substantiellen Bündnisüberlegungen zu SALT/Grauzone sollte auch nach Auffassung Washingtons in Form einer Analyse bereits der NATO-Ministerratstagung im Mai[8] vorliegen. Endgültiger Bericht sollte dann der NATO-Ministerratstagung im Dezember[9] erstattet werden.

5) Ich schlage vor, daß wir als Initiatoren der Überlegungen zur Intensivierung des Allianzkonsultationsmechanismus im SALT/Grauzonen-Bereich auf der Grundlage der oben skizzierten Punkte ein entsprechendes Arbeitspapier in die NATO einführen.[10]

Wir werden die Thematik anläßlich der am 23.2.1979 in London stattfindenden deutsch-britischen Konsultationen mit den Briten abstimmen.[11]

Es ist vorgesehen, bei der Ausarbeitung des Arbeitspapiers besonders darauf zu achten, daß mit der Errichtung der Special Working Group die Arbeit der High Level Group im TNF-Bereich nicht verzögert wird. M.E. können Probleme dieser Art vermieden werden, wenn die Special Working Group ein klar umrissenes Mandat erhält. Ferner beabsichtigen wir, zur Koordinierung der Arbeit der beiden Gremien die Möglichkeit gemeinsamer Sitzungen der Special Working Group und der High Level Group anzuregen.

Wir sehen die Special Working Group als das Gremium an, das die von uns als notwendig angesehene und im Bündnis bereits vorgeschlagene gesamtstrategische Analyse durchführen sollte. Hierzu bereiten wir ebenfalls ein Papier vor, das zunächst in die Europäische Gruppe (sog. Petrignani-Group) eingeführt werden wird.

6) Diese Vorlage ist inhaltlich mit dem Bundesministerium der Verteidigung abgestimmt.

Blech

VS-Bd. 11387 (220)

8 Zur NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 156 und Dok. 159.

9 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

10 Für das Papier „Proposal for a Special Group on arms control and related matters", das dem Ständigen NATO-Rat am 6. April 1979 vorlag, vgl. die Anlage 1 zum Drahtbericht Nr. 635 des Botschafters Ruth, z. Z. Brüssel, vom selben Tag; VS-Bd. 11390 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

11 Botschafter Ruth vermerkte am 1. März 1979 über seine Gespräche zu rüstungskontrollpolitischen Fragen am 23. Februar 1979 in London, daß die Vorstellungen der Bundesregierung zur Intensivierung der Bündniskonsultationen und der Errichtung einer Special Working Group auf britische Zustimmung gestoßen seien. Den Briten sei zugesagt worden, einen entsprechenden Vorschlag in etwa zwei Wochen in die Allianz einzubringen. Vgl. VS-Bd. 11400 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

46

Botschafter Diehl, Tokio, an das Auswärtige Amt

114-644/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 240
Citissime

Aufgabe: 21. Februar 1979, 11.20 Uhr[1]
Ankunft: 21. Februar 1979, 03.42 Uhr

Betr.: Konflikt zwischen China und Vietnam[2]
hier: Nachricht über Nichteingreifen der SU

Bezug: ohne

Ein Mitarbeiter der hiesigen sowjetischen Botschaft, der dem KGB angehört, trat am 20.2. mit allen Zeichen der Dringlichkeit an einen Angehörigen der Botschaft (BND) heran und teilte ihm mit, wir sollten uns keine Sorgen wegen der Haltung der SU im chinesisch-vietnamesischen Konflikt machen. Die SU werde zwar wohl den Vietnamesen Waffen und Ausrüstungsmaterial zukommen lassen, nicht aber mit Truppen in den Konflikt eingreifen.[3]

[gez.] Diehl

VS-Bd. 11183 (340)

1 Hat Vortragendem Legationsrat Gerster am 21. Februar 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Steger „per Hand" verfügte.
Hat Steger vorgelegen.
Hat den Vortragenden Legationsräten Siemes und Heymer am 21. Februar 1979 vorgelegen.

2 Am 17. Februar 1979 marschierten Truppen der Volksrepublik China in Vietnam ein. Die Referate 340 und 341 notierten am 24. März 1979 in einer gemeinsamen Aufzeichnung: „Das von China als Strafaktion bezeichnete militärische Eingreifen in Vietnam war vorläufiger Höhepunkt der sich seit Monaten verschärfenden Spannungen. Das Eingreifen erschien für Peking angesichts Vietnams ehrgeiziger hegemonialer Ambitionen in Indochina unausweichlich, nachdem aus chinesischer Sicht Vietnam durch seinen Beitritt zum COMECON den Einfluß der SU in Indochina zunächst gefestigt und durch den Abschluß des Freundschaftsvertrages vom 3.11.1978 fest verankert hatte. Hinzu kamen die Vertreibung von in Vietnam ansässigen Auslandschinesen, die fortgesetzten Grenzprovokationen und zuletzt die Ersetzung des mit China verbündeten Pol-Pot-Regimes in Kambodscha durch die vietnamesische Marionette Heng Samrin." Vgl. Referat 340, Bd. 110768.

3 Die Referate 340 und 341 vermerkten am 24. März 1979 in einer gemeinsamen Aufzeichnung: „Die SU hat auf den chinesischen Einmarsch mit Zurückhaltung reagiert. In der ersten Stellungnahme, der Regierungserklärung vom 18.2., hat sie zwar eine Beendigung der chinesischen Aggression und den unverzüglichen Abzug der chinesischen Truppen verlangt, jedoch keine konkreten Gegenmaßnahmen angedroht. Auch die zweite Regierungserklärung vom 2.3. blieb allgemein gehalten, enthielt jedoch für den Fall einer Ausweitung des Konfliktes in Laos eine ernste Warnung an Peking. Nach dem Freundschaftsvertrag mit Vietnam vom 3.11.78 ist die SU zu unverzüglichen Konsultationen mit Vietnam über ‚entsprechend wirksame Maßnahmen' verpflichtet. Solche Konsultationen wurden am 18.2. aufgenommen. Vietnam erhielt in der zweiten Konfliktwoche sowjetische Hilfe (Versorgungsflüge, militärische Beratung), die jedoch im ganzen sich in engen Grenzen hielt." Vgl. Referat 340, Bd. 110768.

47

Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-646/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 634
Citissime nachts

Aufgabe: 21. Februar 1979, 13.14 Uhr
Ankunft: 21. Februar 1979, 12.33 Uhr

Herrn StS van Well vorzulegen

Betr.: Antwortschreiben des Herrn Bundeskanzlers auf Schreiben von Generalsekretär Breschnew vom 18.11.1978 und 27.12.78[1]

Bezug: DE Nr. 126 vom 20.2.1979 – Pol 321.00 SOW VS-vertraulich[2]

Im Anschluß an vorbezeichnetes Telefongespräch fasse ich meine Erwägungen hinsichtlich des Termins für die Übergabe der mit Bezugserlaß übermittelten Schreiben nachstehend wie folgt zusammen:

1) Die Übergabe des China-Briefs zum jetzigen Zeitpunkt, ohne daß in dem Brief auf jüngste kritische Entwicklung in Fernost[3] eingegangen wird, erscheint politisch nicht zweckmäßig. Es ist nicht auszuschließen, daß der Brief in einer unseren Interessen nicht entsprechenden Weise von dem Empfänger politisch ausgewertet wird. Ebenfalls sollte nicht ohne Not auf einen politischen Dialog über die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit Briefinhalt stehenden aktuellen Fragen verzichtet werden.

2) Der Fortgang der chinesisch-sowjetischen Auseinandersetzungen in Verbindung mit der chinesischen „Strafaktion" ist noch nicht zu übersehen und legt deshalb nahe, abzuwarten.

3) Nur den Brief zu den bilateralen Fragen[4] zu übergeben, könnte politisch mißverstanden werden. Es könnte dahingehend ausgelegt werden, daß wir den anderen von Generalsekretär Breschnew aufgeworfenen Problemkreis nicht behandeln wollen oder daß wir auf eine von unserer bisherigen, auch der Sowjetunion bekannten Haltung abweichen wollen.

Ich schlage vor, die Entwicklung der gegenwärtigen Krise abzuwarten und in dem Antwortschreiben zu den China-Briefen unsere Haltung zur gegenwärtigen Krise ebenfalls darzulegen. Wir würden dann einen politischen Dialog mit der Sowjetunion führen, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo der Ablauf der Krise überschaubar geworden ist. Denkbar wäre allerdings auch, von uns aus das

[1] Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 14. Februar 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 40.
Zum Schreiben Breschnews vom 18. November 1978 an Schmidt vgl. Dok. 2, Anm. 13.
Zum Schreiben Breschnews vom 27. Dezember 1978 an Schmidt vgl. Dok. 6.

[2] Vortragender Legationsrat I. Klasse Kühn übermittelte der Botschaft in Moskau den Wortlaut der beiden Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 14. und 15. Februar 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Vgl. VS-Bd. 13162 (213); B 150, Aktenkopien 1979.

[3] Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 2.

[4] Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 15. Februar 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 41.

politische Gespräch mit der sowjetischen und der chinesischen Regierung über diese Krise aufzunehmen. Dagegen könnten aber andere Bedenken bestehen.[5]

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13162 (213)

48

Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 143
Citissime

Aufgabe: 21. Februar 1979, 15.24 Uhr[1]
Ankunft: 21. Februar 1979, 17.46 Uhr

Betr.: Doyen im hiesigen diplomatischen Korps

I. 1) Der stellvertretende Protokollchef im Außenministerium der DDR[2] hat mich gestern auf einem Empfang des Doyens[3] zur Verabschiedung eines Botschafters zielstrebig und offensichtlich auf Weisung darauf angesprochen, ob der Vertreter der Bundesrepublik hier die Funktion eines Doyens übernehmen würde. Der DDR-Funktionär meinte dazu: Im Grunde berühre diese Frage die DDR nicht; es sei sozusagen „nicht ihr Tisch", sondern Sache des Korps. Zwar würde es die DDR „aushalten" können, wenn der Vertreter des anderen deutschen Staates Doyen würde, sofern die Bundesregierung dies so wolle. Aber die DDR gehe davon aus, daß ein Missionschef „aus welchen Gründen auch immer" die Übernahme der Doyen-Funktion ablehnen könne. Das diplomatische Korps müsse sich dann auf den Nächstfolgenden als Doyen verständigen; der Missionschef, der nicht habe Doyen werden wollen, bleibe dann auf Platz zwei stehen. Zur Untermauerung dieser Auffassung hatte der stellvertretende Protokollchef des MfAA auch bereits einen Präzedenzfall zur Hand: Soweit er sich erinnere, hätten vor einiger Zeit zwei Botschafter in einem skandinavischen Land die Übernahme der Doyen-Funktion abgelehnt, ohne daß dies ihr Verhältnis zur Regierung ihres Gastlandes und ihre Position innerhalb des Korps tangiert habe.

5 Zur Übergabe der Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 14. und 15. Februar 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 53.

1 Hat Staatssekretär van Well am 21. Februar 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Über D 2/Dg 21/210: Das AA ist mit dem Vorschlag von H[errn] Gaus einv[erstanden]."
Hat Ministerialdirektor Blech vorgelegen, der „210" hervorhob und handschriftlich vermerkte: „N[ach] R[ückkehr] sofort."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen am 22. Februar 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „MDg Dr. Bräutigam wurde tel[efonisch] über die Entscheidung des Herrn StS unterrichtet. Er wird StM Wischnewski vortragen und das P[resse]A[mt] über die Haltung des Bundeskanzleramts unterrichten."

2 Werner Kiehne.

3 Der tunesische Botschafter Moncef Jaafar war seit 5. März 1973 in der DDR akkreditiert.

Ich fragte meinen DDR-Gesprächspartner, ob er seine Ausführungen rein privat mache oder ob ich die Bundesregierung davon unterrichten könne, daß seine Auffassung den Standpunkt der DDR wiedergebe. Der DDR-Diplomat zögerte nicht, zu bekräftigen, daß ich die Bundesregierung dahin informieren könnte, daß die DDR unsere etwaige Weigerung, die Doyen-Funktion hier zu übernehmen, nicht als ein Problem für die Position und weitere Arbeit unseres Vertreters ansehen würde.

2) Auf demselben Empfang unterrichtete mich der Doyen davon, daß er ebenso wie die jetzige Nummer zwei, der finnische Botschafter[4], vom kommenden Wochenende an für zwei bis drei Wochen von Berlin abwesend sein würde. Er fragte mich, ob ich in dieser Zeit z. B. den Abschiedsempfang für den argentinischen Botschafter[5] in der kommenden Woche geben könnte. Ich begnügte mich damit, ihm meine Antwort in den nächsten Tagen in Aussicht zu stellen.

II. 1) Nach meiner Einschätzung können die absichtsvollen Bemerkungen des stellvertretenden DDR-Protokollchefs als ein zuverlässiges Signal dafür gewertet werden, daß die DDR eine Mitteilung von mir über mein Nichtaufrücken zum Doyen stillschweigend akzeptieren würde. Dabei geht sie wohl davon aus, daß wir dies nicht näher begründen würden, sondern den Grund dafür als bekannt voraussetzen.

Nach meiner Empfehlung sollten wir auf das Signal, das die DDR uns gegeben hat, möglichst bald positiv reagieren: Also nach einem entsprechenden Beschluß dem hiesigen Doyen und dem MfAA schlicht mitteilen, daß der Leiter unserer Ständigen Vertretung nicht als Doyen amtieren wird. Diese Erklärung sollte sich dann auch auf die Funktion des Vize-Doyens erstrecken, um klarzustellen, daß ich auch nicht stellvertretend für den etwa verhinderten Doyen tätig werden würde.

Bis zum Vorliegen eines solchen Beschlusses sollten wir gegenüber der Öffentlichkeit, die in den letzten Tagen durch einen Artikel Dettmar Cramers auf diese Fragen aufmerksam gemacht worden ist, erklären, daß sich erstens die Frage derzeit gar nicht stelle, denn der hiesige Doyen habe nicht zu erkennen gegeben, daß seine Amtszeit bei der DDR demnächst abläuft; daß zweitens Missionschefs aus den verschiedensten Gründen ablehnen könnten und abgelehnt hätten, Doyen zu werden, ohne daß dies ihre Funktionen gegenüber dem Gastland und innerhalb des diplomatischen Korps berührte; und daß drittens die Besonderheit der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten ebenso bekannt sei wie die Tatsache, daß die Ständige Vertretung keine Botschaft ist. Später könnte dies dann abschließend durch die lapidare Mitteilung ergänzt werden, daß unser hiesiger Vertreter wie bisher amtiert, ohne Doyen zu werden. Ich bitte das Kanzleramt, den Regierungssprecher[6] in diesem Sinne zu informieren. Wir müssen zu verhindern trachten, daß die Angelegenheit mit einem falschen Zungenschlag öffentlich erörtert und dadurch die schlichte Beilegung erschwert wird.

4 Osmo Kock.
5 Ruben Antonio Vela.
6 Klaus Bölling.

2) Den hiesigen Doyen werde ich bis zum Vorliegen einer Weisung im hier skizzierten Sinne zunächst nur dahin unterrichten, daß ich leider in den kommenden Wochen aus terminlichen Gründen weder ihn noch den Vize-Doyen vertreten könnte, so daß er sich deswegen an den nächstfolgenden Missionschef wenden müsse. Sobald die Bundesregierung einen grundsätzlichen Beschluß gefaßt habe, würde ich ihn umgehend informieren. Der Doyen wird nach meiner Einschätzung auch diese vorläufige Auskunft richtig zu deuten wissen.[7]

[gez.] Gaus

VS-Bd. 13117 (210)

49

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-652/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 21. Februar 1979, 18.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 219 **Ankunft: 21. Februar 1979, 19.02 Uhr**

Betr.: Iran
hier: Private Meeting vom 20.2.1979

Der Rat hat sich heute in einem Private Meeting mit dem Thema Iran befaßt.

I. Zusammenfassung

1) Zum Verfahren

Der französische Ständige Vertreter[2] nahm nicht teil. Er hatte GS[3] schriftlich mitgeteilt, seine Regierung halte eine Konsultation des Rats über den Iran zur

7 Am 5. März 1979 hielt Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen fest, Bundesminister Genscher habe entschieden, daß Staatssekretär Gaus die Aufgaben eines Vize-Doyen oder Doyen des diplomatischen Korps in Ost-Berlin nicht übernehmen solle: „Dafür spielte eine Rolle, daß die Abtretung der Funktion des Vize-Doyen bzw. Doyen relativ geräuschlos erfolgen kann, während die Annahme mit einem starken Disclaimer verbunden werden müßte, um die von den anderen diplomatischen Vertretungen in Berlin (Ost) zu unterscheidende Rechtsstellung unserer Ständigen Vertretung zu unterstreichen." Vgl. VS-Bd. 13117 (210); B 150, Aktenkopien 1979.
Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, berichtete am 12. März 1979: „Bei einem Gespräch mit Vizeaußenminister Kohl am 9.3. informierte ich ihn darüber, daß die Bundesregierung beschlossen habe, daß der Leiter der Ständigen Vertretung hier nicht die Funktion des Doyens übernehmen werde. Dies gelte auch für die Vertretung des Doyens, wenn dieser verhindert sei. Kohl nahm dies ganz und gar in dem Sinne auf, wie es uns von der DDR signalisiert worden war." Vgl. den Drahtbericht Nr. 189; Referat 210, Bd. 132437.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Boldt am 23. Februar 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann, Vortragenden Legationsrat Hofstetter sowie die Legationsräte I. Klasse Daerr, Kreusel, von Nordenskjöld und Rupprecht verfügte.
Hat Hofmann am 23. Februar 1979 vorgelegen.
Hat Hofstetter am 28. Februar 1979 vorgelegen.
Hat Nordenskjöld, Daerr, Kreusel und Rupprecht vorgelegen.

2 Jacques Tiné.

3 Joseph Luns.

Zeit nicht für opportun. Der Meinungsaustausch sollte im aktuellen Stadium den Experten überlassen bleiben (21. bis 23. Februar).

Der italienische Botschafter[4] und andere baten – offenbar nicht zuletzt wegen der französischen Hemmungen, die immer wieder mit der leak-Gefahr begründet werden – um besondere Diskretion.

Mehrere Botschafter (CA[5], I, NL[6], T[7], B[8], L[9]) unterstützten in späteren Interventionen ausdrücklich meine These, daß die akuten Gefahren für die Allianz in der Gegenwart und in der näheren Zukunft von Krisenherden außerhalb des Bündnisgebiets herrühren, und untermauerten damit die Forderung nach einem kontinuierlichen Informations- und Meinungsaustausch im Rat über derartige Entwicklungen in der „outer treaty area". GS schloß sich dieser Meinung an. Er will die Diskussion über den Iran demnächst fortsetzen, und zwar „open ended".

2) Zum Inhalt

Aus der Diskussion läßt sich als inhaltlicher Konsensus folgendes festhalten:

Im Augenblick bleibt nichts anderes übrig, als Khomeini und die Regierung Bazargan[10] pragmatisch und unauffällig zu unterstützen. Nur Khomeini verfügt über eine genügend breite Basis. Jede andere Lösung ist unter den gegebenen Umständen für den Westen schlechter.

Eine Reihe von Botschaftern kommentierte die zentrifugalen Tendenzen und die Auswirkungen der iranischen Wirren auf die Nachbarregionen sehr skeptisch. Die Zurückhaltung der SU wurde in erster Linie darauf zurückgeführt, daß die Ereignisse im Iran einen für die Sowjets recht günstigen Verlauf nähmen.[11]

4 Felice Catalano di Melilli.

5 Joseph Evremond Ghislain Hardy.

6 Carl Dietrich Barkman.

7 Osman Olcay.

8 Constant Schuurmans.

9 Pierre Würth.

10 Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 6. Februar 1979: „Seit gestern abend (5.2.) hat Iran zwei Regierungschefs. In einer Pressekonferenz gab Ayatollah Khomeini bekannt, daß er Mehdi Bazargan zum Chef einer ‚provisorischen Regierung' ernannt habe. Bazargan werde bald ein Kabinett bilden und seine Mitglieder dem Ayatollah vorstellen. Es sei Aufgabe der provisorischen Regierung, ein Referendum über die Umwandlung des Landes in eine islamische Republik vorzubereiten. [...] Auf den ersten Blick erscheint die Errichtung einer zweiten Regierung neben der Regierung Bakhtiar durch Khomeini als eine Verschärfung der Konfrontation zwischen den Lagern der Regierung und der Opposition. Diese Interpretation ist jedoch nicht zwingend." Bazargan biete, „soweit irgend möglich, die Gewähr dafür, daß eine gewaltlose und weitgehend einvernehmliche Lösung ausgearbeitet werden kann. Khomeini mußte seiner ungeduldigen Anhängerschaft einen spektakulären Schritt vorweisen können, auch der Starrsinn des alten Mannes selbst mag ihn in diese Richtung gedrängt haben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 245; Referat 311, Bd. 137620.
Am 14. Februar 1979 informierte Ritzel: „Der von Ayatollah Khomeini ernannte Premierminister Bazargan hat gestern die ersten Mitglieder seiner provisorischen Regierung bekanntgegeben. [...] Die Ernennung eines Teils des Kabinetts Bazargan markiert die allmähliche weitere Normalisierung der Lage. [...] Sämtliche bisher ernannten Regierungsmitglieder sind – wie der Ministerpräsident selbst – qualifizierte Persönlichkeiten mit relativ gemäßigten politischen Vorstellungen. Von Sandjabi als Außenminister ist zu erwarten, daß er die vorgesehene neutralistische Position der iranischen Außenpolitik entwickelt. Radikale, vor allem linksextreme Kräfte, sind bisher im Kabinett nicht vertreten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 289; Referat 311, Bd. 137620.

11 Zur Reaktion der UdSSR auf die Lage im Iran vgl. Dok. 33, Anm. 23.
Botschafter Wieck, Moskau, führte am 1. März 1979 aus: „SU sieht [...] Iran erst am Anfang einer

II. Im einzelnen

GS umriß den Zweck der Diskussion: Es gehe nicht um die Vergangenheit, sondern um eine Analyse des gegenwärtigen Geschehens, eine Prognose über die künftige Entwicklung im Iran und unser Verhalten. Der Rat müsse in erster Linie die Auswirkungen auf die Allianz ins Auge fassen. Dabei könne man die Auswirkungen der iranischen Revolution auf Nahost-Staaten, insbesondere auf Saudi-Arabien und auf die israelisch-ägyptischen Friedensverhandlungen[12], nicht außer acht lassen.

Ich habe einen Überblick über die Auswirkungen der iranischen Entwicklung auf die Nachbarregionen und die Atlantische Allianz aus unserer Sicht gegeben. Die Analyse sei wegen der unklaren Lage im Iran schwierig. Die hinter Khomeini stehenden Massen seien nicht nur religiös motiviert. Kleine, gut organisierte linke Minderheiten wirkten innerhalb dieser Massen. Der Besuch Arafats sei bezeichnend.[13] Die Verteilung von Waffen an jedermann, also auch an die Radikalen, sei ein besonders schwerwiegender Fehler gewesen.

Einige Grenzgebiete des Iran seien aus ethnischen, religiösen und sprachlichen Gründen anfällig für sezessionistische Bestrebungen[14] (z.B. Kämpfe in Täbris[15]).

Fortsetzung Fußnote von Seite 208

revolutionären Umgestaltung stehen, am Anfang eines Prozesses, der über die gegenwärtige ‚bürgerliche' oder ‚demokratische' Revolution hinaus führen soll. Nach sowj[etischem] Geschichtsverständnis kann die momentane, wie lange auch immer andauernde Revolutionsetappe nur durch eine Phase sozialistischer Orientierung abgelöst werden. Gegenüber vorstehenden, zweifellos vorhandenen, aber nicht ausgesprochenen sowj. Zukunftsvisionen erscheint Sowjets der Erhalt bisheriger revolutionärer Errungenschaften von vorrangiger aktueller Bedeutung. Die gegenwärtige Phase der iranischen Revolution ist die notwendige Voraussetzung für die nächste, die sozialistische." Vgl. den Drahtbericht Nr. 769; Referat 311, Bd. 137610.

12 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Der amerikanische Außenminister Vance, der israelische Außenminister Dayan und der ägyptische Ministerpräsident und Außenminister Khalil führten vom 21. bis 25. Februar 1979 auf dem Landsitz des amerikanischen Präsidenten bei Camp David Gespräche über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel. Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler erläuterte am 2. März 1979, sie hätten sich „um den erfolgreichen Abschluß des mit den beiden Rahmenabkommen vom 17.9.1978 (Camp David I) eingeleiteten Friedensprozesses" bemüht: „Ein fertiger Text des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags liegt seit dem 21.10.1978 vor. Umstritten ist jedoch die Auslegung des Vertrags: Junktim (‚link') mit der im ersten Rahmenabkommen vorgesehenen Autonomieregelung im Westjordanland und Gaza; Priorität des Vertrags vor früheren völkerrechtlichen Verpflichtungen Ägyptens, insbesondere dem arabischen Verteidigungspakt von 1951, und Revision der Sicherheitsvorkehrungen im Sinai. [...] Für Ägypten kommt es darauf an, den Eindruck einer Separatlösung zu vermeiden. Sadat hat vor seiner Jerusalem-Reise immer wieder erklärt, daß die Lösung der Palästina- und Territorialfrage einschließlich Jerusalems Voraussetzung für die von ihm angestrebte Regelung des Nahost-Konflikts sein muß. Israel hat demgegenüber stets ein Junktim zwischen bilateralem Friedensvertrag und umfassender Lösung vermieden. Es hat weiterhin alles getan, um vollendete Tatsachen zu schaffen und eine Festlegung auf den in SR-Res[olution] 242 vorgeschlagenen Rückzug aus Westjordanland, Gaza und Golan zu umgehen." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135594.

13 Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 18. Februar 1979, daß der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, am 17. Februar an der Spitze einer 50-köpfigen Delegation zu einem einwöchigen Besuch in Teheran eingetroffen sei: „Arafat bezeichnete den Sturz des Schah als den ersten Schritt zum Sieg der palästinensischen Revolution. Die PLO wird eine Ständige Mission in Teheran (im Gebäude der früheren israelischen Mission) errichten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 310; Referat 311, Bd. 137620.

14 Am 9. September 1979 berichtete Botschafter Ritzel, Teheran, daß etwa sechs Millionen Aserbaidschaner, vier Millionen Kurden, 600 000 Balutschen, 600 000 Turkmenen und 500 000 Araber zu den größten ethnischen Minderheiten im Iran gehörten. Dazu legte er dar: „Akut in Frage gestellt [...] wird die Herrschaft des schiitischen Klerus nicht nur durch wirtschafts- und sozialpolitische Probleme, deren man bislang noch nicht recht Herr zu werden vermag, wie durch anhaltende Ab-

Die Allianz müsse vor allem darüber besorgt sein – und dies sei im übrigen auch die Hauptbeunruhigung der Chinesen –, daß der Iran als Sperriegel gegen die Sowjetunion im Nahen und Mittleren Osten wegfalle.

Ich stellte abschließend die Frage nach der verbliebenen Kohäsion der Armee und der Polizeikräfte und allgemein nach den Aussichten einer Rückkehr zu einer gewissen Ordnung.

Der kanadische Botschafter faßte die neuesten Überlegungen Ottawas wie folgt zusammen: Die innenpolitische Lage bleibe undurchsichtig. Würden sich die Kräfte durchsetzen, die zu einem alten Regime, in dem der Koran Gesetz sei, zurückkehren möchten, oder werde die linksradikale Opposition am Ende die Oberhand behalten? Wie stark seien die Linken schon jetzt und wie viele strömten nach Iran zurück? Welches seien ihre endgültigen Ziele? Der Stil der Justiz und die Zensur über die Medien wecke Zweifel, ob sich das neue Regime zu einem demokratischen entwickeln werde.

Wegen dieser noch widerstreitenden politischen Kräfte herrsche auch Ungewißheit über den künftigen Wirtschaftskurs. Welche Hoffnungen könne man auf die Wiederaufnahme einer quantitativ ausreichenden Ölproduktion setzen?[16] Werde die Regierung versuchen, die Produktion ohne ausländische Hilfe wieder in Gang zu bringen? Falls sie auf ausländische Hilfe nicht verzichten wolle: Welche ausländische Hilfe werde sie in Anspruch nehmen? Die Saudis schätzten, daß der Iran in etwa vier Monaten wieder auf eine Produktion von 4,5 Mio. Barrels täglich kommen könnte (früher 7 Mio. Barrels).

Amerikanischer Geschäftsträger ergänzte, 4 Mio. Barrels seien nach amerikanischer Rechnung das absolute Minimum für die Wiederherstellung einer geordneten Wirtschaft.

Die vorhergesagte pro-arabische Außenpolitik der neuen Regierung, so fuhr kanadischer Botschafter fort, sei schon deutlich (Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel, enge Verbindung zur PLO). Der Iran werde in Zukunft zumindest eine Non-Alignment-Politik betreiben.[17]

Fortsetzung Fußnote von Seite 209

wanderung der iranischen Intelligenzschicht, mehr noch durch offene Insubordination ethnisch-religiöser Minderheiten in volkswirtschaftlich relevanten Randprovinzen wie Kurdestan und Khuzestan, die die Gefahr einer Desintegration des iranischen Staatsgebildes heraufbeschwört. In Kurdestan ist inzwischen offener Bürgerkrieg ausgebrochen. Die religiös bedingte Intoleranz Khomeinis, der sich [...] mehr denn je um den Wiederaufbau einer starken ‚islamischen Armee' zur Vernichtung der kurdischen Ungläubigen bemüht, wird Iran vorerst noch nicht zur Ruhe kommen lassen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1071; Referat 311, Bd. 137608.

15 Botschafter Ritzel, Teheran, hielt am 18. Februar 1979 fest: „Äußerlich mehren sich seit gestern, Samstag, die Anzeichen für eine zögernde Normalisierung der inneren Lage im Iran. Die wiederholten Aufrufe Khomeinis zur Beendigung der z.T. seit mehr als vier Monaten andauernden Streiks wurden weitgehend befolgt. [...] Soweit dies sich von hier aus beurteilen läßt, hat sich auch die Lage in der Provinz, vor allem auch in Täbris, wo es bis vor kurzem noch zu Auseinandersetzungen mit 700 Toten zwischen der Armee und der Bevölkerung kam, wieder beruhigt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 310; Referat 311, Bd. 137620.

16 Zur Erdölförderung im Iran vgl. Dok. 17, Anm. 8.

17 Botschafter Ritzel, Teheran, faßte die Entwicklung am 13. Mai 1979 folgendermaßen zusammen: „An einem eigentlichen außenpolitischen Konzept mangelt es der provisorischen Regierung verständlicherweise noch. Priorität haben Wiederherstellung der inneren Ordnung und Wahrung der territorialen Einheit des Landes. Selbst dafür reichen die Kräfte kaum aus. Eine grundsätzliche außenpolitische Neuorientierung hat jedoch bereits stattgefunden: Iran wechselt ins ‚antiimperialistische' Lager über. Äquidistanz gegenüber West und Ost, Non-Alignment-Politik, Verzicht auf regionale Ordnungsmachtfunktionen, Solidarität insbesondere mit islamischen Staaten und Unterstüt-

Die osteuropäischen Kommentare über die iranische Revolution ließen einen gewissen Optimismus erkennen. Die Kommentatoren beriefen sich insbesondere auf die Erklärungen aus Teheran, wonach die Kommunisten durchaus ihre Rolle in der neuen Republik spielen sollten.

Der türkische Botschafter führte aus, Khomeini sei der einzige, der eine weite (wenn auch nicht tiefe) Unterstützung in der Bevölkerung genieße. Ob wir ihn nun schätzten oder nicht, je breiter die Unterstützung für ihn sei oder werde, desto mehr stiegen die Chancen dafür, daß die Einheit Irans erhalten bleibe. Eine Zerstückelung des Iran wäre ein Desaster. Er sei der Ansicht, daß Khomeini sich mit der Armee arrangieren müsse. Ohne die Armee könne er letztlich das Land nicht kontrollieren. Im Augenblick sei die Armee neutralisiert, ja „fast nicht existent".[18] Im übrigen gebe es jetzt Anzeichen für eine langsame, aber ständige Rückkehr zur Normalität. Die Arbeiter kehrten an ihre Arbeitsplätze zurück. Auch die Tatsache, daß die Zusammenstöße in Täbris abgeschlossen schienen, sei ermutigend.

Wenn Khomeini seine Position konsolidiere, werde er sicher nicht zu einer prowestlichen Außenpolitik zurückkehren, aber doch wohl willens sein, mit dem Westen in Verbindung zu bleiben. Der Westen müsse ihn ermutigen, die Einheit des Landes zu bewahren. Ankara sei bereit, mit Khomeini zusammenzuarbeiten.

Der amerikanische Geschäftsträger erklärte, seine Regierung komme bisher mit der neuen iranischen Regierung verhältnismäßig gut zurecht. Sie messe diese Regierung zur Zeit an ihrer Bereitschaft, bei der Evakuierung der amerikanischen Staatsbürger mitzuarbeiten.[19]

Die Armee sei in ihrer Kommandostruktur vollkommen erschüttert (Exekutionen und Entlassungen der führenden Generäle).[20] Andererseits scheine die Armee außerhalb Teherans doch noch einen gewissen Zusammenhalt aufzuwei-

Fortsetzung Fußnote von Seite 210

zung von Befreiungsbewegungen der Dritten Welt, hier vor allem der PLO, sind verkündete Ziele. Erste Konsequenzen sind Aufkündigung des CENTO-Pakts bei erklärter Bereitschaft zu regionaler Zusammenarbeit im R[egional]C[ooperation for]D[evelopment]-Rahmen und Kehrtwendung im N[ah]O[st]-Konflikt: Anerkennung der PLO und engagierte Parteinahme gegen den ägyptisch-israelischen Vertrag mit Abbruch der Beziehungen zu Israel und Ägypten." Vgl. den Schriftbericht Nr. 599; Referat 311, Bd. 137608.

18 Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 13. Februar 1979: „Schneller Zusammenbruch der Streitkräfte, Gendarmerie und Polizei am 11.2. und deren faktische Selbstauflösung hat islamische Republik ohne Law-and-order-Kräfte gelassen. Hauptsorge Bazargan noch vor Regierungsbildung scheint daher Neuaufbau dieser Kräfte zu sein. [...] Z. Z. versuchen sogenannte ‚islamische Garden' Sicherheit von wichtigen Gebäuden und nächtliche Kontrollen von Stadtvierteln zu garantieren. Am 11. und 12.2. sind hunderttausende von Infanteriewaffen den Siegern in die Hände gefallen. Wiederholte Aufrufe zur Abgabe haben bisher kaum Erfolg gehabt. Hier bahnt sich neue Schwierigkeit an: Ein erheblicher Teil dieser Waffen ist mit Sicherheit in den Händen von Linksgruppen, z. B. Fedayin-Khalq, die nicht zögern werden, sie bei günstiger Situation gegen Bazargan einzusetzen. Sicher ist auch, daß erhebliche Mengen von Kriminellen jetzt bewaffnet sind." Vgl. den Drahtbericht Nr. 282; Referat 311, Bd. 137620.

19 Zur Evakuierung amerikanischer Staatsbürger aus dem Iran vgl. Dok. 8.

20 Botschafter Ritzel, Teheran, teilte am 17. Februar 1979 mit: „Die befürchteten Hinrichtungen als Ergebnis von Todesurteilen von Sonderschnellgerichten [...] haben begonnen. Die Medien nennen bisher vier Generäle, sechzehn weitere Generäle sind verhaftet. Ihr Schicksal ist ungewiß. Ebenso ungewiß ist das Schicksal verhafteter und wohl noch festzunehmender Zivilisten, die im alten Regime hohe Stellungen innehatten. Zu ihnen gehören die verhafteten früheren Premierminister Hoveyda und Bakhtiar." Vgl. den Drahtbericht Nr. 298; Referat 311, Bd. 137620.

sen. Die Regierung stütze sich wohl in erster Linie auf die Luftwaffe ab. Einen Beitrag zur Stabilität der Region leiste diese Armee nicht mehr.

Die schwierige wirtschaftliche Lage werde durch große Devisenreserven abgepuffert.[21]

Es gebe keine Anzeichen dafür, daß Nachbarstaaten unmittelbar auf die innenpolitischen Ereignisse einwirkten, aber sicher werde die SU versuchen, die augenblickliche Anfälligkeit des Iran subversiv zu nutzen.

Ägypten und Israel hätten ihre Positionen trotz der Revolution im Iran bisher nicht wesentlich geändert. Die israelische Position werde sich aber wahrscheinlich versteifen, nicht zuletzt wegen der Ölfrage. Israel müsse sich nach anderen Quellen umsehen.

Auf die Frage des GS, ob hochsensible amerikanische militärische Ausrüstung aus den Händen der iranischen Armee an die Sowjets oder an Freunde der Sowjets gelangt sei, erklärte der Geschäftsträger, das sei nach amerikanischer Kenntnis nicht der Fall. Khomeini sei nicht unbedingt moskaufreundlich, und das gleiche gelte für eine ganze Reihe marxistischer Gruppierungen, die sich untereinander bekämpften.

Der italienische Botschafter erklärte, die italienisch-iranische Zusammenarbeit werde fortgesetzt. Die neue Regierung habe bestätigt, daß die italienischen Projekte dem Lande zugute kämen, und habe italienische Medikamentensendungen dankbar anerkannt. Die Evakuierung italienischer Staatsangehöriger und Staatsangehöriger befreundeter Nationen durch zivile und militärische italienische Flugzeuge gehe reibungslos vonstatten.

Der niederländische Botschafter zeigte sich besorgt, daß die kommunistische Partei nun die Möglichkeit haben werde, sich legitim zu organisieren. Die „scheinbar phlegmatische" Haltung der SU erkläre sich daraus, daß die Dinge den für sie richtigen Verlauf nähmen. Es bestehe die akute Gefahr, daß die Stellung der UdSSR gegenüber einem schwachen Iran so stark werde, daß die ganze strategische Balance in der Region aus den Fugen gerate.

Der belgische Botschafter äußerte sich ähnlich pessimistisch. Man habe es mit einer Ochlokratie, einer Herrschaft des Mobs, zu tun. Die Armee sei enthauptet. Er bezweifle die Integrität der Luftwaffe. In Gewerkschaften dominierten die Kommunisten. Die Studenten seien sehr rasch von links zu mobilisieren. „Revolutionäre in der Revolution" hätten deshalb viele Hebel. Die Zerstückelungsgefahr für den Iran verschärfe sich, weil sezessionistische Bewegungen von außen unterstützt würden. Allen diesen Kräften stehe ein im letzten bornierter Khomeini gegenüber, dessen Fähigkeit, Staat und Wirtschaft zu reorganisieren, ungewiß sei.

[21] Botschafter Ritzel, Teheran, erläuterte am 19. März 1979: „In der äußerst angespannten Wirtschaftslage [...] erscheint als Lichtblick, daß der Bankenapparat in seiner bisherigen Form noch besteht und Zentralbank wie die nachgeordnete Bank Melli mit Geschick versuchen, die Lage unter Kontrolle zu halten. Eine kürzlich vom Gouverneur der Zentralbank gemachte Angabe, daß die Devisenreserven nach Abzug von Dollar 5 Mrd. Verbindlichkeiten netto Dollar 10 Mrd. betragen, dürfte nach Ansicht deutscher Bankiers zumindest in der Größenordnung richtig sein. Iran bemüht sich weiter, internationale Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 562; Referat 311, Bd. 137620.

Der dänische Botschafter[22] erwähnte, die SU sei das fünft- oder sechstgrößte moslemische Land. Die sowjetische Führung befürchte u. U. ein Überschwappen des religiösen Eifers in seine asiatischen Provinzen.[23] Dies könnte ein zusätzliches Motiv für die sowjetische Zurückhaltung sein.

Der norwegische Botschafter[24] erklärte, Norwegen sehe keine Alternative zu dem Versuch, mit Khomeini ins Gespräch und ins Geschäft zu kommen, um seine Politik so rational wie möglich zu halten.

Im übrigen müsse sich der Westen auf eine Reduktion des Ölflusses aus Iran gefaßt machen, denn Khomeini habe den Schah u. a. gerade wegen übermäßiger Ausbeutung der iranischen Ölvorkommen angegriffen.

Der britische Geschäftsträger[25] erklärte, die Regierung Khomeinis sei die beste, die wir unter den gegebenen Umständen haben könnten. Ihr müsse deshalb auf diskrete und pragmatische Weise geholfen werden.

Der griechische Botschafter[26] äußerte sich ähnlich. Griechenland habe große Kontrakte mit dem Iran abgeschlossen. Gegen die 50 griechischen consultant engineers seien keine unfreundlichen Aktionen vorgekommen.

Der Chairman des MC[27] wies darauf hin, der neue iranische Generalstabschef[28] habe seit 1958 keinen Dienst mehr getan. Militärische Reaktionen der SU an der iranischen Grenze seien nicht festgestellt worden.

Man spreche im Iran vom Aufbau einer neuen Armee, die alte sei in drei Wochen ruiniert worden. Zum Wiederaufbau einer neuen (welcher?) brauche man mindestens ein Jahr.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10483 (201)

22 Anker Svart.
23 Zu den Muslimen in der UdSSR vgl. Dok. 17, Anm. 6.
24 Kjeld Vibe.
25 Paul Cecil Henry Holmer.
26 Eustache Lagacos.
27 Herman Frederik Zeiner Gundersen.
28 Mohammed Ali Gharani war vom 12. Februar bis 27. März 1979 Generalstabschef der iranischen Streitkräfte.

50

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet in Paris

202-321.90/1-97/79 VS-vertraulich **22. Februar 1979**[1]

Niederschrift über die Parallelkonsultationen des deutschen und französischen Außenministers am 22. Februar 1979 in Paris ab 16.15 Uhr bis 18.30 Uhr[2]

I. Die beiden AM konsultierten von 16.00 bis 16.15 Uhr ohne Begleiter; ab 16.15 Uhr nahmen teil: die Botschafter Herbst und Brunet, die politischen Direktoren Dr. Blech, M. Mérillon und der französische Europadirektor Andréani, die Dolmetscherin Frau Siebourg, Dolmetscher Falkenburger (VLR I Dr. Feit als Niederschreibender).

Die Minister behandelten die französisch-sowjetischen Beziehungen und die deutsch-sowjetischen Beziehungen anhand des Besuchs des französischen AM in Moskau[3] (auch die Ost-West-Beziehungen allgemein), die Lage im Fernen Osten anhand des Grenzkonfliktes zwischen China und Vietnam[4], die Frage politischer Aktivitäten der EG-Kommission anhand der Reise von Jenkins nach Peking[5], den Mittleren Osten (Iran) und die Beziehungen Europas zu Afrika und der arabischen Welt.

II. 1) Ost-West-Beziehungen

Paris–Moskau; Bonn und Moskau, Washington–Moskau:

BM bat FAM[6], über seine Eindrücke in Moskau zu berichten.

FAM: Der Besuch sei insgesamt positiv verlaufen, spannungslos. Die schwierigste Frage sei China gewesen; er habe hierüber während Vier-Augen- und Acht-Augen-Gesprächen sehr gründlich gesprochen. An sich habe sich nichts wirklich Neues ergeben. Auch bei diesem Thema sei Gromyko sehr vernünftig gewesen, ruhig, ohne Aufregung, aber sehr fest (firm). Auf Frage BM: Gromyko habe sich zum Waffenthema dahin geäußert, daß die USA und Deutschland

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Feit am 22. Februar 1979 gefertigt und am 27. Februar 1979 an Staatssekretär van Well „zur vorläufigen Unterrichtung" weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „Diese Niederschrift konnte von D 2 (bis 28.2. PK Paris) noch nicht genehmigt werden, mithin auch nicht von dem Herrn Minister."
Hat van Well am 28. Februar 1979 vorgelegen.
Hat Feit am 1. März 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn D 2 m[it] d[er] B[itte] um Genehmigung vorgelegt."
Hat Ministerialdirektor Blech vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11090 (202); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 22./23. Februar 1979 in Frankreich auf.

3 Der französische Außenminister François-Poncet hielt sich vom 11. bis 13. Februar 1979 in der UdSSR auf.

4 Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 2.

5 Der Präsident der EG-Kommission, Jenkins, hielt sich vom 21. Februar bis 1. März 1979 in der Volksrepublik China auf.

6 Französischer Außenminister.

keine Waffen nach China lieferten; er habe dann aber auch über diejenigen Länder, die dies täten, Bemerkungen gemacht.[7]

BM: In dem Brief des Bundeskanzlers an Breschnew (Einwurf von D2: der heute in Moskau überreicht worden sei) sagten wir, daß wir seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland eine restriktive Waffenexportpolitik betrieben, d.h. nur an unsere Verbündeten und in ganz wenige ausgewählte Länder Waffen lieferten. Daher sei unsere Nichtbelieferung Chinas mit Waffen keine Änderung unserer Politik, keine spezifische Waffenexportpolitik gegen China.[8] Auf Frage des FAM: Außer an Verbündete lieferten wir nur an ganz wenige, z.B. an Australien, Neuseeland.[9]

FAM fuhr fort: Gromyko sei es offenkundig weniger um die tatsächlichen „Waffenlieferungen" als darum gegangen, welche „Waffentechnologie" durch westliche Staaten an China übertragen werde. Er, FAM, habe Gromyko nicht gesagt, welche Waffen F tatsächlich nach China liefere, er habe aber zu erkennen gegeben, daß dies durch F in verantwortlicher Weise geschehe. Im Ergebnis habe Gromyko zu verstehen gegeben, daß die SU die französischen Lieferungen nicht gern sehe, aber erwarte, daß dies verantwortlich geschehe.

BM: Es sei ungeschickt, daß Breschnew seine Briefe als eine Art Wurfsendung versandt habe.[10] Aus dieser Ungeschicklichkeit („es sei eine Art Fehler gewesen") könnten Folgen entstehen: Man werde sich gegen die SU wenden, wenn und insoweit diese Waffen liefere. Er habe von einem Botschafter erfahren, daß Uganda und Tansania mit solchen Waffen ausgerüstet seien.[11] Das sei zwar

7 Zu den Verhandlungen über die Lieferung der Panzerabwehrraketen „Hot" und „Milan" durch Frankreich an die Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 12.
Zu den Verhandlungen über die Lieferung britischer Kampfflugzeuge an die Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 11.

8 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidts vom 14. Februar 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 40.
Zur Übergabe dieses Schreibens und eines weiteren Schreibens Schmidts vom 15. Februar 1979 an Breschnew vgl. Dok. 53.

9 Australien und Neuseeland gehörten neben Japan, Schweden und der Schweiz zu den fünf Staaten, die mit Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 29. September 1971 bei der Ausfuhr von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern den NATO-Mitgliedstaaten gleichgestellt wurden. Am 2. Februar 1977 wurden zudem Irland, Österreich und Spanien den NATO-Mitgliedstaaten gleichgestellt. Vgl. dazu die undatierten Tabellen „Ausfuhrgenehmigungen für Kriegswaffen, untergliedert nach Gruppen von Empfängerländern" bzw. „Ausfuhrgenehmigungswerte für sonstige Rüstungsgüter, untergliedert nach Gruppen von Empfängerländern"; Referat 422, Bd. 124193. Vgl. dazu auch AAPD 1976, I, Dok. 195.

10 Zu den Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom November/Dezember 1978 zur Frage von Rüstungsexporten an die Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 13.

11 Die Einnahme der ugandischen Hauptstadt Kampala durch tansanische Truppen am 11. April 1979 nahm Referat 320 am 17. Juli 1979 zum Anlaß, die Militärhilfe der UdSSR an Tansania und Uganda zu erörtern: „Nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen ist der tansanische Sieg über Uganda wesentlich auf massive Waffenhilfe der Sowjetunion und ihrer Verbündeten zurückzuführen: Auf dem Höhepunkt des tansanisch-ugandischen Krieges stellte die Sowjetunion ihre bisherige Unterstützung Ugandas ein und belieferte von da an Tansania mit den dringend benötigten Offensivwaffen, Ersatzteilen und sonstigen Rüstungsgütern. [...] In Uganda sind die Sowjetunion und die übrigen Staaten des sozialistischen Lagers nicht mehr militärisch engagiert, nachdem Idi Amin die überwiegend sowjetischen Militärberater im Bereich der Luftwaffe bereits zu Beginn des Krieges mit Tansania ausgewiesen hatte und zum gleichen Zeitpunkt – im Oktober 1978 – die östlichen Rüstungslieferungen an Uganda eingestellt worden waren." Vgl. Referat 213, Bd. 133150.
Zum Sturz des Präsidenten Amin vgl. Dok. 107.

gut, wenn man Gefangene mache, dann könne man mit den erbeuteten Waffen ohne weitere Ausbildung gleich weiterkämpfen. Die Möglichkeit, den Sowjets ihre Waffenlieferungen vorzuhalten, hätte sich jedoch merklich verbessert. BM weiter: Die Briefe könnte man evtl. auch als Einfluß der sowjetischen Generalität auf die Außenpolitik sehen. Die sowjetische Sorge sei in der Tat der Technologietransfer. Die Waffen selbst dürften wohl kaum eine Rolle spielen. Was bedeutete schon diese Quantität der Waffen für China? Wenn die Sowjets eine solche Quantität nach Angola lieferten, könnte das kriegsentscheidend sein, aber für China? BM pflichtete FAM bei, daß es im Grunde nur um Technologietransfer ginge, wobei sich die „friedliche" Technologie von der „militärischen" nicht unterscheide. So gesehen spielten die französischen Lieferungen an China keine entscheidende Rolle.

BM: Die Briefaktion Breschnews war vielleicht auch eine Beruhigungsaktion für die sowjetische Seite. Die Ankurbelung der Wirtschaft in China und die Verwendung bzw. Inanspruchnahme moderner Finanzierungsmöglichkeiten (im Außenhandel) kann zur Verkürzung des Abstandes zu China führen. Die chinesische Führung glaubt – wohl richtig –, nur noch zehn Jahre vor sich zu haben. Sie braucht die Unterstützung des chinesischen Volkes, dem sie seine nationale Würde wiedergegeben hat, Hunger beseitigt hat, und die jetzt mehrheitlich noch eine Generation regiert, die vor dem Hintergrund der Vergangenheit nur weiß, was das alles bedeutet.[12] Die heranwachsende Jugend weiß dies nicht; sie wird nach dem Lebensstandard fragen. Bei uns habe es ein solches Aufrücken einer Generation mit verändertem Bewußtsein in der Nachkriegsphase auch gegeben. Die spätere Generation sei nicht befriedigt, wenn man ihr sagt, was früher alles schlecht gewesen sei.

FAM bemerkte: Vor seiner Reise nach Moskau sei ihm vieles nicht so klar gewesen; er sei schließlich auch kein Ostexperte. Immerhin verstehe er seine Gespräche mit der Sowjetführung so, daß es, wie gesagt, weniger um die konkreten Waffenlieferungen gehe, sondern in erster und entscheidender Linie um die Ausübung globaler Verantwortung. In diesem Sinne habe er auch sofort „von Waffenlieferungen an andere Teile der Welt" gesprochen. Das müßten die Sowjets verstanden haben.

BM: Die SU befinde sich in einer kritischen Phase, sie betreibe eine konservative Außenpolitik. Ihre Dominanz werde nicht mehr einfach hingenommen. Der geistige Führer der kommunistischen Welt fehle heute. Auf die Machtposition allein könne sie ihre Rolle nicht gründen. Somit habe eine emanzipatorische Bewegung eingesetzt. Beispiele: Tito, Rumänien. Und jetzt gebe es ein kommunistisches Land, das sich dem zentralen Einfluß total entziehe. Es habe ein Prozeß begonnen, den man auch mit der spätkolonialen Phase vergleichen könne. Die SU reagiere in Kenntnis dieses Prozesses besonders sensibel (z.B. Papstwahl[13]). Angesichts der Größe und der Bedeutung der SU gebe es ver-

[12] So in der Vorlage.

[13] Nach der Wahl des polnischen Kardinals Wojtyła zum Papst am 16. Oktober 1978 stellte Botschafter Wieck, Moskau, fest: „Generell ist davon auszugehen, daß die Sowjetunion die Wahl eines Kardinals aus einem sozialistischen Land zum Papst als einen Vorgang erheblicher – auch politischer – Bedeutung ansieht, dessen Folgen sie sorgfältig beobachten wird. Die unmittelbaren Wirkungen für die Sowjetunion sind dabei, auch im Vergleich zu anderen Ostblockstaaten, relativ gering. [...] Anders als z.B. in Polen spielt katholische Kirche im sowjetischen Staat keine nationale Rolle und

schiedene Punkte, die sie zur selben Zeit lösen müßte (mit den möglichen Fehlerquellen). Mit Hua Kuo-feng habe China andere Perspektiven. Er habe vielleicht 20 Jahre vor sich.

FAM: Er wolle dem eine andere Schlußfolgerung hinzufügen: Was habe der Komplex China für eine Bedeutung zwischen dem Westen und der SU? Zur Zeit sei der Effekt für die europäischen Nationen eher positiv. Ihm sei klar, daß die Leitung der SU wünsche, daß ihre Beziehungen zu den Westmächten gut bleiben. Das sei seine persönliche Wahrnehmung seit seinem Aufenthalt in Moskau. Er sei überzeugt, daß Moskau seinen Besuch in diesem Sinne kalkuliert habe. Das gelte auch für sein Telefongespräch mit Breschnew.[14] Er habe ferner den Eindruck, daß Moskau auch an guten Beziehungen zu Washington interessiert sei. SALT werde positiv gesehen; wenn es zu einem guten Ende komme, sei dies auch gut für Europa. Man werde auch später mit China besonders vernünftig umgehen müssen. Der Besuch in Moskau des französischen Präsidenten (Ende März[15]) werde gut verlaufen.

(Europadirektor *Andréani* warf ein, die SU verhalte sich in dieser Phase korrekt. Was sie in einer zweiten Phase mache, ließe sich nicht sagen. Vielleicht würde diese zweite Phase schnell kommen.)

BM: Die Entspannungspolitik der sowjetischen Regierung sei auch für sie weise gewesen. Die dortigen Entspannungsfreunde könnten jetzt darauf verweisen, daß bei der schwierigen Lage im Fernen Osten diese Politik hilfreich gewesen sei. Wenn später die Sache anders laufe, könnten sich evtl. die Kritiker durchsetzen. Daher sei es für uns unbedingt nötig, an dieser Politik festzuhalten. Vielleicht eröffne diese sogar noch Chancen.

BM fragte nach MBFR und EAK[16]. *FAM*: Hierüber sei in der Tat gesprochen worden. Gromyko sei zur EAK so vorsichtig und positiv wie möglich gewesen. Er habe geäußert, die Tatsache, daß „wir sie nicht öffentlich angenommen haben, heißt nicht, daß wir sie zurückweisen". Gromyko habe dann durch Fragen taktiert, z.B. was werde mit FBS, wie könne man nukleare und konventionelle Waffen trennen. Was werde aus MBFR, wer solle teilnehmen? Er habe aber keine Fragen zur Geographie gestellt. *BM*: Das sei der keypoint. *FAM*: Er habe ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 216

tritt im politischen Leben praktisch nicht in Erscheinung. [...] Sowjetische Überlegungen dürften sich daher in erster Linie auf Wirkungen in anderen Ostblockstaaten konzentrieren und in folgende Richtung gehen: Kirchen in den Ostblockstaaten könnten sich – unter der Oberhoheit eines polnischen Papstes – stärker auf ihre Eigenständigkeit besinnen und gegenüber staatlichen Stellen einen militanteren und weniger kooperativen Kurs einschlagen. [...] Daß zum ersten nichtitalienischen Papst seit 450 Jahren ein Kardinal aus einem sozialistischen Land gewählt wurde, einer Staatengruppe also, deren ‚Staatsreligion' der Atheismus ist und die die Religionen in der Phase des Übergangs zum Kommunismus allenfalls zu dulden bereit ist, hat symbolische Bedeutung und in den Augen sowjetischer Führung wohl den Charakter einer ‚politischen Demonstration'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3741 vom 20. Oktober 1978; Referat 203, Bd. 115882.

14 Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 14. Februar 1979 über den Besuch des französischen Außenministers François-Poncet vom 11. bis 13. Februar 1979 in der UdSSR: „Auf sowjetischen Wunsch wurde am 12.2. ein Telefongespräch im sowjetischen Außenministerium mit dem außerhalb Moskaus befindlichen Breschnew geführt, das vorwiegend protokollarischen Inhalt hatte. Franzosen erfuhren nicht, wo sich Breschnew aufhält. [...] Die Tatsache des Gesprächs ist auch in der hiesigen Zentralpresse veröffentlicht worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 529; VS-Bd. 11139 (310); B 150, Aktenkopien 1979.

15 Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 26. bis 28. April 1979 in der UdSSR auf.

16 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 3, Anm. 16.

antwortet, die FBS sollten ruhig diskutiert werden, aber nicht in der EAK usw. Sein Eindruck sei, das Gespräch habe Fortschritte erbracht, ohne daß er deswegen jetzt zum Optimismus neige. Ob seine Einschätzung der sowjetischen Westpolitik so bleibe, wenn die zweite Phase mit China käme, wäre abzuwarten.

BM: Wir haben den Sowjets und anderen gesagt, daß wir für die EAK seien (weil sie weiter gehe als MBFR). EAK sei insgesamt vorteilhaft, besonders wenn man mit MBFR nicht vorankäme. Das werde die „Abrüstungscommunity" dann ausnützen. Das spürten auch die Sowjets. Er, BM, teile die Einschätzung des Verhaltens von Gromyko: Hinzu käme aber, daß die Sowjets nicht brüsk die EAK ablehnen könnten, weil es zu viele Leute in Europa gebe, die nach der KSZE, die sich zivilen Themen gewidmet habe, nun auch im militärischen Bereich verhandeln wollten. Das französische Projekt sollte also im Gespräch bleiben, bei uns mit positivem Echo!

FAM: „SALT und das Verhältnis USA/UdSSR haben wir auch behandelt", lowkey. Gromyko habe gesagt, es gebe noch wichtige, eher technische offene Punkte, z. B. Cruise Missiles. Er, Gromyko, habe die politische Einstellung der USA als solche kritisiert, weniger als bisher Carter; er habe mehr von der Unsicherheit der US-Politik als solcher gesprochen, von den dortigen Gruppen der Entspannungsgegner, von den vielen Wahlen, bei denen man nicht vorher wisse, was rauskommt usw. Er habe Carter zwar auch kritisiert, aber „nicht so schlimm".

BM: Er glaube, die SU sei irritiert wegen der Frage, ob SALT den Senat passiere. So etwas mache den Sowjets viel Kopfzerbrechen. Die parlamentarische Behandlung des Moskauer Vertrages[17] hätten die Sowjets mit größter Intensität beobachtet (teils mehr als wir). Sie könnten eben nicht verstehen, daß sich nach Wahlen bei uns etwas ändern könne. BM: Haben Sie über die DDR, Berlin gesprochen? *FAM*: Nein, in meinem Exposé habe ich davon gesprochen. Ohne Reaktion. Die Sowjets hätten auch nicht über Rumänien gesprochen. Auch nicht über den französischen Staatsbesuch dort.[18] All dies hätten sie vermieden. Sie hätten Gespräche zwischen COMECON und EWG[19] für gut befunden. Auch die bilateralen Beziehungen. Sie hätten nicht um die Abschlußdokumente gekämpft, z. B. Anzahl, Inhalt. Sie hätten immer wieder gesagt, sie seien

17 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.
Für den Wortlaut der am 17. Mai 1972 anläßlich der Abstimmung über den Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 und den Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 in den Bundestag eingebrachten Entschließung vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 80, S. 10960 f. Vgl. dazu auch AAPD 1972, I, Dok. 125.

18 Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 8. bis 10. März 1979 in Rumänien auf.

19 Vortragender Legationsrat I. Klasse Sieger vermerkte am 24. Januar 1979 zu den Verhandlungen zwischen der EG und dem RGW: „Eine Herstellung vertraglicher Beziehungen zwischen der EG und den osteuropäischen Staatshandelsländern könnte sicherlich dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für die Lieferungen dieser Länder auf die Märkte der Gemeinschaft weiter zu verbessern und somit das bestehende Zahlungsbilanzdefizit zu verringern. Eine solche Normalisierung erscheint neuerdings in den Bereich des Möglichen gerückt. Im letzten Jahr fanden erstmals konkrete Verhandlungen auf politischer Ebene zwischen der Gemeinschaft, vertreten durch die EG-Kommission, und einer Delegation aus RGW und RGW-Staaten über ein Rahmenabkommen statt. Nach Rumänien ist Ungarn das zweite Land des RGW, mit dem die Gemeinschaft Einigung über ein Textilabkommen erzielen konnte; entsprechende Verhandlungen mit Polen stehen vor dem Abschluß, Bulgarien hat die Aufnahme von Verhandlungen über ein Textilabkommen beantragt. Mit verschiedenen RGW-Ländern bestehen Arrangements der Gemeinschaft im Stahlbereich." Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 486.

ganz offen(!). Auf Frage von BM: Über EG-Wahlen[20] sei kein Wort gefallen. Über die Beteiligung Berlins an den EG-Wahlen[21] kein Wort. FAM: Sie seien sehr freundlich gewesen, wenn auch fest in ihren Haltungen, aber sie hätten merklich keine TOP behandeln wollen, die irritieren könnten, und das alles, obwohl die sowjetische Presse ihn, den FAM, vorher persönlich angegriffen habe. FAM: „Diese ‚smooth scene' darf nicht als Nachgiebigkeit gewertet werden."

2) China – Vietnam

BM: Er lese gerade eine AFP-Meldung, Vietnam ziehe Truppen aus Laos ab.[22] Hierzu *FAM*: Die Vietnamesen hätten große Schwierigkeiten in Kambodscha.[23] Wir wissen viel über Kambodscha, wenn sie dort Truppen wegnehmen, um sie an die chinesische Front zu schicken, werde es schwierig. De facto gebe es schon jetzt zwei vietnamesische Armeen. Das sei viel. Wenn sie Truppen in Kambodscha wegnähmen, „schrumpfe es". Vielleicht unterschätze man das militärische Potential der Chinesen. Noch habe es allerdings keine echte Konfrontation gegeben. *BM*: Die Chinesen hätten noch nicht alles gezeigt, was sie haben.

BM: Die USA wollten jetzt eine Sitzung des SR.[24] Sie hätten uns gebeten, sie zu unterstützen. Wir meinten aber, es käme zunächst mal auf die Staaten der Region an, ASEAN, Japan, dann F und GB, die Dritte Welt: „Was halten Sie davon?"

FAM: Wir sind nicht gegen die Einberufung des SR. Die Miteinbringung sei eine andere Sache; die „NATO" sollte sich hier nicht manifestieren. *BM*: Es wä-

20 Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 7. und 10. Juni 1979 statt.

21 Ministerialdirektor Blech legte am 18. Mai 1979 zur Einbeziehung Berlins (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament dar: „Den Sowjets war bei Abschluß des Viermächte-Abkommens nicht unbekannt, daß der EWG-Vertrag, der Direktwahlen vorsieht, in Berlin angewendet wird und daß die Westmächte diese Anwendung als Teil der im V[ier]M[ächte]A[bkommen] erwähnten ‚bestehenden Lage' betrachteten. Berliner waren auch bisher im Europäischen Parlament, und zwar, wie alle Abgeordneten der B[undes]R[epublik] Deutschland, vom Deutschen Bundestag entsandt. Sie werden jetzt vom Abgeordnetenhaus (indirekt) entsandt, während die anderen deutschen Europa-Abgeordneten im Bundesgebiet direkt gewählt werden. Was neu ist, liegt demgemäß der sowjetischen Rechtsauffassung nicht ferner, sondern näher als die bisherige Situation. Unter diesen Umständen läuft das Verlangen, auf die vorgesehene Beteiligung Berlins an den Europa-Wahlen zu verzichten, darauf hinaus, die bestehende Lage zu verschlechtern. Das ist mit dem Konzept des Modus vivendi nicht vereinbar. Die sowjetischen Sorgen richten sich vornehmlich darauf, daß ein direkt gewähltes Europäisches Parlament einen wesentlichen und präjudiziellen Entwicklungsschritt auf ein supranationales Europa hin darstellt, und daß dieses Parlament Kompetenzen hinsichtlich Berlins entwickeln könnte, wie sie der BR Deutschland aufgrund des VMA nicht zustehen." Vgl. Referat 210, Bd. 116536.

22 Botschafter Wasserberg, Vientiane, berichtete am 18. Januar 1979: „Laos kann seine innere und äußere Sicherheit nur mit fremder Hilfe aufrechterhalten. Hanoi ist dem laotischen Wunsch, [...] Truppen in Laos zu stationieren und diese speziell in Aufstandsgebieten [...] zu konzentrieren, willig nachgekommen. [...] Über die Zahl der in Laos stationierten vietnamesischen Soldaten kann man nur Spekulationen anstellen. Die Zahl 60 000, die man in diesem Zusammenhang oft hört, scheint zu hoch gegriffen. Wahrscheinlich sind es z. Z. nur 20 – 30 000." Vgl. den Schriftbericht Nr. 24; Referat 340, Bd. 110639.

23 Zur militärischen Lage in Kambodscha vgl. Dok. 32, Anm. 6.

24 Der UNO-Sicherheitsrat beriet vom 23. bis 28. Februar 1979 über den chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1979, S. 281–283.
Am 16. März 1979 scheiterte im UNO-Sicherheitsrat am Einspruch der UdSSR die Verabschiedung einer Resolution, die von den ASEAN-Mitgliedstaaten eingebracht worden war. Darin wurden der Rückzug aller Streitkräfte von fremdem Territorium sowie die Beachtung der Souveränität, territorialen Integrität und Freiheit aller Staaten gefordert. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1979, S. 284 f.

re in der Tat ein Fehler, wenn der Westen und die SU Parteien in einem „Konflikt Dritter" würden, eine unmögliche Einengung des Handlungsspielraums. *FAM*: Einverstanden. „Wir sind noch dabei, alles zu prüfen, aber Ihre Linie ist richtig." *BM*: Wir sollten engen Kontakt halten, die europäischen Staaten sollten sich gemeinsam verhalten, amerikanische Fehler nicht ohne weiteres mitmachen. Die SR-Sitzung wollten weder die SU noch die Chinesen. Ein Junktim: China–Vietnam–Kambodscha sei für die Chinesen besser. Klar sei aber alles noch nicht. Hierzu BM: Die ASEAN-Staaten lassen das Junktim erkennen.[25] Auch die japanische Erklärung.[26] Die Sowjets würden diesen Komplex sehr verantwortungsvoll prüfen, sie wollten nicht schnell hineingezogen werden. Die öffentliche Meinung dränge auch nicht auf sowjetische Aktivitäten, trotz des Vertrages SU–Vietnam[27].

FAM: Was passiert wohl, wenn die Chinesen wirklich angreifen, eine große Schlacht schlagen? Vietnam diese verliert? Dazu werde es wohl kommen. Die Chinesen wollten zeigen, daß die Sowjets keine zuverlässigen Verbündeten seien, mehr eine Art Papiertiger. Mit dem Ergebnis: In diesem großen Raum käme kein Land ohne China aus. Eine solche Lage könnten die Sowjets wiederum nicht hinnehmen. *BM*: Die Chinesen werden nun ihre Ziele nennen müssen: Strafaktion, Wiederabrücken? In allen strategischen Diskussionen zeige sich: Wenn China eine große Stadt einnehme oder tief eindringe, gebe es für die SU vitale Entscheidungen. Vietnam, Laos können Kriege führen um Streifen von 10 km. Großmächte könnten das nicht, ohne das gesamte Gleichgewicht zu berühren. *FAM*: Die Chinesen geben vor, nur eine grenznahe Strafaktion durchzuführen. Sie brauchten aber eben einen klaren militärischen Sieg. (Einwurf von *D2*: Genau das ist der Punkt; ohne Gesichtsverlust könnten die Chinesen nur diese Strafaktion machen. Käme es zu einem klaren militärischen Sieg, wäre der Rückzug bereits Gesichtsverlust.)

FAM: Wir haben hierüber in Peking gesprochen. Die Chinesen erwarteten nicht, daß Kambodscha durch diese Strafaktion „frei" werden könne. Die Abschüttelung der Vietnamesen in Kambodscha könne nur von innen erfolgen. Die Chinesen suchten also die Schlacht auf dem Felde. Sie wollten diese Demonstration. Würden sie nur 10 km eindringen und dann wieder weggehen, würde die Welt lachen. Sie wollten also die vietnamesische Armee „voll kommen lassen", sie besiegen und dann erst weggehen.

[25] Botschafter Boss, Bangkok, übermittelte am 21. Februar 1979 den Wortlaut einer Erklärung der ASEAN-Mitgliedstaaten vom Vortag. Darin hieß es: „In order to avoid further disruption of peace and stability in the Southeast Asian region, the ASEAN countries urgently appeal to the conflicting parties to cease all hostilities and urge that all foreign forces be withdrawn from all the areas of conflict in Indochina." Vgl. den Drahtbericht Nr. 199; Referat 340, Bd. 110760.

[26] Botschafter Diehl, Tokio, berichtete am 18. Februar 1979: „Die japanische Regierung wird am 18.2.1979 gegen 11.30 Uhr Ortszeit eine Stellungnahme veröffentlichen, in der Besorgnis und Bedauern über die Eskalation des Konflikts ausgesprochen wird. Die japanische Regierung sagt, sie hoffe, daß beide Seiten sich unverzüglich bemühen, die Probleme in ganz Indochina mit friedlichen Mitteln zu lösen. Der Ausdruck wird im Englischen etwa lauten ‚all areas of Indochina'. [...] Auf jeden Fall werde man gegenüber der Presse auf Fragen nach der Interpretation des Begriffs ‚all areas' klarstellen, daß auch Kambodscha gemeint sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 227; Referat 340, Bd. 110760.

[27] Am 3. November 1978 schlossen die UdSSR und Vietnam einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1145, S. 185–199. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 157–159.

(Einwurf von *Andréani*: Sie erklären also genau das Gegenteil von dem, was sie wollen!)

FAM: Vietnam habe noch keine ordentlichen Streitkräfte dort. S.E. käme es in etwa einer Woche zu einer solchen Schlacht.

FAM: Ich glaube nicht, daß die Chinesen so aus der Sache herauskommen. In den letzten zwei Monaten habe ich manche Reaktion aus den Staaten des WP gehabt; von den Polen z.B. Sowjetische Haltung ist also, daß die Vietnamesen China besiegen werden. Wie soll ich das verstehen? Die Geographie ist doch so, daß die modernen Waffen dort nicht gut eingesetzt werden können.

BM: Moderne Waffen sind zwar gut, aber sie können auch zu gut sein. BM meint, die vietnamesischen Truppen seien kampferprobt, modern, kampfwillig. Er habe bei dem Besuch der ASEAN-Minister im Herbst in Bonn[28] gefragt, warum Vietnam eine so starke Armee aufrechterhalte, z.B. unter dem Gesichtspunkt der Besatzungsmacht für Süd-Vietnam, z.B. als Arbeitsbeschaffung, z.B. als Einsatzbereitschaft für künftige militärische Operationen. Mit Ausnahme des AM von Thailand[29] hätten alle Minister geantwortet, die dritte Alternative müsse entfallen. Sie hätten sich für die zweite ausgesprochen (Arbeitsbeschaffung). Heute sei klar, daß die dritte Alternative eingetreten sei.

BM meinte, wie interessant es doch sei, daß man in Hongkong die Dinge an der chinesisch-vietnamesischen Grenze gelassen betrachte – man nehme das dort als eine lokale Angelegenheit –, während wir sofort den Gegensatz Moskau–Peking sähen. *FAM* schloß sich dieser Ansicht an und bemerkte, die Botschaft Chinas, aber auch die Moskaus in Hanoi arbeite normal weiter, „business as usual". Es gebe auch keine Luftangriffe im Hinterland. FAM: Das ist eine optimistische Einschätzung, aber wie geht das wohl später weiter? *BM* antwortete hierauf: Es komme entscheidend darauf an, ob die SU verantwortungsvoll durchhält oder nicht. Wir müßten uns Mühe geben, Fehleinschätzungen zu vermeiden. Es ginge nicht nur darum, sondern auch um die Situation im WP, Rumänien, Afghanistan, Iran, Länder, die genau registrieren würden, wie sich Moskau verhalte. Die SU – so wiederholte BM – habe als großes Land viele Möglichkeiten, Fehler zu machen. Als vorläufige Schlußfolgerung sagte *FAM*, die Haltung, die die Europäer in diesem Vorgang bezögen, sei außerordentlich wichtig. Sie sollte im Endergebnis eher prosowjetisch als prochinesisch sein. Jedenfalls dürfte die SU nicht den Eindruck haben, daß die Europäer prochinesisch seien. *BM* pflichtete dieser Auffassung bei und ergänzte, daß auch nach seiner Meinung in Moskau nicht der Eindruck entstehen dürfte, daß die dortige „schwache Stunde" ausgenutzt würde. Es müsse unser Wille erkenntlich sein

28 Vor Beginn der Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 20./21. November 1978 in Brüssel hielten sich die Außenminister Romulo (Philippinen) vom 14. bis 17. November 1978, Rithauddeen (Malaysia) vom 15. bis 18. November, Rajaratnam (Singapur) vom 15. bis 18. November und Pachariyangkun (Thailand) vom 15. bis 19. November 1978 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Rajaratnam, Rithauddeen und Romulo am 16. November 1978 vgl. die Gesprächsaufzeichnungen; Referat 200, Bd. 111229. Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit den vier Außenministern am 17. November 1978 vgl. AAPD 1978, II, Dok. 350.
Der indonesische Außenminister Kusumaatmadja hielt sich am 23./24. November 1978 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 23. November 1978 vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 200, Bd. 111229.

29 Upadit Pachariyangkun.

zu einer kontinuierlich langfristigen Entspannungspolitik. Diese Haltung werde sich auszahlen. Die Sowjets müßten wissen, daß diese Art von Entspannung wirklich langfristig sei und kein konjunkturelles Ereignis.

(*D2* bemerkte, dieser Aspekt habe auch mit der von uns gemeinsam vertretenen These der Unteilbarkeit der Entspannung zu tun; wir müßten die Unteilbarkeit in dem jetzt anhängigen Fall unter Beweis stellen, um später oder in anderen Fällen zu unseren Gunsten argumentieren zu können.) *FAM* pflichtete dieser Argumentation bei.

BM erkundigte sich nach der Reise von Jenkins nach China. War das wohl abgestimmt? Und wenn ja, nach welchem Procedere? Sei wohl die Präsidentschaft[30] gefragt worden?

FAM: Das ist eine gute Frage. *BM*: Er gebe zu, die Zustimmung für diese Reise sei an sich nicht nötig, weder seitens der Mitgliedstaaten noch der Präsidentschaft. Aber es gebe Unternehmungen dieser Art mit manchmal hohen politischen Folgen: Die EG sei ein anonymer Körper, ertragen müßten die Folgen indessen die europäischen Staaten. Ein solches Auseinanderklaffen könnten sich die Sowjets einfach nicht vorstellen. Das sei ein prinzipielles Problem. Wir hätten hierzu eigentlich die EPZ. Sie habe zur Aufgabe, akkordierte Haltung zu außenpolitischen Problemen zu erarbeiten. Er frage sich, wie die Übertragung dieser akkordierten Haltung auf die Kommission möglich sei. Die Sowjets werden die Reise von Jenkins minutiös beobachten (die Sowjets stimmten jede Rede bis zum letzten Komma im Politbüro ab und jede politisch deutbare Position ebenso). Sie würden Jenkins als den „höchsten Europäer" betrachten und an ihn denselben Maßstab anlegen. Vielleicht würden sie meinen, daß die Jenkins-Reise nur ein gemeiner Trick sei.

FAM: Mit ihrer Einschätzung bin ich einverstanden, aber welche Folgen? Jenkins hat viele Male gesagt, z.B. auch zu mir, er ginge nach Peking, aber natürlich nicht mit der Problemstellung von heute. Wir sollten also eine Lösung finden für das, was die Kommission bei Weltreisen und mit welcher „language" macht.

BM: Vielleicht liegt eine Lösung in der deutschen Formel „sich ins Benehmen setzen"; das bedeute zwar keine Genehmigungspflicht: Vor drei Monaten hätte ich z.B. den BK nicht gefragt, ob ich dahin fahren könne. Heute würde ich mit ihm Verbindung aufnehmen, um seine Meinung zu hören. Weiter: Jenkins ist sozusagen ein Segen. Er ist zum Glück hocherfahren und wird uns wohl keine Probleme schaffen. Aber je enger die EPZ wird, desto größer stellt sich vielleicht das jetzt hier behandelte Problem.

Auf Frage des *FAM*, ob er diesen Punkt mit Jenkins besprechen solle, meinte *BM*, man sollte dies nicht an diesem Einzelfall exerzieren. Die Minister kamen überein, diesen Punkt informell bei dem nächsten Treffen à la Gymnich[31] auf-

[30] Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

[31] Auf Schloß Gymnich bei Bonn fand am 20./21. April 1974 erstmals ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der EG-Kommission statt. Ziel dieses Treffens und nachfolgender „Gymnich-type"-Treffen sollte sein, in kleinem Kreis ohne großen Mitarbeiterstab und feste Tagesordnung alle außenpolitischen Fragen auch außerhalb des Themenbereichs der Europäischen Gemeinschaften zu erörtern, ohne an Verfahrensregeln und Abläufe regulärer EG-Ministerratstagungen gebunden zu sein. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 128.
Am 12./13. Mai 1979 kamen die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ zu einem informellen Treffen in Mercuès/Cahors zusammen. Vgl. dazu Dok. 137.

zunehmen. (Botschafter *Herbst* warf ein, daß die Kommission womöglich für ein solches Procedere dankbar sein würde, weil sie keine eigene diplomatische Vertretung unterhalte und somit auf den politischen Konsens mit den Mitgliedstaaten angewiesen sei.)

3) Mittlerer Osten

BM fragte, ob Ayatollah Khomeini die Kraft und die Gabe habe, eine funktionierende Verwaltung im Iran einzuführen.

FAM meinte, seine verwaltungsmäßige Begabung habe in Frankreich nicht beeindruckt. Wenn er auch nicht die beste Lösung für den Iran sei, so sei er auch nicht die schlechteste. Ob er die Wirtschaft wieder in Gang bringen und eine Verwaltung einrichten könne, sei z.Z. kaum zu entscheiden. Die Minister orientierten sich über die deutschen und französischen Rückwanderungen aus dem Iran mit dem Ergebnis, daß die deutsche Kolonie in Persien kaum, die französische aber erheblich „geschrumpft" sei.

BM: Prinzipiell meine er, daß es am Beispiel Iran darauf ankomme, rechtzeitig die Kräfte zu erkennen, die eine interne Stabilität und eine äußere Unabhängigkeit von der SU garantieren können. Wir sollten nicht auf die falschen Pferde setzen. In Südafrika oder sonst habe der Westen eine große Chance, wenn wir nicht darauf bestehen, unsere Lebensform, Verfassung oder etwas Anderen aufzudrängen. Diese Länder sollten zur Stabilität und Unabhängigkeit das machen, was sie für ihre eigenen Verhältnisse günstig hielten. Eine solche Entwicklung sei für[32] uns von Vorteil, denn die Sowjets reagierten genau anders: Sie verlangten die Anpassung. Beispiele ergäben sich im arabischen Raum, z.B. Libyen. Zum einen sei Ghadafi nicht erfreut gewesen über den Besuch von Honecker.[33] Er wollte ihn eigentlich gar nicht empfangen. Dann habe er nach dem Besuch sofort eine Einladung an ihn, BM, geschickt. Der libysche Innenminister habe bei einem Besuch bei uns klargemacht, daß man nicht mehr die Terroristen unterstützen wolle; die Gesamtheit der deutsch-libyschen Gespräche machte deutlich, daß man dort von der SU und ihren Verbündeten enttäuscht sei.[34] Die Revolutionsphase liege hinter diesen Leuten. Jetzt suchten sie nach neuen Partnern der Zusammenarbeit, um sich selbst weiterhelfen zu können, unbeschadet übrigens der religiösen Seite, die ohnehin eine große Rolle spiele.

FAM: „Das überrascht uns etwas. Libyen ist für uns sehr wichtig" (Tschad[35]). Ein anderes gutes Beispiel sei auch der Irak. Alles, was Sie sagen, gilt m.E. auch für den früher mit der SU verbündeten Irak.[36] Im Ergebnis war der Irak

32 Korrigiert aus: „von".

33 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 15./16. Februar 1979 in Libyen vgl. Dok. 43.

34 Der libysche Innenminister Belgassem hielt sich vom 22. bis 28. Januar 1979 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 22. Januar 1979 vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178802.

35 Zum Ausbruch des Bürgerkriegs im Tschad am 12. Februar 1979 vgl. Dok. 43, Anm. 8.

36 Botschafter Menne, Bagdad, hielt am 2. Februar 1979 fest: „Die Sowjetunion nimmt noch heute einen privilegierten Platz in der irakischen Außenpolitik ein, nur ist er weniger privilegiert als vor Jahr und Tag. Auch entspricht die Privilegierung weniger einer Sowjetfreundlichkeit als einer Sowjetabhängigkeit des Irak. Immerhin hatte die Nahost-Entwicklung dem Irak subjektiv keine andere Wahl gelassen, als Waffen von der Sowjetunion zu beziehen und sich als Gegenleistung an

in letzter Zeit sogar der Meinung, daß es für seine Zwecke förderlich sei, den Schah[37] im Iran zu halten. Eine andere Frage sei, wie die Entwicklung im Iran auf die arabische Welt insgesamt wirken werde und dann noch angesichts des Problems der Palästinenser. Vorläufig behindere diese Entwicklung das ägyptisch-israelische Gespräch.[38] *BM*: Ich habe bei vielen Erklärungen zum Nahost-Konflikt darauf aufmerksam gemacht, daß die Zeit nicht für Israel arbeite. *FAM*: Hierzu habe ja der Präsident in seiner Pressekonferenz am 15.2. einiges gesagt.[39]

4) Afrika (arabische Welt)

FAM: Wir beurteilen zur Zeit die Lage so, daß infolge eines natürlichen Mißtrauens und gemachter Erfahrungen das Image der SU–USA–China, kurz: der Supermächte (die nur ihre eigenen Ziele verfolgen), in dieser Welt sehr gelitten hat. Kurzum, diese (arabischen und afrikanischen Staaten) können sich auf die Supermächte nicht verlassen. Das politische Bewußtsein in diesen afro-arabischen Ländern habe sich also verändert. Die Lage öffne auch Wege für Initiativen. Jedenfalls sei jetzt die richtige Zeit, nach Lösungen zu suchen für eine Zusammenarbeit im Bereich der Technologie bei uns, mit arabischen finanziellen Hilfen und durch ein Gespräch mit den Empfängern. Der EAD[40] hat uns nicht viel geholfen. Er war stets belastet durch den NO-Konflikt und insoweit wegen mangelnder Bereitschaft der Europäer. Jetzt will der französische Präsident bei seinem Besuch im Sudan[41] entsprechende Fragen an Numeiri als Präsident der OAU richten. Dann müßte man auch die Arabische Liga fragen. In der ersten Phase sollte man versuchen, zu ermitteln, was OAU und AL von solchen Gedanken halten. Aber was macht man in der zweiten Phase?

BM: Nach seinem Eindruck betrachteten die Afrikaner Europa als Nachbarn. Die Gemeinschaft und die Staaten der Gemeinschaft seien in ihren Augen vorteilhaft. Man begründe keine neuen Abhängigkeiten. Im Gegensatz zum Nahost-Konflikt (im Verhältnis zu den Arabern) behindere die Problematik Südafrikas kaum das euro-afrikanische Verhältnis. Angesichts dieser Lage unterstütze er voll die französischen Überlegungen. Es sei doch in der Tat merkwür-

Fortsetzung Fußnote von Seite 223

sie anzulehnen (Freundschaftsvertrag). Diese Anlehnung hat der Irak drastisch reduziert, was den Außenhandel (Ostblockimporte schrumpften auf 9% – Bundesrepublik allein hat 21% inne) und was sowjetische personelle Präsenz angeht. Vergleichbares beginnt auf dem Waffensektor, wo der Irak allerdings weiß, daß für ihn die Wiederholung des ägyptischen militärischen Bruchs mit der Sowjetunion keine realistische Option ist. Soweit ihm aber die Diversifizierung seiner Waffenbezüge (oder sonstiger militärischer Ausrüstungen) möglich erscheint, betreibt er sie energisch. Die Neuorientierung der irakischen Außenpolitik ist [...] auch von der Perspektive eines bedrohlichen Näherrückens des Freundschaftsvertragspartners verursacht worden. Die regionale Neuorientierung ist begleitet von einer Intensivierung der Kontakte zu Europa (mit Schwerpunkt auf Frankreich, den neutralen Staaten und den kleineren NATO- bzw. EG-Partnern) und zu China." Vgl. den Schriftbericht Nr. 123; Referat 311, Bd. 137595.

37 Mohammed Reza Pahlevi.

38 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zum Stand der ägyptisch-israelischen Verhandlungen über einen Friedensvertrag vgl. Dok. 49, Anm. 12.

39 Auf einer Pressekonferenz am 15. Februar 1979 erläuterte Staatspräsident Giscard d'Estaing die Haltung Frankreichs zu den ägyptisch-israelischen Verhandlungen über einen Friedensvertrag. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1979, I, S. 76–96.

40 Zum Europäisch-Arabischen Dialog vgl. Dok. 22, Anm. 23.

41 Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich am 23. Mai 1979 im Sudan auf.

dig, daß die Erwartungen der Außenwelt an die Gemeinschaft sehr viel höher seien als die Erwartungen innerhalb der Staaten, die die Gemeinschaft tragen. Man denke nur an Israel, das sich früher gegen dieses Europa gewandt habe und heute die Zusammenarbeit mit der EG für sinnvoll halte. BM ferner: Im Ergebnis wäre es sehr positiv, wenn wir uns auf einer solchen Linie verständigen könnten, auch über Zeitpunkte und über einzelne Felder; all dies könne nur zu einer Stabilisierung führen, einer enorm wichtigen Aufgabe, eine Aufgabe, die nicht die USA, auch nicht die Neutralen, erfüllen könnten. Wenn es jemandem gelänge, dann könnten es nur wir sein.

FAM: In der Tat, die praktischen Wege zur Erreichung dieses politischen Zieles sollten wir nach Kontaktaufnahme mit den betroffenen Ländern besprechen.

VS-Bd. 11090 (202)

51

Deutsch-französisches Regierungsgespräch in Paris

105-12.A/79 **23. Februar 1979**[1]

Deutsch-französische Konsultationen am 22./23.2.1979 in Paris; Gespräch zwischen Präsident Giscard d'Estaing und dem Bundeskanzler unter Beteiligung von Premierminister Barre, Vizekanzler Genscher und Außenminister François-Poncet am 23.2.1979 um 10.30 Uhr im Elysée-Palast;
hier: Dolmetschervermerk

I. Lage im Iran – Ölversorgung

Giscard erklärte, die – bereits in Guadeloupe[2] erörterte – Lage im Iran sei weiterhin nicht zufriedenstellend. Sollten die linken Kräfte die Oberhand gewinnen, so würde sich ein Regime in der Art des in Irak oder in Syrien herrschenden entwickeln, mit dem keine wirtschaftlichen Beziehungen möglich wären. Er – Giscard – hoffe daher auf einen Erfolg Khomeinis – wenn dieser auch sehr hart und blutrünstig sei – und auf eine Niederlage von dessen linken Gegenspielern sowie der Kommunisten.

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat am 2. März 1979 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 21. März 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter mit der Bitte übermittelt, Bundesminister Genscher zu unterrichten.
Hat Lewalter am 21. März 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Über Herrn StS u[nd] Herrn D 2 Ref[erat] 202 mit d[er] Bitte, andere D[ienst]E[inheiten] des Hauses soweit geboten zu unterrichten."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 22. März 1979 vorgelegen.
Vgl. das Begleitschreiben; Referat 014, Bd. 241; B 150, Aktenkopien 1979.

[2] Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. Dok. 2–5.

Was die Frage der Ölversorgung[3] betreffe, habe Frankreich vor zwei Wochen Kontakt mit den Emiraten aufgenommen, wobei auf eine Steigerung der Erdölproduktion hingewirkt worden sei. Es liege im gemeinsamen Interesse, Mangelerscheinungen und eine Versorgungskrise zu vermeiden. Mit Kuwait sei ebenfalls vereinbart worden, insgesamt bis zum Jahresende eine erhöhte Förderung zu erreichen.

Falls die Bundesregierung die Möglichkeit zu einer Einflußnahme auf arabische Staaten habe, sollte sie diese nach besten Kräften nutzen.

Der *Bundeskanzler* verwies auf zahlreiche deutsche Kontakte mit Saudi-Arabien. Ob von deutscher Seite ein Einfluß auf die Emirate ausgeübt werden könne, wisse er nicht, habe sich aber in Jamaika mit Präsident Obasanjo von Nigeria unter anderem auch über die Preispolitik unterhalten[4]. Für problematisch halte er Venezuela und möglicherweise Mexiko.

Giscard bemerkte, niemand habe Einfluß auf Venezuela.

Bundeskanzler erwiderte, er habe Präsident Pérez getroffen[5], der sich zum Anwalt der Entwicklungsländer mache, obwohl sein Land mit einem Pro-Kopf-Einkommen von $ 3500 im Jahr etwa auf dem Niveau Italiens liege. Venezuela zu beeinflussen, sei seines Erachtens Aufgabe der USA.

Barre erinnerte an seinen kürzlichen Besuch in Venezuela; ein Land, das eine „sowohl gegen die USA als auch gegen Europa gerichtete eigennützige Politik" betreibe. Es erscheine ihm besser, mit Mexiko zu sprechen und auf diesem Wege zu versuchen, Venezuela indirekt zu beeinflussen, da Mexiko und Venezuela in bezug auf die europäischen Fragen den gleichen Standpunkt verträten.

Giscard verwies auf seinen am 1. März beginnenden Staatsbesuch in Mexiko[6], dessen Präsidenten[7] er aus der gemeinsamen Zeit als Finanzminister[8] kenne. Er hoffe auf erfolgreiche Gespräche.

II. China

Giscard führte aus, zunächst habe Frankreich es nicht für nötig gefunden zu reagieren, da der chinesische Einmarsch[9] ursprünglich nur als Antwort auf die vietnamesische Invasion Kambodschas[10] zu werten gewesen sei. Man habe sich mit einer „ausgewogenen Kritik" der beiden Aktionen begnügt. Inzwischen ha-

3 Zur Erdölförderung im Iran vgl. Dok. 17, Anm. 8.

4 Bundeskanzler Schmidt und Präsident Obasanjo trafen am 28./29. Dezember 1978 im Rahmen einer informellen Zusammenkunft von sieben Staats- bzw. Regierungschefs auf Jamaika zusammen. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 401. Für das Gespräch am 28. Dezember 1978 vgl. den Drahtbericht Nr. 7 des Ministerialdirigenten von der Gablentz, Bundeskanzleramt, z. Z. Jamaika, vom 29. Dezember 1978; Referat 320, Bd. 125269.

5 Bundeskanzler Schmidt und Präsident Pérez trafen am 28./29. Dezember 1978 im Rahmen einer informellen Zusammenkunft von sieben Staats- bzw. Regierungschefs auf Jamaika zusammen. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 401.

6 Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 28. Februar bis 3. März 1979 in Mexiko auf.

7 José López Portillo.

8 Valéry Giscard d'Estaing war von 1962 bis 1966 und von 1969 bis 1974 französischer Finanzminister.
José López Portillo war von 1973 bis 1975 mexikanischer Finanzminister.

9 Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 2.

10 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.

be sich die Situation geändert. Er halte es für erforderlich, eine strengere kritische Haltung gegenüber China einzunehmen, und habe daher dem Außenminister Weisung erteilt, eine entsprechende Erklärung vorzubereiten.[11] Man möchte dabei in enger Koordination mit der deutschen Seite vorgehen.

BM *Genscher* erläuterte seinen Standpunkt zu der China-Frage, wobei er betonte, die Chinesen müßten jetzt den militärischen Erfolg suchen, da sie nicht – wie ursprünglich angekündigt – nur einige Tage auf vietnamesischem Gebiet geblieben seien. Wichtig sei es, daß eine falsche Reaktion von sowjetischer Seite vermieden werde. Was die Einberufung des Sicherheitsrats betreffe[12], sollte ein entsprechender Antrag nicht nur von den USA und England, sondern auch von ASEAN-Staaten und gleichgesinnten Entwicklungsländern gestellt werden.

Bundeskanzler teilte den Standpunkt Giscards. Die Sowjets hätten sich bisher klug verhalten, andererseits sollte man keinen Schritt unternehmen, der die Sowjetunion verletze.

Auf die Frage des Bundeskanzlers zu der Haltung der Sowjetunion in bezug auf die Einberufung des Sicherheitsrats sagte Außenminister *François-Poncet*, weder China noch die SU seien dafür. Die SU werde wohl versuchen, eine Begrenzung auf die Erörterung des chinesischen Angriffs unter Ausklammerung Kambodschas zu erreichen. Sobald der Text der erwähnten Erklärung vorliege, werde er ihn BM Genscher zeigen.

Der *Bundeskanzler* regte an, daß Giscard vor der Presse die französische Erklärung mit einem oder zwei Sätzen ankündige[13]; er selbst werde ihn dabei unterstützen. Man dürfe nicht den Eindruck erwecken, daß man eine Strafaktion einer Großmacht gegen einen Nachbarn dulde; andererseits erwarte er, daß China sich an seine Versprechungen halte.

Giscard vertrat den gleichen Standpunkt; daher verlange Frankreich in der Erklärung, daß China seine Truppen aus Vietnam zurückziehe.

III. EURATOM-Vertrag

François-Poncet sagte hierzu, er habe in seinem Gespräch mit BM Genscher erläutert, daß Frankreich wegen des jüngsten Urteils des Europäischen Gerichtshofs vor einem neuen Problem stehe.[14] Als der EURATOM-Vertrag vor

11 Am 23. Februar 1979 veröffentlichte die französische Regierung eine Stellungnahme zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1979, I, S. 97.

12 Zu den Beratungen des UNO-Sicherheitsrats über den chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg vgl. Dok. 50, Anm. 24.

13 Anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 22./23. Februar 1979 in Paris gab Staatspräsident Giscard d'Estaing am 23. Februar 1979 eine Erklärung ab, in der er eine weitere Erklärung zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg ankündigte. Für den Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1979, I, S. 98 f. Vgl. dazu auch Anm. 11.

14 Die belgische Regierung stellte am 7. Juni 1978 beim Europäischen Gerichtshof einen Antrag gemäß Artikel 103 des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957. Mit diesem Antrag ersuchte sie den Gerichtshof um einen Beschluß über die Frage, ob Belgien ohne gleichzeitige Beteiligung der Gemeinschaft dem Übereinkommen über den Objektschutz von Kernmaterial, kerntechnischen Anlagen und Nukleartransporten, das unter der Federführung der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) ausgearbeitet wurde, beitreten könne. Vgl. dazu SAMMLUNG DER RECHTSPRECHUNG DES GERICHTSHOFES 1978, Dritter Teil, S. 2154.
Der Europäische Gerichtshof führte in seinem Beschluß vom 14. November 1978 aus: „Die im Vertrag festgelegte Regelung des Eigentumsrechts bewirkt, daß die Gemeinschaft, welcher Verwendung das Kernmaterial auch zugeführt werden mag, alleinige Inhaberin der Vorrechte bleibt, die

20 Jahren geschlossen worden sei, habe er stark interventionistische, staatlich inspirierte Züge erhalten mit Regelungen über ein Monopolsystem[15] und sehr weitgehende Eigentumsrechte der Gemeinschaft[16]. Da die Vertragsbestimmungen in der Vergangenheit nie angewandt worden seien, habe sich bisher kein größeres Problem ergeben. Der Europäische Gerichtshof habe jedoch aufgrund einer – einen geringfügigen Punkt betreffenden – belgischen Klage nunmehr den Vertrag in einer Weise interpretiert, die eine Beeinträchtigung der militärischen nuklearen Anstrengungen Frankreichs zur Folge haben könnte. Dadurch sei für die französische Seite ein „ernstes politisches Problem" entstanden. Um nachteilige Auswirkungen zu vermeiden, habe die französische Regierung eine Vertragsänderung, insbesondere von Kapitel VI[17] (Monopolsystem, Eigentumsrechte), vorgeschlagen.[18] Er habe BM Genscher die Bedeutung

Fortsetzung Fußnote von Seite 227

den wesentlichen Inhalt des Eigentumsrechts ausmachen. So behält die Gemeinschaft letzten Endes das Verfügungsrecht über die besonderen spaltbaren Stoffe; auf dieser Vorstellung beruht [...] das Versorgungssystem. Im Gegensatz zu dem Nutzungs- und Verbrauchsrecht, das zum Zwecke der wirtschaftlichen Verwertung auf eine Vielzahl verschiedener Besitzer verteilt ist, ist das Eigentumsrecht an den spaltbaren Stoffen durch den Vertrag in den Händen eines gemeinsamen öffentlichen Funktionsträgers, nämlich der Gemeinschaft, konzentriert worden; diese – und nur diese allein – ist somit in der Lage, in ihrem Wirkungsbereich sicherzustellen, daß bei der Verwaltung des Kernmaterials die generellen Bedürfnisse der Allgemeinheit gewahrt bleiben." Vgl. SAMMLUNG DER RECHTSPRECHUNG DES GERICHTSHOFES 1978, Dritter Teil, S. 2177.

Der Europäische Gerichtshof beschloß am 14. November 1978: „Die Beteiligung der Mitgliedstaaten an einem Übereinkommen über den Objektschutz von Kernmaterial, kerntechnischen Anlagen und Nukleartransporten, wie es das gegenwärtig auf der Ebene der IAEO verhandelte Übereinkommen darstellt, ist mit den Bestimmungen des E[uropäische]A[tom]G[emeinschaft]-Vertrags nur vereinbar, wenn die Gemeinschaft als solche für die Bereiche ihrer eigenen Zuständigkeit gleichrangig neben den Staaten Partei des Übereinkommens ist." Der Europäische Gerichtshof erklärte weiter: „Die Erfüllung der aufgrund des Übereinkommens eingegangenen Verpflichtungen wird, was die Gemeinschaft angeht, im Rahmen des mit dem EAG-Vertrag errichteten institutionellen Systems gemäß der Zuständigkeitsverteilung zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten sichergestellt werden." Vgl. SAMMLUNG DER RECHTSPRECHUNG DES GERICHTSHOFES 1978, Dritter Teil, S. 2182.

15 Mit Artikel 52, Absatz 2, Buchstabe b des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 wurde eine Agentur unter der Aufsicht der EURATOM-Kommission geschaffen, die ein Bezugsrecht für Erze, Ausgangsstoffe und besondere spaltbare Stoffe, die im Gebiet der Mitgliedstaaten erzeugt wurden, innehatte sowie über das ausschließliche Recht verfügte, Verträge über die Lieferung von Erzen, Ausgangsstoffen oder besonderen spaltbaren Stoffen aus Ländern innerhalb oder außerhalb der Gemeinschaft abzuschließen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1050.

16 Artikel 86 des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 bestimmte: „Die besonderen spaltbaren Stoffe sind Eigentum der Gemeinschaft. Das Eigentumsrecht der Gemeinschaft umfaßt alle besonderen spaltbaren Stoffe, die von einem Mitgliedstaat, einer Person oder einem Unternehmen erzeugt oder eingeführt werden und der in Kapitel VII vorgesehenen Sicherheitsüberwachung unterliegen." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1068.

Artikel 87 des EURATOM-Vertrags bestimmte: „Die Mitgliedstaaten, Personen oder Unternehmen haben an den besonderen spaltbaren Stoffen, die ordnungsgemäß in ihren Besitz gelangt sind, das unbeschränkte Nutzungs- und Verbrauchsrecht, soweit nicht für sie Verpflichtungen aus diesem Vertrag, insbesondere bezüglich der Sicherheitsüberwachung, des Bezugsrechts der Agentur und des Gesundheitsschutzes, entgegenstehen." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1068.

17 Kapitel VI des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 regelte die Versorgung mit Erzen, Ausgangsstoffen und besonderen spaltbaren Stoffen. Durch eine gemeinsame Versorgungspolitik wurde allen Vertragspartnern der gleiche Zugang gewährleistet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1050–1062.

18 Ministerialdirektor Lautenschlager hielt am 14. September 1979 fest: „Frankreich möchte der Nuklearindustrie einen größeren Handlungsspielraum einräumen. Die Industrie soll nach französischer Auffassung hinsichtlich der Ausübung des Bezugsrechtes wie auch des Vertragsabschlußrechtes selbständig und ohne Inanspruchnahme der Versorgungsagentur handeln können. In der Praxis würde dies bedeuten, daß Verträge über den Bezug von Erzen und Kernbrennstoffen von Firmen innerhalb der Gemeinschaft untereinander wie auch mit ausländischen Lieferanten nicht

dieser Änderungen für die militärischen Anstrengungen Frankreichs – auch im Zusammenhang mit dem NV-Vertrag[19] – erläutert. BM Genscher habe angeregt zu untersuchen, ob sich nicht ein Ausweg ohne eine Änderung des Vertrags finden lasse, z.B. durch eine Erklärung der neun Staaten. Er befürchte, wenn man erst einmal den Weg einer Vertragsänderung einschlage, könnten auch andere Länder auf anderen Gebieten (z.B. England in der Fischereifrage[20]) eine Vertragsänderung beantragen. Es sei beschlossen worden, über diese Frage erneut zu sprechen, wenn man eine genauere Vorstellung davon habe. Er – François-Poncet – habe allerdings Zweifel, ob angesichts der präzisen Auslegung des Gerichtshofs BM Genschers Vorschlag angenommen werden könne.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, in diesem Fall müßte das Urteil auch Großbritannien stören, das François-Poncet jedoch als „sleeping nuclear power" bezeichnete.

BM *Genscher* fügte hinzu, bei Abschluß des EURATOM-Vertrags sei man davon ausgegangen, daß es unter den Mitgliedstaaten nur eine Atommacht, nämlich Frankreich, gebe; auf deutscher Seite sehe man eine Diskriminierung der Bundesrepublik nicht gerne. Andererseits wolle sich die Bundesrepublik auch nicht dem Vorwurf aussetzen, sie versuche sich Zugang zu spaltbarem Material für eine militärische Nutzung der Kernkraft zu verschaffen. Auch diese

Fortsetzung Fußnote von Seite 228

mehr, wie bisher, der Agentur vorzulegen wären, sondern unmittelbar zwischen den Geschäftspartnern geschlossen werden könnten. Ein solches Verfahren wird jetzt bereits insofern praktiziert, als die Geschäftspartner ihre Verträge der Agentur vorlegen und – falls die Agentur keine Einwände erhebt – als von ihr abgeschlossen gelten. Frankreich hat gegen dieses sog. ‚vereinfachte Verfahren' Bedenken. Es verweist hierzu auf die Entscheidung des Eu[ropäischen]G[erichts]H[ofs] vom November 1978, in der der Gerichtshof Kapitel VI in seiner vorliegenden Form bestätigte. Frankreich argumentiert, daß die Kommission jederzeit unter Berufung auf diesen Beschluß das ‚vereinfachte Verfahren' außer Kraft setzen könne. Dies bedeute eine Rechtsunsicherheit, die Frankreich nicht hinzunehmen bereit sei." Vgl. Referat 413, Bd. 129369.

19 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

20 Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann vermerkte am 3. September 1979: „Die seit etwa drei Jahren laufenden Bemühungen der Gemeinschaft um ein gemeinsames Fischereiregime haben wegen des Interessengegensatzes zwischen GB einerseits und den übrigen acht Mitgliedstaaten (MS) sowie der Kommission andererseits bisher zu keiner Einigung geführt. Um eine Mindestbestandserhaltung zu gewährleisten und der Fischereiwirtschaft die erforderliche Orientierung zu geben, erzielten die Acht im Januar 1978 Einvernehmen, die damals vorliegenden Kommissionsvorschläge für Quotenaufteilung sowie Erhaltungs-, Überwachungs- und Fangplanregelungen national anzuwenden (sog. Berliner Kompromiß). Dieser Kompromiß, den GB nie anerkannt, faktisch aber im großen und ganzen eingehalten hat, ist mit einigen Modifikationen Grundlage des bis 31.10.1979 geltenden Status quo." Die Briten, deren Position in den dreijährigen Verhandlungen in der Sache so gut wie unverändert geblieben sei, würden folgende Forderungen stellen: „Eine 12-Seemeilen-Zone soll ausschließlich britischen Fischern vorbehalten sein; die dort bestehende, durch Beitrittsvertrag abgesicherte traditionelle Fischerei anderer MS soll auslaufen. In einer weiteren, unterschiedlich verlaufenden Zone von durchschnittlich etwa 50 sm soll der Fischereiaufwand der übrigen MS auf dem gegenwärtigen Stand eingefroren werden, der künftige Zuwachs bei Bestandserholung allein GB zufallen. [...] GB verlangt Fangquoten, die in der Summe etwa dem Anteil entsprechen, den GB mit seiner 200-sm-Fischereizone in die Gemeinschaft einbringt (rd. 60 %; sog. juste retour). Falls dies nicht auf Anhieb erreichbar ist – was GB zugestehen würde –, soll es durch Festlegung eines automatischen Quotenanstieges bis 1982 sichergestellt werden. Darüber hinaus fordert GB vom gesamten künftigen Bestandszuwachs in ‚EG-Gewässern' zusätzlich zum Quotenschlüssel einen Vorweganteil von 20 % bis 25 % je nach Fischart." Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 565.

beiden Aspekte müßten in Betracht gezogen werden bei der Suche nach einer Lösung des französischen Problems, die auch ohne eine Vertragsänderung sollte gefunden werden können.

Giscard wies darauf hin, daß Frankreich im Zeitpunkt der Ausarbeitung des EURATOM-Vertags noch keine Nuklearmacht gewesen sei. Der Gedanke einer solchen Möglichkeit sei zwar 1954 entstanden, in den Jahren 1956/57 sei aber noch keine klare Entscheidung gefallen, wenn sie auch vorhersehbar gewesen sei.[21] Die jetzige Formulierung des Vertrags führe aber zu „absurden" Folgen; dies gelte besonders für das Vorkaufsrecht der Kommission bei spaltbarem Material. Im übrigen habe sich ungeachtet der neuen Rechtslage in den vergangenen 20 Jahren ein Gewohnheitsrecht entwickelt, das ebenfalls zu berücksichtigen sei.

Bundeskanzler verwies auf die von belgischer und niederländischer Seite zu erwartenden Schwierigkeiten im Fall einer Lösung durch eine Erklärung der Neun, die ihm nicht verständlich seien; möglicherweise lägen sie auf der gleichen Linie wie einige „seltsame Bemerkungen", die Tindemans in jüngster Zeit gemacht habe.

Giscard meinte, letzterem sollte man nicht zu große Beachtung schenken.

Barre führte aus, in der EURATOM-Frage gehe es vor allem darum, bei der Kommission Verständnis zu finden. Der Vertrag habe der Kommission sehr weitreichende Befugnisse eingeräumt, die diese aber bisher nicht ausgeübt habe. Seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs sei die Kommission aber verpflichtet, ihre Befugnisse auszuüben.

Im Gegensatz zum Bundeskanzler meinte Barre, diese Frage sollte nicht in der Zeit der französischen Präsidentschaft[22] erörtert werden. Als Diskussionsgrundlage sollte ein Memorandum ausgearbeitet werden, das nur eine Darlegung des Problems, jedoch keine Vorschläge der französischen Regierung enthalten sollte.

IV. Europäisches Währungssystem (EWS) und Währungsausgleichsbeträge[23] (MCMs[24])

Giscard stellte sodann die Frage, was man über diese beiden Punkte auf der Pressekonferenz sagen sollte.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, wenn die Dinge auch immer komplizierter geworden seien, glaube er doch, daß eine Lösung möglich sein sollte. Falls der Agrarministerrat[25] sich auf eine – auf der Grundlage des Vorschlags der Kom-

21 Am 3. November 1959 erläuterte Staatspräsident de Gaulle in der französischen Militärakademie Saint-Cyr die Nuklearkonzeption Frankreichs und kündigte den Aufbau einer nationalen Atomstreitmacht („Force de frappe") an. Für den Wortlaut der Rede vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 3, S. 125–129.

22 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

23 Zur Einführung des Europäischen Währungssystems in die Gemeinsame Agrarpolitik vgl. Dok. 16, Anm. 4 und 6.

24 Korrigiert aus: „NCMs".
Montants Compensatoires Monétaires.

25 Am 7. März 1979 stellte Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), zur EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 5./6. März 1979 in Brüssel fest: „Rat erzielte eine deutliche Annäherung, aber noch keine volle Einigung über den Komplex ‚Modalitäten des Abbaus der Währungsausgleichsbeträge'". Vgl. den Drahtbericht Nr. 787; B 201 (Referat 411), Bd. 534.

mission[26] beruhende – Formulierung einige, könne auf der nächsten Tagung des Europäischen Rats[27] in Form eines Beschlusses das EWS sofort zur Anwendung gebracht werden. Voraussetzung hierfür sei, daß man sich bei der für den Nachmittag geplanten Besprechung über die agro-monetären Fragen einig werde.[28]

Hinsichtlich des Brüsseler Textes habe es einige Mißverständnisse gegeben: Die Agrarminister hätten in dieser Sache kein „wohlwollendes Verhalten" gezeigt.[29] Er – Bundeskanzler – selbst, der sehr viel Prestige in das Vorhaben investiert habe, sei der Auffassung, daß man eine äußerste Anstrengung unternehmen sollte, um die noch bestehenden Hindernisse aus dem Weg zu räumen; sonst laufe der unter französischer Präsidentschaft tagende Europäische Rat Gefahr, mit einem Fehlschlag zu enden. Beide Seiten sollten auch jeweils im eigenen Land auf eine Lösung hinwirken. Es sei nicht leicht, Ertl und Méhaignerie zu überzeugen. Auch sehe er nicht, wie man den britischen Interessen entgegenkommen könne, da es nicht möglich sei, das gesamte Gebiet zu revidieren.

Was die Präsentation der Angelegenheit vor der Presse betreffe, würde er (Bundeskanzler) sagen, das Thema sei zwar nicht auf der Tagesordnung der deutsch-französischen Konsultationen gestanden; angesichts seiner großen politischen und ökonomischen Bedeutung habe man aber darüber gesprochen. Seines Erachtens sollte man die Frage gegenüber der Kommission und dem Rat nicht präjudizieren. Er würde etwas zögern, sich optimistisch zu geben, da er eher pessimistisch gestimmt sei.

Nachdem *Giscard* sein Bedauern über diese Einstellung des Bundeskanzlers zum Ausdruck gebracht hatte, meinte *Barre*, er glaube, man könnte sich in der Nachmittagsbesprechung einig werden.

Das Gespräch endete gegen 10 Uhr.[30]

Referat 014, Bd. 241

26 Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für die Preisgestaltung im Wirtschaftsjahr 1979/80 und den Abbau der Währungsausgleichsbeträge vgl. Dok. 26, Anm. 4.

27 Zur Tagung des Europäischen Rats am 12./13. März 1979 in Paris vgl. Dok. 83.

28 Der französische Wirtschaftsminister Monory resümierte bei der Plenarsitzung im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen am 23. Februar 1979 in Paris seine Gespräche mit Bundesminister Matthöfer: „Herr Matthöfer hat uns bestätigt, daß er seine Position seit dem 18. Dezember nicht verändert habe und daß weiterhin zwei Vorbehalte beständen. Erstens wollte er als Finanzminister nicht, daß man von ihm innerstaatliche fiskalische Anstrengungen fordere, und zweitens sagte er, daß der Preis der Agrarprodukte nicht in nationalen Rechnungseinheiten herabgesetzt werden sollte. Abgesehen von diesen zwei Vorbehalten hat er die Hoffnung ausgesprochen, daß wir uns so bald wie möglich einigen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100(56), Bd. 48; B 150, Aktenkopien 1979.

29 Am 13. Februar 1979 resümierte Bundesminister Ertl: „Trotz mehrfacher Verhandlungen auf bilateraler Ebene und einem Treffen der Agrarminister anläßlich der Grünen Woche in Berlin gelang es nicht, in den Agrarsitzungen am 5./6. und 12. Februar 1979 einen Kompromiß über die seit Dezember 1978 strittigen Währungsfragen im Zusammenhang mit dem neuen Europäischen Währungssystem zu erzielen. Aufgrund des französischen Junktims ist das vom Europäischen Rat vereinbarte EWS weiterhin blockiert." Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 534.

30 So in der Vorlage.

52

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer

500-503.30/1-158/79 VS-vertraulich **23. Februar 1979**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Humanitäres Kriegsvölkerrecht;
hier: Behauptungen des Völkerrechtsreferats des BMVg

Bezug: Vermerk des Völkerrechtsreferats des BMVg vom 5.2.1979 – VR II 3 – Az 39-61-01-22

Anlg.: 1

Zweck der Vorlage: Zur Information und mit dem Anheimstellen, Herrn StS Dr. Hiehle bei passender Gelegenheit auf den Vorgang anzusprechen.

Als Anlage wird ein – nicht klassifizierter – Vermerk des Völkerrechtsreferats des BMVg mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt. Auf den letzten Absatz des Vermerks (auf Seite 2) und den umfangreichen Verteiler wird besonders hingewiesen.[3] Der Vermerk befaßt sich mit angeblichen Tendenzen zur „nuklearen Abkoppelung der USA", d.h. zur Beschränkung des nuklearen Schutzes Mitteleuropas auf den taktischen Bereich unter Aussparung der Territorien der beiden Großmächte. Solche Gefahren zeigten auch Konturen vor dem Hinter-

[1] Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr Marschall von Bieberstein konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 27. Februar 1979 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Fleischhauer vermerkte: „Bei 014 sind nur zwei Doppel f[ür] B[üro] StS eingegangen. Die Empfänger d[er] anderen Doppel müßten von Ihnen unterrichtet werden. Hier wurden keine Doppel verteilt."
Hat Fleischhauer am 29. Februar 1979 erneut vorgelegen, der für Legationsrat I. Klasse Fulda handschriftlich vermerkte: „B[itte] wie b[e]spr[ochen] die übr[igen] Empfänger der Aufz[eichnung] verständigen (n[ota] b[ene], VLR I Lewalter ist von mir verständigt)."

[2] Hat Staatssekretär van Well am 27. Februar 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] D5: Ich habe StS Hiehle in sehr ernster Form auf diesen V[or]g[ang] angesprochen. Er sagte mir, diese Sache sei sogar vom Bundeskanzler aufgegriffen und mit BM Apel besprochen worden. Dr. Schneider sei wegen Verstoßes gegen die G[emeinsame]G[eschäfts]O[rdnung] gerügt worden. Die Sache solle als nicht existent behandelt werden. Keiner soll von ihr Gebrauch machen. Ich stimmte zu."

[3] Dem Vorgang beigefügt. Referat VR II 3 des Bundesministeriums der Verteidigung vermerkte am 5. Februar 1979, „daß die Gefahr einer sich auf den taktischen Bereich beschränkenden Nuklearwaffenauseinandersetzung auch vor dem Hintergrund völkerrechtlicher Vorgänge Konturen zeigt. Auf der Diplomatischen Konferenz zur Neubestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts war es hauptsächlich dem Einvernehmen der Sowjetunion und der USA zu danken, daß im Jahre 1977 zwei Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen von 1949 verabschiedet werden konnten, die u.a. einen verbesserten Schutz der Zivilbevölkerung vor den Auswirkungen von Kriegshandlungen bezwecken. Nach amerikanischer Auffassung schließt das – in den Protokollen verbriefte – Verbot der unterschiedslosen Kriegsführung den Einsatz strategischer Nuklearwaffen rechtlich aus. Dagegen erscheint es den Amerikanern möglich, einen Einsatz von Nuklearwaffen ‚im taktischen Bereich' so zu planen, daß eine Verletzung dieses Verbots vermieden wird." Vgl. VS-Bd. 10760 (500); B 150, Aktenkopien 1979.

grund der Genfer Zusatzprotokolle von 1977.[4] Das in diesen Protokollen verbriefte Verbot der unterschiedslosen Kriegführung schließe nämlich nach amerikanischer Auffassung den Einsatz strategischer Nuklearwaffen rechtlich aus.

I. Zur Rechtslage ist folgendes zu bemerken:

1) Artikel 51 Absatz 4 des I. Genfer Zusatzprotokolls verbietet den Einsatz von Kampfmitteln oder -methoden, die nicht auf ein militärisches Ziel gerichtet oder deren Auswirkungen nicht gemäß den Bestimmungen des Protokolls begrenzt werden können. Da diese Bestimmung zahlreiche Formen des Einsatzes von Nuklearwaffen betreffen könnte, streben die Amerikaner gemeinsam mit uns und anderen NATO-Verbündeten die Abgabe von möglichst einheitlichen Erklärungen möglichst aller NATO-Staaten bei der Ratifikation des Protokolls an, durch die klargestellt werden soll, „that this Protocol does not regulate or prohibit the use of nuclear weapons".

Damit wäre in völkerrechtlich wirksamer Form klargestellt, daß jedenfalls die Staaten, die diese Erklärung abgegeben haben, bei einem eventuellen Einsatz von Nuklearwaffen nur an das bestehende Völkergewohnheitsrecht, nicht aber an die Bestimmungen des Protokolls gebunden sein werden.

Der erfolgreiche Abschluß der Bündniskonsultationen über diesen für die Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit unserer Abschreckungsstrategie eminent wichtigen Punkt wäre fast an der intransigenten Haltung des BMVg gescheitert, die im wesentlichen von dessen Rechtsabteilung bestimmt wurde.[5]

2) Auch das Völkergewohnheitsrecht läßt nicht jeden Angriff zu, der gleichermaßen auf militärische und nichtmilitärische Ziele ausgerichtet ist. Es erlaubt jedoch in größerem Maße als das I. Zusatzprotokoll den Einsatz von Waffen, die zivile Personen und Objekte in Mitleidenschaft ziehen (sog. Kollateralschäden), solange der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zwischen angestrebtem militärischen Erfolg und dafür in Kauf zu nehmenden Kollateralschäden gewahrt bleibt. Dabei gibt es ein gesichertes Völkergewohnheitsrecht über die Zulässigkeit und das erlaubte Ausmaß des Einsatzes von Nuklearwaffen nicht. Zusammen mit unseren Verbündeten vertreten wir die Auffassung, daß die taktische und strategische Planung des nordatlantischen Bündnisses mit dem bestehenden Völkergewohnheitsrecht vereinbar ist.

Bei den Erörterungen über die anläßlich der Ratifikation des I. Zusatzprotokolls abzugebenden Erklärungen hat die Rechtsabteilung des BMVg immer wieder gefordert, in eine eingehende Diskussion mit unseren Verbündeten über das bestehende Völkergewohnheitsrecht für den Einsatz von Nuklearwaffen einzutreten.

[4] Für den Wortlaut der am 8. Juni 1977 verabschiedeten Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 einschließlich der dazu abgegebenen Erklärungen und Vorbehalte vgl. UNTS, Bd. 1125, S. 4–434 bzw. S. 610–699.
Das Gesetz zu den Zusatzprotokollen I und II zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 trat am 12. Dezember 1990 in Kraft. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1990, Teil II, S. 1550–1649.

[5] Staatssekretär Gehlhoff und Staatssekretär Fingerhut, Bundesministerium der Verteidigung, erörterten am 2. März 1977, welche Auswirkungen auf die Verteidigungskonzeption der NATO von den Zusatzprotokollen zu den Genfer Abkommen von 1949 zu erwarten seien, die auf der seit 1974 tagenden Diplomatischen Konferenz zur Neubestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Kriegsvölkerrechts verhandelt wurden. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 54.

Wir haben uns dem mit Nachdruck widersetzt,

- einmal, weil für eine solche Diskussion keine Notwendigkeit bestand, da sie für das Problem von uns und anderen NATO-Staaten bei Ratifikation abzugebender Erklärungen und ihrer Wirkung nicht relevant ist,
- zum anderen, weil eine solche Diskussion eine Pandorabüchse von unterschiedlichen Meinungen eröffnen, niemals geheim bleiben und damit Zweifel an der Völkerrechtsmäßigkeit der Bündnisstrategie aufkommen lassen und unübersehbaren politischen Schaden anrichten würde.

II. Die Behauptung des Völkerrechtsreferats des BMVg ist auf dem Hintergrund der Bemühungen dieses Referats zu sehen, den Nachweis zu führen, die Vereinigten Staaten versuchten, sich auf dem Umweg über den Beitritt zum I. Zusatzprotokoll ihren Bündnisverpflichtungen zur Gewährleistung eines effektiven nuklearen Schutzes zu entziehen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die von den Amerikanern bereits abgegebene und bei der Ratifikation des Protokolls zu wiederholende Nuklearerklärung[6] in dem Vermerk mit keinem Wort erwähnt wird. Dies kommt einer bewußten Irreführung des Empfängerkreises gleich.

Die Behauptung, „nach amerikanischer Auffassung schließe das Verbot der unterschiedslosen Kriegführung den Einsatz strategischer Nuklearwaffen rechtlich aus", ist schlicht falsch. Richtig ist, daß verantwortliche Juristen des State Department und des Pentagon in den Konsultationen mit uns die von Abteilung 5 geteilte Auffassung vertreten haben, daß der Artikel 51 des I. Zusatzprotokolls weithin bereits bestehendes Völkergewohnheitsrecht wiedergebe und auch die Abgabe eines Nuklearvorbehalts bei der Ratifikation des Protokolls nicht die Möglichkeit eröffne, einen schrankenlosen Einsatz von Nuklearwaffen vorzubereiten, daß aber die nukleare Planung des Bündnisses mit dem geltenden Völkergewohnheitsrecht vereinbar sei.[7] Was immer von den Behauptungen des Völkerrechtsreferats des BMVg zu halten ist, so muß im übrigen schon ihre unklassifizierte und weite Streuung zu Verunsicherungen und zu Zweifeln daran führen, ob unsere eigene Verteidigungsplanung mit dem geltenden Völkerrecht vereinbar ist. Falls derartige Behauptungen als Überlegungen des BMVg in die Öffentlichkeit dringen und dort diskutiert werden sollten, muß die Glaubwürdigkeit unserer Abschreckungsstrategie Schaden leiden. Das Vorgehen des Völkerrechtsreferats des BMVg erscheint auch unter diesem Gesichtspunkt unverständlich und wenig verantwortlich.

Abteilung 2 hat mitgezeichnet.

Fleischhauer

VS-Bd. 10760 (500)

[6] Am 8. Juni 1977 erklärten die Vereinigten Staaten anläßlich der Verabschiedung des I. Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949: „It is the understanding of the United States of America that the rules established by this Protocol were not intended to have any effect on and do not regulate or prohibit the use of nuclear weapons." Vgl. UNTS, Bd. 1125, S. 434.

[7] Vertreter aus der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und den USA trafen vom 30. November bis 2. Dezember 1976 in Bonn zu Beratungen über die auf der Diplomatischen Konferenz zur Neubestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts einzunehmende Haltung zusammen. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 367.

53

Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-691/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 681
Cito

Aufgabe: 23. Februar 1979, 18.40 Uhr[1]
Ankunft: 23. Februar 1979, 17.42 Uhr

Betr.: Mein Gespräch mit AM Gromyko am 22.2.1979

Bezug: DB Nr. 669 vom 23.2.1979[2]

In der Anlage übermittle ich die Dolmetscheraufzeichnung über meine Unterredung mit Außenminister Gromyko anläßlich der Übergabe der beiden Briefe des Herrn Bundeskanzlers an GS Breschnew.[3]

[gez.] Wieck

Anlage

„Dolmetscheraufzeichnung des Gesprächs zwischen Botschafter Dr. Wieck und dem Außenminister der UdSSR, Gromyko, am 22.2.1979

Anwesend außer den Dolmetschern beider Seiten: der Leiter der Dritten Europäischen Abteilung im SAM, Botschafter Bondarenko. Dauer: 16.00 bis 16.30 Uhr.

Botschafter: Der Bundeskanzler habe gebeten, dem sowjetischen Außenminister für Generalsekretär Breschnew bestimmte Briefe im Vorausexemplar mit Höflichkeitsübersetzung ins Russische zu übergeben, die eine Antwort des Bundeskanzlers auf früher an ihn gerichtete Schreiben des Generalsekretärs darstellten.[4]

Der Brief vom 15.2. sei die Antwort auf das Schreiben von GS Breschnew, das dem Bundeskanzler am 6.12. durch den neuen Botschafter Semjonow während

1 Hat Ministerialdirektor Lautenschlager am 27. Februar 1979 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Freiherr von Stein am 28. Februar 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[itte] auch 421 Kenntnis geben!"
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pabsch und Vortragendem Legationsrat Bosch am 28. Februar 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Rudolph am 1. März 1979 vorgelegen.

2 Botschafter Wieck, Moskau, teilte mit: „Anläßlich meines Zusammentreffens mit AM Gromyko wegen der Übergabe der Antwortschreiben des Bundeskanzlers an L. I. Breschnew wurde in der Prawda vom 23.2.1979 durch TASS folgende Mitteilung veröffentlicht: ‚Am 22. Februar empfing das Politbüromitglied, der Außenminister der UdSSR, A. A. Gromyko, den Botschafter der BRD in der UdSSR, H.-G. Wieck. Im Verlaufe des Gespräches wurden Fragen der weiteren Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD behandelt, aber auch einige aktuelle internationale Probleme von beiderseitigem Interesse.' Diese Art der Pressebehandlung entspricht sowjetischer Praxis bei solchen Begegnungen. Ich habe keine Erklärungen und Informationen an die Presse gegeben." Vgl. Referat 213, Bd. 133133.

3 Für die Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 14. bzw. 15. Februar 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 40 bzw. Dok. 41.

4 Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 16. November 1978 an Bundeskanzler Schmidt, das von Botschafter Semjonow am 6. Dezember 1978 übergeben wurde, vgl. VS-Bd. 13090 (213).
Zum Schreiben Breschnews vom 18. November 1978 an Schmidt vgl. Dok. 2, Anm. 13.
Zum Schreiben Breschnews vom 27. Dezember 1978 an Schmidt vgl. Dok. 6.

dessen Antrittsbesuch übergeben worden sei. Dieser Brief behandele Fragen der bilateralen Beziehungen, unserer Zusammenarbeit und Meinungsbildung zu bilateralen und internationalen Fragen.

Das andere Schreiben vom 14.2. sei die Antwort auf die beiden Briefe des Generalsekretärs vom November und von Ende Dezember, die Fragen des Waffenexports an die Volksrepublik China[5] zum Gegenstand gehabt hätten. Dieser Brief habe die jüngsten Ereignisse in der betreffenden Weltregion[6] noch nicht berücksichtigen können, obwohl dadurch an seinem Inhalt nichts überflüssig oder verändert werde.

Wie schon der Bundesaußenminister anläßlich des Staatsbesuches des Bundespräsidenten in Österreich[7] dem sowjetischen Botschafter in Wien[8] und auch er persönlich in der Residenz vor kurzem Botschafter Bondarenko gesagt habe, verfolgten wir mit Besorgnis den Gang der Ereignisse in diesem Teil der Welt und hofften, daß es gelingen werde, mit Besonnenheit und Entschlossenheit die territoriale Integrität aller involvierten Staaten dieser Region wiederherzustellen. Unsere Auffassungen und Wünsche hierzu kämen vollinhaltlich in der Erklärung der Neun vom 19.2.[9] zum Ausdruck.

Er wolle nicht auf alle Einzelheiten des Briefes, der potentiellen Waffenexport an China zum Gegenstand habe, eingehen, sondern nur einige Hauptpunkte referieren:

Der Bundeskanzler lege die Politik der Bundesrepublik dar, die generell von Zurückhaltung gegenüber Waffenexporten an andere Länder bestimmt werde.[10] Die einzige Ausnahme seien Waffenlieferungen im Interesse unter Partnern ein und desselben Bündnisses.[11] Der Bundeskanzler weise dann auf die Notwendigkeit hin, überhaupt Waffenexporte auf der ganzen Welt zu reduzieren. Solche Ausfuhren, auch die der SU, bereiteten uns Sorge.

Danach gehe er ein auf die jetzt zu beobachtende Aufgabe der chinesischen Selbstisolierung, die Teilnahme Chinas an internationalen Abrüstungsverhandlungen[12]. Der Bundeskanzler drücke die Hoffnung aus, daß auch die Spannungen zwischen China und der SU friedlich beigelegt werden könnten.

5 Zu den Verhandlungen über die Lieferung der Panzerabwehrraketen „Hot" und „Milan" durch Frankreich an die Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 12.
Zu den Verhandlungen über die Lieferung britischer Kampfflugzeuge an die Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 11.

6 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.
Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 2.

7 Bundespräsident Scheel hielt sich vom 19. bis 23. Februar 1979 in Österreich auf.

8 Michail Timofejewitsch Jefremow.

9 Die EG-Mitgliedstaaten erklärten am 19. Februar 1979: „Les neufs Etats de la Communauté considèrent que la situation qui se développe au Sud-Est asiatique peut avoir des conséquences sérieuses sur les relations internationales. Ils expriment à cet égard leur préoccupation. Ils déplorent la montée croissante des tensions dans cette région. Ils appellent de leurs vœux l'instauration d'un ordre assurant l'indépendance, l'intégrité territoriale, la libre disposition de chacun des Etats concernés. En particulier du Cambodge et du Vietnam." Vgl. LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1979, I, S. 97.

10 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 2, Anm. 15.

11 So in der Vorlage.

12 Zur Mitgliedschaft der Volksrepublik China im UNO-Abrüstungsausschuß (Committee on Disarmament, CD) in Genf vgl. Dok. 40, Anm. 8.

Er, der Botschafter, habe nicht den einen Brief zitiert, um etwa die Bedeutung des anderen damit abwerten zu wollen, sondern weil es ihm sinnvoll erschienen sei, angesichts der aktuellen Ereignisse in der angesprochenen Region diese Bemerkungen zu machen.

Außenminister Gromyko: Er werde die Briefe Breschnew übergeben, der sicher reagieren werde, sollte er dies für sinnvoll halten. Er, Gromyko, wolle einige Feststellungen hinzufügen, die sich teils direkt an die mitgeteilten Überlegungen des Bundeskanzlers anschlössen, teils davon unabhängig seien.

Aus dem Westen seien heutzutage öfters Äußerungen zu vernehmen (ohne daß er genau sagen wolle woher), die auf folgendes hinausliefen: Es sei doch nichts Schlechtes daran, an China defensive Waffen zu liefern! Eine solche Äußerung sei von Falschheit geradezu durchtränkt. Wir lebten nicht im 17. und 18. Jahrhundert, als sich der Charakter einer Waffe noch nach ihrer Beschaffenheit bestimmte (Gewehr, Säbel). Im 20. Jahrhundert werde die offensive oder defensive Bestimmung von Waffen nicht mehr durch ihre Beschaffenheit, sondern allein dadurch bedingt, in wessen Hände sie seien und wie das Gehirn desjenigen arbeite, in dessen Hände sie seien. Was nun China betreffe, so sei der ganzen Welt schon lange bekannt gewesen und durch die letzten Ereignisse bestätigt worden, welche Gedanken den chinesischen Führern durch den Kopf gingen.

Sowjetische Seite verfolge aufmerksam die hierzu westdeutscherseits und insbesondere von Bundeskanzler Schmidt gemachten Äußerungen. Aus ihnen gehe hervor, daß die Bundesrepublik in dieser Hinsicht eine nüchternere Haltung einnehme, als man von andern Ländern sagen könne. Insgesamt gesehen schätze die SU dies nach Gebühr und bewerte es positiv. Noch besser aber wäre es, wenn die Bundesrepublik entweder durch die Bundesregierung insgesamt oder den Bundeskanzler persönlich eine „Clear-cut"-Stellungnahme abgäbe wie folgt:

China verdiene keine Waffenlieferungen. Waffen in chinesischen Händen widersprächen direkt den Zielen und Aufgaben, für die die SU kämpfe und für die auch der Kanzler einträte. Der Kanzler habe mehrfach zugunsten eines Ausschlusses von Gewaltanwendung bei der Lösung von Streitfragen gesprochen, habe mehrfach hervorgehoben, daß Streitfragen mit den Mitteln der Entspannung behandelt werden müßten, um eine Entfesselung von Kriegen nicht zuzulassen. Herr Schmidt habe schon mehrfach gezeigt, daß er wohl verengte Tageserwägungen breiteren internationalen Erwägungen unterzuordnen wisse, wie dies den Notwendigkeiten der Friedenserhaltung und Entspannung entspreche.

Ihm, Gromyko, sei daran gelegen gewesen, diesen Standpunkt der sowjetischen Regierung bei dieser Gelegenheit mitzuteilen.

Der Botschafter dankte für die Darlegungen der sowjetischen Politik. Er werde sie seiner Regierung mitteilen, und er sei sicher, daß sie Eingang in den zwischen unseren Regierungen geführten Gedankenaustausch finden werden. Dabei würden sich evtl. zwischen beiden Seiten Bewertungsunterschiede abzeichnen:

1) Wir meinten, daß Mittel gefunden werden müssen, um Waffenexporte ganz generell zu beschränken, wobei in der Tat zwischen defensiven und offensiven Waffen nicht unterschieden werden könne. Denn es sei ja auch denkbar und

schon vorgekommen, daß ein Staat durch Regierungswechsel seine Richtung ändere, über die früher importierten Waffen aber noch verfüge.

2) Es müsse alles getan werden, China am internationalen Leben und Austausch normal teilnehmen zu lassen und es in die Staatengemeinschaft einzubeziehen, damit dieser geographisch wie numerisch gigantische Raum in Frieden und Sicherheit seinen Platz in der Welt einnehmen könne.

3) Er, der Botschafter, habe dies noch sagen wollen, da der Minister eine spezielle Charakteristik der chinesischen Führer gegeben habe, der wir uns nicht anschließen könnten, obwohl zweifellos in der Region militärische Offensivhandlungen in Gange seien, die wir keinesfalls billigten, genausowenig, wie wir kurz zuvor die Intervention von außen in einem anderen Land derselben Region hätten billigen können. Die Bundesregierung hoffe, daß es sobald wie möglich gelinge, die territoriale Integrität und damit Frieden und Sicherheit für alle Staaten der Region wiederherzustellen.

Der Botschafter fragte, ob anläßlich dieses Gesprächs der Minister bereit sei, eine Bewertung der Situation aus sowjetischer Sicht zu geben, die über die Erklärung vom 18.2.[13] hinausgehe. Gromyko erklärte, er habe nichts hinzuzufügen. Breschnew werde sich umgehend mit dem Inhalt der Briefe vertraut machen."

VS-Bd. 9520 (422)

54

Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt

114-727/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 603
Citissime

Aufgabe: 26. Februar 1979, 19.24 Uhr[1]
Ankunft: 26. Februar 1979, 22.15 Uhr

Betr.: Deutsch-französische Gipfelkonsultationen am 22./23. Februar 1979 in Paris
hier: Gespräch der beiden Außenminister mit Staatsminister von Dohnanyi und Staatssekretär Bernard-Reymond am 22. Februar, 18.20 bis 19.00 Uhr

Zur Unterrichtung

Bei den Gesprächen waren auch MD Lautenschlager, Monsieur Froment-Meurice, Leiter der wirtschafts- und finanzpolitischen Abteilung des Quai d'Orsay, und Gesandter Lahusen zugegen.

[13] Am 18. Februar 1979 forderte die sowjetische Regierung die Einstellung aller militärischen Handlungen in Südostasien und den Abzug der Truppen der Volksrepublik China aus Vietnam. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 310 f.

[1] Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Feit am 27. Februar 1979 vorgelegen.

Es wurden zwei Themen erörtert:

1) Europa-Budget,

2) Französische Überlegungen zur Änderung des EURATOM-Vertrages.

1) Europa-Budget:

Es bestand Einigkeit darüber, daß das Problem möglichst noch vor der Tagung des Europäischen Rats am 12./13. März[2] geregelt werden sollte.

Außenminister François-Poncet sagte, Frankreich sei hinsichtlich des streitigen Budgets kompromißbereit, wenn eine gemeinsame Interpretation für die künftige Handhabung zustande komme. Er schlug vor, daß sich Frankreich, die Bundesrepublik und möglichst auch Großbritannien auf ein zahlenmäßiges Angebot einigen und dieses dann mit großer Festigkeit vertreten sollten. Er denke an die Anrechnung der bei der letzten Tagung des Europäischen Rats[3] für die regionale Entwicklung in Italien bewilligten 245 Mio. ERE auf die vom Parlament geforderten 480 Mio. ERE[4] und ein zusätzliches Angebot von 100 Mio. ERE. Präsident Giscard nehme in dieser Frage eine sehr harte Haltung ein. Einen Vorschlag, der – bei voller Anrechung der 245 Mio. ERE – über die 480 Mio. ERE hinausgehe, könne er (François-Poncet) sich überhaupt nicht vorstellen.

Deutscherseits wurde für das Zusatzangebot eine Kompromißlösung für denkbar gehalten, die etwas[5] höher liegen würde als 235 Mio. ERE (= 480 Mio. minus 245 Mio.). Wenn es Aussicht auf Erfolg haben solle, müsse das Kompromißangebot jedenfalls über 200, vielleicht sogar über 300 Mio. ERE liegen.

Es bestand Einigkeit darüber, daß diese Angelegenheit noch während der laufenden Gipfelkonsultationen weiter erörtert werden müsse.

2) Frage einer eventuellen Änderung des EURATOM-Vertrages[6]:

Der französische Außenminister schnitt dieses Thema an. Er sagte, die französische Haltung sei noch nicht ganz festgelegt. Doch sei es wahrscheinlich, daß Frankreich eine Änderung von Kapitel VI des EURATOM-Vertrages[7] wünschen werde. Die Anwendung des Vertrages habe sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten immer mehr von dessen Text entfernt. Nach dem „avis" des EGH[8] sei eine unsichere Lage entstanden, die bereinigt werden müsse.

Auf Frage sicherte Minister François-Poncet zu, daß Frankreich das kommunitäre System beibehalten wolle.

2 Zur Tagung des Europäischen Rats am 12./13. März 1979 in Paris vgl. Dok. 83.

3 Am 4./5. Dezember 1978 tagte der Europäische Rat in Brüssel. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 380.

4 Das Europäische Parlament forderte eine Aufstockung des Regionalfonds von 620 Millionen ERE auf 1,1 Milliarden ERE. Ministerialdirektor Lautenschlager vermerkte am 27. November 1978, daß das Parlament dabei über die ihm zustehende Erhöhungsmarge hinausgegangen sei. Gegen heftigen französischen Widerstand hätten die finanziell schwächeren Mitgliedstaaten Großbritannien und Italien am 20. November 1978 die Ablehnung der Erhöhung durch den Budgetrat verhindert. Vgl. dazu Referat 410, Bd. 121811.

5 Korrigiert aus: „etwa".

6 Zum französischen Wunsch nach Änderung des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. Dok. 51.

7 Zu Kapitel VI des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. Dok. 51, Anm. 17.

8 Zum Beschluß des Europäischen Gerichtshofs vom 14. November 1978 vgl. Dok. 51, Anm. 14.

Der Bundesminister wies darauf hin, daß eine Fülle von Problemen entstehen würde, wenn man den Gedanken einer Vertragsänderung ins Spiel bringe. Dies könne zu unabsehbaren anderen Forderungen nach Änderungen von europäischen Verträgen führen. Er frage sich, ob sich ein solches Vorgehen lohne. Er schlage vor, statt dessen zu prüfen, inwieweit sich die Lage seit Vertragsabschluß geändert habe, eine politische Analyse zu erstellen, diese dann am Text des Vertrages zu messen und dann zu versuchen, ohne Vertragsänderung einen praktikablen Zustand der Vertragsanwendung sicherzustellen. Dazu könne eine Erklärung der Partner über die Anwendung des Vertrages abgegeben werden („Gentlemen's Agreement"). Erst wenn einer der Partner trotzdem den EGH anrufen und dieser sich gegen die Erklärung der Partner entscheiden sollte, wäre an eine Vertragsänderung zu denken.

Der französische Außenminister sagte, er verstehe die schwerwiegenden Bedenken, die gegen eine juristische Lösung sprächen. Leider werde man dieses Risiko jetzt aber wahrscheinlich tragen müssen. Er habe Zweifel, ob eine Vertragsänderung vermieden werden könne, nachdem der EGH sein „avis" abgegeben habe. Es sei eine Torheit gewesen, den EGH zu befassen. Wenn die entstandene Lage nicht bereinigt werde, könne es für Frankreich schwierig werden, den Vertrag überhaupt noch anzuwenden. Es gehe dabei im Kern um die Frage eines französischen Kernwaffenprogramms, über das sich alle politischen Kräfte im Lande – von ganz rechts bis nach ganz links – im wesentlichen einig seien.

MD Lautenschlager unterstrich, daß der EURATOM-Vertrag seinerzeit in Kenntnis der Tatsache abgeschlossen worden sei, daß einer der Partner eine Kernwaffenmacht sei. Die Nichtdiskriminierung der Nichtkernwaffenmächte müsse unter allen Umständen aufrechterhalten werden.

Außenminister François-Poncet betonte, daß die französische Regierung dies sehr wohl verstehe. Sie werde in der Frage einer Änderung des EURATOM-Vertrages nichts unternehmen, ohne vorher weitere und konkretere Gespräche mit uns zu führen.

Die Gesprächsteilnehmer gingen davon aus, daß diese Frage beim Abendessen im Palais de l'Elysée am 22. Februar besprochen werden würde.

[gez.] Herbst

VS-Bd. 11090 (202)

55

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Owen

27. Februar 1979[1]

Gespräch BM Genscher mit AM David Owen 27.2.1979[2];
hier: Naher und Mittlerer Osten, Indochina

1) AM *Owen* gab seine Bewertung des Gesprächs, das er am Vortage mit dem ägyptischen Ministerpräsidenten Khalil geführt hat[3], sowie seine Eindrücke von der Reise der Königin in die Golfregion[4] wieder.

Ägypten sei im Ergebnis der Außenministergespräche von Camp David[5] bereit, den Friedensvertrag mit Israel zu unterzeichnen. Es sei ein gewisser Fortschritt erzielt worden. Die einzelnen Übereinkommen in den kritischen Punkten sähen etwa wie folgt aus: Die Übergangsperiode solle fünf Jahre betragen, davor sei eine Periode von neun Monaten (ägyptische Vorstellung) oder einem Jahr (israelische Vorstellung) für die Verhandlungen über die Autonomie in der Westbank und in Gaza vorgesehen; begonnen werde mit Gaza. Es sei somit ein Zeitraum von sechs Jahren bis zur Möglichkeit einer Revision des Friedensvertrags vorgesehen.

Die diplomatischen Beziehungen würden nach der Verhandlungsperiode aufgenommen werden. Somit bilde die Frage des Austausches von Botschaftern

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Meyer-Landrut am 28. Februar 1979 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 2. März 1979 an das Ministerbüro weitergeleitet. Dazu vermerkte Schenk: „Es wird gebeten, die Zustimmung des Herrn Bundesministers zu den Gesprächsvermerken herbeizuführen."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Petersmann am 2. März 1979 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178811.

2 Der britische Außenminister Owen hielt sich am 27./28. Februar 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Botschafter Ruete, London, berichtete am 26. Februar 1979: „Ägyptischer PM Khalil hat auf dem Weg nach Washington Gespräch mit PM Callaghan geführt. Khalil soll dabei hauptsächlich für Marshall-Plan für Ägypten und für britische Beteiligung daran geworben haben. Khalil rechnete damit, daß Sadat Vertrag mit Israel vor Ende März unterzeichnen würde. Khalil hält sich heute wiederum in London auf und führt gegenwärtig Gespräch mit AM Owen. Owen dürfte bereit sein, Bundesminister über Gespräch zu unterrichten. Owen ist sichtlich ernüchtert von Reise in Golf-Staaten zurückgekehrt und überdenkt britische Haltung zu Mittel- und Nahost-Fragen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 464; Referat 204, Bd. 115968.

4 Königin Elizabeth II. hielt sich vom 12. bis 15. Februar 1979 in Kuwait, vom 15. bis 17. Februar in Bahrain, vom 17. bis 20. Februar in Saudi-Arabien, am 21./22. Februar in Katar, vom 24. bis 27. Februar in den Vereinigten Arabischen Emiraten und vom 28. Februar bis 2. März 1979 im Oman auf. Botschafter Ruete, London, berichtete dazu am 26. Februar 1979: „Reise der Königin erweist sich als großer politischer Erfolg für GB. Dabei waren Publizitätserfolg und politisches Ergebnis der Gespräche mit den Staatsoberhäuptern und deren Beratern größer als im Foreign Office erwartet. Außenminister Owen hat Königin bei den ersten drei Stationen ihrer Reise (Kuwait, Bahrain und Saudi-Arabien) begleitet. Königin reist weiter in Begleitung von Staatsminister im FCO, Judd, nach Katar, Vereinigte Arabische Emirate und Oman. Owen führte jeweils gesonderte Gespräche mit Außenministern. Durch Begleitung der Königin durch AM Owen sollte westliches Interesse an der Region und ihrer Stabilität nach Ereignissen in Iran demonstriert werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 462; Unterabteilung 31, Bd. 135594.

5 Zum Stand der ägyptisch-israelischen Verhandlungen über einen Friedensvertrag vgl. Dok. 49, Anm. 13.

die eigentliche und praktisch einzige Klammer zwischen Sinai- und Westbank-Abkommen. Es sei auch über Öllieferungen gesprochen worden, doch habe sich Ägypten nicht festgelegt. Ein weiteres Problem habe darin gelegen, daß die Israelis eine Mitwirkung Jordaniens an der Westbank-Regelung gefordert hätten. Hier hätten sich die Ägypter durchgesetzt, daß die Verhandlungen über Gaza und Westbank ohne Jordanien geführt würden; sie, die Ägypter, übernähmen die Verantwortung für den Prozeß.

Aus seinen Gesprächen in der Golfregion und insbesondere mit den Saudis[6] habe Owen den Eindruck mitgebracht, daß die Amerikaner falsche Vorstellungen über die Einstellung in dieser Region hätten. Die Reise von Minister Brown[7] sei erfolglos verlaufen. Die amerikanische Vorstellung, daß man das Wohlwollen der Saudis durch Waffenlieferungen erkaufen könne, sei falsch, insofern sei auch die Stellungnahme von Schlesinger und Brown zu Verteidigungsarrangements, respektive Truppenstationierung, unklug.[8] Die Saudis lehnten so etwas kategorisch ab. Sie seien auch nicht bereit, auf die PLO einzuwirken, so daß ein scharfer Antagonismus zwischen den Ägyptern und den Amerikanern einerseits und den gemäßigten Arabern andererseits – von den Radikalen zu schweigen – über Camp David hinaus erhalten bleibt.

Die Verhärtung der saudischen Position sei sicherlich durch die Entwicklung im Iran gefördert worden. Die Saudis hätten keine Furcht vor der Sowjetunion, weil sie Khomeini, der eindeutig antikommunistisch sei, für bestimmend im Iran halten; was sie allerdings besorgt gemacht habe, sei, daß der erste offizielle Besuch im Iran nach der Revolution durch Arafat erfolgte.[9] Sie fürchten, daß der Ayatollah als ein Held der Schiiten und damit als ein Held für die PLO und deren Anhänger erscheinen werde – mithin arabischer als die Araber. Damit verhärte sich die arabische Position insgesamt, woran auch Saudi-Arabien nicht einfach vorbeigehen könne.

6 Der britische Außenminister Owen begleitete Königin Elizabeth II. bei ihrem Aufenthalt vom 17. bis 20. Februar 1979 in Saudi-Arabien. Botschafter Schlagintweit, Djidda, berichtete am 26. Februar 1979: „Während des Besuchs führte Außenminister Dr. Owen Gespräche mit seinem saudischen Kollegen. In einem anschließenden Pressegespräch erklärte er, Großbritannien würde einen ‚bilateralen und exklusiven' Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten nicht unterstützen – eine Äußerung, die sehr freundlich aufgenommen und als Billigung der saudischen Haltung herausgestellt wurde, obwohl sie die alte europäische Forderung nach einem umfassenden Friedensvertrag nur anders formuliert." Vgl. den Schriftbericht Nr. 150; Referat 204, Bd. 115972.

7 Der amerikanische Verteidigungsminister Brown hielt sich vom 9. bis 18. Februar 1979 in Saudi-Arabien, Jordanien, Israel und Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 68.

8 In der Presse wurde berichtet: „Energy Secretary James Schlesinger said today that the United States is considering establishing a military presence, including manpower, in the Gulf and is ready to discuss the issue with friendly nations there. Mr. Schlesinger said that Secretary of Defense Harold Brown's recent talks with Saudi Arabia were the start of ‚the intensification of the U.S. role in preserving stability in the area'. [...] Mr. Brown, appearing on another TV interview program, said the United States would counter Soviet moves ‚with appropriate action, including military action, where our vital interests are concerned'. Pressed on what would constitute a serious danger, he said, ‚protection of the oil flow from the Middle East is clearly in our national interests'." Vgl. den Artikel „Washington Reportedly Weighs Sending a Military Force to Gulf"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 26. Februar 1979, S. 1 f.

9 Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, hielt sich vom 17. bis 23. Februar 1979 im Iran auf. Vgl. dazu Dok. 49, Anm. 13.

In Israel andererseits wolle man offensichtlich für die Westbank nicht mehr als kommunale Beamte konzedieren. Die Ausdehnung der Siedlungen[10] (22 im letzten Jahr) und die Ausweitung des Stadtgebiets von Jerusalem machen überhaupt nur noch 2/3 des Gebiets zum Verhandlungsgegenstand. Es werde somit zu einer Schicksalsfrage für die Entwicklung in der ganzen Region, ob es den USA gelingt, einen Druck auf Israel auszuüben, so daß die Westbank-Verhandlungen zu einem gewissen Erfolg geführt werden können, sonst gehen auch die Saudis nicht mehr mit – auch nicht mehr stillschweigend. Dies beziehe sich aber nicht nur auf Camp David, sondern im gleichen Maße auf Ölpreis und Produktionshöhe. Es bestehe nämlich die reale Gefahr, daß die Vereinigten Staaten ihr Engagement nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel aufgeben.

Für das Europa der Neun ergebe sich die Notwendigkeit, den Friedensvertrag zwar zu unterstützen und als „ersten Schritt" zu begrüßen, aber auch eine über die Erklärung vom 29.6.1977[11] hinausgehende Stellungnahme abzugeben darüber, was wir von der „Stufe 2" erwarten, d.h. es müßte klar Stellung genommen werden zu der Rolle der PLO und zu den israelischen Siedlungen. Operativ solle in der Nahost-Arbeitsgruppe angefangen werden, an Elementen zu arbeiten, die für eine solche Erklärung verwendet werden könnten.

Als weitere Eindrücke von der Reise in der Golfregion berichtete Owen über die Lage in Oman, die besonders gefährlich sei.[12] Großbritannien sei bereit, sich zu engagieren, denn eine revolutionäre Entwicklung in Oman könne die gesamte Golfregion durcheinanderbringen. Er glaube aber, daß die Saudis in ausreichender Weise dazu beitrügen, die Lage unter Kontrolle zu halten. Ein Engagement der Vereinigten Staaten würde sicherlich weder akzeptiert noch – auch von der Theorie her gesehen – hilfreich sein.

Zur Frage der Öllieferungen habe Yamani sich eindeutig gegen eine kontinuierlich erhöhte Produktion ausgesprochen, wobei die Begründung in der Gefahr einer zunehmenden Inflation liege.

Der Herr *Minister* stimmte, ausgehend von dem Bagdad-Gipfel[13], den er als einen Erfolg der Saudis charakterisierte, der Analyse Owens zu. Es sei wichtig,

10 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 5, Anm. 15.

11 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats über den Nahen Osten vom 29. Juni 1977 vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 516 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 174.

12 Botschafter Mez, Maskat, hielt am 25. Juni 1979 fest: „Während meines Abschiedsbesuchs bei Sayyid Tariq bin Taimur, Onkel (väterlicherseits) des Sultans und zugleich dessen Schwiegervater, erläuterte er in der ihm eigenen Freimütigkeit die außenpolitische Lage des Sultanats, wie sie von Sultan Qabus und somit von der omanischen Regierung beurteilt [...] wird. Nach dem Sturz des Schah sähe sich, so Sayyid Tariq, Oman einer doppelten Gefahr gegenüber. Im Südjemen baut sich durch die zunehmende Präsenz der Sowjetunion, Kubas und der DDR eine ernsthafte Bedrohung auf, die jederzeit in ein akutes Stadium treten könne. Es wäre irrig anzunehmen, daß nach Abschluß der Kämpfe gegen die Dhofarrebellen im Dezember 1975 eine vollständige Ruhe im Grenzgebiet eingetreten wäre. [...] Die Tatsache, daß Ayatollah Ruhalla Khomeini kürzlich eine Delegation der PLO empfangen und sie somit de facto anerkannt habe, bereite der omanischen Regierung ernste Sorgen. Es bestünde die Gefahr, daß der Iran dazu übergehen könnte, die PLO aktiv zu unterstützen. Die Befürchtungen hinsichtlich der sich im Norden Omans durch die iranische Haltung zur PLO abzeichnenden Gefahr seien um so berechtigter, als auch das Grenzgebiet zu den Vereinigten Arabischen Emiraten – im Gegensatz zu Dhofar – völlig offen und ungenügend kontrolliert sei." Vgl. den Schriftbericht Nr. 172; Referat 311, Bd. 119946.

13 Vom 2. bis 5. November 1978 fand in Bagdad eine Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.

alles zu tun, um die Einheit des arabischen Lagers zu erhalten, da nur so ein Wiederfußfassen der Sowjetunion im Nahost-Bereich vermieden werden könne, woran die Araber selber kein Interesse hätten, wie insbesondere neue Tendenzen im Irak und in Libyen erkennen ließen. Sicher seien in Jordanien und auch in Saudi-Arabien die Voraussetzungen andere als im Iran vor der Revolution, dennoch seien durch die iranischen Entwicklungen die Möglichkeiten auch dieser beiden Länder reduziert. Man dürfe sie ebensowenig wie Ägypten überfordern.

Auch er sei der Meinung, daß man eine substantiellere Erklärung der Neun für den Fall der Unterzeichnung des Friedensvertrags vorbereiten müsse, um Aktionsmöglichkeiten gegenüber allen Arabern zu erhalten. Er glaube, daß man auch Frankreich für so ein Vorgehen gewinnen könne, die Engländer sollten eine entsprechende Initiative ergreifen. Gegenüber Saudi-Arabien komme es jetzt darauf an, daß es, selbst wenn ein Friedensschluß der Ägypter mit den Israelis verurteilt werde, die stillschweigenden Beziehungen mit Kairo nicht abbreche; gleichzeitig solle man versuchen, den euro-arabischen Dialog am Leben zu erhalten[14], um auch diese Brücke zu den Arabern weiterhin zu nutzen.

2) Zum Thema Indochina[15] erklärte *Owen*, daß er – was er nicht laut sagen könne – für die chinesische Aktion Verständnis habe, weil China in der Tat ein asiatisches Kuba nicht ertragen könne. Nach seinen Informationen gäbe es auch schon eine durchaus handfeste vietnamesische Infiltration in Thailand. Freilich sei die Aktion jetzt festgelaufen, und die Chinesen würden gezwungen, weiter zu kämpfen bis zu einem Erfolg, was wiederum die Gefahr eines Eingreifens der Sowjetunion erhöhe.

Der Herr *Minister* meinte, daß die Chinesen wohl erst dann bereit seien, sich zurückzuziehen, wenn Vietnam aus Kambodscha abziehe. Die Chinesen riskierten nichts, denn sie könnten warten. Er stimme Owen zu, daß Vietnam eine Gefahr für Südostasien darstelle. Die Sowjetunion werde versuchen, ohne Intervention auszukommen.[16] Dies ergebe sich aus ihrer eigenen Interessenlage, kein Risiko einzugehen; außerdem sei auch die sowjetische Bevölkerung nicht auf einen Krieg vorbereitet, solange es sich nicht um einen Angriff auf die Sowjetunion handle. Im übrigen müsse man im Auge haben, daß die Befürworter der Entspannungspolitik in der Sowjetunion durch die Ereignisse in Ostasien in der Richtigkeit ihrer Politik bestätigt würden, was sich auch in der Weiterentwicklung der Beziehungen zu den USA (SALT) niederschlagen könne.

Abschließend teilte AM *Owen* mit, daß er vorhabe, im April China und Thailand zu besuchen. Seine Hauptsorge gelte jetzt Thailand, da es den stärksten Druck in der Region auszuhalten habe.

Der Herr *Minister* unterstrich die positive Rolle von ASEAN in den letzten Wochen, wobei er davon überzeugt sei, daß das EG-ASEAN-Treffen im Novem-

14 Zum Europäisch-Arabischen Dialog vgl. Dok. 22, Anm. 23.

15 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.
Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 2.

16 Zur Reaktion der UdSSR auf den Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 3.

ber[17] für den Zusammenhalt und die politische Aktionsfähigkeit von ASEAN nicht ohne Bedeutung gewesen sei.

AM *Owen* stimmte dieser Beurteilung zu.

Referat 010, Bd. 178811

56

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Owen

28. Februar 1979[1]

Gespräch des Herrn Bundesministers mit Außenminister Dr. Owen am 28.2. 1979 in Bonn[2]

Aus dem etwa zweistündigen Gespräch, an dem teilnahmen:

Botschafter Sir Oliver Wright, Botschafter Dr. Ruete, MD Dr. Meyer-Landrut, MD Dr. Lautenschlager, Mr. Lever (persönlicher Referent von AM Dr. Owen), VLR I Weber (als Dolmetscher), VLR I Dr. Schenk (als Protokollführer),

ist als Ergebnis festzuhalten:

1) Namibia

Das weitere Vorgehen der Fünf in der Namibia-Frage und die soeben von der New Yorker Kontaktgruppe übermittelten Textentwürfe der Schreiben der fünf Außenminister[3] an AM Botha[4] wurden ausführlich erörtert und in einigen

17 Am 20./21. November 1978 fand in Brüssel eine Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 353.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 28. Februar 1979 gefertigt und am 2. März 1979 an das Ministerbüro weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „Ziff[er] 4 dieses Vermerks betr[effend] europapolitische Fragen ist bereits von Herrn D 4 gebilligt worden."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Petersmann am 2. März 1979 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178811.

2 Der britische Außenminister Owen hielt sich am 27./28. Februar 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Jean François-Poncet (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Donald Jamieson (Kanada), David Owen (Großbritannien), Cyrus R. Vance (USA).

4 Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), übermittelte am 28. Februar 1979 den Entwurf eines Schreibens der Außenminister François-Poncet (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Jamieson (Kanada), Owen (Großbritannien) und Vance (USA) an den südafrikanischen Außenminister Botha und berichtete: „In Spätsitzung vom 27.2.79 kam die New Yorker Kontaktgruppe aufgrund des hiesigen Lagebildes und nach Berücksichtigung der letzten Berichte aus dem südlichen Afrika – insbesondere aus Kapstadt – zu der Auffassung, daß trotz schwerwiegender Einwände der Parteien doch die Einleitung des Lösungsprozesses für Namibia jetzt in bisher einmaliger Weise greifbar ist und daher kein sich anbietendes Mittel vernachlässigt werden darf, um die letzte Hürde zu nehmen. Es geht darum, Südafrika und SWAPO zu positiven Antworten bis zum 5.3. auf das am 28.2. von GS Waldheim auszusendende Waffenstillstandsangebot zu veranlassen. Um endlich die Tür für UNTAG aufzustoßen, erscheint jetzt erneut der Einsatz von Botschaften der fünf Außenminister notwendig. Zugleich glauben die New Yorker Fünf, daß der hier bisher

Formulierungen geändert. Es bestand Übereinstimmung über die Dringlichkeit und Notwendigkeit, die Schreiben der fünf Außenminister an AM Botha noch am 28.2. abzusenden und die fünf Botschafter in den Frontstaaten[5] gleichzeitig anzuweisen, diese über den Tenor der westlichen Außenministerschreiben zu unterrichten mit der Bitte an die Frontstaaten, auch auf die SWAPO im gleichen Sinne einzuwirken. Es bestand ferner Übereinstimmung, daß zunächst von Schreiben der fünf Regierungschefs an die Regierungschefs der Frontstaaten und von Südafrika[6] abgesehen werden soll. Ein solcher Schritt solle von der weiteren Entwicklung abhängig gemacht werden. Sollte sich ein solcher Schritt u. U. bei einer Verschlechterung der Lage als notwendig erweisen, dann sollen diese Schreiben allerdings gleichzeitig an die Frontstaaten und an Südafrika abgesandt werden.

2) Rhodesien

Auf die Frage des Herrn *Bundesministers* nach der britischen Einschätzung und den britischen Absichten in der weiteren Behandlung der Rhodesien-Frage zeichnete AM *Dr. Owen* ein sehr pessimistisches Bild (frightful mess) der Lage in Rhodesien. Er wies auf Pläne des amerikanischen Kongresses hin, unabhängige Beobachter zu den Wahlen nach Rhodesien zu entsenden.[7] Ähnliche Tendenzen gebe es auch in Großbritannien.[8] Er selbst habe sich im Unterhaus bereits kritischen Fragen stellen müssen. Denkbar sei, daß aus den britischen Parteien ebenfalls Beobachter zu den Wahlen nach Rhodesien entsandt würden. Soll-

Fortsetzung Fußnote von Seite 245

stets zurückhaltend diskutierte Zeitpunkt für eine Stützung durch höchste politische Autorität in Form von persönlichen Appellen der fünf Regierungschefs jetzt gekommen sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 386; Referat 320, Bd. 125271.

5 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia und Tansania.

6 Pieter Willem Botha.

7 Botschaftsrat I. Klasse Schmidt, Pretoria, berichtete am 3. Januar 1979: „In Salisbury wurde gestern [...] der neue Verfassungsplan der Interimsregierung bekanntgegeben, dem zufolge unter der Voraussetzung, daß die Weißen ihn bei einem Referendum am 30.1.79 billigen, ‚Zimbabwe-Rhodesien' im Anschluß an allgemeine Wahlen am 20.4.79 eine schwarze Mehrheit im Parlament und Kabinett in einer auf mindestens fünf Jahre angelegten Regierung erhalten soll. Kernstück des Verfassungsplans ist ein Parlament mit 72 schwarzen und 28 weißen Abgeordneten. Auf dem gemeinsamen Wählerverzeichnis stehen sich etwa 3 Mio. schwarze und 80 000 weiße Wähler gegenüber." Vgl. den Drahtbericht Nr. 7; Referat 320, Bd. 125203.
Botschafter Eick, Pretoria, berichtete am 12. Februar 1979: „Hiesige Presse verfolgt weiterhin in breiter Aufmachung angeblichen Trend in amerikanischem Senat und Repräsentantenhaus zugunsten einer Anerkennung rhod[esischer] Koalitionsregierung nach den geplanten allgemeinen Wahlen im April. Als jüngste Manifestationen dieser Entwicklung werden ein von demokratischen und republikanischen Senatoren gemeinsam eingebrachter förmlicher Antrag auf Aufhebung der Sanktionen nach dem 20. April sowie angeblich mit Parlamentariern aus dem brit[ischen] Unterhaus und dem Bundestag abgestimmte Pläne amerikanischer Kongreßmitglieder genannt, zu den allgemeinen Wahlen eine gemeinsame, mehrere westliche Länder umfassende Beobachterdelegation nach Rhodesien zu entsenden. Hervorgehoben wird in dem Zusammenhang, daß hinter diesen Entwicklungen auch als liberal geltende Senatoren und Mitglieder des Repräsentantenhauses aus beiden Parteien stünden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 70; Referat 320, Bd. 125203.

8 Botschafter Ruete, London, hielt am 2. Februar 1979 Äußerungen des Mitglieds des britischen Parlaments, Pym, fest: „Er führte aus, alles Menschenmögliche müsse getan werden, um Voraussetzungen zu schaffen, unter denen in Rhodesien freie und faire Wahlen durchgeführt werden könnten. In diesem Zusammenhang schlug er vor, daß britische Regierung Commonwealth-Länder darüber konsultieren sollte, ob Wahlbeobachter zu rhodesischen Wahlen entsandt werden könnten. Pym sagte ferner, es würden bisher keine ausreichenden Anstrengungen unternommen, um Waffenstillstand zu erreichen. Er wiederholte konservativen Vorschlag, in Salisbury hochrangige britische Auslandsvertretung und Kontaktgruppe einzurichten, um Dialog zwischen beteiligten Parteien zu erleichtern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 251; Referat 320, Bd. 125203.

ten die amerikanischen Beobachter zu dem Schluß kommen, daß es sich um „faire" Wahlen gehandelt habe, dann bestehe die Gefahr, daß der amerikanische Senat die amerikanischen Sanktionen gegenüber Rhodesien[9] aufheben werde. Eine solche Entscheidung werde zwar das Gesamtbild kaum verändern, wohl aber zur Verlängerung der Kämpfe beitragen. Die südafrikanische Hoffnung auf eine Einigung zwischen Muzorewa und Mugabe sei trügerisch und irreal. Mugabe habe sich bisher als absolut kompromißunwillig gezeigt. Ein Ausgang der Wahlen, der teilweise im Westen akzeptiert werde, schaffe für den Westen eine schwierige Lage. Die Situation werde dann nahezu ausweglos, denn mit einer militärischen Entscheidung für die eine oder andere Seite sei kaum zu rechnen. Darüber hinaus gebe es keinen politischen Willen der Beteiligten zu einer Einigung, und schließlich müsse mit einer erhöhten Gefahr äußerer Einflußnahme, sei es durch die Sowjets oder durch Südafrika, gerechnet werden.

Demgegenüber könne ein optimistisches Szenario, jedenfalls theoretisch, wie folgt aussehen:

- Der Charakter der Wahlen als Scheinwahlen und die Stärke der Patriotischen Front treten offen zutage.
- Es komme angesichts dieser Entwicklung zu irgendeiner Form einer Allparteien-Konferenz nach den Wahlen, die zu einer Machtübernahme der Patriotischen Front führe.
- Nach dem Vorbild Namibias[10] würden dann allgemeine Wahlen unter VN-Aufsicht abgehalten.

Es bestand Übereinstimmung, daß eine solch optimistische Einschätzung der Entwicklung nicht gerechtfertigt sei. *BM* unterstrich, daß er die Entsendung von Beobachtern für sehr bedenklich halte. Er werde sich nicht scheuen, wie er dies schon im Falle Namibia getan habe, auch die Rhodesien-Wahlen als null und nichtig zu bezeichnen.[11] Er befürchte vor allem einen Meinungsumschwung

9 Am 16. Dezember 1966 beschloß der UNO-Sicherheitsrat obligatorische Wirtschaftssanktionen aller UNO-Mitgliedstaaten gegen Rhodesien. Auch Nichtmitglieder der UNO wurden dazu aufgefordert, sich diesen Maßnahmen anzuschließen. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 232 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 15. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 68 f.
Am 29. Mai 1968 forderte der UNO-Sicherheitsrat alle UNO-Mitgliedstaaten zu umfassenden Sanktionen gegen Rhodesien auf, u. a. zum Verbot des Imports von Waren oder des Handels mit Produkten aus Rhodesien, der Kreditvergabe an rhodesische Unternehmen, der Einreise rhodesischer Staatsangehöriger, des Flugverkehrs von und nach Rhodesien sowie zum Abzug aller konsularischen und Handelsvertreter. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 253 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VII, S. 15–17.

10 Mit Resolution Nr. 435 beschloß der UNO-Sicherheitsrat am 29. September 1978 die Einrichtung einer United Nations Transition Assistance Group (UNTAG) für einen Zeitraum von bis zu zwölf Monaten, die der Gewährleistung der baldigen Unabhängigkeit Namibias durch freie Wahlen unter der Aufsicht und Kontrolle der UNO dienen sollte. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

11 Zu den Wahlen vom 4. bis 8. Dezember 1978 in Namibia vgl. Dok. 28, Anm. 13.
Der britische UNO-Botschafter Richard erklärte im Namen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA in der UNO-Generalversammlung am 8. Dezember 1978: „The South African Government, despite our efforts and to our disappointment and regret, is now proceeding with unilateral elections in Namibia. Our five governments have made our position very clear. In Pretoria, our foreign ministers stated that ‚they saw no way of reconciling such elections with the proposal which they put forward and which the Security Council has endorsed. Any such

der Frontstaaten und er habe größte Sorge vor einer weiteren Aktivierung der sowjetischen Afrikapolitik. Er weise in diesem Zusammenhang auf den Honekker-Besuch[12] hin, der sicherlich mit den Sowjets abgestimmt und eine östliche Arbeitsteilung erkennen lasse.[13] Danach übernehmen die Kubaner ihre Aufgabe als „manpower", während die DDR die technische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung liefere. Insbesondere der Mosambik-Besuch Honeckers sei ein großer Erfolg für die östliche Seite. Wenn es Honecker erlaubt sei, dort ein Abkommen abzuschließen, das einem Beistandspakt nahezu gleichkomme[14], so zeige dies die Entschlossenheit Moskaus, die Situation zum eigenen Vorteil auszunutzen.

Besonders unerträglich sei es – wie dies in Mosambik geschehen sei –, daß die DDR in Vereinbarungen mit dritten Ländern das Berliner Vier-Mächte-Abkommen[15] im eigenen Sinne interpretiere.[16] Er rege an, daß die Drei Mächte diese Frage mit der Sowjetunion aufnehmen.

AM *Dr. Owen* stimmte BM zu, daß diese Frage auch in der Vierergruppe behandelt werden solle.

BM unterstrich, daß der Westen der bedenklichen Entwicklung in Rhodesien nicht tatenlos zusehen dürfe. Er, BM, sei der Auffassung, daß sich ein konsequentes Festhalten an der eigenen Position immer bewährt habe. Dies habe sich im Falle Namibia gezeigt, wo die konsequente deutsche Haltung sowohl zu

Fortsetzung Fußnote von Seite 247

unilateral measure in regard to the electoral process will be regarded as null and void'. [...] We stand by our commitment to fully free and fair elections supervised and controlled by the United Nations. The December election clearly does not fulfil our basic criteria." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3602 des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (UNO), vom selben Tag; Referat 320, Bd. 125267.

12 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich am 15./16. Februar 1979 in Libyen, vom 17. bis 20. Februar in Angola, vom 20. bis 22. Februar in Sambia und vom 22. bis 24. Februar 1979 in Mosambik auf. Vgl. dazu Dok. 28, Anm. 19, und Dok. 43.

13 So in der Vorlage.

14 Die DDR und Mosambik schlossen am 24. Februar 1979 einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXVII/1 (1979), S. 618–621.

15 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

16 Im Kommuniqué über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 22. bis 24. Februar 1979 in Mosambik hieß es: „Beide Seiten unterstreichen, daß die in der Schlußakte von Helsinki festgelegten völkerrechtlichen Prinzipien, die auch für die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland verbindlich sind, eine stabile Grundlage für den Fortschritt der Entspannungspolitik darstellen. Sie sprechen sich für die strikte Einhaltung des Vierseitigen Abkommens über Westberlin aus." Vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXVII/1 (1979), S. 626.
Ministerialdirektor Blech hielt dazu am 21. März 1979 fest: „Dieser Passus ist unter KSZE- und deutschlandpolitischen Gesichtspunkten insofern problematisch, als die innerdeutschen Beziehungen allein in den Rahmen der Schlußakte gestellt werden, ohne daß die vertraglichen Grundlagen Erwähnung finden. [...] Die Formulierung ist unzutreffend, indem sie davon ausgeht, daß in der Schlußakte völkerrechtliche Prinzipien ‚festgelegt' sind, und indem sie durch die Nichterwähnung des Grundlagenvertrages den Eindruck erweckt, daß diese völkerrechtlichen Prinzipien allein die Basis für die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten bilden und damit das Sonderverhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten in Abrede stellen. Darüber hinaus wird das Viermächte-Abkommen vom 3.9.1971 als ausschließlich auf ‚West-Berlin' bezogen dargestellt und die Petersberger Formel verkürzt (nur strikte Einhaltung) wiedergegeben. Die Formel vermeidet auf der anderen Seite eine Stellungnahme zu Fragen des territorialen und politischen Status quo in Europa." Vgl. Referat 210, Bd. 116489.

einem Meinungsumschwung in der BR Deutschland als auch in Namibia geführt habe.

Es sei eine Illusion, nach den Wahlen in Rhodesien ein Arrangement unter den nichtbeteiligten Gruppen zu erwarten. Das Gegenteil werde eintreten. Die Irritation der Frontstaaten und der Patriotischen Front werde sich negativ für den Westen auswirken. Wir würden dann nochmals in eine Phase spätkolonialer Auseinandersetzungen eintreten. Dies müsse zu einem großen Rückschlag für den Westen führen, der mit Erfolg dabei sei, die Grundstimmung in Afrika gegenüber dem Westen im positiven Sinne zu verändern. Es sei die Zeit gekommen, daß sich auch in der Rhodesien-Frage der bewährte Kreis der Fünf zusammenfinde, um nach Lösungen zu suchen. Ein sowjetisches Vordringen in dieser Region sei nur aufzuhalten, wenn der Westen nicht mit dem identifiziert werde, was in Rhodesien und Südafrika geschehe. Von den Frontstaaten könne man keine positive Haltung erwarten, wenn diese gleichzeitig das Opfer rhodesischer Strafaktionen seien.[17]

AM *Dr. Owen* stimmte der Analyse des Herrn Bundesministers zu. Er wies ergänzend auf die Gefahr einer südafrikanischen Wagenburg-Mentalität hin, die darauf wirke, alles zu tun, um im südlichen Afrika eine Ost-West-Konfrontation herbeizuführen. Nicht unbeachtet lassen dürfe man in diesem Zusammenhang auch das Ausmaß der südafrikanisch-israelischen Zusammenarbeit[18] und die interne Entwicklung in Südafrika.

Er wolle hierbei nur auf den Mulder-Skandal[19] hinweisen, neben dem sich Watergate[20] wie eine „tea-party" ausmache.

17 Botschafter Eick, Pretoria, berichtete am 2. März 1979: „In ihrem fünften grenzüberschreitenden Luftangriff seit dem Viscount-Abschuß vom 12.2. griffen rhodesische Luftstreitkräfte gestern vormittag (1.3.) ein FRELIMO-Lager bei der mosambikanischen Stadt Mutarara an [...]. Nach Aussage eines Militärsprechers sollen sich in diesem Lager in getrennten Gebäuden auch ZANLA-Guerillas aufhalten. Nur diese Gebäude seien angegriffen worden. Über Verlustziffern wurde nichts bekannt. Die sich gegenwärtig häufenden spektakulären Luftangriffe der Rhodesier auf Ziele in Mosambik und Sambia können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die interne Sicherheitslage hierdurch nichts an ihrer Bedrohlichkeit einbüßt. [...] Insgesamt kamen damit seit 1972 in dem Guerilla-Krieg 6805 Guerillas, 728 Mitglieder der rhodesischen Sicherheitsstreitkräfte [...], 2846 schwarze und 416 weiße Zivilisten ums Leben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 102; Referat 320, Bd. 125206.
Am 13. März 1979 berichtete Eick: „Laut rhodesischem Militär-Kommuniqué haben gestern nachmittag (12.3.) rhodesische Luftstreitkräfte ein ZANLA-Waffenlager in Chocue und ein militärisches Hauptquartier der ZANLA bei Barragem angegriffen. Alle Flugzeuge sollen unbeschädigt zurückgekehrt sein. Verlustzahlen der Guerillas wurden nicht bekanntgegeben. Gestriger Angriff ist die sechste grenzüberschreitende Operation seit dem Viscount-Abschuß. Seit 1976 hat Rhodesien mindestens 20 größere Angriffe auf ungefähr 50 Ziele in Mosambik, Sambia, Botsuana und Angola unternommen und Schätzungen zufolge hierbei zwischen 3 und 4000 Guerillas getötet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 118; Referat 320, Bd. 125205.

18 Referat 320 erläuterte am 24. August 1979: „Die israelisch-südafrikanischen Beziehungen bestehen schwerpunktmäßig auf dem wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technologischen und sehr wahrscheinlich auf dem rüstungstechnischen Gebiet. [...] Auch Israel verurteilt in öffentlichen Erklärungen die Apartheidpolitik, zieht aber eine scharfe Trennung zwischen Politik und Wirtschaft und bekennt sich offen dazu. Der Schwerpunkt der israelisch-südafrikanischen Wirtschaftsbeziehungen liegt auf dem Bereich der eisen- und stahlverarbeitenden Industrie (hier bestehen in Israel eine Reihe von ‚joint ventures', für die Südafrika Rohstoffe und Kohle als Energieträger nach Israel exportiert) sowie im Bereich der Elektronik, wo sehr wahrscheinlich auch die geheimgehaltene rüstungstechnologische Zusammenarbeit liegt." Vgl. Referat 320, Bd. 125219.

19 Botschafter Eick, Pretoria, berichtete am 6. Dezember 1978, die am selben Tag erfolgte Veröffentlichung des Berichts der richterlichen Untersuchungskommission unter Vorsitz des Richters Erasmus über die Verwendung des Geheimfonds des Informationsministeriums treffe „Regierung und

3) Französischer Vorschlag einer trilateralen europäisch-afrikanisch-arabischen Konferenz[21]

BM wies auf das nach seiner Ansicht große Ausmaß an Unsicherheit in den Führungen arabischer und afrikanischer Staaten hin. Der Westen müsse sich jetzt überlegen, wie bei den Führungen dieser Staaten, die unabhängig sein wollten, das Vertrauen in den Westen gestärkt werden könne. Der Westen repräsentiere sich für diese Länder einmal in den USA (mit Kanada) und zum anderen in der Europäischen Gemeinschaft.

In einer anschließenden Erörterung des französischen Vorschlages einer trilateralen europäisch-afrikanisch-arabischen Konferenz unterstrich BM, daß Europa seine Verantwortung gegenüber seinen arabischen und afrikanischen Nachbarstaaten wahrnehmen müsse. Er stehe dem französischen Vorschlag sehr positiv gegenüber. Er sehe zwar auch die Gefahr einer Mammutkonferenz (auf die AM Dr. Owen hingewiesen hatte), halte aber den Gedanken grundsätzlich für richtig.

Fortsetzung Fußnote von Seite 249

Nationale Partei ins Mark". Die wesentlichen Punkte der Ermittlungen ließen sich folgendermaßen zusammenfassen: „Unwiderlegbare Hinweise lassen auf Unregelmäßigkeiten großen Stils, einschließlich Diebstahls und Betrugs, hinsichtlich der Verwendung von Teilen des Geheimfonds von 64 Mio. Rand schließen. [...] Schwerer als der Verdacht krimineller Handlungen ihrer Beamten lastet der Vorwurf des Amts- und Machtmißbrauchs auf der Regierung. In diese Kategorie ist die Finanzierung des englischsprachigen ‚Citizen' mit 32 Mio. Rand – der Hälfte des Geheimfonds – einzuordnen, aber auch die Frage nach der Verantwortlichkeit. Ein niederschmetterndes Zeugnis wird dem ehemaligen verantwortlichen Minister, Dr. Connie Mulder, ausgestellt, dem Unfähigkeit der Amtsführung (‚um das mindeste festzustellen', so der Bericht) bescheinigt wird. [...] Aber auch der Staatspräsident und der Premierminister sind mit der von ihnen eingestandenen Kenntnis belastet, daß Gelder aus dem Verteidigungsministerium in das Informationsministerium transferiert wurden, obwohl dies weder haushalts- noch verfassungsrechtlich zulässig war." Vgl. den Drahtbericht Nr. 707; Referat 320, Bd. 116838.

20 Am 17. Juni 1972 wurden fünf Personen verhaftet, die bei einem Einbruch in Büroräume der Demokratischen Partei im Watergate-Hotel in Washington Abhörmikrophone anbringen wollten. Bei den anschließenden Ermittlungen stellte sich heraus, daß sie Beziehungen zum Wahlkampfbüro des Präsidenten Nixon unterhielten. Am 27. Februar 1973 setzte der amerikanische Senat einen Untersuchungsausschuß ein, dessen Arbeit eine Verwicklung von Regierungskreisen in die „Watergate-Affäre" immer deutlicher werden ließ. In der Folge konzentrierte sich die juristische Auseinandersetzung auf die Herausgabe von Tonbandaufzeichnungen, die Nixon über Gespräche mit seinen Mitarbeitern angefertigt hatte. Im Juli 1974 forderte der Oberste Gerichtshof den Präsidenten zur vollständigen Herausgabe dieser Aufzeichnungen auf.
Der Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses sprach sich während seiner Sitzung vom 27. bis 30. Juli 1974 für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Nixon wegen Behinderung der Justizverwaltung, Verletzung verfassungsmäßiger Rechte von Bürgern sowie willentlicher Mißachtung von Vorladungen des Rechtsausschusses des Repräsentantenhauses aus. Daraufhin gab Nixon am 8. August 1974 in einer Rundfunk- und Fernsehansprache seinen Rücktritt bekannt.

21 Vortragender Legationsrat I. Klasse Vestring hielt am 2. März 1979 fest: „Den Vorschlag eines europäisch-afrikanischen Solidaritätspaktes hat Präsident Giscard d'Estaing erstmals in einer Botschaft zur Unabhängigkeit Dschibutis am 16.7.77 gemacht. Ausgehend von der französischen Idee einer Schicksalsgemeinschaft zwischen Europa und Afrika sollen dabei Regeln der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit festgelegt werden. Ziel ist die Stabilisierung Afrikas durch eine enge Anbindung an Europa (vor allem die EG, aber auch die EFTA-Länder). Die Einbeziehung der arabischen Staaten ist angestrebt. [...] Wir messen dem Vorschlag nur sehr geringe Erfolgsaussichten bei. Bereits unter den Neun, noch stärker bei den EFTA-Ländern, wird sich kaum Übereinstimmung über ein neues Instrument des Dialogs mit Afrika herstellen lassen, das derart starke französische Züge trägt. In Afrika werden sich im wesentlichen nur die prowestlichen frankophonen Staaten für den Vorschlag interessieren. [...] Wir halten den Vorschlag auch nicht für politisch opportun. Er entspringt offensichtlich dem Bestreben Frankreichs, die Kluft zwischen Anspruch und Möglichkeiten seiner Afrikapolitik mit Hilfe der Ressourcen seiner europäischen Partner zu schließen." Vgl. Referat 410, Bd. 121811.

AM *Dr. Owen* erklärte, daß auch er den französischen Plan im Ansatz für richtig halte. Es sei jedoch auch notwendig, die Präsidentschaft zu stärken, um diese in die Lage zu versetzen, eine größere Rolle zu spielen. Die Möglichkeiten des Sekretariats der Präsidentschaft seien derzeit unzureichend. Dies könne sich vor allem dann nachteilig auswirken, wenn kleinere Länder die Präsidentschaft übernähmen.

4) Aus dem Gedankenaustausch über europapolitische Fragen ist folgendes festzuhalten:

BM äußerte seine Befriedigung darüber, daß es gelungen sei, die Schwierigkeiten, die einem Fischerei-Rahmenabkommen EG–Kanada bisher entgegengestanden hätten, zu überwinden, und der Weg für den Abschluß eines solchen Abkommens nunmehr frei sei.[22] AM *Owen* zeigte sich vorsichtig optimistisch, daß es möglich sein werde, die noch offenen Fischereifragen zu lösen, wenn man Stück für Stück (bit by bit) vorgehe.[23]

Zur Gemeinsamen Agrarpolitik wiederholte AM Owen die bekannten britischen Positionen. Er unterstrich, daß er im Prinzip nicht gegen eine Abschaffung des Währungsausgleichs (WAG) sei. Es sei aber ein Problem, wie das geschehe und welche Folgen sich für das interne Preisniveau daraus ergeben würden. In GB schließe man auch aus der Art und Weise der Behandlung des WAG-Problems, wie die EG insgesamt mit ihren Strukturproblemen fertig werde. Es sei unklug, jetzt eine automatische Abschaffung des WAG vorantreiben zu wollen. Besser als in dieser Frage konkrete Entscheidungen zu fällen, erscheine ihm eine Einigung über die generelle Orientierung der künftigen Agrarpolitik, einschließlich der WAG-Problematik.[24]

22 Referat 411 hielt am 15. Januar 1979 fest: „EG hat mit Kanada ein Fischereirahmenabkommen (Übergangsabkommen bis Ende 79) ausgehandelt und paraphiert. Unterzeichnung scheiterte bisher an dänischem und britischem Vorbehalt. DK wendet sich mit seinem Vorbehalt gegen seiner Ansicht nach zu geringe Lachsfangquote (1190 t) für grönländische Fischer (fordert Erhöhung um 200 t) sowie gegen Aufnahme der Lachsfangregelung in das Rahmenabkommen selbst, weil DK befürchtet, daß dies negatives Präjudiz für spätere Lachsquotenvereinbarungen sein könnte. Britischer Vorbehalt ist Ausfluß der generellen britischen Taktik, Unterzeichnung bzw. Ratifizierung sämtlicher Rahmenabkommen zu blockieren, bis das interne Fischereiregime befriedigend gelöst ist. [...] Die britische Haltung, Drittlandsabkommen unter Hinweis auf den Zusammenhang zwischen externer und interner Fischerei zu blockieren, ist – worauf wir VK wiederholt im Rat der EG hingewiesen haben – generell ungerechtfertigt, weil Rahmenabkommen grundsätzlich keine Fangquotenvereinbarungen enthalten und daher interne Regelungen in keiner Weise präjudizieren. Trotzdem hat sich VK bisher nicht zu einer Modifizierung seiner Haltung bewegen lassen. Im Falle Kanadas kommt jedoch noch ein weiteres Moment hinzu, das den britischen Vorbehalt als vollends unbegründet erscheinen läßt: Anders als etwa die Rahmenabkommen mit Norwegen, Schweden etc. enthält das Abkommen mit Kanada keine Gegenseitigkeitsvereinbarung; Fangquoten für Kanada in Gewässern der EG-Mitgliedstaaten stehen also auch theoretisch und für die Zukunft überhaupt nicht in Rede. Wenn VK seine Zustimmung zur Unterzeichnung auch unter diesen Umständen verweigert und seine EG-Partner dadurch schädigt, ist dies völlig unverständlich und muß als Provokation empfunden werden." Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 571.
Botschafter Sigrist, Brüssel (EG), berichtete am 28. Juni 1979: „Das im Juli 78 in Ottawa ausgehandelte und paraphierte Fischerei-Rahmenabkommen EG–Kanada wurde nebst Briefwechsel am 28.6.79 im Rahmen einer kleinen Zeremonie im hiesigen Ratsgebäude unterzeichnet. [...] Unterzeichnung des Abkommens verzögerte sich wegen der von GB und DK eingelegten Vorbehalte, die erst nach langwierigen EG-internen Bemühungen ausgeräumt werden konnten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2166; B 201 (Referat 411), Bd. 571.

23 Zur Einrichtung eines Fischereiregimes der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 51, Anm. 20.

24 Referat 411 notierte am 22. Februar 1979: „Britische Hauptanliegen im Rahmen der G[emeinsamen]A[grar]P[olitik] sind Bekämpfung der Überschußproduktion durch restriktive Preispolitik

BM wies auf die letzten deutsch-französischen Gipfelgespräche[25] hin, auf der die große Bedeutung des WAG-Problems für F erneut deutlich geworden sei. Die Wichtigkeit dieser Frage für F ergebe sich auf dem Hintergrund der innenpolitischen Situation (Regierungsmehrheit[26]) und sei wohl auch vor dem Hintergrund des EG-Beitritts Spaniens[27] zu sehen. BM unterstrich, daß wir bereit seien, beim Abbau des Währungsausgleichs mitzuarbeiten. Für uns gebe es aber eine klare Grenze dort, wo es durch Preissenkungen im Gesamtergebnis zu einer Einkommenssenkung für die deutsche Landwirtschaft komme.

Auf die Frage AM *Owens*, ob wir nicht monetäre nationale Stützungsmaßnahmen ins Auge fassen könnten, entgegnete *BM*, daß dies schon aus prinzipiellen Gründen nicht erwogen werden könne: Neben schwerwiegenden Einwänden des Finanzministers[28] sei der entscheidende Grund folgender: Wenn man die Funktionsfähigkeit des EWS von Subventionen für einen bestimmten Wirtschafts-

Fortsetzung Fußnote von Seite 251

(mehrjähriges Einfrieren der Preise in E[uropäischen]R[echnungs]E[inheiten], evtl. sogar Preissenkungen); Erhaltung des niedrigen Verbraucherpreisniveaus für Lebensmittel in GB. Diese Anliegen spielen derzeit bei den EG-Beratungen über die folgenden Problemkreise eine Rolle: künftige Entwicklung der GAP; Preisverhandlungen für das Wirtschaftsjahr 1979/80; Einführung des EWS in die GAP." Dazu hielt Referat 411 fest: „Britische Regierung sollte wissen, daß wir das von ihr derzeit in der GAP verfolgte Hauptziel, Überschußproduktion durch restriktive Preispolitik zu bekämpfen, im Prinzip teilen, daß es für uns dabei aber eine klare Grenze gibt: Wir sind unter keinen Umständen bereit, absolute Preissenkungen in DM bzw. Senkungen der landwirtschaftlichen Einkommen hinzunehmen. Auch zu nationalem Einkommensausgleich sind wir nicht bereit." Weiter hieß es: „Auch ein Einfrieren unseres landwirtschaftlichen Preisniveaus in DM für das kommende Wirtschaftsjahr ist bereits ein großes Zugeständnis, das auf den energischen Protest der deutschen Landwirtschaft stößt [...]. Dagegen könnten wir in der Frage, ob dieses Ergebnis über ein Einfrieren der Preise in RE (bei der wir dann keinen Spielraum mehr für Abbau unseres W[ährungs]A[us]G[leichs] hätten) oder ein leichtes Anheben der RE-Preise und einen gleichgewichtigen Abbau unseres WAG erreicht wird, wahrscheinlich flexibel sein." Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 512.

25 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 22./23. Februar 1979 in Paris vgl. Dok. 50 und Dok. 51.

26 Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 12. Februar 1979: „Staatspräsident Giscard d'Estaing und die Regierung Barre durchlaufen zur Zeit eine schwierige Phase. Die Kantonalwahlen im März, die Europawahlen im Juni und auch die Präsidentschaftswahl 1981 verschärfen schon jetzt das politische Klima. Dabei ist Barre bei den brennendsten wirtschaftlichen und sozialen Problemen [...] der Durchbruch noch nicht gelungen. [...] Beunruhigend ist für die Regierung auch die Haltung der Gaullisten, die gemeinsam mit Sozialisten und Kommunisten gegen die Barre'sche Wirtschaftspolitik Front machen und mit den Kommunisten die Giscard'sche Europapolitik ablehnen. Obschon diese heterogenen Partner zusammen sicherlich nicht regierungsfähig sind, so ist doch eine parlamentarische Mehrheit gegen die Regierung nicht undenkbar." Vgl. den Drahtbericht Nr. 439; Referat 202, Bd. 113569.

27 Spanien stellte am 28. Juli 1977 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vortragender Legationsrat von Kyaw notierte am 28. März 1979, am 19. Dezember 1978 sei der Beschluß gefaßt worden, die Beitrittsverhandlungen mit Spanien zu eröffnen: „Daraufhin konnte die feierliche Eröffnung der Beitrittsverhandlungen auf der Tagung des EG-Rates vom 5. Februar 1979 in Gegenwart einer spanischen Delegation unter Leitung des Ministers für die Beziehungen zu den EG, Calvo Sotelo, stattfinden. Der Rat hat am 19. Dezember 1978 gleichzeitig mit seinem positiven Beschluß zum spanischen Beitrittsantrag vereinbart, daß die zur Festlegung einer gemeinsamen Verhandlungsbasis der EG unerläßlichen Vorarbeiten baldmöglichst in Angriff genommen und in einem konstruktiven Geist geführt werden. Dies geschieht gegenwärtig in einer Arbeitsgruppe des Rates in Brüssel mit dem – insbesondere auch von uns stark unterstützten – Ziel, diese Vorarbeiten so rechtzeitig abzuschließen, daß die eigentlichen Sachverhandlungen nach der Sommerpause (September 1979) beginnen können." Vgl. Referat 410, Bd. 121698.

28 Hans Matthöfer.

zweig abhängig mache[29], dann könne man beim EWS künftig keine währungsorientierten Entscheidungen erwarten. Außerdem sei es mehr als problematisch, einen Weg zu beschreiten, bei dem im Ergebnis die Aufwertungsländer das Einkommen ihrer Bauern zu finanzieren hätten, in Abwertungsländern dies aber durch die Gemeinschaft geschehe.

AM *Owen* faßte abschließend nochmals die britische Haltung zur Gemeinsamen Agrarpolitik zusammen, wobei er mehrfach unterstrich, daß es ihm vor allem darauf ankomme, um größeres Verständnis für die britische Position zu werben.

BM wies seinerseits darauf hin, daß es nun erst einmal gelte, weitere Kommissionsvorschläge abzuwarten, auf deren Grundlage die Agrarminister sich weiter um Lösungen bemühen sollten.

Zur Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt berief sich AM *Owen* auf den Monatsbericht der Bundesbank für Februar 1979, um zu belegen, daß der Nettobeitrag der Bundesregierung zum Gemeinschaftshaushalt in den letzten Jahren geringer geworden sei, während die britischen Nettozahlungen ständig zunähmen.[30] Er unterstrich in diesem Zusammenhang die große Bedeutung, die diese Frage für die innen- und europapolitische Diskussion in GB habe. Man sei auf britischer Seite entschlossen, diese Frage bis zu einer Lösung auf der europäischen Tagesordnung zu belassen. Es sei nach seiner Meinung auch nicht länger möglich, die Frage des Agrarhaushalts ausschließlich den Agrarministern zu überlassen.

29 Zur Einführung des Europäischen Währungssystems in die Gemeinsame Agrarpolitik vgl. Dok. 16, Anm. 4 und 6.

30 Die Referate 410, 411 und 412 legten am 23. Februar 1979 in einer gemeinsamen Aufzeichnung dar: „Von britischer Seite wird immer wieder behauptet, sie habe – gemessen an ihrem BSP – eine zu hohe Nettozahlerposition, ja GB werde bereits 1980 zum größten Nettozahler der Gemeinschaft werden. Am 20.2. brachte die ‚Financial Times' einen Aufmacher, in dem sie – gestützt auf den Monatsbericht der Bundesbank für Februar 1979 – behauptet, 1978 sei der Nettobeitrag der Bundesrepublik zum Gemeinschaftshaushalt – wie bereits 1977 und 1976 – geringer gewesen als im Vorjahr, während die britischen Nettozahlungen ständig zunähmen. [...] Die britische Berechnung (auch die der Bundesbank) basiert lediglich auf Kassenbewegungen, die nichts über die wirtschaftliche Zurechenbarkeit aussagen. So wird der britische Währungsausgleich (WAG), der 1978 mit einem Prozentsatz von derzeit 28,2% den Löwenanteil der WAG-Gesamtkosten von fast 900 Mio. E[uropäischen]R[echnungs]E[inheiten] beansprucht, den Exportländern als Rückfluß zugerechnet (weil er dort de facto ausbezahlt wird), während seine wirtschaftliche Funktion darin besteht, das britische Agrarpreisniveau um 28,2% unter dem Gemeinschaftsniveau zu halten. [...] Bei wirtschaftlicher (statt haushaltstechnischer) Zurechnung des WAG ergibt sich also eine wesentlich geringere Nettozahlerposition für GB." Vgl. Referat 410, Bd. 121836.
Im Monatsbericht der Bundesbank vom Februar 1979 hieß es: „Bei den unentgeltlichen Leistungen hat sich das traditionell hohe Defizit der Bundesrepublik im vierten Quartal von 1978 auf 2,8 Mrd. DM zurückgebildet (in der gleichen Zeit des Vorjahres hatte es noch 4,5 Mrd. DM betragen). Dies lag vor allem daran, daß im Zahlungsverkehr zwischen der Bundesrepublik und den Europäischen Gemeinschaften entgegen dem sonst üblichen Mittelabfluß ausnahmsweise die Erstattungen der EG mit 3,3 Mrd. DM um knapp 0,7 Mrd. DM über die Brutto-Zahlungen der Bundesrepublik (2,6 Mrd. DM) hinausgingen, während die Bundesrepublik im letzten Vierteljahr von 1977 noch netto 0,7 Mrd. DM an die EG abzuführen hatte. Bei diesem Umschwung schlug einmal zu Buche, daß die Bundesrepublik im Oktober eine hohe Rückvergütung für im Jahr 1977 zuviel gezahlte Beträge erhielt. Zum anderen waren die von den EG zu vergütenden Aufwendungen im Rahmen der Agrarmarktordnungen mit 2,4 Mrd. DM etwa doppelt so hoch wie vor einem Jahr. Trotz dieses – zufallsbedingten – Umschlags im Zahlungsverkehr bleibt die Bundesrepublik gegenüber den EG weiterhin ein ‚Netto-Zahler', nach dem Ausweis der Zahlungsbilanz 1978 in Höhe von 2,1 Mrd. DM." Vgl. MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK, Februar 1979, S. 37f.

D4 wies gegenüber den britischen Berechnungen und dem Hinweis auf die Statistik der Bundesbank darauf hin, daß diese Zahlen lediglich auf Kassenbewegungen basierten, die nichts über die wirtschaftliche Zurechenbarkeit aussagten. Bei wirtschaftlicher (statt haushaltsrechtlicher) Zurechnung, z.B. der Währungsausgleichsbeträge, ergäbe sich ein ganz anderes Bild und sicher eine wesentlich geringere Belastung für GB. (Für uns sind diese Zahlungen eine unmittelbare Subventionierung der britischen Agrarpreise.)

D4 wies weiter darauf hin, daß GB – wie aus dem britischen Weißbuch hervorgehe – bei den Beitrittsverhandlungen selbst damit gerechnet habe, daß es in noch größerem Umfange, als dann tatsächlich geschehen, Nettozahler in der Gemeinschaft sein werde.[31] (AM Owen: GB sei trotzdem überrascht über die jetzt eingetretene unzumutbare Belastung.) Im übrigen habe der ER anläßlich der Neuverhandlungen in Anerkennung möglicher britischer Sorgen den Korrekturmechanismus geschaffen[32], der zunächst einmal in Anspruch genommen werden könne, wenn die Belastung für GB unangemessen sei und die Voraussetzungen für seine Anwendung vorlägen. AM *Owen* meinte abschließend, daß offenbar eine grundlegende Analyse und Bewertung der Statistiken notwendig sei. Hierbei könne man auch untersuchen, ob man im Korrekturmechanismus einen Ansatz für eine Lösung finde. Ihm persönlich erscheine dies besser, als eine völlig neue Methode zu suchen.

Referat 010, Bd. 178811

31 Im britischen Weißbuch zum EG-Beitritt vom Juli 1971 hieß es: „The costs of joining the Community – set out in this White Paper – are the price we should have to pay for the economic and political advantages. These advantages will more than overweigh the costs, provided we seize the opportunities of the far wider home market now open to us." Vgl. THE UNITED KINGDOM AND THE EUROPEAN COMMUNITIES, S. 16.

32 Vortragender Legationsrat I. Klasse Dohms hielt am 13. März 1975 fest, daß der britische Wunsch nach Verminderung finanzieller Belastungen eines der Hauptthemen der Tagung des Europäischen Rats am 10./11. März 1975 in Dublin gewesen sei: „Finanzfrage konnte auf Basis des Kommissionsvorschlags über die Errichtung eines Korrekturmechanismus, der bei Vorliegen einer unannehmbaren Situation ausgelöst wird, nach langwierigen Erörterungen, die sich bis in den Abend des zweiten Tages hinzogen, schließlich auf Basis eines vom französischen Staatspräsidenten modifizierten Vorschlags des Bundeskanzlers gelöst werden. Danach wird Obergrenze eines eventuellen Erstattungsbetrages auf 250. Mio. Rechnungseinheiten festgesetzt. Diese Grenze kann überschritten werden, wenn das EP-Haushaltsvolumen 8000 Mio. R[echnungs]E[inheiten] übersteigt. Obergrenze liegt danach bei 3 v.H. des jeweiligen Haushaltsvolumens." Vgl. den Runderlaß Nr. 39; Referat 240, Bd. 102879.

57

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Lücking

210-322.00 JAN-236/79 VS-vertraulich **28. Februar 1979**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Verhältnis Japan–DDR
hier: Besuchswunsch Honeckers in Japan

Bezug: a) DB Nr. 185 vom 12.2.1979 aus Tokio[3]
b) DB Nr. 201 vom 14.2.1979 – VS-v[4]

Anlg.: 3[5]

Zweck der Vorlage: Zur Information und mit der Bitte um Zustimmung zu dem unter Ziffer II vorgeschlagenen Vorgehen.

I. 1) Der japanische Botschaftsrat Kurokawa (politische Angelegenheiten) sprach am 23. Februar 1979 auf seinen Wunsch in obiger Angelegenheit bei RL 210[6] vor. VLR Gerster von Referat 341 nahm an dem Gespräch teil.

BR Kurokawa trug vor, daß DDR-Botschafter Brie am 9.2. den japanischen Außenminister Sonoda zu einem Gespräch aufgesucht und dabei den Wunsch Honeckers übermittelt habe, Japan noch in diesem Jahre zu besuchen. Bei dieser Gelegenheit habe Botschafter Brie die von DDR-Außenminister Fischer im Dezember 1977 ausgesprochene Einladung Außenministers Sonoda in die DDR erneuert. AM Sonoda habe einen Besuch der DDR gegen Ende dieses Jahres in Aussicht gestellt. Sonoda habe im übrigen den Besuchswunsch von Honecker entgegengenommen, hinsichtlich des Zeitpunktes aber zu verstehen gegeben, daß ein solcher Besuch in diesem Jahr nicht mehr zustande kommen könne.

Am 14.2. habe Botschafter Diehl Vizeminister Arita gestützt auf Pressemeldungen auf den Besuchswunsch von Honecker angesprochen und auf persönli-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen konzipiert. Hat Ministerialdirigent Limmer am 2. März 1979 vorgelegen, der für Referat 210 handschriftlich vermerkte: „DE ist direkt an Telko gegangen."

2 Hat Staatssekretär van Well am 2. März 1979 vorgelegen.

3 Botschafter Diehl, Tokio, berichtete: „DDR-Botschafter Brie suchte AM Sonoda am 9.2. zu einem kurzen Gespräch auf. Er übermittelte ihm den Wunsch Honeckers, Japan noch in diesem Jahre zu besuchen. Nach einer Pressemeldung soll über den genauen Besuchstermin auf diplomatischem Wege verhandelt werden. Botschafter Brie erneuerte gleichzeitig die Einladung zu einem Besuch Sonodas in der DDR, die AM Fischer bei seinem Japan-Besuch vom 12. bis 17.12.1977 ausgesprochen hatte. AM Sonoda erwiderte, er hoffe, die DDR gegen Jahresende besuchen zu können." Vgl. VS-Bd. 13119 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Botschafter Diehl, Tokio, berichtete: „Am 14.2. habe ich Vize-Minister Arita über die Punkte informiert, die ich bei meinem bevorstehenden Besuch bei PM Ohira behandeln will. Wie auch in anderen Fällen legte ich Wert darauf, daß AM Sonoda über Unterhaltungen mit anderen Regierungsmitgliedern informiert ist. Gegen Schluß der Unterhaltung habe ich Arita gefragt, ob er es für angebracht hielte, wenn ich gegenüber PM Ohira den Wunsch von Herrn Honecker, eine Einladung nach Japan zu bekommen, aufbringen sollte. Wie ich erwartet hatte, meinte Arita, vielleicht sei es besser, die Sache nicht anzusprechen, wenn ich nicht eine entsprechende Weisung hätte." Vgl. VS-Bd. 13119 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 3, 4 und 8.

6 Hermann Freiherr von Richthofen.

cher Grundlage zu bedenken gegeben, ob der Empfang Honeckers in Japan angesichts der Tatsache, daß auch der Bundeskanzler die Zeit für eine Begegnung mit Honecker noch nicht für gegeben ansehe, nicht verfrüht wäre. Die mit der Bundesrepublik Deutschland verbündeten Staaten hätten es der Bundesregierung überlassen, das Tempo der Entwicklung der Beziehungen zur DDR anzugeben. Honecker habe seines Wissens bisher von keinem der mit der Bundesrepublik Deutschland eng befreundeten Staaten eine Einladung erhalten. BR Kurokawa bat um Unterrichtung über die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage. Er erwähnte in diesem Zusammenhang, daß bestimmte japanische Geschäftskreise und Parlamentarier aus wirtschaftlichen Motiven an dem Zustandekommen des Besuches interessiert seien und in diesem Sinne auf PM Ohira einwirkten.

2) RL 210 dankte für die Unterrichtung durch die japanische Botschaft über den Besuchswunsch von Honecker und wies darauf hin, daß wir selbst erst vor wenigen Tagen durch einen Bericht von Botschafter Diehl davon gehört hätten. Er könne daher heute nur auf persönlicher Grundlage auf die vom Auswärtigen Amt seit dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrages[7] von Anfang an eingenommene und auch Japan bekannte Haltung hinweisen, daß wir dritten Staaten weder vorschreiben wollten noch ihnen die Entscheidung darüber abnehmen könnten, wie sie ihre Beziehungen zur DDR im einzelnen ausgestalteten, und daß wir darauf vertrauten, daß die mit uns eng befreundeten Staaten in der Gestaltung ihrer Beziehungen zur DDR auf unsere essentiellen Interessen Rücksicht nehmen würden. In dieser Erwartung seien wir bisher noch in keinem Fall enttäuscht worden.

Nach einer eingehenden Darstellung unseres Verhältnisses zur DDR schloß RL 210 mit folgender Feststellung: Wie die japanische Regierung sich auch immer entscheiden möge, die Bundesregierung gehe davon aus, daß unsere essentiellen Anliegen in der Deutschland- und Berlin-Frage sowie im humanitären Bereich bei unseren japanischen Freunden in guten Händen lägen.

Botschaftsrat Kurokawa erwiderte hierauf, daß das japanische Außenministerium bei einem Besuch Honeckers in Japan dafür Sorge tragen werde, daß unsere Anliegen bei der Ausgestaltung des Besuches und der Abfassung von gemeinsamen Erklärungen gebührend berücksichtigt werden. Allerdings sei das Außenministerium nicht alleine maßgeblich. Die von ihm erwähnten japanischen Geschäftskreise und Parlamentarier (er erwähnte ausdrücklich Inayama und einen Abgeordneten, der einen alten Familienbetrieb der Keramikindustrie besitze) seien wahrscheinlich weniger geneigt, unseren Anliegen Rechnung zu tragen. Ihren Einfluß bei PM Ohira dürfe man nicht außer acht lassen.

II. Vorschlag:

Es wird um Zustimmung gebeten:

1) zu dem als Anlage beigefügten Drahterlaß an die Botschaft Tokio[8],

[7] Der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 21. Dezember 1972 trat am 21. Juni 1973 in Kraft. Für den Wortlaut des Vertrags und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

[8] Für den Drahterlaß Nr. 93 des Ministerialdirigenten Lücking vom 2. März 1979 an die Botschaft in Tokio vgl. VS-Bd. 13119 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

2) zur Antwort an die japanische Botschaft in Bonn[9] auf derselben Ebene, auf der die Angelegenheit von japanischer Seite an uns herangetragen worden ist,

3) zur Unterrichtung des Bundeskanzleramts, damit sichergestellt ist, daß das Auswärtige Amt keine andere Auffassung vertritt als diejenige, die von den Angehörigen der Bundesregierung in Tokio anläßlich des Wirtschaftsgipfels Mitte dieses Jahres[10] zum Ausdruck gebracht wird.

Herr D 3[11] hat mitgezeichnet. Herr D 2[12] ist einverstanden.

i.V. Lücking

VS-Bd. 13119 (210)

58

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-372.14-302/79 geheim **1. März 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] dem Herrn Bundesminister

Betr.: Besuch Außenminister Owen[3]

In der Anlage werden folgende Vermerke über das Gespräch Bundesminister–Außenminister Owen im Anschluß an das Abendessen am 27. Februar vorgelegt:

1) Zusätzliche Äußerungen zu MBFR,

2) Französischer Vorschlag für eine Konferenz über Abrüstung in Europa,

9 Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen notierte am 5. März 1979: „Botschaftsrat Kurokawa von der hiesigen japanischen Botschaft wurde von mir am 5.3.1979 ins Auswärtige Amt gebeten, um ihm die Antwort auf seine Frage vom 23. Februar 1979 nach der Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Wunsch Honeckers nach einem Besuch in Japan zu geben. Einleitend sagte ich Herrn K[urokawa], daß ich die von mir am 23.2. gemachten persönlichen Bemerkungen bestätigen könne, daß wir auch im Falle Japans nicht von der bisherigen Praxis abgehen wollten, mit der wir bislang nur die allerbesten Erfahrungen gemacht haben, daß wir nämlich dritten Staaten weder vorschreiben wollen noch ihnen die Entscheidung darüber abnehmen können, wie sie ihre Beziehungen zur DDR im einzelnen ausgestalten, und daß wir darauf vertrauen, daß die mit uns eng befreundeten Staaten in der Gestaltung ihrer Beziehungen zur DDR auf unsere essentiellen Interessen Rücksicht nehmen." Vgl. VS-Bd. 13119 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

10 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

11 Andreas Meyer-Landrut.

12 Klaus Blech.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Petersmann am 2. März 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 12. März 1979 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär van Well am 2. März 1979 vorgelegen.

3 Der britische Außenminister Owen hielt sich am 27./28. Februar 1979 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundesminister Genscher vgl. auch Dok. 55 und Dok. 56.

3) SALT/Grauzone/TNF-Modernisierung,

4) Westeuropäische Union.

Ruth

[Anlage 1]

Betr.: Gespräch Bundesminister–Außenminister Owen am 27. Februar 1979;
hier: Zusätzliche Äußerungen zu MBFR

1) Anhebung der Verhandlungen auf politische Ebene:

Der Bundesminister wies darauf hin, daß er selbst und der Bundeskanzler den entsprechenden NATO-Vorschlag[4] mit seinen Konditionen auch öffentlich unterstützt hätten. Die Frage, wann der richtige Zeitpunkt dafür gekommen sei, müsse genau geprüft werden. Wir hätten bekanntlich vorgeschlagen, auch das Madrider Treffen[5] auf die politische Ebene anzuheben, und hätten dabei eine Präferenz für die Ebene der Regierungschefs.

2) Zum Problem des Zusammenhangs MBFR/SALT meinte Außenminister Owen, daß Fortschritte bei MBFR nicht notwendig vom Abschluß von SALT abhängen müßten. Bundesminister wies darauf hin, daß diese Wechselwirkung bei den Gesprächen mit Präsident Carter im Juli 1977[6] eine Rolle gespielt hätte und daß deutscherseits darauf hingewiesen wurde, daß aus westlicher Sicht kein Junktim SALT/MBFR bestehen müsse. Jetzt sei natürlich zu bedenken, daß wir ein Stadium erreicht haben, wo zu erwarten ist, daß SALT bald zum Abschluß kommt.

3) Stand der Entspannungspolitik:

Der Bundesminister wies auf die Bedeutung der Fortsetzung der Entspannungspolitik im Blick auf die Ereignisse in Südostasien[7] hin. Es sei wichtig, daß die Vertreter dieser Politik in Moskau gerade jetzt sagen können, daß sich die Entspannungspolitik auch für sie gelohnt hat. Deshalb sei es wichtig, diese Politik fortzusetzen. Es sei offensichtlich, daß auch die Sowjetunion an konstruktiven Schritten in Europa, auch an Fortschritten bei MBFR, interessiert sei.

4) Bundesminister kam auf die Äußerung Tarassows gegenüber Botschafter Jung zu sprechen, was Jung sage, sei für eine Siegermacht des Zweiten Welt-

[4] Auf der NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31. Mai 1978 in Washington erklärten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten ihre Absicht, zu einem geeigneten Zeitpunkt eine Sitzung auf Außenministerebene vorzuschlagen. Als Voraussetzung nannten sie die Klärung der Datenbasis. Vgl. dazu Punkt 19 des Kommuniqués; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 93. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 480 f.

[5] Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

[6] Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter am 14. Juli 1977; AAPD 1977, II, Dok. 194.

[7] Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 2.

krieges unzumutbar.[8] Eine solche Äußerung dürfe man nicht durchgehen lassen. Sie entspreche allen negativen Befürchtungen, die man hinsichtlich der sowjetischen MBFR-Ziele haben müsse.

5) Der Bundesminister erwähnte die Anfrage eines Abgeordneten der Opposition zu den paramilitärischen Verbänden und seine Antwort darauf.[9] Diese Anfrage habe Bezug genommen auf öffentliche Äußerungen in der DDR über die militärische Bedeutung der Betriebskampfgruppen. Der Abgeordnete habe seine Anfrage nicht öffentlich gestellt, doch mache sie deutlich, daß die Datendiskussion durch törichte Äußerungen in der DDR noch weiter kompliziert werden könne.

[Anlage 2]

Betr.: Gespräch Bundesminister–Außenminister Owen am 27. Februar 1979;
hier: Französischer Vorschlag für eine Konferenz über Abrüstung in Europa[10]

Minister Owen begrüßte es, daß Frankreich seine Arbeit im Genfer Abrüstungsausschuß wieder aufgenommen hat[11] und daß der französische Staatspräsident

8 Zu den Äußerungen des Leiters der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow, gegenüber Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), am 8. Februar 1979 vgl. Dok. 39.

9 Mit Schreiben vom 5. Dezember 1978 bat der CDU-Abgeordnete Mertes Bundesminister Genscher um „Überprüfung der bisherigen Haltung des Atlantischen Bündnisses und der Bundesregierung in der Frage der sicherheits- und rüstungskontrollpolitischen Bedeutung der ‚Kampfgruppen der Arbeiterklasse' der DDR", insbesondere um „Überprüfung der Frage, ob die bisher vereinbarten Kriterien für die Einbeziehung militärischen Personals des Reduzierungsraums in die MBFR-Verhandlungen noch weiter beibehalten werden können". Die Stärke der „Kampfgruppen" liege bei 450 000 bis 500 000 Mann. Bundesminister Genscher beantwortete das Schreiben am 19. Januar 1979: „Die Bedeutung der Kampfgruppen wird von der Bundesregierung keineswegs als gering eingeschätzt. Sie widmet ihnen, wie auch anderen nicht unter die vom Westen bei der Datendiskussion in Wien zugrunde gelegte Streitkräftedefinition fallenden paramilitärischen Organisationen, besondere Aufmerksamkeit. [...] Zur Sache selbst hat der Westen von Beginn an gefordert, daß alles uniformierte militärische Personal im aktiven Dienst in die Verhandlungen einbezogen wird. Kriterium ist, daß dieses Personal ständig und ausschließlich militärischen Dienst versieht und die Uniform der Land- oder Luftstreitkräfte trägt. Der Osten behauptet, die gleiche Definition anzuwenden. Eine Ausdehnung der Verhandlungen auf anderes als aktives militärisches Personal würde zur östlichen Gegenforderung auf Einbeziehung anderer militärisch relevanter Organisationen und Personengruppen auf beiden Seiten führen und damit den Verhandlungsgegenstand nicht nur erheblich komplizieren, sondern auch vom eigentlichen Verhandlungsziel ablenken." Vgl. Referat 221, Bd. 116926.

10 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 3, Anm. 16.

11 Referat 222 hielt am 23. Oktober 1978 fest: „Der ‚alte' Genfer Abrüstungsausschuß (Committee on Disarmament, CCD) verdankte seine Entstehung der Ende der fünfziger Jahre offenbar gewordenen Unfähigkeit der Vereinten Nationen, ein arbeitsfähiges Forum für Abrüstungsprobleme zu schaffen. Mit Billigung der Generalversammlung der VN wurden daher 1961 Sowjetunion und USA auf dem Abrüstungsgebiet initiativ. Sie vereinbarten Grundsätze für Abrüstungsverhandlungen (McCloy/Sorin) und schufen als neues Abrüstungsgremium den 18-Mächte-Ausschuß (ENDC). 1969 wurde der 18-Mächte-Ausschuß um acht Mitglieder erweitert und in CCD umbenannt. Der CCD gehören zur Zeit 31 Mitglieder an, wobei Frankreich die Politik des ‚leeren Stuhls' praktiziert." Vgl. Referat 222, Bd. 112999.
Mit Paragraph 120 des Schlußdokuments der Zehnten UNO-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 30. Juni 1978 wurde die Umwandlung der Conference of the Committee on Disarmament (CCD) in Genf beschlossen. An ihre Stelle sollte ein Abrüstungsausschuß (Committee on Disarmament) aus allen Nuklearmächten und 32 bis 35 anderen Staaten treten. Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1978, S. 433f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 538f.

zu Abrüstungsthemen vor der Sondergeneralversammlung der VN Stellung nahm.[12] Man dürfe aber nicht vergessen, daß der Vorschlag für eine Abrüstungskonferenz kurz vor den französischen Wahlen[13] gemacht worden sei.

Nach britischer Auffassung sei der französische Vorschlag problematisch. Er müsse sorgfältig geprüft werden, bevor man sich dafür aussprechen könne. Vor allem habe er die Sorge, daß auf MBFR negative Wirkungen ausgehen könnten. Ein weiteres Problem liege darin, daß durch den französischen Vorschlag die vertrauensbildenden Maßnahmen bei der KSZE[14] entwertet würden und daß sich die KSZE dann auf das Problem der Menschenrechte[15] konzentrieren müsse. Der französische Vorschlag könne daher sowohl MBFR wie der KSZE schaden.

Andererseits begrüße er es, daß Frankreich bereit sei, sich an der Rüstungskontrolldiskussion in Europa zu beteiligen. Dies müsse beibehalten werden. In der gegenwärtigen Situation wolle er sich nicht voll für den Vorschlag aussprechen und alles gutheißen, andererseits wolle er aber auch nicht nein sagen.

Bundesminister wies darauf hin, daß für uns die Teilnahme Frankreichs an der europäischen Sicherheitsdiskussion große Bedeutung habe. Er sehe durchaus die Berechtigung der britischen Fragen, besonders hinsichtlich der Wirkung auf MBFR. Andererseits könne der französische Vorschlag gerade auch für MBFR hilfreich sein, da die Sowjetunion fürchten müsse, daß bei einem Scheitern von MBFR die Europäische Abrüstungskonferenz an seine Stelle trete. Dies sei für die Sowjetunion problematisch. Im übrigen sei für uns der französische Vorschlag positiv zu bewerten, weil in ihm die Beschränkungen auf Mitteleuropa entfallen. Eine negative Auswirkung auf MBFR komme auch für uns nicht in Frage und sei auch nicht zu erwarten. In der Sicherheitsdiskussion fühle er sich mit Frankreich stärker als ohne Frankreich. Auch deshalb sei er dankbar, daß sich die britische Regierung nicht schroff gegen den französischen Vorschlag wende. Es sei klar, daß, wenn einer von uns den französischen Vorschlag ablehne, dies ein Zeichen für die Sowjetunion sei, daß ihn auch die Sowjetunion als erledigt betrachten könne. Damit werde auch der potentielle positive Effekt für MBFR verlorengehen.

[Anlage 3]

Betr.: Gespräch Bundesminister–Außenminister Owen am 27. Februar 1979;
hier: SALT/Grauzone/TNF-Modernisierung

Außenminister Owen bemerkte, daß die Vereinigten Staaten in einer schwierigen Lage seien. Sie bestehe darin, daß einerseits Rüstungskontrollverhandlungen geführt werden und daß andererseits das Wettrüsten angeheizt werde. Da-

12 Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing am 25. Mai 1978 in New York vor der Zehnten UNO-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vgl. LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1978, II, S. 63–71.

13 Am 12. und 19. März 1979 fanden Wahlen zur französischen Nationalversammlung statt.

14 Für den Wortlaut des „Dokuments über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

15 Punkt VII der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 betraf die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit. Für den Wortlaut vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 917 f.

rin liege das Problem der These, man sollte erst rüsten, um dann abrüsten zu können.

Nach seiner Auffassung könne auch die SS-20 den amerikanischen nuklearen Schutzschirm nicht durchlöchern. Es bestehe die Gefahr, daß wir uns durch das SS-20-Problem lähmen ließen. Andererseits sei er sich insbesondere des Problems der TNF großer Reichweiten bewußt, die mehr eine Forderung für die Europäer als für die Amerikaner sei. Es komme s.E. sehr darauf an, hier ein deutsch-britisches Einvernehmen zu haben. Dies werde amerikanische Entscheidungen erleichtern.

Außenminister Owen wies auf die in Großbritannien vorhandenen TNF großer Reichweiten hin. Man befasse sich auch mit Cruise-Missiles-Optionen. Entscheidungen seien jedoch noch nicht gefällt.

Er sei daran interessiert zu wissen, was wir wünschten, das Großbritannien in dieser Frage tue. Die deutsche Auffassung sei für die britische Meinungsbildung sehr wichtig. Dabei sei er sich im klaren, daß wir uns entschieden hätten, kein Nuklearwaffenstaat zu sein.

Der Bundesminister antwortete auf die Ausführungen Minister Owens.

An der deutschen Position, kein Nuklearwaffenstaat sein zu wollen, werde sich nichts ändern. Es sei zu befürchten, daß eine öffentliche Diskussion so unbefriedigend und verantwortungslos geführt werde wie bei der Neutronenwaffe, und dies müsse vermieden werden. Die Vereinigten Staaten stünden derzeit nicht unter dem Druck, ihr Engagement in Europa reduzieren zu sollen, wie seinerzeit im Zeichen der Initiativen des Senators Mansfield.[16] Doch werde die Frage gestellt, warum die Vereinigten Staaten europäischer sein müßten als die Europäer. Hier gehe es um die Frage, ob die Auffassung Bestand haben werde, daß das Bündnisgebiet eine Einheit darstellt. Dies sei nicht allen bewußt.

Für die Amerikaner bedeute es eine Zumutung, zu erwarten, daß sie letztlich bereit sein sollen, ihre nationale Substanz zu opfern, ohne daß die Europäer entsprechende Verantwortung trügen.

Der Bundesminister führte aus, daß wir sehr daran interessiert sind, mit Großbritannien über diese Frage zu sprechen. Es müsse klar sein, daß wir nicht in eine singuläre Situation gebracht werden wollen, andererseits müßten wir uns der Verantwortung und der Interessen als Europäer bewußt sein. In der Frage der TNF großer Reichweiten seien bei uns im übrigen noch keine Entscheidungen getroffen worden.

Wir haben unsere Überlegungen zur Schaffung eines politischen Beratungsgremiums in der NATO parallel zur militärischen High Level Group dargelegt.[17]

16 Senator Mansfield brachte am 31. August 1966 erstmals eine Resolution im amerikanischen Senat ein, in der eine Reduzierung der in Europa stationierten amerikanischen Truppen verlangt wurde. Für den Wortlaut vgl. CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 112, Teil 16, S. 21442, bzw. CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 115, Teil 27, S. 36149.
In den folgenden Jahren wiederholte Mansfield regelmäßig seine Forderung. Am 9. Mai 1975 wurde in der Presse berichtet, daß der Senator erstmals seit 1966 keine Entschließung zur Reduzierung der amerikanischen Streitkräfte in Europa einbringen werde. Vgl. dazu den Artikel „Stimmung gegen Isolationismus wächst im amerikanischen Kongreß"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Mai 1975, S. 1.

17 Zum Vorschlag der Bundesregierung für eine Verbesserung der Konsultationspraxis in der NATO vgl. Dok. 31, Anm. 17.

Außenminister Owen begrüßte diese Gedanken und sagte seine Unterstützung zu.

[Anlage 4]

Betr.: Gespräch Bundesminister–Außenminister Owen am 27. Februar 1979;
hier: Westeuropäische Union

Außenminister Owen sprach von sich aus das Thema der Modifizierung der WEU-Bestimmungen an. Er sagte, daß das Thema in der britischen Regierung erörtert werde und er dazu gerne mehr Information haben möchte. Dabei hat er zwei Themen angeschnitten:

1) Abbau der Restriktionen im Schiffsbau.[18] Dazu habe er folgende Fragen und Bemerkungen:

- Handele es sich um ein kommerzielles Interesse bei uns?
- Gehe es darum, die Rolle der Marine zu stärken?
- Rechtsfachleute in London hätten empfohlen, dieses Thema erst mit SACEUR[19] zu besprechen.

2) Das Problem der Raketenentwicklung, insbesondere der Entwicklung einer Antischiffrakete in der NATO.

Außenminister Owen stellte fest, er sei sich darüber im klaren, daß wir Schwierigkeiten mit bestimmten Restriktionen hätten und daß sich das Konzept des WEU-Vertrages selbst überlebt habe. Er habe mit einer Veränderung keine Schwierigkeiten.

Der Bundesminister stellte fest, daß er die Beurteilung der WEU-Bestimmungen durch Dr. Owen teile.

Der britische Außenminister stellte abschließend fest, daß Großbritannien bereit sei, unsere Überlegungen zu prüfen. In diesem Zusammenhang müsse man auch fragen, ob es nicht zweckmäßiger sei, in der NATO bestimmte Spezialisierungen vorzunehmen. So sei die britische Kapazität im Bereich der Marine besonders entwickelt.

18 Die WEU-Herstellungsbeschränkungen waren in Protokoll Nr. III zum WEU-Vertrag vom 23. Oktober 1954 über die Rüstungskontrolle enthalten. Die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen wurde ebenso verboten wie die Herstellung von Waffen großer Reichweite, Lenkwaffen und größeren Kriegsschiffen. Einzelheiten wurden in den Anlagen I bis IV zu dem Protokoll ausgeführt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 266–273.
Anlage III und damit Abschnitt V über „Kriegsschiffe mit Ausnahme von kleineren Schiffen für Verteidigungszwecke" wurde zwischen 1958 und 1973 mehrfach geändert. Für den Wortlaut der geltenden Fassung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 768 f., bzw. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 671.
Der Bundesverteidigungsrat beschloß bereits am 3. November 1967, die Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen als Fernziel anzustreben. Zu den diesbezüglichen Bemühungen der Bundesregierung vgl. AAPD 1976, I, Dok. 54 und Dok. 117, AAPD 1977, I, Dok. 65, AAPD 1977, II, Dok. 225, AAPD 1978, I, Dok. 63, und AAPD 1978, II, Dok. 244.

19 Alexander M. Haig.

Mr. Gillmore hat die angeschnittenen Themen am 28.2. mit VLR I Dr. Hofmann besprochen.[20]

VS-Bd. 14081 (010)

59

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-372.20/30-288/79 geheim **1. März 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] dem Herrn Bundesminister

Betr.: MBFR;
hier: Vorschlag des britischen Außenministers für ein Interimsabkommen[3]

I. Der britische Außenminister hat dem Bundesminister beim Abendessen am 27.2.[4] seinen Vorschlag für ein MBFR-Interimsabkommen erläutert. Im Anschluß daran hat er folgende drei Papiere[5] übergeben:

1) Inhalt des Vorschlags:

– Ein Interimsabkommen, das den Abzug von 49000 Warschauer-Pakt-Stationierungsstreitkräften (d.h. nur sowjetische Streitkräfte) und 21500 westli-

20 Ministerialdirigent Dröge erläuterte am 5. Juni 1979: „ 1) Wir haben uns in Ausführung der Kanzlerweisung vom 28. April 1976 um die völlige oder teilweise Aufhebung der konventionellen Herstellungsbeschränkungen des WEU-Vertrags bemüht. Ausgeschlossen blieben die Herstellungsbeschränkungen für ABC-Waffen. Unser Anliegen wurde auf vertraulichem Wege zunächst der französischen und nachfolgend der britischen Seite vorgetragen. 2) Die französische Regierung bat uns, zunächst nur den Komplex der Herstellungsbeschränkungen im Schiffbau (Kap[itel] V) zu verfolgen und weitergehende Bemühungen, etwa um Aufhebung der Beschränkungen für Flugkörper (Kapitel IV), zurückzustellen. Paris erklärte sich mit dieser Einschränkung bereit, einen Antrag der Bundesregierung auf ‚schlichte Streichung' der Schiffbaubeschränkungen durch Beschluß des WEU-Rates zu unterstützen. 3) Auf der Grundlage dieses Sondierungsergebnisses baten wir sodann die britische Regierung um eine ‚avis favorable' für unsere Bemühungen um Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen nach Kapitel V und nur dieser speziellen Kategorie. Vor kurzem ließ uns das FCO in einem Non-Paper wissen, daß London prinzipiell bereit sei, einen entsprechenden deutschen Antrag im WEU-Rat zu unterstützen." Vgl. den Runderlaß Nr. 2779; VS-Bd. 10615 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Petersmann am 2. März 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 5. März 1979 und erneut am 20. April 1979 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär van Well am 1. März 1979 vorgelegen.

3 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 5. März 1979 handschriftlich eingefügt: „Hier: Inhalt. Text ist angeheftet. Bewertung in getrennter Vorlage anbei."

4 Der britische Außenminister Owen hielt sich am 27./28. Februar 1979 in der Bundesrepublik auf. Zu den Gesprächen mit Bundesminister Genscher vgl. Dok. 55, Dok. 56 und Dok. 58.

5 Für die Papiere „Mutual and Balanced Force Reductions: Outline of an Interim Agreement", „MBFR: Interim Agreement" und „Secretary of State's visit to Bonn: MBFR Interim Agreement" vgl. VS-Bd. 14081 (010).

chen Stationierungsstreitkräften (d.h. Amerikaner, Briten und Kanadier) beinhalten soll.

- In der sowjetischen Reduzierungsquote sollen vier Panzer- oder motorisierte Schützendivisionen enthalten sein. Damit soll der Panzerbestand um 1064 oder 1300 verringert werden. Die Möglichkeit der Einlagerung der Panzer im Reduzierungsgebiet wird nicht ausgeschlossen.
- Das Interimsabkommen könne in seiner Dauer begrenzt sein. Es solle durch geeignete Verifizierungsmaßnahmen begleitet werden.

2) Im zweiten Papier werden Fragen beantwortet zu

- Auswirkung auf Datendiskussion,
- Verifizierungsmaßnahmen,
- Limitierungen nach Reduzierungen,
- Auswirkungen auf militärische Fragen,
- Attraktivität für die Sowjetunion.

3) Im dritten Papier, das uns erst am 28. übergeben wurde, werden Fragen gestellt zur

- Rolle der französischen Streitkräfte in Deutschland,
- Abweichung vom bisherigen NATO-Konzept durch Konzentration auf Stationierungsstreitkräfte.

II. Außenminister Owen hat folgende Erläuterungen gegeben:

1) Der Gedanke eines Interimsabkommens knüpfe an unseren ähnlichen Vorschlag vom Jahre 1977 an.[6]

[6] Ministerialdirektor Blech übermittelte am 7. Oktober 1977 den Botschaften in Washington und London einen von den Bundesministern Genscher und Leber gebilligten Entwurf für eine Weisung des Ständigen NATO-Rats an die Ad-hoc-Gruppe in Wien, der auf eine neue Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten zielte. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 265.
Botschafter Ruth legte am 5. März 1979 dar: „1) Der Vorschlag Dr. Owens soll dem Ziel dienen, die Blockierung der MBFR-Verhandlungen durch den fortdauernden Dissens in der Datenfrage zu überwinden. Anders als seine Idee einer Außenministerkonferenz, die allein auf die Wirkung des politisch höheren Forums abstellte, ist er sachbezogen und baut auf Überlegungen auf, die auf ‚Expertenebene' bereits angelegt waren: Wir stellten bei den deutsch-britisch-amerikanischen MBFR-Konsultationen, die am 18./19.9.1978 in Bonn stattfanden, ein strukturiertes Zwischenergebnis in Form eines Protokolls zur Diskussion, ohne damals die Zustimmung unserer Bündnispartner zu finden. Bei der Vorbereitung dieser Konsultationen hatte Unterabteilung 22 überlegt, ob ein solches Protokoll durch folgende Kombination ergänzt werden könnte: eine kollektive Nichterhöhungsabsprache für einen begrenzten Zeitraum unter der Voraussetzung einer Dateneinigung und eine Vereinbarung über sowjetische und amerikanische Personalreduzierungen. 2) Der britische Vorschlag ist insofern von Interesse, als er, richtig genutzt, dem Erfordernis flexibler Verhandlungsführung Rechnung tragen könnte; ein ‚erstes Abkommen' auf Stationierungsstreitkräfte beschränkt und deren Reduzierungsumfang so definiert, daß die westliche Forderung nach Dateneinigung als Voraussetzung für die Herstellung übereinstimmender Gesamthöchststärken für alle direkten MBFR-Teilnehmer unberührt bleibt; die vorläufige Beschränkung auf Personalreduzierungen es ermöglichen würde, für die Option-III-Problematik je nach Entwicklung im Grauzonenbereich Zeit zu gewinnen." Für problematisch hielt Ruth unter anderem folgenden Punkt: „Die Aufgabe einer Einigung über die Gesamtdatenbasis als Voraussetzung für den Beginn des Reduzierungsprozesses könnte die westliche Verhandlungsposition in der Datenfrage, die ja ihre Bedeutung für die spätere Herstellung der Personalparität behalten soll, schwächen. Es ist zweifelhaft, ob eine Absichtserklärung oder eine auflösende Bedingung zum Schutz der Dateneinigung ausreichen würde, um diesen Schaden abzuwenden." Vgl. VS-Bd. 14081 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2) Über den britischen Vorschlag würden zunächst nur wir unterrichtet. Über seinen Inhalt sei kurz mit Außenminister Vance gesprochen worden, der festgestellt habe, nicht selbst die Initiative ergreifen zu wollen, aber keine Bedenken sähe, wenn die Briten und wir einen entsprechenden Vorschlag machten.

3) Außenminister Owen wies nachdrücklich darauf hin, daß er bereit sei, den Vorschlag zurückzuziehen, wenn der Bundesminister ihn für nicht zweckmäßig halte.

4) Die Vorbereitung für die Verhandlungen über ein Interimsabkommen sollen nach britischer Auffassung nicht den üblichen Weg der NATO-Positionen gehen, sondern auf politischer Ebene erfolgen. Der Vorschlag soll auch der Sowjetunion gegenüber auf politischer Ebene zur Diskussion gestellt werden.

5) Nach angemessener Vorbereitung solle der Vorschlag dann auf einer Außenministerkonferenz verabschiedet werden.

6) Das Motiv für den britischen Vorschlag sei die Sorge, daß die Entspannungspolitik stagniere und daß keine Aussicht bestehe, in Wien kurzfristig Fortschritte zu machen. Er bezeichnete die Datendiskussion und das Festhalten am Prinzip der Kollektivität in Wien ausdrücklich als richtig.

III. Der Bundesminister entgegnete auf den Vorschlag Minister Owens:

1) Wir seien bereit, ihn sorgfältig zu prüfen, könnten uns naturgemäß jedoch noch nicht festlegen.

2) Auf erste Sicht nehme der Vorschlag Inhalte der ersten Phase des westlichen Verhandlungskonzepts[7] auf. Sein Vorzug liege darin, daß er anders als die Vorschläge für symbolische Schritte substantielle Reduzierungen vorsehe. Insbesondere halte er an der Notwendigkeit asymmetrischer Reduzierungen fest.

3) Das Problem liege darin, wie ein Freeze verhindert werden könne.[8] Es sei zu überlegen, ob hier eine Absprache mit dem Vorbehalt auflösender Bedingungen weiterhelfen könne.

4) Es müsse vermieden werden, daß durch einen solchen Vorschlag die Datendiskussion gestört und eine Dateneinigung unwahrscheinlicher gemacht werde. Ein Interimsvorschlag müsse daher mit der Dateneinigung verkoppelt werden.

5) Mit einem solchen Interimsabkommen müßte die konzeptionelle Einigung auf Parität und Kollektivität verbunden werden.

[7] Der Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation, Resor, führte am 22. November 1973 namens der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten Rahmenvorschläge für ein MBFR-Abkommen ein. Diese sahen eine Verminderung der Landstreitkräfte beider Seiten auf dem Gebiet Belgiens, der Bundesrepublik, der ČSSR, der DDR, Luxemburgs, der Niederlande und Polens vor. Ziel der Verhandlungen sollte ein Gleichstand beider Seiten in Form einer übereinstimmenden Höchststärke des Personals (common ceiling) mit jeweils etwa 700 000 Mann sein. Vorgesehen war, diese Reduzierungen in zwei aufeinanderfolgenden Phasen mit zwei Abkommen zu erreichen. In einer ersten Phase sollten nur die Streitkräfte der USA und der UdSSR reduziert werden. Die Vorschläge sahen außerdem Vereinbarungen über vertrauensbildende und stabilisierende Maßnahmen sowie zur Verifikation vor. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 386.

[8] Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten schlugen am 26. November 1974 ein Moratorium der Land- und Luftstreitkräfte der elf direkten Teilnehmerstaaten im Reduzierungsgebiet für die Dauer der Verhandlungen vor. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 343.

6) Der Osten habe in Wien einige Gedanken zur Diskussion gestellt[9], die zeigten, daß er an Fortschritten interessiert sei. Diese Überlegungen zu möglichem Entgegenkommen dürften nicht gestört werden.

7) Es sei notwendig, in dieser Phase der Diskussion über den Interimsvorschlag absolute Vertraulichkeit zu wahren, da sonst die Verhandlungen in Wien außerordentlich stark Schaden leiden müßten.

8) Der Bundesminister hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß seine Reaktion sich nur auf den Inhalt des ersten Papiers, nicht auf die zusätzlichen Erläuterungen in den Papieren 2 und 3 bezogen habe, die uns erst nach dem Gespräch übergeben wurden. Außenminister Owen hat nur aus dem Papier 1 zitiert.

IV. In einem Gespräch mit Mr. Gillmore am 28. wurden einige Sachfragen im Zusammenhang mit dem britischen Vorschlag erläutert. Interessant war dabei der Hinweis auf die zeitliche Vorstellung. Außenminister Owen strebt als Abschlußdatum für die Erörterung des Interimsabkommens den Monat September an.

Wir haben gegenüber Gillmore noch einmal unterstrichen, daß sich unsere Zusage naturgemäß auf die Prüfung erstrecke und daß dabei die Frage der Vermeidung eines Freeze eine entscheidende Rolle spielen müsse. Wichtig sei für uns auch, daß die Behandlung des britischen Vorschlags nicht zu einer Schwächung des MBFR-Zusammenhalts im Bündnis führe. Aus diesem Grunde sei es notwendig, die Abstimmung ins Bündnis zu legen. Auf persönlicher Basis habe ich hinzugefügt, daß wir es vermutlich vorziehen würden, wenn dieser britische Vorschlag als solcher in die NATO eingeführt würde, weil ausschließlich die amerikanischen Streitkräfte und allenfalls noch die britischen betroffen seien.

Ruth

VS-Bd. 14081 (010)

[9] Vgl. dazu die Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 8. Juni 1978; Dok. 39, Anm. 13.

60

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit

200-350.32-83I/79 VS-vertraulich **1. März 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 1113 Plurez **Aufgabe: 2. März 1979, 18.59 Uhr**

Betr.: Europäische politische Zusammenarbeit;
hier: 82. Politisches Komitee am 27./28. Februar 79 in Paris

In Ergänzung der in gesondert übermitteltem Relevé de conclusions[2] festgehaltenen Ergebnisse wird folgendes mitgeteilt:

Schwerpunkt der Erörterungen des PK lag auf den Ereignissen in Südostasien (chinesisch-vietnamesischer Konflikt[3]) sowie, in geringerem Maße, auf Fragen des Mittleren Ostens (Iran), Afrikas und des Valletta-Treffens[4].

1) KSZE

Präsidentschaft[5] gab einen Überblick über den Stand des Expertentreffens über Mittelmeerfragen in Valletta. Hauptgesichtspunkte:

- Die Neun mußten in der Frage der Beteiligung der südlichen Mittelmeeranrainer an dem Treffen weiter gehen, als sie ursprünglich wollten, weil sie angesichts der Haltung der USA, der Sowjetunion sowie der N- und N-Delegationen allein standen.[6]
- Das Problem verlor allerdings seine Bedeutung, weil schließlich nur Israel und Ägypten am Treffen teilnehmen.

1 Durchdruck.

2 Vortragender Legationsrat Schirmer übermittelte am 1. März 1979 den Entwurf der Relevé de conclusions des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ vom 27./28. Februar 1979 in Paris, der mit Drahtbericht Nr. 833 (Coreu) vom 28. Februar 1979 aus Paris übersandt worden war. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 1037; VS-Bd. 11078 (200).

3 Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 2.

4 Vom 13. Februar bis 26. März 1979 trafen Experten der KSZE-Teilnehmerstaaten in Valletta zusammen, um über Fragen der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum zu beraten. Für den Wortlaut ihres Berichts vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 446–450.

5 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze hielt am 23. Februar 1979 fest: „Die Arbeitsgruppe KSZE vom 1. und 2. Februar 1979 hatte sich vor allem mit Einzelheiten der Organisation des Treffens von Valletta und der Rolle der südlichen Mittelmeeranrainer befaßt. Insoweit ist ihre Arbeit durch das Ergebnis der Verhandlungen überholt. In den Verhandlungen von Valletta wurden schließlich größere Konzessionen, als die Arbeitsgruppe vorgesehen hatte, gemacht. Diesmal entsteht kein Schaden, da nur drei südliche Mittelmeeranrainer anwesend sind, von denen Israel und Ägypten gemäßigt auftreten, Syrien bald wieder abreiste, ohne zu reden. Aber Malta wird die jetzt getroffene Regelung auch im Vorbereitungstreffen von Madrid für die Arbeitsgruppe Mittelmeer des Madrider Haupttreffens verlangen. [...] Die Sowjetunion teilte zwar die KSZE-Bedenken des Westens, der sowjetische Chefdelegierte vermied aber sorgfältig alles, was die Malteser hätte verärgern können. Die amerikanische Delegation verhielt sich parallel. Die N[eutralen] und N[ichtgebundenen] stellten ihre Gruppeneinheit mindestens ebenso hoch wie die KSZE-Interessen und erreichten daher ihren internen Kompromiß bei mäßiger Berücksichtigung der letzteren. Ähnlich erging es den Neun, wobei die Mittelmeerinteressen und F und I ebenso eine Rolle spielten wie strategische Rücksichten." Vgl. den Runderlaß Nr. 953; Referat 212, Bd. 116384.

- Inhaltlich leidet das Treffen an einer gewissen Kraftlosigkeit, die maltesischen Vorschläge seien wenig praktikabel[7], keine Seite sei bereit, finanzielle Verpflichtungen einzugehen. Dieser Mangel an Fortschritt könne auch auf den KSZE-Prozeß insgesamt nachteilige Folgen haben.
- Am Ende des Treffens werde es sicher eine Diskussion über die Folgemaßnahmen geben. Malta werde eine Institutionalisierung vorschlagen. Diese werde zurückgewiesen.[8]
- Im Gegenteil sei die Frage der „Abkoppelung" der Thematik „Kooperation im Mittelmeer" vom KSZE-Prozeß gestellt worden. Dies sei eine berechtigte Frage. Man werde aber kaum vermeiden können, daß die Projekte, um die es jetzt geht, auch in Madrid[9] diskutiert würden.

In der Diskussion äußerte UK Befürchtung, Valletta-Treffen könne unangemessenes Gewicht gewinnen (Mediterranean tail should not wag European dog). Mangelnde Präsenz der Mittelmeerstaaten in Valletta zeige geringes Interesse, das sie Treffen entgegenbrächten. Die Neun sollten ein low profile bewahren und maltesische Wünsche nicht mit Wünschen der Mittelmeerländer

[7] Malta brachte auf dem KSZE-Expertentreffen in Valletta zahlreiche Vorschläge ein, unter anderem zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Mittelmeerraum, zur Zusammenarbeit in der spezialisierten medizinischen Versorgung, beim Umweltschutz, in der Nahrungsgüter- und Landwirtschaftsproduktion, beim Fernmeldewesen, auf dem Gebiet des Tourismus und der Fluggesellschaften sowie zur besseren Nutzung der Fischbestände. Zum maltesischen Vorschlag zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit stellte das Bundesministerium für Wirtschaft am 6. März 1979 fest: „Während die KSZE-Schlußakte und das beim Belgrader Folgetreffen verabschiedete Mandat für das Expertentreffen in Valletta davon ausgeht, daß nach Mitteln der Zusammenarbeit der KSZE-Teilnehmerstaaten mit den nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten gesucht werden soll, geht der maltesische Vorschlag von einer regionalen Zusammenarbeit der Mittelmeerstaaten aus, die durch die KSZE-Teilnehmerstaaten gefördert werden soll. Ob es eine solche regionale Zusammenarbeit der Mittelmeerländer jemals geben wird, erscheint zweifelhaft. Jedenfalls wird darüber nicht in Valletta entschieden werden, weil die Mehrzahl der nicht an der KSZE teilnehmenden Mittelmeerstaaten dort nicht vertreten ist. Eine konsequente Durchführung des maltesischen Konzepts würde auch unseren Interessen zuwiderlaufen, da eine intensive Zusammenarbeit der Mittelmeerländer die EG entweder spalten würde in Mittelmeerländer und andere Mitgliedstaaten oder die anderen Mitgliedstaaten zwingen würde, sich an einer Regionalpolitik des Mittelmeerraums im selben Maße zu beteiligen wie die Mittelmeerländer unter den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft." Vgl. Referat 212, Bd. 116381.

[8] Botschaftsrat I. Klasse Oesterhelt, z. Z. Valletta, berichtete am 27. März 1979, das bis zuletzt über die Konferenzfolgen diskutiert worden sei. Malta habe einen Ständigen Ausschuß für Mittelmeerfragen gewünscht. Dagegen hätte eine Reihe von Staaten „am liebsten jede Aussage über Konferenzfolgen in dem Schlußdokument vermieden. Hierzu gehörten nordeuropäische Staaten und der WP. Sie befürchteten eine Verlagerung des Schwerpunkts des Ost-West-Prozesses in die Nord-Süd-Dimension und als Folge weiterer Treffen und ihrer Periodisierung eine Institutionalisierung in einem Randbereich des KSZE-Prozesses. Die schließlich gefundene Kompromißformel geht auf einen Entwurf Frankreichs zurück. Sie wiederholt zunächst die Aussage des Belgrader Schlußdokuments, wonach die Teilnehmerstaaten die Ergebnisse des Treffens, soweit angemessen, in Madrid berücksichtigen werden. In einem weiteren Teil wird empfohlen, daß die Regierungen der T[eilnehmer]-S[taaten] ‚in the interim', also bis zum Madrider Treffen, Ergebnisse, die auf den Sachgebieten des Valletta-Treffens im anderen Rahmen erreicht werden, im Auge behalten." Es sei ein „wesentliches Ergebnis unserer Bemühungen, daß ein ‚link' zwischen außerhalb der KSZE stattfindenden Aktivitäten und dem Madrider Treffen, jedenfalls dem Text nach, vermieden wurde". Vgl. den Drahtbericht Nr. 134; Referat 212, Bd. 116384.

[9] Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

gleichsetzen. Hinsichtlich des Verhältnisses Valletta–Madrid pflichtete es ausdrücklich unserer Haltung bei. Vorläufig gelte es, alle Optionen offenzuhalten.

D 2[10] wies darauf hin, daß Valletta-Treffen in gewissem Sinn Fremdkörper im KSZE-Kontext darstelle (einzige Regionalveranstaltung, die Nicht-KSZE-Mitglieder einschließt). Während die KSZE-Mitglieder beschlossen hätten, über ihre Differenzen zu sprechen, seien die Differenzen zwischen einigen „participating non-participants" im Mittelmeer unversöhnlich. Niemand wisse, welches die gemeinsamen mediterranen Interessen seien. Sowjetunion und USA spielten in Malta ein vorsichtiges Spiel, um sich keinen Ärger mit Herrn Mintoff einzuhandeln. Auch wir seien vorsichtig. Es müsse versucht werden, Madrid nicht mit Problemen aus Malta zu belasten. NL pflichtete bei. B äußerte, nachdem PM Mintoff es in erstaunlicher Weise fertiggebracht habe, Europa zur Teilnahme zu veranlassen, gelte es jetzt, den Schaden zu begrenzen.

I erklärte, es sei verfrüht, ein Urteil darüber abzugeben, was diese „tentative d'une réunion" geben werde. Es sei nach dem mageren Resultat von Montreux[11] enttäuschend, daß nun auch auf der Valletta-Konferenz keine Fortschritte gemacht würden. F (Andréani) widersprach dem Eindruck, daß Valletta eine unangemessene Rolle spiele. Dieser Eindruck entstehe, weil sich z. Z. im KSZE-Kontext nichts anderes abspiele. Die Ergebnisse von Valletta würden gering sein. Schon deshalb werde Valletta in Madrid nicht die Rolle spielen, die man befürchte. Europa müsse im Mittelmeer präsent bleiben. Die Dimensionen der Mittelmeerdiskussion im KSZE-Rahmen müßten sich in Grenzen halten, aber es sei nicht möglich, sich ihrer ganz zu entledigen.

In der Frage, ob die Neun bei den zu erwartenden Schlußverhandlungen über „Institutionalisierung" und „Abkoppelung" fester gegenüber eventuellen maltesischen Wünschen auftreten sollten, war die Mehrheit für eine klare, die „Ost-West-Prioritäten" wahrende Haltung. Auch I und F traten der Tendenz zur „Abkoppelung" der Kooperationsthematik nicht entschieden entgegen und widersprachen auch nicht der von den übrigen geforderten festeren Haltung in der Schlußrunde. D 2 führte u. a. aus, die „Abkoppelung" der Mittelmeerkooperationsthematik aus dem KSZE-Prozeß sei als Ausdruck einer politischen Tendenz zu verstehen, die wahrscheinlich nicht vollständig erreichbar sei. Auch uns sei klar, daß das Treffen von Valletta in Madrid nicht totgeschwiegen werden könne, weil es nun einmal formell zur Implementation der Schlußakte gehöre. Es sollte nach Kräften versucht werden, die Behandlung der Kooperationsthematik in Madrid so kurz und formal wie möglich zu gestalten. F schloß sich der allgemeinen Meinung an, daß es jetzt noch zu früh sei, den Delegationen Richtlinien über den „Verlauf" des Treffens von Valletta zu geben. F hielt auch die Idee der „Abkoppelung" für bedenkenswert. Zur operativen Durchführung seiner Vorstellungen verwies F auf die Idee eines „Mittelmeerforums", die weniger Nachteile biete als die anderen vorgebrachten Ideen (spezielle Konferenz, völlige Überweisung an bestehende internationale Organisationen).

10 Klaus Blech.

11 Vom 31. Oktober bis 11. Dezember 1978 trafen Experten der KSZE-Teilnehmerstaaten in Montreux zur Prüfung und Ausarbeitung einer allgemein annehmbaren Methode der friedlichen Regelung von Streitfällen zusammen. Für den Wortlaut ihres Berichts vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 445 f. Vgl. dazu auch AAPD 1978, II, Dok. 383.

UK und D forderten, AG müsse Hauptaugenmerk auf Vorbereitung von Madrid richten.

2) Treffen der Protokollchefs am 26. Februar

Präsidentschaft erläuterte, es stelle sich Frage, ob Entwurf von Protokollchefs am 26.2. ausgearbeiteter Erklärung zum Thema des Mißbrauchs diplomatischer Privilegien Ministern vorgelegt werden solle.[12] Entschließe man sich dazu, so sei Frage zu entscheiden, ob Veröffentlichung als Neuner-Erklärung an zukünftigen, aktuellen Anlaß geknüpft werden solle. UK forderte Vorlage und anschließende Veröffentlichung als Neuner-Erklärung. D2 erläuterte, Inhalt bereite uns keine Schwierigkeiten. Unsere Zustimmung zum Papier und seiner weitergehenden Behandlung könne jedoch erst nach weiterer Abklärung in Bonn erfolgen. Man müsse sich auch fragen, ob Veröffentlichung jetzt, lange nach den zugrunde liegenden Ereignissen, nicht psychologische Probleme schaffe und wir nicht die Frage dramatisierten. NL stellte Frage, ob Annahme durch Minister am Rande eines Europäischen Rates nicht Erklärung der Minister zusätzliches Gewicht gebe. I schlug vor, Veröffentlichung in zeitlichem Abstand zu Europäischem Rat vorzunehmen. Notifizierung der Neuner-Erklärung an das Diplomatische Korps in den jeweiligen Hauptstädten soll jedem Mitgliedstaat anheimgestellt sein.

3) UN

New Yorker Neuner-Bericht über 33. Generalversammlung[13] wurde ohne Einschränkung positiv gewürdigt. UK gab zu bedenken, ob PK nicht mit Ständigen Vertretungen in New York eine im Hinblick auf die Neuner-Tätigkeit in den VN ertragreichere Sitzung abhalten solle. (Dagegen F: on voyage déjà trop, D2: übliche September-Sitzung des PK in New York nicht unbedingt beste Form, UNO-Probleme à fond zu diskutieren.)

Die Zusammenarbeit mit Griechenland müsse konkret gestaltet werden (UK). Bei Portugal und Spanien könne man sich vorläufig mit lockerer Einwirkung begnügen. D2 stimmte zu. Wenn es gelänge, eines der drei Kandidaten-Länder zu größerem Einschwenken auf die Neuner-Linie zu veranlassen, so werde dies auf die beiden anderen nicht ohne Einfluß bleiben. Gleiches Vorgehen gegenüber den Kandidaten-Ländern gebe keinen Sinn, da sie in unterschiedlichen Fragen nicht mit den Neun übereinstimmen. Behutsames schrittweises Vorge-

12 Zum Problem des Mißbrauchs diplomatischer Privilegien vgl. Dok. 22, Anm. 33.

13 Die XXXIII. UNO-Generalversammlung fand vom 19. September bis 21. Dezember 1978 statt und wurde am 15. Januar 1979 wieder aufgenommen.
Gesandter Jelonek, New York (UNO), übermittelte am 26. Januar 1979 den Bericht der EG-Mitgliedstaaten zur Europäischen Politischen Zusammenarbeit während der laufenden UNO-Generalversammlung. Dazu führte dazu aus, daß die Fertigstellung des Berichts dadurch erschwert worden sei, „daß die wiederaufgenommene GV noch nicht zu Ende gegangen ist. Von Interesse sind in dem Bericht besonders folgende Punkte: Die Neun stellen fest, daß sie in wichtigen Bereichen einen erheblichen Einfluß auf die Formulierung von Res[olutions]entwürfen ausüben konnten. Sie sind jedoch der Meinung, daß sich dieser Einfluß nur erhalten läßt, wenn das Abstimmungsverhalten der Neun weiter vereinheitlicht werden kann [...]. Die neun Botschafter betrachten die Initiative zu ‚friedenserhaltenden Maßnahmen' als einen Erfolg der Neun. Sie warnen jedoch davor, in jedem Jahr neue Initiativen zu starten, da ein Aktivismus dieser Art negative Reaktionen bei anderen VN-Mitgliedern auslösen könnte [...]. In dem Bericht wird festgestellt, daß sich die Zusammenarbeit mit den Beitrittskandidaten – Portugal ausgenommen – nicht erheblich verbessert hat". Vgl. den Schriftbericht Nr. 145; Referat 200, Bd. 112901.

hen empfehle sich. Zur Frage einer eventuellen gemeinsamen (informellen) Sitzung des PK mit griechischem politischem Direktor[14] (so L) verwies D2 darauf, daß einschlägiges, unter deutscher Präsidentschaft[15] angenommenes Dokument über Behandlung der Kandidatenländer hierzu bereits Regelung für Zeit nach Beitrittsunterzeichnung getroffen habe.

Zur Frage, inwieweit das Abstimmungsverhalten Griechenlands in den UN von der Zypern-Frage bestimmt sei, gab es Meinungsunterschiede zwischen NL (griechisches Verhalten wesentlich von Zypern-Konflikt bestimmt) und UK (Griechenland hat viele Gründe für unterschiedliches Abstimmungsverhalten: „Greeks are fed up with Cyprus even more than we are").

Bezüglich Fragen neuer Neuner-Initiativen während kommender Generalversammlung[16] stellte D2 klar, daß wir zwar nicht in unkritischen Aktivismus verfallen dürften, andererseits aber auch nicht in Passivität zurückfallen sollten. Eine überlegte und sorgfältig unseren Interessen angepaßte Politik sollte in jeweils geeigneter Form auf den Gang der Ereignisse reagieren.

B äußerte Wunsch, daß auch AGs mit regionaler Zuständigkeit sich mit Fragen der 34. Generalversammlung befassen und dem PK Empfehlungen vorlegen sollten. Ein entsprechender Beschluß des PK sei bisher toter Buchstabe geblieben.

UK wies darauf hin, daß die Neun sich in der Frage polnischen Resolutionsentwurfs[17] während 33. GV infolge mangelnder Vorbereitung der US politisch mit Polen in engerer Gesellschaft befunden hätten, als ihnen lieb sein konnte. Bei Resolutionsentwürfen des Ostblocks sei in Zukunft größte Vorsicht geboten. Dem widersprach L unter Hinweis auf polnische Haltung in der Frage der Neuner-Resolution zu friedenserhaltenden Maßnahmen[18].

14 Ioannis Tzounis.

15 Die Bundesrepublik hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1978 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

16 Die XXXIV. UNO-Generalversammlung fand vom 18. September 1979 bis 7. Januar 1980 statt.

17 Über den polnischen Entwurf einer Resolution der UNO-Generalversammlung („Vorbereitung der Völker für ein Leben in Frieden") vom 28. September 1978 berichtete Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), am 26. Oktober 1978: „Es besteht Übereinstimmung unter den Neun, daß die polnische Initiative von der Fassade her zwar lobenswert erscheinen soll, die operativen Grundforderungen in Kapitel II jedoch von der inneren Struktur ideologisch ausgerichteter totalitärer Staaten ausgehen. Sie fordern die Verpflichtung der dieser Erklärung zustimmenden Regierungen zu Maßnahmen, die in den Verfassungs- und Rechtsordnungen der Neun nicht zu verwirklichen und auch nicht erwünscht sind. Die polnische Grundkonzeption sieht die Verpflichtung der Regierungen zu staatlichen Eingriffen in Familie, Schule, ‚öffentlichem Leben' (wo fängt das an und wo hört das auf!) und schließlich in den Massenmedien in einem Ausmaß vor, das die Neun weder wünschen noch hinzunehmen bereit sind. [...] Bei Entscheidung über unser Abstimmungsverhalten sollte folgendes berücksichtigt werden: Als Resolution der Generalversammlung ist die polnische Erklärung nicht völkerrechtlich verbindlich. [...] Endgültige Entscheidung über unser Abstimmungsverhalten sollte im Zusammenhang mit dem Verhalten der osteuropäischen Staaten gegenüber unserer Geiselnahmeinitiative und der Peacekeeping-Initiative der Neun gesehen werden. Falls die Osteuropäer sich hier kooperativ zeigen und die westlichen Initiativen nicht aktiv behindern oder scheitern lassen, wäre im Gegenzug unser Konsensus zur polnischen Initiative eher vertretbar." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2819; Referat 200, Bd. 112905.

18 Die UNO-Generalversammlung nahm am 18. Dezember 1978 die Resolution Nr. 33/114 („Comprehensive review of the whole question of peace-keeping operations in all their aspects") an. Polen und Rumänien enthielten sich der Stimme, während Bulgarien, die ČSSR, die DDR, die UdSSR und Ungarn mit Nein stimmten. Vgl. dazu UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVII, S. 129 und 322. Vgl. dazu auch AAPD 1978, II, Dok. 403.

UK stellte abschließend Frage, ob es nicht angesichts einstimmiger Ablehnung durch die Neun des Resolutionsentwurfes zur Frage israelisch-südafrikanischer Zusammenarbeit[19] notwendig sei, sich einmal Klarheit über die Substanz der hier behaupteten Bindungen zu verschaffen.

4) Afrika

UK berichtete über Stand der Rhodesien-Frage. Ausführungen britischen Direktors[20] zeugten von Pessimismus. Ungeachtet der Verschlechterung der Lage werde UK weiter versuchen, eine Verhandlungslösung zustande zu bringen. I berichtete, daß nach Einschätzung Roms Kubaner wohl erst nach Blockfreien-Konferenz in Havanna[21] Samora Machels Bitte um Entsendung von Truppen nachkommen würden.

Meinungsaustausch zu Namibia beschränkte sich auf Bestandsaufnahme. NL und IRL kündigten an, sie würden Generalsekretär eine „police civile" zur Verfügung stellen. Das holländische Angebot einer Sanitätseinheit sei zurückgezogen worden. Frage, ob ER[22] zu Namibia eine Erklärung vorgeschlagen werden solle, müsse vom Gang der Ereignisse abhängig gemacht werden.

Zu der von NL (auf Intervention im niederländischen Parlament) angeschnittenen Frage, ob die Neun im Hinblick auf behauptete Drangsalierung von Christen in Äthiopien[23] Demarche in Addis Abeba vornehmen sollten, konnte Übereinstimmung nicht erzielt werden. F verwies darauf, daß sich Zustände in Addis Abeba gebessert hätten. Einzelinterventionen seien erfahrungsgemäß wirksamer. DK schlug vor, erst einmal abzuwarten, da sich Frage auf der Tagesordnung der UN-Menschenrechtskommission befinde. I beklagte, daß italienisches Parlament von der Regierung festes Auftreten in der Menschenrechtsfrage verlange, andererseits solle Regierung aber auch noch in Äthiopien befindlichen Italienern wirksam behilflich sein.

Zurückhaltung bestand auch in der Frage einer denkbaren Neuner-Demarche zugunsten des in Südafrika verurteilten Häftlings Mahlangu. UK erklärte, nach britischen Informationen handele es sich nicht um einen politischen Gefangenen. UK könne sich der gemeinsamen Demarche der Neun anschließen, würde aber individuelle Demarchen der Neun vorziehen. F pflichtete dem un-

19 Die UNO-Generalversammlung nahm am 24. Januar 1979 die Resolution Nr. 33/183 D an, mit der Israel aufgefordert wurde, alle Formen der Zusammenarbeit mit Südafrika einzustellen. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVII, S. 278.

20 Reginald Alfred Hibbert.

21 Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt.

22 Zur Tagung des Europäischen Rats am 12./13. März 1979 in Paris vgl. Dok. 83.

23 Botschaftsrat I. Klasse Venzlaff, Addis Abeba, berichtete am 20. Januar 1979: „Vor drei Wochen wurde [...] von Gemeindemitgliedern mitgeteilt, daß in der Provinz Gamo-Gofa Mitglieder der Mekane-Yesus-Kirche von den politischen Kadern vor die Wahl gestellt wurden, ihrem christlichen Glauben abzuschwören oder verhaftet zu werden. Vereinzelt wurden Todesdrohungen (u.a. Enthauptung) ausgesprochen. [...] In Arba Minch (Provinz Gamo-Gofa) wurde am 7. Januar (äthiopische Weihnachten) am Morgen eine politische Versammlung zur Zeit des Gottesdienstes anberaumt. Rund 150 Gemeindemitglieder folgten dem Ruf nicht, sondern begaben sich geschlossen zum Gottesdienst. Alle wurden daraufhin verhaftet, viele sind inzwischen wieder freigelassen worden. Gleichlautende Nachrichten über die Aufforderung, dem Glauben abzuschwören, kommen auch aus den Provinzen Bale und Kaffa. In den genannten Provinzen ist die protestantische Kirche eine Minderheit, so daß man in Mekane-Yesus-Kirchenkreisen nicht ausschließt, daß bei Schwachstellen die Probe aufs Exempel gemacht wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 41; Referat 320, Bd. 125165.

ter Hinweis auf heftige Reaktion Südafrikas anläßlich der Neuner-Demarche zugunsten politischer Häftlinge im Dezember 1978[24] bei.[25]

B berichtete über Bitten burundischen Außenministers[26] gegenüber Außenminister Simonet, bei Überwindung der durch das Ausfallen des Hafens von Daressalam aufgetretenen Versorgungsschwierigkeiten[27] behilflich zu sein. Vertreter der Kommission erläuterte, auch EG sei von Burundi mit dieser Frage befaßt worden. Die Kommission verfüge über die notwendigen Mittel, um eine Hilfsoperation durchzuführen und werde dies versuchen.

Vertreter der Kommission berichtete, daß europäischer Gewerkschaftsbund die ursprünglich für Ende Januar geplante Veranstaltung zum Thema der Apartheid in Südafrika nun vermutlich am 25./26.4. durchführen werde. Es sei damit zu rechnen, daß er sich dann wieder an Präsidentschaft mit der Bitte um Entsendung eines Vertreters der Neun wenden werde.

5) Zypern–Türkei

Zu Zypern bestand Einigkeit, daß letzte Entwicklungen keinen Anlaß zu Optimismus geben.[28] Washington dränge jetzt Generalsekretär Waldheim, interkommunale Gespräche auf der Grundlage vereinfachter TO zu forcieren (F). UK machte geltend, man befinde sich offenbar wieder am Anfang eines nur zu gut bekannten Prozesses. Keine Seite bringe es über sich, die für die Ingangsetzung eines sinnvollen Dialogs notwendigen Konzessionen zu machen. Beide Seiten warteten darauf, daß ihnen Entscheidungen von außen abgenommen würden. Wenn weiterhin jetzt dazu gedrängt werden solle, TO für interkommunale Gespräche zu kürzen, um beide Seiten an den Verhandlungstisch zu

24 Die deutsche Ratspräsidentschaft übermittelte am 13. Dezember 1978 den Text einer Demarche der neun EG-Mitgliedstaaten. Darin wurde die Freilassung aller politischen Häftlinge in Südafrika gefordert, namentlich unter anderem von Nelson und Winnie Mandela. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 4368 (Coreu); Referat 200, Bd. 111259.
Am 29. Dezember 1978 übergab Botschaftsrat I. Klasse Schmidt, Pretoria, im südafrikanischen Außenministerium den Text der Demarche. Er berichtete am 2. Januar 1979 über die „gereizte Reaktion" der südafrikanischen Regierung. Außenminister Botha habe sie als Einmischung in innere Angelegenheiten bezeichnet und betont, daß in Südafrika mehr Freiheit und Wohlstand herrsche als in den meisten anderen Staaten der Welt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1; Referat 200, Bd. 111259.

25 In der Presse wurde berichtet: „Wenige Stunden nach einem dringenden Gnadenappell des Weltsicherheitsrats ist gestern im Morgengrauen der schwarze südafrikanische Nationalist Solomon Mahlangu (23) gehängt worden. Mahlangu war 1976 aus Südafrika geflohen. Er schloß sich der Organisation Afrikanischer Nationalrat (ANC) an und wurde für den Untergrundkampf ausgebildet, ehe er nach Südafrika zurückkehrte. Vor zwei Jahren stürmte er mit zwei anderen Schwarzen in ein Lagerhaus in Johannesburg. Dort machten Weiße gerade eine Teepause. Die Schwarzen eröffneten das Feuer und erschossen zwei der Weißen. Mahlangu wurde im April 1978 zum Tode verurteilt, obwohl erwiesen war, daß er keinen der tödlichen Schüsse abgegeben hatte. Gnadenappelle, darunter von US-Präsident Carter und der Bundesregierung, waren mit dem Argument abgewiesen worden, Mahlangu sei wegen eines kriminellen Delikts verurteilt worden." Vgl. den Artikel „Bitten um Gnade ohne Erfolg"; DIE WELT vom 7./8. April 1979, S. 1.

26 Edouard Nzambimana.

27 Botschafter Vogel, Bujumbura, berichtete am 8. März 1979: „Die Versorgung des Landes mit Gütern auf der traditionellen und preisgünstigsten Transportstrecke vom Hafen Daressalam über die Eisenbahnlinie zum Tanganyika-See, die sich in den letzten Jahren wegen der Verstopfung des Hafens Daressalam, mangelhaften Hafenmanagements in Daressalam und Kigoma am Tanganyika-See sowie wegen des sich ständig verschlechternden Zustands der Eisenbahn immer schleppender gestaltete, erreichte vor kurzem einen Tiefststand, als die Eisenbahnverbindung tansanischer Hauptnachschubweg im Konflikt mit Uganda wurde." Vgl. den Schriftbericht Nr. 74; Referat 321, Bd. 127529.

28 Zur Initiative des UNO-Generalsekretärs Waldheim in der Zypern-Frage vgl. Dok. 5, Anm. 25.

bekommen, so müsse das dazu führen, daß eine so verwässerte TO ihrerseits keine sinnvollen Gespräche mehr erlaube. UK wollte zur Diskussion stellen, ob nicht Zeitpunkt für Neun gekommen sei, mit eigener Tagesordnung für Gespräche unter der Ägide des UNO-Generalsekretärs hervorzutreten. Waldheim lediglich aufzufordern, er solle nun etwas tun, hieße „pouring water on a duck's back".

NL wiesen darauf hin, Angelegenheit befinde sich formell noch immer in den Händen des Generalsekretärs. Es sei für Neun schwierig, in diesem Stadium etwas zu tun. Präsidentschaft erklärte, die Neun sollten erst aktiv werden, wenn feststehe, daß Waldheim-Initiative endgültig festgefahren sei. Sie werde Waldheim nach seiner Einschätzung der Lage fragen. Im Lichte seiner Antwort sollten die Neun sich erneut mit der Zypern-Frage befassen.

Türkei: Präsidentschaft wies auf Bericht französischen Botschafters in Ankara[29] hin, der berichtet habe, Außenminister Ökçün habe am 7.2. vor dem Senat im Verlaufe einer Haushaltsdebatte erklärt, das Angebot der Neun, mit Türkei in EPZ-Fragen in verstärkten Informationsaustausch einzutreten[30], sei von Ankara Ende 1978 abgelehnt worden. D2 antwortete, Türkei habe uns gegenüber in unserer Präsidentschaft keine derartige Erklärung abgegeben. Bei letztem Kontakt zwischen Bundesminister und Außenminister Ökçün anläßlich NATO-Tagung in Brüssel Anfang Dezember[31] habe Ökçün, beiläufig nach Stand der Angelegenheit befragt, noch erklärt, Angelegenheit werde weiter geprüft.

6) Nahost

NL stellte Frage nach Bedeutung der Kämpfe zwischen den beiden Jemen.[32] Sollte nicht ER bei einer eventuellen Erklärung zur Frage der Achtung territorialer Integrität neben den akuten Problemen in Südostasien auch eine Reihe von anderen Streitfällen einbeziehen, z.B. den Jemen-Konflikt (auch Uganda–Tansania[33])? UK widersprach. Man wisse nicht, ob sich zwischen den beiden Jemen eine gefährliche Situation entwickele. Es sei notwendig, zunächst einmal in AG Thema aufarbeiten zu lassen, bevor PK Schlußfolgerung ziehe. D2 schlug vor, vor dem 12. März per Coreu einen Meinungsaustausch über die Jemen-Frage durchzuführen. Präsidentschaft sagte zu, Partner per Coreu Ana-

29 Emile Cazimajou.

30 Die EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ boten der Türkei im September 1978 einen verstärkten Informationsaustausch an. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 272 und Dok. 275.

31 Am 7./8. Dezember 1978 fand in Brüssel die NATO-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 382.

32 Legationsrat I. Klasse Daum, Aden, berichtete am 10. März 1979, es sei in der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) „eine sich ständig mehr konkretisierende Planung zur ‚Wieder'-Vereinigung des Jemen [...] ‚unter sozialistischen Horizonten' als ‚Vereinigter Demokratischer Jemen' (also nach Adener Muster) zu beobachten. Mittel hierzu sind eine über jedes denkbare Verteidigungsbedürfnis hinausgehende Aufrüstung und Militarisierung des Landes sowie die Schaffung (ex nihilo) einer Befreiungsfront (genannt Nationale Demokratische Front, NDF) für Nordjemen [...]. Seit Ende Februar liegt Aden im offenen Krieg mit Nordjemen, wobei allerdings darauf hingewiesen wird, daß im Nordjemen nur die NDF kämpfe. Aden und die NDF fühlen sich nach eigener Aussage durch den Sieg der demokratischen Kräfte über den Imperialismus in Äthiopien (wo die D[emokratische]V[olksrepublik] Jemen aktiv mithalf) und in Iran darin bestätigt, daß ihrer Sache (= der des Volkes) der Sieg gehöre." Vgl. den Schriftbericht Nr. 75; Referat 311, Bd. 137633.

33 Zum Einmarsch tansanischer Truppen in Uganda vgl. Dok. 107.

lyse der Lage im Jemen zuzuleiten.[34] Partner werden auf dem gleichen Weg unter Verwertung eigener Erkenntnisse Stellung nehmen.

7) Asien

Französischer AG-Leiter[35] gab ausgewogenen und klaren Überblick über Entwicklung der Lage in Südostasien seit der letzten Sitzung der AG im Februar[36]. Präsidentschaft wurde gebeten, diese (mündliche) Analyse Partnern zuzuleiten. Was Kambodscha anbetreffe, so sei nicht damit zu rechnen, daß vietnamesische Truppen zum Abzug gezwungen werden könnten.[37] Vietnam sei dennoch in Schwierigkeiten. Es gebe Anzeichen, daß Verlegung vietnamesischer Truppen aus Kambodscha an chinesische Grenze durch Guerillas wirksam verlangsamt werde.

Der Vertrag zwischen Vietnam und Kambodscha[38] legitimiere eine existierende Lage. Er zeige, daß Vietnam entschlossen sei, sich nicht aus Kambodscha zurückzuziehen.

Die Entwicklung an der vietnamesisch-chinesischen Grenze[39] lasse viele Fragen offen. Nach wie vor sei Einsatz regulärer vietnamesischer Truppen nicht bewiesen. Luftwaffe sei nicht eingesetzt. Chinesen ließen ihre Ziele – wohl bewußt – im vagen. Sie wollen sich hinsichtlich ihrer Substanz wie auch des „Kalenders" alle Optionen offenhalten. Im Grunde gehe es wohl um zwei Dinge. Hanoi solle klargemacht werden, daß es nicht – auf Moskau gestützt – Südostasien seinen Willen aufzwingen könne, ohne China in Rechnung zu stellen. Gleichzeitig solle Hanoi geschwächt werden. China akzeptiere kein starkes Vietnam, noch dazu eines, das mit seinem Gegner Moskau im Bunde sei.

Nichts lasse bisher Rückschluß auf eine „riposte soviétique" zu. Sowjets trügen Gelassenheit zur Schau. Es gebe eine verstärkte sowjetische Flottenpräsenz in Südostasien und eine „Mini"-Luftbrücke. Sowjets wüßten, daß eine massive Reaktion ihrerseits die gesamte Außenpolitik der UdSSR in Frage stellen müßte, insbesondere ihr Verhältnis zu den USA, die in den letzten Tagen ihre Position etwas zuungunsten Chinas (und damit im sowjetischen Sinne) verschoben hätten. Weder in Washington noch in Moskau glaube man, daß Vietnam wichtig genug sei, die gegenseitigen Beziehungen aufs Spiel zu setzen. Eine rationale Analyse müsse Sowjets und Chinesen dazu führen, ihren Einsatz dem „en jeu" anzugleichen. Sicher sei für den Westen nur, daß dies nicht der letzte Akt des Stückes sino-sowjetischer Konflikt sei.

D2 führte aus, daß es nicht ausreiche, eine rationale und objektive Analyse der Interessenlage aller Beteiligten durchzuführen. Die subjektive Einschätzung (perception) spiele eine große Rolle. Sei diese Einschätzung falsch, so könne

34 Die französische EG-Ratspräsidentschaft übermittelte am 3. März 1979 einen Bericht zum Konflikt zwischen der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen). Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 864 aus Paris (Coreu); Referat 311, Bd. 137628.

35 Jean Noiville.

36 Die Arbeitsgruppe „Asien" im Rahmen der EPZ tagte am 13./14. Februar 1979 in Paris.

37 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.

38 Zum Vertrag zwischen der vietnamesischen Regierung und dem kambodschanischen Revolutionären Volksrat vom 18. Februar 1979 vgl. Dok. 32, Anm. 7.

39 Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 2.

dies zu unkontrollierbaren Folgen führen. Was könnten wir dazu beitragen, um die subjektive Einschätzung bei den Beteiligten im Sinne rationaler Überlegung zu beeinflussen? Sowjets seien hinsichtlich langfristiger Entwicklung ihres Verhältnisses zu China nahezu neurotisch. Wir sollten zunächst die politischen Prinzipien klarstellen, die wir angewandt sehen möchten: Achtung territorialer Integrität, friedliche Streitschlichtung, Gewaltverzicht. Wir sollten die Meinung anderer Länder in der Region in unsere Überlegungen einbeziehen (Hinweis auf Erklärung der ASEAN-Länder[40]). Wir sollten den hohen Rang deutlich machen, den wir dem Fortgang des Détente-Prozesses Priorität beimessen, die Grundsätze der Détente sollten vielmehr auf solche Situationen angewandt werden.[41] Sowjets sollten den Eindruck gewinnen, daß wir Schwierigkeiten der UdSSR auf Kosten unserer kontinuierlichen Politik ausnutzen wollten.[42] Sowjets müßten sich sonst fragen, ob die Grundlagen unserer bisherigen Beziehungen in Frage gestellt seien.

DK stimmte D 2 zu. UK verwies auf die Tatsache, daß Invasion Kambodschas durch Vietnam unmittelbar nach Abschluß eines Freundschaftsvertrages zwischen Hanoi und Moskau[43] erfolgt sei. Kurz zuvor habe außerdem ein Treffen des Warschauer Paktes stattgefunden, auf dem Sowjetunion von ihren Alliierten härtere Haltung gegenüber China verlangt habe.[44] Man wisse nicht, ob Sowjetunion Vietnam zu seiner Kambodscha-Invasion angestiftet oder dieser lediglich zugestimmt habe. Tatsache sei, daß sich die Sowjets an eine Politik der „faits accomplis" gewöhnt hätten, die erfahrungsgemäß von dem friedlich und vernünftig gestimmten Westen akzeptiert würden, obgleich jedes Mal die Gewichte etwas zugunsten der UdSSR verschoben würden (Afghanistan, Afrika). In Vietnam habe nun offenbar ein „fait accompli" zuviel geschaffen werden sollen. Der Hauptgegner der Sowjets in Asien nehme faits accomplis nicht hin, und hierin könne eine sowjetische Fehleinschätzung gelegen haben. Die Kräfte, die in Asien am Werke seien, seien außerhalb unserer Kontrolle. Wir könnten deshalb lediglich unsere Prinzipien allgemein bekräftigen. Britische UN-Mission habe für Sicherheitsrat Weisung erhalten, vernünftigen, allgemein ge-

40 Botschafter Boss, Bangkok, übermittelte am 21. Februar 1979 den Wortlaut einer Erklärung der ASEAN-Mitgliedstaaten vom Vortag und führte dazu aus: „Für ASEAN-Verhältnisse ist die Sprache der Erklärung sehr deutlich und reflektiert größere Sorge ASEANs, als thai[ländische] Gesprächspartner erkennen lassen. Mit der Forderung auf Abzug aller fremden Streitkräfte von ‚allen Konfliktgebieten' wird auch die frühere Rücksicht auf und Vorsicht gegenüber Vietnam aufgegeben. Der Appell an Staaten außerhalb der Region, äußerste Zurückhaltung zu üben, damit der Konflikt sich nicht ausweite, kann in erster Linie nur an die Adresse der UdSSR gerichtet sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 199; Referat 340, Bd. 110760.

41 So in der Vorlage.

42 So in der Vorlage.

43 Am 3. November 1978 schlossen die UdSSR und Vietnam einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1145, S. 185–199. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 157–159.

44 Der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Pakts tagte am 22./23. November 1978 in Moskau. Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 24. November 1978 über die Deklaration des Politischen Beratenden Ausschusses: „Deklaration ist in den Aussagen zu internationalen Fragen wenig ergiebig. [...] Nichterwähnung Chinas sowie darüber hinaus auch Nichtbehandlung Vietnams oder chinesisch-japanischen Vertrages zeigen, daß Rumänien sich mit Erfolg jedem Versuch widersetzt hat, ein internationales Thema in die Deklaration aufzunehmen, das deutlichen Bezug auf sowjetisch-chinesischen Konflikt hat." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4162; Referat 212, Bd. 116353.

haltenen und auf unsere Grundsätze abstellenden Resolutionsentwurf anzustreben.

I berichtete über Äußerungen chinesischen Botschafters in Rom[45]. Auf Frage, ob China nicht mit gewaltsamer Intervention der Sowjets rechne, habe dieser geantwortet: Wenn es Verrückte in der Welt gebe, die den Krieg wollten, dann werde das China nicht davon abhalten können, seine Interessen zu verteidigen. Der Westen habe sich an eine solche Haltung gewöhnt, China werde ihr nicht folgen. Sowjetische Vertreter hätten sich in Italien bis vor wenigen Tagen mit Äußerungen sehr zurückgehalten. Jetzt erklärten sie, das einzige, was die Sowjetunion vom Westen wolle, sei, daß niemand China mit Waffen versorge.[46] Die Sowjetunion werde nicht militärisch eingreifen, weil keine Notwendigkeit dazu bestehe. Man werde Vietnam auf anderem Wege helfen. Nach italienischen Erkenntnissen habe Tito die Aktion Pekings vorausgesehen. Tito sei besorgt, daß die Sowjetunion die gegenwärtige Lage zu Aktionen gegen „Freunde Chinas" in Europa ausnutzen könne (Rumänien).

NL stellte Frage, welche Folgen sich praktisch für die Westeuropäer aus den Ereignissen in Südostasien ergeben (Waffenlieferungen an China[47], Besuch von Kommissionspräsident Jenkins in Peking[48]). Der Vertreter der Kommission antwortete, Kommissionspräsident Jenkins werde unmittelbar nach seiner Rückkehr AM François-Poncet persönlich über seine Eindrücke berichten. Soweit er informiert sei, habe Jenkins in China nichts erfahren, was den Diskussionen im PK Neues hinzufügen könne.

UK führte aus, es sei schwierig zu definieren, was in unserem Interesse liege, dafür könne man aber mit einiger Sicherheit ein oder zwei Dinge nennen, die ganz sicher nicht in unserem Interesse lägen: Es liege nicht in unserem Interesse, daß die Sowjetunion den Eindruck gewinne, daß sie uns mit faits accomplis in anderen Teilen der Welt überraschen könne. Zweitens, es liege sicherlich nicht in unserem Interesse, daß China glaube, wir würden ihm bedingungslose Unterstützung seiner Politik geben. Großbritannien werde seine Politik mit der Sowjetunion fortsetzen, wenn diese das Vereinigte Königreich als ernsthaften Partner betrachte. Großbritannien werde aber auch weiter China bei der Modernisierung helfen. Auf kürzliche Angriffe bulgarischer Gesprächspartner, daß Großbritannien China unterstütze, habe er geantwortet, wenn es heute einen Konflikt zwischen Moskau und Peking geben sollte, dann würde dies ein Konflikt zwischen einer hochmodern ausgerüsteten Armee auf der einen Seite und einer mit überholten Waffen ausgerüsteten Armee auf der anderen Seite sein. Irgendwelche Waffenlieferungen durch den Westen würden hieran überhaupt nichts ändern können. F sagte aus, französische Position sei

45 Wang Kuo-chuan.

46 Vgl. dazu die Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom November/ Dezember 1978 zur Frage von Rüstungslieferungen an die Volksrepublik China; Dok. 2, Anm. 13.

47 Zu den Verhandlungen über die Lieferung der Panzerabwehrraketen „Hot" und „Milan" durch Frankreich an die Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 12.
Zu den Verhandlungen über die Lieferung britischer Kampfflugzeuge an die Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 11.

48 Der Präsident der EG-Kommission, Jenkins, hielt sich vom 21. Februar bis 1. März 1979 in der Volksrepublik China auf.

mit der britischen identisch. Frankreich habe alle Waffenverkaufsprojekte mit sehr großen Vorsichtsmaßregeln umgeben. Es sei wichtig, daß man China zeige, „qu'ils ne doivent pas nous considérer pour acquis", und daß Peking nicht darauf rechnen könne, uns in seine Politik einzubeziehen. Es gebe jedoch keinen Grund für eine radikale Änderung der französischen Politik in diesem Bereich.

D2 führte aus, es möge richtig sein, daß wir wenig Einflußmöglichkeiten hätten, wir dürften aber nicht den Eindruck erwecken, als würden wir „sit back", um zu sehen, wie wir von der Situation profitieren könnten. Wir müßten die Kalkulierbarkeit und die Kontinuität unserer Politik unterstreichen. Auch wir akzeptierten faits accomplis nicht, weshalb wir Prinzipien wie Gewaltverzicht, territoriale Integrität unterstreichen. Unsere Beziehungen auch zu China würden aber von unseren Interessen diktiert.

8) Direktoren besprachen bei Abendessen Tagesordnung für bevorstehendes Ministertreffen (12. März)[49]. Minister werden über folgende Themen sprechen: Afrika, Iran, Naher Osten, Südostasien. Letzteres Thema soll an den drei Orientierungspunkten China/Vietnam/Kambodscha–UdSSR–Westeuropa und die Auswirkungen der Ereignisse in Südostasien auf ihre Beziehungen untereinander ausgerichtet werden.

Stabreit[50]

VS-Bd. 11078 (200)

[49] Die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ fand im Vorfeld der Tagung des Europäischen Rats am 12. März 1979 in Paris statt. Legationsrat I. Klasse Oehms teilte dazu am 15. März 1979 mit: „Nach der Erklärung der Minister vom 19. Februar 1979 und angesichts der sich durch den chinesischen Truppenabzug aus den Nordgebieten Vietnams abzeichnenden Ansätze zur Entspannung in dem Raum wurde der Gedanke einer erneuten Erklärung (die sich wahrscheinlich mit dem Problem der Unverletztlichkeit der Grenzen allgemein befaßt hätte) nicht weiterverfolgt. Einigkeit bestand jedoch, daß Präsidentschaft gegenüber der Presse Äußerungen in dieser Richtung abgeben könne [...]. Wir hielten es für wichtig, dabei die zentrale Bedeutung des Gewaltverzichts herauszustellen, dem die Unverletztlichkeit der Grenzen zuzurechnen ist". Vgl. den Runderlaß Nr. 22; Referat 012, Bd. 111777.

[50] Unterschrift vom 2. März 1979.

61

Botschafter Wickert, Peking, an das Auswärtige Amt

114-777/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 1. März 1979, 16.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 325 **Ankunft: 1. März 1979, 10.34 Uhr**

Zur Information

Betr.: Verhältnis China–Indien

Vizeaußenminister Zhang Wenjin sagte mir am 27.2., man habe sich überlegt, ob man den indischen Außenminister Vajpayee bitten sollte, seinen Besuch in China[2] zu verschieben. Man hätte diese Bitte auch geäußert, wenn vor dem Antritt des Besuchs die militärische Aktion gegen Vietnam[3] sicher gewesen wäre. Der endgültige Beschluß, diese Aktion durchzuführen, sei aber erst während des Besuchs des indischen Außenministers gefaßt worden. Während seiner Anwesenheit in China habe man ihn darüber nicht informiert, da das Verhältnis Chinas zu Indien, das enge Beziehungen zu Moskau unterhalte, noch nicht so vertrauensvoll sei, daß eine Unterrichtung Vajpayees angezeigt gewesen wäre. Zhang sagte, er habe Verständnis dafür, daß Vajpayee seinen Besuch abgebrochen und vorzeitig zurückgereist sei.[4]

Da Zhangs Äußerungen erkennen ließen, daß ihm die Behandlung Vajpayees nicht ganz glücklich gewesen zu sein schien, fragte ich nicht, warum man Vajpayee denn nicht nach dem Beginn des chinesischen Einmarsches in Vietnam sofort unterrichtet hatte.

Zhang bat mich ausdrücklich, seine Äußerungen absolut vertraulich zu behandeln.

[gez.] Wickert

VS-Bd. 11183 (340)

1 Hat Vortragendem Legationsrat Hehenberger am 2. März 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Steger „n[ach] R[ückkehr]" sowie an die Vortragenden Legationsräte Schumann und Heymer verfügte.
Hat Heymer am 2. März 1979 vorgelegen.
Hat Schumann am 5. März 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Siemes am 5. März 1979 vorgelegen.

2 Der indische Außenminister Vajpayee hielt sich vom 12. bis 18. Februar 1979 in der Volksrepublik China auf.

3 Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 2.

4 Botschafter Wickert, Peking, berichtete am 18. Februar 1979 über Informationen aus der indischen Botschaft. Der indische Außenminister Vajpayee sei „nach Hongkong abgereist. [...] Der indische Gesprächspartner versicherte, daß die Chinesen dem indischen Gast während seines Aufenthalts in Peking keinen Hinweis auf ihr Vorgehen gegen Vietnam gegeben haben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 238; Referat 340, Bd. 110532.
Botschafter Oncken, Neu Delhi, teilte am 18. Februar 1979 mit: „Erste öffentliche indische Reaktionen auf chinesischen Einmarsch in Vietnam bringen 18.2. Ablehnung zum Ausdruck. In Presse zwar noch keine Kommentare. Darstellung Sachverhalts läßt aber deutlich erkennen, wo indische Sympathien. [...] Fest steht jedenfalls, daß die indische, sprich Vajpayees, Politik der Öffnung nach Peking ernsten Rückschlag erfahren hat. Position des von der Linken und Mitte in der Janata ohnehin angegriffenen Außenministers und seiner Parteigruppe dürfte in nächsten Tagen recht schwierig werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 158; Referat 340, Bd. 110760.

62

Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-787/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 1. März 1979, 18.40 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 267 **Ankunft: 1. März 1979, 19.52 Uhr**

Betr.: Besuch des Staatssekretärs im norwegischen Verteidigungsministerium, Holst, vom 13. bis 19.2.1979 in Moskau

Bezug: Bericht Nr. 651 vom 21.2.1979 der Botschaft Moskau – Pol 322-NWG[2]

Zur Unterrichtung

1) Ständiger Vertreter Norwegens[3] hat am 28.2. NATO-Rat ausführlich über Besuch von Staatssekretär Holst in Moskau unterrichtet. Holst habe Gespräch mit Verteidigungsminister Ustinow, dem Stellvertretenden Außenminister Semskow und Oberbefehlshaber des Heeres, Pawlowskij, geführt, der als Gastgeber fungierte. Die Gespräche seien freundlich und offen gewesen. Moskau habe sich erkennbar um gute Atmosphäre bemüht. Norwegische Seite betonte Dauer der Unterredung mit Ustinow (eineinhalb statt der vorgesehenen halben Stunde).

Sowjetische Gesprächspartner hätten zunächst deutlich Kritik an norwegischer Außen- und Sicherheitspolitik geübt. Dabei seien insbesondere Einsatz von Bundeswehreinheiten bei NATO-Manövern in Norwegen[4], Einführung der Navigationssysteme LORAN C[5] und OMEGA, die Beteiligung an AWACS[6], die

1 Hat Legationsrat I. Klasse von Nordenskjöld am 4. April 1979 vorgelegen.

2 Botschafter Wieck, Moskau, berichtete: „Norwegen gehört zu den wenigen Mitgliedern des Bündnisses, die bisher auf der Ebene der Verteidigungsministerien einen Besuchsaustausch mit der SU eingeleitet haben. Die sowjetischen Fragen nach der Mitgliedschaft Norwegens in der NATO fügen sich in das Bild der systematischen Bemühungen der Sowjetunion ein, insbesondere bei den Flankenmitgliedern Zweifel an deren Teilnahme am Bündnis zu wecken." Vgl. Referat 204, Bd. 115982.

3 Kjeld Vibe.

4 Botschafter Heipertz, Oslo, übermittelte am 25. Januar 1978 eine 10-Punkte-Erklärung des Staatssekretärs im norwegischen Verteidigungsministerium, Holst, vom selben Tag. Holst habe ausgeführt: „Aus Rücksicht auf die öffentliche norwegische Meinung verfolgte Norwegen während einer Reihe von Jahren [...] die Praxis, daß die deutschen Kontingente der A[llied]M[obile]F[orce] an den Übungen der Truppe in Norwegen nicht teilnahmen. Die Regierung Bratteli leitete eine Änderung dieses Sachverhaltes durch eine Entscheidung aus dem Jahre 1974 ein, daß eine deutsche Feldlazaretteinheit zur Teilnahme an der AMF-Übung 1976 zugelassen wurde. Im gleichen Jahr beschloß die Regierung Nordli, diese Linie weiterzuverfolgen, und faßte den Beschluß, daß zwei zusätzliche deutsche Kontingente, eine Fernmeldegruppe und eine Hubschraubereinheit, an der AMF-Übung 1978 teilnehmen können. [...] Da es eine gewisse Spekulation über die Teilnahme zusätzlicher deutscher Einheiten an den AMF-Übungen von 1980 oder später gab [...], wurde im Oktober 1977 in Verbindung mit der Überprüfung des Übungsprogramms für das Jahr 1978 auch eine Überprüfung des angemessenen Umfangs der Teilnahme deutscher Truppen an den AMF-Übungen in Norwegen vorgenommen. Man kam da zu dem Beschluß, der für 1978 gilt, wie er 1976 bereits beschlossen und angekündigt wurde, und stellte fest, daß dieses Muster auch als Norm für die Zukunft angemessen ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 47; VS-Bd. 9591 (201); B 150, Aktenkopien 1978.

5 Botschafter Heipertz, Oslo, berichtete am 24. August 1977: „Die Abgeordneten der ‚Sozialistischen Linken', Furre und Gustavsen, haben am 22.8.77 die parlamentarische Schweigepflicht gebrochen und auf einer Pressekonferenz Auszüge des sogenannten ‚Schei-Berichtes' veröffentlicht, der vom Storting als ‚geheim' abgestempelt war und die Verhandlungen der norwegischen Regierung mit den USA über die Anlage des LORAN-C-Navigationssystems zum Inhalt hat. Furre und Gustavsen werfen der Regierung vor, mit der Anlage dieses Navigationssystems auf norwegischem Territorium gegen die Basenpolitik zu verstoßen, da es der Kriegsführung der amerikanischen Atom-U-

beabsichtigte Einlagerung von schwerem Gerät („prestocking")[7] sowie norwegische Marinebesuche in Spitzbergen[8] zur Sprache gekommen.

Gesprächspartner hätten NATO-Mitgliedschaft Norwegens als überflüssig bezeichnet, da von SU keine Bedrohung ausgehe. Norwegen solle sich an den neutralen Ländern Schweden, Schweiz, Österreich und insbesondere an Finnland, das für Lage der SU großes Verständnis aufbringe, ein Beispiel nehmen. Holst habe mit gleicher Offenheit auf die völlig unterschiedlichen Erfahrungen und die besondere Lage Norwegens hingewiesen, die keinen Vergleich mit den genannten Ländern zulasse.

Sowjetische Seite habe Norwegen direkte und enge Kontakte in Verteidigungsangelegenheiten sowie gegenseitige Flottenbesuche und Informationsaustausch angeboten. Auf diese Angebote sei Holst nicht eingegangen.

Als besonders bedeutsam werteten Norweger Gespräch mit Ustinow, der sich entspannt, offen und „strongly in charge" gegeben habe. Ustinow, augenscheinlich besorgt über zunehmend negatives Image der SU im Westen und in Dritter Welt, habe sich bemüht, auf Propaganda zu verzichten und differenziert zu argumentieren. Er habe bekannten Plan atomwaffenfreier Zone für nordische

Fortsetzung Fußnote von Seite 280

Boot-Flotte gegen die Sowjetunion diene. [...] Furre und Gustavsen gehören der ‚Sozialistischen Linken' an, die als Gegner der NATO bekannt ist, jedoch mit ihren 16 Sitzen der sozialdemokratischen Minderheitenregierung das Regieren ermöglicht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 347; VS-Bd. 9663 (201); B 150, Aktenkopien 1977.

6 Am 30. November 1978 fanden im Ständigen NATO-Rat Konsultationen über eine Absichtserklärung zur Einführung des luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystems (AWACS) statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 365.
In der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 5./6. Dezember 1978 in Brüssel wurde das AWACS-Programm gebilligt und eine entsprechende multilaterale Grundsatzvereinbarung unterzeichnet. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 98–101. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 102–105.

7 Referat 201 legte am 6. Februar 1979 dar, daß der norwegische Verteidigungsminister Hansen am 8. Januar 1979 eine Entscheidung „über die Einlagerung schweren militärischen Materials (z.B. Panzer) der kanadischen und britischen Verstärkungsstreitkräfte in Norwegen" angekündigt habe: „Staatssekretär Holst wies darüber hinaus öffentlich auf die Möglichkeit hin, mit den Amerikanern ein Abkommen über die Entsendung von Verstärkungstruppen im Krisenfall zu schließen. Obwohl beide Erklärungen mit der Versicherung verknüpft waren, an Norwegens Basenpolitik werde sich nichts ändern, wurden die norwegischen Pläne in der sowjetischen Presse (Prawda vom 20. und 21. Januar) als graduelle Erosion der bisherigen Basenpolitik und als Änderung des Status quo dargestellt. Außerdem wurde auf Pläne angespielt, in den Depots auch Kernwaffen zu lagern. [...] Die sowjetische Reaktion reiht sich ein in die Politik der Nadelstiche gegen Norwegen mit dem Ziel, Norwegen von einer Intensivierung seiner Bindungen an die NATO abzuhalten. Norwegen hat diesem politischen Druck in zunehmendem Maße eine feste Haltung entgegengesetzt." Vgl. Referat 201, Bd. 120187.

8 Zur Lage auf Spitzbergen hielt Referat 204 am 3. Juli 1979 fest: „Die im Spitzbergen-Vertrag von 1920 niedergelegten Rechte werden außer von Norwegen praktisch nur durch die Sowjetunion wahrgenommen. Die übrigen Traktat-Staaten sind aus vorwiegend ökonomischen Gründen im Spitzbergen-Gebiet nicht dauernd präsent (Ausnahme: Fischfang; gelegentliche Forschungsvorhaben). Diese Enthaltsamkeit sowie die Tatsache, daß auch Norwegens Aktivitäten sich aus Kostengründen in Grenzen halten, hat dazu geführt, daß die Sowjetunion heute auf Spitzbergen eine dominierende Stellung innehat, die sie schrittweise ausbaut. Ihr Ziel ist offenbar, mit Norwegen zu einem De-facto-Kondominium über die strategisch bedeutsame Inselgruppe zu gelangen [...]. Seit einiger Zeit bemüht sich Norwegen, seine im Spitzbergen-Vertrag verankerten Hoheitsrechte stärker zur Geltung zu bringen. Bei der Durchsetzung trifft Norwegen indes auf Schwierigkeiten: teilweise Ungenauigkeit des Spitzbergen-Vertrages; technologische Entwicklung (mögliche Exploration des Spitzbergen-Sockels), die von den Regeln des Vertrages nicht erfaßt wird; Etablierung eines sowjetischen ‚Gewohnheitsrechts' aufgrund langer stillschweigender Hinnahme durch Norwegen; teilweise eigenwillige Interpretation des Vertrages durch Norwegen selbst." Vgl. Referat 204, Bd. 115983.

Länder angesprochen[9] und Norwegen gebeten, diese vorbildliche Idee zu unterstützen, Punkt jedoch nicht vertieft. Das beabsichtigte prestocking habe er als entspannungshemmend kritisiert. Holst habe Vorwurf zurückgewiesen und prestocking als erkennbar defensive Maßnahme, die den fundamentalen Sicherheitsinteressen Norwegens entspreche, bezeichnet.

Thema sei wegen der noch ausstehenden Antwort auf Demarche sowjetischen Botschafters in Oslo[10] in gleicher Angelegenheit nicht weiter erörtert worden.

Wichtige Rolle habe auch norwegische Haltung in „Black-box"-Angelegenheit gespielt.[11] Sowjetische Gesprächspartner hätten sich hierüber besonders irritiert gezeigt. Holst habe seinerseits Sorge über ständig wachsende Kapazität der SU bei amphibischen Kampfeinheiten deutlich gemacht. Ustinow habe entgegnet, diese Kräfte seien nicht gegen Norwegen gerichtet, sondern müßten im Zusammenhang mit NATO-Beschluß über Erhöhung der Verteidigungshaushalte[12] und dem vereinbarten LTDP[13] gesehen werden. Holst habe diese Argumentation abgelehnt und betont, daß die erwähnten NATO-Beschlüsse nur zum Ziel hätten, den durch die sowjetischen Rüstungssteigerungen entstandenen Rückstand auszugleichen.

Bei MBFR habe sowjetische Seite ihre bekannten Standpunkte vertreten und Einwände des Westens gegen sowjetische Daten kritisiert. Auch erwarte man Eingehen auf östliche Vorschläge vom Juni letzten Jahres[14]. Holst bat seiner-

9 Referat 221 vermerkte am 23. April 1979, daß Staatspräsident Kekkonen seinen schon 1963 vorgelegten Vorschlag, „die tatsächlich bereits bestehende Kernwaffenfreiheit der skandinavischen Staaten durch multilaterale Vereinbarungen vertraglich festzulegen", am 8. Mai 1978 erneuert habe: „Die unmittelbar betroffenen skandinavischen Staaten Schweden, Norwegen und Dänemark lehnten den neuen Plan – ebenso wie bereits 1963 – mit dem Hinweis ab, das gegenwärtige nordische System habe sich bewährt; für die ohnehin nuklearwaffenfreien skandinavischen Staaten bestehe keine Notwendigkeit für eine nuklearwaffenfreie Zone; benachbarte Gebiete, auf denen Nuklearwaffen dislozierts seien (u. a. Kola und die Ostsee), seien von dem Plan ausgenommen." Vgl. Referat 221, Bd. 116943.

10 Jurij Alexejewitsch Kiritschenko.

11 Am 28. August 1978 stürzte ein sowjetisches Militärflugzeug auf der Insel Hopen ab. Botschaftsrat Wand, Oslo, berichtete am 9. Oktober 1978, die Entscheidung Norwegens, den Flugschreiber des Flugzeuges nicht auszuliefern, habe „zu einer scharfen sowjetischen Protestnote geführt, die Botschafter Kiritschenko Außenminister Knut Frydenlund am 30.9.78 in Oslo überreichte. [...] Der norwegische Außenminister hat am 6.10. den sowjetischen Botschafter noch einmal zu sich bestellt, um ihm mitzuteilen, daß die norwegische zivile Unfallkommission den Flugschreiber am 12.10. untersuchen werde. Hierzu seien sowjetische Experten eingeladen. Wie weiter bekannt wird, bestand die sowjetische Regierung auf der Auslieferung des Gerätes, da es sich um ‚sowjetisches Staatseigentum' handele, das ‚Immunität' genieße. Die norwegische Regierung machte jedoch demgegenüber geltend, daß Norwegen als ‚Unfallsland' nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht habe, die Hintergründe des Unglückes aufzuklären. Sowohl die Parteien wie auch die öffentliche Meinung haben sich spontan und einstimmig hinter die Haltung der norwegischen Regierung gestellt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 433; VS-Bd. 9663 (201); B 150, Aktenkopien 1978.

12 In der „Ministerial guidance 1977", die in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18. Mai 1977 in Brüssel verabschiedet wurde, hieß es, daß alle Mitgliedstaaten angesichts nachteiliger Tendenzen im Kräfteverhältnis zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt eine reale Erhöhung ihres Verteidigungshaushalts um etwa drei Prozent jährlich anstreben sollten. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 71–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 349–352. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, I, Dok. 123.

13 Long-Term Defence Programme.
Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vgl. Dok. 31, Anm. 3.

14 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 8. Juni 1978 vgl. Dok. 39, Anm. 13.

seits um stärkere Transparenz des Ostens in Datenfrage. Diskussion sei jedoch wenig konkret gewesen.

2) In abschließender Diskussion dankte Rat für sehr ausführliche Unterrichtung und würdigte ausgewogene, aber in der Sache bestimmte Haltung norwegischen Staatssekretärs in für NATO so wichtigen Bereichen. Britischer Botschafter[15] betonte Bedeutung der Allianz für Bestand neutraler Staaten Europas. Gerade Finnland z. B. wisse, daß es seine relative Unabhängigkeit der Existenz der NATO verdanke. Französischer Botschafter[16] lobte mutige und eigenständige Rolle Norwegens im Dialog mit dem Osten.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 10488 (201)

63

Drahterlaß des Ministerialdirektors Blech

221-372.20/4-264^{II}/79 geheim **2. März 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 1112 Plurez

Betr.: MBFR – begleitende Maßnahmen

Bezug: a) DB Washington 591 vom 13.2.1979[2]
b) DE Nr. 981 vom 27.2.1979

Enthält Weisung

(Für NATO Brüssel gilt Vorbehalt telefonischer Freigabe wegen noch ausstehender Billigung durch BMVg)

I. Botschaften London und Washington werden gebeten, in State Department bzw. im FCO an geeigneter Stelle folgendes vorzutragen und umgehend über Reaktionen zu berichten:

Aus kürzlichen Konsultationen von Botschafter Ruth in genannten Hauptstädten[3] ist amerikanischen und britischen Gesprächspartnern bekannt, daß wir

15 John Killick.

16 Jacques Tiné.

1 Durchschlag als Konzept.
Drahterlaß an die Botschaften in London und Washington sowie die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel.
Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Ehni konzipiert.
Ehni vermerkte am 2. März 1979 handschriftlich, daß Botschafter Ruth und Vortragender Legationsrat I. Klasse Rückriegel das Original mitgezeichnet hätten.
Hat Vortragendem Legationsrat von Studnitz am 2. März 1979 vorgelegen, der vermerkte, der Drahterlaß habe Staatssekretär van Well vorgelegen.

2 Für das Fernschreiben des Botschafters Ruth, z. Z. Washington, vgl. Dok. 38.

3 Zu den deutsch-britischen Konsultationen über Fragen der Rüstungskontrolle am 23. Februar 1979 in London teilte Botschafter Ruth, z. Z. London, am selben Tag mit, es habe Übereinstimmung be-

der Auffassung sind, daß der Stand der Beratungen der MBFR-Arbeitsgruppe es erlaubt, folgende Bilanz zu ziehen:

1) Die MBFR-Arbeitsgruppe hat aufgrund ihrer fast einjährigen Beratung über die Mehrzahl der von deutscher und amerikanischer Seite zur Diskussion gestellten begleitenden Maßnahmen bereits Einigung erzielt. Zu anderen Maßnahmen steht diese Einigung noch aus.[4] In einem Fall (Maßnahme 3[5]) erscheint eine solche Einigung in nächster Zukunft nicht erreichbar. Aus verhandlungstaktischer Sicht halten wir die Zeit für gekommen, ein Paket begleitender Maßnahmen, über die sich das Bündnis bereits einig ist oder über die eine Einigung kurzfristig herbeigeführt werden könnte, zusammenzustellen, um es in die Verhandlungen in Wien einzuführen.

2) Über folgende Maßnahmen scheint eine ausreichende Übereinstimmung zu bestehen, so daß sie zu einem Paket begleitender Maßnahmen zusammengestellt werden könnten:

a) Bekräftigung der bereits implementierten vertrauensbildenden Maßnahmen der KSZE-Schlußakte[6] durch alle MBFR-Teilnehmer.

b) Maßnahmen, für die der geographische Geltungsbereich der vertrauensbildenden Maßnahmen der Schlußakte Anwendung finden sollte, da es sich um vergleichbare Maßnahmen wie in der Schlußakte (Manöver- und/oder Bewegungsnotifizierung sowie Beobachteraustausch) handelt:

- Ankündigung von Divisionsaktivitäten außerhalb der Kasernen,
- Einladung von Beobachtern hierzu.

c) Maßnahmen, die sich, da es sich im wesentlichen um Verifikationsmaßnahmen handelt, auf den Raum der Reduzierungen beziehen können:

- Notifizierung von größeren Bewegungen der Landstreitkräfte in den Raum der Reduzierungen hinein;
- festgelegte Durchlaufpunkte für das Personal der stationierten Land- und Luftstreitkräfte mit Beobachtern;

Fortsetzung Fußnote von Seite 283

standen, „daß eine baldige politische Einigung erforderlich ist, um möglichst noch vor Ende des Sommers ein Paket begleitender Maßnahmen in Wien vorschlagen zu können. Wir erläuterten unsere Absicht, demnächst ein Arbeitspapier in die NATO einzuführen und ein Paket zur Diskussion zu stellen, das sich an dem jetzt Möglichen orientiert und genügend Substanz aufweist und gleichzeitig den engen Zusammenhang der begleitenden Maßnahmen mit den vertrauensbildenden Maßnahmen der Schlußakte von Helsinki berücksichtigt. Die Briten gaben zu bedenken, daß unsere Auswahl von sechs Maßnahmen aus der z. Z. in Brüssel beratenen Liste es schwierig machen könnte, nachträglich wichtige Maßnahmen wie Luft- und Bodeninspektionen sowie Limitierung von Manövern und/oder Bewegungen in Wien einzuführen, falls sich das Bündnis später über geeignete Parameter noch einigen sollte. Außerdem befürchteten sie, daß durch die Bekräftigung der vertrauensbildenden Maßnahmen aus der KSZE-Schlußakte durch alle MBFR-Teilnehmer die Validität anderer Teile der Schlußakte beeinträchtigt werden könnte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 442; VS-Bd. 14081 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Vgl. dazu die Haltung der Bundesregierung zur Frage von Boden- und Luftinspektionen; Dok. 38, Anm. 21.

5 Zur Frage der „out of garrison activities" vgl. Dok. 20.

6 Für den Wortlaut des „Dokuments über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

– Austausch von bestimmten militärischen Informationen im Zusammenhang mit der Durchführung vereinbarter Reduzierungen und der Aufrechterhaltung des common collective ceiling;
– Nichtbeeinträchtigung nationaler technischer Aufklärungsmittel.

II. Wir beabsichtigen, diese Überlegungen Anfang nächster Woche im SPC oder beim Lunch der Ständigen Vertreter anhängig zu machen.[7] Dabei wollen wir ankündigen, daß wir hoffen, in Kürze ein Arbeitspapier mit Weisungsentwurf zirkulieren zu können.[8] Wir werden Arbeitspapier und Weisungsentwurf noch vor der Einführung in die NATO mit Washington und London abstimmen.

III. Die NATO-Vertretung wird gebeten, nach telefonischer Freigabe dieser Weisung ihrerseits weitere Bündnispartner nach eigenem Ermessen vorab von der hier geschilderten Absicht zu unterrichten.

Gleichzeitig sollte Vorsitzender von MBFR-Arbeitsgruppe[9] von unserer Absicht in Kenntnis gesetzt werden.

Nur zur eigenen Unterrichtung: Wir legen Wert darauf, daß der Termin für die Ausführung unserer Anregung in der NATO vor dem 8. März (Datum der Bundestagsdebatte über die Großen Anfragen[10]) liegt.

Blech[11]

VS-Bd. 11512 (221)

7 Ministerialdirektor Blech hielt am 23. März 1979 fest, daß die Bundesrepublik beim „private luncheon" der NATO-Botschafter am 6. März 1979 in Abstimmung mit den USA und Großbritannien angekündigt habe, demnächst im Bündnis ein Arbeitspapier mit dem Entwurf einer Weisung der NATO an die Ad-hoc-Gruppe in Wien zu zirkulieren. Vgl. dazu Dok. 90.

8 Zum Entwurf eines Arbeitspapiers und einer „Draft Guidance" vgl. Dok. 90.

9 Werner Schmidbauer.

10 Zur sicherheitspolitischen Debatte des Bundestags am 8./9. März 1979 vgl. Dok. 80.

11 Paraphe.

64

Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-814/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 3. März 1979, 08.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 274 **Ankunft: 3. März 1979, 10.21 Uhr**

Betr.: NATO-Konsultation zum Konflikt China/Vietnam[2]

I. Zusammenfassung

Am 1.3. erörterte der Rat auf informellem Treffen im kleinen Kreis chinesisch-vietnamesischen Konflikt. Neben einem Meinungsaustausch über die Entwicklung im Kampfgebiet konzentrierte sich die Aussprache besonders auf die Einschätzung der chinesischen Absichten, die sowjetische Haltung und die allgemeinen außenpolitischen Folgen des Konflikts.

Deutlich war die Sorge der meisten, daß eine längere Dauer der Kampfhandlungen eine Ausweitung des Konflikts und nachteilige Folgen für die Modernisierungs- und Öffnungspolitik Dengs haben könnte. Die sowjetische Zurückhaltung[3], die teils auf Einsicht, teils auf Dilemma zu beruhen scheine, wurde im großen und ganzen positiv beurteilt. Für die Mehrheit handelt es sich um ein nicht ungeschicktes und propagandistisch gut zu nutzendes sowjetisches Ausweichen vor einem als sehr riskant eingeschätzten direkten militärischen Eingreifen. Unmittelbare Folgen für die Entspannungspolitik werden rebus sic stantibus nicht erwartet.

II. Im einzelnen

1) Militärische Lage

Der Vorsitzende des Militärausschusses[4] unterschied zwei Phasen der chinesischen Operationen:

In der ersten Phase (17. bis 22.2.) sei es China darum gegangen,

- Geländegewinne im unmittelbaren Grenzbereich zu erzielen,
- Grenzsicherungstruppen Vietnams zu zerschlagen,
- reguläre vietnamesische Einheiten in Kämpfe zu verwickeln.

Hauptziel der zweiten Phase ab 24.2. sei es, aus dem Aufmarschgebiet tiefer nach Vietnam vorzustoßen und Verkehrsknotenpunkte zu besetzen. Dieses Ziel sei bisher nur z.T. erreicht worden, da wichtige Städte (Kao Bang, Lang Son) noch nicht gefallen seien. Eindringtiefe betrage etwa 40 km. Von 20 bereitgestellten Divisionen seien bisher nur sieben eingesetzt worden. Auf Einsatz der Luftstreitkräfte hätten bisher beide Seiten verzichtet. Vietnam habe nur Grenz-

1 Hat Vortragendem Legationsrat Heyken am 5. März 1979 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Lücking vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erbitte W[ieder]V[orlage]."
Hat Ministerialdirektor Blech vorgelegen.

2 Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 2.

3 Zur Reaktion der UdSSR auf den Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 3.

4 Herman Frederik Zeiner Gundersen.

truppen eingesetzt, allerdings würden jetzt reguläre Einheiten herangezogen. Die SU versorge Vietnam über eine Luftbrücke und auf dem Seeweg mit Kriegsmaterial.[5] Es sei mit Andauern der Kämpfe zu rechnen, wobei verschiedene Eskalationsmöglichkeiten bestünden.

Der amerikanische Geschäftsträger gab einige ergänzende Hinweise zur Lage und zum voraussichtlichen Umfang des sowjetischen Engagements in Vietnam:

- China führe neue Streitkräfte heran, zur Zeit stünden etwa 100 000 Mann in Vietnam. China bereite seinen Vorstoß umsichtig vor. Insbesondere sichere es vor dem entscheidenden Angriff auf Städte sorgfältig angrenzendes Gebiet. So verfahre es derzeit auch bei seinem Vorrücken auf das strategisch wichtige Lang Son, wo es vermutlich ein entscheidendes Gefecht herbeiführen wolle. Vietnam habe jetzt als ersten regulären militärischen Großverband die 308. Division, eine Eliteeinheit (die „Unbesiegbare"), herangeführt.
- Die SU steigere ständig ihre Waffenlieferungen. Falls der chinesische Druck weiter wachse, werde die SU um ein stärkeres Engagement in Vietnam kaum herumkommen. Sowjets würden sich jedoch aller Voraussicht nach auf Entsendung von Militärberatern, Bedienungspersonal für kompliziertes technisches Gerät und Piloten beschränken. Vor einer Entsendung von Truppen werde sie zurückscheuen. Es sei mit verstärkter Lieferung von Flugzeugen des Typs MiG-21 und MiG-23 („Flogger") sowie von Boden-Luft-Raketen zu rechnen.
- An eine Aktion an der chinesisch-sowjetischen Grenze glaubten US nicht. Die Stimmung der sowjetischen Bevölkerung sei nicht danach, die sowjetische Führung unternehme öffentlich auch keine Anstrengungen, auf eine solche Eventualität psychologisch vorzubereiten.

2) China

Als wichtige Motive für die chinesische Intervention wurden genannt:

- jahrelange vietnamesische Grenzprovokationen,
- Vertreibung des chinesischen Bevölkerungsteils aus dem Grenzgebiet,
- expansionistische Politik Vietnams (Polizist der Region),

[5] Botschafter Boss, Bangkok, berichtete am 18. September 1979: „Aus besonderer Quelle war zu erfahren: Die Zahl der sowjetischen Berater und Experten in Vietnam wurde in den letzten Wochen um ca. 1000 erhöht und dürfte sich gegenwärtig auf 6000 belaufen. 400 dieser Experten sind in Kambodscha, überwiegend im logistischen Bereich zur Versorgung der dortigen vietnamesischen Streitkräfte, eingesetzt. Die sowjetischen Experten in Vietnam sind sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich tätig. [...] Neben Ausbildung und Beratung im militärischen Bereich sind ein Teil der sowjetischen Experten im Bereich der Cam Ranh Bay in einer Fernmeldeaufklärungsstation tätig, die im Mai 1979 fertiggestellt wurde. Diese Station hat einen Aufklärungsradius von rd. 7000 km. Sowjetische Kriegsschiffe laufen in erhöhter Zahl Häfen in Vietnam an. Reparaturen und Wartung an diesen Schiffen wird ausschließlich von sowjetischem Personal durchgeführt. Die Lieferung sowjetischen Kriegsmaterials und auch zivile Hilfslieferungen haben sich in den letzten sechs Monaten des Jahres 1979 gegenüber dem Gesamtvolumen von 1978 verdreifacht. Von Januar 1979 bis August liefen 83 sowjetische Schiffe vietnamesische Häfen an und löschten rd. 100 000 To[nnen] Ladung. Die sowjetische Hilfe für Vietnam beläuft sich gegenwärtig auf ca. 2 bis 2,5 Mio. US-Dollar pro Tag. Hierbei ist nicht geklärt, ob darin auch die Wirtschaftshilfe eingeschlossen ist. Vor allem der Aufbau einer Fernmeldeaufklärungsstation scheint Beweis dafür, daß die Sowjetunion davon überzeugt ist, langfristig in Vietnam zu verbleiben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 978; Referat 340, Bd. 110759.

- Invasion Kambodschas[6],
- steigender sowjetischer Einfluß durch enges Heranrücken Vietnams an sowjetischen Machtbereich (Freundschaftsvertrag[7], Beitritt zum COMECON[8]), dadurch und in Verbindung mit aggressiver vietnamesischer Politik Gefahr der Entwicklung Vietnams zu einem „asiatischen Kuba".

Bündnispartner waren sich darüber einig, daß China mit seiner „Strafexpedition" mehrere Ziele zugleich verfolge: Es gehe ihm vor allem darum, Vietnam, das sich hegemonistisch gebärde, in die Schranken zu weisen, es durch massive, aber räumlich und zeitlich begrenzte Operationen militärisch und wirtschaftlich zu schwächen und Chinas Anspruch auf Mitsprache bei der politischen Neuordnung Indochinas zu unterstreichen. Daneben bezwecke Chinas Vorstoß, Entlastung für die China-orientierten Widerstandsgruppen in Kambodscha zu schaffen und vielleicht auch, Korrekturen an der vietnamesischen Grenze durchzusetzen. Neben der „Lektion" für Vietnam – das sich nicht alles erlauben dürfe, weil oder gerade weil es von der SU unterstützt werde – beabsichtige China auch, dem Westen eine Lektion darüber zu erteilen, wie man mit einem „Kuba" am besten umgehe: Ein Kuba müsse frühzeitig gestoppt werden.

Der französische Botschafter[9] wies darauf hin, daß China bisher seine Ziele nicht klar definiert und somit freie Hand behalten habe zu bestimmen, wann es seine Ziele für erreicht halte. In Peking bestehe Zuversicht, den Zweck der Strafexpedition zu erreichen, auch wenn die Operationen nicht kurzfristig beendet werden könnten. Ähnlich äußerte sich der dänische Botschafter, der in Moskau und Peking Missionschef war[10]: China habe bewußt seine Ziele verhüllt. Selbst bei einer Fehleinschätzung des Kräfteverhältnisses, die vielleicht jetzt zutage trete, ergebe sich für China kein Zwang, an erklärten, aber in der Praxis unerreichbaren Zielen festhalten zu müssen. China bleibe daher flexibel bei der Interpretation dessen, was es zur Gesichtswahrung benötige. Es brauche z. B. keinen spektakulären Sieg auf dem Schlachtfeld und könne selbst bei einer Minimallösung für asiatische Verhältnisse noch immer sein Gesicht wahren. Deshalb glaube er auch nicht, daß sich China „substantiell verschätzt" habe.

Überwiegend wurde die Ansicht vertreten, daß sich Vietnam als ein schwer zu bändigender, kampferfahrener Gegner erweise, der zwar nicht über unerschöpfliche Reserven verfüge, aber auch ohne massive sowjetische Hilfe noch lange aushalten könne.

Nach amerikanischer Auffassung könnten sich bei ungünstigem Kampfverlauf Probleme für Dengs innenpolitische Stellung ergeben. Er könnte unter Druck der Militärs und politischer Opposition (Maoisten) geraten. Der französische Botschafter hielt die Ansicht, Deng habe den Konflikt zu seiner persönlichen

6 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.

7 Am 3. November 1978 schlossen die UdSSR und Vietnam einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1145, S. 185–199. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 157–159.

8 Vietnam trat am 29. Juni 1978 dem RGW bei.

9 Jacques Tiné.

10 Anker Svart war von 1962 bis 1965 Botschafter in Peking und von 1966 bis 1973 Botschafter in Moskau.

Angelegenheit gemacht, das Ergebnis sei ihm daher in jedem Fall anzurechnen, für zu eng. Der chinesisch-vietnamesische Konflikt habe tiefe historische Wurzeln, er sei nicht allein Dengs Krieg.

3) Sowjetunion

Die Bündnispartner hoben übereinstimmend hervor, daß die insgesamt gemäßigte Reaktion der sowjetischen Führung objektiv positiv zu bewerten sei. Hierfür gebe es vermutlich mehrere Motive:

- Moskau vertraue darauf, daß Vietnam mit der Intervention weitgehend selbst fertigwerden könne.
- SU kalkuliere, daß sie durch Zurückhaltung international politische Vorteile erziele.
- Kriegsfurcht der eigenen Bevölkerung.
- Negative Auswirkungen auf Détente-Politik, Gefährdung des SALT-II-Abkommens.
- Schwierigkeiten im WP in der China-Frage.

Der dänische Botschafter bezeichnete das sowjetische Verhalten als wohlüberlegt. Der Verzicht auf eine eigene Strafexpedition gegen China diene am besten Moskaus Bestreben, sich als verantwortungsbewußte Weltmacht darzustellen.

Eine dauerhafte sowjetische Zurückhaltung im China-Vietnam-Konflikt läßt nach amerikanischer Ansicht auf eine generell geringe Risikobereitschaft der gegenwärtigen sowjetischen Führung auch für den Bereich der Ost-West-Beziehungen schließen.

Die SU habe zahlreiche Optionen unterhalb der Schwelle einer direkten militärischen Aktion. Schon jetzt helfe sie Vietnam nicht nur propagandistisch, sondern liefere auch Waffen. Sie werde dieses für sie vorteilhafte eingeschränkte Engagement voraussichtlich solange beibehalten, wie es die Entwicklung der militärischen Lage erlaube. (Kritische Eskalationsstufe seien z. B. Bombardierungen von Haiphong oder ein noch schwerwiegenderer chinesischer Angriff auf Hanoi.)

4) Folgen für die westliche Chinapolitik

Mehrere Sprecher (Kanada, Italien, Belgien) vertraten die Ansicht, schon jetzt sei der außenpolitische Schaden der chinesischen Intervention so groß, daß dies Auswirkungen auf die westliche Haltung zur chinesischen Modernisierungspolitik haben müsse. Der belgische und kanadische Vertreter sprachen sich gegen Waffenlieferungen aus. Wegen der brutalen chinesischen Konfliktstrategie werde die China-Euphorie im Westen rasch abklingen, Waffenverkaufspläne[11] müßten der neuen Lage und den jetzt deutlich zutage tretenden Zielen Chinas angepaßt werden (Belgien).

Kanada hielt eine aufgeschlossene westliche Haltung, insbesondere in der Waffenfrage, mit dem von China gezeigten Verhalten für unvereinbar. China habe

11 Zu den Verhandlungen über die Lieferung der Panzerabwehrraketen „Hot" und „Milan" durch Frankreich an die Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 12.
Zu den Verhandlungen über die Lieferung britischer Kampfflugzeuge an die Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 11.

selbst dafür gesorgt, daß die Argumentation Breschnews in seiner Briefaktion vom November/Dezember 1978[12] nachträglich aufgewertet werde. Die übrigen Verbündeten verhielten sich zu diesen Ausführungen reserviert.

Der britische Botschafter[13] unterstrich, daß Industrieminister Varley zur Zeit in Peking über große zivile Aufträge (und nicht etwa in erster Linie über „Harrier") verhandele.[14] Ob es vertretbar sei, an China Verteidigungswaffen zu verkaufen, hänge entscheidend von der weiteren Entwicklung des Konflikts ab.

Zum eigenen Verhalten war man sich einig, daß die Bemühungen im bilateralen und multilateralen (VN)-Bereich fortgesetzt werden müssen (Mahnung zur Mäßigung an alle Konfliktsbeteiligten). Zwar verspreche die Debatte im Sicherheitsrat wegen des sowjetischen und chinesischen Vetorechts wenig konkrete Resultate. Gleichwohl biete sich dort die Gelegenheit zur weltweiten Darstellung des eigenen Standpunktes. Die SR-Initiative der ASEAN-Staaten[15] habe z. B. großen Widerhall gerade auch bei DW-Staaten anderer Regionen gefunden und behalte ihre politische Wirkung, selbst wenn sie am sowjetischen Veto scheitere.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 13174 (213)

12 Zu den Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom November/Dezember 1978 zur Frage von Rüstungslieferungen an die Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 13.

13 John Killick.

14 Botschafter Wickert, Peking, berichtete am 9. März 1979: „Vom 24.2. bis 5.3. hielt sich der britische Industrieminister Varley mit einer Delegation von 30 Industriellen in der VR China auf. Er unterzeichnete ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit, das bis 1985 ein Handelsvolumen von insgesamt 14 Mrd. Dollar, eine Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Kohle, Stahl und technische Ausbildung und in allgemeiner Form die Unterstützung der chinesischen Exportbemühungen durch die britische Regierung vorsieht. Nach Auskunft der britischen Botschaft wurde der Abkommensentwurf der EG-Kommission zur Prüfung vorgelegt, um spätere Kollisionen mit Brüssel auszuschließen. Das Abkommen wird dem britischen Parlament zur Abstimmung vorgelegt werden. [...] Gegenüber Fragen zum ‚Harrier'-Verkauf zeigte Vertreter der britischen Botschaft große Zurückhaltung. Das Zustandekommen dieses Geschäftes und die Koppelung mit zivilen Geschäftsabschlüssen schien ihm jedoch außer Zweifel zu stehen. Er sprach von einigen Monaten, die allein schon für die technischen Einzelbesprechungen benötigt würden, und hielt es für sicher, daß bis dahin auch der Vietnam-Konflikt keine Rolle mehr bei der Diskussion um das ‚Harrier'-Geschäft spielen werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 369; Referat 341, Bd. 110503.

15 Zur Initiative der ASEAN-Mitgliedstaaten für eine Resolution des UNO-Sicherheitsrats vgl. Dok. 50, Anm. 24.

65

Ministerialdirektor Blech an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel

220-371.80-312I/79 geheim **Aufgabe: 5. März 1979, 18.14 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1135 Plurez
Citissime nachts

Betr.: Konsultationsmechanismus für Rüstungskontrollfragen;
hier: Deutscher Vorschlag zur Errichtung einer Special Working Group[2]

I. Amerikaner und Briten haben zugestimmt, daß wir unseren, in der Substanz mit beiden Bündnispartnern vorgeklärten Vorschlag zur Errichtung einer Special Working Group zunächst als informelle Anregung in die Allianz einführen (vgl. FS Washington Nr. 823 vom 2.3.1979 – geheim[3]).

II. Sie werden gebeten – nach dortiger Absprache mit Briten und Amerikanern, auf dem am Dienstag, den 6.3.1979, stattfindenden Arbeitssessen der Ständigen Vertreter (ohne Erwähnung der laufend stattfindenden Abstimmung mit den USA und Großbritannien) folgendes auszuführen:

1) Es ist deutlich geworden, daß die auf das Bündnis zukommenden Aufgaben zunehmend im Wege einer Kombination von verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen angegangen werden müssen und daß die daraus für das Bündnis auftauchenden politischen Implikationen zu evaluieren sind. Um im Lichte dieser Entwicklung die Doppelstrategie der Allianz im Sinne des Harmel-Berichtes[4] sichtbar zu machen, erscheint es uns notwendig, die Bündnisabstimmung im Bereich der Rüstungskontrollpolitik zu intensivieren und analog und parallel zu den auf verteidigungspolitischem und strategischem Gebiet bestehenden Allianzgremien gleichwertige Konsultationsmöglichkeiten zu schaffen. Ziel sollte – entsprechend der Aufgabe der NPG-High Level Group – die Vorbereitung von Entscheidungen in einem politischen Gremium des Bündnisses sein.

Dies sollte nach unserem Dafürhalten durch die Errichtung einer hochrangigen Expertengruppe des Bündnisses unter der Federführung der Außenmini-

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Roßbach konzipiert.
Hat Ministerialdirigent Dröge am 5. März 1979 zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Zum Vorschlag der Bundesregierung zur Einrichtung einer Special Group der NATO vgl. Dok. 45.

3 Botschafter von Staden, Washington, berichtete über ein Gespräch mit dem Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Gompert, am 2. März 1979: „Die Vereinigten Staaten sind einverstanden, daß wir den Gedanken der Gründung der ins Auge gefaßten Konsultationsgruppe in die NATO einführen. [...] An Einzelheiten sollte nur gesagt werden, daß es sich um eine ‚Special Policy Group' [...] handeln solle, daß man vorhabe, den USA den Vorsitz anzutragen, und daß die Materie Rüstungskontrolle und andere politische Fragen betreffe [...]. Gompert fügte als persönliche Bemerkung hinzu, daß, wie wir wohl wüßten, an der Frage, wer den Vorsitz übernehmen solle, in Washington ein besonderes Interesse bestehe." Vgl. VS-Bd. 11390 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77.

sterien der Mitgliedstaaten sichergestellt werden, die dem NATO-Rat regelmäßig berichten und ihn in seiner Arbeit unterstützen würde. Das Expertengremium sollte als Special Working Group mit unbegrenzter Teilnehmerzahl allen Mitgliedern der Allianz offenstehen. Wir würden es begrüßen, wenn, ebenfalls analog zur NPG-High Level Group, die USA den Vorsitz dieser Gruppe übernehmen könnten.

Sollte von anderen nähere Auskunft über unsere Vorstellungen zur Organisation und zum Mandat der Gruppe erbeten werden, so kann die Einführung eines Arbeitspapiers in Aussicht gestellt werden.[5]

2) Auf Fragen kann zusätzlich dargelegt werden:

- Es ist unser Anliegen, daß im Zusammenhang mit der Errichtung der von uns vorgeschlagenen Special Working Group alles vermieden wird, was in irgendeiner Weise die laufende Arbeit der High Level Group im Bereich der TNF-Modernisierung beeinträchtigen könnte.
- Was den Zusammenhang zwischen beiden Gruppen betrifft, gehen wir davon aus, daß die Gruppen in zeitlicher Parallelität, jedoch unabhängig voneinander, arbeiten. Jedoch müßte die eine Gruppe die Arbeitsergebnisse der anderen in Betracht ziehen.
- Es erscheint uns zweckmäßig, daß die Special Working Group sobald als möglich nach Festlegung ihres Mandats etabliert wird und mit ihrer Arbeit beginnt.
- Auf Fragen zum Ziel der Arbeitsgruppe wird gebeten, auf die in dem zu erwartenden Arbeitspapier vorgesehene Konkretisierung zu verweisen.

[gez.] Blech

VS-Bd. 11390 (220)

[5] Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, teilte am 6. April 1979 mit, daß das Papier „Proposal for a Special Group on Arms Control and Related Matters" dem Ständigen NATO-Rat am selben Tag vorgelegen habe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 635; VS-Bd. 11390 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

66

Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierminister Callaghan

6. März 1979[1]

Vermerk über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit dem britischen Premierminister Callaghan am 6. März 1979 von 19.05 bis 19.20 Uhr

Bundeskanzler fragt nach der politischen Lage in Großbritannien.[2]

Callaghan meint, daß sich die Lage nach dem Lohnabschluß mit den Kommunalangestellten zu stabilisieren beginne. Wegen der Streiks[3] habe allerdings die Regierung Wählerstimmen eingebüßt. Die wirtschaftliche Erholung hänge im wesentlichen von den Briten selbst ab und werde eine gewisse Zeit erfordern. Die Lage sei ernst, aber noch zu bewältigen. Wegen des stabilen Pfundes seien die Aussichten nicht ganz schlecht. Auch mit der steigenden Inflationsrate könne man fertigwerden. Schwerer wiege das Anwachsen der Arbeitslosigkeit[4] wegen des schwindenden Vertrauens der Wirtschaft in die weitere Entwicklung, die kein Wirtschaftswachstum erwarten lasse. Zu den Aussichten

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 7. März 1979 gefertigt und am 8. März 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter „vorbehaltlich der Genehmigung des Bundeskanzlers [...] zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers" übermittelt.
Hat Lewalter am 8. März 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher und Staatssekretär van Well verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178800.

2 Gesandter Böcker, London, berichtete am 8. März 1979, die Regierung des Premierministers Callaghan habe in den letzten Monaten „schwere Niederlagen" hinnehmen müssen: „Im Unterhaus stellt Labour z.Z. 306 von 628 stimmberechtigten Mitgliedern. Regierung ist infolgedessen weiter auf kleine Parteien angewiesen. [...] Opposition fällt es trotz allem schwer, Hebel zum Sturz der Regierung anzusetzen. Von ihr ständig verlangte und durchgesetzte Debatten sowie verschiedene Tadelsanträge konnten Callaghan bisher nicht erschüttern. [...] Wie lange Regierung, deren enge parlamentarische Basis immer mehr gefährdet erscheint, ihre Überlebenstaktik noch fortsetzen kann, ist offen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 563; Referat 204, Bd. 115965.

3 Botschafter Ruete, London, berichtete am 30. Januar 1979, in der zweiten Hälfte des Jahres 1978 sei die tarifpolitische Übereinstimmung zwischen Regierung und Gewerkschaften „mehr und mehr" verlorengegangen: „Dies führte ab Oktober zu einer erhöhten Streikgefahr. Größere Arbeitskämpfe brachen bei Ford sowie in der Bäckerei- und Druckindustrie aus." Vgl. den Schriftbericht Nr. 472; Referat 204, Bd. 115965.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk hielt am 5. März 1979 fest: „Die außerparlamentarische Situation der Regierung Callaghan hat sich in den vergangenen 14 Tagen gebessert. Die lohnpolitischen Auseinandersetzungen sind nicht beendet. Doch zeigen die Tarifabschlüsse in den Automobilfirmen (Vauxhall, Ford), bei den Tanklastwagen- und Fernfahrern sowie bei den Provinzjournalisten, daß sektorale lohnpolitische Vereinbarungen möglich sind. [...] Ein Ende der örtlichen Schwerpunktstreiks der Niedriglohngruppen im öffentlichen Dienst (in Krankenhäusern, Schulen, Wasserwerken und bei der Müllabfuhr) ist wahrscheinlich: Die beiden zuständigen Gewerkschaften versuchen Lohnerhöhungen von ca. 15% zu erreichen, der Premierminister hat am 3. Februar die Möglichkeit von Lohnabschlüssen oberhalb von 10% angedeutet. Ein Bergarbeiterstreik scheint abgewendet." Vgl. Referat 204, Bd. 115965.

4 Botschafter Ruete, London, berichtete am 22. Februar 1979: „Arbeitslosigkeit stieg von Mitte Januar bis Mitte Februar um 24 T[au]s[en]d Personen auf 1360 T[au]s[en]d Personen (saisonbereinigt) bzw. auf 5,7 Prozent der Beschäftigten. Da seit Mitte 1978 Bruttosozialprodukt stagnierte und nachhaltige Belebung nicht zu erwarten ist, wird Arbeitslosigkeit künftig eher weiter zunehmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 430; Referat 420, Bd. 117898.

seiner Regierung meint er, daß sie noch länger am Ruder bleiben werde, wenn sie sich bis nach Ostern halten könne. Wenn er den Eindruck habe, daß eine Geste des Bundeskanzlers hilfreich sein könne, werde er nicht zögern, Entsprechendes anzuregen.

Bundeskanzler und *Callaghan* nehmen als Zeitpunkt der nächsten deutsch-britischen Gipfelkonsultationen die Tage vom 10. bis 12. Mai in Aussicht und stimmen die Grundzüge des Programms ab (Konsultationen[5], Ehrendoktor Oxford[6] und Fußballendspiel am 12. Mai[7]). Callaghan wird noch mitteilen lassen, ob in Oxford eine Rede des Bundeskanzlers erwartet wird.

Bundeskanzler fragt, ob er sich in der Bundestagsdebatte über Sicherheit und Abrüstung[8] auf Callaghans Einsatz für den baldigen Abschluß und eine schnelle Ratifizierung von SALT II in Guadeloupe[9] beziehen könne.

Callaghan stimmt zu. Er hebt die deutsch-britische Übereinstimmung hervor, TNF-Modernisierung und Rüstungskontrollprobleme zusammen und nicht, wie es die USA ursprünglich wollten, getrennt zu behandeln. Er begrüßt wie der Bundeskanzler die Einigung über die Bildung einer besonderen Arbeitsgruppe im Bündnis[10] und schlägt vor, daß sich Deutsche und Briten in diesen Fragen vorher bilateral einigen, um ihre gemeinsame Haltung klarer zum Ausdruck zu bringen.

Auf Frage des Bundeskanzlers nach der Lage in Indochina erläutert er die diplomatischen Sondierungen, die die britische Regierung als Co-Chairman der Indochina-Konferenz von 1954[11] unternommen hat mit dem Ziel, diese Konferenz einzuberufen für den Fall, daß es im Sicherheitsrat nicht zu einer Einigung kommt.[12] Die Reaktionen Frankreichs und der Vereinigten Staaten seien im Grundsatz positiv gewesen, die Chinas und der Sowjetunion stünden noch aus. Indien und Australien, die als Nachbarländer von den Briten unterrichtet wurden, hätten sich grundsätzlich positiv geäußert.[13] Er fragt allerdings, ob

5 Zu den deutsch-britischen Konsultationen am 10./11. Mai 1979 in London vgl. Dok. 132.

6 Bundeskanzler Schmidt wurde am 11. Mai 1979 die Ehrendoktorwürde der University of Oxford verliehen.

7 Am 12. Mai 1979 besiegte der FC Arsenal im Finale des Football-Association-Cups Manchester United im Wembley-Stadion mit 3 : 2.

8 Zur sicherheitspolitischen Debatte des Bundestags am 8./9. März 1979 vgl. Dok. 80.

9 Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. Dok. 2–5.

10 Zum Vorschlag der Bundesregierung zur Einrichtung einer Special Group der NATO vgl. Dok. 65.

11 Am 8. Mai 1954 begann in Genf die Indochina-Konferenz. Für den Wortlaut der Schlußakte vom 21. Juli 1954 und der Zusatzerklärungen vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6822–6824.

12 Zur Sitzung des UNO-Sicherheitsrats am 16. März 1979 vgl. Dok. 50, Anm. 24.

13 Botschafter Ruete, London, berichtete am 20. März 1979: „Nachdem Diskussion des Konflikts zwischen Vietnam und China im VN-Sicherheitsrat nicht zu Vorschlägen für Lösung des Konflikts zu führen schien, wurden auf britischer Seite vor Abzug chinesischer Truppen aus Vietnam Überlegungen angestellt, ob Indochina-Konferenz mit etwa gleichen Teilnehmern wie Genfer Konferenz von 1954 zur Lösung des Konflikts beitragen könnte. In diesem Zusammenhang hat britische Regierung USA und Frankreich konsultiert sowie in Moskau sondiert. Von sowjetischer Seite hat Großbritannien bisher keine Antwort erhalten. Inzwischen hat sich nach britischer Meinung nach Abzug chinesischer Truppen aus Vietnam Situation verändert. Man hält es nicht für wahrscheinlich, daß Indochina-Konferenz zustande kommt, da China kaum bereit sein würde, an Verhandlungen teilzunehmen. Aussichten auf Teilnahme der Sowjetunion und Vietnams seien ebenfalls gering. Von französischer Seite soll Interesse am Vorschlag geäußert worden sein. Französische Seite hielt aber Zeit für derartige Konferenz noch nicht für gekommen. Nach britischer Meinung ist Zeitfaktor wichtig. Auch wenn Konferenz zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht angebracht scheint, soll-

diese Initiative nicht inzwischen durch die Ankündigung des chinesischen Rückzugs überholt worden sei.[14]

Bundeskanzler stellt fest, daß die einzige Macht, die am Ende des chinesisch-vietnamesischen Konflikts besser dastünde als bevor, die Sowjetunion sei, die nichts getan habe.

Callaghan meint, daß sich Breschnew vernünftigerweise zurückgehalten habe, ebenso wie Gromyko. Auf Fragen des Bundeskanzlers hält er die Rede Breschnews vom 2. März[15] für grundsätzlich vernünftig. Er äußert sich allerdings kritisch gegenüber der „andauernden Passion der Sowjets, Südostasien zu organisieren". Man könne China nicht das Recht absprechen, dafür sorgen zu wollen, daß es dazu nicht komme. Es sei nur natürlich, daß China den größten Einfluß in dieser Region ausübe. Ohne die chinesische Invasion verteidigen zu wollen, sollte man Verständnis dafür haben, daß China nicht tatenlos zusehen wolle, wie die Sowjetunion durch Vietnam ein Land nach dem anderen ihrem Einflußbereich einverleibe.

Auf Frage des Bundeskanzlers nach der Lage in Nahost meint er, daß Carters Reise[16] dann Aussicht auf Erfolg verspräche, wenn Lösungen in Washington bereits vorbereitet worden seien. Er sei aber nicht sicher, ob dies der Fall sei. Unter den guten Ideen, von denen er gehört habe, sei auch die, daß die USA bereit seien, Truppen zwischen die streitigen Parteien im Nahen Osten zu stationieren. Carter sei ein Mann mit starken Überzeugungen, der allerdings nicht immer die politischen Kosten im voraus kalkuliere. Es wäre gut, wenn der Bundeskanzler seine Achtung vor dem Mut Carters zum Ausdruck brächte.

Bundeskanzler wird sich in der Bundestagsdebatte positiv äußern, wenn es einigermaßen vernünftig erscheint.

Callaghan fügt hinzu, daß eine solche Bemerkung über Carters Nahost-Reise auch als Antwort auf die kritischen Bemerkungen in der Presse zum deutsch-amerikanischen Verhältnis nützlich sein könnte.

Seine Antwort auf den Brief des Bundeskanzlers zur Türkei-Hilfe[17] werde den

Fortsetzung Fußnote von Seite 294

te Konferenz-Vorschlag nach britischer Ansicht weiter auf dem Tisch bleiben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 679; Referat 340, Bd. 110761.

14 Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 2.
Botschafter Wickert, Peking, berichtete am 5. März 1979, der chinesische Stellvertretende Außenminister Zhang Wenjin habe folgende Informationen gegeben: „Die chinesische Regierung habe jetzt allen Truppen befohlen, ab heute, den 5. März, zur Grenze auf chinesisches Territorium zurückzukehren. Die chinesische Regierung werde auch in Zukunft nur zurückschlagen, wenn sie angegriffen werde und wenn die Vietnamesen bewaffnete Provokationen im Grenzgebiet unternähmen. [...] Die chinesische Regierung habe immer gewünscht, daß Dispute friedlich durch Verhandlungen gelöst würden, und sie habe wiederum die prompte Aufnahme von Verhandlungen zwischen der chinesischen und der vietnamesischen Regierung vorgeschlagen, um Frieden und Ordnung in den Grenzgebieten zu schaffen und um die Grenzprobleme zu lösen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 345; Referat 340, Bd. 110761.

15 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, sprach am 2. März 1979 auf einer Wahlveranstaltung in Moskau. Für den Wortlaut der Rede vgl. BRESCHNEW, Wege, Bd. 7, S. 683–698.

16 Präsident Carter hielt sich vom 8. bis 13. März 1979 in Ägypten und Israel auf. Vgl. dazu Dok. 81, Anm. 19.

17 Mit Schreiben vom 23. Februar 1979 an Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Ministerpräsident Ohira sprach sich Bundeskanzler Schmidt für eine Soforthilfe zugunsten der Türkei aus. Callaghan teilte er mit: „Es wird nun entscheidend darauf

Bundeskanzler voraussichtlich enttäuschen.[18] Die Hilfsmöglichkeiten Großbritanniens aber seien durch Sambia[19] und Jamaika[20] schon sehr in Anspruch genommen.

Bundeskanzler bezieht sich auf eine Nachricht vom Tode von Sir Henry Vaughan Berry, der seinerzeit Militärgouverneur von Hamburg gewesen sei[21] und sich u. a. um hoffnungsvolle junge Politiker gekümmert habe. Er bittet um Rat, in welcher Weise er öffentlich sein Mitgefühl zum Ausdruck bringen könne.

Callaghan meint, daß die Frankfurter Ausgabe der Financial Times sicherlich einen kleinen Beitrag nehmen würde. Er habe Sir Henry in einem Dining Club um Gaitskell und Dalton häufig getroffen. Er habe offensichtlich der Labour Partei nahegestanden.

Er dankt dem Bundeskanzler für die Genehmigung des BP/Veba-Geschäfts.[22]

Fortsetzung Fußnote von Seite 295

ankommen, daß die vier in Guadeloupe vertretenen Regierungen möglichst bald konkrete Angaben über die Höhe des von ihnen zu erwartenden Beitrags machen. In Übereinstimmung mit Herrn van Lennep geht die Bundesregierung davon aus, daß das Gesamtvolumen der von den OECD-Ländern nach einer Einigung zwischen der Türkei und dem IWF zu gewährenden Soforthilfe mindestens 500 Mio. Dollar betragen müßte. Die Bundesregierung ist ihrerseits bereit, sich an dieser Hilfe mit einem ungebundenen Warenkredit in Höhe von 100 Mio. Dollar zu beteiligen. [...] Angesichts dieser, wie ich meine, eindrucksvollen Bereitschaft der Bundesregierung zur Beteiligung an der von der Türkei benötigten Hilfe darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß auch Ihre Regierung einen substantiellen Beitrag für die Soforthilfe bereitstellen wird." Vgl. Referat 420, Bd. 124275.

18 Vgl. dazu das Schreiben des Premierministers Callaghan vom 7. März 1979 an Bundeskanzler Schmidt; VS-Bd. 9509 (420).

19 Botschafter Ruete, London, berichtete am 26. Mai 1977: „In Sambia gibt es große britische Kolonie mit etwa 30000 britischen Staatsbürgern. Sambia ist bedeutender Handelspartner GBs. 30 Prozent britischer Kupferversorgung hängt von Sambia ab. Gleichzeitig ist Sambia Nutznießer des größten brit[ischen] Hilfsprogramms in Afrika, in dessen Rahmen GB große Anzahl von brit[ischen] Angestellten zur Dienstleistung in sambischen Behörden entsendet. GB wendet für Hilfsprogramm, das in erster Linie in technischer Hilfe besteht, neun Mio. Pfund Sterling jährlich auf. Hinzu kommen noch finanzielle Leistungen durch Verzicht auf Zinszahlungen für britisches Kapital, die im Zusammenhang mit Bau Kariba-Damms erbracht werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1217; Referat 204, Bd. 115971.

20 Großbritannien war neben den USA, Kanada, den Niederlanden, Norwegen und der Bundesrepublik Hauptgeberland bei der bilateralen Entwicklungshilfe für Jamaika. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 113 des Botschafters Timmermann, Kingston, vom 8. März 1979; Referat 330, Bd. 116079.

21 Sir Henry Vaughan Berry verstarb am 27. Februar 1979. Er war von 1946 bis 1949 Regionalkommissar für Hamburg.

22 Im Juni 1978 schlossen die Deutsche BP AG und die Veba AG eine umfangreiche Vereinbarung, mit der sie ihr Mineralölgeschäft jeweils auf eine neue Grundlage stellten. Veba verkaufte an BP ihren Anteil an der Erdölraffinerie Ingolstadt AG. Die Veba gab ihren Anteil von 25 Prozent an der Erdölraffinerie Speyer Elf/Veba-Chemie oHG an BP ab. Aus der Veba-Tochter Stinnes AG wurde der zuvor verselbständigte Stinnes-Stromeyer-Brennstoffhandel an die BP verkauft. Der Anteil von 25 Prozent an 295 Millionen DM Grundkapital der Ruhrgas AG ging auf die BP über. Die BP übernahm 31 Prozent Beteiligung an der Deutschen Flüssigerdgas Terminal GmbH in Wilhelmshaven. Für alle Beteiligungen zahlte die Deutsche BP AG eine Summe von rund 800 Millionen DM. Zugleich schlossen beide Unternehmen einen Rohöl-Liefervertrag. BP verpflichtete sich, der Veba bis zum Jahr 2000 jährlich bis zu drei Millionen Tonnen Rohöl zu liefern. Verhandelt wurde zu diesem Zeitpunkt noch über die Übernahme von knapp 1000 Tankstellenstationen der Stinnes-Fanal-Organisation durch die BP. Vgl. dazu den Artikel „BP kauft sich für 800 Millionen DM an die Spitze"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. Juni 1978, S. 11.
Das Bundeskartellamt untersagte die Transaktion im Oktober 1978. Insbesondere beanstandete es den Übergang der Veba-Anteile an der Ruhrgas AG an die BP. Vgl. den Artikel „Kartellamt untersagt den BP-Veba-Vertrag"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Oktober 1978, S. 13.
Im März 1979 erteilte Bundesminister Graf Lambsdorff der BP und der Veba eine Ausnahmegenehmigung für die geplanten Transaktionen. Der BP wurden zahlreiche Auflagen gemacht, um

Die Überlebenschancen der Labour-Regierung hingen im wesentlichen jetzt davon ab, was die einzelnen politischen Kräfte nach dem Ausgang der Referenden in Schottland und Wales[23] tun. Selbstmordhandlungen kleinerer irrationaler politischer Kräfte seien nicht auszuschließen.

Er möchte jedenfalls durch diese Krise hindurchkommen, da er hoffe, vor allem noch zwei Dinge tun zu können:

1) an den internationalen Sicherheitsfragen, über die er mit dem Bundeskanzler gesprochen habe, mitzuwirken,

2) zu einem vernünftigen Verhältnis mit den Gewerkschaften zu kommen. Ein pragmatischer rationaler Ansatz zeichne sich ab in seinem neuesten Vorschlag für einen Comparability Board[24], der zunächst die Gehälter im öffentlichen Dienst mit den Löhnen in der Wirtschaft auf einer unstreitigen statistischen Basis vergleichen solle. Wenn dieser Ausschuß Erfolg hat, könne man diesen Gedanken auf weitere Teile der Wirtschaft ausdehnen.

Auf Frage des Bundeskanzlers, ob er in der Bundestagsdebatte sich darauf beziehen könne, daß er mit Callaghan gesprochen und seinen Rat erbeten habe, antwortet er, daß er sich über einen öffentlichen Hinweis auf die Konsultationen unter den beiden Regierungschefs freuen würde.

Referat 010, Bd. 178800

Fortsetzung Fußnote von Seite 296

Wettbewerbsbeschränkungen vorzubeugen. Vgl. dazu den Artikel „Erhebliche Auflagen sollen die Freiheit der Ruhrgas garantieren"; DIE WELT vom 6. März 1979, S. 11.

23 Gesandter Böcker, London, berichtete am 2. März 1979: „Bevölkerung in Wales und Schottland hat gestern darüber abgestimmt, ob Gesetze über Teilautonomie der beiden Regionen in Kraft treten sollen. In Wales stimmten von rd. zwei Mio. Abstimmungsberechtigten 11,9 % für und 46,9 % gegen Inkrafttreten des Wales-Act. In Schottland waren rd. 3,75 Mio. Personen stimmberechtigt. Davon stimmten rd. 1,23 Mio. (weniger als 33 %) für und rd. 1,153 Mio. (knapp 31 %) gegen Scotland-Act. (Die Wahlbeteiligung betrug knapp 64 %.) Für Wales muß nunmehr der Wales-Minister dem Parlament die Annullierung des Wales-Act vorschlagen. Für den Scotland-Act ist der Minister für Schottland gehalten, das gleiche zu tun, da zwar knappe Mehrheit (ca. 52 % zu ca. 48 % der abgegebenen Stimmen) für Devolution gestimmt hat, diese Mehrheit jedoch nicht, wie nach dem Gesetz erforderlich, 40 % der Abstimmungsberechtigten erreicht. Nachdem Regierung Callaghan Devolutionsgesetze initiiert und sich in Ja-Kampagnen in von Labour dominiertem Schottland und Wales ungewöhnlich stark engagiert hatte, stellt negativer Ausgang der Referenda für sie empfindliche Niederlage dar." Vgl. den Drahtbericht Nr. 516; Referat 204, Bd. 115965.

24 Botschafter Ruete, London, teilte am 6. Februar 1979 mit: „Treu dem britischen Glauben, daß man nur einen Ausschuß einsetzen muß, um ein Problem in den Griff und streikende Parteien an einen Tisch zu bekommen, hat PM vor kommunalpolitischer Konferenz seiner Partei Berufung eines ‚Comparability and Relativities Board' vorgeschlagen, der als ‚Autorität' darüber wachen soll, daß die Hauptursachen der Tarifstreitigkeiten und -anomalien und schrumpfende Lohngruppenabstände endlich unter Kontrolle gebracht werden. Ob die Gewerkschaften auf diesen Leim gehen, d. h., ob sie Schaffung einer solchen Behörde mit lohnpolitischer Zurückhaltung honorieren, ist [...] mehr als zweifelhaft." Vgl. den Drahtbericht Nr. 273; Referat 204, Bd. 115965.

67

Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter

VS-vertraulich **6. März 1979**[1]

Vermerk über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Carter am 6. März von 21.20 bis 21.30 Uhr

Naher Osten

Der *Bundeskanzler* erkundigte sich nach dem Stand der Vorbereitungen für die Reise des Präsidenten in den Nahen Osten.[2] Er drückte sodann seine aufrichtigen Wünsche für gute Ergebnisse und eine erfolgreiche Reise aus.

Carter dankte. Die Reise werde schwierig sein. Er habe bisher keinerlei Zusicherungen für einen Erfolg seiner Reise. Sicher sei nur ein allgemeiner Fehlschlag, wenn dieser Versuch nicht unternommen werde. Er zähle auf die verantwortungsbewußte Haltung von Sadat.

Sicherheitsdebatte im Bundestag[3]

Der *Bundeskanzler* berichtet über die bevorstehende Bundestagsdebatte. Er werde die Versicherung von Guadeloupe[4] erneuern, daß die Bundesregierung die Bemühungen um einen erfolgreichen Abschluß von SALT II unterstütze. Er werde auch die anderen gemeinsamen Grundüberzeugungen aus den Gesprächen in Guadeloupe bekräftigen. Der Bundeskanzler geht sodann auf die Gespräche, die Aaron in Europa geführt hat[5], ein sowie auf die gemeinsamen Bemühungen, eine besondere Arbeitsgruppe zu schaffen, die sich im Bündnis mit Fragen der Abrüstung befaßt.[6]

Carter: Die beabsichtigten Ausführungen des Bundeskanzlers vor dem Bundestag würden sehr hilfreich sein. Wenn der Bundeskanzler die Übereinstimung der Standpunkte der beiden Regierungen und die Bedeutung der Konsultationen, die nach Guadeloupe zwischen Bonn und Washington stattgefunden haben, hervorhebe, werde dies für beide Länder gut und nützlich sein.

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 7. März 1979 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 13. März 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter „auf Weisung des Bundeskanzlers zur Unterrichtung von Bundesminister Genscher" übermittelt.
Hat Lewalter am 13. März 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher sowie die Ministerialdirektoren Blech, Meyer-Landrut und Lautenschlager verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14078 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

[2] Präsident Carter hielt sich vom 8. bis 13. März 1979 in Ägypten und Israel auf. Vgl. dazu Dok. 81, Anm. 19.

[3] Zur sicherheitspolitischen Debatte des Bundestags am 8./9. März 1979 vgl. Dok. 80.

[4] Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. Dok. 2–5.

[5] Zu den Gesprächen des stellvertretenden Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Aaron, am 6. Februar 1979 im Auswärtigen Amt vgl. Dok. 31.

[6] Zum Vorschlag der Bundesregierung zur Einrichtung einer Special Group der NATO vgl. Dok. 65.

Bundeskanzler stimmte zu. Er werde insbesondere die übereinstimmende Haltung gegenüber SALT II darlegen. Er werde auch die Behauptung Breschnews, der Pentagon habe Druck auf die Bundesregierung ausgeübt, um in Deutschland die Stationierung von auf die Sowjetunion gerichteten Mittelstreckenwaffen zuzulassen, deutlich zurückweisen.[7]

Carter: Die USA hätten keinerlei Wunsch oder Möglichkeit, auf die Bundesregierung Druck auszuüben.

Die Zurückweisung der Ausführungen von Breschnew solle nur nicht so geschehen, daß sie als eine Absage an gemeinsame NATO-Commitments mißinterpretiert werden könnte.

Presse

Bundeskanzler: Es habe in den letzten Wochen Versuche der Presse gegeben, Mißverständnisse und Ärger zwischen der amerikanischen Regierung und der Bundesregierung zu schaffen.[8] Er bedauere diese Bestrebungen und werde sich bemühen, ihnen in der Bundestagsdebatte entgegenzutreten. U. a. beabsichtige er, die Ausführungen des Präsidenten aus der Rede in Atlanta[9] über die Führungsrolle Amerikas zu zitieren.

Carter äußerte Befriedigung und stimmte zu.

MTN[10]

Bundeskanzler: BM Graf Lambsdorff habe ihm soeben über seine Gespräche in Washington berichtet.[11] Er beabsichtige, sich zu MTN und zu den Bemühungen von Strauss vor dem Bundestag zu äußern.

Carter stimmte dankend zu.

7 Vgl. dazu die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf einer Wahlveranstaltung am 2. März 1979 in Moskau; BRESCHNEW, WEGE, Bd. 7, S. 695.
Bundeskanzler Schmidt wies diese Behauptungen am 9. März 1979 im Bundestag als „untaugliche Versuche" zurück, als „zum Teil unbeabsichtigte Beeinträchtigungen, die das Verhältnis zwischen Bonn und Washington zu stören geeignet sind". Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 109, S. 11246.

8 In der Presse wurde über Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und der Bundesrepublik hinsichtlich einer TNF-Modernisierung berichtet. Vgl. dazu den Artikel „U.S.-W. German Dispute Looms"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 24./25. Februar 1979, S. 1 f.

9 Präsident Carter sprach am 20. Februar 1979 vor dem Georgia Institute of Technology in Atlanta. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 300–306.

10 Multilateral Trade Negotiations.
Ministerialdirektorin Steeg, Bundesministerium für Wirtschaft, bilanzierte am 14. Dezember 1978: „Fest steht, daß der vom Bonner Wirtschaftsgipfel erteilte Auftrag, die GATT-Verhandlungen bis zum 15.12.1978 erfolgreich abzuschließen, nicht erfüllt wird. Immerhin sind aber erhebliche Fortschritte in den Verhandlungen insbesondere zwischen USA, EG und Japan erzielt worden. Eine Rahmeneinigung zeichnet sich zwischen den wichtigsten Verhandlungspartnern ab. Die Kommission hat ihre Vorstellungen dem EG-Rat umfassend unterbreitet [...]. Sie hat die Absicht, noch vor Jahresende ad referendum einem ‚Outline Agreement' zuzustimmen. Danach könnten bis März/April 1979 sämtliche Details ausgearbeitet und möglichst viele weitere Verhandlungspartner (insbesondere Entwicklungsländer) zur Zeichnung veranlaßt werden. Die EG würde ihre abschließende förmliche Billigung des Verhandlungsergebnisses davon abhängig machen, daß US-Kongreß mitzieht, d. h. sowohl die Waiver-Ermächtigung bei Ausgleichszöllen rückwirkend verlängert als auch das Schlußpaket tel quel ratifiziert, ohne es wieder aufzuschnüren." Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 615.

11 Bundesminister Graf Lambsdorff hielt sich vom 22. bis 27. Februar 1979 in New York und vom 27. Februar bis 2. März 1979 in Washington auf.

Naher und Ferner Osten

Carter berichtet, seine Regierung werde sich bemühen, vor allem im Hinblick auf das Interesse Saudi-Arabiens zur Beruhigung des Zwists zwischen Nord- und Südjemen[12] beizutragen.

Er hoffe, daß die Chinesen sich aus Vietnam zurückziehen. Er nehme an, daß die Bundesregierung von chinesischer Seite ähnliche Mitteilungen und Zusicherungen über den Rückzug der chinesischen Truppen erhalten habe wie die amerikanische Regierung.[13]

Begegnung im Juni[14]

Bundeskanzler und Präsident *Carter* äußerten ihre Befriedigung über die bevorstehende persönliche Begegnung Anfang Juni dieses Jahres.

VS-Bd. 14078 (010)

12 Zum Konflikt zwischen der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) vgl. Dok. 60, Anm. 32.
Botschafter Schlagintweit, Djidda, berichtete am 3. Oktober 1978, Saudi-Arabien sei überzeugt, „daß der Südjemen langfristig die Einverleibung Nordjemens anstrebe. Er werde dieses Ziel jedoch weniger durch direkte militärische Aktionen, sondern eher durch Subversion, die Förderung innerer Unruhen und Ausnutzung der noch immer wenig stabilen Lage im Nordjemen zu erreichen suchen. [...] Eine Vereinigung des volkreichen Nordjemens – oder auch nur des Südteils Nordjemens – mit Südjemen unter südjemenitischen Vorzeichen würde von Saudi-Arabien als akute Bedrohung seiner eigenen Sicherheit empfunden. Um derartigen Entwicklungen vorzubeugen, sei es entschlossen, die wirtschaftliche Entwicklung Nordjemens weiter forciert voranzutreiben und seine Verteidigungskraft durch beschleunigte Modernisierung seiner Armee zu stärken. Zwar hätten die USA Befürchtungen hinsichtlich der Fähigkeit Nordjemens zur Übernahme hochentwickelter Waffen gehabt, doch sei die – angesichts der Aufrüstung Südjemens mit modernsten sowjetischen Waffen dringend erforderliche – mit den USA abgesprochene Militärhilfe in der Zwischenzeit angelaufen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 679; Referat 311, Bd. 119950.

13 Zur Ankündigung der Volksrepublik China, ihre Truppen aus Vietnam abzuziehen, vgl. Dok. 66, Anm. 14.

14 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.

68

Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel

310-310.10-197I/79 VS-vertraulich **6. März 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 1195 Plurez **Aufgabe: 7. März 1979, 12.42 Uhr**

Betr.: Nahost-Reise von US-Verteidigungsminister Brown (9. bis 19.2.1979)

Bezug: DB Nr. 275 vom 5.3.1979 – 821/79 geheim[2]

Hiesige Einschätzung:

1) Die Absicht der USA, durch die Reise Verteidigungsminister Browns das Interesse an regionaler Sicherheit und Stabilität zu demonstrieren, ist nach den Vorgängen in Iran begreiflich und wird von uns grundsätzlich begrüßt. Angesichts der Reaktionen der besuchten Länder erhebt sich allerdings die Frage, ob das mit dem Besuch angestrebte Ziel erreicht wurde. Die Sicherheitsvorstellungen scheinen nicht überall deckungsgleich gewesen zu sein.

Bei allem in Kairo, Djidda, Tel Aviv und Amman zweifellos – wenn auch in unterschiedlichem Grade – vorhandenem Verständnis für die amerikanischen Überlegungen hat sich gezeigt, daß in Saudi-Arabien und Jordanien sowohl hinsichtlich des Anlasses als auch des Zeitpunktes Reserven bestanden und

[1] Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler und Vortragendem Legationsrat Eickhoff konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Buchrucker am 6. März 1979 zur Mitzeichnung vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Hille am 7. März 1979 zur Mitzeichnung vorgelegen.

[2] Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), berichtete am 5. März 1979: „Amerikanischer Geschäftsträger unterrichtete am 1.3.79 Rat im kleinsten Kreise über Reise Browns nach Saudi-Arabien, Jordanien, Israel und Ägypten. Reise habe in erster Linie Sondierung der Haltung dieser Staaten zu amerikanischen Überlegungen gedient, angesichts der Entwicklung in Iran regionale Sicherheitszonen im Nahen Osten zu schaffen. Initiative gehe auf persönliche Weisung Präsident Carters zurück. Während Israel Idee grundsätzlich positiv gewertet und auf seine besondere Rolle als Sicherheitsgarant im Nahen Osten hingewiesen habe, hätten arabische Staaten zwar stärkeres Engagement der USA in Region begrüßt, Zusammenarbeit mit Israel bei regionalen Sicherheitsbelangen jedoch abgelehnt, solange Friede noch nicht vertraglich vereinbart sei. Auch habe Saudi-Arabien wenig Interesse an aktiver Rolle Ägyptens als Sicherheitsmacht in Region gezeigt. [...] Browns Drängen nach Anerkennung der Camp-David-Vereinbarungen als Voraussetzung für Schaffung der Sicherheitszone habe Gesprächspartner wenig beeindruckt. [...] Während Israel und Ägypten sich erwartungsgemäß gegenseitig Schuld für Stillstand der Verhandlungen gaben, hätten Saudis und Jordanier unmißverständlich vor Abschluß eines Separatfriedensvertrages Ägypten/Israel auf Basis von Camp David gewarnt. Vertrag, der nicht in ausreichendem Maße legitime Rechte der Palästinenser berücksichtige, müsse zu Bruch in arabischer Welt mit unübersehbaren Folgen für arabische Öffentlichkeit führen. [...] Alle Staaten seien hingegen an zusätzlichen US-Waffenlieferungen interessiert. Sadat habe Brown um vollständige Neuausrüstung seiner Streitkräfte gebeten. Ähnliche Bitte sei von Jordanien geäußert worden. Brown habe Prüfung der Waffenwünsche in Aussicht gestellt, jedoch klargemacht, daß USA nicht zu umfassender Erfüllung aller Wünsche bereit sei. Zur Frage militärischer Präsenz der Vereinigten Staaten in vier Ländern hätten sich Gesprächspartner unterschiedlich geäußert. Israel würde Präsenz begrüßen, wenn sie in kollektives Sicherheitssystem eingebettet sei. Saudis hätten klare Einwände erhoben und Maßnahme als überzogen abgelehnt. [...] Sadat habe sich nicht eindeutig ablehnend geäußert, aber eine Stationierung in Ägypten ausgeschlossen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 275; VS-Bd. 11139 (310); B 150, Aktenkopien 1979.

leider eigene und gesamtarabische Belange nicht genügend berücksichtigt sahen[3]:

- Der Zusammenhang mit der Entwicklung in Iran war zu offensichtlich.
- Saudi-Arabien hat zwar nach wie vor Interesse an militärischer Sicherung durch die USA, doch ist durch das Beispiel Iran die Erkenntnis gewachsen, daß die äußere Sicherheit nicht ausreicht, von drinnen Sicherheit zu gewährleisten. Eine zu starke militärische Beteiligung der USA erscheint den Saudis nach den Erfahrungen in Iran offenbar nicht opportun. Wenn Meldungen über Bereitschaft der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit der SU zutreffen, könnte dies ein Anzeichen für ein Umdenken in der saudischen Führung sein (Versuch eines Arrangements zur Einbindung radikaler Kräfte und Verhärtung der Position hinsichtlich des Friedensprozesses).[4] Die USA haben zwar richtig erkannt, daß Saudi-Arabien eine Schlüsselrolle im Nahen Osten zukommt, eine Fehleinschätzung scheint es aber zu sein, daß man das Wohlwollen der Saudis durch Waffenlieferungen erkaufen könne.
- Das Ausmalen der sowjetischen Gefahr erschien als überzeichnet. Als tatsächlich treibendes Motiv für die amerikanischen Überlegungen (und die Reise) wurde der Wunsch nach Sicherung der amerikanischen Ölzufuhr angesehen. Bestärkt wurde dieser Verdacht durch die amerikanischen Erklärungen, ggf. auch militärische Mittel zur Sicherung dieser Zufuhr einzusetzen.[5]
- Das amerikanische Bestehen auf Anerkennung der Camp-David-Vereinbarungen[6] als Voraussetzung für Sicherheitsarrangements wurde als unzumutbar zurückgewiesen.
- Browns Eintreten für eine Führungsrolle Ägyptens am Golf hat insbesondere in Saudi-Arabien kontraproduzent gewirkt, da es traumatische Erfahrungen mit ägyptischen Divisionen im Jemen zu Zeiten Nassers[7] wachrief. Mangelndes politisches Gespür hat offenbar zu Verärgerungen geführt.
  Demgegenüber scheint Brown in Israel und Ägypten auf größeres Verständnis gestoßen zu sein.

3 So in der Vorlage.

4 Botschafter Schlagintweit, Djidda, berichtete am 29. März 1979: „Das saudische Außenministerium hat Meldungen der internationalen Presse, die im Dezember und Januar über die bevorstehende Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und der Sowjetunion berichteten, immer wieder dementiert, zuletzt am 15.1.1979. Inzwischen gibt es eine Reihe von positiven Signalen, die erstmals zu erkennen geben, daß die saudische Politik gegenüber der Sowjetunion in Bewegung gerät. In einem Interview mit den libanesischen Zeitschriften Hawadess und Events am 2.3.79 wich Prinz Saud zwar Fragen nach der Errichtung diplomatischer oder Handelsvertretungen aus. Seine Antworten legten den Schluß nahe, daß Saudi-Arabien zur Zeit die Errichtung von Vertretungen nicht wünscht. Der Minister fand aber erstmals freundliche Worte über die sowjetische Mittelostpolitik. [...] Über die Gründe für diese Entwicklung kann man, wie hier üblich, nur Vermutungen anstellen. Obwohl nie klar angekündigt, scheint inzwischen festzustehen, daß Saudi-Arabien in den letzten Monaten als Alternative zu den amtlichen amerikanisch-ägyptisch-israelischen Friedensvertragsverhandlungen eine neue Genfer Konferenz ins Auge gefaßt hatte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 309; Referat 311, Bd. 119950.

5 Vgl. dazu die Äußerungen des amerikanischen Energieministers Schlesinger und des amerikanischen Verteidigungsministers Brown; Dok. 55, Anm. 8.

6 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.

7 Ägypten zog 1967 seine Truppen aus der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) ab. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 734 des Botschaftsrats I. Klasse Lahn, Kairo, vom 6. November 1967; B 36, Bd. 299.

Insgesamt dürfte die Reise Browns darunter gelitten haben, daß er zu sehr auf amerikanische und zu wenig auf spezifische Sicherheitsüberlegungen der einzelnen Staaten der Region abgestellt hat. Hier ist nicht klar, ob die Amerikaner sich der wahren Vorstellungen in dieser Region hinreichend bewußt sind.

2) Hier würde interessieren,

- ob die USA das Problem der inneren Sicherheit in einigen arabischen Ländern hinreichend erkannt haben,
- welche Vorstellungen Brown im einzelnen zu Verteidigungsarrangements bzw. Truppenstationierung im Nahen Osten entwickelt hat,
- was die USA sich unter einer Führungsrolle Ägyptens am Golf vorstellen und welche militärische und Waffenhilfe sie nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags Israel–Ägypten[8] an Ägypten zu gewähren gedenken.

Fiedler[9]

VS-Bd. 11139 (310)

69

Botschafter Schlagintweit, Djidda, an das Auswärtige Amt

114-843/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 6. März 1979, 11.25 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 241 **Ankunft: 6. März 1979, 10.42 Uhr**

Betr.: Zusammenarbeit Innenministerium

Bezug: DB 114 vom 28.1.79 – Pol 300/2 Tgb.-Nr. 2/79 VS-v[2]
DE 76 vom 2.3.79 – 311-321.00 Tgb.-Nr. 170/79 VS-v[3]

Die politische Entwicklung der letzten Wochen veranlaßt mich zu berichten, daß die Art, wie wir auf die saudischen Wünsche im Sicherheitsbereich reagieren, von unverhältnismäßiger Tragweite für die Zukunft unserer bilateralen Beziehungen zu werden verspricht:

8 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.
9 Paraphe.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Buchrucker am 6. März 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herr Pli[schka]."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Montfort am 9. März 1979 vorgelegen.
2 Für den Drahtbericht des Botschafters Schlagintweit, Djidda, vgl. Dok. 23.
3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Montfort teilte der Botschaft in Djidda zur Zusammenarbeit der Innenministerien der Bundesrepublik und Saudi-Arabiens im Bereich der Nachrichtendienste und der inneren Sicherheit mit: „Gesamtkomplex wird Gegenstand einer Besprechung Staatssekretäre unter Leitung Chef B[undes]K[anzleramt] sein. Botschaft wird gebeten, bis auf weitere Weisung auch zu Teilaspekten keine Stellungnahme abzugeben." Vgl. VS-Bd. 11154 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

1) Die im Bezugsbericht angedeutete saudische Tendenz, in Sicherheitsfragen ganz allgemein nicht nur von den USA abhängig zu sein, sondern zu diversifizieren, hat sich verstärkt. Die Saudier gehen in der Nahost-Frage auf Distanz zu den USA, weil sie eine unheilvolle Entwicklung in den arabischen Staaten befürchten. In den Gesprächen mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Brown[4] äußerten sie Bedenken gegen eine zu offensichtliche Bindung an die USA. Die amerikanische Persien- und Chinapolitik hat bei den in einfachen Kategorien denkenden Saudiern große Zweifel an der Potenz des amerikanischen Schutzes erweckt. Schließlich löste, wie die Botschaft vertraulich erfuhr, der südjemenitische Überfall auf Nordjemen[5] neuerdings Fragen hinsichtlich der Effektivität der amerikanischen Nachrichtendienste aus.

Nachdem man schon von der Revolution in Iran überrascht wurde, sah man sich wiederum ungewarnt einer kritischen, ja bedrohlichen Situation gegenüber.

2) Die saudische Führung wird von der traumatischen Vorstellung beherrscht, die Sowjetunion kreise die arabische Halbinsel planmäßig ein, um sich den Zugang zu den Ölquellen zu sichern, eine Vorstellung, die von vielen westlichen Fachleuten geteilt wird. Der südjemenitische Angriff auf das schwache, mit Saudi-Arabien eng verbundene Nordjemen hat diese Ängste außerordentlich gesteigert und in unmittelbare Betroffenheit verwandelt. Gleichzeitig fürchtet man, daß ein israelisch-ägyptischer Friedensvertrag in der übrigen arabischen Welt, vor allem bei den Palästinensern, Aggressionen auslöst, die sich auch gegen die prowestlichen, konservativen Araberstaaten richten. Palästinensischer Subversion und palästinensischem Terror wäre Saudi-Arabien aus geographischen Gründen recht schutzlos ausgesetzt. Die Vorgänge in Iran haben ein übriges getan, um das Bedürfnis der saudischen Führung zu steigern, die Überwachung der unsichersten Bevölkerungsgruppe, der ausländischen Gastarbeiter, zu verbessern.

3) Auf der Suche nach zuverlässigen Freunden fällt der Blick auf Deutschland, nachdem die Gespräche zwischen Bundeskanzler, Kronprinz und den Außenministern[6] ein Gefühl freundschaftlicher Verbundenheit und politischer Parallelität hergestellt und einen hohen Erwartungshorizont erzeugt haben. Darüber hinaus gelten wir als zuverlässig, tüchtig und – seit Mogadischu[7] – gerade in Sicherheitsfragen als erfolgreich.

4 Der amerikanische Verteidigungsminister Brown hielt sich vom 9. bis 18. Februar 1979 in Saudi-Arabien, Jordanien, Israel und Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 68.

5 Zum Konflikt zwischen der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) vgl. Dok. 60, Anm. 32.

6 Der saudi-arabische Kronprinz Fahd hielt sich vom 21. bis 23. Juni 1978 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt am 21./22. Juni 1978 vgl. AAPD 1978, I, Dok. 195 und Dok. 197.
Der saudi-arabische Außenminister Prinz Saud al-Faisal hielt sich am 29./30. Juli 1978, am 13./14. September 1978 und am 19. Januar 1979 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 14. September 1978 vgl. AAPD 1978, II, Dok. 265. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 19. Januar 1979 vgl. Dok. 17.

7 Am 13. Oktober 1977 wurde die Lufthansa-Maschine „Landshut" auf dem Weg von Palma de Mallorca nach Frankfurt am Main von palästinensischen Terroristen entführt, um in Stuttgart-Stammheim einsitzende Mitglieder der „Roten Armee Fraktion" sowie in der Türkei inhaftierte Mitglieder der PFLP freizupressen. Nach mehreren Zwischenstationen landete die Maschine am 17. Oktober 1977 in Mogadischu. In den frühen Morgenstunden des 18. Oktober 1977 wurde sie durch Angehörige der Sondereinheit GSG 9 des Bundesgrenzschutzes gestürmt. Während drei von vier Terrori-

Würden wir die Saudier in dieser für sie psychologisch sehr heiklen Phase allein lassen, so entstünde eine Enttäuschung, deren Ausmaß dem Anlaß wahrscheinlich nicht mehr angemessen wäre. Unsere Beziehungen litten lange Zeit darunter, daß wir saudische Waffenwünsche nicht erfüllen konnten. Nur mit Mühe verstand man, warum. Die jetzige Bitte betrifft den Schutz vor Feinden, welche auch unsere Gegner sind, nicht der Bekämpfung einer inneren Opposition. Sie ist auf eine beschränkte Zeit gerichtet. Würden wir sie ablehnen, so würde dies als Mangel an persönlichem Vertrauen gewertet.

[gez.] Schlagintweit

VS-Bd. 11154 (311)

70

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Präsidenten der Weltbank, McNamara

7. März 1979[1]

Verschlossen

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Weltbankgruppe, R. S. McNamara, am 7. März 1979 von 15.15 bis 16.45 Uhr

Weitere Teilnehmer: BM Offergeld, MD Schulmann.

Der *Bundeskanzler* spricht einleitend das Problem der zunehmenden „Unregierbarkeit" an. Mr. *McNamara* teilt diese Auffassung. Die gut gemeinte Reorganisation des Kongresses habe dazu geführt, daß ein Machtvakuum entstanden sei.[2] Selbst Leute wie Rayburn oder Johnson könnten heute diesen Apparat nicht mehr beherrschen. Beispielhaft für diese Entwicklung seien die Pläne, in die Bundesverfassung eine Vorschrift aufzunehmen, wonach der Haushalt stets durch ordentliche Einnahmen gedeckt sein müsse (balanced budget).

Fortsetzung Fußnote von Seite 304

sten bei dem Einsatz getötet wurden, gelang die Befreiung aller Geiseln. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 284, Dok. 289–295 und Dok. 299.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Schulmann, Bundeskanzleramt, am 9. März 1979 gefertigt.

2 Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 24. November 1978: „Mit der Abschaffung des Senioritätsprinzips und der Ausschußreform sind viele Kongreßmitglieder bereits in einem frühen Stadium ihrer politischen Laufbahn in einflußreiche Positionen gelangt. Auch dieser Umstand hat dazu beigetragen, daß die Möglichkeiten der parlamentarischen Führungsspitze, auf Entscheidungen Einfluß zu nehmen, abgenommen haben. Mit der positiven Stimme des Vorsitzenden eines federführenden Ausschusses ist die Zustimmung des Hauses zu einem bestimmten Gesetz keineswegs sichergestellt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4389; Referat 204, Bd. 115937.

Gouverneur Brown, der sich jetzt voll hinter die Proposition 13 stelle[3], spiele eine wenig verantwortungsvolle Rolle; er mache Präsident Carter alle möglichen Schwierigkeiten. Dabei sei in den Vereinigten Staaten eine Erhöhung des Staatsanteils am BSP erwünscht, weil nur so die Probleme der Großstädte und der Minderheiten gelöst werden könnten. Auf Frage des Bundeskanzlers stellt Mr. McNamara fest, daß die Rolle des East Coast Establishment stark geschwächt sei. Er hebt hervor, daß David Rockefeller immer noch erheblichen Einfluß auf die Meinungsbildung im Weißen Haus, in der Treasury und im Council of Foreign Relations habe.

Der *Bundeskanzler* drückt seine Sorge aus, daß in Europa zunehmend der Staat für alles verantwortlich gemacht werde und Schumpeter'sche Unternehmer immer rarer würden. Mr. *McNamara* sieht eine ähnliche Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Symptomatisch sei der Rückgang der öffentlichen, aber vor allem auch der privaten F- und E-Ausgaben[4]. Er könne sich schlecht vorstellen, daß die Defizitfinanzierung zum Motor des wirtschaftlichen Fortschritts werde. Im übrigen wisse er aus seinen Tagen als Ford-Chef[5], daß die Deutschen in puncto Effizienz und Design immer vorne gelegen hätten. Dies müßten auch die Entwicklungsländer beherzigen. Sie müßten mehr produzieren, vor allem mehr Nahrungsmittel, und sie müßten ihre Produktivität erhöhen.

Der *Bundeskanzler* beklagt den Mangel an Führungspersönlichkeiten in der Dritten Welt, die in der Lage sind, bis zum wahren Kern der Probleme durchzustoßen. Er erörtert mit Mr. McNamara die Führungsqualitäten einer Reihe von Regierungschefs der Entwicklungsländer.

Zu oft würden bloß Almosen gefordert und alle Schuld beim IWF gesucht. Er habe in Jamaika[6] den IWF verteidigt, weil er nicht wolle, daß der IWF eine Notenpresse werde.

Mr. *McNamara* stellt mit Zustimmung des Bundeskanzlers fest, daß der IWF manchmal zu starr sei und zu wenig politische Führung ausübe. In der Analyse seien sich IWF und Weltbank meist einig, nicht aber hinsichtlich der politischen Implikationen. Der *Bundeskanzler* wirft unter Bezugnahme auf den Be-

[3] Gesandter Hansen, Washington, berichtete am 16. Juni 1978: „Bundesweit werden zur Zeit in den USA die Folgen eines Referendums in Kalifornien diskutiert, in dem u. a. in der sogenannten ‚Proposition 13' die Frage gestellt wurde, ob die von den Gemeinden erhobene Vermögenssteuer (vornehmlich auf Grund- und Hausbesitz) gekürzt werden sollte. 67 Prozent der Befragten antworteten mit Ja. Die für die politische Willensbildung in Kalifornien Verantwortlichen haben das ‚Wählerurteil' angenommen. Es wird dazu führen, daß die Vermögenssteuer um rund 60 Prozent vermindert und damit ‚in Erkenntnis des Wählerwillens' der Haushalt des Staates Kalifornien verringert wird. [...] Bei in der Tendenz schrumpfendem ‚Einnahmemantel', aber nicht damit einhergehenden automatisch sich verringernden Ausgabewünschen dürfte es für die Administration in den kommenden Jahren schwerer werden, international finanziell belastenden Verpflichtungen im ausreichenden Maße nachzukommen. Das ‚kalifornische Erdbeben' dürfte damit nicht an den Grenzen der USA verebben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2254; Referat 420, Bd. 124327.

[4] Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

[5] Robert McNamara arbeitete seit 1946 bei der Ford Motor Company. Im November 1960 wurde er deren Präsident, gab diese Position aber nach der Ernennung zum Verteidigungsminister Mitte Dezember 1960 auf.

[6] Am 28./29. Dezember 1978 fand auf Jamaika ein informelles Treffen von sieben Staats- bzw. Regierungschefs statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 401.

such des türkischen Finanzministers[7] die Frage auf, ob nicht wichtige Missionen des IWF und der Weltbank von politischen Persönlichkeiten, die für ein symbolisches Gehalt von einem Dollar einige Monate tätig werden, geleitet werden sollten. Mr. *McNamara* fragt sich, ob dies nicht im Falle der Türkei nötig sei. Wenn die Ostflanke der NATO geschützt werden solle, müsse man sich bald etwas einfallen lassen. Für den zunehmenden Terrorismus[8] könne Ecevit im Grunde nicht verantwortlich gemacht werden. Ecevit brauche Hilfe. Er sei ein außergewöhnlicher Mann, verstehe aber leider zu wenig von Ökonomie. Er glaube, daß der IWF Druck auf die privaten Banken ausübe, während es in Wahrheit genau umgekehrt sei. Sein Verhältnis zum IWF sei gestört, weil er das Gefühl habe, daß dort nur Bürokraten säßen. Deshalb müsse eine politische Persönlichkeit her. Van Lennep mache seine Sache gut, aber deutsche Anstrengungen seien erforderlich, um das Geld zusammenzubekommen und die Türken zum Handeln zu bewegen. Nach dem Verlust des Iran könne man sich jetzt nicht auch noch leisten, die Türkei zu verlieren. Das Hauptproblem sei Ecevits Weigerung, einer 40- bis 50-prozentigen Abwertung zuzustimmen.[9]

7 Der türkische Finanzminister Müezzinoglu erklärte Bundeskanzler Schmidt am 5. März 1979 zur wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Türkei: „Seine Regierung habe bei ihrem Amtsantritt die türkische Wirtschaft in einem krisenhaften Zustand vorgefunden. Ausländische Banken hätten die Unverantwortlichkeit der früheren Regierung durch übermäßige Kreditgewährung noch unterstützt. Er weist sodann auf die Stabilisierungsbemühungen seiner Regierung und das Stand-by-Abkommen mit dem IWF hin. Für das Gelingen des türkischen Stabilisierungsprogramms sei aber eine höhere Kreditgewährung durch private Banken eine entscheidende Voraussetzung gewesen. Diese sei jedoch ausgeblieben. Damit sich die Kapazitätsauslastung der türkischen Industrie wieder erhöhen könne, sei es notwendig, die nicht projektgebundenen Mittel (program aid) zu erhöhen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 48; B 150, Aktenkopien 1979.

8 Referat 203 hielt am 20. April 1979 fest: „Der Terrorismus in der Türkei hat ungewohnte Ausmaße angenommen. Seit Januar 1978, dem Regierungsantritt Ecevits, sind mehr als 1000 Tote zu beklagen, die Opfer politisch motivierter Gewalttaten geworden sind. Erst nach dem Blutbad von Karaman-Maras hat sich Ecevit dazu durchgerungen, über einen Teil des Landes den Ausnahmezustand zu verhängen. Insbesondere sind das Ostanatolien und die Städte Istanbul und Ankara. Trotz des Ausnahmezustandes kam es im März z.B. zu Bombenanschlägen auf die Siemens-Vertretung in Istanbul und auf das dortige US-Generalkonsulat. Ein Attentat wurde auf den stellvertretenden US-Generalkonsul versucht. Raubüberfälle am hellichten Tage wie in Ankara in der Nähe unserer Botschaft sind an der Tagesordnung." Vgl. Referat 203, Bd. 115906.

9 Referat 420 vermerkte am 26. Januar 1979: „Das Stabilisierungsprogramm der Regierung Ecevit ist seit Frühjahr 1978 in Kraft. Die Türkei hat große Schwierigkeiten, die Verpflichtungen aus der Absichtserklärung gegenüber dem IWF (23. März 1978), die Voraussetzung für die Gewährung des Beistandskredits war, zu erfüllen. [...] Dem Druck des IWF, das Türkische Pfund kräftig gegenüber den Währungen der Handelspartner abzuwerten, ist die Türkei widerstrebend nachgekommen. Seit September erfolgten mehrere kleine Abwertungen. Der Abwertungssatz gegenüber der DM lag am 13.11.78 bei 38%, verglichen mit Ende 1977. Nach der Lehrbuchmeinung des IWF sind die schlechten Exportergebnisse auf die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zu teurer türkischer Produkte zurückzuführen. [...] Die türkische Regierung hat im September gegenüber dem IWF eine Änderung der Erfüllungsauflagen beantragt. Der IWF wird voraussichtlich nur zustimmen, wenn das Stabilisierungsprogramm überprüft wird in Richtung auf weitere Abwertungen, Nullwachstum und Geldmengenplafondierung. Wenn das bisher noch keine nachhaltige Wirkung zeigen konnte, dann, weil jedes wirtschaftspolitische Instrument Wirkungsverzögerungen (time-lags) in Kauf nehmen muß. [...] Zu bedenken ist auch, daß weitere Abwertungen dysfunktional wirken können; die Türkei erkaufte sie sich mit einer Verschlechterung ihrer Terms of Trade: Die Türkei exportiert nicht allein, sondern muß auch Importgüter bezahlen. Da die Nachfrage hier sich insbesondere auf Investitionsgüter beschränkt, ist sie in bezug auf den Preis wenig elastisch. Zudem würde sich der Auslandsschuldendienst weiter verteuern. Gegenüber den Währungen der elf Handelspartner, mit denen 1977 59,5% des Handelsvolumens der Türkei abgewickelt wurden, errechnet sich zum 13.11.78

Der *Bundeskanzler* drückt gewisse Zweifel an einer solchen Maßnahme aus. Die negativen kurzfristigen Wirkungen könnten u.U. die längerfristigen Wirkungen überwiegen. Er fragt, ob man nicht mit einer strengen Devisenbewirtschaftung dem Problem beikommen könne.

Mr. *McNamara* räumt ein, daß die Agrarexporte von einer Abwertung kaum profitieren würden. Er stelle sich deshalb vor, daß man ein System multipler Wechselkurse einführe, um gezielt die Rimessen der türkischen Gastarbeiter, die Ausgaben ausländischer Touristen und die Ausfuhr von Fertigwaren zu erhöhen und gleichzeitig die Einfuhr von Luxusgütern zu beschränken. Allerdings müßten sowohl der IWF als auch die Türkei hiervon erst überzeugt werden.

Der *Bundeskanzler* stimmt der politischen Bewertung durch Mr. McNamara voll zu. Im Falle der Türkei sei er ausnahmsweise bereit, einen Deutschen für die von Mr. McNamara umrissene Aufgabe ins Auge zu fassen. Er verstehe nach diesem Gespräch, warum wir jemand brauchen, der die einzelnen Fäden zusammenzieht. Mr. *McNamara* erklärt seine Bereitschaft, eng mit dieser Persönlichkeit zusammenzuarbeiten, um ihm zu helfen, eine Brücke zu finden. Der Betreffende müsse in einer Art shuttle diplomacy zwischen Washington, Paris und Ankara vermitteln. Die Weltbank sei bereit, durch Programmdarlehen eine solche Operation abzurunden.

Auf Frage des Bundeskanzlers äußert Mr. McNamara die Ansicht, daß die ägyptische Wirtschaft kurz vor dem Bankrott stehe. Selbst eine gewaltige Steigerung der öffentlichen Hilfe könne Sadats Probleme nicht lösen.[10] Die Lösung könne nur darin bestehen, daß Sadat seinen politischen Disput mit Israel löse. Dann sei der Weg frei für eine Umlenkung der Ressourcen und Auslandsinvestitionen in Ägypten. Im Falle Saudi-Arabiens sei er sich nicht sicher, ob die Saudis nicht eines Tages für westliche Interessen viel weniger zugänglich sein werden (amenable). Dies sei ein Grund mehr, warum die USA ihre Öleinfuhrabhängigkeit dringend verringern müßten. Ganz allgemein sei die Verhandlungsposition des Westens gegenüber OPEC schwach, weil wir nicht genug zur Energieeinsparung getan hätten. Doch sehe er darin auch eine Chance für Carter. Carter müsse in den Augen der Öffentlichkeit den Eindruck der Stärke machen. Diese Stärke könne er dadurch unter Beweis stellen, daß er von den

Fortsetzung Fußnote von Seite 307

ein gewogener Abwertungssatz des T[ürkischen]L[ira] von 35,7% im Vergleich zu Ende 1977." Vgl. Referat 420, Bd. 124270.

10 Botschafter Behrends, Kairo, berichtete am 12. Juni 1979: „Die Wirtschaftslage zeigte 1977/78 Tendenzen einer Besserung, sie blieb weiterhin für die ägyptische Führung ein kritisches Problem. Größte Sorgen bereiteten Zahlungsbilanz und Inflation. Ägypten war weiter entscheidend abhängig von ausländischen staatlichen Finanzhilfen sowie von der Kreditgewährung internationaler Banken. Die Hauptgründe lagen im chronischen Außenhandelsdefizit, hohen Militär- und Sicherheitsausgaben, steigenden Nahrungsmittelsubventionen und dem Schuldendienst für internationale Kredite. Einem großen Importbedarf standen insgesamt stagnierende Exporte gegenüber. [...] Im Kern geht es noch immer darum, der unproduktiven staatssozialistischen Wirtschaft eine marktwirtschaftliche Orientierung zu geben, die ineffiziente, korrupte Verwaltung zu reformieren und die Staatsfinanzen zu sanieren. Die wichtigsten Ziele bestehen in der organisatorischen und prozeduralen Umgestaltung der Staatsverwaltung, einer Stärkung der Selbständigkeit der Staatsbetriebe und der Vergrößerung des privaten Wirtschaftssektors, der Förderung ausländischer Investitionen, Erhöhung der Absorptionsfähigkeit für ausländische Hilfe, einer Erhöhung der Sparquote, der Erhöhung der Exporte, der Liberalisierung des Außenhandels, der Einführung marktgerechter Binnenpreise, Verbesserung des Ausbildungssystems und einer Überwindung des Tabus ‚Bevölkerungswachstum'." Vgl. den Schriftbericht Nr. 872; Referat 310, Bd. 124989.

ihm zustehenden administrativen Möglichkeiten Gebrauch mache und die Öleinfuhr durch die Verhängung eines Zolles verteuere. Wenn der Westen vermeiden wolle, daß die OPEC-Länder die Ölpreise exzessiv anheben, müsse bald gehandelt werden. Deshalb würde er es begrüßen, wenn auf Carter entsprechend eingewirkt würde.

Der *Bundeskanzler* fragt McNamara, welche Vorstellungen er über die künftige Politik der Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern habe. Es sei sein Eindruck, daß es dem Westen bisher nicht gelungen sei, den politischen Führern der Entwicklungsländer[11] die ökonomischen Realitäten überzeugend darzustellen. Sie forderten ständig mehr Geld, ohne sich darüber im klaren zu sein, daß es dafür in den meisten Industrieländern keine Unterstützung in den Parlamenten gebe. Aber selbst wenn man die öffentliche Entwicklungshilfe der DAC[12]-Länder auf 0,5 v.H. des BSP heraufschraube, seien die Probleme nicht gelöst. Auch der Gemeinsame Fonds[13] werde dies nicht tun, weil die überwiegende Mehrheit der Entwicklungsländer daraus keinen Nutzen ziehen werde. Er sehe weder eine volonté générale im Westen noch Verständnis im Süden.

Mr. *McNamara* stimmt dem Bundeskanzler im großen und ganzen zu. Er habe allerdings keine fertige Antwort auf seine Fragen. Der Gemeinsame Fonds sei eine Tragödie. Weder der Norden noch der Süden hätten ihre Schulaufgaben gemacht. Am Anfang habe die Idee der Preisindexierung für Rohstoffe gestan-

11 Korrigiert aus: „Industrieländer".

12 Development Assistance Committee.

13 Zu den Verhandlungen vom 12. bis 19. März 1979 in Genf über einen Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe vermerkte Legationsrat I. Klasse Oehms am 22. März 1979: „Nach fast dreijährigen Beratungen und Verhandlungen hat jetzt die dritte Phase der Verhandlungskonferenz über einen Gemeinsamen Fonds (GF) zu einer Einigung zwischen I[ndustrie]L[ändern] und E[ntwicklungs]L[ändern] über die Grundelemente und die finanzielle Ausstattung eines GF geführt. Beide Seiten sind aufeinander zugegangen, um dieses positive Ergebnis zu erreichen. Damit ist in einer bisher besonders strittigen Frage des Nord-Süd-Verhältnisses ein Durchbruch erzielt worden, der das allgemeine Klima – insbesondere auch im Hinblick auf UNCTAD V – günstig beeinflussen dürfte. Die Vereinbarung enthält folgende Elemente: Aufgaben des GF sind, die Finanzierung von Ausgleichslagern im Rahmen von Rohstoffabkommen (über ein erstes Fenster) zu erleichtern und sog. ‚andere rohstoffpolitische Maßnahmen' wie Forschung und Entwicklung, Produktivitätsverbesserung, Vermarktung etc. (über ein zweites Fenster) zu finanzieren. [...] Die Finanzstruktur des ersten Fensters basiert auf der Zusammenfassung der Bareinlagen, des Abrufkapitals und der Garantien einzelner Rohstoffabkommen mit Ausgleichslager (‚Pool-Konzept'). Die Einzelabkommen zahlen beim Beitritt ein Drittel ihres maximalen Finanzierungsbedarfs in bar ein, den sie bei Bedarf für Lagerkäufe abrufen können. Darüber hinaus haben die Abkommen einen Anspruch auf Deckung der Restfinanzierung (zwei Drittel) mittels Kredite, die der GF – sofern die Bareinlagen aller beteiligten Abkommen erschöpft sind – auf dem Kapitalmarkt aufnimmt. Zur Stärkung der Kreditwürdigkeit und der Liquidität sowie zur Deckung der Verwaltungskosten erhält der GF begrenzte direkte Regierungsbeiträge in Höhe von insgesamt 400 Mio. Dollar. [...] Für die finanzielle Ausstattung des zweiten Fensters sind neben den aus den Sockelbeiträgen der Mitgliedsländer abgeleiteten 70 Mio. Dollar zusätzlich freiwillige Beiträge mit einem indikativen Plafond von 280 Mio. Dollar vorgesehen, so daß für den Bereich der anderen Maßnahmen insgesamt 350 Mio. Dollar zur Verfügung stehen dürften. Eine Wiederauffüllung (replenishment) zu gegebener Zeit ist vorgesehen. [...] Die Mitgliedschaft steht jedem Staate offen (Universalitätsprinzip). Der GF wird Gouverneursrat, Exekutivrat und einen geschäftsführenden Direktor erhalten. Daneben ist für das zweite Fenster ein Konsultativausschuß vorgesehen. [...] Ein Interimsausschuß wird einen Konventionstext entwerfen, der auf einer weiteren Verhandlungskonferenz noch vor Ende 1979 festgelegt werden soll. Da jedoch die Details des GF noch erarbeitet werden müssen, wird eine vollständige Einigung über die Statuten noch längere Zeit (mindestens ein Jahr) in Anspruch nehmen." Vgl. den Runderlaß Nr. 25; Referat 012, Bd. 111777.

den. Dies wäre für die Welt insgesamt ein „negative sum game" gewesen. Für Jute wären Substitute entwickelt worden, und Bangladesch wäre schlechter daran gewesen als zuvor. Gleichzeitig hätten einige Industrieländer davon profitiert. Der Norden und der Süden müßten ihre gemeinsamen Interessen identifizieren. Für UNCTAD V[14] wünsche er sich, daß die Deutschen in der Handelsfrage den Weg wiesen. Statt immer auf Forderungen der Entwicklungsländer zu reagieren, solle man selbst die Initiative ergreifen. Richtig sei zwar, daß zusätzliche Einfuhren aus den Entwicklungsländern Arbeitsplätze in den Industrieländern vernichteten, aber sie schüfen auch neue an anderer Stelle. Er werde dem Bundeskanzler den Entwurf der Rede, die er in Manila halten werde[15], zusenden. Auch auf anderen Gebieten gebe es noch viel zu tun. Die Brookings Institution habe über Probleme der amerikanischen Wirtschaft hervorragende Arbeiten erstellt, aber eine Institution vom gleichen Kaliber gebe es im internationalen Bereich nicht. Eine solche Institution sei um so nötiger, als kurzfristige Lösungen nicht in Sicht seien. Entwicklungshilfe könne kein Ersatz für die eigenen Anstrengungen der Entwicklungsländer sein. Dies habe er auch öffentlich immer gesagt. Dennoch seien neben der Ausweitung des internationalen Handels mehr Entwicklungshilfe für die ärmsten Entwicklungsländer und höhere private Kapitalexporte in die Entwicklungsländer mit mittleren Einkommen erforderlich. Auf den Hinweis des *Bundeskanzlers*, daß Solidarität keine Einbahnstraße sei und die Entwicklungsländer wirksame Garantien für private Direktinvestitionen geben müssen, erwidert Mr. *McNamara*, er sei fest der Überzeugung, daß diese Investitionen entgegen landläufigen Vorstellungen fast immer im Interesse der Gastländer seien.

Abschließend kam das Gespräch auf anstehende Weltbankfragen. Mr. McNamara erwähnte zunächst die unterschiedlichen Auffassungen, die zwischen der Bundesrepublik und den USA hinsichtlich der Höhe des Prozentsatzes für das eingezahlte Kapital bei der Verdoppelung des Weltbankkapitals bestehen.[16]

14 Vom 7. Mai bis 3. Juni 1979 fand in Manila die V. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) statt.

15 Über die Rede des Präsidenten der Weltbank, McNamara, am 9. Mai 1979 in Manila wurde in der Presse berichtet, McNamara habe die Entwicklungsländer aufgerufen, „das Genfer Abkommen über die weitere Liberalisierung des internationalen Warenverkehrs zu akzeptieren und zu unterzeichnen. Eine eindringliche Warnung richtete er an die Regierungen, die Schutz hinter Importbarrieren suchen. Die Handelsinteressen der Dritten Welt seien am besten gesichert, wenn sie sich aktiv an der Umsetzung der Genfer Beschlüsse in die Praxis und an der künftigen Überprüfung der Kodizes beteiligen würde, sagte McNamara, der eine neue Kluft zwischen Arm und Reich wegen der Unstimmigkeiten über die Tokio-Runde unbedingt vermeiden möchte. [...] Heftig attackierte McNamara den Handelsprotektionismus, der zurückgeschraubt werden müsse, weil er die in den vergangenen 25 Jahren erzielten Entwicklungs- und Kooperationsfortschritte unterminiere." Vgl. den Artikel „In Manila wird der freie Handel hoch gelobt"; DIE WELT vom 11. Mai 1979, S. 11.

16 Legationsrat Möckelmann notierte am 11. Januar 1979, das Direktorium der Weltbank werde an diesem Tag über die Frage der allgemeinen Kapitalerhöhung beraten. Beratungspunkte seien: „Umfang der Kapitalerhöhung: Weltbank plädiert für eine Verdoppelung der Kapitalausstattung, um ein Ausleihevolumen von insgesamt $ 40 Mrd. zu erreichen (12% jährliches Wachstum über sechs Jahre bei Aufrechterhaltung des im sechsten Jahr erreichten Volumens über mehrere Jahre). USA und Frankreich sprechen sich ebenfalls für Verdoppelung der Kapitalausstattung (ca. $ 40 Mrd.) aus. BM Matthöfer hatte anläßlich Gouverneurstagung im Frühjahr 1978 gegenüber McNamara Erhöhung des Kapitals um $ 30 Mrd. befürwortet. Umfang der Kapitalerhöhung ist eng verbunden mit Einzahlungsrate. Einzahlungsrate: US-Direktor hat bekanntgegeben, daß US-Kongreß Kapitalerhöhung der Weltbank nur billige, wenn keine Einzahlungen damit verbunden sind. USA-Vertreter wird deshalb vorerst auf Nichteinzahlung bestehen. Frankreichs Vertreter hat sich für nie-

Die Weltbank sei bereit, einen Satz von fünf Prozent zu akzeptieren. Er würde es begrüßen, wenn BM Matthöfer und Secretary Blumenthal diese Angelegenheit schon in dieser Woche regeln könnten.

(Anmerkung: BM Matthöfer und Secretary Blumenthal haben sich auf einen Satz von 7,5 v.H. geeinigt.)[17]

Außerdem verwies Mr. McNamara auf die anstehende Wiederauffüllung der IDA-Mittel.[18] Nach seinen Vorstellungen sollte das Gesamtvolumen 13 Mrd. Dollar betragen und der Anteil der Bundesrepublik auf 13 Prozent steigen. Die unmittelbare Belastung für den Bundeshaushalt sei gering, da die Auszahlungen der Mittel sich über viele Jahre erstreckten.

Der *Bundeskanzler* sagt Mr. McNamara eine wohlwollende Prüfung seines Wunsches zu; wenn in der Tat in erster Linie für die nächsten Jahre lediglich höhere Verpflichtungsermächtigungen und keine Barmittel erforderlich seien, könne er sich vorstellen, daß man die in der mittelfristigen Finanzplanung für die IDA vorgesehenen Mittel um einiges aufstocke.

Weiterhin kommt Mr. *McNamara* auf das Nahrungsproblem zu sprechen. Der Bonner Weltwirtschaftsgipfel[19] habe auf dem Energiegebiet einen sehr positiven Anstoß gegeben. Die Bank habe inzwischen ihr Energieprogramm ausgedehnt und plane, im Jahre 1983 etwa 1 Mrd. Dollar für Erdölprojekte auszugeben. Der Tokioter Gipfel[20] könnte auf dem Nahrungsgebiet einen ähnlichen

Fortsetzung Fußnote von Seite 310

drige Einzahlungsquote informell ausgesprochen. BMF hält Erhöhung des Kapitals um $ 30 Mrd. auf der Basis einer zehn-prozentigen Einzahlungsrate oder um $ 40 Mrd. bei 7,5-prozentiger Einzahlung für richtig. Einzahlung sollte unbedingt erfolgen, um u.a. die Kreditwürdigkeit der Weltbank nicht zu verschlechtern. Hierzu sollen Banken der Wallstreet geäußert haben, daß für sie die Höhe des eingezahlten Kapitals keine große Rolle spielt, da Haftungskapital entscheidend sei." Vgl. Referat 400, Bd. 118750.

17 Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hielt am 10. August 1979 zur finanziellen Ausstattung der Weltbank fest, es sei vorgesehen, „daß das genehmigte Kapital der Bank um 40 Mrd. laufende US-Dollar erhöht wird [...]. Da die Entscheidung über die Neubewertung des Bankkapitals noch aussteht, kann die endgültige Anzahl der neuen Anteile noch nicht exakt beziffert werden. In jedem Fall ist jedoch die Kapitalerhöhung auf 40 Mrd. US-Dollar begrenzt. Der Anteil des auf die Kapitalerhöhung einzuzahlenden Kapitals beträgt 7,5%, davon 3/4% in Gold oder US-Dollar und 6 3/4% in der Währung des Mitgliedslandes. Der Rest (92 1/2%) ist Haftungskapital. Der Bundesrepublik Deutschland werden 16485 neue Anteile zum Preis von 120635 US-Dollar pro Anteil = 1988,7 Mio. US-Dollar zur Zeichnung angeboten, davon 7,5% oder 149,2 Mio. US-Dollar (rd. 276,0 Mio. DM bei einem Wechselkurs von 1 US-Dollar = 1,85 DM) Einzahlungsverpflichtung und der Rest von 1839,5 Mio. US-Dollar Haftungskapital." Vgl. Referat 400, Bd. 118750.

18 Legationsrat Möckelmann hielt zur „6. Wiederauffüllung der Mittel der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA VI)" am 28. März 1979 fest: „Die erste Verhandlungsrunde (11.12.1978) hatte weder hinsichtlich des Volumens für IDA VI noch hinsichtlich des ‚burden sharing' konkrete Ergebnisse erbracht. Beim Volumen lagen die Vorstellungen der Beitragszahler zwischen 11,6 Mrd. Dollar (D) bis 15 Mrd. Dollar (NL). Zu den jeweiligen Quoten hatten USA, Kanada, Spanien, Finnland und Schweden einen geringeren Beitrag als zu IDA V angekündigt. Lediglich Japan gab eine Erhöhung bekannt (gekoppelt an zusätzliche Kapitalanteile in der Weltbank). Der Weltbankstab hatte für die zweite Verhandlungsrunde am 21./22.3.1979 Ausarbeitungen zu den Einzahlungsmodalitäten, dem Werterhalt und dem ‚burden sharing' vorgelegt. [...] Die zweite Verhandlungsrunde zu IDA VI hat keine wesentlichen Fortschritte gegenüber der ersten Runde gebracht. Besonders die Tatsache, daß die USA keine Angaben über Volumen und Anteile machen konnten, hat ein Weiterkommen verhindert. Damit ist die Möglichkeit ausgeschaltet, in Manila eine konkrete Aussage zu IDA VI zu machen. Die für Mitte Juni geplante dritte Verhandlungsrunde dürfte auch keine weitergehenden Ergebnisse bringen, da der US-Kongreß bis dahin voraussichtlich noch nicht über IDA VI beraten haben dürfte." Vgl. Referat 400, Bd. 118733.

19 Am 16./17. Juli 1978 fand in Bonn ein Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 225.

20 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

Anstoß geben. Ein solcher Anstoß sei dringend erforderlich. Obwohl es Anzeichen für eine Änderung des Regenerationsverhaltens gebe, werde die Weltbevölkerung noch bis in das 21. Jahrhundert hinein dramatisch zunehmen. Der *Bundeskanzler* erwidert, daß er jeden Vorschlag, den ihm Mr. McNamara auf diesem Gebiet mache, sehr ernst nehmen werde, und bittet Mr. McNamara, ihm ein Papier über diese Fragen zuzusenden.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 48

71

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

220-371.85/65-325/79 geheim **7. März 1979**[1]

Herrn Staatssekretär[2] mit der Bitte um Kenntnisnahme und Billigung

Betr.: SALT;
hier: Amerikanische Erläuterungen zur Nichtumgehungsklausel und zur Gegenseitigkeitserklärung für den TNF-Bereich

Anl.: 1) 220-275/79 geheim[3]
2) 220-276/79 geheim[4]
3) 220-277/79 geheim[5]
4) 220-326/79 geheim[6]
5) 220-278/79 geheim[7]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Roßbach konzipiert.

2 Hat Staatssekretär van Well am 12. März 1979 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Blech handschriftlich vermerkte: „B[itte] zur Präzedenzwirkung der NC-Klausel den US folgendes sagen: Wir halten unsere Bedenken gegen die Klausel aufrecht. Deswegen können wir uns die Worte ‚appropriate and satisfactory' nicht zu eigen machen. Wir glaubten, die Formel von Abt. 5 würde den US-Bedürfnissen gerecht werden. Falls US an ihrer Formel festhalten wollten, würden wir das hinnehmen."

3 Dem Vorgang beigefügt. Für das amerikanische Papier „Interpretive Statement on Non-Circumvention", das am 27. Februar 1979 übergeben wurde, vgl. VS-Bd. 11405 (220).

4 Dem Vorgang beigefügt. Für das amerikanische Papier „Application of the US Interpretive Statement on Non-Circumvention to Cruise Missile Cooperation", das am 27. Februar 1979 übergeben wurde, vgl. VS-Bd. 11405 (220).

5 Dem Vorgang nicht beigefügt.

6 Dem Vorgang beigefügt. Am 22. Februar 1979 übermittelte Legationsrat I. Klasse Fulda Referat 220 eine Zusammenstellung der Änderungsvorschläge der Bundesrepublik für eine Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel in einem SALT-II-Vertrag. Vgl. VS-Bd. 10648 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

7 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte am 27. Februar 1979, daß der amerikanische Botschaftsrat Smyser an diesem Tag drei Papiere übergeben habe: 1) „Interpretative Statement on Non-Circumvention"; 2) „Application of the US Interpretative Statement on Non-Circumvention to Cruise Missiles Cooperation"; 3) „Clarification of Phrase ‚Systems Principally designed for Theater Missions'". Vgl. VS-Bd. 11386 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

6) 220-177/79 geheim[8]
7) Mitzeichnungsvermerk der Abteilung 5[9]
8) Mitzeichnungsvermerk des BMVg[10]

I. 1) Die USA haben uns am 27.2.1979 in Nachgang zu den deutsch-amerikanischen Konsultationen in Washington am 12.2.1979[11] die in der Anlage beigefügten Papiere übergeben:

- Revidierter Text der vorgesehenen amerikanischen Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel (Interpretive Statement on Non-circumvention).
- Uns gegenüber gegebene zusätzliche Erläuterungen der Interpretationserklärung betr. Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Cruise Missiles sowie Weitergabe von Komponenten beschränkter Systeme und Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung im Bereich beschränkter Systeme (Application of the US Interpretive Statement on Non-circumvention to Cruise Missile Cooperation und Application of the US Interpretive Statement on Non-circumvention to Transfers of Components for Limited Systems and to Cooperation on R&D[12] for Limited Systems).
- Klarstellung des Satzes „systems principally designed for theater missions" in der Gegenseitigkeitserklärung für den TNF-Bereich (Clarification of Phrase „Systems Principally Designed For Theater Missions").

2) In dem revidierten Text der amerikanischen Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel sind bereits britische Änderungswünsche berücksichtigt, die sich teilweise mit unseren Verbesserungsvorschlägen decken.[13] Diese Änderungen betreffen u. a. folgende deutsche Anliegen:

- Verdeutlichung der Implikationen der Nichtumgehungsklausel für die Bündniszusammenarbeit in Absatz 2;

8 Dem Vorgang nicht beigefügt.

9 Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirektor Fleischhauer vermerkte am 8. März 1979: „Ich zeichne die anliegende Vorlage mit, mache aber zugleich darauf aufmerksam, daß wir in einer kommenden öffentlichen Diskussion über SALT mit Einwänden rechnen müssen, die das Ergebnis der Konsultationen über die Nichtumgehungsklausel kritischer bewerten, als das hier geschieht. Solche Kritik kann und wird sich auch völkerrechtlicher Argumente bedienen, auf die wir vorbereitet sein müssen: Die NC-Klausel – insbesondere die Formel ‚not to circumvent ... through any other state or states ...' – gibt der Sowjetunion ein rechtliches Argument für den Versuch einer politischen Beeinflussung der Bündniskooperation. Die amerikanische Interpretationserklärung ist sehr hilfreich, politischen Pressionen der SU zu begegnen. Sie ändert aber an der rechtlichen Wirkung der NC-Klausel nichts, denn es handelt sich um eine einseitige Erklärung, die der Sowjetunion nicht einmal notifiziert wird. Im Verlauf der deutsch-amerikanischen Gespräche über den Inhalt der Interpretationserklärung ist inzwischen auch von US-Seite zugegeben worden, daß Non-circumvention in bestimmtem Maße gleichbedeutend ist mit Non-transfer. Unsere Verbesserungsvorschläge zum Inhalt der Interpretationserklärung sind nur in geringem Maße berücksichtigt worden. Die tatsächlich vorgenommenen Änderungen sind teilweise Hilfskonstruktionen, die nur mit gewisser Mühe als befriedigend bezeichnet werden können." Vgl. VS-Bd. 11405 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

10 Dem Vorgang nicht beigefügt.

11 Zu den deutsch-amerikanischen Konsultationen am 12. Februar 1979 in Washington vgl. Dok. 38.

12 Research and Development.

13 Am 8. Februar 1979 verfaßte Referat 500 eine Synopse der seitens der Bundesrepublik, Großbritanniens und der USA vorgelegten Entwürfe einer Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel. Vgl. dazu VS-Bd. 11405 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

– Hinweis, daß die USA während des ganzen Verhandlungsverlaufs „durchgängig" („consistently") eine Nichtweitergabeklausel im sowjetischen Sinne abgelehnt haben, in Absatz 3.[14]

Zusätzlich enthält die Erklärung nachfolgende Änderungen, die auf deutsche Anregungen zurückgehen:

– Durch den Zusatz am Ende des ersten Absatzes „... nor does it broaden the interpretation of those obligations" kommt die US-Seite unserem Wunsch teilweise entgegen, deutlich zu machen, daß mit der Non-circumvention-Klausel nicht das Prinzip einer generell extensiven Auslegung vertraglicher Verpflichtungen eingeführt werden soll und daß der Satz weiter zu gelten habe: „Was nicht ausdrücklich verboten ist, ist erlaubt."[15]
– Durch den Zusatz am Ende des zweiten Absatzes „in practice, the non-circumvention provision ... will not interfere with continued nuclear and conventional cooperation with its allies" nimmt Washington auf unseren Vorschlag Bezug, sinngemäß eine Äußerung von Verteidigungsminister Brown zu verwenden, die klarstellt, daß die fortlaufende nukleare und konventionelle Zusammenarbeit des Bündnisses nicht beeinträchtigt werde.[16]

3) Mit den bereits bei den deutsch-amerikanischen Konsultationen am 12.2.1979 in Washington von amerikanischer Seite angekündigten und nunmehr uns gegenüber gegebenen zusätzlichen Erläuterungen der Interpretationserklärung betr. Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Cruise Missiles sowie Weitergabe von Komponenten begrenzter Systeme und Zusammenarbeit bei Forschung

14 Legationsrat I. Klasse Fulda erläuterte am 22. Februar 1979: „Wir haben unseren Vorschlag fallengelassen, nachdem uns die amerikanische Delegation erklärt hat, ihr neuer Text ‚the United States has consistently rejected the inclusion of a provision on non-transfer' mache deutlich, daß die Amerikaner diese Verhandlungsgeschichte bis zu dem Zeitpunkt aufrechterhalten hätten, in dem tatsächlich diese Formulierung entstanden sei. Dieser amerikanische, von GB vorgeschlagene neue Text ist zwar sehr viel weniger deutlich als unser Vorschlag, läßt sich aber dennoch als Argument verwenden, wenn von russischer Seite die Bedeutung der Verhandlungsgeschichte mit der Behauptung bestritten würde, die Amerikaner hätten mit der Hinnahme der abschließenden Formulierung der NC-Klausel (‚through any other state or states or in any other manner') ihre bis dahin gezeigte Ablehnung gegenüber einer No-transfer-Regelung aufgegeben." Vgl. VS-Bd. 10648 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

15 Legationsrat I. Klasse Fulda hielt dazu am 22. Februar 1979 fest: „Der amerikanische Einwand gegen unsere Formel: was nicht verboten ist, bleibt erlaubt, ist ernst zu nehmen. Wenn die Amerikaner [...] an einer [...] extensiven Auslegung der Verpflichtungen interessiert sind (wahrscheinlich, weil es ihnen nicht gelungen ist, das Datenverschlüsselungsverbot in allen erforderlichen Details auszuformulieren), dann bleibt uns nur noch das Argument, daß wir wegen der möglichen Präzedenzwirkung einer NC-Klausel, also einer über SALT II hinausgehenden Wirkung, an einem Text interessiert sind, der jetzt schon zum Ausdruck bringt, daß jedenfalls eine NC-Klausel nicht prinzipiell eine Umkehrung sonstiger Auslegungsgrundsätze bedeutet. Der amerikanische Textvorschlag, an das Ende des ersten Absatzes die Worte anzufügen: ‚nor does it broaden these obligations', trägt diesem Wunsch schon teilweise Rechnung. Es wäre in der Tat wichtig, wenn dennoch generell auf Interpretationsprobleme Bezug genommen würde – die amerikanische Delegation hat zugesagt, hierüber noch nachzudenken." Vgl. VS-Bd. 10648 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

16 Legationsrat I. Klasse Fulda vermerkte dazu am 22. Februar 1979: „Die amerikanische Delegation hat angedeutet, daß sie an dieser Stelle die von Verteidigungsminister Brown gebrauchte Formel ‚interfere with cooperation' anstelle des bisherigen Textes verwenden wollte. Für uns ist es gleichgültig, ob die Worte ‚impair' oder ‚interfere with' verwandt werden; es kam uns lediglich darauf an, daß gar nicht erst der Eindruck erweckt wird, die Non-circumvention-Klausel könnte je eine so große Tragweite haben, daß man betonen müßte, die Modernisierungszusammenarbeit sei nicht ausgeschlossen." Vgl. VS-Bd. 10648 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

und Entwicklung im Bereich beschränkter Systeme werden weitere, von uns in unseren Änderungsvorschlägen aufgebrachte Themen angeschnitten, die in der Interpretationserklärung selbst keinen Niederschlag gefunden haben.

Darüber hinaus scheinen uns die von amerikanischer Seite bei den Konsultationen am 12.2.1979 vorgetragenen Gründe einleuchtend, die die USA dazu veranlaßten, in der Frage der Weitergabe (Absatz 3 der Erklärung) einer Streichung der Worte „ipso facto" (6. Zeile) und „necessarily" (5. Zeile von unten) nicht zuzustimmen: Die US-Seite hat deutlich gemacht, daß Transfers von verbotenen Systemen und in bestimmten Fällen auch Weitergabe zahlenmäßig begrenzter Systeme eine Umgehung des Abkommens darstellen würden.

Mit diesen schriftlichen Erläuterungen und uns gegenüber verwendeten Begründungen haben die USA in ausreichender Weise zur Klärung der von uns im Zusammenhang mit der Interpretationserklärung aufgeworfenen Fragen beigetragen. Im Lichte dieser Erläuterungen erscheint uns die Tatsache, daß einige unserer Punkte im Erklärungstext nicht berücksichtigt werden konnten, insgesamt tragbar.

4) Hierzu gehört auch unser Vorschlag, einen Schlußabschnitt in die Interpretationserklärung aufzunehmen, der darauf abzielt, jede Präzedenzwirkung dieser Nichtumgehungsklausel für andere Rüstungskontrollabkommen zu vermeiden.

Wir hatten in dieser Frage folgenden Text vorgeschlagen:

„The United States wishes to make clear that the non-circumvention clause does not set a precedent for whatever provisions may be considered for further disarmament agreements."

Der Vertreter der US-Botschaft[17] hatte uns bei Übergabe der schriftlichen Erläuterungen die amerikanische Entscheidung, einen solchen Schlußabschnitt nicht in die Interpretationserklärung aufzunehmen, damit begründet, daß ein solcher Text den Eindruck erwecken könnte, als wollten sich die USA für die Nichtumgehungsklausel entschuldigen. Er hat zu diesem Punkte folgende Erklärung seiner Regierung verlesen:

„The US regards the NC provision as an appropriate and satisfactory element of SALT II, however, whether or not a similar provision will be included in future arms control agreements, is an issue, that would have to be addressed in the context of future negotiations."

Die Rechtsabteilung hält auch angesichts dieser Erklärung an dem ursprünglichen deutschen Änderungsvorschlag für die Interpretationserklärung fest. Hilfsweise könnte sie sich auch mit nachfolgendem Text einverstanden erklären, der Element der mündlichen amerikanischen Erläuterung (non-circumvention as an appropriate and satisfactory element of SALT II) berücksichtigt:

„The US whishes to make clear that the adoption of the non-circumvention clause – as a particular element of the SALT II agreement – shall not be considered a precedent for the inclusion of similar clauses into further disarmament agreements."

17 William Richard Smyser.

Die Abteilung 2 ist ebenfalls der Auffassung, daß ein Zusatz dieses Inhalts in der Interpretationserklärung aus rechtlichen und rechtspolitischen Gründen wünschbar wäre, wobei sie davon ausgeht, daß zwischen dem ursprünglichen deutschen Vorschlag und der nunmehrigen Rückfallposition keine erheblichen Unterschiede bestehen. Sie ist indes der Auffassung, daß die US-Seite hinreichend deutlich gemacht hat, daß sie einen solchen Zusatz in der Interpretationserklärung nicht akzeptieren kann[18]:

Durch die bei der Übergabe der schriftlichen Erläuterungen abgegebene Erklärung sind uns die USA teilweise entgegengekommen. Wir haben insgesamt mit der Erreichung der amerikanischen Bereitschaft, überhaupt eine Interpretationserklärung abzugeben, und mit der Durchsetzung mehrerer deutscher Änderungswünsche nicht nur in der rechtlichen Substanz, sondern auch politisch einen Erfolg erzielt. Es besteht keine Aussicht, daß die USA, wenn wir an unseren Vorstellungen festhalten, unserem Vorschlag stattgeben.

Wir sind daher der Auffassung, daß unserem berechtigten Anliegen besser gedient wäre, wenn wir – was beabsichtigt ist – diesen Punkt bei der Übergabe der schriftlichen deutschen Stellungnahmen mündlich erneut ansprechen und ihn auch in geeigneter Form in unsere Stellungnahme vor dem NATO-Rat aufnehmen.

5) Die in Abänderung der amerikanischen Erklärung vom 19.7.1978[19] erfolgte Klarstellung des Satzes „principally designed for theater missions" entspricht unserem Wunsch zu präzisieren, daß es sich bei den hauptsächlich für den Kriegsschauplatzeinsatz bestimmten Systemen u.a. um die jetzt in der Entwicklung befindlichen Cruise Missiles handelt.

Die von amerikanischer Seite genannten land- und seegestützten Cruise Missiles werden beispielhaft aufgeführt, so daß die ambivalenten luftgestützten Cruise Missiles, falls für den Kriegsschauplatzeinsatz bestimmt, nicht ausgenommen sind. Der US-Text zählt zusätzlich als Beispiel noch die „Pershing"-II-erweiterte-Reichweite auf.

II. Nachfolgend wird mit der Bitte um Zustimmung ein mit den Referaten 500 und 201 und dem Bundesministerium der Verteidigung abgestimmter Entwurf

18 Der Absatz „Die Abteilung 2 [...] nicht akzeptieren kann" wurde von Ministerialdirektor Blech hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Bei der Abwägung ist in Rechnung zu stellen, daß unser Drängen auf Klarstellungen nur so lange politisch vertretbar ist, als es nicht die vorgegebene und auch in Zukunft unbedingt vorauszusetzende Solidarität unter Bündnispartnern in Frage stellt. Es nützt uns nichts, schließlich über wasserdichte Formulierungen zu verfügen, wenn gleichzeitig das Verhältnis zu den US politisch und psychologisch so gestört ist, daß ihr sachliches Substrat – nämlich die Kooperation – nicht mehr existieren kann."

19 Der amerikanische NATO-Botschafter Bennett unterrichtete den Ständigen NATO-Rat am 19. Juli 1978 über eine einseitige amerikanische Erklärung zum Mittelstreckenpotential. Darin hieß es: „‚US systems principally designed for theater missions' refers to those US nuclear delivery systems of the types, ranges and capabilities based primarily in the theater, and could encompass among other things, some of those forces called Forward Based Systems. The language excludes US ICBMs, SLBMs, and heavy bombers, including those US systems of this class which may be assigned theater missions (e[xempli] g[ratia], the Poseidon commitment to SACEUR). With regard to Cruise Missiles, those variants which have potential applications primarily for theater missions would be considered theater systems in the context of the statement." Vgl. den Drahtbericht Nr. 807 des Botschafters Pauls, Brüssel (NATO), vom 19. Juli 1978; VS-Bd. 11385 (220); B 150, Aktenkopien 1978.

einer schriftlichen Stellungnahme vorgelegt, der, einer amerikanischen Anregung folgend, der hiesigen US-Botschaft übergeben werden sollte.[20]

Einleitungsformel

1) Der revidierte Text der amerikanischen Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsregelung und die hierzu uns gegenüber abgegebenen Erläuterungen sind für uns insgesamt zufriedenstellend. Im folgenden haben wir zwei Änderungswünsche, die nach unserer Auffassung mehr redaktioneller Art sind.

2) Wir wiederholen unsere Bitte, daß das anscheinend irrtümlich im zweiten Absatz des Interpretationstextes erneut enthaltene Wort „only" („... which deals only with the strategic relationship between the United States and the Soviet Union") wieder gestrichen wird. Bei den deutsch-amerikanischen Konsultationen am 12.2.1979 in Washington waren beide Seiten von einem Text ausgegangen, der das Wort „only" nicht mehr enthielt.

3) Bei den uns gegenüber abgegebenen Erläuterungen zur Anwendung der Interpretationserklärung im Falle der Cruise-Missiles-Zusammenarbeit schlagen wir vor, daß im zweiten Absatz der Klammerinhalt „even nuclear armed" ersetzt wird durch die Worte „nuclear as well as conventional armed".

4) Wir sind mit der in die Erläuterung der Worte „principally designed for theater missions" (amerikanische Erklärung vom 19.7.1978) eingefügten beispielhaften Aufzählung einverstanden, die ausdrücklich land- und seegestützte Cruise Missiles und die „Pershing"-II-erweiterte-Reichweite enthält.

Wir gehen davon aus, daß die uns am Rande der Konsultationen am 11.10.1978 in Washington[21] hierzu übergebenen zusätzlichen schriftlichen Erläuterungen aufrechterhalten werden und fortgelten.

Unter dieser Voraussetzung sind wir der Auffassung, daß unserem Anliegen in diesem Zusammenhang nunmehr Rechnung getragen ist.

Schlußformel

III. Die Referate 500 und 201 und das Bundesministerium der Verteidigung haben mitgezeichnet. Die Abteilung 5 hält allerdings den in der Vorlage dargelegten Vorschlag (vgl. I, Ziff. 4) weiter aufrecht und wird ihre Meinung hierzu in einem Mitzeichnungsvermerk zum Ausdruck bringen.

Blech

VS-Bd. 11405 (220)

20 Die schriftliche Stellungnahme wurde dem amerikanischen Botschaftsrat Smyser am 15. März 1979 ausgehändigt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 20. März 1979; VS-Bd. 11388 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

21 Am 11. Oktober 1978 fanden in Washington deutsch-amerikanische Konsultationen zu den Themen SALT und Grauzone statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 307 und Dok. 309.

72

Ministerialdirektor Lautenschlager an Botschafter Herbst, Paris

422-411.10 FRA-143/79 VS-vertraulich **7. März 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 137 **Aufgabe: 8. März 1979**

Betr.: Deutsch-französische Rüstungskooperation;
hier: Exportregelung bei künftigem Panzerprojekt

Bezug: DE Nr. 59/79 vom 1.2.79 – VS-v[2]
Telefongespräch RL 422[3] – Gesandter Lahusen

I. Zur Unterrichtung

1) Bei einer Besprechung mit dem Délégué général pour l'armement, Martre, am 31.1.79 in Bonn hat der Leiter der Rüstungsabteilung im BMVg, MD Eberhard, nach Absprache mit uns die Frage einer Exportregelung für das in der Diskussion befindliche Kampfpanzerprojekt angesprochen. Er hat darauf hingewiesen, daß der Export eines Kampfpanzers, einer klassischen Offensivwaffe und Rückgrat der Heeresbewaffnung, in andere Staaten uns vor ungleich größere außen-, sicherheits- und rüstungsexportpolitische Probleme stellen kann als die Ausfuhr bisheriger Koproduktionserzeugnisse, und hat – zunächst inoffiziell – unseren Wunsch nach einer einvernehmlichen Regelung für Exporte eines künftigen Panzers in Nicht-NATO-Länder vorgetragen. Die Reaktion seines Gesprächspartners ließ erkennen, daß er darin kein prinzipielles Problem sieht, solange die Regierungsvereinbarung von 1972 als solche unangetastet bleibt und eine in der Exportfrage abweichende Regelung (in Anwendung von Art. 5 der Vereinbarung) für den Panzer kein Präjudiz für andere weitere

[1] Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pabsch konzipiert.
Hat Pabsch am 9. März 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Bosch."

[2] Vortragender Legationsrat I. Klasse Pabsch informierte die Botschaft in Paris in einem am 30. Januar 1979 konzipierten und am 1. Februar 1979 übermittelten Drahterlaß: „Das AA teilt die Ansicht der Botschaft, daß die bisherige deutsch-französische Rüstungskooperation insgesamt positiv zu bewerten ist. Allerdings bietet die bisherige Ausfuhrpraxis bei gemeinsam entwickeltem Material ein aus der Sicht des AA nicht durchweg befriedigendes Bild. Vor allem jene Exportgeschäfte, die F auch gegen ausdrückliche Sicherheitsbedenken der deutschen Seite und ohne Berücksichtigung unseres außen- und rüstungspolitischen Interesses durchgeführt hat, bereiten uns Sorgen. Wir streben daher an, bei dem neuen Vorhaben einer gemeinsamen Entwicklung eines Kampfpanzers unsere außen- und rüstungsexportpolitischen Interessen gegenüber dem französischen Partner stärker als bisher zur Geltung zu bringen. Die Möglichkeit hierfür ist in Art[ikel] 5 der deutsch-französischen Vereinbarung über die Ausfuhr gemeinsam entwickelten Rüstungsmaterials ausdrücklich vorgesehen, wonach die Vereinbarung über künftige Gemeinschaftsprojekte eine vom bisher geltenden Prinzip der nationalen Alleinverantwortlichkeit bei Ausfuhren abweichende Regelung enthalten kann. AA und BMVg stehen in dieser Frage seit einiger Zeit in intensivem Meinungsaustausch, wobei die voraussichtliche französische Haltung gegenüber unseren Wünschen von wesentlicher Bedeutung für unsere weitere Meinungsbildung sein wird. [...] Bei dem Gespräch der Rüstungsdirektoren am 31.1. in Bonn wird BMVg französische Haltung in dieser Frage sondieren. Wir gehen dabei davon aus, daß bei der Sitzung keine Vereinbarung bindenden Charakters in der Exportfrage getroffen wird." Vgl. VS-Bd. 9521 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

[3] Wiegand Pabsch.

Projekte darstellt.[4] Allerdings müsse die Entscheidung hierüber der Ministerebene vorbehalten bleiben. Beide Gesprächspartner waren der Meinung, daß die Frage am besten von den Außenministerien weiter verfolgt werden sollte.

2) In einem Gespräch zwischen StS Hermes und StS Schnell, BMVg, an dem auch MD Eberhard, RL 422 und ich teilnahmen[5], wurde folgendes festgelegt:

- Eine künftige deutsch-französische Vereinbarung über Entwicklung und Herstellung eines Kampfpanzers muß eine einvernehmliche Regelung für Exporte des Panzers in dritte Staaten enthalten. Eine solche Vereinbarung soll auf Art. 5 der Regierungsvereinbarung von 1972 gestützt werden. Die Regierungsvereinbarung von 1972 soll als solche unverändert bleiben.
- Die gemeinsame Exportregelung soll folgende Elemente enthalten:
  - Ausfuhren in Länder des Warschauer Paktes finden nicht statt.
  - Ausfuhren in Länder, die dem gleichen Verteidigungsbündnis angehören wie Frankreich und die Bundesrepublik, können von jeder Seite grundsätzlich allein vorgenommen werden, doch ist eine Endverbleibserklärung des Empfängerlandes einzuholen und vorzulegen.
  - Ausfuhren in andere Länder sind nur möglich, wenn Frankreich und die Bundesrepublik zustimmen. Auch hier ist eine Endverbleibserklärung des Empfängerlandes erforderlich.

II. Weiteres Vorgehen

Sie werden gebeten, beim Generalsekretär des Außenministeriums[6] oder seinem Vertreter[7] vorzusprechen und unsere Bitte gemäß Ziffer I, 2 vorzutragen. Bei dieser Demarche sollten Sie von RL 422 und einem Vertreter des BMVg (voraussichtlich MDg Dr. Gläser, Unterabteilungsleiter Rü II) begleitet werden, die dazu nach Paris kommen werden. Die Demarche muß innerhalb der nächsten zwei Wochen durchgeführt werden, damit die französische Gegenäußerung möglichst noch vor dem für Anfang April vorgesehenen Treffen von Minister Bourges mit BM Apel[8] vorliegen kann. Es wird gebeten, vor Bestätigung des Termins für Ihre Demarche (möglichst nicht 13.3.) mit RL 422 fern-

4 Am 7. Februar 1972 schlossen die Bundesrepublik und Frankreich eine Regierungsvereinbarung über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial in dritte Länder. In Artikel 5 hieß es: „Diese Vereinbarung ist auf das Material anzuwenden, das aus gemeinsamen Entwicklungen hervorgeht, die in der im Anhang beigefügten und einen integrierenden Bestandteil dieser Vereinbarung bildenden Liste aufgeführt sind, sowie auf künftige Gemeinschaftsprojekte, soweit die jeweiligen Vereinbarungen hierzu nichts anderes bestimmen. Sie tritt mit der Unterzeichnung durch die Vertreter beider Regierungen in Kraft." Vgl. VS-Bd. 9521 (422); B 150, Aktenkopien 1972.

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Pabsch vermerkte am 9. März 1979, in dem Gespräch am 6. März 1979 habe Staatssekretär Hermes erläutert, „daß der Export eines Kampfpanzers, einer klassischen Offensivwaffe und Rückgrat der Heeresbewaffnung, in andere als NATO-Staaten uns vor ungleich größere außen-, sicherheits- und rüstungsexportpolitische Probleme stellen kann als die Ausfuhr der bisherigen Erzeugnisse aus deutsch-französischer Koproduktion, und daß deshalb mit Frankreich eine einvernehmliche Exportregelung angestrebt werden solle. StS Dr. Schnell schloß sich für sein Haus dieser Auffassung an." Vgl. VS-Bd. 9521 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

6 Jean-Marie Soutou.

7 Jean Vidal.

8 Ministerialrat Bewerunge, Bundesministerium der Verteidigung, hielt am 12. September 1979 fest, daß Bundesminister Apel „seinem französischen Kollegen Bourges gegenüber am 18./19. April 1979 die Notwendigkeit einer frühzeitigen, politisch orientierten Exportabsprache beim Kampfpanzer der Zukunft betont" habe. Vgl. Referat 201, Bd. 120200.

mündlich Kontakt aufzunehmen, um sicherzustellen, daß er und MDg Gläser zur Verfügung stehen.[9]

Lautenschlager[10]

VS-Bd. 9521 (422)

73

Botschafter Grabert, Wien, an das Auswärtige Amt

114-868/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 150
Citissime

Aufgabe: 7. März 1979, 12.45 Uhr[1]
Ankunft: 7. März 1979, 14.20 Uhr

Auf meine Bitte hin hat mir Bundeskanzler Kreisky eine Aufzeichnung über sein Gespräch mit dem hiesigen Botschafter der Sowjetunion überlassen.

Die Aufzeichnung hat folgenden Wortlaut:

„Betr.: Unterredung Bundeskanzler–Botschafter Jefremow (SU)

Der Herr Bundeskanzler hat am 26.2. den hiesigen sowjetischen Botschafter Jefremow zu sich gebeten.

Nach einem kurzen Hinweis auf die positive Entwicklung der Handelsbeziehungen[2] erklärte der Herr Bundeskanzler, daß man sich in diesen Tagen be-

9 Vortragender Legationsrat I. Klasse Pabsch notierte für Staatssekretär Hermes am 20. März 1979, daß Botschafter Herbst die Demarche beim Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Soutou, am 15. März 1979 ausgeführt habe: „Generalsekretär Soutou nahm unsere Bitte mit Verständnis entgegen und sagte zu, sie empfehlend weiterzuleiten. Er fragte zunächst, ob nach unserer Auffassung ein freier Export nur in Staaten eines Verteidigungsbündnisses möglich sei, dem sowohl Frankreich als auch die Bundesrepublik angehören, oder ob einer der beiden Partner auch in solche Staaten frei exportieren könne, gegenüber denen nur ein Partner besondere Bündnisverpflichtungen habe (z. B. Frankreich gegenüber einigen afrikanischen Ländern). Wir entgegneten, daß nach unseren Vorstellungen auch im letzteren Falle beide Partner zustimmen müßten, d. h. ein freier Export durch einen Partner sei nicht möglich. Generalsekretär Soutou deutete an, daß seine Regierung hier möglicherweise abweichende Vorstellungen entwickeln könnte. Er betonte sodann nachdrücklich den Wert einer fortschreitenden Rüstungszusammenarbeit für die Stärkung der europäischen Verteidigungskomponente im Bündnis und für die Aufrechterhaltung einer eigenständigen europäischen Rüstungsproduktion. Er sei sich gewisser ‚Fragilitäten' der in der Regierungsvereinbarung von 1972 niedergelegten Exportregelung bewußt und würde es für sich persönlich begrüßen, wenn sie durch eine klarere Regelung für das Panzerprojekt ausgeräumt werden könnten. [...] Er stellte eine Antwort möglichst noch vor dem Treffen Bourges/Apel in Aussicht." Vgl. VS-Bd. 9521 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

10 Paraphe vom 8. März 1979.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wegner und Vortragendem Legationsrat Siemes am 8. März 1979 vorgelegen.

2 Legationsrat I. Klasse Barker vermerkte am 8. Februar 1979: „Der österreichisch-sowjetische Warenaustausch weist für die letzten Jahre beachtliche Steigerungsraten auf. Österreich bezieht von der SU vor allem Rohstoffe (insbesondere Erdgas und Erdöl) und liefert überwiegend Fertigprodukte. Die Preissteigerungen bei den sowjetischen Gas- und Öllieferungen haben das österreichische Handelsbilanzdefizit stark anwachsen lassen. Wien bemüht sich, dem durch Forcierung öster-

sonders um die Fortsetzung der Entspannungspolitik bemühen müsse. Heute zeige sich, wie positiv Helsinki[3] beurteilt werden müsse. Auch während des kürzlichen Staatsbesuchs hätten sowohl Bundespräsident Scheel wie auch AM Genscher gemeint, daß an der Entspannungspolitik kein Zweifel bestehen dürfe.[4]

Man werde sich in Österreich auch nicht durch dumme Formulierungen etwa derart beeinflussen lassen, daß man kommunistische Staaten ruhig untereinander Krieg führen lassen solle. Bei den Ereignissen im Fernen Osten[5] handle es sich um einen kriegerischen Zusammenstoß, gegen den überall aufgetreten werden müsse.

Ein solcher Krieg sei gefährlich, und so wie auch alle anderen friedliebenden Staaten sehe sich Österreich verpflichtet, auf seine Beendigung hinzuwirken.

Dies sei die Haltung der österreichischen Bundesregierung in dieser Frage.

Botschafter Jefremow wies eingangs darauf hin, daß sich nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern nach dem Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Moskau gebessert hätten[6], sondern daß dies auch für die politische Ebene gelte und daß vor allem das Verständnis zwischen dem Herrn Bundeskanzler und der sowjetischen Führung ein besseres geworden sei. Dies sei keineswegs eine Schmeichelei, vielmehr würde Bundeskanzler Kreisky in der Sowjetunion als Politiker, aber auch als Mann der Wirtschaft und Kultur hoch geschätzt. Eine weitere Entwicklung auf allen diesen Gebieten sei daher möglich.

Botschafter Jefremow stimme mit der Einschätzung der Lage im Fernen Osten durch den Herrn Bundeskanzler völlig überein. Es handle sich dort nicht um einen Grenzkonflikt, sondern um einen richtiggehenden Krieg. Alle Bemühungen der sowjetischen Führung seien derzeit darauf ausgerichtet, diesen Krieg nicht weiter wachsen zu lassen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 320

reichischer Exporte in die SU zu begegnen. (Der Arbeitsbesuch von BK Kreisky in Moskau Febr[uar] 78 in Begleitung von Handelsminister Staribacher diente in erster Linie diesem Ziel.) Außerdem bemüht sich Österreich um verstärkte Kooperation im industriellen Bereich und um Zusammenarbeit mit der SU in Drittländern." Vgl. Referat 213, Bd. 133140.

3 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

4 Bundespräsident Scheel besuchte vom 19. bis 23. Februar 1979 Österreich und wurde dabei am 19./20. Februar 1979 von Bundesminister Genscher begleitet.

5 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.
Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 2.

6 Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 15. Februar 1978 über den Besuch des Bundeskanzlers Kreisky vom 6. bis 8. Februar 1978 in der UdSSR: „Hauptgesprächsthemen waren das wachsende Handelsdefizit Österreichs gegenüber der UdSSR, langfristige Industrieprojekte, Industriekooperationen und Gemeinschaftsprojekte in Drittländern. [...] Nach Ansicht des Handelsrats der österreichischen Botschaft sind die Wirtschaftsgespräche der Kreisky-Delegation weniger auf konkrete Vereinbarungen als auf eine Bestandsaufnahme und neue Impulse in den Beziehungen gerichtet gewesen. Dies soll sich auch in dem in Moskau unterzeichneten vertraulichen (und uns nicht bekannten) Wirtschaftsprotokoll niedergeschlagen haben. [...] Für die österreichische Wirtschaft sind aus dem Kreisky-Besuch keine kurzfristigen geschäftlichen Erwartungen herzuleiten. Es bleibt abzuwarten, ob die im März erwartete Wirtschaftsdelegation konkretere Verhandlungsergebnisse erzielen wird. Die Handelsbilanzsituation und die schlechte Auftragslage des vergangenen Jahres machen für die österreichische Exportwirtschaft baldige Vertragsabschlüsse nötig." Vgl. den Schriftbericht Nr. 377; Referat 421, Bd. 122515.

Allerdings dürfen Freunde nicht im Stich gelassen werden. Vietnam dürfe nicht durch China erobert werden. Das Fernziel der chinesischen Politik sei es offensichtlich, den asiatischen Kontinent zu erobern. Dabei könne man nicht zusehen.

Es bestehe aller Grund zur Annahme, daß die USA von den chinesischen Absichten gegen Vietnam im vorhinein informiert waren. Schließlich hätten die Kampfhandlungen unmittelbar nach dem Besuch begonnen. Deng Xiaoping habe in den USA[7] davon gesprochen, daß man Vietnam eine Lektion erteilen müsse. Von amerikanischer Seite sei später, nach Ausbruch der Kampfhandlungen, nur erklärt worden, daß sich die chinesischen und vietnamesischen Truppen zurückziehen sollten.

Beim Gespräch mit BP Scheel hätte Jefremow festgestellt, daß die BRD für die sowjetische Haltung volles Verständnis hätte, ja mit ihr solidarisch.[8] Bei AM Genscher sei eine gewisse Nuancierung festzustellen gewesen, doch hätte auch er prinzipielles Verständnis für die sowjetische Haltung gezeigt.

Da es sich um einen schwerwiegenden Konfliktfall handle und das vietnamesische Volk nun schon längst den Krieg satt habe, müßte die Frage gestellt werden, was zu unternehmen sei. Es gäbe hier zwei Wege:

1) Alle Staatsmänner müßten sich offen gegen die chinesischen Aktionen aussprechen, um eine Zügelung der chinesischen Absichten zu erreichen. Besonders schädlich wäre es, unausgesprochen die chinesische Aktion zu befürworten.

2) Der Krieg, der unweigerlich internationale und weltweite Ausmaße annehmen würde.

Nach sowjetischer Ansicht könne nur der erste Weg gegangen werden, und man würde alles tun, um die zweite Möglichkeit auszuschließen.

Tatsächlich wäre die Lage heute eine ganz andere, wenn es kein Helsinki gegeben hätte. Die sowjetischen Beziehungen zur BRD seien heute so gut wie noch nie. Das gleiche gelte für Frankreich (von Österreich und einigen anderen Staaten brauche in diesem Zusammenhang gar nicht eigens gesprochen werden. Die guten Beziehungen verstünden sich von selbst). Mit Großbritannien seien die Beziehungen zwar etwas weniger gut, aber auch nicht schlecht. Das alles sei letzten Endes ein Ergebnis von Helsinki.

Man dürfe sich nicht auf jene Spekulationen einlassen, die heute von vielen Politikern und Journalisten angestellt würden."

[gez.] Grabert

VS-Bd. 11188 (341)

[7] Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping hielt sich vom 29. Januar bis 4. Februar 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 37.

[8] Unvollständiger Satz in der Vorlage.

74

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel

Geheim **9. März 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Botschafter Stoessel am 9. März 1979 von 15.00 bis 15.45 Uhr im Bundeskanzleramt

Weitere Gesprächsteilnehmer:

StS van Well, W.H. Gussman, Erster Sekretär US-Botschaft, MDg von der Gablentz.

Stoessel sucht den Bundeskanzler auf, um anliegendes Schreiben Präsident Carters zu MBFR[2] zu erläutern, über dessen Inhalt er den Bundeskanzler im Hinblick auf die laufende Bundestagsdebatte[3] bereits am 8. März informiert hatte.

Er dankt für die Darlegungen des Bundeskanzlers vor dem Bundestag zum deutsch-amerikanischen Verhältnis (Bundeskanzler bittet, Sonderbotschafter Strauss die Bemerkungen über dessen positive Rolle bei den GATT-Verhandlungen zu übermitteln).

Es gehe dem Präsidenten vor allem darum, die MBFR-Verhandlungen vom toten Punkt hinweg zu bringen. Am erfolgversprechendsten erscheine ein Verhandlungspaket über neun begleitende Maßnahmen.[4] Er sei sich bewußt, daß die Deutschen bei zumindest dreien dieser Maßnahmen Probleme sehen. Eine erneute Überprüfung habe ihn aber zu der Schlußfolgerung geführt, daß ein Paket aller neun Maßnahmen das beste sei. Man könne u.U. auf die Begren-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 9. März 1979 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg „vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bundeskanzler [...] mit zwei Anlagen (Schreiben Präsident Carters, Talking Points) zur Unterrichtung des Staatssekretärs" übermittelt. Gablentz bat um Übermittlung eines Antwortentwurfs auf das Schreiben Carters bis zum 19. März 1979.
Hat York am 12. März 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) StS v[an] W[ell] und D 2 haben Kenntnis, ebenso Dg 22 und Ref[erat] 221 (dort sind Doppel vorhanden). Dg 22 liefert A[ntwort]E[ntwurf] für B[undes]K[anzler] bis 19.3. 2) Doppel an M[inister]B[üro]. (Die fehlende Unterlage – Carter-Brief – befindet sich im Anhang der dort vorliegenden Aufz[eichnung] v[om] 12.3. 221-372-20/4-344/79 geh[eim]). 3) H[errn] Bächmann. 4) W[ieder]v[orlage] 16.3."
Hat Vortragendem Legationsrat Bächmann am 12. März 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Hermes verfügte.
Hat Hermes am 12. März 1979 vorgelegen.
Hat York am 16. März 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[orlage] 19.3."
Hat Legationssekretär Scharioth am 16. März 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Handschriftl[iche] Änderungen an BR I Holik (221) weitergegeben."
Hat York am 19. und 21. März 1979 erneut vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 543 (014); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben des Präsidenten Carter vom 9. März 1979 an Bundeskanzler Schmidt vgl. VS-Bd. 543 (014).

3 Zur sicherheitspolitischen Debatte des Bundestags am 8./9. März 1979 vgl. Dok. 80.

4 Zur Frage begleitender Maßnahmen bei den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 20 und Dok. 63.

zung von out of garrison activities verzichten oder auf die beiden Inspektionen, nicht aber auf beides, ohne das Gesamtpaket zu entwerten. Botschafter Brewster werde heute in London PM Callaghan einen entsprechenden Brief übermitteln.

Präsident Carter wäre für Ratschläge für das Treffen mit Breschnew[5] dankbar.

Bundeskanzler begrüßt Carters Absicht, mit Breschnew über MBFR zu sprechen. Er wäre dankbar, auch über die anderen Punkte eines solchen Treffens informiert zu werden, um zu wissen, in welchem Zusammenhang MBFR diskutiert wird. Ein erfolgreicher Abschluß von SALT II wird die Lage für die MBFR-Verhandlungen verbessern.

Er wirft zwei Fragen im Zusammenhang mit MBFR auf, die im Brief Carters nicht erwähnt werden:

1) Eine Zurücknahme der Option III[6]: Nach seinem ersten Eindruck ist der Brief keine Ouvertüre für einen solchen Schritt, den manche Amerikaner befürworten, der aber die Situation in Wien wesentlich ändern würde.

2) Die Datenfrage: Sie sei schwierig, aber nicht unlösbar. Neue westliche Vorschläge dürften bei der Sowjetunion nicht das Mißverständnis hervorrufen, als sei die Differenz von 150 000 Mann weniger wesentlich, und man könne zu einem Abschluß der Verhandlungen kommen, ohne diese Frage gelöst zu haben.

Er dankt für die Rücksicht auf die deutschen Sorgen, die im Brief zum Ausdruck kommt. Er macht zu den drei erwähnten Maßnahmen folgende Bemerkungen:

1) Out of garrison activities: Er ist erstaunt, daß die Bedenken nur als deutsche Sorge dargestellt werden. Sie leiten sich her aus der allgemeinen Dislozierung der westlichen Truppen im Gegensatz zu der der östlichen. Die westlichen Truppen haben im allgemeinen weit größere Anmarschwege zu ihrem Einsatzort als die östlichen. Eine Begrenzung der out of garrison activities muß daher von den zuständigen militärischen Stellen geprüft werden, die die Einsatzpläne im einzelnen kennen. Diese Frage muß also im Bündnis zunächst vom Military Committee und dem SACEUR geprüft werden. Er hat den Eindruck, daß eine solche Begrenzung vom militärischen Gesichtspunkt aus nicht annehmbar ist.

2) Bodeninspektion und Luftinspektion: Man könne argumentieren, daß die Informationen über die militärische Stärke des Westens recht leicht zu beschaffen seien. Aber die Anwesenheit von etwa 100 ständigen sowjetischen Inspektionsgruppen, die ohne Begrenzungen arbeiten könnten auf dem begrenzten Territorium der Bundesrepublik Deutschland, stelle auch für den Westen ein[7] Problem dar. Vor allem aber für den Osten, für den die Anwesenheit solcher

[5] Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 212.

[6] Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 16. Dezember 1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III) vgl. Dok. 13, Anm. 2.

[7] An dieser Stelle wurde von Legationssekretär Scharioth handschriftlich eingefügt: „psychologisch-innenpolitisches".

Inspektionsgruppen[8] sehr viel stärkere politische und psychologische Folgen haben müsse. Der Osten werde sich daher fragen, ob nicht der Westen mit einem solchen Vorschlag, der in kleinerem Maßstab an den Vorschlag des offenen Himmels der Eisenhower-Administration[9] erinnert, die MBFR-Verhandlungen abwürgen wolle. Solch ein Vorschlag werde vom Osten zumindest nicht als Fortschritt angesehen werden und eine lange Diskussion eröffnen.

Diese vorläufigen Bemerkungen zu Problemen, über die wir noch nachzudenken haben, sollten nicht davon ablenken, daß er, wie er[10] auch im Bundestag gesagt habe, für ein Paket begleitender Maßnahmen sei. Diese Maßnahmen müßten aber von den zuständigen militärischen Stellen geprüft werden, bevor man sie auf den Verhandlungstisch in Wien legt oder an die Öffentlichkeit bringt.

StS van Well erläutert auf Bitte des Bundeskanzlers mögliche Bedingungen, unter denen Inspektionen akzeptabel werden könnten. Wenn einmal Vorschläge, die vom Osten als provokativ empfunden werden, in der Welt seien, sei es innenpolitisch schwierig, sie wieder aufzugeben. Daher sollten Inspektionen von vornherein mit der Frage der Verifikation der Vereinbarungen verknüpft werden und wie bei SALT ein Konsultationsmechanismus zur Behandlung von Beschwerden der einen oder anderen Seite eingeführt werden.

Bundeskanzler meint, daß ein ständiges Konsultationsorgan, das nicht notwendigerweise dauernd tagen müsse, aber z.B. in Wien zusammengerufen werden könne, keine schlechte Idee sei.

Er möchte den Eindruck vermeiden, daß sich die Deutschen für eine Zurücknahme der Option III einsetzen, mit der sie sich nach langem Zögern einverstanden erklärt hatten.

Stoessel betont die Bedeutung der Datenfrage, auf deren Lösung der Westen weiterhin drängen müsse. Der Gedanke eines Paketvorschlags begleitender Maßnahmen sei das Ergebnis einer Suche nach Gebieten, auf denen man vorankommen könne.

StS *van Well* warnt davor, durch Inspektionsmaßnahmen, die weit über die Verifikation hinausgehen, im begrenzten Reduzierungsraum der MBFR die vertrauensbildenden Maßnahmen im weiteren KSZE-Bereich[11] auszuhöhlen. Man dürfe den historischen Gewinn, daß die Sowjetunion bei der KSZE gewisse Kontrollmaßnahmen in ihrem eigenen Territorium akzeptiert habe, nicht leichtfertig aufgeben. Breschnews Vorschlag für einen Nichtangriffspakt[12] beziehe

8 An dieser Stelle wurde von Legationssekretär Scharioth handschriftlich eingefügt: „auf seinem Territorium".

9 Präsident Eisenhower unterbreitete am 21. Juli 1955 Vorschläge für eine internationale Luftinspektion. Vgl. dazu DzD III/1, S. 196–199.

10 An dieser Stelle wurde von Legationssekretär Scharioth handschriftlich eingefügt: „heute".

11 Für den Wortlaut des „Dokuments über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

12 Die Worte „für einen Nichtangriffspakt" wurden von Legationssekretär Scharioth gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „vom 2.3. für die Ankündigung größerer Truppenbewegungen".
Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, erklärte am 2. März 1979 auf einer Wahlveranstaltung in Moskau: „Zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens begannen die Teilnehmer der gesamteuropäischen Konferenz, einander über militärische Manöver in dem betreffenden Raum zu

sich auch auf den weiten KSZE-Bereich. Die Türkei und die Norweger setzten sich für Maßnahmen ein, die in Wien beschlossen werden, aber für den KSZE-Bereich gelten sollten.[13]

Bundeskanzler hält fest, daß er mit der grundsätzlichen Haltung im ersten Teil des Carter-Briefes übereinstimme: Es ist Zeit für eine gewisse Bewegung in Wien.

Er fragt nach den Aussichten von Carters Nahost-Reise.[14] Für dieses mutige Unternehmen habe er dem Präsidenten auch in seiner Bundestagsrede öffentlich Glück gewünscht. Er habe auch Carters SALT-Politik gegen die Opposition verteidigt, die keine[15] Beeinflussung der amerikanischen Ratifikationsdebatte haben[16] wollte. Allerdings habe die Opposition ihn auf anderen Gebieten wiederum aufgefordert, auf die USA Druck auszuüben.

Stoessel weist darauf hin, daß sich Präsident Carter auch für eine shuttle diplomacy bereithalte im Nahen Osten.

Auf Frage des Bundeskanzlers hält er einen Abschluß der SALT-Verhandlungen im April für möglich und meint, daß der Ratifikationsprozeß im Senat vor der Sommerpause abgeschlossen werden sollte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 325

informieren sowie dazu ausländische Beobachter einzuladen. Vielleicht sollte man diese Praxis jetzt erweitern und im voraus nicht nur über Manöver, sondern auch über alle bedeutenden Truppenverschiebungen im Rahmen dieses Gebiets sowie über großangelegte Seekriegsübungen informieren, wenn sie in der Nähe der Gewässer anderer Teilnehmerländer der gesamteuropäischen Konferenz abgehalten werden." Vgl. BRESCHNEW, Wege, Bd. 7, S. 695.

13 Referat 221 notierte am 7. September 1978: „Von den in der NATO erörterten Maßnahmen sind einzelne, besonders die Boden- und Luftinspektion, nur dann akzeptabel, wenn eine Ausdehnung auf sowjetisches Territorium, zumindest die drei westlichen Militärbezirke, erfolgt. Das gleiche Problem stellt sich indirekt bei unserem Vorschlag, vertrauensbildende Maßnahmen der Helsinki-Schlußakte mit verpflichtender Wirkung durch die direkten Teilnehmer bei MBFR übernehmen zu lassen. Die Mehrzahl der Verbündeten steht unseren Vorschlägen skeptisch gegenüber, weil sie reziproke Ausdehnungsforderungen in westlicher Richtung fürchtet. [...] Türken unterstützen unser Anliegen, auch Norweger zeigen sich im Gefolge türkischer Ausweitungsänderung interessiert." Vgl. Referat 221, Bd. 112975.
Am 27. Februar 1979 übermittelte Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), ein türkisches Papier zur Gewährleistung der Flankensicherheit bei einem MBFR-Abkommen. Dazu berichtete Jung, der türkische Sprecher habe bei der Übergabe erklärt, „die Türkei wolle es vor Einführung in die NATO mit den USA, den drei unmittelbar interessierten Flankenstaaten und uns vorkonsultieren". Der türkische Sprecher habe ferner dargelegt, „die Türkei sei unter Aufgabe des bisher von ihr eingenommenen Standpunktes nunmehr bereit, in einem Phase-I-Abkommen bestimmte Verpflichtungen zu übernehmen und A[ssociated]M[easures] mit der gleichen territorialen Begrenzung wie bei der KSZE zu akzeptieren. Es sei die türkische Absicht, durch Mitunterzeichnung des Abkommens ihre Solidarität mit dem Bündnis zum Ausdruck zu bringen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 133; VS-Bd. 11471 (221); B 150, Aktenkopien 1979.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Rückriegel vermerkte dazu am 6. April 1979: „Wir halten das türkische Papier für einen wichtigen Beitrag zum MBFR-Verhandlungskomplex der begleitenden Maßnahmen und begrüßen insbesondere die Ausführungen, daß einige begleitende Maßnahmen nicht nur in dem engen Raum der Reduzierungen, sondern auch in dem geographischen Geltungsbereich der vertrauensbildenden Maßnahmen der KSZE-Schlußakte anzuwenden seien. Gerade diese Gedanken sind eine wertvolle Unterstützung für unsere Vorschläge, die wir in unserem demnächst im SPC einzubringenden Arbeitspapier zu begleitenden Maßnahmen machen werden." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1831 an die MBFR-Delegation in Wien; VS-Bd. 11471 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

14 Präsident Carter hielt sich vom 8. bis 13. März 1979 in Ägypten und Israel auf. Vgl. dazu Dok. 81, Anm. 17.

15 An dieser Stelle wurde von Legationssekretär Scharioth handschriftlich eingefügt: „positive".

16 Dieses Wort wurde von Legationssekretär Scharioth gestrichen.

Bundeskanzler meint, daß der Krieg zwischen China und Vietnam[17] mitgeholfen habe, Washington und Moskau wieder näher zusammenzuführen.

VS-Bd. 543 (014)

75

Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt

114-985/79 geheim **Aufgabe: 9. März 1979, 19.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1022 **Ankunft: 16. März 1979, 18.24 Uhr**

Betr.: Strategie-Diskussion in den USA

Bezug: Schrifterlaß vom 1.3.79 – 02-16I/79 geheim[2]
(SWP-Aufzeichnung 3005 geheim[3])

Hiermit wird eine Zwischenbilanz über die augenblickliche Strategie-Diskussion in den USA vorgelegt, die ich gleichzeitig als erste Stellungnahme zu der Aufzeichnung der SWP zu verstehen bitte:

1) Die hiesige Diskussion über die Strategie der USA und der Allianz hat den Charakter einer Grundsatzdiskussion, auch wenn viele Aussagen durch ihren Bezug zu aktuellen Fragen, z.B. SALT oder den US-Verteidigungshaushalt[4], eher taktischer Natur sind.

17 Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 2.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 19. März 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann „n[ach] R[ückkehr]", Legationsrat I. Klasse von Nordenskjöld sowie an die Legationsräte I. Klasse Daerr und Rupprecht verfügte.
Hat Hofmann am 26. März 1979 vorgelegen.
Hat Nordenskjöld und Daerr am 27. März 1979 vorgelegen.
Hat Rupprecht vorgelegen.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Haas teilte am 1. März 1979 der Botschaft in Washington, der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel und der MBFR-Delegation in Wien mit: „Hiermit wird eine Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik über ‚Anmerkungen zur Entwicklung der nuklearen Debatte in der Carter Administration' übersandt mit der Bitte, aus dortiger Sicht zu den Erkenntnissen des Verfassers Stellung zu nehmen." Vgl. VS-Bd. 11595 (02); B 150, Aktenkopien 1979.

3 Für die Aufzeichnung „Anmerkungen zur Entwicklung der nuklearen Debatte in der Carter-Administration" des Mitarbeiters der Stiftung Wissenschaft und Politik, Stratmann, vom Februar 1979 vgl. VS-Bd. 11595 (02).

4 Referat FüS II 4 des Bundesministeriums der Verteidigung vermerkte am 29. Januar 1979: „Bei der Gestaltung des Verteidigungshaushalts F[iscal]Y[ear] 1980 waren vermutlich folgende Faktoren von Einfluß: Einhalten der gegenüber der NATO eingegangenen Verpflichtung, die Verteidigungshaushalte um real drei Prozent zu erhöhen. Zwang zu einer außerordentlich restriktiven Haushaltsgestaltung begründet durch eine in den letzten Monaten wieder steigende Inflationsrate. Wachsendes Bedrohungsbewußtsein in den USA, das neuerdings durch Zweifel an der Erhaltung einer quantitativen Gefechtskopfparität bei Interkontinentalwaffen für die Mitte der 80er Jahre sogar gesteigert wurde. Erwarteter Widerstand im Kongreß gegen die Ratifizierung eines SALT-II-Abkommens bei nach Ansicht der Kongreßabgeordneten mangelnder Berücksichtigung amerikanischer Interessen. Notwendigkeit, die Option zu erhalten, gegebenenfalls die globale Außen- und Si-

Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, daß sich das strategische Umfeld der 80er Jahre von dem unterscheiden wird, in dem die derzeit gültige Verteidigungskonzeption[5] in den 60er Jahren entwickelt wurde.

Auf die zahlreichen Vorschläge und Beiträge, die von operativen Planern, den für Beschaffung neuer Systeme Zuständigen und den sicherheitspolitischen Experten eingebracht wurden, steht eine konzeptionelle, die komplexen Elemente zusammenfassende Reaktion des Präsidenten noch aus. Eine Analyse des von Verteidigungsminister Brown vorgelegten und vom Präsidenten gebilligten Verteidigungshaushalts 1980 wie auch der jüngsten Rede Carters in Atlanta[6] oder etwa des Beitrags von Resor auf der Wehrkundetagung in München[7] lassen jedoch erkennen, daß mit einer grundsätzlichen, strategischen Umorientierung der USA mittelfristig nicht gerechnet zu werden braucht. Immerhin wird aber deutlich, daß sich einige Akzente angesichts der bereits eingetretenen und künftig erwarteten Veränderungen im strategischen Umfeld verschieben. Ob daraus, wie Le Monde kürzlich schrieb, eine „Doktrin Carter" wird[8], erscheint allerdings zweifelhaft. Eine solche These dürfte nicht genügend berücksichtigen, daß Carters Engagement für die Begrenzung der mit der Nuklearrüstung verbundenen Gefahren unverändert stark ist. Hierin sehe ich auch einen wesentlichen Grund, warum der Präsident sich bisher jedem Drängen auf konzeptionelle Grundsatzentscheidungen widersetzt hat.

2) Entwicklungstendenzen:

– Ungeachtet gelegentlicher Rückfälle in die Diktion der Zeit strategischer Überlegenheit (Carter in Atlanta: We have the world's strongest military forces) setzt sich der Prozeß fort, Konsequenzen aus dem veränderten Kräfteverhältnis zwischen USA und SU zu ziehen. Wurde dies früher, z.B. in den Budgetvorlagen von Rumsfeld, eher durch statische Indikatoren charakterisiert, werden heute voraussichtliche Einsatzoptionen gegenübergestellt. Dabei wird die rüstungskontrollpolitische und politisch-perzeptionelle Relevanz von numerischer Parität durchaus nicht bestritten. Als Planungsmaßstab für die Verteidigungskräfte wird sie jedoch abgelehnt. „If US-forces are relevant to some specific contingency and can defeat a specific enemy, presumably

Fortsetzung Fußnote von Seite 327

cherheitspolitik der USA mit angemessenen militärischen Mitteln zu stützen. Die Administration Carter hat für das FY 1980 einen Haushalt vorgelegt, der die Teile in Öffentlichkeit und Kongreß, die für eine starke Verteidigung eintreten und die Bedrohung sehr kritisch einschätzen, eher befriedigen wird. Besonders der Mittelanstieg für strategische Streitkräfte um 25,6 Prozent und das überdurchschnittliche Ansteigen der Ausgaben für Führungs- und Fernmeldemittel müssen hier hervorgehoben werden. Diese Bewertung gewinnt noch an Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß das Verteidigungsministerium, soweit bekannt, als einziges Ressort eine reale Steigerungsrate bei seinen Ausgaben hat." Vgl. Referat 201, Bd. 120160.

5 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 3, Anm. 14.

6 Präsident Carter sprach am 20. Februar 1979 vor dem Georgia Institute of Technology in Atlanta. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 300–306.

7 Am 17./18. Februar 1979 fand in München die XVI. Internationale Wehrkunde-Tagung statt.

8 Anläßlich des Aufenthalts des Präsidenten Carter vom 14. bis 16. Februar 1979 in Mexiko wurde in der Presse berichtet: „Mais il est un point sur lequel M. Carter a beaucoup insisté, s'il n'a pas à proprement parler innové: c'est la défense des droits de l'homme et un souci affirmé de démocratisation des institutions. [...] Pourtant, les responsables du département d'État et de la Maison Blanche admettent aujourd'hui que le bilan de cette U.S. policy on human rights en Amérique latine est encore bien modeste, sinon même franchement décevant. Pourtant, de leur propre aveu, l'Amérique latine est devenue le ‚principal champ d'application' de la doctrine Carter." Vgl. den Artikel „M. Carter et l'Amérique latine"; LE MONDE vom 15. Februar 1979, S. 6.

they contribute to credible deterrents, no matter what static comparisons might show about particular false elements" (Harold Brown, Verteidigungshaushalt 1980).[9]

Dieses Zitat macht einen veränderten verteidigungspolitischen Ansatz – bei im Grundsatz unveränderter Doktrin – deutlich. Bei ihm kommt es nicht in erster Linie auf Schadensoptimierung an, sondern – und hierin liegt eine deutliche Annäherung an die strategische Denkweise der SU – auf die Fähigkeit, den Feind im Fall eines Versagens der Abschreckung wehrlos machen zu können.

Diese Rückbesinnung auf Clausewitz zwingt dazu, das „Undenkbare" und bisher „Ungedachte" zu durchdenken.[10] Die Entscheidung Carters vom 29.9.78 über ein neues Zivilverteidigungsprogramm (PD 41), mit der erstmals auch die Zivilverteidigung als Faktor der strategischen Balance anerkannt wurde, ist ein Element dieses Prozesses. Für das Haushaltsjahr 1980 sind 108,6 Mio. Dollar angefordert[11], in den Jahren 1980 bis 1984 sollen durchschnittlich 230 Mio. Dollar für Zivilverteidigung aufgewandt werden.[12]

Verglichen mit den von der CIA ermittelten Aufwendungen der SU für Zivilverteidigung ist dies ein äußerst bescheidenes Programm. Strategisch relevant aber ist der Grundgedanke, daß der amerikanische Präsident über Optionen (Evakuierung von Ballungsräumen) verfügen muß, die der sowjetischen Führung bereits seit längerem zur Verfügung stehen.

Nach allem, was bisher bekannt ist, werden die Ansätze auch in den anderen Bereichen nicht revolutionärer Natur sein. Schon das Beharrungsvermögen – warum etwas ändern, was zu funktionieren scheint – wird dafür Sorge tragen, daß sich die Überlegungen letztlich darauf konzentrieren, die Implementierbarkeit der Strategie sicherzustellen, nicht aber, eine neue Strategie zu entwerfen.

– Auch wenn in Washington die Meinungsbildung hierzu noch nicht abgeschlossen ist, kann man sagen, daß die europäischen Sorgen über die wachsende Mittelstreckenbedrohung heute nicht mehr nur als politisch-perzeptionelles, sondern auch als militärisches Problem verstanden werden. Wir erkennen die grundsätzliche Bereitschaft Washingtons, die – jahrelang aufgeschobenen – Konsequenzen daraus zu ziehen, daß die SU nicht nur eine Supermacht im globalen Maßstab, sondern auch eine europäische Regionalmacht ist. Jahrzehntelang glaubte man, angesichts des Gesamtkräfteverhältnisses zwischen Ost und West hinnehmen zu können, daß die SU aus ih-

9 Für den Wortlaut des Jahresberichts, den der amerikanische Verteidigungsminister Brown am 25. Januar 1979 vor dem Kongreß gab, vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 413–440.

10 Vgl. dazu Herman Kahn, Thinking about the unthinkable, London 1962.

11 Flottillenadmiral Seizinger, Washington, hielt am 20. Januar 1979 fest: „Obwohl Präsident Carter mit der P[residential]D[irective] 41 eine Erhöhung der Ausgaben für Civil Defense ankündigte, wird in dem Gesamthaushalt nur eine Steigerung um 18 Mio. Dollar = ca. 17 Prozent enthalten sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 268; Referat 201, Bd. 120160.
Am 30. März 1979 vermerkte Seizinger in seinem Jahresbericht, daß die „Notwendigkeit zum Ausbau eines wirkungsvollen Civil-Defense-Systems" erkannt worden sei: „Der Präsident billigte ihm in einer PD strategische Bedeutung zu. Die Maßnahmen zu einer Verbesserung des Zivilschutzes waren allerdings nicht beeindruckend und werden zunächst allenfalls eine schnellere Evakuierung der Bevölkerungszentren ermöglichen." Vgl. Referat 201, Bd. 120161.

12 Zu diesem Abschnitt vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „Tropfen auf dem heißen Stein. Nur eine Geste. Das Programm ist noch nicht durch den Kongreß."

rem Status als Regionalmacht über einseitige Vorteile (regionale Überlegenheit im konventionellen und Mittelstreckenbereich) verfügte.
Die Veränderungen im strategischen Kräfteverhältnis lassen sie heute als nicht mehr tragbar erscheinen. In Washington wird heute anerkannt, daß es sich hierbei nicht nur um eine Sorge der Europäer, sondern um ein Problem des ganzen Bündnisses handelt. Es wäre deshalb aus hiesiger Sicht ein Fehler, diese regionale Aspekte betonende Diktion mit Abkoppelung gleichsetzen zu wollen. Die Glaubwürdigkeit des Kontinuums zwischen nuklear-strategischen, nuklear-taktischen und konventionellen Kräften hängt davon ab, daß das Risiko des Einsatzes von Nuklearwaffen durch die US in einem ausgewogenen Verhältnis stehen muß zu dem, was für sie durch Fortsetzung des Krieges ohne einen solchen Einsatz auf dem Spiele steht. Unter Anlegung dieses Maßstabs wäre die Implementierbarkeit der Strategie und damit die Aufrechterhaltung der Koppelung erst sichergestellt, wenn die westlichen Teile der SU in gleicher Weise als Teil des möglichen europäischen Kriegsschauplatzes behandelt werden wie das übrige Europa.
Die Frage, wie der militärische Bedarf der Allianz im Mittelstreckenbereich quantifiziert werden soll, ist objektiv schwer zu beantworten. In Washington wird die Zielplanung als ein hilfreiches, aber nicht allein entscheidendes Kriterium angesehen. Die aktive Rolle der USA in NPG, HLG sowie ihr Interesse an der Special Working Group[13] beweisen ihre Bereitschaft, die Lösung der verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Probleme der Allianz voranzutreiben.

– Alle Gespräche, die in der letzten Zeit geführt wurden, haben deutlich gemacht, mit welchem Interesse Washington die Auffassungen der europäischen Verbündeten zur Kenntnis nimmt. Aus der amerikanischen Erwartung europäischer Mitwirkung auf fehlende Bereitschaft zur Führung in der Allianz oder Entscheidungsschwäche des Präsidenten schließen zu wollen, halte ich für nicht richtig. Sicherlich hat die Administration die Komplexität der anstehenden Fragen zunächst unterschätzt. Nach einem schmerzhaften Prozeß, bei dem die einsame Entscheidung Carters über die Neutronenwaffe[14] einen, wie man jetzt[15] hier offen zugibt, unrühmlichen Höhepunkt bildete, ist man jetzt entschlossen, nach intensiver Konsultation zu Bündnisbeschlüssen zu kommen, die die politische Solidarität der Allianz dokumentieren und festigend ihre Verteidigungskraft im erforderlichen Maße stärken.

[gez.] Staden

VS-Bd. 10497 (201)

13 Zum Vorschlag der Bundesregierung zur Einrichtung einer Special Group der NATO vgl. Dok. 45 und Dok. 65.

14 Zur Erklärung des Präsidenten Carter vom 7. April 1978 vgl. Dok. 13, Anm. 8.

15 Korrigiert aus: „einen, man jetzt".

76

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

220-370.27/02-347/79 VS-vertraulich **12. März 1979**[1]

Herrn Staatssekretär[2] mit der Bitte um Zustimmung zur Miteinbringerschaft des niederländischen Brandwaffenvorschlags vorgelegt

Betr.: VN-Waffenkonferenz;
hier: Deutsche Miteinbringerschaft des niederländischen Brandwaffenvorschlags auf zweiter Session Vorkonferenz der VN-Waffenkonferenz

Bezug: Plurez Nr. 969 vom 23.2.1979 – 220-370.27/02 – über NATO-Konsultationen am 21./22. Februar[3]

Anlg.: 1) Revidierter Text des NL-Brandwaffenvorschlags[4]
2) Plurez Nr. 969 vom 23.2.1979 – 220-370.27/02[5]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron und Legationsrat I. Klasse Mützelburg konzipiert.
Hat Citron am 16. März 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Auch BMVtg (BM) stimmt zu."

2 Hat Staatssekretär van Well am 15. März 1979 vorgelegen.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron resümierte am 23. Februar 1979: „Schwerpunkt der zweitägigen, sehr intensiven NATO-Konsultationen waren Fragen des Entscheidungsfindungsmechanismus und der Minen- und Brandwaffenvorschläge sowie der Organisation der zweiten Vorkonferenz (VK). [...] In den Substanzfragen gelang es, grundsätzliche Übereinstimmung über die Unterstützung der UK-Minenresolution zu erzielen. Eine Einigung über einen NATO-einheitlichen Brandwaffenvorschlag konnte jedoch nicht herbeigeführt werden, da die US noch nicht in der Lage waren, den von allen übrigen Allianzpartnern für annehmbar gehaltenen NL-AU[stralien]-Brandwaffenvorschlag zu akzeptieren. US-Delegation sagte zu, eigene Position im Lichte der auf Konsultation vorgetragenen Argumente erneut zu überprüfen und möglichst schnell politische Entscheidung herbeizuführen." Vgl. den Runderlaß; VS-Bd. 10745 (500); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für die Anlage zum Schreiben des Bundesministers Apel vom 8. Januar 1979 an Bundesminister Genscher vgl. VS-Bd. 11298 (220).
Ministerialdirektor Blech notierte am 15. November 1978, der ersten Vorkonferenz der UNO-Waffenkonferenz vom 28. August bis 15. September 1978 in Genf seien ein niederländischer und ein norwegisch-dänischer Entwurf für das Verbot von Brandwaffen vorgelegt worden: „Für uns sind beide Resolutionsentwürfe in der bisherigen Form nicht annehmbar. Unser Hauptbedenken gegenüber dem niederländischen Vorschlag liegt darin, daß dieser in seinem Paragraphen 2c eine geographisch definierte Ausnahmeregelung für das allgemeine Verbot des Flammenwaffeneinsatzes (Napalm) durch die Luftwaffe vorsieht, welche es gestattet, im Kampfgebiet militärische Ziele innerhalb von Konzentrationen der Zivilbevölkerung anzugreifen. Diese Regelung benachteiligt den Verteidiger, weil für ihn Anwendungsbeschränkungen hinsichtlich der rückwärtigen Gebiete gelten sollen, die für den Angreifer im Kampfgebiet nicht gelten. Der norwegisch-dänische Entwurf enthält ebenfalls ein Napalmeinsatzverbot mit Ausnahmeregelung, welche nicht befriedigt, weil sie an die Piloten kaum erfüllbare Anforderungen stellt und sie daher im Verteidigungsfall dem Risiko der Völkerrechtsverletzung aussetzt. Bei der NATO-Konsultation am 9. November zur Vorbereitung der zweiten Session der V[or]K[onferenz] brachten die Autoren beider Resolutionsentwürfe ihre Bereitschaft zum Ausdruck, einen gemeinsamen, für alle NATO-Partner akzeptablen Vorschlag zu erarbeiten. [...] Als Ergebnis der Konsultation machten die Niederländer den Vorschlag, eine klare, unmißverständliche, auf dicht besiedelte Wohngebiete beschränkte Verbotsregelung für den Luftwaffeneinsatz von Napalm durch Streichung der bisherigen Ausnahmeregelung vorzusehen." Vgl. Referat 220, Bd. 112953b.

5 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Vgl. Anm. 3.

3) Abschlußbericht der ersten Vorkonferenz[6]
4) Schreiben BM Genscher an BM Apel vom 22.11.1978 – 220-370.27/02[7]
Schreiben BM Apel an BM Genscher vom 8.1.1979 – 139/79 VS-v – (348/79 VS-v)[8]

1) Brandwaffenproblematik (Napalm!) ist – nicht zuletzt wegen der durch die jüngsten kriegerischen Auseinandersetzungen hervorgerufenen Emotionalisierung der Weltöffentlichkeit – das politische Schlüsselproblem der VN-Waffenkonferenz. Sollte es im Rahmen der VN-Waffenkonferenz gelingen, eine internationale Vereinbarung über die Anwendungsbeschränkung von Brandwaffen herbeizuführen, wird die Konferenz selbst von humanitären Wortführern wie Schweden als Erfolg bewertet werden.

2) Wegen dieser herausragenden Bedeutung der Brandwaffen war es besonders problematisch, daß sich die NATO-Staaten vor und während der ersten Vorkonferenz (28. August bis 15. September 1978) nicht auf einen gemeinsamen Brandwaffenvorschlag einigen konnten. NL/AUS und DK/NO brachten vielmehr zwei beträchtlich voneinander abweichende Resolutionsentwürfe in die erste Vorkonferenz ein.

3) Die der Vorbereitung auf die zweite Vorkonferenz (19. März bis 12. April 1979) dienenden Bündniskonsultationen waren daher im Substanzbereich darauf konzentriert, einen für alle Bündnispartner annehmbaren Brandwaffenvorschlag zu erarbeiten. Nachdem wir uns schon im Januar d.J. in der Lage sahen (siehe Anlage 4), einem revidierten niederländischen Text zuzustimmen, haben uns die USA nunmehr unterrichtet, daß auch sie dem NL-Vorschlag unter der Voraussetzung zustimmen könnten, daß das Schutzobjekt („concentration of civilians") entsprechend einer von ihnen vorgeschlagenen Formulierung definiert werde. Sie könnten sich dem entsprechend modifizierten Resolutionsentwurf allerdings nur unter dem Vorbehalt anschließen, daß dieser Text die gemeinsame und endgültige NATO-Position darstelle.

4) BMVg und AA sind der Auffassung, daß die von den USA vorgeschlagene Definition der „concentration of civilians" annehmbar ist. Auch die Niederlande haben uns zwischenzeitlich mitgeteilt, daß sie dem amerikanischen Änderungsvorschlag zustimmen können. Zugleich haben sie uns gefragt, ob wir, falls wir diese Modifikation ebenfalls akzeptieren könnten, bereit seien, den revidierten NL-Resolutionsentwurf auf der zweiten Vorkonferenz formell mit ein-

6 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Vom 28. August bis 15. September 1978 fand in Genf die erste Vorkonferenz der UNO-Waffenkonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 290.

7 Dem Vorgang nicht beigefügt.
In dem Schreiben führte Bundesminister Genscher aus: „Alle bisher diskutierten Alternativen enthielten entweder nur begrenzte humanitäre Verbesserungen, die nicht einmal im Bündnis durchsetzbar waren, oder aber – nach Auffassung Ihres Hauses – inakzeptable Limitierungen militärisch erforderlicher Einsatzoptionen. Hinzu kommt, daß alle denkbaren Ausnahmeregeln im Verteidigungsfall zu Lasten des Soldaten gehende rechtliche Auslegungsprobleme sowie Präzedenzfälle für in Zukunft zu erwartende Verhandlungen über andere Waffenkategorien schaffen würden. Ich möchte Sie daher bitten, Ihre Zustimmung zur Unterstützung des niederländischen Vorschlags zu geben." Vgl. Referat 220, Bd. 112953 b.

8 Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 11298 (220).

zubringen. Sie baten nach Möglichkeit um Benachrichtigung vor Beginn der zweiten Vorkonferenz (19. März).

5) Folgende Gründe sprechen für unsere Miteinbringerschaft:

- Durch eine Miteinbringerschaft würden wir auch nach außen dokumentieren, daß wir diesen Vorschlag solidarisch mittragen.
- Da der Vorschlag die Zivilbevölkerung in beträchtlichem Umfang schützt, würden wir durch eine Miteinbringerschaft unserem humanitären Engagement Glaubwürdigkeit verleihen.
- Als Miteinbringer hätten wir bei künftigen Diskussionen über den Text ein größeres Mitspracherecht.
- Als Miteinbringer nicht nur der Vorschläge über nicht entdeckbare Splitter- und Landminen, sondern auch eines Brandwaffenvorschlags würden wir wohl endgültig den bei manchen Delegationen noch vorhandenen Eindruck beseitigen, daß die Bundesrepublik Deutschland bei der Waffenkonferenz zu den restriktivsten Staaten gehöre. Dadurch gewänne unsere Stimme insgesamt an Gewicht.
- Mit unserer formellen Miteinbringerschaft würden wir die vielfach gezeigte Bereitschaft der NL honorieren, unseren Bedenken Rechnung zu tragen.

Es wird daher empfohlen, den NL unsere formelle Miteinbringerschaft anzubieten.

Referat 500 hat telefonisch zugestimmt. Das BMVg legt derzeit eine Vorlage mit gleichem Wortlaut Herrn StS Schnell vor.[9]

Blech

VS-Bd. 11298 (220)

9 Vom 19. März bis 12. April 1979 fand in Genf die zweite Vorkonferenz der UNO-Waffenkonferenz statt. Botschafter Robert, z. Z. Genf, berichtete am 7. April 1979: „NL und Australien begründeten das von ihnen eingebrachte ‚Draft proposal on incendiary weapons' [...]. NL-Vertreter wies darauf hin, daß – außer den Einbringern – eine Vielzahl von Staaten an Gliederung und Inhalt der Vorlage mitgearbeitet hätten. Es handele sich [...] um einen Kompromiß, der für einige das Maximum dessen darstelle, was noch unterstützt werden könne. NL-Vertreter appellierte deshalb sehr eindringlich an die Kompromißbereitschaft derer, die umfassenderen Schutz gegen die Wirkung von Brandwaffen anstreben." Robert führte weiter aus, daß die Bundesrepublik, Großbritannien und die USA die Vorlage als „akzeptablen Kompromißvorschlag" unterstützen würden, „wobei USA betonten, daß für sie keinerlei weiterer Spielraum mehr existiere". Vgl. den Drahtbericht Nr. 746; Referat 220, Bd. 116876.

77

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut

300-440.70 SOM-234/79 VS-vertraulich **12. März 1979**[1]

Herrn Staatssekretär[2] mit der Bitte um Zustimmung

Betr.: Zusammenarbeit mit Somalia auf Gebieten der Sicherheit, insbesondere Ausrüstungshilfe

Entscheidungsvorschlag:

1) Die Ausrüstungshilfe für die somalische Polizei wird fortgesetzt.

2) Als Ausfluß einer moralischen Verpflichtung im Anschluß an die Flugzeugentführung nach Mogadischu[3] erfolgt eine zeitlich und fachlich begrenzte Ausbildung einer somalischen Polizeieinheit zur Terrorismusbekämpfung durch die GSG 9.

3) Somalische Wünsche hinsichtlich einer geheimdienstlichen Zusammenarbeit sind ausschließlich auf den BND zu beschränken und sollen auf das übliche Maß an Kontakten reduziert werden.

4) Die beteiligten Ressorts informieren sich laufend über die Entwicklung der Zusammenarbeit mit Somalia in Sicherheitsfragen.

I. Sachstand:

1) Somalia erhält seit 1962 für seine Polizei Ausrüstungshilfe, die vom Bundesministerium der Verteidigung durchgeführt wird. Ingesamt wurden hierfür bisher DM 38 Mio. bereitgestellt und wie folgt verwendet:

752 Kfz einschließlich Ersatzteile,

2 Kfz-Zentralwerkstätten,

7 Kfz-Provinzwerkstätten,

10 Funkfernschreibstationen,

1 Fernmeldewerkstatt,

2 Flugzeuge Do-28 „Sky Servant",

5000 m Khaki-Stoff.

Außerdem wurden 218 Wohnungen für Polizeiangehörige gebaut.

Seit 1963 hält sich zur Abwicklung der Hilfe eine Beratergruppe der Bundeswehr – zur Zeit sechs Soldaten – in Mogadischu auf. Auf kraftfahr-, fernmelde- und flugtechnischem Gebiet wurden vom Bundesministerium der Verteidigung 46 somalische Polizeiangehörige ausgebildet.

2) Aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat das Bundesministerium des Innern zwischen 1969 und 1972 acht somali-

[1] Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pagenstert und Vortragendem Legationsrat Lambach konzipiert.

[2] Hat Staatssekretär van Well am 13. März 1979 vorgelegen.

[3] Zur Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut" vgl. Dok. 69, Anm. 7.

sche Polizeiangehörige ausgebildet (Grundausbildung BGS, Kfz, Fernschreibwesen, Fernmeldewesen, allgemeine Polizeiaufgaben).

3) Nach der im Zusammenhang mit der Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut" von somalischer Seite geleisteten Hilfe äußerte Somalia anläßlich des Besuchs des somalischen Sicherheitschefs, General Ahmed Suleiman Abdullah, im Mai 1978 im Bundesministerium des Innern und im Bundeskanzleramt[4] den Wunsch nach umfassender Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit einschließlich des Grenzschutzes zu Lande und zu Wasser.

4) Das Auswärtige Amt hat schriftlich und in Besprechungen auf Referentenebene mit dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesministerium der Verteidigung folgende Linie vertreten:

- Die Ausrüstungshilfe durch das BMVg für die somalische Polizei wird fortgesetzt.
- Es bestehen keine Bedenken gegen ein Engagement des BMI in Somalia mit Mitteln der Ausrüstungshilfe in folgenden Bereichen:
  - allgemeine Polizeiangelegenheiten,
  - Kriminalpolizei,
  - Verkehrswesen.
- Abgelehnt wird wegen der Grenzkonflikte mit Nachbarstaaten[5] eine Hilfe für den somalischen Grenzschutz zu Lande und zu Wasser.
- Hingenommen wird eine Kurzausbildung durch die GSG9 als moralische Verpflichtung nach Mogadischu.
- Ein Ressortabkommen zwischen BMI und somalischen Stellen wäre auf die Ausrüstungshilfe zu beschränken. Partner des Abkommens darf nicht der somalische Sicherheitsdienst (NSS[6]) sein. Wegen der dortigen umfassenden

4 Der Leiter der somalischen Sicherheitsbehörden, Abdallah, hielt sich vom 15. Mai bis 15. Juni 1978 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt und Staatsminister Wischnewski am 23. Mai 1978 vgl. die Gesprächsaufzeichnungen; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 45; B 150, Aktenkopien 1978.

5 Zum äthiopisch-somalischen Konflikt um den Ogaden vgl. Dok. 9, Anm. 4.
Botschafter Metternich, Mogadischu, berichtete am 27. Februar 1979 zur Entwicklung der Beziehungen zwischen Äthiopien und Somalia im vergangenen Halbjahr: „Im Verhältnis zu Addis Abeba ist ein Ausgleich nicht in Sicht. Im Berichtszeitraum gab es wiederholt akute Krisensituationen, insbesondere wegen verstärkter Kampfhandlungen im Ogaden und entsprechender Retorsionsmaßnahmen (Luftangriffe) auf das hierfür verantwortlich gehaltene Somalia. Die hier wiederholt behauptete äthiopische Invasionsgefahr konnte nicht nachgewiesen werden [...]. Der Flüchtlingsstrom, diesmal aus den äthiopischen Südprovinzen Sidamo und Bale, ist wieder angeschwollen. Für Schlichtungsbemühungen von dritter Stelle, etwa durch erneute Einschaltung des unter kenianischem Vorsitz stehenden OAU-Vermittlungsausschusses, ist vorerst kein Raum, zumal Somalia keinerlei Bereitschaft zeigt, auf die äthiopischen Forderungen (Territorialverzicht, Reparationsleistungen) einzugehen." Zu den Beziehungen zwischen Kenia und Somalia berichtete Metternich: „Gegenüber Kenia bemühte sich Somalia [...] um Verbesserung der Atmosphäre. [...] Gegen Kenia wurden auch weiterhin weder ‚Entkolonisierung' noch (dieser Punkt allerdings unscharf) das Selbstbestimmungsrecht für die dort lebenden Somalen gefordert. Mogadischu drängte allerdings wie bisher auf die Abschaffung (hier nicht nachprüfbarer) anti-somalischer Diskriminierungen, womit die Zugehörigkeit der somalischen Volksgruppe zum kenianischen Staatsverband nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde. Einer Annäherung zwischen Somalia und Kenia steht aber die somalische Weigerung im Wege, auf Territorialforderungen klar zu verzichten." Vgl. den Schriftbericht Nr. 119; Referat 320, Bd. 125209.

6 National Security Service.

Zuständigkeit von Sicherheitschef Abdallah soll ein Abkommen nur durch die somalische Botschaft in Bonn unterzeichnet werden.

– Im übrigen wird der NSS auf den BND verwiesen.

5) Inzwischen sind die somalischen Wünsche bei einem Besuch einer BMI-Delegation in Mogadischu am 30.11.1978 wie folgt präzisiert worden[7]:

– Hilfe für somalische Kriminalpolizei: Polizeieinsatzwagen, Fernmeldezentrale, Kriminallabor und materialbegleitende Ausbildung.

– Ausbildung von etwa 30 bis 50 Polizeibeamten in Terrorismusbekämpfung, insbesondere Personenschutz durch die GSG 9 in Somalia für etwa sechs Monate. Ein VS-Vermerk des BMI mit genaueren Angaben hierzu steht noch aus.

– Hilfe für die Verkehrspolizei, insbesondere Verkehrsschulung und Lieferung von Unfallwagen.

6) Der Auswärtige und der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages haben inzwischen für die Jahre 1979–81 die Ansätze von DM 10,5 Mio. (BMVg-Programm) und DM 4,5 Mio. (BMI-Programm) als Ausrüstungshilfe für Somalia gebilligt.

II. Wertung:

Die Ausrüstungshilfe hat sich auch im Falle Somalias bewährt. In den langen Jahren ständig wachsenden Einflusses des Ostblocks auf Somalia stellte diese Hilfe eine der wenigen verbliebenen Bindungen Somalias an das westliche Lager dar. Die Erhöhung der Ausrüstungshilfe ist durch den Abzug der Ostblockstaaten[8] gerechtfertigt. Allerdings erfordert die veränderte Situation auch eine klare Abgrenzung gegenüber somalischen Wünschen nach einem möglichst lückenlosen Einstieg in die Bereiche, aus denen der Ostblock seine Berater nunmehr abgezogen hat.

[7] Botschafter Metternich, Mogadischu, berichtete am 11. Dezember 1978 über den Besuch einer Delegation des Bundesministeriums des Innern Ende November 1978 in Somalia: Es sei „nicht zu verkennen, daß eine vertiefte Zusammenarbeit im Bereich gewisser BMI-Kompetenzen sensiblere Gebiete berühren muß als etwa die Ausrüstungshilfe des BMVg. Tatsächlich ist, auch unter Berücksichtigung der zumindest theoretischen, von den Somalen geschickt unterstrichenen Trennung zwischen Polizei und Sicherheitsdienst (NSS), die Personalunion der ersteren mit dem letzteren in der Person des Sicherheitschefs Ahmed Suleiman Abdallah nicht zu übersehen, ebensowenig der Umstand, daß die Methoden des NSS, wie der hiesigen Regierung überhaupt, ihre östlichen Vorbilder kaum verleugnen können. [...] In dieser Situation sollte aus genannten Gründen eine deutsch-somalische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung ganz gewiß zustande kommen, aber möglichst restriktiv ausgelegt und möglichst zügig durchgeführt werden. Konkret hieße dies eine zahlenmäßig möglichst schwache und zeitlich beschränkte deutsche Personalpräsenz vor Ort sowie ein Zeitlimit für die Projektabwicklung bis allerspätestens 1981. Alsdann könnte die Ausrüstungshilfe für Somalia wieder allein dem BMVg überlassen und ggf. in diesem Rahmen aufgestockt werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 499; VS-Bd. 11136 (300); B 150, Aktenkopien 1978.

[8] Legationsrat I. Klasse Libal, Mogadischu, berichtete am 14. November 1977: „Das Zentralkomitee der regierenden Einheitspartei RSPS hat am 13.11.1977 folgende Entscheidungen gefällt: 1) Der somalisch-sowjetische Freundschaftsvertrag vom 11.7.1974 ist nunmehr null und nichtig. Somalia kündigt ihn seinerseits auf. 2) Alle Einrichtungen ('facilities') militärischer Natur, die der Sowjetunion bisher auf dem Territorium und in den Gewässern Somalias zur Verfügung standen, werden dieser Verfügung sofort entzogen. 3) Alle militärischen und zivilen sowjetischen Experten werden gebeten, das Land innerhalb einer Woche zu verlassen. [...] Das ZK beschloß ferner, die diplomatischen Beziehungen mit Kuba abzubrechen. Alle kubanischen Diplomaten und Experten wurden gebeten, das Land innerhalb 48 Stunden zu verlassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 205; Referat 422, Bd. 121370.

Eine Identifizierung mit dem von östlicher Seite aufgebauten somalischen Geheimdienst NSS, der in der somalischen Bevölkerung weitgehend unbeliebt ist, muß vermieden werden. Zu rechtfertigen ist nur eine Hilfe in den klassischen Bereichen der Ordnungspolizei. Insofern kann die Ausrüstungshilfe an Somalia im Polizeibereich einen Beitrag zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Förderung einer demokratischen Entwicklung darstellen.

Der Grenzkonflikt mit Äthiopien und die latenten Spannungen mit anderen Nachbarstaaten sowie die Möglichkeiten innenpolitischer Veränderungen im nicht spannungsfreien Somalia erfordern eine erhöhte Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amts hinsichtlich aller Kontakte mit Somalia im Bereich der Sicherheit. Die Zusammenarbeit der GSG 9 ist daher auf ein notwendiges Minimum zu beschränken, ebenso wie Kontakte des BND zum NSS.

Eine ständige gegenseitige Information der auf deutscher Seite Beteiligten entspricht dem Interesse des Auswärtigen Amts.

Meyer-Landrut

VS-Bd. 11136 (300)

78

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hansen

02-371.80-21/79 geheim **12. März 1979**[1]

Betr.: Grauzone

1 a) Seit Beginn der sogenanntem Grauzonendiskussion ist herausgestellt worden, daß die sowjetische Überlegenheit bei nuklearen Mittelstreckensystemen ihre eigentliche Bedeutung aufgrund der sich auf „strategischer" Ebene, gemeint sind damit die bei SALT erfaßten zentralen Systeme, entwickelnden Parität gewänne. Dabei ist der SALT-Prozeß für diese Parität verantwortlich gemacht worden. Die Bedeutung dieser Parität für die Mittelstrecke liege darin, daß sich aus ihr eine Neutralisierung der zentralen Systeme ergebe.

Die oberste Ebene der nuklearen Eskalation sei gewissermaßen nicht mehr betretbar. Die Überlegenheit der SU auf der Mittelstrecke, der dann obersten nutzbaren Ebene der Eskalation, sei deshalb mit einer Überlegenheit der SU insgesamt gleichzusetzen. Das amerikanische ICBM-, SLBM- und Langstrek-

[1] Ablichtung.
Hat Staatssekretär van Well am 18. März 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] D 2 + L[eiter]PL[anungsstab] s[iehe] S[eite] 16." Vgl. Anm. 10.
Hat Ministerialdirektor Blech vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Haas am 7. Mai 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „‚Gefährlich' kann es (auch) aus taktischen Gründen sein."
Hat Legationsrat Ischinger vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11600 (02); B 150, Aktenkopien 1979.

kenbomber-Potential sei deshalb abgekoppelt, Europa also in absehbarer Zeit politischer Erpressung ausgesetzt.

Da SALT die Parität auf der obersten Ebene bewirkt habe, komme es darauf an, Verhandlungen zu führen, welche die Parität auch auf der Mittelstrecke sicherten. Wenn sie keinen Erfolg hätten, sei eine Rüstungsanstrengung historischer Dimensionen zwingend erforderlich.

b) Diese Analyse ist in ihren Prämissen unvollständig. Die gezogenen Folgerungen sind deshalb schief. Der politische Vorschlag zur Therapie – Verhandlungen – ist deshalb auch weitgehend ungeeignet.

c) Diese Analyse ist jedoch in weiten Teilen von Mitgliedern der Bundesregierung öffentlich propagiert worden. Dabei war eine Vergröberung sicherlich nicht zu umgehen, wenn man verstanden werden wollte.

Diese Analyse sollte aber in ihren Schwerpunktaussagen in Zukunft angereichert werden. Sonst

- wirkt die Behauptung, SALT habe durch Parität zu Abkoppelung geführt, wie eine Mißtrauenserklärung an die USA
- und verunsichert unsere Öffentlichkeit, die sich vor die Wahl zwischen Anpassung an die SU oder massiver nuklearer Aufrüstung gestellt glaubt.

Eine solche Anreicherung der Analyse ist auch durchaus möglich, wenn man sich den Gedankengang verdeutlicht, welcher unserer Sicherheitspolitik zugrunde liegt.

2a) Die Strategie der flexiblen Antwort[2] beruht auf dem glaubwürdigen Verbund aller Ebenen der Eskalation bis auf die oberste Ebene. Sowohl die Abschreckung eines potentiellen Gegners wie die Wiederherstellung des Friedens nach einem Versagen der Abschreckung aufgrund einer Fehlkalkulation eines Gegners beruht auf der Möglichkeit des Einsatzes von Nuklearwaffen, welche den Gegner so schwer treffen können, daß ein Angriff sich nicht zu beginnen, oder, nach einer Fehlkalkulation, nicht fortzusetzen lohnt.

b) Nach Lage der Dinge sind sowohl die USA als auch Großbritannien und Frankreich heute – wenn man nur von dem technisch verfügbaren Potential ausgeht – in der Lage, die SU derartig schwer zu treffen. Entscheidend für die politische Wirkung dieses Potentials ist jedoch nicht nur seine technische Verfügbarkeit, sondern die Glaubwürdigkeit seines Einsatzes in einem Krieg.

Die erste Voraussetzung für die Sicherheit des Westens ist also die technische Verfügbarkeit von Waffen, die die SU in unerträglicher Weise treffen können. Die zweite Voraussetzung ist die Glaubwürdigkeit ihres Einsatzes.

3) Für die technische Verfügbarkeit spielt Parität politisch keine Rolle. Die numerische Gleichheit mit vergleichbaren Waffen ist bei dieser Art von Waffen militärisch wenig bedeutsam, weil wegen ihrer ungeheuren Zerstörungskraft auch wenige die erforderliche Wirkung haben können.

a) Parität ist ein in der traditionellen Rüstungskontrollpolitik entwickelter Begriff. Er macht durchaus Sinn für den Vergleich der Schlagkraft konventionel-

[2] Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 3, Anm. 14.

ler Streitkräfte. Panzer können gegen Panzer, Schiffe gegen Schiffe eingesetzt werden. Diese rüstungskontrollpolitische Arithmetik ist aber für die Beurteilung nuklearstrategischer Kräfteverhältnisse nicht hinreichend. Aus ihrer besonderen Zerstörungskraft ergibt sich die von konventionellen Waffen grundsätzlich verschiedene Qualität von Nuklearwaffen. Zudem ist es z.B. nicht die – einzige – Aufgabe einer „Minuteman", eine SS-18 zu „neutralisieren" oder umgekehrt. Die Feststellung, die zentralen Systeme der USA könnten die SS-20 nicht mehr „abdecken", ist deshalb irreführend. Es ist daher auch wenig sinnvoll, aus einer bestehenden oder zu erwartenden Sprengkopfparität unmittelbar die militärische Neutralisierung des von der Gleichung erfaßten Potentials abzuleiten.

Für die technische Verfügbarkeit des jeweiligen Potentials kommt es vielmehr auf seine Überlebensfähigkeit, also die Zweitschlagsfähigkeit, an. Bei den SLBM sind also die Fortschritte der U-Boot-Abwehr, bei den Bombern der Grad ihrer Verwundbarkeit am Boden und ihrer Penetrationsfähigkeit gegenüber der gegnerischen Luftabwehr, bei den ICBM die Art ihrer Verbunkerung und Mobilität sowie ihrer MIRVung einschlägig. Auch die Zahl der jeweils verfügbaren Systeme ist für diese Faktoren relevant. Mit SALT hängt das deshalb – wenn auch nur sehr indirekt – zusammen. Viel mehr als von SALT gehen die entscheidenden Konsequenzen für das Kräfteverhältnis aber von den Rüstungsentscheidungen beider Seiten aus.

b) Anders gesagt heißt das: Weder ist ein „Sprengkopfüberhang" – und sei er auch noch so groß – ein strategisches Allheilmittel, noch ist eine „Sprengkopfparität" oder auch eine „Sprengkopflücke" von vornherein gleichbedeutend mit strategischer Erpreßbarkeit. Es war also falsch, sich von Diagrammen beruhigen zu lassen, aus denen sich ein solcher Überhang ergab.

c) Für die technische Verfügbarkeit ist z.B. das Ergebnis einer Analyse der wachsenden ICBM-Verwundbarkeit aufgrund ihrer Unbeweglichkeit bei gleichzeitiger Verbesserung der Zielgenauigkeit gegnerischer Raketen weit wichtiger.

Das gleiche gilt für die Einsatzmöglichkeiten der auf U-Booten dislozierten Raketen. Sind sie wirklich heute noch wegen zu geringer Zielgenauigkeit für Counterforce-Einsätze nicht geeignet?

d) Für die technische Verfügbarkeit ist also weit weniger die vorhandene Sprengkopfzahl, entweder bei den TNF oder bei den zentralen Systemen, als ihre Verwundbarkeit gegen gegnerische Präventivschläge von Bedeutung. Selbst bei einer relativ großen Unterlegenheit bei den Sprengköpfen kann die technische Verfügbarkeit eines zur Abschreckung völlig ausreichenden Potentials gegeben sein, wenn dieses Potential nämlich präventiv nicht ausgeschaltet werden kann.

Deshalb sind Analysen der ICBM-Verwundbarkeit in den 80er Jahren so wichtig. Sie müßten zeigen, ob sich der Schwerpunkt der Abschreckung auf SLBM (und in geringerem Maße auf Bomber) verlagert. Deshalb müßte überlegt werden, ob die Zahl der Sprengköpfe, die nach einer zwar höchst unwahrscheinlichen, aber theoretisch denkbaren Ausschaltung von 90% der ICBM übrig bliebe, noch groß genug ist und so zusammengesetzt ist, daß sowohl eine ausreichende Anzahl von Zielen bekämpft werden kann als auch die Auswahl unter verschiedenen Einsatzoptionen hintereinander noch möglich ist.

Selbst wenn man von derartig extremen Voraussetzungen ausgeht, besteht an der technischen Verfügbarkeit – auf die Glaubwürdigkeit einer solchen nuklearen „posture" wird noch einzugehen sein – kein Zweifel. Allein auf den 31 „Poseidon"-U-Booten der US-Marine sind je Boot 16 SLBM mit je zehn Sprengköpfen dislociert. Nimmt man an, daß sich davon etwa jeweils 20 Boote auf Station befinden, eine eher vorsichtige Annahme, dann ergibt 20 x 16 x 10 = 3200 Sprengköpfe.

Dabei sind die „Polaris"-Boote (zehn mit je 16 SLBM zu drei Sprengköpfen) noch nicht einmal mitgezählt. Nicht berücksichtigt ist auch das ganze, derzeit in vollem Lauf befindliche und in den 80er Jahren sich von Jahr zu Jahr stärker auswirkende Bau-Programm für die „Trident"-Boote.[3] Nicht berücksichtigt sind die Bomber, und nicht berücksichtigt ist die in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in die Rechnung einzustellende neue ICBM MX.

Diese Rechnung ist nur ein Beispiel; sie kann sicherlich noch erheblich verfeinert werden. Sie zeigt aber deutlich, daß für die vorhersehbare Zukunft die technische Verfügbarkeit einer ausreichend großen Zahl überlebensfähiger, penetrationssicherer und treffgenauer Sprengköpfe (die „Poseidon"-SLBM soll einen geringeren CEP[4] haben als z.B. die SS-20) gesichert ist. Hier zeigt sich auch, daß die wiederholte amerikanische Behauptung, man verfüge über ausreichende Mengen von Sprengköpfen, um auch die Aufgaben von Long-Range-TNF zu erfüllen, selbst wenn man von einer extremen Entwicklung der sowjetischen Sprengköpfezahlen ausgehe, nicht einfach von der Hand zu weisen ist.

4) Es geht bei „Parität" und den Auswirkungen von SALT also kaum um die technische Verfügbarkeit, sondern vielmehr um Fragen der Glaubwürdigkeit des Einsatzes solcher Waffen. Das aber sind Fragen der politischen Entschlossenheit bei uns und der Perzeption dieser Entschlossenheit auf der anderen Seite.

a) Das heißt natürlich nicht, die technisch gesicherte Verfügbarkeit eines Minimums solcher Waffen verbunden mit der wiederholten und unzweideutigen Bekundung, man werde sie notfalls einsetzen, ergäbe schon eine glaubwürdige Strategie. In einer Zeit der gegenseitigen Zweitschlagsfähigkeit – in der wir seit Mitte der 60er Jahre leben – ist es nicht unzweifelhaft, ob bei einer konventionellen Niederlage die Bereitschaft besteht, durch Einsatz eines solchen „Minimums" das Risiko des Gegenschlages auf sich zu nehmen.

In einer solchen Situation kommt es vielmehr darauf an, die Glaubwürdigkeit der Abschreckung durch die Dislozierung einer Vielfalt von Systemen zu untermauern, die – unter Annahme der unterschiedlichsten Szenarien, also auch verschiedener Formen gegnerischer Versuche zur präventiven Ausschaltung der eigenen Systeme – erlauben, einerseits – was die Zahl der verwendeten Systeme angeht – schmal und andererseits – was die Zahl der bedrohten Ziele angeht – breit zu eskalieren.

[3] Flottillenadmiral Seizinger, Washington, teilte am 18. Juni 1979 mit: „Atlanta Journal and Constitution vom 10. Juni 1979 berichtet vom ersten erfolgreichen Unterwasserabschuß einer ‚Trident'-I-Rakete. Nach dem mißglückten Versuch vom 10. April 1979, wo die Rakete kurz nach dem Start zerstört werden mußte, wurde der Abschuß am 8. Juni von einem Sprecher der Marine als Erfolg bezeichnet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2257; Referat 201, Bd. 120161.

[4] Circular Error Probable.

Die Bedeutung der dadurch gewonnenen Flexibilität liegt darin, daß der Entschluß zum jeweiligen Einsatz – im Vergleich zur Auslösung eines allgemeinen Nuklearkrieges – weniger schwerfällt, ohne daß der Gegner vorhersehen könnte, mit welchen Systemen er im Einzelfall zu rechnen hat, also das Risiko vorher kalkulieren kann.

Darin liegt das Wesen der Glaubwürdigkeit der Strategie der Allianz in einer Situation technisch nicht zu beseitigender gegenseitiger Verwundbarkeit: in ihrer Fähigkeit zur flexiblen Antwort. Die Strategie der NATO heißt deshalb zu Recht so.

b) Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit sind damit die Entwicklung und Dislozierung eines vielfältigen, vor allem auch zu selektiven, jeweils begrenzten Nuklearschlägen geeigneten Arsenals von Systemen aller Reichweiten. Es kommt jedoch nicht darauf an, gegen jedes System des Gegners ein gleichartiges eigenes zu setzen, noch gar jeweils eine gleiche Zahl (Parität) derartiger Systeme zu erreichen. Es kommt nur darauf an, auf jeder Ebene der Eskalation über Systeme zu verfügen, die präventiv nicht ausgeschaltet werden können und deren Zahl angesichts der Abwehr des Gegners ausreicht, um die erwünschte Wirkung zu erreichen.

Hier liegt die Parallele der Entwicklung im Mittelstreckenbereich zu der bei den zentralen Systemen. Die – vor allem auf der Mittelstrecke – jahrelangen Versäumnisse bei der Modernisierung haben dem Westen ein Arsenal belassen, das nicht ausreichend zu selektiven, begrenzten Schlägen befähigt. Die frühere Konzentration auf die general nuclear response wurde nach Einführung der Allianz-Strategie der flexiblen Antwort an Stelle der Strategie der massiven Retaliation[5] nur durch Bemühungen zu Flexibilität bei den eigentlichen nuklearen Gefechtsfeldwaffen ergänzt. Seit einigen Jahren bemühen sich die USA nun, in der Erkenntnis der sich akzentuierenden sowjetischen Zweitschlagsfähigkeit, um Flexibilität bei den zentralen Systemen. Etwas später hat die Bundesregierung erkannt, daß die Fähigkeit zu Flexibilität auf der Mittelstrecke noch geringer ist.

c) Die Gefahr für die Glaubwürdigkeit der Eskalation geht deshalb heute und in absehbarer Zeit – bis Ende der 80er Jahre – nicht von einer „Sprengkopfparität" oder „Sprengkopflücke" aus. Sie beruht – bei den zentralen Systemen wie auf der Mittelstrecke – auf der Überalterung der verfügbaren westlichen Systeme und auf dem Mangel an der Implementierung von Modernisierungsentscheidungen – diskutiert wird über Modernisierungen schon seit langem. Die Gefahr für die Glaubwürdigkeit wird deshalb durch die sowjetischen Dislozierungen – der SS-20 und des „Backfire" auf der Mittelstrecke, der SS-17, SS-18 und SS-19 auf der Langstrecke – auch nicht verursacht, sondern – in dem Rahmen, in dem sie Teile des westlichen Potentials gegen Präventivschläge verwundbar machen – lediglich erhöht.

d) Das heißt aber, daß die Konzentration auf den sowjetischen „Aufwuchs" jedenfalls analytisch verfehlt ist. Es ist auch fraglich, ob diese Konzentration politisch sehr viel Sinn macht, denn aus ihr folgt eine, die eigentliche Ursache

[5] Zur Strategie der „massive retaliation" vgl. Dok. 3, Anm. 13.

und deshalb die Therapiemöglichkeiten vernachlässigende, eher lähmende Sicht, mit der die eigene Öffentlichkeit möglicherweise mehr erschreckt als mobilisiert wird, die Verbündeten an unserer Fähigkeit zur nüchternen Lagebeurteilung zweifeln und die SU uns gewaltig dimensionierten Aufrüstungswillen unterstellt.

5a) Da es bei der Glaubwürdigkeit der Entschlossenheit zur Eskalation jedoch nicht nur um die Bereitstellung eines entsprechenden Potentials, sondern auch um die Konsequenz unserer deklaratorischen Politik geht – wir wollen ja die Perzeption der SU beeinflussen –, ist die „Parität" oder gar eine „Sprengkopflücke", wenn sie eintritt, natürlich politisch relevant. Für die politische Perzeption sind also SALT und die dabei vereinbarten, übereinstimmenden Obergrenzen durchaus wichtig. Dabei wird der Eindruck ihrer Bedeutung jedoch in dem Maße erhöht, wie wir selbst diese Bedeutung herausstreichen.

b) Je mehr wir also die Entwicklung bei den zentralen Systemen – wegen „Parität", Auswirkungen von SALT oder mangelnder politischer Entschlossenheit der USA – beklagen, desto stärker reden wir die Perzeption der Abkoppelung herbei, selbst wenn sie an und für sich nicht besteht. Damit gefährden wir aber den Verbund der Eskalation erst richtig, denn durch die Dislozierung eines vielfältigen Arsenals zur flexiblen Antwort können wir den Verbund der Eskalation zwar technisch sicherstellen und politisch glaubwürdiger machen. Wir müssen uns aber vor dem Glauben hüten, dieser Verbund sei militärtechnisch – eben durch ein besonders reichhaltiges Arsenal – zu garantieren. Eine solche Garantie kann es nur politisch geben.

c) Der Versuch, die Politik und die Strategie in einen militärtechnischen Automatismus zu zwingen, ist aussichtslos. Der amerikanische Präsident würde sich darauf niemals einlassen. Ihn zu unternehmen, wäre kontraproduzent. Er kann auch nicht in unserem Interesse liegen.

6) Wir sollten deshalb sowohl in der internen Analyse als auch in der öffentlichen Argumentation den Schwerpunkt richtig setzen: auf die westliche Schwäche – vor allem auf der Mittelstrecke, jedoch auch bei den zentralen Systemen – zu selektiven, begrenzten Nuklearschlägen.

Dann können wir

– die amerikanische Debatte über die Änderung der strategischen Zielplanung[6] beeinflussen, die in Fortsetzung der Schlesinger-Doktrin „rough symmetry in counterforce options"[7] – etwas ganz anderes als „Parität" – anstrebt;

6 Zur Debatte über die Nuklearstrategie in den USA vgl. Dok. 75.

7 Ministerialdirektor van Well vermerkte am 17. Januar 1974: „Wie US-Verteidigungsminister Schlesinger am 10. d. M. in einer Pressekonferenz der Overseas Writers mitteilte, ist im Sommer 1972 eine Änderung der Einsatzdoktrin für die strategischen Nuklearstreitkräfte der USA eingeleitet worden. In Zukunft sollen nicht mehr Städte und Industriekomplexe, sondern militärische Einrichtungen wie Raketensilos, Flugplätze etc. vorrangiges Ziel von Vergeltungsschlägen sein. Dementsprechend wird die Zielplanung neu festgelegt. Zur Gewährleistung der technischen Voraussetzungen für die Durchführung des neuen Konzepts wird intensiv an der Entwicklung von Sprengköpfen mit großer Treffgenauigkeit gearbeitet. Mit diesen Ausführungen bestätigt Schlesinger eine neue, seit 1970 in den Foreign Policy Reports des Präsidenten angekündigte Wende im nuklearstrategischen Denken der USA. Sie ist sowohl in militärisch-strategischer Hinsicht als auch im Hinblick auf SALT von großer Bedeutung." Vgl. VS-Bd. 8171 (201); B 150, Aktenkopien 1974.

- die Debatte in der Allianz über die Modernisierung der Long-Range-TNF zur Integration der Zielplanung der TNF mit der Zielplanung bei den „strategischen" Systemen nutzen und so zu größerer Kohäsion in der Allianz beitragen;
- die notwendigen Modernisierungen sowohl im Long-Range-TNF-Bereich wie bei den „strategischen" Systemen am Zweck dieser Systeme ausrichten, der Fähigkeit zur Flexibilität durch Selektivität (die Fähigkeit zur „general nuclear response" braucht nicht im Vordergrund unseres Interesses zu stehen, sie würde durch jede Modernisierung vergrößert);
- dadurch die Abwertung der erforderlichen Modernisierung als „Verhandlungsmasse", also als etwas strategisch an und für sich Verzichtbarem, verhindern;
- prüfen, ob diese Modernisierung zur Dislozierung von Mittelstreckensystemen im Bundesgebiet führen muß oder ob solche Systeme – wie bisher – auch auf See oder in Großbritannien stationiert werden können.

7) Hier gibt es zwar technische Bedingtheiten. Politisch aber haben wir dennoch die Wahl.

a) Von der Reichweite in Betracht kommen

- GLCM,
- SLCM,
- ALCM,
- die „Pershing" II,
- eine noch zu entwickelnde echte MRBM.

Nur bei der „Pershing" II ergibt sich die Dislozierung auf dem europäischen Kontinent zwingend aus ihrer relativ begrenzten Reichweite (circa 1800 km). Alle anderen Systeme können in Großbritannien oder auf See disloziert werden.

Großbritannien ist wegen der Überalterung seines jetzigen nuklearen Arsenals sowieso zu einer Modernisierung gezwungen. Diese Situation sollte sich das Bündnis zu Nutzen machen.

Das SALT-II-Protokoll behindert die Dislozierung von GLCM und SLCM vor 1982. Wenn durchgesetzt werden kann, daß es nicht verlängert wird, stehen beide Systeme, die technisch dann für die Serienproduktion auch reif sein dürften, zur Verfügung.

Mit ALCM konfigurierte Flugzeuge werden vom SALT-II-Vertrag auf die Obergrenze der gemirvten Systeme angerechnet. Sie mit Mittelstreckenflugzeugen (FB-111, „Tornado") zu konfigurieren, die nur wenige ALCM tragen können, wäre zwar militärisch unökonomisch, jedoch nicht von vornherein ausgeschlossen.

Anstelle der „Pershing" II könnte, allerdings nur mit einem relativ hohen Zeitbedarf, auch eine echte MRBM entwickelt werden. Praktisch läuft dies auf eine Entscheidung entweder für „Pershing" II und GLCM auch bei uns oder für GLCM in Großbritannien und SLCM auf See hinaus.

Jedes dieser Systeme würde die beschriebenen Eskalationslücken schließen helfen.

b) Dem nicht zu leugnenden militärischen Wert einer Entscheidung für Dislozierungen bei uns stehen politische Probleme entgegen.

Die Entscheidung für „Pershing" II würde zu – nicht unüberwindlichen, jedenfalls aber erheblichen – Schwierigkeiten bei MBFR führen, da sie als Umgehung des mit der Option III[8] gemachten Angebots verstanden werden könnte.

Derartige Systeme können zudem die SU erreichen; dies ist ihr Hauptzweck. Damit ginge vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland – auch wenn nur amerikanische Truppen bei uns über diese Systeme verfügten – ein Teil der strategischen Bedrohung des Gebietes der SU aus.

Eine Entscheidung gegen die Dislozierung von Mittelstreckensystemen bei uns könnte politisch problematisch sein, wenn sie als Ausdruck der Weigerung erschiene, unseren Teil der Last im Bündnis zu tragen. Nachdem der größte Teil der Beschreibung der Bedrohung auf der Mittelstrecke von uns ausgegangen ist, könnte eine solche Entscheidung als Ausdruck politischer Schwäche, ja sogar als Rückversicherungsversuch erscheinen.

Wir müßten deshalb in einem solchen Falle gleichzeitig verdeutlichen, daß wir zu Beteiligung an der Modernisierung der TNF auch durch Dislozierung auf unserem Territorium bereit sind. Dies könnte am besten dadurch geschehen, daß wir uns bereit erklären, neue Gefechtsfeld- und Aufmarschraumsysteme bei uns zu dislozieren. An unserem politischen Willen zur Allianzsolidarität könnte z. B. kein Zweifel sein, wenn wir uns zur Dislozierung der Neutronenwaffe und eines echten Nachfolgemodells für „Pershing" I, also einer Rakete mit 600 km Reichweite, auch bei uns erklärten.

Darüber hinaus wäre dies auch militärisch sinnvoll und angesichts der in diesem Bereich im Vergleich zur Mittelstrecke nicht minder bedrohlichen sowjetischen Aufrüstung (die Nachfolgemodelle von „Scud", „FROG"[9] und „Scaleboard" werden zum Teil bereits zugeführt und können uns ebenso hart treffen wie die SS-20) auch durchaus verständlich zu machen.

Dies könnte unser Beitrag in einem als Paket verstandenen Waffenmix sein, der im Rahmen der TNF-Modernisierung in Europa disloziert wird.

8) Wir müssen uns also auf unsere Schwächen, nicht auf sowjetische Stärken konzentrieren. Dann würde auch die Konzentration auf Verhandlungen als politische Therapie beseitigt.

a) Diese Fixierung beruht auf dem Gedanken, die gegnerischen Fähigkeiten könnten – theoretisch – ja durch Abrüstung beseitigt werden. Verhandlungen können aber in keinem Fall die Lücken im westlichen Eskalationsspektrum füllen und sind schon deshalb als Schwerpunkt einer westlichen Grauzonenpolitik ungeeignet.

b) Die Forderung nach Verhandlungen – wenn sie nicht in das völlig unrealistische Verlangen nach einseitiger Abrüstung der SU auf der Mittelstrecke hinauslaufen soll – ist jedoch darüber hinaus auch für die Allianz gefährlich.

8 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 16. Dezember 1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III) vgl. Dok. 13, Anm. 2.

9 Free Rocket Over Ground.

Sie gibt der SU die Möglichkeit, die Einbeziehung der FBS und der britischen und französischen, für diese Länder „strategischen" Systeme zu verlangen. Sie belastet damit nicht nur das deutsch-britische und das deutsch-französische Verhältnis schwerwiegend. Beide Länder müssen sich dann ja Gedanken über das wichtigste Element ihres Großmachtstatus machen.

Sie spaltet damit auch die europäische Stimme in der Allianz. Sie gibt den USA sogar die Möglichkeit, am Ende von einer Modernisierung der Long-Range-TNF mit der Begründung abzusehen, sie habe diese Modernisierung zwar gewollt, wenn auch nicht für nötig gehalten, die Europäer hätten sich aber auf die Verbindung der Modernisierung mit rüstungskontrollpolitischen Schritten nicht einigen können, einige der Bündnispartner hätten eine solche Kombination aber zur Voraussetzung der Modernisierung gemacht.

Eine solche Argumentation könnte, wenn SALT II erst einmal ratifiziert ist, aber durchaus die amerikanische Politik bestimmen. Denn die derzeit angedeutete Bereitschaft, der Allianz Mittelstreckensysteme eventuell sogar auf dem europäischen Kontinent zur Verfügung zu stellen, entspringt vermutlich mehr dem Willen, die europäischen SALT-Kritiker zum Schweigen zu bringen, indem man etwas speziell für die europäische Sicherheit tut, als strategischen Überlegungen. Die den bisherigen Dislozierungen der NATO zugrundeliegende Furcht vor dem Verlust der Eskalationskontrolle, weil auf dem Kontinent die dislozierten Mittelstreckensysteme einen „quick link" mit sich bringen könnten, dürfte nämlich andauern und könnte wieder die Oberhand gewinnen, wenn SALT II unter Dach und Fach ist.

9) Eine Zusammenfassung ergibt folgende Anregungen:

- Wir sollten in Analyse und Argumentation die Entwicklung bei den zentralen Systemen nicht mehr als Ursache des Problems herausstellen.
- Wir sollten vielmehr auf die Lücke im Mittelstreckenbereich verweisen.
- Wir sollten mit Hilfe des Kriteriums der Selektivität der Zielplanung die Grauzonendebatte zur besseren Integration der Zielplanung von TNF mit der Zielplanung der zentralen Systeme nutzen.
- Wir sollten mit Hilfe dieses Kriteriums sowohl die Unabdingbarkeit – auch bei einem theoretischen Verhandlungserfolg – einer Modernisierung als auch deren relativ begrenzten Umfang beschreiben.
- Wir sollten unsere Modernisierungswünsche so konkretisieren, daß nur bestimmte, zugleich militärisch und politisch sinnvolle Dislozierungen im Bundesgebiet erforderlich werden.
- Wir sollten Forderungen nach Verhandlungen so konkretisieren, daß die strategischen Potentiale Frankreichs und Großbritanniens nicht erfaßt werden können.

10) Eine für die Öffentlichkeit bestimmte vereinfachte Argumentation könnte wie folgt aussehen:

Für die NATO sind nukleare Waffensysteme auf der Mittelstrecke unverzichtbar, weil solche Systeme in der Triade der NATO ein Bindeglied zwischen den konventionellen und den strategischen Nuklearwaffen sind. Die derzeit dafür verfügbaren Systeme sind veraltet, weil sie z.T. vor über 20 Jahren eingeführt

worden sind. Diese Systeme sind darüber hinaus von neuen sowjetischen Mittelstreckensystemen bedroht, weil sowohl die SS-20 wie der „Backfire"-Bomber ganz Europa abdecken können und sich so auch zur präventiven Bekämpfung der westlichen Mittelstreckensysteme eignen.

Diese Schwächen in der NATO-Triade können durch Abrüstungsmaßnahmen seitens der SU allein nicht beseitigt werden, weil die Veraltung der westlichen Mittelstreckensysteme weiter voranschreitet. Eine westliche Modernisierung ist deshalb in jedem Falle erforderlich. Dazu muß die NATO Systeme beschaffen, die mobil und damit schwer verwundbar sind. Diese Systeme müssen über die mittlere Reichweite treffsicher genug sein, um das Potential der SU selektiv zu bedrohen.

Solche Systeme brauchen nicht notwendigerweise im Bundesgebiet stationiert zu werden. Bisher hat die NATO die Aufgabe solcher Mittelstreckensysteme auch nicht vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aus erfüllt. Die strategische Rolle der Bundesrepublik Deutschland für die NATO liegt in ihrer Bedeutung für die konventionellen und im engeren Sinne taktisch-nuklearen Streitkräfte der Allianz. Diese Streitkräfte müssen weiter modernisiert werden.[10]

Es kommt darauf an, das Modernisierungspotential der NATO zu nutzen, indem unter den technisch verfügbaren Mittelstreckensystemen ausgewählt und das erforderliche Minimum eingeführt wird.

Gleichzeitig wird die Allianz überlegen, wie sie die SU in Verhandlungen davon überzeugen kann, daß ihre Aufrüstung auch im Bereich der Mittelstrekkenraketen weit über das für eine Verteidigung erforderliche hinausgeht und deshalb ohne Gefahr für ihre Sicherheit abgebaut werden kann.

Hansen

VS-Bd. 11600 (02)

10 Der Absatz „Solche Systeme [...] modernisiert werden" wurde von Staatssekretär van Well hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Gefährlich."

79

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierminister Callaghan in Paris

Geheim **13. März 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Callaghan am 13. März 1979 von 8.40 bis 9.40 Uhr in der britischen Botschaft Paris[2]

Weitere Gesprächsteilnehmer:

AM Owen, StS van Well, B. Cartledge, Private Secretary, MDg von der Gablentz.

Callaghan begrüßt den Bundeskanzler zu einem privaten Gedankenaustausch über die Schreiben Präsident Carters zu MBFR.[3] Er bezieht sich auf die wertvollen bilateralen deutsch-britischen Gespräche über Sicherheitsfragen.[4] Deutsche und Briten seien sich schon seit einiger Zeit einig im Bemühen, die MBFR-Verhandlungen über den toten Punkt hinwegzubringen. Er sieht den Brief Carters als ein Ergebnis der Gespräche Aarons in London und Bonn[5] nach Guadeloupe[6]. Während sich Carter noch in Guadeloupe für TNF-Modernisierung und parallel hierzu Rüstungskontrollbemühungen ausgesprochen habe, habe sich Aaron in London zunächst auf die TNF-Modernisierung konzentrieren wollen. Er sei erst nach seinem Besuch in Bonn von der Parallelität beider Bemühungen ausgegangen. Er sei nach Washington zurückgekehrt mit dem Eindruck, daß die Europäer großes Interesse an der Entwicklung nach SALT II haben.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 14. März 1979 gefertigt und am 15. März 1979 „vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskanzlers" an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg „zur Unterrichtung von Staatssekretär van Well" übermittelt.
Hat York am 15. März 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Herrn StS v[an] Well vorzulegen. 2) Eine Kopie der Anlage an H[errn] Dg 22 mit der Bitte, Herrn D 2 n[ach] R[ückkehr] zu unterrichten. 3) Vorschlag für weitere Verteilung: Min[ister]Büro."
Hat van Well am 15. März 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Studnitz am 16. März 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Eine Abl[ichtung] f[ür] 010 fertigen. 2) Z[u]d[en]A[kten]."
Hat Legationssekretär Scharioth am 16. März 1979 vorgelegen, der die Gesprächsaufzeichnung an das Ministerbüro weiterleitete und um Wiedervorlage beim Büro Staatssekretäre bat.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 16. März 1979 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 18. März 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache] StS v[an] Well."
Hat van Well erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]." Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14081 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich anläßlich der Tagung des Europäischen Rats am 12./13. März 1979 in Paris auf.

3 Für das Schreiben des Präsidenten Carter vom 9. März 1979 an Bundeskanzler Schmidt vgl. VS-Bd. 543 (014). Vgl. dazu auch Dok. 74.

4 Zu den deutsch-britischen Konsultationen am 23. Februar 1979 in London vgl. Dok. 63, Anm. 3.
Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Owen am 27. Februar 1979 vgl. Dok. 58.

5 Zu den Gesprächen des stellvertretenden Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Aaron, am 6. Februar 1979 im Auswärtigen Amt vgl. Dok. 31.

6 Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. Dok. 2–5.

Wir sollten dem Vorschlag Carters nicht widerstreben, sondern die auch von Carter erwünschte gemeinsame deutsch-britische Antwort geben.

Bundeskanzler hält diese Interpretation für möglich. Ihn wundert, daß Carter offenbar keine Militärs bei der Formulierung seines Briefes zugezogen hat und auf die Datenfrage nicht näher eingeht. Zwar sei die Datenfrage nach seiner Ansicht wohl erst in der Schlußrunde zu lösen[7], Carter müsse sich aber im Gespräch mit Breschnew[8] mit gleichem Nachdruck für ihre Lösung einsetzen wie für andere Fragen.

Callaghan stimmt zu. Im Vorschlag AM Owens für ein Interimsabkommen[9] werde die Datenfrage nicht präjudiziert. Auch AM Genscher habe sich an einem Verfahren interessiert gezeigt, das Fortschritte bei den MBFR-Verhandlungen bringe, ohne den weiteren Verlauf der Verhandlungen oder die Datenfrage zu präjudizieren. Die Datendiskussion werde noch lange andauern. Er stimmt den Ausführungen des Bundeskanzlers vor dem Bundestag zur Datenfrage zu und bekundet sein Interesse an der Bemerkung des Bundeskanzlers, daß kein Teilnehmerstaat mehr als die Hälfte der Truppen des jeweiligen Bündnisses in Mitteleuropa unterhalten sollte.[10]

Bundeskanzler erläutert, daß er damit auf Hinweise von sowjetischer Seite in Wien reagiert habe (die AM Owen als wesentlichen und sehr hilfreichen Wandel der sowjetischen Haltung interpretiert). Er ist sich nicht ganz sicher, ob unsere Daten über östliche Truppenstärken völlig korrekt sind und ob nicht insbesondere Truppen einbezogen werden, die nicht zu den Kampftruppen gehören. Er betont, daß vor einem MBFR-Abkommen die Datenfrage auch aus Gründen der innenpolitischen Glaubwürdigkeit für die Bundesregierung unbedingt geklärt werden müsse.

Callaghan erläutert, daß der Owen-Vorschlag nur ein erster Schritt bis zu einer Einigung in der Datenfrage sein könne. Wegen seiner Bedeutung für die Deutschen sei er auch vor den Gesprächen mit Bonn nicht im Kabinett erörtert worden. Erst nach Zustimmung der Bundesregierung werde AM Owen ermächtigt werden, ihn mit Washington zu besprechen.[11] Im Verhältnis zum Vorschlag Carters handele es sich um einen zusätzlichen Vorschlag, nicht um einen Gegenvorschlag.

Owen betont, daß die USA sich in der MBFR-Frage nicht in einer Initiativrolle sähen, sondern, so Vance, eher unterstützen und verstärken wollten, was GB und D möchten.

7 Der Passus „Zwar sei ... zu lösen" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

8 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

9 Zum Vorschlag des britischen Außenministers Owen für ein Interimsabkommen bei MBFR vgl. Dok. 59.

10 Der Passus „und bekundet ... unterhalten sollte" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.
Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt am 9. März 1979 vgl. Dok. 80.

11 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist nicht zutreffend. Siehe Erl[äuterungen] Owen."

Van Well hält den Brief Carters für eine Arbeit amerikanischer Beamter, die die festgefahrenen Brüsseler Gespräche über begleitende Maßnahmen im Sinne der maximalistischen Forderungen Senator Nunns[12] wieder flottmachen wollen. Mit dem Brief falle eine erste Entscheidung unter den verschiedenen Ansichten amerikanischer Dienststellen. Wir müßten uns jetzt entscheiden, ob wir eine maximalistische Position, die zeitraubende Verhandlungen erfordern werde, oder ein realistisches Paket ansteuern.

Bundeskanzler: Der Vorschlag Owens und der Brief Carters sind nicht miteinander verbunden, schließen einander aber auch nicht aus.

Zum Vorschlag AM Owens:

1) Dem Osten soll dieser Vorschlag nur präsentiert werden, wenn gleichzeitig auf Lösung der Datenfrage gedrängt wird.

2) Der Osten wird voraussichtlich als Antwort auch den Einschluß einheimischer Truppen verlangen und damit die Datenfrage wieder auf den Tisch bringen. Die Bundesregierung dürfe in keiner Weise den Eindruck erwecken, als wolle sie mit Unterstützung dieses Vorschlags die Reduzierung deutscher Truppen vermeiden.

3) Die Vorschläge müssen im Bündnis abgestimmt werden. Bis zum Herbst wird sich ein Interimsabkommen nicht erreichen lassen. Wir sollten auch keine entsprechenden Erwartungen wecken.

4) Er bestätigt den Einwurf van Wells, daß der Eindruck vermieden werden muß, als wolle der Westen durch den Vorschlag die Option III[13] vom Tisch bringen. Gewisse amerikanische Kreise wollten ihr schlechtes Gewissen wegen des Aufbaus der sowjetischen Überlegenheit in Mittelstreckensystemen durch das Bemühen erleichtern, von der Option III und ihren Auswirkungen auf eine Modernisierung der „Pershing" herunterzukommen. Die Bundesregierung, die nur mit Zögern der Option III zugestimmt habe, werde sich nicht dazu hergeben, sie jetzt vom Tisch zu ziehen. In der heiklen Frage des Aufbaus westlicher Mittelstreckensysteme in Europa, die sowjetisches Territorium erreichen können, dürfe die Bundesrepublik Deutschland auf keinen Fall in eine singuläre Lage und dadurch unter sowjetischen Druck geraten. Das könne unerträgliche politische Spannungen in die Allianz hineintragen. Eine öffentliche Erörterung der geheimgehaltenen Zahlen der bereits in Deutschland stationierten nuklearen Gefechtsköpfe z.B. würde eine erhebliche Unruhe in Deutschland schaffen.

12 Die amerikanischen Senatoren Nunn und Bartlett gaben dem Streitkräfteausschuß des Senats am 24. Januar 1977 einen Bericht, in dem zu MBFR ausgeführt wurde: „Nach unserer Auffassung ist die personelle Disparität zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt im Raum der Reduzierungen [...] für die NATO nicht das Schlüsselproblem. Große Sorge bereitet vielmehr die Überlegenheit des Warschauer Paktes bezüglich seiner Feuerkraft, höheren Einsatzbereitschaft und unübertroffenen Beweglichkeit. [...] Wir meinen, die Hauptziele bei den MBFR sollten die Verringerung der sowjetischen Feuerkraft im Raum der Reduzierungen, die Bereitstellung der erforderlichen Verifizierungsmöglichkeiten zur Abwendung ihrer Wiedereinbringung sowie geeignete Schritte zur Verlängerung der Frühwarnzeit vor drohenden Angriffen sein." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 166 f.

13 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 16. Dezember 1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III) vgl. Dok. 13, Anm. 2.

Zum Brief Carters:

Er ist offenbar nicht vorher von Militärs geprüft worden. Die Option, entweder eine Begrenzung der „out of garrison activities“[14] oder Inspektionen[15] aufzunehmen, mache keinen rechten Sinn.

- Zu „out of garrison activities“: Er hat keine spezifisch deutschen, sondern allgemein militärische Bedenken. Der Vorschlag muß vom Military Committee und von SACEUR[16] geprüft werden. Westliche Truppen müßten in der Praxis entsprechende Abkommen brechen, wenn sie im Krisenfall in ihre Positionen nach dem Einsatzplan einrücken.
- Zu Inspektionen: Er ist nicht grundsätzlich gegen Inspektionen. Aber die vorgesehenen 100 Inspektionsgruppen sind für die deutsche öffentliche Meinung zuviel. Man muß sich vor Augen halten, daß die Begrenzung des westlichen Teils des Reduzierungsraums erträgliche Lösungen (z.B. 1/3 der Inspektionen in Deutschland und 2/3 in anderen westlichen Ländern) nicht zulasse. Auch sei nicht akzeptabel, daß sich die Inspektionsgruppen in völliger Freiheit im Reduzierungsraum bewegen könnten. Wenn die Inspektionsgruppen schon für den Westen ein psychologisch-innenpolitisches Problem darstellten, so seien sie für den Osten überhaupt nicht annehmbar. Ein solcher Vorschlag muß daher zu Streit mit dem Osten führen. Ein Vorschlag für Inspektionen sei dann akzeptabel, wenn man eine weit geringere Zahl von Inspektionsgruppen ins Auge fasse und die Inspektionen auf die Überprüfung bestimmter Situationen beschränke (on challenge).

Callaghan unterstreicht die Bedeutung dieses Arguments, das er sich auf britische Verhältnisse übertragen vorstellt. Der Paketvorschlag sei noch nicht überzeugend. An ihm müsse noch gründlich gearbeitet werden. Britische Sachverständige stimmten dem Bundeskanzler zur Frage der „out of garrison activities“ bei, nicht aber in der Frage der Luftinspektionen.

Van Well erläutert die deutsche Absicht, nach Erörterung mit Großbritannien einen Paketvorschlag ohne die drei kritisierten Maßnahmen in Brüssel einzubringen. Die Briten könnten dann einen Vorschlag für zahlenmäßig begrenzte Inspektionen „on challenge“ hinzufügen.

Bundeskanzler äußert sich kritisch zum Vorschlag von Luftinspektionen. Überwachung durch Satelliten sollte genügen. Schon die notwendigen westlichen Militärflüge stellten schwierige Luftverkehrs-Kontrollprobleme.[17] Außerdem werde der Osten einen solchen Vorschlag sicher nicht akzeptieren.

Owen stellt fest, daß man sich im Ziel eines Paketvorschlags für Wien einig sei. Man müsse entscheiden, ob man in Wien einfach eine für alle Seiten akzeptable Version von begleitenden Maßnahmen in die Verhandlungen einführen wolle oder ob man wirklichen Fortschritt wünscht. Das Problem der Verifikation stellt sich weniger für die Stationierungsstreitkräfte als vielmehr für die einheimischen. Ein Interimsübereinkommen, das die Datenfrage nicht präjudiziert und Option III nicht berührt, könnte wertvoll und hilfreich sein und sich

14 Zur Frage der „out of garrison activities“ vgl. Dok. 20.
15 Zur Frage der Boden- und Luftinspektionen vgl. Dok. 38, Anm. 21.
16 Alexander M. Haig.
17 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

auch in die Diskussion über TNF-Modernisierung und den Fortgang der Rüstungskontrolldiskussion einfügen. Im übrigen würde sich nach der Diskussion über die TNF-Modernisierung auch die Option III in neuem Licht darstellen (die darin enthaltenen Waffensysteme werden dann obsolet sein).

Van Well hält es zunächst für nötig, in Wien ein Paket begleitender Maßnahmen vorzulegen. Den britischen Vorschlag für ein Interimsabkommen sollte man in Reserve halten für den Fall, daß die Verhandlungen nicht rasch genug vorwärts kommen. Die Russen könnten dann für einen rascheren Fortgang der Verhandlungen gewonnen werden.

Owen und *van Well* stellten fest, daß Deutsche und Briten die Antwort auf den Brief Präsident Carters koordinieren werden. Sie werden die Bedeutung der Datenfrage unterstreichen. In der Frage der begleitenden Maßnahmen stimmten sie weitgehend überein.

Bundeskanzler unterstreicht noch einmal, daß der Eindruck vermieden werden müsse, als sei die Datenfrage nicht wesentlich. Er stimmt einer Koordinierung der Antworten an Präsident Carter zu.

Es sei zu ehrgeizig, schon im September 1979 ein Interimsabkommen erreichen zu wollen. Wenn SALT II im April/Mai unterzeichnet und noch vor der Sommerpause ratifiziert wird, werde sich eine günstige Periode für MBFR-Fortschritte zwischen August 1979 und Januar 1980 ergeben. Die Bundesregierung dürfe in dieser Frage, die von der Opposition sicherlich zu einem, wenn nicht dem Wahlkampfthema gemacht werde, kein politisches Terrain verlieren, bevor die eigentliche Wahlkampagne[18] beginnt. Fortschritte in Wien müssen also auch der deutschen Öffentlichkeit verkauft werden können. Das gilt z. B. für Inspektionen.

Auf Einwurf Callaghans, daß Carter bei MBFR nicht die Rolle eines Initiators übernehme, betont er, daß der Brief Carters wohl auch die eigenen moralischen Anschauungen des Präsidenten widerspiegele.

Owen besteht nicht auf einem frühen Termin für den Vorschlag eines Interimsabkommens.

Callaghan stellt zusammenfassend fest, daß sich Deutsche und Briten bis zum Ende der nächsten Woche auf eine im großen und ganzen übereinstimmende Antwort auf den Brief Carters einigen sollten.[19] Sie sollten Carter eine Grund-

18 Am 5. Oktober 1980 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

19 Botschafter Ruth teilte am 19. März 1979 mit, daß bei seinen Gesprächen am 16. März im Foreign Office „weitgehende Einigung über Inhalt, Struktur und Zeitvorstellungen für die Antwort auf das Schreiben des amerikanischen Präsidenten erzielt" worden sei. Ein Schreiben „könnte folgende Bestandteile enthalten: 1) Erwähnung der Abstimmung zwischen Bundeskanzler und Premierminister Callaghan. 2) Begrüßung, daß der amerikanische Präsident gegenüber Staatspräsident Breschnew MBFR ansprechen will, dabei Hinweis auf folgende Einzelthemen: Datendiskussion und Bedeutung der Klärung der Datenbasis; begleitende Maßnahmen; Kollektivität; Unterstreichung der Bedeutung der westlichen Initiative vom April 1978 und Notwendigkeit substantieller Bewegung durch den Osten. 3) Unterrichtung des amerikanischen Präsidenten über die weitere Behandlung der begleitenden Maßnahmen im Bündnis." Ruth führte weiter aus: „1) Zur Behandlung der begleitenden Maßnahmen im Bündnis haben wir die Briten davon unterrichtet, daß wir beabsichtigen, ein Papier in die NATO einzuführen, das die sechs Maßnahmen enthält, auf die voraussichtlich kurzfristig Einigung erzielt werden kann. Wir würden dies dem amerikanischen Präsidenten mitteilen. 2) In der Maßnahme ‚Begrenzung von Divisionsaktivitäten' würden wir unser Bedenken unterstreichen und vorschlagen, daß die militärischen Stellen der NATO das Problem erneut un-

lage für sein Gespräch mit Breschnew geben, das möglicherweise jetzt in Genf stattfinden werde (Bundeskanzler: Es wäre zu bedauern, wenn es in Moskau stattfände).

Er betont noch einmal, daß die britische Regierung sich der zentralen Lage und besonderen Interessen Deutschlands in diesen Fragen bewußt sei. Sie wolle daher keine Vorschläge vorlegen, die nicht mit der Bundesregierung abgestimmt seien.

VS-Bd. 14081 (010)

80

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

221-372.04-354/79 geheim **13. März 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte um Zustimmung

Betr.: Kollektivität bei MBFR;
hier: Rede des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag am 9.3.1979[4]

Anlg.: 1[5]

Fortsetzung Fußnote von Seite 351
tersuchen. 3) Zu dem von den Amerikanern gewünschten Vorschlag über die Inspektionen würden wir darauf hinweisen, daß die Briten beabsichtigen, parallel zu unserem Arbeitspapier einen Kompromißvorschlag einzubringen. Hierzu haben uns die Briten mitgeteilt, daß noch nicht endgültig entschieden sei, ob London den Zusatzvorschlag machen werde." Vgl. VS-Bd. 11512 (221); B 150, Aktenkopien 1979.
Am 23. März 1979 legte Ruth den Entwurf eines Schreibens von Schmidt an Carter vor. Dazu vermerkte er: „Das Foreign Office teilt soeben mit: 1) Es ist damit einverstanden, daß wir in dem Schreiben auf die britische Absicht Bezug nehmen, einen Kompromißvorschlag zum Thema Inspektionen zu machen. 2) Das Foreign Office leitet heute einen Antwortentwurf auf das Schreiben Carters an das Büro des britischen Premierministers weiter. Dabei wird vorgeschlagen, daß das Büro des Premierministers vor Absendung des Schreibens sich mit dem Büro des Bundeskanzlers wegen des endgültigen Absendetermins in Verbindung setzt. Dies wird nach Auskunft unserer Gesprächspartner im Foreign Office nicht vor Montag, dem 26. März, sein." Vgl. VS-Bd. 543 (014); B 150, Aktenkopien 1979.

1 Die Aufzeichnung wurde von Botschaftsrat I. Klasse Holik konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Legationsrat I. Klasse Petersmann am 19. März 1979 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär van Well am 16. März 1979 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 21. März 1979 vorgelegen.

4 Am 8./9. März 1979 debattierte der Bundestag über die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und FDP „zur Politik der Friedenssicherung durch Verteidigung und Entspannung und zum Stand der Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle" sowie über die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU zur „Erhaltung und Festigung des Friedens durch Sicherheit, Rüstungskontrolle, Abrüstung und den Abbau der politischen Spannungsursachen". Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 109, S. 11119–11217 und S. 11235–11279. Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt am 9. März 1979 vgl. ebd. S. 11235–11253 und S. 11276–11279.

5 Dem Vorgang beigefügt. Botschafter Ruth informierte am 12. März 1979 die MBFR-Delegation in

1) Im Rahmen seiner Ausführungen zu MBFR hat der Herr Bundeskanzler in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 9. März das Interesse der Bundesrepublik Deutschland an der Beibehaltung der bestehenden Balance innerhalb des westlichen Bündnisses auch nach einem MBFR-Ergebnis klargestellt. Er könne sich nicht vorstellen, daß in vorhersehbarer Zukunft irgendeine Bundesregierung bereit sein könnte, das deutsche Kontingent an den Landstreitkräften in Mitteleuropa wesentlich zu verstärken. Daran anschließend erklärte er:

„Mir persönlich – wenn ich einmal laut denken darf – ist durchaus vorstellbar, daß kein Teilnehmerstaat mehr als die Hälfte der Truppen des Bündnisses in Mitteleuropa unterhält oder stellt. Das kann ich mir vorstellen. Ich deute eine der Lösungsmöglichkeiten für dieses schwierige Problem an, den Gedanken der Kollektivität, den wir aufrechterhalten wollen und müssen, zu vereinbaren mit dem anderen legitimen Interesse, nämlich zu sichern, daß alle nicht nur am ersten Schritt beteiligt sind, sondern auch noch nach zehn Jahren alle beteiligt bleiben.

Ich betone in diesem Zusammenhang nochmals: Allein unser Bündnis hat dann innerhalb der Kollektivität darüber zu entscheiden, denn uns kommt es darauf an, daß alle Bündnispartner ihren Beitrag gemeinsam und solidarisch leisten."

2) Aus der Rede des Bundeskanzlers geht hervor, daß er bei der 50%-Klausel an eine bündnisinterne Absprache, nicht an eine Ost-West-Vereinbarung, gedacht hat.

Eine Ost-West-Vereinbarung, wonach kein Teilnehmerstaat mehr als die Hälfte der Truppen seines jeweiligen Bündnisses im Raum der Reduzierungen unterhalten darf, würde auf westlicher Seite de facto ausschließlich die Bundeswehr betreffen, für deren Heer eine Höchststärke von 350000 Mann (gegenwärtig: 341000) festgeschrieben würde. Gleichzeitig würde eine Parallele zwischen der Bundeswehr und den sowjetischen Stationierungsstreitkräften im Raum der Reduzierungen etabliert. Während aber die Sowjetunion ihren Streitkräftebestand auf ihrem angrenzenden europäischen Territorium unbeschränkt verstärken könnte, wäre die Bundeswehr selbst dann an eine 50%-Klausel gebunden, wenn andere Bündnispartner ihren Verteidigungsbeitrag so verminderten, daß die gemeinsame Höchststärke von 700000 auf westlicher Seite nicht aufrechterhalten werden könnte.

3) Auch der Gedanke einer bündnisinternen Absprache über die Einhaltung einer 50%-Höchststärke für die Streitkräfte eines Teilnehmers bedarf sorgfältiger Prüfung, um abträgliche Wirkungen für die Kollektivität auszuschließen. Vor allem muß der Eindruck vermieden werden, der Westen biete eine solche Absprache als quid pro quo für eine entsprechende Zusage des Warschauer Pakts an. Denn damit wäre sie indirekt zum Gegenstand von MBFR geworden, und die Beschränkung der militärischen Präsenz der Sowjetunion im Raum der Reduzierungen wäre mit einer gleichwertigen Beschränkung der Bundeswehr erkauft. Diese Gleichbehandlung würde angesichts der unterschiedlichen geographischen Ausgangslage und der sich daraus ergebenden unterschiedli-

Fortsetzung Fußnote von Seite 352

Wien über die Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 9. März 1979 vor dem Bundestag. Für den Drahterlaß Nr. 1292 vgl. VS-Bd. 11474 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

chen Auswirkungen von MBFR die Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Sowjetunion diskriminieren. Ziel des Bündnisses bei MBFR muß die Festschreibung der sowjetischen Höchststärke nach Reduzierung, westliche Gegenleistung die entsprechende nationale Höchststärke für die amerikanischen Streitkräfte im Reduzierungsraum bleiben.

4) Es ist zu erwarten, daß unsere Bündnispartner die Erklärung des Bundeskanzlers aufgreifen und uns um nähere Erläuterung zur Konkretisierung bitten werden. Eine allgemeine Sprachregelung für die wichtigsten Auslandsvertretungen ist bereits mit beigefügtem Plurez vom 12.3.1979 ergangen.

Darüber hinaus sollten wir zunächst zurückhaltend reagieren und bemerken, daß es sich um eine politische Feststellung über die Bereitschaft zu innerwestlichen autonomen Absprachen handelt, daß wir es aber für verfrüht hielten, den Gedanken einer bündnisinternen Absprache über Höchststärken zu vertiefen, solange der Osten in Wien auf die vom Westen am 13.12.1978 unterbreiteten Überlegungen zur Kollektivität[6] nicht eingeht.[7] Eine derartige Absprache könnte[8] nur unter der Voraussetzung in Aussicht genommen werden, daß der Osten die westliche Position zur Kollektivität im Kern akzeptiert, d.h. der autonomen Entscheidung des Bündnisses über die Verteidigungsbeiträge der europäischen MBFR-Teilnehmer innerhalb der gemeinsamen Höchststärke und der Auferlegung einer besonderen Höchststärke für die sowjetischen Streitkräfte im Raum der Reduzierungen zustimmt. Dabei müßte zudem sichergestellt werden, daß die Aufrechterhaltung der gemeinsamen Höchststärke auf westlicher Seite gewährleistet bleibt.[9]

Blech

VS-Bd. 11474 (221)

6 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 13. Dezember 1978 vgl. Dok. 39, Anm. 4.

7 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich geändert: „Darüber hinaus sollten wir zunächst zurückhaltend reagieren und bemerken, daß es sich um eine persönliche Feststellung über die Bereitschaft zu innerwestlichen autonomen Absprachen handelt. Schon deshalb wäre es verfrüht, den Gedanken einer bündnisinternen Absprache über Höchststärken zu vertiefen. Solange der Osten in Wien auf die vom Westen am 13.12.1978 unterbreiteten Überlegungen zur Kollektivität nicht eingeht, besteht dazu kein Anlaß."

8 An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt: „– wenn überhaupt –".

9 An dieser Stelle wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt: „5) Die einleitende Bemerkung des Bu[ndes]K[anzlers] soll zu erkennen geben, daß sich die Bundesregierung dazu noch keine Meinung gebildet hat. Insbesondere bedarf es noch der Erörterung prinzipieller Fragen, die in diesem Zusammenhang auftauchen. Deshalb sind die Erwägungen unter Ziffer 2–4 unter dem gleichen Vorbehalt zu betrachten, den der Bundeskanzler für sich selbst gemacht hat."

81

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel

VS-vertraulich **14. März 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel am 14. März 1979 von 14.40 bis 15.10 Uhr im Bundeskanzleramt

Weitere Teilnehmer: StS van Well, M. J. Habib, Erster Sekretär, MDg von der Gablentz.

Stoessel übergibt die anliegende persönliche Botschaft Präsident Carters an den Bundeskanzler[2] und das beigefügte Memorandum der amerikanischen Regierung über den ägyptisch-israelischen Vertrag[3]. Er erläutert, daß Präsident Carter, aber auch Präsident Sadat, ein großes, aber lohnendes Risiko eingegangen sind. Der Vertrag ist ein erster unumgänglicher Schritt zum Frieden in der Region und zu einer umfassenden Regelung. Der Vertrag werde jetzt sicherlich von anderer Seite angegriffen werden. Die USA stellen ihr ganzes Gewicht hinter den Vertrag und die Verhandlungen, die ihm folgen werden. Sie hoffen, daß auch die Bundesrepublik wie die anderen Partner dem Vertrag ihre öffentliche und diplomatische Unterstützung leihen. Sie denken insbesondere an unterstützende Demarchen in Saudi-Arabien, Jordanien und den Hauptstädten anderer gemäßigter arabischer Staaten. Dabei könnte betont werden, daß das Abkommen nur einen ersten Schritt darstellt, und gebeten werden, es mit einer langfristigen staatsmännischen Haltung zu bewerten.

Bundeskanzler bemerkt, daß die übergebenen Papiere nicht Jerusalem und die Golan-Höhen erwähnen und Verhandlungen über die Westbank und Gaza erst nach Ratifikation vorsehen.

Van Well stellt fest, daß die arabischen Staaten in Bagdad[4] übereingekommen sind, Ägypten nach Unterzeichnung des Friedensvertrags aus der Arabischen Liga auszustoßen.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 15. März 1979 gefertigt und am selben Tag „vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bundeskanzler" an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg „zur Unterrichtung von Staatssekretär van Well" übermittelt.
Hat York am 15. März 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Ministerbüro, Staatssekretär van Well und Ministerialdirektor Meyer-Landrut verfügte.
Hat van Well am 15. März 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Bächmann am 16. März 1979 vorgelegen, der handschriftlich „Seite 3" vermerkte und die Weiterleitung an Staatssekretär Hermes verfügte. Vgl. Anm. 8 und 13.
Hat Hermes am 16. März 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Studnitz am 16. März 1979 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 539 (014); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Dem Vorgang beigefügt. Für die „Personal message from President Carter on his Middle East trip" vgl. VS-Bd. 539 (014).

3 Dem Vorgang beigefügt. Für das Memorandum „Egyptian-Israeli Treaty" vgl. VS-Bd. 539 (014).

4 Vom 2. bis 5. November 1978 fand in Bagdad eine Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.

Bundeskanzler hält die Frage nach der Haltung der gemäßigten arabischen Staaten gegenüber Sadat, den USA und den anderen westlichen Staaten für die zentrale Frage. Mit der Bitte, ihn nicht zu zitieren, berichtet er über das Gespräch der neun Regierungschefs beim Abendessen im Élysée am 12. März.[5] Besonders auffällig waren zwei Dinge:

1) Die allgemeine Unzufriedenheit mit Begin und der Art, wie seine Regierung die Verhandlungen in den letzten 15 Monaten verzögert hat.

2) Die allgemeine Sorge über die künftige Haltung der gemäßigten arabischen Staaten. Man sei sich einig gewesen, alle Kontakte mit diesen Staaten zu halten und auszufüllen. Es habe Kritik an amerikanischen Äußerungen insbesondere im Zusammenhang mit den Besuchen der Minister Brown[6] und Schlesinger gegeben.

Aus der Diskussion glaube er die Schlußfolgerung ziehen zu können, daß alle Neun auf die amerikanische Bitte positiv reagieren werden, wenn auch mit unterschiedlichem Akzent.

F und It hätten darauf hingewiesen, daß sie über gute Beziehungen zum Irak verfügten, was für die Amerikaner jetzt nützlich sein könnte (van Well weist darauf hin, daß BM Genscher zu einem Besuch des Irak eingeladen worden ist.[7])

[8]Er weist auf seinen Eindruck hin, daß einige Teilnehmer am Abendessen im Élysée den Eindruck vermittelten, als seien sie nicht über die letzten Ereignisse unterrichtet worden. Er nimmt an, daß auch die anderen westlichen Partner jetzt voll unterrichtet werden. (Stoessel teilt mit, daß ähnliche Demarchen in allen NATO-Staaten, in Moskau, Peking, Saudi-Arabien und Jordanien unternommen werden.)

In dem Gespräch über den Nahen und Mittleren Osten seien sich alle neun Teilnehmer einig gewesen, daß die jüngsten Ereignisse immer stärker die Türkei als den schwachen Punkt der westlichen Position in der Region erweisen. Alle stimmten überein, daß schnell geholfen werden müsse, wenn auch allerdings keiner ein dickes Portemonnaie bei sich gehabt habe.

Er habe mit McNamara über die Benennung eines deutschen Politikers von großer persönlicher Autorität gesprochen[9], der dem Bundeskanzler als sein persönlicher Beauftragter helfen könnte, die in Guadeloupe[10] übernommene Ko-

5 Am 12./13. März 1979 fand in Paris eine Tagung des Europäischen Rats statt. Vgl. dazu Dok. 83.

6 Der amerikanische Verteidigungsminister Brown hielt sich vom 9. bis 18. Februar 1979 in Saudi-Arabien, Jordanien, Israel und Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 68.

7 Botschafter Menne, Bagdad, berichtete am 22. Februar 1979, der irakische Botschafter in Bonn, al-Bayrakdar, habe folgende private Überlegung unterbreitet: „Er glaube, daß die derzeitigen Umstände es rechtfertigten, einen politischen Durchbruch in den politischen bilateralen Beziehungen herbeizuführen. Er erwäge, falls er ermutigende Signale aus deutscher Richtung erhalte, eine Einladung an den Herrn Bundesminister zu einem Besuch Bagdads zu erwirken." Vgl. den Drahtbericht Nr. 73; Referat 311, Bd. 137595.
Am 2. April 1979 überreichte al-Bayrakdar Staatssekretär Hermes ein Einladungsschreiben des irakischen Außenministers Hammadi an Bundesminister Genscher. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 69 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Montfort vom 3. April 1979 an die Botschaft in Bagdad; Referat 311, Bd. 137595.

8 Beginn der Seite 3 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

9 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Präsidenten der Weltbank, McNamara, am 7. März 1979 vgl. Dok. 70.

10 Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. Dok. 2–5.

ordinierungsaufgabe zur Unterstützung der Bemühungen van Lenneps[11] zu erfüllen. Er denke hierbei an den niedersächsischen Finanzminister Leisler Kiep[12], der in der Türkei gelebt habe und über die erforderliche finanzielle und internationale Erfahrung verfüge. Es gehe vor allem um die Vermittlung zwischen den Türken und den Forderungen des IWF. Es sei besser, daß ein Mann mit großem politischen Fingerspitzengefühl den Türken die bittere Medizin beibringe als ein trockener Beamter des IWF.

Auf die Bemerkung Stoessels, man habe den Eindruck, als könne der Patient sterben, während die Doktoren berieten, betont er, daß er in Paris die Dringlichkeit der Soforthilfe für die Türken besonders unterstrichen habe. Er sieht insbesondere zwei miteinander verbundene Schwierigkeiten:

1) Die mangelnde Bereitschaft der westlichen Staaten zum Opfer und[13]

2) die Tatsache, daß die türkische Regierung die Lage nicht im Griff hat. (Stoessel fügt für die amerikanische Meinungsbildung noch die ungeklärte Zypern-Frage hinzu.)

Van Well berichtet auf Frage des Bundeskanzlers, wann mit der Veröffentlichung des Vertragstextes zu rechnen sei, daß hierfür voraussichtlich die Unterzeichnung abgewartet wird, die man für nächste Woche erwarte. In der Knesset sollen sich 80 von 120 Abgeordneten bereits für den Vertrag ausgesprochen haben.

Die neun EG-Staaten werden einander konsultieren und ihr Vorgehen abstimmen. Er werde am Sonntag, dem 18. März, zu Gesprächen der fünf Außenminister über Namibia nach New York fliegen.[14] Dieses Treffen biete Gelegenheit zu einem Gespräch auch über die Nahost-Frage.

Stoessel wird sich auf Frage des Bundeskanzlers bemühen, die Bundesregierung über den Text des Abkommens zu informieren.

Bundeskanzler möchte vor allem unterschiedliche westliche Interpretationen des Vertrages und seiner Bedeutung vermeiden.

Van Well erwartet einige irrationale Reaktionen im Nahen Osten. Er hält eine erfolgreiche diplomatische Aktion erst in der nächsten Woche für möglich, wenn der erste Dampf abgelassen worden sei.

Die neun EG-Staaten werden sich auch in dieser Frage bemühen, ihre gemeinsame Nahost-Position zu wahren. Er weist auf die Aufgabe der französischen Präsidentschaft[15] in diesem Zusammenhang hin.

Bundeskanzler betont auf Frage Stoessels nach den Ergebnissen des 13. Europäischen Rates, daß die Regierungschefs die Einigung über das EWS nur noch

11 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 66, Anm. 17.

12 Am 16. März 1979 gab das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung bekannt, daß Bundeskanzler Schmidt „im Namen der Bundesregierung und in Abstimmung mit den westlichen Verbündeten" den niedersächsischen Finanzminister gebeten habe, „eine Sondermission bei der internationalen Stützungsaktion für die Türkei zu übernehmen. Walther Leisler Kiep hat seine grundsätzliche Bereitschaft zur Übernahme dieser Aufgabe erklärt." Vgl. BULLETIN 1979, S. 304.

13 Ende der Seite 3 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

14 Staatssekretär van Well hielt sich vom 18. bis 20. März 1979 in Vertretung des Bundesministers Genscher anläßlich der „Simultangespräche" zu Namibia in New York auf.

15 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

nachträglich bestätigt haben.[16] Zu den kurzfristigen und mittelfristigen Problemen der Agrarpolitik habe es im Gegensatz zu dem Eindruck, den die Presse vermittelt, eine recht zivile Debatte gegeben. Die Devisenmärkte hätten bemerkenswert ruhig reagiert. Entgegen mancher Befürchtungen habe das auch für die Wechselkurse unter den acht Währungen gegolten. Der erste Test für den Zusammenhalt werde kommen, wenn die Ölpreiserhöhung[17] unterschiedliche Auswirkungen auf die Zahlungsbilanzen der acht Mitgliedstaaten hat.

Nachtrag:

US-Botschaft teilt mit, daß der am 24. November 1978 veröffentlichte Vertragstext[18] unverändert bleibt. Zusätzliche Dokumente, die im Verlauf der Reise Präsident Carters[19] ausgehandelt wurden, werden der Bundesregierung und den EG-Staaten übermittelt, sobald ihre endgültige Form steht. Das könnte in den nächsten Tagen geschehen.

VS-Bd. 539 (014)

16 Zum Inkrafttreten des Europäischen Währungssystems am 13. März 1979 vgl. Dok. 83.

17 Zu der auf der Ministerkonferenz der OPEC am 16./17. Dezember 1978 beschlossenen Erhöhung des Ölpreises für das Jahr 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

18 Am 11. November 1978 verabschiedeten die Verhandlungsdelegationen Ägyptens, Israels und der USA in Washington ad referendum den Entwurf eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel. Der Vertragsentwurf wurde am 24. November 1978 veröffentlicht. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 68–72.

19 Referat 310 vermerkte am 16. März 1979: „In sechs Tagen (8. bis 13. März 1979) zäher Verhandlungen in Kairo und Jerusalem ist es Präsident Carter gelungen, die Zustimmung von Präsident Sadat und Ministerpräsident Begin zu den amerikanischen Vorschlägen von Anfang März 1979 zur Lösung der bis zuletzt strittigen Punkte eines ägyptisch-israelischen Vertragswerks und seiner Begleitdokumente zu erreichen. Der Wortlaut des gesamten Vertragswerks ist noch nicht veröffentlicht worden. Bis zur Unterzeichnung seiner englischen Fassung in Washington, die am 23./24. März 1979 stattfinden soll, müssen noch einige Details ausgehandelt werden. [...] Präsident Carter hat in seiner Unterrichtung für den Bundeskanzler vom 14. März 1979 die Lösung von folgenden drei Problemen als für den Erfolg der Verhandlungen wesentlich hervorgehoben: a) ‚Link': Der Vertrag und die Begleitdokumente machten es klar, daß der Friede zwischen Ägypten und Israel der notwendige erste Schritt im Zuge der weiterlaufenden Anstrengungen sei, die volle Autonomie für die Palästinenser auf der Westbank und im Gazastreifen zu erreichen. Verhandlungen hierüber würden einen Monat nach der Ratifizierung des ägyptisch-israelischen Vertrages beginnen. Der Beginn dieser Autonomie-Verhandlungen werde den Lauf der fünfjährigen Übergangsperiode in Gang setzen. [...] b) ‚Vorrangklausel': Im Vertrag sei klargestellt, daß der ägyptisch-israelische Friedensvertrag keinen Vorrang vor den ägyptischen vertraglichen Verpflichtungen gegenüber arabischen Staaten (arabischer Beistandspakt) habe. c) ‚Öllieferungen aus Sinai': Der Vertrag gebe Israel keine privilegierte Position bei der Versorgung mit Sinai-Öl nach dem israelischen Rückzug von den Ölquellen am Golf von Suez. [...] Die USA hätten Israel versprochen, für 15 Jahre die Belieferung Israels mit Rohöl sicherzustellen. Dieses Versprechen müsse noch schriftlich fixiert werden." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135594.
Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete dazu: „Ob Friedensvertrag entscheidender Schritt in Richtung auf umfassende Friedensregelung ist, ist zu bezweifeln, da er wohl nicht aus sich heraus zu dieser Regelung führen wird. Er enthält besonders in Vereinbarungen über besetzte Gebiete keinen Anreiz für andere (Syrien, Jordanien, lokale Palästinenser), sich zukünftig in Prozeß einzuordnen. In besetzten Gebieten wird es tatsächlich wohl so bleiben wie bisher. PM Begin hat in Gesprächen mit Carter erfolgreich jeden Versuch abgewehrt, Statusänderungen auch geringer Natur (etwa ägyptisches Verbindungsbüro im Gaza-Streifen) herbeizuführen. Solange Autonomie-Regelung noch nicht vereinbart ist, und solange man also noch nicht weiß, wie Palästinenser-Problem tatsächlich geordnet ist, solange ist dieser Vertrag bestenfalls Versuch, in richtige Richtung zu gehen. Vertrag hat seinen Wert allerdings darin, daß er für die nächste Zukunft kriegerische Konflikte gegenüber Israel durch Neutralisierung militärischen Potentials Ägyptens ausschließt, und als israelisch-ägyptischer Nichtangriffspakt verdient er Interesse und zustimmende Würdigung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 300 vom 15. März 1979; Unterabteilung 31, Bd. 135594.

82

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem jamaikanischen Außenminister Patterson

15. März 1979[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem jamaikanischen Außenminister Patterson am 15. März 1979 von 10.45 bis 11.40 Uhr im Bundeskanzleramt[2]

Weitere Gesprächsteilnehmer: Botschafter Johnson, Mr. Harker, MDg Limmer, MDg von der Gablentz.

Bundeskanzler betont einleitend, daß das Treffen der sieben Regierungschefs in Jamaika Anfang des Jahres[3] wegen seines informellen Charakters zu einem der lehrreichsten und fruchtbarsten Treffen solcher Art geworden sei.

Patterson übergibt anliegende Botschaft PM Manleys[4], in der um deutsche Beteiligung an der karibischen Gruppe für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gebeten wird.

Er erläutert den durch die Energiepreissteigerungen verstärkten akuten Mangel an Devisen in allen karibischen Ländern mit Ausnahme von Trinidad/Tobago, der Jamaika wegen seines hohen Energieverbrauchs für die Bauxit-Industrie besonders hart treffe. Außer Japan und Deutschland hätten alle von den Präsidenten Carter und Pérez angesprochenen Staaten Beiträge zur karibischen Gruppe geleistet. Er bittet insbesondere um Prüfung, ob die Bundesregierung nicht wie NL statt Barzahlungen einen Kredit zur Verfügung stellen könne (NL-Kredit 20 Mio. Dollar zu 3,5% per anno). Ein solcher Beitrag

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 19. März 1979 gefertigt und am selben Tag „vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bundeskanzler" an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg „zur Unterrichtung von Staatssekretär van Well" übermittelt. Dazu vermerkte er: „Für die vom Bundeskanzler zugesagte Antwort an PM Manley vor dem OECD-Treffen in Paris (S. 2 des Vermerks) sollte ein abgestimmter Entwurf wegen der Lateinamerika-Reise des Bundeskanzlers bis zum 28. März übermittelt werden." Vgl. dazu Anm. 11.
Hat York am 19. März 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Herrn D 3 m[it] d[er] Bitte, dem Herrn StS den erbetenen A[ntwort]E[ntwurf] zur Weiterleitung an das B[undes]k[an]z[er]amt zuzuleiten. Termin: 28.3. 2) Doppel: M[inister]B[üro], D 4, Dg 33, Ref[erat] 330."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hoff am 20. März 1979 vorgelegen, der für Vortragenden Legationsrat Poppinga handschriftlich vermerkte: „B[itte] A[ntwort]E[ntwurf] (wir sollten das BMZ veranlassen, die Möglichkeiten für eine Warenhilfe zu prüfen)."
Hat Hoff am 22. März 1979 erneut vorgelegen, der für Poppinga handschriftlich vermerkte: „Nach einem Gespräch Dg 33/Mdg Moltrecht BMZ wird dieses eine Warenkredithilfe von etwa 20 Mio. DM [...] fertigen und uns mitzeichnen lassen." Vgl. das Begleitschreiben; Referat 330, Bd. 116080.

2 Der jamaikanische Außenminister Patterson hielt sich am 14./15. März 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Am 28./29. Dezember 1978 fand auf Jamaika ein informelles Treffen von sieben Staats- und Regierungschefs statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 401.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben des Ministerpräsidenten Manley vom 9. März 1979 an Bundeskanzler Schmidt vgl. Referat 330, Bd. 116080.

sei insbesondere zur Erfüllung des Fünf-Jahres-Planes Jamaikas[5] mit dem Planziel eines realen Wachstums von 4% erforderlich. Er würde nach seiner Ansicht gut in die gegenwärtige Diskussion in Deutschland über eine verstärkte Entwicklungshilfe hineinpassen. Die karibische Gruppe, deren Arbeiten von der Weltbank koordiniert werden, wird sich im April am Rande des OECD-Treffens in Paris[6] treffen, um ein pledging meeting im Mai[7] vorzubereiten. Er äußert Verständnis für unsere bisherige Option zugunsten eines erhöhten Beitrags zur karibischen Entwicklungsbank und für die zusätzlichen Belastungen, die auf Deutschland wegen seiner führenden Rolle im Rahmen einer Soforthilfe für die Türkei[8] zukommen. Er bittet aber erneut, die Gewährung von Krediten etwa nach dem Vorbild von NL zu prüfen.

Bundeskanzler erläutert, daß nach sehr genauer und wiederholter Prüfung des Projektes trotz seines sehr persönlichen Einsatzes eine deutsche Beteiligung an der karibischen Gruppe nicht möglich war. Er erwähnt die Erhöhung des Beitrags zur karibischen Entwicklungsbank[9] und weist auf besondere Verantwortungen der an der Gruppe beteiligten westeuropäischen Staaten für die karibische Region hin. Er sagt eine erneute ernsthafte Überprüfung der Angelegenheit und Nachricht vor dem Pariser Treffen im April zu. Er sieht allerdings im Hinblick auf das Parlament und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über Ausgaben außerhalb des Haushalts[10] kaum eine Chance, für 1979 noch zusätzliche Ausgaben für diesen Zweck zu mobilisieren.[11] Er fragt

5 Botschafter Timmermann, Kingston, berichtete am 26. Februar 1979: „Der Ende 1978 verspätet vorgelegte Fünfjahresplan setzte Ziele insbesondere für verstärkte Produktion und Exporte, deren Erreichung unter den gegenwärtigen Umständen jedoch stark bezweifelt werden muß. Die jamaikanische Wirtschaft wird auch in absehbarer Zukunft vor schwersten Problemen stehen, deren Lösung nur mit fortdauernder westlicher Hilfe möglich erscheint." Vgl. den Schriftbericht Nr. 105; Referat 330, Bd. 116081.

6 Am 26. April 1979 tagte der OECD-Exekutivausschuß „in besonderer Sitzung" in Paris.

7 Am 17./18. Mai 1979 fand in Paris eine Konferenz der Geberländer der Caribbean Group for Cooperation in Economic Development (CGCED) statt.

8 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 66, Anm. 17.

9 Referat 330 hielt im März 1979 anläßlich des bevorstehenden Besuchs des jamaikanischen Außenministers Patterson in der Bundesrepublik fest: „Die Gewährung der weiterhin dringend benötigten Auslandskredite wird einerseits von der Bereitschaft der jamaikanischen Regierung, die vom IWF verlangten Auflagen (Abbau der Zahlungsbilanz- und Haushaltsdefizite sowie Ankurbelung der Produktion mit marktwirtschaftlichen Mitteln) zu erfüllen, und andererseits von dem Vertrauen westlicher Geberländer in die jamaikanische Wirtschaftspolitik abhängen. Auch von der Bundesrepublik Deutschland wird eine besondere Hilfe erwartet. Vor allem die Vereinigten Staaten, Venezuela und Großbritannien haben sich verschiedentlich für eine besondere Hilfe aus Deutschland eingesetzt. Aus grundsätzlichen Erwägungen hat sich die Bundesregierung diesem Wunsch bisher versagt und statt dessen eine Aufstockung des deutschen Beitrags zur Karibischen Entwicklungsbank um 15 Mio. DM angeboten. Es ist zuzugeben, daß diese Kapitalaufstockung Jamaika gegenwärtig wenig hilft." Vgl. Referat 330, Bd. 116080.

10 Das Bundesverfassungsgericht entschied am 25. Mai 1977, daß das Bundesministerium der Finanzen nicht befugt sei, ohne Ermächtigung durch den Gesetzgeber im Haushaltsplan nicht vorgesehene Ausgaben zu bewilligen. Es habe daher das Recht des Bundestags verletzt, als es am Ende des Haushaltsjahrs 1973 einen Überschuß in Höhe von einigen Milliarden DM dazu verwendet habe, eine Reihe von über- und außerplanmäßigen Ausgaben zu genehmigen. Vgl. dazu den Artikel „Die Opposition gewinnt in Karlsruhe"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Mai 1977, S. 2. Für den Wortlaut des Urteils vgl. ENTSCHEIDUNGEN, Bd. 45, S. 1–63.

11 Bundeskanzler Schmidt teilte Ministerpräsident Manley am 2. April 1979 mit, daß ein Beitrag der Bundesrepublik zur Karibischen Entwicklungsfazilität nicht möglich sei. Schmidt führte weiter aus: „Bei der letzten Sitzung der Caribbean Aid Group in Washington wurde jedoch Einigkeit darüber erzielt, daß zur Erreichung der mit der Karibischen Entwicklungsfazilität angestrebten Ziele

daher, ob auch Zusagen für das nächste Jahr noch hilfreich seien (Patterson bejaht) und weist darauf hin, daß die Bundesregierung ihre Hilfszusagen auch regional vernünftig abwägen müsse.

Auf Frage Pattersons bestätigt er den Plan einer ganztägigen Kabinettssitzung zu Entwicklungsfragen und Manila-Vorbereitung.[12] Er werde Manley allerdings eine zumindest vorläufige Antwort auf seine Botschaft schon vorher, nämlich für das Pariser OECD-Treffen, zukommen lassen.

Patterson hält es auf Frage des Bundeskanzlers für wünschenswert, die Verhandlungen über den gemeinsamen Fonds[13], der auf der UNCTAD-Sitzung in Nairobi beschlossen wurde[14], vor der neuen Sitzung in Manila abzuschließen. Er glaubt nicht, daß ein vorheriger Abschluß dann zu neuen Forderungen der EL in Manila führen würde, sondern dazu beitragen könnte, die Tendenzen in den EL, von der bloßen Rhetorik zu wirklichen Verhandlungen zu kommen, verstärken könnte.

Bundeskanzler betont, daß steigende Ölpreise die EL vor viel härtere Probleme stellen würden als die IL. Der Pariser Europäische Rat[15] habe noch einmal gezeigt, daß die westlichen IL in einem Klima wachsender Arbeitslosigkeit und Inflation sich im Hinblick auf Manila nicht als Geberstaaten fühlten, sondern sich eher als Bittsteller gegenüber den Ölstaaten vorkämen. Es werde daher in Manila keinen Sinn haben, auf anklägerischer Rhetorik gegen die IL zu beharren. Die Minister der IL in Manila werden von Hause sehr kurz gehalten werden.[16] Zu diesem Klima trage auch die Unsicherheit im Nahen und Mittleren Osten bei. Die große Gefahr sei die Entfremdung der gemäßigten Araber, die durch die letzten Entwicklungen in eine feindliche Haltung gegenüber Sadat und gegenüber dem Westen mit entsprechenden Folgen für die Ölpreisentwicklung gedrängt werden könnten. Wenn er auch nicht öffentlich darüber spreche, so sei doch die wirtschaftliche Aussicht nicht rosig.

Auf Pattersons Bemerkung, daß er seine Sorge teile, unterstreicht er die Notwendigkeit, den Energiepreis in den einzelnen Staaten steigen zu lassen, weil sonst kein Anreiz zur notwendigen Energieeinsparung zustande kommt.

Unter Hinweis auf eine Bemerkung McNamaras im Hinblick auf die Türkei[17] fragt er nach Erfahrungen Jamaikas mit einem geteilten Wechselkurs (z.B.

Fortsetzung Fußnote von Seite 360

auch bilaterale Beiträge an Länder der Region angerechnet werden. Im Haushaltsjahr 1979 kann ich über die bereits zugesagten 5 Mio. DM für ein Projektdarlehen und die 15 Mio. DM für die Karibische Entwicklungsbank keine weiteren Mittel bereitstellen. Die Bundesregierung wird sich jedoch vorbehaltlich der Zustimmung des Parlaments bemühen, Ihnen als einmalige Maßnahme im Haushaltsjahr 1980 einen Soforthilfekredit von 20 Mio. DM zur Verfügung zu stellen. Dabei gehe ich davon aus, daß dieser Betrag für zusätzliche Lieferungen und Leistungen aus der Bundesrepublik Deutschland verwendet wird." Vgl. Referat 330, Bd. 116080. Vgl. dazu Anm. 1.

12 Vom 7. Mai bis 3. Juni 1979 fand in Manila die V. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) statt.
Das Bundeskabinett tagte am 25. April 1979, um über UNCTAD und entwicklungspolitische Fragen zu beraten.

13 Zur Einrichtung eines Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe vgl. Dok. 70, Anm. 13.

14 Vom 5. bis 31. Mai 1976 fand in Nairobi die IV. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) statt. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 173.

15 Zur Tagung des Europäischen Rats am 12./13. März 1979 in Paris vgl. Dok. 83.

16 So in der Vorlage.

17 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Präsidenten der Weltbank, McNamara, am 7. März 1979 vgl. Dok. 70.

günstiger für Überweisungen von Gastarbeitern, ungünstiger für den Import von Luxusgütern).

Patterson hält die Erfahrungen Jamaikas mit dem geteilten Wechselkurs für einen begrenzen Erfolg. Allerdings habe der IWF Jamaika gezwungen, dieses Experiment wieder aufzugeben. Er hält es immer noch für den richtigen Ansatzpunkt.

Bundeskanzler hält es unter Bezug auf die Erfahrungen in den Beziehungen zwischen der Bundesregierung und der völlig autonomen Bundesbank für vernünftig, Leute mit politischer Erfahrung und politischem Fingerspitzengefühl in die Verhandlungen zwischen dem IWF und den Kreditnehmerländern über wirtschaftlichen Rat und Bedingungen der Kreditvergabe einzuschalten. Strikte Konditionen bei der Kreditvergabe seien notwendig, aber die Bedingungen müßten auch politisch akzeptabel sein, was offenbar von den Finanzexperten des IWF nicht immer richtig verstanden werde.

Patterson stimmt zu und plädiert für stärkere Berücksichtigung der politischen Bedingungen bei den Entscheidungen des IWF. Im Falle Jamaikas habe z. B. die jamaikanische Regierung nicht die Möglichkeit, die verlangten Lohngrenzen durchzusetzen.

Auf Frage des Bundeskanzlers berichtet er, daß die Demonstrationen vom Jahresanfang in Montego Bay wegen erhöhter Benzinpreise[18] inzwischen beigelegt worden sind.

Bundeskanzler betont, daß der Krieg zwischen Vietnam und China[19] und die drohende Möglichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen zwei kommunistischen Weltmächten die Glaubwürdigkeit der kommunistischen Friedensideologie endgültig erschüttert hat. Diese Erfahrung muß für junge marxistische Gläubige, die den Einmarsch in die Tschechoslowakei[20] noch als eine Ausnahme gesehen hatten, als eine wirkliche Katastrophe empfunden werden. Die Sowjetunion habe sich gegenüber der unverantwortlichen chinesischen Politik der Strafaktion verhältnismäßig vorsichtig verhalten.

Auf Pattersons Bemerkung, daß für die nächsten Wahlen in Jamaika 1981[21] die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend wäre, bemerkt er, daß allzu viele ideologische Weltverbesserer in unverantwortlicher Weise mit den Elementen herumexperimentierten, die für eine funktionierende Weltwirtschaft unerläß-

18 Botschafter Timmermann, Kingston, berichtete am 22. Februar 1979: „Die J[amaica]L[abour]P[arty] nutzte die durch die kumulierten Mißstände aufgestauten Emotionen breiterer Bevölkerungskreise, um für den 19. Februar zu einem nationalen Streik aufzurufen. Dieser Streik hatte Anfang Januar einen Vorläufer gehabt, als eine der JLP nahestehende Organisation aus Protest gegen eine Erhöhung des Benzinpreises mit dem Bau von Straßenbarrikaden begann und diese Aktion einen unvermuteten Widerhall fand, so daß im Handumdrehen das ganze Land fast drei Tage lang durch ca. 500 solcher Sperren lahmgelegt war. Wenn im Januar ein Überraschungseffekt und Motivationen unterschiedlicher Natur (u. a. Klassenhaß gegen Autofahrer!) ausschlaggebend waren, so war die Regierung bei dem Streik im Februar rechtzeitig gewarnt und dementsprechend in der Lage, Gegenmaßnahmen zu treffen, u. a. durch öffentliche Erklärungen von Manley und mehreren Kabinettsmitgliedern." Vgl. den Schriftbericht Nr. 97; Referat 330, Bd. 116079.

19 Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 2.

20 Am 20./21. August 1968 marschierten Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR ein. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

21 Am 30. Oktober 1980 fanden auf Jamaika Parlamentswahlen statt.

lich seien. Er weist auf die eindrucksvollen Ergebnisse der pragmatischen Politik Lee Kuan Yews in Singapur hin, der sich nach sozialistischen Anfängen in seiner Wirtschaftspolitik von ideologischen Fesseln befreit habe. Er rät Patterson, selbst nach Singapur zu gehen und sich von dem erstaunlichen wirtschaftlichen Erfolg der Politik Lee Kuan Yews zu überzeugen. Die Rede, die Lee Kuan Yew vor einiger Zeit in Orlando in Florida gehalten habe[22], sei nach seinen Erfahrungen in Singapur vom letzten Sommer keine Propaganda-Rede.

Patterson erwägt, nach Manila einen Zwischenaufenthalt in Singapur einzulegen.

Referat 330, Bd. 116080

83

Runderlaß des Legationsrats I. Klasse Oehms

012-312.74 **Aufgabe: 15. März 1979, 16.44 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 23 Ortez

Zum 13. Europäischen Rat am 12./13. März 1979 in Paris

Der 13. Europäische Rat, der am 12./13. März 1979 in Paris unter französischer Präsidentschaft[2] stattfand, diente vornehmlich dem politischen Meinungsaustausch und der Vereinbarung von Orientierungen für die weitere Politik der Gemeinschaft. Er verlief trotz der teilweise schwierigen Thematik und der innenpolitischen Zwänge, denen sich gegenwärtig die Regierungen einiger Mitgliedstaaten ausgesetzt sehen, in guter Arbeitsatmosphäre. Neben dem Bundeskanzler nahm deutscherseits Staatssekretär van Well als Vertreter des Ministers an der Tagung teil. Die Schlußfolgerungen der Präsidentschaft über den Pariser ER sind im Bulletin Nr. 31, S. 277 vom 15. März 1979 abgedruckt.[3]

1) Herausragendes Ergebnis war die Verkündung des Inkrafttretens des Europäischen Währungssystems zum 13. März 1979. Dieser politische Akt unterstreicht, daß es der Gemeinschaft nach mehr als zweimonatiger Verzögerung entgegen manchen pessimistischen Voraussagen gelungen ist, den unter deutscher Präsidentschaft[4] im zweiten Halbjahr 1978 vorbereiteten Durchbruch in der währungspolitischen Zusammenarbeit zu erzielen (vgl. im einzelnen Ortex Nr. 21 vom 9.3.79[5]).

22 Ministerpräsident Lee Kuan Yew hielt sich am 3. Oktober 1978 in den USA auf.

1 Durchdruck.

2 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

3 Für den Wortlaut der „Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates" vgl. BULLETIN 1979, S. 277–279.

4 Die Bundesrepublik hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1978 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

5 Legationsrat I. Klasse Oehms hielt am 9. März 1979 fest: „Französischer Staatspräsident Giscard d'Estaing hat am 7.3.79 Aufhebung französischen Vorbehalts gegen Einführung des EWS bekannt-

2) Angesichts der Entwicklungen auf dem Weltenergiemarkt und der Größenordnung der sich daraus für Europa ergebenden Probleme diskutierten die Staats- und Regierungschefs eingehend Fragen der Energieversorgung der Gemeinschaft. Der ER einigte sich auf indikative Einsparungsziele, die in etwa den kürzlich festgelegten Sparzielen der IEA[6] entsprechen und die entsprechend den Beschlüssen des ER in Bremen[7] zu einer Verringerung der Einfuhrabhängigkeit der Gemeinschaft bis 1985 auf 50 Prozent – auch unter Einsetzung des Mittels der Preispolitik – führen sollen. Die Nutzung alternativer heimischer Energiequellen wie der Kohle und die Förderung von Programmen zur Erzeugung von Elektrizität nuklearen Ursprungs sollen verstärkt werden. Insbesondere der Bundeskanzler betonte, daß angesichts der sich abzeichnenden weiteren Verknappung von Gas und Erdöl die Notwendigkeit wachse, auf heimische Primärenergien und auf die Nuklearenergie zurückzugreifen. Der Energierat wurde mit der Prüfung und Weiterentwicklung der Energiepolitik der Gemeinschaft einschließlich des gemeinschaftlichen Krisensystems beauftragt.

Der ER sieht in einer weiteren Verstärkung der gegenwärtigen Spannungen auf dem Erdölmarkt eine ernste Gefahr für die Weltwirtschaft und fordert auch andere Einfuhrländer (insbesondere die USA, Japan) sowie die Erzeugerländer zu verantwortlicher Erhaltung der Ausgewogenheit des Energiemarktes auf. Er unterstreicht die Notwendigkeit des Dialogs mit den Erzeugerländern.

3) Nicht zuletzt auf britisches Drängen hin befaßte sich der ER auch mit der Frage, welche Instrumente und Mittel wirksamer zur Erzielung der wirtschaftlichen Konvergenz der Mitgliedstaaten und zur Überwindung der bestehenden Disparitäten zwischen ihnen eingesetzt werden können. Rat und Kommission wurden beauftragt, die Politiken und Schritte zu prüfen, mit denen dieses Ziel

Fortsetzung Fußnote von Seite 363

gegeben. [...] Es war F insbesondere darum gegangen, fest terminierte Verpflichtung zum Abbau unseres durch künftige Leitkursänderungen im Rahmen des EWS entstehenden Währungsausgleichs (WAG) zu erreichen, da F in WAG ungerechtfertigte Bevorzugung der deutschen Landwirtschaft [...] sieht. Da dies für uns u. U. zu absoluten Senkungen der landwirtschaftlichen Stützpreise in DM geführt hätte, hatten wir uns fester Terminierung widersetzt [...]. Nach mehreren vorklärenden Gesprächen [...] legte Kommission dem Agrarrat am 5./6.3.79 Kompromißpapier vor [...]. Diesem Kompromiß konnten acht Mitgliedstaaten zustimmen. GB lehnte ihn jedoch wegen der die Möglichkeit von Agrarpreiserhöhungen implizierenden Formulierung ab und verlangte Festschreibung mehrjährigen Preisstopps für Überschußprodukte. Dies wurde von übrigen Mitgliedstaaten abgelehnt. Obwohl WAG-Problematik damit nicht geregelt ist, entschloß sich französische Regierung [...], Vorbehalt gegen Inkraftsetzung des EWS aufzuheben." Vgl. den Runderlaß Nr. 21; Referat 012, Bd. 111777.

6 Botschafter Emmel, Paris (OECD), berichtete am 2. März 1979, daß sich der Verwaltungsrat der Internationalen Energieagentur „heute nach langwierigen und schwierigen Verhandlungen über die Situation der Mineralölversorgung" auf eine Entschließung geeinigt habe. Wesentliche Ergebnisse seien: „Mitgliedstaaten sind übereinstimmend der Auffassung, daß Mineralölversorgung im Hinblick auf die eingetretenen Iran-Lieferausfälle und die unsichere zukünftige Entwicklung für weiteren Jahresverlauf ernst sei und für 1979 mit Versorgungsausfall von zwei Mio. b[arrel/]d[ay] gerechnet werden müsse. Um angemessenen Beitrag der Industriestaaten zur Überbrückung des drohenden Versorgungsdefizits zu leisten und als Zeichen im Hinblick auf die bevorstehende OPEC-Konferenz haben Mitgliedstaaten verabredet, IEA-Ölnachfrage 1979 um zwei Mio. b[arrel]/d[ay] zu senken, was fünf Prozent des für 1979 an sich erwarteten Verbrauchs entspricht. Mitgliedstaaten sind frei, mit welchen Mitteln sie dieses Ziel erreichen wollen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 167; Referat 405, Bd. 121292.

7 Am 6./7. Juli 1978 tagte der Europäische Rat in Bremen. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 216.

verstärkt angestrebt werden kann, und dem nächsten ER[8] einen Bericht vorzulegen.

4) Auf der Grundlage einer Mitteilung der Kommission erörterte der ER die weitere Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik.[9] Er bekräftigte die grundsätzlichen Ziele dieser Politik, stellte jedoch zugleich ein Anwachsen der erforderlichen Stützungsausgaben fest. Er äußerte die Auffassung, daß eine der Lage angemessene Preispolitik und die Suche nach Maßnahmen, die der jeweiligen Produktion angepaßt sind, geeignet sind, die auf einigen Märkten aufgetretenen Unausgewogenheiten zu korrigieren und die Bildung von Überschüssen zu verhindern. Weitergehende britische Forderungen nach einer Politik der Preisstopps als einem Mittel zur Beseitigung der Überschüsse fanden keine ausreichende Unterstützung. Zugunsten der benachteiligten Regionen der Gemeinschaft sollen nach dem Willen der Staats- und Regierungschefs Verbesserungen der Agrarstrukturpolitik angestrebt und im Hinblick auf die EG-Erweiterung[10] die strukturpolitischen Bemühungen auch zum Nutzen der Mittelmeergebiete fortgesetzt werden. Vor der Presse betonte der Bundeskanzler erneut die Notwendigkeit, dem Trend zu ständig höheren Ausgaben in der GAP entgegenzuwirken und die Überschüsse abzubauen.

5) Die Staats- und Regierungschefs führten einen eingehenden Meinungsaustausch über die wirtschaftliche und soziale Lage der Gemeinschaft. Neben den positiven Aspekten (Zunahme des Wachstums, Abschwächung des Preisanstiegs, Verbesserung der Zahlungsbilanzen in einigen MS) unterstrich der ER, daß der Kampf gegen die Inflation weiterhin Hauptziel der Wirtschaftspolitik der MS bleibe. In diesem Zusammenhang stellte er fest, daß die MS mit den niedrigsten Inflationsraten gegenwärtig ein großes Wachstum aufweisen.

Als besorgniserregend bezeichnete der ER weiterhin die Beschäftigungslage. Zu ihrer Verbesserung seien vordringliche Maßnahmen erforderlich. Über konkrete eingeleitete Schritte soll der Ministerrat dem nächsten ER Bericht erstatten. Die Staats- und Regierungschefs betonten die Bedeutung von Konsultationen zwischen den Sozialpartnern und forderten diese zur Verstärkung ihres Dialogs auch auf Gemeinschaftsebene auf. Die Arbeits- und Sozialminister

8 Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. Juni 1979 in Straßburg vgl. Dok. 190.

9 Referat 411 notierte am 27. Februar 1979: „Kommission hat dem Europäischen Rat (ER) am 4./5.12.78 auftragsgemäß einen Bericht zur künftigen Entwicklung der G[emeinsamen]A[grar]P[olitik] vorgelegt. Darin werden als derzeitige Grundprobleme der GAP strukturelle Überschüsse, Einkommensdisparitäten und W[ährungs]A[us]G[leich] bezeichnet und zur Lösung der Probleme eine Reihe von Leitlinien aufgestellt, in deren Mittelpunkt eine restriktive Preispolitik, Anpassungen in der Strukturpolitik sowie systematische Abschaffung des WAG stehen." Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 527.

10 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Griechenlands vgl. Dok. 86, Anm. 38.
Portugal stellte am 28. März 1977 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Botschafter von Puttkamer, Lissabon, berichtete nach dem Besuch einer „Fact-Finding-Mission" der EG-Kommission am 9./10. Juli 1979 in Portugal und einem „briefing" der Botschafter der EG-Mitgliedstaaten in Lissabon: „Beitrittsverhandlungen seien durch große technische und politische Schwierigkeiten auf portugiesischer Seite gekennzeichnet. Sie befänden sich praktisch noch im Vorbereitungsstadium, in dem Kommission noch erklären müsse, was EG-Beitritt konkret bedeute. [...] Auch angesichts der innenpolitischen Unsicherheiten in Portugal sei es schwer vorauszusehen, inwieweit Beitrittsverhandlungen ab September konkretere Formen annehmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 215 vom 11. Juli 1979; Referat 410, Bd. 121927.
Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 56, Anm. 27.

sollen vor allem folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage prüfen:

- bessere Anpassung der Berufsausbildung an die Arbeitsmarkterfordernisse,
- Begrenzung der regelmäßigen Ableistung von Überstunden,
- Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen.

Zugleich unterstrich der ER die Bedeutung eines koordinierten Beitrags der verschiedenen Finanzinstrumente der Gemeinschaft zur verstärkten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie der flankierenden sozialen Maßnahmen zugunsten der Arbeitnehmer im Eisen- und Stahlbereich sowie in anderen betroffenen Industriezweigen.

6) Präsident Giscard trug den französischen Wunsch nach einer Revision von Kapitel VI EURATOM-Vertrag (Gemeinsame Versorgungspolitik) vor.[11] Er begründete ihn mit den inzwischen eingetretenen Veränderungen und den Erfordernissen des Status Frankreichs als Nuklearmacht. Die französischen Revisionswünsche trafen nicht auf die Zustimmung der übrigen MS. Dagegen zeigte sich eine gewisse Bereitschaft zu prüfen, ob den französischen Vorstellungen im Rahmen des Möglichen pragmatisch über entsprechende Handhabungen der Vertragsbestimmungen entgegengekommen werden kann. Die AM sollen sich auf ihrem nächsten informellen Treffen im Mai d. J.[12] mit dieser Frage befassen. Mit raschen Lösungen ist angesichts der vielschichtigen Problematik (Nichtdiskriminierungsgrundsatz; Verhältnis Nichtverbreitungspolitik/EURATOM-Vertrag; Problematik der Vertragsänderung etc.) kaum zu rechnen.

7) Zu den Handelsbeziehungen EG–Japan[13] stellte der ER auf britische Initiative fest, daß weiterhin zu Lasten der Gemeinschaft ein ernstes Ungleichgewicht besteht. Er äußerte den Wunsch nach erheblichen Fortschritten bei der Öffnung des japanischen Marktes für die Einfuhr gewerblicher Güter aus der Gemeinschaft und unterstrich die Bedeutung einer Steigerung der staatlichen Entwicklungshilfe Japans. Angesichts ähnlicher früherer Aufforderungen der Gemeinschaft an die japanische Adresse und der laufenden Konsultationen zwischen der Kommission und der japanischen Regierung sind wir hier um Mäßigung in den Formulierungen bemüht gewesen.

11 Zum französischen Wunsch nach Änderung des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. Dok. 51.

12 Am 12./13. Mai 1979 kamen die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ zu einem informellen Treffen in Mercuès/Cahors zusammen. Vgl. dazu Dok. 137.

13 Referat 411 notierte am 30. April 1979, der Europäische Rat am 12./13. März 1979 in Paris habe die „bisherige EG-Haltung gegenüber Japan (Konzertierung makroökonomischer Ziele, Forderung nach spezifischen Maßnahmen zur Öffnung des japanischen Marktes für EG-Produkte) bekräftigt; Erwartung ausgedrückt, daß neue japanische Regierung Politik eines anhaltenden binnenmarktorientierten Wachstums fortsetzt, und Besorgnis geäußert wegen des [...] zu erwartenden hohen japanischen Außenhandelsbilanzüberschusses; festgestellt, daß Anzeichen zu erkennen sind, daß sich der frühere Trend einer sich ständig verschlechternden Handelsbilanz der EG mit Japan möglicherweise abgeschwächt hat, jedoch noch nicht von einer Trendumkehrung gesprochen werden kann; bedauert, daß Japan bei den GATT-M[ultilateralen]H[andels]V[erhandlungen] ein enttäuschendes Angebot gemacht hat [...]. EG-Kommission erhielt den Auftrag, die laufenden Konsultationen (letzte Gespräche fanden im Dezember 78 und Januar 79 in Brüssel statt) mit der japanischen Regierung fortzusetzen und über die Ergebnisse im Juni-Rat zu berichten. [...] In Kommissionskreisen ist man über die geringen Erfolge der japanischen Importpolitik zunehmend enttäuscht und überlegt Gegenmaßnahmen". Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 446.

Präsident Giscards Vorschlag einer euro-afro-arabischen Konferenz[14] stieß im Prinzip auf eher positive, hinsichtlich seiner Realisierungsmöglichkeiten auf eher skeptische Resonanz. Der französische Präsident wurde ermächtigt, zunächst mit dem derzeitigen sudanesischen Präsidenten der OAU[15] und dem GS der Arabischen Liga[16] Kontakte aufzunehmen.

Ferner führten die Staats- und Regierungschefs auch einen Meinungsaustausch über den Stand der Vorbereitungen der – von ihnen als dringlich anerkannten – westlichen Hilfsaktion für die Türkei[17] sowie die hierbei im Verhältnis IWF/Türkei aufgetretenen Probleme[18].

Oehms[19]

Referat 012, Bd. 111777

84

Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-963/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 15. März 1979, 07.39 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 205 **Ankunft: 15. März 1979, 14.13 Uhr**

Betr.: Gespräch zwischen Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff und SED-Politbüromitglied Dr. Mittag am 13.3. in Ost-Berlin

Dr. Günter Mittag, der für Wirtschaft zuständige Sekretär des SED-Politbüros, empfing BM Graf Lambsdorff am 13.3. im Haus des Zentralkomitees zu einem knapp anderthalbstündigen Gespräch. Auf DDR-Seite nahmen Staatssekretär Beil vom Außenhandelsministerium und Vizeaußenminister Kohl an der Un-

14 Zum Vorschlag des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing vom 12./13. März 1979 vgl. LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1979, I, S. 131. Vgl. dazu ferner Dok. 56, Anm. 21.

15 Jaafar Mohammed al-Numeiri.

16 Mahmoud Riad erklärte am 22. März 1979 seinen Rücktritt als Generalsekretär der Arabischen Liga. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 528 des Botschafters Behrends, Kairo, vom 23. März 1979; Unterabteilung 31, Bd. 135616.

17 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 66, Anm. 17.

18 Zu den Verhandlungen zwischen dem IWF und der Türkei vgl. Dok. 70, Anm. 9.

19 Paraphe.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 15. März 1979 vorgelegen.
Hat Staatssekretär van Well am 16. März 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Lautenschlager verfügte.
Hat Lautenschlager am 16. März 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Freiherr von Stein und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Sieger verfügte und handschriftlich vermerkte: „In heutiger Dir[ektoren]b[e]spr[echung] b[e]spr[ochen]. Abt[ei]l[un]g 2 macht eine Aufzeichnung und Analyse. Wir sollten uns daran beteiligen – auch im Hinblick auf das geplante(?) Abkommen – auch unter dem Aspekt Protokoll über innerdeutschen Handel, EG, Konsultationen und möglichem sachlichen Inhalt."
Hat Stein am 24. März 1979 vorgelegen.

terredung teil. BM Graf Lambsdorff wurde von Staatssekretär von Würzen und mir begleitet.

Mittag eröffnete das Gespräch mit einem über halbstündigen Vortrag, in dem er zunächst in vier Punkten Klagen und Wünsche der DDR in bezug auf den Handel zwischen den beiden deutschen Staaten vortrug; danach sprach er über politische Aspekte der Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin. Dabei hielt er sich – was mir bei Mittag eher ungewöhnlich zu sein scheint – ziemlich strikt an ein vorbereitetes Papier. Er machte auch später selbst darauf aufmerksam, daß er angesichts der „Bedeutung des Gesprächs" eine schriftliche Unterlage benutzt habe. Wir können nach aller Erfahrung unter diesen Umständen davon ausgehen, daß Mittags Ausführungen im Politbüro unter Vorsitz Honeckers abgestimmt worden sind.

Mittag beklagte zunächst in eher scharfem Ton, der sich später lockerte, die Stagnation des innerdeutschen Handels.[2] Der Handel sei nicht ausgeglichen. Wenn man das Jahr 1978 betrachte, so könne man sogar eine rückläufige Tendenz feststellen. Als Beschwerden der DDR trug er dann zwei Punkte vor:

1) Die „Kampagne" gegen die DDR auf wirtschaftlichem Gebiet, wie sie in den Massenmedien der Bundesrepublik geführt werde. Er wandte sich gegen „diese Art von Öffentlichkeitsarbeit". Dabei monierte er vor allem „Lügen", die DDR könne z.B. im Maschinenbau und in der Elektronik gar nicht genug und in ausreichender Qualität liefern. Solche „Lügen" gebe es auch ganz allgemein über die angeblich schlechte Wirtschaftslage der DDR. In keinem anderen westlichen Land, nur in der Bundesrepublik, bestimmten solche negativen Berichte das Meinungsbild. Daraus entstehe ein ernstes Hemmnis für die Entwicklung des Handels zwischen den beiden Staaten. Die DDR sei an der Entwicklung normaler Handelsbeziehungen sehr interessiert. Sie werde auf die Dauer die „Kampagne" nicht hinnehmen, sondern gegebenenfalls klar und deutlich antworten.

2) Die Restriktionspolitik der Bundesrepublik. Auch wenn man Verständnis dafür habe, daß es einen Handel ohne jede Auflage und Begrenzung nicht geben könne, so könnten und müßten doch Restriktionen mehr als bisher abgebaut werden. (Für beide Punkte, vor allem für den zweiten, nannte Mittag auch Beispiele. Diese und andere wirtschaftliche Einzelheiten sind von StS von Würzen protokolliert worden.[3] Sie werden daher im vorliegenden Bericht nicht aufgeführt.)

Auch die Anregungen und Wünsche der DDR für eine Verstärkung und Belebung des innerdeutschen Handels trug Mittag in zwei Punkten vor:

3) Die Bundesregierung solle, wo ihr das die westdeutsche Wirtschaftsstruktur gestatte, selbst direkt tätig werden, um Hemmnisse abzubauen und Abschlüs-

[2] Das Bundesministerium für Wirtschaft teilte am 1. März 1979 zur Entwicklung des innerdeutschen Handels im Jahr 1978 mit, daß sich „die seit 1977 zu beobachtende Wachstumsabschwächung" fortgesetzt habe: „Während Lieferungen und Bezüge im ersten Halbjahr noch um knapp 7 Prozent zunahmen, gingen sie im zweiten Halbjahr um 2,2 Prozent zurück." Vgl. BULLETIN 1979, S. 226 f.

[3] Für die Aufzeichnung des Staatssekretärs von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, vom 16. März 1979 über die Gespräche des Bundesministers Graf Lambsdorff mit dem Außenhandelsminister der DDR, Sölle, am 12. März 1979 in Leipzig und mit dem Mitglied des Politbüros der SED, Mittag, am 13. März 1979 in Ost-Berlin vgl. VS-Bd. 9516 (421).

se zu fördern. Mittag räumte ein, daß dies nur bis zu einem gewissen Grade möglich sei. Als ein Beispiel dafür, daß die Bundesregierung einiges doch direkt tun könne, nannte er den Etat für Wissenschaftsförderung. Im Verlauf des Gesprächs stellte er später klar, daß er damit nicht etwa gemeint habe, die Bundesregierung möge aus diesem Etat zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten beitragen; er habe lediglich ein allgemeines Beispiel für direkte Möglichkeiten der Bundesregierung geben wollen.

Mittag erwähnte, daß die DDR derzeit Anlagen, ja Aufträge für etwa vier Milliarden Mark plazieren wolle; dabei möchte sie an der Bundesrepublik nicht vorbeigehen. Aber dann müßten eben auch die unter Punkt 1) und 2) genannten Mahnungen und Klagen beachtet werden. Im Zusammenhang mit den beabsichtigten Anlagen sprach Mittag auch von der Möglichkeit der Kooperation in dritten Ländern.

4) Als eine wichtige Möglichkeit der Handelsförderung nannte Mittag eine größere Langfristigkeit in den Wirtschaftsabsprachen. Dies gelte vor allem für die Bereiche Eisen und Stahl, Erdöl und Kohle. Als Beispiel für eine solche wünschenswerte Langfristigkeit bezeichnete Mittag die wirtschaftlichen Vereinbarungen zwischen der DDR und der UdSSR.

Dr. Mittag leitete dann zum politischen Teil über. Dabei knüpfte er an das Stichwort von der Langfristigkeit an und nannte die Verkehrsverhandlungen zwischen den beiden Staaten im vorigen Jahr[4] ein „bedeutsames Beispiel" für Vereinbarungen, die über ihren materiellen Inhalt hinaus einen ...[5] hätten. Mittag: „Und zwar gerade wegen der Langfristigkeit einiger Abmachungen; denn Langfristigkeit bedeutet Stabilisierung".

Mittag betonte mit großem Nachdruck, daß die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten „entscheidend für die politischen Zustände in ganz Europa" seien, die Bundesrepublik und die DDR lägen „an der Nahtstelle" zweier Blöcke und Systeme. Daher seien die Entspannung und die Erhaltung des Friedens in ganz Europa und nicht nur dort vom Stand der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten abhängig. Mittag erwähnte dann kurz den Konflikt in Indochina[6] und die Besorgnis der DDR darüber. Stärker betonte er, daß die DDR „die Abrüstungsfrage sehr bewegt". In diesem Zusammenhang erinnerte er an die von Honecker ausgedrückte Bereitschaft der DDR zu „radikalen Abrüstungsmaßnahmen".[7]

4 Die Bundesrepublik und die DDR trafen am 16. November 1978 eine Reihe von Vereinbarungen zu Verkehrsfragen und zum Zahlungsverkehr. Sie sahen unter anderem den Bau einer Autobahn von Berlin nach Hamburg vor, wofür die Bundesrepublik 1,2 Milliarden DM bereitstellen sollte. Für den Wortlaut der Vereinbarungen vgl. BULLETIN 1978, S. 1247–1255. Vgl. dazu auch AAPD 1978, II, Dok. 347.

5 Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.
An dieser Stelle wurde von Staatssekretär van Well handschriftlich eingefügt: „pol[itischen] Inhalt".

6 Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 2.

7 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 14. Dezember 1978 anläßlich der Tagung des ZK der SED am 13/14. Dezember 1978 in Ost-Berlin vgl. den Artikel „Mit Optimismus einem Jahr neuer Kämpfe und Siege entgegen"; NEUES DEUTSCHLAND vom 15. Dezember 1978, S. 3 f.

Der SED-Politiker warnte vor „großdeutschen Träumereien", in denen man sich ein „Offenhalten der deutschen Frage" vorgaukle. Dadurch könne das Klima zwischen den beiden Staaten nur belastet werden.

In seiner Erwiderung ging BM Graf Lambsdorff auf die einzelnen Punkte, die Mittag vorgetragen hatte, ausführlich ein. Er wies darauf hin, daß die Bundesregierung kaum Möglichkeiten habe, auf die Medien einzuwirken. Er müsse die DDR davor warnen, negative Veröffentlichungen zu ernst zu nehmen. Die Entwicklung der Handelsbeziehungen, konkrete Einzelgeschäfte, an denen beide Partner interessiert seien, würden durch eine „schlechte Presse" ganz sicherlich nicht verhindert. Die Bundesregierung, wie Mittag selbst eingeräumt habe, könne direkt nur wenig für die Anbahnung von Geschäften tun. Hierin seien bei uns die Unternehmen selbständig. Er (Lambsdorff) sei bekannt dafür – was Mittag bestätigte –, ein grundsätzlicher Gegner von Handelshemmnissen zu sein. Alles, was möglich sei, werde von seiner Seite zur Förderung des Handels gewiß getan werden.

BM Graf Lambsdorff meinte, daß eine enttäuschende Entwicklung des Jahres 1978 nicht dramatisiert werden dürfe. Man könne daraus keinesfalls auf eine rückläufige Tendenz auch in Zukunft schließen. Allerdings liefen demnächst einige Großaufträge aus. Wenn nicht andere an deren Stelle träten, dann bleibe die Weiterentwicklung schwierig. Die Bundesregierung sei aber ebenso wie die DDR am weiteren Wachstum der Handelsbeziehungen sehr interessiert.

Der Bundesminister erwähnte kurz einen bevorstehenden Prozeß (in Hof) wegen illegaler Textilgeschäfte, in die die DDR verwickelt sei. Er empfahl zu erwägen, daß die DDR wie das BMWi einen „unauffälligen Prozeßbeobachter" entsende, damit danach beide Seiten prüfen könnten, wie für die Zukunft solche strafwürdigen Praktiken ausgeschlossen werden könnten. Die DDR möge bedenken, daß durch solche Praktiken immer auch die Gefahr bestehe, daß innerhalb der EG kritische Fragen nach den besonderen Bedingungen des innerdeutschen Handels[8] gestellt würden.

Zur Frage einer Kooperation in dritten Ländern sagte BM Graf Lambsdorff, daß dies eine wünschenswerte Sache sei, aber gewiß keine „Wunderdroge", von der man sich bereits für die Jahre 1979 und 1980 viel erwarten könne. Wenn solche Kooperationsvorhaben gelingen sollten, so müßten sie unbürokratisch verwirklicht werden. Das bedeute, den Konsortialpartnern müsse es auf Unternehmensebene, besser noch auf der Ebene der Ingenieure, möglich sein, auftauchende Probleme kurzfristig zu erörtern und zu lösen. Wenn solche Probleme ihren „bürokratischen Gang" nehmen würden, so würde es zu Verzögerungen und Fehlleistungen kommen, unter denen die ganze Idee der Kooperation leiden müßte. Er (Lambsdorff) habe allerdings bei seinen Gesprächen in Leipzig[9] den Eindruck gewonnen, daß die Umstrukturierung der DDR-Wirtschaft

[8] Abschnitt 1 des „Protokolls über den innerdeutschen Handel und die damit zusammenhängenden Fragen" zum EWG-Vertrag vom 25. März 1957 bestimmte: „Da der Handel zwischen den deutschen Gebieten innerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und den deutschen Gebieten außerhalb dieses Geltungsbereichs Bestandteil des innerdeutschen Handels ist, erfordert die Anwendung dieses Vertrags in Deutschland keinerlei Änderung des bestehenden Systems dieses Handels." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 984.

[9] Bundesminister Graf Lambsdorff und der Außenhandelsminister der DDR, Sölle, trafen am 12. März 1979 in Leipzig zusammen.

hin auf mehr Entscheidungsgewalt der Kombinate bereits ein erster Schritt in Richtung auf größere Flexibilität sei. Mittag nickte dazu beistimmend (Außenhandelsminister Sölle hatte diese Vermutung am Vortag in Leipzig ausdrücklich bestätigt).

BM Graf Lambsdorff unterbreitete dann die Bereitschaft der Bundesregierung, mit der DDR ein Kooperationsabkommen zwischen den Regierungen abzuschließen, durch das die von Mittag gewünschte Langfristigkeit in den wirtschaftlichen Vereinbarungen gefördert werden könnte. Wenn die DDR an diesem Vertrag interessiert sei, so könne darüber „auf anderer Ebene" – so Graf Lambsdorff mit Hinweis auf mich – zunächst weiter sondiert werden, bis dann die offiziellen Verhandlungen beginnen würden.[10]

Mittag griff den Gedanken sogleich auf und bekräftigte das Interesse der DDR daran. Allerdings empfahl er, den Begriff „Kooperation" noch einmal zu überdenken. Bei Kooperation denke man vielleicht eher an die besprochenen möglichen Kooperationsvorhaben in dritten Ländern; auch habe dieses Wort DDR-intern eine bestimmte Bedeutung, die für den zwischenstaatlichen Vertrag zu Mißverständnissen führen könnte. Vielleicht sei es besser, zunächst zu sondieren und dann gegebenenfalls auszuhandeln einen „langfristigen Wirtschaftsvertrag". In diesem Zusammenhang erwähnte Mittag ausdrücklich als Beispiel die entsprechende langfristige Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR[11]. Er machte deutlich, daß die DDR sich an diesem Vorbild orientiert.

Graf Lambsdorff erklärte die Bereitschaft unserer Seite, über diese Anregungen nachzudenken. Man müsse jedenfalls nicht unbedingt an der Bezeichnung „Kooperationsvertrag" festhalten. Langfristige Abmachungen von der Art, wie sie Mittag erwähnt habe, hätten natürlich auch einen bestimmten politischen Charakter. Alle damit zusammenhängenden Fragen müßten sorgfältig geprüft werden. Grundsätzlich seien wir dazu bereit.

Allgemein sagte BM Graf Lambsdorff zu den politischen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, daß man sich auf das „Machbare" konzentrieren solle und Grundsatzfragen, in denen ein unüberbrückbarer Dissens bestehe, besser ausklammere. Damit seien beide Seiten bisher gut gefahren. Auch die

10 Ministerialdirektor Blech legte am 6. April 1979 „Eckpunkte im Hinblick auf mögliche Verhandlungen über den Abschluß eines Regierungsabkommens über die langfristige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie" vor: „Die Bundesregierung ist bereit, mit der DDR über den Abschluß eines Regierungsabkommens mit langjähriger Laufzeit Verhandlungen aufzunehmen. Das Abkommen soll die Zusammenarbeit mit der DDR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vertiefen, sie auf eine langfristige Grundlage stellen und damit insbesondere dem Handel neue Impulse verleihen. Der materielle Inhalt des Abkommens könnte sich an dem Abkommen über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR vom 6. Mai 1978 orientieren." Bestehende Abkommen sollten unberührt bleiben, Berlin (West) solle „voll" in das Abkommen einbezogen werden. Blech führte weiter aus: „Der Sonderstatus des innerdeutschen Handels innerhalb der EG soll durch den Abschluß des neuen Abkommens nicht tangiert werden. [...] Als Verhandlungsbeginn zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und dem Ministerium für Außenhandel der DDR könnte Mai 1979 vorgesehen werden." Vgl. VS-Bd. 13112 (210); B 150, Aktenkopien 1979.
Zur Frage eines Kooperationsabkommens mit der DDR vgl. Dok. 263.

11 Die Bundesrepublik und die UdSSR unterzeichneten am 6. Mai 1978 ein Abkommen über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 58–60.

Bundesregierung sehe in den Verhandlungen des vergangenen Jahres einen „hohen politischen Nutzen". Gewiß könne nicht in jedem Jahr ein Paket dieses Umfangs ausgehandelt werden; aber die Bundesregierung gehe davon aus, daß auch in diesem Jahr einiges verabschiedungsreif sein werde. Zur deutschen Frage sei der Standpunkt der Bundesregierung bekannt. ...[12] Angelegenheit. Graf Lambsdorff wiederholte dann, daß man sich auf das jetzt Mögliche und Machbare konzentrieren solle.

Der Bundesminister sprach auch humanitäre Fragen an. Er sagte, die Bundesregierung erkenne an, daß es gerade auch in den letzten Monaten in der Familienzusammenführung, bei Besuchsausreisen zu besonderem Anlaß und in den „besonderen Bemühungen" zu positiven Regelungen gekommen sei. ...[13], daß die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen begleitet sein müßte mit einem praktischen Nutzen für die Menschen in den beiden deutschen Staaten. Verbesserungen auf diesem Gebiet würden auch förderlich für die staatlichen Beziehungen sein.

Mittag trug Grüße Honeckers an den Bundeskanzler auf; Graf Lambsdorff dankte und erwiderte, auch ihm habe der Bundeskanzler Grüße für den Staatsratsvorsitzenden mit auf den Weg gegeben.

Trotz einer gewissen Schärfe am Anfang war Mittag deutlich bemüht, das Gespräch konstruktiv zu führen und die Bereitschaft der DDR zu bekunden, zu weiteren Abmachungen mit der Bundesrepublik zu gelangen. Bei dem späteren Mittagessen in der Residenz gab er sich als gelockerter, um Komplimente für den Bundesminister bemühter Tischgast.

Für einen Bericht über den Messebesuch des Bundesministers und sein Gespräch mit dem Außenhandelsminister Sölle in Leipzig verweise ich auf die TSI[14].

[gez.] Gaus

VS-Bd. 9516 (421)

12 Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.
13 Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.
14 Treuhandstelle für den Interzonenhandel.

85

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Elbe

210-260.05-323/79 VS-vertraulich **19. März 1979**[1]

Betr.: Dienstreise von LR I Elbe zum BND am 6.3.1979

1) Am 6.3.1979 hielt ich mich zu einem Meinungsaustausch mit Vertretern des BND über Probleme der DDR – Außenpolitik, Innenpolitik und Wirtschaftspolitik – in München auf. Die Veranstaltung war vom BND äußerst gründlich und sorgfältig vorbereitet worden. Auf seiten des BND nahmen Experten aus den Fachgebieten DDR-Außenpolitik, DDR-Militärpolitik, DDR-Militärhilfe, Außenpolitik der SU, DDR-Wirtschaftspolitik und DDR-Innenpolitik teil. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Vertreter des BND sich durch ein hohes Maß von Sachkompetenz auszeichneten. Der Meinungsaustausch fand in Form von Gesprächen statt, die von 9.00 bis 15.00 Uhr mit einer Stunde Unterbrechung dauerten. Die Begegnung mit Vertretern des BND hat sich nach meiner Einschätzung als außerordentlich nützlich erwiesen und sollte in regelmäßigen Abständen – u. U. auch aus besonderem Anlaß – wiederholt werden. Die Bedeutung eines solchen Meinungsaustausches liegt – von der Interessenlage des AA her betrachtet – in folgendem:

(1) Aufnahme zusätzlicher Informationen und Auffassungen, die unsere eigenen Informationen nützlich ergänzen;

(2) Vermittlung einer „guideline" an den BND bzw. Darstellung des spezifischen Informationsinteresses des Referates 210.

2) Aus den Gesprächen ist folgendes festzuhalten:

Afrika-Reise von Erich Honecker[2]

Ähnliche Bewertung wie Vorlage von Referat 210. Das Herausstellen der militärischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und Mosambik[3] ist möglicher-

[1] Legationsrat I. Klasse Elbe verfügte die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" und an Legationsrat Wegener „n[ach]R[ückkehr]".
Hat Richthofen am 19. März 1979 vorgelegen.
Hat Wegener am 27. März 1979, 25. April 1979 und 9. August 1979 vorgelegen.

[2] Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich am 15./16. Februar 1979 in Libyen, vom 17. bis 20. Februar in Angola, vom 20. bis 22. Februar in Sambia und vom 22. bis 24. Februar 1979 in Mosambik auf. Vgl. dazu Dok. 28, Anm. 19, und Dok. 43.

[3] Die DDR und Mosambik schlossen am 24. Februar 1979 einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXVII/1 (1979), S. 618–621.
Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, berichtete dazu am 28. Februar 1979: „Schon die Präambel, die auf die Fortführung des revolutionären Prozesses in der Welt und die Festigung des Bündnisses zwischen den sozialistischen Staaten und den nationalen Befreiungsbewegungen abstellt, besonders aber die Bestimmungen über militärische Zusammenarbeit (Artikel 5) sowie Konsultation und Abstimmung der Außenpolitik (Artikel 9 und 10) kennzeichnen ihn als ein Instrument für die engere Anbindung Mosambiks an die DDR und damit an den Warschauer Pakt. Besondere Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Bestimmung über militärische Zusammenarbeit, die in der Praxis nichts anderes bedeuten wird, als daß die DDR in Mosambik militärisch tätig werden kann." Vgl. den Drahtbericht Nr. 165; Referat 320, Bd. 125164.

weise als besondere Anstrengung der östlichen Seite zu verstehen, im Hinblick auf die politischen Bemühungen des Westens im südlichen Afrika (Namibia-Initiative[4]) Positionen auszubauen bzw. mindestens zu halten.

Militärhilfe für Angola und Mosambik

Militärhilfe für Angola und Mosambik wohl nicht mehr wesentlich steigerungsfähig. Verlagerung der Unterrichtung von Guerillakämpfern auf DDR-Militärberater unter gleichzeitiger Verdrängung der Kubaner[5]; demzufolge Erhöhung der Zahl der Militärberater in Angola in den letzten Monaten. Langjährige Konzentration der DDR auf Rehabilitation von verwundeten Befreiungskämpfern hat auch zu einer bedeutsamen Schulung der Militärärzte der Nationalen Volksarmee geführt.[6]

Mißtrauen der übrigen sozialistischen Länder gegenüber der Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen

Dieses Mißtrauen ist in allen osteuropäischen Staaten vorhanden, aber unterschiedlich stark ausgeprägt. SU verfolgt die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen mit Skepsis, habe aber keine Bedenken gegen diesen Prozeß, solange sie ihn unter voller Kontrolle hat. Polen verfolgt aus nationalem Interesse und aus historischer Erfahrung die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik mit tiefer Skepsis und unternimmt gelegentlich Störmanöver, z.B. bei politischen Konsultationen mit westlichen Staaten. Ähnliches Mißtrauen, wenngleich auch weniger stark ausgeprägt in der Tschechoslowakei. Verspäteter Abdruck des Prawda-Artikels zur Wiedervereinigung in „Neues Deutschland“[7]

4 Am 10. April 1978 unterbreiteten fünf Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA, einen Vorschlag für eine Lösung der Namibia-Frage. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 574–578. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 115.

5 Zum militärischen Engagement Kubas in Angola vgl. Dok. 11, Anm. 13.
In Mosambik hielten sich nach westlichen Schätzungen 500 kubanische Soldaten und 300 Zivilisten auf. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hoff vom 7. Dezember 1978; Referat 330, Bd. 111095.

6 Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, berichtete am 12. März 1979: „Im Zusammenhang mit der Afrika-Reise Honeckers sind in der hiesigen Presse einige Angaben über Art und Umfang des wirtschaftlichen Engagements der DDR in Angola veröffentlicht worden. Danach liegt der Schwerpunkt wohl bei dem Einsatz von DDR-Experten in Angola selbst; außerdem wird anscheinend eine nicht unbeträchtliche Zahl von Angolanern in der DDR – besonders im medizinischen Bereich – ausgebildet. Genaue Zahlen werden jedoch nicht genannt. In mehreren Provinzen Angolas soll ‚eine große Zahl von Spezialisten‘ in den Bereichen Transportwesen, Landwirtschaft, Volksbildung, Gesundheitswesen und Hafenwirtschaft tätig sein. Für den Bereich Gesundheitswesen seien im Zentrum für Physiotherapie und Rehabilitation in Luanda Ärzte, Physiotherapeuten, Pfleger und Orthopädiemechanikermeister aus der DDR tätig. Ferner finden sich nicht weiter spezifizierte Hinweise auf den Einsatz von DDR-Lotsen in den Häfen Luanda und Lobito, über die Hilfe von ‚FDJ-Brigaden der Freundschaft‘ in fünf Provinzen und auf die Zusammenarbeit in der Kaderausbildung.“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 320, Bd. 125164.

7 In dem Artikel wurde ausgeführt: „Gerade in Europa sind die Positionen des Sozialismus am stärksten, und folglich wurde der von den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft eingeschlagene Kurs zu einem machtvollen Faktor der Veränderung des politischen Klimas zugunsten des Friedens, schreibt die Moskauer ‚Prawda‘. All das ruft natürlich die Wut unserer Gegner hervor. Zu welchen Schlichen sie sich nicht versteigen bei ihren Versuchen, die Positionen des Sozialismus zu schwächen und Mißtrauen zwischen den Bruderländern zu säen! Jüngstes Beispiel dafür, das in letzter Zeit von einigen Presseorganen der BRD und Westberlins verbreitet wurde, ist das Geschwätz über die angebliche Bereitschaft der UdSSR, einer Art ‚Vereinigung‘ der DDR mit der

reflektiert Unsicherheit über öffentliche Behandlung der deutschen Frage in der DDR.

Intershop-Politik

Gegenwärtig keine Anzeichen für Ablösung des Intershop-Systems.[8] Hamstereinkäufe im letzten Quartal des Jahres 1978 haben vielmehr zu einer erheblichen Umsatzsteigerung geführt, was die wirtschaftliche Lukrativität dieses Systems unter Beweis gestellt hat. Zweimaliger Kälteeinbruch zu Beginn des Jahres 1979 zwingt zu einer gewissen Vorsicht gegenüber Maßnahmen, die Eingriffe in die bisherige Konsumpraxis mit sich bringen. Allerdings ernstzunehmende substantielle Verärgerung über Intershop-System bei weiten Kreisen der Bevölkerung in der DDR vorhanden.

Versorgungslage[9]

Ernste Versorgungsprobleme werden Mitte 1979 erwartet. Diese Probleme betreffen insbesondere die Fleischversorgung wegen

- Eingriffen in die Zuchtproduktion zur Deckung der gegenwärtigen Fleischversorgung,
- erheblicher Verluste in den Ferkelbeständen durch zweimaligen Kälteeinbruch zu Beginn des Jahres 1979.
- Kälteeinbruch hat auch zum Erfrieren von Zuchtpflanzen geführt. Schwierige Situation in der Versorgungslage für Mitte 1979 vorhergesagt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 374

BRD zuzustimmen, unter der Bedingung, daß das ‚vereinte Deutschland' eine sogenannte Neutralität proklamieren würde. Auf die Autoren derartiger Erfindungen könnte man das Sprichwort anwenden: Was kümmert's den Mond, wenn ihn die Hunde anbellen." Vgl. den Artikel „Unrealistische Träume und die Realitäten"; NEUES DEUTSCHLAND vom 26. Februar 1979, S. 4.
Botschafter Wieck, Moskau, formulierte am 29. März 1979 die Einschätzung, die Berichterstattung in der sowjetischen Presse sei „um so bemerkenswerter, als das Thema Wiedervereinigung gerade wegen seiner politischen Brisanz in den sowjetischen Medien gewissermaßen tabu ist". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1141; Referat 213, Bd. 133133.

8 Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, berichtete am 17. Mai 1978: „Nach wie vor gilt, daß die Versorgung der DDR-Bevölkerung mit hochwertigen Gütern nicht ausreichend ist. Z[ur] Z[ei]t sind sogar Anzeichen einer Verschlechterung bemerkbar. Den Ärger, den die Intershop-Läden (Einkauf nur gegen DM) brachten, hoffte man durch sog. Exquisit- und Delikat-Läden (Einkauf in Ost-Mark) abzumildern. Diese letzteren Läden haben jedoch erneute Probleme geschaffen. So sehr einerseits die Möglichkeit begrüßt wird, Güter des gehobenen Bedarfs überhaupt erhalten zu können, so sehr verärgert die Erkenntnis, nur zu weit überteuerten Preisen einkaufen zu können. Man fühlt sich vom eigenen Staat übervorteilt. Wer weder Westgeld noch ausreichend Geld in Landeswährung hat, fühlt sich darüber hinaus sozial deklassiert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 463; Referat 210, Bd. 116489.

9 Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, berichtete am 24. Januar 1979: „Der starke Schneefall und plötzliche Kälteeinbruch haben ähnlich wie in den übrigen Wirtschaftsbereichen auch in der Landwirtschaft der DDR durch zeitweiligen Stromausfall sowie die verschiedenartigsten Verkehrsbehinderungen zu erheblichen Schwierigkeiten geführt. Besonders betroffen sind die Tierhaltungsbetriebe. [...] Obwohl lediglich in den nördlichen Gebieten – ähnlich wie in der Bundesrepublik – zeitweise eine echte Katastrophensituation herrschte, so ist jedoch auch in den übrigen Regionen bis jetzt noch eine sehr angespannte Situation zu beobachten. [...] Insgesamt gesehen haben sich die infolge der Witterung aufgetretenen Schwierigkeiten besonders stark auf die industriemäßig betriebenen Tieraufzuchtanlagen ausgewirkt. Hier sind die weitestgehenden Produktionseinbußen zu vermuten." Vgl. den Schriftbericht; Referat 210, Bd. 116533.

Neunter Stadtbezirk

Die Einrichtung einer SED-Kreisleitung Marzahn läßt auf Vorbereitungen schließen, mittelfristig die Realisierung dieses 9. Stadtbezirks von Ost-Berlin durchzuführen.[10]

Elbe

VS-Bd. 13109 (210)

86

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher

VS-NfD **20. März 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Deputy Secretary of State, Warren Christopher, am 20. März 1979 von 10.15 bis 11.50 Uhr im Bundeskanzleramt

Weitere Gesprächsteilnehmer: Botschafter Stoessel, Botschafter Sterner, MD Meyer-Landrut, MDg von der Gablentz.

Bundeskanzler dankt für die Entsendung Christophers[2] durch Präsident Carter zur persönlichen Unterrichtung über den Stand der Friedensvertragsverhandlungen in Nahost.

Christopher betont, daß man über den schwierigen ungelösten Fragen nicht übersehen dürfe, daß

1) Israel sich in drei Jahren aus dem Sinai zurückzieht,

2) die Beziehungen zwischen historischen Feinden normalisiert werden und

3) ein Zeitplan für die künftige Entwicklung in Westbank und Gaza aufgestellt ist.

10 Ministerialrat Lehmann, Ost-Berlin, berichtete am 2. April 1979: „Im Zuge der Vorbereitung der Kommunalwahlen am 20. Mai 1979 ist Berlin-Marzahn nunmehr in einer Wahlbekanntmachung und damit in einer offiziellen Bekanntmachung als eigenständiger (neuer) Stadtbezirk bezeichnet worden. Die Bildung dieses Stadtbezirks – aus einem Gebiet, das bisher zu den Stadtbezirken Lichtenberg und Weißensee gehörte – ist also offiziell vollzogen. [...] Soweit wir erkennen können, sind bislang die Außengrenzen Berlins nicht verändert worden, wenn auch langfristig eine übergreifende Bebauung vorgesehen ist. Nach dem, was wir wissen, können wir gegenwärtig davon ausgehen, daß der neue Stadtbezirk Berlin-Marzahn innerhalb der alten Stadtgrenze von Groß-Berlin liegt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 257; Referat 210, Bd. 116546.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 22. März 1979 gefertigt.

2 Der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher besuchte vom 19. bis 22. März 1979 Italien, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Belgien. Am 20. März 1979 hielt er sich in der Bundesrepublik auf.

Er erläutert die fünf Fragen, deren Lösung ein persönliches Eingreifen Präsident Carters erfordert hatte: Verbindung zwischen Friedensvertrag[3] und künftiger Entwicklung Westbank und Gaza[4], Vorrang des Vertrags vor anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen[5], Zeitplan für erste Phase einer Autonomieregelung[6], Botschafteraustausch[7], Zugang zum Sinai-Öl[8]. Er übermittelt die

3 Ägypten und Israel unterzeichneten am 26. März 1979 einen Friedensvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags, einschließlich einer gemeinsamen Auslegung zu vier Vertragsartikeln und der Anhänge („agreed minutes") sowie der Briefe, vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252.

4 Referat 310 führte am 19. März 1979 aus: „Im Friedensvertrag selbst wird der Gedanke der Verbindung des bilateralen ägyptisch-israelischen Abkommens mit dem größeren Ziel eines umfassenden Friedens für die gesamte Nahost-Region nur in der Präambel angesprochen. Dort wird Bezug genommen auf die Camp-David-Rahmenvereinbarung über den Frieden in Nahost, die Nahost-Resolutionen Nr. 242 und 338 des Sicherheitsrats der VN und auf die Absicht beider Vertragsparteien, durch den Friedensvertrag zu einem umfassenden Frieden für den Nahen Osten und der Lösung des arabisch-israelischen Konflikts in all seinen Aspekten beizutragen. Daneben wird in dem Briefwechsel zwischen Sadat und Begin über die Autonomie in der Westbank und in Gaza auf die entsprechenden operativen Vereinbarungen in der Camp-David-Rahmenvereinbarung über den Frieden in Nahost Bezug genommen. Sadat hat somit sein Ziel einer direkten Verknüpfung des Friedens mit Israel mit einem Fahrplan für die Lösung des Palästinenser-Problems auf der Westbank nicht erreicht. Israel kann auch in Zukunft jede direkte Verbindung zwischen der Rahmenvereinbarung über den Frieden in Nahost und dem Friedensvertrag mit Ägypten leugnen. Auch nach amerikanischer Wertung (US-Botschafter Eilts in Kairo) besteht kein rechtlicher, dafür aber ein eindeutig politischer Zusammenhang zwischen den beiden Abkommen. Nicht durchsetzen konnte sich Sadat in dem Briefwechsel mit Begin hinsichtlich genauer Zieldaten für die Wahlen und die Implementierung der Autonomie. Er erreichte lediglich eine Vereinbarung über den Beginn [...] und die Dauer der Verhandlungen über die Autonomie [...]. Israel hat sich dem mit der Begründung erfolgreich widersetzt, daß es sich nicht zu etwas verpflichten könne, was außerhalb seiner Kontrolle stehe. Die Einführung der Selbstverwaltung könne durch Dritte (z. B. PLO) verhindert werden, ebenso die vorgesehenen Wahlen für die Selbstverwaltungsbehörde." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135594.

5 Am 19. März 1979 hielt Referat 310 dazu fest: „Der in den ‚agreed minutes' zu der Frage der Priorität der Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag vor anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen der Vertragsparteien gefundene Kompromiß lautet: ‚Die Verpflichtungen Ägyptens gegenüber anderen arabischen Staaten werden den Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag als nicht entgegenstehend angesehen.' Die amerikanische Regierung sieht darin die Bestimmung einer Gleichwertigkeit der Verpflichtungen Ägyptens aus dem Arabischen Beistandspakt und aus dem Friedensvertrag mit Israel. Ägypten hat hingegen bereits öffentlich davon gesprochen, daß auch durch die agreed minutes ein Vorrang der Verpflichtungen Ägyptens gegenüber arabischen Bruderstaaten vor den Verpflichtungen gegenüber Israel anerkannt sei. Israel hält an seiner Auffassung fest, daß die übrigen völkerrechtlichen Verpflichtungen Ägyptens nichts an den von Ägypten übernommenen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag mit Israel ändern." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135594.

6 Botschafter Behrends, Kairo, urteilte am 19. März 1979: „Israel hat sich lediglich verpflichtet, in Verhandlungen über den Inhalt der Autonomie einzutreten und sich zu bemühen, sie in einem Jahr abzuschließen. Ob dieses Ziel eingehalten werden kann, erscheint schon jetzt fraglich. Die Verhandlungen über den Inhalt der Autonomie werden außerordentlich schwierig sein. Nach ägyptischer – im wesentlichen auch amerikanischer – Auffassung soll die Autonomie so beschaffen sein, daß sie eine Dynamik zur Selbstbestimmung durch die Palästinenser entwickelt und schließlich zur Wiederherstellung der – noch zu definierenden – arabischen Souveränität über die besetzten Gebiete führt. Israel ist fest entschlossen, dies zu verhindern. Der Friedensvertrag ist für die Palästinenser und Jordanien so wenig attraktiv, daß es ausgeschlossen erscheint, ihre Mitwirkung an den Verhandlungen über den Inhalt der Autonomie zu erreichen. Selbst wenn es Ägypten, Israel und den Vereinigten Staaten im Alleingang gelingen sollte, in absehbarer Zeit eine Einigung über den Inhalt der Autonomie zu erzielen, wird jede für Israel akzeptable Einigung so beschaffen sein, daß mangels Kooperation der Palästinenser und Jordaniens Wahlen in der Westbank und Gaza nicht durchführbar sind." Vgl. den Drahtbericht Nr. 498; Unterabteilung 31, Bd. 135594.

7 In Artikel 1 von Anhang III zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vereinbarten die Vertragspartner, diplomatische und konsularische Beziehungen herzustellen und nach Abschluß der ersten Phase des israelischen Rückzugs vom Sinai Botschafter auszutauschen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 245.

8 Zur Versorgung Israels mit Öl aus dem Sinai vgl. Dok. 81, Anm. 19.

Bitte Präsident Carters um Unterstützung der Bundesregierung für die weiteren Schritte zum Frieden im Nahen Osten.

Bundeskanzler weist auf seine Erklärungen im Bundestag[9] und vor der deutsch-amerikanischen Tagung im Hamburg[10] sowie die Erklärungen des Sprechers zur Nahost-Reise Carters[11] und ihrem Ergebnis hin.

Christopher bezeichnet die erreichten Lösungen als Eckstein der weiteren Bemühungen um eine umfassende Lösung. Auf Frage Bundeskanzler: Man sei bereits im Tunnel, an dessen Ende man hoffe, Licht zu sehen. Man muß in der gegenwärtigen Lage rechnen mit:

1) Ägyptischen Erwartungen auf westliche Hilfe. Cooper habe bereits mit PM Khalil über die Probleme der Aufnahmefähigkeit der ägyptischen Wirtschaft gesprochen. Die USA hoffen, daß auch die anderen westlichen Partner auf ägyptische Ersuchen wohlwollend reagieren, die Sadat voraussichtlich auf seiner geplanten Reise in westliche Staaten[12] vorbringen werde. (Bundeskanzler weist im Zusammenhang mit den Problemen ägyptischer Wirtschaftsstruktur auf die Untersuchungen hin, die Prof. Möller vor einiger Zeit im Auftrag des ägyptischen Staatspräsidenten gemacht hat.[13])

2) Maßnahmen der Staaten der Arabischen Liga gegen Ägypten, insbesondere Suspendierung der Mitgliedschaft, Verlegung des Sekretariats von Kairo in eine andere Hauptstadt, evtl. Boykottmaßnahmen, unter denen Ägypten insbesondere durch ein Verbot von Geldüberweisungen der im Ausland lebenden Ägypter nach Ägypten besonders hart betroffen würde. Saudi-Arabien steht vor dem Dilemma, einerseits Sadat und die Ägypter nicht bestrafen zu wollen aufgrund seiner traditionellen Freundschaft zu den USA und zu Ägypten sowie der etwas widerwilligen Bewunderung für Sadat und andererseits sich nicht allzu sehr von den anderen Arabern entfernen zu können.[14] Bei seinen Gesprä-

9 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt am 9. März 1979 im Bundestag zur Nahost-Reise des Präsidenten Carter vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 109, S. 11241.

10 Bundeskanzler Schmidt sprach am 16. März 1979 auf der X. Deutsch-Amerikanischen Konferenz in Hamburg.

11 Präsident Carter hielt sich vom 8. bis 13. März 1979 in Ägypten und Israel auf. Vgl. dazu Dok. 81, Anm. 19.

12 Präsident Sadat hielt sich vom 24. bis 29. März 1979 in den USA und vom 29. bis 31. März 1979 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 29. März 1979 vgl. Dok. 94.

13 Auf Wunsch des Präsidenten Sadat nach Entsendung eines Wirtschaftsberaters benannte Bundeskanzler Schmidt am 24. November 1976 den ehemaligen Bundesminister Möller. Ministerialdirektor Lahn vermerkte am 23. September 1977: „Prof. Möller hat sein Gutachten mit Vorschlägen zur Lösung struktureller, ökonomischer und finanzwirtschaftlicher Probleme Ägyptens am 11. September Präsident Sadat übergeben." Vgl. Referat 310, Bd. 119870.

14 Botschafter Schlagintweit, Djidda, berichtete am 12. März 1979: „Hier setzt sich immer mehr die Überzeugung durch, daß der näherrückende Friede mit Israel ein Separatfrieden wird und daß die saudischen Grundbedingungen – israelischer Rückzug, Selbstbestimmung für die Palästinenser, arabisches Jerusalem – nicht erfüllt werden. Diese Erkenntnis hat dazu beigetragen, der saudischen Mittelost-Politik eine veränderte Richtung zu geben. In den Wochen nach Camp David hatte die Botschaft noch die Ansicht vertreten, Saudi-Arabien werde Ägypten nie ganz fallenlassen, ein akzeptables Junktim gegenüber den anderen arabischen Staaten vertreten und nur mit Vorbehalt der Ablehnungsfront Gesellschaft leisten. Inzwischen ist eine tiefe Entfremdung zwischen Saudi-Arabien und Ägypten eingetreten, dagegen hat sich ein enges Einvernehmen mit Syrien und Irak eingestellt. Die Unterschiede zwischen ‚gemäßigten' und ‚radikalen' Arabern haben sich verwischt, und es sieht nicht so aus, als ob Saudi-Arabien harten Sanktionen gegen Ägypten Widerstand leisten wird. Es wird aber sicher auch künftig mäßigend auf die radikaleren Nachbarn einwirken, die vertraglichen Abmachungen mit oder zugunsten Ägyptens (Waffenlieferungen) einhalten, und es

chen in Saudi-Arabien[15] habe Kronprinz Fahd, der auch einen durchaus gesunden Eindruck machte, die führende Rolle gespielt. Eine wesentliche Rolle habe AM Saud, der König dagegen eine mehr protokollarische gespielt. Saudi-Arabien werde wahrscheinlich zwischen seinen bilateralen Beziehungen mit Ägypten und multilateralen Aktionen gegenüber Ägypten unterscheiden. Bilateral werde es die Hilfe ganz offen fortsetzen. Ein gutes Zeichen für die Zukunft sei es, daß zwei Abkommen noch letzte Woche unterzeichnet wurden. Im multilateralen Bereich werde es sich gemeinsamen Aktionen gegen Kairo nicht ganz entziehen können, wenn es auch im Rahmen der Arabischen Liga darauf hinwirken werde, daß man sich auf die mehr technischen Maßnahmen beschränke. So werde es sich voraussichtlich dafür einsetzen, daß keine Boykottmaßnahmen gegen Firmen oder Länder beschlossen werden, die mit Ägypten Handel treiben. Er hat keine Hinweise dafür, daß Saudi-Arabien bereit wäre, die Ölwaffe einzusetzen.

Bundeskanzler erwägt, ob nicht in dieser Lage der US-Präsident aus innenpolitischen und außenpolitischen Gründen von seinen Vollmachten Gebrauch machen sollte, um drastische Schritte zur Energieeinsparung zu unternehmen. Er möchte keinen Ratschlag erteilen, sondern nur darauf hinweisen, daß solche Schritte günstige vorbeugende Wirkungen haben könnten, bevor die Arabische Liga zusammentritt[16].

Christopher meint, daß diese Erwägung gut in das sich seit der Iran-Krise wandelnde politische Klima in den USA hineinpaßt, und weist auf die Energie-Klausur des US-Präsidenten in Camp David am Wochenende[17] hin.

In Jordanien habe er König Hussein in einer sehr düsteren Stimmung angetroffen. Er stehe unter stärkstem Druck, sich der Mehrheit der Araber anzuschließen. Seine Haltung gegenüber den Friedensbemühungen sei daher insgesamt verhärtet.[18] Auf die dringende amerikanische Bitte, die Verhandlungen

Fortsetzung Fußnote von Seite 378
dürfte einer der ersten sein, die später versuchen, die Basis für eine Verständigung zu schaffen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 259; Referat 311, Bd. 119950.

15 Der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher hielt sich vom 16. bis 19. März 1979 in Saudi-Arabien, Jordanien und Ägypten auf.

16 Am 24./25. März 1979 tagte der Rat der Arabischen Liga in Mogadischu.
Vom 27. bis 31. März 1979 fand in Bagdad eine Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten statt. Vgl. dazu Dok. 91, Anm. 9.

17 Zu den Ergebnissen der Energieklausur von Camp David am 19. März 1979 wurde in der Presse berichtet: „Noch vor der Sonderkonferenz der OPEC-Länder am 26. März wird das Weiße Haus vermutlich neue Maßnahmen zur Drosselung des Ölverbrauchs in den USA verkünden. [...] Wie die EG und Japan hat sich Amerika ebenfalls verpflichtet, 1979 den Konsum um fünf Prozent einzuschränken. Obwohl Beschlüsse noch nicht gefaßt wurden, scheint festzustehen, daß die Administration auch angesichts der akuten Versorgungsengpässe keine Nägel mit Köpfen machen will. So wehrt sich Carter wegen des zusätzlichen Inflationsschubes, die Preiskontrollen für in den USA gefördertes Rohöl Ende Mai auslaufen zu lassen. Sie werden wahrscheinlich bis Ende 1981 stufenweise abgebaut." Vgl. den Artikel „Carter will noch immer keine Nägel mit Köpfen machen"; DIE WELT vom 21. März 1979, S. 13.

18 Botschafter Schmidt-Dornedden, Amman, berichtete am 16. März 1979: „König Hussein appelliert in heute veröffentlichtem Statement an alle Nationen, Verständnis für die Notlage der unter dem israelischen Joch in den besetzten Gebieten leidenden Palästinenser zu zeigen und sie wirkungsvoll zu unterstützen. Hussein unterstreicht, daß die Errichtung israelischer Siedlungen derart zugenommen habe, besonders in und um Jerusalem, daß dadurch kultureller Charakter der besetzten Gebiete und die Grundlagen eines gerechten Friedens zerstört zu werden drohten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 114; Unterabteilung 31, Bd. 135594.

mit den Palästinensern nicht zu entmutigen, habe er nicht positiv reagiert, habe aber auch nicht widersprochen.

Angesichts der ungelösten Probleme Jerusalem (das von den USA als Teil des besetzten Gebietes betrachtet wird) und Golan hat man keinen Anlaß, im Hinblick auf die kommenden Verhandlungen über die Autonomie der Palästinenser euphorisch zu sein, und muß die Reaktion der Araber außerordentlich gründlich verfolgen.

Der Präsident wäre dem Bundeskanzler für seine Bemerkungen und Fragen dankbar.

Bundeskanzler wiederholt seine Würdigung des außerordentlich mutigen persönlichen Einsatzes Präsident Carters. Er ist nicht sicher, ob man bereits den Tunnel, der zu einer Lösung führen soll, betreten hat. Das hängt ab von der Reaktion der Araber und davon, was die Sowjetunion aus der Lage macht.

Er hat öffentlich die Friedensbemühungen unterstützt. Er hoffe, daß bald eine weiterführende Erklärung der Neun zustande kommt.[19] Er wird alle Kontakte mit den Staaten in der Region offenhalten, besonders mit den Saudis, mit denen er völlig offen sprechen kann. Er weist auf die Bedeutung Numeiris für Sadats Stellung im Nahen Osten hin und erwähnt den Zusammenhang mit der Lage in Äthiopien wie auch im Jemen[20].

Die größte Schwierigkeit bei den kommenden Verhandlungen über die Palästinenser-Frage wird sein, daß Jerusalem und Golan im Friedensvertrag überhaupt nicht erwähnt sind und noch völlig offen ist, wer auf palästinensischer Seite am Verhandlungstisch sitzt.

Er fragt nach der möglichen Haltung der Sowjetunion. Der Weg nach Genf[21] sei jetzt für die Araber praktisch verschlossen. Die sowjetische Reaktion auf die Ereignisse im Iran sei unklar. Werde die Annäherung zwischen Irak und Syrien[22] den sowjetischen Einfluß im Nahen Osten verstärken?

19 Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten über den Nahen Osten vom 26. März 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 326.

20 Zum Konflikt zwischen der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) vgl. Dok. 60, Anm. 32.

21 Die Friedenskonferenz für den Nahen Osten, an der unter dem gemeinsamen Vorsitz der USA und der UdSSR Ägypten, Israel und Jordanien sowie UNO-Generalsekretär Waldheim teilnahmen, wurde am 21. Dezember 1973 in Genf auf Außenministerebene eröffnet. Die Konferenz beschloß eine Fortsetzung der Verhandlungen auf Botschafterebene. Außerdem wurde die Bildung militärischer Arbeitsgruppen beschlossen, die über ein Auseinanderrücken der israelischen und ägyptischen Streitkräfte am Suez-Kanal verhandeln sollten. Vgl. dazu den Artikel „Nahost-Konferenz beschließt Militärgespräche in Genf"; DIE WELT vom 24./25. Dezember 1973, S. 1 f.
Die Verhandlungen der militärischen Arbeitsgruppen wurden am 9. Januar 1974 unterbrochen und seitdem nicht mehr aufgenommen. Vgl. dazu den Artikel „Mideast Talks Recessed for Consultations"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 10. Januar 1974, S. 1 f.
Der amerikanische Außenminister Vance und der sowjetische Außenminister Gromyko kamen bei ihren Gesprächen vom 18. bis 20. Mai 1977 in Genf überein, sich um die Wiederaufnahme der Friedenskonferenz für den Nahen Osten im Herbst 1977 zu bemühen. Vgl. dazu die gemeinsame Erklärung; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 76 (1977), S. 633. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 308 f.

22 Zu den Beziehungen zwischen dem Irak und Syrien vgl. Dok. 5, Anm. 18.
Botschafter Menne, Bagdad, analysierte am 7. Januar 1979: „Sowohl in der Blickrichtung Sowjetunion wie in der Blickrichtung Nahost-Konflikt haben sich die Gegebenheiten für den auf die Erhaltung und optimale Entwicklung seiner nationalstaatlichen Identität bedachten Irak verändert, und zwar per Saldo zum Nachteiligen. Die zwischen ihm und der SU liegenden Pufferstaaten krän-

Christopher berichtet, daß die Sowjetunion über ihren Botschafter in Washington[23] in großen Zügen über die Entwicklungen unterrichtet wurde. Die SU befinde sich in einer eigenartigen Lage. In Südostasien habe sie sich verhältnismäßig zurückgehalten und lediglich neue Ausrüstungsgegenstände nach Vietnam gesandt.[24] (Bundeskanzler: Vietnam will auch nicht als sowjetische Marionette erscheinen.) Im Jemen scheinen die Sowjets nicht sehr glücklich über die kubanische Einmischung[25] zu sein. (Auf Frage des Bundeskanzlers: Die DDR scheint keine militärische Ausrüstung gesandt zu haben.) Im Iran müsse man mit einer langen Periode interner Instabilität rechnen. Die angekündigten Zahlen für die Ölproduktion, sowieso nur die Hälfte der Produktion vor den Unruhen[26], spiegelten wohl vor allem den Willen wider, politische Stabilität zu zeigen.

Bundeskanzler sieht auch keine rasche Normalisierung der Lage im Iran. Der Westen wird sich darauf einstellen müssen, daß auf längere Zeit kein Öl exportiert wird.

Er bittet, im Auge zu halten, daß die westlichen Mächte gemeinsam einen Weg finden müßten, um das Leben Hoveydas zu retten.[27] (Sterner: Die arabischen Staaten sind in der besten Lage, darauf hinzuwirken.)

Die Neubelebung des Islam könnte auch für die Sowjetunion Probleme mit sich bringen.[28] (Christopher: Die Sowjetunion scheint vorsichtig zu reagieren, z.B. durch den Neubau von Moscheen in Sowjetrepubliken.)

Bundeskanzler fragt, ob noch ein Gespräch zwischen Christopher und StS Hermes zur Türkei[29] zustande kommt. Da Christopher hierfür keine Zeit mehr hat, möchte er auch noch diesen Punkt besprechen.

Er dankt für die Antwort des Präsidenten auf seinen Brief.[30] Das Problem ist außerordentlich schwierig, vor allem aus zwei Gründen:

Fortsetzung Fußnote von Seite 380

keln von der Türkei über Iran bis hin zu Afghanistan und Pakistan. Damit wird ihre Pufferqualität reduziert und im Falle Irans bis hin zu einer weitgehenden Unvorhersagbarkeit relativiert. Durch die Sadat'sche Initiative haben sich die Kräfteverhältnisse an der israelischen Nordfront zum Nachteil der konfrontierenden Araber verschoben, und zwar drastisch. Wenn schon bei maximaler militärischer Bindung Israels durch die ägyptischen Kräfte die im Norden Israels angreifenden arabischen Kräfte abgewehrt werden konnten, so besitzen sie angesichts des praktischen Ausscheidens des ägyptischen Gegners zur Zeit keine glaubhafte offensive, ja kaum eine defensive Option." Vgl. den Schriftbericht Nr. 28; Referat 311, Bd. 137596.

23 Anatolij Fjodorowitsch Dobrynin.

24 Zur Unterstützung der UdSSR für Vietnam vgl. Dok. 64, Anm. 5.

25 Legationssekretär Schuppius, Sanaa, berichtete am 5. Juli 1978 über den Einsatz kubanischer Berater im Konflikt zwischen der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) und der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen): „Nach anderen Informationen sollen südjem[enitische] Einheiten mit Unterstützung Kubaner zahlreiche nach Norden führende Brücken und Straßen zerstören, um evtl. von dort kommenden Angriff [...] zu erschweren. Kubaner sollen mehrere strategische Stellen des Landes kontrollieren. Zahl der bei Machtkampf getöteten Jemeniten wird hier auf 3000 geschätzt. Angeblich sollen auch 700 Kubaner Tod gefunden haben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 195; Referat 330, Bd. 111095.

26 Zur Erdölförderung im Iran vgl. Dok. 17, Anm. 8.

27 Zum Todesurteil gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Hoveyda vgl. Dok. 103.

28 Zu den Muslimen in der UdSSR vgl. Dok. 17, Anm. 6.

29 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 66, Anm. 17.

30 Zum Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 23. Februar 1979 an Präsident Carter vgl. Dok. 66, Anm. 17.
Präsident Carter antwortete am 7. März 1979: „I agree that a concerted and substantial aid pro-

1) Die innenpolitische Lage der Türkei: Terrorismus[31], Kriegsrecht[32], keine Kontrolle über die Wirtschaftsentwicklung[33], Resignation der Militärs, unüberbrückbare Gegensätze der politischen Führer, extremer Nationalstolz, der eine Annahme der IWF-Konditionen[34] oder von Wirtschaftsberatern unmöglich macht.

2) Im Westen verbreitet sich das Gefühl, in ein Faß ohne Boden zu zahlen. Er hat das Gefühl, daß die IWF-Konditionen in der Tat zu hart sind und mit Ausnahme der USA und Deutschlands das klare Bewußtsein für die Gefährlichkeit der Lage fehlt. Wenn jetzt keine Hilfsaktion zustande kommt, könnte dies zu einem Wandel der politischen Lage im ganzen östlichen Mittelmeer führen.

In seinem Antwortschreiben hat der amerikanische Präsident den Wunsch nach einem höheren deutschen Beitrag in der Größenordnung von 150 Mio. Dollar anklingen lassen. Solch ein Beitrag ist nur möglich, wenn eine Einigung mit dem IWF zustande kommt und die Deutschen nicht mit Ankara allein gelassen werden. Er bemüht sich, die in Guadeloupe[35] übernommene Aufgabe nach besten Kräften zu erfüllen. Dazu hat er den ungewöhnlichen Schritt unternommen, ein führendes Mitglied der Opposition zu seinem persönlichen Beauftragten zu ernennen[36], um seine persönliche Autorität für das Zustandekommen der Soforthilfeaktion in die Waagschale zu werfen. Leisler Kiep werde voraussichtlich noch Ende des Monats nach Ankara gehen[37] und später auch Gespräche mit dem IWF und US-Senatoren führen können. Selbstverständlich

Fortsetzung Fußnote von Seite 381

gram for Turkey is urgently needed, particularly in view of recent developments in the region. I also agree that an initial, short-term package of at least $ 500 million will be necessary if Turkey's efforts to overcome its economic problems are to have a reasonable chance of success. [...] Like you, I am convinced that these efforts will only be possible and successful in the context of an IMF-approved Turkish stabilization program. My government intends to participate fully and energetically in this effort. Our current plans for short-term assistance are as follows: $ 98 million in economic assistance, which I will seek for Turkey from the Congress. This aid, which is almost double the level of such aid during the current fiscal year, would become available on October 1. About $ 50 million in Export-Import Bank financing. Although it is not part of the emergency package, I will seek from the Congress $ 202 million in military assistance, which is a $ 27 million increase over the military credits provided to Turkey during the current fiscal year." Vgl. Referat 420, Bd. 124276.

31 Zum Terrorismus in der Türkei vgl. Dok. 70, Anm. 9.

32 Zur Verhängung des Ausnahmezustands in der Türkei vgl. Dok. 17, Anm. 15.

33 Zur Wirtschafts- und Finanzlage der Türkei vgl. Dok. 2, Anm. 19.

34 Zu den Verhandlungen zwischen dem IWF und der Türkei vgl. Dok. 70, Anm. 9.

35 Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. Dok. 2–5.

36 Zur Ernennung des niedersächsischen Finanzministers Kiep zum Sonderbeauftragten des Bundeskanzlers Schmidt vgl. Dok. 81, Anm. 12.

37 Der niedersächsische Finanzminister Kiep hielt sich am 4./5. April 1979 in der Türkei auf und berichtete am 5. April 1979: „Mein heutiges Gespräch mit PM Ecevit hat in den beiden im Zusammenhang mit der Durchführung der Soforthilfe-Aktion bisher noch offenen Fragen folgendes Ergebnis erbracht: 1) PM Ecevit ist bereit, den türk[ischen] Finanzminister Müezzinoglu bereits in der nächsten Woche zu einem Treffen mit dem Managing Director des IWF, Herrn de Larosière, zu entsenden. Es wurde in Aussicht genommen, daß diese Zusammenkunft auf meine Einladung hin in der Schweiz stattfindet, wobei ich mich aber auf die Rolle des Gastgebers beschränken, also nicht aktiv in die Gespräche eingreifen werde. [...] 2) Die türk[ische] Regierung ist bereit, ihre Vorstellungen für eine mittelfristige Stabilisierung der Wirtschaft mit der OECD und den Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten zu erörtern. Wenn somit materiell Einigkeit darüber besteht, daß die Soforthilfe nicht isoliert gewährt wird, sondern sich in einen längerfristigen Stabilisierungsplan einfügen muß, bleibt aber noch zu vereinbaren, in welchem prozeduralen Rahmen die Erörterung stattfinden soll." Vgl. den Drahtbericht Nr. 381; Referat 420, Bd. 124276.

dürften durch diese Gespräche die Bemühungen van Lenneps in keiner Weise beeinträchtigt werden.

Christopher begrüßt und würdigt die Ernennung Leisler Kieps. Er hofft, ihn in Washington zu sehen. Man mache sich in den USA zunehmend Sorgen über die Lage in der Türkei. Ecevit werde den Bedingungen des IWF nur dann nachkommen, wenn gleichzeitig die westlichen Freunde eine Solidaritätsaktion bekanntgeben. Aber die Türken seien schwierige Leute, wenn es darum gehe, ihnen zu helfen. Die Lücke in den öffentlichen Finanzen beträgt nach neuesten amerikanischen Berechnungen eher 1,5 Mrd. als 500 Mio. Dollar. Die USA bereiteten sich darauf vor, mehr zu geben, als sie bisher zugesagt hatten. In Gesprächen mit der Haushaltsabteilung würden 150 bis 175 Mio. Dollar genannt.

Bundeskanzler meint, daß die Schätzung der Finanzlücke etwa stimmen könnte. Die IWF-Konditionen sind in der Tat nur akzeptabel für die Türken, wenn sie mit einer Solidaritätsaktion synchronisiert werden. Er bittet, die neuesten Berechnungen Coopers StS Hermes zu geben. Leisler Kiep werde voraussichtlich Ende des Monats seine Reise beginnen.

Er überlegt, ob die Hilfsaktion unbedingt aus den Staatshaushalten finanziert werden muß oder ob das nicht auf dem Wege über Bankkredite mit öffentlichen Garantien geschehen könne. Er wisse, daß das den Regeln widerspreche. Aber man müsse auch beachten, daß Haushaltsgeld zur Zeit notwendigerweise sehr beschränkt ist. Im Zusammenhang mit der notwendigen Hilfe an die Türkei macht er sich Sorgen bei dem Gedanken, daß die USA jetzt mit dem Hut herumgehen müssen für Ägypten. Er erwähnt seine Briefe in Sachen Türkei-Hilfe an Callaghan, Giscard, Carter und Ohira. Er möchte nicht den Eindruck entstehen lassen, als ob die deutsche Wirtschaftskraft etwa der der USA entspreche. Sie ist dem Volumen nach erheblich kleiner. Außerdem läuft nur ein Teil der öffentlichen Ausgaben über den Bundeshaushalt, aus dem allein solche Hilfe finanziert werden kann.

Christopher würdigt die Initiative des Kanzlers. Er sagt enge Zusammenarbeit mit Leisler Kiep zu, mit dem Botschafter Stoessel bereits in Hamburg Kontakt aufgenommen hatte. Er stimmt der Bemerkung des Bundeskanzlers zu, daß sich die gesamte Lage am Mittelmeer und im Nahen Osten verändern würde, wenn die Türkei aus dem westlichen Lager ausschert. Auf die Bemerkung des Bundeskanzlers, daß die kemalistische Tradition in der Türkei offenbar verschwinde, hofft er, daß zumindest die Tradition des säkularisierten Staates übrig bleibt.

Auf Frage des Bundeskanzlers nach möglichen Bankkrediten, falls eine Einigung mit dem IWF zustande kommt, erwähnt er die Zahlen von etwa 480 Mio. Dollar Umschuldungen und 400 Mio. Dollar neuer Kredite.

Bundeskanzler merkt an, daß sich die Türken übertriebene Sorgen im Zusammenhang mit Griechenlands Beitritt zur EG[38] machen. Er hatte sich ursprüng-

[38] Botschafter Sigrist, Brüssel (EG), berichtete am 5. April 1979: „Nach fast dreijähriger Dauer wurden gestern nacht die Verhandlungen über den Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften erfolgreich abgeschlossen. AM François-Poncet als Leiter der Gemeinschaftsdelegation und AM Rallis als Leiter der griechischen Delegation würdigten die historische Bedeutung des für den 1. Januar 1981 vorgesehenen Beitritts von Griechenland als zehntem Mitgliedstaat der EG". Als Datum für die Unterzeichnung des Beitrittsvertrags sei der 28. Mai 1979 vereinbart wor-

lich nach dem Tode Makarios'[39] eine Erleichterung in der Zypern-Frage erhofft, muß aber jetzt der Bemerkung Christophers zustimmen, daß Kyprianous Haltung Lösungen sehr erschwert habe, was wieder auf die griechische Lobby in USA abfärbe, die sich offenbar weit mehr Sorgen über Zypern macht als die Griechen selbst. Der beruhigende Einfluß von Karamanlis, dessen Politik er bewundert und respektiert, reicht zur Zeit vor allem auch wegen der Haltung der Opposition unter Papandreou zu Fortschritten in der Zypern-Frage nicht aus.[40]

Die Lösung der türkischen Probleme wird dadurch nicht erleichtert, daß sich die Türken im Gegensatz wohl zu den Ägyptern ihrer eigenen Probleme voll bewußt sind. Der außerordentliche Bevölkerungszuwachs[41] ist ein weiterer Grund für die Arbeitslosigkeit und die Strukturschwierigkeiten. Auf Christophers Bemerkung, daß er in Rom von Andreotti auf die Türkei-Hilfe angesprochen wurde, meint er, daß auch die Italiener zu einer Beteiligung an der Soforthilfe aufgefordert werden sollten. Er fragt, ob nicht die guten Beziehungen mit den Irakis, deren sich Andreotti ihm gegenüber gerühmt hatte[42], in der gegenwärtigen Nahost-Diplomatie genutzt werden könnten.

Christopher weist auf die Probleme der Amerikaner mit den Irakis hin (u. a. die Tatsache, daß die ehemalige amerikanische Botschaft zur Zeit als irakisches Auswärtiges Amt diene). Auf Frage des Bundeskanzlers nach Pressestimmen über die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und der Sowjetunion[43] hebt er die traditionelle Furcht der Saudis vor der Sowjetunion hervor. Allerdings wäre er nicht erstaunt, wenn die Saudis auch mit den Sowjets begrenzte Öllieferungen vereinbarten, um ihre Außenpolitik nicht nur auf die amerikanische Karte zu setzen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 48

Fortsetzung Fußnote von Seite 383

den. Das Verhandlungsergebnis stelle Griechenland offensichtlich zufrieden: „Im Finanzbereich akzeptierten die Griechen in der zweiten nächtlichen Verhandlungsrunde einen Globalkompromiß, der ihnen im ersten Jahr des Beitritts zwar eine relativ geringe Erstattung aus den abzuführenden M[ehr]W[ert]ST[euer]-Anteilen gibt, dafür aber Konzessionen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen [...], die vom Präsidenten mit 54 Mio. ERE beziffert wurden. Im Ergebnis ist damit zu rechnen, daß Gri[echenland] im ersten Jahr nach dem Beitritt etwa 80 Mio. ERE netto empfangen wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1162; Referat 410, Bd. 121690.

39 Der Präsident der Republik Zypern, Erzbischof Makarios III., starb am 3. August 1977.

40 Zu den Bemühungen um eine Lösung des Zypern-Konflikts vgl. Dok. 5, Anm. 25.

41 Die Zahl der Einwohner in der Türkei lag Anfang 1979 bei rund 43 Millionen, die jährliche Bevölkerungszuwachsrate bei 2,5%. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 180 des Botschafters Sahm, Ankara, vom 29. Januar 1979; Referat 203, Bd. 115907.

42 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Andreotti am 1. November 1978 in Siena vgl. AAPD 1978, II, Dok. 337.

43 Zu den Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und der UdSSR vgl. Dok. 68, Anm. 4.

87

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1020/79 geheim **Aufgabe: 20. März 1979, 10.50 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 351 **Ankunft: 20. März 1979, 11.42 Uhr**

Betr.: Deutsche innenpolitische Diskussion über Sicherheits- und Deutschlandpolitik;
hier: Wirkungen auf Verbündete

1) Hier ist in letzter Zeit eine starke Unruhe über die anhaltende und kontroverse sicherheitspolitische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland entstanden. Meine Mitarbeiter und ich werden bei zahlreichen Gelegenheiten darauf angesprochen, welchen Tiefgang diese Diskussion habe und wie stark diejenigen Kräfte seien, die von der Politik der Bundesregierung abweichen. Wir weisen immer wieder hin auf die Erklärung des Bundesministers des Auswärtigen, die er im Namen der Bundesregierung am 16.2.1979[2] abgegeben hat[3]; auf die Antwort der Bundesregierung vom 8.3.1979, die der Debatte im Bundestag vom 8./9.3. zugrunde lag[4]; auf die mündlichen Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesministers für Wirtschaft als Vertreter des BM des Auswärtigen in dieser Debatte[5]. Kritische Fragen werden hier zum Teil frontal an uns gestellt, zum Teil indirekt aufgeworfen. Der indirekten Methode haben sich z.B. der griechische und norwegische Botschafter im private meeting vom 16.3.1979 bedient (vgl. Drahtbericht Nr. 345 vom 18.3.1979 geheim[6]).

2) Die Hauptsorgen richten sich darauf, daß in Deutschland der alte Streit, ob eine Wiedervereinigung zum Preis der Neutralisierung möglich wäre, wieder aufflammen könnte. Ein solcher Streit würde den wichtigsten konventionellen

1 Hat Botschafter Ruth am 21. März 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Citron, Rückriegel und Arz von Straussenburg, an die Vortragenden Legationsräte Roßbach und Schneppen sowie an Botschaftsrat I. Klasse Holik verfügte.
Hat Rückriegel am 21. März 1979 vorgelegen.
Hat Holik am 23. März 1979 vorgelegen.

2 Korrigiert aus: „12.2.1979".

3 Bundesminister Genscher gab am 16. Februar 1979 in Bonn eine Erklärung zum Thema „Sicherheit und Entspannung" ab. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 195–199.

4 Zur sicherheitspolitischen Debatte des Bundestags am 8./9. März 1979 vgl. Dok. 80.
Für die Antwort der Bundesregierung auf die Großen Anfragen vom 16. Februar 1979 vgl. BT DRUCKSACHEN, Bd. 250, Drucksache Nr. 8/2587.

5 Für die Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt am 9. März 1979 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 109, S. 11235–11253 und 11276–11279.
Für die Ausführungen des Bundesministers Graf Lambsdorff am 8. März 1979 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 109, S. 11188–11196.

6 Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete über die Ausführungen des norwegischen NATO-Botschafters Vibe beim „private meeting" der NATO-Botschafter mit dem stellvertretenden Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Aaron, am 16. März 1979. Ihn, Vibe, habe „besonders das Argument einiger deutscher Abgeordneter betroffen gemacht, man solle doch nicht aufrüsten, um dann abzurüsten". Pauls berichtete weiter, daß sich der griechische NATO-Botschafter Lagacos ebenfalls gegen dieses Argument gewandt habe: „Er verstehe nicht, wie jemand mit dieser Sequenz intellektuelle Schwierigkeiten haben könne. Nur wenn man so verfahre, bringe man die andere Seite zur Abrüstung, und das sei das Ziel." Vgl. den Drahtbericht; VS-Bd. 10542 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

Verbündeten und damit die NATO (wie den europäischen Einigungsprozeß) schwächen, ohne daß eine echte Aussicht auf Wiedervereinigung dadurch eröffnet würde.

Eine zweite Sorge unter den Delegationen und im internationalen Stab wird durch den Eindruck genährt, daß stärkere innenpolitische Kräfte in Deutschland dem Primat der Rüstungskontrollpolitik vor der Sicherheitspolitik im engeren Sinne das Wort redeten. Die dem Abgeordneten Pawelczyk zugeschriebenen Äußerungen in Moskau über TNF-Modernisierung und MBFR haben dieser Sorge zusätzlichen Auftrieb gegeben.[7] Dadurch könnte eine Selbstisolierung der Bundesrepublik entstehen oder aber, was noch schwerwiegender wäre, gleichgerichtet denkende Gruppen in anderen europäischen Mitgliedstaaten könnten einen qualitativ entscheidenden Zuzug erhalten.

Eine so entstehende Lawine würde womöglich auf längere Sicht die realistische Sicherheitspolitik der Allianz, die auf dem Parallelismus der Modernisierungs- und Rüstungskontrollpolitik beruhe, unter sich begraben. Das Argument, man könne doch nicht aufrüsten, um dann wieder abzurüsten, sei falsch. Die USA hätten ihre Haupterfolge in der Rüstungskontrollpolitik gerade deshalb erzielt, weil sie den Parallelismus praktiziert hätten.

3) Die von der deutschen Diskussion ausgehende Beunruhigung wird hier atmosphärisch noch dadurch verschärft, daß die zwei jüngsten Verratsfälle in der NATO von Deutschen begangen worden sind.[8] Die Häufung von Schlagzei-

[7] Der SPD-Abgeordnete Pawelczyk hielt sich vom 11. bis 16. März 1979 in der UdSSR auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Rückriegel notierte am 10. April 1979, daß Pawelczyk Staatssekretär van Well über seinen Besuch informiert habe: „Sagladin habe in einem zweieinhalbstündigen Gespräch zunächst heftig gegen die Datendiskussion in Wien polemisiert, die aufhören müsse. MdB Pawelczyk plädierte dafür, daß der Westen den Sowjets bei der Gesichtswahrung helfe. Allerdings werde die Datendiskussion selbst die Frage nicht lösen können. [...] Der Westen müsse sich darüber klar werden, ‚was wir könnten und was wir wollten'. (Kompromiß bei den Daten.) Auf Rückfrage des Herrn Staatssekretärs präzisierte der Abgeordnete: Die Datendiskussion in Wien müsse fortgeführt werden. Wir müßten uns aber fragen, wie unsere Kompromißmöglichkeiten bei Parität und Kollektivität aussehen könnten. [...] Zur TNF-Modernisierung habe er (MdB Pawelczyk) den Sowjets gesagt, sie irrten sich, wenn sie glaubten, der Westen bringe die Kraft hierzu nicht auf. Er habe seinen sowjetischen Gesprächspartnern gesagt, er habe Verständnis dafür, daß sie nicht wieder hinter die geschaffene Kapazität bei SS-20 zurückgehen könnten; er frage sie aber, ob sie nicht ein Signal geben könnten, daß sie in Zukunft beim geplanten Aufwuchs Zurückhaltung üben und Abstriche vornehmen könnten. Von seiten der sowjetischen Botschaft sei ihm gestern gesagt worden, man stelle Überlegungen in dieser Richtung an. In Washington habe man ihm zum Thema der Mittelstreckenwaffen erklärt, auch bei rüstungskontrollpolitischer Inangriffnahme müsse verteidigungspolitisch etwas geschehen. Er selbst habe seine abweichende Meinung nicht verschwiegen. Nach seiner Auffassung könne es der Glaubwürdigkeit der Abschreckung nur schaden, wenn der Westen das auf westlicher Seite vorhandene Waffenspektrum als nicht mehr ausreichend bezeichne." Vgl. VS-Bd. 11438 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

[8] In der Presse wurde berichtet: „Der Spionage-Fall Ursel Lorenzen ist ein Schock für die NATO. Offiziell schweigt man in Brüssel zu den Einzelheiten des Verrats, doch schon jetzt ist nach Angaben informierter NATO-Kreise abzusehen, daß es sich um die ‚wahrscheinlich größte Spionage-Affäre innerhalb der NATO seit ihrem Bestehen' handelt. Die Affäre wird als ‚Katastrophe auf dem Gebiet der Sicherheit' bezeichnet. Frau Lorenzen hatte sich am Montag in die ‚DDR' abgesetzt. Die attraktive Junggesellin war offiziell die Sekretärin des britischen Zivilbeamten Terence Moran, der die Operationsabteilung des NATO-Rats leitet. Zu den Aufgaben dieses Stabs gehört die Planung theoretischer Übungen des Krisenmanagements. Terence Moran leitet derzeit auch die laufende NATO-Stabsrahmenübung Wintex 79. In ihr wird eine Zusammenarbeit militärischer und ziviler NATO-Stellen im Krisenfall auch unter Berücksichtigung atomarer Gegenschläge geprobt. In ihrer Eigenschaft als Organisatorin der Sitzungen des NATO-Rats hatte Frau Lorenzen Zugang zu Lagebeurteilungen der Atlantischen Allianz und zu ‚Informationen mit der höchsten Sicherheitsstufe

len über unangenehme, uns berührende Vorgänge ist nicht nur optisch ungünstig.

4) Die skizzierte akute Unruhe ist vor dem Hintergrund der latenten Unruhe zu sehen, die trotz aller unserer im Rahmen der Allianz unternommenen Anstrengungen bei unseren Verbündeten lebendig bleiben wird, solange die deutsche Frage ungelöst ist.

Wir können dieser Unruhe, wie in der Vergangenheit, nur durch einen stetigen, bündnissolidarischen Kurs unserer Sicherheitspolitik entgegenwirken, um dieses Fundament unserer Außenpolitik intakt zu halten.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 11277 (220)

88

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1041/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 22. März 1979, 13.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 358 **Ankunft: 22. März 1979, 13.50 Uhr**

Betr.: SALT/MBFR-Abhängigkeiten und TNF-Modernisierung im Spannungsfeld US-sowjetischer-deutscher Interessen

Bezug: 1) FS 201 vom 15.2.1979[2]
2) FS 351 vom 20.3.1979[3]

I. US-Sicherheitsinteressen

Während der Dezember 77 DPC-Ministerkonferenz drückte der US-Verteidigungsminister Brown erstmalig klar US-Sorgen hinsichtlich möglicher Konsequenzen eines Abkoppelns des US-strategischen Potentials aus.[4] Die unerwün-

Fortsetzung Fußnote von Seite 386
mit Ausnahme des Nuklear-Gebiets'. Der Fall Lorenzen wiegt [...] ungleich schwerer als der Fall Ingrid Garbe. Die Sekretärin der deutschen NATO-Botschaft, die im vergangenen Monat an ihrem Arbeitsplatz gestellt und verhaftet wurde, ist im Vergleich zu Ursel Lorenzen ein ‚kleiner Fisch' gewesen, obwohl sie Zugang zu Unterlagen über die Wiener Abrüstungsgespräche (MBFR) und über politische Konsultationen hatte." Vgl. den Artikel „Ostagentin hatte Zugang zu geheimsten NATO-Papieren"; DIE WELT vom 8. März 1979, S. 1.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 23. März 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann und Legationsrat I. Klasse Daerr verfügte.
Hat Hofmann am 26. März 1979 vorgelegen.
Hat Daerr am 27. März 1979 vorgelegen.

2 Korrigiert aus: „FS 202 vom 15.2.1979".
Für das Fernschreiben des Botschafters Pauls vgl. Dok. 42.

3 Korrigiert aus: „19.3.1979".
Für das Fernschreiben des Botschafters Pauls vgl. Dok. 87.

4 Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO fand am 6./7. Dezember 1977 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 356.

schten Konsequenzen eines substantiierten europäischen Mißtrauens sah er in zwei Richtungen:

1) Schaffen eines eigenständigen europäischen nuklearstrategischen Abschreckungspotentials. Er bezeichnete diese Konsequenz als politisch gefährlich und vermutlich als militärisch bzw. wirtschaftlich unrealistisch.

2) Sicherheitspolitische Entmutigung der europäischen Öffentlichkeit, die dann möglicherweise zu einem politischen Arrangement mit dem Osten tendieren könnte.

Das Mißtrauen gegenüber der Glaubwürdigkeit der strategisch-nuklearen US-Garantie resultierte vornehmlich aus Unsicherheiten gegenüber den strategischen Vorstellungen der neuen US-Administration und aus strategischen Denkmodellen diesseits und jenseits des Atlantiks, die sich ausschließlich an „Kriegsführungs-Fähigkeiten" orientieren. Kriegsführungsstrategien werten Waffenoptionen nur an ihrem Wert und ihren Konsequenzen im Kriege. Daran werden dann auch die echten und scheinbaren Interessen der betroffenen Nationen gemessen. Ihre Bedeutung für Abschreckung und Kriegsverhinderung tritt damit in den Hintergrund.

Unter dem Kriegsführungsaspekt scheint ein US-Interesse an einer Abkopplung des strategischen Nuklearpotentials von der NATO-Triade auf der Hand zu liegen, um so das eigene Territorium, das in erster Linie durch einen strategischen Schlagabtausch gefährdet ist, aus der direkten Kriegsgefährdung herauszuhalten. Würde eine derartige strategische US-Tendenz zur Tatsache, so würde einerseits die Möglichkeit eines auf Europa und den Atlantik begrenzten Krieges für die Sowjets kalkulierbar, andererseits würde die allianzweite Abschreckung und damit die politisch-strategische Solidarität innerhalb der Allianz entscheidend gefährdet. Das Sicherheitsproblem Europas/Deutschlands stellte sich dann völlig neu und könnte mit militärischen Mitteln traditioneller Art vermutlich nicht gelöst werden. Solange die USA aber gewillt sind, ihre Weltrolle als Weltmacht Nr. 1 zu erhalten, sind sie auf den Erhalt der politischen Solidarität mit Europa ebenso angewiesen wie Europa auf die Glaubwürdigkeit der amerikanischen nuklearen Schutzgarantie. US-strategisches Denken, das sich nur am verengten Blickwinkel von Kriegsführungsoptionen orientiert und daher zur Abkopplung tendiert, muß daher als zu vordergründig bezeichnet werden.

Das amerikanische Sicherheitsinteresse muß im Gegenteil zur Wahrung der Weltmachtposition im Verhältnis zur Sowjetunion einerseits auf den Erhalt der nutzbaren Partnerschaft mit Westeuropa und andererseits auf Vermeiden eines großen Kriegs mit der Sowjetunion, d.h. auch eines Kriegs „nur" in Europa, gerichtet sein. Ein Verlust der europäischen Gegenküste und der gesicherten westeuropäischen Partnerschaft (politisch, militärisch, wirtschaftlich, ideell), aus welchen Gründen auch immer, müßte die Weltmachtstellung der USA, selbst auch im Verhältnis zu China, grundlegend verändern. Dies gilt schon für den Fall, daß Westeuropa als ganzes oder mit Teilen in den politischen Einflußbereich der Sowjetunion abgleiten würde.

Angesichts der europäischen Bedeutung und der nicht abschätzbaren Eskalationsfolgen eines Krieges in Europa für das amerikanische Kernland müssen auch die USA an einer allianzweiten Strategie der Kriegsverhinderung, d.h. an

einer glaubwürdigen Abschreckung, die Verteidigungsfähigkeit einschließt, entscheidend interessiert sein. Amerikanische Strategie und Sicherheitspolitik muß daher die Abschreckung glaubwürdig erhalten, und zwar durch Abdecken des gesamten Kräftespektrums und des ganzen Allianzgebiets mit Wirkung nicht nur gegenüber der Sowjetunion, sondern auch gegenüber den Bündnispartnern unter dem Aspekt der Solidarität. Erhalt der Abschreckung bleibt auch für die USA die Elle, an der sie alles messen muß.

II. Sowjetische Sicherheitsinteressen

Sowjetisches Sicherheitsdenken ist ein Bündel schwer isolierbarer Motive defensiver und offensiver Natur. Einerseits hat die Sowjetunion sicherlich ein starkes, auf Erhalt des erreichten Machtbereiches gerichtetes, defensives Sicherheitsinteresse. Hier spielen auch transrationale, historisch begründete Gefühle eine Rolle, unter denen auch ein tiefes Mißtrauen gegenüber möglichen deutschen Revisionsbestrebungen seinen Platz hat. Andererseits ist die Sowjetunion ideologisch zur offensiven Machtausdehnung verpflichtet, wenn sie ihre weltweite kommunistische Führungsrolle behaupten will. Militärisch abgestützte Macht besitzt auch Eigendynamik. Ebenso wie die USA hat die Sowjetunion ein vitales Interesse, einen großen Konflikt mit der Weltmacht USA in Europa zu verhindern, solange er als dritter Weltkrieg nuklear-strategische Dimensionen anzunehmen droht. Neben ihrer nuklear-strategischen Option und indirekten Optionen besitzt die Sowjetunion eine kontinental-strategische und eine konventionelle Offensivoption gegenüber Westeuropa, um die entfernte Seemacht USA strategisch treffen zu können. Die Sowjetunion betrachtet offensichtlich militärische Stärke auch als nutzbare politische Macht im Rahmen ihrer imperialen Politik. Sie fixiert ihre militärische Macht wahrscheinlich vor allem deshalb auf den europäischen Raum, um diesen politisch, militärisch und psychologisch von Amerika zu isolieren.

Es scheint daher nach wie vor im strategischen Interesse der Sowjetunion zu liegen:

1) unter dem eingeengten nuklear-strategischen SALT-Ansatz die nukleare Parität im Supermacht-strategischen Bereich festzuschreiben und den qualitativen Vorsprung der USA einzufangen, um so das US-strategische Potential nach Möglichkeit sowohl politisch als auch militärisch zu neutralisieren;

2) einerseits das eigene auf Westeuropa gerichtete kontinental-strategische Nuklearpotential weitgehend aus Rüstungskontrollbeschränkungen herauszuhalten, um in diesem Bereich die eigene Überlegenheit zu erhalten; andererseits ausgleichende westliche Systeme im SALT-Rahmen und mit Hilfe des SALT-Strategiebegriffs einzuschränken (FBS, ER-weapon[5], CM, Potentiale dritter Staaten);

3) die MBFR-Verhandlungen so zu führen, daß einerseits ihre konventionelle Offensivoption gegenüber Westeuropa, wenn möglich in einem ökonomisch tragbaren Rahmen, erhalten bleibt, andererseits sie durch Kontrollmechanismen Einfluß in Westeuropa und über die Bundeswehr erhält;

[5] Enhanced Radiation Weapon.

4) nach Möglichkeit einen Zusammenhang zwischen SALT und MBFR zu verhindern, um eigene Interessen bei SALT abzusichern, ohne im MBFR-Rahmen einschneidende Zugeständnisse machen zu müssen.

III. Deutsche Interessen

Die deutsche sicherheitspolitische Lage wird durch die besondere nationale Situation als Folge des Zweiten Weltkrieges und durch die exponierte geostrategische Position der Bundesrepublik bestimmt. Konsequenterweise sind unsere Interessen, gemessen an denen unserer Bündnispartner, in einem gewissen Maße extrem: Auf der einen Seite sind wir besonders an der Absicherung im Bündnis, an Bündnissolidarität, Lasten- und Risikoteilung, umfassender strategischer Absicherung, uneingeschränkter US-Garantie, Verteidigungspräsenz der Alliierten auf unserem Territorium und Abschreckungsverbund interessiert; auf der anderen Seite muß uns aber auch verstärkt am Abbau der Spannungen zwischen Ost und West, am Abbau der Bedrohung durch Rüstungskontrolle, an normalen Beziehungen zum Osten, Osthandel und Erleichterungen im innerdeutschen Verhältnis gelegen sein. Diese Interessen teilen wir mit unseren Verbündeten, nur ist der Intensitätsgrad – u.a. aus Gründen des geostrategischen oder historischen Abstandes zur Bedrohung – unterschiedlich. Aus einem unterschwelligen Gefühl, das sich zum Teil aus historischen Vorgängen (Preußen/Rußland, Rapallo[6], Hitler/Stalin-Pakt[7]) herleitet, wird bei unseren westlichen Alliierten die unterschiedliche Intensität, mit der wir auf die verschiedenen Interessenbündel hinweisen, mit Wachsamkeit beobachtet. So ganz sicher ist man sich der Deutschen nie, und je größer Gewicht und Bedeutung der Bundesrepublik sind, um so aufmerksamer werden wir beobachtet. Diese zeitweilige Unsicherheit in der Beurteilung deutscher Politik kommt hier in vielen Gesprächen zum Ausdruck (siehe Bezug 2). Betrachtet man die Interessenlagen in ihrer Abhängigkeit voneinander, so wird deutlich, daß die Bündnisabsicherung, d.h. der politische Verbund der Bundesrepublik mit dem Westen, Voraussetzung jeder Entspannung bleibt. Hierüber darf im Westen kein Zweifel aufkommen, da sonst die – ohnehin nicht vollständige – europäische Interessenidentität innerhalb der Allianz gegenüber den USA sich in eine Hauptgruppierung USA, England und Frankreich verwandeln könnte, deren Hauptziel es wäre, Deutschland unter Kontrolle zu halten.

Deutsche Alleingänge in Richtung Osten aus Sorge über die wachsende Bedrohung und ausbleibende Fortschritte im Rüstungskontrollbereich sollten aus diesem Grund unterbleiben. Initiativen im Vorfeld sollten ohne vorgezogene Publizität zunächst im Bündnis eingebracht werden, um dann als abgestimmte Bündnispositionen präsentiert zu werden. Dies gilt für SALT-, „Grauzonen"-, MBFR- oder KSZE-relevante Fragen. Die Sowjets werden vermutlich erst dann substantiell verhandeln, wenn sie erkennen, daß Hinausziehen, politisches Taktieren an der Oberfläche, westlicher Erfolgszwang mit der Wirkung, die

6 Im Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922 verzichteten das Deutsche Reich und die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik auf alle gegenseitigen Forderungen, die aus dem Ersten Weltkrieg resultierten, und beschlossen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sowie eine Meistbegünstigung im Handelsverkehr. Für den Wortlaut vgl. REICHSGESETZBLATT 1922, Teil II, S. 677 f.

7 Das Deutsche Reich und die UdSSR schlossen am 23. August 1939 einen Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrag. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228.

Bundesrepublik Deutschland in ihrem Sinne auszusondern, ihr keine Erfolge bescheren.

IV. Operative Folgerungen

Aus der Analyse leite ich folgende Schlüsse ab:

1) Betonen einer allianzumfassenden, das gesamte NATO-Territorium abdekkenden Bündnisstrategie auf der Basis des Triadenverbundes und der Risikosolidarität, für die „Abschreckung" die Meßlatte ist und nicht Kriegsführungskalkulationen.[8]

2) Weder verbal noch durch Strategietheorien, die die USA aus ihrer nuklearen Verantwortung für Europa entlassen, noch Zweifel und Mißtrauen öffentlich herbeidiskutieren.[9]

3) Das Bewußtwerden der Solidaritätsproblematik in den USA nutzen und diese an ihre wahren Sicherheitsinteressen erinnern, die in der politisch-strategischen Solidarität mit Europa liegen, als Basis fortdauernder Abschreckung und der Eindämmung sowjetischer Machtausdehnung.

4) Die USA als Sachwalter westlicher nuklearer Sicherheit müssen bei SALT zunehmend die europäischen strategischen Interessen berücksichtigen und gleichzeitig ihre Führungsrolle als Haupt-Kernwaffenmacht wahrnehmen; die nuklearbezogenen Konsultationen im Bündnis müssen intensiviert werden.

5) Europäische Interessen sollten sich nicht isoliert auf einzelne Waffensysteme konzentrieren, sondern diese Systeme im Zusammenhang mit der Gesamtstrategie untersuchen.[10]

6) Die Diskussion um Modernisierung der TNF muß mit Schwerpunkt unter dem Aspekt „Erhalt bzw. Wiederherstellen der strategischen Optionsvielfalt" stehen und nicht unter dem Gesichtspunkt einer „euro-strategischen" Balance.

7) Den USA und europäischen Verbündeten immer wieder die besondere deutsche Interessenlage so zu erläutern, daß die absolute Bündnisverklammerung als Basis deutscher Entspannungspolitik deutlich bleibt und nicht in Zweifel gerät; von daher auch das deutsche Interesse an einer glaubwürdigen Koordination von militärischer Bündnisplanung mit umfassender Rüstungskontrollpolitik begründen.

8) In der Öffentlichkeit verstärkt darauf hinweisen, daß die Bedrohung des Weltfriedens weniger von nuklearen als von konventionellen Waffen ausgeht. Konventionelle Ungleichgewichte sind echt destabilisierend und damit sicherheitsgefährdend. Die sachlich nicht begründete, wenn auch emotional verständliche Fixierung der öffentlichen Meinung auf nukleare Waffen nützt einseitig den Sowjets.

Bitte BK, AA, BMVg FS der Leitung vorzulegen.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10542 (201)

8 Zu diesem Absatz vermerkte Legationsrat I. Klasse Daerr handschriftlich: „Was nicht funktioniert, schreckt auch nicht ab."

9 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

10 Zu diesem Absatz vermerkte Legationsrat I. Klasse Daerr handschriftlich: „Aber nur so kann es ‚operativ' werden."

89

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem griechischen Verteidigungsminister Averoff-Tossizza

VS-vertraulich **23. März 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem griechischen Verteidigungsminister Averoff am 23. März 1979 von 10.40 bis 11.30 Uhr im Bundeskanzleramt[2]

Weitere Gesprächsteilnehmer: Botschafter Phrydas, MDg von der Gablentz.

Averoff überbringt Grüße PM Karamanlis und übergibt dessen anliegende Botschaft[3]. Er hofft, daß der Bundeskanzler sich entschließt, auch einmal die Sommerferien in Griechenland zu verbringen.

Bundeskanzler geht zunächst auf die in der Botschaft angeschnittenen EG-Fragen ein.

1) Er unterstreicht, daß die sozialen Probleme, die mit der Freizügigkeitsregelung innerhalb der Gemeinschaft[4] langfristig auf die Bundesrepublik Deutschland zukommen[5], Anlaß zu tiefer Sorge und politischen Alpträumen sind. Nach gegenwärtigen Schätzungen werden – selbst wenn wir unsere Grenzen entgegen der Freizügigkeitsregelung geschlossen hielten – gegen Ende des Jahrhunderts in der Bundesrepublik Deutschland einer geschrumpften einheimischen

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 26. März 1979 gefertigt und am selben Tag „vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bundeskanzler" an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter „zur Unterrichtung des Bundesministers" übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat Ackermann am 26. März 1979 vorgelegen, der um Ablichtungen für das Büro Staatssekretäre sowie die Ministerialdirektoren Blech und Lautenschlager „vorab" bat und handschriftlich vermerkte: „Le[walter] n[ach] R[ückkehr]."
Hat Lewalter am 3. April 1979 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14077 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

[2] Der griechische Verteidigungsminister Averoff-Tossizza hielt sich vom 20. bis 23. März 1979 in der Bundesrepublik auf.

[3] Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben des Ministerpräsidenten Karamanlis vom 15. März 1979 an Bundeskanzler Schmidt vgl. VS-Bd. 14077 (010).

[4] Der EWG-Vertrag vom 25. März 1957 sah in seinen Artikeln 48 bis 73 die Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, des freien Niederlassungsrechts, des freien Dienstleistungsverkehrs und des freien Kapitalverkehrs bis zum Ende einer Übergangszeit von zwölf Jahren vor. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 806–820.

[5] Referat 410 notierte am 8. März 1979: „Die Lage auf den Arbeitsmärkten der Gemeinschaft und auch in der Bundesrepublik Deutschland gibt uns weiterhin Anlaß zur Sorge. Die Befürchtung in weiten Bevölkerungskreisen verstärkt sich, daß es sich dabei um ein längerfristiges Problem handeln könnte. Unter diesen Umständen müssen wir uns vor unkontrollierten Wanderungsbewegungen von ausländischen Arbeitskräften in die jetzige EG schützen. Wir haben deshalb im Falle Griechenlands auf einer verhältnismäßig langen Übergangsfrist für die Einräumung der im EWG-Vertrag verankerten Freizügigkeit bestehen müssen. Dies werden wir auch bei den beiden anderen EG-Beitritten tun. Im Falle der assoziierten Türkei werden wir die gleiche Freizügigkeit wie gegenüber den Beitrittsländern demgegenüber in keinem Falle und zu keinem Zeitpunkt gewähren können. Die Sorge um den Arbeitsplatz, die unsere Arbeitnehmer bewegt, ist für uns nicht der einzige wichtige Aspekt des Freizügigkeitsproblems. Zusätzlich zu den Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt müssen wir nämlich sehen, daß durch eine unkontrollierte Zuwanderung auch große Probleme der sozialen Integrierung auf uns zukommen können." Vgl. Referat 410, Bd. 121690.

Bevölkerung von etwa 53 Mio. etwa sechs bis sieben Mio. Ausländer gegenüberstehen. Es handelt sich also nicht um ein Problem Griechenlands, Spaniens oder Portugals, sondern die allgemeine Frage des gleichen Rechtes für Ausländer, das z.B. auch den Türken nicht auf Dauer verweigert werden kann. Er hält die Behandlung dieser Frage durch die Gemeinschaft für falsch. Man habe die Folgen der Freizügigkeit ursprünglich nicht durchdacht. Erst nach 1965, als sich die wirtschaftliche Lage in den einzelnen EG-Staaten unterschiedlich entwickelte, habe die enorme Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte eingesetzt. Daher sei auch die einseitige deutsche Erklärung zur Freizügigkeit im Zusammenhang mit den griechischen Beitrittsverhandlungen zur EG[6] notwendig gewesen.

Averoff betont, daß Griechenland der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der Gemeinschaft helfen würde, die Freizügigkeitsregelung anzupassen, wenn es sich als notwendig erweisen sollte. Griechenland ist nicht sonderlich an der Freizügigkeit als solcher interessiert. Griechische Arbeiter gehen für einen bestimmten Zweck ins Ausland. Sie bleiben ihrem eigenen Lande attachiert. PM Karamanlis sei sicherlich bereit, dem Bundeskanzler in dieser Frage zu helfen.

Bundeskanzler:

2) Kindergeld[7]

Die Anwendung des Beschäftigungsland-Prinzips kann z.B. dazu führen, daß ein türkischer Arbeiter an der Ruhr seine Familie in der Türkei aufgrund der hohen deutschen Kindergeldleistungen viel besser unterhalten kann als ein türkischer Akademiker im eigenen Lande. Es kann dazu führen, daß alle Ar-

6 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Griechenlands vgl. Dok. 86, Anm. 38.
Botschafter Sigrist, Brüssel (EG), berichtete am 5. April 1979 über den Abschluß der Beitrittsverhandlungen zwischen Griechenland und den Europäischen Gemeinschaften, daß „mehrere einseitige Erklärungen zu Protokoll des Rats gegeben" worden seien: „die deutsche Erklärung zur Freizügigkeit; die Erklärung der Kom[mission] zur deutschen Erklärung, der sich die ital[ienische] Del[egation] anschloß; die deutsche Erklärung zur Einführung des Wohnlandsprinzips als einheitlicher Gemeinschaftsregelung für Familienleistungen; je eine Gegenerklärung der Kom. und der ital. Regierung gegen die deutsche Erklärung. Damit sind die unterschiedlichen Rechtsauffassungen nach allen Seiten gewahrt. Die griech[ische] Seite wurde über die Erklärungen zur Freizügigkeit informiert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1162; Referat 410, Bd. 121690.

7 Referat 410 hielt am 22. März 1979 zu den Grundsätzen der Gewährung von Kindergeld fest: „Wir haben die übergangsweise Anwendung des für uns finanziell günstigeren Wohnlandprinzips auf Griechenland (anstatt des gemeinschaftsrechtlich für alle EG-Staaten außer F verbindlichen Beschäftigungsland-Prinzips) nur unter größten Schwierigkeiten gegen den Widerstand der übrigen Mitgliedstaaten und Griechenlands durchsetzen können. Die deutsche Delegation hielt in den Beitrittsverhandlungen bis in die Nachtsitzung vom 20./21.12.1978 auch daran fest, daß die Übergangsfrist für das Kindergeld nicht kürzer sein dürfe als für andere wichtige Bereiche (fünf Jahre). Erst als feststand, daß auf dieser Grundlage keine Einigung zu erzielen war, stimmte die deutsche Delegation unter Vermittlung des Ratsvorsitzenden (BM Genscher) einem Kompromiß zu, wonach den griechischen Arbeitnehmern die im EG-Recht vorgesehene Regelung ‚innerhalb einer angemessenen Frist' zugute kommen soll. Die EG-Kommission hat als ‚angemessene Frist' zwei Jahre vorgeschlagen. Im Rat am 6. März scheiterte der Kompromißvorschlag der Präsidentschaft (drei Jahre) an unserem Widerstand." Vgl. Referat 410, Bd. 121690.
Botschafter Sigrist, Brüssel (EG), berichtete am 5. April 1979 über den Abschluß der Beitrittsverhandlungen: „Im Sozialbereich war die Einigung auf eine vierjährige Übergangszeit, in welcher das Kindergeld nach dem Wohnlandsprinzip gezahlt wird, auch wegen des Widerstands der anderen Mitgliedstaaten nicht durchzusetzen. Die anderen hatten die gemeinsame Ausgangsposition von vier Jahren nur äußerst widerwillig mitgetragen. StM von Dohnanyi gab [...] nach Rückfrage in Bonn und im Hinblick auf das tatsächliche Beitrittsdatum nach und stimmte einer dreijährigen Übergangszeit zu." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1162; Referat 410, Bd. 121690.

beiter hier in Deutschland arbeiten wollen und ihre Familien zu Hause lassen. Das führt zu enormen, noch gar nicht zu übersehenden Belastungen des Bundeshaushalts. Wir setzen uns daher für die Einführung des Wohnlandprinzips in der Gemeinschaft ein, stoßen aber dabei u.a. auf den Widerstand von Italien.

Auf den Einwand *Averoffs*, daß Griechenland keinen Sonderstatus wünscht, sondern nur keine Diskriminierung gegenüber den anderen EG-Staaten, hebt der *Bundeskanzler* hervor, daß die Bundesregierung sicherlich nicht zwischen den drei Beitrittskandidaten diskriminieren möchte. Innerhalb der Neun wende auch Frankreich das Wohnlandsprinzip an.

Averoff betont, daß Griechenland im Gegensatz zu Portugal und Spanien bereits seit 1962 seinen Eintritt in die EG bezahle.[8] Es habe Milliarden Dollar in Form von Zöllen, Abgaben und Abbau lokaler Produktion verloren, weil es sich im Zuge der Assoziierung den Importen aus der Gemeinschaft geöffnet habe. Griechenland glaubt daher, den Anspruch zu haben, etwas anders als die anderen beiden Beitrittskandidaten behandelt zu werden.

Bundeskanzler betont, daß er schon seit langem den portugiesischen und spanischen Freunden zur Vorsicht gegenüber jeder Verdrängung der einheimischen Produktion durch EG-Importe rate.

Er unterstreicht die ausgezeichneten Beziehungen zu Griechenland und seine Bereitschaft, den Griechen, insbesondere Karamanlis, politisch zu helfen, wo es möglich ist.

Nach einem kurzen Gedankenaustausch über die innenpolitische Lage in Griechenland berichtet er über seinen Entschluß, einen persönlichen Beauftragten zu Ecevit zu entsenden.[9] Er wird diese Gelegenheit nutzen, bilateral und privat auch die Frage der NATO-Reintegration Griechenlands mit dem Ziel aufzunehmen, eine baldige Lösung zu erreichen.[10]

Averoff spricht sich für eine baldige Soforthilfeaktion für die Türkei aus.[11] Griechenland hat kein Interesse an einer chaotischen Lage in der Türkei. Es wünscht eine baldige Reintegration in die NATO. Auch General Haig hat sich für eine Lösung ausgesprochen. Aber was die Türken jetzt verlangen, nämlich die Luftkontrolle über die griechischen Ägäis-Inseln, kann keine griechische Regierung akzeptieren.[12] Ein Beweis für die großen Anstrengungen Griechen-

8 Die EWG-Mitgliedstaaten und Griechenland unterzeichneten am 9. Juli 1961 in Athen ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und Griechenland. Die Assoziierung erfolgte am 1. November 1962. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1962, Teil II, S. 1144–1361.

9 Zum Aufenthalt des niedersächsischen Finanzministers Kiep am 4./5. April 1979 in der Türkei vgl. Dok. 86, Anm. 37.

10 Griechenland erklärte am 14. August 1974 seinen Austritt aus der militärischen Integration der NATO. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 236.
Zur Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Integration der NATO vgl. Dok. 24.

11 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 66, Anm. 17.

12 Botschafter Sahm, Ankara, informierte am 28. März 1979 über Gespräche des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte in Europa, Haig, mit dem Generalsekretär des türkischen Außenministeriums, Elekdag, über eine Wiedereingliederung Griechenlands in die NATO. Haig habe „vier Punkte als Grundlage für eine Lösung vorgeschlagen: 1) Any interim solution of the Greek reintegration problem would not prejudice the solution of bilateral issues and would not constitute a precedent for future agreements. (Turkish formula.) 2) Greece will accept six miles of territorial airspace for NATO purposes only. 3) Cross-tell will be put to use through all means, manual or automatic, and Turkey, taking into consideration the situation of the Greek islands will accept the F[light]I[nfor-

lands um Reintegration in die NATO ist das große Manöver mit griechischen und amerikanischen Truppen, das zur Zeit abgehalten wird.[13]

Bundeskanzler möchte PM Karamanlis in keinem Zweifel lassen, daß sich die Deutschen um ein Zustandekommen der angestrebten Lösung bemühen.

Averoff dankt für die Griechenland gewährte Verteidigungshilfe[14] und bittet, das Gleichgewicht zwischen Griechenland und der Türkei auf diesem Gebiet nicht in Frage zu stellen. (BK versichert, daß wir dieses Gleichgewicht stets im Auge halten.)

Auf Frage des Bundeskanzlers stellt er fest, daß die Griechen wenig Kontakt mit den türkischen Militärs unterhalten. (BK bedauert dies, da er die türkische militärische Führung für vernünftig hält.)

Er berichtet, daß Griechenland zu Jugoslawien sehr enge Beziehungen unterhalte und in den offenen Gesprächen[15] so weit gegangen sei, ihnen im Krisenfall gewisse Nachschubhilfe in Aussicht zu stellen. Jugoslawien zeige eine gewisse Nervosität gegenüber Bulgarien, wegen der Mazedonien-Frage und wegen der Gefahr, daß die Sowjetunion sich der Bulgaren in möglichen Aktionen gegen Jugoslawien bedienen könne.[16]

Fortsetzung Fußnote von Seite 394

mation]R[egion] line as reference line for cross-tell. 4) Greece will accept task force concept if Turkey accepts the above proposals. Türkische Seite hätte dazu wie folgt Stellung genommen: [...] Die Annahme der FIR-Linie als Referenzlinie entspreche weder den Sicherheitsbedürfnissen der Türkei noch sei dies machbar (feasible)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 345; VS-Bd. 10481 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 3. April 1979: „Dem State Department liegt noch keine abschließende Bewertung General Haigs vor. Nach dem Zwischenbericht, der im Anschluß an Haigs Gespräche in Ankara einging, schienen Türken auf der Schaffung von Interessenzonen in der Ägäis zu bestehen, welche diese ungefähr aufteilen würde. Ihre Rückfallposition scheine in der Bereitschaft zu liegen, der griechischen Reintegration ohne Festlegung irgendwelcher Luft- oder Seekommandogrenzen zuzustimmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1287; VS-Bd. 11101 (203); B 150, Aktenkopien 1979.

13 Oberst i. G. van Rensen, Athen, berichtete am 31. Januar 1979: „Der gute Wille Griechenlands, im Bündnis wieder mitzuarbeiten, äußert sich auch in der verstärkten Teilnahme an NATO-Übungen. Die griechische Regierung erteilte u. a. ihr Einverständnis zur Vorbereitung einer A[llied]M[obile]F[orce]-Übung in Nordgriechenland im September/Oktober 1979 (erstmalig wieder seit 1973)." Vgl. den Schriftbericht Nr. 5; Referat 203, Bd. 115871.

14 Referat 201 hielt am 4. Oktober 1979 fest: „Der Gesamtwert der seit 1964 gewährten Verteidigungshilfe beträgt ca. DM 267 Mio. Materialhilfen sind in diesem Betrag nicht berücksichtigt." Vgl. Referat 201, Bd. 120245.

15 Ministerpräsident Karamanlis hielt sich vom 16. bis 18. März 1979 in Jugoslawien auf.

16 Botschafter Stoecker, Sofia, analysierte am 29. Januar 1979: „Die Balkanpolitik Bulgariens hat schon allein aufgrund der geographischen Lage dieses Landes für die Sowjetunion einen hohen Stellenwert. Am problematischsten sind im Vergleich zu den übrigen Nachbarländern die Beziehungen zu Jugoslawien. Anlaß [...] ist die Mazedonien-Frage. Das Aufleben des Konfliktes in jüngster Zeit ist überwiegend auf jugoslawische Initiative zurückzuführen. Hierbei wird den Bulgaren Irredentismus vorgeworfen, da sie die mazedonische Volksgruppe nicht als eigene Nationalität, sondern ethnisch als Bulgaren betrachten. [...] Die sehr aktive Balkanpolitik Bulgariens dient überwiegend den Interessen der Sowjetunion: Die besonders von Jugoslawien betriebene multilaterale Entwicklung unter den Balkan-Staaten wird gestört; die NATO-Südostflanke wird durch Auflockerung der Beziehungen Bulgariens zu Griechenland und der Türkei destabilisiert [...]. Die durch die Mazedonien-Frage belasteten jugoslawisch-bulgarischen Beziehungen können zu gegebener Zeit zur Destabilisierung Jugoslawiens genutzt werden, unter Umständen sogar als Vorwand einer Intervention der WP-Staaten. Den Eigeninteressen Bulgariens dient diese Politik jedoch ebenfalls: Die Mazedonien-Frage bleibt offen, pflegt den großbulgarischen Traum und dient gegebenenfalls der inneren Festigung". Vgl. den Schriftbericht Nr. 78; Referat 214, Bd. 132801.

Bundeskanzler meint, daß Schiwkow solch eine Situation fürchte, aber nicht mutig genug sei, sowjetischem Druck zu widerstehen.

Averoff betont, daß Karamanlis eine persönliche Freundschaft mit Schiwkow geschlossen und bilaterale Probleme gelöst habe.[17] Griechenland verfüge jetzt über gute und starke Beziehungen mit Bulgarien.

Bundeskanzler fragt nach den Aussichten eines anderen „Treffens von Montreux"[18] zwischen Karamanlis und Ecevit.

Averoff meint, daß es zur Zeit nur Worte, keine wirklichen Aussichten auf eine Einigung gebe. Aber auch hier gelte, daß eine Einigung mit der Türkei über die Ägäis-Frage[19] noch unter Karamanlis zustande kommen müßte. Papandreou spiele die Karte aus, daß die EG eine Katastrophe sei, daß die NATO-Zugehörigkeit Griechenland zu einem Ziel sowjetischer Bomben mache, während die Zugehörigkeit zur Dritten Welt Sicherheit verleihe und nationale Würde.

Phrydas fügt hinzu, daß der normale Bauer in Griechenland die komplizierten Fragen der EG- und NATO-Zugehörigkeit nicht verstehen kann. Für die innenpolitische Präsentation des EG-Beitritts sei es daher entscheidend, nachweisen zu können, daß Griechenland in den ersten Jahren klare Nettogewinne aus der EG-Mitgliedschaft ziehe.

Bundeskanzler stimmt mit Averoff überein, daß beide Seiten vor der Presse lediglich darauf hinweisen, daß man über Fragen des EG-Beitritts Griechenlands gesprochen habe.

Er schließt mit der Bemerkung, daß er sich gefreut habe, seine Bekanntschaft mit Minister Averoff zu erneuern, und der Bitte um sehr persönliche gute Wünsche an PM Karamanlis.

VS-Bd. 14077 (010)

17 Ministerpräsident Karamanlis hielt sich am 6./7. Juli 1978 in Bulgarien auf.

18 Die Ministerpräsidenten Karamanlis und Ecevit trafen sich am 10./11. März 1978 in Montreux.

19 Die griechische Regierung gab am 1. November 1973 ihre Absicht bekannt, in der Ägäis nach Erdöl zu suchen. Das hierzu vorgesehene Gebiet betraf etwa die Hälfte der Ägäis und schloß die der türkischen Küste vorgelagerten griechischen Inseln ein, die von der Türkei als Teil des türkischen Festlandsockels betrachtet wurden. Mit Note vom 7. Februar 1974 an die türkische Regierung legte Griechenland dar, daß die griechischen Inseln der Ägäis Festlandcharakter hätten und sich die griechischen Hoheitsgewässer deshalb auf den Festlandsockel, d. h. bis zu einer Tiefe von 200 m, erstreckten. Am 27. Januar 1975 schlug die griechische Regierung vor, den Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag mit der Angelegenheit zu befassen. Die Türkei stimmte dem Vorschlag am 6. Februar 1975 zu. Vgl. dazu AdG 1976, S. 20551 f.
Botschafter Poensgen, Athen, berichtete am 21. Dezember 1978: „Die Entscheidung des Haager Gerichtshofs, sich in dieser Frage für nicht zuständig zu erklären, ist hier mit Bedauern aufgenommen worden. [...] Botschafter Moliviatis, Leiter des außenpolitischen Büros des Ministerpräsidenten, den ich gestern aus anderem Anlaß aufsuchte, wies darauf hin, daß ein Schiedsspruch aus Den Haag nach wie vor sehr begrüßt worden wäre. Denn er hätte nicht nur die Grundlage für eine Regelung mit der Türkei geschaffen, sondern auch deren Hinnahme durch die griechische Öffentlichkeit und ggf. Zustimmung des Parlaments erleichtert. Dies entspricht in der Tat den Erklärungen des MP, wie er sie z. B. auch gegenüber dem BK und B[undes]A[ußen]M[inister] gegeben hat." Vgl. den Drahtbericht Nr. 927; Referat 203, Bd. 115870.

90

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

221-372.20/4-378/79 geheim **23. März 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung

Betr.: MBFR;
hier: Begleitende Maßnahmen

Bezug: a) BSR-Vorlage vom 15.11. und 11.12.1978
b) Verifikationsstudie vom 5.12.1978[3]

Anlg.: Entwurf eines Arbeitspapiers[4] zur Begründung des Entwurfs einer „Draft Guidance"[5] als mögliche Grundlage für die abschließenden Allianzberatungen

Zweck der Vorlage: Billigung der Anlagen

I. Derzeitiger Stand

1) Der Bundessicherheitsrat hat in zwei Sitzungen (17.11. und 14.12.1978[6]) MBFR und dabei auch die begleitenden Maßnahmen behandelt. Er hat zwar

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rückriegel und Vortragendem Legationsrat Ehni konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 8. April 1979 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Hermes am 30. März 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] van Well n[ach] R[ückkehr]."
Hat Staatssekretär van Well am 5. April 1979 vorgelegen.

3 Ministerialdirektor Blech hielt am 8. Dezember 1978 fest, daß der Bundessicherheitsrat dem Bundesministerium der Verteidigung am 17. November 1978 den Auftrag erteilt habe, eine Studie vorzulegen über die „Grundzüge eines verläßlichen, die Belange der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigenden sowie Material und Personal einschließenden Inspektionssystems mit alternativen Komponenten". Die Studie sei unter Mitwirkung des Auswärtigen Amts erarbeitet worden und werde dem Bundessicherheitsrat zu seiner Sitzung am 14. Dezember 1978 vorliegen. Sie komme zu folgenden Ergebnissen: „Lückenlose Verifikation ist nicht erreichbar, jede Kontrollmaßnahme kann umgangen werden. Totale Verifikation ist weder vom Aufwand her vertretbar noch politisch wünschenswert. Ein unsere Belange berücksichtigendes und verläßliches Verifikationssystem könnte aus folgenden Grundmaßnahmen bestehen: nicht beeinträchtigter Einsatz nationaler technischer Aufklärungsmittel (vor allem Satelliten); Austausch von bestimmten militärischen Informationen im Zusammenhang mit der Durchführung vereinbarter Reduzierungen und der Aufrechterhaltung des common collective ceiling; Ankündigung von größeren Bewegungen der Landstreitkräfte in den Raum der Reduzierungen hinein; Einrichtung eines Mechanismus für die Gewährleistung der Einhaltung von MBFR-Bestimmungen (‚follow-on-organization'); Ankündigung von Truppeneinsätzen ab Divisionsstärke; Einladung von Beobachtern hierzu. Zu diesen Grundmaßnahmen könnte die Maßnahme ‚festgelegte Durchlaufpunkte für das Personal der stationierten Land- und Luftstreitkräfte mit Beobachtern (exit-entry-points)' treten, ohne daß der militärische und politische Status der Bundesrepublik Deutschland unzumutbare Einschränkungen erfahren würde. Zusätzliche Luft- und/oder Bodeninspektionen könnten einerseits den Wirkungsgrad des Verifikationssystems spürbar steigern. Andererseits bestätigt die Studie den ‚ein- und zudringlichen' Charakter, den diese beiden Maßnahmen im Hinblick auf ihr flächendeckendes Element hätten und der durch ihre auf den engen Raum der Reduzierungen beschränkte Anwendung noch in diskriminierender Weise verstärkt würde." Vgl. VS-Bd. 11508 (221); B 150, Aktenkopien 1978.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für das „Arbeitspapier zur Begründung des beigefügten Entwurfs einer Draft Guidance zu begleitenden Maßnahmen" vgl. VS-Bd. 11512 (221).

5 Dem Vorgang beigefügt. Für den „Entwurf einer Draft Guidance zu Associated Measures" vgl. VS-Bd. 11512 (221).

6 Botschafter Ruth hielt am 15. Dezember 1978 zur Erörterung von MBFR bei der Sitzung des Bun-

keinen formellen Beschluß gefaßt, aber von der Materie, wie sie in den Bundessicherheitsratsvorlagen vom 15.11. und 11.12.1978 sowie der Verifikationsstudie vom 5.12.1978 dargestellt wurde, Kenntnis genommen.

In Fortsetzung der in diesen drei Vorlagen vorgetragenen Ausführungen geht es jetzt darum, die Beratungen in der Allianz, die seit ungefähr einem Jahr unter militärischen Gesichtspunkten stattfinden, mit einer baldigen Einigung in den politischen Gremien der NATO (SPC) unter politischen Gesichtspunkten abzuschließen, damit ein akzeptables Paket begleitender Maßnahmen in Kürze in die Wiener Verhandlungen eingeführt werden kann.

2) Wir haben deshalb in Abstimmung mit Washington und London am 6.3.1979 beim „Private Luncheon" der NATO-Botschafter angekündigt, daß wir demnächst im Bündnis ein Arbeitspapier mit dem Entwurf einer Weisung der NATO an die Ad-hoc-Gruppe in Wien zirkulieren werden. Mit Amerikanern und Briten besteht Übereinstimmung, daß wir unser Arbeitspapier für das Bündnis und unseren Weisungsentwurf für Wien noch vor der Einführung in die NATO mit ihnen vorkonsultieren und abstimmen werden.

3) Der als Anlage beigefügte Entwurf eines Arbeitspapiers sowie der ebenfalls beigefügte Entwurf einer „Draft Guidance" werden mit der Bitte um Billigung vorgelegt. Die Entwürfe sind auf Arbeitsebene mit dem BMVg abgestimmt.

II. Situation in der Allianz

1) Die militärischen Beratungen über Einzelheiten des bekannten Katalogs von begleitenden Maßnahmen benötigen bedeutend mehr Zeit als ursprünglich angenommen wurde. Schon seit Frühjahr 1978 berät das Bündnis auf der Grundlage eines deutschen[7] und eines etwa drei Monate später eingeführten amerikanischen Entwurfs[8] über die Zusammensetzung eines Pakets von begleitenden Maßnahmen.

Die MBFR-Arbeitsgruppe hat das Mandat des NATO-Rats vom Mai 1978[9] noch nicht vollständig erfüllt. Inzwischen ist aber deutlich geworden, daß grund-

Fortsetzung Fußnote von Seite 397

dessicherheitsrats vom Vortag fest: „Der Bundeskanzler bezeichnete die Studie des BMVg als dankenswert. Ausführlicher wurde über das Problem der Option III gesprochen. Es bestand Übereinstimmung, daß das Angebot auf dem Tisch bleiben solle, daß es ein Angebot sei, bei dem die Amerikaner am Zuge sind, daß zwischen Option III und TNF-Modernisierung ein Zusammenhang bestehe, der berücksichtigt werden müsse. Der Bundesminister der Verteidigung stellte fest, daß seines Erachtens die Herstellung der Parität beim Personal im wesentlichen eine vertrauensbildende Maßnahme sei und daß aus militärischer Sicht die Verminderung der Panzer angestrebt werden müsse. Der Bundeskanzler unterstrich, daß wir uns im nuklearen Bereich nicht in eine Führungsrolle drängen lassen sollten. Dies sei anders bei MBFR. Hier müßten wir aus bündnis-, innen- und ostpolitischen Gründen die Initiative behalten. Es sei von besonderer Bedeutung, daß wir eine Isolierung vermeiden und daß wir nicht in die Gefahr des Vorwurfs gerieten, wir blockierten die Verhandlungen. Nicht klar sei ihm die Rolle Frankreichs. Es sei erforderlich, sich darüber Klarheit zu verschaffen." Vgl. VS-Bd. 11286 (220); B 150, Aktenkopien 1978.

7 Für das „Informal Discussion Paper on Stabilizing Measures in connection with a future NATO Initiative" vom 29. Dezember 1977 vgl. VS-Bd. 11510 (221).

8 Für das amerikanische Papier „MBFR Associated Measures", das Botschafter Ruth am 6. April 1978 übermittelt wurde, vgl. VS-Bd. 11510 (221).
Das Papier wurde am 10. April 1978 im Politischen Ausschuß der NATO auf Gesandtenebene eingeführt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 407 des Botschafters Pauls, Brüssel (NATO), vom selben Tag; VS-Bd. 11510 (221); B 150, Aktenkopien 1978.

9 Am 30./31. Mai 1978 tagte der NATO-Rat auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in Washington. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 170.

sätzliche allianzinterne Übereinstimmung über sechs Maßnahmen besteht, die zu einem Paket zusammengefaßt werden können.

Im Verlauf der Diskussion in der Arbeitsgruppe hat sich herausgestellt, daß die gesamte Materie weitaus kontroverser ist, als zu erwarten war. Zu erwähnen ist, daß sich im Verlauf der Beratungen auf militärischer Ebene bei den amerikanischen Vertretern Abstimmungsprobleme innerhalb der US-Administration nachteilig bemerkbar machten (teils Unbeweglichkeit des amerikanischen Vertreters aufgrund zu detaillierter Instruktionen, teils erhebliche Verzögerung der Beratungen aufgrund ausbleibender Weisungen: So ist z. B. der US-Vertreter seit November 1978 ohne substantielle Instruktionen). Hier wirken sich auch innenpolitische Einflüsse, vor allem aus dem Kongreß, aus. Dort plädieren einflußreiche Vertreter wie Nunn und Les Aspin mit Nachdruck für eine Verlagerung des Schwergewichts bei MBFR von der Reduzierungsmaterie auf das Thema begleitende Maßnahmen[10], die dann allerdings eine gewisse militärische Stringenz aufweisen müßten. Deshalb haben die amerikanischen Vertreter im Bündnis die Erarbeitung eines umfassenden Netzes von tiefgreifenden, militärisch wirksamen Maßnahmen der Beschränkung („constraints") und der Nachrichtenbeschaffung nur für den Raum der Reduzierungen im Auge und neigen dazu, die gesamtpolitischen Implikationen, die die begleitenden Maßnahmen besonders für uns haben, nicht so deutlich wie wir zu sehen.

2) Die USA haben sich insbesondere auf die Einbeziehung von drei Maßnahmen in das vorgesehene Paket versteift, die bislang von uns wegen zu großer verteidigungspolitischer oder politischer Nachteile äußerst zurückhaltend behandelt wurden: Es sind dies Limitierung der Zahl der Divisionen für Manöver und/oder Bewegungen sowie permanente Boden- und Luftinspektionen. Alle drei Maßnahmen sollen nach amerikanischer Auffassung auf den engen Raum der Reduzierungen mit der Bundesrepublik Deutschland als westlichem Kernland beschränkt bleiben.

In einem persönlichen Scheiben an den Bundeskanzler vom 9. März hat Präsident Carter dargelegt, wie wichtig die Materie der begleitenden Maßnahmen für die USA sei und daß er es für wesentlich halte, alle zur Diskussion stehenden neun Maßnahmen in das Paket aufzunehmen.[11] Hinsichtlich der drei von den USA ganz besonders befürworteten Maßnahmen hat Carter jedoch eine gewisse Flexibilität angedeutet: Die USA wünschten, daß entweder die Limitierungsmaßnahme oder die Inspektionsmaßnahmen in das Paket aufgenommen würden.

3) Aus deutscher Sicht hätte auch das begrenzte Paket der sechs allgemein akzeptierten Maßnahmen substantielles Gewicht. Darüber hinaus sind wir bereit, Modifizierungen des Inspektionsvorschlages zu prüfen, die das Prinzip permanenter, flächendeckender Inspektionen aufgeben. Der Vorschlag der Begrenzung von Divisionsaktivitäten sollte von den Militärbehörden erneut geprüft werden. Wieviel Zeit die Prüfung der umstrittenen Fragen in Anspruch nehmen wird, ist schwer vorauszusagen. U. E. hat das Bündnis ein vorrangiges

10 Zum MBFR-Konzept des amerikanischen Senators Nunn vgl. Dok. 79, Anm. 12.

11 Für das Schreiben des Präsidenten Carter vom 9. März 1979 an Bundeskanzler Schmidt vgl. VS-Bd. 543 (014). Vgl. dazu auch Dok. 74.

Interesse, einen Vorschlag zu begleitenden Maßnahmen bald einzubringen. Das ist nur möglich durch Beschränkung auf die Maßnahmen, die relativ unumstritten sind, und durch Verzicht auf ein umfassendes Paket. Wir haben deshalb davon abgesehen, die drei umstrittenen Maßnahmen in unsere „Draft Guidance" für das Paket aufzunehmen.

a) Hinsichtlich Boden- und Luftinspektionen, die im Gegensatz zur Constraint-Maßnahme der Limitierung Aufgaben der Verifikation zu erfüllen haben, haben wir in der Allianz und in bilateralen Konsultationen, insbesondere mit den Briten, unsere Bereitschaft mitgeteilt, an einer Untersuchung dieser beiden Maßnahmen unter den Aspekten einer Ausdehnung über den Raum der Reduzierungen hinaus nach Osten auf sowjetisches Territorium sowie einer Einschränkung auf ein gemischtes System (Mischung von Inspektionsquoten und Inspektionen auf Anforderung), d. h. auf ein System nicht-permanenter Inspektionen, mitzuwirken und das Ergebnis unter dem Gesichtspunkt zu prüfen, ob derart ausgestaltete Boden- und Luftinspektionen für uns politisch akzeptabel sind.

Die Briten sind bereit, zu Boden- und Luftinspektionen ein eigenes Arbeitspapier, das auf unsere Überlegungen eingeht, in die Allianz einzubringen.

b) Das Bundesministerium der Verteidigung, unterstützt von SACEUR/SHAPE, lehnt die Limitierungsmaßnahme nach wie vor ab. Unsere Bündnispartner (Großbritannien, Niederlande; aber auch Belgien, Kanada) sehen die Risiken durchaus, halten die Lösung jedoch im wesentlichen für eine deutsch-amerikanische Angelegenheit und unterstützen letzten Endes den amerikanischen Vorschlag.

Die verteidigungspolitische Argumentation des Bundesministeriums der Verteidigung, der sich das Auswärtige Amt voll anschließt, lautet:

„– Aus unserer Sicht ist der Warschauer Pakt im engen Anwendungsgebiet von MBFR-Reduzierungen stets im Vorteil. Bei krisenhafter Zuspitzung der Lage, die ohne Berührung eines MBFR-Abkommens geschehen könnte und aus anderen politischen Indikationen beurteilt würde, wäre die NATO – soll Vorneverteidigung[12] glaubhaft demonstriert und wirksam werden können – zu frühzeitigen Anfangsbewegungen gezwungen. Deswegen steht für uns die Erhaltung der NATO-Reaktionsfähigkeit im Vordergrund.

– Diese Reaktionsfähigkeit und die Vorneverteidigung erscheinen uns insbesondere durch Maßnahmen gefährdet, die eine Begrenzung der Einsätze von Heeresdivisionen und eine zeitliche Beschränkung von Alarmmaßnahmen vorsehen.

– Wegen seiner günstigeren Dislozierung (36 Divisionen in der DDR und ČSSR in einem Raum von nur 200 km bis zur Grenze zur Bundesrepublik Deutschland) benötigt der Warschauer Pakt weitaus weniger Zeit für Aufmarschbewegungen als die NATO. Um aber unsere Flexibilität und die Vorneverteidigung mit hinreichenden Kräften sicherzustellen, sind wir zu frühzeitigen Anfangsbewegungen gezwungen. Dieses setzt einen rechtzeitigen politischen Entschluß innerhalb der NATO voraus. Während wir aber auf einen

[12] Zum operativen Konzept der „Vorneverteidigung" vgl. Dok. 20, Anm. 4.

Bruch des Abkommens durch den Osten warten würden – quasi als „Stolperdraht" für unsere Entscheidung –, könnte dieser, ohne den Vertrag zu verletzen, einen Angriff in erheblichem Umfang vorbereiten.

– Andererseits müßten wir für den Aufbau unserer Verteidigung sowohl die vorgesehene zahlenmäßige wie auch zeitliche Begrenzung überschreiten. Das aber würde bedeuten, daß wir den Vertrag als erste brechen müßten. Dies wäre einerseits ein Element der politischen Eskalation im Verhältnis zum Osten, andererseits ein Faktor, der in der eigenen westlichen Öffentlichkeit die Glaubhaftigkeit unseres Bestrebens, den bewaffneten Konflikt zu vermeiden, beeinträchtigen würde.[13] Das wiederum führt sicherlich zu Verzögerungen in der notwendigen Entschlußfassung in den westlichen Demokratien.

  Darüber hinaus würde eine nationale Begrenzung auf fünf Divisionen, wie sie in der Maßnahme u.a. vorgeschlagen wird, im Westen ausschließlich die Bundeswehr betreffen. Damit wäre aber das Kollektivitätsprinzip an entscheidender Stelle durchbrochen und im Rahmen der Allianzstrategie die Operationsfreiheit des Heeres stark beeinträchtigt.

– Aus diesen Gründen sollten wir solchen Beschränkungen nicht zustimmen. In dieser Auffassung werden wir nachdrücklich vom Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General Haig, unterstützt."

Wir haben die Argumente des BMVg und der militärischen Bündnisspitze zur Kenntnis zu nehmen. Im SPC und gegenüber den Amerikanern sollten wir argumentieren, daß der Osten seinen Manöverlimitierungsvorschlag von Belgrad[14] mit Sicherheit auch in Madrid[15] vorbringen wird. Bei der KSZE-Folgekonferenz und auch im Rahmen des französischen Konferenzvorschlags[16] wird wegen der dort von vornherein umfassenderen geographischen Rahmenbedingungen diese einschneidende Maßnahme angemessener zu behandeln sein.

4) Zu den Ausführungen im Arbeitspapier über den geographischen Anwendungsbereich der vertrauensbildenden Maßnahmen der Schlußakte[17] im MBFR-Rahmen ist zu ergänzen, daß sich die Türkei als Flankenstaat in einem uns vorab vertraulich mitgeteilten und der NATO noch nicht bekannten Arbeitspapier bereit erklärt hat, die begleitenden Maßnahmen bei MBFR unter dem Gesichtspunkt der Reziprozität – gegenüber der Sowjetunion – im gleichen geographischen Geltungsbereich wie die vertrauensbildenden Maßnahmen der Schlußakte zu implementieren. Gleichzeitig schlägt sie vor, daß diese Verpflichtung

13 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt.

14 Am 24. Oktober 1977 legte die sowjetische KSZE-Delegation auf der KSZE-Folgekonferenz vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 in Belgrad den Entwurf einer „Aktionsbasis zur Festigung der militärischen Entspannung in Europa" vor. Dieser sah unter anderem den Verzicht auf Manöver mit mehr als 50 000 bis 60 000 Teilnehmern vor. Außerdem wurden „besondere Konsultationen" vorgeschlagen. Vgl. dazu Referat 221, Bd. 112979.

15 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

16 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 3, Anm. 16.

17 Für den Wortlaut des „Dokuments über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

die direkten Teilnehmer und die Teilnehmer mit besonderem Status, d.h. alle MBFR-Teilnehmer, für den CBM-Geltungsbereich übernehmen sollten.[18] Damit findet unser Gesichtspunkt der Ausweitung begleitender Maßnahmen über den Raum der Reduzierungen hinaus eindeutige Unterstützung.

Auch Norwegen hat unter dem Gesichtspunkt der Flankensicherheit sein Interesse an begleitenden Maßnahmen bekundet.

III. Problem eines Nachfolgeorgans

1) Es besteht Einverständnis darüber, daß ein konkreter, auch institutionell faßbarer Mechanismus für die Gewährleistung der Einhaltung von MBFR-Bestimmungen für Koordinations- und Verifikationsaufgaben nach dem Abschluß eines MBFR-Abkommens unerläßlich ist.

In der MBFR-Arbeitsgruppe wurden daher auch erste Überlegungen über ein Nachfolgeorgan angestellt. Es wurde jedoch nicht in die Liste der jetzt beratenen begleitenden Maßnahmen aufgenommen, weil seine Implikationen viel weitreichender wären. Es wäre sinnvollerweise im Zusammenhang mit den Konferenzfolgen zu diskutieren.

2) In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß die „Bildung eines Organs zu Fragen der Sicherheit" ein langfristig verfolgtes Ziel des Warschauer Paktes im Rahmen der Vorbereitung und der Abhaltung der KSZE war. Es ist auch jetzt noch nicht aufgegeben: Auf der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad hat die Sowjetunion erneut spezielle sicherheitspolitische Konsultationen in einem eigens dafür vorgesehenen Gremium vorgeschlagen. Die Einrichtung eines ständigen Konsultativorgans mit weitreichenden Aufgaben und Befugnissen könnte leicht zu einer vom Osten mißbrauchten Appellationsinstanz für allgemeine europäische Sicherheitsfragen („Europäisches Sicherheitssystem") führen. Aus einem auf MBFR bezogenen Kontroll- und Überwachungsgremium könnte ein Organ der Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik werden, mit dessen Hilfe der Osten Einfluß und Mitsprache in Fragen der westlichen Verteidigung, insbesondere im Hinblick auf die Bundesrepublik Deutschland, beanspruchen und finden könnte.

3) Bei MBFR kommt es darauf an, die Vorteile eines Nachfolgegremiums zu nutzen und die möglichen Gefahren frühzeitig abzuwehren. Ein richtig gehandhabtes, kollektiv strukturiertes Konsultativgremium könnte das Prinzip der Kollektivität besser verankern und zur Vertrauensbildung durch institutionelle Absicherung des Dialogs beitragen. Der Westen müßte aber darauf hinwirken, daß ausdrücklich konkrete und exakt umrissene MBFR-Probleme Gegenstand der Beratungen des Gremiums sind und daß Weisungsbefugnisse und andere exekutive Rechte einer solchen Einrichtung nicht eingeräumt werden dürfen.

Die Lösung könnte darin liegen, daß die Wiener Gespräche nach Abschluß von MBFR (I), ähnlich wie nach SALT I[19], fortgeführt werden. Auch nach Reduzie-

[18] Zur Haltung der Türkei in der Frage begleitender Maßnahmen bei den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 74, Anm. 13.

[19] Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau einen Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) und ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waf-

rungsabsprachen über eine Phase II haben der Westen und der Osten ein Interesse daran, den hier begonnenen sicherheitspolitischen Dialog nicht abreißen zu lassen. Der Rahmen hierfür ist vorgegeben und könnte, wenn auch mit größeren Intervallen als zwischen den jetzigen Verhandlungsrunden, für die sich aus MBFR-Verträgen bzw. -Absprachen ergebenden Notwendigkeiten genutzt werden.

IV. Parallel zur Ausarbeitung einer NATO-Weisung an die Ad-hoc-Gruppe in Wien muß sich das Bündnis auch über die Präsentation des Pakets in den Wiener Verhandlungen einigen. Wir sind der Ansicht, daß es sich empfehlen dürfte, für die Einbringung den Beginn einer Verhandlungsrunde abzuwarten und die Verhandlungsmaterie der begleitenden Maßnahmen zum Hauptgegenstand einer solchen Runde zu machen.

Blech

VS-Bd. 11512 (221)

91

Botschafter Schmidt-Dornedden, Amman, an das Auswärtige Amt

114-1065/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 124
Citissime

Aufgabe: 23. März 1979, 12.15 Uhr[1]
Ankunft: 24. März 1979, 10.16 Uhr

Betr.: Jordanische Stellungnahme zur Lage nach Carter-Mission[2];
hier: Gespräch mit Kronprinz Hassan

Bezug: 1) Plurez 1378 vom 15.3.79 – 310-310.10 NO
2) DB Nr. 123 vom 22.3.79 – Pol 310.10[3]

Fortsetzung Fußnote von Seite 402
fen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen zu den Verträgen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 26. März 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Montfort vorgelegen.
Hat den Vortragenden Legationsräten Buchrucker und Eickhoff vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Westphal am 30. März 1979 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse von der Planitz vorgelegen.

2 Präsident Carter hielt sich vom 8. bis 13. März 1979 in Ägypten und Israel auf. Vgl. dazu Dok. 81, Anm. 19.

3 Botschafter Schmidt-Dornedden, Amman, berichtete: „In ungewöhnlich scharfer Form hat Kronprinz Hassan in heutigem Interview mit ‚Jordan Times' den geplanten ägyptisch-israelischen Friedensvertrag verurteilt und erklärt, daß dieser Separatvertrag die Sicherheit und Stabilität der

Zur Unterrichtung

I. Wegen Abwesenheit des Königs (in Saudi-Arabien[4]) empfing mich Kronprinz Hassan gestern auf meine Bitte kurzfristig zu etwa einstündigem Gespräch. Das Gespräch verlief sehr offen und Hassan beantwortete meine Fragen freimütig, bisweilen mit dem Hinweis auf Vertraulichkeit.

(Anmerkung: Gelöste und vertrauliche Gesprächsatmosphäre. Hassan begrüßte mich im Zimmer seines Bürochefs, setzte sich der Einfachheit halber zu mir und Gespräch begann dort, nachdem die jordanischen Anwesenden Zimmer verlassen hatten. Mit dieser Geste stellte Hassan von vornherein zwanglose Atmosphäre her.)

II. Zusammengefaßtes Ergebnis:

- König sei von Carter-Mission enttäuscht, da Carter sich Begin gegenüber in keinem einzigen für Gesamtfrieden entscheidenden Punkt durchgesetzt und damit israelische Position weiter gestärkt habe.
- Friedensbemühungen müßten in VN-Rahmen weiterbetrieben werden, auch gemeinsame amerikanisch-sowjetische Erklärung vom 1.10.77[5] habe diesen Weg aufgezeigt. In Camp David[6] seien dann Weichen anders gestellt worden. Carters Verhalten sei unberechenbar. Auf ihn sei kein Verlaß.
- Begins jüngste Erklärungen vor der Knesset, daß Jerusalem niemals wieder geteilt, Israel sich niemals auf die Grenzen von 1967 zurückziehen und niemals ein palästinensischer Staat in Westbank und Gaza entstehen werde[7], bedürfe keines Kommentars, außer dem, daß Premierminister Khalil auf diese an ihn gerichteten Feststellungen nicht mit seinem Rücktritt reagiert habe.
- Jordanien, das durch Jahre hindurch bis zuletzt für den Frieden gearbeitet habe, sehe keine Möglichkeit, sich zu erwartendem Friedensschluß zwischen Israel und Ägypten[8] in der einen oder anderen Form anzuschließen.
- Israel beabsichtige, beginnend mit Aufteilung der Westbank in mehrere untergeordnete Selbstverwaltungsbezirke, die „Balkanisierung" der Region nach dem Motto: divide et impera.
- Der Friedensschluß zwischen Israel und Ägypten werde keine Sicherheit bringen, sondern vielmehr eine Destabilisierung der Region einleiten und Radikalisierung Vorschub leisten. Jordanien werde das in seiner Macht Stehende tun, um – zusammen mit den gemäßigten arabischen Staaten – eine

Fortsetzung Fußnote von Seite 403

Region gefährden könne. [...] Im Interview mit ‚Washington Post' (die den in FAZ vom 15.3. abgedruckten Artikel von Kronprinz Hassan nicht veröffentlichen wollte) beklagt König Hussein sich über rüde US-Methoden gegenüber Jordanien (‚we never heard such an approach before') und fordert Intensivierung der Kontakte zu Westeuropa und Zurückverlagerung N[ah]O[st]-Konfliktes in UN-Rahmen." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135594.

4 König Hussein hielt sich am 21./22. März 1979 in Saudi-Arabien auf.

5 Für den Wortlaut der Erklärung der USA und der UdSSR vom 1. Oktober 1977 zum Nahost-Konflikt vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 77 (1977), S. 639 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 97 f.

6 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.

7 Für den Wortlaut der Rede des Ministerpräsidenten Begin am 22. März 1979 im israelischen Parlament vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 233–235 (Auszug).

8 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

solche Entwicklung zu verhindern. Es werde in Bagdad[9] eine gemeinsame Haltung der arabischen Staaten anstreben.

- Brzezinski-Mission[10] habe hier außerordentlich verstimmt. Wieder einmal sei Fehleinschätzung arabischer Sicherheitsvorstellungen, Interessenlage und Mentalität deutlich geworden.
- Zum großen Teil deckten sich Äußerungen Hassans mit seinen Ausführungen in Artikel in FAZ vom 15.3.[11] und in „Jordan Times" vom 22.3. (vgl. Bezugs-Bericht), wobei Kronprinz auch Überblick über die vielfältigen jordanischen Bemühungen offener und vertraulicher Art gab, zur Friedensfindung beizutragen.

III. Zu einzelnen Punkten:

1) Auf meine Frage nach der weiteren Entwicklung nach Unterzeichnung Friedensvertrages erwiderte Hassan:

Umfassender Friede könne nur auf der Basis der bekannten jordanischen Forderungen und im Rahmen der VN gefunden werden. Die gemeinsame amerikanisch-sowjetische Erklärung vom 1.10.1977 hätte dafür gute Ausgangsbasis geschaffen. Der CD[12]-Prozeß sei für die gesamte arabische Welt unfaßbare Überraschung gewesen, einschließlich für Jordanien, mit der Ausnahme, „that we paid lip-service to something that did not involve us".

Vertrauen in die USA sei geschwunden, Carters Handlungen und politische Aktionen seien unberechenbar geworden. Die arabischen Staaten müßten sich neu orientieren und sollten sich enger an Europa anschließen.

2) Seit Beginn CD-Prozesses hätten sich – mit Ausnahme bei den Teilnehmern – Zweifel und Furcht vor allem im Hinblick auf zukünftige politische Stabilität in der Region breitgemacht. Einerseits bestehe Diskrepanz zwischen US-Interesse an langfristiger Sicherheit und israelischem Drang nach immer mehr „current security", wofür vor allem die Westbank wirtschaftlich mit ihren Ressourcen herhalten solle. Andererseits aber ständen beide Konzepte im Widerspruch zu arabischer Vorstellung einer overall security in der Region.

Hassan verwies auf die Entwicklung im Iran der Post-Schah-Periode und brachte mögliche Entwicklungen in anderen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens (einschließlich Westbank) in diesen Zusammenhang. Es seien die „Teenager" von 1967, die heute einen Großteil der arbeitslosen Bevölkerung in der

9 Vom 27. bis 31. März 1979 fand in Bagdad eine Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten statt. Botschafter Menne, Bagdad, berichtete am 1. April 1979 über die Beschlüsse: „1) Abzug der arabischen Botschafter aus Kairo. 2) Abbruch der politischen und diplomatischen Beziehungen mit der Regierung Ägyptens. Durchführung binnen vier Wochen. 3) Mitgliedschaft Ägyptens in Arabischer Liga wird eingefroren ab sofort. 4) Sitz der Arabischen Liga wird nach Tunis verlegt. [...] 5) Während die Zusammenarbeit mit dem ägyptischen Volk fortdauern soll, werden die wirtschaftliche Unterstützung wie Kredite, Einlagen, Bankdienste sowie andere finanzielle Unterstützungen eingestellt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 154; Unterabteilung 31, Bd. 135595.

10 Der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, hielt sich vom 16. bis 19. März 1979 in Saudi-Arabien, Jordanien und Ägypten auf. Vgl. dazu den Artikel „Brzezinski is ‚Reassured' by Middle East Mission"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 21. März 1979, S. 2.

11 Vgl. den Artikel „Niemals zuvor in der Geschichte wurden Bemühungen um den Frieden von so vielen mit so vielen Befürchtungen verfolgt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. März 1979, S. 2.

12 Camp David.

Westbank darstellen, welche zunehmend linken Einflüssen zugänglich werden. Die israelische Vorstellung von „current security" umfasse auch die Sorge um den Einfluß auf die Meinungsbildung der Massen der Straße in Israel und den besetzten Gebieten. Während Israel immer wieder zunehmende Radikalisierung ins Feld führe und daher immer mehr Sicherheit verlange, schüre es selbst gerade die Entwicklung zur Radikalisierung und exportiere den Radikalismus in die arabische Welt, und zwar über Jordanien (wo man allerdings besonderes Augenmerk auf demographische Bewegungen lege), dorthin, wo die entscheidenden westlichen Interessen lägen, nämlich in die ölproduzierenden Länder. Heute seien Hoffnungen der Radikalen – zumal nach den Erfahrungen im Iran – größer denn je.

Möglicherweise werde Europa eines Tages den Preis für den bevorstehenden Friedensschluß zwischen Israel und Ägypten zahlen müssen.

3) Auf meine Frage, ob Friedensschluß zwischen Israel und Ägypten nicht doch à la longue positive Auswirkungen auf andere arabische Staaten haben könne, da Israel – alsdann frei von ägyptischem Druck – aus seinem „Ghetto-Dasein" herauskomme und im Laufe der Zeit akzeptable Konzessionen im Hinblick auf Westbank anbieten könne, meinte Hassan:

Er habe angesichts der klaren unbeugsamen Haltung israelischer Regierung großen Zweifel, daß sich der von Amerikanern ins Auge gefaßte „dynamic process" entwickeln werde. Zunächst deute alles, wie schon gesagt, auf gegenteilige Entwicklung hin. Er, Hassan, zweifele daran, daß sich in Israel Gefühle entwickeln werden, nicht[13] von den „Arabern", insbesondere Palästinensern, bedroht zu sein, von der israelischen Besatzungspolitik zuzuschreibenden Verhärtung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten ganz abgesehen.

4) Brzezinski habe König deutlich Abhängigkeit Jordaniens von USA spüren lassen, was nicht besonders klug gewesen sei. Hinweise auf Möglichkeit der Einschränkung der Militärhilfe und Entwicklungshilfe seien hier naturgemäß als Pression aufgefaßt worden. (Wie in Bezugs-DB vermutet, bezogen sich diese Bemerkungen Brzezinskis auf US-Aid-Zusage für Maqarin-Damm und weitere Entwicklung Jordantal Stufe II.[14])

Auch habe Brzezinski-Delegation im übrigen wenig Takt gezeigt, wie aus Bemerkungen Brzezinskis während Gesprächs deutlich werde, daß er nur noch 15 Minuten Zeit habe. Ein anderes Delegationsmitglied habe teilnehmenden Minister Majali nach dessen Herkunft gefragt. Auf Antwort, seine Familie stamme aus Palästina, lebe aber bereits seit etwa 250 Jahren in Ostjordanien,

13 Korrigiert aus: „noch".

14 Botschaftsrat Schürmann, Amman, berichtete am 13. Januar 1979 über die jordanische Sorge, „daß Israel durch seine Lobby bei der Kongreßdiskussion über die für die nächsten Jahre geplante Förderung des Maqarin-Staudamms mit jährlich 50 Mio. Dollar eine US-Garantie dafür erreichen will, daß Israel jährlich eine bestimmte Wassermenge [...] aus dem Yarmuk-River zur Bewässerung des (israelischen) Triangels zusteht. Während eine Art Gentleman-Agreement hierüber zwischen jordanischer und israelischer Seite durch Vermittlung der USA möglich erscheint, befürchtet jordanische Seite [...], daß Israel mit dieser Frage eine formelle Dreier-Übereinkunft Jordanien-USA-Israel erzwingen möchte, wozu Amman nicht bereit ist. Diese Frage könnte aktuell werden, wenn die Weltbank-Mission [...] in diesem Frühjahr ihre Projektprüfung abschließt und die Durchführung dieses 650-Millionen-Dollar-Projekts Jordantal-Entwicklung Stufe II beginnen soll." Vgl. den Drahtbericht Nr. 18; Referat 310, Bd. 119885.

sei geantwortet worden: Dann habe er, Majali, ja mehr Anspruch hier zu leben als die Haschemiten! Und das in Gegenwart des Königs. Jedenfalls kam dieser Scherz nicht an.

Auch die Bemerkung Brzezinskis, USA könne Spannungsfelder wie Jemen[15] militärisch in zwei Tagen bereinigen, habe nicht zur Verbesserung Gesprächsatmosphäre beigetragen und mache amerikanische Einstellung deutlich.

5) Schließlich brachte ich das Gespräch auf bevorstehende Konferenz Außen- und Wirtschaftsminister in Bagdad und auf Arafat-Besuch[16].

Ohne daß Kronprinz im einzelnen auf die zu erwartenden Sanktionen gegen Ägypten einging, wurde deutlich, daß Jordanien zusammen mit den anderen gemäßigten arabischen Staaten wie bei Bagdad-Konferenz im November 1978[17] versuchen wird, eine gemeinsame gemäßigte Position aufzubauen, was jedoch schwieriger sein dürfte als damals.

Hassans Äußerungen zu Arafat-Besuch bestätigten die bisherige jordanische Haltung: Zusammenarbeit ja, jedoch nur soweit nützlich und erforderlich. Kronprinz bestätigte mir, daß beide Seiten, die eine mehr (PLO), die andere weniger (Jordanien), auf eine Kooperation, zumal nach ägyptisch-israelischem Friedensschluß, angewiesen seien. Auf meine Frage: Vor dem Arafat-Besuch habe König einige der wenigen hier noch inhaftierten politischen Gefangenen freigelassen. Hassan betonte: Es gäbe praktisch keine Palästinenser mehr, die aus rein politischen Gründen noch in Jordanien einsitzen. (Wie ich von anderer Seite vertraulich erfuhr, soll es sich bei den Freigelassenen um etwa zehn Personen gehandelt haben.)

6) Zum Schluß erklärte ich unser Interesse an Fortsetzung des Dialogs mit allen arabischen Staaten und deutete an, daß nach Abschluß Friedensvertrages im EG-Rahmen konsultiert werden soll. Hassan wiederholte, daß die arabischen Staaten gut daran täten, jetzt enger mit Europa zusammenzuarbeiten.

IV. Wertung:

Die schroffe Kritik an Carter, die weit über die schon ungewöhnliche Äußerung Husseins in Washington Post hinausging, überraschte doch, von den Bemerkungen zu Brzezinski-Besuch ganz abgesehen.

Verstimmung gegenüber USA scheint echt zu sein. Es wurde im Gespräch deutlich, daß König angesichts seiner stets gemäßigten Haltung, seiner langjährigen eigenen Friedensbemühungen, seiner positiven Einstellung gegenüber USA und schließlich auch seiner Bemühungen, Sadat nicht zu isolieren, tief enttäuscht über Carters Politik ist, insbesondere aber darüber, wie er von USA

15 Zum Konflikt zwischen der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) vgl. Dok. 60, Anm. 32.

16 Botschafter Schmidt-Dornedden, Amman, berichtete am 19. März 1979, der mehrfach verschobene Besuch des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, in Jordanien sei am 17. März 1979 zustande gekommen: „Nach vierstündigen Gesprächen unterstrichen beide Seiten in einer gemeinsamen Erklärung ihre Entschlossenheit, die unabdingbaren Rechte des palästinensischen Volkes zu wahren und den gegenwärtigen Herausforderungen durch Festhalten an den Bagdader Gipfelbeschlüssen zu begegnen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 117; Unterabteilung 31, Bd. 135594.

17 Vom 2. bis 5. November 1978 fand in Bagdad eine Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.

jetzt behandelt wird. Diese Enttäuschung sollte keinesfalls nur mit arabischer Empfindlichkeit erklärt werden.

Dargelegte Auffassung Hassans dürfte vollauf der des Königs entsprechen und sollte nicht allein mit Schwarzmalerei abgetan werden. Auf langfristige Entwicklung angesprochen, erwiderte Kronprinz nur allgemein. Es erscheint daher möglich, daß trotz deutlicher Ablehnung des CD-Prozesses dennoch, wenn auch vielleicht unbestimmte Hoffnung auf positive Entwicklung aufrechterhalten wird.

Zunächst wird es auf innerarabische Abstimmung zu ägyptisch-israelischem Friedensvertrag ankommen.

[gez.] Schmidt-Dornedden

VS-Bd. 11139 (310)

92

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit UNO-Generalsekretär Waldheim

27. März 1979[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit VN-Generalsekretär Waldheim am 27. März 1979 von 11.40 bis 13.30 Uhr im Bundeskanzleramt

Weitere Gesprächsteilnehmer:

Untergeneralsekretär Ripert, Beigeordneter Generalsekretär Prof. Dr. Debatin, StS Hermes, StM Wischnewski, Botschafter von Wechmar, MDg von der Gablentz.

Bundeskanzler begrüßt den Generalsekretär, freut sich über seine Absicht, Berlin zu besuchen[2], und geht auf den Wunsch des Gastes zu einem Gedankenaustausch über internationale Themen ein.

Waldheim erinnert an den Besuch des Bundeskanzlers in New York anläßlich der SGV für Abrüstung.[3] Er dankt für die sehr intensive Unterstützung der

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 28. März 1979 gefertigt und am 29. März 1979 „vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bundeskanzler" an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter „zur Unterrichtung des Bundesministers" übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 29. März 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg vorgelegen, der Referat 230 um „Unterrichtung der beteiligten Referate des Hauses" bat und die Weiterleitung an die Ministerialdirektoren Blech, Fleischhauer, Lautenschlager und Meyer-Landrut verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 230, Bd. 121027.

[2] UNO-Generalsekretär Waldheim hielt sich vom 27. bis 30. März 1979 in der Bundesrepublik auf und besuchte am 30. März 1979 Berlin (West).

Bundesregierung für die Arbeit der VN und betont die fruchtbare und konstruktive Rolle der Deutschen im Sicherheitsrat[4]. Die Bundesrepublik Deutschland, die seit langem wirtschaftlich großes Gewicht hat, hat in den VN auch ein klares politisches Image gewonnen. Sie hat die gute Basis, die ihr die viel kritisierte VN gegeben hat, genutzt, um auch die politische Rolle zu spielen, die ihr zukommt.

In der gegenwärtigen Konstellation erscheinen weltweite Konfrontationen praktisch ausgeschlossen. Beunruhigend sind dagegen regionale Konflikte, für die sich keine Lösungen abzeichnen.

Der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel[5] kann nicht als Beitrag zu einer umfassenden Gesamtlösung des Nahost-Konflikts gewertet werden. Die kategorische Ablehnung in der arabischen Welt zeigt die Isolierung Sadats und zwingt auch gemäßigte Araber auf die Seite der „Rejectionists"[6]. Bei allen drei Unterzeichnern überwiegen die innenpolitischen Gründe für den Abschluß. Wenn man sich die historische Bedeutung der Beendigung eines 30jährigen Kriegszustandes vor Augen führt, muß es als Tragödie erscheinen, daß die entscheidende Frage des Nahost-Konflikts nicht einbezogen wurde. Wir gehen sehr ernsten und gefährlichen Zeiten entgegen. Es ist merkwürdig, aus der erhitzten Atmosphäre unfaßbarer Euphorie in den USA nach Europa zu kommen, wo die Nahost-Lage objektiver eingeschätzt wird.

Zu Namibia hebt er die aktive deutsche Rolle bei der Diplomatie der fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder hervor.[7] Da Pretoria zögert, den letzten entscheidenden Schritt zu tun, hat er sich entschlossen, den Gordischen Knoten mit seinem Bericht an den Sicherheitsrat zu zerhauen, den er vorher mit den Fünf abgestimmt hatte.[8] Er schätzt die deutsche logistische Hilfe für

Fortsetzung Fußnote von Seite 408

3 Vom 23. Mai bis 30. Juni 1978 tagte in New York die Zehnte UNO-Sondergeneralversammlung über Abrüstung. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 212.
Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 26. bis 29. Mai 1978 in New York auf.

4 Die Bundesrepublik übernahm vom 1. Januar 1977 bis 31. Dezember 1978 einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat.

5 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

6 Vom 2. bis 5. Dezember 1977 trat in Tripolis eine Konferenz der „Ablehnungsfront" (Algerien, Irak, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), Libyen, Syrien sowie die PLO) zusammen. Eine zweite Konferenz, an der der Irak nicht teilnahm, trat vom 2. bis 4. Februar 1978 in Algier zusammen, eine dritte, an der wiederum der Irak nicht teilnahm, vom 20. bis 23. September 1978 in Damaskus. Für den Wortlaut der Kommuniqués der ersten und dritten Konferenz vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 115–117, bzw. EUROPA-ARCHIV 1979, D 59–65.

7 Am 10. April 1978 unterbreiteten fünf Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA, einen Vorschlag für eine Lösung der Namibia-Frage. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 574–578. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 115.

8 Für den „Report of the Secretary-General concerning the implementation of Security Council Resolutions 435 (1978) and 439 (1978) on the question of Namibia" vom 26. Februar 1979 vgl. Referat 320, Bd. 125271.
Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), berichtete am 26. Februar 1979: „Als vermittelnde Position kann der Bericht naturgemäß nicht extreme Forderungen der Parteien befriedigen. Vielmehr wird er heftige Kritik sowohl von Südafrika als auch von SWAPO auslösen. [...] Eine detaillierte Dokumentation der gegensätzlichen Positionen der Parteien in den einleitenden Abschnitten ist unterblieben. Damit konnte die gefährliche Schwierigkeit vermieden werden, die eine Aufgabe solcher publizierter Standpunkte sowohl für Südafrika als auch für SWAPO bereitet hätte. Was Waldheims Haltung in den Sachfragen angeht, so zeigen Reaktionen von afrikanischen Regierungen [...], daß es für beide Seiten nicht leicht sein wird, den Start von UNTAG durch ein fron-

UNTAG[9] sehr hoch ein. Die meisten Staaten schickten bisher Truppen, was vor der eigenen Öffentlichkeit besser zu verkaufen ist als teure logistische Hilfe. Die Praxis zeigt, daß VN-Friedenstruppen im wesentlichen auf westeuropäischen Beiträgen beruhen müssen, da die anderen Staaten entweder nicht leisten können oder wollen und die USA als Großmacht vielen Staaten verdächtig erscheinen. Auf Frage des Bundeskanzlers nach der Rolle der Sowjetunion meint er, daß Moskau befürchte, die Fünfer-Diplomatie in Namibia könne Erfolg haben, und daher versuche, über die SWAPO eine Lösung zu verhindern. Aber selbst die marxistischen unter den Frontlinienstaaten[10] haben ein deutliches Interesse am Erfolg der Fünfer-Diplomatie. Aber zur Zeit fehlt eben noch die entscheidende Zustimmung Südafrikas, das insbesondere die letzten Vorschläge zu einer Kontrolle der SWAPO in Namibia durch die VN und in den Frontstaaten durch diese selbst nicht akzeptiert.[11]

Bundeskanzler teilt die Sorgen und die Skepsis zur Entwicklung im Nahen Osten. Wir treten erst jetzt in den Tunnel ein, an dessen Ende noch nicht unbedingt das Licht zu erblicken ist.

Er erwartet, daß Sadat am Donnerstag auch Fragen der Wirtschaftshilfe anschneiden wird.[12] Er würde sich nicht wundern, wenn Begin überhaupt keine Absicht hat, die zweite und dritte Phase der Verhandlungen[13] zu einem Erfolg zu bringen. Dies ließe sich aus der Art schließen, wie er mit den Interessen der gemäßigten Araber umgesprungen sei.

Waldheim meint, Sadat braucht den Vertrag auch aus wirtschaftlichen Gründen. Begin dagegen hat bekommen, was er haben wollte. Er betont die Ambiguität der Vertragstexte, in denen unvereinbare Positionen einfach nebenein-

Fortsetzung Fußnote von Seite 409

tales Nein zu diesem Bericht zu verhindern. Nach Waldheims Zeitplan sollen Südafrika und SWAPO ihm die Annahme des Waffenstillstandes bis 5.3.1979 mitteilen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 373; Referat 320, Bd. 125271.

9 Mit Resolution Nr. 435 beschloß der UNO-Sicherheitsrat am 29. September 1978 die Einrichtung einer United Nations Transition Assistance Group (UNTAG) für einen Zeitraum von bis zu zwölf Monaten, die der Gewährleistung der baldigen Unabhängigkeit Namibias durch freie Wahlen unter der Aufsicht und Kontrolle der UNO dienen sollte. Für den Wortlaut der Resolution vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

10 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia und Tansania.

11 In einer Aufzeichnung für Staatssekretär van Well, z. Z. New York, hielt Botschaftsrat I. Klasse Vergau, New York (UNO), am 20. März 1979 fest: „Südafrika besteht auf Ablehnung von SWAPO-Lagern innerhalb Namibias; UNTAG-Kontrolle der SWAPO-Stützpunkte außerhalb Namibias, wobei allerdings geringere Anforderungen gestellt werden als an UNTAG-monitoring innerhalb Namibias [...]. SWAPO besteht auf Gewährung von Lagern innerhalb Namibias unter UNTAG-Aufsicht; Verzicht auf Beschränkung auf Stützpunkte außerhalb Namibias und damit auch auf Kontrolle der SWAPO-Streitkräfte. [...] Die Fünf zielen auf Neutralisierung der kontroversen Parteienpositionen, indem sie die praktische Ausführung von Ziffern 11 und 12 Waldheim-Bericht in einer Weise präzisieren, die jede dieser Positionen gerade ausreichend wahrt und zugleich beschneidet, [so] daß das Ergebnis für beide Seiten gerade noch erträglich bleibt." Vgl. Referat 320, Bd. 125272.

12 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Sadat am 29. März 1979 vgl. Dok. 94.

13 Im gemeinsamen Schreiben des Präsidenten Sadat und des Ministerpräsidenten Begin vom 26. März 1979 an Präsident Carter zum Friedensvertrag vom selben Tag zwischen Ägypten und Israel waren mehrere Phasen einer Autonomie-Regelung für das Westjordanland und den Gaza-Streifen vorgesehen. Einen Monat nach dem Austausch der Ratifizierungsurkunden sollten Verhandlungen aufgenommen und innerhalb eines Jahres zum Abschluß gebracht werden. Danach sollte eine Übergangsperiode von fünf Jahren beginnen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 225 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 248 f.

ander erscheinen. Sie hat neben den ungeheuren finanziellen Zugeständnissen, die inzwischen auch schon Kritik bei der amerikanischen Bevölkerung auslösten, zur gegenwärtigen Lösung beigetragen. Er stimmt der Skepsis des Bundeskanzlers im Hinblick auf die kommenden Verhandlungen über Westbank und Gaza zu und erwähnt, daß Begin nicht einmal bereit gewesen war, eine Art Autonomieregelung wie in Südtirol[14] zu akzeptieren, über die er von Waldheim im einzelnen unterrichtet wurde.

StS Hermes weist auf die Gefahr hin, daß eine zu negative öffentliche Haltung zum Friedensvertrag zu einer self-fulfilling prophecy werden könne.

Bundeskanzler hat den Eindruck, daß Numeiri mit Sadat durch dick und dünn gehen wird. Der anhaltende Ogaden-Konflikt[15] übt eine gewisse Trigger-Funktion für die Haltung Saudi-Arabiens gegenüber Somalia aus, dessen Haltung (StM Wischnewski) zum Vertragsabschluß noch nicht klar ist. Das von Waldheim erwähnte größere Engagement der USA im Jemen[16] übt gewisse Zwänge für die Saudis zu einer gemäßigten Haltung aus.

Er hält es wie Waldheim für wichtig, die Skepsis gegenüber dem Friedensvertrag und insbesondere den kommenden Verhandlungen über Westbank und Gaza nicht in voller Schärfe öffentlich zu vertreten, wohl aber Dingen wie der israelischen Siedlungspolitik[17] schon jetzt deutlich entgegenzutreten. Er weist auf seine gestrige Rede beim Bankentag hin[18] und übergibt Waldheim den Text der Neuner-Erklärung vom 26. März[19].

14 Am 5. September 1946 schlossen der österreichische Außenminister Gruber und der italienische Außenminister de Gasperi ein Abkommen, das Bestandteil des Friedensvertrags mit Italien vom 10. Februar 1947 wurde. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 333 f.
Am 3. Dezember 1969 berichtete Botschafter Lahr, Rom, über die Zustimmung der Südtiroler Volkspartei zu den von Italien und Österreich ausgehandelten Vereinbarungen zur Lösung der Südtirol-Frage: „Das ‚Paket' soll die Selbstverwaltung der beiden Provinzen Bozen und Trient zu Lasten der ihnen übergeordneten Region Trentino/Alto Adige stärken. Damit wird die von den Südtirolern stets kritisierte italienische Politik der Regionalisierung korrigiert, die nach Südtiroler Meinung das ‚Gruber-De-Gasperi-Abkommen' verfälschte, indem sie an sich für Südtirol gedachte Privilegien auf ein größeres, überwiegend italienischsprachiges Gebiet ausdehnte. [...] Die beiden Provinzen sollen eine Reihe von zusätzlichen Gesetzgebungskompetenzen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, erweiterte Haushaltskompetenzen sowie das Recht erhalten, Staatsgesetze beim Verfassungsgerichtshof anzufechten." Vgl. den Schriftbericht; Referat I A 4, Bd. 440.

15 Zum äthiopisch-somalischen Konflikt um den Ogaden vgl. Dok. 9, Anm. 4.

16 Zum Konflikt zwischen der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) vgl. Dok. 60, Anm. 32.
Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 14. März 1979: „Der Wert der inzwischen angelaufenen amerikanischen Waffenlieferungen für Nordjemen, die zwölf F-5-Kampfflugzeuge, 64 M-60-Panzer, 50 Schützenpanzer, ‚Vulkan'-Luftabwehrkanonen, Munition und anderes Gerät umfassen werden, wird nunmehr mit 382,1 Mio. Dollar angegeben. Der Präsident hatte von seinem Ausnahmerecht Gebrauch gemacht, dem Kongreß das auf 30 Tage befristete Einspruchsrecht vorzuenthalten. Er begründete diesen ‚waiver' damit, daß der Jemen-Krieg die Sicherheit der Region und damit lebenswichtige Interessen der USA beeinträchtige. Dieses Argument hat im Kongreß bisher nur geringen Widerspruch ausgelöst." Vgl. den Drahtbericht Nr. 997; Referat 311, Bd. 137628.

17 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 5, Anm. 15.

18 Bundeskanzler Schmidt erklärte am 26. März 1979 vor dem XIII. Deutschen Bankentag in Bonn: „Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß alle betroffenen Parteien sich jeder Erklärung oder Handlungsweise enthalten, die dem Bemühen um Frieden zuwiderläuft, wie z. B. ein Teil der israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten." Vgl. den Runderlaß Nr. 1618 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler vom 28. März 1979; Unterabteilung 31, Bd. 135595.

19 Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten über den Nahen Osten vom 26. März 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 326.

Waldheim hält die Neuner-Erklärung für ausgezeichnet. Er wäre bereit, eine solche Erklärung als VN-Erklärung herauszugeben.

Bundeskanzler weist zusätzlich zu den Sorgen über die gefährlichen Auswirkungen des Vertrages auf das Gleichgewicht im Nahen Osten auf die Sorgen über den möglichen Einsatz der Ölwaffe und die Lage in der Türkei hin.

Der Einsatz der Ölwaffe oder auch nur eine Verringerung der Produktionsmengen der OPEC-Länder würde die Weltwirtschaftslage erheblich verschärfen, Zahlungsbilanzprobleme nicht nur für EL, sondern auch zum Beispiel für Italien und Frankreich schaffen und zu einer Verunsicherung im Weltwährungsgefüge führen. Schon jetzt halten ernstzunehmende Experten in New York Preissteigerungen von 40–50% im laufenden Jahr nicht für ausgeschlossen. Die Saudis sind politisch und technisch nicht in der Lage, Produktionseinschränkungen anderer OPEC-Länder wettzumachen. Sie sind auch nicht stark genug, sich massivem Druck in Richtung auf den Einsatz der Ölwaffe auf Dauer zu widersetzen.

Die Krise der Türkei verstärkt die Gefahr weltpolitischer Veränderungen, die das Nahost-Syndrom mit sich bringt.

StM Wischnewski hält es für bezeichnend für den Wandel auch innerhalb Deutschlands, daß z. B. beim Kieler Parteitag der CDU[20] moslemische Gottesdienste vorgesehen wurden.

Waldheim schneidet im Zusammenhang mit der Türkei die Zypern-Frage an. Die Bemühungen der Bundesregierung, der neun EG-Staaten und der USA um erfolgreiche Verhandlungen sind erfolglos geblieben.[21] AM Owen hat ihm gestern mitgeteilt, Kyprianou sei jetzt bereit, einem Treffen mit Denktasch in Nikosia unter der Ägide Waldheims zuzustimmen.[22] Auch AM Vance habe sich dafür ausgesprochen. Er ist grundsätzlich bereit, seine Autorität für ein solches Treffen zur Verfügung zu stellen, möchte aber das Risiko nicht ohne eine gewisse Sicherheit eingehen, daß die beiden Partner auch wirklich verhandeln. Seine Skepsis begründet er mit der Erfahrung, daß Kyprianou bisher alle Vorschläge abgelehnt hat (wohl aus innerer Schwäche, wie er auf Frage des Bundeskanzlers hinzufügt) und die Türkei deswegen ihre Varosha-Vorschläge vom letzten Jahr[23] praktisch zurückgezogen hat.

Auf Frage des Bundeskanzlers hält er die Verhandlungen über eine Soforthilfeaktion zugunsten der Türkei[24] für keinen geeigneten Hebel, in der Zypern-Frage Zugeständnisse zu erlangen. Solch ein Versuch würde die Türkei wohl nur veranlassen, die Zypern-Verhandlungen noch weiter zu verzögern. Athen scheint zur Zeit die Zypernpolitik weitgehend Kyprianou zu überlassen und sich gegenüber den Türken auf die viel wichtigeren Ägäis-Fragen[25] zu konzentrieren.

20 Vom 25. bis 27. März 1979 fand in Kiel der 27. Bundesparteitag der CDU statt.

21 Zu den Bemühungen um eine Lösung des Zypern-Konflikts vgl. Dok. 22, Anm. 9.

22 UNO-Generalsekretär Waldheim, Präsident Kyprianou und der Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern, Denktasch, trafen am 18./19. Mai 1979 in Nikosia zusammen.

23 Zur türkischen Position bezüglich einer Freigabe von Varosha vgl. Dok. 5, Anm. 24.

24 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 66, Anm. 17, und Dok. 86, Anm. 37.

25 Zu den griechisch-türkischen Auseinandersetzungen über die Ägäis vgl. Dok. 89, Anm. 19.

Zur Entwicklung im Iran berichtet er, daß der Schah sich in den letzten Wochen seiner Herrschaft[26] äußerst schwach gezeigt habe. *Bundeskanzler*: Und menschlich nicht anständig, was er zum Beispiel durch die Verhaftung Hoveydas gezeigt habe, der ihm lange Jahre treu gedient hatte.[27] Auf Frage StM Wischnewskis, der über Hoveydas Nachkriegsaufenthalt in Stuttgart[28] berichtet, erwähnt er seine drei Appelle zur Rettung Hoveydas und seinen heutigen Appell zugunsten Bhuttos[29].

Bundeskanzler begrüßt die Appelle und bemerkt, daß Bazargan ja wohl mit dem Generalsekretär übereinstimmt. Er fragt nach den Motiven dieser Appelle. Waldheim nennt humanitäre Gründe, die auch in der VN-Charta[30] verankert sind. *StS Hermes* fügt hinzu, daß wir als Land, in dem die Todesstrafe abgeschafft ist, uns in allen solchen Fällen gegen Vollstreckung von Todesurteilen wenden.

Waldheim berichtet über den ungünstigen Empfang Carters durch Portillo in Mexiko[31], den er als bewußte Brüskierung Carters und als Antwort auf eine Reihe von amerikanischen Ungeschicklichkeiten im Umgang mit Mexiko darstellt.

Bundeskanzler betont, daß er in seiner gestrigen Rede mit voller Überzeugung von der unerschöpflichen Vitalität der USA gesprochen habe. Man müsse aber auch das Verschwinden eines politischen Establishments feststellen, das in der jüngsten Vergangenheit für außenpolitische Kontinuität gesorgt hat. Früher wußte man, wenn man mit Leuten wie David Rockefeller und McCloy gesprochen hatte, genau, was die USA wollten.

Waldheim meint, daß die sprunghafte Diplomatie der USA darauf zurückgehe, daß die Amerikaner selbst nicht mehr genau wissen, wo sie stehen. Die jüngsten Andeutungen über ein mögliches militärisches Angreifen im Falle von Schwierigkeiten der Ölversorgung[32] seien ein gutes Beispiel.

Zu Indochina stellt er heraus, daß die beiden kommunistischen Großmächte in den VN bestrebt waren, den vietnamesischen Angriff auf Kambodscha[33] und den chinesischen Angriff auf Vietnam[34] nicht miteinander zu verbinden. Die Kluft zwischen China und der Sowjetunion habe sich deutlich vergrößert.

Er habe sich aufgrund einer Sicherheitsratsresolution[35] entschließen müssen, in den VN den Botschafter Pol Pots[36] jedenfalls bis zur nächsten Generalver-

26 Schah Reza Pahlevi verließ am 16. Januar 1979 den Iran. Vgl. dazu Dok. 5, Anm. 7.

27 Zum Prozeß gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Hoveyda vgl. Dok. 103.

28 Amir Abbas Hoveyda war von 1947 bis 1950 Mitarbeiter an der iranischen Vertretung mit Sitz in Stuttgart.

29 Zum Todesurteil gegen den früheren Ministerpräsidenten Bhutto vgl. Dok. 5, Anm. 29. Bhutto wurde am 4. April 1979 hingerichtet.

30 Für den Wortlaut der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

31 Präsident Carter hielt sich vom 14. bis 16. Februar 1979 in Mexiko auf.

32 Vgl. dazu die Äußerungen des amerikanischen Energieministers Schlesinger und des amerikanischen Verteidigungsministers Brown; Dok. 55, Anm. 8.

33 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.

34 Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 2.

35 Korrigiert aus: „Sicherheitsresolution".

36 Thiounn Prasith.

sammlung[37] zu akkreditieren.[38] Nach seinem Eindruck kontrolliere Pol Pot mit etwa 40–60 000 Mann, die über Thailand von China versorgt werden, den größten Teil des offenen Landes in Kampuchea. Er erwartet einen langen bitteren Krieg.

Er wird im April Hanoi und Peking besuchen im Rahmen einer Asien-Reise, die ihn nach Manila zur UNCTAD V[39] und auch in beide Koreas führen wird.[40] Er glaubte, die Einladungen nicht ablehnen zu können, wenn er auch strikt jeden Eindruck möglicher Vermittlungsaktionen vermeiden möchte.

Auf Frage des Bundeskanzlers betont er, daß er sich von Manila im großen und ganzen nicht viel mehr als eine Indossierung des Gemeinsamen Fonds[41] verspreche.

Bundeskanzler betont, daß sich durch den Gemeinsamen Fonds wirtschaftlich für die Entwicklungsländer nichts ändern wird. Der Ansatz ist wirtschaftlich nicht sinnvoll, die involvierten Summen zu gering. Man müsse mit einer allgemeinen Ernüchterung nach kurzer Zeit rechnen. Wenn man ernsthaft helfen wolle, müsse man ein weltweites STABEX für Entwicklungsländer[42] ins Auge fassen, was natürlich viel teurer werde, und den Ölpreis für die EL stabilisieren. Vertreter reicher Ölstaaten wie der ehemalige Präsident Pérez oder die Algerier dürften sich nicht zu Sprechern der Entwicklungsländer aufwerfen. Eine wirksame Entwicklungspolitik muß auch das Bevölkerungsproblem im Auge halten.

Auf Frage Riperts erläutert er, daß die EL kaum wirtschaftliche Fortschritte machen können, wenn sie glauben, im OPEC-Lager stehen zu müssen. OPEC

37 Die XXXIV. UNO-Generalversammlung fand vom 18. September 1979 bis 7. Januar 1980 statt.

38 Gesandter Jelonek, New York (UNO), berichtete am 30. Januar 1979: „Wie hier zu erfahren war, werden die Mitglieder der Delegation des Demokratischen Kampuchea (außer Prinz Sihanouk, der sich bereits von ihr losgesagt hat) nach Ende der 33. GV New York verlassen [...]. Kampuchea hatte seit Übernahme durch die Roten Khmer keine Ständige Vertretung bei den VN." Vgl. den Drahtbericht Nr. 197; Referat 230, Bd. 127983.
Nach der Sitzung des UNO-Sicherheitsrats am 16. März 1979 berichtete die Ständige Vertretung bei der UNO in New York am 20. März 1979: „Auch wenn das Demokratische Kampuchea formell noch anerkannt wird und – im Gegensatz zu früher – jetzt einen Botschafter in New York hat, erwarten viele Delegierte, daß die von Vietnam eingesetzte Regierung in Phnom Penh bald Kampuchea vertreten wird, auch wenn sie – ähnlich wie in Laos – ihr Territorium nicht voll beherrscht. Wegen seiner Abkapselung und der bekannten Grausamkeiten hat das Pol-Pot-Regime nirgends mehr Sympathien, es findet hier deshalb auch keine überzeugten Verteidiger." Vgl. den Schriftbericht Nr. 479; Referat 230, Bd. 127983.

39 Vom 7. Mai bis 3. Juni 1979 fand in Manila die V. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) statt.

40 UNO-Generalsekretär Waldheim hielt sich vom 22. April bis 22. Mai 1979 in Malaysia, Vietnam, Kambodscha, der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea), der Republik Korea (Südkorea), Japan, auf den Philippinen, in Indonesien, Singapur, Thailand, der UdSSR, auf Zypern und in Italien auf.

41 Zur Einrichtung eines Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe vgl. Dok. 70, Anm. 13.

42 Das AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 28. Februar 1975 sah die Schaffung eines Systems zur Stabilisierung der Exporterlöse der AKP-Staaten für bestimmte Waren vor. Dazu sollte ein Fonds unter Verwaltung der EG-Kommission mit einem Gesamtbetrag von 375 Mio. Rechnungseinheiten, verteilt auf fünf Jahresraten, eingerichtet werden. Vgl. dazu Artikel 16–18 des Abkommens; BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2323 f.

habe die Weltwirtschaft 1974 beinahe ruiniert.[43] Die IL können gerade damit fertigwerden, aber die ärmsten Länder können es nicht. Man könne nicht hoffen, durch Steigerung öffentlicher Entwicklungshilfe die einschneidenden Folgen der Ölpreiserhöhung wettzumachen. ODA[44] sei unter diesen Verhältnissen nur eine Beruhigungspille. Man muß der weltweiten Strategie der Ölexporteure eine ebenso weltweite Strategie aller Ölimporteure entgegenstellen.

Auf Frage Riperts weist der Bundeskanzler darauf hin, daß er seit längerer Zeit immer wieder eine weltweite Exporterlösstabilisierung für Entwicklungsländer als ökonomisch wirksame Maßnahme vorgeschlagen hat.

Auf Einwurf Waldheims betont er, daß Waldheim, aber auch McNamara, eine internationale intellektuelle Führungsrolle übernehmen könnten. Der IWF dagegen sei kein entwicklungspolitisches Instrument, sondern müsse für die Stabilität der Währungen sorgen.

Ölexporteure auf der einen und Ölimporteure auf der anderen Seite müßten gemeinsam sprechen und herausfinden, was für alle und für die Welt insgesamt wirtschaftlich und politisch erträglich ist. Wenn das nicht geschieht, ist ein immer größeres Elend der EL unausweichlich. In dieser Lage solle man auch gefährliche Gedanken, wie z. B. den eines unterschiedlichen Ölpreises für Entwicklungsländer, jedenfalls einmal durchdenken.

Waldheim erinnert an seinen Vorschlag eines internationalen Energieinstituts, das aber von den Ölproduzenten damals strikt abgelehnt wurde, da sie Einmischung in die Preisgestaltung fürchteten.

Bundeskanzler erinnert an das Scheitern der KIWZ, die ursprünglich in Bonn konzipiert und dann von Paris vorgeschlagen wurde und schließlich am Prestigedenken der einzelnen Gruppen scheiterte.[45] Weit günstiger war seine Erfahrung mit der Konferenz der sieben Regierungschefs in Jamaika Anfang des

43 Am 17. Oktober 1973 beschlossen die OAPEC-Mitgliedstaaten eine Erhöhung der Preise für Rohöl um 17% sowie eine Beschränkung ihrer Ölproduktion. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1973, Z 240.
Zwischen dem 18. und dem 30. Oktober 1973 beschlossen mehrere arabische Staaten, kein Erdöl mehr in die Niederlande zu liefern. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 345.
Am 18. Oktober 1973 gab Abu Dhabi den Stopp von Öllieferungen in die USA bekannt. Saudi-Arabien kündigte diesen Schritt für den Fall an, daß die USA ihre Haltung zum Nahost-Krieg nicht ändern sollten. Am 19. Oktober 1973 beschloß Libyen ein Verbot für Ölexporte in die USA. Am 21. Oktober 1973 schlossen sich Algerien, Bahrain, Dubai, Katar und Kuwait dem Ölboykott an. Vgl. dazu die Artikel „Saudis to Reduce Oil Production By Ten Percent", „Israel Claims West Bank Gain; Libya Halts Oil Exports to U.S." und „8 Arab States Joining in Oil Boycott of U.S."; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 19. bzw. 20./21. Oktober und 22. Oktober 1973, jeweils S. 1.
Am 5. November 1973 beschlossen die OAPEC-Mitgliedstaaten mit Ausnahme des Irak eine Drosselung ihrer Erdölförderung im November um 25% gegenüber dem September und kündigten eine weitere Drosselung um 5% im Dezember an. Als befreundet eingestufte Staaten sollten allerdings weiterhin normal beliefert werden. Die Produktionsverminderung um 5% im Dezember wurde auf einer Sitzung der OAPEC am 18. November 1973 in Wien zurückgenommen. Ab Januar 1974 sollte aber die monatliche Produktion um 5% gedrosselt werden. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1973, Z 254 bzw. Z 269.
Am 22./23. Dezember 1973 beschlossen die am Persischen Golf gelegenen OPEC-Mitgliedstaaten in Teheran mit Wirkung vom 1. Januar 1974 eine Erhöhung des Preises von 5,09 auf 11,60 Dollar pro Barrel. In den folgenden Tagen erhöhten weitere OPEC-Mitgliedstaaten die Rohölpreise. Am 24./25. Dezember 1973 beschlossen die OAPEC-Mitgliedstaaten mit Ausnahme des Irak eine Erhöhung der Erdölproduktion um 10% zum 1. Januar 1974. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1974, Z 23.

44 Official Development Assistance.

45 Zur KIWZ vgl. Dok. 17, Anm. 12.

Jahres.[46] Die zweitägigen privaten Gespräche der Regierungschefs waren ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer realistischen Diskussion und einem gemeinsamen Verständnis dessen, was möglich und machbar ist. Man braucht eine Reihe von solchen Treffen politischer Führer. Die gegenwärtige Diskussion leidet darunter, daß die meisten politischen Führer wirtschaftliche Krisen zu lösen versuchen, die sie nicht verstehen oder nur mit Hilfe veralteter Theorien, die sie vor 30 Jahren auf der London School of Economics gelernt haben. Auf Frage Waldheims lehnt er zur Zeit eine deutsche Initiative in dieser Richtung ab, da sich die Bundesregierung vielleicht bereits zu sehr exponiert habe.

Ripert betont, daß die neue Generation afrikanischer politischer Führer viel realistischer denkt und an pragmatischen Lösungen mehr interessiert ist als an einer allgemeinen globalen Diskussion von Weltwirtschaftsordnungen.

Bundeskanzler weist auf das unter afrikanischen Führern immer noch verbreitete Mißverständnis hin, daß die Regierungen die Wirtschaften ihres Landes in die Hand nehmen sollten. Was gebraucht wird, sind private Investitionen, die weit stärker als öffentliche Hilfe zum Technologietransfer beitragen. Er meint, daß man vor der Erarbeitung neuer Entwicklungskonzepte erst einmal den Vorschlag der Brandt-Kommission[47] abwarten sollte.

Auf Waldheims Bemerkung, daß die Bundesrepublik Deutschland 1977 nur 0,27% des BSP an öffentlicher Entwicklungshilfe geleistet hat, meint er, daß der Generalsekretär auch der Sowjetunion und anderen Staaten ihre jeweiligen Zahlen vorlesen sollte. Es sei schwierig, in einer Demokratie finanzielle Opfer politisch durchzusetzen, die außerdem noch alle zu Lasten des Bundeshaushalts gehen, der nur etwa die Hälfte der öffentlichen Haushaltsausgaben bei uns umfasse. Außerdem müsse man jetzt die Rückflüsse aus früher geleisteter Entwicklungshilfe in Rechnung stellen. Es sei für Demokratien leichter, Beiträge auf dem Umweg über den Preis als über die direkte Ausgabe von Steuergeldern zu leisten.

Er erläutert am Beispiel von Weizen, Kupfer, Baumwolle und Sisal, daß sich Rohstoffabkommen im wesentlichen zugunsten von Industrieländern, die gleichzeitig Rohstoffproduzenten sind, auswirken oder zu Lasten von Entwicklungsländern die Suche nach Substitutionen anregen. Die Alternative ist ein System, nach dem sämtliche Exporterlöse der ärmsten Entwicklungsländer stabilisiert und schrittweise erhöht werden.

Ripert stimmt der Bemerkung des Bundeskanzlers zu, daß man die wirklichen Anstrengungen eines Landes zugunsten der EL nicht ohne weiteres an den ODA-Ziffern ablesen kann. Frankreichs Entwicklungshilfe gehe z.B. zur Hälfte in die überseeischen Departements.

[46] Am 28./29. Dezember 1978 fand auf Jamaika ein informelles Treffen von sieben Staats- bzw. Regierungschefs statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 401.

[47] In der Presse wurde berichtet, der SPD-Vorsitzende Brandt habe sich „als Vorsitzender einer 17-köpfigen internationalen Expertenkommission für Entwicklungsfragen verpflichtet, bis zum Frühherbst einen Bericht mit konkreten Vorschlägen zu präsentieren, wie das Wohlstandsgefälle zwischen den reichen Industrienationen im Norden und den armen Entwicklungsländern im Süden der Welt verringert werden kann. Sein Anspruch ist hoch: ‚Die Regelung des Nord-Süd-Verhältnisses ist die soziale Frage für den Rest dieses Jahrhunderts.'" Vgl. den Artikel „Vorgeschobener Posten"; DER SPIEGEL vom 5. Februar 1979, S. 24.

Bundeskanzler betont noch einmal, daß man die Auswirkungen der Ölpreiserhöhung nicht durch Inflation heilen kann, sondern nur dadurch, daß man etwas am Ölpreis ändert.

Auf Frage Waldheims, ob er eine VN-Initiative für ein Gespräch der Ölexporteure und -importeure für sinnvoll hält, möchte er eine solche Initiative nicht ausschließen. Er würde aber zunächst ein privates Treffen, weit weg von den finanziellen und Handelszentren dieser Welt, vielleicht in Aspen, vorziehen, um die Probleme zu klären.

Referat 230, Bd. 121027

93

Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1133/79 geheim
Fernschreiben Nr. 384
Citissime

Aufgabe: 28. März 1979, 19.15 Uhr[1]
Ankunft: 28. März 1979, 20.55 Uhr

Betr.: Rüstungskontrollpolitische Arbeitsgruppe der NATO[2];
hier: Französische Haltung und Verfahrensprobleme

Bezug: Plurez Nr. 1477 vom 20.3.79 – geheim

1) Der französische Gesandte Jessel, der zur Zeit Botschafter Tiné vertritt, hat in einem längeren Gespräch folgendes ausgeführt:

Er glaube nicht, daß Frankreich sich an der rüstungskontrollpolitischen Arbeitsgruppe der NATO beteiligen könne. Die Entscheidung der französischen Regierung sei allerdings wohl noch nicht gefallen. Das bilaterale Gespräch mit uns (Dg 22 am 2.4.79 in Paris[3]) werde begrüßt.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron am 29. März 1979 vorgelegen, der handschriftlich für Referat 201 vermerkte: „(falls Fr[ankreich] nicht will)" und „Warum kann nicht das DPC (auf Botschafterebene) die neue Gruppe gründen, die dann sowohl dem DPC als auch dem Rat (auf Ministerebene) berichten könnte. (Auch L[ong]T[erm]D[efence]P[rogramme] wurde ja dem Rat in franz[ösischer] Präsenz vorgelegt.)"
Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 29. März 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Daerr verfügte.
Hat Ministerialdirigent Dröge am 30. März 1979 vorgelegen.
Hat Daerr am 10. April 1979 vorgelegen.

2 Zum Vorschlag der Bundesregierung zur Einrichtung einer Special Group der NATO vgl. Dok. 65.

3 Gesandter Lahusen, Paris, berichtete am 2. April 1979 über die Gespräche des Botschafters Ruth mit dem stellvertretenden Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Pagniez: „Die französische Seite unterstrich zwar ihre bekannten nationalen Positionen und betonte, daß Frankreich auf keinen Fall in Rüstungskontrollverhandlungen verwickelt werden dürfe, die sein Nuklearpotential berührten. Doch ließen zahllose Fragen zur TNF-Modernisierung, zu Position und Auflagen der NPG-HLG sowie zum Mandatsentwurf für die Sondergruppe erkennen, daß man sich der politischen Problematik der gegenwärtigen rüstungskontrollpolitischen Lage bewußt ist. Als schwierig empfindet man aber die Frage, wie die Rüstungs- und Arms-Control-Komponenten voneinander zu

Ich habe Jessel gesagt, daß wir und die übrigen Bündnispartner ein großes Interesse daran hätten, daß Frankreich mitmache. Die geplante Modernisierung der TNFs werfe komplexe rüstungskontrollpolitische Fragen auf. Die HLG arbeite schon seit über einem Jahr und sei in ihren Überlegungen weit fortgeschritten. Nun müsse die andere Seite der Medaille rasch und gründlich unter die Lupe genommen werden. Wir stünden hier vor besonders schwerwiegenden Entscheidungen der Allianz, die möglichst noch vor Ende des Jahres beschlossen werden sollen. Dabei müsse der französischen Regierung an einem guten Ergebnis gelegen sein. Nur eine ausgewogene Sicherheitspolitik, die Nachrüstung und Rüstungskontrolle richtig dosiere und miteinander verknüpfe, garantiere die weitere Implementierung der Doktrin der flexiblen Antwort[4]. Auch für Frankreich sei das Intakthalten dieser Doktrin von vitaler Bedeutung, denn Frankreichs eigenständige Doktrin sei mit derjenigen des Bündnisses interdependent. Auch aus französischer Sicht wäre es sicher nützlich, wenn sich der Fall Neutronenwaffe nicht wiederhole. Die Sowjetunion dürfe, um einen französischen Terminus zu benutzen, keinen „droit de regard" in die Modernisierungs- und damit in die Sicherheitspolitik der Allianz hinein erhalten.

Jessel ging auf diese Gedanken teilweise ein, erinnerte an die Passage in der Ottawa-Erklärung über die französischen und britischen Kernwaffen-Streitkräfte[5] und äußerte sich dann zur akuten Problematik wie folgt:

Frankreich nehme an der Modernisierung, die sich eigentlich nur auf amerikanische Waffen beziehe, nicht teil. Es erschiene ihm deshalb unlogisch, wenn Frankreich sich an der Diskussion über die rüstungskontrollpolitischen Implikationen dieser Modernisierung beteiligen würde. Die französische Doktrin weiche in der Tat von derjenigen der integrierten Verbündeten ab. Gerade deshalb dürfe die force de dissuasion keinesfalls in die Grauzonenproblematik verwickelt werden. Allzu leicht entstehe sonst Druck in Richtung auf eine Reduzierung der französischen Kernwaffenstreitkräfte. Nun wäre es schwierig, wenn Frankreich nicht an der HLG, wohl aber an einer rüstungskontrollpolitischen Arbeitsgruppe, einer „HLG-bis", teilnähme. Die Erkenntnisse und Schlüsse der ersten Arbeitsgruppe würden doch die Grundlage für die Konklusionen der zweiten Arbeitsgruppe sein, irgendwann müßten die Konklusionen beider Arbeitsgruppen fusioniert werden, und wahrscheinlich hätte eine Ministerkonferenz über das Gesamtergebnis zu entscheiden. Würde dies eine Konferenz der Außen- oder der Verteidigungsminister oder beider sein? Er könne sich nicht vorstellen, daß Frankreich eine Sache in toto billigen werde, an der es nur zur Hälfte aktiv mitgearbeitet habe.

Jessel stellte sodann die Frage, warum man nicht mit der Modernisierung, die doch offenbar zur Schließung einer Lücke im Mittelstreckenbereich notwendig sei, vorangehe, um erst im weiteren Verlauf die rüstungskontrollpolitischen

Fortsetzung Fußnote von Seite 417

trennen und abzugrenzen seien. Eine abschließende Stellungnahme war der französischen Seite nicht möglich, weil der Komplex vermutlich auf höchster Ebene zu entscheiden sein wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1026; VS-Bd. 11093 (202); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 3, Anm. 14.

5 Vgl. dazu Ziffer 6 der Erklärung über die Atlantischen Beziehungen, die auf der NATO-Ministerratstagung am 18./19. Juni 1974 in Ottawa verabschiedet wurde; NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 319. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 340.

Möglichkeiten zu untersuchen. Sei eine solche Sequenz innenpolitisch für die Bundesregierung nicht durchzusetzen?

Ich habe erwidert, in der HLG habe sich ein Konsens entwickelt, wonach die rüstungskontrollpolitischen Fragen parallel zur Entwicklung der Modernisierungsoptionen studiert werden sollen. Dieser Konsens fuße auf Überlegungen, die originär aus der Sicherheitspolitik im engeren und weiteren Sinne abgeleitet würden und deshalb auch das Ost-West-Verhältnis einbezögen, aber natürlich seien diese Überlegungen auch dadurch beeinflußt, daß wir – und zwar alle Bündnispartner – unsere Bevölkerungen von der Notwendigkeit und der maßvollen Vernünftigkeit unseres Vorgehens überzeugen müßten.

Da die HLG, wie gesagt, schon über ein Jahr arbeite, sei es hohe Zeit, die parallele rüstungskontrollpolitische Konzeption zu entwickeln. Hier bestehe ein Nachholbedarf. Wir meinten, daß schon aus diesem Grund ein besonderes Gremium geschaffen werden sollte.

Aus dem gleichen Grund wäre es hilfreich, wenn die französische Regierung ihre Entscheidung bald fällen würde. Theoretisch gebe es zwei Hauptlösungen: Wenn Frankreich, entgegen Jessels Prognose, sich an der rüstungskontrollpolitischen Arbeitsgruppe beteiligen würde, könnte der NATO-Rat demnächst die Errichtung einer rüstungskontrollpolitischen Arbeitsgruppe und die terms of reference beschließen. Wenn Frankreich sich nicht beteiligen wolle, stelle sich formal die Frage, welches Gremium die Errichtung der Arbeitsgruppe beschließen solle.

Jessel entgegnete: Jedes Gremium, an dem Frankreich nicht beteiligt sei, also z.B. die NPG oder das DPC, könne das tun.

Ich stellte die Frage, ob sich die französische Regierung – und das wäre eine Art Mittelweg – vielleicht dazu verstehen könnte, im NATO-Rat das Problem mit zu besprechen, ohne dann an der Arbeitsgruppe selbst teilzunehmen.

Vielleicht könnte man sich darauf einigen, daß Zwischenergebnisse und das Schlußergebnis der Arbeitsgruppenberatungen im NATO-Rat vorgetragen würden, und zwar in erste Linie zur Information der französischen Regierung. Schließlich sei die Variante vorstellbar, daß die Entscheidungen im NATO-Rat, also in Gegenwart des französischen Ständigen Vertreters, gefällt würden, ohne daß Frankreich diese Entscheidungen mitzutragen brauchte. Bei MBFR habe man ja ähnliche Verfahren entwickelt.

Jessel meinte, Frankreich könnte sich auch bilateral, z.B. von den USA und von uns, unterrichten lassen. Gegen Prozeduren à la MBFR sei einzuwenden, daß Frankreichs Erfahrungen mit dieser Konstruktion nicht unbedingt zur Nachahmung reizten. Frankreich habe zwar von Zeit zu Zeit als nichtbeteiligtes Land seine warnende Stimme erheben, aber sich nicht immer durchsetzen können. So bestehe Frankreich darauf, daß seine Truppen in Deutschland nicht in MBFR hineingezogen werden dürften.[6] Dennoch sei klar, daß die französischen Truppen irgendwie angerechnet werden müßten. Der Unterschied zwischen MBFR und rüstungskontrollpolitischen Verhandlungen über die Grauzone bestehe aber darin, daß es im ersten Falle nur um die Abschirmung der

[6] Zur französischen Haltung zu MBFR vgl. AAPD 1977, II, Dok. 353.

konventionellen Streitkräfte Frankreichs in Deutschland gehe, im zweiten Falle aber um das – qualitativ nicht zu vergleichende – Kernstück der französischen Verteidigung, nämlich die force de dissuasion. Deshalb werde die französische Regierung im zweiten Falle ihr Interesse noch viel entschiedener vertreten.

2) Aus Gesprächen mit anderen Kollegen halte ich folgendes fest: Das französische Problem läßt sich kaum auf die lange Bank schieben. Es tritt gleich zu Beginn auf, nämlich wenn die rüstungskontrollpolitische Arbeitsgruppe eingerichtet werden und ein Mandat erhalten soll. Die HLG 1 wird in erster Linie von den Verteidigungsministern, die HLG 2 würde in erster Linie von den Außenministern gesteuert. Welches Gremium soll sich mit dem Endresultat aus den Beratungen beider Gruppen befassen? Das hängt davon ab, ob Frankreich Abstinenz übt oder nicht. Wenn Frankreich die Diskussion im NATO-Rat zuläßt, so ist das wahrscheinlich die beste Lösung. Wenn wir hingegen auf die Vierzehn ausweichen müssen, kann man eigentlich weder die NPG noch das DPC als beschlußfassendes Organ benutzen. Es läuft dann wohl auf eine Ad-hoc-Konferenz der vierzehn Außen- und Verteidigungsminister[7] hinaus.

Es fragt sich, wie man Frankreich am besten dazu bringen kann, sich in irgendeiner Form zu beteiligen: Ist es geschickter, die rüstungskontrollpolitische Arbeitsgruppe zeitlich und im Umfang ihres Mandats mit der HLG zu koppeln und nach Abschluß der Arbeiten beider Gruppen einen neuen Mechanismus für die rüstungskontrollpolitische Weiterarbeit (SALT III) zu erfinden oder sollte man sich hier noch nicht festlegen?

Im übrigen wird die neue Arbeitsgruppe in verhältnismäßig schnellem Rhythmus tagen müssen, da die HLG Vorlauf hat. Wer soll zwischen den Sitzungen „aufarbeiten" und für die nächste Sitzung die Papiere aufbereiten? Kommt eine working level group in Brüssel in Frage oder wollen die Europäer diese Arbeit im wesentlichen analog zur HLG 1 den Amerikanern überlassen? Es liegt eigentlich nahe, in einer rüstungskontrollpolitischen Arbeitsgruppe von vornherein stärker die multilaterale Konzipierung ab ovo anzuvisieren, die bei der HLG-Arbeit aus praktischen Gründen kaum in Frage kam.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 10645 (201)

[7] Die Worte „Ad-hoc-Konferenz der vierzehn Außen- und Verteidigungsminister" wurden von Ministerialdirigent Dröge hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist ein Novum."

94

Deutsch-ägyptisches Regierungsgespräch

VS-vertraulich **29. März 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Sadat am 29. März 1979 in Gymnich[2]

Zunächst führte der Bundeskanzler ein etwa einstündiges Gespräch mit Präsident Sadat unter vier Augen.[3]

Anschließend wurde das Gespräch im erweiterten Kreis fortgesetzt.

Teilnehmer auf ägyptischer Seite: Ministerpräsident Khalil; Herr Mohamed Hassan el Tohamy; Herr Hassan Ahmed Kamel, Chef des Präsidialamtes; Herr Hamed el Sayeh, Minister für Wirtschaft; Herr Dr. Lutfi, Finanzminister; Herr Dr. Boutros Ghali, Staatsminister im Außenministerium; Botschafter Sirry.

Auf deutscher Seite: BM Vogel, BM Offergeld, StM Wischnewski, StS Hermes, StS von Würzen, StS Obert, Botschafter Behrends, MD Dr. Ruhfus.

1) Der *Bundeskanzler* begrüßt Präsident Sadat mit herzlichen Worten des Willkommens und würdigt die historische Bedeutung seiner Bemühungen um den Abschluß des Vertrages zwischen Ägypten und Israel.[4]

Die Bundesregierung werde ihr Bestes tun, um auf diplomatischem Wege insbesondere auf die gemäßigten arabischen Staaten einzuwirken und zu einem Erfolg des Vertragswerks beizutragen.

Sadat dankt mit herzlichen Worten für die großherzige Hilfe, die seine Regierung und sein Land durch die Bundesrepublik erhalten habe. Er sei stolz auf seine Freundschaft mit dem Bundeskanzler.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 2. April 1979 gefertigt und am selben Tag von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, „vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bundeskanzler" an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg „mit der Bitte um Unterrichtung Ihres Ministers" übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat von Studnitz am 4. April 1979 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Meyer-Landrut am 5. April 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 310 verfügte.
Hat Ministerialdirigent Hille am 18. April 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Buchrucker am 25. April 1979 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 11139 (310); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Präsident Sadat hielt sich vom 29. bis 31. März 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Bundeskanzler Schmidt stellte am 29. März 1979 zu seinem Vieraugengespräch mit Präsident Sadat fest: „Ich möchte die beiden Delegationen über das Vieraugengespräch kurz unterrichten. Ich habe den Präsidenten meines großen Respekts für seine Leistung versichert. Besonders eindrucksvoll ist es, daß Sie, Herr Präsident, Ihre Initiative trotz allen Manövrierens beharrlich fortgeführt haben. Wie schwierig es auch sein mag, die nächste oder übernächste Stufe des Verhandlungsprozesses zu erreichen, so steht es jetzt schon fest, daß Sie einer der wenigen Menschen dieser Generation sind, die Geschichte gemacht haben." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 11139 (310); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

2) Vertragswerk

Sadat berichtet sodann über das Ergebnis der letzten Verhandlungen in Washington.[5] Mit dem Abschluß der Verträge seien die allergrößten Schwierigkeiten überwunden. Die Entwicklung sei jetzt auf den Weg zum Frieden gebracht worden. Einen Monat nach Inkrafttreten des Vertrages würden die Verhandlungen über die Zukunft der Westbank und des Gaza-Gebiets beginnen, die diesen Gebieten volle Autonomie verschaffen sollten. Damit sei die Chance für einen dauerhaften Frieden eröffnet worden. Er habe bereits in seiner Rede vor der Knesset klargemacht, daß er keinen separaten Vertrag wolle, sondern eine umfassende Regelung anstrebe.[6]

Die ägyptische Regierung richte jetzt den Blick nach vorn und denke an die Zukunft. Ihre Politik werde von drei Zielen bestimmt:

1) Schaffung des Friedens; mit dem ägyptisch-israelischen Vertrag sei hier ein erster wichtiger Schritt getan.

2) Schaffung der Demokratie; er werde den ägyptisch-israelischen Vertrag sogleich nach seiner Rückkehr dem ägyptischen Parlament vorlegen.[7]

3) Schaffung von Wohlstand. Politik bedeute Wirtschaft.

(Bundeskanzler warf hier ein, dies sei zwar ein marxistischer Slogan, aber er stimme der Aussage zu.)

Für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Schaffung von Wohlstand hoffe Ägypten auf die Unterstützung seiner Freunde.

MP *Khalil* fährt auf Bitten von Sadat fort: Er denke, die Bundesregierung werde im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft tätig werden. Er stelle diese Überlegung an den Anfang seiner Ausführungen, da es einen Unterschied mache, ob die Hilfe bilateral oder innerhalb der Gruppe der Europäer gegeben werde.

Bundeskanzler: Die Bundesregierung ziehe den europäischen Rahmen vor.

[5] Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete am 20. März 1979 über die Verhandlungen des israelischen Verteidigungsministers Weizman vom 15. bis 19. März 1979 in den USA: „Während Aufenthalts in Staaten wurden sowohl mit amerikanischer, aber auch äg[yptischer] Seite Gespräche geführt. Gesprächspartner waren im wesentlichen US-VM Brown und äg. VM Ali. [...] Gesprächsthemen waren: Finanzierung isr[aelischen] Rückzugs aus Sinai, US-isr. militärische Zusammenarbeit und Modalitäten für Rückzug aus Sinai. VM Weizman äußerte sich [...] sehr zufriedenstellend über erzielte Ergebnisse. Bis auf Rückzug von Ölfeldern am Golf von Suez seien alle Probleme gelöst worden. Israel wolle sich hier nur nach neun Monaten zurückziehen, während Ägypten diesen Rückzug bereits nach sechs Monaten fordert. Diese Frage soll jedoch noch bis Ablauf dieser Woche gelöst werden. Hierzu hat Weizman General Tamir, Leiter Planungsabteilung im Verteidigungsministerium, und Rechtsberater Außenministeriums, Rosenne, in Washington gelassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 322; Unterabteilung 31, Bd. 135594.

[6] Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Sadat am 20. November 1977 im israelischen Parlament vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 103–107 (Auszug).

[7] Botschafter Behrends, Kairo, berichtete am 11. April 1979 über die Ratifizierung des Friedensvertrags vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel durch das ägyptische Parlament: „Die Volksversammlung billigte am 10. April den ägyptisch-israelischen Friedensvertrag und die Zusatzvereinbarungen mit der erwarteten ‚überwältigenden Mehrheit'. 15 der insgesamt 360 Abgeordneten stimmten dagegen [...]. In dem Bericht der mit Außen- und Sicherheitspolitik befaßten Ausschüsse an das Plenum wurde das Verhandlungsergebnis wiederum stark geschönt. So wurde der Eindruck erweckt, als sei Israel verpflichtet worden, innerhalb bestimmter Fristen Wahlen im Westjordanland und Gazastreifen und die Einsetzung der palästinensischen Selbstverwaltungsbehörde zuzulassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 658; Unterabteilung 31, Bd. 135595.

Sadat: Aber wir werden uns gleichwohl besonders an die Bundesregierung wenden.

MP *Khalil* fragt, ob die Bundesregierung bereit sei, eine ähnliche Rolle zu übernehmen wie gegenüber der Türkei.[8] Er[9] hoffe, daß ein Komitee geschaffen werden könne, dem die Bundesrepublik und Ägypten angehören. In diesem Komitee sollten Vorschläge erarbeitet werden, die dann den übrigen Staaten der Europäischen Gemeinschaft vorgelegt werden könnten.

Die ägyptischen Vorschläge würden sich zunächst auf Warenhilfe im Nahrungsmittelbereich erstrecken, die aus den EG-Überschüssen zur Verfügung gestellt wird. Sodann sollten Vorschläge für die Verbesserung der Infrastruktur ausgearbeitet werden. Die Verbesserung der Infrastruktur und eine stabile politische Lage seien erforderlich, um die Grundlage für Investitionen der Privatindustrie zu schaffen. Die Infrastruktur sollte durch Hilfe der Regierungen zu günstigen Konditionen geschaffen werden. Die Investitionen sollten von privaten Unternehmen aus Amerika und aus Europa vorgenommen werden.

Sadat ergänzt: Hohe Priorität habe die Nahrungsmittelproduktion. Ägypten verfüge über die Faktoren Boden, Millionen von Kubikmetern Süßwasser, die jedes Jahr aus dem Nil ins Mittelmeer strömen, sowie ein günstiges Klima. Ägypten habe keine Energieprobleme.

Bundeskanzler: Er halte es doch für möglich, daß Ägypten in Kürze vor einem Elektrizitäts-Engpaß steht. Die Knappheit solle nicht durch die Nutzung der Kattara-Senke, sondern besser durch den Bau eines Kernkraftwerks überwunden werden.

MP *Khalil* stimmt zu. Ägypten verfüge zwar über genügend Energiequellen, werde aber bald vor einer vorübergehenden Stromknappheit stehen.

Die USA hätten sich bereit erklärt, eine geologische Übersicht über mögliche mineralische Rohstoffe zu fertigen. Beispielsweise verfüge Ägypten über 58-prozentige Eisenerzvorkommen. Ägypten müsse allerdings die Kokskohle einführen. Daher solle das Erz durch das Direkt-Reduktionsverfahren genutzt werden.

Es gebe gute Aussichten für Erdgasvorkommen sowie für Ölvorkommen, besonders im Küstengebiet des Mittelmeers vor der Sinai-Halbinsel.

Bundeskanzler fragt, wie diese Vorhaben finanziert werden sollen.

MP *Khalil* und Wirtschaftsminister *Sayeh* berichten über die Vereinbarungen mit dem IWF. Der IWF habe sehr weitgehende wirtschaftliche Forderungen gestellt, z. B. nach dem Fortfall der Subventionen für Güter des Grundbedarfs, nach Vereinheitlichung der Devisenkurse, nach Begrenzung der Finanzierung durch Haushaltsdefizite.[10] Gegenwärtig sei die Investitionssituation katastro-

8 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 66, Anm. 19, und Dok. 86, Anm. 37.

9 Korrigiert aus: „Sie".

10 Botschafter Behrends, Kairo, berichtete am 12. Juni 1979: „In einem Abkommen vom 10. Juni 1978 mit dem IWF hat die Arabische Republik Ägypten gegen die Zusage von 600 S[pecial]D[rawing]R[ight]s über drei Jahre verteilt strukturelle Reformen versprochen. Wegen Nichteinhaltung der Bedingungen konnten bis jetzt außer der ersten Rate die weiteren Kreditlinien nicht genutzt werden. Ägypten wollte im Laufe der drei Jahre 1978/81 das bisher starre und verzerrte Preissystem einer Marktwirtschaft annähern, die Agrarpolitik korrigieren, Subventionen abbauen, den Anteil der Investitionsausgaben erhöhen, das technische Ausbildungssystem den Anforderungen

phal. Die ägyptische Regierung hoffe auf die Warenlieferungen der EG. Die Nahrungsmittel sollten im Lande verkauft werden. Die hieraus gewonnenen Mittel sollten für Investitionen im Land zur Verfügung gestellt werden.

Ägypten habe im letzten Jahr acht bis neun Prozent reales Wachstum des BSP gehabt, aber die Bevölkerung wachse gleichzeitig um etwa eine Million pro Jahr (im Jahre 2000 werde Ägypten etwa 60 Millionen Einwohner haben), Arbeitsplätze und Beschäftigung seien große Probleme.

Ägypten führe jetzt schon geringe Mengen Öl aus. Die Exporte könnten in den nächsten Jahren gesteigert werden.

Bundeskanzler: Ölexporte könnten geeignet sein, um das psychologische Vertrauen von Investoren in die ägyptische Wirtschaft zu stärken.

Wirtschaftsminister *Sayeh*: Ägypten habe sechs neue Verträge für Ölexploration vergeben. Es bestehe Aussicht, daß die Einnahmen aus dem Suez-Kanal verdoppelt werden.

Bundeskanzler: Er sehe drei Hauptquellen für Deviseneinnahmen: die Kanalgebühren, Öl und Tourismus.

Wirtschaftsminister *Sayeh*: Die finanzielle Situation Ägyptens sei günstig. Allerdings leide sein Land unter einer etwa 16- bis 20-prozentigen Inflation. Der IWF habe als Ziel gesetzt, die Inflation in drei Jahren auf zehn Prozent zu reduzieren.

Bundeskanzler dankt für die Unterrichtung. Die Unterstützung Ägyptens solle am besten durch eine konzertierte Aktion geschehen, die die USA, Japan und Saudi-Arabien neben den Europäern einbezieht. Darüber könnte bei dem Gipfeltreffen in Tokio[11] gesprochen werden.

(*Sadat* warf ein, die Japaner seien bereit, bei der Hilfe mitzuwirken. Sie hätten bisher nur Angst vor der Reaktion der Saudis gehabt.)

Es sei wichtig, ein gutes Klima für private Direktinvestitionen herzustellen. Offizielle Hilfe könne nicht den gleichen Umfang wie private Investitionen erreichen. Zu der Klimapflege gehörten Garantien für den Transfer der Gewinne und Schutz gegen Verstaatlichung.

Er sei nicht sicher, ob die Nahrungsmittellieferungen wie erhofft durchgeführt werden können. Er befürchte größere Schwierigkeiten in Westeuropa. Zumindest könne sich diese Lieferung erheblich verzögern.

Bundeskanzler fragt, ob die Bundesregierung über den Bericht von Bundesminister a.D. Möller[12] unterrichtet werden könne.

Fortsetzung Fußnote von Seite 423

anpassen. Die Finanzpolitik soll höhere Einnahmen erzielen, das Haushaltsdefizit auf dem Stand des Haushaltsansatzes 1978 einfrieren [...] und den Rückgriff auf Inlandsbankenkredite [...] reduzieren. Die Forderung nach Wechselkursvereinheitlichung, Abwertung, weiterer Einfuhrliberalisierung und Zinsaufhebung wurde erfüllt, die nach Kreditreduzierung und Defizitbegrenzung jedoch nicht. Innenpolitische Zwänge, insbesondere steigende Nahrungsmittelsubventionen, deren Einfrieren und Abbau den bereits äußerst niedrigen Lebensstandard der Massen weiter beeinträchtigen würde, verlangten eine Ausgabensteigerung." Vgl. den Schriftbericht Nr. 872; Referat 310, Bd. 124989.

11 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

12 Zur Entsendung des ehemaligen Bundesministers Möller als Wirtschaftsberater nach Ägypten vgl. Dok. 86, Anm. 13.

MP *Khalil* und Wirtschaftsminister *Sayeh* stimmten zu. Die ägyptische Regierung sei bereit, den Bericht zu veröffentlichen.

Wirtschaftsminister *Sayeh* führte aus, die ägyptische Regierung habe einen erheblichen Teil der Vorschläge von Minister Möller in die Tat umgesetzt, z.B. durch Änderung der Investitionsgesetze, durch Maßnahmen zu stärkerer finanzieller und administrativer Disziplin.

Bundeskanzler regte an, der Veröffentlichung des Berichts eine Unterrichtung über die verwirklichten Maßnahmen beizufügen.

Botschafter *Behrends* berichtete, Minister Möller beabsichtige, bald erneut nach Ägypten zu reisen.

Die ägyptische Seite reagierte hierauf positiv.

Wirtschaftsminister *Sayeh* wies darauf hin, daß die Sitzung der Beratungsgruppe der Weltbank für Anfang Juni geplant sei.[13]

Bundeskanzler: Hilfe für Ägypten könnte als Unterpunkt im Rahmen des Tagesordnungspunkts Nord-Süd-Zusammenarbeit auf dem Tokioter Wirtschaftsgipfel behandelt werden. Es wäre sehr günstig, wenn die Weltbankberatungsgruppe inzwischen konkrete Vorschläge erarbeitet. Eventuell könnte die Sitzung der Beratungsgruppe etwas vorgezogen werden.

Bundeskanzler fragt sodann, ob die amerikanische Regierung Erwägungen für eine regionale Hilfe unter Einbeziehung von Israel und anderen arabischen Staaten anstelle.

Sadat: Er habe Präsident Carter gesagt, Ägypten habe keine Vorbehalte gegen ein regionales Programm.

Saudi-Arabien sei ebenfalls bereit, sich an Unterstützungsmaßnahmen für Ägypten zu beteiligen. Er habe keine Einwendungen gegen direkte Kontakte der Bundesregierung mit Saudi-Arabien über diese Frage.

3) Reaktion der übrigen arabischen Staaten

StS *Hermes* fragte nach der Reaktion der anderen arabischen Staaten auf den Vertragsabschluß.

Sadat: Saudi-Arabien und Kuwait kehrten zu einer neutralen Position zurück. Syrien, Irak, Südjemen und Libyen seien der harte Kern der rejection front[14]. Sie hätten stets eine unnachgiebige Position bezogen. Das Lager der extrem eingestellten arabischen Staaten werde jedoch kleiner. So habe Algerien seine Haltung geändert.[15]

13 Die ersten beiden Treffen der Beratungsgruppe der Weltbank für Ägypten fanden am 11./12. Mai 1977 und vom 14. bis 16. Juni 1978 in Paris statt. Das dritte Treffen der Beratungsgruppe fand am 19./20. Dezember 1979 in Paris statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2332 des Botschafters Hille, Kairo, vom 8. Dezember 1979; Referat 400, Bd. 118781.

14 Zur sogenannten „Ablehnungsfront" vgl. Dok. 92, Anm. 6.

15 Botschafter Jovy, Algier, berichtete am 18. März 1979: „Daß Algerien sich völlig mit Kommentaren zurückhält, ist ungewöhnlich. Es kann nicht damit erklärt werden, daß zur Zeit die innenpolitischen Themen die Frontseite beherrschten noch mit ungenügender Erfahrung neuen Außenministers. Es besteht hier auch kein Zweifel darüber, daß Algerien ägyptisch-israelischen Friedensschluß als Verrat an arabischer Sache erklären und sich weiterhin übermächtigem Einfluß der USA im Nahen Osten entgegenstellen wird [...]. Aber nicht zu übersehen ist, daß algerische Zurückhaltung der Politik, Einheit des arabischen Lagers aufrechtzuerhalten, dient und Verschär-

Bundeskanzler: Er habe die Umarmung von Hussein und Arafat[16] nicht sehr sympathisch gefunden.

Sadat erwiderte erregt, er habe Hussein im Zusammenhang mit den Verhandlungen in Camp David[17] angeboten, er wolle die gesamte Polizei in Gaza und in der Westbank an Hussein und an die PLO übertragen. Hussein habe abgelehnt. Er sei gegen die vorgesehene Regelung, weil die Westbank in dem Vertrag als ein palästinensisches Gebiet, nicht aber als Teil Jordaniens, behandelt worden sei. Hussein werde daher dem Vertrag nicht beitreten.

Bundeskanzler fragt nach der Haltung der Sowjets und nach den Chancen der Einberufung einer Genfer Konferenz.[18]

Sadat: Er habe die Sowjets zur Kairoer Konferenz[19] eingeladen. Er sei jedoch nicht bereit, sich mit ihnen in Genf an den Tisch zu setzen, da die Sowjetunion dort die arabischen Extremisten gegen Ägypten ausspielen werde.

Bundeskanzler fragt nach der Rolle der USA im Zusammenhang mit dem Vertragswerk in den kommenden Jahren.

Sadat: Die USA werden die Rolle eines vollen Partners spielen. Die weiteren Verhandlungen werden stattfinden als bilaterale Verhandlungen in einem trilateralen Rahmen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 425

fung der Konfrontation zwischen arabischen Staaten nach Möglichkeit, d. h. soweit es mit selbstverstandenem algerischen Interesse vereinbar ist, zu vermeiden. Algerische Zurückhaltung wird aber wohl nicht so weit gehen, daß es Vermittlerrolle zwischen ägyptischem und den übrigen arabischen Staaten spielen wird; eher ist daran zu denken, daß es nach Formel sucht, die Front der Standhaften und der Gemäßigten einigen kann." Vgl. den Drahtbericht Nr. 72; Unterabteilung 31, Bd. 135594.

16 Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, hielt sich am 17. März 1979 in Jordanien auf. Vgl. dazu Dok. 91, Anm. 16.

17 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.

18 Zur Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Genf vgl. Dok. 86, Anm. 21.

19 Botschafter Steltzer, Kairo, berichtete am 28. November 1977, daß Präsident Sadat im Anschluß an seinen Besuch vom 19. bis 21. November 1977 in Israel am 26. November 1977 erklärt habe, er habe das ägyptische Außenministerium beauftragt, UNO-Generalsekretär Waldheim sowie die USA und die UdSSR davon zu unterrichten, „daß Kairo bereit sei, ab kommenden Samstag alle am N[ah]o[st]-Konflikt beteiligten Parteien einschließlich der Supermächte zu Gesprächen zu empfangen". Steltzer führte dazu aus: „Wie hierzu der amtierende AM Dr. Boutros-Ghali ergänzend bekanntgab, handle es sich bei der von Sadat einberufenen Konferenz, zu der auch die Palästinenser geladen wurden, um ein Expertentreffen, das die Genfer Konferenz vorbereiten solle." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2217; Referat 310, Bd. 119965.
Die Kairoer Vorkonferenz begann am 14. Dezember 1977 und wurde am 22. Dezember 1977 nach vier Plenarsitzungen unterbrochen. Vgl. dazu den Artikel „In Ismailia wird auch über israelische Siedlungen gesprochen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. Dezember 1977, S. 1.
Sadat traf am 25./26. Dezember 1977 in Ismailia mit Ministerpräsident Begin zusammen und gab in einer gemeinsamen Pressekonferenz bekannt: „Wir sind übereingekommen, das Niveau der Vertretungen bei der Kairoer Konferenz auf Ministerebene anzuheben, und wie Sie bereits gestern gehört haben, haben wir uns auf die Schaffung von zwei Kommissionen, einer politischen Kommission und einer militärischen Kommission, unter der Leitung der Außen- bzw. Verteidigungsminister, geeinigt. Die militärische Kommission wird in Kairo, die politische in Jerusalem zusammentreten. Diese Kommissionen werden im Rahmen der Kairoer Konferenz arbeiten." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 119.

BM *Offergeld* weist auf die Notwendigkeit hin, die Leistungsfähigkeit der ägyptischen Verwaltung zu verbessern. Das BMZ habe Schwierigkeiten, geeignete Projekte zu finden.

Sadat: Er habe den Ministerpräsidenten bereits auf dieses Problem hingewiesen.

MP *Khalil* wies auf die neuen Überlegungen für ein neues Elektrizitätswerk „Suez 2" hin.

4) Iran

Sadat: Er sei sehr besorgt, wohin sich der Iran wenden werde.

Bundeskanzler: Die Ayatollahs könnten das Land auf Dauer nicht regieren.

Sadat stimmt zu. Die endgültige Entscheidung, wer das Land regiere, werde wohl erst in zehn Jahren getroffen werden.

5) Deutsche Investitionen in Ägypten

Bundeskanzler sagt zu, er werde an den BDI schreiben und private deutsche Direktinvestitionen in Ägypten anregen.

6) Unterrichtung Präsident Carters

Bundeskanzler und Präsident *Sadat* vereinbarten, daß der Bundeskanzler an Präsident Carter schreiben wird und Präsident Carter vorschlagen wird, die Unterstützung Ägyptens auf dem Tokioter Wirtschaftsgipfel im Rahmen des Tagesordnungspunktes Nord-Süd-Zusammenarbeit anzusprechen.[20]

VS-Bd. 11139 (310)

20 Bundeskanzler Schmidt teilte Präsident Carter am 30. März 1979 mit, Präsident Sadat und die ihn begleitenden Minister hätten ausführlich über die Pläne der ägyptischen Regierung zur wirtschaftlichen Entwicklung Ägyptens berichtet, „bei deren Verwirklichung sie eine enge Zusammenarbeit mit befreundeten Ländern und wesentliche Unterstützung durch sie anstreben. Ich habe in diesem Zusammenhang zu überlegen gegeben, diese Frage auf dem 5. Wirtschaftsgipfel in Tokio im Rahmen unserer vorgesehenen Diskussion über Nord-Süd-Zusammenarbeit zu erörtern. Ich würde es begrüßen, wenn Sie dieses Thema zur Sprache bringen würden. Sie könnten hierbei auf meine volle Unterstützung zählen." Für das mit Drahterlaß Nr. 370 des Vortragenden Legationsrats Gerz am 3. April 1979 an die Botschaft in Washington übermittelte Schreiben vgl. Referat 204, Bd. 115940.

95

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit einer Delegation des American Jewish Committee

29. März 1979[1]

Aus einem etwa 3/4 Stunde dauernden Gespräch, an dem außer den Mitgliedern des American Jewish Committee (AJC) auch ein Beamter der hiesigen US-Botschaft teilnahm, ist folgendes festzuhalten[2]:

Bundeskanzler: Er gehöre nicht zu denen, die davon überzeugt werden müßten, daß die Verjährung von Mord aufgehoben werden solle.[3] Er wolle aber nachdrücklich darauf hinweisen, daß auch die Gegner einer Änderung der Verjährungsvorschriften ehrenwerte Motive hätten. Diese Leute seien keine Nazis.

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 6. April 1979 gefertigt und am 10. April 1979 an Vortragenden Legationsrat Gerz übermittelt. Dazu vermerkte er: „Der Vermerk ist vom Bundeskanzler nicht genehmigt. Ich bitte deshalb, den Vermerk nicht weiterzuverteilen. Mit der Übersendung eines Exemplars an Botschafter von Staden wäre ich einverstanden, falls er auf den Status des Papiers hingewiesen wird."
Hat Gerz am 12. April 1979 vorgelegen, der um Anfertigung einer Ablichtung für Botschafter von Staden, Washington, bat. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 204, Bd. 115945.

[2] Eine Delegation des American Jewish Committee hielt sich vom 23. bis 30. März 1979 in der Bundesrepublik auf. Generalkonsul Schulze-Boysen, New York, berichtete am 5. April 1979: „Wie Generalkonsulat aus Delegation des AJC erfährt, hat Gruppe vor Abreise [...] mit Deutschlandreferent des State Department und Vertreter israelischer Botschaft in Washington vorbereitende Gespräche geführt. Letzterer habe Gruppe nahegelegt, vor Aufnahme Gespräche in Bonn dortigen israelischen Botschafter aufzusuchen; Gruppe habe dieses abgelehnt, sich jedoch bereit erklärt, israelischen Botschafter ggf. bei Frühstück im Hotel zu sehen. Gruppe sei überrascht gewesen, daß erster Termin Bonn-Programms dennoch Gespräch mit israelischem Botschafter vorgesehen habe. Hintergrund sei, daß israelische Regierung von AJC angestrebte Normalisierung Beziehungen zwischen Bundesrepublik und amerikanischem Judentum nicht begrüße, da diese Bundesregierung gegenüber Israel zu größerem politischen Handlungsspielraum verhelfen könnte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 234; VS-Bd. 11142 (310); B 150, Aktenkopien 1979.

[3] In der Presse wurde berichtet: „Die Frage, ob Mord künftig nicht mehr verjähren oder ob es bei der Verjährungsfrist von dreißig Jahren bleiben solle, steht an diesem Donnerstag im Mittelpunkt einer ganztägigen Debatte des Bundestages. [...] Die SPD-Minister im Kabinett, vor allem der Bundeskanzler und Justizminister Vogel, unterstützen den [...] Gesetzentwurf von 208 der 224 SPD-Abgeordneten, der die generelle Aufhebung der Verjährung bei Mord verlangt. Diesen Antrag haben auch sieben FDP-Abgeordnete unterzeichnet. Nach dem bisherigen Stand dürfte es im Bundestag eine knappe absolute Mehrheit für die Aufhebung der Mordverjährung geben. Für die Beibehaltung der Verjährungsfrist tritt die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion, die Mehrheit der FDP-Fraktion und eine kleine Gruppe von SPD-Abgeordneten ein. Eine dritte Gruppe von Abgeordneten um Maihofer in der FDP und Walthemate in der SPD möchte zwischen Mord und NS-Mord unterscheiden und nur bei NS-Morden die Verjährungsfrist aufheben. Ursprünglich hatte die Verjährungsfrist für Mord zwanzig Jahre betragen. Sie war 1969 um zehn Jahre verlängert worden. 1965 hatte der Bundestag für die Berechnung der Verjährungsfrist die Zeit zwischen der Beendigung des Zweiten Weltkrieges 1945 und der Gründung der Bundesrepublik 1949 ausgesetzt. Der jetzige Entwurf der SPD- und FDP-Abgeordneten für die Aufhebung der Verjährungsfrist knüpft an frühere Entwürfe an, die 1965 keine Mehrheiten gefunden hatten. Die Bundesregierung der großen Koalition hatte 1969 ebenfalls keine Mehrheit für die generelle Aufhebung der Verjährungsfrist bei Mord gefunden." Vgl. den Artikel „Heute Verjährungsdebatte im Bundestag"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. März 1979, S. 1.
Für den Wortlaut des 16. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 16. Juli 1979, das die Aufhebung der Verfolgungsverjährung bei Verbrechen nach § 211 StGB (Mord) durch Änderung des § 78 StGB brachte, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil I, S. 1046.

Ihn habe aus dem Kreise der Befürworter der Verjährung am stärksten der verstorbene jüdische Abgeordnete Adolf Arndt beeinflußt. Es handele sich nicht um einen Konflikt zwischen Gut und Böse, sondern um einen Konflikt innerhalb der Moral zwischen zwei ethischen Prinzipien.

Präsident *Maass*: Er habe ein vorbereitetes Statement, das er aber nicht verlesen wolle. Er habe auch nicht die Absicht, die Bundesregierung zu ermahnen. Er könne aber nicht den Hinweis unterdrücken, daß es ohne die Führung des Bundeskanzlers vielleicht nicht zu der Mehrheit der Gegner einer Verjährung gekommen wäre.

Mr. Maass ging dann auf die Beziehung des AJC zu den Deutschen ein. Sie sei die erste jüdische Organisation gewesen, die die Versöhnung mit den Deutschen gesucht habe. Sie hätten sehr früh ein Austauschprogramm entwickelt; auf Rat von Minister Leisler Kiep überlegten sie jetzt, ob man dieses Programm nicht neu beleben solle.

Er danke für die Unterstützung des Bundeskanzlers angesichts der Bemühungen Präsident Carters um einen Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten.[4]

In der Frage der Menschenrechte gebe es zwischen der Bundesregierung und den USA offensichtlich taktische Unterschiede; aber in der Sache sei man sich einig.

Bundeskanzler: Er argumentiere im Rahmen der Verjährungsdebatte sehr zurückhaltend. Er wolle in dieser Frage keine Polarisierung der deutschen Bevölkerung; denn diese wäre äußerst schädlich für den Gesamtprozeß der Bewältigung unserer Vergangenheit.

Im Nahen Osten komme es jetzt besonders darauf an, daß Ägypten nicht vollständig getrennt werde von den gemäßigten Arabern. Ägypten sei wirtschaftlich schwach und insgesamt nicht übermäßig stabil.

Er unterstütze die amerikanische Politik im Nahen Osten genauso wie er die SALT-II-Politik unterstütze. Im Währungsbereich habe es deutsch-amerikanische Meinungsverschiedenheiten gegeben.[5] Sie seien aber im Oktober letzten Jahres ausgeräumt worden, als man sich entschlossen habe, gemeinsam den Kampf gegen die Inflation zu führen.

Im Bereich der Menschenrechte sei er im Prinzip völlig einverstanden mit der amerikanischen Position.[6] Die Bundesregierung sei aber faktisch in einer an-

4 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

5 Referat 412 notierte am 9. Januar 1978, Präsident Carter habe am 21. Dezember 1977 erklärt, „daß die Bundesrepublik Deutschland weiterhin im Zielfeld amerikanischer Aufforderungen zu mehr Wachstum liegen würde. In dieser Erklärung wurden als die ‚zwei Hauptursachen' des US-Defizits (a) die US-Ölimporte und (b) das geringe Wachstum in Japan und Deutschland genannt. Auch in dem Briefwechsel Schmidt–Carter weichen die Amerikaner keinen Zentimeter von der Linie ab, uns zu einer schnelleren konjunkturpolitischen Gangart anzutreiben." Vgl. Referat 412, Bd. 122300.

6 Botschafter von Staden, Washington, analysierte am 11. Januar 1979: „Es fällt noch schwer, nach zwei Jahren eine klare, außenpolitische Bilanz der Carter'schen Menschenrechtspolitik zu ziehen. Einerseits hat sie zu erheblicher Kritik bei den westeuropäischen Verbündeten geführt. Bei der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad wurde sie allgemein in der von Botschafter Goldberg vertretenen Form als hinderlich für den Fortgang des Entspannungsprozesses empfunden. Im Verhältnis zur Sowjetunion hat sie dazu beigetragen, wenn sicher auch nicht ausschließlich, die Beziehungen im Sommer 1978 auf einen Tiefpunkt zu führen, wie man ihn seit Jahren nicht mehr erlebt hatte. Die

deren Lage, weil es eine Vielzahl von Deutschen und Deutschstämmigen in Osteuropa gebe. Die Bundesregierung habe erreicht, daß eine Vielzahl dieser Menschen habe ausreisen dürfen. Diese Entwicklung dürfte nicht abreißen. Eine aktive Menschenrechtspolitik sei richtig, aber man dürfe sie nicht nur in einer Richtung führen. Auch mit China gebe es da große Probleme; auch mit dem Iran des Schahs[7].

Einer der Teilnehmer unterstrich, daß es in der Menschenrechtspolitik sowohl Raum gebe für die etwas lautlosere Taktik der Bundesregierung als auch für die stärker verbale Menschenrechtspolitik der USA.

Bundeskanzler: Er habe die Haltung der US-Regierung in dieser Frage nie kritisiert. Er wolle nur erklären, warum die Bundesregierung hier taktisch anders vorgehe.

Mr. *Maass* erinnert dann an die Einladung des Bundeskanzlers als Sprecher bei dem Jahrestreffen des AJC im Mai 1979.[8]

Der *Bundeskanzler* erwiderte, er habe jetzt bereits zwei Reisen in die USA geplant[9] und es würde ihm deshalb sehr schwerfallen, noch eine weitere Einladung anzunehmen. Er werde im Juni in die USA reisen und dort drei größere Reden halten: über deutsch-amerikanische Beziehungen aus Anlaß des Geburtstages von Byrnes, über strategische Fragen und über Wirtschaftsfragen.[10]

Einer der Teilnehmer wies darauf hin, daß er bei den Verantwortlichen der deutschen Botschaft in Washington und bei den Generalkonsulaten große Sorge über das Bild der Deutschen in Amerika festgestellt habe. Er sei vor dieser Reise seit längerer Zeit nicht mehr in Deutschland gewesen und sei tief beeindruckt von dem „neuen Deutschland", das er jetzt gefunden habe. Die Verjährungsdebatte sei typisch für die Bereitschaft der Deutschen, sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen. Er hoffe, daß dies über die Verjährungsdebatte hinauswirke.

Der *Bundeskanzler* bemerkte abschließend, daß sich vielleicht später einmal eine Gelegenheit für ihn ergeben werde, bei einer Veranstaltung des AJC zu

Fortsetzung Fußnote von Seite 429

aktive Menschenrechtspolitik wird, auch wenn sie in der Form zurückhaltender geführt wird, die Pflege der Beziehungen zur anderen Großmacht auch in Zukunft nicht leichter machen. Immerhin lassen Carters und Brzezinskis öffentliche Erklärungen über die Notwendigkeit der Interessenabwägung darauf schließen, daß in der Durchführung auf das Interesse an einer Fortführung der Entspannungspolitik Rücksicht genommen wird." Vgl. den Schriftbericht Nr. 109; Referat 204, Bd. 115950.

7 Mohammed Reza Pahlevi.

8 Bundeskanzler Schmidt war als Hauptredner zum 73. Annual Dinner des American Jewish Committee am 10. Mai 1979 in New York eingeladen.

9 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.
Vom 19. bis 24. Juli 1979 befand sich Schmidt zu einem Privataufenthalt in den USA.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, legte am 10. April 1979 in einem Schreiben an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg dar, daß Bundeskanzler Schmidt bei seinem Aufenthalt vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA „drei große Reden" halten werde: „1) Rede in Columbia/South Carolina aus Anlaß des 100. Geburtstages von Außenminister Byrnes. [...] 2) Rede aus Anlaß des Commencement in Harvard. Schwerpunkte dieser Rede sollen Sicherheitspolitik, Geo-Politik und Strategie sein. [...] 3) Rede in New York vor dem American Council on Germany aus Anlaß des 30. Jahrestages der Gründung der Bundesrepublik. Der Bundeskanzler möchte bei dieser Gelegenheit eine Rede mit dem Schwerpunkt Wirtschaftspolitik halten." Vgl. Referat 204, Bd. 115939.

sprechen. Wenn sich die Gelegenheit nicht ergebe, könne man sie ja auch vielleicht bewußt herbeiführen.

Mr. *Maass* übergab die vorbereitete Erklärung und fragte, ob der Bundeskanzler Einwendungen dagegen habe, daß diese Erklärung veröffentlicht werde.

Der *Bundeskanzler* sagte schnelle Prüfung zu.

Mr. Maass wurde im Laufe des Tages unterrichtet, daß von unserer Seite keine Einwände gegen eine Veröffentlichung bestehen.

Referat 204, Bd. 115945

96

Botschaftsrat I. Klasse Venzlaff, Addis Abeba, an das Auswärtige Amt

VS-vertraulich **2. April 1979**[1]
Schriftbericht Nr. 233

Betr.: Vermittlung der Bundesregierung am Horn von Afrika

Mit der Bitte um Weisung

I. Beauftragter sprach am 20. März mit dem Leiter der Bezugsbehörde. In dem Gespräch ließ letzterer u. a. sehr umschrieben anklingen, daß eine Mithilfe der Bundesregierung bei der Lösung der Eritrea-Frage[2] wünschenswert sei. Beauftragter erläuterte daraufhin Standpunkt der Bundesregierung (inner-äthiopische Angelegenheit, Unterstützung der Grundsätze der OAE[3]).

Bei dem folgenden Gespräch mit dem Ständigen Vertreter des Leiters am 27. März skizzierte dieser die angestrebte äthiopische Außenpolitik wie folgt: Äthiopien strebe für die Zukunft die Blockfreiheit an und wolle auf keinen Fall in den Sowjet-Block[4] eingebunden werden. Der Staatschef[5] habe bereits letztes

1 Hat Legationsrat Freiherr von Stenglin am 4. April 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kremer am 21. Juni 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mit Botsch[after] Pachelbel erörtert."

2 Am 16. März 1979 skizzierte Botschaftsrat I. Klasse Venzlaff, Addis Abeba, den Verlauf der militärischen Auseinandersetzungen in der äthiopischen Provinz Eritrea: „Trotz des Regierungsangebots weitgehender Autonomie im Mai 1976 (‚Neun-Punkte-Programm') hat sich der Bürgerkrieg zu einem vollen Sezessionskrieg entwickelt mit grausamen Maßnahmen auf beiden Seiten, weitgehender Evakuierung der Ausländer und einer Fluchtbewegung der Bevölkerung, hauptsächlich in den Sudan. Die Zentralregierung kontrollierte längere Zeit nur noch Asmara und einen Teil von Massawa. Im Juli/August 1978 starteten die äthiopischen Streitkräfte die Gegenoffensive und eroberten bis 1. März 1979 fast alle von den eritreischen Aufständischen gehaltenen Stützpunkte". Vgl. den Schriftbericht Nr. 205; Referat 320, Bd. 125165.

3 Vgl. dazu die OAU-Charta vom 26. Mai 1963; EUROPA-ARCHIV 1963, D 314–320.

4 Botschaftsrat I. Klasse Venzlaff, Addis Abeba, nahm am 5. März 1979 eine Rede des Vorsitzenden des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats, Mengistu Haile Mariam, zum Anlaß, die Beziehungen zwischen Äthiopien und der UdSSR zu analysieren: „Äthiopiens Anlehnung an die Sowjetunion und uneingeschränkte Übernahme von deren außenpolitischen Thesen wird in Mengistus

Jahr in einer Geheimrunde im Provisorischen Militärischen Verwaltungsrat (PMAC[6]) darauf hingewiesen, daß sich Äthiopien politisch nicht einseitig an den Sowjet-Block anlehnen dürfe, sondern es lernen müsse, „auf zwei Füßen zu stehen". Diese „Zwei-Fuß-Theorie" habe auch den Staatschef bewogen, die bestehende Verbindung über den Beauftragten weiterhin gutzuheißen.

Äthiopien wolle mit allen Nachbarn, besonders mit dem Sudan[7] und mit Somalia[8] in Frieden leben. Nur ein echter und dauerhafter Frieden lasse zu, daß die jetzt angelaufene Entwicklungskampagne[9] erfolgreich zum Besten des äthiopischen Volkes durchgeführt werden könne. Äthiopien könne allerdings nicht dulden, daß diese beiden Länder weiterhin die Sezessionisten in Eritrea oder im Ogaden unterstützen. Solch eine Unterstützung stünde auch im klaren Widerspruch zur Charta von OAE und VN[10]. Äthiopien wolle gerne die Vermittlung der Bundesregierung zum Abbau der Spannungen am Horn von Afrika in Anspruch nehmen. Er erwähnte dies unter ausdrücklichem Hinweis auf das Gespräch der vorherigen Woche.

Fortsetzung Fußnote von Seite 431

Rede erneut durch die nahezu herzerweichende Schilderung der guten Taten der Sowjetunion für China und dessen schnöden Verrat unter Beweis gestellt. Darüber hinaus gewinnt man aber bei der Lektüre der Rede den Eindruck, daß Mengistu und seine Berater die Äthiopien vom Ostblock zugewiesene Führungsrolle auf dem afrikanischen Kontinent im ideologischen Bereich und bei der Unterstützung der Befreiungsbewegungen nicht nur aus politischer Rücksichtnahme auf den großzügigen Waffenlieferanten übernommen haben, sondern diese Führungsrolle im Hochgefühl der bisherigen Erfolge ihrer Revolution und getragen vom nationalen Bewußtsein der historischen Bedeutung Äthiopiens aus eigener Überzeugung ausüben und mit eigenem Inhalt füllen wollen. Äthiopien, so kann man der Rede entnehmen, hat als erstes afrikanisches Land eine europäische Invasionsstreitmacht besiegt, aus eigener Kraft eine Revolution erfolgreich durchgeführt, dadurch das sozialistische Lager gestärkt und die Imperialisten das Fürchten gelehrt. Ihm ist durch seine Erfolge eine internationale Aufgabe zugewachsen, die des Vorkämpfers für den Befreiungskampf in Afrika." Vgl. den Schriftbericht Nr. 169; Referat 320, Bd. 125165.

5 Mengistu Haile Mariam.

6 Provisional Military Administrative Council.

7 Am 11. März 1979 legte Botschaftsrat I. Klasse Venzlaff, Addis Abeba, zu den Beziehungen zwischen Äthiopien und dem Sudan dar: „Zwischen Äthiopien und dem Sudan verbesserte sich im Berichtszeitraum das Klima anfänglich deutlich. Am 28. Dezember 1978 erhielt die zwei Jahre nur auf Geschäftsträgerbasis geführte sudanesische Mission in Addis Abeba einen neuen Botschafter. Die Klimaverbesserung erlitt einen Rückschlag durch das Fehlschlagen des Treffens Mengistu – Numeiri in Freetown. Im Hochgefühl der militärischen Erfolge in Eritrea weigerte sich Mengistu, die als ‚inneräthiopische Angelegenheit' bezeichnete Eritrea-Frage zu diskutieren. Beide Seiten sind jedoch bereit, die Suche nach einer Lösung der Differenzen fortzusetzen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 185; Referat 320, Bd. 125165.

8 Zum äthiopisch-somalischen Konflikt um den Ogaden vgl. Dok. 9, Anm. 4.

9 Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba, resümierte am 24. September 1979 die Rede des Vorsitzenden des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats, Mengistu Haile Mariam, vom 14. September 1979: „Im wirtschaftspolitischen Teil sprach er mit Offenheit von dem langen Weg, den Äthiopien bis zum Aufbau des Sozialismus noch vor sich habe. ‚Die Geschichte der Revolution bezeugt, daß infolge des bitteren Klassenkampfes in der Übergangsperiode [...] der Lebensstandard der breiten Masse zeitweilig sinkt'. Er bezeichnete aber die Erfolge der Entwicklungskampagne im ersten Jahr als alles in allem ermutigend. Trotz Preisanstiegs, veralteten Maschinenparks, Mangels an Ersatzteilen, Transportproblemen und Mangels an Rohstoffen und Öl sei im industriellen Bereich das Planziel zu 93 % (!) erreicht worden. Hinsichtlich der Landwirtschaft beklagte er sich über die Propaganda der ‚Reaktionäre' gegen die eingeleitete Kollektivierung. Der Sozialismus könne auf dem Lande nur durch Zusammenlegung der verstreut liegenden Bauernhöfe eingeführt werden. ‚Democracy can only have real meaning when related to centralism'. Im übrigen schilderte er eingehend, teilweise mit begrüßenswertem Realismus, sowohl Erfolge als auch Mißerfolge der Entwicklungskampagne." Vgl. den Schriftbericht Nr. 743; Referat 320, Bd. 125165.

10 Für den Wortlaut der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 431–503.

Der Beauftragte erwiderte, daß Abbau dieser Spannungen ganz der Absicht der Bundesregierung entspräche, daß die Übernahme einer Vermittlerrolle allerdings eine Aufgabe wäre, welche außerhalb der Kompetenz seiner Behörde läge. Selbstverständlich würde er den entsprechenden Gedanken weiterleiten. Hierfür bedankte sich der Gesprächspartner.

II. Wertung

Hinweise, daß Äthiopien sich nicht zu einseitig an den Sowjet-Block binden will, sind bereits früher gegeben worden, so von dem für außenpolitische Fragen zuständigen Mitglied des Standing Committee des PMAC, Berhanu Bayeh, als dieser im November letzten Jahres in Paris Äthiopiens Interesse an guten Beziehungen zu Frankreich und Europa zur Schaffung eines Gegengewichts zur Sowjetunion erklärte.[11] Neu ist, daß Mengistu in einer Geheimrede vor dem PMAC diesen Punkt betonte.

Es ist zu fragen, inwieweit die Erklärung des Gesprächspartners, Äthiopien wäre bereit, unsere Vermittlung zum Abbau von Spannungen am Horn von Afrika anzunehmen, mit der politischen Führung (PMAC) abgesprochen ist. Es fällt auf, daß der zweite Gesprächspartner diesen Punkt innerhalb von einer Woche erneut aufgenommen hat.

Die äthiopische Regierung kennt die guten Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zum Sudan und zu Somalia und weiß zumindest seit dem Besuch von Herrn Dg32[12], daß die Bundesregierung Präsident Barre nachdrücklich nahegelegt hat, durch eine Erklärung über die Respektierung der Grenzen zu den Nachbarstaaten einen Beitrag zur friedlichen Regelung der Probleme am Horn von Afrika zu leisten.[13] Dennoch läge es näher, aus dem Kreise der westlichen Länder zuerst dasjenige Land um Vermittlung zu bitten, zu dem Äthiopiens Beziehungen in letzter Zeit weniger strapaziert wurden[14], d.h. Frankreich (um so mehr, als dieses eine Konferenz am Horn von Afrika vorgeschlagen hat), es sei denn, Äthiopien trete mit dieser Bitte an alle westlichen Länder heran.

11 Der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses im Ständigen Komitee des PMAC, Berhanu Bayeh, hielt sich vom 4. bis 7. November 1978 in Frankreich auf. Botschafter Herbst, Paris, übermittelte dazu am 14. November 1978 Informationen des französischen Außenministeriums: „Die Botschaft Mengistus an Präsident Giscard und die erläuternden Darlegungen Berhanu Bayehs enthalten [...] folgende wesentliche Elemente: Wunsch nach Wahrung einer weder von Ost noch West beeinflußten Unabhängigkeit, Festhalten an dem Aufbau eines Volksdemokratischen Sozialistischen Gesellschaftssystems nationaler Prägung, großes Interesse an guten Beziehungen zu Frankreich und Europa zwecks Schaffung eines Gegengewichts zu der bisherigen einseitigen Bindung an die SU." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3463; Referat 320, Bd. 116759.

12 Ministerialdirigent Müller hielt sich vom 6. bis 8. Februar 1979 in Äthiopien auf. Am 7. Februar 1979 berichtete Müller, z.Z. Addis Abeba, der äthiopische Außenminister Felleke Gedle-Ghiorgis habe in ihrem Gespräch am selben Tag Müllers Darlegungen zur Afrikapolitik der Bundesregierung „als sehr positiv und als ‚mitteilenswert' für andere afrikanische Regierungen" bezeichnet: „Zur Frage des Schuldenerlasses sprach der Außenminister seine Erwartung aus, daß Äthiopien ebenso wie andere L[ess]D[eveloped]C[ountrie]s berücksichtigt und nicht diskriminiert werde". Vgl. den Drahtbericht Nr. 75; Referat 320, Bd. 125165.

13 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kremer handschriftlich: „Waffenlieferungen an Somalia?"

14 Botschafter Lankes, Addis Abeba, wurde am 22. Januar 1978 vom äthiopischen Außenministerium zur Persona non grata erklärt und aufgefordert, das Land binnen 24 Stunden zu verlassen. Die äthiopische Regierung blieb aber dessenungeachtet um eine Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik bemüht. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 20, und AAPD 1978, II, Dok. 342.

Frage ist auch, worin die Vermittlung nach äthiopischen Vorstellungen bestehen sollte. Aus den Forderungen der äthiopischen Regierung gegenüber Somalia, wie sie zuletzt anläßlich des Besuchs des kenianischen Präsidenten Moi formuliert wurden[15], sowie aus der Haltung des Vorsitzenden Mengistu in Freetown geht hervor[16], daß Äthiopien derzeit keine Kompromisse in Betracht zieht, sondern sowohl im Ogaden als auch in Eritrea ein Eingehen auf seine Vorstellungen erwartet. Somit bestünde eine Vermittlerrolle derzeit lediglich im Eintreten für den äthiopischen Standpunkt.

Da die Botschaft bezüglich einer eventuellen Vermittlung bisher in keiner Weise angesprochen worden ist und die Äußerungen gegenüber dem Beauftragten sehr generell gehalten sind, können bisher keine weiteren Schlüsse über die Ernsthaftigkeit des Anliegens gezogen werden. Ein Ausbleiben einer Reaktion unsererseits könnte jedoch auf äthiopischer Seite (sofern das Vorgehen mit der äthiopischen Spitze abgesprochen ist) von uns nicht kontrollierbare Spekulationen über unsere Haltung hervorrufen. Deshalb schlägt die Botschaft vor, den Beauftragten zu ermächtigen, bei einem seiner nächsten Gespräche unverbindlich um nähere Erläuterungen über die äthiopischen Vorstellungen einer eventuellen Vermittlung zu bitten.[17]

Venzlaff

VS-Bd. 11166 (320)

15 Präsident Moi hielt sich vom 29. bis 31. Januar 1979 in Äthiopien auf. Botschaftsrat I. Klasse Venzlaff, Addis Abeba, führte dazu am 11. März 1979 aus: „Das bestehende Verteidigungsabkommen wurde verlängert. Kenia unterstützte Äthiopiens Forderungen gegenüber Somalia uneingeschränkt." Vgl. den Schriftbericht Nr. 185; Referat 320, Bd. 125165.

16 Der Vorsitzende des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats, Mengistu Haile Mariam, und Präsident Numeiri trafen vom 15. bis 18. Februar 1979 in Sierra Leone zu Gesprächen zusammen. Botschaftsrat I. Klasse Venzlaff, Addis Abeba, berichtete am 22. Februar 1979: „Mengistu erklärte nach seiner Rückkehr [...], daß die Gespräche in Freetown fehlgeschlagen seien. Er beschuldigte in einem Rückblick auf die Entwicklung, die zum Freetown-Treffen führte, die sudanesische Regierung erneut, sich bemüht zu haben, die äthiopische Einheit und Revolution zu unterminieren, indem sie zur Zeit der somalischen Aggression die Sezessionisten im Norden unterstützt und zur gleichen Zeit eine Invasion Äthiopiens vorbereitet habe. Das Freetown-Treffen [...] sei trotz Äthiopiens guten Willens und Mitarbeit allein daran gescheitert, daß die Sudanesen auf den Frieden nicht vorbereitet gewesen seien und ihn fürchteten. Mengistu betonte weiterhin, daß sich Äthiopien zu dem Treffen infolge der äthiopischen Siege ‚from a position of strength' begeben habe". Vgl. den Drahtbericht Nr. 113; Referat 320, Bd. 125166.
Botschafter Kahle, Khartoum, referierte am 19. Februar 1979 eine Stellungnahme des sudanesischen Außenministeriums: „Der Sudan sei nach Freetown gegangen ‚with an open heart and mind to attain a clear objective: normalization of relations with Ethopia'. Dabei sollte das wesentliche Problem zwischen dem Sudan und Äthiopien, nämlich Eritrea, diskutiert werden, vor allem wegen der etwa dreihunderttausend eritreischen Flüchtlinge im Sudan. Die äthiopische Seite habe ausdrücklich die Existenz eines eritreischen Problems verneint und eine Lösung der ‚äthiopisch/sudanesischen Konflikte' gefordert, hierfür aber keine Vorschläge angeboten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 51; Referat 320, Bd. 125166.

17 Botschafter von Pachelbel-Gehag, Addis Abeba, stellte am 19. November 1979 zum Vorgehen der äthiopischen Regierung im Eritrea-Konflikt fest: „A) Es sind hier keinerlei äthiopische Versuche zur Konfliktbeilegung durch politische Mittel erkennbar. B) Im Gegenteil, Nachrichten über gerade in letzten Wochen in den Norden Äthiopiens verlegte Truppen und mit sowjetischen ‚Antonow'-Transportflugzeugen von Addis Abeba nach Asmara geflogenes umfangreiches Militärmaterial mehren sich. Folgerung der Vorbereitung eines militärischen Angriffs auf eritreische Positionen um Nakfa liegt nahe, nachdem äthiopische Armee sich von den im Sommer d. J. erlittenen empfindlichen Verlusten erholt hat und neu disloziert wurde". Vgl. den Drahtbericht Nr. 592; Referat 320, Bd. 125166.

97

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Diouf in Dakar

VS-NfD **3. April 1979**[1]

Weitere Teilnehmer: Auf senegalesischer Seite: der Außenminister[2]. Auf deutscher Seite: StS Hermes, Botschafter Török, MD Ruhfus.

Ministerpräsident *Diouf* begrüßte Bundeskanzler[3] im Namen von Präsident Senghor. Er betonte die große Bedeutung, die Senghor den deutsch-senegalesischen Beziehungen beimißt.[4]

Bundeskanzler bestätigte, Senghor sei ein großer Kenner der europäischen Geschichte. Er habe Präsident Senghor kürzlich vor dem Bundestag zitiert.

Ministerpräsident dankte für die vielfache Hilfe bei der Entwicklung seines Landes, insbesondere für die aufgestockte neue Hilfe für das Jahr 1979[5], ferner für die deutschen Beiträge zu den multilateralen Projekten wie Nutzbarmachung des Senegal[6]. Seine Regierung werde dafür eintreten, daß die Mittel sparsam und angemessen verwandt würden.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 4. April 1979 in Brasilia gefertigt und am 18. April 1979 an Staatssekretär Hermes übermittelt. Dazu vermerkte er: „Beigefügt übersende ich Ihnen den Sprechzettel für den Bundeskanzler sowie die Vermerke über die einzelnen Gespräche im Rahmen seiner Lateinamerikareise. Der Bundeskanzler hat den Vermerken noch nicht zugestimmt. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Herrn Bundesminister Genscher unterrichten würden."
Hat Hermes am 19. April 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Herrn Minister nach Rückkehr vorzulegen. 2) Abli[chtung] D 3 D 4 D 2. 3) StS van Well n[ach] R[ückkehr]."
Hat Ministerialdirektor Meyer-Landrut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Limmer verfügte.
Hat Limmer am 25. April 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 330 verfügte und dazu handschriftlich vermerkte: „Nichts zu veranl[assen]."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hoff am 26. April 1979 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 330, Bd. 116138.

2 Moustapha Niasse.

3 Auf dem Weg nach Brasilien hielt sich Bundeskanzler Schmidt am 3. April 1979 bei einer Zwischenlandung in Dakar auf.

4 Botschafter Török, Dakar, erläuterte am 26. Februar 1979 die Haltung des Präsidenten Senghor zu Deutschland: „Senghor, der sich mehrere Jahre lang in deutscher Kriegsgefangenschaft befand und dort glücklicherweise gut behandelt wurde, so daß sein von der deutschen Romantik sowie von Frobenius und Heidegger mitgeprägtes Weltbild keinen Schaden nahm, hat sich stets für die Verbreitung der deutschen Kultur in Senegal eingesetzt. Ihm ist es zu verdanken, daß Deutsch an den Oberschulen des Landes erste Fremdsprache wurde. Auch die Einrichtung der Deutschen Abteilung der hiesigen Universität geht auf seine Anregung zurück." Vgl. den Schriftbericht Nr. 175; Referat 321, Bd. 127603.

5 Zur Aufstockung der Entwicklungshilfe für Senegal vgl. Dok. 5, Anm. 35.

6 Am 16. August 1979 führte Botschafter Török, Dakar, zur Entwicklungshilfe für Senegal und zur finanziellen Beteiligung am Ausbau von Wasserstraßen aus: „In den nächsten Tagen wird hier ein deutsch-senegalesisches Abkommen über Gewährung von bilateraler deutscher Entwicklungshilfe in Höhe von fast 150 Mio. DM unterzeichnet werden. Eine Summe von r[un]d 250 Mio. DM wurde für die Erschließung des Senegal- und Gambiabeckens zur Verfügung gestellt." Vgl. den Schriftbericht Nr. 726; Referat 321, Bd. 127603.

Bundeskanzler: Die zusätzliche Hilfe sei auch dafür gedacht, daß Senegal besondere Lasten in Shaba übernommen habe.[7]

Ministerpräsident: Die senegalesische Regierung fördere den Unterricht in deutscher Sprache. Sie würde es begrüßen, wenn ihr mehr Lehrer für die Unterrichtung in Deutsch zur Verfügung gestellt werden könnten.

Ministerpräsident übermittelt die Bitte Senghors um Institutionalisierung der Kontakte zwischen der SPD und seiner Partei.

Bundeskanzler erwiderte, die Bitte um zusätzliche Lehrkräfte solle geprüft werden.[8] Über das Anliegen, die Kontakte zwischen beiden Parteien zu institutionalisieren, werde er den Bundesgeschäftsführer Bahr und den Vorsitzenden Brandt unterrichten. Er sehe hier keine Schwierigkeiten.

Senegalesisches Stimmverhalten

Bundeskanzler dankte für das Stimmverhalten Senghors bei der Tagung der OAU in Khartum 1978[9] und bei der VN-GV 1978 hinsichtlich Resolutionen, die der Bundesregierung militärische und nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika vorwerfen.

Ministerpräsident sicherte zu, Senegal werde auf diesem Wege fortfahren.

Zaire

Ministerpräsident führte aus, Mobutu habe den echten Willen, die politische Lage zu ändern. Aber der zairische Staatsapparat sei unzureichend. Die westlichen Länder sollten weiter Hilfe leisten. Ein Zusammenbruch Zaires würde katastrophale Folgen für die ganze westliche Welt haben. Senegal werde seine Truppen bis zum Juni in Shaba belassen. Bis dahin hoffe Mobutu, eigene Truppen ausgebildet zu haben.

AM Karl-I-Bond sei eine integre Persönlichkeit, er versuche, gute und anständige Leute um sich zu versammeln.

Angola

Ministerpräsident: Das Interesse der angolanischen Regierung konzentriere sich jetzt auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Er habe den Eindruck, daß Neto jetzt einsieht, daß die Sowjetunion und Kuba Waffen liefern, aber nicht die wirtschaftliche Entwicklung des Landes vorantreiben können. Neto würde gerne wirtschaftliche Hilfe von Portugal und anderen westlichen Ländern erhalten. StS *Hermes* bestätigte, daß sich dies mit unserem Eindruck deckt.

7 Zu den militärischen Auseinandersetzungen im Mai 1978 in Zaire vgl. Dok. 5, Anm. 35. Ministerialdirektor Meyer-Landrut notierte am 19. September 1979 zur Beteiligung Senegals an einer afrikanischen Friedenstruppe für Zaire: „Als Teil der afrikanischen Streitmacht, die nach der Shaba-Krise 1978 in Shaba eingesetzt war, hatte Senegal ein Kontingent von 600 Mann abgeordnet. Die afrikanischen Truppen wurden vor kurzem abgezogen." Vgl. Referat 321, Bd. 127603.

8 Botschafter Török, Dakar, gab am 16. August 1979 einen Überblick zu den Kulturbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Senegal im zurückliegenden Halbjahr: „Die kulturelle Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten wurde im Berichtszeitraum durch die Errichtung einer Zweigstelle des Goethe-Instituts in Dakar und die Entsendung weiterer deutscher Lehrkräfte für den Deutschunterricht an hiesigen Gymnasien verstärkt." Vgl. den Schriftbericht Nr. 726; Referat 321, Bd. 127603.

9 In Khartum fand vom 7. bis 18. Juli 1978 die Außenministerkonferenz der OAU-Mitgliedstaaten statt, daran schloß sich vom 18. bis 22. Juli die OAU-Gipfelkonferenz an.

Bundeskanzler: Die Lage Shabas hänge letztlich ab von dem Funktionieren der Benguela-Bahn.[10] Da der Bahnbetrieb wegen der Unsicherheit in Angola nicht aufgenommen werden könne, bestehe auch keine Aussicht auf baldige Besserung der Situation in Shaba.

Ministerpräsident stimmt zu. Deshalb rufe Senghor auch immer wieder zur Versöhnung vor allem mit der UNITA auf. UNITA kontrolliere weite Landstriche, durch die die Bahn führe.[11]

Ministerpräsident stimmt dem Bundeskanzler zu, daß die kubanischen Truppen für Neto unentbehrlich sind[12], solange keine Einigung zwischen Neto und UNITA herbeigeführt wird.

Brasilianisch-afrikanische Beziehungen

Brasilien könnte die Gemeinschaft der lusitanischen Staaten zusammenbringen und in diesem Rahmen Angola zu einer gemäßigteren Haltung veranlassen.

Der *senegalesische Außenminister* berichtete über seine Gespräche im Februar dieses Jahres in Brasilien. Die alte und neue brasilianische Regierung[13] möchte ihre direkten Kontakte mit Afrika – ebenso wie mit Europa – ausbauen.

Einladung

Bundeskanzler lud Ministerpräsidenten zu einem offiziellen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland ein.

10 Infolge des Bürgerkriegs in Angola wurde 1975 die Benguela-Bahn geschlossen, die die Stadt Lobito in der Provinz Benguela mit der Westküste Afrikas verband. Legationsrat I. Klasse Schmidt, Kinshasa, berichtete am 25. September 1975: „Zaire ist durch die Vorgänge in Angola besonders betroffen. Seit die MPLA Lobito erobert hat, ist ein wichtiger Transportweg für die Ausfuhr des zairischen Kupfers blockiert." Vgl. den Schriftbericht Nr. 790; Referat 320, Bd. 108162.
Botschafter Ruete, London, übermittelte am 16. Februar 1979 Informationen des britischen Außenministeriums zu den Bemühungen der angolanischen Regierung um Wiederinbetriebnahme der Benguela-Bahn: „Es besteht der Plan, mit internationaler Unterstützung Benguela-Eisenbahn wieder zu eröffnen, wobei Hauptproblem Guerilla-Angriffe der UNITA und schlechter Zustand der Eisenbahnlinie sind. Form dieser internationalen Unterstützung steht noch nicht fest, da Beratungen noch ganz am Anfang sein sollen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 372; Referat 320, Bd. 125163.

11 Gesandter Gracher, Lissabon, informierte am 16. Januar 1979 über ein Presseinterview des Vorsitzenden der angolanischen UNITA: „Savimbi beurteilte die militärische Lage optimistisch, da die UNITA fünf Provinzen unter Kontrolle habe und in sechs anderen mehr oder weniger stark präsent sei. Eine Beendigung des Bürgerkrieges, die auf Vernichtung der UNITA aufbaue, sei nicht mehr möglich. Die Moral der kubanischen Truppen zerfalle. Nur die Präsenz der kubanischen, ostdeutschen und russischen Truppen beeinflusse das Kräfteverhältnis zugunsten der MPLA. [...] Zum Teil weigerten sich die kubanischen Truppen bereits, im Busch zu kämpfen und beschränkten sich auf den Schutz wirtschaftlich wichtiger Objekte. Es sei deshalb schon zu Verstimmungen zwischen der FAPLA und den Kubanern gekommen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 86; Referat 320, Bd. 125163.

12 Zur Beteiligung kubanischer Truppen am angolanischen Bürgerkrieg vgl. Dok. 11, Anm. 13.

13 João Baptista de Oliveira Figueiredo wurde am 15. März 1979 als Nachfolger des Präsidenten Geisel im Amt vereidigt. Gesandter Lewalter, Brasilia, legte dazu am 23. Februar 1979 dar: „In der Innenpolitik Brasiliens sind auch unter dem neuen Präsidenten General João Baptista Figueiredo, der am 15. März sein Amt antreten wird, die Weichen auf behutsame Fortführung der demokratischen Öffnung gestellt. Figueiredo kann sich im Kongreß auf eine bequeme Mehrheit stützen, trotz eines Oppositionsvorsprungs bei den Wahlen zum Senat vom 15. September 1978 von fast vier Mio. Stimmen. Er kann sich einer reformierten Verfassung bedienen, die Sondervollmachten des Präsidenten abschafft, ihn aber im Not- oder Ausnahmezustand hinreichend absichert. Doch die Parteienlandschaft ist unübersichtlicher geworden, die wirtschaftlichen Bedingungen dornenreicher, die soziale Temperatur und die Ungeduld vieler Brasilianer, die ein rasches Ende des Militärregimes herbeisehnen, gestiegen. Präsident Geisel brachte zur Bewältigung der wachsenden Schwierigkeiten Autorität auf, Unbeirrbarkeit, List. Von Präsident Figueiredo wird die Zukunft mindestens die gleichen Tugenden abverlangen." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht; Referat 330, Bd. 116019.

Ministerpräsident nahm dankend an. Der Zeitpunkt solle auf diplomatischem Wege vereinbart werden. Ministerpräsident betonte, daß die senegalesische Regierung weiterhin auf einen Besuch des Bundeskanzlers in Senegal hoffe.

Referat 330, Bd. 116138

98

Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt

114-1229/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1272
Citissime

Aufgabe: 3. April 1979, 12.50 Uhr[1]
Ankunft: 3. April 1979, 22.02 Uhr

Betr.: Ägyptisch-israelischer Friedensvertrag[2];
hier: Unterrichtung der Neun durch AM Vance

Nach mehrfacher Verschiebung aus Termingründen bat AM Vance die Botschafter der Neun am 2.4.79 zu sich, um ihnen die amerikanische Bewertung des Friedensvertrages und seine Einschätzung der weiteren Entwicklung zu erläutern. Einleitend betonte Vance die historische Bedeutung des Friedensvertrages, die der Region nach 30 Jahren Kriegszustand zum ersten Mal die konkrete Aussicht auf eine stabilere Entwicklung eröffne. Er unterstrich, daß der Vertrag auch nach amerikanischer Auffassung nur der erste, aber unerläßliche Schritt in Richtung auf die weiterhin angestrebte Gesamtlösung sei.

Im einzelnen:

1) Als nächste amerikanische Maßnahmen zur Durchführung des Friedensvertrages nannte Vance die Gewährung von insgesamt 4,5 Milliarden Dollar Haushaltsmitteln an Israel und Ägypten für militärische Hilfeleistung. Davon entfallen 3 Milliarden auf Israel, und zwar:

- einen nicht rückzahlbaren Betrag von 800 Millionen Dollar (grant) für die Errichtung von zwei neuen Flugplätzen, die anstelle der vier aufgegebenen Flugplätze im Negev errichtet werden;
- zwei Milliarden Dollar Foreign Military Sales (FMS), die nach den üblichen Raten zu verzinsen sind;
- zwei Milliarden Dollar für sonstige militärische Aufwendungen im Sinai sowie für die Modernisierung der israelischen Streitkräfte;
- ferner haben die USA (als nicht-militärische Maßnahme) ihre Ölgarantie an Israel von fünf auf fünfzehn Jahre verlängert.

[1] Hat Ministerialdirigent Müller und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 4. April 1979 vorgelegen.

[2] Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86.

- Die für Ägypten vorgesehenen 1,5 Milliarden Dollar sollen für die Modernisierung der ägyptischen Streitkräfte eingesetzt werden.[3]
  Die USA werden ihre bisherige Wirtschaftshilfe an Ägypten in Höhe von einer Milliarde Dollar jährlich fortführen;
- zusätzlich sind für die nächsten drei Jahre 300 Mio. Dollar vorgesehen für die Lieferung von Lebensmitteln, für den Wohnungsbau, für den Ausbau der Infrastruktur, insbesondere Wasserbauprojekte usw.

Vance erklärte, daß diese Gesamtplanung im Kongreß eine positive Aufnahme gefunden habe und daß er zuversichtlich sei, daß der Kongreß die erforderlichen Bewilligungen vornehmen werde.

2) Zur Erklärung der Neun[4] bemerkte Vance, daß seine Regierung diese Erklärung mit Genugtuung zur Kenntnis genommen habe (taken note with appreciation). In dem Wunsch und dem Ziel nach einer Gesamtlösung gebe es zwischen der amerikanischen Regierung und den Neun keinen Unterschied, die Frage sei jedoch, mit welcher Methode man dieses Ziel erreiche. Die USA sehen zu dem bisher beschrittenen Weg keine Alternative. Dies gelte auch für die Palästinenserfrage. Durch den Friedensvertrag sei zum ersten Mal erreicht worden, daß die Palästinenserfrage an der Spitze der Tagesordnung von Verhandlungen stehe – man mache sich natürlich keine Illusionen über die bevorstehenden Schwierigkeiten. Die amerikanische Regierung teile die Sorge der

[3] Am 29. März 1979 erläuterte Präsident Sadat Bundespräsident Scheel die amerikanische Militärhilfe für Ägypten: „Die Vereinigten Staaten hätten mit ihrem 1 1/2 Mrd.-Hilfsprogramm auf dem militärischen Sektor eine gute Grundlage für die Sicherheit Ägyptens gelegt. Hiervon würden zwei U-Boote, 800 Lastkraftwagen, ‚Phantom'-Kampfflugzeuge und ‚Hawk'-Raketen gekauft werden. Die Ägypter brauchten keine ausländischen Militärberater. Der Oktober-Krieg sei der modernste Krieg gewesen, der bisher geführt worden sei: ein elektronischer Krieg. Dennoch müsse er das Militär umorganisieren, um den modernen Bedürfnissen gerecht zu werden. Ägypten sei zur Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten bereit, nachdem diese die Politik des Weltpolizisten aufgegeben hätten. Ägypten seinerseits wolle auch nicht Polizist in der Region sein, aber es müsse sich verteidigen können." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 124987.
Am 2. April 1979 teilte Oberst i.G. Ehrlich, Kairo, zu den in Aussicht genommenen amerikanischen Rüstungslieferungen an Ägypten mit: „Von US-Seite stehen zur kurzfristigen Auslieferung zur Verfügung: Für Landstreitkräfte: A[rmored]P[ersonnel]C[arrier] 113, Lastwagen. Vor Festlegung, ob US-Panzer M-60 geliefert werden, soll geprüft werden, ob die Panzer sowjetischen Ursprungs durch Umrüstung (Einbau neuer Motoren und Kanonen) modernisiert werden können. Für Luftstreitkräfte: Transportflugzeuge C-130, F-4 ‚Phantom'. Schulung der ägypt[ischen] Piloten in USA vorgesehen. Die von ägyptischer Seite gewünschte Auslieferung von F-16 wird dagegen als unwahrscheinlich angesehen. Luftverteidigung: ‚Hawk'-Waffensystem. Seestreitkräfte: vier Zerstören der ‚Gearing'-Klasse (25 Jahre alt) sind zur Lieferung angeboten, jedoch wird vor Auslieferung Ausbildung des ägypt. Personals in USA für erforderlich gehalten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 602; Referat 310, Bd. 124989.

[4] Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten über den Nahen Osten vom 26. März 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 326.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler teilte der Botschaft in Paris am 3. April 1979 mit: „Die Neuner-Erklärung vom 26.3.79 ist im arabischen Raum nur auf geringe Resonanz gestoßen. Dies gilt sowohl für die Aufnahme durch die örtlichen Medien wie für Reaktionen arabischer Regierungen gegenüber unseren Vertretungen. Nur die syrische Regierung ist bisher konkret auf die Erklärung eingegangen. Am 27.3. hat der syrische Botschafter Attassi gegenüber D 3 vor einer Belastung der deutsch-arabischen Beziehungen durch ein ‚zu starkes Engagement' der Bundesregierung auf seiten der USA, Ägyptens und Israels zugunsten des ‚Separatfriedens' gewarnt. Die EG-Erklärung bringe trotz einer Abschwächung (nur erster Schritt, Gesamtlösung noch ausstehend, Rechte der Palästinenser müssen noch berücksichtigt werden, Kritik an israelischer Siedlungspolitik) Zustimmung zum Abschluß des Vertrages zum Ausdruck." Vgl. den Drahterlaß Nr. 186; Unterabteilung 31, Bd. 135595.

Neun in der Frage der israelischen Siedlungen, die in der Tat Fortschritte behindern könnte.[5]

3) Zu den Beschlüssen von Bagdad[6] bemerkte Vance, daß man zwischen den verbalen Erklärungen und der konkreten Durchführung unterscheiden müsse. Wie immer die Entwicklung weitergehe, werde Ägypten dringend auf westliche Unterstützung angewiesen sein. Er appellierte daher nachdrücklich an die Regierungen der Neun, in den kommenden Monaten, wo Sadat voraussichtlich einem arabischen Boykott ausgesetzt sei, sich ihrerseits an der Hilfe für Ägypten zu beteiligen. Es sei von großer Wichtigkeit, daß sich die Länder der freien Welt in dieser Lage der Unterstützung Ägyptens anschließen. Er hoffe, daß insbesondere die Neun sich diesem Appell nicht verschließen würden. Einige Regierungen der Neun hätten aufgrund ihrer besonderen Beziehungen zu arabischen Ländern auch die Möglichkeit, auf diese Länder politisch und diplomatisch einzuwirken.

4) Zur Einschätzung der Wirtschaftslage Ägyptens trug Cooper unter dem Eindruck eines kürzlichen Aufenthalts in Kairo vor, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung besser als erwartet darstelle. Das reale Wachstum habe in den letzten beiden Jahren acht Prozent erreicht[7], auch die Aussichten für die nächsten zwei bis vier Jahre seien nicht schlecht. Entscheidend sei, daß der Mangel an fiskalischer Disziplin überwunden werde. Als dringendste Aufgaben müßten städtische Infrastrukturprojekte, der Bau von Schulen, die Gewährung von Stipendien usw. in Angriff genommen werden. Die Ägypter selbst müßten Prioritäten setzen.[8] Die Weltbank werde in diesem Sommer Maßnahmen zur Anpassung des ägyptischen Fünfjahresplanes untersuchen und zu diesem Zweck einen Vertreter in Kairo stationieren. Im übrigen sei festzuhalten, daß der Umfang der arabischen Hilfe, der früher jährlich zwei Milliarden Dollar betragen habe, seit Mai 1977 auf mehrere hunderttausend Dollar zurückgegangen sei. Noch sei nicht klar, was der in Bagdad beschlossene „freeze" bedeute. Kuwait sei offenbar entschlossen, laufende Verpflichtungen zu erfüllen. Jedenfalls würde die Einstellung der laufenden arabischen Hilfe keine Katastrophe darstellen. Die größere Sorge der Ägypter gelte der Fortführung von Gastarbeiterüberweisungen aus dem Ausland in Höhe von zwei Milliarden Dollar, die offenbar durch die Bagdader Beschlüsse nicht berührt seien.[9] Cooper wies abschließend darauf hin, daß die europäischen Länder im Wege der Arbeitsteilung und Soforthilfe Zement und Stahlträger für den Wohnungsbau sowie Nahrungsmittel liefern sollten. Hier ergäben sich interessante Liefermöglichkeiten für die europäische Industrie.

5) Zur Haltung Saudi-Arabiens führte Vance aus, daß es auch im saudischen Interesse liegen müsse, eine Lage zu fördern, die den gemäßigten Staaten

5 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 5, Anm. 15.

6 Zur Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad vgl. Dok. 91, Anm. 9.

7 Der Passus „Zur Einschätzung ... acht Prozent erreicht" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vgl. Cooper."

8 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

9 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

Überlebens- und Entwicklungsmöglichkeiten biete. Er (Vance) sei fest überzeugt, daß ohne den Friedensvertrag ein weiterer Verfall der Stabilität in der Region unvermeidlich gewesen wäre. Die amerikanische Regierung habe den Saudis klargemacht, daß ihre Unabhängigkeit und Integrität auch für die USA von großer Bedeutung sei. In Nordjemen hätten die Amerikaner bewiesen, daß sie bereit seien, ihren Worten Taten folgen zu lassen.[10] Seine Regierung stehe mit den Saudis in engem Kontakt und lege ihnen – weniger in der Sprache als im Handeln – eine vorsichtige Politik nahe. Gegenwärtig seien die Saudis noch zwischen den Optionen hin und her gerissen.

6) Zu Syrien bemerkte Vance, daß dieses Land in der weiteren Entwicklung eine bedeutende Rolle zu spielen habe. Die USA hätten Syrien Unterstützung angeboten. Nach amerikanischer Einschätzung werde Assad – ein geschickter und fähiger Politiker – die Lage vor allem an den Interessen seines eigenen Landes messen und seine Optionen offenhalten.

Der Irak werde seine Haltung im Lichte der Entwicklung im Iran und der sowjetischen Haltung beurteilen müssen. Über die Position der Sowjetunion[11] bestehe in Washington kein klares Bild. Die Sowjets hätten sich bei der amerikanischen Regierung darüber beklagt, daß sie als Mitvorsitzender der Genfer Konferenz[12] von den Verhandlungen ausgeschlossen worden seien. Wahrscheinlich würden sie zunächst die Gruppe von Bagdad unterstützen, aber dies sei nach amerikanischer Einschätzung noch keine endgültige Entscheidung.

7) Zur Position der PLO erklärte Vance, daß auch diese Organisation anzuerkennen beginne, daß mit dem Friedensvertrag eine neue Lage geschaffen sei. Die PLO wünsche den Dialog mit den USA und sei in den letzten zwei Jahren diesem Ziel bei einigen Gelegenheiten – wie z.B. bei einem Besuch von Vance in Riad – nahegekommen. Entscheidend bliebe für die USA, daß die PLO zunächst das Existenzrecht Israels und die Resolution 242[13] anerkenne. Dies sei zwar nicht in naher Zukunft zu erwarten, aber in der weiteren Entwicklung nicht auszuschließen. Bei den bevorstehenden Verhandlungen werde die ägyptische Delegation wahrscheinlich auch Palästinenser enthalten, gegenwärtig sei jedoch noch nicht bekannt, wann die Palästinenser in die Delegation aufgenommen würden und wer dies sein werde. Die USA stünden mit Palästinensern auf dem Westufer in Verbindung, die dazu bereit seien, aber vorläufig aus verständlichen Sicherheitsgründen nicht genannt werden wollten und noch keine öffentliche Position beziehen könnten.

10 Zu den Rüstungslieferungen der USA an die Arabische Republik Jemen (Nordjemen) vgl. Dok. 92, Anm. 16.

11 Botschaftsrat Richter, Kairo, teilte am 7. April 1979 zur sowjetischen Haltung zum ägyptisch-israelischen Friedensvertrag mit: „Der hiesige sowjetische Gesandte äußerte sich bei einem Besuch in der Botschaft besorgt über die amerikanische N[ah]O[st]-Politik. Israel und Ägypten hätten sich für Waffen und Geld zu Sachwaltern der US-Interessen im N[ahen]O[sten] machen lassen. Washington lasse außer acht, daß die SU in dieser Region eigene Sicherheitsinteressen habe. Auf die Frage, ob damit u.a. Flottenstützpunkte im Mittelmeerraum gemeint seien, wurde geantwortet, am besten sei es, wenn solche Stützpunkte ‚nicht notwendig' seien." Vgl. den Drahtbericht Nr. 639; Unterabteilung 31, Bd. 135595.

12 Zur Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Genf vgl. Dok. 86, Anm. 21.

13 Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 20.

8) Abschließend erklärte Vance, daß er wegen dieser Fragen mit den Regierungen der Neun in enger Fühlung bleiben möchte und für Anregungen jeder Art dankbar sei.

[gez.] Dannenbring

VS-Bd. 11139 (310)

99

Vortragender Legationsrat von Studnitz an Botschafter von Staden, Washington

014-StS-315I/79 geheim **Aufgabe: 4. April 1979, 15.36 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 378
Citissime

Betr.: Schreiben Bundeskanzler an Präsident Carter

Sie werden gebeten, die in Anlage übermittelte Übersetzung eines Schreibens des Bundeskanzlers an Präsident Carter diesem so schnell wie möglich zu übermitteln und gleichzeitig anzukündigen, daß der Originalbrief sich auf dem Kurierwege befindet. Bundeskanzleramt bittet um Unterrichtung über den Zeitpunkt der Übergabe.

Studnitz[2]

Folgt Anlage

Dear Jimmy,

Thank you for your letter on the subject of MBFR which Ambassador Stoessel handed to me on 9 March.[3] I also had an opportunity to speak with Jim Callaghan about this matter on the margin of the European Council on 12 March.[4]

In the recent debate in the German Bundestag on security policy I again underlined the great importance of achieving progress in MBFR.[5] I also have a strong personal interest in these negotiations and share your view that it is necessary to get on with them in 1979. The conclusion of SALT II will certainly give important impulses to MBFR.

1 Durchdruck.

2 Paraphe.

3 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel vgl. Dok. 74.
Für das Schreiben des Präsidenten Carter vom 9. März 1979 an Bundeskanzler Schmidt vgl. VS-Bd. 543 (014).

4 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierminister Callaghan am 13. März 1979 am Rande des Europäischen Rats in Paris vgl. Dok. 79.

5 Zur sicherheitspolitischen Debatte des Bundestags am 8./9. März 1979 vgl. Dok. 80.

I very much welcome your intention to raise the subject of MBFR at your expected meeting with Secretary General Brezhnev[6] and draw his attention to the need for a clarification of the data base. In his speech of 2 March 1979[7] Mr Brezhnev dismissed the data discussion as an attempt by the West to evade an agreement.[8] It would therefore be very welcome if you could explain to Mr Brezhnev the substantial significance of a clarification of the data issue for defining the scope of the reductions and establishing real parity. Perhaps you could also tell him that the Western 1978 proposals[9] indicate that the West is endeavouring to achieve progress in the negotiations, but that no such progress can be expected unless the data base is clarified.

It would also be important in my view to point out to Mr. Brezhnev that collectivity is a reflection of the solidarity on which our Alliance bases its defence and is therefore an indispensable and central element of the position of the Allies. I believe that this principle can be given concrete shape in such a way that the legitimate interests of both NATO und the Warsaw Pact are taken into account.

The Associated Measures are part of the MBFR complex, the importance of which the Federal Government has underlined ever since the negotiations began.[10] I share your view that the Alliance should try to put a proposal for Associated Measures on the Vienna conference table soon.

The deliberations to date within the Alliance have made it clear that there exists agreement in principle on the majority of the Associated Measures discussed in Brussels.[11] As regards six of the nine measures there is virtual agreement on all essential points.

As regards ground and air inspections, the Federal Government faces certain problems since the entire territory of the Federal Republic of Germany is situated within the area of reductions. I appreciate the fact, however, that adequate verification measures are necessary and am willing, therefore, to agree in principle to inspections being included in a package of Associated measures. Our Governments are moreover agreed that the modalities of these inspections will have to be subject to considerable limitations. I recently discussed this with Ambassador Stoessel. On the whole my impression is that agreement on the exact scope of inspections could be reached very quickly.

6 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 212.

7 Korrigiert aus: „2 March 1977".

8 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, erklärte am 2. März 1979 in Moskau zu den MBFR-Verhandlungen: „Sie haben sich in Streitigkeiten über die Methoden der Berechnung des Personalbestandes der Streitkräfte der Seiten – bis hin zum letzten Koch und Sanitäter – festgefahren. Offen gesagt handelt es sich dabei schlicht und einfach um eine Taktik der westlichen Länder, um einen Versuch, einer Vereinbarung gerade dann aus dem Wege zu gehen, wenn die Positionen der Seiten im Wesen einander bedeutend nähergekommen sind. Schließlich ist es eine Tatsache, daß in Europa allgemein ein militärisches Gleichgewicht besteht, selbst wenn die Struktur der Streitkräfte jeder Seite ihre Besonderheiten hat." Vgl. BRESCHNEW, Wege, Band 7, S. 694.

9 Vgl. dazu die Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 19. April 1978 und die Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 13. Dezember 1978; Dok. 20, Anm. 3, und Dok. 39, Anm. 4.

10 Zur Frage begleitender Maßnahmen bei den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 20 und Dok. 63.

11 Am 7./8. Dezember 1978 fand in Brüssel die NATO-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 382.

The limitation of Out of Garrison Activities is a measure the impact of which on NATO forces has to be most carefully examined. I would suggest therefore that we instruct NATO military authorities to submit a conclusive study on this point.

On the whole, I feel that it should be possible to introduce a paper, which has been agreed between Washington, London and Bonn, into the NATO discussion soon, and I would then foresee a speedy conclusion of the deliberations within the Alliance.

In pointing out the considerable importance attached by the West to these measures for the verification of an MBFR agreement and the building of confidence in general, you could, I feel, let Secretary General Brezhnev know on behalf of the entire Alliance that a constructive Eastern reply to the forthcoming Western proposal on Associated Measures is expected.

Should it be possible to emphasize the subject of Associated Measures in the communiqué on your talks, this would represent a step forward in the discussion of Associated Measures which I would welcome.

With kind regards,
Yours sincerely
(sgd.) Helmut Schmidt

VS-Bd. 539 (014)

100

Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt

114-1236/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 4. April 1979, 12.48 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1048 **Ankunft: 4. April 1979, 16.55 Uhr**

Betr.: Frankreich und Deutschland
hier: Besorgnisse über künftigen Kurs deutscher Politik

Bezug: DB Nr. 3713 vom 4.12.78 – POL 321.00[2]
DB NATO-Botschaft Brüssel Nr. 351 vom 20.3.79 geh.[3]

[1] Hat Vortragendem Legationsrat von Nordenskjöld am 9. April 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann, Vortragenden Legationsrat Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Daerr verfügte.
Hat Daerr am 11. April 1979 vorgelegen.
Hat Hofstetter am 17. April 1979 vorgelegen.
Hat Hofmann am 18. April 1979 vorgelegen.

[2] Botschafter Herbst, Paris, berichtete: „Wieder einmal wird in Frankreich Deutschland diskutiert. Aber anders als im Sommer 1977, als die Affäre Kappler und Terrorakte der Baader-Meinhof-Gruppe zu einer vorwiegend links orientierten Kritik am angeblich undemokratischen Deutschland führten, sind es diesmal das rechte Spektrum und die bürgerliche Mitte, die unter nationalen Vorzeichen zum Nachdenken über das Verhältnis zum Nachbarn mahnen. Einen äußeren Anlaß setzte

Zur Information mit der Anregung, Bericht ChBK[4], PL, 201, 220, 213 und 012 vorzulegen.

Im Dezember letzten Jahres hatte die Botschaft darauf aufmerksam gemacht, daß unter der Oberfläche harmonischer amtlicher Beziehungen und ungeachtet der immer intensiver werdenden Verwurzelung der deutsch-französischen Zusammenarbeit in breiten Bevölkerungsschichten des Landes doch immer wieder Strömungen sichtbar werden, die, oft von klischeehaften geschichtlichen Erfahrungen ausgehend, die Haltbarkeit der deutsch-französischen Aussöhnung in Zweifel ziehen. In öffentlichen und privaten Diskussionen taucht die Sorge vor einer deutschen Hegemonialstellung in Europa, mehr aber noch die Angst vor einer neuerlichen Hinwendung Deutschlands zu einer Position zwischen Ost und West auf. Den Hintergrund dieser wenig glücklichen Auseinandersetzung um die künftige Rolle Deutschlands geben die sich wandelnden Verhältnisse der großen Mächte zueinander ab.

Schon vor der Verschiebung der Gewichte zwischen Moskau und Peking, die mit dem Abschluß des chinesisch-japanischen Vertrages[5], der Aufnahme der Beziehungen zwischen Peking und Washington[6] und durch die Aktion Chinas gegen Vietnam[7] sichtbar geworden war, waren in der hiesigen „classe politique" auch Fragen nach der künftigen Stellung Frankreichs aufgetaucht. Denn die Schwierigkeiten der USA, ihre Positionen in der Welt zu halten, die Beun-

Fortsetzung Fußnote von Seite 444

der Staatspräsident selbst, als er unter Hinweis auf das wirtschaftliche (und damit auch das politische) Ungleichgewicht in Europa die Franzosen dazu aufrief, die Bundesrepublik Deutschland wirtschaftlich in zehn Jahren einzuholen. Dem fügten Gaullisten und Sozialisten mit einer Debatte über die von der Europawahl und der Erweiterung der EG angeblich drohenden Gefahren für Frankreich deutschlandkritische Aspekte in der Sache hinzu. Offenbar davon inspiriert, kamen in der Presse alte unterschwellige Sorgen vor Deutschlands künftiger Entwicklung zum Vorschein." Vgl. Referat 202, Bd. 113562.

3 Vgl. Dok. 87.

4 Chef Bundeskanzleramt.
Manfred Schüler.

5 Am 12. August 1978 schlossen Japan und die Volksrepublik China einen Vertrag über Frieden und Freundschaft. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1225, S. 257–272. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 565 f.

6 Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China am 1. Januar 1979 vgl. Dok. 2, Anm. 3.

7 Zum Einmarsch von Truppen der Volksrepublik China in Vietnam am 17. Februar 1979 vgl. Dok. 46, Anm. 2.
Botschafter Wickert, Peking, berichtete am 19. März 1979: „Der chinesische Außenminister Huang Hua gab am Freitag abend (16.3.) bekannt, daß sich die chinesischen Truppen sämtlich aus Vietnam zurückgezogen haben. Die ‚Strafaktion' hat 28 Tage gedauert, also etwas weniger als die chinesische Strafaktion gegen Indien (33 Tage) im Jahre 1962. Ob und wie weit die Chinesen sie als Erfolg werten können, läßt sich nicht mit einem Wort sagen. Die kommenden Verhandlungen mit Hanoi werden das Urteil entscheidend beeinflussen. [...] Positiv wird sich die Tatsache erweisen, daß sie das sowjetische Verhalten richtig eingeschätzt haben. Die Grenzen der sowjetischen Hilfsbereitschaft und Möglichkeiten sind aufgezeigt worden. Diese Erkenntnis könnte das Selbstbewußtsein anderer Staaten in ihrem Verhalten der Sowjetunion gegenüber – jedenfalls in Südost- und Ostasien – stärken." Vgl. den Drahtbericht Nr. 442; Referat 340, Bd. 110761.
Am 12. April 1979 teilte Wickert mit: „Assistierender Außenminister Song Zhiguang sagte mir heute, die Verhandlungen in Hanoi werden nunmehr am 14. April beginnen. Vietnam habe ursprünglich vorgeschlagen, die Verhandlungen abwechselnd in zwei Ortschaften beiderseits der gemeinsamen Grenze oder in einem dritten Land zu führen, und Hanoi nur nebenbei erwähnt. Daß China sich aber entschieden habe, nach Hanoi zu reisen, zeige sein Interesse an den Verhandlungen und die Bereitschaft, den Vietnamesen entgegenzukommen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 574; Referat 340, Bd. 110762.

ruhigung über die amerikanische Führungsschwäche besonders unter Carter und letzthin die Sorge, daß zu der bestehenden Überlegenheit bei der konventionellen Bewaffnung auch auf nuklear-strategischem Gebiet der SU nunmehr ein zu großes Gewicht zuwachse, sind Elemente, die im Bewußtsein politisch denkender Franzosen die Furcht vor einer Destabilisierung auch der französischen Lage entstehen lassen.

Unter diesen summarisch skizzierten Bedingungen kommt dem deutsch-französischen Verhältnis besondere Bedeutung zu. Die geographische Lage Frankreichs und die sich daraus ergebenden militärischen Konsequenzen machen es unausweichlich, daß Deutschland im Grunde für Frankreich zu allen Zeiten wichtiger war als Frankreich für Deutschland. Insbesondere die seit dem letzten Krieg eingetretenen Veränderungen in Europa haben die Einsicht, auf eine gute Partnerschaft mit Deutschland angewiesen zu sein, verstärkt. Deshalb treten die hier und da noch vorhandenen anti-deutschen Ressentiments, wie wir sie auch in den letzten Jahren bei Minderheiten beobachten mußten, hinter den wohltätigen Ergebnissen einer erfolgreichen deutschen Frankreich- und Europapolitik zurück, wie sich auch – zumal in der jüngeren französischen Generation – das Bewußtsein einer zunehmenden Normalisierung des Verhältnisses zum Nachbarn, ja der Zusammengehörigkeit, deutlich verstärkt. Gleichwohl wird hier jedes auch nur vermeintliche Anzeichen, das die Zuverlässigkeit unserer Demokratie, die Dauerhaftigkeit unserer Option für die Zusammenarbeit mit dem Westen oder unsere Bündnistreue in Frage stellt, vor dem Relief historischer Sorgen interpretiert.

Die eine Sorge der Franzosen, wie sie uns aus Kommentaren der Presse wie auch aus den bestätigenden Gesprächen mit Beobachtern der französischen Szene geläufig ist, betrifft unsere wachsende wirtschaftliche, militärische und damit politische Stärke. Dieser Aspekt verbindet sich häufig mit dem Bild einer Frankreichs Unabhängigkeit bedrohenden engen deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit oder eines größer werdenden relativen Gewichts der Bundesrepublik Deutschland in der NATO. Unbehagen bereitet auch die deutsche Nuklearenergiepolitik, da hier in französischen Augen nicht eindeutig verständlich erscheint, welche letzten Ziele wir mit unserem Brasiliengeschäft[8] oder dem Bau einer eigenen Anreicherungsanlage[9] verfolgen.

Schwerwiegender aber wird die klassische, im historischen Ablauf immer wiederkehrende Frage nach Deutschlands Stellung zwischen Ost und West empfunden, die in jüngster Zeit häufiger gestellt wird. Dies liegt in der Logik der Entwicklung: Die relative Stärke und damit auch der politische Manövrierraum der Bundesrepublik Deutschland wachsen, ihre Beziehungen zur SU und zur DDR werden normaler, weltweit treten ideologische Triebkräfte eher zurück. Schon unser Engagement für MBFR hatte zu der mehrfach ausgesprochenen Frage geführt, ob das von der SU propagierte Sonderstatut für Mitteleuropa nicht auf die Auflockerung unserer Westverankerung ziele. Vor dem Hintergrund früherer deutscher Orientierungen nach Osten (immer wieder zitiert:

[8] Die Bundesrepublik und Brasilien unterzeichneten am 27. Juni 1975 ein Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 335 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, I, Dok. 179.

[9] Zum Konzept der Bundesregierung für die friedliche Nutzung der Kernenergie vgl. Dok. 141.

Tauroggen[10], Rapallo[11], Moskau 1939[12]) und angesichts des zunehmenden chinesischen Drucks auf die SU löste die Ernennung Semjonows zum Botschafter in Bonn[13] phantasievolle, von den Realitäten weit entfernte Spekulationen aus, die in den Augen der Verfechter solcher Thesen durch jedes deutsch-sowjetische und deutsch-deutsche Gespräch zusätzliche Nahrung erhalten. So wird spekuliert, daß die Sowjets – um Ruhe an ihrer Westfront bemüht – mit substantiellen Angeboten versuchen könnten, uns allmählich aus unserer Bindung an den Westen zu lösen. Zuvörderst ist dies gewiß journalistische Spekulation, hinter der allerdings auch echte Sorgen amtlicher Kreise stehen, über die man mit uns aus verständlichen Gründen kaum spricht.

Wir können nicht übersehen, daß diese ausgesprochenen und unausgesprochenen Zweifel an der Dauerhaftigkeit unserer Bindung an den Westen und damit auch an unserer Bündnistreue jüngst durch die vom Ausland aus nicht leicht zu deutende Diskussion über unsere Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik eher noch verstärkt worden sind. Wohin führt die wiederbelebte These von der Möglichkeit eines „begrenzten Nuklearkrieges", etwa zu einer „Abkoppelung" der Bundesrepublik Deutschland? – Wird die Bundesrepublik Deutschland künftig in wachsendem Maße einem stärkeren politischen Druck der Sowjetunion Rechnung zu tragen haben (vgl. General a. D. Gallois, DB Nr. 940 vom 27.3.1979[14])? Ist der öffentliche Meinungsstreit zwischen deutschen Politikern über besondere deutsche Wege zur Lösung des Sicherheitsproblems in Mitteleuropa nicht

10 Am 30. Dezember 1812 unterzeichneten der preußische General Graf Yorck von Wartenburg und der russische General von Diebitsch in Tauroggen einen Waffenstillstand, der das preußische Hilfskorps der Großen Armee des Kaisers Napoleon neutralisierte und den Bündniswechsel Preußens einleitete.

11 Zum Vertrag von Rapallo vom 16. April 1922 zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik vgl. Dok. 88, Anm. 6.

12 Das Deutsche Reich und die UdSSR schlossen am 23. August 1939 in Moskau einen Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrag. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228.

13 Wladimir Semjonowitsch Semjonow war seit 21. November 1978 Botschafter der UdSSR in Bonn. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 325.

14 Botschafter Herbst, Paris, teilte zu strategischen Überlegungen des französischen Generals a. D. Gallois mit: „Nach Gallois besteht die Hauptgefahr für Europa darin, daß die SU aus politischen Gründen eine vollständige Abkopplung der Bundesrepublik Deutschland vom Atlantischen Bündnis mit der Drohung eines ausschließlich auf die Bundeswehr gerichteten Nuklearschlags ohne ‚collateral damages' herbeiführen könnte. Damit entstehen nach Gallois folgende neue Situationen: Nicht nur das System der ‚flexible response', sondern auch die amerikanischen und französischen Systeme der massiven Abschreckung gerieten in Gefahr, funktionsunfähig zu werden. Dem entsprechen bereits jetzt das Umdenken der Amerikaner in Richtung auf eine ‚anti-forces'-Strategie. Die jetzt als Möglichkeit erscheinende Strategie eines unter Aussparung französischer und anderer westeuropäischer Ziele, ja selbst amerikanischer Truppen in Deutschland ausschließlich auf die Bundeswehr gerichteten Nuklearschlages verstärke den politischen Druck auf Deutschland und Westeuropa in Richtung auf eine ‚Finnlandisierung' (‚défaite sans combat')." Dazu führte Herbst weiter aus: „Für das politische Denken in Frankreich signifikativ und das deutsch-französische Verhältnis folgenreich könnten sich allerdings die Überlegungen erweisen, die Gallois für die weitere Entwicklung Deutschlands anstellt: Die Einsicht in die Überlegenheit der Sowjets im Mittelstreckenbereich müsse zunächst in der Perzeption der Beteiligten den Abstand zwischen den Nuklearmächten und den nuklearen Habenichtsen vergrößern. Danach würde sich die Überzeugung von der Unvermeidlichkeit einer ‚défaite sans combat' einstellen, die geradlinig zu einer ‚Finnlandisierung' Deutschlands, seiner Hinwendung zur SU, führen müßte." Der ehemalige Staatssekretär beim französischen Ministerpräsidenten, Hamon, meine sogar, „daß in einer solchen Situation eine Wiedervereinigung denkbar sei, weil die SU militärisch ein Gesamtdeutschland dann nicht mehr zu fürchten habe". Vgl. VS-Bd. 10548 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

bereits ein erster Schritt in dieser Richtung? Die jüngsten Spionagefälle[15] haben in französischen Augen die Anfälligkeit unseres Landes für östliche Infiltrationsversuche gezeigt, was Zweifel an unserer Zuverlässigkeit weckt.

Die deutsch-französischen Beziehungen können von diesen Vorgängen nicht profitieren. Zwar steht die Aufrichtigkeit unserer amtlichen Politik außer Zweifel. Doch hört man zuweilen, daß das Jahrhundertwerk der deutsch-französischen Aussöhnung und Zusammenarbeit immer noch zu sehr – und zwar auf beiden Seiten – vom guten Willen einiger weniger abhinge, die zudem starken innenpolitischen Pressionen ausgesetzt seien. So setzen in Frankreich führende gaullistische Kreise dem Staatspräsidenten[16] unter Berufung auf deutsche „incertitudes" zu und erfreuen sich dabei der Unterstützung durch die Kommunisten.

Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß derlei französische Unsicherheit und Zweifel einhergehen mit einem Mangel an Selbstvertrauen: Franzosen neigen nun einmal leicht zu der Annahme, von ihren Nachbarn – voran den oft überschätzten Deutschen – beim Aufbau Europas übervorteilt zu werden und politisch wie wirtschaftlich unter „Vormundschaft" zu geraten. Andererseits spüren sie, daß mit der Berufung auf Souveränität und Unabhängigkeit allein die ungewisse Zukunft ihres Landes nicht gemeistert werden kann, sondern daß Zusammenarbeit mit deutschen und anderen europäischen Partnern not tut. Deswegen konnte der deutsch-französische Vertrag von 1963[17] dem Denken breiter Schichten in Frankreich eine zukunftsweisende Orientierung geben. Deshalb auch die zunehmende Hinwendung nach Europa. In unserem eigenen Interesse sollten wir alles tun, Zweifel an unserer Bereitschaft zu dauerhafter loyaler Partnerschaft gar nicht aufkommen zu lassen. Diese Aufgabe wird uns lange gestellt bleiben und nie voll befriedigend zu lösen sein, da das französische Selbstverständnis dem nationalen Gedanken – auch dem deutschen nationalen Gedanken mit allen Versuchen, die ihm eigen sein könnten – stets eine hohe Priorität einräumt, und so unser eigenes anders geartetes nationales Selbstverständnis nur schwer in seiner Fülle erfassen wird.

[gez.] Herbst

VS-Bd. 10478 (201)

15 Zur Spionagetätigkeit der Mitarbeiterinnen bei der NATO in Brüssel, Lorenzen und Garbe, vgl. Dok. 87, Anm. 8.

16 Valéry Giscard d'Estaing.

17 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

101

Botschafter Ruth an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel

220-371.80-516/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 5. April 1979, 18.41 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1787 Plurez
Citissime nachts

Betr.: Special Group on Arms Control and Related Matters[2];
hier: Sitzung des NATO-Rats am 6.4.

Als Anlage wird der vorgesehene Text zur Einführung unseres Vorschlags durch Dg 22 übersandt. Die englische Übersetzung wird hier angefertigt. Zu einem Einführungs-Statement des Botschafters folgt gesonderte Weisung.[3]

Ruth[4]

Folgt Text der Anlage:

Einführung des Vorschlags einer besonderen Gruppe der NATO über Rüstungskontrolle und verwandte Angelegenheiten.

I. Die Bundesregierung mißt der Schaffung einer Special Group on Arms Control and Related Matters große Bedeutung bei. Sie ist der Auffassung, daß mit ihr eine wichtige sicherheitspolitische Aufgabe des Bündnisses in Angriff genommen werden kann. Die Arbeit der Gruppe soll möglichst rasch aufgenommen werden, so daß Beratungsergebnisse im Laufe dieses Jahres vorgelegt werden können.

Wir haben am 3. April einen Vorschlag für die Schaffung der Special Group zirkuliert, in dem ein Arbeitsprogramm und Überlegungen zu bestimmten prozeduralen Fragen enthalten sind.[5] Dazu gehört der Vorschlag, daß der Vorsitz

1 Durchdruck.

2 Zum Vorschlag der Bundesregierung zur Einrichtung einer Special Group der NATO vgl. Dok. 45 und Dok. 65.

3 Botschafter Ruth übermittelte am 5. April 1979 den Wortlaut „einführender Bemerkungen" des Botschafters Pauls, Brüssel (NATO), zum Vorschlag der Bundesregierung, im Rahmen der NATO eine „Special Group on Arms Control" zu bilden: „Wir haben vorgeschlagen, daß der Bezugsrahmen der besonderen Gruppe der NATO-Rat der 15 sein soll. [...] Durch die Verankerung im Kreis der 15 würde sich die besondere Gruppe von der High Level Group unterscheiden. Wir meinen, daß es eine wichtige politische Tatsache ist, daß sowohl Umfang und Arbeit der Gruppe als auch das dokumentierte Interesse hierfür deutlich machen, daß das Bündnis einig ist in der Beurteilung der in der Mittelstreckendisparität liegenden Bedrohung und in der Überzeugung, daß eine solidarische Antwort gefunden werden muß." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1788; VS-Bd. 11390 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Paraphe.

5 Botschafter Ruth, z. Z. Washington, berichtete am 29. März 1979, daß am selben Tag im trilateralen Gespräch mit der amerikanischen und britischen Regierung der „Text für einen Vorschlag zur Schaffung einer Sondergruppe der NATO für Rüstungskontrolle und damit zusammenhängender Fragen erarbeitet und ad referendum verabschiedet" worden sei. Der als Anlage beigefügte Text solle am 3. April 1979 in der NATO zirkuliert und in den Hauptstädten übergeben werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1214; VS-Bd. 11390 (220); B 150, Aktenkopien 1979.
Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), teilte am 3. April 1979 mit: „Beim Private Luncheon der Stän-

dieser Gruppe wegen der zu behandelnden Thematik von den Vereinigten Staaten übernommen werden sollte. Wir haben in Vorgesprächen mit unseren amerikanischen Freunden festgestellt, daß sie bereit sind, diese Aufgabe zu übernehmen. Ich gehe davon aus, daß sie in dieser Sitzung selbst zu den Aufgaben einer Special Group Stellung nehmen werden.

II. Der Vorschlag für die Schaffung einer Special Group on Arms Control and Related Matters ergibt sich u. E. aus dem gegenwärtig vorherrschenden politischen Umfeld: SALT II steht vor dem Abschluß.[6] MBFR kann danach neue Impulse erhalten. Die öffentliche Diskussion über sicherheitspolitische Fragen, insbesondere über das Problem der TNF-Modernisierung, gewinnt an Intensität. Die Fortsetzung des SALT-Prozesses in SALT III ist anzunehmen.

Es ist zu erwarten, daß in SALT III die im Protokoll vorläufig geregelten Gegenstände weiter behandelt werden, darunter das für die Arbeit der Special Group besonders wichtige Thema der Cruise Missiles. Die Sowjetunion hat in zahlreichen Stellungnahmen deutlich gemacht, daß sie entschlossen ist, die Rüstungskontrollpolitik im nuklearen Bereich und dabei wiederum besonders im Bereich der Potentiale unterhalb der nuklear-strategischen Waffen als offensives Instrument einzusetzen. Der Versuch ist offensichtlich, durch erklärte Verhandlungsbereitschaft eine politische Wirkung im Westen zu erzielen, die einer Art psychologischem Freeze hinsichtlich der anstehenden verteidigungspolitischen Entscheidungen gleichkommt.

Die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung nuklearstrategischer Waffen sind für eine auf ein stabiles Gleichgewicht zwischen Ost und West gerichtete Politik von überragender Bedeutung. SALT ist ein wesentlicher Beitrag zur Stabilität und eine wichtige Voraussetzung für weiterreichende Stabilisierungsbemühungen. Gleichzeitig ist offenkundig, daß SALT für die Sicherheit der Mitglieder des Nordatlantischen Bündnisses außerordentliches Gewicht hat, weil, wie die amerikanische Regierung ausdrücklich unterstrichen hat, die strategische Stabilität untrennbar verbunden ist mit der Stabilität in und für Europa.

Während im Bereich der nuklear-strategischen Waffen die Vereinbarung paritätischer Höchstzahlen für die Träger bevorsteht, setzt sich im Mittelstreckenbereich die sowjetische Aufrüstung fort. Die Mittelstreckenpotentiale der Sowjetunion, die durch SALT-Vereinbarungen bisher nicht abgedeckt sind, haben für Europa strategische Bedeutung. Sie stellen das Bündnis vor eine sicherheitspolitische Aufgabe ersten Ranges und dürfen in den verteidigungspoliti-

Fortsetzung Fußnote von Seite 449

digen Vertreter habe ich den heute früh zirkulierten Vorschlag für eine Sondergruppe kurz erläutert und dabei auf die beabsichtigten weiteren prozeduralen Schritte hingewiesen [...]. Mein britischer und amerikanischer Kollege haben die Prozedurvorschläge unterstützt. [...] Der französische Botschafter, dem gegenüber ich vor dem Essen unter Bezugnahme auf die eingehenden deutsch-französischen Kontakte in Paris noch einmal unser großes Interesse an der Beteiligung Frankreichs erläutert hatte, wies zunächst darauf hin, daß der Standpunkt seines Landes in dieser Frage bekannt sei. Er könne heute nicht sagen, wie die Entscheidung seiner Regierung ausfallen werde. Frankreich wolle keine Schwierigkeiten machen, seine Teilnahme an der Ratssitzung am Freitag sei jedoch noch zweifelhaft." Vgl. den Drahtbericht Nr. 414; VS-Bd. 11390 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

6 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

schen Entscheidungen der NATO wie in den rüstungskontrollpolitischen Überlegungen des Bündnisses nicht außer Betracht bleiben.

Durch die Entwicklung bei den sowjetischen Mittelstreckenpotentialen besteht die Gefahr, daß die im interkontinental-strategischen Bereich erzielte Stabilität durch destabilisierende Entwicklungen im Mittelstreckenbereich beeinträchtigt wird. Hier liegt der Kern des sog. Grauzonenproblems, das für die Bemühungen um ein stabiles nukleares Gleichgewicht von größter Wichtigkeit ist.

Nach Auffassung der Bundesregierung ist es zweckmäßig, zwischen der vom Bündnis für erforderlich gehaltenen Modernisierung und Stärkung des TNF-Potentials und dem sog. Grauzonenproblem zu unterscheiden. Bei der TNF-Modernisierung geht es darum, das westliche Potential in dem Umfang zu stärken, der erforderlich ist, um den Verteidigungsverbund des Bündnisses und damit die Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit auch künftig zu gewährleisten. Diese Entscheidungen des Bündnisses orientieren sich damit an dem für die Verteidigung Notwendigen.

Das Grauzonenproblem liegt in den zugunsten der Sowjetunion bestehenden und sich vergrößernden Disparitäten im Mittelstreckenbereich und in der Tatsache, daß es über deren rüstungskontrollpolitische Behandlung noch keine Vorstellungen gibt. Diese Disparitäten stehen bislang den rüstungskontrollpolitischen Bemühungen um ein stabiles Gleichgewicht entgegen. Das Problem der Disparitäten wird deshalb durch die in ihrem Unfang begrenzte TNF-Modernisierung nicht erledigt.

Es stellt sich die Frage, ob es möglich ist, über die zur Verteidigungsfähigkeit notwendigen Modernisierungsentscheidungen des Bündnisses hinaus einen rüstungskontrollpolitischen Beitrag zur weiteren Stabilisierung zu leisten.

Die Sowjetunion hat die Bereitschaft erklärt, auch über Waffensysteme zu verhandeln, die bisher nicht in Verhandlungen einbezogen sind und auf der anderen Seite Besorgnis hervorrufen. Hierzu gehört aus westlicher Sicht das sowjetische Übergewicht im Mittelstreckenbereich. Die Sowjetunion hat zu diesem Problem bisher nicht Stellung bezogen. Statt dessen versucht sie, die notwendigen verteidigungspolitischen Entscheidungen des Bündnisses durch gezielte propagandistische und politische Aktionen zu erschweren, wenn nicht zu vereiteln. Dabei sollen im Westen auch rüstungskontrollpolitische Erwartungen geweckt werden, die auf eine Alternative: Modernisierung oder Rüstungskontrolle hinauslaufen würden. Diese Alternative würde sich aber nur im Westen stellen. Die Rüstungspolitik der Sowjetunion hat bereits Tatsachen geschaffen. Bemerkenswert ist auch, daß die Sowjetunion vorläufig nicht nur keine konkreten, ihre eigenen Mittelstreckenpotentiale einbeziehenden Vorschläge gemacht hat. Vielmehr wird unverändert versucht, nur die Einbeziehung des ohnehin unterlegenen nuklearen Potentials des Westens unterhalb der interkontinentalen strategischen Ebene durchzusetzen. Diese Zielsetzung ist mit der sowjetischen Interpretation dessen, was als strategisch zu bezeichnen ist, und mit der sowjetischen Kategorie der forward based systems verbunden.

Das Bündnis kann dieser aktiven Politik der östlichen Seite u.E. entgegentreten und negative Wirkungen auf die verteidigungspolitischen Entscheidungsprozesse vermeiden, wenn es selbst eine konkrete rüstungskontrollpolitische

Position in diesen Fragen entwickelt. Dies wäre die Aufgabe der von uns vorgeschlagenen Special Group on Arms Control and Related Matters dealing with the question of arms control involving theater nuclear systems and related political issues. Das Bündnis könne ein rüstungskontrollpolitisches Instrument entwickeln, das auf Ausgewogenheit der öffentlichen Diskussion und der Verhandlungen gerichtet ist. Es würde sichtbar klarstellen, daß die Solidarität der Bündnispartner und die Kohäsion des Bündnisses gleichermaßen für die Verteidigungspolitik wie für die Rüstungskontrollpolitik gilt und daß das Bündnis entschlossen ist, die im Mittelstreckenbereich liegende Herausforderung durch ein klares Konzept zu meistern, das aus einer Kombination von verteidigungspolitischen Entscheidungen und rüstungskontrollpolitischen Vorstellungen besteht. Auch so verstehen wir unseren Vorschlag, parallel zur High Level Group eine besondere rüstungskontrollpolitische Gruppe ins Leben zu rufen. Beides zusammen erscheint uns notwendig, um die Handlungs- und Verhandlungsfähigkeit des Bündnisses sicherzustellen.

III. Es liegt auf der Hand, daß der Zusammenhang zwischen verteidigungspolitischen Entscheidungen und einem rüstungskontrollpolitischen Konzept erst mit dem Abschluß der Arbeiten der Special Group eindeutig definiert werden kann. Die Herausarbeitung des Verhältnisses zwischen beiden Aufgaben wird sicherlich eine der politisch besonders relevanten Aufgaben der kommenden Monate sein.

Bei der Einführung des Vorschlags für die Schaffung einer Special Group kann die Frage nach diesem Verhältnis naturgemäß noch nicht konkret beantwortet werden. Wichtig erscheint uns jedoch, daß das Bündnis beginnt, parallel zu den Arbeiten der High Level Group eine rüstungskontrollpolitische Perspektive zu entwickeln und damit die Doppelstrategie des Bündnisses auch in diesem Bereich deutlich zu machen. Wir betrachten die Arbeiten und die zu erwartenden Empfehlungen der neuen Gruppe nicht als Alternative zu den Modernisierungsbemühungen des Bündnisses. Grundlage künftiger rüstungskontrollpolitischer Überlegungen müssen nach Auffassung der Bundesregierung glaubwürdige Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit und die verteidigungspolitische Solidarität des Bündnisses sein.

Die Beschäftigung mit dem Grauzonenproblem bedeutet eine Konzentration auf ein spezifisches und besonders aktuelles Thema der Rüstungskontrolle. Es kann jedoch nicht isoliert betrachtet und gewissermaßen als unabhängige rüstungskontrollpolitische Schicht behandelt werden. Auch die rüstungskontrollpolitischen Bemühungen müssen den Verbund des Verteidigungsspektrums berücksichtigen und die politische Koppelung zwischen den Teilen dieses Verbundes verstärken. Dies ist ein weiterer Grund, warum wir vorgeschlagen haben, unsere amerikanischen Freunde zu bitten, den Vorsitz über die Special Group zu übernehmen. Er macht im übrigen auch deutlich, daß sich die rüstungskontrollpolitischen Überlegungen auf sowjetische und amerikanische Systeme richten sollen.

Zum Gedanken der Parallelität zwischen High Level Group und Special Group ist noch folgendes zu sagen:

Die beiden Gruppen sollen nach unserer Vorstellung parallel, aber unabhängig voneinander arbeiten. Dabei ist es selbstverständlich, daß beide Gruppen die

für sie relevanten Arbeitsergebnisse der anderen Gruppe zur Kenntnis nehmen. Das Ziel ist, daß sie sich gegenseitig die Arbeit erleichtern, wo das möglich ist, aber keinesfalls soll ein starkes Junktim hergestellt werden, das etwa die notwendigen Entscheidungen im Modernisierungsbereich erschweren würde. Es wird sich später die Frage stellen, wie die Ergebnisse der Arbeiten beider Gruppen prozedural zusammengeführt und als Basis für Ministerentscheidungen verarbeitet werden können.

Wir haben in unseren Vorschlag bereits zeitliche Überlegungen eingebaut. Damit sollte deutlich werden, daß die Arbeit der Special Group zügig aufgenommen und vorangebracht werden soll und daß sich die zeitlichen Zielvorstellungen mit den Vorstellungen für die Arbeiten der High Level Group decken sollten. Wir sind uns darüber im klaren, daß dies außerordentlich intensive Arbeit bedeutet, meinen aber, daß der erforderliche Aufwand der Wichtigkeit der zu behandelnden Frage entspricht.

Die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn eine prinzipielle Entscheidung über die Schaffung der Special Group schon heute gefällt und dann das Mandat für ihre Arbeiten verabschiedet werden könnte. Wir stehen für noch offene Fragen im Zusammenhang mit unserem Vorschlag gerne zur Verfügung.[7]

VS-Bd. 11390 (220)

[7] Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, resümierte am 6. April 1979 die Beratungen im Ständigen NATO-Rat vom selben Tag: „Unser Vorschlag für Schaffung einer besonderen Gruppe der NATO über Rüstungskontrolle fand in heutiger Sitzung des Rats – ohne Frankreich – die grundsätzliche Zustimmung und Unterstützung aller Bündnispartner. Auch der Termin 18.4. als Arbeitsbeginn der Gruppe wurde bestätigt. [...] Französischer Ständiger Vertreter hatte überraschend schon zu Beginn der MBFR gewidmeten Morgensitzung des Rats klargestellt [...], daß Frankreich sich nicht in der Lage sehe, an der für Spätvormittag einberufenen Sitzung teilzunehmen. Frankreichs Haltung zur Stationierung von amerikanischen Nuklearwaffen in Europa und zu SALT III sei allen Verbündeten bekannt. Die französische Regierung habe am 10.1.79 deutlich gesagt, daß Frankreich nicht an Grauzonen-Verhandlungen teilzunehmen wünsche. Es sei nur logisch, daß Frankreich auch an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen werde. Damit sei es auch nicht der Rat, der sich mit diesem Thema befasse. Das heiße jedoch nicht, daß Frankreich die Einsetzung der besonderen Gruppe behindern wolle." Vgl. den Drahtbericht Nr. 635; VS-Bd. 11390 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

102

Gesandter Lewalter, Brasilia, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 279
Citissime

Aufgabe: 5. April 1979, 16.55 Uhr[1]
Ankunft: 6. April 1979, 14.31 Uhr

Betr.: BK-Besuch Brasilien[2]
hier: Gespräche, Erklärungen

I. MD Ruhfus hielt aus erstem Teil Gespräch BK mit Präsident F.[3] u. a. fest:

1) BK berichtete eingangs über Lage in Europa. EG im Begriff, Griechenland aufzunehmen[4], Spanien[5] und Portugal[6] würden folgen. Alle Zwölf stünden gegenwärtig vor schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Problemen. Ölpreisexplosion[7] habe zu Arbeitslosigkeit und erheblicher Inflation in den Ländern geführt. Soziale und politische Konsequenzen. Italien[8], GB[9] und Belgien[10] zur Zeit praktisch ohne Regierung. Innenpolitische Situation in Frankreich nicht ohne Besorgnis[11], wirtschaftliche Zusammenarbeit mache nur langsam Fortschritte. Fehle gemeinsame Energiepolitik.

In West- und Mitteleuropa hätten Menschen im allgemeinen Gefühl des Friedens und der äußeren Sicherheit. Regierungen dagegen hätten außen- und sicherheitspolitische Sorgen. Keine akuten militärpolitischen Probleme. Jedoch hätten Regierungen Gefühl, daß mittelfristig Aufrüstung Warschauer Pakts

1 Hat Vortragendem Legationsrat Roßbach am 6. April 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hoff am 9. April 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Haeften vorgelegen.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 3. bis 7. April 1979 im Rahmen einer Lateinamerika-Reise in Brasilien auf.

3 João Baptista de Oliveira Figueiredo.

4 Zur Unterzeichnung des Vertrags über den EG-Beitritt Griechenlands am 28. Mai 1979 in Athen vgl. Dok. 86, Anm. 38.

5 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 56, Anm. 27.

6 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals vgl. Dok. 83, Anm. 10.

7 Auf einer außerordentlichen Tagung am 26./27. März 1979 in Genf beschlossen die OPEC-Mitgliedstaaten, die für das dritte Quartal 1979 vorgesehene Preisanhebung auf den 1. April 1979 vorzuziehen. Der Preis für ein Barrel Rohöl sollte demnach ab 1. April 1979 14,546 US-Dollar betragen. Weitere Preisanpassungen blieben den Mitgliedstaaten vorbehalten. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 210 f.

8 Ministerpräsident Andreotti erklärte am 31. Januar 1979 seinen Rücktritt. Am 21. März 1979 bildete er eine neue Regierung, der neben der Democrazia Cristiana die Republikanische Partei (PRI) und die Sozialdemokratische Partei (PSDI) angehörten. Die neue Regierung unterlag am 31. März 1979 in der Vertrauensabstimmung im Senat und erklärte sodann ihren Rücktritt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1979, Z 33 und Z 76.

9 Am 28. März 1979 sprach das britische Unterhaus der Regierung das Mißtrauen aus. Premierminister Callaghan erklärte daraufhin seinen Rücktritt. Am folgenden Tag wurden Neuwahlen für den 3. Mai 1979 festgesetzt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1979, Z 75.

10 Die Wahlen zum belgischen Parlament fanden am 17. Dezember 1978 statt. Am 3. April 1979 wurde der Vorsitzende der Christlichen Volkspartei, Martens, zum Ministerpräsidenten ernannt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1979, Z 13 f. und 83 f.

11 Zur französischen Innenpolitik vgl. Dok. 56, Anm. 26.

großes Tempo vorlege. Gleichgewicht könnte in zweiter Hälfte 80er bzw. in 90er Jahren verändert werden.

Besorgnis in Europa wegen Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten: Türkei[12], Spaltung arabischen Lagers, innenpolitische Schwierigkeiten in Ägypten. Camp David I[13] und II[14] nur Vorstufe für bevorstehende schwierige Verhandlungen über Gaza, Westufer, Jerusalem, Golan.[15] Situation heute schwieriger als unmittelbar nach Reise Sadats nach Jerusalem Ende 1977.[16] Sowjetunion ohne unmittelbare Vorteile aus dieser Situation, verfüge sie jedoch über Störpotential über ihre Einwirkungen auf Irak und Syrien. Dazu komme starkes sowjetisches Engagement in Südjemen und Äthiopien[17]. Entwicklung im Iran zwar[18] vorauszusehen, könne jedoch zu starkem Einfluß Sowjetunion führen. Vordringen Sowjets in Afghanistan[19] löse bei Europäern Sorge wegen mög-

12 Zur Verhängung des Ausnahmezustands in der Türkei vgl. Dok. 17, Anm. 15.
Am 23. April 1979 führte Gesandter von Alten, Ankara, zu einer Verlängerung des Ausnahmezustands in der Türkei aus: „Kabinett und Parlament werden demnächst über Aufhebung oder Fortbestand des am 26.6.1978 proklamierten Ausnahmezustandes in 13 türkischen Provinzen zu entscheiden haben. Eine die Verlängerung befürwortende Entscheidung wird allgemein erwartet, da ein durchgreifender Erfolg bei der Bekämpfung der Terrorszene trotz des Ausnahmezustandes in den als besonders anfällig angesehenen Provinzen bisher noch nicht erreicht werden konnte und auch die Opposition weniger gegen den Ausnahmezustand als solchen als gegen seine ‚demokratische', d.h. nicht ausreichend harte Handhabung ist." Vgl. den Schriftbericht Nr. 659; Referat 203, Bd. 115908.
Alten berichtete am 26. April 1979, daß das türkische Parlament am Vortag für eine Fortsetzung und Ausweitung des Ausnahmezustands gestimmt habe: „Bisheriger Ausnahmezustand ermächtigte Militär lediglich zum Eingreifen bei terroristischen Umtrieben. Nunmehr wurde Ermächtigung auf alle in Art. 124 der Verfassung genannten Voraussetzungen (Krieg, drohende Kriegsgefahr, Aufstand, gegen Vaterland und Republik gerichtete Bewegung) ausgedehnt. Damit wird eindeutig gegen immer wieder erwähnte separatistische Agitation in Ost- und Südostanatolien von innen und vom Außenland her Stellung genommen [...]. Ecevit sagte hierzu vor seiner Fraktion, daß die Entwicklung im Mittleren Osten der Grund für die Aktivierung separatistischer Elemente in den letzten Monaten in der Türkei gewesen sei. Ziel der separatistischen Bewegung, die als radikal links erscheine, in Wirklichkeit aber das Werk ‚kapitalistischer' Mächte sei, sei Unterminierung der arabischen und islamischen Länder in der ölreichen Region und gleichzeitig Minderung des Drucks auf Israel." Vgl. den Drahtbericht Nr. 435; Referat 203, Bd. 115908.

13 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.

14 Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.

15 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

16 Präsident Sadat hielt sich vom 19. bis 21. November 1977 in Israel auf.

17 Zu den Beziehungen zwischen Äthiopien und der UdSSR vgl. Dok. 96, Anm. 4.

18 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Roßbach hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „‚schwer'?"

19 Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 24. April 1979: „Unter dem Vorsitz Breschnews fand am 20.4. die erste Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjets statt. Hauptpunkt der Tagesordnung war die Ratifizierung des afghanisch-sowjetischen Vertrages über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit vom 5.12.1978. AM Gromyko erstattete Bericht. Ferner äußerte sich Politbürokandidat Ponomarjow in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Nationalitätensowjets. Ponomarjow wies unter anderem darauf hin, daß Artikel 8 des Vertrages (über das Zusammenwirken beider Seiten bei der Schaffung eines effektiven Sicherheitssystems in Asien) angesichts der chinesischen Aggression in Vietnam und der chinesischen Unterstützung regierungsfeindlicher Elemente innerhalb und außerhalb Afghanistans besondere Bedeutung zukomme. [...] Abschließend ergriff Breschnew das Wort. Er zog eine Verbindung zur leninschen Politik der Freundschaft gegenüber Afghanistan und nannte den Vertrag eine qualitativ neue Etappe in den sowjetisch-afghanischen Beziehungen. Das sowjetische Volk erweise dem afghanischen internationalistische Hilfe und Unterstützung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1441; Referat 213, Bd. 133203.
Am 20. Juni 1979 schilderte Botschafter Wieck, Moskau, das Gespräch eines Mitarbeiters der Bot-

licher Verschiebung weltpolitischen Gleichgewichts aus, ferner wegen Erdölversorgung und schließlich wegen Gefahr aus dieser Region kommender terroristischer Anschläge.

Wir hätten Ausgleich VR China–USA[20] mit großer Befriedigung gesehen, allerdings auch Bedenken wegen des Tempos des sich aufeinander Zubewegens beider Länder und emotionellen Reaktionen in der Sowjetunion.

„Stellvertreterkrieg" Vietnam–Kambodscha noch nicht vollständig beendet.[21] Von dort letztlich keine ernsthafte Gefahr für Weltfrieden. Anders Lage Naher Osten. Aufgrund Ölabhängigkeit Industrieländer könne Entwicklung dort zu einer lebensgefährlichen Bedrohung führen. Um so wichtiger würden nun andere, nichtarabische Staaten wie Mexiko und Nigeria, die über Öl verfügten. Nicht nur im brasilianischen Interesse würden wir es begrüßen, wenn Brasilien eigenes Öl finde.[22]

Sowjetischer Einfluß in Afrika sei gewachsen: Äthiopien, Mosambik, Angola. Hinter libyschem Engagement Uganda stünde letztlich auch Sowjetunion.[23] Kubaner führten in Afrika Art Stellvertreterkrieg für Sowjetunion.[24]

Bundesregierung sei befriedigt über derzeitigen wirtschaftspolitischen Kurs US-Regierung.[25] Noch nicht klar, ob es USA wirklich gelingt, Zahlungsbilanzdefizit abzubauen.

Bundesregierung bewundere Entwicklung in Brasilien. Brasilien werde aufgrund Größe, Bevölkerung, Bodenschätzen und wirtschaftlichen Wachstums größere Rolle in Weltpolitik spielen müssen.

Situation Entwicklungsländer Ende der 70er Jahre schlechter als Ende der 60er. Dies vor allem wegen Verteuerung Ölpreises und daraus resultierender Devisensituation. Wenig Sinn, über neue Weltwirtschaftsordnung zu streiten, da es alte nicht mehr gebe. UNCTAD werde in Manila gemeinsamen Fonds und integrierte Rohstoffabkommen beschließen.[26] Davon jedoch keine dauerhafte Lösung

Fortsetzung Fußnote von Seite 455

schaft mit dem für Afghanistan zuständigen Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium: „Boldyrew wies darauf hin, daß die SU die revolutionäre Entwicklung in Afghanistan von Anfang an begrüßt und das neue Revolutionsregime als erstes Land anerkannt habe. Der im Dezember abgeschlossene Freundschaftsvertrag sehe eine ‚allumfassende Zusammenarbeit' vor. Sowjetische Politik sei es, ausländischer Politik entgegenzuwirken, mit der eine Einmischung in innerafghanische Angelegenheiten beabsichtigt sei. Am Beispiel Afghanistans könne man erneut feststellen, daß jede Revolution ihre Konterrevolution ‚stimuliere'. In Afghanistan solle derzeit in Zusammenarbeit zwischen Reaktionären und ‚äußeren' Kräften eine fortschrittliche Entwicklung aufgehalten werden. Die SU werde ihre bisherige Linie der Zusammenarbeit im Sinne der Fortsetzung des Freundschaftsvertrages fortsetzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2326; Referat 213, Bd. 133203.

20 Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China am 1. Januar 1979 vgl. Dok. 2, Anm. 3.

21 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.

22 Am 17. Juli 1979 stellte Gesandter Lewalter, Brasilia, zur Erdölförderung in Brasilien fest: „Die Erdölproduktion stagnierte bei 9,6 Mio. Kubikmeter (-0,2%). Dabei wurde der 4,4 prozentige Rückgang der Festlandsförderung (= 2/3) durch Steigerung der Produktion des Festlandsockels um 12,9% kompensiert." Vgl. den Schriftbericht; Referat 330, Bd. 116028.

23 Zur Intervention Libyens im Krieg zwischen Tansania und Uganda vgl. Dok. 107, Anm. 7.

24 Zum Einsatz kubanischer Truppen in Angola und Äthiopien vgl. Dok. 11, Anm. 13 und Anm. 14.

25 Zum währungspolitischen Programm der amerikanischen Regierung vom 1. November 1978 vgl. Dok. 2, Anm. 7.

26 Vom 7. Mai bis 3. Juni 1979 fand in Manila die V. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) statt.

für 80er Jahre zu erwarten. Bundesregierung meine, Lomé II[27] und STABEX[28] seien der richtige Ansatz. Unsere STABEX-Vorschläge stießen bislang auf wenig Gegenliebe. Dritte Welt dürfe nicht übersehen, daß Regierungen demokratischer Länder durch ihre öffentliche Meinung Grenze gezogen. EL könnten keinen dauerhaften Fortschritt erwarten, solange sie Führer der Ölländer zu ihren Sprechern wählten. Es sei Sache der EL, sich gegen die Arbeitsteilung zu wenden, in der Sowjetunion Waffen liefere, finanzielle Hilfe aber ganz dem Westen überließe. Mammutkonferenzen brächten keine Lösungen. Treffen in kleinerem Kreis vorzuziehen. Brasilien könne hier wichtige Rolle spielen.

Exporte gewerblicher Güter aus Brasilien, aus Korea und Singapur heute schon auf unseren Märkten spürbar. Für unsere Gewerkschaften nicht leicht zu verkraften. Stimme mit Präsident F. hinsichtlich seiner Ausführung über Problem Protektionismus und Inflation überein. Lösungen müßten auf Basis gegenseitiger Rücksichtnahme Interessen gefunden werden.

1979 werde wichtiges Jahr für Abrüstung. Wir hofften auf Ratifikation von SALT II und auf Fortschritte bei MBFR. Unterschiedliche Aufwendungen für Verteidigung im jeweiligen Haushalt in West und Ost müsse man richtig sehen.

Breschnew engagiert für Entspannung. Wie werden es seine Nachfolger sehen und definieren? Militärisches Gleichgewicht für die 80er Jahre nicht gesichert. Zusätzliche Anstrengungen des Westens erforderlich, sei es durch erhöhte Verteidigungsanstrengungen oder, was wir hofften, durch erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen.

China kein verläßlicher Faktor Ost-West-Gleichgewichts. Kurs chinesischer Führung für nächste Jahrzehnte nicht vorauszusehen; evtl. Interesse, andere Nationen gegeneinander auszuspielen.

Wolle kein zu pessimistisches Bild malen. EWS und vernünftige neue Wirtschaftspolitik USA böten durchaus Aussicht auf konsolidierte Weltwirtschafts- und Weltfinanzsituation. BK bat um vertrauliche Behandlung seiner offenen Darstellung und Einschätzung.

2) Präsident F. dankte für umfassende Ausführungen. Brasilien, geographisch entfernt von Situation, die BK beschrieben habe, beschränke sich eher auf Beobachtung. Er könne wirtschaftlichen wie politischen Ausführungen BK voll zustimmen.

Brasilien sei friedliebendes Land. Sei historisch und kulturell eng mit westlicher Welt, vor allem USA, verbunden. Letztere seien und blieben der erste Verbündete Brasiliens. Daher brasilianisches Bedauern über einige neue Akzente zu Beginn Regierung Carter, die Brasilien mit getroffen hätten: neue Politik

27 Am 24. Juli 1978 begannen in Brüssel die Verhandlungen für ein neues AKP-EWG-Abkommen, das an die Stelle des am 1. März 1980 auslaufenden AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 treten sollte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7–8/1978, S. 16–19.

28 Zu der im AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 28. Februar 1975 vorgesehenen Schaffung eines Systems zur Stabilisierung der Exporterlöse der AKP-Staaten vgl. Dok. 92, Anm. 42.
Bundeskanzler Schmidt erläuterte auf dem informellen Treffen von sieben Staats- und Regierungschefs am 28./29. Dezember 1978 auf Jamaika die diesbezügliche Haltung der Bundesregierung. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 401.

der USA im Bereich der Kernenergie[29] und der Menschenrechte[30]. USA wären gegenüber Brasilien unfair gewesen. Mit Genugtuung festgestellt, daß Carter-Administration inzwischen Reihe von Positionen zurückgenommen habe. Heute bestehe wieder offener und herzlicher Dialog wie vor den Zeiten Carters.[31]

Brasilien stehe vor zwei Schwierigkeiten:

- der Entwicklung aus einem außergewöhnlichen Regime in solches der Öffnung und Demokratie[32],
- wirtschaftlichen Problemen, die durch Ölpreise verschlimmert würden[33].

Seine Regierung entschlossen, Weg weiterzugehen und Demokratie zu festigen. Wirtschaftlich sei Inflation Hauptproblem.[34] Hohe Abhängigkeit von Erdölimporten (80 Prozent).

Außenpolitisch setze seine Regierung einige Akzente anders als Teil der Europäer. Brasilien sehr für Bemühungen Carters um friedliche Lösung Naher Osten. Brasilien für Rückgabe der von Israel eroberten Gebiete und für Recht Palästinenser auf eigenen Staat, da von Öleinfuhren aus arabischen Ländern abhängig, könne brasilianische Regierung Friedensvertrag aus Sorge um Reaktion der Araber nicht öffentlich bejahen.

29 Im Rahmen ihrer Nichtverbreitungspolitik war die Regierung des Präsidenten Carter bestrebt, die Bundesrepublik zu veranlassen, die im Abkommen von 27. Juni 1975 mit Brasilien vereinbarte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie von zusätzlichen Kontrollen des brasilianischen Brennstoffkreislaufs abhängig zu machen. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 41.

30 Zur Menschenrechtspolitik des Präsidenten Carter vgl. Dok. 95, Anm. 6.

31 Anläßlich des Besuchs des amerikanischen Vizepräsidenten Mondale vom 21. bis 23. März 1979 teilte Botschafter Kastl, Brasilia, mit: „M[ondale]s Stippvisite ist neuer Versuch Präsident Carters, sein Verhältnis zu Brasilien zu entlasten. Unter Präsident Geisel und Außenminister da Silveira war dieser Versuch vor allem an ihrer Frostigkeit gescheitert. Dies soll nun anders werden. Der neue Außenminister Guerreiro sagt: ‚Wir werden immer Kontroversen mit den Vereinigten Staaten haben und dies ist normal so, doch der allgemeine Rahmen unserer Beziehungen ist gut und kann von beiden Seiten noch gestärkt werden.'" Kastl berichtete außerdem, ein Sprecher des brasilianischen Außenministeriums habe verneint, daß während Mondales Besuch „über Nuklearfragen anders als allgemein im Rahmen globaler Energiekrise gesprochen worden" sei. Dazu ergänzte Kastl: „Auf Frage eines Journalisten, M[ondale] habe offenbar seine Haltung gegenüber deutsch-brasilianischer Nuklear-Zusammenarbeit seit Frühjahr 77 revidiert, antwortete dieser auf Pressekonferenz, wenn auch in langatmiger Darstellung amerikanisch-brasilianischer Gemeinsamkeiten bei NV-Politik eingewickelt, mit klarem ‚Nein'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 222 vom 24. März 1979; Referat 330, Bd. 116026.

32 Zum Regierungswechsel in Brasilien vgl. Dok. 97, Anm. 13.

33 Botschafter Kastl, Brasilia, wies am 9. März 1979 auf die Folgen der gestiegenen Erdölpreise für Brasilien hin: „In jüngster Zeit fast dramatisch verschärfte Erdölversorgungs- und Preisproblematik hat schwerwiegende Konsequenzen für brasilianische Handelsbilanz und Versorgungssicherheit. Brasilianische Regierung daher zu Energiealternativen gezwungen, die mittelfristig substantiellen Beitrag zur Problemlösung leisten können. Hierfür kommt vor allem Kohle in Betracht. Kanzlerbesuch bietet sich an, Präsident Figueiredo deutsche Zusammenarbeit im Kohlebereich für die umfangreichen Vorkommen im Süden vorzuschlagen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 166; Referat 331, Bd. 116024.

34 Botschaftsrat I. Klasse Reichenbaum, Brasilia, vermerkte am 12. April 1979, der brasilianische Finanzminister Rischbieter habe in Gesprächen mit Vertretern von Unternehmen aus der Bundesrepublik dargelegt, „daß es trotz bisheriger Bemühungen nicht gelungen sei, Inflationsrate wieder unter 40% zu drücken. Nach Entwicklung erster Monate 1979 ergebe sich hochgerechnet für Gesamtjahr sogar Satz von rund 60%. Es sei nunmehr vor allem wichtig, durch entschlossene Antiinflationspolitik die vorherrschende Inflationserwartung, d.h. die Inflationsmentalität, zu brechen. Mit Sinken der Rate unter 40% sei vor 1980 jedoch nicht zu rechnen." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht; Referat 331, Bd. 116025.

Brasilien müsse Handelsbilanz und Zahlungsbilanz in Einklang bringen. Daher Drosselung der Importe, vor allem Luxusgüter. Forcierung der Exporte. Brasilien sei BK dankbar für Haltung gegen übermäßige protektionistische Tendenzen bezüglich Einfuhren aus den EL.[35]

Er teile Besorgnis BK über wachsenden sowjetischen Einfluß in Afrika und über Präsenz kubanischer Truppen. Brasilien habe viel für afrikanische Länder getan, besonders für frühere portugiesische Kolonien und andere westafrikanische Staaten. Brasilien werde alles Mögliche tun, um portugiesisch sprechenden Staaten Afrikas weiterhin zu helfen. Diese dynamische Politik sei wichtig für westliche Interessen.

Brasilien gegen Apartheid in Südafrika und für baldige Unabhängigkeit Namibias (BK stimmte ausdrücklich zu). Teile Auffassung BK, daß Annäherung China–USA keine verläßliche Sicherheit biete. Er sei besorgt, daß China und Sowjetunion eines Tages sich über Einflußsphären verständigen könnten: Afrika an die Sowjetunion, Asien an China. Er befürchte keinen nuklearen Krieg, sei aber besorgt über Vermehrung der konventionellen Waffen der Sowjetunion. Ferner bereite ihm Infiltration karibischen und mittelamerikanischen Raums Sorge. Kubanischer Einfluß spürbar in Chile, Argentinien, Bolivien, Kolumbien, Venezuela und jüngst auch in Guyana.

Bezeichnete Brasiliens politische Beziehungen zu Nachbarn als gut. Trotz einiger Probleme wie Grenzflüsse und Itaipu verstehe man sich als gute Freunde.[36] Frage Beagle-Kanal durch Eingreifen Papstes gemildert.[37] Bleibe Sorge,

35 Botschafter Kastl, Brasilia, bewertete am 14. April 1979 die Ausführungen des Präsidenten Figueiredo zur Frage des Protektionismus: „Der Staatspräsident wandte sich in seiner Tischrede am 3. April ausführlich gegen die protektionistischen Tendenzen der Industrieländer, vornehmlich der Europäischen Gemeinschaft. Dabei lobte er zwar die verständnisvolle Haltung der Bundesregierung, bemühte sich aber, sie zum Fürsprecher der brasilianischen Exportwünsche zu machen. Im brasilianischen Gegenentwurf zum Kommuniqué rang das Itamaraty hartnäckig um einen Satz, in dem die Entwicklungsländer als die Hauptleidtragenden inflationistischer und protektionistischer Strömungen in den Industriestaaten hingestellt werden sollten. Der Satz konnte entschärft werden, doch es bleibt das brasilianische Beharren auf der Ansicht, daß Schutzmaßnahmen der Industriestaaten gegen die steigende Flut billiger Einfuhren verdammenswert, Schutzmaßnahmen der Entwicklungsländer gegen die Einfuhren fertiger Waren dagegen legitim seien." Vgl. den Schriftbericht; Referat 331, Bd. 116025.

36 Am 15. Februar 1979 bezeichnete Botschafter Kastl, Brasilia, das von Brasilien und Paraguay im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts am Fluß Itaipu geplante Kraftwerk als „größtes Wasserkraftwerk der Erde". Dazu legte er dar: „Anhängiger Streit zwischen Argentinien und Brasilien über die endgültige Auslegung von Itaipu und des geplanten, stromabwärts gelegenen argentinisch-paraguayischen Gemeinschaftsprojekts Corpus wird seit 1977 in trilateraler Kommission erörtert; jedoch kaum wesentliche Abwandlung des Itaipu-Konzeptes zu erwarten." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht; Referat 330, Bd. 116023.

37 Legationsrat I. Klasse Gröning vermerkte am 26. Januar 1979 zur Abgrenzung der Hoheitsgewässer zwischen Argentinien und Chile im Bereich des Feuerland vorgelagerten Beagle-Kanals: „Der argentinisch-chilenische Grenzstreit (Beagle-Kanal-Konflikt) ist seit über 100 Jahren ungelöst und immer wieder Ursache für Auseinandersetzungen zwischen beiden Ländern. [...] Der britische Schiedsspruch von 1977 bestätigte die Ansprüche Chiles. Argentinien erklärte den Schiedsspruch für null und nichtig. Seit Mai/Juni 1978 traf Argentinien umfangreiche militärische Vorbereitungen, die seit Mitte Oktober 1978 in großen ‚Manövern' mündeten. Nach ergebnislosem Ausgang der Verhandlungen wurde seit Mitte Dezember 1978 täglich mit einem militärischen Konflikt gerechnet. [...] Am 26. Dezember 1978 entsandte Papst Johannes Paul II. Kardinal Samorè nach Buenos Aires und Santiago, der in 14-tägiger Pendeldiplomatie beide Seiten dazu brachte, sich zur Wiederaufnahme von Verhandlungen bereit zu erklären. Ein an ihn gerichtetes formelles Vermittlungsersuchen, das begleitet wurde von einer Gewaltverzichtserklärung beider Seiten (8. Januar 1979), nahm der Papst am 18. Januar 1979 an. Kompromißmöglichkeiten zeichnen sich ab, werden

daß Chile und Argentinien aus innenpolitischer Schwäche außenpolitische Erfolge suchten. Brasilien strebe keine Hegemonie in Lateinamerika an, entwickle seine freundschaftlichen Beziehungen auf Basis gegenseitigen Respekts und Gleichwertigkeit der Staaten. Wenn Brasilien heute angesehene Position in LA[38] einnehme, dann aufgrund erfolgreicher Entwicklung in letzten 15 Jahren.

Er sei stolz auf gute Beziehungen Brasilien–Bundesrepublik. Bundesregierung verstehe Schwierigkeiten und wirtschaftliche Probleme Brasiliens. Innerhalb EG seien Beziehungen zur Bundesrepublik am effektivsten und objektivsten. Brasilien werde bei internationalen Konferenzen immer auf seiten des Westens stehen und dessen Interessen verteidigen. Bundesregierung verfolge gleiche wirtschaftliche und politische Ziele. Wir wollten gemeinsam für die Demokratie eintreten.

II. Aus Tischrede Figueiredos am 3.4. ragt folgende dezidierte Aussage heraus (deutsche Übersetzung hiesigen Außenministeriums):

„Das Abkommen der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des friedlichen Gebrauches der Atomenergie besteht zwischen uns seit 1975[39] und vergegenwärtigt die Größe unserer Beziehungen. Es bezeugt auch die Gangbarkeit der Zusammenarbeit auf horizontaler und ebenbürtiger Ebene, zwischen Ländern auf verschiedenen Stufen der Entwicklung.

Die brasilianische Regierung ist entschlossen, die Durchführung unseres Vertrages innerhalb der Normen zu sichern (‚assegurar normalmente'). Ich versichere von neuem unsere Haltung, die vorgesehenen Verpflichtungen zu erfüllen, und garantiere die Zulassung des Landes der Technologie des gesamten nuklearen Brennstoffkreislaufes[40], gemäß den Schutzvorschriften der internationalen Atom-Energie-Kommission."

Aussage findet Stütze in gemeinsamem Abschlußkommuniqué, dort:

Fortsetzung Fußnote von Seite 459

jedoch noch Gegenstand vermutlich langwieriger Verhandlungen in den kommenden Monaten sein." Vgl. Referat 330, Bd. 116001.

38 Lateinamerika.

39 Am 27. Juni 1975 wurde ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Brasilien über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie unterzeichnet. Ein Abkommen über Sicherungsmaßnahmen mit der IAEO sollte sicherstellen, daß diese Materialien und Informationen nicht für die Herstellung von Kernwaffen verwendet würden. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 335 f.
Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik, Brasilien und der IAEO über die Anwendung von Sicherungsmaßnahmen wurde am 26. Februar 1976 in Wien unterzeichnet und trat gemäß seinem Artikel 27 noch am selben Tag in Kraft. Für das Abkommen vgl. Referat 413, Bd. 119648.
Am 19. März 1979 wies Vortragender Legationsrat I. Klasse Rouget darauf hin, daß in Brasilien die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie in die Kritik geraten sei: „Die zunehmende finanzielle Bedrängnis Brasiliens, insbesondere die steigende Auslandsverschuldung, lasse die vollständige Verwirklichung des Baus von insgesamt acht Kernkraftwerken in absehbarer Zeit nicht zu. Der ehrgeizige Ausbau der Kernenergie sei nicht mehr erforderlich, denn seit Abschluß des Nuklearabkommens sei wider Erwarten die Wirtschaftsentwicklung und damit der Stromverbrauch rückläufig gewesen. Der weltweit steile Anstieg der Investitionskosten für die Kernenergie erhöhe automatisch den in Brasilien ohnehin vorhandenen Kostenvorteil der Wasserkraft. [...] Die beabsichtigte Übertragung des kerntechnischen Know-how und die Erlangung nationaler Unabhängigkeit auf diesem Sektor, besonders im Bereich des nuklearen Brennstoffkreislaufs, seien durch die überstürzte Durchführung des Programms und aus politischen, technischen und wirtschaftlichen Gründen vorläufig nicht durchführbar." Vgl. Referat 331, Bd. 116024.

40 So in der Vorlage.

„In diesem Sinne erklärten sie bei der Betrachtung der Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie für friedliche Zwecke ihre Genugtuung über die bisher erzielten Ergebnisse und ihre Entschlossenheit, die zwischen beiden Staaten geschlossenen Vereinbarungen voll zu erfüllen."[41]

III. BK hat Einladung an F. zu offiziellen Besuch Bundesrepublik ausgesprochen. F. hat angenommen.

IV. Gesondertes Gespräch brasilianischen AM, Guerreiro, mit StS Hermes leitete ersterer mit Bemerken ein, er habe Eindruck, daß Gesprächsverlauf zwischen F. und BK sowohl hinsichtlich internationaler als auch bilateraler Themen sehr befriedigend.

StS Hermes erbat Darlegung brasilianischer Haltung zu Tlatelolco[42], da Thema jüngst wieder mehr in Vordergrund gerückt. Guerreiro faßte positive Einstellung Brasiliens in Satz zusammen, Brasilien fühle sich allein durch Unterschrift so gebunden, als wenn Vertrag effektiv in Kraft getreten.

StS Hermes schnitt Seerechtskonferenz an.[43] Erläuterte unsere Besorgnis. Deutete von uns nicht erwünschte Entwicklung an hin auf einzelstaatliche Regelung.

Guerreiro unterstrich, daß offenbar Mißverständnis über Durchführung Technologietransfers umfangreich. Kein vernünftiges Land denke an Transfer ohne

41 Für Artikel 9 des Gemeinsamen Kommuniqués anläßlich des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt vom 3. bis 7. April 1979 in Brasilien vgl. BULLETIN 1979, S. 464.

42 Für den Wortlaut des am 14. Februar 1967 von vierzehn lateinamerikanischen Staaten unterzeichneten Vertrags über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco) vgl. UNTS, Bd. 634, S. 281–423. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 152–165.
Referat 222 stellte dazu am 26. März 1979 fest: „Der Vertrag von Tlatelolco steht den Staaten des Subkontinents einschließlich Mexikos und Zentralamerikas offen. Er tritt in Kraft, wenn sämtliche Staaten der Region Mitglied des Vertrags geworden sind, sämtliche außerregionalen Staaten mit Hoheitsgewalt im Territorium dem Protokoll I und sämtliche Kernwaffenmächte dem Protokoll II beigetreten sind; jeder Vertragsstaat Sicherheitskontrollmaßnahmen mit der IAEO abgeschlossen hat. Von 27 Staaten der Region haben 22 bei ihrem Beitritt zum Vertrag erklärt, daß sie auf die genannten Erfordernisse des Inkrafttretens verzichten und sich an die Vertragsbestimmungen bereits gebunden fühlen. Guyana und Kuba haben nicht unterzeichnet, für Brasilien und Chile, die den Vertrag ratifiziert haben, und Argentinien, das das Ratifikationsverfahren eingeleitet hat, ist der Vertrag noch nicht in Kraft getreten." Vgl. Referat 331, Bd. 116024.

43 Die mit Resolution Nr. 3067 der UNO-Generalversammlung vom 16. November 1973 einberufene Dritte Seerechtskonferenz wurde vom 3. bis 15. Dezember 1973 in New York eröffnet und in den folgenden Jahren an wechselnden Orten fortgesetzt. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 93.
Vom 23. Januar bis 7. Februar 1979 fanden in Genf informelle Konsultationen zur Vorbereitung der dort vom 19. März bis 27. April 1979 anberaumten achten Runde statt. Botschafter z. b. V. Wolff, z. Z. Genf, teilte dazu am 23. März 1979 mit, es lasse „sich schon heute mit erheblicher Wahrscheinlichkeit voraussagen, daß dies nicht ihre letzte Session sein wird. [...] Die Hauptschwierigkeit, die einem erfolgreichen Abschluß der Konferenz entgegensteht, liegt in den bisher erfolglosen Verhandlungen über eine Regelung des Tiefseebergbaus. Starke Kräfte in der Gruppe der 77 wünschen im Bereich des Tiefseebergbaus die Grundsätze einer dirigistischen N[euen]W[elt]W[irtschaftsordnung] durchzusetzen. Wir, wie andere IL, sind durchaus bereit, Regelungen zu finden, die nicht nur unseren, sondern auch den legitimen Interessen der EL Rechnung tragen. Wir können jedoch nicht Regelungen zustimmen, die praktisch die Aufnahme des Tiefseebergbaus verhindern würden. Eine Regelung des Tiefseebergbaus muß folgenden Erfordernissen gerecht werden: gesicherter Zugang von Unternehmen der IL zum Meeresboden und Gewährleistung eines ausreichenden Produktionsvolumens; Sicherung der außerordentlich hohen Investitionen (ca. eine Milliarde Dollar pro Abbaufeld) gegenüber Entscheidungen, die von sachfremden Erwägungen bestimmt werden; Lebensfähigkeit des Tiefseebergbaus, d. h. Vermeidung von finanziellen Belastungen, die seine Wirtschaftlichkeit zunichte machen." Vgl. Arbeitsstab 50, Bd. 125396.

Bezahlung. Worum es gehe, sei Sicherung des Zugangs zur Technologie. Dazu bedürfe es der Normen, stets Eingedenken, daß Transfer nur entgeltlich.

StS Hermes warb um Verständnis für und Berücksichtigung deutscher Beteiligungswünsche Itaipu. Brasilianische Rücksichtnahme könne nur Bonität unserer Beziehungen unterstreichen. StS Hermes warb ferner für Berücksichtigung unserer Verkaufswünsche Airbus.[44]

V. Botschafter hat heute in getrennten Briefings hiesige Vertreter EG-Botschaften und auf ausdrückliche Weisung BK danach auch hiesigen US-Botschafter[45] von Besuch unterrichtet. Alle EG-Vertreter dankbar für rasche Unterrichtung. Botschafter wird nach Rückkehr (10.4.) über weiteren Besuchsverlauf berichten.[46]

[gez.] Lewalter

Referat 331, Bd. 116025

44 Am 28. März 1979 berichtete Botschafter Kastl, Brasilia, über die Bemühungen einer brasilianischen Fluggesellschaft um den Import von Flugzeugen des Typs Airbus: „Über Genehmigungsantrag Cruzeiro do Sul sollte noch durch Regierung Geisel am 13. März entschieden werden. Entscheidung wurde jedoch wegen Volumens von r[un]d 100 Mio. US-Dollar neuer Regierung vorbehalten. Airbus-Industrie hatte Verbindlichkeit Angebots sehr günstigen Liefertermins Mitte 1980 wegen starker internationaler Nachfrage auf 30. März befristet. Diese Frist soll bis maximal 10. April verlängert werden. Entscheidung ist bislang nicht gefallen, da Konkurrenzlinien VASP und Transbrasil, deren Airbus-Anträge 1974 und 1976 abgelehnt worden waren, Gleichbehandlung fordern, d. h. ungefähr gleichzeitige Belieferung mit Airbus unter entsprechender Genehmigung durch bras[ilianische] Regierung. Zu Verzögerung werden auch intensive Bemühungen der Boeing beigetragen haben, die Kontakte zu hohen Regierungsmitgliedern nutzt, um europäischen Einbruch in Marktmonopol amerikanischer Flugzeugindustrie zu verhindern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 240; Referat 331, Bd. 116024.

45 Robert M. Sayre.

46 Botschafter Kastl, Brasilia, teilte am 9. April 1979 mit, Bundeskanzler Schmidt habe in einem zweiten Gespräch mit Präsident Figueiredo seine Befriedigung darüber geäußert, „daß Demokratisierungs- oder Redemokratisierungsprozeß in Brasilien gute Fortschritte mache. Bundesregierung verfolge mit Sympathie Regierungsprogramm des neuen Präsidenten. Die Tendenzen zur Öffnung hätten über Brasilien hinausgehende internationale Bedeutung." Figueiredo habe entgegnet, „seine Regierung wolle mit Normalisierungsprozeß demokratische Zustände wiederherstellen und erster Schritt sei Amnestie für politische Häftlinge [...]. F. sagte ferner, er wolle die Parteien reformieren und in Arbeitsgesetzgebung größere Freiheiten einräumen. Dies stelle seine Regierung vor große Schwierigkeiten, vor allem vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Probleme. Brasilien sei durch die Ereignisse der vergangenen Jahre traumatisiert. Um Wunden vernarben zu lassen, sei politische Amnestie bedeutsamer Schritt. Opposition erwarte leider zu rasche Fortschritte. Schon eine Woche nach seiner Amtsübernahme fordere sie volle Normalisierung. Er dagegen halte einen Fortschritt für gesicherter, der sich schrittweise vollziehe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 284; Referat 331, 116025.

103

Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 656 **Aufgabe: 9. April 1979, 07.30 Uhr**
Cito **Ankunft: 9. April 1979, 08.36 Uhr**

Betr.: Hinrichtung Hoveydas[1]

Bekanntgabe gestriger Hinrichtung Ex-Premiers Hoveyda kam völlig unerwartet und schockierend nicht nur für ausländische Beobachter, sondern auch für all diejenigen Iraner, die die Revolution gegen das Schah-Regime unterstützt oder ihr zumindest positiv gegenübergestanden, dabei aber gehofft hatten, es werde der provisorischen Regierung[2] gelingen, demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse zu schaffen. MP Bazargans mehrfache Interventionen bei Khomeini und seine öffentlichen Stellungnahmen gegen Willkür von Revolutionskomitees und Revolutionsgerichten hatten diese Hoffnung in letzter Zeit wieder bestärkt.[3] Vor allem auch hatten beschwichtigende Erklärungen Khomeinis dazu beigetragen.

Kurzfristig schien es, daß in der Tat auch Khomeini diesen Forderungen nach mehr Rechtsstaatlichkeit – im westlichen Sinne – nachzugeben bereit war. Der erste „Staatsanwalt der Revolution" – anonym wie bislang die meisten Mitglieder und Erfüllungsgehilfen des Obersten Revolutionsrats – wurde wegen „Übereifers" abgelöst, eigenmächtige Verhängungen und Vollzug von Todesurteilen durch lokale Revolutionsgerichte wurden von Khomeini angeblich untersagt, eine neue Strafprozeßordnung wurde angekündigt, laufende nichtöffentliche Verfahren, u.a. auch gegen Hoveyda, sollten vorerst eingestellt bleiben, und allen Angeklagten wurden ordentliche öffentliche Verfahren und angemessene Verteidigung in Aussicht gestellt.

Erste Zweifel am ehrlichen Willen Khomeinis und am Durchsetzungsvermögen der Regierung Bazargan tauchten auf, als es trotz aller schönen Worte weiterhin, wenn auch nur mehr sporadisch, zu Hinrichtungen kam. Da sie in Pro-

1 Amir Abbas Hoveyda war vom 27. Januar 1965 bis 7. August 1977 Ministerpräsident, anschließend bis zu seinem Rücktritt am 9. September 1978 iranischer Hofminister. Am 7. November 1978 wurde er, noch auf Geheiß des Schahs Reza Pahlevi, verhaftet. Vgl. dazu den Artikel „Tehran Regime Arrests Hoveyda, Former Premier"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 9. November 1978, S. 1f.
Am 7. April 1979 wurde Hoveyda zum Tode verurteilt und noch am selben Tag hingerichtet. Vgl. dazu den Artikel „Die iranische Regierung verteidigt die Hinrichtung Howeidas"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. April 1979, S. 1.

2 Zur Ernennung einer „provisorischen Regierung" unter Ministerpräsident Bazargan durch den iranischen Revolutionsführer Khomeini am 5. Februar 1979 vgl. Dok. 49, Anm. 10.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Montfort konstatierte am 20. März 1979: „Nach Vollstreckung von fast 70 Todesurteilen mußte Khomeini die zeitweilige Aussetzung aller Strafprozesse gegen Exponenten des Schah-Regimes verfügen. Regierung und Revolutionsrat wollen feste Verfahrensregeln ausarbeiten. Diese Entscheidung geht auf massive Kritik aus dem In- und Ausland zurück. Eine besondere Bedeutung kam dabei dem zu erwartenden Todesurteil gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Hoveyda zu. Demgegenüber hatte Regierungschef Bazargan von Anfang an deutlich gemacht, daß seine Regierung diese Justiz nicht billige, und seiner Empörung offen Ausdruck gegeben. Die Todesurteile in Schnellverfahren seien ein Unglück für Iran. Die Revolution dürfe jetzt keinen inhumanen Charakter annehmen." Vgl. Referat 311, Bd. 137620.

vinzhauptstädten erfolgten und weniger prominente Personen, in der Regel ehemalige SAVAK- oder Polizeiangehörige, betrafen, fanden sie weniger Aufmerksamkeit und wurden als letzte, unkontrollierte Auswüchse der Revolution erklärt.

Weitgehend unbeachtet blieb ein Interview eines Dr. Mofatah, schiitischer Rechtsgelehrter und enger Mitarbeiter Khomeinis, wohl auch Mitglied des Revolutionsrats, der sich am 4. April gegen Einmischungen MP Bazargans in die Revolutionsgerichtsbarkeit wandte, Hinweise auf die Wirkung von Schnellgerichtsverfahren im Ausland zurückwies und als Meinung des Revolutionsrats bekanntgab, Revolutionsgerichte müßten vor allem schnell und ungestört durch Teilnahme der Öffentlichkeit handeln. Hierauf stellt offenbar auch die neue Verfahrensordnung für Revolutionsgerichte ab, die vor einigen Tagen verabschiedet, aber noch nicht in endgültiger Fassung veröffentlicht wurde.

Damit war Hoveydas Todesurteil bereits gesprochen, denn eine echte Überlebenschance hatte er nie. In zwei Tagen war das Verfahren unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgeschlossen, binnen 24 Stunden, so fordert es die neue Verfahrensordnung, wurde das Urteil vollstreckt. Der Schuldspruch lautete zusammengefaßt auf Verantwortung für Einkerkerung, Folter und Tod von Patrioten, Korruption, Förderung fremden Einflusses in Iran und Stützung des Pahlevi-Regimes.

Bereits einen Tag zuvor waren sechs Offiziere und drei Polizisten hingerichtet worden. Die mit vermehrter Intensität wieder aufgenommene Tätigkeit der Revolutionsgerichte – ebenso steigt die Zahl der Verhaftungen nun auch im zivilen Bereich – war offenbar Khomeinis Antwort auf die in letzter Zeit erhobenen Forderungen von Demokraten, Liberalen und sonstigen Menschenrechtlern, die ihm seine Revolution und seine Islamische Republik[4] verwässern wollen. Hoveydas Hinrichtung hat hier zunächst wieder alle Hoffnung zerstört, in Khomeinis Islamischer Republik könnten westlich-modernistische Rechtsvorstellungen und -normen Platz haben.[5]

[gez.] Strenziok

Referat 311, Bd. 137620

[4] Am 30./31. März 1979 fand im Iran eine Abstimmung über die Einführung einer Islamischen Republik statt. Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, resümierte am 2. April 1979: „Am 1.4. mittags, einen Tag nach dem Referendum und noch bevor die Stimmen vollständig ausgezählt waren, hat Khomeini von seiner Residenz in Qom aus die ‚Islamische Republik' ausgerufen. Das Innenministerium gibt heute als vorläufiges Wahlergebnis bekannt: Wahlberechtigte 18 Mio., Wahlbeteiligung 98 Proz[ent], davon Ja-Stimmen 97 Proz. Alle drei Zahlen sind mit Sicherheit falsch." Vgl. den Drahtbericht Nr. 637; Referat 320, Bd. 137620.

[5] Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, stellte am 23. April 1979 zur Tätigkeit der sogenannten „Revolutionsgerichte" im Iran fest: „Die Revolutionsgerichte setzen ihre traurige Aufräumarbeit unter prominenten Anhängern des alten Regimes und dessen kleineren Schergen fort. Ihre Tätigkeit, soweit sie nicht allein Racheakte darstellt, gilt der Ausmerzung potentieller Konterrevolutionäre, um die ‚islamische Revolution' von dieser Seite her abzusichern. Es ist Routinearbeit. Inzwischen verstärkt sich der Eindruck, daß Khomeini jetzt zum Kampf gegen die Linkskräfte des Landes – von ihm wahllos als Kommunisten oder Atheisten bezeichnet – rüstet. Die Tonart des Khomeini-Lagers ihnen gegenüber hat sich deutlich verschärft. Verschiedentlich werden die alten Ko-Revolutionäre bereits als Staatsfeinde bezeichnet. Das Bemühen Khomeinis um einen beschleunigten Wiederaufbau von Armee, Polizei und Milizen dürfte vornehmlich dem Wunsche entspringen, über ausreichende Machtmittel zu verfügen, um Linke und Separatisten notfalls mit Waffengewalt in

104

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Richter Prada in Lima

VS-NfD **10. April 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem peruanischen Ministerpräsidenten, Verteidigungsminister und Oberkommandierenden des Heeres, General Richter Prada, am 10. April 1979 von 11.15 bis 12.30 Uhr[2]

Weitere Teilnehmer:

Auf peruanischer Seite: General Rafael Hoyos Rubio (Chef des Generalstabes des Heeres), Botschafter Lohmann (Ehrenbegleiter des Bundeskanzlers).

Auf deutscher Seite: StS Bölling, Botschafter Loeck, MD Dr. Ruhfus, Botschafter Schoeller, MDg Dr. Limmer.

Ausgehend von der Frage des *Bundeskanzlers* nach einem Modell des sowjetischen Panzers T-55 auf dem Tisch bei General *Richter,* sagte dieser, der „Leopard" sei wohl besser. Italien habe diesen an Libyen geliefert und damit wohl sich über Nichtvorhandensein von Verkaufslizenz hinweggesetzt.[3]

Bundeskanzler bemerkte, das sei aber nur der „Leopard I" gewesen. „Leopard II" sei besser. General *Richter* zeigte sich beeindruckt vom Panzerspähwagen, den er 1977 bei der Firma Henschel gesehen habe.

Bei der Erwähnung einer Inspektionsreise General Richters zu einer im Amazonas-Gebiet stationierten Division fragte *Bundeskanzler* nach Notwendigkeit der Grenzverteidigung. General *Richter* sagte, daß zwar Perus Grenzen nicht bedroht seien, ein militärischer Schutz aber doch zweckmäßig sei. 60% der peruanischen Erdölvorkommen lägen an der Grenze mit Ecuador und Kolumbien. Er bestätigte, daß auch auf Ecuadors Seite Ölvorkommen lägen, die Brasilianer aber in ihrem Amazonas-Grenzgebiet noch kein Erdöl gefunden hätten. Peruanische Produktion steige weiter. Peru sei bereit und interessiert, mit anderen Staaten Explorationsverträge abzuschließen, dies schon im Interesse einer Diversifikation.[4]

Fortsetzung Fußnote von Seite 464

Schach zu halten, wenn es an die Verwirklichung der Islamischen Republik geht. Hierin geht die Regierung Bazargan offenbar mit ihm konform". Vgl. den Drahtbericht Nr. 717; Referat 320, Bd. 137620.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Limmer, z. Z. Lima, am 10. April 1979 gefertigt und am 18. April 1979 von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, an Staatssekretär Hermes übermittelt. Vgl. dazu Dok. 97, Anm. 1.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 7. bis 11. April 1979 im Rahmen einer Lateinamerika-Reise in Peru auf.

3 Mit Schreiben vom 22. September 1977 bestätigte das Bundesministerium der Verteidigung, daß von der italienischen Firma Oto Melara gefertigte Kampfpanzer des Typs „Leopard" entgegen den Bestimmungen des Lizenzvertrags an Libyen geliefert worden seien. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 343.

4 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 13. Juni 1978 wurde zur Beteiligung deutscher Firmen an der Erschließung von Erdölvorkommen in Peru ausgeführt: „1) Seit 1954 sind Deutsche Texaco, Elwerath und Wintershall an Erdölkonzessionen in Peru beteiligt. Sie haben u. a. 38659 Bohrmeter mitfinanziert (überwiegend zu 50%). 1957 wurde das Ölfeld Maquia

Bundeskanzler wies auf DEMINEX hin. General *Richter* erklärte, daß im „Block 2" die Vorexplorationen nach Erdölvorkommen positiv abgeschlossen seien und dieser Bereich demnächst eröffnet werde.

Von Bundeskanzler auf Pipeline angesprochen, erklärte General *Richter*, daß sie 840 km lang sei mit Tageskapazität von 250000 Faß; gegenwärtige Auslastung 120000 Faß täglich. Kritik der Pipeline sei unberechtigt gewesen. Sie könne sich in zwei Jahren amortisieren.

General Richter bestätigte Erdgasfunde im nordöstlichen Küstenstreifen, ausreichend jedoch nur für eigenen Bedarf.

Bundeskanzler erwähnte, daß im Ausland investiertes Kapital für die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Inland nicht zur Verfügung stehe. Seine Hauptsorge auf Wirtschaftsgebiet seien Arbeitslose und Inflation. Es stimme, daß Bundesrepublik mit 3% sehr niedrige Inflationsrate habe. Es habe auch vier Jahre gedauert, um Rate von 8% auf 3% zu senken. Weniger Geldentwertung hätten nur Österreich, Schweiz und Schweden. Österreich und Schweiz brauchten aber keine „Opfer für Europa" zu bringen. Auch habe die Bundesrepublik im Gegensatz zur Schweiz die ausländischen Arbeitnehmer nicht gezwungen, das Land zu verlassen.[5] Diese Maßnahme hätte zwar bei zwei Millionen ausländischen Arbeitskräften das Arbeitslosenproblem gelöst, sei aber aufgrund unserer EG-Mitgliedschaft und besonders aus Gründen der politischen Moral nicht in Frage gekommen.

General *Richter* bestätigte die Bedeutung der Moral in der Politik und betonte, daß Bundesrepublik hierfür als Beispiel angesehen werden könne.

Bundeskanzler fragte nach Berichtigung einiger in der „ersten Phase der Revolutionsregierung" (1968 bis 1975) gemachter Fehler.[6]

Fortsetzung Fußnote von Seite 465

(Deutsche Gruppe 50%) und 1961 das Erdgasvorkommen Aguaytia (Deutsche Gruppe 25%) entdeckt. 2) Es erfolgten am 1.1.1974 Enteignungen von 176000 ha (100%-Wert) Konzessionsgebiet, hierunter das Erdgasvorkommen Aguaytia [...], sowie am 1.1.1975 Enteignung von 11886 ha (100%-Wert) Konzessionsgebiet mit dem voll installierten Erdölfeld Maquia, das mit 14 Sonden produzierte (ca. 1000 b[arrel]p[er]d[ay]). [...] Beide Enteignungen geschahen unter dem durch unsere Protesteingaben widerlegten Vorwand der Nichterfüllung von Jahresarbeitsprogrammen. 3) Nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Revision der Enteignungsdekrete und zur Erlangung eines tragbaren Kompromisses wurde am 20.12.1976 Klage gegen den peruanischen Staat erhoben." Vgl. Referat 331, Bd. 111166.

5 Botschafter Lebsanft, Bern, teilte am 11. September 1979 mit: „Besonders problematisch ist der hohe Anteil von ausländischen Arbeitskräften in der Schweiz, die sich aus Grenzgängern, Saisonarbeitern, Jahresaufenthaltern und Niedergelassenen zusammensetzen. Es sind Bestrebungen im Gange, den Ausländerbestand zu beschränken." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 975; Referat 202, Bd. 115666.

6 Botschafter Loeck, Lima, legte am 28. September 1978 zu der aus dem Staatsstreich vom 8. Oktober 1968 in Peru hervorgegangenen Militärregierung dar: „Innenpolitische Zielvorstellung der Revolutionsregierung der ‚ersten Phase' (1968–1976) war die Schaffung einer christlichen, humanen, von Kapitalismus und totalitärem Kommunismus gleich weit entfernten sozialistischen Gesellschaft, die durch berufsständische Basisorganisationen getragen werden sollte. Dieses Ziel sollte erreicht werden durch tiefgreifende Veränderungen der sozialen Strukturen auf dem Lande (Agrarreform) und in der Stadt (Industriereform mit beschleunigtem Ausbau des staatlichen und gemeinwirtschaftlichen Sektors, Arbeitermiteigentum und Mitbestimmung etc.) sowie Mobilisierung des ideologischen Bewußtseins der Bevölkerung. [...] Das weitgehende Scheitern bzw. Steckenbleiben der Reformen, u.a. verursacht durch eine drastische Überschätzung der realen Möglichkeiten beschleunigten sozialen Wandels unter den Bedingungen eines Entwicklungslandes und eine bedenkenlose Haushalts- und Verschuldungspolitik, hatten eine tiefgreifende Wirtschaftskrise zur

General *Richter* bestätigte, daß Fehler gemacht wurden und die Regierung sie in der „zweite Phase" korrigiere. Als Fehler habe sich die aus sozialen Gründen erfolgte Stützung von Lebensmittelpreisen erwiesen, die zu Schwarzexporten nach Bolivien, Chile und Ecuador geführt habe.

Bundeskanzler fragte nach Schaffung von wirtschaftlichen Gemeinschaftsunternehmen.

General *Richter* erklärte die zwei vorhandenen Alternativen: Unternehmen im Sozialeigentum mit Arbeiterselbstverwaltung nach jugoslawischem Modell und „reformierte Unternehmen" mit Arbeitermitbestimmung und Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital. Die meisten Unternehmen seien noch im Privateigentum; überwiegend jedoch die mittleren und kleinen Unternehmen. Auf Hinweis *Bundeskanzlers*, daß jugoslawisches Modell in Jugoslawien schlecht funktioniere, gab General *Richter* zu, daß auch in Peru sich mit diesem Modell Probleme ergeben hätten, und zwar besonders wegen des Mangels von Fachkräften in diesen Unternehmen und kommunistischer Infiltration. Diese Tendenz werde deshalb nicht weiter verfolgt.

General Richter wies auf allgemeines Problem der kommunistischen Infiltration in Wirtschaftsunternehmen hin. Diese bringe viele Unternehmen in Schwierigkeiten und beeinträchtige Investitionsneigung. Die Firma Bayer habe z.B. so große Probleme gehabt, daß sie beinahe Peru verlassen hätte. Auslandsinvestitionen seien erst in letzter Zeit wieder etwas angelaufen. Die peruanische Regierung bemühe sich, die Bedingungen für Auslandsinvestitionen zu verbessern. Auch die für Auslandsinvestitionen restriktiven Regelungen des Anden-Pakts[7] seien gelockert worden.

Bundeskanzler erklärte das deutsche Mitbestimmungssystem[8] und die Rolle von Betriebsrat, Arbeitgebervereinigungen und Gewerkschaften. Der Staat interveniere nicht, sondern nehme nur Einfluß durch Setzen des monetären Expansionsrahmens und durch Überredung. Er selbst verwende für diese Auf-

Fortsetzung Fußnote von Seite 466

Folge. Diese nahm in den letzten Jahren Katastrophencharakter an und zwingt jetzt die Militärs in zunehmendem Maße, Stand und Planung der Reformvorhaben an den wirtschaftlichen und finanziellen Kräften zu messen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 960; Referat 331, Bd. 111164.

7 Der Anden-Pakt wurde durch den Vertrag von Cartagena vom 26. Mai 1969, der am 16. Oktober 1969 in Kraft trat, geschlossen. Gründungsmitglieder waren Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru. Zum 1. Januar 1974 trat Venezuela dem Anden-Pakt bei, die Mitgliedschaft Chiles wurde am 30. Oktober 1976 aufgehoben. Referat 331 führte am 19. Mai 1978 zu den Zielen des Zusammenschlusses aus: „1) Aufbau eines gemeinsamen Außenzolls bei gleichzeitigem Abbau der Binnenzölle. 2) Gemeinsame industrielle Entwicklungsplanung, Abstimmung der Investitionen durch Aufteilung der industriellen Fertigung unter den Mitgliedstaaten. 3) Steuerung und Beschränkung ausländischer Investitionen." Zur Finanzierung der industriellen Entwicklung der Mitgliedstaaten sei festgelegt worden, daß sich Unternehmen zu maximal 20% in ausländischem Besitz befinden dürften. Neue Auslandsinvestitionen seien in den Bereichen öffentliche Dienstleistungen, Massenmedien sowie Banken und Versicherungen nicht mehr zulässig. Diese Beschränkungen hätten Investoren vielfach von einem Engagement in diesen Ländern abgehalten. Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 111180.

8 Referat 412 vermerkte am 14. Juli 1976: „Der Mitbestimmungsgedanke [...] will die Arbeitnehmer als mündige Bürger an den Entscheidungsprozessen im Betrieb und Unternehmen teilnehmen lassen. Er wird von der Vorstellung ergänzt, daß die Mitwirkung der Arbeitsnehmer auch ihre Mitverantwortung bedingt. Die Mitbestimmung im Wirtschaftsbereich ist im Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten des Bergbaus und der eisen- und stahlerzeugenden Industrie von 1951, im Betriebsverfassungsgesetz von 1972 und im Mitbestimmungsgesetz von 1976 niedergelegt." Vgl. Referat 204, Bd. 110287.

gabe jährlich etwa 200 Stunden für Gespräche mit Unternehmern und Gewerkschaftsführern, die klar und nicht zu höflich geführt würden. Auch bei uns gebe es kommunistischen Einfluß, z. B. im Druckereigewerbe. Bundeskanzler wies darauf hin, daß Mitbestimmung bei Presseunternehmen nicht so weit gehe wie in sonstigen Wirtschaftsunternehmen. Verleger und Herausgeber hätten mehr Freiheiten und nutzten diese, um Regierung zu kritisieren.

General *Richter* sagte zur Situation im peruanischen Pressewesen[9]: In Lima gibt es sechs überregionale Tageszeitungen. Sie wurden 1974 enteignet, um an verschiedene Gesellschaftsgruppen übergeben zu werden. Dies hat aber nicht funktioniert. Sie stehen unter staatlicher Verwaltung. Kommunistische Infiltration habe zur Lähmung geführt. Die Entscheidung müsse fallen, ob Vorhaben durchgeführt oder die sechs Zeitungen in Eigentum der Arbeiter und Angestellten übergehen oder an die Eigentümer zurückgegeben werden sollen. In der Zwischenzeit bleiben sie unter Staatsverwaltung. Die Wochenzeitungen sind frei; sechs von ihnen zur Zeit verboten wegen „negativer Tendenz", d. h. subversiver Aktivität gegen Wirtschaftssanierung und Redemokratisierung, davon sind zwei politisch rechts und vier kommunistisch einzustufen.

Bundeskanzler erwähnte, daß sich streikende Journalisten an ihn und Präsident Carter mit der Bitte um Hilfe gewandt hätten. Er werde sie nicht empfangen – dies aber durch einen Mitarbeiter erledigen lassen – und der Sache keine große Bedeutung geben.[10]

9 Am 5. Oktober 1979 berichtete Botschafter Loeck, Lima, über die Lage der Presse in Peru: „Im Bereich der Presse- und Meinungsfreiheit ist eine spürbare Lockerung zu verzeichnen. Zeitschriften und Wochenzeitschriften, die früher in regelmäßigen Abständen für längere Zeit verboten wurden, können ohne Einschränkungen frei berichten. [...] Anders steht es um die Tageszeitungen und Fernsehstationen, die 1974 beschlagnahmt wurden und seitdem von staatlich eingesetzten Direktoren geleitet werden. Hier gibt es keine direkte Zensur, aber die Direktoren sorgen dafür, daß regierungskonform berichtet wird. Das Problem der Militärregierung besteht in diesem Bereich eher darin, daß sie die Notwendigkeit erkennt und einräumt, für diese Medien ein neues Konzept der Eigentums- und Verfügungsverhältnisse finden zu müssen, das auch in demokratischen Verhältnissen Bestand haben kann. Eine Lösung wird durch die außergewöhnlich hohe Verschuldung der Zeitungen erschwert. Nach dem gegenwärtigen Stand der Diskussion ist die Reprivatisierung, wenn auch eingeschränkt durch starke Mitbestimmungskomponenten zur Wahrung der Rechte der Belegschaft, nicht auszuschließen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 875; Referat 331, Bd. 116115.

10 Am 18. April 1979 informierte Botschafter Loeck, Lima: „Bei Ankunft des Bundeskanzlers in Lima am 7.4. befanden sich [...] neun Journalisten seit Dienstag, den 4.4., erneut im Hungerstreik. Ein Sprecher der Hungerstreikenden suchte noch am 7.4. abends die den BK begleitenden Journalisten auf und übermittelte ihnen den Wunsch der Hungerstreikenden, mit ihnen in Kontakt zu treten. [...] Am Tage der Rückkehr von BK aus Cuzco am 9.4. wurde zwischen Regierung und dem Sprecher der Hungerstreikenden, Dr. Baella (dpa), pausenlos über eine Verständigung zwischen Regierung und den Journalisten verhandelt. Der Besuch des BK spielte dabei insofern eine entscheidende Rolle, als die Hungerstreikenden den Besuch des BK in der Verfassunggebenden Versammlung nutzen wollten, um öffentliche und internationale Aufmerksamkeit auf die Lage der Presse in Peru zu lenken." Vgl. den Drahtbericht Nr. 185; Referat 331, Bd. 116115.
Loeck berichtete am 16. April 1979 über Vermittlungsbemühungen des Bundeskanzlers Schmidt: „Durch abgewogenes Vorgehen konnte der Besuch zur Beruhigung der Lage und zu einvernehmlicher Einstellung des Hungerstreiks beitragen. Dies geschah einerseits, indem der Bundeskanzler in seiner Rede vor der Verfassungsgebenden Versammlung die freiheitliche demokratische Substanz des vorliegenden Entwurfs einer neuen Verfassung nachdrücklich würdigte und hierbei die Verbürgung der Meinungs- und Pressefreiheit besonders unterstrich. Andererseits brachte er Regierung und Parteien unsere Überzeugung nahe, daß nur geduldiges und koordiniertes Vorgehen aller den Demokratisierungsprozeß tragenden Kräfte einschließlich Militärregierung zum Erfolge führen könne." Vgl. den Drahtbericht Nr. 181; Referat 331, Bd. 116117.

General *Richter* bedankte sich hierfür.

General Richter erklärte auf Wunsch des Bundeskanzlers das System der Beteiligung der Arbeiter am Unternehmenskapital:
Vergabe von unveräußerlichen Aktien am jährlichen Gewinn, bis diese insgesamt 50% des Aktienkapitals ausmachen. System wird korrigiert, da weder die Arbeiter (wegen Unveräußerlichkeit) noch die Unternehmer (Einschränkung der Entscheidungsgewalt) einverstanden waren. Die Möglichkeit, 50% der Gewinne zu investieren – und damit nicht mittels Arbeitsaktien abzugeben –, wurde weitestgehend genutzt und führte zu übertriebener und fehlgelenkter Kapazitätsausweitung.

Bundeskanzler sagte, daß ihm vorher das staatssozialistische Ausmaß der peruanischen Entwicklung seit 1968 nicht so klar war. Normalerweise seien doch Generale eher konservativ. Wieso kamen peruanische Militärs zu sozialrevolutionärem Experiment?

General *Richter* begründete diese politische Richtung mit der Erkenntnis der sozialen Probleme, die von zivilen Regierungen nicht gelöst wurden, und der Gefahr, daß die Kommunisten – bis zur Guerillatätigkeit – die Lage ausnützen würden.

Bundeskanzler betonte: Die Militärregierung habe zweimal Mut bewiesen: einmal zur Sozialrevolution und dann zur Korrektur der Fehler. Bundesrepublik wird versuchen, zur Wirtschaftssanierung und Übergang zu demokratischen Verhältnissen[11] beizutragen.

Die Möglichkeiten, mehr Touristen nach Peru zu bringen, sollten besser genutzt werden. Die archäologischen Attraktionen Perus könnten dazu beitragen.

General *Richter* erkannte die neuen deutschen Initiativen auf archäologischem Gebiet (Sechin und Chavin) an.[12] Es gäbe aber noch ein archäologisch sehr in-

11 Kapitän zur See Merklin, Lima, gab am 6. April 1978 einen Überblick zu den Demokratisierungsbemühungen der Militärregierung Perus: „Das peruanische Modell ist – in der Landessprache ausgedrückt – zu einem weltweit sichtbaren ‚Fracaso' (Mißerfolg) geworden. 1977 stand auch unter dem Zeichen dieses Mißerfolges und seiner weitreichenden Konsequenzen; daran änderten peruanische Anstrengungen nicht viel, dieser Situation Herr zu werden: [...] Mit der Verkündung des ‚Plan Tupac Amaru' wird ein Demokratisierungsprozeß eingeleitet, der den bisher suspendierten Parteien wieder volle Mitwirkung an der politischen Willensbildung sichern soll. [...] 28.7.1977 kündigt der Präsident den Beginn eines Demokratisierungsprozesses an. Oktober: Gesetz zur Wahl einer Verfassunggebenden Versammlung im Juni 1978." Vgl. den Militärischen Jahresbericht 1977 Peru; Referat 331, Bd. 111165.
Botschafter Loeck, Lima teilte am 28. September 1979 zum Stand der Demokratisierung mit: „Die Militärregierung Morales Bermúdez hat sich in den letzten Monaten in immer verbindlicherer Weise auf die Übertragung der Regierungsgewalt an die politischen Parteien festgelegt. Offenbar konnte sich Morales Bermúdez mit seinem Konzept der ‚Übertragung der Macht' gegen manchen Widerstand in den Reihen seiner Kameraden endgültig durchsetzen. Als letzte Bekräftigung hat er den 18. Mai 1980 als Wahltermin und den 28. Juli 1980 als das Datum des Inkrafttretens der neuen Verfassung und des Amtsantritts der gewählten Regierung bekanntgegeben." Vgl. den Schriftbericht Nr. 861; Referat 331, Bd. 116115.

12 Vortragender Legationsrat von Puttkamer vermerkte am 15. Januar 1979, das Bundeskanzleramt habe zu einer Ausweitung der archäologischen Forschung in Lateinamerika mitgeteilt: „BK habe vor einiger Zeit entschieden, daß ein deutliches Zeichen für unser archäologisches Engagement in Lateinamerika gesetzt werden solle. Als kurzfristige Maßnahme sei bisher ins Auge gefaßt worden, daß die VW-Stiftung sich mit 1,2 Millionen DM an der Finanzierung von Ausgrabungen, vor allem in Peru, beteilige. [...] Längerfristig sei daran gedacht, das Deutsche Archäologische Institut, das bisher noch über keine Spezialisten für Lateinamerika verfüge, um eine sog. dritte Kommission zu

teressantes Gebiet in seiner Heimat bei Ayacucho! Dort seien als Besonderheit Mühlräder gefunden worden, was der Auffassung widerspräche, daß Indios das Rad nicht gekannt hätten.

Bundeskanzler erkundigte sich abschließend nach Chancen der Bemühungen um regionale Abrüstung in Lateinamerika.

General *Richter* zeigte sich skeptisch.[13] Zunächst müsse mehr Vertrauen geschaffen werden. Peru habe sich in dieser Richtung bemüht. Mißtrauen bestünde aber weiter, besonders bei zwei Ländern, und so gingen auch die Waffenkäufe der anderen Länder weiter. Europa habe Beispiel gegeben, nach blutigen Kriegen zur Einigung zu gelangen.

Bundeskanzler wies darauf hin, daß in Lateinamerika angesichts gemeinsamer Traditionen und Geschichte und bei nur zwei verschiedenen und zueinander noch ähnlichen Sprachen die Voraussetzungen für Einigung vergleichsweise günstiger sein müßten.

Referat 330, Bd. 116138

Fortsetzung Fußnote von Seite 469

erweitern. Kurzfristig sollen auch, insbesondere nach Peru, Stipendien für Ausgrabungen vergeben werden." Vgl. Referat 331, Bd. 116116.

13 Botschafter Loeck, Lima, stellte am 2. Oktober 1979 zur peruanischen Sicherheitspolitik fest: „Die Militärregierung hat dafür gesorgt, daß die Streitkräfte reichlich mit Waffen modernsten Standes ausgerüstet sind. So wurden von der Sowjetunion moderne Panzer, ‚Suchoj'-Schwenkflügeljäger, ‚Antonow'-Transportflugzeuge sowie Großtransporthubschrauber, von Frankreich ‚Mirage'-Flugzeuge geliefert. Westeuropäische Länder haben größere Aufträge für Schiffslieferungen für die peruanische Marine erhalten. Nach Angaben aus westlichen Fachkreisen soll die gegenwärtige Stärke der Streitkräfte Perus die des einzigen z. Z. ersichtlichen potentiellen Gegners, Chiles, etwa um das Vierfache übertreffen. Als Mitglied der OAS ist Peru an der Koordinierung der Verteidigung der Hemisphäre durch die Streitkräfte der Partnerländer beteiligt. Es ist Mitglied des Atomwaffen-Verzichtvertrages von Tlatelolco und Initiator der Erklärung von Ayacucho von 1974, die sich für Begrenzung der konventionellen Waffen ausspricht." Vgl. den Schriftbericht Nr. 865; Referat 331, Bd. 116115.

105

Botschafter Wickert, Peking, an das Auswärtige Amt

114-1306/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 10. April 1979, 14.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 550 **Ankunft: 10. April 1979, 09.54 Uhr**

Betr.: Briefwechsel zwischen Generalsekretär Breschnew und dem Bundeskanzler

Bezug: DE Nr. 207 vom 23.3.79 – 213-321.00 SOW 399/79 VS-v[2]
DE Nr. 553 vom 25.10.78 – 341-322.00 CHN[3]
DB Nr. 1310 vom 30.10.78 – POL 322.00[4]

In dem Antwortschreiben des Herrn Bundeskanzlers vom 14.2.79 auf die beiden Breschnew-Briefe vom 18.11.[5] und 27.12.78[6] heißt es: „Die Spannungen zwischen der Sowjetunion und China sind für uns eine Quelle der Besorgnis. Eine militärische Auseinandersetzung zwischen beiden Mächten wäre mit der Gefahr eines weltweiten Krieges verbunden. Wir glauben nicht an die Unver-

1 Hat Vortragendem Legationsrat Heyken am 10. April 1979 vorgelegen.
Hat Vortragender Legationsrätin Wannow am 11. April 1979 vorgelegen.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kühn teilte der Botschaft in Peking mit: „In der Anlage wird ausschließlich zur eigenen Unterrichtung eine Zusammenfassung des Antwortschreibens des Bundeskanzlers vom 14.2.1979 auf die beiden Schreiben Breschnews vom 18.11. und 27.12.1979 übermittelt." Vgl. VS-Bd. 13162 (213); B 150, Aktenkopien 1979.

3 Vortragender Legationsrat Gerster wies die Botschaft in Peking an: „1) Botschaft wird um Zusammenstellung von chinesischen Zitaten zu Unvermeidbarkeit Dritten Weltkrieges gebeten. Darin sollte auch entsprechende Stellungnahme Mao Zedongs gegenüber Bundeskanzler enthalten sein. Zusammenstellung nebst kurzer Kommentierung sollten sobald wie möglich mit Drahtbericht übermittelt werden. 2) Zum Hintergrund: Bundeskanzleramt (StM Wischnewski) hat Thema aufgrund Artikels der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 24.10.1978 ‚Für Deng Xiaoping bleibt der Dritte Weltkrieg unausweichlich' aufgegriffen und Zusammenstellung für nächsten Bundessicherheitsrat angefordert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 553; Referat 341, Bd. 107503.

4 Der Passus „DB Nr. 1310 vom 30.10.78 – POL 322.00" wurde von Vortragendem Legationsrat Heyken am 11. April 1979 hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „DG: bitte Bezugsbericht beifügen."
Botschafter Wickert, Peking, legte dar: „Eine Zusammenstellung der chinesischen Zitate über die ‚Unvermeidbarkeit eines neuen Weltkrieges' würde sehr umfangreich werden, aber für die chinesische außenpolitische Linie und militärischen Absichten nur wenig aussagen. Die sogenannten China-Experten in Hongkong, Washington und Deutschland, die die tatsächliche Lage der Volksrepublik China nicht aus eigenem Augenschein kennen, haben die Bedeutung solcher ideologischen Thesen stets überschätzt. Sie glaubten und glauben, die Thesen würden aufgrund abstrakter Studien aufgestellt, um dann als Richtschnur Gültigkeit zu erlangen. In Wirklichkeit ist die Entwicklung und Veränderung der ideologischen Position Chinas zur Innen- und Außenpolitik nur als Ausfluß der realen Entwicklung zu erklären. Das läßt sich an den Thesen zur Unvermeidbarkeit eines neuen Weltkrieges ebenso zeigen wie an chinesischen Thesen zu Konfuzius, der ‚Permanenten Revolution' und der ‚Dritten-Welt'-Theorie. Die ideologischen Thesen sollten in jedem Fall in erster Linie zeigen, daß der aus machtpolitischen oder ‚realpolitischen' Gründen eingeschlagene Kurs mit der marxistisch-leninistischen Lehre vereinbar ist. Die Ideologie war, wenn man von den marxistischen grundlegenden Maximen absieht, niemals, auch nicht in der Kulturrevolution, Motor und Ursprung der tatsächlichen Entwicklung, sondern vornehmlich Waffe im Kampf gegen den politischen Gegner." Vgl. Referat 341, Bd. 107503.

5 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. November 1978 vgl. Dok. 2, Anm. 13.

6 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 27. Dezember 1978 vgl. Dok. 6.

meidbarkeit eines solchen Konflikts und lehnen die These von der Unvermeidbarkeit des Krieges ab."[7]

Zur Ausräumung von möglichen Mißverständnissen möchte ich darauf hinweisen, daß die chinesische These von der Unvermeidbarkeit eines großen Krieges sich nicht auf das Verhältnis zwischen China und der Sowjetunion bezieht, sondern vielmehr auf das der beiden „Supermächte" USA und Sowjetunion. Die Chinesen haben bisher noch nie die These vertreten, eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und China sei unvermeidlich, obwohl das den Chinesen von der sowjetischen Propaganda ständig unterstellt wird.[8] Jedenfalls stellen hier in Peking sowjetische Diplomaten uns immer wieder die Frage, ob die Chinesen uns gegenüber von der Unvermeidbarkeit eines Krieges zwischen der Sowjetunion und China sprechen.

Den wirklichen Inhalt der chinesischen These von der Unvermeidbarkeit eines Krieges hat die Botschaft im Bezugs-DB ausführlich erläutert. In ihm wird eine Stellungnahme Deng Xiaopings zitiert, der in meiner Gegenwart ausdrücklich erklärte, nach chinesischer Auffassung seien nur die beiden Supermächte in der Lage, einen neuen Weltkrieg zu führen, nicht dagegen Deutschland, das zweimal einen Weltkrieg verursacht habe, oder etwa China, Frankreich, Großbritannien oder Japan.[9]

Die bis zu Chruschtschow und in der sino-sowjetischen ideologischen Auseinandersetzung Anfang der sechziger Jahre[10] von vielen kommunistischen Parteien vertretene These, daß ein Dritter Weltkrieg zur Verwirklichung der weltrevolutionären Ziele notwendig sei, ist von den Chinesen längst aufgege-

7 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 14. Februar 1979 vgl. Dok. 40.

8 Im Gespräch mit Staatsminister von Dohnanyi erklärte der sowjetische Botschafter Semjonow am 4. Januar 1979, „niemand habe Beweise für die friedlichen Absichten Chinas, das gegenüber der Sowjetunion territoriale Ansprüche erhebe. China spiele leichtfertig mit dem Gedanken an einen Krieg, das sei eine Gefahr für die Existenz der Zivilisation. Vielleicht sei China sich nicht der Wirkung moderner Waffen bewußt, wie manche Beispiele zeigten." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 110493.

9 Botschafter Wickert, Peking, übermittelte bereits am 11. Oktober 1978 Ausführungen des chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping aus einem Gespräch mit einer deutschen Pressedelegation vom Vortag. Zur Frage eines neuen Weltkriegs habe Deng erklärt: „Beide Supermächte rüsteten gewaltig auf. Die Vereinigten Staaten nähmen nach Korea und Indochina eine defensive Haltung ein, während die Sowjetunion weltweit eine offensive Strategie betreibe. Ein kommender Weltkrieg werde nicht unbedingt mit nuklearen Waffen ausgetragen. Er halte einen Krieg mit konventionellen Waffen sogar für wahrscheinlicher. Auf diesem Gebiet besitze die Sowjetunion mehr Waffen als die USA und Europa zusammen. Man müsse sich die Frage stellen, warum die Sowjetunion so viel Geld für die Rüstung ausgebe und den Konsum der Bevölkerung beschneide. Man müsse sich ferner fragen, ob den Sowjets im Besitz einer so großen militärischen Macht nicht einmal ‚die Hände jucken würden'." Vgl. den Drahtbericht Nr.1228; Referat 341, Bd. 107503.

10 Botschafter Wieck, Moskau, teilte am 27. März 1979 mit, der sowjetische Stellvertretende Außenminister Semskow habe ihm erklärt, „in den 50er Jahren sei der sowjetischen Führung klargeworden, daß China einen Krieg anstrebe, um seine Version des Kommunismus durchzusetzen. Es habe Moskau zur offensiven militärischen Aktion aufgefordert und den Krieg gegen Imperialismus und Kapitalismus gepredigt, in der Annahme, daß dabei immer noch genügend Chinesen übrigbleiben würden. Darüber sei der Bruch entstanden. Später habe China die These von der Unvermeidbarkeit des Krieges etwas abgemildert. Der Westen werde die gleichen Erfahrungen mit China als Partner machen wie die SU. Das chinesische Regime sei nationalistisch, rassistisch, expansionistisch und bediene sich der kommunistischen Ideologie als eines Hilfsmittels und nicht als eines Leitzieles." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1108; Referat 341, Bd. 110493.

ben worden.[11] Infolgedessen trifft auch Herrn Wehners Auffassung nicht zu, die er in seiner Sendung des Budapester Fernsehens am 5. März geäußert hat, als er sagte: „Solang denjenigen, die erklären, daß der Dritte Weltkrieg unvermeidbar oder sogar notwendig ist, keine Abfuhr erteilt wird, bleibt das Leben gefährlich."[12]

Die chinesische These von der Unvermeidbarkeit eines großen Krieges bedeutet auch nicht, wie von der sowjetischen Propaganda suggeriert wird, daß China einen solchen Krieg für wünschenswert hält oder etwa seinen Ausbruch herbeizuführen sucht. Im Gegenteil versichern die Chinesen immer wieder, daß sie einen solchen Krieg nicht wünschen. Es müsse alles getan werden, um den Ausbruch eines solchen Krieges möglichst weit in die Zukunft hinauszuschieben. Dabei haben sie im Laufe der Zeit ihre Aussagen über den Ausbruch eines Krieges zwischen den beiden Supermächten immer mehr relativiert, d.h. den Zeitpunkt weiter hinausgeschoben. Deng Xiaoping hat mehrfach erklärt, China hoffe auf eine friedliche Entwicklung mindestens bis zum Ende dieses Jahrhunderts.

Der Krieg könne nur aufgeschoben werden, wenn es gelinge, möglichst viele Staaten zu bewegen, der expansionistischen sowjetischen Politik entgegenzutreten. Die Sowjetunion wird als der große Friedensstörer und als Buhmann hingestellt, gegen den sich die ganze Welt vereinigen müsse. Die These von der Unvermeidbarkeit des Krieges dient also der chinesischen Politik, soviel Staaten wie möglich auf ihre Seite zu ziehen und gegen die Sowjetunion auszurichten. Deshalb, und weil die Chinesen sich davon eine Unterstützung ihrer Außenpolitik versprechen, ist die These grundsätzlich nicht aufgegeben worden.

Hier liegt der wesentliche Unterschied zwischen der Politik der Entspannung und der Verständigung mit der Sowjetunion, wie der Westen sie vertritt, und der chinesischen Politik, die ähnlich wie Dulles' „policy of containment" die Sowjetunion isolieren und eindämmen will.

Es wird angeregt, auch die Staatsminister Wischnewski und von Dohnanyi zu unterrichten.

[gez.] Wickert

VS-Bd. 13162 (213)

11 Botschaftsrat I. Klasse Keil, Peking, berichtete am 4. Januar 1979, „aus hiesiger sowjetischer Quelle" seien folgende Ausführungen des chinesischen Stellvertretenden Außenministers Yu Zhan, die dieser bei einem Abendessen am 28. Dezember 1978 in der sowjetischen Botschaft gemacht habe, zu erfahren gewesen: „Die Sowjets sollten nicht zu sehr mündliche, spontane Erklärungen chinesischer Politiker beachten, sondern lieber offizielle Dokumente der zuständigen chinesischen Partei- und Staatsgremien studieren, wenn sie sich über die chinesischen Absichten informieren wollten. Aus diesen Dokumenten könnten sie entnehmen, daß die Chinesen nicht mehr von der Unvermeidbarkeit des Dritten Weltkrieges und wenig mehr von der Drei-Welten-Theorie oder von sowjetischen Invasionsabsichten gegenüber China sprächen." Dazu legte Keil dar: „Es trifft zu, daß die Chinesen seit einigen Wochen nicht mehr von der Unvermeidbarkeit des Dritten Weltkrieges sprechen und die Drei-Welten-Theorie in den Hintergrund treten lassen. Dies hängt aber damit zusammen, daß sie sich seit der Normalisierung der Beziehungen zu den USA westlichen Positionen stärker annähern und die USA, die nach der Drei-Welten-Theorie mit der Sowjetunion zusammen die imperialistische Erste Welt bilden, nunmehr in die antihegemonistische Front gegen die Sowjetunion einbeziehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 16; Referat 341, Bd. 110493.

12 Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner hielt sich vom 27. Februar bis 2. März 1979 in Ungarn auf. Zu seinen Ausführungen in einem Interview des ungarischen Fernsehens vgl. AdG 1979, S. 22431 f.

106

Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-1322/79 geheim
Fernschreiben Nr. 232
Citissime

Aufgabe: 10. April 1979, 18.16 Uhr[1]
Ankunft: 10. April 1979, 19.54 Uhr

Betr.: Gespräche mit dem polnischen stellvertretenden Außenminister Dobrosielski und mit Angehörigem der polnischen Delegation

1) Bei einem Arbeitsessen auf Einladung von Botschafter Strulak am 6. April 1979, das offenbar auf Initiative von Dobrosielski zustande gekommen war, machte dieser nicht unglaubhaft ein polnisches Eigeninteresse an polnischen Streitkräftereduzierungen geltend. Es war offensichtlich, daß den Polen die laufende Datendiskussion unangenehm ist. D., der im wesentlichen das Gespräch führte, sagte, man dürfe nicht den Fehler begehen, den Osten in die Ecke drängen zu wollen (to corner). Auch im Osten gebe es eine öffentliche Meinung, der gegenüber die Regierungen Verantwortung zu tragen hätten. Sicher sei eine Einigung über die Datenfrage wesentlich. Sie dürfe jedoch nicht eine Vorbedingung für die Erörterung anderer Themen bilden. Die Lösung der Datenfrage könne in einem späteren Zeitpunkt ins Auge gefaßt werden. D. bezeichnete es als eine persönliche Anregung, wenn er sagte, es würde für die Verhandlungen förderlich sein und von der polnischen Regierung gewürdigt werden, wenn der Westen in der nächsten Runde[2] weitere Vorschläge unterbreite, die von einer späteren Lösung der Datenfrage abhängig gemacht werden könnten.

Der Osten sei von der westlichen Reaktion auf die östlichen Vorschläge vom 8.6.78[3] enttäuscht. Der von uns jetzt hervorgehobene Schritt des 13.12.78[4] in der Frage der Kollektivität sei von uns bei der Präsentation als eine Nebensache ausgegeben worden. Meinen Einwand, der Osten denke bei seiner Forderung auf eine „umfassende" Antwort weniger an eine Antwort als an ein weiteres Entgegenkommen, bestätigte D., indem er sagte, der Osten wünsche ein Entgegenkommen des Westens in mehr als nur einem Punkt auf die östlichen Vorschläge vom 8.6. Die Vorschläge des 8.6. seien wohlgemerkt nicht das letzte Wort des Ostens gewesen. Um aber weiterzugehen, benötige der Osten ein konkretes westliches Eingehen auf den 8.6.

[1] Hat Ministerialdirigent Dröge am 11. April 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 201 verfügte.
Hat Legationsrat I. Klasse Daerr am 11. April 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Hofstetter n[ach] R[ückkehr]."
Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 18. April 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann verfügte.

[2] Die 18. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 17. Mai bis 19. Juli 1979 in Wien statt.

[3] Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 8. Juni 1978 vgl. Dok. 39, Anm. 13.

[4] Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 13. Dezember 1978 vgl. Dok. 39, Anm. 4.

D. bat mich um nochmalige Erläuterungen der Bemerkung des Bundeskanzlers in der Bundestagsdebatte vom 9.3.79.[5] Er fragte ausdrücklich, ob der Bundesaußenminister mit dem Inhalt dieser Bemerkung einverstanden sei. Ich entgegnete weisungsgemäß[6], daß es sich um eine persönliche Ansicht des Bundeskanzlers und nicht um eine Regierungsansicht handele. Beide polnischen Gesprächspartner betonten, daß die Bemerkung bedeutend sei und für den Fortschritt der Verhandlungen von Interesse sein könne. Dabei zogen sie aber sogleich in Erwägung, die Obergrenze nicht nur für den Westen, sondern auch für den Osten gelten zu lassen. Die Ausgestaltung des Prozentsatzes sei mit 50 Prozent nicht optimal, da die Sowjetunion so viel reduzieren müsse, daß für Polen nicht genug an Reduktionen übrig bleibe.

D. war optimistisch bezüglich einer baldigen Unterzeichnung eines SALT-II-Abkommens (April, allenfalls Mai möglicherweise in Helsinki). Aus amerikanischer Quelle habe er vernommen, daß sechs Monate nach Unterzeichnung grünes Licht für die MBFR-Verhandlungen gegeben werden könne, so daß er sich Hoffnungen auf eine intensive Herbstrunde mache. Dennoch müßten schon vorher wichtige Vorbereitungen (ground work) getroffen werden. Der Beitrag der Bundesrepublik werde entscheidend sein. Was die mögliche Form eines MBFR-Abkommens anbelangt, war D. ziemlich evasiv. Wichtig sei das Resultat, weniger wichtig die Form, meinte er.

2) Bei einem Gespräch Hartmanns mit dem stellvertretenden polnischen Delegationsleiter Prystrom am gleichen Tage ging dieser in der Datenfrage erheblich über die Ausführungen Dobrosielskis hinaus. Ich bitte daher um Quellenschutz.

Eingangs äußerte P. sein Bedauern über das Verhalten des stellvertretenden DDR-Delegationsleiters in der Pressekonferenz vom 5.4.79[7] (vgl. DB 226[8]), der

5 Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt vgl. Dok. 80.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Rückriegel übermittelte am 24. März 1979 eine „sprachregelnde Weisung", die von Bundesminister Genscher ausdrücklich gebilligt worden sei: „Im Rahmen seiner Ausführungen zu MBFR hat der Herr Bundeskanzler in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 9. März das Interesse der Bundesrepublik Deutschland an der Beibehaltung der bestehenden Balance innerhalb des westlichen Bündnisses auch nach einem MBFR-Ergebnis klargestellt. [...] Aus der Rede des Bundeskanzlers geht hervor, daß er bei der Fünfzig-Prozent-Klausel an eine bündnisinterne Absprache, nicht an eine Ost-West-Vereinbarung gedacht hat. Eine Ost-West-Vereinbarung, wonach kein Teilnehmerstaat mehr als die Hälfte der Truppen seines jeweiligen Bündnisses im Raum der Reduzierungen unterhalten darf, würde auf westlicher Seite de facto ausschließlich die Bundeswehr betreffen, für deren Heer eine Höchststärke von 350 000 Mann (gegenwärtig: 341 000) festgeschrieben würde. Gleichzeitig würde eine Parallele zwischen der Bundeswehr und den sowjetischen Stationierungsstreitkräften etabliert." Vgl. den Runderlaß Nr. 1560; VS-Bd. 11474 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

7 Korrigiert aus: „5.4.78".

8 Am 6. April 1979 berichtete Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation): „Vor Eintritt in die Tagesordnung der 200. Plenarsitzung am 5. April 79 sagte der amerikanische Botschafter Dean als Vorsitzender, er hoffe im Namen aller zu sprechen, wenn er betone, daß sich der bisherige intensive Meinungsaustausch gelohnt habe und daß man, dank der Bemühungen beider Seiten, bei wichtigen Punkten ein Einvernehmen im Prinzip erreicht habe. [...] In dem routinemäßigen Pressebriefing im Anschluß an die Plenarsitzung widersprach der stellvertretende Leiter der DDR-Delegation, Borchert, als östlicher Sprecher den im Briefing wiedergegebenen Ausführungen Deans am Beginn der Plenarsitzung. Borchert betonte, es gebe auch im Grundsatz kein Einverständnis bei wichtigen Punkten. Dies sei nicht möglich, weil sich der Westen weigere, auf östliche Vorschläge vom 8.6.78 konstruktiv zu antworten." Vgl. Referat 221, Bd. 116940.

die von Dean anläßlich der 200. Plenarsitzung abgegebene und die Bedeutung des erreichten Einvernehmens über Prinzipien unterstreichende Erklärung angegriffen hatte. Die polnische Delegation habe von der Absicht der DDR, sich in dieser Weise bei der Pressekonferenz zu äußern, im voraus nichts gewußt. Polen sei wie Dean der Auffassung, daß über bestimmte Prinzipien Einvernehmen bestehe.

Zu den Daten erklärte P., Polen sei zu einer Initiative gegenüber seinen Verbündeten in der kommenden Verhandlungspause entschlossen. Dobrosielski habe bereits am Vortage in diesem Sinne mit Tarassow gesprochen. Die Daten seien „ihre" schwache Stelle, genau wie unsere schwache Stelle die Forderung nach einem sowjetischen Subceiling sei, auf die sich die SU niemals einlassen würde. (P. ließ auch auf eine Frage unklar, ob er mit „ihre" nur Polen oder alle direkten östlichen Teilnehmer meine.) Wie P. andeutete, hat Polen nur seine Kampfverbände und die beschränkte Zahl dem WP unterstellter Unterstützungsverbände in seinen Zahlen berücksichtigt. Polen sei innerhalb des WP in der Datenfrage in einer sehr schwierigen Situation. Er sei sich jedoch fast 100 Prozent sicher, „daß man bei den Daten etwas tun könne". Auf die Frage, wie nach seiner Meinung jetzt in den Verhandlungen weiterzukommen sei, sagte P., die sowjetische Delegation würde es begrüßen, wenn der Westen einen „move" etwa im Sinne von Bundeskanzler Schmidt mache, er aber von einem östlichen Schritt bei den Daten abhängig gemacht werde. In diesem Sinne habe Dobrosielski auch mit Dean gesprochen. Dean bestätigte dies.

P. betonte im übrigen, die SU sei wegen des gespannten Verhältnisses zu China und aus ökonomischen Gründen sehr stark an einem baldigen MBFR-Abkommen interessiert. Für den Fall eines Zusammentreffens Breschnews mit Carter würden z. Zt. sowjetische Vorschläge für MBFR vorbereitet.

3) Wie ein Datenspezialist der US-Delegation bestätigte, besteht amerikanischerseits schon seit langem der Verdacht, daß die Polen im wesentlichen nur das Personal ihrer dem WP unterstellten Verbände gezählt hätten. Auf eine entsprechende Frage in einem Informal im letzten Jahr hätten sie dies jedoch bestritten. Die US-Delegation ziehe nicht nur aus den Äußerungen des polnischen Militärberaters Ostaszewicz (vgl. DB 199)[9], sondern auch aus den von Strulak in verschiedenen kürzlichen Informals gegebenen Antworten auf westliche Fragen den Schluß, daß die Polen in ihren Erklärungen zur Stärke der

[9] Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 28. März 1979, der Militärberater der polnischen MBFR-Delegation, Ostaszewicz, habe zur Datendiskrepanz bei den polnischen Landstreitkräften erklärt: „Die Personalstärke der polnischen Landstreitkräfte liege zwischen 205 000 und 206 000 Mann. In dieser Zahl seien die territorialen Streitkräfte (territorial forces) und die Kräfte der inneren Sicherheit (interior forces) eingeschlossen, nicht aber die Grenztruppen (border guards). Polen habe in seinen offiziellen Zahlen nicht die Wehrpflichtigen in den territorialen Streitkräften und auch nicht die Kräfte der inneren Sicherheit mitgezählt. Darüber hinaus seien in den polnischen Zahlen nicht enthalten: Militärkadetten bis zum dritten Ausbildungsjahr; die Brigade in Warschau, die öffentliche Gebäude bewache; polnische Küsteneinheiten (coastal units) einschl[ießlich] der Division mit ungefähr 4500 Soldaten (gemeint ist hier die Seelandedivision) und andere Einheiten (Artillerie, Fernmelde, Pioniere) mit insgesamt ca. 3500 Mann. Die Gesamtpersonalstärke der polnischen Divisionen betrage ohne die Seelandedivision, aber die Luftlandedivision eingerechnet, ungefähr 80 000 Mann. Ziehe man die Luftlandedivision noch ab, sei die Stärke ungefähr 75 000 Mann. Diese 75 000 Mann seien auf 13 Divisionen mit sehr unterschiedlichem Auffüllungsgrad verteilt." Vgl. VS-Bd. 11450 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

polnischen Streitkräfte erheblich über das hinausgehen möchten, was ihnen von den anderen Verbündeten zu sagen erlaubt werde.[10]

[gez.] Jung

VS-Bd. 10655 (201)

107

Botschafter Fröwis, Kampala, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 124 **Aufgabe: 14. April 1979, 09.55 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 14. April 1979, 09.08 Uhr**

Betr.: Konflikt Uganda/Tansania[2]

Bezug: Funkberichte über Nairobi vom 12. und 13.4.1979

Zur Information

1) Präsident Lule hat sich am 13.4.1979 von Daressalam nach Kampala begeben und noch am gleichen Tage das neue Kabinett in das Amt eingeführt. Der

10 Botschaftsrat I. Klasse Hartmann, Wien (MBFR-Delegation), notierte am 3. April 1979 Äußerungen eines Mitglieds der amerikanischen MBFR-Delegation: „Auf die kürzlichen Äußerungen zur Stärke der polnischen Streitkräfte angesprochen, sagte O'Hara, diese Angaben seien eine seltsame Mischung von richtig und falsch. Beispielsweise stimme die Angabe über die Einheiten, die unterbesetzt seien, nicht dagegen stimmten die Angaben über die Stärke der Einheiten, die nach amerikanischer Information wesentlich höher liegt, als von den Polen angegeben. Ferner müsse man annehmen, daß der Inhalt der seinerzeit kompromittierten MC 26 den Polen nicht mitgeteilt worden sei, denn sonst sei nicht zu erklären, warum sie überhaupt Angaben über Einheiten wie die Küstenartillerie machten, von deren Stärke wir keine Kenntnis hätten. Schließlich sei bemerkenswert, daß die Polen jetzt erstmals von einem territorialen defense system sprächen, während in der Vergangenheit immer nur von territorial defense units gesprochen worden sei. Auf amerikanischer Seite werde vermutet, daß die Polen dort einen erheblichen Teil der Unterstützungseinheiten für die Kampfverbände untergebracht hätten. Insgesamt sähen die Amerikaner in den polnischen Äußerungen einen tastenden Versuch, herauszufinden, welche Möglichkeiten sie zur Erklärung der von ihnen bei der offiziellen Angabe der Stärke ihrer Streitkräfte vorgenommenen Ausschlüsse hätten. Die Polen hätten es aber viel leichter als die Sowjets, ihre Ausschlüsse zu erklären; darauf sei vermutlich das unterschiedliche Verhalten beider Delegationen zurückzuführen:" Vgl. die Anlage zum Schreiben des Botschafters Jung, Wien (MBFR-Delegation), vom 9. April 1979; VS-Bd. 11493 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

1 Der Drahtbericht war zur Weiterleitung an das amerikanische und britische Außenministerium bestimmt.
Hat Legationsrat Freiherr von Stenglin am 17. April 1979 vorgelegen.

2 Ministerialdirektor Meyer-Landrut legte am 17. November 1978 zu den militärischen Auseinandersetzungen zwischen Tansania und Uganda dar: „Ugandische Truppen hatten Ende Oktober 1978 handstreichartig ein ca. 1800 qkm großes Gebiet nördlich des Kagera-Flusses im Norden Tansanias unter dem Vorwand besetzt, eine Invasion Tansanias zurückzuschlagen. Nach Mobilisierung der tansanischen Streitkräfte und der Heranführung von Reserven in das abgelegene Grenzgebiet erreichte der Konflikt am 12. November mit dem Gegenangriff tansanischer Truppen seinen Höhepunkt. Präsident Nyerere scheint entschlossen, die Vermittlungsbemühungen der OAE und mehrerer afrikanischer Länder nicht zu akzeptieren und den Konflikt militärisch lösen zu wollen.

tansanische Verteidigungsminister[3] war ebenfalls anwesend. Lule dankte Nyerere[4], dem Volke und den Streitkräften Tansanias, rief die Soldaten Amins auf, die Waffen niederzulegen, bedauerte die Plünderungen[5] und versprach rechtsstaatliche Verhältnisse.

2) Bereits vor der Ankunft Lules hatten auch Mosambik und Botsuana die neue Regierung anerkannt.

Ich beabsichtige, bei sich bietender Gelegenheit im Außenministerium zu erläutern, daß die Bundesregierung nur Staaten, aber keine Regierungen ausdrücklich anerkennt, jedoch in einer Fortsetzung der laufenden Kontakte implizite eine Anerkennung zum Ausdruck komme.[6]

Fortsetzung Fußnote von Seite 477

Durch Radio Daressalam ließ er verkünden, daß er nicht nur die ugandischen Soldaten aus Tansania vertreiben, sondern auch den von ihm gehaßten Diktator Amin stürzen werde." Vgl. Referat 320, Bd. 116852.

3 Rashidi M. Kawawa.

4 Botschafter Eichborn, Daressalam, skizzierte am 27. April 1979 die Rolle des Präsidenten Nyerere: „Die Feindschaft Nyereres gegen Idi Amin datiert seit dem Tag, an dem Idi 1971 – die Abwesenheit Milton Obotes zur Commonwealth-Konferenz in Singapur nutzend – die Macht in Uganda an sich riß, um seiner eigenen Entlassung als Oberbefehlshaber der Armee zuvorzukommen. Obwohl Nyerere in allen vergleichbaren Fällen sich nach einer gewissen Anstandspflicht mit den Tatsachen abgefunden hatte, verweigerte er beharrlich die Anerkennung der Regierung Idi Amins mit der Begründung, dieser sei durch einen Militärputsch zur Macht gekommen. Dem ihm in der Ideologie eines ‚afrikanischen Sozialismus' und auch persönlich eng verbundenen Obote gewährte Nyerere Asyl und unterstützte ihn in der Folgezeit moralisch und persönlich – u. a. durch Ausbildung von Guerilla-Kämpfern – in dem Bestreben, Idi Amin zu stürzen." Nach dem Ausbruch militärischer Auseinandersetzungen zwischen Tansania und Uganda im Oktober 1978 habe sich Obote mit einem Aufruf zum Sturz des Präsidenten Amin an die ugandische Bevölkerung gewandt. Zu den folgenden Ereignissen legte Eichborn dar: „Um aber das kenianische Mißtrauen gegen eine ‚sozialistische Umklammerung' zu beschwichtigen, sah Nyerere sich genötigt, Milton Obote, der sich als Hindernis auf diesem Weg erwies, fallenzulassen. Am 26. März gelang es ihm mit mehr oder weniger starkem Druck, aus 18 heterogenen ugandischen Exilgruppen die ‚Uganda National Liberation Front' (UNLF) zu bilden. Ihren Vorsitz übernahm der allseits geachtete, politisch allerdings nicht profilierte frühere Vizekanzler der Makerere Universität, Jusuf Lule. Mit dieser demokratischen Fassade und seinen Truppen im Vormarsch auf Kampala glaubte Nyerere sich dem Ziel nahe." Vgl. den Schriftbericht; Referat 320, Bd. 125223.

5 Botschaftsrat Nöldeke, Nairobi, gab am 13. April 1979 eine von Botschafter Fröwis, Kampala, per Amateurfunk übermittelte Meldung zur Lage in der ugandischen Hauptstadt weiter: „Nach dem Einmarsch der tansanischen Truppen erlebte Kampala die schlimmste Plünderungswelle aller Zeiten. Die Hauptstraßen sind überfüllt mit Glasscherben zerbrochener Fensterscheiben. Zehntausende von Ugandern räumten sämtliche öffentlichen Gebäude, Geschäfte, Warenlager, Werkstätten und zahlreiche Privathäuser aus. [...] Die Plünderungswelle hat größere Schäden angerichtet als der vorhergehende Beschuß der Stadt mit Bomben, Granaten und Raketen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 146; Referat 320, Bd. 125231.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kremer teilte der Botschaft in Kampala am 24. April 1979 mit: „1) Die von uns üblicherweise nach außen gebrauchte Formel ‚Wir erkennen nur Staaten, aber nicht Regierungen' an, gibt den völkerrechtlichen Sachverhalt nur verkürzt wieder. In Wirklichkeit bedarf auch jede Regierung, die auf nicht verfassungsgemäßem Wege (Revolution, Staatsstreich etc.) zustande gekommen ist, der völkerrechtlichen Anerkennung. Die Anerkennung einer solchen Regierung erfolgt durch uns lediglich nicht ausdrücklich, sondern implicite durch konkludentes Verhalten. Hierzu gehört insbesondere die Fortsetzung des normalen völkerrechtlichen Verkehrs durch den direkten Verkehr zwischen Botschafter und Gastregierung und durch die Fortsetzung der normalen Kontakte zwischen Botschaft und Außenministerium. 2) Eine konkludente Anerkennung der neuen Regierung in Uganda war nach den genannten Grundsätzen erforderlich. Diese ist nach den hier vorliegenden Informationen (offizielles Gespräch des Botschafters mit Präsident Lule) bereits erfolgt. Zumindest wird sie sich aus der Fortsetzung der offiziellen Kontakte mit der neuen Regierung in der Zukunft ergeben." Vgl. den Drahterlaß Nr. 40; Referat 320, Bd. 125230.

3) Ungeachtet des Versprechens der Schonung wurden Soldaten Amins, die sich ergeben hatten, bisher in aller Regel erschossen.

Gestern abend wurde die Aufstellung einer neuen Polizei unter Eingliederung unbelasteter Polizisten der früheren Regierung bekanntgegeben.

4) Trotz des inzwischen ergangenen Plünderungsverbots gehen die Plünderungen in Kampala unvermindert weiter. Dasselbe gilt für die Schießereien bei Tag und Nacht.

Nachstehend einige Beispiele für Überfälle und Plünderungen im diplomatischen Korps:

Tansanische Fahnder suchten den libyschen Botschafter, „um ihn umzubringen".[7] Botschafter Ismail hatte recht daran getan, Kampala vor einer Woche zu verlassen. Seine Kanzlei wurde erbrochen und durchsucht, seine Residenz verwüstet.

Tansanische Soldaten brachen in das Haus des sudanesischen Geschäftsträgers ein, schlugen und mißhandelten Geschäftsträger Ibrahim. Mit einer einzigen Ausnahme wurden die Botschafterresidenz und sämtliche Häuser der sudanesischen Botschaft total ausgeplündert.

Die Kanzleien der indischen Hochkommission, der südkoreanischen und der ruandischen Botschaft wurden von Plünderern zertrümmert; ebenso die meisten Häuser dieser Vertretungen.

Auch die Residenz des französischen Botschafters[8] wurde überfallen. Mehrere Dienstwohnungen der Botschaft wurden völlig ausgeräumt.

5) Außer den vier verschollenen Journalisten wurden der Botschaft bisher keine Verletzungen von Schutzbefohlenen bekannt.[9]

7 Botschafter Fröwis, Kampala, übermittelte am 5. März 1979 Informationen zur Beteiligung Libyens am Krieg zwischen Tansania und Uganda: „Wie ich von meinem libyschen Kollegen vertraulich erfahren habe, entschloß sich Ghadafi aus Verärgerung über die mangelnde Kooperation Nyereres bei den Vermittlungsbemühungen Libyens und der OAE, Amin mit massiver Militärhilfe eine Chance zu geben, politisch zu überleben. Dem Vernehmen nach stellt Libyen Uganda neben Infanteriewaffen auch schwere Waffen (Kampfbomber, Artillerie, Panzer) einschließlich der erforderlichen Bedienungsmannschaften und Techniker, insgesamt bis zu 1500 Mann, zur Verfügung, um die Kampfkraft der ugandischen Armee wiederherzustellen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 50; Referat 320, Bd. 125231.
Am 27. März 1979 berichtete Botschafter Eichborn, Daressalam, Präsident Nyerere habe soeben mitgeteilt, daß Libyen Tansania am selben Tag ein auf 24 Stunden befristetes Ultimatum über den Abzug der tansanischen Truppen aus Uganda gestellt habe, „andernfalls werde es in den Krieg eintreten und ihn auf tansanisches Gebiet tragen". Dazu habe Nyerere dargelegt: „Libyen habe bereits Truppen und Material in Uganda, ob dies zu einer Kriegsführung ausreiche, wisse er nicht. Aber selbst wenn tansanische Truppen den Flugplatz Entebbe erreichten, stünden immer noch zwei weitere Flugplätze im Norden Ugandas für Nachschub zur Verfügung. Er glaube nicht recht, daß Libyen einen vollen Krieg wolle, aber er wisse es nicht. [...] Wegen des libyschen Nachschubs habe er Kaunda gebeten, Numeiri zum Untersagen des Überfliegens des Sudans zu bewegen; bisher keine Antwort. [...] Mit seinen ‚Tupolew'-22 Flugzeugen könne Libyen alle Städte Tansanias – auch Daressalam – bombardieren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 121; Referat 320, Bd. 125231.
Legationsrat Freiherr von Stenglin vermerkte am 30. März 1979, Botschafter Fröwis, Kampala, habe am selben Tag telefonisch durchgegeben: „Botschaft ist der Überzeugung, daß die Verteidigung von Kampala durch die 2000 libyschen Soldaten unter dem Befehl eines libyschen Generals erfolgt." Vgl. Referat 320, Bd. 125231.

8 Pierre Renard.

9 Am 16. April 1979 berichtete Botschafter Fröwis, Kampala, die vier Journalisten seien erschossen worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 130; Referat 320, Bd. 125231.

Die Häuser der entsandten Lehrkräfte Klappach, Werner, Worst und der DAAD-Lektorin Dr. Kochan erlitten keinen größeren Schaden.

[gez.] Fröwis

Referat 320, Bd. 125231

108

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager

422-411.10 SAR-231/79 VS-vertraulich **18. April 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Rüstungsexportpolitik
hier: Saudi-Arabien

Zweck: Bitte um Entscheidung

I. Sachverhalt

Die Firma Krauss-Maffei, München, hat beim AA angefragt, ob in Anbetracht der veränderten Lage im Nahen Osten nunmehr mit einer Ausfuhrgenehmigung für den Flakpanzer „Gepard" nach Saudi-Arabien zu rechnen sei.[4]

Der Flakpanzer „Gepard" ist ein autonomes und vollmobiles Fliegerabwehrsystem, das Schutz gegen tiefangreifende Flugzeuge gewähren soll. Gleichzeitig kann der „Gepard" auch gegen Erdziele eingesetzt werden. Nach Ansicht der Fachleute stellt es das bisher modernste Gerät dieser Art auf dem internationalen Rüstungsmarkt dar.

Entwickler dieses für die Bundeswehr konzipierten Waffensystems ist die zum Schweizer Bührle-Konzern gehörende Firmengruppe Oerlikon-Contraves in Zürich. Der Bau erfolgt aufgrund eines Lizenzvertrages zwischen BMVg und

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pabsch und Vortragendem Legationsrat Bosch konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Hermes am 24. April 1979 vorgelegen.
Hat Staatssekretär van Well am 25. April 1979 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 6. Mai 1979 vorgelegen.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Pabsch vermerkte am 28. März 1979, die Krauss-Maffei AG habe ihm mitgeteilt: „Die saudische Regierung sei ‚auf verschiedenen Kanälen' [...] an Krauss-Maffei wegen Lieferung des Flakpanzers ‚Gepard' herangetreten. Sie benötige solches Gerät zum Schutz der Einrichtungen ihrer Ölfelder gegen feindliche Luftangriffe. Sie würde die Lieferung des ‚Gepard' allen anderen Alternativen im Bereich der Flugabwehr vorziehen, wolle aber an die Bundesregierung nicht offiziell herantreten, um sich nicht der Gefahr eines ablehnenden Bescheids auszusetzen. Saudi-Arabien sei vor allem an einer schnellen Lieferung interessiert; da Krauss-Maffei eine relativ lange Bauzeit benötige, habe man deshalb mit dem niederländischen Verteidigungsministerium Verbindung aufgenommen und dort Aufgeschlossenheit für den Gedanken vorgefunden, zunächst die von den Niederlanden bereits erworbenen ‚Geparden' an Saudi-Arabien zu liefern, um sie einige Monate später aus der laufenden Produktion von Krauss-Maffei wieder zu ersetzen." Vgl. VS-Bd. 9523 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

Oerlikon-Contraves ausschließlich durch Unternehmen in der Bundesrepublik (u.a. Krauss-Maffei, Siemens, Wegmann sowie eine große Anzahl von Unterlieferanten). Da die Produktion des „Gepard" für die Bundeswehr etwa Anfang 1980 abgeschlossen sein wird, sind die beteiligten Firmen an Anschlußaufträgen für die bestehenden Fertigungskapazitäten stark interessiert.

Eine frühere Anfrage[5] wegen einer Ausfuhrgenehmigung nach Ecuador, Pakistan und evtl. Saudi-Arabien war aufgrund einer Entscheidung des BSR vom 14.4.78[6] negativ beschieden worden.

II. Problematik

Die Frage ist komplex und schwer zu entscheiden.

1) Folgende Argumente sprechen für die Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung:

- Die Ausfuhr des Flakpanzers würde es den Saudis ermöglichen, ihre Ölförderzentren und Pipelines durch ein hochmodernes und effizientes Flugabwehrsystem gegen mögliche Luftangriffe, die angesichts der neuentstandenen labilen Situation im Nahen Osten nicht mehr ausgeschlossen werden können, zu schützen.
- Nachdem wir uns saudischen Wünschen nach deutschen Rüstungsgütern lange verschlossen haben, würde eine Ausfuhrgenehmigung als eine besonders positive Geste von unserer Seite angesehen werden. Wir würden damit dem immer wieder von saudischer Seite geäußerten Wunsch nach deutscher Technologie auch im Rüstungsbereich entgegenkommen.

[5] Ministerialdirektor Lautenschlager führte am 28. Februar 1978 zur Anfrage der Firma Oerlikon Contraves GmbH aus: „Das BMVg nimmt die Absicht der Fa. Oerlikon, ‚Gepard'-Endproduktion für den Fall einer Versagung der Genehmigung der Ausfuhr in Nicht-NATO-Länder, nach Italien und in die Schweiz zu verlagern, ernst und weist darauf hin, daß damit die Gefahr entstehe, daß sich das rüstungswirtschaftliche Potential der Bundesrepublik nach Abwicklung der jetzigen Bundeswehraufträge so verringern könnte (zumal wenn auch andere Firmen ihre Endfertigung ins Ausland verlagern), daß die Aufrechterhaltung einer eigenen Rüstungsproduktionskapazität für die Bedürfnisse der Bundeswehr in den 80er Jahren nicht mehr gewährleistet sei; bei einer Verlagerung der Endproduktion von Großgerät ins Ausland eine künftige Kontrolle der der Bundesrepublik zugerechneten Rüstungsexporte praktisch unmöglich würde, weil Zulieferungen in NATO-Länder aus rechtlichen und politischen Gründen überhaupt nicht oder (bei Lizenzfertigung in Drittländern) nur ausnahmsweise unterbunden werden können, wenn es sich entweder um Güter nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz oder um Länder in Spannungsgebieten handelt." Vgl. VS-Bd. 9339 (422); B 150, Aktenkopien 1978.

[6] Vortragender Legationsrat I. Klasse Pabsch faßte am 17. April 1978 die Ergebnisse der Sitzung des Bundessicherheitsrats vom 14. April 1978 hinsichtlich der Beschlüsse zu Einzelfällen von Rüstungsexporten zusammen. Die Lieferung des Flakpanzers ‚Gepard' nach Ecuador, Pakistan und Saudi-Arabien sei abgelehnt worden. Bundeskanzler Schmidt habe um öffentliche Bekanntgabe gebeten, die auch erkennen lassen solle, daß dies Folgen für den Arbeitsmarkt haben könne. Die Lieferung von ‚Hot'-Panzerabwehrraketen aus deutsch-französischer Koproduktion an Syrien und den Irak solle erörtert, eine Ablehnung aber weder anvisiert noch angedroht werden. Auf Nachfrage von Schmidt habe Staatssekretär van Well erläutert, daß Frankreich bis 1975 auch Südafrika mit Material aus deutsch-französischer Koproduktion beliefert habe, aber „daß danach auf Weisung von Präsident Giscard" alle derartige Lieferungen eingestellt worden seien. Schmidt habe um Prüfung des Umfangs gebeten: „Außerdem solle das AA bei seinen Konsultationen mit Generalsekretär Soutou wegen der Lieferungen nach Syrien und dem Irak erklären, daß wir im übrigen davon ausgingen, daß Produkte aus deutsch-franz[ösischer] Koproduktion heute nicht mehr nach Südafrika geliefert würden." Die Lieferung von Schnellbooten nach Argentinien und Minensuchbooten nach Indonesien sei abschließend bewilligt worden. Vgl. VS-Bd. 9336 (422); B 150, Aktenkopien 1978.

– Nachdem die „Gepard"-Produktion bald auslaufen wird, würden durch den Auftrag Auslastung und Beschäftigung der zahlreichen an diesem Programm beteiligten deutschen Firmen (sehr viele Unterlieferanten) über einen längeren Zeitraum hinweg gesichert.

2) Gegen die Erteilung der Ausfuhrgenehmigung sprechen folgende Argumente:

– Unsere Beziehungen zu Saudi-Arabien sind – auch trotz unserer restriktiven Rüstungsexportpolitik – ausgezeichnet; nach Ansicht der Abteilung 3 könnten sie durch unsere plötzliche Bereitschaft, Waffen nach Saudi-Arabien zu liefern, nicht mehr weiter verbessert werden. Vielmehr bestünde die Gefahr gewisser Reibungen, wenn wir zwar bereit wären, bestimmte Waffen zu liefern, jedoch nicht alle saudischen Wünsche auf diesem Gebiet zu erfüllen.

– Die mögliche Gefahr einer Änderung der Herrschaftsverhältnisse in Saudi-Arabien geht nach Ansicht der Abteilung 3 nicht unbedingt von außen aus. Die Entwicklung im Iran, der über eine stark und modern ausgerüstete Armee verfügte, läßt eher befürchten, daß mögliche Veränderungen, sollte es dazu kommen, auch in Saudi-Arabien von innen auftreten würden. Flakpanzer wären gegen derartige Veränderungen kein ausreichender Schutz, wenn die Armee nicht zum Regime hält, wie die Entwicklung im Iran gezeigt hat.

– Die Lieferungen nach Saudi-Arabien kämen einer Aufgabe des Prinzips unserer ausgewogenen und neutralen Politik im Nahen Osten gleich. Israel würde mit hoher Wahrscheinlichkeit versuchen, aus den Lieferungen an Saudi-Arabien politisches Kapital zu schlagen und auf uns Druck auszuüben, um uns zu irgendwelchen Ausgleichsleistungen zu zwingen.

– Bei einer Genehmigung der Lieferungen nach Saudi-Arabien müßten wir mit entsprechenden Lieferwünschen anderer arabischer Staaten rechnen. So könnte uns z.B. von Ägypten entgegengehalten werden, daß Ägypten das einzige arabische Land ist, das sich zu einer friedlichen Regelung mit Israel bereitgefunden hat; in Anbetracht des Umstandes, daß Saudi-Arabien sich zumindest offiziell der arabischen Ablehnungsfront gegen den ägyptisch-israelischen Friedensvertrag[7] angeschlossen hat, wäre es daher kaum möglich, den Ägyptern zu versagen, was wir Saudis gewähren.
Auch gegenüber anderen uns wohlgesonnenen arabischen Staaten könnte sich eine derartige Problematik ergeben.

– Bei einer Genehmigung wäre dies überhaupt der erste Fall, in dem wir den Flakpanzer „Gepard" in Nicht-NATO-Länder lieferten. Unsere bisher restriktive Rüstungsexportpolitik würde durch eine solche Genehmigung eine derartige Tendenz zur Auflockerung erhalten, daß die Bezeichnung „restriktiv" nicht mehr am Platze wäre. In der Öffentlichkeit müßte dadurch der Eindruck entstehen, die Bundesrepublik spiele als Rüstungslieferant neuerdings für die Welt eine zunehmende wichtige Rolle.

III. Entscheidungsvorschlag

– Die für eine Versagung sprechenden Argumente sind so schwerwiegend, daß Abteilung 4 in Übereinstimmung mit Abteilung 3 sich gegen eine Erteilung

[7] Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

der beantragten Genehmigungen ausspricht. Einer Befassung des BSR bedarf es unter diesen Umständen nicht.

Nur zur Abrundung des Fragenkomplexes sei darauf hingewiesen, daß im AA eine Zusammenarbeit mit SAR[8] auf dem Gebiet „Funküberwachungssystem" als „befürwortenswert" angesehen wird (positive Geste gegenüber SAR!).[9]

– Da sich der Herr BK zur Frage einer Ausfuhr des „Gepard" nach SAR kürzlich dahin geäußert haben soll, daß die (negative) BSR-Entscheidung vom 14.4.1978 nicht unbedingt das letzte Wort gewesen sein müsse, wird vorgeschlagen, ihm diese Vorlage zur Kenntnis zu bringen.

Abteilung 3 hat mitgezeichnet.

Lautenschlager

VS-Bd. 9523 (422)

109

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel

24. April 1979[1]

Teilnehmer: Mr. Habib, Erster Sekretär Politik; VLR I Schenk, Ref. 204.

Botschafter *Stoessel* übergab ein Schreiben vom AM Vance an BM[2], in dem sich dieser auf die Gelegenheit eines bilateralen Treffens am Rande des bevorstehenden NATO-AM-Rats freut[3].

BM spricht Entwicklung im südlichen Afrika an. Die Äußerung des britischen Ministerpräsidenten[4], eine neue Labour-Regierung[5] werde sich um eine Konferenz aller an Rhodesien Beteiligten bemühen[6], und von der er annehme, daß

8 Saudi-Arabien.

9 Zur Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien im Bereich der Funkaufklärung vgl. Dok. 23 und Dok. 34.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 24. April 1979 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter und Vortragendem Legationsrat Ackermann am 25. April 1979 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Petersmann am 26. April 1979 vorgelegen.

2 Für das Schreiben des amerikanischen Außenministers Vance vom 23. April 1979 vgl. Referat 010, Bd. 178803.

3 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance am 30. Mai 1979 am Rande der NATO-Ministerratstagung in Den Haag vgl. Dok. 155.

4 James Callaghan.

5 Am 3. Mai 1979 fanden Wahlen zum britischen Unterhaus statt.

6 Gesandter Böcker, London, berichtete am 23. April 1979 über die britische Haltung zu den Wahlen vom 17. bis 21. April 1979 in Rhodesien: „Als erste Reaktion auf die Wahlen hat PM Callaghan heute in einer Pressekonferenz erklärt, daß die Labour-Regierung nach den britischen Wahlen (3.5.) Cledwyn Hughes erneut nach Afrika entsenden werde, damit der die Möglichkeit eines erneuten

sie mit amerikanischer Seite abgestimmt sei, würde deutsche Seite bei Gelegenheit positiv kommentieren.

Zu Namibia: BM meine, daß das Beschreiten eines internen Weges durch Bildung einer Interimsregierung in Namibia Anfang Mai südafrikanische Billigung finden könnte. Er rege daher an zu überlegen, ob die westlichen Fünf zusammen oder parallel auf sehr hoher Ebene noch in dieser Woche ihre Stellungnahme hierzu der südafrikanischen Regierung übermittelten. Hierdurch könne man einer Meinungsbildung bei Schwarzafrikanern zuvorkommen, die Fünf seien von Südafrika übertölpelt worden oder befänden sich mit Pretoria in einem geheimen Komplott. Die Kontaktgruppe in New York könne sich darüber verständigen, ob gemeinsam oder parallel demarchiert werde.[7]

BM mache sich über die Wirkung keine großen Illusionen, eine Aktion gewinne allerdings politisches Gewicht auch schon daraus, daß man sie unternehme.

Botschafter: Auch Amerikaner seien über Entwicklung beunruhigt. Vor einer Woche sei ein Brief Präsident Carters zur Unterstützung des Waldheim-Plans übergeben worden, auf den Reaktion noch ausstehe.[8] Washington fürchte bei

Fortsetzung Fußnote von Seite 483

Treffens sämtlicher betroffener Parteien unter dem Vorsitz des britischen PM untersucht. Auf diesem Treffen solle über Waffenstillstand und international überwachte Wahlen in Rhodesien verhandelt werden. Er, Callaghan, habe diese Entscheidung über das letzte Wochenende in Abstimmung mit Präsident Carter getroffen. GB würde in Rhodesien-Frage weiterhin eng mit USA zusammenarbeiten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 955; Referat 320, Bd. 125205.

7 Am 26. April 1979 informierte Botschafter Ruete, London, über die britische Haltung: „AM Owen stehe Idee einer eiligen Botschaft der Regierungschefs der Fünf an PM Botha skeptisch gegenüber. Er neige französischer Auffassung zu, daß richtiger Augenblick für solches Schreiben zur Zeit nicht gegeben sei. Er halte es für besser, die Botschaft vorläufig ‚in Reserve zu halten'. Gesprächspartner wies auch darauf hin, daß es während der Wahlkampagne schwierig sein würde, Zustimmung von PM Callaghan zu erhalten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 988; Referat 320, Bd. 125273.
Botschafter Herbst, Paris, teilte am 26. April 1979 zur französischen Haltung mit: „Die Botschaft hat sich – ohne eine mögliche Fühlungnahme des Bundeskanzlers mit Präsident Giscard zu erwähnen – im Quai auf Arbeitsebene nach dem derzeitigen französischen Entscheidungsstand erkundigt. Gesprächspartner führte aus, man habe im Quai sehr ernsthafte Bedenken [...] gegen die Absicht, die Botschaft an PM Botha von den Regierungschefs unterschreiben zu lassen, die sich bei der zu erwartenden negativen Reaktion Südafrikas in nicht zu vertretender Weise kompromittieren würden. Man verschieße damit ein Pulver, das man u[nter] Um[ständen] zu einem späteren Zeitpunkt noch dringend brauchen werde. Diese Bedenken des Quai würden im Elysée voll geteilt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1306; Referat 320, Bd. 125273.

8 Zum Bericht des UNO-Generalsekretärs Waldheim vom 26. Februar 1979 über die Namibia-Frage vgl. Dok. 92, Anm. 8.
Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), übermittelte am 5. April 1979 Informationen des amerikanischen UNO-Botschafters McHenry: „Präsident Carter hat PM Botha in persönlicher Botschaft dringend aufgefordert, VN-Plan in der aktuellen Form anzunehmen. PM Botha hat darauf geantwortet, Waldheim-Bericht vom 26.2. sei nach südafrikanischer Auffassung nicht akzeptabel, nach entsprechenden Konsultationen erwarte Kapstadt jedoch die Entscheidung von dem ‚gewählten Führer Namibias'." McHenry habe die Botschaft Carters an Botha wie folgt wiedergegeben: „Der Plan Waldheims in seiner jetzigen Form sei die beste aller vernünftigerweise erreichbaren Lösungen. Eine absolut risikofreie Lösung liege nicht im Bereich des Möglichen, dies gelte für beide Seiten. Eine Abkehr vom VN-Plan würde jedoch die Gewißheit gefahrenvoller kriegerischer Verwicklungen in der Region bedeuten. Dringender Appell an Südafrika, die Waldheim-Vorschläge zu akzeptieren. SWAPO habe sie nunmehr ohne Einschränkungen hingenommen und die Frontlinien-Regierungen hätten sich zu ihrer fairen Durchführung verpflichtet." McHenry habe ferner mitgeteilt, „daß Präsident Carter noch am 6.4. PM Botha eine kurze Erwiderung zugehen läßt. Der Entwurf sei bereits von Vance und den im Weißen Haus vorgeschalteten Instanzen gebilligt. Er enthalte drei knapp formulierte Punkte: Enttäuschung über die Antwort und die darin wiederholten unhaltbaren Positionen [...]; deutlicher Hinweis, daß südafrikanische Ablehnung des Waldheim-Plans eine Mitwirkung Washingtons an Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft gegen Südafrika unvermeidlich machen würde; erneute Andeutung [...], daß sich nach einer international

verzögerter oder negativer Reaktion, daß sich der Druck der Frontlinienstaaten[9] für die Verhängung von Sanktionen im VN-Sicherheitsrat verstärke.

BM ergänzte, daß eine Fünfer-Aktion auch geeignet sei, ein Zusammentreten des Sicherheitsrats noch vor den britischen Wahlen mitzuverhindern. Die Frage des *Botschafters* nach der deutschen Stellungnahme zu Sanktionen nannte *BM* keine einfache Sache. Er verwies auch auf Tendenz in USA, Sanktionen gegen Rhodesien[10] aufzuheben, und erkundigte sich, ob für die Verhängung von Sanktionen eine parlamentarische Mehrheit erforderlich sei oder ob Regierung dies aus eigener Kraft könne.

Botschafter: Amerikanischer Präsident könnte gegen Sanktionsaufhebungsbeschluß des Parlaments Veto einlegen. Präsident schulde aber bis zum Juni dem Parlament eine Erklärung über den Charakter der rhodesischen Wahlen. Die Wahlen würden nicht ausreichen, eine Allparteienlösung zu ersetzen.[11]

BM hielt Erklärung britischen MPs für Erreichung einer Allparteienlösung für weitergehend als eine Beurteilung der Wahl. Der demokratische Charakter von Wahlen sei in Afrika ohnehin ein schwieriger Punkt. Den Wahlen in Rhodesien sei ein gewisser Apartheidscharakter anzulasten, da der weißen Stimme größeres Gewicht zukäme.

Fortsetzung Fußnote von Seite 484

anerkannten Namibia-Lösung sinnvolle Perspektiven für eine Begegnung Carter – PM Botha in den USA zur Erörterung anderer Probleme ergeben würden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 654; Referat 320, Bd. 125272.

Wechmar berichtete am 11. April 1979, McHenry habe zur Übergabe des zweiten Briefs von Carter an Botha durch den amerikanischen Botschafter in Kapstadt, Edmondson, mitgeteilt: „PM Botha habe [...] nach Lektüre des Briefes diesen auf den Tisch geschleudert und verächtlich ausgerufen: ‚This is a threat.' Auf den Einwand, der Hinweis auf die Gefahr internationaler Maßnahmen gegen Südafrika betreffe nur ein objektiv bestehendes Risiko, reagierte Botha mit der Frage: ‚Who sabotaged the plan?' Auf den Einlenkungsversuch Edmondsons, der Plan lebe doch wohl noch, sagte Botha nur: ‚There is nothing to discuss.' Die Audienz sei nach weniger als zwei Minuten beendet gewesen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 682; Referat 320, Bd. 125272.

9 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia und Tansania.

10 Zu den Sanktionen des UNO-Sicherheitsrats gegen Rhodesien vgl. Dok. 56, Anm. 9.

11 Botschafter Eick, Pretoria, berichtete am 25. April 1979 über die Wahlen vom 17. bis 21. April 1979 in Rhodesien: „Neuer Premierminister von Rhodesien-Simbabwe wird Bischof Abel Muzorewa, nachdem seine Partei, der United African National Council (UANC), absolute Mehrheit der Parlamentssitze errang. In der neuen Koalitionsregierung wird der UANC neben dem Premierminister zehn Portefeuilles innehaben, fünf Ministersitze werden [an] Ian Smith, Rhodesische Front, gehen, zwei an Z[imbabwe]A[frican]N[ational]U[nion]-Sithole und ein Ministersitz an Chief Ndiweni-U[nited]N[ational]F[ederal]P[arty]." Vgl. den Drahtbericht Nr. 180; Referat 320, Bd. 125205.

Gesandter Dannenbring, Washington, resümierte am 21. April 1979 die Diskussion in den USA über eine Aufhebung von Sanktionen nach den Wahlen in Rhodesien: „Die Administration stellt sich bereits auf mit Sicherheit zu erwartende verstärkte Auseinandersetzungen über die Frage der Anerkennung einer schwarzen Mehrheitsregierung in Salisbury und über die Aufhebung der Sanktionen ein. Die schon in den vergangenen Monaten im Kongreß spürbaren Tendenzen, nach den April-Wahlen auf eine Aufhebung der Sanktionen hinzuwirken, werden sich aufgrund des Wahlverlaufs verstärkt geltend machen." Die amerikanische Regierung werde vermutlich argumentieren, daß die Voraussetzungen für die Aufhebung von Sanktionen nicht erfüllt seien: „Insbesondere fehle es an dem Kriterium, daß ‚internationale Beobachter' (d.h. solche, die als Ergebnis einer von Regierungen getragenen internationalen Initiative entsandt werden) den Wahlablauf auf seine Ordnungsmäßigkeit hin hätten mitverfolgen können. Auch das Kriterium einer freien und gleichen Wahl sei angesichts der Tatsache, daß eine weiße Stimme das mehrfache Gewicht einer schwarzen Stimme besitze, nicht einwandfrei gegeben. Schließlich sei ein Grundmangel, daß die Verfassung, nach der sich die politische Entwicklung in Rhodesien bestimme, nicht von der gesamten Bevölkerung, sondern allein von der weißen Minderheit gebilligt worden sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1477; Referat 320, Bd. 125205.

Über finanzielles Problem Tansanias als Folge der Uganda-Operation hatte *Botschafter* nichts beizutragen.[12]

BM wies auf übereinstimmende Beurteilung des ägyptisch-israelischen Vertrags[13] als erster Schritt für umfassende Lösung hin. Er habe das Gefühl, es sei wichtig, jetzt sichtbar zu machen, welche weiteren operativen Schritte für die Erreichung einer umfassenden Lösung unternommen werden müßten. Dies sei auch ein Mittel, um eine Entkrampfung innerhalb des arabischen Lagers zu fördern.

Botschafter: Amerikaner konzentrierten sich auf die bevorstehenden Verhandlungen über Westbank und Gaza-Streifen. Sie hofften, die Teilnahme von Palästinenser-Vertretern, sei es unmittelbar, sei es innerhalb der ägyptischen Delegation, zu erreichen.

Über weitere Schritte wie z.B. Genfer Konferenz[14] oder direkte Verhandlungen mit Syrien oder Jordanien sei ihm nichts bekannt.

BM wiederholte seine Anregung nach Bekanntgabe bevorstehender operativer Schritte. Hierdurch könnte man auch am besten sowjetischen Unruhestiftungen entgegentreten. Es sei wichtig, daß Sowjetunion ihren in der arabischen Welt verlorenen Einfluß nicht wiedererhalte.

BM erwähnte seine Absicht, am Freitag, den saudischen[15] und den syrischen[16] Botschafter zu empfangen. Hierzu wüßte er gern Näheres über die amerikanische Planung und auch darüber, was die Europäer zur Unterstützung der Amerikaner auf dem Weg zu einer umfassenden Lösung tun könnten.

Botschafter versprach, Instruktion einzuholen.

Seine Frage nach bevorstehender Nahost-Reise BMs beantwortete dieser mit Juni als vermeintlichem Zeitpunkt.[17]

12 Zum Einmarsch tansanischer Truppen in Uganda vgl. Dok. 107.

13 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

14 Zur Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Genf vgl. Dok. 86, Anm. 21.

15 Am 27. April 1979 erklärte der saudi-arabische Botschafter Ibrahim im Gespräch mit Bundesminister Genscher zum Friedensvertrag vom 26. März 1979: „Der ägyptisch-israelische Vertrag habe nicht einmal das Minimum der arabischen Forderungen erfüllt; er käme nur ägyptischen Wünschen entgegen. Weder seien die seit 1967 besetzten Gebiete befreit worden, noch betreffe der Vertrag die Westbank und den Gaza-Streifen; weder sei das Palästinenserproblem gelöst, noch sei Ost-Jerusalem behandelt worden. [...] Botschafter erläuterte die Rolle Saudi-Arabiens als Beschützer des Islam und damit auch Ost-Jerusalems. Saudi-Arabien und alle arabischen Staaten müßten die Herausforderung Khomeinis erwarten, wenn die arabischen Länder Israels Forderung nach Ost-Jerusalem nachgäben. Saudi-Arabien könne über diesen Punkt nicht verhandeln." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178803.

16 Der syrische Botschafter al-Atassi erklärte Bundesminister Genscher am 27. April 1979 zum Friedensvertrag vom 26. März 1979, „sein Eindruck sei, daß nach dem ägyptisch-israelischen Vertrag die Palästinenser vernichtet werden sollten; Israel habe jetzt die Hand frei, um sie im Libanon zu zerschlagen. Israel nutze die Lage aus. Da die Sicherheit Syriens im Libanon berührt werde, sei er über die Lage sehr besorgt. Um die explosive Lage zu demonstrieren, wies er darauf hin, daß gestern erstmals syrische Flugzeuge Beirut überflogen hätten." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178803.

17 Bundesminister Genscher hielt sich am 23./24. Juni 1979 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu Dok. 186, Dok. 187 und Dok. 189.
Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1979 im Irak auf. Vgl. dazu Dok. 201 und Dok. 203.
Bundesminister Genscher hielt sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien, am 28. August im Liba-

BM erkundigte sich nach dem Stand von SALT.

Botschafter: Amerikaner hofften, in dieser oder der nächsten Woche zum Abschluß zu kommen.

Auf Frage *BMs*, ob man bis dahin Einigung über alle Punkte oder nur über einen Teil, der nicht einem Gipfel-Treffen vorbehalten sei, erzielt habe, antwortete *Botschafter*, man hoffe, den Vertrag als solchen abzuschließen; die Frage der Bombe (?) und des „Backfire"-Bombers sei nicht eingeschlossen.

Ort und Zeit des Gipfel-Treffens seien gleichfalls noch offen; bei Vertragsabschluß in der nächsten Woche käme ein Termin in der ersten Mai-Hälfte in Frage.[18]

Präsident Carter werde morgen eine Rede zu SALT halten, dabei noch nicht auf den Vertragsabschluß zu sprechen kommen, aber die Ratifizierungskampagne für SALT anstoßen.[19] Der Ratifizierungsprozeß im Kongreß müßte im Mai oder Juni einsetzen, wenn man SALT noch in diesem Jahr ratifiziert sehen möchte.

BM unterstrich Wichtigkeit des Abschlusses von SALT auch in bezug auf seine Auswirkungen auf andere Bereiche im Verhältnis mit der Sowjetunion, z.B. MBFR. Ein baldiger Abschluß würde unsererseits begrüßt werden.

Der *Botschafter* hielt den Ratifizierungsprozeß für schwierig, aber möglich, insbesondere nach Vorliegen des Vertragstextes.

BM erklärte Bereitschaft zu öffentlicher Unterstützung.

Der Botschafter habe mit dem Bundeskanzler über begleitende Maßnahmen zu MBFR gesprochen.[20] Dabei sei auch unsere Initiative[21] besprochen worden, wir wollten noch in dieser Woche unseren Vorschlag mit den Briten und den Amerikanern besprechen, um ihn danach im Bündnis einzubringen. Auch dieses Vorgehen würde durch einen SALT-Erfolg günstig beeinflußt werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 486

non, vom 29. bis 31. August in Jordanien und vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 240–245, Dok. 247, Dok. 249 und Dok. 250.

18 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 212.

19 Präsident Carter äußerte sich am 25. April 1979 in New York auf der Jahresversammlung der Verbandes amerikanischer Zeitschriftenverleger zum Stand der SALT-Verhandlungen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 693–699.

20 Für das Gespräch vom 9. März 1979 vgl. Dok. 74.

21 Vortragender Legationsrat I. Klasse Rückriegel legte am 9. April 1979 zur Möglichkeit eines MBFR-Zwischenabkommens dar: „Wir sollten uns gegenüber Briten und Amerikanern dafür einsetzen, im Bündnis ein westliches Verhandlungspaket zur Diskussion zu stellen, das folgende Elemente enthält: Eine Prinzipie und Absichtserklärung als Zwischenbilanz der Verhandlungen. Eine Vereinbarung über vorgezogene Reduzierungen von Stationierungsstreitkräften. Kollektive Nichterhöhungsabsprachen für das gesamte Personal der beiderseitigen Landstreitkräfte unter der Voraussetzung einer Dateneinigung. Absprache über begleitende Maßnahmen. [...] Falls Briten und Amerikaner der Aufnahme aller von uns vorgeschlagenen Elemente in das Verhandlungspaket zustimmen, sollten wir den Vorschlag als gemeinsame deutsch-britisch-amerikanische Initiative in die NATO einführen. Ein Vorschlag, der sich auf die Reduzierung und Begrenzung von Stationierungsstreitkräften beschränkt und keine Beschränkung für einheimische Streitkräfte vorsieht, sollte nicht von uns mit eingebracht werden." Vgl. VS-Bd. 11493 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

Zur Sitzung der NATO-Verteidigungsminister in Florida[22] erklärte BM ferner, die Bundesregierung habe in Erklärungen und in der Bundestagsdebatte[23] die Wichtigkeit der Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen im Bündnis zum Ausdruck gebracht; sie habe ebenfalls die Bedeutung des Bündnisses und des deutsch-amerikanischen Verhältnisses unterstrichen. Er werde am Freitag in Münster vor dem Sicherheitspolitischen Kongreß seiner Partei auf die Verantwortung der Europäer zu gemeinsamer Verteidigung im Bündnis zu sprechen kommen.[24]

Die *Gesprächspartner* beurteilten die Bildung der neuen Abrüstungsgruppe in der NATO als positiv.[25]

BM verwies hier auf seinen Februar-Artikel und den in ihm enthaltenen Satz, als richtig erkannte Entscheidung auch zu treffen.[26] Im übrigen dürfe man sich durch Presseberichte und Vermutungen nicht irritieren lassen.

Botschafter erklärte hierzu, daß die amerikanische Botschaft die ganze Zeit über versucht habe, in Washington aufzuklären und aufgekommenes Erstaunen zu dämpfen. An BK und BM habe Washington nie gezweifelt.[27]

BM erkundigte sich nach amerikanischer Beurteilung der Ost-Berliner Maßnahmen gegen Journalisten.[28] Er verwies auf Notwendigkeit der Einschaltung

22 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe am 24./25. April 1979 in Homestead/Florida vgl. Dok. 113 und Dok. 114.

23 Zur sicherheitspolitischen Debatte des Bundestags am 8./9. März 1979 vgl. Dok. 80.

24 Zur Rede des Bundesministers Genscher am 27. April 1979 auf dem Sicherheitspolitischen Kongreß der FDP in Münster vgl. den Artikel „Genscher widerspricht Schmidt und Wehner"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. April 1979, S. 1 f.

25 Zur Einrichtung einer Special Group der NATO vgl. Dok. 101.

26 Bundesminister Genscher bekräftigte am 16. Februar 1979 in einer Erklärung zum Thema „Sicherheit und Entspannung", daß die Verteidigungsfähigkeit des Westens eine unabdingbare Voraussetzung für die Entspannungspolitik sei. Für einen Auszug vgl. den Artikel „Moskau erzeugt Gefühl der Bedrohung"; DIE WELT vom 17. Februar 1979, S. 5.

27 Mit Privatdienstschreiben vom 6. März 1979 informierte Botschafter von Staden, Washington, Bundesminister Genscher über amerikanische Befürchtungen hinsichtlich einer wachsenden Ostorientierung der Bundesrepublik: „Bundesminister Graf Lambsdorff wird Ihnen berichtet haben, daß ihm hier wiederholt die Frage begegnet ist, ob die deutsche Politik zunehmend durch Rücksichten auf unser Verhältnis zu Moskau mitbestimmt sei. Ein solcher ‚Eindruck' ist in der Tat nicht selten anzutreffen, wenn er auch vage und wenig substantiiert bleibt. [...] Eine der Quellen dieser Zweifel – auch das wird Ihnen der Bundeswirtschaftsminister gesagt haben –, und ich kann es nur bestätigen, ist nach wie vor Brzezinski. Ich habe Grund zur Annahme, daß seine Spekulationen durch die eigene Berichterstattung aus Bonn genährt werden, über die das Weiße Haus bekanntlich verfügt (wir unsererseits ‚observieren' das Gastland selbst nicht und haben nur einen einzigen Berichtsweg). Eines der Motive Brzezinskischer Zweifel ist sicher auch weiterhin in unserer Haltung zur TNF-‚Modernisierung' zu suchen, die von ihm nicht richtig verstanden wird. Das gilt nicht zuletzt von unserer komplexen Drittlandargumentation." Vgl. Referat 010, Bd. 178803.

28 Die Regierung der DDR erließ am 11. April 1979 eine „Durchführungsbestimmung zur Verordnung vom 21. Februar 1973 über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten und deren Korrespondenten" in der DDR. Für den Wortlaut vgl. den Artikel „Aus dem Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik"; NEUES DEUTSCHLAND vom 14./15. April 1979, S. 6.
Staatsminister Wischnewski, Bundeskanzleramt, erklärte dem Ständigen Vertreter der DDR, Moldt, am 17. April 1979, „die DDR habe durch die Durchführungsbestimmung zur Journalistenverordnung vom 11. April 1979 die Arbeitsbedingungen der Journalisten in der DDR aus der Bundesrepublik Deutschland und allen anderen Ländern entscheidend eingeschränkt. Insbesondere sei eine Genehmigungspflicht für Interviews und Befragungen jeder Art eingeführt worden. Darüber hinaus müßten Reisen nunmehr nicht später als 24 Stunden vor Antritt der Reise und unter genauer Angabe des Reiseziels und des Reisegrundes angegeben werden. Die Bundesregierung protestiere nachdrücklich gegen den Erlaß dieser Durchführungsbestimmung. Sie stehe nicht im Einklang mit

aller Helsinki-Staaten.[29] DDR sei an gutem internationalem Ruf gelegen; wenn derartiges Vorgehen Ost-Berlins bei uns nicht ernstgenommen würde, könnte es Ost-Berlin zu anderen Schritten ermutigen.

Botschafter ergänzte, man habe hierüber in Washington mit dem DDR-Botschafter gesprochen[30]; man wolle auch stellvertretenden DDR-Außenminister Nier bei dessen Washington-Besuch[31] darauf ansprechen.

Auf Frage Botschafters, ob Ost-Berlins Vorgehen unsere Verhandlungen mit der DDR verzögern könnte, antwortete *BM*, wir wollten keine Entwicklung, die für weitere Einschränkungen Vorwände böte. Uns stünden heute zahlreichere Möglichkeiten zur Verfügung als vor 18 Jahren. Eine solidarische Reaktion anderer Staaten sei daher hilfreich; wichtig sei auch, daß sich unser Verhältnis zu Polen und der Sowjetunion weiterentwickele.

Zum Türkei-Problem äußerte sich *Botschafter* günstig über Bemühungen der Bundesregierung und Minister Kieps.[32] Wichtig seien das mittelfristige Stabilisierungsprogramm und Gespräche mit dem IWF. Aus türkischen Quellen verlaute, daß noch vor einem Abkommen mit dem IWF Mittel von Geberländern möglich seien. Ob deutsche Seite diese Ansicht teile? Amerikaner würden zunächst ein Abkommen mit dem IWF für erforderlich halten.
BM nannte dies auch den deutschen Standpunkt.

Botschafter berichtete, Amerikaner beabsichtigten eine Erhöhung ihrer Leistung an die Türkei um 100 Mio. Dollar, so daß die USA 1980 240 Mio. Dollar zur Verfügung stellen könnten. Der amerikanischen Seite würde es hierbei nützlich sein, wenn sie sich bei ihren Bemühungen auf entsprechende deutsche Schritte berufen könnte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 488

den zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik getroffenen Vereinbarungen. [...] Die neuen Durchführungsbestimmungen widersprechen auch der Schlußakte der KSZE." Moldt erwiderte, „er weise den Protest entschieden zurück. Er stelle eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR dar." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 210, Bd. 116483.

29 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt.
Referat 210 vermerkte am 17. April 1979 zu den Schritten des Auswärtigen Amts bezüglich der Durchführungsbestimmung vom 11. April 1979 zur Tätigkeit von ausländischen Journalisten in der DDR: „Runderlaß an unsere Botschaften in den westlichen Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki mit der Weisung, vorzugsweise durch den Botschafter auf geeignet hoher Ebene in dem Außenministerium des Gastlandes zu bitten, bei der DDR vorstellig zu werden und gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Korrespondenten in der DDR als Rückschritt und somit Verstoß gegen die Schlußakte von Helsinki zu protestieren und ihre Mißbilligung in geeigneter Weise in den diplomatischen Beziehungen zum Ausdruck zu bringen; davon ausgenommen sind unsere Botschaften in Finnland, Malta, Zypern, Jugoslawien und beim Heiligen Stuhl." Vgl. Referat 210, Bd. 116483.

30 Ministerialdirigent Bertele, Ost-Berlin, teilte dazu am 18. April 1979 mit: „Aus Ost-Berliner Botschaft der USA habe ich erfahren, daß Goodby am Ostermontag in einem Gespräch aus anderem Anlaß mit Botschafter Grunert auch die Neuregelung über die Tätigkeit von Journalisten in der DDR angesprochen hat. Nach Pressemeldungen, die ihm – Goodby – vorliegen würden, sei die Neuregelung mit den Grundsätzen der Schlußakte von Helsinki nicht vereinbar. Grunert soll darauf verwiesen haben, daß es sich hier um eine innere Angelegenheit der DDR handele, die sie nach ihrer eigenen Entscheidung treffen könne. Goodby hat diesen Gesprächspunkt dann abgeschlossen mit der Bemerkung, daß die USA die Neuregelung genau überprüfen und ggf. auf diesen Punkt zurückkommen würden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 308; Referat 210, Bd. 116483.

31 Der Stellvertretende Außenminister der DDR, Nier, hielt sich vom 2. bis 5. Mai 1979 in den USA auf.

32 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 115.

BM erwiderte, deutsche Seite täte ihr Möglichstes. Wir hofften, daß das deutsche und amerikanische Beispiel andere Geberländer, besonders Japan, gleichfalls motiviere.

Das Gespräch berührte anschließend kurz die deutsch-sowjetischen Beziehungen.

BM erwähnte die bevorstehenden deutsch-sowjetischen Konsultationen mit AM Gromyko in Bonn.[33] Die Konsultationen sollten nach unserer Meinung nach dem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen stattfinden. Wir hätten sie gern noch vor der Sommerpause, um auch hierdurch der DDR zu beweisen, daß die Entspannungspolitik weitergehe.

Anschließend wurde der Gesundheitszustand Breschnews kurz besprochen sowie eine Reise amerikanischer Senatoren in die VR China, die Bundeskanzler-Reise nach Lateinamerika[34] und schließlich der Besuchswunsch des kubanischen Außenministers[35].

BM erklärte hierzu, er sei nach Kuba eingeladen, werde die Einladung aber nicht vor der Blockfreien-Konferenz in Havanna[36] realisieren und sein Besuch im Anschluß an die Blockfreien-Konferenz vom Verhalten Kubas während der Konferenz abhängig machen. Der Besuchswunsch des kubanischen AM in Bonn werde wohl aus Termingründen nicht zustande kommen. Sicherlich sei die gegenwärtige kubanische Sondierung für einen Besuch in europäischen Ländern eine Goodwill-Mission im eigenen Interesse. Wir sollten im Auge behalten, ob ein Empfang des kubanischen AM blockfreien Ländern, die wirklich blockfreie Politik betrieben, nütze. Anschließend wurden die amerikanisch-kubanischen Beziehungen kurz gestreift.

Botschafter vermutete, Kuba bemühe sich um einen Sitz im VN-Sicherheitsrat.[37] Nach amerikanischer Meinung solle hier der übliche Weg über die lateinamerikanische Gruppe gewählt werden. In ihr sei wohl Peru Kandidat.

BM stimmte dem zu und ergänzte, für seine Reise nach Kuba sei neben der Blockfreien-Konferenz entscheidend, ob sein Besuch zu einer Stärkung einer unabhängigen Position Kubas beitragen könne.

Referat 010, Bd. 178803

33 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 341–344.

34 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 3. bis 7. April 1979 in Brasilien, vom 7. bis 11. April in Peru und am 11./12. April 1979 in der Dominikanischen Republik auf. Vgl. dazu Dok. 102 und Dok. 104.

35 Der kubanische Außenminister Malmierca hielt sich vom 31. Mai bis 2. Juni 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 158.

36 Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt.

37 Am 27. März 1979 wies Vortragender Legationsrat I. Klasse Schaad die Ständige Vertretung bei der UNO in New York und die Botschaft in Havanna an, Bitten von Vertretern Kubas um eine Unterstützung der kubanischen Kandidatur für den UNO-Sicherheitsrat wie folgt zu beantworten: „Es wird gebeten, kubanischer Seite in üblicher Form Prüfung zuzusagen. In Gesprächen können wir ergänzend auf noch andauernden Prozeß der Meinungsbildung in lateinamerikanischer Regionalgruppe hinweisen." Vgl. den Drahterlaß; Referat 330, Bd. 116090.

110

Botschafter Simon, Helsinki, an das Auswärtige Amt

114-1504/79 geheim
Fernschreiben Nr. 67
Citissime nachts

Aufgabe: 25. April 1979, 21.45 Uhr[1]
Ankunft: 25. April 1979, 22.07 Uhr

Betr.: DDR-Flüchtling Peter Schädlich

Bezug: 1) DB Nr. 66 geh. vom 25.4.79, Az.: RK 542.15[2]
2) DE Nr. 44 geh. vom 25.4.79, Az.: 210-542.15-325I/79 geh.[3]
3) Telefonanruf von VLR I von Richthofen
4) Anruf Urbanek/Spohn

I. Sch. ist mit LH 025 ab Helsinki 17.25 Uhr OZ nach Hamburg und Frankfurt abgeflogen. Er hatte sich an der verabredeten Stelle in der Nähe seines Hotels zur vereinbarten Zeit 16.30 OZ eingefunden. Kurz darauf zu Fuß eintreffender RK-Referent[4] befragte ihn noch einmal unter Bezug auf das ausführliche Gespräch von der Nacht zuvor, ob er sich die Konsequenzen für sich und seine Angehörigen überlegt habe und daß „wir ihn nicht zu dem Schritt drängen würden". Er zeigte sich fest entschlossen zum Abflug. Auf seine Bitte an den RK-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen am 26. April 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 204 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 26. April 1979 vorgelegen.

2 Botschafter Simon, Helsinki, berichtete: „Herr Schädlich, erster Sekretär im Außenministerium der DDR und Sektionschef für Finnland, nimmt vom 24. bis 27. April an Regierungsverhandlungen in Helsinki teil. Er äußerte gestern gegenüber R[echts- und]K[onsular]-Referenten der Botschaft, mit dem er in Kontakt getreten war, Wunsch auf Übersiedlung in Bundesrepublik aus politischen Gründen. Sch[ädlich] läßt Ehefrau (parteilose Lehrerin) sowie 15- und 13-jährige Töchter in Ost-Berlin zurück. [...] Gemäß Absprache soll Sch. heute 25.4. mit L[uft]H[ansa] 025 ab Helsinki 17.20 Uhr über Hamburg nach Frankfurt fliegen, sofern ihm das rechtzeitige Aussteigen aus Programm der Delegation gelingt. [...] Sch. wird von Botschaft Flugkarte und Reiseausweis auf seinen Namen erhalten. Sch. besitzt außerdem roten DDR-Diplomatenpaß. Botschaft bittet um Sofortweisung, falls Bedenken bestehen." Vgl. VS-Bd. 10778 (501); B 150, Aktenkopien 1979.

3 Ministerialdirektor Fleischhauer erteilte am 25. April 1979 der Botschaft in Helsinki folgende Weisung: „1) Beim Übertritt von Herrn Schädlich handelt es sich um den ersten Fall des Abspringens eines DDR-Diplomaten während eines offiziellen Auslandsaufenthalts. [...] Gerade im Vorfeld des Kekkonen-Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland weist der Fall Schädlich eine erhebliche politische Dimension auf. Dem Abspringen eines DDR-Diplomaten über eine Auslandsvertretung der Bundesrepublik Deutschland kommt auch beim gegenwärtigen Stand der deutsch-deutschen Beziehungen ein erheblicher politischer Charakter zu. Staatssekretär van Well, der mit der Angelegenheit befaßt worden ist, bedauert, daß das Auswärtige Amt erst nach Eingehen einer Absprache zwischen der Botschaft Helsinki und Herrn Schädlich unterrichtet worden ist. 2) Aus dem Bezugsbericht ergibt sich nicht, ob mit Herrn Schädlich über die Folgen gesprochen worden ist, die sich für ihn und seine in der DDR zurückbleibenden Angehörigen aus seinem Schritt ergeben können. Sofern dies noch nicht geschehen, sollten Herrn Schädlich [...] die für ihn mit seinem Schritt möglicherweise verbundenen Konsequenzen vor Augen geführt werden. 3) Bleibt Herr Schädlich bei seinem Entschluß, so sind ihm Paß und Flugticket auszuhändigen. Er ist nach den einschlägigen Richtlinien zu behandeln. Angesichts der gegebenen politischen Umstände sollte jedoch, wenn irgend möglich, vermieden werden, Herrn Schädlich mit einem Fahrzeug der Botschaft oder in Begleitung eines Botschaftsangehörigen zum Flugplatz bringen zu lassen. Insgesamt ist die Angelegenheit so geräuschlos und unauffällig wie möglich zu behandeln." Vgl. VS-Bd. 10778 (501); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Helmut Urbanek.

Referenten, noch seinen im Zimmer zurückgelassenen Koffer zu holen – es sei zur Zeit keiner von seinen Kollegen dort –, ging RK-Referent wegen Risikos und wegen fortgeschrittener Zeit nicht ein.

RK-Sachbearbeiter, der mit einem Taxi in der Nähe wartete, ließ durch den Taxifahrer ein zweites Taxi rufen, das mit Sch. allein zum Flughafen fuhr. RK-Sachbearbeiter erklärte gegenüber Sch., daß er ihn am Lufthansaschalter des Flugplatzes wiedertreffen würde.

Das vom RK-Sachbearbeiter auf Namen Günter Müller bestellte Flugticket konnte aus Zeitmangel nicht mehr umgeschrieben werden. Vorbereiteter Reiseausweis als Paßersatz auf Namen Peter Schädlich, gültig bis 26.4., wurde ihm, da er zwei ältere Paßbilder, die er nach seiner Erklärung bei sich hatte, in der Eile nicht finden konnte, ohne Lichtbild, aber mit Dienstsiegel versehen, auf Wunsch ausgehändigt. Die Frage, ob er mit seinem DDR-Paß durch die Sperre gehen wollte, verneinte er. Lufthansahosteß, RK-Sachbearbeiter und Sch. passierten Paßkontrolle ohne Schwierigkeiten. Sch. bestieg als Nachzügler fünf Minuten vor Abflugzeit LH-Maschine. Bei Verabschiedung von RK-Sachbearbeiter übergab er diesem handgeschriebenen Zettel mit folgendem Wortlaut: „Hanna Schädlich, 113 Berlin, Albert-Hössler-Str. 14, DDR. Liebste Hanna, weißer Schrank, im linken Fach Brief für Dich. Küsse Peter" und bat, diesen Text umgehend als Blitztelegramm aufzugeben.

Da Programm DDR-Delegation um 18.30 Uhr erneute Abholung ab Hotel Intercontinental vorsah und Fehlen von Sch. spätestens dann bemerkt worden sein muß, hielt Botschaft die Aufgabe des Telegramms nicht für opportun. Vorbereiteter Brief deutet darauf hin, daß Sch. schon vor Abreise aus Berlin Fluchtpläne hegte.

RK-Referent war nach dem oben geschilderten Gespräch vor Taxiabfahrt des Sch. mit diesem nicht mehr in Kontakt, fuhr jedoch mit eigenem Pkw zum Flugplatz und unterrichtete nach Abflug von LH 025 Ref. 210 (Herrn Spohn) telefonisch.

II. Erster Anruf erfolgte am 24.4., 17.30 Uhr OZ in Botschafterresidenz und wurde von meiner Frau entgegengenommen, da ich noch dienstlich in der Stadt war. Sch. wollte mich sprechen und erklärte, er sei DDR-Bürger und wolle sich in die Bundesrepublik begeben. Als meine Frau auf Frage erklärte, daß sie nicht wisse, wann ich zurückkäme, bat er um Gespräch mit Konsul Dr. Urbanek. Er habe diesen schon zweimal vergeblich in seiner Wohnung angerufen. Bei Frage nach Telefon-Nr. ergab sich, daß er nicht die richtige Nummer gewählt hatte. Meine Frau gab ihm die Nummer. Bei diesem Telefongespräch machte er einen unsicheren Eindruck, machte aber keine weiteren Angaben über seine Stellung und den Zweck seines Aufenthaltes. Gegen 17.40 Uhr OZ erreichte Sch. RK-Referenten telefonisch in Botschaft, nachdem er zuvor mit Frau Urbanek telefoniert hatte und von dieser an Botschaft verwiesen wurde.

Über die Gespräche des RK-Referenten mit Sch. am Abend des 24.4. wird in der Anlage[5] berichtet.

[5] Dem Vorgang nicht beigefügt.
Vgl. Dok. 111.

Botschaft wird bis zum Erhalt einer Weisung keinerlei Erklärung abgeben, falls die Sache Publizität erlangen sollte. Baldigen Erlaß mit Sprachregelung erbeten.[6]

[gez.] Simon

VS-Bd. 11104 (204)

111

Botschafter Simon, Helsinki, an das Auswärtige Amt

114-1507/79 geheim
Fernschreiben Nr. 68
Citissime

Aufgabe: 25. April 1979, 23.30 Uhr[1]
Ankunft: 26. April 1979, 08.07 Uhr

Betr.: DDR-Flüchtling Peter Schädlich

Bezug: DB Nr. 67/79[2]

Im Nachgang zum Bezugsdrahtbericht folgt als Anlage Schilderung von BR Dr. Urbanek seiner Gespräche mit Sch.:

Sch. erklärte mir in Telefonat, daß er Angehöriger des DDR-Außenministeriums sei und sich von Helsinki in die Bundesrepublik absetzen möchte. Er fragte, ob er die Sache mit mir besprechen könnte. Er fragte auch noch, ob ich

6 Am 26. April 1979 teilte Ministerialdirektor Blech der Botschaft in Helsinki mit: „Nach Abschluß des Konsularfalles ist Federführung auf Abteilung 2 übergegangen. Referatsleiter 204 wird Vertreter finnischen Botschafters einbestellen und ihn in folgender Weise unterrichten: a) Peter Schädlich, Deutscher aus der DDR, dort Angehöriger des Außenministeriums, ist am 25.4. von Helsinki kommend in der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen. b) Er hat zuvor aus eigener Initiative Kontakt mit der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Helsinki aufgenommen. Es wurde dabei offenkundig, daß Schädlich sich aus gänzlich freien Stücken in die Bundesrepublik Deutschland zu begeben wünschte. c) Wir unterrichteten die finnische Seite, weil unseres Wissens Schädlich sich in offizieller Eigenschaft in Finnland aufhielt." Vgl. den Drahterlaß Nr. 2099; VS-Bd. 13134 (210); B 150, Aktenkopien 1979.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk informierte die Botschaft in Helsinki am 26. April 1979 darüber, daß er den finnischen Gesandten am selben Tag über die Flucht von Schädlich unterrichtet habe: „Gesandter Palosuo dankte für die Unterrichtung. Er erklärte, seines Wissens sei es bisher noch nicht oder jedenfalls kaum vorgekommen, daß sich Ostblockdiplomaten über Finnland abgesetzt hätten. [...] Gesandter Palosuo fügte von sich aus hinzu, er sehe nicht, wie sich dieser Fall nachteilig auf die deutsch-finnischen Beziehungen oder auf den bevorstehenden Kekkonen-Besuch auswirken könnte. Er werde seine Regierung heute noch über die Unterrichtung informieren." Vgl. den Drahterlaß Nr. 46; VS-Bd. 11104 (204); B 150, Aktenkopien 1979.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wersdörfer am 26. April 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen verfügte und für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen handschriftlich vermerkte: „Wie bespr[ochen] – mit der Bitte um Übernahme zugeleitet. Ref. 510 wäre für Rücksendung eines Ex[em]pl[ars] dankbar." Hat Richthofen vorgelegen.

2 Vgl. Dok. 110.

schriftliche Informationen über Möglichkeiten der Familienzusammenführung mitbringen könnte. Seines Wissens gäbe es so etwas. Er wies von sich aus darauf hin, daß dieses Gespräch abgehört werden könnte, was angesichts seiner vorangegangenen Einlassung immerhin erstaunlich war. Er erklärte, daß er vom Hotel Intercontinental anrufe. Er wohne im Zimmer Nr. 838 und habe um 19.00 Uhr an einem Essen im Hotel Marski teilzunehmen. Ich könnte mich dorthin begeben, um aus der Vorfahrt der Wagen zu ersehen, daß seine Angaben zutreffen. Ich habe ihm erklärt, daß dies nicht nötig sei und daß es für mich keine Schwierigkeiten gäbe, ihn zu treffen. Es wurde ein Treffen um 22.00 Uhr in der Rezeption des Hotels Marski vereinbart, in der Annahme, daß das Essen etwa um 21.00 Uhr beendet sei und er dann zunächst wieder zum Hotel Intercontinental zurückfahren würde. Er erklärte, daß er 1,84 m groß und Brillenträger sei und welche Kleidung er anhabe. Ich erklärte, daß ich eine braune Baskenmütze aufsetzen würde. Um 22.15 Uhr rief Sch. im Marski an und fragte, ob dort ein Herr mit Baskenmütze auf ihn warte, er erklärte mir, er befände sich in seinem Zimmer im Hotel Intercontinental. Er wolle nicht zum Marski kommen, ob ich ihn auf dem Zimmer aufsuchen könne. Dies erschien mir ungut, und so verabredeten wir, uns in dem neben dem Intercontinental gelegenen Hotel Hesperia zu treffen. Wir haben uns dort in einer Sitzgruppe im 6. Stock von 22.30 Uhr bis nach Mitternacht unterhalten.

Sch. hatte das Bedürfnis zu sprechen und wies wiederholt darauf hin, daß er sich entschlossen habe, die DDR zu verlassen, weil er von dem dortigen System vollkommen seiner eigenen Person beraubt und kaputt gemacht würde. Er sei im Ministerium auch in umfangreichem Maße mit Aufgaben für den Staatssicherheitsdienst beauftragt, müsse an den ständigen Übungen der Kampfgruppen teilnehmen (er könne mir noch die Blasen an den Füßen zeigen), und da er außerdem Tätigkeiten innerhalb der Hausgemeinschaft übernehmen müsse, bleibe ihm für sich und seine Familie kein freier Moment, wodurch auch seine Ehe gefährdet würde. Er erklärte, daß er von 1965 bis 1970 im Außenministerium, dann von 1970 bis 1973 als dritter Sekretär an der Botschaft Helsinki und von da an wieder im Außenministerium in Ostberlin tätig gewesen sei. Er sei Sektionschef für Finnland und mit Wirkung vom 1.5.79 zum ersten Sekretär befördert. Zum Beweis blätterte er seinen roten Diplomatenpaß vor.

Auf die Frage, welche Möglichkeiten nach Kenntnis der Botschaft für die Nachholung seiner Familie bestünde, habe ich ihm eindeutig klar gemacht, daß meines Wissens hierfür keine Abmachungen bestünden und die Aussichten schlecht seien. Er erklärte, daß ihn seine Frau in der Nacht vor seiner Abreise aus Ostberlin gefragt habe, ob er zurückkomme.

Von großer Bedeutung für Sch. war ihm auch die Frage, was er in der Bundesrepublik beruflich anfangen könnte und ob er eine Starthilfe erhalten würde. Er hoffe doch, daß er eine seiner Ausbildung entsprechende und möglichst auch politische Tätigkeit ausüben könne. Er möchte nicht gern arbeitslos und als Sozialhilfeempfänger dastehen. Ich habe ihm mehrfach erklärt, daß es keinerlei Garantie gebe und es bei unserem freiheitlichen System eben auf die Initiative des einzelnen und die Nachfrage ankomme. Er erklärte, daß er von früh bis spät arbeiten könne und seine finnischen und russischen Sprachkenntnisse einbringen könnte.

Sch. erwähnte auch, daß er über viele Interna seines Dienstes berichten könne und auch einige Unterlagen in seiner Aktentasche hätte. Er nehme an, daß diese Dinge in meinem Ministerium sehr interessieren würden. Er sprach in dem Zusammenhang auch von „Eintrittskarte". Sch. erklärte mehrfach, daß er nun gar nicht mehr zurück könne. Würde er nach Berlin zurückreisen, so würde irgendwann herauskommen, daß er mit der Frau des Botschafters[3], des Konsuls und mit diesem telefoniert habe. Ich hätte sicher auch einen Vermerk angefertigt, der einmal zum Vorschein kommen würde. Dann aber wären ihm zehn Jahre – er machte entsprechende Zeichen – sicher.

Wenn Sch. nun auch auf Grund dieses Sachverhalts zum Weggang entschlossen war, war es nicht einleuchtend, daß er sich gleichwohl nach Einzelheiten seiner Zukunftsaussichten erkundigte, und ich machte ihn auch darauf aufmerksam.

Die Frage, wann und wie Sch. sich absetzen wollte, hing vor allem von seinem Helsinki-Programm ab, das er bei sich trug und durchblätterte. Am 25.4. war von 14 bis 16 Uhr eine Werksbesichtigung vorgesehen, danach Rückfahrt zum Hotel. Erneute Abholung 18.30 Uhr zum Essen in Botschafter-Residenz. Der Lufthansa-Flug um 17.20 Uhr erschien daher geeignet. Ich versprach Flugkartenbeschaffung, Abholung um 16.30 Uhr an vereinbarter Stelle und evtl. Paßersatz.

Als wir uns nach Mitternacht verabschiedeten, wollte Sch. am liebsten gleich mit Koffer bei mir einsteigen, was ich ihm jedoch ausredete.

Das Gespräch hatte insgesamt menschlichen Charakter, war aber noch unzusammenhängender als der vorstehende Bericht. Sch. war die Spannung anzusehen, die ihn glaubhaft machte, andererseits machte mich seine Unvorsichtigkeit stutzig.

Auf seine Frage, was ich sagen würde, wenn er ein Agent provocateur wäre, erklärte ich, das würde mich gar nicht treffen, da ich ganz in Übereinstimmung mit unserer Rechtsauffassung handelte, nämlich allen Deutschen (auch denen aus der DDR), die dies wünschten, Unterstützung zu gewähren. Über mein Gespräch habe ich Botschafter Dr. Simon am anderen Morgen sofort unterrichtet, worauf DB abgefaßt wurde. Bei gegebener Situation erschien mir vorherige Rückfrage und Vertröstung auf neuen Bescheid (den von Bonn) nicht angebracht.[4]

[gez.] Simon

VS-Bd. 13134 (210)

3 Klaus Simon.

4 Botschafter Simon, Helsinki, verwies am 26. April 1979 auf den hinsichtlich der Flucht von Peter Schädlich bestehenden Handlungsdruck: „Im Falle eines Nichttätigwerdens der Botschaft hätte man mit folgender Situation rechnen müssen: Sch[ädlich], der der Meinung war, er habe durch den Kontakt mit dem RK-Referenten bereits alle Brücken hinter sich abgebrochen, hätte möglicherweise die finnischen Behörden um politisches Asyl gebeten, was für diese eine besonders unangenehme Lage geschaffen hätte. Er hätte sich möglicherweise auch an andere westliche Botschaften gewandt, deren Adressen er aus seiner dreijährigen Verwendung bei der hiesigen DDR-Vertretung gut kannte. Auch dies wäre insofern mißlich gewesen, als er dann später uns ein Nichttätigwerden in seinem Fall hätte vorwerfen können. Wegen der großen Eilbedürftigkeit des Falles glaubte der R[echts- und]K[onsular]-Referent bei dem nächtlichen Zusammentreffen eine Hilfe in Aussicht stellen zu sollen. Nach meiner Auffassung ist diese Entscheidung wohl erwogen gewesen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 69; VS-Bd. 11104 (204); B 150, Aktenkopien 1979.

112

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.80 ASAT-625/79 VS-vertraulich **26. April 1979**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Amerikanisch-sowjetische Gespräche über Verbot von Anti-Satelliten-Systemen

Zweck der Vorlage: Zur Information

1) Am 23. April 1979 hat in Wien die dritte Runde der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Fragen des Verbots von Anti-Satelliten-Systemen begonnen. Sie schließt an exploratorische Gespräche im Sommer 1978 in Helsinki[3] und an die folgende erste substantielle Verhandlung im Jan./Febr. 1979 in Bern[4] an.

2) Schon im März 1977 hatten die USA in der Absicht, einen Rüstungswettlauf im Weltraum zu verhindern, der SU Verhandlungen vorgeschlagen.[5] Ihr Ver-

[1] Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron und von Legationsrat Kischlat konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Roßbach vorgelegen.

[2] Hat Staatssekretär van Well vorgelegen.

[3] Die USA und die UdSSR führten vom 8. bis 16. Juni 1978 in Helsinki Gespräche über ein Verbot von Anti-Satelliten-Systemen. Botschafter von Staden, Washington, übermittelte dazu am 24. November 1978 Informationen der amerikanischen Abrüstungsbehörde: „Gespräch in Helsinki im Juni d. J. sei rein exploratorischer Natur gewesen. Es habe ausschließlich solchen Anti-Satelliten-Systemen gegolten, die mit konventionellen oder Laserwaffen zur Zerstörung von im Weltraum befindlichen unbewaffneten Satelliten eingesetzt werden könnten, ein Verbot der Störung von Satelliten-Funktionen durch elektronische Maßnahmen sei ebensowenig angesprochen worden wie der Einsatz nuklearbewaffneter Satelliten, der ohnehin verboten sei. Amerikanische Seite habe unter Bezugnahme auf sowjetische Testserie mit Anti-Satelliten-Systemen (die auf der SS-9 aufbauten und als technisch vergleichsweise primitiv bezeichnet wurden) dargelegt, daß SU hierdurch Rüstungswettlauf im Weltraum ausgelöst habe. USA müßten reagieren und seien hierzu angesichts hohen Standes ihrer Weltraumtechnologie auch kurzfristig in der Lage. Sie würden allerdings vorziehen, Rüstungswettlauf von vornherein zu vermeiden. Als ersten Schritt hätten sie für die Dauer von Gesprächen Einstellung weiterer Tests vorgeschlagen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4396; VS-Bd. 11508 (221); B 150, Aktenkopien 1978.

[4] Die USA und die UdSSR setzten ihre Gespräche über ein Verbot von Anti-Satelliten-Systemen vom 23. Januar bis 16. Februar 1979 in Bern fort. Botschafter von Staden, Washington, referierte am 2. März 1979 Informationen der amerikanischen Abrüstungsbehörde: „Die Gespräche seien substantiell gewesen und besser als erwartet verlaufen. Sowjets schienen ernsthaft an Lösung des Problems interessiert und hätten Bereitschaft erkennen lassen, sie – wie von den Amerikanern angeregt – stufenweise anzustreben. Bei insgesamt zwölf Begegnungen habe man den als erste Stufe vorgesehenen, zeitlich begrenzten Vertrag über ein Verbot der Beschädigung von Satelliten und der Erprobung von Anti-Satelliten-Systemen eingehend erörtert. Sowjets schienen bereit zu sein, einem Verbot der Beschädigung, Zerstörung und Veränderung der Umlaufbahn von Satelliten zuzustimmen. Sie wollten dieses Verbot aber nur auf Satelliten der Vertragsparteien beschränken, während USA generelle Geltung anstrebten. Zu einem vorläufigen Teststopp hätten die Sowjets aber weder Ja noch Nein gesagt, sich die amerikanischen Vorstellungen aber eingehend erläutern lassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 820; VS-Bd. 12341 (500); B 150, Aktenkopien 1979.

[5] Der amerikanische Außenminister Vance unterrichtete Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher am 31. März 1977 davon, daß bei seinem Besuch vom 27. bis 30. März 1977 in der UdSSR die Aufnahme von Gesprächen über Anti-Satelliten-Systeme vereinbart worden sei. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 82.

handlungsziel bei den jetzt wieder aufgenommenen Gesprächen in Wien ist der schnelle Abschluß eines auf ein Jahr befristeten Verbots der Beschädigung von Satelliten und der Erprobung von Anti-Satelliten-Systemen. Danach soll ein umfassender, langfristiger Vertrag angestrebt werden. Als Zeichen für die Verhandlungsbereitschaft der SU im Vorfeld von SALT II kann die Tatsache bewertet werden, daß sie seit einem Jahr ihre Testserien mit Killersatelliten nicht mehr fortgesetzt hat.

3) Hintergrund der Verhandlungen sind die zuerst 1968 bis 1971 und dann verstärkt 1976 bis 1978 durchgeführten Versuchsreihen der SU, bei denen Zielsatelliten in den Erdumlauf gebracht werden, um dann von sog. „Killer/Hunter-Satelliten" mit konventioneller Ladung zerstört zu werden.

Damit hat die SU – wenn auch technisch zunächst unvollkommen – eine Kapazität entwickelt, mit der sie die[6] für die Verifikation bisher unersetzlichen Beobachtungssatelliten der USA bedrohen, behindern und zerstören kann.

Diese sowjetische Fähigkeit ist von außerordentlicher Bedeutung, weil ein funktionierendes Satellitenaufklärungsnetz angesichts der sowjetischen Weigerung, Ortsinspektionen zuzulassen, entscheidende Voraussetzungen für die rasche und zuverlässige Beschaffung von Information über militärische Aktionen des Ostblocks und die Einhaltung von Rüstungskontrollabkommen ist.

Die sowjetischen Aktivitäten fallen nach überwiegender Auffassung auch der amerikanischen Administration nicht unter das Verbot des Art. 4 des Weltraumvertrags[7] und sind daher nicht völkerrechtswidrig.

Es liegen hier noch keine Berichte darüber vor, ob in den Verhandlungen auch über die in der Presse häufig zitierten weitergehenden Anti-Satelliten-Techniken mittels Laser und Protonenstrahlen gesprochen wird. Bekannt ist aber, daß die sowjetischen Fähigkeiten auf diesem Gebiet noch begrenzt sind.

Die Thematik der Anti-Satellitensysteme wird in der SALT-Debatte in den USA eine Rolle spielen, besonders angesichts der öffentlich gestellten Frage, ob eine angemessene Überprüfung der Einhaltung des Abkommens gesichert sei. Die amerikanische Regierung betont hierzu, daß eine ungehinderte Tätigkeit von nationalen Aufklärungssatelliten vertraglich abgesichert sei (schon beim ABM-Vertrag, Art. XII[8] und Interimsabkommen, Art. V[9]); diese Argumentation dürfte allerdings von den Kritikern bei der Ratifizierungsdebatte nicht als befriedigend angesehen werden. Dies erklärt die Bemühungen der Administration,

6 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Roßbach hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „einige".

7 Für den Wortlaut von Artikel IV des Vertrags vom 27. Januar 1967 über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper, vgl. UNTS, Bd. 610, S. 208. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 2.

8 Für den Wortlaut von Artikel XII des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 16. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 394.

9 Für den Wortlaut von Artikel V des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396 f.

kurz vor dem Abschluß von SALT II den Verhandlungsrhythmus zu forcieren, um, falls möglich, erste Ergebnisse vorlegen zu können.[10]

Ruth

VS-Bd. 11371 (220)

113

Botschafter Pauls und Generalinspekteur Brandt, Bundesministerium der Verteidigung, z.Z. Boeing 707, an das Auswärtige Amt

114-1516/79 geheim
Fernschreiben Nr. 1001
Citissime nachts

Aufgabe: 26. April 1979, 19.55 Uhr[1]
Ankunft: 26. April 1979, 19.57 Uhr

Betr.: 25. Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 24./25. April 1979 in Homestead, Fla., USA

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) Ministersitzung unter Teilnahme von CDN (Botschafter Hardy), D (Minister Apel), IT (Ruffini), NL (Scholten), NOR (Hansen), TR (Botschafter Olcay), UK (Mulley) und U.S. (Brown) sowie SACEUR[2], SACLANT[3] und CINCHAN[4] konzentrierte sich auf:

1) Stand und Auswirkungen von SALT II;

2) Trend der sowjetischen nuklearen Aufrüstung;

3) Modernisierung und Verstärkung der TNF des Bündnisses im Mittelstrekkenbereich;

10 Am 26. Juni 1979 faßte Botschafter von Staden, Washington, Informationen der amerikanischen Abrüstungsbehörde zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über ein Verbot von Anti-Satelliten-Systemen vom 23. April bis 20. Juni 1979 in Wien zusammen: „Die Verhandlungen seien intensiv und ernsthaft geführt worden. Sowjets hätten sich amerikanische Vorstellungen, zunächst auf ein Jahr befristeten Teststopp und anschließend umfassenden Vertrag über Verbot feindseliger Handlungen gegen Satelliten, zu eigen gemacht. Die Komplexität der Materie habe es letztlich aber unmöglich gemacht, den Teststoppvertrag im Rahmen des Wiener Gipfeltreffens abzuschließen. [...] Beide Seiten hätten es für notwendig gehalten, nunmehr eine Pause einzulegen, um die relativ klar definierten Probleme im nationalen Rahmen zu erörtern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2363; VS-Bd. 11371 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 27. April 1979 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Daerr am 27. April 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ex[emplar] 3 StM v[on] D[ohnanyi]."

2 Alexander M. Haig.

3 Harry D. Train.

4 Sir Henry Leach.

4) Fragen des nuklearen Einsatzes zur See (wurde nicht vertieft).[5]

Nicht zur Sprache kamen Aspekte der sog. Neutronenwaffe.[6] Um so erstaunter war die Ministerrunde, daß Pressesprecher des Weißen Hauses am 24. April in zeitlichem Zusammenhang mit NPG-Sitzung erneut Möglichkeit einer Produktionsentscheidung für ER (Enhanced Radiation)-Waffen aufwarf.[7] Secretary Brown stellte daher klar, daß hinsichtlich ER-Waffen keine neue Situation eingetreten sei. Eine Entscheidung hierzu sei derzeit weder erforderlich, noch getroffen worden.

Zur TNF-Modernisierung wurden keine Vorentscheidungen zur Sache getroffen. Die Minister nahmen jedoch den Bericht der High Level Group (HLG) hierzu[8] als Basis weiterer Arbeit zustimmend zur Kenntnis und erteilten der HLG den Auftrag, parallel zur Special Group on Arms Control und in enger Verbindung mit ihr entscheidungsfähige Optionen für Dislozierung, Umfang und „Mix" der TNF langer Reichweite bis zur nächsten NPG-Ministersitzung im Herbst 1979 (in den Niederlanden)[9] auszuarbeiten. Secretary Brown und Minister Apel wiesen mit großem Ernst auf die fatalen Folgen hin, die eine Entscheidungsunfähigkeit des Bündnisses in diesem Zeitpunkt für es hätte.

Aufgrund niederländischen Vorschlags[10] – von uns als erste unterstützt – emp-

5 Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 6. April 1979, in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats vom Vortag sei der Berichtsentwurf „einer Stellungnahme zur NPG Study 55 ‚The Politico Strategic Aspects of Maritime Nuclear Warfare in the NATO Area' zur Vorlage an die Minister bei der kommenden NPG-Ministerkonferenz" gebilligt worden. NATO-Generalsekretär Luns habe einleitend die Feststellung der Studie unterstrichen, „daß die in den ‚Provisional Political Guidelines (PPGS)' enthaltenen Grundsätze für den ‚initial use' auf See gleichermaßen gelten würden wie im Land-Luft-Krieg". Zur Stellungnahme Frankreichs teilte Pauls mit: „Nach allgemeiner Zustimmung, dem französischen Ständigen Vertreter die Studie zugänglich zu machen, wies er auf den anscheinend bestehenden Unterschied konzeptioneller Vorstellungen Frankreichs und der übrigen Allianzpartner über den Einsatz nuklearer Seekriegsmittel (französische Vorstellung im Sinne von ‚battle winning use') hin und fügte an, daß dies im Fall eines Kriegs, bei dem Frankreich aktiv an der Seite der übrigen NATO-Partner teilnehmen würde, sehr bedeutend sein könnte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 433; VS-Bd. 10545 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

6 Zur Frage der Produktion von Neutronenwaffen vgl. Dok. 13, Anm. 8 und 9.

7 Am 25. April 1979 berichtete Flottillenadmiral Seizinger, Washington: „Am 24.4. veröffentlichte die New York Times die Nachricht, daß die Sowjetunion SS-21-Raketen in der DDR stationiere. Diesen Artikel nahm der Sprecher des Weißen Hauses, Jody Powell, zum Anlaß, in einer Pressekonferenz auf die Dringlichkeit eines SALT-II Abschlusses hinzuweisen, damit baldmöglichst mit den SALT-III-Verhandlungen begonnen werden könne. Es wurde betont, daß die SS-21-Stationierung bei der noch ausstehenden Entscheidung über die Neutronenwaffe berücksichtigt werden würde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1521; Referat 201, Bd. 120161.

8 Am 11. April 1979 resümierte Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), die Diskussion im Ständigen NATO-Rat vom Vortag: „Die Ständigen Vertreter pflichteten übereinstimmend dem vorliegenden High Level Group Report (HLG-Bericht) als sachgerechte Grundlage für die kommende Ministerdiskussion bei." Der amerikanische NATO-Botschafter Bennett habe zum Bericht der High Level Group festgestellt: „Ausgehend von strategischer Parität USA – UdSSR würde die sowjetische Aufrüstung im Mittelstreckenbereich auf westlicher Seite eine Lücke entstehen lassen, die politisch und militärisch zu schließen wäre, um sowjetische Perzeption der Bedrohung Westeuropas von einem Sanktuarium aus entgegenzuwirken. Art und Umfang der LRTNF seien abhängig von politischen, militärischen und finanziellen Einflußgrößen. Empfehlung eines Waffensystem-Mix erscheine sinnvoll, u.a. wegen eher akzeptierbarer Partizipation, jedoch nicht zu viele Waffensysteme." Vgl. den Drahtbericht Nr. 450; VS-Bd. 10536 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

9 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe am 13./14. November 1979 in Den Haag vgl. Dok. 328 und Dok. 329.

10 Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), teilte am 7. Februar 1979 mit, „daß die Niederlande auf der Frühjahrs-NPG-Ministersitzung einen Vorstoß auf Umwandlung der Rotationsmitgliedschaft einiger Länder in eine ständige Mitgliedschaft unternehmen werden. [...] Obwohl sie durchaus die Ge-

fahlen die Minister ihren derzeit nach Rotationssystem nicht anwesenden NPG-Kollegen (B, DK, GR) dem DPC gemeinsam Abschaffung des Rotationsverfahrens vorzuschlagen. Dadurch soll allen bei der TNF-Modernisierung angesprochenen NPG-Partnern Gelegenheit gegeben werden, auch auf Ministerebene ständig präsent zu sein.

Im einzelnen[11]

1a) Stand von SALT II

Minister Brown unterrichtete darüber, daß die Unterzeichnung von SALT II schon in einigen Tagen, aber auch erst in einigen Wochen erfolgen könne. Es könne auch nicht mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß Unterzeichnung auf Gipfeltreffen stattfinden werde.[12]

Falls Gipfel zustande komme, wolle Präsident Carter jedenfalls noch etwas Verhandlungsstoff bei SALT haben.[13]

Ratifizierungsprozeß werde wohl Rest des Jahres in Anspruch nehmen und sich möglicherweise bis Anfang 1980 hinstrecken. Falls es im Herbst 1979 nicht zu einer positiven Bündnisentscheidung zur Verstärkung der LRTNF komme,[14] könne davon ein negativer Impuls auf die Ratifizierungsdebatte ausgehen. Es sei zu erwarten, daß beide Seiten jedoch die SALT-II-Bestimmungen schon ab Unterzeichnung einhalten.

Auswirkungen

Brown versicherte die europäischen Partner aufs Neue, daß ihre Belange in SALT II gewahrt seien:

– Alle Optionen einer Long Range (LR) TNF-Modernisierung seien gewahrt, da das SALT-II-Protokoll auslaufe, bevor die ins Auge gefaßten Systeme („Pershing" II, Cruise Missiles) operativ werden könnten.[15]

Fortsetzung Fußnote von Seite 499

fahr sähen, daß eine Ausdehnung der NPG zu einer Reduktion des amerikanischen Informationsflusses führen könnte, machten die anstehenden politischen Entscheidungen im nuklearen Gebiet eine ständige Anwesenheit der höchsten politischen Repräsentanten notwendig." Pauls führte dazu aus: „Die Bundesrepublik Deutschland hat seit jeher großen Wert darauf gelegt, daß die NPG ihren exklusiven [...] Charakter behält, um die Intensität des amerikanischen Informationsflusses zu erhalten. Ohne Zweifel würde eine Ausdehnung der Ministerrunde auf elf Nationen einer freien Diskussion nicht förderlich sein. Andererseits ist dem politischen Argument der Niederländer schwer zu begegnen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 149; VS-Bd. 10577 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

11 Korrigiert aus: „Einzelnen".

12 Gesandter Dannenbring, Washington, teilte am 24. April 1979 zu den SALT-Verhandlungen und einem Gipfeltreffen zwischen Präsident Carter und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, mit: „Nach dem, was wir heute in der ACDA und im State Department hören, haben die jüngsten Gespräche zwischen Botschafter Dobrynin und Außenminister Vance – das letzte fand am Freitag, 20.4., nachmittags statt – die technischen Probleme soweit aufbereitet, daß nunmehr eine abschließende Entscheidung auf höchster Ebene den Weg für eine Gipfelbegegnung frei machen könnte. Der Zeitpunkt, zu dem diese getroffen wird, dürfte im wesentlichen von übergeordneten politischen Überlegungen abhängen. Die deutlich gesteigerte Arbeitsintensität aller an den SALT-Verhandlungen beteiligten Stellen in Washington läßt darauf schließen, daß mit einer Entscheidung des gestern aus dem Osterurlaub zurückgekehrten Präsidenten in sehr naher Zukunft zu rechnen ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1492; VS-Bd. 11388 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

13 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

14 Korrigiert aus: „LRTNF,".

15 In einer Aufzeichnung von Referat 220 vom 27. April 1979 hieß es zu den voraussichtlichen Ergebnissen der SALT-II-Verhandlungen: „Die wichtigsten amerikanischen Zugeständnisse liegen im

- Als einziges sowjetisches TNF-System werde wenigstens der „Backfire"-Bomber vorläufig einer Produktionsratenbeschränkung unterworfen.
- Die Nichtumgehungsklausel werde weder Technologie-Transfer noch Modernisierung behindern, selbst wenn die SU der einseitigen Erklärung der Amerikaner in diesem Zusammenhang einige gegenläufige einseitige Interpretationen entgegenstellen sollte.[16]
- Die Gefahr einer Verlängerung der Protokoll-Beschränkungen sei nicht gegeben.[17] Zum einen werde die SU mit Sicherheit mit ihrer Aufrüstung im Mittelstreckenbereich fortfahren, psychologisch also selbst zum Auslaufen des Protokolls beitragen. Zum anderen sei mit einer Entschließung des amerikanischen Senats zu rechnen, die eine Verlängerung der Protokoll-Beschränkungen außerhalb eines ratifizierten SALT-III-Vertrages untersage.

SALT III

Auf Fragen sprach sich Brown dafür aus, SALT III bilateral zu verhandeln, allerdings unter verstärkter Konsultation der Bündnispartner. Multilateralisierung würde direkte Einbeziehung nichtamerikanischer Systeme implizieren und SALT enorm komplizieren. Die neue Special Group on Arms Control (SG) des Bündnisses sei auch aufgerufen, Prinzipien für SALT III zu entwickeln, Washington das Verhandlungsmandat festlegen müsse.[18]

Brown betonte, daß bei SALT III wohl alle TNF der USA und SU erfaßt würden.

Auf Frage bestätigte er, daß eine TNF-Limitierung verifizierbar sei. Selbst mobile Systeme seien innerhalb tragbarer Unsicherheitsmargen unilateral verifizierbar. Falls SALT III zu starken TNF-Reduzierungen führen sollte, seien aber wohl „more obstrusive forms" kooperativer Verifizierung angezeigt.

2) Amerikanisches Briefing über gesamte sowjetische Nuklearrüstung (teilweise cosmic top secret) ist Gegenstand gesonderter Aufzeichnung. Vorab berichtenswert ist folgendes:

a) Brown bestätigte, daß amerikanische Vorhersage der Zunahme des sowjetischen Sprengkopfaufwuchses (nur) zeitlich zu korrigieren ist. Gleichstand im Bestand an nuklearen Sprengköpfen trete im strategischen Bereich nicht erst 1985, sondern bereits 1982 ein,[19] da SU unter anderem schneller als erwartet ihre neuen ICBM (SS-18 und SS-19) in Dienst stelle und ihre strategischen U-

Fortsetzung Fußnote von Seite 500

Bereich der Cruise Missiles, insbesondere in der Aufgabe der Unterscheidung zwischen nuklear und konventionell bewaffneten Cruise Missiles aus Verifikationsgründen und damit Einschluß auch der konventionellen Cruise Missiles in die Vertragsregelung. Die ‚Backfire'-Lösung wird außerhalb des eigentlichen SALT-Abkommens im Wege einseitiger Erklärungen beider Vertragspartner gefunden werden. Aus einem Vergleich der beiderseitigen Zugeständnisse wird ersichtlich, daß das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung insgesamt zwar ausgewogen erscheint, die sowjetischen Forderungen und entsprechenden amerikanischen Zugeständnisse jedoch hauptsächlich in Gebieten liegen, die über den klassischen, zentral-strategischen Bereich von SALT hinausgehen und die Interessen der europäischen Bündnispartner berühren." Vgl. VS-Bd. 11388 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

16 Zur amerikanischen Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel vgl. Dok. 197.

17 Für den Wortlaut des Protokolls zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 44 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 389–391.

18 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

19 Korrigiert aus: „1982,".

Boote mit höherer Stückzahl an Raketen und MIRV ausstatte. Erst nach 1985 werde USA wieder einen (geringen) Sprengkopfvorteil haben.

Es liegt auf der Hand, daß diese Neueinschätzung für SALT- und TNF-Debatten relevant ist.

Auf Frage von Minister Apel schloß Brown kurzfristige Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des amerikanischen Sprengkopfvorteils in der Übergangsperiode nicht völlig aus, obwohl es sich vorwiegend um perzeptionelles Problem handele.

Briefing bestätigte ferner:

(I) Planmäßigen Aufwuchs des sowjetischen SS-20-Potentials ohne gleichzeitigen Abbau der 496 weniger beweglichen SS-4 und SS-5. In den beiden letzten Jahren seien je sechs SS-20-Regimenter in Dienst gestellt worden. Zwölf Basen (d.h. 108 nachladbare Launchers mit je drei bis vier Raketen, insgesamt also zwischen 972 und 1296 Sprengköpfen) seien einsatzbereit, sechs weitere im Bau. Insgesamt werde NATO-Europa bereits von 1200 Sprengköpfen auf Mittelstreckenraketen (SS-4, -5 und -20) bedroht.[20]

Planmäßige Modernisierung und Verstärkung der sowjetischen strategischen und eurostrategischen Bomberflotte (derzeit 525 Bomber gegen NATO-Europa dislozierl).

Verstärkte Anhaltspunkte für Nuklearfähigkeit nunmehr auch der sowjetischen 203-mm-Artillerie und 240-mm-Mörser, planmäßige Ablösung der sowjetischen Kurzstreckenraketen durch neuere Typen (SS-21, SS-22, SS-23) von größerer Reichweite und Zielgenauigkeit.

3) Aussprache über TNF-Modernisierung stand mangels Entscheidungsreife nicht unter Entscheidungszwang. Alle Partner waren sich jedoch einig, daß Entscheidung über Dislozierung, Umfang und Mix unter Berücksichtigung der Rüstungskontrollaspekte im Herbst 1979 unausweichlich ist, wenn es zu keiner Wiederholung des Debakels um die Neutronenwaffe kommen soll. Diskussion als Basis für die Weiterarbeit indossierten HLG-Berichts setzte folgende Akzente:

(a) Notwendigkeit einer evolutionären Verstärkung der TNF des Bündnisses zur Aufrechterhaltung des Abschreckungsnexus und der Glaubwürdigkeit der Strategie der flexiblen Antwort[21] wurde allgemein, jedoch unverbindlich, anerkannt. Unbestritten war auch, daß dies ohne Erhöhung des Sprengkopfpotentials der NATO in Europa und kompatibel mit den Rüstungskontrollvorhaben

[20] Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), berichtete am 3. Mai 1979, der Vorsitzende der Stabsgruppe der Nuklearen Planungsgruppe, Shearer, habe zu den Ausführungen des amerikanischen Verteidigungsministers Brown in Homestead dargelegt, „daß US-Unterrichtung aus Sicht des Executive Staff für Arbeit der NPG Stabsgruppe besonders bedeutsam sei, da neue Parameter insbesondere bei sowjetischem Gefechtskopfaufwuchs, bei Entwicklung der sowjetischen Seestreitkräfte und bei Einschätzung der Entwicklung von SS-4/5 (Dislozierung auch über 1985 hinaus) die sowjetische Bedrohung noch gravierender erscheinen ließen. Ergebnisse der Ministerkonferenz müßten daher Arbeit der Stabsgruppe nachhaltig beeinflussen. Er teile angesichts des von US-Seite vorgelegten beeindruckenden Beweismaterials zur Dynamik der sowjetischen Rüstung im Nuklearbereich nicht die These von deren defensivem Charakter. Es gebe auch keine Möglichkeit, dem Gefechtskopfaufwuchs bis 1982/83 seitens der NATO durch kurzfristige Maßnahmen zu begegnen. Um so wichtiger sei die schnelle Entscheidung der Allianz zur LRTNF-Modernisierung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 515; VS-Bd. 11342 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

[21] Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 3, Anm. 14.

der Allianz möglich ist. (Brown bestätigte, daß ein Sprengkopfüberhang der U.S. in Europa nur mit Rücksicht auf Option III bei MBFR[22] aufrechterhalten worden sei.)

Als Minimum- und Maximumumfang wurden die Parameter der HLG (200 bis 600 Launchers/Missiles) nicht in Frage gestellt. Anerkannt wurde ferner im Prinzip Notwendigkeit eines Mix („Pershing" II/Marschflugkörper) und Kostengünstigkeit landgestützter Systeme. Auf unseren und niederländischen Wunsch sollen jedoch seegestützte Systeme im Spiel bleiben, um Beteiligungsbasis möglichst breit zu halten. UK sprach sich dagegen aus, da zu kostspielig. Für LRTNF-Schiffe sei „dual capability" nicht vorstellbar.

Problem der Beteiligung (participation) stand im Zentrum der Diskussion, ohne jedoch die Teilnehmer zu klaren Aussagen ihrer Beteiligungsabsicht zu zwingen.

(II) Brown appellierte an alle Partner, sich an der Dislozierung, möglichst durch Duldung der Dauerstationierung von LRTNF, zu beteiligen. Das solle zumindest allen Partnern möglich sein, die derzeit zum Strike-Potential beitragen (d.h. US, UK, NL, B, D, IT, GR, TR).

Die USA seien bereit, die Führungsrolle zu übernehmen, könnten jedoch ohne kollektive Unterstützung im Bündnis nicht vorgehen. Die Sowjetunion, die für das Entstehen und dramatische Verschärfen der Disparität im LRTNF-Bereich verantwortlich sei, werde eine Propaganda-Kampagne ohne Vorbild entfachen, um die Modernisierung zu verhindern. Wenn ihr dies gelänge, stünde die NATO nach 1985 bald ohne jedes überlebensfähige System von LRTNF da. Dies aber würde die Natur des Bündnisses und seine Effektivität grundlegend wandeln. Es gelte daher, die Öffentlichkeit mit dem Faktum vertraut zu machen, daß das sowjetische LRTNF-Potential durch Rüstungskontrolle nicht zu beseitigen sei und daher einer gewissen, quantitativ geringeren Entsprechung bedürfe. Wer in der NPG Rechte beanspruche, habe auch Pflichten. Wenn sich das Bündnis dennoch 1979 der Entscheidung entziehe, gerate die Produktion unaufholbar in Verzug.

Minister Apel stimmte Brown zu. Es handele sich um ein Problem der gesamten Allianz. Daher sei breitmöglichste Beteiligung erwünscht. Die HLG solle bis Herbst eine ganz geringe Anzahl konkreter Optionen erarbeiten, die auch den Kostenfaktor und den Rüstungskontrollaspekt überschaubar machten. Die Arbeiten von HLG und SG seien bis zur Herbstsitzung so zu harmonisieren, daß uno actu über Modernisierungsprogramm und Rüstungskontrollpolitik entschieden werden könne. Es wäre für die NATO fatal und würde sie in eine Krise stürzen, wenn sie sich als entscheidungsunfähig erweisen würde. Als der Prozeß der TNF-Überprüfung eingeleitet wurde, sei jedem Bündnispartner klar gewesen, daß es zu einer Entscheidung kommen müsse.

Britischer Minister Mulley betonte, daß derzeit alle landgestützten LRTNF der NATO in Großbritannien stationiert seien. Der richtige Umfang ihrer Verstär-

22 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 16. Dezember 1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III) vgl. Dok. 13, Anm. 2.

kung liege zwischen 200 und 600. Parität zwischen den LRTNF beider Seiten sei nicht erwünscht (Abkoppelungseffekt) und jedenfalls auch durch Rüstungskontrollvereinbarungen nicht erreichbar. NATO-Solidarität setze auch voraus, daß ein Partnerstaat alle drei Elemente der Streitkräfte-Triade bejahe. Solange einige NATO-Partner glaubten, sich der Stationierung von Nuklearwaffen entziehen zu können, sei es auch für London schwierig, die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der TNF-Verstärkung zu überzeugen. Trotz Verstärkung könne Sprengkopfbestand gehalten werden, vor allem durch Verringerung von ADM[23] und nuklearen „Nike"-Sprengköpfen.

Die Finanzierung der LRTNF-Modernisierung dürfe nicht zu Lasten der konventionellen Streitkräfte gehen, werfe also große Probleme auf. Leider sei keinerlei Rüstungskontrollangebot denkbar, das für die SU so attraktiv wäre, daß sie auf ihre LRTNF in wesentlichem Umfang verzichten würde. Italienischer Minister suchte sich mit Rücksicht auf Wahlkampf[24] jeder Festlegung zu entziehen.

Niederländischer Minister warnte vor zu vielen und zu wenig LRTNF. Beides könne entkoppeln. Die Last der TNF-Modernisierung könne nicht von ein, zwei Partnern alleine getragen werden. Deshalb sei eine Lösung auf kollektiver Basis anzustreben. Allerdings verfolge Den Haag eine Politik der De-Akzentuierung der nuklearen Komponente. Daher wäre es nützlich, wenn man LRTNF-Verstärkung mit Verringerung nuklearer Gefechtsfeldwaffen verbinden könne.

Auch stelle die erstmalige Stationierung von LRTNF für die betreffenden Staaten ein größeres Problem als die Modernisierung bestehender Systeme (im UK) dar. Auf alle Fälle solle man die TNF-Debatte von derjenigen um die ER-Waffe trennen.

Norwegischer Minister meinte, die Modernisierung von TNF dürfe nicht zu einem scharfen Bruch bisheriger Verhaltensmuster führen. Türkische Delegation ließ durchblicken, daß für sie Stationierung von LRTNF nicht nur als ein finanzielles Problem, sondern als entspannungsgefährdend im Verhältnis zum sowjetischen Nachbarn betrachtet würde.

Auch kanadische Delegation deutete an, daß Stationierung für sie ausscheiden dürfte (geographische Lage, Denuklearisierung der kanadischen Streitkräfte[25]).

SACEUR hielt die Begründung der Notwendigkeit der Modernisierung und Verstärkung von LRTNF politisch wie militärisch für zwingend. Es steht nichts weniger auf dem Spiel als die Glaubwürdigkeit der Abschreckung.

23 Atomic Demolition Munition.

24 Die Wahlen zum italienischen Parlament fanden am 3./4. Juni 1979 statt.

25 In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums der Verteidigung vom April 1979 wurde zur nuklearen Bewaffnung der kanadischen Streitkräfte festgestellt: „Nachdem Kanada bereits in den 60er Jahren auf die Nuklearrolle der kanadischen Truppen [...] in Europa verzichtet hatte, verkündete Premierminister Trudeau im Mai 1978 nunmehr auch den Verzicht auf die nukleare Bewaffnung der kanadischen Luftstreitkräfte im Rahmen des NORAD-Abkommens. Er betonte dabei, daß Kanada damit das einzige Land der Welt mit der Kapazität zur Produktion nuklearer Waffen sei, das nicht nur auf die Produktion verzichtet habe, sondern gänzlich auf die atomare Bewaffnung seiner Streitkräfte verzichte. Wirksam wird dieser Verzicht jedoch erst im Jahre 1981, wenn das derzeit noch im Dienst stehende Kampfflugzeug F-101 ‚Voodoo' durch das N[ew]F[ighter]A[ircraft] abgelöst wird." Vgl. Referat 201, Bd.120201.

Bewertung

1) Verlauf entsprach den Erwartungen. Insbesondere nukleares Briefing brachte keine wesentlich neuen Erkenntnisse.

2) Wichtigstes Ergebnis ist Einigung auf Entscheidungsnotwendigkeit im Jahre 1979 hinsichtlich LRTNF-Modernisierung sowie Billigung des HLG-Berichts als Arbeitsgrundlage dafür.

3) Wichtig, daß USA klare Führungsrolle dabei akzeptiert hat.

Sehr vorsichtige Einlassung aller übrigen unserer NPG-Partner zur Frage ihrer Beteiligung an der LRTNF-Modernisierung entspricht nicht nur innenpolitischer Situation (Wahlen in CDN[26], Italien und UK[27]; labile Regierungen anderswo), sondern üblicher Vorsicht gegenüber vorzeitiger Festlegung. Tatsächliche Bereitschaft zur Beteiligung wird sich erst im Herbst herausschälen.

Der angebahnten Erweiterung der NPG auf alle ihre Mitglieder auch auf Ministersitzungen kommt dabei große psychologische Bedeutung zu.

[gez.] Pauls
[gez.] Brandt

VS-Bd. 10540 (201)

114

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann

201-363.31-1162^{I}/79 geheim **27. April 1979**

Herrn D2[1]

Betr.: Modernisierung der LRTNF des Bündnisses;
hier: Meinungsäußerungen des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Verteidigungsministers

Anl.: 1

26 Die Wahlen zum kanadischen Parlament fanden am 22. Mai 1979 statt.
27 Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 3. Mai 1979 statt.

1 Hat Ministerialdirektor Blech am 27. April 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär van Well verfügte.
Hat van Well am 1. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 2. Mai 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 3. Mai 1979 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Daerr verfügte.
Hat Daerr am 4. Mai 1979 vorgelegen.

1) Auf dem Flug zur NPG-Konferenz in Homestead, Fla.[2], teilte Minister Apel am 21. April mit, BK Schmidt habe bei einer Vorbesprechung mit ihm am Vortage in Hamburg das ihm vom BMVg am 19. April (ohne Mitwirkung des Auswärtigen Amts) erstellte Positionspapier (s. Anlage) voll gebilligt.

Dieses Papier steht mit der Haltung des Auswärtigen Amts im Einklang; der mögliche Konfliktpunkt (Definition dessen, was wir unter einer „singulären Rolle der Bundesrepublik Deutschland" verstehen würden) wird im Papier nicht angesprochen.

2) Über Äußerungen des Herrn BK in diesem Zusammenhang teilte Minister Apel folgendes mit:

a) BK Schmidt habe bedauert, daß Präsident Carter mit der Bündniskonsultation über die ER[3]-Waffe die Übung eingeführt habe, für die Produktion und Dislozierung modernisierter Kernwaffen einen Konsens der Allianz anzustreben. Das frühere Verfahren (amerikanische Produktionsentscheidung; bilaterale Absprachen über Dislozierung) sei weniger problematisch gewesen. Carters Vorgehen spiegele die Schwäche seiner Administration wieder. Es sei zu befürchten, daß er uns auch mit TNF „sitzenlasse", was dann allerdings das Ende des Vertrauens zu ihm bedeutete.

b) Die Modernisierung der LRTNF sei eine amerikanische Verpflichtung bzw. Verantwortlichkeit. Schließlich hätten die USA diese Systeme „degenerieren" lassen.

c) Die HLG solle die Optionen nicht völlig auf landgestützte LRTNF („Pershing" II, GLCM, ALCM) einengen, da es den Norwegern und Dänen schwererfiele, gegenüber seegestützten Marschflugkörpern „auszubüchsen".

d) Im Herbst solle man im Bündnis simultan über das Produktionsprogramm von LRTNF und ein Rüstungskontrollangebot entscheiden.

3) Minister Apel ließ als eigene Meinung durchblicken, daß man[4] ungleiche ceilings für sowjetische und amerikanische LRTNF vorschlagen könne.

Er deutete auch an, daß Rüstungskontrollergebnisse Einfluß auf die beschlossene Stückzahl an LRTNF haben könnten:

a) In diesem Falle sei nämlich trotz gestiegener Stückkosten an der gemeinsamen Finanzierung festzuhalten[5].

b) Wenn SALT II im Herbst 1979 nicht abgeschlossen sei, könne dies auch zu Schwierigkeiten mit der TNF-Modernisierung führen; denn sonst hinge das sie betreffende Rüstungskontrollangebot in der Luft.

Auf meine Frage, ob dieses Herangehen nicht doch bedeute, daß man die Modernisierung von Verhandlungsergebnissen abhängig mache und damit sine die vertage, beteuerte Minister Apel, es sei an parallele Implementierung (von

[2] Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe am 24./25. April 1979 vgl. Dok. 113.

[3] Enhanced Radiation.

[4] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt: „bei einem Arms-control-Angebot".

[5] An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt: „(nämlich wenn vereinbarter ceiling niedriger als vom Bündnis beschlossenes Programm läge)".

Produktion/Dislozierung und Verhandeln) gedacht. So sehe es auch der Bundeskanzler.

Dem widerspricht allerdings die vom WDR übernommene Äußerung Apels am 25. April sofort nach Ende der NPG, wonach die LRTNF-„Stationierung erst stattfinden kann, wenn die rüstungspolitischen Karten mit der Sowjetunion nicht gestochen haben". (Dieser Widerspruch entspricht im übrigen exakt den unterschiedlichen Positionen des Generalinspekteurs[6] und des Leiters Planungsstab im BMVg[7].)[8]

4) Minister Apel vertrat die von ihm bereits gegenüber seinem amerikanischen Kollegen[9] vertretene Ansicht, deutsche Bedingungen für eine Dislozierung von LRTNF bei uns sei die Dislozierungsbereitschaft mindestens eines anderen nichtnuklearen Bündnispartners.

Ich bat mit Erfolg, Minister Apel möge sich während der Sitzung auf diese Interpretation nicht festlegen:

- Dies sei derzeit nicht notwendig.
- Dies setze Beschluß des BSR voraus.
- Dies sei taktisch bedenklich, weil es auf Großbritannien als ein „disincentive" (moralische Entlassung aus der Verantwortung) wirken könnte.
- So wünschenswert es politisch sei, daß sich die Beteiligung an der LRTNF-Modernisierung nicht auf US, UK und uns reduziere, sollten wir doch ein zu starres Junktim mit dem Verhalten der Benelux-Staaten und Italiens vermeiden, solange die positive Entscheidung wenigstens von einem von ihnen noch so ungewiß wie derzeit sei.

Wilfried Hofmann

Anlage

Grundzüge der deutschen Position zur Frage der Modernisierung weitreichender TNF bei der 25. NPG-Konferenz

Im Mittelpunkt der Beratungen der 25. Ministerkonferenz der Nuklearen Planungsgruppe (NPG), die am 24./25. April 1979 in Homestead/Florida stattfindet, wird die Diskussion eines Berichtes der „High Level Group" (HLG) zur Frage der Modernisierung weitreichender TNF-Systeme stehen.[10]

In dem HLG-Bericht, der auf gemeinsamen Beratungen der Experten aller in der NPG vertretenen Bündnisnationen beruht und durch den amerikanischen Vorsitzenden[11] der NPG-Ministerkonferenz vorgelegt wird, werden zu den ver-

6 Jürgen Brandt.

7 Walther Stützle.

8 Ministerialdirektor Blech vermerkte dazu handschriftlich: „Das Verhältnis zwischen Stützle und Tandecki ist nicht mehr das des Einvernehmens. Tandecki folgt jetzt mehr dem Generalinspekteur (auf den er sich anscheinend auch mehr als auf dessen Vorgänger stützen kann). Hinzu kommt, daß General Brandt einen Mann seines ausgesprochenen Vertrauens zum zust[ändigen] Ref[erats]leiter im Fü[hrungs]s[tab] (als Nachfolger von Oberst Hansen) macht."

9 Harold Brown.

10 Zum Bericht der High Level Group vgl. Dok. 113, Anm. 8.

11 David E. McGiffert.

schiedenen Problemkreisen der TNF-Modernisierung folgende Feststellungen getroffen:

- Es besteht die Notwendigkeit der evolutionären Stärkung der in Europa stationierten weitreichenden TNF-Systeme.
- Dabei sollte eine Stärkung der landgestützten Komponenten vorrangig geprüft werden.
- Die evolutionäre Stärkung darf nicht den Eindruck einer geänderten Bedeutung der TNF innerhalb der NATO-Strategie bewirken.
- Die Modernisierung weitreichender Systeme ist notwendig, um angesichts der sowjetischen Mittelstreckenwaffenprogramme (SS-20, „Backfire") die vorhandene Lücke im Eskalationsspektrum der NATO zu schließen und die Abschreckung zu erhalten und zu stärken.
- Die Reichweite dieser TNF-Systeme sollte ausreichend sein, um Ziele in der Sowjetunion bekämpfen zu können.
- Der Zuwachs an Gefechtsköpfen für weitreichende Systeme sollte zwischen 200 und 600 Stück liegen. Durch Ausgleich gegen Gefechtsköpfe anderer Einsatzmittel wird das bestehende Gefechtskopfinventar in Europa von 6000 bis 7000 Stück nicht erhöht.
- Eine Mischung von ballistischen Raketen und Cruise Missiles ist wünschenswert, um die jeweiligen Vorteile verschiedener Systeme optimal zu nutzen. Erste Überlegungen, die u. a. Kosteneffektivität und zeitliche Verfügbarkeit berücksichtigen, lassen dabei ein Mix von „Pershing" II (extended range) und Ground Launched Cruise Missile als günstig erscheinen. Dieses kann jedoch aus politischen Gründen, insbesondere unter dem Aspekt möglichst breiter nationaler Teilhabe, geändert werden.
- Das Gesamtprogramm sollte ein Bündnisprogramm sein, mit maximaler Beteiligung der Nationen.
- Eine erste politische Grundsatzentscheidung sollte durch das Bündnis noch 1979 getroffen werden. Die Entscheidung sollte von einem rüstungskontrollpolitischen Ansatz begleitet werden.

Wir werden uns an der zu erwartenden politischen Diskussion in einer Form beteiligen, die künftige Entscheidungen der Bundesregierung in keiner Weise präjudiziert.

Dabei werden wir es jedoch vermeiden, der amerikanischen Seite und den anderen Bündnispartnern, die der deutschen Haltung besonderes Gewicht beimessen, den Eindruck zu vermitteln, die Bundesrepublik würde auf eine Verzögerung oder Verlangsamung des Entscheidungsprozesses hinwirken.

Infolgedessen wird es unmöglich sein, aktiv an der Entwicklung eines Folgeauftrages an die HLG mitzuwirken. Dieser Folgeauftrag sollte nach unserer Auffassung nachstehende Punkte enthalten:

1) Die Minister haben den HLG-Bericht entgegengenommen.

2) Auf der Grundlage der bisherigen Arbeit ist durch die HLG eine begrenzte Anzahl von Lösungsalternativen zu erarbeiten. Diese Lösungsalternativen sollten konkret mögliche Dislozierungsoptionen, Waffenmixvorschläge und einen überschlägigen Kostenrahmen enthalten. Im Rahmen dieser Alternativen soll-

ten, entsprechend dem Ergebnis der politischen Beratungen, die notwendigen Grundsatzentscheidungen getroffen werden.

3) Diese Lösungsalternativen sind durch die HLG parallel, aber in enger Abstimmung mit dem neugeschaffenen rüstungskontrollpolitischen Bündnisgremium, der „Special Group“[12], zu erarbeiten.

Dadurch soll die Vereinbarkeit von TNF-Modernisierung und laufenden bzw. zukünftigen Rüstungskontrollverhandlungen gewährleistet und die Wechselwirkung zwischen beiden Bereichen berücksichtigt werden.

Ziel dieser weiteren HLG-Arbeit sollte es sein, die für die nationalen und bündnisgemeinsamen Grundsatzbeschlüsse erforderlichen Entscheidungsgrundlagen bis zur nächsten NPG-Ministerkonferenz Ende des Jahres 1979[13] zu erarbeiten.

V: BM Apel sagte mir am 21.4., BK Schmidt habe dieses am 19.4. im BMVg formulierte Papier bei seiner Unterredung mit ihm in Hamburg am 20.4.79 voll gebilligt.[14]

VS-Bd. 10570 (201)

115

Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vogeler

420-410.03 TUR-256/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 27. April 1979, 17.48 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2132 Plurez

Betr.: Türkeihilfe[2]

In einem Gespräch beim Bundeskanzler am 26. April, an dem BM Genscher, BM Matthöfer, Minister Walther Leisler Kiep, StS Lahnstein und StS Hermes teilgenommen haben, berichtete Minister Kiep, der persönliche Beauftragte des Bundeskanzlers für die OECD-Türkeihilfeaktion, über die bisherigen Gespräche, die er geführt hat, und über seine Bemühungen um Hilfsmaßnahmen für die Türkei.

Nach einer ausführlichen Debatte über den gegenwärtigen Stand der Hilfsbemühungen in den einzelnen Ländern und über Art und Umfang des deutschen Beitrags führte das Gespräch zu folgenden Ergebnissen:

12 Zur Einrichtung einer Special Group der NATO vgl. Dok. 101.

13 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe am 13./14. November 1979 in Den Haag vgl. Dok. 328 und Dok. 329.

14 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich eingefügt.

1 Durchdruck.
Drahterlaß an die Botschaften in Ankara, London, Paris und Washington sowie an die Ständige Vertretung bei der OECD in Paris.

2 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 66, Anm. 17, und Dok. 86, Anm. 37.

1) Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik ist wesentlich geringer als die der USA. Daher kann die Bundesrepublik – auch als Konsortialführerin – nicht den gleichen Beitrag erbringen wie die USA.[3] Wenn die USA 200 Mio. Dollar aufbringen, wird die Bundesrepublik 150 Mio. Dollar zur Verfügung stellen. Wenn die USA 250 Mio. Dollar aufbringen, werden wir 200 Mio. Dollar zur Verfügung stellen.[4]

2) Die Bundesrepublik wird ihren Beitrag als ungebundenen Finanzkredit leisten zu günstigen Konditionen. Der Kredit soll ohne Auflagen gewährt werden. Die Bundesregierung wird allerdings klarmachen, daß die ausstehenden Forderungen deutscher Firmen angemessen berücksichtigt werden sollten.[5]

3) Dem mittelfristigen Sanierungsprogramm für die Türkei kommt besondere Bedeutung zu.[6] Es ist zu begrüßen, daß die Türkei GS van Lennep als Koordi-

[3] Ministerialdirektor Lautenschlager vermerkte am 28. März 1979, Präsident Carter habe Bundeskanzler Schmidt mit Schreiben vom 24. März 1979 seine Absicht dargelegt, „beim Kongreß die Zustimmung zur Gewährung eines zusätzlichen Entwicklungshilfekredits für die Türkei in Höhe von 150 Mio. Dollar zu beantragen. [...] Der neue Betrag wird zusätzlich zu den 98 Mio. Dollar an Entwicklungshilfe gewährt, die bereits im Schreiben von Präsident Carter vom 7.3. erwähnt waren. Von dem in Aussicht genommenen Gesamtbeitrag von 248 Mio. Dollar waren der Türkei 48 Mio. Dollar bereits im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Wiedereröffnung der amerikanischen Basen fest zugesagt worden. Der eigentliche amerikanische Beitrag zur Soforthilfeaktion beläuft sich somit nunmehr auf 200 Mio. Dollar." Carter habe gebeten, „die Bundesregierung solle mit der amerikanischen Leistung gleichziehen". Vgl. VS-Bd. 9509 (420); B 150, Aktenkopien 1979.
Vortragender Legationsrat von Studnitz übermittelte der Botschaft in Washington am 30. März 1979 ein Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an Präsident Carter. In dem Schreiben führte Schmidt zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei aus, er habe „die zuständigen Bundesminister gebeten zu prüfen, ob auch wir unseren Beitrag zur Soforthilfe erhöhen könnten". Dazu legte Schmidt dar: „Wie ich Herrn Christopher damals gesagt habe, fällt es der Bundesregierung angesichts der extrem hohen Staatsverschuldung außerordentlich schwer, den Bundestag um die zusätzliche Bewilligung eines über 100 Mio. Dollar hinausgehenden Beitrages zu bitten, zumal wir, wie Sie wissen, im ordentlichen Haushalt bereits rund 70 Mio. Dollar Projekthilfemittel bereitgestellt haben. Dessen ungeachtet bin ich aber bereit, den Gedanken einer Erhöhung des von deutscher Seite bislang geplanten Beitrags weiter zu verfolgen. [...] Mit Ihnen bin ich der Ansicht, daß es nun darauf ankommt, auch die übrigen potentiellen Geberländer zu einem angemessenen Beitrag zu veranlassen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 362; VS-Bd. 9509 (420); B 150, Aktenkopien 1979.

[4] Vortragender Legationsrat I. Klasse Vogeler informierte die Botschaft in Washington am 26. April 1979 darüber, daß Staatssekretär Hermes dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher noch am selben Tag fernmündlich zur Ressortbesprechung am 26. April bei Bundeskanzler Schmidt mitgeteilt habe: „Die Bundesrepublik ist nicht bereit, mit ihrem Beitrag zur Soforthilfe für die Türkei entsprechend dem amerikanischen Wunsch mit dem amerikanischen Beitrag voll gleichzuziehen. Es sei vielmehr beabsichtigt, mit dem deutschen Beitrag [...] in gewissem Abstand unter dem amerikanischen Beitrag zu bleiben." Christopher habe entgegnet, „die amerikanische Administration habe strikte Weisung, nicht über den deutschen Beitrag zur Soforthilfe hinauszugehen. Er hoffe deshalb, daß das letzte Wort in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen sei. Unter allen Umständen müsse man ein gegenseitiges Unterbieten vermeiden. Im morgigen budget hearing, in dem er über Türkeihilfe berichten solle, werde er jedenfalls die heutige Unterrichtung über den Stand der deutschen Überlegungen nicht erwähnen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 449; VS-Bd. 9509 (420); B 150, Aktenkopien 1979.

[5] Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, vermerkte am 23. Mai 1979, daß Bundeskanzler Schmidt bei der Ressortbesprechung zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei am selben Tag erklärt habe, „an Ecevit zu schreiben und ihn über den deutschen Beitrag zu unterrichten". Bei der Übergabe des Schreibens sei darzulegen, „daß die Bundesregierung für die Bewilligung der Mittel die Zustimmung des Parlaments benötigt. Im Parlament und in der deutschen Öffentlichkeit wird der Befriedigung der ausstehenden Forderungen mittlerer und kleinerer deutscher Unternehmen große Bedeutung beigemessen." Vgl. Referat 010, Bd. 178822.

[6] Zum Stabilisierungsprogramm der türkischen Regierung vgl. Dok. 70, Anm. 9.

nator des mittelfristigen Programms akzeptiert und daß van Lennep sich hierbei auf Working Party II der OECD stützen kann.

4) Die Bundesregierung ist bereit, dem dringenden Appell von MP Ecevit um sofortige Hilfeleistung wie folgt zu entsprechen:

Sobald der IWF der Bundesregierung in einem Brief bestätigt hat, daß die Verhandlungen Türkei–IWF von türkischer Seite in „good faith" geführt werden[7], ist die Bundesregierung bereit, die Hälfte ihres Beitrags im Wege der Vorausfinanzierung zur Verfügung zu stellen (d.h. je nach der Höhe des amerikanischen Beitrags 75 Mio. oder 100 Mio. DM). Bei der Vorausfinanzierung soll die BIZ eingeschaltet werden.

5) Minister Kiep wurde gebeten, die amerikanische Regierung und den IWF im Sinne der Ziffern 1 bis 4 zu unterrichten (Gespräche Leisler Kiep–Stellvertretender US-Außenminister Christopher in Washington am 17. Mai).

BK ist auch bereit, falls es erforderlich sein sollte, erneut an Präsident Carter zu schreiben.

6) Minister Kiep wurde gebeten, bei seinen Besprechungen in den Hauptstädten die Erwartung auszusprechen, daß die USA und die anderen Geberländer ihren Beitrag zu ähnlich günstigen Bedingungen leisten werden wie wir (ungebundener Kredit, günstige Konditionen und Vorausfinanzierung eines Teils des Beitrages, um den Sofortbedarf der Türkei zu decken).

7) Minister Kiep wurde gebeten, der amerikanischen Regierung nahezulegen, daß sie mit der britischen Regierung spricht. Der bisher vorgesehene britische Beitrag von 15 Mio. Dollar sei zu gering. BK wird ebenfalls am 10./11. Mai mit der britischen Regierung sprechen.[8] BK beabsichtigt, sich an Präsident Giscard zu wenden und ihm mitzuteilen, daß der französische Beitrag in Höhe von 70 Mio. Dollar erhöht werden sollte.

Die Bundesregierung wird sich ferner an Japan und Saudi-Arabien wenden. Die Gespräche mit der saudi-arabischen Regierung wird BM Genscher bei seinem Besuch in Saudi-Arabien im Mai führen.[9]

Der Bundeskanzler wird an PM Ohira einen Brief richten, mit dem er Minister Kiep einführt.[10] Gespräch Minister Kiep in Japan am 14./15. Mai.[11]

7 Am 16. Mai 1979 übermittelte Botschafter Sahm, Ankara, ein Schreiben des Abteilungsleiters im IWF, Whittome, an Minister Kiep. Darin hieß es: „I can assure you that the discussions which I have been having with the Turkish authorities have been carried out in good faith on each side." Mit Blick auf ein Gespräch zwischen Whittome und dem Gesandten von Alten, Ankara, bemerkte Sahm dazu: „Whittome hatte mit Alten schon zuvor über die offenbar vom BK gewünschte Formulierung ‚in good faith' gesprochen und gemeint, daß man ‚guten Glauben' kaum je einem Verhandlungspartner absprechen könne." Zu seinen Verhandlungen mit der türkischen Regierung habe Whittome berichtet, er habe Ministerpräsident Ecevit erklärt, „die türkischen Maßnahmen seien nicht ausreichend [...] und er könne kein ‚grünes Licht' geben. Er werde jedoch an Kiep schreiben". Whittome habe gegenüber der Botschaft bekräftigt, „daß es demnach zu einem Stand-by-Abkommen einstweilen nicht kommen werde". Vgl. den Drahtbericht Nr. 502; VS-Bd. 9509 (420); B 150, Aktenkopien 1979.

8 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher am 11. Mai 1979 in London; Dok. 132.

9 Bundesminister Genscher hielt sich am 23./24. Juni 1979 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu Dok. 186, Dok. 187 und Dok. 189.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, übermittelte der Botschaft in Tokio am 2. Mai 1979 ein Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an Ministerpräsident Ohira. Darin hieß

8) Minister Kiep wurde gebeten, PM Ecevit in vorsichtiger und vertraulicher Form über die Besprechung beim BK zu unterrichten.

Vogeler

VS-Bd. 9509 (420)

116

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Botschafter Meroz

30. April 1979[1]

Der Bundesminister empfing den israelischen Botschafter Meroz am 30.4.1979 im Zuge der Vorbereitung seiner in Aussicht genommenen Nahostreise[2] zu einem ca. einstündigen Gespräch.

Der *Bundesminister* erkundigte sich nach der israelischen Einschätzung der Lage im Nahen Osten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 511

es: „Seit dem Eingang Ihres Schreibens vom 20. März, für das ich Ihnen danke, haben OECD-Generalsekretär van Lennep und in meinem persönlichen Auftrag Herr Landesminister Leisler Kiep zahlreiche Gespräche über die Soforthilfe für die Türkei geführt. [...] Ich habe Minister Leisler Kiep gebeten, Sie und Ihre Regierung über den augenblicklichen Stand der Vorbereitungen zu unterrichten. Minister Leisler Kiep beabsichtigt, am Sonntag, 13. Mai 1979 nach Tokio zu reisen. [...] Ich darf hoffen, daß Sie sich nach diesen Gesprächen in der Lage sehen werden, über den Beitrag Ihrer Regierung zu der Aktion zu entscheiden." Vgl. Referat 010, Bd. 178822.

11 Der niedersächsische Finanzminister Kiep hielt sich vom 13. bis 16. Mai 1979 in Japan auf. Am 14. Mai berichtete Kiep, z. Z. Tokio, über seine Gespräche mit dem japanischen Außenminister: „Sonoda betonte, daß die japanische Regierung sich der Wichtigkeit einer finanziellen Gesundung der Türkei voll bewußt sei. Die türkische Regierung habe auch Japan unmittelbar um Hilfe gebeten. [...] Vorbedingung für die wirtschaftliche Sanierung der Türkei und japanische Hilfeleistungen seien der erfolgreiche Abschluß der türkischen Verhandlungen mit dem IMF und die Erstellung eines Sanierungsprogramms durch die türkische Regierung. Japan denke erstens an einen Kredit von 35 Mio. US-Dollar auf Yen-Basis und zweitens an einen Export-Kredit von höchstens 35 Mio. US-Dollar, ebenfalls auf Yen-Basis." Vgl. den Drahtbericht Nr. 632; Referat 010, Bd. 178822.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 4. Mai 1979 gefertigt und am selben Tag an Staatssekretär Hermes und Bundesminister Genscher mit „der Bitte um Billigung" weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „Drahtbericht Nr. 239 vom 4.4.1979 der Botschaft Madrid zur Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Spanien und Israel ist beigefügt." Vgl. Anm. 15.
Hat Hermes am 8. Mai 1979 vorgelegen.
Hat dem Ministerbüro am 9. Mai 1979 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178801.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 23./24. Juni 1979 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu Dok. 186, Dok. 187 und Dok. 189.
Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1979 im Irak auf. Vgl. dazu Dok. 201 und Dok. 203.
Bundesminister Genscher hielt sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien, am 28. August im Libanon, vom 29. bis 31. August in Jordanien und vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 240–245, Dok. 247, Dok. 249 und Dok. 250.

Botschafter *Meroz* zitierte Außenminister Dayan, der sich auf der Konferenz israelischer Botschafter in Zürich[3] über drei Dinge befriedigt geäußert habe:

1) daß der mit Ägypten vereinbarte Terminplan[4] bisher eingehalten worden sei;

2) daß die Gespräche mit Ägypten über die Ölfrage gut verlaufen seien;

3) daß Sadat trotz der Härte des Verhaltens der Bagdad-Konferenz[5]-Staaten seinen Kurs beibehalten habe.

In der nächsten Zeit stünden zwei Hauptthemen an:

1) die Durchführung des Vertrages mit Ägypten;

2) die Verhandlungen über die Autonomie.

Die Frage sei, ob die anderen Araber sich im Laufe der Erfüllung des Vertrages positiver zu dem Vorgang stellen werden.

Bundesminister betonte, daß es jetzt wichtig sei, vertrauensbildende Maßnahmen zu treffen, um mit der Ost-West-Sprache zu sprechen. Er sei tief beeindruckt von der Art und Weise, wie Sadat seinen Weg gehe. Wir müßten ihm helfen fortzufahren. Jetzt gehe es darum, Mittel und Wege zu finden, um es den anderen Arabern zu erleichtern, sich dem Friedensprozeß anzuschließen und eine Gesamtlösung herbeizuführen. Bundesminister kündigte sodann seine Nahost-Reise nach Saudi-Arabien, Jordanien, Syrien und Irak an. Der Zweck sei, um Verständnis für unsere Haltung zu werben, herauszufinden, wie man die Dinge bewegen könne, und Sadat Stabilitätshilfe zu geben.

Botschafter *Meroz* sagte, daß Israel es begrüßen würde, wenn die Bemühungen des Bundesministers Erfolg haben würden. Wichtig sei es für den Fortgang des Friedensprozesses, daß Saudi-Arabien sich aufgeschlossener gegenüber Ägypten verhalte. Er sei aber nicht optimistisch.

Bundesminister erwiderte, sicherlich könne man keine Änderung im saudischen Verhalten von heute auf morgen erwarten, aber die milde Form der saudischen Erklärung zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen[6] ließe hoffen, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen sei. Die Saudis fühlten sich durch die Ereignisse im Iran und durch die von Südjemen[7] ausgehende Bedrohung verunsichert. Man müsse das Problem Saudi-Arabien auch unter dem Aspekt sehen, welche Möglichkeiten für eine Einflußnahme der Sowjetunion sich eröffneten.

Auf die Feststellung des Bundesministers, daß die jordanische Position[8] sich nach unserem Eindruck verhärtet habe, antwortete Botschafter *Meroz*, daß dies zweifellos zutreffe. Bisher sei die jordanische Politik eine Funktion des saudi-

3 Der israelische Außenminister Dayan hielt sich am 23. April 1979 „anläßlich eines Regionaltreffens der israelischen Botschafter" in Zürich auf. Vgl. den Schriftbericht Nr. 529 des Botschafters Lebsanft, Bern, vom 7. Mai 1979; Referat 310, Bd. 125008.

4 Vgl. dazu das Protokoll über den israelischen Abzug und die Sicherheitsregelungen zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel; UNTS, Bd. 1136, S. 169–191. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 238–244.

5 Zur Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad vgl. Dok. 91, Anm. 9.

6 Saudi-Arabien brach am 23. April 1979 die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten ab.

7 Zu den Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) vgl. Dok. 67, Anm. 12.

8 Zur Haltung Jordaniens zu den ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen vgl. Dok. 91.

schen Verhaltens gewesen. Heute gehe die jordanische Position über die saudische noch hinaus. Die Spaltung der arabischen Welt sei nach Bagdad II eine politische Tatsache. Der Teil des arabischen Lagers, der für den Friedensprozeß sei, verdiene ein Höchstmaß an Unterstützung. Das liege auch im israelischen Interesse.

Bundesminister versicherte, daß sein Besuch in Saudi-Arabien ein Teil der Stützungsaktion für Ägypten sei, die schon durch den Empfang Sadats[9] unmittelbar nach Unterzeichnung des Vertrages zum Ausdruck gekommen sei. Wir wollten die Option des Brückenschlags offenhalten. Aber wir dürften die gemäßigten Kräfte auch nicht überfordern.

Botschafter *Meroz* meinte, daß die Verhärtung der jordanischen Position auch eine Funktion der Meinungsverschiedenheiten zwischen König Hussein und Kronprinz Hassan sei. Die beiden Brüder hätten sich entfremdet. Hassan stehe heute in dem Ruf, daß er eher bereit sei, mit Sadat zu gehen, als der König.

Botschafter Meroz schloß sich der Bewertung des Bundesministers an, daß die Palästinenser Zugzwänge ausübten. Infolge der Vorgänge im Iran habe die PLO an Gewicht gewonnen. Sie sei dadurch auch in den Ländern gestärkt worden, in denen sie bisher keinen Einfluß gehabt habe.

Auf die Zwischenfrage des *Bundesministers*, ob die Erklärung Weizmans in Ägypten[10] eine veränderte Haltung Israels zur PLO signalisiere, versuchte Botschafter *Meroz* die Erklärung herunterzuspielen. Weizman habe nur sagen wollen: Schießt nicht, sondern schließt Euch dem Friedensprozeß an und verhandelt. Die von der PLO verübten Terrorakte in Israel[11] hätten einen Ausgleich in eine noch größere Ferne gerückt. Man müsse auch mit Sorge die letzten Meldungen über palästinensische Aktivitäten in Europa registrieren (der Botschafter spielte auf die Verhaftungen von elf Palästinensern in Passau, Elten und Berlin an[12]). Die Stoßrichtung ziele sicherlich nicht nur auf israeli-

9 Präsident Sadat hielt sich am 29./30. März 1979 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 29. März 1979 vgl. Dok. 94.

10 Der israelische Verteidigungsminister Weizman führte vom 25. bis 27. April 1979 in Kairo Gespräche über den Abzug der israelische Streitkräfte vom Sinai. Botschafter Behrends, Kairo, teilte dazu am 27. April 1979 mit: „Einige Aufregung hatte eine Äußerung Weizmans bei seiner Ankunft in Kairo verursacht. Nach Tonbandaufzeichnungen hatte Weizman erklärt: ‚Ich schlage der PLO und den sogenannten Feinden Israels vor, sich Ägypten anzuschließen, das Schießen zu beenden und Gespräche zu beginnen.' Nach einem Telefongespräch mit Begin dementierte Weizman dann allerdings, daß er sich damit für Verhandlungen zwischen Israel und der PLO habe aussprechen wollen. Der Sprecher des israelischen Verteidigungsministeriums soll nach Agenturberichten seinen Minister dahingehend korrigiert haben, daß Weizman anstelle der PLO ‚die Palästinenser' gemeint habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 756; Unterabteilung 31, Bd. 135595.

11 Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete am 22. April 1979 über einen Terroranschlag in Israel: „Kommandoüberfall auf Nahariya heute morgen forderte sechs Todesopfer: vier Israelis und zwei der vier Angehörigen des Kommandos. Vier waren nach etwa dreistündiger Fahrt in außenbordmotorgetriebenem Gummiboot von Tyros (Südlibanon) aus unbemerkt in Israels nördlichster Küstenstadt gelandet. Israelische Todesopfer sind: ein 24-jähriger Polizeibeamter, ein 28-jähriger Mann und seine beiden Töchter (zwei und vier Jahre alt). Letztgenannte waren vom Kommando als Geiseln genommen worden. [...] Ob und wann Israel Vergeltungsschlag führen wird, ist noch unklar." Vgl. den Drahtbericht Nr. 468; Unterabteilung 31, Bd. 135595.

12 Mit Schreiben vom 18. Juni 1979 teilte das Bundesministerium des Innern mit: „Zwischen dem 24. und 29. April 1979 sind in Berlin, Passau und Elten/Niederrhein insgesamt elf mutmaßliche Palästinenser unter dem Verdacht festgenommen worden, Sprengstoffanschläge vorbereitet zu haben. [...] Es wurden etwa 50 kg Sprengstoff mit Zündern sichergestellt." Vgl. Referat 310, Bd. 119891.

sche, sondern auch auf deutsche Einrichtungen, da Arafat sich wenig günstig über die Bundesrepublik geäußert habe.

Bundesminister fragte, ob eine politische Auflockerung gegenüber der PLO denkbar sei, wenn die Terrorakte eingestellt würden?

Botschafter *Meroz* glaubte nicht, daß dies ausreiche. Zwei Komponenten bestimmten die israelische Haltung gegenüber der PLO:

1) Einstellung der Gewaltmaßnahmen und

2) Aufgabe der Nationalcharta der Palästinenser, die sich die Auflösung des Staates Israel zum Ziel gesetzt habe.[13]

Eine neue Lage sei – vielleicht – erst dann gegeben, wenn die PLO auf beides verzichten würde. Erst dann könnte ein Umdenkungsprozeß in Israel einsetzen. Israel wolle mit den Palästinensern verhandeln, aber nicht mit der PLO, die in ihrer jetzigen Form und mit ihren jetzigen Zielen kein Verhandlungspartner sein könne.

Bundesminister bemerkte, daß das Jerusalem-Problem durch die Ereignisse im Iran noch mehr an Bedeutung gewonnen habe. Die Saudis reagierten insoweit irrational. So schlecht die Beziehungen zwischen Syrien und Israel auch immer gewesen seien, so hätten sich die Beziehungen doch immer auf einer rationalen Ebene abgespielt. Die Identität zwischen Staat und Religion wirke sich für die innere Stabilität in Saudi-Arabien sicherlich positiv aus, außenpolitisch im Verhältnis zu Israel aber negativ, da sie Verhandlungen erschwere.

Hieran schloß sich noch ein kurzer Gedankenaustausch über die Stellung König Khalids und das Spannungsverhältnis zwischen den beiden Brüdern Assad an.

Bundesminister bewertete seine bevorstehende Reise als insgesamt schwierig.

Botschafter *Meroz* kam abschließend noch auf ein bilaterales Problem zu sprechen und bat den Herrn Bundesminister, sich in Griechenland[14] und Spanien[15] für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel vor dem EG-Beitritt

13 Für den Wortlaut der Palästinensischen Nationalcharta vom 17. Juni 1968 vgl. THE ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. 3, S. 706–711.

14 Am 19. März 1979 teilte Botschafter Behrends, Kairo, mit: „Aus der hiesigen griechischen Botschaft war zu erfahren, daß das ägyptische Außenministerium vor etwa einem Monat gebeten hatte, während der Friedensverhandlungen die griechischen Beziehungen zu Israel nicht aufzuwerten. Die Umwandlung der ‚Diplomatischen Vertretung' in eine Botschaft würde in Jerusalem als Ermunterung der eigenen Intransigenz verstanden. Nach Einschätzung der griechischen Botschaft wird auch nach Vertragsunterzeichnung noch nicht so schnell mit einer Anhebung der Vertretungen zu rechnen sein." Vgl. den Schriftbericht Nr. 403; Referat 203, Bd. 115869.

15 Gesandter Munz, Madrid, berichtete am 4. April 1979, der Abteilungsleiter im spanischen Außenministerium, Belsaga, habe zur spanischen Haltung bezüglich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel erklärt: „Der ägyptisch-israelische Vertrag habe daran nichts geändert. Die drei Bedingungen der spanischen Regierung seien: Evakuierung aller von Israel besetzten Gebiete im Sinne des französischen Wortlauts der SR-Resolution. Gerechte und globale Lösung aller anstehenden Probleme und Zuerkennung des Rechts aller Palästinenser auf ein eigenes Staatswesen. Diese drei Bedingungen seien noch nicht erfüllt. Man wisse, daß Israel befreundete Regierungen immer wieder zum Fürsprecher gegenüber Spanien machen wolle. Spanien sei auch grundsätzlich gewillt, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen, wenn der Zeitpunkt gekommen sei. Belsaga verwies im übrigen auf den starken Druck, dem Spanien seitens der arabischen Botschaften ausgesetzt sei". Vgl. den Drahtbericht Nr. 239; Referat 010, Bd. 178801.

dieser Länder[16] einzusetzen. Spanien habe eine ablehnende Antwort auf Beamtenebene gegeben.

Bundesminister sagte zu, am 9. Mai in Madrid seinen spanischen Kollegen darauf ansprechen zu wollen.[17] Es wäre besser gewesen, wenn Spanien schon früher Beziehungen aufgenommen hätte. Jetzt sähe es sich offenbar arabischem Druck ausgesetzt.

Bundesminister bat, Außenminister Grüße zu übermitteln.

Referat 010, Bd. 178801

117

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem ägyptischen Botschafter Sirry

30. April 1979[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundesministers mit dem ägyptischen Botschafter Omar Sirry am 30. April 1979 um 10.30 Uhr

Der Bundesminister führte mit dem ägyptischen Botschafter, Omar Sirry, im Zuge der Vorbereitung seiner Nahostreise[2] ein ca. anderthalbstündiges Ge-

16 Zum Abschluß der Verhandlungen über einen Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 86, Anm. 38.
Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 56, Anm. 27.

17 Bundesminister Genscher hielt sich am 9./10. Mai 1979 in Spanien auf. Der spanische Außenminister Oreja legte Genscher am 9. Mai 1979 in Madrid zu den israelisch-spanischen Beziehungen dar: „Wie er sagte, habe seine Regierung unlängst durch die Präsidentschaft der EPZ die einschlägigen Dokumente erhalten, und es sei die Politik seines Landes, auf diesen von der EG festgelegten außenpolitischen Kurs allmählich einzuschwenken. Er sei sich bewußt, daß dies auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel einschließe. Es könne sich jedoch nur darum handeln, den richtigen Augenblick zu wählen, der mit Sicherheit noch vor dem Beitritt Spaniens zur EG liegen werde. Oreja bat den Bundesminister, den Israelis diese spanische Bereitschaft mitzuteilen und ihnen ferner zu sagen, daß man von einem weiteren Druck möglichst absehen sollte. [...] Den arabischen Ländern gegenüber, die bei einer Aufnahme der Beziehungen mit Israel sicherlich hier intervenierten, würde Madrid auf die durch den bevorstehenden EG-Beitritt veränderte Lage hinweisen können." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178805.

1 Durchschlag als Konzept.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 3. Mai 1979 gefertigt und von Ministerialdirektor Meyer-Landrut am selben Tag an Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Billigung" weitergeleitet. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 310, Bd. 124987.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 23./24. Juni 1979 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu Dok. 186, Dok. 187 und Dok. 189.
Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1979 im Irak auf. Vgl. dazu Dok. 201 und Dok. 203.
Bundesminister Genscher hielt sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien, am 28. August im Libanon, vom 29. bis 31. August in Jordanien und daran anschließend vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 240–245, Dok. 247, Dok. 249 und Dok. 250.

spräch. Aus dem Tour d'horizon über die Lage im Nahen Osten ist folgendes festzuhalten:

Bundesminister unterstrich die Bedeutung, die er dem Besuch Präsident Sadats in Bonn[3] unmittelbar nach der Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags[4] beigemessen habe. Eingangs richtete er sodann die Frage an den Botschafter, was die Bundesrepublik Deutschland tun könne, um dem Präsidenten die Fortsetzung seiner Friedenspolitik zu erleichtern.

Botschafter *Sirry* drückte die Hoffnung aus, daß die Politik Sadats in der Bundesrepublik auch künftig Verständnis finden werde und sie sich nicht von Sadats Gegnern „umdrehen" lasse.

Die Ägypter seien über die Haltung der gemäßigten arabischen Länder, insbesondere Saudi-Arabiens[5], enttäuscht. Die Saudis seien umgefallen. Es sei schwer, die Gründe dafür zu verstehen. Offenbar sei es eine Kurzschlußhandlung gewesen. Ägypten habe die Saudis immer unterstützt. Ägypten werde sich künftig sehr überlegen, ob es beispielsweise Marokko weiterhin gegen die Polisario helfen werde[6]. Auch Tunesien habe gern ägyptische Hilfe gegen seine Nachbarn angenommen. Er glaube, daß Angst und Drohungen (z.B. Khomeinis[7]) diese Länder eingeschüchtert hätten[8]. Ägypten nehme dies zur Kenntnis, werde sich aber von seinem Wege nicht abbringen lassen, sondern konsequent diesen weiterverfolgen. Es werde sich letztlich zeigen, daß Ägypten recht gehabt habe. Von uns erwarte er Stehvermögen. Es gehe um Stabilität und um einen auf Recht gegründeten Frieden im Nahen Osten. Die Feindschaft in der ganzen Region müsse endlich ein Ende haben. Ägypten suche jetzt eine politische Lösung für das Palästina-Problem.

Auf die Frage des *Bundesministers*, wie er sich eine solche vorstelle, antwortete der *Botschafter*, daß Ägypten jetzt das Verständnis und die Mithilfe Israels brauche. Präsident Sadat sei zuversichtlich. Die Aufgabe werde aber sehr schwer sein.

Bundesminister warf ein, daß es – übertragen aus der Sprache des Ost-West-Verhältnisses auf die Region – darum gehe, vertrauensbildende Maßnahmen zu ergreifen, damit die Streitparteien zueinander finden. Nach seiner Auffassung habe Saudi-Arabien aus inneren und äußeren Zwängen mit Ägypten ge-

3 Präsident Sadat hielt sich am 29./30. März 1979 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 29. März 1979 vgl. Dok. 94.

4 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

5 Saudi-Arabien brach am 23. April 1979 die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten ab.

6 Zum Konflikt um die West-Sahara vgl. Dok. 5, Anm. 36.

7 Botschafter Ritzel, Teheran, legte am 27. März 1979 dar: „Unterzeichnung ägyptisch-israelischen Friedensvertrags wird in amtlicher Stellungnahme hiesigen Außenministeriums als Verrat an der Sache des palästinensischen Volkes und Konsolidierung der israelischen Okkupation arabischer Territorien verurteilt. AM Sandjabi erklärte, iranische Regierung werde alles in ihren Kräften stehende tun, um Palästinensern im Kampf um ihre legitimen Rechte zu helfen. In der Tonart schärfer war eine Erklärung Khomeinis, in der er an seine langjährigen Warnungen vor den Machenschaften des internationalen Zionismus erinnerte und Sadat als Verräter und Werkzeug des US-Imperialismus brandmarkte. Khomeini: Was könne man auch anderes von einem Freund des Schahs erwarten. Der Friedensvertrag sei ein Schlag gegen arabische und muslimische Interessen und schaffe eine äußerst gefährliche, explosive Situation in N[ah]o[st]." Vgl. den Drahtbericht Nr. 610; Referat 311, Bd. 137610.

8 Korrigiert aus: „habe".

brochen. Es stehe unter dem Einfluß des Khomeini-Syndroms und fühle sich von den Sowjets und der DDR vom Südjemen[9] her bedroht. Die milde Form des Abbruchs lasse aber hoffen, daß er nicht irreparabel sei. Wichtig sei für das künftige Verhalten der Saudis gegenüber Ägypten, was mit Jerusalem geschehe.

Botschafter *Sirry* bezeichnete den Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Saudi-Arabien als sehr kurzsichtig.

Bundesminister erkundigte sich nach der Einschätzung der Lage in Jordanien.

Botschafter *Sirry* meinte, die Lage sei undurchsichtig. König Hussein habe größte Schwierigkeiten mit den Palästinensern in (Trans-)Jordanien. Aus guter Quelle wisse er aber, daß der König gesagt habe, falls der ägyptisch-israelische Vertrag ein Jahr überdauere, was dieser nicht glaube, dann würde er seine Haltung eventuell überprüfen. Die Position der arabischen Länder der Bagdad-Front[10] sei unverständlich und unlogisch. Sie glaubten nicht an die Tragfähigkeit des Vertrags oder wollten ihn sogar zu Fall bringen. Man müsse an sie aber die Frage richten (und er bat dies den Bundesminister in Damaskus zu tun), ob Ägypten im Falle des Scheiterns des Vertrags etwa El Arish wieder an die Israelis zurückgeben solle. Er sei überzeugt, daß Sadat schon seit Amtsantritt eine ganz klare Linie in Richtung Frieden verfolgt habe, auch wenn dies nicht immer sofort erkennbar gewesen sei. Sadat falle nicht um. Er müsse wiederholen, er erwarte, wie er anfangs schon erwähnt habe, ein ähnliches Stehvermögen von denen, die dem Vertrag mit Sympathie gegenüberstünden. Terroristischer Erpressung dürfe man nicht nachgeben. Man könne sicher sein, daß Ägypten sich nicht erpressen lasse.

Bundesminister kam nochmals auf Jordanien zurück und fragte, ob es Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden königlichen Brüdern gebe.

Botschafter *Sirry* antwortete, daß Kronprinz Hassan sich bekanntlich in erster Linie um Wirtschaft kümmere. Er sei daher möglicherweise realistischer als der König. Er möge die Palästinenser nicht. Der König denke anders. Seit dem Tode seiner letzten Frau[11] habe er sich verändert. Er habe seinen alten Schneid verloren. Es gäbe Gerüchte, daß der Anschlag in Wirklichkeit ihm selbst gegolten habe und er seitdem in großer Furcht lebe. Außerdem sei er verbittert darüber, daß er weder 1973[12] noch 1977[13] konsultiert worden sei, vielmehr die USA, Ägypten und Israel ihm eine bestimmte Rolle zugedacht hätten. Insgesamt herrsche in Amman eine „florentinische" Atmosphäre.

Bundesminister erkundigte sich nach der Rolle, die Sadat der PLO zumesse.

9 Zu den Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) vgl. Dok. 67, Anm. 12.

10 Vgl. dazu die Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad; Dok. 91, Anm. 9.

11 Königin Alia wurde am 9. Februar 1977 bei einem Hubschrauberabsturz getötet.

12 Am 6. Oktober 1973, dem israelischen Feiertag Jom Kippur, begannen ägyptische Angriffe am Suez-Kanal auf das Sinai-Gebiet sowie syrische Angriffe auf israelische Stellungen auf den Golan-Höhen. Nach erfolglosen Bemühungen um einen Waffenstillstand am 22./23. Oktober wurde am 11. November 1973 eine ägyptisch-israelische Vereinbarung über einen Waffenstillstand unterzeichnet. Vgl. dazu den Artikel „Israel und Ägypten unterzeichnen Waffenstillstand"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. November 1973, S. 1.

13 Präsident Sadat hielt sich vom 19. bis 21. November 1977 in Israel auf.

Botschafter *Sirry*: Die PLO befinde sich in der Klemme. Sie fühle sich von den Syrern eingekreist. Arafat schätze er als gemäßigt ein, der aber nach allen Seiten taktieren müsse. Was solle man von Leuten wie Abu Iyad halten, der einerseits Ägypten beschimpfte, aber andererseits seine Kinder in Kairo auf die Schule schickte? Was solle man überhaupt von der anti-ägyptischen Kampagne halten, wenn z.B. der Irak die diplomatischen Beziehungen abbreche[14], aber 43 Diplomaten in Kairo bei der Schutzmacht-Vertretung zurücklasse?

Israel, insbesondere Begin, müsse mit seinen Spitzfindigkeiten (Autonomie für die Bewohner, aber nicht für das Territorium; „Golf von Eilat" anstelle Golf von Akaba) Schluß machen. Europa und die USA müßten dabei behilflich sein. Sonst platze alles, und alles beginne wieder von vorn in der Region.

Bundesminister erwiderte, er könne das Gesagte nur unterschreiben.

Botschafter *Sirry* führte zur Frage des Bundesministers nach der Lage Syriens aus: Auch dort gäbe es zwei Brüder, deren Verhältnis undurchsichtig sei. Wie so vieles im Nahen Osten sei auch ihr Verhalten stark von Taktik bestimmt. Was solle man z.B. von Rifaat Assad halten, der Waffen an Libanesen verkauft habe, mit denen dann die Truppen seines Bruders[15] im Libanon bekämpft worden seien? Es gäbe in Syrien eine starke Strömung, die ein Großsyrisches Reich schaffen wolle. 1958 bis 61 habe der Baath es mit Ägypten versucht.[16] Dann seien die Pläne mit Libanon gescheitert. Jetzt versuchten die Syrer es mit „ihren" Palästinensern auf dem Westufer. Alle hätten ihre „eigenen" Palästinenser. In Wirklichkeit ginge es ihnen nicht um Palästina, sondern um die eigenen Pläne. Ägypten dagegen wolle die Palästinenser selbst über ihr Schicksal entscheiden lassen. Solange die Araber sich uneins seien und eigene Ziele verfolgten, würden die Israelis bleiben, wo sie jetzt seien. Ägypten dagegen habe die Lage in Bewegung gebracht.

Bundesminister schloß daran die Frage nach dem nächsten Schritt an, der die Saudis zu einer vernünftigen Bewegung in Richtung Ägyptens bestimmen könnte. In welchem Rahmen sollten wir helfen (Genf[17], VN)?

Botschafter *Sirry* erwiderte, daß Ceauçescu Genf vorgeschlagen habe. Ägypten habe dazu weder nein noch ja gesagt. Seiner Meinung nach sei Genf durch den Camp-David-Mechanismus abgelöst worden. Schwierig werde es, wenn man jetzt anfange, die Richtung zu ändern. Das weitere Procedere hänge stark von den USA ab.

Auf die Frage des *Bundesministers* nach den verschiedenen Versuchsballons von Dayan und Weizman zur Frage von Gesprächen mit der PLO meinte der *Botschafter*, daß auch Ägypten versucht habe, die USA für Gespräche mit der

14 Im Ergebnis der dritten Konferenz der „Ablehnungsfront" (Algerien, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), Libyen, Syrien sowie die PLO) vom 20. bis 23. September 1978 in Damaskus erklärte der Irak den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Ägypten. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 59–65.

15 Hafez al-Assad.

16 Syrien und Ägypten schlossen sich am 1. Februar 1958 zur Vereinigten Arabischen Republik zusammen. Am 28. September 1961, einen Tag nach einem Staatsstreich der syrischen Streitkräfte, erklärte Syrien den staatlichen Zusammenschluß mit Ägypten für aufgelöst.

17 Zur Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Genf vgl. Dok. 86, Anm. 21.

PLO zu gewinnen. Ägyptens Politik sei es aber nicht, Druck auf die USA auszuüben, damit diese ihre bekannte Grundoption zur PLO aufgäben.[18] Die Schwierigkeit bestehe darin, daß die PLO immer über die „palästinensische Revolution" spreche. Man müsse sich fragen, gegen wen diese sich richte. Sei nach Iran erst die Türkei und dann Ägypten das Ziel? Wörtlich sagte der Botschafter: „Wir müssen für sie eine Heimat schaffen. Dort können sie eine Revolution machen. Aber nicht bei uns. Der Geist muß zurück in die Flasche."

Bundesminister bemerkte, daß er den künftigen Verhandlungspartner Ägyptens, Innenminister Burg, für geeignet halte. Er sei ein „liberaler Missionar".

Botschafter *Sirry* fügte hinzu, daß Boutros Ghali auf ägyptischer Seite die Verhandlungen führen werde. Auf die Frage des *Bundesministers*, welche Reihenfolge der zu besuchenden Länder der *Botschafter* empfehlen könne, empfahl dieser, mit den schwierigsten Ländern, nämlich mit Syrien und Irak, anzufangen und erst am Schluß mit Saudi-Arabien zu sprechen. Die gewonnenen Kenntnisse seien sicherlich für die Saudis von Wert.

Bundesminister bat den Botschafter abschließend, ihn dem Präsidenten zu empfehlen und dem Ministerpräsidenten/Außenminister Khalil für seinen Anruf während seines Genesungsurlaubs zu danken.

Referat 310, Bd. 124987

[18] Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 25. April 1979, Präsident Carter habe am 6. April 1979 erklärt, „daß die USA sich nicht auf ‚direkte Beziehungen oder Konsultationen oder Verhandlungen mit der PLO' einlassen würden, solange diese nicht die Resolution 242 bekräftige und Israels Existenzrecht unterstütze. Hingegen seien die USA sehr bedacht (‚eager') auf Beteiligung des palästinensischen Volkes an den Verhandlungen über die Inkraftsetzung der Vereinbarungen von Camp David." Dannenbring wies darauf hin, daß der Leiter des PLO-Büros in Beirut, al-Hout, die USA auf Einladung privater Gruppen, aber mit einer Sondergenehmigung des amerikanischen Außenministers Vance bereist habe. Dazu führte er aus: „Die Erklärung Carters und die Vorgänge um al-Hout bestätigen den Zwiespalt, in dem sich die amerikanische Politik gegenüber der PLO befindet. Der für Kontakte mit Palästinensern zuständige Beamte des State Department, wo Brzezinskis vorjährige Äußerung ‚bye-bye PLO' seinerzeit schon deutliche Verwunderung ausgelöst hatte, sagte uns, auch auf der politischen Ebene gehe es zunehmend um die Frage, wie man die PLO einbeziehen könne." Ein Mitarbeiter des amerikanischen Sonderbotschafters für den Nahen Osten, Strauss, habe zudem vertraulich erklärt, „in der Sache bestehe kein Zweifel, daß die PLO die Mehrzahl der Palästinenser repräsentiere und einziger wirklich relevanter Gesprächspartner sei. Das von Israel immer wieder ins Feld geführte Argument des PLO-Terrorismus habe nur relative Bedeutung, denn schließlich habe auch Israel auf diesem Gebiet einiges aufzuweisen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1519; VS-Bd. 11139 (310); B 150, Aktenkopien 1979.

118

Gespräch des Staatssekretärs van Well mit den Botschaftern Brunet (Frankreich), Stoessel (USA) und Wright (Großbritannien)

210-330.05 VS-NfD **30. April 1979**[1]

Aus den Gesprächen des Herrn Staatssekretärs mit den drei alliierten Botschaftern bei dem Mittagessen am 30. April in der Residenz des britischen Botschafters ist festzuhalten:

1) Ost-West-Lage

Der Herr *Staatssekretär* fragte einleitend den französischen Botschafter nach ersten Nachrichten über den Besuch des französischen Staatspräsidenten in Moskau.[2] Der *französische Botschafter* erklärte, daß er noch keine Unterrichtung erhalten habe, hier aber feststellen wolle, daß Berlin nicht als Gesprächsthema vorgesehen war.

Der Herr *Staatssekretär* berichtete anschließend über unsere Einschätzung des 10. ZK der SED[3] und die Bewertung der gegenwärtigen Politik der DDR. Wir gingen davon aus, daß es im Politbüro eine lebhafte Diskussion über die innere Lage der DDR, die schlechte Stimmung in der Bevölkerung und die wirtschaftlichen Probleme gegeben hat. Möglicherweise habe dabei auch die Wiederbelebung der Diskussion der deutschen Frage eine Rolle gespielt, worauf die Erklä-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen am 2. Mai 1979 gefertigt.
Hat Ministerialdirektor Blech am 12. Mai 1979 vorgelegen, der für Referat 210 handschriftlich vermerkte: „1) Wie steht es mit den Überlegungen über das DDR-Kooperationsabkommen? 2) Geschieht wirklich etwas bez[ü]gl[ich] Europawahlen zwischen O. Wright und Abrassimow? 3) Was wissen wir über das X-Problem S. 4?“ Vgl. dazu Anm. 18.
Hat Richthofen am 14. Mai 1979 erneut vorgelegen, der für Blech handschriftlich vermerkte: „Zu 1) Es gibt nichts Neues. Ich rechne mit einer Besprechung mit StS Gaus, der gerade erst aus dem Urlaub zurückgekehrt ist, noch vor dem Fünferkreis am 30.5. Zu 2) Gespräch Sir Oliver – Abrassimow eingeleitet. Briten halten uns auf dem laufenden. Zu 3) Problem ist für FDP-Liste aufgetreten. 1. Ressortbesprechung fand letzten Freitag statt. Ich hatte am 15.5. einen Termin bei der Bundestagsverwaltung. Ergebnis wird in Vorlage behandelt werden.“
Hat Blech am 15. Mai 1979 erneut vorgelegen.

2 Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 26. bis 28. April 1979 in der UdSSR auf. Botschafter Wieck, Moskau, resümierte am 30. April 1979 Informationen der französischen Botschaft: „Breschnew habe sich in einer längeren Erklärung zufrieden über die Beziehungen der Sowjetunion zu den Staaten in Westeuropa geäußert. Die Entspannung in Europa sei real, aber natürlich nicht automatisch und müßte daher fortgesetzt und erweitert werden – auch auf dem Gebiet der militärischen Entspannung. Breschnew habe sich skeptisch zu dem französischen Vorschlag einer europäischen Abrüstungskonferenz der 35 KSZE-Länder mit einer territorialen Abgrenzung vom Atlantik bis zum Ural geäußert. Ein großer Teil der Sowjetunion werde erfaßt, aber nicht die Vereinigten Staaten. Die tatsächliche Gefahr ginge von den Nuklearwaffen, nicht von den konventionellen aus. Der Ausschluß der nuklearen Waffen sei nicht verständlich.“ Giscard d'Estaing habe hierauf „erneut die Ziele und Vorzüge des französischen Vorschlags für Abrüstungsgespräche auf konventionellem Gebiet in Europa zwischen Atlantik und Ural dargelegt, insbesondere mit dem Hinweis darauf, daß in diesem Gebiet der stärksten Konzentration von konventionellen Streitkräften viele Gefahren bestünden und daß man andererseits nukleare Waffen nicht im Kreise von 35 Ländern erörtern könne“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1529; VS-Bd. 13174 (213); B 150, Aktenkopien 1979.

3 Die 10. Tagung des ZK der SED fand am 26./27. April 1979 in Ost-Berlin statt.

rung Gromykos beim Besuch von DDR-Außenminister Fischer am 28.2. in Moskau[4] und die jüngsten Äußerungen Botschafter Abrassimows in der Presse[5] zu diesem Thema schließen lassen. Bei dem 10. ZK der SED seien leichte Korrekturen der DDR-Politik erkennbar geworden, sowohl in der Frage der Sicherheitserfordernisse als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Eine Kursänderung habe es jedoch nicht gegeben. Axen habe die Bedeutung unterstrichen, die der Fortsetzung der Vertrags- und Entspannungspolitik für die DDR zukomme.[6]

Die *alliierten Botschafter* fragten, wer eigentlich die Wiedervereinigungsdebatte begonnen habe. Der Herr *Staatssekretär* erläuterte die Genesis: In der ersten Phase, in der sich die ausländische Presse stark beteiligte, ging es im Zusammenhang mit der Entsendung des neuen sowjetischen Botschafters Semjonow nach Bonn[7] um die Frage, ob die Bundesregierung bereit sein könnte, den Sowjets Konzessionen zu Lasten ihrer Westbindungen zu machen, um auf diese Weise sowjetische Leistungen in der Deutschland- und Berlinfrage zu erreichen. In diese Diskussion habe auch die Chinafrage hineingespielt, aus der die Presse Gründe für eine möglicherweise größere Flexibilität der Sowjetunion hergeleitet habe. Bei uns habe sich vor allem der „Spiegel" des Themas angenommen.[8] In der folgenden zweiten Phase habe sich die Diskussion dann ohne jede reale Grundlage hochgeschaukelt. Die drei Botschafter stimmten dem Herrn Staatssekretär zu, daß es sich um eine vollkommen irreale Diskussion handele. Die Sowjetunion denke nicht daran, die DDR zu schwächen.[9] Diese Diskussion habe niemandem genutzt und nur Schaden angerichtet.

4 Der Außenminister der DDR, Fischer, hielt sich vom 27. Februar bis 3. März 1979 in der UdSSR auf. Am 1. März 1979 analysierte Botschafter Wieck, Moskau, die Tischrede des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 28. Februar 1979: „Gromykos in festem Ton vorgetragene Rede fällt durch die ausschließliche Behandlung kontroverser Themen auf. Die Ausführungen zur DDR stellen demonstrativ das persönliche Interesse der gesamten sowj[etischen] Führung sowie die Funktion der DDR für die SU und die übrigen sozialistischen Länder heraus. Sie sind an diejenigen in der Bundesrepublik Deutschland gerichtet, die [...] die ‚reale Lage der Dinge nicht in Betracht ziehen'. Hier handelt es sich um die erste Zurückweisung der in der sowj. Presse bereits kritisch behandelten jüngsten Erwägungen in der Bundesrepublik Deutschland zur Wiedervereinigung. Die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland selbst werden durch die Würdigung der Ostverträge und des VMA in einem Aspekt zwar positiv angesprochen, doch bildet diese Herausstellung lediglich den Gegenstand der Warnung vor einem ‚Festigkeitstest' der offenbar uns, jedenfalls der Möglichkeit nach, unterstellt wird. Die Warnung vor Wiedervereinigungsspekulationen und die Warnung vor einem unvorsichtigen Umgang mit dem Ostvertragswerk finden ihre Ergänzung durch die harten Worte an die Adresse derjenigen, die sich angeblich der groben Sprache des Diktats, der Einmischung in innere Angelegenheiten und der Forcierung des Rüstungswettlaufs befleißigen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 768; Referat 210, Bd. 116497.

5 Referat 213 stellte am 26. April 1979 fest, der sowjetische Botschafter in der DDR, Abrassimow, habe in einem Vortrag „ganz unzweideutig die aktuellen Spekulationen über eine sowjetische Bereitschaft zur Neutralisierung Deutschlands als ‚verleumderische Erfindung für naive, einfältige Menschen'" bezeichnet und bekräftigt, „die Sowjetunion werde niemals etwas tun, was der Freundschaft zur DDR schaden könnte". Vgl. Referat 213, Bd. 133133.

6 Für den Wortlaut der Rede des Mitglieds des Politbüros der SED, Axen, am 26. April 1979 in Ost-Berlin vgl. den Artikel „Zu einigen aktuellen internationalen Fragen"; NEUES DEUTSCHLAND vom 27. April 1979, S. 5–7.

7 Der sowjetische Botschafter Semjonow überreichte am 21. November 1978 sein Beglaubigungsschreiben. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 325.

8 Vgl. dazu die Artikel „Deutschlandpolitik: Herbert Wehner legt nach" und „‚Die deutsche Frage ist wieder da.' In Ost und West steht die Zukunft von Bundesrepublik und DDR neu auf der Tagesordnung"; DER SPIEGEL vom 12. März 1979, S. 28–30 und S. 31–46.

9 Am 5. März 1979 legte Ministerialdirigent Lücking zur Haltung der UdSSR hinsichtlich der deutschen Frage dar: „Die Stabilität der politischen Lage im Zentrum Europas auf der Grundlage des

Die *drei Botschafter* fragten, ob der mit der DDR verabredete Terminkalender eingehalten würde. Der Herr *Staatssekretär* erklärte, daran bestehe kein Zweifel. Wir würden, sobald StS Gaus aus dem Urlaub zurück sei, die Kontakte mit der DDR in Fragen des Gewässerschutzes, der Energiekooperation und eines Kooperationsabkommens[10] wieder aufnehmen. Er gehe dabei allerdings davon aus, daß die von der DDR verhängten Beschränkungen der Arbeitsmöglichkeiten für die in Ostberlin akkreditierten Journalisten[11] sich bei uns verzögernd auf die Meinungsbildung auswirken würden.

2) Lage in und um Berlin

Die anhaltend ruhige Lage in und um Berlin wurde mit Befriedigung vermerkt. Der Herr Staatssekretär wies darauf hin, daß Berlin beim 10. ZK der SED nicht erwähnt wurde. Die *alliierten Botschafter* bestätigten, daß keine Anzeichen für eine Verschlechterung der Lage vorlägen. Sie legten die sowjetischen Äußerungen der letzten Zeit zu Berlin nicht so aus, daß anläßlich der Wahlen zum Europäischen Parlament[12] Maßnahmen auf den Zugangswegen vorgesehen würden. Die alliierten Botschafter bezeichneten die Äußerungen Bondarenkos anläßlich der Übergabe der westlichen Antwort auf den sowjetischen Protest gegen die Übernahme des Europa-Wahlgesetzes[13] und der Europa-Wahlordnung nach Berlin durch die drei alliierten Gesandten in Moskau als interessant, weil Bondarenko darin stark auf eine langfristige Projektion der EG als europäische Verteidigungsgemeinschaft abgestellt habe.[14] Die drei Bot-

Fortsetzung Fußnote von Seite 522

bestehenden territorialen und politischen Status quo ist für die Sowjets einer der wichtigsten Gründe ihres Interesses an der Entspannung. Unsere Zurückhaltung in der Deutschlandfrage betrachten die Sowjets als Bestandteil des Fundaments der Entspannung. Die These über das Ende der Entspannung enthält aus sowjetischer Sicht auch die Drohung, diese Zurückhaltung aufzugeben. Sollte die Entspannung aber wirklich gefährdet sein, so gewinnt für die Sowjetunion die militärische Stärke als Mittel zur Aufrechterhaltung des Status quo um so größere Bedeutung. Die Diskussion um das militärische Gleichgewicht in Europa bekommt aus sowjetischer Sicht in diesem Zusammenhang eine besondere Note." Vgl. Referat 210, Bd. 116500.

10 Zum Vorschlag des Mitglieds des Politbüros der SED, Mittag, vom 13. März 1979 für ein langfristiges Wirtschaftsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. Dok. 84.

11 Zur Durchführungsbestimmung vom 11. April 1979 zur Tätigkeit von ausländischen Journalisten in der DDR vgl. Dok. 109, Anm. 28.

12 Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 7. und 10. Juni 1979 statt.

13 Artikel 29 des Gesetzes vom 16. Juni 1978 über die Wahl von Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik (Europawahlgesetz) legte die Regelungen für Berlin (West) fest. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1978, Teil I, S. 717.

14 Ministerialdirektor Blech notierte am 24. August 1978: „Die Sowjets haben am 22.8. (Bondarenko) gegenüber den Missionschefs der Drei Mächte gegen die Erstreckung des Europa-Wahlgesetzes auf Berlin (West) protestiert. [...] Der Protest stützt sich im Kern auf die gleiche Argumentation, die die Sowjets schon in ihren bisherigen drei Protesten in der Angelegenheit (vom 3.8.1976, 16.11.1976 und 7.9.1977) vorgetragen hatten: Einbeziehung Berlins in den ‚staatlich-politischen Integrationsprozeß' Westeuropas, der auf das Ziel einer überstaatlichen Einheit gerichtet sei. Dies verletze den Status Berlins und bedeute eine einseitige Revision der ‚bestehenden Lage'." Die UdSSR behalte sich Gegenmaßnahmen vor. Vgl. Referat 210, Bd. 116450.
Am 23. April 1979 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen zur Antwort der Drei Mächte: „Die Alliierten haben mittlerweile alle in Moskau ihre Antwort auf den sowjetischen Protest gegen die Erstreckung des Europa-Wahlgesetzes auf Berlin (West) vom 22.8.1978 gegeben. Von Bondarenkos Äußerungen gegenüber dem amerikanischen Gesandten anläßlich der Übergabe der alliierten Antwort am 3.4.1979 ist insbesondere festzuhalten: 1) Die sowjetische Ansicht, daß es weitreichende Pläne für die europäische Einigung gebe, so die einer militärischen Zusammenarbeit und der Schaffung einer gemeinsamen Regierung. Die Wahlen zum Europäischen Parlament seien lediglich ein Schritt auf dem Weg in diese Richtung. Dieses würden im Westen nicht nur irgendwelche Publizisten erklären, sondern amtliche Sprecher. 2) Der Hinweis gegenüber

schafter meinten hierzu, die Sowjets wüßten genau, daß diese Option in den Sternen geschrieben stehe. Sie fanden ferner bemerkenswert, daß Bondarenko an das Eigeninteresse der Drei Mächte appellierte, ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin nicht schmälern zu lassen. Es wurde anschließend erörtert, ob es zweckmäßig wäre, vor dem 10. Juni noch ein Gespräch mit Botschafter Abrassimow zu führen, um bei ihm auf eine realistischere Betrachtungsweise der Wahlen zum Europäischen Parlament hinzuwirken. Der britische Botschafter, der als nächster an der Reihe ist, ein Treffen mit Abrassimow zu organisieren, will versuchen, ein solches Gespräch zustande zu bringen.[15]

Die alliierten Botschafter fanden es interessant, daß Abrassimow sich in der Kritik an dem Regierenden Bürgermeister Stobbe Zurückhaltung auferlegt und sich ausgesprochen milde über ihn äußere, obwohl er gewisse Äußerungen Stobbes in Interviews der letzten Zeit als inkonsequent bezeichnet habe.[16]

Die *drei Botschafter* bedauerten, daß Senator Korber als Bundessenator ausgeschieden sei. Senator Korber habe sich als sehr wertvoll und kenntnisreich erwiesen. Der neue Bundessenator Heimann ist den alliierten Botschaftern bisher nicht persönlich bekannt. Botschafter *Stoessel* fragte, ob seitens der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt sei, Berliner – unabhängig von der Entsendung dreier Abgeordneter aus Berlin in das Europäische Parlament durch das Abgeordnetenhaus – in den Wahllisten im Bundesgebiet direkt zur Wahl zu stellen.[17] Er erkundigte sich, was die Bundesregierung in einem

Fortsetzung Fußnote von Seite 523

den Alliierten, daß im Hinblick auf Berlin der europäische Einigungsprozeß nicht vereinbar sei mit den alliierten Rechten und Verantwortlichkeiten. Die Alliierten würden zulassen, daß ihre eigene Position in Berlin unterminiert würde. Dieses sei ein ernsthafter Vorgang, und die Sowjets würden ihre eigenen Schlüsse daraus ziehen." Dazu legte Richthofen dar: „Die sowjetischen Argumente bringen grundsätzlich nichts Neues. Wir wissen aber aus der Bonner Vierergruppe, daß diese sowjetische Reaktion auf die Alliierten nicht ohne Wirkung geblieben ist. Der amerikanische Sprecher bezeichnete sie in einer ersten Wertung als ‚bemerkenswert'. Bondarenko habe seine Argumente in aller Ruhe, aber wohlaufgebaut vorgetragen. Es sei den Sowjets ernst, und sie wollten den gesamten Komplex EG–Berlin als Verletzung des Vier-Mächte-Abkommens zum ‚Fall' machen". Vgl. Referat 210, Bd. 116450.

15 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Blech durch „X" hervorgehoben.

16 Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen notierte am 23. April 1979: „Die sowjetische Reaktion auf die jüngsten Äußerungen von R[egierendem]B[ürger]M[eister] Stobbe zu den Wahlen zum EP deuten darauf hin, daß SU diese Äußerungen als Testfall unsererseits bewertet. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Aussage von Botschafter Abrassimow gegenüber Botschafter Stoessel über die sowjetische Einschätzung des RBM, die auf eine gewisse Enttäuschung über dessen jüngste Haltung schließen läßt." Vgl. Referat 210, Bd. 116505.
Richthofen ergänzte am 27. April 1979: „Während die Sowjets sich insgesamt weiter an die ‚Schonphase' in Berlin halten, haben sie ihren Ton zum Thema Direktwahlen zum Europäischen Parlament leicht verschärft." Seitens der Drei Mächte sei deshalb mit der Feststellung zu rechnen, „daß östliche Äußerungen zum Teil Reaktionen auf Presseinterviews von RBM Stobbe waren, der von der China-Karte in Berlinsachen und vom Test der Europa-Wahlen gesprochen hatte". Dazu stellte Richthofen fest: „Auch wir halten diese Interviews für unglücklich. Der Regierende Bürgermeister ist darüber unterrichtet. Sowjetische Reaktionen werden aber nicht allein von solchen Äußerungen abhängen." Vgl. Referat 201, Bd. 116505.

17 Ministerialdirigent Lücking vermerkte am 14. März 1979 hinsichtlich der Direktwahlen zum Europäischen Parlament, daß in der Bonner Vierergruppe von den Drei Mächten die Kandidatur von Berlinern auf der Bundesliste der FDP angesprochen worden sei: „Sie erinnerten uns an das bei dem Vierertreffen in Washington erreichte Einvernehmen darüber, daß bei den Direktwahlen zum Europäischen Parlament die Unterschiede des Wahlverfahrens im Bundesgebiet einerseits (Direktwahlen) und Berlin andererseits (Entsendung durch das Abgeordnetenhaus) nicht verwischt werden sollten und daß in Berlin ein Wahlkampf nicht erforderlich sei und der Eindruck eines Wahl-

solchen Falle zu tun gedächte. Der Herr *Staatssekretär* erwiderte hierauf, daß man unterscheiden müsse zwischen den Berliner Abgeordneten, die durch das Abgeordnetenhaus entsandt würden, und Berlinern, die von den Parteien unter Umständen als Kandidaten oder Ersatzkandidaten auf ihre Wahllisten im Bundesgebiet gesetzt würden. Es gebe eine Reihe von Kandidaten, die ihren Wohnsitz in Berlin hätten. Uns sei noch nicht endgültig bekannt, ob diese mit ihrem Berliner Wohnsitz oder mit einem Wohnsitz im Bundesgebiet auf die Wahllisten im Bundesgebiet gesetzt würden.[18] Über die Behandlung der drei Berliner Abgeordneten in der Notifikation des Wahlergebnisses durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages an den Präsidenten des Europäischen Parlaments bestehe zwischen der Bundesregierung und den Alliierten Einvernehmen. Was die übrigen Fälle angehe, so bleibe zunächst abzuwarten, ob sich das Problem der Angabe eines Berliner Wohnsitzes stelle. Wenn das der Fall sei, dann müsse in der Tat geprüft werden, wie diese Fälle in dem Übermittlungsschreiben des Bundestagspräsidenten an den Präsidenten des Europäischen Parlaments zu behandeln seien, damit keine Mißverständnisse entstehen. Die alliierten Botschafter waren hiermit einverstanden.

3) Einbeziehung Berlins (West) in die weltweiten Übereinkommen auf dem Gebiete der Rüstungskontrolle und Abrüstung (B-Waffenübereinkommen[19] und ENMOD-Übereinkommen)

Der Herr *Staatssekretär* stellte die Frage nach der Erstreckung des ENMOD-Übereinkommens auf Berlin (West).[20] Es sei uns sehr wichtig, in dieser Frage

Fortsetzung Fußnote von Seite 524

kampfs vermieden werden sollte. Sie äußerten Zweifel, ob die Kandidatur der beiden Berliner auf der Bundesliste der FDP im Sinne dieses Einvernehmens ‚wünschenswert' sei." Von seiten der Bundesregierung sei dargelegt worden: „Nach dem geltenden Wahlrecht sei es völlig zulässig, daß Berliner im Bundesgebiet für das Europa-Parlament kandidierten. Das Wahlrecht lasse jeden Deutschen unabhängig von seinem Wohnsitz als Bewerber zu." Vgl. Referat 210, Bd. 116536.

18 Der Passus „Es gäbe eine Reihe von Kandidaten ... gesetzt würden" wurde von Ministerialdirektor Blech durch „X" hervorgehoben. Vgl. dazu Anm. 1.

19 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen vgl. UNTS, Bd. 1015, S. 164–241. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1983, Teil II, S. 133–138.
Zur Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen vgl. AAPD 1975, II, Dok. 389.
Am 4. Januar 1979 vermerkte Ministerialdirektor Blech zur Frage der Ratifizierung des Abkommens: „Beim Vierertreffen am 6. Dezember 1978 in Brüssel bestätigten die Alliierten, daß ihre Regierungen eine Erstreckung des B[-]W[affen-]Ü[bereinkommens] auf Berlin auch in der Form einer sogenannten gespaltenen Berlin-Klausel, die ausdrücklich auf die alliierten Vorbehalte hinweist, nicht zustimmen könnten. Wir haben uns erneut zugunsten einer solchen Lösung eingesetzt, sind damit aber nicht durchgedrungen. Es wurde eine Reihe von Modellen erörtert, durch die klargestellt werden könnte, daß Berlin in die friedliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet einbezogen bleibt (A: Erstreckung von Artikel X BWÜ auf Berlin, B: Klarstellung bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde und im Ratifikationsgesetz, C: alliierte Zusicherung)." Vgl. Referat 210, Bd. 116530.
Ministerialdirektor Blech legte am 25. Mai 1979 zum Stand der Gespräche mit den Drei Mächten über eine Einbeziehung von Berlin (West) in das Abkommen dar: „Die Konsultationen sind seit April 1979 mit einem Ergebnis ad referendum abgeschlossen. Die Alliierten haben sich gegen eine Erstreckung des Artikels X BWÜ nach Berlin ausgesprochen, eine Lösung, gegen die auch wir gewisse rechtliche Bedenken haben. [...] Die Alliierten haben unsere Vorschläge für einen deutsch-alliierten Notenwechsel zur Klarstellung der Einbeziehung Berlins in die friedliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der bakteriologischen (biologischen) Forschung weitgehend akzeptiert." Vgl. Referat 210, Bd. 116530.

20 Für den Wortlaut des am 10. Dezember 1976 von der UNO-Generalversammlung verabschiedeten und am 18. Mai 1977 in Genf von zunächst 33 Staaten unterzeichneten Übereinkommens über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techni-

weiterzukommen. Wir strebten an, das B-Waffen-Übereinkommen und das ENMOD-Übereinkommen im parlamentarischen Raum zusammen zu behandeln und zunächst mit Parlamentariern vorbereitende Gespräche zu führen. In diesem Zusammenhang wies der Herr Staatssekretär auf die Anfragen des Abgeordneten Mertes[21] und den Artikel von Bernt Conrad in der Zeitung „Die Welt"[22] hin. Bei der Frage, ob eine parlamentarische Zustimmung zur Ratifikation des BWÜ[23] ohne Erstreckung auf Berlin zu erreichen ist, würde es eine entscheidende Rolle spielen, ob das BWÜ ein (nichterstreckungsfähiger) Sonderfall ist oder ob eine Änderung der alliierten Haltung zur Erstreckung von Rüstungskontrollabkommen auf Berlin vorliege. Als Test dafür werde die alliierte Haltung zur Erstreckbarkeit des ENMOD-Übereinkommens angesehen werden. ENMOD unterscheide sich tatsächlich in wesentlichen Punkten von dem BWÜ. Vor allem sei es kein Übereinkommen über Waffen, sondern über die Entwicklung von Techniken. Forschung und internationale Zusammenarbeit zu friedlichen Zwecken spielten bei ENMOD eine wichtigere Rolle als beim BWÜ, und das ENMOD enthalte detaillierte Bestimmungen über einen beratenden Sachverständigenausschuß. Dies sei Substanz, die auf Berlin (West) ausgedehnt werden könnte. Der Herr Staatssekretär bat die alliierten Botschafter, rasche Äußerungen ihrer Regierungen herbeizuführen. Die alliierten Botschafter sagten dies zu.

4) Waldheim-Besuch (französische Nichtbeteiligung an alliierter Demarche)

Der Herr Staatssekretär führte das Thema ein und stellte fest, daß der Waldheim-Besuch insgesamt erfolgreich und nach unseren Vorstellungen verlaufen sei.[24] Wir betrachteten den Besuch als ein wichtiges Ereignis für Berlin, das

Fortsetzung Fußnote von Seite 525

ken (ENMOD-Abkommen) vgl. UNTS, Bd. 1108, S. 152–210. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 203–208.
Referat 210 hielt am 23. Mai 1979 fest: „Die Amerikaner haben der Erstreckung von ENMOD auf Berlin im Prinzip zugestimmt. Die Franzosen haben sich dagegen ausgesprochen. Die Briten sind noch ohne Weisung. Die alliierten Rechtsberater in Berlin haben eine negative Stellungnahme zur Erstreckung von ENMOD auf Berlin abgegeben. Die Briten haben früher selbst zur Erstreckung von B[-]W[affen-]Ü[bereinkommen] eine positive Haltung eingenommen, weil sie der Universalität der internationalen Rüstungskontrollabkommen eine hohe Priorität einräumten. Die britische Haltung ist jetzt besonders wichtig, weil die Franzosen nur nachgeben werden, wenn sie allein stehen." Vgl. Referat 210, Bd. 116530.

21 Am 8. März 1979 stellte der CDU-Abgeordnete Mertes im Bundestag folgende Frage: „Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die sogenannte gespaltene Berlin-Klausel seit 1963 gerade auch bei den bisherigen Verträgen und Übereinkommen zum Themenbereich ‚Abrüstung/Rüstungskontrolle und -begrenzung/Nichtverbreitung von Kernwaffen' die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin nicht nur rechtlich, sondern auch berlin- und deutschlandpolitisch angemessen berücksichtigt hat?" Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 109, S. 11170.

22 Vgl. den Artikel „Bonn: Berlin soll in das Abkommen einbezogen werden"; DIE WELT vom 9. März 1979, S. 5.

23 B-Waffen-Übereinkommen.

24 UNO-Generalsekretär Waldheim hielt sich vom 27. bis 30. März 1979 in der Bundesrepublik auf und besuchte am 30. März 1979 Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 92.
Ministerialdirektor Blech hielt am 30. März 1979 fest, daß die UNO-Botschafter der UdSSR und der DDR, Trojanowskij und Florin, mehrfach bei UNO-Generalsekretär Waldheim demarchiert hätten, „um ihn zu einer Abtrennung des Berlin-Besuchs von dem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland zu veranlassen und um auf das Einladungsverfahren und die Frage der Begleitung Einfluß zu nehmen. [...] Als DDR-Botschafter Florin schließlich bei Waldheim Vorstellungen gegen die Benutzung der Luftkorridore erhoben hatte, erklärten sich alle drei alliierten Sprecher in der Vierergruppe für eine alliierte Demarche." In der Bonner Vierergruppe seien daraufhin ad referen-

für die Durchführung von Berlin-Besuchen sehr hilfreich sei. Die Modalitäten, unter denen dieser Besuch zustande gekommen und abgewickelt worden sei, seien für uns akzeptabel. Die sorgfältige Vorbereitung des Besuches habe sich bezahlt gemacht. Der Herr Staatssekretär dankte den alliierten Botschaftern für die Zusammenarbeit bei der Besuchsvorbereitung. Leider habe es jedoch ein Mißverständnis gegeben, was dazu geführt habe, daß die französische Seite an einer alliierten Demarche bei Waldheim nicht teilgenommen habe. Der Herr Staatssekretär äußerte die Hoffnung, daß in Zukunft alle Anstrengungen unternommen werden, ein gemeinsames Vorgehen sicherzustellen. Botschafter *Brunet* stimmte dem zu und erklärte, daß bei dem von dem Herrn Staatssekretär geschilderten Vorfall ein Fehler (mistake) vorgelegen habe. Botschafter von Wechmar habe mit GS Waldheim ein Gespräch geführt, ehe die Vier eine gemeinsame Position erarbeitet und grünes Licht für dieses Gespräch gegeben hätten. Der Herr *Staatssekretär* erwiderte, daß es sich hier wohl um einen Kommunikationsfehler gehandelt habe. Der *britische Botschafter* betonte, daß es wichtig sei, zusammen zu bleiben. Botschafter *Brunet* stimmte dem zu und stellte fest, für die französische Seite sei die Angelegenheit erledigt.

5) Amerikanisches Verfahren gegen die LOT-Entführer in Berlin

Der Herr *Staatssekretär* erklärte in Anknüpfung an die Bemerkungen des britischen Botschafters über die Wichtigkeit eines gemeinsame Vorgehens, er wolle in diesem Zusammenhang die amerikanischen Bemühungen anerkennend hervorheben, die schwierigen Fragen bei dem amerikanischen Gerichtsverfahren gegen die LOT-Entführer zu lösen. Die amerikanische Seite habe sich im Interesse der Gemeinsamkeit eine schwere Last mit der Übernahme und Durchführung des gerichtlichen Verfahrens gegen die Flugzeugentführer aufgebürdet, obwohl sie dies ursprünglich nicht gewollt habe. Botschafter *Stoessel* wies in diesem Zusammenhang auf die Kritik Abrassimows an der Auswahl deutscher Geschworener für die von dem amerikanischen Richter verlangte Jury hin.[25] Der Herr *Staatssekretär* stellte fest, daß die Entscheidung des amerika-

Fortsetzung Fußnote von Seite 526

dum Texte für eine Demarche der Bundesrepublik bzw. der Drei Mächte angenommen worden: „Washington und London stimmten den Texten angesichts der Zeitknappheit bis zu Waldheims Abreise sehr rasch zu. Die Franzosen verlangten im Laufe der Konsultationen zunächst, daß die deutsche Demarche, wenn überhaupt, erst nach der alliierten durchgeführt werden sollte, und daß wir knapp darauf hinweisen sollten, daß uns die Drei Mächte ermächtigt hätten, auf die alliierte Rechtsauffassung hinzuweisen." Dies sei im Einvernehmen mit den USA und Großbritannien abgelehnt worden. Von französischer Seite sei dazu am 21. März 1979 mitgeteilt worden: „Paris ‚erlaube' dem deutschen Vertreter bei den VN, eine deutsche Demarche als erster zu machen, wünsche aber eine weitere Beschneidung der Substanz unserer Ausführungen." Botschafter Freiherr von Wechmar, New York, habe die Demarche aber bereits am 20. März „nach Abstimmung mit den alliierten Missionen in New York" durchgeführt: „In einer Weisung an die französische Botschaft vom 22.3. kritisierte der stellvertretende Europadirektor des Quai, Plaisant, den deutschen ‚Alleingang' in New York und verweigerte als Konsequenz die französische Zustimmung zu der abgesprochenen alliierten Demarche." Da seitens der USA und Großbritanniens vergeblich versucht worden sei, das französische Außenministerium umzustimmen, sei die alliierte Demarche am 22. März 1979, einen Tag vor der Abreise Waldheims, ohne Frankreich durchgeführt worden. Vgl. Referat 210, Bd. 116525.

25 Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl notierte am 30. August 1978, daß am selben Tag eine Maschine der polnischen Luftfahrtgesellschaft LOT, die sich auf dem Weg von Danzig nach Berlin-Schönefeld befunden habe, vor der Landung in Schönefeld „von einem Deutschen aus der DDR mit einer Spielzeugpistole nach Berlin-Tempelhof entführt" worden sei. Der Entführer habe mit einer Frau und einem Kind um Asyl gebeten. Vgl. Referat 210, Bd. 116467.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen vermerkte am 25. April 1979: „1) Im Rahmen der Konsultationen der Bonner Vierergruppe haben uns die Amerikaner laufend über den

nischen Richters in der deutschen Öffentlichkeit ohne Kritik aufgenommen worden sei.

6) DDR-Maßnahmen gegen in Ost-Berlin akkreditierte Journalisten

Die seitens der DDR zu Ostern verhängten Beschränkungen der Arbeitsmöglichkeiten der in Ost-Berlin akkreditierten Journalisten wurden erörtert. Der Herr Staatssekretär betonte, wie wichtig es sei, diese Frage nicht zu einer deutsch-deutschen Angelegenheit zu machen. Die DDR habe das zunächst versucht und sei durch die Reaktion der westlichen KSZE-Teilnehmerstaaten empfindlich berührt. Der Herr Staatssekretär dankte den alliierten Botschaftern für die Demarchen gegenüber der DDR.[26] Wir selbst hätten unserer Verärgerung Ausdruck gegeben. Der Herr Staatssekretär unterrichtete die alliierten Botschafter über die bisher von der Bundesregierung unternommenen Schritte[27] und erläuterte, daß darüber hinaus zwei Möglichkeiten für weitere

Fortsetzung Fußnote von Seite 527

Fortgang des Verfahrens des US-Gerichts in Berlin gegen die Entführer der LOT-Maschine unterrichtet. Am 14. März 1979 hatte der Gerichtsvorsitzende, US-Bundesrichter Stern, entschieden, daß entsprechend dem amerikanischen Verfassungsrecht an diesem Gericht eine Jury von zwölf Geschworenen gebildet werden muß, die aus den Einwohnern des amerikanischen Sektors von Berlin ausgewählt werden. [...] 2) Gegen die Bildung dieser Jury hatte sich Abrassimow in seinem Gespräch mit Botschafter Stoessel am 2.4.79 gewandt. Er hatte insbesondere kritisiert, daß sich die Jury aus Berlinern zusammensetze und das ganze zu spektakulär sei. 3) In der Sitzung der Bonner Vierergruppe vom 23.4.79 erklärte der französische Sprecher auf Weisung aus Paris, daß man dort über die Entscheidungen von Judge Stern beunruhigt sei, insbesondere über die Einrichtung der Jury. Im einzelnen erklärte der französische Sprecher: Der Umstand, daß sich die Jury nicht aus US-Bürgern zusammensetze, werfe die Frage auf, ob das Gericht überhaupt im Rahmen des Besatzungsrechts fungiere. Die Zusammensetzung mit Berlinern schwäche die gerade hier beabsichtigte Demonstration alliierter Rechte und Verantwortlichkeiten; die Russen hätten ja ohnehin Zweifel bezüglich der Ernsthaftigkeit diesbezüglicher alliierter Absichten. Eine aus Deutschen zusammengesetzte Jury würde zu milde urteilen." Vgl. Referat 210, Bd. 116564.
Ministerialdirektor Fleischhauer hielt am 1. Juni 1979 zu dem am 28. Mai 1979 gegen die Flugzeugentführer ergangenen Urteil fest: „Der Angeklagte Tiede war von der aus Deutschen zusammengesetzten Jury wegen Geiselnahme (nicht aber wegen Angriffs auf den Luftverkehr) für schuldig befunden worden. Das von Richter Stern festgesetzte Strafmaß von neun Monaten entspricht der Untersuchungshaft, so daß Tiede auf freien Fuß gesetzt wurde. Das Verfahren gegen die mitangeklagte Frau Huske war von Stern wegen Nichtbeachtung amerikanischer Rechtsgrundsätze in der Voruntersuchung bereits zuvor eingestellt worden." Vgl. Referat 210, Bd. 116564.

26 Am 19. April 1979 vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl, der amerikanische Vertreter in der Bonner Vierergruppe habe dargelegt: „Am 15. April habe die US-Botschaft in Ost-Berlin im DDR-Außenministerium bei dem amtierenden Leiter der Presseabteilung, Reichel, um Erläuterung der DDR-Maßnahmen gebeten. Reichel habe erklärt, die Bundesregierung habe in ihrer ersten Reaktion den Gesamtzusammenhang ignoriert, der auch Verbesserungen für die Journalisten eingeschlossen habe. Auf Frage habe er erklärt, daß die jüngste Entwicklung hinsichtlich der Intershop-Läden bei den DDR-Maßnahmen eine Rolle gespielt habe. Jedoch seien die neuen Regelungen bereits seit einiger Zeit erwogen worden." Vgl. Referat 210, Bd. 116483.
Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 3. Mai 1979: „Die mir von Generalsekretär Soutou zugesagte Weisung an die französische Botschaft in Ost-Berlin ist, wie man uns im Mitteleuropareferat bestätigt, noch am Montag, 23. April, abgegangen. Sie weist die Botschaft an, die restriktiven Maßnahmen der DDR als Verstoß gegen die Schlußakte von Helsinki und als im Hinblick auf Madrid bedenklichen Rückschritt zu mißbilligen." Die Demarche sei am 2. Mai 1979 im Außenministerium der DDR ausgeführt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1380; Referat 210, Bd. 116483.
Zur britischen Demarche vgl. die „speaking notes" des Abteilungsleiters im britischen Außenministerium, Bullard, für ein Gespräch mit dem Botschafter der DDR in London, Kern, am 27. April 1979; Referat 210, Bd. 116483.

27 Referat 210 vermerkte am 26. April 1979 zu den Maßnahmen der Bundesregierung bezüglich der Durchführungsbestimmung vom 11. April 1979 zur Tätigkeit von ausländischen Journalisten in der DDR: „Demarche der Ständigen Vertretung am 16. April [...]; nachdrücklicher Protest am 17. April (Staatsminister Wischnewski/Moldt); Vertagung des am 23. April vorgesehenen Abrüstungsgesprächs

Schritte gegeben seien, nämlich eine Verzögerung der Sondierungen für ein Kooperationsabkommen und die Führung der im nächsten Jahr anstehenden Neuverhandlung des Swing. Darüber hinaus blieben wir bemüht, die Beschränkungen im Rahmen der Entspannungspolitik allgemein zur Diskussion zu stellen. Der *britische Botschafter* zeigte ein gewisses Verständnis für das Dilemma der DDR durch die Straßenbefragungen.[28] Der *französische Botschafter* berichtete von einem Gespräch mit dem Herausgeber des „Spiegels", in dem er sich erkundigt habe, warum der „Spiegel" die deutsche Frage hochgespielt habe. Augstein habe erklärt, daß er sich darum nicht gekümmert habe, und habe auf die zuständigen Ressortchefs im „Spiegel" verwiesen.

Der Herr *Staatssekretär* wies in diesem Zusammenhang noch einmal auf den in Ost und West durch die Diskussion entstandenen Schaden hin.

7) Das nächste Viereressen wurde für den 11. Juni vereinbart. Gastgeber: der französische Botschafter.[29]

Referat 210, Bd. 116501

Fortsetzung Fußnote von Seite 528

van Well/Moldt; Unterrichtung der Neun durch Coreu mit Antrag, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der KSZE-Arbeitsgruppe zu setzen und Ankündigung bilateraler Vorsprachen in den Außenministerien der Neun [...]; gleichzeitige Weisung an unsere NATO-Vertretung in Brüssel, die NATO-Staaten zu unterrichten; gleichzeitig Runderlaß an unsere Botschaften in den KSZE-Unterzeichnerstaaten; die Botschaften in den westlichen Unterzeichnerstaaten sind angewiesen worden, die jeweiligen Außenministerien zu bitten, in Berlin (Ost) gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und den Verstoß gegen die Schlußakte zu protestieren und in geeigneter Weise Mißbilligung auszudrücken; BM Graf Lambsdorff hat seinen geplanten Besuch auf Ständen von DDR-Unternehmen auf der Hannover-Messe abgesagt; Unterrichtung der Vierergruppe am 18. April." Vgl. Referat 210, Bd. 116483.

28 Am 26. April 1979 stellte Referat 210 hinsichtlich der Durchführungsbestimmung vom 11. April 1979 zur Tätigkeit von ausländischen Journalisten in der DDR fest: „Der Erlaß der neuen Bestimmungen für die Korrespondenten hat allgemein überrascht. Der Anlaß dürfte die Berichterstattung unserer Korrespondenten in Berlin (Ost) über die Neuregelung zum Einkauf in den Intershops ab 16. April 1979 (Einkauf für DDR-Bürger nicht mehr gegen DM, sondern nur noch gegen bei den Banken erhältliche sogenannte ‚Forum-Schecks'), insbesondere über die negativen Kommentare aus der Bevölkerung, gewesen sein. Dieses von großen Teilen der DDR-Bevölkerung empfangene Meinungsbild störte die offizielle Propaganda zum 30. Geburtstag der DDR." Vgl. Referat 210, Bd. 116483.

29 Vgl. dazu Dok. 174.

119

Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt

114-1546/79 geheim
Fernschreiben Nr. 1359
Citissime

Aufgabe: 30. April 1979, 18.11 Uhr[1]
Ankunft: 30. April 1979, 19.54 Uhr

Betr.: Eindrücke des französischen Publizisten Raymond Aron von einer soeben beendeten Reise in die Bundesrepublik und nach Berlin

Raymond Aron, einer der großen französischen Publizisten, mit dem ich seit meiner Ankunft in Paris im Herbst 1976[2] in vertraulichem Gedankenaustausch stehe, faßte mir gegenüber die Eindrücke von seiner soeben beendeten Reise in die Bundesrepublik und nach Berlin wie folgt zusammen:

Sicherlich seien die von der deutschen und ausländischen Presse hochgespielten Äußerungen Wehners[3], Bahrs, Pawelczyks[4] und anderer eher Reflexe von

1 Hat Ministerialdirektor Blech am 30. April 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Dröge verfügte.
Hat Dröge am 2. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat von Nordenskjöld am 2. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann, Vortragenden Legationsrat Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Daerr verfügte.
Hat Hofmann, Hofstetter und Daerr am 3. Mai 1979 vorgelegen.

2 Otto-Axel Herbst war seit 2. August 1976 Botschafter in Paris.

3 Am 5. Februar 1979 wurde in der Presse über Ausführungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner berichtet: „Die NATO und damit auch die Bundesrepublik werden von der Sowjetunion nicht bedroht. Diese Ansicht hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner am Wochenende geäußert. Er steht deshalb auch einer Stationierung von Mittelstrecken-Raketen, so wie sie die Sowjetunion hat, in der Bundesrepublik ablehnend gegenüber. Hierdurch würde, so sagte Wehner, ein entscheidender Teil der seit zehn Jahren andauernden Entspannungsbemühungen und vertraglicher Sicherung ‚nicht nur angeknackst, sondern könnte zerbrechen'. ‚In wessen Interesse kann das liegen, daß hier im Herzen Europas auch noch ein ganz akuter Krisenherd entsteht?' fragte Wehner und fügte, auf die militärische Macht Moskaus eingehend, hinzu: ‚Das, was sie hat, über das muß man sehr streiten, muß man mit ihr rechten und rechnen, aber das ist defensiv und nicht Aggression.'" Vgl. den Artikel „Wehner: Die sowjetische Rüstung ist defensiv. Konflikt mit Schmidt über Mittelstreckenraketen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Februar 1979, S. 1.
Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner erklärte am 5. März 1979 in einem Rundfunkinterview: „Die Bundesrepublik kann kein Trägerschiff werden für Waffen, die von anderen gar nicht anders aufgefaßt und auch dann verstanden werden und ihnen die Legitimation dafür geben könnten, so muß man also schießen auf dieses Trägerschiff. Das gibt hier ein Bündnis, dem die Bundesrepublik Deutschland – es war nicht meine Entscheidung, aber seitdem es die nächsten Jahrzehnte so bleiben wird, ist es das, was gilt. Wir sind Glied eines Bündnisses, und, um Himmels willen, wir bilden keine Achse Washington/Bonn. Solche Achsenpolitik hat es früher gegeben und es hat immer wieder Achsenbrüche gegeben. [...] Ich verlange Ehrlichkeit. Und wenn andere völlig anderer Meinung sind, dann sollen sie begründen, warum ihre Meinung besser ist und warum die Bundesrepublik zum Träger für solche Waffen werden soll, die statt Abbau von lebensgefährlichen und kriegshervorrufenden Gegenständen das Gegenteil bewirken. Wieso die Bundesrepublik? Wir sind nach dem Zweiten Weltkrieg genügend strapaziert worden. Wir sollten nicht – unter welchen Vorwänden immer – uns zur Zielscheibe für welche Seite immer machen, daß wir angeblich mit einem nächsten solchen Weltkrieg spielen oder spielen ließen. Wir nicht." Vgl. den Artikel „Wir bilden keine Achse Washington – Bonn"; DIE WELT vom 8. März 1979, S. 5.

4 In der Presse wurde zu den Gesprächen des SPD-Abgeordneten Pawelczyk vom 11. bis 16. März 1979 in der UdSSR berichtet: „Vorsichtig drückte sich Pawelczyk bei seinem Plädoyer für die Entspannungspolitik aus. Nach seiner Ansicht ist Entspannung nach dem Muster der vergangenen Jahre ‚nicht global zu sehen, sondern auf Europa beschränkt'. Er wandte sich in diesem Zusammenhang

Hoffnungen und Wünschen denn erste Anzeichen für ein „renversement des alliances" durch die Bundesrepublik. Diesen Äußerungen wolle er darum auch kein übergroßes Gewicht beimessen. Was ihm indessen ins Auge gesprungen sei, sei ein deutlich wahrnehmbarer Sinneswandel: Das deutsche Interesse wende sich von der Westorientierung, auch der Europapolitik, ab, im[5] Mittelpunkt der vielen von ihm geführten Gespräche, die doch wohl Gedanken und Gefühle, die das Land bewegen, widerspiegelten, stünden die deutsch-deutschen Beziehungen und das Verhältnis zu Osteuropa, voran zur Sowjetunion.

Hand in Hand mit diesem Sinneswandel, der nach Umfang, Intensität und Wirkung natürlich schwer abzuschätzen sei, gehe eine Abkühlung des bisher engen Verhältnisses der Bundesrepublik zu Amerika, in dessen Schutz man nicht mehr dasselbe vorbehaltlose Vertrauen habe wie einst. Das Gefühl, sich auf Amerika nicht mehr unbedingt verlassen zu können, werde durch die als sprunghaft angesehene Politik Carters, an dessen Qualitäten für das Präsidentenamt weithin gezweifelt werde, noch verstärkt.

In der Bundesrepublik – so Raymond Aron – gewinne eine Strömung an Boden, die an die Möglichkeit weiterer Erleichterungen in den innerdeutschen Beziehungen glaube, was dem Gedanken, hierüber zu Arrangements mit Ostberlin zu kommen, Auftrieb gebe. Die Sowjetunion schicke sich an, auf dem Klavier dieser Erwartungen zu spielen.

Er, Aron, stehe unter dem Eindruck, als werde in der Bundesrepublik viel über die Grauzonen-Problematik geredet, doch stehe dahinter kein fester Wille mehr, hier Abhilfe zu schaffen. Eine wirkliche Bereitschaft, auf dem Territorium der Bundesrepublik Atomwaffen stationieren zu lassen, die nach ihrer Reichweite Ziele in der Sowjetunion treffen könnten, habe er nirgends angetroffen. Dies sei ein, aber nicht das einzige Anzeichen für die wachsende Neigung, möglichst nichts zu tun, was das Mißfallen der Sowjetunion erregen könnte. Diese Neigung bestehe übrigens keineswegs nur auf deutscher Seite, sondern in allen Hauptstädten Westeuropas.

Als ich Raymond Aron fragte, ob er nicht aufgrund von Eindrücken, die er in Begegnungen mit Ausschnitten aus dem deutschen „milieu politique" gewonnen habe, vorschnell einen Sinneswandel der Deutschen schlechthin, „de l'Allemagne profonde", diagnostiziere, räumte mein Gesprächspartner ein, daß die Entwicklung in der Wirklichkeit wohl nuancierter verlaufe, als er es selbst, etwas vereinfachend, in unserer Unterredung dargestellt habe. In der Tendenz glaube er aber an die Richtigkeit seiner Analyse und habe sie auch schon in einem Artikel für eine große amerikanische Zeitschrift anklingen lassen. Ich konterte diese Schlußfolgerung mit dem warnenden Hinweis, seine wie vorsichtig auch

Fortsetzung Fußnote von Seite 530

auch dagegen, eine zielstrebige Abrüstungspolitik von Fall zu Fall, etwa mit den Ereignissen in Afrika oder Asien, zu belasten. Den besonderen Beitrag der Bundesrepublik beschrieb er in diesem Zusammenhang so: Zurückhaltung beim Waffenexport und bei allem, was zu neuen Konfrontationen in Europa führen könnte." Vgl. den Artikel „Pawelczyk in Allein-Gesprächen mit Falin und Sagladin"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. März 1979, S. 1 f.

Am 18. März 1979 trat Pawelczyk „Mißverständnissen" im Zusammenhang mit seinem Besuch vom 11. bis 16. März 1979 in der UdSSR entgegen. Vgl. dazu den Artikel „Pawelczyk wehrt sich gegen drei ‚Mißverständnisse'"; DIE WELT vom 19. März 1979, S. 4.

Zum Besuch Pawelczyks in der UdSSR vgl. Dok. 87, Anm. 7.

[5] Korrigiert aus: „mit".

immer vorgetragene These, daß nämlich der Glaube an die Finalität der Einbindung der Bundesrepublik in den Westen ins Wanken gerate, sei ein gefährlicher Beitrag zu einer „self-fulfilling prophecy". Dies gelte doppelt, wenn diese These aus der Feder eines Mannes komme, der für seinen ungewöhnlichen Scharfblick wie für seine intime Kenntnis der deutschen Verhältnisse gleichermaßen bekannt sei.

Im Hinblick auf die Pariser Szene können die von Raymond Aron geschilderten Eindrücke nur beunruhigen. Raymond Aron ist einer der brillantesten Köpfe des Landes, der als politischer Kommentator geradezu eine Institution ist und daher zu allen, die in Paris Rang und Einfluß haben, Zugang hat. Wenn ich auch annehme, daß er seine Eindrücke mündlich wie schriftlich seinem Charakter entsprechend maßvoll und nuanciert präsentieren wird, so könnte sich hier doch leicht in weiteren Kreisen der Eindruck verfestigen, als entstehe neben der klaren außenpolitischen und verteidigungspolitischen Linie der Bundesregierung eine ernstzunehmende Strömung, die sich hiervon entfernen, ja die Entwicklung in andere Bahnen lenken möchte.

[gez.] Herbst

VS-Bd. 10478 (201)

120

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in Sofia

2. Mai 1979[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem bulgarischen Staatsratsvorsitzenden Todor Schiwkow am 2. Mai 1979 von 17.35 bis 19.40 Uhr in der Staatsresidenz „Bojana" in Sofia[2]

Anwesend: Kabinettschef Balew, MDg von der Gablentz, Dolmetscher des Staatsratsvorsitzenden, als Dolmetscher des Bundeskanzlers GK Mahrdt.

Schiwkow begrüßt den Bundeskanzler und hofft, daß er seinen Aufenthalt in Bulgarien um einen Tag verlängern kann, um das Land genauer kennenzulernen, oder aus einem anderen Anlaß wiederkommt. Das Land ist klein, hat aber ein großes Herz. Es wird von vielen deutschen Touristen besucht, die er oft in den Bergen beim Wandern trifft.

[1] Ablichtung des Entwurfs.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 7. Mai 1979 gefertigt.

[2] Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 2. bis 4. Mai 1979 in Bulgarien auf. Vgl. dazu auch Dok. 122 und Dok. 124.

Bundeskanzler ist gerne zu dem lange geplanten Gegenbesuch[3] nach Bulgarien gekommen. Es ist für ihn schwierig, die Bundesrepublik zu verlassen. Wegen schmaler parlamentarischer Mehrheit muß er Auslandsreisen auf parlamentsfreie Wochen konzentrieren. Die Lateinamerika-Reise z. B. hat er in die Osterferien verlegt.[4]

Er übermittelt Grüße von Frau Schmidt, die sehr bedauert, wegen gewisser Nachwirkungen der Lateinamerika-Reise nicht nach Bulgarien kommen zu können. Die Veröffentlichung ihres Buches über seltene Pflanzen[5] in dieser Woche ist für sie eine kleine Entschädigung, obwohl sie gerade wegen ihres Interesses an seltenen Pflanzen auch gern nach Bulgarien gekommen wäre. Sie wird sich sicher auch über Schiwkows Einladung an Frau Schmidt freuen, zu einem Familienbesuch nach Bulgarien zu kommen.

Er übermittelt Grüße AM Genschers.

Schiwkow bittet, die Grüße zu erwidern und auch Willy Brandt[6] zu grüßen, der wie auch Oppositionsführer Kohl[7] – nicht jedoch Strauß – auf seine persönliche Einladung Bulgarien besucht hat.

Bundeskanzler begrüßt die Einladung an den Oppositionsführer. Strauß sollte wohl nicht vor einem Moskau-Besuch nach Bulgarien eingeladen werden. Er hat Breschnew bei dessen Bonn-Besuch[8] vor einem Jahr überredet, Strauß zu empfangen[9], der nachher im Parlament vernünftige Dinge über die Sowjetunion sagte[10]. Gespräch und persönliche Kontakte in den Hauptstädten Osteuropas tragen weit mehr zur richtigen Einschätzung der Verhältnisse und der bilateralen Beziehungen durch die Oppositionsführung bei als Vorhaltungen, die ihnen die Regierung im Bundestag machen könnte.

Wirtschaftlich hat auch die Bundesrepublik Deutschland, die von außen stark erscheinen mag, ihre Schwierigkeiten, die Verfünffachung der Ölpreise in den letzten Jahren und ihre weltwirtschaftlichen Auswirkungen zu verkraften. Im internationalen Vergleich stehen wir nicht schlecht da, aber die Deutschen, insbesondere auch die 900 000 Arbeitslosen, sind damit noch nicht zufrieden.

Schiwkow: Bulgarien entwickelt sich im allgemeinen sehr gut. Aber die Wirtschaftskrise in westlichen Ländern und schleichende Preiserhöhungen im RGW schaffen Probleme für ein rohstoffarmes Land, das kaum Öl und nur ungenügend Kohle (überdies mit sehr geringem Heizwert) produziert. Daher hat

3 Staatsratsvorsitzender Schiwkow und der bulgarische Außenminister Mladenow besuchten die Bundesrepublik vom 24. bis 28. November 1975. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 355 und Dok. 356.

4 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 3. bis 7. April 1979 in Brasilien, vom 7. bis 11. April in Peru und am 11./12. April 1979 in der Dominikanischen Republik auf. Vgl. dazu Dok. 102 und Dok. 104.

5 Hannelore SCHMIDT, Schützt die Natur. Impressionen aus unserer Heimat, Freiburg im Breisgau 1979.

6 Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich am 7./8. Juni 1978 in Bulgarien auf.

7 Der CDU-Vorsitzende Kohl besuchte vom 5. bis 7. Juni 1976 Bulgarien.

8 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

9 Der CSU-Vorsitzende Strauß traf mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Mai 1978 auf Schloß Gymnich zusammen. Vgl. dazu den Artikel „Zum Empfang von Strauß ein 15-Minuten-Referat aus Moskau"; DIE WELT vom 8. Mai 1978, S. 3.

10 Der CSU-Vorsitzende Strauß äußerte sich am 11. Mai 1978 im Bundestag zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 106, S. 7085–7093.

sich die Staatsführung das Ziel gesetzt, die bulgarische Wirtschaft bis 1981 an diese Verhältnisse anzupassen.[11]

Die Verschuldung aller sozialistischen Staaten gegenüber dem Westen ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Bulgarien hat sie etwas verringern können. Sie liegt aber immer noch über 3 Mrd. Dollar. Bulgarien verfügt aber über die Möglichkeit, dies in zwei bis drei Jahren auszugleichen. Gegenüber sozialistischen Ländern hat Bulgarien eine aktive Zahlungsbilanz und keine Schulden.

Seit zwei Jahren bemüht sich Bulgarien um die Einführung eines „neuen ökonomischen Mechanismus"[12] in weit größerem Rahmen, als dies in Ungarn der Fall ist. Die landwirtschaftliche Ausfuhr wurde z. B. bisher – im Vergleich mit dem internationalen Markt – mit jährlich 500 Mio. Rubel subventioniert. Ab 1979 werden keine Subsidien mehr gezahlt. Die Sowjetunion z. B. hat 300 Mio. Rubel mehr zu zahlen. Sie ist damit einverstanden. Auf Frage BK: Mit den anderen sozialistischen Ländern hat Bulgarien diese interne Maßnahme, von der man sich 1979 einen Reingewinn von 500 Mio. Rubel erwartet, nicht erörtert. Diese Reformen des Preises und der Leitungsmechanismen sollen bis Ende 1979 auch auf andere Wirtschaftsbereiche ausgedehnt werden und die vorhandenen großen Wirtschaftsreserven Bulgariens erschließen.

Auf Feststellung des BK, daß sich nach seinem Eindruck besonders die Industrie gut entwickelt, führt er als Beispiel das Ziel an, 1980/81 durch Aufbau einer chemischen Industrie in diesem Bereich autark zu werden und dadurch jährliche Einfuhren von 181 Mio. Dollar aus dem Westen einzusparen.

Er äußert den ehrlichen Wunsch, daß der Westen seine Wirtschaftskrise überwindet. Bulgarien hat großes eigenes Interesse daran, daß es im Westen keine Krise gibt.

11 Botschafter Heimsoeth, Sofia, berichtete am 25. Mai 1979, daß der bulgarische Ministerrat am 18. Mai 1979 ein „umfangreiches Energiesparprogramm" beschlossen habe. Unter anderem sei „die Erhöhung des Benzinpreises auf etwa das Doppelte des bisherigen Preises" verfügt worden. Dazu legte er dar: „Die Maßnahmen zur Energieeinsparung kommen relativ überraschend. Bislang war die offizielle bulgarische Propaganda davon ausgegangen, daß Bulgarien als sozialistisches Land mit zentraler Wirtschaftsplanung, gestützt auf die Brennstofflieferungen der eng verbündeten Sowjetunion – im Gegensatz zu westlichen Ländern –, keine wesentlichen Energieengpässe zu befürchten habe. [...] Um so schwerwiegender müssen die Gründe für die jetzt bekanntgegebenen, zum Teil einschneidenden Maßnahmen sein. Sie sind darin zu sehen, daß die Sowjetunion nicht mehr gewillt bzw. in der Lage sein dürfte, ihre Brennstofflieferungen zu erhöhen, bzw. zusätzliche Mengen nur noch gegen Devisen bereitstellt; die Hoffnung auf zusätzliche preisgünstige Öllieferungen aus dritten Ländern, wie Iran, Irak und Libyen, sich nicht erfüllt haben; der innere bulgarische Verbrauch vor allem infolge des weiteren ehrgeizigen Ausbaus der Schwerindustrie ständig angestiegen ist." Vgl. den Schriftbericht Nr. 375; Referat 421, Bd. 122543.

12 Legationsrätin I. Klasse Achenbach, Sofia, führte am 7. Dezember 1978 zur bulgarischen Wirtschaftsplanung aus: „Auf ihrer Sitzung am 29. und 30. November hat die Bulgarische Volksversammlung die Planziffern für die Jahre 1979 und 1980 verabschiedet. Zum ersten Mal wird damit gemäß den Empfehlungen der Nationalen Parteikonferenz vom 20./21.4.1978 eine Zweijahresplanung vorgelegt. [...] Die Planziffern für 1979 und 1980 weisen eine Erhöhung gegenüber den Ansätzen für 1978 auf, sind jedoch in der Regel nicht so ehrgeizig wie in den Jahren zuvor. [...] Wie bisher hat die Schwerindustrie Vorrang, wobei die Zuwachsziffer für die chemische Industrie von 14,3 % für das Jahr 1980 auffällt. Die geringeren – wenn auch gegenüber den Vorjahren leicht erhöhten – Wachstumsraten für Nahrungsmittelindustrie, Leichtindustrie und Realeinkommen lassen erwarten, daß die Versorgungslage der Bevölkerung angespannt bleiben wird. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft sind für 1979 besondere Anstrengungen vorgesehen mit der höchsten Zuwachsziffer (+7 %) der letzten Jahre." Vgl. den Schriftbericht Nr. 834; Referat 421, Bd. 122543.

Er stellt fest, daß der Rohölpreis inzwischen auf 19 Dollar gestiegen ist, will sich aber auf Bemerkung des Bundeskanzlers, daß sich auch die Sowjetunion wie ein OPEC-Mitglied benimmt, nicht beklagen. Aber ein kleines Land wie Bulgarien muß sich sehr anstrengen, damit der Lebensstandard nicht absackt.

Bundeskanzler: Die Ölkrise wird bis zum Ende des Jahrhunderts immer wieder neu angefacht, das Öl von Jahr zu Jahr teurer werden. Von den drei Konferenz-Vorschlägen Breschnews ist der einer Energiekonferenz am wichtigsten.[13] Es ist notwendig, sich in Europa darüber zu verständigen, daß wir zusätzlich zu Gas, Kohle und Braunkohle außerdem für eine Zahl von Kernenergie brauchen.[14] Auch den Vorschlag einer Umweltkonferenz hat er öffentlich begrüßt. Es ist zu überlegen, ob die Frage der Reaktorsicherheit auf der Umwelt- oder der Energiekonferenz behandelt werden sollte. Sie sollte aber jedenfalls gemeinsam behandelt werden. Es gibt ernsthafte Sicherheitsprobleme, auch in der Sowjetunion. Wir müssen alle voneinander lernen.

Schiwkow bezieht sich auf negative Reaktionen im Westen auf den Unfall von Harrisburg.[15] Bulgarien hat als erstes Land auf dem Balkan ein KKW mit der Kapazität von 800 Megawatt gebaut, das jetzt erweitert wird. Es wird jetzt ein zweites und bald ein drittes KKW errichten. In den nächsten 15 Jahren wird sich Bulgarien auf Energiegewinnung aus Kohle konzentrieren.

Bundeskanzler: Auch wir orientieren uns auf die Steinkohle, aber es wird ohne Kernenergie nicht gehen, wenn wir die zu hohe Abhängigkeit von Öleinfuhren überwinden wollen. Auch der RGW gerät mit seinen Erdölkäufen in eine unangenehme Abhängigkeit von den Arabern. Keiner weiß, was uns an Verwicklungen in diesem schwer berechenbaren Teil der Welt noch bevorsteht.

Auf Einwurf Schiwkows hält er es nicht für möglich, die jährlichen Preissteigerungen des Rohöls zu verhindern. Die Nachfrage steigt schneller als die Produktion. Die Preissteigerungen lassen sich nur in einem erträglichen Rahmen halten, wenn wir den Ölverbrauch bremsen. Der Bedarf an Heizenergie und Elektrizität muß aus Kohle und Kernkraft gedeckt werden. Das kostet enorme Investitionen. Da aber Öl auch weiterhin z.B. für den Flug- und Straßenverkehr notwendig ist, wird der Ölpreis weiter steigen. Wir müssen gemeinsam politisch versuchen, gewaltsame Preisanstiege zu verhindern. Daher muß auf internationalen Konferenzen, z.B. jetzt in Manila[16], über die Ölpreise und ihren Einfluß auf Weltwirtschaft und -Entwicklung gesprochen werden. Außer den

13 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, schlug am 9. Dezember 1975 auf dem VII. Parteitag der PVAP in Warschau „die Abhaltung gesamteuropäischer Kongresse oder zwischenstaatlicher Konferenzen über Fragen der Zusammenarbeit im Umweltschutz, bei der Entwicklung des Verkehrswesens und in der Energiewirtschaft" vor. Vgl. den Artikel „Bündnis der Bruderländer wird immer tiefgreifender"; NEUES DEUTSCHLAND vom 10. Dezember 1975, S. 3 f.

14 So in der Vorlage.

15 In den USA ereignete sich am 28. März 1979 in dem nahe der Stadt Harrisburg gelegenen Kernkraftwerk „Three Mile Island" ein Unfall, in dessen Verlauf es im Reaktorblock 2 zu einer partiellen Kernschmelze kam, durch die etwa ein Drittel des Reaktorkerns fragmentiert wurde und schmolz. Vgl. dazu den Artikel „New A-Plant Radiation Burst Spurs Partial-Evacuation Order"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 31. März/1. April 1979, S. 1.

16 Die V. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) fand vom 7. Mai bis 3. Juni 1979 in Manila statt.

OPEC-Ländern verfolgen fünf weitere Länder die gleiche Preispolitik: Mexiko, Kanada, Großbritannien, Norwegen, die Sowjetunion.

Schiwkow ist überzeugt, daß es bei dem heutigen Stand der Technik und Wissenschaft möglich ist, neue Energiequellen zu erschließen. Wissenschaftliche Erkenntnisse dürften allerdings nicht verheimlicht werden, sondern müßten als Allgemeingut der Menschheit betrachtet werden.

Bundeskanzler: Es gibt zwei Gebiete, auf denen wissenschaftliche Forschung baldige Erfolge verspricht: Sonnenenergie und Erdwärme. Wasserkraft steht nur einigen Ländern zur Verfügung. Die Bundesrepublik Deutschland gibt 1979 500 Mio. Dollar für Forschungszwecke in anderen Energiearten als der Nuklearenergie aus. Sie wird dieses Programm fortsetzen, erwartet aber vor 2000 keine zu Buch schlagenden Beiträge aus diesen Energiearten.

Er betont noch einmal, daß er von den Breschnew-Vorschlägen insbesondere die Energiekonferenz gerne verwirklicht sehen möchte. Er fragt, wie es Bulgarien, die Sowjetunion und die anderen RGW-Staaten auffassen würden, wenn die Bundesregierung detaillierte Aufgaben für eine solche Konferenz vorschlagen würde.

Schiwkow ist überzeugt, daß die Sowjetunion und die RGW-Staaten gegen einen solchen deutschen Vorschlag nichts einzuwenden haben. Er wird die Sowjetunion und, wenn diese keine Einwendungen hat, auch die anderen RGW-Staaten über diese Frage des Bundeskanzlers unterrichten. Bulgarien würde eine Energiekonferenz sehr begrüßen. Auch er stimmt einer Umweltkonferenz zu, hält aber die Energiekonferenz für das wichtigste.

Bei seinem Mexiko-Besuch hat er den Vorschlag Präsident Portillos für eine VN-Energiekonferenz unterstützt und dies auch im Schlußkommuniqué zum Ausdruck gebracht.[17]

Bundeskanzler würde es begrüßen, wenn seine Bemerkungen und Fragen der Sowjetunion übermittelt würden.

Schiwkow möchte jetzt zunächst auf bilaterale Fragen eingehen, nicht um den Besuch des Bundeskanzlers „auszubeuten", sondern um diese Beziehungen zu fördern.

Die wirtschaftlichen Beziehungen haben sich dynamisch entwickelt, wobei die jeweilige Mitgliedschaft in der EG bzw. im RGW stets respektiert wurde. Er schneidet drei spezifische Fragen an:

1) Zollpräferenzen der EG[18]:

Bulgarien wünscht Gleichbehandlung mit anderen Staaten, insbesondere mit Rumänien und Jugoslawien.

17 Staatsratsvorsitzender Schiwkow hielt sich vom 3. bis 7. April 1979 in Mexiko auf.

18 Referat 214 notierte am 14. September 1979: „Der von Bulgarien bereits 1977 gestellte Antrag auf Einbeziehung in das Allgemeine Zollpräferenzsystem der EG, der von der Bundesrepublik Deutschland stets unterstützt wurde, wird vom Rat erst anläßlich der ab 1981 notwendigen Neuregelung des Allgemeinen Präferenzsystems wohlwollend geprüft werden. Die Kommission hatte sich unter Hinweis auf den fortgeschrittenen Entwicklungsstand Bulgariens und die vorzugsweise Präferenzgewährung an die AKP-Staaten nicht bereit erklärt, die Einbeziehung zu einem früheren Zeitpunkt vorzuschlagen." Vgl. Referat 214, Bd. 132850.

2) Abbau mengenmäßiger Beschränkungen:

50% der bulgarischen Ausfuhr ist noch Beschränkungen unterworfen, obwohl die deutsche Einfuhr inzwischen zu 93% liberalisiert ist.[19]

BK bemerkt, daß unserer Liberalisierungspolitik nichts Vergleichbares in den Staatshandelsländern gegenübersteht.

3) Kreditgewährung:

Bulgarische Staatshandelsfirmen stehen mit deutschen Firmen über Lieferungen im Gesamtwert von über 1 Mrd. DM in Verbindung. Sie können nicht auf dem Wege über Kompensationsgeschäfte bezahlen. Ein wesentlicher Teil muß kreditiert werden. Bulgarien wünscht dieselben erleichterten Kreditbedingungen, die Deutschland einigen anderen Ländern gewährt.[20] Er hat Verständnis dafür, daß hierbei natürlich der deutschen Gesetzgebung und den EG-Verordnungen Rechnung getragen werden muß.

Bundeskanzler antwortet auf die drei Fragen in vier Punkten:

1) Wir setzen uns in der EG für Gleichbehandlung der osteuropäischen Staaten ein. Wann sich die Bundesregierung mit dieser erklärten Politik durchsetzen wird, ist allerdings noch nicht zu übersehen. Aber eines Tages wird es geschehen.

Der Wirtschaftsaustausch mit Rumänien und Jugoslawien hat sich früher und schneller entwickelt als mit Bulgarien. Hierfür gibt es neben historischen auch zwei sachliche Gründe. Er wird sie in den Punkten 2 und 3 erläutern, da sich hieraus Lehren für eine Verbesserung des deutsch-bulgarischen Wirtschaftsaustausches ergeben.

2) Die Kooperation zwischen rumänischen und jugoslawischen Wirtschaftsunternehmen mit deutschen hat eine unendliche Vielfalt erreicht. Hunderte von Firmen auf beiden Seiten entwickeln gemeinsam Projekte, für deren Verwirklichung sie von deutschen Banken Kredite erhalten, die vom Staat (Hermes-Bürgschaften) verbürgt werden. Die Kredite werden zu Marktkonditionen ge-

19 Am 8. Februar 1979 wurde in einer Aufzeichnung des Referats 421 zur mengenmäßigen Beschränkung von bulgarischen Einfuhren in die Bundesrepublik ausgeführt: „Im gewerblichen Bereich sind gegenüber Bulgarien rd. 93% der Positionen des gewerblichen Warenverzeichnisses liberalisiert. 64% der effektiven bulgarischen Exporte entfielen 1977 aber noch auf die wenigen kontingentierten Warenpositionen (Durchschnitt aller Staatshandelsländer 34%). Wir werden uns in der EG um weitere Verwirklichung unserer Liberalisierungspolitik bemühen; es wird jedoch immer schwieriger, die wenigen noch bestehenden mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen abzubauen, weil berechtigte Schutzbedürfnisse einzelner deutscher Industriezweige und die Erfordernisse einer gemeinschaftlichen Handelspolitik dies kaum noch zulassen. [...] Die zum Handelsbilanzausgleich erforderliche Steigerung der bulgarischen Exporte kann nicht allein durch weitere Liberalisierung und höhere Kontingente [...] herbeigeführt werden, da es sich bei den kontingentierten Bereichen auch durchweg um wenig ausbaufähige Märkte handelt. Die bulgarischen Exportbemühungen sollten sich daher auf den weiten liberalisierten industriellen Sektor konzentrieren." Vgl. Referat 421, Bd. 122542.

20 Am 22. Mai 1979 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Sieger die Botschaft in Sofia über das Gespräch des Bundesministers Graf Lambsdorff mit dem bulgarischen Außenhandelsminister Hristow am 18. Mai 1979: „Zur bulgarischen Bitte, bei Ausfuhrkreditgarantien mit entsprechenden Ländern gleich behandelt zu werden, deutete BM Graf Lambsdorff wegen hohen Verschuldungsgrades Bulgariens gewisse Vorbehalte seitens des BMF an. Er hoffe, daß bei aussichtsreichen Projekten jedoch Lösungen gefunden werden könnten. Staatliche Bürgschaften für Finanzkredite kämen nur bei Investitionsvorhaben zur Sicherung der deutschen Rohstoffversorgung, die in staatlichem Interesse liegen muß, in Frage." Vgl. den Drahterlaß Nr. 162; Referat 421, Bd. 122543.

währt. Der Staat kann die Zusammenarbeit nur auf dem Wege über die staatliche Exportkreditversicherung fördern. Hermes-Garantien erreichen im Falle Jugoslawiens und Rumäniens ein enormes Ausmaß, weil es so viele Kooperationsprojekte gibt. Als Fußnote: Die Hermes-Kreditversicherung hat durch eigenen Beschluß die Kreditgewährung gegenüber einigen besonders hoch verschuldeten Ländern eingeschränkt. Bulgarien gehört jedoch nicht dazu.

3) Wenn der Wirtschaftsaustausch mit Bulgarien geringer ist als mit Rumänien und Jugoslawien, so liegt es vor allem daran, daß nicht genug gegenseitige Berührungspunkte existieren. Für unsere Firmen gibt es nicht genügend Niederlassungs- und Kooperationsmöglichkeiten in Bulgarien. Auf seiten der Bulgaren fehlt es am genügenden Verständnis für unsere Märkte, um die bulgarischen Produkte erfolgreich absetzen zu können. Es geht ihm bei diesem Besuch wesentlich um die Erleichterung von Kooperationsverträgen und ein besseres Marketing, um zu einem ausgewogenen Handelsaustausch zu kommen. Er möchte morgen im Delegationsgespräch diesen Punkt vertiefen.

4) Auf die Konditionen der Kreditaufnahme zu kommerziellen Bedingungen bei deutschen Banken hat die Bundesregierung keinen Einfluß. Die Firmen aller Länder in Ost und West müssen sie in gleicher Weise mit den privaten Geschäftsbanken aushandeln. Als Fußnote: Staatliche Kredite zu besonders günstigen Konditionen werden nur den Entwicklungsländern gewährt. Wir haben daher jugoslawische, rumänische[21] und auch polnische Bitten um Kredite ablehnen müssen. Bei den Zahlungen an Polen handelt es sich nicht um Kredite, sondern um eine pauschale Abfindung für Ansprüche polnischer Bürger an unsere Sozialversicherung.[22]

Ein größeres Kreditvolumen gegenüber Bulgarien setzt also ein größeres Ausmaß an wirtschaftlicher Kooperation voraus.

Schiwkow stimmt dem Bundeskanzler zu, daß diese Fragen noch einmal im Delegationsgespräch erörtert werden sollten, um zu vernünftigen Lösungen zu kommen. Er fragt den Bundeskanzler, welche bilateralen Fragen er noch anzusprechen wünscht.

Bundeskanzler schneidet folgende bilaterale Fragen an:

1) Kulturbeziehungen:

Die Bulgaren sind gegenwärtig in der Vorhand. Wir sollten unsere Beziehungen zu Bulgarien in nächster Zukunft stärker ausbauen.

2) Bekämpfung des Terrorismus:

Er möchte diesen Punkt öffentlich nicht behandeln, aber in diesem Rahmen der bulgarischen Staatsführung seinen tiefempfundenen Dank für die Art und Weise aussprechen, wie sie den Deutschen geholfen hat.[23]

[21] Bundeskanzler Schmidt legte Präsident Ceauşescu am 7. Januar 1978 in Bukarest dar, daß die Bundesregierung keine Kredite für die am 2. Juli 1977 gegründete gemischte deutsch-rumänische Gesellschaft zur Lizenzfertigung des Verkehrsflugzeugs vom Typ „VFW-614" gewähren werde. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 4.

[22] Für den Wortlaut des Abkommens vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik und Polen über Renten- und Unfallversicherung und der dazugehörigen Vereinbarung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 396–402.

[23] Am 21. Juni 1978 wurden der am 27. Mai 1978 aus einem Gefängnis in Berlin (West) befreite Till Meyer und seine drei mutmaßlichen Befreierinnen in Bulgarien verhaftet und in die Bundesrepu-

3) Deutsche Kriegsgräber:

Er bittet, dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VdK) Gelegenheit zu Gesprächen mit den zuständigen bulgarischen Stellen zu geben, um über Erfassung und Pflege der deutschen Kriegsgräber in Bulgarien zu sprechen.

Schiwkow: Die zuständigen Stellen Bulgariens stehen für solche Gespräche zur Verfügung.[24]

4) Zu einer kleinen Zahl humanitärer Einzelfälle wird ein Mitglied der Delegation den Bulgaren eine Notiz übergeben.

Schiwkow stimmt zu.

Im übrigen gibt es aus deutscher Sicht keine bilateralen Probleme. Die gegenseitigen Beziehungen sind gut. Er will dies auch öffentlich sagen. Er hofft, daß sich auch die Berichterstattung der Journalisten, die ihn auf seiner Reise begleiten, positiv auf das Bild Bulgariens in der deutschen Presse auswirken wird.

Als Hauptzweck seines Besuches sieht er an:

1) Den ausgezeichneten Stand der bilateralen Beziehungen ins öffentliche Bewußtsein zu heben und zu dokumentieren.

2) Gemeinsam etwas zu tun, um die wirtschaftlichen Beziehungen in Zukunft noch enger und für beide Seiten vorteilhafter zu gestalten.

3) Soweit es die Zeit erlaubt, im vertraulichen Gespräch die Urteile und Erfahrungen zu den internationalen Problemen auszutauschen.

Schiwkow ist mit dem offenen Gespräch sehr zufrieden. Er persönlich und die bulgarische Staatsführung schätzen den persönlichen Beitrag des Bundeskanzlers zu der guten Entwicklung der bilateralen Beziehungen sehr hoch ein. Es gibt keine bilateralen Streitfragen. Die bilateralen Beziehungen müssen in einer Weise geordnet werden, die der Zugehörigkeit beider Länder zu verschiedenen wirtschaftlichen Gemeinschaften Rechnung trägt.

Er lädt den Bundeskanzler und fünf bis sechs Begleiter nach dem heutigen Abendessen in sein Haus ein. Für die Delegationssitzung stimmt er dem Vorschlag des Bundeskanzlers zu, zunächst den Bericht des Außenministers[25], dann den der Wirtschaftsfachleute und dann den der Kulturfachleute zu erörtern. Die internationalen Fragen sollten nur im kleinsten Kreis besprochen werden.

Er erläutert die Programmpunkte für die folgenden Tage.

Fortsetzung Fußnote von Seite 538

blik abgeschoben. Vgl. dazu den Artikel „Bulgarien schiebt deutsche Terroristen ab"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. Juni 1978, S. 1.

24 Am 16. Mai 1979 vermerkte Vortragende Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in Bulgarien, im Hinblick auf die deutschen Kriegsgräber sei „auch bemerkenswert, daß der Bundeskanzler einen Kranz am Ehrenmal für deutsche Gefallene auf dem deutschen Soldatenfriedhof (Teil des Zentralfriedhofs von Sofia) niederlegen konnte (der Kranz wurde von zwei deutschen Luftwaffenoffizieren – Mitglieder der Besatzung der für die Reise benutzten Bundeswehrmaschine – getragen) und daß er hierbei vom bulgarischen Außenminister begleitet wurde". Der Botschaft in Sofia sei nun die Weisung zu erteilen, im bulgarischen Außenministerium um die Benennung von Gesprächspartnern für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zu bitten. Vgl. Referat 214, Bd. 132800.

25 Petar Mladenow.

Bundeskanzler dankt dem Staatsratsvorsitzenden für die besonders liebenswürdige Geste, ihn bei allen Stationen seiner Reise durch Bulgarien persönlich zu begleiten. Er schlägt vor, die offizielle Gegeneinladung an Schiwkow beim Mittagessen des Bundeskanzlers auszusprechen (Schiwkow stimmt zu und schlägt Veröffentlichung im Kommuniqué[26] vor). Er wird die abschließende Pressekonferenz – wie von Schiwkow vorgeschlagen und in Bulgarien üblich – allein und nicht gemeinsam mit dem Gastgeber wahrnehmen.[27]

Schiwkow greift einen Hinweis des Bundeskanzlers auf eine Bulgarien-Karte zur Vorbereitung seines Besuchs im Lande auf. Er hat bei einem früheren Besuch eine alte Landkarte aus dem 16. Jahrhundert geschenkt bekommen, die ein weit größeres Bulgarien zeigt. Wenn er sich heute auf diese Karte beziehe, gebe es einen Skandal. Wie die Deutschen haben die Bulgaren – die Preußen des Balkans – früher ein weit größeres Territorium beherrscht. Mit den Deutschen haben die Bulgaren in guten wie in schlechten Zeiten zusammengestanden. Sie haben mit allen ihren Nachbarn Kriege geführt und fast immer gesiegt. Aber am Ende ist ihr Land von ihren Nachbarn erheblich beschnitten worden. Heute beruht das Glück der Bürger auf der Wahrung der gegenwärtigen Grenzen. Bulgarien hat keine territorialen Ansprüche gegen andere Länder.

Viele dieser Auseinandersetzungen gehen auf die geographische Lage Bulgariens am Kreuzweg zwischen Europa und dem Nahen Osten zurück. Hier ist vor fast 1300 Jahren ein von Slawen und dem bulgarischen Reitervolk gemeinsam organisierter Staat von Byzanz anerkannt worden. Auch heute noch ist diese geographische Lage für Bulgarien von entscheidender Bedeutung. Die kürzeste Verbindung zwischen Europa, Asien und Afrika geht über bulgarisches Territorium. Die Rolle Bulgariens als Transitland steigt mit der Bedeutung des arabischen Erdöls. Er legt daher Wert darauf, auch Verkehrsfragen zu erörtern. In diesem Zusammenhang erklärt er seine Bereitschaft zum Abschluß eines bilateralen Abkommens über die Benutzung des Main-Donau-Kanals[28] auch ohne Abstimmung im RGW.

26 Für den Wortlaut des Kommuniqués zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 2. bis 4. Mai 1979 in Bulgarien vgl. BULLETIN 1979, S. 536.

27 Für die Pressekonferenz des Bundeskanzlers Schmidt am 4. Mai 1979 in Warna vgl. die Aufzeichnung des Bundespresseamts vom selben Tag; Referat 214, Bd. 132800.

28 Mit dem Duisburger Vertrag vom 16. September 1966 trafen die Bundesregierung und der Freistaat Bayern Vereinbarungen über den Bau des Main-Donau-Kanals zwischen Nürnberg und Regensburg. Danach sollte der Kanal bis Kehlheim und der Ausbau der Donau zwischen Kehlheim und Straubing durch Staustufen bis 1981 fertiggestellt sein, die Strecke zwischen Straubing und Vilshofen bis 1989. Vgl. dazu die Aufzeichnung für Bundesminister Gscheidle anläßlich der Besichtigung des Rhein-Main-Donau-Kanals mit Bundeskanzler Kreisky am 24. Juni 1975, die Botschafter Grabert, Wien, am 30. Juni 1975 übermittelte; Referat 202, Bd. 109210.
In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Verkehr vom 19. März 1979 wurde zum Sachstand festgehalten: „Die Arbeiten am M[ain-]D[onau]-K[anal] zwischen Nürnberg und Kehlheim schreiten planmäßig voran, so daß mit einer Fertigstellung der Verbindung Mitte der 80er Jahre gerechnet werden kann. [...] Wie wir in einer Note vom 10. April 1978 an die Donauanliegerstaaten aus diesem Anlaß mitgeteilt haben, ist die Bundesregierung ‚im Interesse eines weiteren Ausbaus der wechselseitigen Verkehrsbeziehungen grundsätzlich bereit, auch Schiffen anderer Staaten das Befahren dieser Wasserstraße zu gestatten.' Bis zum Abschluß bilateraler Vereinbarungen soll dies im Wege von Einzelfahrtgenehmigungen geschehen. Der MDK wird eine nationale Wasserstraße sein, die, ausschließlich mit eigenen Mitteln finanziert, unserer Hoheitsgewalt untersteht." Vgl. Referat 421, Bd. 122542.

Auf Frage des Bundeskanzlers nach der undurchsichtigen Entwicklung in Albanien erläutert er, daß er früher persönlich freundschaftliche Beziehungen zu Hodscha gehabt habe. Inzwischen allerdings werden die Bulgaren auch als „moderne Revisionisten" beschimpft.[29] Albanien ist ein sehr rückständiges Land mit einem genügsamen Hirtenvolk. Die früher nach Albanien entsandten bulgarischen Fachleute haben stets über organisatorische Unzulänglichkeiten und mangelnde Arbeitsdisziplin geklagt. Hodscha selbst ist krank und tritt nur selten öffentlich auf. Auch er kann sich kein rechtes Bild machen von den Nachrichten über einen Flirt Albaniens mit dem Westen oder die von den Zeitungen berichtete Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit China[30].

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 49

121

Aufzeichnung des Legationsrats Hennig

222-370.45-645/79 VS-vertraulich **2. Mai 1979**[1]

Ergebnisprotokoll der vierseitigen CW-Konsultationen am 27.4.1979 in London

I. USA (Flowerree, Sanches) unterrichteten GB (Mallaby, Burns, Reed, Reeve, Robinson, Dr. Mungeam), Frankreich (BR Bellescize) und uns (VLR Dr. Schneppen, Fregattenkapitän Frank, Prof. Hoffmann, LR Hennig) über die am 22.2.1979 begonnene und Ende April 1979 zu Ende gegangene 9. Runde der bilateralen amerikanisch-sowjetischen Gespräche über ein C-Waffen-Verbot[2].

Nach amerikanischer Einschätzung ist es schwer zu beurteilen, ob die SU an einem Übereinkommen ernsthaft interessiert ist. Ansätzen zu Fortschritten in einigen Bereichen stehen Rückschritte in anderen gegenüber; Hauptproblem bleibt weiterhin die Verifikation; neue Schwierigkeiten macht die SU jetzt in den Bereichen „Inkrafttreten" und „Verbotsumfang". Die von Israeljan gut ge-

29 Referat 214 vermerkte am 28. März 1979 zu den albanisch-bulgarischen Beziehungen: „Nach dem Bruch Albaniens mit China bemüht sich unter den WP-Staaten insbesondere Bulgarien, die Beziehungen zu Albanien wieder zu normalisieren (z. Z. Geschäftsträgerebene). Die Albaner haben ihrerseits deutlich gemacht, daß sie ihre Beziehungen zu den WP-Staaten einschließlich Bulgariens auf Wirtschaftsbeziehungen beschränken wollen." Vgl. Referat 421, Bd.122542.

30 Am 14. Juli 1978 stellte die Volksrepublik China sämtliche Hilfen für Albanien ein und berief bis zum 20. Juli 1978 die entsandten chinesischen Experten ab. Botschafter von Puttkamer, Belgrad, berichtete am 15. August 1978: „Der Bruch mit China ist das einschneidendste Ereignis der jüngsten albanischen Entwicklung. Er bedeutet unmittelbar die vollständige politische Unabhängigkeit (oder, von anderem Standpunkt, Isolation) des Landes." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1032; Referat 214, Bd. 116754a.

1 Konzept.

2 Die Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über ein Verbot chemischer Waffen wurden mit einem Expertentreffen vom 28. bis 31. März 1977 in Genf aufgenommen und ab dem 1. April 1977 durch Gespräche der amerikanischen und sowjetischen Delegation bei der CCD in Genf fortgeführt. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 87, sowie AAPD 1977, II, Dok. 249 und Dok. 311.

führte sowjetische Delegation begründet ihre zurückhaltende Verhandlungsführung mit der Besorgnis über die CW-Aktivitäten und -Intentionen Chinas. Nach amerikanischer Auffassung ist diese Besorgnis unbegründet.

Die 10. bilaterale Gesprächsrunde soll Anfang Juli d.J. in Genf beginnen.[3]

II. Hauptgesprächsthemen der 9. Runde waren

1) die bei Inkrafttreten eines Übereinkommens abzugebende Erklärung über Bestände und Produktionsanlagen,

2) Verbotsumfang,

3) Vernichtung der deklarierten Bestände,

4) Verifikation,

5) Vertrauensbildende Maßnahmen,

6) Inkrafttreten.

Während es Ansätze zu Fortschritten bei

- der Erklärung,
- der Vernichtung der deklarierten Bestände,
- den für friedliche Zwecke verwendeten supertoxischen Substanzen

gibt, tauchen neue unerwartete Schwierigkeiten auf in der Frage

- des Verbotsumfangs,
- der Voraussetzung des Inkrafttretens eines Übereinkommens.

Stillstand weiterhin bei der Verifikation.

Im einzelnen:

Zu 1) Erklärung

Übereinstimmung über Zeitpunkt der Erklärung über Bestände und Produktionsstätten: SU mit Abgabe der Erklärung bei Inkrafttreten entsprechend US-Position einverstanden; keine Übereinstimmung jedoch über den Inhalt einer solchen Erklärung:

Sowjetunion will weiterhin nicht ihre CW-facilities (Zahl, Standort ihrer Produktionsstätten), sondern nur ihre capabilities erklären.

Auch wünscht Sowjetunion keine Spezifizierung von Namen bzw. Auflistung der chemischen Substanzen nach Art und Menge. Statt dessen möchte sie eine aus drei Kategorien bestehende Liste verbotener Substanzen:

- Nervengase,
- Loste,
- Irritants,

wobei die supertoxischen Substanzen u.a. in GB[4] und VX[5], die Irritants in CN[6]- und CS[7]-Kategorien aufzuteilen seien.

[3] Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen wurden vom 16. Juli bis 31. August 1979 in Genf fortgesetzt.

[4] Sarin.

[5] VX ist ein Phosphorsäureester. Die V-Kampfstoffe bestehen aus phosphorylierten Cholin- und Thiocholinverbindungen.

[6] Chlorazetophenon.

[7] Chlorbenzylidenmalonitril.

Zu 2) Verbotsumfang

SU fordert jetzt wider Erwarten den Einschluß des Irritant „CS" in ein Verbotsübereinkommen; bisher waren US davon ausgegangen, daß Einigkeit darüber besteht, alle supertoxischen Agenzien bis zur Toxizitätsstufe des Sarin einzubeziehen. Obwohl die Russen die Einigung über die Toxizitätsstufe selbst nicht in Frage stellen, fordern sie die Einbeziehung des CS mit der Begründung, das Genfer Protokoll von 1925[8] verbiete bereits den Einsatz von Irritants; dahinter könne ein weiteres umfassenderes CW-Abkommen nicht zurückbleiben.

US-Haltung gegenüber diesem neuen sowjetischen Vorstoß noch unklar und unentschieden.

Einigung wurde dahingehend erzielt, daß die Produktion supertoxischer Agenzien für friedliche Zwecke bis zur Größenordnung von 1 t pro Jahr[9] erlaubt sei; ebenso die Produktion einer kleinen Kontrollmenge für Trainingszwecke.

Die Aufnahme von Fischtoxinen in eine Verbotsliste lehnt die SU ab.

Zu 3) Vernichtung der deklarierten Bestände

Auch hier kaum Fortschritte. SU wies US-Vorschlag zur Errichtung besonderer Einrichtungen zur Vernichtung von CW-Beständen zwar nicht zurück, hat dazu aber nur eine Reihe von Schwierigkeiten vorgetragen (Kosten, Umweltfragen, Sicherheit).

Zu 4) Verifikation

Zur Frage der Verifikation der Vernichtung der Bestände hat sich SU nicht konstruktiv geäußert. Sie beharrt auf ihrer Position, daß Verifikation aus nationalen Mitteln (d. h. einem nationalen Inspektionsteam) und Ortsinspektionen on challenge[10] ausreichend sei; ein für das Abkommen vorgesehenes „consultative committee" solle nur Beschwerden entgegennehmen, also nur eine Clearing-Stelle sein, dürfe jedoch nicht selbst Inspektionen und Bewertungen vornehmen.

USA stellten ihre Position noch einmal klar:

Danach verlangen sie

mandatory on-site-inspections bei:

- destruction of declared stock-piles,
- shutting down and eventual destruction of military production facilities,
- Anlagen, die bestehen bleiben, um später supertoxische Substanzen in kleinen Mengen für friedliche Zwecke herzustellen,
- Produktionsstätten, die aufgrund besonderer Merkmale geeignet und kurzfristig in der Lage sind, supertoxische Stoffe herzustellen (die z. B. unausgelastete Produktionskapazitäten, excess capabilities für Mobilisierungsfälle, besondere Sicherheitsvorkehrungen haben).

8 Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, II, S. 173–177.

9 Die Wörter „1 t pro Jahr" wurden von Legationsrat Hennig hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Für alle Staaten? Oder für die beiden Großen?"

10 Die Wörter „und Ortsinspektionen on challenge" wurden von Legationsrat Hennig hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „(wie Enmod, R[adiologische] W[affen], BWÜ)".

On challenge on-site-inspections bei allen übrigen Teilen der Verifikation, insbesondere bei zivilen

- Produktionsanlagen, die durch technisch machbare Umstellung supertoxische Stoffe herstellen können (z.B. Insektizidfabriken auf Organophosphorbasis),
- Anlagen, die nicht vom Verbot erfaßte dual purpose agents herstellen; ansonsten hier Registrierungs- und Berichtspflicht.

USA stellten auf entsprechende Frage klar, daß sie – im Gegensatz zu CTB[11] – bei CW kein Verifikationssystem anstreben, bei dem einzelne Teilmaßnahmen nur Anwendung auf die SU und sie selbst fänden.

Zu 5) CBMs confidence-building measures

SU lehnt amerikanische Vorstellung ab, daß die Staaten bei Unterzeichnung – als CBM – eine Erklärung über „defensive military activities" für den Zeitraum der Vernichtung von CW-Beständen (etwa acht Jahre) abgeben sowie darüber, ob sie CWs besäßen. Ebenso lehnte Sowjetunion amerikanischen Vorschlag über Informationsaustausch im Bereich der CW-Schutzmaßnahmen und anderer defensiver militärischer Operationen ab.

Zu 6) Inkrafttreten

SU besteht jetzt darauf, daß ein CW-Abkommen erst dann in Kraft treten könne, wenn ihm alle ständigen VN-Sicherheitsratsmitglieder (also auch China und Frankreich) beitreten. Sowjets ließen unter der Hand verlauten, daß sie bei Berücksichtigung dieser Forderung evtl. zu mehr Flexibilität in der Verifikationsfrage bereit seien.

Weiter wurden in der 9. Runde behandelt:

- Transfer: Nachdem bereits Einigung über ein Verbot des Transfers erzielt worden ist, wünscht die SU jetzt zusätzlich Mitteilung über Transfer von CW-Beständen an Drittstaaten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.[12]

11 Großbritannien, die UdSSR und die USA verhandelten seit 13. Juli 1977 in Genf über ein umfassendes Teststoppabkommen (CTB). Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 360.
Die trilateralen Gespräche über ein umfassendes Teststoppabkommen wurden vom 5. Februar bis 5. April 1979 in Genf fortgesetzt. Botschaftsrat Pöhlmann, Genf (CD), berichtete am 30. März 1979, ein Mitarbeiter der britischen Delegation habe erklärt, daß der „Verifikationskomplex" im Mittelpunkt der Verhandlungsrunde gestanden habe: „Das vorgesehene doppelte Verifikationssystem bestehe aus folgenden Elementen: unter dem CTB-Vertrag selbst ein internationales Austauschsystem seismischer Daten bestehend aus einer Reihe von Stationen in verschiedenen Ländern. Im übrigen ‚on-site inspections on challenge'. Darüber hinaus wird der CTB-Vertrag Möglichkeit des Abschlusses besonderer Verifikationsverträge vorsehen. Die drei Verhandlungspartner werden eine solche ergänzende Vereinbarung über besondere Verifikationsmaßnahmen, d.h. eine wesentlich verfeinerte seismische Verifikation, abschließen. Entsprechende Stationen in der Sowjetunion und in den USA werden zwar rein national sein, doch mit ‚agreed equipment, agreed measures' und nach ‚agreed characteristics' für die dauernde und sofortige Übertragung authentischer Daten sorgen, womit eine Beeinflussung praktisch ausgeschlossen sein solle. [...] Sollte ein belegbarer Verdacht vorliegen, wonach einer der drei Partner dieses System dennoch unterlaufen habe, so könne er eine on-site inspection verlangen. Die unbegründete Ablehnung dieser Inspektion wäre politisch so ernst zu nehmen, daß sich damit zugleich die Vertragsfrage stellte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 672; VS-Bd. 11563 (222); B 150, Aktenkopien 1979.

12 Dieser Absatz wurde von Legationsrat Hennig hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Alle?"
Am 7. Juni 1979 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Arz von Straussenburg die Botschaft in Washington über die Haltung der Bundesregierung: „Wir sind, da wir 1954 auf die Her-

– Binäre Waffen: SU ist an Erfassung von precursors von binären Waffen durch ein Übereinkommen interessiert.[13]

III. Aus der anschließenden Diskussion bleibt festzuhalten:

– Gesprächsdauer: Die von GB vorgetragene Auffassung, die SU sei möglicherweise an einer übergebührlichen Verlängerung der CW-Gespräche interessiert, um die CW-Fähigkeit des Westens zu schwächen, wollte Flowerree weder bestätigen noch verneinen.

– Weitere Behandlung im CD[14]:

US notfalls bereit, die Errichtung einer working group mit ihrem Einspruch zu blockieren. Floweree bedauerte den teilweise starken Druck einiger westlicher Verbündeter (NL), der den USA mehr zu schaffen mache als die Forderungen der Ungebundenen. Polnischer Vorschlag der Errichtung einer informellen Kontaktgruppe wurde als typischer Versuch der SU interpretiert, sich vor klarer Stellungnahme im CD zu drücken, um so nicht die Interessengleichheit mit USA in dieser Frage offenbaren zu müssen.[15]

Fortsetzung Fußnote von Seite 544

stellung von C-Waffen verzichtet haben, von einer Transfer-Deklaration nicht betroffen. Entsprechend unserem Interesse an einer umfassenden und ausreichenden Verifizierung eines C-Waffen-Verbots legen wir jedoch Wert auf die Deklarierung auch transferierter Bestände. Wir sehen Schwierigkeiten bei der Definition der ‚military significance', zumal diese abhängig ist von der Größe und der Bedeutung der betreffenden Streitkräfte, der geographischen Lage sowie dem Umfang möglicher Operationen. Wir schlagen daher vor, eine Anzeigepflicht im Sinne der Nichtumgehung zu vereinbaren, die jedoch nicht bis 1945 zurückreicht, sondern nur bis 1977, dem Beginn der bilateralen Verhandlungen, oder allenfalls bis zu der Verabschiedung der ersten CW-Resolution der VN (2454) vom 20.12.1968. [...] Die Forderung der SU nach Deklarierung der Lieferung von Fabriken und einschlägigen Dokumenten wäre aus unserer Sicht zurückzuweisen. Begründung: Der Unterschied zwischen zivilen und militärischen Produktionsanlagen ist fließend, ebenso der technischen Dokumentation hierzu. Ferner ist die Technologie der CW-Herstellung aus dem frei verfügbaren Lehrmaterial ableitbar. Schließlich können zivile Fabriken jederzeit ohne Zustimmung des Lieferlandes durch Zubauten und Einbauten in Kampfstoffanlagen verwandelt werden. Eine Anzeigepflicht auch für Lieferung ziviler Produktionsanlagen ginge jedoch zu weit und wäre mit unserer Wirtschaftsordnung nicht vereinbar." Vgl. den Drahterlaß Nr. 2827; VS-Bd. 11552 (222); B 150, Aktenkopien 1979.

13 Zu diesem Absatz vermerkte Legationsrat Hennig handschriftlich: „Und US?"

14 Die USA und die UdSSR bemühten sich seit dem Besuch des Präsidenten Nixon vom 27. Juni bis 3. Juli 1974 in der UdSSR um eine „gemeinsame Initiative" in der Frage des Verbots chemischer Waffen, die der Konferenz des Abrüstungsausschusses (CCD) in Genf vorgelegt werden sollte. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 311, und AAPD 1978, II, Dok. 402.
Am 17. Juli 1979 vermerkte Referat 222: „SU und USA haben dem CD angesichts wachsender Kritik seitens der Ungebundenen an der Langwierigkeit der bilateralen Verhandlungen einen gemeinsamen Fortschrittsbericht vorgelegt. Er enthält substantielle Teile eines künftigen Vertrages, zeigt aber zugleich die noch erheblichen Differenzen in Detail- und Grundsatzfragen. Mit baldigem Abschluß ist daher kaum zu rechnen." Laut Bericht bestehe keine Einigung über Definitionsfragen bei bestimmten Schlüsselbegriffen, die Konkretisierung des Inhalts der abzugebenden Erklärung über CW-Bestände und CW-Fabriken, die Ausgestaltung von vertrauensbildenden Maßnahmen, die Frage des Inkrafttretens und Verifikationsmaßnahmen. Vgl. Referat 222, Bd. 112991 a.

15 Botschaftsrat Pöhlmann, Genf (CD), stellte am 16. Mai 1979 zur Frühjahrssitzung des Abrüstungsausschusses vom 24. Januar bis 27. April 1979 in Genf fest: „Italien und die Niederlande sowie die Gruppe der 21 führten Arbeitspapiere ein, die die Einschaltung des CD in CW-Verhandlungen forderten, ohne die Nützlichkeit der bilateralen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Frage zu stellen. Der Vorschlag zur Einrichtung einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe scheiterte jedoch am Widerstand der USA sowie der SU. Der polnische ‚Kompromißvorschlag', von der SU unterstützt, eine informelle Kontaktgruppe solle zunächst die Möglichkeit von CW-Verhandlungen im CD prüfen, wurde von den USA abgelehnt, andererseits aber auch von einer Reihe von Staaten der Gruppe der 21 als unbefriedigend zurückgewiesen. Wir haben uns – wie die Briten – in dieser Frage zurückgehalten, wofür uns die Amerikaner angesichts des Drucks anderer westlicher Staaten dankbar waren." Vgl. den Schriftbericht Nr. 62; Referat 222, Bd. 113000.

– SALT II und CW:
Die Beantwortung der Frage, ob ein SALT-II-Abschluß die CW-Gespräche beschleunigen werde, blieb offen.

Mit BMVg abgestimmt.

Hennig

VS-Bd. 11552 (222)

122

Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in Sofia

3. Mai 1979[1]

T. Schiwkow begrüßte einleitend nochmals den Bundeskanzler. Er hoffe, daß er sich in Bulgarien wohl und zu Hause fühlen werde.[2]

Das bulgarische Volk sei im Guten wie im Bösen historisch eng verbunden mit dem deutschen und dem russischen Volk gewesen. Aus diesem historischen Schicksal ergebe sich auch die Verpflichtung für uns, diese Beziehungen weiter zu pflegen. Das Verdienst von Bundeskanzler Schmidt um die Pflege dieser Beziehungen sei groß. Die Begegnungen zwischen ihm und dem Bundeskanzler in Helsinki[3] und später in Bonn[4] gäben starke Impulse. Er sei optimistisch und überzeugt, daß auch dieser Besuch kräftige Impulse geben werde.

Der Bundeskanzler kenne die Volksrepublik Bulgarien. Deshalb wolle er keine ausführlichen Informationen über die Lage in seinem Lande geben. Bulgarien sei in guter Entwicklung. Natürlich gäbe es auch Probleme, die jedoch von der Partei und dem bulgarischen Volk in großer Geschlossenheit angegangen würden. Bulgarien nehme sehr aktiv an dem internationalem Wirtschaftsaustausch

1 Durchschlag als Konzept.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander am 9. Mai 1979 an das Büro Staatssekretäre weitergeleitet. Dazu vermerkte sie: „Als Anlage werden die Protokolle über das Gespräch des StS van Well – AM Mladenow am 2.5.1979 und das Delegationsgespräch am 3.5.1979 mit der Bitte übermittelt, die Genehmigung des Herrn Staatssekretärs herbeizuführen."
Hat Staatssekretär van Well am 31. Mai 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Haak am 25. Juni vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „F[ernschreib]st[elle]: b[itte] noch je ein Durchschlag mit den Korrekturen an Botschaft Sofia und Bundeskanzleramt." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 214, Bd. 132800.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 2. bis 4. Mai 1979 in Bulgarien auf. Vgl. dazu auch Dok. 120 und Dok. 124.

3 Bundeskanzler Schmidt und Staatsratsvorsitzender Schiwkow trafen am 1. August 1975 am Rande der KSZE-Schlußkonferenz in Helsinki zusammen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132762.

4 Staatsratsvorsitzender Schiwkow und der bulgarische Außenminister Mladenow besuchten die Bundesrepublik vom 24. bis 28. November 1975. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 355 und Dok. 356.

teil. Es habe auch auf wirtschaftlichem Gebiet eine enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Das Problem Bulgariens sei, daß es über keine Rohstoffe verfüge, sondern sich nur auf den Fleiß des bulgarischen Volkes stützen könne. Das Problem weiterer schleichender Preiserhöhungen, die sich auch in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten auswirkten, führe zu Spannungen innerhalb des Landes. Es sei ein Programm einer allmählichen Anpassung bis 1980 erarbeitet worden, um diese Entwicklung aufzufangen, ohne dabei den Wohlstand zu senken.[5] In der bulgarischen Außenpolitik liege der Schwerpunkt aus geographischen Gründen auf der Balkanpolitik. Bulgarien führe eine Politik der Verständigung mit seinen Nachbarn. 1981 werde man das 1300jährige Bestehen Bulgariens feiern. Im Hinblick darauf könne man feststellen, daß Bulgarien nie so gute Beziehungen zu seinen Nachbarn gehabt habe wie jetzt. Dies gelte für Griechenland, Jugoslawien, Rumänien, die Türkei. Mit Jugoslawien gebe es Probleme, die Bulgarien nicht dramatisiere.[6] Sie würden von bulgarischer Seite nur dann diskutiert, wenn Jugoslawien sie auf dem internationalen Parkett anschneide.

Zur Sowjetunion bestünden sehr gute Beziehungen. Das russische Volk habe Bulgarien zweimal befreit, es gebe eine umfassende und gute Zusammenarbeit. Die Sowjetunion stünde zu Bulgarien in einer Art Kolonialverhältnis: Bulgarien könne alle seine Waren dort verkaufen, es bekomme von dort seine Rohstoffe.

(Einwurf des Bundeskanzlers: Und Ihr habt ihnen in imperialistischer Weise Euer Alphabet aufgezwungen.)

Der *Bundeskanzler* dankt in seiner Erwiderung zunächst für die Gastfreundschaft. Präsident Schiwkow habe gesagt, er solle sich wie zu Hause fühlen, er fühle sich angesichts des schönen Wetters in Bulgarien sogar besser.

Wirtschaftlich befände sich die Bundesrepublik Deutschland in einer ähnlichen Lage wie Bulgarien. Sie besitze ebenfalls keine Rohstoffe und werde auch in diesem Jahr unter steigenden Preisen leiden. Auch wir hingen von unserer Exportleistung ab und müßten fehlende Rohstoffe durch Intelligenz und Fleiß ersetzen.

Es gebe allerdings zwei Unterschiede:

Wir hätten erhebliche innenpolitische Probleme und oppositionelle Kräfte, deren Ziel es sei, die Regierung zu stürzen. Ein weiterer Unterschied sei das Ver-

5 Zur bulgarischen Wirtschaftsplanung vgl. Dok. 120, Anm. 12.

6 Botschaftsrat Hallensleben, Belgrad, berichtete am 21. April 1979, Staatspräsident Tito habe in einer Rede am 19. April 1979 zu den bulgarisch-jugoslawischen Beziehungen festgestellt: „Gewisse Faktoren in bul[garischer] Politik gäben für Zukunft bilat[eraler] Beziehungen Anlaß zu ernster Sorge. [...] Von Verneinung Existenz mazed[onischer] Nationalität in Bul[garien] sei man zur Verneinung Legitimität des Bestehens einer der jug[oslawischen] Teilrepubliken übergegangen und stelle Errungenschaften jug. Revolution und konstitutionelle Grundlagen Jug[oslawien]s in Frage. Man müsse sich fragen, was das Ziel solcher Politik sei, wohin sie führe und in wessen Interesse sie betrieben werde." Hallensleben legte dazu dar: „Mazedonienfrage wird immer wieder aus einer Reihe von Gründen ‚aufgewärmt', nicht zuletzt dazu, die eigene Bevölkerung abzulenken und weitere Öffentlichkeit aufmerksam zu machen. Doch auch wenn Bul. seinerseits betont, daß es sich um historische Frage handele, man keine Ansprüche habe, Fakten anerkenne und Stellung Mazedonier heute als innerjug. Problem betrachte, sieht Jug[oslawien] in ethnischer und kultureller bul. Argumentation offenbar nur Überdeckung von Ansprüchen, die sehr wohl konkrete politische Bedeutung erhalten könnten. In dieser Befürchtung wird jug. Unsicherheit angesichts allgemeinen Nationalitätenproblems im Lande und seiner weiteren Entwicklung und Beeinflußbarkeit deutlich." Vgl. den Drahtbericht Nr. 182; Referat 214, Bd. 132800.

hältnis zwischen Regierung und Privatwirtschaft. Auch dieses Verhältnis sei nicht immer leicht.

Zu unserer Außenpolitik habe er schon gestern abend in seiner Tischrede einiges gesagt.[7] In Europa seien große Fortschritte bei der gegenseitigen Verständigung erzielt worden. Es sei kennzeichnend für die Situation in Europa im 70er Jahrzehnt, daß die Krisen in Südostasien, im Nahen Osten und in Afrika nicht den Willen zur Zusammenarbeit beeinträchtigt hätten. Dies sei nicht nur das Verdienst der Großmächte, sondern aller Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Paktes, der Franzosen, der Skandinavier und auch der Deutschen. Wir seien durchaus stolz darauf, daran mitgewirkt zu haben.

Er bäte die bulgarische Seite, davon auszugehen, daß sein Volk und seine Regierung mit Entschiedenheit am Prozeß der Verständigung in Europa weiter mitwirken würden. Er hoffe, daß trotz der Unterschiede im politischen und gesellschaftlichen Bereich wir europäischen Völker in den 80er Jahren etwas wiederentdecken würden, was früher selbstverständlich gewesen sei, nämlich daß wir in den 1300 Jahren, von denen Präsident Schiwkow gesprochen habe, uns kulturell und geistig gegenseitig außerordentlich befruchtet hätten. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, auch die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit weiter zu fördern. Er freue sich deshalb, daß in dieser Sitzung auch über die kulturellen Beziehungen gesprochen werden solle. Zunächst wolle man jedoch die vereinbarten Berichte zur Außenpolitik und zur Wirtschaftspolitik hören.

Außenminister *Mladenow* (referiert über sein Gespräch am 2.5. mit StS van Well[8]): Er sei sich mit StS van Well einig gewesen, daß die bilateralen Beziehungen sich auf den Gebieten des politischen Meinungsaustauschs, der Kontakte zwischen gesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und Jugend gut entwickelt hätten. Man sei sich ebenfalls einig, daß man sie weiter entwikkeln wolle. Der Kanzlerbesuch gebe hierfür gute Ansatzpunkte.

Die rechtlichen Beziehungen seien ebenfalls positiv bewertet worden. Es gebe gute Erfolge auf konsularischem Gebiet hinsichtlich des Visa-Regimes, der Rechtshilfe. Wo es möglich sei, wolle man neue Abkommen schließen, soweit nicht die Interessen anderer Länder (Vier-Mächte-Abkommen[9]) berührt würden. Man denke dabei an das wissenschaftlich-technische Abkommen[10], an Verkehrsabkommen[11] und das Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen[12].

7 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 2. Mai 1979 in Sofia vgl. BULLETIN 1979, S. 531 f.

8 Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 214, Bd. 132800.

9 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf von Brühl stellte am 16. Mai 1979 zu den wissenschaftlich-technologischen Beziehungen mit Bulgarien fest: „Unsere Position ist nach wie vor, daß Voraussetzung für den Aufbau geregelter Beziehungen im wissenschaftlich-technischen Bereich der Abschluß eines Regierungsabkommens über Zusammenarbeit in der naturwissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung ist. Dies gilt nicht nur für Bulgarien, sondern für alle Ostblockländer, einschließlich der Sowjetunion. Bisher ist der Abschluß wissenschaftlich-technologischer Abkommen mit diesen Ländern an deren Weigerung gescheitert, Berlin (West) nicht nur formell, sondern auch praktisch in eine Kooperation einzubeziehen. Wir gehen davon aus, daß die-

Auf wirtschaftlichem Gebiet seien nur zwei Fragen erörtert worden:

Die EG-Präferenzen für Bulgarien.[13] Die deutsche Seite habe bekräftigt, daß sie ihre Unterstützung fortführen werde.

Der zweite Punkt sei die nichtdiskriminierende Behandlung Bulgariens gewesen, darüber werde sicher im Zusammenhang der wirtschaftlichen Beziehungen berichtet werden. Hinsichtlich der Kulturbeziehungen hätten sich beide Seiten für ihre umfassende Entwicklung ausgesprochen. Man sei übereingekommen, gewisse Veranstaltungen zu fördern (1300-Jahr-Feiern Bulgariens, deutsche Kulturwoche[14]). Außerdem sei das Zusammentreffen des Gemischten Ausschusses vorgesehen.

Der *Bundeskanzler* schlägt vor, vorzusehen, daß der Ausschuß noch in diesem Jahr zusammentritt.

Außenminister *Mladenow* stimmte dem zu. Der Ausschuß solle den gesamten Austausch im kulturellen Bereich erörtern.

Im internationalen Bereich seien Abrüstungsfragen erörtert worden. Bei dem ausführlichen Meinungsaustausch zu den Wiener Verhandlungen sei auch der Vorschlag des Bundeskanzlers im Bundestag betreffend die maximal fünfzigprozentige Beteiligung des Landes am „common ceiling" erörtert worden.[15] Ferner sei über vertrauensbildende Maßnahmen und den sowjetischen Vorschlag eines generellen Nichtangriffsabkommens[16] unter Einbeziehung von Waffen jeder Art gesprochen worden. In der gestrigen Sitzung sei der Stand der Wiener MBFR-Verhandlungen und ihr Verhältnis zu den französischen

Fortsetzung Fußnote von Seite 548

se Frage zuerst mit der Sowjetunion gelöst sein muß, bevor wir offizielle Kontakte mit den anderen WP-Staaten aufnehmen." Vgl. Referat 421, Bd. 122542.

11 In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Verkehr vom 19. März 1979 wurde festgestellt: „Der deutsch-bulgarische Straßengüterverkehr ist in der ‚Verwaltungsvereinbarung' zwischen den Verkehrsministerien beider Länder über den internationalen Straßengüterverkehr vom 26.6.1964 geregelt. Da der Wortlaut der Verwaltungsvereinbarung vertraulichen Charakter hat, ist der Inhalt lediglich auszugsweise veröffentlicht. Nach dieser Verwaltungsvereinbarung ist der Straßengüterverkehr zwischen beiden Staaten sowie im Transit jeweils durch den anderen Staat genehmigungspflichtig. Die erforderlichen Genehmigungen sind durch eine vereinbarte Höchstzahl (Kontingent) begrenzt. Entsprechende Regelungen sind mit fast allen europäischen Staaten vereinbart. Turnusgemäß treffen sich Vertreter der Verkehrsministerien beider Staaten, um die anstehenden Fragen zu behandeln und das Genehmigungskontingent zu überprüfen." Vgl. Referat 421, Bd. 122542.

12 Bundesminister Genscher und der bulgarische Außenminister Mladenow unterzeichneten am 25. November 1975 ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit, das am 12. November 1976 in Kraft trat. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1977, Teil II, S. 9f.

13 Zu den Beziehungen zwischen Bulgarien und den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 120, Anm. 18.

14 Vortragende Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander vermerkte am 10. Mai 1979 zu den Ergebnissen des Besuchs von Bundeskanzler Schmidt in Bulgarien: „Die bulgarische Zustimmung zur Durchführung unserer Kulturwoche 1980 ist ebenso wie unsere Bereitschaft, bulgarische Veranstaltungen in der BR Deutschland 1981 aus Anlaß des 1300-jährigen Bestehens des bulgarischen Staates zu unterstützen, in der Gemeinsamen Erklärung vom 4.5. festgehalten. Der bulgarische Außenminister bezeichnete die Durchführung der Kulturwoche der Bundesrepublik Deutschland in Bulgarien ausdrücklich als wichtig und bat um deutsche Vorschläge. [...] Der Bundeskanzler hat in der Schlußbesprechung beim Rückflug betont, daß für die deutsche Kulturwoche ein wirklich gutes Programm angeboten werden soll." Vgl. Referat 214, Bd. 132800.

15 Vgl. dazu die sicherheitspolitische Debatte des Bundestags am 8./9. März 1979; Dok. 80.

16 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 2. März 1979 für einen Nichtangriffspakt zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten vgl. Dok. 130.

Vorschlägen zur Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz[17] besprochen worden.

Heute morgen habe er mit StS van Well Südafrika und den Nahen Osten erörtert.

Es sei vereinbart worden, daß über den laufenden Besuch des Bundeskanzlers zwei Dokumente herausgegeben werden sollten. Einmal eine gemeinsame Erklärung[18], die eine organische Fortsetzung der Gemeinsamen Erklärung von 1975[19] sei, außerdem sei ein Kommuniqué über den Besuchsablauf[20] vorgesehen.

Er wolle StS van Well für die Teilnahme an den Gesprächen und für die freundschaftliche und konstruktive Atmosphäre danken, in der sie geführt wurden.

StS *van Well* erklärt, er habe wenig hinzuzufügen. Es sei ein gutes Gespräch gewesen, das uns sicherlich bei der Fortführung der bilateralen Zusammenarbeit und im internationalen Bereich helfen werde. Er habe Minister Mladenow Grüße von Minister Genscher und dessen Bereitschaft zu einem erneuten Besuch in Bulgarien[21] übermittelt.

Es sei gemeinsam festgestellt worden, daß noch keine Kontakte zwischen Städten bestünden. Mit allen anderen osteuropäischen Staaten sei dies der Fall. Gestern sei das Interesse beider Seiten festgestellt worden. Wir würden deshalb mit dem Deutschen Städtetag Verbindung aufnehmen.

Minister Mladenow habe die Frage der Einbeziehung von Berlin (West) erwähnt. Wir stünden auf einigen Gebieten in Kontakt mit der Sowjetunion. Soweit es möglich sei, dabei Ergebnisse zu erzielen, würden wir entsprechende Regelungen mit Bulgarien anstreben. Wo der Abschluß von Abkommen nicht möglich sei, solle eine pragmatische Weiterentwicklung der Beziehungen angestrebt werden. Hierüber habe im gestrigen Gespräch Einverständnis bestanden. Er sehe hierfür durchaus Möglichkeiten.

17 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 3, Anm. 16. Staatssekretär van Well legte dem bulgarischen Außenminister Mladenow am 2. Mai 1979 die Haltung der Bundesrepublik zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz dar: „Es sei ein Fehler gewesen, mit MBFR ohne Frankreich zu beginnen. Für uns wäre es schwer, uns an MBFR-Regelungen zu beteiligen, wenn Frankreich offen kritisiere. Wir hätten uns sehr bemüht, Frankreich zu Beteiligung an MBFR zu gewinnen, und hätten z. B. das Prinzip der Kollektivität mit Rücksicht auf die Franzosen eingeführt. Über die französischen Vorschläge seien wir in einer frühen Phase unterrichtet worden und hätten uns dafür entschieden, Frankreich zu ermutigen, sich an der Rüstungskontrolldiskussion in Europa zu beteiligen, aber wir hätten den Franzosen folgendes zu ihren Vorschlägen gesagt: a) MBFR dürfe nicht beeinträchtigt werden. Daraufhin hätten die Franzosen ihre Vorschläge dahingehend ergänzt, daß MBFR nicht tangiert werde. b) Die Sicherheit in Europa beruhe auf dem Verhältnis der beiden Allianzsysteme zueinander. Daraufhin hätten die Franzosen ihren Vorschlag in der NATO eingeführt, wo er konsultiert worden sei. Der Staatssekretär wies allgemein darauf hin, daß Frankreich sehr häufig Ideen lanciere, die am Anfang noch nicht genau definiert seien, und es der internationalen Diskussion überlasse, sie weiterzuentwickeln." Vgl. Referat 214, Bd. 132800.

18 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt und des Staatsratsvorsitzenden Schiwkow vom 4. Mai 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 533–536.

19 Bundeskanzler Schmidt und der Staatsratsvorsitzende Schiwkow unterzeichneten am 25. November 1975 eine Gemeinsame Erklärung. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1975, S. 1359–1361.

20 Für den Wortlaut des Kommuniqués zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 2. bis 4. Mai 1979 in Bulgarien vgl. BULLETIN 1979, S. 536.

21 Bundesminister Genscher hielt sich am 20./21. Oktober 1977 in Bulgarien auf. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 303.

Beide Seiten hätten Konsultationen zwischen den Rechts- und Konsularabteilungen, die schon im Visabereich zu Forschritten geführt hätten, als nützlich beurteilt.

Die deutsche Seite habe festgestellt, daß die bulgarische Seite eine positive und wohlwollende Haltung im humanitären Bereich einnehme. Es gebe nur Einzelfälle. Hierzu habe er Außenminister Mladenow Notizen übergeben.

Zu den Aufgaben des Gemischten Ausschusses führte StS van Well aus, daß dieser sich mit der weiteren Entwicklung der Kulturbeziehungen befassen solle, sei es durch Verabschiedung eines Zweijahresprogramms oder durch Aufstellung von Programmlisten. Der Ausschuß solle sich auch mit der deutschen Kulturwoche 1980 und bulgarischen Veranstaltungen in der Bundesrepublik anläßlich der 1300-Jahr-Feiern befassen.

Zur Abrüstung wolle er ergänzen, daß beide Seiten es begrüßt hätten, daß Frankreich sich durch eigenen Vorschlag wieder in die Abrüstungsdiskussion eingeschaltet habe. Es habe Übereinstimmung auch darüber bestanden, daß die Fortsetzung der MBFR-Verhandlungen durch die französischen Vorschläge nicht berührt werde.

Erörtert worden seien die Auswirkungen eines MBFR-Abkommens auf die Flankenmächte.

Gemeinsames Interesse sei auch hinsichtlich der vertrauensbildenden Maßnahmen[22] und ihrer Einbeziehung in die Madrider Konferenz[23] festgestellt worden.

Zur Frage der Kollektivität und der Parität habe er ausführlich den deutschen Standpunkt dargelegt. Er habe betont, wir seien zuversichtlich hinsichtlich des Erfolgs der Wiener Verhandlungen, und daß wir den Abschluß eines SALT-II-Abkommens[24] dafür als förderlich ansähen.

Der *Bundeskanzler* erklärt, er wolle hierzu einige Bemerkungen machen.

Ihm lägen die Wiener Verhandlungen besonders am Herzen. Unter den heute lebenden Staatsmännern habe er sich in besonderem Maße in diesen Fragen engagiert.

1) Es sei sehr wichtig, die Datenbasis zu klären. Man dürfe nicht einige der heute bestehenden Befürchtungen und Zweifel in die Zeit nach Abschluß des Abkommens fortschleppen, weil sie seine Glaubwürdigkeit in Frage stellen würden. Dabei müßten sich beide Seiten bewußt sein, daß sie das Gesicht der jeweils anderen Seite wahren müßten.

2) Zu seinem erwähnten Vorschlag bezüglich der Fünfzig-Prozent-Klausel wolle er darauf hinweisen, daß dies nicht das Wichtigste und keine ausschließliche Möglichkeit sei. Vielmehr sei das Wichtigste die Festlegung der kollektiven Parität auf beiden Seiten. Man sollte aber prüfen, ob eine Hinzufügung einer sol-

22 Zum „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. Dok. 38, Anm. 19.

23 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

24 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

chen Klausel zum Vertrag nicht große tatsächliche Vorteile habe: daß man einzelne Länder nicht isoliert zu nennen oder zu behandeln braucht. Es sei wichtig, primär zu vereinbaren, daß von der kollektiven Parität in beiden Bündnissen ausgegangen werden solle. Als zusätzlicher Punkt könnte vereinbart werden, daß im Reduzierungsraum des Warschauer Paktes kein Staat mehr als 50% der Truppen des Warschauer Paktes unterhalten solle und umgekehrt, daß innerhalb des Reduzierungsraums der NATO ebenfalls kein Staat mehr als 50% der Gesamstreitkräfte des Bündnisses unterhalten solle. Dies würde zu tatsächlicher Begrenzung der größten Streitkräfte im Reduzierungsraum auf beiden Seiten führen, wobei klar sei, daß dies einerseits auf die Sowjetarmee und andererseits auf die Bundeswehr zielen würde.

3) Er begrüße ausdrücklich die weiter notwendige Diskussion über die Auswirkungen auf die Flankenmächte im Zusammenhang mit MBFR.

Außenminister *Mladenow* betont, man müsse die Streitgespräche über die Datenbasis begrenzen. Wenn es wie bisher weitergehen würde, könne man noch zehn bis fünfzehn Jahre darüber sprechen.

Die Fünfzig-Prozent-Klausel würde dazu führen, daß die Bundeswehr ihre Stärke noch erhöhen könne, während die Sowjetunion reduzieren müsse. Der Vorschlag sei jedoch interessant. Es sei die erste Stellungnahme eines führenden westlichen Staatsmannes zu den östlichen Vorschlägen vom 8. Juni des vergangenen Jahres[25]. Deshalb habe er sich im Gespräch mit StS van Well dafür interessiert, ob auf deutscher Seite die Absicht bestehe, diesen Vorschlag in Wien einzuführen.

Zu den Auswirkungen auf die Flankenmächte habe er dargelegt, daß eine Verlagerung nach Bulgarien nicht in Betracht komme. Es bestünden keine ausländischen Stützpunkte in Bulgarien, wohl aber in der Türkei und in Griechenland. Auf Frage des Bundeskanzlers nach anderen Ländern ergänzte Außenminister Mladenow, daß weder Bulgarien noch Rumänien noch Jugoslawien in Betracht kämen.

Der *Bundeskanzler* ergänzt, man müsse auch an Ungarn denken und Gebiete entlang der westlichen Grenzen der Sowjetunion.

Er wolle Außenminister Mladenow für seine Darlegungen danken und versichern, daß die Bundesrepublik Deutschland die Absicht habe, sich an den Reduzierungen zu beteiligen und nicht etwa zu verstärken.

Zur Datendiskussion: Wenn es noch mal zehn oder fünfzehn Jahre dauere, dann wäre dieses Projekt gestorben. Sein Instinkt sage ihm, daß ein baldiges Zustandekommen von SALT II in diesem Sommer dann auch schnellere Fortschritte in Wien ermöglichen werde. Dies sei u. a. auch deshalb notwendig, weil 1980 Wahlen in den USA[26] und in der Bundesrepublik Deutschland[27] bevorstünden. Wenn in den nächsten Wochen SALT abgeschlossen würde, würde es auch in Wien zu einer Vorwärtsbewegung kommen.

[25] Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts vom 8. Juni 1978 vgl. Dok. 39, Anm. 13.

[26] Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

[27] Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

Präsident *Schiwkow* dankt für die Offenheit der Gespräche und für die zusätzlichen Erläuterungen des Bundeskanzlers. Die bulgarische Seite sehe darin die große persönliche Sorge des Kanzlers und schätze sie hoch ein. Was Bulgarien Sorge bereite, sei der Wunsch gewisser NATO-Kreise, sich Vorteile zu verschaffen. Bei der Erörterung im Kreis der Warschauer-Pakt-Staaten sei man sich darüber einig gewesen, daß man einen Ausgleich wolle, aber darauf achten werde, daß dadurch kein Vorteil für die NATO entstehe. Das Gleichgewicht müsse nach den Reduzierungen erhalten bleiben.

Man wolle auch keine Stationierung in Flankenstaaten, es bestünde die Sorge, daß NATO-Kontingente in Griechenland und der Türkei stationiert werden könnten. Der griechische Ministerpräsident Karamanlis habe ihm versichert, daß er die Entwicklung kontrolliere.[28] Im übrigen sei heute technisch alles kontrollierbar. Vielleicht wisse man auf diesem Wege besser Bescheid als Karamanlis oder Ecevit.

Der *Bundeskanzler*: Er wolle zwei Sätze dazu sagen:

1) Die Zugehörigkeit der westlichen Flankenstaaten (Norwegen, Griechenland, Türkei) zur NATO gehöre zum obwaltenden Gleichgewicht.

2) Wenn tatsächlich im Reduzierungsraum Parität erzielt werde, kann keine der beiden Seiten davon einen Vorteil haben.

Er halte im übrigen Kontakte führender Politiker auf diese Fragen, die nicht rein technisch behandelt werden könnten, für sehr wichtig.[29]

Präsident *Schiwkow* stimmt dem zu.

Wirtschaft:

In seiner Einführungsrede verwies Staatsratsvorsitzender Schiwkow auf die hohe Außenhandelsabhängigkeit Bulgariens. Maßgebend dafür sei, daß sein Land über keine wesentlichen und umfangreichen Rohstoffvorkommen verfüge. Der bulgarische Außenhandelsumsatz sei größer als derjenige Griechenlands und der Türkei zusammengenommen und entspreche etwa dem der weit größeren Nachbarländer Rumänien bzw. Jugoslawien. Die hohe Außenhandelsaktivität hätte in den letzten Jahren zu einer gewissen Verschuldung und Devisenschwierigkeiten geführt, die jedoch bis zum Jahr 1981 behoben sein würden. (Im Direktgespräch mit dem BK hatte Schiwkow eine derzeitige Devisenverschuldung Bulgariens in Höhe von etwa 3 Mrd. Dollar als durchaus zutreffend bezeichnet, deren Abbau in den nächsten zwei bis drei Jahren jedoch in Aussicht gestellt.)

Der bulgarische Außenhandelsminister *Hristow* referierte über das vorhergegangene Gespräch zwischen ihm, dem bulgarischen Minister für Metallurgie und Rohstoffe, Stamenow, einerseits sowie PStS Grüner und Vertretern deutscher Wirtschaftskreise andererseits. Dabei hätte man einige konkrete Projekte erörtert und in vielen Fragen Übereinstimmung erzielt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist der wichtigste westliche Außenhandelspartner Bulgariens, die Wirtschaftsbeziehungen mit uns daher für Bulgarien

[28] Staatsratsvorsitzender Schiwkow traf vom 28. bis 30. April 1979 auf Korfu mit Ministerpräsident Karamanlis zusammen.

[29] So in der Vorlage.

von außergewöhnlicher Bedeutung.[30] Der bilaterale Warenaustausch sei bisher positiv verlaufen, eine weitere Entwicklung wird angestrebt. So seien gute Voraussetzungen vorhanden, den Umsatz in den nächsten fünf Jahren gegenüber dem vorhergehenden Zeitraum zu verdoppeln. Z.Zt. würde über zehn gemeinsame Projekte im Gesamtwert von ca. 1 Mrd. DM verhandelt. Im Hinblick auf die Handelsbilanz konnten die bulgarischen Exporte im Jahr 1978 und im ersten Quartal 1979 im Westhandel schneller wachsen als die entsprechenden Importe.

Die bulgarische Seite bitte die Bundesregierung, sich für eine baldige Entscheidung der EG über den bulgarischen Antrag für allgemeine Zollpräferenzen durch die Gemeinschaft zu verwenden. Eine Lösung dieser Frage könnte durch persönliche Intervention des Herrn Bundeskanzlers beschleunigt werden.

Die bulgarischen Exporte in die Bundesrepublik Deutschland unterliegen noch einer Reihe von Beschränkungen, die sich insbesondere bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Textilien bemerkbar machten. Durch eine flexiblere Handhabung, z.B. Übertragung von Kontingenten, großzügigere Messekontingente usw. könnte eine Besserung herbeigeführt werden.

Besonders ausführlich sei die Industriekooperation erörtert worden. Bisher seien zehn langfristige Rahmenabkommen über die industrielle Zusammenarbeit mit deutschen Firmen unterzeichnet worden; zwei weitere Abkommen befinden sich in Vorbereitung (Bosch, AEG). Ferner seien etwa 30 Verträge über einzelne Vorhaben der industriellen Kooperation abgeschlossen worden.

Die bulgarische Seite ist an deutschen Kapitalinvestitionen einschließlich der Gründung gemeinsamer Unternehmen interessiert, allerdings ohne generelle gesetzliche Grundlage und ohne ausländischen Eigentumserwerb an Produktionsmitteln. Dagegen würden jedoch alle Rechte wie bei Miteigentum garantiert, so die Mitwirkung bei der Geschäftsführung, Kontrolle der Investitionen, Gewinntransfer und Rücktransfer der bestehenden Anteile bei Auflösung des gemeinsamen Unternehmens. Zur Unterrichtung deutscher Wirtschaftskreise ist die Entsendung einer bulgarischen Delegation vorgesehen. (Bulgarische Delegation mit Außenhandelsminister Hristow, Präsidenten der Staatsbank Nikiforow, Vorsitzenden des Staatskomitees für Tourismus Eftimow und Präsidenten der Handels- und Industriekammer Penkow soll am 17. Mai 1979 auf einer Tagung des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft ein Symposium über dieses Thema abhalten.[31]) Ferner sollte sich die deutsch-bulgarische Wirtschafts-

30 Botschaftsrat I. Klasse Eggers, Sofia, stellte am 14. März 1979 fest: „Die Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor wichtigster Handelspartner Bulgariens. Nach einem Rückgang des Handelsvolumens und Verminderung des bulgarischen Handelsdefizits in den Jahren 1976/77 nahm das Handelsvolumen 1978 mit prozentual stärkerem Anstieg der deutschen Einfuhren wieder zu. Das bulgarische Handelsdefizit hielt sich mit 404 Mio. DM etwa auf gleicher Höhe wie 1977. Handelsvolumen 1978: 1032 Mio. DM (+ 8,1%). Deutsche Ausfuhren 1978: 718 Mio. DM (+ 7,1%). Deutsche Einfuhren 1978: 314 Mio. DM (+ 12,1%)." Vgl. den Schriftbericht Nr. 202; Referat 214, Bd. 132850.

31 Vortragender Legationsrat I. Klasse Sieger informierte die Botschaft in Sofia am 22. Mai 1979 über den Besuch des bulgarischen Außenhandelsministers Hristow vom 16. bis 19. Mai 1979. Hristow habe am 17. Mai 1979 vor dem Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft die Bereitschaft Bulgariens bekräftigt, „die Gründung gemischter Gesellschaften in Bulgarien zuzulassen. Damit wolle man moderne Technologie und modernes Marketing erwerben und die Exportkraft des Landes stärken. Hristow verwies auf die seit 1974 bestehenden Rechtsgrundlagen [...]. Dies sei zwar nicht die ideale Lösung. ‚Wirtschaftliche Ergebnisse sind jedoch wichtiger als juristische Formen.' Für die einzel-

kommission[32] auf ihrer nächsten Tagung mit einem Investitionsabkommen befassen bzw. eine solche Vereinbarung unterzeichnen (entsprechend deutsch-rumänischem Investitionsförderungsvertrag[33]).

In der Kreditfrage strebe Bulgarien keine Privilegien an entsprechend unserer Hilfe an Entwicklungsländer, sondern bemühe sich um Kredite zu Marktbedingungen mit Hermes-Garantien für größere Projekte, d.h. eine Gleichbehandlung mit anderen osteuropäischen Staaten. Der Präsident der Nationalbank würde demnächst die Möglichkeiten bulgarischer Kreditaufnahme bei deutschen Banken in Höhe von insgesamt 400 bis 500 Mio. DM eruieren.[34]

Die Zusammenarbeit in Drittländern soll gefördert werden, dabei sollten bulgarische Unternehmen als Lieferanten und bei der Bauausführung stärkere Berücksichtigung finden. Auf der kürzlich stattgefundenen Sitzung der Arbeitsgruppe für Drittlandskooperation sei volle Übereinstimmung über die zukünftige Entwicklung dieses Bereichs erzielt worden.

Der Tourismus in Bulgarien hätte sich in den letzten Jahren, insbesondere wegen verbesserten Services, positiv entwickelt. Dieses hätte auch zu einem zunehmenden Interesse deutscher Touristikunternehmen geführt. Eine weitere Ausgestaltung ist durch neue Infrastrukturmaßnahmen vorgesehen, zu denen auch deutsche Investitionen möglich und erwünscht sind. Dieses gelte auch für den Ausbau von Heilbädern.

Auf dem Transportsektor bestehe bereits eine Zusammenarbeit mit deutschen Firmen, so mit Daimler-Benz. Nach Fertigstellung des Main-Donau-Kanals[35] würden sich weitere Möglichkeiten für eine bilaterale Zusammenarbeit ergeben. Bulgarien bemühe sich um Kapital und Zusammenarbeit beim Ausbau

Fortsetzung Fußnote von Seite 554

nen Verträge zur Gründung gemischter Gesellschaften ließ er weiten Verhandlungsspielraum und hohe Flexibilität erkennen. Beteiligung des ausländischen Partners sei anteilmäßig nicht beschränkt. Bulgarische Regierung werde durch steuerliche und andere Vergünstigungen zusätzliche Anreize schaffen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 162; Referat 421, Bd. 122543.

32 Die Bildung einer Gemischten Kommission war in Artikel 9 des Abkommens vom 14. Mai 1975 zwischen der Bundesregierung und der bulgarischen Regierung über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit vorgesehen. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 1155.
Botschafter Heimsoeth berichtete am 23. August 1979, das bulgarische Außenhandelsministerium habe mitgeteilt, daß die 5. Tagung der Gemischten Kommission nicht wie geplant im November 1979, sondern erst im Februar 1980 stattfinden solle. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 624; Referat 421, Bd. 122544.

33 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. Oktober 1979 zwischen der Bundesrepublik und Rumänien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, nebst dem dazugehörigen Protokoll und dem Briefwechsel zwischen Bundesminister Genscher und dem rumänischen Außenminister Andrei, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 1158-1166.

34 Mit Schreiben vom 18. Mai 1979 informierte die Kreditanstalt für Wiederaufbau über ein Gespräch ihres Vorstands mit dem Präsidenten der bulgarischen Nationalbank, Nikiforow, am 17. Mai 1979 in Frankfurt am Main: „Die bulgarische Seite ist an der Einräumung einer generellen Kreditlinie durch uns zur Finanzierung von Lieferungen und Leistungen deutscher Exporteure sehr interessiert. Unser Vertragspartner würde hierbei die Bulgarische Außenhandelsbank sein. Angesichts der Vorbereitungen zur Erstellung eines Investitionsprogramms im Rahmen des neuen Fünfjahresplans würden es die Bulgaren begrüßen, wenn sie mit uns eine Finanzierungsvereinbarung treffen könnten, die auf der Basis der üblichen Einzelindeckungnahme der Liefergeschäfte durch die Hermes Kreditversicherungs-AG insbesondere einer vereinfachten Abwicklung des jeweiligen einbezogenen Geschäftes dienen soll. Wir haben zugesagt, eine entsprechende schriftliche Einladung, die in Kürze an uns ergehen wird, anzunehmen" Vgl. Referat 421, Bd. 122543.

35 Zum Bau des Main-Donau-Kanals vgl. Dok. 120, Anm. 28.

seiner Donauhäfen. Ferner bestehe Interesse an Ladungsabsprachen mit deutschen Transportunternehmen. So könnte auch die Gründung einer gemeinsamen Speditionsfirma für diesen Schiffahrtsweg ins Auge gefaßt werden. Die gemischte Wirtschaftskommission sollte sich auf ihrer nächsten Tagung mit diesen Fragen befassen und entsprechende Maßnahmen beschließen.

PStS *Grüner* stimmte dem Bericht von AHM[36] Hristow im wesentlichen zu. Die erfreuliche Entwicklung des Außenhandels sei nicht zuletzt das Ergebnis bulgarischer Bemühungen um den deutschen Markt.

Beide unterschiedlichen Wirtschaftssysteme sollten noch besser voneinander profitieren, ohne daß Sonderbedingungen auf finanziellem oder rechtlichem Gebiet erforderlich wären. Der neue Ansatz, die Möglichkeit der Gründung gemeinsamer Unternehmen in Bulgarien, könnte eine sehr positive Entwicklung einleiten, auch wenn hier kein Eigentum der deutschen Investoren vorgesehen ist. Voraussetzung sei jedoch eine bulgarische Kapitalgarantie sowie die Möglichkeit für eine deutsche Beteiligung am Management sowie für den Gewinntransfer. Desgleichen sei für diese Zusammenarbeit der Abschluß eines Investitionsförderungsvertrags zweckmäßig und wahrscheinlich sogar notwendig. Auf der nächsten Kommissionstagung sollten diese Fragen sehr ausführlich behandelt werden. Abschließend stellte er fest, daß die geführten Gespräche als vertrauensbildende Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft zu werten seien.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die deutsch-bulgarische Industriekooperation im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern einiges aufzuholen hätte; so bestehen mit Ungarn mehrere 100 Kooperationsprojekte, mit Jugoslawien etwa 80 und zusätzlich 25 gemischte Gesellschaften, mit Rumänien über 50. Er forderte die Vertreter der deutschen Wirtschaft auf, sich gleichfalls zu den behandelten Wirtschaftsfragen zu äußern.

Herr *Borstelmann* (Vorsitzender des Bulgarienkreises beim Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft) betonte das grundsätzliche Interesse der deutschen Wirtschaft an einer verstärkten industriellen Kooperation mit Bulgarien. Es gäbe keinen Grund, warum der Stand der Kooperation mit anderen osteuropäischen Ländern nicht auch mit Bulgarien erreicht werden könnte. Am 17. Mai 1979 fände eine Sitzung des Bulgarienkreises in Köln statt. Zu dieser Tagung sollte eine bulgarische Delegation entsandt und bei dieser Gelegenheit eine genaue Darstellung der neuen bulgarischen Investitionsregelung gegeben werden.

Herr *Spethmann* (Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG) unterstrich gleichfalls das nachhaltige Interesse der deutschen Wirtschaft am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit Bulgarien und wies auf die Mitwirkung seines Unternehmens beim Bau von Betrieben in Bulgarien hin.

Bei einer Gründung gemeinsamer Unternehmen sei die Frage der Ausnutzung kostengünstiger Produktionsfaktoren und somit die Preisgestaltung für Produkte dieser Gesellschaften von großer Bedeutung. Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit mit Bulgarien gäbe es wegen unbeantworteter Rückfragen bei bulgarischen Stellen betreffend die Mitwirkung bulgarischer Unternehmen z. B. bei einer Zusammenarbeit in dritten Ländern.

[36] Außenhandelsminister.

Staatsratsvorsitzender *Schiwkow* appellierte gleichfalls an die deutsche Wirtschaft, sich an Investitionen in Bulgarien zu beteiligen. Die Sicherheit jeder Investition aus der Bundesrepublik Deutschland werde von bulgarischer Seite, und zwar vom Staat und von der Nationalbank garantiert. Obwohl kein Miteigentum, seien jedoch alle Rechte der Investoren gesichert. Die sozialen Fragen der Belegschaft würden jedoch ausschließlich der bulgarischen Gesetzgebung und Zuständigkeit unterliegen.

Er sähe die Notwendigkeit einer internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Deshalb müßten bulgarische Unternehmen mit westlichen Betrieben konfrontiert und ins kalte Wasser geworfen werden. Dabei würden sicherlich einige Unternehmen ertrinken.

In Bulgarien herrsche noch sehr viel Bürokratie: Einige bulgarische Betriebe würden unter den Verhältnissen der Bundesrepublik Deutschland schon längst pleite gehen. Dieses wäre jedoch auch eine Stärke und ein Vorteil der sozialistischen Wirtschaft, daß solche Betriebe in Bulgarien bestehen bzw. verkraftet werden könnten.

Referat 214, Bd. 132800

123

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jordanischen Botschafter al-Nimer

3. Mai 1979[1]

Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem jordanischen Botschafter Nabih al-Nimer am 3.5.79, 12.00 Uhr

Gesprächsteilnehmer: BM, Botschafter, VLR I Fiedler, VLR I Weber, LR I Petersmann.

BM bittet Botschafter um Einschätzung der Lage im Mittleren Osten durch jordanische Regierung, d.h. Analyse der gegebenen Situation und Frage danach, welche weiterführenden Schritte für möglich gehalten werden. Ferner fragt BM nach den Ursachen für Sadats heftige Attacke gegen Saudi-Arabien.[2] *Bot-*

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Petersmann am 3. Mai 1979 gefertigt, der handschriftlich die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragenden Legationsrat Ackermann verfügte.
Hat Wallau am 3. Mai 1979 vorgelegen.
Hat Ackermann am 4. Mai 1979 vorgelegen.

[2] In der Presse wurde über eine Fernsehansprache des Präsidenten Sadat vom 1. Mai 1979 berichtet: „Zum erstenmal übte Sadat auch offene Kritik an der saudi-arabischen Führung, der er vorwarf, gewisse arabische Länder dafür ‚bezahlt' zu haben, ihre Beziehungen zu Ägypten nach der Unterzeichnung des israelisch-ägyptischen Friedensvertrages abzubrechen." Vgl. die Meldung „Sadat greift die PLO und Saudi-Arabien an"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Mai 1979, S. 1.
Ministerialdirektor Meyer-Landrut vermerkte am 3. Mai 1979, er habe den ägyptischen Botschafter Sirry am selben Tag „angerufen und ihn um Interpretation der Angriffe Sadats auf Saudi-Ara-

schafter äußert, der Friedensvertrag von Camp David[3] habe eine Menge Schwierigkeiten und Probleme für das palästinensische Volk geschaffen. Jordanien habe nicht schon am Anfang der Verhandlungen Nein gesagt, sondern erst, als sich als deren Ergebnis ein bilateraler Separat-Vertrag herausgeschält habe.[4] Die US hätten den Boden der Resolution 242[5] verlassen. Mit der Zustimmung zum Boykott gegenüber Ägypten habe Jordanien eine bittere, aber doch die am wenigsten bittere Wahl getroffen.[6]

Kernfrage des zu lösenden Problems im Mittleren Osten sei nicht der Sinai, der Golan und nicht einmal das Westufer, sondern das Schicksal der Palästinenser, die in Jordanien etwa die Hälfte der Bevölkerung bildeten. Der Lösung dieses Problems sei man durch den Vertrag von Camp David keinen Schritt näher gekommen.

Den Angriff Präsident Sadats gegen Saudi-Arabien erklärt der Botschafter – als seine persönliche Meinung – mit der Führungsrolle Saudi-Arabiens gegenüber den übrigen Golfstaaten.

Die Frage des *BM* nach der Auswirkung der Ereignisse im Iran auf die Staaten des Mittleren Ostens bejaht der *Botschafter*. Iran sei eine politische und militärische Macht in der Region gewesen, an deren Stelle momentan ein Vakuum getreten sei. Dieses Vakuum dürfe nicht von Staaten außerhalb der Region, sondern nur von den Staaten des Mittleren Ostens selbst gefüllt werden. Die Entwicklung sei noch nicht abgeschlossen, und niemand könne schon heute die Antwort auf die wirkliche Zukunft des Iran geben.

Fortsetzung Fußnote von Seite 557

bien" gebeten: „Der ägyptische Botschafter wies einleitend darauf hin, daß die Äußerungen Sadats gemäßigter und ruhiger erfolgt seien, als dies in der deutschen Presse zum Ausdruck gekommen sei. Sadat habe erklärt, er werde sich nicht auf eine Polemik mit den Saudis einlassen. Die gefallenen Äußerungen seien als ein ‚Schuß vor den Bug der Saudis' zu werten. Die Gründe für dieses Vorgehen seien folgende: 1) Die öffentliche Meinung in Ägypten sei von der Abwendung Saudi-Arabiens von Ägypten sehr tief enttäuscht worden. Diese Enttäuschung sei um so ernster zu werten, als Präsident Sadat bislang immer sehr stark auf die Freundschaft zu Saudi-Arabien abgestellt habe. Es sei insofern für den Präsidenten unumgänglich gewesen, in der Öffentlichkeit eine kritische Position einzunehmen. 2) Im übrigen werde arabischer Mentalität zufolge ein Schweigen in solchen Fällen als Schwäche ausgelegt. Ein arabischer Gesprächspartner habe ihm, Botschafter Sirry, neulich gesagt, Nasser sei viel besser mit den Saudis umgegangen als Sadat. Er habe stets auf die Saudis verbal eingeschlagen; diese seien eingeschüchtert gewesen und hätten gezahlt." Vgl. Referat 310, Bd. 124987.

3 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

4 Botschaftsrat Schürmann, Amman, berichtete am 27. April 1979, der jordanische Hofminister Amer Khammash habe in einem Gespräch zur amerikanischen Nahostpolitik dargelegt: „Jordanische Regierung sei zwar weiterhin, wie König Hussein erklärt habe, von Aufrichtigkeit der Friedensbemühungen Präsident Carters überzeugt. Doch genüge es nicht, Jordanien aufzufordern, an den Willen der USA zur Erreichung umfassenden Friedens zu glauben, vielmehr müsse dieser Wille auch überzeugend manifestiert werden. Wenn das Camp-David-Rahmenabkommen über Frieden in N[ah]o[st] ebenso klar gewesen wäre wie das bilaterale ägyptisch-israelische Abkommen und damit das ‚Ende des Tunnels' sichtbar gemacht worden wäre, hätte Jordanien den C[amp]D[avid]-Ansatz vertreten und bei übrigen arabischen Staaten durchsetzen können. Leider habe USA kein entsprechendes Commitment durchgesetzt und es vorgezogen, mit dem bilateralen ägyptisch-israelischen Vertrag den ‚leichteren Weg' zu beschreiten. Nach diesem ersten Schritt, der das Kernproblem, die Palästinenserfrage, völlig außen vor gelassen habe, werde es noch schwieriger für USA sein, den notwendigen Druck auf Israel zur Erreichung einer für alle betroffenen NO-Parteien akzeptablen Lösung auszuüben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 171; Referat 010, Bd. 178801.

5 Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 20.

6 Vgl. dazu die Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad; Dok. 91, Anm. 9.

BM stimmt zu und äußert die Auffassung, damit werde es auch noch eine Weile dauern. BM äußert unser Interesse daran, daß eine Entwicklung auf eine umfassende Lösung des Nahost-Problems hin unter Aufrechterhaltung der arabischen Einheit eingeleitet wird. Hier hätten die europäischen und arabischen Staaten eine große gemeinsame Aufgabe vor sich. Europa sehe im Mittleren Osten nicht eine entfernte, sondern eine benachbarte Region. In der Welt werde es sicherlich immer verschiedene Wertungen wichtiger Probleme geben, aber ungeachtet dessen komme es darauf an, gemeinsame Schritte nach vorn zu machen.

BM äußert sodann seine Absicht, im Rahmen seiner geplanten Nahost-Reise[7] außer Saudi-Arabien[8], Syrien und Irak[9] auch Jordanien zu besuchen, wenn sich dies einrichten lasse. Die schon lang bestehende Einladung habe er bereits früher annehmen wollen, sei daran aber durch den tragischen Absturz des Hubschraubers der Königin[10] seinerzeit gehindert worden.

Der *Botschafter* dankt BM und würdigt die starke politische Rolle der Bundesrepublik Deutschland in der Welt und insbesondere als Mitglied der EG. Die Unterstützung einer friedlichen Lösung durch die Bundesregierung sei sehr wichtig. Jordanien selbst sei nicht weniger interessiert an einer friedlichen Lösung; nach mehreren verlorenen Kriegen seien die arabischen Staaten „realistisch" geworden. Jordanien wisse, daß es sich gegenwärtig gegenüber Israel noch in einer Position der militärischen Schwäche befinde, die durch das Ausscheren Ägyptens sogar noch akzentuiert worden sei. Israel könne heute Frieden haben, wenn es die 1967 eroberten Gebiete[11] zurückgebe. Er zweifle jedoch an dem Friedenswillen Israels, das sich wie ein Dieb benehme, der einen Anzug gestohlen habe und dem Bestohlenen nun die Jacke zurückgeben wolle, aber selbst dies nur unter der Bedingung, daß die Jacke nur samstags und sonntags getragen werden dürfe.

BM entgegnet, er glaube an den Friedenswillen Israels, jedoch schätze dieses die Voraussetzungen des Friedens möglicherweise abweichend ein. Er sehe der Gelegenheit entgegen, den gegenseitigen Meinungsaustausch mit der jordanischen Regierung weiter zu vertiefen, und erinnere sich in diesem Zusammenhang noch gern an die nützlichen Gespräche mit seiner Königlichen Hoheit und der jordanischen Regierung in der Vergangenheit.[12] BM bringt seine be-

7 Bundesminister Genscher hielt sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien, am 28. August im Libanon, vom 29. bis 31. August in Jordanien und vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 240–245, Dok. 247, Dok. 249 und Dok. 250.

8 Bundesminister Genscher besuchte am 23./24. Juni 1979 Saudi-Arabien. Vgl. dazu Dok. 186, Dok. 187 und Dok. 189.

9 Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1979 im Irak auf. Vgl. dazu Dok. 201 und Dok. 203.

10 Königin Alia wurde am 9. Februar 1977 bei einem Hubschrauberabsturz getötet.

11 Am 5. Juni 1967 griffen israelische Streitkräfte ägyptische Truppen auf der Sinai-Halbinsel an und nahmen einen Tag später den Gaza-Streifen und den jordanischen Teil von Jerusalem ein. Am folgenden Tag ordnete das Oberkommando der ägyptischen Streitkräfte die Sperrung des Suez-Kanals an. Die Kampfhandlungen fanden am 10. Juni 1967 mit der Besetzung der Sinai-Halbinsel und des Gebietes westlich des Jordans durch Israel ein vorläufiges Ende. Der Suez-Kanal blieb für die Schiffahrt gesperrt. Vgl. dazu AAPD 1967, II, Dok. 207 und Dok. 208.

12 König Hussein besuchte die Bundesrepublik vom 5. bis 11. November 1978. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher am 7. November 1978 vgl. AAPD 1978, II, Dok. 343 und Dok. 344.

sten Wünsche für das Wohlergehen seiner Königlichen Hoheit zum Ausdruck. *Botschafter* dankt und äußert, auch er habe verschiedentlich in Amman gehört, daß die Gespräche mit BM in besonders guter Erinnerung geblieben seien. Abschließend äußert *BM* seine Absicht, mit dem Botschafter und dessen arabischen Kollegen in Kontakt zu bleiben. Die anstehenden Terminfragen sollen zwischen Herrn Wallau und der jordanischen Botschaft abgeklärt werden.

Referat 010, Bd. 178801

124

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Staatsratsvorsitzenden Schiwkow in der Residenz Euxinograd

VS-NfD **4. Mai 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers[2] mit dem bulgarischen Staatsratsvorsitzenden Schiwkow beim Mittagessen am 4. Mai 1979 in der Residenz „Euxinograd" von 14.30 bis 14.50 Uhr

Anwesend: Kabinettschef Balew, bulgarischer Dolmetscher, MDg von der Gablentz, als Dolmetscher des Bundeskanzlers GK Mahrdt.

Bundeskanzler dankt für die großzügige Gastfreundschaft. Er hat auch vor der Presse zum Ausdruck gebracht, welchen großen Eindruck die Gastfreundschaft der Staatsführung und der bulgarischen Bürger auf ihn gemacht haben.[3]

Schiwkow äußert im Namen der Regierung und der Parteiführung seine Zufriedenheit mit dem Besuch. Die Gastfreundschaft kommt von Herzen.

Man kann nicht behaupten, in allen Fragen einmütig zu sein, aber man hat ein intensives Gespräch im Geiste der Freundschaft geführt. Er verspricht, alles ihm Mögliche zu tun, die Bedingungen der Zusammenarbeit zwischen Bulgarien und der Bundesrepublik Deutschland zu fördern.

Bundeskanzler zeigt sich beeindruckt vom Ausbau der Landwirtschaft und der Modernisierung der Industrie und der Städte. Er stimmt der von Schiwkow gegebenen Charakterisierung der Gespräche zu.

Schiwkow betont den ehrgeizigen Charakter der bulgarischen Entwicklungspläne. Mit dem Institut für Hydrodynamik ist Bulgarien technologisch führend

[1] Ablichtung des Entwurfs.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 7. Mai 1979 gefertigt.

[2] Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 2. bis 4. Mai 1979 in Bulgarien auf. Vgl. dazu auch Dok. 120 und Dok. 122.

[3] Zur Pressekonferenz des Bundeskanzlers Schmidt am 4. Mai 1979 in Warna vgl. die Aufzeichnung des Bundespresseamts vom selben Tag; Referat 214, Bd. 132800.

auf dem Balkan. Es strebt eine führende Stellung auch auf anderen Gebieten an.

Auf Fragen des Bundeskanzlers erläutert er, daß auch für landwirtschaftliche Arbeiter in Bulgarien wie für Industriearbeiter Acht-Stunden-Tag und Fünf-Tage-Woche gelten. Ausnahmen gibt es während der Saison und bei besonders schweren Arbeiten. Es gibt große Möglichkeiten für den Ausbau der bulgarischen Landwirtschaft. Ein Hindernis ist allerdings die Vielfalt von etwa 80 verschiedenen Kulturen, die eine Rationalisierung erschwert. Die Vielzahl der Kulturen soll jetzt reduziert werden, obwohl sie zur Zeit in der Arbeitsteilung unter den sozialistischen Ländern eine wichtige Rolle spielt. In Zukunft müssen sich die sozialistischen Länder auf diesen Gebieten stärker in die internationale Arbeitsteilung integrieren.

Bundeskanzler erläutert, daß er die von den Gewerkschaften jetzt in Deutschland angestrebte 35-Stunden-Woche für ein richtiges Ziel hält, zu dessen Erreichung es allerdings noch vieler Jahre bedarf. Der größte Teil der Arbeitnehmer arbeitet 40 Stunden in der Woche. Stark ausgebaut wurde in der letzten Zeit der Jahresurlaub.

Schiwkow äußert sich optimistisch zur Zusammenarbeit auf dem Balkan. Vor allem die Beziehungen mit Jugoslawien müssen jetzt normalisiert werden.[4] Bulgarien hat über das Rote Kreuz Hilfe bei der Erdbebenkatastrophe in Montenegro[5] geleistet. Es wird jetzt als Nachbarland auch bilaterale Hilfe erbringen.

Mit Rumänien hat sich eine sehr enge industrielle und auch vertragliche Zusammenarbeit auf lange Sicht herausgebildet. Auf beiden Seiten der Donau entstehen gemeinsame Schwerindustrie- und Chemieunternehmungen sowie gemeinsame hydroelektrische Werke.

Bundeskanzler fragt, ob sich Bulgarien als Nachbarland Sorgen um den inneren Zusammenhalt Jugoslawiens nach dem Abtreten Titos von der politischen Bühne macht.

Schiwkow meint, hierüber werde viel in westlichen Kreisen, vielleicht auch im sozialistischen Lager diskutiert. Er sieht nach dem Tode Titos keine gefährlichen Entwicklungen voraus. Sicher gibt es Probleme zwischen den einzelnen Republiken wegen ihrer unterschiedlichen Entwicklung. Sicherlich wird es einen Kampf um die Macht geben. Sicherlich gibt es bei grundsätzlich guter Ausrüstung Mängel in der Wirtschaftsleitung. Aber die Armee untersteht nicht den einzelnen Republiken, sondern dem Bund. Sie wird die Lage in den Griff bekommen. Außerdem hat weder der Westen noch der Osten ein Interesse an inneren Erschütterungen in Jugoslawien. Bulgarien wünscht, daß der innere Zusammenhalt Jugoslawiens gewahrt bleibt. Daß Jugoslawen auf die Bulgaren schimpfen, gehört wohl zum Charakter der Jugoslawen. Er stimmt dem Bundeskanzler zu, daß die bulgarischen Führungskreise selbst wohl die Hauptquelle für die Sorgen über den nationalen Zusammenhalt Jugoslawiens sind.

[4] Zu den Beziehungen zwischen Bulgarien und Jugoslawien vgl. Dok. 122, Anm. 6.

[5] Am 15./16. April 1979 wurde der Süden Jugoslawiens von einem Erdbeben erschüttert. Vgl. dazu den Artikel „Erdbeben tötet hundert Menschen"; DIE WELT vom 17. April 1979, S. 1.

Er verweist auf seine Rede vom 27. April vor der Volksversammlung, in der er noch einmal seine Gesprächsbereitschaft mit Jugoslawien betont und klargestellt habe, daß Bulgarien keinerlei territoriale Forderungen an Belgrad stellt.[6]

Zu den Gerüchten in jugoslawischen und westlichen Massenmedien über Stationierung sowjetischer Divisionen in Bulgarien stellt er fest, daß es außer dem sowjetischen Militärattaché und dem sowjetischen Vertreter des Vereinigten Oberkommandos des Warschauer Pakts keinen sowjetischen Soldaten in Bulgarien gibt. Auf bulgarischer Seite sei kein einziger Soldat bewegt worden, als die Jugoslawen vor kurzem Manöver an der bulgarischen Grenze begannen. Jeder Schritt zu einer Auseinandersetzung zwischen Bulgarien und Jugoslawien ist eine ungeheure Dummheit. Bulgarien kann sich auf den Beistand seiner Bündnispartner verlassen; auf wessen Beistand sich Jugoslawien verlassen möchte, weiß er nicht.

Bundeskanzler erwähnt die feindselige Haltung einiger Leute in Belgrad in jüngster Zeit, die in klarem Gegensatz zur Haltung steht, die wir von Tito kennen.

Schiwkow betont, daß Tito keine wesentliche Rolle mehr in Jugoslawien spielt. Extremistische Elemente geben den Ton an und komplizieren die Lage. Auch im Lager der bündnisfreien Mächte spielt Jugoslawien – wie er auf seiner Lateinamerika-Reise[7] erfahren hat – keine wesentliche Rolle mehr. Wenn es nur von Tito und Schiwkow abhänge, wäre das Verhältnis zwischen den beiden Staaten in 24 Stunden bereinigt. In Helsinki[8] hat er mit Tito volle Übereinstimmung erzielt. Die Ergebnisse dieses Treffens sind später wieder von Minić in Frage gestellt worden.

Auf Fragen des Bundeskanzlers nach der Rolle von Dolanč meint er, daß D. wohl nicht die Qualitäten eines ersten Mannes habe. Karamanlis hat die Rolle von Verteidigungsminister Ljubičić stark herausgestellt.[9] Wenn Kardelj noch lebte, wäre die Nachfolge-Frage eindeutiger. Auch Bakarić ist ein kranker Mann.

Auf Frage des Bundeskanzlers, welche Fragen Schiwkow noch erörtern wolle, stellt er heraus:

1) Die Beendigung des Wettrüstens.

2) Die Beziehungen EG–RGW: Er setzt sich für eine realistische Neueinschätzung dieser Beziehungen ein. Im Westen besteht wohl die Vorstellung, daß ei-

6 Botschafter Heimsoeth, Sofia, resümierte am 28. April 1979 eine Rede des Staatsratsvorsitzenden vom Vortag: „Darin erneuerte Schiwkow Angebot vom Juni 1978, sich mit Tito zu jeder Zeit und an jedem Ort zu treffen, um alle strittigen Probleme zu erörtern und zu Lösungen auf höchster Ebene zu gelangen. Bulgarien sei an einem friedlichen, stabilen, gedeihenden Jugoslawien interessiert, mit dem es Beziehungen auf allen Gebieten zu entwickeln wünsche. Bulgarien stelle Bestand Jugoslawiens, darunter auch der Teilrepublik Mazedonien, in keiner Weise in Zweifel und habe keinerlei territoriale Forderungen an Belgrad. Allerdings müsse sich Bulgarien mit aller Entschiedenheit gegen jugoslawische Versuche verwahren, sich in innere Angelegenheiten Bulgariens einzumischen und zu versuchen, im Südwesten Bulgariens ein ‚mazedonisches Nationalbewußtsein' zu konstruieren. Dieser Teil Bulgariens sei aufgrund der Entscheidung der Bevölkerung ethnisch bulgarisch und fester Bestandteil des Landes. Sofia lasse sich durch niemand eine ihm fremde Nationalitätenpolitik aufoktroyieren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 259; Referat 214, Bd. 132800.

7 Staatsratsvorsitzender Schiwkow besuchte vom 3. bis 7. April 1979 Mexiko und vom 7. bis 11. April 1979 Kuba.

8 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt.

9 Staatsratsvorsitzender Schiwkow traf vom 28. bis 30. April 1979 auf Korfu mit Ministerpräsident Karamanlis zusammen.

ne Koordinierung und Abstimmung zwischen den beiden Wirtschaftsbündnissen die Stellung der Sowjetunion und ihre Kontrollmöglichkeiten im RGW stärken würde.[10] Das ist ein großes Mißverständnis der Beamten.

Das Problem einer Koordinierung zwischen den beiden Wirtschaftsbündnissen EG–RGW ist nach seiner Auffassung inzwischen herangereift. Sollte z.B. Bulgarien seine bilateral angelegte Zusammenarbeit mit westlichen Ländern nur auf die Nicht-EG-Staaten konzentrieren? Anstelle der EG-Länder würde er jetzt darauf bestehen, so schnell wie möglich zu einer sinnvollen Abstimmung zwischen EG und RGW zu kommen. Denn weder das eine noch das andere System hat die Absicht, das andere aufzulösen. Es stellt sich jetzt die Frage einer kollektiven Koordinierung zwischen den Systemen, die dann die Möglichkeiten bilateraler Zusammenarbeit erweitern. Den politischen Vorteil eines solchen Abkommens hat vor allem die EG. Das würde den sozialistischen Ländern die Möglichkeit eröffnen, sich langfristig auf die Aussicht zur Erweiterung des gegenseitigen Handels mit dem Westen zu stützen. Sicher müssen sie zur Abzahlung ihrer Schulden gegenüber dem Westen zunächst den Gürtel enger schnallen, aber ohne Aussicht auf eine Entwicklung des Wirtschaftsaustausches mit dem Westen bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich auf ihre eigenen Reserven zu konzentrieren und den Wirtschaftsaustausch mit den anderen RGW-Staaten.

Bundeskanzler betont, daß die außenwirtschaftlichen Zuständigkeiten der EG bei weitem nicht so groß sind wie diejenigen für den gemeinsamen Binnenmarkt. So hat er z.B. mit Breschnew ein 25 Jahre währendes Wirtschaftsabkommen auf bilateraler Grundlage unterzeichnet.[11]

10 Am 16. Februar 1976 übergab der Vorsitzende des Exekutivkomitees des RGW, Weiß, Ministerpräsident Thorn als amtierendem EG-Ratspräsidenten in Luxemburg ein Schreiben, in dem die Aufnahme von Verhandlungen in Moskau oder Brüssel über den Abschluß eines Abkommens über die Grundlagen der gegenseitigen Beziehungen vorgeschlagen wurde, sowie den Entwurf für ein Abkommen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 2/1976, S. 16–19.
Der Abkommensentwurf der Europäischen Gemeinschaften wurde am 17. November 1976 in Warschau an den Vorsitzenden des Exekutivkomitees des RGW, Olszewski, übergeben. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 11/1976, S. 14f.
In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Wirtschaft wurde am 23. März 1979 zum Stand der Verhandlungen vermerkt: „Seit 1978 fanden konkrete Verhandlungen zwischen der EG, vertreten durch die Kommission, und einer Delegation aus RGW und RGW-Staaten über ein Rahmenabkommen statt [...]. Wichtigster offener Punkt: Behandlung des ‚Handels' im Rahmenabkommen EG–RGW, zugleich Umschreibung des verbleibenden Handlungsspielraums der einzelnen RGW-Staaten gegenüber der EG (Möglichkeit des Abschlusses von Handelsabkommen oder nur von eng umgrenzten Sektorenabkommen z.B. betreffend Textilien, Stahl, Fischerei). [...] Z.Zt. ist noch offen, wann die Verhandlungen EG–RGW weitergehen". Vgl. Referat 421, Bd. 122542.
In einer gemeinsamen Aufzeichnung hielten das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Wirtschaft am 11. April 1979 fest: „RGW hat auf EG-Vorschläge vom November 78 nunmehr reagiert. In einem Schreiben, das der Vorsitzende des RGW-Exekutivkomitees, Katuschew, am 22.3.79 in Moskau [...] übergeben hat, schlägt RGW Abschluß eines Kooperationsabkommens mit EG vor. Bei Übergabe erklärte Katuschew allerdings, es handele sich nicht um Antwort des RGW auf die jüngsten EG-Vorschläge; diese würde erst bei der nächsten Verhandlungsrunde in Moskau gegeben werden. Katuschew-Brief enthält sachlich nichts Neues, sondern präsentiert lediglich alte RGW-Forderung nach Substanzanreicherung und direkter Beteiligung der EG-Mitgliedstaaten an Verhandlungen und Abkommen in neuem Gewande." Vgl. Referat 421, Bd. 122542.

11 Die Bundesrepublik und die UdSSR unterzeichneten am 6. Mai 1978 ein Abkommen über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und In-

Auf Frage Schiwkows, womit die Sowjetunion die deutschen Lieferungen bezahlt, meint er: Mit eigenen Exporterlösen. Lieferkredite werden nur durch die deutsche Privatwirtschaft gewährt zu normalen Marktzinsen.

Er äußert die Vermutung, daß europäische RGW-Staaten aus politischen Gründen das Dach eines Abkommens EG/RGW brauchen, um darunter ihre bilateralen Abkommen treffen zu können. (Schiwkow stimmt ausdrücklich dieser Beurteilung zu.) Die EG-Länder ihrerseits bedürfen eines solchen politischen Daches nicht. Sie wollen sich nicht auf diesem Wege in ihrer Freiheit, ihre eigene Industriepolitik zu gestalten, einschränken lassen. Es ist bereits schlimm genug, daß wir unsere Freiheit in der Agrarpolitik verloren haben.

Er stimmt der Bemerkung Schiwkows zu, daß jedenfalls Bulgarien und die Bundesrepublik Deutschland bilateral tun werden, was sie können.

Schiwkow bittet noch einmal, Frau Schmidt seine herzliche Einladung zu einem Besuch in Bulgarien zu übermitteln.

Auf Bemerkung des Bundeskanzlers, daß auch Ministerpräsident Todorow in Deutschland herzlich willkommen sei, wenn Schiwkow selbst nicht in absehbarer Zeit kommen könne, betont er sein Interesse, selbst Deutschland zu besuchen. Er denkt an einen offiziellen Besuch, an den er zwei bis drei Tage anschließen möchte, um das Land kennenzulernen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30100 (56), Bd. 49

125

Botschafter von Pachelbel-Gehag, Beirut, an das Auswärtige Amt

114-1604/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 4. Mai 1979, 18.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 210 **Ankunft: 4. Mai 1979, 19.07 Uhr**
Citissime nachts

Betr.: Verdacht terroristischer Anschläge

Bezug: 1) Anruf von D 1[2] vom 4.5.1979
2) DB Nr. 207 vom 3.5.1979 – 530.35 VS-v[3]
3) DB Nr. 209 vom 3.5.1979 – 530.36 VS-v

Fortsetzung Fußnote von Seite 563
dustrie. Es trat am 27. Dezember 1978 in Kraft. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 58–60.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 8. Mai 1979 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Hille am 10. Mai 1979 vorgelegen.

2 Horst Röding.

3 Botschafter von Pachelbel-Gehag, Beirut, berichtete, ein deutscher Mittelsmann, „der über gute Beziehungen zu verschiedenen Palästinensergruppen verfügt, habe folgendes mitgeteilt: „Amin el-Hindi [...] habe ihn – den Mittelsmann – gebeten, einen Kontakt zur Botschaft wegen Festnahme

Zur Unterrichtung:

1 a) Einstündige Unterredung des KS[4] fand in gelockerter und freundlicher Atmosphäre im Büro von Amin el-Hindi statt. Verweise erneut auf Berichterstattung der Botschaft über Persönlichkeit Gesprächspartners. El-Hindi erklärte zu Beginn des auf seinen Wunsch zustande gekommenen Gesprächs, es gehe ihm um die zehn in der Bundesrepublik inhaftierten „Widerstandskämpfer" (einer der ursprünglich elf Gefangenen sei bereits entlassen worden).[5] Bei den zehn Gefangenen handele es sich um Palästinenser aus Beirut, die im Auftrag Abu Iyads nach Deutschland geschickt worden seien, um von dort Sprengstoffpakete nach Israel zu senden. Die Frage nach deren libanesischen Reisepässen beantwortete er lächelnd mit Feststellung, diese seien natürlich nicht echt. Auch er besitze verschiedene. Er betonte ausdrücklich, daß keine Aktionen gegen die Bundesrepublik selbst geplant gewesen seien, der Sprengstoff sei ausschließlich zur weiteren Verwendung gegen Israel bestimmt gewesen.

El-Hindi sagte, er sei beauftragt (berief sich dabei auf Abu Iyad), die Botschaft darum zu bitten, sich für eine baldige Freilassung aller zehn Gefangenen einzusetzen. Ob er tatsächlich im Namen der PLO oder einer anderen Gruppe sprach, ist nicht feststellbar.

Er sagte, „man" würde nicht hinnehmen, daß die Frage, ob dies als Drohung zu verstehen sei, wenn eine Freilassung angesichts der schwerwiegenden Straftatbestände in nächster Zeit nicht erfolgen würde, antwortete er ausweichend, ohne dies zu bejahen oder zu verneinen.[6] Er sagte nur, daß eine baldige Freilassung den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der PLO sehr förderlich sein würde. Man plane auch zukünftig keine Anschläge in der oder gegen die Bundesrepublik, könne die Gefangenen jedoch nicht inhaftiert lassen.

b) KS versuchte, ihm klarzumachen, daß derartige Unternehmungen der Palästinenser ihnen in Bundesrepublik auf Dauer doch nur schaden könnten. Z.B.

Fortsetzung Fußnote von Seite 564

von elf ‚Libanesen' durch deutsche Behörden zu vermitteln. Die elf gehörten Palästinesergruppe an, die dem ‚Schwarzen September' nahestünde. Die Inhaftierten hätten den Auftrag gehabt, 76 kg Sprengstoff in Briefen oder Päckchen verteilt von deutschen Postämtern aus nach Israel zu schikken. Es sei zu befürchten, daß radikale palästinensische Kräfte versuchen würden, Festgenommene durch Anschläge gegen deutsche Einrichtungen freizupressen. Um dies zu verhindern, sei baldige Freilassung der Inhaftierten dringend zu wünschen." Außerdem führte Pachelbel-Gehag aus: „Mehrere Mitarbeiter unserer Botschaft gehören Klub an, der überwiegend aus Angehörigen verschiedener Botschaften besteht. Ein Botschaftsangehöriger, Mitglied dieses Klubs, wurde benachrichtigt, daß Fatah-Leute vom Klub-Geschäftsführer sämtliche Unterlagen über deutsche Mitglieder verlangt hätten. Insbesondere hätten Privatanschriften und Telefonnummern interessiert. Die Fatah-Leute sollen bei ihren Nachforschungen im Klub geäußert haben, daß ihre Untersuchungen in Zusammenhang mit Festnahmen von Libanesen in Deutschland stünden. Es werde von palästinensischer Seite erwogen, deutsche Staatsangehörige – speziell Botschaftsmitglieder – festzunehmen, um sie gegen die in Deutschland Inhaftierten austauschen zu können." Vgl. VS-Bd. 11146 (310); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Lothar Seyfried.

5 Zur Verhaftung von elf Palästinensern wegen Sprengstoffbesitzes vgl. Dok. 116, Anm. 12.
Am 11. September 1979 informierte das Bundesministerium des Innern darüber, daß der Prozeß gegen die in Berlin (West) festgenommenen Palästinenser am 18. Oktober 1979 vor dem Landgericht Berlin eröffnet werde. Vgl. dazu das Fernschreiben Nr. 1752; Referat 310, Bd. 119891.

6 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

hätten die durch Explosion auf Frankfurter Flugplatz[7] Verletzten katastrophalen Eindruck auf deutsche Öffentlichkeit und Bundesregierung gemacht, was die Sympathien für die Sache der Palästinenser nicht fördere. El-Hindi, der diesen Vorfall angeblich nicht kannte, antwortete, weite Kreise der PLO seien sich dessen bewußt, man müsse dies jedoch in Kauf nehmen. Die PLO werde auch weiterhin derartige Operationen gegen Israel durchführen und, da ihr Land besetzt sei, dabei gezwungen sein, andere Länder als Operationsbasis zu benutzen.

Er betonte auch, daß man sich keinesfalls die Bundesrepublik als bevorzugte Operationsbasis ausgesucht habe. Man operiere nämlich in und aus vielen europäischen Ländern (Frankreich und Italien wurden namentlich genannt). El-Hindi stellte Italien als Beispiel hin. Dort ließe man die Palästinenser stillschweigend operieren. Er selbst sei am 5.9.1973 mit einem anderen Palästinenser im Besitz von zwei Flugabwehrraketen festgenommen worden. Beide seien bald, d.h. nach zwei bzw. sechs Monaten, wieder auf freien Fuß gesetzt worden (Anmerkung der Botschaft: Bei besagtem Zwischenfall dürfte es sich um damaligen Anschlag auf El-Al-Maschine auf römischem Flugplatz Fuimicino gehandelt haben, was mir früher einmal der RA[8] Schöttler, Recklinghausen, bestätigt hatte).[9]

El-Hindi betonte während des Gesprächs mehrmals, wie sehr der PLO an guten Beziehungen mit der Botschaft gelegen sei. Man habe es beispielsweise sehr begrüßt, daß die Delegation des BMI (BKA) Kontakt mit ihnen in Fahndungsfragen aufgenommen habe, „obgleich man über die der Sache in BRD gegebene Publizität verärgert sei".[10] Hiesige Botschaftsangehörige hätten nichts von seiten der Palästinenser zu befürchten. Sofern Anschläge geplant seien, würde man diese nicht im Libanon durchführen. Als KS ihn hier auf den Widerspruch zwischen diesen seinen Versicherungen und der „Anschriftenaktion" der Fatah ansprach (vgl. Bezugs-DB zu 2) Ziff. 3)), reagierte er betroffen und erklärte, davon nichts zu wissen.

2) Inzwischen angestellte Nachforschungen über nähere Umstände der im „Botschaftsclub" (vgl. Bezugs-DB zu 2) Ziff. 3)) von angeblichen Fatah-Leuten vorgenommenen „Anschriftenaktion" ergaben, daß diese sich in erster Linie nicht

7 Bei einer Explosion in der Luftpost-Umschlaghalle des Rhein-Main-Flughafens in Frankfurt am Main wurden am 3. April 1979 zehn Personen verletzt. Vgl. dazu den Artikel „Rhein-Main: Sollte die Bombe im Flugzeug explodieren?"; DIE WELT vom 4. April 1979, S. 1.

8 Rechtsanwalt.

9 Am 5. September 1973 verhafteten italienische Sicherheitskräfte fünf arabische Terroristen, die in einem Haus in der Umgebung des römischen Flughafens Fiumicino einen Anschlag mit zwei Flugabwehrraketen sowjetischen Ursprungs vorbereitet hatten. Vgl. dazu den Artikel „Arab Plot to Shoot Down Planes at Rome foiled"; THE TIMES vom 6. September 1973, S. 1.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler informierte die Botschaft in Tel Aviv am 20. April 1979 über Kontakte zwischen dem Bundeskriminalamt und der PLO: „Für Terrorismusbekämpfung sind BMI und B[undes]k[riminal]a[mt] zuständig. Beide haben am 18.4. zu Fragen nach angeblichen Kontakten zwischen BKA-Beamten und PLO-Vertretern in Beirut, wie von der ‚Welt' am 18.4. berichtet, erklärt ‚kein Kommentar'. [...] Einige Beamte des BKA führten Februar 1979 Gespräche mit PLO-Vertretern in Beirut, um Verdacht auf deutsche Mittäterschaft (angebliche M[is]s Chambers aus Köln) bei Ermordung Ali Hassan Salameh (22.1.1979) auszuräumen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 148; VS-Bd. 11143 (310); B 150, Aktenkopien 1979.
Vgl. dazu ferner den Artikel „Das BKA sprach im Hauptquartier Arafats vor"; DIE WELT vom 18. April 1979, S. 1 und S. 4.

für Anschriften von Botschaftsangehörigen interessierten, sondern allgemein für solche von „hier lebenden deutschen Familien". Die wenigen Mitglieder unserer Botschaft, die dort gelegentlich verkehrten, haben sich nicht mit Privatanschrift, sondern lediglich mit „German Embassy" eingetragen.

3a) Gegenüber dem in Bezugs-DB zu 2) unter Ziff. 3) wiedergegebenen Eindruck, daß Anschriftenaktion vornehmlich Botschaftsmitgliedern galt, deuten oben unter 2) berichtetes Nachforschungsergebnis sowie o.a. Äußerungen el-Hindis darauf hin, daß mögliches Geiselnahmeziel ganz allgemein „deutsche Familien" sind, die jedoch nicht unbedingt der Botschaft angehören.

b) Was Botschaftskanzlei betrifft, ist trotz obigen Sachverhalts Maximum an sinnvollen zusätzlichen Sicherheitsvorkehrungen veranlaßt worden. Einzige Bitte unsererseits: Da gegenwärtig abgeordnete vier BGS-Beamte und drei BKA-Beamte nur insgesamt zwei Maschinenpistolen zur Verfügung haben (die dritte wird seit jeher in Residenz bereitgehalten), halte ich schnellstmögliche Übersendung von zwei weiteren MPs per nächstem regelmäßigen Luftbeutel für unverzichtbar. Das würde auch ermöglichen, daß bei Fahrten beide Begleitschutzbeamte jeder über eine MP verfügt.[11] Am zweckmäßigsten wären Heckler & Koch Kurz. Diese zusätzlichen Waffen würden auch die Verteidigungsfähigkeit der Kanzlei verstärken.

c) Für Fahrten zwischen Residenz und Kanzlei werden Abfahrtszeiten und Wege bereits täglich variiert. Auch wird die an den Südbeiruter Palästinenserlagern vorbeiführende Strecke nicht mehr befahren. Schutz der Residenz selbst, die in für Palästinenser praktisch unzugänglichem Gebiet, d.h. in christlicher Enklave liegt, reicht aus (ein Sergeant, vier Soldaten hiesiger Gendarmerie).

d) Vorwarnung aller in dem den Palästinensern zugänglichen Gebiet von Beirut lebenden deutschen Familien erscheint nicht ratsam, weil dafür bislang keine ausreichend überzeugenden Anhaltspunkte oder Drohungen vorliegen und mit Sicherheit Panik ausgelöst würde. Das würde an die Öffentlichkeit dringen, eine sorgfältige Beobachtung evtl. weiterer Entwicklungen durch uns erschweren und daran interessierte Gruppen möglicherweise zu weiteren Drohungen ermuntern. Rein deutsche Familien gibt es hier ohnehin nur wenige. Regelfall ist Mischehe mit libanesischem oder palästinensischem Ehepartner.

4) Leiter der drei einzigen deutschen Institutionen (Orient- und Goethe-Institut, Deutsche Schule) werden vorsorglich unterrichtet.

5) Ich selbst habe alle Vorbereitungen getroffen, um das Land spätestens bis zum 20.5. zu verlassen, und sehe derzeitig keinen Anlaß zu früherer Abreise (Packen und Abtransport Umzugsgut lagebedingt auch erst 18. bis 20.5. möglich).[12]

[gez.] Pachelbel

VS-Bd. 11146 (310)

11 So in der Vorlage.

12 Wolfgang-Rüdiger von Pachelbel-Gehag war seit 2. August 1979 Botschafter in Addis Abeba.

126

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Senator Muskie

VS-NfD **7. Mai 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Senator Muskie am 7.5. 1979, 16.00 bis 17.30 Uhr

Weitere Teilnehmer: Amerikanischer Botschafter[2], der Assistent des Senators, AL 2[3].

Senator *Muskie* überreichte das Original des Briefes von Präsident Carter. Der Präsident habe ihn gebeten, über die Stimmung im Kongreß zu berichten und die Ansichten der führenden europäischen Politiker in Erfahrung zu bringen.

Türkei

Der Senator berichtete über die Reise des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Christopher.[4] Sie diene nicht der Bewältigung einer Krise, sondern sei Teil des ständigen Meinungsaustausches mit der Türkei. U.a. soll Christopher über die Wiedereröffnung der amerikanischen Installationen in der Türkei sprechen, die für die Verifikation im Rahmen von SALT II nach dem Ausfall der Installationen im Iran von großer Bedeutung seien.[5]

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 8. Mai 1979 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 8. Mai 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vermerk v[on] Bundeskanzler noch nicht genehmigt. B[itte] eine Abl[ichtung] f[ür] StS v[an] Well."
Hat Vortragendem Legationsrat von Studnitz am 11. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung einer Kopie an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Vogeler verfügte.

[2] Walter J. Stoessel.

[3] Jürgen Ruhfus.

[4] Der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher hielt sich am 7./8. Mai 1979 in der Türkei auf. Botschafter von Staden, Washington, gab dazu am 16. Mai 1979 Informationen des amerikanischen Außenministeriums wieder: „Bei Erörterung der multilateralen Wirtschaftshilfe habe Ecevit erkennen lassen, daß er nunmehr davon überzeugt sei, daß der Türkei geholfen werde. Die Hilfe sei zwar zu gering und komme zu langsam. Auch habe Ecevit offenbar unverändert Zweifel am guten Glauben einiger Geberländer (Hilfe werde mit politischen Forderungen verbunden), er habe aber anders als früher keine gezielten Vorwürfe mehr gegen die USA und die BR Deutschland erhoben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 303; VS-Bd. 9509 (420); B 150, Aktenkopien 1979.

[5] Am 8. Mai 1979 wurde von der Nachrichtenagentur Reuters gemeldet: „Die Zukunft der amerikanischen Stützpunkte in der Türkei ist offenbar noch nicht geklärt. Nach zweitägigen intensiven Gesprächen mit der türkischen Führung verließ der stellvertretende amerikanische Außenminister Warren Christopher am Dienstag Ankara, ohne daß eine Lösung dieses Problems in Sicht war. Nach einem Treffen mit Christopher sagte Ministerpräsident Bülent Ecevit, die USA hätten auf die Forderungen seines Landes im wirtschaftlichen und militärischen Bereich noch nicht geantwortet. [...] Die amerikanischen Militärbasen in der Türkei waren geschlossen worden, nachdem die Vereinigten Staaten nach der türkischen Invasion Nord-Zyperns 1974 ein Waffenembargo gegen die Türkei verhängt hatten. Dieser Boykott wurde im vergangenen September aufgehoben, und die Türkei öffnete daraufhin wieder einige der Stützpunkte für ein Jahr. Dieses Abkommen läuft am 1. Oktober aus. [...] Aus türkischen Kreisen verlautet, die Regierung in Ankara fordere weitere Wirtschaftshilfe sowie die Verpflichtung der USA, der Türkei zur Stärkung ihrer Schlagkraft innerhalb des Nordatlantik-Pakts (NATO) über fünf Jahre militärische Ausrüstung zu liefern. Zu-

Der Kongreß habe für die Türkei im Rahmen des Haushaltsjahres 1979 200 Mio. Dollar für die Türkei zusätzlich zu der vorgesehenen militärischen Hilfe gebilligt.[6] Wenn die Türkei die Forderungen des IMF erfülle, würden 50 Mio. Dollar Eximbank-Kredite hinzukommen. Für die Stimmung im Kongreß sei es wichtig, daß die von Waldheim einberufenen Gespräche über Zypern stattfänden.[7] (BK warf ein, er erwarte von den Gesprächen keine Erfolge. Aber es sei wichtig, daß der Gesprächsfaden nicht abreiße.) Für die Bewilligung der Hilfe durch den Kongreß würde es hilfreich sein, wenn die Bundesrepublik Hilfe in gleicher Höhe an die Türkei leistet.

Bundeskanzler: Er habe sich auf Drängen von Präsident Carter und der anderen Teilnehmer in Guadeloupe bereit erklärt, die Hilfsmaßnahmen für die Türkei zu koordinieren.[8] Er habe es keinesfalls übernommen, Hilfe in gleicher Höhe zu leisten wie die USA. Wenn die Vereinigten Staaten 200 Mio. Dollar leisteten, würden wir bereit sein, 150 Mio. Dollar zur Verfügung zu stellen; wenn USA 250 Mio. Dollar, wir etwa 200 Mio. Dollar. Der USA-Haushalt sei fünfmal größer als der Bundeshaushalt. Hilfeleistungen der Bundesrepublik in gleicher Höhe wie die der USA würden einen unannehmbaren Präzedenzfall für die Hilfe an andere Länder schaffen. Im übrigen sei unser Grant-Element aufgrund der günstigeren Konditionen sehr viel höher als das der USA.

Bundeskanzler berichtete sodann über die Beauftragung von Minister Leisler Kiep und über die Bemühungen um Beiträge anderer Regierungen, insbesondere von Frankreich, Großbritannien, Saudi-Arabien und Japan.

Es sei wichtig, daß die Türkei eine Einigung mit dem IMF erziele. Der IMF könnte gelegentlich etwas mehr politisches Fingerspitzengefühl zeigen. Falls erforderlich, könnten die Staats- und Regierungschefs in Tokio[9] neben der Hilfe für Ägypten auch über die Hilfe für die Türkei sprechen.

Ägypten

Bundeskanzler führte aus, Ägypten benötige wirtschaftlichen Rat. Die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik werde beispielsweise nur zu einem Teil ausgenutzt, da Ägypten keine geeigneten Projekte vorschlage.[10]

Fortsetzung Fußnote von Seite 568

dem fordert die Türkei Zugang zu den Informationen, die von den US-Stützpunkten in der Türkei gesammelt werden." Vgl. Referat 201, Bd. 120193.

6 So in der Vorlage.
Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 115.

7 Zur Initiative des UNO-Generalsekretärs Waldheim in der Zypern-Frage vgl. Dok. 5, Anm. 25.

8 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierminister Callaghan, Präsident Carter und Staatspräsident Giscard d'Estaing am 6. Januar 1979; Dok. 5.

9 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

10 Am 28. März 1979 wurde von Referat 310 zur Entwicklungshilfe der Bundesrepublik für Ägypten festgehalten: „Verstärkte Hilfe an Ägypten nach dem ägyptisch-israelischen Friedensschluß wird allgemein erwartet und ist aus politischen Gründen auch erforderlich. [...] Fraglich ist, bis zu welchem Grade Steigerung der Hilfe sinnvoll ist. Ägypten ist bereits jetzt zweitgrößter Empfänger deutscher Entwicklungshilfe (ca. 250 bis 300 Mio. DM jährlich). Wegen mangelnder ägyptischer Absorptionsfähigkeit und geeigneter Projektträger erscheint eine Erhöhung des jährlichen Volumens über 350 Mio. DM hinaus nicht sinnvoll. Zweckmäßig ist Konzentration auf wenige Sektoren: Baustoff- und Baustahlproduktion, Eisenbahninfrastruktur, Nachrichten- und Fernmeldewesen. Hier wäre auch ein kurzfristig wirksamer deutscher Beitrag denkbar, ohne daß wir unser Konzept der mittel- und langfristigen Stärkung der ägyptischen Wirtschaftskraft aufgeben sollten. Ein sichtbarer und damit politisch wirksamer deutscher Sonderbeitrag könnte darin bestehen, für die genannten Sektoren noch in diesem Jahre einen Beitrag zur Verfügung zu stellen, der in den Nach-

Er habe Präsident Sadat mitgeteilt, daß die Bundesregierung ihre Hilfe von jährlich etwa 250 bis 300 Mio. DM auch in Zukunft fortsetzen werde.[11] Wir seien bereit, unsere Hilfe noch auszuweiten, allerdings nur im Rahmen gemeinsamer internationaler Anstrengungen. Hierüber sollte in Tokio gesprochen werden. Es sei wichtig, daß die Beratungsgruppe der Weltbank, wenn möglich noch vor Tokio, konkrete Pläne für Ägypten vorlege.

Auf die Frage nach der Haltung der anderen Europäer regte der Bundeskanzler an, daß diese Sondierungen von den USA aufgrund ihres Engagements im Zusammenhang mit dem israelisch-ägyptischen Vertrag[12] unternommen werden sollten. Die Haltung der neuen britischen Regierung sei unbekannt.[13] Frankreich würde wohl eher zurückhaltend sein.

Wirtschaftliche Entwicklung

Bundeskanzler: Das Energieprogramm der amerikanischen Regierung entspreche im großen und ganzen den Zusagen, die Präsident Carter beim Bonner Gipfel[14] gemacht habe.[15] Die neuen Maßnahmen hätten bereits eine günstige Auswirkung auf den Dollarkurs. Zwar führe der höhere Wert des Dollars dazu, daß unsere Erdöl-Importe teurer würden. Gleichwohl begrüße die Bundesregierung nachdrücklich die Stärkung des Dollars.

Der Energieverbrauch in den USA sei pro Kopf etwa doppelt so hoch wie in der Bundesrepublik. Die Energiepreise in Amerika seien immer noch zu niedrig.

Senator *Muskie* berichtete, der Kongreß habe das Defizit für das Haushaltsjahr 1979 von 60 Mrd. Dollar auf 38 Mrd. Dollar reduziert. Im Haushalt 1980 seien zwar die Verteidigungsausgaben erhöht worden; die übrigen Ansätze seien vom Kongreß um 5 bis 6 Mrd. Dollar gekürzt worden. Das Defizit des Haushaltes 1980 sei um 10 Mrd. verringert worden. Der Kongreß bemühe sich um einen ausgeglichenen Haushalt für 1981. Möglicherweise werde das wirtschaftliche Wachstum in USA im letzten Vierteljahr 1979 und im ersten Vierteljahr 1980 auf unter null Prozent absinken.

Bundeskanzler: Die Bundesregierung habe für 1979 mit einem Wachstum von 4% gerechnet. Möglicherweise werde der Zuwachs aufgrund der langsameren Entwicklung in den USA etwas geringer werden. Nach seiner Einschätzung wäre ein jährlicher Zuwachs von durchschnittlich 2% für die USA die richtige Größenordnung.

Muskie stimmte zu. Für dieses Jahr werde mit einem Zuwachs von 1% gerechnet, 1980 mit 3%. Dies führe zu einem Durchschnitt von 2%.

Fortsetzung Fußnote von Seite 569

tragshaushalt eingebracht werden müßte. Zu denken wäre etwa an einen Betrag von 60 Mio. DM für die Lieferung von Lokomotiven und Waggons". Vgl. Referat 310, Bd. 124987.

11 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Sadat am 29. März 1979; Dok. 94.

12 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

13 Am 3. Mai 1979 fanden in Großbritannien Parlamentswahlen statt, aus denen die Conservative and Unionist Party als Siegerin hervorging. Die Bildung einer neuen Regierung erfolgte am 5. Mai 1979 durch Premierministerin Thatcher.

14 Am 16./17. Juli 1978 fand in Bonn ein Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 225.

15 Präsident Carter stellte am 5. April 1979 in einer Fernsehansprache einen Maßnahmenkatalog zur Lösung von Energiefragen vor. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 609–614. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 213–216 (Auszug).

Muskie: Die Struktur des Energieverbrauchs in den USA sei anders als in Europa. Die Verdopplung der Benzinpreise in den letzten Jahren habe die amerikanischen Verbraucher hart getroffen, da die öffentlichen Transportsysteme nicht genügend entwickelt seien.

Senator Muskie äußerte sich gedämpft optimistisch, daß die Energie-Gesetzesvorlagen des Präsidenten mit einigen Änderungen den Kongreß passieren würden.

Bundeskanzler: Harrisburg habe in vielen Ländern Emotionen ausgelöst.[16] Es sei letztlich wahrscheinlich gut, daß die verborgenen Gefühle und Sorgen der Bevölkerung offen zutage träten. Er werde im Kabinett den Vorschlag unterbreiten, daß eine Internationale Konferenz einberufen wird, die die Sicherheitsvorkehrungen der Reaktoren überprüft.[17] Er würde es begrüßen, wenn die amerikanische Regierung hierzu eine positive Haltung einnimmt. Ferner wäre es für uns wichtig, auch in einen bilateralen Meinungsaustausch über die Erfahrungen von Harrisburg einzutreten. *Muskie* bezeichnete den Vorschlag des Bundeskanzlers als hilfreich. Er berichtet, derzeit lägen in USA keine Anträge auf Genehmigung neuer Kernkraftwerke vor.

Tokio-Runde[18]

Bundeskanzler begrüßte die Fortschritte. Er unterstrich die Bedeutung einer positiven Haltung des Kongresses. Auch in Europa gebe es protektionistische

16 Zum Reaktorunfall im Kernkraftwerk „Three Mile Island" bei Harrisburg vgl. Dok. 120, Anm. 15.

17 Referat 413 vermerkte zum Vorschlag des Bundeskanzlers Schmidt für eine internationale Initiative zur Reaktorsicherheit: „Der Herr Bundeskanzler hatte anläßlich seiner Brasilienreise unter dem Eindruck des Störfalls Harrisburg – gegenüber der Presse – vorgeschlagen, die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit von Kernkraftwerken im Rahmen von INFCE zu erörtern. [...] Nach eingehender Prüfung durch die beteiligten Ressorts – einschließlich des Bundeskanzleramts – zeigte sich jedoch, daß eine Befassung von INFCE den politischen Intentionen des Herrn Bundeskanzlers nicht voll Rechnung tragen würde. Es bestand Übereinstimmung, als Adressaten einer solchen Initiative die Internationale Atomenergie Organisation in Wien (IAEO) als das hierfür geeignete Gremium ins Auge zu fassen, da sowohl West wie Ost und die Dritte Welt hier vertreten sind. [...] In verschiedenen Ressortbesprechungen auf A[bteilungs]l[eiter]- und Referentenebene unter Vorsitz des Bundeskanzleramts – AA, BMFT, BMWi, BMI – hatte man sich auf folgende Linie geeinigt: Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an den Generaldirektor der Internationalen Atomenergie Organisation in Wien (IAEO), Herrn Eklund. Hierfür zuständig BMI und BMFT." Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung vom 9. Mai 1979; Referat 413, Bd. 123718.

18 Legationsrat I. Klasse Oehms teilte am 20. April 1979 mit: „Die multilateralen Handelsverhandlungen der Tokio-Runde im GATT sind zum großen Teil abgeschlossen. Die bisher erzielten Ergebnisse liegen seit 12.4.79 in Genf zur Paraphierung aus. Die Europäische Gemeinschaft hat das Protokoll am 12.4.1979 paraphiert. Gleichfalls signiert haben bisher USA, Japan, Kanada, Österreich, Schweiz, Schweden, Norwegen, Finnland, Australien, Neuseeland. [...] Entwicklungsländer (außer Argentinien) haben das Vertragswerk bisher nicht paraphiert. Sie haben trotz der vorgesehenen differenzierenden Vorzugsbehandlung ihre Unzufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen erklärt, die die Interessen der Dritten Welt nicht ausreichend berücksichtigen würden und insbesondere auf die noch ausstehende Schutzklauselvereinbarung hingewiesen. [...] Die im September 1973 mit der Tokio-Erklärung eingeleiteten Verhandlungen sind nach Zahl der teilnehmenden Staaten, nämlich 99, und der Verhandlungsbereiche die umfangreichsten und ehrgeizigsten in der Geschichte des GATT. Im Gegensatz zu früheren Handelsverhandlungen stand der Bereich der nichttarifären Handelshindernisse im Vordergrund, die Bedeutung der Zölle ist zurückgetreten. Die technisch komplizierte Verhandlungsmaterie hat vor allem für die Vertreter der Entwicklungsländer eine erhebliche Belastung dargestellt. Der Fortgang der Verhandlungen wurde erschwert durch weltweite Rezession und monetäre Wirren; im Hinblick darauf war die Bereitschaft der Teilnehmer zu Handelszugeständnissen nur gering. Die Verhandlungen traten erst im Januar 1978 in ihre intensive Phase. Wenn der inzwischen weitgehend erreichte materielle Abschluß auch nicht voll unseren Li-

Tendenzen. Wenn ein Land protektionistische Maßnahmen ergreife, bestehe die Gefahr von Domino-Reaktionen.

Muskie: Das Ergebnis der Tokio-Runde werde sachlich in den Ausschüssen des Kongresses diskutiert. Bisher zeichneten sich keine emotionellen Reaktionen ab. Er rechne mit der positiven und konstruktiven Behandlung durch den Kongreß.

Naher Osten

Bundeskanzler betonte seine persönliche Wertschätzung von Sadat. Er verwies auf die politischen Schwierigkeiten und die Gefährdung Sadats.

Die Lage in Saudi-Arabien sei schwer einzuschätzen Die längere Abwesenheit von Fahd sei beunruhigend.

Muskie: Die Saudis wollten Ägypten nicht ernsthaft gefährden. Fahd werde möglicherweise im Hintergrund gehalten, damit seine Stellung bei späteren Ereignissen unangefochten sei. Die ägyptischen Truppen könnten für den Schutz Saudi-Arabiens wichtig werden.

Bundeskanzler verwies darauf, daß die eigentliche Bedrohung aus dem Inneren komme, vor allem durch die hohe Zahl der Palästinenser in Saudi-Arabien.

Er sei ein alter Freund von Israel. Begins Haltung sei ihm jedoch zu selbstsicher und nicht genügend rücksichtsvoll. Der ägyptisch-israelische Vertrag sei kein Durchbruch, sondern nur ein erster Schritt. Die eigentlichen Probleme müßten noch gelöst werden. Die Bundesregierung habe auf Ecevit eingewirkt, daß er die Beziehung zu Israel nicht abgebrochen habe.

Südflanke

Bundeskanzler: Er sehe keine ernsten Probleme in Spanien oder Portugal. Schwieriger sei die Lage in Griechenland und der Türkei. Karamanlis habe große Schwierigkeiten, Griechenland wieder in die NATO zurückzuführen.[19] Ecevits Stellung in der Türkei sei schwach. Auch die Situation an der Nordflanke sei nicht unproblematisch.

Die bulgarischen Gesprächspartner hätten Sorgen geäußert, daß die Verringerung der Truppen in Mitteleuropa im Rahmen von MBFR zu einer Verlegung der abgezogenen Truppen an die Flanken führen könnte.[20] Die Bulgaren hätten sich nachdrücklich gegen eine derartige Verlagerung ausgesprochen. Entsprechende Sorgen bestünden in der Türkei und in Norwegen. Es solle bereits inoffizielle Kontakte hierüber zwischen Norwegen und der Türkei gegeben haben.

MBFR

Bundeskanzler: MBFR sei abhängig von SALT II. Wenn SALT II scheitere, sehe er keine Chance für Fortschritte in Wien.

Fortsetzung Fußnote von Seite 571

beralisierungserwartungen entspricht, so stellen das Ergebnis und sein Zustandekommen einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung und Ausweitung des freien Welthandelssystems und zur Stärkung der GATT-Regeln dar." Vgl. den Runderlaß Nr. 34; Referat 012, Bd. 111777.

19 Zur Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Integration der NATO vgl. Dok. 24.

20 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 2. bis 4. Mai 1979 in Bulgarien auf. Vgl. dazu Dok. 120, Dok. 122 und Dok. 124.

Muskie: SALT II stehe kurz vor dem Abschluß.[21] Präsident Carter werde den Bundeskanzler vor Abschluß der Verhandlungen persönlich verständigen.

Bundeskanzler: Er hoffe, die Einschätzung des Senators sei richtig. Die amerikanische Regierung habe bereits mehrfach den baldigen Abschluß in Aussicht gestellt. Die Ratifikationsdebatte verschiebe sich zeitlich immer mehr in die Nähe des bevorstehenden Wahlkampfes[22]. Er sähe eine Chance, zwischen der Ratifikation von SALT II und Anfang 1980 Fortschritte bei MBFR zu erzielen. Eine befriedigende Lösung der Datenfrage sei für die Bundesregierung erforderlich aus Verteidigungsinteressen. Sie sei ferner notwendig, um die Zustimmung des Parlaments zu erhalten. Man müsse eine Lösung für diese Fragen finden, die das Gesicht aller Beteiligten wahrt. Dies werde möglicherweise erst im letzten Verhandlungsstadium geklärt werden können. Option III umfasse nukleare Systeme der USA.[23] Daher liege die Entscheidung über die evtl. Rücknahme dieses Angebots bei der amerikanischen Regierung. Es sei nicht leicht, Option III aufrechtzuerhalten und gleichzeitig Entscheidungen über TNF-Modernisierung großer Reichweiten zu fällen.

SALT

Bundeskanzler: Die Bundesregierung sei nicht zufrieden mit der Regelung, die SALT II für den Mittelstreckenbereich treffe. Trotz dieser Schwäche seien wir für die Ratifikation von SALT II, da wir anderenfalls einen Rückschlag für die Entspannungspolitik befürchteten. Dieser Rückschlag würde die Bundesrepublik aufgrund ihrer geographischen Lage und wegen Berlin besonders hart treffen.

Auf Fragen des Senators Muskie bestätigte der Bundeskanzler, daß er diese Einschätzung aus europäischer und deutscher Sicht auch bei seinen Reden in USA Anfang Juni darlegen würde.[24]

TNF-Modernisierung

Bundeskanzler: Er sei nicht gegen Modernisierung eingestellt. Auch TNF müßten modernisiert werden. TNF-Modernisierung, die Reichweiten bis nach Moskau schaffe, habe jedoch eine andere Qualität. Er sei sehr dankbar, daß die Administration den Vorschlag für die Schaffung der Special Group aufgegriffen habe.[25] Dort sollten auch die Rüstungskontroll-Elemente im Hinblick auf SALT III evaluiert werden. Falls es keine Ost-West-Einigung über Abrüstung im Grauzonenbereich gebe, müsse der Westen ein Gegengewicht gegen SS-20 und „Backfire" schaffen. Die Bundesregierung werde schließlich mitmachen. Aber sie dürfe hierbei nicht in eine singuläre und isolierte Rolle gedrängt werden.

Muskie: Derzeit seien etwa 30 Senatoren für die Ratifizierung von SALT II, 40 dagegen, der Rest unentschieden. Die Opposition werde sich berufen auf die

21 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

22 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

23 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 16. Dezember 1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III) vgl. Dok. 13, Anm. 2.

24 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.

25 Zur Einrichtung einer Special Group der NATO vgl. Dok. 101.

sowjetische Expansion in Afrika und auf die Probleme bei der Verifikation der Einhaltung des Abkommens. Die Administration werde sich berufen auf die nachteiligen Folgen eines Scheitern von SALT II für die Entspannung. Die Debatte könne lange dauern. Er rechne mit einem Abschluß erst nach der Sommerpause. Da die Regierung die Debatte von einer realistischen Position aus begonnen habe, seien die Chancen für eine Überzeugung der Öffentlichkeit und für die Gewinnung einer Mehrheit im Senat nicht schlecht.

Bundeskanzler: Abschluß erst nach der Sommerpause verringere die Erfolgschance für MBFR. *Muskie* stimmte zu.

Bundeskanzler bat Muskie, Präsident Carter seine Grüße zu übermitteln. Er freue sich auf die bevorstehende Begegnung in Washington. Er dankte für die zugesagte rechtzeitige Unterrichtung über den Abschluß von SALT II.

Referat 014, Bd. 241

127

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Kekkonen

VS-vertraulich **8. Mai 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Kekkonen[2] am 8. Mai 1979, 11.40 bis 12.50 Uhr

Weitere Teilnehmer:

Auf finnischer Seite: Unterstaatssekretär Korhonen (Außenministerium), Botschafter Rytkönen, Gesandter Palosuo (Note-taker).

Auf deutscher Seite: Botschafter Simon, MD Dr. J. Ruhfus; und zwei Dolmetscher.

Begrüßung

Bundeskanzler äußerte mit herzlichen Worten seine Freude über den Besuch. In der Bundesrepublik gebe es große Sympathien für den Präsidenten und für Finnland. Zwischen dem Präsidenten und die Bundesregierung tragenden Parteien bestünden besonders herzliche Beziehungen.

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 9. Mai 1979 gefertigt und von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am folgenden Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter übermittelt. Dazu vermerkte er: „Der Bundeskanzler hat dem Vermerk noch nicht zugestimmt."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 10. Mai 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Orig[inal] BM als Eingang. 2) Ablichtungen: H[errn] StS Hermes, D 2 o[der] V[ertreter], RL 204. 3) H[errn] Arz/Lewalter z[ur] Kenntnis."
Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Arz von Straussenburg und Lewalter vorgelegen.

[2] Präsident Kekkonen hielt sich vom 7. bis 11. Mai 1979 in der Bundesrepublik auf.

Präsident *Kekkonen*: Er sei froh, daß sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Finnland so günstig entwickelt haben.

Abrüstung

Präsident Kekkonen fragte nach den Chancen für den Abschluß eines comprehensive test-ban (CTB). Ein CTB sei wichtig, um Vertrauen zu schaffen.[3]

Bundeskanzler: Die Bundesregierung sei keine nukleare Macht. Die Verhandlungen über CTB liefen zwischen den USA und Großbritannien auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite. Wir hätten über CTB keine engen Konsultationen mit unseren Verbündeten. Anders sei die Lage bei den Abrüstungsfragen, an denen wir unmittelbar interessiert sind.

Derzeit bestehe ein vorrangiges Interesse an dem Abschluß und an der Ratifikation von SALT II[4] in Washington und Moskau. Wir erhofften uns von SALT II positive Auswirkungen auf die Wiener Verhandlungen und auf die Vorbereitungen für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid[5]. Hinsichtlich der von Breschnew vorgeschlagenen Ost-West-Konferenzen über Verkehr, Energie und Umweltfragen[6] nähmen wir zu den beiden letzteren Konferenzen eine positive Haltung ein.

Bundeskanzler fügte vertraulich an, daß nach seiner Ansicht Sowjetunion und auch USA sich zuviel Zeit gelassen hätten, um SALT II abzuschließen.

Präsident *Kekkonen* stimmte zu. SALT II müsse schnell abgeschlossen werden. Er befürchte, daß zuviel Zeit mit Kleinigkeiten vertan worden sei.

Bundeskanzler: Im Frühjahr 1980 würden in USA Primaries beginnen.[7] Er sei nicht sicher, ob die zeitliche Bedrängnis in Moskau und auch in Washington mit genügender Schärfe gesehen würde.

Die Bundesregierung würde es begrüßen, wenn man sich möglichst frühzeitig darüber verständigen könnte, daß Teile der Madrider Konferenz auf Ministerebene stattfinden. Dies biete die Chance für substantiellere Diskussionen, da die Minister unter größerem Druck stünden, konkrete Ergebnisse mit nach Hause zu bringen. Vielleicht könne der Präsident seine Autorität in dieser Richtung geltend machen, wenn ihm dies nach dem Stand der Vorbereitungen angezeigt erscheine.

Er habe gestern Präsident Carter sagen lassen, daß er sich Anfang Juni bei seinem Besuch in USA in Reden für eine schnelle Ratifikation von SALT II aussprechen werde.[8] Diese Ratifikation liege im Interesse Europas und beson-

3 Zu den Verhandlungen über ein umfassendes Teststoppabkommen vgl. Dok. 121, Anm. 11.

4 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

5 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

6 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 9. Dezember 1975 vgl. Dok. 120, Anm. 13.

7 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

8 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Senator Muskie am 7. Mai 1979; Dok. 126.
Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.

ders auch im Interesse der Bundesrepublik. Er werde dabei vor der Öffentlichkeit nicht sagen, daß die Bundesrepublik mit einigen Punkten der angestrebten Regelung unzufrieden sei. Dies gelte für den Mittelstreckenbereich. Hier zeichne sich ein Übergewicht der Sowjetunion ab, das in den 80er Jahren noch stärker werde.

Bundeskanzler bat um die Einschätzung des Präsidenten der möglichen Auswirkungen eines Führungswechsel in Moskau.

Präsident *Kekkonen*: Die Antwort auf diese interessante Frage müsse spekulativ sein. Er habe mit sowjetischen Führungspersönlichkeiten wiederholt politische Fragen diskutiert. Er habe den Eindruck, daß die sowjetische Führung sich um gute und sachliche Lösungen in Madrid bemühen werde. Die Führung sehe auch, daß SALT II abgeschlossen werden müsse, ehe es weitere Fortschritte geben werde. Nach seiner persönlichen Überzeugung fürchte die Sowjetunion einen Nuklearkrieg ebenso wie andere Völker. Bei Diskussionen über internationale Fragen äußerten sich die Sowjetführer ausgeglichen und gleichgewichtig.

Bundeskanzler fragte: Bedeutet dies, alle sowjetischen Führer äußern sich gleichmäßig?

Präsident *Kekkonen*: In den großen Fragen bestehe Einmütigkeit. Dies schließe Abweichungen in kleineren Fragen nicht aus. Die grundlegende Einmütigkeit sei jedoch ermutigend und wichtig für die Erhaltung des Friedens. Dieses Bild habe er aufgrund seiner langjährigen Kenntnis der sowjetischen Politiker gewonnen.

MBFR

Bundeskanzler: 1978 habe es in Wien Fortschritte in zwei Bereichen gegeben. Einmal hätten Ost und West Übereinstimmung erreicht hinsichtlich des Prinzips der „ungefähren Parität". Ferner stimmten beide jetzt darin überein, daß innerhalb der paritätisch fixierten Obergrenzen die Soldaten im Reduzierungsraum kollektiv gezählt werden.

Zusätzlich zu diesen Punkten sehe er Chancen, daß man im Bereich der begleitenden Maßnahmen Fortschritte erzielen könne.

Ein wichtiges ungelöstes Problem sei die Datenfrage. Die westlichen Einschätzungen der WP-Truppen im Reduzierungsraum lägen etwa 150 000 Soldaten höher als die Angaben des Ostens. Auf dieser unsicheren Grundlage werde keine Einigung möglich sein. Außerdem würde eine parlamentarische Zustimmung nicht zu erreichen sein. Beide Seiten sollten sich gemeinsam bemühen, die Daten-Diskrepanz aufzuklären.

Schließlich wolle der Westen nicht, daß die Sowjetunion innerhalb der 700 000 Soldaten auf östlicher Seite ihren Anteil kräftig heraufsetze. Wir verstünden, daß auch die östliche Seite ein Interesse daran habe, daß der Anteil der Bundesrepublik nicht zu groß würde. Er habe hierzu einen Gedanken in der letzten Bundestagsdebatte zur Diskussion gestellt.[9]

Man könne sich eine Vereinbarung unter Einbeziehung von Waffen und Material vorstellen. Vielleicht werde es leichter sein, eine Einigung ohne Einschluß der Waffen zu erreichen.

[9] Vgl. dazu die sicherheitspolitische Debatte des Bundestags am 8./9. März 1979; Dok. 80.

Wenn SALT II im Sommer 1979 abgeschlossen wird, halte er in den folgenden sechs bis sieben Monaten deutliche Fortschritte bei MBFR für denkbar.

Bundeskanzler wies abschließend auf sein langes und großes persönliches Engagement für MBFR hin.

Präsident *Kekkonen*: Er hoffe, daß die Erwartung des Bundeskanzlers auf Fortschritte bei MBFR in den sechs bis sieben Monaten nach Abschluß von SALT II sich erfüllen werde.

Sicherheitslage Nordeuropas

Präsident Kekkonen: Über diese Frage sei viel geschrieben und geredet worden. Seine Regierung habe sich gefragt, was für Finnlands Unabhängigkeit wichtig und richtig ist. Sie habe daraufhin ihr Bestes getan und sei mit dem Ergebnis zufrieden. Die finnische Regierung sei dankbar für das Verständnis, das die Bundesregierung Finnland entgegenbringe. Dies komme auch in kleineren Fragen zum Ausdruck, z. B. bei der Haltung der Bundesregierung innerhalb der EG zum Plafonds für Papierprodukte.[10] Für Finnland sei wichtig, welches Bild sich das Ausland von Finnland mache. Sein Land wolle kein Mitleid. In den Gesprächen mit der Sowjetunion gehe es darum, daß die Sowjetunion das richtige Bild über Finnland gewinne und daß die Sowjetunion Finnland vertraue.

Bundeskanzler: Die Bundesrepublik glaube die finnische Politik gegenüber der Sowjetunion richtig zu verstehen. Soweit wir die finnische Politik begreifen, seien wir bereit, sie voll zu unterstützen. Die Bundesregierung sei zweimal in Diskussionen im Bundestag der Opposition entgegengetreten und habe sich an die Seite Finnlands gestellt. Er nehme an, daß der finnische Botschafter hierüber berichtet habe. Seine Erläuterung der finnischen Politik gegenüber der Bundesregierung sei nicht erforderlich.

Deutsch-finnischer Handel

Bundeskanzler: Er habe aus den Unterlagen gesehen, daß Finnland von den Beschlüssen der EG zu Stahl und Papier hart betroffen sei. Finnland könne davon ausgehen, daß sich die Bundesregierung innerhalb der EG bei Papier für Aufstockung des Plafonds und gegen die automatische Einführung von Drittlandszöllen einsetzen werde. Auch bei Stahl nehme die Bundesregierung gegenüber den Einschränkungen der EG eine kritische Haltung ein.

Wir träten aus eigenem Interesse und aufgrund fester Überzeugung gegen protektionistische Tendenzen ein.

10 Am 29. Juni 1978 legte Botschafter Simon, Helsinki, eine Bilanz des Handels zwischen der EG und Finnland vor: „Die EG ist der für den finnischen Außenhandel wichtigste Wirtschaftsraum; hierauf konzentrierten sich 36,3% der finnischen Exporte und 34,5% der Importe (1977) [...]. 1977 war wirtschaftlich und politisch insofern von besonderer Bedeutung, als am 1. Juli der Zollabbau für etwa zwei Drittel der vom Finnland-EG-Abkommen erfaßten Handelsvolumen vollendet worden ist. Ausdruck des von Finnland beachteten Parallelitätsprinzips ist es, daß zum gleichen Zeitpunkt auch die Restzölle gegenüber den osteuropäischen Staaten beseitigt worden sind. Von besonderer Wichtigkeit für Finnland ist die Papier- und Stahlpolitik der Europäischen Gemeinschaft. Sie war für Finnland nicht ohne Probleme – im letzten Jahr bei Papier (Anwendung des Drittlandzolles auf einen Plafonds), in diesem Jahr bei Stahl (Penetrationsmarge).“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 416; Referat 204, Bd. 115960.

Die Bundesregierung sei nicht glücklich über die Überschüsse im Handelsverkehr mit Finnland.[11] Man müsse mehr tun für Kooperation zwischen privaten Firmen und insbesondere auch für die Kooperation auf Drittmärkten. Der deutsch-finnische Regierungsausschuß, die Arbeitsgruppe zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die deutsch-finnische Handelskammer in Helsinki seien geeignete Institutionen, um die Handelsbeziehungen noch zu intensivieren.

Präsident *Kekkonen*: Finnland müsse seine besten Repräsentanten nach Deutschland schicken, um Geschäfte abzuschließen.

Bundeskanzler stimmte nachdrücklich zu.

Präsident *Kekkonen* berichtete über die wirtschaftliche Lage in Finnland.[12] Die Inflation werde abgebaut. Die Arbeitslosigkeit sei das große Problem des Landes. Ansätze für Arbeitslosigkeit habe es schon vor 1973 gegeben. Für den hohen Anstieg der Arbeitslosigkeit sei jedoch die Erhöhung der Ölpreise ein wichtiger Faktor.

Bundeskanzler fragt, ob die Arbeitslosigkeit zu Stimmenzuwachs für die Kommunisten führt.

Präsident *Kekkonen*: Die Kommunisten hätten in den letzten Wahlen fünf Sitze verloren.[13] Die Kommunisten in Finnland seien geteilt in zwei Gruppen; die kleinere Gruppe verfolge eine extreme Politik, die größere sei bereit zur Zusammenarbeit mit bürgerlichen Gruppen.

Bundeskanzler und Präsident *Kekkonen* vereinbarten, das Gespräch während des Essens fortzusetzen.

VS-Bd. 14077 (010)

11 Referat 204 vermerkte am 25. Januar 1979: „Zwischen Finnland und der Bundesrepublik Deutschland bestehen enge wirtschaftliche Beziehungen. Sie werden begünstigt durch das Freihandelsabkommen mit der EG von 1973. [...] 1977 nahm die Bundesrepublik Deutschland als Abnehmerland mit 10,1 % den vierten und als Lieferland mit 13,7 % den zweiten Platz in der finnischen Außenhandelsstatistik ein. (Die Zahlen für 1978 liegen noch nicht vor.) Sorgen bereitet das traditionelle finnische Handelsbilanzdefizit. Zu begrüßen ist daher die Entwicklung seit 1977, die bei etwa gleichbleibenden Einfuhren und sprunghaftem Anstieg der Exporte Finnlands zur Zeit praktisch zu einem Ausgleich geführt hat." Vgl. Referat 204, Bd. 115962.

12 Am 29. Juni 1979 resümierte Botschafter Simon, Helsinki: „1978 war die Lage der stark vom Außenhandel abhängigen Wirtschaft Finnlands unbefriedigend. Nach drei Stagnationsjahren hatte die Industrieproduktion zwar um 3,5 %, das Bruttosozialprodukt um etwa 2,5 % zugenommen, doch die Bemühungen um den Abbau der Arbeitslosigkeit waren erfolglos geblieben. Die Arbeitslosenquote ist 1978 gegenüber dem Vorjahr um weitere 1,4 % gestiegen und lag mit 7,5 % für ein nordisches Land außergewöhnlich hoch. Gute Leistungsbilanzergebnisse und die sich abzeichnende positive Entwicklung der Binnennachfrage lassen es jedoch als möglich erscheinen, daß sich im laufenden Jahr die Beschäftigungslage bessert." Vgl. den Schriftbericht Nr. 422; Referat 204, Bd. 115961.

13 In Finnland fanden am 18./19. März 1979 Parlamentswahlen statt. Botschafter Simon, Helsinki, teilte am 26. März 1979 mit, laut amtlichem Endergebnis seien 52 Mandate auf die Sozialdemokraten, 47 auf die Nationale Sammlungspartei, 36 auf das Zentrum, 35 auf die Volksdemokraten, 10 auf die Schwedische Volkspartei, 9 auf den Christlichen Verband, 7 auf die Landvolkpartei und 4 auf die Liberale Volkspartei entfallen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 42; Referat 204, Bd. 115960.
Am 26. Mai 1979 berichtete Simon, Helsinki: „Präsident Kekkonen ernannte am 26. Mai 1979 neue Mitte-Links-Regierung unter Ministerpräsident Mauno Koivisto, den bisherigen über die Parteigrenzen hinaus angesehenen Gouverneur der Bank von Finnland. Regierungskoalition gehören Sozialdemokraten, Zentrumspartei, Volksdemokraten (ohne radikalen Minderheitsflügel der KPFi) und Schwedische Volkspartei an." Vgl. den Drahtbericht Nr. 87; Referat 204, Bd. 115960.

128

Botschafter Oncken, Neu Delhi, an das Auswärtige Amt

114-1666/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 9. Mai 1979, 16.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 443 **Ankunft: 10. Mai 1979, 19.26 Uhr**

Betr.: Hiesiger sowjetischer Botschafter Julij M. Woronzow

Zur Information

I. 1) Am 7.5.1979 führte ich mit hier seit Jahresfrist tätigem Sowjetbotschafter Woronzow, mit dem ich gesellschaftliche Beziehungen unterhalte, in Gegenwart unserer Ehefrauen ein längeres Gespräch.

2) Folgendes verdient festgehalten zu werden:

a) Woronzow beurteilte die innenpolitische Situation Indiens als verfahren. Der Desintegration der Janata stehe die Schwächung des Kongreß-I aufgrund dortiger Auseinandersetzung über Sanjay Gandhi gegenüber, von dem sich Indira Gandhi – dies ihr großer Fehler – nicht zu trennen vermöge.

b) Er sei der Ansicht, daß die in Aussicht stehenden Verfahren vor „special courts" (wegen Emergency-Vergehen[2]) Frau Gandhi ins Gefängnis bringen würden. Die Janata scheine entschlossen, sich so der vom Kongreß-I drohenden Gefahr zu entledigen.

c) Es sei möglich, daß sich im Parlament eine dritte Kraft, zusammengesetzt aus gegen RSS und Jana Sangh angetretenen Janata-Kräften, Rumpf-Kongreß und Überläufern aus dem Kongreß-I, die im Spiel zu bleiben wünschten, zu einer arbeitsfähigen Parlamentsmehrheit zusammenfinden werde. Darauf angesprochen, ob diese Kombination wegen Schwächung des die China-Öffnung[3]

1 Hat Legationsrat I. Klasse Petersmann am 14. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher mit Hinweis auf Seite „2/3" verfügte. Vgl. dazu Anm. 8.
Hat Genscher am 15. Mai 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S[iehe] S[eite] 3." Vgl. dazu Anm. 11.
Hat Petersmann am 15. Mai 1979 erneut vorgelegen, der den Drahtbericht mit Bitte um Wiedervorlage in drei Wochen an Ministerialdirektor Blech weiterleitete und dazu handschriftlich vermerkte: „Original Herrn D 2 = BM erbittet Stellungnahme zu Ziff. II, 3 (S. 3)."
Hat Blech vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 201 „m[it] d[er] B[itte] u[m] Überprüfung" verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 21. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Kreusel verfügte.

2 Am 26. Juni 1975 verhängte Präsident Ahmed wegen der Bedrohung der Sicherheit in Indien „aufgrund innerer Unruhen" den Ausnahmezustand. Anlaß dafür war ein Gerichtsurteil gegen Ministerpräsidentin Gandhi, die am 12. Juni 1975 illegaler Praktiken während der Parlamentswahlen 1971 für schuldig befunden worden war und der das passive Wahlrecht für die Dauer von sechs Jahren aberkannt wurde. Der Ausnahmezustand ermöglichte der Regierung, die Rede- und Versammlungsfreiheit sowie andere Grundrechte außer Kraft zu setzen und die Pressefreiheit zu beschränken. Mehrere hundert Oppositionelle wurden verhaftet. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Jesser vom 4. Juli 1975; Referat 302, Bd. 101566.
In der Presse wurde berichtet, Präsident Jatti habe am 21. März 1977 unmittelbar nach den Wahlen zum indischen Parlament den Notstand aufgehoben. Vgl. dazu den Artikel „Indien bereitet sich nach 30 Jahren auf den Machtwechsel vor"; DIE WELT vom 22. März 1977, S. 1.

3 Zu den Beziehungen zwischen China und Indien vgl. Dok. 61.
Am 19. April 1979 stellte Botschafter Oncken, Neu Delhi, fest: „Zwei Monate nach chinesischem Angriff gegen Vietnam (17.2.) beginnt sich zunächst stark strapaziertes indisch-chinesisches Ver-

betreibenden Vajpayee (Jana Sangh) und des sich auf Jana Sangh stützenden Desai nicht im Interesse der sowjetischen Außenpolitik liege, hielt sich Woronzow zurück. Aus anschließender Bemerkung, daß er demnächst nach Moskau zur Vorbereitung Besuchs von Desai (ab 11.6.)[4] reisen werde – man werde diesem alle Aufmerksamkeit erweisen –, schließe ich immerhin, daß W. mit einem Machtwechsel in naher Zukunft nicht rechnet.

d) Langfristig wolle Indien eine Großmacht werden. Auch die Diskussionen nuklearer Fragen seien vor diesem Hintergrund zu werten. Man müsse jedenfalls damit rechnen, daß etwa um 2000 Indien eine Großmacht sein werde, trotz der sicher fortbestehenden inneren Probleme, die im Volumen die gleichen bleiben würden. Damit stelle sich auch die Frage, ob man Indien, wie auch Brasilien, auf Dauer einen Anspruch auf Ständigen Sitz im Sicherheitsrat verwehren könne. Woronzow stimmte zu, als ich ihn auf die dadurch zusätzlich komplizierte Veto-Problematik hinwies.

e) Einen gewissen Raum in seinen Darlegungen nahm die islamische Bewegung ein. Man müsse auch auf die Eigenart der sowjetischen Mohammedaner Rücksicht zu nehmen verstehen, dies auch im Hinblick auf Zunahme ihres Anteils an Gesamtbevölkerung.[5] Überhaupt ergäben sich aus dem Rückgang des russisch sprechenden Elements Probleme.

f) Im Zusammenhang mit Pakistan widersprach Woronzow nicht meiner Bemerkung, daß im Unterbewußtsein der Inder die Grenze ihrer Sicherheit nach wie vor mit derjenigen Britisch-Indiens zusammenfalle, d.h. am Khyberpass verlaufe; wenn man schon von indischen Großmachtvorstellungen spreche, müsse man auch diese Dimension im Auge haben.

g) Deutschlandfragen wurden am Rande behandelt. Woronzow erkundigte sich nach Gesundheitszustand von Bundeskanzler Schmidt, dann auch nach der Position des früheren Bundeskanzlers Brandt. Als ich erwähnte, daß bestimmte Kreise in Ostberlin und anderswo mit der Plazierung des Herrn Guillaume[6]

Fortsetzung Fußnote von Seite 579

hältnis wieder einzupendeln. Hierzu führte zuständiger Abteilungsleiter im indischen Außenministerium, Ranganathan, mir gegenüber am 18.4.79 aus: 1) Indische Regierung habe mit Befriedigung festgestellt, daß Chinesen davon abgesehen hätten, auf starke indische Reaktionen im Zusammenhang mit Grenzkrieg und Brüskierung Vajpayees zu reagieren. Inder hätten insbesondere Bemühen Pekings registriert, zwischen Vorgängen in Vietnam und zwischen indisch-chinesischen Kontakten zu trennen, die bei Peking-Besuch Vajpayees ‚modest results' (R. unterstrich Begriff ‚modest') erbracht hätten. [...] 2) Chinesische Botschaft in Delhi hätte ihrerseits Befriedigung über gemäßigte Tonart des von Vajpayee im Anschluß an Kossygin-Besuch (9.–15.3.) vor Parlament abgegebenen Berichts zu erkennen gegeben. Der Bericht sei von Chinesen als das verstanden worden, was er bezweckt habe: als indisches Bemühen, die Option für einen indisch-chinesischen Dialog offenzuhalten. 3) Die indische Regierung wiederum habe die gemäßigte (‚sober') Reaktion der Chinesen auf die reichlich weitgehenden Angriffe festgestellt, die der sowjetische Ministerpräsident Kossygin während seines Indienaufenthalts gegen die Chinesen losgelassen habe – Angriffe, die sich nicht im Einklang mit dem Kanon befunden hätten, der für Indien in bezug auf Verhalten von Ausländern in Drittländern gelte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 375; Referat 340, Bd. 110532.

4 Ministerpräsident Desai hielt sich vom 11. bis 13. Juni 1979 in der UdSSR auf.

5 Zu den Muslimen in der UdSSR vgl. Dok. 17, Anm. 6.

6 Am 24. April 1974 wurde der Referent im Bundeskanzleramt, Guillaume, unter dem Verdacht der geheimdienstlichen Tätigkeit für die DDR verhaftet. Vgl. dazu den Artikel „Mitarbeiter des Bundeskanzlers unter Spionageverdacht"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. April 1974, S. 1.
Der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf verurteilte am 15. Dezember 1975 den ehemaligen Referenten im Bundeskanzleramt, Guillaume, und seine Ehefrau wegen gemeinschaft-

dem anzustrebenden Vertrauensverhältnis Ost-West seinerzeit einen Bärendienst erwiesen hätten, bemerkte W., es habe bedauerlicherweise „untergeordnete" Organe gegeben, die nicht dem generellen Trend in den deutsch-sowjetischen Beziehungen Rechnung getragen hätten. Die eine Hand wisse mitunter nicht, was die andere tue.

h) Festzuhalten schließlich folgender mir bisher unbekannter Sachverhalt: Im Zusammenhang mit Erörterung konventioneller [und] nuklearer Rüstung bemerkte ich, daß konventionelle Waffen ähnliche Vernichtungseffekte haben könnten wie die nuklearen Waffen. Woronzow stimmte zu. Während des Ussuri-Konflikts mit China 1969[7] hätten sich Sowjets – um China Denkzettel zu verabreichen – veranlaßt gesehen, seit Weltkrieg II entwickelte konventionelle Flächenvernichtungsmittel einzusetzen. Die Chinesen seien nicht darauf gefaßt gewesen, innerhalb 15 Minuten zwei Regimenter zu verlieren (vollständige Vernichtung). Frau Woronzow warf bei dieser Stelle ein, Woronzow solle besser nicht von solchen Dingen reden.[8]

II. Von Bedeutung folgende Eindrücke:

1) Sowjets haben derzeit aufgehört, auf Frau Gandhi zu setzen. Nachdem sie vorübergehend nach Wahlsieg in Chikmagalur am 5.11.1978[9] „gepflegt" worden war (Einladung nach Moskau u. ä.), scheint hier Wandel eingetreten.

2) Wie auch aus Berichterstattung Botschaft Moskau anläßlich Kossygin-Besuchs in Indien hervorgeht, räumt die SU Indien einen besonderen Rang in ihrer außenpolitischen Planung ein.[10] Dabei werden Verselbständigungstendenzen indischer Haltung nicht ausgeschlossen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 580

lich begangenen Landesverrats zu 13 bzw. acht Jahren Gefängnis. Vgl. dazu den Artikel „Dreizehn Jahre Gefängnis für Guillaume. Das Gericht tadelt die Bonner Verantwortlichen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Dezember 1975, S. 1.

7 In der Nacht zum 2. März 1969 besetzten chinesische Truppen die im Grenzfluß Ussuri gelegene Insel Demjansk. Bei der Wiedereinnahme der Insel durch sowjetische Grenztruppen kam es zu Verlusten auf beiden Seiten. Vgl. dazu AAPD 1969, I, Dok. 96.

8 Dieser Absatz wurde von Legationsrat I. Klasse Petersmann hervorgehoben. Vgl. dazu Anm. 1.

9 Indira Gandhi konnte am 5. November 1978 bei einer Nachwahl im Wahlkreis Chikmagalur einen Sitz im indischen Parlament erringen. Vgl. JAHRBUCH INTERNATIONALE POLITIK UND WIRTSCHAFT 1979, S. 452.

10 Ministerpräsident Kossygin hielt sich vom 9. bis 15. März 1979 in Indien auf. Botschafter Wieck, Moskau, teilte dazu am 21. März 1979 mit: „Aus sowjetischer Sicht kann im Hinblick auf den von der Botschaft Delhi geschilderten Gesprächsverlauf der Besuch wohl nur als begrenzter Erfolg bewertet werden. Positiv schlägt zu Buche die Bekräftigung der in der Tat guten und spannungsfreien bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Die Freundschaft mit Indien ist die einzige relativ problemlose Beziehung der SU zu einer für sie selbst wichtigen Regionalmacht, und ihre kontinuierliche Pflege liegt im sowjetischen wie auch im indischen Interesse. [...] Sieht man jedoch von dem erneut bekräftigten Element der Kontinuität im Kossygin-Besuch ab, so stellt sich die viel aktuellere Frage nach dem Erfolg des kaum verhüllten sowjetischen Bestrebens, die politischen Begleitumstände des Besuchs dazu zu benutzen, Indien in eine antichinesische Front einzuspannen und so die Ansätze zu einer indisch-chinesischen Wiederannäherung zuzuschütten. Für diesen Zweck hätte der Termin des Besuches nicht günstiger ausgewählt werden können. Dennoch zeigten sich hier die Grenzen des sowjetischen Einflusses auf Indien: Die Regierung in Delhi hat sich ihre politische Handlungsfreiheit gegenüber China nicht einschränken lassen. Eine gemeinsame Verurteilung des chinesischen Vorgehens gegen Vietnam hat nicht stattgefunden. [...] Indien entzieht sich weiterhin der Anerkennung der neuen kambodschanischen Regierung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1033; Referat 213, Bd. 133140.

3) Bemerkungen Woronzows über sowjetischen Waffeneinsatz während Ussuri-Konflikts verdienen Nachprüfung.[11]

III. Zur Person Woronzows, der – wie auch seine Frau – einen gleichzeitig kultivierten und amerikanisierten und von dem Durchschnitt des sowjetischen Diplomaten abweichenden Eindruck macht, liegen dort Unterlagen vor, insbesondere auch zu seiner Tätigkeit als Leiter Sowjetdelegation bei Europäischer Sicherheitskonferenz Belgrad[12]. Wie ich von ihm erfuhr, ist ihm Deutschland vertraut. Sein Vater war in den Jahren 1939 bis 1941, d.h. bis zum Ausbruch des Krieges mit der SU, sowjetischer Marineattaché in Berlin. Er – so Woronzow – habe als Zwölfjähriger Berlin gut kennengelernt, habe im übrigen auch zahlreiche britische Bombenangriffe miterlebt.

[gez.] Oncken

VS-Bd. 10493 (201)

11 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]". Vgl. dazu Anm. 1.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann bewertete am 22. Juni 1979 die Ausführungen des sowjetischen Botschafters in Neu Delhi, Woronzow, über den Einsatz sowjetischer Flächenfeuerwaffen: „Es handelte sich aller Wahrscheinlichkeit nach um Einsatz des hinreichend bekannten, modernsten Typs des sowjetischen Mehrfachraketenwerfers BM 21 (‚Stalinorgel'). Den Angaben zufolge hatte seinerzeit eine Abteilung mit drei Batterien ca. 2,80 m lange Granaten oder Raketen abgefeuert. [...] Insgesamt könnten somit 18 dieser Raketenwerfer mit 720 Rohren zum Einsatz gekommen sein. Damit könnte unter günstigen Voraussetzungen (Gelände, Dislozierung der gegnerischen Truppen) eine Fläche von 900 x 900 m wirksam unter Feuer genommen werden. Ein sogenanntes Vernichtungsfeuer (75% Ausfall beim Gegner) hätte allerdings eine Feuerkonzentration auf eine Fläche von ca. 300 x 300 m bedingt. [...] Bei ungünstiger Konstellation auf chinesischer Seite und günstiger auf sowjetischer Seite erscheint unseren Fachleuten die Vernichtung zweier Regimenter allein durch den Einsatz von 18 Mehrfachraketenwerfern vom Typ BM 21 möglich. Wahrscheinlich ist im rekonstruierten Fall jedoch, daß die sowjetischen Werferbatterien durch konzentriertes rückwärtiges Artilleriefeuer (z.B. aus Panzerkanonen) unterstützt wurden. Dies entspräche den hier bekannten Grundsätzen der sowjetischen taktischen Doktrin für Durchbruchgefechte." Hofmann stellte abschließend fest: „Die Fachleute schließen aus, daß die Sowjetunion zum fraglichen Zeitpunkt eine Art ‚Wunderwaffe' besaß, die der westlichen Aufklärung verborgen geblieben ist." Vgl. VS-Bd. 10493 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

12 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 320 und Dok. 373, und AAPD 1978, I, Dok. 16, Dok. 24, Dok. 25, Dok. 60 und Dok. 88.

129

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bosch

422-411.10 FRA-267/79 VS-vertraulich **10. Mai 1979**[1]

Betr.: Deutsch-französische Rüstungskooperation
hier: Gespräch StS Hermes–S. Hort (MBB)

Bezug: Vorlage der Abteilung 4 vom 4.5.1979 – 422-411.10 FRA-259/79 VS-v[2]

StS Hermes empfing heute den Stellvertretenden Vorsitzenden der Geschäftsleitung von MBB, S. Hort, auf dessen Bitte zu einem Gespräch über Fragen der Rüstungskooperation mit F, insbesondere über die sich für MBB aus dem französischen Lizenzvertrag mit der VR China vom November 1978 über den Nachbau der „Hot" ergebende Problematik.[3]

1 Hat Staatssekretär Hermes am 11. Mai 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Runge am 14. Mai 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Pabsch n[ach] R[ückkehr]."
Hat Runge am 15. Mai 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BMVg Rü II 2 abgeholt am 15.5. Quittung liegt bei."

2 Ministerialdirektor Lautenschlager legte die Haltung der Bundesregierung zur Absicht der französischen Regierung dar, Panzerabwehrraketen des Typs „Hot" an die Volksrepublik China zu liefern: „Da ‚Hot' eine gemeinsame Entwicklung der deutschen Firma MBB und der französischen Firma SNIAS ist und Teile dafür von den beiden Firmen gefertigt werden, wirft dies die Frage der Beteiligung von MBB an diesem Geschäft auf. Der BSR hatte sich am 17.11.1978 mit der daraus ergebenden Problematik befaßt und folgenden Beschluß gefaßt: ‚1) Die Bundesregierung unterstreicht die restriktive Rüstungsexportpolitik auch gegenüber der VR China. Genehmigungen zur Ausfuhr von Kriegswaffen aus der Bundesrepublik Deutschland in die VR China werden nicht erteilt. 2) Dem französischen Kooperationspartner wird auf hoher politischer Ebene durch das AA mitgeteilt, daß die Bundesregierung Waffenlieferungen und Lizenzvergabe an die VR China grundsätzlich ablehnt, im Interesse der Koproduktion mit Frankreich von einem formellen Konsultationsersuchen jedoch Abstand nimmt. Die Bundesregierung behält sich vor, bei Veränderung der politischen Umstände auf die bestehende Konsultationsmöglichkeit zurückzukommen. 3) Gleichzeitig wird der Partner gebeten, darauf hinzuwirken, daß deutsche Staatsangehörige an der Anbahnung und Abwicklung dieser Geschäfte nicht beteiligt werden. 4) Das Bundesministerium der Verteidigung wird beauftragt, unter Hinweis auf die Genehmigungserfordernisse der Außenwirtschaftsverordnung weiter auf die deutschen Firmen in dem Sinne hinzuwirken, daß Zulieferungen von deutscher Seite nur nach Frankreich erfolgen und eine darüber hinausgehende deutsche Mitwirkung an dem genannten Vorhaben unterbleibt.'" Vgl. VS-Bd. 9520 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

3 Zur Frage französischer Rüstungslieferungen an die Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 12.
Am 18. Juni 1979 teilte Oberst i.G. Schoffer, Peking, mit, der französische Militärattaché Deschamps habe „folgenden bruchstückhaft in Peking schon bekannten Sachverhalt" bestätigt: „Anfang Mai habe fra[nzösische] Armee in Zusammenarbeit mit Euromissile auf Standortübungsplatz der 6. Panzerdivision in Nankou (40 km n[ord]w[estlich] Peking) Demonstrationsschießen mit ‚Hot'-Panzerabwehrraketen veranstaltet. Es seien Raketen vom Jeep, von fra. Schützenpanzer und von „Gazelle"-Hubschrauber auf Ziele zwischen 2000 und 4000 m abgefeuert worden. Von acht Raketen seien sieben ins Ziel gegangen. Eine sei technischer Versager gewesen. Als Zuschauer hätten Li Xiannian, zwei weitere Mitglieder des Politbüros, sieben von acht in Peking anwesenden St[ell]v[ertretenden] Gen[eral]St[abs]chefs sowie etwa 20000 Soldaten der V[olks]b[efreiungs]a[rmee] teilgenommen. Hubschrauber, Fahrzeuge, Gerät und Bedienungen seien mit drei zivilen Flugzeugen und einem militärischen (‚Transall' C 160) unter größter Geheimhaltung auf militärisch reserviertem Teil des Pekinger Hauptstadt-Flughafens an- und abtransportiert worden. [...] Dieses, von fra. Mil[itär]att[aché] als äußerst erfolgreich bezeichnete Demonstrationsschießen bilde Abschluß der technischen Verhandlungsphase. Kommerzielle Phase werde demnächst in Paris beginnen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 934; VS-Bd. 11191 (341); B 150, Aktenkopien 1979.

Herr Hort führte aus, daß die streng restriktive Fassung des BSR-Beschlusses vom 17.11.1978 („deutsche Zulieferungen für dieses französische Vorhaben nur nach F, keine darüber hinausgehende deutsche Mitwirkung") zunächst die Ausführung des Lizenzvertrages mit F in Frage gestellt habe (da gewisse wesentliche Teile des Waffensystems, so die Abschußanlage, nur von MBB in der Bundesrepublik hergestellt werden). Man habe sich daraufhin nach einigen Bedenken dazu entschlossen, französische Angestellte der SNIAS (Vertragspartner von MBB bei „Hot" und „Milan") bei MBB auszubilden, damit diese dann chinesische Techniker in China ausbilden könnten.

(Herr Hort bestätigte auf Anfrage, daß die Franzosen z. Zt. nicht in der Lage seien, „Hot" vollständig allein zu bauen; nach Errichtung einer entsprechenden Fertigungsanlage wäre dies theoretisch in ein bis zwei Jahren möglich; dies ist jedoch nicht vorgesehen.)

Herr Hort zeigte Herrn Staatssekretär einen Brief der Geschäftsleitung von MBB an StS Schnell (BMVg), in dem offenbar dieses Verfahren beschrieben wird; StS Hermes nahm den Brief zur Kenntnis und sagte Herrn Hort, daß er keine Bedenken dagegen habe. Herr Hort nahm das Schreiben wieder an sich.

Herr Hort brachte daraufhin zwei Bitten vor:

1) Die Bundesregierung möge F von der neuen, durch den BSR-Beschluß entstandenen Lage unterrichten.

StS Hermes erwiderte, dies sei bereits bei den Konsultationen am 19.12.1978 mit GS Soutou erfolgt.[4]

Herr Hort ließ dann durchblicken, daß die Ausbildung einer kleinen Anzahl von Chinesen durch MBB in der Bundesrepublik unvermeidbar sei; MD Ruhfus habe dies bei einem Gespräch mit ihm, Hort, am 30.3.1979 im Kanzleramt akzeptiert.

StS Hermes wies nachdrücklich darauf hin, daß der BSR-Beschluß vom 17.11.1978 dies keineswegs zulasse. Anhand des Protokolls des Kanzleramts über das Gespräch MD Ruhfus/Hort vom 2.4.79 konnte Herrn Hort nachgewiesen werden, daß MD Ruhfus eine Ausbildung chinesischer Techniker auf deutschem Boden nicht zugestanden hat.

StS Hermes betonte nachdrücklich, daß eine Mitwirkung deutscher Staatsangehöriger an dem französischen Projekt in China oder chinesischer Techniker in der Bundesrepublik nicht in Frage kommen könne, insbesondere, nachdem der Bundeskanzler Generalsekretär Breschnew ausdrücklich mitgeteilt habe, daß die Bundesrepublik keine Waffen an China liefern werde.[5]

Herr Hort erwiderte, möglicherweise habe er Herrn Ruhfus dann falsch verstanden, jedenfalls sei es unter diesen Umständen dann schwierig, das Gesamtprojekt durchzuführen; er müsse dann eine andere Lösung suchen.

2) Herr Hort fragte nach der Möglichkeit, China aus einer „gewissen C-Liste" herauszunehmen: die z. Zt. bestehende Regelung verbiete es, Fachleute nach

[4] Zum Gespräch des Staatssekretärs Hermes mit dem Generalsekretär des französischen Außenministerium, Soutou, vgl. AAPD 1978, II, Dok. 394.

[5] Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 14. Februar 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew; Dok. 40.

einer Tätigkeit in der VR China wieder im NATO-Bereich in sensiblen Bereichen einzusetzen (es geht offenbar um die Zusammenarbeit bei Satelliten). Da nicht geklärt werden konnte, welche Regelung Herr Hort meinte, riet StS Hermes, MBB solle dem AA oder BMWi deshalb schreiben.

Im übrigen beklagte Herr Hort die restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung[6], die die Zusammenarbeit mit anderen Bündnispartnern auf dem Rüstungssektor erschwere. StS Hermes wies darauf hin, daß eine Tendenz zur Auflockerung dieser Politik nicht erkennbar sei.

Herrn Staatssekretär mit der Bitte um Billigung.

Bosch

VS-Bd. 9520 (422)

130

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1672/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 10. Mai 1979, 22.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 558 **Ankunft: 10. Mai 1979, 22.29 Uhr**

Betr.: Ost-West-Konsultation im NATO-Rat am 9.5.
hier: Erörterung der Breschnew-Idee eines „Nichtangriffspakts"

Bezug: a) DB 548 vom 9.5.79 VS-v[2]
b) DB 557 vom 10.5.79[3]

Zur Unterrichtung

1) In Ost-West-Konsultation im NATO-Rat am 9.5. ist auf den von Breschnew in seiner Wahlrede vom 2. März 1979 geäußerten Gedanken einer Art „Nicht-

6 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 2, Anm. 15.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 14. Mai 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) H[errn] v[on] Nordenskjöld z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]. 2) H[errn] Hofmann n[ach] R[ückkehr] z. g. K. 3) H[errn] Ruppr[echt] n. R. z. g. K."
Hat Vortragendem Legationsrat von Nordenskjöld am 15. Mai 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 16. Mai 1979 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Rupprecht am 5. Juni 1979 vorgelegen.

2 Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete: „Zu Beginn der heutigen Ratssitzung anläßlich der Ost-West-Konsultationen gab US-Botschafter Bennett eine vorbereitete Erklärung zur bevorstehenden Unterzeichnung von SALT II ab." Bennett habe außerdem zu einem bevorstehenden Gipfeltreffen zwischen Präsident Carter und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, erklärt: „Die SU werde wohl, ihrer Mentalität entsprechend, eine Reihe von Vorschlägen zur Unterzeichnung weiterer Erklärungen unterbreiten, die man sehr sorgfältig und mit der gebotenen Zurückhaltung prüfen werde." Vgl. VS-Bd. 10648 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

3 Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), resümierte die Konsultationen zu Ost-West-Fragen im Ständigen NATO-Rat am 9. Mai 1979: „SU-Weltmachtbedeutung beruht – bei nachlassender politischer Attraktivität – immer ausschließlicher auf militärischer Stärke, die weiter zielstrebig ausgebaut wird. [...] Mit ihren zahlreichen Vorschlägen, Initiativen, Ideen im Abrüstungssektor verfolgt SU drei Ziele: Sie will durch propagandistische Dauerberieselung bei eigenen Partnern, bei Neutralen

angriffspakt“ [4] zwischen den 35 KSZE-Teilnehmern von mehreren Sprechern eingegangen worden. Es ist offensichtlich, daß die Bündnispartner einen solchen „Pakt“ nicht wünschen, daß Breschnews Äußerung sie aber vor eine Reihe von Problemen stellt, die sorgfältig zu untersuchen wären. Einig ist man sich darin, daß alle Anzeichen auf Weiterverfolgung dieses Gedankens durch SU und ihre Verbündeten bis zum Madrider KSZE-Folgetreffen[5] hindeuten. Wichtig erscheint:

- Kein Bündnispartner hat für eine Zurückweisung der Breschnew-Idee a limine plädiert.
- Nur USA sprachen sich vorläufig dafür aus, hierauf im Kommuniqué der NATO-Ministerkonferenz von Den Haag am 30./31.5. indirekt einzugehen.[6]

2) Im einzelnen wurde erklärt:

Kanada: Man müsse berücksichtigen, daß Breschnew seine Idee auf Hintergrund chinesischen Angriffs auf Vietnam[7] präsentiert habe, Idee habe von daher auch anti-chinesischen Aspekt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 585

und Ungebundenen und bei westlicher Öffentlichkeit Bild einer friedliebenden, verantwortungsbewußten SU schaffen und den Anschein von Initiative verbreiten. ‚Einlull-Effekt‘. Sie will dadurch von eigener Rüstungssteigerung, von militärischem Ungleichgewicht in Europa und von Menschenrechtsthema ablenken. Sie ist an Realisierung ihrer Vorschläge nur insoweit interessiert, als sie dadurch einseitige Vorteile für sich zu erreichen hofft. Dies erklärt, warum sowjetische Vorschläge vage, unspezifisch, ohne Verifikationsmechanismen, ohne Datenbasis, untereinander nicht koordiniert und damit eindeutig propagandistischer Natur sind. Französische Meinung, daß SU wie ein Handlungsreisender für jede Gelegenheit und jeden Bedarf ein Sortiment ‚billiger‘ und leicht modifizierbarer Abrüstungs- und Rüstungskontrollvorschläge bereithalte, fand Zustimmung.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133152.

4 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, erklärte am 2. März 1979 in Moskau: „Die Warschauer Vertragsstaaten haben 1976 den Vorschlag unterbreitet, daß die Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz die Verpflichtung übernehmen, nicht als erste gegeneinander Kernwaffen einzusetzen. Als Antwort darauf begann man im Westen zu behaupten, daß dies einen Krieg unter Einsatz konventioneller Waffenarten wahrscheinlicher machen würde. Nun, dann müssen wir eben eine Vereinbarung darüber treffen, sowohl Kern- als auch konventionelle Waffen nicht als erste anzuwenden. Es gilt also, eine Art Nichtangriffspakt zwischen den Teilnehmern der gesamteuropäischen Konferenz abzuschließen. Ich denke, das würde dem Geist von Helsinki durchaus entsprechen. In den letzten Jahren sind unsere Beziehungen zu vielen Ländern, die sich vom kolonialen oder halbkolonialen Joch befreit haben, noch enger geworden. Die Unterstützung des Kampfes der Völker für nationale Befreiung und sozialen Fortschritt ist ein Prinzip unserer Außenpolitik, das in der Verfassung der UdSSR verankert ist. Es wird konsequent in die Tat umgesetzt. Wir sind stolz auf die uneigennützige Hilfe, die die Sowjetunion und andere Länder der sozialistischen Gemeinschaft beispielsweise den Völkern Angolas und Äthiopiens in ihrem Kampf gegen Aggression und für das Recht, selbst über ihre Zukunft zu entscheiden, erwiesen haben. Die fortschrittlichen Umgestaltungen im revolutionären Afghanistan wecken bei den sowjetischen Menschen Gefühle der Solidarität und der aufrichtigen Sympathie.“ Vgl. BRESCHNEW, Wege, Bd. 7, S. 695 f.

5 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

6 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung in Den Haag vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 112–115. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 325–328.
Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 156 und Dok. 159.

7 Zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg vgl. Dok. 100, Anm. 7.

Westen brauche nicht zu defensiv zu reagieren. Elemente eines Nichtangriffspakts könnten durch Westen unter Berücksichtigung des Gewaltverbots in VN-Charta[8] weiterentwickelt werden. Daher: nicht unmittelbar zurückweisen, aber auch nicht zu ernst nehmen.

USA: „It is the preliminary US view that the communiqué should include a reference in general terms to the themes in the Brezhnev speech. While not responding directly, it could note Soviet interest and express the Alliance's view that arms control in Europe must deal with concrete issues. It could point out that progress on conventional imbalances, for example, would be an indication of willingness to deal with current arms control problems in Europe. The Allies should also consider coordinating positions on the Brezhnev proposals for bilateral exchanges with Eastern countries on CSCE before Madrid."

Frankreich: Breschnews Idee sei nicht neu, sondern beinhalte einen „Mix" schon lange bekannter Vorschläge, die alle vage und mehrdeutig seien. Zur Substanz: Frankreich halte an Notwendigkeit der Abschreckung fest.

Es würde überraschen, wenn SU auf mögliche spezifische Fragen des Westens detailliert antworten würde.

Italien: Bedarf eingehender Analyse.

Norwegen: Idee nicht von vornherein ablehnen, sondern eher als Aufforderung zu politischem Dialog auffassen. Hierzu könnte Westen entsprechende Signale geben. Sehr fraglich sei, ob dies schon im Haager Kommuniqué erfolgen sollte.

D 2[9]: Schlug eingehende Analyse vor. SU meine einen Vertrag über „Nichterstein-satz von nuklearen und konventionellen Waffen", dies mache die Sache für uns schwieriger (wir hatten am 25.4. in Politischem Ausschuß im KSZE-Kontext bereits ausführlich Stellung genommen, siehe DB 501 vom 26.4.[10]).

Großbritannien: Nicht sofort zurückweisen, da sehr informell in Wahlrede präsentiert. Idee hat allerdings hohen Propagandawert. SU muß zunächst detailliert erklären, was sie wirklich meint und will. Auf keinen Fall sollte im Haager Kommuniqué direkt auf Breschnews Idee eingegangen werden, bestenfalls käme vager und indirekter Hinweis im MBFR-Passus in Betracht.

Niederlande: Idee könnte sich als Bluff erweisen, wie andere östliche Vorschläge auch. In Substanz bringe Idee nichts Neues, es sei denn, man binde sie in konkrete Abrüstungsmaßnahmen ein.

8 Vgl. dazu Artikel 2 Ziffer 4 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 436 f.

9 Klaus Blech.

10 Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), berichtete, bei der Sitzung des Politischen Ausschusses der NATO auf Gesandtenebene am 25. April 1979 sei seitens der Bundesrepublik dargelegt worden: „Nichtangriffspakt sei keine vertrauensbildende Maßnahme. Es fehle zudem eine Konkretisierung dieser Breschnew-Idee, die noch kein ‚Vorschlag', sondern bisher nur Passage in einer Wahlrede ist. Bukarester Deklaration von 1976 und Breschnews Rede vom 2. März sind insoweit nicht vergleichbar. Daher sollte auch von seiten der NATO keine offizielle Reaktion erfolgen. Der Westen sollte weitere Äußerungen und Spezifizierungen des WP zu dieser Idee abwarten und die SU in eine Demandeur-Position bringen. Zu früh vorgebrachte westliche Gegenargumente bergen das Risiko, daß SU in Madrid echten, aber bereits modifizierten Vorschlag einbringt. Um zu verhindern, daß WP ‚militärische Entspannung' zum Hauptthema in Madrid zu machen versucht, empfiehlt sich Beibehaltung der drei Belgrader Arbeitsorgane: WP könnte dann dieses Thema nur in A[rbeits]o[rgan] eins diskutieren lassen." Vgl. Referat 201, Bd. 120126.

„We have to think twice", bevor man irgendeinen Bezug im Haager Kommuniqué erwäge.

Griechenland: „Pure propagande habile", die für Dritte Welt gedacht und gegen China gerichtet sei. Direkte Zurückweisung wäre taktischer Fehler. Es gehe darum, diesen „Vorschlag" zu konterkarieren und ihn gegebenenfalls so umzuformulieren, daß er für SU inakzeptabel werde, z.B. durch Frage nach „Breschnew-Doktrin"[11].

Belgien: Hat sorgfältige Analyse im Bündnis angeregt und sehr ausführliche Erläuterung gegeben. Fazit: B ist der Auffassung, daß schon mit Rücksicht auf öffentliche Meinung, aber auch im Hinblick auf KSZE-Schlußakte[12] und Reaktion der Neutralen und Ungebundenen keine direkte Zurückweisung durch die Allianz erfolgen kann.

Auszüge aus belgischer Stellungnahme folgen als Anlage.

[gez.] Pauls

Anlage

Pour leur part, les pays d'Europe occidentale pourraient difficilement expliquer à leur opinion publique un refus catégorique de développer les normes de l'acte final sur le non-recours à la force en leur donnant éventuellement un caractère juridique.

L'opinion dans les pays alliés comprend sûrement qu'un effort défensif suffisant pour maintenir l'équilibre militaire entre l'Est et l'Ouest reste indispensable, mais dans la mesure où l'on souhaite développer le processus de la détente. Elle risque d'autre part d'admettre moins aisément de nouvelles dépenses d'armement au cas où l'alliance paraîtrait adopter une attitude négative devant une proposition basée sur les normes d'Helsinki sur le non-recours à la force.

Une position essentiellement négative à l'égard du développement des engagements politiques sur le non-recours à la force figurant dans l'acte final de la C.S.C.E. aurait sans doute pour effet d'isoler les pays de l'O.T.A.N. à Madrid en 1980.

11 Am 3. Oktober 1968 erläuterte der sowjetische Außenminister Gromyko vor der UNO-Generalversammlung die sowjetische Auffassung von einem „sozialistischen Commonwealth": „Diese Gemeinschaft ist ein untrennbares Ganzes, das durch unzerstörbare Bande zusammengeschweißt ist, wie sie die Geschichte bisher nicht kannte. [...] Die Sowjetunion erachtet es für notwendig, auch von dieser Tribüne zu erklären, daß die sozialistischen Staaten keine Situation zulassen können und werden, in der die Lebensinteressen des Sozialismus verletzt und Übergriffe auf die Unantastbarkeit der Grenzen der sozialistischen Gemeinschaft und damit auf die Grundlagen des Weltfriedens vorgenommen werden." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 555–557.
Am 12. November 1968 griff der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, diese Thesen auf dem V. Parteitag der PVAP in Warschau auf („Breschnew-Doktrin"): „Und wenn die inneren und äußeren dem Sozialismus feindlichen Kräfte die Entwicklung irgendeines sozialistischen Landes auf die Restauration der kapitalistischen Ordnung zu lenken versuchen, wenn eine Gefahr für den Sozialismus in diesem Land, eine Gefahr für die Sicherheit der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft entsteht, ist das nicht nur ein Problem des Volkes des betreffenden Landes, sondern ein allgemeines Problem, um das sich alle sozialistischen Staaten kümmern müssen." Vgl. DzD V/2, S. 1478.

12 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Comme il a déjà été relevé, il y a lieu de croire que divers pays neutres et non-alignés seraient amenés à appuyer une initiative favorable à un tel développement. D'autre part, une attitude de refus occidental serait de nature à faciliter une campagne des pays de l'Est contre les tendances „agressives, militaristes et bellicistes" de l'alliance Atlantique. Elle pourrait, en outre, aider l'U.R.S.S. et ses alliés à défendre leur politique militaire et plus particulièrement l'extension du potentiel soviétique.

Il s'agit, pour les pays alliés, de renforcer dans l'opinion publique mondiale, la crédibilité de leur politique et l'impression de sa continuité.

VS-Bd. 10506 (201)

131

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington in London

VS-vertraulich **11. Mai 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem britischen Außenminister Lord Carrington am 11. Mai 1979 von 8.30 bis 10.15 Uhr im Hotel Carlton Tower, London[2]

Teilnehmer: AM Lord Carrington; Persönlicher Referent Lord Carringtons, Mr. Walden; Bundesminister; VLR I Weber; LR I Petersmann.

1) Einführend knüpft *BM* an die Gespräche des Vortages und an die Tischrede von Frau PM Thatcher an und würdigt dankbar das Bekenntnis der neuen Regierung[3] zu Europa und auch zu Berlin. Lord *Carrington* erwidert, es handele sich hier nicht nur um eine offizielle Position, sondern zugleich auch um die persönliche Überzeugung von Frau Thatcher. Es gebe in diesem Zusammenhang einen dritten Punkt, nämlich die Priorität der britischen Regierung für die Stärkung der westlichen Verteidigung, den er ebenfalls nochmals hervorheben möchte. *BM* äußert sich auch hierzu anerkennend.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Petersmann am 14. Mai 1979 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 15. Mai 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Herrn Staatssekretär persönlich vorzulegen. 2) Ministerbüro."
Hat Bundesminister Genscher am 15. Mai 1979 vorgelegen.
Hat Staatssekretär van Well am 16. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Ministerialdirektoren Blech, Meyer-Landrut und Hansen verfügte.

2 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 10./11. Mai 1979 in Großbritannien auf. Vgl. dazu auch Dok. 132.

3 Am 3. Mai 1979 fanden in Großbritannien Parlamentswahlen statt, aus denen die Conservative and Unionist Party als Siegerin hervorging. Die Bildung einer neuen Regierung erfolgte am 5. Mai 1979 durch Premierministerin Thatcher.

2) BM überbringt die Grüße des spanischen Außenministers Oreja, mit dem er am 9.5. in Madrid gesprochen hat.[4] AM Oreja habe ihm in einem Vier-Augen-Gespräch gesagt, daß er über die Frage Gibraltars[5] bei dem Treffen in Algier mit AM Owen einen sehr vertrauensvollen Dialog geführt habe. Daraus habe er, Oreja, ersehen, daß im VK durchaus Verständnis für die spanischen Belange zu finden sei. Spanien habe andererseits Verständnis für die britischen Probleme. Er hoffe langfristig auf eine Einigung, die beiden Ländern gerecht werde. AM Oreja habe den Wunsch geäußert, den mit AM Owen aufgenommenen Dialog mit dessen Nachfolger Lord Carrington fortsetzen zu können.

An dieser Stelle wolle er, BM, noch einen weiteren Punkt aus seinem Gespräch mit AM Oreja wiedergeben. Oreja wisse, daß man sich in der EG die Frage stelle, wie Spanien sich sein künftiges Verhältnis zu Israel vorstelle.[6] Die spanische Regierung sei entschlossen, noch vor dem spanischen Beitritt[7] diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Er, BM, habe den Eindruck, daß die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel kurz vor dem spanischen EG-Beitritt erfolgen werde.

Auf die Frage Lord *Carringtons*, warum AM Oreja dieser Frage in dem Gespräch mit BM große Bedeutung beigemessen habe, erwidert *BM*, Spanien glaube seinerseits, daß die EG dieses Problem für wichtig halte. Außerdem wolle AM Oreja, daß Israel die Vorstellungen der spanischen Regierung kenne, damit die spanische Regierung nicht zu früh mit Fragen konfrontiert werde, die dann eine befriedigende Lösung nur erschweren könnten.

AM Lord *Carrington* äußert die Auffassung, das Gibraltar-Problem müsse gelöst werden, und zwar schon im Hinblick auf Spaniens künftige Mitgliedschaft in der EG. An dieser Stelle frage er sich allerdings, ob nicht vielleicht eher an eine Lösung dieses Problems im Rahmen einer künftigen NATO-Mitgliedschaft Spaniens gedacht werden sollte, d.h. wenn die spanische Regierung sich entscheiden sollte, der NATO beizutreten.

BM erwidert, Oreja habe ihm zur Frage des NATO-Beitritts folgendes gesagt: Wenn allein die spanische Regierung zu entscheiden hätte, dann würde sie der

4 Bundesminister Genscher hielt sich am 9./10. Mai 1979 in Spanien auf. Der spanische Außenminister Oreja legte Genscher am 9. Mai 1979 in Madrid zu einem NATO-Beitritt Spaniens dar, „daß es die Absicht seiner Regierung sei, den geeigneten Zeitpunkt für eine parlamentarische Debatte abzuwarten und daß zum Beitritt eine größere Mehrheit als nur die Hälfte der Sitze (176) notwendig sei. Das Problem läge in der Haltung der Sozialisten, die für keine Annäherung an die NATO zu gewinnen seien. Hier wäre, so meinte Oreja, jede positive Einflußnahme seitens der SPD zu begrüßen." Hinsichtlich der diesbezüglichen Haltung der UdSSR stellte Oreja fest, „daß es ihn nicht wundern würde, wenn die Sowjetunion dann versuchen würde, Spanien von innen heraus zu destabilisieren. Eine kommunistische Infiltrierung, besonders des Baskenlandes, könnte gefährlich werden. Gerade auch aus diesem Grund sei ein breiter Konsens notwendig. Im übrigen legte Oreja Wert darauf klarzustellen, daß Spanien sich schon heute zum westlichen Bündnis gehörig betrachte und daß es seine pro-westliche Einstellung nicht in Zweifel ziehen lasse." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178805.

5 Botschafter Ruete, London, führte am 30. Januar 1979 zu dem britischen Territorium Gibraltar aus: „Die Gibraltarfrage wurde im vergangenen Jahr durch Expertengespräche und praktische Verbesserungen weiter entschärft. Obwohl es zu keiner grundsätzlichen Einigung kam, scheinen Großbritannien und Spanien entschlossen, ihre – inzwischen guten – bilateralen Beziehungen nicht durch Gibraltar trüben zu lassen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 472; Referat 204, Bd. 115965.

6 Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Spanien vgl. Dok. 116, Anm. 15 und 17.

7 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 56, Anm. 27.

NATO beitreten. Aber die spanische Regierung wolle eine große nationale Debatte, die die Nation spalten könne, vermeiden. Es gehe ihr eher darum, die Sozialisten zu überzeugen. Auf die Zwischenfrage von AM Lord *Carrington* nach den Zeitvorstellungen der spanischen Regierung erwidert *BM*, diese dürften sich wohl auf einen noch nicht fixierten Zeitpunkt in der Zukunft richten, der wohl kaum vor dem spanischen EG-Beitritt liegen würde. Derzeit stehe die spanische Regierung unter dem Eindruck der Fortschritte der Linken in den spanischen Kommunalwahlen.

3) Als nächsten Gesprächspunkt bittet BM britischen Außenminister um eine Erläuterung seiner Haltung zu Rhodesien. Lord *Carrington* äußert, die öffentliche Meinung in GB gehe weitgehend, und zwar quer über die Parteigrenzen hinweg, dahin, daß die Labour-Regierung die interne Lösung in Rhodesien nicht genug berücksichtigt habe. Auch wenn Smith in den vergangenen Jahren eine unakzeptable Politik betrieben habe, so dürfe man nicht übersehen, daß er nun eine vernünftigere Position bezogen habe. Der Stimmenanteil von 64% an den Wahlen dürfte nicht mißachtet werden.[8] Die interne Lösung könne deswegen nicht ignoriert werden. Ihm scheine es, daß die im konservativen Wahlmanifest aufgestellten sechs Prinzipien[9], d.h. sechs Voraussetzungen für die Anerkennung einer internen Lösung, erfüllt seien, und vor diesem Problem stünde man jetzt. Unter der Voraussetzung der Erfüllung der sechs Prinzipien hätte sich die Konservative Partei verpflichtet, Rhodesien in die Legalität zurückzuführen, ihm internationale Anerkennung zu verschaffen und die Sanktionen aufzuheben. Diese Verpflichtung bestehe jetzt für die Regierung, und die Regierung müsse einen Weg finden, wie die Verpflichtung eingelöst werden könne. Dies könne nur durch Überzeugung der Commonwealth-Partner GBs, ferner der USA und der europäischen Alliierten erreicht werden. Er werde am 20. und 21. Mai mit AM Vance sprechen.[10] Mit den Präsidenten der Common-

8 Zu den Parlamentswahlen vom 17. bis 21. April 1979 in Rhodesien vgl. Dok. 109, Anm. 6 und 11.

9 Gesandter Böcker, London, berichtete am 23. April 1979: „Konservative haben sich in bisherigen Erklärungen für Fall Regierungsübernahme in Rhodesienfrage alle Möglichkeiten aufgehalten. Wahlmanifest sagt zu Rhodesien: ‚The Conservative Party will aim to achieve a lasting settlement to the Rhodesia-Problem based on the democratic wishes of the people of the country. If the six principles, which all British governments have supported for the last 15 years, are fully satisfied following the present Rhodesian election, the next government will have the duty to return Rhodesia to a state of legality, move to lift sanctions, and do its utmost to ensure that the new independent state gains international recognition'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 955; Referat 320, Bd. 125205. Am 26. April 1979 übermittelte Botschafter Ruete, London, die sechs Bedingungen, die von allen britischen Regierungen seit 1961 für die Entlassung von Rhodesien in die Unabhängigkeit aufgestellt worden seien: „1) The principle and intention of unimpeded progress to majority rule, already enshrined in the 1961 constitution, would have to be maintained and guaranteed. 2) There would also have to be guarantees against retrogressive amendment to the constitution. 3) There would have to be immediate improvement in the political status of the African population. 4) There would have to be progress towards ending racial discrimination. 5) The British government would need to be satisfied that any basis proposed for independence was acceptable to the people of Rhodesia as a whole. 6) It would be necessary to ensure that, regardless of race, there was no oppression of majority by minority or of minority by majority." Vgl. den Drahtbericht Nr. 987; Referat 320, Bd. 125205.

10 Der amerikanische Außenminister Vance hielt sich vom 20. bis 24. Mai 1979 in Großbritannien auf. Am 24. Mai 1979 gab Botschafter Ruete, London, eine diesbezügliche Unterrichtung des britischen Außenministeriums wieder: „1) Von amerikanischer Seite habe man zugestimmt, daß neue Lage in Rhodesien vorliege, die neues Vorgehen erfordere. Auf amerikanischer Seite habe man allerdings befürchtet, daß GB Patriotische Front völlig außer acht lassen wolle. GB habe klargestellt, daß es z.Z. keine Möglichkeit ausschließen werde, die zu einer akzeptablen Lösung führen könnte. Auf amerikanischer wie britischer Seite sei man allerdings skeptisch hinsichtlich der Aussichten, zu ei-

wealth-Staaten werde man sich Anfang August auf der Commonwealth Conference in Lusaka treffen.[11] Eine erste Gelegenheit zur Erörterung dieser Frage mit den europäischen Partnern werde sich bereits am nächsten Tage in Frankreich (EPZ-Außenministertreffen in Cahors am 12./13.5.[12]) ergeben.

BM wirft ein, daß auch das Viereressen am 29. Mai[13] am Vorabend der NATO-Frühjahrskonferenz in Den Haag[14] die Möglichkeit zur weiteren Erörterung dieses Problems geben werde. Dieses Gremium habe im übrigen den Vorteil, daß es vier der fünf Teilnehmer der westlichen Namibia-Initiative[15] in sich vereine. BM erläuterte bei dieser Gelegenheit die Institution und Bedeutung der Vierertreffen, die sich wirklich sehr bewährt hätten, sei es im Zusammenhang mit der NATO, sei es bei Weltwirtschaftgipfeln und Sondergeneralversammlungen der Vereinten Nationen. Die Vierertreffen beschränkten sich nicht allein auf Deutschland- und Berlinfragen.

Auf die Frage Lord *Carringtons*, ob die anderen dies wüßten, meint *BM*, sie hätten eine „leise Ahnung", aber die Tatsache dieser Vierertreffen sei für die übrigen westlichen Staaten leichter zu verdauen, wenn diese Treffen ohne Publizität stattfänden.

Zurückkommend auf die Haltung der konservativen Regierung zu Rhodesien äußert Lord *Carrington*, nach seiner Auffassung wäre es für das VK nicht möglich, im Alleingang vorzupreschen, ohne einen ernsthaften Versuch zur Überzeugung seiner Partnerstaaten unternommen zu haben. Aber andererseits stehe die Regierung aufgrund des zu beachtenden Gesetzgebungsverfahrens unter Zeitzwang.

Auf die Frage von *BM* nach den sechs Prinzipien des konservativen Wahlmanifests nennt Lord *Carrington* vor allem die Einführung der Mehrheitsherrschaft, ausreichende Sicherheiten für die Minderheit, die Abschaffung der Rassendiskriminierung und insbesondere den mit dem Wahlausgang nunmehr erbrachten „test of acceptability by the Rhodesian people". Auf die Frage von *BM*, ob die unterschiedliche Gewichtung weißer und schwarzer Stimmen für die konservative Position von Bedeutung sei, erwiderte Lord *Carrington*, nach seiner persönlichen Auffassung müsse er auf die Frage, ob die neue Verfassung eine gute Verfassung sei, mit „nein" antworten. Aber Bischof Muzorewa selbst habe sich dafür ausgesprochen, diese Verfassung anzunehmen. Er, Lord Carrington, hätte gehofft, daß es Bischof Muzorewa gelungen wäre, die Verfassung zu ver-

Fortsetzung Fußnote von Seite 591

ner international akzeptablen Lösung zu gelangen. 2) Vance habe jetzigen Plänen massiver britischer Konsultationen [...] zugestimmt. Außerdem seien USA damit einverstanden, daß enger Kontakt zu Muzorewa hergestellt werde, um bessere Informationen zu erhalten und mehr Einfluß auf politische Entwicklung ausüben zu können. Insbesondere denke man daran, auf Änderungen der Verfassung, faktische Beendigung der Rassendiskriminierung und zunehmende Afrikanisierung hinzuwirken. Muzorewa habe bisher nicht die Absicht, Fortschritte in dieser Richtung zu erreichen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1201; Referat 320, Bd. 125203.

11 Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten fand vom 1. bis 7. August 1979 in Lusaka statt.

12 Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 137.

13 Vgl. Dok. 154.

14 Zur NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 156 und 159.

15 Zum Vorschlag von fünf Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats, der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA, vom 10. April 1978 für eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 28, Anm. 7.

bessern. Von entscheidender Bedeutung sei aber, daß man es hier nicht nur mit dem Anschein, sondern mit der Realität einer schwarzen Regierung zu tun habe.

BM wirft ein, daß die Frage nach den „freien Wahlen" in der Tat problematisch sei, da es in vielen Teilen der Welt in Wirklichkeit keine richtigen freien Wahlen gebe. BM bekundet Interesse an der noch nicht abgeschlossenen Beurteilung dieser Frage durch die britische Regierung, wie auch der Frage, ob die Rassendiskriminierung in Rhodesien bereits überwunden ist.

BM äußert sodann als seine grundsätzliche Auffassung, daß die Haltung der Frontstaaten[16] bei jedem Schritt nachhaltig berücksichtigt werden müsse. Die Frontstaaten hätten sich auch in der Namibia-Frage bisher sehr konstruktiv verhalten. Sie verstünden es insbesondere, ihre eigenen Interessen überzeugend zu definieren. Die Frontstaaten wollten nicht, daß das Rhodesien-Problem – wie auch das Namibia-Problem – im Wege einer militärischen Auseinandersetzung gelöst würde. Sie wüßten, daß sie keine Ruhe im eigenen Land haben würden, bevor eine friedliche Lösung erzielt werde. Ebenso wüßten sie, daß bei einer Fortsetzung der gewaltsamen Auseinandersetzung Interventionschancen für die SU entstehen würden. Er, BM, glaube, daß sogar Angola an einer möglichst raschen Lösung der Dinge interessiert sei, um auf diese Weise den Vorwand für die fortgesetzte Anwesenheit der Kubaner[17] in der Region zu beseitigen.

Wenn man diese Einstellung der Frontstaatenführer – insbesondere Nyerere und Kaunda – richtig erkenne, so ergebe sich daraus für uns die Konsequenz, daß der Westen seine Entscheidung nur im engen Zusammenwirken mit ihnen treffen sollte.

AM Lord *Carrington* stimmt den Ausführungen von BM zu, zugleich äußert er die Ansicht, daß den Frontstaatenpräsidenten[18] aber nicht das Recht eingeräumt werden dürfe, jetzt – nachdem Wahlen stattgefunden hätten – eine Lösung für Rhodesien zu diktieren. Auf keinen Fall dürfte den Frontstaaten ein Vetorecht zuerkannt werden, wenn auch das, was die Frontstaaten zu sagen hätten, von großer Bedeutung sei.

BM stimmt zu, daß es niemals gut sei, sich dem Veto eines anderen zu unterwerfen. Er sei aber befriedigt darüber, daß die britische Regierung die Absicht habe, die Haltung der Frontstaaten in Betracht zu ziehen. AM Lord *Carrington* entgegnet, man wolle die Haltung der Frontstaaten in der Tat in Betracht ziehen und den Versuch unternehmen, sie davon zu überzeugen, daß die Wahlen in Rhodesien zu einer Veränderung der Situation geführt haben. Die Frontstaaten, insbesondere Angola und Sambia, seien in großen Schwierigkeiten, da sie von Rhodesien und Südafrika wirtschaftlich stark abhingen und mit ihnen Handel treiben müßten. Die Frontstaaten dürften sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß die Situation sich geändert habe. Auch die westlichen Länder dürften die durchgeführten Wahlen nicht ignorieren.

16 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia und Tansania.

17 Zur Beteiligung kubanischer Truppen am angolanischen Bürgerkrieg vgl. Dok. 11, Anm. 13.

18 Kenneth David Kaunda (Sambia), Seretse Khama (Botsuana), Samora Moïsés Machel (Mosambik), António Agostinho Neto (Angola), Julius Kambarage Nyerere (Tansania).

Auf die Frage des *BM* nach der öffentlichen Meinung zum Problem der Sanktionen[19] erwiderte AM Lord *Carrington*, insgesamt gesehen sei die öffentliche Meinung trotz der abweichenden Haltung einzelner Gruppen für die Aufhebung der Sanktionen. Dies müsse die Regierung berücksichtigen. Auf die Frage von *BM*, ob mit der Aufhebung der Sanktionen vor der Commonwealth Conference in Lusaka Anfang August zu rechnen sei, antwortet Lord *Carrington*: Im Idealfall nein. Diese Frage hänge aber auch von den Reaktionen der EG-Partner, der USA und der Commonwealth-Partner ab. Hierzu bemerkt *BM*, die Reaktion der Commonwealth-Partner werde die britische Regierung wohl erst in Lusaka erfahren, welches hierfür nicht eben ein günstiger Ort sei. AM Lord *Carrington* erwidert, man könne sich noch ungünstigere Bedingungen vorstellen. An der Entschlossenheit der britischen konservativen Regierung zur Durchführung der als richtig erkannten Maßnahmen solle nicht gezweifelt werden. Es müsse auch der moralische Aspekt berücksichtigt werden, wenn in den letzten Jahren so viel von Menschenrechten geredet würde. In Rhodesien hätten nun einmal Wahlen stattgefunden, und es habe sich eine Neigung verbreitet, mit zweierlei Maß (double standard) zu messen. *BM* stimmt zu, daß oftmals die einen nur Menschenrechtsverletzungen in Chile, nicht aber beispielsweise in Moskau oder Teheran sehen wollten, während andere nur immer von Menschenrechtsverletzungen in Moskau oder Teheran sprächen, nicht aber von Uganda. Man müsse sich in der Tat bemühen, einen einheitlichen Maßstab anzulegen.

4) Zum Thema der Namibia-Initiative äußert Lord *Carrington*, nach seinen Informationen hätten sich selbst südafrikanische Liberale, d.h. Mitglieder der Opposition, von der Art der westlichen Verhandlungsführung befremdet gezeigt, weil jede südafrikanische Konzession nach kurzer Zeit mit einer zusätzlichen Forderung des Westens bzw. der UNO quittiert worden sei. Sie fühlten sich vom Westen im Stich gelassen. Was könne man dann aber erst von den Nationalisten in der Regierungspartei erwarten? Zur Frage des Zeitpunkts von Wahlen in Namibia könne er Dirk Mudge verstehen und habe eine gewisse Sympathie für ihn, weil es richtig sei, daß die Zeit zugunsten SWAPO spiele.[20] Die Unterstützung für die DTA bröckle langsam ab, während SWAPO zunehmend stärker würde.

19 Zu den Sanktionen des UNO-Sicherheitsrats gegen Rhodesien vgl. Dok. 56, Anm. 8.

20 Auf Veranlassung der südafrikanischen Regierung fanden vom 4. bis 8. Dezember 1978 in Namibia Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung statt. Vgl. dazu Dok. 28, Anm. 13.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Kremer vermerkte am 2. April 1979, im Gespräch mit Staatssekretär Hermes habe der Vorsitzende der Demokratischen Turnhallenallianz, Mudge, am 29. März 1979 dargelegt: „Die DTA wolle eine friedliche Lösung und sei daher für freie Wahlen. Man wisse, was dem Land bevorstehe, wenn keine friedliche Lösung zustande komme. Der leichteste und sicherste Weg, SWAPO zu schlagen, seien faire und freie Wahlen. Wenn die DTA aber heute trotz der offenen Fragen und Unklarheiten Wahlen zustimme, dann seien mit Sicherheit anschließend Streit und unübersehbare Auseinandersetzungen zu erwarten. SWAPO werde auch dabei auf Verzögerung der Wahlen zielen, da SWAPO nach wie vor nicht an freien Wahlen interessiert sei. [...] Mudge unterstrich, er befürchte, daß in der Zeit zwischen dem Waffenstillstand und dem Eintreffen von UNTAG SWAPO eine gewaltige Machtdemonstration veranstalten werde. Dieses werde mit Sicherheit außergewöhnlichen Einfluß auf die Haltung der Bevölkerung haben. Wenn z.B. ein SWAPO-Lager in der Nähe von Usakos eingerichtet werde, dann würde sich eine große Kolonne von SWAPO-Anhängern aus dem Norden quer durch das ganze Land in dieses Lager begeben. Das würde mit Sicherheit die gesamte Situation im Lande grundlegend ändern." Vgl. Referat 320, Bd. 125272.

Südafrika sei der Auffassung, daß es von der konservativen Regierung mehr Sympathie erwarten könne als von der Labour-Regierung. Dies sei eine Trumpfkarte der neuen Regierung, die ihr zusätzlichen Einfluß bei der südafrikanischen Regierung verschaffen könne. Die konservative Regierung wolle dies ausnutzen. Die Namibia-Initiative im Rahmen der UNO müsse weitergehen, weil anderenfalls sehr negative Konsequenzen zu erwarten seien. Die neue konservative Regierung habe bereits einen entsprechenden Entschluß gefaßt.

BM äußert, er wolle an dieser Stelle seine Auffassung einmal grundsätzlich darlegen: Für Rhodesien und Namibia müsse eine Lösung gefunden werden, die zum Abbau der Guerilla-Tätigkeit in dieser Region entscheidend beitragen werde. Andernfalls drohten die Frontstaaten zu Bereithaltungsräumen für Guerilla-Truppen zu werden, die von der SU gestützt würden. Die Wirkung eines solchen Zustandes auf die Gastländer sei vorauszusehen und zeige sich heute in verschiedenen Ländern des Mittleren Ostens, wo eine ähnliche Lage bestehe. Aus dieser Einschätzung der Situation habe sich die Bundesregierung im Rahmen der Fünfer-Initiative der Vereinten Nationen hart eingesetzt. Die Fünfer-Initiative sei aber immer wieder durch den Umstand belastet worden, daß die südafrikanische Regierung Veränderungen zu ihren Gunsten in den westlichen Ländern erhofft habe, z. B. Regierungswechsel im VK und in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb begrüße er es, daß die britische Regierung ihre Position zu Namibia in der geschehenen Weise definiert habe. Er habe hiervon mit Dankbarkeit Kenntnis genommen.

BM berichtet anschließend über seine persönlichen Eindrücke von Begegnungen mit dem südafrikanischen Außenminister[21] und Premierminister[22]. Obwohl AM Botha mitunter zu theatralischen Gebärden neige, sei er im Grunde ein politischer, weltoffener Mann, der Südafrika aus seiner weltweiten Isolierung herauszuführen wünsche. Der Premierminister verfolge dagegen eine härtere Linie. Lord *Carrington* stimmt dieser Beurteilung zu und teilt mit, AM Pik Botha habe ihm gesagt, er wolle alles tun, um die Möglichkeit für eine einvernehmliche Namibia-Lösung offenzuhalten. Die Haltung des südafrikanischen Premierministers resultiere dagegen aus dessen Überzeugung, daß Südafrika nördlich seiner Grenzen verteidigt werden müsse.[23]

21 Bundesminister Genscher führte am 13. August 1977 in Frankfurt am Main ein Gespräch mit dem südafrikanischen Außenminister Botha. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 216.
Genscher sowie die Außenminister de Guiringaud (Frankreich), Jamieson (Kanada), Owen (Großbritannien) und Vance (USA) trafen am 11./12. Februar 1978 in New York mit Botha und dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, zusammen. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 40 und Dok. 45.

22 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher trafen am 25. Juni 1976 mit Ministerpräsident Vorster zusammen. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 206.
Am 28. September 1978 wurde der bisherige südafrikanische Verteidigungsminister Botha zum Ministerpräsidenten ernannt.

23 Botschafter Eick, Pretoria, berichtete am 5. April 1979, im Verteidigungsweißbuch der südafrikanischen Regierung werde zu Namibia festgestellt: „Die Verteidigung Südwestafrikas habe in der abgelaufenen Periode weiter die erste Aufgabe der s[üd]a[frikanischen] Streitkräfte dargestellt. Der Erfolg der dortigen Wahlen im Dezember 1978 sei ein Beweis des guten Vertrauensverhältnisses zwischen der sa. Armee und der dortigen Bevölkerung. Damit habe den Einschüchterungskampagnen der SWAPO erfolgreich begegnet werden können. Die sa. Armee sei derzeit stark mit der Planung und Entwicklung einer Streitkraft für das künftige S[üd]w[est]a[frika]/Namibia befaßt, alle Bevölkerungsgruppen besuchten derzeit Führungskurse und die Verselbständigung des SWA-Oberkommandos von der sa. Armee in Bezug auf Finanzierung, Einsatzplanung und Entwicklung weise bereits gute Fortschritte auf." Vgl. den Schriftbericht Nr. 403; Referat 320, Bd. 125272.

BM betont, daß die Lösungen der Probleme Rhodesiens und Namibias im Zusammenhang gesehen werden müssen. Durch eine friedliche Lösung der Namibia-Frage würde eine einvernehmliche Regelung des Rhodesien-Problems erleichtert werden und umgekehrt. Was Namibia betreffe, so sollten die von dem südafrikanischen VN-Vertreter Eksteen gegenüber der Kontakt-Gruppe in New York abgegebenen Äußerungen erhärtet werden, wonach die südafrikanische Regierung doch noch zur Annahme des Waldheim-Plans bereit sei, sofern von der Errichtung von SWAPO-Lagern in Namibia abgesehen werden würde.[24] Wenn diese Äußerungen Eksteens wirklich die Haltung der südafrikanischen Regierung wiedergäben, so wolle er, BM, nicht ganz ausschließen, daß die Frontstaaten doch noch von der Annahme dieser Lösung überzeugt werden könnten. Im übrigen wolle er in diesem Zusammenhang auch nochmals der vorher geäußerten Einschätzung Lord Carringtons zustimmen, daß eine weitere Hinausschiebung von Wahlen in Namibia vor allem der SWAPO nutze, die bislang noch nicht über eine Mehrheit verfüge. Deswegen sollten die Wahlen bald stattfinden.

Lord *Carrington* erwidert, die Dinge in Südafrika sollten in der Tat ein wenig vorangetrieben werden („indeed we should be in a position to push matters a little bit in South Africa"). In Namibia empfinde er eine gewisse Sympathie für Dirk Mudge, dessen Position sich aus einem zunehmenden Verlust an Unterstützung („erosion of support") erkläre. Betreffend Rhodesien wolle er die Frage des BM, ob die konservative Regierung auch ohne Zustimmung der Frontstaaten ihre Vorstellungen verwirklichen werde, nochmals bejahen. Entscheidend sei, daß 64% in Rhodesien für den Frieden gewählt hätten. Abgesehen von Bischof Muzorewa gehe es denjenigen, die das Wahlergebnis in Frage stellten, in erster Linie darum, selbst an die Spitze zu gelangen. Er wolle ganz klar sagen, daß die konservative Regierung überhaupt keine Möglichkeit haben würde, im Herbst eine Mehrheit für die Erneuerung der Sanktionen zustande zu bringen. In Großbritannien sei es so, daß die Sanktionen jährlich vom Parlament erneuert werden müßten. Bereits im letzten Jahr hätte die Hälfte der

[24] Zum Bericht des UNO-Generalsekretärs Waldheim vom 26. Februar 1979 über die Namibia-Frage vgl. Dok. 92, Anm. 8.
Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), resümierte am 3. Mai 1979 ein Gespräch mit dem südafrikanischen UNO-Botschafter: „Eksteen versicherte mehrfach, die südafrikanische Antwort auf Waldheims Vorschläge verzögere sich nur, weil die internen Parteien sich in ihrer Reaktion auf den Waldheim-Bericht vom 26.2. nicht einig seien. [...] Im Grunde sei die VN-Absicht, Lager für bewaffnete SWAPO-Guerillas innerhalb Namibias zu schaffen, das einzige wesentliche Problem für Südafrika. [...] Könnte ein Verzicht auf diese SWAPO-Lager in Namibia erreicht werden, so stünde dem Inkrafttreten des Waffenstillstandes und dem Start von UNTAG nichts mehr im Wege." Vgl. den Drahtbericht Nr. 833; Referat 320, Bd. 125273.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Kremer informierte am 10. Mai 1979 über die Schreiben des südafrikanischen Außenministers Botha vom 7. Mai 1979 an die Außenminister Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Jamieson (Kanada) und Vance (USA): „Die Ablehnung wesentlicher Punkte des Waldheim-Berichts vom 26.2.1979 ist bisher nur in den Briefen von AM Botha an die Außenminister der Fünf zum Ausdruck gekommen. Die Tatsache, daß AM Botha von dieser Ablehnung nicht den VN-GS in gleicher Weise unterrichtet hat, scheint zwar einerseits darauf hinzudeuten, daß Südafrika den Fünf als Vermittlern den ‚schwarzen Peter' zuschieben will, das Scheitern der Namibia-Initiative öffentlich zuzugeben. Andererseits ergibt sich daraus und aus Ziffer 7 der Botha-Briefe, in der Südafrika die Fünf auffordert, die Voraussetzung zur Durchführung des westlichen Namibia-Plans zu schaffen, eine gewisse Vorläufigkeit der südafrikanischen Position." Vgl. den Drahterlaß Nr. 2315 an die Ständige Vertretung bei der UNO in New York und die Botschaft in Pretoria; Referat 320, Bd. 125273.

konservativen Abgeordneten gegen den Rat der Parteiführung gewählt. Die künftige Haltung der konservativen Regierung sei deswegen bereits durch die in der Partei vorherrschende Meinung klar vorgezeichnet.

5) Als nächstes Thema werden Fragen der Sicherheit und Rüstungskontrolle besprochen.

BM stellt fest, daß die Bundesregierung sich während der SALT-II-Verhandlungen aktiv dafür eingesetzt hat, daß die europäischen Interessen gewahrt werden. Dies sei gelungen. Trotz dieser oder jener Einschränkung seien wir im Ergebnis an der Ratifizierung des SALT-II-Vertrages[25] interessiert.

Danach gelte es, die Augen auf SALT III zu richten. SALT III werde auch die Grauzonen-Probleme betreffen. Deswegen müßten bei den SALT-III-Verhandlungen die europäischen Interessen noch stärker zum Tragen gebracht werden.

BM fährt fort, im Zusammenhang mit dem Abschluß des SALT-II-Vertrages müsse er die Wiener MBFR-Verhandlungen erwähnen, denen er außerordentliche Bedeutung beimesse. Man müsse klar erkennen, daß in diesen Verhandlungen eigentliche Abrüstungsmaßnahmen im engeren Sinne nur den im Reduzierungsraum gelegenen Teilnehmern auferlegt werden sollten. Praktisch gesehen verfolge die Sowjetunion ohne Zweifel das Ziel, der für das westliche Bündnis aufgrund ihrer geographischen Lage und zahlenmäßig wichtigsten konventionellen Armee, also der Bundeswehr, einen Sonderstatus aufzuerlegen. Dies zu vermeiden, müsse Sorge des ganzen Bündnisses sein. Deswegen mäßen wir dem Prinzip der Kollektivität die allergrößte Bedeutung bei. Nicht weniger wichtig sei daneben natürlich auch die Verwirklichung des Prinzips der Parität, worüber inzwischen in Wien unter dem Gesichtspunkt der Datendiskussion verhandelt werde. An diesen beiden Prinzipien müsse in Wien eisern festgehalten werden. Dazu bedürfe es großer Ausdauer und großen Beharrungsvermögens.

Es gebe im Westen und selbst in der Bundesrepublik Deutschland Leute, die stets neue Ideen in die Verhandlungen einbringen wollten. Für die Sowjetunion könnte aber kein größerer Anreiz für ein unnachgiebiges Verhalten vorgestellt werden als solche Stimmen im westlichen Lager. Deswegen sei es von größter Wichtigkeit, daß alle westlichen Teilnehmer die gemeinsam im Rahmen des Bündnisses erarbeiteten Positionen beachteten. Bekanntlich hätte die amerikanische Regierung die Absicht, im Zusammenhang mit dem SALT-Vertrag auch MBFR anzusprechen. Hierzu werde es vorher noch der Abstimmung mit den USA bedürfen. Er wolle im übrigen in diesem Zusammenhang auch nicht die französischen Vorbehalte gegenüber den MBFR-Verhandlungen unerwähnt lassen.

Lord *Carrington* erwidert, daß er der Beurteilung von BM voll zustimme und sich selbst bereits auf ähnlicher Linie geäußert habe. Lord Carrington stellt die Frage, ob BM das Ergebnis der SALT-II-Verhandlungen für angemessen und ausgewogen hält, was von *BM* bejaht wird. Lord *Carrington* weist darauf hin, daß diese Frage in den USA umstritten sei. Er selbst sei der Auffassung, der Vertrag gebe den USA einen ausreichenden Rahmen dazu, ihre Position zu wahren, wenn sie den Willen dazu hätten.

25 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

Lord Carrington stellt BM dann die Frage, ob er glaube, daß es sich bei SALT III erneut um bilaterale Verhandlungen handeln werde. *BM* antwortet, die USA und die Sowjetunion wollten sich offenbar eine gewisse Exklusivität erhalten, aber das europäische Interesse am SALT-Prozeß werde andererseits mehr und mehr erkannt. Im übrigen befänden sich die europäischen Staaten wohl in einer unterschiedlichen Position, je nachdem, ob sie Nuklear-Staaten oder Nicht-Nuklear-Staaten seien. Lord *Carrington* erwidert darauf: Ihre Positionen sind verschieden, aber die Interessen sind identisch.

BM setzt das Gespräch fort mit einem Hinweis auf die kürzlich im Rahmen der NATO neu geschaffene Special Group[26] für Fragen der Rüstungskontrolle, deren Tätigkeit sich parallel zur Behandlung der TNF-Modernisierung in den bereits bestehenden NATO-Gremien vollziehen solle. Die Special Group habe bisher nur wenige Male, einmal in London, verhandelt und dabei gute Ergebnisse erzielt.[27] Er, BM, messe der Arbeit dieser Gruppe große Bedeutung bei. Die Gruppe müsse sicherstellen, daß die TNF-Modernisierung von Rüstungskontroll-Initiativen begleitet werden könne. Andererseits sei es aber sehr wichtig, daß diese Parallelität von TNF-Modernisierung und Initiativen zur Rüstungskontrolle nicht zu einer gegenseitigen Blockierung führen dürfte, weder in der einen noch in der anderen Richtung. Die Sowjetunion verfolge im Rahmen der Rüstungskontrollverhandlungen die Taktik, Parität dort erreichen zu wollen, wo sie selbst unterlegen sei. In Bereichen dagegen, in denen sie selbst überlegen sei, strebe sie einen „freeze" als Verhandlungsziel an, oder sie verhandele lange und hinhaltend. Diese Taktik verfolge sie in der Einschätzung, die öffentliche Meinung im Westen für ihre eigenen Ziele ausnutzen zu können.

Lord *Carrington* äußert sich zustimmend zu den Ausführungen von BM. Dieselbe Einschätzung hätten manche Leute in Großbritannien zum Ausdruck gebracht, wenn sie, nur halb im Scherz, die Buchstaben MBFR als Abkürzung für die Worte „Much Benefit For the Russians" ausgegeben hätten. Er stimme BM aber auch darin zu, daß es wichtig sei, die MBFR-Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis zu führen. *BM* bekräftigt dieses Ziel. Ihm gehe es darum, daß sich der Westen bei den Verhandlungen von den Realitäten und nicht von Illusionen leiten lasse. Aus langer persönlicher Erfahrung sei er, BM, in seinem Realitätssinn bestärkt und gegen Illusionen immun geworden.

[26] Zur Einrichtung einer Special Group der NATO vgl. Dok. 101.

[27] Am 19. April 1979 berichtete Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, daß die Special Group der NATO am selben Tag unter Vorsitz des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Gelb, zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammengetreten sei: „Gelb führte kurz in die Aufgaben und das Arbeitsprogramm der Gruppe ein. Er unterstrich besonders die Notwendigkeit, einen Bericht bis Ende September im Entwurf fertigzustellen, um ihn zum Jahresende den Ministern vorlegen zu können." Vgl. den Drahtbericht Nr. 479; VS-Bd. 11390 (220); B 150, Aktenkopien 1979.
Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, führte am 5. Mai 1979 zur zweiten Sitzung der Special Group vom Vortag aus: „Es wurden die nachfolgenden Papiere diskutiert: Analytical Considerations on Theater Nuclear Forces; Soviet Views and Approaches to Negotiation in SALT III on Theater Nuclear Forces; TNF Arms Control Objectives/Principles/Issues for Discussion". Ruth legte ferner dar: „Zum geographischen Bezugsrahmen einer zukünftigen TNF-Rüstungskontrollvereinbarung bestand weitgehend Übereinstimmung der europäischen Bündnispartner, diesen für US- und sowjetische Systeme möglichst global anzusetzen und die Möglichkeit eines zusätzlichen europäischen sub-ceilings zu prüfen. US machten darauf aufmerksam, daß bei einem weltweiten Ansatz z. B. auch die regionale Ostasien-Komponente in Betracht zu ziehen sei (Japan/China). Bei einem europäischen sub-ceiling werde sich auch die Frage der Dritt-Staaten-Systeme ergeben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 532; VS-Bd. 10645 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

6) Lord *Carrington* schlägt vor, als nächsten Gesprächspunkt die Lage im Mittleren Osten zu erörtern.

BM knüpft an seine kürzlichen Gespräche mit Botschaftern verschiedener Nahost-Staaten an[28] und äußert, daß er die Lage im Mittleren Osten momentan nicht als aussichtsreich einschätze. Die Ablehnungsfront sei sehr stark geworden, der Irak stärker als je zuvor – und innerhalb des Irak dominiere der radikale Flügel. Die PLO übe in mehreren arabischen Staaten starken Druck aus. Dieser Umstand vor allem erkläre auch die Haltung Saudi-Arabiens gegenüber dem Nahost-Friedensprozeß. Eine weitere Erklärung für die saudi-arabische Haltung könne im übrigen in den jüngsten Erklärungen Begins zu Jerusalem und zur Westbank gefunden werden, die nicht konstruktiv gewesen seien. Begin unterschätze die Bedeutung des Islamisierungsprozesses in der Region. Die saudi-arabische Führung würde ihre eigene Existenz aufs Spiel setzen, wenn sie in dieser Frage den geringsten Wankelmut zeigte. Inzwischen hätten wir aus verschiedenen „Geräuschen" den Eindruck erhalten, daß selbst in Kairo die Skepsis hinsichtlich des weiteren Verlaufs der Autonomie-Verhandlungen für das Westufer um sich greife.[29] Deswegen halte er, BM, es für wichtig, den Israelis bei jeder passenden Gelegenheit zu sagen, daß sie selbst den Schlüssel für eine umfassende Nahost-Friedenslösung in den Händen halten.

Sie sollten Präsident Sadat die Einleitung einer Entwicklung ermöglichen, die von den gemäßigten Arabern als Fortschritt anerkannt werden könne. Was die Haltung Saudi-Arabiens betreffe, so sei er selbst, entgegen einigen Stimmen in Washington, nicht der Auffassung, daß die Saudis ihre Meinung grundsätzlich geändert hätten. Das derzeitige Verhalten der Saudis sei nach seiner Schätzung eher mit taktischen Erwägungen zu erklären: Sie wollten nämlich im arabischen Lager weiter mitreden können, um auf diese Weise einen positiven Einfluß ausüben zu können. Dafür sollte von westlicher Seite die Tür offengehalten werden.

BM führt weiter aus, daß von arabischer Seite in der jetzigen Situation große Erwartungen an Westeuropa gestellt würden. Die Araber hofften, daß wir ihnen einen Weg zu einer umfassenden Lösung zeigen könnten. Dabei müßte aber von europäischer Seite eng mit den USA zusammengearbeitet werden.

28 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit den Botschaftern Meroz (Israel), Sirry (Ägypten) und al-Nimer (Jordanien) am 30. April und am 3. Mai 1979 vgl. Dok. 116, Dok. 117 und Dok. 123.

29 Botschafter Behrends, Kairo, stellte am 7. Mai 1979 fest: „Trotz amtlich zur Schau getragenem Optimismus bezüglich des Fortgangs des Friedensprozesses ist die Stimmung in Kairo eher gedrückt [...]. Die nächste Etappe der Verhandlungen über die Befugnisse der palästinensischen Selbstverwaltungsbehörde wird außerordentlich schwierig sein. 1) Die Zielvorstellungen Ägyptens und Israels sind konträr. In ägyptischer Sicht soll die Autonomie eine Dynamik zur Selbstbestimmung schaffen. Die Israelis sind fest entschlossen, gerade dies zu verhindern. 2) Die schwierigsten Probleme sind die der Verfügung über das nicht oder nicht eindeutig im privaten Besitz befindliche Land und die Aufteilung der Wasserressourcen. Diese Probleme sind um so schwieriger lösbar, als die Ägypter darin nicht sachkundig sind und nicht auf palästinensische Beratung rechnen können. 3) Für die Ägypter ist ein vorrangiges Interesse, sich in den Verhandlungen gegenüber den anderen arabischen Staaten als entschiedene Verfechter der palästinensischen Interessen zu profilieren. [...] Selbst wenn es gelingen sollte, eine Vereinbarung über die Befugnisse des autonomen Exekutivrates zu erzielen, wird sie wegen des vermutlich fortdauernden Widerstandes der PLO nicht zu implementieren sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 817; Unterabteilung 31, Bd. 135596.

Die USA würden im Mittleren Osten seit Camp David[30] als Partei angesehen und gälten daher als „befangen". Aus dieser Situation erwachse den westeuropäischen Staaten eine besondere Verantwortung für eine konstruktive Beeinflussung des Friedensprozesses.

Zusammenfassend bestätigt BM nochmals seine Einschätzung, daß in der wichtigen Frage der Autonomie für das Westufer Präsident Sadat heute aus eigener Kraft nichts mehr anbieten könne, um die Dinge voranzubringen. Den Israelis müsse klargemacht werden, daß der Schlüssel für weitere Fortschritte in hohem Maße bei ihnen selbst liege. Als weiterer wichtiger Aspekt der derzeitigen Lage im Mittleren Osten müsse im übrigen auch die diplomatische Aktivität der Sowjetunion in der Region gesehen werden. Er würde es für nützlich halten, wenn die USA die Sowjetunion zu einem höheren Maße an Zurückhaltung auffordern würden.

Lord *Carrington* erwidert, auch nach seiner Einschätzung der Lage im Mittleren Osten würden die gemäßigten Araber derzeit zu sehr von den Israelis entmutigt. Dies sei entscheidend der Haltung Begins zuzuschreiben. Dieser sehe im Abkommen von Camp David[31] weniger einen Schritt auf dem Wege zu einer umfassenden vertraglichen Lösung des gesamten Nahost-Problems als vielmehr einen Schritt zur Neutralisierung Ägyptens und damit zur Ausschaltung seines mächtigsten arabischen Gegners. Begin glaube, daß er jetzt auf Zeit spielen könne. Die USA sollten deswegen auf Begin einwirken.

7) Als nächsten Gesprächspunkt spricht *BM* die möglichen sowjetischen Reaktionen auf die Vertretung Berlins in dem Anfang Juni erstmals direkt zu wählenden Europäischen Parlament[32] an.

Aufgrund verschiedener Signale sei zu befürchten, daß die Sowjets es in dieser Angelegenheit nicht nur bei verbalen Reaktionen belassen wollten. Wir sollten uns deswegen in der Vierergruppe vorbeugend abstimmen und uns über die gegebenenfalls von westlicher Seite zu treffenden Maßnahmen klar werden.

Auf Lord *Carringtons* Frage, welche sowjetischen Maßnahmen zu befürchten seien, antwortet *BM*, er könne Verkehrsbehinderungen auf den Zufahrtsstraßen nach Berlin nicht ausschließen. Andererseits habe er aber auch die Hoffnung, daß die ungefähre zeitliche Koinzidenz der Wahlen zum Europäischen Parlament mit der vorgesehenen Unterzeichnung des SALT-Vertrages[33] die sowjetische Führung zu einer maßvollen Reaktion veranlassen werde. Er sei deswegen auch über das zeitliche Zusammenfallen mit der Unterzeichnung des SALT-Vertrages nicht unglücklich.

Lord *Carrington* erwidert, daß ihm in der kurzen Zeit seit seinem Amtsantritt eine Unterrichtung über das von Bundesminister dargestellte Problem noch nicht vorgelegt worden sei. Sein Persönlicher Referent bemerkt an dieser Stelle, daß eine solche Unterrichtung bereits vorbereitet werde. Lord Carrington,

30 Zur Konferenz vom 5. bis 17. September 1978 von Camp David vgl. Dok. 5, Anm. 14.

31 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

32 Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament vgl. Dok. 50, Anm. 21.

33 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

der den Ausführungen von BM aufmerksam gefolgt ist, sagt darauf zu, daß er sich der Angelegenheit annehmen werde („We will look at it").

8) Als letzten Gesprächspunkt erklärt *BM*, daß sich nach Auffassung der Bundesregierung die britische Haltung in der Frage der GATT-Schutzklausel bewegen sollte. Lord *Carrington* nimmt diese Erklärung zur Kenntnis.

9) Im Anschluß an das vorstehend wiedergegebene Gespräch hat ein etwa zehnminütiges Vier-Augen-Gespräch der beiden Außenminister ohne Note-taker und ohne Dolmetscher stattgefunden.

VS-Bd. 14077 (010)

132

Deutsch-britisches Regierungsgespräch in London

VS-vertraulich **11. Mai 1979**[1]

Vermerk über die Plenarsitzung und die gemeinsame Pressekonferenz bei den deutsch-britischen Konsultationen (Freitag, 11. Mai 1979)[2]

PM *Thatcher* schlägt einleitend vor, die folgenden Fragen zu besprechen: Wirtschaft und Finanzen, auswärtige Beziehungen, Ost–West, Verteidigungsfragen, sonstige Fragen.

Schatzkanzler *Howe* berichtet von seinem Gespräch mit BM Matthöfer, berührt wurden die Themen öffentliche Ausgaben, Energie, EWS[3], britischer Beitrag zum EG-Haushalt.

Zum EWS bemerkte Howe, daß eine sofortige britische Entscheidung nicht zu erwarten sei[4], jedoch wolle GB die Verordnung über die Zinsbonifikationen zu-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 14. Mai 1979 gefertigt und am folgenden Tag „vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskanzlers" an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter weitergeleitet.
Hat am 15. Mai 1979 im Ministerbüro vergelegen. Dazu handschriftlicher Vermerk: „Auf Wunsch Ch[ef] BK VS-v."
Hat Lewalter am 15. Mai 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) In Abl[ichtung] StS, D 2, 204, D 3, D 4."
Hat Staatssekretär van Well am 16. Mai 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Studnitz am 17. Mai 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „StS H[ermes] n[ach] R[ückkehr]."

2 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 10./11. Juni 1979 in Großbritannien auf. Vgl. dazu auch Dok. 131.

3 Der Europäische Rat, der am 12./13. März 1979 in Paris tagte, verkündete das Inkrafttreten des Europäischen Währungssystems zum 13. März 1979. Vgl. dazu Dok. 83.

4 Referat 202 hielt am 21. Mai 1979 zu den deutsch-britischen Regierungsgesprächen am 10./11. Mai 1979 in London fest, die britische Regierung habe für den September eine Überprüfung ihrer Haltung zum Europäischen Währungssystem angekündigt: „Hiermit sei nicht notwenig ein Beitritt gemeint (wie wohl ein Teil der Presse berichtet hat)". Vgl. Referat 010, Bd. 178800.

gunsten von Italien und Irland nicht länger blockieren. Es gehe GB darum, seine eigene Option für die Zukunft in dieser Frage offenzuhalten.

Sehr deutliche Worte zum Haushalt der EG: Ein überhöhter britischer Beitrag sei nicht zu rechtfertigen und könne auch nicht im Interesse der Gemeinschaft liegen. Die Finanzmechanismen müßten angepaßt werden, insbesondere, wenn der Plafond der Eigeneinnahmen erreicht werde.

Howe sagte zu, den britischen Beitrag zur Türkeihilfe[5] zu überdenken.

Kurze Bemerkung zu Wirtschaftsgesprächen unter den wichtigsten Industrienationen.

Bundeskanzler warnte davor, den Eindruck zu erwecken, als wolle GB die Römischen Verträge[6] ein weiteres Mal neu verhandeln.

PM *Thatcher*: Dies sei nicht britische Absicht.

Bundeskanzler bekräftige sodann, daß durch Erreichen des Plafonds der Eigeneinnahmen ein Druck auf die Reform der Finanzierungsmechanismen insbesondere auch in der Gemeinsamen Agrarpolitik ausgeübt werde. Man müsse sich überlegen, was dann geschehe. Dies werde er nicht öffentlich sagen.

PM *Thatcher* erläuterte, daß es zunächst darum gehe, die britische Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Zu lange habe man das Vorhandene lediglich verteilt, jetzt müßten neue Industrien geschaffen werden. Auch müsse der zu hohe Staatsanteil an der Wirtschaft reduziert werden. Es werde zu einschneidenden Veränderungen in der wirtschaftlichen Strategie kommen. Bei einem Erfolg dieser Politik werde GB dann auch wieder größere Beiträge zu gemeinsamen Aufgaben leisten können. Die Regierung müsse noch klar definieren, was zu tun sei und mit welcher Geschwindigkeit. Es sei aber der feste Wille ihrer Regierung, GB zu einem besseren Verbündeten in Europa und im Bündnis zu machen, der auch seinen Aufgaben im Nord-Süd-Dialog besser gerecht werden könne. Das sei schwierig; man benötige wahrscheinlich vier bis fünf Jahre Zeit.

Bundeskanzler stellt die Frage nach den britischen Vorstellungen zur Agrarpolitik.[7] Er sei sehr daran interessiert, sie kennenzulernen. Vielleicht sollte es zu ersten Kontakten sogar vor dem Europäischen Rat in Straßburg[8] kommen, so daß man in dieser Frage nicht auf einen Konflikt zusteuere. Man müsse die

5 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 115.

6 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

7 Botschafter Hofmann, Kopenhagen, berichtete am 12. Juni 1979, der britische Minister für Landwirtschaft und Fischerei, Walker, habe am 6. Juni 1979 in Kopenhagen zur britischen Landwirtschaftspolitik ausgeführt, „daß seine Regierung fest entschlossen sei, den derzeitigen Kurs des ‚Grünen Pfundes', der weit über dem Börsenkurs des Pfund Sterlings läge, zu senken, womit die ‚negativen' monetären Ausgleichsbeträge überflüssig werden würden. Eine solche Maßnahme sei unbedingt erforderlich, um die noch immer geringe Konkurrenzkraft der britischen Landwirtschaft zu stärken. [...] Großbritannien sei nicht bereit, die verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Probleme der EG über die gemeinsame Landwirtschaftspolitik zu lösen. Zur wirksamen Eindämmung der landwirtschaftlichen Überproduktion unterstütze seine Regierung den Vorschlag der EG-Kommission, die landwirtschaftlichen Preise einzufrieren." Vgl. den Schriftbericht; Referat 412, Bd. 122376.

8 Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. Juni 1979 in Straßburg vgl. Dok. 190.

Haltungen der anderen Partner abtasten. Die Bedeutung der Landwirtschaftspolitik gehe weit über das eigentlich Landwirtschaftliche hinaus.

In der Frage der landwirtschaftlichen Überschüsse würden sie in ihm einen Verbündeten finden.

Howe warf ein, daß es bei der Frage der britischen Beiträge zum EG-Haushalt nicht lediglich um die Landwirtschaftspolitik gehe.

PM *Thatcher* stellt die Frage, inwieweit eine (positive) Haltung GBs zum EWS sich (günstig) auf andere Gebiet der EG-Politik auswirken könne.

Bundeskanzler entgegnete: Es sei notwendig, daß britische Regierung ihre Zahlen in der Frage des Haushaltsbeitrags überprüfe. Die unseren seien verschieden. Beim EWS sei er nicht Demandeur. Jedoch sei es offensichtlich, daß ein britischer Beitritt erhebliche günstige psychologische Auswirkungen habe. Es wäre der erste pro-europäische Schritt GBs seit langem.

PM *Thatcher*: Die britische Regierung habe den Europäischen Rat in Straßburg im Auge, er sei wichtig. Eine Entscheidung in EWS-Fragen werde jedoch nicht vor der Überprüfung des EWS im September fallen.

Lord *Carrington* berichtet von den Themen seiner Gespräche mit BM Genscher: Wichtigste Themen seien gewesen EG-Fragen, Verteidigung und Berlin. BM Genscher habe über Spanien berichtet.[9] Des weiteren wurde besprochen Afrika, insbesondere Rhodesien und Südafrika, Nah- und Mittelost-Fragen, mögliche sowjetische Reaktionen auf die europäischen Direktwahlen im Hinblick auf die Beteiligung Berlins. Ausführlich besprochen SALT II und III und MBFR.[10]

Bundeskanzler: Ratifizierung von SALT II[11] wird nicht einfach sein. Auch wir haben gewisse Vorbehalte, die wir jedoch nicht öffentlich erscheinen lassen werden. Wir wollen Präsident Carter jegliche Unterstützung geben. Wenn die Ratifizierung scheitern würde, so würde es zu einem beträchtlichen Vertrauensverlust in den Ost-West-Beziehungen kommen. Auch die Autorität des amerikanischen Präsidenten stehe auf dem Spiel: Am Zustandekommen von SALT II hätten drei amerikanische Präsidenten[12] mitgewirkt. Wir haben also jeglichen Anlaß, hilfreich zu sein. In Paris werde man wohl weniger positiv reagieren, vielleicht jedoch nicht negativ.

Bezüglich SALT III werden wir an der in Guadeloupe[13] definierten Linie festhalten. Wir wollen die Ergebnisse der HLG und der Special Group zusammenführen[14] und streben eine Entscheidung im November/Dezember an. Es würde

9 Bundesminister Genscher hielt sich am 9./10. Mai 1979 in Spanien auf. Zum Gespräch mit dem spanischen Außenminister Oreja am 9. Mai 1979 in Madrid vgl. Dok. 116, Anm. 17, und Dok. 131, Anm. 4.

10 So in der Vorlage.

11 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

12 Richard M. Nixon, Gerald R. Ford und James E. Carter.

13 Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. Dok. 2–5.

14 Zur Einrichtung einer Special Group der NATO vgl. Dok. 101.
Am 10. Mai 1979 stellte Botschafter Ruth zur Abstimmung zwischen der High Level Group und der Special Group fest: „Die besondere Gruppe folgt in den Terminen für ihre Arbeit den Plänen der High Level Group, d. h., daß versucht werden soll, parallel und gleichzeitig mit dem Abschluß der Arbeiten der High Level Group auch den Bericht der Special Group über rüstungskontrollpolitische Optionen abzuschließen und vorzulegen. Nach den ersten beiden Sitzungen besteht Grund zu der

schwierig sein, sich vorher zu entscheiden. Heute sei noch nicht abzusehen, ob der Meinungsbildungsprozeß in den USA abgeschlossen ist. Der Ausgang des Treffens zwischen Präsident Carter und Generalsekretär Breschnew[15], in dem wahrscheinlich ein weites Spektrum von Fragen besprochen werde, werde hierbei auch noch eine Rolle spielen. Für uns sei es wichtig zu wissen, was die Führungsmacht des Westens in dieser Frage wolle.

In der Frage der Stationierung (neuer TNF) wollen wir nicht allein vorangehen; dies sei unsere klare politische Linie.

Wir konzentrieren uns auf konventionelle Waffen. Auf diesem Gebiet leisten wir voll unseren Beitrag. Wir wollen jedoch nicht den geringsten Zweifel daran lassen, daß wir keine Beteiligung auf dem Kernwaffensektor wünschen.

Lord *Carrington* sagt zu, daß GB zu SALT II nichts sagen werde, wodurch Präsident Carters Position erschwert werden könnte. GB müsse jedoch den Text prüfen. SALT III sei wichtig für den Westen und Europa. Er verstehe die Probleme, die die Bundesregierung habe. Man müsse miteinander sprechen.

Verteidigungsminister *Pym* betonte, daß die TNF-Modernisierung das wichtigste Problem sei (most crucial). Es sei dringend, hier zu einer Entscheidung zu kommen. Wir sollten über die von der HLG behandelten Fragen zuerst entscheiden. Wir müssen wissen, mit welchen Karten in der Hand wir antreten. Wir, GB und Bundesregierung, sollten daher versuchen, den Entscheidungsprozeß in der HLG auf Ministerebene zu beschleunigen. Das bedeutet, daß die Verteidigungsminister ein direkteres Interesse an den Arbeiten der HLG nehmen müßten.

PM *Thatcher* führt aus, daß wir eine psychologische Schlacht in der Frage der Neutronenbombe verloren hätten. Generell liefen wir Gefahr, von einer Position der Überlegenheit über eine Position der Gleichheit in eine Position der Unterlegenheit zu gleiten. Wir sollten alles tun, damit sich unsere Lage nicht verschlechtere. Daher sei GB entschlossen, mehr für Verteidigungszwecke auszugeben.

PM Thatcher stellt die Frage, was man den SS-20 entgegensetzen könne. Hier müsse man bald zu einer Entscheidung kommen.

Bundeskanzler bemerkt, daß Bündnis als Ganzes eine Entscheidung zu TNF-Modernisierung fällen müsse. Er wiederholt, daß eine Stationierung allein auf deutschem Boden nicht in Frage komme. Es genüge auch nicht, wenn GB eine positive Entscheidung fälle, es müsse das ganze Bündnis sein. Auch wünschen wir einen integrierten Beschluß.

Fortsetzung Fußnote von Seite 603

Annahme, daß diese Zeitplanung eingehalten werden kann. Die Special Group will Ende September ihren Bericht vorlegen. Um diese Zeitvorstellung einhalten zu können, ist es erforderlich, daß zwischen High Level Group und Special Group eine enge Verbindung besteht. Dies ist u. a. durch Teilnahme von Vertretern in der High Level Group gewährleistet. Zum anderen sind für einen späteren Zeitpunkt auch gemeinsame Sitzungen beider Gruppen vorgesehen. Die Besondere Gruppe ist sich ferner darüber einig, daß die analytischen Ergebnisse der High Level Group den Arbeiten der Besonderen Gruppe zugrunde gelegt werden." Vgl. VS-Bd. 10465 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

15 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

Bundeskanzler dankt für die britische Unterstützung in Berlin und erinnert an den Besuch der Königin[16]. Die Direktwahlen könnten einige Probleme bringen.[17] In diesem Zusammenhang bittet der Bundeskanzler PM Thatcher, wenn möglich, Regierenden Bürgermeister Stobbe zu empfangen, der sich am 24./25. Mai 1979 in GB aufhält.[18]

PM *Thatcher* stimmt zu.

Verteidigungsminister *Pym* bekräftigt seinen Wunsch, mit BM Apel am Montag am Rande des NATO-Treffens[19] zu sprechen.

Bundeskanzler macht noch ergänzende Ausführungen zum Problem der Stationierung und über mögliche Reaktionen von Bündnispartnern. Er verweist darauf, daß es in Europa ein Gleichgewicht im Mittelstreckenbereich bis zur Kuba-Krise gegeben habe (Italien/Türkei).[20]

PM *Thatcher* wiederholt, daß es sehr darauf ankomme, die psychologische Schlacht zu gewinnen.

Lord *Carrington* gibt bekannt, daß sich Präsident Carter mit GS Breschnew vom 15. bis 18. Juni in Wien treffen werde.

Bundeskanzler und PM *Thatcher* betonen gemeinsam die Notwendigkeit einer besonders vertraulichen Behandlung der soeben besprochenen Fragen.

16 Königin Elisabeth II. hielt sich am 24. Mai 1978 in Begleitung von Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher in Berlin (West) auf.

17 Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament vgl. Dok. 50, Anm. 21.

18 Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Stobbe, besuchte vom 23. bis 25. Mai 1979 Großbritannien. Botschafter Ruete, London, resümierte am 25. Mai 1979 die Gespräche Stobbes mit Premierministerin Thatcher und dem britischen Außenminister Carrington: „Zur Europawahl sagte R[egierender]B[ürgermeister], Berliner seien nicht froh darüber, daß ihre Abgeordneten als einzige nicht direkt gewählt werden könnten, nähmen dies jedoch wegen des Status der Stadt hin. Er drückte Sorge über mögliche östliche Störmaßnahmen anläßlich der Wahl aus. Er habe den Eindruck, daß Sowjets ihre Beziehungen zu den Drei Mächten, insbesondere zu den USA, unmittelbar vor dem Wiener Gipfel, davon möglichst freihalten und derartige Aktionen der DDR überlassen wollten (etwa Durchreiseverweigerung für Berliner Abgeordnete des Europa-Parlaments). [...] Verweigerung der Durchreise für Berliner Europa-Abgeordnete könne auf ersten Blick als relativ begrenzte Maßnahme erscheinen, da sie ohnehin fliegen würden. Doch würde dies einen klaren Rechtsbruch darstellen, den man nicht hinnehmen könne. RB betonte in Gesprächen, daß Angelegenheit wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung nicht allein auf der deutschen Schiene behandelt werden könne, sondern von Alliierten aufgegriffen werden müsse. Den Schlüssel hielten USA (wegen Wien). Hauptargument müsse wohl sein, daß Störungen um Berlin Gegnern der Ratifizierung im US-Senat Argumente liefern würden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1224; VS-Bd. 13117 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

19 Zur Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 14. Mai 1979 in Brüssel vgl. Dok. 138.

20 Auf der Tagung des NATO-Ministerrats vom 16. bis 19. Dezember 1957 in Paris erklärten sich Großbritannien, die Türkei und Italien zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen bereit. Im Februar 1958 schlossen die USA und Großbritannien ein Abkommen über die Stationierung von Flüssigraketen des Typs „Thor", die nach 1960 durch „Polaris"-Raketen ersetzt wurden, auf der Basis des „Zwei-Schlüssel-Systems". Ähnliche Abkommen mit der Türkei und Italien 1959 ermöglichten der amerikanischen Regierung die Stationierung von Raketen des Typs „Jupiter". Vgl. dazu George W. BALL, The Past has another Pattern. Memoirs, New York/London 1982, S. 306.
Am 16. Oktober 1962 stellten die USA bei Aufklärungsflügen über Kuba fest, daß auf der Insel Abschußbasen errichtet und Raketen sowjetischen Ursprungs stationiert worden waren. Am 22. Oktober verhängten die USA eine Seeblockade. Nach einem Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Kennedy erklärte sich die UdSSR am 27. Oktober 1962 zum Abbau der Raketen bereit, der am 9. November 1962 begann. Im Gegenzug begannen die USA, in der Türkei stationierte Raketen vom Typ „Jupiter" abzuziehen. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, Bd. XI, besonders S. 235–241, S. 268 f., S. 279–283, S. 285 f. und S. 564.

Bundeskanzler erklärt, daß wir an der Politik der Entspannung festhalten werden. Für uns gebe es dafür mehr Gründe als für GB. Unsere Entspannungspolitik sei ernst und begründet.

PM *Thatcher* nimmt zustimmend Kenntnis.

Rhodesien

Lord *Carrington* erklärt, daß man der internen Lösung nie eine faire Chance gegeben habe. Die britische Regierung habe Beobachter zu den Wahlen[21] entsandt, die bis jetzt jedoch noch nicht ihren Bericht vorgelegt hätten. Britische Regierung habe jedoch den Eindruck, als seien die Wahlen ordnungsgemäß verlaufen und als sei den sechs Prinzipien[22] Genüge getan worden. Dies dürfe man nicht vernachlässigen. Die britische Regierung wisse, daß sie hierfür bei ihren Verbündeten um Verständigung werben müsse. Vance werde in Kürze nach London kommen.[23] Dann gebe es auch noch die Commonwealth-Konferenz am 1. August.[24]

PM *Thatcher*: Die Rhodesier hätten ein Recht auf Selbstbestimmung. Im übrigen sei Rhodesien von vitaler Bedeutung für Europa, politisch und auch als Rohstofflieferant. Ihrer Einschätzung nach habe Kissinger die Rhodesien-Frage vorangebracht. Nunmehr habe es in Rhodesien ordnungsgemäße Wahlen gegeben, die eine Mehrheit erbracht hätten. Das sei die Grundlage, von der die britische Regierung ausgehen wolle, um die internationale Anerkennung eines unabhängigen Rhodesiens zu erreichen. Über die Methode, dies zustande zu bringen, müsse man sich noch Gedanken machen. Das Problem der britischen Regierung sei, wie sie ihre Freunde überzeugen könne.

PM hatte diese Ausführungen sehr nachdrücklich, ja mit Leidenschaft vorgetragen.

Bundeskanzler bekennt, daß er selbst von den Wahlen nicht unbeeindruckt sei. Er sei interessiert, das Ergebnis der Beobachtermission zu erfahren. Wichtig sei, die gute Zusammenarbeit unter den westlichen Bündnispartnern in Fragen des südlichen Afrikas nicht zu stören.

PM *Thatcher* bemerkt, daß die britische Öffentlichkeit in ihrer großen Mehrheit für eine Anerkennung der neuen Regierung[25] sei. Sie könne daher nicht zu sanft und zu langsam vorangehen.

21 Zu den Parlamentswahlen vom 17. bis 21. April 1979 in Rhodesien vgl. Dok. 109, Anm. 6 und 11.

22 Zu den Grundsätzen der britischen Rhodesienpolitik vgl. Dok. 131, Anm. 9.

23 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Vance vom 20. bis 24. Mai 1979 in Großbritannien vgl. Dok. 131, Anm. 10.

24 Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten fand vom 1. bis 7. August 1979 in Lusaka statt.

25 Am 25. Mai 1979 berichtete Botschafter Eick, Pretoria, über die bevorstehende Regierungsbildung in Rhodesien: „28.5. Wahl des Staatspräsidenten (mit großer Wahrscheinlichkeit UANC-Kandidat und Matabele Josiah Gumede); 29.5. Staatspräsident wird vereidigt und ernennt Bischof Muzorewa zum neuen Premierminister; 30.5. Kabinettsbildung (14 schwarze und sechs weiße Minister); 1.6. Vereidigung des neuen Kabinetts." Ein Vertreter der rhodesischen Botschaft habe in „privatem vertraulichen Gespräch" zur weiteren Entwicklung dargelegt: „Großbritannien werde mit Wahrscheinlichkeit die neue rhodesische Regierung und die Patriotische Front nochmals zu Verhandlungen aufrufen. Im Unterschied zur Labour-Regierung, die sich immer gescheut habe, aus dem erklärten Desinteresse der PF Konsequenzen zu ziehen, werde die neue Regierung bei einer Weigerung der PF, an Gesprächen teilzunehmen, Sanktionen aufheben und neue rhodesische Regierung anerkennen. [...] Ziel evtl. neuer Verhandlungen mit der PF könne – nach rhodesischer Interpreta-

Lord *Carrington* bemerkt, daß es einer konservativen Regierung vielleicht besser als der Labour-Regierung gelingen könne, Südafrika von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Gespräche über Namibia nicht abzubrechen. Auf die Bemerkung des Bundeskanzlers, daß der britische Beitrag zur Türkei-Hilfe etwas klein sei, sagt britische Seite Überprüfung zu.

Grundsätzliche Übereinstimmung in der Beurteilung von Camp David.[26]

Auf Vorschlag des *Bundeskanzlers* wird vereinbart, die nächsten deutsch-britischen Konsultationen im Herbst in Bonn abzuhalten.[27]

Es besteht Übereinstimmung, daß diese Konsultationen sehr nützlich und wertvoll waren.

Aus der Pressekonferenz halte ich[28] folgendes fest (lediglich Zusammenfassung in Stichworten):

PM *Thatcher* wies einleitend auf gemeinsame deutsch-britische Interessen in Fragen der Verteidigung und des Bündnisses sowie der Europäischen Gemeinschaft hin. Konsultationen fanden im normalen Sechs-Monats-Rhythmus statt. Die nächsten in Bonn gegen Ende des Jahres.

Zu SALT II bekräftigte der *Bundeskanzler* die in Guadeloupe beschlossene Linie und drückte seine Hoffnung auf eine rasche Ratifizierung sowohl in Moskau wie in Washington aus.

Zum EWS sagte PM *Thatcher*, daß die britische Regierung ihre Prüfung bis September abgeschlossen haben werde. In Fragen der GAP wolle GB nicht neu verhandeln, man müsse aber den veränderten Umständen Rechnung tragen. Das gelte insbesondere für den Preismechanismus und für die grünen Währungen.

Auf eine Frage nach der Türkei-Hilfe erläuterte der *Bundeskanzler* die bislang getroffenen Maßnahmen. Er äußerte seine Hoffnung auf möglichst rasche Ergebnisse, so daß es nicht notwendig sei, diese Frage auf dem Tokio-Gipfel[29] zu besprechen.

PM *Thatcher* erklärte, daß sich die Positionen der Konservativen bezüglich des Verkaufs von Waffen an China nicht geändert haben.[30]

Fortsetzung Fußnote von Seite 606

tion dieser neuen britischen Haltung – nur eine Einbeziehung der PF in die jetzige Regierung sowie evtl. geringfügige Modifikationen der neuen Verfassung sein. Premierminister Muzorewa werde mit Wahrscheinlichkeit auf einen Aufruf zu Verhandlungen mit der PF positiv reagieren. Weiße Minderheit im Kabinett werde auch gegenüber evtl. Veränderungen der Verfassung, sofern diese nicht an die Substanz gingen, ihre Zustimmung nicht verweigern, da die weiße Bevölkerung keine andere Wahl habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 215; Referat 320, Bd. 125206.
Botschaftsrätin Zenker, Pretoria, teilte am 30. Mai 1979 mit, daß Bischof Muzorewa am Vortag von Präsident Gumede im Amt des Ministerpräsidenten vereidigt worden sei. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 228; Referat 320, Bd. 125206.

26 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

27 Zu den deutsch-britischen Konsultationen am 31. Oktober 1979 vgl. Dok. 314–316.

28 Klaus Zeller.

29 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

30 Zu den Verhandlungen über die Lieferung britischer Kampfflugzeuge an die Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 11.

Bundeskanzler fügte hinzu, daß die Bundesrepublik Deutschland Waffen in der Regel nur an Bündnispartner liefere.

Zu SALT III sagte der Bundeskanzler, daß es zu früh sei, hierüber öffentlich zu spekulieren. Sicher sei, daß die Vereinigten Staaten ihre Verbündeten konsultieren würden. Diese Konsultationen müßten zunächst abgewartet werden.

Auf die Frage nach seinen persönlichen Beziehungen zum PM erklärte Bundeskanzler: „Es ist nicht so wichtig, ob man Republikaner oder Demokrat ist, ob man ein Labour-Mann oder ein konservativer Parteiführer ist, ob man Sozialdemokrat, Liberaler oder Christdemokrat ist, ob man, in Frankreich, aus dem Zentrum kommt oder von anderen Parteien. Worauf es wirklich ankommt ist, ob man als Person verläßlich und ob man ein gutes Urteil hat.[31] Dies ist das Ergebnis einer doch längeren Erfahrung mit internationaler Politik. Ich habe keinen Zweifel, daß wir auf dieser Grundlage recht gut miteinander auskommen werden."

Bundeskanzler äußert seine Besorgnis über die Auswirkungen gestiegener Ölpreise, nicht so sehr auf die britische Wirtschaft, auch nicht so sehr auf die deutsche, die freilich härter betroffen sei als die britische, weil wir nicht das Nordseeöl haben, sondern vor allem auf die große Zahl solcher Länder, die von Ölimporten abhängen und die heute ein Drittel ihrer Exportgewinne in harter Währung aufwenden müssen, um die notwendigen Ölimporte zu bezahlen, während sie vor vier oder fünf Jahren dafür nur zehn Prozent ihrer Importgewinne aufwenden mußten. Wir müssen sehr viel energischer Energie sparen und neue Energiequellen entwickeln.

Bundeskanzler bekannte, daß die deutsch-britische Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus ausgezeichnet ist.

Zur Entspannung sagte PM *Thatcher*, daß sie nicht eine Einbahnstraße sein könne. Entspannung sei nur aus einer Position der Stärke des Verteidigungssystems möglich.

Bundeskanzler erläuterte die besondere deutsche Lage einer geteilten Nation und fügte hinzu, daß eine Politik der Entspannung nur auf der Grundlage militärischen Gleichgewichts betrieben werden könne. Außerdem gab Bundeskanzler bekannt, daß sich Verteidigungsminister Pym und BM Apel am Rande der DPC[32] am Montag und Dienstag (14./15. Mai) zu einem bilateralen Gespräch treffen würden.

VS-Bd. 538 (014)

31 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

32 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16. Mai 1979 in Brüssel vgl. Dok. 140, Dok. 143 und Dok. 145.

133

Ministerialdirigent Bertele, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-1681/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 380
Cito

Aufgabe: 11. Mai 1979, 15.54 Uhr[1]
Ankunft: 11. Mai 1979, 17.58 Uhr

Betr.: Einschränkungen der Arbeitsmöglichkeiten westlicher Journalisten[2]
hier: Innenpolitische Aspekte aus Sicht der DDR

Bezug: DB Nr. 377 vom 11.5.1979

1) Die jüngsten Einschränkungen der Arbeitsmöglichkeiten für hier akkreditierte Journalisten aus anderen Ländern werden in der DDR vor allem als defensive Maßnahmen gewertet. Die von der DDR betriebene Koexistenzpolitik – Kooperation auf staatlicher Ebene, Kampf an der ideologischen Front – hat offenbar im letzteren Bereich zu nicht mehr hinnehmbaren Verlusten geführt. Hierfür wird die Arbeit der bundesdeutschen Journalisten – vor allem jener der elektronischen Medien – verantwortlich gemacht. Ihre Berufsauffassung, ihre Ideologie und die daraus abgeleitete, an „großdeutschen" Zielsetzungen orientierte Informationspolitik wirke zersetzend in die „sich im Aufbau befindliche Gesellschaft der DDR" hinein und stelle in einzelnen Aspekten eine bis an die Sicherheit des Staates grenzende Belastung dar.

2) Im einzelnen:

2.1) Die hiesige Presse- und Informationspolitik richtet sich an Lenin aus. Seine These über die Parteipresse, wonach diese kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator zu sein hat, wird hierzulande in der Praxis strikt durchgeführt. Die Massenmedien sind bloße Instrumente des Parteiwillens. Sie haben durch parteiliche Information sozialistische Bewußtseinserneuerung zu betreiben. Dem stehen Funktion, Selbstverständnis und Arbeitsweise des westlichen Journalismus geradezu diametral entgegen. Ein Journalist bundesdeutscher Provenienz begreift sich mehr als Kontrollorgan der Regierung, als eine Art vierte Gewalt mit Schiedsrichterfunktion, und neigt dazu, Politik zu machen, statt sie bloß zu reflektieren. Da Informationen „Marktwert" haben, müssen sie entsprechend „verkauft" werden: möglichst aufsehenerregend und griffig verpackt. Auch der Journalist selbst hat seinen Marktwert: Wenn es ihm als Korrespondent beispielsweise gelingt, häufiger als sein Kollege im Medium

[1] Hat Staatssekretär Hermes am 12. Mai 1979 vorgelegen, der um „W[iedervorlage] n[ach] R[ückkehr]" bat.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 14. Mai 1979 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Eickhoff, Bundespräsidialamt, am 15. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundespräsident Scheel, Staatssekretär Frank, Bundespräsidialamt, und die Rücksendung an das Auswärtige Amt verfügte.
Hat Frank am 15. Mai 1979 vorgelegen.
Hat Scheel am 25. Mai 1979 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu die Durchführungsbestimmung vom 11. April 1979 zur Tätigkeit von ausländischen Journalisten in der DDR; Dok. 109, Anm. 28.

präsent zu sein, kann er mit besseren Aufstiegschancen rechnen. Dies wird wiederum seine Arbeitsweise beeinflussen.

2.2) Die DDR muß diese Art Journalismus als belastenden Fremdkörper empfinden. Im Falle der bundesdeutschen Journalisten kommt hinzu, daß man ihnen neben der Tatsache, Träger einer feindlichen Ideologie zu sein, eine besondere, bereits im unbewußt-emotionalen verankerte Anti-DDR-Haltung unterstellt, die aus der besonderen deutsch-deutschen Situation herrühre. In den Anfangsjahren der deutsch-deutschen Vertragspolitik traten diese – aus DDR-Sicht – „Kainsmale" eines „feindlichen" Journalismus noch nicht so klar zutage. Die Arbeit der Journalisten war eingebettet in eine gewisse Euphorie und von besonderem journalistischen Goodwill begleitet. In dem Maß jedoch, wie die Entspannungspolitik auf Schwierigkeiten stieß und die innere Labilität der DDR zunahm, verschärfte sich die Situation: Die DDR reagierte nervöser und repressiver, die Journalisten, persönlich betroffen und genervt von dem Behördenkleinkrieg, hatten auch von daher gesehen zunehmend Mühe, positive Entwicklungen in der DDR zu diagnostizieren. Ihre Kontaktpersonen, sehr oft kritisch eingestellt und von den Behörden drangsaliert, forderten ihre Solidarität heraus. Die allgemeine Stimmungslage zu Hause und in ihren Heimatredaktionen kam diesen Tendenzen noch entgegen. Die jetzt eingetretene Verhärtung faßte einer unserer prominenten Journalisten so zusammen: „good news are no news", oder gar „good news are bad news".

2.3) Auswirkungen

Daß sich auf der Basis dieser Gesamtlage inzwischen eine Art Arbeitsteilung herauskristallisiert hat, in der sich die DDR-Medien uneingeschränkt dem positiven, die bundesdeutschen Medien stärker den Mängeln dieser Gesellschaft widmen, ist kaum zu leugnen.

Diese Mängelberichte sind aufgrund eigener Recherchen vor Ort ziemlich präzise, das hiesige Publikum erkennt sich und seine Probleme wieder. Daß sich in diesem ungleichen Konkurrenzkampf Millionen von DDR-Bürgern täglich für die elektronischen Medien der Bundesregierung[3] entscheiden, darüber macht man sich in der SED keine Illusionen. Angesichts der sich verschlechternden Stimmungslage der Bevölkerung, die hierzulande nirgendwo ein öffentliches Forum findet, stoßen westliche Medien fast selbstverständlich in diese Lücke. Für Staats- und Parteiführung der DDR muß dies alles mehr als nur ärgerlich sein – und zwar aus verschiedenen Gründen:

– Ein wichtiges Herrschaftsprinzip kommunistisch regierter Staaten ist, was individuelle Kommunikation angeht, die systematische Vereinzelung der Menschen. Kollektivität wird organisiert und durch die dafür vorgesehenen Massenorganisationen strikt kontrolliert. Die elektronischen Massenmedien der Bundesrepublik schaffen jedoch eine Gegenöffentlichkeit, die kritisches Bewußtsein reflektiert, permanent mit neuen Fakten und Argumenten versorgt und damit festigt bzw. ausweitet. Für den Agitator an der Basis, der auf die Sendung des Vorabends nichts zu antworten weiß, weil von oben noch keine „Sprachregelung" da ist, mag dies nur peinlich sein. Es wird aber zu einem nicht zu unterschätzenden sicherheitspolitischen Problem, wenn

[3] So in der Vorlage.

aufgrund von Straßenbefragungen der Mann aus Rostock erkennt, daß sein Kollege in Dresden genau so denkt wie er und dies auch noch öffentlich zu sagen wagt. Dies wird Selbstbewußtsein schaffen und Aufmüpfigkeit oder Widerstandspotential schon im kleinen stärken.

Noch problematischer in diesem Zusammenhang werden Berichte über Zusammenstöße zwischen Bevölkerung und Ordnungskräften gewertet, weil man – vor allem bei Jugendlichen – wohl nicht ganz zu Unrecht eine gewisse Ansteckungsgefahr fürchtet.

- Die Gegenöffentlichkeit tangiert das sehr restriktiv gehandhabte Informationsmonopol der SED, soweit sie die inneren Angelegenheiten des Landes anbelangt. Das für jede Ebene des Partei- und Staatsapparates wohl dosierte Herrschaftswissen wird partiell aufgebrochen.
- Die bundesdeutschen Medien schaffen der intellektuellen Opposition – mißt man diese an ihrer wirklichen Bedeutung – ein überdimensionales Sprachrohr. Wichtig ist auch in diesen Fällen, daß dabei die Betroffenen selbst zu Wort kommen, „DDR-Authentisches" bringen, was schlecht, wie im Falle eines Journalistenkommentars, als bloßes Resultat eines deformierten kapitalistischen Bewußtseins abgetan werden kann.
- Die westlichen Medien werden sogar gelegentlich von miteinander rivalisierenden Parteigruppen zur Denunzierung bzw. zur Durchsetzung partieller politischer Zielsetzungen mißbraucht. Sie können somit das Störpotential in einer nach außen hin als geschlossen dargestellten Kampfgemeinschaft zusätzlich verstärken.

Die westlichen Massenmedien konterkarieren das nach außen sorgfältig und mit viel Aufwand gepflegte Bild von Einheit zwischen Partei und Bevölkerung, von Optimismus und Lebensfreude.

Besonders peinlich wird der Gegensatz zwischen organisiertem Massenjubel und kritischer Meinung des einzelnen, wenn die Journalisten in Tabuzonen stoßen. Das Ergebnis einer Straßenbefragung zum Thema Freundschaft zur Sowjetunion war eines der enthüllendsten und peinlichsten Beispiele.[4]

3) Gegenmaßnahmen

Angesichts dieser Sachlage scheint sich der Unmut im Parteiapparat bis auf höchster Ebene angestaut zu haben; die Intershop-Befragung war wohl eher der berühmte „letzte Tropfen".[5] Die Aussicht auf relativ störungsfreie Jubelfei-

[4] Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Frank, Bundespräsidialamt, mit Ausrufezeichen hervorgehoben.

[5] Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen erläuterte am 6. April 1979 die von der Regierung der DDR verfügte Neuregelung für die Deviseneinkäufe von DDR-Bürgern in den sogenannten Intershops: „Am 4. April hat das Ministerium für Außenhandel der DDR mitgeteilt, ab 16. April dürften Bürger der DDR in den Einrichtungen des Außenhandels (Intershops, Genex, Intertank) nicht mehr gegen Deutsche Mark, sondern nur noch mit ‚Mark-Wertschecks der Forum Außenhandelsgesellschaft' einkaufen. Diese Schecks könnten bei den Banken gegen frei konvertierbare Währungen erworben werden. Sie seien nicht übertragbar und nicht rücktauschbar." Dazu stellte Richthofen fest: „Vor allem die Intershops hatten in den letzten Jahren eine erhebliche wirtschaftliche und politische Rolle gewonnen. Ende 1978 gab es in allen Kreisstädten und in den größeren Städten der DDR insgesamt 250 Intershops. Nach offiziellen DDR-Angaben betrug der Umsatz 1978 700 Mio. Mark. Die Gewinne dürften sehr hoch gewesen sein. Der durch die Intershops erzeugte Zufluß an dringend benötigten Devisen ist beträchtlich. [...] Innerhalb der DDR übten or-

ern zum 30. Jahrestag der Republik[6] mögen ebenso mitgespielt haben wie der Wille, zukünftig unpopuläre Maßnahmen reibungslos und von unzufriedenen DDR-Bürgern unkommentiert durchzuführen. (Es gibt Gerüchte, daß nach dem 30. Jahrestag einige, wenn auch dosierte Preiserhöhungen durchgeführt werden.) Die DDR hat mit den neuen Maßnahmen weder die innenpolitischen Konfliktfelder noch die Arbeitsauffassung westlicher Korrespondenten verändern können. Wie gewohnt reagierte sie repressiv. Stoßrichtung dürften die Straßenbefragungen gewesen sein. Darüber hinaus werden die Maßnahmen bewirken, daß sich der Kreis der Freunde und Informanten der Journalisten zunehmend bedroht fühlt. Es gibt einige Beispiele, daß DDR-Bürger sich verschreckt zurückzogen. Die westlichen Journalisten werden die DDR-Politik weiterhin kritisch begleiten, schon um dem Vorwurf zu entgehen, sich dem Druck gebeugt zu haben.

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß die SED auch differenzierte und einfühlsame Berichterstattung wegen ihres Einflusses auf eine eher nachdenkliche „floating vote" in der DDR sehr wenig schätzte. Es wird sehr von der innenpolitischen Entwicklung der DDR und dem damit zusammenhängenden Selbstbewußtsein der DDR-Führung abhängen, ob sich der Konflikt, der als Grundkonflikt bleibt, weiter verschärfen wird.[7]

[gez.] Bertele

VS-Bd. 536 (014)

Fortsetzung Fußnote von Seite 611

thodoxe Parteimitglieder aus ideologischen Gründen an der Tolerierung der DM als faktischer Zweitwährung und als Zahlungsmittel in den Intershops für DDR-Bürger Kritik; die unteren und mittleren Funktionäre sahen sich diskriminiert, da sie wegen des Verbots von Westkontakten von den ‚Früchten der Intershops' ausgeschlossen sind. [...] Die Neuregelung ist geeignet, die vorhandene Kritik an den Läden blockintern und SED-intern abzubauen (Forum-Schecks können auch an verdiente Funktionäre verteilt werden) und könnte dadurch vorläufig sogar das Intershop-System stabilisieren; optisch gesehen hat sich die DDR an die Regelung in anderen sozialistischen Staaten angepaßt." Vgl. Referat 210, Bd. 116483.

6 Die DDR beging am 6. Oktober 1979 den 30. Jahrestag ihrer Gründung.

7 Am 14. Mai 1979 berichtete Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, dem ZDF-Korrespondenten in Ost-Berlin, van Loyen, sei am selben Tag im Außenministerium der DDR mitgeteilt worden, „daß er wegen Verstoßes gegen die Journalistenverordnung von 1973 und deren Durchführungsbestimmungen vom 11.4.1979 sich die Grundlagen für eine weitere Tätigkeit in der DDR entzogen habe. Er könne nicht länger als Korrespondent tätig bleiben und müsse die DDR innerhalb von 24 Stunden verlassen." Van Loyen habe Gaus dazu erklärt: „Er geht [...] davon aus, daß der auslösende Grund für die Maßnahme der DDR die Erklärung Stefan Heyms am 12.5. in der Sendung ‚heute' gewesen ist, die von van Loyen in der Wohnung Heyms am Sonnabendvormittag aufgezeichnet wurde. Die DDR hat sich auch gegenüber van Loyen ausdrücklich auf diesen Beitrag bezogen. Van Loyen sagte mir dazu, daß er Heym nicht befragt, also auch nicht interviewt habe, sondern Heym lediglich eine Erklärung abgegeben habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 382; Referat 210, Bd. 116483. Zur Erklärung des Schriftstellers Stefan Heym vgl. den Artikel „Mich schreckt das nicht! So nützt ihr nicht der DDR!"; DIE WELT vom 14. Mai 1979, S. 1.

134

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Kronprinz Fahd

VS-vertraulich **14. Mai 1979**[1]

Weitere Teilnehmer: Prinz Salman (Bruder des Kronprinzen, Gouverneur von Riad), Außenminister Prinz Saud, Botschafter Nouri Ibrahim.

Auf deutscher Seite: BM Genscher, StM Wischnewski, MD Dr. Ruhfus.

Begrüßung

Bundeskanzler drückt seine Freude über die Begegnung aus.[2] Seit dem letzten Zusammentreffen[3] habe es viele neue Entwicklungen gegeben. Daher sei er froh über die Chance für eine Fortsetzung des Gesprächs.

Fahd: Auch er freue sich über die erneute Begegnung mit dem Bundeskanzler.

Naher Osten

Fahd: In der nahöstlichen Region habe es in der Zwischenzeit bedeutende Ereignisse gegeben, die auch internationale Bedeutung hätten. Er hoffe darauf, daß die Ereignisse letztlich zur Stabilisierung und zu mehr Gerechtigkeit führten. Nur ein gerechter Friede werde dauerhaft sein. Saudi-Arabien wünsche eine umfassende gerechte Lösung.

Es gebe arabische und nichtarabische Regierungen, die nach der Haltung Saudi-Arabiens zu den Ergebnissen von Camp David[4] fragten. Die Ergebnisse von Camp David seien nicht geeignet, den Frieden zu fördern. Das palästinensische Volk müsse weiterhin ein Flüchtlingsdasein führen. Alle Entwicklungen, die an den Palästinensern vorbeigingen, seien nicht geeignet, den Frieden zu fördern.

Saudi-Arabien verneine nicht die Existenz Israels. Aber Israel müsse auch die Realitäten der anderen Seite akzeptieren. Die jüngsten israelischen Aktionen seien nicht der richtige Weg.[5]

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 15. Mai 1979 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter „mit der Bitte um Unterrichtung des Bundesministers des Auswärtigen" übermittelt.
Hat Lewalter am 15. Mai 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) In Abl[ichtung] je StS, D 3, D 4, D 2. 2) Orig[inal]: H[errn] Bundesminister." Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14078 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Kronprinz Fahd hielt sich am 14. Mai 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Kronprinz Fahd besuchte vom 21. bis 23. Juni 1978 in der Bundesrepublik. Für seine Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt am 21. Juni 1978 vgl. AAPD 1978, I, Dok. 195 und Dok. 197.

4 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

5 Am 7. Mai 1979 sprach Ministerpräsident Begin an Präsident Sarkis eine Einladung zu Friedensverhandlungen zwischen Israel und dem Libanon aus. In der Presse hieß es dazu: „Etwa eine Stunde bevor Begin seine Absicht, mit Sarkis zu sprechen, bekanntgab, beschossen israelische Düsenjäger palästinensische Stützpunkte in der Nähe des libanesischen Ortes Reichan, unmittelbar jenseits der Grenze. Am Tag zuvor waren bei israelischen Luftangriffen auf ein Palästinenserlager in

Saudi-Arabien habe versucht, Sadat zu überzeugen, daß der von ihm eingeschlagene Weg nicht zum Frieden führen wird. Seine Regierung sei schon mit den ersten Schritten Sadats – Reise nach Jerusalem[6], Treffen in Ismailia[7], Reise nach USA[8] – nicht einverstanden gewesen. Alle diese Schritte seien nicht genügend vorbereitet gewesen. Die Reaktion der arabischen Völker zeige, daß der von Sadat gewählte Weg falsch gewesen sei.

Sadat habe durch seine Taten bewiesen, daß er den Frieden wollte. Aber hierfür hätte spätestens die Begegnung in Ismailia ausgereicht.

Bundeskanzler: Die Erklärung der neun EG-Staaten vom März[9] gebe unverändert die Position der Bundesregierung wieder. Wir anerkennen und würdigen den Friedenswillen. Das Vertragswerk sei jedoch nur der erste Schritt zum Frieden. Wesentliche Fragen wie Jerusalem, Westbank, Golan, Rechte des palästinensischen Volkes und auch das Existenzrecht Israels seien ungelöst.

Die Bundesregierung habe Verständnis für die Haltung Saudi-Arabiens. Wir würdigten den Sinn für Mäßigung und das Verantwortungsbewußtsein der saudischen Regierung.

Bei dem Besuch von Sadat im März habe er den Eindruck gewonnen, daß Sadat die Festigkeit der saudischen Haltung falsch eingeschätzt habe.[10] Sadat habe erwartet, daß nach einigen Monaten die emotionale Reaktion der arabischen Staaten sich abkühlen werde. Sadat drohten Schwierigkeiten von verschiedenen Seiten. Er sei in der Arabischen Liga isoliert.[11] Er stehe vor großen wirtschaftlichen Problemen, die auch zu innenpolitischen Schwierigkeiten führen können.

Sadat sei eine mutige Persönlichkeit. Nachdem er das Gefühl gehabt habe, daß die USA ihn 1977 zu wenig unterstützten, habe er sich zu selbständigen Maßnahmen entschlossen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 613

der Nähe der nordlibanesischen Hafenstadt Tripoli 30 Menschen getötet oder verletzt worden." Vgl. den Artikel „Begin lädt die libanesische Führung zu Friedensgesprächen ein"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8. Mai 1979, S. 1f.
In der Presse wurde über eine Erklärung der israelischen Regierung vom 11. Mai 1979 zu Militäroperationen gegen Ziele im Libanon mitgeteilt: „Israel hat seine jüngsten Angriffe auf Ziele im Libanon als Vergeltung für Greueltaten der Organisation für die Befreiung Palästinas (PLO) verteidigt. In einem Schreiben an den Präsidenten des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen führte der israelische Botschafter Yehuda Blum zum Beweis an, bei fast 40 blutigen Zwischenfällen in seinem Land seien in den vergangenen Monaten 17 Zivilisten getötet und 240 verletzt worden. In fast jedem dieser Fälle habe sich die PLO anschließend über ihre neue Niederlassung in Beirut oder ihren Rundfunksender im Libanon mit ihren Greueltaten gebrüstet." Vgl. den Artikel „Israel rechtfertigt Angriffe im Südlibanon"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. Mai 1979, S. 5.

6 Präsident Sadat hielt sich vom 19. bis 21. November 1977 in Israel auf. Am 20. November 1977 sprach er vor dem israelischen Parlament in Jerusalem. Für den Wortlaut seiner Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 103–107 (Auszug).

7 Zum Treffen des Präsidenten Sadat mit Ministerpräsident Begin am 25./26. Dezember 1977 in Ismailia vgl. Dok. 94, Anm. 19.

8 Präsident Sadat hielt sich vom 3. bis 8. Februar 1978 in den USA auf.

9 Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten vom 26. März 1979 zum Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vom selben Tag vgl. BULLETIN 1979, S. 326.

10 Präsident Sadat hielt sich am 29./30. März 1979 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 29. März 1979 vgl. Dok. 94.

11 Vgl. dazu die Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad; Dok. 91, Anm. 9.

Wir bemühten uns, gute Beziehungen zu den arabischen Staaten beizubehalten. BM Genscher werde Saudi-Arabien[12] und andere arabische Länder[13] in Kürze besuchen.

Anschließend stellte der Bundeskanzler eine Reihe von Fragen:

Wie schätzt die saudische Regierung die Erfolgsaussichten für eine Genfer Konferenz[14] ein?

Welche Rolle spielt die Sowjetunion derzeit im Nahen Osten?

Wie ist das Verhältnis Saudi-Arabien/USA?

Wie schätzt Saudi-Arabien die Lage im Iran, in Äthiopien und in Nordjemen ein?

Was kann die Bundesrepublik beitragen?

Er (der Bundeskanzler) habe seinen Besuch in Israel weiterhin verschoben.[15]

Fahd dankt für die Ausführungen. BM Genscher sei sehr willkommen. Die Genfer Konferenz sei der richtige Weg. Alle betroffenen Parteien müßten teilnehmen. Saudi-Arabien habe Sadat vor seiner Reise nach Jugoslawien geraten, er solle sich eher auf eine Genfer Konferenz vorbereiten. Sadat hätte als Freund den Standpunkt Saudi-Arabiens besser verstehen und stärker respektieren sollen. Auch seine Regierung habe die Hoffnung, daß der Friedensvertrag ein erster Schritt sei. Sie befürchte aber, daß es sich eher um einen letzten Schritt handele.

Diese Sorge gründe sich auf Begins Weigerung, über die Westbank, über die Freigabe Jerusalems, über die Rückkehr des palästinensischen Volkes zu spre-

12 Bundesminister Genscher besuchte am 23./24. Juni 1979 Saudi-Arabien. Vgl. dazu Dok. 186, Dok. 187 und Dok. 189.

13 Bundesminister Genscher besuchte vom 4. bis 6. Juli 1979 den Irak. Außerdem hielt er sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien, am 28. August im Libanon, vom 29. bis 31. August in Jordanien und vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 201, Dok. 203, Dok. 240–245, Dok. 247, Dok. 249 und Dok. 250.

14 Zur Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Genf vgl. Dok. 86, Anm. 21.

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler teilte Botschafter Schütz, Tel Aviv, am 10. Mai 1979 mit: „Am 19.4.1979 hat der israelische Botschafter Meroz im Bundeskanzleramt (MD Dr. Ruhfus) an Besuch Bundeskanzlers erinnert und angefragt, ob in absehbarer Zeit mit dem Besuch gerechnet werden könne. Er habe hierzu keine Weisung, er sei jedoch sicher, daß seine Regierung hinter dieser persönlichen Anfrage stehe. Der Vertrag mit Ägypten sei jetzt unterzeichnet. Damit sei Voraussetzung, an die Bundeskanzler bisher Besuch geknüpft habe, erfüllt." Vgl. den Drahterlaß Nr. 158; VS-Bd. 11143 (310); B 150, Aktenkopien 1979.
Schütz gab am 15. Mai 1979 folgende Empfehlung: „Die persönlichen Kontakte des Bundeskanzlers zum ägyptischen Präsidenten, aber auch zu Mitgliedern des Königshauses von Saudi-Arabien, zum jordanischen König und zu Regierungschefs anderer Konfrontationsstaaten wie Syrien und Irak werden seit 1978 gepflegt und durch Besuchsdiplomatie gefestigt. Israel blieb bisher ausgespart. Damit kommt die Ausgewogenheit unserer N[ah]o[st]-Politik jedoch langsam ins Rutschen. Aus all diesen Gründen, aber auch mit Blick darauf, daß das bilaterale Verhältnis durch den Besuch des Bundeskanzlers von einer latenten Spannung befreit, ohne ihn aber zunehmend belastet würde, befürworte ich die Durchführung des Besuches noch in diesem Jahr." Vgl. den Drahtbericht Nr. 599; VS-Bd. 11143 (310); B 150, Aktenkopien 1979.
Fiedler unterrichtete Schütz am 1. Juni 1979 wie folgt: „Bundeskanzler hat beschlossen, seinen Besuch in Israel ohne feste Terminzusage zurückzustellen. Die den Israelis hierfür zu gebende Begründung soll sich darauf beschränken, zum Ausdruck zu bringen, daß der Bundeskanzler es für geboten hält, für seinen Besuch, dem er weiterhin große Bedeutung beimißt, ein gewisses Abklingen der gegenwärtigen Emotionen im Nahen Osten abzuwarten, um die Chancen des schwierigen Friedensprozesses nicht zusätzlich (und vermeidbar) zu gefährden." Vgl. den Drahterlaß Nr. 173; VS-Bd. 11143 (310); B 150, Aktenkopien 1979.

chen.[16] Saudi-Arabien nehme keine oppositionelle Haltung gegenüber Sadat ein. Aber sein Land befürchte, daß Sadat die Vereinbarung nicht durchsetzen könne und daß dies zu einer allgemeinen Verschlechterung der Lage führen werde.

Die Stabilität im Sudan sei lückenhaft. Numeiri sei zur Zeit weiterhin seinen Konkurrenten überlegen. Aber dies sei nicht auf Dauer gesichert.

Zwischen Nordjemen und Südjemen sei es zu einem militärischen Konflikt gekommen.[17] Saudi-Arabien habe versucht, zu einer friedlichen Lösung beizutragen, schon um zu verhindern, daß die Sowjetunion Gelegenheit erhält, sich einzumischen. Südjemen sei wegen des Bab el Mandeb strategisch bedeutsam. Die Sowjetunion bemühe sich auch um größeren Einfluß in Nordjemen. Sie ziele damit letztlich auf eine Verstärkung ihres Gewichts in der Golfregion.

Saudi-Arabien bemühe sich, im Jemen zur Stabilität beizutragen. Seine Regierung tue dies auch im Interesse Europas und der Vereinigten Staaten.

Saudi-Arabien bemühe sich, die jahrzehntealten Beziehungen zu den USA aufrechtzuerhalten. Camp David habe in diese Beziehungen ein neues Element hineingetragen. Die USA forderten von Saudi-Arabien eine positive Haltung zu dem Ergebnis von Camp David. Saudi-Arabien glaube nicht, daß der israelisch-ägyptische Vertrag dem gewünschten Ziel dienen werde.

Es gebe kleine begrenzte Spannungen. Dies sei jedoch bei Beziehungen zwischen befreundeten Staaten keineswegs unüblich. Die USA sähen derzeit möglicherweise die Beziehungen zu Saudi-Arabien zu stark aus dem ägyptischen Gesichtswinkel.

16 Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete am 4. Mai 1979, Ministerpräsident Begin habe am Vortag dem israelischen Ministerkomitee für Autonomiefragen einen „überarbeiteten Plan Westufer- und Gaza-Autonomie vorgelegt". Dazu führte Schütz aus: „Soweit sich Inhalt Autonomieplans aus öffentlichen Erklärungen Begins (etwa Radio-Interview zum Unabhängigkeitstag am 2.5.) ablesen läßt, dürfte sich jetzt vorgelegter Plan allenfalls in Nuancen von 26-Punkte-Programm vom Dezember 1977 [...] unterscheiden. Hauptpunkte sind nach wie vor: volle Autonomie für ‚Bewohner von Judäa, Samaria und Gaza' wie in Camp-David-Abkommen vorgesehen (aber nur ‚administrative self-rule' ohne eigentliche Gesetzgebungsbefugnisse); keine Grenzziehung in Eretz Israel; Verantwortung für innere und äußere Sicherheit verbleibt bei Israel; Erhaltung jüdischen Siedlungsrechts." Vgl. den Drahtbericht Nr. 534; Unterabteilung 31, Bd. 135596.
Am 18. Mai 1979 berichtete Botschaftsrätin I. Klasse Steffler, Tel Aviv, über die bevorstehende Verabschiedung eines 22-Punkte-Papiers zur Autonomiefrage durch einen Ministerausschuß des israelischen Kabinetts: „Hauptpunkte des offenbar sehr detaillierten Papiers, das sogar Einzelfragen wie Anzahl Mitglieder autonomen Verwaltungsrates, Ort des Zusammentretens, Mindestalter für aktives und passives Wahlrecht regeln soll, sind nach hiesigen Presseberichten: 1) Rechtsgrundlage für Handeln des autonomen Verwaltungsrates bleiben Anordnungen der Militärregierung [...]; 2) Israel behält Souveränität über öffentliches Land und Wasserressourcen in Gebieten; 3) Israel bleibt verantwortlich für Sicherheit und öffentliche Ordnung in Gebieten; 4) israelisches Siedlungsrecht wird weiter ausgeübt. Papier enthält ferner Regelungen über Bodenbenutzung [...] und zwei Erklärungen im Anhang, in denen sich Israel ‚auf ewig' Errichtung palästinensischen Staates in autonomen Gebieten widersetzt und Absicht ankündigt, nach fünfjähriger Übergangszeit Anspruch auf Souveränität für Gebiete geltend zu machen." Ferner teilte Steffler mit: „V[erteidigungs]M[inister] Weizman wandte sich gegen 22-Punkte-Papier als Ganzes, AM Dayan und Stv. PM Yadin meldeten Vorbehalte zu einzelnen Bestimmungen an. Alle drei halten Vorlage eines derart detaillierten Papiers bereits bei Verhandlungsbeginn für unklug. Weizman befürchtet sogar, vorgelegtes Papier könne das mit Ägypten im bisherigen Friedensprozeß Erreichte wieder in Frage stellen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 619; Unterabteilung 31, Bd. 135596.

17 Zum Konflikt zwischen der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) vgl. Dok. 60, Anm. 32.

Es sei ein Fehler gewesen, daß Sadat sich nicht genügend bemüht habe, den Standpunkt Saudi-Arabiens richtig zu erfassen. Er habe wohl die falsche Hoffnung gehabt, Saudi-Arabien stärker beeinflussen zu können. Vielleicht habe er in den USA falsche Erwartungen geweckt.

Kein Staat habe Sadat so stark unterstützt wie Saudi-Arabien. Ägypten habe insgesamt über 7 Mrd. Dollar Hilfe erhalten. Jetzt greife Sadat Saudi-Arabien an. Wenn er seine Kritik wenigstens im privaten Kreise geäußert hätte. Er habe jedoch öffentliche Veranstaltungen gewählt, um seine guten Freunde Saudi-Arabien und Marokko zu kritisieren.[18]

Bundeskanzler: Sadats Reden haben auch uns verwundert und betroffen gemacht.

Fahd: Sadat sei soweit gegangen, das Volk in Saudi-Arabien aufzufordern, gegen die eigene Regierung vorzugehen.

Bundeskanzler: Wir hätten die Reden Sadats als ein mögliches Zeichen innerer Schwäche empfunden.

Fahd: Die Angriffe hätten in Saudi-Arabien Empörung ausgelöst. Es gebe 200000 Ägypter, die in Saudi-Arabien arbeiten und Geld überweisen. Sein Land sei nicht auf sie angewiesen. Gleichwohl sollten keine Maßnahmen gegen sie ergriffen werden, es sei denn, sie griffen zu subversiver Tätigkeit wie zu Zeiten Nassers.

Äthiopien sei ein Teil des sowjetischen Bereichs geworden. Saudi-Arabien könne hier alleine gegen die Sowjetunion nichts ausrichten. Die freien Staaten müßten gemeinsam überlegen, was sie tun können.

Die jüngste Entwicklung in Iran sei für Saudi-Arabien eine Überraschung gewesen. Die gegenwärtigen Abrechnungen und die Anarchie würden letzten Endes den kommunistischen Interessen dienen.

Was den Beitrag der Bundesrepublik angehe, so solle die Bundesregierung Sadat mit einer gewissen Zurückhaltung unterstützen. Das könnte Sadat möglicherweise dazu veranlassen, daß er eine verständnisvollere Haltung gegenüber den legitimen arabischen Positionen einnimmt. Sadat täusche sich, wenn er versuche, den Eindruck zu erwecken, als würden die Araber sich in einem Jahr seinen Vorstellungen annähern.

Bundeskanzler: Die Bundesregierung werde den Ratschlag Fahds eingehend prüfen.

Wir würden Sadat anraten, sich bei seinen Äußerungen gegenüber anderen arabischen Regierungen Zurückhaltung aufzuerlegen und seine Position im arabischen Lager nicht weiter zu erschweren.

Falls es letztlich in Ägypten zu Veränderungen komme, würde die Destabilisierung weit über Ägypten hinausgreifen und sich auch auf Sudan, auf Somalia und auf Jemen auswirken. Es läge daher im gemeinsamen westlichen und im saudi-arabischen Interesse, die innenpolitische Stabilität in Ägypten zu wahren und Ereignisse abzuwenden, die letztlich dazu führen könnten, daß sowjetische Truppen und Waffen an den Nil gelangen.

18 Vgl. dazu die Fernsehansprache des Präsidenten Sadat vom 1. Mai 1979; Dok. 123, Anm. 2.

Die Bundesregierung habe Sadat gesagt, daß wir unsere bilaterale Hilfe fortsetzen werden.[19] Wir hätten jedoch nicht die Absicht, bei großen internationalen Stützungsaktionen mitzuwirken.

Der amerikanische Präsident habe bisher nicht zu erkennen gegeben, wie sich die USA die Hilfe für Ägypten vorstellen. Präsident Carter werde in den kommenden Monaten durch SALT II (Ratifikationsverfahren im Kongreß, wichtigstes Problem gegenüber der Sowjetunion) sehr stark in Anspruch genommen und nicht sehr viel Zeit auf den Nahen Osten verwenden können.

Wenn Fahd den Eindruck gewänne, daß die Ausführungen des Bundeskanzlers besorgt und etwas ratlos klängen, sei die Einschätzung richtig. Gerade deshalb legten wir Wert auf enge Kontakte mit Saudi-Arabien.

Fahd: Seine Regierung habe auf die Reden Sadats nicht reagiert. Man wolle ihm eine Chance geben.

Bundeskanzler: Sehr richtig.

Fahd: Saudi-Arabien wolle den intensiven Kontakt zur Bundesrepublik weiter fortsetzen. Sein Land habe gemeinsame Interessen mit den USA, mit der Bundesrepublik und anderen westlichen Staaten. Dies um so mehr, als sich die Expansion der Sowjetunion in erster Linie gegen Saudi-Arabien und die Golfstaaten richte. Eine Entwicklung in Ägypten, die die Sowjetunion stärke, gefährde auch die Lage Saudi-Arabiens.

BM *Genscher*: Auch die der Bundesrepublik.

Fahd: Die USA müßten zu ihrer Verantwortung stehen und stärkeren Druck auf Israel ausüben. Sadat müsse seine Politik rationaler gestalten. Er könne arabische Interessen nicht so stark beiseite schieben. Er müsse eine härtere Haltung gegenüber Israel einnehmen. Saudi-Arabien strebe keine Führung im arabischen Lager an. Es habe jedoch Angst, daß die Stabilität im arabischen Lager abnehme. Daher habe seine Regierung das Abkommen nicht akzeptieren können. Es bleibe in den Punkten Jerusalem, Golan, Rechte der Palästinenser hinter Resolution 242[20] zurück. Die Bundesregierung könne den USA klarmachen, wie gefährlich die gegenwärtige Entwicklung sei. Es wäre sehr wichtig, wenn es Fortschritte gäbe, die bewiesen, daß der von Sadat eingeschlagene Weg zum Erfolg führen könne.

Auf Fragen des *Bundeskanzlers*, welche Haltung er der Bundesregierung gegenüber der PLO anempfehle, antwortete *Fahd*, die PLO sei gegenwärtig wie ein gefährlicher Wolf. Es wäre gut, wenn die Bundesregierung sich ernsthaft mit der PLO und den von ihr geforderten Rechten beschäftige. Saudi-Arabien versuche, die PLO zu gemäßigter Haltung zu bringen. Sie stellten ihnen allerdings in Aussicht, daß sie die ihnen zustehenden Rechte erhalten werde. Die PLO höre auf Saudi-Arabien.

19 Am 17. Mai 1979 teilte Botschafter von Staden, Washington, mit, Staatssekretär van Well habe dem stellvertretenden Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Aaron, am 14. Mai 1979 erklärt: „In den nächsten Tagen werde die Bundesregierung mit Ägypten ein neues Hilfsabkommen über 250 Mio. DM unterzeichnen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1826; Referat 204, Bd. 115944.

20 Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 20.

Sadat behaupte, der Westen werde Ägypten 15 Mrd. Dollar geben.[21] Bisher habe er nur gehört, daß die USA Ägypten 1,8 Mrd. Dollar einräumen wollen zu normalen Kreditkonditionen. Die Hilfe Saudi-Arabiens sei nahezu ohne jede Bedingung gegeben worden.

Bundeskanzler: Die 15 Mrd. seien bisher nur von Sadat erwähnt worden und rein illusionäre Angaben.

Fahd: That's the problem.

Ölpreise

Bundeskanzler: Die Bundesrepublik könne mit den Auswirkungen der Ölpreiserhöhung[22] zur Not noch fertig werden. Andere Industrieländer und vor allem die erdölabhängigen Entwicklungsländer würden sehr viel härter getroffen. Er sei besorgt über die Auswirkungen auf die Weltwirtschaftsstruktur. Man werde wohl in Tokio[23] über die Ölpreise sprechen.

Die Bundesregierung habe die Äußerungen von Brown und Schlesinger über die Sicherung der Ölwege möglicherweise durch Militärmaßnahmen zur Kenntnis genommen.[24] Die Bundesregierung habe diese Ausführungen nicht für sehr weise gehalten. Welches sei die saudi-arabische Einschätzung?

Fahd: Saudi-Arabien werde im Juni auf der OPEC-Sitzung[25] an seiner alten Haltung festhalten und gegen erneute Preiserhöhungen eintreten. Aber Saudi-Arabien habe nur eine Stimme im Kreise der OPEC-Länder. Er empfehle, daß der Bundeskanzler einen Brief an die Regierungschefs der anderen OPEC-Länder richte und seine Ansicht darlege. Dies würde auch die Position Saudi-Arabiens auf der OPEC-Konferenz stärken. Ferner müsse man Energiesparmaßnahmen ergreifen. Schließlich müßte auf die Preisgestaltung der Ölgesellschaften eingewirkt werden.

Die Reaktion der Erdölstaaten auf die Ankündigung von Brown und Schlesinger sei sehr negativ gewesen. Vor der Ankunft ausländischer Truppen würden die Araber lieber ihre ganzen Ölfelder in die Luft jagen.

Bundeskanzler: Diese Äußerungen seien einmal kränkend für die Länder, denen angeblich geholfen werden sollte. Zweitens stelle sich die Frage, ob die Drohung wirklich jemals in die Tat umgesetzt würde.

21 In einer Aufzeichnung des Referats 310 vom 27. März 1979 hieß es: „Laut der seit einigen Monaten von Präsident Sadat propagierten Idee eines Marshall-Plans (‚Carter-Plans') für Ägypten sollen die USA, Japan und die Bundesrepublik Deutschland zusätzlich zu ihrer bisherigen Entwicklungshilfe ein fünfjähriges Programm in Höhe von insgesamt 15 Mrd. US-Dollar (auch höhere Summen werden genannt) finanzieren. Die Aussagen zur praktischen Ausgestaltung der Hilfsaktion sind noch recht vage. Sadat selbst hat gelegentlich von Projekten, Partnerschaft, Investitionen gesprochen, während PM Khalil und das ägyptische Wirtschaftsministerium eher an Importfinanzierung durch Warenhilfe denken." Vgl. Referat 310, Bd. 124987.

22 Vgl. dazu die Beschlüsse der außerordentlichen Tagung der OPEC-Mitgliedstaaten am 26./27. März 1979 in Genf; Dok. 102, Anm. 7.

23 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

24 Zu den Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Brown und des amerikanischen Energieministers Schlesinger über Truppenstationierungen am Persischen Golf vgl. Dok. 55, Anm. 8.

25 Die Tagung der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten fand vom 26. bis 28. Juni 1979 in Genf statt.

Gespräch mit MP Strauß

Bundeskanzler äußerte sich positiv zu dem bevorstehenden Gespräch Fahd/Strauß.

Fahd sagte zu, er werde Strauß seine Einschätzung der Lage im Nahen Osten offen und ungeschminkt schildern.

Reise des Bundeskanzlers nach Israel

Fahd kam am Ende des Gesprächs auf die frühere Bemerkung des Bundeskanzlers zurück. Er könne sich nicht vorstellen, daß der Bundeskanzler gegenwärtig seine geplante Reise nach Israel durchführe. Er hoffe auch, daß BM Genscher jetzt nicht erneut nach Israel reisen werde.[26]

Siemens-Anlage

AM *Prinz Saud*: Saudi-Arabien sei sehr interessiert, die Anlage im Werte von etwa 600 Mio. DM bei Siemens zu bestellen.[27] Nur die Ausbildung für Dechiffrierung sei ungeklärt. Die Zeit dränge, da die Regierung den Betrag für das Projekt im nächsten Monat in den Haushalt einsetzen müsse. Sonst müsse die Entscheidung um ein Jahr bis zu den nächsten Haushaltsberatungen verschoben werden.

Bundeskanzler: Er sei über die Einzelheiten des Projekts nicht unterrichtet. Er werde sich über das Vorhaben informieren lassen und auf eine baldige Entscheidung drängen.

Interview des Bundeskanzlers

Bundeskanzler sagte zu, er werde einige Fragen der den Prinzen begleitenden Chefredakteure schriftlich beantworten.

VS-Bd. 14078 (010)

[26] Bundesminister Genscher hielt sich vom 28. bis 30. Juni 1978 in Israel auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 205.

[27] Zur Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien im Bereich der Funkaufklärung vgl. Dok. 23 und Dok. 34.

135

Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher in Washington

204-321.15 USA-234/79 VS-vertraulich **14. Mai 1979**[1]

1) Türkei – Griechenland – Zypern[2]

Christopher gab einen Überblick über den derzeitigen Stand der amerikanischen Hilfsprogramme für die Türkei. Hierbei hob er folgendes hervor:

Fragen der Entwicklungshilfe für die Türkei würden im Kongreß relativ günstig aufgenommen, im Gegensatz zu dem Problem der Militärhilfe[3]. An Wirtschaftshilfe könne man von einem Betrag von etwa 200 Mio. Dollar ausgehen, und zwar 98 Mio. Dollar für 1980 und 100 Mio. Dollar im Nachtragshaushalt für 1979. Die Gelder würden etwa im Frühherbst dieses Jahres zur Verfügung stehen. Mit Verabschiedung der 100 Mio. Dollar im Nachtragshaushalt rechne man noch im Sommer; die 98 Mio. Dollar im Haushaltsjahr 1980 würden etwa ab 1. Oktober bereitstehen.

Schwieriger sei es, eine 50 Mio. Dollar Militärhilfe an die Türkei im Kongreß durchzusetzen. Der Auswärtige Ausschuß des Senats habe eine solche 50 Mio. Dollar Militärhilfe abgelehnt und statt dessen vorgeschlagen, in Höhe dieses Programms Military Sales Credit Facilities zur Verfügung zu stellen. Die Administration hoffe jetzt, im Plenum das ursprüngliche 50 Mio. Militärhilfeprogramm wieder durchsetzen zu können. Christopher wies dann auf eine gewisse Enttäuschung der türkischen Militärs hin, die mit der Entwicklung der US-Militärhilfe-Zahlungen nach Aufhebung des Embargos nicht zufrieden seien. Nach einem vierjährigen Embargo habe man jedoch mit Verzögerungen bei der

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk, z. Z. Washington, am 14. Mai 1979 gefertigt und am 17. Mai 1979 an Referat 201 weitergeleitet. Dazu vermerkte Schenk: „Als Anlage wird ein von StS van Well gebilligter Vermerk über das obengenannte Gespräch mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt."
Hat Vortragendem Legationsrat von Nordenskjöld am 18. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann und die Legationsräte I. Klasse Kreusel und Boldt verfügte.
Hat Hofmann und Kreusel am 18. Mai 1979 vorgelegen.
Hat Boldt am 25. Mai 1979 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 10497 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

[2] Im Anschluß an einen Privataufenthalt in den USA führte Staatssekretär van Well am 14. Mai 1979 Gespräche in Washington. Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 17. Mai 1979, van Well habe dem stellvertretenden Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Aaron, dargelegt, „daß er seine Gespräche in Washington auf Wunsch des Bundesministers und Bundeskanzlers und in Vorbereitung von dessen Besuch Anfang Juni führe. Es sei wichtig, sich über die in Frage kommenden Gesprächspunkte vorher gemeinsam Gedanken zu machen. Ein bedeutendes Thema für die Gespräche werde sicherlich der Nahe Osten sein. Z. Z. sei Kronprinz Fahd in Bonn. Über die gerade laufenden Gespräche besitze er noch keine Information. Man werde Fahd aber nicht im unklaren darüber lassen, daß wir einen Erfolg des israelisch-ägyptischen Friedensvertrags wünschen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1826; Referat 204, Bd. 115944.

[3] Vgl. dazu die Einstellung und Wiedergewährung der amerikanischen Verteidigungshilfe an die Türkei; Dok. 24, Anm. 12.

Wiederaufnahme der Militärhilfe rechnen müssen. Die amerikanische Seite sei bemüht, etwa durch Bereitstellung nicht ausgenutzter, aber früher genehmigter Mittel, diesen Schwierigkeiten zu begegnen.

Die Presseberichte über Schwierigkeiten beim Abschluß eines neuen Militärbasenabkommens mit der Türkei seien übertrieben.[4] Verhandlungen gingen im Gegenteil zügig weiter und seien gegenwärtig durch den Austausch von gegenseitigen Vertragsentwürfen gekennzeichnet. Andererseits sei er, Christopher, nicht unglücklich, daß die Presse durch Konzentrierung auf gerade dieses Thema von anderen Aspekten der Türkeihilfe[5] abgelenkt habe.

Zur NATO-Reintegration Griechenlands wies Christopher auf den letzten Vorschlag General Haigs hin, den die Türken bereits akzeptiert hätten.[6] Er hoffe, daß dieser Vorschlag auch von den Griechen positiv aufgenommen werde. Der Haig-Vorschlag sei ein vernünftiger Kompromiß. Er klammere die Frage der Kommandogrenzen aus und verschiebe eine Lösung dieser Frage auf die Zukunft. Die Angelegenheit solle nach Auffassung der USA weiter auf militärisch-technischer Ebene behandelt werden. Eine Erörterung auf politischer Ebene wäre riskant. StS van Well teilte diese Meinung und verwies darauf, daß wir bereits vor Monaten die Ausklammerung der Frage der Kommandogrenzen als unausweichlich bezeichnet hätten.

Zu Zypern erklärte Christopher, er habe mit Ecevit darin übereingestimmt, daß ein Gipfel Kyprianou/Denktasch die beste Möglichkeit für Fortschritte beinhalte. Leider sei jedoch die Art und Weise, wie Kyprianou dieses Treffen vorbereite, nicht vielversprechend. In einem anschließenden Meinungsaustausch über die interne Lage der Türkei bestand Übereinstimmung, daß eine Hilfe dringlich sei und daß sie substantiell sein müsse.[7] Die politische Dringlichkeit müsse auch dem IMF deutlich gemacht werden.

4 Zu den Verhandlungen über die amerikanischen Basen in der Türkei vgl. Dok. 126, Anm. 5.

5 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 115.

6 Referat 201 resümierte am 13. Juni 1979 die Bemühungen des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) um eine Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Integration der NATO. Haigs Vorschläge seien am 5. Mai nach Besuchen in Athen und Ankara ausformuliert worden: „SACEURs Vorschläge sehen keinerlei Abgrenzungen von Kommandobereichen vor. Für die Marine soll in der Ägäis das Task-Force-Konzept gelten. Demnach würden griechische und türkische Marineeinheiten vom übergeordneten NATO-Kommando NAVSOUTH in Neapel [...] befehligt. Die Luftverteidigung soll unter dem Oberkommando von AFSOUTH (Neapel) vorläufig ohne Abgrenzung des Zuständigkeitsbereichs über der Ägäis dem griechischen Kommando in Larissa und dem türkischen in Izmir anvertraut werden. Beide Kommandos übermitteln einander für die Luftverteidigung relevante Daten im sog. Cross-Tell-Verfahren. Die Koordination für den gesamten Luftraum Griechenland–Ägäis–Türkei soll dem NATO-Kommando in Larissa unter amerikanischer Verantwortung überlassen werden." Dazu hieß es weiter: „Gegen den Lösungsvorschlag SACEURs erheben die Griechen Einwände, bei denen sie teilweise hinter früher eingenommene Positionen zurückgehen. Einer Einführung des Task-Force-Prinzips für die Ägäis setzen die Griechen nunmehr das Argument entgegen, daß damit eine Sonderregelung für die Ägäis geschaffen würde. [...] Ferner besteht Griechenland darauf, daß der Luftraum über der Ägäis griechischer Kommandogewalt unterliegt. [...] Die türkische Position zu den Vorschlägen SACEURs ist flexibler. Die Türken, die die frühere NATO-Grenzziehung nie formell akzeptiert hatten, sind bereit, die Frage der Kommandogrenzen vorläufig auszuklammern und Larissa (unter amerikanischer Verantwortung) die Koordinierung der Luftraumüberwachung zuzugestehen." Vgl. VS-Bd. 11101 (203); B 150, Aktenkopien 1979.

7 Botschafter Emmel, Paris (OECD), übermittelte am 7. Mai 1979 Informationen der OECD zur türkischen Zahlungsbilanz: „Sekretariat rechnet mit Defizit aufgrund aktueller Vorausschätzungen in Höhe von etwa 1,9 Mrd. US-Dollar. Dieser Betrag sei auch nach Auffassung des IWF eher als Mini-

StS *van Well* erläuterte unsere Haltung zur Frage der Relation zwischen deutschem und amerikanischem Beitrag. Er wies auf unsere Bereitschaft hin, 50 Prozent der vorgesehenen Mittel sofort an die Türkei auszuzahlen, sobald der IMF eine Good-faith-Erklärung abgegeben habe. StS van Well unterstrich die Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland, ihre Verantwortung gegenüber der Türkei wahrzunehmen. Er erläuterte unsere bisherigen Hilfsmaßnahmen und die Schritte, die wir gegenüber der Türkei unternommen hätten (Varosha-Vorschlag[8]).

Christopher wies darauf hin, daß die Türken nach amerikanischen Erkenntnissen ihre Truppenstärke auf Zypern auf unter 20000 Mann gesenkt hätten. Dies werde gegenüber dem Kongreß hilfreich sein. Christopher würdigte die positive Rolle des deutschen Sonderbeauftragten, Minister Kiep. Er, Christopher, bitte um Verständnis, wenn man Minister Kiep für seinen Flug von New York nach Washington und Ottawa kein Flugzeug zur Verfügung habe stellen können, wie dieser es erbeten habe. Man habe diese Entscheidung mit Rücksicht auf die Reaktion im Kongreß gefällt. Die griechische Lobby hätte mit Gewißheit eine solche Geste „schwer bestraft" (put a high penalty on it).

2) Pakistan

StS *van Well* erläuterte unsere Einschätzung der inneren und äußeren Lage Pakistans und der Folgen der amerikanischen, durch die Nuklearfrage bestimmten Politik gegenüber Pakistan. Er frage sich, ob auf dem Hintergrund der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Faktoren für den Westen jetzt die Zeit gekommen sei, eine Gesamtlösung für Pakistan zu diskutieren. Pakistan sei das zweitgrößte Empfängerland deutscher Entwicklungshilfe.[9] Wir könnten u. U. in diesem Bereich noch eine weitere Erhöhung erwägen. Andererseits kämen für militärische Hilfe die USA, Großbritannien und Frankreich in Betracht. Er, StS van Well, halte es für wichtig, wenn diese Frage zusammen mit GB und F im Rahmen der Vierergespräche erörtert würde.[10]

Fortsetzung Fußnote von Seite 622

mum anzusehen und könne möglicherweise auch höher liegen. Ursache hierfür sind vor allem der starke Anstieg des Schuldendienstes sowie der zu erwartenden Importe aufgrund der Preissteigerungen für Rohstoffe und Erdöl [...]. Sekretariat schätzt, daß Passivsaldo der Handelsbilanz von 1978 in Höhe von 2311 Mio. Dollar auf 2850 Mio. Dollar ansteigt. Schuldendienst (Zinsen und Amortisationen) dürfte sich in 1979 mit 1780 Mio. Dollar im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppeln. Für 1980 sei mit weiterem Anstieg der Schuldendienste auf 2 Mrd. Dollar zu rechnen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 313; Referat 010, Bd. 178822.

8 Zur türkischen Position bezüglich einer Freigabe von Varosha vgl. Dok. 5, Anm. 24.

9 Botschaftsrat I. Klasse Schatzschneider, Islamabad, informierte am 26. Februar 1979 über die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Pakistan: „Wichtige Wirtschaftsabkommen sind das Investitionsschutzabkommen vom 25.11.1959, das Doppelbesteuerungsabkommen vom 7.8.1958 sowie jährliche Abkommen über Finanzhilfe. Die deutsche Kapitalhilfe und Technische Hilfe unterhalten z. Z. 14 Vorhaben, die nach Prioritäten auf die Sektoren Landwirtschaft, Kleinindustrieförderung und Stromerzeugung wie -verteilung konzentriert sind. Für das Jahr 1978 wurden 100 Mio. DM Kapitalhilfe und 8 Mio. DM Technische Hilfe neu zugesagt. Pakistan steht in der Rangliste unserer Entwicklungshilfe an vorderer Stelle. In Pakistan ist die Bundesrepublik Deutschland nach den USA langfristig das nächst wichtige Geberland. Die im Abkommen vom 30. November 1972 vereinbarte wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit hat im Bereich der Kernforschung zu guter Zusammenarbeit zwischen der Gesellschaft für Kernforschung, Karlsruhe, und der Pakistan Atomic Energy Commission geführt." Vgl. den Schriftbericht Nr. 185; Referat 340, Bd. 110676.

10 Am 22. Mai 1979 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk eine „Pakistan-Analyse" des Auswärtigen Amts an die Botschaften in London, Paris und Washington mit der Bitte um Wei-

Christopher wies darauf hin, die USA hätten zuverlässige Beweise für pakistanische Nuklearabsichten. Die Amerikaner müßten von diesen Tatsachen ausgehen. Inspektionen hätten die Pakistanis abgelehnt. Die USA seien davon überzeugt, daß die jetzigen pakistanischen Pläne nicht der zivilen Nutzung der Nuklearenergie dienten. Die amerikanischen Maßnahmen seien auch keine Diskriminierung Pakistans. Die Symington- und Glenn-Amendments, die sowohl die Anreicherung als auch die Wiederaufbereitung beträfen, seien obligatorisch.[11] Die Amerikaner hätten sich im übrigen vergeblich bemüht, die Pakistanis von ihrem Vorhaben abzubringen. Es sei auch nicht richtig, wenn Pakistan aus der amerikanischen Politik gegenüber Indien eine Diskriminierung Pakistans herleite. Zur Zeit der indischen Atomexplosion[12] und der entsprechenden indischen Vorarbeiten sei die Carter-Administration mit ihrer Politik noch nicht im Amt gewesen. Die Amerikaner sondierten die Möglichkeit einer gemeinsamen amerikanisch-indischen Erklärung. Hierbei müsse man aber bedenken, daß die amerikanisch-indischen Beziehungen sehr zerbrechlich seien (fragile). Christopher begrüßte den Vorschlag von StS van Well, den gesamten Pakistan-Komplex im Rahmen der Vier zu erörtern.

Christopher bestätigte auf entsprechende Frage von StS, daß man amerikanischerseits das US-Pakistan-Abkommen von 1959[13] nach wie vor als gültig an-

Fortsetzung Fußnote von Seite 623

terleitung an die dortigen Außenministerien. Darin hieß es: „The consolidation of Soviet influence in Afghanistan and the developments in Iran have changed the geopolitical situation in South Asia to the disadvantage of the West. Pakistan is now a factor of increased importance. However, the country is in a very difficult situation both internally and externally, and it cannot yet be forseen how it will be mastered. [...] Pakistan feels that it has been left in the lurch by the West and forced on a clearly Third World course, which – despite the proven, albeit not too profitable friendship with China – appears not to preclude a rapprochement with the Soviet Union. Pakistan's first attempts at establishing contact and its ‚friendly act' of seceding from CENTO have for time being been poorly rewarded with bitter attacks by the Soviet Union because of the alleged training of Afghan counter-revolutionaries in North-West Pakistan. It remains to been seen whether the Soviet Union will still try to win over Pakistan or whether it intends to pursue its objectives by exerting pressure. [...] Pakistan expects its security needs to be recognized and appreciated. These include its long-standing distrust of India and its new fear of the ‚Soviets at the Khyber Pass'. For years now Pakistan has given top priority to the renewal and building up of its armaments; it has always gauged the value of its relations with the West particularly by the West's readiness to fulfil such wishes. This matter has adversely affected Pakistan's relations with the United States and has also cooled our relationship with the country at times." Vgl. den Drahterlaß Nr. 2523; VS-Bd. 11113 (204); B 150, Aktenkopien 1979.

11 Am 4. Mai 1979 vermerkte Ministerialdirektor Lautenschlager: „Die amerikanische Regierung hat am 6.4.79 das ‚Symington Amendment' zum ‚Foreign Assistance Act' gegenüber Pakistan zur Anwendung gebracht. Danach kann die Regierung die Entwicklungs- und Militärhilfe an ein Land einstellen, das sich nach dem 4.8.1977 Ausrüstungen oder Technologien zur Urananreicherung beschafft, es sei denn, daß das betreffende Land seinen gesamten Brennstoffkreislauf vorher den Kontrollen der Internationalen Atomenergie Organisation (IAEO) unterstellt (fullscope safeguards); dies trifft auf Pakistan nicht zu. [...] Im State Department – so die Berichterstattung unserer Botschaft in Washington – wird diese (eigene) Entscheidung bedauert. Man hätte eine stille und unauffällige Behandlung der Angelegenheit mit Pakistan vorgezogen, zumal bei zügigem Fortgang eine Urananreicherungsanlage frühestens in drei bis vier Jahren fertiggestellt sein könnte. Die Eskalation sei aufgrund der sehr unergiebigen Gespräche des stellvertretenden Außenministers Christopher in Islamabad und des Drucks in der amerikanischen Öffentlichkeit als Folge der publizistischen Kampagne in den Massenmedien Westeuropas entstanden; hier beziehen sich die Amerikaner insbesondere auf die ZDF-Sendung von Herrn Löwenthal". Vgl. Referat 340, Bd. 110691.

12 Am 18. Mai 1974 zündete Indien einen nuklearen Sprengsatz. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 228.

13 Für den Wortlaut des Abkommens vom 5. März 1959 zwischen den USA und Pakistan über Zusammenarbeit vgl. UNTS, Bd. 327, S. 285–291.

sehe; Christopher bejahte auch die Frage, ob die im Abkommen erwähnte „communist aggression" auch vorliege, wenn sie von Afghanistan[14] ausgehe.

An dem Gespräch mit Deputy Secretary Christopher nahm auch der Leiter der Europa-Abteilung, Vest, teil. In einem anschließenden, gesonderten Gespräch mit Vest wies StS *van Well* auf folgende Punkte hin:

a) Es sei nicht auszuschließen, daß die DDR aus Anlaß der Wahlen zum Europäischen Parlament am 10.6. in Berlin Schwierigkeiten machen werde.[15] Dafür gebe es Anhaltspunkte, u.a. Äußerungen Honeckers vor Bezirkssekretären.[16] Der 10. Juni liege nur wenige Tage vor dem amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen.[17] Es sei daher wohl angebracht, in den vorbereitenden amerikanisch-sowjetischen Gesprächen gegenüber der Sowjetunion diese Frage zur Sprache zu bringen. Es wäre sicher nicht die richtige Begleitmusik für den amerikanisch-sowjetischen Gipfel, wenn es gerade zu diesem Zeitpunkt Schwierigkeiten auf den Zugangswegen nach Berlin gebe und diese zu entsprechenden öffentlichen Reaktionen führen würden. Vest stimmte dem zu mit dem Hinweis, daß diese Frage auch auf dem NATO-Ministerratstreffen Ende Mai[18] und insbesondere auf dem vorhergehenden Vierer-Treffen der Außenminister[19] erörtert werden sollte.

b) StS van Well begrüßte im Zusammenhang mit den DDR-Maßnahmen gegen Journalisten[20] die amerikanische, von Goodby durchgeführte Demarche gegenüber Nier. Wir überlegten, ob man nicht in den KSZE-Teil des NATO-Kommuniqués Ende Mai einen entsprechenden Hinweis aufnehmen solle.[21] Es müsse jedoch sorgfältig geprüft werden, ob ein solcher Hinweis nützlich sei oder das Gegenteil bewirke. StS van Well betonte in diesem Zusammenhang, daß die DDR-Maßnahmen aus dem deutsch-deutschen Zusammenhang herausgelöst bleiben müßten. Wichtig sei die internationale Reaktion auf diese Maßnahme, insbesondere, wenn man berücksichtige, wie sehr die DDR auf internationale Reputation Wert lege. *Vest* stimmte zu, daß diese Frage in den KSZE-Zusammenhang gehöre.

Auf die Konsularverhandlungen zwischen den USA und der DDR eingehend, erläuterte Vest ihren jetzigen Stand. Die DDR habe jetzt die Version des ame-

14 Zu den Beziehungen zwischen Afghanistan und Pakistan vgl. Dok. 10, Anm. 21.

15 Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament vgl. Dok. 50, Anm. 21.

16 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, äußerte sich auf der Bezirksdelegiertenkonferenz der SED am 10./11. Februar 1979 in Ost-Berlin zur Rolle der Stadt als Hauptstadt der DDR. Vgl. dazu den Artikel „Unser Programm der Vollbeschäftigung, des Volkswohlstandes und der Stabilität trägt reiche Früchte"; NEUES DEUTSCHLAND vom 12. Februar 1979, S. 3 f.

17 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

18 Zur NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 156 und Dok. 159.

19 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern François-Poncet (Frankreich), Carrington (Großbritannien) und Vance (USA) am 30. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 154.

20 Zur Durchführungsbestimmung vom 11. April 1979 zur Tätigkeit von ausländischen Journalisten in der DDR vgl. Dok. 109, Anm. 28, und Dok. 118, Anm. 26 und 27.

21 Vgl. dazu Artikel 6 des Kommuniqués über die NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 113. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 326.

rikanischen Vorschlages, so wie er von der Bonner Vierer-Gruppe akzeptiert worden sei, angenommen.[22] Nach den letzten Nachrichten aus der amerikanischen Botschaft in Ost-Berlin gingen die entsprechenden Verhandlungen auf der Basis des amerikanischen Vorschlages zügig weiter. Insgesamt habe sich die amerikanische Hartnäckigkeit in diesem Falle ausgezahlt. Vest betonte in diesem Zusammenhang, die Amerikaner seien entschlossen gewesen, in der Frage des Konsularabkommens fest zu bleiben, denn sie hätten alles vermeiden wollen, was möglicherweise auf die Bedenken Bundesminister Genschers gestoßen wäre.[23]

StS *van Well* dankte abschließend für die amerikanische Haltung in dieser Frage.

VS-Bd. 10497 (201)

22 Zu den Verhandlungen zwischen der DDR und den USA über einen Konsularvertrag vgl. Dok. 25, Anm. 1.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen teilte der Botschaft in Washington dazu am 11. April 1979 mit: „Konsultationen in Bonner Vierergruppe wurden am 10.4. abgeschlossen. Amerikanische Regierung ist bereit, in folgender Weise auf alle unsere Wünsche hinsichtlich Notenwechsel, Versicherungen und Klarstellungen gegenüber der DDR einzugehen: a) Notenwechsel: State Department ist mit unserem Vorschlag, nach dem die amerikanische Note auf die Drei-Mächte-Verantwortung für Berlin und Deutschland als Ganzes und auf den Deutschlandvertrag Bezug nehmen soll, einverstanden. b) Zusicherungen hinsichtlich der amerikanischen Klarstellungen gegenüber der DDR: Washington ist bereit, uns in Form eines Non-papers zu erklären, daß unseren Wünschen entsprechend der DDR im Laufe der Verhandlungen folgendes klargestellt worden ist: Das Betreuungsrecht der DDR bezieht sich nicht auf Deutsche, die mit einem Paß der Bundesrepublik Deutschland und amerikanischem Visum in die USA eingereist sind; das Betreuungsrecht der DDR bezieht sich nur auf Personen im Regierungsgewahrsam (in custody); die amerikanische Position hinsichtlich der deutschen Staatsangehörigkeit sei unverändert. Washington ist bereit, diese der DDR bereits mitgeteilten Punkte im Zusammenhang mit dem Konsularabschluß noch einmal zu wiederholen. c) Bilaterale Zusicherung: Washington ist bereit, in einem gesonderten Non-paper oder in einem gesonderten Abschnitt des gleichen Non-papers uns folgendes zuzusichern: Ein Deutscher aus der DDR, der mit DDR-Paß und US-Visum in die DDR eingereist und in Regierungsgewahrsam gelangt ist (Verhaftung), wird, wenn er einmal von einem DDR-Konsul besucht worden ist und sich danach der Bundesrepublik Deutschland zugeordnet hat und von uns einen Bundespaß erhalten hat, danach dem ausschließlichen Betreuungsrecht der Bundesrepublik Deutschland unterliegen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1917; Referat 210, Bd. 116556

23 Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 22. Mai 1979: „Zum Fortgang der Arbeiten am Konsularabkommen sagte man uns auf Arbeitsebene im State Department, daß der Textvergleich in Ost-Berlin am 22.5. voraussichtlich abgeschlossen werden könne. Zur Häufigkeit der Besuchstermine bei Inhaftierten [...] zeichne sich im Augenblick noch keine Einigung ab. [...] Wenn diese Sachfrage geregelt sei, werde eine genaue Textprüfung im State Department vorgenommen, die frühestens Ende Mai abgeschlossen sein könnte. Auf Arbeitsebene meinte man, daß das Abkommen jedoch auch dann noch nicht unterzeichnet werden sollte, damit die Wirkung der Demarchen wegen der Korrespondentenbehinderungen nicht abgeschwächt wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1902; Referat 210, Bd. 116556.

136

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut

320-321.20 SUA VS-NfD **14. Mai 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister[3]

Betr.: Deutsch-südafrikanische Beziehungen;
hier: südafrikanischer Militärattachéstab in Bonn

Vorschlag:

- Nach Eingang des südafrikanischen Agrémentersuchens für einen neuen Militärattaché teilen wir den Südafrikanern mit, daß wir kein Agrément erteilen und sie bitten, ihren bestehenden Militärattachéstab aufzulösen.
- Diese Maßnahme wird vorher mit dem Bundesminister der Verteidigung[4] abgestimmt (Zeichnung des beigefügten Briefentwurfs[5]).
- Unterrichtung des Chefs des Bundeskanzleramts[6] über die Entscheidung.

I. Sachstand

1) Während die Bundesrepublik Deutschland in Pretoria keinen Militärattachéstab unterhält, sind in Bonn ein Flottillenadmiral[7] als Leiter des Militärattachéstabes der Republik Südafrika und ein Oberstleutnant[8] als dessen Vertreter akkreditiert. Der übrige Stab besteht aus einem Hauptmann und zwei Feldwebeln. Der Leiter des Militärattachéstabes übt seine Funktion seit 1. August 1976, sein Vertreter seit 10. Dezember 1976 aus.

2) Die Aktivität des südafrikanischen Militärattachés beschränkt sich auf die dem Militärattachékorps in seiner Gesamtheit angebotenen Informationsmöglichkeiten, wie z. B. Reisen, Empfänge und Command-Briefings.

3) Botschaftsrat van Niekerk von der südafrikanischen Botschaft hat auf Arbeitsebene (RL 320[9]) gesprächsweise darauf hingewiesen, daß Mitte dieses Jahres der Leiter des südafrikanischen Militärattachéstabes und im Dezember 1979 auch dessen Vertreter zur routinemäßigen Versetzung anständen. 1976

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kremer und Legationsrat I. Klasse Petri konzipiert.

2 Hat Staatssekretär van Well am 21. Mai 1979 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 25. Mai 1979 vorgelegen, der Staatssekretär van Well um Rücksprache bat.
Hat van Well am 28. Mai 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sache soll um einige Monate verschoben werden. Min[ister] wünscht dann neue Vorlage."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kremer am 31. Mai 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[orlage] 1.8."

4 Hans Apel.

5 Dem Vorgang beigefügt. In dem Entwurf für ein Schreiben des Bundesministers Genscher an Bundesminister Apel wurde um eine Stellungnahme zur beabsichtigten Auflösung des südafrikanischen Militärattachéstabs in Bonn gebeten. Vgl. dazu Referat 320, Bd. 125218.

6 Manfred Schüler.

7 Peter E. Bitzker.

8 Winston H. Thackwray.

9 Leonhard Kremer.

habe man fünf Monate auf ein Agrément warten müssen. Man wolle die Angelegenheit rechtzeitig zur Sprache bringen, um eine Wiederholung dieses für Südafrika einmaligen Vorgangs zu vermeiden. BR van Niekerk stellte die Frage, ob man nicht schon jetzt die Angelegenheit klären könne, zumal derzeit in der Öffentlichkeit keine „größeren Kontroversen" im bilateralen Bereich bestünden. Wenn sich später aus irgendeinem Anlaß eine Kontroverse über die Abwechslung des südafrikanischen Militärattachés ergäbe, könne man darauf verweisen, daß die Agrémenterteilung schon früher vereinbart worden sei. Im übrigen sei nach Auffassung der Botschaft der Rang eines Flottillenadmirals als Leiter des Stabes zu hoch. Der Rang eines Obersten sei eher angemessen. Werde ein Nachfolger in diesem Rang entsandt, so könne man gegenüber der Öffentlichkeit darauf verweisen, daß Südafrika von sich aus die Bedeutung seines Militärattachés reduziert habe. Die Botschaft habe zwar noch keine Weisung, er teile daher lediglich interne Überlegungen der Botschaft mit.

BR van Niekerk trug im übrigen kein Petitum vor. Wir haben uns rezeptiv verhalten. Botschafter von Schirnding hat das Thema in seinen Gesprächen mit StS van Well und Dg 32[10] bisher nicht zur Sprache gebracht.

4) Die Vorankündigung gibt uns Veranlassung, unsere Haltung zur Präsenz eines südafrikanischen Militärattachés in Bonn grundsätzlich zu überprüfen.

II. Vorgeschichte

1) Die Entsendung eines südafrikanischen Militärattachéstabes in die Bundesrepublik Deutschland geht auf einen Wunsch der Südafrikaner im Jahre 1964 zurück. Zunächst wollten diese ihren Stab in Paris auch in Bonn akkreditieren lassen. Bei einer Besprechung zwischen dem damaligen StS des Auswärtigen Amts, Professor Carstens, und dem damaligen südafrikanischen Außenminister, Muller, wurde dann aber im Oktober 1964 vereinbart, daß Südafrika einen Militärattachéstab in die Bundesrepublik Deutschland, diese aber aus „Mangel an geeignetem Personal" keinen nach Südafrika entsenden werde.[11] Diese Begründung war aber nur ein Vorwand. Tatsächlich hatten wir von Anfang an aus politischen und sachlichen Gründen kein Interesse am Austausch von Militärattachés mit Südafrika.

Eine schriftliche Vereinbarung ist nicht feststellbar. Uns liegt lediglich eine Note der südafrikanischen Botschaft vom 27. Januar 1965 vor, mit der die Ergebnisse der Besprechungen vom Oktober 1964 bestätigt wurden. Im Juli 1965 meldete die südafrikanische Botschaft dann einen fünfköpfigen Stab an.

2) Gegen die Entsendung eines deutschen Militärattachés nach Südafrika haben wir bereits 1964 politische und sachliche Bedenken geltend gemacht. Die politischen Bedenken bezogen sich auf die schon damals aktuellen Verleumdungen wegen angeblicher militärischer und nuklearer Zusammenarbeit mit Südafrika und die mit Entsendung eines deutschen Militärattachés nach Südafrika verbundene Schwächung unserer Position bei der Zurückweisung der Verleumdungen, die sachlichen Bedenken bezogen sich auf das Fehlen eines

10 Helmut Müller.

11 Der südafrikanische Außenminister Muller hielt sich vom 27. September bis 1. Oktober 1964 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu den Schriftbericht des Botschaftsrats I. Klasse Burchard, Pretoria, vom 26. Oktober 1964; B 34, Bd. 533.

entsprechenden Bedürfnisses auf unserer Seite (Waffenembargo![12]). Diese Haltung haben wir auf Anfrage dem BMVg im Jahre 1967 bestätigt, nachdem der südafrikanische Verteidigungsminister (heute auch Premierminister) P.W. Botha anläßlich eines inoffiziellen Besuches am 14. April 1967 beim Bundesminister der Verteidigung die Frage der Entsendung eines deutschen Militärattachés nach Südafrika aufgeworfen hatte.[13]

3) Trotz dieser Bedenken hat man damals geglaubt, die Entsendung eines südafrikanischen Militärattachés in die Bundesrepublik Deutschland deshalb akzeptieren zu müssen, weil es jedem Staat grundsätzlich freistehe, seine Botschaft nach Ermessen auszustatten. Der Empfangsstaat habe lediglich das Recht, gegen bestimmte Personen Einwände zu erheben.

III.

1) Diese Auffassung ist indessen nicht zwingend.

Der Entsendestaat hat nach Art. 3 d WÜD[14] das Recht, sich durch seine Mission im Empfangsstaat mit allen rechtmäßigen Mitteln über Verhältnisse und Entwicklungen im Empfangsstaat zu unterrichten, dazu gehört auch dessen Sicherheitspolitik. Weder das WÜD noch das allgemeine völkerrechtliche Gesandtschaftsrecht enthalten Bestimmungen, die es den Staaten verwehren, diese Aufgaben durch Fachleute bestimmter Art wahrnehmen zu lassen. Grundsätzlich hat jeder Staat das Recht, die Mitglieder seiner diplomatischen Missionen nach freiem Ermessen zu ernennen.

Dem steht gegenüber, daß der Empfangsstaat das Recht hat, die personelle Ausstattung bei ihm akkreditierter diplomatischer Missionen in bestimmtem Umfang zu beeinflussen: Niemand kann als Mitglied einer diplomatischen Mission tätig sein, der dem Empfangsstaat nicht oder nicht mehr genehm ist (Art. 9 WÜD). Die Bestellung des Missionschefs bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Empfangsstaats (Art. 4 WÜD). Soweit keine Diskriminierung stattfindet, können in Anbetracht der bei dem Empfangsstaat vorliegenden Umstände und Verhältnisse sowie der Bedürfnisse der betreffenden Mission Bedienstete einer bestimmten Kategorie ganz abgelehnt werden (Art. 11 Abs. 1 WÜD).

2) Was die Militärattachés und ihre Stäbe im besonderen angeht, so sieht Art. 7 Abs. 2 WÜD vor, daß der Empfangsstaat verlangen kann, daß ihm der Name des Militärattachés vor Ernennung zwecks Zustimmung mitgeteilt wird. Die ständige Praxis der Bundesrepublik Deutschland ist es, dieses Recht auszuüben. Sie behält sich die Zustimmung zur Ernennung von Militärattachés in je-

12 Mit Resolution Nr. 181 vom 7. August 1963 empfahl der UNO-Sicherheitsrat den UNO-Mitgliedstaaten, ein Waffenembargo über Südafrika zu verhängen. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IV, S. 85.
Am 4. Dezember 1963 forderte der UNO-Sicherheitsrat nochmals alle Staaten auf, den Verkauf und die Lieferung von Ausrüstung und Material für die Herstellung und den Unterhalt von Waffen und Munition an Südafrika zu beenden. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 182 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IV, S. 86–88.

13 Mit Note vom 24. Mai 1967 informierte die südafrikanische Botschaft das Auswärtige Amt über das Gespräch des südafrikanischen Verteidigungsministers Botha am 14. April 1967 im Bundesministerium der Verteidigung. Für die Note vgl. VS-Bd. 2623 (I B 3). Vgl. dazu ferner AAPD 1967, II, Dok. 213 und Dok. 297.

14 Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 958–1005.

dem Fall vor. Diese Bestimmung zeigt, daß die Militärattachés als eine Kategorie von Mitgliedern der diplomatischen Mission behandelt werden, für die besondere Bedingungen gelten. Dies ist traditionell so, weil die Sicherheitspolitik von allen Staaten als ein besonders sensitiver Bereich angesehen wird. Hinsichtlich der Militärattachés hat innerhalb des dialektischen Spannungsverhältnisses, das zwischen dem Recht des Entsendestaates zur freien Ernennung der Mitglieder seiner Mission und dem Recht des Empfangsstaats zur (beschränkten) Kontrolle der Ernennungen besteht, das Recht des Empfangsstaats traditionell ein stärkeres Gewicht. Der Begriff „Umstände und Verhältnisse" des Empfangsstaats, die diesen nach Art. 11 WÜD zur Ablehnung der besonderen Kategorie von Militärattachés berechtigen, umfaßt praktisch jede Art von Interessen des Empfangsstaats, also auch außenpolitische Interessen (Knut Ipsen, Der Militärattaché – völkerrechtliche Stellung und gegenwärtige Staatenpraxis, Jahrbuch für internationales Recht, 15. Band, Seite 152 ff.[15]).

3) Bei der Ablehnung einer bestimmten Kategorie von Bediensteten nach Art. 11 WÜD darf der Empfangsstaat den Entsendestaat nicht gegenüber anderen Staaten diskriminieren. Diskriminierung bedeutet im Völkerrecht wie im deutschen öffentlichen Recht die unberechtigte ungleiche Behandlung gleicher Tatbestände, nämlich „Ungleichbehandlung gleicher Objekte oder gleicher Sachverhalte, wenn zwischen der Unterschiedlichkeit der Behandlung dieser Objekte und jenen Gesichtspunkten, an denen sie sich orientiert, kein sinnvoller Zusammenhang besteht" (Heinrich Kipp, Diskriminierungsverbot im Friedensvölkerrecht, Archiv des Völkerrechts, 9. Band, Seite 140 bis 142[16]). Bei den Militärattachéstäben der verschiedenen Entsendestaaten handelt es sich zwar um gleiche Objekte; die Berücksichtigung der oben (Ziffer 2 am Ende) erwähnten Interessen erlaubt jedoch eine differenzierende Behandlung verschiedener Staaten in bezug auf die Zulassung von Militärattachés. Im Hinblick auf den Militärattaché von Südafrika und seinen Stab kann die Berücksichtigung der Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter den gegebenen Umständen sehr wohl zu dem Ergebnis führen, daß zwischen einer Beendigung ihrer Tätigkeit auf Wunsch der Bundesregierung und den Gesichtspunkten, an denen sich dieser Wunsch orientiert, ein „sinnvoller Zusammenhang" besteht. Denn die unterschiedliche Behandlung würde aus Gründen wesentlicher außenpolitischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland erfolgen, die jetzt gerade gegenüber Südafrika die Beendigung der Tätigkeit des Militärattachéstabes angezeigt erscheinen lassen können. In bezug auf andere Staaten besteht keine solche Situation. Es findet mithin keine Diskriminierung Südafrikas statt.

Aus der Tatsache, daß der Militärattachéstab der Republik Südafrika hier bereits zugelassen ist, seine Tätigkeit also ausübt und nicht erst zugelassen werden soll, ergibt sich zwar, daß die besonderen Umstände und Interessen, auf die die Bundesregierung sich bei ihrem Wunsch nach Beendigung der Tätigkeit des Stabes stützen würde, nach einem besonders sorgfältigen Maßstab zu beur-

15 Knut IPSEN, Der Militärattaché – völkerrechtliche Stellung und gegenwärtige Staatenpraxis, in: Jahrbuch für Internationales Recht, Bd. 15, hrsg. vom Institut für Internationales Recht an der Universität Kiel, Göttingen 1971, S. 152–201.

16 Heinrich KIEP, Das Verbot der Diskriminierung im modernen Friedensvölkerrecht, in: Archiv des Völkerrechts, Bd. 9, hrsg. von Hans-Jürgen Schlochauer und Hans Wehberg, Tübingen 1961, S. 137–161.

teilen sind; im übrigen ergibt sich aus dieser Tatsache aber nichts Abweichendes, denn die in Art. 9 WÜD enthaltenen Regeln über die Ablehnung und Ausweisung von Diplomaten zeigen, daß dieselben Regeln, die zur Ablehnung eines Diplomaten führen können, während der ganzen Dauer seines Aufenthalts auch zu seiner Ausweisung führen können. Ebenso können die Gründe, die zur Ablehnung einer bestimmten Kategorie von Bediensteten führen können, nach Zulassung dieser Kategorie zu dem Wunsch nach der Beendigung ihrer Tätigkeit führen.

4) Nicht unerheblich ist schließlich, daß die Bundesrepublik Deutschland in Südafrika keinen Militärattachéstab unterhält. Zwar hat uns Südafrika die Einrichtung eines Militärattachéstabes nicht verwehrt. Faktisch besteht aber Ungleichheit. Mit Ablehnung des südafrikanischen Militärattachéstabes stellen wir – im Ergebnis vergleichbar der Herstellung der negativen Gegenseitigkeit – faktisch Gleichheit her.

IV. Erörterung im multilateralen Rahmen

1) Die Beendigung des Austausches von Militärattachés (im Falle USA, GB, und F) und die Auflösung südafrikanischer Militärattachéstäbe in denjenigen westlichen Ländern, die ihrerseits keine Stäbe in Pretoria unterhalten (B, I und wir), wurden in der EPZ erörtert. Hierbei stand jedoch nicht so sehr der für uns in diesem Zusammenhang relevante Gedanke der Herstellung der Glaubwürdigkeit der westlichen Afrikapolitik im Vordergrund, sondern vielmehr der Aspekt der Druckausübung auf Südafrika in der Namibia-Frage. Unter den Partnern bestand zwar grundsätzlich Einigkeit darüber, daß ein gemeinsamer Beschluß, die Tätigkeit der ein- oder beidseitigen Militärattachéstäbe zu beenden, im Vergleich zu Einzelentscheidungen der betreffenden Länder als Symbol der Distanzierung von Südafrika wirksamer sein würde. Man räumte jedoch einem gemeinsamen Beschluß für den angestrebten Zweck nur eine geringe Wirkung ein, solange er nicht als Teil eines größeren Maßnahmenbündels (Visumszwang, Investitionsstopp, Kreditstopp) erfolge. Ein solches Bündel gemeinsamer Maßnahmen ist indessen wegen divergierender Einzelinteressen der Partner auf absehbare Zeit wohl nicht zu erwarten.

2) Auch mit einem koordinierten Vorgehen der Partner in der Militärattachéfrage – zumal als Einzelmaßnahme – ist nicht zu rechnen, da USA, GB und F zur Zeit nicht bereit sind, diesen Schritt für sich selbst in Erwägung zu ziehen. Sie betrachten den Militärattachéaustausch als integralen Bestandteil normaler diplomatischer Beziehungen und haben darüber hinaus auch unter militärpolitischen Gesichtspunkten ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Stäbe. Hinsichtlich der USA hat sich auch nach der kürzlichen Ausweisung von drei amerikanischen Militärattachés aus Südafrika nichts an dieser Haltung geändert.[17] Sie werden nach unserer Kenntnis diesen Vorfall nicht zum Anlaß nehmen, um den Austausch von Militärattachés zu beenden. Lediglich Italien

17 Botschafter Eick, Pretoria, teilte am 14. April 1979 mit: „In einer Pressekonferenz am 12.4.1979 gab Premierminister P. W. Botha bekannt, daß ein der amerikanischen Botschaft gehörendes Flugzeug, für dessen Benutzung die Botschaft eine Sondererlaubnis besessen habe, zu Spionagezwekken mißbraucht worden sei. Außenminister R. F. Botha habe am gleichen Tage dem Botschafter der USA, Edmondson, eröffnet, daß drei Mitglieder des Militärattachéstabes (Oberst Alvin M. Crews, Major Bernd McConnell und Feldwebel H. E. W. Yatt) Südafrika binnen einer Woche zu verlassen hätten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 99; Referat 320, Bd. 125219.

stellt bislang Überlegungen an, keine neuen südafrikanischen Militärattachés mehr zu akkreditieren.

V. Begründung des Vorschlags

1) Die Präsenz des südafrikanischen Militärattachés in Bonn steht im Widerspruch zu unseren außenpolitischen Interessen. Sie wird als zwingender[18] Beweis für das Bestehen einer deutsch-südafrikanischen militärischen Zusammenarbeit angeführt, mit dem alle unsere Dementis in Frage gestellt werden. Die nicht zuletzt durch die Präsenz eines südafrikanischen Militärattachés in Bonn genährte Überzeugung, daß entgegen unseren Versicherungen eine deutsch-südafrikanische Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet besteht, stellt die Glaubwürdigkeit unserer Afrikapolitik insgesamt in Frage.

Die Glaubwürdigkeit unserer Afrikapolitik wird in Schwarzafrika und in der Dritten Welt an unserer Haltung gegenüber Südafrika gemessen.

Schwarzafrika glaubt angesichts seines eigenen Unvermögens, Südafrika zur Aufgabe seiner Apartheidpolitik zu bewegen, daß nur der Westen Südafrika zum Einlenken zwingen kann. Es erwartet vom Westen (und damit auch von uns), daß er Südafrika wirtschaftlich und politisch isoliert.

Die Aufrechterhaltung von Beziehungen zur RSA[19] stößt bei den „progressiven" Schwarzafrikanern auf Unverständnis. Die „gemäßigten" Schwarzafrikaner zeigen hingegen dann ein gewisses Verständnis, wenn der Westen nachweisen kann, daß die Beziehungen für ihn von vitaler Bedeutung sind. Die Aufrechterhaltung für uns nicht unumgänglich notwendiger Beziehungen (und dazu gehört sicherlich die Präsenz eines südafrikanischen Militärattachés in Bonn) wird hingegen nicht verstanden, ja als doppelbödig empfunden, weil sie als aktive Unterstützung des Apartheidsystems ausgelegt wird.

Wenn wir also unserer Afrikapolitik in Schwarzafrika selbst zu mehr Glaubwürdigkeit verhelfen wollen, müssen wir alle diejenigen Beziehungen zu Südafrika reduzieren oder einstellen, die für uns nicht von essentieller Bedeutung sind.

Hinter diesem außenpolitischen Interesse muß das südafrikanische Interesse an der Präsenz eines Militärattachés in Bonn zurückstehen.

2) Das bevorstehende Agrémentersuchen gibt uns Gelegenheit, die aufgrund unserer außenpolitischen Interessen angezeigte Korrektur vorzunehmen, indem wir dem Ersuchen nicht stattgeben und die Südafrikaner bitten, ihren Militärattachéstab aufzulösen. Die Alternative, das Agrément zu versagen und die Entscheidung über den Zeitpunkt der Auflösung des Militärattachéstabes den Südafrikanern selbst zu überlassen, würde keine klaren Verhältnisse schaffen. Sie würde den Südafrikanern die Möglichkeit einräumen, das Personal des Stabes ohne zeitliche Begrenzung in der Bundesrepublik Deutschland zu belassen.

3) Auch wenn es sich hierbei aus unserer Sicht nur um die Herstellung der „negativen Gegenseitigkeit" handelt, ist damit zu rechnen, daß diese Maßnahme

[18] Dieses Wort wurde von Staatssekretär van Well gestrichen.
[19] Republik Südafrika.

von Südafrika als Einschränkung der diplomatischen Beziehungen empfunden wird und zu einer Belastung der bilateralen Beziehungen führt.

Wir müssen eine Verstimmung im bilateralen Verhältnis hinnehmen, um in der Dritten Welt die Glaubwürdigkeit unserer Politik und unserer Versicherung, daß keine militärische Zusammenarbeit mit Südafrika besteht, herzustellen. Es ist zudem davon auszugehen, daß die Präsenz eines Militärattachéstabes in Bonn keinem vitalen Interesse der Südafrikaner entspringt, sondern eher nur eine Statusfrage ist. Eine Verstimmung im bilateralen Verhältnis würde daher wohl nur vorübergehend sein. Diese Einschätzung wird durch die Erfahrung bestärkt, die die Briten nach der Kündigung des Simonstown-Abkommens[20] machten: Auch hier kam es zu keiner dauerhaften Belastung der Beziehungen, obwohl die Südafrikaner an dem Abkommen sogar ein vitales Interesse hatten.

4) Weil nicht damit zu rechnen ist, daß in absehbarer Zeit eine Entscheidung der Neun über eine Auflösung der Militärattachéstäbe als Einzelmaßnahme oder als Teil eines Maßnahmenbündels gegenüber Südafrika zustande kommt, bleibt uns nur der Alleingang. Das Verhältnis zu unseren Partnern wird dadurch nicht berührt.

5) Die Beendigung der Präsenz des südafrikanischen Militärattachéstabes in Bonn ist auch aus innenpolitischen Gründen angezeigt. Mit dem Hinweis auf die Präsenz eines südafrikanischen Militärattachés wird nämlich u.a. die Glaubwürdigkeit unserer Politik gegenüber Südafrika auch in der Bundesrepublik Deutschland in Frage gestellt. In diesem Zusammenhang wird auf ein Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramts[21] an StS van Well verwiesen, in dem um Stellungnahme zu der aus der SPD-Fraktion an den Bundeskanzler gestellten Frage gebeten wird, ob man nicht den Abzug des südafrikanischen Militärattachéstabes veranlassen könne.

Die Opposition wird die Forderung nach Auflösung des südafrikanischen Militärattachéstabes voraussichtlich nicht kommentarlos hinnehmen und z.B. darauf verweisen, daß der Austausch von Militärattachés mit der Sowjetunion[22] ja auch nicht als Beweis für eine militärische Zusammenarbeit herangezogen werde. Dieses Argument wird gelegentlich auch von südafrikanischer Seite verwendet, überzeugt aber nicht, weil dem Austausch von Militärattachés mit der Sowjetunion im Gegensatz zu Südafrika eigene sicherheitspolitische Interessen zugrunde liegen.

20 Für den Wortlaut des Abkommens vom 30. Juni 1955 zwischen Großbritannien und Südafrika über die Verteidigung der Seewege um Südafrika und die Überlassung der Marinebasis Simonstown vgl. UNTS, Bd. 248, S. 192–211.
Am 16. Juni 1975 kündigte Großbritannien das Abkommen und verzichtete auf eine weitere Nutzung der Marinebasis in Simonstown. Vgl. dazu den Artikel „Simonstown closure ends 169-year naval link with South Africa"; THE TIMES vom 17. Juni 1975, S. 6.

21 Manfred Schüler.

22 Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 9./10. Oktober 1972 in Moskau eine grundsätzliche Vereinbarung über den Austausch von Militärattachéstäben bei den Botschaften in Bonn bzw. Moskau. Vgl. dazu AAPD 1972, III, Dok. 317.
Am 29. September 1976 übermittelte Vortragender Legationsrat Metternich dem Pressereferat eine Pressemitteilung für den folgenden Tag: „Am 1.10.76 nehmen Militärattachés der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ihre Arbeit in Moskau und Bonn auf." Vgl. Referat 213, Bd. 112750.

6) Militär- oder sicherheitspolitische Interessen, die der vorgeschlagenen Entscheidung entgegenstehen, sind aus unserer Sicht nicht vorhanden. Dies bedarf der ausdrücklichen Bestätigung des Bundesministers der Verteidigung[23].

VI. Weiteres Procedere

Wenn der Bundesminister der Verteidigung bestätigt, daß der Forderung nach Auflösung des südafrikanischen Militärattachéstabes keine wichtigen verteidigungs- und sicherheitspolitischen Interessen entgegenstehen, teilen wir den Südafrikanern nach Eingang des Agrémentersuchens für einen neuen Militärattaché mit, daß wir ein neues Agrément nicht erteilen und um Auflösung des Militärattachéstabes bitten.[24]

Der Chef des Bundeskanzleramts, der mit Schreiben vom 15. März 1979 an StS van Well um Stellungnahme zu dieser Frage gebeten hat, wird vor Ablehnung des südafrikanischen Ersuchens unterrichtet.

D 5[25] und die Referate 110, 701 und 201 haben mitgezeichnet.

Meyer-Landrut

Referat 320, Bd. 125218

23 Hans Apel.

24 Am 15. August 1979 legte Ministerialdirektor Meyer-Landrut zum Stand der Angelegenheit dar: „Die südafrikanische Botschaft drängt zunehmend auf eine baldige Entscheidung über ihr Agrémentersuchen. Mit Verbalnote vom 23. Mai 1979 [...] haben die Südafrikaner um das Agrément für Brigadegeneral Kruger als Nachfolger für den gegenwärtigen Leiter ihres Militärattachéstabes, Flottillenadmiral Bitzker, nachgesucht. Die südafrikanische Botschaft erhielt daraufhin mit Note vom 30. Mai 1979 eine Empfangsbestätigung. Mit Note vom 4. Juli 1979 fragte die südafrikanische Botschaft an, ob mit einer baldigen Antwort auf ihr Agrémentersuchen vom 23. Mai 1979 zu rechnen sei. Ihr wurde daraufhin mit Note vom 24. Juli 1979 mitgeteilt, daß die Frage der Erteilung eines Agréments noch nicht entschieden sei. Die südafrikanische Botschaft teilte schließlich mit Note vom 3. August 1979 mit, daß beabsichtigt sei, Admiral Bitzker am 30. September 1979 abzuziehen und am gleichen Tag durch Brigadegeneral Kruger zu ersetzen. In unserer Antwortnote vom 9. August 1979 wurden die Südafrikaner gebeten, bei ihrer Planung zu berücksichtigen, daß unsere Prüfung der Angelegenheit noch nicht abgeschlossen und ein Agrément noch nicht erteilt ist." Meyer-Landrut stellte abschließend fest: „Angesichts der derzeitigen, trotz der in der Namibia-Frage durch Südafrika verursachten Stagnation außergewöhnlich kooperativen Haltung der Frontlinienstaaten bei den westlichen Anstrengungen zur Lösung der Konflikte in Rhodesien und Namibia kommt es jetzt in besonderem Maße auf die Glaubwürdigkeit unserer Politik im südlichen Afrika und damit auch unserer Haltung gegenüber Südafrika an. [...] Wenn wir unserer Haltung gegenüber Südafrika in den Augen der Afrikaner mehr Glaubwürdigkeit verleihen wollen, ist derzeit die Bitte an die Südafrikaner, ihren Militärattachéstab aufzulösen, noch der einfachste Weg, um ein Signal der Distanzierung zu setzen." Vgl. Referat 320, Bd. 125218.

25 Carl-August Fleischhauer.

137

Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin Siebourg

14. Mai 1979[1]

Betr.: Informelles EG–AM Treffen in Mercuès/Cahors am 12. und 13.5.1979;
hier: Dolmetscheraufzeichnung

Präsidentschaft[2] schlug vor, zunächst die NO-Themen zu behandeln:

Folgen aus ägyptisch-israelischem Vertrag[3], Libanon[4], Iran/Schicksal der jüdischen Minderheit, Islam – allgemeiner Gedankenaustausch sowie Rhodesien, Namibia.

Ägypten–Israel

F: Wichtigster Punkt für Aussprache hier sei bevorstehende SR-Abstimmung über Verlängerung UNIFIL-Mandats nach Abzug israelischer Truppen.[5] Ägyp-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Siebourg am 14. Mai 1979 an Vortragenden Legationsrat Ackermann weitergeleitet.
Hat Ackermann am 14. Mai 1979 vorgelegen, der für Bundesminister Genscher handschriftlich vermerkte: „D 2 und D 4 haben Durchschlag zur ausschließlich persönlichen Unterrichtung erhalten."
Hat Bundesminister Genscher am 16. Mai 1979 vorgelegen.
Hat Ackermann am 18. Juni 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[üro]StS v[an] Well von Billigung BM unterrichtet. BStS übernimmt Inf[ormation] D 3 n[ach] R[ückkehr]. Ex[emplar] von D 4 zurückgekommen und vernichtet." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178806.

2 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

3 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

4 Zu den israelischen Militäroperationen gegen Ziele im Libanon vgl. Dok. 134, Anm. 5.

5 Am 11. März 1978 wurden bei einem Anschlag der palästinensischen Organisation „Al Fatah" in der Nähe von Tel Aviv 37 Menschen getötet und 82 verletzt. Vgl. dazu den Artikel „Begin klagt Moskau als Helfer des Terrors gegen Israel an"; DIE WELT vom 13. März 1978, S. 1.
Israelische Truppen drangen in der Nacht des 14./15. März 1978 in den Süden des Libanon vor, um dort befindliche Stützpunkte palästinensischer Gruppen auszuschalten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 282 des Obersts i. G. Gerlach, Tel Aviv, vom 15. März 1978; Unterabteilung 31, Bd. 135589.
Am 19. März 1978 verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat die von den USA am Vortag eingebrachte Resolution Nr. 425. Darin wurde zur strikten Einhaltung der territorialen Integrität, Souveränität und politischen Unabhängigkeit des Libanon aufgerufen. Israel wurde zur sofortigen Einstellung seiner militärischen Operationen und zum Rückzug seiner Truppen aufgefordert. Ferner wurde die Einsetzung einer UNO-Friedenstruppe zur Überwachung des israelischen Truppenrückzugs, der Wiederherstellung des Friedens und zur Unterstützung der libanesischen Regierung beschlossen. UNO-Generalsekretär Waldheim wurde aufgefordert, binnen 24 Stunden einen Bericht über die Implementierung der Resolution zu erstatten. Vgl. dazu UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 13.
Mit Resolution Nr. 426 vom 19. März 1978 wurde der Bericht von Waldheim gebilligt und die Einsetzung einer UNO-Friedenstruppe im Libanon für zunächst sechs Monate beschlossen. Vgl. dazu UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 13.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler vermerkte am 19. Juni 1979 zur Verlängerung des UNIFIL-Mandats durch den UNO-Sicherheitsrat: „In der Erörterung der Lage vor dem Sicherheitsrat der VN haben sowohl der Generalsekretär wie auch die westlichen Regierungen (insbesondere Frankreich, Holland, Irland, die UNIFIL-Truppen stellen) Israel für die Verschärfung der Situation verantwortlich gemacht. In der SR-Resolution 450 vom 14.6.1979, durch die das Mandat von UNIFIL um weitere sechs Monate bis 19. Dezember 1979 verlängert worden ist, fordert die VN Israel erstmals auf, seine Handlungen gegen die territoriale Integrität, Einheit und Souveränität sowie die politische Unabhängigkeit des Libanon zu beenden und insbesondere weiteres Eindringen in den Libanon und die Unterstützung der christlichen Milizen im Süd-Libanon zu unterlassen." Vgl. Referat 310, Bd. 125015. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 450 des UNO-Sicherheitsrats vom 14. Juni 1979 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 37.

ten, Israel und USA wollten Verlängerung offensichtlich unbedingt durchsetzen, indem sie die Frage zu einem rein technischen Punkt erklärten, gegen dessen Annahme es keine logischen Einwände geben könne. Araber andererseits übten starken Druck gegen Mandatsverlängerung aus mit dem Argument, es sei inzwischen ein internationales Abkommen geschlossen worden, die Lage also grundsätzlich verändert. F sei der Auffassung, man werde schwerlich den Standpunkt aufrechterhalten können, die Vereinbarung werde keine politischen Auswirkungen haben. Französische Stimmabgabe sei noch offen, tendiere aber in Richtung auf Enthaltung; negative Stimmabgabe komme einem Veto gleich, Enthaltung aber stimme letztlich mit Gesamthaltung zum Friedensvertrag überein.

F berichtete dann über Gespräch mit AM Dayan am Vortage (Kurzbesuch in Paris auf Rückreise von Südpazifik) über Autonomie-Verhandlungen[6] und Westbank. Israelische Haltung müsse insgesamt als sehr negativ qualifiziert werden. So habe Dayan z.B. davon gesprochen, daß man am Ende die Grenze zwischen dem autonomen Gebiet und Jordanien werde festlegen müssen – nicht etwa zwischen dem autonomen Gebiet und Israel. Als er Dayan darauf hingewiesen habe, was diese Äußerung implicit bedeute, habe Dayan nur erwidert, er habe ja nicht gesagt, wo diese Grenze gezogen werden solle und ob sie nicht möglicherweise anders verlaufen solle als die heutige Grenze zwischen Israel und Jordanien.

Entsprechend hätten in der Tat Begin und andere Israelis stets von den durch die Autonomiefrage „betroffenen Menschen", nie vom „betroffenen Land" gesprochen. Dies zeige, wie äußerst gering die Lösungsmöglichkeiten seien.

Gromyko erteile zu diesem Fragenkomplex dieselben Antworten wie andere Araber (Khaddam), nämlich so lange der ägyptisch-israelische Vertrag bestehe, sei es ausgeschlossen, an Verhandlungen in Genf[7] zu denken.

De facto aber sei nach französischer Auffassung das Herzstück einer Lösung die Frage der Palästinenser, der PLO, der Beziehungen PLO–USA[8]. F sei besorgt über mögliches festes Engagement US gegenüber Israel, so daß sich Frage des verbleibenden Handlungsspielraums stelle.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler stellte am 31. Mai 1979 fest, daß mit der Rückgabe der „Sinai-Hauptstadt El Arish" an Ägypten am 25. Mai 1979 Autonomieverhandlungen für das Westjordanland und den Gaza-Streifen aufgenommen worden seien: „Der Beginn der Autonomieverhandlungen machte die unvereinbaren Ausgangspositionen der Hauptverhandlungspartner Ägypten und Israel deutlich [...]. Ägypten fordert volle territoriale Autonomie als Vorstufe für einen souveränen palästinensischen Staat. Die zu schaffende Selbstverwaltungsbehörde soll der Verhandlungspartner für Israel für die Beendigung der israelischen Herrschaft und den Rückzug aus allen besetzten Gebieten einschließlich Jerusalems sein. [...] Israel will dagegen nur administrative Autonomie für die Bewohner der Gebiete zugestehen. Rechtsquelle hierfür soll weiterhin die israelische Militärverwaltung sein. Die Problembereiche Sicherheit, Siedlungsrecht und Wasserwirtschaft sollen Israel vorbehalten bleiben. Zwischen Israel und den besetzten Gebieten soll es keine Grenze mehr geben und israelische Souveränität wird für das gesamte Gebiet reklamiert. Jerusalem bleibt ewige und unteilbare Hauptstadt Israels. Israel führt auch bei wachsender interner Kritik die Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten weiter und läßt keine Gelegenheit aus, seinen Rechtsstandpunkt zu Jerusalem demonstrativ zu bekräftigen. In den besetzten Gebieten nimmt die Konfrontation der Bevölkerung mit der Militärregierung zu (Schließung der Universitäten, Ausgangssperre, Totalisolation von Flüchtlingslagern)." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135596.

7 Zur Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Genf vgl. Dok. 86, Anm. 21.

8 Zur Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber der PLO vgl. Dok. 117, Anm. 18.

GB: Er betrachte Aussichten beginnender Autonomie-Verhandlung eher pessimistisch, insbesondere angesichts Begins Äußerungen. Andererseits habe er stets Auffassung vertreten, der Vertrag bestehe nun einmal; ihn fortwünschen zu wollen, sei unrealistisch. Europa müsse s.E. Druck auf USA ausüben, damit diese wiederum Begin zu einer weniger unnachgiebigen Haltung drängten.

B: In der SR-Abstimmung sei auch die Stimmabgabe der SU vorweg zu bedenken. Je nachdem, ob SU Veto ausübe, komme es am Ende wieder auf vorheriges Zählen der Stimmen an. Jedenfalls aber könne Europa nicht das amerikanische Engagement entlasten, indem es selbst in stärkerem Maße Rolle übernehme. Auch sei die Frage, wer Truppenteile stellen werde; US würden von Arabern als nicht mehr neutral betrachtet. Viel werden US in diesem Zusammenhang nicht tun. Daher müsse Europa Druck auf US ausüben, die Beziehungen zur PLO zu intensivieren. Gleichzeitig müsse Europa selbst die Beziehungen zu PLO intensivieren, um zur Lösung der Palästinenserfrage beizutragen.

Angesichts weitgehender Zustimmung zu letzterem Punkt Frage von NL: Ob solcher Schritt als Druckmittel angedroht werden oder Konkretes unternommen werden solle.

BM: Es gelte zu unterscheiden zwischen Verlauf der Autonomie-Verhandlungen einerseits und der Frage, wie auf umfassende Lösung hingearbeitet werden könne, damit Palästinenserfrage wieder ins Zentrum gerückt werde. Es sei gefährlich, sich in einen Streit darüber einzulassen, ob ägyptisch-israelischer Vertrag ein Schritt in der richtigen Richtung sei. Wesentlich sei vielmehr, daß die Gemeinschaft deutlich mache, wie sie sich eine umfassende Lösung vorstelle, und daß sie positive Perspektiven für Palästinenser aufzeige.

Begin werde in den Verhandlungen nicht sehr weit gehen wollen; insoweit teile er (BM) durchaus Skepsis seiner Vorredner.

Zusätzliche Belastung gesamter Situation ergebe sich aus jüngeren Äußerungen Begins über Jerusalem.[9] Gerade in einer Zeit, da der Islam in vielen Staaten an Bedeutung gewinne, werde Jerusalem zu einem zunehmend empfindlichen Punkt.

Er schlage vor, PK mit vertiefter Erörterung dieser Fragen zu befassen.

Auch die Haltung Saudi-Arabiens hänge wesentlich von Behandlung und Stand der Jerusalemfrage ab. US unterlägen einem Irrtum, wenn sie eine Haltungsänderung der Saudis in dieser Frage annähmen: Lange Zeit habe lediglich für Saudis kein Grund zur Hervorhebung ihrer Haltung bestanden; Begins Äußerungen haben diese Situation nunmehr heraufbeschworen. Angesichts ihrer Rolle als Hüter der heiligen Stätten werde für Saudis Jerusalemfrage zunehmend zu einem zentralen, ja lebenswichtigen Punkt. Ein Antasten der Rolle des saudischen Herrscherhauses innerhalb des Islam würde diesem seine Existenzbasis entziehen und die Furcht vor einer iranischen Entwicklung sehr konkret werden lassen.

[9] Am 7. Mai 1979 wurde in der Presse gemeldet, das israelische Kabinett habe am Vortag in einem Kommuniqué dargelegt, Jerusalem sei „die wiedervereinigte Hauptstadt Israels und bleibt auf immer ungeteilt". Vgl. die Meldung „‚Jerusalem ist unteilbar'"; DIE WELT vom 7. Mai 1979, S. 1.

Die Neun könnten den Zusammenhalt der arabischen Staaten stützen und gleichzeitig Sadat helfen, wenn sie eine unabhängige Beurteilung des Friedensvertrages zeigten, und zwar durch Aufweisen einer Perspektive für eine Gesamtlösung. Eine solche Äußerung würde gleichzeitig den Vorteil haben aufzuzeigen, wie Europa die Palästinenserfrage beurteilt, wie Palästinenserfrage wieder ins Zentrum gerückt werden könne.

GB: Ohne Fortschritte in den Autonomie-Verhandlungen falle auch das restliche Werk weitgehend in sich zusammen. Obendrein werde die Präsidentenwahl USA in absehbarer Zeit lähmen.[10] Es bleibe wenig Zeit, über US Druck auf Begin auszuüben.

BM warf ein, Druck auf Begin auszuüben, sei ohnehin äußerst schwierig. Er betone erneut die Notwendigkeit des Aufzeigens einer Perspektive für Palästinenserfrage.

B: Bei Stillschweigen laufe Europa Gefahr, Anschein der Übernahme von Begins Äußerungen über ein ungeteiltes Jerusalem zu erwecken.

Zur Zeit könnten sowohl Begin wie Sadat auf breite Zustimmung zu Vertragswerk im eigenen Volk verweisen. Jerusalemfrage bringe Sadat in größte Schwierigkeiten. Hier könne Europa in der Tat helfen.

NL betonte erneut Schwierigkeit eines Drucks auf Israel durch Annäherung an PLO. Dies würde Israel vermutlich nur zu weiterem Verschließen führen.

In Jerusalemfrage könne man möglicherweise vorsichtig etwas tun und so Sadat und anderen gemäßigten Arabern Unterstützung angedeihen lassen.

B wiederholte, es müsse auf beiden Wegen – sowohl PLO, wie Jerusalem – etwas geschehen. PLO-Frage werde ohnehin zunehmend unausweichlich sein.

BM: Autonomie-Verhandlungen stünden unter doppelter Belastung: Haltung Begins sowie Äußerung einiger Araber, bevor der Vertrag nicht zurückgenommen sei, könne es keine Verhandlungen geben. US ihrerseits würden als Partei betrachtet. All dies mache Haltung Europas zu wichtigem Faktor.

Europa könne helfen, einen toten Punkt durch Fixierung auf Streit um ägyptisch-israelischen Vertrag zu vermeiden und Blick auf Kernpunkt, Palästinenserfrage, zu lenken. Es liege im eigenen Interesse, den gemäßigten Arabern eine nicht starre Haltung zu erleichtern und gleichzeitig Sadat zu helfen, indem ihm die Bezugnahme darauf ermöglicht wird, auch Europa vertrete die Auffassung, man müsse über Vertrag hinausgelangen. Somit müsse Europa andeuten, es erachte die Substanzfragen als bislang nicht erledigt.

BM wiederholte den Vorschlag, PK mit Fragen des Islam und des NO zu befassen. Die Tatsache einer solchen intensiven Befassung mit dem Thema werde in sich bereits positive psychologische Wirkung zeitigen.

B stimmte dem Vorschlag zu. Erörterung dieses Fragenkomplexes durch PK und anschließende Information der USA über europäischen Beschluß, Schritte in Palästinenserfrage einzuleiten, könnten Einwirken auf USA ermöglichen, von formeller Abstimmung im SR abzusehen.

[10] Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

F stimmte dem Vorschlag von BM ebenfalls zu. Weitere Frage für vertiefte Erörterung sei, wie Begin zu einer Bewegung veranlaßt werden könne. Sowohl Begin wie Dayan scheinen eher hinter eigene Positionen zurückzugehen, anstatt voranzuschreiten. So habe Dayan auf die Frage, in welcher Weise Palästinenser an den Verhandlungen beteiligt werden sollten, eher lakonisch geantwortet, die von den Verhandlungen betroffenen Palästinenser seien jordanische Staatsangehörige. Möglicherweise werde Jordanien den einen oder anderen Palästinenser in seine Delegation aufnehmen. Offensichtlich bestehe bei israelischer Regierung keinerlei Absicht, mit den legal gewählten Palästinenser-Vertretern aus dem betroffenen Gebiet direkt zu sprechen. Gegenüber der Situation vor vier Monaten bedeute dies eine Versteifung der Haltung Israels. Ferner habe Dayan erklärt, es gebe dann noch Palästinenser im Libanon, das aber sei ein inner-libanesisches Problem.

All dies, dazu die Situation der gemäßigten Araber und die der US, machten ein Handeln der Neun erforderlich.

Zusammenfassend sei festzuhalten: PK werde beauftragt, Haltung der Neun zu Jerusalem, Westbank, Palästinenserfrage zu definieren. USA sollten hierüber ausführlich informiert werden. Dies könne z.T. auch anläßlich seines Besuches in Washington am 4./5.6.1979 in Eigenschaft als Ratspräsident geschehen.[11] Auch bei NATO-Rat im Haag könne Gespräch mit USA hierüber aufgenommen werden.[12]

Zu Mandatsverlängerung UNIFIL gehe die Tendenz in Richtung auf Vermeidung einer Abstimmung im Sicherheitsrat (da GB erklärte, er sei in dieser Frage noch nicht hinreichend sachkundig und könne derzeit keine Äußerung über mögliches britisches Stimmverhalten abgeben, wurde vereinbart, die Frage in bilateralem Kontakt weiterzuverfolgen).

Libanon

F berichtete, libanesisches Parlament sei nunmehr einig über Wiederherstellung der Armee und aufgeschlossen für eine echte Lösungssuche. Diese Haltung habe vor Eintritt der Ereignisse im Süden des Landes schon einmal bestanden.[13]

11 Der französische Außenminister François-Poncet hielt sich am 3./4. Juni 1979 in den USA auf.

12 Zur NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 156 und Dok. 159.

13 Referat 310 vermerkte am 20. April 1979 zu den Bemühungen um einen Wiederaufbau der libanesischen Streitkräfte: „In den letzten Wochen hat sich die Lage in Beirut bemerkenswert gefestigt: Wider Erwarten haben im März 1979 alle im Parlament vertretenen politischen und religiösen Gruppierungen das neue Organisationsstatut für die Streitkräfte des Landes gebilligt und damit den Weg frei gemacht für einen wirkungsvollen Neuaufbau der Armee. Die christlichen Milizen haben darüber hinaus der Übernahme von sensiblen Kontrollposten im Stadtgebiet Beiruts durch Einheiten der nationalen libanesischen Armee zugestimmt, die saudische Einheiten der Arabischen Abschreckungsstreitmacht abgelöst haben. Seither ist es zu keinen größeren Zwischenfällen gekommen. [...] Die Beruhigung der Lage in Beirut wird gefährdet durch eine deutliche Verschärfung der Spannung im Südlibanon. Dort versuchen die christlichen Milizen unter dem abtrünnigen Major Saad Haddad (ca. 400 Kämpfer bei einer christlichen Bevölkerung im Grenzgebiet von ca. 10 000 Menschen) mit allen Mitteln, die UNIFIL-Truppen an der Ausübung ihres Mandats zu hindern. Außerdem wenden die Milizen sich gegen die Stationierung von Einheiten der libanesischen Armee in ihrem Siedlungsgebiet, weil sie befürchten, dann von der Hilfestellung durch Israel über die Grenze hinweg abgeschnitten zu werden. Als Kompromiß haben sie (und die israelische Regierung als ihr ‚Schutzpatron') offensichtlich der Stationierung der libanesischen Einheiten außerhalb der christlichen Enklaven, also in moslemischem Siedlungsgebiet, zugestimmt. Dennoch wurden

Er habe Dayan vorgehalten, Vorgehen Haddads sei ausschließliche Initiative Israels. Dayan habe dies zugegeben und damit begründet, daß Palästinenser seit Vertragsabschluß mit Angriffen gedroht hätten. Auch in diesem Punkt sei Druck der USA auf Israel geboten. F habe seinerseits den Kontakt mit Vatikan hierüber aufgenommen.

Iran

Es bestand allgemeine Übereinstimmung, daß Normalisierung der Lage derzeit nicht abzusehen sei, weder im wirtschaftlichen noch im politischen Bereich.

Die Kritik des heutigen Regimes, Europa habe vom früheren Regime allzuviel hingenommen, bestehe nicht ganz zu Unrecht (B und F).

Eine öffentliche Erklärung der Neun zu Iran sei derzeit inopportun, möglicherweise kontraproduzent.

Auf französische Frage (wegen entsprechender Zusage gegenüber Dayan, der diese Frage vor Presse als Motiv seines Paris-Besuchs angegeben habe), ob jüdische Minderheit in Iran bedrängt werde (Hinrichtung eines angesehenen jüdischen Kaufmanns[14]), erklärte B, der Betroffene sei nicht unbedingt über alle Zweifel erhabener, integrer Mann gewesen, sondern habe u. a. Spielkasinos betrieben. Seine Tötung sei noch kein Indiz für allgemeine Judenverfolgung.

GB ergänzte auf Befragen, zur Charakterisierung des neuen AM Yazdi sei lediglich seine Äußerung bekannt, er werde jegliche revolutionäre Bewegung in der Welt unterstützen – eine nicht eben beruhigende Aussicht.

F: Immerhin sei bemerkenswert, iranische Revolution habe den Blick bislang auf interne Lage konzentriert, habe keine militante Haltung gegenüber Nachbarn, z. B. Golfstaaten, eingenommen, sich trotz Arafats Einsatz nicht für Palästinenser engagiert[15], Ghadafi zunächst die Einreise verweigert und erst später Jalloud empfangen[16], sich gegenüber SU abgegrenzt[17].

Fortsetzung Fußnote von Seite 639

die libanesischen Truppen (500 Mann) bei ihrem Einmarsch am 18.4.79 von christlichen Milizen beschossen. [...] Am Tag des Einmarsches von Einheiten der libanesischen Armee in den Südlibanon, am 18.4.1979, hat Major Haddad in der israelischen Grenzstadt Metulla einen ‚freien und unabhängigen Libanon' ausgerufen und die Absetzung von Präsident Sarkis und seiner Regierung gefordert, weil sie ‚Marionetten der Syrer' seien." Vgl. Referat 310, Bd. 125015.

14 Am 11. Mai 1979 berichtete Botschafter Schütz, Tel Aviv: „Mit Abscheu und Trauer reagierte die israelische Öffentlichkeit gestern auf die Nachricht von der Erschießung des persisch-jüdischen Geschäftsmannes und Philanthropen Habibullah Elghanian, der zugleich eine führende Rolle in der jüdischen Gemeinde Teherans gespielt hatte. [...] Premierminister Begin, der in der Knesset vom Tode Elghanians erfuhr, pries in einem kurzen Nekrolog die Verdienste des Verstorbenen um Israel und den Zionismus und beklagte die Apathie der Staaten der Welt gegenüber den Handlungen ‚dieses Regimes von Mord und Blut'. [...] Von den etwa 80 000 Juden, die sich vor der Revolution im Iran befanden, sollen etwa 20 000 das Land verlassen haben, als sich der Sturz des Schahs abzeichnete. Ein Teil von ihnen soll inzwischen zurückgekehrt sein, und nach einigen Meldungen sollen sich hundert Juden in iranischen Gefängnissen befinden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 598; Referat 311, Bd. 137610.

15 Zum Besuch des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, im Iran vgl. Dok. 49, Anm. 13.

16 Botschafter Ritzel, Teheran, stellte am 9. Mai 1979 fest, die libysch-iranischen Beziehungen seien immer noch durch das Libyen zugerechnete Verschwinden des Imams Musa Sadr überschattet: „Der Fall des libanesischen Imams Musa Sadr, eines Lieblingsschülers Khomeinis aus seiner Zeit im irakischen Exil, hat das hartnäckige Werben Ghadafis um die Gunst Khomeinis einmal mehr an dessen beharrlicher Forderung nach Aufklärung der Affäre scheitern lassen. Die 14-tägigen Bemühungen des libyschen Vizepräsidenten Jalloud, der am 23. April an der Spitze einer 55-köpfigen Delegation ungebeten in Teheran einfiel, haben sich vollends zu einem Possenspiel entwickelt. Sein einziges Gespräch mit Khomeini am 24. April stieß auf kühle Reserve. [...] Ein letztes Mal unter-

Zur Frage (insbesondere DK) nach Repatriierung von Firmengeldern verwies F auf positive Erfahrung von Air France neben negativeren Erfahrungen anderer Firmen. Bild sei nicht einhellig.

Frage DK nach möglicher Gemeinschaftsaktion zugunsten europäischer Firmen im Iran blieb unbeantwortet.

(Es wurde beschlossen, Gedankenaustausch über Islam während des Abendessens zu führen.)

Rhodesien

GB: Keine britische Regierung würde je eine interne Lösung gutheißen. Britische Regierung habe in der Vergangenheit sechs Grundsätze[18] aufgestellt und Rhodesien zur Erfüllung aufgefordert. Sobald diese erfüllt werden, würde britische Regierung eine Rückführung Rhodesiens in die Legalität einleiten und um Abbau der Sanktionen[19] bemüht sein.

Ohne auf Einzelheiten eingehen zu wollen, könne er sagen, fünf dieser Prinzipien werden nunmehr erfüllt. Derzeit sei eine Beobachterdelegation zur Überprüfung der Frage, ob Wahlen „free and fair" abgehalten würden, entsandt worden.[20] Anzeichen sprächen bereits jetzt für positive Antwort; entsprechend habe auch Presse berichtet.

Im Falle positiver Antwort sehe sich britische Regierung schon aus Gründen der politischen Moralität im Wort gegenüber Rhodesien. Vor jedem weiteren Schritt aber wolle britische Regierung Freunde konsultieren. Dies sei um so wichtiger im Blick auf Commonwealth-Gipfel in Lusaka am 1.8.1979.[21] Britische Regierung sei sich bewußt, daß plötzliche Anerkennung eine Explosion innerhalb des Commonwealth auslösen werde. Im Grunde sei eine Anerkennung angesichts des eindrucksvollen Wahlergebnisses von 64% wohl nicht mehr als recht und billig.

Fortsetzung Fußnote von Seite 640

nahm Jalloud einen Vorstoß, als er, abermals ungebeten, bei den Trauerfeierlichkeiten für den ermordeten Ayatollah Muthhari erschien, in seiner Ansprache daran festhielt, Musa Sadr sei in Italien verschwunden, und seine Ermordung umschichtig dem CIA, zionistischen Agenten und italienischen Terroristen in die Schuhe schob. Er mußte sich sofort hinterher die Frage gefallen lassen, woher er denn so genau wisse, daß Musa Sadr tot sei. [...] Am 6. Mai sind die Libyer daraufhin unverrichteter Dinge wieder abgeflogen. Selbst die angestrebte Aufnahme diplomatischer Beziehungen bleibt weiterhin zurückgestellt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 772; Referat 311, Bd. 137610.

17 Am 13. Mai 1979 beschrieb Botschafter Ritzel, Teheran, die Haltung der neuen iranischen Regierung zur UdSSR als ambivalent: „In der Straßen-Propaganda, wie sie insbesondere von Khomeinis ‚Islamisch-Republikanischer Partei' betrieben wird, rangiert die SU in der Reihe der imperialistischen Feinde Irans an zweiter Stelle nach den USA. Die 2400 km lange Land- und Seegrenze zwischen Iran und SU, die ‚Abnabelung' von den USA und die noch ungeklärte innere Machtfrage lassen es aber geboten erscheinen, nicht offen auf Konfrontationskurs zu gehen. Von Moskau aus wird das durch wohlwollende Zurückhaltung, Verzicht auf direkte Einmischungsversuche und erklärte Bereitschaft zu fortgesetzter wirtschaftlicher Kooperation auch mit dem Khomeini-Regime honoriert. Die alte Moskau-treue, orthodox-kommunistische ‚Tudeh'-Partei, zur Zeit ohnehin nicht mehr von Bedeutung im innenpolitischen Kräftespiel, zeigt Khomeini-loyales Wohlverhalten." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 599; Referat 311, Bd. 137608.

18 Zu den Grundsätzen der Rhodesienpolitik der britischen Konservativen vgl. Dok. 131, Anm. 9.

19 Zu den Sanktionen des UNO-Sicherheitsrats gegen Rhodesien vgl. Dok. 56, Anm. 9.

20 Zu den Parlamentswahlen vom 17. bis 21. April 1979 in Rhodesien vgl. Dok. 109, Anm. 6 und 11.

21 Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten fand vom 1. bis 7. August 1979 in Lusaka statt.

Es entspann sich eine Diskussion über die juristische Frage, ob eine Auflösung der Sanktionen einer Abstimmung in VN bedürfe; die Antwort blieb offen.

GB fuhr fort: Er sei sich bewußt, daß er große Anstrengungen werde aufbieten müssen, um zwischen dem starken Drängen auf Anerkennung in Reihen seiner Partei und der Haltung der meisten Commonwealth-Mitglieder zu vermitteln. Persönlich sei er überzeugt, die Entwicklung der vergangenen Wochen und der Ausgang der Wahl habe die Lage grundlegend verändert. Muzorewa habe sich überdies von einem eher bescheidenen Geistlichen zu einem Politiker mit beginnendem Geschmack für die Machtposition und einigem Geschick entfaltet. Er habe den Kontakt zu Mugabe bereits gesucht und lege vielversprechende Aufgeschlossenheit an den Tag.

Eine plötzliche, unvorbereitete Anerkennung durch GB sei verfehlt. Er habe vor, zunächst mit Muzorewa zu sprechen, dann mit AM Vance, danach mit den Frontstaaten[22]; die Konsultation der Freunde sei mit dieser Aussprache eingeleitet.

In einer „tour de table" wurde nachdrücklich die Berücksichtigung und Konsultation der Frontstaaten nahegelegt (BM), deren Unterstützung man auch bei der Lösung der Namibiafrage wesentlich bedürfe. Eine Verschärfung der Konfrontation im südlichen Afrika werde radikalen Strömungen die Tore öffnen und die Kubaner auf den Plan rufen (DK). Die hier dargelegte britische Haltung müsse als klares Abrücken vom bisher durch die Neun unterstützten US/GB-Plan[23] gesehen werden (Irl). Wenngleich in Europa auch viele Stimmen zugunsten einer Anerkennung laut würden (NL und L), so sei jedenfalls vor übereiltem Handeln zu warnen und größte Vorsicht geboten und die Gefahr einer Verurteilung GBs im SR zu vermeiden (F und NL). F erwähnte bevorstehende Französisch-Afrikanische Konferenz in Kigali am 21.5.[24]; GB würde über afrikanische Reaktionen informiert werden.

GB wiederholte abschließend englische moralische Verpflichtung, gegebene Zusage einzuhalten, falls Rhodesien erwähnte Grundsätze erfülle. Er werde sehr bemüht sein, die schwarz-afrikanischen Staaten zu überzeugen und „to get them along", wenngleich diesen eine Art Veto nicht zustehe.

Namibia

BM: Fünfer-Initiative[25] dürfe keinesfalls aufgegeben oder fallengelassen werden. Eine Chance, diese wiederaufzugreifen, biete die von Südafrika als einzig unannehmbarer Punkt bezeichnete Frage der Bewaffnung der internen SWAPO-Lager.[26] In der Tat sei südafrikanische Argumentation hier schlüssig und einsehbar. Falls dies wirklich einziger für Südafrika offener Punkt sei, könne man

22 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia und Tansania.

23 Vgl. dazu den Vorschlag des Präsidenten Carter vom 2. April 1978 über eine Konferenz aller am Rhodesien-Konflikt beteiligten Parteien sowie der UNO; Dok. 28, Anm. 17.

24 Die Konferenz der frankophonen Staaten Afrikas fand am 21./22. Mai 1979 in Kigali statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. LA POLITIQUE ETRANGERE 1979, II, S. 93–96.

25 Zum Vorschlag von fünf Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats, der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA, vom 10. April 1978 für eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 28, Anm. 7.

26 Vgl. dazu die Haltung der südafrikanischen Regierung zum Bericht des UNO-Generalsekretärs Waldheim vom 26. Februar 1979 über die Namibia-Frage; Dok. 131, Anm. 24.

mit diesem Anliegen erneut an Frontstaaten herantreten, die letztlich an einer Lösung starkes Eigeninteresse haben.

NL berichtete von Gespräch mit kamerunischem Präsidenten des Namibia-Rats, der Befürchtung einer Präzedenzwirkung der rhodesischen Situation für Handeln Südafrikas geäußert habe, sowie einem Gespräch mit PM Botha, der sein öffentliches Bekenntnis zu dem eingeschlagenen Weg für Namibia-Lösung als so eindeutig erklärt habe, daß positiver Abschluß für ihn nunmehr lebenswichtig sei. Nach vorliegenden Informationen werde Norwegen im SR Vorschlag einbringen, die Auswirkung von Sanktionen auf Südafrika zu überprüfen.

GB: Unter der englischsprachigen Bevölkerung Südafrikas herrsche große Unsicherheit gegenüber der Zukunft des Landes. Vom Westen fühle man sich zu immer neuen Zugeständnissen gedrängt, ohne daß Verständnis für die wahre Lage bestehe. Als Verteidigungsminister habe P.W. Botha[27] seinerzeit die Haltung vertreten, die Verteidigung Südafrikas liege im Norden Rhodesiens, im Norden Namibias. Das Konzept des erweiterten südafrikanischen Lagers sei aufgekommen.

Inzwischen sei die Frage der SWAPO-Basen möglicherweise zu dem Tropfen geworden, der das Faß zum Überlaufen zu bringen drohe. GB habe seinen Einfluß rechtzeitig geltend zu machen versucht und P.W. Botha durch britischen Botschafter[28] bitten lassen, die Tür nicht zuzuschlagen, andernfalls die Gefahr der Verhängung von Sanktionen akut werde. Botha habe erklärt, er werde die Tür offen halten. Botha sei der Auffassung, je eher Wahlen abgehalten werden, desto weniger Wahlchancen habe SWAPO, desto eher also habe man sich des Problems entledigt. Zur Hälfte sei das Regierungslager bereit, eine „interne Lösung" durchzuführen. Botha sei indes überzeugt, es sei in seinem Interesse, die Fünfer-Initiative am Leben zu erhalten.

BM bekräftigte, solange die Initiative am Leben bleibe, habe man ein Argument gegen Verhängung von Sanktionen in der Hand.

Das Problem der Bewaffnung der SWAPO sei in der Tat komplex und die südafrikanischen Befürchtungen plausibel. Dieser Teil des Waldheim-Plans[29] könne durchaus neu überdacht werden. Gleichzeitig betonte BM erneut das Interesse der Frontstaaten an einer Lösung nach dem Waldheim-Plan, ihre Furcht vor dem Auftreten von Guerilla-Gruppen und vor äußerer Einflußnahme sowie vor einem allgemeinen Rassenkrieg. Möglicherweise hegten die Afrikaner auch die Hoffnung, wenn eine Namibia-Lösung sich als erreichbar erwiesen haben werde, so werde auch im Rhodesien-Konflikt eine Lösung gefunden werden können. An diesem Punkt liege die psychologische Verknüpfung zweier in der Sache so unterschiedlicher Probleme. Er empfehle nachdrücklich die Beauftragung der Vertreter in New York, diesen Punkt erneut aufzugreifen. Dabei müsse man allerdings vorab sicher sein, Südafrika werde nicht erneut andere Punkte nachschieben.

27 Pieter Willem Botha war von 1966 bis 1978 südafrikanischer Verteidigungsminister.

28 David Scott.

29 Zum Bericht des UNO-Generalsekretärs Waldheim vom 26. Februar 1979 über die Namibia-Frage vgl. Dok. 92, Anm. 8.

Fortsetzung der Gespräche am 13.5. vormittags

Themen:

Europapolitik, Türkei sowie nach Abreise des Ministers Ost-West Beziehungen, Südost-Asien.

GB legte Bekenntnis zu Europa ab und bekräftigte, seine Regierung räume Europapolitik Priorität ein.

ER in Straßburg[30]

Themenvorschläge:

Wirtschaftsgipfel in Tokio[31], wirtschaftliche und politische Lage Europas (hierzu Vorlage angeforderten Berichts durch Kommission „Europa im Jahre 1990"), Energiepolitik.

Der Bericht der Drei Weisen[32] stehe noch nicht zur Erörterung an; allem Anschein nach werde er nicht „revolutionär" ausfallen. Er könne ggf. bei kommendem Gymnich-type-Treffen[33] erörtert werden. Jedenfalls solle er vor endgültiger Vorlage zwischen „Weisen"[34] und Ministern diskutiert werden.

Europawahlen[35]

Zum Wahlverfahren und zur Stimmauszählung erklärten alle Anwesenden, die erforderlichen Schritte seien in ihren Parlamenten durchgeführt worden.

BM erklärte, die Verabredung des Treffens Carter–Breschnew auf Mitte Juni in Wien[36] bestätige die Hoffnung, SU werde bezüglich Berlins[37] im Zusammenhang mit Wahlen keine negativen Reaktionen zeigen.

F bekräftigte, SU habe dieses Thema während französischen Moskau-Besuchs[38] nicht angesprochen.

GB warf Problem der Beziehungen zwischen nationalem Parlament und Europaparlament auf. Er sehe hier Feld für Eifersüchteleien und Mißverständnisse, zumal in GB nur drei oder vier Doppelmandate bestehen werden.

30 Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. Juni 1979 in Straßburg vgl. Dok. 190.

31 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

32 Zur Bildung des Ausschusses der „Drei Weisen" vgl. Dok. 22, Anm. 35.

33 Auf Schloß Gymnich bei Bonn fand am 20./21. April 1974 erstmals ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der EG-Kommission statt. Ziel dieses Treffens und nachfolgender „Gymnich-type"-Treffen sollte sein, in kleinstem Kreis ohne großen Mitarbeiterstab und feste Tagesordnung alle interessierenden außenpolitischen Fragen auch außerhalb des eigentlichen Themenfelds der Europäischen Gemeinschaften zu erörtern, ohne an Verfahrensregeln und Abläufe regulärer EG-Ministerratstagungen gebunden zu sein. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 128.

34 Barend Willem Biesheuvel, Edmund Emanuel Dell, Robert Ernest Marjolin.

35 Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 7. und 10. Juni 1979 statt.

36 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

37 Zur Frage der Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament vgl. Dok. 50, Anm. 21.

38 Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 26. bis 28. April 1979 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 118, Anm. 2.

Irl u. NL: Frage sei durch Sonderarrangement gelöst worden, wonach Europaabgeordnete zu Europafragen vor nationalem Parlament Wort ergreifen könnten.

F: Die Lösung dieser und ähnlicher Fragen werde in Zukunft noch Kopfschmerzen bereiten. Auch Lage der Kommission werde möglicherweise schwieriger. Sollte Kommission der Versuchung erliegen, mit Europaparlament eine Front zu bilden, werde eine neue Art Schwierigkeiten auftauchen.

R. Jenkins: Kommission und Parlament als eine Front zu betrachten, wäre in jedem Fall verfehlte Sicht. Im übrigen sei Kommission auch vom Parlament häufig als „aufgeblähte Bürokratie" angeprangert worden. Kommission sei weder der Diener des Rats noch des Parlaments; sie müsse den rechten Kurs dazwischen halten.

F: Das Thema Parlament werde vermutlich in Zukunft ständiger Punkt auf Tagesordnung der AM-Treffen sein.

Europäischer Gerichtshof

F: Rechtssprechung des Gerichtshofes scheine in zunehmendem Maße von einer Gemeinschaftsphilosophie – die mehr oder minder frei im Raum schwebe – und von den Verträgen[39] als einer Art Superverfassung auszugehen und die eigene Rolle als die eines Obersten Gerichtshofes zu sehen, gegen den die einzelnen Mitgliedstaaten nichts ausrichten könnten. Diese Haltung stimme bedenklich. In Wahrheit sei es doch wohl vielmehr so, daß die Gemeinschaft sich auf Grund der Entscheidungen der Mitgliedstaaten fortentwickle, nicht aber auf Grund der Interpretationen von Texten durch den Gerichtshof.

B: Diese Frage sei grundlegender Bedeutung. Er möchte annehmen, daß in einem Streit zwischen Rat und Gerichtshof B letztlich auf seiten des Gerichtshofes stehen werde. Es gelte auch zu bedenken, Gerichtshof brauche seine Urteile nicht gegen wirtschaftliche und politische Konsequenzen abzuwägen.

BM: S.E. müsse der Gerichtshof durchaus wirtschaftliche und politische Konsequenzen seiner Entscheidungen bedenken. Aufgabe des Gerichtshofes sei schließlich, Interpretationen an Geist und Inhalt der Verträge auszurichten.

Konflikte mit Entscheidungen des Gerichtshofes könnten im Grunde erst nach Einführung der Mehrheitsbeschlüsse auftreten. Dennoch sei es sinnvoll, dieses möglicherweise auftretende Problem vorab zu durchdenken.

Kommissionsbudget

R. Jenkins bat, bei kommender Budgetdebatte Anträge der Kommission auf zusätzliche Planstellen berücksichtigen zu wollen. Die Erweiterung sowie zusätzlich auferlegte Aufgaben machten dies erforderlich.

F dankte der Kommission für verständnisvolle Haltung anläßlich vergangener Budgetdebatte.

39 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.
Für den Wortlaut des Vertragswerks vom 22. Januar 1972 über den Beitritt von Dänemark, Großbritannien, Irland und Norwegen zu EWG, EURATOM und EGKS vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

Türkei

Es bestand Übereinstimmung darüber, daß angesichts der türkischen Empfindlichkeiten, angesichts der verständlichen zusätzlichen psychologischen Belastung durch griechischen Beitritt[40] den türkischen Wünschen gemäß jüngster Demarche bei allen Mitgliedstaaten Rechnung getragen werden sollte.

Ein Besuch in Ankara allerdings – etwa des Ratspräsidenten, ggf. mit Kommissionspräsidenten – dürfe nicht zu einem „Kamikaze-Unternehmen" werden. Dies könne vermieden und ein Informationsbesuch sinnvoll werden, wenn die internationale Soforthilfeaktion[41] gleichzeitig vorangetrieben werde.

BM forderte Partner auf, Beiträge zur Türkeihilfe zu erhöhen, um die gesteckten Ziele erreichbar zu machen. Bundesrepublik sei bereit, eigenen Beitrag zu erhöhen, ohne ihn allerdings auf volle Höhe des US-Beitrags anzuheben.

GB: Griechenland sei kein Mitglied zweiter Klasse; auch diesem Gesichtspunkt sei Rechnung zu tragen. Gleichzeitig sei wichtig, TK bei Europa, vor allem in der NATO zu halten. Bis zu einer Klärung des Verhältnisses TK–IWF, bis also Türkei sich nicht eindeutig eine gewisse Selbstdisziplin auferlege, scheine jede Zahlung eine Vergeudung von Geldern. Dennoch sei eine Geste gegenüber TK sinnvoll.

Irl.: Falls TK ihr Verhältnis zu IWF zügig bereinige, erscheine Besuchsreise noch vor Unterzeichnung angebracht.

G. Siebourg

Referat 010, Bd. 178806

40 Zum Abschluß der Verhandlungen über einen Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 86, Anm. 38.

41 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 115.

138

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1698/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 568
Citissime

Aufgabe: 14. Mai 1979, 20.45 Uhr[1]
Ankunft: 14. Mai 1979, 21.19 Uhr

Betr.: Eurogroup-Ministerkonferenz[2]
hier: geschlossener Sitzungsteil, Teil II: Strategie

1) Der strategische Teil der Diskussion wurde durch einen Vortrag des portugiesischen Verteidigungsministers[3] zur strategischen Bedeutung Portugals für die Verteidigung der Allianz eingeleitet. Er wies auf die gestiegene Bedeutung des strategischen Dreiecks portugiesisches Mutterland–Madeira–Azoren angesichts der sowjetischen Fähigkeiten im Nordatlantik und der Erfordernisse der NATO zur schnellen Verstärkung ihrer Kräfte in Europa über den Nordatlantik hin. Dieser Tatsache würde durch das LTDP[4] Rechnung getragen, das die Bedeutung entsprechender Stützpunkte für den Lufttransport, Seetransport, die Überwachung des Luftraumes, die Aufklärung sowie im Konfliktfall für die Luftverteidigung und die U-Boot-Abwehr herausstelle. Im Gegensatz zur Nord-Route über den Atlantik biete der Übergang im Zentralatlantik den Vorteil, weniger durch sowjetische See- und See-Luft-Streitkräfte bedroht zu sein, in Reichweite von von den USA zuzuführender taktischer Luftstreitkräfte[5] zu liegen und – durch Stützpunkte auf den Azoren und auf Madeira – die Betankung von Flugzeugen vor Ankunft auf dem europäischen Kriegsschauplatz zu ermöglichen. Insofern bietet dieses strategische Dreieck ein Sprungbrett für die Verstärkung und Verteidigung NATO-Europas. Schließlich bietet das portugiesische Mutterland durch entsprechende Fabrikationsanlagen, Werften und andere Einrichtungen eine bedeutende logistische Basis für Westeuropa. Portugal

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 18. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Hofstetter und die Legationsräte Daerr und Kreusel verfügte. Hat Hofstetter vorgelegen.
Hat Daerr und Kreusel am 21. Mai 1979 vorgelegen.

2 Die Ministersitzung der Eurogroup der NATO fand am 14. Mai 1979 in Brüssel statt. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), teilte dazu am selben Tag mit, daß die Europäische Rüstungszusammenarbeit behandelt worden sei: „Der italienische Botschafter gab einen Sachstandsbericht über die Arbeit der unabhängigen Europäischen Programmgruppe. Dabei ging er insbesondere ein auf a) das amerikanische Angebot zu einer dual-production amerikanischer Entwicklungen; b) den Beschluß der unabhängigen Europäischen Programmgruppe auf dem Gebiet der Anti-Tank-Guided-Weapons das Konzept der Waffenfamilien an einem konkreten Fall zu erproben, wobei UK, FR und GE in den Verhandlungen mit den USA gemeinsam als Pilot fungieren sollen; c) die Aktivitäten der drei Panels der unabhängigen Europäischen Programmgruppe, und d) die Arbeit der drei Weisen über die künftige Struktur der unabhängigen Europäischen Programmgruppe, über die im Herbst durch die Staatssekretäre entschieden werden soll. [...] Der niederländische Verteidigungsminister äußerte Besorgnis über den geringen Fortschritt der Zusammenarbeit in der unabhängigen Europäischen Programmgruppe. Nach einem vielversprechenden Start sei die Arbeit praktisch zum Erliegen gekommen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 566; VS-Bd. 10528 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

3 José Loureiro dos Santos.

4 Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vgl. Dok. 31, Anm. 3.

5 Korrigiert aus: „in Reichweite von den USA zuzuführender taktischer Luftstreitkräfte".

sei bemüht, die entsprechenden Einrichtungen instand zu halten und soweit auszubauen, daß sie der gestiegenen Bedeutung der Zukunft gerecht werden könnten, und hoffe dabei auf die Unterstützung seiner Bündnispartner.

2) Nach einer kurzen Würdigung von SALT II[6], der laufenden MBFR-Verhandlungen und der Erwähnung der wesentlichsten Tagesordnungspunkte der 25. NPG-Ministersitzung[7] lud der Vorsitzende[8] die Verteidigungsminister ein, sich zu dem Gesamtkomplex der Modernisierung weitreichender TNF zu äußern.

BM Dr. Apel gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß die USA bereit seien, die Führungsrolle im TNF-Modernisierungsprozeß zu übernehmen, jedoch nur dann die Produktion entsprechender Waffensysteme aufnehmen könnten, wenn das Bündnis eine gemeinsame Entscheidung auf der Grundlage der Solidarität aller Bündnispartner getroffen habe. Hierin läge die Bedeutung der Entscheidungen, die im Herbst 1979 zu treffen seien. Die gemeinsame Verantwortung würde am besten dadurch deutlich, daß eine möglichst breite Dislozierung der LRTNF im Bündnis erfolge. Daher habe man deutscherseits vorgeschlagen, sich nicht nur auf landgestützte Systeme zu konzentrieren, sondern auch seegestützte miteinzubeziehen. Die Bedeutung der LRTNF-Modernisierung liege in zwei Bereichen. Sie sei ein militärisches Erfordernis angesichts der sowjetischen Maßnahmen im Mittelstreckenbereich und sei unerläßlich für die Wahrung des Kontinuums der Abschreckung auf der Grundlage der NATO-Triade. Die politische Bedeutung liege in dem Nachweis der Fähigkeit der NATO, kollektiv zu entscheiden. Hier liege zugleich der einzige Anreiz für die Sowjetunion, in ernsthafte Rüstungskontrollverhandlungen einzutreten. Anderenfalls sei die NATO kein ernstzunehmender Partner für die UdSSR. Wichtig sei daher der enge Zusammenhang zwischen LRTNF-Modernisierung und einem rüstungskontrollpolitischen Ansatz. Dieser sei nicht nur wichtig für die Öffentlichkeit, sondern entspräche auch der NATO-Strategie der Verteidigung und Entspannung[9]. Hierin liege die Bedeutung der parallelen Arbeit von HLG und SG[10], die so eng zusammenarbeiten müßten, daß auf der Grundlage zweier Berichte im Herbst 1979 eine Entscheidung getroffen werden könne. Die Entscheidung stelle er sich so vor, daß einerseits die evolutionäre Modernisierung der LRTNF in einer kollektiven Entscheidung getroffen werde, gleichzeitig ein rüstungskontrollpolitisches Angebot unterbreitet würde. Aufgrund der Tatsache, daß im Bereich der strategischen Potentiale Parität auch der nuklearen Sprengköpfe sich entwickle, sei es besonders wichtig, daß sich ein entsprechender Rüstungskontrollansatz im Rahmen von SALT vollziehe und damit das bestehende europäische Ungleichgewicht in den gesamstrategischen Rahmen eingebettet würde. Die anstehenden Entscheidungen seien schwierig, sie müßten jedoch getroffen werden, weil sie eine doppelte Funktion hätten: einerseits die TNF-Moder-

6 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

7 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe am 24./25. April 1979 in Homestead/Florida vgl. Dok. 113 und Dok. 114.

8 Mehmet Neşet Akmandor.

9 Vgl. dazu den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war; NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77.

10 Zur Abstimmung zwischen der High Level Group und der Special Group vgl. Dok. 132, Anm. 14.

nisierung zu ermöglichen, andererseits rüstungskontrollpolitische Verhandlungen voranzubringen. Sollte das Bündnis zu einer Entscheidung gelangen, wovon er persönlich überzeugt sei, so würde die Allianz gestärkt aus diesem Prozeß hervorgehen. Hierzu solle jeder Bündnispartner seinen Anteil beitragen.

3) Der neue britische Verteidigungsminister[11] unterstrich die Bedeutung, die seine Regierung der Verteidigung beimesse. Er habe seit geraumer Zeit die sowjetischen Rüstungsanstrengungen beobachtet, denen auf seiten der NATO nichts Gleichwertiges habe entgegengestellt werden können. Er versicherte, daß seine Regierung auch in Zukunft ihrer Aufgabe im Rahmen des Bündnisses voll gerecht zu werden bemüht sei. Unter Hinweis auf die dreißigjährige Friedensperiode, der sich das Bündnis erfreut habe, äußerte er seine Besorgnis hinsichtlich der nächsten Jahrzehnte. Die vor der Allianz liegenden Schwierigkeiten könnten nur durch Zusammenarbeit, gemeinsame Entscheidungen und gemeinsam getragene Verantwortlichkeiten bewältigt werden. Die LRTNF-Modernisierung sei die wichtigste Entscheidung der nächsten Zeit. HLG und SG müßten eng zusammenarbeiten, da von der TNF-Modernisierung jeder erfolgreiche rüstungskontrollpolitische Ansatz abhänge und daher beide Komplexe auf das engste verbunden sein müßten. Großbritannien setze sich daher für eine zügige Fortführung der Arbeit der HLG ein. Die Eurogroup biete in diesem Zusammenhang ein wichtiges Forum der innereuropäischen Abstimmung. Im Herbst stehe das Bündnis vor entscheidenden Beschlüssen in einer entscheidenden Angelegenheit.

4) Der niederländische Verteidigungsminister stimmte den Ausführungen BM Dr. Apels weitgehend zu. Die Niederlande messen der HLG und SG gleiche Bedeutung zu. Der Rüstungskontrollansatz dürfe kein Hindernis für die TNF-Modernisierung, wie auch umgekehrt die TNF-Modernisierung kein Hindernis für die Fortsetzung der Rüstungskontrollpolitik sein. Zunächst müßte jedoch SALT II eine Realität sein, erst dann könne man über die LRTNF-Modernisierung entscheiden.[12] In keinem Falle solle in die Diskussion über die Modernisierungsmaßnahmen eine erneute Entscheidung über Produktion und Dislozierung der Neutronenwaffe eingeführt werden. Wenn die HLG festgestellt habe, daß die Modernisierung ohne eine Vermehrung der in Europa dislozierten nuklearen Sprengköpfe durchgeführt werden könne, so sei zu prüfen, ob nicht eine geringere Betonung auf die TNF kurzer Reichweite gelegt werden könne.

11 Francis Pym.

12 Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte am 14. Mai 1979 zur niederländischen Haltung bezüglich einer TNF-Modernisierung, „daß innenpolitische Situation in den NL es der Regierung sehr schwer – wenn nicht gar unmöglich – machen wird, der Dislozierung zuzustimmen. (Zustimmung muß im Parlament Mehrheit finden, da Regierung nicht wagen kann, Entscheidung ohne Befragung des Parlaments zu treffen.) Die bisherige deutsche Bedingung, keine Dislozierung auf deutschem Boden, wenn nicht auch in NL und BE, dürfte m.E. in der Öffentlichkeit nicht so festgeschrieben werden, daß ihre Modifizierung zu späterem Zeitpunkt unmöglich und wir damit zur Entscheidungsunfähigkeit der Allianz beitragen. Experten in der christdemokratischen Partei der NL bemühen sich zur Zeit, Unterstützung der Parteigremien für eine Position zu erhalten, welche die LRTNF-Dislozierung in den NL unter der Bedingung zuläßt, daß gleichzeitig SRTNF vermindert werden (interne Argumentation: LRTNF erhöhen im Gegensatz zu SRTNF die nukleare Schwelle). Äußerungen Wehners und anderer deutscher Politiker zur TNF-Modernisierung werden in den Niederlanden für die interne Debatte genutzt. Schwanken bei uns führt direkt zur Nichtbeteiligung der NL." Vgl. VS-Bd. 10502 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

5) Auf die Frage des griechischen NATO-Botschafters[13], worüber das Bündnis zu verhandeln beabsichtige, andererseits neue LRTNF noch nicht verfügbar seien[14], führte BM Dr. Apel aus, daß ein Schritt nach dem anderen erfolgen müsse. Wenn eine Entscheidung im Bündnis für die LRTNF-Modernisierung gefallen sei, so könnten diese Systeme frühestens 1983 dislociert werden. Dieser Zeitraum könnte für einen rüstungskontrollpolitischen Ansatz benutzt werden. Der Sowjetunion müsse nur klar sein, daß, wenn diese Verhandlungen zu keinem Erfolg führten, das Bündnis entschlossen sei, entsprechende Systeme in Europa zu dislozieren. Ein rüstungskontrollpolitischer Ansatz müsse im Rahmen eines gesamtstrategischen Ansatzes erfolgen, um die Ausgewogenheit der gesamten Triade zu berücksichtigen; hierbei könnten ggf. gewisse Disparitäten in Europa hingenommen werden. Er äußerte seine Übereinstimmung, daß eine erneute Diskussion über die Einführung der Neutronenwaffe gefährlich sei. Eine solche Diskussion sei nicht nötig, da es bei der Modernisierung der LRTNF um das Kontinuum der Abschreckung, bei der Neutronenwaffe jedoch ausschließlich um eine Nuklearwaffe für den Gefechtsfeldeinsatz ginge. Im übrigen wies er darauf hin, daß man sich bereits auf der 25. NPG-Sitzung einig gewesen sei, daß eine Erhöhung der Zahl der in Europa dislozierten Nuklearwaffen nicht notwendig sei.

6) Auf die Frage des britischen Verteidigungsministers, was man niederländischerseits mit der Feststellung meine, SALT II müsse Realität sein, bevor man über die LRTNF-Modernisierung entscheiden könne, antwortete Minister Scholten, daß seine Regierung keine bindende Verpflichtung hinsichtlich einer Entscheidung im Herbst 1979 eingegangen sei, wenngleich man den Versuch voll unterstütze. Zwischen LRTNF-Modernisierung und SALT II bestünde ein enger Zusammenhang, so daß eine Ratifizierung vollzogen sein müsse, bevor in der LRTNF-Modernisierung endgültig entschieden werden könne.[15]

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10528 (201)

13 Eustache P. Lagacos.

14 So in der Vorlage.

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 16. Mai 1979 ergänzend zur Sitzung der Eurogroup der NATO und der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 14. bzw. am 15./16. Mai 1979 in Brüssel: „Während sich die neuen Verteidigungsminister Großbritanniens, Pym, und Belgiens, Vanden Boeynants, erwartungsgemäß für ein militärisch starkes, gegenüber dem Osten entschlossen auftretendes Bündnis einsetzten, lösten die gegenläufigen Einlassungen von Søgaard (DK), Ruffini (IT), und Akmandor (TR) vielfach Kopfschütteln und die Bemerkung aus, bei der NATO handele es sich inzwischen um ein Bündnis der Blinden und Lahmen. Alle drei Minister bemühten sich zunächst hartnäckig darum, in den Kommuniqués Aussagen über die östliche Bedrohung (vor allem unter Vermeidung der Bezeichnungen ‚SS-20', ‚Backfire' oder auch nur ‚nuklear'!) herabzuspielen und den Anschein zu erwecken, die Frage einer TNF-Modernisierung sei noch völlig offen. Italiener und Dänen rechtfertigten dieses verbale Versteckspiel mit der wahlpolitischen Notwendigkeit, linke Wähler nicht zu irritieren. Der Hinweis darauf, daß derartige Wählerrücksichten die NATO permanent handlungsunfähig machen könnten, fruchtete erst nach übereinstimmenden Appellen der Minister Apel, Brown, Pym und Vanden Boeynants. Bei den Türken war als Motiv zweifelsfrei erkennbar, daß sie in Erwartung sowjetischer Wirtschaftshilfe derzeit wenigstens verbal alles vermeiden wollen, was Moskau mißfallen könnte. (In den Couloirs fiel in diesem Zusammenhang anstelle Finnlandisierung bereits das Wort ‚Türkisierung'.) Akmandor weigerte sich bezeichnenderweise, selbst mit Mandat der Euro-Gruppe bei seiner Pressekonferenz als ihr Vorsitzender die sowjetische Aufrüstung mit SS-20 und ‚Backfire' auch nur zu erwähnen." Vgl. Referat 201, Bd. 120227.

139

Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 1791
Citissime

Aufgabe: 15. Mai 1979, 13.13 Uhr[1]
Ankunft: 15. Mai 1979, 20.01 Uhr

Betr.: Gespräch StS van Well mit Brzezinski am 14.5.1979, 12.45–13.45 Uhr[2]

Ich fasse meine Eindrücke wie folgt zusammen:

Zu der Frage, welche Absicht die sowjetische Seite mit ihrer neuen MBFR-Initiative[3] verfolge, meinte Brzezinski, Moskau wolle vermutlich die Beschlußfassung der Allianz über TNF-Modernisierung behindern. StS nahm die Gelegenheit wahr, unser Insistieren auf Dateneinigung auch im Rahmen der neuen sowjetischen Vorschläge eingehend zu erläutern. In der Datenfrage fest zu bleiben, sei insbesondere im Hinblick auf den – an sich logischen – sowjetischen Vorschlag eines freeze für die anderen Teilnehmer während der Phase I wichtig. B. stimmte dem im Ergebnis zu.

1 Hat Staatssekretär van Well am 15. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, Ministerialdirektor Meyer-Landrut und Ministerialdirektor Hansen verfügte.

2 Staatssekretär van Well hielt sich am 13./14. Mai 1979 in den USA auf.

3 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 23. April 1979, daß der Leiter der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow, mittlerweile „eine Reihe weiterer Gespräche über mögliche Modelle für MBFR-Lösungen geführt" habe: „Dabei ventilierte T. eine Reihe von unterschiedlichen, z. T. einander ausschließenden Ideen. Als Ziel dieser von ihm in eigener Verantwortung ‚auf exploratorischer Basis ohne Konsultierung seiner Regierung' geführten Gespräche bezeichnete es T. herauszufinden, welche der von ihm zur Diskussion gestellten Ideen für eine Weiterverfolgung in Betracht kämen." Tarassow habe dabei folgende Lösungsmöglichkeiten benannt: „AA) Einführung einer neutralen Obergrenze für die nationalen Streitkräftekontingente aller direkten Teilnehmer. In ihrer praktischen Auswirkung würde sie Reduzierungen und Begrenzungen der Streitkräfte der SU und der Bundesrepublik zueinander in Beziehung bringen. BB) Reduzierungsabkommen unter Beteiligung aller direkten Teilnehmer ohne Dateneinigung und ohne zahlenmäßig festgesetzte Reduzierungen. Beide Seiten geben den Gesamtumfang ihrer Reduzierungen nach Maßgabe der eigenen offiziellen Zahlen und dessen Aufteilung auf die einzelnen Verbündeten öffentlich bekannt [...]. CC) Abschluß eines reinen Reduzierungsabkommens unter Beteiligung aller direkten Teilnehmer. Dabei handeln diese den Umfang ihrer Reduzierungen aus (jedes Land entscheidet, ‚what it could put into the hat'). [...] DD) Kombination eines bilateralen sowjetisch-amerikanischen Reduzierungsabkommens über die Reduzierungen in Phase I mit einem allgemeinen, von allen direkten Teilnehmern zu unterschreibenden Abkommen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 260; VS-Bd. 11449 (221); B 150, Aktenkopien 1979.
Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), teilte am 8. Mai 1979 mit, der Ständige NATO-Rat sei von den USA „über informelle, während der SALT-Gipfelvorbereitungen mit Sowjets geführte Gespräche zu MBFR-Fragen" unterrichtet worden: „Exploratorische Äußerungen der Sowjets auf der Linie von Tarassows Ideen ließen trotz vieler Unklarheiten doch ein deutliches sowjetisches Interesse an MBFR-Fortschritten erkennen. Wesentliche sowjetische Gedanken: A) In Phase I SU/US Truppenverminderungen im Umfang zwischen westlichen und östlichen Vorstellungen. B) SU/US Rüstungsreduktionen wo ‚concern', also wohl Panzer/Sprengköpfe. C) Reduktionen anderer direkter Teilnehmer etwa proportional gegenwärtiger Stärke. Hierfür keine spezifische Festlegung in Phase I. ‚Freeze' für andere direkte Teilnehmer nach SU/US Reduktionsvereinbarung. D) Ungültigkeit SU/US Reduktionsvereinbarung, wenn nicht Phase-II-Abkommen nach zwei bis drei Jahren. E) SU-Bereitschaft, über A[ssociated] M[easures] zu sprechen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 544; VS-Bd. 10655 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

Auf TNF-Modernisierung eingehend, räumte B. ein, daß die amerikanische Seite unsere Drittbeteiligungsforderung nicht mehr als einen Versuch deute, der Dislozierungsentscheidung auszuweichen. Vom Argument des StS, daß geringstes deutsches Nachgeben in dieser Frage zum sofortigen Ausscheren der anderen aus der Dislozierungsplanung führen müsse, zeigte sich B. beeindruckt. Ebenso verschloß er sich dem Hinweis nicht, daß die amerikanische Seite ihre Waffenproduktionsentscheidungen früher autonom getroffen habe und daß sie im Falle der Neutronenbombe höchst unglücklich taktiert hätte. Dennoch machte B. auf den schmalen Grat aufmerksam, auf dem man wandele. Die Zeiten, in denen es die Haushaltslage dem Präsidenten erlaubt hätte, Mittel zur Produktion von Waffen anzufordern, ohne dem Kongreß auf die Frage ihrer Verwendung konkret Rede und Antwort stehen zu können, seien nun einmal vorbei. Die Mittel seien knapp, und der Präsident[4] werde erläutern müssen, wo die Waffen dislozíert werden sollten und ob die betroffenen alliierten Regierungen sich damit einverstanden erklärt hätten. B. nannte in diesem Zusammenhang insbesondere Nunn. StS nahm Gelegenheit, den Prozeß der Konsensusbildung in der Bundesrepublik eingehend zu erläutern, was auf B. nicht ohne Wirkung blieb. Die Frage, wie spezifisch die Dislozierungsentscheidungen zum Jahresende 1979 sein müßten, fand keine abschließende Antwort.

Auf die Türkeihilfe übergehend, plädierte B. sehr nachdrücklich für „matching".[5] Die Stimmung im Kongreß, insbesondere die Stärke der griechischen Lobby, sei so, daß die Administration gezwungen sein würde, in jedem Falle auf den deutschen Plafond herunterzugehen. B. setzte aber hinzu, daß die Administration die 50 Mio. Dollar Exim-Bank-Kredite dabei nicht mitrechnen werde, so daß die Gleichung de facto 200 zu 200 plus 50 aussehen würde. StS lehnt „matching" ab, glaubte aber, daß man einer Einigung in der Sache nahe sei. Die Gründe, aus denen wir „matching" nicht akzeptieren können, wurden erörtert.

B. führte hier den Gedanken der internationalen Arbeitsteilung ein. Die USA täten besonders viel im Nahen Osten, Frankreich in Teilen Schwarzafrikas, Japan zunehmend in Ostasien. Ein Land wie die Türkei sollten wir als unser spezielles Anliegen ansehen. Über diese Probleme könne man auf dem Gipfel sprechen.[6] B. sprach sich sehr besorgt über die Gefahr eines islamischen „backlash" in der Türkei aus, der die grundsätzliche Westorientierung von Atatürk wieder rückgängig machen könnte. StS stellte dies in eine maßvollere Perspektive und erläuterte, warum wir die türkische Frage bewußt als eine der NATO und nicht als eine der EG behandelten. Die Türkei sei eben nur bedingt ein europäisches Land, aber sicher ein unverzichtbarer Allianzpartner.

B. nahm an dieser Stelle Anlaß, die Dynamik des Islam hervorzuheben, der heute die einzig expandierende Religion sei. Das Christentum gehe zurück, wenn es auch dem neuen Papst[7] gelinge möge, der Katholischen Kirche vorübergehend neuen Auftrieb zu geben. Man war sich einig, daß die politische Bedeutung des Islam näher erforscht werden müsse. StS wies auf unser Islam-

[4] James E. Carter.
[5] Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 115.
[6] Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.
[7] Johannes Paul II.

Kolloquium hin, dessen Ergebnisse B. interessierten. StS sagte sie ihm zu (wird von hier erledigt).

B. ging auf das deutsch-amerikanische Verhältnis ein. Es sei konfliktfrei, und auch persönliche Irritationen gehörten der Vergangenheit an. Dennoch spüre er eine Veränderung des Klimas. B. erwähnte an dieser Stelle Zeitungsbericht u.a. über die Tagung von Aspen-Berlin. Ihm wurde erwidert, daß das Hochgefühl aus den Jahren der Gründung der Bundesrepublik und des Kampfes um Berlin natürlicherweise einem nüchternen Alltag gewichen seien. Analoges ließe sich auch in der Europäischen Gemeinschaft beobachten. Die Grundlage der gegenseitigen Beziehungen aber sei gesund und solide. Dies hätten die amerikanischen Teilnehmer an der X. Deutsch-Amerikanischen Konferenz in Hamburg einmütig bestätigt.[8] Man müsse jedoch an einer solchen Beziehung ständig aktiv arbeiten, dazu seien von deutscher Seite der German Marshall Fund[9] und der McCloy Fund[10] ins Leben gerufen worden, deren Arbeit sich sehr bewähre und jede Unterstützung verdiene.

Abschließend erwiderte B. auf die Frage, wie der Herr Bundeskanzler unserer Unterstützung der SALT-Ratifikation bei seinem USA-Besuch Anfang Juni[11] öffentlich am besten Ausdruck geben könnte, daß die Erklärung des BK von London[12] im Weißen Haus sehr dankbar aufgenommen worden sei und genau die Unterstützung darstelle, die man sich wünsche.

[gez.] Staden

Referat 014, Bd. 241

8 Die 10. deutsch-amerikanische Konferenz fand vom 15. bis 18. März 1979 in Hamburg statt.

9 Am 5. Juni 1972 gab Bundeskanzler Brandt in Boston die Einrichtung einer „Marshall-Plan-Gedächtnisstiftung" bekannt, „der die Bundesrepublik im Lauf der nächsten 15 Jahre im Einverständnis aller Parteien des Bundestags einen Fonds von 150 Millionen Mark zur Verfügung stellen" wolle. Vgl. den Artikel „Brandt dankt den Vereinigten Staaten"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 6. Juni 1972, S. 3.

10 Am 18. Juni 1975 wurde in der Presse berichtet, Bundespräsident Scheel habe in Washington „als Geschenk der Bundesrepublik zum 200. Geburtstag der USA die Stiftungsurkunde für den ‚John J. McCloy Fonds für deutsch-amerikanischen Austausch'" übergeben: „Ausgestattet wird der Fonds zunächst mit 1 Million Dollar, davon profitieren sollen junge Politiker, Vertreter freier Berufe sowie junge Gewerkschafts- und Jugendführer." Vgl. den Artikel „Mit guter Laune und Geschenken"; DIE WELT vom 18. Juni 1975, S. 5.

11 Bundeskanzler Schmidt besuchte die USA vom 5. bis 9. Juni 1979. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.

12 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt am 10./11. Mai 1979 in Großbritannien vgl. Dok. 132. Bundeskanzler Schmidt erklärte am 10. Mai 1979 in London: „Dem von Präsident Carter angekündigten Abschluß von SALT II kommt für die Stabilisierung in der Welt große Bedeutung zu. Wir hoffen daher auf baldige Ratifizierung in Washington und Moskau." Vgl. BULLETIN 1979, S. 658.

140

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1732/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 576
Citissime

Aufgabe: 16. Mai 1979, 18.30 Uhr[1]
Ankunft: 16. Mai 1979, 20.47 Uhr

Betr.: DPC-Ministerkonferenz am 15. und 16. Mai 1979[2]
hier: Plenarsitzung

General Secretary Luns eröffnete DPC-Sitzung und erläuterte die Tagesordnung, wobei er besonders auf den Punkt Infrastruktur hinwies. Als besondere Themen, die vor allem in der restricted session von einigen Staaten zur Sprache gebracht würden, nannte er SALT II, TNF-Modernisierung, MBFR, Verteidigungshilfe Türkei[3] und Portugal[4], Entwicklung im Mittleren Osten und im Persischen Golf.

Erwartungsgemäß blieb die Frühjahrskonferenz ohne besondere Höhepunkte. Der neue britische Verteidigungsminister[5] bekannte sich in seinen Eingangsbemerkungen namens seiner Regierung mit größtem Nachdruck zur Allianz

1 Hat den Vortragenden Legationsräten Hofstetter und von Nordenskjöld am 17. Mai 1979 vorgelegen. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 18. Mai 1979 vorgelegen.

2 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO in Brüssel vgl. auch Dok. 143 und Dok. 145.

3 Vortragender Legationsrat Hofstetter hielt am 20. Dezember 1978 zur Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für die Türkei fest: „Die Türkei erhält zur Sicherung ihrer, für das Atlantische Bündnis wichtigen Verteidigungsfähigkeit seit 1964 regelmäßig in 18-Monatsabständen deutsche Verteidigungshilfe (bis jetzt insgesamt ca. 800 Mio. DM). Deutsche NATO-Verteidigungshilfe setzt sich bisher grundsätzlich aus unentgeltlichen Materiallieferungen und Dienstleistungen zusammen. Sie ist keine Finanzhilfe. [...] Es wird angestrebt, die deutsche Verteidigungshilfe ab 1980 zu erhöhen; bei der Türkei von 100 Mio. auf 130 Mio. DM pro Tranche. In diesem Zusammenhang wird gegenwärtig geprüft, ob die nicht bereits langfristig festgelegten Anteile aus bisheriger und zukünftiger Verteidigungshilfe der zusätzlichen Anschaffung von deutschen Rüstungsgütern dienen können, die die Türkei im übrigen auf kommerziellem Wege erwerben möchte. Für das geplante, jedoch zu reduzierende Rüstungsexport-Kreditgeschäft ist – vorbehaltlich anderer Entscheidung – durch Kabinettsbeschluß vom Februar 1977 ein Bürgschaftsrahmen in Höhe von 560 Mio. DM festgesetzt worden." Vgl. Referat 203, Bd. 110275.

4 Der portugiesische Botschafter Rodrigues Lopes übermittelte am 27. November 1978 im Gespräch mit Bundesminister Genscher die Bitte der portugiesischen Regierung um Aufstockung der deutschen Verteidigungshilfe. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 384.
Legationsrat I. Klasse Kreusel vermerkte am 14. März 1979 zur Behandlung der portugiesischen Anfrage durch die Bundesregierung: „Auf einer Ressortbesprechung Ende vergangenen Jahres bestand Einvernehmen darüber, daß die zukünftige Verteidigungshilfe strukturell den schon bewährten Modellen ‚Türkei und Griechenland' angepaßt und dabei eine gewisse Ausgewogenheit aller deutschen Verteidigungshilfen aus politischen Erwägungen gewährleistet bleiben soll; Haushaltsmittel (45 Mio. DM pro 18-Monats-Tranche als Richtzahl) nur im Zusammenhang über den Bundeshaushalt 1980 vorgesehen werden können." Vgl. Referat 201, Bd. 120202.
Botschafter von Puttkamer, Lissabon, teilte am 4. Juli 1979 mit, dem stellvertretenden portugiesischen Generalstabschef Costa Gomes sei ein Aide-mémoire zur geplanten Gewährung von Verteidigungshilfe übergeben worden: „Costa Gomes schien enttäuscht, daß Verteidigungshilfe erst 1980 einsetzt [...]. Desgleichen erweckte der in Ziff[er] 2 des Aide-mémoire gemachte Vorbehalt der Mittelbewilligung durch zuständige parlamentarische Gremien Befremden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 208; Referat 201, Bd. 120202.

5 Francis Pym.

und sagte zu, sein Land werde die Anstrengungen des Bündnisses zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit „to the limits of its capability" unterstützen.

Die Minister stimmten der neuen guidance zu und bekannten sich – CA mit Vorbehalt im Hinblick auf die bevorstehende Wahl[6] – dazu, jährlich eine dreiprozentige reale Steigerung ihrer Verteidigungshaushalte anzustreben. Beim Infrastrukturprogramm wurde ein Plafond von 1 Mrd. IAU[7] akzeptiert. BE stimmte jedoch dem gegenwärtigen Teilungsschlüssel nur für die erste slice des neuen Programmes zu.

Im Zusammenhang mit dem LTDP-Report[8] wurde die Bedeutung der Wirtschafts- und Militärhilfe für die TU und für PO anerkannt. Die Hilfe für die genannten Länder sei ein gemeinsames Anliegen des Bündnisses.

Dazu im einzelnen:

I. Intelligence Briefing

Konferenz wurde mit üblichem Intelligence briefing über die Entwicklung der Bedrohung durch den Leiter der Intelligence Abteilung des IMS[9] eröffnet. Inhalt des Vortrags ist deckungsgleich mit dem Vortrag im MC, über den bereits berichtet worden ist.

Zusammenfassend wies er darauf hin, daß die ständige und schrittweise Modernisierung der sowjetischen Streitkräfte diese zu einem immer besser geeigneten, vielfältig verwendbaren und offensiv einsetzbaren Werkzeug sowjetischer Politik machte. Diese Entwicklung bedeute eine ständig steigende Bedrohung der NATO. Die technologische Fortentwicklung sei durchaus mit westlichen Entwicklungen vergleichbar. Die sowjetische Wirtschaftskraft sei offensichtlich trotz großer Belastung in der Lage, die ständige Verbesserung der Streitkräfte über längere Zeit zu tragen. Der Modernisierungsprozeß zeige keine besonderen Höhepunkte, sondern sei ein kontinuierlicher Vorgang.

Während seines Vortrages über die einzelnen Streitkräfte wies er neben den beeindruckenden Entwicklungen auch auf erkannte Schwächen vor allem in der Führungsfähigkeit und der technologischen Bewältigung der Ausrüstung hin.

Ein besonderer Teil des Bedrohungsvortrages war eine Kurzfassung der Auswertung des elektronischen Kampfführungsteils der NATO-Übung „Northern Wedding" im September 1978[10], bei dem erstmalig und sehr intensiv die eigenen Streitkräfte elektronischen Kampfführungsmaßnahmen ausgesetzt wurden, wie sie nach Konzept und Ausrüstung der WP-Streitkräfte möglich sind. Aufbauend auf den zum Teil katastrophalen, negativen Erfahrungen dieser Übung stellte der Vortragende besondere Forderungen an die Minister:

1) nationale Unterstützung für eine Electronic Warfare Support Group;

2) nationale Unterstützung für den Ausbau eines Electronic Warfare Analysis Team;

6 In Kanada fanden am 22. Mai 1979 Parlamentswahlen statt.

7 Infrastructure Accounting Unit.

8 Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vgl. Dok. 31, Anm. 3.

9 International Military Staff.

10 Das Seemanöver „Northern Wedding '78" fand vom 4. bis 19. September 1978 mit insgesamt 40 000 Teilnehmern statt. Vgl. dazu BULLETIN 1978, S. 867.

3) ernstzunehmende Berücksichtigung der elf von der Task Force 7 vorgeschlagenen Ausrüstungsprogramme. Ohne die Berücksichtigung dieser zugegebenerweise kostspieligen Ausrüstungsprogramme würde der WP bei Marine, Heer und Luftwaffe schwerwiegende Vorteile gewinnen, die den Verteidiger in besonderem Maße benachteiligen würden.

Die Ausführungen und Schlußfolgerungen des Vortragenden wurden von US Secretary of Defence Brown nachdrücklich unterstrichen. Verbesserungen in der elektronischen Kampfführungsfähigkeit bei Heer, Luftwaffe und Marine könnten nicht auf die lange Bank geschoben werden, sondern erforderten sofortige Reaktion. Neben seiner Fähigkeit zur elektronischen Kampfführung sei der WP darauf eingestellt, das NATO-C3[11]-System auch physisch zu zerschlagen. Die sogenannte technologische Überlegenheit des Westens sei nutzlos, wenn sie nicht bei Ausrüstung, Ausbildung und technologischer Zusammenarbeit in die Realität übersetzt würde.

II. Statement by the Chairman MC[12]

In seiner Erklärung unterrichtete der Chairman des MC das DPC dahingehend, daß nach einstimmiger Beschlußfassung des MC der Wechsel im Amt des Chairman am 1.7.1980 stattfinden solle und daß der jetzige Chef der CA-Streitkräfte, Admiral Robert Falls, als zukünftiger Chairman gewählt worden sei. Ausgehend vom Intelligence-Vortrag wies der Chairman darauf hin, daß in den sowjetischen Modernisierungsbemühungen im konventionellen und nuklearen Bereich kein Nachlassen zu beobachten sei. Das sowjetische Streben nach größerer militärischer Stärke sei im Westen auf dem höchsten politischen Niveau zur Kenntnis genommen worden. Als Folge habe die NATO zukunftsträchtige Programme entwickelt, deren Realisierung noch schwierige Probleme bringen würde, die aber nichtsdestoweniger militärisch entscheidend seien.

Besondere Sorge bereite ihm die Entwicklung in der TNF-Balance zwischen WP und NATO. Die sowjetischen Waffenprogramme führten zur Destabilisierung in diesem Bereich. Darauf habe die NATO trotz aller ökonomischen, technischen und politischen Schwierigkeiten eine Antwort zu finden. Er unterstütze voll jeden Ansatz zur Rüstungskontrolle, jedoch dürften dadurch nicht die notwendigen Verbesserungen der Verteidigungsfähigkeit der NATO verzögert werden.

Wintex/Cimex-79[13] bewerte er als die bisher beste Übung dieser Art seit Bestehen der NATO, die viel zum besseren Verständnis sowohl auf der militärischen als auch auf der politischen Seite der anstehenden Probleme beigetragen hätte. Er sei sicher, daß zukünftige Übungen noch weiter verbessert werden könnten. Er hoffe, daß es 1981 ein weiteres Wintex/Cimex mit verstärkter ziviler Verteidigung geben werde. In diesem Zusammenhang wies er auf drei Problemkreise hin:

a) Einige Entscheidungen müßten noch schneller getroffen werden, wie z.B. die Erklärung von general alert; die Auswahl von deeskalatorischen Maßnah-

11 Command, Control and Communications.
12 Herman F. Zeiner Gundersen.
13 Das NATO-Manöver Wintex/Cimex-79 fand vom 14. Februar bis 23. März 1979 statt.

men sollte nicht auf der militärischen Ebene getroffen werden. Dies sei eine politische Entscheidung, die militärische Seite sollte dann diese unter militärischen Gesichtspunkten beurteilen.

b) Die Frage der adäquaten NATO-Reaktion auf die WP-Fähigkeit zur chemischen Kriegsführung müßte noch weiter gründlich untersucht werden.

c) Die NATO-Reaktion auf Vorgänge außerhalb des NATO-Bereiches, vor allem südlich des Wendekreises des Krebses, wenn Sicherheitsinteressen der Bündnisstaaten berührt seien. Die Lage habe sich grundlegend seit der Grenzziehung vor 30 Jahren verändert.[14] Damals wären weite Teile der heutigen Dritten Welt noch durch die USA, England, Frankreich und andere europäische Staaten kontrolliert worden. Mittlerweile sei die Dritte Welt politisch unabhängig geworden, obgleich der Westen in der Sicherstellung seiner Rohstoffe immer noch von ihr entscheidend abhängig sei. Die Überlebensfähigkeit des Bündnisses und seine Verteidigungsfähigkeit hänge vom Offenhalten der Seeverbindungen ab. Es sei daher notwendig, daß der Konsultationsmechanismus der Allianz – ohne ihren Verteidigungscharakter zu verändern – für derartige Fragen verbessert werden müsse.

Abschließend würdigte er den politischen Willen aller Mitgliedsländer, sich für einen realen Anstieg der Verteidigungshaushalte um etwa drei Prozent einzusetzen.

Der CA-Botschafter[15] bat um Verständnis für die Abwesenheit Verteidigungsministers Danson und drückte seine Genugtuung über die Ernennung Admiral Falls zum zukünftigen MCM aus. General Secretary gratulierte Admiral Falls zu seiner Wahl.

General Secretary eröffnete dann Diskussion über zukünftige Stationierung von NAPMA[16]. Auf der letzten DPC-Sitzung hätten sich mit Ausnahme von BE alle beteiligten Staaten für die Stationierung in Brunssum entschieden. Mittlerweile seien aufgrund des mangelnden Büroraumes und des Aufbaus der Agentur die Arbeitsverhältnisse in Brüssel untragbar geworden. Eine rasche Entscheidung sei daher unumgänglich.

In seiner Erwiderung erklärte der BE-Verteidigungsminister[17], daß sie sich Mehrheitsbeschluß hinsichtlich Unterbringung in Brunssum beugten, obwohl sie nach wie vor noch Bedenken gegenüber dem AWACS-Programm[18] hätten, auf die sie noch zurückkommen würden. Vorsitzender MC erklärte daraufhin, daß er nach dem Akzeptieren von Brunssum als NAPMA-Standort davon ausgehe, daß die Aufhebung des Plans Delta (revised) damit auch durch das DPC genehmigt sei. Dies wurde vom General Secretary bestätigt.

14 Zur Festlegung des Bündnisgebiets vgl. Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

15 Joseph Evremond Ghislain Hardy.

16 NATO Airborne Early Warning and Control Programme System Management Agency.

17 Paul Vanden Boeynants.

18 Zur Einführung des luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystems (AWACS) vgl. Dok. 62, Anm. 6.

III. Statement by the Chairman of the Eurogroup

Der türkische Verteidigungsminister[19] berichtete über das Ergebnis der Eurogroup-Sitzung des Vortages[20] (s. dort Bericht). In seinen einleitenden Worten bezeichnete er die NATO als das erfolgreichste Bündnis, das zur Wahrung der Freiheit und des Friedens geschlossen worden sei. Zwar könne man nicht auf den Lorbeeren der letzten 30 Jahre ausruhen, aber man dürfe auch die Erfolge der vergangenen Jahre nicht vergessen.

IV. Ministerial Guidance

Die Ministerial Guidance 1979 wurde mit geringfügigen Änderungen von allen Nationen als Planungsrichtlinie gebilligt, insbesondere wurde eine dreiprozentige reale Steigerung der Verteidigungshaushalte im Planungszeitraum als anzustrebendes Ziel akzeptiert. Lediglich der CA-Vertreter meldete angesichts der bevorstehenden Wahlen in Kanada einen Vorbehalt zu dieser Verpflichtung an, um eine endgültige Entscheidung einer neu zu bildenden Regierung vorzubehalten.

Stellungnahmen zu dem vorliegenden Entwurf wurden von den Verteidigungsministern Norwegens[21], Großbritanniens, der Niederlande[22], Dänemarks[23], der Vereinigten Staaten, der Türkei, Italiens[24], Portugals[25] und der Bundesrepublik Deutschland abgegeben. Der britische Verteidigungsminister unterstrich die Bedeutung, die seine Regierung der Verteidigung generell beimesse und hob die Notwendigkeit hervor, das LTDP durch ein größeres Maß an Zusammenarbeit zu verwirklichen. Ohne ein Mehr an Mitteln für die Verteidigung sei die Implementierung diese Programms jedoch nicht zu erreichen.

Der niederländische Verteidigungsminister verpflichtete seine Regierung auf eine dreiprozentige reale Steigerung, begrenzte diese Zusage jedoch ausdrücklich für die Dauer der Amtsperiode der gegenwärtigen Regierung. Er warnte vor einer Forderung nach mehr Mitteln ebenso wie vor der Nichterfüllung durch einzelne Bündnispartner wegen der sich daraus ergebenden Auswirkungen für die niederländische Regierung. Er unterstrich die Bedeutung, die seine Regierung einer Verringerung der Abhängigkeit des Bündnisses von nuklearen Waffen beimesse und daher der Arbeit von High Level Group und Special Group[26] gleichrangige Bedeutung beimesse.

Der dänische Verteidigungsminister warnte vor einer zu großen Zahl von Programmen, die einen Mittelaufwand über die vorgesehenen drei Prozent hinaus erforderlich machen würde; dies sei unrealistisch.

Der amerikanische Verteidigungsminister hob die Bedeutung der dreiprozentigen Steigerung der Verteidigungshaushalte als eine Grundvoraussetzung für die Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses hervor. Eben-

19 Mehmet Neşet Akmandor.
20 Zur Sitzung der Eurogroup der NATO am 14. Mai 1979 in Brüssel vgl. Dok. 138.
21 Rolf Hansen.
22 Willem Scholten.
23 Poul Søgaard.
24 Attilio Ruffini.
25 José Loureiro dos Santos.
26 Zur Abstimmung zwischen der High Level Group und der Special Group vgl. Dok. 132, Anm. 14.

so wichtig sei es jedoch, daß diese Mittel bestmöglich genutzt würden, dies sei nur durch Zusammenarbeit und durch das Setzen von Prioritäten zu erreichen. Die NATO müsse zu einem Mehr an gemeinsamer Planung kommen. Hierzu sei die Harmonisierung von NATO-Streitkräfteplanung und LTDP erforderlich. Er beantragte die Erstellung eines Berichts durch den General Secretary über die Verbesserung des NATO-Planungsverfahrens für die DPC-Sitzung im Frühjahr 1980[27].

Der türkische und portugiesische Verteidigungsminister hoben die Bedeutung der Verteidigungshilfe für ihre Länder und für deren Erfüllung der eingegangenen Bündnisverpflichtungen angesichts der gestiegenen strategischen Bedeutung beider Länder hervor.

Der italienische Verteidigungsminister wies auf die Tatsache hin, daß die angestrebte Steigerung um drei Prozent das Maximum dessen bedeute, was Italien in der Lage sei, aufzubringen. Dabei gelte für Italien nach wie vor der Vorrang für die Verbesserung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit. BM Dr. Apel äußerte Zustimmung zum vorliegenden Entwurf der Ministerial Guidance 1979, wies auf die Bedeutung hin, die die Bundesrepublik der Verteidigungshilfe für die Türkei, Griechenland[28] und Portugal beimesse, und daß die Bundesrepublik auch in Zukunft diese Unterstützung fortführen werde.

Sie tue dies in der Erkenntnis, daß die Verteidigungsfähigkeit jedes einzelnen Bündnispartners Bedeutung für die Sicherheit aller Allianzpartner habe.

V. Infrastructure Programme 1980–1984 (Slices XXXI–XXXV)

Minister einigten sich auf Infrastrukturprogramm 1980 bis 1984 in Größenordnung von 1 Mrd. IAU (8,645 Mrd. DM) mit Überprüfung 1983 und Anwendung des bisherigen normalen Kostenteilungsschlüssels mit ausdrücklichem belgischem Vorbehalt (reservation), daß dieser Schlüssel nur für slice XXXI angewandt und danach revidiert werde.

US-Verteidigungsminister knüpfte seine Zustimmung an ein Programm von nur 1 Mrd. IAU an folgende Bedingungen:

a) Bewegungsspielraum für NATO-Kommandobehörden bei Programmierung mit Schwergewicht auf erste drei slices von jeweils etwa 300 Mio. IAU,

b) Bewegungsspielraum für NATO-Kommandobehörden bei Programmierung der Einzelprojekte in neuer reinforcement support Kategorie,

c) zügige Durchführung des Programms durch Gastgeberstaaten,

d) Überprüfung des Programmvolumens 1983.

Minister bekundeten Bereitwilligkeit, portugiesischem und türkischem Wunsch auf Senkung ihres Kostenanteiles nachzukommen und beauftragten Ständige Vertreter mit Prüfung. Grundsätzlich soll Aufteilung dieses Betrages in gleicher Weise auf alle Partner angestrebt werden.

Minister stimmten einer neuen Infrastrukturkategorie für „reinforcement support" zu.

27 Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO fand am 13./14. Mai 1980 in Brüssel statt. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 761 und 762 des Botschafters Pauls, Brüssel (NATO), vom 14. Mai 1980; AAPD 1980.

28 Zur Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für Griechenland vgl. Dok. 89, Anm. 14.

VI. Long Term Defence Programme

Der US-Verteidigungsminister stimmte dem Frühjahrsbericht für sein Land zu, äußerte jedoch ein gewisses Unbehagen, daß die Verpflichtung der Regierungschefs nicht mit dem erhofften Nachdruck und schneller in konkrete LTDP-Maßnahmen umgesetzt wurde. Im Dezember werde man jedoch anhand der Antworten zum DPQ[29] 79 erfahren, welche Fortschritte die einzelnen Nationen tatsächlich gemacht hätten. Die USA hätten 90 Prozent der LTDP-Maßnahmen in ihre Finanzplanung einbezogen. Insbesondere betonte er die Bedeutung einer intensiven Zusammenarbeit in den Bereichen von Logistik und Rüstung. Er appellierte an seine Kollegen, sich persönlich für die Implementierung der LTDP-Maßnahmen zu engagieren.

Abschließend wies er auf die Bedeutung der Militärhilfe für TU und PO hin, die ein gemeinsames Anliegen sein müsse. Der TU Verteidigungsminister erläuterte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten seines Landes[30] und äußerte Zweifel, ob alle Ausgaben ausreichen würden, den Gefahren der 90er Jahre zu begegnen, wenn man die Südostflanke dabei vernachlässige. Auch der NL Verteidigungsminister stimmte dem Spring Report zu und unterstützte die Ausführungen des US Secretary of Defence. Er sei enttäuscht, daß man bei SCRA[31] nicht weitergekommen sei. Bezüglich PLSS[32] könne sich sein Land derzeit noch nicht festlegen, jedoch sei man „open minded".

Auf dem Gebiet der consumer logistics fühlen sich die NL besonders angesprochen. Er sagte seine volle Unterstützung für „storage and deployment" im AFCENT[33]-Bereich zu.

Der deutsche Verteidigungsminister machte folgende Bemerkungen:

- Das LTDP habe Geschwindigkeit aufgenommen. Man müsse jedoch Rücksicht auf die nationale Planung nehmen.
- Es gäbe bereits zu viele Prioritäten; man solle diese nicht alle sechs Monate wechseln.

Er unterstützte die Hilfsmaßnahmen für PO und TU.

Der norwegische Verteidigungsminister wies darauf hin, daß man die Konsequenzen des PLSS sorgfältig untersuchen müsse, bevor eine Entscheidung getroffen werden könne.

TOP VII. Progress Report by the CNAD[34]

Der Generalsekretär führte den dem Council vorzulegenden Fortschrittsbericht der CNAD ein. Er begrüßte mit Befriedigung die Errichtung von zwei neuen Projektgruppen, und zwar für das NATO Information System sowie für NATO Maritime Electronic Warfare Support.

Nur der amerikanische Verteidigungsminister gab eine Stellungnahme ab. Er betonte, daß eine Intensivierung der Rüstungskooperation im Hinblick auf die

29 Defence Planning Questionnaire.
30 Zur Zahlungsbilanz der Türkei vgl. Dok. 135, Anm. 7.
31 Single Channel Radio Access.
32 Precision Locating Strike System.
33 Allied Forces Central Europe.
34 Conference of National Armaments Directors.

quantitativen und qualitativen Verbesserungen der Streitkräfte des Warschauer Pakts unerläßlich sei. Als Beispiele für beträchtliche technologische Verbesserungen der SU nannte er Ballistic Missiles, Air-to-Air Missiles, High Energy Laser.

Das Konzept der Triade (bilaterale MoUs[35], dual production, Waffenfamilien) erscheint nach amerikanischer Auffassung als der beste Weg, Fortschritte zu erzielen.

Die SU gebe ca. 25 Mrd. Dollar für Forschung und Entwicklung aus. Die USA würden etwa 15 Mrd. Dollar und die europäischen NATO-Partner zusammen etwa 6 Mrd. Dollar aufwenden. Diese Gegenüberstellung mache deutlich, daß die NATO-Staaten die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel komplementär und ohne Doppelaufwendungen nutzen müßten. Andernfalls würden Mittel vergeudet, was sich die Allianz nicht leisten könne.

Der amerikanische Verteidigungsminister forderte seine Kollegen auf, sich den Forderungen dieser „competitive situation" persönlich anzunehmen.

Fortschrittsbericht und Empfehlung wurden ohne weitere Aussprache akzeptiert.

TOP VIII. MBFR

Nach einem Hinweis auf die Zielsetzung des Sachstandsberichtes, nämlich die Darstellung fehlender Fortschritte nach sechsjähriger Diskussion in Wien, schlug Secretary General vor, das Thema Ende des Monats in Den Haag (NAC-Min) zu diskutieren.[36] Es gäbe, so fuhr Secretary General fort, Gerüchte, wonach die SU neue Vorschläge entwickelt habe, die zu einem Durchbruch führen könnten.

Die Entwicklung müsse abgewartet werden. Eine Aussprache zu diesem TOP fand nicht statt.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10558 (201)

35 Memorandum of Understanding.

36 Zur Tagung des NATO-Ministerrats am 30./31. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 156 und Dok. 159.

141

Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg an Staatssekretär Hermes, z.Z. Caracas

014-StS-448/79 VS-vertraulich **17. Mai 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 66

Betr.: Nuklearfragen

Folgt Vermerk von RL 413[2] für StS H[3]

I. 1) Nuklear-Kabinett behandelte 14.5. folgende Themen:

– Zwischenbericht für den Innenausschuß des Bundestages – Bewertung des Störfalles Harrisburg[4]

– Bewertung des Gorleben-Hearings[5]

Schlußfolgerungen als Anlagen.[6]

1 Durchdruck.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 31. Mai 1979 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 413 „m[it] d[er] Bitte um Übernahme" verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rouget am 31. Mai 1979 vorgelegen, der für Ministerialdirektor Lautenschlager handschriftlich vermerkte: „Dies ist der Vermerk zur Unterrichtung des H[errn] StS. Entsprechend Ihrer Anregung glaubten wir, etwas ausführlicher zu informieren."
Hat Lautenschlager am 31. Mai 1979 vorgelegen.

2 Werner Rouget.

3 Anläßlich der 25-Jahrfeier der deutsch-venezolanischen Industrie- und Handelskammer hielt sich Staatssekretär Hermes vom 16. bis 18. Mai 1979 in Caracas auf. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 118 des Botschafters Redies, Caracas, vom 21. Mai 1979; Referat 331, Bd. 116132.

4 Zum Reaktorunfall im Kernkraftwerk „Three Mile Island" bei Harrisburg vgl. Dok. 120, Anm. 15.

5 Am 22. Februar 1977 benannte die niedersächsische Landesregierung das Gebiet des Salzstocks bei Gorleben als vorläufigen Standort für ein künftiges nukleares Entsorgungszentrum. Vgl. dazu den Artikel „Vorentscheidung über Standort der Atommüll-Deponie"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. Februar 1977, S. 1. Vgl. dazu ferner AAPD 1976, II, Dok. 353.
Bundeskanzler Schmidt informierte den niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht mit Schreiben vom 6. Juli 1977 über den Beschluß des Kabinettsausschusses für die friedliche Nutzung der Kernenergie vom selben Tag, unter „Zurückstellung erheblicher Bedenken, die mit der Nähe des Standortes Gorleben zur DDR zusammenhängen", die Physikalisch-Technische Bundesanstalt umgehend mit der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für das Endlager nach den atomrechtlichen Bestimmungen zu beauftragen. Vgl. Referat 413, Bd. 119604.
Am 18. Mai 1979 begrüßte es die Bundesregierung in einer Stellungnahme zur Regierungserklärung der niedersächsischen Landesregierung vom 16. Mai 1979, „daß a) die niedersächsische Landesregierung das integrierte Entsorgungskonzept der Bundesregierung im Grundsatz für sicherheitstechnisch realisierbar hält, b) die niedersächsische Landesregierung die grundsätzliche Eignung von geologischen Salzformationen zur Endlagerung radioaktiver Abfälle anerkennt, c) die niedersächsische Landesregierung bereit ist, umgehend mit den notwendigen Tiefenbohrungen zur Erkundung der Eignung des Salzstockes Gorleben zu beginnen". Vgl. BULLETIN 1979, S. 608.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für den Wortlaut der „Sicherheitstechnischen Folgerungen der Bundesregierung aus dem Störfall im Kernkraftwerk Harrisburg" vgl. BULLETIN 1979, S. 607f.
In einer zweiten Anlage wurde der Beschluß des Kabinettsausschusses für die friedliche Nutzung der Kernenergie zum geplanten nuklearen Entsorgungszentrum in Gorleben übermittelt: „1) Die Bundesregierung hält an ihrem Konzept der integrierten Entsorgung fest. Sie sieht in den Ergebnissen des Gorleben-Hearing die Bestätigung, daß ihr Entsorgungskonzept sicherheitstechnisch realisierbar ist. 2) Es sind alle Voraussetzungen für eine umgehende Durchführung des Bohrprogramms gegeben, das Klarheit über die Eignung des Salzstocks Gorleben zur Errichtung des Endlagers ver-

2) D4[7] hat mündlichen Sachstandsbericht zu den vom AA seit der Sitzung des Nuklear-Kabinetts vom 7.3.79 unternommen Schritten in bezug auf die USA, Kanada und Argentinien gegeben.[8] Bericht wurde zur Kenntnis genommen. Aussprache fand nicht statt.

3) Ferner wurde die Frage einer internationalen Initiative des Herrn BK in Sachen Reaktorsicherheit erörtert.[9] BK beschloß, davon abzusehen, einen Brief an Eklund zu senden, und bat BM Hauff, dies für ihn zu übernehmen. Um der Initiative eine breite Resonanz zu geben, wird BK nunmehr an alle Staats- und Regierungschefs derjenigen Länder schreiben, die im Gouverneursrat der IAEO vertreten sind.

4) Im Nuklearrat am 16.5. wurde die Bewertung des Störfalles Harrisburg zur Kenntnis genommen, ohne daß sich hierzu eine vertiefte Diskussion entwickelte.

Im Mittelpunkt der Erörterungen stand die Problematik Gorleben, wobei Schwerpunkt darauf lag klarzustellen, daß die zeitliche Entzerrung des integrierten Entsorgungskonzeptes im Hinblick auf Wiederaufbereitung von der Bundesregierung nicht als Verzicht verstanden wird.

BM Genscher hat auf die außenpolitischen Rückwirkungen der Gorleben-Entscheidung hingewiesen und in diesem Zusammenhang die unterschiedliche rechtliche Behandlung erläutert, die das amerikanische Nuklear-Gesetz[10] zwischen bestehenden Wiederaufbereitungsanlagen und solchen macht, die nach Inkrafttreten des Gesetzes (10.3.78) gebaut werden. BM hat hier das Risiko angesprochen, daß Amerikaner ggf. bei nunmehr eintretender Entwicklung nicht mehr bereit sein könnten, künftige Wiederaufbereitungsanlage Gorleben wie eine Anlage zu behandeln, die bereits vor Inkrafttreten Nuklear-Gesetzes bestanden hat.

Fortsetzung Fußnote von Seite 662

schaffen soll. Bei positivem Ergebnis der Tiefbohrungen muß der Salzstock bergmännisch aufgeschlossen werden, um auch letzte Zweifel an seiner Eignung auszuschließen." Vgl. VS-Bd. 9505 (413); B 150, Aktenkopien 1979.

7 Hans Lautenschlager.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Rouget teilte der Botschaft in Buenos Aires am 20. Februar 1979 mit: „1) Argentinien hat im Rahmen seines Kernenergieprogramms die Lieferung von Technologie für den Bau einer Schwerwasserproduktionsanlage bzw. der Lieferung von schwerem Wasser ausgeschrieben. [...] Neben Kanada gehört KWU zu den Anbietern. 2) Nach Mitteilung der KWU scheint die argentinische Seite den Zuschlag für das Kernkraftwerk davon abhängig zu machen, daß der Lieferant des Kernkraftwerkes auch die Technologie für den Bau einer Schwerwasserproduktionsanlage liefert. Die Amerikaner sind an uns und auch an Kanada mit dem Vorschlag herangetreten, die Zusage für die Lieferung von Schwerwasserproduktionstechnologie als Hebel zu benutzen, um Argentinien zur Aufgabe seiner Wiederaufarbeitungspläne zu veranlassen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 842; Referat 413, Bd. 123724.
Am 9. März 1979 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Rouget zur Sitzung des Kabinettsausschusses für die friedliche Nutzung der Kernenergie vom 3. März 1979: „AA wird gebeten, mit Argentinien über den ‚full range of options' zu sprechen, den StS Hermes dargestellt hat. (Hier handelt es sich um folgende Optionen: Für den Fall, daß Argentinien Schwerwassertechnologie will, sind folgende Bedingungen zu erfüllen: Ratifizierung des Tlatelolco-Vertrages, Unterstellung gesamter Nuklearaktivitäten gemäß NV-Vertrag vergleichbaren Kontrollen, Einstellung der eigenen Wiederaufarbeitungsaktivitäten. Für den Fall, daß keine Schwerwassertechnologie geliefert wird: Lieferung des schweren Wassers für Atucha II (zur Verfügung gestellt von den USA), Unterstellung gesamter Nuklearaktivitäten gemäß NV-Vertrag vergleichbaren Kontrollen. Dies ist eine US-Bedingung für die Bereitstellung von schwerem Wasser, da diese Kontrollauflage der von Kanada geforderten entspricht.)" Vgl. Referat 413, Bd. 123724.

9 Zur Initiative des Bundeskanzlers Schmidt in der Frage der Reaktorsicherheit vgl. Dok. 126, Anm. 17.

10 Zum amerikanischen „Nuclear Non-Proliferation Act of 1978" vgl. Dok. 2, Anm. 8.

Zu erwähnen ist, daß Herr Klunker betonte, daß der DGB – im Gegensatz zu Pressemeldungen – nicht beabsichtige, seine im Grundsatz positive Einstellung zur Kernenergie zu modifizieren.

II. Argentinien

1) Gespräch D4 mit Pickering am 15.5. fand in sehr freimütiger und offener Atmosphäre statt. Deutschland faßte unter Bezugnahme auf die von Herrn Dannenbring durchgeführte Demarche[11] unsere Haltung nochmals zusammen und unterstrich die langfristigen NV-politischen Vorteile unserer Einbindungsphilosophie. Er erwähnte als beachtenswert, daß Kanada[12], bekannt für seine stringente Haltung, sich diese politische Linie zu eigen gemacht habe. Die Durchsetzung von fullscope safeguards im Verhältnis zu Argentinien und die damit verbundene kontrollmäßige Erfassung der Wiederaufbereitungsanlage wäre ein NV-politischer Erfolg, der nicht unterschätzt werden dürfe.

Pickering wiederholte bekannten amerikanischen Standpunkt und bestritt in keiner Weise Bedeutung unserer Einbindungspolitik. Für Amerikaner sei jedoch entscheidend, daß Argentinien bei Schwerwasserproduktionsanlage nukleare Autarkie erreiche und somit nicht mehr kontrollabel sei. Man wolle Argentinien Wiederaufbereitung nicht versagen, sondern dann zugestehen, wenn hierfür eine tatsächliche Notwendigkeit bestünde.

11 Am 30. April 1979 erteilte Ministerialdirektor Lautenschlager der Botschaft in Washington Weisung für eine Demarche im amerikanischen Außenministerium, mit der die Bedingungen der Bundesregierung für die Lieferung von Kerntechnologie an Argentinien erläutert werden sollten. Dazu stellte er fest: „Ziel Ihrer Demarche ist, die amerikanische Seite in Fortführung der bereits bestehenden Kontakte über unser geplantes Vorgehen gegenüber Argentinien zu unterrichten. Sie sollten deutlich machen, daß wir um enge Abstimmung mit den Amerikanern bemüht bleiben und daß es auch unser Ziel ist, zu einer wirksamen NV-Politik beizutragen. Gleichzeitig sollte allerdings vermieden werden, daß wir unser Vorgehen gegenüber Argentinien von einer amerikanischen Zustimmung abhängig machen. Es geht uns darum, amerikanisches Verständnis dafür zu finden, daß wir uns mit Kanada hinsichtlich der politischen Rahmenbedingungen des Exportgeschäfts gegenüber Argentinien in derselben Angebotssituation befinden möchten." Vgl. den Drahterlaß Nr. 2157; Referat 413, Bd. 123724.
Gesandter Dannenbring, Washington, teilte am 2. Mai 1979 zur amerikanischen Reaktion auf die Demarche mit: „Pickering zeigte sich im Zusammenhang mit meiner Darstellung der kanadischen Rahmenbedingungen überrascht darüber, daß die Kanadier ihre Haltung bereits auf Kabinettsebene festgelegt hätten. Nach seinen Informationen [...] sei eine ‚reconsideration' der kanadischen Haltung aufgrund der US-Intervention im Gange". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1623; Referat 213, Bd. 123725.

12 Botschafter Graf von Podewils-Dürniz, Ottawa, übermittelte am 27. März 1979 Informationen des kanadischen Außenministeriums zu den Bedingungen Kanadas für die Lieferung von Kerntechnologie an Argentinien: „Kanadier hätten 1975 in schwierigen Verhandlungen als Bedingung für Verwirklichung des kommerziellen Abkommens von 1973 über Lieferung des Reaktors ‚Cordoba 1' Einräumung eines Vetorechtes für Wiederaufarbeitung von unter kanadischen safeguards befindlichem Material durchgesetzt. Seit Dezember 1976 verlange Kanada fullscope safeguards und habe Argentinien immer wieder erklärt, daß es bei Erfüllung dieser Bedingungen keine Verweigerungspolitik betreiben werde. Kanadier zögern jetzt, diese Zusage auf offensichtlichen amerikanischen Druck hin aufzugeben. Amerikanische Forderung, von Argentinien Aufschub bzw. Verzicht auf Wiederaufarbeitung zu verlangen, widerspreche grundsätzlicher kanadischer Überzeugung, daß Kontrollen dem Interesse der Nonproliferation weit besser dienten als Politik der Verweigerung. Sie bedeute außerdem einen Schritt weg von den Grundsätzen des NPT-Vertrages, der weiter Eckstein des internationalen Nonproliferationssystems bleiben müsse. Kanadier seien an Argentinien daher bisher noch nicht mit der von den USA gewünschten Bedingung für Transfer von Schwerwasserproduktionstechnologie herangetreten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 122; Referat 413, Bd. 123724.

Pickering wird nach den kanadischen Wahlen[13] (22.5.) in Ottawa versuchen, auf neues kanadisches Kabinett Einfluß im Sinne amerikanischer Forderung eines „indefinite deferral" von Wiederaufbereitung als Voraussetzung für Lieferung von Schwerwassertechnologien zu nehmen.

Beide Seiten werden weiterhin in Kontakt bleiben.

2) Gespräch StS Haunschild–Castro Madero am 16.5.

C.M. machte zu Beginn klar, daß Argentinien das amerikanische Angebot von Schwerem Wasser für Atucha II nicht akzeptieren würde.

StS Haunschild hat Herrn C.M. unsere Position erläutert und betont, daß unsere politischen Rahmenbedingungen mit den kanadischen identisch seien. Uns ginge es hierbei darum, den kommerziell-finanziellen Wettbewerbsteil scharf von demjenigen der Kontrollbestimmungen zu trennen. Diese seien für uns nicht negotiabel. C.M. erkundigte sich danach, ob wir auch fullscope safeguards verlangen würden, wenn wir nur den Reaktor lieferten und die Schweizer Firma Sulzer die Schwerwasserproduktionsanlage[14] – diese ihrerseits aber nicht mit der Auflage von fullscope safeguards. StS Haunschild erwiderte, daß unser Kontrollverständnis in der Tat davon ausgehe, es bei Lieferungen von Reaktoren bei der Anwendung von anlagebedingten Kontrollmaßnahmen (INFCIRC[15] 1966, REV. 2) zu belassen. Im vorliegenden Fall müsse er jedoch in aller Offenheit darauf hinweisen, daß in einer solchen Lage zwischen den Beteiligten, d.h. Kanada, Bundesrepublik, den USA und auch der Schweiz, Konsultationen stattfinden würden, die möglicherweise auch zur Anwendung von fullscope safeguards für Lieferung von Reaktoren führen könnten. C.M. nahm diese Ausführungen zur Kenntnis und bemerkte, daß es für Argentinien grundsätzlich schwer sein werde, überhaupt fullscope safeguards zu akzeptieren.

Über das weitere Procedere wurde nicht gesprochen. Es bestand jedoch auf deutscher Seite Eindruck, zu gegebener Zeit ein weiteres Signal unseres Interesses an Zusammenarbeit mit Argentinien zu setzen.

York[16]

VS-Bd. 9505 (413)

13 Bei den Parlamentswahlen am 22. Mai 1979 in Kanada entfielen auf die Fortschrittliche Konservative Partei 135, die Liberaldemokratische Partei 115, die Neue Demokratische Partei 26 und auf Ralliement des Crédistes 6 Sitze. Ministerpräsident Trudeau erklärte am 30. Mai 1979 den Rücktritt seiner Regierung.

14 Vortragender Legationsrat I. Klasse Rouget übermittelte der Botschaft in Washington am 8. Juni 1979 Informationen der Kraftwerk Union AG (KWU) zu Gesprächen einer Schweizer Regierungsdelegation in den USA im Vormonat: „Bei dieser Gelegenheit soll auch die Lieferung einer Schwerwasserproduktionsanlage durch Sulzer an Argentinien zur Sprache gekommen sein. Schweizer Seite hätte hierbei klargestellt, daß sie sich an Londoner Richtlinien halten und folglich für Schwerwassertechnologie gemäß Ziffer 4 der Richtlinien verfahren würden, d.h. keine fullscope safeguards. Schweizer Seite hätte ferner amerikanisches Ansinnen, Lieferung von Schwerwassertechnologie an argentinische Bereitschaft Aufschiebung Wiederaufarbeitung zu koppeln, strikt abgelehnt." Vgl. den Drahterlaß Nr. 637; Referat 413, Bd. 123724.

15 Information Circular der International Atomic Energy Agency.

16 Paraphe.

142

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann an die Botschaft in Ankara

201-363.31-1321/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 17. Mai 1979, 12.48 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2432 Plurez

Betr.: TNF-Modernisierung

Bezug: Gespräch OiG[2] Thiele/VLR I Hofmann am 10.5. in Istanbul

I. 1) Aus anderem Anlaß hatte ich am 7./8. Mai in Ankara Gelegenheit, mit Zweitem Generalstabschef der türkischen Streitkräfte, General Saltik, sowie dem dafür zuständigen Abteilungsleiter im türkischen Außenministerium, Alp, über die voraussichtliche Position der Türkei bei der anstehenden Bündnisentscheidung über die Modernisierung und Verstärkung der TNF im Mittelstrekkenbereich (LRTNF) zu sprechen. Dabei wies ich eingangs auf die besondere Zurückhaltung hin, welche die türkische Delegation während der 25. Ministertagung der NPG in Homestead am 24. April mit dem Argument gezeigt hatte, eine Dislozierung von LRTNF könne die türkisch-sowjetischen Beziehungen belasten.[3]

2) Saltuk betonte, die türkische Delegation habe in Homestead vorgetragen, was ihr als gemeinsame Position der militärischen und politischen Führung aufgetragen worden sei. Leider habe man nach der Tagung nach außen den Eindruck erweckt, als stehe eine positive Bündnisentscheidung schon bevor, obwohl nur die USA und wir uns in Homestead derart geäußert hätten. Daher sei Ankara gezwungen gewesen, seine Vorbehalte in der türkischen Presse klarzustellen. Die ausstehende Entscheidung über LRTNF sei für Ankara ein höchst

[1] Durchdruck.

[2] Oberst im Generalstab.

[3] Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe am 24./25. April 1979 in Homestead/Florida vgl. Dok. 113 und Dok. 114.
Der türkische Botschafter Halefoglu erläuterte Ministerialdirektor Blech am 23. Mai 1979 die Haltung seines Landes zur UdSSR und zur NATO: „Die Türkei werde ihre Bündnisverpflichtungen nach wie vor erfüllen, aber die Allianz könne von der Türkei nicht mehr erwarten, als sie selbst der Türkei zu geben bereit sei. Lange Zeit sei die Türkei blind loyal gewesen. Das sei nun nicht mehr der Fall. [...] Die U 2-Flüge hätten mit dem Bündnis nichts zu tun, ebensowenig wie das Schicksal der amerikanischen Stützpunkte in der Türkei. Mit U 2 gäbe es die bittere Erfahrung, daß der seinerzeit über Rußland abgeschossene Powers ohne Wissen der türkischen Regierung von einer solchen US-Basis gestartet sei. Die Nuklearraketen in der Türkei seien in der Kuba-Krise Objekt eines amerikanisch-sowjetischen Tauschhandels geworden, ohne daß die türkische Regierung auch nur konsultiert worden wäre. Die Türkei wolle die Sowjetunion nicht reizen, deshalb auch nicht die chinesische Karte spielen. Sie betreibe außenpolitische Öffnung nach allen Seiten, aber nicht mehr als andere NATO-Mitglieder. Die Geschichte der Menschheit sei an einem Wendepunkt angelangt: statt Konfrontation Entspannung und Kooperation. Wenn die türkisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen sich so weiter entwickeln würden wie bisher, werde es, wie Ökçün gesagt habe, sehr schwer werden, die türkische Wirtschaft aus diesen Bindungen wieder herauszulösen. Die Schuld daran trüge der Westen. [...] Deutschland sei das einzige Band, das die Türkei noch beim Westen hielte. [...] So sei es nur natürlich, daß in Guadeloupe Deutschland die Bürde übernommen habe. Aber gerade deswegen sollten die Deutschen die Gefühle der Türken gegenüber dem Westen als Ganzes verstehen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 203, Bd. 115909.

delikates „Public-Relations"-Problem mit mannigfaltigen Bezügen. Eine sorgfältige Prüfung durch türkische Regierung sei gewährleistet; der Trend zur negativen Entscheidung sei von uns korrekt beobachtet worden.

3) Alp sprach als alter NATO-Bekannter unter vier Augen offener:

a) Die noch ausstehende Entscheidung über Zulassung der Dislozierung amerikanischer „Pershing" II oder amerikanischer Marschflugkörper (CM) in der Türkei werde von den Verhältnissen im Herbst abhängen. Maßgeblich sei Schicksal des neuen türkisch-amerikanischen Abkommens über Verteidigungszusammenarbeit.[4] Amerikanischer Druck derzeit sei kontraproduktiv.

b) Die Situation sei psychologisch dadurch vorbelastet, daß die USA nach der Kuba-Krise ihre „Jupiter"-Raketen ohne Konsultation, ja Information aus der Türkei abgezogen habe.[5] Auch jetzt bezweifle man, daß die neuen LRTNF voll NATO-assigniert und auch in SACEURs Strike-Plan eingeplant würden. (Unter Berufung auf den Stand des High-Level-Group-Berichts[6] versuchte ich, dies auszuräumen.) Die Einführung von PII[7] oder CM wäre zwar für die Türkei evolutionären Charakters, räumte Alp ein, da sowjetisches Territorium bereits jetzt von der Türkei aus nuklear bedroht werde. Die vorgesehene Modernisierung impliziere jedoch die neue Fähigkeit zur Bedrohung von Moskau, selbst mit der PII von außerhalb Thraziens. (Ich bemerkte zu dieser möglicherweise von sowjetischer Seite gemachten Berechnung des ballistischen Radius, daß Ankara seinerseits durch sowjetische Mittelstreckensysteme abgedeckt sei.)

c) In der HLG habe sich die Türkei bisher unseretwegen zurückgehalten, zumal ein türkisches Nein Griechenland und Italien wohl mitziehen werde.

4) Abschließend sagte ich, daß sämtliche NATO-Staaten sich innenpolitisch und im Verhältnis zu Moskau in diesem Zusammenhang in ähnlicher Lage befänden. Nur der Bündniszusammenhalt ermögliche es jedem einzelnen, das von allen als verteidigungsnotwendig Erkannte auch zu tun.

4 Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 5. April 1978, daß das amerikanische Außenministerium am Vortag eine Erklärung veröffentlicht habe, laut der die amerikanische und die türkische Regierung übereingekommen seien, das bislang weder vom amerikanischen Kongreß noch vom türkischen Parlament ratifizierte Abkommen vom 26. März 1976 über Verteidigungszusammenarbeit neu zu verhandeln. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1256; VS-Bd. 10297 (201); B 150, Aktenkopien 1978.
Am 16. Mai 1979 teilte Staden zum Stand der Verhandlungen mit: „Nach Christophers Besuch werde Ressortabstimmung beschleunigt. Noch vor Ende dieses Monats solle eine weitere Verhandlungsrunde über ein Abkommen über Verteidigungszusammenarbeit in Ankara stattfinden, bei der die USA eigene Entwürfe vorlegen würden. Der türkische Gedanke eines Grundsatzabkommens (foundation agreement) und mehrerer Einzelabkommen, in denen wirtschaftliche Zusammenarbeit, Verteidigungshilfe, Koproduktion von Rüstungsgütern sowie Basenbenutzung geregelt werden sollen, würde dabei aufgegriffen. Für Washington sei es aus verfassungsrechtlichen Gründen besonders schwer, die Frage zu beantworten, in welchem Umfang mehrjährige Verpflichtungen für Wirtschafts- oder Verteidigungshilfe eingegangen werden könnten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1820; VS-Bd. 9509 (420); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Italien und der Türkei vgl. Dok. 132, Anm. 20.

6 Zum Bericht der High Level Group für die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe am 24./25. April 1979 in Homestead/Florida vgl. Dok. 113, Anm. 8.

7 „Pershing" II.

5) Neues Schlaglicht auf türkische Haltung warf Verteidigungsminister Akmandor, als er sich am 14.5.79 als Vorsitzender der Eurogruppe der NATO in Brüssel weigerte, bei seiner Pressekonferenz auf die SS-20/„Backfire"-Bedrohung hinzuweisen.[8]

II. Botschaft Ankara wird gebeten, zur weiteren Meinungsbildung über LRTNF-Dislozierung in der Türkei in Presse und Regierungskreisen sowie über sowjetische Interventionen hierbei zu berichten; aus dort bekannten Gründen kann ihr Hintergrundsinformation allerdings nur begrenzt zugänglich gemacht werden.[9]

Hofmann[10]

VS-Bd. 10570 (201)

8 Zur Sitzung der Eurogroup der NATO am 14. Mai 1979 in Brüssel vgl. Dok. 138.

9 Botschafter Sahm, Ankara, berichtete am 7. Juni 1979, der türkische Generalstab habe in einer öffentlichen Erklärung versichert, für die militärische Sicherheit der Türkei niemals eine Struktur außerhalb der NATO erwogen zu haben. Dazu stellte Sahm fest: „Man kann vermuten, daß der Generalstab – nicht ohne Zustimmung Ecevits – der im Westen entstandenen Unsicherheit [...], die durch die Erklärung Ökçüns in Den Haag eher genährt als vermindert wurde, entgegentreten wollte, weil ihm bewußt geworden ist, daß diese Unsicherheit im Hinblick auf die laufenden Verhandlungen mit den Amerikanern, den bevorstehenden Besuch des Generalstabschefs in den USA und die westliche Hilfsaktion überhaupt nicht geeignet ist, westliche Hilfe zu beflügeln, sondern im Gegenteil kontraproduzent wirkt. Es könnte sich aber auch um das Aufbrechen eines Dissenses innerhalb der türk[ischen] Regierung handeln, wobei der Generalstab Klarstellung z. B. gegen AM Ökçün bezieht, der im Bündnis sicherlich nur ein notwendiges Übel sieht und es am liebsten auf seinen Artikel 2 reduzieren würde. [...] Indessen macht sich hier bemerkbar, daß die insbesondere von Ecevit betriebene ‚Diversifizierung' der türk. Außenpolitik auf türk. Seite niemals recht durchdacht worden ist und unter diesem Schirm die verschiedensten Strömungen Platz haben und nur durch dilatorische Formelkompromisse miteinander verbunden werden. Konzeptionell ist es ein Geburtsfehler dieser Politik, daß sie (und deshalb hinkt der von Ökçün gern gebrauchte Vergleich seiner ‚Nordpolitik' mit unserer ‚Ostpolitik') das Bündnis nicht als die Basis der gesamten eigenen Außenpolitik betrachtet, sondern als eine von mehreren nebeneinander betriebenen Politiken." Vgl. den Drahtbericht Nr. 577; Referat 203, Bd. 115909.

10 Paraphe.

143

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1738/79 geheim
Fernschreiben Nr. 578
Citissime

Aufgabe: 17. Mai 1979, 12.00 Uhr[1]
Ankunft: 17. Mai 1979, 14.31 Uhr

Betr.: DPC-Ministerkonferenz[2]
hier: Restricted Session am 16.5.1979

Zur Unterrichtung

Part one – SALT and TNF-Modernisation

I. Der geschlossene Konferenzteil begann mit der Besprechung von SALT II.

US-Verteidigungsminister Brown gab zunächst eine ausführliche Erläuterung des Vertragswerks[3], wobei er drei Komplexe ansprach:

a) Die Kriterien, nach denen das Vertragswerk beurteilt werden müsse.

b) Europäische Sorgen hinsichtlich der Konsequenzen für die Europäische Sicherheit.

c) Die Notwendigkeit einer positiven Erklärung im Kommuniqué.[4]

SALT II sei nützlich für die Sicherheit der Allianz, weil

- es die grundsätzliche strategische Balance sicherstelle. In diesem Sinne handele es sich um ein ausgewogenes Vertragswerk;
- der sowjetische Aufwuchs an schweren Raketen mit erhöhter Treffgenauigkeit und der Aufwuchs an Sprengköpfen abgebremst werde. So hätten die Amerikaner zwar ihre eigenen Modernisierungsanstrengungen um etwa 20 Prozent zu steigern, aber dies sei insgesamt weniger, als sie in den 60er Jahren hätten aufwenden müssen. In den letzten zehn Jahren hätte die Sowjetunion zweieinhalbmal so viel in ihre strategischen Streitkräfte investiert als die USA.
- Es erlaube, die notwendige Modernisierung der strategischen Kräfte vorzunehmen. Dies drücke sich vor allem aus in den Programmen für ein neues nukleares U-Boot mit neuen seegestützten Raketen, die dann Ende der 80er Jahre weiter verbessert würden, im Programm für eine neue landgestützte ICBM, welche beweglich und verifizierbar sei, und in der Modernisierung der strategischen Bomberflotte mit Cruise Missiles, welche die sowjetische Luftabwehr durchdringen könnten.

  Insgesamt erlaube das Vertragswerk das Aufrechterhalten des strategischen Gleichgewichts.

1 Hat den Vortragenden Legationsräten Hofstetter und von Nordenskjöld am 17. Mai 1979 vorgelegen.

2 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16. Mai 1979 in Brüssel vgl. auch Dok. 140 und Dok. 145.

3 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

4 Vgl. dazu Ziffer 5 des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16. Mai 1979 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 108. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 322.

- Es trage zur Stabilität durch die zahlenmäßige Begrenzung der MIRV-fähigen ICBM (820) und der Sprengköpfe pro Flugkörper bei.

  Ohne eine derartige Begrenzung hätte im Zuge der technologischen Weiterentwicklung die Sowjetunion ihr überlegenes Wurfgewicht durch verstärkte Mehrfachsprengkopffähigkeit mit bis zu 40 Sprengköpfen pro Flugkörper nutzen können. Diese Begrenzung trage daher zur besseren Überlebensfähigkeit der eigenen landgestützten Raketen bei.
- Es in einem bescheidenen Maße die Gesamtzahl strategischer Waffensysteme von 2400 auf 2250 reduziere. Die USA hätten sich eine umfangreichere Reduktion gewünscht; dies hätte die Sowjetunion aber nicht akzeptieren können. Dieser bescheidene Anfang sei aber eine gute Basis für zukünftige Abkommen.
- Es insgesamt verifizierbar sei, und man davon ausgehen könne, daß die Sowjets angesichts der nationalen Verifikationsmöglichkeiten nicht über einen längeren Zeitraum die Abmachungen umgehen können. Die nationalen Verifikationsmöglichkeiten seien kostspielige Grundlage aller Einschätzungen sowjetischer nuklearer Fähigkeiten. Diese Mittel seien vielfältig und ergänzten sich gegenseitig. Es handele sich dabei vor allem um Fotosatelliten, Möglichkeiten, den sowjetischen Flugverkehr zu überwachen, und eine Radarkette zur Überwachung des Wiedereintritts von Sprengköpfen. Auch wenn diese Mittel naturgemäß nicht perfekt seien, sei sichergestellt, daß jede Verletzung des Vertrages so früh erkannt werde, daß zeitgerecht Gegenmaßnahmen getroffen werden könnten. Die vorsätzliche Täuschung sei verboten, ebenso wie die Störung nationaler Überwachungssysteme.

Alle diese prinzipiellen Inhalte des Vertragswerkes machten das Abkommen für die Vereinigten Staaten und das Bündnis insgesamt attraktiv. Hinsichtlich möglicher europäischer Bedenken führte er aus:

a) Zwar seien die sowjetischen, Europa bedrohenden TNF (SS-20, „Backfire") kein Vertragsgegenstand, aber der Sowjetunion sei es auch nicht gelungen, ihren ständigen Wunsch auf Einschluß der FBS und Kompensation für die Nuklearkräfte Frankreichs und Englands durchzusetzen. Obwohl das Vertragswerk damit den sowjetischen TNF keine Begrenzung auferlege, sei jedoch die jährliche Produktionszahl des „Backfire" durch sowjetische Erklärung auf 30 begrenzt. Diesen gesamten Problemkreis könne SALT III in verifizierbarer Form abdecken.

b) Das Protokoll behindere nicht die notwendigen Modernisierungsvorhaben während seiner Laufzeit. Die Erprobung von Cruise Missiles über 600 km Reichweite würde weiter vorangetrieben. Die Laufzeit des Protokolls laufe vor der Operationsfähigkeit derartiger Systeme ab. Auch die Modernisierung von Pershing und die eventuelle Entwicklung einer neuen Mittelstreckenrakete würde nicht beeinträchtigt.

c) Entgegen ursprünglichen sowjetischen Absichten sei die Nichtumgehungsklausel so allgemein gehalten, daß die bündnisinterne Kooperation und der Technologietransfer nicht gefährdet seien.[5]

[5] Zur amerikanischen Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel vgl. Dok. 197.

d) Die Prinzipienerklärung für ein zukünftiges SALT III sei äußerst vage, vielleicht sogar zu allgemein gehalten. Jede Seite könne die Probleme ansprechen, die für sie von besonderer Bedeutung seien.

Er könne daher zusammenfassend feststellen, daß SALT II die Sicherheit der Allianz gebührend sicherstellt. Dies solle in einem generellen Passus im Kommuniqué reflektiert werden.

General Secretary[6] fragte nach der Bedeutung des Verlustes der iranischen Aufklärungsbasen für die Verifizierungsfähigkeit der USA.[7] US Secretary of Defense antwortete hierauf, daß die Verifikation auf der Vielzahl der nationalen Mittel beruhe. Die iranischen Basen waren vor allem bedeutsam für die Feststellung von besonderen Raketen-Charakteristika gewesen. Insofern sei der Verlust bedeutend, könne aber für eine gewisse Zeit durch andere Aufklärungsmöglichkeiten teilweise ausgeglichen werden, da die Sowjets auch nicht in schneller Folge neue Raketen testen könnten. Langfristig müßten die USA die verlorene Fähigkeit jedoch ersetzen; hierbei seien sie auf die Kooperation innerhalb der Allianz oder mit anderen Nationen angewiesen.

NL-Verteidigungsminister[8] bedankte sich für den Überblick. Sie begrüßten ausdrücklich den Abschluß dieses Vertrages und würden volle politische und publizistische Unterstützung geben.

NO-Verteidigungsminister[9] schloß sich den NL-Ausführungen an. Norwegen sei besonders durch Veränderungen in der Kräftebalance betroffen und sei mit der bisherigen Konsultation zufrieden. Es handele sich um ein bedeutendes Abkommen, dessen Wert am besten dann einzuschätzen sei, wenn man es mit dem Zustand einer Nichtexistenz vergleichen würde. Ein Fehlschlagen bei der Ratifizierung würde einen ernsten Rückschlag bedeuten. Auf die Frage des IT-Botschafters[10], der sich dem allgemeinen Dank anschloß, ob SALT II einen ähnlichen konsultativen Ausschuß wie SALT I[11] vorsehe, antwortete US-Ver-

6 Joseph Luns.

7 Am 31. Januar 1979 informierte Flottillenadmiral Seizinger, Washington, über die Bedeutung der amerikanischen Radaranlagen im Iran: „Anders ist der Sachverhalt hinsichtlich der beiden großen Radaranlagen zur Überwachung sowjetischer Raketentests. Soweit hier bekannt, befinden sich diese beiden Anlagen in amerikanischem Gewahrsam. Eine Anlage ist schutzwürdiger als die andere und aus Gründen der Erkenntnisgewinnung auch wichtiger als die zweite Anlage. Wie im weiteren bekannt wurde, wird die weniger wichtige und deshalb weniger schutzwürdige zur Zeit abgebaut (B-2), so daß sich die Bemühungen einer eingeschränkten Weiterverwendung auf die erste und einzige Anlage konzentrieren. Nach hiesiger Auffassung wird versucht, eine Anlage in vollem Betrieb zu erhalten. Allerdings werden sämtliche Unterlagen über die mit Hilfe dieser Anlage gewonnenen Erkenntnisse sowie die Dokumentation mit der Beschreibung der Technik der Anlage selbst gesichert. Es kann vermutet werden, daß sensitive Teile der technischen Anlage notfalls zerstört werden können. [...] Mit allem Ernst aber sprechen Offiziere, die D[efense]I[ntelligence]A[gency] nahestehen, davon, daß der Verlust der Anlage in Persien im Rahmen der Verifizierung künftiger SALT-Abmachungen nicht voll durch Erstellung ähnlicher Anlagen an anderen Stellen aufgewogen werden kann." Vgl. den Drahtbericht Nr. 423; VS-Bd. 11150 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

8 Willem Scholten.

9 Rolf Hansen.

10 Felice Catalano di Melilli.

11 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

teidigungsminister, daß der bewährte Ausschuß mit den gleichen Funktionen und dem gleichen Charakter weiterarbeiten werde. In ihm hätten bereits ein bedeutender Meinungsaustausch und Klarstellung stattgefunden. Seine Hauptrolle liege im Abbau gegenseitiger Verdächtigungen.

Auf Frage des General Secretary, ob zukünftige Modernisierungen seegestützter strategischer Flugkörper so weit führen könnten, daß sie auch in einer „Counter-force-Rolle" eingesetzt werden könnten, antwortete Secretary of Defense Brown, daß dies bis Ende der 80er Jahre nicht möglich sein werde. Aufgrund ihrer besonderen Charakteristika würde ihre Genauigkeit vermutlich niemals mit landgestützten Systemen vergleichbar werden.

II. Gesprächspunkte TNF-Modernisierung und Rüstungskontrolle wurden wiederum durch Verteidigungsminister Brown eingeleitet. Der sowjetische Aufwuchs an weitreichenden TNF übersteige bei weitem das SU-Verteidigungsbedürfnis. Die HLG habe Vorschläge für die NATO-Reaktion auf diese Entwicklung erarbeitet, die für eine evolutionäre Verstärkung weiterreichender TNF der Allianz einträten.[12] Diese Verstärkung solle sich im Rahmen von 200 bis 600 Systemen und innerhalb des gegenwärtigen Umfangs an TNF-Sprengköpfen bewegen. Die HLG-Schlußfolgerung stütze sich vornehmlich auf eine militärpolitische Argumentation und sei vorsichtig und flexibel formuliert. Dies Ganze sei ein schwieriges politisches Vorhaben, das eine sorgfältige Unterrichtung der Regierungen und Parlamente über die gestiegene Bedrohung und die Notwendigkeit der Reaktion darauf voraussetze. Die Allianz müsse sich auf eine Entscheidung bis zum Dezember 1979 einstellen, die entweder im DPC[13] oder in einer gemeinsamen Konferenz der Verteidigungs- und Außenminister[14] fallen könne. Parallel zur HLG habe die Special Group (SG) konkrete Vorstellungen über einen Rüstungskontrollansatz zu entwickeln.[15] Die Allianz müsse die Glaubwürdigkeit ihrer nuklearen Kräfte im Rahmen der Triade erhalten und dürfe keine Lücke im Abschreckungsspektrum zulassen. Eine solche Lücke könnte von der Sowjetunion sowohl politisch wie militärisch ausgenutzt werden. Die USA wären bereit, ihre Verantwortung zu übernehmen. Sie könnten dies jedoch nicht alleine tun, sondern seien auf die Solidarität der gesamten Allianz in dieser Frage angewiesen.

Der Chairman des MC[16] unterstützte die Ausführungen des US-Verteidigungsministers, vor allem die Forderung nach einer Entscheidung in der Modernisierungsfrage noch in diesem Jahr. General Secretary wies darauf hin, daß der Schwerpunkt der Entwicklung im TNF-Bereich sich zunehmend von den Waffen kürzerer Reichweite auf Waffen längerer Reichweite verlagert habe, und verwies auf die Gefahren einer kontroversen öffentlichen Diskussion ohne genügende Information und Erziehung der Öffentlichkeit. Die Diskussion über die Modernisierung weiterreichender TNF solle daher weitgehend außerhalb

12 Zum Bericht der High Level Group für die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe am 24./25. April 1979 in Homestead/Florida vgl. Dok. 113, Anm. 8.

13 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 11/12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 372.

14 Zur gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

15 Zur Abstimmung zwischen der High Level Group und der Special Group vgl. Dok. 132, Anm. 14.

16 Herman F. Zeiner Gundersen.

der Öffentlichkeit geführt werden, da er sonst auch befürchte, daß in einigen Ländern die Frage einer nuklearen Bewaffnung überhaupt in eine negative Diskussion gezogen würde.

Britischer Verteidigungsminister[17] dankte Brown für seine Ausführungen, die von England voll mitgetragen würden. Dies sei ein Schlüsselproblem der Allianz und jede Nation müsse es in der für sie bestgeeigneten Weise behandeln. England werde eine aktive Rolle in der Diskussion spielen, da dieses Problem zu einem Test für die Allianz werden könne. Eine Entscheidung sei bis zum Dezember notwendig. Die Öffentlichkeitsarbeit müsse verstärkt und die Information über die Bedrohungsentwicklung verbessert werden.

Dänischer Verteidigungsminister[18] erklärte, daß das Studium des jüngsten HLG-Berichtes erst begonnen habe. Die Modernisierung der TNF größerer Reichweite angesichts der Bedrohung durch SS-20 und „Backfire" würde grundsätzlich unterstützt. Jedoch sei dies ein politisch sehr sensitives Thema, das gründlicher Entscheidungsvorbereitung bedürfe, vor allem in der Frage der Stationierung von Systemen, die die Sowjetunion treffen können. Angesichts der ernsten politischen Diskussion messe Dänemark der Arbeit der SG größte Bedeutung zu. Jede Anstrengung müsse gemacht werden, die Sicherheit der Allianz durch effektivere Rüstungskontrollmaßnahmen zu sichern. Er erinnerte an die bekannte dänische Position hinsichtlich der Stationierung von Nuklearwaffen.[19] Die schwierige bevorstehende Entscheidung müsse auf die Resultate der beiden Arbeitsgruppen warten und durch eine sorgfältige öffentliche Informationsarbeit abgestützt werden.

Verteidigungsminister Apel gab zunächst verschiedene Gründe für die Modernisierungsnotwendigkeit:

1) Die Eindringfähigkeit der gegenwärtigen NATO-Systeme habe sich stark reduziert.

2) Mit der SS-20 sei eine neue Qualität eingeführt worden. Als Reaktion auf diese neue Qualität müsse die Allianz eine vergleichbare Antwort finden.

3) Die strategische Parität als Konsequenz von SALT II gäbe einer Veränderung im Gleichgewicht der in Europa stationierten weiterreichenden nuklearen Waffen eine gesteigerte Bedeutung.

In der Frage der Modernisierung müsse dieses Jahr eine Entscheidung gefällt werden. Zu diesem Zweck sollten sich HLG und SG etwa im September in einer gemeinsamen Sitzung treffen, um die notwendige Harmonisierung ihrer Arbeit sicherzustellen. Ein paralleler Rüstungskontrollansatz sei nicht nur für die Präsentation in der Öffentlichkeit notwendig, sondern vor allem deshalb, damit das Bündnis seinem Doppelkonzept von Verteidigung und Entspannung[20] gerecht werden könne. Für das öffentliche Verständnis sei eine offene

17 Francis Pym.

18 Poul Søgaard.

19 Oberstleutnant i. G. Schlichting, Kopenhagen, teilte am 31. Januar 1979 mit, die verteidigungspolitische Debatte des dänischen Parlaments habe am 25. Januar 1979 die „Bekräftigung des dänischen Standpunktes, daß in Friedenszeiten weder Atomwaffen noch fremde Truppen auf dänischem Territorium stationiert werden," erbracht. Vgl. den Schriftbericht Nr. 2; Referat 201, Bd. 120176.

20 Vgl. dazu den „Bericht des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt

politische Debatte notwendig, die sonst durch die Russen eröffnet würde. Er unterstütze deshalb den bereits geäußerten BE-Vorschlag für eine klare und öffentlichkeitswirksame Darstellung im Kommuniqué[21]. In der Bundesrepublik habe im übrigen die öffentliche Debatte bereits begonnen. Die feste Entschlossenheit des Bündnisses, keine Lücken in seinem Abschreckungsspektrum zuzulassen, sei auch für die erfolgreiche Weiterführung der Rüstungskontrollverhandlungen notwendig, da nur die gesicherte Verteidigungsfähigkeit den Westen zu einem ernstzunehmenden Verhandlungspartner machen könne. Abschließend wolle er noch einmal die drei wesentlichsten Punkte der deutschen Position verdeutlichen:

1) Es müsse sich um eine „uno-acta"-Entscheidung handeln, d.h., es dürfe für die Entscheidung in dem einen Feld nicht erst auf Fortschritte in dem anderen Feld gewartet werden.

2) Es müsse sich um eine solidarische Allianz-Entscheidung handeln, wobei den USA eine führende Rolle zukomme, die sich jedoch auf die Allianz-Solidarität abstützen müsse.

3) Die Stationierungsfrage sei entscheidend. Die deutsche Position hierzu sei bekannt. Jeder müsse einen Teil der gemeinsamen Verantwortung dabei tragen. Mit den Ergebnissen der jüngsten NPG[22] und der Qualität der dortigen Diskussion sei er zufrieden gewesen.

Abschließend wolle er noch einmal unterstreichen, wie wichtig eine parallele Entscheidung sei. Die Sowjetunion wisse um die Zusammenhänge. Versage die Allianz in dieser Frage, könne dies nicht nur schwere Folgen für die Glaubwürdigkeit der Abschreckung, sondern auch für die Zukunft aller Rüstungskontrollvorhaben haben. Die politische Debatte müsse jetzt eröffnet werden und dürfe nicht auf den letzten Moment warten.

BE-Verteidigungsminister[23] wollte sich nicht zu SALT II äußern, da er noch nicht mit den Einzelheiten der Verhandlungen vertraut sei. Es sei äußerst bedauerlich, daß Verifikation nur auf nationalen Fähigkeiten und nicht auf einem Konsens beider Seiten beruhe. Hinsichtlich der TNF-Modernisierung schloß er sich dem deutschen Standpunkt voll an. Jedoch befürchte er, daß die Debatte bei ungenügender Vorbereitung ein ähnliches Schicksal erleide wie die Debatte um die Neutronenwaffe. Die sowjetische Propagandaoffensive würde sicherlich bald eröffnet. Hierfür müsse die Allianz eine politische Strategie entwickeln, die eine abgestimmte Informationspolitik enthalten müsse. Dieser Politik sollten auch die NATO-Kommuniqués dienen, deren Sprache nicht nur von Fachleuten, sondern auch von der breiten Öffentlichkeit verstanden werden müsse. Die Dinge entwickelten sich nicht automatisch, und man habe auch in den Parlamenten mit harten Debatten zu rechnen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 673

war; NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77.

21 Vgl. dazu Ziffer 7 des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16. Mai 1979 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 109. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 322.

22 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe am 24./25. April 1979 in Homestead/Florida vgl. Dok. 113 und Dok. 114.

23 Paul Vanden Boeynants.

NL-Verteidigungsminister erläuterte Haltung seiner Regierung dahingehend:

1) Sie akzeptierten die Verbindung zwischen Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie und TNF-Modernisierung. Abschluß von SALT II werde jedoch von Bedeutung für TNF-Modernisierung sein.

2) Es müsse anerkannt werden, daß nukleare Angelegenheiten in einem Land wie den NL besonders sensitiv seien. Eine Entscheidung für Produktion der Neutronenwaffe mit der Entscheidung für die TNF-Modernisierung zu verbinden, würde katastrophale Folgen in den NL haben.

3) TNF-Modernisierung dürfe nicht in der Verstärkung der Rolle von Nuklearwaffen resultieren. Andere nukleare Aufgaben sollten dann z.B. bei den Waffen kurzer Reichweite reduziert werden.

4) Die NL könnten sich nicht an einen festen Zeitplan für die Entscheidung binden. Sie versprächen, ihr Bestes zu tun und stimmten der US/GE-Forderung nach einer Allianz-gemeinsamen Entscheidung zu. Auch wenn TNF-Modernisierung von ihnen als notwendig erachtet werde, sei ein paralleler und möglichst konkreter Rüstungskontrollansatz zwingend notwendig. Er unterstütze den deutschen Vorschlag einer gemeinsamen Sitzung von HLG und SG im September. Die kontroverse öffentliche Diskussion habe in den NL bereits begonnen.

Der norwegische Minister unterstrich die Notwendigkeit, die TNF-Modernisierungsentscheidung auf eine breite Übereinstimmung und vertiefte Unterrichtung der Öffentlichkeit über die angewachsene Bedrohung zu gründen. Ein ernster paralleler Rüstungskontrollansatz sei notwendig, vorzugsweise im Rahmen von SALT III.

Die bekannte NO-Haltung hinsichtlich der Stationierung nuklearer Waffen bleibe erhalten, sie umfasse auch Schiffe der norwegischen Marine.[24]

Auf eine Feststellung des General Secretary, daß luftgestützte TNF-Flugkörper für Öffentlichkeit leichter zu akzeptieren seien, antwortete Secretary of Defense Brown, daß dies zwar möglich sei, aber die geringere Überlebensfähigkeit bedacht werden müsse.

General Secretary faßte zusammen, daß die politischen, geographischen und finanziellen Sensitivitäten von Land zu Land verschieden seien, es gelte jetzt, flexibel zu sein und keine Möglichkeit auszuschließen.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10558 (201)

24 Botschafter Heipertz, Oslo, legte am 17. November 1978 dar: „Die norwegische Verteidigungspolitik geht von zwei Vorbehalten aus: 1) Die norwegische Regierung wird keine Verpflichtung eingehen, die eine Stationierung fremder Streitkräfte auf norwegischem Territorium zum Inhalt hat, solange Norwegen nicht angegriffen wird oder unmittelbar bedroht ist. 2) Norwegische Streitkräfte werden nicht mit Atomwaffen ausgerüstet; Norwegen läßt in Friedenszeiten die Lagerung von Atomsprengköpfen auf eigenem Territorium nicht zu." Vgl. den Schriftbericht Nr. 834; Referat 204, Bd. 115979.

144

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann

201-360.92/33 NLD-1342/79 VS-vertraulich **18. Mai 1979**[1]

Betr.: Deutsch-niederländische Konsultationen über Verteidigungs- und Sicherheitsfragen in Den Haag am 11. Mai 1979;
hier: Zusammenfassendes Ergebnisprotokoll

TOP 1 a) TNF-Modernisierung, 25. NPG-Tagung[2]

TOP von niederländischer Seite eingeführt. 25. NPG-Tagung habe keine konkreten Beschlüsse gebracht. Die hierfür notwendigen Optionen müßten in den kommenden Monaten durch HLG erarbeitet werden. Hinsichtlich möglicher Entscheidungen im Herbst könne sich die niederländische Regierung nicht jetzt schon festlegen. Auch zu Finanzierungsfragen bestünden noch keine Vorstellungen.

In Homestead hätten Niederländer folgende Voraussetzungen für TNF-Modernisierung genannt:

- Rüstungskontrollaspekt sei zu beachten;
- Abschluß von SALT II[3];
- keine Entscheidung zugunsten einer Weiterverfolgung der ER-Waffen-Einführung;
- direkte Verbindung zwischen Gefechtsfeldwaffen und LRTNF (keine Veränderung der Sprengkopf-Gesamtzahl nach oben; möglichst Reduktion der Gesamtzahl; deutliche Verringerung bei Gefechtsfeldwaffen zugunsten LRTNF).

Dr. van Vloten schilderte schwierige politische Situation in Niederlanden im Hinblick auf nukleare Probleme. Ziel der niederländischen Regierung sei die Reduktion der nuklearen Waffen. Regierung stehe unter Druck einer starken Kampagne, die, von Parlament, politischen Parteien und Öffentlichkeit stark emotionell geführt, mehr Fortschritte verlange. Das ER-Waffen-Problem habe diese Kampagne nicht ausgelöst, aber verstärkt.[4]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 18. Mai 1979 über Ministerialdirigent Dröge an Ministerialdirektor Blech weitergeleitet.
Hat Dröge und Blech am 21. Mai 1979 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 10502 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe am 24./25. April 1979 in Homestead/Florida vgl. Dok. 113 und Dok. 114.

3 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

4 Legationsrat Ischinger vermerkte am 1. Juni 1979, bei den deutsch-niederländischen Planungsstabgesprächen am 30. Mai 1979 habe die niederländische Seite dargelegt: „Die niederländische Regierung befinde sich in einer immer komplizierter werdenden innenpolitischen Lage. Dabei hätten sich zwei Überzeugungen herausgebildet: Einmal sei es communis opinio in den Niederlanden, daß Kernwaffen zahlenmäßig nicht vermehrt, sondern verringert werden müssen. Insbesondere die Kirchen hätten diese Position bezogen; davon bleibe auch der niederländische Verteidigungsminister, der einer christlichen Partei angehöre, nicht unberührt. Zum anderen sei die Neutronenwaffe in den Niederlanden zu einem so negativ belegten Begriff geworden, daß die bloße Wiederbelebung dieser Diskussion Chancen einer vernünftigen Regelung im Bereich der TNF-Modernisierung vollends

(Am Rande der Konsultationen wurde durch de Ryck van der Gracht darauf hingewiesen, daß ER-Waffen-Kampagne seinerzeit durch sowjetische Botschaft in Den Haag über niederländische Kommunistische Partei initiiert worden sei. Sowjetischer Botschafter sei für Erfolg in Moskau dekoriert worden. Besetzung dieses Postens mit bisherigem Botschafter in Peking beweise, daß Sowjetunion Niederlande für schwächstes Glied in der Kette halte und versuchen werde, in TNF-Auseinandersetzung hier weiteren Einbruch zu erzielen.[5])

Die in Nuklearfragen rigorosen Beschlüsse des letzten Kongresses der in Opposition stehenden Arbeiterpartei (PvdA) könnten nicht als endgültige Parteipolitik gewertet werden; mit einem wirklichen Programm sei erst 1980/1981 zu rechnen.[6]

Für niederländische Regierung selbst gäbe es keine Alternative zur NATO und keine nationalen Alleingänge. Dies zeige z.B. die Nuklearisierung der niederländischen „Lance". Das Parlament verlange jedoch, daß jede größere Veränderung im nuklearen Bereich und insbesondere bei TNF ausführlich geprüft werde unter dem Gesichtspunkt

- der Abschreckung,
- des Vorrangs der konventionellen Verteidigung,
- der rüstungskontrollpolitischen Implikationen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 676

verschütten könnte." Von niederländischer Seite sei daher davor gewarnt worden, die Stationierungsentscheidung der Bundesregierung von einer Beteiligung der Niederlande abhängig zu machen: Die Bundesregierung „billige den TNF-Modernisierungsgegnern in den Niederlanden damit nämlich gewissermaßen ein ‚droit de regard' hinsichtlich der Entscheidung der Bundesregierung zu. Von den TNF-Modernisierungsgegnern in den Niederlanden werde inzwischen das Argument vorgebracht, man könne mit einer negativen Entscheidung in den Niederlanden zugleich eine positive Entscheidung in der Bundesrepublik Deutschland verhindern." Vgl. VS-Bd. 11600 (02); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Am 11. Juni 1979 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Uhrenbacher, Den Haag, seitens des niederländischen Außenministeriums sei mitgeteilt worden, „daß Regierung Tätigkeit n[ieder]l[ändischer] Kommunistischer Partei (CPN) mit wachsendem Mißtrauen verfolge. Partei habe bis vor zwei Jahren Neutralität zwischen sowjetischem und chinesischem Kurs gewahrt, sei jedoch seither immer mehr unter Einfluß sowjetischer Botschaft gekommen. Früherem sowjetischen Botschafter Alexander Romanow sei es offensichtlich gelungen, CPN in Fahrwasser sowjetischer Politik zu bringen. CPN habe Kampagne gegen Neutronenbombe zu Beginn 1978 mit Erfolg gestartet und in öffentlicher Meinung der Niederlande hierbei einen beträchtlichen Einbruch erzielt. Neuer, in Parteihierarchie noch höherrangiger Botschafter Wasili S. Toestikow werde diese Aktivität zweifellos fortsetzen und zu intensivieren versuchen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 215; VS-Bd. 11092 (202); B 150, Aktenkopien 1979.

6 Am 8. Mai 1979 teilte Botschafter Dreher, Den Haag, zum Parteitag der niederländischen Arbeiterpartei (PvdA) vom 27. bis 29. April 1979 in Amsterdam mit: „Von den Entschließungen des Kongresses sind die folgenden für uns von besonderem Interesse: 1.1) Am 29.4. [...] sprach sich die Mehrheit a) für eine Reduzierung der Zahl der in Europa stationierten nuklearen Sprengköpfe aus, b) für ein Verbot, neue Waffensysteme der NATO in Europa einzuführen, und c) für eine Verpflichtung der NATO, nicht als erste atomare Waffen einzusetzen. 1.2) Die Diskussion um die Resolution über das Verbleiben in der NATO hatte scharfe Diskussionen der Gegner und Befürworter ausgelöst. Die Befürworter warnten vor einer Isolierung der Niederlande ohne NATO-Mitgliedschaft und vor innenpolitischen Folgen, die es der PvdA wohl unmöglich machen würden, wiederum an der Regierungsverantwortung teilzunehmen. 1.3) Ein Vorschlag der Parteiführung, wonach für den Fall der Einführung der Neutronenwaffe in der NATO ein Parteikongreß erneut beschließen müsse, ob die Niederlande aus der NATO austreten sollen, wurde verworfen. Die angenommene Fassung besagt nun, daß die PvdA eine Beendigung der Mitgliedschaft im Verteidigungsbündnis verlangen werde, wenn die Neutronenwaffe für die NATO beschlossen werde." Vgl. den Schriftbericht Nr. 515; Referat 202, Bd. 115660.

Regierung müsse deshalb stets in der Lage sein, Parlament und Öffentlichkeit ihre Entscheidungen überzeugend zu erklären. Dabei käme es auch auf die Wortwahl an. So solle man z. B. nicht von Stärkung, sondern von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit sprechen.

Dg 20[7] wies auf deutsche öffentliche Diskussion hin, hob als positiven Aspekt jedoch hervor, daß öffentliche Debatte Regierung auch Möglichkeit gegeben hätte, ihre Politik zu erklären. Es folgte ausführliche Darstellung deutscher Position anhand Gesprächsunterlagen.

[Hofmann][8]

VS-Bd. 10502 (201)

145

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1748/79 geheim
Fernschreiben Nr. 584
Citissime

Aufgabe: 18. Mai 1979, 10.20 Uhr[1]
Ankunft: 18. Mai 1979, 09.52 Uhr[2]

Betr.: DPC-Ministersitzung[3]
hier: Restricted session am 16.5.1979

Zur Unterrichtung

Teil II

III. Verteidigungshilfe für TU und PO

Generalsekretär[4] leitete mit der Bemerkung ein, daß die Bündnis-Antwort auf türkische Bitte um Verteidigungshilfe bisher sehr bescheiden geblieben sei.

7 Heinz Dröge.

8 Verfasser laut Begleitvermerk. Vgl. Anm. 1.

1 Hat Ministerialdirigent Dröge am 18. Mai 1979 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Blech am 19. Mai 1979 vorgelegen, der für Dröge und Referat 201 handschriftlich vermerkte: „Das auf S. 3 angestrichene Problem kann insbes[ondere] für uns wichtig (und schwierig) werden. Wir müssen darauf vorbereitet sein und eine Position entwickeln, die unserem Verhältnis zu US wie unserer N[ah]O[st]-Politik (europäischer Aspekt) Rechnung trägt. Vgl. Erfahrungen von 1973." Vgl. dazu Anm. 20.
Hat Dröge am 21. Mai 1979 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 21. Mai 1979 vorgelegen, der für Legationsrat I. Klasse Boldt handschriftlich vermerkte: „Wie steht es mit unserer Ausbildungshilfe?"
Hat Vortragendem Legationsrat von Nordenskjöld am 25. Mai 1979 vorgelegen, der für Hofmann handschriftlich vermerkte: „M[eines] E[rachtens] hängt alles vom Einzelfall ab. Sehen Sie eine brauchbare ‚Doktrin'?"

2 Datum und Uhrzeit so in der Vorlage.

3 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16. Mai 1979 in Brüssel vgl. auch Dok. 140 und Dok. 143.

4 Joseph Luns.

Hauptlast trügen USA[5] und Bundesrepublik[6]. Er begrüßte niederländische Absicht, ebenfalls verstärkt Hilfe zu leisten. Weitere konkrete und solidarische Angebote seien nötig, auch auf den Gebieten Rüstungskooperation und Bestellung von geeigneten Rüstungsgütern in der Türkei.

TU Verteidigungsminister Akmandor appellierte eindringlich an die Bündnispartner, die Verteidigungs- und Wirtschaftshilfe für die Türkei[7] auf eine breitere und konkretere Basis zu stellen. Er beschrieb im einzelnen die düstere wirtschaftliche Lage der Türkei[8] und erklärte, daß kein Land längere Zeit die schweren Konsequenzen (Arbeitslosigkeit, Inflation) tragen könne. Daraus resultierende politische Instabilität sei nicht nur eine Gefahr für die Türkei, sondern eine Bedrohung für die Sicherheit der gesamten Allianz. Die Fähigkeit, den Bündnisbeitrag aufrechterhalten zu können, sei eng gekoppelt mit der wirtschaftlichen Konsolidierung. Die Bedeutung dieses Problems für die Allianz sei angesichts der zunehmenden sowjetischen Bedrohung und der Vorgänge im Mittleren Osten gewachsen. Er äußerte sich unbefriedigend über die Ergebnisse, die die Ad-hoc-Gruppe für Verteidigungshilfe bisher zustande gebracht hat. Die Antwort auf die von der Türkei vorgelegten Materiallisten sei mager. Verteidigungshilfe brauche sich nicht auf direkte Lieferung von Rüstungsgütern zu beschränken, andere Hilfsmaßnahmen seien denkbar:

a) verstärkte Rüstungskooperation;

b) Kreditgewährung;

c) Direkteinkäufe in der Türkei;

d) Einrichtung gemeinsamer Ausbildungseinrichtungen in der Türkei (siehe auch Bericht Eurogroup);

e) kostenlose Gewährung technischer Unterstützung;

f) größere Berücksichtigung bei der Vergabe von gemeinsam finanzierten Infrastruktur-Projekten.

Abschließend wies er nochmals auf den Zusammenhang glaubwürdiger kollektiver Verteidigung mit der wirtschaftlichen Gesundung schwacher Bündnispartner hin.

Der PO Generalstabschef[9] unterstrich für sein Land die türkischen Ausführungen. Der Fortschritt der Bündnishilfe für die Modernisierung der portugiesischen Streitkräfte sei sehr begrenzt. Die NATO-Brigade warte immer noch auf wichtiges Gerät.[10] Die Ausstattung mit modernen Flugzeugen sei noch ungelöst. Er beschäftigte sich vornehmlich mit dem Fregattenprogramm.[11] Dieses

5 Zur Einstellung und Wiedergewährung der amerikanischen Verteidigungshilfe an die Türkei vgl. Dok. 24, Anm. 12.

6 Zur Verteidigungshilfe der Bundesrepublik für die Türkei vgl. Dok. 140, Anm. 3.

7 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 115.

8 Zur Zahlungsbilanz der Türkei vgl. Dok. 135, Anm. 7.

9 António dos Santos Ramalho Eanes.

10 Portugal richtete auf der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 10. Juni 1976 die Bitte an seine Bündnispartner, im Rahmen der Streitkräfteplanung der NATO Hilfe für die Aufstellung einer mechanisierten Brigade zu gewähren. Zur Beteiligung der Bundesrepublik vgl. AAPD 1976, II, Dok. 375, und AAPD 1977, II, Dok. 250.

11 Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 19. April 1979 über eine Studie des NATO-Kommandos Atlantik zur Ausrüstung der portugiesischen Marine mit neuen Fregatten: „Der Vertreter

sei jetzt in der Hand einer „special working group" der CNAD[12], die erstmals am 18. Mai tage. Hierbei würde eine völlig neue Lösung gesucht, von den Nationen Beiträge entweder in Form von Ausrüstung oder Geld zu erhalten. Der Erfolg dieser Gruppe hinge vom politischen Willen aller ab, das Programm zu realisieren. Es sei ein Test für die Solidarität der Allianz. Die drei Fregatten würden angesichts der gestiegenen maritimen Bedrohung im Iberland-Bereich dringend benötigt.

Abschließend forderte er nochmals, die Arbeit der CNAD-Arbeitsgruppe politisch zu unterstützen.

Der Generalsekretär beendete die Diskussion mit dem Appell, die Erklärungen guten Willens in Realitäten umzusetzen.

IV. AWACS[13]

Der BE Verteidigungsminister[14] informierte das DPC, daß er auch jetzt noch nicht die belgische Zusage zur Beteiligung am AWACS-Beschaffungsprogramm geben könne. Er könne jedoch seine Zusage zur Beteiligung an den Operationskosten und an den mit dem Projekt verbundenen Infrastrukturkosten geben. Sobald sich die belgische Haltung zum Beschaffungsprogramm geändert habe, werde er das DPC informieren.

V. Lage im Mittleren Osten und im Persischen Golf

Der US-Verteidigungsminister[15] gab eine gedrängte Übersicht über die Lageentwicklung der letzten sechs Monate in diesen Gebieten, die durch die wachsenden Risiken und steigende Instabilität gekennzeichnet werde. Ungeachtet ihrer Haltung zum israelisch-ägyptischen Friedensvertrag[16] seien die Staaten,

Fortsetzung Fußnote von Seite 679

von SACLANT erläuterte die SACLANT-Studie und begründete noch einmal die militärische Notwendigkeit des Fregattenbaus mit dem kritischen Schiffsmangel besonders im Iberland-Bereich. Er empfahl dringend die Einrichtung einer Projektgruppe, um weitergehendere Untersuchungen durchzuführen." Der amerikanische Sprecher habe darauf verwiesen, „daß das Hauptproblem für dieses Projekt die Geldbeschaffung sei. Das US-Hilfsprogramm für Po[rtugal] habe einen bestimmten Umfang und die Prioritäten seien im Augenblick noch in anderer Weise festgelegt (Heer, Luftwaffe). Falls dann noch Mittel zur Verfügung stünden, wolle man gern helfen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 478; VS-Bd. 11101 (203); B 150, Aktenkopien 1979.

Vortragender Legationsrat Hofstetter unterrichtete am 15. Juni 1979 die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel über die Haltung der Bundesregierung: „1) Der Beschluß des BSR über Form und Umfang der künftigen Verteidigungshilfe für Portugal steht unter dem Vorbehalt der abschließenden parlamentarischen Genehmigung. 2) Deutsche Beteiligung am Fregattenbauprogramm könnte nur in Form von Beistellungen und nicht als Finanzhilfe erfolgen. Beteiligung über Mittel deutscher NATO-Verteidigungshilfe hätte zur Folge, daß Wünsche anderer portugiesischer Teilstreitkräfte entsprechend unberücksichtigt bleiben müßten. 3) Deutsche Beteiligung setzt Feststellung zuständiger NATO-Gremien voraus, daß das Fregattenprogramm entgegen bisheriger Prioritätenliste nunmehr absolute Priorität genießt. 4) Deutsche Beteiligung setzt gleichermaßen voraus, daß portugiesischer Generalstab entgegen Feststellung vom April nunmehr auf Ebene der Gesamtstreitkräfte nicht vornehmlich die Ausrüstung des portugiesischen Heeres, sondern ebenfalls das Fregattenprogramm als Priorität ausweist." Vgl. den Drahterlaß Nr. 2961; VS-Bd. 10582 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

12 Conference of National Armaments Directors.

13 Zur geplanten Einführung des luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystems (AWACS) vgl. Dok. 62, Anm. 6.

14 Paul Vanden Boeynants.

15 Harold Brown.

16 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

die er im Februar und März besucht habe[17], über die zunehmende sowjetische Aktivität besorgt.

Der Ausdruck vitalen amerikanischen Interesses an der Stabilität in dieser Region sei gut aufgenommen worden, und es gebe ein starkes Interesse an Konsultationen über Sicherheitsfragen. Die Ereignisse im Jemen[18] und die amerikanische Reaktion darauf habe der Sowjetunion das US-Interesse verdeutlicht (US-Präsenz im Indischen Ozean, Entsendung von Luftstreitkräften nach Saudi-Arabien[19] etc.). Das US-Vorgehen in diesem Raum stütze sich auf:

- nachhaltige Unterstützung des israelisch-ägyptischen Friedensvertrages,
- regionale Demonstrationen des US-Interesses und Entschlossenheit,
- Ausbalancieren des sowjetischen Einflusses durch US-Präsenz,
- militärische Unterstützungsprogramme,
- wirtschaftliche Zusammenarbeit, die immer wichtiger werde.

Bei allem US-Interesse ginge es aber auch um europäische Positionen und Abhängigkeiten, die sich auch in europäischer Beteiligung an Sicherheitsregelungen ausdrücken sollten, wie z.B.

- Teilnahme an gemeinsamen Übungen von Staaten in dieser Region, vor allem durch solche europäischen Länder, die ebenfalls dort militärisch präsent seien,
- Ausbildungshilfe,
- Sicherstellung des Zugangs für die USA durch Gewährung von Transit und Überflugrechten.[20]

Anschließend an diese Ausführungen erläuterte der US-Verteidigungsminister, wie die kooperative Stärke der Allianz verbessert werden könne. Fortschritte im Rüstungskontrollbereich seien auf lange Sicht nur zu erzielen, wenn die Allianz ihre Verteidigungsfähigkeit erhalte und stärke. Fortschritte bei SALT und MBFR seien noch nicht derart, daß die NATO in ihrer Wachsamkeit nachlassen könne. Die Allianz habe gute Vorsätze in den letzten Jahren formuliert, wie sie sich auch in der „ministerial guidance" niederschlügen (Langzeitplanung, drei Prozent Realanstieg, LTDP[21], Streitkräfteziele, Infrastruktur, Rüstungskooperation, AWACS). Die praktische Realisierung dieser Vorhaben ließe aber noch sehr zu wünschen übrig.

Zur Verbesserung der Interoperabilität der Bündnisstreitkräfte sei nachhaltiger politischer Wille notwendig. Sonst würde die militärische Verteidigungsfähigkeit beschränkt, wie z.B. bei der bisher noch mangelnden Interoperabilität

17 Zur Nahost-Reise des amerikanischen Verteidigungsministers Brown vgl. Dok. 68.

18 Zum Konflikt zwischen der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) vgl. Dok. 60, Anm. 32.

19 Am 10. Januar 1979 ließ Präsident Carter unbewaffnete Jagdflugzeuge der amerikanischen Luftstreitkräfte nach Saudi-Arabien verlegen. Vgl. dazu den Artikel „Carter Orders a Dozen Jet Fighters to Saudi Arabia"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 11. Januar 1979, S. 1.

20 Der Passus „Sicherstellung des Zugangs ... und Überflugrechten" wurde von Ministerialdirektor Blech hervorgehoben. Vgl. dazu Anm. 1.

21 Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vgl. Dok. 31, Anm. 3.

im C3[22]-Bereich. Die USA sei so schuldig wie jeder andere. Die USA seien bereit, große Mittel in die Sicherstellung des globalen Interesses des Westens, in die Verstärkungsfähigkeit für Europa, die Modernisierung der Seestreitkräfte und die Sicherung der Ölrouten sowie die nukleare Rüstung zu investieren. Es sei jedoch für die USA ökonomisch nicht möglich, alles alleine zu tun. Dies sei der Hintergrund für die kollektiven Programme, wie z.B. LTDP. Der amerikanische Wille zur Wahrnehmung des globalen westlichen Sicherheitsinteresses sei zugleich ein Appell an Europa, mehr für die kollektive Verteidigung des Kontinentes zu tun. Das LTDP enthalte daher ein transatlantisches Geschäft, das weder unfair gegenüber Europa noch gegenüber den USA sei, vor allem wenn man bedenke, daß die gemeinsame Wirtschaftskraft Westeuropas größer sei als die der USA. In diesem Sinne appelliere er daran, die Partnerschaft der Allianz zu revitalisieren. Hierzu ergab sich keine Aussprache und der Generalsekretär empfahl das Thema der Aufmerksamkeit der übrigen Bündnispartner.

VI. Zum Abschluß würdigte der Generalsekretär den Ende Juni von seinem Posten zurücktretenden SACEUR, General Haig, und seine Leistungen für die Allianz als Oberbefehlshaber Europa.[23]

General Haig erwiderte und dankte für ihm gewährte Unterstützung, Verständnis und Geduld.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10514 (201)

22 Command, Control and Communications.

23 Zum Rücktritt des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Haig, vgl. Dok. 3, Anm. 22.

146

Botschafter Dreher, Den Haag, an das Auswärtige Amt

114-1756/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 18. Mai 1979, 15.50 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 171 **Ankunft: 18. Mai 1979, 15.31 Uhr**[2]

Betr.: Diskussion der deutschen Frage in der Presse

Bezug: Plurex 2410 Az. 210-330.00 VS-NfD vom 16.5.1979[3] und DB Nr. 138 vom 20.4.1979 – POL 372.20

Zur Unterrichtung auf Weisung

Da der Direktor der Politischen Abteilung im nl.[4] Außenministerministerium, Generaldirektor Rutten, zur Zeit in Urlaub ist, habe ich am 18.5. die Angelegenheit mit seinem Vertreter, Herrn Bot, erörtert.

Herr Bot erklärte, daß die Polen in Den Haag nicht demarchiert hätten; der nl. Botschafter in Warschau[5] sei aber sowohl von hochgestellten Mitgliedern der polnischen Regierung als auch der Partei auf die Diskussion um die deutsche Frage angesprochen worden.[6] Die polnischen Gesprächspartner hätten ihre

1 Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 21. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat Wegener und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Richthofen am 21. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an den Attaché von Alvensleben verfügte.
Hat Alvensleben am 6. Juli 1979 vorgelegen.
Hat Wegener vorgelegen.

2 Datum und Uhrzeit so in der Vorlage.

3 Ministerialdirektor Blech informierte darüber, daß das Auswärtige Amt von der italienischen Botschaft über „eine Anfang April im italienischen Außenministerium durchgeführte Demarche" der polnischen Botschaft in Rom unterrichtet worden sei: „Die polnische Regierung verfolge mit wachsender Sorge, daß es im deutsch-polnischen Verhältnis Schwierigkeiten gebe. Hohe Beamte des Auswärtigen Amts hätten die endgültige Lösung des Problems der Oder-Neiße-Grenze dadurch in Frage gestellt, daß sie auf die Notwendigkeit eines Friedensvertrages mit ganz Deutschland hingewiesen hätten; andere Äußerungen deuteten darauf hin, daß die Bundesregierung beabsichtige, aktiv auf die Wiedervereinigung hinzuarbeiten; [...] es bestehe jetzt die Möglichkeit, die Wiedervereinigung herbeizuführen, da das Einverständnis aller Garantiemächte zu erwarten sei. [...] Die polnische Regierung habe Anlaß anzunehmen, daß die Bundesregierung den Normalisierungsprozeß erschweren wolle (Durchführung des Rentenabkommens von 1975). Warschau könne solche Zeichen nur dahin interpretieren, daß die Bundesregierung den Entspannungsprozeß, auf den sich die Unterzeichner der Schlußakte von Helsinki geeinigt hätten, sabotieren wolle." Vgl. den Runderlaß; Referat 210, Bd. 116502.

4 Niederländisch.

5 Everhardus Joannes Korthals Altes.

6 Botschafter Ahrens, Warschau, berichtete am 13. Januar 1979, der Sekretär des ZK der PVAP, Frelek, habe sich in der Dezemberausgabe der Zeitschrift „Internationale Angelegenheiten" zu den Perspektiven einer Wiedervereinigung Deutschlands geäußert: „Nach Beschreibung stabiler Lage Volkspolens in jetziger politischer Umwelt diagnostiziert Frelek Aspirationen der Bundesrepublik Deutschland, Japans und Chinas, Nachkriegsordnung vornehmlich in Europa ablösen zu wollen. Frelek präsentiert ‚Le Monde'-Artikel vom 29. August 1978 als Beweis für Gefahr, daß Bundesrepublik Deutschland Kontrolle über ihre europäischen Verbündeten erhalten und durch Streben nach Wiedervereinigung gegenwärtige politische und territoriale Ordnung Zentraleuropas unterminieren und damit auch Polens territoriale Integrität bedrohen wolle. [...] Frelek hebt hervor, daß ‚Le Monde' zufolge die Bundesrepublik Deutschland nach der UdSSR über die zweitgrößte konventionelle Armee in Europa verfüge und sie trotz ihres offiziellen Verzichts auf Nuklearwaffen die

große Besorgnis zum Ausdruck gebracht, daß die Vier Mächte an der Lösung der deutschen Frage mehr und mehr interessiert seien und ihren Widerstand gegen eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten aufgeben könnten. Dem Bericht der nl. Botschaft in Warschau zufolge über diese Gespräche sei dem nl. Botschafter insbesondere gesagt worden, daß die Sowjetunion an einer Wiedervereinigung interessiert sein könnte, wenn sichergestellt sei, daß in dem wiedervereinigten Deutschland die kommunistische Doktrin maßgebend sei. Die polnischen Gesprächspartner hätten nachdrücklich darauf hingewiesen, daß Polen auch unter einer solchen Bedingung und Voraussetzung für eine Wiedervereinigung keinesfalls hiermit einverstanden sei und jemals einverstanden sein werde. Die polnischen Gesprächspartner hätten aber dringend darum gebeten, diese Äußerungen absolut vertraulich zu halten.

Herr Bot erklärte ferner, daß der nl. Botschafter in Warschau seinen polnischen Gesprächspartnern deutlich widersprochen und erklärt habe, daß von einer akuten Möglichkeit einer Lösung der deutschen Frage keine Rede sein könne.

Meine Frage, ob nach der Berichterstattung der nl. Botschaft sich die polnischen Gesprächspartner auf „Erklärungen hoher Beamter des Auswärtigen Amts" bezogen hätten, hat Herr Bot eindeutig verneint.[7]

[gez.] Dreher

VS-Bd. 13120 (210)

Fortsetzung Fußnote von Seite 683

Mittel für ihre Produktion in Brasilien vorbereite und eine ganze Region in Zaire gepachtet habe, um Experimente mit interkontinentalen Raketen durchzuführen. Zur gleichen Zeit institutionalisiere die Bundesrepublik Deutschland ihre imperiale Wiedergeburt auf der Grundlage der Direktwahlen zum Europäischen Parlament. In Freleks eigenen Worten: ‚Die Gefahr ist entstanden, daß die Bundesrepublik Deutschland die Kontrolle über ihre Verbündeten erhält.'" Ahrens legte dazu dar: „Substanz und Sprache Frelekschen Artikels kommen völlig überraschend, zumal noch kürzlich polnischer Außenminister Wojtaszek bei Jahresvorschau 1979 von der weiteren Normalisierung der Beziehungen zu uns auf der Grundlage des Vertrages von 1970 gesprochen hatte. [...] Gravierend ist, daß Frelek mit seiner Analyse Gesamtheit unserer demokratischen Parteien einschließlich der Regierung unterstellt, sie wollten die jetzige friedliche Ordnung in Europa und der Welt unterminieren. Polens vornehmstes außenpolitisches Ziel scheint es nach diesem Artikel nunmehr zu sein, angebliche Angriffe der Bundesrepublik Deutschland auf seine territoriale Integrität abwehren zu müssen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 52; Referat 214, Bd. 132810.

Vortragender Legationsrat I. Kühn ergänzte dazu am 4. April 1979: „Zum Schluß seines Artikels setzt sich Frelek polemisch mit einem anonymen Artikel einer polnischen Dissidentengruppe (‚Polnische Verständigung für Unabhängigkeit') auseinander, der im Sommer 1978 auch in der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht worden ist. Die zentrale These dieses Dissidenten-Memorandums lautet, daß ein freies und von der Sowjetunion unabhängiges Polen eine Vereinigung Deutschlands als im polnischen Interesse liegend ansehen könne, wenn dieses vereinigte Deutschland die polnische Westgrenze bedingungslos anerkenne und in die Europäische Gemeinschaft integriert werde. Würden diese Bedingungen nicht erfüllt, so könnte damit das Bündnis mit Rußland ständig gerechtfertigt werden, unabhängig von der in Polen und Rußland bestehenden Regierungsform. Mit dieser Argumentation, so meint Frelek, werde Polen den imperialistischen Kräften ausgeliefert, die die bestehende politische und territoriale Ordnung in Mitteleuropa ändern und damit Polen in eine neue Tragödie verwickeln wollten." Vgl. Referat 214, Bd. 132810.

7 Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen vermerkte am 19. Juni 1979 über die polnischen Demarchen zur deutsche Frage: „Nach der allgemeinen Erörterung des Themas in den deutsch-polnischen Staatssekretärskonsultationen am 24./25. Mai 1979 in Warschau erscheint eine Aufnahme der polnischen Demarchen in Rom und London mit der polnischen Seite für sich nicht mehr erforderlich." Richthofen wies aber darauf hin, „daß die DDR von polnischer Seite gedrängt wurde, ihre Sicherheitsvorkehrungen gegen destabilisierende Einflüsse aus der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken und in den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland eine vorsichtigere Gangart an den Tag zu legen". Dazu stellte er fest: „Die polnischen Aktivitäten in Ostberlin

147

Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an Präsident Carter

Geheim **19. Mai 1979**[1]

Lieber Jimmy,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 26. April 1979, das mir Senator Muskie überbracht hat.[2] Sie sprechen darin auch die Themen an, die wir bei unserem Zusammentreffen in Washington erörtern könnten.[3] Ich bin mit allen Ihren Themenvorschlägen einverstanden.

Ich bin wie Sie der Meinung, daß wir erneut ausführlich über SALT sprechen sollten. Auch in den letzten Tagen habe ich mich mehrfach positiv zu SALT II geäußert, u.a. auf der Pressekonferenz anläßlich der deutsch-britischen Konsultationen in London.[4]

Diese positive Haltung fällt mir um so leichter, als es in den Kontakten zwischen Vertretern unserer Regierungen gelungen ist, Bedenken, die wir im Blick auf spezifische Inhalte[5] der SALT-Absprachen hatten, Rechnung zu tragen. Ich beziehe mich auf die Bereitschaft Ihrer Regierung, zur Nichtumgehungsklausel vor Senat und NATO eine Interpretationserklärung abzugeben, auf die einseitige amerikanische Erklärung, in der die Gegenseitigkeit bei der Limitierung von TNF gefordert wird, und auf die Klarstellung, daß die verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Optionen für die Cruise Missiles nach Ablauf der Laufzeit für das Protokoll wieder offen sind.[6] Ich bin davon überzeugt, daß uns diese Ergebnisse unserer gemeinsamen Arbeit gemeinsam zugute kommen werden. Ich stimme mit Ihnen auch darin überein, daß wir über die Modernisierung der TNF großer Reichweite und der damit zusammenhängenden rüstungskontrollpolitischen Fragen sprechen sollten. Die Bundesregierung hat über die-

Fortsetzung Fußnote von Seite 684

lassen es indessen geraten erscheinen, den Polen bei jeder sich bietenden Gelegenheit klarzumachen, daß eine schrittweise Verbesserung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten ein wichtiger Beitrag auch zur Weiterführung der Politik der Entspannung und Zusammenarbeit in Europa ist. Ohne Fortschritte in den innerdeutschen Beziehungen kann es keine dauerhafte Entspannung in Europa geben." Vgl. Referat 210, Bd. 116502.

1 Ablichtung.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, übermittelte das Schreiben am 23. Mai 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg. Dazu vermerkte er: „Ich bitte, die Übersendung an die Botschaft Washington zur Übergabe im Weißen Haus zu veranlassen und wäre dankbar für Unterrichtung über den Zeitpunkt der Übergabe." Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14079 (010); B 150, Aktenkopien 1979.
Hat York am 23. Mai 1979 vorgelegen.

2 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Senator Muskie am 7. Mai 1979; Dok. 126.

3 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.

4 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 10./11. Juni 1979 in Großbritannien auf. Vgl. dazu Dok. 131 und Dok. 132.

5 Korrigiert aus: „spezifische Inhalt".

6 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

sen Komplex in den letzten Tagen intensiv im Bundessicherheitsrat beraten.[7] Mir liegt daran, Sie zur Vorbereitung unserer Gespräche über die im Bundessicherheitsrat erarbeiteten Ergebnisse zu unterrichten; ich füge daher ein entsprechendes Memorandum bei. Ich weiß, daß wir diese Probleme nicht abschließend behandeln können, bin aber davon überzeugt, daß unsere Gespräche für die weitere Arbeit im Bündnis wichtige Impulse geben können.[8]

Ich freue mich auf die Fortsetzung unseres Gedankenaustausches am 6. Juni.

Mit freundlichen Grüßen
Schmidt

[Anlage]

Memorandum

I. Die Bundesregierung betrachtet SALT II als ein zentrales Element der sicherheitspolitischen Stabilisierung. Auf dieser Basis kann der Verhandlungsprozeß in SALT III fortgesetzt werden.

Das dynamische Gleichgewicht der zentralstrategischen Nuklearpotentiale, wie es in den letzten Jahren entstanden ist und durch SALT II vertraglich abgesichert wird, gibt der seit langem bestehenden Disparität im Mittelstreckenbereich (eurostrategic level) eine neue politische Qualität. In dieser Situation erhält die in einem rüstungskontrollpolitischen Freiraum stattfindende, ungehinderte qualitative und quantitative Verbesserung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials besonderes Gewicht.

Die sich aus diesen geänderten strategischen Bedingungen ergebenden Forderungen nach

- Sicherung der Implementierbarkeit der NATO-Strategie durch ein lückenloses Abschreckungs- und Eskalationsspektrum und
- Stärkung der Kopplung der Elemente der NATO-Triade zum Erhalt des Kontinuums der Abschreckung sowie die sich daraus ableitende Notwendigkeit der Stärkung der zum selektiven Einsatz auf das Territorium der UdSSR geeigneten TNF

werden im Bündnis erkannt.

II. Nach Auffassung der Bundesregierung hat die Frage der Modernisierung der TNF großer Reichweiten (LRTNF)[9] eine über deren militärstrategische Bedeutung hinausgehende, grundsätzliche sicherheitspolitische Relevanz. Sie ist ein entscheidender Prüfstein für die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Allianz und für die Solidarität unter allen ihren Mitgliedern.

[7] Die Sitzung des Bundessicherheitsrats fand am 14. Mai 1979 statt.

[8] Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron übermittelte das Schreiben am 23. Mai 1979 an die Botschaft in Washington. Dazu führte er aus: „Es wird gebeten, nachstehendes Schreiben mit Memorandum baldmöglichst im Weißen Haus für Präsident Carter zu übergeben." Vgl. den Drahterlaß Nr. 580; VS-Bd. 11401 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

[9] An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Der Begriff ‚Modernisierung' von LRTNF wird gleichbedeutend verwandt für evolutionäre Stärkung von TNF großer Reichweite (LRTNF). Beide Begriffe umfassen sowohl die qualitative Verbesserung bestehender wie die Einführung neuer Systeme."

Für das Bündnis kommt es darauf an, angesichts eines erkannten politisch-militärischen Erfordernisses die Fähigkeit zu einer auf gemeinsamer und angemessener Risiko- und Lastenteilung basierenden Entscheidung zu demonstrieren. Die Fähigkeit des Bündnisses, diejenigen Entscheidungen zu treffen, die für seine Verteidigung und für die Glaubwürdigkeit der Abschreckung notwendig sind, ist auch eine zentrale Voraussetzung für eine glaubwürdige Rüstungskontrollpolitik. Sollten diese Entscheidungen nicht zustande kommen, bestünde die Gefahr einer sichtbaren Desintegration der Allianz mit negativen Konsequenzen für die Fortsetzung der Entspannungspolitik auf der Grundlage glaubwürdiger Verteidigungsfähigkeit. Es liegt deshalb im Interesse des Bündnisses, gerade bei der wichtigen Entscheidung über die LRTNF-Modernisierung die Glaubwürdigkeit der im Harmel-Bericht[10] niedergelegten Doppelstrategie des Bündnisses zu dokumentieren und sie sichtbar zu machen.

Sollte die NATO die erforderlichen Entscheidungen nicht fällen können, könnte die Sowjetunion annehmen, sie könne später von einem „Sanktuarium" aus das europäische Bündnisterritorium in einer Geiselfunktion halten und damit das Kontinuum der Abschreckung durchbrechen.

III. Es bleibt die Hauptaufgabe der Allianz, die Implementierbarkeit der Strategie sicherzustellen. Die LRTNF-Modernisierung zielt darauf ab, das westliche Potential in dem begrenzten Umfang evolutionär zu stärken, der erforderlich ist, um die Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit des Bündnisses auch künftig zu gewährleisten. Dies erfordert in erster Linie Verbesserung von Reichweite, Überlebensfähigkeit und Eignung der Waffensysteme zu selektivem Einsatz und läßt sich nur durch angemessene verteidigungspolitische Maßnahmen erreichen. Wir müssen aber vermeiden, daß die LRTNF-Modernisierung als Versuch mißverstanden wird, ein regionales, auf Europa begrenztes nukleares Gleichgewicht herzustellen. Dies würde der Abkopplung Vorschub leisten.

Der notwendige Abbau der bestehenden Disparitäten im Mittelstreckenbereich sollte durch eine Kombination von verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen erreicht werden, die neben der strategischen Einheit des Bündnisses auch dessen rüstungskontrollpolitische Einheit manifestiert.

IV. Bei der LRTNF-Modernisierung geht es darum, entscheidende Interessen des gesamten Bündnisses zu wahren, nicht nur amerikanische oder nur europäische. Ein substantieller Beitrag der Europäer und damit der Bundesrepublik Deutschland zu politischer Risikoteilung ebenso wie zu den materiellen Lasten ist unverzichtbar, um angesichts der gegen die Allianz in Europa gerichteten Bedrohung das eindeutige Zeichen der solidarischen politischen Reaktionsfähigkeit zu geben. Dieses Zeichen ist notwendig, weil die Sowjetunion versucht, die notwendigen verteidigungspolitischen Entscheidungen des Bündnisses in ihrem Sinne zu beeinflussen. Hierbei ist es offensichtlich das Ziel der Sowjetunion, durch eine politische und psychologische Offensive das westliche Potential schon jetzt einzufrieren und erforderliche Innovationen zu verhindern.

10 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77.

Das Bündnis sollte dieser Politik der östlichen Seite m.E. gemeinsam entgegentreten und negative Wirkungen auf die verteidigungspolitischen Entscheidungsprozesse vermeiden. Für die Bundesregierung ist es von größter Bedeutung, daß das strategische Konzept der Vereinigten Staaten und die Verteidigungsstrategie der NATO in den gemeinsamen Bemühungen um glaubwürdige Abschreckung und verläßliche Friedenssicherung unmittelbar miteinander verbunden sind. Sie begrüßt es, daß Präsident Carter diesen Zusammenhang nachdrücklich, so bei seinem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland[11], bekräftigt hat.

Die letzte NPG-Ministerkonferenz[12] hat deutlich gemacht, daß die USA bereit sind, aus dem Bewußtsein dieser Verantwortung auch ihre politische Führungsrolle bei der Herbeiführung einer Bündnisentscheidung zur Frage der Modernisierung der LRTNF wahrzunehmen.

V. Die Dislozierung von LRTNF auf ihrem Territorium bedeutet für alle nichtnuklearen europäischen Staaten eine qualitative Veränderung ihrer sicherheitspolitischen Situation.

Die Bundesrepublik Deutschland ist auf Grund ihrer politischen, historischen und geostrategischen Lage von allen sicherheitspolitischen und somit auch nuklearpolitischen Fragen besonders betroffen.

Ihrer geostrategischen Situation trägt sie durch ihre Teilnahme an nuklearen Einsatzmitteln und die Dislozierung des überwiegenden Teils des bisherigen TNF-Potentials auf ihrem Territorium bereits heute Rechnung. Dieser relativ hohe Anteil ist auch darauf zurückzuführen, daß andere europäische NATO-Staaten TNF auf ihrem Territorium nicht dislozierthaben.

Eine besondere Verantwortlichkeit der Bundesrepublik Deutschland für die LRTNF-Modernisierung würde sie innerhalb der europäischen Partner in eine singuläre Stellung bringen, die angesichts der politisch-historischen Situation innen- wie außenpolitisch und eurostrategisch negative Auswirkungen haben würde.

Hieraus leiten sich auch die Hauptpositionen einer möglichen deutschen Beteiligung an der LRTNF-Modernisierung ab.

1) Die Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt auch künftig nicht, sich als „user nation" an LRTNF zu beteiligen.

2) Wir gehen davon aus, daß Großbritannien sich an der LRTNF-Modernisierung beteiligt und daß die bisherige Haltung Frankreichs sich nicht ändert.

3) Eine Stationierung dieser Systeme in der Bundesrepublik Deutschland setzt eine möglichst breite Dislozierungsbeteiligung weiterer europäischer Staaten voraus, d.h. keine Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland, keine Dislozierung beschränkt auf deutsches Territorium.

4) Um möglichst vielen NATO-Partnern eine Möglichkeit der Beteiligung auch an LRTNF offenzuhalten, sollte man die Diskussion geeigneter Waffensysteme

11 Präsident Carter hielt sich vom 13. bis 15. Juli 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 219 und Dok. 223.

12 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe am 24./25. April 1979 in Homestead/Florida vgl. Dok. 113 und Dok. 114.

nicht zu früh auf wenige Systeme einengen. Es ist deshalb vernünftig, neben landgestützten Systemen mit spezifischen Vorteilen seegestützte in den Überlegungen der Allianz zur LRTNF-Modernisierung zu belassen.

5) Selbstverständlich gilt es, die Auswirkungen von Modernisierungsmaßnahmen auf die bereits laufenden Rüstungskontrollverhandlungen in Rechnung zu stellen. Das bedeutet jedoch nicht, daß die notwendigen LRTNF-Modernisierungsmaßnahmen durch bloße Hoffnungen auf ausgewogene rüstungskontrollpolitische Ergebnisse in Frage gestellt werden. Vielmehr müssen die Modernisierungsmaßnahmen so wie beschlossen nach Umfang, Art, Zeitpunkt und Phasen durchgeführt werden, es sei denn, daß rüstungskontrollpolitische Fortschritte Veränderungen rechtfertigen oder notwendig machen.

6) Ein integrierter komplementärer verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischer Ansatz im Bündnis ist zur langfristigen Sicherung der strategischen und rüstungskontrollpolitischen Einheit des Bündnisses unverzichtbar.

VI. Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß eine politische Grundsatzentscheidung des Bündnisses, insbesondere zur Dislozierungsfrage, bis zum Ende dieses Jahres angestrebt werden sollte und auch erreicht werden kann. Ein Hinauszögern dieser Entscheidung könnte den Eindruck von Entscheidungsschwäche vermitteln und könnte den erhofften positiven Ansatz für die Rüstungskontrollverhandlungen gefährden.

Die Bundesregierung stellt mit Befriedigung fest, daß die Arbeiten der High Level Group gut vorangekommen sind[13], und begrüßt die Ergebnisse der NPG-Ministertagung. Sie glaubt, daß Grund zu der Annahme besteht, daß die Vorbereitung für die erforderlichen politischen Entscheidungen in der High Level Group termingerecht abgeschlossen werden könne.

Inzwischen haben unter amerikanischem Vorsitz auch die ersten Beratungen der Special Group stattgefunden.[14] Die Bundesregierung betrachtet die Einsetzung dieser Gruppe als einen außerordentlich wichtigen politischen Entschluß des Bündnisses und begrüßt, daß es gelungen ist, die Vorarbeiten dazu in so kurzer Zeit abzuschließen. Dies wäre nicht möglich gewesen ohne eine außerordentlich enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland und ohne die Kontakte zwischen der amerikanischen Regierung und anderen Bündnispartnern.

Die ersten Sitzungen der Special Group lassen die Erwartung zu, daß auch im Bereich der Rüstungskontrollpolitik die notwendigen Vorarbeiten termingerecht abgeschlossen werden können, so daß wir am Ende dieses Jahres mit parallel vorbereiteten Entscheidungen bei der LRTNF-Modernisierung und im Bereich der Rüstungskontrolle rechnen können. Ende des Sommers sollten gemeinsame Sitzungen der High Level Group und der Special Group stattfinden.

Es wird eine der politisch besonders relevanten Aufgaben sein, nach Vorlage der Abschlußberichte der High Level Group und der Special Group die notwendigen Folgerungen in einem sicherheitspolitischen Gesamtrahmen zu ziehen und entsprechende Entscheidungen in beiden Bereichen uno actu zu treffen.

13 Vgl. dazu den Bericht der High Level Group für die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe am 24./25. April 1979 in Homestead/Florida; Dok. 113, Anm. 8.

14 Zum Stand der Arbeiten in der Special Group der NATO vgl. Dok. 131, Anm. 27.

VII. Beim Besuch von Generalsekretär Breschnew in Bonn[15] hat die Bundesrepublik Deutschland ihre Besorgnis über das wachsende sowjetische Mittelstreckenpotential deutlich gemacht. Die Sowjetunion hat sich seither wiederholt bereit erklärt, auch über Waffensysteme zu verhandeln, die bisher nicht in Verhandlungen einbezogen sind und auf der jeweils anderen Seite Besorgnis hervorrufen.

Es erscheint unerläßlich, daß vor allem die sowjetischen Mittelstreckenpotentiale in die rüstungskontrollpolitischen Bemühungen um ein stabiles nukleares Gleichgewicht einbezogen werden. Dies würde bedeuten, daß in Verhandlungen über die Begrenzung nuklearer strategischer Waffen versucht wird, eine weitere Zunahme der sowjetischen Nuklearrüstung unterhalb der interkontinentalstrategischen Ebene zu verhindern und erste Schritte zum Abbau der bestehenden sowjetischen Überlegenheit einzuleiten.

Dies setzt nach Auffassung der Bundesregierung voraus, daß im Bündnis ein gemeinsames Verständnis von der Bedeutung des Begriffs „strategisch" besteht, nämlich daß die strategische Bedrohung der Allianz gleichermaßen von den sowjetischen interkontinentalen und von den sowjetischen Mittelstreckensystemen ausgeht. Durch dieses Verständnis würde die sicherheitspolitische und strategische Einheit des Bündnisgebietes sichtbar werden.

Die Sowjetunion befindet sich im Mittelstreckenbereich bisher in einem Freiraum. Dieser gibt ihr die Möglichkeit, ihre Überlegenheit bei den nuklearen Mittelstreckensystemen auszubauen und gegenüber der Allianz in Europa politisch zu nutzen. Diese Möglichkeit muß eingeschränkt werden.

VIII. Es kommt darauf an, daß das Bündnis eine Verhandlungskonzeption entwickelt, die die Verknüpfung von Abschreckung und Rüstungskontrolle zum Ausdruck bringt und sichtbar macht, daß Verhandlungen nicht isoliert über Mittelstreckensysteme geführt werden sollen; dem könnte folgendes Vorgehen gerecht werden:

- Die Allianz fällt die Entscheidung über die evolutionäre Stärkung der TNF großer Reichweite. Diese Entscheidung regelt auch die Frage der Dislozierung. Der Implementierungsprozeß für die getroffenen Modernisierungsentscheidungen wird in Gang gesetzt.
- Parallel und gleichzeitig wird ein rüstungskontrollpolitischer Vorschlag an die Sowjetunion gerichtet. Dieser Vorschlag könnte Bestandteil der Verhandlungsposition von SALT III werden, um isolierte Verhandlungen über Mittelstreckensysteme zu vermeiden.

Ein solches paralleles Vorgehen würde die autonome Entscheidungsfähigkeit des Bündnisses dokumentieren, seine Verteidigungsbereitschaft erhalten und die Chance rüstungskontrollpolitischer Schritte zum Abbau der Mittelstrekkendisparität verbessern.[16]

VS-Bd. 14079 (010)

15 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

16 Das Antwortschreiben des Präsidenten Carter vom 1. Juni 1979 an Bundeskanzlers Schmidt wurde am 3. Juni 1979 von Legationsrat I. Klasse Rupprecht an die Botschaft in Washington und die Stän-

148

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow

VS-NfD **21. Mai 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Botschafter Semjonow am 21. Mai 1979 von 18.15 bis 20.15 Uhr

Weitere Teilnehmer: Dolmetscher, AL 2[2]

Auf Bitten des *Bundeskanzlers* berichtet der *Botschafter* über seine Eindrücke aus den ersten Monaten seiner Tätigkeit.[3]

Bundeskanzler führt aus, er habe das Gespräch gesucht, um einen ausführlichen Gedankenaustausch zu haben. Er habe den Eindruck, daß die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik sich insbesondere seit dem Besuch von Breschnew[4] sehr zufriedenstellend entwickelt haben.

Bundeskanzler erläutert sodann die Haltung der Bundesregierung zu SALT. Es wäre besser gewesen, wenn SALT ein halbes Jahr früher abgeschlossen worden wäre.[5] Jetzt rücke der Ratifikationsprozeß in die Nähe des Wahlkampfes in den Vereinigten Staaten[6]. Er werde sich in Amerika[7] wie in seinen letzten Reden für eine baldige Ratifikation von SALT einsetzen.

SALT II enthalte wie jedes Vertragswerk eine Reihe von Kompromissen. Er werde sich hierzu vor der Öffentlichkeit in Amerika nicht äußern, wohl aber in

Fortsetzung Fußnote von Seite 690

dige Vertretung bei der NATO in Brüssel übermittelt. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 2733; VS-Bd. 10570 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann legte dazu am 3. Juni 1979 dar: „Carter widerspricht in keinem Punkt der vom Bundeskanzler in seinem Memorandum vom 23. Mai 1979 eingenommenen Position. Unterschiede sind jedoch in Carters Verlangen nach Präzisierung und Konkretisierung der vor Jahresende zu treffenden Entscheidungen zu sehen. [...] Wichtigste Punkte der Antwort Carters sind seine Aufforderung an die Bundesregierung, eine klare Aussage zur deutschen Stationierungsbereitschaft abzugeben; seine Feststellung, daß der notwendige Umfang der LRTNF-Modernisierung rüstungskontrollpolitisch nicht zur Disposition gestellt werden darf." Vgl. VS-Bd. 10570 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

1 Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 22. Mai 1979 gefertigt und am 23. Mai 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter „zur Unterrichtung von Bundesminister Genscher" übermittelt. Dazu vermerkte Ruhfus: „Der Bundeskanzler hat den Vermerk noch nicht gebilligt."

Hat Ministerialdirektor Blech und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 213, Bd. 133091.

2 Jürgen Ruhfus.

3 Wladimir Semjonowitsch Semjonow war seit 21. November 1978 Botschafter der UdSSR in Bonn. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 325.

4 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

5 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

6 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

7 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.

seinen Reden auch ausführen, daß er hoffe, daß auf SALT II weitere Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstung folgen werden, und daß es auch bei MBFR Fortschritte geben werde.

Botschafter: In Moskau werde der Haltung der Bundesrepublik und des Bundeskanzlers zu SALT II eine wichtige Rolle beigemessen. Die über SALT II hinausgehenden Vorschläge zur Begrenzung der strategischen Rüstung blieben auf der Tagesordnung. Derzeit würde an der Ausarbeitung der Vertragstexte gearbeitet. Nach Veröffentlichung der Texte werde die öffentliche Aufnahme vielleicht günstiger sein als gegenwärtig. Man schätzt, daß im Senat 30 Senatoren für Ratifizierung, 30 dagegen und 40 unentschieden seien. Es bestehe die Tendenz, das Kräfteverhältnis zu verbessern. Ford und Kissinger komme eine Schlüsselrolle zu für das Stimmverhalten des Senats.

Die Sowjetunion verknüpfe mit SALT II Hoffnungen auf Fortschritte im bilateralen Bereich, vor allem im wirtschaftlichen Bereich und auch bei anderen internationalen Fragen. Die Position sei niedergelegt in der Budapester Erklärung des Warschauer Pakts.[8]

Bundeskanzler: SALT II werde für Carter nicht leicht sein. Carter werde die Unterstützung seiner europäischen Freunde benötigen. Thatcher, Giscard und er selbst hätten sich bereits positiv für SALT II ausgesprochen. Auch die Sowjetunion müsse sehen, daß Carters Lage nicht einfach sei und daß das Verhalten der Sowjetunion in anderen Bereichen Bedeutung haben könnte. Einige der amerikanischen Schlüsselpersönlichkeiten verknüpfen ihre positive Haltung mit Erwartungen in anderen Bereichen, beispielsweise im Hinblick auf die Haltung der US-Administration gegenüber bestimmten militärischen Beschaffungsfragen.

Er sei nicht sicher, ob die Frage der Verifikation auf Dauer eine große Rolle spielen werde. Es würde ihn nicht verwundern, wenn die Administration gedrängt werde, in SALT-freien Feldern zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen. Wenn dies geschehe, hoffe er auch hier auf Verständnis der Sowjetunion für Carters Schwierigkeiten.

Bundeskanzler wies sodann auf die Bedeutung des Problems der nuklearen Mittelstreckenraketen hin. Er habe Breschnew bereits auf die Bedeutung der Frage hingewiesen. Der Ausbau der SS-20 und der „Backfire"-Bomber könnte im Laufe der 80er Jahre zu Ungleichgewichten im eurostrategischen Bereich führen. Die westliche Verteidigungsallianz denke über die sich hieraus ergebenden Konsequenzen nach. Die Bundesregierung wolle nicht in eine singuläre Lage gedrängt werden. Dies gelte besonders für die Zurverfügungstellung unseres Territoriums. Er vermute, daß im Herbst oder Frühwinter 1979 der Versuch, das gravierende Ungleichgewicht zu verringern, eine größere Rolle spielen wird. Die Bundesregierung dränge darauf, daß das Problem auf doppelte Weise angegangen wird: nicht nur durch die Stationierung weitreichender Mittelstreckenraketen, sondern auch durch beiderseitige Versuche, zu einer Begrenzung des eurostrategischen Potentials zu kommen. Wir bemühten uns, daß

[8] Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 329-332.

Vorschläge ausgearbeitet werden, die im Herbst oder Frühwinter vorgelegt werden können.

Bundeskanzler erläuterte sodann die bekannte Haltung der Bundesregierung zu MBFR. In den letzten anderthalb Jahren habe es lautes Nachdenken und Fortschritte in Richtung auf Parität, gemeinsame Obergrenzen und Durchführung der Vereinbarung in mehreren Schritten gegeben. Bei der Datenfrage habe es dagegen keine Annäherung gegeben. Es sei nötig, hier eine Lösung zu finden, die beiden Seiten hilft, das Gesicht zu wahren. Wenn die Divergenz von 150000 Mann ungeklärt bleibe, werde eine Zustimmung des Bundestages nicht zu erreichen sein. Sowjetische Überlegungen, die Dateneinigung zurückzustellen und statt dessen exakte Zählkriterien für die Zukunft zu vereinbaren, seien ein wichtiges Zeichen dafür, daß auf beiden Seiten nachgedacht werde.[9] Diese Lösung würde jedoch für uns nicht ausreichen.

Nach Ratifikation von SALT II müsse es bei MBFR deutliche Fortschritte geben, sonst drohe die Gefahr, daß in Wien der Impetus verlorengehe.

Das Budapester Kommuniqué enthält zu viele Vorschläge, als daß man auf alles eingehen könne. Die Bundesregierung habe die Hoffnung, daß das nächste KSZE-Treffen in Madrid[10] sorgfältig vorbereitet werde und erfolgreich verlaufe. Auch wir hätten uns schon dafür ausgesprochen, daß das Madrid-Treffen teilweise auf politischer Ebene stattfindet.

Bundeskanzler kam sodann auf die bevorstehende Begegnung Carter/Breschnew zu sprechen.[11] Er gehe davon aus, daß bei der Wiener Gipfelbegegnung auch über den Nahen Osten und das Verhältnis beider Länder zur VR China gesprochen werde. Die Position der Bundesregierung zu China sei bekannt und unverändert. Hua Guofeng werde im Herbst Frankreich, Großbritannien und die Bundesrepublik besuchen.[12] Er gehe davon aus, daß der Besuch weniger spektakulär verlaufen werde als der von Deng Anfang dieses Jahres.[13] Er habe die Zurückhaltung der sowjetischen Führung gegenüber der Strafaktion Chinas gegen Vietnam[14] öffentlich als „weise" bezeichnet. Er halte es für einen Irrtum, wenn man meine, der Westen könne von Differenzen zwischen Peking und Moskau profitieren.

9 Vgl. dazu die Überlegungen des Leiters der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow; Dok. 139, Anm. 3.

10 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

11 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

12 Ministerpräsident Hua Guofeng besuchte vom 15. bis 21. Oktober 1979 Frankreich, vom 21. bis 28. Oktober die Bundesrepublik, vom 28. Oktober bis 2. November Großbritannien und vom 3. bis 6. November 1979 Italien. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt am 22./23. Oktober 1979 vgl. Dok. 301 und Dok. 305.

13 Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping hielt sich vom 29. Januar bis 4. Februar 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 37.

14 Zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg vgl. Dok. 100, Anm. 7.

Bundeskanzler erläuterte sodann die Haltung der Bundesregierung zur Energiepolitik.[15] Er wies darauf hin, daß die Bundesregierung zu den von Breschnew vorgeschlagenen Ost-West-Konferenzen über Energie und Umwelt eine positive Haltung einnehme.[16]

Die Bundesregierung habe sich nach dem Zwischenfall in Harrisburg[17] an die IAEO gewandt und einen internationalen Meinungsaustausch über Reaktorsicherheit vorgeschlagen.[18] An dem Meinungsaustausch sollten insbesondere die Mitglieder des Gouverneurrates der IAEO, damit auch die Sowjetunion, teilnehmen. Internationale Zusammenarbeit in diesem wichtigen Energiebereich könne auch zur allgemeinen Festigung des Vertrauens beitragen.

Bundeskanzler betonte sein Interesse daran, daß die zwischen Sowjetunion und Bundesrepublik vereinbarten Außenministerkonsultationen durchgeführt werden und daß die nächste Runde bald stattfindet.[19]

Er habe beobachtet, daß es in den sowjetischen Medien Kritik an BM Genscher und BM Apel gegeben habe. Er glaube nicht, daß derartige Kritik nützlich sei.

Die Öffentlichkeit der Bundesrepublik habe auf die Maßnahmen gegen die ZDF-Korrespondenten empfindlich reagiert.[20] StS van Well habe hierüber bereits mit dem Botschafter gesprochen.[21] Es gebe bei uns gewisse Besorgnisse wegen

15 Am 16. Mai 1979 verabschiedete das Bundeskabinett die zweite Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom 14. Dezember 1977. Vgl. dazu BULLETIN 1979, S. 605–608.

16 Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 9. Dezember 1975 vgl. Dok. 120, Anm. 13.

17 Zum Reaktorunfall im Kernkraftwerk „Three Mile Island" vgl. Dok. 120, Anm. 15.

18 Zur Initiative des Bundeskanzlers Schmidt in der Frage der Reaktorsicherheit vgl. Dok. 126, Anm. 17.

19 Am 23. April 1979 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken zu den „Außenministerkonsultationen" zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR: „Wir müßten Gromyko nach Bonn einladen. Zwar war Gromyko in Begleitung von Breschnew im Mai 1978 in Bonn, aber die letzte autonome Konsultationsrunde fand im Juli 77 in Moskau statt [...]. Wie vor einigen Wochen in der sowjetischen Botschaft gesprächsweise anklang, erwarten die Sowjets von uns den ersten Schritt." Vgl. Referat 213, Bd. 133133.

20 Das sowjetische Außenministerium teilte am 16. Mai 1979 mit, der ZDF-Korrespondent Robert Stengl und der Kameramann Herbert Altmann müßten die UdSSR binnen einer Woche verlassen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot notierte am 29. Mai 1979, die Ausweisung sei „ein Novum in der Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen seit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages am 12.8.1970. Bisher sind Ausweisungen vereinzelt nur in den 50er und 60er Jahren vorgekommen. [...] Über das Singuläre der Angelegenheit hinaus wirft der neue Vorfall deshalb Fragen auf, weil die von den Sowjets vorgebrachten Gründe bei dem Korrespondenten Stengl in keiner Weise und im Fall Altmann nur bei Anlegung eines sehr strengen Maßstabes überzeugen. [...] Die Sowjets haben Altmann eine strafbare Handlung, der eine Rempelei am 27. Februar 1979 in Sibirien zugrunde liegt, und Stengl Untätigkeit bei dieser Rempelei vorgeworfen. Altmann werden – nicht spezifizierte – abfällige Äußerungen über die Sowjetunion zur Last gelegt. Gegenüber Stengl wird der Vorwurf der Beleidigung der Sowjetunion erhoben [...]. Es ist unwahrscheinlich, daß diese Vorfälle wirklich das sowjetische Motiv für die Ausweisung abgeben. [...] Wahrscheinlich ist vielmehr, daß die Sowjets die Schlägerei in Sibirien zum willkommenen Anlaß genommen haben, um ein Exempel zu statuieren. Augenscheinlich ging es den sowjetischen Sicherheitsorganen [...] darum, durch einen spektakulären Akt die bereits vorhandene vorsichtige Stimmung in den westlichen Journalistenkreisen zu verfestigen bzw. ein Klima der Einschüchterung zu fördern." Vgl. Referat 213, Bd. 133132.

21 Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot informierte die Botschaft in Moskau am 17. Mai 1979 über ein Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow vom selben Tag. Semjonow habe zur Ausweisung der ZDF-Mitarbeiter Stengl und Altmann erklärt, „bei den Maßnahmen handele es sich um eine Kleinigkeit, die von uns nicht aufgeblasen werden sollte. Diese Maßnahmen stünden im übrigen in keinem Verhältnis zu irgendwelchen Erscheinungen

des zeitlichen Zusammentreffens mit der Ausweisung des ZDF-Korrespondenten aus Ost-Berlin.[22] Er glaube nicht an einen derartigen Zusammenhang und würde es begrüßen, wenn dieser falsche Eindruck vermieden werden könnte.

Anfang Juni finden die Wahlen zum Straßburger Europaparlament statt.[23] Er habe darüber schon mit Breschnew gesprochen. Ihm liege daran, daß die sowjetische Seite diesen Vorgang maßvoll beurteilt. Die Sowjetunion solle sehen, daß die indirekte Beteiligung Berlins die bestehende Lage nicht verschlechtert. Bisher seien alle europäischen Abgeordneten einschließlich der Berliner durch einen Beschluß des Bundestages benannt worden. Jetzt würden die Berliner Vertreter durch das Abgeordnetenhaus benannt.[24] Er könne sich denken, daß diese neue Regelung wenn nicht begrüßt, so doch von sowjetischer Seite nicht ohne Befriedigung zur Kenntnis genommen werden könnte. Er wolle dieses Thema nicht vertiefen. Es habe noch hier und da Geräusche gegeben. Auf deutscher Seite sei auch kolportiert worden, daß die Behandlung der Korrespondenten möglicherweise hiermit zusammenhänge.

Mit SALT II stehe die weltpolitische Entwicklung vor einem entscheidenden Abschnitt. Die Bundesrepublik habe dringendes Interesse an der Ratifikation von SALT II und an weiteren Fortschritten bei MBFR. Die Sowjetunion möge ausgehen von einer Kontinuität der Politik der Bundesregierung in den Bereichen Abrüstung, KSZE und bilaterale Beziehungen Bundesrepublik/Sowjetunion.

Botschafter: SALT II komme in der Tat große Bedeutung zu für die internationale Atmosphäre, für den Abschluß weiterer Vereinbarungen und für die Lösung noch offener Fragen.

Die Verifikation werde in der Tat geringere Bedeutung haben, als es die gegenwärtige Diskussion vermuten lasse.

Der Vertrag und die beigefügten Anlagen seien ein einheitliches Dokument, das in Richtung auf Überprüfbarkeit wirke.

Die Sowjetunion wünsche nicht, daß die Ratifikation von SALT II mit anderen Fragen verknüpft werde. Erst solle man SALT II beenden und sich dann anderen Problemen zuwenden.

Die Frage der Mittelstreckenraketen bedürfe weiterer Besprechungen. Sie solle nach SALT II behandelt werden. Wenn man sie jetzt zu einer Bedingung von SALT II erhebe, würde sie den Abschluß von SALT II erschweren.

Bundeskanzler: Nicht zur Bedingung machen. Aber es werde sicherlich viel Begleitmusik in diesem Bereich geben.

Botschafter: Die SALT-III-Verhandlungen müßten genauso gründlich vorbereitet werden wie SALT II. Man müsse sich Zeit nehmen, um alle Fragen anzusehen, einschließlich der FBS.

Fortsetzung Fußnote von Seite 694

draußen. Man solle den Vorgang nicht an die große Glocke hängen, es handele sich um eine vorübergehende Episode." Vgl. den Drahterlaß Nr. 2446; Referat 213, Bd. 133132.

22 Zur Ausweisung des ZDF-Korrespondenten van Loyen aus der DDR vgl. Dok. 133, Anm. 7.

23 Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 7. und 10. Juni 1979 statt.

24 Zur Frage der Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament vgl. Dok. 50, Anm. 21.

Hinsichtlich der vom Bundeskanzler erwähnten Anregungen der NATO dürfte es sich empfehlen, möglichst flexibel zu handeln, um keine Schwierigkeiten für die Folgeverhandlungen heraufzubeschwören.

Der Prozeß lauten Nachdenkens über die MBFR-Verhandlungen sei nicht schlecht. Aber auch hier werde große Flexibilität benötigt. Die Asymmetrie beruhe auf unterschiedlichen militärischen Traditionen. In USA beispielsweise würden nur die Funker in die Armeen einbezogen. Die Struktur der Divisionen in den USA und in der Sowjetunion sei unterschiedlich.

Man solle MBFR nicht mit SALT II verknüpfen.

Bundeskanzler: Nicht als Kondition. Aber er gehe davon aus, daß Breschnew und Carter hierüber in Wien sprechen werden.

Botschafter: Es werde sicher nicht die einzige Frage sein, die dort besprochen wird.

Botschafter wies sodann auf die Bedeutung der Vorschläge der Budapester Erklärung hin, insbesondere auf die Anregung, noch 1979 eine Konferenz auf politischer Ebene abzuhalten.[25]

Von sowjetischer Seite werde in Wien sicher über sowjetisch-amerikanische Handelsbeziehungen und über die Aufhebung der Diskriminierung der Sowjetunion[26] gesprochen.

China werde große Bedeutung für die Gespräche haben. Die Sowjetunion sei besorgt über die Einstellung der ersten Verhandlungsrunde VR China/Vietnam.[27] Es bestehe der Verdacht, daß die Verhandlungspause von China zur Vor-

25 Botschafter Wieck, Moskau, stellte am 16. Mai 1979 zum Kommuniqué der Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts am 14./15. Mai 1979 in Budapest fest: „Operatives Kernstück des Kommuniqués ist der Vorschlag, noch im Jahre 1979 eine Konferenz der europäischen Staaten, USA und Kanadas zu den in Punkt 2 des Kommuniqés erwähnten vertrauensbildenden Maßnahmen durchzuführen. Die dabei im einzelnen vorgeschlagenen vertrauensbildenden Maßnahmen greifen teils auf ältere Vorschläge des Warschauer Pakts zurück, enthalten aber auch neue Elemente (Luftwaffen- und Marinemanöver). Das Kommuniqué läßt klar erkennen (Punkt 5), daß der Warschauer Pakt an einer Verselbständigung der militärischen Entspannung gegenüber den politischen Entspannungsbemühungen im KSZE-Rahmen (Konferenz von Madrid) interessiert ist. Die vorgeschlagene europäische ‚Konferenz über Fragen der militärischen Entspannung' erscheint geradezu als Voraussetzung für eine erfolgreiche Durchführung der Konferenz von Madrid." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1761; Referat 213, Bd. 133142.

26 Am 20. Dezember 1974 verabschiedete der amerikanische Kongreß den „Trade Act of 1974". In dessen Abschnitt 402 war festgelegt, daß, um „das fortdauernde Einstehen der Vereinigten Staaten für die fundamentalen Menschenrechte zu gewährleisten", Staatshandelsländern keine Behandlung nach dem Prinzip der Meistbegünstigung und keine „Kredite oder Kreditgarantien oder Investitionsgarantien gewährt werden" sollten, wenn „ein derartiges Land 1) seinen Bürgern das Recht oder die Gelegenheit zur Auswanderung verweigert; 2) mehr als eine nominelle Steuer auf Auswanderung oder Visa oder sonstige für die Auswanderung erforderliche Dokumente erhebt, gleichgültig zu welchem Zweck oder aus welchem Grunde; 3) mehr als eine nominelle Steuer, Abgabe, Geldstrafe, Gebühr oder sonstige Zahlung als Folge des Wunsches eines Bürgers erhebt, in das Land seiner Wahl auszuwandern". Auch Handelsabkommen sollten mit solchen Staaten nicht abgeschlossen werden können. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 108 f.

27 In einer Aufzeichnung der Referate 340 und 341 vom 10. Mai 1979 wurde zu den Verhandlungen zwischen der Volksrepublik China und Vietnam dargelegt: „Von den Verhandlungen zwischen den Streitparteien, die am 18.4.1979 in Hanoi auf der Ebene der Vizeaußenminister begonnen haben, ist zur Zeit ebenfalls kaum ein positives Ergebnis zu erwarten. China hat den vietnamesischen Drei-Punkte-Vorschlag vom 18.4.1979 (1. Schaffung einer entmilitarisierten Zone beiderseits der Grenze, Einsetzung einer gemeinsamen Kontrollkommission etc.; 2. Normalisierung der Beziehungen; 3. Regelung der Grenzprobleme) im wesentlichen zurückgewiesen und am 26.4.1979 einen für

bereitung neuer Aggressionen benutzt wird. Es wäre gut, wenn andere Staaten auf die VR China einwirken könnten.

Bundeskanzler: Er werde sich dies für seine Gespräche in Washington notieren.

Botschafter: Die nationalen Pläne der Sowjetunion räumten der Kernenergie einen wichtigen Platz ein. Harrisburg habe zur Überprüfung der sowjetischen Maßnahmen für Reaktorsicherheit geführt. Er werde den Wunsch des Bundeskanzlers nach einem internationalen Meinungsaustausch über Fragen der Reaktorsicherheit nach Moskau weiterleiten.

Außenminister Gromyko sei über den deutschen Wunsch nach baldiger Abhaltung der Außenminister-Konsultationen unterrichtet. Er teile die Auffassung des Bundeskanzlers, daß die Kritik offizieller Persönlichkeiten wenig nützlich sei. Dies gelte für beide Seiten. Die Bundesregierung verweise auf die Unabhängigkeit der deutschen Medien. Ausfälle gegen führende Persönlichkeiten der Sowjetunion stießen in Moskau auf Empfindlichkeiten.

Bundeskanzler: Er müsse von der deutschen Presse einiges einstecken. Es sei nicht gut, BM Genscher und BM Apel in die Polemik miteinzubeziehen.

Botschafter stimmte zu. Hinsichtlich der Ausfälle westdeutscher Korrespondenten behalte sich die sowjetische Regierung das Recht vor, so zu regieren, wie sie es für erforderlich erachte. Der Versuch, die Maßnahmen in Ost-Berlin und in Moskau als koordinierte Aktion darzustellen, sei ohne jede Grundlage. Es bestehe ein Abkommen zwischen dem sowjetischen Staatskomitee und dem deutschen Fernsehen. Dieses Abkommen sollte fortgesetzt werden.

Botschafter bat um besondere Vertraulichkeit dieser Mitteilungen.

Botschafter: Er habe mit Präsident Scheel bereits über die Wahlen zum Europaparlament gesprochen (Bundeskanzler zeigte sich ununterrichtet). Das bisherige Parlament in Straßburg habe eine ähnliche Rolle gespielt wie das Parlament in Frankfurt 1848. Die Wahlen zum Europaparlament seien ein neuer Schritt. Wenn Vertreter von West-Berlin ins Parlament aufgenommen werden und innerhalb der Delegation der Bundesrepublik mitarbeiten, wäre dies nach sowjetischer Ansicht eine Verletzung des „Vierseitigen Abkommens“[28], die gewisse Folgen haben könnte.

In Moskau beobachte man mit Besorgnis die Schritte der NATO zur Aufrüstung. Sie stünden im krassen Widerspruch zur Entspannung. Die Sowjetunion sei bereit, über alle Aspekte, die zur Einstellung des Wettrüstens führen könnten, zu

Fortsetzung Fußnote von Seite 696

Vietnam weitgehend unannehmbaren Acht-Punkte-Gegenvorschlag (u. a. Akzeptierung der – gegen die SU gerichteten – Anti-Hegemonie-Klausel; – offensichtlich im Hinblick auf Kambodscha und Laos – Vereinbarung über den Rückzug von Truppen in anderen Staaten; Anerkennung der chinesischen Souveränität über die Paracel- und die Spratley-Inseln; Wiederaufnahme der vertriebenen Chinesen) gemacht. Das Selbstbewußtsein Vietnams scheint im wesentlichen ungebrochen. Hanoi ist offensichtlich nicht bereit, in der Hauptsache nachzugeben. Es setzt seine Bemühungen um Konsolidierung seiner Position in Kambodscha und Laos mit sowjetischer Unterstützung sogar zielstrebig fort. Im Westen Kambodschas hat es die Roten Khmer kurz vor Beginn der Regenzeit im Rahmen umfangreicher Operationen derart in Bedrängnis gebracht, daß diese sich gezwungen sahen, zeitweilig auf Thai-Gebiet auszuweichen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132813.

28 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

verhandeln. Das beziehe sich insbesondere auf die Potentiale, die Besorgnis auf der jeweils anderen Seite hervorrufen.

Die Sowjetunion sei befriedigt über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Sie wünsche, daß weitere Schritte unternommen werden, z.B. zur Ausfüllung der Vereinbarung über die 25jährige wirtschaftliche Zusammenarbeit.[29]

Botschafter berichtete über das bevorstehende Treffen der Arbeitsgruppen und der gemischten Kommission. Er sehe eine Chance für die Verdopplung des Warenaustausches.[30] Es wäre gut, wenn die Vorschläge für den Ausbau der langfristigen Zusammenarbeit nicht nur von sowjetischer Seite kämen.

Bundeskanzler: Für die deutschen Firmen sei es sehr schwer zu übersehen, was die Sowjetunion benötige.

Botschafter: Der Austausch im landwirtschaftlichen Bereich sei zu gering. Es sei wichtig, daß auch kleinere und mittlere Unternehmen beteiligt würden. Ferner bestünden Chancen für große Projekte in Sibirien und im Bereich der Energie. Schließlich gebe es bei den Verhandlungen über ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit keine Fortschritte.[31]

Die Bundesrepublik habe mit der VR China ein entsprechendes Abkommen abgeschlossen.[32]

Bundeskanzler: Dies beruhe nicht auf Verschulden der Bundesrepublik. Er habe den Eindruck, daß die Zusammenarbeit durchaus funktioniere.

Botschafter: Seine Regierung lege Wert auf einen ausgewogenen Warenaustausch. Die Sowjetunion wolle keine Schulden machen. Er habe mit BM Graf

29 Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

30 Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen vermerkte am 24. April 1979: „Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen sind nach wie vor auf hohem Niveau. Zwar war nach stetigem Wachstum von 1971 bis 1976 im Jahre 1977 erstmals ein leichter Rückgang (-0,9%) zu verzeichnen. Mit einem Gesamtumsatz von 11,7 Mrd. DM brachte das Jahr 1978 jedoch wieder ein recht befriedigendes Ergebnis. Bemerkenswert daran ist vor allem die Steigerung der deutschen Einfuhren aus der Sowjetunion, die im Vergleich zu 1977 fast 20% erreichte. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern wird von großen und langfristigen Projekten getragen (z.B. Erdgas-Röhren, Hüttenkombinat Kursk-Oskolj, Chemieanlagen)." Vgl. Referat 213, Bd. 133133.

31 In einer Aufzeichnung des Referats 210 vom 22. Januar 1979 wurde zu den Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit dargelegt: „Nach jahrelangem Stillstand haben sich in den deutsch-sowjetischen Direktorenkonsultationen Ende November 1978 Ansätze zu einer Lösungsmöglichkeit in der Frage der praktischen Einbeziehung Berlins in die vertragliche technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf der Grundlage der sogenannten ‚synchronen Lösung' gezeigt. Nach diesem Modell würden gleichzeitig mit dem Abschluß eines Rahmenabkommens, das die Frank-Falin-Klausel enthält, Einzelvereinbarungen in ausgewählten Bereichen der Zusammenarbeit ebenfalls mit Frank-Falin-Klausel abgeschlossen sowie die Programme für diese Zusammenarbeit unter Einbeziehung Berlins vereinbart. [...] Gegen die ‚synchrone Lösung' spricht: Die Sowjetunion würde keine Zusage geben, daß Präsidenten und Vizepräsidenten der Bundesämter in Berlin zu Zwecken der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit in die Sowjetunion reisen könnten. Wir würden jedoch das Recht nicht aufgeben, daß auch dieser Personenkreis in die Zusammenarbeit voll eingeschlossen werden kann." Vgl. Referat 213, Bd. 133180.

32 Die Bundesrepublik und die Volksrepublik China schlossen am 9. Oktober 1978 ein Abkommen über wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1978, Teil II, S. 1527.

Lambsdorff[33] und Herrn Friderichs gesprochen über die Möglichkeit, die Versicherungszinssätze zu senken.

Im Herbst würden in Hamburg die Leningrader Festwochen stattfinden.[34]

Bundeskanzler: Wenn er Zeit habe, werde er gerne eine Aufführung besuchen.

Auch er messe den wirtschaftlichen Beziehungen sehr große Bedeutung bei. Die Anregungen des Botschafters würden den zuständigen Fachressorts übermittelt.

Das Europäische Parlament sei seit 1957 in den Römischen Verträgen[35] vorgesehen. Es werde keine größeren Kompetenzen erhalten. Der Vergleich mit dem Frankfurter Parlament sei nicht zutreffend.

In dem Budapester Kommuniqué würden die FBS in leicht polemischer Form angesprochen. Der Westen habe seine Rüstung vernachlässigt, während auf östlicher Seite mit der SS-20 und „Backfire" eine erhebliche Aufrüstung stattfinde. Die Sowjetunion schicke sich an, einen großen Vorsprung zu erreichen. Daher sei es nicht gut, wenn gegen die innerwestlichen Überlegungen, ein Gegengewicht gegen die sowjetische Aufrüstung zu schaffen – von Parität könne nicht die Rede sein – polemisiert würde.

Wenn Moskau sich in gleicher Weise in die westliche Diskussion einmischen würde wie im vergangenen Jahr bei der Frage der ERW, bestehe die Gefahr westlicher Trotzreaktionen. Es sei besser, wenn die Sowjetunion auf der Linie argumentiere, die Breschnew eingenommen habe und die zweimal vom Warschauer Pakt bestätigt wurde: Bereitschaft zu beiderseitigen Verhandlungen über Begrenzung der eurostrategischen Systeme.

Das Budapester Kommuniqué gehe auch nicht auf die französischen Vorschläge für eine europäische Abrüstungskonferenz[36] ein. An den französischen Vorschlägen sei interessant, daß Frankreich damit in die Rüstungskontrolldiskussion zurückgekehrt sei.

33 Bundesminister Graf Lambsdorff gab am 30. April 1979 zu Ehren des sowjetischen Botschafters Semjonow ein Essen mit Gästen aus der deutschen Wirtschaft. Botschafter Wieck, Moskau, teilte dazu am 8. Mai 1979 mit: „‚Iswestija' vom 4.5.1979 berichtet unter Überschrift ‚Interesse an Gemeinsamen Projekten' von Zusammentreffen BM Graf Lambsdorff mit [...] Semjonow. Bundesrepublik sei nach Worten Ministers zur Zusammenarbeit bei der Erschließung der sibirischen Naturschätze bereit. BM Lambsdorff habe zur Erweiterung der Ost-West-Kooperation und zur Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland bei der Verwirklichung von Projekten anderer westlicher Länder in Sibirien angeregt und unter Hinweis darauf, daß Unterzeichnung langfristigen Kooperationsabkommens ‚nicht auf dem Papier geblieben' sei, Stabilität und Bedeutung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen hervorgehoben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1626; Referat 213, Bd. 133133.

34 In Hamburg fanden vom 27. November bis 3. Dezember 1979 „Leningrad-Tage" statt. Generalkonsul Jirka, Leningrad, teilte dazu am 10. Dezember 1979 mit: „Bei verschiedenen Ansprachen wurden, soweit sie nicht fachlicher Natur waren, [...] einmütig die schon seit zwanzig Jahren bestehenden Austauschbeziehungen zwischen beiden Städten hervorgehoben. [...] Die sowjetische Seite stellte sich unverblümt als Trägerin des Friedensbanners dar, auf der die Hoffnungen der Völker beruhten, wobei als Zeugen Lenin, der 24. und 25. Parteitag der KPdSU sowie Breschnew mit seiner Ost-Berliner Rede vom 6. Oktober und seinem Prawda-Interview vom 7. November herhalten mußten." Vgl. den Schriftbericht Nr. 656; Referat 213, Bd. 133143.

35 Vgl. dazu die Artikel 137 bis 144 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957; BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 858–861.

36 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 3, Anm. 16.

Bundeskanzler berichtet sodann über seinen Besuch in Bulgarien.[37] Er bat den Botschafter um eine Unterrichtung über den Besuch Titos in der Sowjetunion.[38]

Botschafter sagte Unterrichtung von MD Dr. Ruhfus zu.

Bundeskanzler bat den Botschafter abschließend, Generalsekretär Breschnew seine persönlichen Grüße und die besten Wünsche für seine Gesundheit zu übermitteln.

Referat 213, Bd. 133091

149

Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt

114-1825/79 geheim
Fernschreiben Nr. 1931

Aufgabe: 23. Mai 1979, 23.55 Uhr[1]
Ankunft: 24. Mai 1979, 16.39 Uhr

Betr.: Besuch des Herrn Bundeskanzlers[2] bei Präsident Carter

Brzezinski, mit dem ich heute aus anderem Anlaß telefonierte, kam auf unser letztes Gespräch am 21.5. zurück und sagte mir, daß die Terminlage des Präsidenten äußerst schwierig sei. Der Zeitdruck, unter dem Carter stehe, sei enorm, und man könne deshalb ein Gespräch zuzüglich eines Mittagessens nicht vorsehen.

Ich habe Brzezinski mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß für das Gespräch zwischen dem Präsidenten und dem Bundeskanzler ausreichend Zeit zur Verfügung stehen müsse. Dies sei die erste Priorität.

Aus anderer Quelle weiß ich, daß der Zeitdruck des Präsidenten in der Tat außerordentlich ist. Ich rate deshalb ab, in der Frage des Mittagessens zu insistieren. Brzezinski hat mit zugesagt, alles ihm mögliche zu tun, um eine angemessene Gesprächszeit sicherzustellen.

Brzezinski antwortete auf meine Frage, ob ich dem Herrn Bundeskanzler vorschlagen solle, ein vorbereitendes Gespräch mit ihm zu führen, spontan, daß es natürlich allein beim deutschen Regierungschef läge, ob er solches wünschte,

37 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 2. bis 4. Mai 1979 in Bulgarien auf. Vgl. dazu Dok. 120, Dok. 122 und Dok. 124.

38 Staatspräsident Tito hielt sich vom 16. bis 21. Mai 1979 in der UdSSR auf.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 25. Mai 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn StS vorzulegen. Vorschlag: D 2, Dg 20."
Hat Staatssekretär van Well am 25. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Blech und Ministerialdirigent Dröge verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Ackermann am 28. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 29. Mai 1979 vorgelegen.

2 Bundeskanzler Schmidt besuchte die USA vom 5. bis 9. Juni 1979. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.

daß er es selber aber sehr begrüßen und – etwa zum Morgenkaffee – an jeden Ort unserer Wahl kommen würde.

[gez.] Staden

VS-Bd. 539 (014)

150

Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-1823/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 24. Mai 1979, 08.49 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 410 **Ankunft: 24. Mai 1979, 10.39 Uhr**

Betr.: Gespräch mit Politbüromitglied Joachim Herrmann[2]

I. Bei meinem diesjährigen Empfang zum Verfassungstag am 22. Mai entsandte die DDR als politisch höchstrangigen Gast das SED-Politbüromitglied Joachim Herrmann. Die übrigen amtlichen DDR-Gäste entsprachen in ihrem Rang und in ihrer Zahl dem Aufgebot der vorangegangenen Jahre; auffallend war, daß Vertreter für fast alle Verhandlungsbereiche (in denen derzeit die Termine größtenteils abgesagt worden sind[3]) erschienen waren. Mehr als dies aber muß die Entsendung Herrmanns hervorgehoben werden, weil damit zum ersten Mal seit Eröffnung der Vertretung[4] nicht nur ein Kandidat des Politbüros, sondern ein Vollmitglied erschien; in der Person Herrmanns noch dazu ein Mitglied, das einerseits seiner Funktion nach u.a. für journalistische Fragen zuständig ist, andererseits gelegentlich als meine Kontaktperson ins Politbüro hinein fungierte.

II. Herrmann benutzte die Gelegenheit, mich sogleich nach seinem Eintreffen in ein halbstündiges Gespräch unter vier Augen zu ziehen, bevor er sich den anderen Gästen zuwandte. Über unsere Unterredung ist zu berichten:

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen am 24. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Ministerbüro verfügte und handschriftlich vermerkte: „H[errn] v[on] Braunmühl z[um] V[organ]g (Unterr[ichtung] m[ün]dl[ich])."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Lewalter am 24. Mai 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Für BM."
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 25. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Legationsräte I. Klasse Jansen und Spohn verfügte.
Hat Jansen und Spohn vorgelegen.

2 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen handschriftlich: „Herr Bräutigam ist der Auffassung, daß DDR-Führung mit Rücksicht auf Stil der Führung in SU nach Breschnew ‚doppelgleisig' fährt, d.h. Verhandlungsbereitschaft aufrechterhält, ohne aber konkret mit uns weitermachen zu müssen."

3 Vgl. dazu die Schritte der Bundesregierung bezüglich der Durchführungsbestimmung vom 11. April 1979 zur Tätigkeit von ausländischen Journalisten in der DDR; Dok. 118.

4 Die Ständigen Vertretungen in Bonn und Ost-Berlin wurden am 2. Mai 1974 eröffnet. Vgl. dazu BULLETIN 1974, S. 446.

Joachim Herrmann führte das Gespräch in einer bemerkenswerten Mischung aus Anklagen einerseits und der Betonung andererseits, daß die beiden deutschen Staaten sicherlich erneut zu „vernünftigen Gesprächen und Verhandlungen" kommen würden. Er erwähnte den Satz des Bundeskanzlers, daß journalistische Arbeitsbedingungen nicht der alleinige Maßstab für die Beziehungen seien.

Zu den jüngsten Auseinandersetzungen über die Journalistenverordnung[5] und die Ausweisung eines der beiden ZDF-Korrespondenten[6] sagte Herrmann, unsere Seite solle sich nicht darüber täuschen, daß die DDR „in allen diesen Fragen nachdrücklich ihre Interessen als souveräner Staat" verteidigen werde. Es gehe der DDR-Führung nicht um das, was Korrespondenten kritisch über die DDR berichteten. Sie wehre sich jedoch gegen „eine wachsende Einmischung der Medien der Bundesrepublik in die inneren Angelegenheiten der DDR". Im Grunde berichteten viele Korrespondenten nicht über die DDR, sondern bemühten sich, für die DDR und in die DDR hinein zu berichten.[7] In allen solchen Fragen werde man auch künftig unnachgiebig die Interessen der DDR zu wahren wissen.

Herrmann sagte, er wolle die Bundesregierung vor der Annahme warnen, die DDR sei in diesen Frage nicht in voller Übereinstimmung mit der Sowjetunion.[8] Das Gegenteil sei richtig. Jeder Versuch unsererseits, zwischen der Haltung der Sowjetunion und der DDR zu unterscheiden oder gar auf eine unterschiedliche Einstellung zu spekulieren, sei „töricht" und „ohne jede Substanz".

Mein Gesprächspartner monierte vor allem „die Anstrengungen der Bundesregierung, die Journalistenfrage zu einem internationalen Thema zu machen".[9] Von solchen Schritten habe die DDR bisher Abstand genommen. Honecker beispielsweise habe auf seinen Reisen in Afrika[10] und nach Indien[11] nicht versucht, andere Staaten gegen die Bundesrepublik einzunehmen. Wenn die Bundesregierung dies weiterhin so tue, wie sie es im Zusammenhang mit der „Einmischung der westdeutschen Korrespondenten in die Angelegenheiten der DDR"

5 Zur Durchführungsbestimmung vom 11. April 1979 zur Tätigkeit von ausländischen Journalisten in der DDR vgl. Dok. 109, Anm. 28.

6 Zur Ausweisung des ZDF-Korrespondenten van Loyen aus der DDR vgl. Dok. 133, Anm. 7.

7 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

8 Am 20. April 1979 resümierte Botschafter Wieck, Moskau, die Berichterstattung der sowjetischen Presse zu den Reaktionen in der Bundesrepublik auf die Durchführungsbestimmung vom 11. April 1979 zur Tätigkeit von ausländischen Journalisten in der DDR: „Die schnellen, ausführlichen sowjetischen Äußerungen zu einer administrativen Maßnahme der DDR sind ungewöhnlich. Sowjetische Presse versucht den Eindruck zu erwecken, als ob es sich lediglich um eine innerdeutsche Kontroverse handele, obwohl sich die DDR-Instruktionen angeblich auf alle ausländischen Korrespondenten erstrecken sollen. Die ausführlichen sowjetischen Kommentare dienen in erster Linie als Schützenhilfe für die DDR, zeigen aber darüber hinaus eine gewisse Beunruhigung der Sowjetunion über die Heftigkeit der Reaktion in der Bundesrepublik Deutschland." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1425; Referat 210, Bd. 116483.

9 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

10 Nach einem Besuch am 15./16. Februar 1979 in Libyen hielt sich der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vom 17. bis 20. Februar in Angola, vom 20. bis 22. Februar in Sambia und vom 22. bis 24. Februar 1979 in Mosambik auf. Vgl. dazu Dok. 28, Anm. 19.

11 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 8. bis 12. Januar 1979 in Indien auf.

getan habe, so könne die DDR dies auch ihrerseits tun. Wir sollten nicht glauben, daß es irgendeinen Staat gebe, der sich eine andauernde publizistische Einmischung in seine inneren Angelegenheiten gefallen lasse. Mit dieser Auffassung stehe die DDR nicht allein; auch westliche Staaten seien bereit, das Korrespondentenproblem in dieser Weise zu sehen.

Als einen besonders gravierenden Punkt in der Reaktion der Bundesregierung nannte Herrmann die Absage der Konsultation über Abrüstungsfragen zwischen StS van Well und dem Leiter der DDR-Vertretung in Bonn, Moldt.[12] Diese Sache müsse von unserer Seite als erstes wieder in Gang gebracht werden, damit „auch andere Verhandlungsstränge wieder offen sind". In zweiter Linie nannte Herrmann in diesem Zusammenhang die Weigerung von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff, den DDR-Stand auf der Messe in Hannover zu besuchen.

Nach diesen Ausführungen sprach Herrmann dann jedoch davon, daß die DDR-Führung bereit und interessiert sei, in absehbarer Zeit zu „konstruktiven Gesprächen" zurückzukehren. Allerdings müsse unsere Seite stets im Auge behalten, daß alle Versuche, „die Souveränität der DDR zu tangieren", eine „entsprechende Antwort" erfahren würden. Von allen möglichen Themen weiterer Gespräche erwähnte er lediglich die Frage besserer Wirtschaftsbeziehungen. Diese ließen sich nur herstellen, wenn ein Ausgleich zwischen Lieferungen und Bezügen zwischen den beiden Staaten herbeigeführt würde; anders seien die wirtschaftlichen Beziehungen auf Dauer nicht auszubauen.

Das Gespräch kam dann auf die etwaige Möglichkeit, daß die Bundesrepublik vom 1. Juni an Steuern auf LKW und Omnibusse der DDR erhebt.[13] Herrmann (und ebenso Botschafter Seidel als einer meiner späteren Gesprächspartner auf dem Empfang) warnte sehr nachdrücklich vor den Folgen, die ein solcher Schritt haben könnte. Wir kamen überein, daß ich für den Fall einer solchen Maßnahme die Gelegenheit haben sollte, ihn (Herrmann) kurzfristig telefonisch zu kontaktieren, um ihn oder einen anderen hohen Vertreter der DDR als Ge-

12 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen durch Ausrufezeichen hervorgehoben.
Das Gespräch zwischen Staatssekretär van Well und dem Ständigen Vertreter der DDR, Moldt, über Abrüstungsfragen fand am 24. Juli 1979 statt. Vgl. dazu Dok. 212.

13 Vortragende Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander vermerkte am 29. Mai 1979 zu einer Besteuerung von LKW aus der DDR: „Durch eine Novelle vom 22. Dezember 1978 zum Kfz-Steuergesetz werden ab 1. Juni 1979 in der DDR zugelassene LKWs als ‚gebietsfremde Fahrzeuge' der Kfz-Steuer unterworfen, solange sie sich im Bundesgebiet befinden [...]. Dadurch entstehen der DDR Kosten in Höhe von DM 10 bis 12 Mio. pro Jahr. Seit Juli letzten Jahres gibt es Gespräche mit der DDR über die Möglichkeit, ein gegenseitiges Steuerbefreiungsabkommen abzuschließen. Die DDR war stets bereit, in ein solches Abkommen auch die von ihr erhobenen Straßenbenutzungsgebühren einzubeziehen, verlangte aber dafür eine Kompensation ihres Einnahmeausfalls. Falls eine Einigung nicht möglich sei und die DDR-LKWs von uns besteuert würden, müsse die DDR Gegenmaßnahmen ergreifen. Im Fünfergespräch vom 27. September und 18. Dezember v[origen] J[ahre]s bestand Einvernehmen, nach Sondierungsgesprächen durch StS Gaus die Verhandlungen mit der DDR aufzunehmen, jedoch die Kompensationsforderungen abzulehnen. [...] Am 4. April 1979 fand die erste Verhandlungsrunde statt; die Alliierten wurden unterrichtet. Gestützt auf den Verhandlungsbeginn leitete das BMF das Verfahren bei den Ländern ein, um nach § 16 Kfz-Steuergesetz die Besteuerung der DDR-LKWs für zwölf Monate auszusetzen. Da die Bundesländer teilweise einer Aussetzung nicht zustimmen wollten, bat der Bundeskanzler in der Kabinettsitzung vom 16. Mai 1979 um eine Abstimmung mit den Ländern auf hoher politischer Ebene. BM Matthöfer sagte dies zu." Vgl. VS-Bd. 13112 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

sprächspartner für die damit entstehende Lage zu haben.[14] (Ich bitte um besondere Vertraulichkeit für diese Verabredung.)

III. Da Herrmann von sich aus ein Gespräch über den gesellschaftlichen Anlaß hinaus gesucht hatte, benutzte ich die Gelegenheit, um ihn weisungsgemäß vor etwaigen Maßnahmen der DDR im Zusammenhang mit der Europa-Wahl zu warnen.[15]

Herrmann betonte in seiner Erwiderung, daß er sich nicht zu den unterschiedlichen Rechtsstandpunkten und „schon gar nicht" zu etwaigen Schritten seiner Seite äußern wolle. Er müsse jedoch nachdrücklich darauf hinweisen, daß es sich dabei „nach Auffassung der DDR, der Sowjetunion und unserer anderen Verbündeten" um eine „essentielle Frage" handle. Dementsprechend würde auch die Reaktion seiner Seite sein, über die in Einzelheiten sich zu äußern, er, wie gesagt, nicht bereit sei. Mehrfach wiederholte Herrmann, daß diese Angelegenheit „essentiell" sei. Er werde, so sagte er, meine Ausführungen an Honecker weiterleiten, empfehle jedoch, daß ich auch noch gegenüber Vizeaußenminister Kohl („also auf dem üblichen Dienstweg") meine Warnung vortrüge. (Ich werde dazu noch in dieser Woche Gelegenheit haben.)

Abschließend zu diesem Thema fragte Herrmann, ob unsere Seite wirklich erwarte, daß die DDR und ihre Verbündeten in dieser Sache tatenlos blieben.

IV. Mit allen notwendigen Vorbehalten will ich hier versuchen, aus den Gesprächen mit Herrmann und einigen anderen DDR-Vertretern eine Mutmaßung über das Verhalten der DDR nach der Europa-Wahl anzustellen: Nach meinem Eindruck wird sich die DDR nicht mit verbalen Protesten begnügen. Sie wird aber auch nicht zu äußersten, schärfsten Maßnahmen greifen; dies schon deswegen nicht, weil sie derzeit dafür wohl kaum die Zustimmung der Sowjetunion finden würde. Unter diesen Umständen müssen wir uns einstellen auf Reaktionen sozusagen mittlerer Schärfe. Dabei könnte die DDR bestrebt sein, ihre – mit Moskau abgestimmte – Reaktion faktisch und vor allem psychologisch-publizistisch vor allem auf das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten abzustellen, das unmittelbare Interessenfeld der Alliierten und der westlichen Öffentlichkeit aber möglichst auszusparen. Dies würde ihr erleichtert werden, wenn durch eine Steuererhebung auf LKW und Omnibusse der DDR wenige Tage vor der Europa-Wahl optisch der Bezugspunkt für die DDR-Reaktionen verwischt werden könnte. Durch eine solche Steuererhebung würde – über die Straßenbenutzungsgebühren hinaus – das Gebiet der verschiedenen Tarife allgemein ins Spiel gebracht werden, was dann zum Beispiel auch eine Anhebung des Mindestumtauschs für den Besuch von Berlin (Ost) auf die Höhe der Eintrittsgebühr für einen Besuch in der DDR einschließen könnte. Dies allerdings wäre bereits eine sehr weitgehende und die Alliierten mit berührende Maßnahme.

So oder so: Mit mehr als Verbalradikalismus haben wir nach meiner Einschätzung zu rechnen. Allerdings haben meine Gesprächspartner den Eindruck zu

14 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Reicht für V[eranlassun]g!"

15 Zur Frage der Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament vgl. Dok. 50, Anm. 21.

erwecken versucht, daß sie zwar einen „kalten Juni" erwarten, es danach aber wieder besser werden könnte.[16]

[gez.] Gaus

VS-Bd. 13110 (210)

151

Aufzeichnung des Staatssekretärs van Well

014-StS-473/79 VS-vertraulich **25. Mai 1979**[1]

Betr.: Offenhalte-Klausel beim Ausreise-Protokoll[2] mit Polen

Ich hatte am 24. und 25. Mai am Rande der Delegationsgespräche in Warschau eingehende Vier-Augen-Gespräche mit Vizeaußenminister Czyrek, insbesondere über die Weiterführung der Ausreisen.[3] Hierbei ergab sich folgendes:

In der Frage der Laufzeit des Protokolls (Oktober 1975 bis Oktober 1979 oder April 1976 bis April 1980) erscheint es nicht angezeigt, mit festen Terminen zu operieren.[4] Die Polen haben – nach Äußerung von VAM Czyrek – auf unsere Bit-

16 Am 11. Juni 1979 berichtete Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, über mögliche Reaktionen der DDR und der UdSSR auf die Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament: „Eine Information, die ich noch am späten Freitagnachmittag erhielt, läßt den Schluß zu, daß zwischen Ost-Berlin und Moskau bis unmittelbar vor dem 10. Juni etwaige Gegenmaßnahmen zur Berlin-Einbeziehung in die Europawahlen konsultiert und auf DDR-Seite solche Maßnahmen für das vergangene Wochenende erwartet wurden. Die Information besagte, daß in der Ost-Berliner Zeitungsredaktion für den 10. Juni ein verstärkter Bereitschaftsdienst angeordnet war, wie er sonst nur bei SED-Parteitagen oder anderen herausragenden Ereignissen verfügt wird. Auch seien führende Vertreter der DDR-Medien in der vergangenen Woche ‚sehr massiv' auf die grundsätzliche Bedeutung der Berlin-Einbeziehung in die Europa-Wahlen hingewiesen worden. [...] Von einem befreundeten Botschafter hier höre ich, daß Abrassimow noch zum 8. Juni gegenüber einem anderen Missionschef geäußert hat, die UdSSR könne nicht akzeptieren, daß die westliche Seite über die Warnung Moskaus hinweggehe. Die Sowjetunion werde ‚etwas' unternehmen. Unter diesen Umständen erinnere ich noch einmal an die von uns berichtete Bemerkung eines sowjetischen Gesprächspartners, wonach bestimmte Reaktionen nicht an das Datum des 10. Juni gebunden seien und auch eine Aufnahme dieses Themas bei dem Wiener Treffen zwischen Präsident Carter und Generalsekretär Breschnew möglich sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 466; VS-Bd. 13132 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

1 Hat Bundesminister Genscher am 28. Mai 1979 vorgelegen, der für Staatssekretär van Well handschriftlich vermerkte: „Im Sinne unseres Gesprächs am 28.5.79 erscheint es wichtig, daß ein Briefwechsel zwischen den Außenministern vorbereitet wird, der am Jahresende vollzogen werden kann. Vorbereitung sollte vor Unterz[eichnung] des Kreditvertrags abgeschlossen sein."
Hat van Well am 29. Mai 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Vortragende Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander verfügte.

2 Bundesminister Genscher und der polnische Außenminister Olszowski unterzeichneten am 9. Oktober 1975 in Warschau ein Ausreiseprotokoll. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1975, S. 1199.

3 Zu den Gesprächen des Staatssekretärs van Well am 24./25. Mai 1979 in Warschau vgl. Dok. 152.

4 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

te im September 1975 bereits mit den erhöhten Ausreisegenehmigungen begonnen. Dies hat sich bei den Ankunftszahlen in Friedland ab April 1976 klar ausgewirkt.[5] Bei der Berechnung der Vierjahresfrist gehen die Polen von der Erteilung der Ausreisegenehmigungen aus, die deutsche Seite jedoch von der Einreise in die Bundesrepublik.[6] Daraus ergibt sich in der Regel eine zeitliche Verschiebung von einigen Monaten. Czyrek meinte, 20 bis 25 Prozent würden sogar mehrere Monate später ausreisen. Er bekräftigte mehrfach, ebenso wie später Frelek, daß Polen das Ausreiseprotokoll im vollen Umfang erfüllen werde. Dabei würden die sogenannten „Illegalen" nicht mitgezählt. Man rechne damit, daß die entsprechende Anzahl von Ausreisegenehmigungen bis Ende dieses Jahres erteilt sein würde. Dies würde bedeuten, daß wir etwa im April/Mai 1980 die Zahl von 120- bis 125000 Einreisen ohne die Illegalen erreichen würden. Ich machte sehr deutlich, daß für uns lediglich die tatsächlichen Ausreisen maßgebend seien. Wir wüßten nicht, wie viele Ausreisegenehmigungen die polnischen Behörden erteilten. Wir gingen auch davon aus, daß Ausreiseanträge lediglich von solchen Personen gestellt würden, die den festen Willen haben auszureisen. Czyrek meinte, daß es dennoch Fälle geben könnte, in denen von der erteilten Ausreisegenehmigung kein Gebrauch gemacht würde. Ich sagte, daß wir diese Fälle nicht mitzählen könnten, weil wir von ihnen nichts wüßten. Czyrek meinte, es würde sich ohnehin nicht um größere Zahlen handeln. Bei einer Zahl von 120- bis 125000 dürften sie keine Rolle spielen.

Czyrek und später Frelek stimmten mit mir überein, daß beide Seiten im Hinblick auf die Zeit nach dem Protokoll übereinstimmende Ansichten vertreten sollten. Czyrek bekräftigte in aller Deutlichkeit, daß die polnische Seite die Formulierungen im Briefwechsel der beiden Außenminister vom März 1976[7]

5 Ministerialdirektor Blech vermerkte am 1. Februar 1979, daß vom 1. Januar 1976 bis zum 31. Dezember 1978 aus Polen insgesamt 98333 Spätaussiedler eingetroffen seien, von diesen hätten 85576 über eine Ausreisegenehmigung verfügt. Dazu führte er aus: „Geht man vom Anfangstermin 2.5.1976 aus, so könnte die polnische Seite, wenn sich die Entwicklung der Ausreisezahlen im Jahre 1979 fortsetzt, im Mai 1980 das Ausreiseprotokoll mehr oder weniger erfüllt haben. Sollte als Anfangspunkt des Ausreiseprotokolls der Oktober 1975 genommen werden, müßten die Ausreisezahlen 1979 über den bisherigen Rhythmus wesentlich ansteigen, damit die Gesamtzahl von 120–125000 Personen bis Oktober 1979 erreicht wird. Dies liegt daran, daß die Ausreisezahlen im Oktober, November und Dezember 1975 verhältnismäßig geringer waren (Fehlbetrag gegenüber dem sonstigen monatlichen Durchschnitt von mindestens 5000 in diesem Dreimonatszeitraum)." Vgl. Referat 214, Bd. 132810.

6 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

7 Der polnische Außenminister Olszowski übermittelte Bundesminister Genscher am 8. März 1976 den Wortlaut einer Erklärung, die er am folgenden Tag „in Beantwortung einer Anfrage der Polnischen Presseagentur zu aktuellen Problemen zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland" abgab. Für den Wortlaut seines Schreibens und seiner Erklärung vgl. BULLETIN 1976, S. 253f. Vgl. dazu auch AAPD 1976, I, Dok. 75.
In einer Neufassung seines Schreibens vom 9. März 1976 stellte Bundesminister Genscher zur Presseerklärung Olszowskis vom selben Tag fest: „Ihre Erklärung stellt noch einmal das in Helsinki erzielte und bei meinem Besuch [...] in Warschau am 9. Oktober 1975 bestätigte Einverständnis darüber klar, daß alle sich aus den am 9. Oktober 1975 unterzeichneten Vereinbarungen ergebenden Verpflichtungen gleichermaßen verbindlich sind. Die Bundesregierung legt der erneuten Bekräftigung großen Wert bei, daß im Laufe von vier Jahren etwa 120000 bis 125000 Personen die Genehmigung ihres Antrags zur Ausreise auf der Grundlage der ‚Information' und in Übereinstimmung mit den in ihr genannten Kriterien und Verfahren erhalten werden und daß darüber hinaus keine zeitliche Einschränkung für die Einreichung und möglichst zügige Bearbeitung der Anträge von Personen vorgesehen wird, die die in der ‚Information' genannten Kriterien erfüllen, was be-

über die Offenhalte-Klausel voll respektieren würde. Czyrek und ich prüften noch einmal genau die entsprechende Formel: „daß keine zeitliche Einschränkung für die Einreichung und möglichst zügige Bearbeitung der Anträge von Personen vorgesehen ist, die die in der ‚Information' genannten Kriterien erfüllen, was bedeutet, daß auch in diesen Fällen die Ausreisegenehmigungen nach den geannten Verfahren erteilt werden."

Czyrek zögerte bei dem Vier-Augen-Gespräch am 24. bei der Bestätigung des letzten Halbsatzes („was bedeutet, daß auch ..."). Dies stünde nur im Brief von Herrn Minister Genscher und werfe die Frage der Verfahren auf. Nach Ablauf des Protokolls würden auch auf diese Personen die allgemeinen Emigrationsvorschriften, wie sie für Ausreisen nach Amerika, Frankreich etc. Anwendung fänden, herangezogen. Ich widersprach dem lebhaft. Den in Frage gestellten Halbsatz hätten wir beide, Czyrek und ich, selbst abgestimmt. Czyrek bestritt dies nicht. Ferner sagte ich, daß wir eine „Information"[8] hätten und ein Ausreiseprotokoll sowie einen Briefwechsel vom März 1976 mit Offenhalte-Klausel. Dies unterscheide uns von den üblichen Emigrationsfällen. Wir hätten miteinander eine besondere bilaterale Referenzbasis für die Ausreise auch nach der Vierjahresfrist des Protokolls.

Bei dem Vier-Augen-Gespräch am 25. Mai kam Czyrek auf diese Punkte zurück, bestätigte die Gültigkeit dessen, was ich als Referenzbasis genannt hatte, und sagte, wir brauchten uns über das Problem der Verfahren nicht zu unterhalten, da auch in der „Information" davon gesprochen wird, daß die Regeln der polnischen Rechtsordnung maßgebend sind.

Ich sagte Herrn Czyrek, demnach könne die Bundesregierung davon ausgehen, daß sich für die Personen, die die in der „Information" genannten Kriterien erfüllen, die Möglichkeiten der Antragstellung und das bisherige Verhältnis der geltend gemachten Ausreiseanliegen zu den erteilten Ausreisegenehmigungen nicht verschlechtern werden. Wir wüßten zwar nicht genau, wie viele Ausreiseanliegen nach Ablauf der Vierjahresfrist des Protokolls noch geltend gemacht würden, unstreitig sei jedoch, daß es weiterhin Ausreiseanliegen geben würde und daß die Möglichkeiten der Antragstellung sich nach Ablauf des Protokolls nicht verschlechtern würden. Czyrek bestätigte dies. Er erinnerte jedoch dar-

Fortsetzung Fußnote von Seite 706

deutet, daß auch in diesen Fällen die Ausreisegenehmigungen nach den genannten Verfahren erteilt werden." Vgl. BULLETIN 1976, S. 355.

Mit Schreiben vom 15. März 1976 bestätigte Olszowski das Schreiben Genschers. Olszowski führte ferner aus: „Ich habe die Ehre, Ihnen ebenfalls mitzuteilen, daß der Staatsrat der Volksrepublik Polen auf der Sitzung vom 15. März 1976 die im Protokoll enthaltenen Feststellungen der polnischen Seite akzeptiert und entsprechend dem Antrag der Regierung der Volksrepublik Polen sein Einverständnis zur Erteilung der Ausreisegenehmigung für etwa 120000 bis 125000 Personen im Laufe der nächsten vier Jahre gegeben hat. Mit Genugtuung stelle ich fest, daß meinem Verständnis nach die in Ihrem Brief enthaltenen Feststellungen dem Inhalt der Erklärung entsprechen, die ich der Polnischen Presseagentur am 9. März 1976 gegeben habe, und in diesem Sinne kann ich die in Ihrem oben erwähnten Brief enthaltenen Ansichten teilen." Vgl. BULLETIN 1976, S. 318f.

8 Im Zusammenhang mit der Paraphierung des Warschauer Vertrags am 18. November 1970 übergab die polnische Regierung eine „Information" über Maßnahmen zur Lösung humanitärer Probleme. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1970, S. 1696f.

Ferner wurde ein vertraulicher Teil übergeben. Vgl. dazu VS-Bd. 8963 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1970.

an, daß bei den Gesprächen in Helsinki[9] die Ansicht vorherrschte, daß mit der Zahl von 120- bis 125000 ein wesentlicher Teil des Ausreiseproblems gelöst sei und der große Druck, der damals vorherrschte, beigelegt werden würde. Ich führte weiter aus, daß wir die Erklärung des polnischen Außenministers[10] in seinem Brief vom März 1976, daß nach Ablauf des Protokolls gestellte Ausreiseanträge möglichst zügig bearbeitet werden würden, selbstverständlich als eine Bona-fide-Erklärung ansähen, d.h. daß die Bearbeitung generell in dem positiven Sinne erfolgen würde wie bisher. Deshalb gingen wir davon aus, daß die Relation zwischen geltend gemachten Ausreiseanliegen und Ausreisegenehmigungen sich nach Ablauf des Protokolls nicht verschlechtern werde. Czyrek hatte hiergegen keine Einwendungen. Er sagte, er betrachte dies als eine Erklärung von deutscher Seite, und er sehe keinen Anlaß, ihr zu widersprechen.

Ich sagte dann Herrn Czyrek, daß diese Klarstellungen für uns außerordentlich wichtig seien. Angesichts der Tatsache, daß am 7. Juni zwischen dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Wrzaszczyk und Bundesminister Graf Lambsdorff ein Briefwechsel über einen erheblichen Finanzkredit[11] unterzeichnet werden würde und dieser Kredit eine große politisch motivierte Anstrengung zur Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen sei (aus rein wirtschaftlichen Motiven allein könne er nicht erklärt werden), wäre es für uns wichtig, auf uns zukommende Anfragen wegen der Zukunft der Ausreisen angemessen beantworten zu können. Wir hätten überlegt, ob nicht der Bundeskanzler anläßlich der Durchführung des Briefwechsels Lambsdorff–Wrzaszczyk Herrn Gierek einen Brief schreiben sollte, in dem er diesen Vorgang in den Gesamtzusammenhang der Beziehungen stellen würde. Der Kredit würde von unserer Öffentlichkeit sicherlich in diesen Gesamtzusammenhang gestellt, und dabei würden eben auch Fragen nach der Weiterentwicklung der Ausreisen gestellt werden. Ich zeigte dann Czyrek den beigefügten völlig unverbindlichen Entwurf eines solchen möglichen Briefes (Anlage 1[12]).

9 Am Rande der KSZE-Schlußkonferenz vom 30. Juli bis 1. August 1975 in Helsinki führten Bundeskanzler Schmidt und der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, Gespräche über den Abschluß bilateraler Vereinbarungen. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 244.

10 Stefan Olszowski.

11 Zur Gewährung einer Bundesbürgschaft für einen ungebundenen Finanzkredit an Polen vgl. Dok. 27.
Ministerialdirektor Blech resümierte am 21. Mai 1979 den Sachstand: „Die Zusage der Gewährung einer Bundesbürgschaft für einen ungebundenen Finanzkredit in Höhe von 750 Mio. DM, der bei deutschen Geschäftsbanken aufgenommen werden muß, soll der polnischen Seite in Form eines Briefes (BM Graf Lambsdorff an polnischen Vizepremier Wrzaszczyk) mit Bestätigung durch Wrzaszczyk gegeben werden. Das Auswärtige Amt hat [...] das BMWi darüber unterrichtet, daß beabsichtigt sei, ohne Herstellung einer formalen Verknüpfung im Falle einer Realisierung des Vanadium-Titan-Vorhabens auf diplomatischen Kanälen der polnischen Seite unsere Erwartung auf ein Entgegenkommen im politischen Bereich zum Ausdruck zu bringen. Frau MD Steeg ist mit meinem Schreiben vom 25.4.1979 darüber unterrichtet worden, daß bei den Konsultationen zwischen StS van Well und V[ize]A[ußen]M[inister] Czyrek am 24./25.5.1979 der polnischen Regierung – ohne formale Verknüpfung – deutlich gemacht werden soll, in welchen Fragen die Bundesregierung im Hinblick auf die Bürgschaftszusage ein Entgegenkommen der polnischen Seite erwartet. Zugleich teilte ich in meinem Schreiben mit, ich ginge davon aus, daß – wie bisher in den Gesprächen über die Bürgschaft – Frau MD Steeg oder andere Vertreter des BMWi jene Fragen nicht anschneiden werden. Ich hielte es für wichtig, daß wir unsere Erwartungen vor der Bürgschaftszusage zum Ausdruck brächten." Vgl. VS-Bd. 13204 (214); B 150, Aktenkopien 1979.

12 Dem Vorgang beigefügt. In dem Entwurf vom 23. Mai 1979 für ein Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an den Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, hieß es: „Die im Zusammenhang mit

Bei dem Vier-Augen-Gespräch am 25. kam Czyrek auf diesen Briefentwurf zurück und machte folgende Bemerkung (Frelek äußerte sich anschließend ähnlich): Gierek würde sich sicherlich freuen, einen Brief des Bundeskanzlers zu erhalten. Man frage sich jedoch, ob der Entwurf den beiderseitigen Interessen dienlich sein könnte. Der Entwurf erwecke den Eindruck eines Junktims zwischen dem Kredit und der Fortführung der Ausreisen. Gegen ein solches Junktim sei man sehr empfindlich. Die zwischen Czyrek und mir vorgenommenen Klarstellungen sollten nicht in einen direkten Zusammenhang mit dem Kredit gebracht werden. Diese Dinge könnten sicherlich zwischen dem Bundeskanzler und Herrn Gierek geregelt werden. Herr Gierek sei auch nach Ablauf der Protokollfrist sehr an der Weiterentwicklung der Beziehungen interessiert, aber der Besuch von Wrzaszczyk sei nicht der richtige Anlaß. Die vorgesehene schriftliche Klarstellung sei verfrüht. Zunächst solle doch das Ausreiseprotokoll erfüllt werden. Vielleicht wäre ein Brief Ende des Jahres, z.B. anläßlich des Bonn-Besuchs von Außenminister Wojtaszek[13], zu überlegen.[14]

Fortsetzung Fußnote von Seite 708

dem Projekt über die Erschließung der Titan- und Vanadiumsvorkommen bei Suwalki (Krzeminka) getroffenen Vereinbarungen geben mir Veranlassung, auf die Entwicklung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit der Volksrepublik Polen seit unserer Begegnung in Helsinki am 1. August 1975 zurückzublicken. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihre Verpflichtungen aus den damals vereinbarten Abkommen über die Gewährung eines Finanzkredits sowie über Renten- und Unfallversicherung erfüllt. Der Rhythmus der Ausreisen aufgrund des Ausreiseprotokolls verläuft nach meiner Einschätzung befriedigend; wird er bis zu seinem Auslaufen fortgesetzt, so bin ich zuversichtlich, daß das Protokoll erfüllt werden wird. [...] Im März 1980 werden seit der Mitteilung der polnischen Regierung über das Einverständnis des Staatsrats der Volksrepublik Polen zum Ausreiseprotokoll vier Jahre verstrichen sein. Was die Zeit nach dem Auslaufen des Protokolls vom 9. Oktober 1975 angeht, so wurde in diesem Protokoll und im Briefwechsel zwischen den Außenministern vom 8./9./15. März 1976 festgestellt, daß keine zeitliche Einschränkung für die Einreichung und möglichst zügige Bearbeitung der Anträge von Personen vorgesehen ist, die die in der ‚Information' genannten Kriterien erfüllen, was bedeutet, daß auch in diesen Fällen Ausreisegenehmigungen nach den genannten Verfahren erteilt werden. Die Bundesregierung geht davon aus, daß sich für diesen Personenkreis die Möglichkeiten der Antragstellung und das bisherige Verhältnis der geltend gemachten Ausreiseanliegen zu den erteilten Ausreisegenehmigungen nicht verschlechtern werden. Ich bin gewiß, daß auf dieser Grundlage die Frage der Ausreisen, die vor unserem Gespräch in Helsinki die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern belastet hatte, weiterhin zur Zufriedenheit beider Seiten behandelt werden kann." Vgl. VS-Bd. 13204 (214); B 150, Aktenkopien 1979.

13 Zum Besuch des polnischen Außenministers Wojtaszek vom 19. bis 21. Dezember 1979 vgl. Dok. 386.

14 Vortragende Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander legte Staatssekretär van Well am 31. Mai 1979 einen Entwurf für ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den polnischen Außenminister Wojtaszek vor. Darin hieß es: „Auf der Grundlage des Vertrages vom 7. Dezember 1970 und der am 9. Oktober 1975 unterzeichneten Vereinbarungen haben sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen in allen Bereichen kontinuierlich entwickelt und vertieft. [...] In diesem Zusammenhang mißt meine Regierung der weiteren Abwicklung des Ausreiseprotokolls und insbesondere auch der Weiterführung der Ausreisen nach Auslaufen des Protokolls große Bedeutung bei. Diese Fragen sind bei den Konsultationen im Mai d.J. in Warschau erörtert worden. Dabei bestand Übereinstimmung, daß es wegen des z.T. erheblichen zeitlichen Unterschiedes zwischen Erteilung und Nutzung der Ausreisegenehmigung schwierig ist, einen genauen Zeitpunkt für die Erfüllung des Ausreiseprotokolls zu setzen. Die polnische Seite hat noch einmal ausdrücklich bekräftigt, daß sie in vollem Umfang zur Erfüllung des Protokolls und zu den Feststellungen steht, die im Briefwechsel zwischen den Außenministern vom März 1976 getroffen worden sind. Was die Zeit nach dem Auslaufen des Protokolls vom 9. Oktober 1975 angeht, so wurde in diesem Protokoll und im Briefwechsel zwischen den Außenministern vom 8./9./15. März 1976 festgestellt, daß keine zeitliche Einschränkung für die Einreichung und möglichst zügige Bearbeitung der Anträge von Personen vorgesehen ist, die die in der ‚Information' genannten Kriterien erfüllen, was bedeutet, daß auch in diesen Fällen Ausreisegenehmigungen nach den genannten Verfahren erteilt werden. Die Bundesregierung geht davon aus, daß sich nach Auslaufen des Ausreiseprotokolls die Möglichkeiten der Antragstellung und das bisherige Verhältnis der geltend ge-

Zum Inhalt eines möglichen Briefes meinte Czyrek: Der ihm gezeigte Text enthalte aus dem Komplex der Gesamtbeziehungen eigentlich nur zwei Punkte, nämlich den Kredit und die Fortsetzung der Ausreisen. Dadurch entstehe der Eindruck des Junktims. Ein etwaiger Brief solle breiter angelegt sein und die längeren Ausführungen über die Offenhalte-Klausel kürzer fassen. Im zweiten Absatz des Entwurfs werde davon gesprochen, Wrzaszczyk habe dem Bundeskanzler am 22. Dezember eine Bitte in der Kreditfrage übermittelt.[15] Wrzaszczyk habe dafür aber keinen Auftrag gehabt. Die Kreditfrage sei vielmehr zwischen Bundeskanzler und Gierek in Masuren erörtert worden.[16] Darauf habe sich Wrzaszczyk am 22. Dezember bezogen. Im zweiten Absatz werde ferner davon gesprochen, der Kredit diene dazu, einen Beitrag zur Verbesserung der außenwirtschaftlichen Lage der Volksrepublik Polen zu leisten; das klinge nach Marshall-Plan[17] und solle weggelassen werden. Am Beginn des vierten Absatzes werde von festen Daten in der Frage der Laufzeit des Protokolls gesprochen. Wie oben ausgeführt, solle man hier flexibel bleiben.

Ich bezog mich auf den Gedanken Czyreks, die schriftliche Klarstellung hinsichtlich der Weiterführung der Ausreisen später, Ende des Jahres, vorzunehmen. Ich würde diesen Gedanken in Bonn vortragen. Ich insistierte jedoch, daß ich vor dem Wrzaszczyk-Besuch am 7. Juni etwas Zitierfähiges in Bonn vorweisen müßte. Czyrek erklärte sich dann einverstanden, in der Plenarsitzung beider Delegationen die vereinbarten Klarstellungen vorzutragen, was er anschließend tat (vgl. Anlage 2[18]).

[van Well]

VS-Bd. 13204 (214)

Fortsetzung Fußnote von Seite 709

machten Ausreiseanliegen zu den erteilten Ausreisegenehmigungen nicht verschlechtern werden." Vgl. VS-Bd. 14077 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

15 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Wrzaszczyk am 22. Dezember 1978 vgl. Dok. 12, Anm. 5.

16 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 21. bis 25. November 1977 in Polen auf. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 330 und Dok. 334.

17 Am 5. Juni 1947 schlug der amerikanische Außenminister Marshall in einer Rede an der Harvard-Universität die Schaffung eines Hilfsprogramms für die europäischen Staaten vor. Das nach ihm benannte European Recovery Program (ERP) diente in den Jahren 1948 bis 1952 dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Bis zum Auslaufen der Hilfe flossen ca. 13 Mrd. Dollar nach Westeuropa. Davon entfielen auf die westlichen Besatzungszonen bzw. auf die Bundesrepublik ca. 1,7 Mrd. Dollar. Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 16 (1947), S. 1159f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 821.

18 Dem Vorgang beigefügt. Der polnische Stellvertretende Außenminister Czyrek erklärte während der Konsultationen mit Staatssekretär van Well am 25. Mai 1979 in Warschau: „Nach meinem Vieraugengespräch mit StS van Well möchte ich noch auf eine Frage der bilateralen Beziehungen zu sprechen kommen, die das Protokoll vom 9. Oktober 1975 betrifft. Ich habe in diesem Zusammenhang erklärt, daß die polnische Seite nach wie vor zu der Erfüllung dieses Protokolls in vollem Umfang steht. Wir glauben, daß wir es vielleicht noch in diesem Jahr erfüllen, obwohl die Zahlen der erteilten Ausreisegenehmigungen nicht unbedingt den Zahlen der Ausreisen entsprechen müssen. Gleichzeitig habe ich StS van Well gesagt, daß die polnische Seite nach wie vor zu den Formulierungen steht, die in dem Briefwechsel zwischen den beiden Außenministern vom 9. und 15. März 1976 sowie der Presseerklärung des polnischen Außenministers vom 8. März 1976 enthalten sind. Daraufhin hat StS van Well der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß sich für den Personenkreis, der die in der Information genannten Kriterien erfüllt, die Möglichkeit der Antragstellung und das bisherige Verhältnis der geltend gemachten Ausreiseanliegen zu den erteilten Ausreisegenehmigungen nicht verschlechtern werden. Ich habe geantwortet: Ich unterstreiche, daß die polnische

152

Botschafter Ahrens, Warschau, an das Auswärtige Amt

114-1850/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 612
Citissime

Aufgabe: 25. Mai 1979, 19.00 Uhr[1]
Ankunft: 28. Mai 1979, 09.51 Uhr

Betr.: Deutsch-polnische Konsultationen am 24./25.5.1979[2]
hier: Gespräch ZK-Sekretär Frelek mit StS van Well

I. Zum Abschluß der deutsch-polnischen Konsultationen wurde StS van Well am 25. Mai vom ZK-Sekretär für Außenpolitik, Ryszard Frelek, empfangen. Das Gespräch, an dem VAM Czyrek, ZK-Abteilungsleiter Piątkowski (früher Bonn[3]) sowie die Botschafter[4] beider Länder teilnahmen, fand im Gebäude des Zentralkomitees statt und dauerte eine Stunde und 15 Minuten. Auf Bitten Freleks gab StS zunächst eine Bewertung der Konsultationen und legte die Grundzüge der Politik der Bundesregierung unter besonderer Betonung der Gestaltung der Beziehungen zur VR Polen dar.

1) Der Staatssekretär bezeichnete den Verlauf der Konsultationen als positiv und nützlich. Sie hätten gezeigt, daß die Vertrauensbasis im Verlauf des Normalisierungsprozesses, nicht zuletzt durch den regen Besucheraustausch auf allen Ebenen, erfreulich fester und breiter geworden sei. Bei dem Meinungsaustausch hätten sich mehrere Punkte ergeben, z.B. Entspannung, Sicherheit, Abrüstung, zu denen man vielleicht auf der Ebene Experten nunmehr konkreter sprechen könne. Von besonderer Wichtigkeit sei es, enge Fühlung in der Frage der politischen Grundkonzeptionen zu halten. Voraussetzung für eine erweiterte und breitere politische Diskussion sei das Gefühl der Sicherheit über die Position und Haltung des Gesprächspartners. Gerade auf diesem Gebiet seien die letzten Monate leider durch große Konfusion (in den Medien) gekennzeichnet gewesen. Der Herr Bundeskanzler und der Herr Bundesaußenminister hätten daher in bedeutsamen Reden versucht, die Dinge wieder auf eine normale Bahn zu bringen. Die Bundesregierung sei in keiner Weise daran interessiert, die politische Lage zu destabilisieren. Selbstverständlich beinhalte unsere Politik auch langfristige Ziele, die wir nicht aufgeben könnten. Die Bundesregierung habe jedoch immer klargemacht, daß ihre operative Politik darauf beruhe, eingegangene bilaterale und multilaterale Vereinbarungen nicht in Frage zu stellen, und daß sie von festen und für jedermann erkenntlichen

Fortsetzung Fußnote von Seite 710
Seite in vollem Umfang zu den Feststellungen steht, die in dem genannten Briefwechsel und der Presseerklärung des polnischen Außenministers enthalten sind." Vgl. den Auszug aus dem Protokoll der Plenarsitzung; VS-Bd. 13204 (214); B 150, Aktenkopien 1979.

1 Hat Ministerialdirektor Fleischhauer am 28. Mai 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ist dies quittiert?"
Hat der Angestellten Hohnen am 29. Mai 1979 vorgelegen, die handschriftlich vermerkte: „Ja."

2 Vgl. dazu Dok. 152.

3 Wacław Piątkowski war vom 7. November 1972 bis 2. Juli 1978 polnischer Botschafter in Bonn.

4 Werner Ahrens und Jan Chyliński.

Grundlagen aus handele. Bundeskanzler und Außenminister hätten mehrfach besonders betont, daß die Bundesrepublik eine klare, kalkulierbare und daher glaubwürdige Politik führen müsse und werde.

2) Hinsichtlich Berlin sei die Bundesregierung an einer ruhigen Entwicklung und einer dauerhaften Beruhigung der Lage interessiert. Wenn in dieser Frage gegensätzliche Rechtsauffassungen bei Gesprächspartner herrschten, so solle man nach pragmatischen Lösungen suchen oder die Frage ausklammern.

3) Gegenüber der DDR verfolge die Bundesregierung die Politik eines schrittweisen Ausbaus der Beziehungen auf der Basis der geschlossenen Verträge. Die Wiedervereinigung sei kein Thema der Politik. Wer einen anderen Eindruck zu erwecken suche, störe nur den Ausbau der Beziehungen. Selbstverständlich bleibe es unser Ziel, in einem veränderten Europa, in dem der Frieden für alle gesichert sei, wieder einmal als deutsches Volk zusammenleben zu können. Ein solcher Zustand könne sich jedoch nur auf sehr lange Sicht und mit Zustimmung aller europäischen Staaten, insbesondere unserer Nachbarn, ergeben.

4) Nahziel unserer Politik sei die Ergänzung der politischen Entspannung durch Maßnahmen sicherheitspolitischer Art und im militärischen Bereich. Die Haltung der Bundesregierung gegenüber SALT II[5] sei eindeutig klar und positiv. Der Bundeskanzler setze sich in dieser Frage persönlich ein. Die Bundesregierung betrachte auch die Aussichten für Wien nicht als schlecht. Da bei SALT die kontinentalen Waffen vernachlässigt worden seien, komme einer gesamtstrategischen Gleichgewichtsdiskussion erhöhte Bedeutung zu.

Für bedeutsam hielten wir auch die Diskussion über weitere vertrauensbildende Maßnahmen im Rahmen der KSZE. Die Budapester Vorschläge der Außenminister des WP habe man mit Interesse zur Kenntnis genommen.[6] Über sie werde sicherlich im NATO-Rahmen diskutiert werden. Da es gegenwärtig eine ganze Reihe von Vorschlägen und Ideen zu diesem Thema gebe (WP, französische Ideen[7], MBFR, KSZE), käme es darauf an, zunächst eine klare Konzeption für die Aufnahme einer fruchtbaren Diskussion zu entwickeln.

5) Zu China bemerkte der Staatssekretär: Wenn China, wie inzwischen geschehen, seinem Gewicht entsprechend auf der internationalen Bühne auftrete, seien gewisse Probleme einfach unausweichlich. Nach unserer Auffassung müsse ein solches Auftreten jedoch in stabilen Formen vor sich gehen. Keinesfalls wollten wir unsere Entspannungspolitik in Europa gefährden lassen. Diese solle sich im Gegenteil günstig auf das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und China auswirken. Der Bundesregierung erscheine eine Regionalordnung in Südost-Asien erforderlich. Hier müsse ein Modus vivendi an die Stelle der Konfrontation treten. Wir wollten versuchen, Hua Guofeng im Oktober dieses Jahres bei seinem Besuch in der Bundesrepublik (und Westeuropa) davon zu überzeugen, daß eine Politik des Gleichgewichts auch in Südostasien vonnöten sei.[8]

5 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

6 Vgl. dazu das Kommuniqué der Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts am 14./15. Mai 1979 in Budapest; EUROPA-ARCHIV 1979, D 329–332.

7 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 3, Anm. 16.

8 Ministerpräsident Hua Guofeng besuchte vom 15. bis 21. Oktober 1979 Frankreich, vom 21. bis 28. Oktober die Bundesrepublik, vom 28. Oktober bis 2. November Großbritannien und vom 3. bis 6. No-

II. 1) ZK-Sekretär Frelek dankte StS van Well für seine grundsätzlichen Ausführungen. Er betonte, daß die polnische Führung großes Vertrauen in die Politik des Bundeskanzlers und der Bundesregierung, gerade auch in deren Gestaltung der Beziehungen zur VR Polen setze. Dieses Vertrauen beruhe auf Fakten. Polen wisse auch die Tatsache zu schätzen, daß der Bundeskanzler und die Bundesregierung aufrichtig an allen Fragen der europäischen Entspannung interessiert seien. Wenn die Bundesrepublik Europa das Gefühl einer dauerhaften Sicherheit in dieser Hinsicht vermitteln könne, sei dies zugleich die beste Basis für einen weiteren Fortschritt in bilateralen und europäischen Fragen.

2) Zu China: Polen halte eine Mitbeteiligung Chinas an allen großen internationalen Fragen durchaus für wichtig. Leider habe sich die chinesische Führung bisher auf internationaler Ebene nicht gerade mit besten Intentionen bewegt. Sie sei gegen die Entspannung, sie predige Feindschaft gegenüber der Sowjetunion, sie erkläre einen neuen Krieg für unvermeidbar[9] und sie schaffe darüber hinaus neue Spannungsherde. Polen unterhalte sehr enge Beziehungen zu Vietnam und besitze seit 21 Jahren große Erfahrungen über die Geschehnisse in dieser Region. Daher wisse man in Polen, daß Kambodscha von China gegen Vietnam benutzt würde. Die Strafexpedition Chinas gegen Vietnam sei völlig inakzeptabel gewesen.[10] Die Erklärung StS van Wells, daß die Bundesregierung mit Hua Guofeng reden wolle, sei erfreulich. China sollte nirgendwo Unterstützung für seine entspannungsfeindliche Politik finden, insbesondere sollte niemand dazu beitragen, das Militärpotential Chinas zu erhöhen, da dieses offen gegen die Sowjetunion gerichtet sei.

3) Frelek begrüßte, daß die Konsultationen positive Elemente in der Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen aufgezeigt hätten. Auch in Bonn sei kein Zweifel darüber erlaubt, daß die VR Polen den Normalisierungsprozeß fortsetzen und die Beziehungen weiterentwickeln wolle. Dabei gebe es Bereiche, in denen noch Regelungen zu treffen seien. So seien u. a. noch negative völkerrechtliche, dem Warschauer Vertrag[11] entgegenstehende Strukturen abzubauen. Bei der Ausführung des Kulturabkommens[12] komme es besonders darauf an, die Schulbuchempfehlungen in der Bundesrepublik in die Praxis umzusetzen.[13] Die wirtschaftlichen Beziehungen entwickelten sich gün-

Fortsetzung Fußnote von Seite 712

vember 1979 Italien. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt am 22./23. Oktober 1979 vgl. Dok. 301 und Dok. 305.

9 Zu den Thesen der KPCh über die Gefahr eines neuen Weltkriegs vgl. Dok. 105.

10 Zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg vgl. Dok. 100, Anm. 7.

11 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

12 Für den Wortlaut des Abkommens vom 11. Juni 1976 zwischen der Bundesrepublik und Polen über kulturelle Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1977, Teil II, S. 1490 f.

13 Auf der 16. UNESCO-Konferenz vom 12. Oktober bis 14. November 1970 in Paris führten das Internationale Schulbuch-Institut in Braunschweig und das polnische Instytut Programów Szkolnych Vorgespräche über die Behandlung von Themen in Schulbüchern. Ab 1972 folgten mehrere Verhandlungsrunden, in deren Mittelpunkt das jeweilige Geschichtsbild und Fragen der politischen Geographie standen. Auf der achten Tagung vom 29. September bis 2. Oktober 1975 in Warschau wurden schließlich sechs Empfehlungen zur Darstellung der Beziehungen zwischen Deutschen und Polen von 1945 bis zur Gegenwart erstellt. Die endgültige Fassung der Empfehlungen für den Geschichts- und Geographieunterricht wurde auf der neunten Tagung vom 4. bis 7. April 1976 in

stig. Dennoch sollten weitere Erleichterungen für die industrielle Kooperation und für den polnischen Export in die Bundesrepublik Deutschland angestrebt und geschaffen werden. Erfreulich sei auch der Stand des wissenschaftlichen Austausches (etwa 1000 Professoren und Dozenten im Jahre 1978). Trotzdem sei ein formelles Abkommen über den wissenschaftlich-technischen Austausch zwischen beiden Ländern, wie Polen es mit anderen Staaten habe, erforderlich. Es komme darauf an, die Basis für den weiteren Ausbau der Beziehungen stark zu erhalten. Sie werde gebildet durch den Vertrag von 1970, dessen Einhaltung durch Bundeskanzler und Bundesregierung man nicht bezweifle, wogegen in Polen Beunruhigung herrsche über die Versuche anderer Kräfte in der Bundesrepublik, den Vertrag zu umgehen oder zu verletzen. Die Vereinbarungen von Helsinki (1975) hätten eine neue wichtige Etappe in den beiderseitigen Beziehungen eröffnet.[14] Auf einigen Gebieten sei man vorangekommen, bei anderen sei „gebremst" worden (Rentenabkommen[15], Urteil Bundessozialgericht[16]).

Die Ausreisevereinbarungen würden von Polen völlig realisiert. Es sei aber verfrüht, vor einem Ablauf des Abkommens neue Probleme in dieser Frage aufzuwerfen. Eine Diskussion über das Thema „und was danach?" sei für die Sache selbst und für die gesamten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen sehr ungünstig. Frelek wörtlich: „Für die Zukunft schließen wir nichts aus,

Fortsetzung Fußnote von Seite 713

Braunschweig verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. BONN – WARSCHAU, S. 299–307 (Auszug).
In den Plenargesprächen mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Czyrek am 24./25. Mai 1979 in Warschau legte Staatssekretär van Well dar: „In der Frage der Schulbuchempfehlungen habe polnische Delegation in der Bundesrepublik Gespräche mit K[ultus]M[inister]K[onferenz] und mit einzelnen Länderkultusministerien geführt und hierbei geprüft, wie wir in dieser Frage weiterkommen können." Van Well bekräftigte ferner „den auch im Kulturabkommen niedergelegten Willen und die Absicht der Bundesregierung, der nicht in Frage gestellt werden dürfe. Es gehe darum, einen dynamischen Prozeß weiterzubringen. Offenbar sei auch Einvernehmen über Austausch von Schulbüchern getroffen worden. Erörtert werden könnte auch die Zusammenarbeit von Schulbuchverlagen, um weitere Verbesserungen herbeizuführen." Vgl. Referat 214, Bd. 132811.

14 Am Rande der KSZE-Schlußkonferenz vom 30. Juli bis 1. August 1975 in Helsinki führten Bundeskanzler Schmidt und der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, Gespräche über den Abschluß bilateraler Vereinbarungen. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 244.

15 Für den Wortlaut des Abkommens vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik und Polen über Renten- und Unfallversicherung und der dazugehörigen Vereinbarung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 396–402.

16 Am 30. September 1976 stellte das Bundessozialgericht fest: „Die 1945 von Polen übernommenen deutschen Ostgebiete sind auch durch den Vertrag der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 7.12.1970 [...] nicht ‚Ausland' i.S. der §§ 1315 bis 1323a R[eichs]V[ersicherungs]O[rdnung] geworden; Renten sind dorthin nicht auszuzahlen." Vgl. ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESSOZIALGERICHTS, Bd. 42, S. 249.
Ministerialdirektor Fleischhauer erläuterte am 28. Januar 1977, das Bundessozialgericht hätte „die Klage einer in den Oder-Neiße-Gebieten wohnenden Deutschen auf Zahlung einer Witwenrente abgewiesen, weil die Klägerin einerseits nicht in der Bundesrepublik Deutschland, andererseits aber auch nicht im Ausland wohne, wohin ihr nach den Bestimmungen für die Zahlung von Alters- und Hinterbliebenenrenten ins Ausland (§ 1317 ff. RVO) Rente hätte gezahlt werden müssen. Die Klägerin wohne, so argumentiert das Gericht, in einem Gebiet, das die RVO nach wie vor als Drittes (weder Inland noch Ausland) betrachte und das alle außerhalb der Bundesrepublik Deutschland liegenden Teile des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937 umfasse." Vgl. Referat 214, Bd. 116748.
Referat 214 hielt dazu am 12. November 1977 fest: „Die polnische Seite sieht es als einen Verstoß gegen Artikel 16 des Rentenabkommens an, daß in Anwendung des Urteils des Bundessozialgerichts vom 30.9.1976 in die Oder-Neiße-Gebiete keine individuellen Renten gezahlt werden." Allerdings habe sich die Bundesrepublik zu einer „pauschalen Abgeltung aller Ansprüchen auf dem Gebiet der Renten und Unfallversicherung" verpflichtet. Vgl. Referat 214, Bd. 116748.

aber versprechen nichts." Man habe eine Vereinbarung, die noch gültig sei. Neue Probleme seien auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens zu gegebener Zeit zu lösen. Frelek betonte nochmals dezidiert, daß ein verfrühtes Aufwerfen neuer Probleme nicht nur nichts nützen, sondern Schaden anrichten werde. (Anmerkung: VAM Czyrek hat Herrn StS van Well im Vier-Augen-Gespräch erklärt, der vom Herrn Bundeskanzler beabsichtigte Brief an Gierek[17] sollte nicht schon jetzt bei dem Besuch von Planungschef Wrzaszczyk[18], sondern bei dem Besuch von Außenminister Wojtaszek in Bonn[19], voraussichtlich Ende 1979 übergeben werden.)

Der Herr Bundeskanzler und der Erste Sekretär der PVAP, Gierek, führte Frelek weiter aus, hätten eine Reihe von gemeinsamen Erklärungen[20] und Vereinbarungen unterschrieben, die dem Ausbau der Beziehungen längere Perspektiven für viele Jahre gesetzt hätten. Er, Frelek, wolle in aller Offenheit eine aktuelle Frage aufgreifen: Er habe gehört, daß der Bundeskanzler die Absicht habe, dem Ersten Sekretär einen Brief zu schreiben. Er, Frelek, wolle bestätigen, was VAM Czyrek Herrn van Well bereits gesagt habe, nämlich daß man auf den persönlichen Kontakt der beiden führenden Persönlichkeiten großen Wert lege. Man wünsche und hoffe, daß dieser Kontakt weiter ausgebaut werden möge und den Grad des Kontakts zwischen Gierek und dem französischen Staatspräsidenten[21] erreiche. Daher sollten neben den offiziellen Begegnungen auch informelle Treffen zwischen dem Bundeskanzler und Gierek stattfinden. Ein Element dieses verstärkten Kontakts stelle sicher auch der Briefwechsel dar. Dieser Briefwechsel zwischen dem Kanzler und Gierek habe bisher immer einen Charakter gehabt, der der Normalisierung der Beziehungen diente, da in ihm nie Fragen gebündelt worden seien. Nun aber werde offenbar versucht, in einem Brief ein Junktim zu schaffen. Der Herr Staatssekretär verstehe sicher, worauf er, Frelek, anspiele. Es gelte, den Eindruck eines solchen Junktims zu vermeiden, das dem gegenseitigen Vertrauen nicht Rechnung tragen würde.

Frelek ging auf einige internationale Themen ein. Er bemerkte, Polen sei froh darüber, daß SALT II die Unterstützung des Bundeskanzlers finde. Polen messe einem kontinuierlichen Gespräch zwischen der Sowjetunion und den USA größten Wert zu. Ein späteres SALT-III-Abkommen werde sich zum Teil auch auf kontinentale Waffen, „das heißt auf uns", beziehen. Hinsichtlich Wiens[22] meinte Frelek, daß die polnische und deutsche Delegation Kontakte aufnehmen bzw. weiter pflegen sollten. Zwischen den französischen Initiativen[23] und Wien

17 Vgl. dazu den Entwurf vom 23. Mai 1979 für ein Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an den Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek; Dok. 151, Anm. 12.

18 Zu den Gesprächen des polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Wrzaszczyk am 7./8. Juni 1979 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 171.

19 Zum Besuch des polnischen Außenministers Wojtaszek vom 19. bis 21. Dezember 1979 vgl. Dok. 386.

20 Anläßlich des Besuchs des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP vom 8. bis 12. Juni 1976 in der Bundesrepublik und des Besuchs des Bundeskanzlers vom 21. bis 25. November 1977 in Polen unterzeichneten Gierek und Schmidt jeweils eine Gemeinsame Erklärung über die Entwicklung der Beziehungen. Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vom 11. Juni 1976 vgl. BULLETIN 1976, S. 670–672. Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vom 25. November 1977 vgl. BULLETIN 1977, S. 1149–1152.

21 Valéry Giscard d'Estaing.

22 In Wien fanden seit 30. Oktober 1973 die MBFR-Verhandlungen statt.

23 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 3, Anm. 16.

gebe es zwar keine direkten Beziehungen, Polen nehme die französische Initiative aber ernst. Hinsichtlich der vertrauensbildenden Maßnahmen hätten die Außenminister des WP Vorschläge unterbreitet. Die Budapester Erklärung[24] stelle aber nur eine Ausgangsposition dar. Polen warte interessiert auf die Stellungnahme der NATO-Außenminister[25] zu diesen Vorschlägen.

III. In abschließenden Ausführungen wies StS van Well den Vorwurf zurück, daß versucht werde, in einem Brief des Bundeskanzlers an Gierek ein Junktim zu schaffen. Der Staatssekretär erklärte, er habe den Auftrag vom Bundeskanzler und Außenminister gehabt, bei seinen Konsultationen in Warschau alles zu tun, um sicherzustellen, daß die bilateralen Beziehungen so gut liefen, wie dies in den Vereinbarungen vorgesehen sei. Dabei müsse man umsichtig handeln und sich immer wieder über das Vorgehen verständigen. Von einem Junktim könne keine Rede sein, aber es sei zu berücksichtigen, daß auch in der Bundesrepublik die Öffentlichkeit und das Parlament die deutsch-polnischen Beziehungen in ihrer Gesamtheit sähen und nicht in separaten Teilaspekten. Auch die Delegation der Fraktion der SPD habe in Warschau kürzlich dafür plädiert, daß die Regierungen sich zu gegebener Zeit über den Fragenkomplex der Ausreisen unterhalten sollten.[26] Er werde, so fügte StS van Well hinzu, in Bonn über die Gespräche in Warschau berichten. Der Bundeskanzler habe größtes Interesse an einer Fortsetzung des Briefwechsels mit dem Ersten Sekretär. Es sei jedoch keinesfalls entschieden, wann er den in Frage stehenden Brief schreiben werde. Das Ausreiseprotokoll werde in der vorgesehenen Zeit in etwa erfüllt sein. Hierbei solle man sich nicht auf einen bestimmten Termin festlegen, da es erfahrungsgemäß zeitliche Verschiebungen zwischen der Genehmigung der Ausreisen und der Ankunft der Umsiedler in der Bundesrepublik gebe. Er habe mit VAM Czyrek darüber gesprochen, wie man sich hinsichtlich der zukünftigen Handhabung in Stellungnahmen nach außen verhalten solle. Als sichere Basis habe man den Briefwechsel der Außenminister[27], wonach Ausreiseanliegen auch künftig so berücksichtigt würden, wie es bisher der Fall gewesen sei. Die polnische Bona-fide-Erklärung (Brief Olszowski) werde von uns ernst genommen. Wir würden bei der Behandlung dieses Fragenkomplexes nichts tun, was verfrüht sei oder was den Beziehungen schaden und Emotio-

24 Zum Vorschlag der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts, im Rahmen der KSZE eine Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen abzuhalten, vgl. Dok. 148, Anm. 25.

25 Zur NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 156 und Dok. 159.

26 Eine Delegation der SPD-Bundestagsfraktion unter Leitung des Fraktionsvorsitzenden Wehner hielt sich vom 3. bis 6. April 1979 in Polen auf. Referat 214 legte dazu am 26. Juni 1979 dar: „In der Frage der Ausreisen, insbesondere ihrer Fortführung nach Auslaufen des Ausreiseprotokolls vom 9.10.1975, erklärte sich MdB Wehner in der Sache für unzuständig. Nach Auslaufen der Vereinbarungen sollten die Regierungen entscheiden, ob und wie die Familienzusammenführung fortzusetzen ist. Sein Gesprächspartner, ZK-Sekretär Edward Babiuch, erklärte daraufhin, Polen werde die Vereinbarung nach Zeit und Zahl verwirklichen; damit werde die polnische Seite ihre Verpflichtungen erfüllt haben (gegenüber MdB Friedrich und Bürgermeister Koschnick hatte Babiuch im Oktober 1978 noch ausgeführt, Polen werde die Ausreisen nach Auslaufen des Protokolls nur weiterführen, wenn die deutsche Seite ihre Rechtsvorschriften an den Warschauer Vertrag anpasse)." Vgl. Referat 214, Bd. 132810.

27 Zum Briefwechsel zwischen Bundesminister Genscher und dem polnischen Außenminister Olszowski vom März 1976 vgl. Dok. 151, Anm. 7.

nen wecken könne. Seine vorsichtigen Sondierungen in Warschau hätten allein den Zweck gehabt, beiderseitig Klarheit in dieser Frage herbeizuführen.

[gez.] Ahrens

VS-Bd. 12327 (500)

153

Botschafter Peckert, Damaskus, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 405 **Aufgabe: 29. Mai 1979, 12.30 Uhr**[1]
Ankunft: 29. Mai 1979, 14.05 Uhr

Bitte StS und BM vorlegen

Betr.: Auffassungen Präsident Assads zur deutschen Nahostpolitik vor Eintreffen des Bundesministers[2]

I. Der außenpolitische Berater des syrischen Präsidenten sprach mich am 28.5.1979 aus gesellschaftlichem Anlaß in einem fast einstündigen Gespräch auf den bevorstehenden Besuch des Bundesministers in Syrien an. Herr Daoudi sagte mir, er hielte es für seine Pflicht, mich über die syrischen Ansichten zur deutschen Nah- und Mittelostpolitik zu informieren. Präsident Assad wisse von dieser Absicht.

1) Man habe nach den Berichten, die aus der syrischen Botschaft in Bonn vorlägen, sowie nach Auswertung der Presseberichte und den öffentlichen Äußerungen des Bundesministers Genscher den Eindruck, daß dieser der Vorkämpfer der Israel-Lobby in der Bundesregierung sei. Im Nahen Osten habe die amerikanische Politik zu einer unmöglichen Situation geführt. Die schärfsten Gegner der Camp-David-Politik[3] seien die gemäßigten arabischen Staaten, nämlich Saudi-Arabien, Jordanien und auch Syrien, das sich in dieser Gesellschaft durchaus als gemäßigter Staat empfinden könnte. Es sei Syrien gelungen, auch die Iraker auf eine verhältnismäßig gemäßigte Linie festzulegen.

2) Die Spekulation Sadats, die von ihm als gemäßigt bezeichneten arabischen Staaten, wie Jordanien, Saudi-Arabien und die Golfstaaten, würden nach einer Frostperiode sich Ägypten wieder annähern, sei eine grobe Fehlspekulation, um das Wort einer bewußten Lüge nicht zu gebrauchen. Das Gegenteil sei der Fall. Das Gefühl, daß die arabische Würde durch die verrückte Politik von Sa-

1 Hat Legationsrat I. Klasse Westphal am 29. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Ministerbüro verfügte.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien auf. Vgl. dazu Dok. 240–242.

3 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

dat, vor Begin zu kriechen, auf das Schwerste geschädigt worden sei, gewinne weiter an Boden. Von einer Rückkehr genannter Staaten in das ägyptisch-israelisch-amerikanische Lager könne überhaupt keine Rede sein. Die Bundesregierung möge sich nicht von Gerüchten irreführen lassen, die der amerikanische Geheimdienst über angebliche Differenzen unter den saudischen Prinzen ausstreue. Die Meinungsbildung in Riad erfolge einvernehmlich. Assad habe die königliche Familie beim Begräbnis des Königs Feisal[4] zur Einigkeit gemahnt, ohne die ihr Regime nicht überleben könne. Er, der angeblich linke Revolutionär, habe sein Interesse an der Erhaltung der saudischen Monarchie betont.

3) Die akute Kriegsgefahr[5] sei so groß, daß man viele politische und ideologische Bedenken gegen einen Zusammenschluß mit dem Irak über Bord geworfen habe. Es werde in Kürze zum Treffen der beiderseitigen Entscheidungsgremien kommen, auf dem irgendeine Form der Vereinigung proklamiert werden könnte.[6]

4) Die Politik der Bundesregierung im Nahen Osten sei von einem Stadium der Zweideutigkeit in ein Stadium der Eindeutigkeit geraten. Zwar habe Bundesregierung die im Grunde nicht schlechte Resolution der Neun zur Nahost-Frage mit unterzeichnet, doch habe Frankreich hier den sehr viel klügeren Weg gewählt, nämlich die französische Position über die Erklärung der Neun hinausgehend zu präzisieren.[7] Die Bundesregierung habe dagegen nicht nur nichts

4 König Feisal wurde am 25. März 1975 ermordet.

5 Botschafter Peckert teilte am 28. Mai 1979 mit: „1) Die syrische Presse berichtet am 16.5. von israelischen Plänen, Syrien zu einem Friedensvertrag durch ‚direkten militärischen Angriff' zu zwingen. Der Libanon, der in konfessionelle Teilstaaten aufgesprengt werden solle, sei das erste Ziel. Danach kämen die anderen arabischen Staaten, Syrien und Jordanien, an die Reihe. Die USA, Israel und Ägypten seien entschlossen, ihr ganzes Gewicht einzusetzen, um Syrien durch den Angriff auf seine libanesische Flanke zu schwächen. 2) Diese Kommentierung entspricht genau dem, was man in Regierungskreisen ernsthaft befürchtet. Syrien empfindet es als einen unerträglichen Zustand, gegebenenfalls militärische Entscheidungen Begins ohne Aussicht auf sinnvollen Widerstand hinnehmen zu müssen. Man fürchtet, daß die Sowjetunion, auf die Ratifizierung von SALT II fixiert, bei einem israelischen Angriff auf Syrien nicht mit vollem Einsatz zum Schutze arabischer Interessen zur Verfügung steht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 403; Referat 310, Bd. 125026.

6 Zu den Beziehungen zwischen Syrien und dem Irak vgl. Dok. 5, Anm. 18.
Am 23. Juni 1979 berichtete Botschafter Peckert, Damaskus, über das Treffen der Präsidenten Assad und al-Bakr vom 16. bis 19. Juni 1979 in Bagdad: „Von hoher Stelle im syrischen Außenministerium erfahre ich, daß die Konferenz zwischen der irakischen und der syrischen Führung ‚the Syrian way' gegangen sei und in Damaskus Befriedigung ausgelöst habe. Assad hat sich dem starken Drängen der Iraker widersetzt, einer Vereinigungsproklamation zuzustimmen. Die ‚Vereinigte Führung' sowie deren Unterorgane, das Verfassungskomitee, das Parteikomitee und das Vereinigte Militärkommando, seien Studiengruppen ohne operative Befugnisse. Auf militärischem Gebiet sei man zu einer bindenden Absprache gekommen. Diese besage, daß in Friedenszeiten nicht an die Stationierung irakischer Truppen in Syrien gedacht sei, daß jedoch im Falle eines israelischen Angriffs die irakische Armee Syrien automatisch zu Hilfe eilen würde. Man sei sich darüber im klaren, daß damit keine militärische Ebenbürtigkeit mit Israel zu erreichen sei. Die strategische Zielsetzung beschränke sich darauf, den Zeitpunkt der Kapitulation der syrischen Armee vor den Israelis soweit hinauszuschieben, daß das internationale Krisenmanagement Zeit zu wirksamem Eingreifen habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 466; Unterabteilung 31, Bd. 135596.

7 Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten über den Nahen Osten vom 26. März 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 326.
Die französische Regierung gab im Kommuniqué vom 29. März 1979 über eine Sitzung des Ministerrats eine Stellungnahme zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel ab. Darin wurde betont, daß ein gerechter und dauerhafter Friede nur möglich sei, wenn alle beteiligten Parteien, einschließlich der Vertreter des palästinensischen Volkes, zu einer umfassenden Regelung auf der Grundlage der Resolutionen 242 und 338 des UNO-Sicherheitsrats aufgerufen würden. Mit den abgeschlossenen Verträgen seien eine Reihe von Bedingungen, welche die französische Regierung für unverzichtbar halte, nicht erfüllt. Vgl. dazu LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1979, I, S. 189.

Zusätzliches gesagt, sondern sie lasse es sich auch gefallen, von Herrn Sadat als der wichtigste Förderer der ägyptischen Sache in Europa gefeiert zu werden. Die jüngsten Reden, die Sadat im Laufe seines Wahlkampfes in Ägypten gehalten habe[8], seien von Bonn unwidersprochen hingenommen worden. Dies habe im arabischen Lager, und hier spreche er keineswegs für Syrien allein, den Eindruck der Zustimmung Bonns zu den Äußerungen Sadats erweckt.

5) Die Bundesregierung müsse es sich gefallen lassen, daß die Beurteilung ihrer Nahostpolitik von zwei maßgeblichen Kriterien ausgehe, nämlich von den offiziellen Äußerungen des Bundesministers des Auswärtigen und von der Hinnahme der Erklärung anderer an diesem Konflikt interessierter Staaten. Man habe in dem arabischen Lager den Eindruck, daß die Bundesregierung, ganz voran Bundesaußenminister Genscher, gegenüber der Anerkennung der PLO eine sehr reservierte Haltung einnehme. Die Lösung des Palästinenserproblems könne jedoch nur mit der PLO vorgenommen werden, und die Lösung dieses Problems sei der Kern jeder Nahostregelung überhaupt. Es sei den arabischen Staaten jedoch nicht entgangen, daß die Bundesregierung, mehr noch als die Amerikaner, zu jedem Willkürakt der Israelis in Nahost schweigen würde. Es sei völlig evident, daß die Israelis die Absicht hätten, den Gaza-Streifen und das Westjordanland in den eigenen Staate einzubeziehen.[9] Dies sei gegen jedes Völkerrecht und gegen die Resolution 242 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.[10]

Bonn sähe dies alles, verstehe dies alles und schweige. Man erkenne darin eine indirekte Unterstützung des israelischen Standpunkts.

Zusammengefaßt habe man den Eindruck, daß das Engagement der Bundesrepublik Deutschland im Nahost-Konflikt sich weit mehr der Vertretung der israelischen als der der arabischen Standpunkte zuneige.

6) Die Rücksichten, die Bonn auf Washington nehmen müsse, würdige Syrien durchaus. Die für uns vitale Schutzgarantie der Amerikaner gegenüber der Sowjetunion fordere von uns aber doch nicht, die Araber vor den Kopf zu stoßen, wie das geschehe. Schließlich müßten auch die Amerikaner an einem vernünftigen deutsch-arabischen Verhältnis interessiert sein. Dieses erschöpfe sich nicht in wirtschaftlichen Kategorien, sondern sei vor allem ein politisches Verhältnis.

II. Da mir Daoudi ein syrisch-arabisches Stimmungsbild geben wollte, habe ich mich zu Anfang weitgehend aufs Zuhören beschränkt, zumal ihm unsere Entgegnungen recht geläufig sind.

1) Auf meine Frage, worauf seine Prämisse basiere, die Israelis wollten demnächst zuschlagen und welche Kriegsziele sie dabei wohl hätten, meinte Daoudi, Begin wolle Syrien und Jordanien zur Anerkennung der Annexion des Westjordanlands und des Gaza-Streifens zwingen. Diese Gebiete würden sie nie wieder freiwillig herausgeben.

2) Ich sagte Daoudi dann, mir seien von den verschiedensten Seiten, darunter auch von Außenminister Khaddam selbst, Gedanken entwickelt worden, die

8 Vgl. dazu die Fernsehansprache des Präsidenten Sadat vom 1. Mai 1979; Dok. 123, Anm. 2.

9 Vgl. dazu die israelischen Pläne für eine Autonomieregelung im Gazastreifen und Westjordanland; Dok. 134, Anm. 16.

10 Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 20.

darauf hinausliefen, man müsse die Israelis aus der Region loswerden, wie man die Kreuzfahrer losgeworden sei.[11] Ein hoher syrischer Funktionär habe mir erst vor zwei Tagen gesagt, die Israelis seien in ihrer Geschichte von den Russen, den Polen und den Deutschen massakriert worden. Sie sollten sich nicht in Sicherheit wiegen, demnächst nicht auch von den Arabern massakriert zu werden.

Mir wäre für die Übermittlung der hier erörterten Gedanken an den Bundesminister die Klärung dieser Position wichtig. Uns wäre eine Erläuterung unserer Politik in Ergänzung zur Neuner-Erklärung, die wir für schlüssig, verständnisvoll für die arabische Position und nicht auslegungsbedürftig hielten, was hier leider anders gesehen würde, viel leichter, wenn wir ebenso öffentlich von arabischer Seite hören würden, daß am Lebensrecht Israels in vertraglich vereinbarten, gesicherten Grenzen nicht gerüttelt würde.

Daoudi erwiderte, daß die Araber von vernünftigen und gemäßigten Politikern geführt würden. Selbst die PLO denke nicht im Ernst daran, den Status von 1948 wiedererlangen zu können. Das Lebensrecht Israels würde nicht in Frage gestellt, wenn Israel das Lebensrecht der Palästinenser anerkenne. Ein Die-Juden-ins-Meer-Werfen sei nicht arabische Politik.

III. 1) Ich habe in meiner Berichterstattung der letzten Wochen auf die Verschärfung der Stimmung hingewiesen und beziehe mich darauf. Die Syrer verlangen von uns, jeden nur möglichen Druck, bilateral und multilateral, auf Israel auszuüben, um klarzustellen, daß auch wir die Rückgabe der besetzten Gebiete fordern, daß wir unsere Position zur PLO überdenken, daß wir ihre Sorge, von den Israelis überfallen zu werden, verstehen, und das unsere dazu beitragen, ihnen zu helfen. Für Syrien ist Wirtschaftshilfe[12], so willkommen sie ist, kein Substitut für politische Unterstützung.

11 Am 30. April 1979 berichtete Botschafter Peckert, Damaskus: „Unter dem Eindruck des ägyptisch-israelischen Friedensschlusses gibt es aller Wahrscheinlichkeit nach eine neue, recht militante Sprachregelung, von der ich nicht weiß, ob sie von der Partei, dem Generalstab oder der Regierung stammt. Ich habe sie von Vertretern aller drei Gruppen in der letzten Zeit – offensichtlich als Substitut für eigenes Denken – erzählt bekommen, worauf ich auf das Vorliegen einer strikten Weisung zum Gebrauch dieser Sprache schließe. Die Geschichte beginnt mit den arabischen Eroberungen in Spanien. Die Araber hätten Spanien nach 800 Jahren aufgeben müssen, weil sie dort nichts zu suchen gehabt hätten. Das Gleiche sei den Kreuzfahrern nach 200 Jahren widerrechtlichen Aufenthalts in Syrien und im Heiligen Land passiert, die dort immer Fremdlinge geblieben seien. Saladin ist der arabische Nationalheld, der sich der Versuchung widersetzt habe, mit den Kreuzrittern Frieden zu schließen. Sadat sei kein Saladin, sondern ein Verräter, der mit den Israelis paktiere, die in der Region auch nichts zu suchen hätten und die man bei sich bietender Gelegenheit loswerden müsse." Vgl. den Schriftbericht Nr. 309; Referat 310, Bd. 125026.

12 Die Bundesrepublik und Syrien schlossen am 8. Juni 1978 ein Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit. Dieses sah für 1978 ein Darlehen von 100 Mio. DM für Entwicklungsprojekte und Projekte der Nahrungsmittelindustrie vor. Vgl. dazu BULLETIN 1978, S. 590.
Am 4. Mai 1979 unterzeichneten Bundesminister Genscher und der syrische Botschafter al-Atassi zwei weitere Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit. Das Abkommen über projektgebundene finanzielle Zusammenarbeit sah Darlehen der Bundesrepublik in Höhe von 65 Millionen DM für syrische Entwicklungsvorhaben in der Landwirtschaft und im Bereich des Fernmeldewesens vor. Im zweiten Abkommen wurde die Verwendung von deutscher Warenhilfe in Höhe von 35 Millionen DM für ein Landmaschinenprogramm und die Ausstattung von wissenschaftlichen Instituten der Universität in Latakia geregelt. Außerdem machte die Bundesrepublik eine Zusage über 11 Millionen DM für Projekte der technischen Zusammenarbeit. Vgl. BULLETIN 1979, S. 494.

2) Ich habe Daoudi gefragt, ob er mit seinen Darlegungen den Zweck verfolge, mich den Bundesminister unterrichten zu lassen, um den syrischen Politikern ein solches Gespräch zu ersparen, die dann ihrem Gast ein Land des Lächelns darbieten könnten. Daoudi bestritt das lebhaft. Der Präsident wolle den Bundesminister vororientieren. Er werde ihm dasselbe auch mündlich sagen, daran sei nicht zu zweifeln. Wie Khaddam taktieren werde, wisse er nicht, aber der sei ja für eine klare Sprache bekannt.

3) Ich habe versucht, im Gespräch die dünnen Stellen der syrischen Argumentation herauszufinden. An der Ansicht, der Bundesminister vertrete eine andere, araberfeindliche Linie als der Bundeskanzler, war nicht zu rütteln. Sie scheint auf gleichartiger Berichterstattung mehrerer arabischer Botschafter aus Bonn zu beruhen.

Ich habe eingewandt, die Israelis seien doch nicht so dumm, einen Krieg ohne plausible Kriegsziele anzuzetteln. Wenn sie die besetzten Gebiete behalten wollten, brauchten sie keinen Krieg, da sie die beati possedentes seien. Syrien könne doch kaum ernsthaft daran denken, die Hilfe der irakischen Armee gratis zu bekommen und ebensowenig wesentliche Souveränitätsopfer zu bringen, um einer Gefahr zu begegnen, die kaum glaubwürdig sei und der auch mit Hilfe der irakischen Armee nicht beizukommen sei. Daoudi wich mit Gegenfragen aus. Die Vereinigung mit Irak ist noch immer ein Tabu, an das nicht kritisch herangegangen werden darf.

4) Es scheint mir besonders bemerkenswert, daß Daoudi bei diesem Gespräch, bei dem er mir nichts erspart hat, mit keinem Wort auf die Russen und auf die von ihnen erhoffte Hilfe einging.[13] Er sprach lediglich von der neu zuteil gewordenen Unterstützung der arabischen Sache durch Iran und Afghanistan, stimmte mir jedoch in dem Gedanken zu, erst einmal abzuwarten, was in einem Jahr von den gegenwärtigen Regenten dort noch übrig sei.

5) Ich habe zu keinem Augenblick des Gesprächs den Eindruck gehabt, es sei die Absicht, den Besuch des BM zu verhindern, sondern eine den Syrern genehme Ausgangsposition für die Verhandlungen zu schaffen.[14]

[gez.] Peckert

Referat 010, Bd. 178813

13 Am 7. März 1979 teilte Botschafter Peckert, Damaskus, mit, seitens der türkischen Botschaft habe man ihm berichtet, der sowjetische Botschafter Tschernjakow habe sich in einem Gespräch „recht besorgt" gezeigt „über den wachsenden Einfluß insbesondere der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs in Syrien, der zu Lasten der Sowjetunion gehe. Er nannte insbesondere die wirtschaftlichen Aktivitäten der Botschafter beider Staaten in Damaskus. Die syrische Regierung nähme sich nicht immer die erforderliche Zeit, um die Sowjetunion über ihre politischen Absichten zu unterrichten. Normalisiert hätten sich die militärischen Beziehungen zu Syrien. Die nach der Abreise des syrischen Generalstabschefs erkennbar gewordene Krise sei beigelegt worden. Die Sowjetunion hätte jetzt der Lieferung ‚modernster Waffen in ausreichender Zahl' zu den alten ermäßigten Preisen zugestimmt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 193; Referat 310, Bd. 125026.

14 Legationsrat I. Klasse Westphal vermerkte am 6. Juni 1979 zum Gespräch des Ministerialdirektors Meyer-Landrut mit dem syrischen Botschafter vom Vortag: „Atassi führte in dem Gespräch telegraphische Weisung aus, namens der syrischen Regierung ausdrücklich zu versichern, daß weder Präsident Assad noch Außenminister Khaddam noch sonst ein politisch Verantwortlicher in Syrien Bundesminister Genscher persönlich kritisiert habe. Die syrische Regierung heiße vielmehr Minister Genscher zu dem vereinbarten Termin in Damaskus herzlich willkommen und sei an den bevorstehenden Sachgesprächen außerordentlich interessiert. [...] Botschafter Atassi wiederholte, was

154

Ministerialdirektor Blech, z.Z. Den Haag, an das Auswärtige Amt

114-1883/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 30. Mai 1979, 17.30 Uhr**
Fernschreiben Nr. 189 **Ankunft: 30. Mai 1979, 22.43 Uhr**
Citissime

Betr.: Traditionelles Vierertreffen der Außenminister am 29. Mai 1979 am Vorabend des NATO-Ministertreffens in Den Haag[1]

I. Am 29. Mai fand in Den Haag das traditionelle Vierer-Treffen über Deutschland- und Berlin-Fragen statt. Gastgeber war der französische AM François-Poncet.

Das Ministertreffen wurde wie üblich von den politischen Direktoren (Blech, D; Vest, US; Bullard, GB; Andréani, F, anstelle von Mérillon, der erst am Treffen der Minister teilnahm) unter französischem Vorsitz vorbereitet.

Im Vordergrund standen erneut die Themen EG–Berlin (Europa-Wahlen[2], Studie der Vierergruppe) und die Erstreckung von Rüstungskontrollabkommen (B-Waffen-Übereinkommen und Übereinkommen über Umweltkriegführung) auf Berlin.

Folgende Themen wurden außerdem behandelt: Lage Berlins, Beziehungen mit der DDR, Luftverkehr Berlin, Drogenhandel in Berlin.

Lage Berlins wurde übereinstimmend als erfreulich ruhig, allerdings nicht als krisenfest bewertet, da potentielle Risiken fortbestehen. Übereinstimmender Eindruck nach alliierten Demarchen[3] und Gespräch Bundeskanzler–Semjonow[4] war, daß Osten auf Teilnahme Berlins an europäischen Wahlen mit mehr

Fortsetzung Fußnote von Seite 721

Vize-Außenminister Khaddour am 2. Juni 1979 Botschafter Peckert zur syrischen Beurteilung der Angelegenheit gesagt habe: 1) Botschafter Peckert sei nicht von Botschafter Daoudi zu einem Gespräch gebeten worden; Daoudi habe vielmehr während eines Abendessens, an dem beide als Gäste teilgenommen hätten, mit Botschafter Peckert das Gespräch vom 28.5.1979 geführt. 2) Botschafter Daoudi habe in dem Gespräch keine eigene Bewertung der Person und Politik des Bundesministers Genscher abgegeben. Er sei zu solchem Vorgehen nicht von dritter Seite autorisiert gewesen. 3) Botschafter Daoudi habe nur Stimmen der deutschen Presse zitiert, wonach die Bundesregierung in besonderem Maße den ägyptischen Präsidenten stütze und für den ägyptisch-israelisch-amerikanischen Vertrag vom 26.3.1979 eintrete." Vgl. Referat 010, Bd. 178813.

1 Zur NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 156 und Dok. 159.

2 Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 7. und 10. Juni 1979 statt. Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen vgl. Dok. 50, Anm. 21.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen teilte den Botschaften in London, Moskau, Paris und Washington sowie der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin am 25. Mai 1979 mit: „Die alliierten Demarchen wurden am 23. Mai in Washington (Deputy Assistant Secretary Barry gegenüber sowjetischem Gesandten Wassew) und Paris (Andréani gegenüber sowjetischem Gesandten) und am 24. Mai in London (Bullard gegenüber sowjetischem Gesandten) durchgeführt." Vgl. den Drahterlaß; Referat 210, Bd. 116536.

4 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 21. Mai 1979 vgl. Dok. 148.

als nur Protesten reagieren, Lage aber angesichts bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Gipfels[5] nicht drastisch verschlechtern dürfte.

Studie EG–Berlin soll bis zu nächstem Vierertreffen unter Konzentration auf praktische Verbesserungen auf Basis vorliegenden Entwurfs der Vierergruppe, der begrüßt wurde, fertiggestellt werden.[6]

Über die Erstreckung des Übereinkommens über Umweltkriegführung (ENMOD) auf Berlin wurde noch kein Einvernehmen erzielt. François-Poncet versprach nach eingehender Darlegung des deutschen Standpunkts durch BM Genscher, den französischen Standpunkt noch einmal zu überprüfen.[7]

II. Das Direktorentreffen im einzelnen:

1) Deutschland- und Berlin-Passus des NATO-Kommuniqués[8] wurde als voll situationsgerecht den Ministern zur Annahme empfohlen. Franzosen wurden „als Gastgeber" um Übermittlung an NATO-Partner gebeten. Damit ist ein prinzipielles Formproblem zu unseren Gunsten gelöst.

2) Lage Berlins

a) Direktoren stimmten der Lagebeurteilung der Vierer-Gruppe, wie oben wie-

5 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

6 Ministerialdirektor Blech vermerkte am 21. Februar 1979 zu einer Studie der Bonner Vierergruppe über die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Berlin (West): „Die Außenminister der Drei Mächte und der Bundesrepublik Deutschland haben der Bonner Vierergruppe den Auftrag erteilt, eine Studie über Probleme im Verhältnis Berlin–EG auszuarbeiten. Die Anregung stammt von den Alliierten, die vor einiger Zeit festgestellt haben, daß die der Einbeziehung Berlins in die Gründungsverträge der EG zugrunde liegenden alliierten Direktiven in Verbindung mit dem Charakter der Gründungsverträge und den ihnen innewohnenden Entwicklungsmöglichkeiten die Einbeziehung Berlins in die Aktivitäten und die Entwicklung der EG weniger beschränken und den Alliierten schwächere Kontrollmöglichkeiten im Hinblick auf ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin geben, als dies beim Verhältnis Berlin–Bundesrepublik Deutschland der Fall ist. [...] Im Verlaufe der mehrjährigen (seit 1975) Konsultationen, die zum Teil auch die Direktorenebene bei den traditionellen Vierertreffen beschäftigten, stellte sich heraus, daß die Franzosen und zuletzt auch die Briten auf eine Änderung der Verfahrensregeln abzielen, die der Praxis der Einbeziehung Berlins in die Tätigkeit der EG, besonders im Bereich der Verträge der EG mit dritten Staaten, zugrunde liegen. Wir haben uns gegen eine solche Änderung der Rechtsgrundlagen der Stellung Berlins in der EG, die eine Abkehr von einer über zwanzigjährigen bewährten und insoweit auch von den Sowjets gar nicht angefochtenen Praxis bedeuten würde, energisch gewehrt. Die Amerikaner haben sich auf einer mittleren Linie zurückgehalten. [...] Um zu vermeiden, daß die Alliierten eine Dreierfront gegen uns aufbauen (um die sich die Franzosen bemüht haben) und uns ihre Wünsche kraft der alliierten Rechtsstellung in Berlin auferlegen, haben wir uns bemüht, den Drei Mächten durch ein Angebot freiwilliger praktischer Verbesserung des Informationsverfahrens ohne Änderung der Rechtsgrundlagen soweit entgegenzukommen, daß ihre berechtigten Anliegen berücksichtigt werden und gleichzeitig weitergehende Bestrebungen abgebogen werden." Vgl. Referat 210, Bd. 116518.
Mit Schreiben vom 22. Juni 1979 an Gesandten Trumpf, Brüssel (EG), übersandte Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen ein Exemplar des Entwurfs der „Studie der Bonner Vierergruppe ‚Berlin and the European Communities', Stand Ende Mai 1979, wie sie den vier Außenministern auf dem Vierertreffen am 29. Mai 1979 in Den Haag vorgelegen hat". Vgl. Referat 210, Bd. 116518.
Für den Entwurf der Studie „Berlin und die Europäischen Gemeinschaften" vgl. Referat 210, Bd. 116518.

7 Zur Erstreckung des ENMOD-Abkommens auf Berlin (West) vgl. Dok. 118, Anm. 20.

8 Für Ziffer 7 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 113. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 326.

dergegeben, zu. D2 hob die Verbesserung der psychologischen Stimmung der Berliner hervor, die auch auf die Besuche Präsident Carters[9], der britischen Königin[10] und des UNO-Generalsekretärs Waldheim[11] zurückzuführen sei. Bullard würdigte die Amtstätigkeit von RBM Stobbe, dessen kürzliche Gespräche in London sowohl PM Thatcher als auch AM Lord Carrington beeindruckt hätten.[12]

b) Vest berichtete über Abschluß des Strafverfahrens in Berlin (West) gegen Entführer polnischer LOT-Maschine und die Auflösung des amerikanischen Gerichts.[13] Die drei anderen Direktoren sprachen den Amerikanern Dank für die Durchführung des Strafverfahrens trotz großer Schwierigkeiten aus.

c) Bezahlung der DDR-Leistungen für die Beförderung alliierter Militärpersonenzüge:

Über ein Papier der Bonner Vierergruppe zu diesem Thema wurde im wesentlichen Einvernehmen erzielt. Die Alliierten sind mit unserer Zustimmung bereit, die Deutsche Bundesbahn zur Bezahlung der Dienste der DDR zu ermächtigen, falls dies auf der Grundlage einer Vier-Mächte-Regelung geschieht, welche die Fortsetzung der bisherigen Praxis als Teil der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten sichert. Es bestand insbesondere Einvernehmen, daß die Alliierten bei ihren geplanten Gesprächen mit den Sowjets nachdrücklich versuchen sollten, eine Bindung des Tarifs für diese Leistungen der DDR an den Deutschen Eisenbahnmilitärtarif (DEMT) zu erreichen.[14]

3) Wahlen zum EP:

a) Die alliierten Direktoren berichteten über ihre Demarchen gegenüber der Sowjetunion zur Warnung vor östlichen Maßnahmen gegen die Einbeziehung Berlins in die Europa-Wahlen. D2 wies auf das Gespräch des Bundeskanzlers mit Semjonow über das Thema und über die Schritte von StS Gaus in Ost-Berlin[15] hin. Er hob hervor, daß die östliche Seite sich möglicherweise auf DDR-

9 Präsident Carter hielt sich am 15. Juli 1978 in Berlin (West) auf.

10 Königin Elisabeth II. hielt sich am 24. Mai 1978 in Begleitung von Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher in Berlin (West) auf.

11 UNO-Generalsekretär Waldheim hielt sich vom 27. bis 30. März 1979 in der Bundesrepublik auf und besuchte am 30. März 1979 Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 92.

12 Zum Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Stobbe, vom 23. bis 25. Mai 1979 in Großbritannien vgl. Dok. 132, Anm. 18.

13 Zum Strafverfahren gegen die Entführer einer Maschine der polnischen Luftfahrtgesellschaft LOT vgl. Dok. 118, Anm. 25.

14 Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen vermerkte am 14. September 1979 zur Bezahlung der von der DDR erbrachten Leistungen bei der Beförderung alliierter Militärpersonenzüge von und nach Berlin: „Von alliierter Seite ist der Sowjetunion am 15. Juni ein entsprechender Vorschlag (Briefwechsel) gemacht worden. In ihrer Antwort vom 23. August ist die sowjetische Seite auf den Aspekt des Vier-Mächte-Dachs nicht eingegangen. Die Drei Mächte werden den Sowjets in den nächsten Tagen auf POLAD-Ebene in Berlin erklären, daß sie die sowjetische Antwort aus dem genannten Grund als unzureichend ansehen." Vgl. Referat 210, Bd. 116505.

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen vermerkte am 21. Mai 1979, das Bundeskanzleramt habe mitgeteilt, „daß StS Gaus bei nächster Gelegenheit Vizeaußenminister Kohl im Rahmen eines aus anderen Gründen erbetenen Gesprächstermins darauf hinweisen wird, daß, falls im Zusammenhang mit den Wahlen zum Europaparlament seitens der DDR gegen uns gerichtete Schritte unternommen würden, dies eine ernste Lage heraufbeschwören würde. StS Gaus werde Weisung erhalten, mit der DDR eine Diskussion über die Vereinbarkeit der Teilnahme Berlins an den Direktwahlen zum Europäischen Parlament nach dem festgelegten besonderen Wahlmodus

Maßnahmen im innerdeutschen Bereich (Reise- und Besucherverkehr) konzentrieren werde, um im Hinblick auf den bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Gipfel die Westmächte und die Sowjetunion möglichst nicht zu involvieren. D2 machte deutlich, daß wir in jedem Fall auf alliierte Solidarität rechnen. Bullard berichtete, daß Nier bei kürzlichem London-Besuch Thema nicht angeschnitten habe.[16] Vest erklärte, daß USA Unterzeichnung des Konsularvertrages mit der DDR hinausgeschoben habe.[17] D2 wies darauf hin, daß Sowjets den politischen Einigungsprozeß Europas früher ignoriert hätten, ihn heute dagegen zu dramatisieren schienen. Sowjets sei möglicherweise nicht völlig klar, in welcher Weise die Westmächte mit unserer Mitwirkung bei jedem Entwicklungsschritt der EG den Schutz der alliierten Rechte und Verantwortlichkeiten für Berlin sicherstellten. D2 fügte hinzu, daß Sowjets vielleicht auch nicht bemerkt hätten, wie wir bei Programmgestaltung der Besuche Präsident Carters und der britischen Königin in Berlin dem Vier-Mächte-Status Rechnung getragen hätten. Diese Bemerkung, wie die Erwähnung der Staatsbesuche in Ziff. II, 2a), zielte nicht zuletzt auf Franzosen wegen Möglichkeit eines Giscard-Besuchs in Berlin[18].

Es bestand Einvernehmen, daß der kürzliche Prawda-Artikel (von I. Alexandrow) zu den Europa-Wahlen keine Verschärfung der sowjetischen Haltung signalisiert habe, sondern eher einen positiven Grundtenor trage.[19] Einschät-

Fortsetzung Fußnote von Seite 724

zu vermeiden, damit Statusfragen in bezug auf Berlin nicht zum Gesprächsgegenstand zwischen den beiden deutschen Staaten werden." Vgl. Referat 210, Bd. 116536.

16 Der Stellvertretende Außenminister der DDR, Nier, hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1979 in Großbritannien auf. Botschafter Ruete, London, resümierte am 25. Mai 1979 Informationen des britischen Außenministeriums: „Nier habe sich um sachliches, nüchternes, unpolemisches Auftreten bemüht. Er wäre gern von Lord Carrington empfangen worden. Dies erwies sich jedoch wegen Termindrucks [...] nicht als möglich. Er habe nicht den Anschein erweckt, als verfüge er über irgendwelchen politischen Spielraum. Er sei also kein ergiebiger Gesprächspartner gewesen. Britische Seite habe den Eindruck gewonnen, daß DDR sowjetische Linie ohne Abweichungen wiederhole. [...] Zu Berlin hätten Briten lediglich bemerkt, Fortdauer von Ruhe und Frieden in Europa setze Fortdauer von Ruhe und Frieden um die Stadt voraus. Im übrigen hätten sie Gespräch mit DDR zu dem Thema vermeiden wollen, um nicht Eindruck zu erwecken, sie betrachteten diese hierfür als geeigneten Ansprechpartner. Auch die DDR-Delegation habe nicht von sich aus versucht, dieses Thema zu erörtern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1224; VS-Bd. 13111 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

17 Zu den Verhandlungen zwischen den USA und der DDR über einen Konsularvertrag vgl. Dok. 135, Anm. 22.

18 Am 6. Juni 1979 berichtete Botschafter Herbst, Paris, Staatspräsident Giscard d'Estaing habe dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Stobbe, am selben Tag zu seiner Absicht, im Herbst Berlin (West) zu besuchen, erklärt: „Die Reise solle – so Giscard – vor allem Berlin und seiner Bevölkerung gelten. Zugleich solle damit das Engagement Frankreichs für Berlin und seine Bereitschaft, für die Verteidigung Berlins einzustehen, deutlich gemacht werden. Was die Form und den Ablauf des Besuchs angehe, so wolle er, Giscard, selbstverständlich nichts tun, was dem Bundeskanzler unangenehm sein könne, doch denke er daran, den Besuch Berlins mit einer Inspektion der dort stationierten französischen Truppen zu verbinden." Stobbe seinerseits habe hervorgehoben: „Über das Programm werde man wohl noch sprechen müssen. Wichtig sei hier vor allem die Anwesenheit der Bundesregierung – des Bundeskanzlers und eventuell des Bundesaußenministers –, um so die enge Verbindung zwischen Bund und Berlin deutlich zu machen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1771; VS-Bd. 13117 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

19 Botschafter Wieck, Moskau, übermittelte am 24. Mai 1979 den deutschen Wortlaut des Artikels „Das Europäische Parlament und aktuelle Fragen der europäischen Politik" aus der „Prawda" vom selben Tag. Zur Teilnahme von Berlin (West) an den Wahlen zum Europäischen Parlament werde darin ausgeführt: „Dies aber widerspricht dem Abkommen der vier Staaten zu dieser Frage. Denn es ist ja die Kernbestimmung des vierseitigen Abkommens von 1971, daß Westberlin kein Bestandteil der BRD ist und auch künftig nicht von ihr verwaltet wird. Deshalb ist seine Behandlung als Wahlkreis der BRD, als eines der Bundesländer Westdeutschlands als nichts anderes zu betrachten als als

zung möglicher, über Proteste hinausgehender östlicher Reaktionen ergab, daß mit etwas mehr als verbalen Schritten zu rechnen, insgesamt aber keine dramatische Entwicklung zu erwarten sei. Vierergruppe wurde beauftragt, die vorbereiteten Entwürfe für westliche Reaktionen auf etwaige östliche Maßnahmen beschleunigt zu Ende zu führen. D2 regte an, Reaktionen auf mögliche von kommunistischer Seite ausgehende Schritte im Europäischen Parlament selbst gegen die Mitwirkung der Berliner Abgeordneten zu prüfen. Andréani wies darauf hin, daß die relativ moskautreue französische KP sich bisher noch nie zum Berliner Problem im Zusammenhang mit den Europa-Wahlen geäußert habe.

b) Schreiben des Bundestagspräsidenten[20] an den Präsidenten des europäischen Parlaments[21] zu Übermittlung des Wahlergebnisses: D2 erläuterte die zwischen den Ressorts und der Bundestagsverwaltung abgestimmte Form für die Behandlung des Berlinaspekts in dem Schreiben und die für die Bundesregierung innenpolitisch zu beachtenden Regeln im Verhältnis zum Parlament. Bullard gab zu verstehen, daß die Alliierten – falls in der Frage kein Einvernehmen erzielt würde – sich gezwungen sehen könnten, in der Öffentlichkeit klarzustellen, daß sie mit der Form des Übermittlungsschreibens nicht einverstanden seien. Gegen den letzten deutschen Vorschlag erhob er inhaltlich keine Einwendungen. Andréani kündigte dagegen kritische französische Bemerkungen bei der weiteren Behandlung in der Vierergruppe an.

4) Studie EG–Berlin:

Die alliierten Direktoren würdigten übereinstimmend den auf einen deutschen Beitrag zurückgehenden Entwurf der Vierergruppe als großen Fortschritt zur Überwindung der Meinungsverschiedenheiten in diesem Bereich. D2 regte an, daß zunächst versucht werden sollte, praktische Erfahrungen mit den in dem Entwurf vorgesehenen Vorschlägen zu machen und die beiden kontroversen Grundsatzfragen (Notwendigkeit neuer Verfahrensregeln für die Einbeziehung Berlins in Verträge der EG, Einladungsverfahren bei EG-Veranstaltungen in Berlin) offenzulassen. Andréani kündigte am Rande praktisches französisches Einschwenken auf diese Linie an, wobei Franzosen sich ihre abweichende Grundsatzposition jedoch ausdrücklich vorbehalten würden. Es wurde das unter I) wiedergegebene Verfahren vereinbart.

5) Beziehungen zur DDR und innere Lage der DDR:

D2 berichtete ausführlich über Entwicklung und derzeitigen Stand der innerdeutschen Beziehungen sowie der inneren Lage der DDR.

Vest kündigte an, daß der an sich fertige Konsularvertrag USA–DDR erst gegen Ende Juni unterzeichnet werden solle und daß die weitere Entwicklung

Fortsetzung Fußnote von Seite 725

schwerwiegende Verletzung des Vierseitigen Abkommens, eines der wichtigsten Faktoren der europäischen Entspannung. Versuche, Westberlin als Zugabe der BRD in den Prozeß der staatspolitischen Integration Westeuropas hineinzuziehen und auf diese Stadt eine EWG-Kompetenz auszudehnen, sind mit ihrem besonderen Status nicht vereinbar. Ein Verhalten solcher Art nützt nur denjenigen, die das in Helsinki Fixierte einfrieren oder auch erschüttern und unterminieren möchten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1880; Referat 210, Bd. 116536.

20 Seit 31. Mai 1979 war Richard Stücklen Bundestagspräsident.

21 Emilio Colombo.

der Beziehungen zur DDR von deren Verhalten hinsichtlich Berlins und in anderen kritischen Fragen (Journalisten[22]) abhängig gemacht werde. Er sei überrascht gewesen, daß die DDR in den Konsularverhandlungen hinsichtlich der Staatsangehörigkeitsfrage nachgegeben habe.

D2 dankte für die enge Abstimmung in dieser Frage, und daß wir uns nicht dagegen wendeten, daß die USA die Existenz einer Staatsangehörigkeit der DDR zur Kenntnis nehmen, aber zu vermeiden wünschten, daß unsere Freunde den Standpunkt der DDR hinsichtlich unserer, d.h. der deutschen Staatsangehörigkeit[23] billigten oder zu billigen schienen.

Bullard berichtete über den Besuch des Stv. AM Nier in London. Die DDR dränge auf einen hochrangigen Besuchsaustausch. Die neuen britischen Minister hätten jedoch zur Zeit andere Prioritäten.

Andréani gab zu erkennen, daß die Franzosen mit der Lösung in den Konsularverhandlungen USA–DDR nicht voll einverstanden seien[24], diese aber als Präzedenzfall zur Kenntnis nähmen (die Franzosen sehen für sich Schwierigkeiten in der Frage der doppelten Staatsangehörigkeit[25]).

22 Zur Durchführungsbestimmung vom 11. April 1979 zur Tätigkeit von ausländischen Journalisten in der DDR vgl. Dok. 109, Anm. 28.
Zur Ausweisung des ZDF-Korrespondenten van Loyen aus der DDR vgl. Dok. 133, Anm. 7.

23 Die Staatsangehörigkeit war geregelt in Artikel 116 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 15f.
Das Gesetz vom 22. Februar 1955 zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit regelte die Staatsangehörigkeitsverhältnisse deutscher Volkszugehöriger, denen die deutsche Staatsangehörigkeit aufgrund von Verträgen und Verordnungen zwischen 1938 und 1945 durch Sammeleinbürgerung verliehen worden war, von Personen, die gemäß Artikel 116 GG Deutsche waren, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu haben, sowie deutscher Volkszugehöriger, die nicht Deutsche im Sinne des Grundgesetzes waren. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil I, S. 65–68. Weiterhin Gültigkeit hatte zudem das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913. Für den Wortlaut vgl. REICHSGESETZBLATT 1913, S. 583–593.

24 Ministerialdirigent Lücking informierte die Botschaft in Washington am 12. März 1979 darüber, daß am 7. März in der Bonner Vierergruppe die Haltung der französischen Regierung zum Konsularvertrag zwischen den USA und der DDR dargelegt worden sei: „Der französische Sprecher erklärte, Paris habe schwerwiegende Einwände gegen den amerikanischen Vorschlag, die auch durch eine Umformulierung gemäß den deutschen Wünschen nicht behoben würden. Die gemeinsame Erklärung USA/DDR führe nach französischer Auffassung den DDR-Standpunkt zur Staatsangehörigkeitsfrage, wenn auch in anderer Form als in der Staatsangehörigkeitsdefinition im Konsularabkommen, wieder ein und sei geeignet, Zweifel an der Haltung einer der Drei Mächte zur Frage der deutschen Staatsangehörigkeit, hinter der das Konzept der Vier-Mächte-Verantwortung stehe, aufzuwerfen. Außerdem würden Deutsche aus der DDR ihres Wahlrechts zwischen einer Betreuung durch die DDR oder die BR Deutschland beraubt. Die von amerikanischer Seite in Aussicht gestellten Zusicherungen hätten dagegen keinen juristischen Wert und würden die DDR nicht binden. Von französischer Seite könne man, wenn man das amerikanische Modell übernehme, der BR Deutschland kaum solche Zusicherungen geben. Die Lösung zwischen USA und DDR würde einen wichtigen Präzedenzfall für die Konsularverhandlungen Frankreich/DDR schaffen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1290; Referat 210, Bd. 116556.

25 Ministerialdirektor Fleischhauer resümierte am 9. Juli 1979 den Stand der Verhandlungen zwischen Frankreich und der DDR über einen Konsularvertrag: „Frankreich und die DDR verhandeln seit Juni 1975 über einen Konsularvertrag. Es haben bisher fünf Verhandlungsrunden stattgefunden, die letzte in Paris im Juni 1977. Der Abschluß der Verhandlungen war bisher nicht möglich, weil die DDR auf der Aufnahme einer Staatsangehörigkeitsdefinition bestand, die von Frankreich ebenso entschieden abgelehnt wurde. Die Franzosen haben bei verschiedenen Gelegenheiten (Vierergruppe, Haager NATO-Konferenz) Bedenken selbst gegen die Kompromißlösung vorgebracht, welche von den USA mit der DDR ausgehandelt worden ist. [...] Insgesamt wurde aus den Ausführungen der Franzosen deutlich, daß es Frankreich vor allem darum geht, die französische

6) Erstreckung des BWÜ[26] und des ENMOD-Übereinkommens auf Berlin:

Bullard kündigte eine baldige britische Stellungnahme in der Vierergruppe zu ENMOD an und nannte folgende Gesichtspunkte für die britische Haltung:

a) Respektierung des deutschen Wunsches nach möglichst weitgehender Rechtseinheit.

b) Berücksichtigung der Präzedenzfälle bei der Erstreckung von Abkommen auf Berlin.

c) Notwendigkeit der Prüfung jedes Einzelfalles für sich und der Festlegung der Bedingungen für die Sicherung der alliierten Rechte und Verantwortlichkeiten.

Vest bekräftigte grundsätzliche amerikanische Zustimmung zur Berlinerstrekkung von ENMOD. USA betrachteten BWÜ nicht als Präzedenzfall für ENMOD. Andréani bestätigte ablehnende französische Haltung zur Berlinerstreckung von ENMOD, da man keine entscheidenden Unterschiede zwischen BWÜ und ENMOD sehe.

D2 legt die Bedeutung dar, die wir der Berlinerstreckung bei ENMOD im Zusammenhang mit der parlamentarischen Behandlung des BWÜ beimessen. Zustimmung zu BWÜ mit vorgesehenen alliierten Zusicherungen ohne Erstrekkung auf Berlin sei nur zu erreichen, wenn durch Erstreckung andersgearteten ENMOD-Abkommens der Nachweis geführt werden könne, daß sich alliierte Haltung in der Frage der Erstreckung weltweiter Rüstungskontrollabkommen nicht grundsätzlich geändert habe. Er wies auf Dringlichkeit einer Entscheidung wegen des beabsichtigten Gesprächs mit den Parteien hin, in dem mit Gewißheit auch nach weiterem Vorgehen von ENMOD gefragt werde.

7) Luftverkehrsstudie:

Der Entwurf der Vierergruppe wurde erörtert und in ihren Grundzügen gutgeheißen. Es bestand Einvernehmen, daß die Kriterien für die ausnahmsweise Zulassung von Flügen nach und von Berlin-Schönefeld noch schärfer gefaßt werden müßten.[27] (Beispiel: Was ist ein wirtschaftlicher VIP? Wer bestimmt den VIP-Status – etwa die Fluggesellschaften selbst?)

Fortsetzung Fußnote von Seite 727

Rechtsstellung in bezug auf Deutschland als Ganzes ungeschmälert zu wahren." Vgl. Referat 210, Bd. 116555.

26 Zur Erstreckung des Übereinkommens vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen auf Berlin (West) vgl. Dok. 118, Anm. 19.

27 Am 21. November 1978 vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl über die Sitzung der Bonner Vierergruppe vom selben Tag, der „amerikanische Sprecher" habe zur Frage alliierter Charta-Flüge zum Ost-Berliner Flughafen Schönefeld mitgeteilt: „Aufgrund der bei der Sondersitzung der Bonner Vierergruppe am 18. November 1978 zutage getretenen einheitlichen Haltung aller vier Seiten habe das State Department die amerikanische Politik bestätigt, daß keine Flüge nach Schönefeld zugelassen werden, außer genehmigten VIP-Flügen. Man habe dabei den Interessen Berlins Vortritt gegeben vor den amerikanischen Exportinteressen gegenüber der DDR. [...] Abschließend erklärte der amerikanische Sprecher: Das State Department bitte, die Frage auf die Tagesordnung des Vierertreffens der Direktoren am 6.12.1978 in Brüssel zu setzen, mit dem Ziel, die Vierergruppe zu beauftragen, so schnell wie möglich eine Studie über die Luftverkehrsfragen im Zusammenhang mit Berlin auszuarbeiten. Die Diskussion in Brüssel und die Studie sollten die folgenden zwei Aspekte abdecken: a) alliierte Flüge nach Schönefeld und b) Flüge der Interflug in die in der Vierergruppe vertretenen Staaten." Vgl. Referat 210, Bd. 116509.

D2 wies auf politische Bedeutung der Verwirklichung der von den alliierten Luftverkehrsgesellschaften in Aussicht gestellten Verbesserungen im Flugverkehr von und nach Berlin hin.[28]

8) Drogenhandel in Berlin:

Vest legte die amerikanischen Sorgen über die schädlichen Auswirkungen des Drogenhandels in Berlin für die amerikanischen Soldaten dar. D2 erläuterte unsere Bemühungen und wies auf die Möglichkeit hin, daß Frage Gesprächsthema mit der DDR unter dem Gesundheitsabkommen[29] werde.

III. Das Ministertreffen:

1) Die Minister billigten den Deutschland- und Berlinpassus des NATO-Kommuniqués (vgl. Anl.[30]).

2) Lage Berlins:

BM dankte für klare Darlegung des westlichen Standpunkts in den alliierten Demarchen gegenüber der SU. Er wies auf unsere Erwartung hin, daß sich andere Seite wegen der Großwetterlage und des sowjetischen Interesses am Gipfeltreffen mit USA bei Europawahlen zurückhalten werde. Mit einer Reaktion sei zu rechnen, wir hofften aber, daß sie in erträglichen Grenzen bleibe.

3) Beziehungen zur DDR:

François-Poncet teilte mit, daß er am 5. und 6. Juli als erster AM einer der Drei Mächte Ostberlin besuchen werde.[31]

Die anderen drei Minister nahmen dazu keine Stellung. Lord Carrington erwähnte Nier-Besuch in London und wies auf Bemühungen der DDR um Kontakte mit ihm hin, denen er sich nicht zugänglich gezeigt habe. Vance berichtete über Abschluß der Konsularverhandlungen USA–DDR. Amerikaner hätten in den kritischen Fragen auf einer Lösung bestanden, die mit BM Genscher voll abgestimmt sei. DDR habe schließlich nachgegeben. François-Poncet bemerkte dazu: Wenn er im Parlament eine entsprechende Frage erhielte, würde er erklären, daß er niemals einen Konsularvertrag mit der DDR mit einer Staatsangehörigkeitsdefinition unterzeichnen werde; damit befinde er sich im Einvernehmen mit BM Genscher. AM Vance betonte daraufhin, daß das Konsularabkommen USA–DDR keine Staatsangehörigkeitsdefinition enthalte.

4) BM gab Einschätzung der inneren Lage der DDR: Wirtschaftliche Lage sei nicht gut. Daraus ergäben sich eine Reihe von Instabilitäten. Dies sei auch ein Grund für einen Katalog von Maßnahmen gewesen, dem Bürger in der DDR und westdeutsche Korrespondenten ausgesetzt worden seien. DDR betrachte Tätigkeit unserer Fernsehkorrespondenten besonders kritisch, weil 85% der Bevölkerung unser Fernsehen empfange. In der Bereitschaft von ostdeutschen

28 In der Presse wurde am 25. Mai 1979 berichtet: „Die amerikanische Fluggesellschaft PanAm will ihren Service auf den Flügen von und nach Berlin verbessern und ab 1. Juni verbilligte Sondertarife einführen. [...] Air France und British Airways teilten mit, man werde auf den Berlin-Routen dieselben verbilligten Sondertarife einführen und den Service verbessern." Vgl. den Artikel „Sparpreise und Freibier auf den PanAm-Flügen nach Berlin"; DIE WELT vom 25. Mai 1979, S. 4.

29 Für den Wortlaut des Abkommens vom 25. April 1974 zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der DDR auf dem Gebiet des Gesundheitswesens vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 1731 f.

30 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 8.

31 Der französische Außenminister François-Poncet hielt sich am 23./24. Juli 1979 in Ost-Berlin auf.

Bürgern, vor westdeutschen Kameras aufzutreten und frei ihre Meinung zu äußern, zeige sich Erosionsprozeß in der DDR. Dieses widerlege die Kritiker unserer KSZE-Politik. Auf Frage von Vance nach künftigen Reaktionen der DDR hierauf wies BM darauf hin, daß DDR einerseits ein fortbestehendes Interesse habe, die wirtschaftlichen Beziehungen zu uns auszubauen, um Versorgung der Bevölkerung zu sichern, andererseits aber die Tätigkeit westdeutscher Journalisten behindern möchte, um die Auftritte vor ihren Kameras zu verringern. Lord Carrington unterstrich Offenkundigkeit der Unterschiede zwischen beiden Teilen Deutschlands und die Unfähigkeit der DDR-Führung, eigene Bevölkerung gegen die Wirkungen dieser Unterschiede abzuschirmen. BM bestätigte dies: Die Zustimmung der Bevölkerung zum Regime sei aus diesem Grunde nicht gewachsen. Wirkung unseres Fernsehens zeige sich u.a. darin, daß junge Generation in DDR ein Demokratieverständnis habe, obwohl es in diesem Teil Deutschlands seit 1933 keine demokratischen Zustände gebe. François-Poncet wies darauf hin, daß dieser Zustand noch lange dauern könne.

5) Berlinerstreckung von Rüstungskontrollabkommen:

François-Poncet bestätigte die französischen Vorbehalte gegen eine Erstrekkung von ENMOD auf Berlin: Man sehe in Paris nicht die Unterschiede zwischen ENMOD und BWÜ. Die alliierte Zustimmung zur Erstreckung des NV-Vertrages sei seinerzeit ein Fehler gewesen.[32]

BM erwiderte, daß Bundesregierung die Position der Drei Mächte zum BWÜ zur Kenntnis genommen habe, dessen Nichterstreckung auf Berlin den Abgeordneten des Bundestages nicht einfach klarzumachen sein werde. Beim ENMOD-Abkommen könne vielleicht die Überschrift Anlaß zu gewissen Bedenken geben, in der Substanz entspreche dieses Abkommen aber dem Charakter der bereits früher auf Berlin erstreckten sechs Rüstungskontrollabkommen. Er sehe voraus, daß für die Zustimmung zum BWÜ im Bundestag keine Mehrheit zu erzielen sei, falls nicht wenigstens das ENMOD-Übereinkommen auf Berlin erstreckt werde. Hier handele es sich um ein Politikum ersten Ranges für unsere Abrüstungspolitik. Unser Wunsch sei, beide Abkommen zu ratifizieren. Dieses werde aber kaum möglich sein, wenn nicht wenigstens das ENMOD-Übereinkommen entsprechend den Präzedenzfällen auf Berlin erstreckt werde. Es würde auch sehr schwer für ihn sein, dem Parlament andere Entscheidung zu empfehlen. Der Widerstand gegen Abkommen ohne Erstreckung käme nicht nur aus der Opposition, sondern aus allen Parteien im Bundestag. Er habe Sorge, daß Berlin für bestimmte rechtliche Gebiete zu einem weißen Fleck werde. Auf Frage von Vance nach den Auswirkungen auf weitere Rüstungskontrollabkommen, insbesondere einem C-Waffen-Übereinkommen[33], bestätigte BM, daß eine befriedigende Lösung des Berlin-Aspekts für uns von entscheidender Bedeutung sei. Auf Frage Lord Carringtons, ob der Status- und Sicherheitsvorbehalt der Alliierten[34] von unseren Parlamentariern nicht anerkannt werde, wies BM

[32] Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Juni 1974 zum Nichtverbreitungsvertrag vom 1. Juli 1968: „Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt, wobei die alliierten Rechte und Verantwortlichkeiten einschließlich derjenigen, die die Entmilitarisierung betreffen, unberührt bleiben." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785.

[33] Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 121.

[34] Vgl. dazu Anlage IV zum Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971; BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 54–59.

darauf hin, daß die fraglichen Rüstungskontrollabkommen janusköpfig seien und neben einem Militärteil stets auch einen Teil über friedliche Zusammenarbeit enthielten. François-Poncet stellte abschließend fest: Es bestehe Einvernehmen über das Prinzip, daß Abkommen über militärische Fragen nicht nach Berlin erstreckt werden könnten. Die Frage der Erstreckbarkeit hänge daher vom Inhalt ab. Überschrift solle nicht allein entscheidend sein. Er werde unter diesen Gesichtspunkten nach den Ausführungen von BM Genscher die Frage beim ENMOD-Übereinkommen noch einmal sorgfältig prüfen.

6) Studie EG–Berlin:

François-Poncet begrüßte den erreichten Fortschritt und unterstrich das Interesse an einem baldigen Abschluß.

7) Die Minister billigten aufgrund des Vortrags des gastgebenden französischen Direktors die Ergebnisse des Direktorentreffens.

[gez.] Blech

VS-Bd. 13120 (210)

155

Ministerialdirektor Blech, z. Z. Den Haag, an das Auswärtige Amt

114-1884/79 geheim
Fernschreiben Nr. 191
Citissime

Aufgabe: 30 Mai 1979, 21.00 Uhr[1]
Ankunft: 30. Mai 1979, 23.54 Uhr

Betr.: Gespräch BM Genscher mit AM Vance am 30.5.1979 in Den Haag

BM Genscher traf 30.5. am Rande des NATO-Ministerratstreffens[2] zu etwa einstündigem bilateralen Gespräch (Frühstück) mit AM Vance zusammen. Aus Gespräch wird vorbehaltlich Zustimmung des Herrn Ministers festgehalten:

1) MBFR

BM wies darauf hin, daß von den derzeit zur Diskussion stehenden begleiten-

[1] Hat Ministerialdirigent Dröge am 31. Mai 1979 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Kreusel am 31. Mai 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann und Vortragenden Legationsrat Hofstetter verfügte.
Hat Hofmann am 5. Juni 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Legationsräte I. Klasse Rupprecht und Boldt verfügte.
Hat Rupprecht am 6. Juni 1979 vorgelegen.
Hat Boldt am 7. Juni 1979 vorgelegen.
Hat Hofstetter vorgelegen.

[2] Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Gibt es nicht."
Zur NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 156 und Dok. 159.

den Maßnahmen[3] zwei Maßnahmen nach unserer Auffassung nicht in den geographischen Rahmen von MBFR gestellt werden sollten, nämlich

a) die Ankündigung von Divisionsaktivitäten außerhalb der Kasernen (Maßnahme 1),

b) Einladung von Beobachtern hierzu (Maßnahme 4).

Wir müssen beachten, daß begleitende Maßnahmen nur für den MBFR-Reduzierungsraum für den Westen erhebliche Probleme aufwerfen. Trotzdem seien wir bereit, in geeigneter Weise begleitende Maßnahmen zu vereinbaren, die der Verifikation dienten. Die Maßnahmen 1 und 4 zielten jedoch nicht auf Verifikation, sondern auf Vertrauensbildung ab. Wir hätten Sorge, daß bei einer Beschränkung aller begleitenden Maßnahmen auf den Reduzierungsraum eine denkbare Ausweitung von Rüstungskontrollmaßnahmen über diesen Raum hinaus erschwert würde. Damit besteht die Gefahr, daß eine Rüstungskontrollzone inmitten Europas geschaffen werde, die ausschließlich Nachteile für Westen beinhalte. Dies sage er nicht nur für die BR Deutschland, sondern für die Allianz als Ganzes. Bei den geographischen Gegebenheiten bliebe in Westeuropa nur Frankreich, im Osten jedoch die gesamte riesige sowjetische Landmasse unberührt. Es müsse daher geprüft werden, ob und wie eine Ausdehnung bestimmter begleitender Maßnahmen auf ganz Europa erreicht werden könne. Hierbei sei zu berücksichtigen, daß für diese Frage durch das WP-Kommuniqué von Budapest eine neue Lage entstanden sei. Der WP hat dort selbst vertrauensbildende Maßnahmen für den gesamten KSZE-Bereich vorgeschlagen.[4] Möglicherweise habe der WP den französischen EAK-Vorschlag[5] durch den Vorschlag einer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahme auffangen wollen.

Er, BM, sei der Auffassung, daß wir den Budapester Vorschlag nicht a limine ablehnen, sondern unsere Bereitschaft erklären sollten, über die vertrauensbildenden Maßnahmen im Rahmen der KSZE zu sprechen. Hierbei wäre zu prüfen, ob dies in einer CBM-Sonderkonferenz der KSZE-Teilnehmer in Madrid[6] selbst oder auf einer Vorkonferenz für Madrid geschehen solle. Anknüpfungspunkt sollte hierbei die Schlußakte von Helsinki sein.[7] In der Substanz die sowjetischen CBM-Vorschläge aufnehmen, sie jedoch in ihrer räumlichen Ausdehnung so weit erstrecken, daß wir damit die geographischen MBFR-Vorteile für die SU teilweise auffangen. Die Maßnahmen 1 und 4 seien nicht reduzierungsbezogen. Es gebe im übrigen eine Reihe von Ländern auf beiden Seiten, d.h. im Osten und Westen, die besorgt seien, daß eine MBFR-Reduzierung zu einer Verlagerung der Streitkräfte an die Flanken führen könnte. Sie seien

[3] Zur Haltung der Bundesregierung zu den begleitenden Maßnahmen bei MBFR vgl. Dok. 90 und Dok. 99.

[4] Zum Vorschlag der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts, im Rahmen der KSZE eine Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen abzuhalten, vgl. Dok. 148, Anm. 25.

[5] Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 3, Anm. 16.

[6] Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

[7] Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

deshalb sehr daran interessiert, daß sich die vertrauensbildenden Maßnahmen auf ganz Europa erstrecken sollten, damit es an den Flanken nicht zu einer Belastung komme. Auf die Frage von AM Vance, der der Unterscheidung der Maßnahmen 1 und 4 von den übrigen begleitenden Maßnahmen zustimmte, nach der weiteren Verhandlungstaktik in bezug auf Maßnahmen 1 und 4 erklärte BM: Es gebe hierbei mehrere Möglichkeiten:
1) Die MBFR-Partner könnten z.B. gemeinsam empfehlen, daß die beiden Maßnahmen in Madrid im Hinblick auf eine Erstreckung auf den gesamten KSZE-Raum diskutiert werden sollten.
2) Da wir uns ohnehin die westliche Reaktion auf Budapest überlegen müßten. Es sei zu prüfen, ob die Maßnahmen 1 und 4 in einen westlichen Vorschlag für die KSZE aufgenommen werden sollten.

Er persönlich halte den zweiten Weg (Madrid) für vorteilhafter. Es scheine aussichtsreicher, den größeren Geltungsbereich im KSZE-Zusammenhang durchzusetzen. (Dg22[8] ergänzte: Die westlichen Länder hätten im übrigen schon in Belgrad[9] Maßnahmen vorgeschlagen, die den jetzigen Maßnahmen 1 und 4 entsprächen.)

AM Vance stimmte dem BM zu, daß es nicht gut sei, die Budapester Vorschläge zurückzuweisen. Er habe im übrigen keine Probleme, die Überlegungen des Ministers mit anderen Kollegen zu diskutieren. AM Vance stimmte ausdrücklich zu, daß der BM die Frage im Zusammenhang mit den Maßnahmen 1 und 4 im NATO-Rat zur Sprache bringt. Für ihn seien diese Überlegungen vernünftig, er sei bereit, dies auch zu sagen.

In anschließendem Meinungsaustausch trug Dg22 in groben Zügen unsere Überlegungen zu den Tarassow-Vorschlägen in Wien und zu den bilateral in Washington geführten sowjetischen Sondierungen vor.[10] Es solle in der Allianz geprüft werden, ob und wie diese Vorschläge durch das Bündnis genutzt werden könnten. Dabei würde von Bedeutung sein

- eine Dateneinigung für sowjetisches und amerikanisches Personal als Voraussetzung für Reduzierungen in Phase I,
- eine kollektive Absprache über die Nichterhöhung des übrigen Personalbestandes erst nach Einigung über die dafür maßgeblichen Ausgangsdaten.

BM unterstreicht die Bedeutung der Datenklärung. Ein Einfrieren von Streitkräften könne ohne Klärung der Datenfrage nicht in Betracht kommen, und es müsse alles vermieden werden, was es der SU erleichtern könnte, die Datenfrage zu umgehen. Vance stimmte zu und zeigte Interesse an unseren Überlegungen zur Weiterentwicklung von MBFR.

2) TNF

BM unterstrich, daß er baldige konkrete amerikanische Vorschläge (Umfang, Mix[11], Dislozierung, Finanzierung) begrüßen würde, damit diese Vorschläge

8 Friedrich Ruth.

9 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 320 und Dok. 373, und AAPD 1978, I, Dok. 16, Dok. 24, Dok. 25, Dok. 60 und Dok. 88.

10 Zu den Überlegungen des Leiters der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow, vgl. Dok. 139, Anm. 3.

11 Korrigiert aus: „MI".

bald in der HLG aufgenommen werden könnten. Er sehe mit Sorge die Möglichkeit einer Terminverschiebung für das 26. NPG-Ministertreffen von Mitte Oktober auf Mitte November.[12] Er unterstrich mit Nachdruck die Notwendigkeit einer TNF-Entscheidung noch in diesem Jahr, denn bei einer zeitlichen Verzögerung müsse man damit rechnen, daß Widerstände wiederbelebt würden. Wer Rüstungskontrolle wolle, müsse auf dem Gebiet der Modernisierung entscheidungsfähig sein. AM Vance stimmte dem im vollen Umfange zu („the horse should go before the cart") und zeigte sich optimistisch, daß man in jedem Falle noch im Dezember (DPC)[13] eine abschließende Entscheidung erreichen werde.

3) Amerikanisch-sowjetischer Gipfel in Wien[14]

BM unterstrich, daß es nützlich sein werde, wenn die amerikanische Seite in Wien darauf hinweisen würde, daß ohne eine Klärung der Datenfrage bei MBFR keine Fortschritte zu erzielen seien. AM Vance stimmte dem zu. Man werde den Sowjets in Wien deutlich machen, daß man zunächst die Datenfrage klären müsse, bevor man weitere Schritte bei MBFR ins Auge fassen könne. Außer über SALT II, wo man bei Klärung der letzten noch offenen Punkte Fortschritte mache, rechne man in Wien mit folgenden Gesprächsthemen:

- Anti-Satellitenabkommen[15]: In den Verhandlungen habe es in jüngster Zeit Fortschritte gegeben. Es sei durchaus denkbar, daß die Verhandlungen mit einem befriedigenden Ergebnis vor Wien abgeschlossen würden. Sollte dies der Fall sein, so würde dies die Position der Administration gegenüber dem Kongreß in der Frage der SALT-Ratifizierung stärken.
- C-Waffen-Vertragsverhandlungen, insbesondere das Problem der Verifikation.[16]
- Konventioneller Waffentransfer: Dieses Thema sei von sowjetischer Seite als Diskussionspunkt vorgeschlagen worden.[17]
- Indischer Ozean: Hier werde man prüfen, ob die Gespräche wiederaufgenommen werden könnten.[18]

12 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe am 13./14. November 1979 in Den Haag vgl. Dok. 329 und Dok. 330.

13 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 11./12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 373.

14 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 212.

15 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Anti-Satelliten-Systeme vgl. Dok. 112.

16 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 121.

17 Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 31. Mai 1979 mit Bezug auf die vierte Runde der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über eine Beschränkung des Exports konventioneller Rüstungsgüter vom 5. bis 15. Dezember 1978 in Mexiko-City: „Ein Datum für die nächste Runde, die in Helsinki stattfinden soll, ist noch nicht festgelegt. Man wartet auf einen Impuls durch das Gipfeltreffen Carter/Breschnew [...]. Der wesentliche Meinungsunterschied, der in Mexiko-City deutlich wurde und weitere Gespräche blockierte, besteht weiter fort. Es geht um die Frage, auf welche Regionen die abstrakten Prinzipien [...] praktisch anzuwenden sind. Wie uns auf Arbeitsebene des State Department gesagt wurde, halte die USA an ihrer Auffassung fest, daß die Regionen Lateinamerika und Afrika erörtert werden sollten, nicht aber Ost- und Westasien (China, Korea, Persischer Golf), wie es die SU fordere." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2040; Referat 220, Bd. 116874.

18 Die USA und die UdSSR verhandelten seit März 1977 über eine Flottenbegrenzung im Indischen Ozean. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 132.

AM Vance faßte seine Vorschau auf Wien wie folgt zusammen: Die Tagesordnung werde drei allgemeine Bereiche umfassen:

a) SALT und andere Rüstungskontrollmaßnahmen.

b) Bilaterale Fragen (Möglichkeit der erweiterten Zusammenarbeit im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich).

c) Internationale Fragen (Hierbei werde man auf amerikanischer Seite die regionalen Krisenherde vom Nahen Osten, Afrika bis Indochina ansprechen und nachdrücklich darauf hinweisen, daß die Entspannung unteilbar und keine Einbahnstraße sein könne. Er, AM Vance, rechne hierbei mit einer sehr offenen und harten Diskussion.) Die Gespräche würden in der Regel gemeinsam von Breschnew und Gromyko auf der einen und Präsident Carter und ihm, Vance, auf der anderen Seite geführt werden. Im Hinblick auf die mögliche Erörterung militärischer Fragen werden auch Verteidigungsminister Brown und General Jones mit nach Wien fahren. Ob die Sowjets ebenfalls Verteidigungsminister Ustinow mitbringen würden, sei noch offen.

4) Türkei

a) Zur Reintegration Griechenlands erläuterte AM Vance letzten Stand der Haig-Vorschläge.[19] General Haig werde nach Ablehnung seiner Vorschläge durch griechische Seite jetzt unter Berücksichtigung seiner Gespräche mit beiden Seiten einen letzten Versuch für beiderseitig akzeptable Lösung machen.

b) Auf eine Frage von BM nach der türkischen Haltung zu den amerikanischen Monitoring-Wünschen in bezug auf SALT erklärte Vance: Ecevit sei, was Monitoring betreffe, offenbar zu größerer Zusammenarbeit und Entgegenkommen bereit.[20] Es bleibe aber das Problem des sowjetischen Widerstands gegenüber einem von der Türkei ausgehenden Monitoring. Man werde diese Frage in Wien auch gegenüber den Sowjets ansprechen. Sollten die Sowjets hartnäckig bleiben, so werde man ihnen gegenüber deutlich machen, daß man über andere geeignete Monitoring-Optionen verfüge. BM wies im Zusammenhang mit der türkischen Bündnishaltung[21] auf die Sorge hin, daß immer mehr Bündnispartner einen Sonderstatus im Bündnis suchten und zunehmend ein spezielles Verhältnis zur SU anstreben und der SU eine Mitsprachemöglichkeit einräumen könnten. Falls diese Entwicklung so weitergehe und auch noch dazu führe, daß

19 Zu den Bemühungen des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Haig, um eine Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Integration der NATO vgl. Dok. 135, Anm. 6.

20 Am 16. Mai 1979 berichtete Botschafter von Staden, Washington, das amerikanische Außenministerium habe ihm zu den Gesprächen des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Christopher in Ankara mitgeteilt: „Die US-Bitte um Gewährung von Überflugrechten für U 2-Beobachtungsflugzeuge (im Rahmen ergänzender Maßnahmen zur SALT-II-Verifikation nach Verlust der Beobachtungsstationen im Iran) sei diskutiert worden. Diese Flüge sollten, wie derzeit bereits die U 2-Beobachtungsflüge in Nahost, von Zypern ausgehen. Amerikanischerseits sei man angesichts der Sensitivität des Verifikationsproblems in den USA um möglichst vertrauliche Behandlung der Anfrage bemüht gewesen. Auch nachdem sie durch türkische Pressemeldungen der Öffentlichkeit bekannt geworden sei [...]. Zum Inhalt der türkischen Erklärungen nahmen unsere Gesprächspartner zurückhaltend Stellung. Ankara wolle offenbar seine unparteiische Haltung unterstreichen, indem es einerseits seine Unterstützung für Rüstungskontrollbemühungen und Entspannung zum Ausdruck bringe, andererseits aber deutlich mache, daß es nicht vorschnell handeln werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1820; VS-Bd. 11450 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

21 Zur türkischen Haltung gegenüber der NATO vgl. Dok. 142, Anm. 3.

man bei jedem Schritt des Bündnisses die mögliche Zustimmung der SU im Auge habe, dann müsse dies zu einer Desintegration des Bündnisses führen. AM Vance stimmte der Darlegung von BM nachdrücklich zu, daß es nur ein gemeinsames Sicherheitsinteresse des Bündnisses geben könne und alles getan werden müsse, eine Entwicklung wie sie von BM befürchtet werde, zu verhindern.

5) DDR-Maßnahmen gegen westliche Journalisten[22]

BM wies darauf hin, daß er es begrüßen würde, wenn amerikanische Seite auf dem Gipfel in Wien im Zusammenhang mit einer Erörterung des Standes der Ost-West-Beziehungen die Behinderung von Journalisten in der DDR ansprechen würde. AM Vance entgegnete, daß man beabsichtige, die Frage der Arbeitsbedingungen für Journalisten in Wien anzuschneiden.

[gez.] Blech

VS-Bd. 10497 (201)

156

Ministerdirektor Blech, z.Z. Den Haag, an das Auswärtige Amt

114-1886/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 31. Mai 1979, 10.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 193 **Ankunft: 31. Mai 1979, 15.29 Uhr**
Citissime

Betr.: NATO-Frühjahrskonferenz der Außenminister in Den Haag
am 30. und 31.5.79[2]
hier: Verlauf der restricted session am 30.5.

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung und Bewertung

1) Nach zeremonieller Eröffnung im Rittersaal des Binnenhofs von Den Haag in Anwesenheit eines „founding father" der NATO, Dirk Stikker, wurde Frühjahrstagung mangels wichtiger TOP im übrigen sofort in „restricted session" fortgeführt. Diskussion konzentrierte sich in folgender Gewichtung auf

– TNF-Modernisierung,

22 Zur Durchführungsbestimmung vom 11. April 1979 zur Tätigkeit von ausländischen Journalisten in der DDR vgl. Dok. 109, Anm. 28.
Zur Ausweisung des ZDF-Korrespondenten van Loyen aus der DDR vgl. Dok. 133, Anm. 7.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 1. Juni 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter vorgelegen.

2 Vgl. dazu auch Dok. 159.

– Reaktion auf Budapester WP-Kommuniqué vom 15.5.79[3],
– SALT,
– Nahost.

2) Dabei zeichnete sich wesentliche Übereinstimmung ab:

a) Entscheidung über Modernisierung der Mittelstreckenwaffen des Bündnisses in Europa (LRTNF) und einen damit verbundenen Rüstungskontrollansatz muß vor Jahresende fallen. Implementierung des Mindestansatzes der Modernisierung soll nicht von Ergebnissen der Implementierung des Rüstungskontrollangebots abhängen.

b) Die CBM-Vorschläge von Budapest[4] sollten ernsthaft daraufhin geprüft werden, ob sie auf KSZE-Folgetreffen Madrid[5] oder einem dort einzusetzenden Expertentreffen aufgenommen werden können.

c) SALT-II-Abkommen wird als ein stabilisierendes Element begrüßt.[6] SALT III ist unter intensivster Konsultation im Bündnis vorzubereiten.

d) Der ägyptisch-israelische Friedensvertrag[7] trägt zur Lösung des Nahost-Problems nur bei, wenn er als Teil eines Prozesses zur umfassenden Lösung verstanden wird.

Unter Zustimmung Frankreichs werden diese Punkte ihren Niederschlag im Kommuniqué finden (folgt gesondert).[8]

II. Im einzelnen

Aus Einlassung der AM (in folgender Reihenfolge) ist folgendes berichtenswert:

1) USA: Vance beschränkte sich auf SALT. Er unterstrich, daß SALT II erstmals zu echten Verringerungen, und zwar nicht nur obsoleter sowjetischer Systeme führen werde; SU werde Systeme abbauen müssen, die den amerikanischen „Minuteman" II und „Polaris" entsprächen. Auch die qualitativen Begrenzungen durch SALT II sanktionierten nicht nur den vorgegebenen Zustand auf sowjetischer Seite. SU habe bereits mehrere neue Typen von ICBM erprobt, dürfe aber nun nur ein neues System dislozieren. Besonders relevant im Sinne der Rüstungskontrolle sei auch Begrenzung der Anzahl der MIRV pro ICBM auf zehn bzw. sechs Stück. Dies seien weitaus weniger MIRV, als diese Raketen tragen könnten.

Abschließend erklärte Vance, die USA seien zu intensiven Bündniskonsultationen über Mandat für SALT III bereit, und forderte die Bündnispartner auf, Ar-

[3] Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 329–332.

[4] Zum Vorschlag der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts, im Rahmen der KSZE eine Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen abzuhalten, vgl. Dok. 148, Anm. 25.

[5] Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

[6] Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

[7] Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

[8] Vgl. dazu Ziffer 13 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 115. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 328.

beit der HLG und SG[9] energisch zu unterstützen, damit Entscheidung über TNF-Modernisierung und den damit verbundenen Rüstungskontrollansatz vor Jahresende möglich sei.

2) F: François-Poncet bezeichnete SALT II und chinesisch-vietnamesischen Konflikt[10] als wichtigste Ereignisse seit Herbstsitzung[11] und nahm letztere zum Anlaß theoretisierender Betrachtungen über Entspannung. Détente bedeute Akzeptieren der Realität mit Ziel der Krisenkontrolle. Auf China angewandt bedeute dies, daß man Peking als Realität anerkennen müsse, aber nicht die chinesische Karte gegenüber der SU ausspielen dürfe, also auch bei Waffenlieferungen an China Zurückhaltung zu üben habe.[12]

Niemand unterschätze SALT II. Abschließendes Urteil setze allerdings Kenntnis des endgültigen Textes voraus. Schon jetzt stehe leider fest, daß Vertrag ein weiteres Anwachsen des Sprengkopfbestandes nicht verhindere.

Unter Bezug auf wachsende Bedrohung im Mittelstreckenbereich durch Aufwuchs von SS-20/„Backfire" stellte französischer AM heraus, daß es sich dabei für Europa um „zentrale Systeme" handele, die eine strategische Bedrohung darstellten. F arbeite zwar nicht in HLG mit, helfe jedoch bei Bewältigung des Problems der Mittelstrecken-Disparität durch Modernisierung der Force de frappe.[13]

Hinsichtlich Madrid sprach sich François-Poncet erwartungsgemäß für bilaterale Vorbereitung aus. Er prophezeite, daß sich SU auf der dortigen KSZE-Folgekonferenz nicht so defensiv wie in Belgrad[14] verhalten werde; auch der Westen solle sein Herangehen gegenüber Belgrad im Sinne des Verfolgens realistischer Ziele verändern. Den französischen Vorschlag einer europäischen Abrüstungskonferenz (EAK)[15] bezeichnete französischer AM schon deshalb als realistischer als MBFR, weil Sicherheit durch Rüstungskontrolle in Europa nur in einem erweiterten geographischen Rahmen gewährleistet werden könne. WP habe sich im Kommuniqué von Budapest vom 15. Mai auch der französischen Initiative gegenüber etwas aufgeschlossener gezeigt.[16] Ebenso deutlich wie diese begrenzte Flexibilität sei jedoch große Beharrlichkeit, mit der der WP

9 Zur Abstimmung zwischen der High Level Group und der Special Group vgl. Dok. 132, Anm. 14.

10 Zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg vgl. Dok. 100, Anm. 7.

11 Zur NATO-Ministerratstagung am 7./8. Dezember 1978 in Brüssel vgl. AAPD 1978, II, Dok. 382.

12 Zur Frage französischer Rüstungslieferungen an die Volksrepublik China vgl. Dok. 129, Anm. 3.

13 Brigadegeneral Freiherr von Rosen, Paris, resümierte am 7. Juni 1979 Ausführungen des französischen Verteidigungsministers Bourges: „Fra[nzösische] Anstrengungen für Nuklearwaffen werden nach wie vor Priorität besitzen. 33 Proz[ent] des V[er]t[eidigun]g[s]haushalts werden auch künftig für die Nuklearbewaffnung ausgegeben. [...] ‚Unsere Stärke wird 1985 gleich der der heutigen zentralen US- und UdSSR-Systeme sein'. ‚Die Schäden, die wir zufügen können, sind seit jeher unerträglich'." Dazu stellte Rosen fest: „Da bisher keinerlei Anzeichen dafür vorlagen und vorliegen, daß Fra[nkreich] je den qualitativen Standard der US/UdSSR erreichen will, ist der Satz Bourges' nur so zu interpretieren, daß die Schäden, die Fra. 1985 einem Aggressor zufügen kann, der derzeit ‚unerträglichen' Zerstörungskraft der Supermächte entsprechen dürften." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1787; Referat 201, Bd. 120178.

14 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 320 und Dok. 373, und AAPD 1978, I, Dok. 16, Dok. 24, Dok. 25, Dok. 60 und Dok. 88.

15 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 3, Anm. 16.

16 Vgl. dazu Ziffer 5 des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts am 14./15. Mai 1979 in Budapest; EUROPA-ARCHIV 1979, D 331.

seine Ziele auf Gebiet der sog. „militärischen Entspannung" verfolge. Vielleicht sei es möglich, die EAK in Madrid zu lancieren. In der Form verbindlich, in der Sache jedoch sehr deutlich, kritisierte François-Poncet den ägyptisch-israelischen Friedensvertrag, da er zum Bruch im arabischen Lager und Verschärfung der Energiekrise geführt habe. Irritierung Saudi-Arabiens werde möglicherweise noch katastrophale Konsequenzen haben. Wichtigster Unterschied in Beurteilung des Vertrags zwischen Washington und Paris sei skeptischere Einschätzung der israelischen Ziele durch F.

3) D: BM bezeichnete 1979 als für die Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses entscheidend: Mit Abschluß von SALT II gelte es, sich verstärkt für Fortschritte in MBFR einzusetzen. Gleichzeitig seien schon jetzt Weichen für Madrid zu stellen, wenn man Wiederholung von Belgrad vermeiden wolle.

Es liege in der Natur des Entspannungsprozesses, daß er im Osten Irritationen und Unsicherheit auslösen könne. Ausdruck davon sei jüngstes Verhalten der DDR im Informationsbereich.[17] Ähnliches könne sich im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen in der SU zutragen.[18] Erleichterung des Informations-Austauschs gemäß Schlußakte (SA) der KSZE[19] bleibe von entscheidender Bedeutung für Zukunft des Entspannungsprozesses. BM begrüßte Abschluß von SALT II und damit ermöglichte Gipfelbegegnung zwischen Carter und Breschnew[20]. Anschließend appellierte er an alle Bündnispartner, an der vor Ende dieses Jahres notwendigen Entscheidung über Modernisierung der LRTNF des Bündnisses in Europa solidarisch mitzuwirken. Diese Modernisierung sei unabweisbar wegen

- Veralten der bisherigen Systeme,
- verstärkter Bedrohung durch SS-20/„Backfire",
- neuer Dimension des Problems der Mittelstreckendisparität als Folge der Festschreibung der Parität im interkontinentalen Bereich durch SALT II.

Wenn Bündnis sich 1979 zur Entscheidung über LRTNF-Modernisierung unfähig, das hieße handlungsunfähig erweisen würde, hätte dies weitreichende politisch-psychologische Auswirkungen. Bündnis dürfe sich nicht eine zweite Entwicklung wie im Falle der Neutronenwaffe leisten. Bei Entscheidung über Modernisierung müsse unser Wille zur Rüstungskontrolle klargestellt werden. Es wäre jedoch falsch zu glauben, es reiche aus, eine Entscheidung über Modernisierung nur zu treffen, dann aber über ihre Implementierung zu verhandeln. USA hätten bei TNF-Modernisierung eine Führungsrolle; diese könne jedoch den europäischen Partnern nicht abnehmen, selbst zu tun, was in ihre Verantwortung fällt.

17 Vgl. dazu die Durchführungsbestimmung vom 11. April 1979 zur Tätigkeit von ausländischen Journalisten in der DDR; Dok. 109, Anm. 28.
Zur Ausweisung des ZDF-Korrespondenten van Loyen aus der DDR vgl. Dok. 133, Anm. 6.

18 Die XXII. Olympischen Spiele fanden vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau statt.

19 Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" (Korb III) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 946–964.

20 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

Hinsichtlich MBFR unterschied Minister Genscher innerhalb der begleitenden Maßnahmen solche, die, wie Verifikation, reduzierungsorientiert sind, und vertrauensbildenden Maßnahmen (CBM) im engeren Sinn.[21] Letztere sollten als MBFR flankierende Maßnahmen für ganz Europa gelten (Beispiel: Ankündigung von Tätigkeiten auf Divisionsebene außerhalb der Standorte). CBM sollten also im europäischen Rahmen angestrebt werden, wofür CBM in der SA einen Ansatzpunkt böten. Hier ergebe sich Zusammenhang mit CBM-Vorschlägen von Budapest und auch mit dem französischen Gedanken einer EAK. Daher sollten wir das Kommuniqué von Budapest insoweit ernst nehmen und prüfen, wie es für CBM mit Geltungsbereich in ganz Europa benutzt werden könne. Heute müsse noch nicht entschieden werden, ob dies vor, nach oder in Madrid aufzunehmen sei.

Madrid gelte es in allen Bereichen der SA eingehend vorzubereiten. Wir hielten Abhaltung des Folgetreffens auf politischer Ebene, nämlich auf Ministerebene oder sogar darüber, wenn die Ereignisse es rechtfertigen, für zweckmäßig. Alle Fortschritte seien davon abhängig, daß der Osten keinerlei Zweifel daran habe, daß das Bündnis über TNF-Modernisierung entscheiden und sie implementieren werde, sich also nicht hinhalten lassen werde. Andernfalls sei weder mit Fortschritten bei Bemühungen um Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit noch bei Rüstungskontrolle zu erwarten.[22] Abschließend warnte BM vor Irrtum, es gebe unter den Bündnispartnern gegenüber SU unterschiedliche nationale Interessen. Wenn jeder einzelne sein nationales Interesse national definieren wolle, führe dies unweigerlich zur Desintegration. Da jedoch alle Bündnispartner identische Sicherheitsinteressen hätten, erhofften wir uns auch breite Beteiligung bei TNF-Modernisierung.

4) IT: Forlani stellte es für MBFR und SALT III als wichtig heraus, daß SALT II auf Basis der Parität abgeschlossen werde. Die sowjetische Aufrüstung erkläre sich z. T. aus Bestreben, die Optionen Chinas einzuengen. In Europa zielten die östlichen Konferenzinitiativen[23] allerdings vorwiegend auf Propagandaeffekte. So habe WP in Budapest letztlich doch vor allem seine „sicherheitspolitische Plattform" mit den altbekannten Vorschlägen zur „militärischen Entspannung" wiederbelebt. Madrid könne positive Etappe im Entspannungsprozeß werden, vorausgesetzt, daß Westen realistische Vorschläge zur Verbesserung der Implementierung der gesamten Schlußakte vorlege.

5) UK: Wie schon als Präsident der Sitzung bei zeremonieller Eröffnung betonte Lord Carrington, daß Entscheidung über TNF-Modernisierung Hauptaufgabe des Bündnisses in diesem Jahr sei. BM zustimmend, bezeichnete auch er Chancen einer Rüstungskontrolle im Mittelstreckenbereich für aussichtslos, wenn NATO nicht imstande sei, TNF-Modernisierung zu entscheiden und durchzuführen. Entscheidung auf das nächste Jahr zu verschieben, würde sie nur erschweren. Aufgabe der Minister sei, ihren Regierungen die Überzeugung der

[21] Zur Haltung der Bundesregierung zu den begleitenden Maßnahmen bei MBFR vgl. Dok. 90 und Dok. 99.

[22] So in der Vorlage.

[23] Zu den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 9. Dezember 1975 vgl. Dok. 120, Anm. 13.

Dringlichkeit der TNF-Entscheidung zu vermitteln und in der Öffentlichkeit dafür Unterstützung zu gewinnen.

6) NL: MP van Agt in Eröffnungszeremonie und AM van der Klaauw suchten zunächst die von der niederländischen Arbeiterpartei[24] ausgelösten Zweifel an NATO-Treue von NL durch besonders bedingungslose Treueerklärungen auszuräumen. NL nähmen oft kein Blatt vor den Mund, seien aber, wenn es darauf ankomme, mit Unterstützung der großen Bevölkerungsmehrheit dem Bündnis solidarisch verbunden. Regierung von NL sei sich bewußt, daß ihre Bemühungen um Entspannung eine glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit und ein Kräftegleichgewicht im Ost-West-Verhältnis nach wie vor voraussetzen.

Erstmals stimmte ein niederländischer Minister, van der Klaauw, zu, daß TNF-Entscheidung noch 1979 fallen müsse (sein Kollege im Verteidigungsressort[25] hatte Festlegung darauf noch während DPC-Sitzung am 15.5.[26] abgelehnt). Niederländischer AM stellte auch Ratifizierung von SALT II nicht mehr als Vorbedingung der Entscheidungsreife auf. Verhältnis zwischen TNF-Modernisierung und Rüstungskontrollansatz bei SALT III stellte er wie folgt dar: Entscheidung über beides müsse gleichzeitig fallen. Während der Implementierung der Modernisierung sollten US bilateral beschleunigt das Rüstungskontrollangebot verfolgen. Implementierung solle aber nicht auf Rüstungskontrollergebnisse warten. Bekannte Forderung von NL, die Rolle nuklearer Waffen durch TNF-Modernisierung nicht auszuweiten, ergänzte van der Klaauw mit Aufforderung, Option III bei MBFR[27] auf dem Tisch zu lassen.

Zu MBFR unterstrich er Zweckmäßigkeit einer Art „On-the-spot"-Verifikation, damit sich auch Staaten, die nicht die hochentwickelten amerikanischen technologischen Verifikationsmittel besitzen, an Verifikation beteiligen können.

Vorschläge von Budapest beurteilte der Niederländer skeptisch. Es handele sich um taktisch darauf angelegte Propaganda-Manöver, die TNF-Modernisierung zu behindern und im KSZE-Rahmen Akzent auf sicherheitspolitische Maßnahmen zu verlagern. Man müsse prüfen, ob die Vorschläge für westliche Ziele ausgebeutet werden könnten, zumal eine Verwandtschaft zum EAK-Projekt[28] bestehe. Keinesfalls dürfe sich Allianz ohne gründliche Vorbereitung und Prüfung des Zusammenhangs mit MBFR und KSZE auf besondere CBM-Konferenz einlassen. Damit scheide Termin vor Madrid aus.

Dem östlichen Vorschlag eines waffenspezifischen Gewaltverzichtsverbots[29] solle man, wenn nötig, mit Vorschlag begegnen, das Gewaltverbot der SA zu bekräf-

24 Vgl. dazu den Parteitag der niederländischen Arbeiterpartei (PvdA) vom 27. bis 29. April 1979 in Amsterdam; Dok. 144, Anm. 6.

25 Willem Scholten.

26 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16. Mai 1979 in Brüssel vgl. Dok. 140, Dok. 143 und Dok. 145.

27 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 16. Dezember 1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III) vgl. Dok. 13, Anm. 2.

28 Korrigiert aus: „ERK-Projekt".

29 Der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Pakts verabschiedete am 26. November 1976 in Bukarest den Entwurf eines Abkommens zwischen den Teilnehmerstaaten der KSZE über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen. Nach Artikel I sollten sich die Vertragspartner dazu verpflichten, „Kernwaffen gegeneinander zu Lande, zu Wasser, in der Luft und im kosmischen Raum

tigen. Doch auch dies sei von konkreten Rüstungskontrollschritten abhängig zu machen.

7) NO: Frydenlund ging von objektivem sowjetischen Interesse an stabilen Beziehungen zum Westen aus. Gleichwohl werde Ost-West-Verhältnis weiter von Zusammenarbeit und Wettbewerb gekennzeichnet werden. Stabilität im Mittel/Kurzstreckenbreich könne wahrscheinlich nur durch Kombination von LRTNF-Modernisierung und Rüstungskontrolle erzielt werden. Implementierung der Modernisierung solle sich aber im Lichte des Fortschritts bei Rüstungskontrolle vollziehen. Den ständigen östlichen Konferenzvorschlägen könne NATO nicht rein negativ begegnen. Es gelte jetzt, nach Budapest alle der zahlreichen CBM-Ideen in Allianz zu prüfen, um festzustellen, welche Fortschritte in Madrid möglich seien. Dort könne evtl. eine CBM-Expertengruppe eingesetzt werden.

8) DK[30]: Zumal SU in letzter Zeit in Asien bemerkenswerte Zurückhaltung gezeigt habe und im Westen sich Entspannungsmüdigkeit breit mache, sei es wichtig, jedes östliche Angebot zu Verhandlungen – wie das Budapester Kommuniqué – ernsthaft auf Möglichkeit einer Einigung zu prüfen. Andernfalls bestehe Gefahr, daß sich SU in die Festung Rußland zurückziehe.

Das neue östliche Interesse an CBM könne darauf angelegt sein, die N+N-Staaten[31] im Hinblick auf Madrid auf Seite des WP zu ziehen. Auch könne beabsichtigt sein, damit vom östlichen Implementierungsdefizit im Bereich des III. Korbes der SA abzulenken und französische EAK-Initiative umzufälschen: Eingehen auf erste Phase der EAK, um zweite Phase zu verhindern. Immerhin sei WP jetzt hinsichtlich CBM Demandeur. Dies könne man in Madrid westlichen Zielen nutzbar machen. Als einziger Sprecher bezweifelte der Däne Zweckmäßigkeit der Fortsetzung der Datendiskussion bei MBFR. Einseitiges östliches Einlenken sei nicht zu erwarten. Daher solle man eine indirekte Lösung, etwa Verminderungen ohne Dateneinigung, jedoch mit eingehender Verifikation, prüfen.

Zu TNF verwies dänischer Außenminister unter Gutheißen des „integrated approach" von HLG und SG lediglich auf bekannte dänische Politik der Nichtstationierung von Nuklearwaffen[32].

9) B: Simonet äußerte sich nur zu TNF und Nahost: Unter Verweis auf Äußerungen von BM und Lord Carrington unterstrich er Dringlichkeit einer positiven Entscheidung vor Jahresende. Allerdings hätten manche NATO-Staaten, darunter B, größere innenpolitische Schwierigkeiten als andere zu überwinden. Innenpolitisch sei aber LRTNF-Modernisierung nur durchzusetzen, wenn sie erkennbar Teil eines umfassenden Plans unter Ausnutzung aller Rüstungskontrollmöglichkeiten sei. Simonet verpflichtete sich persönlich, alles zu tun, um positive TNF-Entscheidung im Kabinett und in Öffentlichkeit durchzusetzen und appellierte an USA, B dabei nicht erneut wie bei der Neutronenwaffe

Fortsetzung Fußnote von Seite 741

nicht als erste anzuwenden". Artikel II bestimmte, daß sich diese Verpflichtung nicht nur auf das Territorium der Staaten erstrecken sollte, „sondern auch auf ihre Streitkräfte, in welchem Gebiet des Erdballs sie sich auch befinden". Vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 654.

30 Henning Christophersen.

31 Neutrale und Nichtgebundene Staaten.

32 Zur dänischen Haltung bezüglich einer Stationierung von Kernwaffen vgl. Dok. 143, Anm. 19.

in den Rücken zu fallen. Er wies darauf hin, daß positives Eingehen der Allianz auf Konferenzvorschlag von Budapest die TNF-Entscheidung noch erschweren würde.

B bleibe bei Begrüßung des ägyptisch-israelischen Vertrags. Doch damit verhalte es sich wie mit dem Fahren auf einem Einrad. Wenn man nicht weiterfahre, falle man vom Rad. Sollte sich herausstellen, daß der Vertrag nicht ein erster, sondern der letzte Schritt war, würde dies tragische Konsequenzen im Nahen Osten haben.

10) TR: Wie bei einem Baklava, das von Honigsaft durchtränkt ist, zog sich durch Rede des türkischen AM Ökçün der wiederholte Appell, jede Entspannungsmöglichkeit mit dem Osten und jede Rüstungskontrollmöglichkeit voll auszuschöpfen. SU habe wegen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und China ernsthaftes Interesse, ihre Beziehungen zum Westen zu verbessern.

Ökçün begrüßte SALT, ohne auf Schwierigkeiten einzugehen, welche die türkische Regierung der SALT-Verifikation durch U2-Flüge bereitet hat.[33]

Hinsichtlich KSZE schlug er vor, auf das „renversement" der östlichen CBM-Position positiv einzugehen, auch wenn der Osten damit Nebenziele verfolge.

Bei MBFR sei es hinsichtlich Datenaustauschs zu Dialog der Tauben gekommen. Vielleicht könne man Verhandlungen durch Anheben auf politische Ebene flottmachen. (Er kündigte türkischen Vorschlag für die Flanken betreffende Maßnahmen bei MBFR an.[34])

Daß Ankara sich an TNF-Modernisierung nicht zu beteiligen gedenkt, klang in Feststellungen an, daß dabei die besondere Situation jedes einzelnen Landes berücksichtigt werden müsse und daß Stationierung von LRTNF in einigen Staaten darauf hinauslaufe, die bisherige Rolle von „zentralen Systemen" zu übernehmen.[35]

Sich der wachsenden Zweifel am Verhältnis der Türkei zur NATO bewußt[36], erklärte er abschließend, die Allianz habe sich bisher an den drei D (détente, deterrent, disarmament) ausgerichtet; sie möge dies um drei weitere D (development, decolonisation, democracy) ergänzen. Damit umging er grundsätzliches Bekenntnis zum Bündnis.[37]

33 Zur Rolle der Türkei bei der Verifikation des SALT-II-Vertrags vgl. Dok. 155, Anm. 20.

34 Vgl. dazu das am 27. Februar 1979 vorab übergebene türkische Papier zur Flankensicherheit bei MBFR; Dok. 74, Anm. 13.

35 Zur Haltung der Türkei hinsichtlich einer TNF-Modernisierung vgl. Dok. 142.

36 Zur türkischen Haltung gegenüber der NATO vgl. Dok. 142, Anm. 3.

37 Botschafter Sahm, Ankara, gab am 21. Februar 1979 einen Überblick zu den politischen Konzeptionen des türkischen Außenministers Ökçün: „Ginge es nur darum, daß Ökçün durch sein ungeschicktes Auftreten und sein von ihm wohl für staatsmännisch gehaltenes gelegentliches Posieren à la Ribbentrop ein denkbar schlechter Anwalt der türkischen Sache ist, so wäre dies schlimm genug. Aber ärger ist vielleicht, daß er mit anderen Mitgliedern des Ecevit'schen ‚brain trusts' die fatale Neigung teilt, an seine Aufgaben in einer bis zum völligen Realitätsverlust doktrinären Weise heranzugehen und seinem Dogma unangenehme oder widersprechende Faktoren nicht wahrnehmen zu wollen [...]. Es besteht kaum ein Zweifel, daß in Ökçüns ‚professoralem' geopolitischen Denken der Westen nur eine geringe Rolle (und allenfalls die eines notwendigen Übels) spielt und er die Zukunft der Türkei in der ‚Dritten Welt' angesiedelt sieht, irgendwo zwischen Islamismus und sozialistischen Ländern. Tendenziell gehört er damit zum linken Flügel der R[epublikanischen]V[olks]P[artei] und unterscheidet sich insoweit von Ecevit. Da aber die Türkei in der Position, in der sie sich nun einmal befindet, auf den Westen angewiesen ist, wenn nicht zu ihm gehört, müssen immer

11) GR: Rallis bezeichnete Vorschläge von Budapest als Propaganda. Das enthebe NATO nicht, sie im Hinblick auf Madrid ernsthaft zu prüfen.

Hinsichtlich TNF-Modernisierung schloß er sich BM an und warnte vor Wiederholung des Verlaufs bei der Neutronenwaffe. SU habe dank SS-20 im Mittelstreckenbereich bereits totale Überlegenheit. Es sei daher offensichtlich, daß Rüstungskontrolle nicht ausreiche, sondern LRTNF des Bündnisses modernisiert werden müßten. Unterbliebe dies, habe auch Rüstungskontrollansatz keine Chancen. Rallis unterrichtete abschließend darüber, daß sich Bulgarien, offenbar dank sowjetischen Einlenkens, jetzt endlich bereitgefunden habe, wenigstens auf Expertenebene in beschränkten Bereichen (Telekommunikation und Kommunikation) an Balkanzusammenarbeit teilzunehmen.

12) L: Brillant formuliert wies Thorn darauf hin, daß verteidigungspolitische Sorgen der Allianz heute die gleichen wie vor 30 Jahren seien. Allerdings habe sich Bewußtsein von einer Bedrohung im Klima der Entspannung in Öffentlichkeit vermindert. Dies sei unvermeidlicher Nebeneffekt des Erfolges der Allianz. Es bestehe kein Grund, daran zu erinnern, daß NATO auch ein Verteidigungsbündnis und als solches so legitim und notwendig wie 1949 sei. Es sei gefährlich, in Öffentlichkeit zu sagen, daß Modernisierung der LRTNF unumgänglich sei. Ebenso gefährlich sei es, dies zwar öffentlich festzustellen, aber dann nichts zu tun. Bei TNF-Entscheidung im Herbst gehe es um nichts weniger als Glaubwürdigkeit der Allianz schlechthin.

Thorn machte darauf aufmerksam, daß SALT und MBFR so kompliziert geworden seien, daß selbst Politiker, geschweige denn Öffentlichkeit, noch verstünden, worum es gehe. Damit sei Gefahr verbunden, daß Politiker und Öffentlichkeit auch die strategischen und verteidigungspolitischen Notwendigkeiten nicht mehr verstehen könnten. Als einziger Sprecher verwies Thorn auf Dokument, mit dem der Generalsekretär auf bedenklichen Trend hingewiesen hatte, wichtige Bündnisthemen außerhalb der Allianz oder in kleineren Gruppierungen vorzudiskutieren. Luns habe den Finger auf eine Wunde gelegt.

13) CND: Kanadischer Sprecher beschränkte sich auf Hinweis, daß CBM als westliche Initiative bei KSZE eingeführt worden waren. NATO solle Herr dieser Initiative bleiben, die wahren Ziele des WP sondieren und CBMs im übrigen in Madrid weiterverfolgen.

14) Portugal gab keine Erklärung ab (auch Island nicht).

[gez.] Blech

VS-Bd. 10514 (201)

Fortsetzung Fußnote von Seite 743

wieder Entscheidungen ebenso an ihm vorbei getroffen werden, wie dies bei komplizierten operationellen Vorhaben ohnehin der Fall ist." Vgl. den Schriftbericht Nr. 305; VS-Bd. 11097 (203); B 150, Aktenkopien 1979.

157

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Barre

1. Juni 1979[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Premierminister Barre am 1. Juni 1979[2]

Weitere Teilnehmer:

Auf französischer Seite: Botschafter Brunet; Paye, Leiter der handelspolitischen Abteilung im Quai; Rouher, außenpolitischer Berater von PM Barre.

Auf deutscher Seite: Botschafter Herbst, MD Lautenschlager, MD Ruhfus.

Energie- und Ölpreise

Bundeskanzler: Die Ölpreise würden sich in den nächsten zehn Jahren (Barre warf ein, eher in den nächsten fünf Jahren) verdoppeln. Die Gründe seien vor allem das Wachstum der Weltbevölkerung, die Schwierigkeit, wirtschaftliches Wachstum und Energieverbrauch in eine bessere Relation zu bringen, und die Tendenz, Öl als politisches Instrument einzusetzen. Die IL müßten die Kernenergieprogramme verstärkt vorantreiben. Der ER solle hierzu in Straßburg[3] eine klare Aussage machen. Substitutive Energiemöglichkeiten müßten stärker entwickelt und genutzt werden. Der Bund gebe z. Zt. etwa 700 Mio. DM für die Erforschung und Entwicklung anderer Energiequellen aus.

Unmittelbare Gefahren für die Ölversorgung drohten im Nahen Osten. Saudi-Arabien entfremde sich von den USA. Sadat begehe Fehler gegenüber Saudi-Arabien. Die Lage werde eher explosiver. Die Staats- und Regierungschefs sollten hierüber bei dem Abendessen in Straßburg sprechen. Die gemeinsame Energiepolitik der EG müsse entwickelt werden.

Barre: Ein guter Freund in den USA habe ihm gesagt, die Europäer können sich nicht auf eine kooperative Haltung der USA hinsichtlich des Erdölpreisproblems verlassen. Die USA würden in Ölfragen zunehmend isolationistisch reagieren. In zwei Jahren sei eine Krise zwischen USA und Saudi-Arabien zu erwarten. Die Europäer müßten eine gemeinsame Nahost-Politik entwickeln, um die Position der USA im Nahen Osten im Falle einer Krise auszufüllen.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 1. Juni 1979 gefertigt und am 5. Juni 1979 „vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskanzlers" an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers" übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 5. Juni 1979 vorgelegen, der um Ablichtungen für das Büro Staatssekretäre, die Ministerialdirektoren Blech und Lautenschlager, Vortragenden Legationsrat I. Klasse Feit und Vortragenden Legationsrat Dieckmann bat.
Hat Blech vorgelegen, der für Referat 202 handschriftlich vermerkte: „Abl[ichtung] der Passagen Nahost und Lomé an D 3."
Hat Ministerialdirigent Dröge am 6. Juni 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Schraepler am 13. Juni 1979 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 202, Bd. 113571.

2 Ministerpräsident Barre hielt sich am 1. Juni 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. Juni 1979 vgl. Dok. 190.

1974 hätten die USA die Initiative ergriffen, um die Zusammenarbeit der Verbraucher zu organisieren.[4] Heute sehe er keine Chance mehr für eine führende Rolle der USA. Die Entscheidung der Administration, die Mitteldestillat-Importe mit fünf Dollar/Barrel zu subventionieren[5], werde auf der bevorstehenden OPEC-Tagung im Juni[6] einen negativen Einfluß haben. Wenn die Regierungen nicht verantwortungsbewußt handeln, könne es einen Handelskrieg geben. Man müsse sich bemühen, die Ölimporte abzubauen und den freien Handel in der Welt aufrechtzuerhalten. Protektionismus führe nicht nur zur Arbeitslosigkeit, sondern auch zu Sozialisierungstendenzen. Vor kurzem sei ihm ein französisches Papier vorgelegt worden, das die totalitäre Wirtschaftspolitik zu Beginn der NS-Zeit gepriesen habe.

Mittelfristig müßten neue Formen der Energie entwickelt werden. Seine Regierung sei fest entschlossen, die Widerstände gegen die Kernenergie zu überwinden. Zur Energieeinsparung müßten Investitionen in den privaten Haushalten und Industrieunternehmen durchgeführt werden. Wenn die EG-Staaten sich auf ein gemeinsames Programm bis 1982/83 einigten, hätten sie eine starke Position, um die USA zu Sparmaßnahmen aufzufordern.

Kurzfristig müsse man versuchen, die Spekulationen auf dem Spot-Markt in Rotterdam zu bekämpfen. Fahd habe darauf hingewiesen, daß die OPEC sich bei der Preisbildung an Rotterdam orientiere. Man solle Druck auf die Ölgesellschaften ausüben, daß sie ihre Haltung mäßigen, um die Preise in Rotterdam nicht heraufzutreiben.

Bundeskanzler: Man müsse aber verhindern, daß Rotterdam nicht in ein anderes Land, z.B. nach New Orleans oder auf eine karibische Insel, abwandere. Die Spot-Mengen kämen von arabischen Prinzen oder aus dem Verkauf, den arabische Regierungen für bestimmte Zwecke vornehmen. Man werde die Spot-Verkäufe wohl nicht unterbinden können.

Barre: Er teile die Analyse des Bundeskanzlers. Aber ein anderes Zentrum könne nicht in kurzer Zeit aufgebaut werden. Es gelte zunächst, in den nächsten Monaten eine von Rotterdam eingeführte Preisexplosion zu verhindern. Die französischen Raffinerien hätten jahrelang schlechte Abschlüsse gehabt. Seit dem Ansteigen der Ölpreise seien sie in den letzten drei Monaten aus allen Schwierigkeiten herausgekommen. Man müsse versuchen, ein Referenz-

4 Auf Einladung der amerikanischen Regierung fand vom 11. bis 13. Februar 1974 in Washington eine Energiekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 49.

5 Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 1. Juni 1979: „Ich habe heute im Department of State bei Under Secretary Cooper demarchiert und ihm weisungsgemäß unsere Besorgnis über die Subventionsmaßnahmen für die Einfuhr von Mitteldestillaten vorgetragen. Dabei habe ich hervorgehoben, daß wir sowohl durch die sachliche Entscheidung beunruhigt als auch wegen des gewählten Verfahrens (mangelnde Abstimmung) betroffen seien. Habe den möglichen Effekt auf die anstehenden OPEC-Preisentscheidungen dargelegt und rasche Konsultationen im Rahmen der IEA angeregt. Cooper entgegnete, er teile unsere Besorgnis im Hinblick auf die Preisentwicklung für die betroffenen Produkte und sehe die Gefahr, daß die OPEC dies zum Anlaß für weitere Preisaufschläge nehmen könnte. [...] Vor allem erläuterte er, daß Zweck der Maßnahme in erster Linie sei, die Importe aus der Karibik auf dem traditionellen Niveau zu halten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2063; Referat 405, Bd. 121279.

6 Vom 26. bis 28. Juni 1979 fand in Genf eine Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 179, Anm. 3.

system für die Preisbildung in Rotterdam zu schaffen, um eine bessere Transparenz der Preisbildung zu ermöglichen.

Innerhalb der EG solle man das Schwergewicht nicht auf formelle Bemühungen um eine gemeinsame Energiepolitik legen. Vielmehr sollte versucht werden, beispielsweise durch gemeinsame Fazilitäten für die Finanzierung von energiesparenden Investitionen, eine bessere Koordination der Energiepolitik zu erreichen.

Bundeskanzler: Er sei gegen eine Ausweitung der Kommission oder der Bürokratie in Brüssel.

Barre: Man solle eine Gruppe von Regierungsvertretern schaffen, die gemeinsam eine Evaluierung der Situation vornimmt und Vorschläge ausarbeitet.

Bundeskanzler regte an, daß PM Barre neben Präsident Giscard in der Sitzung des ER in Straßburg teilnehme.

Die französische Regierung solle rechtzeitig vor dem ER einen Entwurf bei den anderen Staats- und Regierungschefs zirkulieren, der die kurz-, mittel- und langfristige Einschätzung der Situation enthält.[7] U. a. sollten folgende Punkte vorgesehen werden:

1) Die Ölpreise werden nicht sinken, sondern steigen. Daher sind Umstrukturierungen erforderlich.

2) In Industrie und privaten Haushalten muß Energie gespart werden.

3) Es sollen keine Kohlebergwerke mehr geschlossen werden.

4) Der Öffentlichkeit soll klargemacht werden, daß die Kernenergieprogramme fortgesetzt und ausgebaut werden müssen.

5) Die Regierungen sollen jedes Jahr erhebliche Summen für die Erforschung regenerativer Energien zur Verfügung stellen.

6) Die Energiepolitik der Mitgliedsstaaten soll auf höherer Ebene koordiniert werden.

7) Es soll eine Gruppe von Regierungsvertretern zusammentreten, die die Fakten ermittelt und Vorschläge ausarbeitet bis zum nächsten ER in Dublin im Herbst dieses Jahres[8].

8) Die EG solle ihre Kontakte mit den OPEC-Ländern ausbauen.

9) Der ER geht davon aus, daß Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Italien die gemeinsam entwickelten Ziele in Tokio[9] vortragen werden.

10) Es soll auf das Interesse hingewiesen werden, das auch die EL an einer Stabilisierung der Ölpreise haben.

11) Der Wunsch nach enger Kooperation mit USA, Japan und Kanada solle ausgedrückt werden.

12) Abschließend solle klargemacht werden, daß ohne Fortschritte die Gefahr eines großen weltwirtschaftlichen Rückschlages drohe.

[7] Für das Memorandum der französischen EG-Ratspräsidentschaft zu Energiefragen, das auf der EG-Ratstagung auf der Ebene der für Energiefragen zuständigen Minister am 18. Juni 1979 in Luxemburg und bei der Tagung des Europäischen Rats am 21./22. Juni 1979 in Straßburg erörtert wurde, vgl. Referat 412, Bd. 122422.

[8] Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. Dok. 362.

[9] Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

Barre stimmte diesen Anregungen des Bundeskanzlers zu.

Die Preisbildung in Rotterdam solle nicht in das Kommuniqué[10] aufgenommen werden. Die Regierungen von Frankreich, Großbritannien, Niederlande und Deutschland sollten in der Woche nach Pfingsten[11] mit den größten Ölgesellschaften vertrauliche Gespräche führen und ihnen klarmachen, daß ihr Verhalten entscheidenden Einfluß auf die Preisfestsetzung bei der nächsten OPEC-Konferenz Ende Juni haben wird. Es solle sich um eine einmalige Operation handeln, die mit größter Diskretion durchgeführt werden solle.

Barre stimmte diesen Überlegungen zu.

Naher Osten

Bundeskanzler regte ferner an, die Außenminister sollten die Nahost-Politik der EG überprüfen. Möglicherweise sei die Gefahr einer neuen Nahost-Krise heute vielleicht größer als vor Camp David[12]. Die innere Situation in Saudi-Arabien, Ägypten, Irak, Libyen und Syrien sei heute labiler als vor ein/zwei Jahren. Saudi-Arabien sei besorgt über das sowjetische Vordringen beiderseits des Roten Meeres. Die Sowjetunion spiele eine wichtigere Rolle in der Türkei und im Iran. Begin nutze die gegenwärtige Lage, um kurzfristig kleine Vorteile für sein Land herauszuschlagen. Die USA hielten sich zurück.

Barre: Man müsse versuchen, den Schaden im Nahen Osten zu begrenzen. Er habe den Eindruck, daß der Jerusalem-Besuch von Sadat[13] eher eine Verzweiflungstat gewesen sei. Sadat habe ihm 1976 gesagt, wenn es bis 1977 keine Fortschritte gebe, werde die Lage in Ägypten verzweifelt werden. Daran habe er sich bei der Jerusalem-Reise Sadats erinnert. Irak sei heute ein stabiles Land, nachdem es die Revolution hinter sich gebracht habe.[14] Sadat habe dem marokkanischen König[15] und Fahd nicht die volle Wahrheit gesagt und nicht gehalten, was er ihnen vorher mitgeteilt hatte.

Um einer Lösung näher zu kommen, müsse man zunächst eine Lage in der Region schaffen, die auf mehr Vertrauen basiere. Dabei müsse die Sowjetunion einbezogen werden. Ohne Beteiligung der Sowjetunion werde das System unstabil bleiben.

Bundeskanzler stimmte zu.

Barre: Die kritischen Punkte seien die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien. Wenn es dort zu dramatischen Entwicklungen komme, drohten Europa ernste Gefahren.

Frankreichs Haltung werde heute besser verstanden. Die USA schauten zum Pazifik. Der Blick der Sowjetunion sei nach China gerichtet. Europa, der Nahe

10 Für den Wortlaut der „Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats" am 21./22. Juni 1979 in Straßburg vgl. BULLETIN 1979, S. 761–764.

11 3./4. Juni 1979.

12 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

13 Präsident Sadat hielt sich vom 19. bis 21. November 1977 in Israel auf.

14 Ein Militärputsch im Irak führte am 14. Juli 1958 zum Sturz der Monarchie und zur Ausrufung einer Republik.

15 Hassan II.

Osten und Afrika blieben außerhalb dieser Gruppierungen. Daher habe Giscard den Vorschlag für den arabisch-afrikanisch-europäischen Trialog[16] gemacht.

Einige Europäer verhielten sich zurückhaltend wegen ihrer Freundschaft mit Israel. Wenn Begin seine Politik fortsetze, drohe jedoch die Gefahr einer explosiven Entwicklung im Nahen Osten.

Bundeskanzler: Er könne den Überlegungen weitgehend zustimmen. Für Deutschland bestehe jedoch die Besonderheit der psychischen Belastungen der Beziehungen zu den Israelis. Daher könnten wir nicht in vorderer Linie stehen. Er schiebe seinen geplanten Israel-Besuch schon länger vor sich her.[17]

Die Bundesregierung werde gute Beziehungen mit Ägypten und auch mit Saudi-Arabien unterhalten. Wir hofften auf einen Ausgleich zwischen beiden Ländern. Die internationale Bedeutung unserer Beziehung zu Israel sei begrenzter. Fahd habe bei dem Besuch in Bonn[18] einen stärkeren Eindruck gemacht als erwartet. Es sei ungewöhnlich gewesen, daß er sein Land so lange verlassen habe.

Barre: Zu den starken Persönlichkeiten in Saudi-Arabien zählten der Minister, Prinz Sultan, und der Chef der Garde, Abdallah.

Bundeskanzler: Die saudischen Prinzen seien verunsichert durch die Aufgabe Taiwans seitens der USA[19], durch die Entwicklung im Iran und durch die Art, in der die USA den Schah[20] fallen ließen.

EG

Barre: Das EWS funktioniere gut. Es habe nur einige Friktionen bei der dänischen Krone und dem belgischen Franken gegeben. Die Bundesbank habe massiv interveniert, ohne sich mit Frankreich abzustimmen.[21]

Bundeskanzler: Emminger habe ihm gesagt, die Interventionen der Bundesbank seien abgestimmt gewesen. Die Bundesbank habe nicht den Wert des Dol-

16 Zum Vorschlag des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing vom 12./13. März 1979 vgl. LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1979, I, S. 131.VGL. dazu ferner Dok.56, Anm. 21.

17 Zur Frage eines Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt in Israel vgl. Dok. 134, Anm. 15.

18 Der saudi-arabische Kronprinz Fahd hielt sich am 14. Mai 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 134.

19 Zum „Taiwan Relations Act" vom 10. April 1979 vgl. Dok. 37, Anm. 20.

20 Mohammed Reza Pahlevi.

21 In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums der Finanzen vom 29. Juni 1979 hieß es: „Anfang Juni traten im EWS gewisse Spannungen (Ausschöpfung der 2,25%-Bandbreite zwischen D-Mark und belgischem Franc) auf, die aber inzwischen wieder etwas zurückgegangen sind. Das Währungsband ist derzeit nur noch mit rd. 2% ausgeschöpft. Stärkste Währung ist nach wie vor die Lira (unter Ausschöpfung der weiteren Bandbreite), gefolgt von der D-Mark, dem französischen Franc und dem irischen Pfund. Schwächste Währungen sind weiterhin der belgische Franc und die Dänen-Krone. Im Mai und Juni wurden Interventionen in Gemeinschaftswährungen sowohl an den Interventionspunkten als auch intramarginal getätigt. [...] Die Schwäche des belgischen Franc und die Interventionspolitik der Bundesbank sind inzwischen im Ausschuß der EG-Notenbankgouverneure am 11.6. und im EG-Finanzministerrat am 18.6. diskutiert worden. Von deutscher Seite wurde dabei deutlich gemacht, daß die Gründe für die Schwäche des belgischen Franc in Belgien selbst zu suchen sind (Zahlungsbilanzdefizit, Haushaltsdefizit, Diskussion der 36-Stunden-Woche). Außerdem notiere der belgische Franc schon seit Monaten und nicht erst seit Einsetzen der deutschen Dollar-Interventionen schwach. Die Dollar-Verkäufe der Bundesbank – und die vierfach höheren Interventionen der amerikanischen Zentralbank – hätten einen noch stärkeren Anstieg des Dollars, der insbesondere zu Lasten der schwächeren EWS-Währungen gegangen wäre, verhindert und somit dem Zusammenhalt des Verbundes gedient." Vgl. Referat 412, Bd. 122416.

lars drücken wollen. Sie habe nur zu großen Schwankungen gegenhalten wollen. Clappier und Emminger sollten privat zusammentreffen und PM Barre und dem Bundeskanzler berichten, ob es hier Meinungsverschiedenheiten gebe.

Barre: Es komme darauf an, die Anti-Inflationspolitik der einzelnen Regierungen mit den gemeinsamen Interessen und der gemeinsamen Haltung innerhalb des EWS zu koordinieren. Er stimmte zu, daß Emminger und Clappier zusammentreffen sollen. Diese Begegnung könne auch Clappier helfen, seinen für den ER vorgesehenen Bericht vorzubereiten.

Bundeskanzler berichtet sodann über die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik. Die inflationistischen Tendenzen nähmen zu. Für 1980 sehe er die Gefahr, daß die öffentliche Meinung das Gefühl bekomme, es drohe ein Rückfall in die Inflation.

Großbritannien

Barre: Für die französische Regierung wäre es gefährlich, wenn in Frankreich der Eindruck entstehe, daß GB und D eine konvergierende Haltung gegenüber der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) einnehmen. Die neue britische Regierung[22] werde versuchen, Vorteile zu erhalten bei der GAP und bei dem britischen Beitrag zum EG-Budget[23]. Man müsse die Grundlagen und die Tatsachen unterscheiden. Zu den Grundlagen gehörten das System der eigenen Einnahmen der Gemeinschaft durch Zölle, Abgaben und das eine Prozent Mehrwertsteuer. Diese Prinzipien sollten nicht geändert werden. Nunmehr gelte es, die faktische Situation objektiv zu analysieren. Sodann müßten praktische Schritte ergriffen werden, um die britischen Schwierigkeiten zu beheben. So biete z. B. der Korrekturmechanismus[24] die Möglichkeit, den finanziellen Druck auf Großbritannien zu mildern.

Bundeskanzler: Er stimme zu, man müsse die Probleme lösen, ohne die Grundlagen zu ändern. 1% Mehrwertsteuer solle beibehalten werden.

Lautenschlager: Es sei richtig, die Grundlagen beizubehalten und eine objektive Analyse durchzuführen. Die wichtige Frage sei jedoch, welche besonderen Arrangements getroffen werden können.

Barre: Wenn die wirtschaftliche Situation in Großbritannien besser wird, erleichtert dies auch die Frage des britischen Beitrags zum EG-Budget.

Bundeskanzler: Um vernünftig handeln zu können, müsse man objektive Kriterien für die Zahlungen und Beiträge gewinnen. Diese Aufgabe müsse wohl der Kommission übertragen werden. Es werde schwierig sein, sich dem Wunsch der neuen britischen Regierung nach einer Neueinschätzung (reappraisal) zu widersetzen. Wenn die neue britische Regierung auf dem ER in Straßburg insistiere, werde man wohl die Entwicklung seit Einführung des Dubliner Korrekturmechanismus untersuchen lassen müssen.

Auch die GAP müsse untersucht werden. Hier sei es noch schwieriger, die Fakten zu ermitteln. Die Bundesregierung nehme in dieser Frage keine einheitli-

22 Am 3. Mai 1979 fanden in Großbritannien Parlamentswahlen statt, aus denen die Conservative and Unionist Party als Siegerin hervorging. Die Bildung einer neuen Regierung erfolgte am 5. Mai 1979 durch Premierministerin Thatcher.

23 Zur Haltung Großbritanniens in der Gemeinsamen Agrarpolitik und zum EG-Haushalt vgl. Dok. 132.

24 Zum EG-Korrekturmechanismus vgl. Dok. 56, Anm. 32.

che Haltung ein. Er persönlich habe sehr starke Vorbehalte gegen die Überschußproduktion. Der Verkauf subventionierter Butter an die Sowjetunion sei unerträglich.

Wenn es nicht gelinge, die Produktionsüberschüsse abzubauen, dann müsse man die Nahrungsmittel im Wege der Warenhilfe an arme und notleidende Länder verschenken.

Barre: Für Frankreich gehe es nicht nur um ein moralisches, sondern auch um ein politisches Problem. Großbritannien trete dafür ein, die landwirtschaftlichen Preise einzufrieren. Wenn man die landwirtschaftlichen Preise blockiert, drohe zwei oder drei Jahre später eine Preisexplosion aufgrund des angestauten politischen Drucks. Daher sei ein mäßiger Preisanstieg besser. Außerdem müsse das Problem der positiven MCAs (monetary compensatory amounts) der Bundesrepublik gelöst werden.[25] Bei eingefrorenen Preisen sei es schwer, eine Lösung zu finden. Bei einem mäßigen Preisanstieg könnten dagegen die positiven HMCAs reduziert werden.

Bundeskanzler: Die Milch müsse ausgenommen werden. Außerdem müßten die Erzeuger stärkere Mitverantwortung übernehmen.

Barre: Er persönlich sei auch für größere Erzeuger-Mitverantwortung bei der Milch.

Bundeskanzler: Man könne Großbritannien vielleicht für eine flexiblere Haltung hinsichtlich der Preise gewinnen, wenn man bereit sei, die grundlegenden Fragen der GAP zu diskutieren.

Lautenschlager: Wenn wir bereit sind, bei den Fischereiproblemen[26] und Budgetfragen etwas beweglicher zu sein, würden die Briten vielleicht bei der GAP Entgegenkommen zeigen.

Bundeskanzler verwies auf die Fischereiinteressen seiner Heimatstadt Hamburg.

Barre: Die britische Auffassung von Konvergenz, d.h. der Wunsch nach finanziellem Ausgleich der Nachteile innerhalb der EG, sei nicht akzeptabel. Großbritannien sei kein armes Land wie etwa Irland oder Italien.

Bundeskanzler: Er würde sich nicht so sehr gegen das Wort Konvergenz wenden.

Barre: Konvergenz im Sinne von besserer Koordinierung sei durchaus in Ordnung, nicht aber im Sinne von Finanztransfer zugunsten Großbritanniens.

Bundeskanzler und Barre stimmten überein, daß der Erfolg der Politik der neuen britischen Regierung stark von deren Beziehungen zu den Gewerkschaften abhängt.[27]

25 Zum Problem des Währungsausgleichs vgl. Dok. 16, Anm. 4, 5 und 6, sowie Dok. 83, Anm. 4.

26 Zur Einrichtung eines Fischereiregimes der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 51, Anm. 20.

27 Gesandter Böcker, London, berichtete am 12. April 1979, am Vortag sei das Wahlprogramm der Conservative and Unionist Party erschienen, das einer Reform des Gewerkschaftsrechts „erste Priorität" gebe: „Hier werden alle während der Arbeitskämpfe des vergangenen Winters verlangten Schritte nunmehr angekündigt (neue Regelungen bei Streikpostenrecht und closed shop, Abbau staatlicher Zuschüsse für die Familien der Streikenden und Demokratisierung des Gewerkschaftswesens durch Einführung geheimer Abstimmungen). Andererseits werden Formen der Mitbestimmung angeregt, sollen aber nicht durch Gesetz erzwungen werden. Rückkehr zu freien ‚verantwortungsvollen' Lohnrunden wird trotz erwarteter Schwierigkeiten für privaten Sektor angekündigt, und man erhofft sich Mitarbeit der Gewerkschaften im Hinblick auf ‚No-strike'-Abkommen für lebenswichtige öffentliche Betriebe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 897; Referat 204, Bd. 115965.

Lomé

Barre: Der FED[28] müsse wohl um 500 Mio. ERE erhöht werden (200 Mio. aus Haushaltsmitteln, 300 Mio. EIB-Kredite).[29]

Bundeskanzler: Er stehe zu den Ausführungen in seinem Brief an PM Barre.[30] Die Bundesregierung könne bei Kompromissen, die die anderen Partner akzeptieren, mitmachen, allerdings bei unverändertem Verteilerschlüssel.

Wenn Manila[31] abgeschlossen sei, sollte eine gemeinsame Analyse der UNCTAD-Problematik gefertigt werden. Die Lage ändere sich. Man müsse die neuen Tendenzen entweder bilateral oder im Kreise der EG gemeinsam analysieren

28 Fonds européen de développement.

29 Ministerialdirigent Ungerer notierte am 17. Mai 1979: „Die finanzielle Zusammenarbeit ist insbesondere für die weniger entwickelten AKP-Staaten das wichtigste Instrument des Abkommens von Lomé. Die Finanzhilfe wird auch im neuen Abkommen einen wesentlichen Rang einnehmen. [...] Der bisherige Finanzhilfebetrag des 4. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) von 3,17 Mrd. ERE muß im Rahmen der allgemeinen Konsolidierung des Abkommens aufgestockt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Kaufkraft der ERE gegenüber 1975 erheblich gefallen ist. [...] Nach informellen Auskünften wird die Kommission voraussichtlich ein Volumen des 5. EEF in Höhe von 6,5 Mrd. ERE für die Laufzeit von fünf Jahren vorschlagen. [...] Die anderen Mitgliedstaaten werden nach informellen Kontakten voraussichtlich – mit Ausnahme von GB – für ein Fondsvolumen eintreten, das nicht unter 5 Mrd. ERE liegt. Die vom BMZ vorgeschlagene Erhöhung des 5. EEF um 70% – der auch AA und BMWi zuneigen – erscheint im Hinblick auf die Steigerung der bilateralen deutschen Hilfe und zur Wahrung des besonderen Stellenwerts des Abkommens von Lomé wünschenswert." Vgl. Referat 410, Bd. 121708.

30 Bundeskanzler Schmidt teilte Ministerpräsident Barre mit Schreiben vom 23. Mai 1979 mit: „1) Zur Höhe des künftigen Europäischen Entwicklungsfonds ist die Bundesregierung bereit, jeden von der EG-Präsidentschaft vorgeschlagenen Kompromiß mitzutragen, dem auch die übrigen sieben EG-Mitglieder zustimmen können. 2) Auch ich bin der Ansicht, wie ich bereits beim 13. Europäischen Rat in Paris sagte, daß der Mehrwertsteueranteil von 1% bei den Haushaltseinnahmen der Gemeinschaft nicht überschritten werden sollte. 3) In der Frage der Budgetisierung der Zahlungen für den künftigen Europäischen Entwicklungsfonds ist die Bundesregierung ausreichend flexibel, um auch hier eine von der Präsidentschaft vorgeschlagene Linie mitzutragen, der auch die anderen EG-Partner zustimmen können. Dabei gehen wir davon aus, daß der bisherige Schlüssel für die nationalen Beiträge beibehalten wird." Vgl. Referat 410, Bd. 121708.

31 Vom 7. Mai bis 3. Juni 1979 fand in Manila die V. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) statt. Vortragender Legationsrat Boll vermerkte dazu am 8. Juni 1979, die Konferenz sei mit der einvernehmlichen Verabschiedung einer Reihe von Resolutionen zu wichtigen Tagesordnungspunkten zu Ende gegangen, „so u. a. a) Protektionismus und Strukturanpassung: Bekräftigung der Bereitschaft zum Widerstand gegen protektionistische Maßnahmen, Aufforderung an GATT, künftige protektionistische Maßnahmen gegenüber Entwicklungsländern (EL) in einem geeigneten Organ zu prüfen, Bekräftigung des ‚standstill' (Fortführung der bisherigen Vorzugsbehandlung der EL im Handelsbereich), Behandlung des Themas Strukturanpassung in UNCTAD im Rahmen des bestehenden Mandates. b) Rohstoffe: Einigung über weitere beschleunigte Verwirklichung des Integrierten Rohstoffprogramms. [...]. c) Ressourcentransfer: Zusage weiterer Erhöhung öffentlicher Entwicklungshilfe ohne Volumen- und Zeitziele. [...] d) Am wenigsten entwickelte Länder: Die öffentliche Entwicklungshilfe an ärmste EL soll so früh wie möglich verdoppelt werden. e) Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen EL: Es konnte eine praktikable Lösung für angemessene Vorbereitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der EL im regionalen und überregionalen Bereich durch Sitzungen nur für EL gefunden werden. Das Universalitätsprinzip wurde gewahrt. f) Institutionelle Fragen: Versuche der EL, das UNCTAD-Mandat in Richtung auf die zentrale Wirtschaftsinstanz im VN-Bereich auszuweiten, blieben ohne Erfolg. Der bisherige Charakter von UNCTAD als ‚eines' wichtigen Instrumentes der VN im Bereich des Handels und der damit zusammenhängenden internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurde bestätigt. [...] Konferenzergebnis ist aus unserer Sicht akzeptabel. Entgegen den Voraussagen kam es in den letzten Tagen der Konferenz noch zu Einigungen bei einer so großen Zahl von Themen, daß von einem Scheitern der Konferenz nicht gesprochen werden kann. Die westlichen Länder haben ihre Grundpositionen wahren können. Die EL konnten in vielen wichtigen Punkten realistische Zugeständnisse erreichen." Vgl. den Runderlaß Nr. 58; Referat 012, Bd. 111777.

und sich auf die nächste UNCTAD-Konferenz[32] vorbereiten. Man müsse den EL klarmachen, daß die IL nicht die Ausgaben aufgrund der höheren Ölpreise ausgleichen können.

Bilaterale Probleme

Bundeskanzler übergab den Text einer Stellungnahme, die Töpfer der deutschen Presse übergeben hat.

Barre kam auf Cattenom zu sprechen. Es wäre gut, wenn in den nächsten Tagen politische Erklärungen vermieden werden könnten.[33]

Bundeskanzler berichtete, StM Wischnewski habe mit Herrn Läpple telefoniert. Er werde StM bitten, noch einmal mit Läpple zu sprechen.

Referat 202, Bd. 113571

32 Vom 6. Juni bis 3. Juli 1983 fand in Belgrad die VI. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) statt.

33 Referat 413 notierte am 14. Februar 1979 zum Bau eines Kernkraftwerks in der etwa zwölf Kilometer von der Grenze der Bundesrepublik entfernt liegenden Ortschaft Cattenom: „Für Cattenom sind vier KKW-Blöcke – erste Tranche zu je 1300 MW, zweite Tranche zu je 900 MW – vorgesehen. [...] Der französische Ministerrat hat am 6.2.1979 unter Vorsitz von Präsident Giscard d'Estaing beschlossen, den Bau der ersten beiden Blöcke von je 1300 MW zu beschleunigen. Mit den Betonarbeiten für den ersten Block sollte ursprünglich im Oktober 1979 begonnen werden, der Beginn der Arbeiten wird nunmehr voraussichtlich um einen Monat vorverlegt. Der zweite Block, dessen Inangriffnahme ursprünglich für 1980 vorgesehen war, soll unmittelbar nach dem ersten Block, wohl Ende 1979, in Bau gehen. Der Grund für diese Maßnahme ist – wie die Botschaft Paris berichtet – vorwiegend die schwierige Beschäftigungslage (Stahlindustrie) in Lothringen, aber auch der Wunsch, angesichts der Lage im Bereich der Erdölversorgung die Kernenergie in Frankreich beschleunigt auszubauen und den eingetretenen Rückstand im allgemeinen Bauprogramm aufzuholen." Vgl. Referat 413, Bd. 123733.
Am 31. Mai 1979 hielt Referat 413 fest: „Die französische Seite möchte die bilateralen Gespräche mit uns diskret und ohne Aufheben führen. Angesichts der allgemeinen Sensibilisierung der Bevölkerung in Fragen der Kernenergie müssen wir davon ausgehen, daß eine öffentlichkeitsscheue Behandlung – insbesondere von Reaktorsicherheitsfragen – kontraproduzent wirkt. Dies gilt insbesondere für Informationen über den Bau von Kernkraftwerken in grenznahen Gebieten. Botschafter Brunet hat in dem Gespräch mit dem Herrn Bundesminister am 18.5.1979 zu Cattenom folgendes Anliegen der französischen Regierung vorgetragen: Die Bundesregierung und die Regierungen der betroffenen Bundesländer möchten in öffentlichen Erklärungen Formulierungen vermeiden, die als Zweifel an dem Standard der französischen Sicherheitsbestimmungen für Kernkraftwerke wie auch an der französischen Kooperationsbereitschaft in Cattenom betreffenden Fragen interpretiert werden könnten. Der Herr Bundesminister hat darauf hingewiesen, daß es sehr schwer, wenn nicht unmöglich sei, Einfluß auf Politiker im Sinne der französischen Bitte zu nehmen." Vgl. Referat 413, Bd. 123734.

158

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem kubanischen Außenminister Malmierca

1. Juni 1979[1]

Protokoll über das Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und dem kubanischen Außenminister Malmierca am 1.6.1979 von 11.30 Uhr bis 14.15 Uhr

Bundesminister *Genscher* hieß Außenminister Malmierca zu dem Arbeitsbesuch[2] willkommen. Für ihn sei es ein Beitrag zum gemeinsamen Versuch, die Beziehungen weiter zu entwickeln. Es sei die Aufgabe der Regierungsverantwortlichen, einen entsprechenden Beitrag zu leisten.

Außenminister *Malmierca* teilte diese Auffassung und befand diese Art von Begegnungen als notwendig. Die kubanische Regierung verfüge über Mittel, um die Beziehungen auf den verschiedenen Gebieten zu erweitern. Er freue sich und bedanke sich, daß der Besuch zustande kam, und für die ihm bereits zuteil gewordene gute Betreuung.

Bundesminister fragt, welche außenpolitischen Ziele Kuba habe.

Außenminister *Malmierca* nennt als Hauptziele die in der kubanischen Verfassung[3] und im Parteiprogramm enthaltenen Prinzipien:

1) die Bemühungen, die Unabhängigkeit Kubas zu bewahren;

b) freundschaftliche Beziehungen zu allen anderen Ländern zu unterhalten und besonders zu den am nächsten liegenden;

c) internationaler Friede und Sicherheit.

d) Kuba fühle sich verpflichtet, den Kampf aller anderen Länder für ihre Unabhängigkeit zu unterstützen.

Kuba sei vom Ausland unter Druck gesetzt worden, was zu einer gewissen Isolierung geführt habe. Die darauf hinzielenden Versuche waren aber zum Scheitern verurteilt; sie führten zu einer Stärkung der Regierung. Die Rolle Kubas in der internationalen Politik sei klarer und wichtiger geworden. Der Druck der USA habe die Situation geprägt. Jetzt sei allerdings die Lage anders, d. h. qualitativ besser. Die Carter-Administration habe einen Wandel gegenüber früher bewirkt. Carter habe vom Normalisierungsprozeß gesprochen, und in Kuba glaube man, daß er dies aufrichtig wolle.[4]

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Limmer am 1. Juni 1979 gefertigt. Hat Vortragendem Legationsrat Poppinga am 8. Juni 1979 vorgelegen.

[2] Der kubanische Außenminister Malmierca hielt sich vom 31. Mai bis 2. Juni 1979 in der Bundesrepublik auf.

[3] Für den englischen Wortlaut der kubanische Verfassung vom 24. Februar 1976 in der Fassung von 2002 vgl. CONSTITUTIONS, Bd. V, S. 1–41.

[4] Zu den Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und Kuba vgl. Dok. 11, Anm. 12.

Die Hauptprobleme für Kuba seien die Wirtschaftsblockade[5] und der US-Stützpunkt Guantánamo[6]. Früher sei es schwierig gewesen, an Normalisierung zu denken; jetzt sei diese möglich, vielleicht sei sie unmittelbar vor ihrer Verwirklichung. Die positive Entwicklung lasse sich allein im letzten Jahr durch folgende Fakten belegen: Verstärkung der Amerika-Abteilung im kubanischen Außenministerium einerseits und zum anderen ständige Besuche von US-Beamten, Geschäftsleuten, Kongreßmitgliedern, Bürgermeistern und anderen sowie Absprachen über Grenzüberwachung, Drogenhandel und Schiffsunfälle wie auch Gespräche über den beabsichtigten bilateralen Flugverkehr.

Wichtig sei, daß die USA Kuba als unabhängigen und selbständigen Staat anerkennen. Sie haben Kuba immer Bedingungen aufzwingen wollen bezüglich Afrika und Puerto Rico[7]. Kuba erkenne keine Bedingungen an. Kuba sei nicht bereit zu verhandeln vor Einstellung der feindseligen Akte, d. h. in erster Linie der Blockade. Gespräche würden nur über bilaterale Fragen zu führen sein. Die US bezeichneten Afrika eine zwischen USA und Kuba konfliktive Frage.[8] Die Zusammenarbeit Kubas mit Afrika erfolge nun aber schon seit 15 Jahren und erstrecke sich auf 17 afrikanische Länder. In diesen Ländern sind seit langem viele Fachleute tätig, und zwar besonders im Schulwesen, in Hospitälern, in der Land- und Viehwirtschaft und im Verkehrswesen. International rede man nur von der militärischen Präsenz. Kubanische Soldaten seien aber

5 Referat 330 notierte im Mai 1979: „Schon bald nach Castros Machtübernahme 1959 setzte [...] eine rapide Verschlechterung des kubanisch-amerikanischen Verhältnisses ein. Sie führte über den ‚Zuckerkrieg' 1960 [...] zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen 1961 und einem vollständigen Handelsembargo 1963. Die Normalisierung der Beziehungen erschien wünschenswert, allein schon, um die Polarisierung in der Karibik zu beenden; auf lange Sicht hoffte man, die Abhängigkeit Kubas von der SU zu mindern. Doch hat Carter die Normalisierung der Beziehungen stets an Voraussetzungen geknüpft, die ein schnelles Eingehen Castros auf sie kaum erwarten ließen; vielmehr rechneten die USA mit einem langwierigen Normalisierungsprozeß: Beachtung der Menschenrechte, Freilassung der amerikanischen und kubanischen politischen Gefangenen; Rückzug des Militärs aus Afrika; Entschädigung der US-Bürger und -Firmen für die Enteignung (Forderungen in Höhe von ca. 1,8 Mrd. Dollar); Unterlassung der subversiven Betätigung in Lateinamerika." Vgl. Referat 331, Bd. 116089.

6 Botschaftsrat Pakowski, Havanna, berichtete am 19. September 1979, daß Kuba bei der sechsten Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna mit einer Broschüre für die Rückgabe von Guantánamo geworben habe: „Wie die Behandlung des Themas Guantánamo in der Tagespresse und die verstärkte Polemik gegen US-Militärbasen in aller Welt zeigen, bildet die Veröffentlichung der Broschüre offenbar den Auftakt für verstärkte kubanische Bemühungen, den Fall Guantánamo vor der Weltöffentlichkeit [...] als Beispiel für ‚US-Imperialismus' anzuprangern." Vgl. den Schriftbericht Nr. 476; Referat 330, Bd. 116090.

7 Im Zuge des Spanisch-Amerikanischen Krieges besetzten Truppen der USA am 25. Juli 1898 Puerto Rico. Mit der Verfassung vom 3. Juli 1952 wurde Puerto Rico zu einem assoziierten Freistaat innerhalb der USA. Botschafter Timmermann, Kingston, stellte am 10. April 1978 zu einer zukünftigen Gestaltung der Beziehungen zwischen Puerto Rico und den USA fest: „Die beiden aus unterschiedlichen politischen Motiven für die Unabhängigkeit Puerto Ricos eintretenden Minderheitsparteien werden voraussichtlich das Projekt der Regierungspartei, das Land in einen US-Bundesstaat zu verwandeln, zum Anlaß für gesteigerte Polemik [...] nehmen, mit entsprechender Multiplikator-Wirkung durch ihre ausländischen Gesinnungsfreunde. Dabei wird sich die kommunistische P[artido]S[ocialista]P[uertoriqueño] insbesondere ihrer Verbindungen zu Kuba und damit zum Sowjetblock bedienen, während die sozialistische P[artido]I[ndependista]P[uertoriqueño] ‚progressive' Kreise im Westen und in der Dritten Welt zu beeinflussen suchen wird." Vgl. den Schriftbericht Nr. 82; Referat 331, Bd. 127471.

8 So in der Vorlage.

nur in Angola und Äthiopien aktiv geworden.[9] Kuba fühle sich solidarisch mit den Staaten Afrikas, und zwar insbesondere bei deren Kampf um die Unabhängigkeit gegen Angriffe von außen, d.h. zur Erhaltung der Souveränität. Kubanische Truppen hätten nie Grenzüberschreitungen vorgenommen.

Mit seinen Soldaten in Afrika glaubt Kuba einen Beitrag gegen das Entstehen „negativer Präzedenzfälle" geleistet zu haben. Wenn z.B. Angola auseinandergebrochen wäre, hätte dies negative Folgen gehabt für die Region, insbesondere für Namibia, und die Lage dort wäre komplizierter geworden. Auch in Äthiopien habe Kuba dazu beigetragen, die nationale Souveränität und die Unabhängigkeit zu verteidigen. Andernfalls wären Kenias und Dschibutis Grenzen gefährdet gewesen.

Kubas Wunsch sei es, mit den afrikanischen Ländern zusammenzuarbeiten für deren wirtschaftliche Entwicklung und um das Kolonialerbe der Ausbeutung zu überwinden.

Kubas Überzeugung sei es, daß die historische Entwicklung und Kubas Absichten richtig erkannt werden müßten. Später, wenn Angola und Äthiopien selbst in der Lage sind, sich zu verteidigen, wird die Präsenz kubanischer Truppen nicht mehr erforderlich sein.

Kuba habe Unterstützungswünsche für militärische Zusammenarbeit in mehreren Fällen ablehnen müssen. Einmal, weil Kuba nicht genügend Reserven habe, und zum anderen, weil die kubanische Regierung wisse, daß man „sehr vorsichtig sein muß, wenn es um die Erhaltung des Friedens geht". Richtig sei, daß Kuba immer erst tätig geworden sei nach einer anderen Aggression von außerhalb.

Besorgt zeigte sich M. über die Lage in Südafrika; die Haltung der rassistischen Regierungen stoße auf internationale Ablehnung. Hierfür sprechen sowohl die Entschließungen der VN, wie z.B. zum Abzug der südafrikanischen Truppen[10], wie auch die Wünsche der Bevölkerung nach Regierungen entsprechend ihren eigenen Wünschen. Dies gilt für Namibia wie auch für Simbabwe. In beiden Ländern handele es sich um Parallelentwicklungen: zunächst Unterdrückung, dann Druck auf die Nachbarn, dann Verhandlungen und im Verlaufe der Verhandlungen, die zur Verzögerung genutzt werden, Druck auf die Bevölkerung und auf die Nachbarn.

In Rhodesien und Namibia wurden sogenannte Wahlen durchgeführt[11], die jedoch von den Volksbewegungen nicht anerkannt werden wie auch nicht von der OAU und den VN. Gleichzeitig werden Aggressionen gegen Mosambik, Sambia und Angola durchgeführt.[12] Besonders gefährlich sei die Lage für Mosambik,

[9] Zur Rolle kubanischer Truppen im angolanischen Bürgerkrieg und im Konflikt zwischen Äthiopien und Somalia vgl. Dok. 11, Anm. 13 und 14.

[10] Der UNO-Sicherheitsrat forderte Südafrika mit den Resolutionen Nr. 245 vom 25. Januar 1968 und Nr. 264 vom 20. März 1969 auf, die Verwaltung Namibias aufzugeben, und stellte mit den Resolutionen Nr. 276 vom 30. Januar 1970 und Nr. 283 vom 29. Juli 1970 fest, daß die Präsenz Südafrikas dort illegal sei und alle weiteren Maßnahmen rechtswidrig seien. Für den Wortlaut der Resolutionen vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VII, S. 11f., 31f., 49f. und 50f.

[11] Zu den Wahlen vom 4. bis 8. Dezember 1978 in Namibia vgl. Dok. 28, Anm. 13.
Zu den Wahlen vom 17. bis 21. April 1979 in Rhodesien vgl. Dok. 109, Anm. 11.

[12] Zu den rhodesischen Angriffen auf Angola, Mosambik und Sambia vgl. Dok. 56, Anm. 17.

da dort die Aktionen nicht nur gegen Flüchtlingslager, sondern auch gegen die Wirtschaftsstruktur unternommen werden.

M. betonte, daß die rassistischen Regierungen ersetzt werden müssen und daß alle zu echten Lösungen beitragen müßten.

Kuba unterstütze die SWAPO und die Patriotische Front in Simbabwe.

Der Waldheim-Plan[13] hätte zu einer Lösung beitragen können, aber Südafrika sei eben nicht bereit gewesen.[14] Nun sei ein anderer Weg nötig; die Wahl von Marionettenregierungen sei kein solcher Weg; dies richte sich besonders gegen Angola. Was Angola sonst angehe, gebe es positive Aspekte: Die Beziehungen zu Zaire würden sich normalisieren. Eine kubanische Ministerdelegation sei nach Kinshasa gereist, um die Einladung persönlich zur Ungebundenen-Konferenz in Havanna[15] zu überbringen und bei dieser Gelegenheit über die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern zu sprechen. Da Kuba im Zusammenhang mit der Spannung zwischen Zaire und Angola[16] nicht aktiv gewesen sei – entgegen international aufgestellten Behauptungen – und auch keine indirekte Unterstützung gegen Zaire geleistet habe, und Zaire wiederum dies weiß, wäre es keine besondere Schwierigkeit, die Beziehungen zwischen Zaire und Kuba zu normalisieren.[17]

Große Mühe verwendet Kuba auf die Vorbereitungen zur Blockfreien-Konferenz. Man glaube, daß man einen Beitrag zur Konsolidierung leisten könne. Als Gastgeber versuche sich Kuba allen Ländern zu nähern, auch solchen, die keine freundschaftlichen Beziehungen zu Kuba unterhalten. Kuba beabsichtige nicht, die Konferenz den eigenen bilateralen Interessen unterzuordnen.

Mit 68 Staatschefs haben kubanische Minister gesprochen, um sie nach Kuba einzuladen, in anderen Fällen gab es direkte Gespräche mit den Regierungs-

13 Zu dem am 26. Februar 1979 veröffentlichten Waldheim-Bericht vgl. Dok. 92, Anm. 8.

14 Zur Haltung der südafrikanischen Regierung zum Bericht des UNO-Generalsekretärs Waldheim vom 26. Februar 1979 über die Namibia-Frage vgl. Dok. 131, Anm. 24.
Referat 320 zog am 28. Mai 1979 folgendes Fazit: „Mehrere Anzeichen deuten darauf hin, daß Südafrika der internationalen Anerkennung der Namibia-Lösung nicht mehr das gleiche Gewicht wie bisher beimißt und eigene Interessen, die für eine ‚interne' Lösung sprechen, in den Vordergrund stellt. [...] AM Botha weist unter Ablehnung von Art. 11 des Waldheim-Berichts die Errichtung von Sammelzentren für bewaffnete SWAPO-Kämpfer innerhalb Namibias zurück; fordert unter Ablehnung von Art. 12 des Waldheim-Berichts die Kontrolle von SWAPO-Basen außerhalb Namibias durch UNTAG." Der Staatssekretär im südafrikanischen Außenministerium, Fourie, habe am 17. Mai 1979 erklärt, „daß Art. 11 und 12 seiner Regierung ‚gleichwertig Schwierigkeiten bereiten'. Selbst wenn somit SWAPO zum Verzicht auf Lager innerhalb Namibias gebracht werden könnte, könnten die Südafrikaner bei ihrer Ablehnung bleiben." Referat 320 legte weiter dar: „Südafrika glaubt sich in seiner Entscheidung, den Kurs zu wechseln, bestärkt durch Regierungswechsel in Großbritannien und Kanada, die Wahl in Rhodesien, die Kritik im US-Senat an Carters Politik im südlichen Afrika." Vgl. Referat 320, Bd. 125273.

15 Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt.

16 Zu den militärischen Auseinandersetzungen im Mai 1978 in Zaire vgl. Dok. 5, Anm. 35.

17 Botschafter Schattmann, Kinshasa, berichtete am 9. August 1979: „Zaire und Kuba haben beschlossen, ab sofort wieder diplomatische Beziehungen auf Botschafterebene aufzunehmen. Die Beziehungen waren am 4.4.77 von Zaire wegen der Kuba vorgeworfenen Beteiligung am ersten Shaba-Krieg ausgesetzt worden. Damit hat Zaire für alle sichtbar nunmehr einen Schlußstrich unter die Ereignisse des letzten Shaba-Krieges gezogen, nachdem die Beziehungen zur DDR bereits am 20.1.79 wieder aufgenommen worden waren. Wesentlicher Grund für die Annäherung zwischen beiden Ländern ist ferner die Gipfelkonferenz der Ungebundenen, an der sich Zaire nach anfänglichem Zögern nun doch beteiligen wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 236; Referat 330, Bd. 116090.

chefs oder mit den Außenministern, und in einigen wenigen anderen Fällen sei die Einladung im VN-Rahmen überreicht worden.

Kuba werde sich bemühen, daß die Blockfreien-Konferenz einen Beitrag leisten kann zur internationalen Sicherheit. Die Charakteristiken und Zielsetzungen der Blockfreien-Bewegung müßten beibehalten werden.

Bundesminister *Genscher* erwiderte zunächst mit einer Darlegung der außenpolitischen Grundsätze und Zielsetzungen der Bundesregierung. Er wies dabei besonders hin auf die Entwicklung von den selbstzerstörerischen innereuropäischen Kriegen zum vereinten Europa; auf die Besonderheit der absoluten Gleichberechtigung; die EG sei politisch und wirtschaftlich attraktiv: sie führte zur Erweiterung von sechs auf neun[18] und demnächst auf zwölf[19]; im RGW gebe es die überragende Stellung der Sowjetunion. Innerhalb der EG gibt es nur gleichberechtigte Mitglieder, und die EG in sich sei ein gleichberechtigter Partner der USA; die Konsequenz des Zweiten Weltkrieges sei die Teilung Europas und die Teilung Deutschlands; die NATO sei ein Bündnis zur Verteidigung, aber gleichzeitig werde die Politik der Entspannung und des Ausgleichs mit osteuropäischen Staaten betrieben; die KSZE habe seit Helsinki[20] eine wichtige Weichenstellung für das Umgehen miteinander vorgenommen; man könne von der Entspannungspolitik keine Wunder erwarten, sie sei langfristig angelegt; unsere Außenpolitik bedeute Zusammenarbeit mit allen Ländern auf der Basis der gleichberechtigten Partnerschaft.

Den Schritt der Annäherung zwischen USA und Kuba bewerten wir positiv.

Die Blockfreien-Bewegung sei immer wichtiger für die Weltpolitik geworden. Ihr Gewicht hänge aber davon ab, ob die Bewegung ihre Unabhängigkeit bewahren könne oder ob sie sich als ein Instrument der westlichen oder der östlichen Länder verstehe oder mißbrauchen lasse.

Wir würden die Konferenz in Havanna mit Interesse beobachten, und zwar insbesondere, ob die Bewegung ihre Unabhängigkeit bewahre. Als Gastgeber spiele in dieser Hinsicht Kuba eine wichtige Rolle, und Kuba falle Verantwortung dafür zu, welche Rolle die Bewegung in der internationalen Politik zukünftig spiele.

Unserer Dritte-Welt-Politik komme immer größere Bedeutung zu; sie werde von dem Wunsch geleitet, zur wirtschaftlichen Entwicklung der Länder beizutragen und die Unabhängigkeit zu erreichen bzw. zu bewahren.

Die Industriestaaten hätten eine Verpflichtung zur Hilfe an die Entwicklungsländer. Die Hilfe könne dreifach erfolgen: öffentliche Entwicklungshilfe, Inve-

18 Dänemark, Großbritannien und Irland unterzeichneten am 22. Januar 1972 den Vertrag über einen Beitritt zu EWG, EURATOM und EGKS mit Wirkung zum 1. Januar 1973. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

19 Zum Abschluß der Verhandlungen über einen Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 86, Anm. 38.
Portugal stellte am 28. März 1977 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Zum Stand der Verhandlungen vgl. Dok. 83, Anm. 10.
Spanien stellte am 28. Juli 1977 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Zum Stand der Verhandlungen vgl. Dok. 56, Anm. 27.

20 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

stitionen und Öffnung der Märkte für Produkte der Dritten Welt. Die Hilfen seien ohne politische Einflußnahme zu gewähren.

Die Hilfeleistungen der kommunistischen Länder seien höchst unzulänglich, sowohl was die öffentliche Entwicklungshilfe wie auch die Öffnung der Märkte anlangt. Dies gelte besonders für die Sowjetunion als reichstes Land. Wir seien im Verhältnis zur Sowjetunion klein und arm. Wir hätten nur Kohle, die Sowjetunion habe alle wesentlichen Rohstoffe und Energiequellen.

Auf die Frage, warum die Sowjetunion und ihre Verbündeten so wenig leisten, gebe es eine doppelte Antwort: Zum einen sei das dortige Wirtschaftssystem nicht sehr effektiv (dies kümmert uns relativ wenig), und zum zweiten rüsten diese Staaten zu viel (das kümmert uns sehr stark). Dies berühre ein sehr schwieriges Problem. Es gelte, die Rüstungsspirale umzudrehen zugunsten höherer Entwicklungshilfe. Was unsere Afrikapolitik angeht, täten wir alles für die Unabhängigkeit der afrikanischen Länder. Wir betonten allerdings die Anwendung friedlicher Mittel, weil wir uns auch in Europa für friedliche Konfliktlösung entschieden hätten.

Was uns störe, seien die Vorwürfe aus Kuba: Wir unterstützten in Afrika koloniale Systeme und Rassismus.[21] Kubanische Journalisten sollten in die Bundesrepublik kommen und sich hier richtig informieren.

Auf eine eventuelle Gegenfrage, daß wir nämlich die Gegenwart kubanischer Soldaten in Afrika kritisierten, könne er antworten: Dies stimmt; wir kritisierten die Anwesenheit kubanischer Militärs in Afrika, weil wir fürchten, daß die Gegenwart außerafrikanischer Truppen die Unabhängigkeit afrikanischer Staaten beeinträchtige, andere Staaten zu einem gleichen Verhalten verlocken könnte und wir nicht wollen, daß Afrika Schauplatz für die Austragung von internationalen Konflikten werde.

Mit Befriedigung habe er das Gesagte über einen eventuellen Abzug kubanischer Truppen zur Kenntnis genommen.

Hinsichtlich des südlichen Afrika habe er mit Genugtuung die Einlassung Malmiercas zur westlichen Namibia-Initiative[22] vermerkt. Es gehe jetzt in der Tat darum, Südafrika zu veranlassen, dem Waldheim-Plan zuzustimmen.

21 Referat 330 hielt im Mai 1979 fest: „Die kubanische Presse schildert die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland nur in negativer, völlig verzerrter Weise, entsprechend der übelsten Propaganda aus der DDR. Kubanische Regierungsmitglieder haben uns wiederholt zusammen mit den Vereinigten Staaten und anderen westeuropäischen Ländern des Imperialismus und Neokolonialismus geziehen. Typisch ist die Äußerung von Außenminister Malmierca bei der das Gipfeltreffen der Blockfreien in Havanna vorbereitenden Konferenz in Maputo am 1.2.1979: ‚Die transnationalen nordamerikanischen Unternehmen und sicherlich genauso jene Englands, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs usw. erhalten unter den Bedingungen der Apartheid doppelt so große Gewinne wie in der übrigen Welt. Diese Tatsachen dürfen nicht vergessen werden. Man muß sich dieser erinnern, wenn nordamerikanische Vorschläge und englische Vorschläge mit sogenannten Lösungen für Simbabwe erscheinen, oder wenn sie mit der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Kanada Pläne für Namibia unterbreiten. Für sie bedeuten die Unabhängigkeit Namibias und Simbabwes und die Ausschaltung des verhaßten Regimes der Apartheid Südafrikas wahrhaftige Bedrohungen des stetigen Anwachsens der Erlöse und jährlichen Dividenden ihrer Unternehmen, die herausgewirtschaftet werden zu Lasten des Blutes der schwarzen Bevölkerung dieser Länder‘.“ Vgl. Referat 331, Bd. 116089.

22 Zum Vorschlag von fünf Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats, der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA, vom 10. April 1978 für eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 28, Anm. 7.

Er sei überzeugt, daß die künftige Entwicklung der Welt stark abhängig sei von der Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, einschließlich des unsrigen. Vorherrschaftsstreben werde bald der Vergangenheit angehören. Die USA hätten bereits entsprechende Konsequenzen gezogen; die SU habe noch einen Lernprozeß hierbei zu durchlaufen.

Bei Kuba und bei der Bundesrepublik Deutschland handele es sich um kleine Staaten. Keiner von beiden will dem anderen sein politisches oder wirtschaftliches System aufdrängen: Deshalb gebe es gute Voraussetzungen für eine positive Entwicklung, die dieser Besuch einleiten könne.

Außenminister *Malmierca* sagte, daß in puncto Presse auf beiden Seiten Verbesserungen in der gegenseitigen Darstellung notwendig seien.

Im Wirtschaftsbereich seien auch auf beiden Seiten zu wenig Initiativen in letzter Zeit erfolgt. Es gebe mehrfache Gespräche über interessante Geschäfte mit einem Gesamtvolumen von ca. einer Milliarde DM.

Für die positive Entwicklung der Beziehungen zwischen Kuba und der Bundesrepublik sei eine politische Entscheidung erforderlich. Auf kubanischer Seite sei die Bereitschaft hierzu vorhanden. Sein Besuch bezeuge dies. Kuba erwarte den Besuch Minister Genschers; ein Gespräch zwischen ihm und Fidel Castro sei sicherlich sehr nützlich.

BM bestätigte deutsches Interesse an einer Erweiterung der Wirtschaftsbeziehungen und einer objektiven Darstellung in den Medien. Wenn er nach Kuba komme, werde er Leute der Wirtschaft und Journalisten mitbringen.

AM stimmte der Darstellung BMs über die Blockfreien-Bewegung zu. Man verdächtige Kuba, entgegengesetzte Bestrebungen zu verfolgen, nämlich die Bewegung zum Instrument der sozialistischen Länder zu machen. In Wirklichkeit wolle aber Kuba die Stärkung dieser Bewegung und die Erhaltung ihrer Unabhängigkeit. Dies bedeute nicht, daß sie neutral sei, sie sei immer antiimperialistisch. Kuba wolle aber nicht die Bewegung verkleinern wie auch nicht sie spalten.

BM wertete es als gut, daß sich die Bewegung gegen den Imperialismus wende. Dies müsse aber gegen jede Form von Imperialismus erfolgen. Wichtig sei die Objektivität und nicht so sehr die Neutralität.

Interessant sei es, daß die Gruppe der 77 durch ihren gegenwärtigen Sprecher Kuba die kommunistischen Länder aufgefordert habe, mehr Entwicklungshilfe zu leisten.

BM fragte, was die Annäherung zu den USA begünstigen könne.

AM: Die Initiative läge bei den USA, weil von dort die aggressiven Maßnahmen ausgegangen seien. Bisher gebe es keine Kontakte auf Regierungsebene. Für diese sei erforderlich das Ende der unfreundlichen Handlungen.

BM fragte, was Kuba dazu beitragen könne, denn Präsident Carter habe ja innenpolitische Probleme zu überwinden.

AM meinte, daß Kuba bereits viel getan hätte.

BM: Präsident Carter habe mit dem Panama-Vertrag[23] eine sehr positive Ent-

[23] Seit 1965 verhandelten die USA und Panama mit Unterbrechungen über eine Neuregelung der Verhältnisse am Panamakanal. Die Verhandlungen wurden am 10. August 1977 abgeschlossen.

wicklung eingeleitet. Er wisse, daß auch Kuba wie die Bundesrepublik für SALT II[24] sei. Nun gelte es, dazu beizutragen, daß US das Abkommen ratifizieren.

AM betonte, daß Kuba keine Eile bei der Normalisierung der Beziehungen habe und ebenfalls keine Bedingungen erfülle. Die Beziehungen zwischen Kuba und der Sowjetunion seien ein Beispiel für die Beziehungen zwischen einem reichen und einem armen Land.

Hier schloß sich eine Diskussion über die relativ geringe Entwicklungshilfe der RGW-Staaten an.

BM erklärte abschließend das Treffen als dem offenen Meinungsaustausch dienlich und daß dieser regelmäßig nötig sei, um Mißverständnisse auszuschließen und die Beziehungen zu verbessern, ohne den eigenen Willen dem anderen aufzuzwingen. In der Bundesregierung habe Kuba einen Partner für die Verbesserung der Beziehungen und ihre Erweiterung auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Deshalb sehe er mit sehr großen Erwartungen seinem Besuch in Kuba entgegen, und er bedanke sich für die Wiederholung der Einladung. Er hoffe, daß durch den Besuch des kubanischen Außenministers ein neues Kapitel in den Beziehungen aufgeschlagen worden sei.

AM sprach im Rahmen seiner abschließenden Worte die Terminfrage eines Kuba-Besuchs des Bundesministers an. Die Frage blieb jedoch offen.

Referat 331, Bd. 116089

Fortsetzung Fußnote von Seite 760

Der Panamakanal-Vertrag, der die schrittweise Übergabe der Souveränität über die Kanalzone an Panama bis 31. Dezember 1999 regelte, sowie der Vertrag über die immerwährende Neutralität und den Betrieb des Panamakanals nebst Protokoll wurden am 7. September 1977 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 77 (1977), S. 483–501. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 640–650 (Auszug).

24 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

159

Ministerialdirektor Blech an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel

201-362.05-1448/79 VS-vertraulich **1. Juni 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 2728 Plurez **Aufgabe: 2. Juni 1979, 08.08 Uhr**

Betr.: NATO-Frühjahrskonferenz der Außenminister in Den Haag
hier: Verlauf der Diskussion am 31. Mai 1979

Bezug: DB Den Haag Nr. 193 vom 31. Mai 1979 – VS-v[2]

I. 1) In „restricted session" des zweiten Konferenztages standen die Lage im südlichen Afrika (Rhodesien und Namibia) und im Nahen Osten im Vordergrund:

- Es bestand Einverständnis darüber, daß die Initiative der fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder zu Namibia[3] mit Nachdruck weiterverfolgt werden soll.
- Die Rhodesien-Diskussion konzentrierte sich auf die durch die Wahlen und den Sieg Muzorewas[4] entstandene neue Lage. Dabei zeigte sich, daß die Haltung der neuen britischen Regierung bei einer Reihe von Bündnispartnern (NL, B, N, DK) auf Bedenken stößt.
- Die Erörterung der Nahost-Situation ergab keine neuen Gesichtspunkte. Sämtliche Sprecher betonten die Notwendigkeit einer globalen Lösung unter Beteiligung aller Parteien. AM Vance stellte den israelisch-ägyptischen Vertrag[5] als ersten Schritt zu einer solchen umfassenden Regelung, die sich eben nur schrittweise erreichen lasse, heraus.

2) Im einzelnen ist festzuhalten:

a) Namibia

Britischer AM plädierte nachdrücklich für Fortsetzung der Fünferinitiative. Auf britischer Seite sehe man gewisse Chancen für Kompromiß in den noch offenen Fragen. Südafrika scheine bereit zu sein, Kooperation fortzusetzen, da es sich der Unmöglichkeit einer militärischen Lösung bewußt sei.

AM Vance schloß sich dieser Auffassung an und wies darauf hin, daß lediglich die in Artikel 11 und 12 des Waldheim-Berichts[6] behandelten Fragen noch klärungsbedürftig seien.[7]

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Hofstetter konzipiert.
Hat Staatssekretär van Well und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 1. Juni 1979 zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Für den Drahtbericht des Ministerialdirektors Blech, z. Z. Den Haag, vgl. Dok. 156.

3 Zum Vorschlag von fünf Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats, der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA, vom 10. April 1978 für eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 28, Anm. 7.

4 Zu den Wahlen vom 17. bis 21. April 1979 in Rhodesien vgl. Dok. 109, Anm. 11.

5 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

6 Zu dem am 26. Februar 1979 veröffentlichten Waldheim-Bericht vgl. Dok. 92, Anm. 8.

7 Zur Haltung der südafrikanischen Regierung vgl. Dok. 158, Anm. 14.

NL Außenminister[8] hielt baldige Lösung auch im Hinblick auf wachsenden innenpolitischen Druck für erforderlich.

Türkischer AM nahm auf sein kürzliches Gespräch mit Vertretern der SWAPO Bezug, die auf ein rasches Tätigwerden der Fünf gedrängt hätten. Lösung des Namibia-Problems werde sich positiv auf Rhodesien-Frage auswirken.

StS van Well führte aus, es sei wichtig, sich über die wahren Absichten Südafrikas klarzuwerden. Entscheidend sei ferner Rolle der Frontstaaten[9]. Volle und aufrichtige Zusammenarbeit mit diesen Ländern sei für Lösung des Problems unerläßlich. Komme es mit ihnen über Namibia zum Bruch, dann auch über Rhodesien und umgekehrt. Derzeitige britische Sondierungsaktion[10] sei besonders wichtig, um Chancen einer Kompromißlösung der beiden noch offenen Punkte beurteilen zu können. Während Verantwortung für Lösung der Rhodesien-Frage bei Großbritannien liege, liege sie für Namibia bei den Vereinten Nationen.

b) Rhodesien

Lord Carrington unterrichtete über die Position, welche die Konservative Partei bereits während ihrer Oppositionszeit entwickelt habe.[11] Unter der Voraussetzung, daß bestimmte Prinzipien erfüllt seien, habe sich seine Partei verpflichtet, Rhodesien in die Legalität zurückzubringen. Dazu habe als letzte offene Frage nur noch die ordnungsgemäße und faire Durchführung von Wahlen gehört. Keine Regierung könne jedenfalls die Tatsache ignorieren, daß 64 Prozent der Bevölkerung sich an den Wahlen beteiligt hätten. Seit seiner kürzlichen Amtsübernahme[12] habe er folgendes unternommen: Er habe einen Emissär zu Bischof Muzorewa geschickt, um mit diesem die Frage einer ständigen britischen Vertretung in Rhodesien zu erörtern. Da M. diesem Gedanken positiv gegenüberstehe, habe er nunmehr einem Beamten die Aufgabe übertragen, an Ort und Stelle die Situation zu beobachten. Ein weiterer Emissär sei soeben damit betraut worden, mit den Frontstaaten und anderen Mitgliedern des Com-

8 Christoph van der Klaauw.

9 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia und Tansania.

10 Botschafter Ruete, London, berichtete am 5. Juni 1979 über den Aufenthalt des parlamentarischen Staatssekretärs im britischen Außenministerium, Luce, vom 23. bis 31. Mai 1979 in Sambia, Südafrika und Namibia. Als Ergebnis sei festzuhalten: „Luce schlägt vor, neue Verhandlungsrunde mit S[üd]A[frika] zu beginnen. Diese Verhandlungen sollten mit maximaler Flexibilität und sehr ausgedehntem Mandat geführt werden, ohne allerdings Diskussion über ursprünglichen Fünfer-Plan (SR-Resolution 435) wieder zu eröffnen. Man schlägt vor, eine einzige Persönlichkeit mit Verhandlungsführung im Auftrag der Fünf zu beauftragen. Verhandlungsführer soll zu diesem Zweck eine ausgedehnte Verhandlungsreise (shuttle) von möglicherweise zwei bis drei Monaten Dauer zwischen den Hauptstädten aller Beteiligten (Pretoria, Windhuk, Frontlinien-Staaten) durchführen. [...] Nach britischer Meinung sind Ziffern 11 und 12 des Waldheim-Berichts nicht die einzigen Probleme. Vielmehr liege eigentliches Problem darin, daß bei südafrikanischer Regierung und internen Parteien in Namibia tiefgreifende Vertrauenskrise eingetreten sei. Daher schlägt Luce Reihe von ‚vertrauensbildenden Maßnahmen' vor, die ergriffen werden sollten. Nach britischer Meinung soll man zum Stadium vor Waldheim-Bericht vom 26.2.1979 zurückkehren und Namibia-Frage von dort aus neu aufgreifen. Waldheim-Bericht sei nicht definitiv und nach britischer Meinung noch negotiable." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1286; Referat 320, Bd. 125274.

11 Zu den Grundsätzen der Rhodesienpolitik der britischen Konservativen vgl. Dok. 131, Anm. 9.

12 Am 3. Mai 1979 fanden in Großbritannien Parlamentswahlen statt, aus denen die Conservative and Unionist Party als Siegerin hervorging. Die Bildung einer neuen Regierung erfolgte am 5. Mai 1979 durch Premierministerin Thatcher.

monwealth zu sprechen und die Möglichkeiten für eine Annäherung zu eruieren.

AM Vance erkannte an, daß die Wahlen in Rhodesien eine neue Realität geschaffen hätten. Nach einem Gesetz sei Präsident Carter gehalten, Mitte Juni eine „Presidential Determination" darüber abzugeben, ob die Voraussetzungen für die Aufhebung der Sanktionen gegenüber Rhodesien[13] noch gegeben sind. Wenn dieses Urteil wegen der Wahlen positiv ausfalle, führe dies automatisch zur Aufhebung der Sanktionen.[14] (Vance ließ offen, ob damit auch Anerkennung der Regierung M. verbunden wäre.) Kriterium für jede Lösung müsse sein, ob sie zu einer dauerhaften Beendigung des Kampfes in dieser Region führe.

Niederländischer AM, dem sich norwegischer[15], dänischer[16] und belgischer[17] Minister anschlossen, wies in aller Deutlichkeit auf innenpolitische Schwierigkeiten hin, die mit Anerkennung der Muzorewa-Regierung verbunden wären, da im Einklang mit dem anglo-amerikanischen Vorschlag[18] im vorhinein eindeutig erklärt worden war, daß die Wahlen null und nichtig sein würden. Bezüglich der Sanktionen gebe es eine weiterhin bindende Entschließung des Sicherheitsrats.

3) Nahost

AM Vance, der den ägyptisch-israelischen Vertrag als erste wichtige Station einer schrittweisen Lösung des Gesamtproblems auf Basis der SR-Resolution 242[19] bezeichnete, hielt es für erforderlich, daß auch optisch nicht der Eindruck eines Stillstands erweckt werde. Daher hänge viel von Durchführung „vertrauensbildender Maßnahmen" ab. Wenn sich z.B. Israel in der Siedlungsfrage[20] mit einem „freeze" einverstanden erklären und mehr Flüchtlinge in das West-

13 Zu den Sanktionen gegen Rhodesien vgl. Dok. 56, Anm. 9.

14 Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 16. Mai 1979: „Der Senat hat am 15.5. dem Gesetz über den Haushalt des State Department in einer mit 75 gegen 19 Stimmen angenommenen ‚Sense of Congress Resolution' ein Amendment angefügt, das 1) erklärt, daß die rhodesischen Wahlen frei waren und daß die neue mehrrassige Regierung in Salisbury die amerikanischen Forderungen nach Mehrheitsherrschaft erfüllt, und 2) den Präsidenten auffordert, innerhalb von 14 Tagen nach Bildung der neuen Regierung, spätestens bis zum 30. Juni 1979, über die Sanktionsaufhebung zu entscheiden, und im Zusammenhang damit 3) feststellt, daß die Sanktionen nach dem Verständnis des Kongresses (‚Sense of Congress') innerhalb dieser Frist aufgehoben werden sollten." Staden erläuterte: „Die Mehrheit, mit der sich der Senat für die Sanktionsaufhebung eingesetzt hat, erlaubt [...] kaum mehr als einen geordneten Rückzug der Administration." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1815; Referat 320, Bd. 125203.
Zu den Wahlen vom 17. bis 21. April 1979 in Rhodesien vgl. Dok. 109, Anm. 11.

15 Knut Frydenlund.

16 Henning Christophersen.

17 Henri Simonet.

18 Der britische Außenminister Owen und der amerikanische Außenminister Vance unterbreiteten dem südafrikanischen Außenminister Botha am 12. August 1977 in London Vorschläge für eine Lösung des Rhodesien-Konflikts, die am 1. September 1977 veröffentlicht wurden. Sie sahen u.a. die Unabhängigkeit von Rhodesien im Jahr 1978 vor, ferner freie, unparteiische Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts, die Einsetzung eines britischen Residierenden Kommissars zur Leitung einer Übergangsverwaltung und zur Durchführung von Wahlen für eine Unabhängigkeitsregierung, die Entsendung einer UNO-Friedenstruppe während der Übergangszeit, eine demokratische Verfassung sowie die Einrichtung eines Entwicklungsfonds. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 264–269.

19 Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 20.

20 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 5, Anm. 15.

jordangebiet zurückkehren lassen würde, könnte sich dies positiv auf die Gesamtentwicklung auswirken.

Türkischer AM erklärte unter Bezugnahme auf die Konferenz der Außenminister islamischer Länder in Marokko[21] (unter seiner Teilnahme), daß sich die Türkei zwar nicht gegen den ägyptisch-israelischen Vertrag ausspreche, doch ihn auch nicht unterstützen könne. Die Lage im Nahen Osten sei prekär. Aus Gesprächen mit Führern der PLO wisse er, daß das politische Gewicht dieser Organisation ständig wachse. In bezug auf das Westufer und Jerusalem habe die Türkei erhebliche Zweifel an der Aufrichtigkeit der erklärten israelischen Absichten.

StS van Well bezeichnete den israelisch-ägyptischen Vertrag als ein wichtiges Faktum. Doch die starke Opposition arabischer Länder gegen diesen Vertrag sei ebenfalls ein wichtiges Faktum. Es komme darauf an, das Momentum des Camp-David-Prozesses[22] zu erhalten. Wir sollten den arabischen Staaten und den Palästinensern klar zu erkennen geben, daß unsere Regierungen auf eine umfassende Lösung hinarbeiteten. Dafür sollten die NATO-Staaten ihre bilateralen Kontakte zu den arabischen Ländern intensivieren.

II. Unter TOP III (Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Hilfe im Bündnisrahmen) unterrichtete Generalsekretär Luns über die Ergebnisse der Pariser Pledging-Konferenz[23], in denen er einen Ausdruck praktizierter Bündnissolidarität gegenüber der Türkei sah. Der weitaus größte Teil der Mittel sei von NATO-Staaten zugesagt worden. Überhaupt habe die NATO als erste einen Impuls für die Türkei-Aktion gegeben.

Türkischer AM dankte Generalsekretär Luns für diese Initiative, welche im Einklang mit Artikel 2 des Nordatlantikvertrages[24] verfolgt worden sei und beweise, daß die NATO nicht nur ein Verteidigungsbündnis sei. Die erzielten

21 Vom 8. bis 12. Mai 1979 tagten die Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz in Fes. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1979, Z 111 f.

22 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

23 Referat 420 notierte am 12. Juni 1979: „Auf der Pariser Konferenz der Geberländer am 30.5.79 wurden Beiträge zur Soforthilfeaktion in Höhe von insgesamt rd. 900 Mio. US-Dollar (davon 661 Mio. Dollar Warenhilfe-, der Rest Exportkredite) zugesagt. Dieses Ergebnis hat die Erwartungen übertroffen und ist von der türkischen Regierung lebhaft begrüßt worden. Alle angesprochenen Länder – außer Australien und Neuseeland – haben eine Beteiligung an der Hilfsaktion zugesagt. Kanada und Luxemburg konnten ihre Beiträge noch nicht beziffern. Mit Ausnahme Norwegens haben alle Geberländer die Auszahlung der Soforthilfemittel davon abhängig gemacht, daß sich die Türkei mit dem IWF über ein neues Bereitschaftskreditabkommen einigt. Wir haben auf der Pariser Konferenz 200 Mio. Dollar zu sehr günstigen Konditionen zugesagt (30 Jahre Laufzeit, 2% Zinsen, zehn Freijahre) und sind damit unserer Führungsrolle bei der Vorbereitung der Soforthilfeaktion gerecht geworden." Vgl. Referat 420, Bd. 124279.

24 Artikel 2 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 bestimmte: „Die Parteien werden zur weiteren Entwicklung friedlicher und freundschaftlicher internationaler Beziehungen beitragen, indem sie ihre freien Einrichtungen festigen, ein besseres Verständnis für die Grundsätze herbeiführen, auf denen diese Einrichtungen beruhen, und indem sie die Voraussetzungen für die innere Festigkeit und das Wohlergehen fördern. Sie werden bestrebt sein, Gegensätze in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik zu beseitigen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen einzelnen oder allen Parteien zu fördern." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289.

Ergebnisse würden in den Augen der Weltöffentlichkeit daher auch dem Bild der NATO zugute kommen. Ökçün dankte ferner der Bundesrepublik Deutschland und Minister Leisler Kiep für das in dieser Sache Geleistete.

Er führte sodann aus, daß die Dringlichkeit der Hilfe leider nicht genügend berücksichtigt worden sei. Der Zeitfaktor sei wichtiger als der Umfang der Hilfe. Es komme jetzt auf eine sofortige Implementierung an.

Im übrigen solle man die Zusammenarbeit unter den Verbündeten nicht auf die Gewährung von Hilfe beschränken. Wirtschaftliche, technische, wissenschaftliche und militärische Zusammenarbeit im „Zweibahnverkehr" seien erforderlich, damit das Nord-Süd-Verhältnis im Bündnis selbst verbessert werde.

Ökçün endete seine Ausführungen mit der als taktlos empfundenen Feststellung, der größte Anteil der Türkeihilfe werde von der Türkei selbst geleistet.

III. Unter TOP IV und V nahmen die Minister die Berichte des Generalsekretärs über

- Stand der Zivilverteidigung,
- zivile Unterstützung des „Rapid-reinforcement"-Konzepts,
- Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren

ohne längere Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

IV. Die nächste Ministerkonferenz wird am 6./7. Dezember 1979 in Brüssel stattfinden.[25]

[gez.] Blech

VS-Bd. 10514 (201)

[25] Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

160

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Carrington

204-321.00 GRO-287/79 VS-vertraulich **5. Juni 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundesministers mit Außenminister Lord Carrington am 5. Juni 1979 (Abendessen in Wachtberg-Pech, 21.00 Uhr bis 22.45 Uhr)[2]

Weitere Teilnehmer:

Auf britischer Seite: Botschafter Sir Oliver Wright; Mr. M.D. Butler, Leiter der Außenwirtschaftsabteilung im Foreign Office; Mr. G.H. Walden, persönlicher Referent von AM Lord Carrington.

Auf deutscher Seite: MD Dr. Lautenschlager, VLR Frau Siebourg, LR I H.H. Horstmann.

Treffen PM Thatcher–Präsident Giscard d'Estaing am 5. Juni 1979[3]

Carrington: Das Zusammentreffen von PM Thatcher und Präsident Giscard d'Estaing sei erfolgreich gewesen. Der britische Regierungschef und der französische Staatspräsident hätten in einem einstündigen Vier-Augen-Gespräch Energiefragen, Afrika und Verteidigungsprobleme besprochen.

Energiefragen

a) Internationale Energie-, vor allem Erdölproblematik

Walden: In Paris seien der französische Staatspräsident und der britische Regierungschef übereingekommen, daß bei der Formulierung einer europäischen Aussage zur internationalen Energiesituation Allgemeinplätze vermieden werden müßten. Die französische und die britische Regierung hätten sich dafür ausgesprochen, folgenden Punkten besondere Beachtung zu schenken:

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Horstmann am 6. Juni 1979 gefertigt und am selben Tag von Vortragendem Legationsrat Gerz „mit der Bitte um Billigung durch den Herrn Bundesminister" an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau weitergeleitet. Dazu vermerkte Gerz: „Der energie- und europapolitische Teil der Aufzeichnung hat Herrn D 4 vorgelegen."
Hat Wallau am 7. Juni 1979 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14077 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Der britische Außenminister Carrington hielt sich am 5. Juni 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Premierministerin Thatcher hielt sich am 5. Juni 1979 in Paris auf. Gesandter Massion, London, berichtete am 31. Mai 1979: „Der positive Anlauf, den die konservative Regierung in der Europapolitik nehmen möchte, bedingt auch eine intensive bilaterale Abstimmung mit allen EG-Mitgliedstaaten, insbesondere mit den Hauptpartnern Deutschland und Frankreich. Das britisch-französische Verhältnis hat noch keineswegs die Dichte erreicht wie die jeweiligen Beziehungen beider Länder zur Bundesrepublik Deutschland. [...] Der Fehlschlag von Suez (1956), der beiden Ländern deutlich machte, daß sie zu europäischen Mittelmächten geworden waren, die Zurückweisung der ersten britischen EG-Beitrittsanträge durch de Gaulle 1961 und 1967 sind heute schon fast geschichtliche Vorgänge, die das politische Bewußtsein der politischen Führung auf beiden Seiten des Kanals nicht mehr entscheidend bestimmen. [...] Wichtige Prüfsteine in den britisch-französischen Beziehungen werden jedoch weiterhin Verhältnis zu USA und NATO bleiben. Eine naheliegende Interessenparallelität ergibt sich aus der Eigenschaft Großbritanniens und Frankreichs als Nuklearmächte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1264; Referat 204, Bd. 115970.

1) Notwendigkeit tatsächlicher Energieeinsparungen.

2) Britische und französische Regierungen und andere Regierungen (Bundesrepublik Deutschland, Niederlande) sollten die großen Erdölfirmen davon überzeugen, Spekulationen auf dem Spot-Markt in Rotterdam einzudämmen.

3) Die Produzenten sollten zu mehr Preisstabilität aufgefordert werden.

4) Es müßten in der industrialisierten Welt verstärkt alternative Energieträger innerhalb der nächsten 10 bis 15 Jahre entwickelt werden.

Briten und Franzosen hielten es für notwendig, auf dem ER in Straßburg (21./22. Juni 1979)[4] in der Energiepolitik einen gemeinsamen europäischen Standpunkt zu erarbeiten, der dann von den am Gipfel beteiligten EG-Staaten in Tokio[5] vertreten werden müsse.

Carrington: Der französische Staatspräsident habe Kontakte zu Franzosen, Deutschen und Briten vor Straßburg vorgeschlagen. Es sei in der Tat dringend notwendig, eine gemeinsame Position der Gemeinschaft in den Energiefragen vor dem Tokioer Gipfel zu erreichen.

Lautenschlager erläuterte auf Bitten des Bundesministers den energiepolitischen Teil des Gesprächs zwischen Bundeskanzler und Premierminister Barre am 1. Juni 1979 in Bonn[6]:

Nach Auffassung des Bundeskanzlers und des französischen Premierministers sollte man sich in Straßburg vor allem über folgende Punkte verständigen:

1) Gemeinsame Analyse der Energiesituation.

2) Richtlinien für Energieeinsparung und Schaffung alternativer Energiequellen (Kohleförderung, Kernenergie). Hierzu klare und möglichst verbindliche Aussagen (auch gegenüber der Öffentlichkeit) geben.

3) In Straßburg soll eine Gruppe von Regierungsvertretern beauftragt werden, die energiepolitischen Fakten zu analysieren und bis zum nächsten Treffen des Europäischen Rats in Dublin[7] konkrete Vorschläge auszuarbeiten.

4) Aussagen zur Aufnahme von Kontakten mit den Erdölproduzenten.

Es sei vorgesehen, daß am 28. Juni 1979 in London Kontakte zwischen der EG und OPEC stattfinden, die zu weiteren Gesprächen auf technischer Ebene führen sollten.[8] Diese pragmatischen Kontakte seien zu begrüßen; sie sollten bei gleichzeitiger Unterrichtung in USA und Japan geführt werden.

5) Wegen der Preisbildung in Rotterdam sollten die Regierungen von Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland mit den wichtigsten Ölgesellschaften vertrauliche Gespräche führen. Es soll sich um eine einmalige Operation handeln, die mit größter Diskretion durchgeführt werden müsse.

4 Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. Juni 1979 in Straßburg vgl. Dok. 190.

5 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

6 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Barre am 1. Juni 1979 vgl. Dok. 157.

7 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. Dok. 362.

8 Am 30. Juni 1979 fand in London ein Treffen des französischen Industrieministers Giraud, des irischen Industrie-, Handels- und Energieministers O'Malley, des Mitglieds der EG-Kommission, Brunner, und des Generaldirektors für Energiefragen bei der EG-Kommission, Williams, mit dem saudi-arabischen Erdölminister Yamani und weiteren Vertretern der Strategiekommission der OPEC statt. Vgl. dazu Dok. 190, Anm. 13.

Ziel sei es, die Ölgesellschaften von Käufen zu überhöhten Preisen auf dem Spot-Markt abzuhalten; dies könne eine dämpfende Wirkung auf die Preisbeschlüsse der OPEC Ende Juni[9] haben.

Der Bundeskanzler und der französische Premierminister hätten am 1. Juni 1979 auch über die jüngsten US-Maßnahmen[10] gesprochen, und beide seien besorgt über die weiteren Auswirkungen gewesen.

Lautenschlager zur energiepolitischen Vorbereitung für ER in Straßburg auf entsprechende Frage von Carrington: Die französische Regierung wird einen Entwurf einer energiepolitischen Erklärung des Europäischen Rats bei den anderen acht EG-Mitgliedstaaten zirkulieren.[11]

Carrington: Der französische Staatspräsident habe gegenüber PM Thatcher von sofortigen unmittelbaren Kontakten zwischen Briten, Franzosen und Deutschen gesprochen.

Lautenschlager: Die zu erwartenden französischen Vorschläge brauchten dem nicht zu widersprechen; sie seien Teil der Vorbereitung auf den ER.

Butler: Man könnte die Ölgesellschaften bitten, in Rotterdam kein Erdöl auf dem Spot-Markt zu kaufen.

Lautenschlager: Entscheidend sei, wenigstens für die nächste Zeit, daß nicht zu exzessiven Preisen in Rotterdam gekauft würde.

Bundesminister: Die alarmierende Preiserhöhung auf dem Rotterdamer Markt habe einen doppelten Aspekt: Einerseits habe sie negative Auswirkungen auf die Preispolitik der OPEC, zum anderen könne sie in der ordnungspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland den Gegnern der freien Marktwirtschaft Auftrieb geben.

Lautenschlager meint auf entsprechende Frage von Carrington, daß die EG eine „faire Chance" für eine koordinierte Energiepolitik habe, wenn die Erwartungen nicht zu hoch und vor allem keine zu ehrgeizigen quantitativen Ziele gesetzt würden.

Butler: Er habe mit BP[12] informell über den Spot-Markt in Rotterdam gesprochen. Nach Auffassung von BP sei es sehr schwierig, Käufe auf dem Spot-Markt zu verhindern; es sei denn, die IEA-Mitgliedsregierungen würden das „sharing scheme" implementieren. Ohne diese politische Entscheidung seien die Ölgesellschaften kaum zu überzeugen.

Lautenschlager: Wichtig sei eine konzertierte Aktion in Straßburg und Tokio. Wenn auf ER und Weltwirtschaftsgipfel die gemeinsame politische Entschlossenheit der beteiligten Staaten konkret und glaubwürdig manifestiert werden könne, würde dies möglicherweise auch auf die Erdölgesellschaften nicht ohne Einfluß sein.

9 Vom 26. bis 28. Juni 1979 fand in Genf eine Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 179, Anm. 3.

10 Zu den Subventionsmaßnahmen der USA bei der Einfuhr von Mitteldestillaten vgl. Dok. 157, Anm. 5.

11 Für das Memorandum der französischen Präsidentschaft zu Energiefragen, das auf der EG-Ratstagung auf der Ebene der für Energiefragen zuständigen Minister am 18. Juni 1979 in Luxemburg und bei der Tagung des Europäischen Rats am 21./22. Juni 1979 in Straßburg erörtert wurde, vgl. Referat 412, Bd. 122422.

12 British Petroleum.

Deutsche und britische Seite waren sich einig: Die amerikanische Regierung hätte vor ihrer Entscheidung, die Heiz- und Benzinölpreise zu subventionieren, ihre europäischen Partner konsultieren oder zumindest informieren müssen.

Bundesminister: Die amerikanische Regierung bringt die Deutschen durch eine solche Politik in Verlegenheit, insbesondere, wenn wir der Öffentlichkeit die guten deutsch-amerikanischen Beziehungen dokumentieren wollen.

b) EG-Energiepolitik

Lautenschlager erläutert auf Bitten von Carrington Vorstellungen über Möglichkeiten einer gemeinsamen EG-Energiepolitik:

1) Hauptproblem sei die bisher fehlende Einigung über die Organisationsprinzipien der Energiepolitik (französische Vorstellung der organisierten Märkte gegen im Grundsatz liberale Marktwirtschaft).

2) Gegenwärtig gebe es außerhalb der IEA praktisch keinerlei Krisenmanagement (die Krise 1973/1974[13] habe dies deutlich unter Beweis gestellt, die EG habe damals versagt. Die Ölgesellschaften hätten die Krise bewältigt. Es sei fraglich, ob dies auch in Zukunft so sein werde).

Britische Seite stimmt zu. *Butler* betont Notwendigkeit eines europäischen Krisenmanagements in der Energiepolitik.

3) Man müsse über folgende Bereiche gemeinsame Positionen erreichen:

- die Rolle der Kohle-Ressourcen,
- die Rolle des Nordseeöls,
- die Rolle der Kernenergie,
- gemeinsame externe EG-Energiepolitik in enger Zusammenarbeit mit den USA.

Butler erklärt, daß der EG-Zusammenhalt unter dem Eindruck der gegenwärtigen Energiekrise in Straßburg und Tokio gewährleistet sein muß.

Britische Haltung zum EG-Haushalt:

Carrington: In Paris habe PM Thatcher ausführlich die britische Verpflichtung gegenüber der EG, aber auch die britischen Probleme dargelegt.[14] Der französische Staatspräsident habe den Eindruck vermittelt, daß er das britische Problem sehe und daß es sorgfältig geprüft werden sollte.

Hauptziel der britischen Regierung sei die Wiederbelebung der britischen Wirtschaft. Die gegenwärtigen und künftigen EG-Haushaltsbelastungen zusätzlich zu den Verteidigungsanstrengungen („which we shoulder gladly") seien für eine wirtschaftliche Wiederbelebung eine zu große Belastung.

Auf die Frage des Bundesministers nach den britischen Zeitvorstellungen zur Diskussion über die Haushaltsproblematik meinte Carrington: Die Frage sollte in Straßburg erörtert werden und möglichst auf dem ER in Dublin einer Lösung zugeführt werden.

[13] Zur Ölkrise in den Jahren 1973 und 1974 vgl. Dok. 92, Anm. 43.

[14] Zur Haltung Großbritanniens in der Gemeinsamen Agrarpolitik und zum EG-Haushalt vgl. das deutsch-britische Regierungsgespräch am 11. Mai 1979 in London; Dok. 132.

Es handele sich vor allem um ein politisches Problem; die britische Regierung müsse gegenüber der eigenen Bevölkerung dem zunehmenden Eindruck einer Ungleichbehandlung entgegentreten können.

Butler: Man könne die EG-Kommission um Vorschläge für den ER in Dublin bitten.

Bundesminister: Um die Fragen des Haushalts besser erörtern zu können, brauchen wir zunächst eine gemeinsame Berechnungsgrundlage.

Carrington: Unabhängig von der Berechnungsgrundlage wird Großbritannien 1980 der größte Netto-Beitragszahler werden.

Butler stellt klar, daß man in Straßburg nicht über Zahlen sprechen sollte, sondern einen Auftrag an die Kommission vergeben solle, Lösungen zu finden.

Lautenschlager verweist zunächst auf noch nicht abgerufene Zahlungen für GB aus bestehenden Fonds (ca. 300 Mio. RE) und stellt die Frage, ob die britische Seite einmal an einen möglichen „global compromise" gedacht habe. Man sollte die Zusammenhänge zwischen Haushalt, GAP, Fischereifragen[15] und auch Energie sehen. Eine Veränderung des Systems der eigenen Einnahmen hätte wenig Aussicht auf Erfolg (Notwendigkeit der Ratifikation). Es existiere bereits ein finanzieller Korrekturmechanismus.[16] Auf jeden Fall sollten neue „renegotiations" (Hinweis auf Bundeskanzler-Äußerung in London am 11. Mai 1979[17]) vermieden werden.

Bundesminister: Eine zu isolierte Betrachtung der Probleme müsse vermieden werden.

Carrington auf entsprechende Frage des BM: Im nächsten Agrarrat wird britische Delegation „prize freeze" ansprechen.[18]

Butler: In den nächsten zwei bis drei Monaten wird es keine britischen Vorschläge zur GAP-Verbesserung geben, das System soll nicht verändert werden. Während der nächsten fünf Jahre (d.h. Regierungszeit von PM Thatcher) sollten wir Möglichkeiten finden, um die GAP-Schwierigkeiten ohne eine Änderung des Systems zu lösen.

Carrington unterstreicht, daß britische Regierung durch Erhöhung der indirekten Steuern und fortlaufende Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben politisch höchst unpopuläre Maßnahmen ergreifen würde. Bei dieser Sachlage würde es die britische Bevölkerung nicht verstehen, wenn der „siebtärmste" EG-Mitgliedstaat den größten Beitrag zum EG-Haushalt leiste.

15 Zur Einrichtung eines Fischereiregimes der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 51, Anm. 20.

16 Zum EG-Korrekturmechanismus vgl. Dok. 56, Anm. 32.

17 Zu den deutsch-britischen Konsultationen am 10./11. Mai 1979 in London vgl. Dok. 132.

18 Ministerialdirigent Ungerer vermerkte am 25. Juni 1979 zur EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 18. bis 22. Juni 1979 in Luxemburg: „Agrarrat einigte sich in dritter, viertägiger Verhandlungsrunde mit dreimonatiger Verspätung auf Agrarpreispaket 1979/80 [...]. Angesichts der unvereinbaren und stark festgelegten Ausgangspositionen GBs (genereller Preisstopp), Fs (Abbau des deutschen W[ährungs]A[us]G[leichs]) und Ds (keine Preissenkungen in DM) kann man allein das Zustandekommen eines Preisbeschlusses als gewissen Erfolg ansehen. Ein nicht unerhebliches Verdienst daran kommt dem neuen britischen Landwirtschaftsminister Walker zu, der nicht nur im Ton, sondern auch in der Sache sehr viel flexibler und konstruktiver verhandelt hat als sein Vorgänger Silkin. Wichtig für uns ist, daß unsere zentrale Forderung bei der Auseinandersetzung um preis- und währungspolitische Maßnahmen, nämlich Preissenkungen in nationaler Währung zu verhindern, voll erfüllt worden ist." Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 534.

Bundesminister anerkennt das britische Problem, er warnt erneut vor neuen „renegotiations".

Carrington stimmt zu.

Lautenschlager: Gesamtatmosphäre könnte verbessert werden, wenn wir uns nicht nur auf den Haushalt konzentrieren, sondern auch andere Gebiete berücksichtigen.

SALT/TNF/NATO-Frühjahrstagung[19]:

Carrington: Das Gespräch PM Thatcher/Präsident Giscard d'Estaing über Verteidigungsfragen und SALT[20] hätte wenig Neues ergeben. Der französische Staatspräsident habe sich für eine SALT-II-Ratifikation ausgesprochen, da eine Nicht-Ratifizierung unabsehbare Folgen für das Ost-West-Verhältnis haben würde. Dieses Risiko müsse der Kongreß nach Eindruck von Präsident Giscard d'Estaing sehen; insoweit glaube er, daß der Kongreß letztendlich ratifizieren würde.

Bundesminister: Bei seinem Gespräch mit Senator Biden (1.6.79) habe er unser Interesse an einer Ratifikation von SALT II dargelegt.[21] Auf seine Frage, in welchem zeitlichen Verhältnis zur SALT-II-Ratifizierung die endgültige Entscheidung über die TNF-Modernisierung nach der Ansicht von Biden erfolgen solle, habe der Senator geantwortet: im Anschluß an die Ratifizierung. Diese Antwort habe uns im Hinblick auf die bisherigen Äußerungen der US-Regierung und Stellungnahmen von US-Senatoren erstaunt. Der Bundeskanzler werde bei seinem Besuch in den USA[22] auf eine Klärung dringen, insbesondere, weil der US-Präsident in seinem Brief an den Bundeskanzler ausdrücklich auf die Entscheidung im Dezember hingewiesen habe.[23]

19 Zur NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 156 und Dok. 159.

20 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

21 Bundesminister Genscher führte am 1. Juni 1979 in Bonn ein Gespräch mit dem amerikanischen Senator Biden. Er legte dar, „daß ein Scheitern von SALT außerordentlich ernst zu nehmen wäre, schwierige Belastungen mit sich bringen und die Voraussetzung für andere Rüstungskontrollbemühungen beeinträchtigen würde". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14081 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

22 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.

23 Vortragender Legationsrat Rupprecht übermittelte der Botschaft in Washington und der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 3. Juni 1979 den Wortlaut eines Schreibens des Präsidenten Carter vom 1. Juni 1979 an Bundeskanzler Schmidt. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 2733; VS-Bd. 10570 (201); B 150, Aktenkopien 1979.
Botschafter Ruth legte am 5. Juni 1979 eine zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundeskanzleramt abgestimmte Analyse des Schreibens vor. Darin hieß es: „Präsident Carter bestätigt und unterstützt die im Memorandum des Herrn Bundeskanzlers vom 23. Mai 1979 dargestellte Auffassung, daß die Dislozierung neuer weitreichender TNF-Systeme nur auf der Grundlage eines Allianzkonsenses vollzogen werden kann; eine Bündnisentscheidung im Herbst 1979 angestrebt werden sollte; ein Scheitern der TNF-Modernisierung, unabhängig von den militärstrategischen Folgen, in Ost und West den Nachweis der Handlungsunfähigkeit der Allianz erbringen würde; auch andere Bündnispartner sich an der Dislozierung neuer weitreichender TNF-Systeme beteiligen sollten; die Entscheidung zur TNF-Modifizierung durch einen gleichzeitigen rüstungskontrollpolitischen Ansatz auf der Grundlage einer integrierten Entscheidung der Allianz im Herbst 1979 begleitet sein sollte." Vgl. VS-Bd. 11401 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

Unter diesen Umständen sei eine französische Erklärung besonders wichtig, damit nicht die Haltung eines europäischen Partners als Vorwand für eine Nicht-Ratifizierung genommen werden könne.

Carrington: Die NATO-Frühjahrstagung sei befriedigend verlaufen. Er erwähnte ausdrücklich die Rede des Bundesministers („stirring speech").

Bundesminister erklärt sich ebenfalls befriedigt über NATO-Tagung, u. a. auch weil niederländischer Außenminister[24] die Dezember-Entscheidung unterstützt habe (Niederländer hatten bei NPG-Tagung[25] noch nicht unterstützen können). Eröffnungserklärung von PM van Agt sei beeindruckend gewesen. In deutscher Presse sei insbesondere der britische und der niederländische Beitrag zur NATO-Frühjahrstagung anerkannt worden.

Carrington: Wichtig ist, daß wir bei TNF nicht nur eine Entscheidung treffen, sondern daß dieser Entscheidung die Tat folgt.

Bundesminister unterstreicht die Bedeutung der gemeinsamen, einstimmigen Allianz-Entscheidung (sie wirkt möglichem deutsch-amerikanischen Bilateralismus entgegen). Für uns sei die Parallelität von TNF-Modernisierung und Rüstungskontrollangeboten auflösend bedingt.[26] D. h. die TNF-Modernisierung wird durchgeführt, solange wir keine konkreten Ergebnisse bei Rüstungskontrollverhandlungen erzielen. Die TNF-Modernisierung ist nicht abhängig von einer Rüstungskontrolldiskussion, vielmehr werden wir mit einer „Grundausstattung" in diese Diskussion eintreten.

Carrington stimmt zu.

Namibia-Initiative:

Carrington weist auf Schwierigkeiten in New Yorker Kontaktgruppe hin.

Bundesminister glaubt an ein Mißverständnis. Durch die Ernennung eines besonderen britischen Emissärs sei innerhalb der Kontaktgruppe (nicht bei ihm und im Auswärtigen Amt) der Eindruck entstanden, Großbritannien würde aus der in Den Haag bekräftigten Fünfer-Zusammenarbeit ausscheren.[27]

24 Christoph van der Klaauw.

25 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe am 24./25. April 1979 in Homestead/Florida vgl. Dok. 113 und Dok. 114.

26 So in der Vorlage.

27 Zum Aufenthalt des parlamentarischen Staatssekretärs im britischen Außenministerium, Luce, vom 23. bis 31. Mai 1979 in Sambia, Südafrika und Namibia vgl. Dok. 159, Anm. 10.
Gesandter Jelonek, New York (UNO), berichtete am 5. Juni 1979, daß Großbritannien den vollständigen Text des Luce-Berichts übergeben habe: „Erste Aussprache deutete darauf hin, daß britische Weisungen teilweise erheblich abweichen von dem, was sich aus amerikanischem, kanadischem und deutschem Bericht über die Ergebnisse des Namibia-Gesprächs der Außenminister in Den Haag vom 29.5.79 übereinstimmend ergibt. [...] Als Bereiche von Meinungsverschiedenheiten wurden auf Anhieb erkennbar: Briten sprechen von einem Unterhändler, der als Einzelperson zwar im Namen der Fünf, aber doch selbständig, allenfalls von seiten der anderen vier assistiert, handeln soll. Es soll ein in dieser Initiative neuer Mann sein". Demgegenüber seien die Berichte so verstanden worden, „als bleibe es bei vollem, gleichberechtigtem Fünfer-Vorgehen wie bisher". Jelonek legte weiter dar: „Überraschend sprechen Briten auch von einem sehr weiten Mandat, dessen einzige feste Grundlage eigentlich nur noch der ursprüngliche Fünfer-Plan sein soll, während der Unterhändler sich notfalls über den Waldheim-Bericht vom 26.2.1979 hinwegsetzen könnte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1097; Referat 320, Bd. 125274.

Carrington und Bundesminister ließen keinen Zweifel daran, daß bisherige Zusammenarbeit, wie in Den Haag besprochen, fortgeführt wird. BM wird dies deutschem Vertreter in Kontaktgruppe[28] mitteilen.

Südafrika:

Carrington erklärt auf Frage des BM, daß sich s.E. nach dem Rücktritt von Präsident Vorster in Südafrika und in der südafrikanischen Außenpolitik nichts („nothing") ändern werde. Entscheidend sei, daß PM P.W. Botha und seine Regierung den Muldergate-Skandal überlebt hätten.[29]

Naher Osten:

Carrington meint auf entsprechende Frage des BM, daß die Lage im Nahen Osten in Paris nicht besprochen worden sei, und er eine gemeinsame Position der Neun für möglich halte.

Bundesminister erklärt Besorgnis über israelische Siedlungspolitik.[30] Position von Sadat habe sich nach jüngsten israelischen Äußerungen nicht verbessert; die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und den USA seien verstärkten Belastungen ausgesetzt. Gerade wegen dieser möglichen destabilisierenden Entwicklung sei eine gemeinsame klare europäische Haltung notwendig.

EP-Direktwahlen:

Carrington erklärt (von sich aus), daß seine Regierung über einen zu hohen EP-Wahlsieg der Konservativen[31] beunruhigt sei. Dies würde die Anti-EG-Position in Labour noch weiter stärken und somit zu einer ungünstigen europapolitischen Polarisierung in Großbritannien führen.

VS-Bd. 14077 (010)

28 Hans-Joachim Vergau.

29 Zum Mulder-Skandal in Südafrika vgl. Dok. 56, Anm. 19.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Kremer notierte am 5. Juni 1979: „Staatspräsident Vorster ist am 4. Juni 1979 von seinem Amt zurückgetreten. Er zog damit die Konsequenz aus seiner Verwicklung in den Korruptionsskandal um das frühere südafrikanische Informationsministerium, der in seiner Bedeutung für Südafrika noch über die Bedeutung des Watergate-Skandals für die USA hinausgeht, weil es nicht nur um den Mißbrauch politischen Einflusses, sondern auch um den Mißbrauch öffentlicher Gelder geht. Einem dritten Bericht der mit der Untersuchung des Skandals beauftragten Erasmus-Kommission [...] zufolge soll Staatspräsident Vorster mindestens ein Jahr lang ‚alles' über Unregelmäßigkeiten bei der Verwendung eines Geheimfonds des Informationsministeriums gewußt haben, bevor er im September 1978, kurz vor seinem Rücktritt als Premierminister Südafrikas, das Kabinett informierte. Mit dieser Feststellung ist das Kabinett Botha politisch entlastet. Der Versuch Vorsters, sich durch den Wechsel vom Premierminister zum Staatspräsidenten seiner Verantwortung für den Skandal zu entziehen, ist gescheitert." Vgl. Referat 320, Bd. 125215.

30 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 5, Anm. 15.

31 Nach den Direktwahlen am 7. und 10. Juni 1979 entsandte die Conservative and Unionist Party 60 Abgeordnete in das Europäische Parlament, die Labour Party 17.

161

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, in Washington

Geheim **6. Juni 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Brzezinski am 6. Juni 1979 von 8.30 bis 9.30 Uhr[2]

1) Begegnung Carter–Breschnew in Wien[3]

Auf Bitten des Bundeskanzlers berichtete *Brzezinski* über die Vorbereitung für das Gipfeltreffen. Ursprünglich seien neun Stunden für förmliche Delegationsgespräche und zwei Essen vorgesehen gewesen. Jetzt bestünden Tendenzen, die Gespräche auf sieben Stunden zu reduzieren. Außerdem sei vorgesehen, daß Breschnew nicht aufstehen solle für die Trinksprüche.

Die sowjetische Seite wolle alles sehr gründlich und detailliert vorbereiten.

Die amerikanische Seite bemühe sich, zu einer Absprache über regelmäßige Konsultationen USA/Sowjetunion zu kommen. Die Außenminister sollten jährlich zu Konsultationen zusammentreffen. Auch die Militärs sollten sich in regelmäßigen Abständen sehen. Die Sowjetunion sei bisher gegenüber diesen Vorschlägen sehr vorsichtig und zurückhaltend. Präsident Carter werde begleitet von Brzezinski, Vance, Brown und von dem Vorsitzenden der Joint Chiefs of Staff, Jones.

Zu SALT III beabsichtige Präsident Carter, Vorschläge zu unterbreiten, um das nukleare Potential weiter abzubauen (scale down).

Die USA bemühten sich, ein Anti-Satelliten-Abkommen abzuschließen.[4] Hier sei das Hauptproblem, daß die Sowjetunion versuche, die Möglichkeiten für Space Shuttle einzuengen.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 6. Juni 1979 gefertigt und am 12. Juni 1979 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter „zur Unterrichtung des Bundesministers" übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau vorgelegen.
Hat Wallau am 9. Juli 1979 erneut vorgelegen, der um Wiedervorlage für die Reise des Bundesministers Genscher in die USA vom 8. bis 10. August 1979 bat.
Hat Legationsrat I. Klasse Petersmann am 30. Juli 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Edler von Braunmühl und von Nordenskjöld verfügte.
Hat Braunmühl am 30. Juli 1979 vorgelegen.
Hat Nordenskjöld am 1. August 1979 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14078 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 162, Dok. 163 und Dok. 175.

3 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

4 Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über ein Verbot von Anti-Satelliten-Systemen vgl. Dok. 112.

Die Sowjetunion sei offenbar bereit, sich bei MBFR zu bewegen.

Die Sowjetunion dränge auf Abschluß des comprehensive test ban (CTB).[5] Hier sei das Problem, daß die Sowjetunion fordere, daß seismische Stationen nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in Großbritannien errichtet werden. Dies sei für die britische Regierung nicht annehmbar.

Ein weiteres Thema werde Vietnam sein. Das sowjetische militärische Engagement dort nehme zu. Sowjetische Schiffe ankerten bis zu zehn Tagen in der Cam-Ranh-Bucht. Die Sowjetunion baue nachrichtendienstliche Installationen aus, die einmal zum Abhören dienten (interception) und die zum anderen bestimmt seien, ihre Beobachtungsflüge von Wladiwostok aus zu unterstützen.[6]

Das militärische Potential in Kuba werde verstärkt. Die Sowjetunion liefere moderne Flugzeuge, moderne Tanks und U-Boote. Sie richte kleinere schlagkräftige kubanische Bataillone ein. Die an Kuba gelieferten MiG-Flugzeuge übten drop flights, an und für sich Übungen, die typisch für nuklearen Einsatz seien.

Bundeskanzler fragte, ob Kuba als Basis für U2-ähnliche Beobachtungsflüge der Sowjets verwandt werde.

Brzezinski: Die Sowjetunion habe Washington angedeutet, daß sie U2-Beobachtungsflügen von der Türkei aus zustimmen könnte, wenn eine Art von Reziprozität geschaffen werden könnte. An und für sich sei für die Sowjetunion die Verifikation im Zusammenhang mit SALT II[7] sehr viel leichter. Da das amerikanische Testgelände im Südwesten der USA nicht durch Gebirge abgeschirmt sei, könnten die Sowjets vom Meer aus die amerikanischen Tests überwachen. Das sowjetische Testgelände sei dagegen durch Gebirge abgeschirmt.

Die Sowjets führten Aufklärungsflüge entlang der Ostküste von kubanischem Boden aus durch.

Naher Osten werde ebenfalls ein Thema sein, da die USA befürchten, daß die Sowjetunion einen VN-Beschluß über Fortsetzung von UNEF durch ein Veto blockieren werde.[8]

5 Zu den Verhandlungen über ein umfassendes Teststopp-Abkommen (CTB) vgl. Dok. 121, Anm. 11.

6 Zum zivilen und militärischen Engagement der UdSSR in Vietnam vgl. Dok. 64, Anm. 5.

7 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

8 Am 25. bzw. 27. Oktober 1973 beschloß der UNO-Sicherheitsrat die Einsetzung einer „United Nations Emergency Force" (UNEF II) für den Nahen Osten zur Überwachung der Waffenruhe zwischen Ägypten und Israel. Vgl. dazu die Resolutionen Nr. 340 und 341 vom 25. bzw. 27. Oktober 1973; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 45.
Das Mandat wurde mehrfach verlängert, zuletzt durch Resolution Nr. 438 des UNO-Sicherheitsrats vom 23. Oktober 1978 bis zum 24. Juli 1979. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 15 f.
Referat 230 vermerkte am 27. April 1979, das UNEF-Mandat stehe am 24. Juli 1979 erneut zur Verlängerung an: „Unterdessen soll am 26.5.1979 die vorgesehene Räumung von El Arish durch Israel (= Rückzugsphase I) vollzogen und auch eine weitere Rückzugsphase II bereits abgeschlossen sein. Damit wird eine Dislozierung (‚redeployment') von UNEF erforderlich. [...] Die Dislozierung soll nach Vorstellung der Vertragsparteien und der USA bereits als Teilmaßnahme der neuen Rolle erfolgen, die UNEF zur Durchführung des Friedensvertrages zugedacht ist. Die Einschaltung von VN-Friedenstruppen ist wesentliches Element des Vertrages. [...] Die SU hatte bereits in ihrer Stimmerklärung anläßlich der Verabschiedung der Mandatsverlängerungs-Resolution 438 vom 23.10.1978 [...] im Hinblick auf den sich abzeichnenden Friedensvertrag erklärt, jede Verwendung von UNEF zur Durchführung ‚gewisser Separat-Abkommen' würde der Verlängerungsentscheidung des SR widersprechen." Vgl. Referat 230, Bd. 128020.

Schließlich werde über das große militärische Budget und den militärischen Aufbau in der Sowjetunion gesprochen.

Bundeskanzler: Es werde sehr schwierig sein, hier mit dem großen militärischen Budget der Sowjetunion auch nur annähernd gleichzuziehen.

Brzezinski: Bei SALT I sei das Hauptanliegen gewesen, die Verwundbarkeit zu vermeiden, indem man den Ausbau der ABMs verbot.[9] Bei SALT II sei es darum gegangen, nuklear-strategische Stabilität herzustellen. Das Hauptproblem von SALT III werde die Verwundbarkeit der bodengestützten Systeme sein. Wenn die Sowjetunion ihre Aufrüstung fortsetze, werden die USA gezwungen sein, das Counter-force-Potential zu verstärken.

Bundeskanzler: Breschnew werde für diese Problematik sicherlich Verständnis haben.

Brzezinski: Im bilateralen Bereich gehe es vor allem um ein neues Kulturabkommen.[10]

Es gebe Gerüchte, daß Tschernenko mit nach Wien komme. Genaues sei aber nicht bekannt.

Brzezinski faßte seine Einschätzung für Wien dahingehend zusammen, daß es einige Bewegung im Hinblick auf SALT III geben könne, daß möglicherweise in letzter Minute ein Anti-Satelliten-Vertrag abgeschlossen werde, daß es etwas Bewegung bei MBFR geben könne und einige Klärungen der Standpunkte im Zusammenhang mit Kuba, China, Naher Osten und Afrika.

MBFR

Auf Fragen des Bundeskanzlers erläuterte Brzezinski, daß die Sowjetunion durch bilaterale Kontakte versucht habe, den Wiener Verhandlungen ein neues Momentum zu geben (sowjetischer Vorschlag: Vorwegreduzierungen der Sowjetunion 35000 Mann, USA 14000 Mann).[11] Die USA hätten auf die Notwendigkeit der Abstimmung mit der Allianz hingewiesen sowie auf die Notwendigkeit, eine Dateneinigung zu erzielen. Er habe Dobrynin vorgeschlagen, eine Lösung der Datenfrage über die Definition der Kampftruppen zu finden.

9 Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau einen Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) und ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen zu den Verträgen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

10 Anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. bis 25. Juni 1973 in den USA wurde ein Austauschprogramm für Kultur, Bildung und Wissenschaft beschlossen. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 69 (1973), S. 165–169.

11 Vgl. dazu die Überlegungen des Leiters der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow; Dok. 139, Anm. 3.
Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 23. Mai 1979: „Der stellvertretende Leiter der militärpolitischen Abteilung im State Department, Kahan, unterrichtete uns am 23.5. über die erste sowjetische Reaktion auf die amerikanische Position bei den bilateralen Sondierungen zu MBFR im Hinblick auf das Gipfeltreffen Carter–Breschnew. Sowjetischer Gesprächspartner war wiederum der sowjetische Gesandte Bessmertnych. [...] Unter Hinweis darauf, daß in Wien ja Daten ausgetauscht seien, habe der sowjetische Gesandte betont, die Sowjetunion sei in Phase I bereit, asymmetrisch zu reduzieren; er habe dabei die Zahl von 30000 sowjetischen und 14000 amerikanischen Soldaten bekräftigt". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1930; VS-Bd. 11493 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

Bundeskanzler stimmte zu. Es müsse eine gesichtswahrende Regelung gefunden werden. Dies könne über eine Einigung über die Definition und über die Zählkriterien geschehen. Wir würden einem freeze für die Truppen der übrigen Teilnehmer im Reduzierungsgebiet erst zustimmen können, wenn auch hier Einigung über die Daten erzielt sei. Die WP-Datenangaben seien offenbar auf unterer oder mittlerer Ebene in Wien eingebracht worden. Inzwischen seien sie jedoch zu einem wichtigen politischen Problem auch für die Spitze geworden.

Brzezinski: Ein großer Teil der unterschiedlichen Angaben betreffe die polnischen Truppen. Die Polen seien sehr interessiert an Fortschritten bei MBFR und an einer Verringerung der sowjetischen und amerikanischen Truppen. Sie hätten jedoch nicht genügend Bewegungsfreiheit.

Blanchard[12] und Bacton

Bundeskanzler äußerte sich sehr positiv über Blanchard und Bacton. Letzterer könnte aus seiner Sicht erster schwarzamerikanischer Vier-Sterne-General werden.

Brzezinski: Carter werde an dieser Einschätzung des Bundeskanzlers sehr interessiert sein.

China

Brzezinski: Die Beziehungen zu China entwickelten sich gut. Das Problem hinsichtlich der Textileinfuhren könne wohl gelöst werden.[13] Die Frage der Meistbegünstigungsklausel sei bedeutsam im Verhältnis zu China und auch im Verhältnis zur Sowjetunion.

Rhodesien

Brzezinski berichtete, der Präsident müsse innerhalb der nächsten zehn Tage eine Entscheidung über die Haltung der Administration zu Rhodesien fällen im Zusammenhang mit der Resolution des Kongresses betreffend die Aufhebung der Sanktionen.[14] Die Administration hätte lieber die neue britische Regierung

12 George Samuel Blanchard, Befehlshaber der 7. US-Armee und der Central Army Group der NATO, trat am 31. Mai 1979 in den Ruhestand. Sein Nachfolger wurde Frederick James Kroesen.

13 Gesandter Ruyter, Washington, berichtete am 8. Juni 1979: „Sonderbotschafter für Handelsvertragsverhandlungen Strauss ist mit der amerikanischen Delegation von Peking zurückgekehrt, ohne ein Textilabkommen mit der VR China über Importquoten erreicht zu haben. Dadurch könnte im Kongreß nicht nur das paraphierte Handelsabkommen mit China in Frage gestellt werden, sondern u. U. auch die Implementierung der GATT-Ergebnisse durch die amerikanische Gesetzgebung. [...] Wie das GATT-Paket, so ist der Handelsvertrag mit der VR China ohne gewisse Beschränkungen der chinesischen Textilimporte im Kongreß nicht durchzubringen, vor allem wenn China die Meistbegünstigung gewährt werden soll." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2154; Referat 420, Bd. 124342.

14 Zur Frage einer Aufhebung der Sanktionen gegen Rhodesien durch die amerikanische Regierung vgl. Dok. 159, Anm. 14.
Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 8. Juni 1979: „Die Gesandten der Kontaktgruppe wurden heute zu einem die gestrige Rhodesien-Erklärung Präsident Carters erläuternden Gespräch in das State Department gebeten. Daraus ist folgendes festzuhalten: 1) Die Rhodesien-Erklärung des Präsidenten vom 7. Juni 1979 erfüllt die ihm nach dem Case-Javits-Amendment obliegende ‚determination' zu den Wahlen. Weitere Verpflichtungen aus diesem Amendment habe der Präsident nicht. Präsident Carter sei jedoch weiterhin bemüht, mit dem Kongreß in der Rhodesien-Frage einen Dialog fortführen zu können, wo die Neigung zur Aufhebung von Sanktionen gegenwärtig noch unverändert besteht. Diesem Ziel dient die dem Kongreß freiwillig zugesicherte monatliche Lagebeurteilung durch die Administration. 2) Es wurde klargestellt, daß die amerikanische Regierung einen bisher namentlich noch nicht bestimmten Beobachter ernennen werde, der sich häufiger nach Salisbury begeben solle. [...] Es handele sich um die Intensivierung, nicht um die Institutionalisierung von Kontakten, die in keiner Weise als irgendeine Form von Anerkennung

mit der Entscheidung über die Haltung gegenüber der Regierung Muzorewa vorangehen lassen. Dies werde jedoch angesichts der Festlegung durch den Kongreß nicht möglich sein. Die Entscheidung werde im Hinblick auf die schwarze Wählerschaft in den Südstaaten und auf den liberalen Flügel der Demokraten nicht leicht sein.

Verteidigung

Brzezinski: Präsident Carter stehe ferner vor sehr weitreichenden Entscheidungen, die die Verteidigungsfähigkeit bis zum Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre nachhaltig beeinflussen würden. Es gehe einmal um die Entscheidung über eine neue landgestützte Rakete und ferner um die Entscheidung über einen neuen Modus der Stationierung (new basing mode).[15]

Naher Osten

Bundeskanzler berichtet über sein Gespräch mit Fahd.[16] Es werde wichtig sein, daß die USA ihr vertrauensvolles Verhältnis zu Saudi-Arabien wieder herstellten. Er habe den Eindruck, daß es neben Fahd andere einflußreiche Kräfte in Saudi-Arabien gebe. Nach seiner Interpretation des Gesprächs bewegten die saudische Führung vor allem drei Besorgnisse:

- die Behandlung Taiwans im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China[17],
- die Behandlung des Schahs und
- die ungenügende Einschaltung Saudi-Arabiens im Zusammenhang mit den Camp-David-Verhandlungen[18].

Fortsetzung Fußnote von Seite 778

ausgelegt werden dürften." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2147; Referat 320, Bd. 125203. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2029, S. 25.

15 In seiner Jahresbotschaft an den amerikanischen Kongreß legte Präsident Carter am 19. Januar 1978 dar, daß die Entwicklung der MX-Rakete fortgesetzt werde. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1978, S. 123.
Flottillenadmiral Seizinger, Washington, berichtete am 25. April 1979: „Entgegen einer Meldung der Washington Post vom 18.4.79, daß das Pentagon noch in der gleichen Woche der politischen Führung die Studie über das Stationierungskonzept MX vorlegen werde, verzögert sich der Termin erneut. [...] Die erneute Verzögerung soll auf Meinungsverschiedenheiten zwischen der US Air Force und Dr. Perry, Under Secretary of Defense [for] Research and Engineering, zurückzuführen sein. Während die Air Force das M[ultiple]P[rotective]S[helter]-Konzept favorisiert, scheint Dr. Perry dem Einsatz der ICBM aus Flugzeugen den Vorrang zu geben. [...] Die ganze Behandlung des MX-Programms, die ständig neu formulierten Schwierigkeiten bezüglich des basing, welche immer wieder neue Studien erforderlich machten, deren Ergebnisse wiederum verworfen wurden, läßt Zweifel an der Entschlossenheit zur Einführung der MX-Rakete aufkommen. Wenn überhaupt, dann ist mit einer eindeutigen Festlegung durch Präsident Carter erst nach Unterzeichnung des SALT-Abkommens zu rechnen. Das ständige Aufschieben der Entscheidung läßt den Beginn der längst angekündigten vollen Entwicklung nicht zu." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1522; Referat 201, Bd. 120161.
Am 8. Juni 1979 gab der stellvertretende Pressesprecher des amerikanischen Präsidialamts, Granum, die Dislozierung der MX-Rakete bekannt. Er legte dar, daß über den Stationierungsmodus in den kommenden Monaten entschieden werde. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 1016.

16 Für das Gespräch am 14. Mai 1979 vgl. Dok. 134.

17 Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China am 1. Januar 1979 vgl. Dok. 2, Anm. 3.
Zum „Taiwan Relations Act" vom 10. April 1979 vgl. Dok. 37, Anm. 20.

18 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.

Brzezinski: Es gebe keine Analogie zu Taiwan.

Die Administration habe dem Schah nahegelegt, den revolutionären Tendenzen entgegenzutreten, einmal durch demonstrative Konzessionen und zum anderen durch eindrucksvolle Maßnahmen, die die Autorität der Regierung beweisen.

Die iranische Regierung habe sich nicht zu entschiedenen Handlungen durchgerungen. Der Schah habe offenbar die falsche Hoffnung gehabt, daß die Militärs nach seiner Abreise[19] einen Coup zu seinen Gunsten durchführen würden.

Der gewichtigste Gesichtspunkt sei Camp David. Es sei nicht möglich gewesen, alle Araber für eine umfassende Lösung zu gewinnen. Daher haben die USA die Vereinbarung Israel/Ägypten[20] gewählt und sich selbst engagiert. Die USA fühlten sich verpflichtet, jetzt für einen Fortschritt der Verhandlungen zu sorgen.

Die Administration sei sehr kritisch hinsichtlich der Beschlüsse der israelischen Regierung, neue Siedlungen zu schaffen. Diese Siedlungen würden in der Nähe dicht besiedelter arabischer Gebiete auf privatem Land geschaffen. Die Entscheidung sei im israelischen Kabinett mit acht gegen fünf Stimmen (unter letzteren Weizman, Dayan und Yadin, nicht aber Begin) getroffen worden.[21] Es wäre hilfreich, wenn die Europäer diese Siedlungsentscheidungen kritisieren würden.

Die USA bemühten sich um einen Dialog mit den Israelis über regionale Sicherheit. Vereinbarungen wie der NATO-Vertrag[22] für Europa oder wie die Arrangements im Fernen Osten kämen nicht in Betracht. Die USA dächten hier an indirekte Maßnahmen wie Ausbildung, militärische Besuche und ähnliches.

Die Saudis könnten vor allem beitragen zur Stabilisierung des Ölpreises.

Bundeskanzler: Saudi-Arabien sei heute wohl nicht mehr stark genug, um den Ölpreis entscheidend zu beeinflussen. Die politische Stärke habe nachgelassen. Der Anteil am Markt sei nicht groß genug. Fahd habe aber hingewiesen, daß die saudischen Preise weiterhin an der unteren Grenze liegen würden.

Brzezinski: Es werde hilfreich sein, wenn Saudi-Arabien seine Produktion mit 9 Mio. Barrel täglich fortsetze und Zurückhaltung gegenüber dem Spot-Markt zeige.

19 Schah Reza Pahlevi verließ am 16. Januar 1979 den Iran. Vgl. dazu Dok. 5, Anm. 7.

20 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

21 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 5, Anm. 15.
Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete am 5. Juni 1979: „Israelisches Kabinett stimmte gestern (8:5:2) für Errichtung jüdischer Siedlung Elon Moreh im Randgebiet von Nablus, größter Stadt des Westufers. Siedlung war von Gush Emunim seit Jahren gefordert und besonders seit Camp David durch wilde Siedlungsaktionen erpreßt worden. Regierung hatte Antrag jedoch bisher hinhaltend behandelt. Errichtung dieser Siedlung erfordert Landnahme von 80 Quadratkilometern arabischen Privatlands. V[erteidigungs]M[inister] Weizman hatte sich bisher geweigert, entsprechende militärische Anordnung zu unterschreiben. Er stimmte auch im Kabinett gegen Entscheidung, da Siedlung ohne strategische Bedeutung sei. Weitere Gegenstimmen kamen von AM Dayan, der israel[ische] Landnahme zum Zeitpunkt, in dem Autonomiegespräche beginnen, für abwegig erklärte, sowie von st[ell]v[ertretendem] PM Yadin und seinen beiden Parteikollegen Katz und Tamir". Ministerpräsident Begin sei abwesend gewesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 677; Referat 310, Bd. 125004.

22 Für den Wortlaut des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289–292.

Bundeskanzler: Man müsse den Saudis eine Absprache zwischen Verbrauchern und Erzeugern anbieten. Die Saudis bräuchten jetzt einen größeren Rahmen, um ihre gemäßigte Haltung beizubehalten.

Brzezinski: Er sehe hier einen engen Zusammenhang mit der Notwendigkeit, zu internationaler Verteilung (international allocations) zu kommen.

Bundeskanzler stimmte zu.

Brzezinski: Die Saudis unterstützten weiterhin gemäßigte arabische Regierungen. So hätten sie zugestimmt, dem marokkanischen König Hassan zu helfen.[23] Sie hätten auch kein Interesse an einem Scheitern von Sadat.

Bundeskanzler berichtet über seinen Austausch von persönlichen Botschaften mit Sadat.[24]

Auch *Brzezinski* bestätigte, daß Sadat und Saudi-Arabien übereingekommen seien, von gegenseitigen Angriffen abzusehen.

Ölkrise

Bundeskanzler: Er habe bereits 1973 Kissinger gesagt, man müsse eine Verbraucher-Produzenten-Konferenz einberufen. Die Konferenz von 1974[25] sei kein Erfolg gewesen, da nur Verbraucherländer eingeladen wurden.

Die Energiekrise und auch die Dollarkrise könnten zu internationalen Auswirkungen mit strategischem Ausmaß führen. Die Weltwirtschaft könne in eine tiefe Strukturkrise hineingeraten.

23 Botschafter Jesser, Rabat, berichtete am 23. Mai 1979 über den Besuch von König Khalid vom 19. bis 23. Mai 1979 in Marokko: „Das marokkanisch-saudische bilaterale Verhältnis ist problemfrei. In der Tat gibt es auf weiten Gebieten Interessenidentitäten: Beide gehören auf internationalem und interarabischem Feld zu den ‚Gemäßigten', beide zu den ausgesprochen Konservativen, beide sind dem Westen gegenüber prinzipiell aufgeschlossen, beide auf die Abwehr (östlicher) Großmachteinflüsse in Afrika eingeschworen, beide sind an der Erhaltung und Stützung des jeweils anderen monarchischen Herrschaftssystems interessiert. Saudi-Arabien honoriert dies seit Jahr und Tag durch bare Münze, Marokko durch eine Außenpolitik, die der saudischen Linie nicht widerspricht. Der gegenwärtige Besuch dient dazu, der jeweils anderen Seite die eigenen spezifischen Wünsche nahezubringen [...]. Auf marokkanischer Seite sind dies in erster Linie Fortsetzung und Steigerung der saudischen Finanzhilfe für den zivilen und militärischen Bereich, eine Hilfe, die Marokko infolge der großen Belastungen durch den Westsahara-Konflikt bitter nötig hat". Vgl. den Drahtbericht Nr. 222; Referat 311, Bd. 119950.

24 Vortragender Legationsrat Franke, Bundeskanzleramt, notierte am 5. Juni 1979 für Bundeskanzler Schmidt: „Sie hatten im Anschluß an den Bonn-Besuch Kronprinz Fahds am 14. Mai 1979 Präsident Sadat durch StM Wischnewski über den ägyptischen Botschafter eine mündliche Botschaft mit dem freundschaftlichen Rat übermitteln lassen, seine verbalen Attacken gegen Saudi-Arabien einzustellen. In der am 5. Juni durch den ägyptischen Botschafter übermittelten Antwort dankt Sadat für Ihre Botschaft. Ägypten habe die Beziehungen mit Saudi-Arabien, das in Wahrheit den Weg des Friedens unterstütze, nicht verschärfen wollen. Er, Sadat, wisse auch, daß und warum Saudi-Arabien auf die Ablehnungsfront Rücksicht nehmen müsse. Die Saudis hätten jedoch über diese Notwendigkeit hinaus begonnen, arabische und islamische Staaten gegen Ägypten aufzuwiegeln. Ägypten habe daher der saudischen Eskalation begegnen müssen, um die Saudis auf die Grenze ihres Tuns zu verweisen. Das habe öffentlich geschehen müssen. Vor kurzem sei jedoch eine Vereinbarung getroffen worden, diese öffentlichen Ausfälle einzustellen. Die saudische Führung, die persönlich die ägyptische Initiative gutheiße, befinde sich in einer verworrenen Lage, aus der sie herauszukommen versuche. Ägypten helfe ihr dabei. Nachdem dies alles gesagt sei: Er, Sadat, verstehe die Gründe, die zu Ihrer Botschaft geführt hätten, und er werde sich mit dem, was er in seinen Reden (gegen Saudi-Arabien) schon gesagt habe, begnügen." Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Kiewitt, Bundeskanzleramt, vom 22. Mai 1979; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 49; B 150, Aktenkopien 1979.

25 Auf Einladung der amerikanischen Regierung fand vom 11. bis 13. Februar 1974 in Washington eine Energiekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 49.

Brzezinski: Er habe bisher den Eindruck gehabt, daß der Bundeskanzler diese Probleme nicht so scharf und akzentuiert sehe.

Bundeskanzler: Er habe versucht, in seinen Reden keinen Pessimismus zu verbreiten, aber intern habe er verschiedentlich klargemacht, daß die Energiekrise zu einer bedeutsamen Quelle internationaler Auseinandersetzungen werden könne.

Brzezinski: Die Führerschaft der europäischen und nordatlantischen Staaten nehme ab. Die Nationen in Asien und Afrika forderten mehr Rechte. Das Energieproblem diene ihnen als Katalysator für ihre Forderung auf Umverteilung der Reichtümer. Es gehe darum, Strukturen und Organisationsformen zu finden, um diesen Entwicklungsprozeß zu kanalisieren.

Bundeskanzler: Diese Problematik sei von keiner Delegation in Manila[26] angesprochen worden. Die Öffentlichkeit in unseren Ländern sei hierauf keineswegs vorbereitet. Sie meine, das Energieproblem sei durch die Ölgesellschaften geschaffen worden.

Brzezinski: Giscard, Carter und der Bundeskanzler müßten hier gemeinsam die Führung in Tokio[27] übernehmen. PM Thatcher und Clark würden sicherlich mitmachen.

Bundeskanzler schildert seinen persönlichen Eindruck von der ersten Begegnung mit PM Thatcher.[28]

Brzezinski: Großbritannien sei wegen seiner eigenen Reserven über das Thema Energie nicht so besorgt wie die anderen Industrieländer.

Blumenthal, Owen und er selbst hätten versucht, einen weltweiten Ansatzpunkt für die Behandlung des Öl- und Energiethemas im National Security Council durchzubringen. Blumenthal werde dem Bundeskanzler in dem folgenden Gespräch hierüber sicher berichten.[29]

Reden des Bundeskanzlers

Bundeskanzler sagte zu, er werde das Weiße Haus sobald wie möglich über seine Reden in South Carolina[30] und Harvard[31] unterrichten.

VS-Bd. 14078 (010)

26 Zur V. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 7. Mai bis 3. Juni 1979 in Manila vgl. Dok. 157, Anm. 31.

27 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

28 Zu den deutsch-britischen Konsultationen am 10./11. Mai 1979 in London vgl. Dok. 132.

29 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Finanzminister Blumenthal und dem amerikanischen Energieminister Schlesinger am 6. Juni 1979 vgl. Dok. 162, Anm. 4.

30 In der Presse wurde am 7. Juni 1979 berichtet: „Der Bundeskanzler hat gestern abend bei einer Festveranstaltung der amerikanischen University of South Carolina in Columbia eine vielbeachtete Rede gehalten. Anlaß waren die Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag von James Byrnes, der unter Präsident Truman zwei Jahre lang amerikanischer Außenminister war. Der Kanzler erinnerte an die Rede, die Byrnes 1946 in Stuttgart hielt. [...] Der Kanzler ging auch auf die Frage der Verjährung von Nazi-Verbrechen ein. Nachdem er gründlich sein Gewissen geprüft habe, setze er sich für die Aufhebung der Verjährungsfrist bei Mord ein. [...] Eine Kollektivschuld wies der Kanzler jedoch zurück. ‚Man kann nicht eine ganze Nation in den Schuldturm der Geschichte werfen. Die meisten heute lebenden Deutschen sind individuell nicht schuldig. Und doch haben alle Deutschen das politische Erbe jener zu tragen, die schuldig sind', sagte Schmidt." Vgl. den Artikel „Schmidt in USA: Mord soll nicht verjähren"; DIE WELT vom 7. Juni 1979, S. 1.

162

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter in Washington

VS-NfD **6. Juni 1979**[1]

Vermerk über die Delegationssitzung am 6. Juni 1979, 13.00 Uhr[2]

Teilnehmer auf amerikanischer Seite: Präsident Carter, Vance, Blumenthal, Brzezinski, Aaron, Hunter und andere; auf deutscher Seite: Bundeskanzler und die offizielle Delegation.

Nach dem Austausch von herzlichen Worten der Begrüßung einigten sich der Bundeskanzler und Präsident Carter, daß sie die folgenden Themen besprechen wollen:

SALT II, SALT III, TNF, Naher Osten, südliches Afrika, China, Südostasien, Inflation, Haushaltsfragen, Energie, Türkei und MBFR.

Nach Austausch von Bemerkungen über das Wetter stellten Präsident *Carter* und der *Bundeskanzler* fest, daß die sowjetische Ernte durch Trockenheit und Stürme in diesem Jahr voraussichtlich erheblich beeinträchtigt wird.

Öl

Präsident *Carter* berichtete über die Ölpreisentwicklung. Die steigenden Ölpreise bereiteten erhebliche Sorge. Die amerikanische Wirtschaft sei bereit, Aktionen zu ergreifen. Die OPEC-Preise seien innerhalb eines Jahres um 30% gestiegen. Derzeit würden Preise von 30 Dollar pro Barrel bezahlt. Es gebe eine Knappheit von etwa 1 Mio. Barrel Öl pro Tag.

Bundeskanzler: Alle Regierungen der Industrieländer haben Schwierigkeiten, ihrer öffentlichen Meinung den Ernst der Lage nahezubringen. Die Öffentlichkeit weiche aus, indem sie den Vorwurf erhebe, die Engpässe seien auf überhöhte Gewinne der Ölgesellschaften zurückzuführen. Hinsichtlich der Kernenergie bestünde die irrationale Furcht, daß von ihr Gefahren drohten, die die Menschheit zerstören könnten. Die Regierungen müßten zusammenwirken, um ihre öffentliche Meinung von der Notwendigkeit der Kernenergie zu überzeugen.

Präsident *Carter*: Ein besonderes Problem sei die Preisbildung an den Spot-Märkten. Als Folge der Produktionseinschränkung des Iran würden sich die Ölimporte der USA von 42 Mrd. Dollar im Jahre 1978 auf 52 Mrd. Dollar in

Fortsetzung Fußnote von Seite 782

31 Bundeskanzler Schmidt hielt am 7. Juni 1979 anläßlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Harvard University eine Rede. Vgl. dazu den Artikel „Helmut Schmidt als politischer Missionar"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Juni 1979, S. 3.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 6. Juni 1979 gefertigt und am 12. Juni 1979 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lewalter „zur Unterrichtung des Bundesministers" übermittelt. Vgl. dazu Dok. 161, Anm. 1.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 161, Dok. 163 und Dok. 175.

diesem Jahr verteuern.[3] Wenn der Ölpreis über 18 Dollar pro Barrel heraufgesetzt werde, könnte die Gesamtbelastung auf 54 Mrd. Dollar anwachsen.

Bundeskanzler berichtet über seine Gespräche mit Blumenthal.[4] Im internationalen Bereich werde vor allem die verheerende Wirkung, die der Ölpreisanstieg für die nicht-ölproduzierenden EL habe, noch nicht richtig erkannt. Die Ölpreisentwicklung könne zu einer weltwirtschaftlichen Krise mit sehr viel tiefergehenden Wirkungen führen als die Rezession der Jahre 1974/75.

Präsident *Carter* dankt für die ausgezeichnete Analyse. Er berichtet über das Energiegesetzgebungspaket, das die Administration im Kongreß eingebracht hat. Die Maßnahmen sähen insbesondere vor, daß die Einkünfte aus der Besteuerung der windfall profits für die Erforschung von alternativen Energien verwandt werden sollen.[5]

Die Industrieländer sollten versuchen, ihre Haltung hinsichtlich der Behandlung der Spot-Märkte untereinander zu koordinieren. Insgesamt würde nur drei Prozent des Bedarfs aus den Spot-Märkten befriedigt. Gleichwohl übten die Spot-Markt-Preise starken Einfluß auf die Weltmarktpreise für Öl aus. Man müsse nachdenken über eine internationale Verteilungsregelung durch die IEA.

[3] Zur Erdölförderung im Iran vgl. Dok. 17, Anm. 8.
Referat 405 notierte am 22. Mai 1979: „Die Ausfuhren wurden Ende März 1979 auf niedrigem Niveau wieder aufgenommen (z. Z. 3/4 statt 5/6 vor Irankrise). Das Resultat war ein abrupter Übergang zu einem engen Weltrohölmarkt. Auswirkungen zeigten sich zuerst bei den Preisen auf den sog. Spot-Märkten. Hohe Preissteigerungen veranlaßten die OPEC zu einer Revision des Preisbeschlusses vom Dezember 1978. Die ursprünglich für das vierte Quartal 1979 vorgesehene Preiserhöhung wurde auf den 1.4.1979 vorgezogen. Die Rohölpreise wurden überdies grundsätzlich nach oben freigegeben. Das Resultat ist ein ab April d. J. gegenüber 1978 um ca. 25% höheres Preisniveau." Vgl. Referat 405, Bd. 121279.

[4] Staatssekretär van Well, z. Z. Washington, berichtete am 6. Juni 1979: „Bei dem Gespräch des BK mit den Herren Blumenthal und Schlesinger heute morgen wurde eingehend über die Maßnahmen gesprochen, die die westlichen Staaten angesichts der OPEC-Tagung am 26.6. treffen könnten, um einer weiteren Preiserhöhung und Produktionseinschränkung entgegenzuwirken. [...] Der BK verwies auf seine Absicht, beim Europäischen Rat in Straßburg am 21.6. für das Kommuniqué einen Passus vorzusehen, der sich mit derselben Frage befassen soll. Die Amerikaner hielten diesen Zeitpunkt für sehr spät hinsichtlich einer Einflußnahme auf die OPEC-Beratungen und sie baten uns, schon vorher Demarchen zu erwägen. Wichtig schien ihnen auch, nicht nur bei den OPEC-Ländern, sondern auch bei einigen einflußreichen Entwicklungsländern vorstellig zu werden, die ihrerseits dann bei den OPEC-Staaten vorstellig werden sollten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2117; VS-Bd. 9500 (405); B 150, Aktenkopien 1979.

[5] Vortragender Legationsrat Dieckmann notierte am 26. April 1979: „Von den von Präsident Carter am 5. April 1979 verkündeten neuen energiepolitischen Maßnahmen kommt vor allem dem Auslaufenlassen der Preiskontrollen für amerikanisches Rohöl in Stufen bis zum September 1981 Bedeutung zu. Präsident Carter hatte auf dem Bonner Wirtschaftsgipfel im Juni 1978 unter internationalem Druck seine Entschlossenheit bekräftigt, den Ölpreis für den amerikanischen Verbraucher bis Ende 1980 auf Weltmarktniveau anzuheben. Ein erster zur Realisierung dieses Ziels unternommener Anlauf im Rahmen des ursprünglichen Carter'schen ‚National Energy Act' war gescheitert; der Kongreß hatte der von Carter anfänglich als ‚Herzstück' seines Energieprogramms bezeichneten ‚Rohölausgleichssteuer', über welche die Anhebung erfolgen sollte, seine Zustimmung verweigert. Der von Präsident Carter jetzt gewählte Weg bedarf nur insoweit der Zustimmung des Kongresses, als über eine ‚windfall profit tax' 50% der den Gesellschaften durch die Preisanhebung zufallenden Sondergewinne abgeschöpft werden sollen. Die sich erst jetzt deutlicher artikulierende Kritik an dem neuen Vorstoß Carters stützt sich vor allem auf dessen Auswirkungen auf die gegenwärtig ohnehin hohe Teuerungsrate. Hier kommen massive Verbraucherinteressen ins Spiel, die – angesichts der Wahlen im Jahre 1980 – die Reaktion vieler Senatoren und Abgeordneter bestimmen dürften." Vgl. Referat 405, Bd. 121279.

Bundeskanzler: Innerhalb der EL habe ein Prozeß des Nachdenkens eingesetzt. Die IL müßten weiterhin versuchen, den OPEC-Ländern weltwirtschaftliche Einsichten nahezubringen. Er habe Sorge, daß eine Regulierung der Spot-Märkte und eine internationale Verteilung (allocation) auf längere Sicht nicht funktionieren würden.

Präsident *Carter*: Die Regierung sei dabei, ihre Analyse des Harrisburg-Vorfalls[6] zu beenden. Die Ergebnisse würden der Bundesregierung mitgeteilt.

Bundeskanzler dankt. Er halte die internationale Untersuchung der Reaktorsicherheit für eine notwendige Maßnahme, um der Öffentlichkeit darzutun, daß die Regierungen alles in ihren Kräften Stehende tun, um die Sicherheit zu erhöhen.

Präsident *Carter* berichtet über das Kernenergieprogramm der amerikanischen Regierung. Die USA gingen von der Notwendigkeit aus, Leichtwasserreaktoren weiterhin zu bauen und das Programm für die Schnellen Brüter fortzusetzen. Im Haushalt seien 500 Mio. Dollar für Schnelle Brüter vorgesehen. Auch über diese Fragen solle in Tokio am 28./29.6.[7] näher gesprochen werden.

Hinsichtlich der Ölpreisbildung durch OPEC müsse man schon vorher nachdenken und tätig werden, da das nächste OPEC-Treffen am 25./26.6. vorgesehen sei.[8]

Bundeskanzler: Er habe den Eindruck gewonnen, daß im Energiebereich die Interessen nahe beieinander lägen (converging trends in energy field).

Wirtschaftliche Entwicklung

Bundeskanzler: Die amerikanische Regierung habe sich sehr erfolgreich um die Stabilisierung der Währung bemüht.[9] Die Maßnahmen seien noch erfolgreicher gewesen, als allgemein erwartet. Von uns käme keinerlei Kritik.

Es sei bedeutsam für die USA und für die übrige Welt, daß der Dollar wiederum zu einer allgemein respektierten Währung geworden sei.

Präsident *Carter*: Im Rahmen des Anti-Inflationsprogramms ziele die Regierung für 1981 auf einen ausgeglichenen Haushalt ab.

Bundeskanzler: Diese Bemühungen würden aber wohl allein nicht ausreichen, um die inflationären Tendenzen zu beseitigen. Die Bundesrepublik habe fast fünf Jahre benötigt, um die Inflationsrate von über 6% auf 2,6% zu senken. Es sei eine wichtige und schwierige Aufgabe, der Öffentlichkeit die erforderliche Geduld nahezubringen.

Aufgrund der Maßnahmen, zu denen die Bundesregierung sich – unter dem Druck der anderen Regierungen – bei dem Bonner Wirtschaftsgipfeltreffen[10] bereitgefunden habe, stiegen die Preise in der Bundesrepublik. Das Defizit in unseren öffentlichen Ausgaben betrage derzeit etwa 3½% des BSP im Ver-

6 Zum Reaktorunfall im Kernkraftwerk „Three Mile Island" bei Harrisburg vgl. Dok. 120, Anm. 15.

7 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

8 Vom 26. bis 28. Juni 1979 fand in Genf eine Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 179, Anm. 3.

9 Zum währungspolitischen Programm der amerikanischen Regierung vom 1. November 1978 vgl. Dok. 2, Anm. 7.

10 Am 16./17. Juli 1978 fand in Bonn ein Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 225.

gleich zu etwa 1½% in den USA. Unsere Inflationsrate sei von 2,6 auf 3,9% gestiegen. Es sei nicht ausgeschlossen, daß sie bis zum Ende des Jahres auf 5% steigen werde.

VS-Bd. 14078 (010)

163

Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt

114-1940/79 geheim
Fernschreiben Nr. 2114
Citissime nachts

Aufgabe: 6. Juni 1979, 22.20 Uhr[1]
Ankunft: 7. Juni 1979, 04.27 Uhr

Betr.: Bundeskanzlerbesuch in Washington am 5. und 6. Juni 1979[2];
hier: Vier-Augen-Gespräch zwischen Bundeskanzler und Präsident Carter im Weißen Haus am 6.6.1979

Nach einer einleitenden Delegationssitzung[3] zogen sich Präsident Carter und Bundeskanzler zu einem etwa eineinhalbstündigen Vier-Augen-Gespräch zurück, bei dem Ruhfus und Hunter als Note-taker anwesend waren. Die folgende Wiedergabe stützt sich auf stichwortartige Angaben, die Ruhfus mir auf der Fahrt zum Flugplatz machte.

Carter bemerkte einleitend zum Wiener Gipfel[4], daß Breschnew einen annehmbaren Kommuniqué-Entwurf vorgeschlagen habe.

Der Bundeskanzler verwies zur Frage der TNF-Modernisierung auf sein Gespräch mit Verteidigungsminister Brown (siehe dazu gesonderten Bericht).[5] Er sei nicht glücklich über die Festlegung des Dezember-Termins.[6] Die Bundesregierung sei zur Mitarbeit bereit, aber es sei gefährlich, wenn die anstehenden Entscheidungen vorher nicht genügend vorbereitet würden. Es sei zu be-

[1] Hat Bundesminister Genscher am 7. Juni 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 13. Juni 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Barker verfügte.
Hat Barker am 15. Juni 1979 vorgelegen.

[2] Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 161, Dok. 162 und Dok. 175.

[3] Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter am 6. Juni 1979 vgl. Dok. 162.

[4] Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

[5] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Brown am 6. Juni 1979 vgl. den Drahtbericht Nr. 2115 des Botschafters von Staden, Washington, vom selben Tag; VS-Bd. 10497 (201); B 150, Aktenkopien 1979. Vgl. dazu auch Dok. 175.

[6] Zur gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

denken, daß die TNF-Modernisierung bei uns und in anderen europäischen Ländern, wie der SALT-II-Vertrag im Kongreß, von den Parlamenten gebilligt werden müsse.

Carter äußerte für diese Argumente Verständnis. Er sehe die Chance einer zeitlichen Anpassung und Verlängerung. Auf seine Frage, wie die Zustimmung der europäischen Verbündeten zur TNF-Modernisierung zu erreichen sei, damit ein Fehlschlag vermieden werde, erklärte der Bundeskanzler, daß man hinsichtlich des Mix und der Stationierung nicht zu früh eine Einigung vornehmen dürfe.

Carter sagte, er hoffe, schon bald in die SALT-III-Verhandlungen übergehen zu können. Auch deshalb sei es wichtig, Klarheit zu gewinnen, wie die TNF-Modernisierung durch CM und „Pershing" II in den SALT-III-Prozeß eingeordnet werden könne.

Bundeskanzler erwiderte, dies sei auch für die Haltung der Europäer wichtig zu wissen. Die Bundesregierung setze sich nachdrücklich dafür ein, daß die eurostrategischen Systeme in SALT III einbezogen würden.

Carter erklärte, die USA seien bereit, in dieser Frage die Führung und entsprechende Verpflichtungen (commitment) zu übernehmen sowie das nötige Geld für die Beschaffung von „Pershing" II und CM aufzubringen. Falls SALT III erfolgreich sein sollte, bestehe natürlich die Gefahr, daß die USA diese Mittel für Waffensysteme ausgegeben hätten, die dann nicht mehr nötig seien. Er sei deshalb an dem Rat (guidance) der europäischen Verbündeten sehr interessiert: Im Juli werde er Aaron mit den amerikanischen TNF-Vorstellungen nach Europa, und zwar zunächst nach Bonn, entsenden.[7] Aaron werde auch zu der Frage der Stationierung und den damit zusammenhängenden politischen Problemen Stellung nehmen.

Carter wies darauf hin, daß seegestützte CM nicht zu früh angeboten werden sollten, weil einige Verbündete dies als Vorwand für die Ablehnung von landgestützten CM benutzen könnten.

Bundeskanzler versteht dieses Argument und stimmt zu, daß es keine billige Patentlösung gebe (no cheap way out). Nach seiner Meinung bestehe aber die Chance, daß Länder – wie Dänemark und Norwegen – zwei bis drei Häfen zum regelmäßigen Anlaufen von Schiffen mit SLCM (ports of call) zur Verfügung stellen könnten.

Zu MBFR wird auf gesonderten Bericht verwiesen.[8] Carter bemerkte zur Tür-

[7] Zu den Gesprächen des stellvertretenden Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Aaron, am 16. Juli 1979 in Bonn vgl. Dok. 211.

[8] Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 6. Juni 1979 über das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter über MBFR am selben Tag: „Bundeskanzler bemerkte [...], daß BM Genscher und AM Vance über die Unterscheidung von vertrauensbildenden Maßnahmen bei KSZE einerseits und die Verifikation bei MBFR andererseits gesprochen hätten. Dies erscheine ihm sinnvoll, nur dürfte dadurch keine Zeit verloren werden, man müsse vielmehr zügig weiterarbeiten. Entscheidend bleibe die Dateneinigung, wobei man insbesondere die Differenz bei den sowjetischen Truppen nicht außer acht lassen dürfe. Carter erklärte dazu, daß es für ihn im Hinblick auf den bevorstehenden Gipfel mit Breschnew wichtig sei, die deutsche Haltung zu MBFR zu kennen. Er beabsichtige nicht, mit der Sowjetunion eine bilaterale Einigung anzustreben, vielmehr wolle er auf dem Gipfel in der MBFR-Frage nur sondieren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2102; VS-Bd. 10655 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

kei-Hilfe, daß ein befriedigendes Paket zustande gekommen sei.[9] Bundeskanzler erklärte, daß diese Hilfe nur für den Moment ausreiche und für die nächsten Jahre neue Forderungen zu befürchten seien. In unserer Hilfe sei das „Grant-Element" höher als bei der amerikanischen. Der Präsident könne sich bei der innenpolitischen Verteidigung seiner Türkei-Hilfe darauf berufen, daß Griechenland durch den EG-Beitritt[10] erhebliche Vorteile erhalte.

Carter erklärte zu Rhodesien, daß er die Sanktionen nicht aufheben werde.[11] Man habe die Wahlen[12] analysiert und festgestellt, daß Polizei, Gericht und andere Institutionen noch unter Kontrolle der Weißen stünden. Die Aufhebung der Sanktionen sei deshalb davon abhängig, daß Rhodesien die Forderungen nach weiteren Reformen erfülle. Diese Haltung werde letztlich auch für Muzorewa nützlich sein. Im übrigen werde er in dieser Frage den Briten den Vortritt lassen, die unmittelbarer betroffen seien. Der Bundeskanzler bemerkte, daß er sich genauso verhalten würde.

Carter fragte, was die USA für Namibia tun könnten. Bundeskanzler erwiderte, daß es am besten sei, auf der bisherigen Linie der Fünfer-Initiative[13] fortzufahren. Er verweise in diesem Zusammenhang auf das Kommuniqué der Frontstaaten und Nigerias von Daressalam.[14] Carter bemerkte, daß die USA darüber schon mit Tansania gesprochen hätten. Für PM Thatcher werde es schwierig sein, zwischen der Haltung des Commonwealth und ihrem Wahlmanifest[15] einen Mittelweg zu finden.

9 Vgl. dazu die Konferenz am 30. Mai 1979 in Paris über die Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei; Dok. 159, Anm. 23.

10 Zum Abschluß der Verhandlungen über einen Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 86, Anm. 38.

11 Zur Erklärung des Präsidenten Carter vom 7. Juni 1979 zu Rhodesien vgl. Dok. 161, Anm. 14.

12 Zu den Wahlen vom 17. bis 21. April 1979 in Rhodesien vgl. Dok. 109, Anm. 11.

13 Zum Vorschlag von fünf Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats, der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA, vom 10. April 1978 für eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 28, Anm. 7.

14 Im Kommuniqué der Konferenz der Außenminister Angolas, Botsuanas, Mosambiks, Nigerias, Sambias und Tansanias in Daressalam vom 2. Juni 1979 wurden alle Staaten aufgefordert, die neue rhodesische Regierung unter Ministerpräsident Muzorewa nicht anzuerkennen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1979, Z 136.

15 Zu den Grundsätzen der Rhodesienpolitik der britischen Konservativen vgl. Dok. 131, Anm. 9. Ministerialdirigent Petersen legte am 9. Mai 1979 zur „Haltung der bisherigen britischen Regierung" des Premierministers Callaghan dar: „Lösung der Namibia- und der Rhodesien-Frage hat Priorität vor der Lösung der Apartheid-Frage. Enge wirtschaftliche Bindungen Großbritanniens an Südafrika setzen möglichen sanktionären Maßnahmen Grenzen. Maßnahmen im Zusammenhang mit der Apartheid-Frage wurden für inopportun gehalten, um südafrikanische Mitarbeit bei der Lösung der Namibia- und Rhodesien-Frage nicht zu gefährden. Im Falle des Scheiterns der Namibia-Initiative durch südafrikanisches Fehlverhalten bestand hingegen eher die Überzeugung, daß die Glaubwürdigkeit der westlichen Politik Maßnahmen gegenüber Südafrika erfordert." Die „vermutliche Haltung der neuen britischen Regierung" unter Premierministerin Thatcher beschrieb Petersen folgendermaßen: „Kein radikaler Kurswechsel; selbst die Südafrikaner erwarten ihn nicht. Taktieren und Auftreten gegenüber Südafrika werden aber vorsichtiger sein als bisher. Wahlprogramm der Tories lehnte zwar Sanktionen gegen Südafrika ab, Lord Carrington hat aber in früheren Jahren selbst das Waffenembargo gegenüber Südafrika betrieben. Dennoch wird bis zur Commonwealth-Konferenz im August damit zu rechnen sein, daß GB auf Zeitgewinn spielen wird, um Konfrontation mit Schwarzafrika zu vermeiden." Vgl. Referat 320, Bd. 125273.

Zu Nahost übergehend bemerkte Carter, daß Strauss ein erfolgreicher Unterhändler sei.[16] Bundeskanzler bestätigte, daß Strauss auch in Europa geschätzt werde. Carter und der Bundeskanzler stimmten darüber überein, daß die Israelis die gegenwärtige Lage, insbesondere mit ihrer Siedlungspolitik[17], ausnutzten.

Carter betonte die Wichtigkeit der Unterstützung Ägyptens. Der Kongreß habe das Hilfspaket für Ägypten gebilligt.[18] Bundeskanzler berichtete über unsere Hilfsmaßnahmen[19] und erwähnte, daß die Ägypter nicht in der Lage gewesen seien, unsere Kredite zu absorbieren. Im übrigen könnten wir für Ägypten nicht in dem gleichen Maße Hilfe leisten wie für die Türkei.

Präsident Carter und Bundeskanzler zogen sich anschließend für zehn Minuten zu einem Gespräch ohne Note-taker zurück.

[gez.] Dannenbring

VS-Bd. 11108 (204)

16 Referat 310 legte am 9. Mai 1979 dar, daß die USA seit dem Abschluß des Friedensvertrags vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel ein „scheinbares Desinteresse an der Entwicklung im Nahen Osten" gezeigt hätten. Eine Ausnahme sei die Ernennung von Robert Strauss zum Sonderbotschafter für den Nahen Osten, der Alfred Atherton ablöse: „Doch wird Strauss erst ‚im Sommer' seine neuen Aufgaben übernehmen, was den Eindruck eines angesichts der erhöhten Spannungen in der Region unverständlichen Attentismus verstärkt." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135596.

17 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 161, Anm. 21.

18 Referat 310 notierte am 30. Juli 1979: „Die USA haben für Ägypten während der nächsten drei Jahre jeweils reguläre Hilfe von etwa 750 Mio. Dollar Wirtschafts- und 200 Mio. Dollar Nahrungsmittelhilfe vorgesehen, darüber hinaus, auf drei Jahre verteilt, Sonderleistungen von 1,8 Mrd. Dollar, davon jedoch 1,5 Mrd. Dollar für Kriegsmaterial." Vgl. Referat 310, Bd. 124989.

19 Referat 310 notierte am 30. Juli 1979: „Unsere eigenen KH-Zusagen an Ägypten, nach Indien zweitgrößtes Empfängerland deutscher Kapitalhilfe, haben sich 1977 auf 250 Mio. DM, 1978 auf 310 Mio. DM und 1979 auf 250 Mio. DM belaufen (Konditionen: 50 Jahre Laufzeit, zehn Freijahre, 0,75% Zinsen). Hinzu treten Zuschüsse als Technische Hilfe und Bildungshilfe in Höhe von rund 40 Mio. DM jährlich sowie Leistungen über multilaterale Institutionen." Vgl. Referat 310, Bd. 124989.

164

Staatssekretär van Well, z. Z. Washington, an das Auswärtige Amt

114-1942/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2116
Citissime nachts

Aufgabe: 6. Juni 1979, 22.30 Uhr[1]
Ankunft: 7. Juni 1979, 04.44 Uhr

Betr.: Mein heutiges Tischgespräch mit Secretary of State Vance[2]

Während der Bundeskanzler mit Präsident Carter unter Beteiligung von zwei Note-takern (für uns Ruhfus) aß[3], versammelte sich die übrige Delegation ebenfalls im Weißen Haus zu einem Mittagessen, an dem Vance, Blumenthal, Brzezinski, Stoessel, Aaron, Hunter, Vest von amerikanischer Seite teilnahmen. Ich saß neben Vance, und folgende Punkte wurden besprochen:

Zunächst sprach ich Vance auf das Gespräch des Ministers mit Senator Biden an.[4] Dabei seien zwei Punkte besonders wichtig gewesen. Der erste Punkt: Senator Biden habe gesagt, in den USA würde die Auffassung vertreten, daß es die Europäer, vor allen Dingen die Deutschen, seien, die weitreichende TNF für Europa für notwendig hielten. In Europa würde ihm gesagt, es seien die Amerikaner. Hierauf habe der Minister Genscher geantwortet, es seien nicht einzelne, auf deren Meinung hier abgestellt werden sollte, sondern auf die übereinstimmende Auffassung der Allianz. Wir sollten uns hierauf konzentrieren, daß die Auffassung der Allianz insgesamt maßgebend sei. Vance stimmte dem lebhaft zu. Der zweite Punkt bezog sich auf den Zusammenhang zwischen dem Beschluß über die TNF-Modernisierung und der Ratifizierung von SALT II[5]. Hier habe Biden die Auffassung vertreten, daß er und eine Gruppe von Senatoren eher eine TNF-Entscheidung nach der Ratifikation von SALT lieber sehen würden, weil sonst die TNF-Frage in die Ratifikationsdebatte hineingezogen würde und zu einer Verzögerung führen könnte. Andererseits gäbe es in der Tat eine andere Gruppe, er nannte Nunn, die vorher Klarheit haben wolle, damit man bei der Ratifikation wisse, wie die westliche Abschreckung, das westliche Potential sich darstellt. Hier habe Minister Genscher geantwortet, daß wir bisher aus Washington den Eindruck gewonnen hätten, daß die TNF-Entscheidung zügig bis Ende des Jahres und ohne mit dem SALT-II-Ratifikationsprozeß verbunden zu werden, getroffen werden solle. Vance antwortete, dies sei in der Tat die Auffassung der Administration. Im übrigen habe ja der Präsident in seinem jüngsten Schreiben ebenfalls etwas ähnliches gesagt.[6]

1 Hat Bundesminister Genscher am 7. Juni 1979 vorgelegen.
2 Staatssekretär van Well nahm am Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA teil.
3 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter am 6. Juni 1979 vgl. Dok. 163.
4 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Senator Biden am 1. Juni 1979 in Bonn vgl. Dok. 160, Anm. 22.
5 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
6 Zum Schreiben des Präsidenten Carter vom 1. Juni 1979 an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 160, Anm. 23.

Vance kam dann auf das südliche Afrika zu sprechen. Er fragte, wie wir die Entwicklung hinsichtlich Rhodesiens einschätzen. Ich antwortete, daß in unserer Sicht hier vor allem die britische Meinungsbildung entscheidend sei und daß wir hier vor allen Dingen auch die britische Betonung der Rückführung Rhodesiens in die Legalität sehen und für beachtlich hielten. Im übrigen schiene es uns, daß die britische Seite aktiv bemüht sei, vor definitiven Schritten ausreichend die Haltung der Commonwealth-Länder und der afrikanischen Staaten, vor allen Dingen der Frontlinienstaaten[7], abzuklären. Vance meinte, daß auch die amerikanische Politik in dieser Richtung verlaufe; er machte keine Hinweise auf die bevorstehende Entscheidung des Präsidenten.[8] Zu Namibia waren wir beide der Auffassung, daß zunächst die Sondierungsaktion der Briten abgewartet werden sollte.[9] Es sei notwendig, daß Südafrika für sich feststelle, welche Erwartungen es in die neue britische Politik setzen könne bzw. nicht setzen könne. Im übrigen sei es notwendig, nach Klärung der britischen Vorstellungen das Fünfer-Gespräch wieder so zu beginnen, daß eine völlig übereinstimmende Konzeption definiert wird und Diskussionen, wie bei der Vorbereitung der jüngsten Fünfer-Erklärung[10], bei den Vereinten Nationen nicht mehr notwendig sind. Wir hofften auch, daß die Briten bei ihren Sondierungen feststellen können, ob ein Kompromiß in der ursprünglich von den Südafrikanern angedeuteten Weise hinsichtlich der Ziffern 11 und 12 des Waldheim-Berichts[11] zustande gebracht werden kann. Auch Vance meinte, daß es wohl nicht richtig wäre, den Waldheim-Bericht zu ändern, sondern es darauf ankomme, daß die afrikanischen Staaten auf SWAPO einwirken, daß sie[12] von der Möglichkeit der Zusammenfassung von Bewaffneten in Namibia keinen Gebrauch macht. Vance meinte, daß der entscheidende Faktor die Haltung der südafrikanischen Regierung sei. Diese sei wegen des Skandals im Informationsministerium und wegen der überhöhten Erwartungen in die Änderungen der britischen Politik härter geworden. Es sei nicht auszuschließen, daß durch den Rücktritt von Vorster[13] die südafrikanische Politik wieder kooperationsbereiter gegenüber den fünf Westmächten werden würde. Im übrigen würde auch

7 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia und Tansania.

8 Zur Erklärung des Präsidenten Carter vom 7. Juni 1979 zu Rhodesien vgl. Dok. 161, Anm. 14.

9 Zum Aufenthalt des Parlamentarischen Staatssekretärs im britischen Außenministerium, Luce, vom 23. bis 31. Mai 1979 in Sambia, Südafrika und Namibia vgl. Dok. 159, Anm. 10.
Zum Vorschlag Großbritanniens, einen Unterhändler nach Namibia zu entsenden, vgl. Dok. 160, Anm. 27.

10 Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), berichtete am 23. Mai 1979: „Kontaktgruppe bemüht sich, am Rande der z. Zt. turbulenten Namibia-GV Einigung über das geplante weitere Papier mit Optionen für die künftige Fünfer-Haltung zu erzielen. Die Aussprache hierzu erweist sich als schwierig und teilweise kontrovers. Briten wollen fast um jeden Preis Möglichkeiten des Weitermachens aufzeigen und setzen sich damit in teilweise grotesken Widerspruch zur vorgelegten Lagebeurteilung und den Schlußfolgerungen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1012; Referat 320, Bd. 125273.
Gesandter Jelonek, New York (UNO), berichtete am 30. Mai 1979, daß der amerikanische UNO-Botschafter Young in der Generalversammlung im Namen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA eine Erklärung zu Namibia abgegeben habe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1064; Referat 320, Bd. 125273.

11 Zu dem am 26. Februar 1979 veröffentlichten Waldheim-Bericht vgl. Dok. 92, Anm. 8.
Zur Haltung der südafrikanischen Regierung vgl. Dok. 158, Anm. 14.

12 Korrigiert aus: „es".

13 Zum Rücktritt des Präsidenten Vorster vgl. Dok. 160, Anm. 29.

die Klärung der britischen Haltung gegenüber Südafrika eine heilsame Wirkung ausüben können.

Secretary Vance erwähnte dann jüngste Entwicklung im Zusammenhang mit Indochina. Hier sei hochinteressant, daß vor kurzem ein Vertreter Vietnams gegenüber dem stellvertretenden Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen von der Möglichkeit gesprochen habe, den Flüchtlingsstrom auf monatlich 3000 zu regulieren.[14] Er fragte, ob wir ähnliche Hinweise bekommen hätten. Das sei eine Möglichkeit, mit Vietnam hinsichtlich der Kontrolle des Flüchtlingsstroms ins Gespräch zu kommen. Er erwähnte auch, daß sich möglicherweise die chinesisch-sowjetischen Gespräche[15] günstig für eine internationale Indochinadiskussion auswirken könnten, ebenso wie die jüngsten Äußerungen des AM des Pol-Pot-Regimes[16] in Colombo[17], wonach dieses Regime bereit sei, mit anderen patriotischen Kräften, insbesondere Sihanouk, Allianzgespräche aufzunehmen.

Vance berichtete dann vertraulich, daß die Vereinigten Staaten mit Vietnam informelle Kontakte wieder aufgenommen hätten über die Normalisierung der Beziehungen und in diesen Kontakten vor allem auf die Notwendigkeit einer Regelung der Flüchtlingsfrage hervorgehoben hätten. Er erwähnte auch, daß das Interesse Vietnams an einer positiven Entwicklung in Indochina gewachsen sei, da es zur Zeit in einer Art und Weise seine Ressourcen strapaziere in Kambodscha[18], in Laos[19] und wegen des Konflikts mit China[20], daß eine Entlastung auch für Vietnam sehr interessant erscheinen müsse.

14 Botschafter Holubek, Hanoi, berichtete am 29. Mai 1979 über den Aufenthalt des stellvertretenden Hohen Flüchtlingskommissars der UNO, de Haan, vom 25. bis 31. Mai 1979 in Vietnam: „Ebenso wie nach seinem letzten Besuch in Hanoi vom März 1979 unterrichtete der stellvertretende UNHCR die hiesigen westlichen Missionschefs über das Ergebnis seiner Verhandlungen mit der vietnamesischen Regierung. Danach habe ein Austausch von Memoranden zwischen UNHCR und Vietnam stattgefunden, in denen ein ‚understanding' über ein Verfahren zur geordneten Ausreise vietnamesischer Flüchtlinge festgelegt sei. Das geordnete Verfahren soll die Zahl der Bootsflüchtlinge vermindern. Im einzelnen sei vorgesehen, daß die vietnamesische Regierung Arbeitsgruppen des UNHCR nicht nur in Hanoi, sondern auch in Ho-Chi-Minh-Stadt zuläßt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 73; Referat 340, Bd. 110377.
Botschafter Fischer, Genf (Internationale Organisationen), hielt am 14. Juni 1979 fest: „Das Programm für die geordnete Abreise von Personen aus Vietnam ist hauptsächlich für Fälle der Familienzusammenführung bestimmt. Es enthält weder eine zahlenmäßige Quote noch einen festen zeitlichen Rahmen. Dauer und Umfang des Programms werden von der Aufnahmebereitschaft der Empfangsländer und den entsprechenden Ausreisebewilligungen Vietnams bestimmt werden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1227; Referat 340, Bd. 110385.

15 Am 10. Mai 1979 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Keil, Peking: „Der für Osteuropa zuständige chin[esische] Stellv[ertrende] Außenminister Yu Zhan hat den sowjetischen Botschafter am 5.5. zu einem längeren Gespräch über Stand und Perspektiven der sino-sowjetischen Beziehungen empfangen. Hierbei soll er ein Aide-mémoire überreicht haben, das als Antwort auf die Note des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 17.4. zu betrachten ist. Über den genauen Inhalt dieses Papiers liegen von chinesischer Seite bisher keine Angaben vor, jedoch wird aus hiesiger sowjetischer Quelle verbreitet, die Chinesen hätten Vorschläge für eine Vereinbarung gemacht, die nach Auslaufen des sino-sowjetischen Vertrages vom 14.2.1950 die Grundlagen normaler Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf der Basis der fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz bilden solle." Vgl. den Drahtbericht Nr. 741; Referat 213, Bd. 133139.

16 Ieng Sary.

17 Vom 6. bis 10. Juni 1979 fand eine Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten in Colombo statt.

18 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.

19 Zur Stationierung vietnamesischer Truppen in Laos vgl. Dok. 50, Anm. 22.

20 Zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg vgl. Dok. 100, Anm. 7.

Wir sprachen dann über die positive ...[21] Romulo einen Brief geschrieben und ihm für die sehr kluge und konstruktive Führung der Präsidentschaft der UNCTAD-Konferenz[22] Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Vance teilte meine Auffassung, daß die ASEAN-Staaten mit dazu beigetragen hätten, daß in Manila eine realistischere Haltung Platz gegriffen habe. Auch wurde die Möglichkeit erörtert, daß die Sowjetunion angesichts ihres Positionsverlustes gegenüber der Dritten Welt im Zuge des Indochinakonfliktes und im Zuge der Entwicklung der ASEAN-Positionen stärker daran interessiert sein könnte, ein Indochinagespräch zu führen.

Vance brachte auch das MBFR-Thema zur Sprache.

Ich berichtete über die jüngsten Informationen von Herrn Jung in Wien, daß Tarassow uns erzählt habe, die bilateralen britisch-sowjetischen Gespräche in Washington über MBFR seien zum Stillstand gekommen, und zwar weil die Amerikaner in der Datenfrage nicht nachgegeben hätten.[23]

Vance bestätigte, daß sie in dieser Frage hart bleiben würden, auf Klärung der Daten zumindest für die zu reduzierenden Streitkräfte könne nicht verzichtet werden. In der Tat sei zu überlegen, ob bei einem Phase-I-Abkommen nicht eine Datenklärung der sowjetisch-amerikanischen Truppen ausreiche, allerdings dann für sämtliche dieser Truppen, die sich in der Reduzierungszone aufhielten. Vance meinte, falls die Sowjets einen freeze für die übrigen verlangten, müsse ganz eindeutig und unabweisbar auch für die dem freeze unterworfenen Truppen eine Dateneinigung vorausgesetzt werden. Das habe man auch den Sowjets klar gegenüber zur Äußerung gebracht.

Ich berichtete Mr. Vance über die Äußerungen des sowjetischen Delegierten Tarassow zu den begleitenden Maßnahmen[24], die er sehr interessant fand.

21 Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

22 Zur V. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 7. Mai bis 3. Juni 1979 in Manila vgl. Dok. 157, Anm. 31.

23 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 6. Juni 1979: „Berichte in der AHG, die Bolland über ein Gespräch mit Tarassow und Dean über ein Gespräch Blakers mit dem sowjetischen Militärberater Kapitonow gaben, bestätigen den Eindruck sehr geringer östlicher Bewegungsbereitschaft in der Datenfrage nach den Washingtoner Sondierungen. [...] Aus einer Bemerkung Tarassows, anders als früher erscheine ihm jetzt der britische Gedanke einer Außenminister-Konferenz als geeigneter Weg für Fortschritte bei MBFR, läßt sich schließen, daß sich der Osten überlegt, wie er einem schnellen MBFR-Abkommen unter Ausklammerung der Datenfrage jetzt durch prozedurale Vorschläge näherkommen könnte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 354; VS-Bd. 10655 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

24 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 1. Juni 1979 über ein Gespräch mit dem Leiter der sowjetischen MBFR-Delegation vom selben Tag: „Bei einer kurzen Erörterung der KSZE- und MBFR-relevanten Passagen des NATO-Kommuniqués erklärte T[arassow], vertrauensbildende Maßnahmen sollten seiner Meinung nach nur im KSZE-Zusammenhang und nicht auch bei MBFR behandelt werden. Es sei schwer vorstellbar, daß beispielsweise bei MBFR-Teilnehmern Manöver begrenzt würden, während sie in nicht an MBFR beteiligten Nachbarländern ohne Beschränkung stattfinden könnten. Bei den MBFR-Verhandlungen sollten nur diejenigen assoziierten Maßnahmen behandelt werden, die zu Reduzierungen einen direkten Bezug hätten, beispielsweise Maßnahmen der Verifikation." Vgl. den Drahtbericht Nr. 350; VS-Bd. 10655 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

Mr. Vance erwähnte, daß die Pledging-Konferenz in Paris über die Türkei-Hilfe[25] überraschend erfolgreich verlaufen sei, und er hob die Rolle der Bundesrepublik hierbei dankend hervor.

[gez.] van Well

VS-Bd. 11108 (204)

165

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet in Paris

VS-NfD **7. Juni 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch Bundesminister Genscher mit Außenminister François-Poncet im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen am 7. Juni 1979 in Paris[2]

Weitere Teilnehmer: Auf französischer Seite: Botschafter Brunet, Generaldirektor Paye, Leiter der Wirtschaftsabteilung im Quai d'Orsay. Auf deutscher Seite: Botschafter Dr. Herbst, Frau Siebourg, MD Dr. Lautenschlager.

1) Bericht AM François-Poncet über seine USA-Reise[3]

François-Poncet: Die lange geplante USA-Reise in seiner Eigenschaft als französischer Außenminister und amtierender Ratspräsident[4] sei ausgesprochen gut verlaufen. Die in der französischen Presse erschienenen kritischen Kommentare über eine angeblich wenig zuvorkommende Behandlung durch die Amerikaner seien unzutreffend. Die Gespräche mit Carter, Vance, Brzezinski und Schlesinger seien informativ und konstruktiv gewesen. Sie seien offen und in herzlicher Atmosphäre geführt worden. Die Presse habe die in der Tat behandelte Frage der jüngsten Ölpreissubventionen durch die USA[5] zu Unrecht in den Vordergrund gespielt. Es sei auch richtig, daß die Amerikaner Kritik an

25 Zur Konferenz am 30. Mai 1979 in Paris über die Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 159, Anm. 23.

1 Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Lautenschlager am 8. Juni 1979 gefertigt und am selben Tag an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Zustimmung" weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „Ich möchte gleichzeitig vorschlagen, diesen Vermerk dem Bundeskanzleramt zur Kenntnis zu geben, und wäre hierfür ebenfalls für Zustimmung dankbar."
Hat Vortragendem Legationsrat Schraepler am 27. August 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von BM noch nicht genehmigt." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 202, Bd. 140634.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 7. Juni 1979 in Frankreich auf. Vgl. dazu auch Dok. 166 und Dok. 167.

3 Der französische Außenminister François-Poncet hielt sich vom 3. bis 5. Juni 1979 in den USA auf.

4 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

5 Zu den Subventionsmaßnahmen der USA bei der Einfuhr von Mitteldestillaten vgl. Dok. 157, Anm. 5.

der französischen Nahost-Politik geübt hätten. Er seinerseits habe auch einige kritische Bemerkungen in bezug auf die amerikanische Politik, insbesondere gegenüber Ägypten, gemacht. Dies alles habe aber die Gespräche in gar keiner Weise beeinträchtigt.

In der Energiepolitik habe er eine große Konvergenz der amerikanischen und französischen Ziele feststellen können. So sei man sich einig, daß etwas gegen die Spekulationen auf dem „Spot-Markt" getan werden müsse. Es gebe eine klare Bereitschaft zu bindenden Einsparverpflichtungen in den USA. Auch prüfe man dort die Möglichkeit, ob der IEA-Krisenmechanismus im Sinne von Mengenaufteilungen vor Erreichen der vorgesehenen Schwellen in Kraft gesetzt werden könne. Schließlich bemühe man sich in den USA um konkrete Maßnahmen zur Entwicklung alternativer Energiequellen. Diese US-Vorstellungen lägen sehr nahe bei den französischen und vielleicht weniger nahe an den deutschen (weil wir ja prinzipiell gegen jede Form administrativer Eingriffe seien).

Im ganzen schiene ihm, François-Poncet, all dies eine gute Ausgangsbasis für einvernehmliche Beschlüsse auf dem Gipfel in Tokio[6] im Energiebereich. Er habe keinerlei grundsätzliche Vorbehalte feststellen können. Natürlich wisse er, daß es nicht leicht sei, allgemeine Prinzipien in konkrete praktische Entscheidungen umzusetzen; auch bleibe es eine offene Frage, was der Präsident im Kongreß letzten Endes werde durchsetzen können.

Der *Bundesminister* bedankte sich für diesen Bericht und informierte seinerseits AM François-Poncet über den bisherigen Verlauf des Besuchs des Bundeskanzlers in den USA[7]. Uns gegenüber hätten die Amerikaner ihr Bedauern über die mangelnde Konsultation bei Einführung der Subventionen erkennen lassen. Schlesinger habe darauf hingewiesen, daß die Erhöhung der Spot-Markt-Preise in Rotterdam nicht notwendigerweise auf die US-Maßnahmen zurückginge; er habe insbesondere auch darauf hingewiesen, daß die US-Energiepolitik doch in wichtigen Bereichen erhebliche Fortschritte gemacht habe. Auch wir hätten den Eindruck, daß die Amerikaner sich ernsthaft bemühten, mit der Energieeinsparung und der Entwicklung alternativer Energiequellen voranzukommen. Die Perspektiven für einvernehmliche energiepolitische Beschlüsse in Tokio seien daher günstig. Es sei wichtig, daß Europa und die anderen Industrieländer energiepolitisch gleiche Ziele verfolgten. Was die deutschen Vorbehalte gegenüber administrativen Eingriffen betreffe, so seien wir hier in der Tat sehr zurückhaltend; wir müßten auch vermeiden, daß die Behandlung dieses Fragenkomplexes in unserer innenpolitischen Diskussion „ideologisiert" werde.

Auf Frage von Lautenschlager bestätigt AM *François-Poncet*, daß in der Frage des Dialogs mit den Förderländern die Amerikaner sich ausdrücklich positiv geäußert hätten. Dies sei eine begrüßenswerte Entwicklung, wenn man bedenkt, daß bei der Vorbereitung des Gipfels bisher die Amerikaner eher zurückhaltend gewesen wären.

Im übrigen teilte AM François-Poncet mit, daß die Amerikaner offenbar beabsichtigten, Botschafter Owen und Finanzminister Blumenthal noch vor dem

6 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

7 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.

Tokioter Gipfel in einer Sondermission in die Hauptstädte zu entsenden, um Energiefragen zu besprechen (was uns bisher unbekannt ist).

Paye ergänzte mit dem Hinweis, daß im übrigen auch die Amerikaner entsprechend der Absprache Bundeskanzler/PM Barre[8] auf die großen US-Ölfirmen einwirken wollten, Zurückhaltung bei Käufen auf dem Rotterdamer Markt zu üben. Im gleichen Sinne habe Industrieminister Giraud sich an die anderen europäischen Partner gewandt.

2) Europäischer Rat[9]

a) Energie

AM *François-Poncet* bezog sich auf die Absprache Bundeskanzler–PM Barre von letzter Woche. Die französische Präsidentschaft werde, wie verabredet, im Laufe der nächsten Woche ihre Vorstellungen über die vom Europäischen Rat zu fassenden Beschlüsse im Energiebereich in einem Memorandum zirkulieren.[10] Der Energierat am 18.6.79 könne sich dann vor dem Europäischen Rat damit befassen.[11] Ziel dieser Aktion sei es, Arbeitsaufträge an die Gemeinschaftsinstanzen zu erteilen, damit dann auf der Grundlage konkret ausformulierter Vorschläge auf dem nächsten Europäischen Rat in Dublin Ende November[12] die entsprechenden Beschlüsse gefaßt werden könnten.

b) Britische Problematik

BM *Genscher* betonte, daß das britische Budget-Problem[13] nicht isoliert behandelt werden sollte. Man solle versuchen, dieses Problem in einer Gesamtschau mit anderen Großbritannien besonders betreffenden Fragen zu lösen, also insbesondere mit der Fischerei-, Landwirtschafts- und Energiepolitik. Es sei wichtig, auf jeden Fall eine Neuverhandlung zu vermeiden. Dieses habe er auch vorgestern[14] Lord Carrington deutlich zu verstehen gegeben.[15] Carrington

8 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Barre am 1. Juni 1979; Dok. 157.

9 Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. Juni 1979 in Straßburg vgl. Dok. 190.

10 Für das Memorandum der französischen Präsidentschaft zu Energiefragen, das auf der EG-Ratstagung auf der Ebene der für Energiefragen zuständigen Minister am 18. Juni 1979 in Luxemburg und bei der Tagung des Europäischen Rats am 21./22. Juni 1979 in Straßburg erörtert wurde, vgl. Referat 412, Bd. 122422.

11 Botschafter Sigrist, z. Z. Luxemburg, berichtete am 18. Juni 1979 zur EG-Ratstagung auf der Ebene der für Energiefragen zuständigen Minister am selben Tag in Luxemburg: „Energierat diente in erster Linie Vorbereitung der Tagung des ER am 21./22.6.79 in Straßburg. Debatte wurde auf Grundlage des energiepolitischen Memorandums der Präsidentschaft geführt. Vorsitz stellte polit[ischen] Willen des Energierats fest, im Benehmen mit den anderen großen Verbraucherländern nach Wegen zu suchen, damit Preisentwicklung auf den freien Märkten für Rohöl und Erdölprodukte parallel zu den Preisen der Erzeugerländer verläuft. [...] Aufgrund der klaren Position von BM Graf Lambsdorff [...] lehnte Rat die weitergehenden Vorstellungen der Präsidentsch[aft] ab, das Registrierungssystem durch ein Importverbot für Transaktionen zu ergänzen, die oberhalb der OPEC-Preise liegen. In anschl[ießender] Pressekonferenz erklärte jedoch Min[ister] Giraud (F) als Ratsvorsitzender, daß dieses Thema nach seiner Einschätzung von einigen Teilnehmern des Gipfels in Tokio wieder aufgegriffen werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 127; Referat 412, Bd. 122422.

12 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. Dok. 362.

13 Zur Haltung Großbritanniens in der Gemeinsamen Agrarpolitik und zum EG-Haushalt vgl. das deutsch-britische Regierungsgespräch am 11. Mai 1979 in London; Dok. 132.

14 Korrigiert aus: „gestern".

15 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Carrington am 5. Juni 1979 vgl. Dok. 160.

habe dem zugestimmt. Auch die Überlegungen über die Gesamtschau der zu lösenden Fragen habe er nicht abgelehnt.

Lautenschlager ergänzte, daß das britische Budget-Problem als ein besonderes, nicht notwendigerweise dauerhaftes Problem behandelt werden müsse. Jede Lösung müsse das System der eigenen Einnahmen unberührt lassen, die Ein-Prozent-Punkte-Grenze bei den eigenen Einnahmen berücksichtigen und auch die tragenden Grundlagen der Agrarpolitik nicht in Frage stellen (letzteres schließe nicht aus, Einzelmaßnahmen zur Bekämpfung der Überschüsse zu ergreifen, etwa im Milchbereich). Unter dieser Prämisse und im Zusammenhang mit der Lösung anderer offener Fragen sei es politisch vertretbar, in Straßburg einer Prüfung des britischen Budget-Problems zuzustimmen und Kommission und Gemeinschaftsinstitutionen um Lösungsvorschläge zu bitten. Dies wäre zwar ein wichtiges Entgegenkommen; aber es wäre ein Fortschritt für die gesamte Gemeinschaft, wenn „der britische Fragenkomplex" beim nächsten Europäischen Rat in Dublin tatsächlich einer Lösung zugeführt werden könnte. Außerdem vermeide dieses Verfahren unnötige Auseinandersetzungen mit der neuen britischen Regierung[16] in Straßburg, an denen wir alle kein Interesse haben könnten.

AM *François-Poncet* stimmte dieser Sicht der Dinge und auch den verfahrensmäßigen Überlegungen zu. Er wies darauf hin, daß sich in der Agrarpolitik auf dem Agrarrat am 18.6.79[17] vielleicht deutsch-französische Probleme stellen könnten. Er habe gehört, daß möglicherweise Herr BM Ertl etwaige Preisanhebungen nicht zum Abbau des positiven deutschen Grenzausgleichs verwenden wolle. Es gebe hier wohl für die deutsche Seite Probleme im Milchbereich.

BM *Genscher* meinte, daß er von Schwierigkeiten dieser Art bisher nichts gehört habe. Er ginge weiter davon aus, daß für dieses Wirtschaftsjahr BM Ertl bereit sei, etwaige Preisanhebungen zum Abbau des positiven deutschen Grenzausgleichs zu benutzen. Auf Fragen von Lautenschlager teilte AM *François-Poncet* mit, daß nach französischem Eindruck nach dem Thatcher-Besuch in Paris[18] die englische Haltung in der Frage einer begrenzten Preisanhebung wohl flexibler geworden sei. Dies sei in der Tat die Schlüsselfrage. Vielleicht erkläre sich das deutsche Problem im Milchsektor auch dadurch, daß im Falle von Preiserhöhungen neben Grenzausgleichsabbau auch noch eine Erhöhung der Erzeugermitverantwortungsabgabe in der Diskussion sei.

Im übrigen bestand abschließend Einigkeit darüber, daß die Agrarpreisverhandlungen möglichst im Agrarrat am 18.6. zu Ende geführt und nicht den Europäischen Rat belasten sollten.

3) Lomé-Verhandlungen

Französischer Außenminister berichtete, daß nach seinem Eindruck bei den frankophonen, mehr aber noch bei den anglophonen Staaten die Bereitschaft wachse, auf der Basis des bisherigen finanziellen Angebots der Gemeinschaft

16 Am 3. Mai 1979 fanden in Großbritannien Parlamentswahlen statt, aus denen die Conservative and Unionist Party als Siegerin hervorging. Die Bildung einer neuen Regierung erfolgte am 5. Mai 1979 durch Premierministerin Thatcher.

17 Zur EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 18. bis 22. Juni 1979 in Luxemburg vgl. Dok. 160, Anm. 18.

18 Zum Besuch der Premierministerin Thatcher am 5. Juni 1979 in Frankreich vgl. Dok. 160, Anm. 3.

rasch zum Abschluß zu kommen.[19] Die anglophonen Länder fürchteten Komplikationen, die sich aus der britischen Haltung in der Rhodesien-Frage ergeben könnten. Eine gewisse zusätzliche finanzielle Anstrengung sei auf seiten der Gemeinschaft aber wohl notwendig. Gleichzeitig müsse das „deutsche Problem" des Investitionsschutzes[20] und das Botsuana-Problem (Rindfleisch)[21] gelöst werden. Er hoffe, daß die deutsche Seite hier flexibel sein könne.

Auf Fragen bestätigte AM François-Poncet, daß die Präsidentschaft an eine Erhöhung des Gemeinschaftsangebots um insgesamt 500 Mio. RE dächte. (Davon 200 Mio. RE Haushaltsmittel und 300 Mio. RE EIB[22]-Darlehen.)

BM *Genscher* bestätigte unser Interesse an einem baldigen Abschluß und meinte, daß an unserer Haltung letztlich die Verhandlungen nicht scheitern würden.

4) EG–COMECON[23]

Lautenschlager fragte, ob aus französischer Sicht im gegenwärtigen Augenblick verstärkte Bemühungen zur Beschleunigung der Verhandlungen ange-

19 Referat 410 notierte am 28. Mai 1979: „Verhandlungen über die Erneuerung des am 1. März 1980 auslaufenden Abkommens von Lomé wurden am 24. Juli 1978 in Brüssel eröffnet. In dritter Verhandlungskonferenz auf Ministerebene vom 24. bis 26. Mai 1979 in Brüssel zwischen EG und AKP wurde noch nicht erhoffte Einigung über neues Abkommen erzielt, das nach ursprünglichem Zeitplan der französischen Präsidentschaft am 25. Juni 1979 unterzeichnet werden sollte. Verhandlungen wurden auf Wunsch der AKP-Seite am 26.5. unterbrochen." Vgl. Referat 410, Bd. 121708.

20 Das Bundesministerium für Wirtschaft berichtete am 10. Mai 1979 zur Frage des Investitionsschutzes in einem neuen EG-AKP-Abkommen, daß „erhebliche Bedenken gegen die Zulässigkeit der vorgesehenen Lösung (automatische Beantragung von EuGH-Gutachten durch den Rat vor Verhandlungen mit Drittstaaten) bestehen. Dies würde auf eine Art abstrakter Normenkontrolle bzw. ein allgemeines Konsultationsverfahren hinauslaufen, das Art. 228 EWG-V[ertrag] nicht vorsieht und das der Aufgabenstellung des Gerichtshofs im Verhältnis zu den anderen Gemeinschaftsorganen nicht entspricht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 430; Referat 410, Bd. 121708.
Am 28. Mai 1979 notierte Referat 410: „AKP haben Vorschlag der Gemeinschaft, in das Abkommen einen Artikel über Investitionsschutz aufzunehmen, entschieden abgelehnt. Widerspruch zur AKP-Forderung nach projektspezifischen Investitionsschutzabkommen im Bergbaubereich erklärt sich aus unterschiedlicher Interessenlage Nigerias." Vgl. Referat 410, Bd. 121708.

21 Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erläuterte am 1. März 1979 die angestrebte Regelung für Rindfleisch in einem neuen Abkommen EG-AKP-Abkommen: „Vorstellung der EG-Ko[mmission]: Weiterführung des gegenwärtigen Systems (Zollfreiheit und 90-prozentige Abschöpfungssenkung) als Dauerlösung für den gesamten Zeitraum des neuen Abkommens. Eine Aussage über die mögliche Erhöhung der Einfuhrmenge (bisher 27 500 t) und eine vollständige Senkung des Abschöpfungsbetrages (bisher 90 %) wurden nicht gemacht [...]. Begründung der EG-Ko.: Die absehbare Weltmarktsituation läßt weiterhin verhältnismäßig hohe EG-Abschöpfungen erwarten; daher dürften die AKP-Staaten (hauptsächlich Botsuana) ihre traditionellen Rindfleischexporte in die EG (vornehmlich nach GB) ohne hohe Einfuhrpräferenzen nicht aufrechterhalten können." Vgl. Referat 410, Bd. 121708.
Am 28. Mai 1979 notierte Referat 410, daß noch folgende Frage ungelöst sei: „Zugang von Rindfleisch insbesondere aus Botsuana, AKP fordern Erhöhung des Jahreskontingents von 27 500 t. Erhöhung wäre insbesondere für Irland problematisch." Vgl. Referat 410, Bd. 121708.

22 Europäische Investitionsbank.

23 Referat 411 vermerkte am 19. Juni 1979 zu den Verhandlungen zwischen der EG und dem RGW: „Im November 1978 legte VP Haferkamp, besonders auf Betreiben Deutschlands und Frankreichs, einen Vorschlag zur Behandlung des Handels im Rahmenabkommen vor, der – ohne Regelungscharakter – die ‚Bedeutung des internationalen Handels für gegenseitige Wirtschaftsbeziehungen' hervorhebt. Ein Brief des amtierenden Vorsitzenden des RGW-Exekutivkomitees, Katuschew, vom 22.3.1979 ging auf diesen Vorschlag nicht ein, sondern wiederholte die RGW-Forderungen nach Regelung handelspolitischer Fragen und – trotz im Aide-mémoire vom Mai 1978 erzielter Einigung – nach direkter Beteiligung der EG-Mitgliedstaaten an Verhandlungen und Abkommen. [...] In den Gesprächen zum Abschluß eines Rahmenabkommens EG/RGW ist z.Z. eine gewisse Stagnation eingetreten. Weder die Gespräche des vergangenen Jahres noch der Katuschew-Brief vom 22.3.1979

zeigt seien. AM *François-Poncet*, unterstützt von Herrn Paye, meinte, daß er z. Z. keine Veranlassung sehe, neue Initiativen in dieser Richtung zu entfalten. Man solle den Verhandlungen ihren normalen Lauf lassen. Gründe für eine Veränderung der Gemeinschaftsposition seien im Augenblick nicht erkennbar.

5) Nuklearfragen

AM François-Poncet betonte die Bedeutung der Nuklearfragen. Man habe die damit verbundenen Probleme vor den Europawahlen[24] nicht vordringlich behandelt. Gleichwohl blieben diese Fragen ein sensibles Thema in Frankreich. Es habe „drei Dimensionen": Die erste beträfe das deutsch-französische Verhältnis. Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie sei von großer Bedeutung für unsere Beziehungen. Vor dem Hintergrund des Plutonium-Briefwechsels[25], der Kooperation im Schnellbrüter-Bereich und der kommerziellen Beziehungen im Bereich der Wiederaufarbeitung möchte er bald mit dem Bundesminister eine umfassende Aussprache über diesen Komplex führen. Er wolle sich dabei insbesondere vergewissern, in welchem Geiste und mit welcher Zielsetzung angesichts der Gorleben-Problematik[26] in Deutschland beide Seiten die bisherige gute Zusammenarbeit fortführen könnten.[27]

Fortsetzung Fußnote von Seite 798

lassen erkennen, daß der RGW von seinen bisherigen Forderungen abgehen wird. Mit der Paraphierung der Textilabkommen der EG mit Ungarn, Polen und Bulgarien scheint mit der möglichen Ausnahme Rumäniens die Grenze des Handlungsspielraums der kleineren RGW-Staaten erreicht zu sein. Der Abschluß bilateraler Handelsabkommen mit der EG hängt nach dem gegenwärtigen Stand somit vom Zustandekommen eines Rahmenabkommens EG/RGW ab. Ziel der EG ist es, den kleineren RGW-Staaten durch Abschluß bilateraler Handelsabkommen ihren Handlungsspielraum zu erhalten, und daher das Rahmenabkommen EG/RGW möglichst allgemein zu fassen. Wie lange der Freiraum der einzelnen RGW-Staaten gegenüber der EG bei dem jetzigen vertragslosen Zustand EG/RGW bestehen bleibt, ist fraglich. Die SU ist bestrebt, die kleineren RGW-Staaten [...] stärker an sich zu binden. Ein Rahmenabkommen EG/RGW könnte evtl. dazu beitragen, dieser Tendenz entgegenzuwirken und den kleineren RGW-Staaten ihre – beschränkte – Handlungsfreiheit zu erhalten." Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 486.

24 Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 7. und 10. Juni 1979 statt.

25 Referat 413 hielt im Mai 1979 fest: „Am 25.4.1979 wurde in Paris der begleitende Regierungsbriefwechsel zu den Wiederaufarbeitungsverträgen zwischen der COGEMA (Compagnie Générale des Matières Nucléaires) und der DWK (Deutsche Gesellschaft für die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen) vom 17.2.1978 vollzogen. In diesem Briefwechsel anerkennt Frankreich unser Eigentum an dem aus der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente in La Hague gewonnenen Plutonium und den Grundsatz der Rückgabe dieses Plutoniums. Die politische Substanz dieses Briefwechsels liegt darin, daß die Plutoniumrückgaberegelung auf der Grundlage und unter Anerkennung der vollen Gleichwertigkeit von Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland vereinbart wurde." Vgl. Referat 413, Bd. 123732.

26 Zur geplanten Errichtung eines nuklearen Entsorgungszentrums in Gorleben vgl. Dok. 141, Anm. 5.

27 Am 11. Juni 1979 vermerkte Referat 413: „Unsere enge nukleare Zusammenarbeit mit Frankreich, die auch nach Auffassung von Paris ein Eckstein der deutsch-französischen Beziehungen ist, beruht im wesentlichen Maße darauf, daß Frankreich in Europa in uns seinen einzigen technologisch und auch politisch gleichwertigen Partner bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie sieht und an einer Zusammenarbeit mit uns bei der Weiterentwicklung nuklearer Technologien interessiert ist. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Wiederaufarbeitung und Schneller Brüter." Für den Fall, daß die Bundesrepublik Deutschland als Kooperationspartner ausfalle, sehe Frankreich folgende Probleme auf sich zukommen: „Es könnte die Zusammenarbeit mit uns nicht durch eine solche mit den USA oder mit Japan ersetzen, die als einzige dafür in Betracht kämen. Im Falle der USA sprechen dagegen politische Gründe, im Falle Japans die räumliche Entfernung. [...] Auch wäre Frankreich im westeuropäisch-kontinentalen Bereich der einzige Staat, der über Wiederaufarbeitung im großtechnischen Maßstab verfügt. Frankreich würde zum Wiederaufarbeiter Europas. Es müßte befürch-

Die zweite Dimension beträfe EURATOM und die bekannten französischen Vorbehalte. Hier müsse es nun bald zu einer Angleichung der Praxis mit den vertraglichen Bestimmungen kommen. Das Kapitel VI des EURATOM-Vertrages[28] müsse revidiert werden; das Urteil des EuGH beunruhige Frankreich nach wie vor stark.[29]

Der frühere Generalsekretär Soutou sei beauftragt, weiterhin sich dieses Fragenkomplexes anzunehmen.

Die dritte Dimension sei die Nichtverbreitungspolitik. Diese sei nicht Sache der Gemeinschaft. Sie sei als politisches Problem ausschließlich Sache der Mitgliedstaaten, obwohl er gewisse Rückwirkungen auf Gemeinschaftspolitiken nicht ganz in Abrede stellen wolle. Frankreich wolle den Status als Kernwaffenmacht nicht benutzen, um wirtschaftliche Vorteile zu erlangen. Entscheidend sei, daß Frankreich in seiner militärischen Nutzung völlige Freiheit behalten müsse. Frankreich könne es sich nicht leisten, zwei getrennte Nuklearbereiche (filières) – einen für militärische und einen für zivile Zwecke – zu entwickeln. Es handele sich hier sicher um delikate, aber doch lösbare Probleme. Er wolle dieserhalb in allernächster Zeit mit Präsident Jenkins sprechen. Vor Klärung dieser Fragen könne Frankreich auch dem Mandatsentwurf EURATOM–Australien[30] nicht zustimmen.

BM *Genscher* bekräftige die hohe Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Er stellte in Aussicht, daß die Bundesregierung in den nächsten Wochen ihre Folgerungen aus der Gorleben-Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung ziehen werde. Wir seien jederzeit bereit, mit der französischen Regierung diesen Fragenkomplex zu besprechen. Er habe unter diesem Aspekt insbesondere begrüßt, daß Botschafter Brunet im Zusammenhang mit der Gorleben-Problematik schon so frühzeitig das französische Interesse an einer uneingeschränkten Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie bekräftigt habe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 799

ten, zur Zielscheibe der Kritik an der friedlichen Nutzung der Kernenergie in Europa zu werden." Vgl. Referat 413, Bd. 123718.

28 Kapitel VI des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 regelte die Versorgung mit Erzen, Ausgangsstoffen und besonderen spaltbaren Stoffen. Durch eine gemeinsame Versorgungspolitik wurde allen Vertragspartnern der gleiche Zugang gewährleistet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 1050–1062.

29 Zum französischen Wunsch nach Änderung des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 und zum Beschluß des Europäischen Gerichtshofs vom 14. November 1978 vgl. Dok. 51, Anm. 14.

30 Referat 413 erläuterte am 10. Juli 1979: „Australien verfügt über bedeutende Uranvorkommen (etwa 20 % der kostengünstigen bekannten Uranreserven der westlichen Welt), deren Abbau und Export von der – konservativen – australischen Regierung 1977 beschlossen wurde. Am 9. November 1977 übermittelte Australien der EG-Kommission den Entwurf eines Sicherheitsabkommens für künftige australische Natururanlieferungen [...]. Eigentlicher Beweggrund des australischen Drängens auf einen baldigen Abschluß eines Abkommens mit EURATOM dürfte jedoch die Besorgnis sein, daß sich als Folge der Verlangsamung des Ausbaus der Nuklearindustrie in verschiedenen Ländern die Absatzaussichten für australisches Natururan verschlechtern könnten." Frankreich fordere, daß die EURATOM-Mitgliedstaaten parallel zu einem Abkommen zwischen EURATOM und Australien über Uranlieferungen bilaterale Regierungsabkommen mit Australien über den Bezug von Natururan abschließen können: „Frankreich möchte die Außenbeziehungen von EURATOM von der Importseite her, insofern Frankreich betroffen ist, renationalisieren." Vgl. Referat 413, Bd. 129372.

Lautenschlager verwies auf die ausführlichen Gespräche, die in bezug auf EURATOM mit Herrn Soutou bereits geführt worden seien, und erläuterte noch einmal die deutsche Haltung im einzelnen. Er bezeichnete die französischen Sorgen in vielen Bereichen als eher theoretischer Natur. Das militärische Programm Frankreichs sei bisher nie durch die Gemeinschaft behindert worden. Es komme darauf an, unter Wahrung der Grundprinzipien des Vertrages praktikable Lösungen in der Gemeinschaft zu finden, wenn es wirklich Probleme gebe. Was die Nichtverbreitungspolitik betreffe, so sei die Trennung zwischen Gemeinschaftspolitik und Nichtverbreitungspolitik nicht in dieser Schärfe durchzuführen. Nichtverbreitungspolitik in der heutigen Praxis präsentiere sich z.B. im Gewande einer gemeinsamen Versorgungspolitik, im gemeinsamen Auftreten nach außen, in der Festlegung von Bedingungen für Ein- und Ausfuhr von Kernmaterial, in der Frage des freien Warenverkehrs. Unter diesem Aspekt seien Gemeinschaftszuständigkeiten angesprochen, die nicht nur zu respektieren seien, sondern die sich gerade im Verhältnis zu den USA und Kanada als für alle Mitglieder der Gemeinschaft vorteilhaft erwiesen hätten.
AM *François-Poncet* bestritt nicht, daß hier Zusammenhänge bestünden, meinte aber, daß eine gemeinsame Versorgung im Kernenergiebereich nicht viel Sinn mache, wenn man bei anderen Energieträgern (z.B. Nordseeöl) keine gemeinsame Versorgungspolitik habe.

Lautenschlager verwies darauf, daß wir uns ja bemühten, zu mehr Gemeinsamkeit in der Energiepolitik zu kommen, die im übrigen auch die Kohle umfassen müsse. Gemeinsame Energiepolitik sei auch ein französisches Anliegen, und man solle sich bemühen, dieses Ziel durch Ausbau und nicht durch Abbau des Vorhandenen zu erreichen.

AM *François-Poncet* meinte abschließend, er plädiere nur für eine Ausgewogenheit bei der gemeinschaftlichen Behandlung wichtiger Energieträger. Auf die Dauer könne es nicht gut sein, daß man für den Kernenergiebereich umfassende Gemeinschaftsregelungen habe, für andere Bereiche aber nicht. Er verstehe den Hinweis, daß es für den Nuklearbereich immerhin einen Vertrag, nämlich EURATOM, gebe, meine aber doch, daß dieser auf die Dauer nur funktionsfähig gehalten werden könne, wenn auch andere gleich wichtige Bereiche gemeinschaftlichen Regeln unterworfen werden.

BM *Genscher* betonte abschließend, daß es uns darum ginge, Fortschritte auf allen Gebieten in der Gemeinschaft zu machen; daher müsse man auch sehr sorgfältig prüfen, ehe man schon Erreichtes in Frage stelle.

6) EG–Türkei

BM Genscher setzte sich dafür ein, daß die französische Präsidentschaft sich dem türkischen Wunsch nicht verschließe, einen Besuch in Ankara zu machen. Gerade nach der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags mit Griechenland[31] sei es von besonderer Wichtigkeit, daß gerade die französische Präsidentschaft eine solche Geste mache.

AM *François-Poncet* verschloß sich diesen Ausführungen nicht, verwies aber darauf, daß sein Terminkalender für Juni voll ausgebucht sei. Er erklärte sich

31 Zum Abschluß der Verhandlungen über einen Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 86, Anm. 38.

aber bereit, seinen Staatssekretär Reymond zu bitten, als Vertreter der Präsidentschaft noch im Juni nach Ankara zu reisen. Er werde in diesem Sinne mit seinem Staatssekretär sprechen und hoffe, daß man so prozedieren könne.[32]

Referat 202, Bd. 140634

166

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet in Paris

202-321.90/2 FRA-297I/79 VS-vertraulich **7. Juni 1979**[1]

Deutsch-französische Konsultationen der Außenminister am 7. Juni 1979 in Paris[2]; hier: Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik

Der *Bundesminister* erkundigte sich, wie wohl Frankreich seine EAK-Initiative[3] im Lichte der Budapester Erklärung der WP-Staaten[4] sehe.

FAM[5]: Jedenfalls seien die WP-Staaten im Bereich der CBMs jetzt offener, es sei vielleicht ein Prozeß in Gang gekommen, bei dem diese Staaten in der Frage des geographischen Rahmens gewisse Zugeständnisse machten und durch diese Bewegung im Abrüstungsbereich offensichtlich keinerlei Zugeständnisse machen. Bei dieser sowjetischen Haltung sollten wir den geographischen Rahmen auch in anderen Bereichen als den CBMs zu erweitern versuchen. Dies

32 Botschafter Sigrist, Brüssel (EG), berichtete am 6. Juli 1979: „Präs[identschaft] unterrichtete AStV, daß türk[ischer] Botschafter Einladung an Ratspräsidenten O'Kennedy zu Besuch in Ankara noch vor Ende Juli 1979 überbracht habe. [...] Türk. Botschafter habe damit eine Einladung an den französischen Ratspräsidenten erneuert, die dieser aus Termingründen nicht wahrnehmen konnte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2267; Referat 410, Bd. 121763.

1 Durchschlag als Konzept.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Feit am 8. Juni 1979 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Schraepler am 27. August 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von BM noch nicht genehmigt."

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 7. Juni 1979 in Frankreich auf. Vgl. dazu auch Dok. 165 und Dok. 167.

3 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 3, Anm. 16.

4 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung der Außenminister des Warschauer Pakts am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 329–332.
Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 23. Mai 1979: „Bei private luncheon am 22.5. hat der kanadische Botschafter unseren französischen Kollegen gefragt, wie die französische Regierung den Konferenzvorschlag des Budapester Kommuniqués vom 15. Mai im Verhältnis zum französischen Konferenzvorschlag bewerte." Botschafter Tiné habe erklärt, daß dieser den Versuch darstelle, „angesichts der gegenwärtigen Lage in der Atlantischen Allianz und zeitlich vor der Ministerratssitzung in Den Haag die westliche Öffentlichkeit zu verwirren. [...] Frankreich wolle die Thematik auf die konventionellen Waffen beschränken, der Osten wolle sie gerade auf die nuklearen Waffen ausdehnen. Auch sei unklar, welchen Raum der Warschauer Pakt im Auge habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 608; VS-Bd. 11442 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Französischer Außenminister.

sollten wir mit Insistenz tun. Wir sollten also nicht jetzt schon das Teilzugeständnis der WP-Staaten im Bereich der CBMs begrüßen, sondern nach weiteren sowjetischen Bewegungen fragen. Würden wir diese Wagen von dem fahrenden Zug abkoppeln, könnten wir sie später nie wieder ankoppeln. Es sei doch offensichtlich, daß die Sowjets im Bereich der CBMs den KSZE-Rahmen, also zu 35, anböten, um im eigentlichen MBFR-Rahmen „eng bleiben" zu können.

BM: Der geographische Rahmen sei in der Tat außerordentlich wichtig. Die sowjetischen Vorschläge empfände er als interessant, weil sich eben die vertrauensbildenden Maßnahmen auf ganz Europa erstrecken würden und mithin keinen Sonderstatus für Mitteleuropa begründen würden. An einem solchen Sonderstatus für Mitteleuropa wäre das Gefährlichste die unmittelbare Nähe zur Sowjetunion, die alle Möglichkeiten habe, Truppenbewegungen und Rüstungsverlagerungen nahe bei uns durchzuführen, während die Amerikaner schließlich auf der anderen Seite des Atlantiks zu operieren hätten. Immerhin glaube er, daß wenn man bei der Abrüstung für ganz Europa nicht weiterkäme, dann wenigstens auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle Teilergebnisse begrüßen sollte. Die US-Vorschläge (Associated Measures) Nr. 1 und Nr. 4 hätten nichts mit Verifikation zu tun, sondern seien echte vertrauensbildende Maßnahmen, wir sollten insoweit die Sowjets beim Wort nehmen.[6] Die Schlußakte von Helsinki[7] sei für die Gesamtthematik ein Teilerfolg gewesen, wenn auch vage, denn das bißchen, was man dort über vertrauensbildende Maßnahmen ausgesagt habe, erstrecke sich immerhin auf ganz Europa und gehe also über einen engen MBFR-Rahmen hinaus.

FAM: Wir denken über diese Problematik noch nach. Immerhin gibt es Gefahren. Deutschland sei in dem MBFR-Rahmen engagiert und begrüße daher Teilerfolge, die besser seien als gar nichts. In Frankreich meint man, wenn man sich mit Teilerfolgen begnüge, bekomme man nie das Ganze. Er wiederhole daher seine Gedanken, daß man langsam das WP-Entgegenkommen anerkennen könne, daß man mit diesem kleinen Schritt einverstanden sei, daß man aber darum bitte, nun auch den nächsten Schritt zu tun. Der französische Außenminister wiederholte seine Wagon-Formel und meinte, wir sollten zwar offen sein, positiv, aber sehr fest.

BM: Wir scheuen uns davor, daß etwaige Rüstungskontrollmaßnahmen auf den MBFR-Raum beschränkt bleiben. Wenn wir uns der französischen Überle-

6 Zu den begleitenden Maßnahmen bei den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 99.
Ministerialdirektor Blech stellte am 30. Mai 1979 fest, hinsichtlich der Maßnahmen „prior notification of out-of-garrison-activities" und „exchange of observers" hätten die „deutschen Vertreter in der NATO von Anfang an dafür plädiert, die direkten MBFR-Teilnehmer sollten sich dazu verpflichten, diese beiden Maßnahmen für sich auf dem Territorium anzuwenden, das bereits für die vertrauensbildenden Maßnahmen der KSZE gilt. Wir wollten damit verhindern, daß nach einer verpflichtenden Vereinbarung von Maßnahmen mit vertrauensbildendem Charakter bei MBFR, die in den Manöverankündigungen und Beobachtereinladungen der KSZE ihre Entsprechung besitzen, die Implementierung der KSZE-Maßnahmen auf sowjetischem Gebiet allmählich aufhören und nach einiger Zeit Maßnahmen dieser Art nur noch im Raum der Reduzierungen verwirklicht werden würden. [...] Mit dem Kommuniqué des Warschauer Pakts über die Konferenz von Budapest vom 14./15.5.1979 ist eine neue Situation entstanden. Der Osten nimmt jetzt [...] eine aufgeschlossenere Haltung zu vertrauensbildenden Maßnahmen und ihrem Ausbau im KSZE-Bereich ein." Vgl. VS-Bd. 11126 (204); B 150, Aktenkopien 1979.

7 Zum „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. Dok. 38, Anm. 19.

gung anschließen würden, also eine feste Haltung einnehmen, bliebe es immerhin eine Frage, ob dies dazu führt, daß die Sowjets nachgeben. Unser Konzept müßte so angelegt sein, daß wir sie in die Defensive bringen.

FAM: Er habe den Eindruck, daß die Sowjets das ganze (französische?) Projekt nicht gutheißen, d.h. wir sollten pas baisser trop vite notre enjeu. Es sei richtig, die Sowjets in die Defensive bringen zu wollen, daher schlage er vor, keinerlei Eile zu zeigen. Er verstehe, daß der BM wenigstens den Teilerfolg wünsche. Da Frankreich bei MBFR nicht engagiert sei, und zwar aus Gründen, die man uns viele Male dargelegt hat, habe er auch kein Interesse an einem Teilerfolg. Immerhin sollten wir unsere Positionen, die sich womöglich annäherten, besprechen und zwischenzeitlich unsere Karten nicht so schnell auf den Tisch legen.

BM: Wir ständen unter dem Eindruck der US-Vorschläge für begleitende Maßnahmen. Die Vorschläge 2 und 3[8] könnten wir für die Wiener Verhandlung gebrauchen; die Vorschläge 1 und 4 hätten mit MBFR nichts zu tun und könnten daher im Rahmen der 35 behandelt werden. Er sehe in der Tat eine Möglichkeit, die deutsche und die französische Position zusammenzuführen. Ein interessantes Thema sei auch die Frage, wo, an welchem Ort, über CBMs, begleitende Maßnahmen verhandelt würde, z.B. in einer künftigen EAK, in Madrid[9], auf einer Sonderkonferenz oder auf einer Vorkonferenz für Madrid. Wir seien flexibel. Hierüber müsse man im Bündnis sprechen. Wenn man den französischen Überlegungen folge (zur EAK), seien diese zwar ein substantieller Vorschlag zur Abrüstung, aber wohl auch ein Mittel, um die andere Seite unter Druck zu setzen.

FAM: Wenn wir zu schnell auf den sowjetischen Vorschlag (Budapest) eingehen (empocher), dann lösten wir sowjetische Probleme. Wir sollten aber nicht ihr Spiel spielen.

BM: Wir seien wahrscheinlich die ersten gewesen, die den EAK-Vorschlag positiv aufgenommen hätten. Die Budapester Erklärung sei auch durch die EAK beeinflußt. So gesehen sei der sowjetische Vorschlag des Verhandelns zu 35 eine Funktion des französischen EAK-Projekts.

Referat 202, Bd. 140634

[8] Ministerialdirektor Blech vermerkte am 30. Mai 1979, daß in der NATO „im wesentlichen Einvernehmen" über die Maßnahme 2 (prior notification of movements into the area of reductions) bestehe. Maßnahme 3 (limitation of out-of-garrison-activities) sei „in gegenseitigem Einvernehmen aus dem Paket herausgenommen worden". Vgl. VS-Bd. 11126 (204); B 150, Aktenkopien 1979.

[9] Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

167

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet in Paris

202-321.90/2 FRA-297/79 VS-vertraulich **7. Juni 1979**[1]

Deutsch-französische Konsultationen der Außenminister am 7. Juni 1979 in Paris[2]; hier: Naher Osten

Mérillon berichtete über das bisherige Verfahren und den Stand zur Ausarbeitung eines neuen Textes (Deklaration) innerhalb der EPZ, eine Thematik, mit der auch die Minister am 18.6.[3], wenn nicht sogar der ER[4] befaßt werden können.

BM meinte, der Text, soweit er ihn kenne, sei im Prinzip gut; man spreche nicht mehr von dem Recht auf Selbstbestimmung, sondern richtigerweise von der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts. Wir alle hätten das Recht auf Selbstbestimmung oder die Menschenrechte. Worum es politisch gehe, sei die Ausübung dieser Rechte. Er sei einverstanden, wenn die Minister sich am 18.6. mit dem Deklarationsentwurf beschäftigten; mehr Gewicht würde eine Deklaration jedoch bekommen, wenn sie auf dem ER verabschiedet würde. Am 29.6.77 habe auch der ER in London die Erklärung verabschiedet[5]; wenn es diesmal die Minister wären, würden sich die Araber fragen, was dieser Unterschied bedeute.

FAM[6]: Er pflichte bei, er verspreche sich ein großes Echo auf eine Erklärung des ER, der Text werde großes Aufsehen erregen. Er gehe über das Bisherige weit hinaus. Er, F.-P., sei überrascht über die „outspokenness". Insbesondere sei das Politikum die neue Tonart. Die Erklärung würde sich gut treffen mit der Behandlung der Energiefrage auf dem ER. Er frage sich indessen, ob die Neun diesen Text wirklich annehmen werden.

D2[7]: Die NL fahren s.E. am Ende des Geleitzuges; GB hätte auch Schwierigkeiten, wohl, weil sie den USA beistehen wollten.

1 Durchschlag als Konzept.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Feit am 8. Juni 1979 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Schraepler am 27. August 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von BM noch nicht genehmigt."

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 7. Juni 1979 in Frankreich auf. Vgl. dazu auch Dok. 165 und Dok. 166.

3 Am 18. Juni 1979 kamen die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ zu einem Treffen in Paris zusammen. Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über den Nahen Osten vom selben Tag vgl. BULLETIN 1979, S. 765.

4 Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. Juni 1979 in Straßburg vgl. Dok. 190.

5 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats über den Nahen Osten vom 29. Juni 1977 vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 516 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 174.

6 Französischer Außenminister.

7 Klaus Blech.

BM: Er meine, ein Bezug auf Camp David[8] sei entbehrlich, weil die früheren Erklärungen Camp David implizierten.

D2: Die letzte EPZ-Erklärung[9] nehme darauf sogar voll Bezug.

BM: Er fände es zweckmäßig, wenn sich im weiteren Verfahren zunächst die Minister auf einen Text einigen könnten (am 18.) bis zum 21.6., dem ER blieben dann einige Tage, so daß man den Text den USA zeigen könne. Dies könne britische Schwierigkeiten ausräumen. Für ihn sei „Jerusalem" das Entscheidende im Text. Die Saudis, die Marokkaner und einige andere Araber würden dies sehr nützlich empfinden wegen der religiösen Zusammenhänge.

D2: Die Passage über Jerusalem sei auch s.E. nach die schwierigste Frage, besonders wenn es darum geht, diesen Textteil zu konkretisieren.

Mérillon warf ein, daß er die Gefahr sehe, daß der gegenwärtige Text durch Einwände noch banalisiert werde. In einem solchen Fall wäre es besser, gar keinen Text zu haben.

FAM: Für ihn sei die Innovation tatsächlich die Form; selbst wenn an dem Text noch einiges geändert werde, sehe er erhebliche politische Fortschritte, wenn nur die Tonart aufrechterhalten bliebe. Er pflichte Mérillon bei, was den banalen Text angehe.

BM: In der Diskussion in Mercuès[10] habe er bei seinen Darlegungen keine besonderen Einwände vernommen. Wenn also die Minister insoweit gefolgt sind, sollte doch insistiert werden, daß man auf dieser Stelle „zu neunt" bleibe.

FAM meint, der Text verdeutliche, daß es zu diesem Thema wenigstens eine volle deutsch-französische Übereinstimmung gäbe. Selbst wenn man sich zu neunt nicht entsprechend einigen könne, habe schon dieser deutsch-französische Text seinen Sinn. Man könne ihn notfalls auf dem nächsten deutsch-französischen Gipfel[11] verwenden.

BM, der sich hierzu nicht äußerte, meinte, er sehe mit großen Sorgen in die nächsten Monate. Denn nach einer Versteifung in der Siedlungsfrage[12] drohe noch eine Versteifung in der Jerusalem-Frage.

FAM: Über die französische Nahost-Politik habe er im US-Kongreß nur schwache Kritik vernommen. Er meine, daß sich in der letzten Zeit vieles „verschoben" habe. Dies sei eindeutig ein Verdienst (Werk) von Sadat.

BM: Das sage ich den Arabern bei allen sich bietenden Gelegenheiten.

Referat 202, Bd. 140634

[8] Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

[9] Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten über den Nahen Osten vom 26. März 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 326.

[10] Am 12./13. Mai 1979 kamen die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ zu einem informellen Treffen in Mercuès/Cahors zusammen. Vgl. dazu Dok. 137.

[11] Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 1./2. Oktober 1979 vgl. Dok. 285 und Dok. 287.

[12] Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 161, Anm. 21.

168

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager

422-411.10 INI-340/79 VS-vertraulich **7. Juni 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Bundessicherheitsrat am 13.6.1979;
hier: Entscheidung über Rüstungsexport (U-Boote) nach Indien

Bezug: Vorlage der Abt. 4 vom 25. Mai 1979 (beigefügt[4])

Anlg.: 2[5]

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung zum Vorschlag unter Ziffer 5.1

1) Sachverhalt

1.1) Die Howaldtswerke-Deutsche Werft in Hamburg und Kiel (HDW) haben mit Schreiben vom 22.5.1979[6] das AA im Wege einer Anfrage gebeten, die Zustimmung des BSR zu folgendem Projekt (Gesamtvolumen 500 Mio. DM) einzuholen:

1.1.1) Lieferung von zwei U-Booten des Typs 209/1500 an Indien;

1.1.2) Lieferung von Materialpaketen und Übertragung von Know-how für den Lizenzbau von zwei bis drei weiteren Booten dieses Typs in Indien;

1.1.3) Option für die Lieferung von Komponenten für den Bau weiterer Boote in Indien.

1.2) Zu dem Projekt haben zwei indische Delegationen Anfang Mai[7] folgende weitere Wünsche der indischen Regierung an die Bundesregierung vorgetragen:

1.2.1) Zusicherung der Erteilung der Genehmigungen für

– das Gesamtprojekt einschließlich der Ausfuhr aller Untersysteme einschließlich Bewaffnung, Elektronik und Schiffsantriebe,

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pabsch konzipiert.
Ministerialdirektor Lautenschlager vermerkte handschriftlich: „Die beiliegende BSR-Vorlage ist zugleich die Kurzfassung. Wichtig sind insbesondere die Ziffern 4 (Abwägung) S. 7/8 und 5 (Vorschlag) S. 8/9." Vgl. Anm. 24, 25, 26 und 30.
Hat Vortragendem Legationsrat Ackermann am 8. Juni 1979 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Hermes am 7. Juni 1979 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 10. Juni 1979 vorgelegen.

4 Dem Vorgang nicht beigefügt.

5 Dem Vorgang nicht beigefügt.

6 Für das Schreiben der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG vom 22. Mai 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Pabsch vgl. Referat 340, Bd. 110539.

7 Vortragender Legationsrat I. Klasse Pabsch teilte der Botschaft in Neu Delhi am 10. Mai 1979 mit, eine indische Delegation habe „im BMVg und bei D 4 sehr weitgespanntes Konzept einer langfristigen Kooperation im U-Boot-Bau" vorgetragen: „In jedem Fall muß BSR über Gesamtprojekt entscheiden, wozu eine Firmenanfrage Voraussetzung ist. Sie liegt noch nicht vor. Unter diesen Umständen konnten der Delegation nur sehr zurückhaltende und allgemeine Auskünfte gegeben werden, um Prüfung der Ressorts und BSR-Entscheidung nicht zu präjudizieren." Vgl. den Drahterlaß Nr. 141; VS-Bd. 9522 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

– den für das Projekt erforderlichen Technologie-Transfer für einen Abwicklungszeitraum von ca. 25 Jahren;

1.2.2) Genehmigung des Transfers von allgemeiner U-Boot-Technologie, um Indien in den Stand zu setzen, später selbst U-Boote zu entwickeln;

1.2.3) ausdrücklicher Verzicht der Bundesregierung auf künftige Beschränkungen der Zulieferungen und Leistungen sowie des Technologietransfers für die gesamte Projektdauer von ca. 25 Jahren („Nicht-Embargo-Klausel");

1.2.4) Hilfestellung der Bundesmarine bei

– Güteprüfung und Erprobung der fertiggestellten Boote,
– der Ausbildung von technischem und seemännischem Personal für Betrieb, Wartung, Reparatur, Überholung und Logistik, soweit dies nicht von der Werft übernommen wird,
– der Ausbildung von Marinepersonal in allen Aspekten der U-Boot-Kriegsführung, soweit im Rahmen der Sicherheitsbestimmungen möglich;

1.2.5) Abschluß eines Geheimschutzabkommens;

1.2.6) Konsultationen auf Regierungsebene bei auftretenden Schwierigkeiten.

Alle diese Punkte sollen nach indischer Vorstellung Gegenstand eines „Memorandum of Understanding" auf Regierungsebene (Ressortabkommen der Verteidigungsministerien) sein.

2) Entscheidungsgrundlagen

2.1) Bei den genannten U-Booten handelt es sich um Kriegswaffen im Sinne des Kriegswaffenkontrollgesetzes (KWKG), die nach den rüstungsexportpolitischen Grundsätzen der Bundesregierung[8] in Länder außerhalb der NATO nur aufgrund besonderer politischer Erwägungen ausgeführt werden dürfen.

2.2) Präzedenzfälle

Die Bundesregierung (BSR) hatte bereits 1977 der Ausfuhr (ohne Lizenzbau) von zwei U-Booten nach Indien zugestimmt[9]; sie hat der indischen Regierung mehrmals zugesichert, daß diese Genehmigungen weiterhin gültig blieben. Sie hat ferner den Export von drei U-Booten nach Pakistan[10] genehmigt. Darüber hinaus hat sie die Ausfuhr von U-Booten und Kriegsschiffen in andere Nicht-NATO-Länder seit 1973 in folgenden Fällen aufgrund besonderer politischer Erwägungen gebilligt:

U-Boote:

Argentinien (2), Ecuador (2), Indonesien (3), Iran (8 bis 9), Kolumbien (2), Peru (2) und Venezuela (2).

Sonstige Kriegsschiffe:

Fregatten an Argentinien (2), Iran (4) und Nigeria (1); Minensuchboote an Brasilien (7), Indonesien (10) und Singapur (6); Schnellboote und Patrouillenboote an Argentinien (2+4), Ghana (4), Nigeria (3 bis 6), Singapur (6), Abu Dhabi und Kuwait.

8 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 2, Anm. 15.
9 Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 2. Mai 1977 vgl. Dok. 10, Anm. 5.
10 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Bosch handschriftlich: „Später widerrufen (wegen Weitergabe [an] Libyen)."

Sie hat ferner der Lizenzfertigung von 6[11] U-Booten und 4 Fregatten in Argentinien zugestimmt.

2.3) Besonderheiten des vorliegenden Projekts

Das U-Boot-Projekt Indien ist den genannten genehmigten Projekten in den meisten wesentlichen Punkten (Zahl der zu liefernden und in Lizenz zu bauenden Boote, Hilfe der Bundesmarine bei Güteprüfung und Ausbildung, Geheimschutzabkommen) vergleichbar; in den Punkten

- Option für unbegrenzten künftigen weiteren Lizenzbau (1.1.3),
- Zusicherung der Ausfuhrgenehmigung gegenüber der indischen Regierung (1.2.1),
- Transfer allgemeiner U-Boot-Technologie für künftige indische Eigenentwicklungen (1.2.2[12]),
- ausdrücklicher Verzicht auf Ausfuhrbeschränkungen für 25 Jahre („Nicht-Embargo-Klausel") (1.2.3[13]),
- Ausbildung von Marinepersonal in der U-Boot-Kriegführung (1.2.4[14], 3. Anstrich),
- Konsultationen auf Regierungsebene für Projektabwicklung (1.2.6[15])

geht es über jene Projekte hinaus. Das Vorhaben würde durch die Einbeziehung solcher Elemente den Charakter einer weitgespannten deutsch-indischen Regierungszusammenarbeit auf dem Gebiet der U-Boot-Rüstung erhalten. StM von Dohnanyi hatte Ende März 79 auf eine parlamentarische Anfrage im Bundestag erklärt, eine Zusammenarbeit der Bundesregierung mit der indischen Regierung beim Bau von U-Booten in Indien sei nicht beabsichtigt.[16]

3) Bewertung

3.1) Allgemeinpolitische Erwägungen

- Die Bemühungen der Inder, den notwendigen Ersatz für die bisherige von der Sowjetunion gelieferte U-Boot-Flotte im Westen zu schaffen (außer mit deutschen verhandeln die Inder auch mit italienischen und schwedischen Werften), ist Teil neuerer Bestrebungen, sich von der einseitigen Abhängigkeit von der Sowjetunion im Rüstungsbereich zu lösen und die Grundlagen für eine eigene Rüstungsproduktion zu legen. Die langfristige Stärkung der indischen Unabhängigkeit im Rüstungsbereich läge im Interesse des Westens. Darauf hat insbesondere die Botschaft New Delhi immer wieder nachdrücklich hingewiesen.
- Die Aufnahme einer langfristigen Zusammenarbeit im Rüstungsbereich würde die deutsch-indischen Beziehungen mit Substanz anreichern, intensivieren

11 Die Ziffer „6" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pabsch handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „4".

12 Korrigiert aus: „1.1.2".

13 Korrigiert aus: „1.1.3".

14 Korrigiert aus: „1.1.4".

15 Korrigiert aus: „1.1.6".

16 Staatsminister von Dohnanyi antwortete am 30. März 1979 im Bundestag auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Gansel. Für den Wortlaut seiner Ausführungen vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 109, S. 11691.

und festigen und damit die Einflußmöglichkeiten der deutschen Außenpolitik in Indien verbessern.

- Die langfristige Zusammenarbeit mit der deutschen Werft und der Bundesmarine würde den westlichen Einfluß in der indischen Marine stärken, die auf längere Frist eine größere Rolle im Indischen Ozean spielen dürfte und damit zur Neutralisierung der sowjetischen Präsenz beitragen könnte.
- Der indisch-pakistanische Konflikt[17] ist z.Z. nicht akut. Angesichts des Umsturzes und des Vordringens der Sowjetunion in Afghanistan[18] sind die alten Rivalitäten etwas in den Hintergrund getreten; von einem Spannungsgebiet kann in bezug auf die beiden Länder jedenfalls z.Z. nicht mehr gesprochen werden. Wir haben auch den Export von drei U-Booten für Pakistan genehmigt (allerdings ist es zu einer Verwirklichung dieses Vorhabens bisher nicht gekommen).

3.2) Rüstungsexportpolitische Erwägungen

- Die Kriegswaffenlieferungen an Länder außerhalb der NATO, denen die Bundesregierung aufgrund besonderer politischer Erwägungen zugestimmt hat, werden von ihr stets als Ausnahmen von ihren rüstungsexportpolitischen Grundsätzen bezeichnet. Wenn die Liste der Kriegsschifflieferungen an Länder der Dritten Welt seit 1973 auch lang ist (s.o. Ziffer 2.2), so macht doch jeder weitere Fall einer Genehmigung eines Großvorhabens im Bereich des Kriegsschiffbaus es schwieriger, den Anspruch, die Bundesregierung betreibe eine restriktive Rüstungsexportpolitik, weiter glaubwürdig aufrechtzuerhalten; er würde darüber hinaus neue Präzedenz- und Berufungsfälle schaffen.
- Die Bundesregierung hat sich bei Rüstungsexporten in Länder der Dritten Welt stets darauf beschränkt, den exportierenden Firmen Ausfuhrgenehmigungen zu erteilen (und bei Marinevorhaben in gewissem Umfang unvermeidliche Hilfen bei Güteprüfung und Ausbildung zu leisten); das vorliegende Projekt würde diesen Rahmen weit überschreiten und auf eine weitgespannte deutsch-indische Regierungszusammenarbeit beim Aufbau der indischen U-Boot-Rüstung hinauslaufen, die auch noch durch ein Ressortabkommen (Memorandum of Understanding) abgesichert werden soll. Eine Rüstungszusammenarbeit der Regierungen haben wir bisher aber nur mit NATO-Ländern; sie auch mit einem Land der Dritten Welt aufzunehmen, würde weitreichende Präzedenzwirkungen haben.
- Die Bundesregierung unterstützt die auf Beschränkung des Rüstungsexports in Länder der Dritten Welt gerichtete Initiative Präsident Carters[19]

[17] Seit der Unabhängigkeit Pakistans und Indiens am 15. August 1947 erhoben beide Staaten Ansprüche auf die Provinz Kaschmir, wobei von pakistanischer Seite das Argument der Selbstbestimmung der überwiegend moslemischen Bevölkerung von Kaschmir angeführt wurde. Nachdem indische Truppen den größeren südöstlichen und pakistanische Einheiten den kleineren nordwestlichen Teil der Provinz besetzt hatten, wurde nach Vermittlung der UNO am 1. Januar 1949 ein Waffenstillstand geschlossen, der den Konflikt allerdings nicht dauerhaft beenden konnte.

[18] Zum Staatsstreich am 27. April 1978 in Afghanistan vgl. Dok. 10, Anm. 19.
Zu den Beziehungen zwischen Afghanistan und der UdSSR vgl. Dok. 102, Anm. 19.

[19] Zu den von Präsident Carter am 19. Mai 1977 verkündeten sechs Grundsätzen zur amerikanischen Rüstungsexportpolitik vgl. Dok. 10, Anm. 23.

und hat sich auf der VN-Sondergeneralversammlung für Abrüstung[20] für solche Beschränkungen ausgesprochen. Wesentlicher Teil der Carter-Initiative ist die Verhinderung des Entstehens neuer Potentiale für eine eigene Rüstungsproduktion. Die Zustimmung zu der Option einer zahlenmäßig unbegrenzten Lizenzfertigung von U-Booten in Indien und zu einem Transfer allgemeiner U-Boot-Technologie würde dem widersprechen.

3.3) Wirtschaftliche und rüstungswirtschaftliche Erwägungen

- Indien als Entwicklungsland steht vor großen Problemen seiner eigenen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und erhält von der Bundesregierung Kapitalhilfe i.H.v. 360 Mio. DM jährlich. Davon fließen allerdings ca. 330 Mio. DM als Schuldendienst in die Bundesrepublik zurück. Die Bundesregierung hat in ihren entwicklungspolitischen Thesen[21] an die Entwicklungsländer appelliert, ihre Rüstungsausgaben einzugrenzen; die Zustimmung zu einem indischen Rüstungsprojekt in Höhe von 500 Mio. DM (wenn auch über mehrere Jahre verteilt) könnte zu innenpolitischer Kritik führen. Allerdings würde die Versagung dieser Zustimmung Indien mit Sicherheit nicht von der Verwirklichung des Vorhabens abbringen.
- Die indische Delegation hat in Bonn erklärt, daß Haushaltsmittel und Devisen für das Projekt bereitstehen und daß Kredite hierfür nicht in Anspruch genommen werden sollen. In der Tat würden es die z.Z. hohen indischen Devisenguthaben erlauben, das Projekt ohne Inanspruchnahme internationaler Finanzierungsquellen zu verwirklichen. Wir haben der indischen Delegation unmißverständlich deutlich gemacht, daß eine Förderung des Projekts durch Finanzierungshilfen oder Ausfuhrbürgschaften nicht in Betracht kommen kann.
- Der U-Boot-Auftrag hat für HDW eine überragende beschäftigungspolitische und wirtschaftliche Bedeutung. Die Werft weist darauf hin, daß ihr durch die Stornierung des U-Boot-Auftrags Iran[22] ein Ausfall von 3,5 Mio. Arbeitsstunden entstanden ist, für den der Indien-Auftrag einen teilweisen Ersatz bieten würde.
- Schließlich ist von erheblicher Bedeutung, daß die Bundesregierung Kriegsschifflieferungen deutscher Werften ähnlichen Umfangs in zahlreichen vergleichbaren Fällen sowie in einigen Fällen auch dem Lizenzbau im Ausland

20 Vom 23. Mai bis 30. Juni 1978 tagte in New York die Zehnte UNO-Sondergeneralversammlung über Abrüstung. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 212.

21 Am 30. Mai 1979 verabschiedete das Kabinett 17 Thesen zur Politik der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und den Entwicklungsländern. Darin hieß es: „Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsfragen gewinnen durch die Verbindung mit der Entwicklungspolitik eine neue Dimension. Mittel, die auf Grund von Abrüstungsvereinbarungen eingespart werden, sollten vor allem für Entwicklungsaufgaben verwendet werden. Alle Staaten, auch die Länder der Dritten Welt, sollten ihre Rüstungsausgaben eingrenzen." Vgl. BULLETIN 1979, S. 678.

22 Oberst i. G. Meyer-Plath, Teheran, informierte am 18. Januar 1979: „Wie bereits früher berichtet, stellt sich I[mperial]I[ranian]N[avy] etwa seit September 1978 auf erhebliche Kürzungen im laufenden, vor allem aber für das kommende Finanzjahr (ab 21.3.79) ein. Gerade deshalb ist Optimismus IIN in bezug auf sechs U-Boote Typ 209 erstaunlich. IIN scheint davon auszugehen, daß diese Boote tatsächlich nach Iran geliefert werden. Jedenfalls versucht IIN in diesem Sinne Baubeginn in Deutschland zu beschleunigen. Hintergrund dafür könnte Versuch hochrangiger Marine-Offiziere sein, durch Überzahlung spätere Rückzahlungen in eigene Tasche zu ermöglichen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 138; VS-Bd. 9522 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

(s. o. Ziffer 2.2) zugestimmt hat. Geschäftsleitung und Belegschaft der HDW würden es kaum verstehen, wenn HDW verweigert würde, was ihr und anderen bisher nahezu ausnahmslos zugestanden wurde. Festzuhalten ist aber, daß das KWKG einen Anspruch auf Erteilung der Genehmigung ausdrücklich ausschließt.

3.4) Sonderprobleme des vorliegenden Falles

Die von den Indern gewünschte Zusicherung der Bundesregierung, die erforderlichen Genehmigungen für alle Haupt- und Unterlieferungen und für einen umfassenden Technologietransfer unter Verzicht auf künftige Beschränkungen für eine Dauer von ca. 25 Jahren verbindlich zuzusagen (Ziffern 1.2.1 und 1.2.3[23]), wirft zwei Sonderprobleme auf:

- Wir haben Ausfuhrgenehmigungen bisher lediglich gegenüber den antragstellenden Exportfirmen erteilt (Ausnahme: Fregattenauftrag Iran, der aber nicht zustande kam), nicht aber gegenüber den auftraggebenden Regierungen. Die Abgabe einer entsprechenden Zusicherung gegenüber der indischen Regierung würde die Bundesregierung (in Verbindung mit der gewünschten Konsultationsklausel und den anderen vom BMVg erwarteten Zusagen auf dem Gebiet der Ausbildung) in eine Art Garantenstellung gegenüber dem Projekt bringen.
- Der Verzicht auf künftige Beschränkungen könnte nur im Rahmen unserer Gesetzgebung und unserer rüstungsexportpolitischen Grundsätze erklärt werden. Gemäß § 6 Absatz 3 KWKG ist eine Ausfuhrgenehmigung zu versagen oder gemäß § 7 Absatz 2 KWKG zu widerrufen, wenn die Gefahr besteht, daß die Waffen zu friedensstörenden Handlungen, insbesondere zu einem Angriffskrieg, verwendet werden; die rüstungsexportpolitischen Grundsätze schließen die Lieferung von Kriegswaffen in Spannungsgebiete aus. Wir haben die Inder auf diese unabdingbaren Grenzen hingewiesen; es ist fraglich, ob sich für die Inder akzeptable [24]Formulierungen finden lassen würden, die mit dieser Sachlage im Einklang stehen würden.

4) Abwägung

Die Abwägung der dargelegten Gesichtspunkte ist schwierig.

4.1) Für eine Genehmigung fallen ins Gewicht

- das außenpolitische Interesse an einer Verringerung der indischen Abhängigkeit von der Sowjetunion im Rüstungsbereich; allerdings würde bei Nichtlieferung der Boote aus Deutschland wahrscheinlich ein anderer westlicher Lieferant zum Zuge kommen;
- die zu erwartende Festigung unserer politischen Beziehungen zu Indien und die Stärkung unseres Einflusses auf die indische Marine, einen wesentlichen Sicherheitsfaktor im Indischen Ozean;
- die (Indien bereits mitgeteilte) Erteilung der Ausfuhrgenehmigung für zwei U-Boote und die Vielzahl vom BSR bereits genehmigter Vorhaben von Kriegsschifflieferungen und -lizenzbauten mit 14 Ländern der Dritten Welt;

23 Korrigiert aus: „1.1.3".
24 Beginn der Seite 7 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

– die Verbesserung der Wirtschafts- und Beschäftigungslage der betroffenen Werft (HDW).

4.2) Gegen eine Genehmigung sprechen

– der indische Wunsch nach Einbettung des Liefer- und Bauvorhabens in eine langfristige Zusammenarbeit der beiden Regierungen, die mit unseren herkömmlichen rüstungsexportpolitischen Grundsätzen nicht zu vereinbaren wäre;
– die Gefahr, daß eine weitere gewichtige Ausnahme von diesen Grundsätzen die Glaubwürdigkeit unserer restriktiven Rüstungsexportpolitik beeinträchtigt;
– der Umstand, daß Indien, der Empfänger der größten Kapitalhilfe der Bundesrepublik an ein Entwicklungsland, nicht ermutigt werden sollte, Rüstungsgroßprojekte zu Lasten seiner wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung durchzuführen; allerdings würde sich Indien durch eine Verweigerung unserer Zustimmung von der Verwirklichung des Projektes nicht abbringen lassen;
– der Widerspruch zu den internationalen Bemühungen um eine Beschränkung der Rüstungsexporte.

[25]4.3) Wir sind in Übereinstimmung mit Abteilung 3 zu der Auffassung gelangt, daß wir uns – nicht zuletzt im Hinblick auf die den Indern bereits mitgeteilte BSR-Genehmigung für die Lieferung von zwei U-Booten – dazu entschließen sollten, dem Vorhaben so weit zuzustimmen, als es im Rahmen der bisherigen Genehmigungspraxis des BSR bei Kriegsschiffaufträgen aus Ländern der Dritten Welt liegt; den darüber hinausgehenden Elementen, insbesondere jenen, die eine langfristige Zusammenarbeit auch auf Regierungsebene begründen würden, sollten wir unsere Zustimmung versagen. Die indische Regierung müßte sich alsdann selbst schlüssig werden, ob sie unter diesen Umständen ihr Projekt mit einer deutschen Werft verwirklichen will; es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie es dann vorzieht, mit einem anderen Land, das zu einer langfristigen Regierungszusammenarbeit in der U-Boot-Rüstung bereit ist, abzuschließen. Abteilung 3 weist darauf hin, daß uns eine Entscheidung auf dieser Linie auch die Möglichkeit eröffnet, etwaiger pakistanischer Kritik entgegenzuhalten, daß wir die indischen Wünsche nach einer breit und langfristig angelegten Zusammenarbeit in der U-Boot-Rüstung nicht erfüllt, sondern unsere Zustimmung lediglich auf Lieferungen und Lizenzbauten in einem Umfang beschränkt hätten, der zu dem Umfang der auch Pakistan zugestandenen Lieferungen in einem angesichts der sehr unterschiedlichen Küstenlängen angemessenen Verhältnis steht (3:5).

4.4) Das BMVg hat uns auf Arbeitsebene wissen lassen, daß gegen das Vorhaben auch in dem von den Indern gewünschten Umfang keine sicherheits-, militär- oder verteidigungspolitischen Bedenken bestehen. Das BMWi hat (ebenfalls auf Arbeitsebene) sich der unter 4.3) skizzierten Linie angeschlossen. Beide Häuser wollen eine Entscheidung auf Leitungsebene erst herbeiführen, wenn die Bewertung des Auswärtigen Amts vorliegt.

[25] Beginn der Seite 8 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

5) Vorschlag

Nach Abwägung aller dieser Umstände kommen wir zu folgendem Vorschlag:

5.1) Zur Sache

- Über die vom BSR bereits 1977 beschlossene Genehmigung der Lieferung von zwei U-Booten an Indien hinaus stimmen wir auch dem Lizenzbau von zwei bis drei weiteren U-Booten in Indien unter Verwendung deutscher Komponentenlieferungen und deutscher Technologie zu; Voraussetzung ist eine indische Zusage über den Endverbleib.
- [26]Den vom BMVg zu erbringenden Hilfestellungen stimmen wir zu, soweit sie auch bei anderen ähnlichen Vorhaben gewährt oder zugesagt wurden, d. h. Hilfestellung bei Güteprüfung und Erprobung der Boote, Ausbildung von technischem und seemännischem Personal für Betrieb, Wartung, Reparatur, Überholung und Logistik (soweit dies nicht von der Werft übernommen wird); Ausbildung von Marinepersonal in der U-Boot-Kriegführung (soweit im Rahmen der geltenden Sicherheitsbestimmungen möglich).
- Der Option für einen unbegrenzten Lizenzbau von Booten in Indien stimmen wir nicht zu.
- Dem Transfer allgemeiner U-Boot-Technologie zur Ermöglichung künftiger indischer Eigenentwicklungen über den mit dem Lizenzvorhaben nicht notwendig verbundenen Technologietransfer hinaus stimmen wir nicht zu.
- Einen ausdrücklichen Verzicht auf künftige Beschränkungen von Zulieferungen, Leistungen und Technologietransfer („Nicht-Embargo-Klausel") sprechen wir nicht aus.
- Dem Abschluß eines Ressortabkommens mit den Indern stimmen wir zu, soweit es sich auf die vom BMVg zu erbringenden und gemäß oben, zweiter Anstrich zu genehmigenden Hilfestellungen beschränkt; eine etwaige Konsultationsklausel ist ebenfalls auf diese Bereiche zu beschränken.

5.2) Zum Verfahren:

- Über den Vorschlag unter 5.1) entscheidet der BSR. Da die Inder um eine Entscheidung bis Mitte Juli gebeten haben, muß die Entscheidung bald erfolgen.[27]

26 Beginn der Seite 9 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

27 Ministerialdirigent Matthias notierte am 22. Juni 1979: „Über die vom Auswärtigen Amt dem Bundessicherheitsrat vorgelegte Entscheidungsvorlage vom 7.6.1979 konnte in der BSR-Sitzung vom 13.6.1979 nicht entschieden werden. [...] Eine weitere Sitzung des BSR findet erst nach der Sommerpause (Termin noch unbestimmt) statt. Eine Beschlußfassung des BSR im Umlaufverfahren wird im Hinblick auf die politische Bedeutung der Angelegenheit nicht empfohlen. Damit bleibt als einzige Möglichkeit für eine rechtzeitige Entscheidung eine Beratung des Bundeskanzlers und der beteiligten Minister (AA, BMWi, BMVg) am Rande einer Kabinettssitzung". Vgl. VS-Bd. 9522 (422); B 150, Aktenkopien 1979.
Bundeskanzler Schmidt führte am 6. Juli 1979 ein Gespräch mit den Bundesministern Apel und Genscher sowie Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, Staatsminister Wischnewski, Bundeskanzleramt, und Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt. Dabei wurde folgender Beschluß gefaßt: „1) Der BSR bekräftigt die 1977 beschlossene Genehmigung für die Lieferung von zwei U-Booten an Indien. 2) In Ergänzung zu diesem Beschluß stimmt der BSR zu, daß zusätzlich zwei bis drei weitere U-Boote in Indien unter Verwendung deutscher Komponenten und deutscher Technologie hergestellt werden. Voraussetzung ist eine indische Zusage über den Endverbleib. 3) Den vom BMVg zu erbringenden Hilfestellungen stimmen wir zu, soweit sie auch

– Die BSR-Entscheidung wird der indischen Regierung formell über unsere Botschaft in New Delhi mitgeteilt und auf der Grundlage unserer rüstungsexportpolitischen Grundsätze erläutert.[28]

5.3) Es wird gebeten

– dem obigen Vorschlag zuzustimmen,

– die beigefügte Vorlage an den BSR[29], der am 13.6. zum letzten Mal vor der Sommerpause zusammentritt, zuzustimmen und sie zu unterzeichnen.

Abteilung 3 hat mitgezeichnet.[30]

Lautenschlager

VS-Bd. 9522 (422)

Fortsetzung Fußnote von Seite 814

bei anderen ähnlichen Vorhaben gemacht oder zugesagt wurden (Güteprüfung und Erprobung der Boote; Ausbildung von Personal für Betrieb, Wartung, Reparatur und Logistik; Ausbildung von Marinepersonal in der U-Boot-Kriegsführung – soweit im Rahmen der geltenden Sicherheitsbestimmungen möglich). 4) Der Option für einen unbegrenzten Lizenznachbau von U-Booten in Indien stimmen wir nicht zu. 5) Dem Transfer allgemeiner U-Boot-Technologie zur Ermöglichung künftiger indischer Eigenentwicklungen stimmen wir nicht zu. 6) Einen ausdrücklichen Verzicht auf künftige Beschränkungen von Zulieferungen, Leistungen und Technologietransfer sprechen wir nicht aus. Wir sind aber bereit, eine Wohlwollenserklärung etwa folgenden Inhalts abzugeben: Die Bundesregierung ist wegen des von der indischen Seite betonten Interesses an einer ungestörten Lieferung für die gesamte Projektdauer von 25 Jahren bereit, zuzusagen, daß im Rahmen der verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Regelungen sowie der politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Rüstungsgütern für die Laufzeit des Projekts mit den erforderlich werdenden Einzelgenehmigungen gerechnet werden könne. 7) Dem Abschluß eines Ressortabkommens mit Indien stimmen wir zu, soweit es sich auf die vom BMVg zu erbringenden, obengenannten Hilfestellungen beschränkt; eine etwaige Konsultationsklausel ist ebenfalls auf diese Bereiche zu beschränken." Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt, vom 9. Juli 1979; VS-Bd. 11182 (340); B 150, Aktenkopien 1979.

28 Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 208 des Ministerialdirektors Lautenschlager vom 12. Juli 1979 an die Botschaft in Neu Delhi; VS-Bd. 9522 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

29 Für die Beschlußvorlage des Auswärtigen Amts vom 7. Juni 1979 für die Sitzung des Bundessicherheitsrats am 13. Juni 1979 vgl. VS-Bd. 9522 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

30 Ende der Seite 9 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

169

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit

200-350.32-282I/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 7. Juni 1979, 17.59 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2822 Plurez

Betr.: Europäische Politische Zusammenarbeit;
hier: 85. Politisches Komitee am 5. und 6. Juni 1979 in Paris

In Ergänzung der im gesondert übermittelten Relevé de conclusions[2] festgehaltenen Ergebnisse wird folgendes mitgeteilt:

1) TOP UN-Abrüstung

Bei allgemeiner Zustimmung zum Bericht der AG[3] verlief Diskussion kurz und unkontrovers. UK forderte unter Bezugnahme auf Frühwarnbericht kommende Präsidentschaft[4] auf, noch im Juli Dokument zu zirkulieren, in dem Fragen identifiziert werden, denen sich die Neun während der kommenden Sitzungsperiode mit Vorrang widmen sollen. AG soll unmittelbar nach Sommerpause zusammentreten und sich mit Arbeitspapier befassen.

Präsidentschaft wies auf Anzeichen hin, daß China möglicherweise im kommenden Jahr seinen Platz im CD einnehmen wird.[5]

2) KSZE

Zum Bericht über Ziele und Strategie der Neun in Madrid[6] äußerte DK Befürchtung, daß Abschnitt I A Eindruck erwecken könne, die Neun beabsichtigten, mit KSZE-Prozeß Systemänderung in Ostblockländern herbeizuführen.[7]

1 Durchdruck.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit am 12. Juni 1979 erneut vorgelegen.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit übermittelte am 7. Juni 1979 den Entwurf der Relevé de conclusions des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ vom 5./6. Juni 1979 in Paris, der mit Drahtbericht Nr. 1912 (Coreu) vom 6. Juni 1979 aus Paris übersandt wurde. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 2804; VS-Bd. 11078 (200).

3 Die Arbeitsgruppe „VN – Abrüstung" im Rahmen der EPZ tagte am 2./3. Mai 1979 in Paris. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1370 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron, z. Z. Paris, vom 2. Mai 1979; Referat 200, Bd. 112910.

4 Irland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

5 Zur Frage der Teilnahme der Volksrepublik China an den Sitzungen des Committee on Disarmament vgl. Dok. 40, Anm. 8.

6 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

7 Die EG-Ratspräsidentschaft übermittelte am 9. Mai 1979 einen Berichtsentwurf („Projet de rapport sur les objectifs et la stratégie des états participants à la réunion de Madrid"). In Abschnitt I A hieß es: „La CSCE apporte un soutien aux forces de changement dans les pays de l'est, qu'il s'agisse des dissidents proprement dits ou des éléments qui s'efforcent d'agir à l'intérieur des régimes. De plus, elle constitue un appui à ceux des gouvernements socialistes qui s'efforcent le plus activement de développer leurs rapports avec l'ouest et à ceux qui, comme la Roumanie, adoptent une attitude indépendante vis-à-vis de Moscou." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1620 aus Paris (Coreu); Referat 200, Bd. 111242.

Dies entspreche nicht unserem Konzept, das vielmehr die Verschiedenheit der Systeme zum Ausgangspunkt nehme. In Vorbereitung für Madrid müßten im übrigen für alle Körbe „guidelines" erarbeitet werden.

UK forderte, daß Papier nicht zur Festschreibung oder zum Ausschluß von einzelnen Fragen führen dürfe, da Entwicklung bis zum Zusammentreten der Madrider Konferenz unübersehbar sei und Vorstellungen der Neun über ihr Vorgehen im Lichte neuer Ereignisse überprüft werden müßten. Was die Frage der CBMs anbetreffe, so gebe es selbstverständlich eine Beziehung zwischen ihrer Behandlung im Rahmen der KSZE und in der EAK[8]. Ihr Wert für die Erhaltung des Friedens in Europa sei zur Zeit noch begrenzt, könne aber in bedeutendem Umfange steigen. In jedem Falle seien sie ein Teil der „Helsinki balance" und müßten als solche in diesem Rahmen verbleiben.

D 2[9] pflichtete dem bei. Option ständiger Überprüfung des Papiers müsse offengehalten werden. Was Systemunterschiede anbetreffe, so nehmen wir sie als Realität zur Kenntnis. Es sei nicht unsere Absicht, mit KSZE-Prozeß Sturz anderer Systeme zu bewirken, aber wir müßten Eindruck vermeiden, daß uns die Schlußakte zur Garantie dieser Systeme verpflichtet. Prinzip Nr. 7[10] sei auch für Individuen im Ostblock legitimer Referenzpunkt. Diese Auffassung dürften wir nicht unserem Streben nach Entspannung zum Opfer bringen. Gleiches gelte für das Unabhängigkeitsstreben osteuropäischer Länder. Wir wollten zentrifugale Tendenzen nicht verstärken. Wenn sich jedoch Länder mit ihren Bestrebungen nach Eigenständigkeit innerhalb der Schlußakte bewegten, so hätten sie unsere Billigung. Diese Aktionsparameter seien in einem Papier schwer zu definieren.

Was CBMs anbetreffe, so hätten einzelne Vorschläge von F (z.B. geographischer Anwendungsbereich in EAK) unsere Sympathie. Wir sollten aber nicht für mögliche Verbesserungen zu späterer Zeit (Taube auf dem Dach) die Aufnahme der CBM in Schlußakte und weiteren KSZE-Prozeß (Spatz in der Hand) fahren lassen.

NL betonte, daß Gebot der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten nicht bedeute, daß Kampf der Ideen aufgehört habe. Es sei legitim, wenn wir darauf bauten, daß unsere Ideen sich schließlich als stärker erweisen würden. Wir seien nicht verpflichtet, Existenz der Regime in Osteuropa zu garantieren.

3) TOP Osteuropa

Unser Vorschlag, daß AG sich – unter Berücksichtigung ihres gegenwärtigen Arbeitsprogramms – mit Lage in der ČSSR befaßt, fand Zustimmung. Dabei sollen alle Aspekte berücksichtigt werden (keine Einengung auf Dissidentenfrage). UK sprach der AG für ihren Bericht über „Aktivitäten der sozialistischen

8 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 3, Anm. 16.

9 Klaus Blech.

10 Im Abschnitt „Fragen der Sicherheit in Europa" (Korb I) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 bzw. in der „Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten", behandelte Punkt VII die „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit". Für den Wortlaut vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 917 f.

Staaten zugunsten der Jugend der Dritten Welt“[11], der auf britischen Vorschlag zurückgeht, volle Anerkennung aus, ohne auf weitere[12] Behandlung des Themas (etwa im Hinblick auf Konzertierung Neuner-Haltung in dieser Frage) zu dringen. Es bleibt abzuwarten, ob Thema damit abgeschlossen ist.

4) TOP Asien

Im Anschluß an Bericht Präsidentschaft[13] über letzte AG-Sitzung äußerte UK Besorgnis hinsichtlich Pakistans.[14] UK glaube, daß Pakistan Nuklearwaffenkapazität anstrebe.[15] Dem müßten Neun entgegenwirken, indem sie einerseits Exportrestriktionen strikt einhielten, zum anderen aber versuchten, sich Pakistans Sicherheits- und wirtschaftlicher Bedürfnisse anzunehmen. Weiter bereite UK Flüchtlingsfrage Sorge. Hongkong beherberge bereits 40 000 Vietnamflüchtlinge.[16] Eine internationale Aktion sei nunmehr angezeigt, nachdem Anzeichen darauf hindeuteten, daß Vietnam chinesische Minderheit von – noch – 800 000 Menschen aus dem Lande weisen wolle. UK habe bereits mit skandinavischen Ländern Kontakt aufgenommen. Es habe auch versucht, über dritte Länder (UdSSR) auf Vietnam einzuwirken. NL verwies auf Aufnahme von 300 Vietnamflüchtlingen und erklärte, in Kambodscha stehe ungeheure Hungersnot bevor. Man müsse sich fragen, wie man in jetziger Lage kambodschanischem Volk helfen könne. Was Pakistan anbetreffe, so gebe es nur eine wirksame Möglichkeit, unerwünschten Entwicklungen zuvorzukommen: Die gesamte Region müßte denuklearisiert werden. IRL wies auf eigene Bemühungen hin (Aufnahme von 100 Flüchtlingen). Auf Vietnam müsse Druck ausgeübt werden, um es zu einem akzeptablen Verhalten eigener Bevölkerung gegenüber zu veranlassen. Hierzu berichtete I, UN-Generalsekretär Waldheim habe Ministerpräsident Andreotti erklärt, Premierminister Pham Van Dong habe ihm Zusage gegeben, daß Vietnam nun Flüchtlinge ungehindert ausreisen lassen würde (keine Ausreisesteuer). Diese Sicht sei offenbar eine ganz andere. Thailand rechne in einigen Monaten mit 200–300 000 Flüchtlingen aus Kambodscha.

F wies in längeren Ausführungen darauf hin, daß zu unterscheiden sei zwischen Aufgaben des UN-Hochkommissars für Flüchtlingsfragen[17], dessen Rolle

11 Die Arbeitsgruppe „Osteuropa“ im Rahmen der EPZ legte dem Politischen Komitee nach ihrer Sitzung am 29./30. Mai 1979 in Paris eine Studie vor („Les activités de l'U.R.S.S., des pays de l'est et de Cuba en faveur de la jeunesse du tiers monde“). Für eine Kurzzusammenfassung vgl. den Drahtbericht Nr. 1883 aus Paris (Coreu); Referat 200, Bd. 119444.

12 Korrigiert aus: „ohne weitere“.

13 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

14 Die Arbeitsgruppe „Asien“ im Rahmen der EPZ tagte am 17./18. Mai 1979 in Paris. Die EG-Ratspräsidentschaft übermittelte am 25. Mai 1979 einen Kurzbericht zum Thema Pakistan. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1788 aus Paris (Coreu); Referat 200, Bd. 112936.

15 Ministerialdirigent Ungerer notierte am 26. Juni 1979: „Wir stehen seit Beginn 1979 in einem engen Kontakt mit der amerikanischen Seite über mögliche nukleare Ambitionen Pakistans. Problematik ist hier folgende: Amerikaner weisen darauf hin, ohne dies allerdings zu präzisieren, daß sie Intelligence-Informationen über den Bau einer Anreicherungsanlage nach dem Gasultrazentrifugenverfahren in Pakistan hätten (dieses Verfahren ist besonders für die Hochanreicherung, also die Herstellung waffengrädigen Materials, geeignet). Ursprünglich nahmen Amerikaner an, daß Pakistan für die Herstellung eines nuklearen Sprengkörpers drei bis fünf Jahre benötigen würde; nach neuesten Erkenntnissen glauben sie, daß Pakistan hierzu im Verlauf eines Jahres in der Lage sei“. Vgl. VS-Bd. 11566 (222); B 150, Aktenkopien 1979.

16 Zu den „Indochina-Flüchtlingen“ vgl. Dok. 5, Anm. 33.

17 Poul Hartling.

ihrer Natur nach „intermédiaire" sei, und der endgültigen Unterbringung der Flüchtlinge. Es gehe ausschließlich um das letztere Problem. F habe im ganzen bereits 70000 Flüchtlinge aus Südostasien aufgenommen (darunter 5000 vietnamesische Intellektuelle, die sich beim Fall von Saigon[18] in Frankreich befanden). 50 Flüchtlingsdurchgangslager seien noch in Betrieb.

D2 erklärte, Probleme Pakistans müßten in ihrer Gesamtheit (nicht isoliert auf NV-Aspekt) angegangen werden.

Was Kambodscha anbetreffe, so sei zu erwägen, ob UN-Hochkommissar nicht versuchen sollte, in Kambodscha selbst Lebensmittelhilfe zu leisten. D2 warf Frage des ASEAN-Außenministertreffens auf Bali am 29./30.6.[19] auf. ASEAN-Staaten hätten Interesse an einer EG-Präsenz gezeigt. Japanischer[20], australischer[21] und US-Außenminister[22] seien eingeladen. Es würde nach geglückter Einleitung der Beziehungen zu ASEAN im November 1978[23] nicht gut aussehen, wenn EG durch Abwesenheit glänze. Präsidentschaft wird vermutlich bei Einladung seitens ASEAN-Staaten Staatssekretär Quai d'Orsay entsenden.

5) TOP Afrika

Zum Thema Verhaltenskodex[24] wiederholte UK, es sei schwierig, Firmen in einem Land zur Berichterstattung zu veranlassen, wenn andere Länder hinterherhinkten. UK schlage vor, AG solle sich mit Modalitäten eines gemeinsamen Berichtes der Neun zu diesem Thema befassen. D2 entgegnete, wir seien bereit, an gemeinsamem Bericht mitzuwirken. Bevor über Modalitäten gesprochen würde, müßten jedoch nationale Berichte vorliegen.

6) TOP UN

Es bestand Einigkeit, daß die im rapport oral Punkt 3E vorgeschlagene Sitzung des PK im Oktober zu Fragen der 34. GV[25] nicht in New York, sondern in Dublin stattfinden soll.[26]

7) Heranführung Griechenlands an die EPZ

Korrespondenten sowie Direktoren während Abendessens erörterten nochmals Einzelheiten der Heranführung Griechenlands an die EPZ. Das Ergebnis die-

18 Am 30. April 1975 wurde Saigon durch nordvietnamesische Truppen und deren Verbündete eingenommen.

19 Vom 28. bis 30. Juni 1979 fand in Denpasar auf Bali eine Tagung der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 458–464 (Auszug).

20 Sunao Sonoda.

21 Andrew Peacock.

22 Cyrus Roberts Vance.

23 Am 20./21. November 1978 fand in Brüssel eine Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 353.

24 Die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten traten am 20. September 1977 am Rande der EG-Ministerratstagung in Brüssel zu einem Treffen im Rahmen der EPZ zusammen. Dabei billigten sie einen Verhaltenskodex für Unternehmen, die Vertretungen, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften in Südafrika besaßen. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 9/1977, S. 51 f.

25 Die XXXIV. UNO-Generalversammlung fand vom 18. September 1979 bis 7. Januar 1980 statt.

26 Das Politische Komitee im Rahmen der EPZ tagte am 11./12. Oktober 1979 in Dublin. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 5167 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit vom 15. Oktober 1979; VS-Bd. 11078 (200); B 150, Aktenkopien 1979.

ser den auf dem 84. PK[27] angenommenen Bericht der Korrespondenten präzisierenden Erörterungen wird die Präsidentschaft in einem Coreu zirkulieren, das den Auslandsvertretungen nach Eingang zugeleitet wird.[28]

8) Auf Abendessen der Direktoren wurde TO für Ministertreffen am 18. Juni[29] erörtert:

a) KSZE (offen blieb, ob Präsidentschaft Partnern auch Abrüstung als gesonderten TOP vorschlagen wird. Fragen der Rüstungskontrolle (CBM) dürften in jedem Falle unter dem TOP KSZE zur Sprache kommen);

b) Südliches Afrika;

c) Asien (Pakistan, Flüchtlingsfragen, ASEAN-Treffen in Bali);

d) Nahost und EAD;

e) Zypern (falls am 15.6. beginnende interkommunale Gespräche[30] Erörterung rechtfertigen).

9) Über Erörterungen zur Nahost-Frage sowie EAD ergeht gesonderter Erlaß an besonders interessierte Vertretungen.[31] Themen werden in Vorbereitung von Ministerkonferenz in üblichen Gremien weiter behandelt.

Stabreit

VS-Bd. 11078 (200)

27 Das Politische Komitee im Rahmen der EPZ tagte am 3./4. Mai 1979 in Paris. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 2500 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit vom 7. Mai 1979; VS-Bd. 11078 (200); B 150, Aktenkopien 1979.

28 Die EG-Ratspräsidentschaft übermittelte am 25. Juni 1979 einen „Bericht über die Einbeziehung Griechenlands in die EPZ zwischen der Unterzeichnung der Beitrittsurkunden und deren Inkrafttreten" („Association de la Grèce à la C[oopération]P[olitique]E[uropéenne] entre la signature des actes d'adhésion et leur entrée en vigueur"). Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2151 aus Paris (Coreu); Referat 200, Bd. 119455.

29 Zum Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 18. Juni 1979 in Paris informierte Vortragender Legationsrat Boll am 21. Juni 1979, der Schwerpunkt der Gespräche habe auf den Themen KSZE, Nahost und Indochina-Flüchtlinge gelegen: „Bundesminister unterstrich, es müsse vermieden werden, daß KSZE-Prozeß versandet. Deshalb müsse der Dialog in Madrid auf politischer Ebene geführt werden. Die Minister müßten zumindest zeitweilig an dem Treffen teilnehmen. Von den Sachthemen messe die Bundesrepublik vertrauensbildenden Maßnahmen eine besondere Bedeutung zu. [...] Diskussion der Nahost-Frage nahm breiten Raum ein. Im Zentrum stand dabei Presseerklärung zu Nahost, die von Ministern verabschiedet wurde [...]. Minister erörterten eingehend und unter dem Eindruck wachsender Anteilnahme westlicher Öffentlichkeit Flüchtlingsproblematik in Südostasien. [...] Es bestand Einigkeit, daß zwischen der Linderung aktueller Not und der Beseitigung der Ursachen des Flüchtlingsstroms unterschieden werden muß. Was die Notlage der aus Vietnam geflüchteten Menschen anbetrifft, sollen den Mitgliedsregierungen größere Anstrengungen (finanzielle Hilfe, Aufnahme von Flüchtlingen etc.) empfohlen werden." Vgl. den Runderlaß Nr. 66; Referat 012, Bd. 111777; B 150, Aktenkopien 1979.

30 Zur geplanten Wiederaufnahme der Volksgruppengespräche über Zypern am 15. Juni 1979 vgl. Dok. 183, Anm. 8.

31 Vgl. Dok. 170.

170

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit

200-350.32-282II/79 geheim **7. Juni 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 2855 Plurez **Aufgabe: 8. Juni 1979, 18.52 Uhr**

Betr.: 85. Politisches Komitee in Paris am 5. und 6. Juni 1979[2];
hier: TO-Punkte Nahost und EAD

1) Ausgehend von einer Anregung Bundesministers auf informellem Ministertreffen in Schloß Mercuès am 12./13.5.[3] kam es auf PK am 5. und 6. Juni 1979 zu eingehender Erörterung der oben bezeichneten Themen und ihrer weiteren Behandlung. Unter allen Beteiligten bestand Einigkeit, daß mit dem Abschluß des Washingtoner Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel[4] eine neue Lage entstanden ist, da USA aus der Rolle des Schiedsrichters in die einer Partei übergewechselt seien. Der Friedensprozeß sei ins Stocken geraten. Dabei spiele die wenig konstruktive Haltung der israelischen Regierung die Hauptrolle. Halte dieser Zustand an, werde Präsident Sadat, dessen Sturz unübersehbare Folgen haben würde, ernstlich in Gefahr geraten. Für Europa sei es nun Zeit, seine Haltung vor dem Hintergrund früherer Neuner-Erklärungen[5] sowie der UN-Sicherheitsratsresolution[6] neu zu definieren und dabei in einzelnen Punkten (Westbank, Palästinenser, Jerusalem, Siedlungspolitik) über das Stadium allgemeiner Standortbestimmung zu konkreteren Aussagen zu finden, ohne indes den „blueprint" für eine Friedenslösung liefern zu wollen. Friedensvertrag ist ein Faktum, vom dem auszugehen ist. Aufgabe weiteren Vorgehens wird es sein, Sadat den Rücken zu stärken, indem auf diejenigen Elemente des Vertrages abgehoben wird, die über bilaterales ägyptisch-israelisches Verhältnis hinausweisen und insbesondere Westbank-Lösung ins Auge fassen. Gleichzeitig soll damit gemäßigten Staaten der Bagdad-Front[7] bedeutet werden, daß

1 Durchdruck.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 7. Juni 1979 zur Mitzeichnung vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Blech am 8. Juni 1979 zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Zur Tagung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 5./6. Juni 1979 in Paris vgl. auch Dok. 169.

3 Am 12./13. Mai 1979 kamen die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ zu einem informellen Treffen in Mercuès/Cahors zusammen. Vgl. dazu Dok. 137.

4 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

5 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über den Nahen Osten vom 6. November 1973 vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 29 f.
Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats über den Nahen Osten vom 29. Juni 1977 vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 516 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 174.
Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten über den Nahen Osten vom 19. September 1978 vgl. BULLETIN DER EG 9/1978, S. 61 f.
Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten über den Nahen Osten vom 26. März 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 326.

6 Korrigiert aus: „Sicherheitsresolution".
Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 20.

7 Vom 2. bis 5. November 1978 fand in Bagdad eine Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.
Zur Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad vgl. Dok. 91, Anm. 10.

Europa sich für dynamische Entwicklung in Richtung auf von ihnen geforderter und auch von uns als notwendig erkannter Globallösung einsetzt.

Das PK sah davon ab, schon jetzt eine Entscheidung darüber zu treffen, welche Form Aktion der Neun, falls es zu solcher kommt, annehmen soll (öffentliche Erklärung, Demarche). Es ist vorgesehen, daß sich Arbeitsgruppe am Montag, dem 11.6., in Paris trifft.[8] Direktoren werden sich mit Ergebnis der AG-Sitzung auf Sondersitzung des PK am 14.6. befassen[9], um gegebenenfalls letzte Hand an einen den Ministern am 18.6. vorzulegenden Entwurf zu legen und nach Möglichkeit noch vorhandene Differenzen aufzulösen[10]. Längere Diskussion galt der Frage der Geheimhaltung. Es wurde vereinbart, strikte Konfidentialität zu beachten, um jeden Versuch der Einflußnahme von außen auszuschließen. Es wird deshalb gebeten, von vorliegender Information gegenüber Dritten keinen Gebrauch zu machen.

Aus der Diskussion ist folgendes festzuhalten:

D2[11] (in Erläuterung der Ausführungen Bundesministers in Mercuès): Die Neun müssen jetzt konkreter werden, als dies ihre früheren abstrakten Äußerungen waren. Die gemäßigten Araber und wir selbst haben ein Interesse am Überleben Sadats. In praxi heißt das, wer Sadat unterstützen will, der muß Tatsache des Friedensvertrages anerkennen, denn Sadat hat sein Schicksal mit dem Vertrag verbunden. Er muß aber auch Notwendigkeit der Globallösung anerkennen, da Sadat sich auch hiermit verbunden hat. Insoweit stehen wir USA nahe. Wesentlicher Unterschied zu USA: Wir sind nicht Partei, wollen unparteiisch bleiben. Unsere (flankierende) Unterstützung bedeutet deshalb nicht Identifikation. Würden wir uns mit der amerikanischen Rolle identifizieren, müßten wir auch die Begrenzungen akzeptieren, die der Parteienrolle der US inhärent sind. Wir wollen das Interesse der Parteien auf die Lösung aller noch für ein comprehensive settlement relevanten Fragen richten, was nicht heißt, daß wir in jedes Detail gehen müssen.

8 Ministerialdirigent Petersen notierte am 13. Juni 1979: „Gemäß Mandat des 85. PK vom 5. und 6.6.1979 ist die Nahost-Arbeitsgruppe am 11. und 12.6.1979 in Paris zusammengetreten. [...] Aufgrund des Drängens von verschiedener Seite hat die Präsidentschaft schließlich ein auf unserem bilateralen Entwurf beruhendes Papier als ‚non-paper' eingebracht, das Grundlage der Beratungen wurde. Es zeigten sich sehr stark die differierenden Auffassungen von Frankreich, das die Autonomieverhandlungen für praktisch gescheitert hält und das Vertragswerk am liebsten gar nicht erwähnen möchte, auf der einen Seite und der Mehrheit der Neun, insbesondere die Niederlande und Großbritannien, auf der anderen Seite, die stark auf den Vertrag und die Förderung des Autonomieprozesses abstellen. [...] Im Mittelpunkt des neuen Papiers steht die Perspektive für eine Globallösung." Vgl. Referat 200, Bd. 113235.

9 Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler vermerkte am 15. Juni 1979: „Am 14.6.1979 befaßte sich das PK in einer Ad-hoc-Sitzung mit der Erarbeitung von Elementen für eine Position der Neun zum Nahen Osten. [...] Es gelang nicht, sich auf einen gemeinsamen Text für die ‚Elemente' einer Nahost-Lösung zu einigen. Die Hauptschwierigkeiten liegen bei den Basiselementen: Bezug auf die Erklärung der Neun vom 26.3.1979, Autonomie, Selbstbestimmungsrecht und Jerusalem. Gleichwohl reichen die Elemente, über die eine Einigung erzielt werden konnte, bereits als Gerippe aus, um auf dieser Grundlage die Erörterungen fortzusetzen. Offen geblieben sind auch die Optionen für eine öffentliche Erklärung, Brief oder Demarche. Die Minister werden am 18.6. über die Sache und das Verfahren zu entscheiden haben. Der Eindruck verstärkte sich, daß bei den Franzosen [...] das Interesse an der Erarbeitung einer gemeinsamen Position geschwunden ist." Vgl. Referat 200, Bd. 112935.

10 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über den Nahen Osten vom 18. Juni 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 765.

11 Klaus Blech.

DK: Neue Situation nach Unterzeichnung Friedensvertrages. Die Folgeschritte sind nicht zustande gekommen.

Israelis haben Maximalpositionen bezogen (Autonomie in Cisjordanien nur persönliche Autonomie, nicht Territorialautonomie, Souveränität bleibt bei Israel).[12] Amerikaner sind sich über nächste Schritte nicht im klaren. Sie würden es begrüßen, wenn Neun etwas unternehmen. In Frage steht vor allem israelische Siedlungspolitik[13] und Palästinenserfrage. Die Neun unterhalten ständige Kontakte mit der PLO, was für USA schwierig durchzuhalten ist. Wir stehen zwar im allgemeinen gemäßigten arabischen Regierungen näher als USA, aber es ist schwierig, diese an Friedensprozeß heranzuführen: „They don't think it's a paying proposition." Wir Europäer müßten unsere Glaubwürdigkeit als Gesprächspartner für die arabische Seite untermauern, indem wir konkreter würden. Dabei könnten wir uns auf bedeutenden Fundus gemeinsamer Anschauungen stützen. Die Aktionsparameter der Europäer sind klar: Europa will nicht Partei werden und darf keine Detaillösung anbieten.

B: Grundsätzliche Übereinstimmung mit D und DK.

UK: Ohne Globallösung geht Washingtoner Vertrag verloren. Israels Position ist „extremist" und schadet weiterer Entwicklung. Zu amerikanischem Vorgehen „step by step" gibt es aber keine Alternative. Z. Z. verschärft sich Ägyptens Isolierung in gefährlicher Weise. Am besten helfen wir Sadat, wenn wir Israelis zu mehr Flexibilität veranlassen. Anti-Sadat-Araber müssen davon überzeugt werden, daß wir für Globallösung eintreten.

Trotz Haßkampagne in arabischen Staaten und weitem Auseinanderklaffen israelischer und ägyptischer Position sind die am Vertrag Beteiligten entschlossen, Westbank-Lösung zu suchen. Wenn die Araber auf der Westbank ein Stück echter Autonomie erhielten, so könnte dies Friedensprozeß in Gang halten. Israels Vorstellungen reichen jedoch nicht an das heran, was Araber allenfalls noch akzeptieren können. Autonomie muß Kontrolle über öffentliche Ländereien und Wasserverteilung umfassen. Die Siedlungspolitik muß eingestellt werden. Israel muß aufhören, Major Haddad im Libanon zu unterstützen.[14] Die Palästinenser müssen in den Friedensprozeß eingebunden werden. Dies geht jedoch nur, wenn ihnen Aussicht auf echte Autonomie geboten wird. Jerusalem-Frage z. Z. wohl unlösbar: Wenn wir zu sehr in Details dieser Frage gehen, gefährden wir Fortschritte in der Westbank- und Gaza-Frage. GB zieht diplomatische Aktion (Demarchen) öffentlicher Erklärung vor.

NL: Globale Lösung muß Interessen aller Länder der Region wahren, also auch Existenzrecht und Sicherheitsinteressen Israels. Wir dürfen uns deshalb nicht auf PLO-Frage, Westbank und Jerusalem beschränken. Keine einseitige Sicht der Probleme. Jerusalem: Kaum Aussage möglich, ohne es mit der einen oder anderen Seite zu verderben. Prozedural sind wir für Demarche, die vertraulich bleiben sollte.

12 Zum Vorschlag der israelischen Regierung für eine Autonomieregelung vgl. Dok. 134, Anm. 19.

13 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 161, Anm. 21.

14 Zu den israelischen Militäroperationen gegen Ziele im Libanon vgl. Dok. 134, Anm. 5.
Zu den Aktivitäten des Milizenführers Haddad im Süden des Libanon vgl. Dok. 137, Anm. 13.

LUX: Grundsätzliche Übereinstimmung mit D und DK. Wir dürfen nicht die Golan-Höhen vergessen. Unsere Interpretation der Sicherheitsratsresolution[15] 242 impliziert, daß die Israelis für die Westbank keine Souveränitätsrechte in Anspruch nehmen können. Für Jerusalem-Lösung ließen sich historische Beispiele in Anspruch nehmen.

L frage, wie lange man noch feststellen könne, daß eine Seite im Konflikt gegen internationales Recht verstoße, ohne daß man daraus Konsequenzen ziehe. Anerkennung der PLO komme nicht in Betracht, wohl aber Anerkennung der Tatsache, daß PLO bedeutenden Teil der Palästinenser repräsentiere und politische Kraft darstelle, die an Autonomielösung partizipieren müsse.

I: Auch Jerusalem ist Teil besetzten Gebietes und muß früher oder später von Friedensprozeß erfaßt werden.

IRL: Unsere bisherige Position war distanziert. Wir müssen jetzt zu einer „intermediate position" übergehen in einem Zeitpunkt, in dem USA festgefahren sind. Die USA sind vermutlich sogar dafür. Bestenfalls können wir die Situation vorantreiben. In jedem Falle müssen wir unsere Position neu bestimmen und formulieren, weil sich so viel Neues ereignet hat. Auch im Hinblick auf euro-arabischen Dialog (EAD) ist dies notwendig. Viel von dem, was gesagt werden muß, ist schon in früheren Erklärungen enthalten. Es muß neu formuliert und um weitere Elemente (Friedensvertrag, PLO etc.) angereichert werden. Auch Major Haddad und der Libanon müssen erwähnt werden; die bisherigen prinzipiellen Aussagen der Neun müssen konkreter auf die gegebene Lage angewandt werden, da sonst Rolle der UN-Friedenskräfte in Mißkredit gerät.

F: Wir sind immer konsequent für Globallösung eingetreten.

- Heute betrachten wir NO-Lage aus zwei Gründen besonders skeptisch. Möglichkeit eines Friedens mit der stärksten arabischen Militärmacht – Ägypten – hätte als Hebel benutzt werden müssen, um Israel zu Konzessionen in anderen Punkten zu veranlassen. Das sei nicht geschehen. F sei ferner skeptisch, weil es die Entwicklung nach Abschluß des Washingtoner Vertrages beobachtet habe. Israelische Haltung sei keiner Evolution unterworfen.
- F trete für eine Aktion der Neun ein. Dokument sollte sich zwar nicht mit Details befassen, aber prinzipielle Aussagen zu den offenen Fragen eines comprehensive settlement machen.

2) In der Frage des EAD hatte EKG[16] Text einer Mitteilung der Präsidentschaft[17] an die gegenwärtige arabische Präsidentschaft (Somalia) entworfen.[18]

15 Korrigiert aus: „Sicherheitsresolution".

16 Europäische Koordinierungsgruppe.

17 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

18 Ministerialdirigent Petersen notierte am 12. Juni 1979: „Die Existenz zweier Arabischer Ligen in Kairo und Tunis [...] hat zum Stillstand des EAD geführt. Da die Wiederaufnahme des Dialogs mit der Liga Tunis als Votum für die Politik der Bagdad-Staaten hätte verstanden werden müssen, verbot sich zunächst jedwede europäische Äußerung". Seit dem Beschluß des 84. Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 3./4. Mai 1979, daß vorerst eine abwartende Haltung geboten sei, habe die EG-Kommission von arabischer Seite eine Reihe von Mitteilungen erhalten, „die nach Auffassung unserer Partner [...] nunmehr eine europäische Reaktion notwendig machen. Auf der Grundlage eines Entwurfs der Europäischen Koordinierungsgruppe des EAD hat das 85. PK (5./6. Juni) die Präsidentschaft mit der Vorlage des Entwurfs eines Schreibens beauftragt, das die europäische Präsidentschaft (F) an die arabische (Somalia) richten soll. Zweck des Schreibens ist es,

PK konnte jedoch weder zum Text selbst Einigkeit erzielen, der jetzt im Lichte einiger Einwände neu überarbeitet wird, noch zu der Frage, ob es opportun ist, bei jetziger ungeklärter Lage (zwei Arabische Ligen[19]) der somalischen Präsidentschaft überhaupt eine Mitteilung zugehen zu lassen (Bedenken IRL, wir). Abwicklung der Kommunikation zwischen Präsidentschaften[20] schafft angesichts zukünftigen Übergangs arabischen Vorsitzes auf Irak Präjudiz für Liga in Tunis.

Minister werden sich am 18. Juni mit der Frage weiteren Vorgehens befassen.

Stabreit

VS-Bd. 11078 (200)

171

Vortragender Legationsrat Scheel an die Botschaft in Warschau

214-321.00 POL-670/79 VS-vertraulich **7. Juni 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 2820
Citissime

Bezug: DB Nr. 660 vom 6.6.1979 – Pol 321.00-45/79 VS-v

BM empfing heute, auch im Namen BK, Vizepremier G. Wrzaszczyk im Zusammenhang mit Tagung Gemischter Wirtschaftskommission.[2]

Folgt Protokoll dieses Gesprächs, das noch nicht von BM gebilligt ist, zur dortigen Unterrichtung.

Beide Seiten waren sich über die große politische und strukturelle Bedeutung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen einig.

BM: Ich habe meinen letzten Besuch in der VR Polen[3] in sehr guter Erinnerung. Seitdem ist die multilaterale Entspannungspolitik einen großen Schritt

Fortsetzung Fußnote von Seite 824
den Mitteilungen vor allem der Liga Tunis die notwendige Antwort zu erteilen und zugleich durch Kontaktaufnahme mit der gegenwärtigen arabischen Präsidentschaft eine Parteinahme im innerarabischen Konflikt [...] zu vermeiden." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 125035.
Für den Entwurf des Schreibens vgl. Unterabteilung 31, Bd. 125035.

19 Zur Spaltung der Arabischen Liga vgl. Dok. 91, Anm. 9.

20 Korrigiert aus: „Präsidentschaft".

1 Durchdruck.
Hat Vortragendem Legationsrat Scheel am 10. Juli 1979 erneut vorgelegen.

2 Die vierte Tagung der deutsch-polnischen Gemischten Wirtschaftskommission fand am 7. Juni 1979 in Bonn statt.

3 Bundesminister Genscher hielt sich vom 2. bis 4. November 1978 in Polen auf. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 341.

vorangekommen. Bei der jüngsten NATO-Außenministerkonferenz[4] habe ich mich dafür eingesetzt, das Kommuniqué der Budapester Konferenz[5] hinsichtlich Vorschlags einer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen aufmerksam zu prüfen. Die Polen und die Deutschen haben als erste von der KSZE-Schlußakte in Helsinki[6] einen Nutzen gehabt. Ohne KSZE hätten wir nicht die Vereinbarungen geschlossen, die für uns eine so große Bedeutung haben.[7]

Mit großem Interesse habe ich von Ergebnis der Konsultationen StS van Well–VAM Czyrek am 24. und 25. Mai 1979[8] Kenntnis genommen.

BM verlas folgende Erklärung: Die Bundesregierung begrüßt die heutigen Vereinbarungen über ein wichtiges industrielles Kooperationsprojekt[9], die den deutsch-polnischen Beziehungen weitere Impulse geben und auf dauerhafte Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern angelegt sind. Sie ist überzeugt, daß beide Regierungen dieses Ziel dauerhafter Zusammenarbeit mit gleichem Engagement verfolgen. In diesem Zusammenhang möchte ich mich auf die Gespräche beziehen, die zwischen Herrn Staatssekretär van Well und dem Stellvertretenden polnischen Außenminister, Herrn Czyrek, kürzlich in Warschau geführt worden sind. Die Bundesregierung hat die Erklärungen zur Kenntnis genommen, die Herr Czyrek gegenüber Herrn van Well am 24. und 25. Mai 1979 hinsichtlich der Fortführung der Ausreisen nach Abwicklung des Protokolls ab-

4 Zur NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 156 und Dok. 159.

5 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 329–332.
Zum Vorschlag, im Rahmen der KSZE eine Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen abzuhalten, vgl. ferner Dok. 148, Anm. 25.

6 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

7 Bundesminister Genscher und der polnische Außenminister Olszowski unterzeichneten am 9. Oktober 1975 in Warschau ein Abkommen über Renten- und Unfallversicherung, eine Vereinbarung über die pauschale Abgeltung von Rentenansprüchen, ein Abkommen über die Gewährung eines Finanzkredits an Polen, ein Ausreiseprotokoll sowie ein Langfristiges Programm über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit. Das Abkommen über Renten- und Unfallversicherung war als einziger Teil des Vertragswerks ratifizierungsbedürftig, da es die Rechte und Zuständigkeiten der Länder berührte. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1975, S. 1193–1203. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 296.

8 Staatssekretär van Well hielt sich am 24./25. Mai 1979 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 151 und Dok. 152. Botschafter Ahrens, Warschau, übermittelte am 28. Mai 1979 einen Protokollvermerk über die Plenargespräche am 24./25. Mai 1979 und einen ergänzenden Protokollvermerk „über die behandelten Themen aus dem Rechts- und Konsularbereich". Vgl. Referat 214, Bd. 132811.

9 Zur Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik an der Erschließung von Vanadium- und Titanvorkommen in Polen vgl. Dok. 12, Anm. 13.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Sieger vermerkte am 11. Juni 1979: „Die Metallgesellschaft/Frankfurt und die polnische Außenhandelsorganisation Impexmetal unterzeichneten anläßlich der Kommissionstagung einen Vorvertrag über das Vanadium-Titan-Projekt, dem eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung für beide Seiten beizumessen ist. Mit Beginn der Förderung der reichhaltigen Erzvorkommen bei Suwalki in Nordost-Polen, die in sechs Jahren beginnen soll, bietet sich für Polen die Möglichkeit zusätzlicher Devisenerlöse aus dem Verkauf dieser seltenen Metalle auf westlichen Märkten. Da sich die Metallgesellschaft einen Anspruch auf gemeinsame Vermarktung auf westlichen Märkten und einen angemessenen Anteil für den deutschen Markt von Vanadium und Titan einräumen ließ, dürfte dieses Projekt auch zur Diversifizierung unserer Rohstoffversorgung beitragen. Deutsche Geschäftsbanken sind bereit, für dieses Projekt einen Kredit von 750 Mio. DM zu gewähren. Die Bundesregierung hat sich – vorbehaltlich der üblichen Prüfung – grundsätzlich bereit erklärt, diesen Kredit zu verbürgen. Ein entsprechender vertraulicher Brief von BM Graf Lambsdorff wurde Vizepremier Wrzaszczyk am Rande der Tagung übergeben." Vgl. Referat 421, Bd. 122533.

gegeben hat.[10] Dabei haben beide Seiten bekräftigt, daß das Protokoll vom 9. Oktober 1975 und der Briefwechsel zwischen den Außenministern vom 8./9./15. März 1976[11] voll erfüllt werden. Die Bundesregierung geht davon aus, daß die polnische Regierung auch nach Abwicklung des Ausreiseprotokolls den geltend gemachten Ausreiseanliegen von Personen, die die Kriterien der „Information"[12] erfüllen, entsprechend den zwischen beiden Regierungen getroffenen Vereinbarungen weiterhin stattgeben wird.

BM fährt fort: Wir wissen, daß vor den Vereinbarungen von Helsinki[13] diese Frage die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern belastet hat. Wir hoffen, daß wir auf diese Weise eine Lösung dieser Frage erreichen werden. Wir sind weiterhin davon überzeugt, daß wir durch Entwicklung unserer Zusammenarbeit nicht nur für die Vertiefung deutsch-polnischer Beziehungen arbeiten, sondern auch für die Zusammenarbeit in Europa überhaupt. Das deutsch-polnische Verhältnis bildet einen Schlüssel für Frieden und Verständigung in Europa.

Wrzaszczyk stimmt den von BM zum Schluß gemachten Ausführungen zu. Auch unsere Führung ist der Meinung, daß BK Brandt, Schmidt und Sie für die Entwicklung der Beziehungen beider Länder viel geleistet haben. Wir schätzen die Bedeutung von Helsinki, des Protokolls und Ihres Briefwechsels mit AM Olszowski hoch ein. Auch die Gespräche zwischen StS van Well und VAM Czyrek nehmen dabei hohen Rang ein. Polen hat ebenfalls bedeutenden Beitrag zum Dokument von Budapest geleistet.

Was die Wirtschaftsbeziehungen anbelangt, so haben unsere Bemühungen, den Passivsaldo der letzten Jahre zu begrenzen, ein gewisses positives Ergebnis gehabt.[14] Wir freuen uns über die Anstrengungen der Bundesregierung, durch Kreditgewährung, Maßnahmen auf Rohstoffsektor, Zusammenarbeit zwischen kleineren Unternehmen sowie auf Drittmärkten zum beiderseitigen Han-

10 Vgl. dazu das Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Czyrek am 25. Mai 1979 in Warschau; Dok. 151, insbesondere Anm. 18.
Vortragende Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander teilte der Botschaft in Warschau am 6. Juni 1979 mit: „Die von der polnischen Seite bei den kürzlichen Konsultationen in Warschau erneut bekräftigten Formulierungen des Ausreiseprotokolls und des Briefwechsels zwischen den Außenministern vom März 1976 besagen, daß Personen, die die Kriterien der ‚Information' erfüllen, auch nach Auslaufen des Protokolls weiterhin ausreisen können." Vgl. den Drahterlaß Nr. 2776; VS-Bd. 13204 (214); B 150, Aktenkopien 1979.

11 Zum Briefwechsel zwischen Bundesminister Genscher und dem polnischen Außenminister Olszowski vgl. Dok. 151, Anm. 5.

12 Im Zusammenhang mit der Paraphierung des Warschauer Vertrags am 18. November 1970 übergab die polnische Regierung eine „Information" über Maßnahmen zur Lösung humanitärer Probleme. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1970, S. 1696 f.
Ferner wurde ein vertraulicher Teil übergeben. Vgl. dazu VS-Bd. 8963 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1970.

13 Bundeskanzler Schmidt und der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, führten am 1./2. August 1975 am Rande der KSZE-Gipfelkonferenz, die vom 30. Juli bis 1. August 1975 in Helsinki stattfand, Gespräche über den Abschluß bilateraler Vereinbarungen. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 244.

14 Referat 421 notierte am 2. August 1979 zur polnischen Außenhandelspolitik: „Im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland zeigt sie insoweit Erfolge, als eine erfreuliche Verbesserung der Handelsbilanz erzielt werden konnte. Das polnische Handelsbilanzdefizit mit uns ging von 1,3 Mrd. DM im Jahre 1976 über 800 Mio. DM 1977 und 560 Mio. DM 1978 auf nur noch 70 Mio. DM im ersten Halbjahr 1979 zurück (1. Halbjahr 1978 noch 250 Mio. DM)." Vgl. Referat 214, Bd. 132814.

delsaustausch beizutragen. Ebenso freuen wir uns über Äußerungen BK und von Ihnen zur Frage Erhöhung Liberalisierungsgrades für polnische Exporte in EG.

In der Tat sind Politik und Wirtschaft interdependent.

Was das Protokoll und den Briefwechsel anbelangt, so möchte ich darauf hinweisen, daß wir unsere Verpflichtungen auf solide Weise erfüllen. Ich darf versichern, daß wir die Absprachen, die sich aus Ihrem Briefwechsel mit AM Olszowski ergeben, voll zu realisieren gewillt sind. Wie ich unterrichtet bin, hat StS van Well diese Frage mit VAM Czyrek in Warschau diskutiert. Nach Erfüllung des Ausreiseprotokolls wird die polnische Seite pragmatisch, im Geist von Helsinki und entsprechend der polnischen Rechtsbestimmungen vorgehen. Das ist natürlich keine Fortsetzung des Protokolls. Aber ich glaube, daß auch der beabsichtigte Briefwechsel zwischen Ihnen und AM Wojtaszek[15] in diesem Geist vorgenommen werden wird.

BM bezieht sich noch einmal auf Gespräche van Well/Czyrek vom 24./25.5. und verliest noch mal Satz, der mit „dabei haben beide Seiten bekräftigt, ..." beginnt. Ich trage nur vor, was sowohl StS van Well als auch VAM Czyrek in Warschau festgelegt haben. Dabei haben sie sich auf die Kriterien der Information berufen. Wir haben in Helsinki eine spezielle Regelung getroffen, die über den Standard der KSZE-Schlußakte hinausgeht. Über diese Substanz gibt es keine Meinungsverschiedenheiten. Wir führen zur Zeit Gespräche, wie diese Substanz in einem Briefwechsel niedergelegt werden soll. Ich hoffe, daß dieser Briefwechsel in einem gleichen konstruktiven Geist abgefaßt wird.

Wrzaszczyk bestätigt dies. BM schließt das Gespräch in der Hoffnung, den polnischen Außenminister Ende des Jahres begrüßen zu können.[16]

Scheel[17]

VS-Bd. 13204 (214)

15 Zur Frage eines Briefwechsels vgl. Dok. 194, Anm. 4.

16 Zum Besuch des polnischen Außenministers Wojtaszek vom 19. bis 21. Dezember 1979 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 386.

17 Paraphe.

172

Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-1977/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 9. Juni 1979, 12.35 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2162 **Ankunft: 9. Juni 1979, 12.47 Uhr**

Betr.: Sowjetische Haltung zur Situation in Afghanistan;
hier: Demarche des sowjetischen Botschafters[2] in Islamabad

Bezug: DB[3] Nr. 264 der Botschaft Kabul vom 6.6.79 – Pol 322.00 PAK[4]

Zur Information

Auch an 213

1) Der französische Botschafter[5] teilte mir am 6.6.79 vertraulich mit, daß nach seinen Informationen der sowjetische Botschafter in Islamabad im Auftrag seiner Regierung den außenpolitischen Berater des pakistanischen Präsidenten, Agha Shahi, und General Zia ul-Hak wegen der pakistanischen Unterstützung für die afghanischen Rebellen gewarnt habe. Agha Shahi habe dem französischen Botschafter in Islamabad[6] gesagt, der sowjetische Botschafter habe erklärt, daß sich die SU im Falle eines Ausuferns der Situation in Afghanistan eine militärische Intervention vorbehalte kraft der Verträge zwischen den beiden Ländern[7]. Pakistan dürfe außerdem nicht damit rechnen, daß die SU Taraki mäßigen werde. Es sei nicht Moskaus Angelegenheit, die territoriale Integrität Pakistans zu garantieren.

2) Ich gebe diese Information mit dem Hinweis weiter, daß im Gegensatz zu dieser Äußerung des sowjetischen Botschafters in Islamabad sowjetische Medienäußerungen eine Erwähnung der sowjetisch-afghanischen Verträge eher vermeiden, was für die sowjetische Absicht spricht, sich angesichts der Entwicklung in Afghanistan nicht unter Zugzwang setzen zu lassen.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 11184 (340)

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Steger am 11. Juni 1979 vorgelegen.

2 Sarwar Alimdschanowitsch Asimow.

3 Korrigiert aus: „DE".

4 Botschafter Hoffmann, Kabul, berichtete: „Der pakistanische Botschafter wurde gestern nachmittag ins Außenministerium gerufen. Anlaß war ein afghanischer Protest gegen den angeblichen Einfall starker Kräfte der pakistanischen Grenzmiliz in afghanisches Gebiet [...]. Der Botschafter hat erwidert, es handle sich sicher nicht um pakistanische Miliz, sondern um eine Aktion der auf beiden Seiten der Grenze ansässigen Stämme." Vgl. Referat 340, Bd. 110427.

5 Henri Froment-Meurice.

6 Pol Le Gourriérec.

7 Die UdSSR und Afghanistan schlossen am 5. Dezember 1978 einen Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit. Artikel 4 bestimmte: „The High Contracting Parties, acting in the spirit of the traditions of friendship and good-neighbourliness and in the spirit of the Charter of the United Nations, shall consult with each other and shall, by agreement, take the necessary steps to safeguard the security, independence and territorial integrity of the two countries." Vgl. UNTS, Bd. 1145, S. 334.
Zu den Beziehungen zwischen Afghanistan und der UdSSR vgl. ferner Dok. 102, Anm. 19.

173

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Lee Kuan Yew

11. Juni 1979[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Premierminister der Republik Singapur, Lee Kuan Yew, am 11. Juni 1979 von 9.15 bis 11.20 Uhr im Bundeskanzleramt[2]

Weitere Gesprächsteilnehmer: Handels- und Industrieminister Goh Chok Tong, Staatsminister Dhanabalan, Botschafter Dr. Chiang Hai Ding, StS van Well, Frau Botschafter Feilner, MDg von der Gablentz.

Begrüßung

Bundeskanzler schätzt sich glücklich, daß PM Lee schon so bald nach ihrem letzten Treffen im Oktober[3] nach Deutschland gekommen ist. Er hat immer das Gefühl, daß PM Lee zu den Leuten gehört, von denen man etwas lernt.

Lee sieht in dieser Bemerkung des Bundeskanzlers ein großes Kompliment.

Lage in Indochina

Lee: Der Einmarsch Vietnams in Kambodscha[4], in weniger als einem Monat 15 vietnamesische Divisionen, hat Schock und Alarm ausgelöst. Obwohl sich die Vietnamesen hochfahrend und einschüchternd benahmen, haben die ASEAN-Staaten ihre Position in den VN deutlich gemacht. Dem folgte der Besuch Dengs in den USA.[5] Auf Fragen des BK, der sich bei seinem China-Besuch zehn Stunden mit Deng unterhalten hatte[6], bezeichnet er Deng als selbstsicher, aber nicht hochfahrend (cocky), als einen Menschen, der aufbaut und nicht zerstört. Bei seinem Besuch in Singapur[7] habe Deng, Abkömmling von Mandarinen, der allen Beamtenprüfungen des kaiserlichen Chinas gewachsen gewesen wäre, die Aufbauarbeit der Abkömmlinge von Kulis in Singapur außerordentlich bewundert. Das dritte Ereignis war die chinesische Invasion

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 13. Juni 1979 gefertigt.

2 Ministerpräsident Lee Kuan Yew hielt sich vom 9. bis 13. Juni 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 13./14. Oktober 1978 in Singapur auf. Für das Gespräch mit Ministerpräsident Lee Kuan Yew am 14. Oktober 1978 vgl. AAPD 1978, II, Dok. 310.

4 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.

5 Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping hielt sich vom 29. Januar bis 4. Februar 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 37.

6 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 29. Oktober bis 2. November 1975 in der Volksrepublik China auf. Für die Gespräche mit dem chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping am 29. und 31. Oktober 1975 vgl. AAPD 1975, II, Dok. 322 bzw. Dok. 326.

7 Botschaftsrat Chrobog, Singapur, berichtete am 14. November 1978, vom 12. bis 14. November habe der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping Singapur einen Besuch abgestattet: „Insgesamt wurde Besuch von singapurischer Regierung bewußt heruntergespielt. [...] Freundlich im Ton, aber sachlich hart und eindeutig machte Lee klar, daß VR China und Singapur außer gemeinsamer Abstammung eines Teils der singapurischen Bevölkerung nichts verbinde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 286; Referat 341, Bd. 107504.

nach Vietnam[8], ein gewagtes Spiel für Deng, der sich ihm aber gar nicht entziehen konnte.

Auf Frage des Bundeskanzlers nach der Bewertung der chinesischen Invasion weist er auf eine gewisse Verschwörung der westlichen Presse hin, die die Sowjetunion für ihre Mäßigung lobt. Wenn die Chinesen Vietnam nicht gestraft hätten, wäre ganz Südostasien sowjetischem Einfluß anheim gefallen. Jetzt hat es 10 bis 15 Jahre Zeit gewonnen. Der thailändische Premierminister[9] z.B. ist ihm nach der chinesischen Strafexpedition im Vergleich zu vorher als ein ganz neuer, entspannter Mann vorgekommen.

Die Vietnamesen haben mit China gespielt und verloren. Sie haben drei Divisionen verloren und müssen mit einer Wiederholung der Strafexpedition rechnen. Deng dagegen hat darum gespielt, daß die Sowjetunion sich nicht einmischt und gewonnen. Für die Nationen Südostasiens bedeutet das einen Zeitgewinn von 10 bis 15 Jahren.

Lage in China

Lee betont auf Frage des Bundeskanzlers, daß nach seinem Eindruck Deng in China fest im Sattel sitzt. Dem widerspricht nicht, daß Hua allein nach Europa reist.[10] In Singapur habe Deng angedeutet, daß er nur noch einmal in die USA und dann in kein fremdes Land mehr reisen wolle. Er hat Interesse, daß Hua internationale Erfahrungen sammelt. Schon die Reise durch südosteuropäische Staaten[11] war für die Chinesen ein Schock, weil sie sich ihrer eigenen Unterentwicklung bewußt wurden.

Zu den weiteren Aussichten in China:

- Von Mao wird kaum mehr bleiben als seine Bücher und sein großer Name.
- Es wird zehn Jahre dauern, um China wieder einigermaßen in Ordnung zu bringen. Danach zwei Generationen, bis China auch nur ungefähr einen Japan, Europa und den USA vergleichbaren Standard erreicht. In den letzten Jahrzehnten ist zuviel zerstört worden.
- Vor allem auf dem Gebiet der Erziehung, der Forschung und Entwicklung kann China seinen Rückstand nicht so schnell aufholen. Deng versteht noch nicht genügend die Bedeutung der Erziehung, der Ausbildung und der Bildung von Generationen, auf der allein eine Industriegesellschaft aufbauen kann. In Singapur hat man auf der Erfahrung von 40–50 000 Ausländern aufbauen können sowie der Lehrlingsausbildung der britischen Flotte. Wenn Singapur jetzt hofft, japanischen Lebensstandard in 10 bis 15 Jahren zu erreichen, muß es mit dem Ausbildungssystem vom Kindergarten über die Lehrlingsausbildung bis zur Universität beginnen.
- Das Bevölkerungswachstum werden die Chinesen voraussichtlich mit rücksichtslosen kommunistischen Methoden unter Kontrolle bringen.

8 Zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg vgl. Dok. 100, Anm. 7.

9 Kriangsak Chomanan.

10 Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 15. bis 21. Oktober 1979 in Frankreich, vom 21. bis 28. Oktober in der Bundesrepublik, vom 28. Oktober bis 2. November in Großbritannien und vom 3. bis 6. November 1979 in Italien auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt am 22./23. Oktober 1979 vgl. Dok. 301 und Dok. 305.

11 Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 16. bis 21. August 1978 in Rumänien und vom 21. bis 29. August 1978 in Jugoslawien auf.

Zum politischen Gleichgewicht in Asien

Lee: Auf Fragen des Bundeskanzlers meint er, daß Vietnam den Einmarsch in Kambodscha selbst gewollt hat, aber auch von den Russen dabei unterstützt wurde. Er meint, daß die arroganten und selbstbewußten Vietnamesen wahrscheinlich nicht die Russen offen um Hilfe gegen China gebeten haben. Die westlichen Presseberichte, wonach die Vietnamesen selbst den chinesischen Riesen wieder aus dem Lande gedrängt haben, haben ihnen nur allzu gut gefallen.

Pol Pot und seine Gruppe werden aufgerieben werden, ebenso wie wahrscheinlich der größte Teil der kambodschanischen Bevölkerung. Die Vietnamesen werden dann die Reisschale Kambodscha mit eigenen Leuten besiedeln. Nur China ist imstande, Vietnam hierfür zu bestrafen.

Zu Afghanistan hält er es für unwahrscheinlich, daß die Moslems das kommunistische Regime verjagen können.[12]

Zu Indien stellt er eine wachsende Enttäuschung über die USA fest, die Desai seit Dezember bewogen hat, sich wieder enger der Sowjetunion zuzuwenden. Es ist traurig zu sehen, daß sich die Inder unter dem Einfluß der Sowjetunion jetzt sogar zu Krämern im Interesse Vietnams machen lassen und für die Anerkennung der neuen kambodschanischen Regierung werben. In der blockfreien Bewegung setzt es sich für den Ausschluß Ägyptens ein. Dahinter steht auch der indische Wunsch, von den Russen mit Nuklearbrennstoff versorgt zu werden, wenn die USA ihre Lieferungen einstellen.

Er stellt fest, daß die USA durch ihre Haltung gegenüber Taiwan[13], dem Schah von Persien[14] und Camp David[15] wesentlich an Einfluß in der Dritten Welt, vor allem im Nahen Osten und Asien, verloren haben. Er erwähnt in diesem Zusammenhang die jüngste Darstellung der Entscheidungsprozesse im Weißen Haus durch Carters ehemaligen Redenschreiber Fallows.[16]

12 Referat FüS II 4 des Bundesministeriums der Verteidigung vermerkte am 26. Juni 1979, schon zwei Monate nach dem Staatsstreich in Afghanistan am 27. April 1978 habe sich „beginnender Widerstand" gezeigt: „Zunächst nur im kleinen Maßstab, vornehmlich religiös motiviert (strenggläubige Moslems) und durch anti-sowjetische Gefühle verstärkt, leisteten die Stämme in den Nordost- und Ostprovinzen [...] bewaffneten Widerstand. Durch die Auslösung innerer Reformen, einschneidender Maßnahmen in vielen Bereichen der in archaischen Strukturen erstarrten Gesellschaftsordnung, einer drastischen Landreform u. a. m., verschärfte sich die Rebellion, weitete sich bei Jahreswechsel noch weiter aus und erstreckt sich inzwischen auf fast alle Provinzen. Hinweisen zufolge soll das Taraki-Regime nur noch in fünf der 28 afghanischen Provinzen die volle Kontrolle ausüben, während in den anderen Teilen des Landes, inzwischen 60–80% des Staatsgebietes, die Aufständischen zunehmend die Oberhand gewinnen sollen. [...] Zu Beginn blieb der Kampf gegen die Zentralregierung wenig effektiv, auch wenn lokal Erfolge errungen werden konnten. Es fehlte eine einheitliche Führung der Rebellion und eine daraus resultierende Koordinierungsfähigkeit geplanter Aktionen. Stämme und verschiedene politische Oppositionsgruppen wirkten nebeneinander. Diese Schwäche scheint in jüngster Zeit überwunden worden zu sein. Anstrengungen, den konzeptionslosen Widerstand zu straffen, führten offenbar zum Erfolg." Vgl. Referat 340, Bd. 110427.

13 Zum „Taiwan Relations Act" vgl. Dok. 37, Anm. 20.

14 Mohammed Reza Pahlevi.

15 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

16 Vgl. den Artikel von James Fallows: „The Passionless Presidency"; THE ATLANTIC, Bd. 243, Nr. 5 (Mai 1979), S. 33–48, und THE ATLANTIC, Bd. 243, Nr. 6 (Juni 1979), S. 75–81.

Auf Frage des Bundeskanzlers beschreibt er PM Ohira als traditionellen Japaner, der, weil er auf dem allgemeinen Konsens der Japaner aufbauen kann, vielleicht mehr erreichen wird als der intelligentere und schärfer denkende Fukuda. Ohira nimmt sein Christentum ernst. Man kann sich auf sein Wort verlassen. Auch er ist gegen eine stärkere Aufrüstung Japans, könnte aber zu einer aktiveren Rolle gezwungen werden, weil er nicht mehr in demselben Maße wie bisher mit den USA rechnen kann.

Die schwindende Führungsrolle der USA hat alle Asiaten in eine schwierige Lage gebracht. Die USA haben ihre Schwäche dadurch deutlich gemacht, daß sie China in die asiatische Gleichung hineinbringen. Das mag für 10 bis 15 Jahre ausreichen. Aber auf längere Frist kann er nicht optimistisch bleiben. Wenn China eines Tages die anderen asiatischen Staaten nicht mehr braucht, z.B. um Vietnam in Schach zu halten, sondern selbst aus eigenem Recht ein Machtfaktor in Asien ist, wird es von allen Asiaten erwarten, daß sie sich chinesischen Interessen beugen. Es wird, wie in alten dynastischen Zeiten, seine Vorherrschaft dann mit wirtschaftlichen Druckmitteln befestigen. Er sieht keine Aussicht, daß die USA zusammen mit den Japanern in Asien ein Gleichgewicht auch gegenüber der wachsenden Macht Chinas etablieren können.

Energiefragen

Bundeskanzler gibt auf Fragen Lees folgende Bewertung der internationalen Energiesituation: Ausfall oder Beschränkung der Ölförderung in einem weiteren Förderland neben dem Iran[17] würde schon heute zu schwersten Erschütterungen in der Welt führen. Zunächst wird es zu Hungersnöten in den EL kommen. Danach zu einem Zusammenbruch des weltweiten Kredit- und Währungsnetzes sowie der Zahlungsbilanzen mit den entsprechenden Auswirkungen auf den Welthandel und damit auf die Fähigkeit auch der reicheren IL, mit ihren Exporterlösen den erhöhten Ölpreis zu bezahlen. Daher muß ein dritter Versuch gemacht werden, zu einem kooperativen Ölmanagement (Mengen und Preise) der Verbraucher- und Erzeugerländer zu kommen. Nur auf diesem Wege lassen sich die Auswirkungen einer weiteren Verdoppelung oder gar Verdreifachung der Ölpreise eindämmen und steuern, mit denen auch im günstigsten Fall bis Ende des Jahrhunderts zu rechnen ist. Aber dieses gemeinsame Management von Zuteilungen und Preisen ist außerordentlich schwer zu realisieren.

Jedenfalls erforderlich sind:

- eine umfassende Entwicklung der Nuklearenergie, wobei tiefsitzende Emotionen der Öffentlichkeit zu überwinden sind;
- umfassende Energieeinsparungen, wofür große Investitionen in neue Techniken erforderlich sind;
- Entwicklung alternativer Energiequellen, wobei zunächst hohe Investitionen für die Kohleförderung erforderlich sind, sowie zusätzliche Zahlungsbilanzbelastungen für den Kohleimport;
- die Entwicklung unerschöpflicher Energiequellen (Geothermik, Sonnenenergie). Hierin liegt die Hoffnung für das 21. Jahrhundert, da sich langsam die Erkenntnis durchsetzt, daß die Aufheizung der Atmosphäre durch CO_2 durch

17 Zur Erdölförderung im Iran vgl. Dok. 162, Anm. 3.

fossile Brennstoffe langfristig gefährlicher sein wird als alle Probleme der Kernenergie (einschließlich des schwierigsten, nämlich der Endlagerung nuklearer Abfälle).

Rolle Europas

Lee fragt angesichts des schwindenden weltpolitischen Einflusses der USA nach den Aussichten in Europa und für Europa.

Bundeskanzler stellt fest, daß Westeuropäer einander viel näher gerückt sind als z.B. die Asiaten. Deutschland als stärkste Wirtschafts- und beachtliche Militärmacht kann aufgrund seiner Vergangenheit keine Führungsrolle übernehmen. Es versteckt sich hinter der EG und Frankreich. Die künftige Entwicklung hängt von der erstaunlich weit entwickelten deutsch-französischen Zusammenarbeit ab, mit Großbritannien als einer dritten Ecke des Dreiecks und nicht als einem Nachzügler, falls es zu einer wirklich europäischen Macht wird. Aber auch die Regierung Thatcher wird es schwer finden, sich von der traditionellen „special relationship" zu lösen und die Grenzen des amerikanischen Einflusses klar zu sehen.

Auf Frage Lees meint er, London werde sich in den Rhodesien- und Namibia-Fragen vorsichtiger verhalten, als es die Parteiparolen erkennen lassen, schon im Hinblick auf die Commonwealth-Konferenz in Lusaka[18] (Lee hat die Wahl des Tagungsorts stets für falsch gehalten).

Falls Großbritannien nicht zu einer wirklich europäischen Macht wird, besteht die Gefahr, daß Frankreich und Deutschland auch gemeinsam nicht überzeugend genug sein können, um die anderen Europäer mitzuziehen. Die EG hat den Fehler gemacht, eine neue Erweiterung zu beschließen[19], die ihr große Verdauungsschwierigkeiten bereitet. Deutschlands Wirtschaft ist nur ein kleiner Teil der Weltwirtschaft. Die französische Wirtschaft leidet unter Schwächen ihres Managements, die Barre in der richtigen Weise zu überwinden versucht. Aber die französische Öffentlichkeit ist zu ungeduldig und erwartet Ergebnisse, die sich erst in etwa vier Jahren einstellen können.[20] Wir Deutsche hängen

18 Vom 1. bis 7. August 1979 fand in Lusaka eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten statt.

19 Zum Abschluß der Verhandlungen über einen Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 86, Anm. 38.
Portugal stellte am 28. März 1977 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Zum Stand der Verhandlungen vgl. Dok. 83, Anm. 10.
Spanien stellte am 28. Juli 1977 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Zum Stand der Verhandlungen vgl. Dok. 56, Anm. 27.

20 Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 23. Mai 1979 über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik des Ministerpräsidenten Barre: „Sein Bemühen um mehr wirtschaftliche Stabilität, um die Modernisierung des Produktionsapparates, um die Befreiung der Wirtschaft von administrativen Fesseln der Vergangenheit, vor allem durch eine Liberalisierung der seit Kriegsende bestehenden Preisvorschriften, hat beachtliche Erfolge erzielt: Das große Außenhandelsdefizit konnte beseitigt werden, der Außenwert des Franken wurde stabilisiert, die Anpassung der Wirtschaft an die neue Preispolitik ging nahezu störungsfrei vonstatten. [...] Keine zufriedenstellende Lösung hat Barre für die Probleme der Sozialpolitik finden können. Besonders die ständig steigende Arbeitslosenzahl (in einem Jahr um 20 Prozent auf fast 1,3 Mio.), verschärft vor allem durch die Struktur- und Regionalkrisen, sowie die noch immer zwischen neun und zehn Prozent liegende Inflationsrate haben Unruhen und Ausschreitungen, besonders in Lothringen und Nordfrankreich, aufflackern lassen. [...] Unter diesen Aspekten wird Barres als restriktiv angeprangerte Wirtschaftspolitik angegriffen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1644; Referat 202, Bd. 113571.

von freien Märkten ab. Die jetzt notwendigen Maßnahmen zur Regulierung der Ölversorgung könnten einen Klimawechsel zugunsten protektionistischer Maßnahmen bewirken.

In der internationalen Energiepolitik wird sich die EG für einen konzertierten Dialog zwischen Erzeugern und Verbrauchern einsetzen.

StS *van Well* berichtet hierzu über deutsch-französische Vorbereitungsarbeiten für den 14. Europäischen Rat[21] und den Tokio-Gipfel[22] sowie Sondierungen mit den Saudi-Arabiern.

Nahost

Lee sieht eine wachsende Isolierung Sadats voraus.

Bundeskanzler fürchtet die Isolierung Sadats und meint, daß die Lage am Golf kaum stabil bleiben kann, wenn Sadat im eigenen Lande ersetzt werden muß. Die Saudis verstehen dies, sind aber ihrerseits verunsichert durch die amerikanische Politik, so daß sie es jedenfalls kurzfristig für richtig halten, sich um bessere Beziehungen z. B. zum Irak zu bemühen und sich gegenüber Ägypten nicht endgültig festzulegen.

StS *van Well* ist skeptisch hinsichtlich der möglichen Ergebnisse der Autonomieverhandlungen, obwohl Strauss ein fähiger Verhandler ist.

Lee meint, daß die Amerikaner in der Vorwahlperiode im eigenen Lande kaum Ergebnisse zustande bringen können. Sie hätten Camp David besser bleiben lassen sollen.

Bundeskanzler: Wenn es jetzt nicht zu den im ägyptisch-israelischen Vertrag vorgesehenen weiteren Schritten kommt, gerät man im Nahen Osten in eine schwierigere Lage als vor dem Friedensschluß. Von PLO beeinflußte Anschläge oder gar Staatsstreiche könnten die Lage wesentlich verschärfen.

Lee meint, die USA hätten zu früh im Nahen Osten eingegriffen, anstatt die Lage für eine Lösung reifen zu lassen. Kennedy habe denselben Fehler begangen, als er die Niederländer zwang, die Hälfte Neuguineas Sukarno zu übergeben[23], der gar nicht an dem Territorium, sondern nur an einem äußeren Feind

21 Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. Juni 1979 in Straßburg vgl. Dok. 190.

22 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

23 Botschafter Grewe, Washington, berichtete am 21. Dezember 1961 über das Gespräch eines Angehörigen der Botschaft mit einem Mitarbeiter des State Department: „Die niederländische Politik, die Selbstbestimmung der Papuas zu fördern und den Papuas eigene staatliche Symbole zu geben", sei von dem Mitarbeiter des State Department als „nicht sehr klug" bezeichnet worden: „Die Holländer betrieben eine Politik des Separatismus, die den Gegensatz zu Indonesien nur verschärfen könne." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3689; B 12 (Referat 710), Bd. 1614.
Botschafter Löns, Den Haag, berichtete am 16. August 1962: „Nach mehrstündiger Beratung über die unmittelbar zuvor eingegangenen endgültigen Texte hat niederländische Regierung gestern abend Botschafter van Roijen ermächtigt, Abkommen mit Indonesien über Neuguinea zu unterzeichnen. Wenige Minuten später fand dies in New York statt. Abkommen sieht u. a. vor, niederländische Verwaltung am 1. Oktober durch VN-Behörde (United Nations Temporary Executive Authority) abzulösen. Souveränitätsübertragung an Indonesien soll am 1. Mai 1963 stattfinden. Volksabstimmung zur Sicherung Selbstbestimmungsrecht der Papuas ist bis spätestens 1969 durchzuführen." Ministerpräsident de Quay habe dargelegt: „Ohne Unterstützung der Verbündeten sei niederländischer Regierung nichts anderes übriggeblieben, als zu unterzeichnen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 136; B 12 (Referat 710), Bd. 1614.
Für den Wortlaut des Abkommens zwischen den Niederlanden und Indonesien über West-Neuguinea vom 15. August 1962 vgl. UNTS, Bd. 437, S. 273–291.

interessiert war und daher anschließend die Konfrontationspolitik mit Malaysia[24] suchte. Die kürzliche Schau auf dem Rasen des White House kostet die Amerikaner Milliarden und wird nicht helfen.

Bundeskanzler stellt fest, daß sich die Öffentlichkeit aller dieser Gefahren nicht voll bewußt ist. Wenn man sie jetzt in voller Klarheit herausstellen wollte, würde man nur seine eigene politische Stellung schwächen.

Sowjetische Energiepolitik

Bundeskanzler stimmt Lees Bemerkung zu, daß die Sowjetunion wahrscheinlich weniger selbst auf den Weltölmarkt gehen wird, als vielmehr ihre Satelliten hierzu veranlaßt. Sie selbst wird sich ihre Unabhängigkeit auf dem Energiegebiet durch ein Sofortprogramm für den Bau von Kernreaktoren und die Erschließung neuer Lagerstätten sichern. Haupthindernis dabei ist voraussichtlich der schlechte Stand von Organisation und Management in der Sowjetunion, weniger die ungünstigen klimatischen Bedingungen in Sibirien.

Flugverkehrsfragen

Lee lenkt die Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers auf australische Pläne verbilligter Direktflüge zwischen Sydney und Europa, die auf einen Protektionismus im Flugverkehr hinauslaufen.[25] Besonders Singapur Airlines würde hierdurch wesentliche Teile ihres Verkehrsaufkommens verlieren und Singapur einen Teil seines Tourismus, da ein Zwischenaufenthalt in Singapur bei diesen verbilligten Direktflügen nicht mehr möglich sein soll. Er appelliert an die Deutschen, sich nicht an solchen Plänen zu beteiligen. Singapur selbst wird Druck auf die Australier ausüben. PM Fraser, mit dem er sich persönlich gut versteht, steht unter dem Druck seiner Wähler, die billige Europa-Flüge wollen.

Diese Pläne verstoßen gegen die Politik des „offenen Himmels" und gehen auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit eines kleinen Landes, für das seine Luftlinie und der Tourismus viel bedeuten.

Bundeskanzler sagt zu, sich vor dem gemeinsamen Abendessen über den Sachstand zu unterrichten (eine entsprechende Aufzeichnung wurde am 11. Juni nachmittags vorgelegt).

Weltweite Energie- und Bevölkerungsperspektiven

Lee stimmt den Darlegungen des Bundeskanzlers zur weltweiten Energiesituation voll zu. Es gibt keine Alternative zur Entwicklung der Kernenergie. Singa-

24 Vortragender Legationsrat I. Klasse Bassler vermerkte am 13. Dezember 1963, daß die Gründe für den Widerstand Indonesiens gegen den am 16. September 1963 gegründeten Bundesstaat Malaysia „vielschichtig" seien: „Nach indonesischer Ansicht gehören diese Gebiete ethnographisch, wirtschaftlich und kulturell zum indonesischen Borneo, von dem sie durch die englische Kolonialpolitik vor 100 Jahren abgetrennt wurden." Vgl. B 37 (Referat I B 5), Bd. 80.

25 Referat 423 erläuterte am 17. Mai 1979: „Zwischen Australien und der Bundesrepublik Deutschland sowie anderen europäischen Staaten ist ein besonders günstiger Sondertarif für durchgehende Linienflüge eingeführt worden. Die Luftfahrtgesellschaften der ASEAN-Länder möchten diesen Tarif für ihre Flüge zwischen Australien und Europa ebenfalls anwenden, was jedoch weder die australische noch unsere Zivilluftfahrtbehörde (BMV-L) genehmigten. Die ASEAN-Länder sahen in der Nichtgenehmigung dieses Tarifs eine unberechtigte protekt[ionist]ische Maßnahme." Die ASEAN-Mitgliedstaaten hätten sich „vom 2. bis 7. Mai 1979 zunächst zu Regierungsgesprächen mit Australien getroffen. Dabei ist eine Einigung über ihren Einstieg in den Sondertarif erzielt worden. Unsere Zivilluftfahrtbehörde [...] wird sich grundsätzlich der Einführung des Tarifs im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht entziehen können. Wir haben jedoch keine Veranlassung, die ASEAN-Länder zu ermuntern, einen Antrag zu stellen." Vgl. Referat 340, Bd. 110718.

pur ist allerdings zu klein, um ein Kernkraftwerk auf seinem eigenen Territorium zu errichten. Gespräche mit Malaysia über den gemeinsamen Bau eines Kernkraftwerkes auf malaysischem Territorium schleppen sich hin, da Malaysia wegen seiner Gasvorkommen kein so dringendes Interesse zeigt. Seine Gespräche mit Taiwan und Korea zeigen deutlich, daß man jetzt sobald wie möglich mit der Errichtung von Kernkraftwerken beginnen muß, da sie ohnehin erst in acht bis zehn Jahren zur Elektrizitätsversorgung beitragen können. Das Erdölzeitalter wird mit diesem Jahrhundert zu Ende gehen.

Bundeskanzler sieht ebenfalls keine Alternative zur Kernkraft. Die Automobilindustrie wird sich auf batteriegetriebene Autos umstellen, die ihren Strom aus Kernkraftwerken beziehen. Erdöl wird in der ersten Hälfte des nächsten Jahrhunderts erschöpft, Benzin aus Kohleverflüssigung zu teuer sein.

Lee glaubt auf Frage des Bundeskanzlers, daß sich das Bevölkerungswachstum zunächst in Asien und dann viel später auch in Afrika stabilisieren wird. Auf lange Sicht glaubt er, daß es sehr strikter Methoden der Bevölkerungskontrolle bedarf, um eine Verwirklichung der „disziplinierten Spekulation" Herman Kahns zu vermeiden, wonach die Weltbevölkerung bis auf zwölf Milliarden steigen könnte.[26]

Das Gespräch endete mit einem zwanzigminütigen Gespräch unter vier Augen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 49

174

Gespräch des Staatssekretärs van Well mit den Botschaftern Brunet (Frankreich), Stoessel (USA) und Wright (Großbritannien)

210-330.05 VS-NfD **11. Juni 1979**[1]

Aus den Gesprächen des Herrn Staatssekretärs mit den drei alliierten Botschaftern bei dem am 11. Juni 1979 vom französischen Botschafter gegebenen Mittagessen ist festzuhalten:

26 Herman Kahn ging 1976 davon aus, daß die Weltbevölkerung in 200 Jahren 15 Milliarden Menschen betragen werde. Vgl. KAHN, Jahre, S. 20 und 56.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen am 12. Juni 1979 gefertigt und am selben Tag an das Büro Staatssekretäre weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „Als Anlage wird ein Vermerk über das Essen des Herrn Staatssekretärs mit den drei alliierten Botschaftern am 11. Juni 1979 mit der Bitte übermittelt, diesen dem Herrn Staatssekretär zur Genehmigung des Inhalts und des Verteilers vorzulegen."
Hat Staatssekretär van Well am 12. Juni 1979 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 210, Bd. 116501.

1) Die Lage unmittelbar nach den Wahlen zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979[2] wurde eingehend erörtert. Die östliche Zurückhaltung am Wahltag kam nach der letzten gemeinsamen Lageeinschätzung in der Bonner Vierergruppe[3] vor dem Ereignis nicht ganz unerwartet. Zwar hatte die Vierergruppe mit der Möglichkeit kleinerer Verkehrsverzögerungen und mit einem öffentlich ausgesprochenen Transitverbot für die Berliner Europaabgeordneten gerechnet, war aber gut vorbereitet und hatte insgesamt neun Texte für Presseerklärungen und Proteste ausgearbeitet. Ein wesentlicher Grund für die östliche Zurückhaltung ist in der festen und eindeutigen Haltung der Drei Mächte zu sehen, die diese den Sowjets in den Demarchen am 23. und 24. Mai 1979[4] erläutert haben. Eine besondere Rolle dürfte der bevorstehende Wiener Gipfel[5] gespielt haben. Botschafter *Stoessel* erklärte, von sowjetischer Seite sei direkt eine Kampagne des Lächelns gegenüber der hiesigen amerikanischen Botschaft in Gang gekommen. Einige Mitglieder der hiesigen sowjetischen Botschaft hätten eine Reihe von Mitgliedern der amerikanischen Botschaft zum Essen eingeladen. Der amerikanische Botschafter sah hierin einen möglichen Zusammenhang mit dem Wiener Gipfel.

Der Herr *Staatssekretär* berichtete, daß Botschafter Wieck am 8.6.79 bei AM Gromyko vorgesprochen habe, um ihm die Einladung des Bundesministers für einen Konsultationsbesuch in Bonn im September d. Js. zu übermitteln[6] und an die Einladung des Bundeskanzlers an Kossygin zu erinnern. Gromyko habe in dem sich anschließenden kurzen Gespräch zwar allgemeine und im Grundton positive Ausführungen über die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen gemacht, sei aber mit keinem Wort auf die Regelung der Einbeziehung Berlins in die Europawahlen und die Journalistenausweisung[7] zu sprechen gekommen. Er habe auch keinerlei Hinweise auf seitens der Sowjetunion eingeleitete Maßnahmen in bezug auf Berlin wegen der Wahlen zum EP gegeben. Ein genauer Termin für den Besuch Gromykos in der Bundesrepublik Deutschland sei in diesem Gespräch noch nicht festgelegt worden, da Gromyko für den Monat September nicht näher erläuterte Terminschwierigkeiten sah. Eine Terminabstimmung werde daher zwischen der Dritten Europäischen Abteilung und der Botschaft vorgenommen werden. Bei einem gesellschaftlichen Zusammensein von Mitgliedern der Dritten Europäischen Abteilung und unserer Botschaft in Moskau sei auch Bondarenko mit keinem Wort auf die Europawahlen und die Ausweisung der Journalisten zu sprechen gekommen. Bundes-

2 Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 7. und 10. Juni 1979 statt. Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament vgl. Dok. 50, Anm. 21.

3 Für das Gespräch des Staatssekretärs van Well mit den Botschaftern Brunet (Frankreich), Stoessel (USA) und Wright (Großbritannien) am 30. April 1979 vgl. Dok. 118.

4 Zu den Demarchen Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom 23./24. Mai 1979 vgl. Dok. 154, Anm. 3.

5 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

6 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 341–344.

7 Zur Ausweisung des ZDF-Korrespondenten Stengl und des Kameramanns Altmann aus der UdSSR vgl. Dok. 148, Anm. 20.

minister Genscher habe am 9. Juni bei einem Abendessen des marokkanischen Außenministers[8] mit Botschafter Semjonow gesprochen. Auch Semjonow habe das Thema Europawahlen nicht angesprochen, habe aber zur Journalistenfrage gesagt, er habe sich in Moskau sehr intensiv bemüht, eine Revision der sowjetischen Entscheidung über die Ausweisung der beiden deutschen ZDF-Korrespondenten zu erreichen. Damit sei er nicht durchgedrungen und habe sich starker Kritik ausgesetzt. Der Herr Staatssekretär berichtete über die Ausweisung der beiden sowjetischen Journalisten ergänzend, daß sich die Bundesregierung dazu entschieden habe, um der sowjetischen Seite klarzumachen, daß es hierbei um eine Frage des gegenseitigen Verhaltens, um einen Maßstab des Miteinander gehe.[9] Er habe Botschafter Semjonow erklärt, daß wir Wert darauf legten, auf der Ebene der Gleichberechtigung miteinander zu verkehren. Die andere Seite dürfe nicht glauben, mit uns alles machen zu können, ohne daß wir uns dagegen wehrten. Uns scheine die sowjetische Aktion gegen die beiden ZDF-Korrespondenten im übrigen ein KGB-Manöver zu sein. Hier müsse man gewisse Grenzen ziehen.

Es bestand Übereinstimmung, daß die Frage möglicher östlicher Maßnahmen gegen die Einbeziehung Berlins in die Wahlen zum Europäischen Parlament mit der Ruhe am letzten Sonntag[10] noch nicht ausgestanden ist. Es könnten sich vielmehr noch Gelegenheiten für die andere Seite ergeben, Maßnahmen zu ergreifen.

Der *französische Botschafter* brachte in diesem Zusammenhang vor, daß der Präsident des Europäischen Parlaments[11] zur Eröffnung des direkt gewählten Parlamentes am 17. Juli die Präsidenten aller verfassungsmäßig eingesetzten parlamentarischen Gremien der Mitgliedstaaten eingeladen habe. Der *britische Botschafter* erwähnte, daß auch der Führer des britischen Oberhauses[12] eingeladen worden sei. Es wurde festgestellt, daß Bundesratspräsident Stobbe aus terminlichen Gründen an der Eröffnungssitzung nicht teilnehmen wird.

2) Der *französische Botschafter* brachte noch einmal die Frage der Übermittlung des Wahlergebnisses durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages[13] an den Präsidenten des Europäischen Parlamentes auf und hob hervor, daß die Unterscheidung zwischen den direkt gewählten Abgeordneten des Eu-

8 Der marokkanische Außenminister Boucetta hielt sich vom 8. bis 10. Juni 1979 in der Bundesrepublik auf.

9 Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot notierte am 6. Juni 1979 zu seinem Gespräch mit dem Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft, Safrontschuk: „Am späten Nachmittag des 6. Juni empfing ich Botschaftsrat Safrontschuk [...] und unterrichtete ihn weisungsgemäß davon, daß die Bundesregierung entschieden habe, die Korrespondenten Nikiforow (‚Sozialistische Industrie') und Baschmatschnikow (‚Tass') zum Verlassen des Landes aufzufordern. Eine Verfügung, die eine Frist von einer Woche vorsehe, werde den Korrespondenten voraussichtlich noch heute zugestellt werden. Ich fügte hinzu, die Bundesregierung betrachte die Ausweisung als einen aus der Sache heraus zu bewertenden Vorgang. Er berühre nach unserer Auffassung die politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht. Wir hofften, daß die Angelegenheit der Korrespondenten damit abgeschlossen sei, und wünschten bezüglich der Korrespondenten, zur bisherigen Praxis zurückzukehren." Vgl. Referat 213, Bd. 133132.

10 10. Juni 1979.

11 Emilio Colombo.

12 Lordkanzler war The Lord Hailsham of Saint Marylebone.

13 Richard Stücklen.

ropäischen Parlamentes im Bundesgebiet und den drei indirekt durch das Berliner Abgeordnetenhaus gewählten Abgeordneten aus Berlin klar und eindeutig zum Ausdruck kommen müsse. Der Herr *Staatssekretär* skizzierte daraufhin den in der Bonner Vierergruppe konsultierten Entwurf des Übermittlungsschreibens, der die gewünschte Unterscheidung eindeutig zum Ausdruck bringe und nunmehr dem Präsidenten des Deutschen Bundestages zugeleitet werde.[14] Der *britische und der amerikanische Botschafter* wiesen darauf hin, daß der Text in der Bonner Vierergruppe abgestimmt worden sei. Der *französische Botschafter* erklärte daraufhin, er habe lediglich noch einmal auf die Bedeutung der Angelegenheit hinweisen wollen.

3) Der französische Botschafter berichtete, daß der französische Staatspräsident am 29. Oktober 1979 Berlin besuchen werde.[15] Er werde einen Tag in Berlin sein und dort nicht übernachten. Präsident Giscard habe den Wunsch nach einem Besuch der Philharmonie ausgesprochen. Der Herr *Staatssekretär* hat die Frage der Durchführung des Besuchs im Rahmen eines Besuches der Bundesrepublik Deutschland im Sinne eines einheitlichen Vorgehens der Drei Mächte nach dem durch die Besuche der britischen Königin[16] und des amerikanischen Präsidenten[17] vorgezeichneten protokollarischen Rahmen, der zwischen dem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland und dem Besuch in Berlin (West) mit Rücksicht auf die Rechte und Verantwortlichkeiten der Drei Mächte und den besonderen Status Berlins differenziert, hier nicht angesprochen.

4) Der *amerikanische Botschafter* erkundigte sich nach dem Stand und den Entwicklungsmöglichkeiten der innerdeutschen Beziehungen. Der Herr *Staatssekretär* berichtete über das Gespräch von StS Gaus mit dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Joachim Herrmann, auf dem Empfang

14 Staatsminister Wischnewski, Bundeskanzleramt, teilte Bundestagspräsident Stücklen am 18. Juni 1979 mit: „Im vergangenen Jahr ist dem damaligen Bundestagspräsidenten Prof. Carstens aufgrund von Konsultationen mit den Alliierten eine bestimmte Form für die Übermittlung des Wahlergebnisses vom 10. Juni 1979 an den Präsidenten des Europäischen Parlaments hinsichtlich der Berlin-Aspekte vorgeschlagen worden, der Ihr Amtsvorgänger zugestimmt hatte. [...] Nachdem inzwischen auf einer Bundesliste je ein Bewerber und ein Ersatzbewerber mit der Wohnsitzangabe Berlin aufgestellt worden ist, ergab sich die Notwendigkeit einer entsprechenden Modifizierung des Entwurfs des Übermittlungsschreibens, der diesen Fall noch nicht berücksichtigt hatte. [...] In der Vierer-Gruppe legten die Alliierten größten Wert auf eine klare Kennzeichnung der Berliner Abgeordneten. Die dort schließlich gefundene Kompromißlösung [...], nach der in der Einleitung des Entwurfs des Übermittlungsschreibens von den ‚drei in Berlin (West) gewählten Abgeordneten (Nr. 9, 17, 48)' gesprochen wird, halte ich für vertretbar." Vgl. Referat 210, Bd. 116536.
Stücklen teilte Wischnewski am 21. Juni 1979 mit, daß er die Lösung für „vertretbar" halte. Vgl. Referat 210, Bd. 116536.
Am 11. Juli 1979 richtete Stücklen ein Schreiben an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Colombo: „Nachstehend teile ich Ihnen die Namen der entsprechend dem Akt des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments am 10. Juni 1979 gewählten auf Deutschland entfallenden 81 Abgeordneten des Europäischen Parlaments mit. Die in Berlin (West) gewählten Abgeordneten (N[umme]rn 43, 50, 71 der folgenden Aufstellung) sind in Übereinstimmung mit der Erklärung, welche die Regierung der Bundesrepublik Deutschland anläßlich der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zu diesem Akt abgegeben hat, gewählt worden." Vgl. Referat 210, Bd. 116536.

15 Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich am 29. Oktober 1979 in Berlin (West) auf. Vgl. dazu Dok. 330.

16 Königin Elisabeth II. hielt sich am 24. Mai 1978 in Berlin (West) auf.

17 Präsident Carter hielt sich am 15. Juli 1978 in Berlin (West) auf.

der Ständigen Vertretung am Tage des Inkrafttretens des Grundgesetzes.[18] Herrmann habe in diesem Gespräch das Interesse der DDR an der Fortsetzung der Normalisierungs- und Vertragspolitik bekundet, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung wissen müsse, daß, wenn die DDR zwischen den Belangen der inneren Sicherheit und ihrem internationalen Ansehen zu wählen habe, sie ihrer inneren Sicherheit immer die Priorität einräumen werde. Auf die Frage der alliierten Botschafter nach der Fortsetzung der Sondierungsgespräche und Verhandlungen mit der DDR antwortete der Herr Staatssekretär, daß wir in verschiedenen Bereichen auf eine Antwort der DDR warteten. Es werde dann auch über ein Kooperationsabkommen zu sprechen sein, das von der DDR in die Diskussion eingeführt wurde.[19] Die DDR habe Anstoß daran genommen, daß die Bundesregierung als Reaktion auf die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die westlichen Journalisten in der DDR das für Ende April vorgesehene Abrüstungsgespräch zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts und dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR abgesagt[20] und daß der Bundeswirtschaftsminister[21] auf der Hannover Messe[22] den Stand der DDR nicht besucht habe. Joachim Herrmann habe in dem Gespräch mit StS Gaus erklärt, daß die DDR die Gespräche und Verhandlungen mit uns nicht eher wieder aufnehmen würde, bis wir uns nicht zur Durchführung des Abrüstungsgesprächs bereit erklärt hätten.[23] Wir hätten der DDR gegenüber noch vor dem 10. Juni in allgemeiner Form unsere Bereitschaft zur Neufestsetzung eines Gesprächstermins erklärt.

5) Die Polenreise des Papstes[24] und ihre Wirkungen auf Osteuropa wurden breit erörtert. Es bestand Übereinstimmung, daß die Auswirkungen dieses Be-

18 Zum Gespräch des Staatssekretärs Gaus, Ost-Berlin, mit dem Mitglied des SED-Politbüros Herrmann am 22. Mai 1979 vgl. Dok. 150.

19 Am 29. Mai 1979 vermerkte Vortragende Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander: „Das bis zum Jahr 1980 (Neuverhandlungen über den Swing, neue Verkehrsverhandlungen gemäß Verhandlungspaket vom Herbst 1978) interessanteste Vorhaben ist zur Zeit das eines Kooperationsabkommens mit der DDR. Darüber ist im Fünfergespräch am 29. März 1979 gesprochen worden [...]. Wegen der DDR-Maßnahmen gegen die Journalisten ist der Meinungsbildungsprozeß innerhalb der Bundesregierung auf Arbeitsebene nicht fortgeführt worden. Aus unserer Sicht besteht zur Zeit kein Anlaß, im Fünfergespräch am 31. Mai über die Sachfragen eines langfristigen Kooperationsabkommens mit der DDR zu sprechen." Vgl. VS-Bd. 13112 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

20 Ministerialdirektor Blech notierte am 25. Juni 1979, daß das „für Ende April vorgesehene Abrüstungsgespräch" zwischen Staatssekretär van Well und dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, Moldt, „als Reaktion auf die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die westlichen Journalisten in der DDR" vom Auswärtigen Amt abgesagt worden sei. Vgl. Referat 210, Bd. 116529.

21 Otto Graf Lambsdorff.

22 Die Hannover Messe fand vom 18. bis 26. April 1979 statt.

23 Für das Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem Leiter der Ständigen Vertretung der DDR, Moldt, am 24. Juli 1979 vgl. Dok. 212.

24 Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 2. bis 10. Juni 1979 in Polen auf. Referat 214 notierte dazu am 26. Juni 1979: „Die polnische Regierung hatte mit großer Besorgnis dem Besuch des Oberhauptes der katholischen Kirche entgegengesehen, weil er die Rolle der katholischen Kirche in der polnischen Gesellschaft demonstrierte und die Gefahr unkontrollierter Reaktionen hätte mit sich bringen können. [...] Der Papstbesuch in Polen hat das Selbstbewußtsein Polens und die Rolle der Kirche in Polen zweifellos gestärkt. Der Papst hat einerseits an den kommunistischen Staat die Forderung nach religiöser Toleranz und mehr Freiheitsraum für den einzelnen gerichtet; er hat andererseits unter dieser Voraussetzung die Gläubigen zur aktiven Mitwirkung am Gemeinwohl aufgerufen. Über Polen hinaus dürfte der Ablauf des Besuchs die Rolle der katholischen Kirche als politischen Faktor in den kommunistischen Staaten Osteuropas insgesamt gestärkt haben." Vgl. Referat 214, Bd. 132813.

suches nicht auf Polen beschränkt bleiben würden. Der Papst habe ein außerordentliches politisches Geschick an den Tag gelegt und deutliche Hinweise auf die Menschenrechte, namentlich auf die Freiheit der Kommunikation, gegeben. Alle vier waren der Auffassung, daß die Stellung der Kirche durch diesen Besuch gestärkt wurde. Die regimetreuen Polen hätten sich in einem Dilemma befunden, da sie einerseits über den Besuch Stolz empfunden, andererseits aber die Wirkungen auf die innere Lage gesehen hätten.

6) Der Herr Staatssekretär fragte, ob die französische Seite inzwischen geprüft habe, was hinsichtlich der Erstreckung des ENMOD-Übereinkommens auf Berlin (West) zu tun sei.[25] Der *französische Botschafter* wies darauf hin, daß diese Frage in den deutsch-französischen Außenministerkonsultationen am 7.6.79 in Paris[26] von unserer Seite nicht erneut angesprochen worden sei. Eine französische Entscheidung liege noch nicht vor.

7) Daran schloß sich eine Diskussion über die französische Initiative zur Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz[27] an: Der französische Botschafter erwähnte, daß Bundesminister Genscher dieses Thema in den Außenministerkonsultationen ausdrücklich angesprochen habe. Der Herr *Staatssekretär* betonte die Notwendigkeit einer baldigen Klärung der westlichen Konzeption hierzu. Er wies darauf hin, daß vertrauensbildende Maßnahmen nunmehr fast überall besprochen würden. Da die Bundesrepublik Deutschland geographisch von jeder der in den verschiedenen Verhandlungen und Optionen erörterten CBM betroffen sein werde, sei die Bundesregierung an einer klaren Konzeption besonders interessiert. Der *französische Botschafter* stimmte dem zu. Der Herr *Staatssekretär* betonte, für wie wichtig wir die französischen Überlegungen hielten. Wir wollten die französische Seite gerne bei der Weiterverfolgung ihrer Idee unterstützen, könnten das aber nur tun, wenn wir konzeptionell mehr Klarheit hätten.

8) Der Herr Staatssekretär sprach seine Befriedigung über die von der PanAm am 23.5.79 angekündigten Service- und Tarifverbesserungen im Berliner Luftverkehr aus.[28] Er wies in diesem Zusammenhang auf den Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur Verbesserung des Berliner Luftverkehrs durch die Erhöhung der Flugpreissubventionen hin.[29] Die *drei Botschafter* erklärten übereinstimmend, daß der Luftverkehr seither erheblich zugenommen habe (um ca. 15%). Der *amerikanische Botschafter* führte dies auf die Tarifverbesserungen für Gruppenreisen zurück. Er erklärte weiter, daß beabsichtigt sei, bei PanAm künftig ein kostenloses Getränk zu reichen, die Innenausstattung zu verbessern

25 Zur Frage der Erstreckung des ENMOD-Abkommens auf Berlin (West) vgl. Dok. 118, Anm. 20.

26 Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet am 7. Juni 1979 in Paris vgl. Dok. 165–167.

27 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 3, Anm. 16.

28 Zu den Service- und Tarifverbesserungen im Flugverkehr von und nach Berlin (West) vgl. Dok. 154, Anm. 30.

29 In der Presse wurde berichtet: „Die Subventionen der Bundesregierung für Berlin-Flüge werden von bislang 43 Millionen Mark auf 83 Millionen Mark erhöht. Damit folgt Bonn dem Votum der Vorsitzenden der vier Bundestagsparteien, die sich am 19. Juni vorigen Jahres für eine solche Verbesserung der Subventionen eingesetzt hatten. [...] Die Bruttoflugpreise werden nach der neuen Regelung mit rund 20 Prozent subventioniert. Die Bundesregierung entschied sich dafür, nachdem die Fluggesellschaften eine Reihe von Leistungsverbesserungen zugesagt haben." Vgl. den Artikel „Subventionen für Berlin-Flüge verdoppelt"; DIE WELT vom 8. März 1979, S. 2.

und auch neues Fluggerät einzusetzen. Der Herr *Staatssekretär* erklärte, daß er die anderen Luftverkehrsgesellschaften ermutigen wolle, sich dieser positiven Entwicklung anzuschließen. Es sei Teil der gemeinsamen Anstrengungen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung des Berliner Luftverkehrs, daß die Alliierten ebenfalls Verbesserungen einführten.

9) Der *britische und französische Botschafter* erkundigten sich nach der Reise des Bundeskanzlers in die Vereinigten Staaten.[30]

Der Herr *Staatssekretär* berichtete über die Reise und hob hervor, daß der Zeitpunkt sehr günstig gewählt gewesen sei. Es sei sehr wichtig gewesen, daß der Bundeskanzler die Führungskreise der Vereinigten Staaten habe ansprechen können. Die Gespräche in Washington über die beiden Hauptpunkte Energie und Sicherheitspolitik seien sehr nützlich gewesen. Aus den Gesprächen sei für die operative Arbeit sehr viel herausgekommen.

10) Das nächste Essen des Staatssekretärs mit den drei alliierten Botschaftern findet am 17. Juli 1979 statt (Gastgeber: der amerikanische Botschafter).[31]

Referat 210, Bd. 116501

175

Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt

114-1998/79 geheim
Fernschreiben Nr. 2166

Aufgabe: 11. Juni 1979, 17.17 Uhr[1]
Ankunft: 12. Juni 1979, 08.19 Uhr

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Secretary Harold Brown am 6. Juni 1979, 9.30 bis 10.15 Uhr[2]

Anwesend: David McGiffert, Botschafter Stoessel, Botschafter von Staden, zeitweise MD Ruhfus.

30 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.

31 Staatssekretär van Well behandelte im Gespräch am 17. Juli 1979 mit den Botschaftern Brunet (Frankreich), Stoessel (USA) und Wright (Großbritannien) das Treffen Wrights mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, am Vortag, den Beschluß der DDR-Volkskammer vom 28. Juni 1979 zur Direktwahl ihrer aus Ost-Berlin stammenden Abgeordneten, die innere Lage der DDR und die weitere Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Edler von Braunmühl vom 18. Juli 1979; Referat 210, Bd. 116500.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 12. Juni 1979 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Petersmann am 12. Juni 1979 vorgelegen, der handschriftlich notierte: „H[errn] Minister."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 12. Juni 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 6. August 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte eine Abl[ichtung] f[ür] BM-Mappe VS."
Hat York am 6. August 1979 erneut vorgelegen.
Hat Braunmühl am 14. August 1979 erneut vorgelegen.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 161–163.

Unter Bezugnahme auf Drahtbericht vom 6.6.[3] gebe ich anschließend die Langfassung des Gesprächs nach meinen Aufzeichnungen.

Secretary Brown (B) betonte einleitend, wie gut seine Zusammenarbeit mit BM Apel sich anlasse. Er kam dann auf den Zweck seines Besuchs, zwei Fragen mit dem Herrn Bundeskanzler (BK) zu erörtern. Die erste betreffe Langstrekkennuklearwaffen für den europäischen Schauplatz (LRTNF). Die Administration lehne Flugmarschkörper auf Unterseebooten (SLCM) nicht ab. (BK warf an dieser Stelle ein, man solle seine Überlegungen nicht auf Unterseeboote beschränken.) Man solle aber bei der Erörterung dieser Option sehr behutsam sein und nicht zu viel davon reden. Es bestehe anderenfalls die Gefahr, daß sich die norwegische Regierung auf den Standpunkt festlege, für die nationalen Hoheitsgewässer gelte das gleiche wie für das Land-Territorium[4]. Umgekehrt könne es sein, daß die belgische und niederländische Regierung in einer solchen Lösung einen billigen Weg sehen, um um die[5] Stationierung auf dem eigenen Territorium herumzukommen.

BK erwiderte, er sähe diesen Punkt. Seegebundene Optionen sollen jedoch Teil des Pakets (Mix) bleiben. Sie sollen nicht ausgeschlossen werden. In vertraulichen Gesprächen habe er den Eindruck gewonnen, daß Dänemark eine solche Lösung u. U. akzeptieren könnte. Norwegen würde dann vielleicht folgen.

B bemerkte, daß man daran denken könnte, Schiffe in europäischem Eigentum mit amerikanischer nuklearer Armierung unter amerikanischer Kontrolle vorzusehen[6].

BK erwähnte als Alternative, daß amerikanische Überwasserschiffe, z. B. Zerstörer, für diese neue Mission umgerüstet werden könnten, während ihre alte Mission durch europäische Zerstörer übernommen würde.

B wies abschließend darauf hin, daß die Kosten hoch seien. Die Schiffe könnten nur für eine einzige Einsatzform (single purpose) armiert werden. Man werde jedoch weiterhin an diesen Lösungen arbeiten.

BK wehrte sich gegen den Ausdruck „theater nuclear forces". Er erläuterte die Gründe, aus denen er es vorzöge, von eurostrategischen Waffen zu sprechen. Von Europa her gesehen seien SS-20 und „Backfire" strategische Waffen.

B bemerkte, daß man sich mit den Sowjets nie über eine Bezeichnung dieser Waffenkategorien habe einigen können, da Moskau darauf beharre, nur das als strategisch gelten zu lassen, womit sowjetisches oder amerikanisches Territorium erreicht werden könnte. Gegen die Bezeichnung eurostrategisch habe er Bedenken, da hier die Vorstellung eines gesonderten eurostrategischen Gleichgewichts geweckt werden könnte.

B ging dann auf die Reichweite der verbesserten „Pershing" über. Sie könne Moskau allenfalls von der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten er-

[3] Für den Drahtbericht Nr. 2115 des Botschafters von Staden, Washington, vom 6. Juni 1979, mit dem eine Kurzfassung des Gesprächs übermittelt wurde, vgl. VS-Bd. 10497 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

[4] Zur Haltung Norwegens bezüglich der Stationierung von ausländischen Streitkräften und von Kernwaffen auf eigenem Territorium vgl. Dok. 143, Anm. 20.

[5] Korrigiert aus: „um die".

[6] Korrigiert aus: „von zusehen".

reichen und auch dann nur die westlichen Randgebiete. (Dies wurde durch Material bestätigt, das B uns anschließend zukommen ließ.) Demgegenüber könnten CM mit jeder gewünschten Reichweite konstruiert werden. Es drehe sich dabei nur um eine Frage des Verhältnisses zwischen Nutzlast und Treibstofflast.

Auf die Entscheidung über TNF-Modernisierung übergehend, bemerkte BK, daß er sich wegen der Fixierung auf die Herbsttagung des NATO-Ministerrats[7] Gedanken mache. Es sei für die Verteidigungsminister möglich, eine militärische Entscheidung zu treffen, aber politisch sei es sehr schwierig. B warf ein, amerikanischerseits sage man nur, man hoffe auf der Ministersitzung zu Entscheidungen zu kommen. BK erwiderte, das sei ihm recht. Er habe auch nicht den Wunsch, die Entscheidung zu verschieben. Er wolle nur eine unausgereifte Entscheidung vermeiden.

Diese Frage impliziere eine innenpolitische Diskussion größter Tragweite (crucial), die man mit der Diskussion über die Ratifikation von SALT II[8] im amerikanischen Senat vergleichen könne. In einigen Ländern könne dabei das Schicksal der Regierungen auf dem Spiel stehen. Dies gelte nicht für die Bundesrepublik Deutschland, wo er sich genügend Autorität zutraue, um eine Krise zu verhindern. Es gelte aber für Länder wie die Niederlande, Belgien, Dänemark oder Italien.

B stellte die Frage, ob wir Lösungen akzeptieren könnten, bei denen die verbesserte „Pershing" in der Bundesrepublik Deutschland stationiert würde, in anderen Ländern dagegen die CM. Da die Stationierung von „Pershing" in anderen Ländern wegen der begrenzten Reichweite nicht den vollen Effekt hätte, wäre es auch für die Bundesrepublik Deutschland günstiger, wenn in den anderen Ländern CM stationiert würden.

BK erwiderte, es käme ihm darauf an, daß Moskau nicht unter dem Eindruck stünde, lediglich durch Waffen strategisch bedroht zu sein, die auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland stationiert sind. Keine Situation sei akzeptabel, in der die Sowjetunion das Gefühl haben könnte, daß nur die TNF in der Bundesrepublik Deutschland wirklich zählten, die in den anderen Ländern dagegen nicht. Eine solche Situation könnte den europäischen Teil der Allianz auseinanderreißen. Sie könnte der Sowjetunion die Möglichkeit geben, Keile zwischen die Verbündeten zu treiben. Diese Fragen verschärften sich bei Herstellung der Parität im interkontinentalen strategischen Bereich. BK verwies auf sein 1969 erschienenes Buch[9], in dem diese Fragen bereits dargestellt wurden. B zeigte gegenüber den Argumenten von BK volles Verständnis.

B ging dann auf den zweiten Zweck seines Besuchs über. Die USA machten große Anstrengungen, um ihre Zuführungskapazität im konventionellen Bereich zu erhöhen. Dabei spiele das pre-possessioning von Material und Munition eine große Rolle. Man wolle Anfang der 80er Jahre so weit sein, die takti-

7 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

8 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

9 Vgl. Helmut SCHMIDT, Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart 1969.

schen Luftstreitkräfte und die in Europa verfügbaren Divisionen innerhalb von zehn Tagen zu verdoppeln und in einigen weiteren Jahren in der Lage sein, sie innerhalb von 14 Tagen zu verdreifachen. Diese Zuführungsmöglichkeiten seien der Schlüssel zur amerikanischen Strategie der konventionellen Verteidigung in Europa – das sei wichtig, weil man nicht viel Vorwarnzeit haben dürfte. Nach heutigen Erkenntnissen könne die Sowjetunion mit zwei Armeegruppen aus dem Stand angreifen, mit drei innerhalb von acht Tagen und mit vier innerhalb von 15 Tagen. Dementsprechend sei es von größter Bedeutung für die USA und die Bundesrepublik Deutschland, daß das amerikanische Programm verwirklicht werden kann; dazu werde deutsche Hilfe benötigt, vor allem Lagerraum.

BK wies darauf hin, daß wir aus geographischen Gründen zusätzliches Manövergelände nicht zur Verfügung stellen könnten. B erwiderte, daß auch nicht an die Zuführung zusätzlicher Truppen gedacht sei, sondern an die Vorauslagerung von zusätzlichem Material und Munition.

BK wies darauf hin, daß die USA auch viel veraltete Munition eingelagert haben. Deren Lagerraum könne man frei machen.

B entgegnete, daß ständig ausgesondert werde, wies aber zugleich darauf hin, daß 75 Prozent der Munition, die eingelagert werden sollte, interoperabel sei.

BK stellte fest, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht das einzige Land sein könne, in dem die Vorauslagerung stattfindet. Es dürfe weder im Westen noch im Osten der Eindruck entstehen, daß die Bundesrepublik Deutschland der europäische Anker einer bilateralen deutsch-amerikanischen Allianz sei.

B entgegnete, daß auch in den Niederlanden und Belgien Munition eingelagert werde. Als Beispiel für die amerikanischen Wünsche nannte er die deutsche Weigerung, unseren Anteil an den Infrastrukturkosten zu erhöhen.

Gerade aber dort werde unsere Hilfe besonders gebraucht. Auf MBFR übergehend, sagte BK dem amerikanischen Verteidigungsminister abschließend, daß wir im Rahmen der vertrauensbildenden Maßnahmen keineswegs einer Stationierung von möglicherweise 150 sowjetischen Inspektionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland zustimmen könnten. Man mache sich in den USA wohl keine rechten Vorstellungen, welche psychologische Rückwirkung eine solche massive Präsenz in einem engen, dicht besiedelten Land wie der Bundesrepublik Deutschland hätte. Allenfalls könnte man daran denken, „teams on challenge“ zuzulassen.

B bemerkte hierzu, daß vertrauensbildende Maßnahmen möglicherweise das einzige sein würden, was wir von MBFR retten könnten.

[gez.] Staden

VS-Bd. 14078 (010)

176

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Martens

VS-vertraulich **12. Juni 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem belgischen Premierminister Martens am Dienstag, den 12. Juni 1979[2]

Weitere Teilnehmer auf belgischer Seite: Kabinettschef van Ypersele; Kabinettschef des Außenministers, Cahen; außenpolitischer Berater Thuysbaert. Auf deutscher Seite: MD Dr. Lautenschlager, Botschafter Limbourg, AL 2[3].

Nach eineinhalb Stunden wurde das Gespräch beim Abendessen fortgesetzt. Zusätzliche Teilnehmer: AL 4[4], belgischer Geschäftsträger Cassiers.

Nach herzlichen Worten der Begrüßung stellte der *Bundeskanzler* fest, daß die deutsch-belgischen Beziehungen beispielhaft seien, da sie seit Jahren von keinerlei Problemen belastet seien.

Innenpolitische Lage

PM berichtet über die Regierungsbildung in Belgien.[5] Sein Land stehe vor ernsten sozialen Problemen. Die wirtschaftliche Lage werde gekennzeichnet durch eine niedrige Inflationsrate (4%), hohe Arbeitslosigkeit (8%) und durch ein erhebliches Defizit des Haushaltes (300 Mrd. belgische Francs, entsprechend etwa 7% des BSP).

Energie

PM: Etwa 25% der belgischen Stromversorgung beruhe auf Kernenergie. Der Widerstand der Bevölkerung gegen Kernkraftwerke nehme zu. Vor kurzem ha-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 13. Juni 1979 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am selben Tag „vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskanzlers" an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg übermittelt.
Hat York am 13. Juni 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an das Büro Staatssekretäre, die Ministerialdirektoren Blech und Lautenschlager, die Staatsminister von Dohnanyi und Hamm-Brücher, Botschafter Ruth sowie die Referate 202 und 413 verfügte und handschriftlich notierte: „Dem Ministerbüro vorzulegen."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 18. Juni 1979 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14082 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Ministerpräsident Martens hielt sich am 12. Juni 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Jürgen Ruhfus.

4 Horst Schulmann.

5 Botschafter Limbourg, Brüssel, berichtete am 4. April 1979, daß König Baudouin I. am 2. April 1979 den Abgeordneten Martens mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt habe: „Martens hat innerhalb eines Tages sein Kabinett zusammengestellt. Es wurde am 3.4.1979, dem 107. Tag der Regierungskrise, [...] vereidigt. Das von der Verfassung vorgeschriebene, sprachlich paritätisch zusammengesetzte Kabinett umfaßt neben dem Premierminister 24 Minister (sieben C[hristelijke]V[olks] P[artij], fünf B[elgische]S[ocialistische]P[artij], vier P[arti]S[ocial]C[hrétien], sechs P[arti]S[ocialiste] und zwei F[ront]D[émocratique des]F[rancophones]) sowie acht Staatssekretäre [...]. Die Koalitionspartner verfügen in der Kammer mit 151 von insgesamt 212 und im Senat mit 135 von insgesamt 181 Sitzen jeweils über die zu Verfassungsänderungen notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit." Vgl. den Drahtbericht Nr. 108; Referat 202, Bd. 115645.

be es eine Demonstration gegeben, an der 20000 Demonstranten teilnahmen, davon etwa 5000 aus den Niederlanden. Das belgische Parlament werde am 6. Juli über das Kernenergieprogramm[6] debattieren. Er hoffe, daß es ihm gelingen werde, bis Oktober/November politisch Zeit zu gewinnen. Er erwarte starke Kritik, aber für Belgien gäbe es keine andere Lösung des Energieproblems.

Bundeskanzler: Ohne Kernenergie würden alle IL in große Schwierigkeiten geraten. Er beabsichtige, in dem Telefongespräch mit Präsident Giscard am 13.6.[7] vorzuschlagen, daß der ER[8] sich in einer gemeinsamen Erklärung[9] für Kernenergie ausspricht.

Präsident Carter habe eingesehen, daß Kernreaktoren für die Energieversorgung notwendig sind. Die Administration plane insgesamt etwa 100 Reaktoren. Sie setze das Schnelle-Brüter-Programm fort.

Er sei besorgt, daß ein neuer Nahost-Konflikt oder der innere Verfall eines ölproduzierenden Landes, wie Iran[10], zu Schwierigkeiten in der Energieversorgung und damit zu einem schnellen Ansteigen der Arbeitslosigkeit führen könnte. Die nächsten Jahre würden für die IL schwierig sein. Auch wenn es gelänge, die inneren Widerstände zu überwinden, werde es eine Reihe von Jahren dauern, bis die Energieversorgung durch Kernkraftwerke anlaufe. Aber er werde eher seine eigene Position zur Verfügung stellen als nachzugeben.

Auf Frage des Bundeskanzlers, ob PM Martens bei einer gemeinsamen Erklärung mitmachen werde und ob er dies Giscard sagen könne, stimmte PM zu.

Bundeskanzler: Carter habe Schwierigkeiten, der amerikanischen Öffentlichkeit den Ernst der Energiesituation klarzumachen. Viele Amerikaner glaubten, daß die großen Ölgesellschaften für die Versorgungsschwierigkeiten verantwortlich seien.

PM fragt nach der Entscheidung Washingtons, Mitteldestillate mit fünf Dollar pro Barrel zu subventionieren.[11]

Bundeskanzler: Schlesinger habe diese Entscheidung getroffen, ohne vorher die IEA zu unterrichten. Er habe sich entschuldigt. Carter habe die Entscheidung durch öffentliche Reden später indossiert. Er sehe die Gefahr, daß die Verbraucherländer in einen großen Wettbewerb um die Öllieferungen eintreten.

6 Botschafter Limbourg, Brüssel, berichtete am 22. Oktober 1979, „daß Wirtschaftsminister Claes in der vergangenen Woche in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage das belgische Programm für den Bau von Atomzentralen erneut kurz umrissen hat. Danach wird noch 1979 die Zentrale Doel III (bei Antwerpen) mit 900 Megawatt Leistung in Betrieb genommen. Es folgen Tihange II mit ebenfalls 900 Megawatt im Jahre 1980, Doel IV mit 980 Megawatt im Jahre 1983 und Tihange III mit 980 Megawatt im Jahre 1984. Bis 1984 werden also in Belgien Atomkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 3760 Megawatt in Betrieb genommen werden, während im ursprünglichen Programm von 1979 noch 6860 Megawatt vorgesehen waren. Der Ausbau der Zentralen wurde also verlangsamt." Vgl. den Schriftbericht; Referat 413, Bd. 123728.

7 Korrigiert aus: „12.6."
Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 13. Juni 1979 vgl. Dok. 177.

8 Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. Juni 1979 in Straßburg vgl. Dok. 190.

9 Für den Wortlaut der „Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats" vgl. BULLETIN 1979, S. 761–764.

10 Zur Erdölförderung im Iran vgl. Dok. 162, Anm. 3.

11 Zu den Subventionsmaßnahmen der USA bei der Einfuhr von Mitteldestillaten vgl. Dok. 157, Anm. 5.

Bundeskanzler skizzierte dann seine Vorstellungen über die gemeinsame Erklärung. Sie solle die Elemente

- Energie sparen,
- stärkerer Einsatz von Kohle und Braunkohle,
- Notwendigkeit der Kernenergie,
- Erforschung von regenerativen Energien,
- Verbraucher-Produzenten-Dialog,
- Berücksichtigung der Interessen der Dritten Welt

enthalten.

Er denke zunächst an eine gemeinsame Erklärung, die in Straßburg verabschiedet wird. Sodann sollten Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Italien diese Linie in Tokio[12] vertreten. Carters Mitarbeiter seien gegenüber diesen Überlegungen eher zurückhaltend gewesen. Er habe mit Raymond Barre hierüber Ende Mai gesprochen.[13] Präsident Giscards Reaktion hoffe er am 13.6. zu erfahren.

36-Stunden-Woche

PM berichtet über die Pläne seiner Regierung, die Arbeitszeit innerhalb der nächsten drei Jahre auf 36 Stunden zu reduzieren. Dies bedeute eine Verringerung der Arbeitsleistung um 10%. 7,5% solle durch die steigende Produktivität ausgeglichen werden. 2,5% müßten von der Industrie getragen werden. In Belgien gebe es zwei große Gewerkschaften, die christliche und die sozialistische Gewerkschaft. Die 36-Stunden-Woche werde vor allem von dem Führer der sozialistischen Gewerkschaft, Debunne, gefordert. Debunne erkläre, die Arbeitnehmer hätten in den letzten Jahren erhebliche Lohnerhöhungen durchgesetzt. Jetzt müsse die Lebensqualität verbessert werden. Debunne sei bereit, sich bei Lohnforderungen entsprechend zurückzuhalten.

Bundeskanzler: Wenn die belgische Regierung diesen Weg beschreiten wolle, solle sie es tun. Aber er bitte sie, keine Aufforderungen an die anderen europäischen Länder zu richten, daß sie auf dem Wege folgen. Bei uns würde diese Lösung nicht möglich sein. Nach Abbau der Arbeitszeit würden die Gewerkschaften schließlich doch zusätzliche Lohnforderungen stellen. Außerdem hätten wir keine Arbeitskraftreserven, aus denen die verringerte Arbeitszeit ausgeglichen werden könnte. Unsere Arbeitslosen bestünden zu einem großen Teil aus Frauen, die eine Teilzeitbeschäftigung suchen, oder aus älteren Angestellten.

Nachdem PM *Martens* mitteilte, daß in Belgien die Löhne an die Preise gebunden seien, warnte *Bundeskanzler* vor den nachteiligen wirtschaftlichen Folgen einer Indexierung. Unsere Gewerkschaften verhalten sich ruhig und besonnen, da die Mitglieder sich ihrer guten wirtschaftlichen und finanziellen Stellung bewußt sind.

Die wirtschaftliche Situation in Italien sei besser, als es nach außen erscheine. Die Lage in Frankreich sei nicht ungünstig. Hier bestehe nur das Problem, daß

12 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

13 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Barre am 1. Juni 1979 vgl. Dok. 157.

Raymond Barre seine Politik[14] der Bevölkerung noch besser verständlich machen müsse. In Amerika besteht die Frage, ob Carter seine Anti-Inflationspolitik[15] auch nach Beginn der Primaries Anfang 1980[16] durchhalten werde.

TNF-Modernisierung und Abrüstungsfragen

Bundeskanzler: Zusätzlich zu den bestehenden Mittelstreckenraketen produziere und dislozierе die SU die neue, sehr wirksame Mittelstreckenrakete SS-20 und das Flugzeug „Backfire". Beide Systeme würden durch SALT II[17] nicht abgedeckt. Es gebe kein entsprechendes westliches Gegengewicht. GS Breschnew kenne die Bedeutung, die das Problem für Europa habe. Präsident Carter werde dieses Problem in Wien[18] ansprechen. Carter und Giscard vertreten den Standpunkt, man könne die SU nicht zu Begrenzungen veranlassen, wenn nicht der Westen eigene Maßnahmen beschließt. Außenminister und Verteidigungsminister hätten bei ihren Beratungen im NATO-Rat[19] und DPC[20] eine Entscheidung für Dezember dieses Jahres[21] vorgesehen. Die Bundesregierung sei zur Mitwirkung an der Entscheidung bereit. Er lege jedoch Wert auf eine wohldurchdachte Entscheidung. Carter und seine Mitarbeiter verstünden, daß es keine TNF-Modernisierung geben werde, wenn die Bundesrepublik dadurch in eine singuläre und isolierte Lage versetzt werde. Wenn andere mitwirken, sind auch wir bereit, mitzumachen. Die Mitwirkung Großbritanniens sei unterschiedlich zu bewerten, da Großbritannien ein Nuklearstaat sei. Andere europäische Länder müßten mitwirken. Er sehe die zu erwartenden innenpolitischen Schwierigkeiten, aber der Westen müsse etwas tun. Die Nachfolge Breschnews könne zu Unsicherheiten führen. Die 80er Jahre könnten bedrohlich werden, wenn der Westen nichts tut und für politischen Druck anfällig ist.

Der Westen müsse etwas tun. Die Entscheidung müsse wohldurchdacht sein. Mit der Entscheidung über die Modernisierung müsse gleichzeitig ein Rüstungskontrollangebot gemacht werden.

Die innenpolitische Durchsetzung in Italien, Belgien und der Bundesrepublik werde nicht leicht sein.

PM: Er sei sich der Situation voll bewußt. Sein Problem werde weniger die öffentliche Meinung sein als die sozialistische Partei innerhalb seiner Regierung.

14 Zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik des Ministerpräsidenten Barre vgl. Dok. 173, Anm. 20.

15 Zum währungspolitischen Programm der amerikanischen Regierung vom 1. November 1978 vgl. Dok. 2, Anm. 7.

16 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

17 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

18 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

19 Zur NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 156 und Dok. 159.

20 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16. Mai 1979 in Brüssel vgl. Dok. 140, Dok. 143 und Dok. 145.

21 Zur gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.
Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

Cahen: Die Entscheidung werde nicht leicht sein. Wenn vorzeitige Mitteilungen in die Öffentlichkeit gelangen, werde die Entscheidung noch schwieriger werden.

Bundeskanzler: Er entnehme seinen Papieren, daß Außenminister Simonet eine sehr verantwortungsbewußte Haltung einnehme.

In die Überlegungen für die Beteiligung sollten auch Portugal, Griechenland und die Türkei einbezogen werden.

Cahen stimmte zu. Allerdings müsse man den Ländern, die die Entscheidung mittragen, auch eine entsprechende Mitarbeit bei den Beratungen über Rüstungskontrolloptionen einräumen.

Europäisches Währungssystem und Währungsfragen

Siehe Vermerk von AL 4.

Belgische Innenpolitik

PM berichtete über das Reformprogramm seiner Regierung.[22] Man habe von der bisherigen Koalition der christlichen Partei und der sozialistischen Partei mit den Liberalen abgesehen und statt der Liberalen zwei flämisch sprechende und zwei frankophone Parteien in die Regierung aufgenommen, um notwendige Verfassungsreformen durchzuführen. Belgien wolle sich hierbei auch an dem föderalistischen Aufbau der Bundesrepublik orientieren.

Bundeskanzler schilderte die Schwierigkeiten, vor denen die Bundesregierung steht durch die weitreichenden Kompetenzen der Länder aufgrund der Verteilung der Einnahmen zwischen Bund und Ländern durch das Grundgesetz und durch die umfassende Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichtes.

Europäisches Institut

Van Ypersele schildert die Überlegungen für die Schaffung eines Europäischen Instituts.

Bundeskanzler äußerte sich zurückhaltend. Es werde schwierig sein, geeignete Personen für das Institut zu gewinnen. Die Schaffung des Instituts werde aber nicht auf deutschen Widerstand stoßen.

In dem anschließenden Gespräch wurden Duisenberg und Orth als geeignete Persönlichkeiten für das Management des Instituts genannt. Marjolin könnte als Vorsitzender des Aufsichtsrates oder Stiftungsrates in Betracht kommen.

22 Botschafter Limbourg, Brüssel, berichtete am 5. Mai 1979: „In dem am 5.4.79 verlesenen Regierungsprogramm nimmt auf dem Gebiet der Innenpolitik die Föderalisierung Belgiens den prominentesten Raum ein. Danach werden unterhalb der Ebene der Zentralregierung vier neue „Exekutiven" eingerichtet, die teils die einzelnen Sprachgemeinschaften (niederländisch/flämisch und frankophon) umfassen, teils geographisch-regionenbezogen sind (Flandern, Wallonie, Brüssel). Diese verschiedenartigen Geltungsbereiche haben zur Folge, daß sich die Kompetenzen der einzelnen Exekutiven sowohl geographisch als auch sachlich überschneiden müssen." Es sei vorgesehen, dem Parlament zwischen dem 1. und 10. Juni 1979 einen Entwurf über die Gesetze zur Durchführung der Verfassungsartikel über Regionalisierung und kulturelle Autonomie vorzulegen: „Diese beiden Artikel stellen den Kernpunkt der Staatsreform dar, nämlich die Frage, in wie viele Bundesländer Belgien aufzuteilen sein wird und welche daraus abzuleitenden Kompetenzen die einzelnen Exekutiven erhalten sollen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 702; Referat 202, Bd. 115645.

Luftverkehr

PM berichtete, Belgier haben einen guten neuen Generaldirektor der SABENA.[23] Belgien habe nur drei DC-10. Der König[24] sei vor kurzem in der F-16 mitgeflogen und habe von der neuen Maschine einen ausgezeichneten Eindruck gewonnen.

Cassiers berichtete, Belgien sei vor wenigen Wochen dem Airbus-Projekt beigetreten.[25]

Bundeskanzler schilderte seine Eindrücke von seinem Besuch in Bulgarien.[26] Es folgt ein Gedankenaustausch über den erfolgreichen Verlauf des Besuches von Papst Johannes II. in Polen.[27]

VS-Bd. 14082 (010)

177

Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing

VS-vertraulich **13. Juni 1979**[1]

Vermerk über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Giscard am 13. Juni von 12.00 bis 12.35 Uhr

EP-Wahlen[2]

Bundeskanzler beglückwünscht Präsident Giscard zum Wahlergebnis in Frankreich.[3]

23 Carlos van Rafelghem.

24 Baudouin I.

25 In der Presse wurde berichtet: „Belgien wird sich als sechstes europäisches Land am Bau des kleineren Airbus A 310 beteiligen. Ein entsprechender Vertrag wurde [...] in Toulouse unterzeichnet." Vgl. den Artikel „Airbus-Beteiligung"; DIE WELT vom 4. Mai 1979, S. 13.
Weiter wurde berichtet, Belgien werde „die beweglichen Teile der Tragflächen herstellen. Der belgische Anteil an Produktion und Entwicklung wurde mit rund zwei Prozent angegeben." Vgl. die Meldung der Presseagentur Reuters vom 3. Mai 1979; Referat 420, Bd. 124373.

26 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 2. bis 4. Mai 1979 in Bulgarien auf. Vgl. dazu Dok. 120, Dok. 122 und Dok. 124.

27 Zum Aufenthalt von Papst Johannes Paul II. vom 2. bis 10. Juni 1979 in Polen vgl. Dok. 174, Anm. 24.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 13. Juni 1979 gefertigt und am 15. Juni 1979 „vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskanzlers" an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte er: „Ich bitte, den Herrn Bundesminister zu unterrichten." Handschriftlich fügte er hinzu: „Der Vermerk ist nur zur persönlichen Unterrichtung des Herrn Ministers gedacht."
Hat Wallau am 15. Juni 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Ackermann am 24. Juni 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücklauf] v[on] BM." Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14077 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 7. und 10. Juni 1979 statt.

3 Nach den Direktwahlen am 10. Juni 1979 entsandte das Bündnis „Union pour la France en Europe" 26 Abgeordnete in das Europäische Parlament. Es erreichte 27,9% der Stimmen. Die „Liste Socia-

Giscard dankt. Das gute Ergebnis sei auf die „absurde Position" zurückzuführen, die seine Gegner im Wahlkampf eingenommen hätten.

Bundeskanzler: Das Ergebnis in der Bundesrepublik sei auch nicht so schlecht.[4] Die deutschen Kommentatoren verwiesen darauf, daß es anders ausgefallen wäre, wenn seine persönliche Politik zur Diskussion gestanden hätte.

Giscard: Das werde in Frankreich genauso gesehen.

USA-Reise[5]

Bundeskanzler berichtet, seine Gespräche mit Carter, Brzezinski, Brown, Blumenthal und Schlesinger seien konzentriert und substantiell gewesen. Die Ansichten hätten in vielen Gebieten nah beieinander gelegen. Carters Ansehen habe im Augenblick zu Hause einen Tiefpunkt erreicht. Es sei nicht sicher, ob er wieder nominiert werde. Wenn Kennedy sich zur Kandidatur entscheide, werde er wohl nominiert. Auf republikanischer Seite gebe es keinen ernsthaften Gegenkandidaten mit Ausnahme von Connally.

Giscard: Nach seinen Informationen werde Connally wahrscheinlich kandidieren.

Bundeskanzler: Die SALT-II-Debatte werde intensiver. Nach seinen Gesprächen mit Senatoren[6] und Kissinger rechne er im Endergebnis mit der Ratifikation durch den Senat. Die Senatoren würden eine Reihe von Bedingungen aufstellen. Eine davon habe Carter mit der Ankündigung der MX[7] schon erfüllt. Diese Entscheidung ist in Übereinstimmung mit dem SALT-II-Vertrag[8], der jeder Supermacht die Entwicklung eines neuen Systems gestattet. Carter werde

Fortsetzung Fußnote von Seite 852

liste/Radicaux de Gauche" erreichte 23,4 % der Stimmen und 21 Sitze, die Parti Communiste Français 20,4 % der Stimmen und 19 Sitze. Das Bündnis „Défense des Intérêts de la France en Europe" („Gaullisten") kam auf 16,2 % der Stimmen und 15 Abgeordnete.
Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 11. Juni 1979: „Zwar hat die ‚präsidentielle' U[nion pour la]D[émocratie]F[rançaise] im Vergleich zur Märzwahl 1978 sechs Prozentpunkte hinzugewinnen können. Doch fehlt ihr der wirklich durchschlagende Erfolg. Die Meinungsumfragen hatten den Erwartungshorizont auf 31 % heraufgeschraubt, und nur die Überschreitung der 30-Prozent-Marke hätte ein als spektakulär und politisch wegweisend zu bewertendes Ergebnis bedeutet. [...] Bedeutsamer ist, daß der andere Partner der Regierungsmehrheit, die Gaullisten, im Vergleich zu 1978 sechs Prozentpunkte verloren hat." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1818; Referat 410, Bd. 121780.

4 Nach den Direktwahlen am 10. Juni 1979 entsandte die SPD 35 Abgeordnete in das Europäische Parlament, die CDU 34, die CSU acht, die FDP vier. Unter den 81 Abgeordneten waren drei Abgeordnete aus Berlin (West), zwei der CDU und einer der SPD.

5 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.

6 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Senator Muskie am 7. Mai 1979 vgl. Dok. 126.
Im Gespräch mit dem amerikanischen Senator Biden am 31. Mai 1979 legte Schmidt dar, daß sich die politische Lage „drastisch verschlechtern" werde, sollte der SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 nicht bis Weihnachten ratifiziert sein. Bei einem Fehlschlag sei ein „großer Rückschlag für die Ost-West-Beziehungen" zu erwarten. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14078 (010); B 150, Aktenkopien 1979.
Während seines Besuchs vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA traf Schmidt am 5. Juni in Washington mit den Senatoren Glenn, Javits, Long, Nunn und Ribicoff zusammen. Mit Bezug auf den SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 berichtete Gesandter Dannenbring, Washington, am 6. Juni 1979: „Bundeskanzler bekräftigte, daß Ratifizierung von SALT II in deutschem und europäischem Interesse liege. Ablehnung des Vertrages würde unkalkulierbare Folgen haben und gefährlich für Entspannung sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2107; Referat 204, Bd. 115939.

7 Zur geplanten Einführung der MX-Rakete vgl. Dok. 161, Anm. 15.

8 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

wohl noch weitere zusätzliche Schritte ergreifen müssen im Bereich der TNF-Modernisierung und möglicherweise im Gebiet weitreichender Flugzeuge, die ALCMs transportieren.

Die US-Delegation gehe nach Wien[9] mit dem Gefühl, daß eine Einigung bei SALT II erzielt wird, daß die Chance besteht, ein zusätzliches Ergebnis im Bereich der Anti-Satelliten[10] zu erreichen. Ferner erschienen bei MBFR Fortschritte in Richtung von amerikanisch-sowjetischen Reduktionen möglich. Voraussetzung sei aber volles Einverständnis über die Daten der sowjetischen Soldaten. Weitere Diskussionsthemen würden China, Vietnam, Nahost, Afrika und der Ausblick auf SALT III sein.

Giscard: Ob mit einem neuen Papier zu SALT III gerechnet werden könne?

Bundeskanzler: Die amerikanische Seite sei zuversichtlich, daß sie ein akzeptables Kommuniqué zustande bringen wird.

Giscard: Werde Carter versuchen, das Ergebnis des Besuches groß herauszubringen?

Bundeskanzler: Wenn die Gespräche gut gehen, rechne er damit.

Energie

Bundeskanzler berichtet, daß er soeben aus der Kabinettsdiskussion über Energiefragen[11] komme und verwies auf sein Gespräch mit Raymond Barre[12].

Giscard: Er sei unterrichtet.

Bundeskanzler: Er hoffe, er werde von Giscard ein Papier mit Vorschlägen für eine gemeinsame Erklärung erhalten.

Giscard stimmt zu. Er warte nur mit der Absendung des Papiers, bis der Energierat am 18.6.[13] stattgefunden habe.

Giscard: Ihm sei unklar, was die Bundesregierung tun wolle, um die Konkurrenz auf dem freien Markt in den Griff zu bekommen. Die französische Regierung sei mit der amerikanischen Regierung einig, daß es unmöglich sein werde, bei den Produzenten Preise von 16 oder 18 Dollar pro Barrel beizubehalten, wenn man gleichzeitig zulasse, daß auf den Spot-Märkten bis zu 30 Dollar pro Barrel bezahlt werden.

9 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

10 Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über ein Verbot von Anti-Satelliten-Systemen vgl. Dok. 112.

11 In der Presse wurde berichtet: „Trotz dramatisch steigender Ölpreise will die Bundesregierung ihren energiepolitischen Kurs erst nach einer Serie von internationalen Konferenzen abstecken. Geplant ist eine Regierungserklärung des Bundeskanzlers Anfang Juli, wenn die deutsche Delegation vom Weltwirtschaftsgipfel in Tokio zurückgekehrt ist. Dies hat das Bundeskabinett gestern nach mehr als dreistündiger Beratung beschlossen. Es hat noch einmal seine positive Haltung zum Ausbau der Kernenergie bekräftigt." Vgl. den Artikel „Bisher funktioniert der Ölmarkt, sagt Lambsdorff"; DIE WELT vom 14. Juni 1979, S. 1.
Für einen Auszug aus dem Kurzprotokoll über die Kabinettssitzung am 13. Juni 1979 vgl. die Aufzeichnung des Referats 011 vom 22. Juni 1979; VS-Bd. 9502 (405); B 150, Aktenkopien 1979.

12 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Barre am 1. Juni 1979 vgl. Dok. 157.

13 Der EG-Rat auf der Ebene der für Energiefragen zuständigen Minister fand am 18. Juni 1979 in Luxemburg statt.

Bundeskanzler: Die Spot-Mengen kommen aus den gleichen Quellen.

Giscard: Wenn es eine dauernde Verknappung gebe, werde es einen ständigen Anstieg der Preise geben. Wir brauchen eine Einigung mit den Produzenten über gemäßigte Preise und über Marktabsprachen.

Bundeskanzler: Er habe in Washington gesagt, eine Regelung des Spot-Marktes in Rotterdam werde letztlich nicht daran scheitern, daß die Bundesrepublik eine sture Haltung einnehme. Aber er sei von den Argumenten der Gegenseite nicht überzeugt. Neben Rotterdam gebe es andere „telefonische Märkte", etwa in der Karibik. Wenn Rotterdam reguliert werden sollte, müßten die anderen Spot-Märkte einschließlich der telefonischen Märkte mit einbezogen werden, sonst könne man keinen Erfolg erzielen. BM Graf Lambsdorff verweise darauf, daß die Bundesrepublik im Querschnitt aller Destillate zu 40% von Rotterdam abhänge. Wenn man Rotterdam reguliere, drohe die Gefahr, daß die Bundesrepublik mit geringeren Quantitäten beliefert werde.

Giscard: Wenn es bei den Spot-Märkten keine Fortschritte gebe, werde es auch keine Fortschritte bei den Bemühungen geben, die Preise einzufangen. Die Bundesregierung könne in eine schwierige Position kommen, wenn die Bundesrepublik das einzige Land sei, das gegen die allgemeine Linie anschwimme.

Bundeskanzler: Nach seinem Gefühl werde die Bundesrepublik es nicht darauf ankommen lassen, letztlich als einzige dazustehen. Er nehme aber an, daß auch andere, wie Großbritannien und Niederlande, eine ähnliche Position einnehmen wie wir.

Giscard: Großbritannien wird der allgemeinen Linie nicht widersprechen. Die Niederlande seien weniger bedeutsam. Sie hätten allerdings lokale Interessen. Man müsse ein praktikables System finden. Das Problem der Quantitäten könne s.E. gelöst werden. Wenn eine Einigung über den gesamten Bereich erzielt ist, werde es möglicherweise gelingen, zusätzliche Quantitäten von Saudi-Arabien und von den Emiraten zu erhalten. Daher sollten die Mengen für die Bundesrepublik nicht reduziert werden. Wenn Shell, BP und andere große Ölgesellschaften sich über die Aufteilung der Quantitäten einigen, werde dies besser sein als ein exzessiver Wettbewerb um die Fünf-Prozent-Spotmengen.

Bundeskanzler: Bei uns gebe es nicht nur große Gesellschaften, sondern Hunderte von kleineren und mittleren Betrieben, die vor allem Heizöl aus Rotterdam beziehen. Dazu gehöre z.B. auch sein Heizöl-Lieferant.

Giscard: Frankreich habe nichts gegen Rotterdam, sondern nur dagegen, daß irgendwo skandalöse Profite gemacht werden, indem die Produzenten zehn Dollar pro Barrel erhalten und das Öl in Rotterdam zu 30 Dollar pro Barrel verkauft werde. Die Rotterdam-Preise würden dazu führen, daß die Produzentenpreise heraufgesetzt würden.

Giscard fragt, ob man nicht in Deutschland ein Kartell schaffen könne, in dem die kleineren und mittleren Betriebe ihre Rechte behielten.

Bundeskanzler: Auf jeden Fall müsse sichergestellt werden, daß die 40-prozentige Versorgung der Bundesrepublik aus Rotterdam nicht gefährdet werde.

Giscard: Die Bundesregierung müsse eine Organisation finden, die exzessive Konkurrenz vermeide.

Bundeskanzler: Giscard solle seinerseits über mögliche Lösungen nachdenken.

Giscard: Er werde mit Giraud sprechen. Die französische Seite habe möglicherweise gelegentlich die Tendenz, zu viele Kontrollen einzuführen. Aber es solle sich ja nur um vorübergehende Maßnahmen handeln. Wenn die Energiesparmaßnahmen greifen, könne man zu normalen Konditionen zurückkehren.

Bundeskanzler: Es wäre hilfreich, wenn eine Einigung über die längerfristigen Maßnahmen im Energiebereich erzielt werden könnte. Er denke hier u.a. an die Feststellungen:

- Öl wird knappes Gut sein und bleiben;
- Maßnahmen, um Energie einzusparen;
- Betonung der Notwendigkeit, Kohle verstärkt abzubauen;
- Notwendigkeit der Kernenergie;
- Entwicklung der regenerativen Energien wie geothermische und solare Energie.

Eine solche Erklärung, die Richtlinien für das nächste Jahrzehnt setze, könne ihm und anderen helfen. Beispielsweise könne sie Präsident Carter helfen, den Widerstand der amerikanischen Umweltschützer gegen Kohleabbau zu überwinden oder in Deutschland dazu beitragen, die Vorbehalte gegen die Kernenergie auszuräumen.

Giscard: Er sei völlig einverstanden.

Bundeskanzler: Die Vorschläge können von französischer Seite kommen. Es ginge ihm nur darum, daß er seine Gesichtspunkte darlegen könne.

Bundeskanzler und Giscard verabreden, daß für die Erörterung der Energiefragen in Straßburg[14] genügend Zeit vorgesehen werden soll. Entweder findet am 21. nachmittags nur vorweg eine kurze Diskussion über die Wirtschaftslage und über Währungsfragen statt, oder aber es soll sofort mit den Energiefragen begonnen werden. Dann könnten die übrigen Themen am 22. vormittags behandelt werden.

Giscard: Madame Thatcher werde eine Restrukturierung der Budget-Beiträge fordern.[15] Gemeinsame Agrarpolitik werde wohl nur in einem allgemeinen Überblick behandelt werden. Ohne die Fachminister könne man hier nicht auf die Details eingehen. Einige Länder würden voraussichtlich eine Erörterung des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigungsfragen wünschen.

Bundeskanzler und Giscard stimmen überein in der positiven Einschätzung der Persönlichkeit von Mrs. Thatcher und ihres Willens, in Europa voranzukommen.

Berlin

Bundeskanzler dankt für die Unterrichtung über den beabsichtigten Besuch in Berlin.[16]

14 Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. Juni 1979 in Straßburg vgl. Dok. 190.

15 Zur Haltung Großbritanniens in der Gemeinsamen Agrarpolitik und zum EG-Haushalt vgl. das deutsch-britische Regierungsgespräch am 11. Mai 1979 in London; Dok. 132.

16 Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich am 29. Oktober 1979 in Berlin (West) auf. Vgl. dazu Dok. 330.

Giscard: Die Pläne gehen auf die Anregung des Bundeskanzlers zurück. Man müsse noch in Ruhe über die Organisation des Besuches sprechen. Er habe eine gute Unterredung mit Stobbe gehabt[17] und den Eindruck gewonnen, daß Stobbe eine angenehme und nüchterne Persönlichkeit ist, die die Politik des Bundeskanzlers loyal unterstützt.

Ghadafi

Giscard: Ghadafi habe angekündigt, er werde in der kommenden Woche Paris und anschließend Bonn besuchen.

Bundeskanzler: Über einen beabsichtigten Besuch in Bonn sei nichts bekannt.[18]

Giscard: Dann werde er Ghadafi sagen lassen, daß er wegen Straßburg und Tokio[19] leider keine Zeit habe.

VS-Bd. 14077 (010)

17 Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Stobbe, hielt sich am 5./6. Juni 1979 in Frankreich auf. Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 7. Juni 1979 über das Gespräch mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am Vortag: „Die Frage nach den Möglichkeiten, die Entspannung nicht zuletzt zur Erhaltung der Moral der Berliner Bevölkerung fortzuentwickeln, beantwortete der Präsident dahin, daß man hier realistisch sein müsse. Aussicht auf eine Wiedervereinigung Deutschlands bestehe derzeit nicht, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil sie das Gleichgewicht zwischen Ost und West zerstören würde. Wohl aber könne man mancherlei tun, um die Lage der Menschen in Ostdeutschland zu verbessern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1781; VS-Bd. 13111 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

18 Vortragender Legationsrat I. Klasse Montfort vermerkte am 27. Juni 1979: „Zur Frage, ob ein Ghadafi-Besuch in der Bundesrepublik jetzt opportun ist, sagte der BM in meinem Beisein, ein solcher Besuch käme jetzt außenpolitisch überhaupt nicht in Frage. Mit seinem eigenen Besuch in Tripolis sei Libyen zunächst einmal abgehakt. [...] Ref[erat] 311 wertet die Möglichkeit, daß Ghadafi mehr oder weniger ungebeten hier erscheint, wie folgt: Es entspricht seiner Übung in arabischen Staaten, seinen Besuch zu erzwingen. Das geht dort so weit, daß er ohne Überflug- und Landegenehmigung plötzlich über dem Flughafen kreist. Das wird Ghadafi außerhalb der arabisch-islamischen Welt wohl kaum tun. [...] Seine Insistenz, gleichwohl zu kommen, sollte nicht unterschätzt werden." Vgl. Referat 311, Bd. 119931.

19 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

178

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa, Haig

VS-vertraulich **18. Juni 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit General Haig vom 18. Juni 1979

Weitere Teilnehmer: AL 2[2] als Note-taker.

TNF-Modernisierung

Haig: Im Vergleich zu der Zeit vor einigen Monaten sei er heute einigermaßen optimistisch. Washington sei offenbar bereit, die Führungsrolle zu übernehmen. Präsident Carter sei gewillt, eine persönliche Entscheidung zu treffen und sich durch die Entsendung von Aaron als persönlichen Beauftragten zu engagieren.[3] Inzwischen werde auch verstanden, daß die Bundesrepublik nicht in eine singuläre Rolle gebracht werden wolle. Er hielte die Teilnahme von Großbritannien, Belgien und Italien für denkbar. (Bundeskanzler fragte nach Portugal.) Auch Portugal könnte an einer Stationierung von Cruise Missiles interessiert sein, wenn damit ein Angebot für die Schaffung von entsprechender Infrastruktur verbunden werde.

Im Interesse der Allianz und auch im Interesse der Bundesrepublik wolle er offen sprechen und seine Besorgnis über die Bedingung der Bundesregierung, keine User-Nation im Zusammenhang mit der LRTNF-Modernisierung zu werden, äußern.

Er sei gegen diese Haltung aus folgenden Gründen:

- Die Bundesregierung gerate gerade dadurch in eine singuläre Rolle, daß sie als einzige Verbündete darauf verzichte, die LRTNF-Systeme zu betreiben (operate), nachdem sie bisher schon „Pershing" betreibe.
- Die deutsche Rolle sei essentiell für das Bündnis. Wenn Großbritannien, USA, Italien und Frankreich LRTNF-Systeme betreiben, die Bundesrepublik dagegen nicht, werde die deutsche Stimme geschwächt.
- Die Weigerung der Bundesregierung könnte die Haltung der SU gegenüber Westeuropa und insbesondere der Bundesrepublik beeinflussen und sie ermutigen, auf die Europäer Druck auszuüben.

Bundeskanzler: Bisher habe es keinen sowjetischen Druck gegeben.

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 20. Juni 1979 gefertigt und am 9. Juli 1979 von Oberst i. G. Genschel, Bundeskanzleramt, an Bundesminister Genscher und Bundesminister Apel übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 17. Juli 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an Staatssekretär van Well, Ministerialdirektor Blech, Botschafter Ruth und Referat 201 verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14080 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

[2] Jürgen Ruhfus.

[3] Zu den Gesprächen des stellvertretenden Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Aaron, am 16. Juli 1979 in Bonn vgl. Dok. 210.

Haig: Auch Washington habe offensichtlich die Bedeutung der Haltung der Bundesregierung in dieser Frage nicht erkannt.

Bundeskanzler: Die Bundesrepublik habe in den Augen einiger europäischer Nachbarn ohnehin schon eine zu gewichtige Stellung. Dies zeige nicht zuletzt die erneute Diskussion über die Nazivergangenheit in den Nachbarländern. Er fürchte, daß die sowjetische Führung – nach Breschnew – in den 80er Jahren versuchen könnte, unter den Europäern zu differenzieren mit dem Ziel, die Bundesrepublik von den europäischen Verbündeten zu isolieren. Die Bundesrepublik sei ein nicht-nukleares Land. Dies sei ein wesentlicher Teil des politischen und psychologischen Gleichgewichts in Europa. Wir hätten kein Interesse daran, evtl. sowjetische Behauptungen zu ermutigen: Die größte Bedrohung komme von der Bundesrepublik.

Haig: TNF-Modernisierung bedeute für alle Verbündeten einen neuen Schritt. Seit 1963 habe es – abgesehen von den französischen Systemen – keine bodengestützten Raketen in Europa gegeben, die die SU erreichten. Die amerikanische Administration habe zwei Fehler begangen. Der eine sei der Abzug der „Jupiter-Raketen" aus der Türkei und aus Italien in den 60er Jahren gewesen.[4] Der andere sei die Vereinbarung von Wladiwostok[5] gewesen.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß er schon vor seiner Rede im Herbst 77 vor dem IISS[6] in seinem Buch von 1969[7] auf die sich abzeichnende Disparität und die damit verbundenen Gefahren hingewiesen habe. Er sei unsicher, ob die Lückenfüllaktion der TNF-Modernisierung (Stop-Gap-Aktion) wirklich die beste Antwort sei. Die richtige Antwort wäre wahrscheinlich ein unverwundbares Mittelstreckensystem oder eine Mischung, die ein derartiges System einbeziehe. Es sei fraglich, ob „Pershing" II wirklich so gut sei. Aber sie sei das am schnellsten verfügbare System.

Haig: „Pershing" II sei in der Tat unter den Gesichtspunkten der Kosteneffektivität und der In-Place-Modernisation das günstigste und verfügbare System. „Pershing" II müsse kombiniert werden mit Long Range Cruise Missiles, nicht nur auf deutschem Boden, sondern auch in Großbritannien, Italien oder Griechenland. Eine schnelle Entscheidung sei nötig, um sie notfalls als Hebel für SALT III zu verwenden. Wenn Deutschland auf Mitwirkung als User-Nation verzichte, werde dies letztlich negative Auswirkung auf die Einheit des Bündnisses haben.

Bundeskanzler: Deutschlands positive Haltung zum Bündnis sei in keiner Weise gefährdet. Die Allianz könne ohne die Mitwirkung der Bundesrepublik, ohne das Territorium der Bundesrepublik und ohne die psychologische Unterstützung

4 Zum Abzug amerikanischer Mittelstreckenraketen aus der Türkei im Zuge der Beilegung der Kuba-Krise vgl. Dok. 132, Anm. 20.

5 Bei einem Treffen am 23./24. November 1974 in Wladiwostok vereinbarten Präsident Ford und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

6 Bundeskanzler Schmidt hielt am 28. Oktober 1977 vor dem International Institute for Strategic Studies in London einen Vortrag. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1977, S. 1013–1020.

7 Vgl. Helmut SCHMIDT, Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart 1969.

unserer Bevölkerung auf Dauer in Europa nicht bestehen. Die SU sei daran gewöhnt, daß sie nuklear bedroht werde durch die USA, Großbritannien und Frankreich. Seit 1963 habe es keine Bedrohung sowjetischer Territorien mehr von anderen Ländern aus gegeben. Wenn Deutschland als vierte User-Nation hinzutritt, werde dies eine neue Lage und ernste Schwierigkeiten schaffen.

Wenn nicht nur Deutschland, sondern auch Portugal, Niederlande, Belgien und Italien User-Nationen würden, wäre die Lage anders. Wir wollten aber nicht in eine isolierte Position geraten.

Haig: Die deutsche Haltung könne in Frankreich und in Großbritannien so interpretiert werden, daß die Bundesregierung versuche, eine besondere Rolle gegenüber der SU zu spielen.

Griechenland–NATO

Haig: Die amerikanische Regierung habe den Bundeskanzler schon früher um seine Mitwirkung bitten wollen. Er habe zur Zurückhaltung gedrängt. Jetzt seien alle Probleme mit Griechenland gelöst. Nur die Frage der Luftkontrolle über die Ägäis sei noch ungeregelt.[8] Diese Frage könne nur gelöst werden, wenn Griechenland seine Position etwas aufweiche. Die griechischen Militärs bezögen eine hartnäckige Position, die eine Lösung blockiere. Der amerikanische Botschafter[9] werde in diesen Tagen auf Anregung von Haig bei Karamanlis vorstellig. Es wäre hilfreich, wenn die Bundesregierung diesen Schritt unterstützt. Man solle Karamanlis bitten, diesen Schritt zu tun. Aber man habe keinerlei Interesse, ihn in den Abgrund zu stürzen. Wenn Karamanlis meine, er könne den Schritt nicht tun, solle man es lieber lassen.

Bundeskanzler fragt nach der Haltung der türkischen Regierung.

Haig: Sein Kompromißvorschlag sei weiter gegangen, als die Türkei wollte. Gleichwohl rechne er mit türkischer Zustimmung.

Personelle Fragen

Haig äußerte sich sehr anerkennend über seinen Nachfolger Rogers.

Bundeskanzler fragt, ob es sich bewährt habe, daß ein Deutscher Vertreter von SACEUR sei.

Haig bejaht nachdrücklich. Schon die Schaffung eines deutschen Vertreters habe positive Auswirkung auf die britische Mitwirkung im Bündnis gehabt. Schmückle habe hervorragende Leistungen erbracht, vor allem im Bereich des Host Nation Support.

Es sei zu begrüßen, daß mit Admiral Luther ein Nachfolger benannt werde, der Marineerfahrung mitbringe.

Wenn das amerikanische Kommando von Stuttgart nach SHAPE verlegt werde, könne er einen bisher von Amerika besetzten Platz einsparen und ihn auf Dauer einem deutschen Vertreter zuweisen.

[8] Zu den Bemühungen des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Haig, um eine Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Integration der NATO vgl. Dok. 135, Anm. 6.

[9] Robert J. McCloskey.

Bundeskanzler dankt anschließend für die Leistungen und Dienste von Haig und weist darauf hin, daß er sich in seiner Tischrede ausführlich hierzu äußern werde.

VS-Bd. 14080 (010)

179

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Heick, Bundeskanzleramt

Geheim **18. Juni 1979**[1]

BK berichtete über ein Vier-Augen-Gespräch mit einer wichtigen Persönlichkeit aus der Führung der OPEC. Der arabische Gesprächspartner habe um Vertraulichkeit für das Gespräch gebeten. Deshalb werde sein Name nicht genannt.

BK hatte den Eindruck, daß das Gespräch mit einigen OPEC-Staaten abgestimmt sei, jedoch nicht mit allen.

Aus dem Gespräch möchte BK folgendes festhalten:

1) Die OPEC-Staaten sind offensichtlich bereit, die Konferenz für Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit wieder aufzunehmen.[2] Es ist anzunehmen, daß dies bereits in der Schlußerklärung der OPEC-Ministerkonferenz vom 26. Juni[3] angedeutet wird.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Heick, Bundeskanzleramt, am 18. Juni 1979 zur „persönlichen Information" an Bundesminister Genscher übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat Ackermann am 18. Juni 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[er]rn Minister."
Hat Bundesminister Genscher am 18. Juni 1979 vorgelegen.
Hat Ackermann am 20. Juni 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) N[ach] R[ücklauf] über H[errn] St[aatssekretär] H[ermes] u[nd] H[errn] D 4 zur persönlichen Unterrichtung. 2) M[inister]B[üro]."
Hat Hermes am 20. Juni 1979 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Petersmann am 20. Juni 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau verfügte.
Hat Wallau am 20. Juni 1979 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14081 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Zur KIWZ vgl. Dok. 17, Anm. 12.

3 Vom 26. bis 28. Juni 1979 fand in Genf eine Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten statt. Ministerialdirektor Lautenschlager legte am 12. Juli 1979 dar, die Konferenz habe „zu einer weiteren Erhöhung der offiziellen Ölpreise mit Wirkung vom 1. Juli 1979 an geführt. Die Preisgabel, die in den letzten Juniwochen zwischen 14,5 und 21 US-Dollar lag, reicht jetzt von 18 (Saudi-Arabien) bis 23,5 US-Dollar (Algerien, Libyen, Nigeria, Venezuela). Der Durchschnittspreis dürfte im gewogenen Mittel nunmehr bei ca. 20,20 US-Dollar liegen gegenüber knapp 13 US-Dollar Ende 1978 (plus 56 %) und etwa 17,5 US-Dollar in den Monaten Mai/Juni (plus ca. 14 %). Für die Bundesrepublik mit einem extrem hohen Importanteil an leichten und preislich überproportional angehobenen Rohölen ergibt sich gegenüber Ende 1978 eine durchschnittliche Steigerungsrate der Importpreise von 60 %." Das „ganze Gewicht der bisherigen Preiserhöhungen des Jahres 1979" zeige

2) Außerdem muß – abgesehen von Preisbeschlüssen – damit gerechnet werden, daß die Schlußerklärung weitere Signale an den Wirtschaftsgipfel in Tokio[4] enthält.

So wird voraussichtlich Nachdruck auf die baldige Inkraftsetzung des Common Fund und des zweiten Fensters gelegt werden.[5] Offenbar ist innerhalb der OPEC auch ventiliert worden, die IL zu einer wesentlichen Vergrößerung des zweiten Fensters zu drängen.

Außerdem ist offensichtlich innerhalb der OPEC debattiert worden, Kredite an das zweite Fenster ebenso wie objektgebundene Kredite der Weltbank in der Weise zu konditionieren, daß nur solche Vorhaben finanziert werden, die entweder energiesparend sind oder aber den Einsatz anderer Energieträger als Öl fördern. Besonderes Gewicht solle dabei offensichtlich auf die Sonnenenergie gelegt werden.

3) Als weiteres Signal sei aus Genf voraussichtlich das starke[6] Interesse der OPEC an einem Ausbau der Downstream-Entwicklung und an einer Diversifikation der eigenen Wirtschaftsstruktur zu erwarten.

4) Wiederaufnahme der KIWZ

Die OPEC sei nach Aussagen des arabischen Gesprächspartners immer noch an die Erklärung von Algier aus dem Jahr 1975[7] gebunden. Sie sei bereit, die KIWZ wieder aufleben zu lassen (KIWZ 2). Auf die Frage von BK, wie die Haltung der arabischen Staaten insgesamt hierzu sei, wurde erwidert: „All of them would be for it."

Von der Bundesrepublik werde in einer solchen Konferenz die Führung erwartet. BK hat sich hierzu bedeckt gehalten. Eine Führungsrolle der USA wurde von dem arabischen Gesprächspartner aus einer Reihe von Gründen abgelehnt. (Nahost-Politik; unzureichende Energiepolitik in den USA; Verärgerung in den arabischen Staaten über die Fünf-Dollar-Subvention[8]).

Offensichtlich stellt man sich auf arabischer Seite wieder eine Zusammensetzung wie bei KIWZ 1 (Industrieländer, Nicht-Öl-EL, OPEC-Staaten) vor.

Das federführende Land für die OPEC werde wahrscheinlich Kuwait sein, weil es gleichermaßen Ansehen in Afrika, Asien und Europa habe. Außerdem habe Kuwait eine gute Bürokratie.

Neben Kuwait und einem Industrieland (nicht USA) solle ein dritter Sponsor aus einem Nicht-Öl-EL kommen. Bei den Industrieländern möchte man die Sowjetunion einbezogen haben.

Fortsetzung Fußnote von Seite 861

sich darin, daß diese in absoluten Beträgen den Erhöhungen des Winters 1973/74 nahe kämen. Vgl. Referat 405, Bd. 121282. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 352 f.

4 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

5 Zur Einrichtung eines Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe vgl. Dok. 70, Anm. 13.

6 Korrigiert aus: „stärke".

7 Auf einer Konferenz der Außen-, Erdöl- und Finanzminister der OPEC-Mitgliedstaaten vom 24. bis 26. Januar 1975 in Algier sprachen sich die Teilnehmer für eine internationale Konferenz über Rohstoff- und Entwicklungsprobleme aus. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1975, Z 36.
In der Erklärung der Gipfelkonferenz der OPEC-Mitgliedstaaten vom 4. bis 6. März 1975 in Algier wurde eine internationale Konferenz „zu dem Zwecke, entwickelte und in der Entwicklung befindliche Länder zusammenzubringen", befürwortet. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 271.

8 Zu den Subventionsmaßnahmen der USA bei der Einfuhr von Mitteldestillaten vgl. Dok. 157, Anm. 5.

Auf die Frage von BK nach einer Einbeziehung Chinas bei den EL wurde zugestimmt.

BK gab an dieser Stelle den Hinweis, daß der Gesprächspartner zunächst sehr vorsichtig war, dann jedoch sehr offen sprach, als er erkannte, daß BK positiv eingestellt war.

BK hat dann darauf hingewiesen, daß er eine Konferenz vom UNO- oder UNCTAD-Typ für sinnlos hält. Er hat als positives Beispiel die Organisation der Weltwirtschaftsgipfel gegenübergestellt, was den arabischen Gesprächspartner beeindruckte.

Auf arabischer Seite stellt man sich vor, die Konferenz nicht mit Ministern, sondern mit erstklassigen Fachleuten zu beschicken. Die Delegationen sollten sehr klein gehalten werden, die Tagungen sollten abgeschlossen – ohne publicity – stattfinden, es solle keine Protokolle geben. BK legt allerdings Wert darauf, daß die hochrangigen Experten das politische backing ihrer Regierungschefs haben.

BK hat auf die Problematik der Gruppierungen in der KIWZ 1 hingewiesen. Zum Beispiel habe auch die Tatsache, daß die EG für die Gemeinschaftsländer gesprochen habe, zu Unbeweglichkeit geführt.

Der arabische Gesprächspartner brachte zum Ausdruck, daß die arabische Seite besondere Hoffnungen auf die Bundesrepublik und Frankreich setzt.

BK hat vorgeschlagen, daß jede der drei Teilnehmergruppen (IL, OPEC, Nicht-Öl-EL) neun Teilnehmerländer entsenden solle. Als teilnehmende Industriestaaten denkt BK an die USA, Japan, Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich, Italien, Australien, Kanada, Sowjetunion.

Man war sich einig, daß bei den Nicht-Öl-EL die verschiedenen regionalen Gruppen vertreten sein müssen.

Bei den teilnehmenden OPEC-Staaten hat BK bewußt ebenfalls neun Teilnehmer (ein Drittel) vorgeschlagen, weil dies zwangsläufig dazu führen wird, daß die Interessen von EL und OPEC stärker differenziert werden als in Manila[9].

Nach arabischer Vorstellung soll eine solche Konferenz noch im Laufe des Jahres 1979 einberufen werden.

BK wurde gebeten, das Signal der Schlußerklärung von Genf in Tokio für die übrigen Teilnehmer zu interpretieren. BK hat dies zugesagt.

5) Ölpreispolitik

BK: Die OPEC müsse sich darüber im klaren sein, daß die Ölpreise nur stetig, nicht aber explosionsartig steigen dürfen. Er halte ein gemeinsames Management von Preisen und Mengen durch Ölproduzenten und Ölverbraucher (EL und IL) für wünschenswert.

Der arabische Gesprächspartner erwiderte, daß die OPEC dazu nur bereit sei, wenn der Common Fund, alle commodity agreements und das zweite Fenster tatsächlich in Kraft seien.

Man wolle nicht allein über Öl reden.

9 Zur V. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 7. Mai bis 3. Juni 1979 in Manila vgl. Dok. 157, Anm. 31.

BK hat darauf hingewiesen, daß die Ölpreispolitik die EL stärker ruiniere als die IL.

Dem wurde entgegengehalten, daß die OPEC-Staaten erhebliche Leistungen für EL aufbrächten.

BK hat sodann auf die Gefahren hingewiesen, die von dem auf den Euromärkten finanzierten Kreditgebäude ausgehen. Es gebe bisher weder eine Kontrolle über den Money-Supply noch eine Bankenaufsicht im Sinne unseres KWG[10]. Er sehe die von den – auch durch Öldollars gespeisten – Euromärkten ausgehenden Gefahren für die Weltwirtschaft mit Sorge.

Der Gesprächspartner hat darauf hingewiesen, daß das Volumen der Euromärkte wegen der US-Importsubventionen noch erheblich steigen werde.

Der arabische Gesprächspartner nannte dann drei denkbare Parameter für die Ölpreispolitik:

a) Ausrichtung an der realen Entwicklung des US-Dollars (der als Transaktionswährung beibehalten werden solle);

b) die Abnahme der nachgewiesenen Ölreserven;

c) die Abnahme der nachgewiesenen Ölreserven und die vermuteten, aber noch nicht nachgewiesenen Ölreserven.

Der arabische Gesprächspartner wies dann auf die Bedeutung der alternativen Energiequellen, insbesondere die Solarenergie, thermische Energie, Kohle, Nuklearenergie, hin.

BK hat den Gesprächspartner aufgefordert, in die Schlußerklärung von Genf eine Passage, die eine entsprechende Aufforderung an die Industrieländer enthält, hineinzuschreiben. Dies könne für uns hilfreich sein.

6) Rotterdam

BK: Die Spot-Märkte würden auch durch Einzelpersonen aus den OPEC-Ländern selbst gespeist.

Dies wurde von dem Gesprächspartner bestritten. Die Spot-Märkte würden aus zwei Quellen gespeist:

a) durch einmalige Verkäufe kleiner Mengen durch OPEC-Staaten, um den Marktpreis zu testen;

b) durch die internationalen Ölgesellschaften.

BK erwiderte, daß man die Vorschläge nicht durchschauen könne. Er wies darauf hin, daß die VEBA in fünf Jahren erhebliche Verluste gemacht habe und 1979 zum ersten Mal wieder in der Gewinnzone sei.

Der arabische Gesprächspartner erklärte, daß die Multis durch Mittelsmänner und durch Broker große Spotmengen verkaufen und dadurch hohe Gewinne realisieren. Er war der Meinung, daß man Verkäufe zu hohen Preisen verbieten könne.

Die Enge auf den Ölmärkten habe drei Ursachen:

[10] Kreditwesengesetz.
Für den Wortlaut des Gesetzes über das Kreditwesen vom 10. Juli 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 881–898.

a) Die großen Ölgesellschaften hätten in der zweiten Hälfte 1978, als es den Anschein gehabt habe, daß die Preise fallen, einen Teil ihrer Reserven auf den Spotmärkten verkauft. Dann sei der Ausfall der iranischen Lieferungen gekommen.[11] Im ersten Halbjahr 79 hätten die Gesellschaften sich das Ziel gesetzt, ihre Stockpiles wieder aufzubauen. Dies habe die Spotpreise in die Höhe getrieben.

b) Die Industrieländer hätten trotz der Enge am Ölmarkt fortgefahren, ihre Reserven aufzubauen. Die Kritik richtete sich besonders an die USA und Japan.

BK hat darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik die Vorräte nicht aufgestockt habe. Die Vorräte der Verbraucher seien sogar zurückgegangen.

c) Außerdem seien die gegenwärtigen Knappheitserscheinungen weitgehend auf die unzureichende Anpassung der Raffineriekapazitäten zurückzuführen. In den USA (insbesondere Kalifornien) sei der Bau von Crack-Anlagen durch Umweltschützer behindert worden. Deswegen fehlten insbesondere in Kalifornien die leichten Destillate. Auch in der Bundesrepublik gebe es zu wenig Crack-Anlagen. Deswegen sei die Bundesrepublik auf hohe Rotterdam-Importe angewiesen. Die Situation werde sich noch verschlimmern, weil in immer stärkerem Umfang schweres Rohöl auf die Märkte kommt.

BK hat sich zu diesen Fragen rezeptiv verhalten.

7) Common Fund

BK erklärte, inzwischen sei jedem bekannt, daß die Bundesrepublik für das zweite Fenster sei. In drei oder vier Jahren werde es bei den EL jedoch eine große Enttäuschung geben. Er wies auf die großen Windfall-Profits hin, die die Rohstoffpreispolitik des CF für USA, Kanada, Australien und die Sowjetunion bringt.

Der arabische Gesprächspartner erwiderte, die EL und die OPEC glaubten das nicht. Unabhängig davon müsse man den CF und das zweite Fenster machen, weil dies bisher die einzigen konkreten Ergebnisse des Nord-Süd-Dialogs seien. Sonst wäre die Enttäuschung zu groß.

BK: Die Bundesregierung halte an ihrer Vorstellung von Stabex[12] fest. Gegenüber Lomé[13] müßten aber die Zahl der EL, der Rohstoffe und der beteiligten und finanzierenden IL ausgeweitet werden.

8) Nahost-Politik

Die Unterhaltung berührte auch die Nahost-Politik. BK hat Fragen und Hinweise, die in dem Zusammenhang gegeben wurden, als Warnung verstanden, daß es in der OPEC Leute gibt, die bei künftigen Schwierigkeiten auch den Einsatz des Öls als Instrument erwägen.

11 Zur Erdölförderung im Iran vgl. Dok. 162, Anm. 3.

12 Zu der im AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 28. Februar 1975 vorgesehenen Schaffung eines Systems zur Stabilisierung der Exporterlöse der AKP-Staaten vgl. Dok. 92, Anm. 42.
Bundeskanzler Schmidt erläuterte auf dem informellen Treffen von sieben Staats- und Regierungschefs am 28./29. Dezember 1978 auf Jamaika die diesbezügliche Haltung der Bundesregierung. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 401.

13 Am 24. Juli 1978 begannen in Brüssel die Verhandlungen für ein neues AKP-EWG-Abkommen, das an die Stelle des am 1. März 1980 auslaufenden AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 treten sollte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1978, S. 16f. Zum Stand der Verhandlungen vgl. Dok. 165, Anm. 19.

9) Schlußfolgerungen

a) BK ist im Grundsatz für eine Konferenz. Diese dürfe jedoch, darin stimmt er mit dem Gesprächspartner überein, nicht Nord-Süd-Dialog heißen. Die Bezeichnung CIEC[14] II sei besser. Dies stimme auch überein mit seinen Äußerungen in den USA[15] und mit dem, was er nach dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio zu sagen beabsichtige (einen dritten Versuch machen zu einem gemeinsamen kooperativen Management von Preisen und Mengen durch Verbraucher und Produzenten).

b) BK bittet BM Graf Lambsdorff um einen gedanklichen Beitrag für ihn persönlich zu diesem Punkt, den er auf dem Tokio-Gipfel vortragen möchte.

BK bittet jedoch, das Haus mit diesem Thema nur auf der obersten Ebene zu befassen.

Auch das Bundeskanzleramt soll sich auf hoher Ebene auf diesen Punkt vorbereiten.

c) BK bittet, daß unsere Botschaft in Genf für eine laufende und sofortige Unterrichtung über Ablauf und Schlußerklärung der Genfer OPEC-Konferenz sorgt.

[gez.] Heick

VS-Bd. 14081 (010)

180

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Oberst Ghadafi in Tripolis

311-321.11 LIY **19. Juni 1979**[1]

Bemerkung: Diese Aufzeichnung ist noch nicht von Herrn BM gebilligt worden.

Wegen des Todes der Mutter Ghadafis[2] wurde das für den Nachmittag vorgesehene Gespräch auf den Vormittag verlegt. Es bildete damit die Eröffnung der Unterredungen des BM mit der libyschen Führung.[3] Beginn der Unterredung 10.30 Uhr, Ende 11.45 Uhr.

14 Conference on International Economic Cooperation.

15 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hille am 20. Juni 1979 gefertigt.

2 Aisha Ghadafi.

3 Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Juni 1979 in Libyen auf.
Genscher führte am 19. Juni 1979 ein Gespräch mit dem libyschen Außenminister al-Treiki. Al-Treiki „erläuterte die strikt ablehnende Haltung der Dschamahirija zum ägyptisch-israelischen Vertrag. Die Initiative Sadats würde von der gesamten arabischen Nation verurteilt. Der ägyptische Präsident habe sich durch den Separatfrieden völlig isoliert." Genscher „erläuterte die deutsche Position zur Lage im Nahen Osten unter Hinweis auf die Nahost-Erklärung vom 29.6.77. Alle Beteiligten, also auch die Palästinenser, müßten Israel anerkennen. Gleichzeitig aber müsse dem palä-

Ghadafi eröffnet Gespräch mit Frage nach der Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland und trägt nach kurzer Antwort des BM vorbereitete Erklärung zur deutschen Frage vor:

Für ihn sei Deutschland Einheit; er gehe von der Einheit der deutschen und der arabischen Nation aus. Beide seien historische Realitäten. Die Geschichte lehre, daß nicht Teilung, sondern Überwindung der Teilung von Dauer sei. Er fragt nach dem Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander.

BM: Seit 60er Jahren bemüht man sich um Überwindung der Teilung in Deutschland und in Europa. Unsere Beziehungen zum östlichen Teil Deutschlands sind heute besser als vor zehn Jahren. Aber das Kernproblem, die Spaltung, ist ungelöst.

Es ist Fehler der sowjetischen Führung, daß sie glaubt, die Sicherheit der SU durch Zementierung der deutschen Teilung erreichen zu müssen. Im Grunde gibt es historische Sympathien zwischen Deutschen und Russen.

Unsere Politik ist auf Einigung Europas gerichtet. Nichts wäre schlimmer für Europa als ein neuer Krieg. Deshalb wollen wir auch die deutsche Frage im Rahmen einer europäischen Friedensordnung lösen.

Vielleicht erleben wir beide noch eine Staatenordnung ohne Vorherrschaft der Großen. Die EG ist ein Modell dafür: Ihr gehören die Bundesrepublik Deutschland mit 60 Mio. Einwohnern und Luxemburg mit 450 000 gleichberechtigt an.

Dabei ist wichtig, daß die große westliche Macht, USA, nicht dazu gehört und daher die EG nicht dominiert. Im RGW ist das anders, dort ist die SU Mitglied und dominiert daher.

Man muß die Bedeutung regionaler Zusammenschlüsse besser erkennen (EG, Arabische Liga, ASEAN). Sie geben kleinen und mittleren Staaten die Möglichkeit, in der internationalen Politik gleichberechtigt mitzuwirken.

Ghadafi: Die arabische Einheit befindet sich in tiefer Krise wegen des Ausschlusses Ägyptens aus der Arabischen Liga.[4] Leider wurde das Ausscheren Ägyptens durch die USA und einige Staaten Westeuropas unterstützt. Dies war gegen die arabische Einheit gerichtet. Hier liegt Widerspruch zu Ihren Vorstellungen über Bedeutung regionaler Zusammenschlüsse.

BM legt unser Interesse an Nahost-Frieden dar.

Nahost-Frage kann nur durch umfassende Lösung bei Wiederherstellung der arabischen Einheit gelöst werden. Daher verurteilen wir

Fortsetzung Fußnote von Seite 866

stinensischen Volk Gelegenheit gegeben werden, sein Selbstbestimmungsrecht zu verwirklichen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 111 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Montfort vom 20. Juni 1979 an die Botschaft in Tripolis; Referat 311, Bd. 119931.

Am 19. Juni 1979 kamen die Delegationen der Bundesrepublik und Libyens zu einer Sitzung im libyschen Außenministerium zusammen: „AM Treiki sprach in seinen Begrüßungsworten die erfreuliche Entwicklung im deutsch-libyschen Wirtschaftsverhältnis der letzten Jahre an. Zusammenarbeit müsse aber auch auf politischem Verständnis beruhen. Besuch des BM stelle eine willkommene Gelegenheit dar, Kooperation auch im politischen Bereich zu vertiefen. [...] BM bedankte sich für herzliche Aufnahme und großzügige Gastfreundschaft. Auch wir seien sehr daran interessiert, Zusammenarbeit mit arabischen Staaten auszubauen. Das Mittelmeer trenne Europa nicht von der arabischen Welt, es verbinde." Vgl. den Drahterlaß Nr. 112 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Montfort vom 21. Juni 1979 an die Botschaft in Tripolis; Referat 311, Bd. 119931.

4 Zur Spaltung der Arabischen Liga vgl. Dok. 91, Anm. 9.

a) die israelische Siedlungspolitik[5],

b) die israelische Vorstellung von dauernder Souveränität über die besetzten Gebiete.

Nach unserer Auffassung sind die Elemente für die Lösung wie folgt:

1) Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes,

2) Beendigung der seit 1967 bestehenden Besetzung[6],

3) Recht des israelischen Volkes, in sicheren und anerkannten Grenzen zu leben.

Wenn man das ägyptisch-israelische Abkommen[7] von diesem Standpunkt aus beurteilt, genügt das dort Erreichte nicht. Es müssen weiterführende Lösungen gefunden werden. Auch eine Lösung des Jerusalem-Problems ist eine zentrale Frage.

In der öffentlichen Meinung des Westens haben sich in den letzten Jahren positive Entwicklungen vollzogen, die zu größerem Verständnis für die Anliegen des palästinensischen Volkes und der arabischen Sache geführt haben.

Ghadafi: In Europa sind in der Vergangenheit viele Fehler gemacht worden, die das Schicksal des palästinensischen Volkes beeinflußt haben. Aber z.Z. geht es um die Rolle der USA, die unmenschlich, destruktiv und gegen die Interessen des arabischen Volkes gerichtet ist. Wenn wir die amerikanische Politik als imperialistisch bezeichnen, meinen wir ihre aggressive Politik gegenüber der Welt insgesamt und auch gegenüber Westeuropa. Im Grunde verteidigen wir das Schicksal der Westeuropäer, und zwar gegen den US-Imperialismus. Deshalb hatten wir gehofft, daß die westeuropäischen Staaten auch unsere Interessen verstehen würden.

Ich will jetzt über die Tragik des palästinensischen Volkes sprechen. Wir unterstützen es ohne Vorbehalt. Wenn die Juden das gleiche Schicksal erlitten hätten, hätten wir auch sie unterstützt.

Leider steht die Welt auf der Seite der Stärkeren gegen die Schwächeren. Deshalb betrachten wir die Welt als deformiert.

Das palästinensische Volk ist ohne Heimat. Seine Heimat ist das besetzte Palästina. Die Juden haben ihre Heimat: Sie sind gleichberechtigte Bürger in Rußland, Deutschland, Spanien, USA. Niemand hat sie vertrieben – jedenfalls nicht heutzutage. Die Palästinenser sind vertrieben, sie besitzen nichts.

Wir wissen, daß Deutschland bis vor kurzem Israel unterstützt hat. Aber das war nicht freiwillig, sondern eine Folge des Zweiten Weltkrieges.

BM: Zur Palästina-Frage: Die Palästinenser müssen in die Lage versetzt werden, ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben. Dazu müssen sie ein Vaterland haben.

Unser Verhältnis zu Israel beruht auf denselben Prinzipien: Selbstbestimmungsrecht, Vaterland. Man hat den Juden in Deutschland Unrecht zugefügt; deshalb haben wir Wiedergutmachungszahlungen geleistet. Heute ist unser Verhältnis zu Israel das gleiche wie zu anderen Staaten. Zur Stabilisierung des

5 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 161, Anm. 21.

6 Zum arabisch-israelischen Krieg vom 5. bis 10. Juni 1967 („Sechs-Tage-Krieg") vgl. Dok. 123, Anm. 11.

7 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

Nahen Ostens trägt die Bundesregierung durch ihre ausgewogene Nahost-Politik bei.

Mit USA verbindet uns freundschaftliches Verhältnis. Die Sicherheit Westeuropas ist garantiert durch das Bündnis. Die SU unterhält in Osteuropa 22 Divisionen – bestimmt nicht zu Verteidigungszwecken; sie beherrscht Osteuropa. Auch die SU muß erkennen, daß Vorherrschaft reaktionäre Politik ist. Sicher haben auch die USA in diesem Punkte Fehler gemacht, aber sie lernen: Panama-Verträge[8], Vietnam mit seinen bitteren Erfahrungen.

Im Nahen Osten treten die Amerikaner ein für

a) Beendigung der Besetzung,

b) Gründung eines palästinensischen Heimatlandes,

c) Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für das palästinensische Volk.

Ich möchte meine Auffassungen zusammenfassen:

1) Es gibt keine Vorherrschaft über andere Staaten auf Dauer.

2) Es gilt, die eigene Unabhängigkeit zu stärken.

3) Es gilt, mit anderen Staaten in gleichberechtigter Partnerschaft zusammenzuarbeiten.

4) Wir streben Wiederherstellung der deutschen Einheit an, und

5) wir haben den Wunsch nach arabischer Einheit.

Ich habe das Gefühl, daß dies parallele Ziele zu Ihrer Politik sind.

Ghadafi: Wir hoffen, daß Deutschland nicht auf die Dauer den Preis für seine Niederlage zahlen wird und daß es eine konstruktive Rolle spielen wird.

BM: Ich hoffe, daß wir das heute schon tun. Die Mehrheit der Deutschen ist nach dem Zweiten Weltkrieg geboren; sie trägt keine kollektive Verantwortung. Es gibt kein Volk, das nicht in seiner Geschichte Fehler gemacht hat. Wir sollten uns nicht unsere Fehler vorrechnen, sondern in die Zukunft blicken.

Ghadafi: Das hören wir gerne. Wir haben diese Auffassung immer vertreten – in Ihrem eigenen Interesse. Wir hatten aber Eindruck, Sie sähen die Dinge anders.

Anschließend ziehen Ghadafi und BM Parallelen zwischen deutscher und arabischer Einheit. Sodann äußert Ghadafi die Ansicht, daß auf Deutschland eine ungerechte Hegemonie laste, was der BM bejaht. Ghadafi beklagt, daß man unsere Stimme nicht in der Öffentlichkeit höre; der BM widerspricht.

Ghadafi sieht einigende Faktoren zwischen der deutschen und der arabischen Nation: Streben nach Einheit, Kampf gegen Ungerechtigkeit. Er hofft, daß alles dies mit friedlichen Mitteln erreicht werden kann.

Der *BM* ist überzeugt, daß dies mit friedlichen Mitteln möglich ist. Er erzählt eine Anekdote, die das Bewußtsein der nationalen Zusammengehörigkeit auch bei den Bürgern der DDR beweist.

Ghadafi: Sie können zuversichtlich sein, daß wir Vertrauen in die Deutschen haben – mehr als in jedes andere europäische Volk. Es gibt auch keine negati-

[8] Zu den Verträgen über den Panama-Kanal vgl. Dok. 158, Anm. 20.

ven Hintergründe in der Geschichte. Wir wissen, daß die Deutschen den Krieg verloren haben, aber auch, daß sie Unrecht erlitten haben. Eine engere Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland hätte doch möglich sein müssen! Unsererseits gibt es keine Hindernisse. Aber wir haben das Gefühl, andere Mächte haben Deutschland nicht die Freiheit gelassen, sich frei zu entscheiden. Die US-Politik spielt eine wichtige Rolle in der Gestaltung der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Das schadet den Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Wir diskutieren auch mit anderen Staaten die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland. Sie sagen uns, das ist zwecklos, die Bundesrepublik Deutschland ist kein freies Land. Selbst die USA sagen uns ähnliches, wenn wir in der Bundesrepublik Deutschland eine Alternative zu ihnen selbst suchen. Wenn die Bundesrepublik Deutschland mehr Unabhängigkeit zeigt, sind wir bereit, mit ihr zusammenzuarbeiten.

BM: Bitten Sie Ihren Außenminister[9], Ihnen vier Wochen lang die Presseausschnitte vorzulegen, in denen darüber Klage geführt wird, daß die Bundesrepublik Deutschland zu stark und in ihrer Außenpolitik zu unabhängig ist!

Wir haben nach dem Kriege den Weg eingeschlagen, unsere Interessen im Bündnis zu wahren. Aber seit Adenauer haben wir eine politische Position erreicht, die es uns ermöglicht, in der Zusammenarbeit mit den Partnern unsere Interessen wahrzunehmen. Der Beweis ist meine Reise in Ihr Land. Anschließend erwähnt der BM das deutsch-brasilianische Nuklearabkommen[10].

Ghadafi: Ich bin froh, dies zu hören. Das stärkt unser Vertrauen in Deutschland.

BM: Ich habe nicht die DDR verlassen[11], um die sowjetische Vorherrschaft gegen eine andere einzutauschen.

Ghadafi: Ich finde, daß wir von dieser Basis aus unsere Beziehungen ausbauen sollten: Wir sind ein freier und unabhängiger Staat. Ich freue mich, von Ihnen das gleiche zu hören.

BM äußert Zustimmung.

Ghadafi gibt seinem Außenminister Weisungen für die folgende Delegationsbesprechung. Er betrachtet den Besuch des BM als konstruktiven Schritt zur Gestaltung unserer Beziehungen.

BM stimmt zu.

Ghadafi: Um diese Ergebnisse zu fördern, würde ich mich freuen, auf anderer Ebene, mit dem Bundeskanzler, hier oder in Ihrem Lande zu sprechen.

BM: Wir werden dazu gern die Voraussetzungen schaffen.

Ghadafi trägt Grüße an Bundespräsidenten, Bundeskanzler und das deutsche Volk auf.

9 Ali al-Treiki.

10 Die Bundesrepublik und Brasilien unterzeichneten am 27. Juni 1975 ein Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 335 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, I, Dok. 179.

11 Hans-Dietrich Genscher wurde am 21. März 1927 in Reideburg bei Halle geboren und verließ die DDR am 20. August 1952. Vgl. Hans-Dietrich GENSCHER, Erinnerungen, Berlin 1995, S. 65 f.

BM dankt, daß Ghadafi trotz des Trauerfalles an diesem Tage Zeit für dieses Gespräch gefunden hat. Er dankt für die Grüße und schließt mit Entschlossenheit, die Beziehungen auszubauen.

Referat 010, Bd. 178802

181

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-2118/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 675
Citissime nachts

Aufgabe: 19. Juni 1979, 20.15 Uhr[1]
Ankunft: 19. Juni 1979, 21.19 Uhr

Betr.: Amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen in Wien[2];
hier: Unterrichtung des NATO-Rats

Amerikaner haben Allianz in Sitzung des Rats am 19.6. über Verlauf und Ergebnisse der Wiener-Gipfelgespräche unterrichtet. George Seignious (ACDA) hat SALT und sonstige Abrüstungsthemen, Marshall Shulman alle übrigen Bereiche abgehandelt.

Beide Sprecher hoben den geschäftsmäßigen Charakter der Gespräche hervor. Von amerikanischer Seite habe man dem Treffen einen betont nüchternen, realistischen Charakter gegeben. Es habe keine Veranlassung bestanden, bestehende Disharmonien zu verdecken. Das Gipfeltreffen habe jedoch seine große Bedeutung für die Entwicklung der bilateralen Beziehungen schon allein durch die vielfältigen persönlichen Kontakte erhalten. Man habe jetzt auch auf sowjetischer Seite ein klareres Bild von der Persönlichkeit des amerikanischen Präsidenten. Das Treffen habe den Wunsch beider Seiten deutlich gemacht, den Entspannungsprozeß ungeachtet aller Hindernisse fortzusetzen. Die Bündnispartner würdigten in der anschließenden Aussprache die Bedeutung von SALT II[3] für die Fortführung der Entspannung und betonten die Notwendigkeit einer vertieften Kooperation und Konsultation im Bündnis im Hinblick auf SALT III. Sie dankten der amerikanischen Seite für die sofortige Unterrichtung der Allianz.

Im einzelnen ist festzuhalten:

1 Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 20. Juni 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann sowie die Legationsräte I. Klasse Boldt, Kreusel und Rupprecht verfügte.
Hat Hofmann und Kreusel am 21. Juni 1979 vorgelegen.
Hat Boldt am 22. Juni 1979 vorgelegen.
Hat Rupprecht vorgelegen.

2 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu auch Dok. 211.

3 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

I. In einleitender Erklärung dankte stellvertretender Generalsekretär Petrignani im Namen des Bündnisses US-Delegation für sofortige Konsultation nach Vertragsunterzeichnung und kündigte umfassende SALT-Unterrichtung für 29.6.1979 durch Botschafter Earle an.

1) ACDA-Direktor Seignious dankte Bündnispartnern für ihre öffentliche Unterstützung und wiederholte einleitend im wesentlichen bekannte Argumente der US-Administration und Präsident Carters zur Notwendigkeit und Bedeutung von SALT II. U. a. betonte er:

- Vertrag wäre ohne Mithilfe der Bündnispartner nicht möglich gewesen, amerikanische Regierung bedarf weiterhin der Unterstützung durch die Allianz im Hinblick auf den amerikanischen Ratifizierungsvorgang[4].
- Die militärische Stärke der USA werde durch SALT nicht vermindert. Das amerikanische Sicherheitssystem werde weiterhin konsequent ausgebaut. SALT II gewährleiste Sicherheit und erspare gleichzeitig Milliardenbeträge in der strategischen Rüstung, die anderen Verteidigungsmaßnahmen zugute kommen könnten.
- Konsultation und Zusammenarbeit müßten in der Allianz im Hinblick auf SALT III, das nach der Ratifikation von SALT II verhandelt werde, verstärkt und vertieft werden.
- Der Gipfel habe deutlich gemacht, daß SALT II nicht grundsätzlichen Wettstreit zwischen zwei Ideologien und fundamentalen unterschiedlichen Perzeptionen beende, sondern daß dieser Gegensatz fortdauere und man deshalb mit Spannungen auf militärischem Gebiet und anderen Gebieten rechnen müsse.
- Bedeutung von SALT II sei im wesentlichen, daß hier ein Prozeß eingeleitet worden sei, bestimmte Waffensysteme zu beschränken und einen ersten, wenn auch nur geringen Abbau strategischer Waffen zu vereinbaren. Dieser Prozeß müsse fortgesetzt werden.
- Jede SALT-Vereinbarung stehe unter dem Primat der amerikanischen Sicherheitserfordernisse und dürfe der gegnerischen Seite keinen einseitigen Vorteil einräumen. In diesem Zusammenhang müsse die MX-Entscheidung[5] gesehen werden. Die neue MX-ICBM habe hard-target kill capacity und sei in ihrer Wirkung zu 100 Prozent der sowjetischen SS-18 ebenbürtig.
- Die USA werde auch in Zukunft die Dislozierung von überlebensfähigen Waffen in allen drei Bereichen der strategischen Triade sicherstellen.
- Die USA werde ferner ihre Hilfe an die Allianz zur Modernisierung und Verstärkung der TNF beibehalten und verstärken.
- Den Bündnispartnern solle bis zum 29.6.1979 Gelegenheit gegeben werden, den Vertrag zu studieren, ehe Botschafter Earle dem NATO-Rat Rede und

[4] Referat 220 notierte am 19. Juni 1979: „Unmittelbar nach Abschluß von SALT II wird amerikanische Regierung Abkommen dem Senat zur Ratifizierung vorlegen. Um rechtswirksam zu werden, bedarf Abkommen einer Zwei-Drittel-Mehrheit des Senats. Ausgang des Ratifizierungsverfahrens muß als offen bezeichnet werden. Zumindest sind vom Senat verlangte ‚amendments' zum Abkommenswortlaut nicht auszuschließen." Vgl. Referat 220, Bd. 116907.

[5] Zur geplanten Einführung der MX-Rakete vgl. Dok. 161, Anm. 15.

Antwort stehe und offiziell die einseitige US-Erklärung zur Nichtumgehung[6] abgebe. Diese Erklärung werde auch in der Ratifizierungsdebatte benutzt.

- Die Verifikationsbestimmungen des SALT-II-Vertrages seien nicht auf der Basis des Vertrauens verhandelt worden. Er selbst sei aufgrund seiner Erfahrung aus langjähriger Zusammenarbeit mit der Allianz fest überzeugt, daß diese besonders sorgfältig ausgehandelten Vertragsbestimmungen der SU keine Möglichkeit für Übertretungen ließen. Die USA würden Vertragsverletzungen rechtzeitig entdecken und „korrigierende Maßnahmen" ergreifen können.
- Die in der Schlußphase der Verhandlungen noch offenen Punkte wie type rules, CM-Definitionen und Simulations-Problem seien alle, wie man sich an Hand der Vertragstexte überzeugen könne, im US-Interesse gelöst worden. Seignious verlas anschließend SU-Brief und einseitige Breschnew-Erklärung zu „Backfire"[7], die er als rechtlich verbindlich, wenn auch nicht als Bestandteil des Vertrages bezeichnete. Dagegen habe sowjetische Seite darauf bestanden, Breschnew-Erklärung zur Produktionsbegrenzung auf 30 Flugzeuge im Jahr nicht in den Brief aufzunehmen, so daß in diesem Punkt lediglich von einer rechtlich nicht verbindlichen Absichtserklärung auszugehen sei. Carter habe erwidert, die USA schlössen SALT auf der Basis der sowjetischen Verpflichtungen ab. In einem Ausblick auf SALT III habe Carter US-Interesse an „further deep cuts" und weiteren qualitativen Beschränkungen betont. Verifikation werde immer eine stärkere Rolle spielen und den Dialog zwischen den beiden Seiten verstärken.
  Sowjetische Erwiderung hierzu sei allgemein geblieben. SU habe jedoch deutlich gemacht, daß sie auf Einbeziehung der US-FBS bei SALT III bestehen werde. Die Tatsache, daß US-FBS den Boden der SU erreichen könnten, während umgekehrt den SU-Mittelstreckenwaffen die Erreichung des amerikanischen Kontinents nicht möglich sei, sei, so Breschnew wörtlich, die „sowjetische Grauzonen-Problematik".

2) MBFR sei nur kurz angesprochen worden. Offenbar sei den Sowjets bei ihrer kürzlichen Sondierung in Washington[8] klar geworden, daß sie bei MBFR bilateral mit den Amerikanern keine Fortschritte erreichen können. Breschnew habe kritisiert, daß die USA und der Westen insgesamt Fortschritte in Wien blockierten und bilateral nicht ernsthaft auf die östlichen Vorschläge vom Juni 1978[9] geantwortet hätten. Zur Datenfrage habe Gromyko dem Westen nahegelegt, sich nicht länger auf die fiktiven Zahlen, die um 150 000 über der wirklichen östlichen Truppenstärke lägen, zu stützen, sondern die Verhandlungen auf realistischer Basis weiterzuführen.

6 Zur Interpretationserklärung der USA zur Nichtumgehungsklausel des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 197.

7 Für den Wortlaut der schriftlichen Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, betreffend das sowjetische Kampfflugzeug „Backfire", die Präsident Carter am 16. Juni 1979 übergeben wurde, und den Inhalt einer weiteren mündlichen Erklärung Breschnews über die Produktionsrate des Kampfflugzeugs vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 394.

8 Zu den amerikanisch-sowjetischen Sondierungen zu MBFR vgl. Dok. 161, Anm. 11.

9 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 8. Juni 1978 vgl. Dok. 39, Anm. 13.

Carter habe hier einen sehr harten Standpunkt eingenommen und die Erwartung deutlich gemacht, daß die SU ihre Position in der Datenfrage entwickele. Beide Seiten hätten versichert, sie wollten Fortschritte in Wien, allerdings sei diese Versicherung der Sowjets angesichts ihrer bisherigen Haltung in der Datenfrage kaum sehr ernst zu nehmen. Brown und Ustinow hätten sich in der Sache nach fünf Minuten festgefahren.[10]

Seignious wollte nicht ausschließen, daß die Sowjets gleichwohl demnächst in Wien mit einer neuen Initiative aufwarten, da ihnen offenbar sehr daran gelegen sei, in der westlichen Öffentlichkeit ein positives Image bei den Truppenabbauverhandlungen zu gewinnen.

Bezüglich aller übrigen Abrüstungsthemen erklärte Seignious: „no new agreements reached, no new proposals offered". Dies gelte für: Conventional Arms Transfer[11], Verbot chemischer Waffen[12], Gespräche über den Indischen Ozean[13], Comprehensive Test Ban[14], radiologische Waffen[15].

10 Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 22. Juni 1979 über ein Gespräch mit dem stellvertretenden Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Aaron, am selben Tag. Aaron habe zum Gespräch des amerikanischen Verteidigungsministers Brown mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow während der Zusammenkunft des Präsidenten Carter mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 15. bis 18. Juni 1979 in Wien ausgeführt: „Der Meinungsaustausch über die Definition von ‚Soldat' und die Datenfrage habe sich festgefahren, Ustinow sei auch nicht Browns Anregung gefolgt, zunächst eine Klärung der amerikanischen und sowjetischen Daten zu versuchen. Ustinow habe vielmehr wiederholt, es komme darauf an, festzulegen, wie viele Soldaten abgezogen würden, und sicher zu sein, daß sie nicht mehr zurückkehrten. [...] Amerikaner hätten wiederholt, es sei auch politisch unvernünftig (crazy), mit Reduzierungen zu beginnen, bevor Fortschritte in der Datenfrage erzielt seien." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2325; VS-Bd. 11388 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

11 Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 31. Mai 1979 mit Bezug auf die vierte Runde der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über eine Beschränkung des Exports konventioneller Rüstungsgüter vom 5. bis 15. Dezember 1978 in Mexiko-Stadt: „Ein Datum für die nächste Runde, die in Helsinki stattfinden soll, ist noch nicht festgelegt. Man wartet auf einen Impuls durch das Gipfeltreffen Carter/Breschnew [...]. Der wesentliche Meinungsunterschied, der in Mexiko-City deutlich wurde und weitere Gespräche blockierte, besteht weiter fort. Es geht um die Frage, auf welche Regionen die abstrakten Prinzipien [...] praktisch anzuwenden sind. Wie uns auf Arbeitsebene des State Department gesagt wurde, halten die USA an ihrer Auffassung fest, daß die Regionen Lateinamerika und Afrika erörtert werden sollten, nicht aber Ost- und Westasien (China, Korea, Persischer Golf), wie es die SU fordere." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2040; Referat 220, Bd. 116874.

12 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 121.

13 Die USA und die UdSSR verhandelten seit März 1977 über eine Flottenbegrenzung im Indischen Ozean. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 132.
Anläßlich des bevorstehenden Treffens des Präsidenten Carter mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 15. bis 18. Juni 1979 in Wien berichtete Botschafter von Staden, Washington, am 13. Juni 1979: „Beim Thema Indischer Ozean geht die amerikanische Seite [...] davon aus, daß mit den Sowjets eine Fortsetzung der seit längerem unterbrochenen Gespräche über die Begrenzung der militärischen Präsenz beider Seiten in diesem Raum vereinbart werden kann. Amerikaner sind im Prinzip bereit, die Gründe, die seinerzeit zur Vertagung der Gespräche sine die führten (militärische Aktivitäten der Sowjets im Bereich des Horns von Afrika), nicht erneut geltend zu machen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2210; Referat 222, Bd. 113009.

14 Zu den Verhandlungen über ein umfassendes Teststopp-Abkommen (CTB) vgl. Dok. 121, Anm. 11.

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Rückriegel vermerkte am 9. Juli 1979, radiologische Waffen seien für den militärischen Gebrauch zusammengestellte Gemische bzw. Verbindungen verschiedener Radionukleide. Radiologische Kriegführung sei die vorsätzliche Freisetzung der Radioaktivität dieser Waffen: „Ein Verbot radiologischer Kriegführung wurde zuerst 1969 in einer Res[olution] der VN-GV gefordert und gehörte seit dieser Zeit zum Themenkatalog der CCD. Seit 1977 (Besuch von Vance in Moskau) verhandeln USA und SU in Genf über einen Abkommensentwurf, der dem CD vorzulegen ist." Der vorliegende, bis auf die Präambel fertige Vertragstext werde „nur mit Rücksicht auf die Mehrheit im CD auf Wunsch der USA nicht als Vertragsentwurf, sondern als

3) Ständige Vertreter dankten US-Delegation für schnelle und ausführliche Konsultation nach dem Gipfel. FR machte übliche SALT-Vorbehalte und verwies auf seine Haltung zu diesem Thema in Den Haag[16]. Alle Sprecher mit Ausnahme FR betonten Notwendigkeit einer vertieften Zusammenarbeit und Konsultation der Allianz im Hinblick auf SALT III. Die Bedeutung von zufriedenstellender Verifikation wurde mehrfach unterstrichen. Einzelfragen zu SALT II beantwortete Seignious wie folgt (auf entsprechende Frage von UK):

Über andere Regionen (z.B. China) sei in Wien im SALT-Zusammenhang nicht ausdrücklich gesprochen worden. Breschnew habe jedoch anklingen lassen, daß Atom-Potentiale dritter Mächte, die gegen die SU gerichtet seien, bei zukünftigen Rüstungskontrollverhandlungen stärker in Rechnung gestellt werden müssen. Es gebe für SU eine absolute Zahl der Aggregate, die man zur Sicherheit benötige.

(Auf dänische Frage):

Horchstationen in Iran hätten zusammen mit anderen Aufklärungsmitteln vollständige Überwachung von sowjetischen ICBM-Flugtests ermöglicht. Man habe eine sich „überschneidende Matrix" (Infrarot-Telemetrie-Satellitenfotos) und so viel Datenmaterial, daß auch in Zukunft Überwachung ausreichend gewährleistet sei. Im übrigen werde USA in etwa acht bis zehn Monaten Überwachungsstand wie zur Zeit der Iran-Krise erreicht haben.[17]

(Auf französische Frage):

USA gehe davon aus, daß agreed statements and common understandings[18] gleiche Rechtsbindung wie Vertragstext entfalteten.

(Auf Frage Kanadas):

Seignious bestätigte, daß offizielle Vertragsverhandlungen zu SALT III erst nach Ratifizierung begännen. Konsultation im Bündnis müsse jedoch sofort eingeleitet werden.

(Auf belgische Frage, ob Artikel 15 „no interference with national technical means" auf sowjetische Versuche, sich ein Mitspracherecht für U2-Flüge über der Türkei zu sichern[19], anwendbar sei):

Artikel 15 sei nicht anwendbar, da er sich auf physische Einwirkungen, nicht jedoch diplomatische Aktionen beziehe.

(Auf Frage der Niederlande):

Amendments durch den Senat würden die Ausgewogenheit des Vertragswerkes insgesamt gefährden. Die SU werde möglicherweise ihrerseits mit neuen Vorschlägen antworten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 874

‚Elemente zu einem Vertragsentwurf' bezeichnet. [...] Nicht unbedenklich wegen einer möglichen Präzedenzwirkung auf künftige Abrüstungsabkommen ist die kaum praktikable Verifizierungsregelung. Sie ist wörtlich aus dem ENMOD-Vertrag übernommen und beschränkt sich, wie dort, darauf, beim Verdacht einer Vertragsverletzung beim Sicherheitsrat der VN vorstellig zu werden." Vgl. Referat 222, Bd. 112993.

16 Zur NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 156 und Dok. 159.

17 So in der Vorlage.

18 Für den Wortlaut der Vereinbarten Erklärungen (agreed statements) und Absprachen (common understandings) zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–45. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–391.

19 Zur Rolle der Türkei bei der Verifikation des SALT-II-Vertrags vgl. Dok. 155, Anm. 20.

4) In einer allgemein gehaltenen Stellungnahme auf der Basis der Erklärung von BM Genscher[20] begrüßte ich SALT-II-Unterzeichnung und bezeichnete die aus diesem Anlaß von Präsident Carter gemachten Erklärungen in Wien und Washington[21] als für die Zukunft sehr ermutigend.

Es sei jetzt Aufgabe der Allianz, sich auf den Ratifikationsprozeß zu konzentrieren, der nicht nur in den USA, sondern auch in Europa mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werde. Ich begrüßte die Bereitschaft der USA zu verstärkten Konsultationen als Vorbereitung für die SALT-III-Verhandlungen.

II. In einer Mischung aus Information und erster Analyse gliederte Shulman seine Unterrichtung in vier Abschnitte:

1) allgemeine Charakterisierung des Gipfeltreffens,

2) sowjetische Haltung,

3) Anmerkungen zum amerikanisch-sowjetischen Verhältnis,

4) mittelfristige Perspektiven dieses Verhältnisses.

1) Es sei US-Absicht gewesen, dem Treffen einen undramatischen und nüchternen Charakter zu geben. Die gegenseitigen Interessen und die unterschiedlichen Auffassungen sollten offen dargelegt und allgemeine, die bestehenden Differenzen eher verdeckende Erklärungen vermieden werden. Breschnew sei von drei Politbüromitgliedern begleitet worden: Gromyko, Ustinow, Tschernenko.

Breschnew sei zu Beginn Treffens besser in Form gewesen als gegen Ende, insgesamt sei er „effizient, eindrucksvoll, tatkräftig, gelegentlich emotional" aufgetreten, habe überwiegend von Notizen gesprochen, sei von seiner Umgebung eindeutig als Nummer eins behandelt worden, doch sei sein physischer und psychischer Zustand den bekannten Schwankungen ausgesetzt gewesen.

US-Seite sei besonders von Ustinow beeindruckt, der konstruktive, praktische und von großem Sachwissen geprägte Beiträge geliefert habe. Er habe sich als kompetent und fähig erwiesen und politisches Verständnis auch in allen militärischen und militärpolitischen Einzelfragen gezeigt. Ähnliches könne man von Ogarkow sagen. Zusammenkunft Browns mit Ustinow sei zwar nur kurz und in der Themenwahl beschränkt gewesen, könne aber dennoch als nützlich und als Auftakt für häufigere Kontakte charakterisiert werden. Tschernenko habe sich nirgendwo aktiv beteiligt, habe aber angenehmen Eindruck gemacht.

2) Im Vorfeld des Wiener Gipfels habe SU ihre Erwartungen an das Treffen nach und nach heruntergeschraubt und sei schließlich ohne Illusionen und ohne Euphorie nach Wien gekommen. In ersten Verhandlungen über Kommuniqué[22] habe SU noch versucht, die üblichen Propagandafloskeln einzuführen, habe dies aber sehr schnell aufgegeben. Im übrigen habe SU nicht erwartet, daß Wien eine grundlegende Änderung in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen herbeiführen werde. SU habe bei Vorbereitungen gewisses Unbehagen

20 Anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags am 18. Juni 1979 gab Bundesminister Genscher am selben Tag eine Erklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 747 f.

21 Präsident Carter sprach am 18. Juni 1979 vor dem amerikanischen Kongreß in Washington. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 1087–1092. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 401–406.

22 Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 18. Juni 1979 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 54–57. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 395–400.

über US-Haltung gezeigt, da sie[23] aufgrund früherer Erfahrung mit widersprüchlichem Verhalten der US-Regierung und mit Überraschungen von amerikanischer Seite gerechnet habe. Gegen Ende des Treffens habe sich sowjetische Seite mehr und mehr entspannt gezeigt. Shulman charakterisierte Gespräche und Atmosphäre als offen, nüchtern, ernst. USA hätten festgestellt, daß SU bei den Gesprächen Existenz der Allianz in Rechnung gestellt habe, was sich besonders bei MBFR gezeigt habe. Hinsichtlich sowjetischen Verhaltens in Afrika und in übriger Dritter Welt seien die Meinungen kontrovers geblieben. USA seien überzeugt, daß SU auch in Zukunft alle sich ihr bietenden Gelegenheiten zur Ausdehnung ihres Einflusses ergreifen werde. Dies habe Breschnew besonders im Hinblick auf SU-Unterstützung für Befreiungsbewegungen klargestellt.[24] Im übrigen habe er keine Bereitschaft zur Mäßigung angedeutet.

Bezüglich Nahost habe sich keine Änderung der Positionen ergeben, doch sei auf SU-Seite gewisse Bitterkeit darüber spürbar gewesen, daß SU an Entwicklung z. Z. nicht beteiligt sei. USA hätten insgesamt den Eindruck, daß SU versuchen werde, ihre Beziehungen mit Westeuropa auszubauen, da sie die Möglichkeit für Fortschritte in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen für begrenzt ansehe.

3) Wiener Treffen habe keinerlei dramatische Veränderung bewirkt. Bestenfalls ließe sich sagen, daß es zu einer Beruhigung und zu mehr Stetigkeit in den gegenseitigen Beziehungen geführt habe. Die widersprüchlichen Aspekte seien jedoch sehr klar geworden: Einerseits bestünden gemeinsame Interessen an einer Stabilisierung des strategisch-militärischen Wettbewerbs, auf der anderen Seite könne dies aber das Fortbestehen von Interessengegensätzen auf fast allen übrigen Gebieten nicht verhindern. Der persönliche Eindruck der beiden leitenden Persönlichkeiten voneinander werde jedoch zu einer Verbesserung der Kommunikation führen. Einem allgemeinen Interessenausgleich zwischen den beiden Mächten stünden inhärente Begrenzungen entgegen. Die turbulente Weltlage werde beide Länder immer wieder in Situationen bringen, in denen sie auf Veränderungen in der Dritten Welt zu reagieren haben. Dies werde ihre Beziehungen zwangsläufig stets von neuem belasten.

Carter habe sehr offen das sowjetische Verhalten in der Dritten Welt kritisiert und darauf hingewiesen, daß die SU alle Gelegenheiten zur Verstärkung ihres Einflusses ohne jegliche Selbstbeschränkung ausnutzt und daß dies die Hauptquelle der Spannungen zwischen den beiden Ländern darstelle. USA seien sich klar, daß es noch weitere entgegenstehende Faktoren gebe, wie z. B. die Stärke des sowjetischen Sicherheitsapparates und die völlige Unflexibilität, mit der die SU den grundlegenden Elementen der amerikanischen Außenpolitik wie Respektierung der Menschenrechte und Beachtung der internationalen Verhaltensregeln begegne. Bezüglich der Nachfolge Breschnews habe das Treffen keine Erkenntnisse ermöglicht. USA sähen vor sich eine Periode, in der alle Optionen zukünftiger sowjetischer Politik gemeinsam mit den Verbündeten sorgfältig geprüft werden müßten. Hierbei sei auch in Rechnung zu stellen, daß SU

23 Korrigiert aus: „es".

24 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 2. März 1979 in Moskau; Dok. 130, Anm. 4.

vor der Lösung großer Wirtschaftsprobleme stehe und daß die Industrialisierung zwar Fortschritte mache, aber die Anpassung der politischen Strukturen an veränderte Problemstellung bisher nicht erfolgt sei.

4) Auf mittlere Sicht werde die SALT-Ratifizierungsdebatte in den USA die weitere Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen bestimmen. USA könnten feststellen, daß SU Bedeutung des amerikanischen Ratifizierungsprozesses langsam klarer werde. Dies bedeute auch, daß SU allmählich die Komplexität des amerikanischen politischen Lebens erkenne und einen gewissen Prozeß der Bewußtseinsbildung durchmache, der durchaus konstruktive Elemente enthalte. Die langjährigen SALT-Verhandlungen und der Wiener Gipfel hätten z.B. dazu geführt, daß sich SU in militärischen Fragen nolens volens mit sehr viel weniger Geheimniskrämerei umgebe, als dies früher der Fall gewesen sei. Nach zähem Verhandeln habe SU eine ganze Reihe von militärischen Details und Dispositionen preisgegeben.

Wiener Treffen sei auch für amerikanische Öffentlichkeit nützlich gewesen, denn in den USA werde man jetzt leichter die widersprüchlichen Aspekte des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses verstehen und zu einer nüchternen Betrachtung der langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten kommen. Bisher sei das Bild eher von stetem Wechsel zwischen Feindschaft gegenüber der SU einerseits und übertriebener Hoffnung auf einen Interessenausgleich andererseits bestimmt gewesen.

Aus der Beantwortung von Fragen durch Shulman ist noch festzuhalten:

- Zu China: Präsenz Chinas im Hintergrund sei zwar zu spüren gewesen, doch habe sino-sowjetischer Konflikt in Gesprächen untergeordnete Rolle gespielt. SU habe sich hier offensichtlich keine Blöße geben wollen. Breschnew habe jedoch erklärt, Gewährung technologischer und militärischer Hilfe an China richte sich unmittelbar gegen sowjetische Interessen. Den sowjetischen Versuch, USA von Ausbau ihrer Beziehungen zu China abzuhalten, habe USA abgelehnt und darauf verwiesen, daß sich amerikanisch-chinesische Beziehungen nicht gegen SU richteten und daß es darauf ankomme, China in die internationale Gemeinschaft einzubinden. Bei Erörterung des Verbots chemischer Waffen habe SU angedeutet, daß Fortschritte in den bilateralen amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen hierüber erst möglich seien, wenn spätere Beteiligung Chinas an eventuellem Abkommen gesichert sei. Auch habe SU bezüglich Reduzierungen des nuklearen Waffenarsenals erklärt, solange sich nicht alle Nuklearwaffenstaaten an Reduzierungen beteiligten, könne auch SU ein gewisses Limit nicht unterschreiten.
- Zu Afrika: Kein Land sei besonders erwähnt worden. USA hätten sowjetische Bewaffnung der kubanischen Truppen in Afrika und kubanische Aktivitäten in der Karibik angesprochen. Sie hätten SU davor gewarnt, die Lage im südlichen Afrika zu ihren Gunsten auszuschlachten, falls die westlichen Lösungsversuche fehlschlagen. Eine sowjetische oder kubanische Einmischung im südlichen Afrika müsse zu einer einschneidenden Verschlechterung in den beiderseitigen Beziehungen führen. SU habe dagegen ihre Unterstützung für Befreiungsbewegungen und progressive Gruppen bekräftigt.
- Zu Europa/EG: SU habe lange gehofft, die EG werde auf Dauer nicht funktionieren können. Nach US-Eindruck werde sich SU aber mit Realität der

EG abfinden. Sie werde dann versuchen, sich in die Angelegenheiten der EG einzumischen und Uneinigkeit unter den Europäern zu schaffen. Thema Europawahl (Einbeziehung Berlins[25]) sei nicht angesprochen worden.

– Zu Wirtschaftsfragen: SU dränge seit langem auf Einräumung der Meistbegünstigungsklausel und habe daher im vergangenen Jahr Zahl der jüdischen Auswanderer stark erhöht. Die im Jackson-Vanik-Amendment[26] von 1974 geforderte Zusicherung über diese Auswanderung werde die SU jedoch, wie Breschnew erklärt habe, schon aus Prinzip (innere Angelegenheit der SU) nicht abgeben. Die Gespräche hierüber seien daher ergebnislos geblieben.[27] Die Mehrheit im Senat sei gegen die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel an die SU, und eine Kompromißformulierung sei kaum zu finden. Die Situation werde in gewisser Weise kritisch, wenn demnächst China Meistbegünstigung erlange.[28] Dies müsse die SU als Diskriminierung empfinden.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10649 (201)

25 Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 7. und 10. Juni 1979 statt.
Zur Einbeziehung von Berlin (West) in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament vgl. Dok. 50, Anm. 21.

26 Korrigiert aus: „Jackson-Nunn-Amendment".

27 Nach der Einbringung des Handelsabkommens vom 18. Oktober 1972 zwischen den USA und der UdSSR in den Kongreß wurden von Senator Jackson im Senat und dem Abgeordneten Vanik im Repräsentantenhaus Zusatzanträge eingebracht. Gesandter Noebel, Washington, berichtete am 12. April 1973, im Handelsabkommen sei „vorgesehen, der Sowjetunion die Meistbegünstigungsklausel zu gewähren, was allerdings von der Zustimmung des Kongresses abhängt. Hier haben sich erhebliche Schwierigkeiten für die Regierung ergeben, da unter der Führung von Senator Jackson eine starke Gruppe die Gewährung der Meistbegünstigung von der Abschaffung der sowjetischen ‚Auswanderungssteuer' abhängig macht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1089; Referat 213, Bd. 112693.
Am 20. Dezember 1974 verabschiedete der amerikanische Kongreß den „Trade Act of 1974". In Abschnitt 402 war festgelegt, daß, um „das fortdauernde Einstehen der Vereinigten Staaten für die fundamentalen Menschenrechte zu gewährleisten", Staatshandelsländern keine Behandlung nach dem Prinzip der Meistbegünstigung und keine „Kredite oder Kreditgarantien oder Investitionsgarantien gewährt werden" sollten, wenn „ein derartiges Land 1) seinen Bürgern das Recht oder die Gelegenheit zur Auswanderung verweigert; 2) mehr als eine nominelle Steuer auf Auswanderung oder Visa oder sonstige für die Auswanderung erforderliche Dokumente erhebt, gleichgültig zu welchem Zweck oder aus welchem Grunde; 3) mehr als eine nominelle Steuer, Abgabe, Geldstrafe, Gebühr oder sonstige Zahlung als Folge des Wunsches eines Bürgers erhebt, in das Land seiner Wahl auszuwandern". Auch Handelsabkommen sollten mit solchen Staaten nicht abgeschlossen werden können. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 108 f.
Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 30. Juni 1979 über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Vest. Dieser habe zum Treffen des Präsidenten Carter mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 15. bis 18. Juni 1979 in Wien ausgeführt: „Die Meistbegünstigungsfrage sei in erster Linie von Gromyko gegenüber Vance angesprochen worden. [...] Für die SU sei es unmöglich, einen Link zwischen ihr und dem Emigrationsproblem zu akzeptieren. Man hoffe aber, daß amerikanischerseits die in den letzten Monaten eingetretenen Verbesserungen bei diesem Problem registriert worden seien. Vest konnte nicht sagen, ob oder in welchem Sinn US-Seite den Wunsch nach weiteren Schritten zur Liberalisierung der Emigration anhängig gemacht hat. Entscheidungen zur Meistbegünstigung oder eine auf eine Entscheidung hinzielende Entwicklung seien nicht getroffen bzw. eingeleitet worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2424; VS-Bd. 13176 (213); B 150, Aktenkopien 1979.

28 Gesandter Ruyter, Washington, berichtete am 6. Juli 1979, nach Verlautbarung des State Departments beabsichtige die Administration nunmehr, das paraphierte Handelsabkommen zwischen den USA und der Volksrepublik China „in Kürze zu unterzeichnen und anschließend dem Kongreß zur Ratifizierung vorzulegen. Damit hat die Administration den Plan zunächst aufgegeben, [...] das mit Moskau bereits 1972 unterzeichnete, aber dem Kongreß nie vorgelegte Handelsabkommen mit dem Abkommen mit China zugleich dem Kongreß zuzuleiten, um beiden Ländern die in den Verträgen

182

Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter

VS-vertraulich **20. Juni 1979**[1]

Vermerk über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Carter am 20. Juni von 20.35 bis 21.00 Uhr

Begegnung in Wien[2]

Bundeskanzler beglückwünscht den Präsidenten zu dem Verlauf der Begegnung in Wien. Er werde das Ratifikationsverfahren des Senats in den kommenden Monaten genau verfolgen, um zu sehen, wo die Bundesregierung hilfreich sein könne.

Carter: Die Begegnung mit Breschnew sei erfolgreich gewesen und sehr gut verlaufen. Breschnew sei kräftig (vigorous) und geistig voll präsent gewesen. Gelegentlich habe er Schwierigkeiten gehabt, sich zu bewegen. Er habe jedoch die sechsstündigen Kontakte jeden Tag gut durchgehalten.

Er habe den Kongreß über die Gespräche unterrichtet. Die Debatten im Senat würden schwierig werden. Er glaube aber, daß Logik und Vernunft sich bei der Annahme von SALT II[3] letztlich durchsetzen werden.

USA-Reise[4]

Carter: Die Kommentare aus Deutschland zu SALT II seien hilfreich gewesen, insbesondere auch die Äußerungen des Bundeskanzlers während des Besuches

Fortsetzung Fußnote von Seite 879

vereinbarte Meistbegünstigung gleichzeitig gewähren zu können. Diese Entscheidung traf die Administration, nachdem es Präsident Carter anläßlich des Zusammentreffens mit Breschnew zur Unterzeichnung des SALT-II-Abkommens in Wien nicht gelungen war, von Breschnew bindende Zusagen für eine Auswanderungspolitik zu erhalten", die dem Jackson-Vanik-Amendment entsprochen hätten: „Für das Handelsabkommen mit China dagegen scheint nach der einseitigen Festsetzung von Textileinfuhrquoten gegenüber China seitens der USA (nach dem Scheitern der Textilverhandlungen in Peking) die Annahme im Kongreß ziemlich sicher zu sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2463; Referat 341, Bd. 110503. Vgl. dazu auch Dok. 161, Anm. 13.
Die USA und die Volksrepublik China unterzeichneten am 7. Juli 1979 ein Handelsabkommen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1202, S. 179–196.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 21. Juni 1979 gefertigt und am 22. Juni 1979 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskanzlers zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers" übermittelt.
Hat Wallau am 22. Juni 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an Staatssekretär van Well sowie die Ministerialdirektoren Blech und Lautenschlager verfügte und handschriftlich vermerkte: „Orig[inal] BM als Eingang." Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14078 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

3 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

4 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.

in Amerika. Die amerikanischen Medien hätten vor allem über die Reden in Harvard[5] und vor der University of South Carolina[6] positiv und ausführlich berichtet.

Bundeskanzler dankt für die Begegnung in Washington. Sie sei wichtig gewesen, besonders auch um die Gedanken und Vorstellungen im Hinblick auf das Treffen in Tokio[7] zu klären.

Carter: Es sei eine seiner fruchtbarsten Begegnungen gewesen. Er sei dem Bundeskanzler für gute persönliche Beziehungen sehr dankbar, die ein so direktes, offenes und intensives Gespräch ermöglichten.

Europarat in Straßburg[8]

Bundeskanzler: Energiefragen würden auf dem ER das wichtigste Thema sein. Er werde sich bemühen, die Beratungen so zu beeinflussen, daß vor allem in den mittel- und längerfristigen Aspekten der Energiepolitik die nordamerikanischen und europäischen Gesichtspunkte möglichst nah beieinander liegen.

Carter: Die amerikanische Bevölkerung würde sehr enttäuscht sein, wenn auf dem Tokio-Treffen nicht einige kühne (bold) Beschlüsse gefaßt werden. Er habe zwei Jahre lang versucht, Reform der amerikanischen Energiegesetzgebung zu erreichen.[9] Jetzt, wo sich schon Schlangen vor den Tankstellen bilden, versuche der Kongreß mit der Regierung in einen Wettbewerb einzutreten, wer die Energiefrage am schnellsten und wirksamsten regeln könne.

Man werde in Japan sicher über substitutive und regenerative Energiequellen sprechen. Er habe dem Kongreß gerade einen Vorschlag vorgelegt, der insgesamt eine Milliarde Dollar für die Erforschung der Solarenergie vorsehe. Die Regierung hoffe, bis zum Ende des Jahrhunderts 20% der Energieversorgung aus der Solarenergie decken zu können.

Bundeskanzler: Jeder Regierungschef brauche die Hilfe der anderen Regierungschefs, um die öffentliche Meinung zu überzeugen.

Carter: Die Stimme des Kanzlers habe in Amerika wesentlich mehr Überzeugungskraft als seine eigene.

5 Bundeskanzler Schmidt hielt am 7. Juni 1979 anläßlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Harvard University eine Rede. Vgl. dazu den Artikel „Helmut Schmidt als politischer Missionar"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Juni 1979, S. 3.

6 Zur Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 6. Juni 1979 an der University of South Carolina vgl. Dok. 161, Anm. 30.

7 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

8 Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. Juni 1979 in Straßburg vgl. Dok. 190.

9 Ministerialdirektor Lautenschlager resümierte am 6. November 1978: „Der lange Marsch der Energie-Vorlage von Präsident Carter durch die Instanzen des amerikanischen Gesetzgebungsverfahrens ist nach anderthalbjährigem dramatischen Auf und Ab [...] mit der Verabschiedung des ‚National Energy Act' durch den Kongreß am 15. Oktober d.J. beendet worden." Das jetzt verabschiedete Energieprogramm setze sich aus fünf Einzelgesetzen zusammen, die folgende Bereiche zum Gegenstand hätten: Maßnahmen zur Energieeinsparung; verstärkter Einsatz von Steinkohle in Industrie und Kraftwerken; Reform der Stromtarife; Schaffung eines einheitlichen nationalen Erdgasmarktes; Energiesteuern, unter anderem Besteuerung von PKWs mit hohem Benzinverbrauch beim Verkauf und Steuervergünstigungen bei Verwendung erneuerbarer Energieträger wie Sonne. Lautenschlager legte weiter dar: „Die neuen amerikanischen Energiegesetze sind trotz aller Amputationen der ursprünglichen Vorlage als Schritt in die richtige Richtung zu begrüßen. Sie stellen den ersten Versuch einer umfassenden nationalen Energiegesetzgebung dar." Vgl. Referat 405, Bd. 121279.

Bundeskanzler: Das gelte auch umgekehrt. Der Prophet gelte nichts im eigenen Vaterlande.

Zwischenlandung in Moskau

Bundeskanzler unterrichtet Präsident Carter über die Zwischenlandung in Moskau. Er habe den kürzesten Weg nach Tokio über Moskau gewählt. Die sowjetische Seite habe von der Möglichkeit gesprochen, Gespräche mit Kossygin und Gromyko auf dem Flugplatz zu führen. Beide Seiten seien übereingekommen, etwa zweistündige Gespräche bei der Zwischenlandung auf dem Flugplatz Moskau, 25.6., zu führen.[10]

Carter: Dies sei eine gute Neuigkeit.

Bundeskanzler: Falls die amerikanische Seite über die Wiener Begegnung zusätzliche Informationen habe, stehe Botschafter von Staden gerne zur Verfügung.

Carter wiederholt: Die Mitteilung des Bundeskanzlers sei eine gute Nachricht. Die amerikanische Seite versuche, alle Informationen – auch über die Gespräche der militärischen Teilnehmer – zusammenzustellen. Es gebe nach wie vor eine Belastung (strain) über die Fragen Kuba, Afrika und Vietnam. Die SU sei unbefriedigt wegen der mangelnden Beteiligung an der ägyptisch-israelischen Regelung[11]. Hinsichtlich Chinas habe er Breschnew gesagt, daß der Ausbau der amerikanisch-chinesischen Freundschaft nicht zu Lasten der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen gehen solle. Er werde den Bundeskanzler und die anderen Staats- und Regierungschefs in Tokio ausführlicher über die Wiener Gespräche unterrichten.

Bundeskanzler fragt nach MBFR.

Carter: Man habe die Datenfrage an Brown und Ustinow verwiesen.[12] Es sei ihnen nicht gelungen, Fortschritte zu erzielen.

Die SU habe substantielle Reduzierung der Truppenstärke angeboten, aber es sei nicht gelungen, die Datenfrage zu lösen.

Naher Osten

Bundeskanzler: Er hoffe, daß die amerikanische Regierung die Erklärung der Neun[13], insbesondere die Aussage zu der israelischen Siedlungspolitik[14], als hilfreich ansehe.

Carter: Er sehe sie als sehr hilfreich an. Er hoffe, daß die Europäer hieran festhalten werden. Die Siedlungspolitik der israelischen Regierung sei das größte Hindernis für Sadat und für die USA. Die Ansichten in der Knesset seien gespalten. Druck der amerikanischen Regierung führe zur Solidarisierung um Begin. Aus diesem Grund sei die Linie der Europäer wichtig und nützlich. Der

10 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

11 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

12 Zum Gespräch des amerikanischen Verteidigungsministers Brown mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow während der Zusammenkunft des Präsidenten Carter mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 15. bis 18. Juni 1979 in Wien vgl. Dok. 181, Anm. 10.

13 Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten über den Nahen Osten vom 26. März 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 326.

14 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 161, Anm. 21.

Botschafter habe ihm mitgeteilt, Kreisky überlege zur Zeit, die Durchreise von Emigranten aus der SU über Österreich nach Israel zu begrenzen, sofern die Ausreisenden in die neuen Siedlungsgebiete am Westufer weitergeleitet werden sollen. Eine derartige Entscheidung würde in Israel sehr nachhaltige Wirkung haben.

Bundeskanzler: Er habe ohnehin vor, in den nächsten Tagen Kontakt mit Kreisky aufzunehmen. Dann werde er sich bei dieser Gelegenheit auch über diese Frage unterrichten lassen.

Abschließend vereinbarten Bundeskanzler und Präsident Carter, daß die Presse über die Tatsache des Telefongespräches, nicht jedoch über die Einzelheiten der Unterredung unterrichtet werden soll.

VS-Bd. 14078 (010)

183

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem zyprischen Außenminister Rolandis

203-321.11 ZYP VS-NfD **20. Juni 1979**[1]

Am Nachmittag des 20. Juni 1979 suchte der zyprische AM Rolandis Herrn BM zu einem Gespräch auf.[2] Arbeitsbesuch war auf Wunsch von Rolandis, der am Tag zuvor in London mit AM Carrington zusammengetroffen war und im Anschluß an das Gespräch bei uns von hier nach Washington weiterflog[3], zustande gekommen. Der zyprische AM wurde von Botschafter Iacovou und dem Leiter seines Büros, Siambos, begleitet. Von deutscher Seite waren Herr D 2[4] und RL 203[5] anwesend.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf Finck von Finckenstein am 20. Juni 1979 gefertigt und am 21. Juni 1979 von Ministerialdirektor Blech über Staatssekretär van Well an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Genehmigung" weitergeleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 25. Juni 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Unmittelbar an M[inister]B[üro] weiterzuleiten."
Die Gesprächsaufzeichnung wurde laut handschriftlichem Vermerk am 25. Juni 1979 „an BM (z. Z. Bangkok per Telex) durchgegeben".
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 9. Juli 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nach Tokio gegeben." Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11096 (203); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Der zyprische Außenminister Rolandis hielt sich am 19./20. Juni 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Der zyprische Außenminister Rolandis führte am 21. Juni 1979 ein Gespräch mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher in Washington. Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 22. Juni 1979, der Tenor dieses Gesprächs habe „nach Angaben des State Department dem des Gesprächs von Rolandis mit dem Bundesminister" entsprochen: „Die Sorge Rolandis' über den bisherigen Verlauf der Volksgruppengespräche sei vielleicht noch deutlicher als in Bonn zum Ausdruck gekommen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2324; Referat 203, Bd. 115921.

4 Klaus Blech.

5 Hans-Werner Graf Finck von Finckenstein.

1) Der Herr *Bundesminister* leitete das Gespräch nach der Begrüßung mit der Bemerkung ein, er sei neugierig zu hören, welche Einschätzung, Hoffnungen oder Befürchtungen AM Rolandis mit der gegenwärtigen Situation in Zypern verbinde. *Rolandis* schilderte darauf kurz den Beginn der Volksgruppengespräche in Nikosia.[6] Die Gespräche hätten zwar erst begonnen, doch seien schon gleich zu Beginn einige Schwierigkeiten aufgetreten. Sie kämen nicht von der zypern-griechischen, sondern von der „anderen Seite".

Bei beiden Volksgruppen bestünden nach wie vor differierende Ansichten über das Procedere der Gespräche. Eine besondere Erschwernis stellten die von der religiösen Stiftung Evkaf erhobenen Gebietsansprüche im Raum Famagusta und die dazu von der Stiftung erwirkte gerichtliche und einstweilige Anordnung dar.[7] Die Rechtsgrundlage dazu sei weit hergeholt. Sie gründe sich noch auf das osmanische Recht. Über Varosha sei deshalb von türkischer Seite noch gar nicht gesprochen worden. Bei der Stiftung Evkaf handele es sich um eine Organisation, die im Grunde von Denktasch kontrolliert werde. Nach seiner Auffassung müsse daher das Vorgehen der Stiftung als ein Versuch von Denktasch angesehen werden, die Volksgruppengespräche und das Übereinkommen vom 19. Mai[8] zu unterlaufen. Offenbar wisse Denktasch nicht, wie das Problem zu lösen sei. Auch sei sein Verhältnis zu Ecevit nicht zu gut. Rolandis meinte, natürlich hoffe er auf einen Durchbruch in den Gesprächen, doch sei auch ein „Kollaps" möglich. Rolandis wies zur wirtschaftlichen Seite auf den hohen Lebensstandard auf der zypern-griechischen Seite der Insel hin. Wenn es zu einer

6 Botschafter Söhnke, Nikosia, teilte am 22. Juni 1979 zur Wiederaufnahme der Volksgruppengespräche am 15. Juni 1979 mit: „Der Undersecretary-General der VN, Javier Pérez de Cuéllar, ist vom Verlauf der Verhandlungen enttäuscht. Er sieht keine Anzeichen für eine Einigung über die Tagesordnung. Pérez de Cuéllar unterrichtete mich vertraulich: [...] Schon zweiter Sitzungstag war kontrovers mit Onans Forderung, Bizonalität und Sicherheit als vorrangige Gesprächsthemen einzuführen, während Ioannides Prioritäten für Varosha, die Gebiets- und Verfassungsfragen forderte. Ebenso wurde während der Diskussion evident, daß türkische Seite [...] kompromißlose Haltung einnimmt. Auch Griechen-Zyprer zeigten sich bei den nachfolgenden Kontakten von Pérez de Cuéllar mit den Konfliktparteien nicht flexibler." Vgl. den Drahtbericht Nr. 136; Referat 203, Bd. 115919.

7 Zur türkischen Position bezüglich einer Freigabe von Varosha vgl. Dok. 5, Anm. 24.
Botschafter Söhnke, Nikosia, berichtete am 19. Juni 1979, die Varosha-Frage sei in ein neues Licht gerückt, nachdem die religiöse Stiftung Evkaf Ansprüche erhebe: „Das Gebiet sei griechisch-zyprischen Einrichtungen und Privatpersonen widerrechtlich zugeteilt worden und die entsprechenden Dokumente seien türkisch-zyprischen Stellen erst jetzt bekannt geworden. Das [...] Gebiet dürfte einen Großteil von Famagusta außerhalb der Stadtmauern umfassen. Presseberichten zufolge soll die Stiftung bereits von einem Gericht in Famagusta eine einstweilige Anordnung erwirkt haben, nach der die Verhandlung dieses Punktes in den interkommunalen Gesprächen bis zu einem Urteil ausgesetzt wird. Auf türkisch-zyprischer Seite wurde breiter Widerspruch gegen vorzeitige Konzessionen in der Freigabe Varoshas laut." Vgl. den Drahtbericht Nr. 134; Referat 203, Bd. 115919.

8 Referat 203 hielt am 21. Mai 1979 fest, daß am 18./19. Mai 1979 in Nikosia Gespräche zwischen UNO-Generalsekretär Waldheim, Präsident Kyprianou und dem Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern, Denktasch, stattgefunden hätten, bei denen die Wiederaufnahme der Volksgruppengespräche am 15. Juni 1979 in Nikosia beschlossen worden sei. Das Abschlußkommuniqué stelle einen Kompromiß dar, „bei dem die türkische Seite erhebliche Abstriche von ihrer Ausgangsposition hingenommen hat. Die Zugeständnisse Kyprianous haben im Vergleich dazu geringere sachliche Tragweite. Offensichtlich wollte keiner der Kontrahenten das Odium eines Scheiterns der ‚Gipfelkonferenz' auf sich nehmen. Dieses Ergebnis ist ein eindrucksvoller Erfolg für Waldheim, der deutlich gemacht hatte, daß er nicht gewillt war, sein Prestige noch einmal für ergebnislose Verhandlungen aufs Spiel zu setzen." Vgl. Referat 203, Bd. 115918.
Für den Wortlaut des Abschlußkommuniqués, das zehn Punkte umfaßte, vgl. den Drahtbericht Nr. 114 des Botschafters Söhnke, Nikosia, vom 21. Mai 1979; Referat 203, Bd. 115919.

wirtschaftlichen Vereinigung beider Teile käme, würde auch die türkische Seite entsprechend davon prosperieren.

2) So wie die Lage sich jetzt bei den unverändert verschiedenen Auffassungen beider Seiten in der Sache darstelle, sei die entscheidende Frage, welche Seite den ersten Schritt (move) in Richtung auf eine Verständigung unternehme. Dabei gehe es vor allem natürlich darum, was für die türkische Seite überhaupt akzeptabel sei. Er frage sich deshalb – und er möchte diese Frage auch dem Herrn Bundesminister stellen –, ob man das Problem nicht einmal unter einem ganz anderen Aspekt zu sehen versuchen solle und ob es nicht zweckmäßig sei, einen anderen Gesprächskanal („channel") zu benutzen. Rolandis verwies in diesem Zusammenhang als Begründung für seine an uns gerichtete Frage auf ein Gespräch, das er bei seinem Bonner Besuch am 23. Juli 1978[9] anläßlich eines Abendessens mit VLR Dr. Bensch geführt habe. In diesem Gespräch habe Herr Bensch als Ergebnis seiner langjährigen Erfahrung mit dem Thema Zypern zusammengefaßt, wo nach seiner Meinung die Grenzen türkischer Zugeständnisse zu sehen sein könnten und was in den einzelnen Punkten für die türkische Seite unter Umständen akzeptabel sei. Er sei sich nicht ganz klar, ob die von Dr. Bensch gegebene Darstellung auf unseren Kontakten mit der türkischen Seite basiere.

Aber es handele sich um ein sehr interessantes und wichtiges Resümee, über das er sich im einzelnen eine Aufzeichnung gemacht habe.

Bundesminister unterbrach an dieser Stelle seinen Besucher mit der Bemerkung, die Herrn Rolandis gegebenen Darlegungen beruhten auf unseren eigenen Überlegungen und unserem eigenen Kenntnisstand in den einzelnen Sachfragen. Sie seien aber nicht mit anderen besprochen worden.

Rolandis sagte daraufhin, er möchte uns bitten, herauszufinden, ob nicht eventuell doch eine Lösung auf der Basis der von Dr. Bensch gegebenen Analyse gefunden werden könne. Er begann dann aus einem mitgebrachten Memorandum über das mit Dr. Bensch vor einem Jahr geführte Gespräch die einzelnen Punkte vorzulesen (das zwölf Punkte umfassende Memorandum ist in der Anlage beigefügt[10]). Gleichzeitig legte er eine Karte über den möglichen Grenz-

9 Der zyprische Außenminister Rolandis hielt sich vom 22. bis 24. Juli 1978 in der Bundesrepublik auf. Grund für diese Reise war die Ausweisung des ehemaligen Angestellten der Botschaft Nikosia, Kurbjuhn, nachdem dieser am 14. Juli 1978 beschuldigt worden war, Kontakte zum Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern, Denktasch, zu unterhalten und einem türkisch-zyprischen Radiosender Informationen über den angeblich bevorstehenden Sturz des Präsidenten Kyprianou übermittelt zu haben. Griechisch-zyprische Medien erhoben daraufhin Vorwürfe gegen die Botschaft und die Bundesregierung. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 133 des Legationsrats I. Klasse von Graevenitz, Nikosia, vom 21. Juli 1978; Referat 203, Bd. 115916.

10 Dem Vorgang beigefügt. Für das Memorandum vgl. VS-Bd. 11096 (203).
Ministerialdirigent Dröge bewertete das Memorandum am 13. Juli 1979: „Schon aus dem von AM Rolandis gewählten Zeitpunkt für seine Initiative ist ersichtlich, daß er den interkommunalen Gesprächen unter VN-Regie wenig Erfolgsaussichten einräumt. [...] Eine Bewegung erkennen wir vor allem in folgenden Punkten: a) Zum ersten Mal wird ein Territorial-Vorschlag vorgelegt, der den Türken ein größeres, geschlossenes, klar abgegrenztes, wirtschaftlich sinnvolles und militärisch bzw. polizeimäßig relativ leicht abzusicherndes Gebiet zugesteht, auf dem sie die bewaffnete Gewalt ausüben würden. b) Das bisher von der zyprischen Regierung hartnäckig verteidigte Proporz-Prinzip (80 % zu 20 %) findet keine Erwähnung mehr. [...] c) Für die künftige Verfassung wird auf das Beispiel europäischer föderativer Staaten verwiesen und damit die Bereitschaft signalisiert, auf die Weitergeltung des zyprischen Präsidialsystems und der halbautoritären, stark zentralistischen Makarios-Verfassung zu verzichten." Dröge führte weiter aus, auch wenn eine „deutliche Be-

verlauf zwischen den beiden Teilen Zyperns vor, die nach seinen Darlegungen ebenfalls auf das mit Dr. Bensch seinerzeit geführte Gespräch zurückgeht, und erläuterte den Grenzverlauf. Er stützte sich dabei auf die Annahme, daß sich die türkische Seite mit 25% des Staatsgebietes von Zypern zufriedengeben würde. Beide Dokumente wurden uns auf unsere Bitte von Rolandis überlassen.

3) Rolandis sprach sodann kurz die Frage der Garantiemächte für ein mögliches Zypern-Abkommen an. Er ließ durchblicken, daß ihm die Dreier-Lösung (UK, GRI, TUR) wegen der Teilnahme Griechenlands und der Türkei nicht brauchbar erscheint, und stellte die Frage, ob das Gremium der Garantiemächte nicht eventuell durch „Members of the Council of Europe" (Europarat/EG?) ersetzt werden könne. In diesem Zusammenhang wies er noch einmal auf die von Zypern angestrebte Zollunion mit der EG[11] hin.

4) *Bundesminister* schnitt nach den Darlegungen von Rolandis kurz das Problem der Polizeihoheit in einem künftigen zyprischen Staat an. Diese Frage wurde jedoch von Rolandis nicht verbindlich beantwortet.

Bundesminister kam darauf noch einmal auf seine Eingangsfrage nach dem Stand der Volksgruppengespräche zurück.

Rolandis meinte dazu, insgesamt sei das Klima nicht gut. Varosha habe bisher nicht die notwendige Priorität in den Gesprächen erhalten. Er könne daher einen Kollaps der Gespräche nicht ausschließen. Wenn die Gespräche zusammenbrechen würden, entstehe eine sehr schwierige Lage.

Bundesminister sagte darauf, er möchte sich zu dem von Rolandis vorgeschlagenen Verfahren äußern. Wir begrüßten die gerade begonnenen Volksgruppengespräche. Wir hielten sie für gut und in der Sache nützlich, und wir würden nichts tun, was sie stören oder beiseite schieben könnte. Er werde jedoch seine Mitarbeiter bitten, die von Rolandis vorgelegten Punkte eingehend zu prüfen. Er sei im übrigen immer der Meinung gewesen, daß die wichtigste Frage nicht das territoriale Problem sei, sondern die künftige Struktur des Staates von Zypern und die Repräsentanz der beiden Volksgruppen in einer Föderation. Er sei sich darüber klar, daß der griechische Bevölkerungsteil in einer solchen Föderation stärker und der türkische schwächer vertreten sein würde. Er kenne allerdings keinen Bundesstaat, der sich nur auf zwei föderative Teile gründe. Der Bundesminister wies in diesem Zusammenhang auf Jugoslawien, Österreich, die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland als Beispiele hin. Dies alles müsse man sich sehr genau betrachten. Wir nähmen dies ernst. Zu einer Bemerkung von Rolandis über einen türkischen Territorialanteil von 25% wies der Bundesminister darauf hin, daß die Frage der Grenzziehung nicht nur ein

Fortsetzung Fußnote von Seite 885

wegung" erkennbar sein sollte, biete die „innenpolitische Lage in der Türkei nach unserer Einschätzung wenig Spielraum für einen Durchbruch". Vgl. VS-Bd. 11096 (203); B 150, Aktenkopien 1979.

11 Referat 410 notierte am 15. Juni 1979: „Ziel des Assoziierungsabkommens EWG–Zypern vom 19.12.1972 ist die Herstellung einer Zollunion. Dies soll in zwei Stufen erreicht werden. Die Geltungsdauer der Regelungen für die erste Stufe war ursprünglich auf 30.6.1977 befristet und wurde mit dem am 15.9.1977 unterzeichneten Zusatzprotokoll bis 31.12.1979 verlängert. Im letzten Jahr vor Ablauf der ersten Stufe sieht das Zusatzabkommen Verhandlungen über den Inhalt der zweiten Stufe, deren Dauer grundsätzlich fünf Jahre beträgt, vor. Die Kommission hat die baldige Vorlage von Verhandlungsvorschlägen an den Rat angekündigt. Die zyprische Regierung strebt ebenfalls umgehende Aufnahme dieser Verhandlungen an. Da dies auch den Intentionen der turko-zyprischen Verwaltung entspricht, könnte die Zollunion innerhalb des vereinbarten Zeitraums verwirklicht werden." Vgl. Referat 410, Bd. 121770.

Problem von Prozentsätzen sei. Es gehe darüber hinaus auch um die Vertretung der beiden Volksgruppen im Parlament. Wir wollten dies alles noch einmal analysieren. Wenn wir uns dazu eine Meinung gebildet hätten, würden wir der zyprischen Seite das Ergebnis mitteilen. Wir würden dann sagen, ob wir es für aussichtsreich hielten, die von Rolandis dargelegten Punkte aufzunehmen oder nicht. Voraussetzung bleibe dabei, nichts zu tun, was die Gespräche behindern könnte. Das Problem müsse daher möglichst schnell angefaßt werden. Der Herr Bundesminister unterstrich noch einmal mit Nachdruck, daß wir einen Erfolg der begonnenen Volksgruppengespräche wünschten.

Rolandis zeigte für diese Position Verständnis, fragte aber noch einmal, ob wir nicht unsere guten Verbindungen (channels) benutzen könnten, um in dieser Sache zu sondieren. Er fliege jetzt nach Amerika, und er werde selbstverständlich gegenüber seinen amerikanischen Gesprächspartnern von dieser ganzen Sache nichts erwähnen. Die uns übergebenen Dokumente betrachte er als geheim. Er habe das auch in seinen Gesprächen mit Lord Carrington nicht erwähnt.

Bundesminister wies darauf hin, daß wir keine Geheimnisse vor unseren Verbündeten hätten. Wenn das Ergebnis unserer Prüfungen positiv ausfalle, würden wir dies den Amerikanern sagen, wenn es negativ ausfalle, bestehe dazu kein Bedarf.

Abschließend sagte der Herr Bundesminister, es sei ihm ein Vergnügen gewesen, mit seinem Besucher zu sprechen. Rolandis habe keine langen einleitenden Ausführungen gemacht, sondern sei sofort auf den „wichtigen Punkt" gekommen.

VS-Bd. 11096 (203)

184

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Desai

21. Juni 1979[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem indischen Premierminister Desai am Donnerstag, dem 21. Juni 1979, in Frankfurt in der VIP-Lounge des Flughafens von 10.00 bis 10.55 Uhr[2]

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 25. Juni 1979 gefertigt und am 26. Juni 1979 von Vortragendem Legationsrat Franke, Bundeskanzleramt, „vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bundeskanzler" an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers" übermittelt.
Hat Wallau am 26. Juni 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an das Büro Staatssekretäre, die Ministerialdirektoren Blech und Meyer-Landrut, Botschafter Ruth und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Steger verfügte und handschriftlich vermerkte: „Orig[inal] BM als Eingang." Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178801.

2 Ministerpräsident Desai hielt sich am 21. Juni 1979 in der Bundesrepublik auf.

Weitere Gesprächsteilnehmer:

AM Vajpayee; Herr Shankar, Staatssekretär, Amt des PM; Herr H.S. Shah, Abteilungsleiter Politik, Amt des PM; Herr P. Shah, Abteilungsleiter Wirtschaft, Amt des PM; Botschafter M.A. Rahman; BM Genscher; MD Dr. Meyer-Landrut; VLR I Dr. Steger; MDg von der Gablentz; Frau Siebourg als Dolmetscherin.

Bundeskanzler-Reise nach Indien

Bundeskanzler dankt Desai für den Abstecher nach Frankfurt, der ihm Gelegenheit zum persönlichen Kennenlernen und zum Gedankenaustausch bietet. Er hat seinen lange gehegten Plan für einen Indien-Besuch aus Termingründen noch nicht verwirklichen können. Besonders die politischen Auseinandersetzungen im Parlament kosten viel Zeit.

Desai zeigt sich enttäuscht, daß der Bundeskanzler dieses Jahr nicht mehr nach Indien kommen kann, hofft aber auf einen Besuch Anfang 1980.

Lage in Asien

Desai: Auf Frage des Bundeskanzlers nach seiner Bewertung der Lage in Asien betont er, Indien habe mit allen seinen Nachbarn gute Beziehungen hergestellt. Was im Iran geschieht, ist noch nicht abzusehen. Die Todesurteile verschärfen die Lage. Indien bemühe sich auch, die schlechten Beziehungen zwischen Pakistan und Afghanistan zu verbessern. Die Afghanen sind ein sehr religiöses Volk und werden keine äußere Einmischung dulden. Auf Frage des Bundeskanzlers: Das habe er auch den sowjetischen Gesprächspartnern gesagt, die Afghanistan sicherlich gegen Pakistan unterstützen werden, wenn es von dort angegriffen wird.

Die Zusammenarbeit der ASEAN-Staaten ist eine gute Sache. In der Kambodscha-Frage ist der falsche Eindruck entstanden, als hätte Vietnam Kambodscha angegriffen.[3] In Wirklichkeit hat das Pol-Pot-Regime, das eineinhalb bis drei Millionen Menschen umgebracht hat (BK: eine Schande für die Menschheit), seit langem die Grenzen zu Vietnam verletzt. Jetzt müssen die Vietnamesen in Kambodscha bleiben, bis sich die Lage stabilisiert und eine Rückkehr des Pol-Pot-Regimes ausgeschlossen ist. Die Vietnamesen haben ihm versichert, daß sie sich zurückziehen werden, sobald die Unabhängigkeit Kambodschas und Laos' sichergestellt ist.

Man soll Vietnam, ein mutiges Land, nicht schwächen. Die Chinesen sind keine guten Soldaten. Nur weil indische Militärs nicht aufgepaßt haben, haben sie 1962 ein unbewohntes indisches Territorium besetzen können.[4] Um ihre mili-

[3] Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.

[4] Referat 709 erläuterte am 7. November 1962 den chinesisch-indischen Grenzkonflikt: „Indien fordert als Nordgrenze den ‚traditionellen Grenzverlauf' entlang der Wasserscheide, wie sie in den NEFA (North-East Frontier Agencies) östlich von Bhutan als sog. ‚MacMahon-Linie' 1914 fixiert wurde. Die VR China ist der Auffassung, daß ihre Grenzen durch Verträge mit allen Nachbarstaaten erst endgültig festgelegt werden müssen. Für den indischen Standpunkt im Grenzkonflikt spricht, daß China seine Gebietsforderungen nicht auf dem Verhandlungswege, sondern durch faits accomplis durchzusetzen versucht, und zwar durch heimliche Infiltration im Ladakh, dem Nordosten Kaschmirs [...], durch weiteres Vorrücken der chinesischen Grenzposten im Ladakh, insbesondere seit dem im Frühjahr 1959 von China niedergeschlagenen Tibet-Aufstand, durch die am 20. Oktober 1962 begonnene militärische Offensive im Ladakh und in den NEFA." Vgl. B 12 (Referat 709), Bd. 1321.
Mit Bezug auf die Konferenz Ägyptens, Birmas, Ceylons, Ghanas, Indonesiens und Kambodschas

tärische Schwäche auszugleichen, versuchen die Chinesen jetzt, Waffen aus dem Westen zu beziehen. Er hält die deutsche Politik, keine Waffen außerhalb der Allianz zu liefern[5], für sehr weise. Er hat Carter davor gewarnt[6], die chinesische Karte auszuspielen und ihn aufgefordert, sich statt dessen um gute Beziehungen mit der Sowjetunion zu bemühen. Denn nur wenn die beiden Supermächte zusammenstehen, wird auch China Vernunft annehmen und wirksame weltweite Abrüstung möglich werden.

Nichtverbreitungspolitik

Bundeskanzler hält SALT II[7] für eine insgesamt günstige Entwicklung. Er sieht zwei Hauptgefahren im Nuklearbereich:

- das nuklear-technologische Wettrüsten der Supermächte,
- die Proliferation primitiver Nuklearwaffen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist daher dem NV-Vertrag beigetreten.[8]

Desai erläutert auf Bitte des Bundeskanzlers die indische NV-Politik. Indien hat seinen Verzicht auf Herstellung von Atomwaffen erklärt, wird aber den NV-Vertrag nicht unterzeichnen, da es sich nicht kontrollieren lassen wird von denen, die ihrerseits immer größere Arsenale von Atomwaffen aufbauen. Das ist eine Frage der Selbstachtung. Sicherheitsvorkehrungen können nur auf der Basis der Gleichberechtigung erörtert werden. Wenn es eines Tages zu einer wirklichen Abrüstung und einer Zerstörung der nuklearen Waffenarsenale kommt, wird auch Indien Inspektionen zulassen.

Auf Frage des Bundeskanzlers, ob Indien sich in dieser Frage auch Pakistans sicher sein könne, berichtet er, Präsident Zia habe ihm versichert, daß Pakistan nur an friedlicher Kernenergie interessiert sei. Aber die Pakistanis scheinen mit der Möglichkeit einer Kernwaffenentwicklung zu spielen[9], die als politisches Druckmittel eingesetzt werden kann. Die USA bauen dem schon vor.

Bundeskanzler meint, daß nur zwei Mächte, die Sowjetunion und China, in der asiatischen Region Kernwaffen einsetzen können.

Seine eigentliche Sorge ist aber nicht der Einsatz, sondern die politische Drohung mit Kernwaffen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 888

vom 10. bis 12. Dezember 1962 in Colombo, die Vorschläge für eine Lösung des chinesisch-indischen Grenzkonflikts ausarbeitete, vermerkte Ministerialdirigent Voigt am 30. Januar 1963: „Die VR China hat am 21. November 1962 bei Bekanntgabe ihrer einseitigen Feuereinstellung gleichzeitig angekündigt, daß sich die chinesischen Truppen 20 km hinter eine von chinesischer Seite festgelegte Demarkationslinie zurückziehen würden. [...] Das Ergebnis der Colombo-Konferenz ist ein diplomatischer Sieg für China. [...] Nehru hat die Colombo-Vorschläge grundsätzlich angenommen." Vgl. B 37 (Referat I B 5), Bd. 37.

5 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 2, Anm. 15.

6 Präsident Carter hielt sich vom 1. bis 3. Januar 1978 in Indien auf.
Ministerpräsident Desai hielt sich vom 12. bis 15. Juni 1978 in den USA auf.

7 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

8 Die Bundesregierung unterzeichnete den Nichtverbreitungsvertrag vom 1. Juli 1968 am 28. November 1969 und hinterlegte die Ratifikationsurkunde am 2. Mai 1975 in London und Washington. Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

9 Zu den Bemühungen Pakistans um die Herstellung von Kernwaffen vgl. Dok. 169, Anm. 15.

Desai: Indien wird sich nie einer Erpressung beugen. Pakistan wird für lange Zeit nicht die Kapazität besitzen, Atomwaffen herzustellen. Wenn die Pakistanis es doch versuchen, kann man die Herstellungsanlagen z.B. durch einen Bombenangriff schnell zerstören.

Gleichgewicht Ost/West

Bundeskanzler: Wir fühlen uns von der Sowjetunion bedroht und nicht von China. Zwei Lücken im SALT-Arrangement machen uns Sorge: Die weiter bestehende Möglichkeit der Waffenmodernisierung und der Ausschluß der Mittelstreckensysteme. Das westliche Bündnis muß auf die Gefahr reagieren, daß die Herstellung der Parität im strategischen Bereich eine nukleare Erpressung im Zwischenbereich – der sogenannten Grauzone – möglich macht. Diese Gefahren möchte er nicht öffentlich erörtern, um die SALT-Ratifikation nicht in Frage zu stellen und die Sowjets nicht zu provozieren. Aber diese Lage birgt auch Gefahren für andere Regionen außerhalb Europas.

Desai: Warum sollen wir uns um diese Drohung kümmern? Die Großmächte werden sich im Falle eines nuklearen Konflikts erst gegenseitig zerstören, bevor wir dran sind. Sie müssen sich untereinander vertragen und Freunde werden.

Bundeskanzler: Das werden sie nie werden. Die beste Hoffnung besteht darin, daß sie Gegner sind, die versuchen, in begrenzten Bereichen Partner zu werden. Er glaubt wie Desai, daß Breschnew, persönlich überzeugt, eine Friedenspolitik verfolgt, aber er lebt isoliert in einer kleinen Gruppe. Er hat Sorge vor einer Wachablösung in Moskau.

Desai glaubt, daß der Machtwechsel in Moskau sich eher zugunsten einer weiteren Liberalisierung auswirkt, da die Bevölkerung keinen Rückfall in alte Zeiten dulden wird. Kossygin scheint ihm immer stärker Breschnews Vertrauen zu genießen, aber über die Nachfolgefrage weiß er im einzelnen auch nichts.

Bundeskanzler bedauert die fehlende Transparenz der Entwicklung in der politischen Klasse in der Sowjetunion. Er fragt nach Beurteilung der Lage in China.

Desai: China ist für Indien schwieriger als für die Deutschen. Es scheint in Peking so etwas wie eine gemeinsame Führungsspitze zu geben, die sicherlich nicht stabil ist, aber immerhin die Öffnung nach außen ermöglicht, die heute die Gefährlichkeit Chinas für andere Staaten vermindert.

Deutschland ist zwar keine Großmacht, könnte aber doch mit seinem entschiedenen Eintreten für den Frieden mehr Einfluß in der Welt ausüben als heute.

Das Wesentlichste ist, daß die Supermächte sich miteinander arrangieren. SALT II ist ein Beginn, aber der nächste Schritt darf nicht erst nach noch einmal so langen Verhandlungen folgen. Gespräche mit Breschnew[10] und Carter bestätigen ihn darin, daß beide die Abrüstung wollen, aber voreinander Angst haben. Daher können sie auch noch nicht Freunde werden, was für die Welt so wesentlich wäre. Er hat Breschnew geraten, mehr an die Zukunft zu denken. Die Sowjetunion hat jetzt daher auch Gesprächen mit China zugestimmt, die voraussichtlich zu wirklichen Verhandlungen führen werden.[11]

10 Ministerpräsident Desai hielt sich vom 21. bis 26. Oktober 1977 und vom 11. bis 13. Juni 1979 in der UdSSR auf.

11 Zu den Gesprächen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China über eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen vgl. Dok. 164, Anm. 15.

Bundeskanzler hat es stets für einen Fehler der Sowjets gehalten, so offen über ihre großen Sorgen mit China zu sprechen. Sie schwächen damit ihre eigene Position.

Desai bestätigt, daß China den Sowjets stets auf der Seele liegt. Indien ist mit beiden Staaten befreundet. Seine Beziehungen zur Sowjetunion sind jetzt nach anfänglicher Unsicherheit nach dem Regierungsantritt der Janata[12] ohne Einschränkung gut. Inzwischen kommen auch die Sowjets mehr aus sich heraus und sprechen offen mit den Indern. Man verläßt sich aufeinander.

Die indischen Beziehungen zu China sind durch den Grenzdisput belastet. Nach vielen Schwierigkeiten sind jetzt Gespräche zustande gekommen und die ersten Besuche von Außenministern[13]. Indische Wachposten verhindern jetzt ein weiteres chinesisches Vordringen in dem unbewohnten Gebiet, das wegen der Straßenverbindung zwischen Tibet und Sinkiang strategische Bedeutung hat.[14]

Auf Frage des Bundeskanzlers nach der weltpolitischen Bedeutung der neuen politischen Vitalität des Islam hält er es für unwahrscheinlich, daß die verschiedenen islamischen Kräfte politisch zusammenhalten. Für die einzelne Nation sei die Wiederbelebung des Islam keine gute Sache, da sie die Wirtschaft ruiniert.

Energie

Desai: Auf Frage des Bundeskanzlers erläutert er, daß Indien etwa 40% seiner Exporteinnahmen für Öleinfuhren ausgeben muß. Er setzt sich gegenüber den OPEC-Staaten auch für Vorzugspreise für EL ein, bisher allerdings ohne Erfolg, da die OPEC-Staaten Schwierigkeiten mit einem geteilten Preis voraussehen.

Bundeskanzler: Die Welt braucht jetzt einen ernsthaften Versuch, ein Preis- und Mengenarrangement zwischen Ölproduzenten und -konsumenten auf die Beine zu stellen.

Desai hält die Entwicklung alternativer Energien für unerläßlich. Neben Wasserkraft und Sonnenenergie geht es vor allem um die Kernenergie, deren friedliche Nutzung allerdings erst dann voll entwickelt werden kann, wenn es keine Nuklearwaffen mehr gibt.

Indien baut neue Kernkraftwerke. Hier gibt es Schwierigkeiten in den sonst so guten Beziehungen mit den USA. Nach einem Abkommen von 1963 liefern die USA Indien angereichertes Uran.[15] Nach der indischen Kernexplosion 1974[16] wollten Kanada und die USA die Lieferung einstellen. Die Explosion diente nicht der Waffenherstellung. Nach seiner Ansicht allerdings hätte sie unterbleiben sollen. Inzwischen hat der neue amerikanische Nuclear Non-Prolifera-

12 In Indien schlossen sich mehrere Oppositionsparteien zu einem Wahlbündnis mit dem Namen Janata zusammen, das bei den Wahlen zum Unterhaus vom 16. bis 20. März 1977 eine Mehrheit erreichte. Am 1. Mai 1977 wurde die Janata-Partei gegründet.

13 Der indische Außenminister Vajpayee hielt sich vom 12. bis 18. Februar 1979 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu Dok. 61.

14 Vgl. dazu den Artikel „Chinas strategische Straßen"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 29. Mai 1962, S. 7.

15 Die USA und Indien unterzeichneten am 8. August 1963 ein Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 488, S. 21–39.

16 Indien zündete am 18. Mai 1974 einen nuklearen Sprengsatz. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 228.

tion Act[17], den der Bundeskanzler und Desai übereinstimmend als ein Erpressergesetz bezeichnen, neue Bedingungen geschaffen. Er hat die USA gebeten, die Lieferungen fortzusetzen, muß aber mit einer Weigerung durch den Kongreß rechnen.

Die Entwicklung des Schnellen Brüters macht gute Fortschritte in Indien.

Bundeskanzler: Wir haben amerikanischem Druck gegen die Lieferung des Schnellen Brüters nach Brasilien nicht nachgegeben.[18]

Bundeskanzler und *Desai* stimmen überein, daß Deutschland und Indien auf diesem Gebiet parallele Interessen haben und im Interesse einer größeren Unabhängigkeit vom importierten Uran nicht bereit sind, die Entwicklung des Schnellen Brüters aufzugeben.

Desai betont die guten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Indien und der Bundesrepublik Deutschland (AM Vajpayee: die aber verbessert werden können) und berichtet über die geplante Dampferfahrt mit deutschen Wirtschaftlern.[19]

Bundeskanzler greift eine scherzhafte Bemerkung des Botschafters – U-Boote sollten dem Dampfer folgen – auf und betont, daß die Bundesregierung in der Frage der U-Boot-Lieferungen noch keine Entscheidung gefällt hat.[20] Rücksichtnahme auf indische Interessen und die Interessen der deutschen Industrie und Arbeiter sprechen dafür. Problematisch ist vor allem die Präzedenzwirkung für andere Staaten.

Desai zeigt Verständnis für die deutschen Probleme. Indien möchte Bonn nicht dazu bringen, seine Prinzipien aufzugeben. Vielleicht könne aber die Erwägung, daß die Empfängerländer ja auch nach der Friedfertigkeit ihrer Absichten und ihrer Politik unterschieden werden können, eine Entscheidung erleichtern.

Bewegung der Ungebundenen

Desai: Auf Frage des Bundeskanzlers hält er die Wahl Havannas für die Konferenz der Ungebundenen[21] für schlecht, Kuba für keinen ungebundenen Staat. Indien hat den Kubanern bedeutet, daß es fernbleiben werde, wenn es zu politischen Tricks in Havanna kommt.

Bundeskanzler meint, daß man auch mit der Wahl des Konferenzortes für die Commonwealth-Konferenz eine unglückliche Hand gehabt hat. Außer Quebec gibt es wohl keinen ungeeigneteren Ort als Lusaka.[22]

17 Zum amerikanischen „Nuclear Non-Proliferation Act of 1978" vgl. Dok. 2, Anm. 8.

18 Die Bundesrepublik und Brasilien unterzeichneten am 27. Juni 1975 ein Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 335 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, I, Dok. 179.

19 Vortragender Legationsrat Schumann notierte am 8. Juni 1979 über ein Gespräch des indischen Botschafters Rahman mit Ministerialdirektor Meyer-Landrut am Vortag: „Nach dem um 10.00 Uhr beginnenden Gespräch, das zwischen BK Schmidt und MP Desai sowie BM Genscher und AM Vajpayee in gemeinsamer Gruppe am Flughafen Frankfurt stattfindet, wird die indische Delegation eine zwei- bis dreistündige Mainfahrt unternehmen. Dazu seien von indischer Seite sechs Persönlichkeiten der deutschen Industrie eingeladen, u. a. Wolff von Amerongen sowie Vertreter der Firmen Dornier, Demag und Deutsche Bank." Vgl. Referat 340, Bd. 110528.

20 Zur Frage der Lieferung von U-Booten an Indien vgl. Dok. 168.

21 Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt.

22 Vom 1. bis 7. August 1979 fand in Lusaka eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten statt.

Zum Thema Verhältnis der Großmächte zueinander erzählt er einen Witz über Jalta[23]: Ein Geist gibt den drei Staatsmännern einen Wunsch frei. Stalin und Roosevelt wünschen die Zerstörung der USA bzw. der Sowjetunion. Churchill bittet um eine Zigarre – selbstverständlich nach Erfüllung der ersten beiden Wünsche.

Er dankt noch einmal für die Gelegenheit zur persönlichen Begegnung und hofft auf einen längeren Gedankenaustausch in New Delhi.

Referat 010, Bd. 178801

185

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-2143/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 21. Juni 1979, 20.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 684 **Ankunft: 21. Juni 1979, 20.51 Uhr**

Betr.: Sicherheitslage Nahost und Persischer Golf;
hier: Erörterung im Bündnis

Bezug: DB 672 vom 14.6.79[2]
DE 87 vom 19.6.79[3]

Zur Unterrichtung

I. DPC befaßte sich in seiner auch für Nichtmitglieder offenen Sitzung am 20.6.79 (GR nahm teil, FR nicht) auf amerikanische Anregung mit Sicherheitsfragen der Nahost/Golf-Region.

23 Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR in Jalta fand vom 4. bis 11. Februar 1945 statt.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Boldt am 22. Juni 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Hofmann z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]."
Hat Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann am 25. Juni 1979 vorgelegen.

2 Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), berichtete: „Auf Ratssitzung im kleinsten Kreis am 12.6. wurde auf amerikanischen Vorschlag für 20.6. eine Ratssitzung ('open ended') zur Sicherheitslage in Nahost und Persischem Golf vorgesehen. Treffen ist als Weiterführung der Behandlung dieses Themas durch Verteidigungsminister Brown auf DPC-Ministertagung am 16.5. zu sehen". Vgl. VS-Bd. 11139 (310); B 150, Aktenkopien 1979.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler teilte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel mit, zu den Ausführungen des amerikanischen Verteidigungsministers Brown bei der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 16. Mai 1979 in Brüssel werde wie folgt Stellung genommen: „Bundesregierung sieht im Vertragswerk vom 26.3.1979 Realität unabhängig von seiner Bewertung. Autonomieverhandlungen werden angesichts unvereinbarer Verhandlungsziele Ägyptens und Israels pessimistisch beurteilt." Der Mittlere Osten befinde sich in einer Übergangsphase, deren längerfristige Entwicklung ungewiß sei. Der Einfluß der USA und der Sowjetunion auf die Region werde „zunächst zunehmen, um Machtvakuum zu füllen. Beide haben ihre Marinepräsenz im Indischen Ozean verstärkt. [...] Westeuropa sollte sich als 'dritter Weg' für die Länder der Region als wirtschaftlich potenter, politisch unverdächtiger Partner anbieten." Vgl. VS-Bd. 11139 (310); B 150, Aktenkopien 1979.

Amerikaner (Deputy Assistant Secretary for Defense, Murray) erläuterten ihre Vorstellungen – die weitgehend den Ausführungen Verteidigungsminister Browns bei DPC-Ministersitzung am 16.5.[4] entsprachen – über mögliches Zusammenwirken westlicher Staaten bei Stabilisierung der Sicherheitslage der Region. Briten stellten in einer Analyse des Leiters des FCO Nahost-Referates enge Verknüpfung zwischen Sicherheitsfragen der Region und politischen Entwicklungen heraus. Fortsetzung des Nahost-Friedensprozesses wurde unter Gesichtspunkt der Stabilisierung des Raumes von Verbündeten vorrangige Bedeutung beigemessen.

Die Bündnispartner begrüßten die Konsultation angesichts steigender Bedeutung von Entwicklungen außerhalb des Bündnisgebietes für die Sicherheit der Allianz. Es bestand zugleich Übereinstimmung, daß westliche Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage in Nahost/Golf-Region großer Zurückhaltung bedürfen und daß keine Aktionen unter NATO-Vorzeichen durchzuführen, sondern nur individuelles Handeln einzelner Staaten angebracht sei.

II. Amerikanische Vorstellungen

Murray erklärte einleitend, daß Nahost zwar außerhalb des NATO-Gebietes liege, daß aber Sicherheitsfragen und SU-Aktivitäten, z.B. im Nahen und Mittleren Osten, am Horn von Afrika, in Angola und im Südjemen, alle Verbündeten und den Westen insgesamt angehen.

1) Aufgrund Entwicklung im Iran habe Verteidigungsminister Brown – als erster amerikanischer Verteidigungsminister überhaupt – im Februar 1979 Nahost-Region besucht (Saudi-Arabien, Ägypten, Syrien, Jordanien[5]), um sich Bild über Sicherheitsbedürfnisse und Stimmung in besuchten Ländern zu machen.

2) USA gingen hierbei von folgenden Überlegungen aus:

- Es gelte, der Ausdehnung sowjetischen Einflusses in der Region Einhalt zu gebieten.
- Es sei wichtig, die gemäßigten und konservativen Regime zu erhalten und zu stützen, die dem Westen traditionell freundschaftlich verbunden sind.
- Es bestehe amerikanische Bereitschaft zu gewissem sicherheitspolitischen Engagement in der Region, doch seien die USA nicht so naiv, an Schaffung von amerikanischen Militärbasen oder Organisation eines regionalen Verteidigungspaktes zu denken.
- Die Gewährleistung der inneren Sicherheit in den einzelnen Ländern müsse ohne amerikanische Hilfe oder Mitwirkung erfolgen.
- Gelegentliche Sondierungen in der Region, inwieweit amerikanische militärische Präsenz und Hilfe gewünscht werde und möglich sei, wären nützlich.

3) Als bisheriges Ergebnis könne man feststellen:

- Die meisten Länder seien in der Lage, Probleme der inneren Sicherheit ohne amerikanische Hilfe zu lösen.

[4] Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung der NATO (DPC) am 15./16. Mai 1979 in Brüssel vgl. Dok. 140, Dok. 143 und Dok. 145.

[5] Der amerikanische Verteidigungsminister Brown hielt sich vom 9. bis 18. Februar 1979 in Saudi-Arabien, Jordanien, Israel und Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 68.

– Man sei jedoch an amerikanischem Rat und Hilfe zur Abwehr sowjetischer, kubanischer, libyscher und südjemenitischer Einfluß- und Subversionsversuche interessiert und habe hierfür amerikanische Militär- und Wirtschaftshilfe erbeten.
– Interesse an stärkerer amerikanischer Präsenz in der Region, jedoch ohne Stationierung von amerikanischem Personal und ohne Errichtung von Basen[6], sei vorhanden.
– Amerikanische Bereitschaft zur Vereinbarung regelmäßiger sicherheitspolitischer Konsultationen sei überall begrüßt worden. An einem solchen Gedanken- und Informationsaustausch bestehe großes Interesse.

4) Auf den im März 79 erfolgten Angriff Südjemens auf Nordjemen[7] habe USA wie folgt reagiert:
– intensive Konsultation mit Saudi-Arabien;
– Warnung an die SU, Aufforderung zur Zurückhaltung und Nichteinmischung;
– Entsendung des Flugzeugträgers „Constellation", um amerikanische Luftüberlegenheit in der Region zu sichern;
– Entsendung von Aufklärungsflugzeugen des Typs „AWACS" nach Saudi-Arabien in Absprache mit saudischer Regierung; von Entsendung eines Geschwaders von F-15 habe Saudi-Arabien abgeraten;
– Lieferung von militärischer Ausrüstung an Nordjemen[8] und – gemeinsam mit Saudi-Arabien – Schulung und Ausbildung von nordjemenitischem Personal.

5) Für künftige Entwicklung könne USA weder Patentrezept noch großangelegtes Unterstützungsprogramm anbieten.

Man strebe jedoch folgendes an:
– Verstärkung der Fähigkeiten der gemäßigten Staaten zur Selbstverteidigung durch Gewährung gezielter Material- und Ausbildungshilfe;
– Unterstützung einer evtl. regionalen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit, besonders am Golf;
– Demonstration des amerikanischen Interesses an Stabilität in der Region durch häufigeres „Flagge-Zeigen" und durch Erhöhung der im Indischen Ozean operierenden Schiffszahl;
– Konsultation mit den europäischen Verbündeten über die Sicherheitslage im Nahen und Mittleren Osten, da nicht nur amerikanische, sondern westliche Interessen insgesamt auf dem Spiele stünden. Man denke hierbei aber in keiner Weise an eine unmittelbare oder auch nur mittelbare Involvierung

6 Der Passus „ohne Stationierung ... Errichtung von Basen" wurde von Legationsrat I. Klasse Boldt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Vgl. hierzu BND-Meldung über angebliches Angebot Omans, Gelände für US-Basis zur Verfügung zu stellen."
7 Zum Konflikt zwischen der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) vgl. Dok. 60, Anm. 32.
8 Zu den Rüstungslieferungen der USA an die Arabische Republik Jemen (Nordjemen) vgl. Dok. 92, Anm. 16.

der Allianz. Man halte dagegen Absprachen über ergänzende Maßnahmen einzelner Bündnispartner für durchaus denkbar.

III. Britische Stellungnahme

Britischer Ständiger Vertreter[9] wies darauf hin, daß sicherheitspolitische Aspekte der Situation in Nahost nicht ohne vorherige politische Analyse ansprechbar seien. Leiter des Nahost-Referats im FCO, A.G. Munro, trug Eindrücke von einer kürzlichen, als Begleiter von UStS Sir Anthony Parsons durchgeführten zweiwöchigen Mittelostreise (Saudi-Arabien, Golfstaaten)[10] vor. In seiner Stellungnahme stellte er die für das Verhalten westlicher Regierungen wichtigen Aspekte Destabilisierungspotential und Haltung der Staaten der Region zu Stabilisierungsmöglichkeiten in den Vordergrund und konzentrierte sich auf folgende Punkte:

1) Saudis und Herrscher am Golf sähen die Stabilität ihrer Staaten weniger durch Veränderungen im Iran gefährdet als durch

- Zuspitzung des Palästinenser-Problems (Unruhepotential wegen starker Palästinenser-Gruppen in ihren Ländern),
- Spaltung der arabischen Welt.

Dennoch werde auch latente „spill-over"-Gefahr bei weiterer revolutionärer Entwicklung im Iran (Links-Trend, Desintegration) gesehen.

Mit großem Interesse hätten Gesprächspartner daher Parsons Analyse der zum Sturz des Schahs[11] führenden Entwicklung zur Kenntnis genommen (Parsons war fünf Jahre Botschafter in Teheran[12]). Briten werden Analyse unter Verbündeten zirkulieren.

2) Die Verschärfung der arabisch-israelischen Problematik könne aus Sicht der Golf-Staaten die Gefahr neuen lokalen sowjetischen Engagements heraufbeschwören, welches man für den Iran wegen voraussichtlich lang andauernder sowjetisch-iranischer Gegensätze weniger befürchte.

Die Notwendigkeit einer Begegnung dieser beunruhigenden Aussichten habe bei den besuchten Staaten eine neue Bereitschaft für gemeinsames Handeln – mit oder ohne Ägypten – entstehen lassen. Die arabische Politik in der Jemen-Krise werde als ermutigend angesehen im Hinblick auf eine Krisenbewältigung in ähnlichen Fällen. In den besuchten Staaten sähe man zugleich das Erfordernis enger Zusammenarbeit mit ihren traditionellen Partnern in politischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsangelegenheiten, wolle aber eine zu offensichtliche Zusammenarbeit mit dem Westen im Sicherheitsbereich vermeiden. So versuchten die Staaten beides, selbständige Problembewältigung und Abstützung auf den Westen, miteinander in Einklang zu bringen.

9 John Killick.

10 Gesandter Böcker, London, berichtete am 18. Juni 1979: „Deputy Under-Secretary of State Sir Anthony Parsons [...] ist soeben von zweiwöchiger Nahost-Reise (Saudi-Arabien, Bahrain, Katar, VAE, Oman) zurückgekehrt, die primär dazu dienen sollte, Verständnis für Standpunkt der neuen britischen Regierung zur Nahost-Lage [zu] fördern. [...] Es ist anzunehmen, daß Reise mit Washington abgestimmt war." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1381; Unterabteilung 31, Bd. 135596.

11 Schah Reza Pahlevi verließ am 16. Januar 1979 den Iran. Vgl. dazu Dok. 5, Anm. 7.

12 Anthony Parsons war von 1974 bis 1979 britischer Botschafter in Teheran.

3) Als Möglichkeiten für westliches Handeln, welches die Bereitschaft zur Unterstützung für Golf-Staaten verdeutliche, sehen die Briten:

- Verbindung der politischen/entwicklungspolitischen Beziehungen mit sicherheitspolitischen Aspekten und regelmäßige Kontakte zu Führern der Region, wobei Besuchsreisen besondere Bedeutung zukomme;
- Fortsetzung diskreter Unterstützung im Sicherheitsbereich (Training, Spezialistenentsendung, Ausrüstungslieferungen für Sicherheitskräfte), dabei wegen noch immer vorhandener Rivalitäten der Staaten „Überrüstung" vermeiden;
- mäßigender Einfluß bei destabilisierenden Grenzdisputen (z. B. Oman, nördliche Nachbarn);
- Demonstration der Unterstützungsbereitschaft durch Marinebesuche (unter Bündnispartnern absprechen);
- Weitergabe von Know-how, Unterstützung innerer wirtschaftlicher und industrieller Entwicklung;
- regelmäßige Abstimmung des Vorgehens unter westlichen Ländern, die von Staaten der Region ohnehin als Einheit angesehen würden.

IV. Aus der Aussprache ist festzuhalten:

1) Zur Nah-/Mittelostthematik

a) Ich habe auf die Notwendigkeit der Unterstützung einer Fortführung des Nahost-Friedensprozesses durch alle Bündnispartner hingewiesen. Hierbei spiele Beendigung der Isolation Ägyptens ebenso eine Rolle wie israelische Haltung gegenüber Palästinensern. Bundesregierung habe vorrangiges Interesse an Stabilität in Nahost, sei politisch und wirtschaftlich engagiert und mit Arabern und Israelis im Gespräch. Besondere Bedeutung komme in diesem Zusammenhang gegenwärtiger Nahost-Reise des Bundesministers[13] zu.

TUE sah Notwendigkeit, Distanz zwischen Westen und Staaten der Region nicht größer werden zu lassen, um Eindruck zu vermeiden, man lasse Länder im Stich (dieser Eindruck bestehe derzeit stark bei Pakistan).

IT unterstrich Bedeutung der Sicherheitslage dieser ihnen geographisch nahen Region, die jedoch in engem Zusammenhang mit israelisch-arabischem Konflikt stehe. Man unterstütze einige Länder durch militärische Ausbildung und technische Hilfsmaßnahmen.

GB betonte den opportunistischen Charakter sowjetischer Politik, die vorrangig auf stärkeren Einfluß in Iran und Golf abziele, jedoch in Iran z. B. Stabilität einer prosowjetischen Regierung vorziehe. Etwaige stabilitätserhaltende westliche Gegenmaßnahmen müßten in jedem Einzelfall unter sorgfältiger Abwägung politischer Lage durchdacht werden.

13 Bundesminister Genscher hielt sich am 23./24. Juni 1979 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu Dok. 186, Dok. 187 und Dok. 189.
Genscher besuchte vom 4. bis 6. Juli 1979 den Irak. Vgl. dazu Dok. 201 und Dok. 203.
Genscher hielt sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien, am 28. August im Libanon, vom 29. bis 31. August in Jordanien und vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 240–245, Dok. 247, Dok. 249 und Dok. 250.

b) Auf meine Frage nach Einschätzung der Lage in iranischer Ölprovinz (Khuzestan[14]) und iranisch-irakischen Spannungen[15] erwiderte Botschafter Crawford (State Department), daß man Situation nicht vollständig überblicke, es jedoch wegen Kurden-Problematik, arabischer Minderheit in Khuzestan und Shia-Minoriäten im Irak zu rapider Verschlechterung des Verhältnisses beider Staaten gekommen sei. Munro wies darauf hin, daß Irak wegen eigenen Kurden-Problems kein Interesse an Verschlechterung der Beziehungen zum Iran haben könne, im Iran andererseits der Eindruck bestehe, daß in Khuzestan nicht irakische, sondern Palästinenser-Einmischung stattfinde.

2) Zur Behandlung der Thematik im Bündnis

NO unterstrich wachsenden Einfluß von Entwicklungen außerhalb des Bündnisbereichs auf die Allianz und hob die Notwendigkeit eines Meinungsaustausches über diese Fragen hervor. Allerdings seien keine gemeinsamen Aktionen angebracht, sondern lediglich individuelle Maßnahmen einzelner Länder, die von in Frage kommenden Staaten ggf. untereinander abgesprochen werden könnten. Es dürfe nicht der für das Bündnis schädliche Eindruck entstehen, als wolle die Allianz ihren Zuständigkeitsbereich ausweiten. DK, BE, GR, TUE äußerten sich ähnlich.

GB betonte, daß wohl niemand an NATO-Involvierung in Nahost denke. Ein Meinungsaustausch über diese Themen entspreche jedoch Bündnisaufgaben und besonders auch Ziffer 11 der 1974er Erklärung von Ottawa über atlantische Beziehungen[16]. Er sei um so angebrachter nach der in Wien[17] deutlich gewordenen sowjetischen Weigerung, sich in der Dritten Welt zurückzuhalten.

Da man die Aktivitäten einzelner Bündnispartner nicht von ihrer NATO-Mitgliedschaft trennen könne, werde man allerdings auch weiterhin mit Propaganda gegen „NATO-Tätigkeit" außerhalb Allianzgebiet rechnen müssen.

14 Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 31. Mai 1979: „Seit einigen Tagen verschärft sich die Lage in Khuzestan zusehends. [...] Wegen der ungeheuren Bedeutung der Öl-Provinz Khuzestan für das Land versucht die Regierung, den Aufstand der iranischen Araber so schnell wie möglich, auch unter Einsatz militärischer Mittel, niederzuschlagen. Nach offiziellen Äußerungen scheint das mehr oder weniger gelungen zu sein. Von einer Befriedung der Provinz durch Lösung ihrer Probleme kann jedoch keine Rede sein. Khuzestan wird eine kritische Provinz bleiben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 862; Referat 311, Bd. 137620.

15 Botschafter Menne, Bagdad, berichtete am 6. Juni 1979: „Die Kämpfe der Minoritäten in Iran im Gefolge des Umsturzes wurden, solange es um Kurden, Turkmenen oder Aserbaidschaner ging, im Irak zwar mit Interesse, aber ohne direktes Engagement beobachtet. Das hat sich mit dem Aufflammen von Autonomiebestrebungen der Araber in Khuzestan [...] geändert." Der Irak müsse sich über eine Reihe von Fragen Klarheit verschaffen: „Welche der arabischen Interessen haben Priorität? Die Erhaltung des derzeitigen, zumindest potentiell mächtigen und im Nahost-Konflikt den Arabern günstig gesonnenen Teheraner Regimes oder die Hilfe für die arabischen Brüder in Iran in ihren Autonomiebestrebungen und dem involvierten Risiko, die Haltung Teherans im Nahost-Konflikt zu gefährden? Ist den Irakern der Rock der arabischen Interessen im Nahost-Konflikt näher als das Hemd ihrer unmittelbaren irakischen Interessen?" Vgl. den Drahtbericht Nr. 261; Referat 311, Bd. 137596.

16 Für den Wortlaut von Ziffer 11 der Erklärung über die Atlantischen Beziehungen vom 19. Juni 1974 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 320. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 341.

17 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

Vorsitzender MC[18] wies auf hohe Abhängigkeit vieler Bündnispartner von Nahost-Öl hin und bestätigte die Linie „Konsultation – aber keine NATO-Involvierung".

Abwesenheit Frankreichs wurde allgemein bedauert.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10497 (201)

186

Botschafter Schlagintweit, Djidda, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 621
Citissime

Aufgabe: 24. Juni 1979, 21.05 Uhr[1]
Ankunft: 24. Juni 1979, 20.32 Uhr

Betr.: Gespräche BMAA und BMWi mit saudischem AM und weiteren Kabinettsmitgliedern am 23.6.[2]

Bitte unverzüglich BMAA und BMWi vorlegen, der Teil I, der nach dem Gespräch aus dem Gedächtnis aufgezeichnet wurde, noch durchsehen und ergänzen will.

Der BMAA und der BMWi führten am 23.6. abends in Riad Gespräche mit dem saudischen AM Prinz Saud al-Faisal und Finanzminister Aba al-Khail. Am ersten Teil (Energiefragen) nahmen Planungsminister Nazer und Handelsminister Suleim teil, am zweiten Teil (Mittelostfragen) der Chef der saudischen Nachrichtendienste, Prinz Turki al-Faisal, sowie während aller Gespräche Botschafter Nuri Ibrahim, MdB Möllemann und Botschafter Schlagintweit.

I. BMWi: Iran hat die Welt schneller in eine Energiekrise geführt, als erwartet worden war. Alle Sachverständigen sagten eine akute Knappheit erst für Mitte der achtziger Jahre voraus. Z.Z. fehlen zwei Mio. Barrel pro Tag.[3]

Saud: Nein. Es gibt sogar ungenutzte Kapazitäten, die ohne weiteres produzieren könnten, so in den USA, Alaska, Norwegen und Mexiko.

BMWi: Das ist mir neu. Ich werde es prüfen lassen. Dies wäre auch eine Frage des Preises. Es gibt Länder, die den Ölpreis künstlich niedrig halten. Dies ver-

18 Herman F. Zeiner Gundersen.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Plischka am 25. Juni 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Montfort und Vortragendem Legationsrat Umlauff vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher und Bundesminister Graf Lambsdorff hielten sich am 23./24. Juni 1979 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu auch Dok. 187 und Dok. 189.

3 Zur Erdölförderung im Iran vgl. Dok. 162, Anm. 3.

hindert den Betrieb von Anlagen, die zum Weltpreis rentabel wären, so in den USA.[4]

Die Bundesregierung hält diese Politik für falsch.

Saud: Teilt diese Ansicht. Die amerikanische Einstellung wird zu stark von der Innenpolitik diktiert.

BMWi: Die Bundesregierung ist gegen Subventionen, aber auch gegen Preisbeschränkungen. Der Preis muß sich an der Nachfrage entwickeln, sonst gibt es weder Einsparungen noch die Erschließung alternativer Quellen. Dagegen spricht manches für Kissingers floor-price.

BMAA: Erkundigt sich nach saudischen Vorstellungen ...[5] alternative Energiequellen.

Saud und Nazer: Betonen das große saudische Interesse.

Z.Z. laufen große Forschungsanträge an die USA, alle Arten von Alternativquellen zu entwickeln. Mit den Franzosen wird der Aufbau eines Reaktors geplant.[6]

BMAA: Es ist sehr bemerkenswert, daß sogar der größte OPEC-Produzent Reaktoren baut. Es wäre wünschenswert, daß dies auch in Europa besser bekannt wird. Die innenpolitische Durchsetzung der Kernenergie bereitet Schwierigkeiten. Sowohl meine Partei wie auch die des Kanzlers sind fest entschlossen, dagegen anzukämpfen (BMAA und BMWi erläutern das Energieprogramm der Bundesregierung[7]).

Saud: Wird denn in Tokio[8] offen gesprochen? Die bisherigen Konferenzen haben wenig gebracht.

BMWi: Wir haben schon deutlich mit den Franzosen gesprochen und werden auch zu den Amerikanern sehr offen sein. Wir waren dies bereits in der Frage der Fünf-Dollar-Zuschüsse. Man muß diese Frage energisch anpacken. Die USA konsumieren 33 Prozent des Weltverbrauchs. Hier muß etwas getan werden.

Saud: Es ist notwendig, einen Dialog nicht so sehr zwischen Erzeugern und Verbrauchern zu führen, sondern zwischen Verbrauchern und Verbrauchern. Hier drohen die großen Konflikte.

4 Zu den Subventionsmaßnahmen der USA bei der Einfuhr von Mitteldestillaten vgl. Dok. 157, Anm. 5.

5 Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

6 Botschafter Schlagintweit, Djidda, berichtete am 26. Juni 1979: „Der saudische Verteidigungs- und Luftfahrtminister Prinz Sultan bin Abdul Aziz kündigte Anfang April als ersten Schritt zur Nutzung der Kernenergie die Errichtung eines Atomforschungszentrums an, das die Möglichkeit des Baus von Kernkraftwerken und einer Urananreicherungsanlage untersuchen und die Anwendung der Nukleartechnik im Bereich der Meerwasserentsalzung, Medizin, Industrie, Landwirtschaft prüfen soll. Schließlich soll das Zentrum die Vorkommen radioaktiver Mineralien in Saudi-Arabien erfassen. Vorausgegangen war eine im Auftrag des z.Zt. hierfür zuständigen Ministeriums für Erdöl und mineralische Rohstoffe erarbeitete Studie über den Einsatz von Kernenergie und die dazu erforderliche Forschungs- und Ausbildungskapazität. Die Studie soll demnächst dem Ministerrat vorgelegt werden. [...] Die saudische Seite stand bisher in der Frage der Kerntechnologie vorwiegend mit französischen Stellen in Kontakt. Französische Firmen erstellten eine Feasibility-Studie für das Forschungszentrum und erhielten jetzt den Auftrag zur Uranprospektion." Vgl. den Schriftbericht Nr. 471; Referat 431, Bd. 129505.

7 Am 16. Mai 1979 verabschiedete das Bundeskabinett die zweite Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom 14. Dezember 1977. Vgl. dazu BULLETIN 1979, S. 605–608.

8 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

BMAA: Stimmt zu. Solche Gespräche haben allerdings gerade in letzter Zeit sehr häufig stattgefunden (gibt Beispiele).

Aba al-Khail: Am 30.6. gibt es ein Treffen OPEC–EG[9], um Fragen der Langzeitstrategie zu erörtern.

BMWi: Schade, daß dieses Treffen nicht vor der OPEC-Konferenz stattfindet.

Suleim: Es ist wichtig, daß die beiden Gruppen ihre langfristigen Absichten und Möglichkeiten abstimmen.

BMWi: Erläutert die Notwendigkeit, die nächsten Jahre zu überbrücken und hierüber zu einem Einvernehmen mit dem Erzeuger zu kommen.

Saud: Die europäische und amerikanische Kritik an OPEC ist ungerecht. Kritik müßte an den Verbrauchern geübt werden, weil sie nicht sparen können. Man kann doch von ihnen keine Opfer verlangen, solange es in der Welt noch ungenützte Kapazitäten gibt.

BMWi: Man muß zwischen OPEC-Land und OPEC-Land unterscheiden. Die Bundesregierung hat die maßvolle und vernünftige Politik Saudi-Arabiens immer dankbar anerkannt. Aber es gibt Länder, die zum Basispreis Prämien und Zuschläge erheben und damit den Preis übertrieben in die Höhe treiben.

Saud: Dies ist nicht zu vertreten. Die saudische Regierung tritt für einen einheitlichen und vernünftigen Preis ein, kann diesen aber nicht allein durchsetzen. Auch muß das politische Umfeld berücksichtigt werden. Auch in Saudi-Arabien gibt es innenpolitischen Druck gegen eine zu hohe Produktion.

(Teil II folgt in einigen Stunden.[10])

[gez.] Schlagintweit

Referat 311, Bd. 119949

9 Am 30. Juni 1979 fand in London ein Treffen des französischen Industrieministers Giraud, des irischen Industrie-, Handels- und Energieministers O'Malley, des Mitglieds der EG-Kommission, Brunner, und des Generaldirektors für Energiefragen bei der EG-Kommission, Williams, mit dem saudiarabischen Erdölminister Yamani und weiteren Vertretern der Strategiekommission der OPEC statt. Vgl. dazu Dok. 190, Anm. 13.

10 Vgl. Dok. 189.

187

Botschafter Schlagintweit, Djidda, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 620
Citissime

Aufgabe: 24. Juni 1979, 20.00 Uhr[1]
Ankunft: 24. Juni 1979, 20.48 Uhr

Betr.: Gespräch BMAA und BMWi mit saudischem König und Kronprinz[2]

Bitte BMAA und BMWi sofort vorlegen

Der BM des Auswärtigen und der BM für Wirtschaft führten am 24.6. in der Sommerresidenz Taif ein einstündiges Gespräch mit König Khalid ibn Abdul Aziz und Kronprinz Fahd ibn Abdul Aziz. Auf saudischer Seite nahmen teil: AM Prinz Saud al-Faisal, Botschafter Nuri Ibrahim, auf deutscher Seite MdB Möllemann und Botschafter Schlagintweit. Das Gespräch wurde arabisch-deutsch gedolmetscht. Der König wirkte krank und wenig spannkräftig, das Gespräch wurde vorwiegend vom Kronprinzen geführt.

BMAA: Die Bundesregierung hofft, daß in Tokio[3] wichtige Entscheidungen getroffen werden. Sie möchte im Vorfeld die Meinung des Königs und der saudischen Regierung über das wichtigste Thema, Energiefragen, kennenlernen.

König: Energiefrage ist von großer Bedeutung. Die damit zusammenhängenden Probleme sind auf der ganzen Welt enorm gewachsen.

BMAA: Es sind gemeinsame Probleme. Sie müssen auch den Völkern verständlich gemacht werden.

König: Ich hoffe, daß Länder wie England, Deutschland und Frankreich uns bei unseren Schwierigkeiten mit USA und SU helfen.

BMAA: Die neue britische Regierung[4] hat den Europäischen Rat[5] sehr beeindruckt. Gerade in Fragen der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik wird man gut mit ihr zusammenarbeiten können.

Die Probleme, die sich in der Energiefrage aus der Haltung der Großmächte ergeben, sind unterschiedlich. Die USA haben Schwierigkeiten, Sparmaßnahmen durchzuführen. Die Sowjetunion möchte Energieprobleme benutzen, um Einfluß auf die westeuropäischen Staaten zu bekommen. Wir könnten unseren Energiebedarf im wesentlichen aus dem kommunistischen Teil Europas decken, müßten aber ein unerträgliches Maß an Abhängigkeit in Kauf nehmen;

[1] Hat Legationsrat I. Klasse Plischka am 25. Juni 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Montfort und Vortragendem Legationsrat Umlauff vorgelegen.

[2] Bundesminister Genscher und Bundesminister Graf Lambsdorff hielten sich am 23./24. Juni 1979 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu auch Dok. 186 und Dok. 189.

[3] Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

[4] Am 3. Mai 1979 fanden in Großbritannien Parlamentswahlen statt, aus denen die Conservative and Unionist Party als Siegerin hervorging. Die Bildung einer neuen Regierung erfolgte am 5. Mai 1979 durch Premierministerin Thatcher.

[5] Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. Juni 1979 in Straßburg vgl. Dok. 190.

die SU definiert Interesse immer noch wie eine Kolonialmacht, d.h. mit möglichst großem Einfluß auf möglichst viele Staaten.

Wir möchten dagegen ein Modell praktizieren, das auf gleichberechtigter Partnerschaft beruht. Die Zusammenarbeit zwischen Europa und den arabischen Staaten kann ein gutes Beispiel dafür sein. Wir können viel geben, und es gibt viel, was Sie haben, wir aber nicht. Der Frieden ist unteilbar. Wenn Europa unter kommunistischen Einfluß gerät, können die Araber ihre Unabhängigkeit nicht aufrechterhalten; verlieren die Araber ihre Unabhängigkeit, so können wir nicht mehr so weiter existieren wie vorher (König stimmt zu).

König: Stimmt zu. Es gibt enge Kommunikationen zwischen Europäern und Arabern, die sich gut entwickelt haben.

Kronprinz: Die deutsche Nahost-Politik ist gerecht und vernünftig. Es liegt nicht in unserem Interesse, sie zu einer anti-israelischen Politik zu machen. Wir sind froh, wenn Deutschland die Sache der Gerechtigkeit unterstützt.

BMAA: Wir bemühen uns um eine realistische Politik.

Kronprinz: Das ist die einzige Politik, die die Welt überzeugt.

BMAA: Es ist wichtig, daß wir die öffentliche Meinung von der Richtigkeit unserer Politik überzeugen. Die öffentliche Meinung in Deutschland sieht die Grundprobleme im Nahen Osten richtiger als vor fünf Jahren.

Kronprinz: Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und den arabischen Staaten haben sich gut entwickelt. Die Kommunikation zwischen Saudi-Arabien und Deutschland ist sehr wichtig. Es geht darum, festzustellen, daß die arabische Nation ein gerechtes Anliegen verfolgt.

BMAA: Wir verstehen das.

Straßburg hat deutlich gemacht, daß Europa seine Entwicklungsprobleme nur durch Einsparungen und die Entwicklung alternativer Energiequellen lösen kann, wenn es nicht Zuflucht zu dirigistischen Eingriffen nehmen will. Diese würden die Energieversorgung behindern. Wir haben die Energieerzeuger nicht zu Angeklagten gemacht.

Wir würden es begrüßen, wenn Saudi-Arabien sich entschließen könnte, für eine begrenzte Zeit eine Erhöhung seiner Produktion zu erwägen. Dies würde helfen, die gegenwärtigen Probleme zu überwinden.

Kronprinz: Der König hat im Zusammenhang mit den Ereignissen im Iran[6] Weisung gegeben, die Ölförderung zu erhöhen. Dem wurde entsprochen. Wir haben sogar Iran mit Öl versorgt, wir werden alles tun, damit Europa und die USA nicht in Schwierigkeiten geraten.

BMAA: Das ist eine wichtige Entscheidung, die uns sehr helfen wird.

Kronprinz: Es ist wichtig, daß Tokio zu Einsparungen führt. Wir glauben allerdings, daß die Ölproduktion an anderer Stelle noch erhöht werden kann: Alaska, Mexiko, Nordsee. Das würde helfen, mit der jetzigen Situation leichter fertig zu werden.

BMAA: Wir werden dem nachgehen.

6 Zur Erdölförderung im Iran vgl. Dok. 162, Anm. 3.

Uns stellen sich gewisse Probleme hinsichtlich der Nutzung der Kernenergie in Europa. Wir sind entschlossen, mit diesen fertig zu werden.

Wir sehen die Probleme bei der Einführung von Sparmaßnahmen in den USA. Carter wird seine Kraft ganz darauf konzentrieren, SALT II[7] durchzusetzen – das liegt in unserem und in Ihrem Interesse – und die Voraussetzungen für seine Wiederwahl zu schaffen. Autoschlangen erzeugen jetzt ein besseres psychologisches Klima für Einsparungsmaßnahmen im Senat.

BMWi: Auch Ihre Regierung steht vor einer wichtigen Konferenz[8], deren Entscheidungen sich auf Tokio auswirken. Wir würden es begrüßen, wenn es Ihnen gelänge, die Vorstellungen Ihres Landes über die Gestaltung des Ölpreises durchzusetzen und die Preise auf das Niveau herunterzuholen, das diesen Vorstellungen entspricht. Die großen IL können teure Energie allenfalls bezahlen.[9] Andere Länder würden aber in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten, die schwer zu bewältigen sind. Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um dem König und seiner Regierung zu danken, daß sie auf dem Weg Ihrer Erkenntnisse geblieben sind. Wir würden es begrüßen, wenn Sie diesen Weg auch ihren OPEC-Partnern vermitteln könnten.

König: Es ist die Politik des Landes, keine überhöhten Preise zu fordern.

Kronprinz: Wir verlangen nach wie vor 14,5 Dollar pro Barrel. Die Konzerne verkaufen unser Öl zu überhöhten Preisen. Dagegen muß man einschreiten.

BMWi: Wir haben diese Frage geprüft. Die Preise für Rohöl stiegen um 23 Prozent, die für Ölprodukte ebenfalls um 23 Prozent. Die Konzerne haben sich im wesentlichen an den Preissteigerungen für das Rohöl orientiert. Bedauerliche Ausnahme war der Spot-Markt. Wir werden versuchen, in Tokio ein Informationssystem zustande zu bringen, das uns sagt, wie, wie viel und wie teuer auf dem Spot-Markt verkauft wird. Das wird es uns leichter machen, mit diesem Problem fertig zu werden. Die Bundesregierung hat die Gesellschaften aufgefordert, nicht auf dem Spot-Markt zu kaufen. Dem wurde weitgehend entsprochen. Das hat zur Beruhigung der Preise beigetragen. Wir hoffen, daß andere das auch tun und daß damit dieses Ärgernis beseitigt wird.

Kronprinz: Das wäre sehr wichtig.

Wir können eine maßvolle Preispolitik nicht allein durchsetzen, aber wir hoffen, daß auch unsere Partner einsehen, daß das Drama, in dem wir uns befinden, ein weltweites Drama ist.

BMAA: Das ist auch unsere Ansicht.

BMWi: Diese Interdependenz gilt auch für den Handel. Hohe Preise, die Europa und die USA verkraften können, würden Länder ruinieren, mit denen wir Handel treiben wollen. Wir sind dankbar, daß Sie ähnlich denken und diese Linie, wie wir heute gehört haben, weiter verfolgen.

Ein weiteres Thema: Ich schätze unsere bilaterale Zusammenarbeit hoch ein. Die gemischte Kommission funktioniert gut. Es gibt wenig Probleme, die Bezie-

7 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

8 Vom 26. bis 28. Juni 1979 fand in Genf eine Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 179, Anm. 3.

9 So in der Vorlage.

hungen weiten sich aus. Wir sind zum Technologie-Transfer bereit. Wir werden weitere Berater zur Verfügung stellen.

Kronprinz: Das höre ich mit Befriedigung. Dies gilt auch für den König, seine ganze Regierung und die ganze Bevölkerung. Ich glaube, daß es auf diesem Weg wenig Hindernisse gibt.

[gez.] Schlagintweit

Referat 311, Bd. 119949

188

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau

VS-vertraulich **25. Juni 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit MP Kossygin am 25. Juni 1979 von 17.30 bis 21.00 Uhr, OZ Moskau[2]

Weitere Teilnehmer:

Auf sowjetischer Seite: AM Gromyko, Minister Tichonow, Bondarenko, Leiter der Deutschlandabteilung im SAM[3] und der außenpolitische Berater von Kossygin.

Auf deutscher Seite: BM Matthöfer, BM Hauff, StS van Well, Botschafter Wieck, MD Ruhfus, MD Schulmann.

Nach einleitenden Worten der Begrüßung unterhielten sich Bundeskanzler und Kossygin über den guten Stand der Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Bundeskanzler: Wir haben heute ein besseres Freundschaftsverhältnis, als wir vor fünf bis sechs Jahren erwartet hätten, und sind darüber sehr befriedigt.

Kossygin: Der Bundeskanzler habe hierbei eine wichtige Rolle gespielt. Freundschaft könne es nur geben, wenn sie auf Vertrauen basiere. Deshalb lege die

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 2. Juli 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte er: „Ich weise darauf hin, daß der Bundeskanzler dem Vermerk noch nicht zugestimmt hat."
Hat Wallau am 3. Juli 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an das Büro Staatssekretäre, die Ministerialdirektoren Blech und Meyer-Landrut, Botschafter Ruth sowie die Ministerialdirigenten Gorenflos und Petersen verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM als Eingang."
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl vorgelegen.
Hat Wallau am 4. Juli 1979 erneut vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14078 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 26. bis 29. Juni 1979 in Japan auf. Am 28./29. Juni 1979 nahm er am Weltwirtschaftsgipfel in Tokio teil. Bei seinem Flug nach Japan machte er am 25. Juni 1979 in der UdSSR Station.

3 Sowjetisches Außenministerium.

sowjetische Seite großen Wert darauf, zur Bundesregierung echtes Vertrauen zu haben.

Wiener Gipfeltreffen[4]

Kossygin berichtet über die Wiener Verhandlungen. Das Gipfeltreffen sei ein Ereignis von globaler Bedeutung gewesen, das den Interessen der ganzen Welt diene.

An der Bewertung dieses Ergebnisses teile sich die Welt in zwei Gruppen, in die, die für eine Politik der Entspannung und des Friedens sind, und in die, die eine andere Politik verfolgen. Deshalb finde das Ergebnis in der SU eine so einhellige Unterstützung. Die SU sei Bundeskanzler dankbar, daß er sich so gradlinig für einen Erfolg von SALT II[5] besonders bei seinem letzten Besuch in den USA[6] eingesetzt habe. SALT II werde seine Fortsetzung finden in SALT III, um den Frieden weiter zu festigen.

Es sei eine große Sache, daß der Bundeskanzler die Zwischenlandung und damit die Gespräche möglich gemacht habe. Breschnew habe ihm Grüße für den Bundeskanzler aufgetragen.

Bundeskanzler bittet, Breschnew seinen Dank und seine Grüße zu übermitteln. Er stimme zu, daß der erfolgreiche Abschluß von SALT II ein wichtiges Verdienst von Breschnew und dem Politbüro auf der einen Seite und der amerikanischen Führung auf der anderen Seite ist. Er sei dankbar für die Anerkennung, daß auch andere zu diesem positiven Ergebnis beigetragen haben. Bei der Betrachtung der Vorgeschichte müsse man die Namen von Brandt und Scheel erwähnen.

Er hätte gewünscht, daß Wien zwei Jahre vorher stattgefunden hätte; aber noch sei es nicht zu spät. Carter werde erhebliche Schwierigkeiten mit der Ratifikation haben. Er benötige Hilfe. Er habe versucht, bei seinen Reden und öffentlichen Äußerungen in USA hilfreich zu sein.

Wir würden bei unseren öffentlichen Stellungnahmen nicht erwähnen, daß SALT II durchaus Wünsche offengelassen habe. Wir hofften, daß sie bei SALT III behandelt würden.

Nach seiner Einschätzung sei Carters innenpolitische Zukunft eng verknüpft mit einem Erfolg des SALT-II-Ratifikationsverfahrens. Er sei überzeugt, daß Carter die Auseinandersetzungen knapp, aber ausreichend gewinnen werde. Die sowjetische Seite solle sich nicht durch Nebengeräusche täuschen lassen.

Danach hoffe er, daß ein Durchbruch bei MBFR gelingen werde.

Bundeskanzler dankt sodann für die gastfreundliche Aufnahme und die Gelegenheit zum Gespräch; BM Genscher könne leider nicht dabei sein, weil es einer ständigen Praxis entspreche, daß Bundeskanzler und Stellvertreter nicht in einer Maschine fliegen.

[4] Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

[5] Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

[6] Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.

Anschließend stellte Bundeskanzler die Mitglieder seiner Delegation vor.

Bundeskanzler und Kossygin einigten sich, daß zunächst die Abrüstungs- und Sicherheitsfragen, dann die weltweiten wirtschaftlichen Fragen, sodann die bilateralen Fragen behandelt werden sollen.

Wiener Gipfel

Auf Anregung von Kossygin berichtete *Gromyko* ausführlicher über die Wiener Gespräche. Das hervorragende Ereignis sei der Abschluß von SALT II. Man sei zu einem Ergebnis gekommen, weil beide Seiten durch die ganzen Verhandlungen hindurch für die Prinzipien Gleichheit und gleiche Sicherheit eingetreten seien. Bei Übereinstimmung in der Theorie sei es gleichwohl schwierig gewesen, diese Prinzipien in der Praxis zu verwirklichen.

Breschnew habe das Glückwunschtelegramm des Bundeskanzlers erhalten.[7] Die sowjetische Seite wisse die Unterstützung des Bundeskanzlers zu schätzen.

SALT II sei die erste Etappe, die den Weg ebnen solle für SALT III. SALT II enthalte in der gemeinsamen Erklärung beider Seiten über SALT III[8] eine Reihe von Brücken, die zu einem neuen Abkommen führen sollen.

Für die Verhandlungen über SALT III sei einmal der Kreis der Beteiligten von Bedeutung. Die beiden Mächte USA und SU könnten nicht ewig die Verhandlungen unter sich führen. Es gebe andere Nuklearstaaten, die beteiligt werden sollen. Carter habe hierzu sein Einverständnis erklärt. Die Einzelheiten seien allerdings noch nicht festgelegt.

Bundeskanzler fragt, ob Gromyko von LRTNF und FBS rede.

Gromyko verneint. In Wien seien nur die strategischen Waffen Gegenstand der Verhandlungen gewesen.[9]

Bundeskanzler fragt, was Gromyko mit strategischen Waffen meine.

Gromyko: In SALT I[10] und SALT II seien Kriterien festgelegt, was strategisch sein soll. Davon rede er.

Bundeskanzler: Er verstehe.

Gromyko: Beide Seiten hätten ferner im Hinblick auf SALT III vereinbart, daß der neue Vertrag zu einer weiteren Verringerung der strategischen Waffen führen solle.

Als drittes Element sei festgelegt worden, daß bei SALT III alle strategischen Faktoren oder alle Faktoren, die auf die strategische Lage einwirken, berück-

7 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 18. Juni 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Referat 220, Bd. 116907.

8 Für den Wortlaut der „Gemeinsamen Erklärung der Grundsätze und Hauptleitlinien für künftige Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen", die von Präsident Carter und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 18. Juni 1979 in Wien unterzeichnet wurde, vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 393f.

9 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich: „Also bezog sich auch die Feststellung des Gleichgewichts nur darauf."

10 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

sichtigt werden sollen. Danach müsse bei der Vorbereitung des nächsten Abkommens auch über die FBS gesprochen werden.

Bundeskanzler: Ebenso wie über die eurostrategischen Waffen.

Gromyko: Er spreche über das, was in Wien vereinbart worden sei.

Die Frage der Ratifikation von SALT II sei sehr ernst. Wenn man die Stimmung von Carter und Begleitung zusammenfassend betrachte, überwiege insgesamt die positive Erwartung, daß man es schaffen werde.

Carter, Vance und Brown beabsichtigten, nach Tokio[11] persönlich durch die Staaten zu reisen und Reden für SALT II zu halten.

Die Administration habe viel Zeit verloren, die die SALT-Gegner gegen das Vertragswerk genutzt hätten.

Er frage sich, was die SU für die Ratifikation tun könne. Die amerikanische Administration habe der sowjetischen Führung zugestimmt, daß ein zu starkes Eintreten der SU für die Ratifikation als Bumerang wirken könne.

Man habe das Wien-Treffen ferner genutzt, um auf höchster Ebene über weltweite Fragen zu sprechen.

Naher Osten

Gromyko: Hinsichtlich des NO sprächen beide Seiten eine verschiedene Sprache. Breschnew habe ganz offen gesagt, daß SU sich nicht für den separaten israelisch-ägyptischen Vertrag[12] äußern könne. Carter habe immer wieder versucht, die VN in irgendeiner Weise an den Vertragsprozeß anzuhängen. Breschnew habe abgelehnt.

Afrika

Gromyko: Ein Granitfundament sowjetischer Position sei die Unterstützung für die Länder, die versuchten, sich vom Kolonialismus zu befreien – Rhodesien und Namibia. Südafrika bewege sich in Namibia völlig frei mit Panzern und Waffen und versuche, die Unabhängigkeitsbewegungen in Blut zu ertränken.

Die USA habe sich in einer Form geäußert, die letztlich gegen die Interessen der Einheimischen gerichtet sei. Der Graben zwischen beiden Positionen sei riesig.

VR China

Breschnew habe die prinzipielle sowjetische Position dargelegt und die letzten sowjetischen Vorschläge für chinesisch-sowjetische Verhandlungen erläutert. SU habe von Peking auf die letzten Vorschläge bisher keine Antwort erhalten.[13]

11 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

12 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

13 Zu den Gesprächen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China über eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen vgl. Dok. 164, Anm. 15.
Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 6. Juni 1979: „AM Gromyko empfing am 4.6. chines[ischen] Geschäftsträger und überreichte ihm ein Aide-mémoire [...]. Kernpunkt ist Vorschlag, im Juli/August d. J. in Moskau Verhandlungen auf Ebene stellv[ertretende] Außenminister oder Sonderbevollmächtigter zu führen. [...] Ziel und Aufgabe von Verhandlungen: Normalisierung und Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz. SU trete gegen eine Politik des Hegemonismus auf und halte es daher für wichtig, daß beide Seiten vereinbarten, in den internationalen Angelegenheiten keinerlei wie auch immer geartete Ansprüche auf besondere Rechte oder Hegemonie anzuerkennen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2073; Referat 213, Bd. 133139.

Beide Seiten seien sich einig gewesen, daß es nicht zulässig sein soll, die Beziehungen zu China auf Kosten eines Dritten auszubauen. Das bedeute, daß die USA ihre Beziehungen zu China nicht auf Kosten der SU entwickeln können. Carter habe sich mit diesen Ausführungen Breschnews solidarisiert.

Zu China waren die Positionen von SU und USA offenbar nahe beieinander.

Gromyko: Im Prinzip deckten sie sich. Aber die Zeit werde erst zeigen, ob der Präsident und die Administration entsprechend handeln würden.

MBFR

Gromyko: Carter und Breschnew hätten relativ kurz die gegenseitigen Positionen dargelegt. Man habe den Schwerpunkt der Diskussionen auf die Probleme gelegt, die eine Einigung verhindern. Man sage der östlichen Seite, sie müsse anerkennen, daß der WP den von ihm genannten Zahlen für den Reduzierungsraum 180 000 Mann hinzufügen müsse. Dann erst sei der Westen bereit, dem Abbau näherzutreten. Diese mythischen Zahlen könnten nur aus faulen und unzulässigen Quellen stammen.

Die sowjetische Seite habe versucht, eine Brücke zu bauen von kleineren Reduktionen der Amerikaner und der sowjetischen Truppen zu größeren Vereinbarungen. Man habe geantwortet, keine Einigung, solange nicht die Datenfrage gelöst sei. Das Gespräch sei sachlich und ohne Spannungen geführt worden. Aber es habe keine Lösungen gegeben. Der Osten müsse daraus folgern, daß die westlichen Partner Fortschritte nicht ernsthaft wollen.

Breschnew und Carter hätten abgemacht, daß über weitere Abkommen wie Indischer Ozean[14], radiologische Waffen[15] weiterverhandelt werden solle.

Bundeskanzler: Und über das antisatellitische Kriegsführungsabkommen.[16]

Gromyko bestätigte, daß auch darüber gesprochen wurde. Die USA bezögen eine seltsame Position. Sie verlangten, daß die Fragen, an denen die USA interessiert seien, behandelt würden. Die Bereiche, die die SU interessierten, sollten dagegen ausgeklammert werden, wie z. B. die Raumfähre (Space Shuttle).

Man müsse jetzt abwarten, welche Impulse von den Wiener Gesprächen auf diese Bereiche ausgingen.

Kossygin: Jetzt habe der Bundeskanzler von beiden Seiten gehört, was in Wien besprochen wurde. Jetzt könne der Bundeskanzler die Bewertung beider Seiten aus unmittelbarer Kenntnis beurteilen.

Carter wolle ein Scheitern des Vertrags ebensowenig wie die SU. Er glaube, Carter habe genügend Kraft, die Ratifikation in USA zu erreichen. Die oppositionellen Gruppen des Senats fänden keine Unterstützung bei der Mehrheit der Bevölkerung.

Beide führenden Persönlichkeiten hätten sich persönlich kennengelernt. Man habe vereinbart, öfter zusammenzutreffen.

14 Zu den Verhandlungen der USA und der UdSSR über eine Flottenbegrenzung im Indischen Ozean vgl. Dok. 181, Anm. 13.

15 Zu den Verhandlungen über ein Verbot radiologischer Kriegsführung vgl. Dok. 181, Anm. 15.

16 Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über ein Verbot von Anti-Satelliten-Systemen vgl. Dok. 112.

Mangelnde Begegnungen könnten zu Komplikationen führen, insbesondere wenn schwierige Entwicklungen in anderen Teilen der Welt eintreten.

Die Presse berichte, in den nächsten Wochen und Monaten sollten mehr Waffen in die Bundesrepublik gebracht werden, um die Waffen des WP auszubalancieren. Diese gefährliche Entwicklung könne dazu führen, daß der Versuch unternommen wird, die ganze Schärfe interkontinentaler strategischer Auseinandersetzungen auf den europäischen Raum zu projizieren. Die Anwesenheit fremder Truppen, die über Atomwaffen verfügen, könne zu überaus komplizierter Situation führen. Ein fremder Soldat werde von der Gefahr eines Krieges und der Zerstörungen nicht so tief berührt, da er nur vorübergehend entsandt sei und wieder nach Hause zurückkehre.

Europa habe die längste kulturelle Entwicklung der Menschheit. Bei einem Krieg würden jahrhundertealte Schätze vernichtet. Der Versuch, die jetzt begrenzten strategischen Waffen durch taktische Waffen zu ersetzen, sei sehr gefährlich. Daher sei die SU dagegen. Bundeskanzler habe mit Breschnew im letzten Jahr darüber gesprochen.[17]

Zu China gebe es viele Erklärungen, man werde die Aufrüstung nicht zulassen. Gleichzeitig verhandelten westliche Firmen über Vorhaben der Aufrüstung.[18]

Falls diese Frage in Tokio behandelt werde, könne es vielleicht nützlich sein, an dieses Gespräch zurückzudenken.

Bundeskanzler: Die Unterrichtungen, die er von amerikanischer und sowjetischer Seite über den tatsächlichen Hergang der Wiener Gespräche erhalten habe, stimmten überein; auch in den Punkten, wo es keine Einigung gegeben habe.

Carter habe sich sehr zufrieden über die Wiener Gespräche geäußert. Er schätze die weltpolitische Bedeutung des Abschlusses von SALT II ebenso hoch ein wie die sowjetische Führung.

Nach seiner Ansicht könne die SU für die Ratifikation im Senat nur indirekt hilfreich sein, indem sie vermeidet, daß in anderen Teilen der Welt Konflikte akut werden.

Die Bundesregierung werde weiterhin ihren Einfluß auf Senat und Senatoren im positiven Sinne ausüben, da ein Fehlschlag von SALT II die Bundesrepublik am stärksten treffen würde (Gromyko und Kossygin nickten zustimmend). Die wichtigsten Zeugen für die Hearings des Senats würden Kissinger und die Bundesregierung sein.

Kossygin: Kissinger sei gegen den Vertrag.[19] Er werde von den Vertragsgegnern vorgeladen.

[17] Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

[18] Zu den Verhandlungen über die Lieferung der Panzerabwehrraketen „Hot" und „Milan" durch Frankreich an die Volksrepublik China vgl. Dok. 129, Anm. 3.
Zu den Verhandlungen über die Lieferung britischer Kampfflugzeuge an die Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 11.

[19] Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 3. Juli 1979: „In den Monaten vor Unterzeichnung des SALT-II-Vertrages wie auch in den seit dem Wiener Gipfel vergangenen Wochen hat Henry Kissinger es offenbar bewußt vermieden, sich öffentlich zu SALT II zu äußern. Es kann aber keinen Zweifel geben, daß seine Stimme für die Entscheidung einer Reihe von Senatoren, insbesondere der Republikanischen Partei, ausschlaggebende Bedeutung haben dürfte. [...] Obwohl von

Bundeskanzler: Er glaube, daß die SU im Endergebnis mit Kissingers Aussagen nicht unzufrieden sein werde. Er habe vor 14 Tagen mit Kissinger gesprochen. Sein Anteil an SALT I und SALT II sei zu groß, als daß mit einem „nein" zu rechnen wäre. Er vermute, Kissinger werde sich mit „ja, aber" äußern.

Kossygin: „Ja" wäre gut, „aber" schaffe Fragezeichen.

Bundeskanzler: „Aber" beziehe sich wahrscheinlich auf die MX-Rakete.[20] Er sei aber nicht Kissingers Rechtsanwalt.

Seine Empfehlung, vorsichtig zu handeln, um nicht den SALT-Gegnern in die Hand zu spielen, habe sich auf die von Gromyko angesprochenen Themen Naher Osten und südliches Afrika bezogen.

Hinsichtlich Rhodesien habe Carter sich vor 14 Tagen sehr nachdrücklich gegen Aufhebung der Sanktionen gewandt.[21] Dies laufe darauf hinaus, daß der Schlüssel für die weitere Abwicklung jetzt in London liegt.

Aus einem längeren Gespräch mit PM Thatcher[22] habe er vor einigen Tagen den Eindruck gewonnen, daß britische Regierung hierdurch offensichtlich in innenpolitische Schwierigkeiten gerät. Die Mehrheit des Unterhauses werde nicht bereit sein, im November die Sanktionen zu verlängern. Zu der innenpolitischen Entwicklung komme das außenpolitische Problem der bevorstehenden Commonwealth-Konferenz in Lusaka[23], an der auch die Königin[24] teilnehmen soll.

Hinsichtlich Namibia werde die Bundesregierung festhalten an der gemeinsamen Position, die die fünf westlichen Länder entwickelt haben.[25]

Was den Nahen Osten anbetrifft, habe Gromyko sicherlich die jüngste gemeinsame Erklärung der Neun[26] gesehen. Auch ansonsten nähmen wir eine kritische Haltung zu Begins Siedlungspolitik[27] ein. Wir verfolgten die Entwicklung mit erheblicher Besorgnis.

Wir begrüßen die Normalisierung der bilateralen Beziehungen zu China und seine Einbeziehung in weltweite Zusammenarbeit. Wir wendeten uns gegen Versuche, dies in Frontstellung gegen die SU auszubauen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 910

Kissinger aus jüngster Zeit keine Äußerungen zu SALT II vorliegen, rechnet hier im Augenblick niemand damit, daß er in seinem für den 31. Juli angesetzten Hearing im Auswärtigen Senatsausschuß gegen den SALT-II-Vertrag votieren wird. Wohl aber wird erwartet, daß er den Vertrag in bestimmten Punkten kritisiert und im übrigen die Gelegenheit benutzen wird, sich mit der Sicherheitspolitik der Administration Carter sowie ihrer Außenpolitik insgesamt kritisch auseinanderzusetzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2447; Referat 220, Bd. 116908.

20 Zur geplanten Einführung der MX-Rakete vgl. Dok. 161, Anm. 15.

21 Zur Erklärung des Präsidenten Carter vom 7. Juni 1979 zu Rhodesien vgl. Dok. 161, Anm. 14.

22 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 10./11. Mai 1979 in Großbritannien auf. Für das Gespräch mit Premierministerin Thatcher am 11. Mai 1979 vgl. Dok. 132.

23 Vom 1. bis 7. August 1979 fand in Lusaka eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten statt.

24 Elisabeth II.

25 Zum Vorschlag von fünf Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats, der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA, vom 10. April 1978 für eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 28, Anm. 7.

26 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über den Nahen Osten vom 18. Juni 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 765.

27 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 161, Anm. 21.

Die Bundesrepublik werde in Zukunft keine Waffen an China liefern. Er sei überzeugt, daß auch die USA eine ähnliche Politik verfolgen werden. Die SU könne hier möglicherweise in Zukunft auch mit einem klugen Verhalten Frankreichs rechnen.

Der Völkermord des Pol-Pot-Regimes an der eigenen Bevölkerung und die Tatsache, daß Hunderttausende von Flüchtlingen von Vietnam und Kambodscha hinausgedrängt werden[28], erfülle unsere Bevölkerung mit Entsetzen und Sorge. Er frage sich, ob die sowjetischen und chinesischen Verhandlungen eher Anlaß zu Hoffnungen geben könnten, oder handele es sich nur um eine Fühlungnahme auf unterer Ebene?

Kossygin: Die SU habe den Chinesen vorgeschlagen, die Verhandlungen auf der Ebene der stellvertretenden Minister in Moskau zu beginnen. Bisher gebe es keine chinesische Antwort.

Bundeskanzler fragt, ob die SU große Hoffnungen auf einen Erfolg der Verhandlungen setze.

Kossygin: Die Verhandlungen würden schwierig werden. Dies sei die bisherige Erfahrung der SU. Die sowjetisch-chinesische Kommission bemühe sich schon seit zehn Jahren um Fortschritte.[29]

Bundeskanzler: China werde wirtschaftliche Rückschläge erleben und die großen Pläne auf ein kleineres realistisches Maß zurückschrauben müssen.

Kossygin: Peking ändere schon jetzt die Wirtschaftspläne und lege den Akzent stärker auf den Ausbau der Eisenbahn und der Verbindungswege.

Der Versuch, Vietnam eine Lektion zu erteilen und vietnamesisches Gebiet zu erobern[30], habe bei den Chinesen die Einsicht geweckt, daß Chinas Kräfte nicht unbegrenzt seien.

Bundeskanzler: Das Verhalten der SU bei der chinesischen Strafexpedition sei sehr klug gewesen. Es wäre ferner klug, wenn die SU ihre Besorgnis über China nicht so deutlich signalisieren würde.

Kossygin: Die Bundesregierung werde sehen, daß die SU nicht außergewöhnlich besorgt sei. Sorgen bereiteten nur die Meldungen über die Aufrüstung Chinas. Die zukünftige Entwicklung des Landes sei schwer abzuschätzen. China brauche nach sowjetischer Erfahrung lange Zeit, bis Ergebnisse erzielt wür-

28 Zu den „Indochina-Flüchtlingen" vgl. Dok. 5, Anm. 33.

29 Am 20. Oktober 1969 begannen chinesisch-sowjetische Verhandlungen über Grenzfragen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Instituts für Ostrecht der Universität zu Köln vom 9. Dezember 1979; Referat 341, Bd. 110493.
Referat 213 legte am 21. September 1979 die Verhandlungspositionen dar: „Der sowjetisch-chinesische Vertrag von 1924 sieht vor, alle zwischen Rußland und China vor diesem Datum geschlossenen Verträge zu annullieren und durch neue zu ersetzen. Auch die gemeinsame Grenze sollte neu festgesetzt werden." Die UdSSR halte in den Grenzverhandlungen „jedoch prinzipiell an den bestehenden Grenzen fest und will lediglich ‚Präzisierungen des Grenzverlaufes' zulassen. Peking erwartet von der SU folgendes: Anerkennung aller vor 1917 geschlossenen Verträge als ‚ungleich und aufgezwungen' (moralische Wiedergutmachung), jedoch nicht Rückgabe der ca. 1,5 Mio. qkm; Rückgabe von ca. 35 000 qkm (am Pamir, in Sinkiang, an Amur und Ussuri), die China zeitlich nach den ungleichen Verträgen abgenommen wurden. Die SU lehnt die zweite Forderung prinzipiell wegen möglicher Präzedenzwirkung (Japan, Ostblock) ab. Der chinesische Ausdruck ‚umstrittene Gebiete' wird nicht einmal begrifflich anerkannt." Vgl. Referat 341, Bd. 110493.

30 Zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg vgl. Dok. 100, Anm. 7.

den. Die SU habe Industrien und Eisenbahnen in China gebaut. Viele Leute in China erinnerten sich noch gut an die Zeit, als gute Beziehungen zwischen SU und China bestanden. Dann sei die Kulturrevolution dazwischengekommen. Er habe manchmal den Eindruck gehabt, daß mit Mao ein Wahnsinniger an der Spitze der eine Milliarde Chinesen gestanden habe.

Bundeskanzler: Zhou Enlai sei zu früh erkrankt.

Kossygin: Zhou sei nicht stark genug gewesen.

Bundeskanzler: Hua werde in einigen Monaten die Bundesrepublik besuchen.[31] Er sei sicher, daß der Besuch anders verlaufen werde als die spektakuläre Reise Dengs in die USA[32].

Kossygin: Hua sei in Moskau nicht bekannt.

Bundeskanzler: Man habe ihm gesagt, Hua sei abgewogener und gemäßigter als Deng.

Kossygin: Deng arbeite mit den verschiedenen Trends im Lande zusammen. Nach dem Tode Maos habe er eine Chance gesehen und der chinesischen Bevölkerung große Versprechungen gemacht. Jetzt glaube keiner mehr richtig an diese Slogans. Es werde sicher zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Gruppierungen kommen.

Flüchtlingskonferenz

Bundeskanzler: Der UN-Generalsekretär[33] beabsichtige, eine Flüchtlingskonferenz einzuberufen.[34] Man könne Singapur, Malaysia, Thailand, den Philippinen, Indonesien und Hongkong nicht alleine die Last der Flüchtlinge überlassen.

Kossygin: Er habe gegen die Flüchtlingskonferenz keine Bedenken. Er frage sich, warum der Bundeskanzler der Ansicht sei, daß die Flüchtlingsfrage allein den ASEAN-Staaten aufgebürdet würde. Auch in Kambodscha gebe es eine große menschliche Tragödie. Als Pol Pot drei Millionen Menschen hingerichtet habe, habe es keine Tendenzen gegeben, eine weltweite Konferenz einzuberufen. Nach Berichten des sowjetischen Botschafters[35] seien in Kambodscha Menschen getötet worden, nur um Platz zu schaffen und um die Chinesen reinzulassen. Jetzt gebe es eine populäre Regierung, aber das Land sei zerstört, die Frauen seien von den Männern getrennt. Warum nimmt die Bundesregierung eine so feindliche Einstellung gegenüber der jetzigen kambodschanischen Regierung ein?

Bundeskanzler: Wir haben keinen Botschafter in Kambodscha[36] und gewinnen erst jetzt ein vollständiges und klares Bild von den erschütternden Vorgängen,

31 Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 21. bis 28. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 301 und Dok. 305.

32 Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping hielt sich vom 29. Januar bis 4. Februar 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 37.

33 Kurt Waldheim.

34 Am 20./21. Juli 1979 fand in Genf eine internationale Konferenz über das Flüchtlingsproblem in Südostasien statt.

35 Oleg Wladimirowitsch Bostorin.

36 Am 8. Mai 1969 gab die kambodschanische Regierung bekannt, daß die Vertretung der DDR in Phnom Penh in den Rang einer Botschaft erhoben werde. Vgl. dazu AAPD 1969, I, Dok. 159.
Nach der Anerkennung der DDR durch Kambodscha am 8. Mai 1969 konnte zwischen Bundeskanzler Kiesinger und Bundesminister Brandt keine Einigung darüber erzielt werden, die diplomatischen

von der großen Zahl der Flüchtlinge in den Nachbarländern. Wir hätten den Wunsch zu helfen.

Kossygin: Die SU leiste Hilfe durch das sowjetische Rote Kreuz. Sie liefere u. a. Löffel und Töpfe für die Menschen in Kambodscha. Die Armut in dem an und für sich so reichen Land sei unvorstellbar.

MBFR

Bundeskanzler: Er weigere sich, MBFR pessimistisch zu betrachten. Es seien große Fortschritte erzielt worden. Bei der Verifikation würden Fortschritte angestrebt. Ein akutes Problem seien die Daten. Nach seiner Kenntnis betrage die Differenz etwa 150000 und nicht 180000.

Gromyko: 150000 bei den Landstreitkräften, unter Einbeziehung der Luftstreitkräfte 180000.

Bundeskanzler: Die Bundesregierung habe weder die polnischen noch die sowjetischen Truppen gezählt. Die Zahlen seien vom gesamten westlichen Bündnis ermittelt worden. Er wolle seine Hand nicht für die einzelnen Zahlen ins Feuer legen. Aber eine Ratifikation durch das Parlament sei undenkbar, solange die Zahlendifferenz nicht aufgeklärt sei. Er halte es für wünschenswert, und man solle versuchen, sich darüber zu unterhalten, was ein Soldat ist und wer als Soldat gezählt werden kann. Wenn der Osten verlange, daß der Westen die Kriterien für seine Einschätzung der Zahlen im Detail schildere, erscheine ihm dieses Verlangen nicht unbillig.

Bei MBFR müsse man an dem Prinzip der Parität festhalten, das auch für die strategischen Waffen gelte. Er habe das laute Nachdenken in Wien seitens der sowjetischen Delegation[37] und seitens anderer Delegationen begrüßt. Er habe sich auch einmal selbst an dem lauten Nachdenken beteiligt.[38] Es habe Kontakte zwischen USA und der SU gegeben. Er bedauere, daß diese Gespräche in Wien beiseitegeschoben worden sind. Man solle sich im Herbst tendenziell einigen hinsichtlich der Verifikationsmaßnahmen. CBMs gehörten in den Rahmen der KSZE. Nach unserer Auffassung sollte das Madrider Treffen[39] zeitweilig auf der Ebene der Außenminister stattfinden. Vielleicht werden auch bei MBFR eher Fortschritte erzielt, wenn die Verhandlungen zeitweilig auf die Ebene der Außenminister verlagert werden.

Carter und die Bundesregierung und auch die Sowjetregierung wünschten Erfolge bei MBFR.

Kossygin: Die SU werde ihr Möglichstes tun, damit die Verhandlungen in Madrid erfolgreich sein werden. Im Augenblick habe die sowjetische Regierung noch keine Vorstellungen von anderen Regierungen gehört. Die SU verfolge bei

Fortsetzung Fußnote von Seite 913

Beziehungen zu Kambodscha abzubrechen. Kambodscha brach dann seinerseits am 10. Juni 1969 die Beziehungen ab. Vgl. dazu AAPD 1969, I, Dok. 169 und Dok. 175.

37 Vgl. dazu die Überlegungen des Leiters der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow; Dok. 139, Anm. 3.

38 Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt am 9. März 1979 im Bundestag vgl. Dok. 80.

39 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

der Erarbeitung ihrer Position das Ziel, daß Madrid zum Entspannungsprozeß beitragen solle.

Bundeskanzler: Belgrad[40] dürfe sich nicht wiederholen.

Gromyko: Die Regierungen dürften in Madrid nicht zulassen, daß die Beratungen sich an kleineren Dingen festfahren.

In Belgrad hätte die Betonung der Menschenrechte die Atmosphäre vergiftet.

Bundeskanzler: Die SU habe sicher beobachtet, welche Rolle die Bundesrepublik in Belgrad gespielt habe.

SALT III

Bundeskanzler: Die Bundesrepublik habe im Hinblick auf SALT III drei Hauptinteressen:

1) Die Zahl der strategischen Waffen und Sprengköpfe müsse weiter verringert werden.

2) SALT III solle auch die eurostrategischen Waffen und Sprengköpfe einbeziehen.

3) Das Prinzip der Gleichheit, das bei SALT III für zentrale Waffen verwirklicht wurde, müsse auch für die eurostrategischen Waffen gelten.

Seit Anfang der 60er Jahre habe es – abgesehen von einigen französischen Systemen – in Europa keine MRBMs gegeben, die die SU bedrohen.[41] Die SU verfüge über SS-4 und SS-5. Neuerdings kämen in wachsender Zahl die modernen Raketen SS-20 hinzu. Diese Systeme könnten in den 80er Jahren erhebliches politisches Gewicht gewinnen, weil sie erhebliches militärisches Gewicht haben.

Außerdem wachse die Bedrohung im Bereich der Flugzeuge durch die modernen „Backfire".

Die westlichen Staaten hätten zwei Möglichkeiten, um hier zum Gleichgewicht zu gelangen.

Nachdem *Gromyko* auf Kossygin eingeredet hatte, unterbrach *Kossygin* mit den Worten: Verzeihen Sie die Unterbrechung. An diesem Tisch könnten keine SALT-Verhandlungen geführt werden. Die Aufzählung von Systemen von SALT III werde das Gespräch nicht weiterbringen.

Bundeskanzler: Er wolle nicht von Zahlen sprechen, sondern von Prinzipien. Er habe auch keine Ziffern genannt, sondern Systeme.

Kossygin: Was bringe die Erwähnung von Systemen?

Bundeskanzler beharrte, es wäre ihm wichtig, daß er die Position seines Landes vollständig darlegen könne.

Kossygin: Stimmte zu, daß der Bundeskanzler seine Ansichten nur zur Information darlegt.

[40] In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 320 und Dok. 373, und AAPD 1978, I, Dok. 16, Dok. 24, Dok. 25, Dok. 60 und Dok. 88.

[41] Zum Abzug amerikanischer Mittelstreckenraketen aus der Türkei im Zuge der Beilegung der Kuba-Krise vgl. Dok. 132, Anm. 19.

Bundeskanzler: Gromyko habe von der Einbeziehung der FBS gesprochen. Wir legten aus deutscher Sicht Wert darauf, daß die sowjetischen Mittelstreckenraketen, die deutsches und westeuropäisches Gebiet erreichten, in SALT III einbezogen werden. Er habe den Eindruck gehabt, daß Breschnew in dem Gespräch mit dem Bundeskanzler im Mai 1978 und der WP in seiner Erklärung vom November 1978[42] Verständnis für dieses Anliegen gezeigt haben.

Wenn die eurostrategischen Waffen nicht einbezogen werden und wenn das Problem nicht gelöst werde, werde nach seiner Ansicht das westliche Bündnis gezwungen nachzurüsten. Deswegen sollte man die Chance nutzen, um durch äquivalente Limitierungen auf beiden Seiten zu einer Begrenzung zu kommen.

Die Situation der Bundesrepublik werde delikat sein.

1) Sie werde an den SALT-III-Verhandlungen nicht beteiligt werden. Die Bundesrepublik sei keine Nuklearmacht, sie wolle es auch nicht werden.

2) Es gebe Tendenzen im Westen, die darauf hinauslaufen, daß deutsches Gebiet Territorium für die Nachrüstungen werden solle; wir sähen für unsere künftigen Positionen Gefahren. Dies habe ihn dazu veranlaßt, die Forderung zu erheben, daß die Bundesrepublik eine singuläre Sonderstellung vermeiden müsse. Dies habe er Präsident Carter gesagt, vor dem Deutschen Bundestag erklärt[43], er wolle es jetzt auch vor den sowjetischen Gesprächspartnern wiederholen.

Er habe Gromyko nicht ganz verstanden. Wer solle sich nach sowjetischer Sicht an SALT III beteiligen?

Gromyko: Es gehe um die Beteiligung anderer Nuklearmächte an den Verhandlungen, die über strategische Nuklearwaffen verfügen.

Bundeskanzler: F werde sich nach seiner Kenntnis nicht beteiligen.

Gromyko: Es sei eine andere Frage, wer sich konkret beteilige oder nicht. Zunächst einmal gehe es um die generelle Ausweitung auf andere Staaten, die über strategische Nuklearwaffen verfügen.

Bundeskanzler: Heißt das F, GB und China?

Gromyko: Selbstverständlich. Diese Position sei mit den USA abgestimmt.

Tokio-Gipfel

Bundeskanzler berichtet über seine Auffassungen zum Gipfeltreffen in Tokio. Strategische und politische Fragen stünden nicht auf der Tagesordnung. Er nehme allerdings an, daß es bei dem Abendessen oder danach einen formlosen Meinungsaustausch über diese Fragen geben werde. Wenn es Kossygin recht sei, werde er über die Unterhaltung mit Kossygin einige Worte einfügen.

Kossygin fragt, ob Vorentscheidungen im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Gipfeltreffens erarbeitet worden seien.

42 Der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Pakts tagte am 22./23. November 1978 in Moskau. Für den Wortlaut der Deklaration vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 14–28.

43 Bundeskanzler Schmidt erklärte am 9. März 1979 im Bundestag: „Wir werden uns [...] von niemandem – weder im Westen noch von den Nachbarn und Vertragspartnern im Osten noch von Kräften im eigenen Lande – in eine Lage im Bündnis hineindrängen oder treiben lassen, die uns von der Lage unserer Partner unterscheidet." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 109, S. 11250 f.

Bundeskanzler berichtet von Überlegungen, einen Dialog zwischen Vertretern einiger OPEC-Länder, einiger Industrieländer und einiger nicht-ölproduzierender Entwicklungsländer zu führen. Die SU solle dazugehören. Er fragte, ob die sowjetische Regierung bereit wäre, an einem kleinen informellen Kreis teilzunehmen.

Kossygin: Bei einem Gespräch zwischen OPEC-Ländern, IL und nicht-ölproduzierenden EL werde es sehr schwer sein, den Kreis klein zu halten.

Bundeskanzler: Eine kleinere repräsentative Gruppe könne am ehesten etwas bewirken.

Kossygin: Die SU-Regierung habe noch nicht nachgedacht. Sie verfolge keine derartigen Pläne.

Reaktorsicherheit

Bundeskanzler äußerte seine Befriedigung über die positive Haltung der SU zu seinem Vorschlag.[44] Die Erörterung der Reaktorsicherheit sei wichtig, um innere Widerstände gegen die Nutzung von Kernenergie zu überwinden.

Kossygin: Alle sowjetischen Reaktoren würden von der IAEO kontrolliert. Ein besonderes Ministerium sei zuständig für die Überwachung der Kernkraftwerke und der für sie bestimmten Ausrüstungen.

Gleichwohl sei die SU bereit, an einer internationalen Konferenz über zusätzliche Kontrollmaßnahmen mitzuwirken.

Kohle

Bundeskanzler fragt nach der Chance für die Lieferung von Kohle-Chemie-Anlagen.[45]

Kossygin: Sowjetische Delegationen hätten mit deutschen Firmen gesprochen. Man werde die Berichte prüfen und dann entscheiden.

Bundeskanzler: Für die deutsch-sowjetischen Beziehungen würde es gut sein, wenn es gelänge, wieder ein publikumswirksames größeres Projekt zu vereinbaren.

Er würde gerne darauf hinweisen, daß Kossygin für Kernkraftwerke eintrete.

Kossygin: Seine Regierung baue derzeit Kernkraftwerke mit einer Kapazität von eineinhalb Mio. kW. Westlich des Urals sollen nur noch Kernkraftwerke errichtet werden.

44 Zur Initiative des Bundeskanzlers Schmidt in der Frage der Reaktorsicherheit vgl. Dok. 141.

45 Gesandter Berendonck, Moskau, teilte am 31. Januar 1978 zum Vorhaben der Kohleverflüssigung in der UdSSR mit: „In der vergangenen Woche hat uns Prof. Imhausen über sein jüngstes Gespräch mit dem sowjetischen Ministerium der erdölverarbeitenden und petrochemischen Industrie unterrichtet." Imhausen habe dargelegt, „daß beide Seiten von einer Anlage von etwa 5 Mio. Jahrestonnen Kohlenwasserstoffderivaten ausgingen. Die Anlage, die etwa 6 bis 7 Mrd. DM kosten werde [...], solle vermutlich im Kusbas-Becken errichtet werden. Zur Zeit werde mit Hilfe des BMFT in einer Optimierungsstudie geprüft, in welcher Weise die beiden bekannten Verfahren, Vergasung und Hydrierung, kombiniert werden könnten, um ein Höchstmaß an Rentabilität zu erreichen. [...] Nach Abschluß der Optimierungsstudie, der für die zweite Jahreshälfte 1978 erwartet werde, rechne man mit bis zu zwei Jahren dauernden Verhandlungen mit der sowjetischen Seite über die Verwirklichung dieser Idee. Prof. Imhausen arbeitet eng mit der Firma Salzgitter zusammen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 229; Referat 421, Bd. 122502.

Bilaterale Beziehungen

Bundeskanzler weist nach dem Abendessen darauf hin, daß die bilateralen Beziehungen intensiviert werden sollen. Kossygin sei seit fünf Jahren zu einem Besuch in die Bundesrepublik eingeladen[46], Gromyko solle bald zu den vorgesehenen jährlichen Außenministerkonsultationen in die Bundesrepublik kommen[47]. Es sei wichtig, daß die Öffentlichkeit sehe, daß beide Seiten die Konsultationen ernst nehmen. Schließlich sei auch er bereit, erneut in die SU zu kommen.

Gromyko: Er werde diese Dinge im Kopf behalten.

Kossygin: Er stimmte zu. Man müsse die richtigen Wege finden.

Israel/Atomwaffen

Kossygin fragte, ob Israel über Kernwaffen verfüge.

Bundeskanzler: Seine Beziehungen zu israelischer Regierung seien derzeit nicht besonders gut. Er könne keine Auskunft geben.

VS-Bd. 14078 (010)

189

Botschafter Schlagintweit, Djidda, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 623
Citissime

Aufgabe: 25. Juni 1979, 11.30 Uhr[1]
Ankunft: 25. Juni 1979, 12.52 Uhr

Betr.: Fortsetzung des gestrigen FS über die Gespräche der Bundesminister mit Außenminister Prinz Saud[2]

Dem BMAA und dem BMWi bitte unverzüglich vorlegen

II. BMAA: Erkundigt sich nach dem Stand der Beziehungen zu Ägypten.

Saud: Sie waren nie so schlecht. Ägypten ist praktisch isoliert. Selbst Numeiri gefährdet sich, weil er Sadat unterstützt.

46 Anläßlich seines Aufenthalts in der UdSSR vom 28. bis 31. Oktober 1974 sprach Bundeskanzler Schmidt gegenüber dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Ministerpräsident Kossygin eine Einladung zu einem Besuch in der Bundesrepublik aus. Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung vom 30. Oktober 1974; EUROPA-ARCHIV 1974, S. 603.

47 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 341–344.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Plischka am 26. Juni 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Montfort und Vortragendem Legationsrat Umlauff vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher und Bundesminister Graf Lambsdorff hielten sich am 23./24. Juni 1979 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu auch Dok. 186 und Dok. 187.

Vor Sadats Jerusalem-Reise[3] hatten die Araber sich dahin entwickelt, eine Formel zu akzeptieren: peace for territory.

Dieses Ziel hätte zum Beispiel auf einer Genfer Konferenz erreicht werden können. Saudi-Arabien hatte zwar Vorbehalte, schon weil die beiden Genfer Großmächte, die Sowjetunion und die USA, relativ wenig am Frieden interessiert waren.[4] Erfolgsaussichten hätten bestanden, wenn die Araber einig gewesen wären und die Sowjetunion überzeugt hätten, sich diesem Kurs anzuschließen. Solche Einigkeit wurde in Rabat erreicht.[5] Auf dieser Grundlage konnte man auch hoffen, daß die USA auf Israel einwirken würden, einem Friedensschluß unter Verzicht auf Jerusalem und die Palästinenser-Gebiete zuzustimmen.

Seit der Sadat-Reise ist keine Einigkeit mehr unter den Arabern möglich. Im Laufe der Verhandlungen stellte sich überdies heraus, daß jede Meinungsverschiedenheit zwischen Israel und Ägypten auf dem Rücken Sadats ausgetragen wurde; Sadat gab immer nach.

Wir unterstützten Camp David[6] anfangs, um diesem Versuch eine Chance zu geben. Aber eine Regelung ohne Lösung der Jerusalem- und der Palästinenser-Frage kann man nicht Frieden nennen.[7] Das zerschnitt wie ein Messer alles, woran wir zehn Jahre lang gearbeitet hatten.

Die Sicherheit Saudi-Arabiens und die Deutschlands hängen voneinander ab. Wir stehen vor der Gefahr, daß Sadat sich nicht halten kann und daß die Spaltung der arabischen Welt deren Kräfte aufzehrt.

Keine Beziehungen zu Ägypten zu haben[8], ist für uns eine traumatische Erfahrung. Das gab es nicht einmal zu Nassers Zeiten. Wir stehen vor einer grundlegenden Spaltung.

Diese Situation enthält eine Zeitbombe. Israel hat alles erreicht, was es wollte, Ägypten ist isoliert, Israel kann sich erlauben, Jerusalem und die Palästinenser zu vergessen. Es kann neue Abenteuer planen: im Libanon, in Syrien, in Jordanien.

Die Sowjetunion versucht auch im Mittleren Osten, örtliche Probleme für ihre eigenen Ziele zu nutzen und Fuß zu fassen.

3 Präsident Sadat hielt sich vom 19. bis 21. November 1977 in Israel auf.

4 Zur Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Genf vgl. Dok. 86, Anm. 21.

5 Vom 26. bis 29. Oktober 1974 fand in Rabat eine Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt. Für den Wortlaut ihrer Beschlüsse vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 614–616.

6 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.

7 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

8 Botschafter Schlagintweit, Djidda, berichtete am 25. April 1979: „Der saudische Ministerrat hat am 23.4.1979 den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Ägypten beschlossen. Nach Informationsminister Abdul Yamani, der die Entscheidung bekanntgab, sei dies geschehen, da die ägyptische Regierung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel und der Normalisierung der Beziehungen unter Mißachtung der arabischen Minimalforderungen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zugestimmt habe. Saudi-Arabien hoffe, daß die Gründe, die seine Entscheidung notwendig gemacht hätten, bald entfielen". Schlagintweit legte weiter dar, auffällig sei der „konziliante Ton gegenüber Ägypten und die ausdrücklich geäußerte Hoffnung, schon bald wieder zu den früheren engen Beziehungen zurückkehren zu können". Vgl. den Drahtbericht Nr. 374; Referat 311, Bd. 119950.

Die Region will die Sowjetunion nicht. Moskau hat nichts anzubieten (BMAA: außer Waffen). Nach dem ägyptisch-israelischen Frieden besteht die Gefahr, daß die Palästinenser, wenn sie sich nicht auflösen wollen, sich verstärkt der Sowjetunion zuwenden. Der Westen verhält sich unlogisch:

Man treibt die Palästinenser in die Arme der Sowjetunion und bezeichnet sie dann als destabilisierend.

Heute will niemand[9] mehr die Israelis ins Meer werfen. Selbst die Palästinenser haben Israel in den Grenzen von 1967 akzeptiert. Wenn die PLO dies nicht anerkennt, so nur, um eine günstige Verhandlungsposition zu haben.

BMAA läßt sich dies ausdrücklich bestätigen.

Möllemann: Welche konkreten Lösungsmöglichkeiten sehen Sie für Jerusalem und die Palästinenser-Frage?

Saud: Es gibt zwei Aspekte, den sozialen und religiösen auf der einen Seite und den territorialen auf der anderen Seite. Israel steht auf dem Standpunkt, daß es sich um ein heiliges Land handelt. Dies läßt in der Souveränitätsfrage überhaupt keinen Verhandlungsspielraum; wenn Israel nicht 242[10] akzeptiert, gibt es keine Lösungsmöglichkeit. Das Schlechte an Camp David ist, daß es uns hinter 242 zurückgeworfen hat.

Erst muß das Westjordanland unter arabische Souveränität zurückkehren, dann können wir weiter verhandeln. Die außerhalb Palästinas lebenden Araber müssen berücksichtigt werden.

Jerusalem als Teil eines vereinigten zionistischen Staates ist völlig unakzeptabel.

BMAA: Wir sind besorgt, daß Carter sich in nächster Zeit ganz darauf konzentriert, SALT II durchzusetzen und im Anschluß daran seine Wiederwahl[11] vorzubereiten. Andere Felder der Außenpolitik werden vernachlässigt. Daher muß Europa eine aktivere Rolle spielen. Dies ist der Hintergrund der jüngsten EG-Mittelost-Erklärung.[12]

Saud: Ich stimme Ihnen zu. Die Amerikaner haben Camp David so hartnäckig (persistent) verfolgt, daß es schon sonderbar war.

BMAA: Was können wir in dieser Situation tun? Sollten wir nicht Sadat stabilisieren?

Saud: Das war auch unsere erste Reaktion, schon um eine tiefere Spaltung zu verhindern. Ghadafi rief bereits nach einem engeren Anschluß (alignment) an die Sowjetunion, nicht aus Überzeugung, sondern weil er glaubte, daß jeder andere Weg sinnlos sei. Wir versuchten, die arabische Position zu halten, nämlich eine friedliche Einigung aufgrund 242 zu suchen und einen Bruch mit Ägypten zu vermeiden.

9 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Umlauff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Doch, z. B. Ghadafi."

10 Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 20.

11 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

12 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über den Nahen Osten vom 18. Juni 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 765.

BMAA: Die USA und Ägypten überschätzten Begins Kompromißbereitschaft. Die israelische Arbeiter-Partei denkt in Sicherheitskategorien, Begin nicht. Für ihn ist die Westbank angestammtes jüdisches Territorium.

Saud: Selbst Assad und Arafat haben Verständnis für Sicherheitsaspekte.

BMAA: Wir müssen von zwei Tatsachen ausgehen:

1) Camp David,

2) die Beschlüsse der Konferenz von Bagdad[13].

Europäer und Araber müssen nun nach vorne schauen und sich fragen, was sie tun können, um die Dinge voranzutreiben. Wir halten es für notwendig,

- die arabische Einheit zu betonen; die Tür für eine Rückkehr Sadats sollte offengehalten werden;
- der Welt klarzumachen, daß Jerusalem der Schlüssel des Nahost-Konfliktes ist;
- aufzuzeigen, daß das Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser die entscheidende Frage darstellt. Wie dieses Recht ausgeübt wird, ist Sache der Palästinenser. Ich weiß, daß die Nachbarstaaten eigene Ideen dazu haben. Niemand ist daran interessiert, einen neuen Konfliktherd zu schaffen;
- die Interessen der umliegenden Länder einschließlich Israels zu berücksichtigen.

Wenn wir vorwärtskommen wollen, müssen wir die Weltmeinung ändern.

In den europäischen Erklärungen von London[14] und Paris haben wir unsere politische Stimme zu Gehör gebracht. Nun müssen wir den Amerikanern zeigen, daß diese Politik nicht gegen sie gerichtet ist, sondern ihnen und Israel dient. Gute Freunde müssen die USA und Israel von diesem Weg überzeugen, vielleicht nicht Begin, aber die anderen Israelis.

Saud: Die USA schaden uns. Sie handeln gegen unsere Interessen. Auf der anderen Seite wollen sie, daß wir mehr Öl produzieren und es billiger verkaufen.

Wir müssen mit den USA und mit Europa zusammenarbeiten. Ein Waffengang (showdown) Israels würde alle Araber an die Seite der Sowjetunion bringen.

Sie fragen uns, was tun? Die USA müssen einsehen, daß Camp David falsch war. Dann können wir uns wieder verstehen.

BMWI: Wir sollten uns in die Lage Carters versetzen.

Camp David geschah vorwiegend aus innenpolitischen Gründen. In den nächsten 18 Monaten bis zu den Wahlen werden in den USA ebenfalls innenpolitische Fragen Vorrang haben.

BMAA: Wie würden die Führer Iraks, Libyens, Syriens und Jordaniens auf unsere Pläne reagieren?

13 Vom 2. bis 5. November 1978 fand in Bagdad eine Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.
Zur Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad vgl. Dok. 91, Anm. 9.

14 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats über den Nahen Osten vom 29. Juni 1977 vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 516 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 174.

Saud: Sie würden unterschiedliche Antworten bekommen.

[gez.] Schlagintweit

Referat 311, Bd. 119949

190

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll

012-312.74 **Aufgabe: 26. Juni 1979, 12.48 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 68 Ortez

Zum 14. Europäischen Rat am 21./22.6.1979 in Straßburg

Unter Vorsitz von Präsident Giscard d'Estaing fand am 21./22. Juni 1979 in Straßburg die 14. Tagung des Europäischen Rats (ER) statt. Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten (MS) der EG würdigten die Ergebnisse der Direktwahlen zum Europäischen Parlament (EP)[2] und zogen eine erste Bilanz über das Funktionieren des Europäischen Währungssystems (EWS)[3]. Im Mittelpunkt des Straßburger ER stand die angespannte Energielage der Gemeinschaft. Im Vorfeld des Weltwirtschaftsgipfels von Tokio[4] waren sich die Staats- und Regierungschefs über die Notwendigkeit einer weltweiten Energiestrategie im Sinne eines Krisenmanagements zur Bewältigung der Preis- und Versorgungsschwierigkeiten bei Erdöl einig. Die Gemeinschaft und ihre MS sind bereit, zu einer weltweiten Aktion konkret Beiträge zu leisten. Der Bundeskanzler kündigte nach dem ER an, die Bundesregierung würde im Anschluß an den Weltwirtschaftsgipfel in einer Regierungserklärung ihre Haltung sowie die von ihr angesichts der Energiekrise für erforderlich gehaltenen Maßnahmen vor dem Deutschen Bundestag darlegen.[5] Zu den wesentlichen Ergebnissen des ER im einzelnen (Text der Schlußfolgerungen des ER vgl. Bulletin Nr. 82 vom 26.6.[6]):

1) Die Staats- und Regierungschefs stellten mit Befriedigung den guten Verlauf der ersten Direktwahlen zum EP fest. Diese Wahlen hätten dazu beigetragen, den Europäischen Völkern das Bewußtsein ihrer Solidarität deutlicher zu machen. Das neugewählte Parlament werde an dem ihm unter den Organen der Gemeinschaft zukommenden Platz den Hoffnungen und Erwartungen Europas dienen.

1 Durchdruck.
2 Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 7. und 10. Juni 1979 statt.
3 Zum Inkrafttreten des Europäischen Währungssystems am 13. März 1979 vgl. Dok. 83.
4 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.
5 Für den Wortlaut der Erklärung der Bundesregierung, die von Bundeskanzler Schmidt am 4. Juli 1979 im Bundestag abgegeben wurde, vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 111, S. 13317–13328.
6 Für den Wortlaut der „Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats" vgl. BULLETIN 1979, S. 761–764.

2) Der ER beurteilte die ersten dreimonatigen Erfahrungen während der Anlaufphase des EWS positiv. U.a. im Hinblick auf gewisse Spannungen, die in den letzten Wochen innerhalb des Systems aufgetreten sind (Schwäche des belgischen Franc und der dänischen Krone, Interventionen der Bundesbank zur Glättung von Dollarschwankungen)[7], legten die Staats- und Regierungschefs besonderen Wert auf eine Verstärkung der Zusammenarbeit wie der Konzertierungsverfahren. Die Vorarbeiten zur Errichtung des Europäischen Währungsfonds[8] sollen angesichts der großen politischen Bedeutung der Schaffung einer Zone der Währungsstabilität für den weiteren Aufbau Europas aktiv fortgeführt werden.

3) Im Energiebereich gelang es dem ER, sich auf eine gemeinsame Linie zu einigen, die nun die Grundlage für die Position der Gemeinschaft und ihrer MS auf dem Wirtschaftsgipfel in Tokio darstellt. Unterschiedliche deutsche und französische Ansatzpunkte[9] konnten damit überbrückt werden.

a) Angesichts der angespannten Weltenergiesituation sprach sich der ER für eine zwischen Verbraucher- und Erzeugerländern festzulegende weltweite Energiestrategie aus, die einer maßvolleren, rationelleren Nutzung des Erdöls und der Entwicklung alternativer Energiequellen dienen und die Versorgung auch der EL mit der für ihr Wachstum erforderlichen Energie gewährleisten solle.

b) Die Bemühungen der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten um eine Begrenzung des Erdölverbrauchs sollen fortgesetzt und intensiviert werden. Durch verstärkte Energieeinsparung, Entwicklung der Eigenproduktion und zunehmenden Einsatz alternativer Energiequellen, insbesondere von Kohle und Kernenergie, sollen die Erdöleinfuhren der Gemeinschaft in dem Zeitraum 1980 bis 1985 auf dem Niveau von 1978 gehalten werden und damit den Jahresschnitt von 470 Mio. Tonnen nicht übersteigen. Gegenüber dem Pariser ER vom März dieses Jahres[10], wonach dieses Sparziel erst 1985 erreicht werden sollte, haben sich die Staats- und Regierungschefs somit für eine noch striktere Sparpolitik ausgesprochen. Dies ist nach Meinung des ER im übrigen nur zu erreichen, wenn die anderen IL gleichzeitig vergleichbare Bemühungen unternehmen. Dieser Hinweis wäre in Tokio auf dem Weltwirtschaftsgipfel zu konkretisieren.

c) Was die Überwachung der freien Ölmärkte betrifft, so begrüßte der ER die von der Gemeinschaft mit dem Ziel einer größeren Transparenz vorgesehene Meldepflicht für den innergemeinschaftlichen Handel wie für den Drittlandshandel mit Öl (Ölregister). Die Einführung eines derartigen Meldesystems setze entsprechende Maßnahmen der anderen großen IL voraus. In diesem Zu-

7 Zu den Währungsdisparitäten im Europäischen Währungssystem und den Interventionen der Bundesbank vgl. Dok. 157, Anm. 21.

8 Auf seiner Tagung am 4./5. Dezember 1978 in Brüssel beschloß der Europäische Rat, einen Europäischen Währungsfonds (EWF) einzurichten. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 380.

9 Ministerialdirektor Lautenschlager notierte am 19. Juni 1979: „Im Gegensatz zur Ölkrise von 1973/74, als starke Spannungen zwischen F und US auftraten, [...] ist zur Zeit eine Annäherung der französischen und amerikanischen Auffassungen zu verzeichnen. Damit drohen wir in Gegensatz sowohl zu F wie zu US zu geraten. Französische Seite strebt ebenso wie USA Festlegung von möglichst verbindlichen Erdöleinfuhrzielen, Kontrolle der Spot-Märkte und Zuteilung der verfügbaren Erdölmengen an. Hingegen befürchten wir bei einem Eingreifen in die Erdölmärkte Versorgungsschwierigkeiten. Der ER bietet die Gelegenheit, F auf die gemeinschaftliche Position festzulegen, die dann in Tokio eingebracht werden könnte." Vgl. Referat 412, Bd. 122422.

10 Zur Tagung des Europäischen Rats am 12./13. März 1979 in Paris vgl. Dok. 83.

sammenhang bestand F in Straßburg nicht mehr auf seiner Forderung nach Festlegung von Einfuhr-Höchstpreisen für Erdöl. Der Tokioer Gipfel und anschließend der Energierat der Gemeinschaft sollten lediglich prüfen, welche ergänzenden Maßnahmen noch getroffen werden könnten.

d) Mit einer auch für die deutsche Innenpolitik bedeutsamen Klarheit bekannte sich der ER zum Einsatz der Kernenergie unter Bedingungen, welche die Sicherheit der Bevölkerung garantieren. Ohne Entwicklung der Kernenergie werde in den kommenden Jahrzehnten ein Wirtschaftswachstum nicht möglich sein. Die Kernenergieprogramme müßten daher energisch wieder in Gang gebracht und die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich – vornehmlich im Rahmen der IAEO – verstärkt werden.

e) Schließlich sprach sich der ER auch für eine intensivere Nutzung der Kohle sowie für eine Beschleunigung und Koordinierung gemeinschaftlicher und einzelstaatlicher Forschungs- und Entwicklungsbemühungen zur wirtschaftlichen Nutzung neuer und „sauberer" Energiequellen wie Sonnenenergie und Erdwärme aus.

f) Nicht zuletzt im Hinblick auf die bevorstehende OPEC-Konferenz am 26.6.79[11] appellierte der ER an die Erzeugerländer, die Bedeutung des weltweiten Energiegleichgewichts für die Entwicklung der Weltwirtschaft zu berücksichtigen. Die Gemeinschaft und ihre MS sind bereit, zusammen mit den übrigen industrialisierten Verbraucherländern mit den Erzeugerländern in einen Dialog über die Perspektiven von Angebot und Nachfrage auf dem Welterdölmarkt einzutreten. Hierbei müßten auch die Interessen der EL berücksichtigt werden. In Abstimmung mit den USA und Japan werden der gegenwärtige französische Ratspräsident, der künftige irische Ratspräsident[12] und der für Energiefragen zuständige Kommissar Brunner am 30. Juni zu einem ersten informellen Kontakt mit der Strategiekommission der OPEC zusammentreffen.[13]

4) Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Gemeinschaft stellte der ER fest, daß die von ihm anläßlich seiner Bremer Tagung im Juli 1978[14] vereinbarte gemeinsame Strategie zwar zu einer Verbesserung der Wachstumsaussichten und der Preisentwicklung geführt habe, jedoch der wirtschaftspolitische Spiel-

11 Vom 26. bis 28. Juni 1979 fand in Genf eine Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 179, Anm. 3.

12 Irland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

13 Botschafter Sigrist, Brüssel (EG), teilte am 6. Juli 1979 zum Treffen des französischen Industrieministers Giraud, des irischen Industrie-, Handels- und Energieministers O'Malley, des Mitglieds der EG-Kommission, Brunner, und des Generaldirektors für Energiefragen bei der EG-Kommission, Williams, mit dem saudi-arabischen Erdölminister Yamani und weiteren Vertretern der Strategiekommission der OPEC am 30. Juni 1979 in London mit: „Kom[mission] (G[eneral]D[irektor] Williams) berichtete über Treffen mit OPEC-Vertretern in London am 30.6.1979. Begegnung habe in freundlicher Atmosphäre stattgefunden. Diskussion aller politisch sensiblen Fragen sei vermieden worden. Beide Seiten hätten festgestellt, daß es sich um technische Kontakte über Angebot und Nachfrage handele, und daß das Treffen nicht als Beginn eines permanenten Dialogs aufzufassen sei. Über Preise habe man nicht gesprochen. [...] Die Gemeinschaftsvertreter hätten die Auswirkungen der OPEC-Politik auf die wirtschaftl[iche] Entwicklung in den Verbraucherländern erwähnt, die OPEC-Vertreter hätten darauf jedoch nur kurz reagiert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2265; Referat 412, Bd. 122427.

14 Am 6./7. Juli 1978 tagte der Europäische Rat in Bremen. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 216.

raum inzwischen durch die jüngsten Veränderungen des Angebots und des Preises von Erdöl wieder eingeengt worden sei. Angesichts dieser Entwicklung müsse die Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik verstärkt und die Inflationsbekämpfung fortgesetzt werden.

5) Mit den gegenwärtigen Nettoleistungen von GB und IT zu den eigenen Einnahmen der Gemeinschaft befaßte sich der ER insbesondere auf Drängen der britischen Seite. Mit Rücksicht auf den politischen Aspekt des Problems beauftragte der ER die Kommission, einen entsprechenden Bericht rechtzeitig für den nächsten ER (am 29./30.11.1979 in Dublin[15]) vorzulegen. Dabei soll die Kommission auch prüfen, unter welchen Bedingungen der 1975 anläßlich der „Neuverhandlungen" mit dem Beitrittsland GB beschlossene sog. Dubliner Korrekturmechanismus[16] ggf. 1980 eingesetzt werden soll und kann. Hinter diesem Auftrag verbirgt sich die Frage nach einer evtl. Anpassung des Mechanismus an die gegenwärtige Situation, vor allem von GB mit dem Ziel eines finanziellen Ausgleichs bei den Haushaltsausgaben.[17]

6) Der ER befaßte sich erneut mit dem wachsenden Handelsbilanzdefizit der Gemeinschaft gegenüber Japan. Er drückte den Wunsch nach japanischen Beiträgen zur Überwindung des verstärkten Ungleichgewichts in den Handelsbeziehungen und nach einer breiteren Öffnung des japanischen Marktes für Einfuhren aus der Gemeinschaft aus. Damit entsprach der ER auch unserer Linie. Gewisse weitergehende Vorstellungen in Richtung auf evtl. Retorsionsmaßnahmen der Gemeinschaft, denen wir ablehnend gegenüberstehen, haben sich bereits im Vorfeld des ER zumindest fürs erste nicht durchsetzen können.

7) Anläßlich des ER schlugen die AM die Einberufung einer internationalen Konferenz im VN-Rahmen über die Indochina-Flüchtlinge vor.[18] Der ER unterstrich die Dramatik des Problems und die Dringlichkeit seiner Lösung. In der Zwischenzeit bis zur Konferenz sollen die Lage verschärfende Beschlüsse vermieden werden.

Boll[19]

Referat 012, Bd. 111777

15 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. Dok. 362.

16 Zum EG-Korrekturmechanismus vgl. Dok. 56, Anm. 32.

17 Zur Haltung Großbritanniens in der Gemeinsamen Agrarpolitik und zum EG-Haushalt vgl. das deutsch-britische Regierungsgespräch am 11. Mai 1979 in London; Dok. 132.

18 Am 20./21. Juli 1979 fand in Genf eine internationale Konferenz über das Flüchtlingsproblem in Südostasien statt.

19 Paraphe.

191

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem japanischen Außenminister Sonoda in Tokio

27. Juni 1979[1]

Gespräch des Herrn Bundesministers des Auswärtigen, Genscher, und des japanischen Außenministers Sonoda beim gemeinsamen Frühstück in Tokio am 27.6.1979[2]

Nach einleitenden Worten der Begrüßung erklärte AM *Sonoda*, daß die japanische Regierung für den Besuch Minister Kieps in Tokio (14. bis 16.5.1979) dankbar sei und sich entschlossen habe, der Türkei wirksam zu helfen.[3]

Der bevorstehende Gipfel[4] werde in der Öffentlichkeit als Energiekonferenz bezeichnet. Die beteiligten Staaten müßten die Energiefrage langfristig betrachten.

Eine drastische Beschränkung der Erdölimporte könnte zu Schwierigkeiten führen und insbesondere Verwirrungen in der Innenpolitik anrichten. Zudem sei auch an das erforderliche Wachstum der Industrieländer zu denken, das bei stärkerer Einschränkung der Ölimporte unmöglich werde.

Die EG habe vereinbart, weniger Öl zu importieren, und habe sich – ohne allerdings Länderquoten festzulegen – entsprechende Ziele für die Zeit bis 1985 gesetzt.[5] Mit den USA sei eine entsprechende Vereinbarung über die Beschränkung der Ölimporte noch nicht geschlossen. Es sei notwendig, mit ihnen über das Problem zu sprechen, um zu einer Einigung zu gelangen.

Auf dem Gipfel müsse ferner die Nord-Süd-Frage behandelt werden, die auf dem Bonner Gipfel[6] zu kurz gekommen sei. Hierüber solle dann auch in der Schlußerklärung der Staats- und Regierungschefs etwas ausgesagt werden.[7]

Die Gipfelgespräche sollten sich vor allem auf

– positive Anpassungsmaßnahmen und

– Maßnahmen gegen den Protektionismus

beziehen.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Gesandtem Steinmann, Tokio, am 27. Juni 1979 gefertigt und am selben Tag an Botschafter Diehl, Tokio, Ministerialdirektor Lautenschlager und Vortragenden Legationsrat Ackermann übermittelt.
Hat Ackermann am 2. Juli 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herr Minister."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 3. August 1979 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178801.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 26. bis 29. Juni 1979 in Japan auf.

3 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 159, Anm. 23.
Zum Besuch des niedersächsischen Finanzministers Kiep vom 13. bis 16. Mai 1979 in Japan vgl. Dok. 115, Anm. 11.

4 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

5 Vgl. dazu die Beschlüsse des Europäischen Rats am 12./13. März 1979 in Paris bzw. am 21./22. Juni 1979 in Straßburg zur Energiepolitik; Dok. 83 bzw. Dok. 190.

6 Am 16./17. Juli 1978 fand in Bonn ein Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 225.

7 Für den Wortlaut der Erklärung vom 29. Juni 1979 zum Weltwirtschaftsgipfel in Tokio vgl. BULLETIN 1979, S. 816–818.

Die Bundesrepublik solle nach Möglichkeit auf die übrigen Teilnehmerstaaten der Konferenz in diesem Sinne einwirken.

Ein weiteres wichtiges Thema sei das Indochina-Flüchtlingsproblem.[8] Dieses habe nicht nur humanitäre Aspekte, sondern vor allem auch Aspekte der politischen Sicherheit in Asien.

In den kürzlichen japanisch-amerikanischen Gesprächen[9] sei der Entwurf einer Erklärung erarbeitet worden (siehe Anlage[10]), für den die japanische Regierung um die Unterstützung durch die Bundesrepublik bitte. Die endgültige Fassung sollte auf Beamtenebene erörtert werden.

Schließlich sei es erforderlich, das Nahost-Problem auf dem Gipfel zu behandeln. Die Welt brauche einen umfassenden Frieden in der Region. Dabei müßten die VN-Entschließungen[11] beachtet werden. Eine Erklärung der Staats- und Regierungschefs zu diesem Problem würde sowohl bei Ägypten wie bei den arabischen Staaten einen guten Eindruck erwecken.

Auch hierzu sei in den japanisch-amerikanischen Gesprächen ein Entwurf erarbeitet worden (siehe Anlage[12]). Dieser Entwurf könne die Grundlage für die Besprechung bei dem gemeinsamen Mittagessen der sieben Außenminister[13] am 29.6. sein. Dabei solle eine endgültige Fassung erarbeitet werden.

Der Herr *Bundesminister* erwiderte, daß er – mit Einverständnis Sonodas – zunächst zu dem Problem der Indochina-Flüchtlinge Stellung nehmen wolle:

Verantwortlich sei – entgegen dem Wortlaut des Entwurfs – nur ein Staat, nämlich Vietnam, nicht jedoch die übrigen Indochina-Staaten Laos und Kambodscha; diese seien vielmehr lediglich Opfer. Der Appell in Absatz 2 des Entwurfs an die Länder Indochinas müßte daher eigentlich ein Appell nur an Vietnam sein.

Die Bundesregierung unterstütze voll, was in dem Entwurf über eine internationale Konferenz zur Behandlung der Flüchtlingsfrage[14] gesagt werde. In der internationalen Diskussion sei aber auch die Frage einer Sitzung des VN-Sicherheitsrats (SR). Er, der BM, verstünde den Entwurf so, daß eine VN-SR-Sitzung weder befürwortet noch abgelehnt werde. Dies sei weise, denn es kön-

8 Zu den „Indochina-Flüchtlingen" vgl. Dok. 5, Anm. 33.

9 Präsident Carter hielt sich vom 24. bis 29. Juni 1979 in Japan auf.

10 Dem Vorgang beigefügt. Für die undatierte Erklärung „Indochinese refugees" vgl. Referat 010, Bd. 178801.

11 Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 20.
In der Resolution Nr. 338 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 hieß es: „The Security Council 1) Calls upon all parties to the present fighting to cease all firing and terminate all military activity immediately, no later than 12 hours after the moment of the adoption of this decision, in the positions they now occupy; 2) Calls upon the parties concerned to start immediately after the cease-fire the implementation of Security Council resolution 242 (1967) in all of its parts; 3) Decides that, immediately and concurrently with the cease-fire, negotiations shall start between the parties concerned under appropriate auspices aimed at establishing a just and durable peace in the Middle East." Vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IX, S. 44. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313.

12 Dem Vorgang beigefügt. Für den Entwurf vom 27. Juni 1979 vgl. Referat 010, Bd. 178801.

13 Peter Carrington (Großbritannien), Arnaldo Forlani (Italien), Jean François-Poncet (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Flora Isabel MacDonald (Kanada), Sunao Sonoda (Japan), Cyrus R. Vance (USA).

14 Am 20./21. Juli 1979 fand in Genf eine internationale Konferenz über das Flüchtlingsproblem in Südostasien statt.

ne eine Lage eintreten, in der die Flüchtlingsfrage zu einer politischen Frage werde. Für diesen Fall müsse ein Ausweichen und eine Behandlung im SR möglich sein.[15]

Im übrigen stimme er den Grundzügen der Erklärung zu, obwohl man vielleicht noch einige kleinere Änderungen anbringen könne. Festzuhalten sei, daß es erneut eine Flüchtlingstragödie gäbe, die unter kommunistischem Vorzeichen stattfinde.

AM *Sonoda* bemerkte hierzu, daß seine Regierung der Abhaltung der Konferenz des VN-SR zum gegenwärtigen Zeitpunkt etwas skeptisch gegenüberstünde, weil Vietnam nicht daran teilnehmen werde. Zumindest solle eine internationale Konferenz über die humanitären Aspekte des Flüchtlingsproblems abgehalten werden, erst danach käme eine Konferenz des SR in Betracht.

Für die Erörterung des Entwurfs mit der deutschen Seite stünde Herr Miyake zur Verfügung.

Der Herr *Bundesminister* wiederholte, daß es klug sei, wenn in dem japanisch-amerikanischen Entwurf und in der Erklärung, die auf dem Gipfel angenommen würde, eine Konferenz des VN-SR weder befürwortet noch abgelehnt werde. Wenn die andere Seite die humanitäre Konferenz für politische Zwecke mißbrauchen sollte, könne man, wie gesagt, die politischen Fragen in den SR abschieben. Im Augenblick bedürfe diese Frage keiner Entscheidung.

AM *Sonoda* erklärte hierzu sein völliges Einverständnis.

Zum Entwurf einer Erklärung zur Nahost-Frage erklärte der Herr *Bundesminister*:

- In Ziffer 1 rege er die Einfügung der Worte „just and" vor „comprehensive peace" an (AM Sonoda war einverstanden).
- Ziffer 2 solle so ergänzt werden, daß darin nicht nur von der Achtung vor den Rechten der Palästinenser, sondern auch von der Verwirklichung dieser Rechte die Rede sei (AM Sonoda will hierzu die Amerikaner konsultieren).
- In Ziffer 3 sei unklar, was „in the area" bedeute: die Region oder das von Israel besetzte palästinensische Gebiet.
  Zweckmäßig sei eine Formulierung wie etwa „all peoples involved, including the Palestine people".

[15] Ministerialdirigent Petersen legte am 27. Juni 1979 dar: „Der US-japanische Entwurf einer Erklärung der Sieben zum Flüchtlingsproblem ist in mehrerer Hinsicht unbefriedigend und selbst als Grundlage für die Gespräche unter den Sieben wenig brauchbar. Der erste Satz in seiner undifferenzierten Nebeneinanderstellung der Flüchtlinge aus Vietnam, Kambodscha und Laos verschleiert in für uns unvertretbarer Weise die Hauptverantwortlichkeit Vietnams. Bei den Flüchtlingen aus Vietnam handelt es sich im wesentlichen um die Opfer der Vertreibung einer ethnischen Minderheit. Die Flüchtlingsbewegung aus Kambodscha ist dagegen die Folge eines Bürgerkrieges, an dem Vietnam als ausländische Macht wiederum beteiligt ist. In Laos bemüht sich die Regierung sogar, die Menschen im Lande zu halten. Auch dort ist die vietnamesische Präsenz mitursächlich für die Fluchtbewegung. [...] Auf konkrete Vorschläge über die Form der Behandlung der politischen Seite des Problems auf internationalen Konferenzen (Sicherheitsrat, 34. GV) sollte in diesem Stadium verzichtet werden. Ein Erfolg dieser Bemühungen im Sinne der Sieben hängt wesentlich von der Haltung der ASEAN-Staaten und anderer Staaten der Dritten Welt ab, über deren Meinungsbildung noch kein verläßliches Urteil möglich ist." Vgl. den Drahterlaß Nr. 3195 an die Botschaften in Tokio und Vientiane sowie an die Ständige Vertretung bei der UNO in New York und die Ständige Vertretung bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf; Referat 340, Bd. 110377.

In der VN-Entschließung 242 sei das Palästinenser-Problem noch als Flüchtlingsfrage behandelt worden, von den Palästinensern also nicht als Volk gesprochen worden. (Sonoda wollte wegen der Bemerkungen des Herrn BM zu Ziffer 3 zunächst mit den Amerikanern sprechen und dann auf die Frage zurückkommen.)

– Zu Ziffer 4 mache er, der Herr BM, keine Bemerkungen, weil er sicher sei, daß sich die Franzosen hierzu eingehend äußern würden.

Zu der Qualität seines Gesprächs mit AM Sonoda erklärte der Herr BM, daß die EG gerade in der Nahost-Frage zu präzisen Formulierungen gelangt sei. Am 29.6.77 habe der Europäische Rat (ER) in London – weitgehend auf deutsche Initiative hin – eine entsprechende Erklärung angenommen.[16] Diese sei noch zweimal ergänzt worden, nämlich durch die Erklärung vom März 1979[17] und durch die Straßburger Erklärung von vor ca. zehn Tagen[18].

Die Zusammenarbeit in der Nahost-Frage sei eines der wesentlichen Elemente der Außenpolitik der EG.

Die Nahost-Erklärung und die Flüchtlingsfrage müßten von allen sieben Außenministern gemeinsam behandelt werden, damit nicht die Empfindlichkeiten von Nichtanwesenden geweckt würden. (In diesem Zusammenhang hob der Herr BM die politischen Qualitäten des neuen britischen AM[19] und der neuen kanadischen Außenministerin[20] hervor.)

Er rege daher an, den japanisch-amerikanischen Entwurf zur Nahost-Frage in seiner derzeitigen Fassung allen sieben Delegationen zur Verfügung zu stellen. Für die interne japanische Meinungsbildung sei es sicher von Wert, die deutsche Auffassung zu dem Entwurf schon vorab kennengelernt zu haben.

AM *Sonoda* erklärte sein Einverständnis zu dem vom Herrn BM vorgeschlagenen Procedere. Er bat darum, sich im Rahmen der sieben AM für den japanisch-amerikanischen Entwurf einzusetzen.

Beide AM stimmten darin überein, daß bereits am ersten Tag des Gipfels eine Erklärung zur Flüchtlingsfrage veröffentlicht werden sollte.[21]

Botschafter Diehl und Herr Shiba sollen wegen der Formulierung einer Erklärung Kontakt miteinander aufnehmen.

Beide AM legten ferner größten Wert darauf, daß bei dem AM-Mittagessen vom 29.6. die Nahost-Frage behandelt wird.

Der Herr *Bundesminister* erklärte hierzu des weiteren, daß nach seinem festen Eindruck die Staaten des Nahen Ostens ehrlich bemüht seien, eine umfassende Friedensregelung herbeizuführen. Sie seien besorgt, daß sich bei einer neu-

16 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats über den Nahen Osten vom 29. Juni 1977 vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 516 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 174.

17 Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten über den Nahen Osten vom 26. März 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 326.

18 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über den Nahen Osten vom 18. Juni 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 765.

19 Peter Carrington.

20 Flora MacDonald.

21 Für den Wortlaut der „Besonderen Erklärung über die Indochina-Flüchtlinge", die auf dem Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio abgegeben wurde, vgl. BULLETIN 1979, S. 820.

en Krise die Gefahr einer direkten oder indirekten Intervention der SU erhöhen könnte. Eine solche Entwicklung läge weder im Interesse Israels noch dem der arabischen Staaten, Europas, Amerikas oder Japans.

Es bestehe kein Zweifel, daß die Ereignisse im Iran und die dadurch ausgelöste Reislamisierung ein zusätzliches Element für die Jerusalem-Frage darstellten.

MP Begin erkläre mindestens einmal wöchentlich, Jerusalem stehe nicht zur Diskussion. Derartige Erklärungen reizten die Araber. Dies gelte um so mehr für diejenigen arabischen Länder, in denen religiöse Fragen eine besondere Rolle spielten – wie in Marokko und Saudi-Arabien –; und dies seien gerade die politisch gemäßigten Länder. Der Passus in dem japanisch-amerikanischen Entwurf über die zu erstrebende umfassende Lösung sei daher von besonderem Wert.

Ein non plus ultra wäre es, wenn in dem Entwurf noch ein zusätzlicher Passus über die „Notwendigkeit, die Einheit des arabischen Lagers wieder herzustellen", eingefügt werden könnte.

Ergänzend bemerkte der Herr BM, daß die Saudi-Araber ordentliche Leute seien, insbesondere was die Höhe der Ölproduktion und des Ölpreises, aber auch die Friedensgestaltung beträfe.

Jedoch habe sich auch Ghadafi anständig verhalten: Die USA hätten ein Embargo über von Libyen schon gezahlte Transportflugzeuge verhängt, die das Land zu seiner Erschließung dringend benötige. Die Sowjets hätten daraufhin „Iljuschin"-Flugzeuge angeboten; deren Annahme habe Ghadafi indessen trotz der Zwangslage seines Landes abgelehnt. Zwei Libyen geschenkte Flugzeuge habe er allerdings angenommen. Eine Öffnung des Hafens von Tripolis für die SU habe Ghadafi verweigert. Nunmehr blicke er nach Europa.

Die Araber wollten Araber bleiben und nicht Fellow-travellers der Kommunisten werden. Wenn die arabischen Länder kommunistische würden, könne auch Europa seine Unabhängigkeit nicht mehr bewahren. Dann werde sich vermutlich aber auch Japan nicht mehr halten können.

Israel sei verurteilt, in einer arabischen Umwelt zu leben. In einer nicht-kommunistischen arabischen Umwelt lebe es sich jedoch ungleich besser als in einer kommunistischen.

Das Fazit sei: Gerade auch in der Nahost-Frage müßten alle nicht-kommunistischen Länder zusammenhalten.

Zur Energiepolitik verwies der Herr BM auf die Erklärung des ER in Straßburg.[22] Die Dirigismus-Fetischisten hätten sich dort nicht durchsetzen können. Die Gesetze der Marktwirtschaft seien mithin nicht außer Kraft gesetzt worden. Gerade zu dieser Frage hätten die britischen Vertreter sehr fundierte Auffassungen vertreten. Außerdem habe der ER starkes Gewicht auf die Notwendigkeit zur Erschließung alternativer Energiequellen gelegt. Hierbei sei der Kernenergie eine besondere Bedeutung beigemessen worden.

Er, der BM, würde es sehr begrüßen, wenn vom Tokio-Gipfel eine entsprechende Aufforderung an die Weltöffentlichkeit ausginge.

[22] Für den Wortlaut der „Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats" vom 21./22. Juni 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 761–764.

In einigen europäischen Ländern stoße die Entwicklung der Nuklearenergie zu friedlichen Zwecken auf große Schwierigkeiten. Was jedoch die Bundesrepublik angehe, so sei es ihm, dem Herrn BM, kürzlich gelungen, einen Beschluß seiner Partei, der die weitere Entwicklung und Anwendung der Kernenergie ermögliche, durchzusetzen.[23] Dadurch werde auch die Aufgabe des BK erleichtert, einen gleichen Beschluß seiner Partei herbeizuführen.

Übrigens hätten sich selbst im Erdölland Saudi-Arabien sowohl der König[24] wie der Kronprinz[25] und der AM[26] öffentlich im Fernsehen für eine Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken eingesetzt; auch Saudi-Arabien befasse sich mit der Entwicklung der Kernenergie.

Es sei, wie er nochmals betone, außerordentlich wichtig, wenn sich der Gipfel eindeutig zugunsten der Kernenergie äußere.

Beide AM stimmen darin überein, daß die Energie-Frage bei dem Mittagessen der sieben AM am 29.6. behandelt werden sollte.

Referat 010, Bd. 178801

192

Botschafter Boss, Bangkok, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 652 **Aufgabe: 27. Juni 1979, 08.00 Uhr**[1]
Cito **Ankunft: 28. Juni 1979, 08.15 Uhr**

Betr.: Gespräch BM in Thailand, 25./26. Juni 1979;
hier: Höflichkeitsbesuch bei MP Kriangsak

Am 26.6. empfing MP General Kriangsak Chomanan BM und BM Graf Lambsdorff[2] zu einem Höflichkeitsbesuch (von Thai-Seite anwesend: ein stellvertretender MP, Außenminister Upadit[3], Industrieminister Prasit Narongdej und Wirtschaftsminister Ob Vasuratana).

23 In der Presse wurde über den Bundesparteitag der FDP vom 15. bis 17. Juni 1979 in Bremen berichtet: „Nur mit hauchdünnen Mehrheiten von zwei und drei Stimmen hat der Bundesparteitag der FDP am Wochenende in Bremen zwei Gegenanträge zum Leitantrag des Bundesvorstandes abgelehnt, mit denen der Baustopp für Kernkraftwerke jetzt auch formal besiegelt werden sollte." Vgl. den Artikel „Ein begrenztes Ja der FDP zur Kernenergie"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. Juni 1979, S. 1.

24 Khalid ibn Abdul Aziz al-Saud.

25 Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud.

26 Saud al-Faisal ibn Abdul Aziz al-Saud.

1 Hat den Vortragenden Legationsräten Siemes und Heymer am 28. Juni 1979 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Koenig am 29. Juni 1979 vorgelegen.

2 Die Bundesminister Genscher und Graf Lambsdorff hielten sich am 25./26. Juni 1979 in Thailand auf.

3 Upadit Pachariyangkun.

I. BM bat Kriangsak um seine Einschätzung der Lage in der Region und deren künftige Entwicklung.

MP erklärte: Hauptsorge sei der Krieg in Kampuchea.[4] Danach folge für Thailand das Flüchtlingsproblem.[5] Im einzelnen führte er aus:

1) Vietnam blicke angespannt auf seine Grenze zur VR China, da es mit einer zweiten Strafaktion[6] rechnen müsse. In Kampuchea mache die vietnamesische Invasion wegen des Beginns der Regenzeit keine weiteren Fortschritte mehr. Die sowjetischen Nachschublieferungen für Vietnam seien gewaltig: monatlich 30 000 to Munition, Waffen und Gerät, das meiste für das Heer. Die Vietnam gewährte Gesamthilfe belaufe sich auf täglich 2,5 Mio. US-Dollar. Die SU habe auch MiGs und Lufttransportraum zur Verfügung gestellt und die MiG-17 durch 28 MiG vom Typ „17 UA" ersetzt. Sie habe Vietnam für die Marine zwei mit Raketen bestückte Fregatten und zwei Patrouillenboote geliefert. Sie benutze Kampongson als Transportknotenpunkt.[7] Vietnam, das seit 1979 wenig wirtschaftlichen Wiederaufbau geleistet, aber alles in den militärischen Apparat gesteckt habe, werde bei der Kostspieligkeit dieses Krieges in zwei Jahren bankrott[8] sein. Dann könnte es separatistische Aufstände in Südvietnam geben. Vietnam verfüge derzeit über mehr als 38 Divisionen. Trotzdem sei die VRC zu jeder Zeit zu einer zweiten Strafaktion fähig und in der Lage. Politisches Hauptziel der VRC sei es, Vietnams kriegerische Expansion und sein Hegemoniestreben über Laos[9] und Kampuchea einzudämmen. Die VRC habe in Laos Bergstämme sowie rechte und linke Gruppen (Socialist Front) zum Widerstand gegen Vietnam organisiert. In Kampuchea gehe die VRC ähnlich vor.[10] Ihre Hilfe an Pol Pot und an mit ihm gegen die Vietnamesen operierende Gruppen werde sie nie einstellen.

Es sei gut, daß selbst Staaten wie Nordkorea, Rumänien und die meisten Länder der Dritten Welt den vietnamesischen Einfall in Kampuchea verurteilen. Trotz der bekannten Brutalität werde Pol Pot vom Volk als das geringere Übel unterstützt gegenüber den Vietnamesen („Rassenkrieg"). Heng Samrin habe keinen Rückhalt in der Bevölkerung.

Er hoffe, es werde nicht zu einer Eskalation des Krieges kommen, die Thailand in den Strudel der Auseinandersetzung hineinziehen würde.

4 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.

5 Zu den „Indochina-Flüchtlingen" vgl. Dok. 5, Anm. 33.

6 Zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg vgl. Dok. 100, Anm. 7.

7 Zum zivilen und militärischen Engagement der UdSSR in Vietnam vgl. Dok. 64, Anm. 5.

8 Die Wörter „zwei Jahren bankrott" wurden von Vortragendem Legationsrat Heymer hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

9 Botschafter Wasserberg, Vientiane, berichtete am 5. Juli 1979: „Der Versuch der laotischen Führung, als ungebundenes Land einen eigenen laotischen Weg des Kommunismus zu gehen, scheiterte am Hegemonialanspruch Vietnams, dem sich Laos 1977 durch den Abschluß des Freundschaftsvertrages mit Vietnam unterwarf. In der Folgezeit bemühte sich Hanoi zwar schon aus Imagegründen, Laos wenigstens den Anschein einer gewissen Selbständigkeit zu belassen, einmal auf innenpolitischem Gebiet, zum anderen auch außenpolitisch: Laos durfte normale Beziehungen zu China, dem Pol-Pot-Regime und dem Westen sowie gute Beziehungen zu Thailand unterhalten. Aber seitdem die Ereignisse in Indochina und Südostasien wieder in Bewegung geraten sind, ist dies zum Teil hinfällig geworden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 207; Referat 340, Bd. 110637.

10 Der Passus „Die VRC habe ... ähnlich vor" wurde von Vortragendem Legationsrat Heymer hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

Bei seinem Besuch in Bangkok (September 1978) habe Pham Van Dong ihm, „dem MP", gesagt, Kampuchea provoziere Vietnam.[11] Seitdem habe er den vietnamesischen Einfall nach Kampuchea erwartet.

Die Beziehungen zu Laos seien ziemlich normalisiert, was auch in seinem Besuch in Vientiane bei Jahresbeginn[12] zum Ausdruck gekommen sei. Er und Kaysone seien übereingekommen, den Mekong zum „Fluß der Freundschaft" zwischen beiden Völkern zu machen.

Auf Frage BM nach kommunistischer Anhängerschaft in Thailand: Die CPT[13] zähle nicht mehr als 10000 Mitglieder. Es gäbe Anzeichen für ein Umdenken mancher Insurgenten. Sogar viele Studenten verlören ihre Sympathie zur CPT und kämen aus dem Dschungel zurück. Hauptunterstützung für die CPT komme aus der VRC. Eine Gruppe sei abgespalten, die über Vietnam von der SU unterstützt werde. Bei Deng Xiaopings Besuch in Bangkok[14] habe dieser – auf die Unterstützung der Insurgenten angesprochen – auf die übliche Unterscheidung zwischen Regierungs- und Parteibeziehungen hingewiesen.

2) In der Bewertung des Konflikts in Kampuchea stimmten alle ASEAN-Regierungen überein. Bei seinem Besuch in Moskau (März 79)[15] habe er sich dem sowjetischen Drängen auf Anerkennung des Heng-Samrin-Regimes widersetzt. Auch das Werben Indiens für das Heng-Samrin-Regime sei in den ASEAN-Hauptstädten auf taube Ohren gestoßen. Heng Samrin übe nicht die Gewalt in Kampuchea aus und verwalte es nicht. Es seien Vietnamesen, die das Land, so weit sie es besetzt haben, im Griff haben und verwalten.

Thailand gewähre sowohl der SU nach Vietnam wie der VRC nach Kampuchea Überflugrechte. Er rechne damit, daß der Kampf noch ein Jahr dauern werde. Vietnams Vorwürfe, daß Thailand unter Verletzung seiner Neutralität Nachschub für Pol Pot ermögliche, sei ungerechtfertigt. Er versichere ausdrücklich, daß auch Sihanouks Äußerung über Nachschub durch Thailand falsch sei. Thailand sei strikt neutral und unterstütze keine Seite.

3) Seit 1975 seien 250000 Flüchtlinge nach Thailand gekommen. Seit Anfang Juni seien 80000 Menschen, darunter 8000 Chinesen aus Kampuchea, auf Thai-Territorium gelangt. Seine Aufforderung an Peking, die Chinesen aufzunehmen, sei bisher ohne Antwort geblieben. Diese neuen Flüchtlinge nähmen der Thai-Bevölkerung Nahrung und Unterkunft weg, so daß er kürzlich die Schließung der Grenze und eine stärkere militärische Abriegelung angeordnet habe. 40000 Menschen seien jüngst zur Rückkehr überredet worden. Mit dieser Repatriierungsaktion habe er auch das Bewußtsein der Welt wachrütteln wollen. Man habe den Repatriierten Nahrung und medizinische Versorgung mitgegeben. Nach ihrer Rückkehr sei ihnen in Kampuchea nichts geschehen.

Trotz Schließung der Grenzen kämen vereinzelt auch Pol-Pot-Soldaten nach Thailand. Kürzlich seien 178 entwaffnet worden.

11 Ministerpräsident Pham Van Dong hielt sich vom 6. bis 10. September 1978 in Thailand auf.

12 Ministerpräsident Kriangsak besuchte Laos vom 4. bis 6. Januar 1979.

13 Communist Party of Thailand.

14 Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping hielt sich vom 5. bis 9. November 1978 in Thailand auf.

15 Ministerpräsident Kriangsak besuchte die UdSSR vom 21. bis 27. März 1979.

Für die Flüchtlinge in Thailand habe die Thai-Regierung die gleiche Summe aufgewendet, wie sie der Rest der Welt als Hilfe beigesteuert habe. Für die neuen „Einwanderer" habe Thailand 3,5 Mio. Baht ausgeben müssen.

Kriangsak bat BM, dem deutschen Volk und seinen Kollegen in der EG zu erklären, daß es für Thailand ums Überleben gehe.[16] Er habe den gleichen Appell an Präsident Carter, den US-Kongreß und MP Thatcher gerichtet. Es komme darauf an, daß etwas geschehe. Mit bloßem Gerede, Besuchen und Besichtigungen sei nichts getan. Er hoffe auf die schnelle Einberufung der VN-Konferenz.[17] Ausbleiben einer raschen Lösung des Flüchtlingsproblems werde sich auf die ganze Welt auswirken.

II. BM dankte für die ausführliche Darlegung des Thai-Standpunkts und sagte, daß auch uns das Flüchtlingsproblem bedrücke. Mit Sorge sehen wir den Machtkampf zwischen der SU und der VRC in dieser Region zu Lasten der kleinen Völker. Gerade in dieser Lage bewähre sich der ASEAN-Zusammenschluß. Wir hätten die Bedeutung ASEANs frühzeitig erkannt und deshalb die Initiative für den politischen EG-ASEAN-Dialog[18] ergriffen. Wir begrüßten das Interesse Japans, Australiens und Neuseelands an ASEAN. Ebenso wie die SU lange bis zur Anerkennung der EG gebraucht habe, habe sie auch als letzte Macht ASEAN anerkannt[19].

Er begrüße die Teilnahme des amerikanischen AM Vance zum Ende der Bali-AM-Konferenz[20]. Manche hätten die Frage nach Teilnahme des deutschen AM gestellt. Wir befürworteten indes die Teilnahme der jetzigen (französischen[21]) oder künftigen (irischen[22]) Präsidentschaft, um das europäische Engagement herauszustellen.

Er und Graf Lambsdorff hätten diesen Besuch gerade jetzt in Thailand gemacht, um zu zeigen, daß die Bundesrepublik Deutschland eng mit ASEAN zusammenarbeiten wolle und zu Thailand, zu dem sie die engsten Bindungen habe, in schwieriger Situation halte; die Zusammenschlüsse EG und ASEAN seien Ausdruck des Selbstbehauptungswillens und der Abwehr äußerer, besonders hegemonischer Einflüsse.

Was das Flüchtlingsproblem angehe, so erkennten wir die nationalen und rassistischen Ursachen, stellten aber gleichzeitig fest, daß wiederum die Austreibung von Hunderttausenden unter kommunistischem Vorzeichen stattfinde. Wir selbst hätten nach dem Zweiten Weltkrieg bittere Erfahrungen mit dem

16 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Heymer hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

17 Am 20./21. Juli 1979 fand in Genf eine internationale Konferenz über das Flüchtlingsproblem in Südostasien statt.

18 Am 20./21. November 1978 fand in Brüssel eine Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 353.

19 Referat 340 notierte am 21. Juni 1979: „Die SU hat sich nach anfänglicher Ablehnung – gleichzeitig und in Abstimmung mit Vietnam – zu einer freundlicheren Haltung gegenüber ASEAN bereitgefunden, ohne den Verband jedoch als solchen anzuerkennen. Die politische Realität ASEANs wird von ihr jedoch nicht mehr geleugnet." Vgl. Referat 340, Bd. 110740.

20 Vom 28. bis 30. Juni 1979 fand in Denpasar auf Bali eine Tagung der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 458–464 (Auszug).

21 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

22 Irland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

Flüchtlingsschicksal gemacht. Daher könnten wir die Größe des Problems in dieser Region ermessen. Wir sähen, daß die Staaten dieser Region nicht in der Lage sind, allein mit dem Flüchtlingsstrom fertig zu werden. Er befürworte schnellste Einberufung der VN-Konferenz und werde sich dafür aussprechen, daß das Flüchtlingsthema auch auf die Tagesordnung des Wirtschaftsgipfels in Tokio[23] gesetzt werde. Gleichzeitig unterstützen wir den amerikanischen Vorschlag, das Thema politisch vor den Sicherheitsrat der VN zu bringen. Wichtig sei, daß die politischen und humanitären Aspekte getrennt behandelt würden.

Fest stehe, daß wir an die Urheber der Vertreibung keine finanziellen Mittel geben werden. Sein Appell an die Länder der Bundesrepublik Deutschland um Erhöhung der Flüchtlingsquoten habe bereits positive Reaktion erbracht.[24] Er finde es unerträglich, daß die Weltöffentlichkeit sich bisher über das Verhalten Malaysias, Singapurs und Thailands gegenüber dem Flüchtlingsstrom erregt habe, anstatt Vietnam, den Verantwortlichen, anzuklagen.[25]

Auf Frage Kriangsaks, ob Konferenz mit oder ohne die Ägide der VN besser sei: Jede Mammutkonferenz entwickele eigene Probleme. Jetzt komme es darauf an, schnell Ergebnisse zu erzielen. Seinem Gefühl nach seien die VN das richtige Organ.

III. MP Kriangsak schloß mit der Bitte, Thailand auch wirtschaftlich (Investitionen) und handelspolitisch (Tapioka[26]) zu helfen und auch das Verständnis unserer EG-Partner für die Probleme des Landes zu fördern. Außer den Flüchtlingen habe Thailand selbst zwölf Millionen Arme. Wenn Hilfe für diese fehlschlage, begünstige man die Infiltration.

IV. BM erwiderte, wir hätten nach dem Zweiten Weltkrieg gelernt, daß die SU eine reaktionäre Außenpolitik betreibe, die den eigenen Vorteil mittels der Unterdrückung anderer zu erreichen suche. Dem stellen wir unser Konzept der

23 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

24 Referat 340 vermerkte am 19. Juni 1979: „Die Bundesländer haben seit 1975 5258 Aufnahmeplätze (eingereist ca. 4000) zur Verfügung gestellt. Ein Rest von ca. 150 noch nicht vergebenen Plätzen ist für Fälle der Familienzusammenführung gebunden. Weitere ca. 600 Quotenplätze aus der letzten Zusagerunde der Bundesländer müßten in den nächsten Monaten zur Verfügung stehen. Angesichts der Pflicht zur Aufnahme von deutschen Aussiedlern aus Osteuropa (1978: ca. 58 000) und einer wachsenden Zahl von Asylbewerbern (1978: ca. 33 000) können wir aber kaum damit rechnen, daß die Bundesländer laufend in größerer Zahl Plätze für Indochina-Flüchtlinge bereitstellen werden." Vgl. Referat 340, Bd. 110740.
Bundesminister Genscher richtete am 23. Juni 1979 ein Schreiben an die Ministerpräsidenten bzw. Senatspräsidenten der Länder sowie den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Stobbe. Er teilte mit, daß dem Bund keine Quotenplätze mehr zur Verfügung stünden: „Auf unsere Bitte vom April dieses Jahres um weitere 1000 Plätze wurden von den Ländern bisher erst 403 zur Verfügung gestellt, die alle verplant sind. Ich bitte Sie, aus humanitären Gründen möglichst umgehend dringend benötigte weitere Plätze zur Verfügung zu stellen, um jedenfalls die schon auf unseren Schiffen befindlichen Flüchtlinge in die Bundesrepublik Deutschland übernehmen zu können." Vgl. Referat 340, Bd. 110382.

25 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Heymer hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

26 Referat 411 notierte am 19. Juni 1979: „Tapioka, ein Produkt, das Getreide in Futtermischungen ersetzen kann, ist der wichtigste Exportartikel Thailands; Hauptabnehmer ist die EG. Die Tapioka-Produktion in Thailand wurde mit Hilfe der EG-Länder aufgebaut. Die extreme Produktionsausweitung hat in Thailand inzwischen zu einer ökologisch bedenklichen Ausbeutung der Böden und der Reduzierung der Waldbestände geführt. Die Tapioka-Importe der Gemeinschaft sind von 1977 [...] auf 1978 [...] stark angewachsen. Der Zuwachs setzt sich 1979 fort. EG-Kommission führt die Probleme auf dem Getreidemarkt der Gemeinschaft wesentlich auf die Tapiokaimporte zurück. Sie strebt eine substantielle Verminderung der Einfuhren an." Vgl. Referat 340, Bd. 110740.

Unabhängigkeit, der eigenen Verantwortlichkeit und freier Zusammenschlüsse entgegen. Die EG werde der ASEAN-Länder Unabhängigkeitsbemühungen mit allen Mitteln unterstützen. Dieser Besuch sei Ausdruck dieses Entschlusses.

V. MP Kriangsak unterrichtete BM abschließend, daß Vietnam seit der chinesischen Strafaktion der SU die Benutzung des Stützpunkts Kamrasong[27] gestattet habe.

[gez.] Boss

Referat 340, Bd. 110740

193

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich **29. Juni 1979**[1]

Aus dem Gespräch mit Dr. Brzezinski und Generalsekretär Wahl am 29.6.1979 ist folgendes festzuhalten:

1) Moskau

Ich habe über die Gespräche in Moskau[2] berichtet und dabei herausgestellt, daß die sowjetische Darstellung mit der Unterrichtung durch die amerikanische Seite übereingestimmt hat. Eine Diskrepanz habe es hinsichtlich Beteiligung an und Inhalt von SALT III gegeben. Gromyko sei nicht ganz präzise ge-

27 Das Wort „Kamrasong" wurde von Vortragendem Legationsrat Heymer hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung über das Gespräch in Tokio wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 18. Juli 1979 an Ministerialdirektor Blech übermittelt. Dazu vermerkte er: „Brzezinski hatte zu dem gemeinsamen Frühstück eingeladen. Sir John Hunt konnte nicht teilnehmen. Ich darf es Ihrer Entscheidung überlassen, ob Sie den Vermerk Herrn BM Genscher oder Herrn StS van Well vorlegen wollen."
Hat Ministerialdirigent Dröge am 18. Juli 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an Ministerialdirektor Meyer-Landrut, Ministerialdirigent Lücking, Botschafter Ruth sowie die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Graf York von Wartenburg und Hofmann verfügte und handschriftlich vermerkte: „RL 204 m[it] B[itte] u[m] Übern[ahme] u[nd] Veranl[assung]" und „D 2 n[ach] R[ückkehr]".
Hat York am 20. Juli 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Staatssekretäre van Well und Hermes verfügte.
Hat van Well am 22. Juli 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an die Ministerialdirektoren Lautenschlager und Hansen verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat von Studnitz am 23. Juli 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „StS H[ermes] n[ach] R[ückkehr]."
Hat Hermes am 31. Juli 1979 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 539 (014); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

wesen. Auf Fragen habe er jedoch präzisiert, daß nach seiner Auffassung die anderen Mächte, die über strategische Nuklearwaffen verfügen (China, GB und F), einbezogen werden sollten. Nach sowjetischer Definition fielen unter die zu behandelnden Systeme die amerikanischen FBS, nicht dagegen die eurostrategischen Systeme wie SS-20.

Auf meine entsprechende Frage schloß Brzezinski einen amerikanisch-sowjetischen Dissens nicht aus. Präsident Carter habe ausführlich seine Vorstellungen für SALT III vorgetragen und vor allem auf die Notwendigkeit von deep cuts bei den strategischen Nuklearwaffen hingewiesen. Ferner habe er auf die Notwendigkeit einer Regelung der tieffliegenden Raketen hingewiesen. Brzezinski führte aus, diese neuen, tieffliegenden Systeme verringerten die Vorwarnzeit von 30 auf etwa sechs Minuten.

Ich habe entgegengehalten, wir hätten großen Wert darauf gelegt, wenn die amerikanische Seite von sich aus auf die Einbeziehung von SS-20 und anderen eurostrategischen Systemen in Wien[3] zu sprechen gekommen wäre. Schließlich habe Breschnew bei dem Gespräch des Bundeskanzlers im Mai 1978[4] von zukünftigen Verhandlungen „kein System" ausgeschlossen. Im gleichen Sinne habe sich das Kommuniqué des Warschauer Paktes vom 22. November[5] geäußert. Brzezinski antwortete, dieser Zusammenhang werde sich ergeben, sobald die amerikanischen FBS von sowjetischer Seite angesprochen würden.

2) MX

Brzezinski wies auf die große militärpolitische Bedeutung hin, die der Entscheidung der Administration für die Produktion und Einführung der MX-Rakete zukomme.[6] Dies sei seit Jahren die erste amerikanische Entscheidung für ein neues System. Das Wurfgewicht der MX werde zwischen der sowjetischen SS-18 und SS-19 liegen. Sie werde zehn Sprengköpfe haben. Nach derzeitiger Planung sollten die MX-Raketen auf Zügen in zehn Meter tiefen Gräben in Utah und Nevada hin- und hertransportiert werden. Die Gräben würden geschützte Abschußstellungen haben, die jeweils so weit auseinander liegen, daß durch sowjetische Raketen jeweils nur eine Stellung (shelter) vernichtet werden könne. Zunächst seien 40 Gräben vorgesehen, auf längere Sicht sollte auf 200 Gräben erweitert werden. Man plane letztlich 200 MX-Raketen. Bei der Zielgenauigkeit der MX könne man mit den 2000 Sprengköpfen etwa zwei Drittel der bodengestützten sowjetischen Raketen ausschalten. Für die Gräben sei genügend im Bundesbesitz befindliches Gelände vorhanden. Ein erhebliches Problem würden allerdings die Umweltschützer sein. Geschätzte Gesamtsumme aller Kosten etwa 40 Mrd. Dollar.

3 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

4 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 5. Mai 1978 vgl. AAPD 1978, I, Dok. 136.

5 Der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Pakts tagte am 22./23. November 1978 in Moskau. Für den Wortlaut der Deklaration vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 14–28.

6 Zur geplanten Einführung der MX-Rakete vgl. Dok. 161, Anm. 15.

3) Sowjetische Ernte

Brzezinski führte aus, nach amerikanischen Schätzungen werde die Sowjetunion in diesem Jahr voraussichtlich wegen der Mißernte gezwungen sein, 25 Mio. Tonnen Getreide einzuführen. Die USA seien aufgrund vertraglicher Vereinbarungen verpflichtet, 8 Mio. Tonnen Getreide zu liefern[7], der Rest könnte vielleicht in beschränktem Umfange als politischer Hebel benutzt werden.

4) China

Ich habe berichtet, daß unsere Haltung gegenüber China unverändert sei und daß der Bundeskanzler in Moskau auf den bevorstehenden Besuch von Hua[8] hingewiesen habe.

Brzezinski teilte mit, die USA würden China keine Waffen liefern, aber andere fortgeschrittene Technologien zur Verfügung stellen, z.B. im Bereich der Computer. Wahl führte aus, Frankreich habe sich im Interesse der Entspannungspolitik und der französisch-sowjetischen Beziehungen entschlossen, seine Position hinsichtlich der Waffenlieferungen an China zu ändern. Man werde China sicher keine Produktionsanlagen für „Milan" und „Hot" liefern. Wahrscheinlich würde Frankreich aber auch keine in Frankreich gefertigten „Milan" und „Hot" mehr nach China liefern.[9]

5) Naher Osten

Brzezinski: Der „National Security Council" sei zu der Einschätzung gekommen, daß der Nahe Osten keine Region gleichgewichtiger Interessen von USA und SU sein könne. Das Interesse der USA an der für den Westen lebenswichtigen Energieversorgung müsse überwiegen.

Auf meine Frage, was das praktisch bedeute, verwies Brzezinski auf die erfolgreiche Unterstützung Nordjemens in der letzten Auseinandersetzung zwischen Nord- und Südjemen.[10] Die USA seien bereit, sich auch sonst dort stärker zu engagieren.

6) Iran

Wahl führte aus, nach Einschätzung der französischen Militärexperten sei erste Priorität der sowjetischen Politik im Iran die Aufrechterhaltung einer stabilen Ordnung. Dies habe selbst für eine staatliche Ordnung unter Führung des Schahs gegolten. Die Ausweitung des sowjetischen Einflusses im Iran nehme dahinter erst die zweite Priorität ein.

Brzezinski widersprach. Nach seiner Auffassung habe die Sowjetunion das prioritäre Interesse, die Instabilität im Iran aufrechtzuerhalten und weiter zu fördern.

[7] Die USA und die UdSSR schlossen am 20. Oktober 1975 ein bis zum 30. September 1981 befristetes Abkommen über Getreidelieferungen an die UdSSR. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1020, S. 365–372.

[8] Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 21. bis 28. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 301 und Dok. 305.

[9] Zu den Verhandlungen über die Lieferung der Panzerabwehrraketen „Hot" und „Milan" durch Frankreich an die Volksrepublik China vgl. Dok. 129, Anm. 3.

[10] Zum Konflikt zwischen der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) vgl. Dok. 60, Anm. 32.
Zu den Rüstungslieferungen der USA an den Nordjemen vgl. Dok. 92, Anm. 14.

7) Afghanistan

Wahl führte aus, der Widerstand der Rebellen gegen die Machthaber in Kabul nehme ständig zu.[11] Afghanistan könne möglicherweise das Vietnam der Sowjetunion werden.

8) Libyen

Wahl und ich berichteten, daß Ghadafi auf einen baldigen Besuch in Paris und Bonn dränge. Wir versuchten, den Besuch abzuwehren oder ihn zumindest zeitlich hinauszuschieben.

Nach Wahls Einschätzung ist Ghadafi in Libyen so weit isoliert, daß er versucht, seine Stellung durch Kontakte mit angesehenen europäischen Staats- und Regierungschefs aufzupolieren.

Brzezinski verwies auf die ungewisse Situation an der libysch-ägyptischen Grenze.[12]

Er würde es für ungut halten, wenn Ghadafi durch Fotos mit Giscard oder mit dem Bundeskanzler aufgewertet werde.

Ruhfus

VS-Bd. 539 (014)

11 Zur Lage in Afghanistan vgl. Dok. 173, Anm. 12.

12 Oberst i. G. Ehrlich, Kairo, berichtete am 29. März 1979: „In den letzten Wochen haben die Spannungen an der ägypt[isch]-libyschen Grenze wieder zugenommen. Beide Seiten werfen sich gegenseitig vor, die Truppen verstärkt zu haben. Die erkannten ägypt. Truppenbewegungen, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des ägypt.-isr[aelischen] Friedensvertrages offen, für jeden erkennbar, in Richtung libyscher Grenze durchgeführt wurden, dürften zum Ziele haben, die Libyer vor unbedachten mil[itärischen] Aktionen zu warnen. Provokationen von libyscher Seite, insbesondere Terroraktionen, werden nicht ausgeschlossen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 575; Referat 310, Bd. 124989.

194

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer

500-321.00 POL-480/79 VS-vertraulich **29. Juni 1979**[1]

Betr.: Fortführung von Ausreisen nach der Abwicklung des Ausreiseprotokolls[2];
hier: Gespräch mit Vizeaußenminister Czyrek

Bezug: Drahtbericht Nr. 741 aus Warschau vom 26.6.1979 – VS-v[3]

Aus Ziffer 3 und Ziffer 4 des Bezugsberichts ergibt sich, daß der polnische VAM erklärt hat, eine Verlängerung des Ausreiseprotokolls in irgendeiner Form sei nicht möglich; wenn wir auf einer derartigen Zielsetzung beharrten, könnte die polnische Seite unseren Briefentwurf[4] nicht entgegennehmen. Ferner habe er wiederholt, daß die polnische Seite nach Auslaufen des Protokolls bei der weiteren Behandlung der Ausreiseanträge nach humanitären Prinzipien verfahren werde. Hier habe er nichts hinzuzufügen oder zu erläutern.

Im Hinblick auf diese Argumentation des polnischen VAM möchte ich zur rechtlichen Ausgangslage folgendes bemerken:

1) Das Ausreiseprotokoll bestimmt in seinem Absatz 6, „es wird keine zeitliche Einschränkung für die Antragstellung durch Personen vorgesehen, die die in der Information[5] genannten Kriterien erfüllen".

1 Hat Ministerialdirektor Blech vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 214 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Scheel am 16. August 1979 vorgelegen.

2 Vgl. dazu auch Dok. 171.
Für den Wortlaut des Ausreiseprotokolls vom 9. Oktober 1975 vgl. BULLETIN 1975, S. 1199.

3 Botschafter Ahrens, Warschau, berichtete am 26. Juni 1979 über sein Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Czyrek am Vortag: „Bezüglich seines Gespräches mit AM Wojtaszek teilte Czyrek mir offiziell mit, eine Verlängerung des Ausreiseprotokolls in irgendeiner Form sei nicht möglich. Wenn deutsche Seite trotz dieser eindeutigen Haltung weiterhin auf derartiger Zielrichtung beharre, sähe sich polnische Seite nicht in der Lage, unseren Briefentwurf zu akzeptieren. Czyrek wiederholte dann Äußerungen aus früheren Gesprächen, daß die polnische Seite nach Auslaufen Ausreiseprotokolls bei der weiteren Behandlung Ausreiseanträge nach humanitären Prinzipien verfahren werde; hier habe er nichts mehr hinzuzufügen oder zu erläutern. [...] Die kategorische Feststellung der polnischen Seite, daß sie – auch aus hiesigen innenpolitischen Gründen – nach einem inzwischen im ganzen befriedigend abgewickelten Ausreiseprotokoll nicht über den Briefwechsel der Außenminister von 1976 hinausgehen könne, ist [...] ernst zu nehmen und müßte h[iesigen] E[rachtens] in unsere Überlegungen [...] einbezogen werden." Das Gespräch mit Czyrek „wurde wiederum mit großem Ernst von beiden Seiten und in dem Bemühen geführt, eine Lösung zu finden. Trotz wiederum guter Gesprächsatmosphäre wurde aber erkennbar, daß nunmehr eine Reizschwelle erreicht ist." Vgl. VS-Bd. 13204 (214); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Ministerialdirigent Lücking legte Staatssekretär van Well am 29. November 1979 eine Aufzeichnung des Referats 214 vom 23. November 1979 vor, in der es hieß: „Im Juni d.J. hat Botschafter Ahrens mit Vizeminister Czyrek die Überlegung erörtert, anstelle eines einseitigen Briefes des Bundeskanzlers an Herrn Gierek einen Briefwechsel zwischen den Außenministern vorzusehen. Diese Erörterungen haben jedoch ergeben, daß die polnische Seite bei der erforderlichen Textabstimmung nicht bereit sein würde, über die bereits im Briefwechsel von März 1976 enthaltenen Aussagen hinauszugehen [...]. Wir haben deshalb diese Überlegung wieder fallenlassen und sind zu unserer ursprünglichen Absicht eines einseitigen, nicht antwortbedürftigen Briefes des Bundeskanzlers an den Ersten Sekretär zurückgekehrt." Vgl. VS-Bd. 13204 (214); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Im Zusammenhang mit der Paraphierung des Warschauer Vertrags am 18. November 1970 über-

Bei den Verhandlungen in Helsinki[6], die zur Formulierung des Ausreiseprotokolls führten, waren wir zunächst dafür eingetreten, in das Protokoll eine klare Aussage darüber aufzunehmen, daß nach Abwicklung der Zahl von 120–125000 Ausreisegenehmigungen der Status quo ante wieder eintreten würde, d.h. daß die „Information" von 1970 weitergeführt würde. Die polnische Delegation war ihrerseits anfänglich nicht bereit, überhaupt über eine „Offenhaltung" nach Abwicklung der als Schlußgeste gedachten 120–125000 Ausreiseerlaubnisse zu sprechen, und der Text des sechsten Absatzes des Ausreiseprotokolls wurde erst in der Nachtsitzung[7] des 1. August 1975 vereinbart, als die Delegationen unter persönlicher Leitung des Herrn Bundeskanzlers und von Generalsekretär Gierek verhandelten. Wenn wir uns damals mit dem Wortlaut des jetzigen sechsten Absatzes zufriedengegeben haben, so war hierfür auf der einen Seite die Überlegung maßgebend, daß mehr nicht zu erreichen war; auf der anderen Seite stellten wir in Rechnung, daß der zentrale Passus der Information in dem Satz besteht, „daß Personen, die aufgrund ihrer unbestreitbaren deutschen Volkszugehörigkeit in einen der beiden deutschen Staaten auszureisen wünschen, dies unter Beachtung der in Polen geltenden Gesetze und Rechtsvorschriften tun können". Da mithin die Ausreise auch nach der Information nach polnischem Recht vor sich gehen sollte, kam es – wenn schon eine klare Fixierung des Wiedereintritts in den vorigen Stand nicht durchsetzbar war – darauf an, unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die „Information" die fortbestehende Möglichkeit zur Antragstellung für den darin genannten Personenkreis festzustellen. Dies wurde mit dem sechsten Absatz des Ausreiseprotokolls erreicht.

Dementsprechend hat sich die Bundesregierung vor den Ausschüssen des Deutschen Bundestages und in ihrer Stellungnahme vom 16. Februar 1976[8] zu den damaligen elf Punkten des Bundesrates[9] zur Offenhaltung wie folgt geäußert:

„Das Ausreiseprotokoll baut auf der Information auf und konkretisiert sie für einen bestimmten Zeitraum; es löst die Information nicht ab. Für die Erteilung

Fortsetzung Fußnote von Seite 940

gab die polnische Regierung eine „Information" über Maßnahmen zur Lösung humanitärer Probleme. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1970, S. 1696 f.
Ferner wurde ein vertraulicher Teil übergeben. Vgl. dazu VS-Bd. 8963 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1970.

6 Bundeskanzler Schmidt und der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, führten am 1./2. August 1975 am Rande der KSZE-Gipfelkonferenz, die vom 30. Juli bis 1. August 1975 in Helsinki stattfand, Gespräche über den Abschluß bilateraler Vereinbarungen. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 244.

7 Korrigiert aus: „Nachtsichtung".

8 Korrigiert aus: „18. Februar 1976".

9 Bundeskanzler Schmidt leitete das Gesetz zum Abkommen über Renten- und Unfallversicherung nebst der Vereinbarung über die pauschale Abgeltung von Rentenansprüchen am 17. Oktober 1975 dem Bundesrat zu. Die übrigen Teile des Vertragswerks waren zur Unterrichtung beigefügt. Der Bundesrat befaßte sich am 7. November 1975 in erster Lesung mit dem Abkommen über Renten- und Unfallversicherung. Mit den Stimmen der von der CDU bzw. CSU regierten Länder wurde eine Stellungnahme verabschiedet, die einen Katalog von elf „Fragen und Bedenken" enthielt. Diese betrafen insbesondere Klarstellungen zum Ausreiseprotokoll, darüber hinaus den Schutz vor Zweckentfremdung der von der Bundesrepublik zu zahlenden Beträge, den Ausschluß künftiger polnischer Ansprüche sowie den Verwendungszweck des Finanzkredits an Polen. Vgl. dazu BR DRUCKSACHEN 1975, Bd. 17, Drucksache Nr. 633/75 bzw. Nr. 633/2/75. Vgl. dazu ferner BR STENOGRAPHISCHE BERICHTE 1975, 425. Sitzung, S. 308–333.
Bundesminister Genscher nahm mit Schreiben vom 16. Februar 1976 an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundesrats, Ministerpräsident Filbinger, und den Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik des Bundesrats, Schmidt, Stellung zu den elf Punkten. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1976, S. 197–204.

von Ausreisegenehmigungen bleiben demgemäß die Kriterien der Information, nämlich deutsche Volkszugehörigkeit und/oder Familienzusammenführung, maßgebend. Dies gilt auch für Ausreisewünsche, die nach Erfüllung des Ausreiseprotokolls noch bestehen.

Die sogenannte Offenhalteklausel im Ausreiseprotokoll bestätigt, daß für diejenigen Personen, die nach Abwicklung der im Protokoll festgelegten Zahl von Ausreisen in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen wollen, die Information ihre Gültigkeit behält."

Nach Zitieren des eben erwähnten Satzes aus Ziffer 2 der Information fährt die Äußerung der Bundesregierung von 16. Februar 1976[10] dann fort:

„Daraus ergibt sich, daß die Offenhalteklausel den unter die Kriterien der Information fallenden Personen nicht nur ein Recht auf Antragstellung, sondern mit der Verweisung auf die Information auch die Ausreiseberechtigung einräumt."

In dem Briefwechsel zwischen dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen und dem polnischen Außenminister vom 8.3./9.3./15.3.1976[11] ist die von der Bundesregierung gegebene Deutung der Offenhalteklausel bestätigt und insoweit präzisiert worden, als die polnische Seite eine möglichst zügige Bearbeitung der nachträglich eingereichten Anträge zugesagt hat; damit ist ein Element eingefügt, welches in der Information nicht enthalten war. Die widerspruchslose Entgegennahme des letzten Briefes des Herrn Ministers vom 15. März 1976 ist gleichzeitig als Bestätigung zu werten, daß der in Rede stehende Personenkreis auch tatsächlich ausreisen kann.

2) Die Rechtslage nach Auslaufen des Ausreiseprotokolls wird also die sein, daß Personen, die die Kriterien der Information erfüllen, weiter Anträge stellen können und daß wir die Zusage der zügigen Bearbeitung dieser Anträge sowie eine Bestätigung der Ausreisemöglichkeit – unter Beachtung der polnischen Gesetze und Rechtsvorschriften – haben. Ohne daß eine förmliche Novation der Information eintritt, wird also nach Abwicklung des Ausreiseprotokolls der Status quo ante mit einer Verbesserung in bezug auf die zügige Behandlung der Anträge fortdauern. Das Ausreiseprotokoll wird dabei insoweit über seine Abwicklung hinauswirken, als aufgrund der Offenhalteklausel und des Briefaustausches von 1976 von der polnischen Seite nicht behauptet werden kann, nunmehr sei auch die Information erledigt und die Bundesrepublik Deutschland könne gegenüber der VR Polen Ausreisewünsche allenfalls im KSZE-Rahmen oder unter allgemeinen humanitären Gesichtspunkten geltend machen.

3) Was nun die Argumentation des polnischen VAM angeht, so ist ihm ohne weiteres zuzugeben, daß wir keinen Anspruch darauf haben, die Verlängerung des Ausreiseprotokolls zu verlangen. Dies tun wir aber nicht, und dies tun wir insbesondere dann nicht, wenn wir uns auf die 1975/76 vereinbarte Offenhaltung berufen und darum bitten, daß bestimmte Relationen bei der Weiterführung der Ausreisen nach Abwicklung des Protokolls gewahrt werden sollen. Wir sollten bestrebt sein, bei unseren weiteren Kontakten mit Czyrek den Eindruck zu vermeiden, als strebten wir die Verlängerung des Ausreiseprotokolls

[10] Korrigiert aus: „18. Februar 1976".

[11] Zum Briefwechsel zwischen Bundesminister Genscher und dem polnischen Außenminister Olszowski vgl. Dok. 151, Anm. 7.

als solches an; es ist allerdings nicht auszuschließen, daß Herr Czyrek die geänderte Rechtslage völlig durchschaut und sich aus taktischen Gründen darauf beruft, wir wollten das Protokoll verlängern.

Auf der anderen Seite ist die Argumentation des polnischen Außenministers unrichtig und gefährlich, wenn er als Richtschnur für die weitere Behandlung der Ausreiseanträge allein humanitäre Prinzipien nennt. Wir haben gegenüber den Polen für den Zeitraum nach Abwicklung des Ausreiseprotokolls nicht nur in der KSZE-Schlußakte[12] einen multilateralen Ansatzpunkt für die Forderung nach Fortführung der Ausreisen; wir werden darüber hinaus in der Information und ihren Kriterien eine bilaterale Geschäftsgrundlage haben, die zeitlich über das Ausreiseprotokoll hinausgeht, in ihrem Verpflichtungsgrad allerdings hinter dem Ausreiseprotokoll zurückbleibt. Zum Beweis dieser Geschäftsgrundlage können wir uns nicht allein auf die Präzisierung berufen, die dem Herrn Minister in den Briefwechseln von Anfang März 1976 gegeben worden ist. Zum Beweis des Fortgeltens der Information und ihrer Kriterien sollten und können wir uns auch auf die Offenhalteklausel des Protokolls berufen.

Fleischhauer

VS-Bd. 13204 (214)

195

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-2241/79 geheim
Fernschreiben Nr. 708
Cito

Aufgabe: 29. Juni 1979, 22.15 Uhr[1]
Ankunft: 29. Juni 1979, 22.24 Uhr

Betr.: SALT-Konsultationen im NATO-Rat am 29.6.1979

Bezug: Plurez 3206 vom 27.6.1979[2]

1) In Sitzung des Rats am 29.6.1979 und anschließendem, ebenfalls von Botschafter Earle wahrgenommenen Expertentreffen fand die von Amerikanern für die Zeit nach Vertragsunterzeichnung in Aussicht gestellte SALT-Konsul-

12 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

1 Hat Ministerialdirektor Blech am 2. Juli 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 4. Juli 1979 vorgelegen.

2 Ministerialdirektor Blech teilte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 27. Juni 1979 mit: „Hier wird davon ausgegangen, daß [...] Botschafter Earle ein Interesse daran hat, nicht nur die Interpretationserklärung zur Nichtumgehung abzugeben, sondern auch Fragen der Bündnispartner zum SALT-Vertragswerk zu beantworten. Angesichts des großen Interesses von Bundestagsabgeordneten an dem Vertrag liegt uns daran, Antworten auf unsere Fragen entweder bei der Konsultation am 29.6. oder bei dort zu vereinbarendem bilateralen Gespräch mit Botschafter Earle zu erhalten. Botschafter wird gebeten, in einer allgemeinen Erklärung auf der Grundlage der Er-

tation auf Basis der veröffentlichten Texte[3] statt. Der amerikanische Ständige Vertreter[4] gab zu Beginn der Ratssitzung die einseitigen US-Erklärungen ab (Interpretationserklärung zur Nichtumgehung[5] und Erklärung zur Gegenseitigkeit bei der Einbeziehung von TNF in SALT III – vgl. Anlage 1[6]). Botschafter Earle beschränkte sich in seinen einleitenden Bemerkungen auf eine Darstellung der erst in der Schlußphase der Genfer Verhandlungen[7] geklärten Fragen. Text seiner Ausführungen folgt als Anlage 2.[8]

In anschließender Aussprache beteiligten sich alle Bündnispartner. Übereinstimmend hoben sie Bedeutung des Vertrages für die Erhaltung einer stabilen strategischen Balance zwischen West und Ost und Fortsetzung des Entspannungsprozesses hervor. Vielfach nahmen die Sprecher Bezug auf Erklärungen ihrer Regierung zur Unterzeichnung von SALT II (u.a. F, CA, DAE, NO, IS und GR). Allgemein fand Leistung Earles als Unterhändler in Genf und US-Sprecher bei zahlreichen SALT-Konsultationen in den beiden letzten Jahren besonders Anerkennung. Ich bin in meinem Beitrag insbesondere auf die amerikanische Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel eingegangen und habe dabei die im Bezugs-DE erwähnten Elemente verwendet.

Fortsetzung Fußnote von Seite 944

klärung von BM Genscher vom 18.6. und des Kabinetts vom 20.6. nochmals positiv zu SALT II Stellung zu nehmen und dabei die Bereitschaft der USA zu begrüßen, die Konsultationen für SALT III noch intensiver als bisher zu gestalten." Zusätzlich sollte eine Stellungnahme zur amerikanischen Interpretationserklärung abgegeben werden. Vgl. VS-Bd. 11388 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

3 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394. Referat 220 hielt am 9. Juli 1979 zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 fest: „Der Vertrag (Geltungsdauer bis 31.12.1985) enthält Obergrenzen für nuklear-strategische Trägermittel, und zwar 1) eine Gesamtobergrenze von 2400 für landgestützte Interkontinentalraketen (ICBM), für seegestützte ballistische Raketen (SLBM), für ballistische Luft-Boden-Raketen (ASBM) und für schwere Bomber; bis zum 31.12.1981 wird diese Gesamtobergrenze auf 2250 gesenkt. Das bedeutet: Die SU muß ca. 270 Trägermittel abbauen, die USA können ihren gegenwärtigen Bestand halten. [...] 2) eine Gesamtobergrenze von 1320 für alle MIRV-Träger (d.h. Träger mit Mehrfachsprengköpfen). Das bedeutet: Die USA haben ihr MIRV-Träger-Potential im wesentlichen ausgeschöpft, die SU kann ihr Potential etwa verdoppeln, allerdings zu Lasten nicht gemirvter Systeme. Damit erringt die SU auch in diesem Bereich Parität. [...] Innerhalb der Gesamtobergrenze für MIRV-Träger (1320) sind folgende Obergrenzen festgelegt: höchstens 1200 land- und seegestützte MIRV-Träger (ICBM und SLBM): hiervon höchstens 820 landgestützte MIRV-Träger (ICBM). Diese Beschränkung ist besonders wichtig, weil die landgestützten Systeme das am meisten destabilisierende Element darstellen. Sie liegt um 270 über dem derzeitigen US-Bestand und um 212 über dem sowjetischen. Mit beiden Obergrenzen ist insbesondere das amerikanische MX-Programm ohne Verzicht auf andere MIRV-Träger gewährleistet und damit eine relative Herabsetzung der Verwundbarkeit der US-ICBM." Vgl. Referat 220, Bd. 116908.

4 William Tapley Bennett.

5 Für den Wortlaut der amerikanischen Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2029, S. 36.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für die Erklärungen des amerikanischen NATO-Botschafters Bennett am 29. Juni 1979 im Ständigen NATO-Rat vgl. VS-Bd. 10649 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

7 Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 13. Juni 1979: „Aus amerikanischer Botschaft ist zu erfahren, daß es bei sowjetisch-amerikanischen Gesprächen in Genf nach wie vor um die Formulierung der SALT-Dokumente geht. Dabei bemühe sich amerikanische Seite um gewisse amendments im Text, die schon jetzt der Ratifizierungsdebatte Rechnung tragen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2217; Referat 220, Bd. 116907.

8 Dem Vorgang beigefügt. Für die Erklärung des Leiters der amerikanischen SALT-Delegation, Earle, am 29. Juni 1979 im Ständigen NATO-Rat vgl. VS-Bd. 10649 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

Mit der Zustimmung des Rates zu einer insgesamt ausgewogenen Presseerklärung, die GS Luns noch am 29.6.1979 für die Allianz abgeben wird[9], haben die Amerikaner die von ihnen im Hinblick auf die Ratifizierungsdebatte angestrebte öffentliche Indossierung des Vertragswerkes durch die NATO erreicht. Text der Presseerklärung wird gesondert übermittelt.[10] Mit heutiger Konsultation dürfte Erörterung des SALT-II-Komplexes im Bündnis vorerst abgeschlossen sein.

2) Bei Aussprache im Rat sind nur vereinzelt Fragen gestellt worden. Mehrzahl der oft sehr ins Detail gehenden Fragen blieb der anschließenden Expertensitzung vorbehalten. Die Fragen konzentrierten sich vor allem auf:

- Verifikationsprobleme,
- rechtliche Qualität der unterschiedlichen Vertragsbestandteile – insbesondere die „Backfire"-Erklärung[11],
- Realisierbarkeit der MX-Entscheidung Präsident Carters im Lichte von SALT II[12],
- Auswirkung von SALT II auf TNF-Modernisierungsentscheidung in der Allianz.

Im einzelnen führte Earle folgendes aus:

a) Auf unsere Fragen

- (Zur Nichtumgehungsklausel): Die US-Erläuterung zur Nichtumgehungsklausel werde in absehbarer Zeit im US-Senat abgegeben und dann veröffent-

9 Für den Wortlaut der Erklärung des NATO-Generalsekretärs Luns vom 29. Juni 1979 vgl. NATO REVIEW, August 1979, S. 4.

10 Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), übermittelte am 29. Juni 1979 die Erklärung des NATO-Generalsekretärs Luns vom selben Tag. Dazu teilte er mit: „Rat hat der Erklärung in dieser Form zugestimmt. Der mit Bezugsbericht übermittelte Entwurf des Generalsekretärs wurde vom Rat auf der Grundlage eines französischen Gegenentwurfs abgeändert, um den bekannten französischen Positionen Rechung zu tragen und Text konsensfähig zu machen. Keine Einigung konnte über den Schlußabsatz des Sekretariatsentwurfs erzielt werden, da Frankreich auf einer für die übrigen Alliierten nicht akzeptablen Formulierung bestand, die den Rahmen des weiter gehenden SALT-Prozesses auf US-SU-Verhandlungen über die Reduzierung der beiderseitigen strategischen Waffen beschränken wollte. Daher wurde auf diesen Absatz insgesamt verzichtet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 707; VS-Bd. 10649 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

11 Für den Wortlaut der schriftlichen Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, betreffend das sowjetische Kampfflugzeug „Backfire", die Präsident Carter am 16. Juni 1979 übergeben wurde, und den Inhalt einer weiteren mündlichen Erklärung Breschnews über die Produktionsrate des Kampfflugzeugs vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 394.

12 Zur geplanten Einführung der MX-Rakete vgl. Dok. 161, Anm. 15.
Flottillenadmiral Seizinger, Washington, berichtete am 25. April 1979: „Die Schwierigkeiten mit dem MX-Programm scheinen die Probleme widerzuspiegeln, die die gleichzeitige Erfüllung von strategischen und rüstungskontrollpolitischen Notwendigkeiten mit sich bringt. [...] Offensichtlich haben die Untersuchungen der Air Force ergeben, daß das M[ultiple]P[rotective]S[helter]-System am besten geeignet ist, die strategischen Forderungen zu erfüllen. Es bietet eine größere Überlebensmöglichkeit, größere Flexibilität durch bessere Führungsmöglichkeit [...], ermöglicht eine höhere Treffgenauigkeit und ist in Beschaffung und Betrieb kostengünstiger." Die Zulässigkeit des MPS-Systems unter einem SALT-II-Vertrag werde „offiziell bejaht, scheint aber innerhalb der Administration noch umstritten zu sein. Es ist davon auszugehen, daß Präsident Carter keine ICBM-Entwicklung zulassen wird, die gegen SALT verstößt und bei der mit berechtigtem und entschiedenem Protest der Sowjetunion zu rechnen ist. Aus diesem Grunde könnte der Air-Mobile-Version trotz aller Nachteile der Vorzug gegenüber dem MPS-Konzept gegeben werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1522; Referat 201, Bd. 120161.

licht.[13] Ein Zeitpunkt für die Abgabe liege noch nicht fest und werde vom Ablauf des Hearings bestimmt. Die Erklärung werde der SU nicht offiziell zur Kenntnis gebracht (man gehe davon aus, daß Dobrynin ein gewissenhafter Zeitungsleser sei).

- (Zur Rolle der Standing Consultative Commission): Artikel XVII des Vertrages sei im wesentlichen den Bestimmungen im SALT-I-Vertrag[14] nachgebildet und orientiere sich an den Erfahrungen der früheren Vereinbarungen. Eine neue erweiterte Rolle des SCC sei durch SALT II weder beabsichtigt noch vereinbart.
- (Zum rechtlichen Charakter der einzelnen Vertragskomponenten): Alle Vertragsteile seien aus US-Sicht gleichermaßen verbindlich. Dies gelte auch für die sowjetische Erklärung zum „Backfire", die nicht in Briefform, sondern als schriftliche, nicht datierte und unterschriebene Erklärung „über den Tisch gereicht" worden sei. Man habe der SU jedoch in aller Deutlichkeit klargemacht, daß man dieses Statement ebenso wie die mündliche Erklärung von Breschnew zur Höhe der Produktion als rechtlich verbindlich ansehe und jede Verletzung dieser Vereinbarungen als Vertragsverletzung betrachte. Ein weitergehender Kompromiß habe nicht erzielt werden können. Ob die „Backfire"-Erklärung bei den VN hinterlegt werde, könne er noch nicht sagen, er wolle dies jedoch nicht ausschließen. Im übrigen reflektiere der komplizierte Aufbau des Vertragswerkes lediglich die historische Entwicklung der Verhandlungen. Neue Fragen, die im Zusammenhang mit bereits vereinbarten Regelungen aufgetaucht seien, habe man später in Form der agreed statements oder common understandings[15] in das Vertragswerk eingebracht, um bereits ausgearbeitete Formulierungen nicht wieder umzustoßen.
- (Zum Wiener Kommuniqué[16] und dem Satz „the two sides reaffirmed their commitment strictly to observe every provision of the treaty"): Man habe bei dieser Regelung an die Zeit zwischen Vertragsunterzeichnung und Inkrafttreten des Vertrages gedacht und sicherstellen wollen, daß in dieser Zeit keine Seite versucht, eine Situation zu schaffen, die dem Vertrag zuwiderliefe. Eine Bindungswirkung im Falle eines Scheiterns von SALT II sei weder beabsichtigt noch von der SU zu erwarten.

13 Für den Wortlaut der Ausführungen des amerikanischen Außenministers Vance vor dem Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des Senats am 9. Juli 1979 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2029, S. 30–37.

14 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

15 Für den Wortlaut der Vereinbarten Erklärungen und Absprachen zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–45. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–391.

16 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.
Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 18. Juni 1979 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 54–57. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 395–400.

– (Zur Dislozierungsentscheidung der MX-Rakete): Man habe der SU in Wien versichert, daß jedwede MX-Regelung nach den Bestimmungen des Vertrages verifizierbar sei. Zu denken sei an ein System ähnlich wie bei SLBMs: Jede Seite könne sich über Bau und Indienststellen der SLBM-Launcher ausreichend informieren. Danach stehe es frei, wie und in welchem Raum diese Systeme operierten. Im übrigen dürfe man nicht davon ausgehen, daß jedes Silo automatisch als Launcher zähle. Zum Abschuß der Rakete benötige man zusätzlich elektronische Ausrüstung, die zusammen mit der Rakete auf einem verifizierbaren Launcher bewegt werde. Insofern sei auch ein MAP[17]-System nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Die Protokollregelung[18] in Artikel I und die agreed statements und common understandings zu Artikel II erschwerten zwar die Entwicklung einer mobilen Rakete, jedoch sei vor Ablauf des Protokolls ohnehin nicht mit der Entwicklung der MX zur Prototypreife zu rechnen, insbesondere nicht auf beweglichen Abschußvorrichtungen. Der sowjetische Verzicht auf den Bau der SS-16 sei nicht im Zusammenhang mit einer generellen SALT-Limitierung mobiler ICBMs zu sehen, sondern im Zusammenhang mit Verifikationsproblemen (Modifizierung der nicht limitierten SS-20) und wahrscheinlich auch mit technischen Problemen, die die SU nicht gemeistert habe.
– (Zur Zahl der launchers, Artikel XI des Vertrages): Es sei richtig, daß in SALT II bei ICBMs und SLBMs nur die launcher, nicht jedoch die Raketen selbst, als Aggregate im ceiling zählen. Artikel IV Absatz 5 des Vertrages schränke jedoch die Zahl zusätzlicher Raketen ein. In den Verhandlungen habe man sich darüber verständigt, daß unter „normal deployment" eine Dislozierung von Raketen zu verstehen sei, deren Überhang bei einer Gruppe von zehn Launchers eine Zahl von zwei bis drei Raketen nicht übersteige. Dies sei auch in die Verhandlungsprotokolle aufgenommen.

b) Auf belgische Frage:

– (Nach Auslegung des Begriffs „rapid reload" in Artikel IV Absatz 5 c des Vertrages): Launcher können nicht innerhalb von Stunden, sondern frühestens innerhalb eines Tages nachgeladen werden.

17 Multiple Aimpoint.

18 Für den Wortlaut des Protokolls zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 44 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 389–391.
Referat 220 hielt am 9. Juli 1979 zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 fest: „Das Protokoll tritt gleichzeitig mit dem Vertrag in Kraft, läuft jedoch schon am 31.12.1981 aus. Es enthält zeitlich limitierte Beschränkungen für einige Systeme, für die eine längerfristige Regelung wegen divergierender Interessen nicht zu erzielen war: ein Test- und Dislozierungsverbot für mobile ICBM; ein Dislozierungsverbot von see- und landgestützten Cruise Missiles (SLCM/GLCM) und ballistischen Luft-Boden-Raketen (ASBM) mit mehr als 600 km Reichweite. Das bedeutet: Die Flugerprobung der Cruise Missiles ist damit in keiner Weise eingeschränkt und das Dislozierungsverbot wird 1981 ablaufen, ehe die USA noch soweit sind, diese Systeme zu dislozieren. (Die USA haben zugesagt, daß nach Ablauf des Protokolls die verteidigungspolitischen und rüstungskontrollpolitischen Optionen der Allianz für GLCM und SLCM weiter offen sein werden. Zweifellos wird die SU versuchen, die vorläufige Regelung des Protokolls zur Geschäftsgrundlage von SALT III zu machen. Die USA haben ihren Bündnispartnern zugesichert, daß es bei SALT III keine Beschränkungen für amerikanische Mittelstreckensysteme ohne entsprechende Beschränkungen sowjetischer kontinentalstrategischer Systeme geben wird.)" Vgl. Referat 220, Bd. 116908.

– (Nach Auslegung des Begriffs „normal construction schedule" in Artikel IV Absatz 6 des Vertrages): Diese Formulierung sei lediglich in Vertrag aufgenommen, um beiden Seiten Gelegenheit zu geben, Fragen in diesem Zusammenhang in der SCC aufwerfen zu können.

c) Auf französische Fragen:

– (Ob SALT II auf Dauer Sowjetunion Übergewicht bei Zahl der Gefechtsköpfe auf ICBMs gebe): Zweifellos werde die SU die Zahl der MIRV künftig erhöhen bis zu einem Punkt, in dem sie in etwa mit den USA gleichgezogen hätten. MX werde jedoch wieder ein Übergewicht der USA sicherstellen.

– (Wie Einhaltung des Produktionsverbots der SS-16 verifiziert werden könne): Das Produktionsverbot für Teile der SS-16 sei lediglich eine zusätzliche Maßnahme. Die SS-16 sei noch nicht ausreichend getestet. Tests jedoch können in jedem Fall nachgewiesen werden. Es sei sinnlos für SU, ein System zu produzieren, das sie[19] nicht ausreichend testen könne.

– (Warum die mit vier MIRV getestete SS-N-17 nicht in den Vertrag aufgenommen worden sei): Es sei nicht sicher, ob SS-N-17 mit MIRV oder nur mit postboost vehicles getestet worden sei. SS-N-17 sei jedoch lediglich in der Anfangsentwicklung und auf einem einzigen U-Boot der „Yankee"-Klasse dislozíert worden. Technische Schwierigkeiten hätten SU veranlaßt, Weiterentwicklungen dieses Typs einzustellen. An eine Dislozierung sei nicht gedacht.

– (Ob für die 16 ALCM-Testflugzeuge die Zahl der ALCMs offen sei, agreed statement zu Artikel VIII Absatz 1): In der Tat sei dieser Punkt von der SU erstaunlicherweise nicht angesprochen worden, so daß eine Begrenzung für diese Trägerflugzeuge nicht bestehe.

– (Nach FRODs[20] bei schweren Bombern): Die SU habe auf dieser Definition bestanden, um sicherzustellen, daß nicht Zivilflugzeuge umgewandelt werden. Dies schließe jedoch nicht aus, daß diese Typen längerfristig als CM-Bomber gebaut werden.

d) Auf Fragen Dänemarks:

– (Zur Definition von „cooperative measures" bei FRODs – first common understanding zu Artikel II Absatz 3[21] des Vertrages): Es wurde nicht diskutiert, was unter „cooperative measures" zu verstehen sei. Hier sei eine Reihe von Maßnahmen denkbar, die im SCC diskutiert werden sollten. Um beispielsweise Tankflugzeuge von Bombern unterscheiden zu können, wurde vorgeschlagen, diese Typen über internationale Gewässer zu fliegen, um sie Verifizierungsmaßnahmen zuführen zu können. Ähnlich könnte man bei zukünftigen ALCM-Trägerflugzeugen verfahren.

– (Nach Umbau russischer SS-11 in SS-19): Frage soll im SCC vertieft werden. Man habe vorsichtshalber Launcher, die wahrscheinlich SS-11 enthalten, aber den SS-19 Launchern sehr ähnlich sind, zu den MIRV-Aggregaten gezählt.

19 Korrigiert aus: „es".
20 Functionally Related Observable Differences.
21 Korrigiert aus: „B".

In diesem Sinne sei auch das fünfte[22] common understanding zu Artikel II Absatz 5 des Vertrages zu verstehen.

– (Nach tatsächlicher Zahl der sowjetischen MIRV-ICBMs): SS-17: 120, SS-18: 190, SS-19: 300. Von diesen Zahlen gehe US-Seite aus. Zahl von im Memorandum[23] genannten 576 ICBMs liege zwar etwas darunter, erfasse aber wohl noch nicht diejenigen SS-11, die USA bereits als SS-19 zum MIRV-ceiling zähle.

e) Auf Fragen Italiens:

– (Ob internationale Vereinbarungen über Aufteilung des Weltraumes Verifikation beeinträchtigen können): Dieses Problem stelle sich zur Zeit noch nicht.

– (Ob Beschränkung von drei MIRV pro „Minuteman" III auch Produktion von sieben MIRV-Gefechtsköpfen für diese Rakete verhindere): Man habe in den Verhandlungen deutlich gemacht, daß USA keine Dislozierung von „Minuteman" III mit sieben Sprengköpfen vornehmen werde. Damit entfalle auch die Produktion dieser Gefechtsköpfe.

– (Ob Artikel II des Vertrages auch SLBM der Baureihe SS-N-4/5 erfasse, die in 81 Launchern auf 27 U-Booten älterer Bauart dislozíert seien): SALT II erfasse nur SS-N-5, nicht jedoch die veraltete und strategisch uninteressante SS-N-4.

f) (Auf kanadische Frage nach Systemen, die gemäß Artikel XI Absatz 4 abgebaut werden müssen): Bestimmung beziehe sich in erster Linie auf den Abbau der fractional orbital missiles.

g) (Auf türkische Frage nach unterschiedlicher Verwendung der Begriffe „strategic arms" und „strategic offensive arms"): SU habe großen Wert auf fortlaufender Verwendung des Begriffs der strategic arms im Vertragstext gelegt. Demgegenüber habe amerikanische Seite insbesondere im Joint Statement of Principles[24] Streichung des Wortes „offensive" durchgesetzt, um in SALT III auch Waffen nicht offensiven Charakters wie beispielsweise Luftabwehrwaffen in die Vertragsverhandlungen einbeziehen zu können.

h) Auf Fragen IMS- und MC-Vertreter:

– (Zur Möglichkeit der Luftbetankung des „Backfire"): Eine solche Möglichkeit gebe es nicht. Breschnew habe in Wien auf entsprechende amerikanische Anfrage erklärt, daß man den „Backfire" auch nicht in Zukunft mit einem entsprechenden System ausrüsten wolle. Diese Versicherung sei für die USA rechtlich bindend.

– (Nach denkbaren amendments im Vertrag, die von der SU hingenommen werden könnten): SU werde den Vertrag wohl nicht wegen einiger kleinerer

22 Korrigiert aus: „vierte".

23 Für den Wortlaut der Vereinbarung zwischen den USA und der UdSSR „über die Einrichtung einer Datenbasis für die Zahl strategischer offensiver Waffen" vom 18. Juni 1979 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 46. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 391 f.

24 Für den Wortlaut der „Gemeinsamen Erklärung der Grundsätze und Hauptleitlinien für künftige Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen", die von Präsident Carter und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 18. Juni 1979 unterzeichnet wurde, vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 393 f.

Schönheitsreparaturen platzen lassen. Substantielle Änderungen, z.B. bei der „Backfire"-Regelung, werde sie hingegen mit Sicherheit nicht akzeptieren.

- (Wie die rapid-reloading-Fähigkeit wirksam überprüft werden könne): Zum schnellen Nachladen benötige man für jeden Launcher einen umfangreichen Apparat wie Transporter, Vorratslager und Personal. Die Dislozierung des Apparates sei verifizierbar.
- (Warum „Titan" I und „Atlas"-Launcher, nicht jedoch die eingemotteten B-52-Bomber, von der Obergrenze für strategische Waffen ausgenommen worden seien): „Titan" I und „Atlas"-Silos ständen inzwischen nicht mehr unter Regierungskontrolle, sie würden teilweise zweckentfremdet (z.B. als Getreidelager) benutzt. Die Regelung für die eingemotteten Bomber sei hingegen im amerikanischen Interesse, da einerseits US-Sicherheitsinteressen nicht berührt würden, andererseits der SU die Möglichkeit verwehrt werde, durch Einmotten von Aggregaten die Obergrenzen zu umgehen.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10649 (201)

196

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit

200-350.32-340I/79 VS-vertraulich **2. Juli 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 3365 Plurez **Aufgabe: 4. Juli 1979, 19.20 Uhr**

Betr.: Europäische Politische Zusammenarbeit
hier: 86. Politisches Komitee am 28./29. Juni 1979 in Paris

In Ergänzung des gesondert übermittelten Relevé de conclusions[2] ist aus den Erörterungen der politischen Direktoren auf dem 86. PK folgendes festzuhalten: Schwerpunkt der Diskussionen lag auf dem von der Präsidentschaft[3] noch wenige Tage vor dem PK nachgeschobenen Tagesordnungspunkt „Weiterverfolgung von Fragen des Ministertreffens vom 18. Juni“[4] (Nahost und Indochina-Flüchtlinge[5]).

1) Indochina

Präsidentschaft gab zunächst eingehenden Lagebericht. Thema: Tragödie scheine sich täglich auszuweiten. Trotz einiger Hinweise auf mögliche Besserung (Erklärung des Europa-Direktors vietnamesischen Außenministeriums anläßlich Aufenthalts in Jakarta, Ausreisestrom werde regularisiert werden, ferner angebliche Absicht vietnamesischer Regierung, illegale Ausreisen zu unterbinden, Ausarbeitung eines Planes für legale Auswanderung im Benehmen mit UNHCR[6]) seien Illusionen nicht angebracht. Nach wie vor befänden sich viele Schiffe auf See. Malaysia weise Flüchtlinge zurück. Indonesien habe entsprechende Maßnahmen angekündigt. Was thailändisch-kambodschanische Grenze anbetreffe, so befänden sich jetzt vierzigtausend kambodschanische Flüchtlinge in thailändischen Lagern. Einige thailändische Generäle wollten grundsätzlich alle Kambodschaner zurücksenden, da sie Unterwanderung fürchteten.

Präsidentschaft berichtete ferner über Demarche, die ihre Vertreter im Namen der Neun in Hanoi sowie in ASEAN-Hauptstädten im Anschluß an Ministertreffen vom 18.6. durchführten. In Hanoi habe französischer Vertreter auf humanitären Charakter des Neuner-Vorstoßes hingewiesen. Es handle sich nicht um Einmischung in innere Angelegenheiten. Die Neun seien tief besorgt „du côté moral de cette question“. Vietnamesischer Vize-Außenminister habe geantwortet, Vietnam werde nur an Konferenz teilnehmen, die nicht politischer Natur sei. Alle beteiligten Länder sollten an dieser Konferenz teilnehmen (darunter

1 Durchdruck.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit übermittelte am 2. Juli 1979 den Entwurf des Relevé de conclusions des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ vom 28./29. Juni 1979 in Paris, welcher mit Drahtbericht Nr. 2216 (Coreu) vom 29. Juni 1979 aus Paris übersandt worden war. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 3283; VS-Bd. 11078 (200).

3 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

4 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 18. Juni 1979 in Paris vgl. Dok. 169, Anm. 29.

5 Zu den „Indochina-Flüchtlingen“ vgl. Dok. 5, Anm. 33.

6 Zu den Abmachungen zwischen der vietnamesischen Regierung und dem stellvertretenden Hohen Flüchtlingskommissar der UNO, de Haan, vgl. Dok. 164, Anm. 14.

Kambodscha durch neue Regierung vertreten[7]). Nach vietnamesischer Auffassung liegt die Schuld für Ereignisse ausschließlich bei USA und China.

In ASEAN-Hauptstädten hätten Vertreter der Präsidentschaft Besorgnis über Entwicklung der Region durch Flüchtlingsstrom ausgedrückt. Lösung müsse von internationaler Gemeinschaft gefunden werden. ASEAN-Staaten seien gebeten worden, nationale Anstrengungen bis zur Findung internationaler Regelung auf in Aussicht genommener Konferenz[8] fortzusetzen. Reaktionen seien unterschiedlich ausgefallen. Malaysia: Internationale Konferenz muß Verteilung der Lasten bringen. Reiche Länder im Grunde gegenüber „boat-people" gleichgültig. Flüchtlingsstrom werde nicht austrocknen, auch wenn Vietnam „sera mis en face de ses responsabilités". Es sei wichtig, Konferenz nicht zu politisieren (so auch Philippinen und Indonesien).[9] Das Prinzip einer Konferenz sei in allen Hauptstädten beifällig aufgenommen worden. Gänzlich rezeptiv habe sich lediglich thailändischer Vize-Außenminister gezeigt, der seinem Premierminister[10] Bericht erstatten wollte.

D2[11] führte aus, wir seien bereit, an Konferenz in Genf teilzunehmen und im Rahmen des Möglichen finanzielle Unterstützung zu gewähren. Wir würden uns auch, gleichfalls im Rahmen unserer Möglichkeiten, bemühen, Flüchtlinge aufzunehmen. Bundesminister habe sich in Briefen an Länderministerpräsidenten gewandt und sie um ihre Unterstützung hierbei gebeten.[12] Förmliche Konferenz unter Ägide der UN werfe für UN-GS[13] rechtliche Fragen auf. Es seien organisatorische und budgetäre Implikationen in Rechnung zu stellen. Generalsekretär benötige deshalb für förmliche Konferenz ein Mandat der GV, des ECOSOC oder evtl. des Sicherheitsrats. Was den Plan einer Befassung des Sicherheitsrats mit dieser Frage anbetreffe, so könne dieser eigentlich nur tätig werden, wenn Frieden in Gefahr sei. Ob dies der Fall sei, müßten vor allem die hauptsächlich betroffenen „Anlieger" sagen. ASEAN-Staaten käme deshalb in dieser Frage Schlüsselrolle zu. Debatte im Sicherheitsrat sei ihrer Natur nach politisch.

DK: Wir nehmen fünfhundert Flüchtlinge, stellen finanzielle Mittel bereit.

B: Wir nehmen sechshundert Flüchtlinge über die Einwanderungsquoten hinaus.

7 Nach der Einnahme Phnom Penhs durch vietnamesische Truppen wurde am 8. Januar 1979 Heng Samrin zum Vorsitzenden des Volksrevolutionsrats der Volksrepublik Kampuchea ernannt. Vgl. dazu Dok. 5, Anm. 32.

8 Am 20./21. Juli 1979 fand in Genf eine internationale Konferenz über das Flüchtlingsproblem in Südostasien statt. Vgl. dazu Dok. 206, Anm. 17.

9 Botschafter Eger, Manila, berichtete am 25. Juni 1979, daß der philippinische Außenminister Romulo die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten am selben Tag zu einem Gespräch empfangen habe. Romulo habe ausgeführt, „daß ASEAN-Länder westliche Initiative für internationale Flüchtlingskonferenz gewiß unterstützen werden. Waldheims Dilemma sei, daß er für politische Konferenz GV-Beschluß brauche, den er jetzt nicht bekommen kann, während sich UNHCR-Konferenz auf technische Fragen beschränken müsse." Vgl. den Drahtbericht Nr. 358; Referat 340, Bd. 110389.

10 Kriangsak Chomanan.

11 Klaus Blech.

12 Zum Schreiben des Bundesministers Genscher vom 23. Juni 1979 an die Ministerpräsidenten bzw. Senatspräsidenten der Länder sowie den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Stobbe, vgl. Dok. 192, Anm. 24.

13 Kurt Waldheim.

UK berichtet, daß in Hongkong achtundfünfzigtausend Flüchtlinge in Lagern säßen, von denen erst zwölftausend registriert (processed) seien. Im Gespräch Premierminister Thatcher mit Ministerpräsident Kossygin anläßlich Zwischenlandung von Frau Thatcher in UdSSR[14] auf dem Wege nach Tokio[15] habe sowjetischer MP gesagt, Vietnam werfe Chinesen zu Recht heraus, es handle sich um Schwarzhändler, Rauschgiftsüchtige und Spione. UK solle sich direkt an Vietnam wenden. Frau Thatcher habe geantwortet, von britischen Schiffen auf hoher See aufgelesene Flüchtlinge vermittelten den Eindruck von Menschen, die hart gearbeitet hätten. Es befänden sich auch auffällig viele Kinder unter ihnen.

UK: Eine Kombination aller unserer Bemühungen, öffentlicher und privater Natur, könne vielleicht Wirkung auf vietnamesische Regierung haben. Auch könnten Nachrichten über Schicksal der Flüchtlinge andere von Ausreise abhalten. UK gehe davon aus, daß Konferenz unter Auspizien des GS, nicht des UNHCR, stattfinde. Von der Idee einer fruchtlosen Diskussion im Sicherheitsrat halte UK nichts. Sie sei nur geeignet, von wahren Problemen abzulenken.

NL: Große Erregung in Öffentlichkeit. Frage, was NL tun könne, werde innerhalb Regierung diskutiert. Zahl eventuell aufgenommener Flüchtlinge würde jedoch in keinem Verhältnis zur Dimension des Problems stehen. Zweifel, ob GS Konferenz auf eigene Kappe organisieren könne. NL glaube, ECOSOC solle mit Konferenz beauftragt werden. Amtierender Präsident des ECOSOC[16] sei Holländer. Er habe Auftrag, eine Umfrage bei Mitgliedern des ECOSOC zu veranlassen.

IRL: Wird hundert Flüchtlinge aufnehmen. Berichtet über Äußerung singapurischen Außenministers[17], der im Flüchtlingsstrom bewußten Versuch Vietnams sieht, Region zu destabilisieren („the war has already begun"). Bittet um Abstimmung bei Beantwortung vom UNHCR versandten Fragebogens.[18] Wenn auch Konferenz nicht politisiert werden solle, so werde man nicht um Diskussion politischer Aspekte umhin können.

14 Premierministerin Thatcher traf am 26. Juni 1979 bei einem Zwischenaufenthalt in Moskau mit Ministerpräsident Kossygin zusammen.

15 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

16 Hugo Scheltema.

17 Sinnathamby Rajaratnam.

18 Die britische Premierministerin Thatcher richtete am 31. Mai 1979 ein Schreiben an UNO-Generalsekretär Waldheim, in dem sie eine Konferenz aller UNO-Mitgliedstaaten zum Problem der „Indochina-Flüchtlinge" vorschlug. Waldheim erklärte sich in einem Schreiben vom 4. Juni 1979 damit einverstanden und beauftragte den Hohen Flüchtlingskommissar der UNO, Hartling, mit der Vorbereitung einer solchen Konferenz. Daraufhin wurde zunächst ein Fragebogen entworfen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1150 des Botschafters Fischer, Genf (Internationale Organisationen), vom 19. Juni 1979; Referat 231, Bd. 120996.
Ministerialdirigent Gorenflos teilte der Ständigen Vertretung bei den Internationalen Organisationen in Genf am 21. Juni 1979 mit, daß die Bundesrepublik eine UNO-Konferenz befürworte. Er führte zum Fragebogen weiter aus: „Nach unserer Auffassung sollte Hauptziel der sorgfältig vorzubereitenden Konferenz die Lösung des humanitären Gesamtproblems sein. Hierzu gehören insbesondere die Bereitschaft zur Aufnahme weiterer Indochina-Flüchtlinge und die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Hilfsprogramme des UNHCR. Dabei können die dem Problem zugrunde liegenden politischen Aspekte allerdings nicht außer Betracht bleiben." Vgl. den Drahterlaß Nr. 3066; Referat 231, Bd. 120996.

Präsidentschaft äußerte abschließend Zweifel über Kompetenz des GS, Konferenz einzuberufen. Zu erhoffen sei Erklärung des GS, dann Äußerung des ECOSOC, daß Konferenz einberufen werde. Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß Konferenz in gegenseitige Beschuldigungen ausmünde.

2) Nahost

Präsidentschaft berichtete eingehend über Reaktion auf Erklärung der Neun zum Nahost-Konflikt vom 18.6.[19] Während offizielle israelische Reaktion völlig negativ gewesen sei[20] (Reaktion der Presse in Israel differenzierter), hätten arabische Staaten ohne Ausnahme positiv reagiert. In besetzten Gebieten (Westbank) herrsche jedoch große Skepsis hinsichtlich praktischer Auswirkungen der Erklärung. Sowjetunion habe Erklärung heruntergespielt. UK führte aus, israelische Reaktion zeige, daß Erklärung nicht gänzlich ohne Wirkung geblieben sei. Es habe Eindruck, daß Unterstützung israelischer Siedlungspolitik[21] durch jüdische Minderheit in USA stark nachlasse. Israelis seien sich im übrigen, wie aus Gesprächen unter vier Augen hervorgehe, der Schwäche ihrer rechtlichen Position in Westbank und Golan sehr bewußt.

Zum EAD berichtete Präsidentschaft eingangs über neuen Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi[22], der als ein sehr gemäßigter Mann gelten könne. D2 führte aus, wir könnten uns nunmehr mit Versendung der Mitteilung europäischer Präsidentschaft an somalische Präsidentschaft einverstanden erklären.[23] Entwurf bringe hinreichend deutlich prozedurale und vorläufige Natur unserer Reaktion zum Ausdruck. Diese stehe in Übereinstimmung mit unserem Wunsch, weder für die eine noch für die andere Liga Partei zu nehmen. Wir seien zu dem Schluß gekommen, daß unsere ursprüngliche Auffassung, es sei besser, überhaupt nicht auf arabische Vorstöße zu reagieren, als einseitige Stellungnahme (für die Liga in Kairo) angesehen werden müsse. Wir sollten jetzt schnell handeln, bevor der neue GS seinerseits an uns herantrete. Arabische Liga in Tunis werde auch mit jetziger Reaktion nicht zufrieden sein, und es frage sich, ob wir Beziehungen mit ihr längere Zeit ausweichen könnten. Wir müßten dann rechtzeitig sicherstellen, daß unsere Schritte nicht im Hinblick auf ägyptisch-israelischen Friedensvertrag[24] Mißverständnissen ausgesetzt seien. DK erklärte gleichfalls Einverständnis mit Versendung der Mitteilung. UK, NL, B

19 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über den Nahen Osten vom 18. Juni 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 765.

20 Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler vermerkte am 20. Juni 1979: „Der Gesandte der israelischen Botschaft, Ruppin, hat Herrn Dg 31 am 20.6.1979 eine Gegenerklärung von AM Dayan zur neuen Neuner-Erklärung vom 18.6.1979 überbracht. [...] Der Ton der Erklärung ist knapp, scharf und läßt erkennen, wie sehr die israelische Regierung sich getroffen fühlt. Es war zu erwarten, daß Israel reagieren würde, wie dies bei jeder Äußerung der Neun geschah. Die israelische Regierung lehne die Neuner-Erklärung kategorisch ab und betrachte diese als schädigend für den ganzen Verhandlungsprozeß in der Region und für die Suche nach einem umfassenden Frieden." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135596.

21 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 161, Anm. 21.

22 Auf einer außerordentlichen Tagung des Rats der Arabischen Liga vom 27. bis 29. Juni 1979 in Tunis wurde der tunesische Minister für Information, Klibi, zum neuen Generalsekretär gewählt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 181 des Botschaftsrats Hach, Tunis, vom 3. Juli 1979; Unterabteilung 31, Bd. 135616.

23 Zur Frage einer Kontaktaufnahme der EG-Ratspräsidentschaft zur Präsidentschaft der Arabischen Liga in Tunis vgl. Dok. 170, Anm. 18.

24 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

drängten zur Eile. IRL äußerte Auffassung, so oder so bedeute Versendung der Mitteilung Vorentscheidung für Arabische Liga in Tunis.

Überraschenderweise erklärte F, es müsse sich angesichts der Wahl neuen GS Klibi sowie Kontakten mit tunesischer Seite (französisch-tunesischer großer gemischter Kommission) Stellungnahme vorbehalten. Bei Essen der Direktoren erläuterte Herr Mérillon, F setze in Aktivität neuen, als sehr gemäßigt bekannten GS gewisse Erwartungen. Tunesier wollten Fragen regeln, und man solle deshalb noch ein bis zwei Wochen warten. Er war jedoch nicht in der Lage, dies näher zu erläutern. NL warf Frage auf, wie sich Botschafter in Tunis[25] gegenüber Einladungen der Liga verhalten soll. Es bestand Einigkeit, daß gegen Teilnahme an gesellschaftlichen Veranstaltungen persönlicher Natur keine Bedenken bestehen. Dagegen sollten Botschafter nicht an formellen Veranstaltungen der Liga teilnehmen. Botschafter in Tunis sollen Fragen im einzelnen prüfen und darüber berichten.

3) Afrika

Längere Diskussion über beabsichtigte Erklärung der Neun zu Erschießungen in Accra litt während ersten Tages daran, daß Resultat einer von den Botschaften der in Accra vertretenen EG-Staaten in eigener Verantwortung unternommenen Kollektiv-Demarche noch nicht bekannt war.[26] Am 30.6. verlas Präsidentschaft Bericht französischen Botschafters[27] über Empfang bei Revolutionsrat (in Begleitung seiner EG-Kollegen). PK beschloß, Wortlaut der von Botschaftern in Accra vorgetragenen Vorstellungen der Presse als Haltung der Neun zu übergeben.

Zur Frage abgestimmter Beantwortung der Briefe Präsident Kaundas an die Regierungschefs der EG-Länder[28] (nur Dänemark hatte Brief noch nicht erhalten, der jedoch avisiert war) fand ein kurzer Meinungsaustausch statt. D2 trug

25 Coenraad Theodoor Rolf van Baarda.

26 Am 4. Juni 1979 kam es in Ghana zu einem Militärputsch unter Führung des Oberleutnants der Luftwaffe, Rawlings. Ministerialdirektor Meyer-Landrut vermerkte dazu am 27. Juni 1979: „Am Morgen des 26.6.1979 sind in Accra der bisherige ghanaische Staatschef General Akuffo und der frühere Staatschef General Afrifa [...] wie auch der ehemalige Außenminister Oberst Felli standrechtlich erschossen worden." Bereits am 16. Juni 1979 sei der frühere Staatschef General Acheampong hingerichtet worden. Die Bundesrepublik habe im Rahmen der EPZ eine gemeinsame Demarche der EG-Mitgliedstaaten in Accra angeregt. Vgl. Referat 321, Bd. 127543.
Botschafter Weil, Accra, berichtete am 29. Juni 1979, die Demarche der EG-Mitgliedstaaten sei am Vortag beim Armed Forces Revolutionary Council (AFRC) ausgeführt worden. Der Vorsitzende des AFRC, Rawlings, habe nicht zu erkennen gegeben, ob mit weiteren Hinrichtungen zu rechnen sei. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 251; Referat 321, Bd. 127543.

27 Alain Chaillous.

28 Die Botschaft in Lusaka übermittelte am 15. Juni 1979 ein Schreiben des Präsidenten Kaunda vom 8. Juni 1979 an Bundeskanzler Schmidt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 297; Referat 200, Bd. 112899. Referat 320 notierte dazu: „K[aunda] bezeichnet die neue rhodesische Regierung – er nennt sie ‚Muzorewa-Smith-Regime' – als ungeeignet, den Krieg in Rhodesien zu beenden. Er appelliert an die westlichen Länder, ihren Einfluß bei der britischen Regierung geltend zu machen, um sie für eine breit angelegte dauerhafte Lösung des Rhodesien-Konflikts zu gewinnen und hierbei die Befreiungsbewegung mit einzubeziehen. Deshalb müsse eine Anerkennung Muzorewas vermieden werden und die Sanktionen aufrechterhalten bleiben." Referat 320 stellte fest: „Sambia ist wegen seiner gravierenden wirtschaftlichen Probleme besonders an einer schnellen Beilegung des Rhodesien-Konflikts interessiert. Wir meinen, daß Präsident Kaunda daher – auch im Frontlinien-Verband – noch am ehesten geneigt sein dürfte, Kompromisse zu akzeptieren und an einer Lösung mitzuarbeiten, die auf den Elementen des anglo-amerikanischen Rhodesien-Plans aufbaut." Vgl. Referat 200, Bd. 112899.

vor, wesentliche Elemente eines Antwortschreibens des BK könnten sein: Hinweis auf die Grundposition unserer Rhodesien-Politik, nach der Souveränität UK über seine Kolonie fortbesteht, hieraus sich ergebend besondere Rolle Großbritanniens bei Lösung Rhodesien-Konfliktes. Diese Position werde von unseren westlichen Verbündeten geteilt und mitgetragen. Die Bemühungen UK durch Konsultationen mit den DW[29]-Ländern und Frontstaaten[30] würden begrüßt, da sie Voraussetzungen für eine breitere Basis einer Rhodesien-Lösung schaffen sollten. Mitarbeit der Frontstaaten bei der Lösung der Probleme im südlichen Afrika werde für wichtig und notwendig gehalten. Die in dem Brief angesprochenen Rhodesien-Probleme würden mit verbündeten Regierungen eingehend erörtert.

UK bedankte sich für Bereitschaft europäischer Partner, Antwort in der Substanz abzustimmen.

4) Osteuropa

PK einigte sich in Frage einer Demarche zugunsten der Mitglieder der „Charta 77" in ČSSR[31], Empfehlung der AG zu folgen. Demarchen sollen aufgrund abgestimmten Textes in Hauptstädten der Neun gegenüber Botschafter der ČSSR erfolgen.[32] In London wird Politischer Direktor Thema mit stellvertretendem ČSSR-AM Jablonsky, der zu Konsultationsbesuch erwartet wird[33], aufnehmen.

29 Dritte Welt.

30 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia und Tansania.

31 Am 7. Januar 1977 erschien in verschiedenen westeuropäischen Tageszeitungen eine Erklärung tschechoslowakischer Bürger („Charta 77"). Darin legten die Verfasser dar, daß die ČSSR zwar verschiedene internationale Abkommen über Menschenrechte sowie die Schlußakte der KSZE vom 1. August 1975 unterzeichnet habe, zahlreiche Grundrechte der Bürger jedoch „nur auf dem Papier gelten". Ziel der „Charta 77" sei daher, „sich einzeln und gemeinsam für die Respektierung der Bürger- und der Menschenrechte in unserem Land und in der Welt einzusetzen". Als Sprecher der „Charta 77" wurden der ehemalige tschechoslowakische Außenminister Hájek, der Dramatiker Havel und der Philosoph Patočka benannt. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 355–358.
Am 18. Oktober 1977 wurden Havel, die Regisseure Ernest und Pavlíček sowie der Journalist Lederer wegen „Subversion gegen die Republik" zu Freiheitsstrafen zwischen 3 1/2 Jahren und 14 Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Ministerialdirigent Meyer-Landrut teilte der KSZE-Delegation in Belgrad am 19. Oktober 1977 mit: „Drei der Verurteilten sind Unterzeichner der Charta. Die offiziell erhobenen Vorwürfe gegen die Angeklagten beziehen sich auf Literaturkontakte mit dem Ausland. Die Durchführung des Prozesses im Zeitpunkt der Belgrader Folgekonferenz entspringt offenbar bewußter Regie, mit der nach innen demonstriert werden soll, daß die Berufung auf die KSZE-Schlußakte nutzlos ist, und die nach außen den tschechoslowakischen Standpunkt unterstreichen soll, daß die Behandlung von Bürgerrechtlern eine rein innerstaatliche Angelegenheit sei." Vgl. den Drahterlaß; Referat 212, Bd. 115110.

32 Die Bundesrepublik übermittelte der irischen EG-Ratspräsidentschaft am 6. Juli 1979 per Coreu folgende Informationen: „L'Ambassadeur de Tchécoslovaquie à Bonn a été convoqué le 4 juillet 1979 par le Directeur politique pour effectuer la démarche allemande conformément aux termes convenus par le Comité politique concernant l'arrestation de signataires de la Charta 77. L'Ambassadeur, tout en faisant les remarques habituelles concernant la non-ingérence dans les affaires intérieures, a promis de transmettre la démarche à son ministère. Il a laissé entendre qu'une réponse officielle serait à son avis probablement donnée à Prague." Vgl. Referat 200, Bd. 112920.

33 Am 2./3. Juli 1979 fanden in London Gespräche zwischen dem Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Bullard, und dem tschechoslowakischen Stellvertretenden Außenminister Jablonsky statt. Botschaftsrat I. Klasse Giesder, Prag, resümierte am 11. Juli 1979 Informationen der britischen Botschaft in Prag: „Im internationalen Teil hätten die Themen Entspannung, Abrüstung und China nichts Neues ergeben. Hinsichtlich des Madrider KSZE-Folgetreffens hätten beide Seiten sich für eine bessere bilaterale Vorbereitung durch häufigere Kontakte ausgesprochen. Um den Erfolg zu gewährleisten, solle die Zahl der Themen beschränkt werden. Über das Niveau wollten die Tschechoslowaken erst in letzter Minute eine Entscheidung fällen und keinen Minister entsen-

Britischer Vorschlag zur Diskussion der KSZE – so wie Abrüstungsexperten der Außenämter auch militärische Experten hinzuziehen – fand keine günstige Aufnahme. PK behandelte erneut kurz Frage der militärischen Sicherheitsaspekte in KSZE-Rahmen (CBM). NL stellte fest, es gebe hierzu zwei Positionen, die französische, die in dieser Frage den Sinn des Madrider Treffens[34] im wesentlichen darin sehe, eine Veranstaltung außerhalb dieses Treffens im Anschluß vorzubereiten (wobei die Hoffnung genährt werde, daß diese dem französischen Projekt einer EAK[35] gleichen werde). Eine zweite Auffassung stelle darauf ab, daß Madrid nicht amputiert werden dürfe, da sonst Balance nicht gewahrt werden könne. Die Gefahr erster These sei, daß diese offenbar entsprechenden sowjetischen Intentionen (Verlagerung sicherheitspolitischer Fragen in Sonderkonferenz, vergleiche Budapester Kommuniqué[36]) entgegenkomme. NL wurde von IRL sekundiert. Es bestehe generell Gefahr, daß man Materie aus KSZE in paneuropäische Konferenzen verlagere.

5) Osteuropa

Vorsitzender der AG trug in Ergänzung von ihm erstatteten rapport oral als persönliche Bemerkung vor, bei Vergleich östlichen Systems mit westlichen Systemen falle auf, daß das östliche System weniger „élaboré et sophistiqué" sei als die westlichen, auf permanenter freiwilliger Abstimmung beruhenden Systeme. Der übermächtige „fédérateur" garantiere eine größere Geschlossenheit und damit auch äußerlich Wirksamkeit. Sie seien deshalb aber nicht gefestigter, da ihnen Adaptionsfähigkeit abgehe und jedes Sandkorn zur Störung der Maschinerie führe, womit wir im Westen leichter fertigwürden. Ein weiterer Gegensatz bestehe darin, daß westliche Détente-Politik östlichen Verbündeten der UdSSR größeren Spielraum gegenüber Moskau verschafft habe. Gleichzeitig habe aber unsere Menschenrechtspolitik auch Führungen dazu veranlaßt, näher aneinander zu rücken. Ein und die gleiche Politik habe so zentrifugale und zentripetale Tendenzen ausgelöst. In anschließender Diskussion führte UK aus, Ostblock biete eine Fülle solcher Widersprüche. So gehe von inhärenter Instabilität des Ostblocks große Gefahr aus. Gleichzeitig aber läge darin eine Quelle der Stärke für den Westen, und die SU werde zu großer Vorsicht in ihrem Vorgehen veranlaßt.

6) Espace judiciaire

UK sowie im Anschluß auch IRL wiesen nachdrücklich auf Schwierigkeiten hin, denen sich Länder mit „common-law"-Tradition bei allen Versuchen einer

Fortsetzung Fußnote von Seite 956

den, wenn die Gefahr steriler Wiederholungen bestehe. Die Budapester WP-Vorschläge sollten nach Jablonskys Auffassung den KSZE-Prozeß stärken." Vgl. den Schriftbericht Nr. 903; Referat 340, Bd. 110377.

34 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

35 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 3, Anm. 16.

36 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung der Außenminister des Warschauer Pakts am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 329–332.
Zum Vorschlag für eine europäische Konferenz über Fragen der militärischen Entspannung vgl. ferner Dok. 148, Anm. 25.

Rechtsvereinheitlichung in Europa gegenüber sähen.[37] In Auslieferungsfrage müßten britische Experten zur Zeit Bestandsaufnahme aller mit anderen Ländern bestehenden diesbezüglichen Abkommen machen. Vorschlag der Präsidentschaft, Untergruppe zu bilden, die sich in exploratorischer Mission mit der Möglichkeit einer Ausdehnung des espace judiciaire auf den Bereich des Zivilrechts befassen soll, stieß auf Widerstand. D 2 behielt sich deutsche Haltung vor. NL, UK, IRL, DK äußerten starke Vorbehalte.

7) Lateinamerika

Eine vertiefte Diskussion des Berichtes der AG Lateinamerika fand auch dieses Mal nicht statt.[38] Direktoren erzielten auf der Basis französischen Entwurfes Einigung über eine Erklärung zur Lage in Nicaragua.[39]

In der Frage gemeinsamer Demarche zum Problem vermißter Personen in Argentinien äußerte F Zurückhaltung. P[40] bemühe sich zur Zeit um die Freilassung einer Reihe bestimmter Personen und wolle daher stillhalten.[41] Ohnehin hätten die Botschafter aller EG-Staaten bei vom belgischen Botschafter[42] gege-

37 Zu den Bemühungen der EG-Mitgliedstaaten um die Schaffung eines einheitlichen Rechtsraums vgl. Dok. 22, Anm. 19.
Das Bundesministerium der Justiz vermerkte im Juni 1979: „Von französischer Seite wird angestrebt, in den einheitlichen Rechtsraum der EG die Rechtshilfe in Zivilsachen einzubeziehen. In jedem Staat soll eine Zentralbehörde bestimmt werden, über die Rechtshilfeersuchen aller Art abgewickelt werden sollen, und zwar sowohl für den (bilateral oder multilateral) vertraglich festgelegten wie auch für den vertraglosen Verkehr. Der Vorschlag ist auf den ersten Blick bestechend. Die Zentralisierung würde eine stets gleichmäßige Praxis garantieren". Aus Sicht der Bundesrepublik erscheine allerdings Zurückhaltung geboten, denn sie sei durch eine Reihe zwei- und mehrseitiger Vereinbarungen gebunden, von denen einige wiederum nicht nur gegenüber EG-Mitgliedstaaten, sondern auch gegenüber osteuropäischen Staaten gelten würden: „Diese könnten die Forderung stellen, daß ihre Ersuchen ebenfalls über die Zentralstelle des Bundes laufen; sie könnten die Verweisung auf die ‚niedrigere' Ebene der Landesjustizverwaltungen als diskriminierend empfinden. Damit erhebt sich das Berlin-Problem. Die Ostblockstaaten würden Berliner Ersuchen von der Zentralstelle nicht entgegennehmen." Vgl. Referat 200, Bd. 119449.

38 Referat 330 notierte am 19. Juli 1979: „Die AG Lateinamerika hatte sich auf ihrer Sitzung am 23./24. April 1979 insbesondere mit folgenden Themen befaßt: Entwicklung der Militärregierungen und evtl. Probleme für die Neun; die neuen Regierungsmannschaften in Brasilien und Venezuela; die Lage in Mittelamerika, insbesondere in Nicaragua; die Situation in der Karibik. Ein weiteres Thema des Meinungsaustausches war der dem PK schon früher unterbreitete Vorschlag, den lateinamerikanischen Staaten durch eine Erklärung der Neun das besondere Interesse der Gemeinschaft an einer Intensivierung der Beziehungen vor Augen zu führen." Vgl. Referat 200, Bd. 113236.

39 Zur Lage in Nicaragua vgl. Dok. 207.
Das Politische Komitee im Rahmen der EPZ gab am 29. Juni 1979 in Paris eine Erklärung zum Bürgerkrieg in Nicaragua ab. Es forderte eine Ende der kriegerischen Auseinandersetzungen und die Durchführung freier Wahlen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2213 aus Paris (Coreu) vom selben Tag; Referat 331, Bd. 116102.

40 Präsidentschaft.

41 Referat 330 notierte am 16. Juni 1979: „In der Demarche, deren Einzelheiten und zweckmäßige Durchführung (Form und Zeitpunkt) den Botschaftern in Buenos Aires überlassen werden sollten, soll klar zum Ausdruck gebracht werden, daß es sich – soweit nicht Staatsangehörige der Neun (außer Doppelstaatlern) betroffen sind – um ein rein humanitäres Anliegen handelt. [...] Die Demarche muß in Rechnung stellen, daß in einigen Fällen ‚Verschwundene', die offenbar in Geheimlagern in Argentinien gefangengehalten werden, mit Angehörigen zeitweilig Kontakt aufnehmen konnten, der dann später wieder abriß. Eine lautstarke, öffentlich vorgetragene Demarche könnte diese Gefangenen oder ‚Verschwundenen' ganz erheblich gefährden, da die argentinischen Behörden bisher die Existenz derartiger Lager stets geleugnet haben. Die betreffenden argentinischen Stellen könnten dazu neigen, sich bei öffentlicher Behandlung dieses Themas dieser Zeugen zu ‚entledigen'." Vgl. Referat 200, Bd. 113236.

42 Maurice Vaisiere.

benen Essen mit argentinischem Außenminister[43] Auffassung der Neun zu dieser Frage darlegen können.

Stabreit

VS-Bd. 11078 (200)

197

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rückriegel

220-371.85/65-1088/79 geheim **3. Juli 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung vorgelegt

Betr.: SALT II[4]
hier: Amerikanische Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel

Anlg.: 1) Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel[5]
2) Erläuterungen dieser Erklärung bezüglich Cruise Missiles[6]
3) Erläuterungen bezüglich der Weitergabe von Komponenten und der Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung[7]

1) Der amerikanische Ständige Vertreter bei der NATO[8] hat in der Ratssitzung vom 29.6.79[9] die vorher intensiv zwischen den Vereinigten Staaten und uns so-

43 Carlos Washington Pastor.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau und Legationsrat I. Klasse Petersmann am 9. Juli 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 14. August 1979 vorgelegen, der die Rückgabe an Referat 220 verfügte und handschriftlich vermerkte: „R[ücklauf] v[on] BM."

2 Hat Staatssekretär van Well am 8. Juli 1979 vorgelegen.

3 Hat laut handschriftlichem Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron Bundesminister Genscher vorgelegen.

4 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für das amerikanische Papier „Interpretive Statement on Non-Circumvention" vgl. VS-Bd. 11405 (220).
Für den Wortlaut der amerikanischen Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2029, S. 36.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für das amerikanische Papier „Application of the US Interpretive Statement on Non-Circumvention to Cruise Missile Cooperation" vgl. VS-Bd. 11405 (220).

7 Dem Vorgang beigefügt. Für das amerikanische Papier „Application of the US Interpretive Statement on Non-Circumvention to Transfers of Components for Limited Systems and to Cooperation on Research and Development for Limited Systems" vgl. VS-Bd. 11405 (220).

8 William T. Bennett.

9 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 29. Juni 1979 vgl. Dok. 195.

wie im Bündnis konsultierte Interpretationserklärung zur Nichtumgehungsklausel des SALT-II-Vertrages vorgetragen (Anl. 1).

AM Vance beabsichtigt, diese Erklärung in einer öffentlichen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Senats zu Beginn des SALT-Hearings voraussichtlich am 9. Juli abzugeben.[10]

Nach der Bekanntgabe dieser bisher vertraulich behandelten Erklärung könnte der Text von uns in beliebiger Form u. a. zur Unterrichtung des Bundestages verwendet werden. Am 12.7. ist zunächst Information des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle vorgesehen.

Die Erklärung soll der SU nicht offiziell zur Kenntnis gebracht werden. Man geht in Washington davon aus, daß die Sowjetunion aufmerksam die Ratifikationsdebatte verfolgen wird.

2) Die europäischen Bündnispartner, vor allem die Bundesrepublik Deutschland, haben bei den SALT-Konsultationen im Bündnis immer wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen, negative Auswirkungen für die künftige Bündniszusammenarbeit durch die für das SALT-II-Abkommen vorgesehene Nichtumgehungsklausel zu vermeiden.

Es ist vor allem unserem Drängen in bilateralen und Allianzkonsultationen zu verdanken, daß sich die amerikanische Regierung schließlich bereit gefunden hat, vor dem NATO-Rat und dem Senat eine mit den Bündnispartnern abgestimmte Interpretationserklärung abzugeben.

Zusätzlich haben die Amerikaner der Bundesregierung weitere Erläuterungen der Interpretationserklärung betreffend Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Cruise Missiles sowie Weitergabe von Komponenten beschränkter Systeme und Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung im Bereich beschränkter Systeme übergeben (Anl. 2 und 3).

Aus diesem Text geht hervor, daß der für die Rüstungszusammenarbeit der Allianz erforderliche Technologietransfer vom Abkommen nicht eingeschränkt wird. Lediglich die Weitergabe von Systemen, die den USA selbst verboten sind, und von Bauteilen und Forschungsergebnissen, die ausschließlich für diese verbotenen Systeme bestimmt sind, werden durch die Nichtumgehungsklausel untersagt. Grundsätzlich werde eine Bündniszusammenarbeit über Technologien, die nicht nur für verbotene Systeme Verwendung finden, durch die o. a. Klausel nicht ausgeschlossen.

Mit diesen schriftlichen Erläuterungen haben die USA hiesigen Erachtens in ausreichender Weise zur Erklärung der von uns gestellten Fragen, die in der Interpretationserklärung selbst nicht beantwortet wurden, beigetragen.

Unsere Bedenken hinsichtlich der Möglichkeit sowjetischer Versuche, aufgrund der Nichtumgehungsklausel ein „droit de regard" bei künftiger Bündniszusammenarbeit zu beanspruchen, sind zwar nicht ganz ausgeräumt, aber wir haben schließlich unseren amerikanischen Gesprächspartnern erklärt, daß wir die

[10] Für den Wortlaut der Ausführungen des amerikanischen Außenministers Vance vor dem Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten des Senats am 9. Juli 1979 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2029, S. 30–37.

vereinbarte Nichtumgehungsklausel in Anbetracht der zugesagten Interpretationserklärung hinnehmen könnten.

3) Botschafter Pauls hat im NATO-Rat im Anschluß an die Abgabe der amerikanischen Interpretationserklärung am 29. Juni nachstehende Stellungnahme abgegeben, in der wir unsere Bewertung der Nichtumgehungsproblematik noch einmal zusammengefaßt haben:

- Wir begrüßen die interpretative Erklärung zur Nichtumgehungsklausel des Art. XII, vor allem weil sie eine praktisch ungehinderte, fortlaufende militärische und technologische Bündniszusammenarbeit zusichert.
- Wir sehen in dieser Erklärung ein geeignetes Instrument, um von vornherein etwaigen sowjetischen Versuchen vorzubeugen, unter Berufung auf Art. XII ein „droit de regard" in Anspruch zu nehmen und auf die interne militärische und technologische Bündniszusammenarbeit Einfluß zu nehmen.
- Die amerikanische Erklärung stellt sicher, daß
  - die Nichtumgehungsklausel keine über den völkerrechtlichen Grundsatz „pacta sunt servanda" hinausgehende Verpflichtung darstellt und daß insbesondere nicht das Prinzip einer generellen extensiven Auslegung vertraglicher Verpflichtungen eingeführt werden soll.
    Es bleibt nach unserer Auffassung der allgemeine Auslegungsgrundsatz erhalten: „Was nicht ausdrücklich verboten ist, ist erlaubt."
  - neben den Vertragsparteien Dritte nicht gebunden werden.
    (Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die amerikanische Entschlossenheit, alle sowjetischen Versuche zurückzuweisen, mit Hilfe der NC-Klausel Druck auf die Bündnispartner auszuüben.)
  - die fortlaufende nukleare und konventionelle Zusammenarbeit im Bündnis nicht beeinträchtigt wird und insbesondere der Transfer von nicht durch SALT II limitierten bzw. verbotenen Systemen und Systemteilen sowie technischen Beschreibungen und Plänen gesichert bleibt. Die Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung, z.B. auf dem Gebiet der Cruise Missiles, wird nicht berührt. Die Nichtumgehungsklausel gestattet demnach keine Interpretation im Sinne eines Transferverbots.
- Wir sind im übrigen der Auffassung, daß die Tatsache, daß eine Nichtumgehungsklausel in das SALT-II-Abkommen aufgenommen worden ist, nicht als Präzedenzfall für künftige Rüstungskontrollabkommen angesehen werden kann.

Wir beabsichtigen, die Elemente dieser Erklärung auch bei künftigen Erläuterungen des SALT-Vertragswerks in der Öffentlichkeit zu verwenden und dabei auch darauf hinzuweisen, daß es der Bundesrepublik in intensiven Konsultationen gelungen ist, die rechtliche und politische Tragweite des Art. XII des SALT-II-Vertrages klarer zu machen.

Besonders positiv werten wir, daß die USA ihre Entschlossenheit bekundet haben, alle sowjetischen Versuche zurückzuweisen, mit Hilfe der Nichtumgehungsklausel politischen Druck auf ihre Bündnispartner auszuüben.

4) Generalsekretär Luns hat nach der Sitzung des NATO-Rats am 29. Juni eine in der Allianz abgestimmte Erklärung abgegeben, in der es abschließend heißt:

„Die Bündnispartner haben von den Vereinigten Staaten von Nordamerika die von ihnen begrüßte klare Zusage erhalten, daß die nukleare und konventionelle Zusammenarbeit zwischen den Alliierten fortgesetzt werden kann und fortgesetzt werden wird."[11]

Abteilung 5 hat mitgezeichnet.

Rückriegel

VS-Bd. 11405 (220)

198

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll

012-312.74 **3. Juli 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 78 Ortez **Aufgabe: 4. Juli 1979, 09.58 Uhr**

Zum Wirtschaftsgipfel in Tokio am 28./29. Juni 1979

I. 1) Der fünfte Weltwirtschaftsgipfel in Tokio stand im Zeichen der angespannten Versorgungslage bei Erdöl und der sich daraus ergebenden Belastungen für die Weltwirtschaft. Das Ergebnis des Gipfels ist insgesamt als befriedigend zu bezeichnen. Über die Notwendigkeit, den Anteil des Erdöls an der Energieversorgung zurückzudrängen und verstärkt Energie zu sparen, gab es keine Meinungsverschiedenheiten. Auch über die negativen Wirkungen der jüngsten Ölpreiserhöhungen[2] auf Wachstum, Beschäftigung und Preise war man sich einig. Auf dieser Basis ging die Diskussion im wesentlichen darum, ob Globalziele – wie die der EG[3] – länderspezifisch aufgegliedert und ob kurzfristige durch längerfristige Ziele ergänzt werden müßten. Das Ergebnis war ein Kompromiß, bei dessen Durchführung es darauf ankommen wird, den Grundkonsens in die Tat umzusetzen.

Positiv ist zu werten, daß der Gipfel

a) das Gefühl gegenseitiger Abhängigkeit angesichts drückender Ölverknappung und wachsender Unsicherheit über die Entwicklung der Weltwirtschaft gestärkt,

b) die Solidarität der Teilnehmer in schwierigen Situationen unter Beweis gestellt,

11 Für den Wortlaut der Erklärung des NATO-Generalsekretärs Luns vom 29. Juni 1979 vgl. NATO REVIEW, August 1979, S. 4.

1 Durchdruck.

2 Vgl. dazu die Beschlüsse der Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten vom 26. bis 28. Juni 1979 in Genf; Dok. 179, Anm. 3.

3 Vgl. dazu die Beschlüsse des Europäischen Rats am 12./13. März 1979 in Paris bzw. am 21./22. Juni 1979 in Straßburg zur Energiepolitik; Dok. 83 bzw. Dok. 190.

c) die wichtige und konstruktive Rolle, welche die EG – durch französische Präsidentschaft[4] und Kommissionspräsidenten[5] vertreten – in der Zusammenarbeit der westlichen IL spielt, erneut deutlich gemacht,

d) die Verantwortung gegenüber den EL bekräftigt und

e) die Bedeutung Japans in der Welt augenfällig gemacht hat.

Energiepolitisch wird der Gipfel den Bemühungen um Energieeinsparung und um die Umschichtung der Energienachfrage auf andere Energiequellen als Erdöl neue Impulse verleihen. Wirtschaftspolitisch bedeuten die Beschlüsse des Gipfels eine Eingrenzung der Risiken, die sich aus den steigenden Ölpreisen für die Weltwirtschaft ergeben.

2) Der Gipfel war sich bewußt, daß jeder Versuch zur Lösung die Probleme der Entwicklungsländer einbeziehen muß. Trotz der Belastungen aus den jüngsten Ölpreissteigerungen haben die Teilnehmer am Gipfel anerkannt, daß der Kapitalzufluß in die EL gesteigert werden muß. Der Gipfel hat in diesem Zusammenhang die Verantwortung der OPEC-Länder hervorgehoben und festgestellt, daß die jüngsten Ölpreiserhöhungen die Schwierigkeiten der IL bei der Unterstützung der EL beträchtlich erhöht haben.

3) Die Gipfelbeschlüsse bedeuten keine Präjudizierung unserer EG-Partner, die in Tokio nicht vertreten waren. Amerikanische und japanische Versuche, den Wirtschaftsgipfel durch nachgeordnete Gremien zu institutionalisieren, konnten abgewehrt werden.

Die Erörterungen waren sachbezogen und spielten sich stets in einer von gegenseitigem Vertrauen geprägten Atmosphäre ab. Die japanischen Gastgeber hatten für eine perfekte Organisation gesorgt. Der Bundeskanzler war von den BM des Auswärtigen, der Finanzen[6] und für Wirtschaft[7] begleitet.

II. 1) Die Energiediskussion des Gipfels bewegte sich im übrigen auf der vom ER am 21./22. Juni in Straßburg vorgezeichneten Linie. Die von der Gemeinschaft vorgeschlagene Registrierung der Erdöleinfuhren wurde akzeptiert, die Notwendigkeit intensiver Energieeinsparung betont, der verstärkte Einsatz von Kohle und Kernenergie als unumgänglich bezeichnet. Ähnlich wie der ER fordert auch der Gipfel vermehrte Anstrengungen zur Entwicklung neuer Energiequellen. Auf amerikanischen Wunsch soll eine mit der OECD, der IEA und anderen internationalen Organisationen verbundene internationale Technologiegruppe mit dem Ziel gegründet werden, Notwendigkeit und Möglichkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zur Förderung neuer Energietechnologien zu prüfen. Die deutsche Initiative zur Erörterung von Fragen der Reaktorsicherheit[8] in der Internationalen Atomenergiebehörde fand durch den Hinweis auf die Schlüsselrolle dieser Organisation Unterstützung.

2) Einen relativ breiten Raum nahm die Erörterung der Öleinfuhrziele ein. Für 1980 werden die USA, Japan und Kanada ihre Einfuhren auf das nach den IEA-

4 Frankreich hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.
5 Roy Jenkins.
6 Hans Matthöfer.
7 Otto Graf Lambsdorff.
8 Zur Initiative des Bundeskanzlers Schmidt in der Frage der Reaktorsicherheit vgl. Dok. 141.

Energiebeschlüssen[9] vorgesehene Niveau für 1979 begrenzen. Die USA haben sich darüber hinaus verpflichtet, 1985 die Einfuhren auf der für 1979 angestrebten Höhe von 8,5 Mio. Faß pro Tag zu halten, während Japan als Ziel für 1985 Einfuhren in Höhe von 6,3 bis 6,9 Mio. Faß akzeptierte. Wegen des starken Rückgangs der kanadischen Ölproduktion in den kommenden Jahren wurde Kanada eine Ölverbrauchszuwachsrate bis 1985 von jährlich im Durchschnitt einem Prozent zugestanden. Die in Tokio vertretenen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft haben es übernommen, sich in der EG für einzelstaatliche jährliche Beiträge zum Globalziel der Gemeinschaft (Einfuhren 1980–1985 auf Stand 1978) einzusetzen.

Das Bekenntnis zu weltmarktgerechten Verbraucherpreisen und die Absage an neue Subventionen, die preistreibend wirken könnten, zielt in erster Linie auf die USA.[10] Käufe zur staatlichen Lagerhaltung sollen unterbleiben, wenn sie einen unerwünschten Preissteigerungseffekt haben würden.

Der Gipfel hat die Beschlüsse der OPEC vom 28.6.79 wegen ihrer ernsten wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen – vor allem auch auf die EL – bedauert. Gleichwohl hat er sich bereit erklärt, mit den Ölproduzenten einen Dialog über Angebot und Nachfrage auf dem Ölmarkt zu führen.

4) Die wirtschaftspolitische Diskussion drehte sich im wesentlichen um die Auswirkungen der jüngsten Ölpreiserhöhungen auf Wachstum, Preise, Beschäftigung und Leistungsbilanzen. Der Gipfel sprach sich für eine Verbesserung der langfristigen Produktivität und der wirtschaftlichen Anpassungsfähigkeit aus. Versuchen, die aus höheren Ölpreisen folgenden realen Einkommensverluste durch nominale Einkommenssteigerungen auszugleichen, erteilte er eine Absage.

5) Die Nord-Süd-Beziehungen stellte der Gipfel unter die doppelte Perspektive der stärkeren Eingliederung der EL in das offene Welthandelssystem und der Anpassung der IL an den Strukturwandel der Weltwirtschaft. Verantwortung und Partnerschaft sind Voraussetzungen für die Lösung der Probleme. Besonderen Nachdruck legte der Gipfel auf die Zusammenarbeit mit den EL bei der Überwindung von Hunger und Unterernährung und auf die Unterstützung der EL bei der Nutzung ihres Energiepotentials. Die RGW-Länder wurden erneut aufgefordert, ihren Teil zur Entwicklungshilfe beizutragen.

6) Die Erörterung von Handels- und Währungsfragen trat in Tokio in den Hintergrund. Die Gipfelteilnehmer würdigten jedoch das Ergebnis der multilateralen Handelsverhandlungen[11], verpflichteten sich auf eine baldige und gewis-

[9] Zu den Beschlüssen des Verwaltungsrats der Internationalen Energieagentur vom 2. März 1979 vgl. Dok. 83, Anm. 6.

[10] Zu den Subventionsmaßnahmen der USA bei der Einfuhr von Mitteldestillaten vgl. Dok. 157, Anm. 5.

[11] In der Presse wurde berichtet: „In einer Atmosphäre hektischer Geschäftigkeit haben die wichtigsten Partner des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) gestern versucht, einen Schlußstrich unter ihre mehrjährigen Verhandlungen zur Liberalisierung des Welthandels zu ziehen. [...] Bei der Paraphierung des Verhandlungsergebnisses – streng genommen handelt es sich nur um eine Beglaubigung der Texte ohne rechtliche Bindungen – wird die Gemeinschaft zwei wichtige Vorbehalte einlegen: Erstens macht sie ihre Bereitschaft zur Einhaltung der vereinbarten Zollsenkungen von einer Überprüfung der wirtschaftlichen Lage nach Ablauf der ersten fünfjährigen Zollsenkungsperiode abhängig. Zweitens will sie ihren Verpflichtungen zu Zollsenkungen erst dann nachkommen, wenn alle übrigen GATT-Partner die Ergebnisse der Verhandlungen in nationales Recht umgesetzt haben. [...] Folgende Ergebnisse wurden in den Verhandlungen bisher erreicht: Zölle:

senhafte Durchführung und erteilten dem Protektionismus erneut eine Absage. Der Gipfel sprach sich für eine Stärkung sowohl des GATT wie des Internationalen Währungsfonds aus und betonte die Bedeutung stabiler Devisenmärkte für die gesunde Entwicklung der Weltwirtschaft. Er würdigte in diesem Zusammenhang nicht nur das amerikanische Programm zur Dollarstützung vom 1. November 1978[12], sondern auch die Gründung des Europäischen Währungssystems[13].

III. Der Gipfel gab eine Erklärung zum Problem der Indochina-Flüchtlinge ab, in der Vietnam und die anderen Staaten Indochinas aufgefordert werden, dem Leiden der Flüchtlinge ein Ende zu setzen und die ungeregelte Fluchtbewegung zu beenden.[14] Die Erklärung verspricht eine vermehrte Hilfe für die Flüchtlinge. Der Generalsekretär der VN[15] wird gebeten, sobald wie möglich eine Konferenz einzuberufen.[16] Alle Staaten sollen sich an der Lösung des Flüchtlingsproblems beteiligen.

Der japanische PM Ohira hat ferner als Vorsitzender des Gipfels im Auftrag aller Teilnehmer seine Genugtuung zum Ausdruck gebracht, daß die Bonner Erklärung über Maßnahmen im Falle von Flugzeugentführungen[17] weite Unterstützung gefunden hat.

IV. Der Text des Gipfelkommuniqués wird im Bulletin Nr. 87 veröffentlicht.[18]

Boll[19]

Referat 012, Bd. 111777

Fortsetzung Fußnote von Seite 964

Für die Europäische Gemeinschaft betragen die durchschnittlichen Zollsenkungen zwischen 22 und 20 Prozent (in USA werden sie durchschnittlich um ein Drittel und in Japan um ein Viertel reduziert). [...] Begonnen werden soll mit der Zollsenkung, die in zwei Etappen erfolgt, am 1. Januar 1980, im Textil-, Stahl- und Keramikbereich jedoch erst zum Jahresbeginn 1982. Wie die Vereinigten Staaten hat auch die Europäische Gemeinschaft im Textilsektor einen Vorbehalt eingelegt. Nichttarifäre Handelshemmnisse: [...] Immerhin haben sich alle Welthandelspartner darauf verständigt, daß Ausgleichszölle in Zukunft als Gegenmaßnahme gegen Subventionen nur zulässig sein sollen, wenn ein Schadensnachweis erbracht werden kann. Außerdem wurde die GATT-Liste verbotener Exportsubventionen aktualisiert. In diesem Bereich sind die USA auf die Linie der EG eingeschwenkt." Vgl. den Artikel „Bonn bewertet das Ergebnis der GATT-Verhandlungen positiv"; DIE WELT vom 12. April 1979, S. 13.

12 Zum währungspolitischen Programm der amerikanischen Regierung vom 1. November 1978 vgl. Dok. 2, Anm. 7.

13 Zum Inkrafttreten des Europäischen Währungssystems am 13. März 1979 vgl. Dok. 83.

14 Für den Wortlaut der „Besonderen Erklärung über die Indochina-Flüchtlinge", die auf dem Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio abgegeben wurde, vgl. BULLETIN 1979, S. 820.

15 Kurt Waldheim.

16 Am 20./21. Juli 1979 fand in Genf eine internationale Konferenz über das Flüchtlingsproblem in Südostasien statt. Vgl. dazu Dok. 206, Anm. 17.

17 Für den Wortlaut der Erklärung der Teilnehmer des Weltwirtschaftsgipfels am 16./17. Juli 1978 in Bonn zu Flugzeugentführungen vgl. BULLETIN 1978, S. 766.
Für den Wortlaut der Erklärung des japanischen Ministerpräsidenten Ohira vom 29. Juni 1979 in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Weltwirtschaftsgipfels am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. BULLETIN 1979, S. 820.

18 Vgl. BULLETIN 1979, S. 816–818.

19 Paraphe.

199

Botschafter Diehl, Tokio, an das Auswärtige Amt

114-2262/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 3. Juli 1979, 17.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 950 **Ankunft: 3. Juli 1979, 11.26 Uhr**

Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Ohira am 27.6.79 – 14.40 bis 15.55 Uhr

Bezug: DB Nr. 948 vom 3.7.79 – Wi 401 VS-v[2]

Nachstehend wird die von LR I Dr. Schulte gefertigte Aufzeichnung über das Gespräch übermittelt:

PM Ohira bat den Bundeskanzler eingangs um seinen Rat und seine Kooperation für den bevorstehenden Gipfel[3].

Der Bundeskanzler erwiderte, die deutsche Seite werde nach Kräften daran mitarbeiten, daß die Konferenz zu einem Erfolg werde. Er habe den Eindruck, daß die Situation entspannter sei als vor dem Bonner Gipfel[4]. Damals hätte es Versuche gegeben, Japan und Deutschland in die Ecke zu drängen. Beide Staaten hätten in Bonn jedoch gut kooperiert, und dies werde auch in den nächsten beiden Tagen der Fall sein.

Hinsichtlich des Energiethemas seien dreierlei Notwendigkeiten zu berücksichtigen.

1) Die Notwendigkeit, der gesamten Welt und der Weltwirtschaft im ganzen zu nutzen. Dies rangiere vor allem anderen.

2) Mehrere der Regierungen der sieben Gipfelländer bedürften der Hilfe einer Gipfelerklärung zur Überwindung innenpolitischer Schwierigkeiten. Z.B. sei die Autorität einer solchen Erklärung erforderlich, um Maßnahmen zur Einsparung von Energie und besonders von Erdöl durchzusetzen. Carter benötige eine derartige Hilfe in seiner Auseinandersetzung mit den Umweltschützern über die Ausdehnung der Kohleförderung auf amerikanischem Boden und für die verstärkte Erschließung von Ölressourcen in seinem Lande. Die Bundesrepublik brauche Unterstützung zwecks Überwindung von Emotionen und Befürchtungen hinsichtlich des unbedingt notwendigen Ausbaus der Kernkrafterzeugung.

[1] Hat Vortragendem Legationsrat Gerster am 3. Juli 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Blech verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] Seiten 3, 4 und 5 am Ende." Vgl. Anm. 8, 14, 17 und 19.
Hat Blech vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[err]n RL 201 wie bespr[ochen]" und „H[err]n Dg 22 i[n] V[ertretung]".
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 5. Juli 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 18. Juli 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Daerr „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Daerr am 19. Juli 1979 vorgelegen.

[2] Botschafter Diehl, Tokio, übermittelte den Wortlaut des letzten Absatzes der Aufzeichnung über das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Ohira am 27. Juni 1979 in Tokio. Vgl. dazu VS-Bd. 11189 (341); B 150, Aktenkopien 1979.

[3] Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

[4] Am 16./17. Juli 1978 fand in Bonn ein Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 225.

3) Einige Präsidenten oder Regierungschefs der Gipfelländer spürten deutlich die Notwendigkeit, der öffentlichen Meinung ihrer Länder positive Ergebnisse des Gipfels präsentieren zu können. Nach seiner Ansicht gelte dies besonders für die USA, was er durchaus verstehe.

Andererseits müsse der Erfolg gleich verteilt sein. Seiner Ansicht nach dürften Japan oder die Bundesrepublik nicht zulassen, daß man nach dem Gipfel in Washington sagen könne, man hätte alles Gewünschte erreicht, Japan und Deutschland dagegen mit leeren Händen ausgingen. Beide Länder müßten besonders in der Frage des Erdöls (Verbrauch, Ein- und Ausfuhr) sehr vorsichtig sein. Die „period of reference" sei so festzulegen, daß sie Japan und Deutschland nicht zum Nachteil gereiche.

Der Bundeskanzler erkundigte sich nach dem Zeitplan des ersten Konferenztages. Ohira antwortete, er denke daran, am Vormittag die Entwicklung seit Bonn zu beraten und am Nachmittag die Diskussion des Energiethemas zu beginnen.

Anschließend bat der Bundeskanzler PM Ohira um eine kurze Darstellung der Situation in Ostasien, einschließlich der chinesisch-sowjetischen Konfrontation, sowie in Südasien, besonders der Lage in Indochina aus japanischer Sicht.

PM Ohira betonte, daß der Konflikt auf der indochinesischen Halbinsel[5] noch nicht gelöst sei. Es sei zwar gegenwärtig dort relativ ruhig, doch eine zweite „Bestrafung" der Vietnamesen seitens Chinas sei nicht auszuschließen. Nach seiner Ansicht verhielten die Vietnamesen sich vorsichtig und achteten darauf, nicht den Eindruck zu erwecken, sie seien von der SU abhängig. Japan habe China, Vietnam und die SU zur Besonnenheit aufgerufen. Vor allem habe man Vietnam aufgefordert, nicht noch mehr Flüchtlinge aus dem Lande zu lassen. Das Flüchtlingsproblem[6] sei Anlaß zu großer Sorge, da die Situation sehr ernst geworden sei.

Es sei zu überlegen, ob die Teilnehmer der Gipfelkonferenz nicht eine richtungsweisende Erklärung zum Flüchtlingsproblem veröffentlichen sollten.[7] Die Amerikaner arbeiteten an einem Textvorschlag.

Zu ASEAN sei zu sagen, daß deren Mitgliedstaaten ein relativ hohes Wirtschaftswachstum und einen hohen Grad der Stabilität erreicht hätten. Auch um ihre Solidarität sei es gut bestellt. Japan betrachte die ASEAN-Gruppe als Eckstein der Stabilität in der Region.

Der Bundeskanzler verwies auf das erfolgreiche Treffen der [8]Außenminister der EG- und ASEAN-Staaten[9]. Dabei sei AM Genscher zu Schlußfolgerungen gelangt, die sich mit dem Ergebnis der japanischen Analyse deckten. Über die Behandlung der Flüchtlingsfrage müsse man sich eingehender verständigen, um zu einem substantiellen Übereinkommen zu gelangen. Die Bundesrepublik sei zur Hilfe bereit.

5 Zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg vgl. Dok. 100, Anm. 7.

6 Zu den „Indochina-Flüchtlingen" vgl. Dok. 5, Anm. 33.

7 Für den Wortlaut der „Besonderen Erklärung über die Indochina-Flüchtlinge", die auf dem Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio abgegeben wurde, vgl. BULLETIN 1979, S. 820.

8 Beginn der Seite 3 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

9 Am 20./21. November 1978 fand in Brüssel eine Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 353.

Der Bundeskanzler sagte, er wolle gerne über sein Treffen mit Kossygin und Gromyko in Moskau[10] berichten. Es sei in dreifacher Hinsicht bedeutsam und aufschlußreich gewesen:

1) Es sei offenkundig, daß die Besorgnis der sowjetischen Führung hinsichtlich der Außenpolitik und Strategie der Chinesen nach wie vor stark ausgeprägt sei und sehr tief reiche, doch bemühten sich die Sowjets, dies besser als in der Vergangenheit zu verbergen. So fänden zwar Gespräche mit den Chinesen auf Staatssekretärsebene statt, doch sei es klar, daß die Sowjets sich davon keinen echten Fortschritt erwarteten.[11] AM Gromyko habe gesagt, es sei ihm durchaus recht, wenn die japanische Seite hiervon erfahre.

2) Die Russen machten sich Sorgen, daß SALT II[12] von den Amerikanern möglicherweise nicht ratifiziert werde. Für diesen Fall rechneten sie mit einer „destabilisation" ihrer „major strategic line". Er habe daraufhin betont, daß die Bundesrepublik sich weiterhin bemühen werde, zur Verwirklichung der Ratifizierung beizutragen. Seiner Ansicht nach entspreche SALT II den Interessen der Bundesrepublik und auch Japans.

3) Ein Punkt, der seiner Auffassung nach für Japan genauso wichtig sei wie für Deutschland, sei die Frage der Grauzonen. Hier gäben vor allem die strategischen Mittelstreckenraketen und -Bombenflugzeuge Anlaß zur Sorge, da die beiden SALT-Verträge[13] sich hierauf nicht erstreckten. Entsprechend habe er Kossygin und Gromyko gegenüber auf die wachsende deutsche Sorge hinsichtlich der russischen Aufrüstung auf diesem Gebiet hingewiesen, aber seine russischen Partner hätten vorgegeben, auf diesem Ohr schwerhörig zu sein. Er habe den deutschen Standpunkt dargelegt, daß für Waffen mittlerer Reichweite, jedoch von strategischer Bedeutung, in SALT III eine angemessene Regelung gefunden werden müßte. Andernfalls sei es unvermeidlich, daß der Westen sich bemühe, auf diesem Gebiet mit den Russen gleichzuziehen. Die Sowjets seien jedoch nicht bereit gewesen, hierüber zu diskutieren. Sie hätten nur angedeutet, daß sie auch gegen das chinesische Nuklearpotential gewappnet sein müssen. Ferner hätten sie generell darauf hingewiesen, daß nach ihrer Vorstellung alle Nuklearmächte an SALT III beteiligt werden müßten. Seine Frage, ob sich das auch auf Frankreich, [14]Großbritannien und China beziehe, sei bejaht worden.

Zusammenfassend sei zu sagen, daß er noch kein klares Bild darüber gewonnen habe, ob es in Wien[15] über die künftige Behandlung der Mittelstrecken-

10 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

11 Zu den Gesprächen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China über eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen vgl. Dok. 188, Anm. 13.

12 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

13 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

14 Beginn der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

15 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

waffen nun zu einem Einvernehmen zwischen den Russen und den Amerikanern gekommen sei oder nicht. Nach seiner persönlichen Auffassung könne aus diesen Waffen in den 80er Jahren eine Bedrohung für bzw. ein Mittel zur Druckausübung auf Regionen wie Westeuropa, den Mittelmeerraum, Afrika, Pakistan, Südostasien und Japan entstehen. Seiner Ansicht nach sei die Zeit für einen verschwiegenen und substantiellen deutsch-japanischen Meinungsaustausch über diese Probleme gekommen. Herr MD Dr. Ruhfus stehe hier oder in Bonn für eine detaillierte Information zur Verfügung. Er habe den Eindruck gewonnen, daß wegen des Gesundheitszustandes von Breschnew Kossygin sich darauf vorbereite, für einen mittleren Zeitraum dessen Aufgaben de facto zu übernehmen.

PM Ohira betonte, auch er sehe die Notwendigkeit, daß Japan sich in Zukunft stärker mit dem Problem der Grauzonen befassen müsse. Es gebe gewiß viele Dinge auf diesem Gebiet, wo man von der Bundesrepublik Informationen erhalten könne.

Der Bundeskanzler verwies auf die zahlreichen deutschen Besuche in Tokio während der letzten beiden Jahre. Der Bundeskanzler wiederholte seine Einladung zu einem offiziellen Besuch des japanischen Premierministers in Bonn.[16]

PM Ohira bedankte sich und sagte zu, die Möglichkeiten für einen solchen Besuch, den er gerne machen würde, so bald als möglich zu prüfen.

Der Bundeskanzler betonte, es liege im beiderseitigen Interesse, der Welt zu zeigen, daß Deutschland und Japan auf den Gebieten der Wirtschaft, Politik und Kultur eng zusammenarbeiten. Neben den guten politischen und segensreichen wirtschaftlichen Beziehungen gebe es in Deutschland noch ein großes Potential an Interesse für Japan, das genutzt werden sollte. Er denke hierbei vor allem an die Errichtung eines japanischen Kulturzentrums in Berlin.

PM Ohira versprach die wohlwollende Prüfung dieses Vorschlags und machte sich eine Notiz.

Anschließend bat er um Verständnis und Kooperation bei der Erörterung der Fragen des Erdöls und der Entwicklungsländer auf dem Gipfel.

Bei Erdöl gehe es seiner Ansicht nach vor allem um die folgenden vier Prinzipien:

1) Es sei sehr wichtig, daß die Gipfelländer ihren Erdölverbrauch einschränkten, denn nur so könne man den Ölproduzenten und der ganzen Welt demonstrieren, daß man [17]es ernst meine, und neues Vertrauen gewinnen.

2) Die Festlegung bestimmter Importziele für einzelne Länder sollte ernsthaft erwogen werden. Andererseits müsse vermieden werden, in dieser Hinsicht zu hohe Forderungen zu stellen, denn dies könne leicht zu panikartigen Reaktionen führen.

(Der Bundeskanzler warf ein, daß man auch nicht diejenigen bestrafen könne, die sich erfolgreich um ein hohes Wachstum bemüht hätten.)

16 Ministerpräsident Ohira hielt sich vom 8. bis 10. Mai 1980 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 9. Mai 1980 vgl. die Gesprächsaufzeichnung; AAPD 1980.

17 Beginn der Seite 5 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

3) Als Zeitrahmen („time frame") für die Festlegung von Importzielen halte er (Ohira) die Jahre 79/80 für angemessen.

4) Die Belastungen müßten gerecht auf alle Betroffenen verteilt werden.

5) Ohira sagte, er müsse als Chairman darauf bedacht sein, einen Konsensus zu erreichen, und könne deshalb das japanische Eigeninteresse nicht mit der nötigen Kraft vertreten. Er hoffe auf unsere Unterstützung.

Das Problem der Entwicklungsländer sei bereits in Bonn diskutiert worden, dennoch sei es nach dem dortigen Gipfel wieder mehr in den Hintergrund getreten. Er halte es deswegen für besonders wichtig, diese Diskussion in Tokio wieder aufzunehmen, und sehe ihr mit großem Interesse entgegen. Er hoffe, daß man das Thema am 29. morgens behandeln könne.

Die Frage (PM Ohiras), ob die Bundesrepublik bereit sei, der Festsetzung von Höchstmengen für den Ölimport nicht für die EG als Gesamtheit, sondern für jeden Mitgliedstaat zuzustimmen, beantwortete der Bundeskanzler dahingehend, daß er sich bereits in Straßburg gegen ein solches Verfahren ausgesprochen und sich an seiner Haltung nichts geändert habe. Er hoffe, daß Japan uns nicht unter Druck setzen werde.

Der Bundeskanzler kam noch einmal auf die Einladung Ohiras in die Bundesrepublik zurück.

Er verwies auf die Bundestagswahlen im Herbst 1980.[18] Deshalb sei es am besten, wenn der Besuch PM Ohiras in Bonn vor dem Beginn der Sommerpause nächsten Jahres stattfinden würde.

PM Ohira erwiderte, er wolle die Bundesrepublik gern während dieser Zeit besuchen, wenn die Lebensdauer seines Kabinetts dies gestatte.

Abschließend sagte der Bundeskanzler, er gehe davon aus, daß Japan auch in seinen Beziehungen zur DDR das Wahldatum im Auge behalten und der Bundesrepublik keine Schwierigkeiten bereiten werde.[19]

[gez.] Diehl

VS-Bd. 10461 (201)

18 Am 5. Oktober 1980 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

19 Der Passus „Japan ... werde" wurde von Vortragendem Legationsrat Gerster hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Betr[ifft] Besuchswunsch Honeckers (nach Japan)." Vgl. Anm. 1. Vgl. dazu die Haltung der Bundesregierung zum Wunsch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, Japan zu besuchen; Dok. 57.

200

Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-2306/79 geheim
Fernschreiben Nr. 423
Cito

Aufgabe: 5. Juli 1979, 19.00 Uhr[1]
Ankunft: 5. Juli 1979, 21.24 Uhr

Betr.: MBFR;
hier: Lage der MBFR-Verhandlungen nach dem Wiener Gipfel[2] und dem östlichen Vorschlag vom 28.6.1979[3]

Bezug: a) DB Nr. 399 vom 21.6.79 – 371.80 – 231/79 geheim[4]
b) DB Nr. 414 vom 27.6.79 – 372.20-40 – 253/79 geheim[5]

I. Lage

1) Mit der sowjetischen MBFR-Ouvertüre vor und während des Wiener Gipfels und durch seine Vorschläge vom 28.6.79 hat der Osten Schritte unternommen, die die Verhandlungen über den derzeitigen toten Punkt hinausführen sollen.

1 Hat Ministerialdirektor Blech vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 17. Juli 1979 vorgelegen.

2 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

3 Ministerialdirektor Blech notierte am 27. Juni 1979: „In der informellen Sitzung am 26. Juni hat der Osten einen neuen Vorschlag zur Kollektivität vorgetragen, der in der Plenarsitzung am 28. Juni formell eingeführt werden soll. Dieser Vorschlag [...] enthält folgende Elemente: Verpflichtung aller Teilnehmer in einem Phase-I-Abkommen zur Verminderung der Landstreitkräfte bis zur übereinstimmenden kollektiven Höchststärke von 700 000 und Verpflichtung jedes einzelnen, einen ‚substantial commensurate' Beitrag zu übernehmen. Die Reduzierungen jedes einzelnen Teilnehmers sollen der Stärke seiner Streitkräfte im Raum der Reduzierungen proportional sein (wobei offengelassen wird, in welcher Form dieses Kriterium verbindlich gemacht werden soll). Der genaue Reduzierungsumfang wird von jedem einzelnen Teilnehmer individuell im Rahmen seiner Allianz entschieden, vor der Unterzeichnung eines Phase-I-Abkommens allen anderen Teilnehmern gegenüber notifiziert und darf bis zur Herstellung der übereinstimmenden kollektiven Höchststärke nicht abgeändert werden. USA und SU sollen in einer ersten Phase den größeren Teil der auf sie entfallenden Gesamtreduzierungen in einem nur zwischen ihnen zu vereinbarenden und verbindlichen Umfang vornehmen." Vgl. VS-Bd. 11493 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), teilte mit, er sei am 19. Juni 1979 vom Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation, Dean, über die Gespräche zu MBFR beim Treffen des Präsidenten Carter mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 15. bis 18. Juni 1979 in Wien unterrichtet worden: „Dean bezeichnete das Ergebnis des Gipfels auf dem MBFR-Sektor als enttäuschend, aber nicht vollkommen negativ. Die Amerikaner hätten eine große Anstrengung unternommen, in der Datenfrage voranzukommen. Dabei hätten sie als Anreiz geboten, die Dateneinigung zunächst auf die in Phase I betroffenen Truppen zu beschränken und auch eine gewisse Flexibilität über den Umfang der Phase-I-Reduzierungen walten zu lassen. Der Osten habe sich an das Muster der Washingtoner Sondierungen gehalten und lediglich Flexibilität über den Umfang von Phase-I-Reduzierungen erkennen lassen." Vgl. VS-Bd. 11434 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete, die Ad-hoc-Gruppe habe am 27. Juni 1979 über den Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom Vortag diskutiert. Es habe Einvernehmen in folgenden Punkten bestanden: „Östlicher Vorschlag führe im Endergebnis zu Reduzierungen gleichen Prozentsatzes und gehe nicht von der Forderung nach individuellen Reduzierungsverpflichtungen ab. Vorschlag suche Datendiskussion aus dem Wege zu gehen, möglicherweise unter dem Druck der westlichen Datenstrategie." Vgl. VS-Bd. 11493 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

Beim Gipfel wollte die SU durch ein bilaterales Reduzierungsabkommen mit den USA ein erstes rasch sichtbares und als Initialzündung für einen Reduzierungsprozeß wirkendes Ergebnis erreichen. Dabei hat sie sich weitgehend an ihr vorher in Washington sondiertes Modell gehalten.[6] Sie hat in Wien jedoch, und zwar eindeutiger als in Washington, Flexibilität nur hinsichtlich des Umfanges der sowjetischen Phase-I-Reduzierungen an den Tag gelegt.

Dadurch, daß Ustinow im Gespräch mit Brown[7] schon als Ausgangsbasis für die sowjetischen Personal- und Waffenreduzierungen Zahlen nannte, die mit denen im[8] östlichen Vorschlag vom 8.6.78[9] enthaltenen identisch sind, deutete er die Bereitschaft der SU zur Steigerung dieses Angebots an. Dabei sollten sich die sowjetischen und die amerikanischen Personalreduzierungen wie zwei zu eins verhalten. Was die SU als Gegenleistung für ihre Panzerreduzierungen erwartet, deutete Ustinow nur in allgemeiner Form durch einen Hinweis auf das westliche nukleare Angebot vom Dezember 1975[10] an. Wie in Washington zeigte die SU dagegen nicht die geringste Flexibilität bei den Daten. Von den in Washington genannten Bedingungen für ein derartiges Abkommen wurde in Wien nur der freeze der Streitkräfte[11] aller direkten Teilnehmer für die Zeit der Verhandlungen bis zum Ende der zweiten Phase erwähnt. Infolge des mangelnden amerikanischen Eingehens auf die sowjetische Eröffnung blieb die zweite, nämlich die Verpflichtung zu annähernd proportionalen Reduzierungen, unangesprochen und wurde dann durch den Vorschlag vom 28.6.79 eingeführt.

Gegenüber dieser sowjetischen Ouvertüre beharrten die USA, und zwar auf der Ebene der Staatschefs ebenso wie auf der der Verteidigungsminister, auf der westlichen Allianz-Position, zunächst müsse die Datenfrage gelöst werden.

2) Die MBFR-Bemühungen der SU beim Wiener Gipfel scheiterten damit an deren schon in Washington gezeigten Inflexibilität bei den Daten. Das amerikanische Insistieren mag von Moskau nicht einkalkuliert gewesen sein. Es hat aber der sowjetischen Führung unmittelbar vor Augen geführt, welches Gewicht der Westen der Lösung dieser Frage beimißt. Zugleich haben die USA gewisse Lösungsmöglichkeiten der Datenfrage angedeutet. In Washington haben sie eine Dateneinigung nur über die sowjetischen Streitkräfte als Voraussetzung für ein Phase-I-Abkommen genannt. Dem lag die Erwägung zugrunde, der Osten könne künftig in Phase II nicht verweigern, was er für Phase I zugestehe. In Wien hat Carter angeregt, durch die Verteidigungsminister klären zu lassen, wie beide Seiten den Begriff „Soldat" definieren, um so einer Lösung der Diskrepanzen näher zu kommen. Bereits im Rahmen des Washingtoner

6 Zu den amerikanisch-sowjetischen Sondierungen über MBFR vgl. Dok. 139, Anm. 3.

7 Zum Gespräch des amerikanischen Verteidigungsministers Brown mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow vgl. Dok. 181, Anm. 10.

8 Die Wörter „denen im" wurden korrigiert aus: „dem".

9 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 8. Juni 1978 vgl. Dok. 39, Anm. 13.

10 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 16. Dezember 1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III) vgl. Dok. 13, Anm. 2.

11 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten schlugen am 26. November 1974 ein Moratorium der Land- und Luftstreitkräfte der elf direkten Teilnehmerstaaten im Reduzierungsgebiet für die Dauer der Verhandlungen vor. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 343.

Austausches hat offenbar auch Brzezinski Möglichkeiten ventiliert, um durch geänderte Definitionen in dieser Frage weiterzukommen. Er hat dabei angedeutet, u.U. könne eine Einigung über die Zahl der sowjetischen „Kampftruppen" als Voraussetzung für ein Phase-I-Abkommen genügen. Ob B. ein bestimmtes Konzept vorschwebte oder ob er lediglich nach einer Lösung für das Problem des sowjetischen Militärpersonals suchte, das im Westen von Zivilsten durchgeführte Funktionen wahrnimmt, ist nicht ganz klar. In diesem Zusammenhang ist von Interesse, daß in der hiesigen US-Delegation als eine Mindestdateneinigung eine solche über die Mannschaftsstärke sowjetischer Divisionen ventiliert wird. Eine solche Einigung wäre relativ leicht zu erreichen, da die westlichen und östlichen Zahlen nicht sehr weit auseinander liegen.

3) Der den östlichen Delegationen offensichtlich schon seit längerer Zeit vorliegende Vorschlag vom 26.6.79 wurde unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den Gipfel in die Verhandlungen eingeführt. Seine unmittelbaren Ziele sind taktischer und propagandistischer Art. Namentlich soll er den letzten westlichen Vorschlag vom 13.12.78[12] durch einen sich auf die Behandlung des gleichen Einzelaspekts zu beschränkenden Gegenvorschlag formal beantworten, den Westen dadurch zu weiteren Verhandlungsschritten veranlassen und im übrigen von der Datenproblematik ablenken. Inhaltlich behandelt er lediglich die Frage, in welcher Form alle direkten Teilnehmer die vom Osten in Phase I verlangte Verpflichtung zu Personalreduzierungen eingehen sollen. Insoweit hat der Osten Ziffer 7 seiner am 8.6.78 für Phase I gemachten Vorschläge[13] etwas modifiziert. Die Behauptung des Ostens, er habe Teile des westlichen Vorschlages vom 13.12.78 berücksichtigt, trifft aber lediglich, und auch nur begrenzt, für die formalen Elemente zu. Inhaltlich geht der Osten nach wie vor von individuellen Reduzierungsverpflichtungen und nicht von einer kollektiven Verpflichtung der nicht-amerikanischen westlichen Teilnehmer aus. Wie schon in Washington und beim Gipfel klammert der Osten die Datenproblematik zudem völlig aus. Die künftige Datendiskussion soll vielmehr durch eine Vereinbarung präjudiziert werden, wonach die sowjetischen und amerikanischen Phase-I-Reduzierungen den „größeren Teil der gesamten Rüstungsbeiträge" beider Länder ausmachen. Diesem Aspekt des Vorschlages liegt offenbar der östliche Wunsch zugrunde, auch weiter auf ein datenunabhängiges Phase-I-Abkommen auszugehen. Die Bedeutung des Vorschlages liegt damit kaum in seinem Inhalt, sondern allenfalls in den Ansatzpunkten zur Kollektivität, die der dem Westen für ihre Weiterbehandlung der Themen Daten und Kollektivität bietet.[14] Hinsichtlich des zuletzt genannten Aspekts könnte es sich für den Westen vielleicht positiv auswirken, daß der Osten nunmehr der Festlegung der eigentlichen individuellen Reduzierungsverpflichtungen außerhalb des Textes des Hauptabkommens zustimmt und den beiderseitigen Allianzen die Bestim-

12 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 13. Dezember 1978 vgl. Dok. 39, Anm. 4.

13 Ziffer 7 der Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 8. Juni 1978: „The scope of the reduction would be established for each state individually and would be determined for each direct participant in such a way as to be approximately proportionate to the total numerical strength of the forces." Vgl. den Drahtbericht Nr. 404 des Botschafters Behrends, Wien (MBFR-Delegation), vom 7. Juni 1978; VS-Bd. 11491 (221); B 150, Aktenkopien 1978.

14 So in der Vorlage.

mungen der individuellen Reduzierungsumfänge zuweist, während das Hauptabkommen selbst den Maßstab für diese Reduzierungen enthalten soll, nämlich die annähernde Proportionalität zur jeweiligen Stärke der Streitkräfte im Reduzierungsgebiet. Im übrigen erscheint für die Bewertung des östlichen Interesses an einem MBFR-Abkommen die Tatsache bemerkenswert, daß der Vorschlag überhaupt gemacht worden ist, obwohl der Osten seit einem halben Jahr stets behauptet hat, nicht am Zuge zu sein.

II. Perspektiven

1) Das zentrale Problem der Verhandlungen, nämlich die östlichen Daten und die damit direkt zusammenhängende Frage des Umfangs der östlichen Personalreduzierungen, steht nach den MBFR-Gesprächen während des Gipfels nunmehr absolut im Vordergrund. Auch der Vorschlag vom 26.6.79, der mit seiner Wiederholung der Forderung nach proportionalen Personalreduzierungen ein datenabhängiges Element heraushebt, kann vom Westen insoweit zum Druck in der Datenfrage genutzt werden.

Als Begründung für das Ausbleiben eines sowjetischen Einlenkens bei den Daten während des Gipfels hat Tarassow kürzlich erklärt, die SU habe ein rasches, in etwa einem Monat unterzeichnungsreifes Abkommen gewollt, das bei einem sowjetischen Eingehen auf die allenfalls langfristig lösbare Datenfrage von vorneherein nicht erreichbar gewesen wäre. In Wirklichkeit dürfte der sowjetische Vorstoß während des Gipfels ein letzter Test gewesen sein, um festzustellen, ob der Osten nicht doch ein datenunabhängiges MBFR-Abkommen erreichen könne. Als den für eine substantielle Konzession des Ostens hinsichtlich des östlichen Reduzierungsumfanges maßgeblichen Zeitpunkt hatten westliche Sachkenner schon vorher nicht den Abschluß des SALT-II-Abkommens[15] angesehen, sondern dessen Ratifizierung, bis zu der SALT II in der Schwebe bleibt. Daher durfte die negative Haltung der Sowjets zur Datenfrage beim Gipfel niemanden überraschen.

2) Dennoch mehren sich die Anzeichen dafür, daß von östlicher Seite der Wunsch nach einem ersten konkreten MBFR-Zwischenergebnis wächst, das über Absichtserklärungen hinausgeht und erste Reduzierungen umfaßt. Hierbei spielt offenbar auch die Überlegung eine Rolle, daß im Jahre 1980 in zwei entscheidend wichtigen Ländern des Westens Wahlen stattfinden werden[16], die u.U. aussichtsreiche Verhandlungen nach Ostern 1980 nicht mehr zulassen könnten. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfte sich auch nach östlicher Auffassung der Abschluß eines vollständigen Phase-I-Abkommens nicht realisieren lassen. Über Elemente, aus denen sich aus heutiger Sicht verschiedener Konferenzteilnehmer ein Zwischenabkommen zusammensetzen könnte, folgt gesonderter Bericht.[17]

15 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

16 Am 5. Oktober 1980 fanden Wahlen zum Bundestag statt.
Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

17 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 10. Juli 1979, in verschiedenen MBFR-Delegationen würden Elemente „ventiliert", aus denen sich ein Interimsabkommen bei MBFR zusammensetzen könnte. Dazu gehörten unter anderem sowjetische und amerikanische Reduzierungen in Einheiten im Verhältnis zwei zu eins in der Größenordnung von 30 000 bis 55 000 Mann sowjetische Truppen, eine Dateneinigung, „und zwar partiell nur über sowjet[ische] Truppen", und

3) Dem Osten ist nunmehr auch auf höchster sowjetischer Ebene bewußt, daß bei mangelnder weiterer Kompromißbereitschaft in der Datenfrage ein MBFR-Abkommen nicht zu erreichen ist, mit anderen Worten, daß sich der Osten über das Obligo im klaren sein muß, das er mit seinem verbalen Eingehen auf das Prinzip der Parität am 8.6.78 eingegangen ist. Das Problem dürfte aus sowjetischer Sicht darin bestehen, daß die Datendiskussion hinsichtlich der gesamten östlichen Personalreduzierungen Präjudizien schaffen und für den Osten und namentlich die Sowjets zu Reduzierungsverpflichtungen führen kann, die über das hinausgehen, was die SU tatsächlich zu reduzieren beabsichtigt. Dies ist ein Problem der Substanz und nicht nur der Gesichtswahrung. Hinzu kommt möglicherweise der Zeitfaktor: Die SU hat im Hinblick auf den Wiener Gipfel vermutlich festgelegt, welche Streitkräfte im Reduzierungsraum sie jetzt erübrigen kann. Einen ähnlichen Schritt für das in der Zukunft liegende Ende von Phase II zu tun, dürfte den sowjetischen Militärs schwerer fallen. Die SU benötigt daher einen Ausweg in der Datenfrage, der mit begrenzter Kooperationsbereitschaft die Möglichkeit verbindet, den Umfang der östlichen Personalreduzierungen unter Kontrolle zu halten. Hier ist jeder Gedanke einer Aufteilung der Datenfrage in mehrere Teilabschnitte, aber auch der Gedanke einer Prüfung im einzelnen der Ein- und Ausschlüsse, für die SU von Interesse. Noch größeres Interesse würde allerdings bei der SU der Gedanke einer Neudefinition des „active duty military personnel" finden, der aber die unerwünschte Nebenwirkung haben würde, daß die westliche Datenposition revidiert werden müßte und damit die Verhandlungen zunächst einmal blockiert würden.

4) Für den Westen kommt es vor allem darauf an, den Druck auf den Osten bei den Daten, der die mit unserer Datenstrategie verfolgten Ziele weitgehend erfüllt hat, auch künftig aufrechtzuerhalten. Die NATO-Direktive vom 3.11.78[18] ist im wesentlichen erschöpft. Auf die westliche Forderung nach Vorlage der sowjetischen und polnischen Divisionszahlen hat der Osten zwar nur inoffiziell geantwortet, doch ist der Umfang der insoweit bestehenden Diskrepanzen im wesentlichen klar, so daß durch die weitere Wiederholung dieser Forderung kein Druck mehr ausgeübt werden kann. Der logische nächste Schritt des Westens besteht in einer Konzentration auf die sowjetischen und polnischen Großverbände außerhalb der Divisionen, soweit erforderlich unter Einholung einer neuen NATO-Direktive. Eine solche Fortsetzung der Datenstrategie könnte schrittweise erfolgen:

Fortsetzung Fußnote von Seite 974

die Verpflichtung aller direkten Teilnehmer zur Herbeiführung einer kollektiven Höchststärke von etwa 700 000 Mann Streitkräfte. Vgl. den Drahtbericht Nr. 434; VS-Bd. 11493 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

18 Ministerialdirektor Blech vermerkte am 31. Oktober 1978 zu einer geplanten Weisung an die Ad-hoc-Gruppe: „Bei dem Verfahren zur Vorlage roter Daten (= gesicherte westliche Erkenntnisse über östliche Streitkräfte) konnten wir sicherstellen, daß die Daten wirklich ‚selektiv' verwendet werden, d.h. daß unsere Unterhändler in Wien die Datendiskussion auf sowjetische und polnische Streitkräftestärken konzentrieren. Dies erlaubt gegenüber der früher angewandten Methode eine Konkretisierung der Datendiskussion, weil nach den im März/April d.J. ausgetauschten Daten die Hauptdivergenz offensichtlich bei den Streitkräften auf sowjetischer und polnischer Seite liegt." Vgl. VS-Bd. 11492 (221); B 150, Aktenkopien 1978.
Für die NATO-Direktive „MBFR: Draft Guidance on procedure in the data discussion" vom 3. November 1978 vgl. VS-Bd. 11492 (221).

- Zunächst durch Fortsetzung der im Informal vom 3.7.79[19] begonnenen Diskussion über die Typen der bei Großverbänden gezählten Streitkräfte anhand von Listen.
- Anschließend Diskussion über die Zahl der Einheiten bei ausgewählten Streitkräftetypen.
- Schließlich gegebenenfalls Präsentation weiterer roter Daten.

Hierbei ist folgendes zu berücksichtigen:

Der Westen ist am überzeugendsten und übt größten Druck aus, wo seine Zahlen relativ genau sind. Es kommt daher darauf an, ähnlich wie bei den Divisionen, militärische Bausteine zusammenzustellen, die möglichst groß sind, einheitlich und damit von uns nachprüfbar strukturiert sind und bei denen wir möglichst gute Kenntnisse eines Bausteins haben.

5) Will der Westen einen Gesichtsverlust vermeiden, müßte eine Direktive über die Einbringung von Associated Measures zu Beginn der Herbst-Runde vorliegen. Sie würde dem Westen die Möglichkeit geben, in kurzem zeitlichen Abstand auf den östlichen Gegenvorschlag vom 26.6.79 seinerseits mit einer neuen Initiative zu antworten. Ein gewisser zeitlicher Zusammenhang der Erörterung von Associated Measures mit der Behandlung der Datenfrage ist wünschenswert, weil sich der Westen hinsichtlich dieses Aspekts von MBFR im wesentlichen in einer Demandeur-Position befindet.

6) Schließlich muß der Westen im Laufe des Jahres auf den Vorschlag des Ostens vom 26.6.79 eine Antwort erteilen. Falls der Westen den östlichen Vorschlag zum Ausgangspunkt eines eigenen Gegenvorschlages mit gleicher Thematik nehmen sollte, könnte er versuchen, die östliche Position in drei Punkten weiterzuentwickeln:

- Durch Ausweitung des östlichen Kriteriums ungefährer Proportionalität in Richtung auf das westliche Konzept, wonach die direkten Teilnehmer zur Übernahme eines „signifikanten" Anteils an den Phase-II-Reduzierungen bereit sind.
- Durch Verzicht des Ostens auf die geforderte Notifikation der nationalen Reduzierungsumfänge.
- Durch Verzicht des Ostens auf die von ihm geforderten weiteren Reduzierungsverpflichtungen der nicht-amerikanischen westlichen Teilnehmer (Waffenreduzierungen, Reduzierungen in Einheiten) sowie auf das für die SU geforderte Rücktrittsrecht im Falle eines Scheiterns der Phase-II-Verhandlungen.

Sollte sich der Westen zu einer völligen Ablehnung des Vorschlags vom 26.6.79 entschließen, müßte er jedoch in einer anderen zentralen Frage der Verhand-

[19] Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 5. Juli 1979 über die informelle Sitzung am 3. Juli 1979. Ein Schwerpunkt sei die Datendiskussion gewesen: „Der Westen beantwortete verschiedene zur Reallokation gestellte östliche Fragen. Außerdem legte er als Reaktion auf östliche Anregungen Listen vor, in denen die Typen der sowjetischen und polnischen Einheiten aufgeführt sind, deren Personal der Westen in ‚Großverbänden' gezählt hat." Die Listen könnten „künftig als Grundlage für ein neues offensives Vorgehen in der Datenfrage genutzt werden". Vgl. den Drahtbericht Nr. 424; VS-Bd. 10440 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

lungen einen Kompromißschritt tun. Andernfalls würden sich die Position des Westens und das Verhandlungsklima in Wien voraussichtlich erheblich verschlechtern.

[gez.] Jung

VS-Bd. 10655 (201)

201

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem irakischen Außenminister Hammadi in Bagdad

311-321.11 IRK **6. Juli 1979**[1]

Der *BM*[2] gab zunächst einen Überblick über die grundsätzliche Ausrichtung unserer Politik. Er betonte dabei unsere Zugehörigkeit zur EG als partnerschaftlichem Zusammenschluß gleichberechtigter Staaten. Im Gegensatz zum östlichen RGW sei in der EG die westliche Führungsmacht nicht Mitglied. Daher kein Übergewicht eines dominierenden Partners. Als Beispiel für das Ausmaß unserer Unabhängigkeit gegenüber den USA führte der BM das Kernkraftwerkgeschäft mit Brasilien[3] an. Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland werde dagegen durch die Mitgliedschaft in der NATO garantiert, im engen Zusammengehen mit den USA.

Unser Verhältnis zum Osten, insbesondere zur Sowjetunion, sei durch unseren Willen charakterisiert, mit den kommunistischen Staaten in Frieden zu leben. Heute unterhielten wir nicht nur normale, sondern gute und ausgeglichene Beziehungen. Mit der Sowjetunion gebe es beispielsweise eine langfristig angelegte Zusammenarbeit auf der Grundlage eines Wirtschaftsabkommens mit einer Laufzeit von 25 Jahren.[4]

In den letzten Jahren hätten wir dann unsere Beziehungen zu den Staaten außerhalb Europas verbessert. Auch hier werde unsere Politik von dem Grundsatz gleichberechtigter Partnerschaft geleitet. Wir wollten weder unsere Staatsordnung noch unsere politischen Vorstellungen exportieren. Jeder Staat solle seine Ordnung nach seinen eigenen Vorstellungen gestalten. Das sei auch der Geist, in dem Europäer und Araber zusammenarbeiten sollten. Auf dieser Grundlage wollten wir unsere Beziehungen zu Irak entwickeln.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Montfort am 9. Juli 1979 gefertigt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1979 im Irak auf.

3 Die Bundesrepublik und Brasilien unterzeichneten am 27. Juni 1975 ein Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 335 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, I, Dok. 179.

4 Die Bundesrepublik und die UdSSR unterzeichneten am 6. Mai 1978 ein Abkommen über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 58–60.

Besondere Bedeutung käme heute regionalen Zusammenschlüssen unabhängiger Staaten zu. Als Beispiel führte der BM die Organisation für Afrikanische Einheit, ASEAN und die Zusammenarbeit in der arabischen Welt an. Dieser Form der Kooperation gehöre die Zukunft. Bestrebungen einzelner Staaten, möglichst viele Länder in ihrem Bannkreis um sich zu sammeln und zu dominieren, gehörten der Vergangenheit an. Es sei eine historische Aufgabe unserer Generation, den Gedanken der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zu verwirklichen.

AM *Hammadi* begrüßte die Ausführungen des BM. Irak unterstütze jeden Zusammenschluß unabhängiger Staaten in der Welt, insbesondere hoffe er, daß die europäischen Integrationsbestrebungen erfolgreich fortgeführt werden können. Irak sei als kleiner Staat in der arabischen Welt bestrebt, der beherrschenden Rolle der beiden Supermächte entgegenzuwirken. Dabei sei auch der Europäisch-Arabische Dialog[5] ein wirksames Mittel, ein Gegengewicht zu schaffen. So fördere die irakische Regierung den EAD, bedauere aber, daß auf europäischer Seite die Tendenz bestehe, den Dialog nur wirtschaftlich und nicht politisch zu sehen.

Der *BM* entgegnete, auch wir sähen es als einen Mangel an, wenn der EAD sich nicht weiter entwickle. Wir würden hier gerne Fortschritte sehen. Dazu sei es aber notwendig, daß die beiden Partnerseiten in sich einig seien. Nicht zuletzt deshalb seien wir an der Wiederherstellung der Einigkeit im arabischen Lager interessiert. Für eine Weiterentwicklung des EAD würde man bei ihm immer ein offenes Ohr finden, auch bezüglich der Weiterentwicklung in politischer Hinsicht.

AM *Hammadi* bezeichnete die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen[6] schon jetzt als gut. Man solle aber hier zu vertraglichen Grundlagen kommen und sich nicht allein auf Abmachungen im privaten Sektor stützen. Irak habe hier gute Erfahrungen mit Japan und Frankreich gewonnen, demnächst werde das wohl auch mit Großbritannien der Fall sein. Ein Abkommen über Technologietransfer würde die deutsch-irakische Zusammenarbeit verstärken. Schließlich wolle er zum bilateralen Bereich noch ergänzen, daß eine langfristige Zusammenarbeit im Energiesektor durchaus möglich sei. Dabei denke er freilich nicht an eine Zusammenarbeit, die sich auf Abmachungen mit einzelnen Firmen beschränke.

Der *BM* wies darauf hin, daß schon einmal der Versuch unternommen worden sei, einen deutsch-irakischen Vertrag über Wirtschaftsfragen abzuschließen. Damals, 1975, habe man sich leider nicht einigen können, und zwar aus Gründen,

5 Zum Europäisch-Arabischen Dialog vgl. Dok. 170, Anm. 18.

6 Ministerialdirektor Meyer-Landrut vermerkte am 30. Mai 1979: „Die deutsche Wirtschaft ist an Irak, trotz der bisher schwierigen politischen Verhältnisse, besonders interessiert. 1978 Ausfuhren in Höhe von 1,6 Mrd. DM. Unsere Ölkäufe beliefen sich dagegen auf nur 411 Mio. DM. Das Ungleichgewicht im bilateralen Handel hatte Ende 1977 ein irakisches Teilembargo gegen Importe aus der Bundesrepublik ausgelöst, das Ende 1978 als Folge erhöhter deutscher Ölbezüge wieder gelockert wurde. Dennoch wird deutschen Firmen immer noch entgegengehalten, bei Großprojekten könnten sie solange nicht berücksichtigt werden, wie sich die politischen Beziehungen zwischen Bonn und Bagdad nicht entscheidend besserten. Deutsche Firmen sind vor allem an der Errichtung des ersten Kernkraftwerkes im Irak (K[raft]W[erk]U[nion]) interessiert und an Bauprojekten (Ausbau Flughafen Bagdad, Stadtautobahn Bagdad)." Vgl. Referat 311, Bd. 137604.

die mit der eigentlichen Kooperation nur am Rande zu tun gehabt hätten.[7] Schwierigkeiten habe es gegeben bei der Bezahlung der Experten – das sollte man jetzt doch wohl schaffen – und bei der Berlinklausel. Der BM begründete dann im einzelnen die Überlegungen, die der Berlinklausel zugrunde liegen. Er ließ keinen Zweifel, daß wir ohne Berlin-Klausel keinen Vertrag abschließen. Nachdem zahlreiche Verträge auch mit Ostblockstaaten, einschließlich der SU, abgeschlossen seien, bäte er die irakische Seite, ihre Position zu überprüfen. Im übrigen könne er sich vorstellen, daß wir eine gemischte deutsch-irakische Kommission bildeten. Diese könne dann auch über Fragen der Energieversorgung sprechen. BM erklärte, daß für die Gespräche Beamte des AA (BM nannte Dg40[8] und einen Experten für Berlinfragen) nach Bagdad reisen könnten. Er würde sich freuen, wenn von seinem jetzigen Besuch in Bagdad Zeichen ausgingen, daß hier zwei Staaten aufeinanderzukämen.

AM *Hammadi* erwähnte, seine Regierung gehe gern auf das Angebot des BM ein, Experten zu schicken. Er bitte, der irakischen Seite auch Verträge mit Berlinklausel zukommen zu lassen.

Der irakische AM ging dann ausführlich auf die politische Lage in der arabischen Welt ein. Seit Camp David[9] ließe sich die Situation wie folgt kennzeichnen: Die frühere Ausgewogenheit und Gleichgewichtigkeit beider Seiten habe sich einseitig zugunsten Israels verschoben. Israels Militärpotential sei durch massive Waffenlieferungen der USA stark gewachsen. Die Araber seien wegen des Ausscherens Ägyptens aus der gemeinsamen Front zutiefst gespalten. Außerhalb der arabischen Region konzentriere sich die internationale Diskussion auf formale Autonomiezugeständnisse an die Palästinenser; von einem Palästinenserstaat werde kaum noch gesprochen. Die Siedlungspolitik[10] nehme ihren Fortgang und Israel verwirkliche seine Vernichtungspolitik gegen die Palästinenser. Kurz: Heute sei Israel in einer stärkeren und besseren Position als vor Camp David. Daher sei es eine Notwendigkeit, dieses Vertragswerk außer Kraft zu setzen. In diesem Rahmen könne man nicht zu einer Friedenslösung kommen.

Der *BM* nahm hierzu wie folgt Stellung: Er wolle sehr offen die deutsche und die europäische Position erläutern: Man dürfe hier den historischen Zusam-

[7] Anläßlich des Besuchs des Bundesministers Friderichs vom 9. bis 11. November 1975 im Irak hielt Ministerialdirigent Schüßler, Bundesministerium für Wirtschaft, z.Z. Bagdad, am 11. November 1975 fest: „Irakische Seite gab deutlich zu verstehen, daß Höhe der Beteiligung unserer Industrie im Fünfjahresplan abhängig sein werde von Vorhandensein eines Kooperationsvertrages, denn bei gleichwertigen Angeboten verschiedener Konkurrenten werde man demjenigen Lande den Zuschlag geben, mit dem ein Kooperationsvertrag bestehe. Dieser müsse aber konkrete Verpflichtungen enthalten. [...] Ebenso nachdrücklich bestand die irakische Seite auf Aufnahme einer Bestimmung in das Kooperationsabkommen, in der die Leistung umfangreicher TH unter von Fall zu Fall der Höhe nach zu regelnder deutscher Kostenbeteiligung Ausdruck finden müsse. [...] Weitere Begründung für die Forderung nach TH und das Junktim mit dem Kooperationsabkommen war Sicherstellung des notwendigen Technologietransfers, Ausbildung auf breiter Basis über die Spezialistenausbildung der Lieferfirmen hinaus und schließlich auch das hohe Volumen der Industrieaufträge an uns." Vgl. den Drahtbericht Nr. 222; Unterabteilung 31, Bd. 104998.

[8] Helmut Matthias.

[9] Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

[10] Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 161, Anm. 21.

menhang nicht außer acht lassen. Nur dann könne man wirklich verstehen, daß gerade wir Europäer uns für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts einsetzten. Europa habe eine leidvolle Geschichte hinter sich. Grund für seine Kriege seien meistens Verletzungen des Selbstbestimmungsrechts gewesen. Seine Verwirklichung sei daher Teil der deutschen Friedenspolitik. Wenn wir von den legitimen Rechten der Palästinenser sprechen, meinten wir die praktische Möglichkeit, ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben. Grundlage unserer Politik sei die Erklärung des Europäischen Rats vom 29.6.1977[11], die wesentlich auf deutsche Initiative zurückzuführen sei. Die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser im Rahmen einer umfassenden Lösung habe zur Voraussetzung die gleichzeitige Anerkennung des Existenzrechts Israels. Die Besetzung des Westjordanlandes müsse beendet werden. Wie im einzelnen das palästinensische Volk sein Selbstbestimmungsrecht ausüben wolle, müsse es selbst entscheiden, z.B. ob in einem eigenen Staat, in einer Föderation mit Jordanien oder in einer anderen Lösung. Voraussetzung für jede umfassende Friedenslösung sei die Wiederherstellung der Einheit des arabischen Lagers. Dafür trete er immer wieder öffentlich ein, das letzte Mal am Vortage vor dem Deutschen Bundestag.[12] Es habe keinen Sinn, den Israelis Sinai zurückzugeben; das wäre ein Rückschritt. Insofern sei die Entwicklung nach Camp David ein Faktum. Notwendig sei es jetzt, den Blick nach vorn zu richten. Er kritisiere daher auch ganz offen gewisse Handlungsweisen der Israelis, die einer umfassenden Lösung entgegenstünden: Siedlungspolitik, Souveränitätspolitik im besetzten Westjordanland und die israelische Position, Ostjerusalem könne nicht Gegenstand von Verhandlungen sein.

Mit Nachdruck müsse er feststellen, daß Israel heute nicht in einer besseren, sondern in einer schwächeren Position sei als vor einigen Jahren. Die Stärke eines Staates messe sich nicht nur an der Zahl seiner Gewehre. Entscheidend käme es auf internationale Stützung an. Hier sei das Verständnis für den arabischen Standpunkt gewachsen.

Wir Deutschen hätten die schwere Hypothek der Vergangenheit nur deshalb abtragen können, weil wir entschlossen den Blick nach vorn gerichtet hätten. Nur so lassen sich in der Außenpolitik Erfolge erzielen. Noch nie habe es einen Krieg gegeben, an dessen Ende eine bessere Ausgangslage erreicht worden sei. Deshalb sei es unumgänglich, gemeinsam an der Durchsetzung einer umfassenden, dauerhaften und gerechten Lösung zu arbeiten. Er spreche dies offen aus, denn Freundschaft erweise sich nicht darin, den Irrtum seines Gesprächspartners zu bestärken.

AM *Hammadi* entgegnete, er sehe in den Ausführungen des BM positive Aspekte. Gleichwohl müsse er doch darauf hinweisen, daß die Entwicklung nach Camp David Israel zu neuen Feindseligkeiten ermuntert habe. Sadat habe nicht das Recht gehabt, für Sinai das palästinensische Volk zu verkaufen.

Der *BM* meinte abschließend, wir gingen nicht davon aus, die irakische Position ändern zu können. Sinn eines politischen Gesprächs sei vielmehr, Wege für

11 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats über den Nahen Osten vom 29. Juni 1977 vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 516 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 174.

12 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundesministers Genscher am 4. Juli 1979 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 111, S. 13352–13354.

die Zukunft zu suchen. Er persönlich sei der festen Überzeugung, daß Sinai freikomme und die Besetzung der Westbank beendet werde, beides ohne Krieg. Zwar sei er ein guter Freund der Amerikaner, in Camp David sei er aber noch nie gewesen.

Das Gespräch dauerte über zwei Stunden und verlief in freundschaftlicher und entspannter Form.

Referat 311, Bd. 137604

202

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnot

213-320.05 SOW-795/79 VS-vertraulich **6. Juli 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: Auftreten der sowjetischen Führung bei Gipfelgesprächen
hier: westliche Beobachtungen

I. Der Besuch Giscard d'Estaings in Moskau Ende April[4], das Wiener Treffen zwischen Carter und Breschnew Mitte Juni[5] sowie das Gespräch des Bundeskanzlers auf dem Moskauer Flugplatz Wnukowo am 25. Juni 1979[6] erlaubten, verschiedene sowjetische Führungsmitglieder in dichter Folge zu beobachten. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit standen Breschnew und Kossygin. Einbezogen wurden aber auch Gromyko, Ustinow, Tschernenko und Ogarkow. Die Beobachtungen verdienen eine Zusammenfassung und Bewertung.

1) Breschnew

Die Franzosen äußerten ihre Eindrücke wie folgt: Breschnew – so Außenminister François-Poncet – trage seine 72 Jahre nicht leicht. Es sei aber kein augenfälliger Unterschied zu 1977[7] festzustellen gewesen. Breschnew habe mehrstündige Gespräche recht gut durchgestanden. Der französische Botschafter in

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot und Vortragendem Legationsrat Heyken konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau und Legationsrat I. Klasse Petersmann am 9. Juli 1979 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär van Well am 8. Juli 1979 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 8. Juli 1979 vorgelegen.

4 Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 26. bis 28. April 1979 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 118, Anm. 2.

5 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

6 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

7 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 20. bis 22. Juni 1977 in Frankreich auf.

Moskau, de Leusse, bemerkte, es bestehe kein Zweifel, daß Breschnew den Vorsitz führe. Der Generalsekretär habe aus Dokumenten abgelesen, sich aber auch frei geäußert. Er sei gegenüber 1977 schwächer, trete aber noch eine bis anderthalb Stunden konzentriert auf. Auch Stellvertretender Direktor Pagniez vom Quai d'Orsay meinte, Breschnew sei geistig völlig präsent gewesen. Er habe allerdings einen stark gealterten Eindruck gemacht.

Recht erheblich divergieren die amerikanischen Äußerungen zu Breschnew. Am positivsten Gelb: Zweifellos habe Breschnew das Heft in der Hand. Er sei in Wien eine kraftvolle Erscheinung gewesen. Dieses Urteil werde nicht dadurch geschmälert, daß Breschnew offenbar krank sei und seine Vitalität schnell nachlasse. Ähnlich Shulman: Breschnew sei insgesamt „effizient, eindrucksvoll, tatkräftig, gelegentlich emotional" aufgetreten. Er sei von seiner Umgebung eindeutig als Nummer 1 behandelt worden. Im übrigen habe sein Zustand die üblichen Schwankungen gezeigt. Vest sagte, daß Breschnew gegen Ende des Treffens nicht geistig, aber physisch sehr müde gewirkt habe. Er habe nicht mehr frei auf amerikanische Ausführungen reagiert, sondern nur noch Papiere verlesen. Sehr direkt drückte sich der Sowjetreferent im State Department[8] aus: Breschnew sei in den letzten Phasen erschreckend hinfällig gewesen. Er habe schließlich wie ein lebender Leichnam gewirkt.

2) Kossygin

Der französische Botschafter sagte, Kossygin habe sich – ohne Breschnew besonders zu fragen – zu Einzelthemen, vor allem zu China und Abrüstung, scharf, drängend und pointiert geäußert, während Gromyko Breschnew zunächst um Erlaubnis gefragt habe. Auch Pagniez stellte fest, daß Kossygin eine aktive Rolle gespielt und über alle Themen mit großer Autorität gesprochen habe. Er sei unverkennbar stärker in den Vordergrund gerückt, offenbar auf Kosten Gromykos. (Falls Pagniez damit auf frühere französisch-sowjetische Gipfeltreffen anspielte, ist zu bemerken, daß bei dem Treffen 1977 in Paris Kossygin nicht zur Delegation gehörte und bei dem letzten Besuch Giscards in Moskau 1975[9] auch Podgornyj an den Verhandlungen teilnahm.)

Bei dem Gespräch mit dem Bundeskanzler war Kossygin ein in jeder, auch außenpolitischer Hinsicht versierter Gesprächspartner und ein energischer Anwalt sowjetischer Interessen. Allerdings hat Gromyko neben ihm seine ihm zukommende Funktion in gewohnter Weise wahrgenommen. Eine Positionsminderung Gromykos war nicht zu erkennen.

3) Verteidigungsminister Ustinow

Shulman und Vest erklärten übereinstimmend, die US-Delegation sei besonders von Ustinow beeindruckt gewesen, der konstruktive, praktische und von großem Sachwissen geprägte Beiträge geliefert habe. Er habe politisches Verständnis in allen militärischen und militärpolitischen Einzelfragen gezeigt.

4) Generalstabschef Ogarkow

Shulman bemerkte, auch Ogarkow sei kompetent und mit politischem Sachverstand aufgetreten. Botschafter Toon kennzeichnete Ustinow als einen „ziemlich harten Burschen", Ogarkow dagegen als eher angenehm.

[8] William T. Shinn.

[9] Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 14. bis 18. Oktober 1975 in der UdSSR auf.

5) Politbüromitglied und ZK-Sekretär Tschernenko

Über Tschernenko, der nach einem schnellen Aufstieg innerhalb der sowjetischen Führung eine Vertrauensstellung bei Breschnew innehat, sagte Shulman, dieser habe sich bei dem Wiener Gipfel nirgendwo aktiv beteiligt, habe aber einen angenehmen Eindruck gemacht. Nach Toon hat Tschernenko sich bei gesellschaftlichen Anlässen stets einem Gespräch entzogen. Er hat auf Toon wie ein persönlicher Mitarbeiter Breschnews gewirkt.

II. Bewertung

1) Die französischen und amerikanischen Darstellungen Breschnews sind anscheinend weitgehend von Euphemismus geprägt, einem Euphemismus, der aus Gründen des Taktes das Ausmaß der Schwächen des Generalsekretärs zu verschleiern sucht. Dennoch wird klar, daß Breschnews Verfallsprozeß weiter fortgeschritten ist und er politische Verhandlungen im eigentlichen Sinne kaum noch zu führen vermag. Sein Selbstbehauptungswille ist indessen offenbar ungebrochen. Unklar bleibt im Rahmen dieser Beobachtungen notwendigerweise das Maß seines Gewichts in den Entscheidungsprozessen der sowjetischen Führungsgremien. Auf die verstärkte Wirksamkeit des kollektiven Führungsprinzips weist die Beobachtung von Außenminister François-Poncet hin, wonach keine Spannungen in der sowjetischen Führung sichtbar geworden seien, statt dessen aber ein großes Maß an Kordialität, Zusammengehörigkeitsgefühl und auch Übereinstimmung.

Außenminister François-Poncet ist darin beizupflichten, daß er resümiert, Spekulationen über Breschnews Gesundheit hätten wenig Sinn. Ein plötzliches Ende der Breschnew-Ära sei ebenso denkbar wie eine Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes.

2) Die Äußerungen zu Kossygin korrigieren ein weiteres Mal die gelegentlich anzutreffende Vorstellung, Kossygin sei lediglich der oberste Wirtschaftsmanager der Sowjetunion. Er ist auch eine maßgebende Figur der sowjetischen Außenpolitik. Kossygins hohe Intelligenz, seine Breschnew überlegene direkte Regierungserfahrung und der große Respekt, der ihm innerhalb der sowjetischen Führung gezollt wird, machen ihn zum natürlichen Pendant Breschnews im staatlichen Bereich. Gleichzeitig muß man im Auge behalten, daß innerhalb der den sowjetischen Herrschaftsapparat bestimmenden Partei außer Breschnew Suslow und Kirilenkow führende Positionen innehaben. Kossygin ist 75 Jahre alt. Obwohl er geistig und körperlich sich anscheinend unvermindert einer ausgezeichneten Form erfreut, gehört er zu den sowjetischen Politikern, die über kurz oder lang ebenfalls ein Nachfolgeproblem auslösen werden.

3) Bemerkenswert ist die Würdigung des politischen Sachverstands Ustinows. Sie bestätigt in einem wichtigen Aspekt die Richtigkeit der 1976 getroffenen und bei den Militärs anfänglich umstrittenen Entscheidung, einen Zivilisten in das Amt des Verteidigungsministers zu berufen. Möglicherweise warten weitere Aufgaben auf ihn. Das gleiche könnte für Ogarkow gelten.

4) Tschernenkos Zurückhaltung in Wien stützt die Vermutung, daß er zwar bei nahezu jeder für Breschnew sich bietenden Gelegenheit von diesem in das Rampenlicht gerückt wird, jedoch in der Sache nicht den Status eines von den

anderen Führungsmitgliedern anerkannten Bewerbers um einen Teil der Nachfolge Breschnews hat.

Arnot

VS-Bd. 13161 (213)

203

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Montfort

311-321.11 IRK-538/79 VS-vertraulich **6. Juli 1979**[1]

Betr.: Reise des Bundesministers nach Irak (4. bis 6.7.1979)[2]

AM Hammadi hat dem Bundesminister am 6. Juli auf der Fahrt zum Flughafen folgendes unter vier Augen mit der Bitte um absolute Vertraulichkeit gesagt:

1) Die Beziehungen Iraks zu Syrien[3] und Jordanien[4] entwickelten sich von Tag zu Tag enger. Hier zeichne sich ein politisches Dreieck ab. Gleichzeitig erfolge eine ausgeprägte Annäherung an Saudi-Arabien.[5]

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Meyer-Landrut am 6. Juli 1979 über Staatssekretär van Well an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Kenntnisnahme" weitergeleitet.
Hat van Well am 6. Juli 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 5. September 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücklauf] v[on] BM an Wa[llau] s[ie]h[e] Mappe." Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11155 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher im Irak vgl. auch Dok. 201.

3 Zu den Beziehungen zwischen dem Irak und Syrien vgl. Dok. 153, Anm. 6.
In einer undatierten Aufzeichnung des Referats 311 anläßlich des Besuchs des Bundesministers Genscher vom 4. bis 6. Juli 1979 im Irak hieß es zu den irakisch-syrischen Beziehungen: „Zu einer Vereinigung der beiden Staaten ist es natürlich so schnell nicht gekommen. Gleichwohl treten Irak und Syrien außenpolitisch schon heute gemeinsam auf, und in Teilbereichen gab es Erfolge zu verzeichnen". Syrien stehe aber weiterhin der vereinbarten Vereinigung mit Zurückhaltung gegenüber. Die Stationierung irakischer Truppen auf den Golanhöhen bleibe ein „Kernproblem". Bei einer Vereinigung mit dem Irak würde sich Syrien „der alleinigen Entscheidungsgewalt über militärische Aktionen gegen Israel begeben. Die syrische Politik, israelische Vergeltungsschläge auf eigenes Territorium sorgfältig zu vermeiden, bräche zusammen." Referat 311 bilanzierte: „Die Aussichten der geplanten syrisch-irakischen Vereinigung sind demnach – wie bei allen vorausgegangenen arabischen Einigungsbestrebungen – nicht allzu groß." Vgl. Referat 311, Bd. 137604.

4 Botschaftsrat Schürmann, Amman, berichtete am 4. Juli 1979, der Besuch des irakischen Vizepräsidenten Hussein vom 30. Juni bis 1. Juli 1979 in Jordanien markiere „eine weitere Festigung der engen Beziehungen, die sich seit dem Wendepunkt Bagdad I entwickelt haben. Als ein Zeichen dieser guten Beziehungen ist die Ankündigung von PM Mudar Badran [...] zu werten, daß Jordanien z. Zt. mit Irak die Möglichkeit einer Wasserversorgung Jordaniens (Trinkwasser und für Bewässerungszwecke) durch Errichtung eines Kanals vom Euphrat nach Jordanien erörtere." Vgl. den Drahtbericht Nr. 275; Referat 310, Bd. 119885.

5 Botschafter Menne, Bagdad, berichtete am 27. Februar 1979: „Die Aussöhnung mit Syrien machte die aus der Sadat-Initiative folgende Verschlechterung des Kräfteverhältnisses der verbleibenden arabischen Frontstaaten (und des dahinter stehenden Irak) gegenüber Israel wenigstens teilweise

2) Die Sowjetunion verfolge das Ziel, die Stabilität der arabischen Staaten auszuhöhlen und ihren Einfluß in der Region zu verstärken. Im Irak hätte sie dabei keine Chance, aber auch nur aufgrund rigoroser irakischer Gegenmaßnahmen.[6]

Er erwähnte am Rande, daß sich Probleme in bezug auf Belieferung mit Rüstungsmaterial ergäben. (Diese Bemerkung war möglicherweise nur zur Weitergabe an Frankreich bestimmt.)

3) Für die weitere Entwicklung der Lage in Iran sehe er folgende drei Möglichkeiten:

a) Ein Putsch des Schah[7], dessen Einfluß und Aktivität man auch heute nicht unterschätzen dürfe, mit noch intakten Einheiten der Armee.

b) Eine Koalition aus Schahgegnern aller Schattierungen außerhalb des kommunistischen Lagers. Dies sei die wahrscheinlichste und die der irakischen Seite sympathischste Lösung. Dann müsse sich aber eine starke Persönlichkeit vor Khomeini schieben. Wer als solche Führungspersönlichkeit in Frage komme, könne man noch nicht sagen. Khomeini halte er nicht für fähig, Iran wirklich zu regieren.

c) Eine Machtübernahme kommunistischer Kräfte. Er glaube allerdings, daß die Sowjetunion in dieser Hinsicht nichts aktiv unternehme, weil sie die prokommunistischen Kräfte als viel zu schwach einschätze. Zur Zeit sei die Sowjetunion eher an einer Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes, d.h. an einer weiteren Schwächung Irans, interessiert.

Montfort

VS-Bd. 11155 (311)

Fortsetzung Fußnote von Seite 984

wett. Der Irak ergänzte diese Maßnahme durch eine Verbesserung seiner Beziehungen zu den übrigen arabischen Golfstaaten, selbst zu Saudi-Arabien". Der Irak habe eine Reihe von Abkommen geschlossen, „zuletzt gar ein noch vor Jahr und Tag kaum vorstellbares Abkommen über polizeiliche Zusammenarbeit und Auslieferung mit Saudi-Arabien". Vgl. Referat 311, Bd. 137594.

6 Zu den Beziehungen zwischen dem Irak und der UdSSR vgl. Dok. 50, Anm. 36.
Referat 213 legte im Juni 1979 dar, der Irak sei mittlerweile der einzige mit der UdSSR durch einen Freundschaftsvertrag verbundene Staat im Nahen Osten. Das bilaterale Verhältnis sei aber belastet durch „scharfe Differenzen aus konkretem Anlaß (Hinrichtung von 21 irakischen Kommunisten im Mai 1978 gegen sowjetischen Einspruch); die Ereignisse in Afghanistan, im Jemen und am Horn von Afrika (starkes irakisches Mißtrauen wegen der dortigen sowjetischen Operationen, in diesem Zusammenhang auch Besorgnisse wegen des Wegfalls der Riegel-Funktion des Iran gegenüber SU); das Unvermögen der SU, Irak mit moderner Technologie (für friedliche Zwecke) zu versorgen. Starke irakische Interessen – insbesondere im Sicherheitsbereich – sprechen dafür, daß Irak die Brücken zur SU nicht abbrechen wird." Vgl. Referat 311, Bd. 137604.

7 Mohammed Reza Pahlevi.

204

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer und des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich **9. Juli 1979**[1]

Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers mit Papst Johannes Paul II.[2]

Der Bundeskanzler gab über das Gespräch die folgenden Stichworte:

1) Rückblick auf den Besuch des Bundeskanzlers in Polen

Der Papst drückte zu Anfang seine große Freude aus, endlich mit dem Bundeskanzler sprechen zu können. Bei dem Besuch des Bundeskanzlers in Polen und in Krakau Ende 1977[3] sei eine Begegnung – mit Rücksicht auf Warschau – leider nicht möglich gewesen. Er habe jedoch seinen zuständigen Priester gebeten, den Bundeskanzler durch die Kathedrale in Krakau zu führen.

[1] Ablichtung.
Die am 9. Juli 1979 gefertigte Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Fleischhauer am 12. Juli 1979 an Staatssekretär van Well weitergeleitet. Dazu vermerkte er: „Anliegend lege ich zwei von MD Ruhfus (Bundeskanzleramt) und mir nach den Angaben des Herrn Bundeskanzlers über den Inhalt seiner Gespräche mit dem Papst und Casaroli gefertigte Vorlagen vor; diese Vorlagen, die der Herr Bundeskanzler noch nicht gebilligt hat, enthalten eine etwas ausführlichere Übersicht über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Papst und eine zusammenfassende Darstellung beider Gespräche. Über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Kardinalstaatssekretär wird eine gesonderte Dolmetscheraufzeichnung gefertigt (VLR Frl. Bouverat). Wie sich aus den beiden Gesprächsvermerken ergibt, hat der Herr Bundeskanzler das Thema der Bistumsgrenzen in beiden Gesprächen in indirekter Form berührt, Casaroli gegenüber deutlicher als dem Papst gegenüber. Er hat in erster Linie deutlich gemacht, daß die Bundesregierung erwartet, daß der Vatikan bei der weiteren Behandlung der Angelegenheit sehr stark auf Kardinal Bengsch hört; Casaroli gegenüber hat er ferner deutlich gemacht, daß die Bundesregierung nach wie vor ein Recht auf Konsultation beansprucht. Weder der Papst noch Casaroli haben zu erkennen gegeben, daß in der Angelegenheit der kirchenrechtlichen Neuordnung in der DDR in unmittelbarer Zukunft neue Entwicklungen bevorstehen. Casaroli habe die Absicht des Vatikans, die Bundesregierung gegebenenfalls rechtzeitig zu konsultieren, bestätigt. Ferner haben offenbar beide, der Papst und Casaroli, dem Gedanken, das Votum von Kardinal Bengsch sehr stark zu berücksichtigen, zugestimmt. Der Herr Bundeskanzler hatte sich sowohl auf dem Flug nach Rom als auch in einer vor den beiden Gesprächen abgehaltenen Vorbesprechung eingehend von mir informieren lassen, auch über die Haltung der Bundesregierung und des Vatikans zu Art. 11 des Reichskonkordats. In seinem Pressegespräch in Rom vom 10. Juli 1979, dessen Protokoll ich ebenfalls beifüge, hat der Herr Bundeskanzler (Seite 10) die Frage der Bistumsgrenzen sehr stark heruntergespielt; er hat sich hier zu seinen diesbezüglichen Bemerkungen in den beiden Gesprächen zurückhaltender geäußert als delegationsintern."
Hat van Well am 13. Juli 1979 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Verbeek am 17. Juli 1979 vorgelegen, der Referat 501 bat, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau „möglichst umgehend eine Ablichtung des Gesamtvorgangs zu senden".
Hat Wallau am 20. Juli 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Petersmann „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Petersmann vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 13. August 1979 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14081 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

[2] Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 8. bis 10. Juli 1979 in Italien und im Vatikan auf. Vgl. dazu auch Dok. 205 und Dok. 206.

[3] Bundeskanzler Schmidt besuchte vom 21. bis 25. November 1977 Polen. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 330 und Dok. 334.

Bundeskanzler: Er habe dies damals sehr gut verstanden. Der Papst habe ihm in Krakau eine Bibel übersandt. Er sei für diese Geste sehr dankbar gewesen.

2) Besuch des Papstes in Polen[4]

Bundeskanzler: Der Besuch habe in der Bundesrepublik Deutschland große Beachtung gefunden und einen nachhaltigen Eindruck gemacht. Die Reden des Papstes seien ausführlich von den Fernsehanstalten übertragen und direkt in deutscher Übersetzung ausgestrahlt worden. Der Besuch sei von der deutschen Bevölkerung mit großer Sympathie verfolgt worden.

Bundeskanzler berichtete über die Botschaft, die er unmittelbar nach der Wahl von Papst Johannes Paul II.[5] an den Ersten Sekretär Gierek gerichtet habe. Er habe Gierek nahegelegt, die Wahl eines aus Polen stammenden Papstes klug für sein Land zu nutzen. Gierek habe auf diese Botschaft reagiert und dem Bundeskanzler geantwortet, daß er dies in der Tat vorhabe.

Der weitere Verlauf des Gespräches zeigte, daß der Papst nach wie vor erfüllt ist von seinen Eindrücken aus Polen. Er greift immer wieder auf Erfahrungen in Polen zurück.

Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers antwortete er, daß Gierek sich in der Tat so wie in seiner Antwort an den Bundeskanzler angekündigt verhalten habe. Er habe diese positive Linie trotz Schwierigkeiten in Parteikreisen durchgehalten.

3) Reise des Papstes nach Lateinamerika[6]

Bundeskanzler führte aus, auch diese Reise habe in der Bundesrepublik Deutschland einen starken Eindruck hinterlassen. Er habe bei seinem Besuch in Lateinamerika[7] mit drei Kardinälen und Bischof Pünder über deren Eindrükke von der Bischofskonferenz in Puebla[8] gesprochen.[9] Aus diesen Gesprächen habe er den Eindruck gewonnen, daß diese führenden lateinamerikanischen Kirchenvertreter das Ergebnis von Puebla begrüßen. Die Konferenz in Medellín[10] habe sich für revolutionäre Tendenzen ausgesprochen einschließlich von Unterstützung von Gewalt. Es sei gut, daß diese Richtung nunmehr durch die neue Linie von Puebla eingefangen worden sei.

Der Papst hakte hier ein und wies darauf hin (wie auch an anderen Stellen des Gesprächs), daß der Marxismus der große Antipode der Kirche sei. Neben die-

4 Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 2. bis 10. Juni 1979 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 174, Anm. 24.

5 Karol Wojtyła wurde am 16. Oktober 1978 zum Papst gewählt.

6 Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 25. Januar bis 1. Februar 1979 in der Dominikanischen Republik, in Mexiko und auf den Bahamas auf.

7 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 3. bis 7. April 1979 in Brasilien, vom 7. bis 11. April in Peru und am 11./12. April 1979 in der Dominikanischen Republik auf. Vgl. dazu Dok. 102 und Dok. 104.

8 Die III. Generalkonferenz des lateinamerikanischen Episkopats fand vom 28. Januar bis 13. Februar 1979 in Puebla statt.

9 Im Gespräch mit Kardinal Lorscheider am 4. April 1979 bezeichnete Bundeskanzler Schmidt „das starke deutsche privatwirtschaftliche Engagement in Brasilien als einen der Beiträge zur Entwicklungspolitik gegenüber Brasilien. Staatliche Entwicklungshilfe werde in demokratisch regierten Staaten immer begrenzt bleiben, denn deren Regierungen könnten den Völkern keine großen Opfer für die Dritte Welt aufbürden, ohne Gefahr zu laufen, abgewählt zu werden." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 330, Bd. 116138.

10 Die II. Generalkonferenz des lateinamerikanischen Episkopats fand vom 24. August bis 6. September 1968 in Medellín statt.

ser ideologischen Verschiedenheit dürfe man allerdings nicht übersehen, daß es in Lateinamerika in der Tat große Unterschiede zwischen Reich und Arm, insbesondere zwischen den großen Landbesitzern und den Campesinos, gebe.

Bundeskanzler: Neben diesen Unterschieden im Agrarbereich schüfe aber auch die schnell wachsende Industriearbeiterschaft in São Paulo, Mexiko und in Lima erhebliche soziale und wirtschaftliche Probleme. Er habe aus den Gesprächen mit den Kardinälen und Bischof Pünder den Eindruck gewonnen, daß sie mit großem Idealismus die richtigen Ziele anstreben, daß sie jedoch ohne konkrete Vorstellungen seien, wie man zu dem gewünschten Erfolg kommen könne.

Die Kirche müsse in deutlicher Unterscheidung zu ihrer pastoralen Tätigkeit Experten zusammenrufen, die Lösungsrezepte ausarbeiten, um die Lage der Landarbeiter, der Campesinos, und der Arbeiter in den großen Städten zu verbessern.

Der Papst hat in diesem Teil des Gesprächs zu erkennen gegeben, daß er den Unterschied zwischen der Verkündung der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und der praktischen Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit versteht und sieht. Der Papst erkennt auch die Tatsache, daß geeignete Fachleute fehlen, um die praktische Umsetzung der kirchlichen Lehre zu verwirklichen.

Dieser Teil des Gesprächs wurde auf Anregung des Bundeskanzlers unterbrochen, um BM Leber an der Unterredung über die Soziallehre zu beteiligen.

4) Osteuropa

Bundeskanzler erkundigte sich nach der Einschätzung des Verhältnisses Kirche/Staat in Osteuropa. Er verweist auf seine wiederholten öffentlichen Äußerungen und Reden über die kulturelle Einheit Europas. Krakau, Sagorsk und Nowgorod gehörten genauso zu Europa wie Cluny, Aachen und Oxford.

Diese Ausführungen des Bundeskanzlers trafen auf die innere Zustimmung des Papstes.

Der Papst wies darauf hin, daß die Glaubensausübung in Polen unter Gomułka und Vorgängern schwierig gewesen sei.

Bundeskanzler warf ein, er gehe davon aus, daß die Religionsausübung bei Gierek leichter sei. Der Papst stimmte zu. Es folgte ein Gedankenaustausch über die Lage der Kirchen in Ungarn und in der Sowjetunion.

Bundeskanzler: Nach seinen Informationen nehme die religiöse Bewegung in der SU zu. Etwa 50% der neugeborenen Kinder würden getauft, neue Kirchen würden errichtet.

Der Papst wies hierzu auf die unterschiedliche kirchliche Bewegung in der Ukraine hin.

Zurückkommend auf Polen, führte der Papst aus, daß die polnischen Schulen vom Staat als Einrichtung der Indoktrination benutzt würden. Die Schulen seien aber Eigentum des Volkes und nicht des Staates.

Polen hätte seine Teilung nicht überstehen können ohne die nationale polnische Kultur und ohne die polnische Kirche. Die polnische Kultur sei national, aber nicht nationalistisch.

Bundeskanzler: Er habe schon seit vielen Jahren auf das polnische Beispiel und auf den Zusammenhalt Polens in der Geschichte hingewiesen. Er empfin-

de es als albern, daß die DDR zur deutschen Kultur und Geschichte nicht hinzugehören wolle.

Der Papst ließ hier durchblicken, daß der DDR-Außenminister Fischer bei seinem Besuch Ende 1978[11] keinen überzeugenden Eindruck auf ihn gemacht habe. Die Deutschen müßten jetzt Opfer bringen für das Schicksal, das Hitler über Europa gebracht habe. Dabei stünden die Deutschen aber nicht allein, auch alle anderen – einschließlich der Polen – müßten nach wie vor zahlen.

Bundeskanzler: Aufgrund ihrer Geschichte müßten die Polen Verständnis für das deutsche Anliegen auf Einheit haben.

Der Papst zeigte sich unterrichtet über die Kontakte, die Leber mit Kominek Anfang der 70er Jahre gehabt hatte, sowie über den Briefwechsel zwischen den deutschen und polnischen Bischöfen[12].

Bundeskanzler: Was für die polnische Nation gegolten habe, müsse auch für die deutsche Nation gelten, auch wenn es lange dauern werde. Die katholische Kirche in der DDR könne für die Wahrung unserer nationalen Identität einen wichtigen Beitrag leisten.

Papst äußerte sich zustimmend, auch wenn der katholische Teil der Bevölkerung in der DDR viel geringer ist als der protestantische. Der Papst erinnerte an seine früheren Besuche in Erfurt, Magdeburg[13] und sein Zusammentreffen mit Kardinal Bengsch[14].

Bundeskanzler: Was die DDR und die dort gegebene spezielle Problematik angehe, komme es sehr stark auf Bengsch und auf die lokale Bischofskonferenz an, letztlich mehr als auf das, was die Fuldaer Bischofskonferenz zu diesem Thema zu sagen habe. Auch die Bundesregierung habe hier ihr Wort zu sagen, primär komme es aber auf Kardinal Bengsch und seine Bischofskonferenz an.

Der Papst dankte für die Worte des Bundeskanzlers und stimmte ihnen nachdrücklich zu. Auch er sei der Ansicht, daß es auf Bengsch und die von ihm geleitete Bischofskonferenz ankomme. In diesem Zusammenhang erwähnte der Papst, ein Problem ergebe sich daraus, daß er ein Papst aus Polen sei.

5) Soziallehre

BM Leber trat hinzu und trug auf Bitten des Bundeskanzlers vor, die Kirche benötige keine neue theoretische Grundlage der Soziallehre. Es gebe drei Enzykliken, die sich mit den sozialen Aufgaben befassen.[15] Damit sei der große

11 Der Außenminister der DDR, Fischer, traf am 28. Oktober 1978 mit Papst Johannes Paul II. zusammen.

12 Am 5. Dezember 1965 luden die katholischen Bischöfe Deutschlands die katholischen Bischöfe Polens zur Teilnahme am Katholikentag in Essen 1968 ein. Damit reagierten sie auf ein Schreiben des polnischen Episkopats vom 18. November 1965, in dem die deutschen Bischöfe zur Tausendjahrfeier der Christianisierung Polens eingeladen und zu einem Neuanfang im Verhältnis zu Polen aufgefordert worden waren. Für den Wortlaut der Schreiben vgl. DzD IV/11, S. 940–947 bzw. S. 973–976.

13 Kardinal Wojtyła hielt sich am 19. September 1975 in der DDR auf.

14 Zum Gespräch des Papstes Johannes Paul II. mit Kardinal Bengsch am 20. Januar 1979 im Vatikan vgl. Dok. 18.

15 Für den Wortlaut der Enzyklika „Quadragesimo anno" vom 15. Mai 1931 vgl. ACTA APOSTOLICAE SEDIS 1931, S. 177–228.
Für den Wortlaut der Enzyklika „Mater et Magistra" vom 15. Mai 1961 vgl. ACTA APOSTOLICAE SEDIS 1961, S. 401–464.
Für den Wortlaut der Enzyklika „Populorum progressio" vom 26. März 1967 vgl. ACTA APOSTOLICAE SEDIS 1967, S. 257–299.

Rahmen abgesteckt. Es komme jetzt darauf an, jeweils in den einzelnen Rahmen das für den Kontinent und die Lebenswirklichkeit des einzelnen Kontinents passende Bild in den Rahmen einzufügen. Aus unserer Sicht gebe es vor allem drei Ziele:

(1) Der soziale Friede könne nur bewahrt werden, wenn es keinen zu großen Rückstand oder Unterschied zwischen Reich und Arm gebe.

(2) Die Sozialpolitik in der Bundesregierung verfolge drei Ziele: Klärung des sozialen Standards, Respektierung der Familien, betriebliche Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.
Wir suchten soziale Partnerschaft statt Klassenkampf.

(3) Die Probleme sollten nicht durch Revolution, sondern durch soziale Evolution gelöst werden.

Leber erläuterte sodann die Vermögensbildung und die Mitbestimmung in der Bundesrepublik. Diese Einrichtungen seien bei uns von unten her gewachsen. In Frankreich habe de Gaulle versucht, eine ähnliche Lösung von oben her durch Gesetze – mit dem Modell der Partizipation – aufzuerlegen.

Hier liege eine große Aufgabe für die Soziallehre der katholischen Kirche. Sie könne dazu beitragen, durch ein organisches Wachstum von unter her die Voraussetzungen zu schaffen.

Bundeskanzler: Die Soziallehre könne nicht in allen Ländern gleich konzipiert werden. Ihre Verwirklichung werde in Frankreich und in Italien, vor allem aber auch in Polen, ganz anders aussehen als in der Bundesrepublik.

Der Papst hörte besonders diesem Gesprächsteil sehr nachdenklich und interessiert zu. Er drückte eine positive und zustimmende Haltung aus.

6) Erziehung zum Haß

Leber wandte sich nachdrücklich gegen Regierungen, die ihre Bevölkerung – insbesondere die Jugend – zum Haß erziehen. Alle Regierungen müßten versuchen, ihre Bevölkerung zum Frieden zu erziehen.

Er sei als Bundesminister der Verteidigung[16] nachdrücklich für eine entsprechende Orientierung der Ausbildung der Bundeswehr eingetreten. Leider würde diese Haltung nicht von allen Ländern geteilt. So könne er ausführliche Vorschriften der Sowjetunion vorlegen, in denen der Offiziersnachwuchs zum Haß erzogen wird.

Der Papst betonte nachdrücklich, Haß dürfe nicht mit Gegenhaß beantwortet werden.

Bundeskanzler stimmte zu. Man müßte fortfahren mit dem Versuch, gesamteuropäische Brücken zu schlagen.

Abschließend führte der Papst aus, er würde dieses Gespräch gerne fortsetzen und wiederholen.

7) Einladung in die Bundesrepublik

Vor dem erweiterten Kreis der Angehörigen der Delegation führte der Bundeskanzler aus, der katholische Teil, aber auch der protestantische Teil in der

16 Georg Leber war von 1972 bis 1978 Bundesminister der Verteidigung.

Bundesrepublik und die Bundesregierung würden sich sehr freuen, wenn der Papst zu einem Besuch in die Bundesrepublik kommen würde.

Der Papst gab zu erkennen, daß ihm entsprechende Überlegungen katholischer Kreise der Bundesrepublik Deutschland für eine Einladung in die Bundesrepublik bekannt sind.

Er erwähnte besonders das Erzbistum Köln. Er legte sich allerdings nicht mehr fest.[17]

Abschließend wiederholte der Papst seinen Wunsch auf Wiederholung des Gesprächs. Er sprach die guten Wünsche für die Bundesregierung und für das deutsche Volk aus.

[Fleischhauer; Ruhfus][18]

VS-Bd. 14081 (010)

205

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche, Casaroli, im Vatikan

VS-vertraulich **9. Juli 1979**[1]

Gespräch zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem Kardinal-Staatssekretär Casaroli im Vatikan am 9. Juli 1979 um 12.45 Uhr[2];
hier: Dolmetscheraufzeichnung

Nach der Begrüßung verwies Kardinal-Staatssekretär Casaroli auf die Länge der Audienz des Bundeskanzlers bei Papst Johannes Paul II.

Der *Bundeskanzler* betonte, daß sein Besuch beim Papst für ihn ein „großes Erlebnis und eine große Freude" gewesen sei. Er habe 1977 ein Gespräch mit Papst

17 Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 15. bis 19. November 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 148 des Vortragenden Legationsrats Steinkühler vom 25. November 1980; AAPD 1980.

18 Verfasser laut Begleitvermerk. Vgl. Anm. 1.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat am 17. Juli 1979 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 14. August 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers" übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat Ackermann am 15. August 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herr Minister." Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14078 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 8. bis 10. Juli 1979 in Italien und im Vatikan auf. Vgl. dazu auch Dok. 204 und Dok. 206.

Paul VI. geführt[3] und habe der Inthronisation von Johannes Paul I.[4] beigewohnt. Aus Krankheitsgründen habe er bei der Inthronisation des jetzigen Papstes[5] nicht anwesend sein können und daher den Wunsch gehabt, ihn nun persönlich kennenzulernen. In dem Gespräch seien Themen wie die Lage in Südamerika, die Ost-West-Beziehungen, die Entwicklung Europas, die Reise des Papstes nach Polen[6], die Situation im geteilten Deutschland usw. zur Sprache gekommen. Von beiden Seiten sei der Wunsch nach einer Fortsetzung des Meinungsaustauschs zum Ausdruck gebracht worden.

Casaroli bemerkte, er werde am Nachmittag desselben Tages den Papst sehen, der ihm wohl über den Inhalt des Gespräches mit dem Bundeskanzler berichten werde. Bei der Audienz des BK bei Papst Paul VI. sei er selbst – Casaroli – anwesend gewesen. Der damalige Papst habe infolge seines hohen Alters jeweils längere Zeit gebraucht, um nachzudenken und seine Ideen zum Ausdruck zu bringen, infolgedessen wäre es für ihn – Casaroli – schwierig gewesen, sich einzuschalten.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er sich sehr gut über den Verlauf des Gesprächs mit Paul VI. erinnere; es seien heute zum Teil die gleichen Themen angesprochen worden, u. a. die praktische Anwendung der katholischen Soziallehre. Dabei sei er – Bundeskanzler – immer darum besorgt, daß in seinem Land in diesem Zusammenhang keine Kampfstimmung entstehe, man müsse für etwas eintreten und sich nicht gegen etwas richten.

Casaroli verwies darauf, daß es zwar einige strittige Punkte gebe; er halte es aber für wichtig und sei mit dem BK darin einverstanden, daß das soziale Leben der jeweiligen („unserer") Nationen auf der Grundlage der christlichen Tradition beruhe. Wenn es auch auf dem Gebiet der konkreten Tagespolitik oft zu Konfrontationen komme, sei es wünschenswert, daß man sich des christlichen Fundaments eingedenk sei.

Der *Bundeskanzler* antwortete, er glaube, dies mit einer erheblichen – wenn auch nicht totalen – Legitimation für Deutschland sagen zu können. Was die praktische Anwendung der kirchlichen Soziallehre betreffe, so sei allerdings zu bedenken, daß die Wirklichkeit in den verschiedenen Ländern, auch innerhalb Europas, sehr unterschiedlich sei. Er glaube, daß die Kirche der Welt einen großen Dienst leisten würde, wenn – als Konsequenz dessen, was der Papst in Puebla gesagt habe[7] – die Menschen, die dazu berufen seien, die Dinge in die Tat umzusetzen, sich dieser Unterschiede bewußt seien. Über dieses Thema habe er – Bundeskanzler – bei seiner jüngsten Lateinamerika-Reise[8] unter anderem

3 Bundeskanzler Schmidt traf am 25. März 1977 mit Papst Paul VI. im Vatikan zusammen. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 76.

4 Die Inthronisation von Papst Johannes Paul I. fand am 3. September 1978 statt.

5 Die Inthronisation von Papst Johannes Paul II. fand am 22. Oktober 1978 statt.

6 Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 2. bis 10. Juni 1979 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 174, Anm. 24.

7 Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 25. Januar bis 1. Februar 1979 in der Dominikanischen Republik, in Mexiko und auf den Bahamas auf. Am 28. Januar 1979 sprach er in Puebla anläßlich der Eröffnung der III. Generalkonferenz des lateinamerikanischen Episkopats.

8 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 3. bis 7. April 1979 in Brasilien, vom 7. bis 11. April in Peru und am 11./12. April 1979 in der Dominikanischen Republik auf. Vgl. dazu Dok. 102 und Dok. 104.

auch mit den Kardinälen Arns, Lorscheider[9] und weiteren kirchlichen Würdenträgern – darunter auch mit Bischof Pünder – gesprochen. Aus all diesen Gesprächen habe sich klar ergeben, daß die führenden Persönlichkeiten der Kirche unter der Ungerechtigkeit in ihren Ländern litten; sie hätten richtige Zielvorstellungen, wüßten aber nicht, wie diese Gedanken in die Wirklichkeit zu übertragen seien. Selbstverständlich sei dies auch nicht die Aufgabe der geistlichen Oberhirten selbst. Es müßte aber möglich sein, das für richtig empfundene Gedankengut unter der kirchlichen Ägide in die Praxis umzusetzen.

Casaroli erwiderte, er habe leider den Eindruck, daß es – wenn auch nicht zwangsläufig, so doch in sehr starkem Maße – zu einem Abgleiten in marxistische Positionen kommen könnte. Dagegen sollte es möglich sein, für die sozialen Probleme gerade in Lateinamerika Lösungen auf nicht-marxistischer Ebene zu finden. Als Beispiel möchte er – Casaroli – San Salvador anführen, dessen Fall sich allerdings infolge des dortigen Diktaturregimes von dem von Nicaragua wesentlich unterscheide. El Salvador sei ein kleines, dicht bevölkertes Land mit wenig Ressourcen und breiter sozialer Ungerechtigkeit. Das große Problem sei, wie man hier eine gute, konkrete und realistische Lösung finden könne. Einerseits seien die Regierungsvertreter von gutem Willen beseelt, andererseits sei es schwierig, einen konkreten Weg zu finden, ohne der Tendenz anheimzufallen, Lösungen marxistischer und utopistischer Art zu suchen. Dies gelte auch für andere Länder. Das Schwierige sei in der Tat der Übergang von der Theorie zur praktischen Anwendung.

Der *Bundeskanzler* betonte, daß die Lage in den genannten Ländern viel komplizierter sei als in Europa. Diese Länder hätten im Gegensatz zu letzterem keine lange Geschichte sozialen Aufstiegs erfahren, die Strukturen seien sehr verschieden; den „peones" und „campesinos" stünden die Latifundisten gegenüber. Wenn man aus Großstädten wie Rio de Janeiro, São Paulo, Buenos Aires in ein Land wie Bolivien[10] komme, so glaube man, in einer ganz anderen Welt zu sein. Infolgedessen müßten unterschiedliche Lösungen für die verschiedenen Teile der Welt gefunden werden. Es habe seiner Auffassung nach keinen Sinn, die gleiche Lehre unwandelbar auf alle Situationen anwenden zu wollen. Man brauche Menschen, die auf ökonomischem und sozialem Gebiet fachkundig seien und vor dem jeweiligen Hintergrund unterschiedliche Lösungen ausarbeiteten. Mit einer solchen Aufgabe wären die Kardinäle und Bischöfe selbst allerdings überfordert.

Casaroli bemerkte hierzu, daß der Heilige Vater sicherlich mit gespannter Aufmerksamkeit über diese Themen gesprochen habe. Er stellte sodann die Frage, ob der Papst auch auf das „fundamentale, brennende Problem" der Friedensaussichten für die Welt gekommen sei. Man habe im Vatikan den Eindruck, daß die Weltlage „in gefährlichem Sinn immer kritischer" würde. Solange das Gleichgewicht zwischen den beiden Supermächten bestanden hätte, sei man eher beruhigt gewesen; jetzt befinde sich die reale Situation der Welt in einer Weiterentwicklung: Eine dritte Supermacht steige auf, und es bildeten sich weitere

9 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Kardinal Lorscheider am 4. April 1979 vgl. Dok. 204, Anm. 9.

10 Die Wörter „ein Land wie Bolivien" wurden handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „eine Stadt wie Bogotá".

Blöcke. Ferner sei zu bedenken, daß man sich von der Zeit des „heißen Krieges" (italienisch: „guerra guerreggiata") immer weiter entferne, die heutigen jungen Generationen hätten die Schrecken des Krieges nicht mehr am eigenen Leibe verspürt. Der Heilige Stuhl halte die Weltsituation, wie gesagt, „in gefährlichem Sinn" für immer kritischer und frage sich, was insbesondere Europa unter diesen Umständen tun könne und tun sollte.

Der *Bundeskanzler* stellte die Frage, ob es Casaroli erwünscht sei, Bundesminister a.D. Leber an dieser Stelle des Gesprächs hinzuzuziehen, oder ob der Kardinal-Staatssekretär noch andere Themen mit dem Bundeskanzler unter vier Augen besprechen möchte.

Casaroli erklärte sich mit der Hinzuziehung BM Lebers einverstanden, den er als „hervorragenden Katholiken" bezeichnete. Ebenso wie Wehner, den er vor einiger Zeit gesehen habe, habe er Leber zweimal getroffen.[11]

Nach BM Lebers Erscheinen wiederholte der *Bundeskanzler* den von Casaroli zuletzt zur Sprache gebrachten Fragenkomplex (Veränderung des bipolaren Gleichgewichts zwischen USA und Sowjetunion; Hinweis auf die Gefahr durch das Hinzutreten der chinesischen Macht; Tatsache, daß die jungen Generationen die Schrecken des Krieges nicht mehr selbst erlebt hätten und sie sich infolgedessen der Gefahren eines Krieges nicht bewußt seien).

Zu Casarolis Darlegungen über die neuen Strukturen in der Welt, die eine Gefahr für den Frieden darstellen, möchte er – Bundeskanzler – noch etwas hinzufügen:

1) Er glaube, daß China durch seine neue Rolle den Frieden in der Welt noch nicht sehr unmittelbar bedrohe. Er sehe – im Gegensatz zum Kreml – noch keine Gefahr eines militärischen Konfliktes, dagegen eine andere Gefahr, die von aktueller Bedeutung sei: Er werde versuchen, sie „auf dem Umweg über Südamerika" zu erläutern: Brasilien z.B. habe bis 1973 11 bis 12% seiner Exporterlöse für die Erdölimporte aufwenden müssen. Infolge der Ölpreissteigerungen im April dieses Jahres müsse das genannte Land jetzt 35% der Exporterlöse für die Ölimporte aufwenden, und in naher Zukunft könnte sich dieser Prozentsatz auf 45 bis 50% erhöhen. Dies bedeute mit anderen Worten, daß Brasilien, während es früher fast 90% seiner Exporterlöse für die Einfuhr von Maschinen usw. verwenden konnte, heute nur ungefähr über die Hälfte der für die Entwicklung des Landes erforderlichen Mittel verfüge; das Tempo der Entwicklung müsse künftig also auf die Hälfte reduziert werden. Das Beispiel der Türkei sei noch frappierender: Dieses Land müsse nunmehr 100% seiner Exporterlöse für die Erdöleinfuhren aufbringen. Was für die beiden letztgenannten Entwicklungsländer gelte, treffe „mutatis mutandis" auch für alle anderen Entwicklungsländer zu. Unter diesen Voraussetzungen seien die bisherigen Entwicklungshilfeleistungen seitens der Industrieländer und Aktionen wie Misereor usw. natürlich nicht ausreichend. Die OPEC-Länder hätten keine Ahnung von den Konsequenzen und ganz aktuellen Gefahren, die eine weitere Erhöhung der Erdölpreise mit sich bringe. Er – Bundeskanzler – halte einen Krieg um das Erdöl nicht für ausgeschlossen. Dies wäre dann der fünfte Nahost-Krieg.

[11] Bundesminister Leber und der SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner hielten sich vom 17. bis 19. November 1969 im Vatikan auf.

Casaroli wies darauf hin, daß er, als er eben von der Formierung „anderer Blöcke" gesprochen habe, in erster Linie den Block der Erdöl produzierenden Länder gemeint habe. Diese seien sich in der Tat nicht im klaren über die Implikationen ihrer Preisbeschlüsse.[12]

Der *Bundeskanzler* wiederholte, daß ihm diese Lage ganz große Sorgen bereite. Die Bundesrepublik Deutschland sei neben den USA das Land, das die Ölpreiserhöhungen am längsten ertragen könne, aber die Wirkung auf andere Länder sei katastrophal.

BM *Leber* verwies in diesem Zusammenhang auf[13] die geringeren Hilfsmöglichkeiten der Industrieländer.

Casaroli erwiderte, das Problem sei „recht klar, d.h. sehr dunkel". Es stelle sich die Frage, was der Heilige Vater auf moralischer Ebene und die politisch Verantwortlichen, insbesondere in Westeuropa, praktisch tun könnten und sollten.

Der *Bundeskanzler* antwortete – wobei er betonte, daß er seine Meinung nicht als deutscher Regierungschef, sondern als Privatmann äußere –, der Papst, der sich zu Recht für das Schicksal der Entwicklungsländer engagiere, erscheine ihm gerade durch dieses sein Engagement dazu legitimiert, zu fordern, daß den Entwicklungsländern ein geringerer Ölpreis als den Industrieländern abverlangt werde. Er – Bundeskanzler – sei sich im klaren darüber, daß er mit dieser Empfehlung gegen die wirtschaftlichen Interessen seines eigenen Staates verstoße. Er könnte dies öffentlich nicht wiederholen. Die Kirche sei durch ihr Engagement aber legitimiert, diese und andere Forderungen zu stellen.

2) Casaroli habe auf die außenpolitischen Implikationen hingewiesen. Er – BK – sei der Auffassung, daß der Heilige Stuhl außenpolitisch dafür eintreten könnte, daß die zur Zeit noch im wesentlichen arabischen OPEC-Staaten sich zu einem Gespräch mit den ölverbrauchenden Ländern bereit erklärten. Er habe betont, daß es sich noch im wesentlichen um arabische Staaten handele. Mit der Zeit werde aber unter den ölproduzierenden Ländern das Gewicht Nigerias, Mexikos ebenso wie Venezuelas noch weiter steigen. Wenn es in naher Zukunft zu einem fünften Krieg im Nahen Osten komme, würden die dortigen Ölquellen versiegen. Die Frage der Ölversorgung und Ölpreise sei direkt verknüpft mit dem Frieden im Mittleren Osten. Es sei daher wichtig, daß die sich anbahnenden oder noch zu findenden Lösungen (Camp David, die Initiativen Sadats, Rechte der Palästinenser, Status Jerusalems)[14] weiter gefördert werden, sonst könnte sich eine lebensgefährliche Lage ergeben.[15]

12 Vgl. dazu die Beschlüsse der Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten vom 26. bis 28. Juni 1979 in Genf; Dok. 179, Anm. 3.

13 Korrigiert aus: „an".

14 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

15 Der Passus „Die Frage ... ergeben" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen zurück. Vorher lautete er: „Die Frage der Ölpreise für die Entwicklungsländer sei direkt verknüpft mit dem Frieden im Mittleren Osten. Es sei daher wichtig, daß die sich anbahnenden Lösungen (Camp David, die Initiativen Sadats, Rechte der Palästinenser, Status Jerusalems) weiter gefördert werden, sonst könnte sich eine lebensgefährliche Lage für den Mittleren Osten ergeben."

BM a.D. *Leber* unterstrich, daß sich hieraus wiederum sehr große Gefahren für die Beziehungen zwischen Ost und West ergeben könnten. Die armen Länder seien nicht in der Lage, gegen hochgerüstete Industrieländer Krieg zu führen; wenn aber die ölbesitzenden Länder ihren Export strangulierten und es zu Auseinandersetzungen zwischen den ölverbrauchenden und den ölproduzierenden Ländern komme und der Osten sich dabei auf die Seite der ölbesitzenden Länder schlage, könnte es auf dem Umweg über die Erdölversorgung zu einer umfassenden Ost-West-Konfrontation kommen. Andererseits könnte der Osten seinen Einfluß auf die ölbesitzenden Länder im Sinne einer Erpressung des Westens geltend machen.

Casaroli erwiderte, gerade aus diesen Gründen sei der Heilige Stuhl immer „sehr aufmerksam" in der Frage der Beziehungen zu Israel. Man habe die israelische Regierung deutlich darauf hingewiesen, daß es im Interesse des gemeinsamen Friedens liege, wenn der Heilige Stuhl gute Beziehungen zu den arabischen Staaten pflege. Eine seitens des Heiligen Stuhls zu deutlich zum Ausdruck gebrachte pro-israelische Haltung – die man im Vatikan im Grunde genommen wünsche – und eine offizielle Anerkennung Israels durch den Heiligen Stuhl würden es letzterem praktisch unmöglich machen, gute Beziehungen zur arabischen Welt aufrechtzuerhalten oder weiter auszubauen. Es treffe zwar zu, daß es in der arabischen Welt nur sehr wenige katholische Christen gebe, aber es gebe dort „viele Menschen", und deshalb sei es so wichtig, für den Frieden zu sorgen.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich mit den Ausführungen Casarolis einverstanden. Er habe dazu zwei Bemerkungen zu machen:

1) möchte er darauf hinweisen, daß die Deutschen – die politische Führung in seinem Lande – einerseits die „tiefe innere Pflicht" empfinden, Israel, d.h. dem „Staat der Juden", zu helfen, aber andererseits werde einem dies durch die gegenwärtige Politik Israels sehr schwer gemacht. Daher sei er – BK – sehr für eine ausgewogene Politik gegenüber Israel und der arabischen Welt. Er selbst habe einen seit langem geplanten Besuch in Israel aus diesem Grunde immer wieder verschoben.[16]

2) Die Einheit der arabischen Welt sollte verstärkt werden. Sadat sei ein mutiger, im Religiösen fundierter Mann – auf ökonomischem Gebiet vielleicht etwas weniger fachkundig –, aber mit Herz und Verstand völlig glaubwürdig. Der ägyptische Präsident habe ihm (BK) gegenüber z.B. betont, daß alle drei großen Weltreligionen ihren Ursprung auf der Sinai-Halbinsel hätten; ebenso wie sie alle auf dem Berg Sinai entstanden seien, gehörten sie auch alle nach Jerusalem. Sollte Sadat in der arabischen Welt völlig isoliert werden und bei seinen Bemühungen scheitern, dann könnte ein fünfter Nahost-Krieg unausweichlich werden. Die Ölfelder als Objekt dieses Krieges würden dann ausgelöscht. Um dies zu vermeiden, sollte man gemeinsam auf einen höheren Grad an Einheit innerhalb der arabischen Welt hinwirken.

Casaroli bemerkte, er wolle die Zeit des Herrn Bundeskanzlers nicht zu sehr in Anspruch nehmen, möchte jedoch noch einen weiteren Punkt anschneiden. Der Heilige Stuhl habe den Prozeß und die Bemühungen um die europäische Einigung immer mit Anteilnahme und Sympathie verfolgt. Es wäre für ihn sehr

16 Zur Frage eines Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt in Israel vgl. Dok. 134, Anm. 15.

wichtig zu erfahren, wie der Bundeskanzler die Zukunftsaussichten für Europa, und dabei meine er Westeuropa, sehe, gerade auch im Zusammenhang mit dem Auftreten Chinas als vierte gegen die Sowjetunion gerichtete Macht.

Der *Bundeskanzler* antwortete, zur Zeit gebe es in Europa nur eine Regierung, die eine gewisse Öffnung gegenüber China in dem genannten Sinne für möglich halte. Es handele sich dabei um die jetzige britische Regierung. Er – BK – glaube jedoch, daß die britische Regierung an dieser Ansicht nicht lange festhalten werde. Alle anderen Regierungen, wie die deutsche, die französische, die italienische, seien nicht bereit, sich von China mißbrauchen zu lassen. Europa sei heute im politischen Bereich weniger bedroht als im wirtschaftlichen. Einige Länder müßten verzweifelte Versuche unternehmen, um ihre Wirtschaft zu sanieren. Dies schaffe eine psychologische Instabilität, die Besorgnis auslöse. Innerhalb der letzten zwölf Monate seien jedoch zwei wichtige Entscheidungen getroffen worden:

1) Die – in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzende – Direktwahl zum Europäischen Parlament.[17] Man werde sich später dessen bewußt werden, daß es sich hierbei um eine bedeutsame geschichtliche Zäsur gehandelt habe, wenn das Parlament auch heute nicht sehr viel Macht besitze.

2) Die Schaffung des Europäischen Währungssystems[18] – so anfällig und pflegebedürftig es durch die Inflationsgefahr in Frankreich und Italien auch noch sei.

Die jüngste Ölkrise stelle eine neue tiefe strukturelle Zerreißprobe dar, die den weiteren Fortschritt der Europäischen Gemeinschaft gefährden könnte. Andererseits hoffe man in Europa, die Herausforderungen bestehen zu können, er selbst – der BK – sei in dieser Hinsicht nicht pessimistisch. Viel eher sehe er die Gefahr, daß die Vereinigten Staaten von Amerika die heutigen Herausforderungen nicht bestehen könnten. Dies sei für ihn Anlaß zu täglicher großer Sorge. In den achtziger Jahren könnte eine militärische Bedrohung Westeuropas wieder stärker in den Vordergrund rücken. Die amerikanische Fähigkeit, ihre Führungsposition innerhalb des westlichen Bündnisses voll wahrzunehmen, habe bereits seit der Johnson-Administration nachgelassen (Nixon und Kissinger hätten es hervorragend verstanden, dies zu verdecken). Andererseits nehme die Bedrohung durch die sowjetische Aufrüstung stets zu. Es handele sich dabei um Waffen, die nicht gegen die USA gerichtet seien – SS-20, „Backfire" –, sondern gegen Westeuropa, Südostasien usw. Dadurch könnten sich – besonders auch nach dem Abgang Breschnews von der politischen Bühne – für Europa ernsthafte Gefahren dadurch ergeben, daß die USA sich durch die genannten sowjetischen Waffen nicht mehr in ihrer eigenen Existenz bedroht sähen. Aus diesem Grund seien SALT III, MBFR und die Folgeverhandlungen von KSZE[19] – an denen der Heilige Stuhl ja auch beteiligt sei – von großer rüstungskontrollpolitischer Bedeutung. So sei er – BK – z. B. der Auffassung, daß

17 Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 7. und 10. Juni 1979 statt.

18 Zum Inkrafttreten des Europäischen Währungssystems am 13. März 1979 vgl. Dok. 83.

19 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 320 und Dok. 373, und AAPD 1978, I, Dok. 16, Dok. 24, Dok. 25, Dok. 60 und Dok. 88.

die für 1980 geplante KSZE-Folgekonferenz in Madrid[20] auf Ministerebene stattfinden sollte, da die Diplomaten und Experten nicht selbst weisungsbefugt seien. Minister dagegen stünden unter politischem Erfolgszwang, da sie einen Mißerfolg in ihren jeweiligen Ländern verteidigen müßten. Seines Erachtens könnte der Heilige Stuhl als diplomatische Macht bei SALT III, MBFR, KSZE (vertrauensbildende Maßnahmen und Rüstungsbegrenzung) eine bedeutsame Rolle spielen. Vielleicht könnte gerade ein polnischer Papst auf diesem Gebiet besonders eindrucksvoll wirken und dies zu seiner speziellen Aufgabe machen.

BM a.D. *Leber* verwies in diesem Zusammenhang auf die Schwierigkeiten und die Entscheidungsschwäche der Regierung Carter. Sollte es aufgrund der innerpolitischen Schwierigkeiten in den Vereinigten Staaten zu einem Dissens zwischen den USA und Europa kommen (z.B. zu einem Kampf um das Erdöl) und zu Zwistigkeiten innerhalb des Atlantikpaktes, so käme dies einer Einladung an die Sowjetunion, einen Druck auf Westeuropa auszuüben, gleich. Er teile die Skepsis Casarolis in bezug auf die Haltung der neuen Generationen, die die Schrecken des Weltkrieges nicht selbst kennengelernt hätten.

Der *Bundeskanzler* wies sodann darauf hin, daß er mit dem Papst auch über die Lage der Polen und der Deutschen gesprochen habe. Zu letzterem Punkt möchte er bemerken, daß die Regierung in Ostdeutschland nicht bereit gewesen sei, die Last des Deutschseins mitzutragen. Sie habe ihren Bürgern vorgegaukelt, daß sie eine andere Nation als die deutsche darstellten. Was die pastoralen Aufgaben der Kirche in der DDR betreffe, über die er sich mit Casaroli bei dessen Besuch in Bonn[21] in seinem Arbeitszimmer im Bundestag ausführlich unterhalten habe, gehe er davon aus, daß sich in der Frage der Neuordnung[22] in der Zwischenzeit nichts geändert habe und daß der Heilige Stuhl die Bundesregierung im Falle einer geplanten Änderung vorher konsultieren werde.

Casaroli bestätigte dies und wiederholte auf deutsch das Verb „konsultieren".

Der *Bundeskanzler* brachte sodann das Gespräch auf den vor einer Woche im Deutschen Bundestag gefaßten Beschluß über die Aufhebung der Verjährung für Mord.[23] Es handele sich dabei um eine sehr wichtige Entscheidung.

20 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

21 Der Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche, Casaroli, hielt sich am 23./24. Oktober 1975 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit Bundesminister Genscher am 24. Oktober 1975 vgl. AAPD 1975, II, Dok. 317.

22 Zur Frage einer kirchenrechtlichen Neuordnung in der DDR vgl. Dok. 18.

23 In der Presse wurde berichtet: „Der Bundestag hat gestern in Zweiter Lesung mit 255 Stimmen gegen 222 Stimmen die Verjährung für Mord generell aufgehoben. Während die SPD praktisch geschlossen für diese Initiative ihres Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner stimmte, lehnte die große Mehrheit der Unionsfraktion die Aufhebung der Verjährung ab. Zuvor hatte bereits eine überwältigende Mehrheit den Vorschlag des früheren Innenministers Werner Maihofer (FDP) abgelehnt, nach dem nur NS-Morde nicht verjähren sollten. Maihofer hatte daraufhin auch im Namen seiner knapp zehn ihn unterstützenden Kollegen erklärt, in der Schlußabstimmung für die generelle Aufhebung der Verjährung von Mord zu stimmen. Mit dieser Entscheidung hat der Bundestag die Beschlüsse von 1969 verändert, nach denen zum Jahresende neu entdeckte NS-Täter nicht mehr hätten verfolgt werden können." Vgl. den Artikel „Nach zehnstündiger Debatte hob der Bundestag die Verjährung auf"; DIE WELT vom 4. Juli 1979, S. 1.

Schwierigkeiten seien entstanden, weil sich die beiden Regierungsparteien – SPD und FDP – in dieser Frage nicht ganz einig gewesen seien. Die SPD-Abgeordneten seien zu 99% für die Aufhebung der Verjährung gewesen, die FDP-Abgeordneten dagegen nur zu 30%; innerhalb der CDU hätten sich 12 bis 15% für die Aufhebung ausgesprochen. Es sei aber eine nach dem Verfassungsrecht ausreichende Mehrheit an Stimmen für die Aufhebung zusammengekommen. Der Bundesrat werde keinen Widerstand gegen den Bundestagsbeschluß leisten. Er – BK – bitte Casaroli, Verständnis dafür zu haben, daß auch diejenigen, die im Bundestag gegen die Aufhebung der Verjährung gestimmt hätten, gute Gründe geltend gemacht hätten – sie seien der Auffassung, daß bestimmte rechtliche Positionen nicht nach Gründen der Opportunität geändert werden sollten. Er – BK – habe dies, obwohl er selbst für die Aufhebung der Verjährung gestimmt habe, in den Vereinigten Staaten[24] in diesem Sinne erläutert. Der Gedanke wäre ihm unerträglich gewesen, daß im Falle der Verjährung der Nazimorde möglicherweise ein als „Henker von Auschwitz oder Treblinka" auftretender Mann sich in den Illustrierten seiner damaligen Taten rühmen könnte, ohne daß die Möglichkeit bestünde, ihn anzuklagen. Andererseits müsse man zugeben, daß es bei den jetzt noch laufenden Prozessen außerordentlich schwierig sei, die individuelle Schuld für Taten nachzuweisen, die vor 35 Jahren begangen worden seien. So sei es aus Mangel an Beweisen zu vielen Freisprüchen gekommen. Er – BK – habe es für nötig empfunden, Casaroli gegenüber diese[25] Erläuterung zu geben.

Casaroli erwiderte, im Vatikan habe man natürlich die Verjährungsdebatte im Bundestag mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Es gebe „respektable Gründe" für die Haltung der einen und der anderen. Man habe das Ergebnis der Abstimmung aber zur Kenntnis genommen. Er sei dem BK sehr dankbar für dessen Klarstellungen.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, er glaube, alle ihm wichtig erscheinenden Punkte vorgebracht zu haben. Dagegen stehe er gerne zur Verfügung für den Fall, daß Casaroli noch Erläuterungen zu der einen oder anderen Frage wünsche.

Casaroli bemerkte, der Heilige Vater habe sicherlich alle Fragen und Wünsche des Heiligen Stuhls zur Sprache gebracht. Er, Casaroli, möchte nur allgemein bemerken, daß nach Auffassung des Heiligen Stuhls im politischen Leben wie im Leben des Einzelmenschen die moralischen Werte vorherrschen müßten. Oft hätten es die Politiker mit Anliegen anderer Art zu tun. Es sei aber die Pflicht gerade der Kirchen, auch der katholischen Kirche, da zu sein, um daran zu erinnern, daß jede politische und gesellschaftliche Ordnung auf der Grundlage der moralischen Werte aufgebaut sein sollte. Dies sei um so leichter, wenn es sich um gemeinsame, d.h. christliche, Werte handele.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte daran, daß Papst Johannes Paul II. in vielen öffentlichen Reden etwas zum Ausdruck gebracht habe, was er selbst in den letzten zehn Jahren, insbesondere in den fünf Jahren seiner Kanzlerschaft, immer wieder auch vor dem Parlament unterstrichen habe: die spirituelle, gei-

24 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.

25 Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „eine entsprechende".

stige und kulturelle Einheit Europas, und zwar über das jetzige Gebiet der Europäischen Gemeinschaft hinaus. Für ihn gehören Prag, Krakau usw. ebenso zu Europa wie Aachen, Oxford und Paris. Wie Präsident Senghor von Senegal betont habe, sei ganz Europa aus einer Mischung von Völkern und ihrer gegenseitigen Befruchtung seit über tausend Jahren entstanden. Zu Europa gehöre seines Erachtens auch das russische Volk zumindest im westlichen Teil der Sowjetunion. Das Bewußtsein für diese Tatsache sollte allgemein verbreitet werden; es sei auch für den Frieden in Europa sehr wichtig. Besonders habe er (BK) sich darüber gefreut, daß der Heilige Vater auf eine Bemerkung von BM Leber, wonach man sich öffentlich gegen den Haß aussprechen sollte, hin mit „ja" geantwortet habe. Auf Haß sollte man nicht mit Haß antworten. Diese Worte des Heiligen Vaters hätten ihm (BK) wohlgetan. Das deutsche Volk habe eine Lehre aus dem Krieg gezogen, er lege „ungeheure Hoffnung" auf das Wirken eines polnischen Papstes, der als Bischof und Kardinal dreißig Jahre lang unter kommunistischer Herrschaft seine pastorale Aufgabe erfüllt habe[26], ohne daß es zu einem frontalen Angriff zwischen Kirche und Staat gekommen sei. Er lege große Hoffnung auf die Tätigkeit des Papstes für die Entspannung, gerade weil er sich über die militärischen Gefahren ebenso wie über die Notwendigkeit, diesen ein militärisches Gegengewicht gegenüberzustellen, im klaren sei.

Bei der Verabschiedung ließ der Bundeskanzler die Möglichkeit anklingen, anläßlich seiner häufigen Besuche in Italien, wohin er sich jährlich zu Konsultationen mit der italienischen Regierung begebe, „ohne offiziellen Anstrich" das Gespräch im Vatikan fortzusetzen.

Der *Kardinal-Staatssekretär* begrüßte dies und betonte, der Besuch des Bundeskanzlers und von BM a.D. Leber sei für ihn eine große Ehre und Freude gewesen, da er Gelegenheit zu einem längeren nützlichen Gespräch geboten habe.

Das Gespräch endete gegen 13.30 Uhr.

VS-Bd. 14078 (010)

[26] Karol Wojtyła wurde am 4. Juli 1958 zum Weihbischof von Krakau und am 13. Januar 1964 zum Erzbischof von Krakau ernannt. Am 26. Juni 1967 wurde er in den Kardinalsrang erhoben.

206

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Andreotti in Rom

VS-vertraulich **10. Juli 1979**[1]

Besuch des Herrn Bundeskanzlers bei Ministerpräsident Andreotti im Palazzo Chigi in Rom am 10. Juli[2] 1979 um 9.45 Uhr[3];
hier: Dolmetscheraufzeichnung

Nach der Begrüßung gab Ministerpräsident *Andreotti* seiner Freude darüber Ausdruck, den Bundeskanzler in einem besonders heiklen Moment der Regierungsbildung[4] sehen zu können. Es würden Anstrengungen unternommen, um zu einer Koalition zu finden, die bereit sei, sich in bezug auf die wichtigen Fragen, d.h. besonders die wirtschaftlich-finanziellen Probleme und die Bekämpfung des Terrorismus, einzusetzen. Es gehe darum, die bisherige „sehr ernsthafte Politik" fortzusetzen.

Dabei sei die „Art der Beziehungen" zwischen den beiden sozialistischen Parteien (PSI und PSDI) sehr wichtig. Komme es zu einem Zusammenwirken der beiden genannten Parteien, sei er – Andreotti – beruhigt, andernfalls hätte er gewisse Sorgen.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob er meine, daß Craxi eine Regierung bilden könne, antwortete *Andreotti*, Craxi habe den Auftrag dazu erhalten, die Bildung einer Regierung erscheine jedoch „noch schwierig": Da die DC eine Zu-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat am 12. Juli 1979 gefertigt und von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 1. August 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau zur Kenntnisnahme des Bundesministers Genscher übermittelt.
Hat Wallau am 1. August 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an Staatssekretär Hermes, Ministerialdirektor Blech und Botschafter Ruth verfügte und handschriftlich vermerkte: „Orig[inal] BM als Eingang (n[ach] R[ückkehr])." Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14077 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Korrigiert aus: „9. Juli".

3 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 8. bis 10. Juli 1979 in Italien und im Vatikan auf. Vgl. dazu auch Dok. 204 und Dok. 205.

4 Botschafter Arnold, Rom, berichtete am 6. Juli 1979: „Die vorgezogenen Wahlen vom 3./4. Juni haben nur in begrenztem Umfang zwingende Aufschlüsse über die zukünftige innenpolitische Orientierung in Italien gegeben. Der Wähler erteilte zwar der vom PCI ultimativ vorgebrachten Forderung nach sofortiger unmittelbarer Regierungsbeteiligung eine deutliche Absage. [...] Statt dessen konnte sich das 1976 fast liquidierte Lager der sog. laizistischen Parteien der Mitte (PSDI, PRI, PLI) stärken. Ihr Anstieg fiel aber nicht kräftig genug aus, um der bisherigen Koalition aus DC, PRI und PSDI – selbst unter Einschluß des PLI – das Weiterregieren zu ermöglichen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 634; Referat 203, Bd. 115876.
Am 10. Juli 1979 berichtete Arnold, Staatspräsident Pertini habe den Generalsekretär der PSI, Craxi, mit der Regierungsbildung beauftragt: „Mit Craxi hat erstmals nach dem Krieg ein Sozialist den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten. Die Entscheidung St[aats]P[räsident] Pertinis kommt zwar überraschend, erweist sich aber bei näherer Prüfung als logisch und konsequent. Die Wahlergebnisse und der fehlgeschlagene erste Versuch Andreottis haben gezeigt, daß der PSI eine Schlüsselrolle bei der Regierungsbildung zufällt, [...] Andreotti vornehmlich an den Vorbehalten der PSI gescheitert war und weitere DC-Kandidaten dieselbe Gefahr des Scheiterns gelaufen wären". Vgl. den Drahtbericht Nr. 646; Referat 203, Bd. 115872.

sammenarbeit mit den Kommunisten abgelehnt habe, brauche sie die Stimmen der Sozialisten. Verlangten diese als Preis für ihre Stimmen den Posten des Ministerpräsidenten, so müsse die DC dies akzeptieren. Die DC werde sich dazu aber nur dann bereit erklären, wenn in bezug auf das Sachprogramm „absolute Einigung" bestehe. In den wichtigen Fragen herrsche zur Zeit keine Klarheit. Er befürchte, daß die Sozialisten, um sich die Gunst des Volkes zu erwerben, auf politische Positionen, wie sie vor drei Jahren bestanden hätten, zurückfallen könnten. Dies müsse unbedingt vermieden werden. Es gehe dabei nicht so sehr um Personenfragen, wenn Craxis Wahlkampagne auch sehr gegen ihn – Andreotti – gerichtet gewesen sei. Offensichtlich habe Craxi von Anfang an nach dem Ministerpräsidentenamt gestrebt, was durch die jüngsten Ereignisse auch eine Bestätigung gefunden habe. Die DC beabsichtige nicht, von vornherein Schwierigkeiten aufzubauen, werde aber Klarheit in den Sachfragen und eine volle Beteiligung des PSDI an „diesem Experiment" verlangen.

Der *Bundeskanzler* stellte die Frage, ob es nicht zu einer Minderheitsregierung Andreotti kommen könnte.

Andreotti verneinte dies, da er nicht genügend Stimmen auf sich versammeln könne. Er könnte z. Z. mit der Unterstützung der Sozialdemokraten, der Republikaner und der vier Abgeordneten der Südtiroler Volkspartei rechnen. Zu einer regierungsfähigen Mehrheit brauche er aber auch die Unterstützung oder zumindest die Stimmenthaltung der Sozialisten. Da ihm beides verweigert werde, würde er im Parlament geschlagen. Craxi würde ihn nicht unterstützen. Im Gegensatz zum deutschen Verfassungsrecht sehe das italienische Verfassungsrecht eine ausdrückliche Bestätigung durch das Parlament vor. Zehn Tage nach der Ernennung einer Regierung müsse diese sich dem Vertrauensvotum des Parlaments stellen.

Zu den Chancen Craxis heute etwas zu sagen, sei delikat, da entsprechende Äußerungen leicht als gegen dessen Person gerichtet erscheinen könnten. Er – Andreotti – glaube aber, daß die Schwierigkeiten Craxis vor allem aus seiner eigenen Partei stammten, weil ein großer Teil der Sozialisten für ein Zusammengehen mit den Kommunisten sei.

Auch der öffentlichen Meinung stelle sich die Politik der Sozialisten ganz anders als die Politik der DC dar. Zum Beispiel habe die DC Sondergefängnisse für die Terroristen geschaffen, um ein Ausbrechen und das Machen von Proselyten zu verhindern, eine Gefahr, die bei Aufnahme der Terroristen in gewöhnliche Gefängnisse bestanden hätte. Die Sozialisten hätten dagegen die Sondergefängnisse immer abgelehnt. Wenn Craxi sich heute zu einem politischen Rückschritt entschließen sollte, würde er damit große Konflikte auslösen. Die DC würde sich nicht daran beteiligen und ihm ihre Unterstützung versagen. Dann würde er bei der Regierungsbildung scheitern.

Der *Bundeskanzler* schilderte sodann den Eindruck, den er von Craxi nach zwei Begegnungen[5] mit ihm habe: 1) Craxi selbst strebe eine Koalition mit der

[5] Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 1. Dezember 1977 in Italien auf und führte in dieser Zeit ein Gespräch mit dem Generalsekretär der PSI, Craxi. Vgl. dazu das Gespräch mit Ministerpräsident Andreotti am 1. Dezember 1977; AAPD 1977, II, Dok. 345.
Im Mai 1979 trafen Schmidt und Craxi in Bonn zusammen. Vgl. dazu SCHMIDT, Nachbarn, S. 243 und S. 320.

DC an, aber er habe Schwierigkeiten innerhalb seiner Partei (PSI); 2) sei ihm (Bundeskanzler) aufgefallen, daß Craxi keine ausreichenden Kenntnisse auf ökonomischem Gebiet besitze. Er (Bundeskanzler) habe das Gespräch absichtlich auf den Pandolfi-Plan[6] gebracht und dabei festgestellt, daß Craxi nicht genügend davon verstehe. In einer von Craxi geführten Regierung müßten die wirtschaftspolitischen Ressorts auf jeden Fall in fachkundige Hände gelegt werden.

Er (Bundeskanzler) habe Craxi deutlich gesagt, falls es nicht gelinge, eine Koalitionsregierung zwischen PSI, PSDI und DC zustande zu bringen, so habe er – Craxi – die Verantwortung dafür zu tragen, wenn später Italien in die Hände kommunistischer Regierungen falle. Er (Bundeskanzler) habe dies Craxi sehr massiv vor Augen geführt. Craxi scheine sich dessen bewußt zu sein und guten Willen zu besitzen, aber nicht genügend Kraft zu haben.

Andreotti führte dies auf innerparteiliche Schwierigkeiten bei den Sozialisten zurück, wo die Linke sehr stark sei. Vielleicht wolle er gerade deshalb die Karte einer Koalitionsregierung mit einem sozialistischen – und nicht christdemokratischen – Ministerpräsidenten ausspielen, obwohl die Sozialisten nur ca. 9% und die DC 40% der Stimmen erhalten hätten.

Er – Andreotti – wiederhole aber, daß hierzu zwei Voraussetzungen erfüllt sein müßten: 1) eine besonders auch in den wirtschaftspolitischen Fragen sehr präzise Regierungsvereinbarung und 2) eine „herzliche Zusammenarbeit" auch mit den Sozialdemokraten. Die derzeitigen Beziehungen zwischen PSI und PSDI seien nicht gut.

Im vergangenen Jahr habe er (Andreotti) versucht, die beiden sozialistischen Parteien in die Regierung hineinzunehmen, aber die PSI sei nicht gekommen. Craxi sei dann sehr verärgert gewesen, daß die PSDI in die Regierung eingetreten sei[7], und habe ihm (Andreotti) dies zum Vorwurf gemacht.

Mit wirtschaftlichen Fragen habe sich Craxi in der Tat nie befaßt und sich auch im Parlament nie dazu geäußert. Es sei sicherlich notwendig, im Falle einer Regierungsbildung durch ihn für die wirtschaftspolitischen Ressorts fachkun-

6 Das Bundesministerium der Finanzen analysierte am 12. Oktober 1978 einen Drei-Jahres-Plan des italienischen Schatzministers Pandolfi zur Sanierung der italienischen Wirtschaft. Er umfasse im wesentlichen folgende Elemente: „a) Analyse der Ursachen der gegenwärtigen Wachstumshemmnisse, welche insbesondere gesehen werden in hohen Defiziten der öffentlichen Hand und in der ansteigenden und weit über die Produktivitätsfortschritte hinausgehenden Arbeitskostenentwicklung; b) Strategie zur Überwindung der Wachstumshemmnisse, die u. a. zur Schaffung von 500 000 bis 600 000 neuen Arbeitsplätzen im Zeitraum von 1979 bis 1981 führen soll [...]; c) Stufenweise Umsetzung der Entwicklungsstrategie: Konkrete operative Beschlüsse für 1979, insbesondere Abbau des Gesamtdefizits des öffentlichen Sektors". Vorgesehen seien außerdem eine nachhaltig wirksame Anti-Inflationspolitik und die Auflage einer Staatsanleihe zur Konsolidierung der Staatsschulden. Das Bundesministerium der Finanzen bilanzierte: „Die Ursachenanalyse der wirtschaftlichen Wachstumsschwäche im Drei-Jahres-Programm ist zutreffend. Die Leitlinien der Strategie zur Wiederherstellung hoher Wachstumsraten sind positiv zu beurteilen, da sie nicht nur darauf abzielen, kurzfristig Erfolge in der Konjunkturpolitik zu erreichen, sondern auch wichtige Ansatzpunkte für die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und für die Durchführung der Verwaltungsreform enthalten. Ohne inhaltliche Konkretisierung müssen sie jedoch als nicht ganz wirklichkeitsnahe Zukunftsvisionen eingestuft werden." Vgl. Referat 203, Bd. 115876.

7 Botschafter Arnold, Rom, berichtete am 21. März 1979, Ministerpräsident Andreotti habe am Vortag Staatspräsident Pertini die Kabinettsliste seiner fünften, aus Democrazia Cristiana, Partito Socialista Democratico Italiano und Partito Repubblicano Italiano gebildeten Regierung vorgelegt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 285; Referat 203, Bd. 115872.

dige Minister zu benennen. Es bestehe aber das Risiko, daß Craxi, um den Gewerkschaften einen Gefallen zu tun, eine weniger strenge Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben werde. Dies wäre schlimm. Deswegen müsse das Regierungsprogramm, wie bereits betont, „äußerst präzise" formuliert werden.

Italien habe viel strengere Maßnahmen beschlossen[8], als die, welche die Regierung Jimmy Carters trotz aller amerikanischen Hilfsquellen und Ressourcen nicht durchzusetzen wisse. Dabei habe Italien „viel schwächere Schultern" als die USA. Nach Informationen auch seitens italienischstämmiger Kongreßmitglieder seien die Aussichten für eine Billigung von Carters Energieprogramm[9] nicht sehr gut.

Der *Bundeskanzler* erklärte in diesem Zusammenhang, daß Amerika die Führung des eigenen Landes und auch die Führung der westlichen Welt nicht wirksam genug wahrnehme. Er halte daher eine Stärkung der Position der Europäischen Gemeinschaft für außenpolitisch wichtig.

Andreotti stimmte dem bei; dies entspreche einer realistischen Betrachtungsweise. Natürlich dürfe man die Augen auch nicht vor den Gefahren schließen, die eine Abschwächung der Politik der USA für die atlantische Sicherheit mit sich bringe, was ihn mit großer Sorge erfülle.

Der *Bundeskanzler* führte dazu aus, bis zu der regelmäßigen Sitzung des NATO-Rats Ende dieses Jahres[10] müßten drei für die Sicherheit der Welt außerordentlich wichtige Fragen behandelt werden, die untereinander verbunden seien:

1) Die Ratifizierung von SALT II.[11] Eine entsprechende Entscheidung des amerikanischen Senats, auf die man von außen nur begrenzten Einfluß habe, sei abzuwarten. Er (Bundeskanzler) selbst habe in letzter Zeit über die größten amerikanischen Fernseh-Ketten und in drei großen öffentlichen Reden für die Ratifizierung von SALT II plädiert[12], und seine Regierung werde sich weiterhin für dieses Ziel einsetzen. Sollte der Senat sich negativ entscheiden, bedeute dies das Ende der Regierung Carter. Gleichzeitig würde auch die Entspannungs-

8 Das Bundesministerium für Wirtschaft informierte am 24. August 1979, der italienische Industrieminister Nicolazzi habe am 27. April 1979 ein Energiesparprogramm bekanntgegeben: „Wegen der Regierungskrise ist das italienische Energieeinsparprogramm noch nicht sehr weit gediehen. Preispolitische Maßnahmen, eine Aufklärungskampagne sowie kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur Verringerung der Energienachfrage und zum Wechsel der Energiequelle stellen die Hauptteile des Sparprogramms dar." Zur Preispolitik notierte das Bundesministerium für Wirtschaft: „a) Anhebung der Preise von Mineralölprodukten ab 28. Juli 1979 um i.d.R. rd. 10% (Spanne 3% bis 19%). Damit weitere Angleichung an die europäische Preisstruktur; Versorgungslage bei Diesel und leichtem Heizöl aber weiter schwierig. b) Gaspreise im Juli um 23,66% erhöht, seit Anfang 1979 mehrmals erhöht, insgesamt um rd. 50%." Vgl. Referat 412, Bd. 122423.

9 Zum Energieprogramm der amerikanischen Regierung vgl. Dok. 162, Anm. 5.

10 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

11 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

12 Bundeskanzler Schmidt sprach sich auf der sicherheitspolitischen Tagung der SPD am 19./20. Mai 1979 in Bremen für eine Ratifizierung des SALT-II-Vertrags aus. Vgl. dazu den Artikel „Wehner: Sowjetische Rüstung widerspricht der Entspannung"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 21. Mai 1979, S. 1f.
Schmidt hielt am 7. Juni 1979 anläßlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Harvard University eine Rede, in der er sich ebenfalls für die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags aussprach. Vgl. dazu den Artikel „Helmut Schmidt als politischer Missionar"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Juni 1979, S. 3.
Für den Wortlaut der Ausführungen Schmidts am 4. Juli 1979 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 111, S. 13317–13328.

politik zwischen der Sowjetunion und den USA zu Grabe getragen. Dadurch ergäben sich große Schwierigkeiten für Europa, das dann eine eigene Rolle zu spielen hätte.

2) Im Falle einer Ratifizierung von SALT II stelle sich die Frage nach dem Inhalt von SALT III. Diese Frage werde im NATO-Rat eine wichtige Rolle spielen. Er (Bundeskanzler) habe mit Carter und Vance am Rande der Gipfelkonferenz in Tokio[13] ebenso wie mit Kossygin und Gromyko während einer längeren Zwischenlandung in Moskau auf dem Hinflug[14] gesprochen. Aus diesen Gesprächen gehe hervor, daß die SU es bis heute ablehne, bei SALT III auch die Mittelstreckenraketen und die Mittelstreckenbombenflugzeuge in die Verhandlungen mit einzubeziehen (SS-4, SS-5, SS-20, „Backfire"). Andererseits sei von amerikanischer Seite versprochen worden, daß bei SALT III mit den Russen auch über nichtzentrale Systeme gesprochen werden solle.

3) Er (Bundeskanzler) fürchte allerdings, daß dieser Versuch möglicherweise nicht ernsthaft unternommen werde. Dagegen könnte man dem Druck ausgesetzt werden, in Westeuropa amerikanische Mittelstreckenwaffen als Gegengewicht mit einer verlängerten Reichweite aufzunehmen, die dort bisher nicht postiert gewesen seien. Es handele sich um Waffen, mit denen der Westen der SU und das dortige Industriegebiet getroffen werden könnten. Ab 1982 sollen land-launched und sea-launched Cruise Missiles in Holland, Belgien und anderen europäischen Ländern – vielleicht auch in Italien – postiert werden. Für Deutschland und für die übrigen genannten Staaten würde dies große innenpolitische Schwierigkeiten aufwerfen.

Er (Bundeskanzler) könne und wolle sich 1) der Logik nicht verschließen, daß ein westliches Gegengewicht zu den sowjetischen SS-20 und den „Backfire"-Bombern erforderlich sei, aber er wolle 2) nicht, daß diese Waffensysteme nur auf deutschem Gebiet stationiert würden, das dadurch in eine singuläre, isolierte Position im Vergleich zu den anderen westeuropäischen Staaten gelangen würde und in Zukunft möglicherweise einem besonderen Druck durch eine aggressive sowjetische Politik ausgesetzt werden könnte. Also müßten 3) alle geographisch dazu geeigneten westeuropäischen Staaten sich an dieser Form der Rüstung beteiligen. Er denke dabei an Benelux, Italien, vielleicht auch Portugal, die skandinavischen Länder sowie an Griechenland und die Türkei – wegen der Häfen, in die die Schiffe, von denen Cruise Missiles gestartet werden, einlaufen können. Er (Bundeskanzler) glaube 4), daß man all diesen Ländern die Nachrüstung durch diese neuen Waffensysteme nur zumuten könne, wenn glaubwürdig gezeigt werde, daß der Westen den ernsthaften Versuch unternehme, um von der SU eine Begrenzung der Mittelstreckenwaffen zu erreichen.

Andreotti habe recht, wenn er sage, daß die USA es an Führung vermissen ließen. Es würde ihn (Bundeskanzler) interessieren, zu erfahren, wie die italienische Regierung aus ihrer Sicht – unabhängig von der Person ihres Chefs – über diese Fragen der gemeinsamen Verteidigung urteilen werde.

13 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

14 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

Andreotti antwortete, er teile die Auffassung des Bundeskanzlers, wonach es im Falle einer Nichtratifizierung von SALT II durch den amerikanischen Senat zu einer sehr tiefen politischen Krise kommen könne. Dies gelte für die Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion ebenso wie für die Beziehungen zwischen den europäischen Ländern und der SU. Er (Andreotti) habe auf dem Rückweg von Tokio bei einer Zwischenlandung mit führenden sowjetischen Politikern gesprochen[15] und dabei den Eindruck gewonnen, daß auch in der Sowjetregierung eine große Besorgnis herrsche. Er halte es für nützlich, daß die verbündeten europäischen Länder einen Druck in Richtung auf eine Billigung von SALT II ausübten. Die italienische Regierung habe sich bereits offiziell in diesem Sinne ausgesprochen und werde es auch weiterhin tun, um Carter bei der Ratifizierung zu unterstützen.

Er glaube nicht, daß unmittelbar nach der Ratifizierung von SALT II die Gespräche über SALT III beginnen würden. Er halte es aber für vernünftig, wie der Bundeskanzler vorschlage, sich schon jetzt Gedanken über eine zukünftige gemeinsame Linie zu machen. Er hielte es für einen „schlimmen Fehler", wenn die neuen Defensivwaffen nur auf deutschem Boden postiert würden; dadurch würde Deutschland zu Unrecht eine besondere Last auferlegt. Man müsse sich im Gespräch rechtzeitig darauf vorbereiten, die öffentliche Meinung entsprechend aufzuklären. Im Hinblick auf die Beziehungen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt meine er, sei es „nicht schlecht", wenn der tatsächliche Wunsch nach einer Begrenzung der gegen Europa gerichteten sowjetischen Mittelstreckenraketen angemeldet würde. Falls dies nicht geschehe, sei die öffentliche Meinung in den westeuropäischen Ländern zur Aufnahme neuer amerikanischer Waffen nicht vorbereitet.

In diesem Zusammenhang habe er (Andreotti) zwei zusätzliche Bemerkungen zu machen: 1) Es sei sehr wichtig, in die beabsichtigten Gespräche auch die beiden europäischen Nuklearstaaten Frankreich und Großbritannien mit einzubeziehen. 2) Es bestehe ein gewisses Risiko, daß die traditionsgemäß eher pazifistisch eingestellten italienischen Sozialisten die Probleme der militärischen Verteidigung nicht vertiefen wollten und daß die Haltung des PSI in den Verhandlungen schwächer wäre. Andererseits stünden die Amerikaner Craxi „recht nahe" – sie hätten ihn wohl auch unterstützt –, so daß zu hoffen sei, daß er den seinerzeit von Nenni – in der Zeit des „centro sinistra" – begangenen Fehler nicht wiederholen werde. Man müßte Craxi in diesen Fragen sehr unterstützen, damit er sich aktiv dafür einsetzt. Er (Andreotti) sei mit dem Bundeskanzler nicht nur einverstanden in bezug auf die angeschnittenen großen Probleme, sondern wisse auch den „großen Mut" zu schätzen, mit dem er sie darlege und vertrete.

[15] Ministerpräsident Andreotti hielt sich auf dem Rückflug vom Weltwirtschaftsgipfel in Tokio am 30. Juni 1979 in der UdSSR auf und führte ein Gespräch mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Gesandter Berendonck, Moskau, gab dazu am 5. Juli 1979 Informationen der italienischen Botschaft wieder: „Andreotti erklärte italienische Unterstützung für SALT-II-Vertrag. Kossygin verwies auf große Anzahl amerikanischer Staatsbürger italienischer Abstammung und regte an, italienische Regierung solle zugunsten der Ratifizierung auf sie einwirken. Es wäre eine Katastrophe, wenn der Vertrag nicht ratifiziert würde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2556; Referat 213, Bd. 133212.

Der *Bundeskanzler* dankte Andreotti für dessen Ausführungen, auch für den Hinweis auf die „unsichere Stellung" des PSI in Verteidigungsfragen. Dies führe ihn zurück zu der bereits angekündigten Frage, was er selbst (Bundeskanzler) oder andere Parteien in bezug auf Craxi tun sollte und tun könne. Andreotti könne jederzeit über seine Dienste verfügen, wenn ihm dies zweckmäßig erscheine. Er (Bundeskanzler) habe großes Vertrauen in Andreotti und wünsche sich eine länger dauernde persönliche Zusammenarbeit mit ihm.

Andreotti antwortete, er sei dafür sehr dankbar und erwidere die Gefühle des Bundeskanzlers, den er nunmehr seit Jahren gut kennengelernt habe und mit dem er in „großer Loyalität und großer Wirksamkeit" zusammengearbeitet habe. Die unmittelbare Situation sei zwar „recht delikat". Craxi habe den Auftrag zur Regierungsbildung und werde versuchen, ihn zu erfüllen. Zur Zeit könne man wohl nur versuchen, die beiden sozialistischen Parteien Italiens zur Geschlossenheit zu bewegen. Craxi sollte den PSDI „zur Geltung bringen und nicht herabwürdigen". Was seine (Andreottis) Beziehungen zu Craxi betreffe, so habe er keine persönlichen Motive, die sich gegen Craxi richteten. Dieser habe seine Kampagne zur Gewinnung des Ministerpräsidentenamts geführt und nicht speziell gegen seine (Andreottis) Person.

Sollte der Bundeskanzler Gelegenheit finden, mit Craxi zu sprechen, so wäre es nützlich, ein Wort zugunsten der Herstellung guter Beziehungen mit dem PSDI einzulegen, um zu erreichen, daß sich die beiden Parteien nicht weiter bekämpften und feindselig gegenüber stünden. Der heutige Zeitpunkt sei für eine Einschaltung etwas heikel, da die Dinge leicht so aufgefaßt werden könnten, als ob man Craxis Scheitern erhoffe. Sollte ihm aber die Regierungsbildung nicht gelingen, so könnte man dann einen „freundschaftlichen Druck" auf ihn ausüben, um zu erreichen, daß er eine „Regierung, die so zusammengesetzt sei, wie die jetzige", unterstütze oder sich im Parlament der Stimme enthalte.

Der *Bundeskanzler* verwies darauf, daß er es gerade wegen der derzeitigen Lage vermieden habe, während seines jetzigen Rom-Aufenthalts mit Longo und Craxi zusammenzukommen. Er habe nicht den Eindruck einer deutschen Einmischung in die italienische Politik erwecken wollen. Er werde aber zu gegebener Zeit Craxi einen Brief übermitteln lassen.

Andreotti brachte abschließend das Gespräch noch auf zwei Fragen, zu denen er gerne die Meinung des Bundeskanzlers erfahren hätte:

Er halte den Gedanken für gut, die IAEA in Wien mit einer Kampagne für die Sicherheit der Kernanlagen zu betrauen.[16] Er glaube, daß dieser Gedanke vorangetrieben werden sollte. Er (Andreotti) habe mit Kossygin und Gromyko darüber gesprochen, die zwar erklärt hätten, daß sie „diese Probleme nicht hätten", aber gerne bereit seien, in Wien mitzuarbeiten.

Der *Bundeskanzler* zeigte sich darüber sehr erfreut. Er werde sich ohne Rücksicht auf den Fortbestand seiner Regierung für eine Erweiterung der auf Kernenergie beruhenden Erzeugung von elektrischem Strom und für eine Drosselung des Ölkonsums für diese Zwecke einsetzen. Da er seine Vorstellungen werde durchsetzen können, werde er damit auch seine Regierung stärken.

16 Zur Initiative des Bundeskanzlers Schmidt in der Frage der Reaktorsicherheit vgl. Dok. 141.

Andreotti verwies ferner auf die angekündigte Konferenz über die Vietnamflüchtlinge, bei der es sicherlich zu großen politischen Auseinandersetzungen kommen werde. Er halte eine Einbeziehung der drei Staaten in Indochina für sehr wichtig – Vietnam habe bereits zugesagt –, sonst komme es anstatt zu einer „humanitären Initiative" zu einer „großen Konfusion".[17]

Der *Bundeskanzler* hielt diesen Gedanken für sehr nützlich und regte an, ihn im Außenministerrat der EG weiter zu behandeln.

Andreotti verwies auf die Schwierigkeit, mit Kambodscha ins Gespräch zu kommen, da z. Z. viele Regierungen keine Beziehungen zu diesem Land unterhielten. Er glaube aber, daß es möglich sein sollte, über den UN-Generalsekretär Waldheim Kontakte herzustellen, sonst erscheine es ihm schwierig, zu konkreten positiven Ergebnissen zu kommen.

Der *Bundeskanzler* wiederholte, daß diese Frage wohl am besten im Außenministerrat der EG – zu dem ja auch Forlani gehöre – zu erörtern sei.

Zur Person von Papst Johannes Paul II. bemerkte *Andreotti*, es handele sich um einen „sehr modernen", aber zugleich „in seinen Vorstellungen sehr gefestigten" Mann. Seine Modernität sei nicht das Ergebnis einer Modeströmung, sondern „gesund und sehr vernünftig".

Nach Auffassung des *Bundeskanzlers* möchte der Papst ein Seelsorger sein, er werde aber ein politischer Papst werden.

Das Gespräch endete ca. um 11 Uhr.

VS-Bd. 14077 (010)

[17] Zu den „Indochina-Flüchtlingen" vgl. Dok. 5, Anm. 33.
Am 20./21. Juli 1979 fand in Genf eine internationale Konferenz über das Flüchtlingsproblem in Südostasien statt. Botschafter Fischer, Genf (Internationale Organisationen), berichtete am 21. Juli 1979, UNO-Generalsekretär Waldheim sei es gelungen, die Konferenz, an der sich „USA und SU, China und Vietnam, Westeuropa und ASEAN-Staaten sowie die Vertreter anderer Kontinente beteiligten, auf humanitäre Zielsetzung zu beschränken, obwohl politischer Hintergrund immer wieder deutlich angesprochen wurde. Eine Reihe konkreter Ergebnisse konnte dabei erzielt werden, die im günstigsten Fall Prozeß zur Lösung indochin[esischen] Flüchtlingsproblems in Gang setzen. Augenfälligstes Ergebnis ist die Steigerung der Aufnahmequoten für Flüchtlinge von 125 000 im Mai auf 260 000. Zugleich hat Treffen Druck auf alle prospektiven Aufnahmeländer erzeugt, ihre Aufnahmebereitschaft auch in Zukunft unter Beweis zu stellen. UNHCR sind ferner Geldmittel in Höhe von 190 Mio. US-Dollar zugesichert bzw. unter Vorbehalt parlamentarischer Zustimmung in Aussicht gestellt worden. Verantwortung Vietnams ist von zahlreichen Rednern (u. a. auch von StS van Well als deutschem Delegationsleiter) deutlich angesprochen worden, ohne daß Vietnam Anlaß erhielt, Treffen zu verlassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1380; Referat 340, Bd. 110390.

207

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut

331-320.28 NIC **10. Juli 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung vorgelegt.

Betr.: Situation in Nicaragua[3];
hier: Lagebeurteilung

1) Die militärische Lage ist unübersichtlich und verändert sich ständig.

2) Die Ablösung Somozas erscheint nur noch eine Frage der Zeit. Wann er stürzt, ist zur Zeit jedoch kaum vorauszusagen.[4]

3) Die provisorische Regierungsjunta (Regierung des nationalen Wiederaufbaus), die von der Sandinistischen Befreiungsfront in Costa Rica ausgerufen wurde[5],

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Martius und Oberamtsrat Fehrenbach konzipiert.
Hat Martius am 17. Juli 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Fehrenbach."

2 Hat Staatssekretär van Well am 13. Juli 1979 vorgelegen.

3 Nach Erfüllung der von ihnen gestellten Bedingungen beendete am 25. August 1978 ein Kommando der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront eine Geiselnahme im nicaraguanischen Parlament in Managua. In der Presse wurde dazu festgestellt, dies sei der „vorläufig letzte und erfolgreichste Akt einer Eskalation von Aktionen der Opposition". Vgl. den Artikel „Die Diktatur Somozas gerät ins Wanken"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. August 1978, S. 1 f.
Referat 331 hielt am 18. Juni 1979 fest: „Im Herbst 1978 konnte General Somoza den mit der Geiselnahme im Nationalpalast in Managua eingeleiteten Aufruhr der ‚Sandinistischen Befreiungsfront' noch niederschlagen. Seit zwei Monaten haben die Kämpfe erneut begonnen und an blutiger Härte ständig zugenommen. Die ‚Sandinistische Befreiungsfront' erhält besonders seit der Einführung der Zwangsrekrutierung vor etwa zehn Tagen ständig neuen Zulauf aus der Bevölkerung, aber auch aus dem Ausland durch Waffen und internationale Brigaden. Taktik der Sandinisten ist, nach Durchsetzung des Generalstreiks durch Einsatz von Kampfgruppen an vielen Stellen die Regierungskräfte aufzusplittern. Sie brachten einige Landstriche und Städte unter ihre Kontrolle." Vgl. Referat 331, Bd. 116102.

4 Präsident Somoza erklärte am 17. Juli 1979 seinen Rücktritt und verließ noch am selben Tag Nicaragua. Die Nationalgarde kapitulierte am 19. Juli 1979 in Managua vor den Streitkräften der FSLN. Ministerialdirigent Petersen hielt dazu am 24. Juli 1979 fest: „Die ‚provisorische Regierung für den nationalen Wiederaufbau' hat vergangene Woche die Macht übernommen. Das Land liegt in Trümmern. Der Krieg hat nach ersten Schätzungen um die 40 000 Tote gekostet. [...] Die Regierungsjunta vereint radikale Sandinisten und gemäßigte Kräfte. Sie will gemeinsam bis zu den ersten freien Wahlen in ca. vier Jahren regieren. Bis dahin soll ein Staatsrat, bestehend aus Vertretern aller politischen Richtungen, aus Industrie und Gewerkschaften, Berufsverbänden und Kirchen, eine Verfassung ausarbeiten. Unsicher ist, ob die Junta in dieser Form bestehen bleiben oder von radikalen Kräften beherrscht werden wird. Ein Iran-Effekt ist nicht auszuschließen." Vgl. Referat 331, Bd. 116104.

5 Botschafter Scholl, San José, berichtete am 22. Juni 1979: „Über die provisorische Regierungsjunta, deren Zusammensetzung am 16. Juni d.J. in Panama bekanntgegeben wurde und die am 18. Juni mit einer Proklamation und anschließender Pressekonferenz an die Öffentlichkeit trat, liegen bisher erst lückenhafte Angaben vor." Führende Mitglieder der Junta seien der Schriftsteller Ramírez und der Ingenieur Robelo sowie die „Witwe des im Januar 1978 in Managua unter bisher ungeklärten Umständen ermordeten Chefredakteurs der Tageszeitung ‚La Prensa', des Sprachrohrs der nicaraguanischen Opposition gegen Somoza", Chamorro. Scholl informierte weiter: „Frau Chamorro wuchs schon in Opposition zu Somoza auf und unterstützte dann ihren Mann in seinem Kampf gegen die Diktatur. Bei der Vorstellung der Regierungsjunta am 18. Juni im Hotel Irazú in San José verlas sie die Proklamation, überließ aber dann in der anschließenden Pressekonferenz die Beantwortung

setzt sich aus radikalen und gemäßigten Sandinisten sowie aus anderen politischen Kräften – „Gruppe der Zwölf", „breite Oppositionsfront"[6], radikal-marxistische Bewegung „MPU"[7] – zusammen. Bei einer eventuellen Ablösung Somozas durch die provisorische Regierungsjunta bleibt abzuwarten, welcher Flügel – radikal oder gemäßigt – die Oberhand gewinnen wird. Man wird jedoch mit der Durchsetzungskraft der marxistischen Kräfte rechnen müssen.

3.1) Laut Proklamation vom 18.6.1979 beabsichtigt die provisorische Regierungsjunta folgende erste Maßnahmen:

a) Verstaatlichung des gesamten Besitzes der Familie Somoza;

b) Abschaffung der Nationalgarde und Bildung einer Armee, die „die wirklichen Interessen des nicaraguanischen Volkes vertreten und schützen" soll;

c) Verabschiedung eines Nationalen Aufbauplans;

d) Erfüllung der von Nicaragua eingegangenen internationalen Verpflichtungen, insbesondere im Bereich der Menschenrechte.

3.2) Es ist zu befürchten, daß es nach dem Abgang Somozas zu einer ähnlichen Situation wie im Iran[8], Uganda[9] oder Ghana[10] kommt (Grausamkeiten, gegenseitige Abrechnung), denn es erscheint sehr fraglich, ob die in der Opposition gegen Somoza vereinten, sehr unterschiedlichen politischen Kräfte auch beim Aufbau des Landes an einem Strang ziehen werden.

4) Offensichtlich ist Kuba zunehmend aktiv an der Unterstützung der Sandinisten mit Ausbildern und Waffenlieferungen beteiligt. Die bisherige Zurückhaltung der Sowjetunion läßt den Schluß zu, daß ihr aus geographischen und finanziellen Erwägungen anscheinend nicht an einer erneuten Einmischung in der anerkannt amerikanischen Einflußsphäre, d.h. an einem zweiten Kuba, gelegen ist. Von sowjetischer Seite ist jedoch eher eine mittelbare ideologische Stützung zu erwarten.

5) Schon jetzt sehen die Anrainerstaaten El Salvador, Honduras, Guatemala, aber auch das demokratische Costa Rica mit großer Sorge die Gefahr einer Ausstrahlung der Ereignisse in Nicaragua auf ihre Länder.

Diese Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen. Auch Panama, gerade in der Demokratisierung begriffen[11], könnte infiziert werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1009

der Fragen der Journalisten Dr. Sergio Ramírez und Ing. Alfonso Robelo. Frau Chamorro gilt als Symbolfigur." Vgl. den Schriftbericht Nr. 346; Referat 331, Bd. 116102.

6 Ministerialdirektor Meyer-Landrut vermerkte am 7. September 1978, die „breite Oppositionsfront" setze sich aus liberalen und konservativen Splittergruppen zusammen. Vgl. dazu Referat 331, Bd. 111159.

7 Movimiento Pueblo Unido.

8 Vgl. dazu die Hinrichtung des ehemaligen Ministerpräsidenten Hoveyda; Dok. 103.

9 Zum Sturz des Präsidenten Amin vgl. Dok. 107.

10 Zum Regierungsumsturz am 4. Juni 1979 in Ghana vgl. Dok. 196, Anm. 26.

11 Botschafter Ederer, Panama, berichtete am 31. März 1979, durch die Wahl des Staatspräsidenten Royo am 11. Oktober 1978 habe sich auch „verfassungsmäßig der Demokratisierungsprozeß in Panama weiter fortgesetzt. Mit Gesetz Nr. 81 vom 5. Oktober 1978 haben die Parteien nunmehr auch wieder eine legale Existenzgrundlage erhalten." Vgl. den Schriftbericht Nr. 142; Referat 331, Bd. 116108.

6) Der Kampf in Nicaragua hat auch die Nachbarn wirtschaftlich geschwächt. Zudem werden die ideologischen Oppositionsgruppen in diesen Ländern, vom Erfolg der Sandinisten beeindruckt, aktiv werden.

Entwickelt sich Zentralamerika mehr noch als bisher zu einem permanenten Unruheherd und verstärken sich dort die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Spannungen, kann auf die Dauer auch Mexiko nicht unberührt bleiben. Damit wäre eine die Weltpolitik stark beeinflussende Lage geschaffen.

7) Wir haben über unsere Botschaft in San José auf unterer Ebene bereits Kontakte zur provisorischen Regierungsjunta aufgenommen und ihr unsere Position erläutert.[12]

Bewertung: Der Sandinistische Aufstand in Nicaragua ist die revolutionäre Explosion eines politischen Gärungsprozesses, der sich in ganz Zentralamerika abspielt.

Wir sollten daher unsere Kontakte zur Opposition aufrechterhalten.

Die Rolle der Vereinigten Staaten ist mangels einer glaubwürdigen politischen Konzeption, die die Stabilität der Region gewährleistet, und auf dem Hintergrund der jahrzehntelangen Unterstützung Somozas reduziert. Dennoch werden aus geopolitischen Gründen die Amerikaner nach wie vor politisch eine Vorrangstellung in Zentralamerika einnehmen.

Zur Stärkung der Position des Westens wird es jedoch erforderlich werden, daß die Bundesrepublik Deutschland und ihre westeuropäischen Freunde

- der Region größere Aufmerksamkeit widmen,
- die demokratischen Kräfte intensiv unterstützen (politische Stiftungen, Ausbildung, EH),
- Demokratisierungsprozesse auch im südlichen Lateinamerika vorbeugend fördern (Ecuador, Bolivien, Peru, Chile, Brasilien).

Meyer-Landrut

Referat 331, Bd. 116102

12 Vortragender Legationsrat I. Klasse Martius teilte der Botschaft in San José am 20. Juni 1979 mit: „Sie werden gebeten, auf der Ebene eines nachgeordneten Beamten Verbindung mit der FSLN aufzunehmen. Dabei soll festgestellt werden, welche Haltung die Sandinisten zu nationalen und internationalen Problemen einnehmen. Der FSLN sollte außerdem unsere andauernde Präsenz in Managua wie folgt erläutert werden: 1) Politische und wirtschaftliche Beziehungen zur Regierung Somoza bestehen de facto nicht mehr. EH ist eingestellt, unsere Experten abgezogen. 2) Botschafter wurde abgezogen. Noch vorhandenes Personal dient allein dem Schutz der deutschen Staatsangehörigen und deutscher Einrichtungen sowie der Hilfe bei deren Evakuierung, soweit sie dies wünschen. Unsere Präsenz ist demnach allein humanitär begründet. [...] 3) FSLN sollte unsere Anerkennungspraxis dahingehend erläutert werden, daß die Bundesrepublik Deutschland eine ausdrückliche Anerkennung nur gegenüber neuen Staaten, nicht aber gegenüber Regierungen ausspricht. Voraussetzung für eine stillschweigende Anerkennung einer evtl. neuen Regierung in Nicaragua ist, daß diese die effektive Gewalt voll ausübt und bereit und in der Lage ist, die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Staates Nicaragua zu erfüllen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 35; Referat 331, Bd. 116102.

208

Gespräch des Ministerialdirektors Meyer-Landrut mit dem israelischen Botschafter Meroz

311-321.11 IRK **12. Juli 1979**[1]

Auf Wunsch von D3 sprach der israelische Botschafter Meroz mit Botschaftsrat Hess zu einem etwa einstündigen Gedankenaustausch über die Irakreise des Bundesministers[2] sowie die deutsch-israelischen Beziehungen im Amt vor:

I. Irakreise des Bundesministers

D3 führte aus: Zweck des Besuchs sei gewesen, falsche irakische Vorstellungen über unsere Politik im direkten Gespräch mit den führenden irakischen Politikern zu korrigieren. Diese beruhten insbesondere auf dem bisher starken Einfluß Osteuropas und der DDR. BM habe unsere Politik im Rahmen der NATO und EG dargestellt, unsere Friedens- und Ostpolitik. Ein weiteres Ziel des Besuches sei die Heranführung des Irak an den Friedensprozeß im Nahen Osten gewesen.

Zum Nahost-Konflikt habe die irakische Seite die Darstellung unserer EG-abgestimmten Haltung zu Camp David[3] mit der bekannten Ablehnung beantwortet und ausgeführt, daß insbesondere die Sadat-Initiative[4] eine kurz bevorstehende Genfer Lösung[5] verhindert habe. Dabei habe sie, wohl aus politischer Rücksichtnahme uns gegenüber, nicht den Ausdruck „zionistischer Feind" benutzt, sondern „Israel". Unsere Frage, ob die ablehnende irakische Haltung zum Friedensvertrag[6] bedeute, daß Ägypten den Sinai zurückgeben solle, sei verneint und mit der eher polemischen als politischen Äußerung beantwortet worden, Sadat habe die Palästinenser für den Sinai verkauft.

Unseren Hinweis auf die Gefahr sowjetischer Einflußnahme in der Region habe die irakische Seite mit der Feststellung aufgenommen, Irak sei gegen jeden Einfluß der Großmächte, brauche aber die Waffen aus der Sowjetunion.[7]

Wir hätten den Eindruck, daß Irak bessere Beziehungen zu Europa anstrebe als Gegengewicht gegen sowjetische Einflußversuche sowie in gewisser Hinsicht auch als Ersatz für die weiterhin schlechten Beziehungen zu den USA. Insgesamt werteten wir den Besuch als nützlich.

Auf Befragen: Die Iraker hätten sich besorgt über die Entwicklung in Iran geäußert, ohne dies jedoch zu vertiefen. Zu den syrisch-irakischen Vereinigungs-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Schöps am 13. Juli 1979 gefertigt. Hat Ministerialdirektor Meyer-Landrut vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1979 im Irak auf. Vgl. dazu Dok. 201 und Dok. 203.

3 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 55, Anm. 4.

4 Präsident Sadat hielt sich vom 19. bis 21. November 1977 in Israel auf.

5 Zur Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Genf vgl. Dok. 86, Anm. 21.

6 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

7 Zu den Beziehungen zwischen dem Irak und der UdSSR vgl. Dok. 203, Anm. 6.

plänen[8] sei eine zweckoptimistische Darstellung gegeben worden, die wahrscheinlich selbst von den Irakern nicht ernst genommen werde.

Meroz: Das irakische Interesse an besseren Beziehungen zur Bundesrepublik ist verständlich, hat aber wohl keine tiefere Bedeutung?

D3: Wir glauben nicht an einen deutsch-irakischen honeymoon. Dafür sind die grundsätzlichen politischen Positionen zu gegensätzlich, was wir insbesondere in der Nahost-Frage sehr deutlich gemacht haben. BM hat dabei auch auf unsere freundschaftlich-engen Beziehungen zu Israel hingewiesen.

Meroz: Der Irak-Besuch hat somit nichts Spektakuläres von der Substanz her ergeben.

D3: Das trifft zu.

II. Deutsch-israelische Beziehungen

Meroz leitete hierzu mit der Feststellung über, daß Israel in seinen Beziehungen zur Bundesrepublik keinen Anspruch auf Exklusivität erhebe, daß vielmehr deutsche Beziehungen zu allen Nahost-Staaten völlig natürlich seien. Dies sei an sich selbstverständlich, es sei aber vielleicht angebracht, diese Selbstverständlichkeit wieder einmal auszusprechen.

D3 erwähnte daraufhin den Israel-Besuch von RL 310, Herrn Fiedler, bei dem israelische Kritik an der angeblichen Aufgabe unserer Politik der Ausgewogenheit vorgebracht worden war. Hierzu wolle er ganz offen folgendes grundsätzlich klarstellen:

Seit Camp David gebe es eine neue Lage. Wir müßten jetzt, um mit Bismarck zu sprechen, nicht mehr mit zwei Kugeln (Israel und Araber) spielen, sondern mit drei Kugeln (Israel und zwei gespaltene arabische Seiten[9]). Das kompliziere unsere Politik. Wir versuchten, den Friedensprozeß in Nahost zu erleichtern, und zwar auch durch die Reisen des Bundesministers. Es sei unzutreffend, daß diese nur nach Öl röchen. In Bagdad habe das Thema Öl keine Rolle gespielt. Wir seien an friedlichen Verhältnissen in Nahost interessiert, weil der Frieden in der Region für uns eine große Bedeutung habe, da wir durch die EG zum Mittelmeerstaat und Nachbarn der Nahost-Region geworden seien. In dieses grundsätzliche Interesse an friedlichen Verhältnissen und ungestörten Wirtschaftsbeziehungen seien die Ölbeziehungen eingebettet.

Wir seien überzeugt, daß diese unsere Nahost-Politik langfristig auch im Interesse Israels liege. Wir würden es daher sehr bedauern, wenn sich aus unseren Bemühungen um eine Nahost-Friedenslösung eine Belastung unserer Beziehungen zu Israel ergeben sollte.

Was das Wiener Treffen (Kreisky und Brandt mit Arafat)[10] angehe, sei die Position der Bundesregierung zu Kontakten mit der PLO klar. Sie beruhe auf der

8 Zu den Beziehungen zwischen dem Irak und Syrien vgl. Dok. 5, Anm. 19, und Dok. 203, Anm. 3.

9 Zur Spaltung der Arabischen Liga vgl. Dok. 91, Anm. 9.

10 Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, der SPD-Vorsitzende Brandt und Bundeskanzler Kreisky trafen vom 6. bis 8. Juli 1979 in Wien zusammen. Ministerialdirektor Meyer-Landrut resümierte am 10. Juli 1979: „Der Aufwertungsgewinn der PLO ist beträchtlich; er ist vor allem in den Umständen der Gespräche zu sehen: erstmaliger Empfang in einem westlichen demokratischen Land; offizielles Essen, gegeben von westlichem Regierungschef; erstes Gespräch mit ehemaligem deutschen Regierungschef und jetzigem Präsidenten der Sozialistischen Internationale. Ara-

EG-Erklärung vom 29.6.1977[11], d.h. Anerkennung des Existenzrechts Israels. Andererseits habe die Bundesregierung nie versucht, politische Gespräche zu verhindern, die außerhalb der Bundesregierung stehende Politiker mit Vertretern der PLO führten. Dies habe für das Gespräch von MdB Schröder (Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages) in Kairo mit PLO-Vertretern vor einigen Jahren gegolten[12], es gelte weiter für das Wiener Treffen von Brandt sowie für eine entsprechende Absicht von Herrn Möllemann[13].

Interessant sei, wie die PLO selbst das Wiener Gespräch interpretiere. Kreisky habe sein Ergebnis als Annäherung der PLO an die SR-Resolution Nr. 242[14] interpretiert; dem widerspreche eine inzwischen erschienene Meldung (Einwurf Meroz: Ich habe sogar mehr als eine Meldung gesehen.) über die Reaktion der PLO. Wenn es im Anschluß an das Wiener Treffen zu einer Diskussion innerhalb der PLO komme, sei das jedenfalls positiv und könne hilfreich sein.

Meroz antwortete hierauf wie folgt:

Auch er würde es bedauern, wenn die deutsch-israelischen Beziehungen durch die deutsche Nahost-Politik belastet würden. Hierfür gebe es allerdings klare Anzeichen, die unsere Aussage der Ausgewogenheit aus israelischer Sicht anders erscheinen ließen.

Das Beispiel mit den drei Kugeln nach Bismarck halte er für eine optische und wohl auch politische Täuschung. In der Vergangenheit habe es nur die Unterscheidung gegeben zwischen denen, die um einen Frieden verhandeln wollten (damals allein Israel), und denen, die es nicht wollten. Nunmehr sei die erste Partei durch Hinzutreten Ägyptens verstärkt worden. Die grundsätzliche Unterscheidung zwischen den beiden Lagern bestehe aber fort, und man könne, um sicher überspitzt mit Nietzsche zu formulieren, keine Ausgewogenheit zwischen Gut und Böse betreiben.

Die EG-Erklärung vom 18.6.1979[15] sei nicht ausgewogen, weil sie das neue Element des ägyptisch-israelischen Friedens nicht erwähne und nur auf frühere Erklärungen Bezug nehme.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1013

fat hat dagegen keine Konzessionen gemacht. Eine Bestätigung des Existenzrechts Israels – auch nur mittelbar – stellte Arafat nicht in Aussicht. Israel blieb im Kommuniqué unerwähnt." Über die Reaktion in Israel notierte Meyer-Landrut: „Das Treffen ist von Regierung und oppositioneller Arbeiterpartei schärfstens verurteilt worden. Der israelische Botschafter in Wien wurde zur Berichterstattung zurückgerufen." Vgl. Referat 310, Bd. 125006.

11 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats über den Nahen Osten vom 29. Juni 1977 vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 516 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 174.

12 Der CDU-Abgeordnete Schröder traf am 17. Dezember 1974 in Damaskus mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, zusammen. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 371.

13 Der FDP-Abgeordnete Möllemann wurde am 8. August 1979 in Beirut vom Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, empfangen und überreichte dabei einen „Acht-Punkte-Plan". Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler hielt am 9. August 1979 fest, der Plan enthalte „in der Substanz nichts Neues". Negativ zu bewerten sei: „Wir haben bisher und sollten auch künftig nicht zur endgültigen Grenzvereinbarung zwischen Israel und seinen Nachbarn Stellung nehmen. Dies sollten wir den Parteien überlassen, um den Verhandlungsspielraum nicht durch konkrete Vorschläge einzuengen. Auch hinsichtlich der Prozedurfragen ist Zurückhaltung geboten. Der ‚Plan' könnte geeignet sein, wenige Wochen vor dem Besuch des BM die Erwartungen hochzuschrauben, die nachher nicht eingelöst werden können. Gefahr der Enttäuschung." Vgl. Referat 310, Bd. 119890.

14 Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 20.

15 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über den Nahen Osten vom 18. Juni 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 765.

Nicht ausgewogen erscheine auch, daß nach drei Jahren ständig wiederholter Einladungen der Israel-Besuch des Bundeskanzlers immer wieder verschoben worden sei[16], während zugleich führende deutsche Persönlichkeiten Minister aller arabischen Staaten zu einem Meinungsaustausch bäten. Hinzu kämen gemachte oder nicht gemachte Interview-Äußerungen, die als belastend empfunden würden.[17] In Israel bestehe daher, nicht nur im Außenministerium, sondern auch in der Öffentlichkeit, der Eindruck einer tiefgehenden Störung der Ausgewogenheit in der letzten Zeit.

D3: Zu einzelnen Fakten, wie dem erwähnten Besucheraustausch, sei nichts zu sagen. Zum Hintergrund der Kanzlerreise-Verschiebung gehe die Überlegung dahin, daß gegenwärtig ein Kanzlerbesuch nicht den erwünschten Erfolg bringen dürfte; gerade deshalb legten wir so großen Wert darauf, möglichst bald ein Gespräch mit AM Dayan zu führen. Er sei betroffen, wenn der Komplex Kanzler-Besuch eine schwere Verstimmung verursachen sollte. Wir hielten ein kontinuierliches Gespräch für wichtig, für das sich auch der Kanzler bei dem geplanten Dayan-Besuch, der nach Dayans Genesung hoffentlich bald stattfinden könne, sicherlich ausreichend Zeit nehmen werde. Der Kanzler-Besuch in Israel sei nicht sine die vertagt worden, sondern solle ja gerade durch den Dayan-Besuch vorbereitet werden. Was die Interview-Anspielung betreffe, so sei festzustellen, daß es ein klares Dementi des Regierungssprechers gegeben habe. Die ganze Diskussion hierüber sei mißlich. Andererseits habe auch die „Kniefall-Äußerung" in der Knesset zum Wiener Treffen[18] hier sehr verstimmt.

Meroz: Diese Äußerung habe mit dem Kanzler-Besuch doch nichts zu tun, sondern sich nur auf die Person des früheren Bundeskanzlers[19] bezogen.

D3: Der Kanzler sei aber im gleichen Satz angesprochen worden. Jedoch wolle er nicht auf ...[20] dem Bezug insistieren; die Äußerung sei in sich ungut gewe-

16 Zur Frage eines Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt in Israel vgl. Dok. 134, Anm. 15.

17 Botschaftsrätin I. Klasse Steffler, Tel Aviv, übermittelte am 22. Juni den Text eines von der Korrespondentin Zarai verfaßten Artikels der „Jerusalem Post" vom selben Tag. Darin hieß es: „West German chancellor Helmut Schmidt, in an interview with the Jerusalem Post, warned yesterday that he believes there will be another war in the Middle East and that Israel may lose its friends as a result of current settlement policy. ‚I have no understanding at all for the settlements policy of Mr. Begin', Schmidt said. ‚Israel is on a very dangerous path.'" Vgl. den Drahtbericht Nr. 758; Referat 310, Bd. 125006.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler teilte den Botschaften in Tel Aviv und Washington am 22. Juni 1979 mit, der stellvertretende Regierungssprecher Grünewald habe am selben Tag erklärt: „Zu dem in der Jerusalem Post vom 22.6.79 zitierten angeblichen Interview ist kategorisch festzustellen: Es hat überhaupt keinerlei Interview gegeben. Der BK hat mit Frau Zarai auf ihren Wunsch ein halbstündiges, privates Gespräch geführt. Was sie offenbar aus dem Gedächtnis in ein ‚Interview' umfunktioniert hat, ist falsch. Es gibt weder den Inhalt des Gesprächs noch dessen gedankliche Richtung wieder." Vgl. den Drahterlaß Nr. 3093; Referat 310, Bd. 125006.

18 Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete am 10. Juli 1979 über eine Sondersitzung des israelischen Parlaments am Vortag: „Kritik an Brandt versagte sich Begin, weil dieser jetzt privater Bürger sei. Begin erinnerte an ‚bewegende und ehrenvolle Geste' Brandts am Warschauer Ghetto. Brandts Nachfolger müsse er sagen, es sei an der Zeit, niederzuknien und vom Schöpfer und vom jüdischen Volk Vergebung zu erbitten für deutsche Verantwortung für Vernichtung eines Drittels jüdischer Bevölkerung. Im Falle Sieges PLO werde Brandt erneut niederknien und Vergebung erbitten müssen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 838; Referat 310, Bd. 125006.

19 Willy Brandt.

20 Unleserliche Vorlage.

sen. Die Frage sei: Wie kämen wir weiter? Wir hofften, daß der Dayan-Besuch bald zustande komme und dann Gelegenheit zu einem ausführlichen Meinungsaustausch bieten werde.[21]

Insgesamt gesehen müsse er Meroz zugeben, daß unsere Beziehungen in der öffentlichen Diskussion gerade ein Wellental durchmachten. Jedoch fehle es uns nicht an gutem Willen, um dieses zu überwinden.

Meroz: Das freue ihn. Auch seine Botschaft sei bereit, hierzu nach besten Kräften beizutragen.

Zum Schluß habe er noch ein Problem anzusprechen: Israel sei bestürzt über die Tatsache, daß die Palästinenser im Südlibanon gepanzerte Geländewagen des Typs Unimog UR 416 als Mannschaftswagen benutzten. Die Panzerung mit Stahlplatten sei nachträglich angebracht worden. Er habe die Weisung, hierüber das israelische Befremden auszudrücken und darum zu bitten, entsprechende Nachforschungen anzustellen.

D 3 sagte dies sowie anschließende Unterrichtung zu.

Referat 311, Bd. 137604

209

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk

204-321.00 NWG-362/79 VS-vertraulich **13. Juli 1979**[1]

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in Norwegen[2];
hier: Gespräche mit dem Ministerpräsidenten Nordli am 12.7.1979 in Oslo

1) Am 12.7.1979 traf der Bundeskanzler auf Einladung von Ministerpräsident Nordli mit diesem in Oslo zu einem politischen Meinungsaustausch zusammen. An den Gesprächen nahmen von norwegischer Seite u. a. teil:

Außenminister Frydenlund, Finanzminister Kleppe, Verteidigungsminister Hansen, Industrieminister Haukvik, Öl- und Energieminister Gjerde.

21 Der israelische Außenminister Dayan hielt sich vom 9. bis 11. September 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 260 und Dok. 261.

1 Ablichtung.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk notierte: „Der Vermerk hat Herrn MD Ruhfus vorgelegen, ist aber von Herrn Bundeskanzler noch nicht genehmigt."
Hat Vortragendem Legationsrat von Studnitz am 13. Juli 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär van Well verfügte.
Hat van Well am 13. Juli 1979 vorgelegen.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 12. bis 19. Juli 1979 in Norwegen auf.

Diese hochrangige norwegische Beteiligung unterstreicht die große Bedeutung, die dem Besuch des Bundeskanzlers in Norwegen beigemessen wurde.

Der Bundeskanzler führte zunächst ein Gespräch über sicherheitspolitische Fragen, u. a. TNF-Modernisierung, mit Ministerpräsident Nordli, an dem auch Außenminister Frydenlund und MD Ruhfus teilnahmen.

MP Nordli wies hierbei darauf hin, daß Norwegen nicht beabsichtige, seinen gegenwärtigen Status zu ändern.[3] Norwegen sei aber bereit, die TNF-Modernisierung politisch zu unterstützen. Im Zusammenhang mit SLCMs und einem Hinweis des Bundeskanzlers auf die Praxis des Anlaufens norwegischer Häfen durch amerikanische und britische Kriegsschiffe erklärte MP Nordli, Norwegen gehe – ohne Prüfung – davon aus, daß diese Kriegsschiffe keine Nuklearwaffen an Bord hätten. Eine ähnliche Regelung sei für SLCMs denkbar. Wichtig sei, daß nicht öffentlich darüber gesprochen werde und daß es im norwegischen Parlament nicht zu einer parlamentarischen Anfrage komme. (MD Ruhfus wird über Einzelheiten dieses Gesprächs einen gesonderten Vermerk fertigen.[4])

Der Bundeskanzler wies zu Beginn des Delegationsgesprächs darauf hin, daß sein jetziger Besuch in Oslo Fortsetzung eines Meinungsaustausches mit MP Nordli sei, mit dem er zuletzt im November 1978 in Hamburg[5] und im Dezember 1978 in Jamaika[6] zusammengetroffen sei. Diese Begegnungen seien ebenso wie der Besuch von Verteidigungsminister Hansen in Bonn[7] und von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff und Bundesforschungsminister Hauff in Oslo[8] Ausdruck der engen deutsch-norwegischen Zusammenarbeit, die sich seit seinem Hamburger Treffen mit MP Nordli erheblich intensiviert habe.

Aus dem Delegationsgespräch ist folgendes festzuhalten:

2) Lage in Nordeuropa

MP Nordli unterstrich, daß seit dem Hamburger Treffen mit dem Bundeskanzler im Oktober 1978 keine neuen Entwicklungen in Nordeuropa zu verzeichnen seien. Es sei für Norwegen jedoch klarer geworden, daß es für die Ruhe und Stabilität im Norden immer wichtiger werde, daß die norwegische Souveräni-

3 Zur Haltung Norwegens bezüglich der Stationierung von ausländischen Streitkräften und von Kernwaffen auf eigenem Territorium vgl. Dok. 143, Anm. 24.

4 In der Unterredung mit Bundeskanzler Schmidt am 12. Juli 1979 in Oslo berichtete Ministerpräsident Nordli „über seine Gespräche mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Brown. Er habe Brown zugesagt, Norwegen sei bereit, eine Entscheidung für TNF-Modernisierung politisch zu unterstützen. Brown habe gefragt, ob die norwegische Marine bereit sei, im Rahmen des TNF-Modernisierungsprogramms Installationen aufzunehmen. Er habe geantwortet, dies sei für sein Land unmöglich. Norwegen würde sich damit von seiner bisherigen Linie entfernen. Es würde große innenpolitische Widerstände geben. Eine derartige Entscheidung würde das nordische Gleichgewicht verändern. Norwegen sei jedoch bereit, die Entscheidung im Dezember politisch mitzutragen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14077 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Bundeskanzler Schmidt traf am 23. November 1978 mit Ministerpräsident Nordli in Hamburg zusammen. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 355.

6 Am 28./29. Dezember 1978 fand auf Jamaika ein informelles Treffen von sieben Staats- bzw. Regierungschefs statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 401.

7 Der norwegische Verteidigungsminister Hansen hielt sich vom 26. bis 29. März 1979 in der Bundesrepublik auf.

8 Bundesminister Graf Lambsdorff hielt sich am 12./13. Februar 1979 in Norwegen auf. Bundesminister Hauff besuchte vom 12. bis 14. Juni 1979 Norwegen.

tät in den kritischen Gebieten gestärkt werde. Falls dies nicht gelinge, bestehe die Gefahr, daß hier neue Konfliktherde für die Großmächte entstünden. MP Nordli dankte in diesem Zusammenhang für das Verständnis und die Unterstützung der amerikanischen und europäischen Verbündeten, die sich für eine Stärkung der norwegischen Souveränität in den Nordgebieten ausgesprochen hätten.

3) SALT III

MP Nordli betonte die norwegische Unterstützung für SALT II: Ein Scheitern des Vertrages[9] wäre ein großer Rückschlag für die Entspannung. Der Bundeskanzler wies auf seine öffentliche Unterstützung von SALT II hin (u.a. drei große Reden[10] und mehrere TV-Interviews während seines USA-Aufenthalts im Juni 1979[11]). Er äußerte die Vermutung, daß SALT II schließlich ratifiziert werde, auch wenn Präsident Carter für die Ratifizierung einen Preis auf anderen Gebieten (MX[12], CM, LRTNF) werde zahlen müssen. Bundeskanzler wies auf die Folgerungen hin, die sich aus SALT II für die sicherheitspolitische Lage in Europa ergäben. Das eurostrategische Ungleichgewicht in Europa erfordere, daß die USA und die SU mit Nachdruck aufgefordert würden, in SALT III über die eurostrategischen Waffen zu verhandeln.

MP Nordli wies auf eine entsprechende Frage darauf hin, daß die USA bisher noch nicht an Norwegen herangetreten seien mit dem Wunsch, auf norwegischem Boden Installationen zur Verifikation von SALT II zur Verfügung zu stellen. Sollte diese Frage jedoch an die norwegische Regierung herangetragen werden, so vertrete diese folgende Auffassung: Bei SALT II handele es sich um einen amerikanisch-sowjetischen Vertrag. Über Verifikationsmaßnahmen müßten sich die beiden Vertragspartner einigen. Sollten die USA und die SU gemeinsam an Norwegen wegen der Bereitstellung von Installationen zur Verifikation von SALT II herantreten, werde man diesem Wunsch entsprechen.

Diese Ausführungen von MP Nordli wurden später von AM Frydenlund und Verteidigungsminister Hansen gegenüber MD Ruhfus insoweit ergänzt, als beide den Wert der gegenwärtigen nationalen norwegischen Einrichtungen in Nord-Norwegen hervorhoben: Diese Einrichtungen lieferten hervorragende Erkenntnisse, die auch dem Bündnis zur Verfügung stünden. Man werde die Arbeit dieser Einrichtungen unverändert fortsetzen.

4) MBFR

Der Bundeskanzler unterstrich die Bedeutung der Datenfrage, die gelöst werden müsse. Ohne Lösung dieser Frage werde eine parlamentarische Zustimmung zu MBFR nicht zu erreichen sein. Der Bundeskanzler äußerte sich jedoch optimistisch über die Möglichkeit einer Lösung im Rahmen eines politischen Gesamtpakets.

9 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

10 Zu den Reden, in denen sich Bundeskanzler Schmidt für eine Ratifizierung des SALT-II-Vertrags aussprach, vgl. Dok. 206, Anm. 12.

11 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.

12 Zur geplanten Einführung der MX-Rakete vgl. Dok. 195, Anm. 12.

5) Deutsch-sowjetische Beziehungen

Bundeskanzler gab auf norwegischen Wunsch eine Darstellung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die er als normal, offen und zeitweise sogar freundlich bezeichnete, auch wenn es Gebiete gebe, auf denen keine Übereinstimmung bestehe (z.B. Interpretation des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin[13]). Die SU wisse im übrigen, daß wir alles tun werden, was wir für unsere Verteidigung als notwendig erachteten.

Der Bundeskanzler wies auf die Unwägbarkeiten eines vorhersehbaren Machtwechsels in der Sowjetunion hin.

6) Türkei

Über die Bedeutung der Türkei für das Bündnis und für die Stabilität im nah- und mittelöstlichen Raum sowie über die Einschätzung der schwierigen innenpolitischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes bestand volle Übereinstimmung. MP Nordli betonte die enge Zusammenarbeit Norwegens mit der Türkei als dem anderen NATO-Flankenstaat. Finanzminister Kleppe wies auf dem Hintergrund seines kürzlichen Türkeibesuchs auf die innenpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Türkei hin. Er begrüßte die Bereitschaft des IMF zur Hilfe und äußerte sich positiv zum deutschen Beitrag zum Gelingen der Soforthilfe-Aktion für die Türkei[14]. Norwegen werde der Türkei vor allem im Bereich der Förderung des Exports weitere Hilfe leisten. Diese brauche jedoch Zeit und erfordere großes psychologisches Einfühlungsvermögen. Ecevit beginne allmählich, die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu begreifen. Insgesamt erschiene die jetzige Regierung trotz großer Probleme aber immer noch eher in der Lage, die Probleme des Landes zu lösen, als Demirel. Zu Ecevit sei keine Alternative erkennbar.

Bundeskanzler erläuterte unsere Türkei-Hilfe. Er regte an zu prüfen, ob angesichts türkischer Empfindlichkeiten nicht einzelne Experten oder ein kleineres Team von Experten (möglichst aus einem kleineren Land) die Türkei beraten könne. Dies sei auch in Ägypten geschehen.[15] Die norwegische Seite stimmte diesem Gedanken zu. Minister Kleppe wies darauf hin, daß Norwegen bereits mit Rat helfe. Als kleineres Land, dem gegenüber die Türkei keinerlei Mißtrauen hege, sei Norwegen hierbei in einer guten Position.

MP Nordli stimmte der Anregung des Bundeskanzlers zu, auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet die vertrauliche Zusammenarbeit zwischen der deutschen und norwegischen Regierung mit dem Ziel einer Stärkung der Türkei zu intensivieren.

Bundeskanzler sagte Unterrichtung Norwegens über unsere Hilfsmaßnahmen an die Türkei zu (StS Lahnstein wird auf Wunsch des Bundeskanzlers mit Minister Kleppe Verbindung aufnehmen).

13 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

14 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 159, Anm. 23.

15 Zur Entsendung des ehemaligen Bundesministers Möller als Wirtschaftsberater nach Ägypten vgl. Dok. 86, Anm. 13.

7) Naher Osten

Bundeskanzler wies darauf hin, daß er über Treffen Arafats mit Kreisky und Brandt in Wien[16] vorher unterrichtet worden sei. Er habe das Treffen für richtig gehalten. Ziel der Gespräche mit Arafat sei gewesen, diesen darauf vorzubereiten, daß der Zeitpunkt kommen werde, an dem die PLO das Recht Israels, innerhalb gesicherter Grenzen zu leben, anerkennen werden müsse. Arafat sei im übrigen in Wien gebeten worden – und er habe diesem Wunsch entsprochen –, sich gegenüber Khomeini für die iranischen Juden einzusetzen. Außenminister Frydenlund wies auf die starke pro-israelische Stimmung im norwegischen Parlament hin, die eine norwegische Kontaktaufnahme mit Arafat verhindere. Die norwegische Regierung bedauere dies, denn sie wisse, daß diese norwegische Selbstisolierung gegenüber den Palästinensern der Sache nicht dienlich sei. Bundeskanzler erläuterte die deutsche innenpolitische Reaktion auf das Wiener Treffen, wobei er auf die pro-israelische deutsche öffentliche Meinung, aber auch darauf hinwies, daß die Opposition durch den früheren Außenminister Schröder die ersten Kontakte zu Arafat geknüpft habe[17]. Bundeskanzler erläuterte ferner die deutsche Nahost-Politik und sprach sich dafür aus, daß Norwegen als ölexportierendes Land seine Kontakte mit Saudi-Arabien als einem maßvollen und stabilen Partner im Nahen Osten intensivieren möge. Die Saudis fühlten sich von den USA übergangen. Um so wichtiger sei es, daß andere westliche Staaten ihre Beziehungen zu Saudi-Arabien pflegten.

8) Energiefragen

MP Nordli erläuterte die norwegische Erdölpolitik, nach der die derzeitige Tagesproduktion von 800 000 Barrel in den 80er Jahren auf 1,2 Mio. Barrel erhöht werden solle. Derzeit habe sich die norwegische Regierung öffentlich für ein Energieeinsparungsprogramm von fünf Prozent ausgesprochen. Man hoffe, daß dies auf freiwilliger Basis möglich sei. Norwegen sei im übrigen bestrebt, eine Brückenfunktion zwischen den ölexportierenden und den Ölverbraucher-Ländern auszuüben. Bundeskanzler wies auf die Energiebeschlüsse des Tokioer Gipfels[18] hin. Er übergab ferner den Text der letzten Regierungserklärung[19] und erläuterte die deutsche Energiepolitik. Er bedauerte, daß Norwegen mit der letzten Ölpreis-Erhöhung an die obere Grenze der OPEC-Preise rücke. MP Nordli wies darauf hin, daß die Preisgestaltung durch private Gesellschaften erfolge. Die norwegische Regierung sehe jedoch auch das Problem und überlege, ob sie ihren Standpunkt nicht in einer öffentlichen Erklärung deutlich machen solle.

MP Nordli wies ferner darauf hin, daß sich Norwegen an der vom Bundeskanzler angeregten IAEO-Studie über Reaktorsicherheit[20] beteiligen werde. Norwe-

16 Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, der SPD-Vorsitzende Brandt und Bundeskanzler Kreisky trafen vom 6. bis 8. Juli 1979 in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 208, Anm. 10.

17 Der CDU-Abgeordnete Schröder traf am 17. Dezember 1974 in Damaskus mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, zusammen. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 371.

18 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

19 Bundeskanzler Schmidt gab am 4. Juli 1979 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 111, S. 13317–13328.

20 Zur Initiative des Bundeskanzlers Schmidt in der Frage der Reaktorsicherheit vgl. Dok. 141.

gen hat zwar nicht selbst die Absicht, Atomkraftwerke zu bauen. Schon wegen des Baus von Atomkraftwerken in benachbarten Ländern sei es an Fragen der Reaktorsicherheit in besonderer Weise interessiert. Er – Nordli – hoffe jedoch, daß diese Studie nicht zu einem weiteren Moratorium im Bau von Kernkraftwerken führe oder den Kernkraftgegnern neuen Auftrieb gebe.

Insgesamt bestand über die Einschätzung der Energie-Situation und die möglichen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft völlige Übereinstimmung. Öl- und Energieminister Gjerde wies darauf hin, daß nach seiner Auffassung eine Reihe von ölexportierenden Ländern durchaus den Ernst der Lage und die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge verstünde. Dies gelte insbesondere für die Saudis, in gewisser Weise auch für Venezuela. Auf völliges Unverständnis stoße man jedoch bei den Irakern. Was einen Dialog zwischen den ölexportierenden und den Industrieländern angehe, so sei es wohl notwendig, daß die Industrieländer sich bereit erklärten, in diesem Rahmen auch über andere Fragen wie z.B. Rohstoff-Preise, Preise der Industriegüter, Probleme der Entwicklungsländer zu sprechen. Bundeskanzler stimmte dem zu unter Hinweis auf die bisherigen Schwierigkeiten, einen solchen Dialog zu erreichen. Er wies auf das fast völlige Scheitern des Nord-Süd-Dialogs in Paris hin.[21] Die Wiederholung eines solchen Fehlschlags müsse unbedingt vermieden werden. Persönlich glaube er, daß vielleicht ein Treffen prominenter Persönlichkeiten, die die politische Unterstützung ihrer Regierung hätten, denkbar sei. Eine weitere Möglichkeit sei ein Treffen von Gruppierungen wie z.B. zwischen OECD, Persischen-Golf-Staaten und Saudi-Arabien. Allerdings dürfe hierbei nicht die Gefahr übersehen werden, daß sich die Nichtbeteiligten als ausgeschlossen betrachten könnten.

MP Nordli stimmte dem Bundeskanzler zu, daß derzeit eine Intensivierung der persönlichen und politischen Kontakte am erfolgversprechendsten erscheine.

9) Norwegische Erdgas-Lieferungen

MP Nordli unterstrich gegenüber dem Bundeskanzler das norwegische Interesse an einer Erhöhung der Erdgas-Exporte: Mit einer Erhöhung der Ölförderung falle auch mehr Erdgas an. Norwegen möchte das Abfackeln dieses Erdgases vermeiden. Es sei eher bereit, die Ölproduktion zu reduzieren.

Großbritannien habe sich an norwegischen Erdgaslieferungen sehr interessiert gezeigt. Es sei bereit, sich an einer Pipeline nach Großbritannien zu beteiligen. Norwegen – so MP Nordli – möchte jedoch nicht nur an Großbritannien, sondern auch an den Kontinent (Bundesrepublik Deutschland, Niederlande) Erdgas liefern. Wegen der wesentlich höheren Kosten einer Pipeline zum Kontinent müsse jedoch eine Regelung der Kostenfrage gefunden werden (StS von Würzen wird auf Wunsch des Bundeskanzlers diese Frage aufgreifen).

10) DEMINEX-Beteiligung an Ölexplorationen[22]

StS von Würzen hat in einem gesonderten Gespräch gegenüber Öl- und Energieminister Gjerde seine Enttäuschung darüber ausgedrückt, daß DEMINEX

21 Zur KIWZ vgl. Dok. 17, Anm. 12.

22 Bundesminister Graf Lambsdorff teilte Bundeskanzler Schmidt am 5. Februar 1979 zur Frage einer höheren Beteiligungen der Firma DEMINEX an der Erdölexploration im norwegischen Teil der Nordsee mit: „In der zweiten Februarhälfte will die norwegische Regierung eine erste Entschei-

bei Block 30/6 (sog. Silberblock) nicht berücksichtigt worden sei. StS von Würzen wird Herrn von Bennigsen-Foerder (VEBA) über diesen Teil der Gespräche unmittelbar unterrichten.

11) Europarat

AM Frydenlund sprach MD Ruhfus auf die Behandlung im Europarat von Nord-Süd-Fragen in Europa an (Beschluß des Minister-Komitees[23]). Er wiederholte den norwegischen Vorschlag, der die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Anfertigung einer Studie über diese Frage vorsieht. Diese Studie könne auch dazu beitragen, Nicht-EG-Staaten, wie z.B. die skandinavischen Länder, für eine Hilfe an südeuropäische Länder zu gewinnen. Der Nutzen einer solchen Studie liege ferner darin, daß in ihr alle Hilfe für die südeuropäischen Staaten zusammenfassend aufgelistet werden könne.

MD Ruhfus verhielt sich hierzu rezeptiv, ließ jedoch unsere Zurückhaltung in dieser Frage erkennen.

gez. Schenk

VS-Bd. 536 (014)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1021

dung über Konzessionen für Nordsee-Blöcke treffen, die sie im vorigen Jahr ausgeschrieben hatte. Die Regierung hat 15 von 44 Bewerbern in die engere Wahl gezogen. DEMINEX hat Aufsuchungs- und Gewinnungslizenzen für sechs Blöcke beantragt. Sie hofft insbesondere auf eine Beteiligung von je 15 bis 20% an drei Blöcken, von denen zwei als sehr prospektiv eingeschätzt werden. Die norwegische Regierung hat stets betont, daß die Aussichten der DEMINEX-Bewerbung entscheidend abhingen von der Entwicklung der Kooperation im Industriebereich." Vgl. Referat 420, Bd. 121627.

23 Vortragender Legationsrat I. Klasse Boll hielt am 18. Mai 1979 zur Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 10. Mai 1979 in Straßburg fest: „Minister beschlossen, auf kommender Sitzung (22.11.1979) als neue Themen für ihren politischen Meinungsaustausch Fragen des Nord-Süd-Dialogs in Europa und Mittelmeerfragen aufzunehmen." Vgl. den Runderlaß Nr. 46; Referat 012, Bd. 111777.

210

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hofstetter

201-363.31-1820/79 geheim **18. Juli 1979**[1]

Betr.: LRTNF-Modernisierung;
hier: Besuch des stellvertretenden amerikanischen Sicherheitsberaters, David Aaron, in Bonn am 16.7.1979

I. Einleitend führte Aaron aus, daß es der Zweck seines Besuches sei, uns und im Anschluß daran Den Haag, Rom, Brüssel und London über den inzwischen erarbeiteten konkreten amerikanischen Vorschlag zur LRTNF-Modernisierung zu unterrichten. Die Amerikaner seien bereit, der HLG Anfang September diesen Vorschlag zu unterbreiten, damit der Terminplan (Entscheidung Ende des Jahres) eingehalten werden könne. Jetzt gehe es darum, die Haltung der betroffenen Verbündeten zu erfahren. Auf amerikanischer Seite wäre man dankbar, wenn wir bis Mitte August zu diesem Vorschlag Stellung nehmen könnten. Er selbst stehe im August für eine Fortsetzung der Diskussion in Washington zur Verfügung.

Zur LRTNF-Modernisierung im allgemeinen führte Aaron in seiner Einleitung folgendes aus: Es gehe darum, vor allem in der Perzeption der Sowjets eine Abkoppelung zu vermeiden. Tatsache sei, daß die Sowjets über Nuklearwaffensysteme verfügten, die gegen Europa eingesetzt werden könnten, während Europa dem nichts Gleichwertiges entgegenzustellen habe. Die Zurückhaltung, die auf westlicher Seite seit den 60er Jahren in dieser Hinsicht geübt worden sei, sei von den Sowjets nicht honoriert worden. Auf amerikanischer Seite sei man überzeugt, daß TNF-Modernisierung ohne ein ernsthaftes, plausibles Rüstungskontrollangebot nicht möglich sei und vice versa. TNF-Modernisierung sei eine Allianzangelegenheit. Eine breite Beteiligung sei erforderlich; alle Bündnispartner sollten das Programm politisch unterstützen; solche Allianzpartner, die bereits jetzt an TNF beteiligt seien (B, D, NL, I, GB), sollten diese Rolle weiterhin übernehmen. Aus Gründen der Allianzsolidarität sei zwar ein „Zwei-Schlüssel-System" vorzuziehen, auf amerikanischer Seite kenne man jedoch die Schwierigkeiten, die sich hier für die Europäer stellten. Dementsprechend seien die Amerikaner bereit, die LRTNF-Modernisierung im wesentlichen selbst zu übernehmen.

Amerikanischer Vorschlag sehe einen Mix zwischen „Pershing" II und GLCM vor. Vorgesehen seien 224 Launchers und 572 Sprengköpfe. Man sei auf amerikanischer Seite überzeugt, daß dies ein realistisches Programm sei, das die Abschreckung stärke. Es führe weder zu einer Erhöhung des Gesamtumfangs der vorhandenen Nuklearwaffen noch zu einer Erweiterung der Rolle von Nuklearwaffen. Auf amerikanischer Seite sei man bereit, die finanzielle Hauptlast zu

[1] Vortragender Legationsrat Hofstetter verfügte die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann „n[ach] R[ückkehr] z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" und Legationsrat I. Klasse Daerr „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]".
Hat Hofmann am 9. August 1979 vorgelegen.

übernehmen. Eine gewisse Kostenbeteiligung und ein gewisses Maß an „host nation support" erscheine jedoch erforderlich. Dies könne über das NATO-Infrastrukturprogramm erfolgen.

Im einzelnen sehe der amerikanische Vorschlag folgende Aufteilung vor:

D	108 „Pershing" II	(108 Sprengköpfe)
	28 GLCM-Werfer	(112 Sprengköpfe)
NL	12 GLCM-Werfer	(48 Sprengköpfe)
B	12 GLCM-Werfer	(48 Sprengköpfe)
GB	36 GLCM-Werfer	(144 Sprengköpfe)
I	28 GLCM-Werfer	(112 Sprengköpfe)

Zur Dislozierung in Deutschland: Die „Pershing" II würde die jetzt dislozierte „Pershing" I ersetzen; Dislozierung also dort, wo sich bereits jetzt „Pershing" befinden. Die GLCM-Squadron würde auf einer der vorhandenen amerikanischen Luftbasen in Deutschland stationiert, z.B. Bitburg oder Zweibrücken.

Der Bedarf an zusätzlichem deutschen Sicherheitspersonal betrage etwa 350 Mann. Der deutsche Anteil an den zusätzlichen Kosten des NATO-Infrastrukturprogramms werde mit 50 Mio. US-Dollar beziffert, wobei der Betrag, der in der Bundesrepublik Deutschland ausgegeben werde, höher sei.

Der vorgeschlagene Waffen-Mix empfehle sich sowohl aus politischen als auch militärischen Gründen. GLCMs z.B. hätten den Vorteil, daß sie auf bereits existierenden Flugplätzen dislozierte werden könnten und eine breite Beteiligung möglich sei. „Pershing" II seien vor allem für die Bundesrepublik Deutschland geeignet, da dort bereits „Pershing" I stationiert seien. Das Programm beeinträchtige nicht die Möglichkeit, die jetzigen deutschen „Pershings" durch eine einstufige „Pershing" II zu ersetzen.

Bezüglich der Rüstungskontrolle sei man auf amerikanischer Seite der Auffassung, daß SALT III der geeignete Rahmen sei. Ziel sollte es sein, eine Reduktion sowjetischer LRTNF zu erreichen. Für die erforderlichen Allianzkonsultationen habe man auf amerikanischer Seite eine Präferenz für das Special-Group-Modell. Die Auffassung derjenigen Länder, die an der LRTNF-Modernisierung beteiligt seien, habe ein besonderes Gewicht bei der Behandlung der Rüstungskontrollfragen. Der Gedanke von „integrated overall ceilings" werde auf amerikanischer Seite nicht befürwortet. Vielmehr trete man für einen schrittweisen approach ein. Auch in geographischer Hinsicht halte man eine Globalregelung für unklug. Es sei besser, sich auf ballistische Systeme zu konzentrieren, die Europa bedrohten, also nicht nur SS-20, sondern auch SS-4 und SS-5. Nuklearfähige Flugzeuge, bei denen der Westen in einer vorteilhaften Position sei, sollten nach Möglichkeit ausgeklammert werden.

Unter Bezugnahme auf die Mitteilung von Aaron, daß möglicherweise in Bälde ein Artikel von Burt über die Aaron-Mission in Europa erscheine[2], regte Herr D2[3] zu Beginn seiner Ausführungen folgende pressemäßige Behandlung an:

[2] Vgl. den Artikel „U.S. Plans Increase in Europe's Missiles"; THE NEW YORK TIMES vom 7. August 1979, S. A 5.

[3] Klaus Blech.

Wir bestätigen auf Anfrage den Besuch Aarons und erklären, daß es sich um die Fortsetzung einer Reihe von bilateralen Konsultationen handele, die die USA mit uns und anderen Verbündeten führen. D2 unterstrich sodann das hohe Maß an Übereinstimmung der amerikanischen und unserer eigenen Vorstellungen. Dies gelte z.B. für den Zusammenhang zwischen Modernisierung und Rüstungskontrolle (keines ohne das andere) und für die Beteiligung. In zeitlicher Hinsicht sollte das Dezemberdatum keine Guillotine sein, vielmehr komme es darauf an, so früh wie möglich ein klares Konzept zu erarbeiten.

General Tandecki wies auf die Notwendigkeit einer eingehenden Prüfung der amerikanischen Vorschläge hin und führte unter Vorbehalt der Ergebnisse dieser Prüfung folgendes aus:

- Der Waffen-Mix und die Größenordnung des amerikanischen Vorschlags lägen im Rahmen unserer Überlegungen.
- Da eine breite Beteiligung eine der Kernfragen sei, sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, die es jedem Verbündeten ermöglichten, sich in irgendeiner Form zu beteiligen. In diesem Zusammenhang spiele die SLCM-Option, die im amerikanischen Vorschlag nicht enthalten sei, eine Rolle. Diese Option gewähre die Möglichkeit, sich z.B. durch die Gewährung von Hafenrechten zu beteiligen.
- Die Rolle, die für die Bundesrepublik Deutschland im amerikanischen Vorschlag vorgesehen sei, erscheine ihm realistisch. Er gehe davon aus, daß mit der Stationierung von GLCMs auf deutschem Boden eine Signalwirkung auf andere Allianzpartner erzielt werden solle. Aaron bemerkte hierzu, daß für eine Stationierung von GLCMs auf deutschem Boden in erster Linie militärische Gesichtspunkte sprächen.
- Bei der Kostenfrage gehe es nicht nur um ein finanzielles Problem, sondern auch hier gelte es, den Eindruck der „user nation" zu vermeiden.
- Von großer Bedeutung sei, daß die nuklearen stockpiles nicht vergrößert würden.
- Beim weiteren Verfahren gehe es darum, das Huhn/Ei-Problem zu vermeiden. Es komme nun darauf an, daß alle Allianzpartner unverzüglich und gleichzeitig zu den amerikanischen Vorschlägen Stellung nähmen.

Aaron ging daraufhin auf die SLCM-Frage ein und führte folgendes aus: Ausgangspunkt für die LRTNF-Modernisierung müsse eine solide militärische Rechtfertigung sein. Optionen, die nur aus politischen Gründen aufgenommen würden, halte er nicht für sinnvoll. Nach amerikanischer Auffassung erfüllten SLCM nicht die strategischen Erfordernisse. Es komme darauf an, das volle Abschreckungsspektrum sichtbar zu machen und der anderen Seite durch Dislozierung der Systeme auf europäischem Boden zu zeigen, daß die Koppelung funktioniere. SLCM erfüllten diesen Zweck nicht. Die amerikanische Marine habe bereits Waffensysteme, die sowjetisches Territorium erreichen könnten. Falls auf diesem Gebiet ein Bedürfnis nach zusätzlichen Waffensystemen bestehe, sei dies eine andere Frage, die unabhängig von der LRTNF-Modernisierung behandelt werden sollte. Auf den Einwand von MD Dr. Stützle, daß seegestützte Systeme im strategischen Bereich immer wichtiger würden, auf der Ebene darunter aber offenbar eher abkoppelnd wirkten, führte Aaron aus, daß

man hier zwei verschiedene Funktionen unterscheiden müsse. Hinzu komme bei SLCM die Gefahr eines „conflict of mission" vor allem im Verhältnis von SLCM zu SLBM. In politischer Hinsicht könne die SLCM-Lösung von manchen Verbündeten als Schlupfloch benutzt werden. Mr. Thomson ergänzte, daß die Reaktion der Norweger und Dänen bisher eher ablehnend gewesen sei. Aaron fügte hinzu, daß SLCM die USA allenfalls in ihrer konventionellen Rolle interessierten. Die USA seien daher wenig geeignet, diese Frage mit den Dänen und Norwegern zu erörtern. Sie hätten jedoch nichts dagegen, wenn wir dieses Thema mit den Skandinaviern diskutierten.

Aaron gab sodann einen Überblick über die Haltung anderer Bündnispartner:

NL: Die niederländische Regierung sei zwar guten Willens. Es sei jedoch unsicher, ob sie sich in der TNF-Frage innenpolitisch durchsetzen könne. Generell sei festzustellen, daß es, anders als bei der Neutronenwaffe, eine emotionalisierte öffentliche Diskussion noch nicht gebe. Solange die amerikanische SALT-II-Ratifikation[4] noch nicht abgeschlossen sei, könne man mit sowjetischer Zurückhaltung rechnen.

B: Die Belgier seien ernsthaft interessiert.

I: Die zuständigen Regierungsstellen unterstützten die TNF-Modernisierung. Auch spiele das Thema in der innenpolitischen Auseinandersetzung bisher kaum eine Rolle. Wie sich die nächste italienische Regierung zum Problem stelle, lasse sich jedoch nicht vorhersehen.

In Ergänzung zu seiner jetzigen Mission seien die US-Botschaften in den von ihm nicht besuchten NATO-Ländern angewiesen worden, ihre Gastregierungen in allgemeiner Form über die amerikanischen Vorstellungen zu unterrichten.

Zur Möglichkeit einer Beteiligung Portugals, der Türkei und Griechenlands an der TNF-Modernisierung führte Aaron aus:

- Portugal sei zu weit von den Zielen dieser Waffensysteme entfernt. Es gebe hier ein Reichweitenproblem. Außerdem stelle sich die Frage des Überflugs über französisches und spanisches Territorium. MD Dr. Stützle führte hierzu aus, daß gewissen Informationen zufolge militärische Kreise in Portugal bereit wären, sich an der Modernisierung zu beteiligen, sofern diese unter dem Infrastrukturprogramm durchgeführt werde.
- Türkei: Die USA seien bestrebt, alles zu tun, um die Türkei zu stärken. Dabei gehe es in erster Linie um die wirtschaftliche Stärkung und im militärischen Bereich um die Stärkung der konventionellen Ausrüstung der türkischen Streitkräfte. Die TNF-Modernisierung sei demgegenüber für die Türkei kein vorrangiges Problem.[5] Wie sich in der U2-Frage gezeigt habe, müsse man der Türkei gegenüber äußerst vorsichtig vorgehen.[6]
- Griechenland: Auf amerikanischer Seite bestünden keine Bedenken gegen eine Beteiligung Griechenlands an der TNF-Modernisierung. Das Problem liege hier in der unterschiedlichen Behandlung Griechenlands und der Türkei.

4 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

5 Zur Haltung der Türkei hinsichtlich einer TNF-Modernisierung vgl. Dok. 142.

6 Zur Rolle der Türkei bei der Verifikation des SALT-II-Vertrags vgl. Dok. 155, Anm. 20.

D2 erkundigte sich sodann nach den amerikanischen Vorstellungen über die Behandlung der LRTNF-Modernisierung in der Öffentlichkeitsarbeit und wies in diesem Zusammenhang auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 4. Juli 1979[7] hin.

Aaron führte aus, daß die Sicherheitsdebatte in der Bundesrepublik Deutschland ein wertvoller Beitrag zur Klärung gewesen sei. Leider habe die Diskussion in Deutschland wenig Auswirkungen auf die öffentliche Diskussion in den Niederlanden und Italien gehabt. In Washington habe man Material über die Entwicklung der strategischen Lage gesammelt. Man sei bereit, dieses Papier über die Datenbasis zur Verfügung zu stellen. Über die große Bedeutung der öffentlichen Präsentation der LRTNF-Modernisierung einschließlich der Rüstungskontrollaspekte waren sich alle Beteiligten einig.

Die Diskussion wandte sich sodann den Rüstungskontrollaspekten zu. Einleitend legte Dg22[8] unsere Auffassung dar.

In seiner Erwiderung konzentrierte sich Aaron darauf, die amerikanischen Gründe darzulegen, die gegen einen „integrated overall ceiling" sprechen. Er führte aus: Auf Arbeitsebene sei man in Washington bestrebt, SALT III so zu strukturieren, daß bei den Verhandlungen nicht alles gleichzeitig entschieden werden müsse. Es sollte vielmehr möglich sein, für Einzelprobleme gesonderte Vereinbarungen zu treffen. Ein „integrated overall ceiling" führe zu einer Komplizierung und erschwere die frühzeitige Erarbeitung einer Allianzposition in der Rüstungskontrollfrage. Bezüglich der globalen Anwendung von Beschränkungen stellten sich zahlreiche Probleme, wie z. B. die Kompensation für chinesische Nuklearwaffen im außereuropäischen Bereich.

II. Im Anschluß an das Mittagessen wurde der Meinungsaustausch unter Leitung von StS van Well fortgesetzt. Schwerpunkt der Diskussion waren die rüstungskontrollpolitischen Aspekte. Aaron wiederholte dabei die Argumente, die nach amerikanischer Auffassung gegen einen „integrated overall ceiling" und gegen eine „globale Limitierung" sprechen. StS van Well hob die Bedeutung des rüstungskontrollpolitischen Angebots für die LRTNF-Modernisierung hervor. Er unterrichtete bei dieser Gelegenheit Aaron über die kürzlichen Moskauer Gespräche des Bundeskanzlers.[9] MD Dr. Ruhfus führte aus, daß nach Auffassung des Bundeskanzlers das Rüstungskontrollangebot genauso detailliert sein müsse wie der Modernisierungsvorschlag.

Ferner wurde die SLCM-Frage erneut ausführlich erörtert.

MD Dr. Ruhfus unterrichtete über das Gespräch, das der Bundeskanzler mit Ministerpräsident Nordli geführt habe.[10] Aaron wiederholte die amerikanischen Vorbehalte gegen eine SLCM-Option. Die Tatsache, daß Norwegen US-Flugzeugträgern Hafenrechte gewährt und dabei deren nukleare Bewaffnung ignoriert habe, helfe nicht weiter, da es bei den LRTNF gerade darauf ankom-

7 Bundeskanzler Schmidt gab am 4. Juli 1979 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 111, S. 13317–13328.

8 Friedrich Ruth.

9 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

10 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Nordli am 12. Juli 1979 in Oslo vgl. Dok. 209.

me, die Beteiligung sichtbar zu machen. Dazu werde sich aber Norwegen nicht bereit finden.

Bei Erörterung der Möglichkeiten einer eventuellen Beteiligung Griechenlands und der Türkei erklärte StS van Well, daß wir ggf. bereit wären, der Türkei gegenüber unseren Einfluß geltend zu machen.

Hofstetter

VS-Bd. 10549 (201)

211

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnot

213-322.00 SOW/USA-855/79 VS-vertraulich **20. Juli 1979**[1]

Über Frau Dg 21 i. V.[2] Herrn D 2[3] nach Rückkehr zur Unterrichtung

Betr.: Amerikanisch-sowjetisches Gipfeltreffen in Wien (15. bis 18. Juni 1979)[4];
hier: Unterrichtung der Bundesregierung durch die Amerikaner und durch die Sowjets

Bezug: Weisung vom 2. Juli 1979

I. Die Bundesregierung ist von beiden Seiten über das amerikanisch-sowjetische Gipfeltreffen in Wien unterrichtet worden. Dies ist ein bemerkenswerter Tatbestand, da die Sowjets uns nur selten über ihre Gespräche mit anderen Staatsmännern informieren. Die erste sowjetische Unterrichtung erfolgte gegenüber StS van Well durch Herrn Samjatin am Tag nach dem Wiener Treffen[5], die zweite durch Kossygin und Gromyko im Gespräch mit dem Bundeskanzler am 25. Juni 1979[6]. Der besondere Vorzug der sowjetischen briefings

1 Hat Vortragendem Legationsrat Heyken am 20. August 1979 vorgelegen.

2 Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander am 20. Juli 1979 vorgelegen.

3 Hat Ministerialdirektor Blech vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „D[iri]g[enten]-Bespr[echung]."

4 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu auch Dok. 181.

5 Im Gespräch mit Staatssekretär van Well legte der Abteilungsleiter im ZK der KPdSU, Samjatin, am 19. Juni 1979 dar: „Im nächsten Stadium der Verhandlungen muß der Gesamtzusammenhang der strategischen Kräfte berücksichtigt werden. Dazu gehören auch die amerikanischen FBS, die sowjetisches Territorium erreichen können, sowie die sowjetischen taktischen Waffen auf dem eigenen Territorium, die ja das US-Gebiet nicht erreichen können." Über die „graue Zone" sei nicht gesprochen worden. Van Well entgegnete, „daß kontinentale und interkontinentale Waffen strategische Bedeutung haben. Wir sind für den erweiterten strategischen Begriff. In der NATO gibt es kein Sanktuarium, da eine Einheit des Vertragsgebiets besteht." Vgl. Referat 220, Bd. 116907.

6 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

war, daß sie auf hoher politischer Ebene und im Fall Gromyko sowie Samjatin durch unmittelbare Teilnehmer der Wiener Gespräche vorgenommen wurden. Allerdings sind diese Berichte die einzigen sowjetischen Darstellungen des Gipfeltreffens auf diplomatischen Kanälen. Wie üblich haben wir auf Arbeitsebene von den Sowjets nichts gehört.

Bei den Amerikanern verhält es sich genau umgekehrt. Während eine Unterrichtung auf Leitungsebene abgesehen von den telefonischen Bemerkungen Präsident Carters gegenüber dem Bundeskanzler[7] (soweit hier bekannt) ausgeblieben ist, stehen uns zur Meinungsbildung über die amerikanische Sicht des Wiener Treffens dennoch mehrere Quellen zu Verfügung (Seignious, Shulman, Aaron, Gelb, Vest, SU-Referent im State Department[8]). Wir wissen allerdings nicht genau, ob sie ein in jeder Hinsicht zutreffendes Bild ergeben. Z. B. erklärte der Leiter der Europa-Abteilung, Vest, Botschafter von Staden noch am 29. Juni, der Inhalt bestimmter Gespräche in Wien sei ihm möglicherweise noch nicht bekannt.[9] Insgesamt gesehen bleiben Wünsche offen, zumal wir berechtigterweise von einem engen Bündnispartner mehr erwarten dürfen als von der SU.

Beide Seiten haben in Wien Pressekonferenzen veranstaltet. Gromyko hat sich außerdem am 25. Juni in Moskau gegenüber der Presse eingehend zu Wien geäußert[10] und dabei Ausführungen gemacht, die er teilweise abends im Gespräch mit dem Bundeskanzler wiederholt hat.

Ein Vergleich der sowjetischen und amerikanischen Äußerungen läßt sachliche Abweichungen in verschiedenen Punkten erkennen. Dies zeigt die folgende Übersicht.

II. 1) SALT III

Sowjetische Darstellung: Gromyko weist darauf hin, daß für SALT III der Kreis der Beteiligten wichtig sei, außer den USA und der SU sollten auch andere

7 Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter am 20. Juni 1979 vgl. Dok. 182.

8 William T. Shinn.

9 Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 30. Juni 1979 über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Vest, am Vortag: „Vest eröffnete das Gespräch mit dem Hinweis, daß er seine Antworten unter dem Vorbehalt gebe, daß möglicherweise der Inhalt bestimmter Gespräche in Wien auch ihm noch nicht bekannt sei. Bekanntlich hätten dort vier Delegationsgespräche, zwei Abendessen, ein Vier-Augen-Gespräch Carter/Breschnew, zwei Vier-Augen-Gespräche Vance/Gromyko und ein Gespräch der Verteidigungsminister (nebst Beratern) stattgefunden. [...] Vest zeigte sich unterrichtet über die Ausführungen, die Gromyko dem Bundeskanzler gegenüber zum Thema SALT III in Moskau gemacht hatte. Vest stellte fest, am 29.6. seien die US-Botschaften in den NATO-Ländern eingehend über diesen Teil der Wiener Gespräche unterrichtet worden, um bei den jeweiligen Regierungen zur Vermeidung von Mißverständnissen die folgenden zusätzlichen Erläuterungen geben zu können: Breschnew habe die Notwendigkeit unterstrichen, auch amerikanische FBS sowie die Nuklearpotentiale anderer Mächte einzubeziehen. Zur tatsächlichen Teilnahme dritter Staaten an SALT-III-Verhandlungen habe sich Breschnew nicht eindeutig geäußert. Aber der Kern seiner Ausführungen sei gewesen, daß dritte Staaten irgendwie eingeschlossen werden sollten. Carter habe sich nicht zur Teilnahme dritter Staaten geäußert. Es sei deshalb kein Einvernehmen in dieser Frage erzielt worden. Andere Aspekte von SALT III, z. B. die Frage, welche Systeme außer zentralen Systemen einbezogen werden sollten, seien nicht angesprochen worden. Hier sei, so merkte Vest an, das Wiener Gespräch offenbar weniger offen geführt worden als das jüngste Moskauer Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und Kossygin." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2424; VS-Bd. 13176 (213); B 150, Aktenkopien 1979.

10 Für den Wortlaut der Ausführungen des sowjetischen Außenministers Gromyko bei einer Pressekonferenz am 25. Juni 1979 vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 406–412 (Auszug).

Nuklearstaaten beteiligt werden. Carter habe hierzu sein Einverständnis erklärt. Die Einzelheiten seien noch nicht festgelegt.

Im Laufe des Gesprächs kam der Bundeskanzler auf diesen Punkt zurück und fragte, ob Frankreich, Großbritannien und China gemeint seien. Gromyko bejahte dies, diese Position sei mit den USA abgestimmt.

Gromyko erklärte, beide Seiten hätten vereinbart, daß SALT III zu einer weiteren Verringerung der strategischen Waffen führen solle. Als drittes Element sei festgelegt worden, daß bei SALT III alle strategischen Faktoren oder alle Faktoren, die auf die strategische Lage einwirken, berücksichtigt werden sollen. Deshalb müsse auch über FBS gesprochen werden. Auf Einwurf des Bundeskanzlers („ebenso wie über eurostrategische Waffen") Gromyko: Er spreche über das, was in Wien vereinbart worden sei.

Amerikanische Darstellung: Gelb: SALT III sei von Carter angesprochen worden, er habe sich auf die zentralen Systeme konzentriert. Breschnew habe die bekannte sowjetische Linie reflektiert. Es müßten auch FBS und die Nuklearwaffen der Verbündeten einbezogen werden (er sei nicht sicher, ob China erwähnt wurde). Carter sei absichtlich auf diese Frage nicht eingegangen. Er habe über die Mittelstreckenproblematik keine Diskussion führen wollen, bevor die Allianz ihre Position fixiert habe.

Vest erklärte in Kenntnis des Gesprächs Bundeskanzler/Kossygin und Gromyko, es sei kein Einvernehmen über die tatsächliche Teilnahme dritter Staaten erzielt worden. Auch sagte er, andere Aspekte von SALT III, z.B die Frage, welche Systeme außer den zentralen Systemen einbezogen werden sollten, seien nicht erörtert worden.

Seignious führte aus, Carter habe das US-Interesse an „further deep cuts" und weiteren qualitativen Beschränkungen betont. Die Verifikation werde eine immer größere Rolle spielen. Die SU habe auf die Einbeziehung der FBS bestanden. Breschnew habe gesagt, die Tatsache, daß die FBS die SU erreichen könnten, die sowjetischen Mittelstreckenraketen jedoch nicht die USA, sei die sowjetische Grauzonenproblematik.

2) MBFR

Sowjetische Darstellung: Kurze Darlegung – so Gromyko – der gegenseitigen Positionen, dabei Schwerpunkt auf den Punkten, die eine Einigung verhinderten. Man sage dem WP, er müsse seinen Zahlen 180000 Mann hinzufügen. Erst dann sei der Westen bereit, einem Abbau näher zu treten. Diese mythischen Zahlen könnten nur aus faulen Quellen stammen. Die SU habe eine Brükke bauen wollen von kleineren Reduktionen der amerikanischen und sowjetischen Truppen zu größeren Vereinbarungen. Die Antwort sei gewesen: keine Einigung bis zur Lösung der Datenfrage. Der Osten müsse daraus folgern, daß der Westen keine Fortschritte wolle.

Amerikanische Darstellung: Carter habe – so Aaron – die Diskussion eröffnet. Er habe die Bereitschaft erklärt, die sowjetischen Ideen über US- und SU-Reduzierungen in der ersten Phase zu prüfen. Voraussetzung sei aber Klarheit über die Daten der beiderseitigen Streitkräfte. Breschnew habe den bekannten sowjetischen Standpunkt wiederholt. Auf den Gedanken einer Differenzierung zwischen dem globalen Datenproblem und dem die beiderseitigen Streitkräfte

betreffenden Daten sei Breschnew nicht eingegangen. (Aarons Unterrichtung setzte sich im weiteren detailliert fort.)

Seignious und Gelb teilten mit, daß MBFR nur kurz behandelt worden sei.

3) China

Sowjetische Darstellung: Breschnew habe – so Gromyko – die prinzipielle sowjetische Position dargelegt und die letzten sowjetischen Vorschläge für chinesisch-sowjetische Verhandlungen[11] erläutert. Gromyko sagte ferner, beide Seiten seien sich einig gewesen, daß es nicht zulässig sein soll, die Beziehungen zu China auf Kosten eines Dritten auszubauen. Carter habe sich mit den Äußerungen Breschnews solidarisiert. Auf die Bemerkung des Bundeskanzlers, daß die Positionen der SU und der USA offenbar nahe beieinander gelegen hätten, erwiderte Gromyko: Ja, im Prinzip; aber die Zeit werde erweisen, ob Washington entsprechend handeln werde.

Amerikanische Darstellung: Der sino-sowjetische Konflikt habe – so Shulman – nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Breschnew habe erklärt, die Gewährung technologischer und militärischer Hilfe richte sich unmittelbar gegen sowjetische Interessen. Den sowjetischen Versuch, die USA von dem Ausbau ihrer Beziehungen zu China abzuhalten, hätten die USA abgelehnt.

4) Nahost

Sowjetische Darstellung: Beide Seiten – so Gromyko – hätten zu Nahost eine verschiedene Sprache gesprochen. Breschnew habe offen gesagt, daß die SU sich nicht für den separaten israelisch-ägyptischen Vertrag[12] aussprechen könne. Carter habe versucht, die VN an den Vertragsprozeß anzuhängen. Dies habe Breschnew abgelehnt.

Amerikanische Darstellung: Shulman: Keine Änderung der Positionen. Sowjetische Bitterkeit darüber, zur Zeit nicht an den Entwicklungen beteiligt zu sein. Vest bestätigte Gromykos Behauptung, daß es keine Annäherung gegeben habe.

5) Afrika

Sowjetische Darstellung: Das Fundament sowjetischer Position sei die Unterstützung der Länder vom Kolonialismus.[13] Südafrika bewege sich in Namibia völlig frei mit Panzern und Waffen und versuche, die Unabhängigkeitsbewegungen in Blut zu ertränken. Die USA – so Gromyko weiter – hätten sich in einer Form geäußert, die letztlich gegen die Interessen der Einheimischen gerichtet sei. Der Graben zwischen beiden Positionen sei riesig.

Amerikanische Darstellung: Die USA – so Shulman – sprachen die sowjetische Bewaffnung der kubanischen Truppen in Afrika und kubanische Aktionen in der Karibik an. Warnung an die SU, die Lage in Südafrika auszuschlachten, falls westliche Lösungsversuche fehlschlagen. Eine sowjetische oder kubanische Einmischung im südlichen Afrika müsse zu einschneidenden Verschlechterungen der beiderseitigen Beziehungen führen. Die SU bekräftigte statt dessen ihre Unterstützung für Befreiungsbewegungen.

11 Zu den Gesprächen zwischen der UdSSR und der Volksrepublik China über eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen vgl. Dok. 164, Anm. 15.

12 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

13 So in der Vorlage.

Zur Dritten Welt insgesamt: Vest (ähnlich Shulman): Carter habe nachdrücklich vor zu weitgehender sowjetischer Einmischung in besonders sensiblen Regionen gewarnt. Dies hätte allerschädlichste Auswirkungen. Die USA hätten insgesamt nicht den Eindruck einer Einigung bezüglich gewisser Verhaltensregeln in den nicht-europäischen Regionen der Welt, auch nicht in irgendeinem Punkt. Die Prinzipien von 1972, auf welche im Wiener Kommuniqué Bezug genommen werde[14], verdeckten Differenzen. Daher werde auch zukünftig jede Seite die Texte auf eigene Weise interpretieren und ihren eigenen Weg gehen.

6) Die amerikanische Unterrichtung schloß außerdem folgende Themen ein: Beziehungen USA/SU, Behandlung weiterer Verhandlungsobjekte, z.Zt.: Indischer Ozean[15], Killer-Satelliten[16] (hierzu auch eine Bemerkung Gromykos), Berlin (auf deutsche Nachfrage), EG–RGW[17], ferner kurz Westeuropa, Iran, Afghanistan, Auftreten Breschnews und anderer sowjetischer Delegationsmitglieder[18].

III. Schlußfolgerungen

1) Divergenzen enthalten die Darstellungen zu SALT III und zu China. Gromyko spricht von Einigung über drei Elemente zu SALT III und berichtet – auch in seiner Pressekonferenz – über eine gegenseitige Wohlverhaltenseinigung bezüglich China. Was SALT III anbelangt, wird von den USA nur Einverständnis über die Notwendigkeit einer substantiellen Reduktion bestätigt. Einigung über die beiden anderen Elemente (Teilnehmer von SALT III, Waffensysteme) wird bestritten. Brzezinski hat gegenüber MD Dr. Ruhfus am 29.6.1979 in Tokio[19] einen amerikanisch-sowjetischen Dissens in dieser Frage nicht ausgeschlossen. Die Amerikaner bestreiten ferner Einigung über China. Die US-Regierung hat in einer Weisung an ihre NATO-Vertretungen der sowjetischen Darstellung zu SALT III widersprochen. Der sowjetischen Behauptung bezüglich einer Einigung wegen China ist sie dagegen nicht – soweit hier bekannt – öffentlich entgegengetreten.

2) Beide Seiten haben hauptsächlich ihre eigenen Positionen vorgetragen. Die Amerikaner referierten mehr als die Sowjets über die Position der Gegenseite.

3) Der Schwerpunkt des Interesses der Sowjets hat, wie ihre Darstellung erkennen läßt, bei SALT III gelegen. Dies war auch ein Hauptthema für Carter.

14 Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung vom 29. Mai 1972 über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.
Für den Wortlaut des gemeinsamen Kommuniqués der USA und der UdSSR vom 18. Juni 1979 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 54–57. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 395–400.

15 Zu den Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über eine Flottenbegrenzung im Indischen Ozean vgl. Dok. 181, Anm. 13.

16 Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über ein Verbot von Anti-Satelliten-Systemen vgl. Dok. 112.

17 Zum Stand der Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 165, Anm. 23.

18 Zum Verhalten der Mitglieder der sowjetischen Delegation vgl. Dok. 202.

19 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.
Für das Gespräch des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt, mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, und dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Wahl, am 29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 195.

Außerdem kam es ihm vor allem auf[20] eine Begrenzung sowjetischen Expansionsstrebens in der Dritten Welt an.

4) Die Sowjets enthielten sich jeden Kommentars zu Auftreten Präsident Carters sowie zur Fortentwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.

Referat 204 hat mitgezeichnet.

Arnot

VS-Bd. 13176 (213)

212

Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem Ständigen Vertreter der DDR, Moldt

212-341.74/1-DDR **24. Juli 1979**[1]

Aus der Abrüstungskonsultation mit der DDR am 24.7.1979 in Bonn ist zu der Thematik WP-Vorschläge/vertrauensbildende Maßnahmen/Vorbereitung Madrid[2] folgendes festzuhalten:

Moldt bezeichnete den Vorschlag einer Konferenz der europäischen und nordamerikanischen Staaten über Fragen der „militärischen Entspannung" als den wichtigsten Teil der Budapester Vorschläge.[3] Ähnliche Vorschläge auch anderer Staaten zeigten, daß die Einsicht in die Notwendigkeit einer detaillierten Behandlung der damit zusammenhängenden Fragen im Wachsen sei. Die DDR und die sozialistischen Staaten seien offen gegenüber den Vorschlägen auch von anderer Seite. Wichtigster Teil der vorgeschlagenen Konferenz sei die Verhandlung eines Vertrags über den Verzicht auf den Ersteinsatz sowohl nuklearer als auch konventioneller Waffen. Der vorgeschlagene Vertrag stütze sich auf die Prinzipien der Schlußakte[4]. Seine Realisierung bedeute eine Art von Garantierung dieser Prinzipien sowohl im juristischen wie auch politischen Sinne. Der Vertragsvorschlag berücksichtige bewußt die westlichen Argumente,

20 Korrigiert aus: „um".

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bauch am 27. Juli 1979 gefertigt, der die Weiterleitung an die Legationsräte Roesch und Dobbelstein verfügte.
Hat Roesch am 6. August 1979 vorgelegen.
Hat Dobbelstein vorgelegen.

2 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

3 Zum Vorschlag für eine europäische Konferenz über Fragen der militärischen Entspannung vgl. Dok. 148, Anm. 25.

4 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

insbesondere aber diejenigen des Bundeskanzlers in seiner Rede vor der SGV 1978[5], gegen den Bukarester Vorschlag von 1976[6].

Auch die Weiterentwicklung der vertrauensbildenden Maßnahmen sollte Gegenstand der vorgeschlagenen Konferenz sein. Die DDR und ihre Verbündeten verfolgten mit Sorge die demonstrative Häufung von Manövern auf westlicher Seite seit der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki.

StS erklärte (nach Ausführungen zu MBFR), es herrsche z. Zt. eine gewisse Konfusion hinsichtlich der Behandlung von begleitenden Maßnahmen. Eine Reihe von in der Diskussion befindlichen Maßnahmen beträfen tatsächlich in erster Linie das Territorium der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, wobei hinzukomme, daß für ihre Behandlung vier verschiedene Rahmen in Betracht kämen: Wien, KSZE, WP-Vorschlag einer Konferenz über „militärische Entspannung", französischer Vorschlag einer KAE[7]. Es sei notwendig, möglichst bald Klarheit in die Diskussion zu bringen. Dabei lasse sich unsere Position wie folgt umschreiben: Eines der besten Ergebnisse, wenn nicht überhaupt das beste der gesamten Nachkriegsdiplomatie, sei die Schlußakte von Helsinki. Sie aufzuwerten, müsse unser aller Ziel sein. Dies gelte auch für das Kapitel über die vertrauensbildenden Maßnahmen der Schlußakte. Hier seien alle Absichten abgedeckt, die jetzt in der Diskussion seien. Wir sollten deshalb die verschiedenen Vorschläge im Hinblick auf Madrid auf der Basis der Schlußakte diskutieren. Der Bundesminister habe dies verschiedentlich betont, wobei er darauf hingewiesen habe, daß wir hinsichtlich des Zeitpunkts offen seien. Allerdings sei jetzt nicht mehr zu sehen, wie ein solches Treffen noch vor Madrid stattfinden könne.

Die Bundesregierung sträube sich nicht dagegen, daß in Madrid intensiv über die vertrauensbildenden Maßnahmen gesprochen werde. Allerdings dürfe Madrid damit nicht zu einer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen werden, es müsse gleichgewichtig über die gesamte Schlußakte gesprochen werden. Wir würden uns auch nicht gegen ein follow-up stellen, um die Diskussion (über vertrauensbildende Maßnahmen) weiterzuführen. Allerdings sollte sich diese Diskussion im Rahmen und auf der Grundlage der Schlußakte bewegen.

Von diesen vertrauensbildenden Maßnahmen sollten wir die notwendigen Verifikationsmaßnahmen bei MBFR klar unterscheiden, die bei der nächsten Runde in Wien[8] eingeführt werden sollen.

Wir müssen die vorliegenden Vorschläge in geeigneter Weise zusammenbringen. Wir lehnen eine pauschale Beurteilung der KSZE-Schlußakte als nur moralisch und nicht rechtlich verpflichtend wegen der damit verbundenen Abwertung ab. Wir haben den französischen Vorschlag einer KAE immer unterstützt.

5 Vom 23. Mai bis 30. Juni 1978 tagte in New York die Zehnte UNO-Sondergeneralversammlung über Abrüstung. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 212.
Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 26. Mai 1978 in New York vgl. BULLETIN 1978, S. 529–535.

6 Für den Wortlaut der von der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 26. November 1976 in Bukarest verabschiedeten Deklarationen über internationale Entspannung sowie Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 644–653.

7 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 3, Anm. 16.

8 Die 19. Runde der MBFR-Verhandlungen begann am 27. September 1979.

Die Nichtbeteiligung Frankreichs an MBFR haben wir immer für einen schweren Fehler gehalten. Frankreich hat aber jetzt offensichtlich das Bedürfnis, wieder Anschluß an die internationale Abrüstungsdiskussion zu finden. Das gehe aber nur dadurch, daß Frankreich nicht einfach anderen folgt, sondern einen eigenen Vorschlag mache. Man solle Frankreich in der jetzigen Diskussion eine goldene Brücke bauen. Im übrigen sei auch auf das Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung vom 30./31. Mai 1979[9] hinzuweisen, in dem, nur zwei Wochen später nach dem Budapester Kommuniqué, auf die darin enthaltenen Vorschläge eingegangen worden sei. Orientierungspunkt für die künftige Diskussion soll die Schlußakte sein. Die Bundesregierung sei interessiert an folgenden Maßnahmen:

- einer Herabsetzung der Schwelle von 25000 auf 10000 Mann für die Ankündigung größerer Manöver;
- eine Ankündigung größerer militärischer Bewegungen (25000 Mann).
- Wir seien nicht grundsätzlich gegen eine Limitierung von Manövern, allerdings könne man sich jetzt auf eine Größe nicht festlegen.
- Die Ankündigung von Manövern der See- und Luftstreitkräfte werde zunächst unter militärischen Gesichtspunkten geprüft.

Dies seien vertrauensbildende Maßnahmen im engeren Sinne, so wie wir sie verstünden. Die Bundesregierung betrachte z. B. einen Vertrag über den Nichtersteinsatz nuklearer und konventioneller Waffen nicht als vertrauensbildende Maßnahme im eigentlichen Sinne. Gerade dieser Vorschlag werfe im übrigen grundsätzliche Fragen auf. Man habe jetzt einen gewissen Konsens über einige Grundprinzipien wie etwa das des Gewaltverzichts erzielt.

So stelle sich z. B. die Frage, ob ein besonderer Vertrag nicht Anlaß zu Zweifeln an bestehenden Aussagen gebe. Wir neigten dazu, insbesondere die Verträge nicht in den Hintergrund zu schieben, die bei ihrem Abschluß als ein historischer Schritt bezeichnet worden seien. Wir sollten im Gegenteil diese Verträge, die Schlußakte und die Charta der VN[10] immer wieder bewußt in den Vordergrund stellen. Die Wiederholung oder Bekräftigung von solchen Grundprinzipien, wie z. B. dem des Gewaltverzichts, bedeute letztlich nichts anderes als eine Aushöhlung. Wenn das Madrider Treffen auf Ministerebene mit einem Dokument abgeschlossen werde, werde dieses Dokument einen höheren Status haben als das abschließende Dokument von Belgrad[11]. Deshalb sollten wir dieses Dokument (von Madrid) für eine Bekräftigung nutzen, im Sinne einer Bekräftigung eben der Schlußakte, nicht aber als etwas Neues, was zu neuen Zweifeln Anlaß geben könnte.

Zur Frage des Vorschlags einer Nichterweiterung der Bündnisse sei zu bemerken, daß dieser Vorschlag schon aus rechtlichen Gründen und als Verstoß gegen den klaren Wortlaut der Schlußakte abzulehnen sei. Dieser Vorschlag ziele

9 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 112–115. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 325–328. Vgl. dazu ferner Dok. 156 und Dok. 159.

10 Für den Wortlaut der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

11 Für den Wortlaut des abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 246–248.

eindeutig auf Spanien. Wir wollen uns aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen dazu nicht äußern, weil die Frage eines möglichen Beitritts Ausfluß der Souveränität Spaniens ist. Der Osten argumentiere gegen einen solchen Beitritt Spaniens zum westlichen Bündnis mit dem Hinweis, daß dies eine Verschiebung des Gleichgewichts darstelle. Demgegenüber sei jedoch zu bedenken, daß Spanien bereits jetzt durch seinen bilateralen Vertrag mit den USA[12] zum westlichen Verteidigungsdispositiv gehöre. Wenn man das östliche Gegenargument gegen einen spanischen Beitritt konsequent zu Ende denke, könne man die Frage unter dem Gesichtspunkt des Gleichgewichts auch so sehen, daß niemand mehr aus den bestehenden Bündnissen austreten dürfe.

Moldt erwiderte, die Geschichte und die gegenwärtige Lage der Welt sprächen dafür, ein bestimmtes Prinzip etwa der Charta der VN noch einmal zu fixieren und zu konkretisieren sowie der bestehenden Lage anzupassen, und zwar durchaus in der Form von neuen Konventionen bzw. internationalen Verträgen.

Im übrigen wolle die DDR die Festlegungen der Schlußakte in keiner Weise als nicht so verpflichtend wie andere Dokumente betrachten. Zum Verhandlungsgegenstand in Wien gehörten eben auch begleitende Maßnahmen, und zwar entsprechend dem insoweit konkreten Mandat. Dies bedeute, eine Vermischung der vertrauensbildenden Maßnahmen im Sinne der Schlußakte mit den Verhandlungen in Wien erscheine nicht sinnvoll, solange dort über die begleitenden Maßnahmen kein Einverständnis erzielt sei.

In Madrid würden Fragen der militärischen Entspannung erörtert werden müssen, jedoch als relativ kleiner Teil des gesamten Komplexes der Realisierung der Schlußakte. Die Diskussion über Fragen wie die der Reduzierung der Rüstungen gehe über Madrid hinaus, weshalb die sozialistischen Staaten eine besondere Konferenz auf politischer Ebene vorgeschlagen hätten, die dafür wesentlich geeigneter wäre.

Referat 212, Bd. 133357

12 Am 26. September 1953 schlossen Spanien und die USA ein Stützpunkteabkommen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 207, S. 83–92.
Das Stützpunkteabkommen wurde am 6. August 1970 durch ein Abkommen über Freundschaft und Zusammenarbeit abgelöst, in dem auch die Zusammenarbeit in der Verteidigung geregelt war. In einer im Anhang beigefügten Note sicherte der amerikanische Außenminister Rogers Militärhilfe zu und stellte fest, daß die USA sich als befugt betrachteten, die Luftstützpunkte Torrejon, Zaragoza und Moron sowie den Marinestützpunkt Rota, ferner Kraftstoffdepots und Hilfseinrichtungen zu nutzen. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 63 (1970), S. 237–243. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 482–492.
Das amerikanisch-spanische Abkommen vom 24. Januar 1976 über Freundschaft und Zusammenarbeit sah u. a. Maßnahmen zur Koordinierung der Streitkräfte, die Nutzung militärischer Einrichtungen in Spanien durch die USA, die Kooperation bei der Herstellung und beim Kauf von Rüstungsgütern sowie die Gewährung von Rüstungskrediten durch die USA vor. Das Zusatzabkommen Nr. 1 sah die Bildung eines amerikanisch-spanischen Rats vor. In Artikel V dieses Zusatzabkommens hieß es: „For the purpose of obtaining the maximum effectiveness in cooperation for Western defense, the United States-Spanish Council, as one of its basic objectives, will work toward development of appropriate coordination with the North Atlantic Treaty Organization. In furtherance of this purpose, the Council will establish by mutual agreement a commission formed by members of the two contracting parties which shall propose to the Council specific measures to promote the establishment of meaningful coordination." Für den Wortlaut des Vertrags vgl. UNTS, Bd. 1030, S. 116–211. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 604–611 (Auszug).

213

Vortragender Legationsrat Umlauff an die Botschaft in Djidda

311-321.00 SAR-593/79 VS-vertraulich **25. Juli 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 230 **Aufgabe: 26. Juli 1979**
Citissime

Betr.: Zusammenarbeit mit saudischem Innenministerium[2]

Bezug: DB 716 v. 23.7.79[3]

1) Saudi-arabischer Botschafter[4] wurde am 24.7.1979, 10.30 Uhr, mit Brief BM Baum vom 23.7.1979 über Entscheidung des BSR zum Projekt Monitor sowie über vorgesehene Zusammenarbeit mit GSG 9 unterrichtet. Brieftext folgt in Anlage nur zur Unterrichtung der Botschaft.

2) StS van Well empfing saudi-arabischen Botschafter im Laufe des 24.7.79 auf dessen Bitte zu einem bereits vorher vereinbarten Gesprächstermin.[5] Im Laufe des Gesprächs drückte Botschafter Bedauern darüber aus, daß deutsche Seite nicht bereit sei, eine Zusammenarbeit auch bei dem Teilbereich der Entschlüsselungstechnik anzubieten. Seine Regierung würde sehr enttäuscht sein. StS verwies darauf, daß die Entschlüsselungstechnik nur ein Teilbereich sei. Auch ohne ihn, d.h. also aus einer Funküberwachung allein, seien bereits wichtige Erkenntnisse für die Lage der inneren Sicherheit zu gewinnen. Der Grund für die deutsche Ablehnung sei allein darin zu suchen, daß ein höchst sensitiver Bereich der deutschen nationalen Sicherheit berührt sei. Keinesfalls sei die Ablehnung ein Zeichen von Mißtrauen oder aus politischen Gründen erfolgt. Der Botschafter sagte, er verstünde wenig von den technischen Einzelheiten. Vielleicht könne ein deutscher Experte die getroffene Entscheidung der saudischen Regierung erläutern und dadurch eine Mißstimmung vermeiden. Der Staatssekretär schloß das Gespräch mit der Bemerkung, man wolle überlegen, ob ein solcher Experte entsandt werden soll. Überlegungen dazu sind noch nicht abgeschlossen.

3) BMI hat mitgeteilt, daß er Entscheidung zur Frage, ob BMI eine Einladung des saudischen Innenministers[6] nach Saudi-Arabien annehmen würde, zunächst

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Plischka konzipiert.

2 Zur Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien im Bereich der Nachrichtendienste und der inneren Sicherheit vgl. Dok. 23, Dok. 34 und Dok. 69.

3 Botschaftsrat Krebs, Djidda, berichtete: „Hoher Beamter des saudischen Innenministeriums erkundigte sich soeben dringend nach unserer seit langem angekündigten Entscheidung hinsichtlich des Projektes Monitor. Botschafter Nouri Ibrahim, den er vor wenigen Tagen in dieser Angelegenheit kontaktiert habe, sei noch immer ohne die zugesagte Antwort der zuständigen Stellen. Innenminister Prinz Nayif sei über unser langes Schweigen zunehmend ungeduldig." Vgl. VS-Bd. 11154 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Mohamed Nouri Ibrahim.

5 Am 24. Juli 1979 bedauerte der saudi-arabische Botschafter Nouri Ibrahim, „der eine Stunde zuvor das Schreiben von BM Baum über das o.a. Projekt erhalten hatte", im Gespräch mit Staatssekretär van Well, daß die Bundesregierung nicht zur Zusammenarbeit im Bereich der Entschlüsselungstechnik bereit sei. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 11154 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

6 Prinz Nayif ibn Abdul Aziz al-Saud.

zurückstellen möchte (siehe DB Djidda Nr. 400 vom 3.5.79 – 300.2 VS-v 1979[7]). Er begrüße grundsätzlich die Gelegenheit, mit dem saudischen Innenminister Fragen der Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit zu erörtern und damit zu einer Festigung der deutsch-saudischen Beziehungen beizutragen. In Anbetracht der teilweise negativen Entscheidungen zum Projekt Monitor halte er es grundsätzlich jedoch für angezeigt, zunächst die Reaktion der saudischen Seite abzuwarten. Botschaft wird um Stellungnahme ohne vorherige Kontaktaufnahme mit saudischer Seite gebeten, ob Besuch derzeit als wünschenswert erscheint.[8]

Umlauff[9]

Folgt Anlage:

„Exzellenz, in meinem Schreiben vom 1. März 1979[10] habe ich Ihnen bereits versichert, daß die von Herrn Professor Dr. Maihofer zugesagte Unterstützung beim Aufbau eines Funküberwachungssystems in Saudi-Arabien auch von mir fortgeführt wird. Aufgrund mehrerer Besprechungen mit Mitarbeitern Ihres Innenministeriums waren als Beitrag meines Hauses

- fernmeldetechnische Beratung und Unterstützung bei Verhandlungen mit deutschen Fernmeldefirmen,
- Vorschläge zum Aufbau einer Funküberwachungsorganisation,
- Prüfung und Begutachtung von Projektstudien deutscher Firmen,
- Unterweisung des Führungspersonals im Erkennen, Erfassen und Auswerten nachrichtendienstlicher Funkverfahren (Betriebsauswertung) sowie
- Überwachung des Aufbaues des Funküberwachungssytems vorgesehen.

Ein Teil dieser Tätigkeit kann mit der Fertigstellung der detaillierten, ausführungsreifen Projektstudie, die von meinen Mitarbeitern mitgestaltet und Ihrem Innenministerium im April 1979 von der Leitung der Firma Siemens überreicht wurde[11], als erledigt betrachtet werden.

7 Botschafter Schlagintweit, Djidda, berichtete: „Die Botschaft hat in ihrer bisherigen Berichterstattung ausführlich die Erwägungen dargelegt, die Saudi-Arabien eine verstärkte Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen mit uns suchen lassen. Sollte die deutsche Antwort zu lange auf sich warten lassen, könnte dies hier den Eindruck erwecken, als fehle auf deutscher Seite das für eine positive Entscheidung nötige Vertrauen in die weitere geordnete Entwicklung Saudi-Arabiens. Die Botschaft macht in diesem Zusammenhang auf die für Juni d.J. angekündigte Reise Innenministers Prinz Nayif nach Frankreich aufmerksam, als deren Zweck in der hiesigen Presse die Erörterung der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich genannt wurde. Die Botschaft bittet ebenfalls um baldige Weisung zur Frage des saudischen Innenministers, ob der Herr Bundesminister des Innern eine Einladung nach Saudi-Arabien annehmen würde." Vgl. VS-Bd. 11154 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

8 Botschaftsrat Krebs, Djidda, berichtete am 31. Juli 1979: „Die Botschaft hält einen Besuch des Herrn Bundesministers des Innern in Saudi-Arabien weiterhin grundsätzlich für wünschenswert, da er Gelegenheit nicht nur zur Erörterung der Zusammenarbeit der Innenministerien, sondern auch zur Fortführung des politischen Dialogs mit der saudischen Regierung bieten würde. Sie stimmt jedoch der Auffassung des BMI zu, daß [...] eine Zurückstellung des Besuches gegenwärtig zweckmäßig erscheint." Vgl. den Schriftbericht Nr. 543; VS-Bd. 11154 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

9 Paraphe vom 26. Juli 1979.

10 Für das Schreiben des Bundesministers Baum vom 1. März 1979 an den saudi-arabischen Botschafter Nouri Ibrahim vgl. VS-Bd. 11154 (311).

11 Für die Projektstudie vgl. VS-Bd. 11154 (311).

Ihr mit Schreiben vom 22. November 1978 geäußerter Wunsch nach einem „training in the basic principles of cryptanalysis" erforderte eine Abstimmung mit anderen obersten Bundesbehörden, weil diese Ausbildung nicht von Dienststellen meines Geschäftsbereichs vermittelt werden kann und eine derart spezielle Projektbeteiligung aufgrund der bis dahin geführten Besprechungen nicht vorgesehen war. Die Entscheidung hierzu wurde nunmehr getroffen. Zu meinem Bedauern muß ich Ihnen mitteilen, daß dem Ersuchen, saudi-arabisches Personal in die Grundlagen des Kryptowesens einzuweisen, seitens der Bundesregierung nicht entsprochen werden kann.

Zu Ihrer Feststellung, von der Beherrschung gerade dieser Technik hänge der Nutzen des ganzen Projekts ab, darf ich anmerken, daß ein System zum Erfassen, Orten und Aufnehmen des Funkverkehrs nicht unbedingt auch Möglichkeiten zum Dechiffrieren von Nachrichten enthalten muß. Allein schon die Auswertung des erfaßten Funkverkehrs vermittelt augenblicklich wertvolle Informationen zur Beurteilung der Sicherheitslage und zur Lösung evtl. erforderlicher Abwehrmaßnahmen.

Gestatten Sie mir den Hinweis, daß die Projektstudie der Fa. Siemens alle erforderlichen Komponenten eines wirkungsvollen Funküberwachungssystems modernster Technik enthält und entsprechend den Informationen Ihres Innenministeriums konzipiert wurde.

Sie werden sicherlich weiterhin an unserer Unterstützung für das Projekt innerhalb der Grenzen, die mit den Vertretern Ihres Innenministeriums in den Gesprächen am 17./21.5.1977, 13.9.1978 und in meinem Schreiben vom 26.8.1978 umrissen und zugesichert wurden, interessiert sein. Ich schlage daher zur Vermeidung von Mißverständnissen hierüber eine schriftliche Vereinbarung vor.

Im übrigen darf ich Ihnen versichern, daß ich außerordentlich daran interessiert bin, die gute Zusammenarbeit zwischen den saudischen und den deutschen Sicherheitsbehörden weiter zu fördern. Ich bin daher auch bereit, den Wünschen der saudischen Regierung um Unterstützung beim Aufbau einer Anti-Terror-Einheit in größtmöglichem Umfang nachzukommen.

Der Beitrag meines Hauses, der die Hilfe der GSG 9 beim Aufbau dieser Einheit betrifft, erstreckt sich im organisatorisch-planerischen Bereich auf

- die Übersendung eines Vorschlags über die künftige Organisation dieser Spezialeinheit,
- die Auflistung benötigter Ausstattung und Ausrüstung einschließlich Angaben über Herstellerfirmen,
- die Übersendung der Unterlagen für eine Personalauswahl,
- eine Vermittlungstätigkeit bei der Psychologenausbildung sowie
- die Erarbeitung von Jahresprogrammen für die weiterführende Ausbildung.

Die Erarbeitung dieser Unterlagen wird in den nächsten Wochen abgeschlossen sein.

Die Unterstützung durch Angehörige der GSG 9 bei

- der Personalauswahl und
- der Durchführung der etwa elfmonatigen Einzel-Team- und Spezialausbildung durch etwa zehn Ausbilder der GSG 9 unter Führung eines Offiziers

kann im nächsten Jahr in Angriff genommen werden, da hier das erforderliche Ausbildungspersonal im Laufe des Jahres 1980 zur Verfügung stehen dürfte.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ganz ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Gerhart R. Baum"

VS-Bd. 11154 (311)

214

Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt

114-2511/79 geheim **Aufgabe: 25. Juli 1979, 17.55 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2653 **Ankunft: 25. Juli 1979, 23.38 Uhr**

Der Herr Bundeskanzler unterrichtete mich über sein Telefongespräch von etwa 15 Minuten mit Präsident Carter am 24. Juli (nach meinen Aufzeichnungen) wie folgt:

Der Präsident habe sich für die Unterstützung der Ratifikation von SALT II bedankt. Wie er weiter gesagt habe, sei er durch Mr. Miller vom Gespräch mit dem Bundeskanzler in San Francisco[2] schon unterrichtet worden.

Der Bundeskanzler habe dem Präsidenten bestätigt, daß er sich mit Miller gut verstehe und das Vertrauen zu ihm habe, eine gute fiskalische und monetäre Politik zu verfolgen. Für die Beruhigung der Märkte sei es wichtig, daß Miller bald durch den Senat bestätigt werde.[3] Der Präsident habe erwidert, daß ihm

1 Hat Staatssekretär van Well am 26. Juli 1979 vorgelegen.
Hat Staatssekretär Hermes am 31. Juli 1979 vorgelegen.

2 Vom 19. bis 24. Juli 1979 befand sich Bundeskanzler Schmidt zu einem Privataufenthalt in den USA, unter anderem in San Francisco.

3 Nach einer Sitzung des amerikanischen Kabinetts am 17. Juli 1979 boten sämtliche Kabinettsmitglieder sowie die führenden Mitarbeiter des amerikanischen Präsidialamts ihren Rücktritt an, um Präsident Carter die Möglichkeit eines umfassenden personellen Revirements zu verschaffen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2554 des Botschafters von Staden, Washington, vom selben Tag; Referat 204, Bd. 115937.
Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 20. Juli 1979, obwohl im Rahmen der beabsichtigten Kabinettsumbildung über die Ablösung des Finanzministers Blumenthal spekuliert worden sei, habe sein nun erfolgter Rücktritt doch Überraschung hervorgerufen: „Allerdings war bekannt, daß zwischen dem Finanzminister und einigen der innenpolitischen Berater des Präsidenten seit längerem Spannungen bestanden und daß sich bei allem gegenseitigen Respekt auch zwischen Präsident Carter selbst und Blumenthal kein persönliches Vertrauensverhältnis entwickelt hatte. [...] Weniger als sachliche Gegensätze haben wahrscheinlich Fragen des Stils und des Auftretens den Ausschlag für das Ausscheiden des Finanzministers gegeben". Staden berichtete weiter, daß der Vorsitzende der amerikanischen Notenbank, Miller, sein Nachfolger werden solle: „Eine grundsätzliche Änderung der Politik ist zumindest nicht unmittelbar zu erwarten. Miller gilt als pragmatisch und flexibel. In der Administration erhofft man sich von ihm eine bessere Zusammenarbeit mit dem Weißen Haus." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2616; Referat 204, Bd. 115937.
Referat 204 hielt am 30. Juli 1979 fest: „Als Beweggründe für die Kabinettsumbildung sind inzwischen deutlich erkennbar geworden: Stärkung des ‚Inneren Kreises' im Weißen Haus (‚Georgia-

Senator Long als Vorsitzender des zuständigen Finanzausschusses zugesagt habe, die Anhörungen über die Bestätigung noch für diese Woche anzusetzen.

Das Gespräch habe sich dann der Aufhebung der Ölpreiskontrollen zugewandt. Der Präsident habe erläutert, daß das Weltmarktniveau im September 1981 erreicht sein werde, wobei jeden Monat ein Schritt erfolge.[4]

Der Bundeskanzler habe anschließend auf sein Gespräch mit Brzezinski[5] und die Frage des Zeitpunkts Bezug genommen, in dem die Allianz ihre Entscheidung über TNF-Modernisierung treffen soll. Der Präsident habe seinen Standpunkt bestätigt, daß man versuchen sollte, das vorgesehene Datum der Herbst-Ministertagung der NATO[6] einzuhalten. Der Bundeskanzler habe erwidert, daß er unter der Voraussetzung mitgehen könne, daß ein umfassender Beschluß zustande komme, der sowohl die Ergebnisse der High Level Group als auch der Special Group einschlösse. Der Präsident habe darauf erwidert: „Right." Er habe dann erläutert, daß man in Washington zur Zeit im Begriff sei, die Optionen für SALT III zu untersuchen. Man hoffe, diese Verhandlung nach der Ratifikation von SALT II anlaufen lassen zu können.

In einer Unterhaltung mit George Vest im Anschluß an dieses Telefongespräch wies der Bundeskanzler darauf hin, daß ihn die Nichtbehandlung der Mittelstreckenproblematik im Rahmen der Erörterung von SALT III beim Wiener Gipfel[7] überrascht habe. Es sei erstaunlich, daß dieses Thema nicht erörtert worden sei, während Gromyko ihn andererseits einige Tage später gefragt habe, ob sich die Bundesrepublik Deutschland nicht an SALT III beteiligen wolle.[8] Hier bestehe ein Widerspruch.

Der eher ausweichenden Reaktion von Vest war zu entnehmen, daß die Mittelstreckenproblematik in der Tat nicht vertieft worden ist. Als einen möglichen Grund nannte Vest das unmittelbare Interesse anderer alliierter Länder (offenbar Frankreich und UK).

[gez.] Staden

VS-Bd. 539 (014)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1040

Gruppe'); Festigung der zentralen Machtposition des zum Stabschef des Weißen Hauses ernannten Carter-Vertrauten und Wahlkampf-Managers von 1976, Hamilton Jordan; feste Kontrolle des Weißen Hauses über alle inneren Ressorts. Die Kabinettsumbildung wurde damit vor allem zu einer Aktion im Vorfeld des Wahlkampfes mit dem Ziel, die Administration auf den Wahlkampf auszurichten. Dies wird dadurch bestätigt, daß bei der Entlassung von fünf Ministern nicht Gründe der Sachkompetenz den Ausschlag gaben. Die drei profiliertesten Kabinettsmitglieder, die aus dem Kabinett ausscheiden – Blumenthal, Califano, Schlesinger – gehörten zu den fähigsten und im Falle Califanos auch zu den in Washington einflußreichsten Ministern." Vgl. Referat 204, Bd. 115937. Miller trat sein Amt am 6. August 1979 an.

4 Zur Frage der Aufhebung der Ölpreiskontrollen in den USA vgl. Dok. 162, Anm. 5.

5 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, am 24. Juli 1979 vgl. Dok. 215.

6 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

7 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

8 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau; Dok. 188.

215

Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt

114-2512/79 geheim **Aufgabe: 25. Juli 1979, 19.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2663 **Ankunft: 26. Juli 1979, 01.39 Uhr**

Betr.: Aufzeichnung über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Sicherheitsberater Brzezinski am 24.7.1979[2]

Das Gespräch dauerte 30 Minuten. Außer dem Unterzeichneten nahmen Assistant Secretary Vest und Mr. Larrabee, Deutschlandreferent des NSC, teil.

Brzezinski hatte sich vorgenommen, drei Fragen anzuschneiden:

1) Brzezinski versicherte dem Herrn Bundeskanzler mit Nachdruck, daß sich durch die Kabinettsumbildung[3] in der Außen- und Sicherheitspolitik weder im Verfahren noch in der Substanz etwas ändern wird. Auch die Wirtschaftspolitik werde in der Sache unverändert bleiben. Brzezinski erwähnte, daß er eine Gruppe ausgewählter Auslandskorrespondenten am gleichen Nachmittag in diesem Sinne unterrichtet habe.

Der Bundeskanzler wies auf sein Gespräch mit Mr. Miller in San Francisco hin, dem er sein volles Vertrauen ausgesprochen habe.

2) Brzezinski dankte dem Bundeskanzler für dessen fortlaufende Unterstützung im SALT-Ratifikationsprozeß. Auf Frage des Bundeskanzlers bestätigten er und Vest, daß die Argumente richtig gewählt seien und als sehr hilfreich empfunden würden. Brzezinski knüpfte hieran die Bitte um unsere Unterstützung gegenüber der sowjetischen Regierung in der Frage des Überfliegens türkischen Territoriums durch U2.[4] Die sowjetische Seite, die dabei seines Erachtens einen Fehler mache, verhalte sich bisher negativ und ließe erkennen, daß man ihr die widerspruchslose Hinnahme von Aufklärungsflügen nicht zumuten könne. Tatsächlich aber handele es sich nicht um Aufklärungsflüge wie bei den früheren U2-Missionen über sowjetischem Territorium, sondern um Flüge ausschließlich über türkischem Territorium, die lediglich der Verifikation von SALT dienten. Sie seien aus folgenden Gründen wichtig: Die Sowjetunion teste ihre Raketen auf einer Überlandstrecke von Kasachstan nach Kamtschatka. Diese Strecke sei bisher von zwei iranischen Bergstationen her unter Kontrolle gehalten worden. Um diese beiden Stationen zu ersetzen, bedürfe es des Überflugs der anatolischen Lufträume durch U2, wobei jeweils ein Flugzeug ausreichen könne. Ohne diese Ergänzung des amerikanischen Verifikationssystems werde es für einige wichtige Senatoren wie z.B. Glenn schwierig sein, der Ratifikation von SALT zuzustimmen. Die Sowjetunion, so fügte Brzezinski auf eine Frage des Bundeskanzlers hinzu, befinde sich in einer günstigeren Lage. Abge-

[1] Hat Staatssekretär van Well am 26. Juli 1979 vorgelegen.
Hat Staatssekretär Hermes am 31. Juli 1979 vorgelegen.

[2] Vom 19. bis 24. Juli 1979 befand sich Bundeskanzler Schmidt zu einem Privataufenthalt in den USA, unter anderem in San Francisco.

[3] Zur Regierungsumbildung in den USA vgl. Dok. 214, Anm. 3.

[4] Zur Rolle der Türkei bei der Verifikation des SALT-II-Vertrags vgl. Dok. 155, Anm. 20.

sehen davon, daß man in einer offenen Gesellschaft vieles in Fachzeitschriften lesen könne, testeten die USA ihre Raketen nicht auf einer Überlandstrecke, sondern von Florida aus in den Ozean. Diese Tests könnten von sowjetischen Schiffen überwacht werden. Überlandteste in nördlicher Richtung seien den USA mangels kanadischer Zustimmung unmöglich.

3) Brzezinski kam dann auf die Frage der TNF-Modernisierung und unterstrich das starke amerikanische Interesse daran, den Dezembertermin für die Entscheidung der Allianz einzuhalten. Obwohl hier eine gewisse Flexibilität durchaus möglich sei, halte er es für sehr wichtig, ein festes Zieldatum zu haben.

Die Mission von Aaron[5] sei nicht schlecht verlaufen, dies gelte auch von der italienischen und belgischen Reaktion. Dennoch wäre es hilfreich, wenn der Bundeskanzler die gemeinsame Konzeption gegenüber wichtigen Politikern, die Bedenken hätten, wie Craxi und Simonet, unterstützen könnte.

Der Bundeskanzler nahm dies zur Kenntnis und erwähnte, daß er mit Andreotti[6], Simonet und der norwegischen Regierung[7] schon gesprochen habe. Er wiederholte, daß er keine Einwendungen gegen den Dezembertermin habe, vorausgesetzt, es könnte eine Entscheidung getroffen werden, die die notwendigen Elemente beinhalte. Einmal erinnere er daran, daß die Bundesrepublik Deutschland es ablehnen müsse, in dieser Frage in eine singuläre Position zu geraten, zum anderen werde es nicht möglich sein, ausreichende Unterstützung in Europa zu erhalten, wenn die Entscheidung über die Stationierung nicht mit einem ernstgemeinten Versuch verbunden würde, mit der Sowjetunion über die Begrenzung von Mittelstreckenwaffen zu verhandeln.

Brzezinski warf an dieser Stelle ein, daß es ein essentieller Punkt des Allianzbeschlusses sein müsse, mit der Stationierung unabhängig von den gleichzeitig vorgeschlagenen Rüstungskontrollverhandlungen voranzugehen (to proceed with).

Der Bundeskanzler erwiderte, daß er dem nicht widerspreche. Es müsse aber eine simultane Entscheidung sein, die sowohl die Ergebnisse der High Level Group als auch der Special Group einschlösse.

Auf den erneuten Hinweis von Brzezinski, daß es darauf ankomme, mit der Stationierung voranzugehen (go ahead with), während innerhalb der Allianz der Rüstungskontrollvorschlag ausgearbeitet werde (worked out) (so sinngemäß auch in der amerikanischen Niederschrift), bemerkte der Bundeskanzler lediglich, er sei in diesen Fragen ein gebranntes Kind und dürfe die schwierige innenpolitische Lage in Holland und Belgien nicht aus dem Auge lassen.

Auf die Bonner Gespräche mit Aaron übergehend, meldete der Bundeskanzler zwei Vorbehalte an. Erstens überzeugten ihn die von Aaron genannten Zahlen für die Aufteilung der zu stationierenden Waffen auf das Territorium der Gastländer nicht. Zum zweiten halte er den Ausschluß seegebundener Systeme für

[5] Vgl. dazu die Gespräche des stellvertretenden Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Aaron, am 16. Juli 1979 in Bonn; Dok. 210.

[6] Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Andreotti am 10. Juli 1979 in Rom vgl. Dok. 206.

[7] Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Nordli am 12. Juli 1979 in Oslo vgl. Dok. 209.

einen Fehler. Brzezinski erwiderte, daß der zweite Punkt ein essentieller sei. Während der Bundeskanzler meine, daß der Einschluß maritimer Systeme es erleichtern würde, die Gemeinsamkeit unter den betroffenen Staaten zu zementieren, befürchte man auf amerikanischer Seite das Gegenteil. Kriegsschiffe (vessels) könnten die norwegischen und dänischen Hoheitsgewässer bislang unwidersprochen befahren und Häfen dieser Länder anlaufen. Der Einschluß maritimer Systeme in die Planung von TNF mit größerer Reichweite könne dazu führen, dies in Frage zu stellen.

[gez.] Staden

VS-Bd. 539 (014)

216

Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

Geheim
Fernschreiben Nr. 468
Cito

Aufgabe: 26. Juli 1979, 15.39 Uhr[1]
Ankunft: 26. Juli 1979, 18.31 Uhr

Delegationsbericht Nr. 125/79

Betr.: MBFR am Schluß der 18. Runde
hier: Überlegungen zum weiteren westlichen Vorgehen

Bezug: DB 463 vom 25.7.79 – 372.20-32-311/79 geheim[2]

I. Mit den schroffen Ausführungen Tarassows zur Datenfrage in seiner abschließenden Plenarerklärung klang die 18. Runde hart aus.[3] Durch seine gleichzeitige Warnung an den Westen, der Osten lasse sich durch Hinweise auf die in einigen westlichen Schlüsselländern bevorstehenden Wahlen[4] nicht unter Druck

1 Hat Vortragendem Legationsrat Ehni am 30. Juli 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschaftsrat I. Klasse Holik „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Holik vorgelegen.

2 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegaton), berichtete, die 18. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 17. Mai bis 19. Juli 1979 sei „vor allem von Ereignissen geprägt, die außerhalb des offiziellen Verhandlungsrahmens stattfanden. Dies waren die sowjetisch-amerikanischen MBFR-Gespräche während des Wiener Gipfels und der zur Vorbereitung dieser Gespräche dienende MBFR-Austausch zwischen beiden Ländern in Washington im April und Anfang Mai 1979." Das „herausragende Merkmal" der Verhandlungsrunde sei die „östliche Inflexibilität bei den Daten". Vgl. VS-Bd. 11472 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

3 Botschaftsrat Ritter von Wagner, Wien (MBFR-Delegation), übermittelte am 24. Juli 1979 die Erklärung des Leiters der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow, zum Abschluß der 18. Runde der MBFR-Verhandlungen am 19. Juli 1979. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 34; Referat 221, Bd. 116940.

4 Am 5. Oktober 1980 fanden Wahlen zum Bundestag statt.
Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

setzen, wollte T. offenbar zum Ausdruck bringen, auch der Zeitfaktor spiele bei den östlichen Überlegungen keine ausschlaggebende Rolle. Diese Linie verfolgte er ebenfalls in einem Bilateral mit der US-Delegation am 16.7.79. Dabei äußerte er noch deutlicher als uns gegenüber am 11.7.79 (DB 442 vom 12.7.79[5]) Skepsis gegenüber einem vereinfachten Phase-I-Abkommen, weil eine Dateneinigung nicht erreichbar und der Westen zu einer echten Verknüpfung mit der Phase II nicht bereit sei. Selbst den von ihm uns gegenüber geäußerten Gedanken des „bargaining von Diskrepanzen" bezeichnete er nunmehr als lediglich „theoretische Überlegung". Statt dessen brachte er wieder das von ihm schon in der 17. Runde[6] ventilierte „Hut-Modell" ins Gespräch, nach dem jeder Teilnehmer selbst darüber entscheiden soll, welchen Reduzierungsumfang er in die Verhandlungen einbringen will.

Dieses Verhalten T.'s läßt sich verschieden deuten: Es kann rein taktisch motiviert sein, es kann – vielleicht sogar auf Moskauer Weisung – der Absicht entspringen[7], sich zunächst alle Möglichkeiten offenzuhalten, es kann schließlich auch ein östliches Abrücken von der bis vor kurzem favorisierten Idee eines vereinfachten Phase-I-Abkommens ankündigen.

II. 1) Bei der Schlußbesprechung der AHG am 19.7.79 bestand im wesentlichen Einvernehmen, daß der Westen A.M.[8] unbedingt in der nächsten Runde[9] einführen und den Druck auf den Osten in der Datendiskussion auf der Ende dieser Runde gelegten Basis aufrechterhalten müsse (Vorlage von Listen über die nichtdivisionalen Elemente in den polnischen und sowjetischen Großverbänden). Dean hielt sich bei diesem Thema, anders als in früheren bilateralen Gesprächen, zurück; offensichtlich gibt es innerhalb der Administration Widerstände gegen eine weitere Datenvorlage ohne einen östlichen Datenbeitrag, die zunächst ausgeräumt werden müssen. Bei dieser Gelegenheit kündigte TR die bevorstehende Einführung eines türkischen Papiers über assoziierte Maßnahmen im Bereich der Flanken in die NATO an.[10]

2) Der Schwerpunkt der Diskussion lag bei der Frage, ob der Westen auf den Vorschlag vom 28.6.79[11] breit oder limitiert reagieren solle. B, GB und CDN

5 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), resümierte am 12. Juli 1979 ein Gespräch zwischen den MBFR-Delegationen der Bundesrepublik und der UdSSR am Vortag: „Die Sowjets drängten einerseits auf eine flexiblere Haltung der Bundesrepublik in der Frage der Reduzierungen und Begrenzungen, deuteten andererseits aber selbst nur wenig Flexibilität in der Datenfrage an. Sie stellten in diesem Zusammenhang ein neues Konzept für die beiderseitigen Reduzierungen zur Diskussion, das auf eine Reduzierung in Einheiten abzielt und offenbar schon weit entwickelt ist. [...] Jeder Teilnehmer sollte die von ihm vorgesehene Reduzierungsmenge, die etwa proportional dem Anteil im Bündnis entspreche, in Form von geschlossenen Verbänden benennen. Dazu sei es erforderlich, die vorzuschlagenden Verbände in ihrer jeweiligen Stärke zu definieren und den Dislozierungsraum zu benennen, um der anderen Seite eine Vorstellung von der Reduzierungsmenge zu vermitteln". Vgl. VS-Bd. 11493 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

6 Die 17. Runde der MBFR-Verhandlungen begann am 31. Januar 1979 und endete am 12. April 1979.

7 Korrigiert aus: „anspringen".

8 Associated Measures.

9 Die 19. Runde der MBFR-Verhandlungen begann am 27. September 1979.

10 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Ehni handschriftlich: „Erfolgt."
Zur Haltung der Türkei in der Frage begleitender Maßnahmen bei den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 74, Anm. 13.

11 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 28. Juni 1979 vgl. Dok. 200.

gaben wegen der geringen Verhandlungsmasse des Westens und zur Beschleunigung der entsprechenden NATO-Direktive einer auf die Thematik des östlichen Vorschlags vom 28.6.79 begrenzten Antwort den Vorzug. NL und I sprachen sich für einen breiter gefächerten Vorschlag aus, da – wie sich erwiesen habe – ein zu enger Vorschlag das Verhandlungsmomentum unterbreche. Prinzipiell vertraten auch die USA diese Auffassung, allerdings mit der Einschränkung, u. U. müsse man sich mit weniger begnügen. Ich setzte mich für den Vorschlag eines Interimsabkommens ein, auf das sich der Osten in letzter Zeit zubewegt habe, und verwies in diesem Zusammenhang auf den durch die Wahlen in zwei westlichen Schlüsselländern gesetzten Zeitfaktor.

III. 1) Eine eingehende Aussprache über Lage, Perspektiven und mögliche Richtung neuer westlicher Vorschläge fand anschließend trilateral statt. (Für den folgenden Teil bitte ich um Quellenschutz gegenüber anderen Verbündeten.)

Die Teilnehmer waren der Ansicht, ein völliges sowjetisches Abrücken von einem Interimsabkommen sei aus einer Reihe von Gründen nicht wahrscheinlich. Dieses Abkommen solle nach den Vorstellungen der SU – außer sowjetischen und amerikanischen Personal- und Waffenreduzierungen nach dem anläßlich des Wiener Gipfels[12] sondierten Modell – bei den vom Westen einzugehenden Verpflichtungen möglichst starke Elemente der Verknüpfung zur Phase II enthalten. Der Osten werde daher die folgenden, von Tarassow in dem erwähnten Bilateral genannten Elemente durchzusetzen versuchen:

a) freeze aller Teilnehmer;

b) Verpflichtung, sich an den zur Erreichung der kollektiven Höchststärken notwendigen Phase-I-Reduzierungen annähernd proportional zu beteiligen;

c) westliche Zustimmung in genereller Form zur Funktionsweise der kollektiven Höchststärken.

2) Hinsichtlich des konkreten Inhalts eines östlichen Schritts bei den Daten hielten die Teilnehmer eine Prognose für zu unsicher. Dean erläuterte, der Osten habe drei Möglichkeiten:

a) Präsentation der vom Westen geforderten Divisionszahlen zumindest für die SU in absehbarer Zukunft, etwa in der Perspektive eines Interimsabkommens.

b) Eine Gesamtlösung nach dem uns von den Sowjets am 11.7.79 genannten Modell, wobei eine Reduzierung von Einheiten ausgehandelt werden soll, die auch die Diskrepanzen berücksichtigen kann.

c) Eine Gesamtlösung, bei der der Umfang der östlichen Reduzierungen eingeschränkt wird, etwa durch Neudefinition des Begriffs Soldat oder durch den Versuch einer Beschränkung auf Kampftruppen. (Zu einer gewissen Sorge gibt in diesem Zusammenhang eine Äußerung Strulaks Bolland gegenüber vom 23.7.79 Anlaß, daß Fortschritte in der Datendiskussion, „wie der Bundeskanzler angeregt habe“[13], durch Definition des Begriffs Soldat möglich seien.)

12 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

13 Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt am 9. März 1979 im Bundestag vgl. Dok. 80.

3) Hinsichtlich der Richtung neuer Vorschläge vertraten die drei Teilnehmer unterschiedliche Auffassungen.

a) Bolland plädierte wie in der AHG für einen auf die Thematik des Vorschlags vom 28.6.79 begrenzten neuen westlichen Vorschlag entsprechend folgender Linie:

Akzeptierung von „substantial" und „commensurate"[14] im Abkommenstext, Ablehnung der Proportionalität, außerhalb des Abkommens Verstärkung der Mitteilung der Aufteilungsentscheidung, etwa durch Bekanntgabe in einem NATO-Kommuniqué, das zugleich eine Aussage über die Nichtveränderbarkeit der Entscheidung enthalte.

b) Dean lehnte ein Interimsabkommen nicht ab, verlangte aber Flexibilität, um auf einen wie immer gearteten sowjetischen Datenschritt reagieren zu können. Deshalb solle ein Vorschlag für eine entsprechende Direktive nicht in die NATO eingeführt werden, da dies zu einer unerwünschten Bindung der westlichen Verhandlungsposition führen würde. Für eine westliche Reaktion schlug Dean die Behandlung von sechs offenen Punkten vor, die jedoch unterschiedlich gewichtig sind und deshalb zum Teil außerhalb der bisherigen Diskussionen liegen:

aa) Umfang der Reduzierungsverpflichtung: Zustimmung zu „substantial" und „commensurate" (wie Bolland);

bb) Erklärung, daß der Westen bilateralen sowjetisch-amerikanischen Phase-I-Verhandlungen zustimme (hier gibt es ein Dean'sches Eigeninteresse, das über das wohlverstandene alliierte Interesse an einer SU/US-Einigung über vorgezogene Reduzierungen hinausgeht und das den SU/US-Kanal „legalisieren" möchte);

cc) Wiederholung der westlichen Position zur Frage der Bekanntgabe der Entscheidung über die Aufteilung der Personalreduzierungen für Phase II (abweichend von Bolland);

dd) Bedingung, daß der Osten seine Forderung nach Phase-I-Verpflichtungen über Waffenreduzierungen, die Reduzierung in Einheiten und nach einem Rücktrittsrecht für die SU aufgibt;

ee) Disclaimer, der ausschließen soll, daß der Inhalt von Reduzierungsverpflichtungen künftigen Versuchen zur Etablierung nationaler Höchststärken als Grundlage dient (laut Dean wichtig im Hinblick auf Verifikation und Nachfolgeorganisation – vgl. DB Nr. 435 vom 10.7.79 Ziffer 3[15]);

ff) Als taktischer Schritt Einführung eines die Funktionsweise der kollektiven Höchststärken regelnden Vorschlags entsprechend dem beim Trilateral-Tref-

14 Korrigiert aus: „ ‚substantial commensurate'".

15 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete über ein Gespräch mit dem Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation. Dean habe ausgeführt, „nach seiner Ansicht vertrete der Westen seine Position nicht wirksam genug, wenn er den Gedanken der Proportionalität nur ablehne, statt ihn, mit einem vertraglichen Disclaimer versehen, offensiv zu nutzen. Dieser Mangel an Flexibilität belaste unsere Verhandlungsglaubwürdigkeit. Nach einem Abkommen könne eine follow-on-Organisation in Wien, die die Einhaltung eines so gearteten Abkommens zu überwachen habe, unzulässige Mitspracheversuche des Ostens leichter zurückweisen als ein einzelnes Land ohne diese vertragliche Handhabe." Vgl. VS-Bd. 11493 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

fen im September 1977 in London[16] verteilten amerikanischen Papier „An alternative approach to the ceilings' issue" (Ziffer 3c, sog. ratchet clause). Die 50-Prozent-Idee des Bundeskanzlers kann für Dean lediglich den Schlußstein für ein Abkommen bilden.

c) Ich sprach mich für den Vorschlag eines Interimsabkommens aus, der jedoch von der NATO gebilligt werden müsse.

IV. 1) Nach meiner Auffassung ist ein Vorschlag für ein Interimsabkommen als nächster westlicher Schritt angezeigt. Der Zeitpunkt scheint gekommen, um den Osten vor eine Entscheidung zu MBFR zu stellen. Interessant ist, daß Strulak Bolland hierzu am 23.7.79 folgendes gesagt hat: Nach seiner Auffassung bestünden jetzt günstige Bedingungen für einen Durchbruch. Die Sowjets wünschten ein Abkommen. Warte man bis zum nächsten Jahr, könne das derzeitige Interesse an MBFR auf beiden Seiten wieder nachlassen, etwa wegen SALT III, der KSZE-Konferenz in Madrid[17] und den in den USA und der Bundesrepublik anstehenden Wahlen.

2) Es ist daher zweckmäßig, zur Abstimmung eines derartigen Vorschlags ein Trilateral für September vorzubereiten. Die britische und die US-Delegation befürworten ein Trilateral vor oder nach der Abschlußsitzung der Special Group im September[18], um zusätzliche Reisen zu vermeiden. [19] Wie Dean mir sagte, würden sich die USA an den Vorarbeiten beteiligen. Er schlug folgende Arbeitsteilung vor: Die USA bereiten die Frage des Umfangs und der Modalitäten der bilateralen sowjetisch-amerikanischen Reduzierungen von Personal und Waffen vor, wir die Frage der Verknüpfung zu Phase II. Bei den von uns anzustellenden Überlegungen würden in diesem Falle die Probleme Proportionalität bzw. Angemessenheit der Personalreduzierungen, Freeze und Funktionsweise der Höchststärken im Vordergrund stehen. Ich habe Dean bereits darauf hingewiesen, daß angesichts der gegebenen Umstände für uns weder Propor-

16 Am 22./23. September 1977 fanden in London Gespräche zwischen der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA über eine Initiative der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2012 des Botschafters Ruth, z. Z. London, vom 23. September 1977; VS-Bd. 10652 (201); B 150, Aktenkopien 1977.

17 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

18 Die Schlußsitzung der Special Group der NATO fand am 27. September 1979 in Brüssel statt.

19 Am 24. September 1979 fand in London ein Gespräch zwischen Vertretern der Bundesrepublik, Großbritanniens und der USA über MBFR statt. Botschafter Ruth, z. Z. London, berichtete am selben Tag, die USA hätten einen Vorschlag für ein Interimsabkommen vorgelegt, „der besonders zu folgenden Punkten wichtig ist: A) Personalumfang für amerikanische und sowjetische Reduzierungen (13 000 zu 30 000). B) Materialreduzierungen (1000 Sprengköpfe zu 1200 Panzern). C) Verbindung zwischen Phase I und II (Weiterentwicklung der Formel ‚Beteiligung aller direkten Teilnehmer an kollektiven Reduzierungen mit einer ‚significant share'). D) Operation des common collective ceiling (Unterteilung der Gesamthöchststärke). E) Behandlung einer sowjetischen Forderung auf Nichterhöhung nach einer Phase I". Die Bundesrepublik habe es übernommen, „im Licht der heutigen Diskussion unser Papier zu überarbeiten und einen neuen Entwurf baldmöglichst zu zirkulieren. Dabei wird die Einarbeitung der Punkte A und B unproblematisch sein. Die amerikanischen Vorschläge zu den übrigen Punkten gehen z. T. weit über die Position hinaus, die in unser Papier eingearbeitet ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2094; VS-Bd. 10656 (201); B 150, Aktenkopien 1979. Zur Sitzung der Special Group der NATO am 27. September 1979 vgl. Dok. 282.

tionalität noch Freeze annehmbar seien und daß auch eine Einführung der 50-Prozent-Idee des Bundeskanzlers vorerst nicht in Betracht komme.

[gez.] Jung

VS-Bd. 11472 (221)

217

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager

422-411.10 FRA-430/79 VS-vertraulich **30. Juli 1979**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Deutsch-französisch-britische Rüstungskooperation
hier: Entwicklung eines gemeinsamen Panzerabwehrhubschraubers (mit F) und Weiterentwicklung der Panzerabwehrrakete „Milan" (mit F und GB)

Bezug: Schreiben von Staatssekretär Dr. Schnell an Sie vom 16.7.1979

Anlg.: a) Vorlage der Abteilung 4 vom 19.6.1979 – 368/79 VS-v[3]
b) Vorlage der Abteilung 4 vom 2.7.1979 – 368II/79 VS-v[4]
c) Schreiben von StS Dr. Schnell an Sie vom 16.7.1979 VS-v[5]

1) Mit Vorlage vom 19.6.1979 (Anlage a) hatte Abteilung 4 vorgeschlagen, an das BMVg heranzutreten mit dem Ziel, die britische und französische Haltung in der Frage des künftigen Exports eines gemeinsamen Panzerabwehrhubschraubers („PAH" II) und der weiterentwickelten „Milan"-Panzerabwehrrakete zu sondieren, wobei die zu treffenden Exportvereinbarungen unseren Sicherheitsinteressen stärker entsprechen sollten als die bisherige generelle Regelung der deutsch-französischen Vereinbarung von 1972[6], die jedem Partner für seine Exporte praktisch freie Hand läßt.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pabsch und Vortragendem Legationsrat Bosch konzipiert.
Hat Pabsch am 1. August 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Mit Büro StS (Bächmann) vereinbart, daß er einen Gesprächstermin mit StS Schnell zustande bringt. 2) H[errn] Bosch."

2 Hat Staatssekretär Hermes am 31. Juli 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Einverstanden."

3 Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Matthias vgl. VS-Bd. 9521 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager vgl. VS-Bd. 9521 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben des Staatssekretärs Schnell, Bundesministerium der Verteidigung, vom 16. Juli 1979 an Staatssekretär van Well vgl. VS-Bd. 9521 (422).

6 Am 7. Februar 1972 schlossen die Bundesrepublik und Frankreich eine Regierungsvereinbarung über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial in dritte Länder. Vgl. dazu VS-Bd. 9521 (422); B 150, Aktenkopien 1972.

Abteilung 4 hatte dafür ein Modell vorgeschlagen, das weniger restriktiv ist als unser Vorschlag für den Export des gemeinsamen Kampfpanzers und damit den französischen und britischen Exportabsichten mehr entgegenkäme, nämlich

- keine Exporte in kommunistische Länder;
- Ausfuhren in Länder, die enge militärpolitische Beziehungen zu Ländern des Warschauer Pakts oder zu Kuba unterhalten (aufgrund einer noch zu vereinbarenden Länderliste mit Abänderungsklausel), nur mit Zustimmung der anderen Partner;
- Exporte in alle anderen Länder nur nach rechtzeitiger vorheriger Notifikation und gemäß der in der Regierungsvereinbarung von 1972 vorgesehenen Einspruchsregelung.

Auf der Vorlage hatten Sie verfügt:

„Auch für diese Projekte sollte unser Vorschlag zum Export des gemeinsamen Panzers Modell sein."

Für den Kampfpanzer hatten wir den Franzosen vorgeschlagen:

- Exporte in NATO-Staaten sind frei;
- keine Exporte in kommunistische Staaten;
- Exporte in dritte Staaten nur mit Zustimmung beider Kooperationspartner.

Abteilung 4 hat daraufhin den Entwurf eines Schreibens an StS Dr. Schnell in dem von Ihnen gewünschten Sinn geändert; das Schreiben ist am 5. Juli von StS van Well unterzeichnet und abgesandt worden (Vorlage der Abteilung 4 vom 2.7.1979 mit Brief – Anlage b).

2) In seinem Antwortschreiben (Anlage c) geht StS Schnell davon aus, daß der französische Partner bei den Verhandlungen über den gemeinsamen „PAH" zu erkennen gegeben habe, daß er eine erneute Ausnahme von der generellen deutsch-französischen Vereinbarung von 1972 nicht akzeptieren könne; F wolle über spätere Exporte souverän entscheiden können.

StS Schnell zufolge bleibt unter diesen Umständen nur die Möglichkeit, bei den beiden neuen Projekten („PAH" II, „Milan") „den bisher eingeschlagenen Weg der Annäherung der voneinander abweichenden Standpunkte behutsam weiterzuverfolgen" – und damit den französischen Wünschen nachzugeben – oder das Abkommen von 1972 zu kündigen bzw. die Kooperation beim „PAH" zu beendigen (auf „Milan" geht er nicht ein). Kündigung wie Aufgabe der Kooperation beim „PAH" hält er aus einleuchtenden Gründen für problematisch und schlägt deshalb vor,

- bei der Gemeinschaftsproduktion von klassischen Angriffswaffen (Panzer!) auf der geplanten Sonderregelung zu der Vereinbarung von 1972 zu bestehen,
- bei der gemeinsamen Entwicklung und Fertigung von Defensivwaffen (hier: „PAH" und „Milan") das Abkommen von 1972 als Basis beizubehalten.

3) Wir sollten uns aus den folgenden Gründen mit der Haltung des BMVg nicht abfinden:

- Für die Verteidigungsstrategie der NATO spielt die Erhaltung eines gewissen technischen und qualitativen Vorsprungs vor den numerisch überlege-

nen Streitkräften des Warschauer Paktes nach wie vor eine wesentliche Rolle. Dieser Vorsprung würde durch umfangreiche Lieferungen von modernsten Rüstungsgütern aus gemeinsamer Produktion in Länder, in denen zahlreiche sowjetische Militärberater wie z.B. im Nahen Osten tätig sind, gefährdet, da davon auszugehen ist, daß einzelne Geräte sowie das Know-how in die Sowjetunion gelangen würden. Dieses Sicherheitsrisiko kann durch momentane Verkaufserfolge nicht gerechtfertigt werden.

- Beim „PAH" ist weiter zu berücksichtigen, daß die vorgesehene gemeinsame Neuentwicklung weitgehend auf einem bisher rein deutschen Modell (MBB – Bo 105) aufbaut. Die Gefahr, daß uns auch französische Exporte zugerechnet würden, ist hier besonders groß.
- Das BMVg geht offenbar von vornherein davon aus, daß F eine Sonderregelung für „PAH" und „Milan" nicht akzeptieren könne. Nachdem wir auch bei der Exportregelung für den Panzer zunächst auf erhebliche Bedenken gegen unseren Vorschlag auf der Arbeitsebene des BMVg gestoßen waren, sollten wir uns mit einem Votum der Techniker nicht abfinden, sondern versuchen, die Frage außerhalb des Bereichs der Rüstungsabteilungen der beiden Verteidigungsministerien erörtern zu lassen.[7]

4) Abteilung 4 schlägt daher vor, mit StS Schnell ein Gespräch über dieses Thema zu führen. Wir müssen allerdings davon ausgehen, daß es kaum möglich sein wird, die Bedenken des BMVg gegen eine Demarche bei den Franzosen zu überwinden, wenn wir unverändert auf einer so restriktiven Exportregelung bestehen, wie sie für den gemeinsamen Kampfpanzer vorgesehen ist. Hierauf hatte insbesondere Abteilung 4[8] bereits in der Vorlage vom 2.7.1979 hingewiesen. Wir sollten daher im Kompromißwege anbieten, daß den Partnern eine dem ursprünglichen Vorschlag der Abteilung 4 entsprechende Exportklausel vorgeschlagen wird, die französischen und britischen Exportwünschen stärker entgegenkommen würde (vgl. S. 1 unten, S. 2 oben dieser Vorlage). Damit könnten wir vor allem die Befürchtung des BMVg ausräumen, daß die französische Seite den Eindruck gewinnen müsse, wir strebten nun doch – entgegen unserem früheren Hinweis auf den Ausnahmecharakter des Kampfpanzermodells – eine generelle Regelung in diesem Sinne an.

Sollten Sie mit diesem Vorschlag nicht einverstanden sein, so wäre es zweckmäßig, das Problem zunächst innerhalb des Hauses unter Beteiligung von Abteilung 2 zu erörtern.

Lautenschlager

VS-Bd. 9521 (422)

7 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Hermes hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

8 Korrigiert aus: „2".

218

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Carter in Washington

Geheim **9. August 1979**[1]

Gespräch zwischen Präsident Carter und Bundesaußenminister Genscher am 9.8.1979, 11.30 bis 12.05 Uhr[2]

(Anwesend: Außenminister Vance, Dr. Brzezinski, Mr. Vest, Mr. Larrabee, Botschafter von Staden, VLR I Dr. Weber.)

Nach gegenseitigen Worten der Begrüßung wandte sich der *Präsident* den deutsch-amerikanischen Beziehungen zu. Er sei sehr befriedigt über die gute Zusammenarbeit der beiden Regierungen, u. a. auch in Einzelfragen wie Türkei und Namibia. Man habe eine gute Partnerschaft. Die Beziehungen seien sehr viel besser, als die Presse mitunter behaupte.

Der *Bundesaußenminister* entgegnete, daß er diese Meinung voll teile. Auch von uns aus gesehen seien die Beziehungen sehr gut, und zwar, wie man unterstreichen müsse, sowohl politisch wie auch persönlich. Dies solle man auch öffentlich sagen. Er wolle Dr. Brzezinski seine Befriedigung über dessen Interview mit dem „Stern"[3] ausdrücken. In bezug auf Außenminister Vance könne er sagen, daß es ihm wirklich schwerfiele, Punkte unterschiedlicher Auffassung zu entdecken (Außenminister Vance stimmte dem zu).

Präsident bemerkte auf Sicherheitsfragen übergehend, daß er besonders befriedigt darüber sei, daß man die NATO stärke, die wichtigste Sachfrage sei jetzt die der TNF-Modernisierung. Er hoffe, daß man sich gemeinsam auf eine Verpflichtung zur Stationierung einigen werde. Die USA seien bereit, ihre Führung in dieser Frage im Einvernehmen mit uns aufrechtzuerhalten. Man wolle die erforderlichen Entscheidungen im Dezember treffen.[4] Der Bundeskanzler schiene nicht ganz sicher zu sein, ob dieser Termin eingehalten werden könne. Man sei aber amerikanischerseits an einer Entscheidung im Dezember sehr interessiert.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter von Staden, Washington, am 9. August 1979 gefertigt, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Blech, Botschafter Ruth und Vortragenden Legationsrat von Nordenskjöld „für Herrn Bundesminister" verfügte.
Hat Blech und Ruth am 11. August 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 13. August 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister."
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Am 17. August 1979 vermerkte Braunmühl handschriftlich: „BM sagte auf Rückflug v[on] Zagreb am 16.8. auf Frage: Wir sollten die Aufz[eichnungen] + D[raht]b[erichte] nicht als genehmigt behandeln. Inh[altlich] sei er jedoch einv[erstanden]. Ref[erat] 204 hat inzw[ischen] Ablichtungen verteilt, auch an BK-Amt, unt[er] Vorb[ehalt] der Genehmigung."

[2] Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. August 1979 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 219, Dok. 221, und Dok. 223–227.

[3] Vgl. den Artikel „‚Die Europäer könnten auch einmal was tun!'"; STERN vom 9. August 1979, S. 126 f.

[4] Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

Bundesminister erwiderte, er habe mit dem Bundeskanzler über diese Frage gesprochen. Es sei lebenswichtig für die Allianz, die beiden anstehenden Entscheidungen, nämlich über Stationierung und über Rüstungskontrollverhandlungen, zusammen zu treffen. Er erinnere an seine Ausführungen im letzten NATO-Ministerrat.[5] Die Allianz dürfe ihre Entscheidungen nicht verzögern. Sie werde sonst gegenüber dem Osten unglaubwürdig, was zu großem Schaden führen müßte. Wir akzeptierten die Führung der USA, stünden aber, was die Alliierten angehe, zugleich auf dem Standpunkt, daß derjenige, der verteidigt werden will, auch seinerseits bereit sein müsse, sich selbst zu verteidigen. Es sei von außerordentlicher Wichtigkeit, daß man nicht nur im Prinzip entscheide, sondern auch implementiere. Beide genannten Entscheidungen müßten zusammen getroffen werden. Dann müsse man sowohl mit Verhandlungen als auch mit der Implementierung beginnen. Die beiden eingesetzten Arbeitsgruppen leisteten gute Arbeit.

Präsident wies darauf hin, daß ihm zwei Fragen Sorge bereiteten. Erstens würde es ein Fehler sein, wenn man mit der Implementierung erst voranginge, nachdem Rüstungskontrollvereinbarungen ausgearbeitet worden seien.

Zweitens wäre es falsch, wenn man vom Drängen auf die Stationierung landgebundener Mittelstreckenwaffen zur Befürwortung seegebundener Waffen überginge. Es bestünde in einem solchen Fall die Gefahr, daß die Substanz verlorenginge. Die Skandinavier hätten bekanntlich in bezug auf Nuklearrüstung ihre besondere Position. Wenn man vorschlüge, daß sie Schiffe akzeptierten, die erkennbar mit Nuklearwaffen ausgerüstet sind, würde man mit ihnen in Schwierigkeiten kommen. Andere Länder wiederum würden in einem solchen Fall versucht sein, dem Problem der landgebundenen Waffen auszuweichen.

Bundesminister entgegnete mit einem nochmaligen Hinweis auf das „Stern"-Interview von Brzezinski, es sei gut, daß der Sicherheitsberater daran erinnert habe, daß die Bundesrepublik in dieser Frage nicht in eine singuläre Lage gebracht werden dürfe. In bezug auf die Durchführung nehme die Bundesregierung eine sehr klare Position ein. Wir seien der Meinung, daß man mit der Implementierung und mit den Rüstungskontrollverhandlungen[6] beginnen müsse, wenn man bei Rüstungskontrollverhandlungen Ergebnisse haben wolle. Dies habe der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 4.7.1979[7] deutlich zum Ausdruck gebracht. Die Ernsthaftigkeit des gemeinsamen Willens zu modernisieren müsse durch die Implementierung zum Ausdruck gebracht werden, und nur dann habe man eine Aussicht, bei Rüstungskontrollverhandlungen etwas zu erreichen. BM erinnerte noch einmal daran, daß er dies im NATO-Ministerrat klar zum Ausdruck gebracht habe.

Was die seegebundenen Waffen anginge, seien wir immer der Meinung gewesen, daß man auch diese in die Betrachtung einbeziehen sollte, wenn dies dazu beitrüge, eine gemeinsame Allianz-Position zu erarbeiten. Man müsse daran

5 Zur NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 156.

6 Die Wörter „und mit den Rüstungskontrollverhandlungen" wurden von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

7 Bundeskanzler Schmidt gab am 4. Juli 1979 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 111, S. 13317–13328.

erinnern, daß dies eine Frage der ganzen Allianz sei und nicht etwa eine deutsch-amerikanische. Deshalb müsse man auch die Frage der seegebundenen Waffen unter dem Gesichtspunkt beurteilen, ob sie eine gemeinsame Position erleichtern oder erschwerten. Hierbei sei die besondere Position der skandinavischen Länder in Betracht zu ziehen.

Präsident erwiderte darauf, wenn die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland, die die Führung haben müßten, zu einem früheren Zeitpunkt seegebundene Waffen vorschlügen, dann werde jedermann seine Vorliebe dafür erklären, und die landgebundenen Waffen, die den Kern der Abschreckung bilden müßten, würden nicht stationiert.

Bundesminister wiederholte, daß wir in dieser Frage nicht insistieren würden, wenn es den Konsensus in der Allianz erschweren würde. Auf die Frage von *Präsident*, ob auch er die landgebundenen Waffen für das Kernstück halte, zeigte *Bundesminister* Zustimmung.

Auf die Ratifikation von SALT II übergehend berichtete *Präsident*, daß die Aussichten dafür günstiger seien als noch vor wenigen Wochen.[8] Man befinde sich jetzt auf dem richtigen Wege, wenn die Frage in den Vordergrund gerückt sei, welche Verpflichtungen zur Verbesserung der eigenen Verteidigung die amerikanische Regierung im Zusammenhang mit der Ratifikation von SALT II eingehen solle. Die als Folge der hearings eingetretene Verbesserung der Ratifikationsaussichten sei auch auf die anhaltende klare deutsche und alliierte Unterstützung für den Vertrag zurückzuführen. Dafür wolle er außerordentlich danken. Es sei bekanntlich sehr schwer, die erforderlichen 67 Stimmen für einen solchen Vertrag zusammenzubringen. Er habe aber jetzt ein besseres Gefühl als zu Beginn und glaube, daß es erreicht werden könne. Die Ratifikation von SALT II könne Aussichten für weitere Rüstungskontrollverhandlungen eröffnen, die über das Erwartete hinausgingen.

Bundesminister erinnerte daran, daß ihm AM Vance schon früher gesagt habe, er glaube, daß der Vertrag akzeptiert werde, wenn er erst einmal Gelegenheit habe, ihn öffentlich zu erläutern, denn er sei ein guter Vertrag. BM fuhr fort, daß ihn die vom Präsidenten geschilderte Entwicklung befriedige und daß er dies auch öffentlich zum Ausdruck bringen wolle. *Präsident* akzeptierte dies mit Dank.

Auf den Gipfel von Tokio[9] übergehend, sprach Präsident seine Befriedigung über das Ergebnis aus. Dieses habe es ihm ermöglicht, nach seiner Rückkehr

[8] Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Botschafter Ruth teilte der Botschaft in Washington am 2. August 1979 mit: „Henry Kissinger hat in seiner vielbeachteten Anhörung vor dem Auswärtigen Ausschuß des Senats am 1.8.1979 die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens durch den amerikanischen Kongreß bedingt befürwortet. Er hat damit in einer eindrucksvollen Würdigung des Abkommens – vor dem Hintergrund einer für die Vereinigten Staaten äußerst kritischen Beurteilung des globalen Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West – mit seinem Votum ‚ja, aber' eine Haltung zwischen den uneingeschränkten SALT-Befürwortern und den SALT-Kritikern eingenommen, die darauf abzielt, dem Abkommen letztlich zur Ratifizierung zu verhelfen. Durch die bedingt positive Stellungnahme Kissingers sind die Chancen, daß SALT II durch den Senat ratifiziert werden wird, erheblich verbessert worden. Mehrere einflußreiche, in der Sache noch unentschiedene Senatoren haben erklärt, daß sie ihre Haltung von der Stellungnahme Kissingers abhängig machen werden." Vgl. den Drahterlaß Nr. 3850; Referat 220, Bd. 116909.

[9] Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

weitreichende Vorschläge zur Weiterentwicklung der Energiepolitik zu machen. Im Anschluß daran gab Präsident eine kurze Erläuterung dieser Vorschläge.

Zu den Veränderungen in seinem Kabinett[10] führte Präsident aus, daß sie ihn sehr befriedigten. Man müsse diesen Vorgang im Licht des amerikanischen Regierungssystems sehen, nach dem die Kabinettsmitglieder dem Präsidenten dienten (serve at my pleasure). Die neuen Kabinettsmitglieder seien hochqualifiziert. Die neuen, im Wirtschaftsbereich maßgeblichen Persönlichkeiten würden auch vom Bundeskanzler positiv gesehen. Mr. Miller sei in der Sache nicht ein besserer Finanzminister als Blumenthal, der sehr gut gearbeitet habe, aber er sei besser im Teamwork. Die Presse habe auf die Veränderungen im Kabinett beinahe hysterisch reagiert, aber diese Veränderungen seien sorgfältig geplant und durchdacht worden.

Bundesminister entgegnete, daß die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik positiv darauf reagiert habe, daß es in den Bereichen der Außenpolitik und der Verteidigung und Sicherheitspolitik keine Veränderungen gegeben habe. Die Ernennung von Mr. Miller und Mr. Volcker[11] seien sehr willkommen gewesen, nicht allein beim Bundeskanzler, sondern auch bei Bundesbank und Bundeswirtschaftsminister[12] und BMF[13].

VS-Bd. 14078 (010)

10 Zur Regierungsumbildung in den USA vgl. Dok. 214, Anm. 3.

11 Präsident Carter nominierte am 25. Juli 1979 den Vorsitzenden der Notenbank von New York, Volcker, als Vorsitzenden der amerikanischen Notenbank. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 1300.

12 Otto Graf Lambsdorff.

13 Die Wörter „und BMF" wurden von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Bundesminister der Finanzen war Hans Matthöfer.

219

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance in Washington

105-37.A/79 **9. August 1979**[1]

Vier-Augen-Gespräch des Herrn Bundesministers mit Außenminister Vance am 9. August 1979[2]
hier: Gesprächsvermerk

Im Anschluß an das Gespräch im größeren Kreis zogen sich BM und AM Vance gegen 15.20 Uhr zu einem etwa zehnminütigen Gespräch unter vier Augen zurück.

AM *Vance* schnitt zunächst noch einmal die Dislozierungsfrage an und fragte nach deutscher Beurteilung. *BM* erkundigte sich, welche Eindrücke man bei der Reise Aarons[3] gewonnen habe.

AM *Vance* bezeichnete die britische Haltung als positiv. Bei Belgiern und Niederländern stünden einer positiven Entscheidung einige Schwierigkeiten im Wege. Andreottis Haltung sei positiv gewesen, wobei er allerdings gesagt habe, es dürfe dann keine weiteren Guadeloupes[4] mehr geben. Über die neue Regierung wisse man noch nichts, da sie in ihrer Zusammensetzung der Vorgängerin aber ähnlich sei[5], dürfte eine realistische Möglichkeit einer Zustimmung bestehen.

Was die Türken betreffe, so halte er eine positive Entscheidung für zweifelhaft. Die Ungewißheiten im politischen Kräfteverhältnis erschwerten eine Entscheidung. Griechenland dürfte eher in der Lage sein, eine Entscheidung zu treffen. Nach dem Beitritt zur EG[6] könne die Bundesrepublik vielleicht einen positiven Einfluß ausüben.

BM wiederholte die im größeren Kreis bereits vorgetragene deutsche Haltung und unterstrich Bedeutung einer gleichzeitigen Entscheidung über Modernisie-

1 Die Gesprächaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Weber am 14. August 1979 gefertigt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. August 1979 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 218, Dok. 221 und Dok. 223–227.

3 Vgl. dazu die Gespräche des stellvertretenden Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Aaron, am 16. Juli 1979 in Bonn; Dok. 210.

4 Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. Dok. 2–5.

5 Zur Regierungsbildung in Italien vgl. Dok. 206, Anm. 4.
Gesandter Mühlen, Rom, berichtete am 6. August 1979: „Der erst am Donnerstag der Vorwoche von St[aats]P[räsident] Pertini mit der Regierungsbildung beauftragte MP Cossiga (auch DC) ist bereits am Sonntag zusammen mit seinem Kabinett [...] vom StP vereidigt worden. Nach über sechsmonatiger Regierungskrise hat Italien damit wieder eine volle funktionsfähige Regierung. Die als ‚Waffenstillstandsregierung' (governo di tregua) bezeichnete Regierung stützt sich auf DC, PSDI und PLI. Außerdem kann sie bei der für Anfang nächster Woche vorgesehenen Vertrauensabstimmung im Parlament auf die Stimmenthaltung des PSI rechnen. [...] Das Kabinett erhält durch sechs Abgänge (drei PRI, drei DC), zehn Neuzugänge sowie den Ämterwechsel von vier bisherigen Ministern ein stark verändertes Gesicht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 713; Referat 203, Bd. 115872.

6 Zum Abschluß der Verhandlungen über einen Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 86, Anm. 38.

rung und rüstungskontrollpolitischen Vorschlag. Er hob wiederum die Bereitschaft zur Implementierung hervor.

AM *Vance* stimmte dem zu und bezeichnete die Bereitschaft zur Stärkung des Bündnisses als politisches Signal. Es komme darauf an, daß die Sowjets dies verstünden.

BM bemerkte, wenn es im Dezember[7] nicht zu Entscheidungen komme, würde die Situation wesentlich erschwert. AM *Vance* teilte diese Auffassung.

BM erwähnte sodann seine Begegnung mit irakischem AM[8], der unter Hinweis auf fehlende diplomatische Beziehungen und den sich hieraus ergebenden Kommunikationsmangel zwischen den politisch Verantwortlichen gesagt habe, daß er Vance nur einmal kurz gesehen habe. Daraufhin habe er ihn gefragt, ob er zu einer Begegnung mit Vance bereit sei, wenn er (BM) in New York am Rande der VN[9] beide einlade. Dies habe er bejaht, jedoch unter der Voraussetzung, daß er nicht als der um dieses Treffen Bittende erscheine und die Begegnung nicht öffentlich sei. Da er (BM) nicht gewußt habe, wie Amerikaner reagierten, habe er offengelassen, ob und wann er Vance sehe und fragen könne.

AM *Vance* sagte sofort zu, eine solche Einladung anzunehmen.

Abschließend stellt *BM* Persönlichkeit, Lebenslauf und Werdegang des neuen Botschafters unter besonderer Hervorhebung seiner charakterlichen Qualitäten dar. Er unterstrich, daß StS Hermes das volle Vertrauen des BK und des AM genieße. Er sei eingeschriebenes CDU-Mitglied und genieße auch bei der Opposition großes Ansehen.

AM *Vance* dankte für die Unterrichtung und zeigte sich von dem persönlichen Lebensweg von StS Hermes beeindruckt („this is a telling story").

Referat 010, Bd. 178803

7 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

8 Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem irakischen Außenminister Hammadi am 6. Juli 1979 vgl. Dok. 201 und Dok. 203.

9 Die XXXIV. UNO-Generalversammlung fand vom 18. September 1979 bis 7. Januar 1980 statt.

220

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Petersen

310-321.00 PAL-606I/79 geheim **9. August 1979**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Inoffizielle Kontakte zur PLO
hier: Spende zweier Krankenambulanzen an den Palästinensischen Roten Halbmond, Beirut

2 Anlagen[3]

Zweck der Vorlage: Billigung des Vorschlags, die Botschaft Beirut anzuweisen, einen Antrag des Palästinensischen Roten Halbmonds auf Lieferung von zwei Krankenambulanzen vorzulegen.

1) StM Wischnewski führte noch vor dem Treffen Arafats mit Brandt/Kreisky (Wien, 6.7.1979)[4] ein Gespräch mit Dr. Sartawi, der bereits mehrfach mit Mitgliedern des SPD-Präsidiums zusammengetroffen ist.

Dr. med. Issam Ali Sartawi gehört zu den Vertrauten Arafats in der Fatah. Er unterhält seit langem Beziehungen zu Bundeskanzler Kreisky und ist maßgeblich an israelisch-palästinensischen Kontakten beteiligt. Er geriet aufgrund eigener Äußerungen in Verdacht der Mitwirkung bei dem Terroranschlag vom 10.2.1970 auf dem Flughafen München-Riem[5]. Das Ermittlungsverfahren des Landgerichts München I wegen Mordes wurde aufgrund unzureichender Beweislage eingestellt, da Sartawi offenbar nur im Hintergrund des Münchener Attentats stand.[6]

Dr. Sartawi wiederholte im Gespräch mit StM Wischnewski den Wunsch der PLO nach offiziellem Kontakt zur Bundesregierung, dem StM Wischnewski mit dem Hinweis auf unsere bekannte Position begegnete, einer solchen Aufwertung müsse die Anerkennung des Existenzrechts Israels durch die PLO vorausgehen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler und Vortragendem Legationsrat Buchrucker konzipiert.
Hat Ministerialdirektor Meyer-Landrut vorgelegen, der handschriftlich für Referat 310 vermerkte: „Bitte Unterlage für telefonische Unterrichtung von StM Wischnewski durch StS Hermes."

2 Hat Staatssekretär Hermes am 14. August 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Meyer-Landrut verfügte und handschriftlich vermerkte: „Ich halte das gegenwärtig nicht für richtig; wenn später, sollte Übergabe – wie von F – an IKRK gewählt werden."

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 7 und 8.

4 Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, der SPD-Vorsitzende Brandt und Bundeskanzler Kreisky trafen vom 6. bis 8. Juli 1979 in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 209, Anm. 16.

5 Am 10. Februar 1970 verübten drei arabische Täter auf dem Flughafen München-Riem ein Bombenattentat auf einen Flughafenbus, der mit Passagieren einer Maschine der israelischen Fluggesellschaft El Al besetzt war, sowie auf den Transitraum. Dabei gab es einen Toten und mehrere Schwerverletzte. Vgl. dazu den Artikel „Bombenattentat auf Münchener Flughafen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. Februar 1970, S. 1.

6 Der Passus „offenbar ... stand" wurde von Staatssekretär Hermes hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aber doch."

Um aber Dr. Sartawis Vorbringen nicht völlig ins Leere stoßen zu lassen, wünschte StM Wischnewski eine Geste unsererseits.

StM Wischnewski bat daraufhin das AA, die Möglichkeit zu prüfen, dem Palästinensischen Roten Halbmond zwei Krankenfahrzeuge zu spenden.

2) Die Prüfung im AA ergab, daß die Lieferung von zwei Krankenambulanzen zugunsten ziviler Palästina-Flüchtlinge im Rahmen der humanitären Hilfe für die notleidende Zivilbevölkerung des Libanon grundsätzlich möglich ist.

Botschaft Beirut berichtet (vgl. anliegende Drahtberichte 337 vom 30.7. – 321.00 PAL geh.[7] – und 342 vom 2.8.79 – 321.00 PAL VS-v[8] –), daß die Spende unmittelbar an den Palästinensischen Roten Halbmond gerichtet werden könnte, der bereits Empfänger direkter österreichischer, britischer und niederländischer Spenden war. Frankreich hat den Weg über das Internationale Rote Kreuz (IKRK) gewählt, das den Palästinensischen Roten Halbmond analog anderer nationaler Rotkreuzgesellschaften behandelt.

Der für eine solche Spende notwendige Antrag könnte von der Botschaft Beirut ausgelöst, entgegengenommen und ans AA weitergeleitet werden.

3) Wir bewerten das Palästinenserproblem als Kernfrage des Nahost-Konflikts. Die Spende zweier Krankenambulanzen erscheint als Geste geeignet, diese unsere Einschätzung zu bestätigen, ohne als Abweichen von unserer Grundsatzposition ausgelegt werden zu können, wonach uns der offizielle Kontakt zur PLO erst nach deren Anerkennung des Existenzrechts Israels möglich ist.

Die Maßnahme würde sich an die von Botschafter v. Pachelbel am 14.5.1979 einem palästinensischen Hospital in Beirut übergebene Geldspende anschließen, die in Anerkennung des Schutzes der Botschaft Beirut durch palästinensische Einheiten in besonders kritischen Zeiten des Bürgerkriegs erfolgte.

Die Übergabe der Spende könnte im Einverständnis mit der PLO ohne Publizität erfolgen. Botschaft Beirut berichtete, daß nach ihrer Einschätzung Publizität völlig vermieden werden kann.[9]

MdB Möllemann, Vorsitzender des Unterausschusses Humanitäre Hilfe des Bundestages, der in jedem Fall vor Durchführung der Spende befaßt werden muß, hat gemäß Meldung des ZDF („Heute Journal") am 7.8.1979 die Lieferung von zwei Krankenambulanzen an den Palästinensischen Roten Halbmond in Aussicht gestellt. Von seiten des AA ist er oder der Ausschuß nicht unterrichtet worden.

7 Dem Vorgang beigefügt. Botschaftsrat Neubauer, Beirut, berichtete: „Nach hiesiger Kenntnis haben sowohl Holland als auch Großbritannien dem P[alestinian]R[ed]C[rescent] Sachspenden zukommen lassen, während Frankreich den indirekten Weg über das IKRK wählte. Nach meiner Erinnerung ist 1970/71 palästinensischem Büro in Amman von unserer Botschaft ein VW zur Verfügung gestellt worden. PRC ist, da ohne staatliche Basis, nicht Mitglied des IKRK, wird aber vom IKRK und zahlreichen Regierungen analog behandelt. Tätigkeit des PRC entspricht der anderer Rotkreuz-Organisationen und umfaßt neben Leistung erster Hilfe die Unterhaltung verschiedener Krankenhäuser, Pflegepersonal und Waisenfürsorge. Beweise oder Argumente gegen humanitären Charakter des PRC sind der Botschaft nicht bekannt." Vgl. VS-Bd. 11143 (310); B 150, Aktenkopien 1979.

8 Dem Vorgang beigefügt. Botschaftsrat Neubauer, Beirut, berichtete am 2. August 1979, der österreichische Botschafter in Beirut, Amry, habe dem Präsidenten des PRC, Arafat, am 31. Juli 1979 persönlich eine Hilfssendung der Jugendorganisation der SPÖ übergeben. Vgl. dazu VS-Bd. 11143 (310); B 150, Aktenkopien 1979.

9 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Hermes durch Fragezeichen hervorgehoben.

Diese Meldung wird für die erhoffte Wirkung der hier vorgeschlagenen Spende als unschädlich angesehen. Sie kann auch in Zusammenhang mit früheren Vorgängen gebracht werden.[10] Tatsächlich hat der Deutsche Caritas-Verband zwei Krankenfahrzeuge gespendet und erhielt dazu einen Zuschuß der Bundesregierung, der nach außen nicht in Erscheinung treten sollte. Die Fahrzeuge sind für den Südlibanon[11] bestimmt und bereits auf dem Wege dorthin.

Petersen

VS-Bd. 11143 (310)

221

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, in Washington

105-36.A/79 **10. August 1979**[1]

Gespräch des Herrn Bundesministers mit Dr. Brzezinski am 10. August 1979 um 15.00 Uhr im Weißen Haus[2]
hier: Gesprächsverlauf

In dem Gespräch, bei dem BM von D 2[3] begleitet war, bemerkte *Brzezinski* einleitend, der Präsident[4] sei von dem Gespräch mit BM sehr angetan gewesen und auch über spätere Äußerungen des BM vor der Presse unterrichtet worden.

BM bezeichnete im Bündnis anstehende TNF-Entscheidungen als außerordentlich wichtig. *Brzezinski* sagte, wenn die Angelegenheit falsch behandelt werde, könnten Spaltung im Bündnis und schwer zu kontrollierende Entwicklung die Folge sein. Deshalb müsse man besonnen, aber zügig vorgehen.

BM bemerkte, es sei gut, daß US zur Führung bereit seien. Wir könnten keine Führungsrolle übernehmen, kämen aber unserer Verantwortung nach.

Brzezinski bezeichnete Trennungslinie zwischen Konsultation und Führung als sehr fein. Zwischen beiden müsse ausgewogenes Verhältnis bestehen. Amerikanische Regierung sei bereit zu führen, indem sie formelle Vorschläge unter-

10 Der Passus „Diese Meldung ... gebracht werden" wurde von Staatssekretär Hermes durch Fragezeichen hervorgehoben.

11 An dieser Stelle fügte Ministerialdirigent Petersen handschriftlich ein: „Für die Christen!"

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Weber am 13. August 1979 gefertigt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. August 1979 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 218, Dok. 219 und Dok. 223–227.

3 Klaus Blech.

4 James E. Carter.

breite, zu deren Durchführung sie auch bereit sei, wenn die Verbündeten zustimmten. Sie wolle durch Ermunterung zu positiver Reaktion führen. Mit Deutschen und Briten wolle man besonders eng kooperieren, wobei er sich der besonderen Probleme im Falle der Bundesrepublik bewußt sei, wo es darum gehe, die Nicht-Singularität mit den besonderen Bedürfnissen in Einklang zu bringen.

BM unterstrich, die Vorstellung, es handele sich um ein deutsch-amerikanisches Problem, hätte im Bündnis psychologisch schlechte und desintegrierende Wirkung. Nach außen könnte Eindruck entstehen, als ob nur die Deutschen das Bündnis stützten und bei anderen Verbündeten sowjetische Propaganda bereits ihre Wirkung erzielt habe. Daher müsse Entscheidung über Dislozierung von Bündnis getroffen werden. Im übrigen könne über TNF nur im Zusammenhang mit einem Rüstungskontrollangebot entschieden werden.[5] BM fragte nach Eindrücken aus der Reise Aarons.[6]

Brzezinski sagte, bei der von Aaron vorgebrachten numerischen Verteilung werde Bundesrepublik nicht in singuläre Rolle gebracht und auch nicht mit Rolle eines „sponsor" identifiziert. Die für Bundesrepublik vorgesehene Zahl liege bei etwas über 20% der Gesamtzahl und stelle somit kein dominierendes Element dar.

BM erklärte, Bundesregierung werde sich eine Meinung bilden. Er persönlich halte Vorschläge grundsätzlich für ausgewogen.

Wie *Brzezinski* weiter erklärte, trügen die Vorschläge nicht nur der Erfüllung einer angemessenen und akzeptablen militärischen Verantwortung, sondern auch dem Rüstungskontrollaspekt Rechnung. Bei Briten seien keine größeren Schwierigkeiten zu erwarten. Italiener hätten zu verstehen gegeben, daß sie auf Kabinettsebene zu Mitwirkung bereit seien. Nach Regierungswechsel[7] wisse er nicht, ob diese Neigung noch bestehe. Schwierigkeiten bestünden bei Belgiern und Niederländern. Simonet selbst stehe dem Vorschlag wohlwollend gegenüber, habe sich aber nicht festgelegt. Belgische Haltung hänge weitgehend von Entscheidung der Niederländer ab. Auf Frage BM sagte Brzezinski, die Schwierigkeiten rührten sowohl von der Partei Simonets wie von der Koalition her.[8] Er selbst habe BK um Unterstützung bei Parteifreunden gebeten (Simonet, Craxi). Den Niederländern wäre es am liebsten, wenn erst nach gescheiterten Rüstungskontrollgesprächen etwas unternommen würde.

BM sagte, dies liege nicht an den Liberalen. Er sei bei der NATO-Frühjahrstagung[9] von der Klarheit der öffentlichen Erklärung des niederländischen Premierministers[10] beeindruckt gewesen, was ihn hoffen lasse. Er werde mit dem niederländischen AM das Thema besprechen[11] und sagte auf Wunsch von Brzezinski Unterrichtung über Gespräch zu.

5 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

6 Vgl. dazu die Gespräche des stellvertretenden Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Aaron, am 16. Juli 1979 in Bonn; Dok. 210.

7 Zum Regierungswechsel in Italien vgl. Dok. 219, Anm. 5.

8 Zur Regierungsbildung in Belgien am 2./3. April 1979 vgl. Dok. 176, Anm. 5.

9 Zur NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 156 und Dok. 159.

10 Andreas van Agt.

11 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem niederländischen Außenminister van der Klaauw am 13. August 1979 vgl. Dok. 228.

Brzezinski sagte, US beabsichtigten, im September formelle Vorschläge vorzulegen, und hofften auf formelle Beschlußfassung im Dezember[12].

Auf die Frage von *BM*, ob dies die Ratifizierung von SALT II[13] beeinflusse, sagte *Brzezinski*, eine positive Bewegung in Richtung auf Bündnisentscheidung zugunsten TNF-Modernisierung dürfte sich hilfreich auswirken, weil dadurch gewisse Befürchtungen beseitigt würden, daß militärisches Ungleichgewicht zwischen 1980 und 1985 politisch ausgenutzt werden könnte.

Brzezinski führte aus, daß es Türken schwerfallen dürfte, diese Frage getrennt von anderen Themen zu behandeln. Eine Einbeziehung lediglich der Griechen würde zusätzliche Schwierigkeiten schaffen. Die Türken seien außerordentlich ängstlich wegen der U2-Flüge[14], und er rechne nicht mit einer hilfreichen Haltung.

Die Frage der U2-Flüge hätten die US bei den Sowjets angeschnitten, ohne daß diese darauf reagiert hätten. Es sei nun beabsichtigt, den Türken alternative technische Arrangements vorzuschlagen, die für die Sowjetunion weniger provozierend wären. Die Sowjets argumentierten, daß mit der U2 historische Assoziationen an geheimdienstliche Tätigkeiten verknüpft seien, was nach Aussage von Dobrynin der ausschlaggebende Faktor sei. Ferner wünschten die Sowjets keine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Amerikanern und den Türken in diesem Bereich. Man habe auch mit den Ungarn und Polen über das Thema gesprochen, die an der Ratifizierung von SALT II und der Entspannung im allgemeinen interessiert seien. Das türkische Verhalten sei sehr unüberlegt, doch hoffe er, daß es die neuen Vorschläge den Türken erleichterten, der Angelegenheit näherzutreten.

Brzezinski ging sodann auf das neue strategische System der MX-Raketen ein.[15] Der Präsident werde die Entscheidung hierüber im September treffen[16], und es sei nicht übertrieben, dies als die drittwichtigste strategische Entscheidung seit 1950 zu bezeichnen. Sie folge Trumans Entscheidung über die Einrichtung des Strategic Air Command[17] und Kennedys Entscheidung über die Dislozierung der „Minuteman"-Raketen[18]. Vorgesehen sei ein Zehn-Jahres-Programm, das die Überlebensfähigkeit der Bodeneinrichtungen und die Möglich-

12 Zur gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

13 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 218, Anm. 8.

14 Zur Rolle der Türkei bei der Verifikation des SALT-II-Vertrags vgl. Dok. 155, Anm. 20.

15 Zur geplanten Einführung der MX-Rakete vgl. Dok. 195, Anm. 12.

16 Präsident Carter gab am 7. September 1979 in Washington eine Erklärung zum Stationierungsmodus der MX-Rakete ab. Die Raketen sollten beweglich in einem System von abgedeckten, miteinander verbundenen Feuerstellungen disloziert werden. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 1599–1601. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 552–554.

17 Das Strategic Air Command wurde am 21. März 1946 als eigenständiges Hauptkommando der amerikanischen Luftwaffe eingerichtet.

18 In einer Botschaft an den amerikanischen Kongreß zum Verteidigungsprogramm schlug Präsident Kennedy am 28. März 1961 Konstruktionsänderungen zur Verbesserung der Verläßlichkeit der Feststoffraketen vom Typ „Minuteman" vor. Die Kapazität der „Minuteman"-Produktion sollte verdoppelt werden. Für den Wortlaut der Ausführungen vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961, S. 233 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, Teil 2/1, D 257.
In einer für den 22. November 1963 vorbereiteten Rede bilanzierte Kennedy, daß das „Minuteman"-Programm um 75 % gesteigert worden sei. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1963, S. 898.

keit eines Gegenschlags sicherstellen solle. Die Kosten beliefen sich auf 40 Milliarden Dollar. Das Programm umfasse die Dislozierung von mindestens 200 MX-Raketen in einer großen Anzahl von Komplexen, die sich über die gesamten westlichen Staaten der US erstreckten. Für jede Rakete seien 23 Bunker jeweils im Abstand von 7000 Fuß geplant. Pro Rakete seien zehn Sprengköpfe vorgesehen. Sie sei zwar kleiner als die SS-18, aber von annähernd gleicher Kapazität. Brzezinski erläuterte im einzelnen das „Racetrack"-System, das gegnerischen Geheimdiensten die Lokalisierung der einzelnen Raketen erschweren solle. Es handele sich um ein „monumentales Vorhaben", das ab 1986/87 einsatzbereit und für das strategische Gleichgewicht in der zweiten Hälfte der achtziger und in den neunziger Jahren entscheidend sei. Hierüber werde es in den US eine große Debatte geben.

Auf die Frage *BM*, ob es dabei um die Konzeption, die finanzielle Größenordnung oder die finanzielle Auswirkung auf andere Verteidigungsbereiche gehe, erwiderte *Brzezinski*, dies gelte für Kosten wie für Konzeption.

Brzezinski erkundigte sich sodann nach Plänen und Überlegungen zur deutschen Nahost-Politik und sprach von gewissen Spekulationen im Zusammenhang mit einer „Parteimission".

BM bemerkte, der Abgeordnete (Möllemann) führe diese Gespräche in eigener Verantwortung. In einem vierminütigen Telefongespräch habe er ihm dies sehr deutlich gemacht. Von einem Plan habe er nichts gewußt, und wie Möllemann inzwischen selber erklärt habe, gebe es einen solchen auch nicht.[19] Er erwähnte, daß Möllemann ein Befürworter der TNF-Modernisierung sei. Zur Sache selbst erklärte BM, er beabsichtige, demnächst nach Syrien, einige Stunden in den Libanon, nach Jordanien und nach Ägypten zu reisen[20], wobei es darum gehe, zu einer Wiederzusammenführung der arabischen Länder mit Ägypten und zu einer umfassenden Lösung beizutragen. In den arabischen Ländern verstärke sich der Wille zu einer unabhängigen Position, und einige Länder mit früheren Neigungen zur Sowjetunion hätten nunmehr die Europäer als ihre Gesprächspartner erkannt. Die Araber behaupteten, nicht unter den Einfluß der Sowjets gelangen zu wollen, äußerten sich aber kritisch über die machtpolitischen Absichten der Amerikaner. Er sage immer wieder, die Europäer könnten nur im Rahmen des Bündnisses und im Zusammenwirken mit den Amerikanern existieren und handeln, so daß der Nahe Osten von der Existenz der Atlantischen Gemeinschaft profitiere. Andernfalls wären die westeuropäischen Länder kommunistisch geworden oder unter sowjetischen Einfluß geraten. Es bedürfe zwar der Geduld, um dies verständlich zu machen, doch seien das Atlantische Bündnis und die amerikanisch-europäische Zusammenarbeit Voraussetzung dafür, daß sich der sowjetische Einfluß im Nahen Osten und in Afrika

19 In der Presse wurde berichtet, daß der FDP-Abgeordnete Möllemann am 5. August 1979 eine fünftägige Nahost-Reise antreten werde: „Bei seinem Besuch in Beirut wird er auch mit dem Chef der Organisation für die Befreiung Palästinas (PLO), Arafat, zusammentreffen. Außerdem sind Gespräche mit dem libanesischen Außenminister Fuad Boutros sowie in Damaskus mit dem syrischen Außenminister Khaddam vorgesehen." Vgl. den Artikel „Möllemann will mit Arafat zusammentreffen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. August 1979, S. 3. Vgl. dazu auch Dok. 208, Anm. 13.

20 Bundesminister Genscher hielt sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien, am 28. August im Libanon, vom 29. bis 31. August in Jordanien und vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 240–245, Dok. 247, Dok. 249 und Dok. 250.

nicht ausdehnen könne. Die deutsche Haltung zur Nahost-Frage stütze sich im übrigen auf die klare Position der Londoner Erklärung des Europäischen Rats vom 29. Juni 1977.[21] Einen Grund zur Änderung sehe er nicht.

Brzezinski nannte dies ausgezeichnete Argumente, die dem gemeinsamen Interesse dienten. Im einzelnen führte er aus, es sei anomal, daß der Irak mit der Sowjetunion normale diplomatische Beziehungen unterhalte, nicht aber mit den US. Er respektiere den Wunsch nach Unabhängigkeit, und wenn man auch nicht in allen Fragen einer Meinung sei, so wäre die Haltung des Irak doch ausgewogener, wenn er mit beiden Supermächten diplomatische Beziehungen unterhielte. Amerikanischerseits sei man zur Aufnahme von Beziehungen bereit.

BM sagte, gerade über diesen Punkt habe er mit dem irakischen AM gesprochen.[22] Da dieser Vance nur oberflächlich kenne, habe er (BM) eine private Einladung beider Herren anläßlich der Generalversammlung[23] vorgeschlagen, zu der sich der irakische AM unter der Voraussetzung bereit erklärt habe, daß er nicht als derjenige erscheine, der darum gebeten habe, und die Begegnung nicht öffentlich sei. Er habe am Vortag mit Vance darüber gesprochen und sei bereit, eine solche Einladung auszusprechen. Er halte einen solchen Kontakt wegen der sich automatisch daraus ergebenden politischen Wirkung für nützlich.

Brzezinski erwähnte sodann, daß die amerikanische militärische Präsenz auf der arabischen Halbinsel vorsichtig und diskret, aber gezielt und schrittweise erhöht werde, ohne daß etwas überstürzt oder in der Öffentlichkeit angekündigt werde. Sobald der Friedensprozeß im Nahen Osten weiterkomme, werde man etwas offener darüber reden, weil hierdurch sowjetische Einmischungsmöglichkeiten eingeschränkt würden. Die ersten Schritte bezögen sich ausschließlich auf Marineeinheiten und involvierten keinerlei formelle Stützpunktabmachungen.

Brzezinski erwähnte sodann, daß in Wien[24] zwischen Amerikanern und Sowjets vereinbart worden sei, die Gespräche über den Indischen Ozean[25] wieder aufzunehmen.

BM erwiderte, das sei eine sehr delikate Angelegenheit, die sorgfältiger Abwägung bedürfe[26]; er halte es auch für wichtig, daß sich in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck einer militärischen Aktion ergebe. Für die betroffenen Regierungen, denen es vor allem um die Demonstration ihrer eigenen Souveränität gehe, dürften sonst gewisse Schwierigkeiten entstehen.

21 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats über den Nahen Osten vom 29. Juni 1977 vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 516 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 174.

22 Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem irakischen Außenminister Hammadi am 6. Juli 1979 vgl. Dok. 201 und Dok. 203.

23 Die XXXIV. UNO-Generalversammlung fand vom 18. September 1979 bis 7. Januar 1980 statt.

24 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

25 Zu den Verhandlungen der USA und der UdSSR über eine Flottenbegrenzung im Indischen Ozean vgl. Dok. 181, Anm. 13.

26 Der Passus „das sei ... bedürfe" wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

Brzezinski nannte die Haltung der arabischen Staaten ambivalent, da sie auf der einen Seite verstärkte amerikanische Präsenz wünschten, insbesondere nach den Ereignissen im Iran und möglicherweise in Afghanistan, andererseits dies aber nach außen nicht sagen könnten. Daher sei ein behutsames Vorgehen ohne großes Aufsehen nötig. Die Demonstration nationaler Identität gehe symbioseartig Hand in Hand mit der Manifestation religiöser Gefühle. Zwischen den westlichen, auf Demokratie und christlicher Tradition beruhenden Gesellschaften und der auf religiösen Werten gegründeten islamischen Gesellschaft bestehe eine natürlichere Affinität als mit dem sozialistischen System eines totalitären Atheismus. Im übrigen könnten Entwicklungen wie in Afghanistan auch in Usbekistan, Kasachstan, Turkmenistan und Tadschikistan eintreten.

Auf die Frage des *BM* nach der Lage im Iran sagte *Brzezinski*, er sei pessimistisch. Der Iran drohe zum Libanon des Arabischen Golfs zu werden. Politisch, ethnisch, ideologisch und religiös dürfte die Konfusion auf Jahre hinaus anhalten. Innerhalb und außerhalb des Iran begännen sich Anti-Khomeini-Gruppen zu organisieren. Das Auftreten Bakhtiars[27] sei ein Phänomen. Neben Afghanistan erfülle ihn die unsichere und unvorhersehbare Entwicklung in Pakistan mit Sorge. Dazu komme die politische Instabilität in Indien, wo es auch zu einer Krise kommen könne.

BM verwies auf die Sorge, die seine irakischen Gesprächspartner bezüglich des Iran ausgedrückt hätten. Er habe sie gefragt, wie sie sich das Ende des Entwicklungsprozesses im Iran vorstellten und welche Rolle die SU spiele. Nach irakischer Auffassung gebe es mehrere Möglichkeiten: Einmal könnte die Armee reaktiviert werden, was unwahrscheinlich sei. Sodann könnten sich Anti-Khomeini-Gruppen zusammenschließen, was man im Irak bevorzugen würde. Schließlich gebe es einen gewissen kommunistischen Einfluß, der jedoch nicht sehr stark sei, weshalb die SU eine Fortdauer des derzeitigen Zustands am liebsten sähe, in der Hoffnung, daß er das Land für stärkeren kommunistischen Einfluß reif mache.

Das Gespräch endete um 16.10 Uhr.

Referat 010, Bd. 178803

27 Gesandter Lahusen, Paris, berichtete am 16. August 1979: „Die französischen Medien vom 15.8. geben ein AFP-Interview des früheren PM Bakhtiar wieder, das an einem nicht genannten Ort aufgenommen wurde. Wichtigste Aussage Bakhtiars ist die Ankündigung seiner Absicht, bald in den Iran zurückzukehren, um dem Regime Khomeini, das dabei sei, an seinen eigenen Dummheiten zu scheitern, den Gnadenstoß zu geben und um die Bildung einer demokratischen Regierung in die Hand zu nehmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2520; Referat 311, Bd. 137621.

222

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut

331-320.10 CHL **10. August 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung und mit der Bitte um Zustimmung

Betr.: Beziehungen zu Chile;
hier: schrittweise Lockerung unserer restriktiven Haltung auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet

1) Unsere Beziehungen zu Chile bestehen seit Jahren auf einem künstlich gedrosselten Niveau und unterliegen größeren Restriktionen als die Beziehungen zu fast allen anderen Ländern Lateinamerikas. Die letzten Besuche deutscher Regierungsvertreter fanden 1974 durch Staatsminister Wischnewski[4] und 1976 durch Staatsminister Mörsch[5] statt und hatten ausschließlich humanitäre und menschenrechtliche Zielsetzungen.

Unsere sehr engen freundschaftlichen Beziehungen zu Chile, für die die dortige einflußreiche deutsche Minderheit immer ein belebendes Element war, haben einer ausgesprochen kritischen Betrachtungsweise Platz gemacht, die jede Menschenrechtsverletzung und viele Handlungen der Regierung Pinochet ohne Berücksichtigung der für Lateinamerika geltenden unterschiedlichen Maßstäbe mit besonders scharfem Auge betrachtet und mit einer immer erneuten generellen Verurteilung versieht. Unter dem Gesichtspunkt einer ausgewogenen Politik und im Interesse unserer außenpolitischen Zielsetzungen sollte Chile jedoch heute zugute gehalten werden, daß seine Menschenrechtssituation nicht mehr als außergewöhnlich schlecht zu beurteilen ist und die chilenische Regierung sich objektiv um eine Liberalisierung und schrittweise Demokratisierung bemüht. Im Vergleich zu einigen seiner weniger scharf kritisierten Nachbarstaaten schneidet Chile heute sogar gut ab.[6]

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Limmer und Vortragendem Legationsrat von Kessel konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Ackermann und Legationsrat I. Klasse Petersmann am 16. August 1979 vorgelegen.
Hat Petersmann am 6. September 1979 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 331 verfügte.

2 Hat Staatssekretär Hermes am 16. August 1979 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 24. August 1979 vorgelegen.

4 Staatsminister Wischnewski besuchte vom 17. bis 20. November 1974 Chile. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 345.

5 Staatsminister Moersch hielt sich vom 4. bis 7. Juli 1976 in Chile auf.

6 Ministerialdirigent Petersen legte am 16. Juli 1979 Stichworte zur Frage der Einhaltung von Menschenrechten in Chile vor: „Spürbarer Wandel in Chile beginnend 1977. 1) Auflösung des Geheimdienstes D[irección de]I[nteligencia]NA[cional], der für M[enschen]R[echts]-Verletzungen verantwortlich war. 2) Generalamnestie für ‚politische' Straftaten April 1978. 3) Herabstufung des Belagerungszustandes zum ‚Notstand'. Folge: Einschränkung der Vollmachten der Exekutive und der Kompetenz der Militärgerichte. 4) Freilassung praktisch aller politischen Häftlinge. Aber dunkler Punkt: verschwundene Personen. Nach Angaben der katholischen Kirche in Chile 640. Diese Personen sind in der Zeit nach dem Putsch verschwunden. Heute verschwinden keine Personen mehr. 5) Rechtsstaatliche Ansätze: wirksamere Handhabung des habeas corpus bei Verhaftungen; Rückge-

Ungeachtet aber der Frage, ob es bisher gerechtfertigt war, Chile so viel kritischer und ablehnender zu behandeln als andere Länder, in denen es unter autoritären Regimen auch zu groben Verletzungen der Menschenrechte kam, stellt sich angesichts der Veränderungen in Chile die Frage, ob es nicht an der Zeit ist, zu überprüfen, welche Schritte in Richtung auf eine Normalisierung unserer Beziehungen gerechtfertigt sind. Die Prüfung muß aufgrund der verläßlichen Berichte über die Veränderungen und die Entwicklungstendenzen in Chile, besonders auch im Bereich der Menschenrechte und der Freiheitsrechte, erfolgen. Sie muß unsere Möglichkeiten des Einwirkens zugunsten von uns anerkannter Prinzipien berücksichtigen wie auch natürlich unsere langfristigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen gegenüber Chile im Rahmen unserer Lateinamerika- und Dritte-Welt-Politik.

2) Nach dem gewaltsamen Sturz der Regierung Allende[7] geriet Chile in einen Zustand internationaler Ächtung, den es heute noch nicht überwunden hat. Die Gründe hierfür liegen zum einen in der Enttäuschung über das Scheitern des als Beispiel erhofften Versuchs, strukturelle soziale Probleme auf demokratisch friedlichem Wege zu lösen. Zum anderen führten die im Zuge des Umsturzes auftretenden massiven Menschenrechtsverletzungen zu einer allgemeinen Empörung über das Vorgehen der neuen Machthaber, die mit den demokratischen Traditionen des Landes nicht vereinbar waren.

Nach den Angaben der Militärjunta kamen bei den Kampfhandlungen während der Machtübernahme nach dem 11. September 1973 500 Menschen, davon 40 Angehörige der Streitkräfte, ums Leben. Die tatsächlichen Zahlen dürften erheblich höher liegen. Im Zuge der Verfolgung der Anhänger von Allende und der Partei Unidad Popular kam es zu zahlreichen Morden, Tötungen, Folterungen und willkürlichen Verhaftungen. Hunderte von Menschen verschwanden spurlos und haben bis heute kein Lebenszeichen von sich gegeben. Die Militärjunta gab zwar zu, daß es bei der Machtübernahme stellenweise zu Übergriffen gekommen sei. Dies sei aber damit zu erklären, daß Allende an viele seiner Anhänger in den letzten Wochen seiner Amtszeit Waffen verteilt habe und der bewaffnete Widerstand hätte gebrochen werden müssen.

3) Ein spürbarer Wandel in der Situation der Menschenrechte fand mit den Jahren 1977/78 statt, die zugleich eine Konsolidierung des Militärregimes brachten. Die Auflösung des für MR[8]-Verletzungen berüchtigten Geheimdienstes DINA[9], an dessen Stelle der CNI[10] trat, signalisierte das Ende des unkontrollierten staatlichen Eingriffs in das Leben derjenigen seiner Bürger, deren oppositionelle Einstellung zum neuen Regime vermutet wurde. Ein wesentliches

Fortsetzung Fußnote von Seite 1066

winnung der richterlichen Unabhängigkeit [...]. 6) Verfassungsentwurf fertiggestellt. Wird 1980 zur Diskussion gestellt. Regierung Pinochet behält sich jedoch längere Übergangsphase vor. 7) Einstellung von Verbannung und Ausweisung. 8) MR-Verletzungen: weitgehend beendet, d.h. nicht mehr ‚von oben' angeordnet, systematisch; soweit Fälle bekannt werden, Einzelfälle". Vgl. Referat 331, Bd. 116046.

7 Am 11. September 1973 wurde Präsident Allende von den chilenischen Streitkräften unter General Pinochet gestürzt.

8 Menschenrechte.

9 Dirección de Inteligencia Nacional.

10 Central Nacional de Informaciones.

Datum ist weiterhin die Generalamnestie im April 1978[11] für die seit dem Militärputsch begangenen „politischen" Straftaten. Zugleich wurde der „Belagerungszustand" in den „Notstand" zurückgestuft, was mit einer Einschränkung der bis dahin praktisch unbegrenzten Vollmachten der Exekutive einherging.

4) Heute sind praktisch alle politischen Gefangenen freigelassen. Es verschwinden keine Personen mehr, die von staatlichen Organen festgenommen wurden. Es kann nicht mehr die Rede von systematischen Folterungen sein. Lediglich einige Fälle von „Drogenfolter" sind bekannt geworden. Verhaftungen kommen weiterhin vor; sie sind jedoch in der Regel aufgrund wirksamer Handhabungen des habeas corpus auf kurze Zeit beschränkt. Ausweisungen und Verbannungen haben sich in letzter Zeit nicht mehr ereignet. Vielmehr hat eine Rückkehrwelle von geflüchteten und ausgewiesenen Chilenen eingesetzt. Die chilenische Regierung verwehrt allerdings prominenten Vertretern des Allende-Regimes die Rückkehr in ihre Heimat und hat bisher bereits über 100 Personen die Einreise nach Chile verweigert. Weiterhin unbefriedigend ist die Tatsache, daß Pinochet keine überzeugende Erklärung über den Verbleib von etwa 640 Verschollenen gegeben hat, die nachweislich durch Sicherheitskräfte festgenommen wurden. Es muß damit gerechnet werden, daß sie nicht mehr am Leben sind.

Grundrechte und individuelle Freiheiten sind nach wie vor nicht voll garantiert, doch sind auch in diesem Bereich wesentlich größere Freiräume geschaffen worden. Die Presse hat erheblich mehr Möglichkeiten zur freien Meinungsäußerung erlangt. Selbst das Verbot der Zeitschrift „Hoy" im Juni 1979 für zwei Monate wegen des Abdrucks von ausführlichen Interviews mit den führenden Vertretern der Unidad Popular (Almeyda, Ex-Außenminister, und Altamírano, Ex-Generalsekretär) ändert nichts an der Tatsache, daß die Opposition in der Presse und auch in anderen Medien zu Wort kommt.

Das Arbeitsrecht ist nicht in gleicher Weise ausgestattet wie in europäischen Demokratien. Es können jedoch in fast allen Betrieben Gewerkschaften gebildet werden. Kollektivverhandlungen über Löhne und Streiks (bis zu 60 Tagen) mit Ausnahme der lebenswichtigen Betriebe sind zulässig.

5) Wirtschaftlich hat die Junta seit ihrer Machtübernahme die bedeutendsten Erfolge erzielen können.[12] Zur Zeit des Sturzes von Allende herrschte eine jährliche Inflationsrate von ca. 1000%. Die Versorgung der Bevölkerung konnte nicht mehr gewährleistet werden. Unkontrollierte Verstaatlichungen hatten ganze Wirtschaftszweige paralysiert. Die Maßnahmen der neuen Machthaber,

[11] Botschaftsrat I. KlasseGraf Schirndinger von Schirnding, Santiago de Chile, berichtete am 20. April 1978, die chilenische Regierung habe am Vortag ein Gesetzesdekret veröffentlicht, „wonach alle zwischen 11.9.73 und 19.4.78 durch Militärgerichte verurteilten Personen amnestiert werden. Dies bedeutet, daß auch die Landesverweisungen, die [...] anstelle ursprünglicher Haftstrafen getreten waren [...], nunmehr hinfällig sind. Gesetzesdekret enthält außerdem Amnestie für eine Reihe von während des Belagerungszustandes begangener Straftaten, für die nicht Militärgerichte zuständig waren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 97; Referat 331, Bd. 111127.

[12] Am 20. September 1979 teilte Botschafter Dittmann, Santiago de Chile, mit: „Die Regierung verfolgt weiterhin eine Wirtschaftspolitik im Sinne einer freien Marktwirtschaft. Staatliche Kontrolle der Wirtschaft und Preiskontrollen sind weitgehend beseitigt, der Außenhandel ist nahezu völlig liberalisiert, die Zollsätze wurden in den letzten Jahren rigoros abgebaut und betragen seit 1.7.79 einheitlich nur noch 10% (Ausnahme: Kraftfahrzeuge). Ziel ist eine enge Verflechtung des chilenischen Binnenmarktes mit dem Weltmarkt." Vgl. den Schriftbericht Nr. 957; Referat 331, Bd. 116048.

die sich am marktwirtschaftlichen Modell orientieren, gingen wie bei allen Sanierungsprogrammen zu Lasten der Lohn- und Gehaltsempfänger, die erst 1978 wieder das reale Lohn- und Gehaltsniveau von 1970 erreicht haben. Sie waren jedoch die Voraussetzung für die wirtschaftliche Wiedergesundung des Landes.

Die allgemeine Wirtschaftslage 1978 ist gekennzeichnet von einem BIP-Zuwachs von 6% (1977 hatte Chile mit 8,6% das zweitbeste Ergebnis in Lateinamerika erzielt). Die Inflation betrug etwa 30% und erreichte nicht ganz das gesteckte Ziel von ca. 22%, was einer Fortführung der jährlichen Halbierung des Inflationssatzes entsprochen hätte.

Im außenwirtschaftlichen Bereich gelang auf der Grundlage einer expansiven Außenhandelsentwicklung eine bemerkenswerte Konsolidierung. Die Devisenlage ist günstig.

Chile hat in den vergangenen Jahren seine Auslandsschulden ohne Moratorien bezahlen können.

Kritische Punkte der wirtschaftlichen Lage Chiles sind die weiterhin zu niedrige Investitionsrate und hohe Arbeitslosigkeit (12% in Santiago, bis zu 20% im Landesinnern).

Solche Zahlen allerdings sind durchaus allgemeintypisch für Lateinamerika. Die überzeugenden wirtschaftspolitischen Leistungen Chiles werden durch sie nicht beeinträchtigt.

6) Chile unternimmt neuerdings verstärkte Anstrengungen, seine außenpolitische Isolierung zu durchbrechen. 1979 sollen durch Reisen von Außenminister Cubillos insbesondere die Kontakte zu europäischen Staaten wieder belebt werden. Im Rahmen seiner Europareise im September 1979 wird er Spanien, die Schweiz, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland[13] besuchen.

Gravierenden Belastungen sind die Beziehungen Chiles zu den USA und zu Großbritannien unterworfen gewesen. Im Falle der USA ist es besonders der Mordfall Letelier (Auslieferungsersuchen bezüglich des ehemaligen chilenischen Geheimdienstchefs).[14]

Im Fall Großbritanniens führte die Folterung einer britischen Ärztin zur Abberufung des britischen Botschafters[15]. Inzwischen wurde der erneute Botschafteraustausch vereinbart.[16]

13 Der chilenische Außenminister Cubillos Sallato hielt sich vom 16. bis 18. September 1979 in der Bundesrepublik auf.

14 Der frühere chilenische Außenminister Letelier wurde am 21. September 1976 in Washington ermordet. Botschafter von Staden, Washington, gab dazu am 14. Februar 1979 Informationen des amerikanischen Außenministeriums wieder: „In dem im Augenblick in Washington stattfindenden Letelier-Prozeß sitzen die drei kubanischen Täter auf der Anklagebank. Der Prozeß findet in den hiesigen Medien breiten Niederschlag. Für die chilenisch-amerikanischen Beziehungen stellt er jedoch einstweilen keine ernste Belastung dar. Kritisch dürfte es erst dann werden, wenn das höchste chilenische Gericht das amerikanische Auslieferungsersuchen für die drei angeblichen chilenischen Hintermänner, darunter den ehemaligen Chef der chilenischen Geheimpolizei D[irección de]I[nteligencia]NA[cional], Contreras, ablehnt." Im Auslieferungsabkommen zwischen den USA und Chile sei die Auslieferung chilenischer Staatsbürger „nicht stipuliert". Im amerikanischen Außenministerium hoffe man aber, „daß sich Chile angesichts der politischen Implikationen dennoch für eine Auslieferung entscheiden werde". Vgl. den Drahtbericht Nr. 627; Referat 331, Bd. 116047.

15 Reginald Louis Secondé.

16 Großbritannien war in Chile von Dezember 1975 bis Februar 1980 nicht durch einen Botschafter vertreten. Botschafter Dittmann, Santiago de Chile, berichtete am 4. Juli 1979, er habe seitens der

Mit der VR China bestanden trotz unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung die guten Beziehungen fort. Der japanische Außenminister Sonoda wird Chile im August 1979 besuchen.[17] Dabei wird er eine Einladung an Pinochet zum Besuch Japans überbringen. Japans Interesse an Chile ist besonders außenwirtschaftlich motiviert. Die Beziehungen Chiles zu Kanada und Spanien sind im wesentlichen unproblematisch.

7) Deutschland hat im Rahmen der chilenischen Außenbeziehungen immer einen hervorragenden Platz eingenommen. In Chile besteht Deutschland gegenüber ein Maß von Sympathie wie in wenigen Ländern der Dritten Welt. Unsere internationalen Belange wurden von Chile in der Regel unterstützt.

Dieser Sachverhalt sollte es der Bundesregierung aus zweifachen Gründen nahelegen, bei der Normalisierung der Beziehungen nicht hinter anderen Ländern nachzuhinken, sondern eher voranzugehen: Zum einen, weil wir langfristig unsere bevorzugte Position auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet nicht unnötig an andere abtreten sollten, und zum anderen, weil wir leichter in der Lage sind, auf eine zielstrebige Fortführung des in Gang befindlichen Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesses fördernd einzuwirken. Die notwendige Rücksichtnahme auf unsere innenpolitischen Probleme im Zusammenhang mit den Beziehungen zu Chile erfordert ein schrittweises behutsames Vorgehen. Unter dieser Prämisse sollten wir aber sowohl auf politischem wie auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet überprüfen, in welchem Umfang eine Lockerung unserer restriktiven Haltung gegenüber Chile erforderlich ist, wenn wir nicht auf eine aktive Außenpolitik in diesem Fall verzichten und hinter der internationalen Entwicklung nachhinken wollen.

Im politischen Bereich sollten wir unsere Kontakte auch auf höherer Ebene intensivieren und damit unsere umfangreichen Möglichkeiten zur Stärkung der die Redemokratisierung stützenden Kräfte in Chile nützen. Damit können wir im Sinne unserer rechtsstaatlichen Überzeugung wirken und unsere Stellung in Chile für die Zukunft sichern. Durch Auswahl unserer Besucher und Einflußnahme auf die chilenischen Besucher in der Bundesrepublik können wir deutlich machen, welche Kräfte wir zu unterstützen bereit sind. Abgesehen von den seit langem bestehenden Kontakten deutscher politischer Kräfte mit chilenischen Oppositionspolitikern ist es heute kein Problem, auch bei offiziellen Besuchen in Chile mit allen demokratischen politischen Persönlichkeiten in Chile zusammenzutreffen und Gespräche zu führen.

Unsere Außenhandelsbeziehungen mit Chile weisen einen beträchtlichen chilenischen Exportüberschuß auf. (1976 302:91; 1977 288:163; 1978 389:192 Mio. DM).

Ein wesentlicher Grund hierfür ist der unverhältnismäßig niedrige Orientierungsrahmen für Hermes-Kredite. Nach einer Senkung 1974 auf 1 Mio. DM pro

Fortsetzung Fußnote von Seite 1069

britischen Botschaft erfahren: „Britischer Geschäftsträger wird Chile Mitte Juli verlassen. [...] Britischer Geschäftsträger sagte mir, daß britisch-chilenische Verhandlungen über Botschafteraustausch gute Fortschritte gemacht hätten, doch könne er nicht voraussagen, ob Verhandlungen in zwei Wochen oder in zwei Monaten abgeschlossen seien. Offen sei insbesondere die Formulierung, mit der chilenische Regierung ihr Bedauern über die vorübergehende Verhaftung einer britischen Ärztin nach dem Putsch ausdrücke. Außerdem verlange die britische Regierung, daß als chilenischer Botschafter nicht ein Militär [...] benannt werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 145; Referat 331, Bd. 116047.

17 Der japanische Außenminister Sonoda hielt sich am 21./22. August 1979 in Chile auf.

Einzelgeschäft wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten wurde er 1976 zwar auf 2,5 Mio. DM heraufgesetzt. Obwohl sich aber seitdem die wirtschaftliche Lage des Landes erheblich gebessert hat, wurde eine Erhöhung der Orientierungsgrenze immer wieder verhindert. Gegenüber allen vergleichbaren Ländern mit zum Teil größeren wirtschaftlichen Problemen besteht ein wesentlich großzügigerer Orientierungsrahmen (Argentinien und Brasilien: unbegrenzt, Uruguay und Bolivien: 10 Mio. DM, Kuba: 5 Mio. DM). Bei einer Fortdauer unserer restriktiven Haltung besteht die Gefahr, daß sich Chile vom traditionellen Lieferland Bundesrepublik Deutschland abwendet, andere Lieferanten sucht und daß andere Länder uns wirtschaftlich zuvorkommen. Dies ist besonders wegen der liberalen Einfuhrgesetzgebung und großzügigen Investitionsregelung Chiles der Fall.

Andere Länder sind in ihrer Gewährleistungspolitik Chile gegenüber entweder seit langem offener oder gegenwärtig dabei, ihre restriktive Haltung zu lokkern. Kanada und Spanien haben in ihrer Deckungspolitik gegenüber Chile keine Beschränkungen. Frankreich und Großbritannien haben ihre bisherige restriktive Haltung gelockert und verfolgen diese Tendenz weiter. Japan bemüht sich offenbar sehr intensiv um den Ausbau seiner Wirtschaftsbeziehungen zu Chile. Auch die USA erwägen – ungeachtet der andauernden Belastung der politischen Beziehungen durch den genannten Mordfall Letelier – eine Auflockerung ihrer restriktiven Haltung im wirtschaftlichen Bereich. Bemerkenswert ist, daß die USA bereits im vergangenen Jahr 1978 ihre Exporte nach Chile um 48% steigerten und dadurch einen Außenhandelsüberschuß von 400 Mio. US-Dollar erzielten.

Das Auswärtige Amt sollte auf eine Erhöhung des unverhältnismäßig niedrigen und angesichts der günstigen Außenwirtschaftssituation Chiles sachlich nicht mehr zu rechtfertigenden Orientierungsrahmen für Hermes-Kredite hinwirken.[18] Das BMWi würde eine solche Initiative unterstützen. Weiterhin sollte das Auswärtige Amt initiativ werden in der Frage eines Investitionsförderungsabkommens mit Chile zur Förderung deutscher Investitionen, zu denen die deutsche Privatwirtschaft angesichts der positiven wirtschaftlichen Entwicklung Chiles durchaus bereit scheint. Ferner sollte mit dem BMZ geprüft werden, ob wir nicht unsere Zusammenarbeit mit Projekten wieder aufnehmen sollten, die nicht als Stützung des Militärregimes kritisiert werden können. Seit dem Sturz Allendes sind keine Entwicklungshilfezusagen an Chile erfolgt.

Im kulturellen Bereich bemüht sich das Auswärtige Amt, entsprechend den Leitsätzen für die auswärtige Kulturpolitik[19], auch gegenüber Chile um eine langfristig angelegte Politik. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit blockiert demgegenüber seit dem Sturz Allendes alle Projekte der Bildungshilfe. Unsere Kulturpolitik, die begrifflich auch die Bildungshilfe einschließt, ist gegenüber Chile also in sich widersprüchlich. Wenn die jetzige restriktive Haltung von uns aufrechterhalten wird, setzen wir uns auch im kulturellen Bereich dem Vorwurf des Messens mit zweierlei Maß aus, denn wir

18 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

19 Für den Wortlaut der „Leitsätze des Auswärtigen Amts für die auswärtige Kulturpolitik" vom Dezember 1970 vgl. AUSWÄRTIGE POLITIK, S. 781–787.

leisten Hilfe vielerlei Art an zahlreiche Länder, die nicht demokratisch regiert werden und die sich nicht oder weit weniger um eine Liberalisierung bemühen als Chile in letzter Zeit. Das Auswärtige Amt sollte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß wir mit Maßnahmen der Bildungshilfe nicht dem Regime, sondern langfristig der Bevölkerung helfen wollen, daß wir mit ihr einer Isolierung der chilenischen Universitäten vorbeugen und mit unserer Förderung in erster Linie den liberalen Kräften Hilfestellung geben wollen.

8) Ich wiederhole zusammenfassend, daß alle die genannten Initiativen gegenüber Chile – schon aus Rücksichtnahme auf unsere innenpolitischen Gegebenheiten – schrittweise und behutsam erfolgen müssen. Für ein Initiativwerden der zuständigen Abteilungen 3, 4 und 6 des Auswärtigen Amts bitte ich um Zustimmung.

D 4[20] und D 6[21] haben mitgezeichnet.

Meyer-Landrut

Referat 331, Bd. 116061

223

Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt

114-2628/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2831
Cito

Aufgabe: 10. August 1979, 17.20 Uhr[1]
Ankunft: 10. August 1979, 23.14 Uhr

Betr.: Gespräche BM Genschers mit AM Vance am 9.8.1979 in Washington[2]; hier: Naher Osten

Bezug: DB Nr. 2824 vom 9.8.1979 VS-NfD[3]

Die folgende Gesprächsaufzeichnung ist von BM noch nicht genehmigt. Es wird angeregt, nach Genehmigung von dort aus die Verteilung zu veranlassen.

Vance erklärte einleitend, daß die amerikanisch-israelischen Beziehungen gegenwärtig erheblichen Belastungen ausgesetzt seien. Dabei spielten folgende Themen die Hauptrolle:

20 Hans Lautenschlager.
21 Kurt Müller.

1 Hat Staatssekretär Hermes am 11. August 1979 vorgelegen.
Hat Staatssekretär van Well vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. August 1979 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 218, Dok. 219, Dok. 221, Dok. 224–227.

3 Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete über die Gespräche des Bundesministers Genscher mit Präsident Carter und dem amerikanischen Außenminister Vance am 9. August 1979. Vgl. dazu VS-Bd. 539 (014); B 150, Aktenkopien 1979.

UNEF: Man habe seit langem gewußt, daß das Mandat von UNEF auslaufen würde und habe über mögliche Alternativen nachgedacht.[4] Es seien von Anfang an nur zwei Alternativen in Betracht gekommen, nämlich UNTSO[5] oder multilaterale Streitkräfte. Die zweite Alternative habe sich als unrealistisch erwiesen, da kein Land bereit gewesen sei, für diese Streitkräfte Truppen zur Verfügung zu stellen, und weil mit einem sowjetischen Veto gerechnet werden mußte. Breschnew habe dem Präsidenten in Wien[6] ausdrücklich bestätigt, daß die SU gegen eine solche Lösung ihr Veto einlegen würde. Die US-Regierung habe daraufhin die UNTSO-Lösung mit einer Reihe von Regierungen, darunter auch der sowjetischen und der israelischen, konsultiert. Die SU habe dieser Lösung unter der Voraussetzung zugestimmt, daß sowjetische und amerikanische Truppen ausgeschlossen bleiben. Die amerikanische Regierung habe dies als großen diplomatischen Erfolg gewertet. Um so überraschter sei sie gewesen, als Israel plötzlich am 5. August 1979 Einwände erhoben habe. Diese israelische Haltung sei für die US-Regierung ein Schock gewesen. Seine Regierung sei entschlossen, die UNTSO-Lösung (600 bis 800 Beobachter) weiter zu betreiben, zumal der UN-Generalsekretär[7] sein Einverständnis erklärt habe.[8]

Israelische Angriffe im südlichen Libanon[9]: Die US-Regierung habe die dortigen Vorgänge mit allen zur Verfügung stehenden Erkenntnisquellen gründlich geprüft und dabei festgestellt, daß die israelischen Angaben über die Zahl der Verluste und Verletzungen von Menschen weit untertrieben worden seien, während sich die libanesischen Angaben über die hohen Verluste im wesentlichen als zutreffend erwiesen hätten. Die US-Regierung habe daraufhin gegenüber Israel ihre tiefe Sorge zum Ausdruck gebracht und darauf hingewiesen,

4 Zur „United Nations Emergency Force" vgl. Dok. 161, Anm. 8.

5 United Nations Truce Supervision Organization.

6 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

7 Kurt Waldheim.

8 Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), berichtete am 23. Juli 1979: „Israelische Ablehnung des Einsatzes von U[nited]N[ations]T[ruce]S[upervision]O[rganization] als Ersatz für den voraussichtlichen Wegfall von U[nited]N[ations]E[mergency]F[orce] hat hier bei allen übrigen Beteiligten Überraschung bis Empörung ausgelöst. [...] Insbesondere westliche Missionen (darunter USA) halten es für möglich, daß Israel USA zwingen will, den Versuch zu unternehmen, eine zusätzliche Friedensstreitmacht als UNEF-Ersatz zustande zu bringen. [...] USA legen in jetziger Verhandlungsphase mit Israel Wert darauf, daß es trotz israelischer Ablehnung zu keiner SR-Sitzung über UNEF kommt. Eine solche Sitzung würde als Eingeständnis des Scheiterns des amerikanisch-sowjetischen Kompromisses angesehen werden müssen und USA zu einer Konfrontation mit SU im SR zwingen. Dies würde die Möglichkeit einer amerikanisch-sowjetischen Zusammenarbeit wahrscheinlich endgültig zerstören. Amerikanische Mission hält es nicht für ausgeschlossen, daß dies ein Hauptmotiv für israelische Ablehnung ist. Es wird daran erinnert, daß Israel gegenüber allen Anzeichen amerikanisch-sowjetischer Zusammenarbeit im Nahost-Bereich stets allergisch reagiert hat." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1377; Referat 230, Bd. 128020.

9 Zu den israelischen Militäroperationen gegen Ziele im Libanon vgl. Dok. 134, Anm. 5.
Botschafter Schmidt-Dornedden, Beirut, berichtete am 14. August 1979: „Ein Ende der seit Wochen anhaltenden Bombardements südlibanesischer Städte und Ortschaften (besonders Tyros und Nabatiya) durch israelische Artillerie und Luftwaffe und die Milizen Saad Haddads ist nicht abzusehen. Die Erklärung AM Dayans vom 13.8., wonach sich die USA der Politik israelischer Repressalien gegen palästinensische Basen im Libanon nicht widersetzten, wirkte hier besonders entmutigend. Denn es ist allgemein bekannt, daß solche angeblich gegen palästinensische Stützpunkte gerichteten Angriffe ganz überwiegend libanesische Zivilbevölkerung treffen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 368; Referat 310, Bd. 125015.

daß die gelieferten amerikanischen Waffen (darunter 155-mm-Haubitzen) nur zur Verteidigung benutzt werden dürfen. Seine Regierung habe unter diesen Umständen keine andere Wahl gehabt, als den Kongreß in einem Schreiben über die tatsächlichen Vorgänge zu unterrichten und auf die Verletzung amerikanischen Rechts durch Israel hinzuweisen. Seine Regierung erwarte nunmehr eine Reaktion Israels.

Autonomiegespräche[10]: In den Gesprächen über die Autonomie am Westufer und in Gaza seien prozedurale Fortschritte zu verzeichnen. In der Sache würden die Gespräche allerdings um so schwieriger, je mehr man sich den Kernpunkten nähere.

Resolution 242[11]: Der kuwaitische Resolutionsentwurf enthalte die Forderung nach einem unabhängigen Palästinenserstaat.[12] Einem solchen Konzept könnten die USA unter keinen Umständen zustimmen. Nach amerikanischer Auffassung müßte die Lösung in Richtung einer Föderation oder Konföderation mit Jordanien mit palästinensischer Zustimmung gesucht werden. 1977 sei die PLO einem solchen Lösungsversuch auch schon näher getreten, der damals allerdings gescheitert sei. Bei dem kuwaitischen Resolutionsentwurf handle es sich um den Versuch, das Konzept eines unabhängigen Staates wiederzubeleben.

US-Verhältnis zur PLO: Auf Frage BM Genschers erläuterte Vance, daß die USA seit 1975 unverändert an der Doppelbedingung festhielten, daß die PLO die Resolution 242 und das Recht Israels, in sicheren Grenzen zu leben, akzeptiere. Unter diesen Voraussetzungen seien die USA nach wie vor bereit, die PLO anzuerkennen. BM Genscher bemerkte dazu, daß diese Position der Haltung der EG vergleichbar sei, die im Londoner Beschluß des Europäischen Ra-

10 Referat 310 notierte am 3. Juli 1979 zum Stand der Autonomieverhandlungen: „Im zweiwöchigen Rhythmus treffen sich seit Mai die Vertreter Ägyptens und Israels, um Wahlmodus und Befugnisse eines palästinensischen Verwaltungsrats zu bestimmen, der Westjordanland und Gaza fünf Jahre lang übergangsweise verwalten und während dieser Zeit mit Israel den endgültigen Status dieser Gebiete aushandeln soll. Die Einigung über die Tagesordnung steht noch aus, auf die Ägypten den Siedlungsstopp und die Souveränitätsfrage und Jerusalem einschreiben möchte, d. h. die Kernfrage nach Verwirklichung des Heimatrechts der Palästinenser. Israel dagegen will die Autonomieverhandlungen auf ein Selbstverwaltungsrecht der Bewohner (Bantustan) beschränken und spielt auf Zeit. Der erst spät eingetroffene amerikanische Chefunterhändler Robert Strauss soll den gordischen Knoten durchhauen und notfalls eine Vereinbarung bis zum Mai 1980 erzwingen. Ob in der Folge die Bewohner des Westjordanlandes die Vereinbarung akzeptieren und mit dem Selbstverwaltungsrat kooperieren, hängt von dessen Unabhängigkeit und Befugnissen ab." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135597.

11 Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 20.

12 Gesandter Böcker, London, berichtete am 2. August 1979 über ein Gespräch mit dem Mitarbeiter im britischen Außenministerium, Tomkys. Dieser habe mitgeteilt, der UNO-Sicherheitsrat befasse sich momentan mit einem kuwaitischen Entwurf, der auf eine „weitgehende Änderung" der Resolution Nr. 242 des Sicherheitsrats abziele. Böcker legte dazu weiter dar: „Kuwaitischer Entwurf nimmt in Präambel sowohl auf S[icherheits]R[ats]R[esolution] 242 als auch alle übrigen sich auf Nahost beziehenden Entschließungen der VN (also auch der Generalversammlung) Bezug. Insbesondere soll er auf den Bericht des Ausschusses über Rechte der Palästinenser hinweisen. Operativer Teil des Entwurfs folgt im wesentlichen demjenigen der SRR 242, ergänzt deren Wortlaut jedoch durch einen Passus etwa des Inhalts, daß dem palästinensischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zustehe. Da kuwaitische Delegation, hinter der nach Ansicht des Foreign Office die PLO steht, auf eine baldmögliche Abstimmung über Entwurf drängte, nahm GB als derzeitiger SR-Vorsitzender Vermittlungsgespräche mit Kuwaitis auf, um Veto zu vermeiden und Möglichkeit zu sondieren, den ursprünglichen Entwurf in einen konstruktiven Entwurf umzuwandeln." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1737; Referat 230, Bd. 121011.

tes vom 29.6.1977[13] definiert wurde. Inzwischen müsse man jedoch feststellen, daß die Kontakte von westlichen Parlamentariern und anderen mit der PLO im Wachsen begriffen seien. Man müsse daher sehen, daß die Zeit für die PLO arbeite. Vance stimmte diesen Bemerkungen zu, es handele sich in der Tat um ein äußerst schwieriges Problem.

BM Genscher bemerkte ferner, daß man die Palästinenserfrage nicht mehr als Flüchtlingsproblem bezeichne, sondern vom Selbstbestimmungsrecht, von legitimen Rechten, vom Heimatland oder ähnlichen Formulierungen spreche.

Auf die Frage des Ministers, ob die USA die Konzeption eines unabhängigen Staates als Schlüsselfrage betrachteten, erwiderte Vance, daß die USA in der Tat gegen jede Forderung nach Unabhängigkeit ihr Veto einlegen würden. Die Resolution 242, die wie die EG-Resolution von legitimen Rechten der Palästinenser spreche, müsse unberührt bleiben. Die USA sprächen nicht vom Selbstbestimmungsrecht, sondern von der Teilnahme der Palästinenser an der Entscheidung über ihre Zukunft. Sonderbotschafter Strauss werde Mitte nächster Woche mit Begin und Sadat sprechen.[14]

BM Genscher erwähnte, daß nach seinem Eindruck die meisten arabischen Länder das Konzept einer Konföderation vorziehen, um die Entstehung eines neuen politischen Konfliktherdes zu vermeiden. Auch hier spiele der Zeitfaktor eine große Rolle. Er werde Ende dieses Monats nach Syrien, Jordanien, Libanon und Ägypten reisen[15], im September werde Dayan nach Bonn kommen[16].

Abschließend bemerkte BM Genscher, daß die Entwicklung im Nahen Osten eine strategische Frage von globaler Bedeutung sei. Die arabischen Staaten nähmen zunehmend eine unabhängigere Position ein, wobei er Unabhängigkeit definiere als eine weder pro-östliche noch pro-westliche Haltung. In diesem Prozeß spielten blockfreie Länder wie Jugoslawien, aber auch Rumänien, eine aufklärende Rolle. Aus unserer Sicht sei eine umfassende Nahost-Lösung wünschenswert. Er habe seinen arabischen Gesprächspartnern oft gesagt, daß die Möglichkeit wachsender arabischer Unabhängigkeit auch auf dem amerikanischen Engagement in Europa beruhe, weil dadurch der sowjetische Einfluß gebremst werde. Dies gelte auch für Israel. Vance stimmte diesen Ausführungen zu.

[gez.] Dannenbring

VS-Bd. 539 (014)

13 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats über den Nahen Osten vom 29. Juni 1977 vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 516 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 174.

14 Der amerikanische Sonderbotschafter für den Nahen Osten, Strauss, hielt sich vom 16. bis 20. August 1979 in Ägypten und Israel auf.

15 Bundesminister Genscher hielt sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien, am 28. August im Libanon, vom 29. bis 31. August in Jordanien und vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 240–245, Dok. 247, Dok. 249 und Dok. 250.

16 Der israelische Außenminister Dayan besuchte vom 9. bis 11. September 1979 die Bundesrepublik. Vgl. dazu Dok. 260 und Dok. 261.

224

Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt

114-2639/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2849
Cito

Aufgabe: 11. August 1979, 10.30 Uhr[1]
Ankunft: 11. August 1979, 21.39 Uhr

Betr.: Gespräche BM Genschers mit AM Vance am 9.8.1979 in Washington[2]; hier: DDR

Bezug: DB Nr. 2824 vom 9.8.1979 – VS-NfD[3]

Die folgende Gesprächsaufzeichnung ist von BM noch nicht genehmigt. Es wird angeregt, nach Genehmigung von dort aus die Verteilung zu veranlassen.

AM Vance, der dieses Thema anschnitt, bat BM um seine Bewertung der Entwicklung in der DDR.

BM dankte einleitend für die Erklärung Präsident Carters zum Jahrestag der KSZE[4], in der der Präsident die neue Gesetzgebung in der DDR[5] kritisiert habe. Voraussagen über die Anwendung dieser neuen Gesetze seien kaum möglich. Die innere Entwicklung in der DDR werde wesentlich dadurch beeinflußt, daß 85 Prozent der Bevölkerung die Fernsehsendungen aus der Bundesrepublik sehen könnten. Dabei enthielten nicht nur die politischen Sendungen, sondern gerade auch das Werbefernsehen eine unglaubliche Sprengkraft. Hinzu kämen wirtschaftliche Schwierigkeiten, die praktisch zu einer zweiten Wäh-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 12. August 1979 vorgelegen.
Hat Staatssekretär van Well vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. August 1979 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 218, Dok. 219, Dok. 221, Dok. 223 und Dok. 225–227.

3 Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete über die Gespräche des Bundesministers Genscher mit Präsident Carter und dem amerikanischen Außenminister Vance am 9. August 1979. Vgl. dazu VS-Bd. 539 (014); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Präsident Carter gab zum vierten Jahrestag der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte am 1. August 1979 eine Erklärung ab. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 1352 f.

5 Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, berichtete am 29. Juni 1979: „Die Volkskammer der DDR hat in ihrer Sitzung vom 28. Juni 1979 zahlreiche Gesetzesänderungen beschlossen. Davon betroffen sind neben dem Wahlgesetz der DDR [...] das Strafgesetzbuch, die Strafprozeßordnung, das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, das Personenstandsgesetz, das Zollgesetz, das Devisengesetz. Ferner wurde ein Gesetz über die Gewährung des Aufenthaltes für Ausländer in der Deutschen Demokratischen Republik (Ausländergesetz) beschlossen". Gaus analysierte: „Die strafrechtlichen und strafprozessualen Gesetzesänderungen sowie die Änderungen der zoll- und devisenrechtlichen Bestimmungen lassen als Schwerpunkt eine Verschärfung strafrechtlicher Sanktionen für Delikte gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung erkennen. Dies wird durch die Normierung neuer Tatbestände, die Einfügung zusätzlicher Tatbestandsmerkmale sowie durch die Erweiterung des Strafrahmens bei einer Vielzahl von Delikten und die Erweiterung des Katalogs vorbeugender Maßregeln bewirkt. Damit wird erkennbar innenpolitischen Vorgängen in der DDR aus letzter Zeit Rechnung getragen (Auseinandersetzung mit Schriftstellern; Haltung zu westlichen Medien) und ein zusätzliches strafrechtliches Instrumentarium zur Disziplinierung der eigenen Bevölkerung geschaffen. Besonderes Gewicht kommt den neuen Strafrechtsvorschriften zu, welche die Verbreitung von Nachrichten und Schriften, die den Interessen der DDR schaden können [...], sowie die öffentliche Herabwürdigung der staatlichen Ordnung im In- und Ausland [...] unter Strafe stellen. Darin dürfte eine logische Fortentwicklung der bereits früher gegenüber kritischen Intellektuellen und Journalisten ergriffenen Maßnahmen im rechtspolitischen Bereich zu sehen sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 526; Referat 210, Bd. 116565.

rung (Einkauf mit DM-Gutscheinen[6]) geführt hätten. Es sei jetzt eine Phase erreicht, wo die kommunistischen Staaten mit den Zusagen von Helsinki[7] zunehmend in Konflikt kommen. Dies werde sich auch auf der Moskauer Olympiade[8] erweisen, wo die angemeldeten 7000 westlichen Journalisten nicht nur über Sportereignisse berichten würden. Die KSZE-Folgekonferenz von Madrid[9] biete eine weitere Gelegenheit, an die Menschenrechte zu erinnern, aber man müßte sich gleichzeitig auf zunehmende Probleme in den kommunistischen Ländern einstellen. Die Politik des Ostens sei statisch geworden und im wesentlichen darauf ausgerichtet, Ruhe zu halten. Ein interessantes Beispiel sei Ungarn: Seitdem Kádár die Ausreise ermöglicht habe, kämen viele Leute zurück, weil sie das Bewußtsein hätten, auch wieder ausreisen zu können.

Auf Zwischenfrage von Marshall Shulman, ob es Auswirkungen der DDR-Beziehungen zur Sowjetunion auf das Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion gebe, erwiderte BM, daß hier eine Interdependenz bestehe. Die SU blikke mit Neid auf die wirtschaftlichen Leistungen der DDR und die umfangreichen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Auch solche Tatsachen wie z.B. der von der Bundesrepublik finanzierte Bau der Nord-Autobahn[10] werden von der SU mit einem gewissen Argwohn beobachtet. Es sei das Dilemma der kommunistischen Länder, daß sie einerseits durch die Entspannungspolitik in innere Konflikte kommen, aber andererseits aus wirtschaftlichen Gründen die Entspannung brauchen.

Auf die Frage von Vance nach unserer Einschätzung der Auswirkungen des Papstbesuches in Polen[11] erklärte BM, daß er die Auswirkungen für enorm halte. Die katholische Kirche sei in der Geschichte Polens immer ein nationales Symbol gewesen. Die Ausstrahlung des Papstbesuches gehe aber über die polnischen Grenzen hinaus und erfasse auch Protestanten und Nichtkatholiken z.B. in der DDR. Man müsse bedenken, daß es in Polen seit 1939 keine Möglichkeit der freien Meinungsäußerung gegeben habe. Ferner sei darauf hinzuweisen, daß die marxistisch-leninistische Glaubenskirche seit Stalin keinen Papst mehr habe. Heute werde in Moskau nur pragmatisch regiert und nicht mehr mit dem Mittel der geistigen Führung. Schließlich sei festzustellen, daß der Papstbesuch in Polen ohne die Entspannungspolitik nicht möglich gewesen wäre.

AM Vance stimmte dieser Analyse zu.

[gez.] Dannenbring

VS-Bd. 539 (014)

6 Zur Einführung von Forum-Schecks für den Einkauf in den Intershops der DDR vgl. Dok. 133, Anm. 5.

7 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

8 Vom 19. Juli bis 3. August 1980 fanden in Moskau die Olympischen Sommerspiele statt.

9 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

10 Die Bundesrepublik und die DDR trafen am 16. November 1978 eine Reihe von Vereinbarungen zu Verkehrsfragen und zum Zahlungsverkehr. Sie sahen u.a. den Bau einer Autobahn von Berlin nach Hamburg vor, wofür die Bundesrepublik 1,2 Milliarden DM bereitstellen sollte. Für den Wortlaut der Vereinbarungen vgl. BULLETIN 1978, S. 1247–1255. Vgl. dazu auch AAPD 1978, II, Dok. 347.

11 Papst Johannes Paul II. hielt sich vom 2. bis 10. Juni 1979 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 174, Anm. 24.

225

Flottillenadmiral Seizinger, Washington, an das Auswärtige Amt

114-2640/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2850

Aufgabe: 11. August 1979, 12.15 Uhr[1]
Ankunft: 11. August 1979, 21.39 Uhr

Betr.: Gespräch BM Genschers mit Verteidigungsminister Harold Brown in Washington am 10.8.1979[2]

Vorbemerkung: Die nachstehende Gesprächsaufzeichnung ist von BM Genscher noch nicht genehmigt.

BM Genscher leitete das gut eine halbe Stunde dauernde Gespräch mit einem kurzen Überblick über seine bisher in Washington geführten Gespräche mit Präsident Carter, AM Vance, Senator Byrd[3] und Brzezinski ein.

Brown dankte für die Unterstützung der SALT-Ratifizierung[4] durch die Bundesregierung, die sehr hilfreich gewesen sei, das gelte insbesondere auch für die Äußerungen des Bundeskanzlers und von BM Apel.

Auch das LRTNF-Problem hinge mit dem SALT-Vertrag zusammen, und zwar in dem Sinne, daß es praktisch unmöglich sein werde, die LRTNF durchzusetzen, wenn SALT II nicht ratifiziert werde. Die gleichen Auswirkungen würden für die Rüstungskontrollvorschläge gelten. Er hoffe aber, daß die TNF-Modernisierung und die Rüstungskontrollvorschläge gleichzeitig, nämlich Ende dieses Jahres, beschlossen werden könnten.[5]

BM Genscher bestätigte, daß die im Dezember zu treffende Entscheidung auch nach seiner Meinung beide Elemente enthalten müßte und daß dann mit der Implementierung beider Entscheidungen begonnen werden müßte. Das bedeute für den Rüstungskontrollvorschlag, daß man sich nicht auf vage Absichtserklärungen beschränken sollte, sondern darüber in Verhandlungen eintreten müsse. Er stimme Brown zu, daß die Nichtratifizierung von SALT Probleme für die TNF-Modernisierung bringen würde. Gelte dies auch umgekehrt? Brown

1 Hat Staatssekretär van Well vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. August 1979 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 218, Dok. 219, Dok. 221, Dok. 223, Dok. 224, Dok. 226 und Dok. 227.

3 Im Gespräch mit dem amerikanischen Senator Byrd am 10. August 1979 legte Bundesminister Genscher dar, für wie wesentlich „die Bundesregierung das Zustandekommen von SALT II halte. Er erkundigte sich nach den Chancen für das Erreichen der zur Ratifizierung erforderlichen Mehrheit." Byrd „hob in seiner Antwort darauf ab, daß es nicht einfach sei, bei einem so kontroversen Vertragswerk die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit zustande zu bringen. Er könne jedoch feststellen, daß die bisher von der Administration aufgebotenen Zeugen in den hearings ihre Argumente gut angebracht hätten. Sie hätten es der Opposition schwer gemacht, mit ihren Gesichtspunkten durchzudringen, so daß sich nach dem bisherigen Verlauf der hearings sagen lasse, daß die Aussichten für eine schließliche Billigung des Vertragswerks sich gebessert hätten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2847 des Gesandten Dannenbring, Washington, vom selben Tag; Referat 204, Bd. 115942.

4 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 218, Anm. 8.

5 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

bejahte diese Frage, fügte jedoch hinzu, daß durch den vorgegebenen Zeitplan das eine vor dem anderen kommen würde. Er gehe davon aus, daß die SALT-Ratifizierung vor der Allianz-Entscheidung über TNF abgeschlossen sein werde, aber die positive Haltung zur TNF-Modernisierung werde auch für den SALT-Ratifizierungsprozeß hilfreich sein.

Die amerikanische Regierung sei entschlossen, die TNF-Modernisierung nach Kräften zu fördern. Aaron habe auf seiner Reise[6] detaillierte Vorschläge übermittelt, die natürlich nur Vorschläge seien und über die man mit den Verbündeten noch sprechen könne.

Die amerikanischen Vorschläge enthielten keine seegestützten Systeme, auf die der Bundeskanzler wegen der Einbeziehung der skandinavischen Verbündeten Wert lege. Er (Brown) habe dem Kanzler gesagt, daß diese Lösung die Skandinavier nicht hereinbringen würde, sondern die Beneluxländer hinaus. Denn die Beneluxländer würden sich dann ebenfalls auf die seegestützte Lösung zurückziehen und erklären, daß dies ihr Beitrag sei.

BM Genscher wies darauf hin, daß die Forderung nach einer nicht-singulären Rolle der Bundesrepublik kein deutsch-amerikanisches Problem, sondern ein Bündnisproblem sei. Denn die Übernahme einer singulären Rolle durch die Bundesrepublik würde auf das Bündnis einen desintegrierenden Effekt haben, aber auch nach außen den Eindruck erwecken, daß im Bündnis nur die Bundesregierung zur Mitwirkung bereit sei.

Brown erwiderte, daß er dieses Problem gut verstehe. Die vom BM dargelegte Haltung entspreche auch der amerikanischen Konzeption, weshalb die Aaron-Vorschläge auch die Mitwirkung von fünf Ländern vorsähen. Es sei wichtig, daß sich mehr als ein europäisches Land an der Dislozierung beteilige, und aus militärischen Gründen sei es wichtig, daß eine Mischung von Systemen beschlossen werde. Das Modernisierungsproblem sei nun auf der richtigen Schiene, aber in einigen europäischen Ländern sei diese Schiene ziemlich wackelig. Das liege z.T. auch daran, daß die Positionen der politischen Parteien über die Grenzen hinausreichten. (BM Genscher warf hier ein, daß dies auch Vorteile habe.)

Brown erklärte weiter, daß die britische Haltung in der TNF-Frage hilfreich sei, da sich die neue Regierung[7] eindeutig positiv eingestellt habe.

Brown ging sodann auf das Problem des Kräftegleichgewichts außerhalb der NATO über. Mit Blick auf potentielle Konfliktherde wie den Persischen Golf, Ostafrika, Indischer Ozean, Südafrika, aber auch Mittelamerika seien die USA dabei, Streitkräfte für den Fall eines nichteuropäischen Konflikts aufzubauen.[8] Ein solcher nichteuropäischer Konflikt würde aber gleichzeitig die Interessen der anderen demokratischen Industrienationen berühren. Daneben müßten die USA ihre strategischen Streitkräfte sowie TNF und den konventionellen NATO-

6 Vgl. dazu die Gespräche des stellvertretenden Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Aaron, am 16. Juli 1979 in Bonn; Dok. 210.

7 Am 3. Mai 1979 fanden in Großbritannien Parlamentswahlen statt, aus denen die Conservative and Unionist Party als Siegerin hervorging. Die Bildung einer neuen Regierung erfolgte am 5. Mai 1979 durch Premierministerin Thatcher.

8 Zu den Schnellen Eingreiftruppen der amerikanischen Streitkräfte vgl. Dok. 5, Anm. 21.

Beitrag ausbauen, wobei er hoffe, daß dies nicht allein auf Kosten der USA gehen werde. Vielmehr hoffe er, daß die Verbündeten außer der beschlossenen dreiprozentigen Erhöhung[9] auch einer engeren Zusammenarbeit z.B. im Bereich der Infrastruktur zustimmen würden, denn dies sei erforderlich, um die Planung für Verstärkungen im Kriegsfall durchzuführen. Ein verwandtes Problem sei der „host nation support": Z.B. sei es sinnlos, im Konfliktfall US-Lastwagen nach Europa einzufliegen, wenn genügend deutsche Lastwagen auch für amerikanische Zwecke zur Verfügung stünden. Die Einzelheiten dieser Probleme würden mit Verteidigungsminister Apel ausgearbeitet. Er lege jedoch Wert darauf, daß der Bundeskanzler und der Bundesaußenminister diese Probleme kennen und verstehen.

BM Genscher bestätigte, daß er zu BM Apel ein enges Verhältnis habe und mit ihm voll übereinstimme. Er halte die Hinweise von Brown auf die Lage um das Bündnis herum für wichtig und zutreffend. Auch er sei der Meinung, daß Lösungen von Konfliktsituationen etwa in Südafrika und Nahost für unsere Sicherheit entscheidend seien. Nur solange diese Probleme ungelöst seien, habe die Sowjetunion die Chance der Ausdehnung ihres Einflusses. Darin liegt die strategische Bedeutung dieses Problems.

Brown stimmte zu und ergänzte, daß die demokratischen Industrienationen den Entwicklungsländern wirtschaftlich mehr zu bieten haben. Der sowjetische Einfluß stütze sich hauptsächlich auf Waffenlieferungen und kubanische Stellvertretertruppen.

Auf MBFR übergehend, berichtete Brown, daß er darüber in Wien[10] zweieinhalb Stunden mit Ustinow gesprochen habe[11]. Er glaube, daß es ihm gelungen sei, Ustinow von der Notwendigkeit des Datenaustausches zu überzeugen. Welche Auswirkungen dies haben werde, bleibe allerdings abzuwarten.

Er habe Ustinow jedenfalls klargemacht, daß eine Neudefinition von Streitkräften nur neue Zahlen auf Papier bringen und nicht der Wirklichkeit entsprechen würde. Wenn es zu einer Dateneinigung kommen sollte, könnten nach amerikanischer Ansicht bald weitere Fortschritte bei MBFR erzielt werden. Er sei sich bewußt, daß es noch einige Punkte gäbe, die einerseits den Deutschen und andererseits den Amerikanern Sorge bereiteten, vielleicht käme man bei den für Ende dieses Monats vorgesehenen trilateralen Gesprächen[12] voran.

BM Genscher erwiderte, daß sich diese Gespräche auf gutem Wege befänden. Abschließend erklärte BM Genscher, er habe in seinen Washingtoner Gesprächen bestätigt gefunden, daß es zwischen unseren Regierungen eine enge vertrauensvolle Zusammenarbeit gäbe, die Ausdruck des erstklassigen Verhältnisses zwischen unseren Ländern sei. Man sollte dies auch in der Öffentlich-

9 Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977"; Dok. 62, Anm. 12.

10 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

11 Zum Gespräch des amerikanischen Verteidigungsministers Brown mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow vgl. Dok. 181, Anm. 10.

12 Zum trilateralen Gespräch über MBFR am 24. September 1979 in London vgl. Dok. 216, Anm. 19.

keit zum Ausdruck bringen, denn die Übereinstimmung in allen wesentlichen Fragen sei für beide Seiten vital. Brown stimmte dieser Ausführung lebhaft zu.

[gez.] Seizinger

VS-Bd. 539 (014)

226

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-372.14 USA-1270I/79 geheim **12. August 1979**[1]

Gespräch zwischen Bundesminister und Außenminister Vance am 9. August 1979 ab 12.30 Uhr[2]
hier: MBFR

I. Abkommen über eine erste Phase (Interimsabkommen)

1) Außenminister Vance berichtete, daß man auf amerikanischer Seite der Auffassung sei, man solle prüfen, ob es möglich sein werde, ein MBFR-Abkommen auf der Basis der ersten Phase zu erreichen. Dazu sollten die bereits begonnenen Gespräche unter den Bündnispartnern fortgesetzt werden.

Die Sowjetunion verstehe nach den Erörterungen auf dem Wiener Gipfel[3], daß es nicht möglich sei, bei MBFR Fortschritte im Bereich der Reduzierungen zu machen, ohne daß Einigung über die Daten erzielt werde. Dies betreffe hinsichtlich einer ersten Phase sowjetische und amerikanische Streitkräfte. Ein Reduzierungsabkommen müsse auf einer vereinbarten Datenbasis beruhen.

2) Bundesminister bat Dg 22[4], unsere Überlegungen zu einem Interimsabkommen zu erläutern. Dieser stellte fest:

a) Es bestehe Einverständnis zwischen Bonn, London und Washington, daß in der zweiten Septemberhälfte ein trilaterales Gespräch über dieses Thema stattfinden solle. Dieses Gespräch könne im zeitlichen Zusammenhang mit einer Sitzung der Special Group stattfinden. Tagungsort würde zweckmäßigerweise London oder Bonn sein.[5]

b) Wir seien mit unseren Arbeiten so weit fortgeschritten, daß wir damit rechneten, bis Ende August ein Arbeitspapier formuliert zu haben. Wir beabsichtig-

1 Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 13. August 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister."

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. August 1979 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 218, Dok. 219, Dok. 221, Dok. 223–225 und Dok. 227.

3 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

4 Friedrich Ruth.

5 Zum trilateralen Gespräch über MBFR am 24. September 1979 in London vgl. Dok. 216, Anm. 18.

ten, dies dann Amerikanern und Briten zu geben, damit es als Grundlage für das trilaterale Gespräch dienen könne.[6]

c) Ein Abkommen über eine erste Phase könne nach unserer Vorstellung als Neuerung eine gespaltene Datenbasis haben. Auf dieser Grundlage werde es dann um die Reduzierung sowjetischer und amerikanischer Streitkräfte gehen. Die sowjetischen und amerikanischen Reduzierungen sollten in ihrem Umfang dem Anteil der Streitkräfte beider Staaten im Raum der Reduzierungen entsprechen.

Ein weiteres Element werde die Verknüpfung zwischen Phase 1 und Phase 2 sein, bei dem auch das Ziel übereinstimmender kollektiver Gesamthöchststärken als Ergebnis der Reduzierungen in beiden Phasen festgehalten werden solle.

Es sei damit zu rechnen, daß die östliche Seite im Falle eines Eingehens auf den Gedanken der Konzentration auf Phase 1 einen freeze aller Streitkräfte der direkten Teilnehmer[7] fordern werde. Eine solche Forderung sei wie das Konzept eines freeze überhaupt für den Westen nicht annehmbar, weil damit ohne Datenklärung Disparitäten festgeschrieben würden. Der Westen solle deshalb von sich aus eine Nichterhöhungsabsprache für den Fall einer Einigung auf die Gesamtdatenbasis ins Auge fassen.

3) Bundesminister bekräftigte ausdrücklich, daß keine Aussicht auf Dateneinigung bestehe, wenn wir nicht an den von Dg 22 festgestellten Konditionen für eine Nichterhöhungsabsprache festhielten.

4) Außenminister Vance sagte, daß er mit diesem Gedanken keine Schwierigkeiten habe. Bartholomew warf ein, daß geprüft werden solle, ob und welche andere Möglichkeit einer befriedigenden Lösung für das Problem Nichterhöhung/Dateneinigung es gebe.

5) Bundesminister unterstrich, daß klar gesehen werden müsse, daß die Teilung der Datendiskussion bereits eine westliche Konzession darstelle. Diese Konzession dürfe nicht durch ein weiteres Entgegenkommen belohnt werden.

6 Das Auswärtige Amt legte dem Bundessicherheitsrat für dessen Sitzung am 20. September 1979 „Überlegungen zu einem Zwischenergebnis bei MBFR (Diskussionspapier für trilaterale MBFR-Konsultationen)" vor. Darin hieß es: „Tragbare Grundlage eines Zwischenergebnisses wäre ein zumindest teilweiser Durchbruch bei den Daten, wie ihn eine Einigung über die Daten für amerikanisches und sowjetisches Landstreitkräftepersonal im Raum der Reduzierungen darstellen würde. Auf dieser Grundlage lägen vorgezogene bilaterale Reduzierungen und Beschränkungen der beiden Großmächte im politischen Interesse des Westens, sofern sichergestellt werden kann, daß das westliche Verhandlungsziel der Gesamtparität als Ergebnis des Reduzierungsprozesses nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern gefördert wird. Operativ käme es deshalb darauf an, substantielle Reduzierungen und Limitierungen für amerikanische und sowjetische Landstreitkräfte in einem angemessenen Zahlenverhältnis verbindlich zu vereinbaren; Beschränkungen für nichtamerikanische westliche Teilnehmer zu vermeiden, die ohne Gesamtdateneinigung die östliche Überlegenheit im militärischen Kräfteverhältnis festschreiben würden; alle direkten Teilnehmer auf Fortsetzung der Verhandlungen mit dem Ziel der Herstellung übereinstimmender kollektiver Höchststärken auf der Grundlage einer Dateneinigung festzulegen; begleitende Maßnahmen nach Möglichkeit multilateral zu vereinbaren; Rechtsfolgen für den Fall, daß die Verhandlungen in absehbarer Zeit nicht zu einem weiteren Abkommen mit multilateralen Reduzierungen führen, im Einklang mit westlichen Sicherheitsinteressen zu definieren." Vgl. den Anhang zur Aufzeichnung des Referats 221 vom 11. September 1979; VS-Bd. 11437 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

7 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten schlugen am 26. November 1974 ein Moratorium der Land- und Luftstreitkräfte der elf direkten Teilnehmerstaaten im Reduzierungsgebiet für die Dauer der Verhandlungen vor. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 343.

II. Begleitende Maßnahmen (Associated Measures)

1) Außenminister Vance stellte fest, daß es seit dem Gespräch in Den Haag[8] gelungen sei, Einigung auf ein gemeinsames Vorgehen der begleitenden Maßnahmen 1 und 4 zu erzielen.[9]

2) Der Vertreter des Pentagon, McGiffert, unterstrich, daß substantielle begleitende Maßnahmen außerordentlich wichtige Elemente in einer Allianzposition seien. Ihre Aufgabe sei es, die militärische Lage zu stabilisieren und Vorwarnzeit zu gewinnen. Für die Joint Chiefs of Staff seien die begleitenden Maßnahmen von zentraler Bedeutung bei MBFR. Diese begleitenden Maßnahmen seien zwar mit den vertrauensbildenden Maßnahmen bei der KSZE[10] vergleichbar, doch hätten sie ihre eigene Qualität. Die militärische Relevanz der begleitenden Maßnahmen sei erheblich größer als die traditionellen CBMs. Dazu gehöre auch die Verbindlichkeit entsprechender Absprachen. Für das Pentagon werde es schwierig sein, ein MBFR-Paket zu unterstützen, das nicht angemessene begleitende Maßnahmen enthalte.

3) Bartholomew ergänzte, daß auf Arbeitsebene erhebliche Fortschritte hinsichtlich der Maßnahmen 1 und 4 gemacht worden seien. Es sei danach vorgesehen,

- diese Maßnahmen in Wien für den KSZE-Bereich aller MBFR-Teilnehmer im Detail auszuarbeiten, zusammen mit einer Absichtserklärung, diese Maßnahmen im Rahmen der KSZE zu verhandeln.
- Sollte die Erörterung dieser Maßnahmen auf der KSZE sich als unmöglich erweisen, müßten die Maßnahmen 1 und 4 im MBFR-Zusammenhang weiterverfolgt werden, und zwar für den Geltungsbereich der KSZE CBMs aller direkten Teilnehmer.
- Es bestehe Einvernehmen, daß die Maßnahmen 1 und 4 in die KSZE verwiesen werden sollten, falls sich der Osten dem größeren geographischen Geltungsbereich für die Maßnahmen 1 und 4 widersetzt.

4) Bundesminister stellte fest, es sei wichtig gewesen, daß über diese Frage gesprochen worden sei. Er erinnerte daran, daß er in seinem Gespräch mit Außenminister Vance in Den Haag am 30.5.1979 seine Präferenz für die Behand-

8 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance am 30. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 155.

9 So in der Vorlage.
Zur Frage der begleitenden Maßnahmen 1 und 4 informierte Botschafter Ruth die Botschaft in Washington am 26. Juli 1979, der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Bartholomew, habe ihm „am Rande der letzten Sitzung der Special Group (24./25. Juli) mitgeteilt, daß Washington uns hinsichtlich der Maßnahmen 1 und 4 (out of garrison activities) entgegenkommen wolle. Im Anschluß an die von uns ins Auge gefaßte, aber in Brüssel noch nicht vorgetragene Modifizierung (Erörterung der Maßnahmen bei MBFR mit der Maßgabe, sie in einer Absichtserklärung an die KSZE zu verweisen) sei beabsichtigt, folgende Position einzuschlagen: Die Maßnahmen 1 und 4 sollen bei MBFR mit dem KSZE-Geltungsbereich für die MBFR-Teilnehmer behandelt und soweit vereinbart werden, daß sie als Vorschlag an die KSZE überwiesen werden können. [...] Falls über diese Maßnahmen innerhalb der KSZE Einigung erzielt werden kann, sollen sie Teil der KSZE-Maßnahmen werden. Sollte diese KSZE-Einigung nicht gelingen, dann sollen die Maßnahmen für den KSZE-Geltungsbereich von den MBFR-Teilnehmern allein vereinbart werden." Vgl. den Drahterlaß Nr. 3713; VS-Bd. 11513 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

10 Für den Wortlaut des „Dokuments über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

lung der Maßnahmen 1 und 4 auf der KSZE zu erkennen gegeben habe. Diese Präferenz habe er noch immer. Für ihn sei die Frage wichtig, wie die Vereinigten Staaten die Erreichung einer gemeinsamen Bündnisposition einschätzten, und ob die vorgesehene Behandlung die Erarbeitung einer Bündnisposition für Wien erleichtere.

Er wolle die von Bartholomew vorgetragenen Überlegungen prüfen und werde sich rasch hierzu nach seiner Rückkehr äußern. Im Falle einer positiven Entscheidung für dieses Vorgehen müsse die Frage ihrer Präsentation sehr sorgfältig geprüft werden.

III. Vermerk für Herrn Bundesminister

1) Ich hatte am 10.8.1979 ein zusätzliches Gespräch mit Bartholomew, vor allem über die Maßnahmen 1 und 4. Dabei übergab er mir den Text des von den Amerikanern vorgeschlagenen Szenarios (als Anlage beigefügt[11]).

2) Bartholomew unterstrich, daß die von ihm vorgetragene und mit uns auf Arbeitsebene vorbesprochene[12] Position von Vance, Brown und Brzezinski gebilligt worden sei. Aus amerikanischer Sicht wolle man auf die im Gespräch Bundesminister/Vance vom Bundesminister vorgetragenen Vorstellungen eingehen. Die neue amerikanische Position in dieser Frage stelle eine substantielle Bewegung in Richtung auf unsere Vorstellungen dar. Vor dem Gespräch zwischen Bundesminister und Vance sei die amerikanische Position in dieser Frage „hart wie ein Fels" gewesen.

3) Ich wies darauf hin, daß im Bündnis sicher über den Zusammenhang der Behandlung der Maßnahmen bei MBFR und auf der KSZE gesprochen werden müsse. Dazu gehöre auch der von den Amerikanern gewünschte verbindliche Charakter der Vereinbarung auf der KSZE. Zur Frage der Präsentation erinnerte ich an das trilaterale Einvernehmen, im Zusammenhang mit Absprachen über begleitende Maßnahmen in einer Präambel die bisherigen CBM der KSZE durch die begleitenden Maßnahmen bekräftigen zu lassen. Von hier ließen sich die Maßnahmen 1 und 4 im Zusammenhang der Vertrauensbildung darstellen und als deren Weiterentwicklung präsentieren. Mit dieser Anknüpfung werde es leichter sein, den Schritt aus dem MBFR-Zusammenhang in die KSZE zu tun.

4) Entscheidungsaufzeichnung wird im Laufe des Montags vorgelegt werden.[13]

Ruth

VS-Bd. 14078 (010)

11 Dem Vorgang beigefügt. Für das amerikanische Papier vgl. VS-Bd. 14078 (010).

12 Korrigiert aus: „vorgesprochene".

13 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech vom 13. August 1979 vgl. Dok. 229.

227

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.80-1273I/79 geheim **12. August 1979**[1]

Gespräch zwischen Bundesminister und Außenminister Vance am 9. August 1979 ab 12.30 Uhr[2]
hier: TNF-Modernisierung/Rüstungskontrollvorschlag

1) Außenminister Vance leitete das Gespräch nach dem Mittagessen ein mit einem Hinweis auf die Bedeutung der Arbeit der Special Group und der High Level Group und auf die Einhaltung des Termins für die Allianzentscheidungen. Er bat Mr. Bartholomew, über den Stand der Arbeiten zu referieren.

2) Bartholomew berichtete folgendes:

a) Für den September seien zwei Treffen beider Gruppen vorgesehen, für die die Absicht bestehe, die Berichtsentwürfe fertigzustellen.

b) Danach soll eine Reihe von gemeinsamen Treffen beider Gruppen stattfinden. In diesem Zusammenhang sollen sich nach amerikanischen Vorstellungen auch die Ständigen Vertreter bei der NATO, verstärkt durch Mitglied von High Level Group und Special Group, treffen. Nach seiner Auffassung werde das Haupttreffen beider Gruppen Ende Oktober stattfinden können.[3]

c) Man stelle sich amerikanischerseits vor, daß folgende Unterlagen erarbeitet werden:

- Berichte der Special Group und der High Level Group über Rüstungskontrollposition und TNF-Modernisierung;
- Entwurf einer öffentlichen Erklärung;
- Material für die öffentliche Erläuterung beider Entscheidungen.

3) Bundesminister stellte fest, daß er im Gespräch mit dem Präsidenten[4] die Position der Bundesregierung dargelegt habe, deren Kernelemente in folgendem bestünden:

a) Wir legten Wert auf beides, die TNF-Modernisierungsentscheidung und einen substantiellen rüstungskontrollpolitischen Vorschlag.

b) Im TNF-Modernisierungsbereich und in der Rüstungskontrolle müßte gleichzeitig und gemeinsam entschieden werden und im gleichen Takt mit der Implementierung der Entscheidungen begonnen werden. Für die Rüstungskontrolle bedeute dies, daß der konkrete Vorschlag parallel zur Implementierung der TNF-Modernisierungsentscheidung vorgelegt werden solle.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 13. August 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister."

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. August 1979 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 218, Dok. 219, Dok. 221, Dok. 223–226.

3 Die gemeinsame Sitzung der High Level Group und der Special Group der NATO fand am 28. September 1979 statt. Vgl. dazu Dok. 282.

4 James E. Carter.

c) Es sei wichtig, daß beide Beschlüsse termingerecht, d.h. im Dezember, gefällt würden.[5]

4) Außenminister Vance stellte zu diesem Punkt abschließend fest, daß das Bündnis klare Entscheidungen fällen und dann die notwendigen Schritte folgen lassen solle.

Ruth

VS-Bd. 14078 (010)

228

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem niederländischen Außenminister van der Klaauw

202-321.00 NLD-424/79 geheim **13. August 1979**[1]

Besuch des niederländischen Außenministers van der Klaauw in Bonn am 13. August 1979[2]

Gespräch mit dem Herrn Bundesminister
hier: LRTNF-Modernisierung und SALT

1) Der Herr Bundesminister traf am 13. August 1979 mit dem niederländischen Außenminister zu einem rund zweieinhalbstündigen Gespräch zunächst im kleineren (LRTNF-Modernisierung und SALT, Breda-Häftlinge[3], deutsch-nie-

5 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Blech am 14. August 1979 gefertigt und am folgenden Tag über Staatssekretär Hermes an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Genehmigung" weitergeleitet.
Hat Ministerialdirigent Dröge am 15. August 1979 vorgelegen.
Hat Blech erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herr Minister hat zugestimmt (16.8., auf Flug nach Zagreb)."
Hat Hermes am 17. August 1979 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14077 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Der niederländische Außenminister van der Klaauw hielt sich vom 12. bis 15. August 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in den Niederlanden 15 Todesurteile gegen deutsche Staatsangehörige ausgesprochen, von denen neun in lebenslange Freiheitsstrafen umgewandelt wurden. In der folgenden Zeit wurden fünf Inhaftierte begnadigt. Nach der Überstellung des ehemaligen SS-Sturmbannführers Willi Lages in die Bundesrepublik Mitte 1966 waren noch der ehemalige Kriminalsekretär Franz Fischer, der ehemalige SS-Hauptscharführer Ferdinand aus der Fünten und der ehemalige SS-Oberscharführer Josef Kotalla in Breda inhaftiert. Die Bundesregierung bemühte sich wiederholt um eine Freilassung. Versuche der niederländischen Regierung 1969 und 1972, eine Begnadigung zu erreichen, blieben wegen des Einspruchs des Parlaments ohne Erfolg. Vgl. dazu den Artikel „30 Jahre nach Kriegsende warten fünf Deutsche auf Begnadigung"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. Juni 1975, S. 3.
Kotalla starb am 1. August 1979. Vgl. dazu die Kurzmeldung; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. August 1979, S. 4.
Im Gespräch mit dem niederländischen Außenminister van der Klaauw legte Bundesminister Gen-

derländische Luftverkehrsbeziehungen[4], KSZE, Finanzierung der Haager Akademie für Internationales Recht[5], türkische Flüchtlinge in Hertogenbosch[6]), dann in erweitertem Kreise (südliches Afrika, Indochina-Flüchtlinge[7], Lage in Indochina, Nahost, Energiefragen nach Tokio-Gipfel[8], bilaterale Fragen) zusammen.

An dem Gespräch nahmen außerdem teil

- auf deutscher Seite D 2[9], Dg 41[10], Botschafter Dr. Dreher/Den Haag, LR I Dr. Kölsch (Länderreferat) als Protokollant[11], später auch D 3[12] und RL 013[13];
- auf niederländischer Seite Botschafter van Lynden/Bonn, Botschafter Meyjes (Generaldirektor Europäische Zusammenarbeit), Graf d'Ansembourg (Chef Direktion Atlantische Zusammenarbeit und Sicherheitsangelegenheiten), später auch Herr Sarvaas (stellvertretender Chef Direktion Europa), Herr Ha-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1086

scher am 13. August 1979 dar, „wir seien dankbar, wenn bei den beiden übrigen Häftlingen die Haftentlassung oder Haftaussetzung geprüft würde, zumal der Strafzweck vom Lebensalter her ohnehin erfüllt sei". Van der Klaauw antwortete, „es habe einen Kabinettsbeschluß gegeben, Kotalla freizulassen, damit er in Freiheit sterben könne. Dieser Beschluß sei aber durch den unerwartet schnellen Tod Kotallas bedeutungslos geworden. Die Angelegenheit sei in den Niederlanden mit enormen emotionellen Problemen belastet, wie die Debatte 1972 gezeigt habe. Er wolle jedoch den Justizminister von unserer erneuten Bitte unterrichten." Vgl. den Gesprächsvermerk; Referat 202, Bd. 115659.

4 Der niederländische Außenminister van der Klaauw führte im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 13. August 1979 aus, „im Zeitalter einer ‚Open-sky'-Politik, wie sie den Abkommen zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland einerseits und den USA andererseits zugrunde liege und die von den Niederlanden gutgeheißen würde, bewege sich die Bundesrepublik Deutschland in ihren Luftverkehrsbeziehungen mit den Niederlanden in die entgegengesetzte Richtung". Ministerialdirigent Ungerer erwiderte, „bekanntlich hätten Lufthansa und BMV die amerikanische ‚Open-sky'-Politik nur zögernd akzeptiert. Was für Atlantikstrecken gelte, sei auf anderen Strecken nicht möglich. Im übrigen müsse man auch berücksichtigen, daß aufgrund technischen Fortschritts die Tendenz zu Direktflügen stärker werde. Die Möglichkeit, Los Angeles über Atlanta anzufliegen, mache das bisherige Anfliegen von Amsterdam überflüssig." Vgl. den Gesprächsvermerk; Referat 202, Bd. 115659.

5 Am 13. August 1979 äußerte sich der niederländische Außenminister van der Klaauw im Gespräch mit Bundesminister Genscher „dankbar darüber, daß die BR Deutschland in der Vergangenheit die Haager Akademie für Internationales Recht finanziell unterstützt habe, und erbat eine solche Unterstützung auch für die Zukunft". Ministerialdirektor Blech antwortete, „man habe die Akademie bisher über die politischen Stiftungen unterstützt, die jedoch nicht Dauerzuwender sein dürften. Die Bemühungen, beim Finanzministerium einen eigenen Titel für diese Ausgabe eingerichtet zu bekommen, seien ohne Erfolg geblieben, da dieses keine neuen Zuwendungsempfänger schaffen wolle. Man werde jedoch die Angelegenheit weiter verfolgen." Genscher „ließ seine grundsätzlich positive Haltung zu dem niederländischen Anliegen erkennen". Vgl. den Gesprächsvermerk; Referat 202, Bd. 115659.

6 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 13. August 1979 erläuterte der niederländische Außenminister van der Klaauw das Thema der türkischen Flüchtlinge, „die seit April 1979 Teile der Kathedrale von 's-Hertogenbosch besetzt halten. Die niederländische Regierung sei dankbar, wenn die BR Deutschland einem Teil von ihnen Asyl gewähren könne. In der Gegend von Münster gäbe es bereits eine vergleichbare Gruppe syrisch-orthodoxer Gläubiger." Bundesminister Genscher erwiderte, „daß die Aufnahme von Flüchtlingen Angelegenheit der Länder sei und das Thema von der niederländischen Seite z. B. bei dem anstehenden Besuch in Düsseldorf mit Ministerpräsident Rau besprochen werden könne". Vgl. den Gesprächsvermerk; Referat 202, Bd. 115659.

7 Zu den „Indochina-Flüchtlingen" vgl. Dok. 5, Anm. 33.

8 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

9 Klaus Blech.

10 Werner Ungerer.

11 Die Wörter „als Protokollant" wurden von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt.

12 Andreas Meyer-Landrut.

13 Jürgen Sudhoff.

zewinkel (Chef Büro Nord- und Mitteleuropa) und Herr Bertens (stellvertretender Chef Presseabteilung im niederländischen Außenministerium).

Das Gespräch wurde in Deutsch und bei Detailfragen auf niederländischer Seite in Englisch geführt. Ein Dolmetscher nahm nicht teil.

2) Der Herr *Bundesminister* eröffnete das Gespräch im kleinen Kreis mit dem Thema LRTNF-Modernisierung und verwies auf die beim letzten NATO-Ministerrat[14] dargelegte deutsche Position. Er unterstrich, daß es für uns von zentraler Bedeutung sei, eine positive Entscheidung für eine LRTNF-Modernisierung mit einem rüstungskontrollpolitischen Angebot zu kombinieren. In beiden Arbeitsgruppen werde gut und mit Fortschritten gearbeitet. Vor einer Entscheidung sei es wohl notwendig, die SALT-II-Ratifizierung zu erreichen[15], die positiv auf LRTNF-Diskussion wirken werde. Umgekehrt gingen von positiver Entwicklung bei Diskussion um LRTNF-Modernisierung nützliche Impulse für SALT-II-Beratungen aus. Insofern bestehe zwischen beiden Bereichen eine positive Wechselwirkung. Er habe bei seinem Besuch in Washington (9./10.8.)[16] klargemacht, daß die positiven Äußerungen der Europäer zu SALT II keine Pflichtübung, sondern eine Sache der eigenen Überzeugung seien. Laut Senator Byrd[17] werde der US-Senat die SALT-Ratifizierungsdebatte im Oktober beginnen und im November abschließen. Er, BM, habe gegenüber Byrd darauf hingewiesen, daß Senatsbeschlüsse, die Neuverhandlungen notwendig machen würden, schwerwiegende Folgen haben müßten. Auch Kissinger sei mit seinen Äußerungen ja auch sehr sorgfältig knapp unterhalb der Grenze von Neuverhandlungen geblieben.

Er habe, so Bundesminister, in Washington deutlich gemacht, daß eine Dislozierung nur innerhalb der Bundesrepublik Deutschland kein deutsches, sondern ein Problem innerhalb des gesamten Bündnisses – und zwar nach innen wie nach außen – darstellen würde: Innerhalb des Bündnisses bewirke dies eine Desintegration dadurch, daß unterschiedliche Arten von Verbündeten entstünden; nach außen könnte dies bei der SU den falschen Eindruck erwecken, daß ihre Propaganda bei anderen Bündnispartnern bereits Erfolg zeige.

Er sei froh über Brzezinskis „Stern"-Interview[18], das zeige, daß auch die USA nicht für eine singuläre Position der Bundesrepublik Deutschland seien, und habe dies in Washington positiv erwähnt.

In den USA würden beide Erfordernisse – keine singuläre Position der Bundesrepublik Deutschland und die Notwendigkeit eines gleichzeitigen vernünftigen rüstungskontrollpolitischen Angebots – jetzt verstanden. Außerdem müsse die Entscheidung für eine LRTNF-Modernisierung eine Entscheidung des ganzen Bündnisses sein, auch wenn nur ein Teil der Verbündeten dislozierte.

14 Zur NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 156 und Dok. 159.

15 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 218, Anm. 8.

16 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. August 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 218, Dok. 219, Dok. 221 und Dok. 223–227.

17 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Senator Byrd am 10. August 1979 vgl. Dok. 225, Anm. 3.

18 Vgl. den Artikel „‚Die Europäer könnten auch einmal was tun!'"; STERN vom 9. August 1979, S. 126 f.

3) Außenminister *van der Klaauw* entgegnete, die LRTNF-Modernisierung werde, jedenfalls in den Niederlanden[19], im Herbst ein Hauptproblem der politischen Diskussion sein. Das Komitee, das schon die Kampagne gegen die Neutronenwaffe geführt habe, werde wieder aktiv; sein Vorsitzender[20] werde sich übrigens am 1.9. zu einer Veranstaltung in Bonn befinden. Das Problem liege in den NL weniger innerhalb der Koalitionsregierung[21], sondern eher im Parlament. Dort hätten er, van der Klaauw, und der Verteidigungsminister gesagt, daß es keine festgelegte Position der Regierung gebe. Die Regierung wünsche keine Debatte im Parlament; sie wolle zunächst die Berichte von HLG und SG abwarten. Dann solle es zunächst zu einem nur dem Meinungsaustausch dienenden Treffen von Regierungsmitgliedern mit Parlamentariern aus Auswärtigem und Verteidigungs-Ausschuß kommen. Nach der Tagung der Nuclear Planning Group im November in Holland[22] sei eine Unterrichtung der betreffenden Parlamentsausschüsse über die sich anbahnende Position und ihre Anhörung dazu beabsichtigt, daran anschließend Kabinettsbeschluß noch vor der NATO-Ministerkonferenz im Dezember[23]. Man hoffe, auf diese Weise vor Dezember eine Parlamentsdebatte mit der Gefahr von die Regierung bindenden Entschließungen vermeiden zu können.

In der Tat sei die Verbindung von TNF-Entscheidung und rüstungskontrollpolitischem Angebot wichtig. Ihm mache allerdings die im NL-Parlament anzutreffende Meinung Sorge, daß man ein solches Angebot machen und dann mit der Implementierung der TNF-Entscheidung warten solle. Das Beispiel Neutronenwaffe zeige, daß dies zu nichts führe. Für die US wäre dies sicher nicht akzeptabel. Ob dies von deutscher Seite auch so gesehen werde?

Er stimme zu, daß die Bundesrepublik Deutschland keine singuläre Position innerhalb der NATO einnehmen sollte. Die anderen Bündnispartner müßten mindestens an der Entscheidung über die LRTNF-Modernisierung teilnehmen. Bei seinen Gesprächen in Norwegen habe er[24] Außenminister Frydenlund nach dem norwegischen Beitrag zur LRTNF-Modernisierung gefragt. Er habe jedoch den Eindruck, daß Norwegen nicht einmal bereit sei, einen Beitrag zu der für die TNF-Modernisierung notwendigen Infrastruktur zu leisten, allenfalls denke es an erhöhte Zahlungen an die NATO allgemein.[25]

Erfreulicherweise seien die Kontakte zwischen dem niederländischen Verteidigungsminister Scholten und BM Apel gut. Man solle miteinander und auch mit AM Simonet (BEL) in engem Kontakt bleiben.

19 Zur Haltung der Niederlande bezüglich der TNF-Modernisierung vgl. Dok. 138, Anm. 12.

20 Vorsitzender des Komitees „Stop de Neutronenbomb" war Nico Schouten.

21 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Regierungskoalition".

22 Zur Mimistersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 13./14. November 1979 in Den Haag vgl. Dok. 328 und Dok. 329.

23 Zur gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.
Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

24 Korrigiert aus: „der".

25 Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirektors Blech zurück. Vorher lautete er: „Er habe jedoch den Eindruck, daß Norwegen nicht einmal bereit sei, einen für die TNF-Modernisierung notwendigen Beitrag zur Infrastruktur zu leisten, allenfalls denke es an erhöhte Zahlungen an die NATO allgemein."

Was die niederländische Parteienszene angehe, so bedeute die LRTNF-Modernisierung kein Problem für die Liberalen (VVD), wohl aber für die (in der Opposition befindlichen) Sozialisten (PvdA)[26] und – besorgniserregender – für die mit in der Regierung befindlichen und in dieser Frage gespaltenen Christdemokraten. Hier mache sich die Aktion des Friedenskomitees der Kirchen unter dem Motto „Schafft die Kernwaffen aus der Welt und fangt in den Niederlanden damit an" bemerkbar. Van der Stoel (PvdA) setze sich aktiv gegen diese Kampagne ein. Eine Querverbindung mit den deutschen Sozialdemokraten könne für ihn nützlich sein. Für einen Meinungsaustausch mit den Christdemokraten ergebe sich, so eine zusätzliche Bemerkung von Botschafter *Dr. Dreher*, eventuell bei dem Besuch von Herrn Hasselmann in Den Haag Gelegenheit.

Wichtig werde es für die NL sein, daß durch die TNF-Modernisierung die Zahl der nuklearen Gefechtsköpfe in Europa nicht erhöht werde. Auch eine Modifikation der „missions" der NL-Streitkräfte, die geprüft werde (unbeschadet der Einführung der „Lance"), könnte sich positiv auswirken.

4) Der Herr *Bundesminister* bestätigte, daß die TNF-Entscheidung selbstverständlich eine Entscheidung des ganzen Bündnisses sein müsse. Die diese Entscheidung vorbereitenden Arbeitsgruppen HLG und SG brauchten jedoch schon vorher Entscheidungen der teilnehmenden Regierungen.

Auf Aufforderung des Herrn Bundesministers stellte *D2* den weiteren zeitlichen Ablauf der Arbeit von HLG und SG dar. Gerade auch in der SG entwickle sich die Arbeit gut, so daß man von einem gewissen zeitlichen Vorlauf sprechen könne.

Bundesminister begrüßte dies, da ein solcher Vorlauf (unbeschadet der Gleichzeitigkeit der abschließenden Entscheidung) die TNF-Arbeiten psychologisch fördere, indem er die Ernsthaftigkeit des rüstungskontrollpolitischen Elements deutlich mache. Die Verbindung von TNF-Entscheidung und rüstungskontrollpolitischem Angebot werde in Deutschland auch von einer Reihe von Persönlichkeiten außerhalb des Kabinetts als wesentlich betrachtet, wie z. B. von Herrn Ehmke in seinem „Spiegel"-Interview vom heutigen Tage.[27]

Sobald eine TNF-Entscheidung vorliege, sollte mit ihrer Implementierung angefangen werden, unabhängig davon, ob die andere Seite auf das gleichzeitige rüstungskontrollpolitische Angebot eingehe. Würde man mit der Implementierung warten wollen, komme es zu einem freeze, und zwar nur auf westlicher Seite, da die östliche mit ihrer Rüstung sicher weitermachen würde. Die Erfahrungen mit B-1[28] und der Neutronenwaffe[29] sprächen für sich.

Im übrigen seien sich die US klar, daß die eigentliche Produktionsentscheidung von ihnen zu treffen sei.

Herr D2 wies auf den haushaltspolitischen Aspekt der LRTNF-Problematik in den USA hin. Die Zahlen für den Haushalt des im Oktober 1980 beginnenden

[26] Zur Haltung der PvdA bezüglich der TNF-Modernisierung vgl. Dok. 144, Anm. 6.

[27] Vgl. den Artikel „Wir können auf Kernenergie nicht verzichten"; DER SPIEGEL vom 13. August 1979, S. 23–26.

[28] Präsident Carter teilte am 30. Juni 1977 auf einer Pressekonferenz in Washington den Verzicht auf die Produktion des Bombers vom Typ „B-1" mit. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1977, S. 1197–1200.

[29] Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Carter vom 7. April 1978; Dok. 13, Anm. 10.

fiscal year 1981 müßten bis Januar 1980 dem Kongreß vorliegen. Wenn die TNF-Modernisierungsprogramme durchgeführt werden sollten, müßte das Budget entsprechende Ansätze enthalten, was nur auf Grund einer vorherigen positiven Bündnisentscheidung möglich sei. Wegen der SALT-Ratifizierung würden jedoch einzelne Senatoren darauf drängen, den Budgetentwurf mit genauen Zahlen über die zukünftigen militärischen Aufwendungen, aufgegliedert nicht nur nach allgemeinem Verwendungszweck, sondern nach einzelnen Waffensystemen, schon vor der Ratifizierungsentscheidung, d.h. bereits im Oktober/November, zu sehen.

Außenminister *van der Klaauw* befürchtete, daß eine derartige Aufgliederung, werde sie vor einer Bündnisentscheidung bekannt, in den Niederlanden als Druck interpretiert werden und zu Schwierigkeiten führen könne, was Herr *Bundesminister* mit dem Hinweis entkräftete, der Senat wolle eine Aufgliederung nach Waffensystemen, nicht nach Ländern. Falls man es mit dem Wunsch, daß SALT II ratifiziert werde, ernst meine, müsse man die von D2 dargestellten Zusammenhänge im Auge haben.

Graf d'Ansembourg verwies auf Pressemeldungen, denen zufolge die SALT-Ratifizierung im Senat davon abhängig sei, daß der amerikanische Verteidigungshaushalt erhöht würde, und fragte, ob auch wir den Eindruck hätten, daß eine positive Entwicklung der TNF-Modernisierungsentscheidung für die SALT-Ratifizierung hilfreich wäre.[30] Graf d'Ansembourg fügte hinzu[31], bislang sei man („wir" – Niederländer? Europäer?) der Meinung, daß erst SALT ratifiziert werden müsse und dann zugunsten LRTNF-Modernisierung entschieden werden könne. Dagegen argumentierten die USA, speziell Herr Aaron (stellvertretender amerikanischer Sicherheitsberater), falls Europa für die LRTNF-Modernisierung votiere, gelänge es, die ausschlaggebenden Stimmen für eine Mehrheit im US-Senat für die SALT-Ratifizierung zu gewinnen.

VS-Bd. 14077 (010)

30 An dieser Stelle wurde folgender Satz von Ministerialdirektor Blech gestrichen: „Bundesminister bemerkte, daß die USA von der Verwundbarkeit ihrer strategischen Systeme in den USA ausgingen, die unverwundbar gemacht werden müßten; die LRTNF-Modernisierung unterstütze diese Sicherheitsmaßnahmen."

31 Die Wörter „fügte hinzu" wurden von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „führte aus".

229

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

221-372.20/4-1298/79 geheim **13. August 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] dem Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte um Entscheidung vorgelegt

Betr.: Begleitende Maßnahmen;
hier: Neue amerikanische Vorschläge zu den Maßnahmen 1 und 4 (Ankündigung von Divisionsaktivitäten und Einladung von Beobachtern dazu)[4]

Anl.: 1[5]

Vorschlag:

1) Die von den Amerikanern vorgeschlagene Lösung für die Behandlung der begleitenden Maßnahmen 1 und 4 (Ankündigung von Divisionsaktivitäten und Einladung von Beobachtern dazu) zu billigen, wobei davon ausgegangen werden kann, daß die Amerikaner im einzelnen einer exakteren Formulierung ihres bisherigen Vorschlags (engl. Fassung s. Anl.) zustimmen werden.[6] (Diese Lösung wurde mit uns unter Mitwirkung des BMVg auf Arbeitsebene abgestimmt und vom Herrn Staatssekretär[7] gebilligt):

A. Die Bundesrepublik Deutschland schlägt in der NATO vor, die Maßnahmen 1 und 4 als Teil eines MBFR-Pakets begleitender Maßnahmen in Wien im Detail zu erörtern (und zwar bezogen auf das KSZE-Gebiet aller MBFR-Teilnehmer) und eine Ost-West-Absichtserklärung zu formulieren, diese Maßnahmen im Rahmen der KSZE zu vereinbaren.

B. Die Vereinigten Staaten würden diesen deutschen Vorschlag aufgreifen und folgendes zusätzlich vorschlagen:

- In Übereinstimmung damit sollten die begleitenden Maßnahmen 1 und 4, bezogen auf den Geltungsbereich der KSZE, für alle MBFR-Teilnehmer in Brüssel zwischen den Bündnispartnern und in Wien mit dem Osten für die künftige verbindliche Annahme in der KSZE erarbeitet werden.
- Sollte sich die Behandlung in der KSZE aus Gründen als unmöglich erweisen, die nicht von der Haltung der MBFR-Teilnehmer abhängen, sollte der Westen die Maßnahmen 1 und 4 weiter behandeln, allerdings bezogen auf das KSZE-Gebiet aller Teilnehmer.

1 Die Aufzeichnung wurde von Botschafter Ruth konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 13. August 1979 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Hermes am 13. August 1979 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 14. August 1979 vorgelegen.

4 Zur Frage begleitender Maßnahmen bei den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 226, Anm. 9.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für die amerikanischen Vorschläge zu begleitenden Maßnahmen bei MBFR vgl. VS-Bd. 11513 (221).

6 Der Passus „wobei ... zustimmen werden" wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt.

7 Günther van Well.

– Schon bevor diese Maßnahmen in der KSZE verbindlich beschlossen werden, sollten die MBFR-Teilnehmer nach Auffassung der Vereinigten Staaten zustimmen, sich in Übereinstimmung mit den begleitenden Maßnahmen 1 und 4, wie sie in Wien ausgearbeitet worden sind, zu verhalten.

C. Die Bundesrepublik Deutschland würde diesem Vorschlag mit folgender Maßgabe zustimmen:

In einer internen NATO-Absprache stimmen die Alliierten überein, daß Maßnahmen 1 und 4 sich auf das KSZE-Gebiet aller MBFR-Teilnehmer beziehen würden. Sollte der Osten nicht bereit sein, diesen geographischen Bezug zu erörtern und zu akzeptieren, würden die an MBFR teilnehmenden[8] Bündnispartner die Diskussion dieser Maßnahmen in die KSZE verlegen.

D. Die Vereinigten Staaten würden dann dem deutschen Vorschlag für eine interne Absprache zustimmen.

2) Zuzustimmen, daß der deutsche Vertreter in der NATO

– bei der Präsentation dieser Vorschläge auf den Zusammenhang der Maßnahmen 1 und 4 mit den vertrauensbildenden Maßnahmen der KSZE[9] und auf den Unterschied zur Verifizierung von Reduzierungsmaßnahmen[10] hinweist;
– sicherstellt, daß als Teil des NATO-Pakets begleitende Maßnahmen, wie von uns bereits vorgeschlagen, alle MBFR-Teilnehmer die bisherigen vertrauensbildenden Maßnahmen der KSZE formell bekräftigen,
– sicherstellt, daß die begleitenden Maßnahmen 1 und 4 unter Berücksichtigung des im ersten Anstrich genannten Zusammenhangs[11] und unmittelbar nach der genannten Bekräftigung der bisherigen vertrauensbildenden Maßnahmen im NATO-Paket aufgeführt werden.

3) Diese Aufzeichnung dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Bundesminister der Verteidigung[12] zur Kenntnisnahme und zur Zustimmung zu den obengenannten Vorschlägen zuzuleiten.

I. Bisherige Position

1) Die Vereinigten Staaten haben bisher in der NATO, unterstützt von fast allen Bündnispartnern, die Behandlung der Maßnahmen 1 und 4 bezogen auf den Raum der Reduzierungen vorgeschlagen.

2) Wir haben von Anfang an, d.h. seit Januar 1978, als wir den ersten Substanzvorschlag für die begleitenden Maßnahmen in die NATO eingeführt haben, es für erforderlich bezeichnet, daß diese Maßnahmen nicht auf Mitteleuropa begrenzt sein dürfen, sondern mindestens für den Geltungsbereich der vertrauensbildenden Maßnahmen bei der KSZE Anwendung finden sollen, soweit

8 Die Wörter „an MBFR teilnehmenden" wurden von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt.

9 Für den Wortlaut des „Dokuments über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

10 Der Passus „und ... Reduzierungsmaßnahmen" wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt.

11 Der Passus „unter ... Zusammenhangs" wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „im logischen Zusammenhang".

12 Hans Apel.

die MBFR-Teilnehmer davon betroffen sind. Für die Sowjetunion bedeutet dies eine Anwendung dieser Maßnahmen auf ein Gebiet 250 km östlich von der sowjetischen Westgrenze.

3) Diese Ausweitung wurde zunächst von den Amerikanern in bilateralen und trilateralen Vorbereitungsgesprächen abgelehnt. Daraufhin haben wir vorgeschlagen, die Maßnahmen 1 und 4 nicht bei MBFR, sondern auf der KSZE zu verhandeln. Wir haben dabei darauf hingewiesen, daß mit dem Budapester Kommuniqué vom 15.5.79[13] insofern eine neue Lage entstanden sei, als sich der Warschauer Pakt in bezug auf die Vorankündigung von militärischen Bewegungen der schon in Belgrad[14] vom Westen vertretenen Position angenähert habe.

Die Amerikaner sahen sich zunächst auch nicht in der Lage, diesem Vorschlag zuzustimmen.

4) Bei einem Gespräch zwischen Bundesminister Genscher und Außenminister Vance am 30. Mai in Den Haag hat der Bundesminister unsere Position dargelegt und sie dann mit Zustimmung von Vance im NATO-Rat erläutert.[15] Vance hatte die vom Bundesminister vorgetragene Position als diskutabel bezeichnet.

5) Im Juni haben wir unser revidiertes Arbeitspapier zu den begleitenden Maßnahmen in die NATO eingeführt.[16] Dabei haben wir uns auf die Maßnahmen konzentriert, über die in trilateralen deutsch-britisch-amerikanischen Gesprächen Übereinstimmung erzielt werden konnte:

- Vorankündigung von größeren Bewegungen der Landstreitkräfte in den Raum der Reduzierungen hinein.
- Durchlaufpunkte für Stationierungsstreitkräfte mit Beobachtern.
- Austausch militärischer Informationen im Zusammenhang mit der Implementierung vereinbarter Reduzierungen und der Aufrechterhaltung übereinstimmender kollektiver Gesamthöchststärken.

13 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 329–332.

14 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 320 und Dok. 373, und AAPD 1978, I, Dok. 16, Dok. 24, Dok. 25, Dok. 60 und Dok. 88.

15 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance am 30. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 155.
Zur NATO-Ministerratstagung am 30./31. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 156 und Dok. 159.

16 Botschafter Ruth übermittelte den Botschaften in Washington und London sowie der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 13. Juni 1979 den Entwurf einer Draft Guidance zu begleitenden Maßnahmen bei MBFR und eines Arbeitspapiers zur Begründung des Entwurfs einer Draft Guidance „zur internen Unterrichtung". Dazu vermerkte er: „NATO-Vertretung wird jedoch gebeten, die beiden Papiere bereits jetzt zur Verteilung an die übrigen NATO-Delegationen und an das NATO-Sekretariat vorzubereiten." Vgl. den Drahterlaß Nr. 2942; VS-Bd. 11512 (221); B 150, Aktenkopien 1979.
Botschafter Ruth informierte die Botschaften in Washington und London sowie die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel am 18. Juni 1979 darüber, daß das Auswärtige Amt durch die Botschaft der USA in Bonn über die amerikanische Reaktion auf die am 13. Juni 1979 übergebenen Papiere unterrichtet worden sei. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 2993; VS-Bd. 11512 (221); B 150, Aktenkopien 1979.
Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 12. Juli 1979: „In Sitzung Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene vom 12.7. haben wir unser Arbeitspapier nebst Weisung zu begleitenden Maßnahmen eingeführt. [...] GB und B legten Vorbehalt wegen Herausnahme vertrauensbildender Maßnahmen 1 und 4 ein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 753; VS-Bd. 11513 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

– Nichtbehinderung technischer Aufklärungsmaßnahmen beider Seiten.

6) Die Briten haben, wie trilateral verabredet, gleichzeitig ein Papier zu Land- und Luftinspektionen in die NATO eingeführt.[17]

7) Auf Bitten der Amerikaner haben wir die begleitenden Maßnahmen 1 und 4 zunächst zurückgestellt. Wir haben bei der Einführung unseres Arbeitspapiers jedoch klargemacht, daß wir einer Behandlung dieser Maßnahmen im Rahmen der KSZE den Vorzug geben.
Den Amerikanern und Briten haben wir mitgeteilt, daß wir uns folgende Alternativpositionen vorstellen könnten:

a) Dem Osten in Wien vorzuschlagen, die Maßnahmen 1 und 4 in den KSZE-Prozeß oder ein anderes geeignetes Forum einzuführen,

b) Maßnahmen 1 und 4 als ein Teil des MBFR-Pakets begleitender Maßnahmen zwischen Ost und West in Wien im Detail zu erörtern (und zwar bezogen auf das KSZE-Gebiet aller MBFR-Teilnehmer) und eine Ost-West-Absichtserklärung zu formulieren, diese Maßnahme im Rahmen der KSZE zu vereinbaren.

II. Bewertung

1) Mit ihren neuen Vorschlägen übernehmen die Amerikaner unseren Alternativvorschlag und entwickeln ihn weiter.

2) Die Amerikaner haben ausdrücklich bekräftigt, daß sie mit diesen Vorschlägen den Überlegungen Rechnung tragen wollen, die der Bundesminister am 30. Mai in Den Haag gegenüber Außenminister Vance dargelegt hat. Sie machen darauf aufmerksam, daß hierin eine substantielle Veränderung der amerikanischen Position zu den Maßnahmen 1 und 4 im Sinne unserer Vorschläge erfolgt sei. Diese Veränderung geht allerdings nicht so weit, die Verbindung der begleitenden Maßnahmen, die den CBMs im Sinne der KSZE näher als der eigentlichen Verifikation von Reduzierungsmaßnahmen stehen, zu MBFR ganz zu lösen und diese begleitenden Maßnahmen als CBMs von vornherein in die KSZE zu bringen. Die Motive hierfür liegen in dem Bekenntnis, das Erfordernis größerer Vorwarnzeit (Sen. Nunn![18]) zu befriedigen.[19]

17 Vortragender Legationsrat I. Klasse Rückriegel informierte die Botschaften in Washington und London sowie die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel am 22. Juni 1979: „Das britische Papier zu Inspektionsmaßnahmen konnte wegen noch offener Punkte nicht mehr rechtzeitig zur Einführung in den Politischen Ausschuß auf Gesandtenebene am 21.6. fertiggestellt werden." Folgende Punkte seien noch ungeklärt: „a) Ablehnungsrecht: Hierzu werden die Briten eine Neuformulierung vorschlagen, die deutschen wie amerikanischen Anliegen Rechnung tragen soll. b) Die Amerikaner werden sich erneut Gedanken über die Frage des Lufttransports während der Inspektionen machen (wir plädieren für Stellung von Hubschraubern bzw. niedrig fliegenden Flugzeugen durch die inspizierte Seite, während die Amerikaner das Recht der inspizierenden Seite für die Gestellung eigener Transportmittel in allen Fällen in Anspruch nehmen wollen). c) Wir sollen uns überlegen, ob wir einer Erhöhung der Zahl der Inspektionen um zwei zustimmen können, d.h. statt 16 Inspektionen 18 pro Jahr. Der Herr Staatssekretär hat inzwischen der Erhöhung auf 18 Inspektionen zugestimmt." Vgl. den Drahterlaß Nr. 3080; VS-Bd. 11513 (221); B 150, Aktenkopien 1979.
Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 12. Juli 1979 über die Sitzung des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene am selben Tag: „Briten legten ihr Papier zu Inspektionsmaßnahmen vor, wobei sie in Erläuterung Spektrum von 12 bis 24 Inspektionen mit 18 als ihre Präferenz nannten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 753; VS-Bd. 11513 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

18 Zum MBFR-Konzept des amerikanischen Senators Nunn vgl. Dok. 79, Anm. 12.

19 Der Passus „Diese Veränderung ... befriedigen" wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt.

3) Mit dieser amerikanischen Positionsveränderung zu den begleitenden Maßnahmen 1 und 4 haben die Amerikaner gleichzeitig

- eine wesentliche Veränderung ihrer Haltung zum Verhältnis vertrauensbildender Maßnahmen zu begleitenden Maßnahmen vollzogen. Sie haben die von uns vertretene Unterscheidung zwischen Vertrauensbildung und Verifikation anerkannt;
- zugestimmt, diese im wesentlichen vertrauensbildenden Maßnahmen nicht nur auf den Raum der Reduzierungen, sondern auf den Geltungsbereich der KSZE-CBMs aller MBFR-Teilnehmer auszuweiten;
- unseren Wunsch akzeptiert, zu versuchen, diese Maßnahmen abschließend im KSZE-Rahmen zu verhandeln;
- zugestimmt, eine NATO-interne Position zu formulieren, die Maßnahmen in die KSZE zu verweisen, falls sie bei MBFR nicht mit dem größeren Geltungsbereich verhandelt werden können.

Die Amerikaner sind damit auf die wesentlichen Punkte unserer Position eingegangen.

4) Bei der jetzt von den Amerikanern vorgeschlagenen Position stellen sich folgende verhandlungstaktische Probleme:

- Einen Präzedenzfall für die weitgehende Vorerörterung vertrauensbildender Maßnahmen durch die MBFR-Teilnehmer und ihre abschließende Behandlung auf der KSZE gibt es noch nicht.
- Ob sich die östliche Seite auf eine Behandlung der Maßnahmen 1 und 4 bei MBFR mit dem größeren geographischen Geltungsbereich einlassen wird, ist nicht vorauszusagen.
- Der Wunsch der Amerikaner, Maßnahmen 1 und 4 auf der KSZE verbindlich zu vereinbaren, wäre eine Abweichung von dem bisherigen Charakter der vertrauensbildenden Maßnahmen der KSZE – bzw. vom politischen, nicht rechtlichen Charakter der Schlußakte.[20]
- Frankreich könnte sich als einziger Bündnispartner, der nicht gleichzeitig MBFR-Teilnehmer und KSZE-Teilnehmer ist, einem solchen Vorgehen widersetzen.

5) Dazu ist folgendes zu sagen:

- Alle MBFR-Teilnehmer sind auch KSZE-Teilnehmer. Das Budapester Kommuniqué des Warschauer Pakts bietet einen Anknüpfungspunkt für die Behandlung des Themas. Die Position der 19 MBFR-Teilnehmer würde nicht als unabänderlich in die KSZE eingeführt werden, sondern als gemeinsam getragener Vorschlag.
- Mit der Bereitschaft, Maßnahmen 1 und 4 auf den größeren Geltungsbereich bei MBFR auszudehnen, gehen die Amerikaner zum ersten Mal auf einen von uns von Anfang der MBFR-Verhandlungen an geäußerten Wunsch ein. Insofern besteht durch die neuen amerikanischen Vorschläge für uns eine neue verbesserte Situation, selbst wenn sie sich in Wien jetzt noch nicht

[20] Der Passus „bzw. vom ... Schlußakte" wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt.

durchsetzen lassen sollte. Die Frage, ob dies möglich ist, kann nicht abschließend beurteilt werden. Immerhin hat auch die östliche Seite in früheren Vorschlägen mindestens eine Regelung ins Auge gefaßt, die sich nicht nur auf den Raum der Reduzierungen bezieht, nämlich den Gedanken der Auflösung abgezogener Verbände.

Für die bündnisinterne Diskussion wird es von Bedeutung sein, daß die nicht-direkten MBFR-Teilnehmer ein zunehmendes Interesse an Regelungen zeigen, die für die Flankensicherung relevant sind. Dieses Interesse gilt besonders für Norwegen und die Türkei[21].

- Die Frage der Verbindlichkeit[22] bei der KSZE wird ein wichtiges Thema bei den Erörterungen in der NATO sein. Dies ist ein spezifisch amerikanischer Vorschlag, den sie vor allen Dingen vertreten werden. Wir selbst haben in unseren internen Überlegungen die Möglichkeit der Weiterentwicklung vertrauensbildender Maßnahmen auch hinsichtlich ihres Verpflichtungsgrades nicht ausgeschlossen. Soll der nichtrechtliche Charakter der Schlußakte erhalten bleiben (was für uns wichtig ist), könnte dies zunächst durch Verzicht auf die ausdrücklich festgelegte Freiwilligkeit geschehen.[23]
- Zur Frage der französischen Reaktion:
- Bei der Erörterung unserer Gedanken, die Maßnahmen 1 und 4 in der KSZE zu diskutieren, haben die Franzosen den Wunsch geäußert, daß wir bei unseren Überlegungen die Behandlung dieser Maßnahmen auf der von ihnen vorgeschlagenen Europäischen Abrüstungskonferenz[24] ebenfalls als möglich in Betracht ziehen sollen. Die bisherige französische Haltung zu MBFR[25] spricht dafür, daß sie einen in Wien vorbereiteten Vorschlag für die KSZE skeptisch aufnehmen werden. Andererseits sind die Implikationen des französischen Vorschlags für eine Europäische Abrüstungskonferenz für die CBMs der KSZE oder für die begleitenden Maßnahmen von MBFR noch nicht ausdiskutiert.

6) Bei Abwägung der Vorteile und der Schwierigkeiten der neuen amerikanischen Position, auch der Schwierigkeiten, die sich bei ihrer Ablehnung durch uns ergeben würden, überwiegen die Vorteile erheblich.[26] Die geschilderten Schwierigkeiten werden bei der Behandlung der amerikanischen Vorschläge in der NATO und bei ihrer Präsentation berücksichtigt werden müssen.

21 Zur Haltung der Türkei in der Frage begleitender Maßnahmen bei den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 74, Anm. 13.

22 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl am 13. August 1979 handschriftlich: „Die Implikationen sollten zunächst auf dt. Seite geprüft werden: Ermutigung des Ostens, andere Teile der Schlußakte zu verbindlichen Absprachen auszubauen (Gewaltverzicht, Nichtangriffspakt). Östl[iche] Tendenz, den Bestimmungen über die Grenzen friedensvertragsähnl[iche] Bedeutung beizumessen."

23 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt.

24 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 3, Anm. 16.

25 Zur französischen Haltung zu MBFR vgl. AAPD 1977, II, Dok. 353.

26 Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Ministerialdirektors Blech zurück. Vorher lautete er: „Bei Abwägung der Vorteile und der Schwierigkeiten der neuen amerikanischen Position überwiegen die Vorteile ganz erheblich."

III. Präsentation

Bei der Präsentation im Bündnis und in Wien wäre folgendes zu berücksichtigen:

1) Die vertrauensbildenden Maßnahmen der KSZE haben sich bewährt. Ost und West haben bereits Erfahrung mit ihrer Implementierung gesammelt. Dies betrifft vor allem solche Teilnehmer der KSZE, die auch Teilnehmer von MBFR sind. Diese Erfahrung gilt es für MBFR zu nutzen.

2) In Erkenntnis der Bedeutung der CBMs haben wir bereits vorgeschlagen, daß als Teil eines Pakets begleitender Maßnahmen alle MBFR-Teilnehmer die auf der KSZE vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen bekräftigen.

3) Die MBFR-Teilnehmer haben im Kommuniqué vom 28. Juni 1973[27], mit dem der Beginn der Verhandlungen beschlossen wurde, als Ziel der Verhandlungen festgestellt, „zu stabileren Beziehungen und zur Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa beizutragen". Diesem Auftrag würde es entsprechen, wenn die MBFR-Teilnehmer einen Beitrag zur Weiterentwicklung der vertrauensbildenden Maßnahmen auch im Rahmen der KSZE leisten würden.

4) Der vertrauensbildende Charakter der Maßnahmen 1 und 4, neben ihren Wirkungen zur Verbesserung der Vorwarnzeit, könnte dadurch verdeutlicht werden, daß sie in einem MBFR-Paket unmittelbar im Anschluß an die Bekräftigung der CBMs aufgeführt werden. Beide Maßnahmen, d.h. die Vorankündigung von Divisionsaktivitäten und die Einladung von Beobachtern dazu, würden in einem unmittelbaren Zusammenhang darzustellen sein.

5) Es ist keine Frage, daß gerade die MBFR-Teilnehmer ein besonderes Interesse an der Weiterentwicklung der vertrauensbildenden Maßnahmen haben. Ihre Vorberatung im MBFR-Zusammenhang würde damit sowohl ihrem eigenen Interesse als auch der Weiterentwicklung der CBM bei der KSZE zugute kommen.

6) Sollte sich auf der KSZE in Madrid[28] oder bis dahin ergeben, daß der französische Vorschlag für eine Abrüstungskonferenz eine Chance hat, wäre dann zu prüfen, ob diese Maßnahmen 1 und 4 nicht in diesem Rahmen erörtert werden sollten, in dem nach französischer Auffassung anders als bei der KSZE verbindliche Absprachen getroffen werden sollen.

IV. Land- und Luft-Inspektionen

1) Über die britischen Vorschläge zu den Land- und Luftinspektionen besteht trilateral und im Bündnis weitgehende Übereinstimmung.

2) Der britische Vorschlag enthält im wesentlichen folgende Punkte:

- Quotensystem: Zahl der pro Kalenderjahr zulässigen Boden- und Luftinspektionen wird festgelegt (Kompromißzahl 18).
- Antrag: Die einzelne Inspektion wird kurzfristig beantragt und darf von der Gegenseite nur in begründeten Ausnahmefällen abgelehnt werden.

27 Für den Wortlaut des Schlußkommuniqués der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu auch AAPD 1973, II, Dok. 207.

28 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

- Inspektionsräume: Die einzelne Inspektion wird auf 1/30 des Gesamtraums der inspizierten Seite begrenzt (10 000 km² im Westen, 18 000 km² im Osten).
- 15 Treffpunkte und der Zugang zu ihnen werden auf beiden Seiten vorher festgelegt.
- Zufahrt oder Anflug bis zum Treffpunkt mit eigenen Transportmitteln der inspizierenden Seite.
- Luftinspektionen durch niedrig fliegende Flugzeuge oder Hubschrauber (unsere Forderung: der inspizierten Seite).

3) Offen sind lediglich noch folgende Punkte:

a) Zahl der Inspektionen:

Hier haben wir uns zu 18 Inspektionen jährlich bereit erklärt. Es ist davon auszugehen, daß die Amerikaner, die ursprünglich 24 Inspektionen haben wollten, dem zustimmen werden.

b) Benutzung von niedrig fliegenden Flugzeugen für die Luftinspektionen und den notwendigen Lufttransport zu Inspektionen:

Die Amerikaner haben gewünscht, dazu Flugzeuge der inspizierenden Seite zu verwenden. Wir haben die Position vertreten, daß aus politischen und flugtechnischen Erwägungen heraus die inspizierte Seite die Flugzeuge stellen soll mit zweckmäßigen Regelungen für die Benutzung dieser Flugzeuge. Die Amerikaner haben zu erkennen gegeben, daß sie letztlich dieser Position unter der Voraussetzung der Ausarbeitung geeigneter Richtlinien zustimmen werden.

Blech

VS-Bd. 11513 (221)

230

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz

02-371.00-128/79 VS-vertraulich **14. August 1979**[1]

Über Herrn LPl[2] Herrn Minister

Hat die SALT-Politik eine Zukunft?

Vom 30. Juli bis 3. August 1979 fand in Aspen/Colorado eine Tagung des Aspen-Rüstungskontroll-Konsortiums über die Zukunft der nuklearen Rüstungskontrolle statt. An ihr nahmen teil hochrangige Vertreter der Administration (u.a. Marshall Shulman, Luftwaffenstaatssekretärin Antonia Chayes) und be-

[1] Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 15. August 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär van Well „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Staatssekretär Hermes am 16. August 1979 vorgelegen.
Hat van Well vorgelegen.

[2] Niels Hansen.

kannte, einflußreiche Experten (u. a. McGeorge Bundy, die früheren Kissinger-Berater Sonnenfeldt und Generalleutnant Scowcroft, die Harvard-Professoren Paul Doty, Joseph Nye, Thomas Schelling).

Ich war zu dieser Tagung als Beobachter unter der Bedingung zugelassen, darüber nicht zu berichten. Diese Aufzeichnung sollte daher nicht gestreut werden.

Ich gebe im folgenden meine Eindrücke von dieser Tagung und von Gesprächen am Rande dieser Tagung wieder.

Die Tagung war geprägt von einer Grundstimmung der Enttäuschung über die SALT-Politik und der Skepsis über den Fortgang dieser Politik.

Die Vertreter der Administration gaben zwar eine insgesamt positive Beurteilung, aber diese war – in deutlichem Unterschied zu den sich selbstsicher gebenden öffentlichen Erklärungen – in Molltönen gehalten:
SALT II habe auf die strategische Stabilität nur einen „marginalen Effekt"; die SALT-Debatte im Senat[3] werde auch bei einer Ratifizierung zu einer Verschlechterung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses führen – so Shulman.

Die Kritiker der SALT-Politik zeichneten ein oft eindeutig negatives Bild. Ihre Argumente trafen bei den Befürwortern auf eine starke Verunsicherung.

Sollte sich die auf dieser Tagung spürbare Stimmung durchsetzen und wesentlichen Einfluß auf die Politik der Administration gewinnen, dann müßte man SALT III mit sehr geringen Erwartungen entgegensehen.

Shulman faßte die Debatte zusammen: „I am worried about the mood of the discussion in our group."

I. Die Malaise der Rüstungskontroll-Politiker

Die amerikanische Rüstungskontrollpolitik hatte vor allem drei Motive:

- Erstens: Sie wollte zur Stabilität der Abschreckung beitragen.
- Zweitens: Sie wollte auf die sowjetische Außenpolitik mäßigend einwirken. (In Kissingers Konzept war SALT als zentraler Pfeiler der Entspannung gedacht.)
- Drittens: Sie wollte ein kostspieliges Wettrüsten vermeiden.

Diese Erwartungen – darüber bestand Einigkeit – haben sich im wesentlichen nicht erfüllt:

- Erstens: Die SU ist nicht auf das Konzept der Stabilität der Abschreckung eingeschwenkt: Sie hat auch nach dem ABM-Abkommen[4] große Mittel in Forschung und Entwicklung für ein Raketenabwehrsystem investiert; sie hat mit hoher Priorität die Verteidigung gegen strategische Bomber ausgebaut; sie hat eine Zivilverteidigung entwickelt; sie hat ein Counter-force-Potential dislozíert, das einen Erstschlag gegen die amerikanischen ICBM ermöglicht; sie arbeitet an einem Anti-Satellitensystem, mit dem sie das amerikanische Aufklärungs- und Kommunikationssystem ausschalten könnte.

[3] Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 218, Anm. 8.

[4] Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

Einige Teilnehmer vertraten die Ansicht, die SALT-Politik sei für die SU vorwiegend ein Instrument einer auf Machtvergrößerung ausgerichteten Gesamtpolitik:

Die Forderung nach Abrüstung war von Anfang an, seit 1917, ein wichtiges Instrument der sowjetischen Politik gewesen. Die Abrüstungs-Agitation sollte nach dem Zweiten Weltkrieg die Verteidigungsanstrengungen des Westens schwächen. In den 60er Jahren habe die SU dann erkannt, daß mit Agitation alleine die Verteidigungsprogramme des Westens nicht zu blockieren seien. Sie habe sich auf konkrete Rüstungskontrollverhandlungen eingelassen. Das Ziel sei unverändert geblieben (Sonnenfeldt).

Der technologische Gigant USA sollte durch Beruhigungstabletten lethargisch gehalten und die amerikanischen Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen so begrenzt werden, daß die SU damit Schritt halten könnte (Scowcroft).

Hauptziel der sowjetischen SALT-Politik sei es gewesen, durch Verbesserung des Ost-West-Klimas die westlichen Rüstungsanstrengungen zu dämpfen und es der SU zu ermöglichen, im strategischen Bereich aufzuholen. Dies habe Breschnew erreicht. Durch den bilateralen SALT-Prozeß auf der einen Seite und den Aufbau einer sowjetischen konventionellen und nuklearen Überlegenheit in Europa auf der anderen Seite seien darüber hinaus ernste Spannungen in der westlichen Allianz erzeugt worden.

- Zweitens: SALT hat nicht zu einer Transformation der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen geführt. Die Carter-Administration hält es für unrealistisch, SALT als Druckmittel für eine außenpolitische Mäßigung der SU verwenden zu wollen („linkage"). Rüstungskontrolle habe jedoch einen Wert in sich. Es sei darüber hinaus so, daß ohne eine Regelung des militärischen Wettbewerbs an eine Regelung des politischen Wettbewerbs nicht zu denken sei (Shulman).
- Drittens: Selbst in der Frage des Einsparungseffekts ist die Beurteilung von SALT nicht eindeutig. SALT I[5] habe die Einführung von ABM-Waffen verhindert. SALT I und SALT II hätten ferner die sowjetischen Rüstungsprogramme gedämpft. Diesen Argumenten wurde entgegengehalten:
  SALT habe übereilte Waffenentscheidungen verursacht (so jetzt die Entwicklung mobiler MX-Raketen[6]). Das Denken in asymmetrischen Gleichgewichten sei durch ein Denken ersetzt worden, das auf Zahlengleichheit in den Waffensystemen gerichtet sei. Dies hätte Zahlen und Kosten in die Höhe getrieben.
- Viertens: SALT und Verteidigungsstrategie: SALT habe die politischen Energien auf sich gezogen und habe dazu beigetragen, daß man sich nicht genügend auf die Fragen der Verteidigungsstrategie konzentriert habe. SALT habe zudem dem Aufbau einer rationalen Verteidigungsstruktur geschadet.

5 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

6 Zur geplanten Einführung der MX-Rakete vgl. Dok. 195, Anm. 12.

Der Westen sei ferner immer wieder von der Versuchung bedroht, militärische Sicherheitsprobleme, die nur durch einseitige Rüstungsanstrengungen gelöst werden könnten, durch Rüstungskontrollverhandlungen lösen zu wollen (gegenwärtiges Beispiel: die Grauzonenfrage).

II. Drängt ein neues strategisches Denken die USA in eine Politik des Wettrüstens?

Zentral für die amerikanische Verteidigungsdoktrin ist seit über 30 Jahren der Begriff der „mutual assured destruction" (MAD). Die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, jederzeit – auch nach einem Erstschlag – dem Gegner einen „unannehmbar hohen Schaden" zufügen zu können, soll den Gegner von einem Krieg abschrecken. Unter Schlesinger wurde diese Strategie durch die Einführung von Optionen zu selektiven Nuklearschlägen ergänzt, aber nicht in ihrem Kern verändert.[7] Verbunden mit dieser Strategie ist seit McNamara der bewußte Verzicht darauf, durch Schutzsysteme eine „Schadensbegrenzung" bei Nuklearangriffen anzustreben.

Gerade die SALT-Verhandlungen haben jedoch deutlich gemacht, daß sich die SU von einer ganz anderen Strategie leiten läßt. Ihre Strategie ist eine Kriegsführungsstrategie, die gewährleisten soll, daß die SU im Ernstfall einen Atomkrieg siegreich beenden kann. Kennzeichen dieser Strategie sind: maximale Bedrohung der amerikanischen strategischen Systeme und andererseits Schutz der Menschen wie der Industrien gegen gegnerische Atomschläge (assured survival). Die Einsatzplanung von Atomwaffen gegen Städte und Industrien des Gegners (counter-value-strategy) spielt hier nur insofern eine Rolle, als sie die USA von Schlägen gegen die sowjetischen Städte abschrecken soll. Die SU sieht in dieser Strategie nicht nur die beste Verteidigung, sondern zugleich die wirksamste Abschirmung lokaler Konflikte gegen den Einfluß der amerikanischen strategischen Waffen.

Angesichts dieser sowjetischen Strategie scheint vielen die Glaubwürdigkeit der „extended deterrence", also der Abschreckung gegen sowjetische Angriffe, die nicht die USA selbst betreffen, ernsthaft gefährdet.

Einige Kritiker fordern, die USA müßten sich endlich von dem 30jährigen Irrweg der traditionellen Stabilitätsdoktrin abwenden und aus der überlegenen sowjetischen Strategie lernen. Das Ziel, den Gegner in einer Krise von militärischem Eingreifen abzuschrecken, sei nicht durch MAD zu erreichen, sondern nur durch eine konsequente Kriegsführungsstrategie, die auf eine siegreiche Beendigung eines Nuklearkriegs gerichtet ist. Die USA müßten hierzu einen wirksamen Schutz ihres Gebietes gegen sowjetische Atomangriffe aufbauen – geboten sei ein Raketenabwehrsystem, eine wirksame Verteidigung gegen strategische Bomber und eine Zivilverteidigung. Die Meinung, daß ein ABM-System – das durch SALT I ausgeschlossen ist – besser wäre als die Entwicklung der mobilen MX-Rakete, wird im übrigen auch von den Anhängern der traditionellen Strategie vertreten.

[7] Am 1. Juli 1975 sprach der amerikanische Verteidigungsminister Schlesinger vor der Presse von der Möglichkeit, bei einem Ersteinsatz von Kernwaffen mit den strategischen Waffensystemen der USA selektive Schläge gegen Ziele in der UdSSR zu führen. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 195.

Vertreter einer Kriegsführungsstrategie sind eine wahrscheinlich noch geringe Minderheit, aber sie stellt ihre These in einer Situation auf, wo sich auch die Mehrheit bewußt ist, daß man vor einem „agonising reappraisal" der bisherigen strategischen Doktrin steht.

Die neue Strategie läuft auf „Stabilität durch Überlegenheit" hinaus. Von ihr gehen also Impulse auf ein Wettrüsten aus. Diese Impulse sind schon heute in der Senatsdebatte über SALT II wirksam.

Auch von dieser Seite her wird also der Fortgang des SALT-Prozesses gefährdet.

III. Geringe Erwartungen für SALT III

1) Den SALT-III-Verhandlungen sahen die Diskussionsteilnehmer übereinstimmend mit Skepsis entgegen. Die Urteile reichten von der Aussage, man könne nur geringe Erwartungen haben, bis zu der Aussage, es sei zweifelhaft, ob sich der SALT-Prozeß aufrechterhalten lasse.

Daß SALT III wesentliche Reduzierungen der Nuklearwaffen (deep cuts) bringen könnte, daran schien kaum jemand wirklich zu glauben. Man hielt im übrigen das Zahlenproblem nicht für das entscheidende Problem. Entscheidend sei vielmehr das Gleichgewicht der strategischen Optionen.

Daß es bei SALT III nochmals wie bei SALT I und II zu einem umfassenden Vertrag kommen könnte, hielt man für unwahrscheinlich. Möglich seien vielleicht eine Reihe von Einzelvereinbarungen.

Mehrere Teilnehmer warnten, nach einer SALT-II-Ratifikation unverzüglich in SALT-III-Verhandlungen einzutreten. Man müsse zuerst Klarheit über die eigene Nuklearstrategie und Klarheit über das, was man in SALT III wolle, schaffen. Ein übereilter Beginn der Verhandlungen ohne eine langfristige und konsequente Verhandlungsstrategie könnte nur zu einer weiteren Schwächung der westlichen Verteidigungsposition und zu gefährlichen Auseinandersetzungen in der Allianz führen.

2) Das amerikanische Interesse für SALT III liegt bei den zentralen strategischen Waffen und insbesondere bei der Suche nach einer Lösung der Verwundbarkeit der ICBM.

Das Thema der Grauzonenwaffen scheint den Amerikanern eher lästig zu sein. Es sei überaus komplex und drohe SALT III in eine Sackgasse zu führen.

Einige Teilnehmer hielten Verhandlungen über die Grauzonenwaffen für aussichtslos:

- Die USA hätten keinerlei „bargaining asset", um die SU in der Frage der europäischen Nuklearwaffen zu beeinflussen. Eher sei das Umgekehrte der Fall (Sonnenfeldt).
- Ziel der SU sei es, Westeuropa zu finnlandisieren. Sie habe also kein Interesse, die Bedrohung Europas zu vermindern (Brennan, Hudson-Institute).

Entgegen den gegenwärtigen klaren Äußerungen der Administration war bei den Diskussionsteilnehmern Skepsis auch in der Frage der „TNF-Modernisierung" zu spüren. Die meisten Teilnehmer schienen darin übereinzustimmen, daß neue Mittelstreckenwaffen für Europa militärisch nicht notwendig seien. Einige äußerten auch die Befürchtung, die USA könnten durch die Einführung von

Waffen wie der „Pershing" II die Kontrolle über die Eskalation verlieren. Wer für die TNF-Modernisierung in Europa plädiere – so ein Teilnehmer –, tue dies aus politischen Gründen. Hier aber sei die Lage so: Frankreich und Großbritannien hätten eigene Mittelstreckenwaffen. Die Niederlande, Belgien und Italien wollten mit Nuklearwaffen nichts zu tun haben. Bleibe die Bundesrepublik Deutschland. Auch hier jedoch sei der Wunsch nach nuklearen Mittelstreckenwaffen „nicht sehr intensiv", da die Stationierung solcher Waffen innenpolitische Probleme aufwerfe.

Ich legte zu diesem Punkt dar: Die Bundesregierung und die große Mehrheit in den politischen Parteien sei überzeugt, daß die SS-20 und die „Backfire" die Glaubwürdigkeit der Abschreckung ernstlich beeinträchtigten. Sie hielten es deshalb für nötig, ein gewisses Gegengewicht zu schaffen. Eine Wiederholung mit der Erfahrung der Neutronenbombe, wo die USA im letzten Augenblick ihren Plan, eine solche Waffe in Europa zu stationieren, zurücknahmen[8], müßte verheerende psychologische Auswirkungen in Europa haben.

Die Stimmung der Diskussionsrunde mit Bezug auf die TNF-Modernisierung mahnt zur Vorsicht. Es könnte sein, daß der Eifer der amerikanischen Administration in dieser Frage nachläßt, sobald einmal SALT II ratifiziert ist.

3) Übereinstimmung herrschte, daß bei künftigen SALT-Verhandlungen die Abstimmung in der Allianz sehr viel enger sein müßte. Wie dieses Ziel zu verwirklichen sei, darüber gab es allerdings keine einhellige Meinung:

- Ein Vorschlag war, Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland als ständige Beobachter bei allen Verhandlungen zu beteiligen. Dagegen wurde eingewendet, dies würde die kleineren NATO-Länder diskriminieren, der Bundesrepublik Deutschland den Anschein einer Nuklearmacht geben und den Druck der SU, die britischen und französischen Nuklearwaffen einzubeziehen, noch weiter verstärken.
- Ein zweiter Vorschlag war, einen geeigneten NATO-Generalsekretär zu ernennen und ihn als Sprecher der NATO (nicht nur als Beobachter) an den Verhandlungen zu beteiligen. Dies rief jedoch die Furcht hervor, eine NATO-Beteiligung an SALT III werde die Effizienz der Verhandlungen zerstören.

Deutlich wurde auch die amerikanische Abneigung, über die zentralen strategischen Waffen und die Grauzonenwaffen in einer einheitlichen SALT-III-Verhandlung zu verhandeln. Man könnte vielleicht beide Themen in zwei parallelen Bahnen verfolgen: eine Bahn, auf der man in der Frage der Reduzierung und qualitativen Begrenzung der zentralen Waffen voranzukommen suche, und eine zweite Bahn, auf der man das Problem der Grauzonenwaffen zu lösen versuche.

[Seitz]

VS-Bd. 543 (014)

[8] Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Carter vom 7. April 1978; Dok. 13, Anm. 8.

231

Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-2657/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 14. August 1979, 10.22 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 713 **Ankunft: 14. August 1979, 11.35 Uhr**

Betr.: Lage in der DDR:
hier: Stellungnahme der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland zur amerikanischen Analyse[2]

Bezug: Weisung vom 6.8.1979 – 221-35004 – De 27/4/79 VS-v[3]

1) Die amerikanische Einschätzung der gegenwärtigen Lage in der DDR wird in ihren Grundzügen von der Ständigen Vertretung geteilt. Auch aus unserer Sicht hat sich die Stimmungslage verschlechtert und wird sich vermutlich weiter verschlechtern. Verantwortlich dafür ist einerseits die seit langem wirkende Enttäuschung über den immer restriktiver werdenden innenpolitischen Kurs wie auch über die sich spürbar verschlechternde wirtschaftliche Lage.[4] Gegenwärtig kritisiert die Masse der Bevölkerung vor allem die immer mangelhaftere Versorgungslage, die Urlaubsplatzsituation sowie heimliche Preiserhöhungen. Künstler und Intellektuelle klagen mehr über das immer stickiger werdende geistige Klima.

Dennoch sind in überschaubarer Zeit keine Unruhen zu befürchten. (Lokale Zwischenfälle sind vorstellbar.) Opposition, auch wenn sie sich nur als Diskussionszirkel etabliert, wird von dem effizient arbeitenden Sicherheitsapparat schon im Ansatz zerschlagen. Darüber hinaus ist das Wissen über die starke sowjetische Präsenz, die Erinnerung an das Vorgehen der Sowjets in der ČSSR[5], aber auch die Einbettung der Menschen in ein eng geknüpftes sozialpolitisches Netz

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen am 14. August 1979 vorgelegen, der Legationsrat Wegener um „Besprechung wegen des weiteren Vorgehens" bat.
Hat Wegener vorgelegen.

2 Für die amerikanische Aufzeichnung „Recent internal developments in the GDR" vom 28. Juli 1979 vgl. VS-Bd. 13110 (210).

3 Für das Schreiben des Ministerialrats Germelmann, Bundeskanzleramt, vom 6. August 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen, das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen und die Ständige Vertretung in Ost-Berlin vgl. VS-Bd. 13110 (210).

4 Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, resümierte am 9. Oktober 1979, die DDR könne im dreißigsten Jahr ihres Bestehens auf eine „beachtliche wirtschaftliche Entwicklung" zurückblicken: „Beschränkt man die Analyse jedoch auf die letzten drei bis vier Jahre, verändert sich das Bild. Die Wachstumsraten sinken. Die Verteilung des erwirtschafteten Produkts wird zwischen den konkurrierenden Verwendungsbereichen (Investitionen, Staatsverbrauch, Konsum) schwieriger. Davon ist auch die Situation des Verbrauchers nicht unberührt geblieben. Die durch den zunächst erfolgreichen Konsumkurs geweckten Erwartungen erweisen sich heute zum Teil als unerfüllbar. Die Stimmungslage in der Bevölkerung ist deshalb wesentlich schlechter als das von der DDR-Führung offiziell zum 30. Jahrestag vermittelte Bild. [...] Die Verschlechterung der terms of trade und die Beibehaltung des Ausbauprogramms für die Industrie zwangen die DDR dazu, die Verschuldung gegenüber den westlichen Staaten seit 1975 erheblich aufzustocken. Seit 1978 mußte man zusätzlich eine Verschuldung gegenüber der Sowjetunion in Kauf nehmen. Der Kreditsaldo gegenüber den westlichen Industriestaaten kann heute auf ca. 15 bis 18 Mrd. Dollar geschätzt werden." Vgl. den Schriftbericht; Referat 210, Bd. 116532.

5 Am 20./21. August 1968 marschierten Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR ein. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

Grund genug, um ein größeres Aufbegehren als äußerst unwahrscheinlich erscheinen zu lassen. Das ständige Abwandern von kritischem Potential in die Bundesrepublik ist ein zusätzliches innenpolitisches Ventil.

2) Honeckers Stellung erscheint unbestritten, obwohl er dem Druck einer funktionsbedingt argumentierenden Sicherheitsfraktion im Politbüro offensichtlich Rechnung tragen und einen repressiveren Kurs steuern muß. Dies bedeutet jedoch eher eine wegen der sich verschlechternden Stimmungslage notwendig gewordene Frontbegradigung, nicht aber eine grundsätzliche Kursänderung. Die als gefährlich interpretierten Westeinflüsse wurden zurückgedrängt, westlichen Journalisten die Informationskanäle abgeschnitten, kritische Intellektuelle und Schriftsteller weitgehend zum Schweigen gebracht. Es gibt jedoch keine Anzeichen dafür, daß die DDR-Führung beabsichtigt, die deutsch-deutschen Vereinbarungen in ihrer Substanz zu verletzen. Das gilt nicht zuletzt für die bisher geltenden Regelungen im deutsch-deutschen Reiseverkehr. Die neuen gesetzlichen Maßnahmen[6] haben zweifellos auch das Ziel, innenpolitische Kritiker einzuschüchtern. Sie sollen aber nicht die Masse der Bevölkerung noch stärker verprellen und damit möglicherweise zu unerwünschten Koalitionsbildungen beitragen. Insofern stimmen wir auch der Meinung der Amerikaner zu, daß etwa Einschränkungen oder gar Verbote beim Empfang westlicher elektronischer Medien nicht zu erwarten sind. Auch Schauprozesse wird es vorläufig kaum geben; die Gesetze werden eher nach (sicherheits)politischen Opportunitätsgesichtspunkten angewendet werden.

3) Eine entscheidende Frage für die Zukunft wird aus unserer Sicht sein, inwieweit die für jedermann sichtbare Leistungsverweigerung der Bevölkerung abgefangen werden kann. Die Verschlechterung der terms of trade erzwingt – soll auch nur der gegenwärtige Konsumstandard gehalten werden – eine spürbare Leistungssteigerung aller.

Angesichts der Enttäuschung der auf Konsum fixierten Bevölkerung über die bisherige Entwicklung und einer negativ geprägten Erwartungshaltung – was die nähere Zukunft anbetrifft – fehlen die Leistungsmotivationen fast vollständig. Unzufriedenheit, eine sich ausbreitende Alltags-Korruption wie auch der noch stärkere Rückzug in den privaten Bereich werden die Folge sein.

Falls die DDR-Regierung statt positiver Reformen auf einer bloßen Verschärfung der repressiven Gangart beharrt, könnten aus dieser Entwicklung längerfristig für die DDR Gefahren für die innenpolitische Stabilität erwachsen.

[gez.] Gaus

VS-Bd. 13110 (210)

6 Zu den Gesetzesänderungen in der DDR vgl. Dok. 224, Anm. 5.

232

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Jørgensen auf Bornholm

Geheim **15. August 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit MP Jørgensen am 15. August 1979, 22.00 bis 24.00 Uhr in Rønne/Bornholm[2]

Weitere Teilnehmer: auf dänischer Seite: StS Wiese, außenpolitischer Berater Holm; auf deutscher Seite: StS Bölling, MD Dr. Ruhfus.

Nicaragua[3]

Bundeskanzler und MP *Jørgensen* stellten fest, daß im Augenblick der Einfluß der marxistischen Kräfte in Nicaragua noch nicht voll zu übersehen ist.

Bundeskanzler berichtete über von deutscher Seite geplanten Hilfsmaßnahmen für Nicaragua.[4] Er betonte die wachsende Bedeutung Mexikos in Lateinamerika. Er beabsichtige, die Beziehungen der Bundesrepublik zu Mexiko zu intensivieren.

USA

Bundeskanzler berichtete über die Eindrücke von seinem letzten Besuch in den Vereinigten Staaten.[5] Die USA seien nach wie vor eine starke Nation. Die amerikanische Führung entspreche jedoch nicht dieser Stärke und Kraft des Landes.

Die Aussichten für die Ratifikation von SALT II hätten sich verbessert. Dies sei vor allem auf die Stellungnahmen der Europäer und von Kissinger zurückzuführen.[6] Kissinger habe derzeit in Amerika großes Ansehen.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 21. August 1979 gefertigt.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 15. August 1979 in Dänemark auf.

3 Zum Regierungsumsturz in Nicaragua vgl. Dok. 207.

4 Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit übersandte dem Auswärtigen Amt am 24. August 1979 das Protokoll einer interministeriellen Besprechung über die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Nicaragua vom 16. August 1979. Darin wurde ausgeführt: „Vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde berichtet, daß die Bundesregierung beschlossen habe, noch in diesem Jahr Soforthilfe in Höhe von 20 Mio. DM und aus Mitteln der Technischen Zusammenarbeit bis zu 2 Mio. DM zur Verfügung zu stellen. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß der neuen Regierung in Nicaragua 10 Mio. DM aus früheren Zusagen zur Verfügung stünden. Die Soforthilfe sei für die Beschaffung von Ausrüstungsgütern für die zerstörte Industrie und Landwirtschaft sowie für den Import von Rohstoffen, Saatgut, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln bestimmt. [...] Im Jahre 1980 solle Nicaragua finanzielle Zusammenarbeit in Höhe von mindestens dem aus dem Haushalt 1979 bereitgestellten Betrag – vorbehaltlich der Zustimmung durch den Bundestag – zur Verfügung gestellt werden." Vgl. Referat 331, Bd. 116105.

5 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.
Vom 19. bis 24. Juli 1979 befand sich Schmidt zu einem Privataufenthalt in den USA, unter anderem in San Francisco. Vgl. dazu Dok. 214 und Dok. 215.

6 Zur Frage der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags durch den amerikanischen Senat und zur Haltung des ehemaligen amerikanischen Außenministers Kissinger vgl. Dok. 218, Anm. 8.

Im wirtschaftlichen Bereich bestehe in den USA die Gefahr einer Rezession. Möglicherweise werde es in diesem Winter dort zu negativen Wachstumsraten kommen, die auch im kommenden Jahr anhalten könnten.

Zwischenaufenthalt in Moskau

Bundeskanzler berichtete über seine Gespräche mit Kossygin und Gromyko.[7] Kossygin habe offenbar eine starke Stellung. Die Gespräche hätten den Eindruck vermittelt, daß diese Stellung auch von Gromyko respektiert wird.

Heute könne niemand übersehen, wie die Frage der Nachfolge von Breschnew gelöst werde. Es bestehe die Gefahr, daß der mögliche Nachfolger seine Tatkraft und Stärke unter Beweis stellen möchte und daß er sich hierbei auf das wachsende militärische Gewicht der Sowjetunion stützt.

Das wachsende sowjetische Übergewicht im kontinental-strategischen Bereich (besonders SS-20 und „Backfire") sei bedrohlich. Er sei ein entschiedener Anhänger der Entspannungspolitik. Aber die gesicherte Basis der Entspannungspolitik – das Gleichgewicht der militärischen Kräfte – nehme ab. Er glaube nicht an die von Kissinger zitierte Unterlegenheit der Amerikaner im strategischen Bereich. Im Mittelstreckenbereich bestehe jedoch ein erhebliches Übergewicht der Sowjetunion. Das von der Nordflanke bis zur Türkei reichende Übergewicht des Warschauer Pakts im konventionellen Bereich sei hinreichend bekannt.

MP *Jørgensen*: Bei der letzten Begegnung[8] hätten der Bundeskanzler und er über seegestützte Cruise Missiles gesprochen. Hier habe es vielleicht ein Mißverständnis gegeben. Norwegen und Dänemark seien der Ansicht, daß keine Nuklearwaffen auf ihrem Boden stationiert werden sollen. Der Grund hierfür liege in der bekannten nordischen Sicherheits- und Gleichgewichtspolitik. Was hätten Nordli und Frydenlund hierzu gesagt?

Bundeskanzler berichtet über die Gespräche in Oslo.[9] Er habe Verständnis für die Haltung der nordischen Partner, aber es sei völlig ausgeschlossen, daß die Bundesrepublik die Belastung alleine trage. Er hoffe, daß folgendes erreicht werde:

- ein Konsensus im Bündnis, daß GLCMs und „Pershing" II erforderlich sind;
- daß diese Waffen von den USA produziert werden;
- daß die modernisierten Waffen neben der Bundesrepublik zumindest in den Benelux-Ländern, in Großbritannien und hoffentlich auch in Italien dislozíert werden;
- ein Angebot der Allianz an die Sowjetunion über eine gegenseitige Begrenzung der euro-strategischen Waffen.

Die Entscheidung über die seegestützten Cruise Missiles könne dann möglicherweise auf 1980 oder 1981 verschoben werden.

[7] Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

[8] Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 13. Januar 1978 in Dänemark auf. Für das Gespräch mit Ministerpräsident Jørgensen in Kopenhagen vgl. AAPD 1978, I, Dok. 8.

[9] Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 12. bis 19. Juli 1979 in Norwegen auf. Zum Gespräch mit Ministerpräsident Nordli am 12. Juli 1979 in Oslo vgl. Dok. 209.

Bundeskanzler fragt, ob der dänische Ministerpräsident Schwierigkeiten sehe, einen gemeinsamen Beschluß aller Bündnispartner zustande zu bringen.

MP *Jørgensen*: Vielleicht werde es möglich sein, zu einem gemeinsamen Beschluß zu kommen.

Bundeskanzler: Ein gemeinsamer Beschluß des Bündnisses würde nicht gegen die traditionelle Haltung der beiden nordischen Verbündeten verstoßen. Er werde in der Bundesrepublik nichts unternehmen, wenn nicht alle übrigen Verbündeten den politischen Beschluß gemeinsam tragen. Es gehe nicht an, daß Norwegen und Dänemark sich enthielten.

MP *Jørgensen*: Er denke, daß seine Regierung den Beschluß akzeptieren könne. Ob dies für die Bundesregierung ausreichend sei?

Bundeskanzler: Es dürfe nicht durch die Enthaltung einiger Verbündeter der Eindruck erweckt werden, daß die Bundesrepublik in eine singuläre Rolle gerät oder daß sie eine Semi-Nuklearmacht wird. In seiner Partei und innerhalb der Bundesregierung bestehe Übereinstimmung, daß alle Verbündeten den politischen Beschluß mittragen müssen und daß neben der Bundesrepublik die Dislozierung in einer Reihe anderer Länder des Kontinents erforderlich ist.

MP *Jørgensen* fragte nach der Haltung der Niederlande und Belgiens.

Bundeskanzler: In den beiden Ländern träten die führenden Politiker für die TNF-Modernisierung, verbunden mit einem ausgewogenen Angebot von Rüstungskontrollvorschlägen, ein. Allerdings gebe es im Parlament und in der Öffentlichkeit noch Widerstände. Gerade für diese Länder werde auch die Unterstützung des Bündnisbeschlusses durch Norwegen und Dänemark von Bedeutung sein.

Ost-West-Beziehungen

Bundeskanzler: Der bevorstehende Wechsel in Moskau führe zu Unsicherheit in der politischen Lage. Polen sei nach seinem Eindruck in den vergangenen Monaten wieder in stärkere Abhängigkeit von der Sowjetunion geraten. Ceauşescu spiele mit seiner Entscheidung über den Benzinverkauf an die Verbündeten ein riskantes Spiel.[10] Die osteuropäischen Länder benötigten sehr große westliche Kredite, allein um den gegenwärtigen politischen Spielraum gegenüber der Sowjetunion wahren zu können.

Die Europäer müßten ihre eigene Politik deutlicher formulieren. Er hoffe, daß es Giscard gelinge, die Franzosen zu überzeugen, daß sie den Erfolg der Bar-

10 Botschafter Balken, Bukarest, berichtete am 7. August 1979: „Die Schärfe der rumänischen Maßnahmen zur Einsparung des privaten Energieverbrauchs nimmt zunehmend spektakuläre Züge an. Nach einer hundertprozentigen Verteuerung der Benzinpreise, Fahrzeugstillegungen im staatlichen Sektor, Entlassungen von Berufsfahrern sowie Einführung eines teilweisen Sonntagsfahrverbots hat die rumänische Bevölkerung nunmehr eine rigorose Erhöhung der Gas- und Elektrizitätstarife hinzunehmen. Besonders hart werden erstmals auch Angehörige der sozialistischen Nachbarländer getroffen, die in Rumänien ihren Urlaub verbringen wollten. Ohne Vorankündigung und ursprünglich ohne vorgesehene Übergangszeit wurde an Autotouristen Treibstoff nur noch gegen konvertible Währung abgegeben. Nach chaotischen Zuständen an den Grenzübergangsstellen nach Rumänien und offensichtlich massiven Interventionen einiger RGW-Länder in Bukarest lenkten die Rumänen inzwischen insoweit ein, als sie den im Land befindlichen Touristen bis zum 10. August die Gelegenheit geben, Benzin in weicher Währung zu beziehen, um das Land zu verlassen." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 803; Referat 421, Bd. 122489.

re'schen Politik abwarten. Er hoffe, daß Mrs. Thatcher eine Einigung mit den Gewerkschaften gelinge.

Er wünsche sich eine schnellere und bessere politische Abstimmung mit seinen europäischen Kollegen.

Kernenergie

MP *Jørgensen* berichtet über wachsende Opposition innerhalb seiner Partei gegen Kernenergie. Schweden habe sich um den Bau von Kernkraftwerken bemüht. Jetzt habe Palme sich dem Wunsch nach einem Referendum beugen müssen.[11] Auch in seiner Partei bestünden Tendenzen, ein Referendum herbeizuführen.

Bundeskanzler berichtet über die Haltung der Bundesregierung zur Kernenergie[12] und über seine Hoffnung, daß seine Partei diese Politik mittragen werde.

MP *Jørgensen* unterrichtet den Bundeskanzler über die jüngsten Maßnahmen der dänischen Regierung, um Energie zu sparen.[13]

Währungsfragen

MP Jørgensen weist auf das große Defizit in der dänischen Zahlungsbilanz hin. Seine Regierung müsse Schritte ergreifen. Die Lohnerhöhung könne nicht vermieden werden. Er sehe keine Chance, die öffentlichen Ausgaben nachdrücklich zu reduzieren. Daher wachse der Druck, Schritte im Währungsbereich zu ergreifen.

Herr *Holm* gab zu erkennen, daß Dänemark Interesse an einer Aufwertung der D-Mark habe.

Bundeskanzler warnt nachdrücklich vor einer Abwertung. Hiermit seien die Probleme nicht zu lösen. Abwertung führe zum Anstieg der Verbraucherpreise. Sie verstärke damit die inflationären Tendenzen. Dies sei am Beispiel der USA deutlich geworden.

Auch eine Aufwertung der D-Mark würde zu ähnlichen Konsequenzen führen. Sie würde die Inflationsrate in der Bundesrepublik senken, aber die Inflationsrate bei den Nachbarländern herauftreiben.

[11] Botschafter Thomas, Stockholm, berichtete am 18. Mai 1979, die im schwedischen Parlament vertretenen Parteien hätten sich „unter dem Eindruck des Harrisburg-Unglücks und im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen (16.9.)" darauf geeinigt, „eine Volksabstimmung über die Kernenergie-Nutzung abzuhalten, die vermutlich im März 1980 stattfinden wird, und bis dahin keine weiteren Aggregate in Betrieb zu nehmen". Vgl. den Schriftbericht Nr. 496; Referat 413, Bd. 129343.

[12] Zum Konzept der Bundesregierung für die friedliche Nutzung der Kernenergie vgl. Dok. 141.

[13] Die Botschaft in Kopenhagen berichtete am 3. Juli 1979: „Der von der dänischen Koalitionsregierung eingebrachte Stabilisierungsplan, der einerseits den Energieverbrauch eindämmen und andererseits dem Staatshaushalt 4,6 Mrd. d[änische]Kr[onen] zuführen soll, wurde am 29. Juni 1979 vom Folketing mit einer Stimmenmehrheit von 84 : 82 verabschiedet. [...] Am 1. Juli 1979 sind nunmehr folgende Bestimmungen in Kraft getreten: Erhöhung der Abgaben für Gasöl und Dieselkraftstoff um 25 Öre auf 30 Öre pro l; Erhöhung der Abgaben für Heizöl um 26 Öre auf 34 Öre pro kg; Erhöhung der Abgaben für Otto-Kraftstoff um 50 Öre auf 182 Öre pro l. Damit muß der dänische Autofahrer ab sofort die im europäischen Bereich mit Abstand höchsten Preise für Kraftstoff zahlen. Einführung einer Sonderabgabe auf Leitungs- und Flaschengas von 20 Öre pro Kubikmeter. Für Spezialqualitäten sind die Abgaben entsprechend dem Heizwert des Gases zu berechnen. Erhöhung der Stromabgaben um 6 Öre auf 8 Öre pro KWh. Demgegenüber sind die zur Mehrwertsteuer gemeldeten Unternehmen von Mineralöl- und Stromabgaben befreit. Diese Befreiung gilt jetzt auch für die Betriebe des Massenverkehrs." Vgl. den Schriftbericht Nr. 533; Referat 420, Bd. 117862.

Herr *Holm* fragte, ob der Bundeskanzler eine Aufwertung der D-Mark ausschließe.

Bundeskanzler: Eine so kategorische Antwort wolle er nicht geben. Aber er halte es für besser, das Zahlungsbilanzdefizit durch eine auf Stabilität gerichtete Wirtschaftspolitik der dänischen Regierung abzubauen.

Fischereikonflikt mit Polen[14]

Bundeskanzler bat im Hinblick auf seine bevorstehenden Gespräche mit Gierek[15] um Unterrichtung über den Sachstand.

MP *Jørgensen*: Derzeit gebe es keine akuten Auseinandersetzungen. Dänemark habe die Mittellinie zwischen Bornholm und dem polnischen Territorium als Abgrenzung vorgeschlagen. Die polnische Regierung sei hiermit nicht einverstanden und berufe sich darauf, daß Bornholm nur eine Insel sei.

Bundeskanzler fragt, ob auch nach dänischer Auffassung die deutschen Fischer berechtigt sind, innerhalb der dänischen 200-Seemeilen-Zone zu fischen.

MP *Jørgensen*: Die Deutschen hätten in den strittigen Gewässern nicht mehr gefischt, seitdem deutsche Fischereiboote von polnischer Seite aufgebracht wurden.

Bundeskanzler: Die deutschen Fischer hätten jedoch nie den polnischen Standpunkt akzeptiert.

StS *Wiese*: Auch die dänische Regierung habe den polnischen Standpunkt nicht akzeptiert, daß anderen EG-Partnern der Fischfang in den umstrittenen Gebieten verwehrt sei. Die Polen wünschten, daß in dem umstrittenen Bereich nur polnische und dänische Fischer fischen können. Dänemark wolle zunächst die Frage der Gewässerabgrenzung mit Schweden klären.

Besuch in der DDR

MP *Jørgensen*: Er überlege, im Frühjahr der DDR einen Besuch abzustatten. Die Regierung der DDR dränge ihn schon des längeren. Er frage nach der Haltung des Bundeskanzlers.

14 Botschafter Ahrens, Warschau, berichtete am 19. April 1979: „Hiesiger dänischer Botschafter informierte Mitarbeiter, daß es zwischen DK und Polen seit etwa sechs Wochen zu ungewöhnlichen Schwierigkeiten im Fischereisektor gekommen sei. Polnische Regierung habe in mehreren Noten gegen angebliche Überschreitung der Mittellinie in Grenzzone bei Bornholm durch dänische Fahrzeuge protestiert. Nach dänischer Auffassung seien jedoch keine Verletzungen der Mittellinie von dänischer Seite vorgekommen. [...] Dänischer Botschafter beurteilte polnisches Verhalten, nachdem über längere Zeit trotz strittiger Bornholm-Frage zwischen DK und Polen ein konstruktives Verhältnis geherrscht habe, als überaus enttäuschend." Vgl. den Drahtbericht Nr. 451; Referat 500, Bd. 194118.
Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vermerkte am 7. Mai 1979: „Die Bundesrepublik Deutschland ist in den Gewässern um Bornholm ein beteiligter Staat, weil das Königreich Dänemark und die Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften sich, wie den polnischen Stellen bekannt ist, in der hier strittigen Fischereizone gegenseitig volle und uneingeschränkte Nutzungsrechte gewähren. Fischer aus der Bundesrepublik Deutschland haben nach der dänischen Gesetzgebung in der gesamten von Dänemark hier beanspruchten Fischereizone dieselben Rechte wie dänische Fischer. Solange eine Abgrenzung zwischen der Volksrepublik Polen und dem Königreich Dänemark nicht erreicht ist, hat die Volksrepublik Polen daher kein Recht, einseitig und im Gegensatz zur dänischen Rechtsauffassung darüber zu befinden, ob Schiffe aus der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der für die dänische Fischereizone geltenden Regelung in der umstrittenen Grauzone vor Bornholm fischen dürfen." Vgl. Referat 500, Bd. 194118.

15 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 17./18. August 1979 in Polen auf. Für die Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, auf Hela vgl. Dok. 236 und Dok. 237.

Bundeskanzler: Er würde einen solchen Schritt nicht sehr gerne sehen. Der Besuch des französischen Außenministers sei etwas anderes. François-Poncet habe bei dem kürzlichen Besuch die Vier-Mächte-Verantwortung Frankreichs für Berlin und für Deutschland als Ganzes herausgestellt.[16] Auch der Besuch Kreiskys[17] könne nicht herangezogen werden. Österreich sei kein verbündetes Land und nehme eher eine ähnliche Stellung wie Finnland ein. Es bestehe Gefahr, daß ein Besuch in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Zweifel an der freundschaftlichen Haltung der dänischen Regierung hervorruft. Auf jeden Fall wäre es besser, den Besuch – wenn überhaupt – erst nach Oktober 1980 durchzuführen.

Einführung der Sommerzeit

MP *Jørgensen* berichtet, die dänische Regierung beabsichtige, 1981 die Sommerzeit einzuführen.

Bundeskanzler: Die Einsparung werde gering sein, aber alle Chancen, den Energieverbrauch zu verringern, sollten genutzt werden. Es wäre gut, wenn auch Norwegen und Schweden dem Beispiel Dänemarks folgen würden.

Besuch in der Bundesrepublik

Abschließend lud der Bundeskanzler den dänischen Ministerpräsidenten zu einem offiziellen Besuch in der Bundesrepublik im kommenden Jahr ein.

MP *Jørgensen* nahm dankend an. Die Einzelheiten sollen auf diplomatischem Wege abgesprochen werden. (Bei einem privaten Gespräch auf dem Boot äußerte Jørgensen Interesse, Bayern zu besuchen, das er bisher noch nie kennengelernt habe.)[18]

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 50

16 Der französische Außenminister François-Poncet hielt sich am 23./24. Juli 1979 in Ost-Berlin auf. Vortragende Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander vermerkte dazu am 27. Juli 1979: „Der französische Außenminister führte Gespräche mit Außenminister Fischer, mit Generalsekretär Honekker und Ministerpräsident Stoph. [...] Für die DDR hatte der Besuch einen hohen Stellenwert in ihrer seit Jahren verfolgten Strategie, ihre Beziehungen zu den Drei Mächten auf ein politisches Niveau zu bringen, um so einen Gewinn an politischer Statur auf der internationalen Bühne verbuchen zu können. Demgegenüber war der Besuch aus französischer Sicht eine aus bilateralen, insbesondere wirtschaftlichen Gründen notwendige Pflichtübung [...]. Indem er die westliche Rechtsposition beim protokollarischen Ablauf des Besuchs, in seiner Tischrede, in seinen Gesprächen und in der abschließenden Pressekonferenz deutlich machte, ohne es andererseits zu einem Eklat kommen zu lassen, gestaltete der französische Außenminister diese schwierige Aufgabe zu einem persönlichen Erfolg. Auch für die DDR war der Besuch ein politischer Erfolg, da er langfristig den Weg ebnen dürfte für westliche Regierungs- und Staatsbesuche mit dem entsprechenden Gewinn an Prestige auf dem internationalen Parkett. [...] Insgesamt können auch wir mit dem Verlauf des Besuches zufrieden sein. Der französische Außenminister hat unsere essentiellen Rechtspositionen und Interessen in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin (Offenhaltung der deutschen Frage, deutsche Staatsangehörigkeit, Berlin) überzeugend gewahrt." Vgl. Referat 210, Bd. 116494.

17 Bundeskanzler Kreisky hielt sich vom 30. März bis 1. April 1978 in der DDR auf.

18 Ministerpräsident Jørgensen hielt sich am 20./21. März 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1980.

233

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Sonderbotschafter Entezam

311-321.36 IRN **15. August 1979**[1]

Gespräch Bundesministers mit dem Sonderbotschafter der iranischen Regierung, Abbas Amir Entezam, am 15.8.1979[2]

Entezam überbrachte Grüße iranischer Regierung, die auf weitere gute Beziehungen hoffe. Er sei gekommen, um das Problem der in Bundesrepublik Deutschland wegen Selbstjustiz inhaftierten iranischen Studenten zu lösen.[3] Auch wolle er erklären, was in Iran vorgehe.[4] Vieles werde im Ausland falsch gesehen.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hille am 15. August 1979 gefertigt und am folgenden Tag über Staatssekretär Hermes an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Zustimmung" weitergeleitet.
Hat Hermes am 16. August 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Ackermann am 17. August 1979 vorgelegen.
Hat Genscher vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Montfort am 27. August 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Schöps verfügte.
Hat Schöps am 28. August 1979 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 311, Bd. 137610.

2 Der iranische Sonderbotschafter Entezam hielt sich vom 15. bis 17. August 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Referat 511 notierte am 15. August 1979 zu den Übergriffen iranischer Staatsangehöriger in der Bundesrepublik gegen angebliche Mitglieder des früheren iranischen Geheimdienstes SAVAK: „Seit Anfang 1979 wurden [...] mehr als 30 Vorfälle registriert, bei denen iranische Staatsangehörige als SAVAK-Agenten verdächtigt und bedroht, zum Teil auch tätlich angegriffen wurden bzw. Iraner eine befürchtete Gefährdung den deutschen Polizeidienststellen angezeigt haben. Die Verfolger zogen in einigen Fällen Pässe der Verdächtigen ein und schickten sie an die iranische Botschaft. In vier Fällen trat eine größere Anzahl Täter und Zuschauer als ‚Tribunal' oder ‚Islamisches Gericht' auf. Es wurden Ermittlungen u. a. wegen Nötigung, räuberischer Erpressung, Körperverletzung und Betätigung in einer kriminellen Vereinigung eingeleitet. Als Täter identifizierten die Ermittlungsbehörden mehr als 70 Personen. 29 Beschuldigte wurden inhaftiert. Bis zum 15. August 1979 wurden 16 Personen wieder freigelassen. Zur Zeit sind in Hamburg noch acht und in Nordrhein-Westfalen fünf Iraner in Haft. Mit einer Ausnahme sind die Angegriffenen auf einer Liste verzeichnet, die in größerer Zahl unter persischen Studenten im Bundesgebiet kursiert." Vgl. Referat 311, Bd. 137610.

4 Referat 311 vermerkte am 15. August 1979 zur Lage im Iran: „Die Frage der Staatsform wurde durch das überwältigende Votum vom 31.3.1979 für eine ‚Islamische Republik' entschieden. Der am 18.6.1979 veröffentlichte Entwurf einer unerwartet modernen Verfassung soll von der am 3.8.1979 gewählten 73-köpfigen Verfassungsversammlung überprüft und dann dem Volk zur endgültigen Annahme unterbreitet werden. Die schiitische Geistlichkeit hat in der Versammlung eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Ablauf und Ausgang der Wahl, die von verschiedenen Oppositionsgruppen [...] wegen mangelnder Chancengleichheit boykottiert worden war, bedeuten für das Revolutionsregime eine Schwächung [...]. Das Tauziehen der verschiedenen Machtgruppen um die konkrete Gestaltung der neuen Republik hat sich verschärft. Politisch beherrschende Figur ist weiterhin der 79jährige Ayatollah Khomeini. Mit Hilfe des von ihm eingesetzten ca. 60-köpfigen Islamischen Revolutionsrats, dessen Zusammensetzung geheimgehalten wird, übt er die politische Macht aus. Offenbar bestehen geheime Weisungsstränge zu den örtlichen Revolutionskomitees, die wiederum mit Hilfe milizartiger ‚Khomeini-Garden' für die Einhaltung von Sicherheit und Ordnung sorgen. Dies geschieht nominell im Namen Khomeinis, doch sind zunehmend örtliche Eigenmächtigkeiten zu beobachten. Die provisorische Regierung Bazargan hat auf Khomeinis ‚persönliches Regiment' kaum Einfluß. Von wichtigen Entscheidungen wird sie oft nur nachträglich unterrichtet." Vgl. Referat 311, Bd. 137610.

Die Aktion der iranischen Studenten sei nicht mit der iranischen Regierung abgesprochen oder geplant gewesen. Die Studenten schafften auch in Iran selbst Probleme. Sie wollten die Revolution in ihre eigenen Hände nehmen. Die Regierung versuche, sie zu bremsen. Aus dieser Lage erkläre sich ihre emotionale Aktion in der Bundesrepublik Deutschland. Er sei beauftragt, in Europa aufklärend zu wirken, und hoffe, daß sich ähnliche Vorfälle dieser Art nicht wiederholen würden.

BM drückt Befriedigung aus, daß iranische Regierung und Ayatollah Khomeini nichts mit der Angelegenheit zu tun hätten. Wir wollten nicht, daß Streitigkeiten in anderen Ländern bei uns ausgetragen werden. Derartige Vorfälle hätten Auswirkungen auf die zwischenstaatlichen Beziehungen. Deshalb hätten wir uns dafür eingesetzt, daß die Fälle der iranischen Studenten schnell entschieden würden, sei es durch Ausweisung oder durch Bestrafung. Unsere Gerichte seien unabhängig. Wenn es zu Prozessen komme, würden es faire öffentliche Prozesse nach rechtsstaatlichen Prinzipien sein. Den Inhaftierten würden alle rechtsstaatlichen Mittel zur Verfügung stehen.

Weiter unterstrich der Minister, wir strebten nicht an, Einfluß auf die innere Ordnung anderer Länder zu nehmen. Wir würden das allerdings auch bei uns nicht zulassen. Aber wir strebten gute, verständnisvolle, konstruktive Beziehungen mit Iran an. Er verstehe den Besuch Entezams als einen Schritt in diese Richtung. Wir seien daran interessiert, mit Iran wirtschaftlich zusammenzuarbeiten. Diese Zusammenarbeit setze aber Sicherheit und Vertrauen in die innere Ordnung des Partnerlandes voraus.

In der deutschen Öffentlichkeit hätten die iranischen Prozesse Aufsehen erregt, in denen anscheinend nicht alle rechtsstaatlichen Grundsätze garantiert seien oder die als Geheimprozesse geführt würden.[5] Wir maßten uns nicht an, zu entscheiden, ob ein Iraner zu Recht vor Gericht gestellt würde. Aber das Verfahren müsse gerecht sein. Es wäre daher für den Iran gut, wenn er in dieser Frage jeden Zweifel ausräumte.

Entezam weist auf die großen Zerstörungen der staatlichen Strukturen im Iran hin. Man müsse alles fast von unten her wiederaufbauen. Die Bundesrepublik Deutschland habe sich nie eingemischt, wie es die USA getan hätten. Dies werde anerkannt. Auf wirtschaftlichem Gebiet brauche der Iran vor allem Hilfe zum Aufbau der Landwirtschaft.

Er hoffe, daß das Problem der in der Bundesrepublik Deutschland inhaftierten iranischen Studenten bald gelöst werde. Man habe festgestellt, daß es 48000 SAVAK-Mitglieder gegeben habe, die vielleicht Probleme verursacht hätten. Er verstehe, was der Bundesminister dargelegt habe, und bitte, daß Bundesregierung ihrerseits der deutschen Bevölkerung erkläre, was er, Entezam, ausge-

[5] Am 15. August 1979 notierte Referat 311: „Sog. islamische Revolutionsgerichte fällen weiterhin Todesurteile gegen Anhänger des früheren Regimes, von dem inzwischen über 300 Personen hingerichtet wurden [...], aber auch gegen neue Gegner des Revolutionsregimes. Diese Schnellverfahren genügen weder nach Verfahrensablauf noch nach Art der erhobenen Anklagen rechtsstaatlichen Erfordernissen. Die Bevölkerung scheint aber die Verfahren ‚gegen ihre früheren Unterdrücker' zu billigen. Proteste aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit kamen nur vom westlichen Ausland. Ihre Wirksamkeit leidet u. a. unter dem Ruch früherer Zusammenarbeit mit dem Schah-Regime." Vgl. Referat 311, Bd. 137610.

führt habe (daß die iranische Regierung an der Selbstjustizaktion nicht beteiligt war und sie sogar verurteile).

BM fragt nach der wirtschaftlichen Lage im Iran.[6]

Entezam: Wir studieren zur Zeit noch, wie die islamischen Gesetze auf die Wirtschaft angewendet werden können. Inzwischen versucht man, die Wirtschaft wieder in Gang zu setzen, die Bevölkerung wieder in Arbeit zu bringen. Er rechne mit einem Zeitbedarf von sechs bis zwölf Monaten, bis es möglich sei, die islamischen Gesetze auf die Wirtschaft anzuwenden.

Die Entwicklung in Iran werde durch anti-revolutionäre Gruppen gestört, die sowohl weit rechts angesiedelt seien (SAVAK, Streitkräfte, Gefolgsleute des Schahs) oder extrem links (beeinflußt von Sowjetunion oder Nachbarländern). Die Regierung verfüge noch nicht über eine ausreichende Grenzschutztruppe, so daß die Grenzen noch offen seien. Regierung und Land würden allein getragen durch die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung. Es gebe Beweise, daß die Zusammenstöße der letzten Tage in Teheran[7] vom Ausland her finanziert seien.

Auf Frage des *BM* bestätigte *Entezam*, daß auch die Sowjetunion im Iran aktiv sei.

Entezam fährt fort, daß man die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland und mit ihren Experten schätze, insbesondere auch die Zusammenarbeit mit unserem Botschafter Herrn Ritzel. Er selbst habe viele Besprechungen mit ihm gehabt und von ihm und von anderen Deutschen gute Ratschläge erhalten.

BM regt an, dies auch öffentlich zu sagen. Dies wäre hilfreich für unsere Beziehungen, weil ja aus Teheran auch andere Stimmen gekommen seien.

Entezam sagt zu, für heute vorgesehenes Interview mit Deutschem Fernsehen dazu zu benutzen.[8]

6 Zur wirtschaftlichen Lage im Iran vermerkte Referat 311 am 15. August 1979: „Auf wirtschaftlichem Gebiet arbeitet die Erdölindustrie beschränkt normal. Infolge der Unruhen in Khuzestan ist die Fördermenge inzwischen auf knapp 3 Mio. b[arrel]/d[ay] gesunken (Fördermenge unter dem Schah-Regime: 6 Mio. b/d). Das übrige Wirtschaftsleben ist gekennzeichnet von ca. 3 Mio. Arbeitslosen und Produktionsraten um 50% der Leistungskapazität. Eine Normalisierung wird sowohl durch Eingriffe unqualifizierter Betriebskomitees erschwert als auch durch mangelnde Fähigkeit oder Bereitschaft des neuen Managements, anstehende Unternehmerentscheidungen zu treffen. Verstaatlichungen der wichtigsten Wirtschaftszweige (Banken, Versicherungen, Grundstoffindustrie, verarbeitende Industrie) haben die bestehende Unsicherheit in Wirtschaftskreisen noch vergrößert." Vgl. Referat 311, Bd. 137610.

7 Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, berichtete am 13. August 1979, am Vortag habe eine „von Nationaler Demokratischer Front sowie verschiedenen laizistischen Gruppen organisierte Demonstration für Pressefreiheit in Teheran" stattgefunden: „Bei Auseinandersetzungen mit orthodox-islamischen Gruppen, die offenbar mit Steinen, Messern, Dolchen und Keulen [...] Demo-Teilnehmer angriffen, kam es zu stundenlangen Schlägereien. Zeitungen berichten von 300 Verletzten, zum Teil schwer. [...] Abgesehen von Spontan-Demonstrationen gegen negative Erscheinungen in post-revolutionärem Iran (Komitee-Übergriffe, Willkürakte von Revolutionsgardisten, Schleierzwang für Frauen, Behandlung der Minderheiten, Arbeitslosigkeit etc.) war dies die erste größere organisierte Demonstration". Strenziok berichtete weiter: „Der in Kreisen der Mittelschicht seit langem schwelende Unmut über die Entwicklung des post-revolutionären Iran, neu aktiviert durch die jüngsten unverfrorenen Wahlmanipulationen, konnte sich hier artikulieren". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1067; Referat 311, Bd. 137621.

8 Der iranische Sonderbotschafter Entezam erklärte am 16. August 1979 gegenüber dem ZDF: „Die Regierung der Islamischen Republik Iran hat weder in Iran noch im Ausland eine Liste über die

BM schlägt vor, bei dieser Gelegenheit auch etwas zur neuen iranischen Pressegesetzgebung[9] zu sagen, damit in der Bundesrepublik Deutschland nicht der Eindruck entstehe, daß dadurch die Tätigkeit ausländischer Berichterstatter geknebelt werden solle.

Entezam sagt dies zu und wiederholt, daß vieles aus dem Iran übertrieben berichtet worden sei. Als Beispiel schildert er den Fall des Generals Rahimi.[10]

Das Gespräch endet nach etwa 30 Minuten.

Referat 311, Bd. 137610

Fortsetzung Fußnote von Seite 1115

SAVAK-Agenten veröffentlicht. Wie ich in Gesprächen mit meinen Landsleuten wiederholt erklärt habe, sind für die Untersuchung der Tätigkeit dieser SAVAK-Leute die Gerichte in Iran zuständig. Ich hoffe, daß unsere Landsleute dies beherzigen, jede derartige Liste ablehnen und sich zu keiner unüberlegten Handlung anregen lassen werden. Ich glaube, daß die Gespräche, die ich während meines Aufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland im Außen-, Justiz- und Innenministerium geführt habe, nützlich waren und hoffe, daß meine Landsleute bald freikommen und ihrem Studium nachgehen können und nichts unternehmen, was der großen islamischen Revolution Schaden zufügen könnte." Vgl. die Presseerklärung; Referat 311, Bd. 137610.

9 Referat 311 notierte am 15. August 1979 zur Pressegesetzgebung im Iran: „Die Gleichschaltung der Medien geht weiter. Rundfunk und Fernsehen sind bereits seit längerem unter personeller Kontrolle des neuen Regimes. Zahlreiche Verhaftungen oppositioneller Journalisten, die Schließung der größten Oppositionszeitungen und der Erlaß eines restriktiven Pressegesetzes am 12.8.1979, das auch die Berichterstattung durch ausländische Medien einschneidend beschränkt, haben das Meinungsmonopol des Regimes weiter gefestigt." Vgl. Referat 311, Bd. 137610.

10 Oberst i.G. Meyer-Plath, Teheran, berichtete am 17. Februar 1979, „in einem Akt islamischer Schnell-Justiz" sei am Vortag der Kriegsrechtsverwalter von Teheran, General Rahimi, zusammen mit drei weiteren Generälen „zum Tode verurteilt und von einem aus Revolutionären und ehemaligen SAVAK-Opfern gemischten Peloton sofort erschossen" worden. Bilder der Leichen seien in allen Zeitungen publiziert worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 299; Referat 311, Bd. 137620.

234

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Vrhovec in Zagreb

VS-NfD **16. August 1979**[1]

Protokoll des Delegationsgespräches am Vormittag[2]

Teilnehmer:

BM Genscher; Botschafter Grabert, Belgrad; MD Dr. Blech; VLR I Dr. Sudhoff, RL 013; VLR Dr. von Braunmühl, MB; LR I Dr. Brümmer, Ref. 214; Herr Ernst, Dolmetscher; AM Vrhovec; Miloš Melovski, stellvertretender AM; Kuzman Dimcevski, Abteilungsleiter Westeuropa; Botschafter Makić, Bonn; Dr. Vido Kanzević, Unterabteilungsleiter Internationale Organisationen; Milan Predojević, Referat für die Bundesrepublik Deutschland; Pero Karanikić, Hilfsreferent; Ivan Ivanji, Dolmetscher.

AM *Vrhovec* (herzliches Willkommen): Ich bin froh, daß wir wieder unter uns sind und daß wir die Gastfreundschaft erwidern können, die Sie uns im letzten Jahr in Reichenhall[3] erwiesen haben. Ich bin überzeugt, daß wir die Möglichkeit, ständig in gutem Kontakt zu stehen, im beiderseitigen Interesse nutzen sollten. Ich bedaure nur, daß Sie nicht mehr Zeit mitgebracht haben. Ich möchte hoffen, daß diese sommerlichen Treffen zur ständigen Praxis zwischen uns werden.

BM *Genscher* (schließt sich dieser Hoffnung an, hebt die angenehme Atmosphäre hervor und meint, daß die Sommertreffen der Außenminister ja schon Tradition geworden seien): Diese Treffen sind ein Zeichen des guten persönlichen Kontaktes zwischen uns, und sie zeigen, für wie wichtig wir den politischen Meinungsaustausch im Rahmen unserer Beziehungen halten. (BM bedankt sich, daß AM Vrhovec seinen ohnehin kurzen Urlaub für dieses Treffen in seiner Heimatstadt unterbrochen hat.)

AM *Vrhovec*: Ich muß mich bedanken, denn Sie haben mir den Besuch Zagrebs ermöglicht.

1 Durchschlag als Konzept.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Brümmer am 17. August 1979 gefertigt und am selben Tag von Ministerialdirektor Blech an Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, übermittelt. Dazu vermerkte Blech: „Unter Bezugnahme auf die von Herrn Höynck zur Weitergabe an den Herrn Bundeskanzler erbetene Unterrichtung über die Gespräche des Bundesministers des Auswärtigen in Zagreb übermittle ich zur vorläufigen Information in der Anlage Durchdruck eines Vermerks, der auf einer ersten Auswertung des Delegationsgesprächs beruht und noch nicht die Genehmigung des Herrn Ministers gefunden hat. Über die Gespräche, die der Herr Minister darüber hinaus während bzw. nach dem Mittagessen mit Parteisekretär Dragosavac und dem kroatischen Ministerpräsidenten geführt hat, erwarten wir noch einen Drahtbericht von Botschafter Grabert als Gesprächsteilnehmer aus Belgrad. Abgesehen vom Thema Berlin sind jedoch in diesen Gesprächen keine zusätzlichen Gesprächsthemen aufgenommen worden. (Entgegen einem kürzlichen ‚Borba'-Artikel, der einen abweichenden Eindruck vermitteln konnte, haben die jugoslawischen Gesprächspartner bekräftigt, daß sich die jugoslawische Haltung in Berlin betreffenden Fragen nicht verändert habe.)" Vgl. das Begleitschreiben; Referat 214, Bd. 132803.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 16. August 1979 in Jugoslawien auf.

3 Der jugoslawische Außenminister Vrhovec hielt sich am 11. August 1978 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher in Bad Reichenhall vgl. AAPD 1978, II, Dok. 238.

Es stellt sich die Frage, wie wir vorgehen wollen. Meine Mitarbeiter haben mir eine lange Liste zusammengestellt. Es wäre leichter gewesen, hätten sie aufgeschrieben, was wir nicht behandeln wollen.

Wir sollten sicher unsere Meinungen über die weltpolitische Situation austauschen, vom Allgemeinen zum Besonderen fortschreiten. Ich beginne mit der Welt, deren Lage man als eine große Krise bezeichnen könnte.

Gut wäre ein Meinungsaustausch

- zur Konferenz der Nichtgebundenen in Havanna[4],
- zur Nord-Süd-Problematik – ein großes Thema, in das die Bundesrepublik Deutschland stark einbezogen ist und das uns deshalb hier besonders interessiert.

In der letzten Zeit hatten Sie wie auch wir interessante Begegnungen. Europa ist der Raum, in dem wir leben, hier stellen sich unsere Lebensfragen. Es wäre deshalb gut, auch darüber zu sprechen, was wir in den europäischen Entwicklungen als wichtig ansehen.

Dann bilaterale Themen, denen wir große Bedeutung beimessen. Wir hatten in letzter Zeit kein besonders großes Glück in den bilateralen Beziehungen miteinander[5] – wahrscheinlich nicht durch unsere Schuld. Ich glaube aber, daß wir die Riffe ganz gut umschifft haben.

BM *Genscher*: Sehr gut!

AM *Vrhovec*: Es wäre auch gut, über die Perspektiven unserer bilateralen Beziehungen zu sprechen. Zu allen erwähnten Fragen interessiert uns Ihre Sicht. Als Gastgeber nehme ich mir das Recht, Ihnen das Wort anzubieten.

BM *Genscher*: Ich bedanke mich, doch hieße es wohl Eulen nach Athen zu tragen, wenn ich in Jugoslawien über die Blockfreien sprechen würde. Ich bitte deshalb zunächst um Ihre Einschätzung und will dann gern unsere Haltung erläutern.

AM *Vrhovec*: Einverstanden. Gibt es Fragen, die Sie besonders interessieren?

BM *Genscher*: Welche Perspektiven sehen Sie? Welchen Ablauf und welche politischen Schwerpunkte erwarten Sie für Havanna?

AM *Vrhovec*: Ich möchte eine kurze Einführung geben und dabei an den Dialog erinnern, den wir in Bad Reichenhall unmittelbar nach der Belgrader Konferenz der Außenminister (der Blockfreien)[6] geführt haben. Was wir damals ausführten, gilt als Grundlage auch weiterhin.

Auch vor Belgrad haben wir uns schon mit der Philosophie der Bewegung, mit strategisch-politischen Überlegungen herumgeschlagen. Nicht, daß wir nicht vom Fleck gekommen wären – im Gegenteil. Aber es zeigt, wie wichtig solche

4 Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt. Vgl. dazu Dok. 266, Anm. 4 und 7.

5 Die Beziehungen der Bundesrepublik zu Jugoslawien wurden durch die Frage der Auslieferung von in der Bundesrepublik lebenden Exil-Kroaten nach Jugoslawien und die Frage der Auslieferung von in Jugoslawien inhaftierten Terroristen aus der Bundesrepublik belastet. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 154, und AAPD 1978, II, Dok. 287, 351 und 375.

6 Vom 25. bis 30. Juli 1978 fand in Belgrad eine Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten statt.

Überlegungen im Zusammenhang mit dem jetzigen Zustand der Bewegung und mit ihrer Zukunft sind. Belgrad war insofern eine wichtige Etappe, geradezu ein Meilenstein in der Bewegung.

Was sind im Grunde die Prinzipien der Bewegung? Ich weiß nicht, inwieweit Sie die Debatte verfolgen konnten, die permanent über diese Frage geführt wurde. Es ist die Frage, inwieweit sich die Bewegung der Ungebundenen auch in Zukunft als ungebundene Kraft in den internationalen Beziehungen behaupten kann – und zwar unter Beibehaltung aller Merkmale, die schon 1961 bei ihrer Gründung in Belgrad[7] ihr Wesen ausgemacht haben. Die Bewegung hat das große Ziel, Staaten dazu zu verhelfen, als Subjekte auf internationaler Ebene aufzutreten und sich von der Ausbeutung zu befreien. Wir haben dies als Kampf gegen Imperialismus und Vorherrschaft definiert.

Bei der Gründung mußte entschieden werden, welche Position die Bewegung in der Welt einnehmen sollte. Dies war um so wichtiger, als damals – in der Zeit des Kalten Krieges – die Aufteilung der ganzen Welt in Blöcke in der Luft lag. Es ist historisch bedeutend: Schon damals war die Bewegung nicht beschränkt auf den Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus, sondern sie war auch gegen die Blockaufteilung gerichtet. Deshalb wurde es schon damals verworfen, daß sich die Bewegung jemals auf einen der bestehenden Blöcke stützen könnte. Wir haben dies später präziser formuliert.

Weshalb ist diese Frage nach 18/19 Jahren wieder aktuell? Hier wäre eine tiefgehende Analyse der Entwicklung in der Welt erforderlich – eine Analyse auch, in welchen Bereichen die westliche Welt viel zu lange an alten Privilegien festgehalten und dadurch dem anderen (Block) Vorteile verschafft hat. Wir müssen diese Analyse vornehmen, da wir die Bewegung von allen Blockeinflüssen freihalten wollen.

Wenn wir nur die Diversion des einen Blocks sehen würden, wäre dies eine Simplifizierung. Man muß (auch) sehen, warum der eine Block überhaupt auf die Idee gekommen ist, die Zeit sei reif, um die Bewegung für sich zu reklamieren. Augenscheinlich ist er zu diesem Schluß durch das Fehlverhalten des anderen Blocks gekommen, durch das ihm Raum gegeben wurde, sich selbst auszudehnen.

Aktueller Anlaß zur Hervorhebung des Ostblocks in diesem Zusammenhang ist die Vorbereitung der Konferenz von Havanna. Es geht aber auch grundsätzlich darum, jede Infiltration (von beiden Blöcken) fernzuhalten. In der gesamten Vorbereitung von Havanna wird darüber offen debattiert.

Sie haben den kubanischen Entwurf[8] wahrscheinlich analysiert. Wir haben starke Vorbehalte und haben dies zum erstenmal auch in öffentlicher Kritik zum Ausdruck gebracht. Ich halte dies für richtig.

[7] Die erste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad statt.

[8] Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), übermittelte am 12. Juli 1979 den am Vortag an die UNO-Missionen der blockfreien Staaten verteilten kubanischen Entwurf einer provisorischen Tagesordnung für die Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna. Dazu vermerkte er, verglichen mit dem ersten kubanischen Entwurf vom Februar 1979 stelle der jetzige „einen Sieg der gemäßigten Mehrheitslinie unter Führung Jugoslawiens und Indiens dar. [...] Anlaß des kubanischen Widerstands gegen TOP VIII (Rol-

Wir meinen, die richtige Definition des Wesens der Bewegung ist die Schlüsselfrage für ihre weitere Entwicklung.

Dies ist ein Gebiet, auf dem nicht gerade Zusammenarbeit, aber doch ein Meinungsaustausch zwischen allen Ländern möglich und nützlich ist, die für die Aufrechterhaltung des ungebundenen Charakters der Bewegung sind.

Wenn ich von Hilfe (aller dieser Länder) spreche, dann meine ich nicht nur deklaratorische Hilfe, sondern (wirkliche) Mithilfe zur Lösung wesentlicher Krisen – besonders jener, von denen die Bewegung unmittelbar betroffen ist.

Wenn wir uns nur auf die Verhinderung der Infiltration durch den Ostblock konzentrieren und nicht auch um Krisenbewältigung kümmern würden, dann würden wir zum Instrument gegen die eigene Bewegung.

Bis Lusaka[9] (?) hatten wir ein bis zwei Jahre einen ungünstigen Trend, als man in der Bewegung ausschließlich nach Westen blickte.

Nairobi[10] hat sich außerordentlich ungünstig ausgewirkt.

Camp David[11] betrachten wir – milde gesagt – als großes Unglück. Die Bewegung hat nicht danach geurteilt, was Sadat wollte, sondern danach, was Begin wirklich tat. Die außerordentlich scharfe Verurteilung des Camp-David-Prozesses in Colombo[12] ist deshalb nicht verwunderlich.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1119

le der Ungebundenen) war das bekannte Motiv, den Anti-Block-Aspekt an den Rand zu rücken und insbesondere die SU von der in diesem Aspekt enthaltenen Kritik freizustellen". Der ursprüngliche kubanische Entwurf sei als „sowjetische Auftragsarbeit" gewertet worden. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1063; Referat 340, Bd. 116091.

9 Die dritte Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 8. bis 10. September 1970 in Lusaka statt.
Vom 1. bis 7. August 1979 fand in Lusaka eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten statt. Ministerialdirigent Petersen notierte dazu am 7. August 1979: „Die in Lusaka/Sambia tagende Commonwealth-Konferenz, die sich seit dem 3.8.1979 in erster Linie mit den Möglichkeiten einer dauerhaften Lösung des Rhodesien-Konflikts befaßte, hat sich auf eine gemeinsame Linie geeinigt, die ihren Niederschlag in der am 6.8.1979 veröffentlichten Neun-Punkte-Erklärung der Commonwealth-Staatschefs gefunden hat." Grundlage für die Erörterungen seien die von Präsident Nyerere am 3. August 1979 vorgelegten Vorschläge gewesen, „wonach eine Verfassung für Simbabwe demokratisch sein, einen tatsächlichen Machttransfer auf die schwarze Mehrheit reflektieren und die Zustimmung aller beteiligten Parteien finden müsse. Mit dem von der bisherigen britischen Linie abweichenden Zugeständnis in ihrer Rede am gleichen Tage, wonach die gegenwärtige Verfassung Rhodesiens in wichtigen Teilen (Sperrminorität der Weißen) unzulänglich sei, und dem darin liegenden Verzicht auf eine Anerkennung der Regierung Muzorewa unter den gegenwärtigen Umständen hat PM Thatcher die für den allgemeinen Konsens erforderliche Einigung mit den Frontstaaten ermöglicht. [...] Durch den Konsens von Lusaka über die weitere Behandlung der Rhodesien-Frage ist es der britischen Regierung gelungen, ein Auseinanderbrechen des Commonwealth abzuwenden. Gleichzeitig haben die Briten ihren politischen Spielraum für die Entlassung Rhodesiens in die Unabhängigkeit und für die Aufhebung der Sanktionen erheblich vergrößert." Vgl. Referat 320, Bd. 125203.

10 Vom 5. bis 31. Mai 1976 fand in Nairobi die IV. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) statt. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 173.

11 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

12 Vom 6. bis 10. Juni 1979 fand in Colombo eine Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten statt.

In Monrovia[13], wo das südliche Afrika eine große Rolle spielte, sind vier Mächte des Westens schlecht weggekommen. Der Außenminister von Mali[14] hat mir dazu erst kürzlich gesagt, man hätte alle aufzählen müssen oder gar keinen. Die allgemeine Atmosphäre (in Monrovia) war jedoch die einer Revolte gegen den Westen.

Über den Nahen Osten sollten wir vielleicht später sprechen, da er innerhalb der Bewegung eine eigene Dimension darstellt. Wir sind überzeugt, daß man Ägypten nicht suspendieren darf; wegen der besonderen Dimension des Problems wird es aber nicht leicht sein, das auch durchzusetzen.

Wir haben eine große Krise, in der die Bewegung besonders stark engagiert und an der der Westen ganz unschuldig ist: Südostasien. Diese schwerwiegende Frage war ein Problem in Colombo und wird es auch in Havanna sein. Die verschiedensten, widersprüchlichen Elemente machen gemeinsam die Krise aus. Am Anfang stand das fait accompli, die Okkupation mit Gewalt, die nachträglich in einen vertraglichen Zustand verwandelt wurde.[15] Es gibt eine Regierung in der Hauptstadt, gleichzeitig bleibt aber das Faktum der Intervention. Es besteht die Gefahr, in der Bewegung etwas zu sanktionieren, was mit einer Intervention begonnen hat.

Es gibt verschiedene Gruppen- und Einzelinteressen. Die Legalität der kambodschanischen Regierung, die verhaßt ist, wird in der Welt in Frage gestellt. Wir wissen noch nicht, wie es weitergehen soll.

Ein radikaler Standpunkt fordert als Ausweg den „leeren Stuhl" (in Havanna).[16] Er wird jetzt auch von Indien, Sri Lanka und neuerdings – man höre und staune – auch von Sihanouk vertreten. Wir bitten Sie, diese Mitteilung noch nicht an die Presse zu geben. Wir waren (und sind) gegen den „leeren Stuhl" – auch in Colombo. Dort konnten wir uns durchsetzen. Doch jetzt ist die Lage schwieriger. Wenn wir den „leeren Stuhl" jetzt akzeptieren, so müssen wir dies tun, um Erreichtes zu sichern – nicht aber, um eine Intervention zu sanktionieren. Der „leere Stuhl" bezeichnet eine gefährliche Richtung. (Dies alles noch nicht an die Presse.)

Wir stehen in ständigen Konsultationen über den (kubanischen) Havanna-Text. Ich denke, Sie haben ihn analysiert. Sie werden bemerkt haben, daß er nicht

13 Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten fand vom 17. bis 20. Juli 1979 in Monrovia statt.

14 Alioune Blondin Beyé.

15 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.

16 Botschafter Freitag, Havanna, berichtete am 2. September 1979, daß es Kuba nicht gelungen sei, seine einseitige Entscheidung, „dem Pol-Pot-Regime [...] ein Sitzrecht ohne Rederecht zu verweigern, komplikationslos durchzuführen". Es sei aber auch „der zu Kuba kritisch eingestellten gemäßigten Kerngruppe der Ungebundenen (in dieser Frage unter Führung Jugoslawiens und Singapurs) nicht gelungen, für ihre Position ausreichend Unterstützung zu finden". Die Entscheidung sei „von einer über die konkrete Frage hinausgehenden Bedeutung, weil sie ein hinreichend zuverlässiges Bild über die sich andeutenden Blockbildungen innerhalb der Blockfreien gibt". Vgl. den Drahtbericht Nr. 219; Referat 340, Bd. 116091.
Am 3. September 1979 wurde in der Presse berichtet: „Die eigenmächtige kubanische Entscheidung, weder die Abgeordneten des alten noch des von Vietnam etablierten neuen Regimes den kambodschanischen Sitz einnehmen zu lassen, wurde vor allem von den südostasiatischen Teilnehmern kritisiert, am schärfsten von Singapur." Vgl. den Artikel „Differenzen und Mißtrauen zum Auftakt des Blockfreien-Gipfels in Havanna"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, S. 1.

direkt das natürliche Bündnis (zwischen Blockfreien und sozialistischen Staaten) erwähnt. Er ist jedoch so einseitig, daß gerade dies herauskommt. Das Dokument benutzt alle konkreten Situationen in der Welt als roten Faden mit dem Ziel: natürliches Bündnis. Leider sind eine Reihe dieser Situationen tatsächlich so geartet, daß man sie mit dieser Zielrichtung darstellen kann.

Wir sind an wirklichen Lösungen interessiert, an einer Stärkung von Unabhängigkeit und Gleichberechtigung. Der Ostblock hat ganz andere Interessen.

In der Grundströmung der Bewegung wird es so gesehen. Sowohl rechte als auch linke Positionen würden sich nur zugunsten des linken Flügels auswirken, der zur Zeit rein verbal die besseren Argumente hat.

Diese Grundströmung kann sich auf die positiven Ergebnisse von Belgrad und Colombo stützen. Wir sind deshalb optimistisch im Hinblick auf Havanna.

Präsident Tito hat gestern der „Borba" ein Interview gegeben.[17] Anlaß dazu war die ideologisch geführte Propaganda-Offensive des Ostens, aber auch das Bedürfnis, unser Konzept des Widerstandes gegen diese Ideologie zu verdeutlichen: Wir fordern die Bewahrung der Prinzipien der Bewegung.

Die Bewegung ist nicht gegen die Blöcke als solche gerichtet, sondern ist für ein Konzept andersartiger Beziehungen in der Welt und für die Lösung von Krisen/Problemen, die einem solchen anderen Beziehungsmodell im Wege stehen.

Die Zusammenarbeit mit vielen Ländern außerhalb der Bewegung ist möglich und zugleich praktisch reale Grundlage für Fortschritte in der angestrebten Richtung.

Innerhalb der Bewegung ist das Havanna-Dokument unsere gemeinsame Sache. Jeder muß sich äußern. Initiativen sollten jedoch von jenen Ländern ausgehen, die unmittelbar betroffen sind. Wenn ich z.B. meine, daß der Abschnitt „Indischer Ozean" schlecht formuliert ist, dann erwarte ich von Indien und Sri Lanka eine Initiative. Zum Nahen Osten, zum Mittelmeerraum und zu Europa werden wir uns zu Wort melden.

Der Kampf wird nicht einfach, aber wir werden erfolgreich sein.

Kopfschmerzen bleiben, aber wir leben in einer Welt der Kopfschmerzen. Auf ein paar mehr oder weniger kommt es nicht an.

BM *Genscher* (bedankt sich für die umfassende Darstellung der Zielsetzung): Es liegt mir daran, unsere Position zur Bewegung der Ungebundenen und zur Konferenz von Havanna zu erläutern.

Wir sind überzeugt, daß die Bewegung der Blockfreien ein wichtiges Instrument zur Stabilisierung in der Welt sein kann. Dies wird nur dann der Fall sein, wenn sie wirklich blockfrei bleibt. Annäherung an einen der beiden Blökke (West oder Ost) würde sich destabilisierend auswirken.

Vor einigen Wochen war der kubanische AM in Bonn.[18] Ich habe ihm gesagt: Vergessen Sie nicht, daß der politische Einfluß der Bewegung je größer sein

17 Für den Wortlaut des Interviews des Staatspräsidenten Tito mit der Zeitung „Borba" am 14. August 1979 vgl. INTERNATIONALE POLITIK vom 5.–20. August 1979, S. 15–19.

18 Der kubanische Außenminister Malmierca hielt sich vom 31. Mai bis 2. Juni 1979 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 1. Juni 1979 vgl. Dok. 158.

wird, desto blockfreier sie ist. Dazu muß man sagen: Vernünftigerweise kann niemand der Bewegung wünschen, daß sie sich der einen oder anderen Seite annähert oder sich spaltet. Wenn ich in unseren Diskussionen in Deutschland gelegentlich höre, dieses oder jenes Land sei prowestlich oder kommunistisch, entgegne ich: Es kann nicht unser Interesse sein, daß wir Konflikte zwischen den Blöcken auf die Bewegung übertragen. Wer Etiketten aufklebt, destabilisiert die Welt in die eine oder andere Richtung.

Unser Interesse geht dahin, daß alle Länder der Welt die Möglichkeit erhalten, ihre innere Ordnung so zu gestalten, wie sie das für richtig halten. Eine der größten Gefahren sehe ich darin, daß in der Phase einer Art ideologischen Neokolonialismus die ideologischen Positionen ausgebeutet werden.

Wir haben nichts gegen Blöcke. Sie sind ein Element der Stabilisierung. Ein Übergewicht der einen oder anderen Seite in Europa würde sich automatisch auch auf jene Länder auswirken, die nicht den Blöcken angehören. Auch die jugoslawische Politik würde sich unter anderen – ungünstigen – Rahmenbedingungen vollziehen, wenn der Warschauer Pakt ein Übergewicht hätte.

Von der Stabilität zwischen beiden Paktsystemen profitieren auch andere Länder. Wir würden diese Stabilität gern auf niedrigerem Rüstungsniveau garantieren. Deshalb unterstützen wir die amerikanischen Bemühungen um Ratifizierung des SALT-II-Abkommens[19] und sind für eine Aktivierung der MBFR-Verhandlungen.

Die angesichts des Übergewichts des WP bei den eurostrategischen Waffen notwendige Modernisierung der NATO muß mit Rüstungsbeschränkungen verbunden werden. Der Bundeskanzler hat am 4. Juli 1979 erklärt: Die Modernisierung kann um so geringer gehalten werden, je stärker der Ostblock auf unsere Rüstungskontrollangebote eingeht.[20] Mit anderen Worten: Wir wollen nicht Abrüstung durch Aufrüstung, sondern Stabilität durch Rüstungsbeschränkung.

An dieser Stelle muß ich auf einen – neben vielen anderen – wichtigen strukturellen Unterschied zwischen NATO und Warschauer Pakt hinweisen: Die Staaten des Warschauer Paktes sind alle Mitglieder des COMECON – auch die Großmacht. Die NATO-Mitglieder sind nicht alle Mitglieder des Gemeinsamen Marktes – die Großmacht z. B. nicht. Wenn wir die augenblickliche wirtschaftspolitische Diskussion im COMECON betrachten, wird deutlich, was das bedeutet.

Zur Bewegung der Blockfreien: Ziel ist es, daß möglichst viele Staaten in die Lage versetzt werden, einen unabhängigen Weg zu gehen. Dabei kann es im Interesse der Bewegung liegen, daß sich solche Staaten (regional) zusammenschließen, wie es z. B. die ASEAN-Staaten getan haben.

Es ist hoch einzuschätzen, daß Jugoslawien nicht nur der Bewegung angehört, sondern auch noch eine hervorragende Rolle darin einnimmt.

19 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 218, Anm. 8.

20 Bundeskanzler Schmidt gab am 4. Juli 1979 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 111, S. 13317–13328.

Es wäre keine gute Sache, wenn die Bewegung der Blockfreien als nicht- oder gar anti-europäische Bewegung verstanden würde.

Ich teile Ihre Meinung, daß sich die Staaten des Westens in der Phase der Entkolonialisierung in einer schwierigen Lage gegenüber der Bewegung befunden haben, und daß daraus der Warschauer Pakt Nutzen gezogen hat.

Ivanji (Dolmetscher): Vor allem die Sowjetunion!

BM *Genscher*: Es ist wichtig, daß der Westen etwas für die Lösung der Probleme in der Bewegung tun kann, und wir begrüßen, was innerhalb der Bewegung in dieser Richtung unternommen wird.

Ich habe Ihren Worten eine positive Einschätzung der Ergebnisse von Lusaka entnommen. Dies ist auch unsere Meinung. Die Beteiligung der Frontstaaten[21] in Lusaka ist sehr konstruktiv gewesen. Durch das hohe Maß an Verantwortung, das (insbesondere) die Präsidenten Nyerere und Kaunda gezeigt haben, fühle ich mich in meiner Einschätzung bestätigt. Die dort für eine Lösung des Problems Simbabwe zutage getretenen positiven Elemente können auch Auswirkungen auf die Lösung in Namibia haben.[22] Eine wichtige Rolle spielt dabei die britische Regierung.

Wir haben beobachtet, daß Südafrika mehrfach auf den Wechsel von Regierungen in Europa gewartet hat, um davon zu profitieren. So hat Südafrika z.B. 1976 (vergeblich) auf einen Wechsel bei uns gehofft.[23] In Großbritannien hat sich die südafrikanische Hoffnung auf eine Ablösung der Labour-Regierung zwar erfüllt[24], nicht aber auch jene Hoffnung, daß die britische Politik danach die Interessen Namibias und Simbabwes zugunsten Südafrikas vernachlässigen würde.

In Südostasien stehen eine Reihe wichtiger Fragen zur Lösung an. In Europa spricht jeder über die Flüchtlinge[25] – eine sehr ernste Frage, über die man aber nicht das Problem Kambodscha vergessen darf. Wir sind für eine politische Lösung und teilen die Meinung der ASEAN-Staaten, daß dafür alle Fremden das Land verlassen müssen. Ich hoffe nicht, daß der „leere Stuhl" in Havanna das letzte Wort sein wird.

Unser Ziel – ich sage das als Außenminister in der Europäischen Gemeinschaft – ist ein Verhältnis zwischen den Ländern frei von Domination und auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Vielleicht spielt es dabei eine Rolle, daß die EG-Staaten gemeinsam ihre historische Lektion gelernt haben. Es ist schon eine große Sache, wenn die Regierungen von neun so unterschiedlichen Ländern an einem Tisch sitzen und jede ihre gleichberechtigte Stimme hat.

21 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia und Tansania.

22 Vgl. dazu die Punkte 14 bis 24 des Kommuniqués der Konferenz der Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten vom 1. bis 7. August 1979 in Lusaka; EUROPA-ARCHIV 1979, D 490–492.

23 Am 3. Oktober 1976 fanden Wahlen zum Bundestag statt. Die SPD erreichte 42,6% der Stimmen und stellte 214 Abgeordnete, die FDP erzielte 7,9% der Stimmen und entsandte 39 Abgeordnete. CDU und CSU kamen auf 48,6% der Stimmen bzw. 243 Abgeordnete.

24 Am 3. Mai 1979 fanden in Großbritannien Parlamentswahlen statt, aus denen die Conservative and Unionist Party als Siegerin hervorging. Die Bildung einer neuen Regierung erfolgte am 5. Mai 1979 durch Premierministerin Thatcher.

25 Zu den „Indochina-Flüchtlingen" vgl. Dok. 5, Anm. 33.

Zum Nahen Osten: Das Interesse der Europäischen Gemeinschaft an dieser Nachbarregion ist genauso groß wie das Jugoslawiens. Camp David muß als Tatsache respektiert werden. Es ist die Aufgabe aller nicht unmittelbar daran Beteiligten, alles zu tun, um eine endgültige Spaltung des arabischen Lagers zu verhindern. Es gibt keine umfassende und gerechte Lösung des Nahost-Problems ohne die Einheit des arabischen Lagers.

Es ist wichtig, daß es in Monrovia nicht zu einer offenen Konfrontation mit Ägypten gekommen ist, und wir hoffen, daß auch Havanna keine Suspendierung Ägyptens bringen wird. Man muß alles tun, um die arabischen Staaten zusammenzubringen. Wir haben aufgrund einer tragischen geschichtlichen Entwicklung ein besonderes Verhältnis zu Israel und sind deshalb nicht in der Lage, eine exponierte Position einzunehmen. Aber wir sind auch gegenüber Freunden zur Ehrlichkeit verpflichtet.

Sie sehen, wie wichtig wir die PLO nehmen. Repräsentanten aller im Bundestag vertretenen Parteien haben sich mit Vertretern der PLO getroffen, wobei das Treffen Brandts – als Vertreter der Sozialistischen Internationale – in seiner Bedeutung über unser Land hinausgeht.[26]

Um zusammenzufassen: Wir sehen in Havanna ein wichtiges internationales Ereignis. Wir hoffen sehr, daß Ihre Bemühungen erfolgreich sein werden, die unabhängige Position der Blockfreien zu erhalten. Sie werden keinen der Bewegung der Blockfreien angehörenden Außenminister finden, der Ihnen sagt, wir hätten ihm eine prowestliche Position aufdrängen wollen. Wir wollen eine unabhängige Bewegung und stimmen darin mit Ihnen überein.

AM *Vrhovec*: Ich möchte einiges zur Existenz der Blöcke hinzufügen. Natürlich sind wir gegen die Existenz der Blöcke. Dies heißt aber nicht gleichzeitig, daß sie durch Konfrontation zu zerstören sind, sondern daß eine Lösung der großen Probleme (in unserem Sinne) auch die Aufteilung in Blöcke überwinden würde.

Absolut so, wie Sie es gesagt haben, so sehen wir es auch: Die Blöcke haben eine stabilisierende Funktion. Ich freue mich über die Übereinstimmung. Das ist ja das große Mißverständnis mit dem Ostblock.

BM *Genscher*: Ich bin ja kein Konservativer. Aber ich kann doch feststellen, daß die sowjetische Außenpolitik konservativ ist.

AM *Vrhovec*: Absolut.

BM *Genscher*: Sie wiederholen alle großen Fehler des 19. Jahrhunderts. Sie (die Sowjets) brauchen Länder, die nach ihrer Pfeife tanzen.

AM *Vrhovec*: Wir möchten den stabilisierenden Faktor der Blockfreien-Bewegung darstellen in dieser Welt, in der wir leben. Wir glauben und sind überzeugt, daß der Widerstand gegen die These vom natürlichen Bündnis zwischen Ungebundenen und sozialistischem Lager[27] zu einer Ernüchterung der Konservativen führen wird.

[26] Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, der SPD-Vorsitzende Brandt und Bundeskanzler Kreisky trafen vom 6. bis 8. Juli 1979 in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 208, Anm. 10.

[27] Am 30. Juli 1979 wies Gesandter Berendonck, Moskau, darauf hin, daß nach sowjetischer Auffassung für die Bewegung der Blockfreien der „Primat des antiimperialistischen Kampfes" zu gelten habe: „Es gibt keine ‚reine Blockfreiheit'. Blockfreiheit ist immer Kampf und kann niemals Untätigkeit, Passivität und Ausweichen vor einer Lösung der brennenden Probleme der Gegenwart be-

Zu Südostasien haben wir fast nur über Kambodscha gesprochen. Natürlich muß man das dortige Problem insgesamt lösen. Eine solche Lösung kann aber nicht gegen Vietnam gerichtet sein; ebensowenig kann sie regionale Hegemonie Vietnams bedeuten. Dies wäre nicht nur ungerecht, sondern auch unrealistisch: China würde es nicht erlauben. Die Lösung muß für alle Mächte akzeptabel sein.

Das Ziel können nur unabhängige, blockfreie Länder sein; ein anderes Konzept ist nicht möglich.

Wir verstehen, daß es auch notwendig sein wird, die Sicherheit Vietnams zu garantieren. Zur Zeit ist dies jedoch nicht real, da Vietnam immer noch überzeugt ist, daß es behalten kann, was es errungen hat.

Wir befürchten eine neue Intervention Chinas[28], falls nicht bald eine politische Lösung zustande kommt. Dies würde eine Verschlechterung der gesamten Lage in der Region bedeuten. Deshalb ist die Frage der Vertretung Kambodschas in Havanna keine formale, sondern eine prinzipielle Frage. Sie ist sehr kompliziert. Vietnam glaubt, mit Heng Samrin in Kambodscha bleiben zu können. Die Chinesen glauben an den bewaffneten Widerstand Pol Pots (obwohl sie ihm in letzter Zeit schon kritischer gegenüberstehen). Sihanouk will keine Verbindung mit Pol Pot, da dieser auch weiterhin Genozid an seinem Volk betreibe und genauso schlimm sei wie die vietnamesische Besatzung.

Eine politische Lösung setzt die vietnamesische Einsicht voraus, daß die Besetzung Kambodschas kein Dauerzustand sein kann. Deshalb müßte es zu irgendeiner Verbindung zwischen den Guerillas und den demokratisch-patriotischen Kräften kommen, d.h. zwischen Pol Pot und Sihanouk. Keiner kann die beiden aber zur Zeit zusammenbringen.

BM *Genscher*: Die öffentliche Meinung der Welt und die Konferenz in Havanna spielen eine große Rolle für Vietnam.

Solange Vietnam im Zentrum eines anti-imperialistischen Krieges gesehen würde, war es Lieblingskind der öffentlichen Weltmeinung.

AM *Vrhovec*: Absolut!

BM *Genscher*: Die Regierung Vietnams ist nicht mit dem Frieden fertiggeworden, sie hat das Problem des Friedens nicht gelöst. Die Lage des Landes hätte alle Kräfte für den Wiederaufbau erfordert. Statt dessen hat man eine kostspielige Armee unterhalten. Jetzt betreibt das Land eine Politik der regionalen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1125

deuten, vor dem Kampf gegen den Imperialismus und für Frieden, Entspannung und Abrüstung. [...] Positive Neutralität und Blockfreiheit dürfen nicht zur Rechtfertigung einer Schaukelpolitik zwischen den beiden Weltsystemen dienen. Das Konzept der ‚Äquidistanz' ist abzulehnen, weil es nur dazu benutzt wird, die Entwicklungsländer zur Abwendung von der sozialistischen Staatengemeinschaft zu veranlassen und sie davon zu überzeugen, die sozialistischen Staaten verfolgten expansionistische Ziele. [...] Das Konzept der Äquidistanz schadet vor allem der Bewegung selbst. Indem es einen Gegensatz zwischen der Bewegung und der Welt des Sozialismus schafft, läßt es in Wirklichkeit die Entwicklungsländer isoliert gegenüber dem Imperialismus und beraubt sie der Stütze durch die Solidarität mit den anderen antiimperialistischen Kräften der Gegenwart. Die Annäherung der Bewegung an die sozialistischen Staaten steht in keinem Widerspruch zum Antiblock-Charakter der Blockfreiheit, weil die Gefahr einer Einbeziehung der blockfreien Staaten in eine Blockstrategie stets vom Imperialismus ausgegangen ist und weiterhin ausgeht. Außerdem kann der defensive Warschauer Pakt nicht mit dem aggressiven NATO-Bündnis verglichen werden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1736; Referat 213, Bd. 133150.

28 Zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg vgl. Dok. 100, Anm. 7.

Hegemonie, wie Sie es richtig bezeichnet haben, die abenteuerlich ist, wenn man sich die Geographie des Landes ansieht.

AM *Vrhovec*: Deshalb müssen wir dort leider eine Vertiefung der Krise erwarten.

Zum Nahen Osten: Die Suspendierung Ägyptens wird in Havanna nicht durchkommen. Das Problem ist nur, wie weit die Diskussion darüber Fortschritte in anderen Fragen verhindern oder behindern wird. Die arabischen Länder sind so isoliert vom Westen, daß sie keine andere Wahl hatten, hier den Schwerpunkt ihrer Interessen zu sehen. Dies ist eine Form des Kampfes gegen die USA; ein Versuch, die USA zu zwingen. Im Prinzip eine reale Konzeption, aber falsch ausgedrückt.

Während die Amerikaner behaupten, Camp David sei ein erster Schritt, dem weitere in Richtung auf die Araber folgen werden, betrachten die Araber Camp David als Schritt weg von einer Lösung, die sie mitbestimmen können.

Wir haben versucht, der PLO zu sagen, daß die grundsätzliche Bestätigung wichtig ist, die sie – auch durch Camp David – erhalten haben. Wir sind auch der Meinung, daß keine Lösung ohne Beteiligung der PLO möglich sein wird. In jeder Stärkung des arabischen Lagers sehen wir eine sehr positive Richtung. Wir halten die Aufnahme von Kontakten des Westens zur PLO für sehr gut. Die PLO muß dann auch einmal anders über die Dinge denken; es wird eine reale Dimension in die Sache hineingebracht.

Die PLO sollte als realer Faktor anerkannt werden, ohne den die Dinge nicht zu lösen sind.

Es ist für uns schwer abzusehen, inwieweit sich die verschiedenen Vorhaben im Sicherheitsrat verwirklichen werden. Sie wissen sicher mehr darüber.

Die PLO hat jedenfalls (auch nach Wien) Befürchtungen und (wieder) ein starkes Mißtrauen: Sie sieht die USA mit Camp David in einer Art Vakuum. (Nicht einmal Saudi-Arabien hat Camp David anerkannt!) In Amerika hat die Wahlperiode[29] schon angefangen. Auf der einen Seite die israelischen Interessen, auf der anderen Seite Carters Ohnmacht. Bestimmte Kreise in der PLO glauben, daß sie gerade jetzt radikale Aktivitäten verstärken müssen. Sie sind mißtrauisch, daß die politischen Kontaktversuche des Westens sie nur zum Stillhalten bis über die amerikanischen Wahlen hinaus bewegen sollen. Ich möchte hinzufügen, daß in den nicht ganz einigen Reihen der PLO sehr viel geredet wird. Es wäre aber schlimm, auf die Unterschiede in der PLO zu setzen. Die Krise würde so nur vertieft.

Wir halten für den besten Weg, die PLO bald auf das Niveau eines politischen Partners zu bringen und dann Gespräche mit ihr zu führen.

BM *Genscher*: Ich möchte ganz offen sagen: Es gibt zur Zeit nichts Aussichtsloseres als zu versuchen, Einigkeit über die Frage zu erzielen, ob Camp David uns der umfassenden Lösung näher gebracht oder von ihr entfernt hat. Jede Diskussion mit Israelis oder Arabern über diese Frage führt sehr schnell in eine Sackgasse. Also muß man sich an die Fakten halten: Erfreulich oder unerfreulich, es (Camp David) bleibt ein Faktum.

[29] Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

Das zweite Faktum: Die Lösung muß umfassend sein. Ob man für oder gegen Camp David ist, auf die umfassende Lösung muß man zuarbeiten.

Hier liegt ein Problem der PLO, die den Schlüssel in der Hand hat, die Meinung der Welt über Nacht zu ändern. Wenn sie das Existenzrecht Israels anerkennen würde, würde die Meinung aller (auch der USA) sofort umschlagen. Wohl würde mir Arafat sofort entgegnen: Aber wir wollen auch anerkannt werden... Nun kann man jahrelang streiten. Ich meine jedoch, daß man manchmal die Dynamik politischer Prozesse einsetzen muß. Die Anerkennung Israels würde eine solche Dynamik auslösen.

Ich möchte ein Beispiel aus unserer eigenen Erfahrung geben: Als wir 1969 die erste Regierungserklärung der Regierung Brandt[30] im Kabinett vorbereiteten, haben wir lange über die Frage diskutiert, ob wir die DDR als Staat bezeichnen sollten oder nicht. Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland war damals überwiegend dagegen; man sollte dafür einen Preis verlangen. Hätten wir uns damals danach gerichtet, hätten wir einige Jahre gebraucht, um uns mit der Sowjetunion und der DDR zu einigen. Mit dem Hineinschreiben (DDR als Staat) haben wir die Dynamik eines Prozesses ausgelöst. Heute bin ich eigentlich noch überzeugter als damals, daß dies richtig war.

Die PLO schätzt solche dynamischen Prozesse nicht richtig ein. Sie hat den Schlüssel in der Hand. Der Auftritt Arafats vor den Vereinten Nationen[31] müßte ihr solche Entscheidung erleichtern.

AM *Vrhovec*: Ja, aber Sie sehen selbst, daß die PLO von einer Schwächung ihrer Position durch eine Vorauserklärung ausgeht. Es ist nicht realistisch, von der PLO unilaterale Erklärungen zu erwarten. Wir sehen es aber als eine positive Richtung, die PLO als politischen Faktor zu akzeptieren. Es wäre wohl am besten, wenn die Resolutionen 242[32], 338[33] usw. neu behandelt werden könnten, so daß die Interessen sowohl Israels als auch der PLO zur Geltung kommen. Sie haben zur Blockfreiheit etwas außerordentlich Wichtiges gesagt: Sie dürfe nicht als etwas Uneuropäisches oder Anti-Europäisches verstanden werden. Dies ist ein sehr bedeutender Gesichtspunkt auch innerhalb der Bewegung. Schon der universale Charakter der Bewegung spricht gegen die These vom natürlichen Verbündeten. Es ist für uns deshalb wichtig, auch die These vom tri-kontinentalen Charakter der Bewegung zu verwerfen und ihren universalen Charakter zu betonen. Alle, die den anti-imperialistischen Charakter der Bewegung betonen, meinen dies anti-europäisch. Wir dagegen sehen in Europa vieles, was wir als blockfrei verstehen wollen. Jedes europäische Land – in oder außerhalb der Bewegung – kann ein Interesse an der Blockfreien-Bewegung haben; wenn ein Block die europäische Zusammenarbeit behindern wollte, wäre dies wirklich reaktionäre Politik. Wir bereiten die KSZE in diesem

30 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Brandt am 28. Oktober 1969 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 71, S. 20–34.

31 Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, sprach am 13. November 1974 vor der UNO-Generalversammlung. Für den Wortlaut seiner Rede vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 861–868. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 619–622 (Auszug).

32 Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 20.

33 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. Dok. 191, Anm. 11.

Sinne vor, und wir sprechen in dieser Hinsicht eine starke gemeinsame Sprache mit den neutralen Staaten, und ich habe viele Gemeinsamkeiten bei westeuropäischen Kollegen gefunden. Wir sind sehr dafür, daß Madrid[34] ein Fortschritt in bezug auf Helsinki[35] sein sollte. In diesem Zusammenhang ist uns auch die von Bundeskanzler Schmidt vertretene Idee sehr nahe, daß Madrid auf hohem politischen Niveau, wenn möglich sogar dem höchsten, stattfinden sollte. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß es uns gelingt, die Riffe von Belgrad[36] zu umschiffen.

Wir betrachten die Schlußakte von Helsinki als Gesamtdokument. Man sollte keinen einzelnen Korb herausgreifen. Man sollte aber auch in keinen Korb Munition hineintun, mit der man auf den anderen schießt. Wir sollten an jeden Korb mit den Prinzipien, wie sie in der Präambel niedergelegt sind, herangehen. Bisher ging man viel zu wenig von diesen Prinzipien aus. Wenn wir sie zugrundelegen, dürfte es keine Schwierigkeiten bei der Diskussion um die Verwirklichung geben.

Wir sind für alles, was die europäische Zusammenarbeit fördert, insbesondere auch die vertrauensbildenden Maßnahmen. In diesem Zusammenhang darf man aber den Mittelmeerraum nicht abtrennen; darauf bestehen wir. Es gibt kein stabiles Europa, wenn das Mittelmeer stürmisch bewegt ist. Deshalb gehört in die Konzeption Europas auch die Konzeption des Mittelmeerraumes als Zone des Friedens.

Wir stimmen mit Ihnen überein, daß der Dialog (über Abrüstung) in Zentraleuropa sehr wichtig ist.
Es darf nicht soweit kommen, daß die eine oder andere Seite in einer Waffengattung das Übergewicht erhält. Wir unterstützen jede Initiative in dieser Richtung. Alle globalen Initiativen sollten jedoch mit dem KSZE-Prozeß verbunden und nicht von ihm getrennt werden. In diesem Sinne (Voraussetzung der Verbindung mit dem KSZE-Prozeß) stehen wir dem französischen Vorschlag einer KAE[37] positiv gegenüber. Den Vorschlag des Warschauer Paktes[38] haben wir noch nicht abschließend analysiert, aber wir haben schon jetzt den großen Fehler einer zu ausschließlichen und zu partiellen Konzeption festgestellt.

BM *Genscher*: Ich bin Ihnen für Ihre Ausführungen zum Niveau der Konferenz in Madrid dankbar. Wir müssen Sorge tragen, daß der KSZE-Prozeß nicht technokratisch versandet, dazu bedarf es politischer Impulse.

AM *Vrhovec*: Richtig.

34 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

35 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt.

36 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 320 und Dok. 373, und AAPD 1978, I, Dok. 16, Dok. 24, Dok. 25, Dok. 60 und Dok. 88.

37 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 3, Anm. 16.

38 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 329–332.
Zum Vorschlag für eine europäische Konferenz über Fragen der militärischen Entspannung vgl. ferner Dok. 148, Anm. 25.

BM *Genscher*: Deshalb hat der Bundeskanzler seinen Vorschlag gemacht.

Es gibt viele Leute, die über das Dokument von Helsinki[39] sprechen, während die Art ihres Sprechens verrät, daß sie es nicht kennen.

Das Dokument ist in seiner Struktur ungleichgewichtig. Bestimmte Prinzipien haben konkrete Ausformungen erhalten, andere nicht. Es ist unsere Aufgabe, dort, wo Ausformungen vorhanden sind, zu fragen, wie weit man mit der Verwirklichung gekommen ist. Dort, wo keine Ausformungen vorhanden sind, müssen wir uns mit dieser Aufgabe befassen. Ich bin deshalb dankbar für ihre Erwähnung der vertrauensbildenden Maßnahmen. Wir halten es für bedeutsam, daß in Helsinki ein erster Schritt (in diesem Bereich) getan wurde. Es wäre im Interesse des Friedens nicht zu verantworten, wenn wir gerade in diesem Bereich nicht weiterarbeiten würden.

Ähnliches gilt für die wirtschaftliche Kooperation.

Ich stimme Ihnen also zu, wenn Sie sagen, die Körbe müßten gleichgewichtig behandelt und die Prinzipien unterstrichen werden, und es müsse darüber gesprochen werden, was zu ihrer Verwirklichung zu tun sei.

Die Qualität des französischen KAE-Vorschlags liegt darin, daß er nicht regional beschränkt ist. Gleiches gilt für die KSZE.

Wir haben ein großes Interesse an intensiven Kontakten in der Phase der Vorbereitung von Madrid.

Ich glaube, daß Belgrad für alle Teilnehmer eine wichtige Erfahrung war. Madrid wird zeigen, ob wir aus dieser Erfahrung lernen und dem KSZE-Prozeß eine Zukunft geben können.

Ich stimme auch zu, daß wir den KSZE-Prozeß zusammenhalten müssen. Verteilen wir ihn auf zu viele Bühnen, so ist Zersplitterung und Verlust des Grundanliegens zu befürchten.

AM *Vrhovec*: Hierzu wäre ein weiterer Gedankenaustausch sicher gut. Ich glaube, es wird auch noch Konsultationen zwischen uns geben.

Botschafter *Grabert*: Zweite Hälfte August.

AM *Vrhovec*: Wir brauchen eine Zusammenarbeit auf breiter europäischer Ebene, um Madrid gut vorzubereiten. Wir haben ein gemeinsames Interesse an weiteren Schritten in Richtung auf Stabilisierung und Entspannung.

Unter den Blockfreien gibt es die Überlegung, daß es nicht gut wäre, wenn Europa das Privileg der Stabilität genösse, während die ganze übrige Welt weiter Krieg spielt. Wir meinen dagegen, daß die Stärkung der Stabilität in Europa zugleich ein Stimulans für Stabilität und Sicherheit in der Welt ist.

BM *Genscher*: Viele Kriege sind von Europa ausgegangen. Diesmal soll es umgekehrt sein. Das können wir aber nur dann erreichen, wenn wir Gegensätze, die wir in Europa haben, nicht auf andere Gegenden der Welt übertragen. Die Entspannungspolitik muß unteilbar bleiben.

AM *Vrhovec*: Die Nichtpaktgebundenheit hat sich in Europa gebildet und kehrt jetzt in die Politik Europas zurück. Wir betrachten den Balkan als positiven

[39] Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Teil Europas. Wir sind zufrieden mit der Entwicklung auf dem Balkan. In unseren Beziehungen zu Albanien gibt es positive Ansätze (abgesehen von ideologischen Auseinandersetzungen).

BM *Genscher*: Die sollten sie auf die Parteien verweisen.

AM *Vrhovec*: Deshalb sagen wir auch: Wir ignorieren sie. Aber ansonsten geht es (mit Albanien) immer besser. Letztes Jahr in New York gab es nach 30 Jahren das erste Treffen zwischen dem albanischen[40] und dem jugoslawischen Außenminister. Man hatte uns bei einem Essen nebeneinandergesetzt. Es war zuerst schwierig, dann sehr interessant. Die Fortschritte mit Albanien wirken ernsthaft gut. Im Herbst wird der jugoslawische Außenhandelsminister[41] auf albanische Einladung nach Tirana reisen. Dies ist im Sinne unserer Konzeption: Albanien muß unabhängig bleiben.

BM *Genscher*: Haben Sie den Eindruck, daß Albanien seine Beziehungen grundsätzlich ausdehnen will?

AM *Vrhovec*: Ja. Mit Ihnen haben die Albaner allerdings ein Problem (Sie wissen, welches); mit Großbritannien gibt es das Gold-Problem[42]. Am schnellsten geht es mit Frankreich, Italien und Griechenland voran. Demnächst soll es auch (auf Kosten Albaniens) eine Flugverbindung nach Italien geben. Bisher führte der Weg in die Welt über Belgrad. Jetzt wollen die Albaner noch einen anderen Ausgang.

Mit Bulgarien haben wir einen Dialog. Das wesentliche Problem (Mazedonien) bleibt akut.[43] Wir haben den Eindruck, daß es (auf bulgarischer Seite) etwas hysterisch behandelt wird. Man muß sich aber die Fragen stellen, ob es sich hier wirklich nur um Hysterie oder um Strategie, also langfristige Absichten, handelt. Wir müssen Geduld haben.

BM *Genscher*: Handelt Bulgarien vielleicht im fremden Auftrag?

AM *Vrhovec*: Wahrscheinlich. Gerade das nennen wir ja Strategie.

Die Streitfrage gilt der mazedonischen Minderheit in Bulgarien. Wir behaupten, daß es sie gibt; Bulgarien leugnet ihre Existenz. Wir wollen Bulgarien nicht verändern, und sie sollen uns nicht verändern. Es ist eine Frage der demokratischen Entwicklung in der bulgarischen Gesellschaft.

Die gefährliche bulgarische These lautet: Anerkennung der Realität Jugoslawiens einschließlich Makedonien und sogar Anerkennung der mazedonischen

40 Nesti Nase.

41 Metod Rotar.

42 Die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel übermittelte am 6. Juni 1979 ein britisches Papier über Albanien, in dem über die albanisch-britischen Beziehungen ausgeführt wurde: „The British Government have made it clear that they would be glad if a way could be found to overcome the longstanding problems which have prevented a resumption of diplomatic relations – namely the question of ‚Albanian gold' and Albania's failure to pay compensation awarded to the UK by the International Court of Justice in 1949 following damage to Royal Naval ships in the Corfu channel in 1946. However these overtures have been rebuffed and Hoxha has specifically linked the resumption of relations with Britain to the restitution of the gold ‚with interest'. In November 1978 during an election speech, he said ‚those states which have obligations towards Albania, ought to settle their debts immediately if they want to normalise relations with us'. So long as Hoxha continues to maintain this uncompromising attitude it seems unlikely that any progress can be made." Vgl. den Schriftbericht Nr. 702; Referat 214, Bd. 132799.

43 Zu den Beziehungen zwischen Bulgarien und Jugoslawien vgl. Dok. 89, Anm. 16.

Nation in Jugoslawien – allerdings als eine Nation, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurde und früher bulgarisch war. Eines Tages könnte hieraus ein aggressives Konzept werden. Aus Verantwortung für unsere Unabhängigkeit müssen wir dem vorbauen – nicht, weil es sich um Bulgarien handelt, sondern um das Mitglied eines großen und starken Blocks.

Mit allen anderen Nachbarstaaten haben wir gute Beziehungen, die sich weiter gut entwickeln.

Was unsere bilateralen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland angeht, haben wir den Eindruck, einiges könnte schneller vorangehen. Wie sehen Sie diese Beziehungen?

BM *Genscher*: Ich bin dankbar, daß Sie in Ihrer Begrüßung davon gesprochen haben, wir sollten den Blick nach vorn richten. Unsere Unterhaltung hat bisher gezeigt, wie sehr wir in wichtigen, die Welt berührenden Fragen übereinstimmen – und dies, obwohl wir ganz unterschiedlichen Systemen angehören.

Ich möchte nicht nur an diesem Tisch, sondern auch für die öffentliche Meinung unserer beiden Länder meinen Eindruck hervorheben, daß die deutsch-jugoslawischen Beziehungen gut sind, daß wir sie weiter ausbauen wollen und daß wir in der Einschätzung vieler wichtiger weltpolitischer Fragen übereinstimmen.

Es gibt bilaterale Fragen, von denen niemand vernünftigerweise sagen kann, daß sie sehr schnell lösbar sind. Dies ändert nichts an dem hohen Stellenwert, den wir unseren Beziehungen zu Jugoslawien einräumen.

AM *Vrhovec*: Sind Sie der Meinung, daß man konkrete Schritte unternehmen sollte?

BM *Genscher*: Was schlagen Sie vor?

AM *Vrhovec*: Wir hatten gewisse Probleme mit dem Terrorismus. (Über die Wirtschaftsbeziehungen sollten wir vielleicht später noch sprechen.) Auf diesem Gebiet hat eine langsame Sanierung der Beziehungen eingesetzt – allerdings mehr im Sinne der Überwindung eines Tiefstandes, nicht aber im Sinne neuer Fortschritte. Angesichts unserer beiderseitigen Interessen ist dies zu wenig. Ich sehe dieses Problem z. B. auch im Kontext der weiteren Förderung vertrauensbildender Maßnahmen. Es ist nicht nur ein juristisches Problem, sondern berührt die Empfindungen der jugoslawischen Völker unmittelbar und damit das Vertrauensverhältnis zwischen unseren beiden Ländern.

Können wir daran arbeiten, dieses Verhältnis intensiver zu gestalten? Können wir z. B. so etwas wie den kürzlich veröffentlichten Verfassungsschutzbericht[44]

44 In dem Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz wurde ausgeführt: „In der jugoslawischen Botschaft, in elf konsularischen Vertretungen sowie in der jugoslawischen Militärmission in Berlin (West) mit insgesamt 250 Mitarbeitern unterhalten die jugoslawischen Nachrichtendienste legale Residenturen. Diese Residenturen beobachten nicht nur Einzelpersonen und Gruppierungen der ‚regimefeindlichen' Emigration, sondern auch im Bundesgebiet tätige jugoslawische Arbeitnehmer. Sie bedienen sich hierbei eigener Landsleute ebenso wie deutscher Auskunftspersonen. Bei jugoslawischen Arbeitnehmern ergibt sich die Möglichkeit der nachrichtendienstlichen Nutzung besonders dann, wenn die Betroffenen die Dienste ihrer Vertretungen in Anspruch nehmen müssen, so bei Paßverlängerungen. Bei diesen Gelegenheiten werden sie häufig Ausforschungsgesprächen unterzogen." Vgl. VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 1978, S. 140.

(in Zukunft) vermeiden, oder ist er vielleicht schon ein Beweis, daß sich die Beziehungen wieder verschlechtern?

Wenn allen Mitgliedern der diplomatischen und konsularischen Vertretungen Jugoslawiens in der Bundesrepublik Deutschland geheimdienstliche Aufgaben zugeschrieben werden, müssen sich die Leute ja fragen, wie gleichzeitig gute Beziehungen gepflegt werden sollen. Wir sollten alles unterlassen, was das bilaterale Klima und das Vertrauen zwischen unseren Ländern gefährden könnte. Ich glaube nicht, daß der Verfassungsschutzbericht ein Anzeichen für eine erneute Verschlechterung unserer Beziehungen ist. Es ist aber ein Problem (auch in der öffentlichen Meinung), wie man gleichzeitig einen solchen Bericht veröffentlichen und von Freundschaft reden kann – ganz abgesehen davon, wie unwahr das alles ist.

BM *Genscher*: Dies ist ein diffiziles Feld, auf dem die Interessen unseres Landes berührt sind. Wir legen großen Wert auf unsere Beziehungen zu Jugoslawien. Wir haben uns deshalb auf diesem Gebiet immer sehr zurückgehalten. Wir möchten unsere Beziehungen nicht durch eine Diskussion dieser und anderer Fragen beeinträchtigen. Ich halte eine intensive Diskussion dieses Themas zwischen unseren Sicherheitsbehörden für nötig.

Als ich dieses Land zum ersten Mal besuchte, kam ich als Innenminister mit dem Ziel, gerade in diesem Bereich Probleme abzubauen.[45] Die Aufgabe unseres Verfassungsschutzes ist eine sehr empfindliche Materie. Gerade die jetzige Bundesregierung hat eine Gesetzesänderung vorgenommen, um dem Verfassungsschutz die Erfüllung seiner Aufgabe zu erleichtern.[46]

Wir sind bemüht, unsere Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung fortzusetzen. Hier müssen beide Seiten ihren Beitrag leisten. Es gibt allerdings gerade in letzter Zeit einige Erkenntnisse unserer Sicherheitsbehörden, die uns besorgt machen. Diese Fragen sollten aber zwischen diesen Behörden erörtert werden. Wir würden es uns damit erleichtern, die bilateralen Beziehungen nicht beeinträchtigen zu lassen – schon gar nicht in ihrem Kern. Ich begrüße es deshalb sehr, daß der gegenwärtige Innenminister Baum noch in diesem Jahr in Ihr Land kommen wird.[47]

Im übrigen darf man sich ja wohl auch einmal loben: Ich habe den Eindruck, daß wir die zurückliegenden Ereignisse recht erfolgreich umschifft haben. Ich bin auch sehr erfreut über die deutschen Presseorgane: Auch dies ein Zeichen dafür, daß wir uns nicht vom weiteren Abbau belastender Faktoren abhalten lassen sollten. Unter vernünftigen Menschen sollten sich alle Probleme lösen lassen.

AM *Vrhovec*: Einverstanden. Ich möchte nur noch etwas kommentieren. Ihre Ausführungen waren für mich sehr interessant. Ich bin einverstanden, daß die

45 Bundesminister Genscher hielt sich vom 15. bis 18. August 1972 in Jugoslawien auf.

46 Für den Wortlaut des Gesetzes vom 7. August 1972 zur Änderung des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil I, S. 1382.
Für den Wortlaut des Gesetzes vom 27. September 1950 über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vgl. BUNDESGESETZBLATT 1950, S. 682.

47 Bundesminister Baum hielt sich vom 1. bis 3. November 1979 in Jugoslawien auf.

Innenminister[48] unsere gegenseitigen Erkenntnisse austauschen. Ich habe nichts dagegen, anschließend von Ihnen unterrichtet zu werden. Wenn dann noch etwas für unsere politischen Beziehungen übrig bleibt, sollten wir weiter darüber reden.

Ich muß aber doch noch einmal auf die allgemeine Botschaft zurückkommen, wie sie sich aus dem Verfassungsschutzbericht ergibt: Danach ist das ganze System der jugoslawischen Vertretungen im Ausland ein einziges nachrichtendienstliches Netz.

BM *Genscher*: Eine übertriebene Formulierung! Sicher haben Sie eine schlechte Übersetzung.

AM *Vrhovec*: Ich kenne den Text nicht. Mein Botschafter[49] hat es mir so berichtet. Wenn es stimmt, dann wäre dies ein Bärendienst für unsere Beziehungen.

BM *Genscher*: Ich glaube, daß das, was Sie gesagt haben, aus dem Bericht nicht geschlossen werden kann. Wir sind daran interessiert, daß aus dem Bericht keine Störung des deutsch-jugoslawischen Verhältnisses entsteht. Es ist wirklich wichtig, daß die Innenminister von beiden Seiten die Voraussetzungen dafür schaffen.

AM *Vrhovec*: Lassen Sie mich nur dies noch sagen: Wenn wir den Text richtig verstanden haben, sollten Sie ein wenig darüber nachdenken; wenn nicht, wären wir sehr glücklich.

BM *Genscher*: Wenn ich nach meiner Rückkehr tausend Leute auf der Straße fragen würde – ich bin sicher: Keiner hätte den Bericht gelesen. Ihr Botschafter wird Ihnen bestätigen, daß dies kein Thema ist, das die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt.

AM *Vrhovec*: Gut, obwohl das kein Verdienst der Verfasser des Berichtes ist. (Heiterkeit)

Es wäre gut, wenn die beiden Innenminister auch den ganzen Komplex der Emigranten[50] erörtern würden.

Referat 214, Bd. 132803

48 Jugoslawischer Innenminister war Franjo Herljević.

49 Radovan Makić.

50 Referat 214 notierte am 23. Januar 1979 unter dem Stichwort „extremistische Exil-Jugoslawen": „Die im September 1978 von der Bundesregierung gebildete Interministerielle Arbeitsgruppe (BMI, BMJ, BK, AA, BPA) hat ihre Arbeit abgeschlossen und einen umfangreichen Bericht vorgelegt, der noch vom Kabinett gebilligt werden muß. Der [...] Bericht enthält eine Bestandsaufnahme zur Frage der Aktivitäten extremistischer Exil-Jugoslawen im Bundesgebiet sowie eine Reihe von Vorschlägen, wie die Kontrolle dieser Aktivitäten verbessert werden kann. Am 10.1.1979 begann vor dem Landgericht Köln die Hauptverhandlung gegen die Brüder Stjepan und Ivan Bilandźić. Ihnen wird vorgeworfen, Waffen und Munition gestohlen und mittels Kurier zu terroristischen Zwecken nach Jugoslawien transportiert zu haben. [...] In Frankfurt wurde dieser Tage der Exil-Kroate Nikolas Milićević wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffengesetz zu sechs Monaten Haft (mit Bewährung) verurteilt. Milićević gehört zu den acht Exil-Jugoslawen, deren Auslieferung Belgrad im vergangenen Jahr beantragt hatte. Ihm wird von jugoslawischer Seite u.a. Beteiligung an einem Anschlag auf das Zagreber Postamt und auf den Hellas-Express sowie an der Ermordung des jugoslawischen Vizekonsuls Zdovc in Frankfurt vorgeworfen." Vgl. Referat 214, Bd. 132803.

235

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge

201-360.90 USA-2022/79 geheim **16. August 1979**[1]

Herrn Staatssekretär mit der Bitte um Zustimmung zu III.2

Betr.: Ausbildung ägyptischer und israelischer Kampfflugzeugpiloten in Einrichtungen der US-Luftwaffe im Bundesgebiet[3]

Bezug: Randweisung StS auf Drahtbericht aus Kairo Nr. 1405 vom 3. August 1979[4]

I. 1) Mit Bezugsdrahtbericht teilte die Botschaft Kairo mit, daß die dortige US-Botschaft um die Erteilung von Sichtvermerken für 14 ägyptische Luftwaffenoffiziere gebeten hat, die im amerikanischen Luftwaffenstützpunkt in Hahn (Hunsrück) vom 14. bis 18. September 1979 am F-4-E-„Phantom"-Simulator ausgebildet werden sollen.

Darüber hinaus hat die hiesige US-Botschaft am 3. August 1979 Anträge auf Genehmigung der Ausbildung von zwei Gruppen israelischer Kampfflugzeugpiloten (fünf Piloten vom 13. bis 16. November 1979, vier Piloten vom 27. bis 30. November 1979) am F-15-Simulator im amerikanischen Luftwaffenstützpunkt Bitburg (Eifel) angekündigt.

2) a) Soweit bekannt, beabsichtigen die Amerikaner, erstmals in ihren im Bundesgebiet gelegenen Basen ägyptische Piloten auszubilden.

b) Das Ausbildungsvorhaben für die israelische Luftwaffe ist hingegen das zweite seiner Art.

Auf einen entsprechenden Antrag der hiesigen US-Botschaft war ihr am 17. No-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und Legationsrat I. Klasse Boldt konzipiert.
Hat den Vortragenden Legationsräten Ackermann und Edler von Braunmühl am 17. August 1979 vorgelegen. Braunmühl vermerkte: „Vielleicht könnte man in takt[ischer] Hinsicht den Amerikanern statt eines harten Nein Gespräche über das Für und Wider mit dem Ziel einer gemeinsamen Position anbieten und die konkreten Fälle bis zum Ergebnis der Gespräche zurückstellen."
Hat Bundesminister Genscher am 24. August 1979 vorgelegen, der zum Vermerk Braunmühls handschriftlich vermerkte: „r[ichtig]". Dazu führte er ferner aus: „Um eine für die Zukunft geltende befriedigende Regelung [zu] finden."

2 Hat Staatssekretär Hermes am 17. August 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Minister; ich stimme dem Vorschlag unter III zu; wir sollten auch aus allgem[einen] politischen Gründen das Bundesgebiet nicht zum Übungsgebiet Dritter werden lassen."
Hat Bundesminister Genscher am 24. August 1979 vorgelegen, der zum Vermerk von Hermes handschriftlich vermerkte: „r[ichtig]". Dazu legte er dar: „Ich bitte im Sinne der Vorlage mit US zu sprechen – nach Zustimmung Bu[ndes]ka[nzler]; mein Hinweis auf prinzipielle Gespräche dient Vermeidung scharfer Erklärung. Gesprächsrichtlinien sind zu entwerfen."

3 Mit Verbalnote vom 7. November 1978 erbat die amerikanische Botschaft die Zustimmung der Bundesregierung zur Ausbildung von israelischen Kampfpiloten auf der amerikanischen Luftwaffenbasis in Bitburg. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 368.

4 Botschaftsrat Richter, Kairo, berichtete am 3. August 1979, die amerikanische Botschaft in Kairo habe mitgeteilt, „daß 14 ägyptische L[uft]w[affen]off[i]z[iere] vom 14. bis 18.9.79 von USAF in Hahn Simulator-Ausbildung als weapon systems operators für Einsatz auf F-4-E-‚Phantom'-II erhalten". Sie habe gebeten, „die erforderlichen Schritte für Einreiseerlaubnis einzuleiten". Vgl. VS-Bd. 10499 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

vember 1978 nach Billigung durch den Herrn Staatssekretär[5] von RL 201[6] mündlich mitgeteilt worden,

- die Bundesregierung erhebe gegen den beabsichtigten „Besuch" einer Gruppe israelischer Kampfflugzeugführer in Bitburg vom 21. November bis 1. Dezember 1978 keine Einwände.
- Sie bäte jedoch darum, daß die Ausbildung von Soldaten aus Konfliktregionen künftig möglichst nicht auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt werde; für jeden etwaigen weiteren Fall solcher Ausbildungsvorhaben auf amerikanischen Stützpunkten in der Bundesrepublik Deutschland behalte sich die Bundesregierung ausdrücklich ihre Prüfung und Zustimmung vor.

II. 1) M.E. kommt nur eine einheitliche Reaktion auf beide Ausbildungsvorhaben in Frage.

2) Für Zustimmung zu der von den Amerikanern für ägyptische und israelische Piloten geplanten Ausbildung an den Flugsimulatoren auf den Basen Hahn und Bitburg sprechen folgende Gründe:

a) Die Amerikaner haben die Ausbildung israelischer Piloten im November 1978 in Bitburg diskret durchgeführt.

b) Im Falle der Ablehnung sähen sich die Amerikaner in der Nutzung ihrer im Bundesgebiet befindlichen Ausbildungseinrichtungen eingeschränkt. Dies könnte für sie Anlaß werden, derartige Ausbildungseinrichtungen nicht mehr ins Bundesgebiet zu verlegen.

c) Durch gleichzeitige Zustimmung zu den Ausbildungsvorhaben könnten wir im Verhältnis zu Israel und Ägypten Ausgewogenheit wahren.

d) Im Falle der Ablehnung wäre es das erste Mal, daß wir einem amerikanischen Antrag auf Genehmigung des Aufenthalts von Armeeangehörigen dritter Staaten bei US-Truppen im Bundesgebiet widersprächen. Die amerikanische Seite könnte dies als Zeichen mangelnder Solidarität empfinden.

e) Eine solche Ablehnung könnte unerwünschte politische Signalwirkung erhalten und insbesondere zu Spekulationen darüber Anlaß geben, wir

- änderten unsere bisherige positive Haltung zum Camp-David-Prozeß[7],
- distanzierten uns von Israel und Ägypten und seien an der Aufrechterhaltung der Verteidigungsfähigkeit beider Länder nicht interessiert. Insbesondere Kairo könnte eine Ablehnung als Widerspruch zu den von uns gemachten Zusagen tatkräftiger Unterstützung und Förderung Ägyptens empfinden.[8]

f) In Israel könnte die Ablehnung der Genehmigung als Beweis für die dort behauptete Abkühlung des deutsch-israelischen Verhältnisses gewertet werden.[9]

5 Peter Hermes.

6 Fredo Dannenbring.

7 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

8 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe der Bundesrepublik für Ägypten vgl. Dok. 126, Anm. 10.

9 Vgl. dazu das Gespräch des Ministerialdirektors Meyer-Landrut mit dem israelischen Botschafter Meroz am 12. Juli 1979; Dok. 208.

Es wäre zu befürchten, daß die israelische Seite eine Ablehnung des Ausbildungsvorhabens wie auch unsere Zustimmung im Jahre 1978 in die Öffentlichkeit lancieren würde.

3) Gegen Zustimmung zu beiden Vorhaben sprechen folgende Gründe:

a) Eine Ablehnung würde die Amerikaner technisch nur vor geringe Probleme stellen. Die Ausbildung soll vornehmlich wegen der geringeren Flugkosten für die Auszubildenden im Bundesgebiet durchgeführt werden. Sie könnte ebensogut, wenngleich mit höheren Kosten, in den Vereinigten Staaten erfolgen.

b) Israel und Ägypten befinden sich mit den Staaten der Bagdad-Front[10] in akuten Spannungs- bzw. Kriegszustand. Es entspricht unserer Nahost-Politik, auch nur den Verdacht einer akuten oder sich anbahnenden Einmischung auf militärischem Gebiet durch Duldung entsprechender Ausbildungsvorhaben zu vermeiden.

c) Eine – wenngleich ungerechtfertigte – Irritation der Bagdad-Frontstaaten hätte, neben sonstigen möglichen uns abträglichen Konsequenzen im Energiesektor eine Verminderung unserer Chancen zur Folge, zwischen Ägypten und Israel einerseits und den Bagdad-Frontstaaten andererseits ausgleichend tätig zu werden mit dem Ziel, den Friedensprozeß zu fördern. Dies liefe aber dem Zweck der Reisen des Herrn Bundesministers in die Nahost-Region[11] zuwider.

III. Gegenüber einer möglichen Irritation bei Amerikanern, Israelis und Ägyptern bei Ablehnung der Ausbildungsvorhaben hat die Bewahrung der Möglichkeit, zwischen den Parteien in Nahost ausgleichend tätig zu werden mit dem Ziel, den Friedensprozeß zu fördern, nach Ansicht von Abteilung 2 und 3 Priorität. Es wird daher vorgeschlagen, die Amerikaner zu bitten, derzeit Ausbildungsvorhaben wie die beiden anstehenden nicht im Bundesgebiet durchzuführen.

Hierbei sollte betont werden, daß dies nicht eine Änderung unserer positiven Haltung zur amerikanischen Nahost-Politik bedeute, sondern dem im beiderseitigen Interesse liegenden Wunsch diene, auch künftig beiden Seiten im Nahen Osten vermittelnd zur Verfügung zu stehen.

IV. Abteilung 3 hat mitgezeichnet.

Dröge

VS-Bd. 10499 (201)

10 Vom 2. bis 5. November 1978 fand in Bagdad eine Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.
Zur Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad vgl. Dok. 91, Anm. 9.

11 Bundesminister Genscher hielt sich am 23./24. Juni 1979 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu Dok. 186, Dok. 187 und Dok. 189.
Genscher besuchte vom 4. bis 6. Juli 1979 den Irak. Vgl. dazu Dok. 201 und Dok. 203.
Genscher hielt sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien, am 28. August im Libanon, vom 29. bis 31. August in Jordanien und vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 240–245, Dok. 247, Dok. 249 und Dok. 250.

236

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, auf Hela

Geheim **17. August 1979**[1]

Herr *Gierek* begrüßte nochmals den Herrn Bundeskanzler und gab seiner Freude Ausdruck, daß er Gelegenheit habe, mit ihm einen ausführlichen Gedankenaustausch zu führen.[2] Es sei Brauch, daß man zuerst dem Gast das Wort erteile. Daher bat er den Herrn Bundeskanzler, als erster seine Ausführungen zu machen.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich herzlich für die freundliche Begrüßung und sagte, er freue sich, mit Herrn Gierek die seinerzeit begonnenen Gespräche fortführen zu können.[3] Er schätze sehr die gemeinsamen Anstrengungen bei der Arbeit an multilateralen Problemen und, obgleich man sich in verschiedenen Lagern befinde, so gebe es gleichwohl ein sehr gutes Verständnis im Hinblick auf die Arbeit für den Frieden in der Welt.

Im bilateralen Bereich habe man beträchtliche Fortschritte erzielt, und man müsse sich bemühen, die noch anstehenden anderen Fragen, die ungelöst seien, zu erledigen. In beiden Ländern gebe es Menschen mit unterschiedlichen Meinungen, aber auf beiden Seiten bestehe auch der gemeinsame Wille, die Welt im positiven Sinne zu bewegen. Der Herr Bundeskanzler wies sodann darauf hin, daß er ohne große Delegation komme und gegenwärtig für Verhandlungen nicht besonders vorbereitet sei, er wünsche vielmehr und vor allem einen offenen Meinungsaustausch. Zunächst wolle er einige Ausführungen zu multilateralen Fragen machen, um anschließend zur bilateralen Problematik überzugehen.

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 20. August 1979 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 22. August 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte Höynck: „Als Anlage übersende ich zur Unterrichtung von BM Genscher: a) eine vom Bundeskanzler gebilligte Dolmetscheraufzeichnung über das Vier-Augen-Gespräch mit Gierek am 17. August, b) einen Vermerk über das Plenargespräch am 18. August; dieser Vermerk hat dem Bundeskanzler noch nicht vorgelegen."
Hat Vortragendem Legationsrat Ackermann am 22. August 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 22. August 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 23. August 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an Ministerialdirektor Blech und Vortragende Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander verfügte.
Hat Braunmühl am 31. August 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von BK gem[äß] eingetragenen Korrekturen genehmigt." Vgl. Anm. 12, 13, 15 und 36. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14076 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

[2] Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 17./18. August 1979 in Polen auf. Vgl. dazu auch Dok. 237.

[3] Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 21. bis 25. November 1977 in Polen auf. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 330 und Dok. 334.

In Sachen Weltpolitik habe er in jüngster Zeit Gespräche mit Präsident Carter[4] und Giscard d'Estaing[5] sowie mit Frau Thatcher[6] und auch den Herren Gromyko und Kossygin[7] geführt. Es sei dabei vor allem um die Fragen der Abrüstung, der Weltwirtschaftslage, Energiefragen und die Problematik[8] im Mittleren und Nahen Osten gegangen. Leider habe er in diesem Jahr nicht Herrn Breschnew gesehen, den er für einen Garanten der Kontinuität der bisherigen Politik halte. Präsident Carter, der im Bereich der Innenpolitik und der Weltpolitik in seinem Lande mit Schwierigkeiten zu kämpfen habe, habe er mehrfach gesprochen.

Die USA seien in ihrer Politik gegenüber Mittlerem und Nahem Osten gutwillig, aber nicht umsichtig genug. Begin habe diese Situation erkannt und nutze die Lage aus, und Carter, der einen innenpolitischen Erfolg brauche, verspreche mehr, als er selbst geben könne, er sei infolgedessen auf Sadats Konzessionsbereitschaft angewiesen. Präsident Sadat setze sich sehr für den Frieden ein, aber er sei isoliert. Angesichts dieser Lage ergebe sich eine gefährliche Situation, insbesondere im Hinblick auf den Iran, Saudi-Arabien und die Staaten am Persischen Golf. Die Sowjetunion habe sich angesichts dessen sehr zurückhaltend verhalten. Die USA verstünden nicht, daß sie nicht nur Begin, sondern auch andere mehr unterstützen sollten. Er halte den Frieden im Nahen Osten für den gegenwärtigen Augenblick nicht für gefährdet, aber zu Beginn der 80er Jahre könnte sich das ändern. Es gebe mehrere Gefahren:

1) den Terrorismus, der auch auf arabischer Staaten übergreifen könne und in dieser Region eine negative Entwicklung in Gang setzen könnte;

2) sei die Entspannungspolitik bedroht, insgesamt durch den Nahost-Konfliktherd; in diesem Bereich müsse man deshalb kontinuierliche Anstrengungen unternehmen;

3) gebe es die Gefahr im wirtschaftlichen Bereich, insbesondere wenn der Ölpreis noch mehr ansteige, wovon alle Staaten der Welt betroffen würden mit Ausnahme der Sowjetunion, Chinas und Kanadas. Eine Krise in diesem Bereich könne große Schwierigkeiten im Bereich der Zahlungsbilanzen und im monetären System mit sich bringen.

Bezüglich SALT II könne man mit der Ratifizierung durch zwei Drittel der Stimmen im Senat rechnen.[9] Er selbst habe sich während seiner Reise in die USA in sechs Reden intensiv für die Ratifizierung des SALT-Vertrages eingesetzt. Die Ratifizierung werde vermutlich im November oder Dezember erfolgen, aber die amerikanische Regierung werde gegenüber dem Senat zu Konzes-

4 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Für das Gespräch mit Präsident Carter am 6. Juni 1979 vgl. Dok. 162. Zu einem weiteren Gespräch an diesem Tag vgl. Dok. 163.

5 Für das deutsch-französische Regierungsgespräch am 23. Februar 1979 in Paris vgl. Dok. 51.

6 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 10./11. Mai 1979 in Großbritannien auf. Für das Gespräch mit Premierministerin Thatcher am 11. Mai 1979 vgl. Dok. 132.

7 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

8 Korrigiert aus: „der Energiefragen und der Problematik".

9 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 218, Anm. 8.

sionen bereit sein müssen. Es gehe hierbei hauptsächlich um folgende Bedingungen:

1) hinsichtlich SALT II gehe es darum, im Rahmen der Limitierungen die Neuentwicklung von Waffen zu beschleunigen, weil bei beiden Parteien des Kongresses die Besorgnis bestehe, ins Hintertreffen gegenüber der Sowjetunion zu gelangen;

2) das Protokoll über die Cruise Missiles[10] nicht zu verlängern;

3) gehe es um die Nichtumgehungsklausel hinsichtlich der Lieferung von neuen Technologien der USA an andere NATO-Länder.

4) Die USA müßten Anstrengungen unternehmen, um jene Lücke zu schließen, die durch SALT II nicht abgedeckt worden sei. Hier gehe es insbesondere um die sogenannte Grauzone, d.h. die alten Waffen SS-4 und SS-5 sowie die neuen Waffen SS-20 und „Backfire".

Hinsichtlich der USA äußerte der Herr Bundeskanzler seine Beunruhigung, daß man dort noch keine zureichenden Maßnahmen zur Öl-Einsparung ergriffen habe. Die amerikanische Zahlungsbilanz sei passiv, defizitär; man habe zu lange versucht, diese Entwicklung mit dem Drucken neuer Dollars aufzufangen. Gegenwärtig gebe es auf dem Eurodollarmarkt ca. 600–700 Mrd. Dollar. Diese Lage müsse man als gefährlich bezeichnen.

Präsident Giscard und BK hätten das Europäische Währungssystem geschaffen[11], um die europäischen Volkswirtschaften zu harmonisieren und zu festigen und sie für den Notfall unabhängig zu machen vom inflationären Dollar. Man verfolge auch den Zweck, auf die Amerikaner etwas Druck auszuüben, damit sie ihren Dollar besser kontrollieren. Ob das Europäische Währungssystem erfolgreich sein werde, könne man allerdings heute noch nicht sagen. Der Anstieg der Ölpreise sei in allen Staaten erfolgt; er bringe valutäre und monetäre Probleme mit sich, u.a.[12] auch für Frankreich. Die Inflationsrate in Frankreich betrage gegenwärtig zehn Prozent.

Außerdem hätten die Franzosen schwierige Gewerkschaften. Er hoffe aber sehr, daß die Politik von Präsident Giscard und Ministerpräsident Barre erfolgreich sein werde.

Bundeskanzler freue sich darüber, daß Herr Gierek ein so gutes Verhältnis zu Präsident Giscard habe. Er selbst sei mit ihm befreundet. Gegenseitig wolle man sich innen- und außenpolitisch behilflich sein. Präsident Giscard sei ein sehr bedeutender Politiker, der allerdings skeptisch sei in der Abrüstungsfrage, weil die Sowjetunion und die USA diese Frage alleine betrieben. Giscard befürworte SALT II, aber es sei für ihn nicht angenehm, wenn die beiden Großmächte die Frage nur bilateral, d.h. exklusiv[13], abhandelten. Frankreich habe

[10] Für den Wortlaut des Protokolls zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 44f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 389–391.

[11] Zum Inkrafttreten des Europäischen Währungssystems am 13. März 1979 vgl. Dok. 83.

[12] An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl gestrichen: „ebenfalls". Vgl. dazu Anm. 1.

[13] Die Wörter „d.h. exklusiv" wurden von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Vgl. dazu Anm. 1.

hinsichtlich der Abrüstung eigene Vorstellungen[14], die BK nicht ganz verstehe; aber er unterstütze die Franzosen im allgemeinen, weil ihm daran liege, daß sie in das weltweite Abrüstungsgespräch einbezogen werden. In den meisten Bereichen sei er mit Präsident Giscard einer Meinung, aber es gebe auch einige Gebiete, in denen man unterschiedlicher Auffassung sei. Giscard sei skeptisch hinsichtlich der MBFR-Verhandlungen in Wien, und seine Haltung sei für andere Skeptiker gegenüber MBFR eine Ermunterung.

Gemeinsam besorgt sei man angesichts des Übergewichts der Sowjetunion in der sogenannten Grauzone. So verfügten die Sowjets in dieser Zone beispielsweise über 500 alte Raketen SS-4 und SS-5; jährlich kämen ca. 60[15] neue Raketen hinzu vom Typ SS-20, außerdem 30 „Backfire"-Bomber, die CM oder andere nukleare Waffen tragen können. Diese Waffen seien weniger in Richtung Asien gerichtet, sondern hauptsächlich auf Europa.

Breschnew sehe das Problem durchaus; während seines Besuches in Bonn[16] habe er sich bereit gefunden, im Kommuniqué[17] zu vermerken, daß die Herstellung eines Gleichgewichts wichtig sei. Diese Waffen seien aber bei SALT II nicht einbezogen worden. Er hoffe, daß dies bei SALT III erfolgen werde.

Bezüglich einer Nachrüstung zwecks besseren Gleichgewichts arbeite man in der NATO zusammen, und die Bundesrepublik beteilige sich daran, jedoch unter der Bedingung, daß man der Sowjetunion ein Angebot zur Waffenlimitierung mache, wozu sich die USA auch bereit finden würden, wie sich auch alle europäischen Staaten darin einig seien; des weiteren unter der Bedingung, daß die Bundesrepublik keine singuläre Rolle bei der Stationierung einnehme, sondern daß alle geeigneten Länder mit ihren Territorien daran beteiligt sein müßten, sowie unter der weiteren Bedingung, daß in allen vierzehn NATO-Staaten Übereinstimmung herrsche. Frankreich gehe dabei zwar auf Distanz, verfüge aber andererseits selbst über Mittelstreckenwaffen, die die Sowjetunion erreichen könnten.

Zusammenfassend möchte er betonen, daß er darauf hoffe, daß nach der Ratifizierung von SALT II es zu SALT III kommen würde, daß der Erfolg von SALT II weitere Fortschritte bei MBFR mit sich bringen werde und daß er den KSZE-Prozeß in Madrid[18] positiv fortzuführen ermöglichen werde.

Er selbst sei sehr an Madrid interessiert und sei der Auffassung, daß diese Verhandlungen zumindest zeitweise auf Außenministerebene geführt werden sollten. Die Außenminister könnten sich einen Fehlschlag nicht leisten, während die Diplomaten so etwas eher verkraften könnten. Er gehe davon aus, daß auch

14 Vgl. dazu den französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz; Dok. 3, Anm. 16.

15 Diese Zahl wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Ursprünglich hieß es: „30". Vgl. dazu Anm. 1.

16 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

17 Vgl. dazu Ziffer 3 der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik; BULLETIN 1978, S. 429.

18 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

Herr Gierek seine Meinung teile und das Treffen in Madrid auf Außenministerebene befürworte.

Sowohl das Treffen in Madrid als Folge der KSZE als auch die MBFR-Konferenz seien beides sehr bedeutende multilaterale Bereiche, die nicht nur die Sowjetunion und die USA betreffen, sondern alle Staaten in ganz Europa. Es müsse alles getan werden, damit kleinere und mittlere Staaten keinen Schaden davontragen. Selbstverständlich komme in der Abrüstungsfrage der Zusammenarbeit zwischen USA und Sowjetunion eine überragende Bedeutung zu, aber auch die Abrüstungspolitik der VR Polen und der Bundesrepublik habe eine hohe Bedeutung. Zusammenfassend könne man sagen, daß in diesem Bereich und in der Entspannungspolitik insgesamt für die Bundesrepublik Deutschland die Zusammenarbeit mit Polen, Ungarn[19], Rumänien[20], Bulgarien[21] usw. wichtig sei; deshalb habe er auch in diesen Ländern Besuche gemacht. Eigentlich sollte auch die DDR dazu gehören, wo er allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Besuch machen könne. Hinsichtlich der DDR würde er gern Herrn Giereks Rat hören.

Bezüglich Großbritanniens wolle er sagen, daß Frau Thatcher dynamisch sei und viel gesunden Menschenverstand mitbringe. Sie sei eine Persönlichkeit, wenn auch sehr konservativ. In Lusaka[22] habe sie durchaus eine große Leistung vollbracht und dabei die Gefahr eines Konfliktes im Unterhaus, d.h. mit einem Teil der eigenen Partei, in Kauf genommen. Es sei ihr bei den Frontstaaten[23], also insbesondere bei Nyerere, Kaunda, gelungen, alle auf einen Nenner zu bringen. In Rhodesien solle sie durchaus den Vortritt haben, denn sie arbeite hier durchaus konstruktiv.

Innenpolitisch gebe es in England eine Reihe von wirtschaftlichen Problemen. Die Gewerkschaften seien dort ohne ökonomische Verantwortung; sie hätten sowohl Heath als auch Callaghan gestürzt. Vielleicht werde es Frau Thatcher gelingen, mehr zu erreichen als die Labour Party; denn der britische Arbeiter hatte infolge der Inflation schon zu viel verloren. Die kranke englische Volkswirtschaft sei eine Belastung gewesen für die Europäische Gemeinschaft. Frau Thatcher sei durchaus positiv gegen die EG eingestellt, wenn auch mit einer egoistischen Haltung für England. Hinsichtlich der Entspannungspolitik zur Sowjetunion werde sie sicherlich härter sein als Callaghan.

Über Italien sage man immer, daß es dort mit der Wirtschaft sehr schlecht bestellt sei. Aber sie sehe besser aus als die britische. Es gebe in Italien scheinbare hoffnungslose Kalamitäten, die Lage sei aber nicht wirklich ernst. Das Realeinkommen des italienischen Arbeiters sei fast so hoch wie in Großbritannien. In beiden Staaten betrage es, abgesehen von kleinen Unterschieden, 50 bis 60% des Realeinkommens eines deutschen Arbeiters. Dieses sei für Italien ein durch-

19 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. September 1979 in Ungarn auf. Vgl. dazu Dok. 251 und Dok. 255.

20 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 6./7. Januar 1978 in Rumänien auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 3 und Dok. 4.

21 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 2. bis 4. Mai 1979 in Bulgarien auf. Vgl. dazu Dok. 120, Dok. 122 und Dok. 124.

22 Vom 1. bis 7. August 1979 fand in Lusaka eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 234, Anm. 9.

23 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia und Tansania.

aus gutes Ergebnis, für Großbritannien allerdings ein schlechtes. Die innenpolitische Lage in Italien sei kompliziert, Berlinguer wolle an die Regierung, was die Christdemokraten nicht zulassen möchten. Diese wiederum könnten auf die Stimme der Kommunisten und Neonazis nur verzichten, wenn sie die Unterstützung aller übrigen, nämlich der Sozialisten, der Sozialdemokraten und der Republikaner, bekämen. Zudem habe Berlinguer Schwierigkeiten in der eigenen Partei. Der Schlüssel zur Lösung der Probleme liege bei den Sozialisten. Die Italiener würden parlamentarisch gewiß so weiterwurschteln wie bisher, aber Schlimmes sei nicht zu erwarten.

Nunmehr wolle er noch ein Wort über sein eigenes Land sagen: Wenn am nächsten Sonntag Wahlen stattfänden, dann würde die Koalition diese gewinnen, und zwar weil sein persönliches Ansehen in der Bevölkerung doppelt so groß sei wie das von Herrn Strauß. Das entnehme er Meinungsumfragen. Diese zeigten aber auch, daß er keineswegs doppelt so viel Stimmen bekommen würde, weil seine Partei nicht so populär sei. Falls jetzt Wahlen stattfänden, würde das Ergebnis etwa folgendermaßen aussehen:

43 bis 46% für die SPD, 7 bis 10% für die FDP und 42 bis 45% für die CDU/CSU. Auf zwei Risiken sei aber in diesem Zusammenhang aufmerksam zu machen:

1) Im Bundesrat würden infolge der Wahlen zu den einzelnen Landtagen die Verhältnisse so bleiben, wie sie jetzt seien, und

2) hätten wir nun einmal nicht am nächsten Sonntag Wahlen, sondern erst in 14 Monaten[24]; und in dieser Zeit könne viel passieren, insbesondere im Bereich der Weltwirtschaft.

Die Lage der Wirtschaft in der Bundesrepublik sei durchaus gut, obgleich wir den Einfluß des Winters und die Ölpreiserhöhungen[25] merklich zu spüren bekommen hätten. Die Rezession in den USA sei auf unsere Wirtschaft auch nicht ohne Einfluß geblieben. Das sei unvermeidlich. Um Inflation und Zahlungsbilanzschwächen abzuwehren, hätten wir in der Bundesrepublik einen sehr hohen Zinssatz für Kredite eingeführt. Wenn jemand in dem Dorf, in dem er z.Z. wohne, einen längeren Investitionskredit aufnehmen wolle, so müsse er zehn Prozent Zinsen dafür zahlen. Die Gesamtentwicklung laufe darauf hinaus, daß das Jahr 1980 vermutlich nicht so gut aussehen werde wie das Jahr 1979. Herr Strauß hoffe zwar darauf, daß die Bundesrepublik in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerate, um den starken Mann markieren zu können, aber BK selbst hoffe, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten dämpfen und zeigen zu können, daß er sich in schwieriger Lage helfen könne. Zusammenfassend sei zu sagen, daß die Koalition die Wahl wohl gewinnen würde, aber der Wahlkampf werde mit allen Mitteln scharf und rücksichtslos geführt werden; auch die Außenpolitik werde wohl dabei eine wichtige Rolle spielen.

Herr *Gierek* bedankte sich für die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers und sagte, er wolle zunächst einiges über sein eigenes Land sagen. Die Situation Polens sei gut. Zwar gebe es immer wieder unterschiedliche Meinungen dazu, sowohl im Inland wie im Ausland und auch bestimmte Gruppierungen, die

24 Am 5. Oktober 1980 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

25 Vgl. dazu die Beschlüsse der Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten vom 26. bis 28. Juni 1979 in Genf; Dok. 179, Anm. 3.

eine ganz bestimmte Meinung vertreten, aber insgesamt stände Polen gut da. Es habe früher in Polen Zeiten gegeben, da man sich weniger offen habe äußern können. Diese Zeiten seien jedoch vorbei und es sei durchaus normal, daß es unterschiedliche Meinungen gebe. Die wirtschaftlichen Probleme Polens würden in der Welt ebenfalls recht unterschiedlich beurteilt. Doch könne er immerhin darauf hinweisen, daß Polen seit 1971 seine Wirtschaftsproduktion verdoppelt habe. In dieser Zeit habe man bestehende Disproportionen zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und dem konkreten Leben der Menschen weitgehend beseitigt.

Ein großes Problem für Polen sei immer noch der Wohnungsbau. Das habe verschiedene Gründe, nicht zuletzt historische. Es sei eine große Aufgabe, in diesem Bereich die Rückstände aufzuholen, um die soziale Lage der Menschen zu verbessern und insbesondere die nationale Substanz zu schützen. Junge Ehen könnten nun eben einmal ohne Wohnung nicht existieren und sich entsprechend entwickeln. Ein amerikanischer Senator habe an ihn kürzlich die Frage gerichtet, ob man in Polen nicht zuviel investiere. Dieser Eindruck könne durchaus entstehen, jedoch tue man das nicht unüberlegt, sondern um gezielt die Disproportionen abzubauen, wie z.B. die Disproportionen zwischen Städten und Dörfern.

So gebe es auf dem Lande eine gewisse Überbevölkerung und große Reserven, die man nutzen müsse. Andererseits sei die polnische Landwirtschaft nicht rentabel genug. Wenn man über Polen hinwegfliege, sehe man die schachbrettartig aufgeteilte landwirtschaftliche Nutzfläche, denn die Durchschnittsgröße eines polnischen Bauernhofes betrage nur fünf ha. Bei dem, was man in den letzten acht bis neun Jahren an Entscheidungen getroffen habe, z.B. im Bereich Wohnungsbau oder im Außenhandel, habe es sich hier um keinerlei willkürliche Maßnahmen gehandelt, sondern der Blick sei immer in die Zukunft gerichtet gewesen.

Im Februar des kommenden Jahres werde in Polen der achte Parteitag stattfinden[26], auf dem man den Entwurf des kommenden Fünfjahresplanes vorlegen und diskutieren werde. Dieser Fünfjahresplan werde im Vergleich zu früheren weniger angespannt sein, aber man werde auch in diesem Fünfjahresplan dem Wohnungsbau größtmögliche Bedeutung beimessen. Ferner werde man einen starken Akzent auf das Energieproblem und die Rohstoffe legen sowie größere Investitionen in der Landwirtschaft vornehmen. Eine weitere Bedeutung komme der Kleinindustrie zu, die an der Gesamtproduktion des Landes bislang nur einen Anteil von acht bis neun Prozent aufweise.

Viel werde in der Welt von der polnischen Verschuldung gesprochen, die ziemlich hoch sei. Aber nicht die Höhe der Verschuldung sei das Wesentliche, sondern ob man den Fälligkeiten zu bestimmten Zeitpunkten nachkomme. Das kommende Jahr werde in diesem Bereich noch relativ angespannt sein, aber was die Fälligkeiten anbelange, so werde man schon 1981 um 30% weniger als im Jahre 1980 haben. Die Situation sei zwar nicht leicht, aber sie bessere sich stetig. Das, was man in Polen tue, diene der weiteren Fortentwicklung des Lan-

[26] Vom 11. bis 15. Februar 1980 fand in Warschau der VIII. Parteitag der PVAP statt.

des, und es komme nun darauf an, das Erreichte besser zu nutzen als bisher, um einen größeren wirtschaftlichen Aufschwung zu erreichen.

Die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern hätten gute Fortschritte gemacht und infolge des Vertrages von 1970[27], den man vor neun Jahren geschlossen habe, könne man inzwischen auf positive Symptome und Beispiele in der Entwicklung der Beziehungen beider Länder hinweisen. Wichtig sei festzustellen, daß sich das Bewußtsein der Menschen im positiven Sinne gewandelt habe. In den letzten zwei Jahren, seit er den Herrn Bundeskanzler zum letzten Mal gesehen habe, sei in verschiedenen Bereichen eine merkliche Besserung zu verzeichnen gewesen, und der politische Dialog sei in dieser Zeit nicht abgerissen. Die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen hätten sich ebenfalls gut entwickelt[28], jedoch gebe es noch große Reserven, die in diesem Bereich ungenutzt geblieben seien. Er selbst macht den eigenen polnischen Wirtschaftlern einige Vorwürfe, daß sie auf diesem Gebiet bislang nicht mehr erreicht hätten.

Positiv hinzuweisen sei auf den Jugendaustausch, die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und zwischen einzelnen Städten, auf die kulturelle Entwicklung und die journalistische Zusammenarbeit. Ein besonders wichtiger Faktor in den Beziehungen sei der stark angestiegene Personenverkehr in beiden Richtungen. Erfreulich seien auch die sich entwickelnden Städtepartnerschaften. Man könne somit sagen, daß die Gesamtentwicklung positiv sei und daß diese den Ansatzpunkt bieten sollte, um weiteres Vertrauen und gute Zusammenarbeit zu erreichen.

Natürlich gebe es noch Probleme zu lösen, die er selbst als Probleme kleineren Ausmaßes bezeichnen wolle. So z.B. das Gesetz über die Umsatzsteuer[29], der

27 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

28 Referat 421 vermerkte am 2. August 1979: „Die unverändert angespannte Wirtschaftslage Polens (hohe Westverschuldung; Planrückstände durch ‚Jahrhundertwinter', auf den Überschwemmungen und Dürre folgten; ungenügende landwirtschaftliche Produktion; Preiserhöhungen für Erdöl) ist nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen geblieben." Die Ausfuhr der Bundesrepublik nach Polen habe daher einen nicht unbeträchtlichen Rückgang verzeichnet. Da sich die Einfuhr aus Polen nur geringfügig erhöht habe, sei das Gesamtvolumen des deutsch-polnischen Warenverkehrs in den ersten sechs Monaten des Jahres 1979 um 4,1 % auf 2,12 Milliarden DM zurückgegangen. Die von der polnischen Regierung verfolgte Außenhandelspolitik sei „im Hinblick auf die in den nächsten zwei bis drei Jahren fällig werdenden Rückzahlungsverpflichtungen aus aufgenommenen Westkrediten verständlich. Im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland zeigte sie insoweit Erfolge, als eine erfreuliche Verbesserung der Handelsbilanz erzielt werden konnte." Vgl. Referat 214, Bd. 132814.

29 Für den Wortlaut des Gesetzes vom 30. November 1978 zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Gewerbesteuergesetzes, des Umsatzsteuergesetzes und anderer Gesetze (Steueränderungsgesetz 1979) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1978, Teil I, S. 1849–1908.
Referat 214 notierte am 26. Juni 1979, Polen habe beanstandet, „daß die Oder-Neiße-Gebiete in den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetzen nicht durchgehend als Ausland bezeichnet werden. [...] Dazu ist zu sagen, daß die in Artikel I des Warschauer Vertrages getroffene Feststellung über den Verlauf der polnischen Westgrenzen impliziert, daß die Bundesrepublik Deutschland die Oder-Neiße-Gebiete nach Inkrafttreten des Warschauer Vertrages als polnisches Staatsgebiet zu behandeln hat, es sei denn in Zusammenhängen, die auf in der Vergangenheit liegende Tatbestände abstellen oder soweit im Einzelfall auf die Rechtsposition des Deutschen Reiches abgestellt wird. Bei Neufassungen von Gesetzen (z.B. Umsatzsteuergesetz 1978) ist den Folgewirkungen des Warschauer Vertrages Rechnung getragen worden." Vgl. Referat 214, Bd. 132810.
Vortragender Legationsrat Scheel informierte die Botschaft in Warschau am 11. Juli 1979: „Am 6.7.1979 hat der Bundesrat dem vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Gesetz zur Neufas-

Status eines Vertriebenen für die Aussiedler[30], die Rentenangelegenheiten[31] und die Schulbuchempfehlungen[32]. Er nenne dies jedoch nur am Rande, und er hoffe, daß man diese und andere Angelegenheiten werde vorantreiben und lösen können. Er wisse, daß in diesen Fragen der Herr Bundeskanzler persönlich sich eingesetzt und seinen Beitrag geleistet habe. Er selbst habe das in Polen ebenfalls getan.

Bezüglich der internationalen Lage wolle er mehr allgemein auf die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers antworten. Er teile die Auffassung des Herrn Bundeskanzlers, daß Friedens- und Entspannungspolitik nicht nur eine Sache

Fortsetzung Fußnote von Seite 1145

sung des Umsatzsteuergesetzes Zustimmung mit der Begründung versagt, der darin enthaltene Inlandsbegriff müsse als ‚Reichsgebiet in den Grenzen vom 31. Dezember 1937' definiert werden. Die vom Bundestag beschlossene Fassung hatte den Inlandsbegriff mit ‚Geltungsbereich des Gesetzes' umschrieben. [...] In der heutigen Bundespressekonferenz hat StS Bölling eine Erklärung abgegeben, deren Kernsatz lautet: ‚Die Bundesregierung hält es politisch und rechtlich nicht für vertretbar, ein neu zu erlassendes Gesetz auf das Reichsgebiet von 1937 zu erstrecken [...].' Bölling wies im weiteren Verlauf seiner Erklärung auf die negativen psychologischen [und] politischen Folgen hin, die nicht nur in Polen, sondern auch in den verbündeten westlichen Ländern zu erwarten wären, wenn die vom Bundesrat vorgeschlagene Fassung gewählt würde." Vgl. den Drahterlaß Nr. 322; Referat 214, Bd. 116752.

30 Referat 214 legte am 31. Oktober 1979 dar: „Die polnische Seite nimmt daran Anstoß, daß Personen, die aufgrund des Ausreiseprotokolls vom 9.10.1975 in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, den gleichen Ausweis erhalten wie Flüchtlinge und Vertriebene. Die Bundesregierung hat sich um eine allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundesvertriebenengesetz bemüht, die einen besonderen Ausweis für die Aussiedler vorsieht. Über diese Absicht hat Bundeskanzler Schmidt polnische Seite bei seinem Besuch im November 1977 unterrichtet. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß sich diese Absicht angesichts der Haltung der CDU-regierten Länder und der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat nicht verwirklichen ließ. Wir haben daraufhin die polnische Seite von unserer Absicht unterrichtet, durch eine Erklärung der Bundesregierung unsere Auffassung vom Status dieses Personenkreises zu verdeutlichen. [...] Diese Erklärung ist anschließend in Form der Beantwortung einer schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Möllemann vom 9.2.1979 in den Protokollen des Deutschen Bundestages veröffentlicht worden. [...] Wir haben den Eindruck, daß diese Frage von der polnischen Seite eher routinemäßig weiter verfolgt wird." Vgl. Referat 214, Bd. 116752.

31 Für den Wortlaut des Abkommens vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik und Polen über Renten- und Unfallversicherung nebst der Vereinbarung hierzu vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 396–402.
Am 30. September 1976 stellte das Bundessozialgericht fest: „Die 1945 von Polen übernommenen deutschen Ostgebiete sind auch durch den Vertrag der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 7.12.1970 [...] nicht ‚Ausland' i.S. der §§ 1315 bis 1323a R[eichs]V[ersicherungs]O[rdnung] geworden; Renten sind dorthin nicht auszuzahlen." Vgl. ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESSOZIALGERICHTS, Bd. 42, S. 249.
Referat 214 vermerkte am 26. Juni 1979, Polen erhebe den Vorwurf, „die Bundesrepublik Deutschland verstoße gegen Art. 16 des deutsch-polnischen Sozialversicherungsabkommens, weil sie – bei sonst gleichen Anspruchsvoraussetzungen – Rentenansprüche im Gebiet Altpolens befriedige, in den Oder-Neiße-Gebieten aber nicht. [...] Wegen dieser ungleichen Behandlung deutscher Staatsangehöriger in Polen ist eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht anhängig." Vgl. Referat 214, Bd. 132810.
Das Bundesverfassungsgericht wies am 26. Februar 1980 eine Verfassungsbeschwerde zurück, die die Frage betraf, „ob es – jedenfalls nach dem Inkrafttreten des Warschauer Vertrages – verfassungsrechtlich geboten ist, einem Deutschen, der sich ständig in den östlich der Oder-Neiße gelegenen Gebieten, die am 31. Dezember 1937 zum Deutschen Reich gehört haben, aufhält, ein Altersruhegeld auszuzahlen, soweit dieses auf Versicherungsjahre entfällt, die innerhalb oder außerhalb des Geltungsbereichs der Reichsversicherungsordnung zurückgelegt sind". Es traf folgenden Beschluß: „Die Regelungen der §§ 1315 ff. RVO, nach denen Renten an Deutsche in den Oder-Neiße-Gebieten nicht ausgezahlt werden, können nicht an Art. 14 GG gemessen werden, weil es sich bei ihnen um gesetzliche Regelungen zur Bewältigung der außergewöhnlichen Probleme handelt, die ihren Ursprung in historischen Vorgängen aus der Zeit vor der Entstehung der Bundesrepublik haben." Vgl. ENTSCHEIDUNGEN, Bd. 53, S. 164.

32 Zu den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen vgl. Dok. 152, Anm. 13.

der Sowjetunion und der USA sein könne. Die kleinen und mittleren Länder sollten ihren eigenen Beitrag in diesem Bereich leisten, obgleich den beiden Großmächten die überragende Bedeutung zukomme. Als er kürzlich in der Sowjetunion gewesen sei[33], habe er auch mit Breschnew über die Konferenz in Wien gesprochen und den Beitrag des Bundeskanzlers für diesen Bereich besonders gewürdigt. Er habe die Ansicht des Herrn Bundeskanzlers hervorgehoben, daß es zur Friedenspolitik keine Alternative gebe.

In Sachen MBFR sollten Polen und die Bundesrepublik anderen Ländern ein Beispiel geben, um im Bereich der Abrüstung in Europa von der Stelle zu kommen. Die sozialistischen Länder hätten in Wien entsprechende Vorschläge unterbreitet[34], jedoch von westlicher Seite noch keine Antwort erhalten. Der Westen sollte den östlichen Angaben (Daten) bezüglich der Anzahl der Rüstung Glauben schenken. Die von Polen genannten Zahlen seien realistisch und andere Zahlen gäbe es nicht.[35] Wenn man weiterhin nur diskutiere, werde sich die Rüstung nur noch erhöhen. Daher wäre es gut, wenn auf den östlichen Vorschlag vom 28.6.79 bald eine Antwort gegeben würde, und man würde es begrüßen, wenn gerade die Bundesrepublik hier ihr Entgegenkommen zeigen würde. Auch die Bundesrepublik sollte zum Abrüsten bereit sein, wenn alle anderen abrüsteten. Im Bereich der Abrüstung sei er zwar kein übertriebener Optimist, aber man sollte sich auch keineswegs dem Pessimismus hingeben. Daher sollte bezüglich der Verminderung von Rüstungen und Streitkräften ein gemeinsamer Ausweg gesucht werden.

Zu anderen Themen übergehend, sagte Herr Gierek, ihn würden gewisse Tendenzen in der EG mit Sorge erfüllen, weil diese die Teilung Europas vertiefen und die Zusammenarbeit zwischen Ost und West vermindern würden. Der Herr Bundeskanzler habe die westlichen Schwierigkeiten im Bereich der Energie angesprochen, aber auch der Osten sei davon nicht verschont geblieben und habe ähnliche Schwierigkeiten wie die übrige Welt. Daher sollte man bemüht sein, sich zu einer gesamteuropäischen Konferenz zusammenzufinden, um über die Probleme der Energie, des Erdöls, evtl. auch des Umweltschutzes und anderer Bereiche zu beraten.

Bundeskanzler stimmte ausdrücklich zu.

Gierek[36]: Sowohl der Westen als auch der Osten habe die Energiekrise deutlich zu spüren bekommen, und insbesondere seien jene Länder schlecht daran, die sich bislang zu stark auf Flüssigbrennstoffe verlassen hätten. Es gehe darum, einen qualifizierten Ausgleich zwischen Produzenten und Konsumenten zu schaffen. Man müsse alternative Energiequellen erschließen. Polen habe sich nie ausschließlich in die Abhängigkeit von Flüssigbrennstoffen begeben und den Wert der Steinkohle immer sehr hoch geschätzt. Ebenfalls messe Polen der Braunkohle eine große Bedeutung zu, und man unternehme in diesem Bereich

33 Der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, hielt sich vom 12. bis 14. März 1979 und am 4. August 1979 in der UdSSR auf.

34 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 28. Juni 1979 vgl. Dok. 200.

35 Zur polnischen Haltung bezüglich der Datenfrage bei MBFR vgl. Dok. 106.

36 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Vgl. dazu Anm. 1.

gegenwärtig besondere Anstrengungen. Er schlage vor, daß sich Fachleute Polens und der Bundesrepublik treffen, um gemeinsame Erfahrungen auszutauschen und miteinander zu arbeiten.

Nochmals zurückkommend auf den Abrüstungsbereich, wolle er bezüglich der sogenannten Grauzone sagen, er sei bereit, mit der Sowjetunion über diesen Komplex zu sprechen, aber es wäre gut, wenn dies kein einseitiges Gespräch bliebe, sondern er bitte den Herrn Bundeskanzler, er möge sich seinerseits ebenfalls zu Anstrengungen in diesem Bereich verpflichten.

Hinsichtlich der Konferenz in Madrid sei er mit dem Herrn Bundeskanzler einer Meinung, daß dieses Treffen auf Außenministerebene geführt werden sollte, jedoch auch auf dieser Ebene bestünde die Gefahr, daß viel geschwätzt würde. Man sollte es vermeiden, nur über zweitrangige Dinge zu sprechen. Daher meine er, daß die Konferenz von Madrid vielleicht eine Vorbereitung sein könnte für eine nächste Gipfelkonferenz. Polen, die Bundesrepublik, Frankreich und andere Länder könnten hier einen wesentlichen Beitrag leisten, insbesondere hinsichtlich der Schaffung eines günstigen und konstruktiven Klimas. Man müsse es vermeiden, sich gegenseitig Vorhaltungen zu machen, denn sonst würden die Begegnungen zu keinem Erfolg führen.

Bezüglich SALT II meine er, daß dieser Vertrag durch die USA bestimmt ratifiziert würde. Er selbst nehme in Gesprächen die Gelegenheit wahr und habe dies auch in einem Brief an Präsident Carter zum Ausdruck gebracht, daß das Abkommen ratifiziert werde. Gewisse Tendenzen in den USA erfüllten ihn mit Sorge. So z.B. der Rücktritt des amerikanischen UNO-Botschafters Young, der eine Vertretung der PLO empfangen habe und infolgedessen unter dem Druck der jüdischen Lobby vor zwei Tagen seinen Posten verlassen habe.[37] Man frage sich, wer hier der Sieger sei.

Auch die inflationäre Situation des Dollar sei beunruhigend, und man wisse nicht, ob man sich darüber freuen oder traurig sein solle. Auch als Schuldner müsse man darüber wohl eher traurig sein.

Auf das Verhältnis Bundesrepublik–DDR eingehend, meinte Herr Gierek, man sollte sich zu Gesprächen zusammensetzen. Zwar verstehe er, daß der Herr Bundeskanzler gegenwärtig keinen Besuch in der DDR machen könne, aber Schwierigkeiten und Mißverständnisse ließen sich am besten im Gespräch mit dem anderen Partner klären.

Zu der neuen britischen Ministerpräsidentin habe er bislang noch keinen Kontakt. Er vermute, sie kenne Polen nicht und ihr Verhältnis zu Polen sei möglicherweise so ähnlich wie zu einem afrikanischen Land. Zu Premierminister Callaghan hätten gute Beziehungen bestanden, und er sei eigentlich für dieses Jahr nach Polen eingeladen gewesen. Nunmehr beabsichtige er, ihn als Parteivorsitzenden einzuladen.

Der Herr *Bundeskanzler* schlug Herrn Gierek in diesem Zusammenhang vor, die alte Einladung an den britischen Premierminister auf Frau Thatcher zu

[37] Gesandter Jelonek, New York (UNO), berichtete am 15. August 1979, der amerikanische UNO-Botschafter Young werde am Abend seinen Rücktritt bekanntgeben. Hintergrund sei sein „Treffen mit dem New Yorker PLO-Vertreter Terazi und die hierdurch ausgelöste öffentliche wie regierungsamtliche Kritik". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1550; Referat 230, Bd. 121011.

übertragen, damit sie sich nicht umgangen fühle; sie könne eine freundliche Geste gut gebrauchen. Herr *Gierek* meinte, er wolle sich die Sache überlegen und vielleicht werde er den Rat des Herrn Bundeskanzlers befolgen.

Probleme gebe es mit China, aber es sei eigentlich erfreulich, daß der Euphorie im Westen in den Beziehungen zu China jetzt eine gewisse Ernüchterung gefolgt sei. China müsse in die allgemeine Friedens- und Entspannungspolitik mit einbezogen werden. Er selbst kenne die chinesischen Möglichkeiten; die Chinesen hätten den Polen seinerzeit goldene Berge versprochen, aber man sei darauf nicht hereingefallen. Seit 25 Jahren bestehe eine Polnisch-Chinesische Schiffahrtsgesellschaft, die gut funktioniere, woraus aber die Chinesen den größeren Nutzen als die Polen hätten.

Zu Italien habe Polen gute Beziehungen. Ministerpräsident Andreotti hätte eigentlich demnächst Polen besuchen sollen, jedoch sei es wegen der italienischen Regierungskrise[38] nicht dazu gekommen. Man hoffe, daß der neue italienische Ministerpräsident[39] Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres Polen besuchen werde, sofern es nicht wieder zu einer Regierungskrise in Italien komme. Polen sei jedenfalls daran interessiert, daß sich die Lage in Italien stabilisiere.

Er teile die Sorge des Herrn Bundeskanzlers hinsichtlich der Lage im Mittleren und Nahen Osten, im Iran und Afghanistan. Die Welt sei zu klein, um sich destabilisierende Elemente durch Kanonendonner leisten zu können. Diese destabilisierenden Elemente sollten durch wirtschaftliche Zusammenarbeit überwunden werden.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, ob Polen Beziehungen zu Israel habe.

Herr *Gierek* entgegnete: Wirtschaftliche ja, diplomatische nein. Aber er hoffe, daß diese in Zukunft aufgenommen werden können. Polen habe mit Israel über die Vertreter in den internationalen Organisationen Kontakt. Polen wünsche für Israel das Beste und könne nicht verstehen, daß dieses Volk, das so viel gelitten habe, nicht die entsprechenden Konsequenzen aus der Erfahrung gezogen habe. Israel sollte zu seinen Nachbarn gute Beziehungen pflegen, denn eine andere Alternative gäbe es nicht, und die USA seien von Israel zu weit entfernt.

Zusammenfassend stellte Herr Gierek fest, daß sein Standpunkt mit dem des Herrn Bundeskanzlers in vielen Fragen übereinstimme bzw. stark angenähert sei. Man müsse nunmehr alles überdenken, um zu einer weiteren Annäherung zu gelangen, insbesondere in der Entspannungs- und Abrüstungspolitik, der man einen konkreten Charakter geben müsse.

Abschließend bedankte er sich für das ehrliche und offene Gespräch, aus dem er gewiß einige Anregungen für seine weitere Arbeit verwenden werde. Für den bilateralen Bereich sei es besonders wichtig, daß beide Völker einander besser verstehen und sehen lernten. In Polen sei viel in der Richtung getan worden, die Deutschen anders zu sehen als früher. Nunmehr komme es darauf an, daß die beiderseits früher erzielten Vereinbarungen weitergeführt würden und daß man mit Problemen kleinerer Art auf beiden Seiten gewiß fertig werden könne.

38 Zum Regierungswechsel in Italien vgl. Dok. 219, Anm. 5.
39 Francesco Cossiga.

Beide Gesprächspartner bedankten sich gegenseitig und vereinbarten Vertraulichkeit über den geführten Meinungsaustausch.

Bundeskanzler kündigte an, am nächsten Tage auf einige der Bemerkungen des Herrn Gierek zurückkommen zu wollen.

VS-Bd. 14076 (010)

237

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, auf Hela

VS-vertraulich **18. August 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Ersten Sekretär Gierek am 18. August 1979 nachmittags[2]

Dauer des Gesprächs etwa drei Stunden.

Teilnehmer: auf polnischer Seite: Erster Sekretär Gierek; Jaroszewicz, Vorsitzender des Ministerrats; Babiuch, stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats; Piątkowski, Leiter der Auslandsabteilung des ZK; Czyrek, stellvertretender Außenminister; Wojcik, Kanzlei des Sekretariats des ZK; auf deutscher Seite: StS Bölling, Botschafter Ahrens, MD Dr. Ruhfus.

Bundeskanzler berichtete zunächst über seinen Besuch in Thorn.

Gierek führte aus, die Stadt Thorn habe ihr historisches Bild bewahrt. Die Stadt habe sich nach dem Krieg ausgedehnt. Vieles müsse in Thorn noch modernisiert werden.

Gierek kam sodann auf das Gespräch mit dem Bundeskanzler vom Vortage zu sprechen. Beide hätten ausführlich über eine Vielzahl von Themen gesprochen, insbesondere über die Lage in beiden Ländern und über die aktuellen weltpolitischen Fragen. Der Bundeskanzler und er seien in fast allen Fragen einer Meinung gewesen oder aber hätten in ihren Meinungen nahe beieinander gelegen.

Der *Bundeskanzler* ging sodann auf einige Fragen vom Vortage ein.

MBFR

Bundeskanzler: Gierek habe beklagt, daß der Westen die östlichen Datenangaben in Zweifel ziehe. Er sei selbst nicht in der Lage, die Soldaten zu zählen. Er habe aber mehrfach die anderen westlichen Regierungen und die Experten ge-

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 21. August 1979 gefertigt. Zur Übermittlung vgl. Dok. 236, Anm. 1.
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 31. August 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von BK gem[äß] eingetragenen Korrekturen genehmigt." Vgl. Anm. 3, 10, 18, 21, 41 und 45.

[2] Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 17./18. August 1979 in Polen auf. Vgl. dazu auch Dok. 236.

beten, die Zahlen mit größter Sorgfalt zu überprüfen. Das Ergebnis dieser Prüfung sei eine Differenz von etwa 150000 Soldaten hinsichtlich der östlichen Truppen im Reduzierungsraum. Zumal[3] diese Differenz in der Öffentlichkeit bekannt geworden sei, könne die Bundesregierung sich nicht darüber hinwegsetzen.

Er habe im Westen und auch bei Gesprächen mit Staats- und Regierungschefs im Osten den Vorschlag gemacht, die Definition und die Zählkriterien der Soldaten sollten sorgfältig überprüft werden. Eine Reihe von Menschen trage möglicherweise Uniform, ohne soldatische Aufgaben zu haben. Auf diesem Wege könne vielleicht eine Lösung ohne Gesichtsverlust gefunden werden.

Gierek habe ferner ausgeführt, die Bundesregierung möge einen Vorschlag für eine Begrenzung der eigenen Truppen machen.

Die Bundesregierung könne in Wien nur gemeinsam mit ihren Verbündeten auftreten und verhandeln. Daher könne sie in Wien keine eigenen Vorschläge unterbreiten.

Er habe jedoch im März vor dem Bundestag einen Vorschlag zu diesem Thema gemacht[4], den er anschließend auch Schiwkow bei dem Besuch in Bulgarien[5] erläutert habe. Zusätzlich zu dem offiziellen vom westlichen Bündnis in Wien vorgelegten Vorschlag für die Beteiligung der Staaten im Reduzierungsraum (jedes beteiligte Land leistet einen signifikanten Beitrag, die Beteiligung wird intern festgelegt, es wird jedoch sichergestellt, daß die interne Aufteilung der anderen Seite bekannt wird)[6] könne überlegt werden, daß kein Staat auf westlicher und auf östlicher Seite des Reduzierungsgebiets mehr als 50% Anteil an den Truppen haben soll. Durch diese Überlegung könnte der Sorge des Westens begegnet werden, daß die Sowjetunion einen zu großen Anteil erhalte. Ebenso biete die Überlegung den Vorteil, östlichen Befürchtungen hinsichtlich eines zu starken Anteils der Bundeswehr zu begegnen. Man könne auch einen anderen Prozentsatz, etwa 53 oder 45%, in Erwägung ziehen. Diese Begrenzung solle gelten, solange der Vertrag läuft.

Energiekonferenz[7]

Bundeskanzler: Er sehe es als ein wichtiges Ergebnis dieses Urlaubsgesprächs an, daß beide – Gierek bei seinen Verbündeten, der Bundeskanzler im Kreise seiner Freunde – die Initiative ergreifen, damit möglichst bald eine Ost-West-Energiekonferenz auf politischer Ebene stattfindet.

Grauzone

Bundeskanzler: Gierek habe darauf hingewiesen, daß auch die Bundesrepublik Verpflichtungen übernehmen müsse, wenn es zu einer Begrenzung der euro-

[3] Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Da". Vgl. dazu Anm. 1.

[4] Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt am 9. März 1979 im Bundestag vgl. Dok. 80.

[5] Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 2. bis 4. Mai 1979 in Bulgarien auf. Vgl. dazu Dok. 120, Dok. 122 und Dok. 124.

[6] Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 19. April 1978 vgl. Dok. 20, Anm. 3. Zu ihren Vorschlägen vom 13. Dezember 1978 vgl. Dok. 39, Anm. 4.

[7] Vgl. dazu den Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 9. Dezember 1975; Dok. 120, Anm. 13.

strategischen Systeme kommt. Dem stimme er zu. Er wolle schon heute klarstellen, die Bundesregierung habe durch den Nichtverbreitungsvertrag[8] und durch die Erklärung gegenüber den westlichen Verbündeten in den 50er Jahren[9] auf atomare Bewaffnung verzichtet. Es gebe keine deutsche Beteiligung an atomarer Rüstung. Auch bei der Nachrüstung, die er Gierek ausführlich erläutert habe und die er im Zusammenhang mit der SALT-Entwicklung als unvermeidlich bezeichnet habe, werde die Bundesrepublik wohl ihr Territorium zur Verfügung stellen, aber keine deutschen Soldaten an diese Waffen stellen. Die Bundesrepublik werde keine user nation werden.

Im Rahmen der von USA und Sowjetunion zu führenden SALT-III-Verhandlungen sollte[10] festgelegt werden, welche Waffen es in welchen Räumen geben darf. Dies werde für den Osten gelten und ebenso für den Westen.

Gromyko und Kossygin hätten ihn während der Gespräche in Moskau im Juni[11] aufgefordert, die Bundesrepublik solle sich an SALT III beteiligen. Ebenso sollten Frankreich und China teilnehmen. Diese Erwartungen, daß Frankreich und China sich an SALT III beteiligen könnten, seien unrealistisch. Auch die Bundesrepublik werde an SALT III nicht teilnehmen. Wir wollten jeglichen Eindruck vermeiden, als hätten wir Anteil an Atomwaffen oder strebten ihn an.

KSZE-Treffen in Madrid[12]

Bundeskanzler: Er stimme Gierek zu, Madrid solle keine Bühne dramatischer gegenseitiger Anklagen werden. Wenn es Kritik an der Verwirklichung der Schlußakte[13] gebe, solle sie in Madrid vorgetragen werden, aber nicht in überzogener theatralischer Form. Beide Seiten seien dafür, daß Madrid auf politischer Ebene stattfindet. Giereks Anregung, die Außenminister sollten in Madrid ein anschließendes Spitzengespräch der Staats- und Regierungschefs vorbereiten, betrachte er persönlich mit großem Interesse.

Gierek: Er wolle zu den Ausführungen des Bundeskanzlers nicht im einzelnen erneut Stellung nehmen. Der Bundeskanzler habe zu den großen weltpolitischen Fragen sehr interessante Ausführungen gemacht.

8 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

9 Die Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik waren in Protokoll Nr. III zum WEU-Vertrag vom 23. Oktober 1954 über die Rüstungskontrolle enthalten. Die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik wurde ebenso verboten wie die Herstellung von Waffen großer Reichweite, Lenkwaffen und größeren Kriegsschiffen. Einzelheiten wurden in den Anlagen I bis III zu dem Protokoll ausgeführt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 266–272.

10 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „werde". Vgl. dazu Anm. 1.

11 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

12 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

13 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Die polnische Führung werde sich durch den Kopf gehen lassen, was der Bundeskanzler zu MBFR vorgetragen habe. Die zuständigen Ministerien sollten hierüber den Gedankenaustausch fortsetzen.

Bundeskanzler verwies auf die zum Jahresende vorgesehenen Konsultationen der Abrüstungsbeauftragten beider Länder.[14]

Gierek stimmte zu. Auch die anderen Fragen sollten auf Arbeitsebene weiter behandelt werden.

Bilaterale Fragen

Gierek: Im bilateralen Bereich gebe es im allgemeinen eine positive Entwicklung. MP Jaroszewicz habe jedoch gewisse Bedenken, ob die Entwicklung auf längere Sicht weiterhin so positiv verlaufen werde wie bisher.

Wirtschaftsbeziehungen und Kredite

Jaroszewicz: Die wirtschaftlichen Beziehungen seien gut.[15] Es gebe ein großes gegenseitiges Interesse an der Fortsetzung dieser Zusammenarbeit im Rahmen des kommenden Fünfjahresplans. Dieser Plan werde ein großes Programm für polnische Einkäufe aus der Bundesrepublik enthalten. Die deutschen Lieferungen sollten einmal der Erschließung der polnischen Rohstoffvorkommen dienen, damit die polnische Exportsituation durch vermehrte Rohstoffausfuhren verbessert wird. Ferner habe Polen Interesse an deutscher Technologie für das polnische Weichsel-Projekt, für den chemischen Bereich, für die Maschinenindustrie und für die Landwirtschaft. Polen bewege sich langsam auf eine günstigere Zahlungsbilanz zu. Ab 1980 werde die Auslandsverschuldung des Landes abnehmen. Polen sei daran interessiert, den Warenverkehr mit der Bundesrepublik nicht zu verringern. Die polnische Seite habe auf Anregung und mit Einverständnis des Bundeskanzlers Gespräche über zusätzliche Investitionskredite privater deutscher Banken geführt.[16] Die bisher vereinbarten Kredite seien nicht ausreichend. Daher habe die polnische Regierung mit deutschen Banken, insbesondere mit der Dresdner Bank, über einen zusätzlichen Kredit gesprochen.

Kreise in der Bundesrepublik, die Polen nicht wohlgesonnen seien, schrieben viel über das Ausmaß der polnischen Verschuldung. Die Exportsituation Polens werde in den kommenden Jahren immer stärker werden, sobald Polen die ge-

14 Am 13. September 1979 traf Botschafter Ruth zu Gesprächen über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle mit dem Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium, Wiejacz, in Bonn zusammen. Wiejacz legte dar: „Im Westen beschworene Gefahr durch militärische Überlegenheit des WP besteht nicht. Selbst westliche Stimmen widersprechen sich bei Angabe östlicher Streitkräftestärken und Militärausgaben. Die Darstellung der WP-Länder als militärisch überlegen sei wegen negativer psychologischer Wirkung gefährlich. Streitkräftestruktur in Ost und West ist verschieden; die verschiedenen Komponenten zusammengenommen, herrscht jedoch ungefähres Gleichgewicht." Ruth führte aus, die „Entwicklung im eurostrategischen Bereich" gebe „zu ernster Sorge Anlaß, da sie die Stabilität, die auf mehreren Komponenten aufbaut, zerstört (SS-20). Forderung nach Einbeziehung östlicher eurostrategischer Systeme in SALT III." Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arz von Straussenburg vom 18. September 1979; Referat 220, Bd. 116882.

15 Zu den deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen vgl. Dok. 236, Anm. 28.

16 Zur Gewährung einer Bundesbürgschaft für einen ungebundenen Finanzkredit an Polen vgl. Dok. 151, Anm. 12.

planten Investitionsvorhaben durchgeführt habe. Polen wolle jetzt hohe Investitionen tätigen, um mehr exportieren zu können.

Polen sei interessiert, daß durch eine gemeinsame Bankoperation ein Kredit von 3 Mrd. DM bei drei bis vier Jahren Karenzzeit aufgebracht werde. Der Kredit solle dazu dienen, die erweiterten Außenhandelsumsätze zu finanzieren. Er solle auf einer internen Operation privater Banken beruhen. Die Bundesregierung werde dazu wohl Stellung nehmen müssen und damit ihre Unterstützung geben.

Mit den Krediten sollten langfristige Einkäufe finanziert werden, die sich über fünf bis sechs Jahre erstrecken. Die Käufe der großen Maschinen für den Abbau der Braunkohle oder für die Durchführung des Weichsel-Projekts basierten sogar auf einem zehnjährigen Vertrag. Durch das Weichsel-Projekt sollten 3 bis 4 Mio. ha Land zusätzlich erschlossen werden.

Der polnische Export solle vor allem durch Erhöhung der Steinkohleausfuhr gefestigt werden. Polen beabsichtige, in den nächsten fünf bis sechs Jahren größere Aggregate zur Verflüssigung und zur Vergasung von Kohle einzukaufen. Die Regierung bemühe sich, nähere Kenntnis der vorhandenen Technologien zu gewinnen. Die Bundesrepublik sei ein nahegelegener Handelspartner, der seinen Anteil am polnischen Außenhandel behalten solle.

Bundeskanzler: Der zuständige Fachmann für diese Fragen sei BM Graf Lambsdorff. Seit den Gesprächen in Lansk[17] habe er jedoch persönliches Interesse genommen, und er glaube auch, persönliches Verständnis für die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen zu besitzen.[18] Damals habe man über ein Projekt mit einem geringeren Kreditvolumen gesprochen als das, was MP Jaroszewicz erwähnt habe. Er habe bereits in Lansk auf die sehr eingeschränkten Möglichkeiten der Bundesregierung hingewiesen. Inzwischen habe es durchaus Fortschritte gegeben. Hierbei habe die Dresdner Bank unter der Leitung des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers Friderichs eine positive Rolle gespielt. Er halte es für sehr zweckmäßig, weiterhin mit den Privatbanken, vor allem mit der Dresdner Bank, zu verhandeln. Die Bundesregierung werde hilfreich zur Seite stehen. Dies gelte für das Vanadium-Projekt[19], für die Kupfer-Vorhaben[20] und für das Projekt der Steinkohle-Bergbau-Ausrüstung.

Inzwischen gebe es zwei neue Elemente. Das eine sei das Weichsel-Projekt, von dem er in diesen Gesprächen erstmals gehört habe. Das andere sei der Wunsch nach einem Kredit, mit dem Zeit gewonnen werden solle.

17 Bundeskanzler Schmidt hielt sich im Rahmen seines Besuchs in Polen vom 21. bis 25. November 1977 in Lansk auf. Für die Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, am 21./22. November 1977 vgl. AAPD 1977, II, Dok. 330 und Dok. 334.

18 Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Vortragenden Legationsrats Edler von Braunmühl zurück. Vorher lautete er: „Seit den Gesprächen in Lansk habe er jedoch persönliches Interesse und er glaube, auch persönliches Verständnis für die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen." Vgl. dazu Anm. 1.

19 Zum deutsch-polnischen Vanadium-Titan-Projekt vgl. Dok. 171, Anm. 8.

20 Am 12. August 1977 informierte das Bundesministerium für Wirtschaft: „Mitarbeit an Entwicklung polnischer Kupfergewinnung und -verarbeitung durch Überlassung von Know-how und Bereitstellung eines ungebundenen Finanzkredits von 300 Mio. DM ist bundesverbürgt. Beide Seiten haben wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vereinbart." Vgl. das Fernschreiben Nr. 264; Referat 421, Bd. 122534.

Er halte einen derartigen Kredit nicht für ausgeschlossen. Er habe mit Friderichs kurz vor der Abreise gesprochen und den Eindruck gewonnen, daß eine positive Grundhaltung besteht.

Er wolle die private Anregung machen, die polnische Regierung solle studieren, ob sie die anstehenden kurzfristigen westlichen Auslandskredite nicht generell konsolidieren wolle. Hierzu müßten zwei Bankengruppen gefunden werden – eine Gruppe, die die Dollar-Kredite und Euro-Dollar-Kredite konsolidiert, und eine andere Gruppe, die die D-Mark- und Euro-D-Mark-Kredite konsolidiert.

Er habe das Gefühl, daß es hierfür vielleicht Partner geben könnte. Er glaube, daß sich im Westen die Auffassung durchsetzen werde, daß die polnische Wirtschaft angesichts des steigenden Werts der Steinkohle- und Rohstoffvorkommen gesund ist.

Die Bundesregierung habe großes Interesse daran, daß der deutsch-polnische Handel ausgeglichen sei. Die Bundesregierung werde daher weiterhin versuchen, bei dem Ausbau des deutsch-polnischen Handels hilfreich zu sein. Der polnische Export sei nicht genügend flexibel. In der Bundesrepublik gebe es keine Fünfjahrespläne, daher könne die wirtschaftliche Situation sich schnell ändern. So habe die Bundesrepublik 1975 bis 1977 unter Stahlüberschuß gelitten. Heute sei unsere Stahlindustrie voll ausgelastet.

Die Ausweitung der Lieferung von Braunkohle, Steinkohle, Kupfer und Strom würde auf längere Sicht gesehen die polnische Wirtschaftslage stärken. Dies sei der sachliche Grund, weshalb die Bundesregierung die Ausweitung dieser Exporte wünsche. Die Bundesregierung sei aber auch aus politischen Gründen für eine Ausweitung der polnischen Exporte, da ein gutes deutsch-polnisches Verhältnis auf guten wirtschaftlichen Beziehungen basieren müsse.

Er werde BM Graf Lambsdorff, BM Matthöfer, Herrn Friderichs und Herrn Schreiber über die Gespräche unterrichten. Er empfehle, daß die polnische Seite direkten Kontakt mit ihnen aufnimmt.

Jaroszewicz: Der Warenaustausch zwischen Polen und der Bundesrepublik betrage jährlich etwa 5 Mrd. DM. Der von Polen angestrebte zusätzliche langfristige Kredit von 3 Mrd. DM sei daher nicht unangemessen. Gespräche der polnischen Seite mit der Dresdner Bank hätten ergeben, daß diese die Möglichkeit sehe, daß ein Kredit dieses Umfangs gewährt werden könne. Ohne neue Kredite würde es Polen schwerfallen, die Firmen in der Bundesrepublik in dem gewünschten Umfang an den im Rahmen des nächsten Fünfjahresplans anfallenden Großaufträgen zu beteiligen.

Bundeskanzler erläuterte auf Fragen, daß er unter Konsolidierung die Umwandlung kurzfristiger Kredite in Kredite mit längerfristiger Laufzeit versteht.

Gierek: Er habe Bedenken gegen Neuverhandlungen der bereits gewährten Kredite. Dies könne den Eindruck erwecken, Polen sei zahlungsunfähig und benötige ein Moratorium.

Bundeskanzler: Er empfehle, nicht von Moratorium zu sprechen.[21]

21 Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Vortragenden Legationsrats Edler von Braunmühl zurück. Vorher lautete er: „Er würde nicht von Moratorium sprechen." Vgl. dazu Anm. 1.

Gierek: Die polnische Regierung bereite jetzt den Fünfjahresplan 1981 bis 1985 vor. Es gebe eine maximale Variante mit einem entsprechend großen Investitionsvorhaben und Kreditbedarf. Es gebe eine kleinere Variante mit einem geringeren Kreditbedarf. Die polnische Regierung sei daher in der Lage, ihre Planung an die nationale und soziale Entwicklung anzupassen. Polen wolle seine westlichen Handelspartner nicht über das Ohr hauen.

Bundeskanzler: Gierek möge sich keine Sorgen darüber machen, daß ein falscher Eindruck über die polnischen Absichten entstehen könnte.

Die wirtschaftliche Entwicklung für 1980 sei noch nicht gesichert. Die Ölpreiserhöhung[22] werde die wirtschaftliche Entwicklung vieler Länder beeinträchtigen. In einer Reihe von Staaten werde sie zu Zahlungsbilanzschwierigkeiten führen. Hinzu komme die Möglichkeit einer Rezession in den USA. Unter Umständen könnten die Jahre 1980/81 ähnlich schwierig werden wie die Jahre 1975/76.

Die privaten Banken seien die wichtigsten Gesprächspartner für die polnische Regierung.

Jaroszewicz: 1979 werde ein schlechtes Jahr für die polnische Landwirtschaft sein. Die polnische Regierung werde gezwungen werden, die Erhöhung des Fleischkonsums wiederum um einige Jahre zu verschieben.

Bundeskanzler: Er habe mit Genugtuung gehört, daß die Tagung des Deutsch-Polnischen Forums in Allenstein[23] erfolgreich verlaufen sei. Die Bundesregierung werde dazu beitragen, um auch dem nächsten Treffen in Darmstadt[24] zum Erfolg zu verhelfen. Er halte es für wichtig, daß sich auch weiterhin Vertreter der Opposition an den Gesprächen des Forums beteiligen. Zu den positiven Elementen innerhalb der Opposition zählten vor allem diejenigen, die im Widerstand gegen Hitler mitgewirkt haben. Freya von Moltke habe ihn über einen Antrag unterrichtet, den sie an das Büro des Ministerpräsidenten gerichtet habe. Sie wolle an dem Haus in Kreisau, in dem der Kreisauer Kreis sich getroffen habe, eine Erinnerungstafel für Helmuth von Moltke anbringen. Vielleicht gebe es hier einen Ansatz für die gemeinsame Darstellung der Widerstandsbewegungen in beiden Ländern.

Der Bundeskanzler dankte für die Klärung der Härtefälle, die anläßlich seines Besuchs im November 1977 der polnischen Seite übergeben wurden. Die Regelung sei ein wichtiger Beitrag für das politische Klima zwischen beiden Ländern. Vor seinem jetzigen Besuch sei die Bundesregierung wiederum auf eine Reihe von Fällen aufmerksam gemacht worden. Er wäre dankbar, wenn Botschafter Ahrens im Anschluß an diesen Besuch eine Liste von Fällen übergeben könnte.

22 Vgl. dazu die Beschlüsse der Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten vom 26. bis 28. Juni 1979 in Genf; Dok. 179, Anm. 3.

23 Botschafter Ahrens, Warschau, resümierte am 20. Oktober 1978 den Verlauf des Zweiten Deutsch-Polnischen Forums vom 16. bis 20. Oktober 1978 in Allenstein, das unter dem Thema „Bilanz des Normalisierungsprozesses" gestanden habe: „Von deutscher und polnischer Seite nahmen führende Vertreter aller Parteien, Vertreter der Gewerkschaften, der Wirtschaft, der Kirchen, der Wissenschaft und der Publizistik teil. [...] Das Forum fand ein starkes Echo in den polnischen Massenmedien [...]. Von einigen – wohl unvermeidlichen – Spannungen abgesehen verlief das Forum in einer von gegenseitiger Achtung und beiderseitigem Verständnis geprägten Atmosphäre, die eine offene Diskussion gestattete und keine Tabus scheute." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1436; Referat 214, Bd. 116603.

24 Das Dritte Deutsch-Polnische Forum fand vom 12. bis 15. Mai 1980 in Darmstadt statt.

Der Wahlkampf 1980[25] werde der härteste Wahlkampf seit 1949[26] werden. Hier werde auch das Thema Ausreisen eine wichtige Rolle spielen.

Er sei in Thorn von deutschen Korrespondenten gefragt worden, ob die polnische Seite die in Helsinki getroffenen Vereinbarungen über die Ausreisen[27] einhalten werde. Er habe geantwortet, er sei fest überzeugt, daß die polnische Seite die Vereinbarungen genau einhalten werde. Er sehe keine Veranlassung, die polnische Haltung in Frage zu stellen. Aber er sehe voraus, daß dieses Thema eine wichtige Frage in den Auseinandersetzungen mit der Opposition werde. Daher wäre es wichtig und hilfreich, wenn wir im Laufe des Winters eine Form finden könnten, die ausschließt, daß in der Bundesrepublik von Gutwilligen Zweifel geltend gemacht werden könnten. Die Böswilligen würden ihre Zweifel weiterhin äußern.

Er sei über die Gespräche StS van Well/Czyrek[28] und StS Bölling/Babiuch[29] unterrichtet. Die derzeitigen Vorstellungen des Auswärtigen Amts gingen in Richtung auf einen Brief des Bundeskanzlers an Gierek.[30] Er sei in dieser Frage nicht festgelegt. Man solle eine Lösung finden, die für beide Seiten sinnvoll sei. Unabhängig von Giereks Antwort werde er vor den deutschen Korrespondenten heute abend die gleiche Antwort geben wie heute mittag in Thorn.

Nach unserer Verfassung könne die Bundesregierung auf die Gestaltung der Schulbücher keinen Einfluß nehmen. Daher habe sie sich nur verpflichten können, „hinzuwirken". Dies geschehe mit Ernst und Nachdruck. Die Bereitschaft, auf die Empfehlungen einzugehen, sei bei den SPD-Ländern größer als bei den von der Opposition regierten Ländern. Die Bundesregierung werde jedoch ihre Bemühungen weiterhin fortsetzen und ihre Verpflichtungen erfüllen.[31]

Er freue sich, daß seine Anregung, ein polnisches Geschichtsbuch in deutscher Übersetzung in der Bundesrepublik auf den Markt zu bringen, jetzt verwirklicht werde. Vielleicht könne ein solches Werk, zumal wenn es als Taschenbuch herausgegeben werde, mehr Einfluß ausüben als eine Änderung der Schulbücher.

Er halte Gespräche ohne große Delegation und ohne förmliche Tagesordnung wie die Begegnung in Hela für eine sehr gute Sache. Er habe den gleichen Eindruck von dem Besuch Babiuchs in Bonn[32] und von den Gesprächen Wehners

25 Am 5. Oktober 1980 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

26 Am 14. August 1949 fanden die ersten Wahlen zum Bundestag statt.

27 Bundeskanzler Schmidt und der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, führten am 1./2. August 1975 am Rande der KSZE-Gipfelkonferenz, die vom 30. Juli bis 1. August 1975 in Helsinki stattfand, Gespräche über den Abschluß bilateraler Vereinbarungen. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 244.

28 Staatssekretär van Well hielt sich am 24./25. Mai 1979 in Polen auf. Zu den Gesprächen mit dem polnischen Stellvertretenden Außenminister Czyrek vgl. Dok. 151.

29 Staatssekretär Bölling hielt sich vom 24. bis 27. Mai 1979 in Polen auf. Dabei traf er mit dem polnischen Stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden Babiuch zusammen. Das Gespräch wurde „unter vier Augen" geführt. Vgl. den Schriftbericht Nr. 893 des Botschafters Ahrens, Warschau, vom 28. Mai 1979; Referat 214, Bd. 132812.

30 Zum Entwurf eines Schreibens des Bundeskanzlers Schmidt an den Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, vgl. Dok. 151, Anm. 12.

31 Zu den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen vgl. Dok. 152, Anm. 13.

32 Der polnische Stellvertretende Staatsratsvorsitzende Babiuch hielt sich vom 24. bis 27. Mai 1977 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 25. Mai 1977 vgl. AAPD 1977, I, Dok. 130.

in Polen[33]. Daher wolle er Gierek fragen, ob er ihn 1980 in der Bundesrepublik besuchen könne.

Gierek: Der Bundeskanzler habe eine Reihe nicht leichter, aber bedeutsamer Fragen angesprochen.

Zu dem Treffen des Deutsch-Polnischen Forums in Allenstein: Die Polen fürchteten sich nicht vor Meinungen, die andere über ihr Land bildeten. Diejenigen, die Unruhe in die deutsch-polnischen Beziehungen bringen wollten, könnten in Polen nichts gewinnen; sie müßten vielmehr mit der Wachsamkeit der polnischen Bevölkerung rechnen. Jene Kreise fügten den deutschen Interessen eher Schaden zu. Wenn er ein Feind der Verständigung wäre, würde er sagen, viele von jenen Kritikern sollten nach Polen kommen. Dann wäre die Chance für die Verständigung bald vertan.

Bundeskanzler äußerte Verständnis für diese Ausführungen.

Ausreisen

Gierek: Die polnische Regierung werde jedes Jota ihrer übernommenen Verpflichtungen erfüllen. Der Bundeskanzler möge hieran keinerlei Zweifel haben. Ebenso werde jedes Jota der in den Briefen der beiden Außenminister[34] übernommenen Verpflichtungen erfüllt. Er betone dies, damit der Bundeskanzler um so mutiger darüber reden könne.

Heute solle man über Hilfe im einzelnen nicht diskutieren. Die polnische Führung werde eine Lösung finden, die auch jene überzeugt, die Zweifel und Unruhe schaffen wollen. Die polnische Führung habe Überlegungen angestellt. Heute schon könne er sagen, daß die polnische Regierung nicht beabsichtige, am Ende des Jahres eine Mitteilung oder ein Kommuniqué zu veröffentlichen, in dem festgestellt wird, daß die Verpflichtung der polnischen Seite beendet sei. Die polnische Führung werde einen Vorschlag machen, der für den Bundeskanzler hilfreich sein werde. Er betone, dem Bundeskanzler hilfreich sein werde, weil Polen keine Hemmung haben würde, einem anderen zu sagen, die polnische Regierung habe ihre Verpflichtungen erfüllt und nun müsse ein Ende sein.[35] Es falle der polnischen Seite sehr schwer, Menschen aus gemischten Familien herauszureißen, wo Mutter oder Kinder Polen sind. Eine erhebliche Zahl von Ausgereisten sei bereits zurückgekehrt.

Bundeskanzler fragte, wieviel.

Gierek: Etwa 5000. Es habe Fälle gegeben, wo die Kinder aus dem Zug zurückliefen. Es handele sich um eine schandhafte Sache, die die polnische Regierung diskret behandele, um nicht an den Pranger gestellt zu werden.

Gleichwohl werde die polnische Regierung fortfahren in Übereinstimmung mit dem, wozu sie sich verpflichtet habe. Sie werde darüber nachdenken, wie sie weiter helfen könne.

[33] Zum Besuch des SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner vom 3. bis 6. April 1979 in Polen vgl. Dok. 152, Anm. 26.

[34] Zum Briefwechsel zwischen Bundesminister Genscher und dem polnischen Außenminister Olszowski vgl. Dok. 151, Anm. 7.

[35] Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

Rentenabkommen[36]

Gierek: Die Verweigerung der Rentenleistungen betreffe nur eine begrenzte Zahl von Menschen. Für die polnische Seite sei es auch kein Problem, ob jemand 100000 DM bekommt oder nicht. Aber die Betroffenen wendeten sich an ihre Abgeordneten und die Abgeordneten schrieben an die polnische Führung.

Vertriebenenausweise[37]

Gierek: Nach dem Entgegenkommen, das die polnische Seite bei der Ausreise gezeigt habe, sei die deutsche Haltung zu der Frage der Vertriebenenausweise beleidigend für Polen. Er bitte den Bundeskanzler, sich der Sache anzunehmen.

Besuch in der Bundesrepublik

Gierek: Er sei für die Fortsetzung des Gesprächs in der Form, die man für den jetzigen Besuch des Bundeskanzlers gewählt habe. Er denke an einen Arbeitsbesuch von einem bis eineinhalb Tagen. Man solle einen Termin wählen, der beiden Seiten zusage. Er dürfe wohl nicht zu nahe vor den Bundestagswahlen liegen.

Bundeskanzler drückte seine Freude über die Zustimmung zu der Einladung aus.

Gierek habe mit seinen Ausführungen über den Vertriebenenausweis recht. Es tue ihm leid, daß die Bundesregierung in dieser Frage so hilflos sei. Die bestehende gesetzliche Regelung könne nur mit Zustimmung des Bundesrates geändert werden. Die Bundesregierung habe einen ernsthaften Versuch unternommen, aber sie sei an der Mehrheit der CDU/CSU im Bundesrat gescheitert. BM Genscher habe gegenüber Außenminister Wojtaszek klargestellt, daß der Ausweis nur dazu dient, soziale Ansprüche geltend zu machen, und daß die Ausreisen aufgrund eigenen Willens erfolgen. Diese Erklärung habe auch Eingang in das Protokoll des Bundestages[38] gefunden. Gleichwohl verstehe er, daß dieses Verfahren für die polnische Seite unbefriedigend ist.

Dieses Thema könnte vielleicht bei dem nächsten Deutsch-Polnischen Forum in Darmstadt behandelt werden. Es gebe auch Vertreter der CDU/CSU, die in dieser Frage ein schlechtes Gewissen hätten.

BM Ehrenberg habe mit seinem polnischen Kollegen über Artikel 16 des Rentenabkommens gesprochen.[39] Derzeit laufe ein Verfahren des Bundesverfas-

36 Für den Wortlaut des Abkommens vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik und Polen über Renten- und Unfallversicherung nebst der Vereinbarung hierzu vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 396–402.
Zur Frage der Auslegung von Artikel 16 des Abkommens vgl. Dok. 236, Anm. 31.

37 Zu den polnischen Beschwerden bezüglich der Vertriebenenausweise für Aussiedler vgl. Dok. 236, Anm. 33.

38 Für den Wortlaut der schriftlichen Antwort der Staatsministerin Hamm-Brücher vom 9. Februar 1979 auf eine schriftliche Anfrage des FDP-Abgeordneten Möllemann vom 2. Februar 1979 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 109, S. 10814f.

39 Bundesminister Ehrenberg hielt sich vom 6. bis 10. Juli 1979 in Polen auf. Botschafter Ahrens, Warschau, übersandte am 19. Juli 1979 einen Vermerk über die Gespräche Ehrenbergs, unter anderem mit der polnischen Ministerin für Arbeit, Löhne und soziale Angelegenheiten, Milczarek. Milczarek zeigte sich über die Meinungsverschiedenheiten zu Artikel 16 des Abkommens vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik und Polen über Renten- und Unfallversicherung „außerordentlich beunruhigt. Es handele sich um eine politische Frage; die finanziellen Auswirkungen träten demgegenüber zurück, obwohl sie die humanitären und moralischen Gesichtspunkte des Problems nicht außer acht lassen wolle. Im Vertrag von 1970 sei die Integrität des polnischen Territoriums anerkannt worden. Sie müsse mit Entschiedenheit sagen, daß es für Polen unannehmbar sei,

sungsgerichts.[40] Einseitige Maßnahmen der Bundesregierung könnten eher negative Auswirkungen auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts haben. Die Entscheidung sei noch in diesem Jahr zu erwarten.

Gierek: Dieser Zeitpunkt sei sehr spät. Die Anfragen der Abgeordneten versetzten ihn in eine schwierige Situation.

Es handele sich um eine Angelegenheit der Menschlichkeit. Die Berechtigten würden nicht verhungern, die polnische Regierung sorge für sie. Aber die Betroffenen fragten, was aus den Beiträgen geworden sei, die sie eingezahlt haben. Er habe in Frankreich und Belgien gearbeitet. Die französische und belgische Sozialversicherung habe ihm jetzt mitgeteilt, daß er seine Rente bekommen könne[41].

Bundeskanzler: Er werde sich in diese Frage einarbeiten. Er hoffe, bei dem Gespräch im nächsten Jahr eine bessere Antwort geben zu können.

40. Jahrestag des Kriegsbeginns

Bundeskanzler: Er habe Gierek vor vier Jahren in Helsinki kennengelernt. Er habe den Eindruck, daß Gierek und er, aber auch Babiuch und andere Gesprächspartner sich aufeinander zu bewegt hätten in einem Ausmaß, das vor vier bis fünf Jahren niemand für möglich gehalten habe.

Er sei sich bewußt, daß die Gespräche wenige Tage vor dem 40. Jahrestag des Kriegsbeginns stattfinden. Um so höher bewerte er das Vertrauensverhältnis, das zwischen ihm und Gierek bestehe.

Gierek: Der Bundeskanzler werde verstehen, daß Polen an dem 40. Jahrestag nicht schweigend vorübergehen könne. Er werde am 1. September in Danzig auf einer großen Versammlung sprechen.[42] Er werde dabei die Tragödie zur Sprache bringen. Er werde auch scharfe Worte über Kriegsverbrechen finden. Er werde aber gleichzeitig über die Konsequenzen sprechen, die hieraus für die Abrüstung, für die Entspannung und für den Ausbau der Beziehungen gezogen werden müssen. Die polnische Seite habe die Erklärung der SPD aus Anlaß des 40. Jahrestages des Kriegsausbruches[43] wohl zur Kenntnis genommen. Sie

Fortsetzung Fußnote von Seite 1159

wenn die Bundesrepublik das Land aufteile und Renten nach Zentralpolen zahle, eine Rentenleistung in die Westgebiete aber ablehne." Ehrenberg legte dar, das „Urteil des Bundessozialgerichtes habe Auslegung der Bundesregierung bestätigt. Dagegen sei die Beschwerde zum Bundesverfassungsgericht eingelegt worden. Kein Eingriff in schwebendes Verfahren möglich." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1207; Referat 214, Bd. 132812.

40 Zum Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Februar 1980 vgl. Dok. 236, Anm. 31.

41 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Vgl. dazu Anm. 1.

42 Gesandter König, Warschau, berichtete am 3. September 1979, der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, habe auf einer Kundgebung in Danzig zum 40. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs zu den deutsch-polnischen Beziehungen wörtlich erklärt: „‚Die über eintausendjährige Geschichte dieser Beziehungen umfaßt verschiedene Zeitabschnitte, schlechtere und bessere. Seit vielen Jahrhunderten warf leider die Tendenz des deutschen Militarismus und Imperialismus, die das Schlagwort vom ‚Drang nach Osten' zu ihrer Losung gemacht hatte, ihre Schatten auf sie. [...] Wir sind aufrichtig an der Zusammenarbeit und der Vertiefung unserer Beziehungen mit allen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland interessiert, die auf der Grundlage der Entspannung und der Festigung der in Europa bestehenden Friedensordnung stehen.'" Vgl. den Drahtbericht Nr. 1111; Referat 214, Bd. 132810.

43 Für den Wortlaut der Erklärung des SPD-Präsidiums zum 40. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs vgl. CHRONIK DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE, Bd. 3, S.279 f.

habe auch das Echo beobachtet, das dieser Beschluß in Fernsehen und Zeitungen der Bundesrepublik ausgelöst habe.

Kriegsverbrechen

Bundeskanzler berichtete über die Verabschiedung des Gesetzes über die Aufhebung der Verjährungsfrist für Mord durch den Deutschen Bundestag.[44] Die Entscheidung sei nicht leicht gefallen, weil eine alte Rechtstradition, die auf das Strafgesetzbuch von 1871 zurückginge, hätte geändert werden müssen. Gleichwohl hätten diejenigen, die für das Gesetz stimmten, sich aus außenpolitisch-moralischen[45] Gesichtspunkten verpflichtet gefühlt, das Gesetz zu verabschieden. Auch einige CDU-Mitglieder, zwei Vertreter der CSU und Abgeordnete der FDP hätten für das Gesetz gestimmt; so auch der der CSU angehörende Bundestagspräsident Stücklen. Die Prozesse würden allerdings immer schwieriger, da kaum noch ausreichend Beweise erbracht werden können.

Gierek dankte für den Besuch des Bundeskanzlers, den er als sehr gut bewerte. Er stimme zu, daß es vor zehn Jahren nicht möglich gewesen wäre, so offen miteinander zu sprechen. Er habe bei seinem Besuch in Bonn[46] erklärt, daß der Graben zugeschüttet werden müsse. Es gelte weiter daran zu arbeiten, daß der angefüllte Graben auch durch Gewitter nicht wieder aufgerissen werden könne.

Botschafter der Bundesrepublik

Gierek dankte Botschafter Ahrens für seine aufopferungsvolle und engagierte Tätigkeit. Er hoffe, daß der Nachfolger die Arbeit von Ahrens fortsetzen werde.

Bundeskanzler dankte für die anerkennenden Worte über Botschafter Ahrens. Er sei gewiß, daß der Nachfolger, Herr Negwer, aufgrund seiner Einstellung das Werk von Botschafter Ahrens im gleichen Sinne fortsetzen werde.

VS-Bd. 14076 (010)

44 Zur Verjährungsdebatte in der Bundesrepublik und zum 16. Strafrechtsänderungsgesetz vgl. Dok. 95, Anm. 3, und Dok. 205, Anm. 23.

45 Das Wort „moralischen" wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt. Vgl. dazu Anm. 1.

46 Der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, hielt sich vom 8. bis 12. Juni 1976 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 181 und Dok. 186.

238

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ungerer

421-410.20/2 SOW-462/79 VS-vertraulich **21. August 1979**[1]

Herrn Staatssekretär[2] zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung des Vorschlages in Abschnitt IV und Zeichnung des beigefügten Entwurfs eines Schreibens an StS von Würzen[3]

Betr.: Kernkraftwerkskooperation mit der UdSSR;
hier: Übergabe eines Non-papers an den Leiter des Büros des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Tichonow, W.W. Tschistow

Bezug: Randweisung auf dem beigefügten BMWi-Papier[4]

Anl.: 3

I. Im Rahmen eines am Rande der letzten Kommissionstagung im September 1978 in Moskau[5] geführten Gesprächs hat MP Kossygin BM Graf Lambsdorff um Prüfung eines Vorschlags gebeten, nach dem die Bundesrepublik Deutschland für die UdSSR – evtl. nach sowjetischen Plänen – Kernkraftwerksausrüstungen herstellen und als Gegenleistung z.B. energieintensive Erzeugnisse oder auch elektrischen Strom erhalten würde. Kossygin erläuterte seinen Vorschlag dahingehend, daß er gegenwärtig über die mittel- und längerfristigen Energiepläne zu entscheiden habe und die Sowjetunion westlich des Urals künftig nur noch Kernkraftwerke errichten werde, da insbesondere Erdöl zu wertvoll sei, um verbrannt zu werden.

BM Graf Lambsdorff hat damals eine Prüfung des sowjetischen Vorschlags zugesagt. Eine deutsche Antwort, an die von sowjetischer Seite inzwischen indirekt erinnert wurde, ist bisher nicht erfolgt.

Anläßlich seines Gesprächs mit dem Bundeskanzler bei dessen Zwischenlandung in Moskau am 25. Juli 1979[6] hat sich MP Kossygin erneut nach dem deutschen Export von Kernkraftwerken und Kernkraftwerksausrüstungen erkundigt, ohne dieses Thema jedoch zu vertiefen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Sieger und Hilfsreferent Boenke konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Hermes am 24. August vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirigent Ungerer vermerkte: „Wie ich etwa in D[irektoren]B[esprechung] am 14.8. gesagt habe, ist dies kein Thema für ein Non-paper, sondern gehört in die nächste Sitzung des Gem[einsamen] Aussch[usses] zur Erörterung zw[ischen] Graf L[ambsdorff] und Tichonow."

3 Dem Vorgang beigefügt. Für den undatierten Entwurf eines Schreibens des Staatssekretärs Hermes an Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, vgl. VS-Bd. 9514 (421); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für das Non-paper vom 29. August 1979 vgl. VS-Bd. 9514 (421); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Die achte Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit fand am 11./12. September 1978 in Moskau statt.

6 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

II. Der Vorschlag Kossygins weicht nach Art und Umfang erheblich von dem seinerzeitigen Königsberg-Projekt[7] ab. Andererseits hat sich seitdem auch unsere Interessenlage geändert: Die Energiekrise hat sich zwischenzeitlich wesentlich verschärft, das Erdgasdreiecksgeschäft mit der UdSSR/Iran[8] wird voraussichtlich nicht zustande kommen, und die deutschen Kernkraftwerkshersteller befinden sich aufgrund jüngster Ereignisse auf dem Weg in wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Für ein Eingehen auf die sowjetische Offerte sprechen folgende Argumente:

In sachlicher Hinsicht haben wir erhebliches Interesse am Zustandekommen eines derartigen Geschäfts. Die deutsche Kernkraftwerksindustrie muß nach den jüngsten Entwicklungen eher noch stärker an der Ausnutzung ihrer Marktchancen in der UdSSR interessiert sein als zu Zeiten des Königsberger Projekts. Weiteres Abwarten könnte die schwierige Lage dieses Industriezweiges sichtbarer machen und dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen.

7 Seit 1974 lagen der UdSSR Angebote der Kraftwerk Union AG und von Energieversorgungsunternehmen aus der Bundesrepublik vor, die den Bau einer Kernkraftwerkseinheit von 1300 Megawatt sowie den Bezug von elektrischem Strom aus diesem Kraftwerk vorsahen. Als Standort wurde Königsberg angestrebt. Die Trassenführung über Polen und die DDR sollte insbesondere die Einbeziehung von Berlin (West) in den Stromverbund der Bundesrepublik gewährleisten. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 313 und Dok. 315.
Zum Stand vermerkte Referat 421 am 5. November 1975, daß die Frage der Trassenführung weiterhin offen sei. In den Expertengesprächen sei der Eindruck entstanden, „daß die sowjetische Seite bei dem Kernkraftwerk-Stromprojekt ungelöste kommerzielle Fragen bewußt in den Vordergrund geschoben hat, dagegen nicht bereit war, über das Gesamtproblem einschließlich Trassenführung zu sprechen. Nach dem Stande der Erörterungen über dieses Projekt im Oktober 1974 wollte uns die sowjetische Seite über ihre Gespräche mit der DDR unterrichten. Das ist bisher nicht geschehen. Bei den letzten Firmengesprächen im Juli 1975 bestand der Eindruck, daß die Sowjetunion mit der DDR auf hoher Sachverständigenebene gesprochen hat, sich dabei aber nicht durchsetzen konnte." Vgl. Referat 421, Bd. 117699.
Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, berichtete am 21. Januar 1976 über ein Gespräch mit dem Minister der DDR für Kohle und Energie: „Siebold sagte mir nachdrücklich, die DDR sei bisher noch niemals offiziell von sowjetischer Seite wegen der etwaigen Trassenführung angesprochen worden. Berichte in der westdeutschen Presse, die Vereinbarung über das Kernkraftwerk komme wegen eines Widerstandes der DDR nicht zustande, seien falsch. Nach seiner Kenntnis seien die wirtschaftlichen Konditionen für die Sowjetunion noch nicht befriedigend. Siebold meinte, die Sowjetunion sei nicht unter allen Umständen auf den Bau des Kernkraftwerks durch die Bundesrepublik angewiesen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 74; VS-Bd. 8892 (421); B 150, Aktenkopien 1976.
Am 31. März 1976 gab Bundesminister Friderichs in Moskau die Einstellung der Verhandlungen über die Lieferung eines Kernkraftwerks aus der Bundesrepublik an die UdSSR bekannt. Vgl. dazu den Artikel „Bonns Atomgeschäft mit Moskau scheitert am Widerstand der ‚DDR'"; DIE WELT vom 1. April 1976, S. 1.

8 Botschafter von Lilienfeld, Teheran, berichtete am 12. April 1973 über ein geplantes Dreiecksgeschäft zwischen der Bundesrepublik, dem Iran und der UdSSR über die Lieferung von Erdgas. Die Firma Ruhrgas AG sei bereit, jährlich ca. zehn Milliarden Kubikmeter Erdgas „auf etwa 20 Jahre abzunehmen. Iranisches Erdgas aus dem Saraks-Feld (Nordost-Iran) soll über Astara in das sowjetische Kaukasus-Gebiet geleitet werden, wofür Rußland Erdgas aus seinen westlichen Vorkommen an Ruhrgas liefert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 295; Referat 311, Bd. 104745.
In der Presse wurde berichtet, daß die Ruhrgas AG, die National Iranian Gas Company (NIGC) und die sowjetische Sojuzgazexport in Moskau ein Rahmenabkommen unterzeichnet hätten, „das auf eine Lieferung von mindestens zehn Milliarden Kubikmeter Erdgas jährlich an die Bundesrepublik abzielt, die einen Teil davon an Nachbarländer absetzt". Vgl. die Meldung „Teheran–Moskau–Bonn"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. April 1975, S. 14.
Nach Pressemeldungen vom 1. Dezember 1977 unterzeichneten die Vertragspartner in Teheran ein Detailabkommen. Weiter hieß es, daß zu seiner Erfüllung eine weitere Erdgasleitung vom Iran nach Astara gebaut werden müsse. Vgl. dazu den Artikel „In fünf Jahren kommt das erste persische Gas"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 1. Dezember 1977, S. 13.

Ein deutsches Entgegenkommen zu einer Zeit, in der sich die Sowjetunion noch deutlich in der Rolle des demandeurs befindet, könnte zu für uns günstigen Gegenleistungen führen. In diesem Sinne ist z. B. die deutsche Gasindustrie wegen des wahrscheinlich nicht mehr realisierbaren Dreiecksprojekts mit dem Iran sehr an weiteren Gasbezügen aus der UdSSR interessiert. Auch hier gibt es eine schwierige Wettbewerbssituation mit anderen westlichen Interessenten.

Eine Kooperation mit der Sowjetunion in diesem Bereich wäre auch dazu geeignet, die sonst zu befürchtende Ost-West-Konkurrenzlage um die begrenzten internationalen Energiequellen etwas zu dämpfen. Außerdem wäre mit diesem Bereich der Zusammenarbeit ein besonders wichtiges Element für die Ausfüllung des Langfristigen Abkommens mit der Sowjetunion[9] angesprochen

Bei unseren Überlegungen ist auch zu berücksichtigen, daß die UdSSR beträchtliche Anstrengungen unternimmt, um ihre eigene Kernenergieindustrie zu entwickeln. Sollte es im Rahmen der bereits angelaufenen Vorbereitungen für den nächsten Fünfjahresplan nicht zu Möglichkeiten einer Kooperation mit dem Westen in diesem Bereich kommen, so dürften dort die Weichen noch stärker in Richtung auf eine autarke Linie gestellt und damit möglicherweise auch langfristige Entwicklungen einer ost-westlichen Kooperation verbaut werden.

Obgleich wir bei einer Rückfrage, ob Kossygins Hinweis auf mögliche Stromlieferungen eine teilweise Wiederbelebung des Königsberg-Projekts bedeuten würde, von dessen Erstem Stellvertreter nur eine ausweichende, eher negative Reaktion erhalten haben, wäre bei späteren Verhandlungen mit der Sowjetunion schließlich auch die Frage der Stromversorgung Berlins im Auge zu behalten. An unserer bisherigen Position, daß dies gegebenenfalls nur in Form einer schalterlosen Direktleitung Bundesgebiet–Berlin (West) geschehen kann, hat sich nichts geändert.

Stromlieferungen der UdSSR berühren auch Interessen der DDR und Polens.

Zwischen dem BMWi und dem Ministerium für Außenhandel der DDR finden z. Zt. vertrauliche Sondierungen über den Bau eines Salz-Braunkohle-Kraftwerks in der DDR, das mit Stromlieferungen nach Berlin (West) bzw. in die Bundesrepublik Deutschland bezahlt werden soll, statt. Unser vorrangiges Interesse ist dabei auf den Bau einer schalterlosen Direktleitung zwischen dem Bundesgebiet und Berlin (West) gerichtet. Der DDR ist dieses Interesse bekannt. Die technischen Vorklärungen des Projekts (Verwendbarkeit der Kohle) sind noch nicht abgeschlossen. Sollten sie positiv ausfallen, ist noch die Frage des Strompreises zu klären. Das Kooperationsprojekt mit der DDR wäre, wenn es zustande käme, finanziell in sich so ausgeglichen, daß eine Direktleitung zwischen dem Bundesgebiet und Berlin besonders finanziert werden müßte. Hinzu kommt, daß die Direktleitung Bundesgebiet–Berlin (West) nicht ohne politische Billigung der Sowjetunion zu verwirklichen ist. Sollte sowohl ein Kooperationsprojekt mit der DDR als auch mit der UdSSR zustande kommen, würde zu gegebener Zeit zu prüfen sein, wie die Frage der Direktleitung Bundesgebiet–Berlin (West) mit diesen beiden Staaten behandelt werden soll.

[9] Die Bundesrepublik und die UdSSR unterzeichneten am 6. Mai 1978 ein Abkommen über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 58–60.

III. Zur Frage, welche NV-politischen Bedingungen für die Lieferung von Kernkraftwerken in die UdSSR maßgebend sind, wird in dem als Anlage 1 beigefügten Papier Stellung genommen.

IV. Aus den in Abschnitt II dargelegten Gründen erscheint es zweckmäßig, der sowjetischen Seite nunmehr eine positive Antwort auf die BM Graf Lambsdorff von MP Kossygin unterbreiteten Vorschläge zu geben. Anstatt sie offiziell über unsere Botschaft und das sowjetische Außenministerium zu leiten, sollten wir einen direkteren Weg, aber auch eine unverbindlichere Form wählen.

Es wird daher vorgeschlagen, zuzustimmen, daß das als Anlage 2 wieder beigefügte Non-paper dem in der nächsten Woche nach Bonn kommenden Leiter des Büros des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Tichonow, W.W. Tschistow, übergeben wird. Von Tichonow kann das Papier ohne weitere Zwischenstationen zu Kossygin gelangen. Der Inhalt unserer Antwort und die Form als Non-paper sollen dabei deutlich machen, daß wir nicht als demandeur auftreten und die sowjetische Seite weiter in der Rolle des Petenten belassen wird. Der sachliche Inhalt des im BMWi redigierten und von StS von Würzen genehmigten Papiers entspricht dem genannten Zweck. Jedoch sollte der letzte Satz auf Seite 1 Absatz 3 wie folgt geändert werden: „In dieser Hinsicht ist an die früheren Verhandlungen über ein Projekt, das die Lieferung und bestimmte Modalitäten der Abnahme von Strom vorsah, zu erinnern."

Der Entwurf eines Schreibens an Herrn StS von Würzen wird gleichfalls als Anlage mit der Bitte um Billigung und Zeichnung vorgelegt.

Abteilung 2 hat mitgezeichnet.

Ungerer

Anlage 1

Betr.: NV-politische Bedingungen für die Lieferung von KKWs in die UdSSR

1) Die SU ist Kernwaffenstaat und hat den NV-Vertrag[10] ratifiziert.

2) Unter Berufung auf ihren Status als Kernwaffenstaat lehnt es die SU ab – formal in Ordnung –, IAEO-Kontrollen auf ihrem Hoheitsgebiet zuzulassen.

3) Die SU ist ferner Mitglied des Londoner Suppliers Club und richtet sich nach den Londoner Richtlinien[11]; da die SU Kernwaffenstaat ist, kommen die Londoner Richtlinien nach Ziffer 1 auf sie selbst nicht zur Anwendung:

„The following fundamental principles for safeguards and export controls should apply to nuclear transfers to any non-nuclear-weapon state for peaceful purposes."

4) Die SU fällt unter die COCOM-Regeln[12]; diese sehen für die Lieferung von Reaktoren vor:

10 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

11 Die vierte Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 4./5. November 1975 in London verabschiedete Richtlinien für das Exportverhalten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 354.

12 Gemäß der Embargo-Liste des 1951 unter Vorsitz der USA gegründeten Coordinating Committee

„Notes:

1) It is understood that each Government will use its own discretion in determining whether or not a component is designed or intended for use in a nuclear reactor, and whether or not power generating or propulsion equipment is specially designed for use with nuclear reactors.

2) The Committee will consider sympathetically, on the basis of individual justification, requests for the export of civil research and power reactors, including major components thereof and initial shipments of fuel and moderators therefore, in connection with which the recipient country has agreed to allow the Safeguards of the International Atomic Energy Agency to be applied. The decision in each case will take into account all relevant circumstances. This Note is not to be interpreted as a commitment by any member to approve any individual case."

Aus den COCOM-Regeln ergibt sich, daß diese keinen Unterschied zwischen Kernwaffenstaaten und Nichtkernwaffenstaaten machen und solchen, die den NV-Vertrag ratifiziert haben oder nicht. Daraus folgert, daß die Lieferung eines KKW in die SU bei strikter Anwendung der COCOM-Regeln erst erfolgen kann, wenn die SU sich bereit erklärt, diese Anlage IAEO-Kontrollen zu unterstellen.

5) Wir wissen, daß die Amerikaner der französischen Regierung auf eine inoffizielle Voranfrage mitgeteilt haben, daß sie im Falle der Lieferung eines KKW an die Volksrepublik China – diese ist Kernwaffenstaat, ohne dem NV-Vertrag anzugehören – nicht darauf bestehen würden, daß eine solche Anlage IAEO-Kontrollen unterstellt werden müßte.

6) Wenn die Gespräche mit der Sowjetunion über die Lieferung von KKW sich positiv entwickelt haben, werden Gespräche mit den USA und später mit anderen COCOM-Ländern notwendig sein. Dabei ist u.a. die Frage einer Freistellung von IAEO-Kontrollen zu klären. Das Einverständnis der USA dazu könnte dadurch erleichtert werden, daß wir nur die KKW liefern und die Sowjetunion die Brennelemente zur Verfügung stellt. Die Sowjetunion hat eigene Brennelementeherstellung und verfügt über einen geschlossenen Brennstoffkreislauf. Insofern könnte das Ende des Brennstoffkreislaufs für die im Reaktor benutzten Brennelemente ebenfalls von der SU wahrgenommen werden (Zwischenlagerung, Wiederaufbereitung, Entsorgung).

7) Unabhängig davon sollten wir versuchen, in einem geeigneten Stadium der Gespräche mit der SU die Frage einer „symbolischen" Annahme der IAEO-Kontrollen für eines oder mehrere von uns gelieferte KKW aufzuwerfen, und zwar unter Hinweis auf die NV-politische positive Auswirkung einer sowjetischen Geste. Diese Gespräche sollten nach Möglichkeit parallel zu den Gesprächen über die Lieferung der KKW-Ausrüstungen durch das AA geführt werden.

VS-Bd. 9514 (421)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1165

for East-West Trade Policy (COCOM) war die Ausfuhr bestimmter Güter an kommunistische Staaten untersagt bzw. einer strengen Kontrolle und Kontingentierung unterworfen.

239

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Verbeek

510-531.45-613/79 geheim **23. August 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Ausstellung von Pässen zum Teil falschen Inhalts durch unsere Vertretungen in Jugoslawien für deutsche Staatsangehörige und Volksdeutsche und deren nächste Angehörige

Bezug: Frage des Herrn Bundesministers vom Mai 1979 zur Aufzeichnung vom 28.8.1978 – 510-531.45-944/78 geheim

Anlg.: a) Aufzeichnung vom 28.8.1978 – 510-531.45-944/78 geheim[3]
b) Urteil Bundesverwaltungsgericht vom 21.10.1959[4]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Abteilung 5 hat die von dem Herrn Minister gestellte Frage: „Liegt in der Eintragung ‚deutsch' nicht die Aufnahme?" mit dem Bundesminister des Innern – Staatsangehörigkeitsreferent MR Reermann – geprüft.

1) Das BMI vertritt hierzu folgende Auffassung: Der Begriff „Aufnahme finden"

[1] Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wersdörfer und Legationsrat I. Klasse Hölscher konzipiert.
Hat den Vortragenden Legationsräten Ackermann und Edler von Braunmühl am 3. September 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 3. September 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 510 verfügte.
Hat Hölscher am 4. Februar 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn RL 510 n[ach] R[ückkehr] z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]."

[2] Hat Staatssekretär Hermes am 24. August 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär van Well verfügte.
Hat van Well am 1. September 1979 vorgelegen.

[3] Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirektor Fleischhauer erläuterte am 28. August 1978, das „bei der Botschaft Belgrad geübte Verfahren der Hilfestellung für Flüchtlinge durch Ausstellung inhaltlich falscher Pässe" sei „auch auf Volksdeutsche und ausländische Familienangehörige von Deutschen oder Volksdeutschen ausgedehnt worden. Bei Flüchtlingen deutscher Volkszugehörigkeit, deren durch Art. 116 (1) GG gegebenes Anwartschaftsrecht auf die deutsche Staatsangehörigkeit noch nicht durch Aufnahme im Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31.12.1937 realisiert werden konnte (Volksdeutsche), ist die Staatsangehörigkeitsangabe in den ihnen ausgestellten Pässen falsch (bei den grünen Reisepässen: der Inhaber dieses Passes ist Deutscher; bei Paßersatzpapieren: Staatsangehörigkeit deutsch). Diese Personen sind im Zeitpunkt der Paßausstellung noch fremde Staatsangehörige (Rumänen, Ungarn, Bulgaren). Das gleiche gilt bei Flüchtlingen fremder Volkszugehörigkeit und fremder Staatsangehörigkeit, die Familienangehörige von Deutschen oder Volksdeutschen sind und die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht erworben haben. Soweit Flüchtlinge Deutsche im Sinne des Art. 116 (1) GG sind, ist die Staatsangehörigkeitsangabe in den ihnen ausgestellten Pässen richtig. Insoweit beziehen sich die falschen Angaben jeweils nur auf die Personalangaben (Name und/oder Geburtsort bzw. -datum)." Vgl. VS-Bd. 10786 (510); B 150, Aktenkopien 1978.

[4] Dem Vorgang beigefügt. Für das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Oktober 1959 vgl. VS-Bd. 10786 (510). Für den Wortlaut vgl. auch ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERWALTUNGSGERICHTS, Bd. 9, S. 231–234.

im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG[5] ist nicht schon mit dem Einverständnis deutscher Behörden zur Niederlassung im Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 erfüllt. Auch die Ausstellung eines Reisepasses durch eine deutsche Auslandsvertretung genügt hierfür also nicht. Vielmehr muß nach dem Wortlaut des Art. 116 Abs. 1 GG der Realakt des Betretens deutschen Bodens in der Absicht, sich hier niederzulassen, hinzukommen.

2) Diese Auslegung des Art. 116 GG wird durch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts gestützt. Es hat in einer Entscheidung vom 21. Oktober 1959 (amtliche Sammlung, Band 9, S. 231ff., Anlg. 2) festgestellt, „Aufnahme gefunden" haben setze begrifflich voraus, daß der Volksdeutsche „sich tatsächlich in Deutschland befunden und ständigen Aufenthalt genommen hat". Dieser Zustand müsse darüber hinaus seitens der Behörden irgendwie anerkannt werden. Das Gegenteil des Begriffes „Aufnahme finden" sei „ausgewiesen" oder „abgeschoben werden".

Danach kann die Eintragung der deutschen Staatsangehörigkeit in einen Paß der Bundesrepublik Deutschland allein nicht als „Aufnahme" im Sinne von Art. 116 GG bewertet werden, wenn diese Eintragung durch eine deutsche Vertretung außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 vorgenommen wird. „Aufnahme finden" im Sinne von Art. 116 GG kann nach dessen Wortlaut nur innerhalb dieser Grenzen geschehen.

3) Auch ein erfolgreich vom Ausland aus von einem Volksdeutschen betriebenes D-1-Verfahren zur Anerkennung als Deutscher im Sinne des Art. 116 Abs. 1 und die Aushändigung des positiven Bescheides im D-1-Verfahren reicht nicht aus. Nach Auffassung des BMI ist auch hier die real im Bundesgebiet durch eine deutsche Behörde (z. B. Aufnahmelager Gießen) erfolgte Aufnahme Voraussetzung für den Erwerb des Status eines Deutschen im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG.

Volksdeutsche, die sich außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 aufhalten, sind ausländische Staatsangehörige deutscher Volkszugehörigkeit. Sie könnten daher von einer Auslandsvertretung nicht als deutsche Staatsangehörige bezeichnet werden, und zwar auch nicht im Vorgriff auf das folgende Aufnahmeverfahren in der Bundesrepublik Deutschland.

Abteilung 5 hält diese Auffassung des BMI nach dem Wortlaut von Art. 116 GG für zutreffend.

Verbeek

VS-Bd. 10786 (501)

[5] Für den Wortlaut von Artikel 116 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 15f.

240

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem syrischen Außenminister Khaddam in Damaskus

27. August 1979[1]

Vermerk über das Gespräch BM–AM Khaddam am 27.8.1979, 9.30 Uhr bis 12.20 Uhr[2]

Khaddam begrüßte die Bemühungen der Bundesregierung und des BM in der Bundesrepublik und der EG um eine dauerhafte Friedenslösung im Nahen Osten. Er schätze den persönlichen Einsatz des BM hoch ein.

BM dankt zunächst, daß Khaddam gestern abend die Rolle der Bundesrepublik in so positiver Weise gewürdigt habe. Bundesrepublik wolle aktiven Beitrag zum Frieden in dieser Region leisten. Dabei komme der EG die besondere Rolle zu, die Weltöffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß der Frieden in Nahost nur gesichert werden könne, wenn das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes verwirklicht werde. Er habe dies schon 1974 zum Ausdruck gebracht.[3] Er sei damals ein „einsamer Rufer in der Wüste" gewesen. Inzwischen sei diese Einschätzung Gemeingut geworden.

BM schilderte sodann unsere Position zum Nahost-Konflikt im einzelnen:

Er glaube, daß es richtig gewesen sei, die Elemente einer Friedenslösung in der Erklärung der Neun vom 29.6.1977 zusammenzufassen.[4] Er habe sich sehr für das Zustandekommen der Erklärung eingesetzt. Für uns habe die Erklärung nichts Neues gebracht, da sie unsere nationale Position wiedergegeben habe. Wir seien seit langem der Meinung gewesen, daß das Palästinenserproblem nicht als Flüchtlingsproblem angesprochen werden könne. Vielmehr sei es eine Frage des Selbstbestimmungsrechts. Die Bedeutung der Erklärung liege darin,

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Referat 310 gefertigt.

2 Zeitangabe so in der Vorlage. Vgl. dazu Dok. 241, Anm. 3 und 30.
Bundesminister Genscher hielt sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien auf. Vgl. dazu auch Dok. 241 und Dok. 242.

3 Am 14. April 1975 äußerte Bundesminister Genscher gegenüber der ägyptischen Tageszeitung „Al-Ahram": „Die Palästinenser-Frage ist ein politisches Problem. [...] Die Notwendigkeit, die legitimen Rechte der Palästinenser im Rahmen einer Friedensregelung zu berücksichtigen, betonten die Außenminister der neun Staaten der Europäischen Gemeinschaft in ihrer Erklärung vom 6. November 1973, die unverändert auch unseren politischen Standpunkt wiedergibt. In der Palästinadebatte der Vereinten Nationen hat daher unsere Delegation am 19. November 1974 ausdrücklich das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes unterstützt und sein Recht anerkannt, selbst zu entscheiden, ob es auf den von Israel zu räumenden Gebieten eine eigene staatliche Autorität errichten oder eine andere Lösung wählen will. Zwischen der Sicherung der Existenz des Staates Israel und der Berücksichtigung der legitimen Rechte der Palästinenser in dem von mir hier verdeutlichten Sinn besteht ein innerer Zusammenhang: Beide Rechte müssen Beachtung finden, ohne das jeweils andere zu beeinträchtigen." Vgl. BULLETIN 1975, S. 463.
Für den Wortlaut der Ausführungen des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (UNO), am 19. November 1974 in der UNO-Generalversammlung vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

4 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats über den Nahen Osten vom 29. Juni 1977 vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 516 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 174.

daß die Neun eine gemeinsame Grundposition eingenommen hätten. Unsere Position sei zur Position der Neun geworden.

Inzwischen hätten sich einige Erschwerungen bei der Durchführung dieser Politik ergeben. Er denke in diesem Zusammenhang besonders an die israelische Siedlungspolitik.[5] Er habe daher den Neun vorgeschlagen, diese Siedlungspolitik in einer neuen Neuner-Erklärung zu verurteilen. Er selbst habe das von seiner Seite aus schon vorher getan. So sei auf seine Initiative die Erklärung der Neun vom 18.6.1979[6] zustande gekommen. Auch die Niederlande, die ursprünglich zögerten, stünden, wie AM Dayan anläßlich seines Besuchs in Den Haag[7] klargemacht worden sei, hinter dieser Erklärung.

BM ging sodann in Anknüpfung an seine Rede von gestern abend (Essen AM Khaddam zu Ehren des BM)[8] auf das Verhältnis der EG zu den USA und seine Auswirkungen auf die europäische Nahost-Politik ein. Im Gegensatz zum WP, in dem die SU dominiere, sei Westeuropa in einer verhältnismäßig günstigen Position, da die USA und Kanada nicht zur EG gehörten und mithin keine Vorherrschaft ausübten. Vielmehr sei unser Verhältnis zu den USA von partnerschaftlicher Zusammenarbeit gekennzeichnet. Die USA hätten Jahre hindurch von einer Rolle der Europäer bei der Lösung des Nahost-Konflikts nicht viel gehalten. Diese negative Einschätzung der Möglichkeiten Europas habe sich inzwischen zu einer positiven geändert. Die unabhängige Position der Neun werde heute von den USA, aber auch von der SU geschätzt. Wir hätten keine eigenen machtpolitischen Interessen im Nahen Osten. Unsere Politik sei es, gleichberechtigt und als Partner mit den Arabern zusammenzuarbeiten. Er habe dem früheren AM Kissinger gleich nach seiner Amtsübernahme 1974[9] als Sprecher der Neun klargemacht[10], daß es uns bei der Aufnahme des EAD[11] um eine Zusammenarbeit zwischen zwei Staatengruppen gehe, die sich gegenseitig ergänzten. Diese Interessenlage sei heute überall in das Bewußtsein eingedrungen.

Unsere Idealvorstellung sei weder eine pro-westliche noch eine pro-östliche Position der Araber, sondern eine unabhängige. Wenn er nach der Haltung der Neun gefragt werde, antworte er, daß wir eine pro-europäische einnähmen. Unabhängigkeit sei das Modell der Zukunft. Wir könnten unser Schicksal am besten in der EG, die Araber ihres innerhalb der arabischen Völkerfamilie gestalten. Deshalb spreche er so oft von der arabischen Einheit. Es gelte jetzt, unser gemeinsames Interesse auf zwei große Komplexe zu konzentrieren:

1) die bilateralen Beziehungen auf allen Gebieten auszubauen,

2) das große Problem des Nahen Ostens, das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes zu verwirklichen, denn erst dann könnten sich die Araber der Gestaltung ihrer eigenen Angelegenheiten widmen.

5 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 161, Anm. 21.

6 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über den Nahen Osten vom 18. Juni 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 765.

7 Der israelische Außenminister Dayan hielt sich vom 25. bis 27. Juli 1979 in den Niederlanden auf.

8 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundesministers Genscher am 26. August 1979 in Damaskus vgl. BULLETIN 1979, S. 950–952.

9 Hans-Dietrich Genscher übernahm am 16. Mai 1974 das Amt des Bundesministers des Auswärtigen.

10 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger am 11. Juni 1974 in Bad Reichenhall vgl. AAPD 1974, I, Dok. 171.

11 Zum Europäisch-Arabischen Dialog vgl. Dok. 170, Anm. 18.

Unser Kontinent habe durch Jahrhunderte Kriege über sich ergehen lassen müssen. Kein Volk habe mehr unter ihnen gelitten als das deutsche. Noch heute seien wir geteilt. Wenn er morgen dem Libanon einen Besuch abstatte[12], dann um dem leidgeprüften libanesischen Volk unsere Sympathie auszudrücken. Die Weltöffentlichkeit solle dies zur Kenntnis nehmen.

BM stellte an AM Khaddam die Frage, wie der Friedensprozeß im Nahen Osten wieder in Gang gebracht werden könne. Seine Überzeugung sei, daß der internationalen Öffentlichkeit deutlich werde, daß im Nahen Osten ein Volk auf Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts warte.

Ergänzend fügte der BM hinzu, daß nach seiner persönlichen Auffassung der Rücktritt des amerikanischen UN-Botschafters Young[13] in den USA zu einer dramatischen Veränderung der öffentlichen Meinung führen werde. Wenn Young seine charismatische Persönlichkeit in die Waagschale werfe, könne die Ausgangsposition für die Präsidentenwahlen[14] eine ganz andere werden, als dies vor einem halben Jahr vorstellbar gewesen sei.

Khaddam stimmte den Ausführungen des BM bei der Beurteilung der Lage in großen Zügen zu.

Er würdigte allgemein den deutschen Beitrag für die Zusammenarbeit mit der arabischen Welt, insbesondere im Rahmen der EG.

Syrien lege großen Wert auf Unabhängigkeit. Deshalb sei es ein blockfreies Land und gegen jede Hegemonie. Er müsse sich allerdings fragen, ob es richtig sei, daß die USA keine Hegemonialpolitik in Europa verfolgten.

Er sei dankbar für die Erklärung des BM von 1974 und für die EG-Erklärungen[15]. Sie übten psychologische Wirkung in den arabischen Ländern aus. Die Lösung des Nahost-Konflikts sei ein substantielles Element der syrischen Politik, das anders als das Rhodesien- oder Namibia-Problem von unmittelbarem Interesse sei.

BM bestätigte, daß diese Feststellung auch für uns gelte, da der Nahe Osten Europa benachbart sei.

Khaddam ging auf die Ziele der israelischen Politik ein, die die Lage im Nahen Osten komplizierter als alle anderen mache, da sie in einer politischen und religiösen Ideologie des Staates verankert sei und daher nicht nur das israelische Gebiet bewahren wolle, sondern fremdes Territorium beanspruche. Israels expansionistische Ideologie stelle eine große Gefahr dar. Während die arabische Haltung zum Frieden eine positive Entwicklung durchgemacht habe, habe sich an der israelischen Haltung nichts geändert. Israel wolle die 1967 besetzten

12 Bundesminister Genscher hielt sich am 28. August 1979 im Libanon auf. Vgl. dazu Dok. 243.

13 Zum Rücktritt des amerikanischen UNO-Botschafters Young vgl. Dok. 236, Anm. 37.

14 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

15 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über den Nahen Osten vom 6. November 1973 vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 29 f.
Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten über den Nahen Osten vom 19. September 1978 vgl. BULLETIN DER EG 9/1978, S. 61 f.
Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten über den Nahen Osten vom 26. März 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 326.

Gebiete[16] behalten und habe deshalb alle VN-Resolutionen abgelehnt und die Siedlungspolitik fortgesetzt. Es wolle Erez Israel gründen.

Syrien strebe die Schaffung einer Friedensordnung in der Region an. Das sei keine Taktik. Vielmehr entspreche die Haltung einer sorgfältigen Einschätzung der Lage. Sein Land habe an allen Bemühungen teilgenommen, die zum Frieden führen. Es habe auch Schwierigkeiten mit anderen arabischen Staaten in Kauf genommen. Eine neue Genfer Konferenz[17] habe kurz bevorgestanden. In dieser Situation sei Sadat nach Jerusalem gefahren[18], und der Camp-David-Prozeß[19] folgte. Er habe den Eindruck, daß die USA Sadat ermutigt hätten. Er glaube nicht, daß die USA im guten Glauben gehandelt hätten. Die USA hätten die Araber spalten wollen.

BM meinte, daß man bei der Analyse einen Schritt früher anfangen müsse. Seiner Auffassung nach hätten die USA geglaubt, Sadat werde Israel von der Notwendigkeit einer umfassenden Regelung überzeugen können.

AM *Khaddam* bemerkte, wenn die USA bisher nicht in der Lage gewesen seien, die Haltung Israels zu ändern, wie könnten sie jetzt annehmen, daß Sadat dazu in der Lage sein würde?

BM stellte richtig, daß er lediglich berichte. Wir hätten den Camp-David-Prozeß nicht in Gang gesetzt. AM Khaddam werde sicherlich bemerkt haben, daß das Wort „Camp David" in seiner gestrigen Rede nicht vorgekommen sei.

AM *Khaddam* erwiderte, daß er Arafat auf diesen Punkt aufmerksam gemacht habe. Er habe ihn im Anschluß an das gestrige Essen gesehen. Arafat habe diese Mitteilung mit Befriedigung zur Kenntnis genommen.

Sadat sei nicht in der Lage, die Araber von der Richtigkeit seiner Politik zu überzeugen. Wie könne man von einer Friedenspolitik sprechen, wenn nicht alle Parteien daran beteiligt seien? Durch Sadats Politik sei der Konflikt nicht gelöst worden. Im Gegenteil: Zu dem bisherigen arabisch-israelischen Konflikt sei noch der arabisch-ägyptische Konflikt hinzugekommen. Das Ausscheren Ägyptens aus der gemeinsamen Front habe schlimme Folgen gehabt. Syrien habe gehofft, daß die gemäßigte arabische Linie sich durchsetzen werde. Statt dessen habe die Radikalisierung auf ägyptischer Seite zu einer Radikalisierung auf der anderen arabischen Seite geführt. Das Gerede von der Verwirklichung des Friedens sei heute nicht mehr relevant. Er lehne die amerikanische Nahost-Politik ab. Die Folgen seien nicht abzusehen. Selbst die konservativen, mit USA eng verbundenen Saudis hätten keine andere Haltung einnehmen können als die anderen arabischen Länder. Als Ergebnis der Politik Sadats sei festzuhalten, daß im arabischen Lager eine ganz neue Konstellation eingetreten sei.

16 Zum arabisch-israelischen Krieg vom 5. bis 10. Juni 1967 („Sechs-Tage-Krieg") vgl. Dok. 123, Anm. 11.

17 Zur Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Genf vgl. Dok. 86, Anm. 22.

18 Präsident Sadat hielt sich vom 19. bis 21. November 1977 in Israel auf.

19 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

Der Camp-David-Prozeß habe die SR-Resolutionen 242[20] und 338[21] aus den Angeln gehoben. Nur die Parteien seien beteiligt. Das Fehlen der US, VN, Syriens, Jordaniens und der PLO berge große Gefahren in sich. Syrien wolle diese Region vor dem Einfluß der Großmächte bewahren. Daher halte es die Einschaltung der VN für unerläßlich. Syrien habe den USA zu verstehen gegeben, es nicht in noch größere Verlegenheit zu bringen. Wenn die USA fortfahren, Israel auf massive Weise zu unterstützen, dann werde Syrien nichts anderes übrig bleiben, als die SU auf den Plan zu rufen. Die SU werde ab 1981 Ölimporte benötigen. Bei der Lage im Iran werde sich ihr Interesse daher besonders auf M.O.[22] richten. Camp David sei das beste Geschenk gewesen, das Carter Breschnew gemacht habe. Das Image der USA in dieser Region sei auf einem Tiefpunkt angelangt. Die feindselige Stimmung gegenüber den USA wachse täglich. Camp David führe eine Lage herbei, in der die USA und die SU miteinander rivalisieren, was nicht syrischen Zielen entspreche. Die Lage im Nahen Osten habe sich durch Camp David explosionsartig verschlechtert.

Sadat habe kein Recht gehabt, mit Israel einen Vertrag zu schließen. Beispielsweise könne er sich nicht vorstellen, daß ein EG-Staat ein Abkommen abschließe, das den Interessen der anderen Mitgliedstaaten zuwiderlaufe. Ägypten sei verpflichtet, gemeinsame arabische Verpflichtungen und Beschlüsse zu beachten. Sadat habe zwar gesagt, daß er für alle Araber handele, in Wirklichkeit habe er jedoch ein Separatabkommen abgeschlossen, wozu er nicht berechtigt gewesen sei.

Khaddam fuhr in der Analyse der Sadat'schen Politik fort, indem er die den Palästinensern in Camp David zugebilligte Selbstverwaltung mit der Autonomie der Kurden und Basken verglich, die sich nur auf die Bevölkerung, aber nicht auf das Territorium beziehe. Selbstverwaltung solle sich im Rahmen der israelischen Souveränität vollziehen. Eine solche Regelung widerspreche den VN-Resolutionen.

Zusammengefaßt: Die arabischen Staaten betrachteten Camp David als Schlag gegen den Frieden, gegen die arabische Einheit. Syrien fordere ein Zurück zur Lage vor der Jerusalem-Reise Sadats. Er glaube nicht an Realitäten, die man nicht mehr ändern könne.

Anknüpfend an eine Bemerkung des BM in seiner Tischrede über den Willen des deutschen Volkes nach Einheit, meinte Khaddam, daß dieser Wille auch nach 100 Jahren noch bestehen werde. Wörtlich sagte er: „Wir sind für die deutsche Einheit, weil diese wichtig ist für die arabische Einheit. Vollendete Tatsachen werden das deutsche Volk nicht am Einheitswillen hindern. Sonst würden die Franzosen heute noch in Syrien, die Briten noch im Sudan und die Amerikaner noch in Vietnam sein. Dann müßte die SU auch in der DDR bleiben."

Zum Verfahren meinte Khaddam, daß Syrien die VN für das richtige Forum zur Konfliktlösung halte. Er halte es für sinnvoll, wenn der SR sich erneut mit dem Nahost-Konflikt befasse und – auf einen Einwurf des BM eingehend – ei-

20 Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 20.

21 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. Dok. 191, Anm. 11.

22 Mittlerer Osten.

ne entsprechende Resolution ausarbeite. Syrien halte es für sinnvoll, entweder Resolution 242 dahin zu ändern, daß die Rechte des palästinensischen Volkes darin verankert werden, oder eine neue Resolution zu verabschieden.[23]

BM bekräftigte, daß auch wir die Palästinafrage nicht als Flüchtlingsproblem ansähen, wie sich aus der Neuner-Erklärung vom 29.6.1977 und aus seiner Rede ergebe.

Resolution 242 hinke hinter der Entwicklung her. Deshalb solle man ernsthaft darüber nachdenken, ob es nicht an der Zeit sei, eine neue Resolution ins Auge zu fassen. Die Bundesregierung sei für eine Erörterung dieser Frage im SR, obwohl wir nicht Mitglied des SR seien.

Khaddam nannte diese Feststellung sehr erfreulich und ermutigend.

BM legte unsere Haltung zum Palästinaproblem als dem Kernproblem des Nahost-Konflikts dar. Er führte wörtlich aus:

„1) Wir sprechen nicht von den Palästinensern, sondern vom palästinensischen Volk.

[23] Gesandter Dannenbring, Washington, teilte am 9. August 1979 mit, im amerikanischen Außenministerium sei ihm zu den Bemühungen um eine Ergänzung der Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 erklärt worden: „Zur PLO-242 meinte Gesprächspartner, daß sich amerikanische Haltung nicht geändert habe. Es gebe aber Zeichen von verantwortlichen PLO-Führern, die eine Anerkennung der Resolution 242 – das heißt die politische Existenz Israels als Staat – andeuteten, falls Resolution 242 für die PLO akzeptabel ergänzt werde. [...] Der Ansatz zur Ergänzung von Res[olution] 242 sei gemäßigt und konstruktiv." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2816; Unterabteilung 31, Bd. 135597.
Botschaftsrat I. Klasse Richter, Kairo, stellte am 14. August 1979 zur ägyptischen Haltung zu den „Bemühungen um eine SR-Resolution über die Palästinenserfrage" fest: „a) Die Ausarbeitung einer solchen Resolution würde viel zu viel Zeit in Anspruch nehmen und damit Israel Gelegenheit geben, in den Autonomieverhandlungen bei seiner starren Haltung zu bleiben. b) Eine neue SR-Resolution würde keinerlei Zeitlimit für ihre Verwirklichung enthalten und damit die Einhaltung aller im Camp-David-Rahmen vereinbarten Fristen gefährden [...]. c) Die Aussichten für eine solche Resolution seien sowohl auf amerikanischer als auch auf palästinensischer Seite sehr schlecht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1491; Unterabteilung 31, Bd. 135597.
Dannenbring informierte am 22. August 1979 über den Beschluß der amerikanischen Regierung, „in der morgigen Sitzung des UN-Sicherheitsrates keinen eigenen Resolutionsentwurf" einzubringen: „Sie trägt damit dem Widerstand Rechnung, den sowohl Begin wie Sadat in den Gesprächen mit Strauss einem solchen amerikanischen Plan entgegengesetzt haben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2961; Unterabteilung 31, Bd. 135597.
Gesandter Jelonek, New York (UNO), berichtete am 24. August 1979 über die Sitzung des UNO-Sicherheitsrats am 23./24. August 1979 zur Palästinenser-Frage, sie sei ohne Abstimmung über den von Senegal eingebrachten Resolutionsentwurf „sine die vertagt" worden: „Ausgang der SR-Sitzung hat erneut Sieg gemäßigter arabischer Linie und damit erheblicher taktischer Vernunft gebracht." Es habe sich erneut der Eindruck bestätigt, „daß die PLO ernsthaft zum Kompromiß im Sinne einer Anerkennung des Existenzrechts Israels gegen Anerkennung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung bereit ist". Israel erscheine „eher als Verlierer. Es hat sein Ziel einer endgültigen Blockierung einer Erweiterung von SR-Res[olution] 242 nicht erreicht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1622; Referat 230, Bd. 121011.
Am 25. August 1979 berichtete Jelonek, Senegal habe anläßlich der Sitzung des UNO-Sicherheitsrats am 23./24. August 1979 einen Resolutionsentwurf eingebracht, dessen Bedeutung „zur Verbesserung der Lage der Palästinenser" hervorgehoben und „einen gewissen Trend in der Staatengemeinschaft, daß Entschließungen und Empfehlungen der VN nicht als bindendes Völkerrecht anerkannt würden", bedauert: „Der Entwurf selbst enthalte Gegenstände, die von internationalem Konsens umfaßt würden. Zur Präambel führte es aus, daß Jerusalem integraler Teil der arabischen Territorien sei. Der im Hauptteil des Entwurfes verwandte Ausdruck ‚national independence and sovereignty in Palestine' sei gleichbedeutend mit ‚Palestinian state'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1623; Referat 230, Bd. 121011.

2) Wir sind der Meinung, daß auch das palästinensische Volk wie jedes andere Volk ein Recht auf Selbstbestimmung hat.

3) Dieses Recht auf Selbstbestimmung muß sich verwirklichen lassen. Dazu gehört, daß dieses Volk ein Heimatland hat und sich dort staatlich organisieren kann. Ob und wie es dies will, muß das palästinensische Volk allein entscheiden.

4) Wir oder andere haben auch nicht darüber zu befinden, wer das palästinensische Volk vertritt."

Diese vier Grundsätze seien realistische und dynamische Elemente.

Khaddam würdigte diese Position als „sehr vernünftig und realistisch" und dankte dem BM dafür. Diese Haltung sei geeignet, den negativen Faktoren in der Region Einhalt zu gebieten und die gemäßigten Kräfte zu stärken.

BM fügte hinzu, wenn er sich ein offenes Wort unter Freunden erlauben dürfe, glaube er als Beobachter, daß die politischen Kräfte in den USA anfingen, sich in diese Richtung zu bewegen. Diesen Prozeß müsse man fördern und man dürfe nicht stören.

Khaddam stimmte dem zu.

Kritisch merkte er jedoch an, daß die USA nach einer Erklärung von AM Dayan offenbar mit israelischen Aktionen im Südlibanon[24] einverstanden seien, solange keine US-Waffen eingesetzt würden.

BM erwiderte, daß er sich dazu erst in Beirut äußern werde. Er kenne diese Auffassung Dayans noch nicht. Seine Eindrücke aus seinen Gesprächen mit den Amerikanern seien anders. S.E. seien zwei Sachverhalte zu unterscheiden:

1) Aktionen ohne US-Waffen. Die USA hielten sie zwar nicht für gut, aber sie stellten keinen Bruch bestehender Vereinbarungen dar.

2) Verwendung von US-Waffen stellten eine Verletzung von Vereinbarungen und von US-Gesetzen dar. Damit müsse sich der Senat befassen.

Khaddam gab anschließend auf Frage des BM eine kurze Einschätzung der Lage im Libanon. Die Lage habe sich in letzter Zeit kompliziert. Hauptprobleme seien die Libanesische Front[25] und die Lage im südlichen Libanon. Zwar existiere der Bürgerkrieg nicht mehr (außer sporadischen Schießereien in Beirut), aber die Lage im Südlibanon sei sehr ernst. Auf Israel müsse eingewirkt werden, daß es

1) die Angriffe einstelle,

24 Zu den israelischen Militäroperationen gegen Ziele im Libanon vgl. Dok. 223, Anm. 9.

25 Legationsrat I. Klasse Wagner, Beirut, übermittelte am 13. September 1979 den Text eines Interviews, „das Béchir Gemayel der libanesischen französisch-sprachigen Wochenzeitschrift ‚Magazine' [...] vom 8.9.1979 gegeben hat". Wagner legte dazu dar: „Béchir Gemayel, Sohn des Phalangistenführers Pierre Gemayel und jugendlicher Oberbefehlshaber der ‚Forces Libanaises' (vereinigte christliche Milizen der sich aus Phalangisten und P[arti]N[ational]L[ibéral] zusammensetzenden ‚Front Libanais'), ist für seine frappierende Offenheit bekannt". Gemayels Positionen zum libanesischen Staat ließen sich wie folgt zusammenfassen: „Der libanesische Staat habe die von 1976–1978 seitens der ‚Front Libanais' angebotene Hilfe zur Stärkung seiner legalen Institutionen nicht angenommen und sei daher gescheitert. Seit Sommer 1978, als sich der libanesische Staat unfähig gezeigt habe, das syrische Bombardement Ost-Beiruts zu verhindern, bestehe seitens der F.L. kein Interesse mehr, dem Staat zu helfen. Für die F.L. sei es undenkbar, daß dieser Staat sie eines Tages ‚befehligen' könne." Vgl. den Schriftbericht Nr. 523; Referat 310, Bd. 125015.

2) Major Haddad[26] nicht mehr unterstütze,

3) auf die Lage im Südlibanon nicht mehr Einfluß nehme,

4) die Front Libanais nicht mehr unterstütze.

Syrien sei alles andere als glücklich über seine militärische Präsenz im Libanon, die eine große Last sei.

Auf eine weitere Frage des *BM*, ob die libanesische Armee zur Wiederherstellung der Sicherheit in der Lage sei, sagte *Khaddam*, es sei nicht logisch, wenn ein Staat sich dazu der Armee eines anderen Staates bediene. Deshalb müsse die libanesische Armee so schnell wie möglich in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen. Bedauerlicherweise packe Präsident Sarkis die Probleme aber zu langsam an. Die Armee müsse entkonfessionalisiert werden. Z.Z. sei jede bewaffnete Gruppe stärker als der Staat. Der Staat müsse gestärkt werden. Es sei den Syrern vor drei Jahren nicht gelungen, Sarkis davon zu überzeugen, daß alle Libanesen entwaffnet werden müßten; jetzt sei der Widerstand gegen eine Entwaffnung zu groß.

BM schnitt sodann Frage Entspannungspolitik an. Sie habe im ganzen gesehen den Völkern Vorteile gebracht, vor allem in Europa und im geteilten Deutschland.

SALT II sei wichtiger Schritt. Wir fördern die Ratifizierung.[27] Dies war Hauptanliegen meines Besuches in USA vor drei Wochen[28], bei dem ich auch mit wichtigen Persönlichkeiten außerhalb der Regierung darüber gesprochen habe. Im US-Senat gibt es Gegner des Vertrages, die behaupten, die Europäer seien dagegen; dies galt es richtigzustellen.

SALT II ist keine inneramerikanische oder innersowjetische Angelegenheit. SALT II ist von vitaler Bedeutung für uns und für Sie.

Wir hoffen, daß die Ratifizierung von SALT II auch Fortschritte bei MBFR-Gesprächen ermöglicht. Und wir bereiten das zweite KSZE-Folgetreffen in Madrid[29] vor, das nach unserer Meinung auf politischer Ebene durchgeführt werden sollte. Damit ist der große multilaterale Entspannungsprozeß eingeleitet. Die Tatsache, daß Europa, von dem früher so viele Kriege ausgingen, nun seit 35 Jahren im Frieden lebt, ist ein Stabilisierungsfaktor für die ganze Welt.

Wir wünschen auch Fortschritte in der Abrüstung. Die SU verfolgt eine konservative Außen- und Sicherheitspolitik: sie glaubt, daß sie selbst sicherer lebt, wenn möglichst viele Staaten unter ihrem Einfluß leben und wenn sie selbst die Überlegenheit besitzt. Das ist falsch und anachronistisch. Es ist interessant, daß Ceaușescu gesagt hat, im Ostblock wird zuviel gerüstet; die dafür verwen-

26 Zu den Aktivitäten des Milizenführers Haddad im Süden des Libanon vgl. Dok. 137, Anm. 13.

27 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 218, Anm. 8.

28 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. August 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 218, Dok. 219, Dok. 221 und Dok. 223–227.

29 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

deten Mittel fehlen beim wirtschaftlichen Aufbau.[30] Das sagen die anderen Ostblockführer hinter vorgehaltener Hand auch. Die SU würde sich politisch sicherer bewegen, wenn um sie herum mehr Staaten dem jugoslawischen Modell folgten.

Der Wille der Völker zur Unabhängigkeit ist eine große geschichtliche Kraft – vgl. Asien, Afrika, Europa. Es ist daher nötig, daß wir durch Vernunft und Augenmaß gegenüber der SU Konflikte oder gar kriegerische Auseinandersetzungen vermeiden. Wir bemühen uns, unseren Beziehungen zur SU durch viele Abmachungen eine dauerhafte Grundlage zu geben. Dies ist besonders wichtig im Hinblick auf das Alter der sowjetischen Führung. Es gilt zu verhüten, daß es bei dem bevorstehenden Generationswechsel in der sowjetischen Führung zu Veränderungen der sowjetischen Politik kommt.

Wir Deutschen wollen den noch vorhandenen Ost-West-Gegensatz auf keinen Fall auf die Dritte Welt übertragen. Deshalb lehnen wir Vorherrschaftszonen raumfremder Mächte in der Dritten Welt ab; die Staaten der Dritten Welt müssen selbst über ihre Angelegenheiten entscheiden.

Khaddam: Wir sind einig in der Beurteilung der Entspannungspolitik. Diese Politik ist für uns ein Hilfsmittel, um Bestrebungen zur Vorherrschaft einzudämmen. Es besteht aber die Gefahr, daß die Bestrebungen zur Vorherrschaft sich in andere Gebiete verlagern. Wir haben da schlechte Erfahrungen.

BM: Deshalb ist unser Grundsatz die Unteilbarkeit der Entspannungspolitik. Entspannungspolitik muß für alle Gebiete der Welt gelten. Die USA sind sich dieses Grundsatzes voll bewußt. Er wird im Vorspann des Ratifizierungsgesetzes für SALT II enthalten sein.

Khaddam: Wir stimmen weitgehend überein. Aber es gibt keine ermutigenden Anzeichen dafür, daß beide Großmächte sich daran halten werden.

BM: Rom ist nicht an einem Tag gebaut worden! Erinnern Sie sich daran, wie die Palästinenserfrage vor zehn Jahren in der Weltöffentlichkeit behandelt wurde und wie das heute geschieht. Man muß in politischen Fragen vorangehen, damit die richtigen Überzeugungen sich durchsetzen.

Khaddam bezweifelt, daß Großmächte aus ihren Erfahrungen lernen. Andernfalls gäbe es kein Camp-David-Abkommen.

BM fragt nach Lage im Iran.

Khaddam: Der Schah[31] war persönlich nett, aber die Art der Staatsführung war schlecht. Er gab Milliarden für Waffen aus, aber das Volk litt Hunger.

Syrien unterhielt seit neun Jahren Kontakte zu den Revolutionären. Wir haben der Revolution einige Unterstützung gewährt. Wir waren sicher, daß die Revolution kommen würde. Nach unserer Analyse mußte die Revolution entweder kommunistisch-marxistisch oder national-religiös sein.

Der Schah half Israel. Er träumte von einem persischen Imperium – auch auf Kosten einiger arabischer Gebiete. Die Lage im Iran wirkt sich so oder so auf uns aus. Dies erklärt unser Interesse.

30 Vgl. dazu die Erklärungen des Präsidenten Ceauşescu nach der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 22./23. November 1978 in Moskau; Dok. 2, Anm. 6.

31 Mohammed Reza Pahlevi.

Die Revolution hat sich fast völlig durchgesetzt – nicht bloß mit Waffengewalt, sondern vor allem durch die charismatische Führungskraft Khomeinis. Ich sah vergangene Woche im Iran den Aufmarsch für die palästinensische Sache. Vergleichbares habe ich selbst in China nicht gesehen. Millionen von Menschen zogen zur Universität – ohne Sicherheitsmaßnahmen, bloß auf Weisung Khomeinis.[32]

Es gibt zwei politische Hauptkräfte: Die Gruppe Khomeinis und die Marxisten. Die Gruppe der Marxisten ist klein, aber gut organisiert. Ob sie künftig eine Rolle spielen wird, hängt davon ab, wie schnell es der Gruppe um Khomeini gelingt, den Staat zu reorganisieren. Aufbauprogramme sind vorhanden.

Die USA haben im Iran mit gewissen Störungsaktionen begonnen, z.B. durch Unterstützung der Kurden. Wir hören, daß man dort einige Israelis verhaftet hat, die die Kurden unterstützt haben. Dies zeigt, daß auch hier die USA die Hände im Spiel haben.

Sollte Khomeini scheitern, ist der Schah keine Alternative mehr. Auch die Bourgeoisie, die ihn unterstützt hat, wird nie zurückkehren. Eine Alternative für Khomeini sind hingegen die Marxisten. Man könnte meinen, es gäbe ein amerikanisch-sowjetisches Übereinkommen, daß der Iran marxistisch werden soll!

Nach unserer Auffassung gibt es allerdings keine wirkliche Gefahr für die Khomeini-Gruppe. Wir haben mit der iranischen Führung Zusammenarbeit in einer Reihe von Bereichen vereinbart. Anfang nächsten Monats wird uns der stellvertretende PM Tabatabai besuchen; er will anschließend auch die Bundesrepublik besuchen[33].

[32] Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, stellte am 14. August 1979 zu den Massendemonstrationen im Iran fest: „Auf den Boykott der Wahl der Verfassungsversammlung und die Kritik an den Umständen der Wahl durch die oppositionellen Kräfte hat die religiöse Führung des Landes mit einer neuen Welle der Repression geantwortet. Diese wurde eingeleitet durch die Schließung der Zeitung Ayandegan, des wichtigsten Sprachrohrs der Opposition. Sie setzte sich fort in den Angriffen auf die Demonstration der National-Demokratischen Front gegen die Schließung des Ayandegan am 12. d[e]s M[ona]ts und der Besetzung des Hauptquartiers der marxistisch-leninistischen Volks-Fedayin am 13. ds. Mts. durch islamische Schlägergruppen. [...] Vor der Massendemonstration in Teheran am 13. ds. Mts., bei der 200 000 bis 500 000 Menschen erneut für die islamische Republik und gegen die oppositionellen Kräfte im Lande demonstrierten, wurden verschiedene Buchhandlungen, die linksgerichtetes Schriftgut verbreiten, ausgeräumt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1072; Referat 311, Bd. 137621.
Am 20. August 1979 berichtete Strenziok: „Auch zur Stunde wälzen sich wieder unübersehbare Menschenmengen durch die Hauptstraßen Teherans, die lautstark den Tod der kurdischen Verräter und die Vernichtung der Volks-Fedayin und der Tudeh-Partei fordern. [...] Dem derzeitigen Regime fehlt es weder an Massenunterstützung noch an Geld noch an eiserner Entschlossenheit, sich an der Macht zu halten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1086; Referat 311, Bd. 137607.

[33] Der stellvertretende iranische Ministerpräsident Tabatabai hielt sich vom 15. bis 28. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Im Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt und Staatsminister Wischnewski am 19. Oktober 1979 legte er zur inneren Entwicklung des Iran dar, „das Leben habe sich binnen 14 Tagen nach der Revolution normalisiert, obwohl es weder Armee noch Polizei noch Sicherheitskräfte gegeben habe. [...] Die Zahl der Hingerichteten und sonst Umgekommenen sei noch nicht einmal 1000. 1000 sei die Stundenbilanz des Schahs an Toten gewesen." Schmidt führte aus, „daß der Iran für die Bundesregierung unabhängig von seiner Regierungsform ein wichtiger außenwirtschaftlicher Partner und ein wichtiger Faktor der Weltwirtschaft bleibe. Für den Wirtschaftsaustausch sei die geschäftliche Atmosphäre, die davon bestimmt werde, wie rechtsgültige Geschäfte und Verträge behandelt würden, von sehr großer Bedeutung." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 51; B 150, Aktenkopien 1979.

Auf Frage des BM erläutert Khaddam, daß die staatliche Autorität bei Khomeini liege. Einige Mitglieder des Revolutionsrates seien Mitglieder der Regierung geworden. Dadurch ist der bisherige Dualismus beseitigt. Nach dem Verfassungsentwurf[34] wird der Revolutionsrat ganz in der Regierung aufgehen.

BM: Wir sind an Stabilisierung der Lage im Iran interessiert. Wir werden uns nicht in innere Angelegenheiten einmischen. Wir haben Interesse daran, daß Iran einen unabhängigen Kurs verfolgt und nicht in den Einflußbereich einer Großmacht gerät.

Khaddam: Ich beurteile die iranische Führungsschicht als nationalistisch und blockfrei. Daß gleichzeitig Marxisten und rechte Gruppen der Kurden aktiv sind, ist eine Folge der Unabhängigkeitsbestrebungen der iranischen Führung.

Auf Frage BM ergänzt Khaddam: Gruppen zwischen Khomeini und den Marxisten haben keinen Einfluß, z.B. Sandjabi; Bakhtiar wird verachtet. Der Schah hat die Bildung solcher Kräfte der Mitte nicht ermöglicht. Sie können heute nur existieren, wenn sie sich an Khomeini anlehnen.

BM berichtet, daß Bundesregierung kürzlich Besuch eines Sonderbotschafters der iranischen Regierung empfing[35], der Wunsch seiner Regierung nach guten Beziehungen zur Bundesrepublik ausdrückte.
Auf Frage von Khaddam bestätigt BM, daß der stellvertretende iranische PM Tabatabai bei uns willkommen sein wird.

Sodann bedankt sich BM für das Gespräch mit Khaddam, bei dem man, wie immer mit ihm, nicht um Fragen herumgegangen sei, sondern die Fragen in der Mitte angepackt habe.

Ende des Gesprächs: 12.20 Uhr.

Referat 010, Bd. 178813

34 Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, berichtete am 26. Juni 1979, der am 18. Juni 1979 veröffentlichte Entwurf der Verfassung für eine Islamische Republik Iran habe „viele Befürchtungen bezüglich der Verfassungspläne Khomeinis als unbegründet" erscheinen lassen. Wie die Verfassungswirklichkeit aussehen werde, ließe sich nicht abschätzen: „Der jetzt veröffentlichte Text könnte durchaus die Basis für eine demokratische Regierung im Iran abgeben. Es ist andererseits aber nicht ausgeschlossen, ihn zur Grundlage für einen theokratischen Gottesstaat khomeinischer Prägung zu nehmen." Die Staatsreligion des Iran solle der Islam sein, die offizielle Konfession der schiitische Islam. Ein Verfassungsrat, bestehend aus fünf Geistlichen und sechs Laien, solle die Übereinstimmung der Gesetze mit den islamischen Prinzipien und der Verfassung überwachen. Die exekutive Gewalt solle beim Staatspräsidenten liegen, der das Parlament nur über ein Referendum auflösen könne, den Ministerpräsidenten ernenne, Iran völkerrechtlich vertrete und oberster Befehlshaber der Streitkräfte sei. Vgl. den Schriftbericht Nr. 767; Referat 311, Bd. 137607.

35 Der iranische Sonderbotschafter Entezam hielt sich vom 15. bis 17. August 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 233.

241

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Assad in Damaskus

27. August 1979[1]

Gesprächsnotiz über die Begegnung Bundesminister Genscher mit Präsident Assad am 27.8.1979[2] – 10.00 Uhr bis 13.30 Uhr[3]

Präsident *Assad* begann das Gespräch mit der Bemerkung, man hätte sich bereits in Algerien anläßlich der Beerdigung von Boumedienne[4] treffen sollen, was jedoch zeitlich von seiten Präsident Assads nicht möglich war.

BM bestätigt, daß kontinuierlicher Meinungsaustausch die Grundlage der guten deutsch-syrischen Politik sei.

Präsident *Assad* bestätigt, daß er auf diesen kontinuierlichen Meinungsaustausch Wert lege und sich gerne an den Besuch in Deutschland erinnere.[5]

BM überbringt Grüße des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers. Sagt Präsident Assad auf Frage, daß Bundeskanzler im Sommer viel Arbeit gehabt, Norwegen[6], Dänemark[7] und Polen[8] zu Gesprächen besucht habe.

Präsident *Assad* erkundigt sich nach Ex-Bundespräsident Scheel und dessen künftiger politischer Tätigkeit.

BM sagt, daß Ex-Bundespräsident Scheel Ehrenpräsident der FDP geworden sei, großes Ansehen auch außerhalb der Partei genösse und seinem Naturell entsprechend aktiv tätig sei. Dafür gebe es in der Bundesrepublik kein Vorbild, weil die bisherigen Bundespräsidenten beim Ausscheiden im Pensionsalter gewesen seien. Ex-Bundespräsident Scheel wird zwar nicht an Wahlkämpfen teilnehmen, würde jedoch auch nicht ein politisch klösterliches Leben anstreben.

Präsident *Assad* erkundigt sich nach Bundespräsident Carstens, den er nicht persönlich kenne. Dieser wird von *BM* als außenpolitisch erfahrener ehemaliger Ministerialdirektor und Staatssekretär vor seinem Eintritt in die Politik beschrieben. Wieder auf Befragen des Präsidenten:

BM: Bundeskanzler Schmidt in ungebrochener Aktivität wegen des bevorstehenden Wahlkampfes.[9]

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Peckert, Damaskus, am 27. August 1979 gefertigt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien auf. Vgl. dazu auch Dok. 240 und Dok. 242.

3 Zeitangabe so in der Vorlage. Vgl. dazu Anm. 30 und Dok. 240, Anm. 2.

4 Präsident Boumedienne starb am 27. Dezember 1978.

5 Präsident Assad hielt sich vom 11. bis 15. September 1978 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 12. September 1978 vgl. AAPD 1978, II, Dok. 261.

6 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 12. bis 19. Juli 1979 in Norwegen auf. Zum Gespräch mit Ministerpräsident Nordli am 12. Juli 1979 in Oslo vgl. Dok. 209.

7 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 15./16. August 1979 in Dänemark auf. Für das Gespräch mit Ministerpräsident Jørgensen am 15. August 1979 auf Bornholm vgl. Dok. 232.

8 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 17./18. August 1979 in Polen auf. Für die Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, auf Hela vgl. Dok. 236 und Dok. 237.

9 Am 7. Oktober 1979 fanden Wahlen zur bremischen Bürgerschaft statt, am 16. März 1980 zum ba-

Präsident *Assad*: Deutsche sind allgemein sehr aktiv. Ein Journalist habe ihm gesagt, die Franzosen seien zu leicht, die Deutschen zu ernst. Eine Mischung wäre gut.

BM: Früher haben wir uns selbst überschätzt, jetzt werden wir von anderen überschätzt. Ein russisches Sprichwort sage sogar, die Deutschen hätten den Affen erfunden. BM erzählt, daß er Gromyko gegenüber von einer Reifenpanne an Breschnews Wagen bei einem Besuch in Deutschland gesagt habe, diese sei auf seine Anordnung erfolgt, um den Russen zu zeigen, daß auch bei uns nicht immer alles funktioniere.

Präsident *Assad* sagte, er habe gehofft, BM in Lattakia zu sehen, sei jedoch extra zu diesem Besuch nach Damaskus gekommen, als er gehört habe, BM sei von einer größeren Wirtschaftsdelegation begleitet.

BM stellt Versetzung des deutschen Botschafters[10] nach Ulan Bator in Aussicht, weil dieser unterlassen habe, ihn vom Ferienort in Lattakia zu unterrichten.

Beginn des politischen Teils der Unterhaltung.

BM erwähnt, daß er anschließend nach Beirut reise[11], um die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an dem schweren Schicksal des Libanon zu zeigen.

Präsident *Assad* bestätigt, daß der Libanon viel zu leiden habe. Es scheine, als wolle Israel das Land annektieren. Die UN-Truppen hätten größte Schwierigkeiten in der Erfüllung ihrer Aufgaben. Es lohne sich nicht, über den Major Haddad[12] zu sprechen, der eine Puppe der Israelis sei und nur wenige Soldaten habe.

BM: Es ist wichtig, die in Gang gekommene Bewegung im Nahen Osten zu nutzen. In Europa und in den USA sei ein Stimmungsumschwung zugunsten der Palästinenser zu beobachten. „Diese Entwicklung der öffentlichen Meinung gibt gute Voraussetzungen für diplomatische Aktivitäten. Ich habe 1974 erstmals gesagt, daß das Palästinenser-Problem keine Flüchtlingsfrage, sondern eine Frage der Selbstbestimmung ist.[13] Damals wurde ich – freilich nicht von der eigenen Partei – aufgefordert, als Außenminister zurückzutreten."

Präsident *Assad*: Es ist richtig, die Entwicklung zu nutzen, um die Dinge in Gang zu bringen. Der Stimmungsumschwung sei selbst in den USA zu bemerken, obwohl die Dinge dort, um es bescheiden auszudrücken, verwunderlich seien. „Wie ich in meinem Spiegel-Gespräch[14] gesagt habe, ist es mit der amerikanischen Souveränität unvereinbar, daß Botschafter Young gehen muß[15], weil er einem dritten Staat nicht gefällt. Weder Carter noch Vance, deren Empfindungen ich gut kenne, sind glücklich damit. Der zionistische Druck in den USA sei stärker als plausibel." Wenn die amerikanische Politik den amerikanischen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1180

den-württembergischen Landtag, am 27. April zum saarländischen, am 11. Mai zum nordrhein-westfälischen Landtag und am 5. Oktober 1980 zum Bundestag.

10 Joachim Peckert.

11 Bundesminister Genscher hielt sich am 28. August 1979 im Libanon auf. Vgl. dazu Dok. 243.

12 Zu den Aktivitäten des Milizenführers Haddad im Süden des Libanon vgl. Dok. 137, Anm. 13.

13 Zur Position der Bundesregierung hinsichtlich der Palästina-Frage vgl. Dok. 240, Anm. 3.

14 Vgl. den Artikel „‚Sadat ist kein Araber mehr'"; DER SPIEGEL vom 27. August 1979, S. 114–121.

15 Zum Rücktritt des amerikanischen UNO-Botschafters Young vgl. Dok. 236, Anm. 37.

Interessen dienen würde, hätten wir im Nahen Osten viel Gemeinsames. Sie diene aber Israel, was uns selbst Amerikaner bestätigen. Auch ein amerikanischer Generalstabschef unter Präsident Ford hat, obwohl er nur indirekt über Israel gesprochen habe, vom Präsidenten einen Rüffler bekommen. Diese Intervention Israels übersteigt ein normales Maß und wird nicht dauerhaft erfolgreich sein. Die amerikanische Öffentlichkeit wird die Orientierung der Politik der USA nach den eigenen Interessen fordern.

BM sagt, er kenne Andy Young aus gemeinsamen Gesprächen über die Afrikapolitik recht gut. Er sei eine bedeutende politische Persönlichkeit, dessen Ausscheiden keinen Vorteil für Israel erbringe. Carter sei mit Hilfe der Farbigen und der Juden zum Präsidenten gewählt worden. Er müsse sich jetzt überlegen, ob er sich bei der nächsten Wahl[16] auf die Juden oder auf die Farbigen stützen wolle. Er werde sich wohl für die Farbigen entscheiden. Ohne Prophet sein zu wollen, sehe BM voraus, daß die Nahost-Politik in Bewegung geraten sei. Es sei interessant, festzustellen, daß die USA als unser enger Freund und Verbündeter mit uns in den wichtigsten Nahost-Fragen übereinstimmen. Die Position der Bundesrepublik gegenüber den Palästinensern lasse sich in vier Punkten zusammenfassen:

1) Es ist kein Flüchtlingsproblem, sondern eine Frage der Selbstbestimmung.

2) Selbstbestimmung kann nur auf eigenem Heimatterritorium praktiziert werden, daraus ergibt sich, daß Israel das besetzte Gebiet räumen müsse.

3) Wie sich die Palästinenser staatlich organisieren wollen, ob Staat oder nicht, sei Sache der Palästinenser, nicht der anderen.

4) Die Palästinenser müßten selbst entscheiden, durch wen sie sich vertreten lassen wollen. Auch dies könne nicht von außen bestimmt werden.

Unter diesen vier Prinzipien könne man sich den Problemen realistisch nähern, wie dies die Bundesregierung täte.

Präsident *Assad* sagt BM, er habe über die Massenmedien sehr eingehend die politischen Aktivitäten des Bundesministers verfolgt, auch dann, wenn es einmal zu einem Wirbel um Syrien gekommen sei, wie z.B. im Parlament, wo Syrien teils aus Mangel an objektiver Unterrichtung angegriffen worden sei. BM habe objektiv Stellung genommen. „Ihre Beurteilung der Nahost-Lage betrachte ich als objektiv und fair. Wir legen großes Gewicht auf Ihre Bewertung dieser Fragen."

Außenminister *Khaddam* wirft ein, daß Bundesminister bereits 1974 für Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser eingetreten sei.

Präsident *Assad*: Ihre Erklärung von 1974 zeigt, daß gerechte Standpunkte Verständnis finden, wenn erst einmal der anfängliche Schock über die Wahrheit vorübergegangen sei. Manches, was er, der Präsident, in Deutschland gesagt habe, habe manchem nicht gefallen. Er hoffe aber, daß dies in naher Zukunft verstanden werden würde; z.B. seien die Journalisten und der Hambur-

16 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

ger Bürgermeister Klose über Camp David[17] sehr begeistert gewesen. Diese Vereinbarung habe die Dinge aber nicht leichter, sondern komplizierter gemacht. Präsident Assad stellte Überlegungen an, daß sich komplexe Fragen nicht unter Teilaspekten betrachten und nicht mit kleinen Schritten lösen lassen. Diesem Irrtum sei auch Kissinger zum Opfer gefallen.

Nach 1973 sei eine Globallösung möglich gewesen, jedoch durch die Politik der kleinen Schritte verhindert worden. Dies habe Kissinger kürzlich einem arabischen Freund gegenüber zugegeben, der es ihm weitererzählt hat. Vielleicht werde Carter auch einmal einsehen, daß Camp David falsch war, weil die Fragen mit Teilergebnissen nicht zu lösen seien.

Die deutsche Lagebeurteilung sei objektiv und gerecht. Präsident Assad hofft, daß die deutschen Bemühungen noch intensiver werden. Syrien habe schon 1973 eine Aktivierung des Interesses Europas an Nahost gefordert.

BM stimmt zu. Für Europa sei der Nahe Osten eine Nachbarregion mit gleichen Interessen und komplementären wirtschaftlichen Möglichkeiten.

Der Friede in Europa würde gestört, wenn der Friede im Nahen Osten gestört sei. Voraussetzung für eine aktive Rolle Europas im Nahen Osten sei zuerst einmal die Verständigung der europäischen Partner gewesen, die sehr verschiedene Interessen vertreten hätten. Dies sei gelungen. Eine weitere Voraussetzung sei die Zustimmung der Konfliktparteien zur Beteiligung Europas. Die Araber wollten dies immer schon haben. Israel wolle dies nicht und prügle die Deutschen, wenn sie mit den Europäern nicht einverstanden seien. Die Deutschen müßten die israelischen Prügel aufgrund der besonderen historischen Situation einstecken, hätten jedoch einen breiten Rücken.

Wichtig sei, daß die USA die Nahost-Frage mit neuen Augen sähen. Früher forderten sie die Zurückhaltung Europas, jetzt dessen aktive Rolle, was ein erstes Zeichen der Weiterentwicklung der amerikanischen Haltung sei. Weitere Schritte würden folgen. Die Strauss-Mission[18] zugunsten einer neuen UN-Resolution über den Nahen Osten zeige, daß die USA die bestehenden Resolutio-

17 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

18 Zu den Bemühungen um eine Neufassung der Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vgl. Dok. 240, Anm. 23.
Am 21. August 1979 informierte Gesandter Dannenbring, Washington, über die Reise des amerikanischen Sonderbotschafters für den Nahen Osten, Strauss, vom 16. bis 20. August 1979 nach Ägypten und Israel: „Statt die von ihnen erhoffte, wenigstens teilweise Klärung der amerikanischen N[ah]O[st]-Politik zu bringen, haben die Äußerungen von Botschafter Strauss während seines Rückflugs von Israel in die USA am 20.8.1979 die Lage nur noch verworrener gemacht. Mitreisenden Pressevertretern gegenüber äußerte er unverhohlene Kritik daran, daß ihm erst im Augenblick seines Abflugs nach Israel am 16.8. schriftlich und ohne Möglichkeit nochmaliger Rücksprache mit Präsident Carter der Auftrag zu Verhandlungen über einen neuen NO-Resolutionsentwurf der USA für den SR erteilt worden sei. Er sei von vornherein gegen diesen Plan gewesen, da er die Israelis unweigerlich erneut beunruhigen würde. Er habe ihn jedoch auftragsgemäß PM Begin und Präsident Sadat unterbreitet. Er werde nunmehr weitere Schritte mit AM Vance und Brzezinski besprechen, um Carter gegen Ende der Woche neue Empfehlungen unterbreiten zu können. Er werde nicht zurücktreten, um Präsident Carters Stellung nicht noch weiter zu schwächen, er erwarte aber, daß dieser erneut bekräftige, er (Strauss) sei für die Richtlinien der amerikanischen NO-Politik verantwortlich und nicht Vance oder Brzezinski." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2951; Unterabteilung 31, Bd. 135597.

nen zur Abdeckung des Problems für nicht mehr ausreichend erachteten. Der Mißerfolg der Strauss-Mission sei nicht das Ende dieser Initiative.

BM vermerkt mit Interesse, daß Syrien einer neuen Resolution positiv gegenüber stehe.

Der Gesprächsverlauf gibt BM Gelegenheit zu der Bemerkung, Außenminister Khaddam habe ihm mit seiner Tischrede Gelegenheit zu einem Meisterwerk gegeben. Er habe die USA attackiert. Er, BM, habe wie immer Freunde verteidigt. Er würde die Syrer im Bundestag und die USA in Damaskus verteidigen. Letzteres habe er gestern, und das sei seine Meisterleistung, geschafft, ohne das Wort Camp David in den Mund zu nehmen.[19] Dies tue er überhaupt nur, wenn ihn ein Araber ausdrücklich danach frage.

Präsident *Assad*: Araber sind immer zur Zusammenarbeit mit Europa bereit, das seit kurzem Zeichen verstärkten Interesses gezeigt habe. Der Angriff des Außenministers auf die USA sei berechtigt, weil die USA gegen den Frieden seien.

BM erwidert, die USA machten unsere auf freier Entscheidung beruhende Politik im Nahen Osten erst möglich. Daher sei unsere Freundschaft mit den USA im Interesse der Araber.

Präsident *Assad* bedauert, daß die USA in ihrer Nahost-Politik Spielzeug der Israelis seien. Es sei auch nicht neutral, wenn die USA an Israel Waffen lieferten. USA seien zur Sicherheit Israels, nicht der Expansion Israels verpflichtet, die durch diese Waffen ermöglicht würde.

BM sagt, daß darüber ein schwerer Konflikt in den USA entbrannt sei. Es wäre gut, abzuwarten, wie sich die USA-Politik in dieser Frage entwickeln würde.

Präsident *Assad* meint, es sei Zeit, den geistigen Terror Israels zu beenden. Viele Leute hätten Angst, gegen Israel etwas zu sagen, weil sie sich nicht als Antisemiten bezeichnen lassen wollten. Gerechte Haltung gegenüber den Palästinenser-Flüchtlingen sei kein Antisemitismus. Es sei eigenartig, daß nur Israel diesen Vorwurf erheben könne, obwohl auch die Araber Semiten und die Unterdrückung der Araber demnach auch Antisemitismus sei.

Der Präsident sprach dann vom fortdauernden Nazismus-Komplex in Deutschland. Für die Verbrechen der Nazis müsse jedoch nicht das ganze Volk, sondern höchstens 200 000 Übriggebliebene geradestehen. Die Nazis hätten nicht nur die Juden, sondern auch das deutsche Volk unterdrückt. Dieses könne jedoch nicht mit zwei Schuldkomplexen leben, nämlich gegenüber den Juden und gegenüber den Arabern, auf deren Kosten das Judenproblem gelöst wurde. Die Deutschen hätten Israel seitdem Maschinen und Waffen geliefert.

BM unterbricht „keine Waffen".

Präsident *Assad*: Es sei Zeit, den israelischen Terrorismus nunmehr zu beenden.

BM: Sie rühren in unserer Geschichte an, was wir als Dunkelstes empfinden. Wir haben jetzt einen demokratischen Staat, der seinen Beitrag zu einem demokratischen Europa leistet und materielle Wiedergutmachung geleistet habe, wo diese möglich gewesen sei. Heute empfinden wir die Pflicht, zum Frieden

[19] Für den Wortlaut der Erklärung des Bundesministers Genscher am 26. August 1979 in Damaskus vgl. BULLETIN 1979, S. 950–952.

nicht nur in Europa allein beizutragen. Auch daraus begründe sich unser Engagement im Nahen Osten. BM fährt fort, er habe zuerst die israelische Siedlungspolitik[20] kritisiert. Er habe dies aus der Überzeugung heraus getan, daß Freundschaft zu Israel zur Wahrheit gegenüber Israel als Grundlage unserer Politik verpflichte, auch wenn dies nicht von allen verstanden würde.

BM stellt fest, daß die Einheit des arabischen Lagers und die Selbstbestimmung der Palästinenser die beiden entscheidenden Punkte zum Frieden im Nahen Osten seien und fragt den Präsidenten, ob der die Möglichkeiten des Brükkenschlags zu Sadat sehe.

Präsident *Assad* antwortet, daß es gegenüber Sadat eine einheitliche arabische Haltung gebe. Sadat habe arabische Interessen vernachlässigt. Es gebe kein Fundament, um eine Brücke zu Sadat zu schlagen, der sich für einen Friedensmacher hält, aber der arabischen Sache nichts gegeben habe. Treffen mit ihm, mit dem es keine gemeinsame Sprache gäbe, wäre ein Verlust für die Araber. „Wir stehen im Krieg mit Israel. Er hat Frieden mit Israel geschlossen. Es gibt kein materielles und kein prinzipielles Interesse, mit ihm zu sprechen." Er habe das Vertrauen verspielt, sei treulos.

Präsident Assad entschuldigt sich für diese persönlichen Bemerkungen zu Präsident Sadat, die jedoch der Wahrheit entsprächen. Er habe enge Beziehungen zu ihm gehabt, enger als es zwei Präsidenten üblicherweise zueinander hätten, aber er habe keine Freunde mehr und verteile seine Küsse an alle.

BM: „Mich hat er noch nicht geküßt, das haben Sie mir voraus." BM fragte dann, wie es im Nahen Osten weitergehen soll.

Präsident *Assad* antwortet mit einer erneuten Verurteilung von Camp David. Die Araber müßten heute versuchen, Probleme zu lösen, die Sadat bereits gelöst glaubt; z. B. die Selbstverwaltung für die Palästinenser. Mit der Selbstverwaltung habe er jedoch zugegeben, daß das Territorium Teil Israels sei, weil Autonomieverhandlungen auf einem Gebiet, das der Wohnbevölkerung selbst gehöre, sinnlos seien. Früher habe es nur den israelisch-arabischen Konflikt gegeben, jetzt gebe es dazu noch den arabisch-ägyptischen Konflikt.

Präsident Assad fragt BM, ob er Sadat kenne, was *BM* kurz bejaht.

BM fragt dann, was die Europäischen Gemeinschaften und die Araber tun könnten, ihre gegenseitigen Beziehungen zu vertiefen. Hinter dieser Frage stehe unsere Überzeugung, daß die Unabhängigkeit kleiner und mittlerer Staaten nur im Zusammenschluß gesichert wäre.

Präsident *Assad*: Das diskutieren wir innerarabisch auch und konnten damit regionale Probleme lösen. Dies wurde uns erstmalig auf der arabischen Gipfelkonferenz 1973 in Algier[21] bewußt. Der euro-arabische Dialog (EAD)[22] sei notwendig. Er habe jedoch nicht das gewünschte Ergebnis erzielt.

Er fragt BM, ob er andere Kanäle der Zusammenarbeit für besser hielte. Es seien seit der Stagnation des EAD Pläne erörtert worden, die Syrien nicht für

20 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 161, Anm. 21.

21 Vom 26. bis 28. November 1973 fand in Algier eine Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt. Für den Wortlaut ihrer Erklärung und Beschlüsse vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 313–317 (Auszug).

22 Zum Europäisch-Arabischen Dialog vgl. Dok. 170, Anm. 18.

gut halte, so z.B. die euro-arabisch-afrikanische Konferenz[23]. Die bilaterale Zusammenarbeit sei etwas anderes als ein solches trilaterales Treffen, das den bilateralen Beziehungen nicht förderlich sei. Man könne statt dessen euro-arabisch, euro-afrikanisch und arabisch-afrikanisch diskutieren. Erstaunen habe der Vorschlag eines Treffens der Europäer mit den Golfstaaten ausgelöst.[24] Warum wolle Europa eigentlich nur mit der Hälfte der arabischen Staaten sprechen? Über Öl könne man besser bilateral sprechen. Der Golfstaaten-Dialog sei als Versuch, die arabische Front zu schwächen, verstanden worden. Die Golfstaaten, kleine politische Dimensionen, was die Mitwirkung anderer größerer arabischer Staaten, am besten der Frontstaaten[25], wünschenswert mache.[26] Man müsse überlegen, ob ein Dialogmodell oder andere Formen der Zusammenarbeit Förderung verdienten.

BM sagt, alles, was die Zusammenarbeit förderte, fände unsere Unterstützung. Dafür sei er seit 1974 im europäischen Ministerrat eingetreten. Daß der EAD nicht die Erwartungen erfüllt habe, sei den zunehmenden Differenzen im arabischen Lager, zuletzt dem arabisch-ägyptischen Gegensatz zuzuschreiben. Die trilaterale französische Idee sei nicht schlecht, sofern sie nicht den bilateralen Dialog ersetzen wolle. Auch dürfe man die Araber nicht z.B. in die frankophone Sprachgruppe aufspalten und damit Kolonialgeschichte in die Zukunft fortschreiben. Wir wollten alle Afrikaner ansprechen. Wir seien dem französischen Vorschlag des Dialogs mit den Golfstaaten gegenüber zurückhaltend, weil keine politischen Fragen besprochen werden könnten. Daher hätten wir angeregt, nicht die Außenminister, sondern die Energieminister damit zu betrauen. Ferner wollten wir die Einheit des arabischen Lagers nicht beeinträchtigen. BM fragt, ob EAD belebt oder neue Formen multilateralen Gesprächs gefunden werden sollten. Daß das Gespräch fortgesetzt würde, sei sehr wichtig.

Präsident *Assad* stimmt zu, sagt aber, er habe zu der zu wählenden Form zur Zeit keine speziellen Vorstellungen.

BM schlägt vor, daß Beamte beraten sollten, wie EAD belebt werden könne.

Präsident *Assad* begrüßt dies als konstruktiven Vorschlag. Vielleicht sollten sich Außenminister oder Regierungschefs treffen und Beamte das Treffen vorbereiten. Präsident Assad kam noch einmal auf den Golf-Dialog zu sprechen, den die Araber politisch verstanden hätten. Wenn es ums Öl ginge, sei unver-

23 Zum Vorschlag des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing vom 12./13. März vgl. LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1979, I, S. 131. Vgl. dazu ferner Dok. 56, Anm. 21.

24 Botschaftsrat von Hoessle, Kuwait, berichtete am 6. August 1979, er sei im kuwaitischen Ölministerium bezüglich einer Konferenz der EG-Mitgliedstaaten mit den erdölfördernden Golfstaaten „vertraulich angesprochen" worden: „Kuwaitischer Ölminister habe vor letzter OPEC-Konferenz bei Besuchen in übrigen arabischen Golfstaaten Zustimmung zu dieser kuwaitischen Initiative eingeholt. In deren Auftrag habe er sodann Vorschlag bei einer Blitzreise nach Paris dem französischen Staatspräsidenten noch vor dessen Abreise zum Tokio-Gipfel unterbreitet. [...] Ziel der Initiative sei, den internationalen Ölmarkt wieder auf eine geordnete Basis zu stellen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 108; Unterabteilung 31, Bd. 135597.

25 Vgl. dazu den Wortlaut des Kommuniqués der Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten vom 2. bis 5. November 1978 in Bagdad; EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.
Vgl. dazu ferner die Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad; Dok. 91, Anm. 9.

26 So in der Vorlage.

ständlich, warum man nicht auch Algerien und Libyen einbeziehe. Dann wäre es aber richtiger[27], mit den arabischen Mitgliedern der OPEC zu sprechen.

BM betont, unsere französischen Freunde hätten nicht die Absicht gehabt, die arabischen Staaten zu spalten. Er, BM, hätte seine Bedenken in dem Vorschlag konkretisiert, einen politischen Dialog durch die Energieminister zu führen.

BM bemerkt dann, daß der Stand der deutsch-syrischen Beziehungen so gut sei, daß offizielle Konsultationen auf Beamten- oder Ministerebene, je nach Wichtigkeit der anstehenden Fragen, beschlossen werden könnten.

Präsident *Assad* ist damit einverstanden.

BM schlägt vor, diese politischen Konsultationen der Außenministerien, sei es durch Beamte, sei es durch die Außenminister, ohne Festlegung einer starren Tagesordnung als Ergebnis der Unterredung festzuhalten[28]; unabhängig davon, das Interesse zur Belebung des EAD zu bekunden.

Präsident *Assad* stimmt zu und sagt, zwischen den bilateralen Konsultationen und dem multilateralen EAD sehe er keinen Widerspruch. Der Präsident stellt die gute Qualität der deutsch-syrischen Beziehungen fest und bemerkt, die wirtschaftliche Zusammenarbeit könnte noch stärker werden, wobei Syrien sicher nicht unschuldig daran sei, daß sie sich nicht schneller ausgeweitet habe.[29]

Präsident *Assad* und *BM* vereinbaren dann, die mitgereiste Wirtschaftsdelegation dem Präsidenten vorzustellen.

Zur Pressebehandlung wird vereinbart, das freundschaftliche Klima hervorzuheben, die syrische Einschätzung der deutschen Nahost-Politik als fair und realistisch zu bezeichnen und die vereinbarten Konsultationen bekanntzugeben.

Syrischer Außenminister schlägt getrennte Presseerklärungen vor, um unsere Gefühle gegenüber unseren amerikanischen Freunden zu schonen.

BM bittet, von anti-amerikanischen Bemerkungen Abstand zu nehmen, weil diese dann in die Schlagzeilen kämen, die bilateralen Beziehungen jedoch dahinter zurückträten.

Präsident *Assad* und *Außenminister* sichern zu, sich anti-amerikanischer Akzente zu enthalten.

Ende der Besprechung: 14.30 Uhr.[30]

Referat 010, Bd. 178813

27 Korrigiert aus: „nichtiger".

28 Zur Entscheidung der Bundesrepublik und Syriens, offizielle Konsultationen zwischen den Außenministerien bzw. den Außenministern aufzunehmen, vgl. die Rede des Bundesministers Genscher am 27. August 1979 in Damaskus; BULLETIN 1979, S. 952f.

29 Botschafter Peckert, Damaskus, berichtete am 9. Februar 1979 zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Syrien, die Bundesrepublik sei auch 1977 mit Abstand erstes Lieferland mit einem Anteil von 14% gewesen: „Sie lieferte Waren in Höhe von 760 Mio. DM (1,478 Mio. L[ira]S[uriya]) nach Syrien und bezog syrische Waren im Werte von 170 Mio. DM (332 Mio. LS), d.h., die Einfuhr ist um 38% gestiegen, die Ausfuhr um 20% gefallen. Für das erste Halbjahr 1978 bestätigt sich nach deutschen Statistiken die beim Import fallende Tendenz [...]. Als Abnehmerland ist die Bundesrepublik Deutschland auf die dritte Stelle mit einem Anteil am Gesamtexport von 8% gesunken, hinter Italien mit 13% und der UdSSR mit 10%". Vgl. den Schriftbericht Nr. 124; Referat 310, Bd. 125027.

30 Zeitangabe so in der Vorlage.

242

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem syrischen Außenminister Khaddam in Damaskus

28. August 1979[1]

Frühstücksgespräch Bundesminister/Außenminister Khaddam vom 28.8.1979[2]

BM bringt das Gespräch auf die Havanna-Konferenz[3] und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die blockfreien Staaten ihre Blockfreiheit und damit ihre Unabhängigkeit bewahren würden.

Khaddam bemerkt dann, mit der Unabhängigkeit der europäischen Staaten sei es so weit nicht her. Der amerikanische Botschafter in Rom[4] habe erst vor kurzem wissen lassen, daß die amerikanische Regierung den Beitritt von Kommunisten in die italienische Regierung nicht wünsche. Die Kommunisten seien folglich nicht in die italienische Regierung eingetreten.[5]

BM erwidert, daß es auch dumme Botschafter gebe, wie auch dumme Außenminister denkbar seien. Er gab dann Außenminister Khaddam ein Beispiel der Unabhängigkeit der europäischen Staaten von den Amerikanern durch die Nennung des Nuklearvertrages der Bundesrepublik mit Brasilien[6]. Er erzählte, er sei 1977 zusammen mit Carter, Blumenthal, Mondale, Brzezinski und unserem Botschafter in Washington[7] an einem Tisch gesessen[8], und Carter habe den Wunsch ausgesprochen, die Bundesregierung möge den Nuklearvertrag mit Brasilien fallen lassen. Carter habe in seinem Wahlkampf die Parole verfochten, keine Verbreitung atomaren Wissens in der Dritten Welt. BM habe darauf Präsident erwidert, daß dieser Vertrag mit Brasilien seine, Genschers, Unterschrift trage. Die Bundesregierung pflege ihre Verträge zu halten. Würde die Bundesregierung sich von diesem Vertrag absetzen, würde er, Genscher, zurücktreten. Er habe Carter gesagt, es sei auch sein, Carters, Interesse, daß die amerikanischen Verbündeten ihre Verträge hielten, denn sonst könnten sie einmal auf die Idee kommen, auch ihre vertraglichen Verpflichtungen gegen die USA in Zweifel zu ziehen. Carter habe dann gefragt, ob die Bundesregierung einen weiteren Nuklearvertrag mit der Dritten Welt abschließen würde. Er, Genscher, habe ihm geantwortet, „ja, wenn wir darum gebeten würden, würden wir das tun, denn wir seien gegen einen technologischen Kolonialismus".

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Peckert, Damaskus, am 28. August 1979 gefertigt.

[2] Bundesminister Genscher hielt sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien auf. Vgl. dazu auch Dok. 240 und Dok. 241.

[3] Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt.

[4] Richard Newton Gardner.

[5] Zur Regierungsbildung in Italien vgl. Dok. 219, Anm. 5.

[6] Die Bundesrepublik und Brasilien unterzeichneten am 27. Juni 1975 ein Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 335 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, I, Dok. 179.

[7] Berndt von Staden.

[8] Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Carter am 14. März 1977 in Washington vgl. AAPD 1977, I, Dok. 59.

Nach zwei Stunden sei man mit großem persönlichem Respekt voneinander geschieden, und der Nuklearvertrag mit Brasilien würde abgewickelt werden.

Khaddam bemerkte dann, daß die amerikanische Regierung sich nicht von ihrem Botschafter in Rom distanziert habe.

BM bemerkt, daß italienische Kommunisten im Augenblick gar kein Interesse hätten, in die Regierung zu gehen.

Die beiden Herren stimmen dann darin überein, daß in Osteuropa die Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik vorwiegend Sache der Sowjetunion sei.

BM meinte, Ceaușescu könne ihm genau erzählen, wie es dort zugehe.

Khaddam meint, Ceaușescu sei ein Sonderfall. Er hoffe, die Nachfolge von Tito anzutreten.

BM sagte, das wäre wohl nicht möglich, da Ceaușescu Mitglied des Warschauer Pakts sei. In der kommunistischen Welt gebe es zwei Persönlichkeiten, die eine besondere Position hätten. Dies seien Tito und Mao Zedong gewesen. Beide hätten ihre Position im Kampf ohne die Hilfe der oder gegen die Sowjetunion errungen. Tito habe selbst gegen die Deutschen gekämpft und nicht von der Sowjetunion, sondern von Großbritannien Unterstützung erhalten. Stalin habe Tschiang Kai-schek unterstützt und sich gegen die Machtergreifung Mao Zedongs ausgesprochen, weil er ein vom Bürgerkrieg zerfleischtes und geschwächtes China hätte haben wollen. Wer seine Unabhängigkeit aus eigenen Kräften errungen habe, habe heute eine stärkere Position gegenüber der Sowjetunion. Die beiden Herren sind sich dann darüber einig, daß Tito eine überragende Persönlichkeit, der letzte Überlebende der großen Männer des Zweiten Weltkrieges sei.

BM bezeichnet seinen Aufenthalt in Damaskus als eindrucksvoll. Es seien tiefgründige Gespräche geführt worden. Er hoffe, daß der persönliche Kontakt und der Kontakt zwischen den Regierungen erhalten bleibe und daß die vereinbarten Konsultationen rege genutzt würden.

Khaddam schließt sich diesem Wunsch an und betont, daß der Staatspräsident zutiefst von Minister Genscher beeindruckt worden sei. Er, Khaddam, beurteilte die Gespräche mit Minister Genscher als die besten, die er je mit einem westlichen Politiker geführt habe. Er hoffe auf eine weitere Vertiefung der guten Kontakte, die dazu helfen werden, auftretende Probleme ohne Komplikationen zu lösen.

Khaddam betont dann, man solle mit den vereinbarten Konsultationen[9] bald, und zwar erst einmal auf Beamtenebene, beginnen. Das Ministertreffen sollte sich dann später anschließen. Syrien sei daran interessiert, Kontakte in allen Problemen zur Bundesregierung zu halten. Diese könne zusammen mit der EG Wesentliches zur Lösung der Nahost-Situation beitragen. Es müsse eine ausgewogene Lage im Nahen Osten angestrebt werden, die dann den Frieden ermögliche.

Bundesminister: „Ihr Friede ist unser Friede."

[9] Zur Entscheidung der Bundesrepublik und Syriens, offizielle Konsultationen zwischen den Außenministerien bzw. den Außenministern aufzunehmen, vgl. die Rede des Bundesministers Genscher am 27. August 1979 in Damaskus; BULLETIN 1979, S. 952f.

BM drückt dann Wunsch aus, daß die Konferenz der Blockfreien blockfrei bleibe.

Khaddam bestätigt, daß Konferenz nicht unter den Einfluß eines Staates oder einer Staatengruppe geraten dürfe.

BM erklärt, Gleichgewicht in der Welt dürfe nicht gestört werden, denn nur so könne die Abrüstung möglich werden. Die Zahl der blockfreien Staaten solle möglichst groß sein. Die Blockfreien seien um so einflußreicher, je blockfreier sie blieben. Diese Staaten sollten ihre eigene innere Entwicklung nehmen, niemand solle versuchen, sie auf seine Seite zu ziehen. Jeder Versuch, die Blockfreien auf die eine oder andere Seite zu ziehen, würde die Blockfreiheit zerstören.

BM fuhr dann fort: „Ich habe in vielen Stunden des Gesprächs mit keinem Wort den Versuch gemacht, Sie zu einer gewissen inneren Ordnung oder zum Anschluß an den Westen zu überreden. Ihre politische Orientierung und ihre innere Ordnung ist Ihre eigene Angelegenheit." In Europa ist die Lage anders. Dort hat der Warschauer Pakt enorme Rüstungen zu Lasten des Wohlstandes und zu Lasten seiner Fähigkeit, Entwicklungshilfe in der Dritten Welt zu leisten, aufgebaut. Ceauşescu sagte dazu laut[10], was andere Führer des Ostblocks mit der Hand vor dem Mund sagen. Man müsse bedenken, daß die Sowjetunion im Vergleich zu Deutschland ein unendlich reiches Land mit allen Bodenschätzen dieser Erde sei. „Wir haben nur Kohle und sonst eigentlich nichts, aber die Sowjetunion, die alles hat, ist nicht einmal in der Lage, ihre Bevölkerung zu ernähren, und muß Getreide importieren." Die Bundesregierung ist für Abrüstung, um der sinnlosen Vergeudung von Ressourcen ein Ende zu machen und mehr für die Dritte Welt tun zu können. „Es ist ungeheuer, wieviel Geld für Rüstungen im Vergleich zur Entwicklungshilfe ausgegeben wird. Ich pflege meine Partner zu fragen: ‚Wieviel Dollar pro Kopf gebt Ihr für Rüstung und wieviel Dollar pro Kopf für Entwicklungshilfe aus?' Bei diesem Vergleich schneiden wir ganz gut ab, weil wir vergleichsweise viel für die Entwicklungshilfe und wenig für die Rüstung aufwenden. Man muß versuchen, der Vernunft eine Gasse zu schlagen. Hier kann man auf positive Signale aus Havanna hoffen."

Khaddam meint, daß die Militärbudgets der USA und der Sowjetunion für zwei Jahre zusammengenommen ausreichend seien, um die Entwicklungshilfebedürfnisse der Dritten Welt zu befriedigen.

Zu den Teilnehmern der Havanna-Konferenz sagt Khaddam, die Mehrheit der Blockfreien sei für eine echte blockfreie Politik. Es gebe jedoch Sonderprobleme; die USA seien z.B. im Nahen Osten Partei zusammen mit Ägypten und Israel. Mindestens 70 Staaten in Havanna seien gegen Camp David[11]. Sie würden Camp David und die USA verurteilen. Syrien könne als blockfreier Staat nicht ohne eine Position zum Nahost-Problem sein. Gegenüber eigenen Problemen sei man nicht neutral.

Khaddam streifte dann die Verwicklungen der USA in Afrika und im Iran.

10 Vgl. dazu die Erklärungen des Präsidenten Ceauşescu nach der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 22./23. November 1978 in Moskau; Dok. 2, Anm. 6.

11 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

BM: „Befassen Sie sich in Havanna auch mit dem Überfall auf Kambodscha?“[12]

Khaddam sagt, dieses Problem ist vergleichbar mit Uganda[13]; die Stellung der Blockfreien zur Invasion Tansanias sei gespalten wie auch zur Invasion in Kambodscha. Man müsse in diesen Fragen den Versuch zu einem Kompromiß machen, um die blockfreie Bewegung zu erhalten.

BM fragt, wie Kambodscha in Havanna vertreten sein wird, und erfährt, daß zwei Delegationen zugelassen werden; eine des Pol-Pot-Regimes, eine der jetzigen Regierung. Man werde erst auf der Konferenz selbst entscheiden, welche Delegation Kambodscha vertreten solle.[14]

Auf Frage des BM bestätigte *Khaddam*, daß Prinz Sihanouk nicht in Havanna sein werde. Auf eine weitere Frage meinte Khaddam, daß Präsident Assad Anfang September nach Havanna fliegen werde. Die Vorbereitungskonferenz der Außenminister sei auf drei Tage, die der Regierungschefs auf weitere drei Tage vorgesehen. Dazwischen seien drei Tage Konferenzpause. Nach syrischer Unterrichtung wird Ägypten durch Boutros-Ghali vertreten sein. Sadat werde vermutlich nicht nach Havanna fliegen.

Referat 010, Bd. 178813

243

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hille

VS-NfD **28. August 1979**[1]

Gespräch BM mit libanesischem Außenminister Fuad Boutros in Beirut am 28.8.1979 von 11.25 Uhr bis 12.30 Uhr[2]

Auf Begrüßungsworte von *Boutros* erwidert *BM* mit Hinweis auf Interesse und Anteilnahme der Bundesregierung und der deutschen Bevölkerung an Ereignissen im Libanon.[3]

Boutros dankt für den Besuch, der symbolischen und effektiven Wert habe. Er beweise, daß das libanesische Problem die Bundesrepublik und die EG nicht gleichgültig lasse.

Lange Tradition der Handelsbeziehungen, Zugehörigkeit zur selben Zivilisation. Wir wissen um das deutsche Interesse für das libanesische Problem. Auf politischem Gebiet nimmt es seit zwei Jahren zu. Gründe dafür:

12 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.

13 Zum Einmarsch tansanischer Truppen in Uganda vgl. Dok. 107.

14 Zur Frage der Vertretung Kambodschas bei der sechsten Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna vgl. Dok. 234, Anm. 16.

1 Ablichtung.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 28. August 1979 im Libanon auf.

3 Zu den israelischen Militäroperationen gegen Ziele im Libanon vgl. Dok. 223, Anm. 9.

- Deutschlands Rolle in der Welt wächst; daraus resultiert mehr Verantwortlichkeit.
- Die Instabilität in der Region wirkt auf Europa zurück.
- Deutschland begreift, daß das Unglück des Libanon nicht bloß auf den Libanon zurückgeht, sondern auf die internationale Gemeinschaft.

Ursache der libanesischen Tragödie ist das Unrecht gegen die Palästinenser. Wenn die Palästinenser nicht vertrieben worden wären, wären sie nicht hergekommen, und das libanesische Mosaik wäre nicht gestört worden.

Libanon wurde aus zwei Gründen dadurch stärker betroffen als ein anderer Staat:

- Er ist kein Polizeistaat; es herrscht im Libanon Meinungs- und soweit möglich auch Handlungsfreiheit.
- Es gibt im Libanon zahlreiche religiöse Gemeinschaften, die viel Übereinstimmung, aber auch viele Differenzen haben.

Nach dem, was sich im Libanon ereignet hat, hätte jedes andere Land aufgehört zu existieren. Aber die Libanesen haben trotz allem Liebe zu ihrem Land bewiesen. Sie haben fünf Jahre Bürgerkrieg[4] überlebt – auch der Staat, trotz seiner Schwäche und trotz der Einwirkung anderer Kräfte von außen und von innen.

Heute wollen die Libanesen trotz allem ein einziges Land bleiben. Aber die christlichen oder konservativen Clans fragen: „Ist es nötig, daß alle zehn Jahre, wenn in einem arabischen Land eine Krise ausbricht, diese im Libanon ausgefochten wird?" Man kann daher das Problem der Palästinenser nicht auf Kosten des Libanon lösen.

Oder die libanesischen Moslems sagen: „Libanon tut nicht genug für die arabische Sache." „Ihr strebt mehr nach Verbindung zum Westen als zum Orient." Dieses Argument ist halb richtig und halb falsch.

Es ist schwer, neutral zu bleiben, wenn die Leidenschaften entfesselt sind. Wir müssen Klima der Beruhigung schaffen, das Einigende suchen. Das ist eine Aufgabe, die möglich ist.

Aber dann müssen die Großmächte heran. Sie haben Israel geschaffen. Sie dürfen sich jetzt nicht desinteressieren! Sonst wird die libanesische Frage ebenso explosiv wie z. Zt. die palästinensische.

Die EG kann beitragen zur Lösung der NO[5]-Krise. Damit würde auch unsere Frage zu 90 % gelöst. Aber wir weigern uns, diese Gleichung im umgekehrten

[4] Im Libanon kam es seit März 1975 zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen christlichen Milizen und moslemischen Gruppen. Botschaftsrat Neubauer, Beirut, berichtete dazu am 25. Juni 1979: „Von Frühjahr 1975 bis Ende 1976 hatte der Libanon die seit seiner Unabhängigkeit tiefgreifendste, seine Substanz erschütternde und in einem verheerenden Bürgerkrieg gipfelnde Krise durchlebt. Aber auch die Beendigung des Krieges durch eine militärische, die kämpfenden Parteien trennende Intervention der Truppen des Nachbarlandes Syrien vermochte dem Libanon bis heute weder seine Sicherheit und Stabilität noch seine staatstragende Koexistenz der heterogenen Bevölkerungsgruppen oder seine früher beachtliche wirtschaftliche Leistungskraft zurückzugeben. Wichtigster Grund dafür ist, daß in den seit Kriegsende verstrichenen 2 1/2 Jahren keine einzige der zahlreichen politischen Fragen, die zum Bürgerkrieg führten, gelöst worden ist." Vgl. den Schriftbericht Nr. 401; Referat 310, Bd. 125016.

[5] Naher Osten/Nahost.

Sinne anzuerkennen, d. h., daß wenn die NO-Frage nicht gelöst, wird auch das Libanon-Problem nicht gelöst.

Israel will anscheinend den palästinensischen Widerstand im Libanon vernichten. Das kann zur Zerstörung des Libanon führen. Israel behauptet, daß UNIFIL ihre Aufgabe nicht erfüllt. Angenommen, dies trifft zu – wo liegt die Verantwortung des Libanon dafür? Der Libanon konnte die Lage im Süden nicht kontrollieren; das war der Grund für die Schaffung von UNIFIL.[6]

Ich las Ihre gestrige Erklärung in Damaskus, daß die USA ein Freund der Bundesrepublik sind.[7] Ich bin sicher, daß die Bundesrepublik und ihre Freunde bei den USA viel erreichen könnten, damit Israel davon abgehalten wird, die Karte des Südlibanon zu sehr auszuspielen.

Es wird gesagt, der Camp-David-Prozeß[8] sei blockiert. Wie können wir aus der Sackgasse herauskommen? Europa müßte die USA beeinflussen, damit sie gemeinsam mit der arabischen Welt einen anderen Weg suchen. Dann müßte man die arabischen Staaten dafür gewinnen und zum Schluß den palästinensischen Widerstand.

Der palästinensische Widerstand hat einen wichtigen diplomatischen Durchbruch erreicht. Die PLO hat überall an Glaubwürdigkeit gewonnen. Entweder direkt oder durch die arabischen Länder sollte Europa auf PLO einwirken, daß sie Libanon nicht der Zerstörung ausliefert.

Der Libanon muß ein islamisch-christliches Land bleiben. Wenn er zu einem bloß islamischen Land würde, gäbe es keinen Grund mehr, nicht mit Syrien vereinigt zu sein. Wenn er ein rein christliches Land würde, würde er ein Ghetto. Unsere Christen blicken in der Not immer nach Westen, unsere Moslems finden immer Resonanz in der arabischen Welt. Der Südlibanon ist in dieser Lage wie eine Sprengkapsel, die den ganzen Libanon und sogar den israelisch-arabischen Konflikt zur Explosion bringen kann.

Die VN können moralische Urteile abgeben. Aber die helfen uns nur begrenzt. Wir wollen überleben!

BM dankt für Darlegung. Europa fühlt sich dem NO eng verbunden; wir sind enge Nachbarn. Der Friede in Europa hat Bedeutung für NO und umgekehrt.

Die Staaten wollen heute nicht mehr unter der Vorherrschaft von Großmächten leben. Die Sowjetunion macht in dieser Hinsicht Lernprozeß durch; sie versucht immer noch, möglichst viele Staaten zu beherrschen.

Im NO hat die westliche Welt einen Lernprozeß durchgemacht; sie hat das Palästinenser-Problem zuerst als Flüchtlingsproblem betrachtet. Erst seit einigen Jahren hat sie erkannt, daß es sich um das Problem des Selbstbestimmungsrechts handelt.

6 Vgl. dazu die Resolution Nr. 425 des UNO-Sicherheitsrats vom 19. März 1978, mit der eine UNO-Friedenstruppe für den Libanon eingesetzt wurde; Dok. 137, Anm. 5.
Zur Lage im Süden des Libanon vgl. Dok. 137, Anm. 13.

7 Bundesminister Genscher führte am 26. August 1979 in Damaskus aus, „daß die Amerikaner unsere engsten Freunde, Verbündeten und Partner sind". Vgl. BULLETIN 1979, S. 951.

8 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

Wir Deutschen haben seit 1974 eine klare Position vertreten[9]: Das palästinensische Volk hat Recht auf Selbstbestimmung, es muß Herr über seine Entscheidungen sein und muß auch selbst entscheiden, wer es vertreten soll. Dieser Grundsatz berührt auch die Länder, wo die Palästinenser Zuflucht gefunden.[10]

Sie haben Camp David kritisiert und das US-Engagement dabei. Ich habe mich zu diesem Abkommen nie geäußert, weder positiv noch negativ. Objektiv enthält das Camp-David-Abkommen dynamische Elemente, die sich bei Ingangsetzung des Prozesses günstig für eine Lösung auswirken können. Subjektiv setzt es voraus, daß alle drei Beteiligten diese Dynamik wirklich wollen. Aber während USA und Ägypten es als ersten Schritt für eine umfassende Friedensregelung ansahen, betrachtete Begin es als Endstation für eine Regelung der Probleme des NO. Diese sich gegenüber stehenden Philosophien sind das, was man als Stillstand bezeichnen kann.

Ich bin Pragmatiker. Wenn ich von mir zu Ihnen gehen will, und es liegt ein unübersteigbares Hindernis zwischen uns, so gibt es drei Möglichkeiten:

- verzichten,
- das Hindernis beseitigen,
- oder darum herumgehen.

Dies ist die Situation, vor der wir stehen. Wir müssen daher versuchen, die Welt für die Suche nach einer umfassenden gerechten Lösung zu engagieren. Wir dürfen uns nicht auf Fragen fixieren, die bereits geregelt sind.

Boutros: Auf diesem Punkt können wir uns treffen.

BM: Meines Erachtens werden der Rücktritt von Andrew Young[11] und die Ereignisse der letzten Wochen zu einer Überprüfung der amerikanischen NO-Politik führen. Bei den US-Wahlen 1976 wurde Carter mit den schwarzen Stimmen mit Young an der Spitze und von der jüdischen Lobby gewählt.[12] Z. Zt. haben beide Gruppen nicht mehr ein gemeinsames Ziel. Young wird Carter weiter unterstützen, mit den Farbigen und mit progressiven und liberalen Kräften. Aber wird eine Fortentwicklung der amerikanischen NO-Politik fördern in dem Sinne, wie die Europäer die Dinge sehen.[13] Entsprechende Entwicklungen wird es in Europa und Israel geben. Auf arabischer Seite ist wichtig, daß man diese Entwicklungen nicht durch Maximalforderungen entmutigt, sondern sie fördert. Es kommt die Zeit der vernünftigen Leute!

Boutros ist mit meisten Teilen dieser Analyse einverstanden. Die Auffassungen in Europa und USA entwickeln sich zugunsten der PLO. Sie darf jetzt nicht durch Maximalforderungen alles zerstören.

Aber bei allem, was Sie dargelegt haben – auch hinsichtlich Camp David –, lassen Sie einen Punkt unberücksichtigt: die Mentalität der arabischen Führer, ihr Prestige-Konflikt mit Sadat.

9 Zur Position der Bundesregierung hinsichtlich der Palästina-Frage vgl. Dok. 240, Anm. 3.

10 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

11 Zum Rücktritt des amerikanischen UNO-Botschafters Young vgl. Dok. 236, Anm. 37.

12 Am 2. November 1976 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der Kandidat der Demokratischen Partei, Carter, als Sieger hervorging.

13 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

Und wer will die Palästinenser-Frage lösen und in welcher Weise? Für uns im Libanon ist dies eine vitale Frage. Die Maximalforderungen sind doch schon gestellt – auch von Sadat! Da zeigt sich kein Pragmatismus. Und dann kommt die Frage: Wie viele arabische Staaten wollen überhaupt die Schaffung eines Palästinenser-Staates?

BM: Unsere Antwort ist, wir sind für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Welchen Gebrauch sie davon machen, ist ihre Sache. Wir machen ihnen keine Vorschriften.

Boutros: Einverstanden, aber das regelt nicht unser Problem im Libanon. Das kann alles noch lange dauern. Inzwischen müssen wir leben. Sollen wir verurteilt sein zu warten, bis die Palästinenser-Frage gelöst ist?

BM: Das kann niemand vom libanesischen Volk erwarten. Alle, die von außen auf die Lage einwirken, müssen alles unterlassen, was die Lage noch weiter erschweren könnte.

Boutros: Das ist das Minimum. Das ist Enthaltung auf der Grundlage der Sympathie.

BM: Ein bißchen mehr, sonst wäre ich nicht hier.

Boutros: Kann man nicht auf Israel einwirken, unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit?

BM: Die Kritik an dem Bombardement auf Südlibanon wächst.

Die Unterredung endet um 12.30 Uhr. Anschließend findet von 12.30 Uhr bis 13.00 Uhr Unterredung mit PM Hoss statt.

Hoss betont ebenfalls, Hauptsorge sei z.Zt. Südlibanon. Vielleicht könne die Bundesrepublik dabei helfen. Libanon möchte, daß SR-Resolution 425 ausgeführt werde, mit der UNIFIL geschaffen wurde, d.h. Rückzug Israels von Südlibanon und Schaffung von UNIFIL zur Überwachung. Israel habe aber eine Lage geschaffen, die es UNIFIL unmöglich macht, ihre Aufgabe zu erfüllen. Israel habe den Grenzstreifen an die Milizen des Major Haddad übergeben, der aber praktisch von Israel kontrolliert werde.

Auch SR-Resolution 444[14] könne nicht durchgeführt werden. Sie sah ein Stufenprogramm zur Wiederherstellung der libanesischen Souveränität vor. Als aber die libanesische Regierung ein Bataillon hinschickte, hätten die Milizen ihre „Unabhängigkeit" erklärt.

Der Süden durchlebe eine Tragödie. Ca. 100 000 Menschen befänden sich noch dort. Aber auf Grund der täglichen Angriffe Israels gebe es Städte, die völlig verlassen seien, wie Nabatiya. Es gebe Hunderttausende von Flüchtlingen. Daher habe sich die libanesische Regierung erneut an den SR gewendet.

Die Bundesrepublik Deutschland könne dem Libanon in vielfacher Weise helfen, direkt und als Mitglied der EG. Die USA sollten in der Lage sein, auf Israel einzuwirken; sie täten nicht genug.

BM wirft ein, dies sei für die USA nicht leicht wegen interner Probleme.

14 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 444 des UNO-Sicherheitsrats vom 19. Januar 1979 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 32.

Hoss fährt fort, er sei überzeugt, daß die Bundesrepublik Deutschland bei der Lösung des Palästinenserproblems, das Mittelpunkt des Konflikts ist, eine Rolle spielen könne. Damit würde die Bundesrepublik Deutschland auch dem Libanon helfen.

BM: Was können wir tun?

Hoss: Uns in den VN, im SR und außerhalb der VN unterstützen. Wir haben einen fair case. Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland solle klar und laut ausgedrückt werden. Die Bundesrepublik Deutschland solle auf Israel Druck ausüben, direkt und über die USA.

BM schneidet Frage an, inwieweit die israelischen Aktionen sich gegen Guerillabasen richten oder gegen friedliche Bürger des Libanon.

Hoss: Tyros und Nabatiya seien heute verlassene Geisterstädte. Zivilisten seien die Hauptopfer (Verletzte und Flüchtlinge). Die Vorwände der Israelis träfen nicht zu. Die Lage im Süden sei von Israel verursacht. Als die arabische Abschreckungsstreitmacht (vor allem Syrer) ins Land kam, habe sie die Palästinenser bekämpft, bis Israel die Syrer an einer bestimmten Linie stoppte, weil sie angeblich sonst die israelische Sicherheit gefährdeten. Und das, obwohl Ägypten damals noch weit weg am Suez-Kanal stand! Nein, Israel wollte dieses Vakuum im Süden des Libanon erhalten. Israel wollte diesen unstabilen Fleck, um so den Libanon als Karte im Nahost-Spiel zu benutzen.

Ein anderes Beispiel: Als die Israelis im März 1978 in den Südlibanon einfielen[15], ließen sie an der Küste eine Taube frei bei Tyros. Sie wollten auch diesen trouble spot. Jetzt beschießen sie die Stadt täglich. 1975 bis 1977 während des Bürgerkrieges gingen die Waffenlieferungen für die PLO durch den Hafen Tyros. Israel unternahm nichts dagegen.

Wenn jetzt im Sicherheitsrat die legitimen Rechte der Palästinenser diskutiert werden, wie am 23.8.1979[16], dann beschießt Israel den Südlibanon! Es behauptet dann, es führe Präventivschläge gegen die Palästinenser.

SR-Resolution 425 schuf UNIFIL, um internationalen Frieden und Sicherheit im Süden wiederherzustellen. Wir schickten UNIFIL ein eigenes Bataillon zu Hilfe. Aber Israel schuf den Grenzstreifen mit den (christlichen) Milizen. Wie können wir so die Grenze in Ordnung halten? Israel müßte seine eigene Armee dafür einsetzen. Alles sind Vorwände! Israel benutzt den Libanon als Karte im Spiel.

Auf Frage des *BM* bezeichnet *Hoss* die Beziehungen zu Syrien als gut. Es gebe keine grundlegenden Probleme mit Syrien.

Die Unterredung endet um 13.00 Uhr. Anschließend wird der BM um 13.00 Uhr von Staatspräsident Sarkis empfangen.

Sarkis schildert zunächst die Lage im Libanon ähnlich wie Hoss und Boutros. Er setzt die Zahl der politischen Flüchtlinge im Libanon zwischen 500 000 bis 600 000 an. Daher sei der Libanon stärker an Lösung des Palästinenserproblems

[15] Israelische Truppen drangen in der Nacht des 14./15. März 1978 in den Süden des Libanon vor, um Stützpunkte palästinensischer Gruppen auszuschalten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 282 des Obersts i. G. Gerlach, Tel Aviv, vom 15. März 1978; Unterabteilung 31, Bd. 135589.

[16] Zu den Bemühungen um eine Änderung der Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vgl. Dok. 240, Anm. 23.

interessiert als die Palästinenser selbst. Die Lösung muß in einer politischen palästinensischen Einheit bestehen. Dabei wird dem Recht früherer Flüchtlinge, dorthin zurückzukehren, große Bedeutung zukommen.

Auf Frage *BM*, welche Gebiete für die palästinensische Einheit in Aussicht genommen seien, erwiderte *Sarkis*, Camp David fasse Westbank und Gaza ins Auge. Aber das genüge keineswegs, weil bloß die Flüchtlinge von 1967 dorthin zurückkehren dürften, nicht hingegen die Flüchtlinge von 1948. Die demographische Absorptionsfähigkeit von Westbank und Gaza dürfte nur rd. 100000 Menschen betragen. Die Folge wäre, daß den Libanon bloß rund 50000 Palästinenser verlassen würden. Mit dem Rest bleibe der Libanon sitzen!

Der Libanon müsse konfessionell ausbalanciert bleiben. Das sei mit 400000 oder 500000 Palästinensern unmöglich.

Sarkis gebraucht dann folgende Metapher: Drei Völker (Israelis, Palästinenser und Libanesen) führten eine Auseinandersetzung um zwei Länder (Palästina und Libanon). Die größte Ungerechtigkeit wäre, das Palästinenserproblem durch Schaffung eines Libanonproblems zu lösen.

BM fragt, ob die Palästinenser vom Süden Libanons aus militärische Aktivitäten gegen Israel ausübten.

Sarkis bejaht dies: Die meisten Palästinenser hätten im Libanon Zuflucht gefunden. Ihre Aktivität gehe vom Libanon aus, nicht von anderen arabischen Ländern. Aber es gebe kein Gleichgewicht zwischen der palästinensischen Aktion und der israelischen Reaktion. Die israelischen Gegenschläge seien überzogen.

Der *BM* erläutert, die Bundesrepublik Deutschland bemühe sich, zu einer Lösung der Nahost-Krise beizutragen, auch um damit eine friedliche Zukunft für den Libanon zu fördern. Dies sei der Grund für seinen Besuch in Beirut.

Sarkis dankt für die Bemühungen der Bundesregierung und den persönlichen Einsatz des BM. Die deutschen Erklärungen über die Souveränität, territoriale Integrität und Unabhängigkeit des Libanon würden hier hoch geschätzt und als ein großer Trost empfunden.

BM betont, in dieser Frage herrsche volle Übereinstimmung aller politischen Parteien im Bundestag. Die Forderung nach Respektierung von Souveränität, Integrität und Unabhängigkeit des Libanon sei Gemeingut aller Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.

Sarkis wünscht dem BM Erfolg bei seiner Mission, die sicher auch Rückwirkungen auf die Lage im Libanon haben werde.

Die Unterredung endet um 13.30 Uhr.

Während des anschließenden Mittagessens, gegeben von Präsident Sarkis und in Anwesenheit von PM Hoss und AM Boutros, legt *BM* dar, daß wir Deutschen die Lage des Libanon besonders gut verstehen, weil wir ein geteiltes Land sind. Er äußert die Ansicht, in kommenden Monaten werde es eine große öffentliche Diskussion über NO geben, die sich dem Kernproblem, der Palästinenserfrage, zuwenden werde. Dies werde sich zugunsten des Libanon auswirken. Die europäischen Länder hätten sich in letzten Monaten zunehmend mit diesem Problem befaßt. Er rate der libanesischen Regierung, möglichst viele Politiker der

EG-Länder in den Libanon einzuladen. Er verstehe seinen Besuch hier als Bahnbrecher für eine solche Bewegung. Man müsse den Libanon nicht bloß unter dem Gesichtspunkt der Leiden der Bevölkerung sehen, sondern vor allem auch als politisches Problem. Darauf müsse man die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit lenken.

Bei einer beabsichtigten Fahrt des diplomatischen Korps in den Südlibanon empfehle er, auch die Presse zu beteiligen.

Weiter legte der BM, wie schon bei anderer Gelegenheit, dar, daß die Zielvorstellungen der Partner des Camp-David-Abkommens voneinander abwichen, was den gegenwärtigen Stillstand erkläre.

Sarkis meint, solange es die Kombination Carter, Begin und Sadat auf der einen Seite und die Bagdadfront[17] auf der anderen gebe, müsse man schlimmen Zeiten entgegensehen.

Das Gespräch wendet sich dann der deutschen Spaltung und der durch die Anwesenheit der Gastarbeiter in der Bundesrepublik verursachten sozialen Problematik zu.

Hille

Referat 010, Bd. 178813

244

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Badran in Amman

VS-NfD **29. August 1979**[1]

Gespräch des Herrn Bundesministers mit Ministerpräsident Mudar Badran am 29.8.1979 von 10.30 bis 12.05 Uhr[2]

MP *Badran*: Begrüßung des Herrn BM. Vorschlag, das Gespräch in einen politischen und wirtschaftlichen Teil zu gliedern.

MP Badran gab im politischen Teil einen Überblick über die Entwicklung der jordanischen Position: Jordanien habe sich seit je bemüht, den Frieden und die Stabilität in der Region zu fördern. Deshalb habe es nach 1967 die Resolution

17 Vom 2. bis 5. November 1978 fand in Bagdad eine Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.
Zur Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad vgl. Dok. 91, Anm. 9.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler, z. Z. Amman, am 30. August 1979 gefertigt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 29. bis 31. August 1979 in Jordanien auf. Vgl. dazu auch Dok. 245 und Dok. 247.

242[3] angenommen. Res. 242 sei die wichtigste Grundlage für die Herbeiführung eines gerechten, dauerhaften und umfassenden Friedens im Nahen Osten. Jordanien habe alle Friedensbemühungen im Nahen Osten unterstützt: die der zwei bzw. der vier Großmächte, der Jarring-Mission[4] und des amerikanischen AM Rogers[5]. Nach dem Oktoberkrieg 1973[6] habe es die Res. 338[7] angenommen und die unverzügliche Durchführung der Res. 242 gefordert. Es habe an der Genfer Nahost-Konferenz[8] teilgenommen. Leider sei Jordanien von den Entflechtungsabkommen[9] und der Schritt-für-Schritt-Politik Kissingers ausgeschlossen worden. Auf dem Gipfel der AL von Rabat 1974[10] sei die PLO als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt worden. Jordanien

3 Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 20.

4 Aufgrund der Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 wurde der schwedische Botschafter in Moskau, Jarring, zum Sonderbeauftragten der UNO für den Nahen Osten ernannt. Nach vergeblichen Bemühungen um eine Vermittlung zwischen Israel und der VAR übergab Jarring am 8. Februar 1971 dem ägyptischen UNO-Botschafter al-Zayyat und dem israelischen UNO-Botschafter Tekoah in New York einen Vorschlag zur Lösung des Nahost-Konflikts. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 120 des Gesandten Jesser, Kairo, vom 19. Februar 1971; B 36 (Referat I B 4), Bd. 344.
Die VAR erklärte sich am 15. Februar 1971 bereit, den Vorschlag anzunehmen, und stimmte der Stationierung einer UNO-Friedenstruppe in Sharm el Sheik zu. Im Gegenzug sollte Israel sich dazu bereit finden, alle in der Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 dargelegten Maßnahmen umzusetzen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 142 von Jesser vom 25. Februar 1971; B 36 (Referat I B 4), Bd. 344.
Israel erklärte sich am 26. Februar 1971 mit der Beendigung des Kriegszustands einverstanden, mit der Anerkennung des Rechts der VAR auf sichere Grenzen sowie mit Verhandlungen über die Frage der palästinensischen Flüchtlinge, ebenso grundsätzlich mit einem Rückzug der israelischen Streitkräfte. Allerdings wurde bekräftigt: „Israel will not withdraw to the pre-June 5, 1967, lines." Vgl. den Drahtbericht Nr. 196 des Botschaftsrats I. Klasse Hensel, Tel Aviv, vom 3. März 1971; B 36 (Referat I B 4), Bd. 344.

5 Am 9. Dezember 1969 unterbreitete der amerikanische Außenminister Rogers im Rahmen einer Rede in Washington Vorschläge zur Lösung des Nahost-Konflikts. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1969, D 597–602.
Nachdem Israel den ersten „Rogers-Plan" am 22. Dezember 1969 abgelehnt hatte, schlug Rogers mit Schreiben vom 19. Juni 1970 den Außenministern Riad (VAR) und al-Rifai (Jordanien) die Aufnahme von Verhandlungen über eine Beilegung des Nahost-Krieges vor. Für den Wortlaut des neuen „Rogers-Plans" vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 63 (1970), S. 178 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 449 f.
Am 4. Oktober 1971 unterbreitete Rogers vor der UNO-Generalversammlung den Vorschlag der Aufnahme von Verhandlungen zwischen Israel und Ägypten über ein Interimsabkommen zur Wiedereröffnung des Suez-Kanals und erklärte die Bereitschaft der amerikanischen Regierung zu einer „konstruktiven Rolle" beim Zustandekommen eines solchen Abkommens. Für den Wortlaut der Ausführungen vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 26th Session, Plenary Meetings, 1950th meeting, S. 5.

6 Zu dem am 6. Oktober 1973 begonnenen arabisch-israelischen Krieg (Jom-Kippur-Krieg) vgl. Dok. 117, Anm. 12.

7 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. Dok. 191, Anm. 11.

8 Zur Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Genf vgl. Dok. 86, Anm. 21.

9 Am 18. Januar 1974 unterzeichneten Israel und Ägypten eine erste Vereinbarung über Truppenentflechtung. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 327 f.
Am 1. September 1975 paraphierten Israel und Ägypten ein Abkommen über Gewaltverzicht und weitere militärische Entflechtungsmaßnahmen auf der Sinai-Halbinsel („Sinai-Abkommen"), das am 4. September 1975 in Genf unterzeichnet wurde. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 635–640.
Am 31. Mai 1974 unterzeichneten Israel und Syrien in Genf eine Vereinbarung über Truppenentflechtung. Für den Wortlaut des Abkommens und des Protokolls vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 329 f.

10 Vom 26. bis 29. Oktober 1974 fand in Rabat eine Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt. Für den Wortlaut ihrer Beschlüsse vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 614–616.

habe die Initiative Carters für eine neue Genfer Konferenz begrüßt und sich dafür eingesetzt, daß die Araber durch eine einheitliche Delegation vertreten sein sollten.

Dann sei überraschend die Jerusalem-Reise Sadats[11] gekommen. Jordanien habe eine Einladung nach Kairo abgelehnt. Dagegen habe es einen Vorschlag des GS der VN[12], eine Friedenslösung im Rahmen der VN zu suchen, angenommen.

Die Camp-David-Gespräche[13] hätten eine einseitige, unklare und mysteriöse Phase im Nahen Osten eingeleitet. Der den USA vorgelegte „Fragebogen"[14] habe keine befriedigende Antwort gefunden.

Die Camp-David-Abkommen hätten zu einer Zerstückelung und Aufteilung der Nahost-Frage geführt. Jordanien habe beide CD-Abkommen abgelehnt, da keine Aussicht bestehe, daß sie zum Frieden führten. Vielmehr seien sie geeignet, die israelische Besetzung arabischer Gebiete zu verewigen. Jordanien sei ebenfalls nicht mit der Selbstverwaltung einverstanden, da sie dem Völkerrecht und den Resolutionen des SR der VN widerspreche. Inzwischen erhebe Israel Anspruch auf die besetzten Gebiete.

Jordanien habe am Gipfel von Bagdad teilgenommen und seine Beschlüsse mitgetragen.[15] Seine Regierung habe diese für notwendig erachtet, weil es sonst über die Spaltung der arabischen Welt zu einer Radikalisierung gekommen wäre. Sicherheitsprobleme wären die Folge gewesen. Dann hätte eine echte Explosionsgefahr in einer Region bestanden, wo die bedeutendsten Energiequellen der Welt liegen. Jordanien habe auf der Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners einen wichtigen Beitrag zur Mäßigung der radikalen[16] Staaten geleistet. Es habe darauf hingewirkt, daß die Tür für Ägypten offengehalten worden sei. Bedauerlicherweise sei die nach Kairo entsandte Delegation nicht von Sadat empfangen worden.[17]

MP faßte den jordanischen Standpunkt wie folgt zusammen:

1) Räumung aller 1967 von Israel besetzten Gebiete;

2) Gewährung des Selbstbestimmungsrechts an das palästinensische Volk;

11 Präsident Sadat hielt sich vom 19. bis 21. November 1977 in Israel auf.

12 Kurt Waldheim.

13 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

14 Botschaftsrat Schürmann, Amman, berichtete am 23. September 1978, König Hussein habe im Lichte seiner Gespräche mit dem amerikanischen Außenminister Vance am 20./21. September 1978 in einer Pressekonferenz erklärt, daß Jordanien nicht an Verhandlungen teilnehmen werde, „solange nicht wesentliche offene Fragen (vollständiger Rückzug, Selbstbestimmungsrecht palästinensischen Volkes, Status Jerusalems) befriedigend geklärt seien". Weitere Punkte seien gewesen: „Bereitschaft zu weiteren Konsultationen mit USA sowie mit arabischen Staaten mit Ziel, ein ‚comprehensive settlement' zu erreichen. [...] Sorge vor Vertiefung der Spaltung arabischen Lagers im Falle eines ägyptisch-israelischen Separatabkommens." Vgl. den Drahtbericht Nr. 426; Unterabteilung 31, Bd. 135591.

15 Vom 2. bis 5. November 1978 fand in Bagdad eine Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.

16 Korrigiert aus: „radikalten".

17 Am 4. November 1978 entsandte die in Bagdad tagende Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten eine Delegation unter Leitung von Ministerpräsident Hoss nach Ägypten, die von Präsident Sadat nicht empfangen wurde. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, Z 217 und Z 224.

3) Beteiligung aller betroffenen Parteien, sich daran zu beteiligen, Res. 242 durchzuführen[18];

4) Rückführung des Nahost-Problems in die VN.

MP begrüßte die Haltung der Europäischen Gemeinschaft zum Nahost-Problem. Er würdigte die bedeutende Rolle der Bundesrepublik in diesem Zusammenhang und insbesondere den persönlichen Beitrag von BM Genscher beim Zustandekommen der Erklärung der Neun vom 18.6.79[19]. Es sei richtig, daß das Nahost-Problem wieder in die internationale Gemeinschaft eingeführt worden sei, denn nur diese könne eine Lösung bringen.

MP führte zum bilateralen Teil aus: Er erkenne die von der Bundesrepublik geleistete Finanzhilfe an Jordanien an. Von 1961 bis 1979 sei Jordanien eine KH von 485 Mio. DM zur Verfügung gestellt worden. Die Entwicklungsbank habe 70 Mio. DM erhalten. 1978/79 seien 20 Mio. DM TH gegeben worden. Dankbar sei Jordanien auch für die Unterstützung im Rahmen der EG-Hilfe.

Sodann folgte eine Darlegung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage des Landes, die sich im Übergang befinde. Jordanien habe unter einer jahrelangen Inflation, Trockenheit und der ständigen Erhöhung der Ölpreise gelitten. Jordanien brauche mehr Hilfe und bitte um eine Aufstockung der KH von 70 auf 140 Mio. DM; für das Kraftwerk in Aqaba (80 Mio. DM), für die Industrial Development Bank (35 Mio. DM) und Bewässerungsprojekte (25 Mio. DM). Für die Entwicklung des Jordantales würden zusätzlich 140 Mio. DM benötigt. Die USA hätten 150 Mio. Dollar zugesagt. Ferner brauche Jordanien KH für eine Zementfabrik im Süden, um die Dekonzentration der Bevölkerung (von der Hauptstadt in mehrere Provinzzentren) zu fördern (140 Mio. Dollar). Aufgrund der Trockenheit im vergangenen Jahr brauche man 30–40000 to Weizen als Nahrungsmittelhilfe.

An den Universitäten fehlten medizinische Geräte. Er bitte um Hilfe für die medizinische Versorgung der Bevölkerung auf der Westbank. Schließlich sei er für eine Aufstockung der Stipendien dankbar.

BM bedankte sich für die Darlegungen des MP. Er würdigte die verantwortungsvolle Politik von König Hussein und die Bedeutung des Landes als Stabilitätsfaktor in dieser Region.

BM ging auf die Ausführungen des MP zur Lage im Nahen Osten ein und hob unser elementares Interesse an einer Lösung des Konflikts hervor. Die Herbeiführung eines Friedens liege sowohl im Interesse Europas als auch des Nahen Ostens. Nachdem die europäischen Völker jahrhundertelang eine Lösung ihrer Konflikte durch Kriege gesucht hätten, hätten sie nach leidvollen Erfahrungen einen Strich unter die Vergangenheit gezogen. Als Mitglied der EG seien wir noch stärker als bisher an den Vorgängen im Mittelmeerraum interessiert.

Heute seien die Völker südlich und nördlich des Mittelmeeres durch ein gemeinsames Schicksal miteinander verbunden. Er gehe noch einen Schritt weiter: Unsere europäische Sicherheit werde durch die USA und Kanada garantiert.

18 So in der Vorlage.

19 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über den Nahen Osten vom 18. Juni 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 765.

Diese Absicherung garantiere unsere Unabhängigkeit gegenüber dem Osten. Ein unabhängiges Europa liege im Interesse der Völker des Nahen Ostens, so wie die Unabhängigkeit dieser Region in unserem Interesse liege.

Es bestehe kein Zweifel, daß das Kernproblem des Konflikts, die Palästinafrage, nicht immer die erforderliche Aufmerksamkeit gefunden habe. Er habe es seit Jahren für falsch gehalten, darin nur ein Flüchtlingsproblem zu sehen. Schon am 19.11.74 habe er unseren Ständigen Vertreter bei den VN angewiesen, das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser zu unterstützen.[20] Am 27.11.75 habe er sich anläßlich eines Essens in Jerusalem für AM Allon unbeachtet unseres Eintretens für das Lebensrecht Israels erneut für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes eingesetzt[21], damit ihm Gelegenheit gegeben werde, seiner nationalen Identität Ausdruck zu verleihen. Wenn man sich diese Erklärungen nochmals ins Gedächtnis zurückrufe, werde klar, daß wir nachweisbar seit 1974 eine klare Position bezüglich des Selbstbestimmungsrechts für das palästinensische Volk eingenommen hätten. Es sei daher ganz natürlich gewesen, daß die Neuner-Erklärung vom 29.6.77 in London[22] unter unserem wesentlichen Einfluß zustande gekommen sei.

Das Recht auf Selbstbestimmung für das palästinensische Volk verstünden wir dahin, daß es das Recht haben müsse, zu entscheiden, ob es in den von Israel zu räumenden Gebieten einen eigenen Staat haben wolle oder ob es eine andere Lösung befürworte.

Es müsse auch das Recht haben, frei und unbeeinflußt von außen darüber zu befinden, wer das palästinensische Volk vertreten solle.

BM ging anschließend auf seine Reise nach Libanon über und zeigte sich sehr von den Gesprächen in Beirut beeindruckt.[23] Alle Gesprächspartner hätten Sorge über die Entwicklung im südlichen Libanon[24] bekundet.

Unsere Haltung sei klar: Die Bundesregierung trete für ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Gemeinschaften in Libanon ein, damit die Einheit, die Souveränität und die territoriale Integrität bewahrt würden und die Regierungsautorität gestärkt werde. Die Bundesregierung bedauere die militärischen Auseinandersetzungen im südlichen Libanon zutiefst. Er erinnerte an die zahlreichen unschuldigen zivilen Opfer. Wir verurteilten die militärischen Aktionen genauso, wie wir die israelische Siedlungspolitik in der Westbank verurteilten, da sie die Herbeiführung eines gerechten, dauerhaften und umfassenden Friedens erschweren. Israel müsse klar gemacht werden, daß Souveränitätsansprüche auf die besetzten Gebiete und Res. 242 unvereinbar seien. Unsere Position befinde sich in Übereinstimmung mit der unserer europäischen Partner.

20 Zur Position der Bundesregierung hinsichtlich der Palästina-Frage vgl. Dok. 240, Anm. 3.

21 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Allon am 27. November 1975 in Tel Aviv vgl. AAPD 1975, II, Dok. 358.

22 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats über den Nahen Osten vom 29. Juni 1977 vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 516 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 174.

23 Bundesminister Genscher hielt sich am 28. August 1979 im Libanon auf. Vgl. dazu Dok. 243.

24 Zur Lage im Süden des Libanon vgl. Dok. 137, Anm. 13.
Zu den israelischen Militäroperationen gegen Ziele im Libanon vgl. Dok. 223, Anm. 9.

Am Schluß seiner allgemeinen Ausführungen begrüßte der BM die Aussage des MP zur verantwortungsvollen Politik Jordaniens. Niemand in der Region könne Interesse an einer Radikalisierung haben.

Zu den bilateralen Beziehungen äußerte der BM Befriedigung über den Stand der Beziehungen auf allen Gebieten. Erhebliche Fortschritte seien beim Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen gemacht worden. Die kluge und weise Politik König Husseins habe dazu geführt, daß die Inflation eingedämmt worden sei. Er habe eine repräsentative Wirtschaftsdelegation mitgebracht, die Gelegenheit haben werde, alte Kontakte weiterzuentwickeln und neue zu erschließen.

Hinsichtlich der von der jordanischen Seite gewünschten Aufstockung unserer Entwicklungshilfe erinnerte der BM an die bisher geleistete bedeutende Hilfe. Jordanien nehme hinsichtlich der Pro-Kopf-Zusage den ersten Platz unter den arabischen Staaten ein (Gesamtzusage = 658,8 Mio. DM).

Unverändert gelte, daß wir uns an der Finanzierung der zweiten Phase der Jordantal-Entwicklung beteiligen werden. Wir müssen allerdings Fragen unserer Möglichkeiten im Auge behalten.

Hinsichtlich der erbetenen Nahrungsmittelhilfe hoffe er, während seines Aufenthalts in Amman noch eine Antwort geben zu können (VLR I Weber wurde angewiesen, mit StS Hermes zu telefonieren).[25]

Mit besonderem Interesse habe er von dem Wunsch nach mehr deutschen Stipendien Kenntnis genommen. Er werde sich um eine Erhöhung der Anzahl der zur Verfügung gestellten Stipendien bemühen. Insgesamt seien unsere gegenseitigen Beziehungen von dem Geist der Freundschaft, dem Willen zur Vertiefung der Zusammenarbeit und zu konstruktiven Lösungen gekennzeichnet.

MP ging dann auf die Lage im Südlibanon ein und richtete heftige Angriffe gegen Israel. In den letzten beiden Wochen habe die israelische Armee ihre Angriffe erheblich gesteigert. Frauen und Kinder seien betroffen, die Landwirtschaft sei zerstört. Dies könne nur bedeuten, daß Israel nicht den Frieden wolle.

Die These Kissingers, man müsse Israel so viel Waffen geben, daß es für den Frieden sei, habe sich als falsch erwiesen. Die Waffen hätten zur Radikalisierung der israelischen Haltung geführt. Hinter der Vernichtung des Volkes im Südlibanon stünde ein klares expansionistisches Ziel Israels.

Zu Camp David: Der König habe vor dem Treffen in Briefen an Sadat und Carter darauf aufmerksam gemacht, daß substantielle Fragen wie Souveränität und territoriale Integrität der betroffenen Staaten zu klären seien, was nicht geschehen sei. (Auf die Frage an ein jordanisches Delegationsmitglied, was der MP damit gemeint habe, bemerkte dieser nach der Sitzung, daß es selbstverständlich auch um die territoriale Integrität und Souveränität Jordaniens gehe.)

25 Staatssekretär Hermes teilte Bundesminister Genscher, z. Z. Amman, am 29. August 1979 mit: „Für das Haushaltsjahr 1979 stehen aus dem BMZ-Titel Nahrungsmittelhilfe keine Mittel mehr zur Verfügung. Für das Haushaltsjahr 1980 stimmt BMZ zu, daß Jordanien 10 000 Tonnen Weizen vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts zugesagt werden [...]. Dies würde eine Verdreifachung der für Jordanien bisher für 1980 in Aussicht genommenen Nahrungsmittelhilfe (3000 Tonnen) bedeuten." Vgl. den Drahterlaß Nr. 159 an die Botschaft in Amman; Referat 010, Bd. 178813.

Der König habe vor der Auffassung gewarnt, daß ein Scheitern von Camp David ein Ende des Friedensprozesses bedeuten müsse. Er, der König, habe eine Rückkehr nach Genf oder zu den VN vorgeschlagen.

MP sagte erläuternd zu dem jordanischen Wunsch nach mehr Stipendien, daß die SU in diesem Jahr 400 Stipendien angeboten habe. Er sei skeptisch gegenüber der sowjetischen Großzügigkeit. Die SU verfolge im Gegensatz zum Westen gerade auf diesem Gebiet eine langfristige Konzeption. Viele von den aus der SU zurückkehrenden Studenten gingen in die Golfstaaten, wo sie für sowjetische Ziele werben. Jordanien bevorzuge, seine Studenten im Westen studieren zu lassen.

MP bedankte sich für die Begleitung des BM durch eine hochrangige Wirtschaftsdelegation, die sich über die jordanische Wirtschaft aus erster Hand unterrichten könne. Er sicherte für Investitionen einen freien Gewinntransfer zu. Er habe deshalb um mehr Finanzhilfe gebeten, weil Jordanien in der Bundesrepublik besonders Ansehen genieße. Hilfe an Jordanien sei eine gute Investition. Es sei der stabilste Staat in der Region. Längerfristig bedeute Hilfe an Jordanien infolge seines Einflusses in den Ölstaaten auch eine Stabilisierung unserer Ölversorgung.

An diesen Gedankenaustausch zwischen MP und BM schloß sich noch ein kurzes Frage- und Antwortspiel zwischen dem amtierenden StM für Auswärtige Angelegenheiten und Informationsminister Adnan Abu Auda und dem BM an:

Auda: Wer soll das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes wahrnehmen, das ganze Volk oder nur die Bewohner der besetzten Gebiete?

BM: Alle Palästinenser. Ist das auch Ihre Meinung?

Auda: Ich wollte lediglich fragen. Das ist eine Interpretationsfrage. Ich meine, grundsätzlich sollten alle vom Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen. Zuerst sicherlich die Bewohner der besetzten Gebiete. Außerhalb dieser Gebiete ist das ein technisches Problem.

MP, der sich einschaltete: Wir haben auch mit den Palästinensern darüber gesprochen. Wir kamen zu dem Ergebnis, daß alle Palästinenser davon Gebrauch machen sollten. Denn solange Flüchtlinge außerhalb der besetzten Gebiete leben, wird es ein Palästinenserproblem geben.

Auda: Ich bin zuständig für die besetzten Gebiete. Gibt die Bundesrepublik auch Hilfe für die besetzten Gebiete?

BM bestätigt dies und fügte hinzu, humanitäre Hilfe darf nicht an Grenzen haltmachen.

Auda: Sie haben militärische Aktionen im Südlibanon verurteilt. Verurteilen Sie auch die Aktionen der Fedayin?[26]

[26] Botschaftsrat Neubauer, Beirut, gab am 27. September 1979 Informationen über ein Treffen des Präsidenten Sarkis mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, am 24. September 1979 in Beirut wieder, bei dem die Aktivitäten palästinensischer Kämpfer im Südlibanon angesprochen wurden. Sarkis solle Arafat die „Notwendigkeit eines Wechsels palästinensischer Politik im Südlibanon dargelegt haben. Arafat soll dem entgegnet haben, Palästinenser könnten ihre Stellungen im Südlibanon nicht aufgeben. Er – Arafat – werde sich aber bei den mit PLO kooperierenden libanesischen Linksgruppen [...] einsetzen, daß diese Entsendung libanesischer Armee nach Nabatiya und Tyros – ebenfalls wie PLO – zustimmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 530; Referat 310, Bd. 125015.

BM: Wir sind gegen Gewalt überhaupt. Was ist Ihre Meinung?

Auda: Für mich können sich die Fedayin nur im südlichen Libanon militärisch als Kriegsführende betätigen, sonst würden wir sie „zum Tode" (d.h. zur Handlungsunfähigkeit) verurteilen. Außerdem stehen die geringfügigen militärischen Aktionen der Fedayin in keinem Verhältnis zu den israelischen Gegenschlägen. Sie sind nur symbolisch zu werten, um die militärische Präsenz der Fedayin unter Beweis zu stellen.

BM verliest den Wortlaut der Libanon-Passage der Erklärung der Neun vom 18.6.79.

Daraus ergibt sich, daß wir „alle Handlungen, die die Sicherheit der Bevölkerung beeinträchtigen und die Wiederherstellung der libanesischen Regierungsgewalt über die Gesamtheit des Territoriums, insbesondere im Süden des Landes, behindern", verurteilen. Dem ist nichts hinzuzufügen. Das ist vernünftig und ist von allen arabischen Staaten begrüßt worden. So möchte ich meine Erklärung verstanden haben.

Auda: Ich verstehe das. Aber ich möchte nur meine persönliche Meinung sagen, daß man nicht die militärischen Aktionen beider (d.h. der Palästinenser und Israelis) gleichsetzen und sie verurteilen darf.

BM: Nicht immer sind Bibelworte richtig ausgelegt worden. Halten wir am Text fest. Bleiben wir beim Wort des Herrn!

Referat 010, Bd. 178813

245

Gespräch des Bundesministers Genscher mit König Hussein in Amman

VS-NfD **29. August 1979**[1]

Vier-Augen-Gespräch des Herrn BM mit König Hussein am 29.8.1979[2]

König *Hussein* führte folgendes aus: Die Lage im Nahen Osten sei z.Zt. sehr unübersichtlich. Er sehe nicht, wie aus den arabischen Staaten eine Initiative zur Überwindung der gegenwärtigen Situation zustande kommen könne. Er

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler, z.Z. Amman, am 29. August 1979 gefertigt.
Hat Ministerialdirigent Hille am 31. August 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat BM vorgelegen."

[2] Bundesminister Genscher hielt sich vom 29. bis 31. August 1979 in Jordanien auf. Vgl. dazu auch Dok. 244 und Dok. 247.

habe wie die Saudis seine Position gegenüber Camp David[3] solange offen gehalten, wie positive Elemente damit verbunden gewesen seien.

Positiv sei an Camp David gewesen:

1) daß sich die USA engagiert hätten;

2) daß die Notwendigkeit der Lösung der Palästinenserfrage anerkannt worden sei;

3) daß die Beendigung der Besetzung und ein Heimatland für die Palästinenser gefordert worden seien.

Dann habe sich leider der CD-Prozeß in eine andere Richtung bewegt. Die großen Ziele seien nicht mehr erkennbar. Die USA seien völlig diskreditiert; sie gälten jetzt als Partei, wenn nicht sogar als Initiator dieser Richtung.

Aus dieser Entwicklung heraus interessiere, daß die Europäer sich Gedanken machten, wie man aus der Sackgasse herauskomme. Es sei verständlich, daß man besonders auf die Bundesrepublik setze.

Er, Hussein, habe sich seinerzeit entschieden, der Bagdad-Front[4] beizutreten, damit die Radikalen nicht zum Zuge kämen. Ähnliche Überlegungen hätten auch die Saudis angestellt. Dieser Entschluß habe sich als vernünftig herausgestellt, wie sich jetzt auch bei der PLO zeige. Er habe 1974 die PLO anerkannt (Rabater Gipfel).[5] Nach dem kürzlich stattgefundenen Gespräch mit Arafat[6] gebe es gar keinen Zweifel, daß die PLO bereit sei, das Existenzrecht Israels anzuerkennen; aber natürlich nicht, wenn Israel seinerseits denjenigen nicht anerkenne, der dies ausspreche.

Die PLO habe ihren Charakter prinzipiell geändert. Aus einer militärischen Organisation sei eine überwiegend politische geworden.

Befragt nach der Persönlichkeit Arafats antwortete der König, daß Arafat sich auch geändert habe. Je mehr man ihn in die Politik einbeziehe, werde er sich auch „politischer" benehmen.

Auf die weitere Frage des *BM* nach der Stellung Arafats in der PLO meinte der *König*, daß er z. Zt. die Mehrheit hinter sich habe. Diese Mehrheit werde sich vergrößern, wenn man ihn ernstnehme.

[3] Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

[4] Vom 2. bis 5. November 1978 fand in Bagdad eine Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.
Vgl. dazu ferner die Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad; Dok. 91, Anm. 9.

[5] Vom 26. bis 29. Oktober 1974 fand in Rabat eine Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt. Für den Wortlaut ihrer Beschlüsse vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 614–616.

[6] Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, hielt sich am 21. August 1979 in Jordanien auf. Botschafter Munz, Amman, berichtete am 23. August 1979: „Wenn sich auch beide Seiten in der Ablehnung der israelischen Siedlungs- und Annexionspolitik einig waren, so hat sich im bilateralen Verhältnis Jordanien – PLO nichts geändert. Amman pflegt weiterhin behutsam den Dialog mit der PLO in Richtung Normalisierung der Beziehungen, ohne jedoch jordanische Grundpositionen aufzugeben (keine Zulassung von Fedayin-Aktivitäten in Jordanien und über den Jordan-Fluß durch das besetzte Westufer gegen Israel)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 428; Referat 310, Bd. 119885.

Er, der König, würde es für gut halten, wenn man als Europäer oder gemäßigter Araber den Versuch unternehme, eine Initiative zu entfalten, die eine Lösung bringe. (Er wußte jedoch auch nicht zu sagen, welche.)

Die Palästinenser würden sich nach Einschätzung Husseins dem Camp-David-Prozeß verweigern. Die Vorteile würden sie zwar erkennen, aber prinzipiell würden sie gegen die Autonomie sein. Sie würden nie zustimmen.

(In diesem Zusammenhang sieht der *BM* die jordanischen Bemühungen, von der Bundesrepublik Hilfe für medizinische Versorgung der Bevölkerung auf der Westbank zu erhalten.[7])

Herr BM habe dem König gesagt, daß in der Öffentlichkeit in Europa und auch in der Bundesrepublik die Einsicht in die Bedeutung der Palästinenser-Frage wachse. Die Palästinenser-Frage werde heute anders eingeschätzt als früher. Der Sturz Andrew Youngs[8] werde sich kontraproduzent erweisen.

Der *König* habe zugesagt, daß er uns vertraulich über die weitere Entwicklung im Nahen Osten und seine eigenen Erwägungen auf dem laufenden halten wolle. Auch über die PLO werde er uns unterrichten. Dabei solle man Wege finden, um äußerste Vertraulichkeit zu wahren (z.B. Dienstreise Botschafter anstatt Berichtsweg). Der König habe ein Interesse daran, daß die Palästinenser-Frage vernünftig geregelt werde. Davon verspreche er sich auch eine positive Wirkung für Jordanien.

Über Sadat habe Hussein gesagt, daß er ihn an sich schätze, daß er seine Politik aber zu oft ändere.

Referat 010, Bd. 178813

7 Referat 310 notierte am 5. September 1979: „Durch deutsche Lieferungen medizinisch-technischer Ausrüstungsgüter an Jordanien zur Verwendung in Krankenhäusern im Westjordanland würde der jordanische Haushalt entlastet. Wegen der komplizierten zollrechtlichen Probleme mit Israel, die bei einer Einfuhr von Gegenständen in das Westjordanland entstehen, wäre eine finanzielle Hilfe unmittelbar an Krankenhäuser im besetzten Gebiet vorzuziehen." Vgl. Referat 310, Bd. 119887.

8 Zum Rücktritt des amerikanischen UNO-Botschafters Young vgl. Dok. 236, Anm. 37.

246

Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing

30. August 1979[1]

Vermerk über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Giscard d'Estaing am 30. August 1979 von 11.00 bis 11.20 Uhr

Bundeskanzler bewertet auf Frage Giscards seine Gespräche in Kalifornien[2] als sehr beunruhigend. Die Stimmung in den USA sei die einer großen Enttäuschung.

Polen

Bundeskanzler berichtet im Hinblick auf Giereks bevorstehenden Paris-Besuch[3] über sein sehr informelles und privates Treffen mit Gierek[4], bei dem aber substantielle politische Gespräche geführt wurden. Gierek sprach voller Bewunderung von Giscard d'Estaing.

Auf Frage Giscards bezeichnete er die wirtschaftliche Lage Polens als schlecht.[5] Die Gründe seien schlechtes Management, zu starke Investitionen (die sich noch nicht auszahlen), schlechte Ernten, die weltweiten Folgen der zweiten Ölpreisexplosion, die die Zahlungsbilanz in Unordnung gebracht haben. Die Lage ist gefährlich für Gierek, den Giscard als den besten Mann bezeichnet, den es z. Zt. für diese schwierige Aufgabe in Polen gibt.

Er hat Gierek vorgeschlagen, die Bildung zweier Konsortien zur Konsolidierung der Euro-DM- und der Euro-Dollar-Schulden zu prüfen. Die Reaktion war nicht negativ, aber reserviert, vor allem wegen des möglichen Anscheins, als bemühe sich Polen um ein Moratorium.

Giscard wird diese Frage diskret prüfen.

Bundeskanzler: Man war sich einig, das KSZE-Folgetreffen in Madrid[6] teilweise auf Außenministerebene abzuhalten. Zum weitergehenden Vorschlag Gie-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 31. August 1979 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 12. September 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Orig[inal] BM als Eingang."
Hat Ministerialdirektor Blech vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Lücking, die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Joetze und Finke-Osiander sowie an Referat 202 „z[um] Verbl[eib]" verfügte.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.
Vom 19. bis 24. Juli 1979 befand sich Schmidt zu einem Privataufenthalt in den USA. Vgl. dazu Dok. 214 und Dok. 215.

3 Der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, hielt sich am 7./8. September 1979 in Frankreich auf.

4 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 17./18. August 1979 in Polen auf. Für die Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, auf Hela vgl. Dok. 236 und Dok. 237.

5 Zur wirtschaftlichen Lage in Polen vgl. Dok. 236, Anm. 28.

6 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die

reks, wie in Helsinki[7] ein Treffen der Regierungschefs durch die Außenminister vorbereiten zu lassen, hat er sich nicht festgelegt.

Giscard: Das hängt von der Substanz eines solchen Treffens ab. Wenn man Helsinki nichts hinzuzufügen hat, solle man kein solches Treffen ins Auge fassen, dagegen doch, wenn sich Fortschritte besonders auf dem Gebiet der Abrüstung abzeichnen. Aber das Problem stellt sich heute noch nicht.[8]

Bundeskanzler war sich mit Gierek einig, eine europäische Energiekonferenz auf politischer Ebene unter dem Schirm der ECE zu befürworten. Er hat das Gefühl, daß Giereks Stellungnahme auch von Moskau gutgeheißen wird. Über Beteiligung der USA und Kanadas hat man nicht gesprochen.

Er fügt hinzu, daß man eigentlich eine weltweite Konferenz zustande bringen müsse. Den großen Schwierigkeiten, die ein so großer Teilnehmerkreis mit sich bringt, könne man durch ein System der repräsentativen Vertretung der wichtigen Interessengruppen begegnen.

Wie bereits in Moskau[9] hat er auch in Polen die wachsende Sorge über SS-20 und „Backfire" herausgestellt und die Bedingungen für eine westliche Antwort: nicht-nuklearer Status der Bundesrepublik, Bereitstellung deutschen Territoriums (wenn das auch andere NATO-Staaten tun), gemeinsame Entscheidung der NATO, gleichzeitiges ernsthaftes Rüstungskontroll-Angebot an die Sowjetunion auf dem Gebiet euro-strategischer Waffen. Gierek[10], der auf Hela vielleicht noch nicht die letzten Konsequenzen dieser Frage verstanden hat, wird hierüber sicherlich vor seinem Paris-Besuch mit Breschnew sprechen.

New Entente Cordiale

Bundeskanzler fragt, ob Giscard d'Estaing bereits den Artikel im New York Times Magazine vom 26. August gelesen habe, in dem Giscard und er in sehr schmeichelhafter, wenn auch etwas übertriebener Weise als die großen Männer in Europa dargestellt würden.[11]

Giscard meint, daß, gemessen an den Schwierigkeiten unserer Zeit, der Kanzler und in gewissem Maße auch er gute Arbeit verrichteten.

Französische Wirtschaftslage

Giscard fragt, warum PM Barre, eine sehr ernsthafte und ihrer Aufgabe verpflichtete Persönlichkeit, ausgerechnet in der deutschen Presse, die doch die realistischen und klugen Wirtschaftsvorstellungen der Deutschen widerspiegeln solle, kritisiert werde. Diese Kritik beeinträchtigt seine Stellung auch in Frankreich.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1208

zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

7 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

8 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Blech durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

9 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

10 Dieses Wort wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Giscard".

11 Vgl. den Artikel „The New Entente Cordiale"; THE NEW YORK TIMES MAGAZINE vom 26. August 1979, S. 15 f., 54–56 und 60.

Bundeskanzler antwortet, daß die deutsche Presse die französische Kritik an PM Barre den deutschen Lesern präsentiert. Übertreibungen rührten daher, daß es z. Zt. einen Mangel an wirklichen Neuigkeiten gibt. Er fragt, in welcher Weise er PM Barre helfen könne.

Giscard: Z. Zt. läßt sich nichts tun. Welle der Kritik muß erst einmal abebben. Aber in etwa 14 Tagen könnte es hilfreich sein, wenn von Bonn etwa im Zusammenhang mit dem Erfolg des EWS der positive Beitrag der von PM Barre geführten französischen Wirtschaftspolitik hervorgehoben wird.

Bundeskanzler stellt eine solche Äußerung in Aussicht und unterstreicht die längerfristigen positiven Auswirkungen der vernünftigen französischen Wirtschaftspolitik.

Giscard stimmt zu und meinte, daß er deswegen Barre trotz der gegenwärtigen politischen Unruhe unterstützt. Barres Politik ist die grundsätzlich richtige, ihre positiven Auswirkungen werden allerdings durch die Ölpreiserhöhungen um etwa ein Jahr verzögert.

Bundeskanzler meint, daß Barre nach seiner Ansicht nur auf dem Gebiet der Kontakte mit den Gewerkschaftsführern weitergehen und sie mehr ins Vertrauen ziehen könnte. Er ist sich allerdings der Schwierigkeiten mit kommunistischen Gewerkschaftsführern in Frankreich bewußt.

Giscard wird dieser Möglichkeit nachgehen, wenn die Lage auch schwieriger ist als in Deutschland.

Nächstes Zusammentreffen

Bundeskanzler fragt, ob Giscard ein informelles Treffen in nächster Zeit für sinnvoll hält, z. B. in Paris.

Giscard hält im Augenblick die bereits terminierten Gipfelkonsultationen am 1./2. Oktober 1979 in Bonn[12] für ausreichend, möchte aber ein informelles Treffen im Winter[13] in Aussicht nehmen. Er stimmt dem Vorschlag des Bundeskanzlers zu, in Bonn genügend Zeit für Vier-Augen-Gespräche vorzusehen.

Bundeskanzler unterrichtet Giscard über seinen Artikel zum 40. Jahrestag des Kriegsbeginns im Figaro.[14]

Giscard erwähnt, daß Vorbereitungen für seinen Berlin-Besuch laufen.[15] Über organisatorische Einzelheiten kann man in Bonn am 1./2. Oktober 1979 sprechen.[16]

Energiefragen

Bundeskanzler fragt nach der Lage auf dem Ölsektor in Frankreich und deutet an, daß wir Schwierigkeiten haben, das Fünf-Prozent-Einsparziel[17] zu erreichen.

12 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 1./2. Oktober 1979 vgl. Dok. 284 und Dok. 286.

13 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 9. Januar 1980 in Frankreich auf. Für das Gespräch mit Staatspräsident Giscard d'Estaing vgl. AAPD 1980.

14 Vgl. den Artikel von Helmut Schmidt „Le 1er septembre 1939"; LE FIGARO vom 1. September 1979, S. 1 und 3.

15 Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich am 29. Oktober 1979 in Berlin (West) auf. Vgl. dazu Dok. 330.

16 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich hervorgehoben.

17 Vgl. dazu die Beschlüsse des Europäischen Rats am 12./13. März 1979 in Paris bzw. am 21./22. Juni 1979 in Straßburg zur Energiepolitik; Dok. 83 bzw. Dok. 190.

Giscard: Präzise Zahlen, die den Einfluß der gestiegenen Energiepreise widerspiegeln, liegen noch nicht vor. Er weist auf das Treffen der sieben Energieminister Ende September[18] hin.

Bundeskanzler begrüßt Treffen, äußert aber die Sorge, daß sich die kleineren EG-Staaten übergangen fühlen könnten, da der EG-Energierat erst nach dem Pariser Treffen der Sieben anberaumt ist.

Giscard war von einem vorherigen Treffen der EG-Energieminister ausgegangen. Er wird sich bei der irischen Präsidentschaft[19] für ein Treffen der EG-Energieminister vor dem 26. September 1979 einsetzen.[20]

Trauerfeierlichkeiten für Lord Mountbatten[21]

Giscard beabsichtigt, den Verteidigungs-[22] oder Justizminister[23] zu entsenden. Er fragt, wen die Bundesrepublik Deutschland entsendet, und würdigt die Persönlichkeit Mountbattens.

Bundeskanzler meint, daß die Frage für Frankreich als einem Alliierten des Zweiten Weltkriegs wohl noch drängender ist. Er wird aber die Angelegenheit aufnehmen und dafür sorgen, daß wir in angemessener Weise vertreten sind.

Britische Regierung

Giscard meint auf Frage des Bundeskanzlers, daß PM Thatcher ein großes Risiko eingeht. Angesichts der Preissteigerungen und der Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften läßt sich nicht sagen, ob sie es durchstehen wird. Aber in der Europapolitik bewegt sie sich in der richtigen Richtung (*BK*: sie wird fairer und sehr viel höflicher sein, aber nicht notwendigerweise einfacher).

18 Die für Energiefragen zuständigen Minister der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas und der USA trafen am 26. September 1979 in Paris zusammen. Ministerialdirektor Lautenschlager notierte am 28. September 1979, die Ergebnisse seien „aus deutscher Sicht positiv zu werten. Nach den kontroversen Diskussionen der letzten Wochen in den verschiedenen Gremien insbesondere über die Quantifizierung der in Tokio beschlossenen Einsparziele nahm die Konferenz einen überraschend harmonischen Verlauf und waren die Gipfelländer in der Lage, nach außen ein geschlossenes Bild zu zeigen." Die teilnehmenden EG-Mitgliedstaaten seien in der Lage gewesen, ein „nach nationalen Beiträgen aufgefächertes globales Ölimportziel der Gemeinschaft für 1985" vorzulegen. Vgl. Referat 412, Bd. 122423. Vgl. dazu ferner EUROPA-ARCHIV 1979, Z 192.

19 Irland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

20 Die EG-Ratstagung auf der Ebene der für Energiefragen zuständigen Minister fand am 20. September 1979 in Brüssel statt. Botschafter Sigrist, EG (Brüssel), berichtete dazu am 21. September 1979: „Energierat diente in erster Linie der Vorbereitung des Nachfolgetreffens von Tokio am 26.9.79 in Paris. Das zentrale Thema war die Aufschlüsselung des gemeinschaftlichen Ölimportzieles für 1985 (472 Mio. t) nach M[itglied]S[taaten]. Eine abschließende Einigung hierüber wurde nicht erzielt. Dies soll ASTV in einer Sondersitzung am 25.9. erreichen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2936; Referat 412, Bd. 122423.

21 In der Presse wurde berichtet: „Die große Irische Nationale Befreiungsarmee (Inla), eine Splittergruppe des provisorischen Flügels der Irisch-Republikanischen Armee (IRA), hat sich in einem Telefonanruf an einen Dubliner Zeitungsverlag zu dem Anschlag auf Lord Louis Mountbatten (79) bekannt. [...] Lord Louis Mountbatten war gestern bei einer Explosion auf seinem Boot ums Leben gekommen. [...] Mountbatten, Urenkel Königin Victorias und Onkel von Prinz Philip, dem Ehemann von Königin Elizabeth II., hatte während des Zweiten Weltkrieges führende Positionen in der Royal Navy inne. Von 1943 bis 1946 war er Alliierter Oberbefehlshaber in Südostasien. Er war der letzte Vizekönig von Britisch-Indien und der erste Generalgouverneur des unabhängigen Indien." Vgl. den Artikel „IRA: Wir sprengten den Lord in die Luft"; DIE WELT vom 28. August 1979, S. 1.

22 Yvon Bourges.

23 Alain Peyrefitte.

Auf Fragen des Bundeskanzlers bewertet er das Ergebnis des Commonwealth-Treffens in Lusaka[24] positiv. PM Thatcher hat den Mut gehabt, ihre Meinung zu ändern und einen Gesichtsverlust zu riskieren. Wie der Bundeskanzler schreibt er Lord Carrington eine sehr positive Rolle zu.

Kuba

Giscard: Die Abhaltung einer Konferenz der Ungebundenen auf Kuba[25] ist eine Farce. Aber es besteht die Gefahr, daß sich die Mehrheit der Staaten von radikalen Ansichten beeindruckt zeigt.

Schlußbemerkungen

Bundeskanzler erläutert auf Fragen Giscards seine Entscheidung, sich nicht auf eine vorzeitige Eröffnung des Wahlkampfes[26], wie sie von Strauß mit sehr widersprüchlichen Erklärungen während des ganzen Sommers angestrebt wurde, einzulassen.

Er bittet, Madame Giscard und PM Barre Grüße zu übermitteln.

Giscard und *Bundeskanzler* vereinbaren, einander anzurufen, wenn es etwas Wesentliches zu besprechen gibt.

Referat 202, Bd. 113571

247

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Kronprinz Hassan in Amman

30. August 1979[1]

Unterredung BM mit Kronprinz Hassan, Jordanien, in Amman am 30.8.1979[2]

Kronprinz schildert eingangs, Hauptinteresse richte sich auf Folgen von Camp David[3]. CD sei erste Initiative in letzter Zeit gewesen. Heute stellte sich nicht mehr die Frage nach entweder/oder, sondern nach „entweder/und".

24 Vom 1. bis 7. August 1979 fand in Lusaka eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 234, Anm. 9.

25 Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt.

26 Am 5. Oktober 1980 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Hille, z. Z. Amman, am 31. August 1979 gefertigt, der handschriftlich vermerkte: „Hat BM vorgelegen."

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 29. bis 31. August 1979 in Jordanien auf. Vgl. dazu auch Dok. 244 und Dok. 245.

3 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

In einer Reihe von Ländern bestehe jetzt starkes Interesse am Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Er habe GS Waldheim getroffen, der von einem Consensus über eine Fact-finding-Mission in den besetzten Gebieten gesprochen habe, die u.a. auch über den völkerrechtlichen Aspekt von Jerusalem urteilen solle. Dies alles seien freilich nur Bausteine; zu den Kernfragen müsse man später vorstoßen.

Auf Frage *BM* nach Stellung der PLO meinte *Kronprinz*, das Kreisky-Treffen in Wien[4] habe erhebliche Verbesserungen der Moral in PLO und auch unter Bevölkerung der besetzten Gebiete zur Folge gehabt. Das Problem sei nun, wie man diese Gelegenheit nutzen solle. Die Young-Episode[5] zeige, daß man Dinge nicht überstürzen dürfe.

Ein erster Schritt könne der Abschluß der Autonomiegespräche[6] sein. Danach dürfte sich PLO bemühen, selbst ins Gespräch zu kommen. Schwierigkeit stelle dabei allerdings das breit angelegte Meinungsspektrum in Israel dar.

BM fragte nach Zeitplan der Autonomiegespräche.

Kronprinz: US-Sonderbotschafter Strauss habe schon viel von seinem anfänglichen Eifer verloren. Auch die jüdische Bevölkerung in USA habe an Sympathie für die US-Haltung in den Autonomiegesprächen eingebüßt. Die ägyptische Regierung sei sich ihrer Isolierung in der arabischen Welt bewußt geworden. Sie sei jedoch z.Zt. nicht imstande, der PLO entgegenzukommen, da sie erst den vollkommenen israelischen Rückzug vom Sinai erreichen wolle. Selbst PLO müsse anerkennen, was Ägypten erreicht habe, nämlich den schrittweisen Abzug der Israelis vom Sinai. Dies stehe in Kontrast zu der Entwicklung in den besetzten Gebieten. Der US-Wahlkampf[7] werde amerikanische Einflußmöglichkeiten auf Israel mindern, vgl. Südlibanon[8].

Im September werde VN-GV stattfinden[9] (Teilnahme König Hussein); dann sollte sich eine Art von arabischem Programm herausbilden. Gegen Ende 1979 werde die Lage auf der Westbank in ihrer Gefährlichkeit für die internationale

4 Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, der SPD-Vorsitzende Brandt und Bundeskanzler Kreisky trafen vom 6. bis 8. Juli 1979 in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 208, Anm. 10.

5 Zum Rücktritt des amerikanischen UNO-Botschafters Young vgl. Dok. 236, Anm. 37.

6 Botschaftsrätin I. Klasse Steffler, Tel Aviv, resümierte am 8. August 1979 die Ergebnisse der ägyptisch-israelischen Autonomiegespräche am 6./7. August 1979 in Haifa: „Autonomie-Runde schien am 6. festgefahren, vor allem, weil über Presse Bereitschaft Ägyptens zu Änderung von SR-Resolution 242 durchsickerte und ägyptische Delegation darauf bestand, Araber aus Ost-Jerusalem in Autonomierahmen einzubeziehen. Krise konnte durch Ausklammerung beider Probleme überwunden werden. [...] PM Khalil erklärte seinerseits am 7.8. vor Presse in Haifa, daß Ägypten keine Änderung von Resolution 242 anstrebe, sondern eine Initiative im Sicherheitsrat, durch die zwölf Jahre alte Resolution ergänzt werde. Ägypten werde jede Resolution unterstützen, die Chancen für umfassende Friedensregelung in N[ah]O[st] vergrößere. Gegenüber israelischer Ablehnung einer Beteiligung der PLO erklärte er, daß in Übereinstimmung mit CD-Abkommen Palästinenser, die an Autonomiegesprächen teilnehmen wollten, in ägyptische und jordanische Delegation eingeschlossen würden. Er machte klar, daß Ägypten keinerlei Pläne habe, Fortschritte im bilateralen Prozeß mit Israel von möglichen ‚ruptures' in Autonomiegesprächen abhängig zu machen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 963; Unterabteilung 31, Bd. 135597.

7 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

8 Zu den israelischen Militäroperationen gegen Ziele im Libanon vgl. Dok. 223, Anm. 9.

9 Die XXXIV. UNO-Generalversammlung fand vom 18. September 1979 bis 7. Januar 1980 statt.

Gemeinschaft klar werden. Eine internationale Konferenz komme z.Zt. nicht in Frage, da die SU die amerikanischen Erfolge nicht mitzutragen bereit sei.

Auf Frage *BM* nach Rolle, die Europa dabei spielen könne, ging *Kronprinz* zunächst auf wirtschaftliche Aspekte (Brandt-Kommission[10]) und Energieversorgung ein, betonte aber auch, daß politische Artikulation der Europäer erforderlich sei, die sich bisher nur an VN-Polizeiaktionen beteiligt hätten. Z.B. sei Bildung eines Komitees von Weisen durch EG denkbar. Das während US-Wahlen entstehende Vakuum könne dadurch gefüllt werden.

BM: In europäischen Ländern diskutiere man Frage, welche Haltung man zu PLO einnehmen solle. Sei es möglich, gemäßigte Kräfte in der PLO zu stärken, oder wäre das kontraproduzent?

Kronprinz: Die Gewaltaktionen erweisen sich nicht als wirkungsvoll, da sie massive israelische Gegenschläge auslösen. Die PLO sei noch sehr heterogen zusammengesetzt; die gemäßigten Kräfte befänden sich in schwieriger Lage. Vieles hänge davon ab, was man der PLO zu Einzelfragen anbieten könne. Dieser Prozeß benötige Zeit.

BM fragt, wie man Einheit des arabischen Lagers wiederherstellen und Isolierung Ägyptens überwinden könne.

Kronprinz erwidert, der eine Aspekt sei für Ägypten die wirtschaftlich-finanzielle Sicherheit; dabei gehe es um das bloße Überleben. Ein anderer Aspekt sei die selbstverursachte Isolierung. Die Fortsetzung der Autonomieverhandlungen werde für Ägypten durch die israelischen Militäraktionen erschwert. Ägypten werde seine Position noch einmal überdenken. Die Lage in Israel sei auch nicht statisch. Hoffnung auf politische Evolution in Jerusalem. Wunsch, daß ein solcher Prozeß für Ägypten nicht zu spät kommen wird.

BM: Unserer Meinung nach wirkt sich die Einstellung Israels stark auf die Lage Ägyptens aus. *Kronprinz* stimmt zu. *BM* fragt nach der Haltung der Westbank-Bevölkerung zu CD.

Kronprinz erwidert, zunächst habe gewisse Begeisterung für Sadats Initiative geherrscht; die israelischen Autonomievorstellungen hätten aber stark abkühlend gewirkt. Hierzu habe auch die demographische Entwicklung und die damit in Zusammenhang stehende Wirtschafts- und Sozialstruktur beigetragen. Arbeitslosigkeit sei weit verbreitet. Im letzten Jahr seien allein 20000 Menschen aus der Westbank nach Ostjordanien übergesiedelt. Israel sei sich der Notwendigkeit bewußt, diesem Zustand entgegenzuwirken.

BM stellte sodann Frage nach dem Einfluß der PLO auf der Westbank.

Kronprinz entgegnet, es sei schwierig, die Stimmung der Bevölkerung festzustellen. Grundbesitzer und freie Berufe neigten etwas zur Kollaboration. Erstaunlicherweise gebe es auch auf kommunistischer Seite Kontaktbestrebungen. So habe er in Moskau eine Aufschrift gelesen: „Die israelische KP grüßt die jordanische KP." In Jordanien gebe es eine kommunistische Splittergruppe. Das Meinungsbild auf der Westbank sei aufgesplittert (balkanisiert).

BM kommt auf Haltung und Einfluß der SU im Nahost-Konflikt zu sprechen.

10 Zur Tätigkeit der Nord-Süd-Kommission vgl. Dok. 92, Anm. 47.

Kronprinz erwidert, die SU dürfte daran interessiert sein, Anarchie zu verhüten; denn schließlich wolle sie vom Erdöl des Mittleren Ostens profitieren. Andererseits müsse sie kommunistische Orthodoxie exportieren. Dies führe zu einer gespaltenen Loyalität (vgl. Iran, Afghanistan).

Abschließend wurde die Entwicklung im Iran erörtert. Kronprinz bezeichnet Lage als alarmierend. Man wisse nicht, wer das Land kontrolliere. Im Anschluß an islamisches Symposium in Amman[11] habe man eine Delegation zu Khomeini geschickt, die er reserviert aufgenommen habe. Andererseits habe er von der Ausbreitung der islamischen Revolution geschwärmt. Man frage sich, ob religiöse Führer überhaupt Qualifikation zur Führung eines modernen Staates hätten. Dazu kämen die Probleme ethnischer Minderheiten (Kurden). Man mache sich Sorgen um die ganze Region.

Auf Frage des *BM* nach den iranischen Streitkräften erwidert *Kronprinz*, nicht alle Armeen seien gleich ruhmreich. Es sei ein Fehler gewesen, daß die iranische Armee sich ausschließlich dem Schah[12] verpflichtet gefühlt habe und ihr darüber hinaus eine geistige Motivation fehlte. Mit dem Sturz des Schahs[13] sei daher auch die Armee zerfallen.

BM weist in diesem Zusammenhang auf den großen Eindruck hin, den ihm Besuch des Martyrs Monument in Amman vermittelt habe, in dem Identifikation der Armee mit dem Staat dargestellt werde.

Kronprinz erwiderte, dies sei zutreffend und entspreche der jordanischen Geschichte. Jordanien werde häufig als „an army on the move" bezeichnet.

Im Anschluß an die Unterredung fand eine Vorführung der auf Weisung des Kronprinzen erstellten Tonbildschau über die Lage im besetzten Gebiet statt. In dem gesprochenen Text wurde an einer Stelle auf deutsche Beteiligung an israelischen Baumaßnahmen im weiteren Bereich Jerusalems hingewiesen. Einzelheiten dazu konnten nicht in Erfahrung gebracht werden. Der Kronprinz stellte weitere Unterrichtung über deutsche Botschaft Amman in Aussicht.

Referat 010, Bd. 178813

11 Vom 23. bis 26. Juni 1979 fand in Amman ein islamisches „World Symposion on Ascension" statt, an dem „150 islamische Persönlichkeiten aus 25 Ländern" teilnahmen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 255 des Botschaftsrats Schürmann, Amman, vom 25. Juni 1979; Unterabteilung 31, Bd. 135616.

12 Mohammed Reza Pahlevi.

13 Schah Reza Pahlevi verließ am 16. Januar 1979 den Iran. Vgl. dazu Dok. 5, Anm. 7.

248

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.80-1370/79 VS-vertraulich **30. August 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung und Weiterleitung an das Bundeskanzleramt vorgelegt

Betr.: SALT III
hier: Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an den Verhandlungen

Bezug: Schreiben des Bundeskanzleramtes vom 14.8.1979
– 212-37850 – Sa 8/25/79 VS-vertr.[3]

I. Sowjetische Haltung zur Frage der Teilnahme an SALT III

Zur Beurteilung sowjetischer Äußerungen, die einen größeren Teilnehmerkreis für SALT III als wünschenswert bezeichnen, kann auf folgendes hingewiesen werden:

1) Die uns bekannten öffentlichen Äußerungen der Sowjetunion hinsichtlich eines größeren Teilnehmerkreises beziehen sich auf die mögliche Teilnahme aller Nuklearwaffenstaaten. Dies entspricht der sowjetischen Haltung, den Statusunterschied zwischen Nuklearwaffen- und Nichtnuklearwaffenstaaten eindeutig zu respektieren.

2) In laufenden Rüstungskontrollverhandlungen wie z.B. den Verhandlungen über einen comprehensive test ban in Genf[4] spielt die sowjetische Forderung, daß alle Nuklearstaaten teilnehmen sollen, eine wichtige Rolle. In der Weigerung Chinas und Frankreichs, an diesen Verhandlungen teilzunehmen, liegt eine der Hauptschwierigkeiten dieser Verhandlungen.

3) Solange Frankreich und China eindeutig Verhandlungen über ihr Nuklearwaffenpotential ausschließen, kann eine Forderung auf Teilnahme aller Nuklearstaaten von der SU genutzt werden, um den Verhandlungsbeginn oder Verhandlungsergebnisse hinauszuzögern, ohne selbst die Verantwortung dafür übernehmen zu müssen.

4) Seit einigen Wochen verstärkt sich die sowjetische Kampagne gegen die Dislozierung amerikanischer LRTNF. Dabei ist die Bundesrepublik Deutschland

[1] Die Aufzeichnung wurde von Botschafter Ruth, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron und Vortragendem Legationsrat Roßbach konzipiert.

[2] Hat Staatssekretär Hermes am 4. September 1979 vorgelegen.

[3] Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, teilte Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 14. August 1979 mit, Bundeskanzler Schmidt habe „bei seinen Gesprächen in Moskau mit Kossygin und Gromyko den Eindruck gewonnen, daß die östliche Seite einen größeren Teilnehmerkreis für SALT III wünscht, möglicherweise unter Einschluß auch nicht-nuklearer Staaten wie der Bundesrepublik. Auch in den USA sind entsprechende Stimmen laut geworden. Der Bundeskanzler bittet deshalb um eine Analyse zur Frage der SALT-III-Teilnahme." Vgl. VS-Bd. 543 (014); B 150, Aktenkopien 1979.

[4] Zu den Verhandlungen über ein umfassendes Teststopp-Abkommen (CTB) vgl. Dok. 121, Anm. 11.

der in Europa hauptsächliche Angriffspunkt der sowjetischen Polemik. Eines der sowjetischen Argumente ist, daß die Stationierung neuer nuklearer Waffen in der Bundesrepublik Deutschland einen weiteren Schritt in Richtung auf Nuklearisierung bedeutet. Die Sowjetunion könnte die selektive Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in Verhandlungen über ausschließlich nukleare Themen als Ausdruck einer zunehmend nuklearen Rolle werten und mit Hinweis auf dieses Argument möglicherweise fordern.

II. Haltung der Nuklearstaaten zur Teilnehmerfrage

1) China hat bisher keine Bereitschaft gezeigt, sich an Verhandlungen über nukleare Themen zu beteiligen.

2) Frankreich hat klargestellt, daß es nicht die Absicht hat, sich an SALT III zu beteiligen. Seine Ablehnung der Beteiligung an SALT-III-Verhandlungen geht so weit, daß es selbst die Mitarbeit in der Special Group der NATO zur Vorbereitung einer Rüstungskontrollposition verweigerte.

3) Großbritannien hält bisher die Beibehaltung des bilateralen Rahmens von SALT III für zweckmäßig. Es hat sich allerdings eine direkte Teilnahme vorbehalten für den Fall, daß eine britische Regierung einer Einbeziehung britischer Systeme in die Verhandlungen zustimmen würde.

4) Die Vereinigten Staaten haben sich für die Fortsetzung von SALT im bilateralen Rahmen ausgesprochen, und zwar u.a. mit Rücksicht auf die Tatsache, daß die nuklearen Bündnispartner keine Verhandlungen über ihre Nuklearsysteme wünschen.

Sie haben zusätzlich ihre Präferenz für die Verhandlung von TNF in diesem Rahmen unterstrichen mit Rücksicht auf die strategische Koppelung zwischen interkontinentalstrategischen und kontinentalstrategischen Systemen, die durch den gemeinsamen Verhandlungsrahmen hervorgehoben wird.

III. Unsere Interessenlage

1) Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Nuklearwaffenstaat. Sie wird auch durch die Stationierung amerikanischer Nuklearwaffen und durch die nukleare Teilhabe nicht zu einem solchen.

2) Die Bundesrepublik Deutschland hat ein vitales Interesse daran, daß die strategische Einheit des Bündnisses und die Koppelung aller Elemente der Triade durch die Anlage von Rüstungskontrollverhandlungen nicht in Frage gestellt werden. Isolierte Verhandlungen über „eurostrategische Systeme" außerhalb des auch interkontinentalstrategische Systeme behandelnden bilateralen Rahmens von SALT III würden der Abkoppelung Vorschub leisten.

3) Eine selektive Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an Verhandlungen der Nuklearmächte über die Begrenzung nuklearer Waffen könnte die Bundesrepublik Deutschland im Bündnis in eine singuläre Rolle bringen, eine Rolle, die wir bei der LRTNF-Entscheidung als inakzeptabel bezeichnet haben.

4) Die Interessen der Bundesrepublik Deutschland bei der Vorbereitung von Verhandlungspositionen und bei der Verhandlungsführung werden, solange es sich nicht um eindeutig multilaterale Verhandlungen handelt, durch die Schaffung geeigneter Konsultationsmechanismen im Bündnis wahrgenommen werden müssen. Dies würde dem Mitspracherecht der Bundesrepublik Deutschland an der nuklearen Planung der NATO entsprechen.

5) Das Gewicht der Bundesrepublik Deutschland in den Konsultationsgremien des Bündnisses muß dem politischen und militärischen Gewicht der Bundesrepublik Deutschland im Bündnis entsprechen. Dabei kommt naturgemäß auch die Rolle der Bundesrepublik Deutschland im Verteidigungs- und Abschreckungsspektrum des Bündnisses insgesamt zum Tragen.

6) Wenn es in SALT III zu Verhandlungen über die Begrenzung von LRTNF kommt, werden die Bündnispartner, die sich an der LRTNF-Modernisierung und -Dislozierung beteiligen, naturgemäß im Bündnisrahmen ein besonderes Mitspracherecht bei der Entwicklung und Implementierung von Verhandlungspositionen haben.

IV. Bisherige Allianzvorstellungen

1) In den Erörterungen der Special Group zur Vorbereitung einer SALT-III-Rüstungskontrollposition, die LRTNF einbezieht, besteht Einvernehmen darüber, daß

- SALT III in dem bilateralen sowjetisch-amerikanischen Rahmen fortgesetzt werden soll;
- ein Konsultationsgremium für SALT III geschaffen werden muß, das über die bisherige Konsultationspraxis hinausgeht. Die Special Group, bestehend aus Vertretern der Hauptstädte, wird als denkbares Modell für intensivierte Konsultationen angesehen.
- neben diesen intensivierten Konsultationen der NATO-Rat weiterhin als allgemeines Abstimmungsgremium seine Bedeutung behalten wird;
- ein separates Verhandlungsforum für LRTNF nicht im Interesse des Bündnisses liegen würde.

2) Die Modalitäten eines neuen Konsultationsgremiums des Bündnisses sind noch offen. Sie werden erst nach Abschluß der Arbeiten der Special Group, d. h. ab Oktober, ausgearbeitet werden können. Die Bundesrepublik Deutschland wird dazu wie bei Schaffung der Special Group ihren Beitrag leisten.

3) Die Frage, ob neben einem neuen Konsultationsgremium in Brüssel ein Abstimmungsmechanismus am Ort der Verhandlungen geschaffen werden sollte, ist noch offen. Hierzu werden wir nach Abwägung der Vor- und Nachteile Stellung nehmen.

4) Die Frage einer auf ganz Europa bezogenen Multilateralisierung wurde im Bündnis noch nicht geprüft. Sie stellt sich noch nicht im Zusammenhang mit der Fortsetzung von SALT III unter Einbeziehung der LRTNF. Sie wird jedoch im Zusammenhang mit dem französischen Vorschlag einer Europäischen Abrüstungskonferenz[5] eine Rolle spielen, weil der WP und neutrale Staaten gegenüber der französischen Regierung bereits klargemacht haben, daß sie eine Begrenzung auf konventionelle Waffen nicht für akzeptabel erachten. Eine solche Ausweitung wird jedoch mindestens vorläufig von Frankreich mit dem Argument abgelehnt, daß über Nuklearwaffen generell in Europa erst gesprochen werden sollte, wenn der Abbau der Nuklearwaffen der Großmächte weitere Fortschritte gemacht habe und die eklatanten Ungleichheiten zwischen den einzelnen Nuklearstaaten ausgeglichen seien.

[5] Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 3, Anm. 16.

V. Das Bundesministerium der Verteidigung hat mitgezeichnet.

i.V. gez. Ruth

VS-Bd. 543 (014)

249

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Khalil in Alexandria

VS-NfD **31. August 1979**[1]

Erstes Gespräch Bundesminister/MP Khalil in Alexandria am 31.8.1979, 18.30 bis 20.00 Uhr[2]

Der *Bundesminister* übermittelt Grüße des Bundeskanzlers und bittet Ministerpräsident Khalil, ihm seine Einschätzung der deutsch-ägyptischen Beziehungen und der Entwicklung im Nahen Osten darzulegen. Die Bundesrepublik Deutschland nehme regen Anteil an der Entwicklung in dieser Region, deren direkte Nachbarn die Bundesrepublik Deutschland und ihre EG-Partner seien.

Khalil begrüßt lebhaft die Anstrengungen der Bundesregierung, bei der Lösung der Mittelost-Probleme mitzuhelfen. Ägypten sei sehr froh darüber, daß sich die Bundesrepublik Deutschland schließlich entschlossen habe, eine aktive und führende Rolle der Förderung der Bemühungen um eine umfassende Friedenslösung und vor allem um die Verwirklichung der legitimen Rechte der Palästinenser zu spielen. Ägypten kenne die Resolutionen der EG[3] und die Bemühungen der Bundesregierung, diese zustande zu bringen.

Ägypten glaube, daß das Camp-David-Abkommen[4] ein Instrument zur Lösung der Mittelost-Probleme sein könne, und sehe den Friedensvertrag mit Israel als einen praktischen Schritt auf dem Wege zu einer umfassenden Lösung. Ägypten habe niemals daran gedacht, einen separaten Friedensvertrag abzuschließen. Nicht Resolutionen des Sicherheitsrats seien wichtig, sondern die Durch-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Behrends, Kairo, am 1. September 1979 in Alexandria gefertigt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten auf. Vgl. dazu auch Dok. 250.

3 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über den Nahen Osten vom 6. November 1973 vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 29 f.
Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats über den Nahen Osten vom 29. Juni 1977 vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 516 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 174.
Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten über den Nahen Osten vom 19. September 1978 vgl. BULLETIN DER EG 9/1978, S. 61 f.
Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten über den Nahen Osten vom 26. März 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 326.
Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über den Nahen Osten vom 18. Juni 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 765.

4 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

setzung dieser Resolutionen. Ohne praktische Schritte wie den Friedensvertrag mit Israel sei es sehr schwierig, Fortschritte auf dem Wege zu einer umfassenden Lösung zu erzielen. Resolutionen, bei denen die beteiligten Staaten nicht gleichzeitig die Verpflichtung akzeptierten, für ihre Durchsetzung zu sorgen, seien nutzlos.

Während der letzten Runde der Autonomieverhandlungen in Haifa Anfang August sei eine gefährliche Situation eingetreten.[5] Das israelische Kabinett habe einen „geheimen", aber bald in die Presse lancierten Beschluß gefaßt, den weiteren Rückzug aus dem Sinai und die weitere Beteiligung an den Autonomiegesprächen in Frage zu stellen, wenn der Sicherheitsrat eine neue Mittelostresolution verabschiedet.

Moshe Dayan versuche seit zwei Monaten, durch alarmistische öffentliche Erklärungen und durch ständige Beschuldigungen, daß Ägypten seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag verletzt, den Boden für einen Zusammenbruch der Verhandlungen zu bereiten. Beispiele:

- Dayan habe das Unvermögen des Sicherheitsrats, sich auf die Verlängerung des Mandats der VN-Streitkräfte im Sinai zu einigen[6], zu einer Vertragsverletzung hochgespielt, während Weizman Khalil gesagt habe, daß daraus keine Probleme für die Erfüllung des Vertrags entstehen müssen.
- Dayan vermische bewußt die Frage der Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und Ägypten mit der von Sadat und Begin im April vereinbarten Öffnung der Grenzen.[7] Nach dem Friedensvertrag sei Ägypten erst sechs Monate nach Abschluß der ersten Phase des israelischen Rückzugs aus dem Sinai verpflichtet, in Verhandlungen über die Normalisierung einzutreten. Unabhängig davon habe Ägypten zugestimmt, daß Israelis Visen für den Besuch Ägyptens erhalten. Er habe dabei klargestellt, daß vor einer Normalisierung der Beziehungen keine israelischen Flugzeuge in Ägypten und keine ägyptischen Flugzeuge in Israel landen können, weil sonst zahlreiche arabische Luftlinien Ägypten boykottieren würden. Dayan habe dafür Verständnis gezeigt. Dennoch versuche er ständig, israelische Touristen mit israelischen Flugzeugen nach Kairo zu senden, und behaupte, daß Ägypten seine Verpflichtungen verletzt, wenn es die Landeerlaubnis ablehne.
- Seit 1967 sorge das Rote Kreuz dafür, daß 4000 Studenten aus Gaza, die an ägyptischen Universitäten studieren, zwischen Gaza und Ägypten auf dem Landweg reisen können. Neuerdings verlange Dayan, daß diese Studententransporte nicht mehr durch das Rote Kreuz, sondern direkt zwischen Israel und Ägypten geregelt werden. Er habe Dayan gesagt, daß dies nicht in Frage komme, weil Ägypten damit die israelische Souveränität über Gaza anerkennen würde.
- Ebenso sorge seit 1967 die UNESCO dafür, daß die ägyptischen Examensaufgaben für Schüler der höheren Schulen in Gaza nach Gaza gebracht und zur Korrektur nach Ägypten zurückgeschickt werden. Dayan habe angeordnet, daß die UNESCO ihre Tätigkeit einstellt, und habe direkte Regelungen

[5] Zum Stand der Autonomiegespräche vgl. Dok. 247, Anm. 6.
[6] Zur Nichtverlängerung des UNEF-Mandats durch den UNO-Sicherheitsrat vgl. Dok. 161, Anm. 8.
[7] Ministerpräsident Begin hielt sich am 2./3. April 1979 in Ägypten auf.

zwischen Israel und Ägypten verlangt. Israel habe schließlich den ägyptischen Vorschlag akzeptiert, daß der (arabische) Bürgermeister von Gaza[8] persönlich an der Grenze bei El Arish die Examensaufgaben in Empfang nimmt und wieder abliefert.

– Dayan habe Ägypten der Verletzung der Rüstungskontrollbestimmungen für den Sinai[9] beschuldigt, weil Ägypten anläßlich des Besuchs Begins in El Arish[10] auf dem dortigen Flugplatz ein Radargerät aufgestellt und die Sicherheitspolizei von 200 auf 800 Mann verstärkt habe. Weizman habe Khalil gesagt, daß auch Israel aus zwingenden praktischen Notwendigkeiten heraus viermal seine Vertragsverpflichtungen verletzt habe.

In dieser kritischen Situation habe Präsident Sadat ihn beauftragt, Präsident Carter aufzusuchen. Da Carter sich auf einem Mississippi-Boot befand und ihn nicht sehen konnte oder wollte, sei der Besuch auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden. Auf ägyptische Bitte sei dann Robert Strauss vor der Diskussion der neuen Resolution im Sicherheitsrat nach Ägypten gekommen.[11] Er habe Strauss gesagt, daß sowohl der Zeitpunkt wie der Inhalt der amerikanischen Vorschläge verfehlt seien. Ehe eine Resolution über die Rechte der Palästinenser verabschiedet würde, müsse zunächst die PLO gewisse Schritte unternehmen.

Er habe Strauss gefragt, ob die Vereinigten Staaten bezüglich der Resolution Verpflichtungen gegenüber Saudi-Arabien eingegangen seien. Strauss habe dies bestritten. Er habe im übrigen weder einen Textentwurf mitgebracht noch präzise Angaben über den Inhalt der von den Vereinigten Staaten angestrebten Resolution oder darüber machen können, worin sie sich von den von Kuwait und Senegal eingebrachten Entwürfen unterscheidet.[12]

Khalil berichtete sodann über den Stand der Autonomieverhandlungen. Die Arbeitsgruppe über Wahlverfahren habe sich auf eine Liste der zu regelnden Probleme geeinigt. In diesem Zusammenhang berichtete Khalil im einzelnen über den Hintergrund der israelischen Vorwürfe, Khalil habe sich für eine Modifizierung der SR 242[13] durch den Sicherheitsrat eingesetzt. Er habe dieses Mißverständnis schließlich ausräumen können. Er berichtete ferner, daß Ägypten vorgeschlagen habe, für die Bevölkerung Ost-Jerusalems einen Wahlkreis vorzusehen. Die andere Arbeitsgruppe über die Befugnisse und Kompetenzen des autonomen palästinensischen Rats habe bisher keinerlei Ergebnisse erzielen können. Israel sehe die in Camp David vereinbarte „volle Autonomie" als eine reine Verwaltungsautonomie. Nach ägyptischer Ansicht müsse der autonome palästinensische Rat richterliche, administrative und legislative Kompe-

8 Rashad al-Shawa.

9 Zum „Sinai-Abkommen" vom 4. September 1975 vgl. Dok. 244, Anm. 9.

10 Ministerpräsident Begin und Präsident Sadat trafen am 27. Mai 1979 in El Arish und Beersheba zusammen.

11 Der amerikanische Sonderbotschafter für den Nahen Osten, Strauss, hielt sich vom 16. bis 20. August 1979 in Ägypten und Israel auf. Vgl. dazu Dok. 241, Anm. 18.

12 Zum kuwaitischen Entwurf für eine Änderung der Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vgl. Dok. 223, Anm. 12.
Zum senegalesischen Entwurf für eine Änderung der Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vgl. Dok. 240, Anm. 23.

13 Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 20.

tenzen haben. Die israelische Militärregierung für die besetzten Gebiete müsse aufgelöst werden. Der israelischen Regierung solle die Kompetenz für Streitkräfte und Außenpolitik verbleiben. Keinesfalls könne Ägypten den israelischen Anspruch, Souveränität über die besetzten Gebiete auszuüben, akzeptieren.

Bundesminister stellte die Frage, ob Khalil seine Ansicht teile, daß Begin die Frage der israelischen Präsenz in der Westbank als ideologisches Problem, Dayan und Weizman dagegen als Problem der militärischen Sicherheit Israels sähen.

Khalil stimmte zu, dies gelte besonders für Weizman.

Khalil betonte, daß Ägypten die gegenwärtigen Autonomieverhandlungen unter der Voraussetzung fortsetzen werde, daß Israel sich aus allen besetzten Gebieten zurückziehen müsse, daß es die Siedlungspolitik[14] einstelle und daß Israel territoriale Fragen nicht mit Sicherheitsfragen und ideologischen Gesichtspunkten vermengen dürfe. Religiös und nationalistisch bestimmte Politiker wie Tamir, Nassim und Burg seien der Ansicht, daß Israel das Recht habe, als Preis für die Aufgabe des Sinai die Westbank zu behalten. Zu dieser Auffassung führe keine Brücke. Die Israelis seien sehr schwierige Verhandlungspartner. Bei den Verhandlungen über den Friedensvertrag hätten sie jedoch letzten Endes akzeptable Lösungen für die interpretativen Fußnoten und den Briefwechsel akzeptiert. Ägypten sei daher entschlossen, die Verhandlungen fortzusetzen. Es sei allerdings notwendig, die Verhandlungen für die Palästinenser attraktiv zu machen. Sie würden nur dann dazu bewogen werden können, an den Verhandlungen über Autonomie teilzunehmen, wenn sie sicher seien, daß sie zu einem späteren Zeitpunkt das Recht auf Selbstbestimmung verwirklichen können.

Zur Haltung anderer arabischer Staaten führte Khalil folgendes aus:

König Hussein werde unter keinen Umständen dazu bewogen werden können, an den Verhandlungen teilzunehmen. Jordanien habe offene Grenzen zu Israel und lebe in Frieden und Wohlstand. Hussein wolle Jordanien nicht mit den Problemen der Palästinenser belasten. Er wisse, daß Israel unter keinen Umständen bereit sei, einen selbständigen palästinensischen Staat zu dulden, und allenfalls eine Verbindung der Westbank mit Jordanien akzeptieren könne. Hussein glaube, daß er dann, wenn diese Situation eingetreten sei, seine Bedingungen diktieren könne. Vorher werde er sich nicht bewegen.

Die gegen Ägypten gerichteten Beschlüsse der Bagdader Konferenz[15] seien hauptsächlich vom Irak, nicht von Syrien oder Libyen betrieben worden. Irak habe, ähnlich wie Sadat vor einigen Jahren, die sowjetischen Berater ausgewiesen, die extreme Linke unter Kontrolle gebracht und sein Image zu verbessern gewußt.[16] Irak strebe als Endziel die Führungsrolle im Golf an. Als Irak die Bagdader Gipfelkonferenz[17] einberufen habe, sei die Situation im Iran sehr

14 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 161, Anm. 21.

15 Zur Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad vgl. Dok. 91, Anm. 9.

16 Zu den Beziehungen zwischen dem Irak und der UdSSR vgl. Dok. 203, Anm. 6.

17 Vom 2. bis 5. November 1978 fand in Bagdad eine Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.

unklar gewesen. Südjemen habe einen militärischen Angriff auf Nordjemen begonnen.[18] Nordjemen habe Ägypten um Hilfe und Waffenlieferungen gebeten. Nach ägyptischer Auffassung könnten Nordjemen und Oman sich leicht gegen das kleine Südjemen behaupten, wenn sie ausreichend Waffen erhielten, um sich zu verteidigen. Die Vereinigten Staaten hätten damals Saudi-Arabien gebeten, Rüstungslieferungen nach Nordjemen zu finanzieren. Saudi-Arabien habe dies abgelehnt, weil es Südjemen nicht habe provozieren wollen. Es habe statt dessen Irak gebeten, eine friedliche Lösung des Jemen-Konflikts zu erreichen, und sich dadurch Irak verpflichtet. Dies habe Saudi-Arabien und die Golfstaaten in die Opposition gegen Ägypten hineingetrieben. Im übrigen seien sie durch massive Drohungen der PLO, Ölförderungseinrichtungen zu sabotieren und den Krieg „in die Schlafzimmer der Prinzen" zu tragen, eingeschüchtert worden.

Saudi-Arabien habe sich darüber beschwert, von Ägypten nicht konsultiert worden zu sein. Nach der schlechten Erfahrung mit der Konsultation von Präsident Assad vor Präsident Sadats Reise nach Jerusalem[19] sei jedoch Präsident Sadat der Ansicht gewesen, daß eine solche Konsultation entweder die Beziehungen zu anderen arabischen Staaten gefährdet hätte, wenn Ägypten deren Rat nicht hätte folgen können, oder diese in Verlegenheit gebracht hätte. Die ägyptische Reaktion auf die Bagdader Beschlüsse sei sehr milde gewesen. Ägypten habe keine Gegenmaßnahmen gegen die Bagdader Staaten ergriffen und bezüglich der Arabischen Liga nur den Status quo gesichert.

Auf die Frage des *Bundesministers* nach den Beziehungen Ägyptens zur PLO führte *Khalil* aus, er habe eine Art direkten Kontakt zur PLO, der sich in der Situation der Besetzung der ägyptischen Botschaft in Ankara durch die Palästinenser[20] bewährt habe. Ecevit habe ihn damals um Zustimmung gebeten, die Botschaft zu stürmen. Er habe dies abgelehnt und das Problem im direkten Kontakt mit der PLO ohne Gewaltanwendung geregelt. Er habe einem Emissär der PLO angedroht, daß er den in Ägypten lebenden 40000 Palästinensern ihre Privilegien entziehen würde, wenn die PLO nicht dafür Sorge trage, daß die Botschaft in Ankara geräumt werde. Diese Palästinenser hätten erhebliche wirtschaftliche und Steuer-Privilegien und erhielten Stipendien zum Studium an ägyptischen Universitäten. Arafats Bruder und seine Frau lebten in Ägypten. Beim kürzlichen Autounfall des Bruders habe Frau Sadat dafür gesorgt, daß er die beste ärztliche Behandlung erhielt.

Er habe der PLO vorgeschlagen, nacheinander folgende Schritte zu tun:

18 Zum Konflikt zwischen der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) vgl. Dok. 60, Anm. 32.

19 Präsident Sadat hielt sich vom 19. bis 21. November 1977 in Israel auf.

20 In der Presse wurde berichtet: „Ohne weiteres Blutvergießen ist am Sonntag die Besetzung der ägyptischen Botschaft in Ankara beendet worden. Die vier palästinensischen Terroristen, die das Gebäude am Freitag gestürmt hatten, ließen ihre letzten Geiseln am Sonntagmorgen frei und ergaben sich den türkischen Sicherheitsbehörden. Im Verlauf der Besetzung waren zwei türkische Sicherheitsbeamte und ein Angehöriger der ägyptischen Mission ums Leben gekommen. Die vier Terroristen hatten nach einer Verhandlungsrunde mit Vertretern der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) aufgegeben. Die PLO hatte sich von dem Vorgehen der Gruppe distanziert." Vgl. den Artikel „Geiselnehmer geben auf"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Juli 1979, S. 1.

1) Die PLO sollte erklären, daß sie terroristische Aktionen in Israel und Libanon einstellen werde. Eine solche Erklärung werde klarstellen, daß die PLO nicht mehr eine terroristische, sondern eine politische Organisation sei, und die PLO damit als Gesprächspartner akzeptabel mache. Sie werde Israel erschweren, den Boykott der PLO zu fordern, und es Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland und Österreich erleichtern, in Verbindung zur PLO zu treten. Sie werde den Druck der jüdischen Lobby auf Carter vermindern. Die terroristischen Aktionen der PLO hätten der PLO nur geschadet. Leider habe der PLO-Rat auf seiner Sitzung in Damaskus, die nach dem Gespräch Arafats mit Kreisky stattgefunden habe[21], sich nicht zu einer solchen Erklärung entschließen können.[22]

2) Einige Monate nach dieser Erklärung und unter der Voraussetzung, daß die PLO ihre Auswirkungen positiv beurteile, sollte die PLO erklären, daß sie bereit sei, Israel als einen Staat in den Grenzen vom 4. Juni 1967 anzuerkennen[23], falls Israel das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung anerkenne. Dieser Schritt sei für die PLO nicht leicht. Er werde jedoch die Position Israels und deren Glaubwürdigkeit schwächen.

3) Die PLO müsse schließlich erkennen, daß die Anerkennung der PLO als einzige Vertretung aller Palästinenser nicht das zu lösende Problem sei. Das Problem sei, die Integrität der Westbank und Gazas zu wahren, Israel zum Rückzug aus den besetzten Gebieten zu veranlassen und den dort lebenden Palästinensern das Recht auf Selbstbestimmung zu sichern. Das Problem sei ferner, die Errichtung neuer Siedlungen durch Israel zu verhindern. Die PLO sei nicht homogen und reflektiere in sich die Spannungen innerhalb der arabischen Staaten. Arafat sei daher nicht in der Lage, die PLO zu führen. Der PLO sei es nicht möglich, eine Verhandlungsdelegation zu bilden, die Regelungen akzeptieren könne. Den Interessen der Palästinenser sei besser gedient, wenn die Bewohner der Westbank und Gazas durch ihre Vertreter, auch wenn sie Anhänger der PLO seien, in den Verhandlungen vertreten seien.

Auf die Frage des *Bundesministers*, ob solche Vertreter gefunden werden könnten, antwortete *Khalil*: „Nur wenn die PLO grünes Licht gibt."

21 Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, der SPD-Vorsitzende Brandt und Bundeskanzler Kreisky trafen vom 6. bis 8. Juli 1979 in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 208, Anm. 10.

22 Botschafter Peckert, Damaskus, legte am 16. August 1979 zur Tagung des Palästinensischen Zentralrats am 11./12. August 1979 in Damaskus dar, daß der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, in seinem Rechenschaftsbericht auf sein Treffen mit dem SPD-Vorsitzenden Brandt und Bundeskanzler Kreisky vom 6. bis 8. Juli 1979 in Wien eingegangen sei und ausgeführt habe, „daß das Wiener Treffen von den hierzulande für alles schuldigen Amerikanern arrangiert gewesen sein könne, um die PLO zu spalten und sie über solche Kontakte in die Camp-David-Folgeverhandlungen einzubeziehen. Arafat kam damit seinen radikalen Kritikern einen großen Schritt entgegen und gab zu erkennen, daß die von ihm in Wien eingenommene gemäßigte Position von der Mehrheit der PLO derzeit nicht getragen wird. In dieselbe Richtung weist die Haltung des Zentralrats, der, ohne Kontakt mit den USA und Europa auszuschließen, nunmehr glaubt, seine dafür erforderlichen Bedingungen, nämlich Anerkennung der PLO und Anerkennung des Rechts auf einen palästinensischen Staat, dekretieren zu können. Auf Veranlassung des Zentralrats wird der PLO-Sprecher Abu Meisar in die Sowjetunion reisen, um ein der Ausgewogenheit der Außenbeziehungen der PLO dienendes Gespräch Arafats mit der Moskauer Führung vorzubereiten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 628; Referat 310, Bd. 119889.

23 Zum arabisch-israelischen Krieg vom 5. bis 10. Juni 1967 („Sechs-Tage-Krieg") vgl. Dok. 123, Anm. 11.

Khalil erklärte weiter, es sei verfrüht zu fordern, daß die geflüchteten Palästinenser das Recht auf Rückkehr haben, oder von einem palästinensischen Staat zu sprechen. Solche Forderungen machten es unmöglich, Fortschritte zu erzielen.

Der *Bundesminister* führte aus, er habe auf seiner Mittelostreise[24] stets gesagt, daß die Bundesrepublik Deutschland für das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung eintritt, daß dies auch das Recht auf ein Heimatland einschließt, daß es jedoch nicht unsere Sache sei, in welcher Weise die Palästinenser ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben wollen oder von wem sie vertreten sein wollen.

Khalil drückte durch Kopfnicken und Gesten seine Befriedigung über diese Formel aus.

Der *Bundesminister* verwies darauf, daß Khalil von seinen Kontakten mit der PLO gesprochen habe. Er stellte die Frage, welchen Rat er für deutsche Kontakte zur PLO geben würde.

Khalil antwortete, er habe in einer Botschaft an Kreisky vor dessen Treffen mit Arafat ausgeführt, daß dieses Treffen das Image der PLO erheblich verbessern werde, daß dies aber nicht politisch fruchtbar sein werde, solange die PLO nicht bereit ist, terroristische Angriffe in Israel ohne Vorbedingungen einzustellen. Nachdem die Bundesrepublik Deutschland Goodwill gegenüber der PLO gezeigt habe, sollte sie versuchen, die PLO zu einer solchen Einstellung terroristischer Aktionen zu bewegen.

Auf die Frage des *Bundesministers*, ob die PLO sich öffentlich erklären sollte, den Terrorismus aufzugeben, antwortete *Khalil*, dies sei nicht unbedingt notwendig. Auch die notwendige zweite Maßnahme der PLO, die Erklärung ihrer Bereitschaft zur Anerkennung Israels, könne auf geheimem Wege erfolgen.

Khalil betonte erneut, daß es notwendig sei, die Palästinenser in der Westbank und Gaza an die Autonomiegespräche heranzuführen, und daß dieses nur möglich sei, wenn die PLO grünes Licht gebe.

Bundesminister äußerte Skepsis, daß die PLO dazu bereit sei.

Khalil antwortete, wenn man Erklärungen von PLO-Führern sorgfältig lese, erkenne man, daß die PLO sich mit der Existenz Israels abgefunden habe.

Bundesminister: Sie tolerieren Israel, aber sind nicht bereit, es anzuerkennen.

Khalil: Die PLO zögert, diesen Schritt zu tun, weil sie mit Recht befürchtet, daß Israel seine Gegenleistung, die Anerkennung des Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung und die Anerkennung der PLO, nicht erbringen wird.

Bundesminister führte aus, er erwähne in seinen Reden niemals die PLO, sondern betone, daß es Sache der Palästinenser sei zu entscheiden, durch wen sie vertreten sein wollen.

24 Bundesminister Genscher hielt sich am 23./24. Juni 1979 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu Dok. 186, Dok. 187 und Dok. 189.
Genscher besuchte vom 4. bis 6. Juli 1979 den Irak. Vgl. dazu Dok. 201 und Dok. 203.
Genscher hielt sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien, am 28. August im Libanon und vom 29. bis 31. August in Jordanien auf. Vgl. dazu Dok. 240–245 und Dok. 247.

Khalil sagte abschließend, er habe dem Bundesminister die wirkliche Position Ägyptens klargestellt, nicht die gemäß taktischen Notwendigkeiten vertretene öffentliche Position.

Bundesminister dankte Khalil für die offene und sehr interessante Darstellung der politischen Ziele Ägyptens.

Referat 010, Bd. 178813

250

Botschafter Behrends, Kairo, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 1633
Citissime nachts

Aufgabe: 2. September 1979, 21.45 Uhr[1]
Ankunft: 2. September 1979, 22.30 Uhr

Betr.: Besuch BM in Ägypten[2]

Nachstehend folgt Aufzeichnung über Gespräch BM/Präsident Sadat in Maamoura am 1.9.1979, 11.00 bis 12.30 Uhr.

Bundesminister übermittelte die herzlichen Grüße des Bundespräsidenten und Bundeskanzlers und betonte das starke Interesse der Bundesregierung an den Vorgängen im Mittleren Osten.

Er bat Präsident Sadat um seine Einschätzung der Lage im Nahen Osten, um eine Vorausschau seines bevorstehenden Besuchs in Haifa[3] und um seine An-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 3. September 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Ministerbüro verfügte.
Hat Legationsrat I. Klasse Petersmann am 3. September 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten auf. Vgl. dazu auch Dok. 249.

3 Präsident Sadat traf vom 4. bis 6. September 1979 in Haifa mit Ministerpräsident Begin zusammen. Botschaftsrätin I. Klasse Steffler, Tel Aviv, führte dazu am 6. September 1979 aus: „Sadat-Begin-Gespräche vom 4. bis 6.9. haben erwartetes Ergebnis gebracht: Festigung gegenseitigen Vertrauens, Einigung in Randproblemen, doch kein Durchbruch für Autonomieverhandlungen. 1) Überwachung weiteren israelischen Rückzugs und ägyptischen Truppeneinsatzes im Sinai soll bis zur Klärung VN-Einsatzes mit Amerikanern im Prinzip bilateral geregelt werden, Einzelheiten bleiben Verhandlungen gemischter Militärkommission vorbehalten. 2) Prinzipielle Einigung über Israel von Ägypten zu liefernde Ölmenge (2 Mio. t) nach Rückgabe Alma-Ölfelder. Einzelheiten (besonders Preis) sollen nach Verhandlungen zuständiger Minister geklärt werden. 3) Israel wird St.-Katharina-Gebiet vor 19. November zurückgeben. Touristenverkehr nach St. Katharina von Israel aus soll per Luft und zu Lande unverändert durchgeführt werden. 4) Bei Autonomiefragen (und Jerusalem) Fortbestehen des Dissens': Sadat bestand auf ‚full autonomy as agreed upon in the Camp David agreements' einschließlich Jerusalem, Begin auf bekannter Position, C[amp]D[avid]-Abkommen buchstabengetreu durchführen zu wollen. Jerusalem aber sei unteilbare Hauptstadt Israels, allen Religionen werde ungehinderter Zugang zu ihren Heiligtümern garantiert, die sie auch selbst verwalten könnten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1087; Unterabteilung 31, Bd. 135597.
Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 11. September 1979, Präsident Sadat habe den amerikanischen Sonderbotschafter für den Nahen Osten, Strauss, „ausführlich über den Ge-

sicht darüber, was die Bundesregierung und die EG-Staaten tun können, um zu einer umfassenden Friedensregelung beizutragen.

Sadat erklärte, der Besuch des BM fände in einem sehr wichtigen Augenblick statt. Die Hauptstädte, die der BM besucht habe, Damaskus, Beirut, Amman[4], bewiesen die Wichtigkeit des Besuchs. BM habe wirklichen Mut gezeigt, im gegenwärtigen Moment in diesen Hauptstädten den Friedensprozeß zu fördern. Er sei seinen Freunden Genscher und Schmidt und der Bundesregierung dankbar für ihre Bemühungen um eine umfassende Friedenslösung und für die Unterstützung und das Verständnis, die der Friedensprozeß bei der Regierung und bei der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland gefunden habe. Er freue sich über die Gelegenheit, BM persönlich und Bundesregierung seiner tiefen Dankbarkeit versichern zu können.

Sadat betonte, daß das Camp-David-Rahmenabkommen[5] eine solide Basis für eine umfassende Regelung sei. Er habe in Camp David wichtige Ergebnisse für die Palästinenser erzielt. Begin habe mit der Unterzeichnung des Camp-David-Abkommens Mut gezeigt. Begin und er seien jetzt Freunde und redeten sehr offen miteinander.

Camp David sei keine Lösung des Mittelost-Problems, sondern ein Rahmen für eine Lösung. Er habe sein Bestes getan, um die Palästinenser auf den richtigen Weg[6] in Richtung auf Verwirklichung der Selbstbestimmung zu bringen. Nach fünf Jahren könnten die Palästinenser zusammen mit Israel über ihre Zukunft entscheiden. Sie hätten das Recht, jede Lösung abzulehnen, die ihnen nicht zusage. Er sei daher sehr erstaunt darüber gewesen, daß Präsident Carter hinter seinem Rücken begonnen habe, eine neue Resolution des Sicherheitsrates vorzubereiten, offensichtlich um Saudi-Arabien einen Gefallen zu tun.[7] Eine solche Resolution würde das Ergebnis von 18 Monaten harter Verhandlungen gefährden.

Er habe sich über dieses Vorgehen in einem hart formulierten Brief an Carter beschwert.

Sadat führte weiter aus, in der Bagdad-Konferenz[8] hätten sich zum ersten Mal alle arabischen Staaten für eine friedliche Lösung des Mittelost-Konflikts ausgesprochen. Der Unterschied sei, daß er mit Israel am Verhandlungstisch sitze, während Saudi-Arabien und die anderen verlangten, daß Israel ihnen die besetzten Gebiete auf einem goldenen Tablett überreiche. Die auf dem Verhand-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1226

sprächsverlauf in Haifa unterrichtet und dies in einer außerordentlich positiven Tonart getan. Seiner bekannten Abneigung gegen Details folgend, habe Sadat ein großflächiges Gemälde der sich weiter intensivierenden ägyptisch-israelischen Beziehungen gegeben und dabei auch seine wachsende Freundschaft zu Begin unterstrichen. Sadat habe erklärt, daß er dem weiteren Gang der Autonomieverhandlungen mit Zuversicht entgegensehe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3219; VS-Bd. 11139 (310); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Bundesminister Genscher hielt sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien, am 28. August im Libanon und vom 29. bis 31. August 1979 in Jordanien auf. Vgl. dazu Dok. 240–245 und Dok. 247.

5 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

6 Korrigiert aus: „Wegen".

7 Zu den Bemühungen um eine Ergänzung der Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 223, Anm. 12, und Dok. 240, Anm. 23.

8 Vom 2. bis 5. November 1978 fand in Bagdad eine Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.

lungswege durchgesetzte Räumung von El Arish[9] habe gezeigt, daß Israel besetztes Gebiet aufgibt, obwohl El Arish nur fünf Flugminuten vom Ben-Gurion-Flugplatz, dagegen 30 Minuten von Kairo entfernt sei.

Die Mehrzahl der arabischen Staaten habe die Beziehungen zu Ägypten abgebrochen. Von einer geschlossenen Front der Gegner könne jedoch keine Rede sein. König Hassan habe vor einigen Tagen Kontakt zu ihm aufgenommen. Er fühle sich von Saudi-Arabien hintergangen, weil es Mauretanien ermutigt habe, Frieden mit der Polisario zu schließen, und Mauretanien zur Belohung erhebliche Subsidien zugesagt habe.[10] Marokko sei auf dem Wege, aus der Gruppe der Bagdad-Staaten auszuscheiden. Er habe Marokko vor einigen Tagen Waffen geschickt und werde alles tun, um Marokko zu helfen.[11]

Zum Stand der Autonomiegespräche[12] sagte Sadat, er bitte Bundesminister, Bundeskanzler zu unterrichten, daß er die Chancen, zu einem Ergebnis in den Autonomieverhandlungen zu kommen, sehr optimistisch beurteile. Allerdings stünden noch sehr harte Verhandlungen bevor.

In seinen Gesprächen mit Begin seit Unterzeichnung des Friedensvertrags habe er Ideen entwickelt, die sich noch nicht zu konkreten Vorschlägen verdichtet hätten.[13] Er habe bereits den Preis vorbereitet, den Ägypten zahlen könne, falls Israel auf diese Ideen eingehen würde. Ägypten könne die geplante Pipeline vom Nil in den Sinai nach Israel verlängern und Israel 1 Mio. cbm Wasser pro Tag liefern.

Dies werde die Wasserressourcen Israels um 40 Prozent erhöhen und es Israel ermöglichen, die Negev-Wüste in ein Paradies zu verwandeln.

Er habe Begin gesagt, daß Israel in der Siedlungsfrage[14] auf verlorenem Posten kämpfe. Israel werde früher oder später die Siedlungspolitik aufgeben müssen, weil es hier die ganze Welt und selbst die jüdische Gemeinschaft in Amerika gegen sich habe. Es sei ferner ausgeschlossen, daß Israel palästinensisches Land in der Westbank und Gaza annektiere. In Betracht kämen allen-

9 Die Übergabe der Stadt El Arish durch Israel an Ägypten erfolgte am 26. Mai 1979. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1979, Z 113.

10 Zum West-Sahara-Konflikt vgl. Dok. 5, Anm. 36.

11 Botschafter Behrends, Kairo, berichtete am 4. September 1979: „Die Erklärung Sadats auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit BM, Ägypten sei zur Militärhilfe für Marokko bereit, falls diese erbeten werde, wird heute von den meisten hiesigen Zeitungen kommentiert. ‚Al Akhbar' bestätigt die Äußerungen Sadats gegenüber BM, daß König Hassan eine entsprechende Bitte an Sadat herangetragen habe. Die Zeitungen zeigten sich befriedigt über den Schock, den diese Erklärung bei der Bagdad-Front hervorgerufen habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1645; Referat 310, Bd. 124989.
Am 10. September 1979 teilte Oberst i.G. Ehrlich, Kairo, mit: „Verschiedene Quellen bestätigen, daß mit zwei C-130 der äg[yptischen] L[uft]S[treit]K[räfte] Ende August von Kairo nach Marokko Munition und wahrscheinlich leichte Infanteriewaffen äg. Produktion geflogen wurden. [...] Mit äg. Waffenhilfe an Marokko dürfte versucht werden, Marokko aus der Front der Bagdad-Staaten herauszubrechen. Diese Waffenhilfe, die auf spontane persönliche Entscheidung von Präsident Sadat erfolgt sein soll, wurde Hinweisen nach in Offizierskreisen teils mit Unmut aufgenommen. Gerüchte, daß auch militärisches Personal nach Marokko geflogen worden sein soll, konnten nicht bestätigt werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1683; Referat 310, Bd. 124989.

12 Zu den ägyptisch-israelischen Autonomiegesprächen am 6./7. August 1979 in Haifa vgl. Dok. 247, Anm. 6.

13 Ministerpräsident Begin hielt sich am 2./3. April 1979 in Ägypten auf. Begin und Präsident Sadat trafen am 26./27. Mai 1979 zunächst in El Arish und anschließend in Beersheba zusammen. Am 10./11. Juli 1979 führten Begin und Sadat in Alexandria weitere Gespräche.

14 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 161, Anm. 21.

falls kleine Grenzberichtigungen, über die jedoch nur die Palästinenser selbst und Israel verhandeln könnten. Von dieser Grundposition ausgehend habe er in seinen Gesprächen mit Begin folgende Ideen entwickelt:

- Die Autonomie für die Palästinenser müsse bedeuten, daß Israel für Außenpolitik und Streitkräfte verantwortlich bleibe, für alles andere der Autonome Palästinensische Rat.
- Israel müsse sich darüber im klaren sein, daß die Palästinenser einen eigenen Staat in der Westbank und Gaza wollen und daß daran kein Weg vorbeigehe, auch wenn Israel und die Vereinigten Staaten einen palästinensischen Staat ablehnten. Ägypten könne Israel helfen, Sicherheits- und Rüstungskontrollmaßnahmen in der Westbank und Gaza durchzusetzen. Es könne sich für eine Demilitarisierung des palästinensischen Staates und die Präsenz von UNO-Streitkräften in diesem Staat einsetzen und für offene Grenzen zwischen Israel und dem palästinensischen Staat eintreten. Dagegen könne und wolle Ägypten nicht das Entstehen eines palästinensischen Staates verhindern.
- Auf die Frage Begins nach dem künftigen Status Jerusalems habe er gesagt, er teile dessen Ansicht, daß Jerusalem nicht wieder geteilt werden sollte. Moslems, Christen und Juden sollten freien Zugang nach Jerusalem und den Heiligen Stätten haben.

Israel könne die Klagemauer in der Altstadt behalten. Das ungeteilte Jerusalem könne durch einen gemeinsamen Stadtrat verwaltet werden, unter dem es in Ost-Jerusalem jedoch eine arabische Verwaltungseinheit geben müsse. Obwohl Begin bisher immer hysterisch auf das Thema Jerusalem reagiert habe, sei seine Reaktion auf diese Überlegungen nicht von vornherein ablehnend gewesen. Er werde die Jerusalem-Frage in Haifa zur Sprache bringen und hoffe, daß bis Dezember eine Grundsatzvereinbarung über Jerusalem erzielt werden könne. Wenn dies gelinge, würden 800 Mio. Moslems in aller Welt auf der Seite Ägyptens sein. Robert Strauss habe Sadats Ideen mit den Saudis erörtert, obwohl er ihn dazu nicht ermächtigt habe. Die Saudis hätten Strauss gesagt, sie würden als voller Partner auf der Seite Sadats stehen, wenn er eine Lösung des Jerusalem-Problems durchsetzen könne. Er habe Strauss gesagt, er habe nichts dagegen, wenn die saudische Flagge auf der Al-Aksha-Moschee wehe. Er sei sicher, daß bis Dezember oder Januar ein Ergebnis erzielt werden könne. Er werde über die deutsche Botschaft Bundesminister Genscher und die Bundesregierung über das Ergebnis seiner Verhandlungen mit Begin in Haifa vertraulich unterrichten.[15]

Zur Rolle der EG bei der Lösung des Mittelostkonflikts sagte Sadat folgendes: Seit de Gaulle habe Frankreich sich für die arabischen Interessen eingesetzt. Heute sei die Bundesrepublik Deutschland der Vorkämpfer für eine positive Rolle der EG im Mittleren Osten. Sein Freund Giscard d'Estaing setze auf den Irak. Er habe während des Höhepunkts der Offensive der Ablehnungsfront gegen Ägypten Kronprinz Fahd und Saddam Hussein zu geheimen Treffen empfan-

15 Mit Schreiben vom 17. September 1979 unterrichtete Präsident Sadat Bundeskanzler Schmidt über die Ergebnisse seines Treffens mit Ministerpräsident Begin vom 4. bis 6. September 1979 in Haifa. Für das Schreiben vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135598.

gen. Er wisse, daß Frankreich eine enge Rüstungszusammenarbeit mit Irak[16] und Libyen habe, bedauere es jedoch, daß Giscard ihn nicht über diese Sachzwänge, für die er Verständnis habe, offen unterrichtet habe. Er verlange nicht, daß die Bundesrepublik Deutschland und die EG auf der Seite Ägyptens ständen. Er hoffe jedoch, daß die EG sich für eine volle und echte Autonomie für die Palästinenser einsetze und die israelische Siedlungspolitik weiterhin verurteile. Ägypten werde seinerseits Druck auf Israel ausüben und bereit sein, den Preis für israelisches Entgegenkommen zu zahlen.

Bundesminister stellte die Frage, wie Sadat die Stellung Begins in Israel beurteile. Könne er Entscheidungen treffen oder sei er abhängig von den verschiedenen Gruppierungen in der Koalition?

Sadat antwortete: Begin sei die stärkste politische Persönlichkeit in Israel. Er sei der Chef einer Partei, der Koalition und vor der Knesset. Er, Sadat, sei sehr beunruhigt gewesen, als er die Nachricht von der Erkrankung Begins erhalten habe. Von den israelischen Politikern seien nur Ben Gurion und Golda Meir so starke Persönlichkeiten wie Begin gewesen. Nur diese drei hätten eine Friedensregelung im Mittleren Osten durchsetzen können.

Begin habe ihm sehr große Schwierigkeiten bereitet und sei ein harter Verhandler. Er stehe jedoch zu den Verpflichtungen, die er eingehe. Er habe ihm gesagt, daß die Siedlung Damit, deren Aufgabe er zugesagt habe, mit ihm in sein Grab gehen werde.

Bundesminister dankte für die offenherzigen Ausführungen von Sadat und stellt die Frage, welches Resultat Sadat von seinen Gesprächen in Haifa erwarte.

Sadat wiederholte seine Zusage, Bundesminister über Ergebnisse Gespräche zu unterrichten. Seine Absicht sei, in Haifa die Ideen zu entwickeln, die er Bundesminister erläutert habe, und einen ersten Schritt zu tun, um seine Vorstellungen über den Inhalt der Autonomie und über Jerusalem der Weltöffentlichkeit vorzulegen. Auf Zwischenfrage des Bundesministers präzisierte Sadat, daß er in seiner Pressekonferenz in Haifa diese beiden Themen nur in sehr allgemeiner Form ansprechen werde.

Man dürfe die Israelis nicht zu hart drängen, sondern ihnen Zeit zur Reaktion geben, ehe er einen förmlichen Vorschlag einbringe. Leider sei die wirtschaftliche Situation Israels sehr schlecht, und dies habe auch nachteilige politische Auswirkungen.[17]

[16] Am 2. August 1979 berichtete Wehrtechnischer Attaché Forndran, Paris, Frankreich betreibe „mit großem Nachdruck" die Verhandlungen über Rüstungsexporte in den Irak. Bei einer geschätzten Verhandlungssumme von 6 Mrd. Französischen Francs sei die Lieferung folgender Rüstungsgüter vorgesehen: „Der Irak soll neben einem weiteren Los von 36 ‚Mirage' F 1 am Kauf von landgestützten MM 40 zur Küstenverteidigung sowie bodengestützten Hubschraubern, luftgestützten Seeaufklärungsradars und Kriegsschiffen aller Art interessiert sein. Ferner sollen auf franz[ösischen] Werften 1200 irakische Spezialisten ausgebildet werden. Gesprochen wird schließlich vom Ausbau irakischer Rüstungskapazitäten mit Hilfe franz. Technologie." Vgl. den Schriftbericht Nr. 13; Referat 422, Bd. 124210.

[17] Botschaftsrätin I. Klasse Steffler, Tel Aviv, teilte am 6. August 1979 mit, von israelischer Seite werde durchaus eingeräumt, daß die Wirtschaftslage Israels Anlaß zur Besorgnis gebe: „Jedoch von Krise oder drohendem Zusammenbruch zu sprechen, hält die Mehrzahl der israelischen Gesprächspartner für nicht gerechtfertigt. [...] Hinweise westlicher Beobachter auf die Inflationsentwicklung, welche im lfd. Jahr das Ausmaß von 100 v.H. erreichen kann, das zu erwartende Handelsbilanzdefizit für 1979 (laut IMF 4,3 Mrd. US-Dollar) oder den erhöhten Kapitaleinfuhrbedarf zur Deckung

Bundesminister berichtete über seine Besuche in Syrien, Jordanien und Libanon. Syrien stehe sehr stark unter dem Eindruck der Probleme, die Syrien zur Zeit mit dem Irak habe.[18] Er sei nicht sicher, ob die Positionen von Assad und Außenminister Khaddam deckungsgleich seien. Assad habe sich abgewogener und sachlicher geäußert als Khaddam. Dieser habe ihm gesagt, er habe noch nie ein so gutes Gespräch mit einem Außenminister gehabt. Er sei nicht sicher, ob Khaddam dies als Kompliment gemeint habe. Sein Besuch in Beirut habe das Ziel verfolgt, das Interesse der Bundesregierung an der Integrität des Libanon, der Stärkung der Autorität der libanesischen Regierung und an der Befriedung des Libanon sichtbar zu machen. Er bitte Präsident Sadat, sich zu den Problemen des Libanon und Südlibanon[19] zu äußern. Jordanien nehme eine abwartende Haltung ein. Es distanziere sich von den Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel, wolle aber nichts tun, das diese Verhandlungen stören würde. Die Jordanier hätten gefragt, ob die Bundesregierung etwas für die Bevölkerung in der Westbank tun könne, z. B. durch Errichtung von Krankenhäusern und durch Förderung der Berufsausbildung.

Auch dazu bitte er um die Stellungnahme Sadats. Jordanien lege Wert auf die Feststellung, daß es sich an der Bagdader Konferenz und den Bagdader Beschlüssen[20] beteiligt hätte, um zu verhindern, daß die radikalen Kräfte in der arabischen Welt die Oberhand gewinnen, und um einen späteren Ausgleich mit Ägypten offenzuhalten. Er habe in den drei Hauptstädten ebenso wie bei seinem Besuch in Saudi-Arabien das Interesse der Bundesregierung an der Wiederherstellung der arabischen Einheit betont. Dies sei eine wichtige Voraussetzung für eine umfassende Friedenslösung. In allen von ihm besuchten arabischen Ländern sei der Vorwurf erhoben worden, daß Ägypten einen separaten Friedensvertrag mit Israel abgeschlossen habe. Er habe daher mit Befriedigung die Erklärung von Ministerpräsident Khalil in seinem Gespräch am Vortag zur Kenntnis genommen, daß Ägypten einen separaten Friedensvertrag ablehne. Dies sei ein wichtiger Punkt, der auch gegenüber der Öffentlichkeit betont werden müsse.

Sadat dankte für die Unterrichtung. Er sagte, Jordanien sei lange vor Ägypten in ständigen Kontakt mit Israel eingetreten.

König Hussein habe Robert Strauss gesagt, daß Sadat, Begin und Carter ihn im Stich gelassen hätten. In einem geheimen Treffen mit jordanischen Offizieren sei König Hussein die Frage gestellt worden, warum er eine Teilnahme an den israelisch-ägyptischen Verhandlungen ablehne, obwohl er selbst in Kontakt mit Israel stehe. König Hussein habe geantwortet, Jordanien sei ein kleines Land und nicht so mächtig wie Ägypten. Hussein habe sich ferner darüber beschwert, daß Sadat die Verantwortung Jordaniens für die Westbank nicht anerkannt habe. Im Grunde sei König Hussein sich mit Begin und Peres darin

Fortsetzung Fußnote von Seite 1230

des Haushalts und des Zahlungsbilanzdefizits (von bislang 4,2 Mrd. US-Dollar auf voraussichtlich 5,2 Mrd. US-Dollar) werden nicht selten mit der Feststellung abgetan, daß alle diese Probleme mit Geld geregelt werden können, daß aber das jüdische Volk im Laufe seiner Geschichte mit noch viel schwierigeren Fragen fertiggeworden sei." Vgl. den Schriftbericht Nr. 956; Referat 310, Bd. 125009.

18 Zu den Beziehungen zwischen dem Irak und Syrien vgl. Dok. 203, Anm. 3.

19 Zu den israelischen Militäroperationen gegen Ziele im Libanon vgl. Dok. 223, Anm. 9.

20 Vgl. dazu die Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad; Dok. 91, Anm. 9.

einig, daß die Westbank Teil Jordaniens sein sollte. Keiner von ihnen wolle einen palästinensischen Staat.

Er habe Begin gesagt, daß er mit einem Anschluß der Westbank und selbst Gazas an Jordanien einverstanden sei, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß sich die Bevölkerung der Westbank und Gazas in freier Entscheidung dafür entschließe.

Zu Libanon sagte Sadat, er habe in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Begin betont, daß Ägypten die militärischen Aktionen Israels im Libanon verurteile. In der gleichen Konferenz habe Begin sich für die Integrität des Libanon ausgesprochen. Bundesminister führte aus, er habe in Beirut deutlich gemacht, daß die Bundesregierung die Integrität des Libanon und die Stärkung der Autorität der legalen Instanzen voll unterstütze. Er habe in allen arabischen Hauptstädten, die er besucht habe, betont, daß die Bundesrepublik für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser eintrete, daß die Palästinenser selbst darüber entscheiden müßten, wie sie dieses Selbstbestimmungsrecht ausüben wollen, und von wem sie vertreten sein wollen. Es sei nicht unsere Sache, darüber zu befinden. Er habe ferner betont, daß die Palästinenser das Recht auf ein Heimatland haben. Er stellte die Frage, ob Präsident Sadat der Ansicht sei, daß dieses Heimatland die Westbank, Gaza und Ost-Jerusalem umfassen müsse. Sadat bejahte dies. Er bat erneut, daß die Bundesregierung die israelische Siedlungspolitik verurteile.

Bundesminister sagte, die Position der Bundesregierung dazu sei eindeutig. Er fragte, wie Ägypten zur PLO stehe. Sadat antwortete, er habe nichts gegen das Treffen von Kreisky und Brandt mit Arafat gehabt.[21]

Zur Frage einer eventuellen Hilfe der Bundesregierung an die Bevölkerung der Westbank durch Errichtung von Krankenhäusern u.ä. empfehle er, daß die Bundesregierung dem grundsätzlich zustimme, jedoch einige Monate abwarte, bis die Autonomie verwirklicht sei.

Sadat und Bundesminister erörterten die Unterrichtung der Presse über dieses Gespräch.[22] Sadat schlug vor, der Presse zu sagen, daß er seinen Freund Genscher über die Entwicklung der Lage seit Camp David und über das bevorstehende Treffen mit Begin in Haifa unterrichtet habe, daß er bei Bundesminister Verständnis gefunden habe, daß Bundesminister ihn über sein Gespräch mit arabischen Staatsmännern unterrichtet und das Interesse der Bundesregierung an der Förderung des Friedensprozesses betont habe.

Bundesminister ergänzte, daß die Bundesregierung die Bemühungen um einen gerechten und umfassenden Friedensvertrag fördern wolle. Er fragte, ob Präsident Sadat es begrüßen werde, daß die Bundesrepublik sich für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und ihr Recht auf ein Heimatland einsetzt und für das Recht der Palästinenser, über ihre Zukunft zu entscheiden und darüber, von wem sie vertreten sein wollen.

21 Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, der SPD-Vorsitzende Brandt und Bundeskanzler Kreisky trafen vom 6. bis 8. Juli 1979 in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 208, Anm. 10.

22 Zur gemeinsamen Pressekonferenz von Präsident Sadat und Bundesminister Genscher am 2. September 1979 in Alexandria vgl. den Artikel „Nach Reise durch Nahost ein Sechs-Punkte-Resümee"; DIE WELT vom 3. September 1979, S. 2.

Sadat bejahte dies und sagte, daß dies auch seine Ansicht sei.

Schluß der Aufzeichnung.

Erbitte Weisung, ob sie von Herrn Bundesminister gebilligt wird.

[gez.] Behrends

Referat 010, Bd. 178813

251

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, in Budapest

VS-vertraulich **4. September 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Ersten Sekretär Kádár am 4. September 1979 von 14.40 bis 17.00 Uhr[2]

Weitere Teilnehmer:

Ungarische Dolmetscherin; Herr Aufricht, deutscher Dolmetscher; ungarischer Note-taker; MD Dr. Ruhfus.

Kádár begrüßte den Bundeskanzler mit den Worten, er kenne die Belastung des Bundeskanzlers. Gerade deshalb sei er sehr dankbar, daß der Bundeskanzler den Besuch nach Ungarn in sein Programm aufgenommen habe.

Die Zusammenarbeit zwischen beiden Regierungen habe Bedeutung für die Völker in beiden Ländern, aber auch über die bilateralen Beziehungen hinausgehende Bedeutung.

Er könne mit Genugtuung über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen sprechen. Die politischen Beziehungen seien normal und korrekt. Die wirtschaftlichen Beziehungen seien aus ungarischer Sicht von besonderer Bedeutung.[3] Aber auch die anderen Beziehungen zwischen den Staaten seien gut. Es

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 5. September 1979 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 14. September 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte er: „Als Anlage übersende ich zur Unterrichtung von Bundesminister Genscher Vermerke über das Vier-Augen-Gespräch des Bundeskanzlers mit Kádár am 4. September und das Delegationsgespräch am 5. September. Die Gesprächsvermerke sind vom Bundeskanzler gebilligt."
Hat Wallau am 18. September 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: 1) Orig[inal] BM als Eingang. 2) Abl[ichtungen] an StS v[an] W[ell], StS H[ermes], D 2, Dg 20, D 4."
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen. Vgl. Anm. 39.
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 19. September 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte noch eine Abl. an Ref[erat] 214." Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14078 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. September 1979 in Ungarn auf. Vgl. dazu auch Dok. 255.

3 Ministerpräsident Lázár legte Bundeskanzler Schmidt am 5. September 1979 in Budapest zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn dar: „Ungarn sei eine mittelmä-

gebe gewisse kulturelle Kontakte, einen umfangreichen Tourismus und die Besuche von Verwandten. Insgesamt sei man auf dem richtigen Weg.

Der Besuch des Bundeskanzlers sei der erste Besuch eines Bundeskanzlers der Bundesrepublik in Ungarn. Neben der Befriedigung seiner Regierung freue er sich aber auch persönlich, den Bundeskanzler bei sich in Budapest zu sehen. Aus den vorangegangenen Begegnungen in Helsinki[4] und Bonn[5] habe er ihn als einen angenehmen Gesprächspartner kennen und schätzen gelernt.

Bundeskanzler dankt herzlich für die freundlichen Worte des Willkommens. Er sei gerne gekommen als der Chef der Regierung der Bundesrepublik. Hinzu kämen persönliche Gründe, die auf der Persönlichkeit von Kádár beruhten.

Der Bundeskanzler erläutert sodann die Zusammensetzung seiner Delegation. Die breite Delegation mit prominenten Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Gewerkschaften und dem kulturellen Leben unterstreiche, daß er dem Besuch in Budapest hohe Bedeutung beimesse.

Aus den Vorgesprächen, die er mit seiner Delegation geführt habe, wolle er drei Punkte hervorheben:

1) Es habe allgemeine Befriedigung bestanden über die Beziehungen zwischen beiden Ländern im wirtschaftlichen Bereich. Man habe den hohen Leistungsstand der ungarischen Wirtschaft anerkannt.

2) Die Gespräche hätten Übereinstimmung ergeben über den großen Beitrag, den Ungarn zur Kultur der Welt geleistet habe und weiterhin leiste. Daher bestünde in der Bundesrepublik großes Interesse, die bilateralen kulturellen Beziehungen weiter zu verstärken.

3) Er (der Bundeskanzler) habe seiner Delegation mitgeteilt, daß er persönlich ein hohes Maß an Respekt vor der Persönlichkeit Kádárs und vor dessen politischen Leistungen, insbesondere in den letzten 23 Jahren habe.

Die Vorbesprechung habe gezeigt, daß auch wir aus unserer Sicht keine schwerwiegenden bilateralen Probleme zwischen Ungarn und der Bundesrepublik feststellen könnten. Er stimme der Bezeichnung der Beziehungen als normal und korrekt zu. Er möchte allerdings hinzufügen, daß wir die Beziehungen zu Ungarn mit Sympathie betrachteten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1233

ßig entwickelte Wirtschaft. Sie befinde sich in intensiver Umgestaltung. Dabei gebe es Probleme mit dem wirtschaftlichen Gleichgewicht. [...] Im Mittelpunkt der ungarischen Bemühungen stehe ein intensives Modernisierungsprogramm. Dies sei ein Grund für die außerordentliche Bedeutung, die die ungarische Regierung den deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen beimesse. Ungarn wickle mit der Bundesrepublik 10% seines Außenhandels ab und 24% seines Außenhandels mit dem kapitalistischen Ausland. [...] Der gegenseitige Warenverkehr sei noch sehr unausgewogen. Er wolle sich nicht im einzelnen festlegen, wann und wie ein ausgewogenes Verhältnis erreicht werden könnte. Das ungarische Ziel sei es jedoch, 80% der Importe aus der Bundesrepublik durch ungarische Exporte zu decken. Ungarn suche einen Ausweg aus der gegenwärtigen unbefriedigenden Situation nicht durch Einschränkung der Importe, sondern durch Ausdehnung der Exporte." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 50; B 150, Aktenkopien 1979.

4 Bundeskanzler Schmidt und der Erste Sekretär des ZK der USAP, Kádár, trafen am 30. Juli 1975 am Rande der KSZE-Schlußkonferenz in Helsinki zusammen. Themen waren ein Besuch von Kádár in der Bundesrepublik, die Ostpolitik der Bundesregierung, die Beziehungen zwischen Ungarn und den Europäischen Gemeinschaften sowie die Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 116586.

5 Der Erste Sekretär des ZK der USAP, Kádár, besuchte die Bundesrepublik vom 4. bis 8. Juli 1977. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 171.

Schon während seiner Tätigkeit als Bundesminister der Verteidigung[6] und vorher als einer, der die Ostpolitik mitkonzipiert hat, habe er viel nachgedacht über die zukünftige Entwicklung in Europa. Er sei durch weitere Ereignisse – u.a. durch die Konferenz in Helsinki[7], durch die Begegnungen mit Gierek[8], Breschnew[9] und Kádár – zu weiterem Nachdenken angeregt worden. Er sei zu der Überzeugung gelangt, daß es notwendig ist, das militärische Gleichgewicht in Europa zu wahren, um auf dieser Grundlage zu Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung zu kommen. Die Gleichgewichtspolitik allein reiche jedoch nicht aus. Darüber hinaus müßten die Völker und Staaten aufeinander zugehen. Ungarn und die Bundesrepublik hätten schon gewisse Fortschritte gemacht, ohne sich hierbei durch die unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Auffassungen und ohne die unterschiedlichen Vorstellungen über die Organisation des wirtschaftlichen Lebens behindern zu lassen.

Die Kultur Europas sei ein Kontinuum dessen, was die verschiedenen Völker Europas im Laufe der Geschichte beigetragen haben. Niemand könne sich aus dieser kontinuierlichen Entwicklung zurückziehen, ohne selbst großen Schaden zu erleiden. Er versuche, bei Reden und Diskussionen die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik in dieser Richtung zu beeinflussen und zu erziehen. Die Bürger müßten begreifen, daß die Deutschen ihr kulturelles Niveau nicht erreicht haben würden ohne die Impulse der spanischen und italienischen Künstler, der Dichter in Rußland, Ungarn, Großbritannien und der Denker und Philosophen in Frankreich. Die schwarze Madonna in Tschenstochau gehöre ebenso zur europäischen Kultur wie der Aachener Dom; die ungarischen Musiker ebenso wie diejenigen Österreichs und Deutschlands. Die zukünftige Entwicklung in Europa hänge davon ab, daß man dies erkenne und diese gemeinsame Entwicklung in den nächsten Jahrhunderten ebenso pflege, wie man in den zurückliegenden tausend Jahren zusammengewachsen sei.

Er habe neulich mit dem ersten slawischen Papst ein ausführliches und eindrucksvolles Gespräch geführt.[10] Papst Johannes Paul II. könne möglicherwei-

6 Helmut Schmidt war von 1969 bis 1972 Bundesminister der Verteidigung.

7 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt.

8 Bundeskanzler Schmidt und der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, führten am 1./2. August 1975 am Rande der KSZE-Gipfelkonferenz vom 30. Juli bis 1. August 1975 in Helsinki Gespräche über den Abschluß bilateraler Vereinbarungen. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 244.
Gierek besuchte vom 8. bis 12. Juni 1976 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 181 und Dok. 186.
Schmidt hielt sich im Rahmen seines Besuchs in Polen vom 21. bis 25. November 1977 in Lansk auf. Für die Gespräche mit Gierek am 21./22. November 1977 vgl. AAPD 1977, II, Dok. 330 und Dok. 334.
Schmidt hielt sich am 17./18. August 1979 in Polen auf. Für die Gespräche mit Gierek auf Hela vgl. Dok. 236 und Dok. 237.

9 Bundesminister Schmidt traf mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, während dessen Besuchs vom 18. bis 22. Mai 1973 in der Bundesrepublik zusammen. Vgl. dazu SCHMIDT, Menschen, S. 18–20.
Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 28. bis 31. Oktober 1974 in der UdSSR auf. Für die Gespräche mit Breschnew vgl. AAPD 1974, II, Dok. 309, Dok. 311, Dok. 314 und Dok. 315.
Schmidt und Breschnew trafen sich am 31. Juli 1975 am Rande der KSZE-Schlußkonferenz in Helsinki. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 234.
Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 4. bis 7. Mai 1978. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

10 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Papst Johannes Paul II. am 9. Juli 1979 im Vatikan vgl. Dok. 204.

se ähnliche Überlegungen beitragen. Es sei heute zu früh, irgendeine Einschätzung der zu erwartenden Leistungen und Beiträge des Papstes abzugeben. Er sei jedoch von dem positiven Urteil Giereks über das Wirken von Papst Johannes Paul II. beeindruckt gewesen. Man dürfe diese Arbeit aber nicht allein den Kirchen überlassen. Die Regierungen müßten ihren Beitrag leisten. Sein Besuch in Ungarn diene dem Zweck, unsere Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, wie nützlich und notwendig gute Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn sind.

Kádár dankt und betont sein Interesse an einem offenen Gespräch mit dem Bundeskanzler.

Die Einschätzung der Bundesrepublik Deutschland durch die öffentliche Meinung in Ungarn habe ihre eigene Geschichte. Die deutsch-ungarischen Beziehungen reichten bis weit in die Geschichte zurück. Nicht zuletzt die geographische Lage habe für die Verbindung zwischen beiden Ländern eine wichtige Rolle gespielt.

Im Ersten Weltkrieg hätten Ungarn und Deutschland als Verbündete gekämpft, ebenso im Zweiten Weltkrieg. Es wäre besser gewesen, wenn dieses nicht so gewesen wäre. Er glaube, die Deutschen dächten genauso.

Nach dem Zweiten Weltkrieg seien die Beziehungen schwieriger gewesen. Es gebe zwei deutsche Staaten. Die sich hieraus ergebende schwierige Situation müsse mit großer Vorsicht behandelt werden.

In dem Gespräch, das er in Bonn mit dem Vorsitzenden der CDU, Kohl, geführt habe, habe letzterer die Frage der Wiedervereinigung zum Hauptthema des Gesprächs gemacht.[11] Kohl habe darauf hingewiesen, daß Ungarn im Trianon-Vertrag[12] zwei Drittel seines Territoriums verloren habe. Er habe offenbar angenommen, daß er in Ungarn besonderes Verständnis für seine Thesen finden werde. Gleichzeitig habe er betont, er wünsche eine friedliche Entwicklung und respektiere die abgeschlossenen Verträge. Er, Kádár, habe Kohl geantwortet, er müsse von den Realitäten DDR–Bundesrepublik ausgehen. Ungarn habe fünf Nachbarn.

Bundeskanzler warf ein, die Bundesrepublik habe wesentlich mehr.

Kádár fuhr fort, die Nachbarn Ungarns seien eine sehr gemischte Gesellschaft. Er habe Kohl daraufhin gefragt, ob er nun die Nachbarn Ungarns darauf hinweisen sollte, daß sie zwei Drittel des ehemaligen Ungarn besitzen und die Wiedervereinigung fordern? Kohl habe geantwortet, das sei nicht dasselbe Thema. Er habe Kohl gefragt, wer denn die Schuld dafür trage, daß es heute zwei deutsche Staaten gebe.

Er, Kádár, könne keine Abstimmung in beiden deutschen Staaten durchführen lassen.[13] Er wisse, welche Faktoren zu der Schaffung der beiden deutschen

[11] In der Presse wurde berichtet, der Erste Sekretär des ZK der USAP, Kádár, habe am 5. Juli 1977 mit dem CDU-Vorsitzenden Kohl und dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marx, gesprochen. Dabei seien die internationale Lage und die bilateralen Beziehungen erörtert worden. Kádár habe Kohl nach Ungarn eingeladen. Vgl. dazu den Artikel „Kádár bekräftigt Wunsch nach besseren Handelsbeziehungen"; DIE WELT vom 6. Juli 1977, S. 3.

[12] Für den Wortlaut des Vertrags vom 4. Juni 1920 zwischen Ungarn und den Alliierten und Assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Trianon) vgl. MARTENS, Bd. 12, S. 423–565.

[13] Dieser Satz wurde durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

Staaten geführt haben. Heute sei keiner interessiert, die beiden deutschen Staaten zu vereinigen, weder die Sowjetunion noch Großbritannien noch Frankreich oder die USA. Deshalb müsse man die Situation mit großer Verantwortung betrachten. Ein Schachspieler müsse bei seinem Zug auch die nächsten Züge seines Gegenüber mit überlegen. Die Wiedervereinigung habe heute keine reale Chance. Die Zukunft könne man heute nicht abschätzen.

Die Bundesregierung habe unter der Leitung von Bundeskanzler Brandt und Bundeskanzler Schmidt ihre Ostpolitik mit Mut und Tapferkeit ausgearbeitet und vertreten. Die Ostpolitik habe Bedeutendes dazu beigetragen, daß heute in Europa geregelte Verhältnisse und Beziehungen bestehen. Ohne die drei großen Vertragswerke[14], die von der Bundesrepublik abgeschlossen wurden, wäre Helsinki nicht möglich gewesen. Die Ostpolitik sei der Bundesrepublik zugute gekommen. Sie habe ihr Ansehen in Europa und in der ganzen Welt gestärkt.

Hinzu komme die wirtschaftliche Leistung der Bundesrepublik. Sie sei heute wirtschaftlich das gesündeste Land in Europa.

Dieses positive Bild finde seinen Niederschlag in den ungarischen Medien. Zu Adenauers Zeiten habe man die Bundesrepublik in der ungarischen Presse als Staat der Revanchisten und Hort der kapitalistischen Bourgeoisie angesehen. Heute finde die Politik der Bundesregierung große Anerkennung. Das Eintreten der Bundesregierung für die Entspannung werde gewürdigt. Die Bundesregierung solle, wenn irgend möglich, diesen Kurs fortsetzen.

Besuch von Strauß

Kádár berichtete über den Besuch von Strauß. Strauß sei wie andere Besucher aus der Bundesrepublik vor zwei Jahren nach Ungarn gekommen, um hier zu jagen.[15] Er habe Strauß bei dem Besuch in Bonn zu dem Abendessen der ungarischen Seite eingeladen. In diesem Jahr habe die CSU beschlossen, mit ihren regelmäßigen Parlamentarierreisen erstmals ein RGW-Land – Ungarn – zu besuchen. Strauß habe um Gesprächspartner gebeten. Man habe ihm ein Gespräch mit Huszár, der die Ausstellung Ungarn 1979 in München besucht habe, angeboten. Strauß habe auch um ein kurzes Gespräch mit Kádár gebeten.[16]

14 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

15 Der CSU-Vorsitzende Strauß hielt sich vom 25. bis 28. September 1977 in Ungarn auf. Botschafter Kersting, Budapest, berichtete am 28. September 1977, es habe sich trotz der Begegnung mit dem Präsidenten des ungarischen Parlaments, Apro, in erster Linie um einen Jagdausflug gehandelt: „Dr. Strauß betonte, daß es für ihn von großem Nutzen gewesen sei, an Ort und Stelle den Sozialismus kennenzulernen. Er müsse zugeben, daß es doch in mancher Hinsicht anders aussehe, als er es sich vorgestellt habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 533, Referat 012, Bd. 115375.

16 Der bayrische Ministerpräsident Strauß hielt sich vom 30. Juli bis 2. August 1979 in Ungarn auf. Vgl. dazu den Artikel „Die Ungarn sorgen dafür, daß Strauß einen kühlen Kopf hat"; DIE WELT vom 3. August 1979, S. 3.

Strauß, der inzwischen Kanzlerkandidat der CDU/CSU geworden sei[17], habe bei diesem Besuch in Ungarn wohl auch an den von ihm gewünschten Besuch in Moskau gedacht. Er habe Strauß gefragt, wie er zu den Beziehungen Bundesrepublik/Ungarn stehe. Strauß habe geantwortet, er werde die Beziehungen Bundesrepublik/Ungarn unterstützen. Er wolle alle Verträge, die die Bundesregierung abgeschlossen habe, achten. Er sei nicht für Krieg. Man stelle ihn bewußt als einen Mann des Kalten Krieges dar. Er, Kádár, schildere die Entwicklung, um Mißverständnisse zu vermeiden. Strauß sei als ein Tourist gekommen, der um ein Gespräch gebeten habe.

Kádár kam sodann auf die letzten Begegnungen zu sprechen. Er habe nach den Gesprächen in Helsinki und in Bonn dem Politbüro und seiner Regierung berichtet, daß er die Politik der Bundesregierung für sehr bedeutsam halte. Gelegentlich könne man nicht umhin, Politik von Tag zu Tag zu betreiben. Normalerweise solle man einer längerfristigen Konzeption folgen. Daher begrüße er sehr die Ausführungen, die der Bundeskanzler zu Europa gemacht habe. Er sei in diesen Grundfragen mit den Ausführungen des Bundeskanzlers sehr einverstanden.

Das Gleichgewicht der Kräfte müsse aufrechterhalten werden. Gegenwärtig gebe es keine bessere Lösung, als gleiche Sicherheit anzustreben. Aber das Ziel müsse sein, gleiche Sicherheit mit weniger Waffen zu erreichen. Friedliche Koexistenz sei nicht nur gleichbedeutend mit Abwesenheit von Krieg. Man brauche vielmehr Kontakte und Kooperation. Es sei unerläßlich, daß sich die verantwortlichen Politiker und Funktionäre begegnen. Wirtschaftliche Kontakte und kulturelle Verbindungen müßten ausgebaut werden. Als junger Mann habe er an die objektive Gesetzmäßigkeit der Geschichte geglaubt. Später habe er die Bedeutung subjektiver Faktoren erkannt.

Die Sowjetunion sei ein weltpolitischer Faktor und ein europäischer Faktor. Die Sowjetunion werde im Westen nicht richtig eingeschätzt. Aus westlicher Sicht sei es verständlich, wenn Beobachter Organisation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Sowjetunion mit kritischen Augen betrachten. Ein unvoreingenommener, objektiver Beobachter würde jedoch feststellen, daß die sowjetischen Bürger die erreichten Errungenschaften hoch einschätzen.

Bundeskanzler: Die Sowjetunion mache es westlichen Partnern nicht immer leicht, die Gegebenheiten richtig zu erkennen.

Kádár stimmte zu. Es gebe Stimmen in den USA, die ausführten, der Rüstungswettlauf habe zwei Vorteile: zum einen größere Profite der Großbetriebe, zum anderen wirtschaftliche Belastung der Sowjetunion, die zu inneren Problemen im Lande führen könne. Diese Einschätzung sei falsch. Er kenne Breschnew, Kossygin und viele Bürger der Sowjetunion. Das sowjetische Volk werde hungern und sterben, aber nicht die erreichten Errungenschaften aufgeben.

Diese Feststellung gelte in gewissem Maße auch für andere sozialistische Länder. Ungarn habe in den letzten 30 Jahren viel erreicht. Es gebe Kritik im Lan-

[17] Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.
Am 24. Mai 1979 gaben der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag Zimmermann und CSU-Generalsekretär Stoiber bekannt, daß der CSU-Vorsitzende Strauß 1980 für die Kanzlerkandidatur von CDU/CSU zur Verfügung stehe. Vgl. dazu AdG 1979, S. 22589.

de. Aber im Falle einer weltpolitischen Krise würde das Land sich geschlossen gegen Änderungen wenden und das Erreichte bewahren.[18]

Diese Tendenz sei in der Sowjetunion noch stärker. Der nationale Stolz der Bürger sei dort erheblich gestärkt worden. Die Sowjetunion habe nach sechzigjähriger Entwicklung erreicht, daß die stärkste politische Macht des Westens sich in Wien zu Gesprächen an einen Tisch setzen muß[19].

Die Militärs in den USA, in der Bundesrepublik und auch in der Sowjetunion forderten zusätzliche Investitionen. Sie beriefen sich hierbei auf den Vorsprung der jeweils anderen Seite. Unter vier Augen sagen die gleichen Militärs, daß man im Grunde keine Angst vor der Überlegenheit der anderen Seite zu haben brauche.

Der Warschauer Pakt habe eine neue Konferenz unter Einschluß der USA und der Sowjetunion zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens vorgeschlagen.[20] Es werde vielleicht länger dauern, bis diese Konferenz zustande kommt. Aber auch Helsinki habe erst nach langen Vorgesprächen und Vorbereitungen stattgefunden.

In Westeuropa werde ausgeführt, die Sowjetunion könne die westeuropäischen Länder mit ihren Panzern jederzeit überrollen. In Osteuropa verweise man auf die Bedrohung durch die Nuklearwaffen und Neutronenwaffen. Es genüge nicht, das Gleichgewicht der Macht zu erhalten. Man müsse zusätzlich versuchen, auf beiden Seiten das Gefühl der Bedrohung abzubauen.

Der Bundeskanzler habe auf die Bedeutung der gemeinsamen kulturellen Grundlagen hingewiesen. Der Westen habe versucht, die Sowjetunion aus dieser kulturellen Zusammengehörigkeit auszusondern. Die Sowjetunion habe reagiert, indem sie sich einigelte. Dadurch sei die Kultur in Europa gespalten. Es werde in Europa noch weiter Staaten mit unterschiedlicher wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ordnung geben. Aber gerade deshalb müsse man die Formen der Kooperation ausbauen. Die europäischen Kontakte dürften nicht an der österreichisch-ungarischen Grenze zu Ende gehen.

Die Bundesrepublik gehöre zur NATO und zur EG. Ungarn gehöre zum Warschauer Pakt[21] und zum RGW. Diese Tatsachen würden zur Kenntnis genom-

18 Dieser Satz wurde durch Fragezeichen hervorgehoben.

19 Dieses Wort wurde durch Fragezeichen hervorgehoben.
Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

20 Zum Vorschlag der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts, im Rahmen der KSZE eine Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen abzuhalten, vgl. Dok. 148, Anm. 25.

21 Am 11. Juli 1979 legte Botschafter Balser, Budapest, zur Rolle Ungarns im Warschauer Pakt dar: „Ungarn hat sich seine innenpolitische Flexibilität und die Möglichkeit wirtschaftspolitischer Freizügigkeit durch betonte Bündnistreue gegenüber der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt eingehandelt. Man spricht nicht mehr davon, daß vor 22 Jahren ungarische Verbände den Sowjets die Stirn geboten haben. Die Streitkräfte wurden gerade in den letzten Jahren modernisiert und verstärkt. Dennoch stellen die ungarischen Truppen selbst keinen entscheidenden militärischen Faktor dar, um so mehr jedoch die sowjetischen Divisionen, die in Ungarn stationiert sind; wobei die Aufmarschrichtung eher in Richtung Jugoslawien als nach Österreich zeigt. Der durch das Bündnis und die ‚Aufsicht' der Sowjetunion festgefügte Rahmen gibt der ungarischen Spitze unter János Kádár den notwendigen Rückhalt gegenüber der normalerweise schwer regierbaren intellektuellen Zwischenschicht und der relativ anspruchsvollen Masse der Ungarn." Vgl. den Drahtbericht Nr. 360; Referat 214, Bd. 132821.

men. Gleichzeitig betrachte Ungarn aber die Bundesrepublik auch als wichtigen Partner. Beide Regierungen arbeiteten für gleiche politische Ziele.

Er begrüße die Ausführungen, die der Bundeskanzler zu dem 40. Jahrestag des Kriegsbeginns gemacht habe.[22] Diese Aussage erfordere Mut und menschlichen Anstand.

Ungarn schätze die Tätigkeit des Bundeskanzlers. Es achte die Leistungen von Brandt und anderen Politikern. Die ungarische Regierung hoffe, daß dieser Kurs fortgesetzt werde.

Jeder trete im Kreise seiner Freunde und Verbündeten für seine Ziele ein. Aber die ungarische Führung spreche die gleiche Sprache in Bonn, in Budapest oder auch in Moskau.

Bundeskanzler dankt für die sehr offenen Ausführungen. Auch die Bundesregierung spreche in Ost und West die gleiche Sprache.

Kohl habe keine große politische Weitsicht. Strauß sei dagegen eine sehr ernst zu nehmende politische Potenz. Die sozial-liberale Koalition lebe mit ihm in innen- und außenpolitischem Konflikt. Strauß bemühe sich, den außenpolitischen Konflikt zu vertuschen, indem er versuche, den Eindruck zu erwecken, daß er die Politik der jetzigen Bundesregierung fortsetzen werde. Er, der Bundeskanzler, habe den bestimmten Eindruck, daß dies nicht der Fall sein werde.

Er habe gehört, daß Strauß sich um eine Einladung nach Moskau bemühe. Ob die sowjetische Führung ihn einlade, müsse sie selbst entscheiden.

Kádár: Strauß werde versuchen, als Tourist hinzureisen. Möglicherweise zur Olympiade[23].

Bundeskanzler: Er habe in der vorigen Woche mit deutschen Journalisten und Bürgern über die letzten 40 Jahre deutscher Geschichte vor dem Fernsehen diskutiert.[24] Er wolle aus dieser Diskussion drei Antworten wiederholen:

1) Auf die Frage nach der Wiedervereinigung habe er gesagt, er schätze dieses Wort nicht sonderlich und zitiere lieber den Auftrag der Verfassung, die „Einheit des deutschen Volkes zu vollenden“[25]. Diesen Auftrag könne die Bundesregierung nicht jeden Tag vor sich hertragen, aber das Gefühl der Zusammengehörigkeit werde in Deutschland ähnlich virulent bleiben wie in Polen trotz der drei Teilungen. Die deutsche Einheit liege nicht vor der Tür. Es handele sich vielmehr um die weit in die Zukunft gerichtete Zielvorstellung, in gesamteuropäischen Formen, unter gesamteuropäischem Dach die Deutschen zusammenzuführen.

22 Vgl. den Artikel „Krieg und Frieden“ des Bundeskanzlers Schmidt vom 1. September 1979; BULLETIN 1979, S. 943–945.

23 Die XXII. Olympischen Spiele fanden vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau statt.

24 Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt am 30. August 1979 in einer Diskussionssendung des Zweiten Deutschen Fernsehens vgl. den Artikel „Schmidt: Wiedervereinigung, das Wort habe ich nicht gern“; DIE WELT vom 1./2. September 1979, S. 1.

25 Vgl. dazu die Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren [...], hat das Deutsche Volk [...] dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit zu vollenden.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1.

2) Er habe klargemacht, daß die Einheit sich nicht auf die Gebiete erstrecken werde, in denen heute keine Deutschen mehr siedeln.

3) Er habe darauf hingewiesen – in Kenntnis der Tatsache, daß viele Hörer aus der DDR und möglicherweise auch Honecker persönlich die Sendung mitsahen –, daß es darum gehe, die Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten auszuweiten. Es habe Fortschritte gegeben. Viel bleibe aber noch zu tun. Er würde gerne die DDR besuchen, aber dafür müßten die Umstände günstig sein.

Der letzte Satz sei bewußt etwas unklar gefaßt gewesen, weil er sich gegenwärtig nicht im klaren sei, ob sein Besuch in der DDR erwünscht sei. Honecker habe im vergangenen Jahr am Telefon zugestimmt.[26] Jetzt habe länger kein Telefongespräch mehr stattgefunden. Im Frühjahr seien Korrespondenten der Bundesrepublik ausgewiesen worden.[27] Das Strafrecht der DDR sei verschärft worden.[28] Angesichts des sich abzeichnenden Wahlkampfes werde es für ihn schwieriger, unübersehbare Risiken auf sich zu nehmen.

Bundeskanzler bat Kádár um einen vertraulichen Rat, ob er die DDR besuchen solle. Er denke wenn, dann nicht an Ost-Berlin, sondern an einen anderen Ort in der DDR. Vielleicht könne Kádár ihm die Antwort in etwa zwei Wochen geben, nachdem er sich die Angelegenheit überlegt habe.

Er verkenne nicht, daß er alle osteuropäischen Hauptstädte besucht habe, bis auf Prag und Ost-Berlin. Er sei entschlossen, dazu beizutragen, daß die deutsche Frage weiter entschärft wird. Er versuche, sich in die Lage von Honecker zu versetzen. Der Besuch des Bundeskanzlers könne Honecker einen Zuwachs an Ansehen bringen. Andererseits bestehe jedoch für Ost-Berlin das Risiko, daß die Bürger in der DDR ihre Zustimmung zu Person und Politik des Bundeskanzlers zu hörbar ausdrücken würden.

Zu den Ausführungen Kádárs über die Rolle der Sowjetunion habe er in vielen Punkten keine anderen Vorstellungen. Er wolle jedoch folgendes bemerken: Ein Bereich des militärischen Kräfteverhältnisses bereite ihm Sorgen. Er habe vor 1 1/4 Jahren mit Breschnew, vor 1/4 Jahr mit Kossygin[29] und vor wenigen Wochen mit Gierek über das Problem der Mittelstreckenwaffen gesprochen. Die Sowjetunion erreiche hier einen immer größeren Vorsprung.[30] Dies zwinge

26 Bundeskanzler Schmidt und der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, tauschten sich bei ihrem Telefonat am 17. Oktober 1978 auch über die Möglichkeit eines persönlichen Treffens aus. Vgl. dazu BONN UND OSTBERLIN, S. 441–460.

27 Zur Durchführungsbestimmung vom 11. April 1979 zur Tätigkeit von ausländischen Journalisten in der DDR vgl. Dok. 109, Anm. 28.
Zur Ausweisung des ZDF-Korrespondenten van Loyen aus der DDR vgl. Dok. 133, Anm. 7.

28 Zu den von der Volkskammer der DDR am 28. Juni 1979 verabschiedeten Gesetzesänderungen vgl. Dok. 224, Anm. 5.

29 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

30 Staatssekretär van Well legte dem ungarischen Außenminister Puja am 4. September 1979 in Budapest dar: „Wir veröffentlichen heute ein Weißbuch, in dem wir die Systeme vergleichen. Dort werden Sie große Unterschiede im Mittelstreckenbereich finden. Die Schere wird immer größer durch SS-20. Davon sind bereits 100 Startvorrichtungen dislociert. Diese statistische Angabe ist jedoch zu multiplizieren. Jede Rakete hat drei Sprengköpfe, jede Anlage wiederum drei Raketen (also neun Sprengköpfe pro Anlage insgesamt). Das ist im Vergleich zu SS-4 und -5 etwas qualitativ Neues. SS-20 ist beweglich, treffsicher und hat größere Reichweite. Dazu kommt der neue Bomber ‚Backfire' (Mittelstreckensystem, da es nach SALT II kein Interkontinentalsystem sein soll). Dies ist keine Propaganda, sondern echte Sorge. [...] Wir haben darüber auch mit Breschnew und Kossy-

den Westen zu einer abgewogenen Erwiderung, wenn das Gleichgewicht gewahrt bleiben solle. Diese Erwiderung werde geschehen. Gleichzeitig werde man – aufgrund des nachdrücklichen Drängens der Bundesregierung – ein entsprechendes Angebot zur Begrenzung dieser Mittelstreckenwaffen unterbreiten.

Es sei richtig, daß die Militärs, wenn man sie beiseite nimmt, gelegentlich zuversichtlicher sind als in ihren öffentlichen Äußerungen. Er habe jedoch als ehemaliger Verteidigungsminister eigene Kenntnis und eigenes Urteilsvermögen. Er sei über die Entwicklung des Kräfteverhältnisses in diesem Bereich besorgt.

Zu dem Versuch, Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau zu schaffen, müsse der Willen zur Sicherung des Friedens und zum Ausbau der Zusammenarbeit hinzukommen.

Er stimme überein, daß Breschnew ein Faktor der Stabilität und Kontinuität sei. Was werde, wenn Breschnew geht?

Bundeskanzler dankte für die anerkennenden Bemerkungen Kádárs über die wirtschaftliche Stellung der Bundesrepublik. Es gebe zwei Unsicherheiten, einmal bestehe die Gefahr weiterer Erdölpreissteigerungen[31], die die wirtschaftliche Stabilität in vielen Ländern – auch in der Bundesrepublik – gefährden könnten. Seine zweite Sorge gelte den Auswirkungen einer möglichen Rezession in USA auf die Volkswirtschaften der europäischen Staaten. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der USA sei nicht immer gradlinig und voll berechenbar. Giscard und der Bundeskanzler bemühten sich, stabilisierende Wirkung auf die Weltwirtschaft auszuüben.

Die Bundesregierung würde eine Ost-West-Konferenz über Energiefragen[32] begrüßen.

Im Bereich der KSZE habe Belgrad keine wirklichen Fortschritte gebracht.[33] In Madrid solle man sich um streng sachliche Verhandlungen bemühen.[34] Man müsse alle Punkte vorbringen, aber ohne die andere Seite auf die Anklagebank zu versetzen. Die Madrider Konferenz solle durch Außenminister wahrgenommen werden, um ihr zu einem Erfolg zu verhelfen.

Bei MBFR habe es bisher nur langsame Fortschritte gegeben. In der Datenfrage – der Einschätzung der Zahlen der östlichen Truppen hätten die Verhand-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1241

gin gesprochen. Die Moskauer Deklaration vom November 1978 brachte die Bereitschaftserklärung des WP, über alle Waffen zu sprechen, insbesondere solche, von denen sich die andere Seite bedroht fühlt. Wir haben aus wichtigen Gesprächen mit der sowjetischen Seite den Eindruck gewonnen, daß jetzt diese Bereitschaft nicht mehr besteht. Liegt hier eine Veränderung der sowjetischen Position vor?" Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132821.

31 Vgl. dazu die Beschlüsse der Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten vom 26. bis 28. Juni 1979 in Genf; Dok. 179, Anm. 3.

32 Vgl. dazu den Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 9. Dezember 1975; Dok. 120, Anm. 13.

33 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 320 und Dok. 373, und AAPD 1978, I, Dok. 16, Dok. 24, Dok. 25, Dok. 60 und Dok. 88.

34 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

lungen sich festgezogen. Man müsse versuchen, diesen schwierigen Punkt zu überwinden. Gegenseitige Beschuldigungen würden nicht weiterhelfen. Ein möglicher Ausweg könnten neue Versuche sein, die Zählkriterien näher zu untersuchen und genauer zu definieren.

Die Ost-West-Zusammenarbeit könne auch die Fragen der weltweiten Zusammenarbeit nicht aussparen. Kádár habe zu Recht darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion ein Faktor der Weltpolitik sei. Die Präsenz kubanischer Soldaten in afrikanischen Staaten, die Präsenz sowjetischer Soldaten in afrikanischen Staaten und am südlichen Rand der arabischen Halbinsel löse in den westlichen Staaten Besorgnis aus – auch in der Bundesrepublik.

Die Bundesrepublik werde sich an der Entsendung von Soldaten in die Dritte Welt nicht beteiligen. Die Bundesrepublik werde auch keinen Anteil haben an Maßnahmen der Nachrüstung im atomaren Bereich. Die Bundesrepublik sei ein Nicht-Atomwaffen-Staat und wolle hieran festhalten.

Abschließend betonte der Bundeskanzler sein stetiges Bestreben, die Politik der Bundesregierung in Ost und West berechenbar und vorhersehbar zu machen. Die Sicherung des Friedens hänge ab von der Kontinuität und Vorhersehbarkeit der von den Politikern in Ost und West verfolgten Politik. Deshalb könnten bei einem Gespräch, wie das zwischen ihm und Kádár, auch unbequeme Dinge nicht ausgespart werden.

Härtefälle

Bundeskanzler: Er wäre dankbar, wenn auch bei diesem Besuch wiederum einige Fälle von StS van Well dem stellvertretenden Außenminister Nagy überreicht werden könnten.[35] Wir seien auch unsererseits bereit, Anliegen entgegenzunehmen.

Ausstellungen

Bundeskanzler betonte sein Interesse an deutschen Kunstausstellungen in Ungarn. Der ihn begleitende Christian Modersohn bereite eine Ausstellung von Otto Modersohn in Ungarn vor.[36] Es wäre schön, wenn ihm bald ein fester Termin genannt werden könnte.

Kádár: Es sei für ihn wichtig, daß er die Ansichten des Bundeskanzlers zu bedeutsamen Fragen erfahren habe. Er werde darüber die ungarischen Institutionen unterrichten. Er werde auch die Verbündeten verständigen.

35 In einer Aufzeichnung des Auswärtigen Amts vom 22. August 1979 wurden die „humanitären Einzelanliegen" zusammengefaßt, die anläßlich des Besuchs von Bundeskanzler Schmidt vom 4. bis 6. September 1979 in Ungarn angesprochen werden sollten. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 132821.

36 Am 21. August 1979 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Koppenhöfer: „Das Bundeskanzleramt hatte bereits mit Schreiben vom 23.6.78 [...] gebeten, die Möglichkeit zu prüfen, Herrn Christian Modersohn bei der Durchführung einer Otto-Modersohn-Ausstellung in Ungarn zu unterstützen. [...] Das Museum der Schönen Künste in Budapest, das die Ausstellung veranstaltet, hatte zunächst einen Ausstellungstermin im Jahre 1979 in Aussicht genommen, der später auf das Frühjahr 1980 verschoben wurde. Nach Auskunft von Herrn Modersohn hat die ungarische Seite eine weitere Verschiebung des Termins auf Ende 1980/Anfang 1981 angeregt. Diesem Vorschlag sollten wir nicht folgen. Wir sollten vielmehr darauf bestehen, daß die Ausstellung wie vorgesehen im Frühjahr 1980 stattfindet. Damit ist auch Herr Modersohn einverstanden." Vgl. Referat 214, Bd. 132821.

SALT[37] sei ein wichtiger Faktor, der die Atmosphäre verbessern werde. Ungarn sei allerdings nicht in der Lage, dem Senat zu sagen, wie er abstimmen solle.

Bundeskanzler: Er habe sich in fünf Reden in den USA für die Ratifikation von SALT II eingesetzt.[38]

Kádár: Es sei gut und richtig, daß die Verbündeten der USA ihre Haltung hierzu klarmachten.

Er hoffe, daß Breschnew noch lange arbeitsfähig sein werde. Breschnew habe, wenn er geschont werde, eine starke Widerstandsfähigkeit. Er hoffe, daß die bisherige Grundlinie auch nach Breschnew nicht geändert werde.

Zu Belgrad und Madrid teile er die Auffassung des Bundeskanzlers. Für Madrid solle man einige positive Vorschläge machen und nicht nur im allgemeinen bleiben.

Zu den Ausführungen über die DDR: Die europäische Lage und das europäische Interesse fordere, daß möglichst viele Fragen zwischen der Bundesrepublik und der DDR geklärt werden. Ein Besuch zu einem geeigneten Zeitpunkt könne hierzu beitragen. Ob der geeignete Zeitpunkt jetzt oder erst in einigen Monaten gegeben sei, könne er jetzt nicht sagen, im Prinzip begrüße er den Gedanken. Gab zu verstehen, daß er sich noch äußern werde.[39]

Bundeskanzler: Honecker könne ja auch einen Besuch in der Bundesrepublik machen.

Kádár: Bei seinem letzten Aufenthalt in Rom habe er den Papst besucht. Papst Johannes Paul II. habe bei diesem Anlaß eine Rede gehalten. Diese Rede sei auch in der ungarischen Presse im Wortlaut abgedruckt worden.

Die ungarische Führung werde ihren Kurs kontinuierlich fortführen. Nach 1956[40] seien alle Mitglieder der Partei neu registriert worden. Die Zahl sei damals von 900000 auf 200000 zurückgegangen. Die jetzige Generation habe die neue Plattform akzeptiert und lebe mit ihr.

Die beiden Anliegen des Bundeskanzlers (Härtefälle und Ausstellungen) werde er untersuchen lassen. Wenn sich ein Weg ergibt, werde die ungarische Seite im Sinne der Humanität handeln.

VS-Bd. 14078 (010)

37 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 218, Anm. 8.

38 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.

39 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben.
Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl vermerkte dazu am 20. September 1979 handschriftlich: „Nach Auskunft aus BK-Amt hat ungar[ischer] Gesandter Antw[ort] Kádárs überbracht: Dieser habe mit Honecker gesprochen. H. habe für die Mitteilung gedankt u[nd] gebeten, BK zu sagen: Er werde ihn in der Sache demnächst anrufen. BK ist desh[alb] gegen Gespr[äch] Gaus – Honecker zum gegenw[ärtigen] Zeitp[un]kt. Vgl. auch Aufz[eichnung] 210 z[u] Fünferkreis.“ Vgl. die Anlage zu dieser Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14078 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

40 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt kam es am 4. November 1956 zu einer Intervention sowjetischer Truppen.

252

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Müller

4. September 1979[1]

Aufzeichnung über die Verhandlungen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Angola[2] in Luanda vom 26. bis 28. Juli 1979

I. Haltung und Motivation der angolanischen Regierung

1) Folgende äußere Anzeichen während der Verhandlungen ließen ein[3] starkes Interesse der angolanischen Regierung an einem zügigen und positiven Abschluß der Verhandlungen erkennen:

- Außenminister Jorge leitete die Verhandlungen selbst;
- betonte und wiederholte Versicherung, daß uns gegenüber „keine Vorbehalte" bestünden.
- Herunterspielen des OTRAG-Komplexes[4]: AM Jorge bemühte sich um eine objektive Begründung des angolanischen Sicherheitsbedürfnisses und betonte, daß angolanische Regierung niemals eine Kollusion zwischen Bundesregierung und OTRAG unterstellt habe.
- Die eigentlich erwartete polemische Reaktion auf unsere Ankündigung privater Entschädigungsansprüche blieb aus (statt dessen konstruktive Verhandlungsbereitschaft im Protokoll festgehalten).[5]

1 Die Aufzeichnung hat Ministerialdirektor Meyer-Landrut am 4. September 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung über Staatssekretär Hermes an Bundesminister Genscher verfügte. Dazu vermerkte er: „Abteilung 3 legt eine Aufzeichnung des Leiters der deutschen Delegation (Dg 32) über die Verhandlungen in Luanda mit abschließender Wertung vor. Abteilung 2 hat mitgezeichnet."
Hat Hermes am 5. September 1979 vorgelegen.
Hat Genscher am 6. September 1979 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 320, Bd. 125163.

2 Bundespräsident Scheel teilte Präsident Neto am 19. Februar 1976 die Anerkennung der Regierung der MPLA durch die Bundesrepublik mit und schlug die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. BULLETIN 1976, S. 220.
In den Gesprächen mit der Bundesregierung machte die angolanische Regierung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen von einer Einstellung der Tätigkeit der Firma OTRAG in Zaire abhängig. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 139.
Mit einem gemeinsamen Kommuniqué gaben die Bundesrepublik und Angola am 16. August 1979 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bekannt. Vgl. dazu BULLETIN 1979, S. 916.

3 Korrigiert aus: „ließen auf ein".

4 Zur Einstellung der Tätigkeit der Firma OTRAG in Zaire vgl. Dok. 5, Anm. 41.

5 In einer Aufzeichnung der Abteilung 3 wurde zur Entschädigung von Vermögensverlusten deutscher Staatsangehöriger in Angola dargelegt: „Das Auswärtige Amt hat der in starkem Maße an die Öffentlichkeit getretenen Interessengemeinschaft Angola-Deutsche e.V. mehrfach die Zusicherung gegeben, bei und nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen auf eine Entschädigung der betroffenen deutschen Staatsangehörigen hinzuwirken. Solche Erklärungen wurden auch gegenüber Abgeordneten des Deutschen Bundestages abgegeben. Im Falle des Nicht-Erfolges ist als sicher anzunehmen, daß die Bundesregierung innerhalb und außerhalb des Bundestages auf scharfe Kritik stößt und mit der Frage konfrontiert wird, ob sie hinsichtlich der Ausübung diplomatischen Schutzes ihr Ermessen fehlerfrei ausgeübt und zum Schutz des Eigentums deutscher Staatsangehöriger alles in ihrer Macht Stehende getan hat. Auch ist es wahrscheinlich, daß in diesem Fall die Betroffenen rechtliche Schritte gegen die Bundesrepublik einleiten, die allerdings bei Befolgung der oben angegebenen Linie nur geringe Aussicht auf Erfolg haben." Vgl. Referat 320, Bd. 125163.

– AM Jorge zu unserem Vertretungsanspruch für Berlin (West)[6]: „Wir haben das Vier-Mächte-Abkommen[7] genau studiert, um die Haltung der Bundesregierung zu verstehen; wir begreifen das besondere Problem."
Entgegen unseren Erwartungen berief er sich auch nicht auf die Fälle Kap Verde, Guinea-Bissau[8] und Mosambik[9] (keine Formalisierung der Berlin-Klausel).
– Das angolanische Interesse an der Einigung in einer Verhandlungsrunde wurde deutlich, als wir wegen des Zeitpunktes für den Berlin-Briefwechsel (angolanische Vorstellung: erst nach der Aufnahme der Beziehungen) mit Abbruch bzw. Vertagung drohen mußten: AM Jorge reagierte nervös-abwehrend und beschwor angolanische Zuverlässigkeit in mündliche Zusagen.

2) Das Hauptmotiv für das angolanische Interesse dürfte in dem Wunsch nach Annäherung an die EG liegen. Die vom Herrn Minister gegenüber Botschafter de Almeida (am 3. Oktober 1978 in Bonn) geäußerte Warnung („diplomatische Beziehungen Angola–EG ohne solche zu allen Mitgliedstaaten kaum denkbar") hat ihre Wirkung nicht verfehlt.[10]

Das plötzliche Drängen der angolanischen Regierung auf kurzfristige Aufnahme der Beziehungen (Botschafter de Almeida schlug uns am 22. Juni 1979 Ver-

6 Botschafter von Puttkamer, Lissabon, teilte am 30. Juli 1979 zu den vom 26. bis 28. Juli 1979 in Luanda geführten Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Angola mit: „Unser Vertretungsrecht gemäß V[ier-]M[ächte]A[bkommen] wurde durch Briefwechsel nach Modell Kuba, Vietnam, Mongolei von uns klargestellt und von angolanischer Seite akzeptiert. Von beiden Seiten in Luanda bereits paraphierte Texte entsprechender Briefwechsel sollen gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Kommuniqués über die Aufnahme der Beziehungen zu einem noch zu vereinbarenden Zeitpunkt vom deutschen und angolanischen Botschafter in Brüssel ausgetauscht werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 237; Referat 320, Bd. 125163.

7 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen hielt am 6. August 1979 fest: „Bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Guinea-Bissau und den Kapverden im Jahr 1975 ist weder ein Notenwechsel zur Frage des konsularischen Betreuungsrechts der Bundesrepublik Deutschland für Berlin (West) erfolgt, noch wurden bei den Verhandlungen entsprechende mündliche Erklärungen abgegeben." Vgl. Referat 320, Bd. 125163.

9 Die diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Mosambik wurden mit Wirkung vom 26. Februar 1976 aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 8.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr Marschall von Bieberstein legte dazu am 12. Juli 1979 dar: „Bei den Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Mosambik im Januar 1976 war die mosambikanische Delegation nicht bereit, mehr als nur ein kurzes Kommuniqué zu unterzeichen, in dem lediglich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mitgeteilt wurde. [...] Demgemäß wurde unser Vertretungsrecht für Berlin nur mündlich dargelegt [...]. Rechtlich gesehen stellt sich die Lage gegenüber Mosambik so dar, daß die mosambikanische Regierung unsere Darlegung über unser Vertretungsrecht für Berlin und die Berliner Bevölkerung widerspruchslos zur Kenntnis genommen und in dieser Kenntnis der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zugestimmt hat, ohne jedoch ausdrücklich auch unserem Vertretungsrecht für Berlin und den von uns dargelegten diesbezüglichen Einzelpunkten zugestimmt zu haben. Sie kann also jederzeit – etwa unter Berufung auf eine sowjetische Auslegung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin – behaupten, unsere Darlegungen zu unserem Vertretungsrecht für Berlin seien völkerrechtlich nicht haltbar gewesen und Mosambik sei mangels gegenteiliger Vereinbarung auch nicht daran gebunden. Darüber hinaus sind keinerlei schriftliche Festlegungen erfolgt, so daß unsere Behauptung der widerspruchslosen Hinnahme unserer Berlin-Position auch nicht nachweisbar ist." Vgl. Referat 320, 125163.

10 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem angolanischen Botschafter in Brüssel, de Almeida, vgl. AAPD 1978, II, Dok. 298.

öffentlichung des Kommuniqués für den 30. Juni 1979 vor[11]) steht in offenkundigem Zusammenhang mit ihrem Antrag vom 11. Juli 1979 an die EG-Kommission zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen, bereits verbunden mit einem Agrémentersuchen.[12]

Um kein negatives Ergebnis des am 5. September 1979 auslaufenden internen Verfahrens für eine Beschlußfassung der Kommission zu riskieren, mußten die Angolaner sich beeilen, mit uns ins Reine zu kommen.

II. Wertung

1) Außen- und wirtschaftspolitische Orientierung der angolanischen Regierung

Verhandlungsverlauf und -ergebnis lassen den Schluß zu, daß Angola trotz seiner engen Verflechtung mit dem sozialistischen Lager seinen außen- und wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum erweitern will.

Dieser Gesamteindruck wurde mir auch von den EG-Botschaftern in Luanda und meinen portugiesischen Gesprächspartnern in der Präsidialkanzlei und im Außenministerium auf meiner Rückreise in Lissabon bestätigt. Allerdings warnten vor allem die Portugiesen vor einem westlichen Drängen; die interne Position des kooperativen Neto-Flügels sei delikat[13]; der Westen sollte daher sein Angebot offenhalten und es erst dann umsetzen, wenn es von angolanischer Seite gewünscht werde.

Dieser sicher realistischen Lagebeurteilung folgend, käme es für uns zunächst darauf an zu versuchen, nach möglichst rascher Entsendung eines Botschafters (die Diensträume und Einrichtungen können in kurzer Zeit funktionsfähig gemacht werden) zunächst den politischen Dialog in Gang zu setzen. Mit einer angolanischen Initiative zur Aufnahme der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit dürfte kurzfristig wohl kaum zu rechnen sein (Rücksichtnahme auf östliche Freunde?).

11 Der angolanische Botschafter in Brüssel, de Almeida, zeigte sich im Gespräch mit Ministerialdirektor Meyer-Landrut am 22. Juni 1979 „über die Notwendigkeit von Verhandlungen vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen enttäuscht. In Luanda habe man geglaubt, daß die Bundesregierung gemäß früherer Äußerungen bereit sei, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Er wisse nicht, wie seine Regierung auf diese Mitteilung reagieren werde. Zu der Frage deutschen Vermögens in Angola könne er nur feststellen, daß nicht die MPLA die Deutschen aus Angola ausgewiesen habe. Die Deutschen seien freiwillig aus Angola fortgegangen und hätten ihre Interessen im Stich gelassen. Die MPLA habe versucht, sie zu überzeugen zu bleiben. Der angolanische Staat habe später das im Stich gelassene Vermögen konfisziert. Über die Vermögensfrage gebe es daher nicht viel zu reden." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 320, Bd. 125163.

12 Ministerialdirektor Meyer-Landrut vermerkte am 20. Juni 1979 zu den Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Angola: „Auf unser Drängen hat die Kommission der angolanischen Seite wiederholt zu verstehen gegeben, daß ein Beitritt zu Lomé II solange nicht in Betracht kommen kann, bis diplomatische Beziehungen zu allen EG-Mitgliedern, die dies wünschen, bestehen. Die gleiche Prämisse gilt auch für EG-Leistungen an nichtassoziierte Staaten." Vgl. Referat 320, Bd. 125163.

13 Am 10. September 1979 verstarb Präsident Neto. Ministerialdirektor Meyer-Landrut führte dazu am 20. September 1979 aus: „1) Der Tod von Präsident Neto hinterläßt in Angola ein politisches Vakuum. Ein ‚Kronprinz', der systematisch auf die Nachfolge aufgebaut worden wäre und über eine vergleichbare persönliche und politische Integrationskraft wie dieser verfügt, ist nicht vorhanden. 2) Die größten Aussichten, die Nachfolge Netos anzutreten, werden Planungsminister Eduardo dos Santos und dem als graue Eminenz des Politbüros geltenden Lucio Lara zugeschrieben." Vgl. Referat 320, Bd. 125163.

Eine noch zu prüfende Frage wäre die Einbeziehung eines Angola-Besuches des Herrn Ministers in dessen nächste Afrika-Reise (Kinshasa und Lagos im November/Dezember 1979?; vgl. Äußerung des Herrn StS in Direktorenbesprechung am 19. Juli 1979).

Zur Abstützung unseres zukünftigen politischen Dialogs dürfte ein gelegentlicher Meinungs- und Informationsaustausch über Angola mit den Außenministerien folgender Staaten, abgesehen von unseren westlichen Partnern, nützlich sein:

Portugal

(Nach der ersten Sitzung der Gemischten Portugiesisch-Angolanischen Kommission vom 16. bis 21. Juli 1979 wird die bilaterale Zusammenarbeit wahrscheinlich bald intensiviert werden.)

Anmerkung: Meine portugiesischen Gesprächspartner in Lissabon haben sich bereits sehr positiv zu einer Verstärkung unseres Informationsaustausches geäußert.

Jugoslawien

(s. Gesprächsvorschlag Referat 320 für Besuch BM in Belgrad am 16. August 1979.[14])

Algerien

(Botschafter Sahnoun will uns auch auf neuem Posten behilflich sein[15]; algerischer Botschafter in Luanda war vorher Leiter der Afrika-Abteilung im Außenministerium.)

Das starke Interesse des Präsidenten Neto an einer Öffnung und Erweiterung der Außenwirtschaftsbeziehungen ist nicht neu. Der Versuch der Annäherung an die EG (s.o.) weist in die gleiche Richtung. Weitere Bestätigung fand ich in Luanda gesprächsweise am Rande der Verhandlungen. Mehr als auf eine sofortige bilaterale staatliche Zusammenarbeit dürfte die angolanische Regierung (aus politischen Gründen) daher eher auf deutsche kommerzielle Investitionen hoffen.

Präsident Neto hat in einer Rede vor dem MPLA-Parteikongreß (1978)[16] angekündigt, daß Angola versuchen werde, ausländische Investoren für die eigene Wirtschaft zu gewinnen. Das angolanische Investitionsgesetz vom 2. Juli 1979 greift diesen Gedanken einer pragmatischen, liberalisierten Wirtschaftspolitik auf und schafft die Rahmenbedingungen für westliche Investitionen in Angola. Obwohl das Gesetz von den Grundsätzen der Verwaltungswirtschaft geprägt ist, enthält es gleichzeitig Schutzbestimmungen für den Fall von Nationalisierungen und bietet potentiellen Investoren die Möglichkeit für Gewinntransfers. Auf dieser Grundlage könnten sich in der Zukunft reale Ansatzpunkte für deutsch-angolanische Gemeinschaftsinvestitionen (joint ventures) ergeben.

14 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 16. August 1979 in Jugoslawien vgl. Dok. 234.

15 Der algerische Botschafter Sahnoun wurde am 27. November 1979 abgelöst.

16 Die außerordentliche Plenartagung des ZK der MPLA fand vom 6. bis 9. Dezember 1978 in Luanda statt. Vgl. dazu den Artikel „Außerordentliches Plenum des ZK"; NEUES DEUTSCHLAND vom 11. Dezember 1978, S. 5.

Das starke Interesse unserer Wirtschaft wurde uns gegenüber schon mehrfach bekundet. Wie allerdings die Schwierigkeiten überwunden werden können, die angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage Angolas einer staatlichen Förderung des zukünftigen Angola-Geschäfts (Hermesgarantien und Investitionsförderung) im Wege stehen, bedarf noch einer gesonderten Prüfung.

2) Berlin

So befriedigend für uns die Festschreibung unseres Vertretungsrechts für Berlin (West) in einem Briefwechsel ist, so hat doch diese Lösung auch ihre Nachteile:

- Mit Angola haben wir erstmalig ein afrikanisches Land in dieser Frage auf eine Stufe mit Kuba, Vietnam und der Mongolei gestellt.[17]
- Für die ex-portugiesischen Gebiete, deren Regierungen eng zusammenarbeiten, haben wir nun drei unterschiedliche Modelle:

  Kap Verde und Guinea-Bissau = weder schriftliche noch mündliche Vereinbarung;

  Mosambik = einseitige, in einem nicht unterzeichneten Protokoll enthaltene, von mosambikanischer Seite zwar nicht widersprochene, aber auch nicht bestätigte Erklärung;

  Angola = Kubaformel.
- Es ist noch immer fraglich, ob es uns im Falle Guinea-Bissau doch noch gelingt, die Standard-Klausel „Land Berlin" in dem von uns angebotenen Einzelprojektabkommen „Como-Damm" (d.h. unter Verzicht auf ein Rahmenabkommen) durchzusetzen; ein positiver Hinweis liegt zwar vor, die Entscheidung der Regierung steht aber noch aus.
- Selbst wenn dies gelänge, müßte es noch nicht den Durchbruch auch gegenüber Mosambik und Angola bedeuten, von den möglicherweise noch bevorstehenden Fällen Namibia und Simbabwe abgesehen.
- Es wird zu gegebener Zeit zu prüfen sein, ob wir im Falle des Festfahrens zukünftiger Verhandlungen eine Position aufbauen können (z.B. in Anlehnung an die „Österreich-Formel"[18]), die sowohl für die Gegenseite annehmbar ist, als auch die Substanz der Standard-Klausel unangetastet läßt.

17 Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr Marschall von Bieberstein legte am 12. Juli 1979 zur Frage der Außenvertretung von Berlin (West) durch die Bundesrepublik dar: „Bei der Aufnahme bzw. Wiederaufnahme der Beziehungen zur Mongolischen Volksrepublik, zu Vietnam und zu Kuba sind von den Leitern der beiden Verhandlungsdelegationen gemeinsam Protokolle unterzeichnet (im Falle der Mongolei Noten ausgetauscht) worden, in denen festgestellt wurde, daß über den Wortlaut der beigefügten Dokumente, nämlich Kommuniqué über die (Wieder-)Aufnahme diplomatischer Beziehungen, Briefwechsel über die Regelung praktischer Fragen, Briefwechsel über die konsularische Betreuung von Personen mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West), Briefwechsel betr. Einreise und Aufenthalt von Personen mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West), Einvernehmen erzielt worden war. Auf diese Weise ist sichergestellt worden, daß die betreffenden Staaten aufgrund einer eindeutigen und nachweisbaren Vereinbarung verpflichtet sind, unser Recht auf konsularische Betreuung deutscher Staatsangehöriger aus Berlin und das Recht dieser Deutschen, mit Pässen der Bundesrepublik Deutschland in die betreffenden Länder einzureisen, zu achten und zu gewährleisten." Vgl. Referat 320, Bd. 125163.

18 Österreich und die DDR schlossen am 26. März 1975 einen Konsularvertrag ab. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 152.

Zunächst werden wir die Entscheidung der Regierung von Guinea-Bissau abwarten und im Falle Mosambik auf der bisherigen Linie weiter taktieren müssen. Mit Angola dürfte in der Aufbauphase unserer diplomatischen Beziehungen (s.o.) ohnehin noch nicht mit Verhandlungen über die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zu rechnen sein.[19]

Müller

Referat 320, Bd. 125163

253

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Nordenskjöld

4. September 1979

Unter Verschluß!!!

Betr.: Gespräch BM mit BK am Montag, 3.9., im Anschluß an Kabinettssitzung

In Gespräch mit StS vW[1] und Botschafter Ruth am 4.9. berichtet BM aus Gespräch mit BK am 3.9.:

TNF-Modernisierung

BK habe erklärt, es bleibe bei der bisherigen Politik der Bundesregierung, wie sie Niederschlag in Regierungserklärung vom 4. Juli d.J.[2] gefunden habe. BM bestätigt, daß damit weiterhin von dem sog. „Sockel" auszugehen sei.[3] BM hält

19 Ministerialdirektor Meyer-Landrut erklärte dem angolanischen Botschafter in Brüssel, de Almeida, am 9. November 1979, daß, nachdem die angolanische Regierung Botschafter Dunker das Agrément erteilt habe, „wir voraussichtlich gegen Ende dieses Monats oder Anfang Dezember ein Vorauskommando nach Luanda entsenden sollten, um die Einrichtung der Botschaft vorzubereiten. Der Leiter des Vorauskommandos werde als Chargé d'affaires fungieren. Die Entsendung eines Botschafters sei für Februar 1980 vorgesehen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 320, Bd. 125163.

1 Günther van Well.

2 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt zur TNF-Modernisierung vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 111, S. 13317–13328.

3 Botschafter Ruth vermerkte am 5. September 1979, im Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Bundesminister Genscher am 3. September 1979 sei zur Frage eines nicht zu unterschreitenden „Sockels" von zu stationierenden TNF-Systemen ausgeführt worden: „Der Bundesminister hat klargemacht, daß an dem Gedanken eines Sockels festgehalten werden muß. [...] Für meine Verhandlungen in der Special Group gilt folgendes Vorgehen: Wir werden nicht vorschlagen, den Hinweis auf einen Minimalumfang an Modernisierung zu streichen. Nur wenn die Streichung von anderer Seite vorgeschlagen wird, können wir entsprechende Formulierung vom 4. Juli als Kompromißvorschlag einbringen. Auf meine ausdrückliche Frage stellte der Bundesminister fest, daß, falls niemand die Streichung vorschlage, auch wir die Formulierung auf Seite 6 des Special-Group-Berichts akzeptieren." Vgl. VS-Bd. 11389 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

im Hinblick auf den Parteitag der SPD[4] einen Kompromiß in der SPD für wahrscheinlich: „Wenn die Sowjetunion alle Mittelstreckenraketen beseitigt, brauchen wir auch keine." BM, StS vW und Botschafter Ruth sind darüber einig, daß sich folgende operative Schlußfolgerung ergibt: Von deutscher Seite brauchen keine Bedenken gegen den amerikanischen Entwurf zu diesem Punkt erhoben zu werden. Wahrscheinlich werden Bedenken von niederländischer Seite kommen.[5] In diesem Falle könnte ein deutscher Formulierungsvorschlag auf der Linie der Regierungserklärung vom 4. Juli eingebracht werden. StS vW weist auf die Gefahr hin, daß deutsche Bedenken gegen den „Sockel" Präsident Carter dazu bringen könnten, die TNF-Modernisierung fallenzulassen.

BM berichtet weiter, er habe mit dem BK über die Bedeutung der TNF-Modernisierung für die SALT-II-Ratifizierung[6] gesprochen. Senator Byrd habe ihm in Washington die Wichtigkeit dieser Beziehung bestätigt.[7] Folgende Linie sei denkbar: Ohne TNF-Modernisierung werde es keine Ratifizierung von SALT II geben. Dabei könne man das Junktim aufstellen, daß zum Zeitpunkt der SALT-Ratifizierung im November in den zuständigen NATO-Gremien eine Vorabentscheidung über die TNF-Modernisierung getroffen wird. Im Dezember erfolge dann die Formalentscheidung. Die Folge des Junktims werde sein, daß die Sowjetunion bei der Führung der Anti-TNF-Kampagne[8] bis zur Ratifizierung von

4 Der Bundesparteitag der SPD fand vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West) statt.

5 Am 6. September 1979 erläuterte der Fraktionsvorsitzende des CDA, Lubbers, Bundesminister Genscher die Stimmungslage im niederländischen Parlament: „Die Koalition hat dort nur eine Mehrheit von zwei Stimmen; für die TNF-Modernisierung ist sie jedoch in der Minderheit, da es in der CDA-Fraktion mehrere ‚Atom-Pazifisten' gibt. Vielleicht wäre eine Abstimmungsmehrheit gleichwohl mit Hilfe einiger rechter Abgeordneter zu erzielen. Andererseits dürfte von den Sozialisten trotz des innerlich anders denkenden van der Stoel keine Stimme für die TNF-Modernisierung zu gewinnen sein. [...] Eine positive Entscheidung des niederländischen Parlaments würde wohl voraussetzen, daß man ihm ein ganzes Paket unterbreiten könnte, das etwa wie folgt zusammengesetzt sein müßte: Verknüpfung der TNF-Entscheidung mit vorheriger Ratifizierung von SALT II; Verknüpfung mit einem Rüstungskontrollangebot im Rahmen von SALT III; Zusage, daß es bis zum Zeitpunkt der Dislozierung von LRTNF in den Niederlanden zu einer Verringerung nuklearer Kurzstrecken- bzw. Gefechtsfeldsysteme komme, sei es durch Erhöhung des MBFR-Angebots oder auf andere Weise; Zusicherung, daß es auch künftig nicht zu einer Dislozierung von Neutronenwaffen in NATO-Europa kommen wird." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14080 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

6 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 218, Anm. 8.

7 Am 10. August 1979 berichtete Gesandter Dannenbring, Washington, der amerikanische Senator Byrd habe Bundesminister Genscher am selben Tag erklärt, „daß die SALT-Debatte bereits jetzt ein Ergebnis gezeitigt habe, das für die Zukunft von Bedeutung sei: Die Einsicht in die Notwendigkeit einer Modernisierung der amerikanischen Verteidigungskräfte. Es sei inzwischen unumstritten, daß der Verwundbarkeit der ICBMs begegnet werden müsse, daß der Bau der MX unverzichtbar sei, daß Cruise Missiles erforderlich seien und daß neben der TNF-Modernisierung auch die Modernisierung der konventionellen Streitkräfte vorangetrieben werden müsse. [...] SALT II sei ein Schritt in Richtung auf SALT III, welches ein ‚cornerstone of stability in the European theater' werden müsse. Bei SALT III sei die Allianz in besonderem Maße involviert. Es handele sich darum, das bestehende Ungleichgewicht zu korrigieren. Für die amerikanische Seite sei wichtig, die Entschlossenheit der Europäer zu erkennen, sich mit eigener Kraft an diesen Bemühungen zu beteiligen. Aktive europäische Anstrengungen würden unmittelbare Auswirkungen auf die westliche Verhandlungsposition bei SALT III haben. Dem Demonstrationseffekt europäischer Verteidigungsanstrengungen komme eine wichtige Rolle zu." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2847; Referat 010, Bd. 178812.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Heyken stellte am 31. August 1979 fest: „Die sowjetischen Medien wenden sich zur Zeit immer massiver gegen die Pläne des westlichen Bündnisses für eine TNF-Modernisierung. Die Kritik an diesen Plänen hat sich in den zentralen sowjetischen Medien (Zentralpresse, TASS, Radio Moskau) in diesem Monat derart verstärkt, daß bereits von einer massiven

SALT II vorsichtig sein werde. Außerdem würde den Niederländern und den Belgiern[9] die Entscheidung für die TNF-Modernisierung erleichtert.

Der BK habe hierauf geantwortet, neben diesen außenpolitischen Vorteilen sei ein solches Junktim für ihn auch innerparteilich sehr hilfreich. Der BK habe sodann den operativen Vorschlag gemacht, BM könnte AM Vance anrufen und ihn darauf hinweisen, daß ein derartiges Junktim den Entscheidungsprozeß in Europa erleichtern könnte.[10] StS vW stimmte diesem Vorschlag grundsätzlich zu, hielt es jedoch für ratsamer, die Angelegenheit nicht zu formalisieren. BM schlug vor, mit AM Vance in New York über diese Frage zu sprechen.[11] Diesem Vorgehen stimmten StS vW und Botschafter Ruth zu.

StS vW berichtete aus seinem Gespräch mit Senator Levin, daß dieser hinsichtlich des Entscheidungszeitraums über die TNF-Modernisierung geschwankt habe und wohl einem etwas späteren Zeitpunkt den Vorzug geben würde.[12] StS vW habe ihn auf die besonderen Sorgen hingewiesen, die uns das Mittelstrekkenpotential der Sowjetunion bereite. Zur Anti-Modernisierungskampagne der Sowjetunion meinte StS vW, daß hier ein Warmlaufen zu beobachten sei, das

Fortsetzung Fußnote von Seite 1251

Kampagne – vergleichbar der Anti-Neutronenwaffen-Kampagne des Vorjahres – gesprochen werden kann. [...] Die Bundesrepublik Deutschland erscheint [...] zunehmend als Befürworter der TNF-Modernisierung. Dementsprechend haben die Warnungen an die deutsche Adresse besonders massiven Charakter. Im einzelnen: Erstmalig in einem Kommentar des ZK-Mitarbeiters Portugalow am 9. August, und seitdem mehrfach wiederholt, wird die Bundesrepublik als ‚nukleare Geisel der USA' apostrophiert; mehrfach wird die Warnung ausgesprochen, eine konzentrierte Dislozierung eurostrategischer Waffen auf unserem Gebiet würde dazu führen, daß die Bundesrepublik ‚wie ein Magnetfeld Gegenschläge anzieht'; darüber hinaus wird ausgeführt, es sei naiv anzunehmen, daß der Warschauer Pakt einer Implementierung der jetzt diskutierten TNF-Pläne ruhig zusehen werde. Vielmehr: ‚Die UdSSR wird gezwungen sein, Maßnahmen zu ergreifen, die ihre Sicherheit und die ihrer Verbündeten garantieren' (Radio Moskau, 25. August). Die Bundesrepublik wäre in diesem Fall für den Warschauer Pakt ‚eine Quelle erhöhter Gefahr'". Vgl. Referat 201, Bd. 120234.

9 Am 6. September 1979 stellte Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), zur Frage einer Zustimmung Belgiens zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO fest: „Was Simonets langfristige Taktik angeht, so geht man kaum fehl in der Annahme, daß der belgische Außenminister sich die TNF-Modernisierung oktroyieren lassen will: innenpolitisch durch den Koalitionspartner [...], außenpolitisch von den USA und möglicherweise anderen wichtigen Verbündeten. Was die Stimmung in der belgischen Bevölkerung betrifft, so neigen viele zu dem Schluß, der Außenminister überschätze die Widerstände. Die belgische Bevölkerung zeige sich in der Tat in Verteidigungsangelegenheiten eher wohlwollend oder passiv; sie sei durch andere Prioritäten absorbiert (Sprachenstreit) und dem ganzen Temperament nach außerordentlich tolerant." Vgl. den Drahtbericht Nr. 896; VS-Bd. 10551 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

10 Am 6. September 1979 legte Bundesminister Genscher dem amerikanischen Außenminister Vance in einem Telefongespräch dar, „daß es für die Europäer wichtig wäre, wenn eine Verbindung zwischen der SALT-Ratifizierung und der TNF-Modernisierung deutlich herausgestellt würde. Bei seinem letzten Besuch in Washington habe ihm Senator Byrd die Wichtigkeit dieses ‚links' bestätigt. BM bat AM Vance, den europäischen Alliierten gegenüber zu signalisieren, daß eine positive TNF-Entscheidung für eine Entscheidung zugunsten von SALT II hilfreich sein könnte. [...] BM fügte hinzu, daß es nützlich wäre, wenn auch Senatoren – nicht unbedingt in der Öffentlichkeit – persönliche Stellungnahmen gegenüber Persönlichkeiten aus den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und auch Italien über die Bedeutung einer positiven TNF-Entscheidung für die SALT-II-Ratifizierung abgeben würden." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14080 (010) B 150, Aktenkopien 1979.

11 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance am 24. September 1979 in New York vgl. Dok. 278.

12 Der amerikanische Senator Levin hielt sich vom 1. bis 3. September 1979 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch des Staatssekretärs van Well mit Levin am 3. September 1979 vermerkte Vortragender Legationsrat Gerz am folgenden Tag: Auf die Frage Levins, „ob die Nachrüstung in Europa für die SU nicht eine größere Bedrohung darstelle als umgekehrt die SS-20 für den Westen", habe van Well erklärt, „daß die SU erfahrungsgemäß im Rüstungskontrollbereich nur reagiere, wenn sie sicher mit Nachteilen rechnen müsse, falls sie nicht reagiere". Vgl. Referat 204, Bd. 115947.

am besten durch eine Allianzentscheidung unterbrochen werden könne. Mit einer solchen Entscheidung würde ein Großteil der Öffentlichkeit einverstanden sein, und das Problem der Einflußnahme durch eine sowjetische Kampagne wie bei der Neutronenwaffe wäre ausgestanden.

BM berichtete, er habe mit dem BK auch über dessen Idee eines Briefes an Breschnew[13] oder eines Gesprächs Wieck/Breschnew gesprochen und ihn darauf hingewiesen, daß er es für gänzlich unmöglich halte, daß wir uns als einziges Land gegenüber der Sowjetunion zu rechtfertigen versuchten. Dies würde zu einer „negativen Singularisierung" führen. Sein Vorschlag sei vielmehr, daß er in New York mit AM Gromyko[14] über Abrüstung spreche und dabei die Hoffnung ausdrücke, der rüstungskontrollpolitische Ansatz werde in Moskau positiv aufgenommen.

Dem BK sei im übrigen der rüstungskontrollpolitische Ansatz noch nicht dicht genug. Er habe daraufhin ein Gespräch zu sechst in der Besetzung BK, Ruhfus, BM, StS vW, BM Apel, Brandt vorgeschlagen.[15] BM, StS vW und Botschafter Ruth vereinbarten, daß diese Besprechung möglichst kurzfristig stattfinden sollte und vorher eine gründliche Hausbesprechung abgehalten werden solle. Hierzu wird Botschafter Ruth die möglichen Optionen in einer plastischen und durchsichtigen Weise darstellen.

Zu MBFR berichtete BM, er habe dem BK zu verstehen gegeben, daß in der 50%-Frage keine Übereinstimmung bestehe.[16] Auch dieser Punkt solle in der Sechser-Besprechung aufgenommen werden.

Nordenskjöld

VS-Bd. 14080 (010)

13 Am 31. August 1979 notierte Ministerialdirektor Blech Informationen des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt: „Der Bundeskanzler ist doch wieder auf seinen Gedanken einer schriftlichen Botschaft an Breschnew [...] zurückgekommen. Sein Motiv scheint die Sorge zu sein, daß an der sowjetischen Spitze die Lage und unsere Interessen nicht voll verstanden werden und die normale Berichterstattung von Gromyko gefiltert wird. Nachdem Ruhfus nochmals die von mir seinerzeit geltend gemachten Argumente vorgebracht hat, glaubt er, daß der Bundeskanzler vom Gedanken einer schriftlichen Botschaft Abstand nehmen könnte, daß er aber wohl an einer mündlichen Präsentation durch den Botschafter in Moskau festhalten möchte." Vgl. VS-Bd. 11323 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

14 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. September 1979 in New York vgl. Dok. 281.

15 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit den Bundesministern Genscher und Apel am 13. September 1979 vgl. Dok. 268.

16 Vgl. dazu die sicherheitspolitische Debatte des Bundestags am 8./9. März 1979; Dok. 80.
Ministerialdirektor Blech vermerkte dazu am 31. August 1979: „Wie die Gespräche des Bundeskanzlers mit Schiwkow und Gierek gezeigt haben, hält der Bundeskanzler an seiner Überlegung zur 50%-Obergrenze für nationale Landstreitkräftekontingente innerhalb des Bündnisses fest. Gegenüber östlichen Gesprächspartnern sprach der Bundeskanzler von einer für beide Bündnisse geltenden Obergrenze, wobei man auch einen anderen Prozentsatz, ‚etwa 53 oder 45 Prozent', in Erwägung ziehen könne. Im BMVg scheint in jüngster Zeit Neigung zu bestehen, die Überlegungen des Bundeskanzlers zu übernehmen. Es wäre wünschenswert, wenn in dieser Frage eine gemeinsame Linie der Bundesregierung gefunden werden könnte." Vgl. VS-Bd. 11434 (221); B 150, Aktenkopien 1979.
In einer Aufzeichnung der Abteilung 2 vom 14. August 1979 wurde dazu ausgeführt: „1) Da eine formal neutrale 50%-Obergrenze für nationale Streitkräftekontingente innerhalb des Bündnisses nur für die Bundeswehr eine faktische Höchststärke darstellen würde, wäre die Bundeswehr gegenüber unseren Bündnispartnern einer Sonderbehandlung ausgesetzt. Dies wäre tragbar, wenn es

254

Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-2897/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 4. September 1979, 19.50 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 891 **Ankunft: 4. September 1979, 19.41 Uhr**[2]

Betr.: Seminar des Center for Strategic and International Studies „NATO: The Second Thirty Years" in Brüssel vom 1. bis 3.9.1979
hier: Zur Rede Kissingers vom 1.9.1979[3]

Bezug: Drahtbericht Nr. 883 vom 1.9.1979 VS-NfD

I. Zusammenfassung

Kissinger hat seine überzogenen Äußerungen vom 1. September am 2. und 3. September abgeschwächt (vgl. II).

Inzwischen liegt ein schriftlicher Text der Rede vom 1. September vor, den ich, um ihn auf dem schnellsten Weg zu übermitteln, GM[4] Tandecki in zwei Stücken (AA und BMVg) mitgebe. Der Text ist offenbar nachkonstruiert, leicht erwei-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1253
sich dabei um eine bündnisinterne Absprache handeln würde. [...] 2) Eine andere Beurteilung ergäbe sich, wenn die 50%-Regel Teil eines MBFR-Abkommens werden sollte. Eine Sonderbehandlung der Bundeswehr im MBFR-Rahmen würde zu einer gegenüber dem Osten verbindlichen nationalen Höchststärke führen, die Integrationsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen und dem Osten ein Mitspracherecht in Fragen der westlichen Verteidigung einräumen. Letzteres träfe selbst dann zu, wenn die Einhaltung der 50%-Schwelle verteidigungspolitisch unproblematisch wäre. Denn allein die Tatsache, daß die Bundeswehr für eine Begrenzung in Frage kommt, würde es erforderlich machen, dem Osten durch ständige Vorlage nationaler Daten Rechenschaft über vertragskonformes Verhalten zu geben." Vgl. VS-Bd. 11474 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 5. September 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann, Legationsrat I. Klasse Gruber, Legationsrat I. Klasse Boden und das Ministerbüro verfügte.
Hat Hofmann am 5. September 1979 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Kreusel am 7. September 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Auf Bitten BMVg Rü II-1 M[inisterial]R[at] Körner einen Durchschlag."
Hat Hofmann am 10. September 1979 erneut vorgelegen, der zum Vermerk Kreusels handschriftlich ausführte: „Nein: keine Relevanz für Rü. Im übrigen kann sich Rü an Fü[hrungs]S[tab] halten."

2 Datum und Uhrzeit so in der Vorlage.

3 Ministerialdirektor Blech vermerkte am 6. September 1979, der ehemalige amerikanische Außenminister Kissinger habe in seinem Beitrag zu verstehen gegeben, „der amerikanische nukleare Schirm sei bis zur Einsatzbereitschaft der MX-Rakete nicht mehr so wie früher gewährleistet; es sei ein grober Fehler gewesen, durch Festhalten an der gegenseitig gesicherten Abschreckung trotz anderslautender Entwicklungen in der Sowjetunion die USA einseitig verwundbar gemacht zu haben; die USA müßten die sowjetische Doktrin im Sinne einer Kriegsführungsfähigkeit bzw. Erstschlagkapazität des strategisch-nuklearen Potentials nachvollziehen". Ferner wies Blech darauf hin: „Die amerikanische Regierung hat Kissingers Äußerungen zum Anlaß genommen, den NATO-Verbündeten – aber auch der Sowjetunion – am 10.9.1979 durch Außenminister Vance die amerikanische Verpflichtung (commitment) zu bestätigen, ‚Europa mit allen notwendigen Mitteln – nuklear und konventionell – zu verteidigen', und zwar ‚gegen jeden Angriff, auf jeder Ebene, gegen uns und unsere Bündnispartner'. Die Unteilbarkeit der Sicherheit des gesamten Bündnisses bleibe für die Planung von Rüstung und Verteidigung weiterhin die Basis der amerikanischen strategischen Doktrin." Vgl. Referat 201, Bd. 120224.

4 Generalmajor.

tert, aber nicht abgeschwächt (vgl. z.B. S. 9–11, 12, 14). Europäische und amerikanische Seminarteilnehmer haben Kissinger direkt oder indirekt kritisiert.

Hauptsorge bleibt, daß Kissingers Versuch, die TNF-Modernisierung zu fördern, durch die Art seiner Argumentation und seine beabsichtigte „Schocktherapie" auf der europäischen Szene nur störend gewirkt hat.

Der Niederschlag in der Presse ist, wie zu erwarten war, teils unkorrekt, teils durch Kürzung entstellt.[5]

II. Kissingers Korrekturen

1) Kissinger hat in seiner Tischrede am Abend des 2.9. folgende Hauptpunkte hervorgehoben:

Niemand dürfe an der Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, Europa zu verteidigen, zweifeln. Die Vereinigten Staaten müßten eine counterforce schaffen und die TNFs modernisieren. Dies sollte möglichst auf der Grundlage einer bipartisan policy geschehen, die nach Vietnam und Watergate[6] zusammengebrochen sei und nun, im Zusammenhang mit der SALT-Diskussion im Senat, wieder entstehen könne.

Die Europäer müßten auf das amerikanische TNF-Angebot positiv antworten.

In seinem Konferenz-Schlußwort hat Kissinger die Hauptthesen seiner Rede vom 1. September so, wie er sie verstanden wissen wolle, vorgetragen:

Er habe nicht gesagt, daß der amerikanische Nuklearschirm nicht mehr existiere. Er habe vielmehr gesagt, daß die USA lange nuklear überlegen gewesen seien; daß die Allianz in den frühen 80er Jahren, bei gleichbleibendem Trend, in allen Waffenkategorien unterlegen sein werde und daß durch eine solche Entwicklung die amerikanischen Entscheidungen beeinflußt werden würden.

Dies sei die Herausforderung an die NATO: Die Allianz müsse die amerikanische Garantie neu definieren. Wir hätten drei Jahre Zeit für eine solche Neudefinierung. Wenn bei den strategischen Waffen Stabilität erreicht sei, liege es nahe, unterhalb der strategischen Ebene ebenfalls zu stabilisieren. Der Trend unterhalb der strategischen Ebene laufe aber gegen die NATO, sowohl bei den TNFs wie im konventionellen Bereich. Die Aufgabe laute also: Wie vermeiden wir, daß die NATO in den 80er Jahren in allen Waffenkategorien unterlegen sein wird?

Die Sowjetunion habe vielleicht keinen Plan, eine solche Zeit der Unterlegenheit auf westlicher Seite (wie Kosmonauten das „Fenster" beim Wiedereintritt in die Sphäre) zu nutzen, aber aus den Krisenherden rund um den Erdball würden der Sowjetunion „dann besondere Versuchungen erwachsen".

Wir müßten aus dieser Analyse Folgerungen ziehen, und zwar auf dem Gebiet der Verteidigung, die er genannt habe, und auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle.

[5] In der Presse wurde zu den Äußerungen des ehemaligen amerikanischen Außenministers Kissinger u.a. mitgeteilt: „Die Unterlegenheit der europäischen NATO-Staaten auf dem Gebiet der kontinentalstrategischen Atomwaffen bezeichnete Kissinger als ernst. Jetzt werde die Bühne für ‚selektive Erpressungsmanöver' der Sowjetunion gestaltet. Der Westen müsse jetzt mit der Nachrüstung beginnen. ‚Wir können nicht mehr zwei oder drei Jahre warten', rief Kissinger aus." Vgl. den Artikel „Nur Navy stärker als Russen. Kissinger: Sofort nachrüsten"; DIE WELT vom 3. September 1979, S. 1.

[6] Zur „Watergate-Affäre" vgl. Dok. 56, Anm. 20.

Bevor wir SALT III begännen, bedürfe es einer tiefschürfenden Diskussion darüber, was wir mit SALT III erreichen wollen. Wir dürften diese Diskussion nicht erst führen, wenn die Verhandlungen begonnen hätten.

„The question of the strategic equation", so fuhr Kissinger wörtlich fort, „is not only a problem of hardware. It is also a problem of developing a doctrine so that tactical forces and other forces are related to some concept of defence and not only to some theoretical level of destruction".

Es wäre gefährlich, wenn wir unsere Verhandlungen mit der Sowjetunion nur auf die Rüstungskontrolle reduzieren würden, anstatt auch auf anderen Gebieten sowjetische Zurückhaltung zu erhandeln. Wenn die Verhandlungen auf Rüstungskontrolle begrenzt würden, geriete Rüstungskontrolle zu einem Schutzschild für aggressives sowjetisches Verhalten.

III. Bewertung

1) Die Frage der Motive Kissingers wird verschieden beantwortet. Aus meinen zahlreichen Gesprächen mit Seminarteilnehmern (amerikanischen Innenpolitikern, Akademikern und Public Relations Officers) halte ich folgende Erklärungen fest:

a) Kissinger sei mißverstanden worden.

b) Kissinger habe das Seminar durch zugespitzte Aussagen von vornherein beleben wollen.

c) Kissinger stehe in jüngerer Zeit unter dem Einfluß einiger Hardliner der Georgetown University.

d) Kissinger habe, in Anlehnung an frühere Schriften und Äußerungen und seiner Natur entsprechend wieder einmal einer pessimistischen Grundstimmung freien Lauf gelassen.

e) Kissinger sehe sich schon mitten im amerikanischen Wahlkampf[7]. Dafür brauche er Schlagzeilen um jeden Preis. Er passe sich der neuen Stimmung in der Bevölkerung und im Kongreß an (Akzent mehr auf Verteidigung als auf Détente). Er glaube, Präventivschläge gegen die Kritiker seiner Politik als Außenminister[8] führen zu müssen, und übe deshalb Selbstkritik.

Diese Selbstkritik, so meinen einige, schieße über das Ziel hinaus, andere halten sie für sehr subtil: Die Kollateralschäden der Entspannungspolitik laste er nämlich denjenigen an, die seine realistische Entspannungspolitik nicht begriffen hätten.

f) Kissinger bediene sich der Schock-Therapie: Er wolle die Schaffung einer amerikanischen counterforce und die Modernisierung der TNFs in Europa durchsetzen.

Kissingers Motive mögen multikausal zu sehen sein. Den Ziffern d) bis f) würde ich die Hauptbedeutung zuweisen. Ich habe Senator Garn und Francis Sullivan, Chief of Staff, Senate Armed Services Committee, die Frage gestellt, ob Kissinger mit überzogenen Thesen dieser Art im amerikanischen Wahlkampf

[7] Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

[8] Henry Kissinger war von 1973 bis 1977 amerikanischer Außenminister.

besonderen Anklang finden werde. Garn äußerte sich vorsichtig, Sullivan nannte das Verhalten „rätselhaft".

2) Wenn es Kissinger in erster Linie darum gegangen sein sollte, die TNF-Modernisierung in Europa durchzusetzen, so hat er der Sache, jedenfalls in bezug auf die europäische Entwicklung, keinen Dienst erwiesen. Das Mittel der öffentlichen Schock-Therapie ist ein Mißgriff, die Hauptargumente sind ungünstig gewählt.

a) Zweifel am amerikanischen commitment aufkommen zu lassen, erzeugt nur Unruhe und ermutigt kaum zu positiver, realistischer Aktion.

Es ist nicht von ungefähr, daß der britische Abgeordnete Winston Churchill im Gespräch die Frage nach einer europäischen Nuklearmacht stellte und damit die in Frankreich halbwegs erloschene innenpolitische Kontroverse[9] neu entfachte.

b) Kissingers Behauptung, die Allianz habe, zumindest für den TNF-Bereich, keine Doktrin, ist objektiv falsch und Wasser auf die Mühlen derjenigen, die im nuklearen Teil der Abschreckung eine ständige Gefährdung sehen. Träfe Kissingers Behauptung zu, müßten wir uns in der Tat wie die Reiter über den Bodensee vorkommen: Die Allianz hätte jahrelang ohne die intellektuelle Durchdringung der Kernwaffen-Problematik dahingelebt.

Wer darauf hinweist, daß Kissinger diese seine These schon seit Jahren vortrage und insofern konsequent bliebe, wird sich entgegenhalten lassen müssen[10], daß Kissinger in den vergangenen Jahren keine neue Doktrin entwickelt hat (im Gegensatz zu Schlesinger[11]) und daß man besser nicht tabula rasa macht, bevor man weiß, was an die Stelle des Abgeräumten treten soll.

General Haig hat Kissinger ohne Namensnennung widersprochen: Die amerikanische Garantie sei klar und unverändert; wir sollten eine sterile Debatte um eine Verbesserung der Doktrin vermeiden und statt dessen die Streitkräftedefizite auszugleichen versuchen, die NATOs gegenwärtige Doktrin gefährden könnten (Haigs heutiges Interview in der „Welt" [12] steht nicht im Einklang mit seinen Einlassungen während des Seminars).

3) Schließlich sind Kissingers Bemerkungen über die Rolle der NATO bei der Verwirklichung des Doppelkonzepts[13] zu bedauern. Im schriftlichen Text der Re-

9 Ministerialdirektor Blech notierte am 6. September 1979 zur Strategiediskussion in Frankreich: „Die vor allem von Guy Doly, General Buis und Alexandre Sanguinetti ausgelöste öffentliche Diskussion um eine europäische Verteidigung und eine deutsch-französische nukleare Zusammenarbeit hat den Charakter von Denkanstößen. Wir haben davon auszugehen, daß diese Diskussion nicht von amtlicher Seite inspiriert ist. Sie ist daher nicht als Signal zur Eröffnung einer Erörterung zwischen den beiden Staaten zu betrachten. Der spekulative, gelegentlich auch durchaus diffuse Charakter der vertretenen Vorstellungen ist im übrigen unverkennbar." Vgl. Referat 201, Bd. 120224.

10 Korrigiert aus: „entgegenhalten müssen".

11 Zur Neuformulierung der amerikanischen Einsatzdoktrin für Kernwaffen vgl. Dok. 13, Anm. 5.

12 Für das Interview des ehemaligen Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Haig, vgl. den Artikel „Mit Moskau reden, aber vorher auf Waffen nicht verzichten"; DIE WELT vom 4. September 1979, S. 1.

13 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77.

de heißt es dazu: „In 1968, at Reykjavik[14], NATO developed the theory which I believe is totally wrong, that the Alliance is as much an instrument of détente as it is of defense. I think that is simply not correct. NATO is not equipped to be an instrument of détente." Gerade im Hinblick auf die von Kissinger geforderte TNF-Modernisierung wird eine solche Auslassung den mühsamen Weg zum Konsensus belasten, zumal Kissinger praktisch der Auflösung der Uno-actu-Entscheidung (Modernisierung und Rüstungskontrollangebot) das Wort geredet hat.

4) Kissingers Thesen und Akzente haben deshalb gerade auch die Teilnehmer der Schlüssel-Nationen Belgien[15] und Niederlande[16] irritiert, wenn nicht erschreckt. Simonet selbst hat zwar nur in allgemeiner Form die Rüstungskontrollpolitik hervorgehoben und jede Festlegung in der Modernisierungsfrage vermieden.[17] Der Politische Direktor des belgischen Außenministeriums[18], der demnächst als Botschafter nach Washington geht, und sein Nachfolger im Amt haben mir jedoch mit großem Ernst gesagt, daß Kissinger der belgischen Regierung das Leben sehr erschwert habe. Ähnlich äußerte sich im privaten Gespräch der ehemalige Außenminister van der Stoel, der einzige prominente niederländische Seminarteilnehmer, über die Wirkungen derartiger Thesen auf die Niederlande.

5) In allen Gesprächen unmittelbar nach der Rede Kissingers habe ich darauf hingewiesen, daß wir nur mit Stetigkeit und auf der Grundlage einer wohldurchdachten und amalgamierten Arbeit der High Level Group und der Special Group zu einer Allianz-Entscheidung im Dezember kommen können. Aphoristische Thesen mit Schockgehalt wirkten sich auf dem schwierigen europäischen Gelände eher störend aus. Generalleutnant Altenburg hat im gleichen Sinne ge-

14 Auf der NATO-Ministerratstagung am 24./25. Juni 1968 in Reykjavik wurde eine Erklärung („Signal von Reykjavik") verabschiedet, in der die Außenminister und Vertreter der an der militärischen Integration der NATO beteiligten Staaten ihre Bereitschaft bekundeten, mit anderen interessierten Staaten konkrete und praktische Schritte auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle zu erkunden. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1949–1974, S. 210. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 360.

15 Zur Frage einer Zustimmung Belgiens zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO vgl. Dok. 253, Anm. 8.

16 Zur Stimmungslage im niederländischen Parlament bezüglich einer TNF-Modernisierung der NATO vgl. Dok. 253, Anm. 5.

17 Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), teilte am 6. September 1979 mit, der belgische Außenminister Simonet habe nach Abschluß des Seminars der Georgetown University am 3. September 1979 in Brüssel zu einer TNF-Modernisierung der NATO dargelegt: „Die Supermacht Sowjetunion ist heute in der Lage, politischen Druck auf Europa auszuüben. Dagegen hat Europa ‚zur Stunde keine Antwort außerhalb des Rückgriffes auf die amerikanische Garantie, deren Bedingungen ... von Kissinger umrissen worden sind'. Die Sowjetunion hat durch die Entwicklung und Modernisierung ihrer TNFs ein Ungleichgewicht erzeugt. Zur Aufrechterhaltung des eurostrategischen Gleichgewichts (sic) werden die europäischen Länder bereit sein, ihre Teilnahme an der Modernisierung der TNFs zu überdenken. Die pénible épisode um die Neutronenwaffe dürfe sich nicht wiederholen. Bei einer Wiederholung wäre demonstriert, daß die SU ohne weitere Rüstung Druck auf Europa ausüben könnte. Es wäre gefährlich für alle europäischen Länder, wenn eine Entscheidung (über die TNFs) ‚bilateral, vielleicht durch die USA und die Bundesrepublik Deutschland getroffen' würde. Das wäre ein schwerer Schlag gegen die Kohäsion und Solidarität der Allianz. Das wäre ‚auch gefährlich vom strikt europäischen Standpunkt, denn das hieße Deutschland zwingen, heute unilateral Entscheidungen in taktischer Materie, morgen vielleicht in strategischer Materie zu treffen'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 896; VS-Bd. 10551 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

18 J. Raoul Schoumaker.

wirkt. Die meisten Gesprächspartner, insbesondere auch die amerikanischen, hatten volles Verständnis für diese Warnungen und haben offenbar in den Panels für entsprechende Zurechtrückungen gesorgt.

Die eigene Einwirkung war insofern begrenzt, als Altenburg und ich keine Seminarteilnehmer waren und deshalb nur an Vollsitzungen teilnehmen konnten.

Die deutschen Seminarteilnehmer waren (in alphabetischer Reihenfolge): Abgeordneter Biedenkopf, Oberst Dr. Genschel, Frau Isenberg, die Prof. Kaiser, Kaltefleiter, Link, Richard Löwenthal, Mehnert, Präsident Karl Mommer,[19] Lothar Rühl, Hans Rühle, Gen. a. D. Steinhoff, Wolfgang Wagner.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 10506 (201)

255

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, in Budapest

VS-vertraulich **5. September 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Ersten Sekretär Kádár am 5. September 1979 von 10.30 bis 12.20 Uhr[2]

Weitere Teilnehmer:

Auf ungarischer Seite: Außenminister Puja, Vizeaußenminister Nagy, Staatssekretär des Außenhandelsministeriums Szalai, der ungarische Botschafter[3].

Auf deutscher Seite: StS van Well, StS Dr. Schlecht, SRS[4] Grünewald, Botschafter Dr. Balser, AL 4[5], AL 2[6].

Kádár berichtete über die innenpolitische Situation in Ungarn. Die Lage sei stabil und ausgeglichen. Auch in Ungarn sei nicht jeder Bürger ein Kommunist. Aber in den Hauptzielsetzungen sei die Öffentlichkeit einer Meinung. Un-

19 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat Hofstetter handschriftlich eingefügt: „+ Nerlich".

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von den Ministerialdirektoren Ruhfus und Schulmann, beide Bundeskanzleramt, am 5. September 1979 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 14. September 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Vgl. dazu Dok. 251, Anm. 1.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. September 1979 in Ungarn auf. Vgl. dazu auch Dok. 251.

3 Péter Kövari.

4 Stellvertretender Regierungssprecher.

5 Horst Schulmann.

6 Jürgen Ruhfus.

garn habe ein Einparteien-System, aber die Führung glaube, daß sie die große Mehrheit der Bevölkerung benötige und hinter sich habe.

Zu der Übereinstimmung zwischen den Kommunisten und den Nichtparteimitgliedern trügen auch andere selbständige gesellschaftliche Kräfte wie Gewerkschaften und Kirchen bei.

Seit 1956[7] gebe es einen neuen politischen Kurs und auch eine neue Organisation der Partei. Von den 900000 Mitgliedern, die 1956 in der Partei eingeschrieben waren, hätten sich nach Oktober 1956 nur etwa 200000 neu eintragen lassen. Dazu seien etwa 30000 neue Mitglieder gekommen, die bis dahin parteilos waren. Jetzt habe die Partei wiederum einen Mitgliedsbestand von 800000 Mitgliedern. Daher seien etwa 60% der jetzigen Mitglieder im Jahre 1956 zwischen sechs und zehn Jahre alt gewesen.

Die politische Orientierung beruhe auf der Plattform. Die Plattform habe Eingang in die Massen gefunden.

Bundeskanzler: Kádárs Autorität habe mindestens gleiches Gewicht wie die damalige Plattform.

Kádár: Der Parteitag 1980 werde sich mit den aktuellen Problemen beschäftigen.[8] Einige neue Entwicklungen würden berücksichtigt. Er glaube, daß der Parteitag die Hauptlinien der bisherigen Politik bekräftigen wird.

Die wirtschaftliche Entwicklung sei eine Angelegenheit von zentraler Bedeutung.[9] Er könne darauf hinweisen, daß auch die wirtschaftspolitischen Grundlinien seit über zwei Jahrzehnten festgelegt seien. Anfang 1957 habe man das System der Zwangsablieferungen in der Landwirtschaft abgeschafft und auf Kontraktbasis gestellt. Vor elf Jahren habe man die eigentlichen wirtschaftspolitischen Reformen durchgeführt. Auch heute gebe es zwar noch staatliche Entwicklungspläne, die Betriebe seien aber in ihren Entscheidungen selbständig; es würden ihnen keine Planziffern vorgegeben, vielmehr steuere man sie indirekt durch „Wirtschaftshebel", z.B. die Steuerpolitik. Auf diese Weise sei sichergestellt, daß die Betriebe an einem guten Ergebnis interessiert seien, zugleich erkenne man damit an, daß auch im sozialistischen System die Marktgesetze effektiv seien. Dies sei auch deshalb notwendig, weil Ungarn stark außenhandelsabhängig sei (50% des Bruttonationalprodukts wird exportiert). Deshalb habe man auch den Großbetrieben ein eigenes Export-/Importrecht eingeräumt. Die Reformen hätten sich bewährt, das System sei lebensfähig und die Planerfüllung habe sich sogar noch verbessert.

7 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt kam es am 4. November 1956 zu einer Intervention sowjetischer Truppen.

8 Der XII. Parteitag der USAP fand vom 24. bis 27. März 1980 in Budapest statt.

9 In dem von Botschaftsrat Kleiner, Budapest, am 8. August 1979 übersandten „Jahresbericht 1978 der EG-Wirtschaftsreferenten" wurde zur wirtschaftlichen Lage Ungarns festgestellt: „Die ungarische Wirtschaft war 1978 mit beträchtlichen Schwierigkeiten konfrontiert; nur wenige der im Wirtschaftsplan fixierten Ziele konnten erreicht werden. Vor allem stieg das Außenhandelsdefizit infolge überplanmäßiger Investitionsgüterimporte aus dem nichtsozialistischen Ausland drastisch an. Für 1979 ist daher im Rahmen einer Austerity-Politik die Rückkehr zum gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht geplant. Ziel des gegenwärtig diskutierten sechsten Fünfjahresplanes 1980 bis 1984 ist die Modernisierung und Rationalisierung der Wirtschaft bei eingeschränktem Wachstum. Über die gesamte Laufzeit ist eine Steigerung des Investitionsvolumens um 25% vorgesehen." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 712; Referat 214, Bd. 139511.

In diesem Jahre habe man kräftige Preiserhöhungen vornehmen müssen, so seien die Konsumentenpreise im Schnitt um neun Prozent angehoben worden. Die westliche Presse habe dies so dargestellt, daß es seit 30 Jahren keine so große Preiserhöhung gegeben habe. Dies sei richtig; ebenso richtig sei aber, daß es seit 30 Jahren überhaupt keine Preiserhöhungen gegeben habe. Künftig werde man die notwendigen Preiserhöhungen elastischer und regelmäßiger vornehmen. Im übrigen seien die Preiserhöhungen von der Öffentlichkeit mit Ruhe aufgenommen worden. (Der Bundeskanzler: Weil sie gut vorbereitet waren.) Auch die Erzeugerpreise würden angehoben. Man wolle mit „realen" Preisen arbeiten, d.h. daß die Erzeugerpreise im Einklang stehen müssen mit den Weltmarktpreisen und die Verbraucherpreise im Einklang mit den Kosten. Gleichzeitig sollten die Löhne der Leistung angepaßt werden. Er hoffe, daß diese Politik ihre Früchte tragen werde.

Er habe gestern in dem Gespräch mit dem Bundeskanzler festgestellt, daß die bilateralen Beziehungen trotz der unterschiedlichen gesellschaftlichen Ordnung und der unterschiedlichen Bündniszugehörigkeit korrekt und normal sind und daß sie sich weiterentwickeln.

Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen seien gut.[10] Der Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik und Ungarn habe sich im Jahre 1978 auf 3,5 Mrd. DM belaufen. In diesem Jahr erwarte man – dank großer Exportanstrengungen – ein ausgeglicheneres Ergebnis. Es gebe gewisse Probleme im Verhältnis von EG und RGW (auch wegen West-Berlin).[11]

Sowohl die Bundesrepublik als auch Ungarn seien Mitglieder des GATT. Sie wünschten sich, daß der Liberalisierungsgrad entsprechend sei. Wegen der Berlin-Klausel kämen verschiedene Abkommen nicht zustande. Das Vier-Mächte-Abkommen[12] würde in Ost und West unterschiedlich interpretiert. Ungarn halte sich an die sozialistische Auslegung. Dennoch sollten die Verhandlungen zwischen EG und RGW stimuliert werden, damit alsbald ein Modus vivendi zustande komme. Ungarn sei seinerseits in diesem Sinne im RGW aktiv geworden. In der Zwischenzeit solle man Behelfsabkommen schließen.

Der Außenminister und der Außenhandelsminister träfen sich in regelmäßigen Abständen. Die Begegnung der Fachminister und anderer politischer Persönlichkeiten sollte ausgeweitet werden.

Zwischen beiden Ländern bestünden kulturelle Beziehungen und lebendige Beziehungen im wissenschaftlichen Bereich. Der Tourismus floriere. Angehörige der deutschsprachigen Minderheit seien teilweise in die Bundesrepublik übergesiedelt.[13] Sie könnten sich jährlich, so oft sie wünschten, mit ihren Verwandten in Ungarn treffen.

10 Zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ungarn vgl. Dok. 251, Anm. 3.

11 Zum Stand der Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 165, Anm. 23.

12 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

13 Am 22. November 1979 vermerkte Referat 214: „Aus der Existenz der deutschen Minderheit in Ungarn (220 000 Personen) haben sich bisher keine Probleme ergeben, die das deutsch-ungarische Verhältnis belasteten. Zur Bundesrepublik Deutschland bestehen nur in begrenztem Umfang fami-

Insgesamt seien die Beziehungen korrekt, höflich und fruchttragend. Sie sollten so fortgesetzt werden.

Der *Bundeskanzler* dankt Kádár für sein breites Exposé. Er gehe davon aus, daß die wichtigsten Passagen aus seinem gestrigen Gespräch den Mitgliedern des Zentralkomitees zur Kenntnis gebracht würden, so daß er sie nicht zu wiederholen brauche. Er wolle jedoch ausdrücklich noch einmal seinen Respekt, seine Anerkennung und seine Sympathie für die ungarische Politik seit 1956 unterstreichen.

Die Bundesrepublik habe ein Marktwirtschaftssystem. Dies bedeute eine höhere Produktivität, aber auch ein größeres Arbeitsplatzrisiko. Sie sei ebenfalls sehr stark außenhandelsabhängig und damit den Schwankungen der Weltkonjunktur unterworfen.

Kádár habe die Bundesrepublik in seinen Ausführungen in die Reihe der kapitalistischen Staaten eingereiht. Dies müsse er qualifizieren. Er würde sich gegen dieses Epitheton ornans im eigenen Lande kräftig zur Wehr setzen, denn das marktwirtschaftliche System der Bundesrepublik werde von zwei Strukturelementen, die im klassischen kapitalistischen System nicht vorkämen, flankiert:

1) einem sozialen Sicherheitsnetz, das laufend ausgebaut werde und das es in dieser Art nur in zwei oder drei westlichen Ländern und in einigen Scheichtümern gebe;

2) der Mitbestimmung der Arbeitnehmer innerhalb der Betriebe und Unternehmen[14], wobei die mitbestimmten Unternehmen in ihren unternehmerischen Entscheidungen frei seien gegenüber der Regierung.

Deshalb änderten sich Preise, Löhne und Renten jedes Jahr. Im Durchschnitt der Jahre 1977 bis 1981 rechne er mit einer jährlichen Preissteigerung, die knapp unter vier Prozent liegen werde. Im gleichen Zeitraum würden die Löhne jährlich im Durchschnitt um sechs bis sieben Prozent steigen. Mit anderen Worten: Die Reallöhne würden mehr als zwei Prozent pro Jahr zunehmen. Das System werde indirekt gelenkt. Dabei spiele moral suasion eine wichtige Rolle.

Die sozialliberale Koalition habe in den vergangenen zehn Jahren vor allem zwei wesentliche Leistungen erbracht: Zum einen habe sie die sozialpolitische und innenpolitische Erstarrung überwunden, die in den 60er Jahren eingetreten war, und eine Reihe von Reformen durchgeführt. Zum anderen habe sie in der Außenpolitik die Westverträge durch ihre Vertragspolitik mit den östlichen Nachbarn ergänzt und erweitert. Die Ostverträge hätten die Voraussetzung geschaffen für die Entspannungspolitik in Europa. Darauf sei die Bundesregierung stolz.

Er sehe es als seine Aufgabe an, die Bevölkerung zur Kompromißwilligkeit gegenüber den Nachbarn zu erziehen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1261

liäre und kulturelle Bindungen, die den Wunsch nach Ausreise wecken könnten: Im Rahmen der Familienzusammenführung siedelten 1978 59 Personen (1977: 55), in den ersten neun Monaten d[iesen] J[ahres] 46 Personen in die Bundesrepublik über. Unseren wiederholten Bemühungen, zur kulturellen Betreuung dieses Bevölkerungsteils beizutragen (Förderung des Deutschunterrichts, Versorgung mit Lehr- und anderem Informationsmaterial), war angesichts der diesbezüglichen Monopolstellung der DDR bisher kein Erfolg beschieden." Vgl. Referat 214, Bd. 132821.

14 Zur Regelung der betrieblichen Mitbestimmung in der Bundesrepublik vgl. Dok. 104, Anm. 8.

In einer Fernsehdiskussion in der vorigen Woche[15] habe er deutlich gesagt, wir wollten die Hoffnung nicht aufgeben, daß in einer fernen Zukunft Formen entwickelt werden, die die Vollendung der Einheit der Deutschen ermöglichen. Er sähe jedoch keine Möglichkeit, hierbei die Territorien einzubeziehen, wo heute keine Deutschen mehr siedeln. Er habe dies nicht gesagt, um Gierek nach dem Munde zu reden, sondern um dem deutschen Volk zu dieser Einsicht zu verhelfen.

Diese Ostpolitik der Bundesregierung sei in den letzten zehn Jahren auf harten innenpolitischen Widerstand gestoßen. Eine der Hauptpersonen der Opposition sei Strauß gewesen. Dieses Thema werde ein wichtiger Punkt des kommenden Wahlkampfes werden.[16] Strauß sei außen- und innenpolitisch konservativ eingestellt. Es gebe eine Reihe von wichtigen Konfliktfeldern, aber man dürfe Strauß nicht mit einem Faschisten verwechseln.

Die Bundesregierung lege großen Wert auf Kontinuität und Berechenbarkeit ihrer Politik. Die Verbündeten der Bundesrepublik könnten sich verlassen auf die Kontinuität unseres Engagements in NATO und EG. Ungarn und dessen Verbündete im Warschauer Pakt könnten darauf bauen, daß die Bundesregierung ihre Politik der Entspannung und des Gleichgewichts fortsetzen werde. Ungarn müsse davon ausgehen, daß wir unseren Beitrag leisten werden zu dem militärischen Gleichgewicht in Europa. Ungarn könne aber auch davon ausgehen, daß wir die Qualität unseres Beitrags nicht in den nuklearen Bereich steigern wollten. Wir legten großen Wert auf die Beibehaltung des kategorischen Unterschieds zwischen den Atommächten USA, Frankreich, Großbritannien und der nichtnuklearen Position der Bundesrepublik.

Ungarn könne sich darauf verlassen, daß wir uns weiterhin bemühen um Erfolge der Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung, insbesondere in den Bereichen SALT II[17], SALT III und MBFR. Die osteuropäischen Nachbarn könnten sich darauf verlassen, daß die Verträge von Moskau[18] und Warschau[19], das Vier-Mächte-Abkommen und der Grundlagenvertrag[20] sowie die Schlußakte von Helsinki[21] von uns mit bestem Willen erfüllt werden.

Er habe Verständnis für die Ausführungen Kádárs zur Berlin-Klausel. Interpretative Differenzen könnten nur mit der Sowjetunion ausgeräumt werden. Dies sei kein Gebiet für deutsch-ungarische Regelungen und Lösungen.

15 Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt am 30. August 1979 in einer Diskussionssendung des Zweiten Deutschen Fernsehens vgl. den Artikel „Schmidt: Wiedervereinigung, das Wort habe ich nicht gern"; DIE WELT vom 1./2. September 1979, S. 1.

16 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

17 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

18 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

19 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

20 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

21 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Unsere europäischen Nachbarn könnten sich darauf verlassen, daß die sozialliberale Koalition auch in den nächsten fünf Jahren weiter alles tun werde, damit die Schrecken der Vergangenheit sich nicht wiederholen.

Bundeskanzler stimmte der Charakterisierung der bilateralen Beziehungen durch Kádár zu und ergänzte, daß wir sie mit großer Sympathie betrachten.

Bundeskanzler dankte AM Puja und dem stellvertretenden Außenminister Nagy sowie den anderen Verantwortlichen, daß sie ihm Gelegenheit gegeben haben, Kränze am jüdischen Ehrenmal und an den deutschen Kriegsgräbern niederzulegen.[22]

Zu den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen:

Kádár habe sich heute über das schleppende Tempo der Liberalisierung beklagt. Es sei jedoch so, daß in Ungarn, Polen und der UdSSR kein Teil des Warenverkehrs liberalisiert sei, ob diese Länder Mitglieder des GATT seien oder nicht. Mit anderen Worten: Liberalisierung sei wegen der Unterschiede ihrer Wirtschaftssysteme de facto eine Einbahnstraße.

Kádár möge aber bedenken, daß die Liberalisierung bei uns große Probleme schaffe, z. B. im Textilbereich, in dem mehrere 100 000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Laufe der Jahre arbeitslos geworden sind, weil Textilien in Polen und Jugoslawien billiger hergestellt werden können als in der Bundesrepublik. Der Vorsitzende der IG Textil/Bekleidung, Karl Buschmann, habe ihn regelmäßig jedes Jahr gedrängt, die Textileinfuhren abzubremsen. Er habe ihm jedesmal gesagt, daß diese Entwicklung notwendig sei wegen der Zusammenarbeit in Europa. Textilien seien nur ein Beispiel von vielen. Er lege aber Wert darauf festzustellen, daß Liberalisierung nicht nur eine Frage des guten Willens sei, sondern schwerwiegende soziale Probleme für uns aufwerfe. Trotzdem würden wir unsere Liberalisierungspolitik fortsetzen. Wir wollten nicht, daß Ungarn anders als andere Länder im RGW behandelt werde. Wir setzten uns auch für Fortschritte in den EG/RGW-Verhandlungen ein.

Der Abbau des ungarischen Passivsaldos habe gute Fortschritte gemacht.[23] Seine Berater sagten ihm, daß sich diese Entwicklung fortsetzen werde. Er schließe sich dieser Auffassung an. Auch er rechne damit, daß die ungarischen Unternehmen beweglicher seien als die der anderen RGW-Länder. Die ungarischen Unternehmen müßten allerdings damit rechnen, daß sie in scharfe Kon-

22 Am 7. September 1979 berichtete Botschafter Balser, Budapest: „Die Kranzniederlegungen an den deutschen Soldatengräbern und auf dem jüdischen Friedhof wurden als persönliche Angelegenheit des Bundeskanzlers bezeichnet, aber sie wurden in der ungarischen Presse ausdrücklich erwähnt, und aus Gesprächen am Rande des Besuchs ist zu entnehmen, daß namentlich der Besuch auf dem jüdischen Friedhof mit Genugtuung aufgenommen wurde. Zu letzterem trug bei, daß der Bundeskanzler gegenüber den Vertretern der jüdischen Gemeinde gesagt hatte, seine Geste entspreche einer inneren Notwendigkeit; die jüdischen Gemeindevertreter reagierten mit dem Ausdruck ‚großer Hochachtung'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 482; Referat 214, Bd. 132821.

23 In einer Aufzeichnung vom 22. November 1979 bilanzierte Referat 214 den Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik und Ungarn: „Das bilaterale Handelsvolumen erhöhte sich 1978 gegenüber dem Vorjahr um 7% auf 3,487 Mrd. DM (1977 = 3,257 Mrd. DM, 1976 = 2,68 Mrd. DM) bei einer beträchtlichen Erhöhung des ungarischen Handelsbilanzdefizits, das von 599 Mio. DM 1977 auf 901 Mio. DM 1979 anstieg. In den ersten zehn Monaten 1979 erhöhte sich das beiderseitige Handelsvolumen um 9,5% im Vergleich zum Vergleichszeitraum 1978 auf 3,119 Mrd. DM bei einem stark reduzierten ungarischen Defizit von 391 Mio. DM (Januar bis Oktober 1978 = ca. 800 Mio. DM)." Vgl. Referat 214, Bd. 132821.

kurrenz zu den deutschen Unternehmen treten müßten, und zwar nicht nur Großbetrieben, sondern auch kleineren und mittleren.

Zur Frage der Konsultationen der Fachminister: Die Gemischte Wirtschaftskommission tage bereits einmal pro Jahr.[24] Ihm sei mitgeteilt worden, daß außerdem der ungarische Außenhandelsminister noch in diesem Jahr mit BM Graf Lambsdorff zusammentreffen werde.[25]

Außenminister Puja sei schon mehrmals in Bonn gewesen.[26] Dieser Prozeß müsse verbreitert werden, er müsse auch andere Ministerien und ihn, Kádár, selber einschließen.

Er rege an, das gemeinsame Kommuniqué[27] um einen entsprechenden Satz anzureichern.

StS *Schlecht* trägt eine positive Ergänzung zum Thema Liberalisierung vor. Auch in Zukunft sollte Ungarn nur mit kleinen Schritten rechnen. Aber bisher sei man zuviel ad hoc vorgegangen. Für die Zukunft bräuchten wir eine berechenbare mittelfristige Strategie, die gegenüber allen Staatshandelsländern ausgeglichen ist.

Der *Bundeskanzler* bittet Kádár, seinen Kollegen im Politbüro zu sagen, daß es ihm aus dem Herzen komme, wenn er betone, wie wertvoll die Gespräche in Bonn vor zwei Jahren[28] und gestern, heute und morgen in Budapest für ihn sind.

Kádár bedankt sich für die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers. Sein Gesamteindruck sei, daß auf beiden Seiten die Bereitschaft bestehe, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern weiter zu entwickeln.

24 Die dritte Tagung der Gemischten Regierungskommission für wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Ungarn fand am 1./2. Februar 1979 in Bonn statt. Für das Protokoll vom 2. Februar 1979 vgl. Referat 214, Bd. 132822.

25 Der ungarische Außenhandelsminister Verress hielt sich am 29./30. November 1979 in der Bundesrepublik auf.

26 Der ungarische Außenminister Puja hielt sich vom 11. bis 13. Juni 1975 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 11. Juni 1975 vgl. AAPD 1975, I, Dok. 151.
Puja begleitete den Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, vom 4. bis 7. Juli 1977 bei einem Besuch der Bundesrepublik. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 4. Juli 1977 vgl. AAPD 1977, II, Dok. 172.

27 Für den Wortlaut des Kommuniqués über den Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 4. bis 6. September 1979 in Ungarn vgl. BULLETIN 1979, S. 957–959.
Vortragende Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander erteilte der Botschaft in Budapest am 20. September 1979 Weisung für eine Note an das ungarische Außenministerium, mit der „die bereits mündlich am 6. September eingelegte Verwahrung gegen die abweichende Wiedergabe des Begriffs ‚friedliche Zusammenarbeit' im ungarischen Text des Kommuniqués" wiederholt werden sollte. Dabei sei auf folgenden Sachverhalt hinzuweisen: „Bei den Verhandlungen über das Kommuniqué, die vom deutschsprachigen Text als Arbeitsgrundlage ausgingen, wurde Einvernehmen erzielt, folgenden Satz ins Kommuniqué aufzunehmen: ‚Dabei äußerten sie ihre feste Überzeugung, daß es zur Politik der Entspannung und der friedlichen Zusammenarbeit keine vernünftige Alternative gibt'. Die Wiedergabe des Begriffs ‚friedliche Zusammenarbeit' mit ‚friedliche Koexistenz' im ungarischen Text des Kommuniqués entspricht nicht diesem Einvernehmen. Die Botschaft stellt noch einmal ausdrücklich fest, [...] daß sie daher insoweit den ungarischen Text des Kommuniqués nicht als authentisch betrachtet." Vgl. den Drahterlaß Nr. 4728; Referat 214, Bd. 132821.
Botschaftsrat Kleiner, Budapest, teilte am 27. November 1979 mit, die Botschaft habe „die Verbalnote mit dem vorgeschriebenen Text bereits am 26.9.79" dem ungarischen Außenministerium zugeleitet. Dieses habe zur Kenntnis genommen, „daß man sich ungarischerseits in Zukunft nicht auf diese Übersetzung berufen könne". Vgl. den Drahtbericht Nr. 638; Referat 214, Bd. 132821.

28 Der Erste Sekretär des ZK der USAP, Kádár, besuchte die Bundesrepublik vom 4. bis 7. Juli 1977. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 171.

Zum Liberalisierungsthema wolle er noch dies anführen: Sicher seien die Gewerkschaftsfunktionäre in den davon betroffenen Bereichen nicht zu beneiden. Er möchte jedoch dem Eindruck entgegentreten, daß die Liberalisierung lediglich Arbeitsplätze vernichte. Wenn er sich den Saldo im Handel zwischen der Bundesrepublik und Ungarn oder zwischen EG und dem RGW anschaue, so habe er den Eindruck, daß durch den Handel mit den Staatshandelsländern auch eine erhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen geschaffen werde. Im Saldo manifestiere sich der wahre Kapitalismus.

Auf humorvollen Einwurf des *Bundeskanzlers*, daß er diesen Ausdruck nicht akzeptieren könne, erläuterte *Kádár*, daß beide Seiten vom Handel profitieren müßten.

VS-Bd. 14078 (010)

256

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hansen

02-371.10-149/79 VS-vertraulich **6. September 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister[3]

Betr.: Das pakistanische Kernwaffenprogramm und Optionen für eine multilaterale Aktion[4]

Zweck der Vorlage: Zur Information

I. 1.1) Nach allen vorliegenden Informationen verfolgt Pakistan ein Kernwaffenprogramm mit dem Ziel, einen atomaren Sprengsatz zu zünden, um dann später eine eigene Kernwaffe zu entwickeln. Vor allem die Amerikaner sagen

[1] Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Schönfelder konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 10. September 1979 vorgelegen.

[2] Hat Staatssekretär van Well am 7. September 1979 vorgelegen. Vgl. die Kurzfassung; VS-Bd. 11595 (02); B 150, Aktenkopien 1979.

[3] Hat Bundesminister Genscher am 16. September 1979 vorgelegen. Vgl. die Kurzfassung; VS-Bd. 11595 (02); B 150, Aktenkopien 1979.

[4] Zu den Bemühungen Pakistans um die Herstellung von Kernwaffen vgl. Dok. 169, Anm. 15.
Botschafter Hoffmann, Wien (Internationale Organisationen), berichtete am 27. Juni 1979, der amerikanische Vertreter im IAEO-Gouverneursrat, Botschafter Smith, habe seiner Überzeugung Ausdruck verliehen, „daß Pak[istan] an der Entwicklung von Kernwaffen arbeite und in zwei Jahren einen Sprengsatz zünden könnte. Der pak[istanische] Außenminister Agha Shahi habe ihm gegenüber vor zwei Monaten zugegeben, daß Pak. nukleare Anstrengungen auf der Einschätzung seiner Sicherheitsinteressen beruhten." Hoffmann teilte zum amerikanischen „Erkenntnisstand", der von britischer Seite bestätigt worden sei, mit: „Danach baut Pak. mehrere Anlagen zur Gewinnung waffengrädigen Materials (Gewinnung von reinem Plutonium, Hochanreicherung), setze die Arbeit der französischen Wiederaufarbeitungsanlage fort und arbeite an der Entwicklung einer Zündvorrichtung. Die Zündvorrichtung könnte noch in diesem Jahr fertiggestellt werden, während aus den übrigen Anlagen erst in zwei Jahren genügende Mengen waffengrädigen Materials zu erwarten seien." Vgl. den Drahtbericht Nr. 343; VS-Bd. 10489 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

uns immer wieder, daß ihnen eindeutige Beweise für die pakistanischen Absichten vorliegen. Entsprechende technische Anlagen sind im Lande vorhanden bzw. werden entwickelt. Finanziert wird das Programm anscheinend von arabischen Staaten. Neben Saudi-Arabien, den VAE und Irak wird vor allem immer wieder Libyen[5] genannt.

1.2) Die pakistanische Regierung dagegen betont, daß sie nicht daran denke, eine eigene Atombombe herzustellen, und daß ihr Kernprogramm friedlichen Zwecken diene. Man wolle lediglich alternative Energiequellen entwickeln, wozu die steigenden Ölpreise zwängen. Die jüngsten Preiserhöhungen[6] hätten Pakistans Ölrechnung – bei einer Gesamtsumme von 935 Mio. US-Dollar, die für 1980 erwartet werde – um 200 Mio. US-Dollar erhöht.

Erst Mitte August erinnerte Zia ul-Haq anläßlich seines Besuches in Djidda daran, daß es schließlich Pakistan gewesen sei, das eine kernwaffenfreie Zone Indischer Ozean[7] vorgeschlagen habe. Sein Land wolle keine „nukleare Bilanz" mit Indien und China ziehen. Mit China sei Pakistan seit langem befreundet, und auch die Beziehungen zu Indien seien seit seinem Amtsantritt[8] immer besser geworden. Heute seien beide Länder gute Nachbarn. Im übrigen sei Pakistan bereit, eine internationale Kontrolle seiner Kernforschungseinrichtungen zuzulassen, vorausgesetzt, daß Indien sich gleichen Kontrollen unterwerfe.

1.3) Zia hatte den Amerikanern auf entsprechende Vorhaltungen mündlich ebenfalls erklärt, daß Pakistan keinen Besitz von Atomwaffen anstrebe und auch keine „Peaceful Nuclear Explosion" (PNE) plane, und angeboten, dies Präsident Carter schriftlich mitzuteilen. In seinem Schreiben rückte er indessen wie-

5 Mit Schreiben vom 21. Mai 1979 informierte Ministerpräsident Begin Bundeskanzler Schmidt über israelische Erkenntnisse zur Zusammenarbeit zwischen Libyen und Pakistan im Bereich der Kernwaffentechnologie. Ministerialdirigent Ungerer führte dazu am 26. Juni 1979 aus: „Inhalt und politischer Duktus des Schreibens wie auch des Memorandums legen den Schluß nahe, daß Motivation für diese Aktion weniger die Nuklearpolitik Pakistans als die Rolle Ghadafis im Verhältnis zu Israel ist. In Kurzform, MP Begin will zum Ausdruck bringen, daß, falls Ghadafi qua Pakistan Zugang zu Atomwaffen erhalten sollte, dies eine weitere Gefahr für Israel sein würde." Vgl. VS-Bd. 11566 (222); B 150, Aktenkopien 1979.

6 Vgl. dazu die Beschlüsse der Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten vom 26. bis 28. Juni 1979 in Genf; Dok. 179, Anm. 3.

7 Die Botschaft in Islamabad vermerkte am 15. November 1978, Pakistan habe die Initiative einer kernwaffenfreien Zone Südasien bereits 1974 in der UNO eingebracht. Sie umfasse folgende Punkte: „Erklärung der südasiatischen Region zur atomwaffenfreien Zone; Abkommen über friedliche Nutzung von Kernenergie; jedoch Verbot von Probezündungen, Gebrauch, Herstellung und Transport von Atomwaffen; Kontrollvereinbarungen und deren Überwachung; Aufforderung an VN zur Einberufung einer Regionalkonferenz." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 918; Referat 340, Bd. 107677.
Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), übermittelte am 17. November 1978 eine Einschätzung zur pakistanischen Initiative. Pakistan betreibe diese mit Blick auf die nukleare Option Indiens und möglicherweise Irans ernsthaft und „primär ohne propagandistische anti-indische Rhetorik und Zielsetzung". Indien lehne die Initiative jedoch grundsätzlich ab und argumentiere, „daß eine auf eine bestimmte geographische Region beschränkte kernwaffenfreie Zone keinen echten Schutz biete bei einem weltweiten nuklearen Schlagabtausch der Großmächte". Ziel müsse ein weltweites Verbot aller Atomwaffen sein. Wechmar fuhr fort: „Angesichts dieser kompromißlosen und nicht vollends überzeugenden indischen Haltung haben 1977 sieben EG-Länder für den pakistanischen Resolutionsentwurf gestimmt, der die Bildung einer K[ern]w[affenfreien] Z[one] in Südasien fordert (Stimmenthaltung Dänemark und Frankreich)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3198; Referat 340, Bd. 107677.

8 Am 5. Juli 1977 übernahm ein Militärrat unter Führung des Generalstabschefs Zia ul-Haq die Macht in Pakistan und rief das Kriegsrecht aus. Zia ul-Haq war seit 16. September 1978 Präsident.

der von seiner Aussage ab und versicherte nur noch, daß Pakistans Nuklearprogramm ausschließlich friedlichen Zwecken diene, d.h., daß man keine Kernwaffen anstrebe. Von einer Zusage, keine PNE durchzuführen, war – genauso wie in seiner Fernsehansprache vom 30.8.1979[9] – nicht mehr die Rede. Dagegen sollen die Pakistanis Boden-Luft-Raketen rund um ihre Kernforschungsanlagen in Islamabad aufstellen.

II. 1.1) Die Zündung eines atomaren Sprengsatzes durch Pakistan hätte regional – d.h. auf dem Subkontinent und im Nahen Osten – und weltweit erhebliche destabilisierende Wirkungen.

Bis zu den ersten konkreteren Berichten über die pakistanischen Nuklear-Ambitionen im vorigen Jahr war die Lage auf dem indischen Subkontinent trotz des indischen „Blast" vom Mai 1974[10] so entspannt und so günstig für den Ausbau und die Festigung der Beziehungen zwischen den Staaten der Region wie noch nie zuvor seit dem Ende der britischen Kolonialherrschaft[11]. Wir zogen daraus die Folgerung, im Rahmen unserer Rüstungsexportpolitik[12] den Subkontinent als „spannungsfreie Region" anzusehen.

1.2) Die ersten Meldungen über das pakistanische Kernwaffenprogramm wurden von Delhi noch gelassen hingenommen. Premierminister Desai erklärte, daß er Präsident Zia glaube, der ihm gesagt habe, Pakistan sei nicht an Atomwaffen interessiert.[13]

Im Juli 1979 sagte Desai nur mehr: Er glaube nicht, daß Pakistan in den nächsten fünf Jahren eine Bombe zu entwickeln vermöge. Im übrigen könnten die Produktionsanlagen notfalls leicht durch einen indischen Luftangriff vernichtet werden.[14]

Die Regierung Singh[15] ist einen Schritt weitergegangen. In seiner Rede zum indischen Unabhängigkeitstag am 15. August warnte der neue Regierungschef, daß Indien gezwungen sein könnte, bei Fortführung des pakistanischen Kernwaffenprogramms seine bisherige Politik des Verzichts auf Kernwaffen zu

9 Präsidenten Zia ul-Haq legte in einer Rundfunkansprache dar, „es würden ‚Versuche unternommen, eine gut geplante internationale Verschwörung auszuhecken, damit Schwierigkeiten für das pakistanische Nuklearprogramm entstehen'". Vgl. AdG 1979, S. 22885 f.

10 Am 18. Mai 1974 zündete Indien einen nuklearen Sprengsatz. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 228.

11 Indien und Pakistan erlangten am 15. August 1947 die Unabhängigkeit von Großbritannien.

12 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 2, Anm. 16.

13 Vortragender Legationsrat Siemes vermerkte am 3. Juli 1979: „Bereits Mitte Februar 1979 hatte der indische PM Desai einen Brief an Pakistans Präsidenten Zia ul-Haq gerichtet, in dem er beteuerte, Indien erstrebe keine atomare Bewaffnung und benutze seine atomaren Kapazitäten nur zu friedlichen Zwecken; Indien sei über Pakistans Bemühungen zur Entwicklung von Nuklearsprengwaffen besorgt. In seiner Erwiderung schlug Zia vor, daß Pakistan, Indien und andere südasiatische Staaten in einer gemeinsamen Erklärung auf die Herstellung und den Erwerb nuklearer Waffen verzichten. Indien könne der Nichtverbreitung von Atomwaffen einen Dienst leisten, wenn es full-scale-safeguards über seine Nuklearanlagen zugestehe und den NV-Vertrag unterzeichne; Pakistan werde dem indischen Vorbild sofort folgen. Des weiteren brachte Zia Pakistans älteren Vorschlag einer ‚nuklearwaffenfreien Zone Südasien' in Erinnerung." Vgl. VS-Bd. 11182 (340); B 150, Aktenkopien 1979.

14 Vgl. dazu das Gespräch des Ministerpräsidenten Desai mit Bundeskanzler Schmidt am 21. Juni 1979 in Frankfurt/Main; Dok. 184.

15 Ministerpräsident Desai erklärte am 15. Juli 1979 seinen Rücktritt. Am 26. Juli 1979 wurde der bisherige stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister, Charan Singh, mit der Regierungsbildung betraut. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1979, Z 149 und Z 155 f.

überdenken. Diese Warnung wurde vor wenigen Tagen von Verteidigungsminister C. Subramaniam wiederholt.[16]

1.3) Bei den tiefverwurzelten emotionalen Gegensätzen zwischen Hindus und Moslems, die in der Vergangenheit häufig zu grausamen Auseinandersetzungen geführt haben, ist ein neuer Krieg zwischen beiden Ländern, der im Augenblick zwar nicht droht, nicht völlig auszuschließen. Es liegt auf der Hand, daß eine militärische Auseinandersetzung, wenn beide Seiten Atomwaffen besitzen, eine neue militärische Qualität erhalten würde.

1.4) Es ist nicht zu erwarten, daß Indien eine pakistanische PNE ohne jegliche Reaktion hinnehmen würde. Nach den bisherigen Äußerungen indischer Politiker würde es sehr wahrscheinlich über das pakistanische Niveau hinaus nuklear aufrüsten. Es ist denkbar, daß ihm die pakistanischen Atompläne insofern sogar willkommen sind, als sie Indien einen Vorwand liefern, eigene nukleare Ambitionen zu verfolgen, die ansonsten wegen des weltweit zu erwartenden außenpolitischen Druckes kaum realisierbar wären.

Auch eine neue indische Regierung nach den für Januar 1980 geplanten Parlamentswahlen[17], etwa unter Indira Gandhi, würde sicherlich eine ähnliche Politik verfolgen wie die amtierende Regierung Singh. Immerhin wurde der erste indische Atomsprengsatz 1974 zu Zeiten einer Regierung Gandhi gezündet.

1.5) Denkbar, wenn auch weniger wahrscheinlich, ist auch, daß Indien entsprechend den Äußerungen von Premierminister Desai als Reaktion auf eine pakistanische PNE im Rahmen einer begrenzten militärischen Aktion mit konventionellen Waffen die pakistanischen Kernforschungsanlagen zerstört, dies, obwohl es einen begrenzten pakistanischen Gegenschlag gegen seine eigenen Nuklearanlagen, etwa bei Bombay, in Rechnung stellen müßte. Bei der zur Zeit bestehenden militärischen Überlegenheit Indiens von durchschnittlich drei zu eins und bei der geographischen Lage der Kernforschungsanlagen, die sich mit Ausnahme des KKW Karatschi in Nordpakistan befinden, dürfte dies für die Inder nicht allzu schwierig sein. Eine solche Aktion wäre aber, wenn überhaupt, erst nach den indischen Wahlen zu erwarten. Es ist kaum anzunehmen, daß die amtierende Regierung Singh sich auf ein solches politisches Wagnis einlassen würde. Am ehesten wäre dazu wohl eine aus den Wahlen gestärkt hervorgegangene Premierministerin Indira Gandhi in der Lage.

1.6) Beide denkbare Reaktionen Indiens auf eine pakistanische PNE hätten weitreichende Konsequenzen.

Die wünschenswerteste wäre, wenn Pakistan als Folge einer indischen Politik der „countervailing power" seine Nuklear-Ambitionen aufgäbe, seine Unterlegenheit gegenüber Indien einsähe und sich mit dem großen Nachbarn arrangierte. Bei der Mentalität der Pakistanis und den immer noch vorhandenen starken anti-indischen Emotionen in weiten Teilen der Bevölkerung ist eine solche Alternative allerdings wenig realistisch.

16 In der Presse wurde am 1. September 1979 gemeldet: „Indien wird nach Ansicht von Verteidigungsminister Subramaniam seine Nuklearpolitik überprüfen müssen, falls Pakistan eine Atombombe baut. In einem solchen Fall müsse es den Bau von Kernwaffen ins Auge fassen. Ähnlich äußerte sich schon Premier Charan Singh." Vgl. die Meldung „Indien: Notfalls Kernwaffen"; DIE WELT vom 1. September 1979, S. 7.

17 In Indien fanden am 3. und 6. Januar 1980 Parlamentswahlen statt.

Die gefährlichste Konsequenz wäre ein erneuter Krieg zwischen Indien und Pakistan etwa in der Folge einer indischen militärischen Aktion gegen pakistanische Nuklearanlagen. Diese Möglichkeit wird um so bedrohlicher, je näher einer der beiden Kontrahenten oder beide an der Bombe sind.

In jedem Fall ist nach einer PNE Pakistans mit einer erheblichen Zunahme der Spannungen zwischen beiden Staaten und einer verstärkten Wiederaufnahme des Rüstungswettlaufs, auch im atomaren Bereich, zu rechnen.

2.1) Wir haben Hinweise auf Unterstützung des pakistanischen Nuklearprogramms durch arabische Staaten. Insbesondere scheint Libyen hierfür erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Unabhängig von konkreten Unterstützungsmaßnahmen kann davon ausgegangen werden, daß die arabischen Staaten Plänen zur Entwicklung einer „islamischen Kernwaffe" wohlwollend gegenüberstehen. Andererseits würde Pakistan auf Grund seines Nuklearprogramms wohl für einige arabische Staaten, insbesondere in der Golf-Region, ungebührlich viel Gewicht erhalten.

2.2) Durch das wohlwollende Stillhalten der – oder sogar die Unterstützung einiger – arabischen Staaten wird das pakistanische Nuklearprogramm auch im Nahost-Konflikt relevant, in dem sich Pakistan seit jeher engagiert für die arabische Sache einsetzt. Z.B. haben pakistanische Piloten während des Krieges von 1967[18] syrische Kampfflugzeuge geflogen. Es ist zur Zeit zwar kaum vorstellbar, daß einer der arabischen Führer, vielleicht mit Ausnahme von Ghadafi, wirklich daran interessiert ist, die Atombombe in die Hand zu bekommen, um sie gegen Israel zu verwenden. Immerhin würden bei Verwirklichung der pakistanischen Pläne die politischen Gewichte aber stark verschoben werden, vielleicht so stark, daß Israel ebenfalls versucht sein könnte, sein Atomprogramm weiterzuführen.

3.1) Langfristig vielleicht am gefährlichsten wären die Auswirkungen auf atomare Schwellenländer der Dritten Welt. Nach der indischen PNE von 1974 war schon eine aus der „Underdog"-Situation dieser Länder gegenüber den Industrieländern zu verstehende Hochstimmung zu beobachten. Die jüngsten Demarchen der Australier bei einer Reihe von Dritte-Welt-Ländern hatten ein entsprechend negatives Ergebnis. Eine pakistanische PNE könnte andere atomare Schwellenländer dazu verleiten, diesem Beispiel zu folgen. Die außerordentlichen Gefahren einer solchen Entwicklung sind evident. Sie würden im übrigen den Kritikern unseres Brasiliengeschäfts[19] neue Argumente in die Hand geben.

III. 1.1) Außenpolitische Gründe sprechen deshalb dafür, eine PNE – und erst recht Nuklearwaffen – Pakistans nach Möglichkeit zu verhindern. Wir können deshalb in der jetzigen Situation, in der sich zudem schon andere westliche Länder und vor allem die USA eindeutig gegen die pakistanischen Nuklear-Ambitionen engagiert haben, pakistanische Pläne für eine PNE (oder gar Bombe) nicht einfach hinnehmen und in unseren bilateralen Beziehungen darüber zur Tagesordnung übergehen. Neben den ernsten außenpolitischen würden sich

18 Zum arabisch-israelischen Krieg vom 5. bis 10. Juni 1967 („Sechs-Tage-Krieg") vgl. Dok. 123, Anm. 11.

19 Die Bundesrepublik und Brasilien unterzeichneten am 27. Juni 1975 ein Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 335 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, I, Dok. 179.

auch innenpolitische Probleme ergeben, nämlich Kritik aus den verschiedenen Lagern, einem nuklear rüstenden Land Entwicklungshilfe zu gewähren.

Die BR Deutschland vermag jedoch Pakistan nicht alleine von seinen Plänen abzubringen. Wenn dies überhaupt noch möglich ist, dann nur mit einer multilateralen Aktion.

1.2) Im Rahmen einer solchen Aktion könnten Pakistan positive und negative Anreize gegeben werden. Sowohl die positiven als auch die negativen Anreize könnten wirtschaftlicher und/oder politischer und militärischer Natur sein.

2) Pakistan gehört mit einer Auslandsschuld von über 7 Mrd. US-Dollar zu den am höchsten verschuldeten Entwicklungsländern. Die Schuldendienstrate stieg von 17,9% (bezogen auf die Erlöse aus Exporten und Dienstleistungen) in 75/76 auf 31,6% in 78/79. Die pakistanischen Devisenreserven sind knapp. Ohne Aufnahme kurzfristiger Bankkredite muß das Land wahrscheinlich in wenigen Wochen die Schuldenrückzahlungen einstellen. Der pakistanische Finanzminister[20] hat eine entsprechende Entscheidung schon als unvermeidbar erklärt. Von den Hauptgläubigern Pakistans (USA, BR Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Kanada, Japan) wurde ein Schuldenmoratorium von einem Arrangement Pakistans mit dem IMF abhängig gemacht. Nur Großbritannien, Schweden und die Niederlande haben sämtliche Schulden erlassen.

Wegen seiner schwierigen finanziellen Lage hat Pakistan im August einen Antrag an die Weltbank gestellt, erneut eine Sitzung der Hauptgläubiger über die Umschuldung einzuberufen. In diesen Ländern ist andererseits die Sorge über die pakistanische Nuklearpolitik am größten. Es könnte in diesem besonderen Fall geprüft werden, ob ein „link" zwischen Umschuldung und pakistanischem Nuklearprogramm möglich ist, obwohl das der bisherigen Umschuldungspolitik, die sich weitgehend an wirtschaftlichen Daten orientierte, nicht entsprechen würde.

3) Ein ähnliches Junktim könnte hergestellt werden bei der Vergabe von Entwicklungshilfe. Die wirtschaftliche Entwicklung Pakistans, vor allem das Wachstum des Prokopfeinkommens, war immer nur sehr langsam. Zur Zeit leidet das Land außer an dem schnell wachsenden Zahlungsbilanzdefizit an einer steigenden Inflation. In dieser Lage sind Entwicklungshilfeleistungen von großer Wichtigkeit.

Bis zum 30.6.1978 waren die wichtigsten Geber:

– Weltbankkonsortium	75,8%
davon multilateral	20,8%
bilateral	55,0%
– Iran	20,0%
– arabische Ölstaaten (vor allem Saudi-Arabien) u.a.	4,2%

Wir haben bilateral 8,3% gegeben. In diesen Weltbankzahlungen sind die Leistungen der UdSSR nicht enthalten. Sie sollen etwa den unseren entsprechen

[20] Ghulam Ishaq Khan.

(ca. 800 Mio. US-Dollar). Die iranischen Leistungen sind 1978/79 weitgehend ausgefallen. Dafür sind die der Staatshandelsländer angestiegen (Weltbankkonsortium multi- und bilateral ca. 75%, Staatshandelsländer ca. 15%).

Ein Ausfall der westlichen Hilfe würde Pakistan hart treffen, eine Zunahme sehr helfen, vor allem, wenn sie als Warenhilfe geleistet würde, da das Land Absorptionsprobleme bei projektgebundener Hilfe hat.

4.1) Im militärischen Bereich läge ein Junktim eigentlich am nächsten. Dabei ist folgendes im Auge zu behalten:

Pakistan hat sich traditionell gegen Indien gerüstet. Im Rahmen der indischen „Nachbarschaftspolitik" haben sich aber die Beziehungen zwischen beiden Ländern in den letzten Jahren verbessert. Beide Seiten betonen, daß sie gute Nachbarn sein wollen.

4.2) Pakistan fühlt sich heute in erster Linie bedroht durch die Sowjetunion und Afghanistan. In den letzten Monaten übt Moskau erheblichen Druck aus, um Pakistan von der Unterstützung der von pakistanischem Gebiet aus operierenden afghanischen Oppositionsgruppen abzubringen.[21] Immer wieder wird der pakistanische Luftraum durch afghanische Kampfflugzeuge verletzt, die vermutete Stützpunkte der afghanischen Widerstandskämpfer erkunden und angreifen. Flüchtlingslager werden mit weitreichender afghanischer Artillerie beschossen.

Das Regime in Kabul hat Pakistan auch schon mehrfach gewarnt, daß seine Haltung in der Paschtunistan- und Belutschistanfrage[22] davon abhänge, wie Islamabad sich gegenüber der neuen Regierung in Kabul[23] verhalte. Obwohl auch die Sowjets Pakistan schon mehrfach vorgeworfen haben, daß von seinem Territorium aus die Aufständischen in Afghanistan gefördert würden, ist zur Zeit keine offene Unterstützung der separatistischen Bewegung der Paschtunen und Belutschen durch Moskau erkennbar. Separatistische Bewegungen,

21 Zur Haltung der UdSSR zu den Beziehungen zwischen Afghanistan und Pakistan vgl. Dok. 172.

22 Vortragender Legationsrat Hübener erläuterte am 11. Mai 1978, daß Pakistan die Lage in Afghanistan mit Sorge sähe: „Es wird befürchtet, daß die SU durch Unterstützung des afghanischen Nationalismus die Paschtunistan- und Belutschistan-Grenzprobleme, die unter Daud beigelegt waren, reaktivieren könnte, um eine Entwicklung zu fördern, die über die Zerstörung der staatlichen Einheit Pakistans das sowjetische Fernziel eines direkten Zugangs zum Indischen Ozean in greifbare Nähe rücken würde." Vgl. den Runderlaß Nr. 2262; Referat 340, Bd. 107442.

23 Zum Staatsstreich am 27. April 1978 in Afghanistan vgl. Dok. 10, Anm. 19.
Am 16. September 1979 wurde im afghanischen Rundfunk bekanntgegeben, daß Präsident Taraki aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten sei und auch das Amt des Generalsekretärs der Volksdemokratischen Partei Afghanistans niedergelegt habe. Zu seinem Nachfolger sei der bisherige Ministerpräsident Amin ernannt worden. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1979, Z 183.
Botschaftsrat Disdorn, Kabul, teilte dazu am 17. September 1979 mit: „Am Freitag, dem 14.9.1979, fand vormittags eine Sitzung unter Vorsitz von Taraki statt. Unklar, ob es sich um eine Plenarsitzung des Kabinetts bzw. des Zentralkomitees gehandelt hat. Im Verlauf dieser Sitzung soll Taraki Amin zum Rücktritt aufgefordert haben. Amin weigerte sich und forderte seinerseits Taraki zum Rücktritt auf. Im nachfolgenden Tumult versuchte Taraki, Amin festnehmen zu lassen. Es kam zu einem Schußwechsel. Der Leibadjutant Tarakis, Taroon, der jedoch als Amin-Mann bekannt ist, wurde dabei getötet. Er soll Amin beschützt und ermöglicht haben, daß Amin den Raum verlassen konnte. Anschließend hat Amin das gesamte Gelände mit von ihm ergebenen Sicherheitskräften von jeglichem Kontakt nach außen abschließen lassen. [...] Das Gerücht will zum Schicksal von Taraki wissen, daß er sich im Militärkrankenhaus befindet. Er sei verletzt. Andere sagen, er sei tot." Vgl. den Drahtbericht Nr. 486; Referat 340, Bd. 110426.

vor allem im rohstoffreichen Belutschistan, gibt es aber seit geraumer Zeit, auch solche, die ausgesprochen links orientiert sind und z. B. den Putsch in Kabul offen begrüßten. Moskau hat damit über Afghanistan einen wichtigen Hebel in der Hand, um Islamabad unter Druck zu setzen.

4.3) Iran fällt nach der Revolution als möglicher Verbündeter weitgehend aus. Die VR China, Pakistans verläßlichster Bundesgenosse, unterstützt das Land zwar durch Entwicklungs- und Militärhilfe, seine Mittel sind jedoch begrenzt. Die Vereinigten Staaten, die bis 1965 der wichtigste Waffenlieferant Pakistans waren, stellten aus Anlaß des Kaschmir-Streits 1965[24] ihre Militärhilfe ein. Das Waffenembargo wurde zwar 1975 wieder aufgehoben. Dies brachte Pakistan aber wenig Gewinn, denn die USA nahmen die Hilfe trotzdem nicht wieder auf. Wichtige – kommerzielle – Lieferanten waren in letzten Jahren Großbritannien und Frankreich. Mit Argentinien sind anscheinend Gespräche über die Lieferung von 400 leichten Panzern aufgenommen worden.

4.4) Heute ist das Material der pakistanischen Streitkräfte überwiegend veraltet. Der Kriegsvorrat an Mengenverbrauchsgütern wird auf 14 bis 21 Kampftage geschätzt. Eine staatliche Rüstungsindustrie ist zwar im Aufbau begriffen, bei schwerem Material ist Pakistan aber weitgehend von ausländischen Lieferungen abhängig. Als Lieferanten kommen nach dem Umsturz in Afghanistan in erster Linie westliche Länder in Betracht. Benötigt werden Panzer, Schützenpanzer, moderne Artillerie, Munition und Kampfflugzeuge. Wegen seiner angespannten wirtschaftlichen Lage ist Pakistan allerdings zur Zeit nur mit kreditierten oder unentgeltlichen Lieferungen geholfen.

4.5) Gegen ein Junktim und für eine bedingungslose Lieferung westlicher Waffen an Pakistan spricht lediglich seine geostrategische Bedeutung, die nach der Revolution im Iran noch zugenommen hat. Ein dem Westen verbundenes und militärisch starkes Pakistan würde den westlichen Interessen entsprechen. Allerdings scheinen die Vereinigten Staaten diese Bedeutung Pakistans anders einzuschätzen als wir. Seit 1965 vernachlässigen sie Pakistan in einer Weise, wie es einem kleineren Allianzpartner gegenüber ungewöhnlich ist.[25]

5) Wahrscheinlich am leichtesten herzustellen wäre ein Junktim im politischen Bereich. Dies wäre indessen nicht sehr effektiv. Ohne entsprechende Maßnahmen im wirtschaftlichen und im militärischen Bereich würde etwa ein Einfrieren der politischen Beziehungen Pakistan wenig treffen. Das Land würde dann wahrscheinlich seine vergleichsweise pro-westliche Politik aufgeben und noch stärker zu den Blockfreien tendieren.

6) In jedem Fall müssen die Nuklearexportbedingungen der Mitglieder des „suppliers' club" so stringent wie möglich gefaßt werden und aufeinander abgestimmt sein (Koordinierung auch der nationalen „trigger-Listen").[26] In dieser Frage stehen wir schon in Konsultationen mit einer Reihe von befreundeten Ländern.

24 Zum Kaschmir-Konflikt vgl. Dok. 168, Anm. 17.

25 Zu den Beziehungen zwischen den USA und Pakistan vgl. Dok. 10, Anm. 22.

26 Vgl. dazu die von der vierten Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 4./5. November 1975 in London verabschiedete Richtlinien für das Exportverhalten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie; AAPD 1975, II, Dok. 354.

IV. 1.1) Die aufgeführten Optionen sind, wie gesagt, wenn überhaupt, nur im multilateralen Rahmen mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg realisierbar. Die Voraussetzungen dafür sind an sich gut, da die Besorgnis über das pakistanische Nuklearprogramm jedenfalls in den westlichen Industrieländern gleichermaßen groß ist.

1.2) Außer diesen Ländern (zu denen nicht nur die USA, Großbritannien, Frankreich und die BR Deutschland, sondern auch andere westeuropäische Staaten, Japan und Australien zu zählen wären) müßte auch die Sowjetunion einbezogen werden. Die SU hat sich bisher zu den pakistanischen Plänen nur eher beiläufig in der „Prawda" (29.6.1979) geäußert und vor den „gefährlichen Ambitionen gewisser Kreise Pakistans" gewarnt.[27] Allgemein ist wegen ihrer Interessen in Indien und Afghanistan und wegen des engen pakistanisch-chinesischen Verhältnisses aber davon auszugehen, daß die SU ebenfalls dem pakistanischen Kernwaffenprogramm ablehnend gegenübersteht.

Die SU würde sich zwar wahrscheinlich nicht an einer multilateralen Aktion beteiligen, sie würde sie aber wohl nicht behindern.

2.1) Gemeinsames westliches Handeln ist am ehesten denkbar in der Umschuldungsfrage. Dieses Problem läßt sich sinnvoll ohnehin nur multilateral lösen.

2.2) Auch bei der Vergabe von Entwicklungshilfe ist gemeinsames Handeln der westlichen Geberländer denkbar. Hier ginge es darum, Pakistan eine Erhöhung der Entwicklungshilfe beim Abgehen von dem auf eine PNE gerichteten Nuklearprogramm in Aussicht zu stellen und/oder in umgekehrtem Fall deren Verminderung oder Einstellung anzukündigen. Letzteres könnte indessen – wenn auch nur teilweise – unterlaufen werden durch eine Erhöhung der Leistungen arabischer erdölproduzierender Staaten. So hat z.B. Saudi-Arabien, nachdem die USA ihre Wirtschaftshilfe wegen des pakistanischen Nuklearprogramms eingestellt hatten[28], seine eigenen Leistungen erhöht.

27 Gesandter Berendonck, Moskau, resümierte am 4. Juli 1979: „Unter dem Titel ‚Gefährliche Wege' befaßt sich Prawda vom 29.6. in ihrem außenpolitischen Kommentar mit den Gerüchten über die Vorbereitung einer nuklearen Explosion durch Pakistan. [...] Im Kommentar heißt es dann weiter, die Frage nach den Zielen dieser Bestrebungen sei natürlich, insbesondere wenn man die unaufhörliche Einmischung bestimmter Kreise Pakistans in die inneren Angelegenheiten Afghanistans und ihre Ansprüche gegenüber anderen Nachbarn in Betracht ziehe." Berendonck legte dazu dar: „Der Hinweis auf Afghanistan beleuchtet den Hintergrund der sowjetischen Warnung: die Verschlechterung der bilateralen Beziehungen im Gefolge der Ereignisse in Afghanistan. Der Kommentar dürfte gewissermaßen einen ersten ‚Warnschuß' an die pakistanische Adresse darstellen, um der Regierung in Islamabad vor Augen zu führen, 1) daß die SU die Entwicklung mit größtem Mißtrauen betrachtet und 2) daß sie unter gegebenen Umständen eine pakistanische Atomexplosion, anders als im Falle Indiens, nicht mit Stillschweigen übergehen wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2531; Referat 340, Bd. 110682.

28 Am 19. April 1979 teilte Botschafter Scheske, Islamabad, mit: „Die Ankündigung, [...] die USA würden, gestützt auf das Symington Amendment und in der Annahme, Pakistan wolle sich eine Urananreicherungskapazität zulegen, ihre Entwicklungs- und Militärausbildungshilfe für dieses Land einstellen, hat einen Schock ausgelöst. Die Reaktion in der Presse – auch in der urdusprachigen – ist einhellige Verbitterung. [...] In der Tat muß man sich fragen, was die amerikanische Regierung veranlaßt haben könnte, gerade jetzt, kurz nach Bhuttos Hinrichtung, das Ende ihrer Entwicklungshilfe mitzuteilen. Der US-Botschafter A. Hummel, der den März über sich zu Konsultationen in Washington aufhielt, hatte mir vor seiner Abreise [...] gesagt, seine Regierung habe die noch im letzten Sommer erhobene Forderung nach einer nuklearen Wohlverhaltenserklärung Pakistans inzwischen fallen lassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 198; Referat 340, Bd. 110682.

2.3) Schwierig wird es sein, eine gemeinsame Linie in der Frage der militärischen Unterstützung Pakistans zu finden. Frankreich und England betreiben ihre Rüstungsexportpolitik nach überwiegend kommerziellen Gesichtspunkten. Die Franzosen haben uns bei den kürzlichen Planungsstabsgesprächen wissen lassen, daß Frankreich sich möglicherweise zwar an einer multilateralen Aktion im Wirtschaftsbereich beteiligen könne, daß es aber bereits geschlossene Verträge über Waffenlieferungen (z.B. „Mirage"-Flugzeuge) erfüllen werde.[29] Denkbar sei allenfalls eine gewisse Zurückhaltung beim Abschluß neuer Verträge. Eine ähnliche Position wird wahrscheinlich England einnehmen, was aber geprüft werden müßte.

3.1) Um eine multilaterale (westliche) Aktion nicht von Beginn an zum Scheitern zu verurteilen, muß Indien politisch mit einbezogen werden. Relativ einfach dürfte es sein, Indien zu einer Bekräftigung seiner Nachbarschaftspolitik gegenüber Pakistan zu bewegen.

3.2) Sehr viel schwieriger wird es angesichts der bisherigen indischen Politik sein, Indien zur Änderung seiner Haltung in der Frage der „full-scope-safeguards" und in Sachen „kernwaffenfreie Zone Südasien" zu veranlassen.[30] So wie Pakistan „full-scope-safeguards" nur akzeptieren will, wenn dies auch Indien tut, so stellt Indien dabei auf China und die anderen Nuklearmächte ab. Auch die von Pakistan nach dem indischen „Blast" von 1974 vorgeschlagene „kernwaffenfreie Zone Südasien" ist von Indien bisher konsequent abgelehnt worden. Eine Änderung der indischen Politik wäre insofern ein wichtiger Schritt, weil es dann Pakistan sehr viel schwerer haben würde, sein Vorhaben vor der Weltöffentlichkeit zu verteidigen.

Es sollte deshalb versucht werden zu eruieren, ob Indien angesichts der pakistanischen Pläne bereit ist, seine bisherige Haltung in diesen Fragen zu überprüfen. Die Aussichten dafür sind aber wohl gering. Möglicherweise wäre Indien aus seinem Gefühl der Überlegenheit heraus eher versucht, die pakistanischen Kernanlagen physisch zu zerstören.

Trotz einer zu erwartenden negativen Reaktion Indiens sollte der Westen das Thema „kernwaffenfreie Zone Südasien" aber wieder verstärkt in die Diskussion bringen, um nicht zuletzt Pakistan deutlich zu machen, daß es mit seinen Nuklearplänen seinen eigenen Vorschlag desavouiert, auch wenn er weiter von Indien abgelehnt wird.

4.1) Die Frage, in welchen der aufgeführten Bereiche (Umschuldung, Entwicklungshilfe, Waffenlieferungen) eine gemeinsame Aktion am meisten Aussicht auf Erfolg bietet, sollte möglichst bald mit den USA, Großbritannien und Frankreich (am besten beim bevorstehenden Vierertreffen in New York) aufgenommen werden.[31]

29 Wehrtechnischer Attaché Forndran, Paris, wies am 19. Februar 1979 darauf hin, daß Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und Pakistan über die Lieferung von 30 „Mirage" III Kampfflugzeugen im Gange seien. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 3; Referat 422, Bd. 124210.

30 Zur indischen Haltung bezüglich einer vollständigen Kontrolle des nuklearen Brennstoffkreislaufs vgl. Dok. 278, Anm. 38.

31 Vortragender Legationsrat Siemes notierte am 15. Oktober 1979, beim Treffen von Vertretern der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 12. Oktober 1979 in London sei zur pakistanischen Nuklearpolitik festgestellt worden: „Briten, Franzosen und wir hoben hervor, daß

4.2) Pl[32] ist der Auffassung, daß positiven Anreizen Vorrang vor negativen zu geben ist. Es muß angesichts der pakistanischen Mentalität als unwahrscheinlich gelten, daß Drohungen Erfolg haben. Dagegen könnten jedenfalls gewisse Aussichten dafür bestehen, mit substantiellen Angeboten eine Kursänderung Pakistans herbeizuführen. Allerdings dürfte der Preis nicht niedrig sein.

V. 1.1) Es spricht einiges dafür, daß sich Pakistan weder durch Versprechungen noch durch Druck von seinen Plänen abbringen lassen wird. Die Botschaft Islamabad berichtet, daß heute keine Partei in Pakistan auch nur ein Moratorium für das Nuklearprogramm vertreten könnte, ohne den Vorwurf des Landesverrats auf sich zu ziehen. Die Militärregierung tue das ihre, um aus innenpolitischen Motiven das Nuklearprogramm zum Symbol der Unabhängigkeit Pakistans und zum nationalen Anliegen par excellence hinaufzuspielen. In seiner Fernsehansprache am 30. August habe Zia die Erlangung der Nukleartechnologie zur Durchführung des pakistanischen Nuklearprogramms als „eine Frage von Leben und Tod" bezeichnet. Insofern sei keine grundsätzliche Änderung der pakistanischen Haltung, auch nicht unter einer eventuellen Zivilregierung nach den November-Wahlen[33], zu erwarten. Wenn es stimmt, daß das Programm mit arabischen Mitteln finanziert wird, dürfte es Pakistan auch schwerfallen, seine Geldgeber zu desavouieren.

1.2) Sollte eine multilaterale Aktion zustande kommen, müssen wir damit rechnen, daß sie nicht den gewünschten Erfolg hat. In diesem Falle stehen wir vor einem Dilemma. Einerseits sind die Gefahren einer pakistanischen PNE und einer eventuellen Entwicklung von Nuklearwaffen evident. Andererseits haben wir an Pakistan auch und gerade Interesse, wenn es – entgegen unseren Wünschen – „nuclear capable" werden sollte. Dies braucht hier nicht vertieft zu werden.

Wir müssen also vermeiden, uns im voraus auf „Strafen" festzulegen. Dies ist ein weiterer Grund dafür, warum „negative Anreize" skeptisch zu beurteilen sind.

Hansen

VS-Bd. 11595 (02)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1275

im Grunde ‚wohl weder Zuckerbrot noch Peitsche' bei den Pakistanis Erfolg haben werde. Die positiven Möglichkeiten seien begrenzt. Massive Erhöhung der Wirtschaftshilfe und Waffenlieferungen erscheinen kaum möglich (auch den Amerikanern nicht). Die Umschuldung werde nach besonderen, spezifischen Kriterien gehandhabt (Weltbank, IMF etc.). Andererseits erscheine eine Reduzierung bzw. Einstellung der Wirtschaftshilfe auch kaum möglich. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Pakistans – oder gar seine politische Desintegrierung – nütze niemandem und führe gerade diejenigen Gefahren herauf, die man vermeiden wolle (Instabilität des Subkontinents). Es wurde im übrigen deutlich, daß auch die Amerikaner diese Gefahren zwar sehen, daß sie aber wohl weniger als die Europäer Maßnahmen gegenüber der pakistanischen Nuklearpolitik in den Rahmen einer Gesamtpolitik gegenüber Pakistan stellen." Vgl. VS-Bd. 11080 (200); B 150, Aktenkopien 1979.

32 Planungsstab.

33 Am 1. September 1979 wurde in der Presse berichtet, Präsident Zia ul-Haq habe in einer Radioansprache erklärt, „die für November angesetzten Wahlen nicht abhalten zu lassen, sondern zunächst die Islamisierung des Landes zu beenden". Vgl. die Meldung „Zunächst keine allgemeinen Wahlen in Pakistan?"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 1. September 1979, S. 5.

257

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

201-360.90 USA-2219/79 geheim **7. September 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister

Vorschlag: Endgültige Ablehnung der Ausbildung ägyptischer und israelischer[3] Kampfflugzeugpiloten durch die Amerikaner in der Bundesrepublik Deutschland

Betr.: Ausbildung ägyptischer und israelischer Kampfflugzeugpiloten in Einrichtungen der US-Luftwaffe im Bundesgebiet

Bezug: Aufzeichnung vom 16. August 1979 – 201-360.90 USA-2022/79 geheim[4]

Anlg.: 2 (1. Deutsche Gesprächsrichtlinien, 201-2197/79 geh.[5]
2. Amerikanisches Memorandum vom 7.9.1979, 201-2220/79 VS-v[6])

I. Sachstand

1) Aufgrund der Weisungen des Herrn Bundesministers auf der Bezugsaufzeichnung bat RL 201[7] am 30. August 1979 BR van Heuven von der amerikanischen Botschaft in Bonn zu sich und erinnerte ihn daran, daß wir anläßlich des ersten Falles einer amerikanischen Ausbildung von israelischen Piloten in der Bundesrepublik Deutschland am 17. November 1978 darum gebeten hatten, daß die Ausbildung von Soldaten aus Konfliktregionen künftig möglichst nicht auf dem Bundesgebiet durchgeführt werde.[8] Anschließend führte er aus: Die

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 10. September 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 14. September 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Zurück an Referat 201."
Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 17. September 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Boldt „n[ach] R[ückkehr] z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Boldt am 3. Oktober 1979 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär van Well am 7. September 1979 vorgelegen.

3 Mit Verbalnote vom 7. November 1978 erbat die amerikanische Botschaft die Zustimmung der Bundesregierung zur Ausbildung von israelischen Kampfpiloten auf der amerikanischen Luftwaffenbasis in Bitburg. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 368.

4 Vgl. Dok. 235.

5 Dem Vorgang beigefügt. In der Aufzeichnung des Referats 201 wurde angeregt, der amerikanischen Botschaft bezüglich einer Ausbildung von ägyptischen und israelischen Kampfpiloten auf amerikanischen Basen in der Bundesrepublik darzulegen: „Die Rechtslage – Ausbildung von Soldaten aus Drittstaaten auf dem Bundesgebiet durch unsere Alliierten bedarf unserer Zustimmung – bedeutet zugleich Verantwortung: Wir müssen uns jeden solchen Fall, wenn er bekannt wird, politisch zurechnen lassen. (Mit Indiskretion ist früher oder später zu rechnen.)" Vgl. VS-Bd. 10499 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 10499 (201).

7 Wilfried Hofmann.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 30. August 1979 zu seinem Gespräch mit dem amerikanischen Botschaftsrat van Heuven am 28. August 1979: „Vor diesem Hintergrund teilte ich in Diktatgeschwindigkeit mit: ‚We are willing to talk over with you the pros and cons of this issue. This could be done here in the Foreign Office, at a higher level than mine, with a view to settle this issue together. In the absence of this we should like you not to go through with these

dennoch erfolgte Ankündigung zweier ähnlicher Projekte für Ägypter und Israelis habe uns veranlaßt, die Spitze des Hauses erneut mit dieser Frage zu befassen. Wir seien bereit, das Für und Wider dieses Problems mit dem Ziel einer gemeinsamen befriedigenden Regelung für die Zukunft zu erörtern.

2) Weisungsgemäß wurden anschließend in Abstimmung mit dem Bundeskanzleramt Gesprächsrichtlinien im Sinne der gebilligten Bezugsaufzeichnung entwickelt (Anlage 1).

3) Das von uns vorgeschlagene Gespräch fand am 7. September 1979 zwischen Dg 20[9] und dem amerikanischen Geschäftsträger Woessner statt.

Nachdem Dg 20 unsere Haltung gemäß Anlage 1 vorgetragen hatte, nahm Woessner aufgrund eigener Weisungslage unter Überreichung eines Memorandums (Anlage 2) wie folgt Stellung:

a) Washington erkenne die Nützlichkeit unserer Nahostpolitik voll an und stelle auch unsere Position zur Frage des militärischen Engagements gegenüber Spannungsgebieten nicht in Frage. Auch bedauere man, uns mit der Bitte um Zustimmung zur Ausbildung der Ägypter so spät (24. August) und auf dem falschen Wege (BMVg) befaßt zu haben.

b) Washington bitte jedoch, aus folgenden technischen Gründen nochmals eine „letzte Ausnahme" zu machen: Präsident Sadat habe auf den 6. Oktober eine für ihn sehr wichtige Parade angesetzt. Dabei sollten die vom 14. bis 18. September am Simulator in Hahn auszubildenden Piloten bereits die bis dahin an Ägypten ausgelieferten „Phantom" (F-4 E) fliegen. Das Risiko, daß diese Piloten bis dahin noch nicht ausreichend geschult seien, sei so groß, daß dem knapp kalkulierten Ausbildungsplan kein Tag verlorengehen dürfe. Wenn die Ausbildung am Simulator von Hahn in die USA verlegt würde, gingen jedoch zwei unersetzliche Tage (Flugzeit und Erholung von „jet lag") verloren. An Flugübungen über dem Bundesgebiet sei nicht gedacht. Eine spätere Fortsetzung der Ausbildung ägyptischer Piloten in der Bundesrepublik Deutschland sei im übrigen schon deshalb entbehrlich, weil Ägypten selbst einen F 4 E-Simulator erwerben werde.

4 a) Dg 20 wies nochmals darauf hin, welchen Rückschlag das früher oder später wohl unvermeidliche Bekanntwerden dieses Ausbildungsvorhabens für unsere, von Herrn Bundesminister mit so viel persönlichem Engagement geführte, ausgewogene und auch im amerikanischen Interesse liegende Nahostpolitik auslösen könnte.

Er fragte ferner, ob unter letztmaliger Ausnahme auch zu verstehen sei, daß die für November geplante Ausbildung israelischer Piloten bei uns nicht weiterverfolgt werde.

b) Woessner gab zu erkennen, daß er zunächst nur Weisung für das Ausbildungsprojekt für ägyptische Piloten erhalten habe, und fragte, ob uns die Zustimmung zum ägyptischen und israelischen Projekt „im Tandem" leichter fiele. Dg 20 verneinte dies entschieden. Zum einen stünden Ägypten wie Israel ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1277

concrete training programs.'" Hofmann vermerkte, er habe ferner erklärt: „Die Botschaft in Kairo sei nicht ermächtigt worden, die erbetenen Visen auszustellen." Vgl. VS-Bd. 10499 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

9 Heinz Dröge.

genüber den Staaten der Bagdad-Front[10] auf der gleichen Seite, im übrigen wünschten wir schlechthin keinerlei militärischen Bezug zu Spannungsgebieten.

W. räumte daraufhin ein, daß die Ausbildung der Israelis sich verlegen lassen müsse. Es sei jetzt der amerikanischen Seite so recht klargeworden, daß wir den Fall im November 78 als ersten und letzten betrachtet hätten.

Abschließend sagte er, „I do not think a minute this issue could mar the excellent German-American relations".

5) Da W. auf sehr baldige Entscheidung drängte, verwies Dg20 darauf, daß dies dem Herrn Bundesminister vorzubehalten sei. W. äußerte daraufhin die Absicht, notfalls Herrn Minister beim Empfang in Gymnich am 9. September 1979 anzusprechen.[11]

II. Bewertung

1) Das amerikanische Vorgehen zeigt, daß man, ohne unsere politischen Bedenken auch nur in Betracht zu ziehen, ohne weiteres davon ausgegangen ist, wir würden erneut zustimmen.

2) Das amerikanische Vorbringen stützt sich auf selbst erzeugte zeitlich-technische Zwänge: Die Ausbildungsabsicht (ab 12. September) wurde dem Auswärtigen Amt erst am 27. August offiziell bekanntgegeben.

Bereits am 29. August wurde unsere Gesprächsbereitschaft signalisiert.

3) Die Chance der Geheimhaltung der Ausbildung von Ägyptern ist – etwa im Kontrast zu der Chance der diskreten Abwicklung der Ausbildung von Israelis – als gering anzusetzen.

4) Nach jetziger Sachlage ist für die Entscheidung, ob die Ausbildung der Ägypter als eine letzte Ausnahme in dieser Hinsicht hingenommen werden soll oder nicht, vor allem abzuwägen, ob das Interesse von Präsident Sadat an einer Demonstration amerikanischer Waffenhilfe Vorrang vor unserem Interesse an ungestörter Fortsetzung unserer ausgewogenen Nahostpolitik verdient. An sich wäre diese Frage zu verneinen. Unter den besonderen Umständen, unter denen die Amerikaner im vorliegenden Fall um eine letztmalige Zustimmung gebeten haben, und weil zu erwarten ist, daß die Amerikaner im Falle der Ablehnung uns den Ägyptern gegenüber die Verantwortung zuschieben würden, sollten wir aus Rücksicht gegenüber den Ägyptern noch einmal eine Ausnahme machen.

III. Vorschlag

Mitteilung an die Amerikaner, daß wir unter Zurückstellung größter Bedenken in diesem Fall angesichts der uns vorgetragenen besonderen Gründe noch einmal ausnahmsweise unsere Zustimmung geben würden. Wir ließen uns dabei von der eindeutigen Erwartung leiten, daß uns in Zukunft derartige Ansinnen, mit deren positiver Entscheidung nicht zu rechnen wäre, nicht mehr gestellt

10 Vom 2. bis 5. November 1978 fand in Bagdad eine Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.
Zur Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad vgl. Dok. 91, Anm. 9.

11 Bundesminister Genscher empfing das diplomatische Korps am 9. September 1979 auf Schloß Gymnich. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 96 des Legationsrats I. Klasse Oehms vom 29. August 1979; Referat 012, Bd. 111778.

würden. Das gelte auch für die für November geplante Ausbildung israelischer Piloten.[12]

Herr D 3[13] hat zugestimmt.

Blech

VS-Bd. 10499 (201)

258

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann

201-369.03/10-2224/79 VS-vertraulich **7. September 1979**[1]

Positionspapier für Herrn Dg 20[2]

Betr.: Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen im Schiffbau[3]

Bezug: Mündliche Weisung Dg 20 vom 5.9.1979

Anlg.: 2 (201-1484/79 VS-v[4] und 201-1255/77 VS-v[5])[6]

12 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann unterrichtete die Botschaften in Kairo und Washington am 13. September 1979: „Das den Amerikanern angebotene prinzipielle Gespräch [...] wurde am 7.9. vom amerikanischen Geschäftsträger Woessner in Bonn gegenüber Dg 20 eingeleitet und nach zwischenzeitlicher erneuter Befassung des Bundesministers und Bundeskanzlers am 12.9. mit folgender Erklärung des StS van Well gegenüber dem Geschäftsträger abgeschlossen: Wir seien über das Ausbildungsprojekt für Ägypter überrascht gewesen, da wir bereits im Dezember 1978 (Ausbildung von Israelis) klargestellt hätten, daß wir keine weitere amerikanische Ausbildung von Soldaten aus Spannungsgebieten auf deutschem Boden wünschten. Überdies habe das so spät zu unserer Kenntnis gelangte ägyptische Projekt uns quasi vor ein fait accompli gestellt, da man die Verweigerung mit Verantwortung verknüpft habe. (StS van Well spielte damit nicht nur auf Scheitern der Beteiligung der F-4 an Manöver vor Sadat an, sondern auch auf Fluguntauglichkeit der dabei eingesetzten Piloten.)" Woessner habe darauf erwidert: „Washington sei sich jetzt völlig über die Mißbilligung derartiger Vorhaben im klaren und betrachte die großzügige Duldung der Ausbildung der Ägypter als eine letzte Ausnahme. Das Projekt der Ausbildung israelischer Piloten im November (Bitburg) werde fallengelassen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 4569; VS-Bd. 10499 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

13 Andreas Meyer-Landrut.

1 Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Kreusel konzipiert.
Hat Kreusel und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 12. September 1979 erneut vorgelegen.

2 Hat Ministerialdirigent Dröge am 11. September 1979 und erneut am 19. Oktober 1979 vorgelegen. Vgl. Anm. 13.

3 Zu den WEU-Herstellungsbeschränkungen und den Bemühungen der Bundesregierung um deren Aufhebung vgl. Dok. 58, Anm. 18.

4 Zu dieser Tagebuchnummer vermerkte Legationsrat I. Klasse Kreusel handschriftlich: „6.6.79 bisher AZ 369.03/10."
Dem Vorgang beigefügt. Botschafter Ruete, London, teilte am 6. Juni 1979 hinsichtlich der WEU-Versammlung vom 18. bis 21. Juni 1979 in Paris mit: „Wie Mitarbeiter aus Generalsekretariat vertraulich erfuhr, hat Vorsitzender Verteidigungsausschusses, John Roper (GB, Labour), in offens[ichtlich] uns wohlwollender Absicht in Brief an SACEUR Aufhebung 6000-Tonnen-Grenze für deutsche

I. Sachstand

1) Nachdem Mitte des Jahres auch die britische Regierung wie zuvor Paris die grundsätzliche Bereitschaft zur Unterstützung unseres Wunsches nach Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen im Schiffbau durch Ratsbeschluß signalisiert hat[7], wurden die Botschaften in Brüssel, Den Haag, Luxemburg und Rom um entsprechende Demarchen und Übergabe eines Non-papers gebeten. Die Botschaften wurden letztmals mit Drahterlaß vom 21. August 1979 aufgefordert, die erbetene Stellungnahme in Erinnerung zu rufen.[8]

2) Davon unabhängig wurden die uns belastenden Herstellungsbeschränkungen im Schiffbau in begrenztem Umfang auf Initiative des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses der WEU-Versammlung, Mr. Roper, Gegenstand eines auf 1978 zurückgehenden Briefwechsels mit SACEUR[9]. Ohne unser Dazutun sollte mit Hilfe der positiven[10] Rückäußerungen SACEURs vom 27. Juli 1978 die 6000 to-Beschränkung für Hilfsschiffe der Bundesmarine mit dem Ziel einer Aufhebung während der 25. WEU-Versammlung in Paris (18. bis 21. Juni 1979) erörtert werden. Schon wegen ihrer limitierten Wirkung kam uns diese Initiative damals ungelegen. Das Thema wurde in Paris nicht weiter vertieft. Inzwischen liegt die Stellungnahme SACEURs zu der Empfehlung der Versammlung Nr. 320/78 bei den Akten der WEU. Es hätte nur unserer förmlichen Bitte im Rat bedurft, um die Aufhebung der Tonnagebeschränkungen zu erwirken. Diese Bitte unterblieb, weil wir im Interesse einer generellen Aufhebung aller Schiffbaubeschränkungen die laufenden Sondierungen nicht durch einen Teilantrag komplizieren wollten.

3) Zwischen AA und BMWi besteht jedoch Einvernehmen, daß für den Fall eines Scheiterns der laufenden Bemühungen um Aufhebung der Schiffbaubeschrän-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1280

Marine-Hilfsschiffe gemäß Protokoll III, Anhang III, Paragraph V b angeregt. Antwort SACEURs, die sich unter Bezug auf Empfehlung 320 Petitum anschließt, wird in Tanghe-Bericht veröffentlicht". Des weiteren übermittelte Ruete den Wortlaut der Empfehlung des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte in Europa, Haig, an die WEU-Versammlung. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1293; VS-Bd. 10615 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Zu dieser Tagebuchnummer vermerkte Legationsrat I. Klasse Kreusel handschriftlich: „V[om] 12.4.77 bisher AZ 369.03/10."
Dem Vorgang nicht beigefügt.

6 Dazu vermerkte Legationsrat I. Klasse Kreusel handschriftlich: „Beide Unterlagen sind wieder zeitl[ich] eingeordnet u[nd] z. d. A."

7 Ministerialdirigent Dröge teilte am 5. Juni 1979 zu einer Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen mit: „Die französische Regierung bat uns, zunächst nur den Komplex der Herstellungsbeschränkungen im Schiffbau (Kap[itel] V) zu verfolgen und weitergehende Bemühungen, etwa um Aufhebung der Beschränkungen für Flugkörper (Kapitel IV), zurückzustellen. Paris erklärte sich mit dieser Einschränkung bereit, einen Antrag der Bundesregierung auf ‚schlichte Streichung' der Schiffbaubeschränkungen durch Beschluß des WEU-Rates zu unterstützen. [...] Auf der Grundlage dieses Sondierungsergebnisses baten wir sodann die britische Regierung um eine ‚avis favorable' für unsere Bemühungen um Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen nach Kapitel V und nur dieser speziellen Kategorie. Vor kurzem ließ uns das FCO in einem Non-paper wissen, daß London prinzipiell bereit sei, einen entsprechenden deutschen Antrag im WEU-Rat zu unterstützen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 2779 an die Botschaften in Brüssel, Den Haag, Luxemburg und Rom; VS-Bd. 10615 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

8 Für den Drahterlaß Nr. 4184 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann an die Botschaften in Brüssel, Den Haag, Luxemburg und Rom vgl. VS-Bd. 10615 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

9 Alexander M. Haig.

10 Dieses Wort wurde von Legationsrat I. Klasse Kreusel eingeklammert. Dazu vermerkte er handschriftlich: „befürwortenden".

kungen durch einstimmigen Ratsbeschluß eine Lösung mit Hilfe SACEURs versucht werden soll (Schreiben D2 an MD Geisendörfer vom 24.8.79[11]). Bei Vorliegen einer entsprechenden Empfehlung könnte der Rat mit Zweidrittelmehrheit die Annahme eines deutschen Antrages beschließen.

4) D2 sprach am Rande der Sitzung des Politischen Komitees der EPZ am 4. und 5. September[12] das Thema „Herstellungsbeschränkungen Schiffbau" erneut an. Der niederländische Vertreter gab gegenüber Herrn D2 zu verstehen, daß eine Aufhebung der Schiffbaubeschränkungen für NL aus „psychologischen Gründen" kaum in Frage käme. Es sollte als Ausweg überlegt werden, ob die formelle Beibehaltung der Beschränkungen bei gleichzeitiger Öffnung der Obergrenzen in der Sache nicht zum gleichen Ziel führe.

II. Bewertung auf Arbeitsebene

1) Informelle Gespräche der Arbeitsebene am 7.9.1979 (AA–201, BMWi–ZB1, BMVg–RüII1 und FüSIII3) führten im Ergebnis zu folgender übereinstimmender Bewertung des NL-Vorschlags:

a) Soll unter förmlicher Beibehaltung der bisherigen Beschränkungen de facto dennoch unbeschränkt Kriegsschiffbau auf deutschen Werften ermöglicht werden, müßten die „Beschränkungen" so abgeändert werden, daß ihre Bedeutungslosigkeit geradezu ins Auge fällt.

Ein Bekanntwerden dieser „Lösung" läßt weit unangenehmere Publizität erwarten als die, die man ursprünglich, u.a. mit Rücksicht auf Frankreich, vermeiden wollte.

b) Zielt der Vorschlag hingegen auf bloße Lockerung und/oder teilweise Anpassung an veränderte Gegebenheiten, gelten die vom BMWi auf entsprechende französische Vorstellungen mit Schreiben vom 12.4.1977 – ZB1 – 110980/3-43/77 VS-v (Anlage Ziffer III) genannten Gegenargumente sinngemäß. Schließlich muß unter politischen Gesichtspunkten berücksichtigt werden, daß mit dieser „Lösung" neue Abhängigkeiten geschaffen würden. Juristisch würde es sich um eine 1979 neu vereinbarte Rüstungskontrollvorschrift handeln!

c) Nach fast fünfjährigen Bemühungen um eine sachgerechte Lösung dieses Problems hat nunmehr die Arbeitsebene ihrerseits den Punkt erreicht, wo sie für sog. „psychologische Gründe" der Niederlande keinerlei Verständnis mehr aufbringt. Schließlich können auch die Niederlande nicht übersehen haben, daß die Beibehaltung uns wirtschaftlich einseitig diskriminierender (Werftindustrie) und für den NATO-Partner Deutschland antiquierter WEU-Beschränkungen keinem militärischen oder sicherheitspolitischen Bedürfnis entspricht.

2) Falls die niederländischen Bedenken gegen die Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen im Schiffbau nicht aus dem Wege zu räumen sind, sollte eine

[11] Ministerialdirektor Blech teilte Ministerialdirektor Geisendörfer, Bundesministerium für Wirtschaft, zu den Bemühungen um eine Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen mit: „Zunächst befürworten wir jedoch, die eingeleitete Lösung mittels einstimmigen Beschlusses des WEU-Rates zügig weiterzuverfolgen. Die Voraussetzungen dafür dürften gegeben sein, nachdem sich inzwischen in Rom eine entscheidungsfähige Regierung gebildet hat." Vgl. VS-Bd. 10615 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

[12] Die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ fand in Dublin statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 4461 des Vortragenden Legationsrats Schirmer vom 6. September 1979; VS-Bd. 11078 (200); B 150, Aktenkopien 1979.

Lösung durch Ratsbeschluß mit Zweidrittelmehrheit auf Grundlage einer entsprechenden Empfehlung SACEURs versucht werden.

Der Weg über SACEUR könnte allerdings, abgesehen von dem derzeit fehlenden militärischen Bedarf, insoweit eine Problematik aufwerfen, als dadurch SACEUR eine Beurteilungskompetenz zugestanden würde, die nach bisheriger Praxis nicht erforderlich würde. BMWi ist demgegenüber der Auffassung, daß eine allgemeine Empfehlung, wie sie von SACEUR auf die Anfrage des WEU-Abgeordneten Roper gegeben worden ist, durchaus mit dem WEU-Reglement in Einklang steht.

III. Gemeinsame Empfehlung der Arbeitsebene

Die förmliche Antwort auf die Demarchen aus Brüssel, Den Haag, Luxemburg und Rom steht noch aus. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt besteht deshalb kein Zwang, auf den niederländischen Vorschlag abschließend zu reagieren. Zwischenzeitlich könnte daher über Brüssel-NATO bei SHAPE inoffiziell die Bereitschaft SACEURs zur Abgabe einer Empfehlung erkundet werden, die die Aufhebung aller Schiffbaubeschränkungen befürwortet und in der Begründung analog zur Stellungnahme SACEURs vom 27.7.1978 auf Empfehlung 320/78 der WEU-Versammlung die globalen Vorzüge dieser Regelung hervorhebt[13] (beträchtlicher Vorteil für die Allianz etc.).[14]

Hofmann

VS-Bd. 10615 (201)

13 Der Passus „über Brüssel-NATO ... hervorhebt" wurde von Ministerialdirigent Dröge hervorgehoben. Dazu vermerkte er am 11. September 1979 handschriftlich: „Ich habe die Angelegenheit am 10.IX.79 in Brüssel mit Ges[andtem] Pfeffer besprochen u[nd] ihm eine Ablichtung dieses Papiers hinterlassen. Er wird die Sache gemäß der Empfehlung in Ziff[er] III mit Gen[eral] Schmückle aufnehmen."
Am 19. Oktober 1979 verfügte Dröge die Weiterleitung an Ministerialdirektor Blech und Referat 201. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ges. Pfeffer sagte mir heute telefonisch, Gen. Schmückle riete, die Sondierung bei SACEUR erst im Januar vorzunehmen. Er glaube, daß dieser, wenn unser Petitum geschickt formuliert werde, positiv reagieren werde."
Hat Blech am 19. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Kreusel am 19. Oktober 1979 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann, Vortragenden Legationsrat Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Boldt verfügte.
Hat Hofstetter und Boldt am 19. Oktober 1979 vorgelegen.

14 Legationsrat I. Klasse Kreusel hielt am 28. November 1979 zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Aufhebung der WEU-Herstellungsbeschränkungen fest: „Außenminister van der Klaauw bat den Herrn Bundesminister, mit Rücksicht auf denkbare innenpolitische Komplikationen die Aufhebung der Herstellungsbeschränkungen im Schiffbau derzeit nicht weiter zu verfolgen. Die LRTNF-Modernisierung belastet die öffentliche Diskussion in den Niederlanden zur Genüge. Änderungen bestehender Rüstungskontrollvereinbarungen wären deshalb von Den Haag aus gesehen inopportun. Bundesminister Genscher hat dem Wunsch seines niederländischen Amtskollegen entsprochen und weitere Schritte zur Aufhebung der Schiffbaubeschränkungen bis zum Frühjahr 1980 zurückgestellt." Vgl. VS-Bd. 10615 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

259

Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt

114-2939/79 geheim
Fernschreiben Nr. 3182

Aufgabe: 7. September 1979, 18.56 Uhr[1]
Ankunft: 8. September 1979, 00.27 Uhr

Betr.: Sowjetische Präsenz in Kuba[2]
Quelle: Kuba-Spezialist der DIA[3]
Feststellungszeit: 7.9.79
Feststellungsart: Gespräch
Bewertung: A3

I. Sachverhalt

Die DIA hat bedeutende Anzeichen für die Anwesenheit sowjetischer Truppen auf Kuba; eine letzte Bestätigung aber für diese mit großer Wahrscheinlichkeit zutreffende Annahme steht noch aus. Das augenblickliche Lagebild der DIA stellt sich wie folgt dar:

1) Verbandsgröße und Ausrüstung

Bei dem als sowjetischen Verband angenommenen Truppenteil handelt es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um ein Mot-Schützenregiment (motorized rifle regiment) mit ca. 2000 Soldaten. Der in den Zeitungen gebrauchte Begriff „Brigade" ist irreführend. Er entstammt den Berichten einiger Quellen und ist deshalb wohl auch im Rahmen der öffentlichen Debatte aufgegriffen worden. Die Sowjetunion verfügt aber lediglich über fünf Verbände, die die offizielle Bezeichnung „Brigade" führen.

Dabei handelt es sich um Verbände mit Sonderaufträgen, die zur Erfüllung ihres Auftrags über eine besondere Ausrüstung verfügen. Das bei dem Verband auf Kuba festgestellte Gerät aber entspricht der Standardausrüstung eines Mot-Schützenregiments BTR[4] (APCs[5] are wheeled). Es gibt keinerlei Hinweise

1 Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 10. September 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär van Well, Ministerialdirigent Dröge, Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann und die Referate 204, 213, 220, 221 und 330 verfügte.
Hat Hofmann am 10. September 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk und Vortragendem Legationsrat Ederer am 10. September 1979 vorgelegen.

2 Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), berichtete am 31. August 1979: „In kurzfristig einberufenem informellen Treffen des Rats unterrichtete der amerikanische Geschäftsträger Glitman die Bündnispartner über die Präsenz sowjetischer Kampftruppen in Kuba, die inzwischen bereits durch eine AP-Meldung bekannt geworden ist. [...] Die Stationierung des sowjetischen Kampfverbandes stelle an sich keine Bedrohung der USA dar. In dem nach der Kuba-Krise von 1962 getroffenen amerikanisch-sowjetischen understanding über die Nichtstationierung von Offensivwaffen auf Kuba seien Landstreitkräfte als solche nicht aufgeführt. Gleichwohl habe die amerikanische Regierung die SU am 29.8.1979 darauf hingewiesen, daß dieser Vorgang die bilateralen Beziehungen zusätzlich belasten müsse. Präsident Carter prüfe zur Zeit die in Frage kommenden amerikanischen Reaktionen auf die nunmehr feststehende sowjetische militärische Präsenz in Kuba. Das Bündnis werde über die weitere Entwicklung auf dem laufenden gehalten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 881; VS-Bd. 10493 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

3 Defence Intelligence Agency.

4 Brone Transporter.

5 Armoured Personnel Carriers.

auf eine Sonderausstattung. Das festgestellte Gerät gehört ebenfalls zu der Standardausstattung der kubanischen Landstreitkräfte.

2) Auftrag

Über den Auftrag des Regiments gibt es keinerlei Erkenntnisse. Der Gesprächspartner nannte folgende Vermutungen (die Reihenfolge entspricht dem Grad der Wahrscheinlichkeit):

- Schutz für die nahe Havanna liegende elektronische Aufklärungsstation (Torrens), die die umfangsreichste Anlage dieser Art außerhalb der Sowjetunion ist (1500 Techniker), mit dem möglichen Zusatzauftrag, das sensitive Gerät zu vernichten, falls es in Zukunft zu einer Gefährdung der Anlage durch innenpolitische Instabilitäten – für die es zur Zeit keinerlei Anzeichen gibt – kommen sollte. Dabei könnte die Anwesenheit der US-Marine in Guantanamo eine Rolle spielen, die die Sowjets möglicherweise als potentielle Bedrohung dieser Anlage betrachten.
- Schutz für Castros Regime selbst.[6] Es könnte sein, daß die sowjetischen Truppen auf Kuba nach 1975 (kubanisches Eingreifen in Afrika) verstärkt worden sind, weil man nicht sicher sein konnte, wie die Streitkräfte auf die militärischen Interventionen Kubas in Übersee reagieren würden.

Ausgeschlossen wurde die Annahme, die Sowjets würden Kuba als Trainingsbasis zur Ausbildung von Spezialeinheiten unter tropischen Bedingungen nutzen (die Geographie und das Klima Kubas eignen sich nicht dafür), die dort vorhandenen Truppen hätten einen Spezialauftrag, der sich unmittelbar gegen die USA richte (dagegen sprechen die Ausrüstung und die Tatsache, daß keine See- oder Lufttransportkapazität zur Verfügung steht), oder das Regiment sollte Guantanamo erobern (dagegen spricht die Dislozierung, Kuba ist ca. 600 Meilen lang; Guantanamo befindet sich am ostwärtigen Ende der Insel, während die sowjetischen Truppen am genau entgegengesetzten Ende dislozierт sind).

3) Zeitaspekt

Der Informationsstand der amerikanischen Nachrichtendienste hat sich, entgegen den Zeitungsmeldungen, in den letzten Wochen nicht geändert. Die ersten Indikationen für die sowjetische Präsenz hatte man bereits 1971. Die Informationen waren sehr vage, paßten aber nicht in das bis dahin vorhandene Gesamtbild. In den darauffolgenden Jahren überwachte man den Nachrichtenfluß, um eine Bestätigung für diese außergewöhnlichen Informationen zu erhalten. 1975 erkannte man auf dem Wege der elektronischen Nachrichtengewinnung die erste Übung von Truppen, die nicht den kubanischen Streitkräften angehörten. Aber selbst zu dem Zeitpunkt waren die Informationen für ein ausreichend klares Lagebild noch zu begrenzt. Man beantragte aber bereits in diesem Jahr eine Intensivierung der Nachrichtengewinnung. Die Bearbeitung dieses Antrags innerhalb der Bürokratie nahm viele Monate in Anspruch. Für viele, die in den Entscheidungsprozeß eingeschaltet waren, reichten die vorliegenden Informationen nicht aus, auch dem Antrag zuzustimmen. Seit 1978 wurden die bis dahin gesammelten Nachrichten intensiv ausgewertet, was zu

[6] Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich; „Prätorianergardenthese."

zusätzlichen Erkenntnissen führte. Aufgrund der durchgeführten Analysen und des neuen Gesamtbildes kam man zu der Annahme, daß die sowjetischen Truppen – zwar nicht in der heutigen Stärke – bereits seit 1971 auf Kuba sein könnten. Hinweise darauf, daß ihre Existenz schon in die Mitte der 60er Jahre zurückreicht, stammen ausschließlich von Kuba-Flüchtlingen (ca. zehn Aussagen) und werden als wenig zuverlässig bezeichnet.

In den letzten Monaten sind keine Meldungen über Kuba eingetroffen, die über das bis dahin Bekannte hinausgingen. Lediglich die seit 78 durchgeführten sorgfältigen Analysen hatten dazu beigetragen, das Gesamtbild zu vervollständigen. Die in der Presse erwähnte endgültige Bestätigung durch Satellitenfoto in der letzten Woche ist unzutreffend. Ähnliche Fotos liegen bereits seit einiger Zeit vor. Ihnen ist allerdings nur zu entnehmen, daß es sich bei der übenden Truppe mit ziemlicher Sicherheit nicht um Kubaner handelt.

4) Einschleusung

Auch über die Art des Transports der Truppen besteht Unklarheit. Im Laufe der Jahre wurden keine ungewöhnlichen oder zusätzlichen Luft- bzw. Seetransporte beobachtet. Die DIA vermutet deshalb, daß die sowjetischen Offiziere in Zivil mit den routinemäßig verkehrenden Aeroflotmaschinen fliegen, während die Unteroffiziere und Soldaten sowie das Gerät wahrscheinlich über See transportiert werden. Sicher erkannt wurde ein periodischer Personalaustausch, der halbjährlich oder jährlich stattfindet.

5) Nachrichtengewinnung

Kuba rangiert in der Vergangenheit in der Priorität der Nachrichtengewinnung noch hinter Afrika. Der Mittelansatz entsprach dieser Prioritätensetzung und beschränkte sich bei der DIA im Personalbereich auf wenige Auswerter. An Quellen verfügt man über sehr wenige Agenten, so daß der weitaus größte Teil der Nachrichten über technische Mittel gesammelt wurde. Dabei stand die Überwachung des Funk- und Fernmeldeverkehrs an erster Stelle. Zusätzlich wurde Kuba durch Satellitenaufklärung überwacht. Die SR-71 wurde seit 1977 lediglich einmal eingesetzt (Ende 1978 im Zusammenhang mit der Meldung über die Anwesenheit sowjetischer MiG-23 auf Kuba). Kuba ist jederzeit in der Lage, den Einsatz der SR-71 dadurch festzustellen, daß dieses Flugzeug im Überschallbereich fliegt und sich deshalb durch den Schallkanal bemerkbar macht.

Über die ausführlichen Zeitungsberichte ist die DIA beunruhigt, weil sie trotz vieler Fehlinformationen doch einige Wahrheiten enthalten. Bei gezielter Auswertung könnte es den Sowjets gelingen, die Primärquelle der Nachrichtengewinnung herauszufinden und wirkungsvolle Abwehrmaßnahmen (counter intelligence) zu veranlassen (Funkstille, perfektere Tarnung usw.), was dazu führen würde, daß die ohnehin schon spärlichen Informationen fast vollständig versiegen würden. Erste negative Auswirkung könnte sein, daß aufgrund der öffentlichen Diskussion in den USA eine für die erste Septemberwoche vorhergesagte erneute Übung bislang nicht begonnen wurde.

6) Politischer Aspekt

Der Gesprächspartner gab zu erkennen, daß die Unterrichtung der Öffentlichkeit gewollt war und daß die Administration hinter den Erklärungen Senator

Churchs gestanden hat.[7] Präsident Carter soll seit einiger Zeit gewillt gewesen sein, Kuba als Testfall für den Entspannungswillen der Sowjetunion zu nutzen. Er selbst habe Kuba und seine Rolle in Afrika auf dem Wiener Gipfel[8] angesprochen. Außenminister Vance tat dasselbe auf der letzten Tagung der OAS.[9] Der Zeitpunkt der Bekanntgabe könnte auf folgende Überlegungen zurückgeführt werden:

- Die intensiven Analysen durch die intelligence community in den letzten Monaten haben zu vermehrten Studien und Memos geführt, wodurch das Problem stärker in das Bewußtsein rückte. Das klarere Lagebild habe im Hinblick auf die Monroe-Doktrin[10] der Administration bewußt gemacht, daß man irgendwann handeln müsse. Man habe den jetzigen Zeitpunkt gewählt, weil man das Interesse der Sowjetunion an SALT II[11] sehr hoch einschätze, so daß SALT als Druckmittel geeignet erscheine.
- Die Regierung müsse im Hinblick auf die kommenden Wahlen[12] der Öffentlichkeit beweisen, daß sie der Sowjetunion gegenüber durchaus entschieden auftreten könne, wenn vitale Interessen berührt seien.
- Versuch der Unterminierung des Führungsanspruchs Kubas auf der Konferenz der Blockfreien.[13]

II. Kommentar

Es ist überraschend, wie wenig die USA über das ca. 120 km von der Küste Floridas entfernt liegende Kuba wissen. Abgesehen davon, daß die erstaunlich geringe Priorität, die der Insel zugebilligt wurde, und die Entscheidung Präsident Carters, die SR 71-Flüge mit dem Ziel verbesserter Beziehungen zu Kuba einzustellen, zu dem geringen Erkenntnisstand geführt haben, zeigen die Schwierigkeiten der intelligence community mit dem vorhandenen Material zu sicheren Aussagen über Art und Umfang des Verbandes zu gelangen, wie schwierig sich Verifikationsmaßnahmen mit „national technical means only"

7 Am 31. August 1979 teilte Botschafter von Staden, Washington, mit: „Senator Church hat in seiner Pressekonferenz vom 30. August Präsident Carter aufgerufen, ‚den unverzüglichen Abzug aller sowjetischen Kampfeinheiten aus Kuba zu fordern.' Church fügte hinzu, daß die Vereinigten Staaten nicht erlauben könnten, daß die 90 Meilen vor der amerikanischen Küste gelegene Insel ein Militärstützpunkt der Russen und ein Sprungbrett für sowjetische Interventionen in der westlichen Hemisphäre werde. Nach seiner Meinung sollten die Vereinigten Staaten ihre seit der Monroe-Doktrin geltende Politik bekräftigen, wonach die westliche Hemisphäre ‚für fremde Regierungen nicht zugänglich' sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3094; VS-Bd. 10493 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

8 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

9 Die Sondertagung des Rates der OAS über Nicaragua fand vom 20. bis 23. Juni 1979 in Washington statt. Vgl. dazu den Artikel „OAS Urges End in Nicaragua to Rule by Somoza"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 25. Juni 1979, S. 1.

10 Präsident Monroe stellte am 2. Dezember 1823 in seiner Rede zur Lage der Nation die unabänderliche Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten von Europa fest und forderte die künftige Nichteinmischung europäischer Mächte in Lateinamerika. Falls europäische Kolonialmächte diesen Grundsatz nicht beachten sollten, kündigte er Gegenmaßnahmen der USA an.

11 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 218, Anm. 8.

12 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

13 Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt. Vgl. dazu Dok. 266, Anm. 4 und 7.

im Hinblick auf Personalstärken gestalten.[14] Die Ungewißheit über die Frage, wie und wann die Truppen dorthin verlegt wurden, unterstreicht dies noch.

Es ist festzuhalten, daß im Hinblick auf die tatsächliche Präsenz sowjetischer Truppen weder ein Dementi von kubanischer noch von sowjetischer Seite bislang erfolgte.

Im Hinblick auf die von dem Gesprächspartner gemachten Angaben zu den politischen Hintergründen kann gesagt werden, daß die Administration sich nicht bemüht, die Angelegenheit herunterzuspielen. Außenminister Vance hat im Gegenteil in seiner Pressekonferenz deutlich gemacht, daß man sich nicht mit dem Status quo zufriedengeben werde.[15] Das bedeutet, daß man schlimmstenfalls bereit sein könnte, die Zukunft des SALT-Vertrages mit der Präsenz der sowjetischen Truppen auf Kuba zu verbinden, falls die Sowjets kein Entgegenkommen zeigen. Es drängt sich der Gedanke auf, als ob beide Probleme kaum noch voneinander zu trennen sind, wie man aus Stellungnahmen sowohl liberaler als auch konservativer Senatoren entnehmen kann. Es ist nicht auszuschließen, daß sich die Situation in nächster Zukunft weiter zuspitzen wird, vor allen Dingen dann, wenn eine Reaktion seitens der Sowjetunion noch längere Zeit auf sich warten läßt.[16]

[gez.] Dannenbring

Zusatz: Das dem Bericht zugrunde liegende Gespräch fand vor der öffentlichen Erklärung des Präsidenten vom 7.9. statt.[17] Auf die laufende Berichterstattung der Botschaft über den gesamten Vorgang wird verwiesen.

VS-Bd. 10493 (201)

14 Der Passus „wie schwierig sich ... gestalten" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu Häkchen.

15 Für den Wortlaut der Ausführungen des amerikanischen Außenministers Vance am 5. September 1979 in Washington vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2031, S. 14–17.

16 Am 11. September 1979 übermittelte Botschafter von Staden, Washington, Informationen zu einem Gespräch des amerikanischen Außenministers Vance mit dem sowjetischen Botschafter in Washington vom Vortag: „Dobrynin habe – im Gegensatz zu dem gleichzeitig erscheinenden Prawda-Artikel – die Anwesenheit einer sowjetischen Kampfeinheit weder ausdrücklich bestritten noch zugegeben. Das Gespräch habe sich vielmehr auf die allgemeinen politischen Konsequenzen konzentriert, die sich aus der Tatsache der amerikanischen Veröffentlichung über sowjetische Kampftruppen in Kuba ergeben. Dabei habe Dobrynin zu erkennen gegeben, daß die sowjetische Seite die besondere Sensitivität der kubanischen Situation für die Vereinigten Staaten realistisch einzuschätzen wisse. Angesichts dieser vorsichtigen Reaktion Dobrynins und der weiteren sowjetischen Gesprächsbereitschaft bewertet die amerikanische Seite den Auftakt der Gespräche jedenfalls nicht negativ." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3223; VS-Bd. 13176 (213); B 150, Aktenkopien 1979.

17 Für den Wortlaut der Stellungnahme des Präsidenten Carter am 7. September 1979 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 1602 f.

260

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Dayan

105-46.A/79 **9. September 1979**[1]

Gespräch des Herrn Bundesministers des Auswärtigen mit dem israelischen Außenminister Dayan[2] am 9. September 1979 anläßlich eines Abendessens in seiner Wohnung

Während des Tischgesprächs schilderte AM *Dayan* zunächst seine Eindrücke von dem Besuch Sadats in Haifa, den besonders das Zusammenleben von Juden und Arabern in der Stadt sehr beeindruckt habe.[3]

Auf die Bemerkung des Herrn *BM*, nach Auffassung Sadats dürfe Jerusalem nie geteilt werden, erwiderte AM *Dayan*, es gebe dort jedoch das besondere Problem der Heiligen Stätten.

Wie AM Dayan berichtete, habe er Sadat bei einem Vier-Augen-Gespräch gefragt, wann er den Beschluß zur Reise nach Jerusalem[4] gefaßt habe. Er habe ihm geantwortet, dies sei zwischen zwei Besuchen in Rumänien[5] und Saudi-Arabien geschehen. Sicher habe dabei die Erfahrung mit den Russen eine Rolle gespielt, da sie keinen Frieden für die Region wollten. *BM* erwähnte, daß sich die Länder der Dritten Welt zunehmend der Gefahren bewußt seien, die wachsender sowjetischer Einfluß mit sich bringe.

Im Zusammenhang mit seinen Kontakten mit palästinensischen Arabern bemerkte AM *Dayan*, die PLO sei auf der Westbank und in Gaza verboten und die Mitgliedschaft werde strafrechtlich verfolgt.[6] Seine Gesprächspartner seien

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Weber am 13. September 1979 gefertigt und am folgenden Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau weitergeleitet.
Hat Wallau am 14. September 1979 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178811.

2 Der israelische Außenminister Dayan hielt sich vom 9. bis 11. September 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 261.

3 Zum Zusammentreffen des Präsidenten Sadat mit Ministerpräsident Begin vom 4. bis 6. September 1979 in Haifa vgl. Dok. 250, Anm. 3.

4 Präsident Sadat besuchte vom 19. bis 21. November 1977 Israel.

5 Präsident Sadat hielt sich vom 29. bis 31. Oktober 1977 in Rumänien auf.

6 Am 31. August 1979 berichtete Botschaftsrätin I. Klasse Steffler, Tel Aviv: „AM Dayan ist gestern (29.8.) in Gaza mit Vorsitzendem dortiger Roter-Halbmond-Organisation, Abdul Shafi, zu 90-minütigem Gespräch zusammengetroffen. [...] Tatsache Treffens Dayans mit Dr. Shafi erregte hier Aufsehen, weil Shafi als ausgesprochener PLO-Sympathisant gilt, der vor 1967 sogar Parlamentsvorsitzender in Ahmed Shukeirys PLO-Gaza gewesen und während Dayans Amtszeit als V[erteidigungs]-M[inister] wegen seiner politischen Aktivitäten zweimal in den Sinai ausgewiesen worden war." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1050; Unterabteilung 31, Bd. 135597.
Steffler teilte dazu am 5. September 1979 ferner mit: „Zu seinen Gesprächen mit als PLO-Anhänger bekannten Persönlichkeiten im Westufer und Gaza hat sich AM Dayan in seinem gestern (4.9.) vom israelischen Fernsehen ausgestrahlten Interview aus Haifa geäußert und angekündigt, er habe israelische Armee gebeten, weitere derartige Treffen vorzubereiten. Zur Begründung für diese Gespräche verwies Dayan insbesondere auf am kommenden Sonntag beginnenden Bonn-Besuch. BM Genscher werde ihm aufgrund kürzlicher Rundreise ‚erzählen, arabische Länder seien bereit, mit Israel Frieden abzuschließen. Schuld an impasse liege bei Israel, weil es gegenüber Palästinensern nicht Erforderliches tue'. Darauf würde Dayan ihm erwidern können, was palästinensische

somit keine PLO-Vertreter gewesen. Er sei mit ihnen am Sitz der israelischen Militärverwaltung zusammengetroffen, wohin sie bestellt worden seien. Aus seinen Gesprächen habe er den Eindruck gewonnen, daß sie den Frieden wollten, den sie nicht mit militärischen, sondern politischen Mitteln zu erreichen suchten. Sie seien außerdem zu Verhandlungen bereit, mißtrauten jedoch einem angeblichen Mandat der Amerikaner, Ägypter und Israelis, für die palästinensischen Araber zu sprechen. Camp David[7], ein starkes Reizwort, sei für sie nicht akzeptabel und somit auch keine Verhandlungsgrundlage für ihre Friedensbestrebungen. Bei allen Gesprächspartnern sei der Wunsch nach offenen Grenzen zu Israel sehr deutlich.

Die Frage des *BM*, ob die Bewohner der Westbank unter dem Druck der PLO stünden, bejahte AM *Dayan*. Er fügte hinzu, die Menschen dort hätten persönlich Angst vor der PLO und seien eingeschüchtert. *BM* bemerkte, wenn er Hussein richtig verstanden habe, wolle dieser durch seine Kontakte mit der PLO sicherstellen, daß die PLO die Palästinenser in Jordanien nicht vertrete.[8]

Nach Auffassung von AM *Dayan* gehe es Hussein darum, die PLO in Jordanien nicht Fuß fassen zu lassen und ihr nicht zu gestatten, von Jordanien aus gegen Israel zu operieren. In Jordanien nehme die palästinensische Bevölkerung zu und rücke immer mehr in Spitzenpositionen vor. Die Palästinenser würden eine Verbindung zwischen der Westbank und Jordanien vorziehen und dächten – wenn der König einmal nicht mehr da sei – an einen palästinensischen Staat, der jedoch nicht von Jordanien getrennt sei. Derzeit könnten sie sich frei zwischen der Westbank, Israel und Jordanien bewegen. Es gebe durchaus eine intelligente palästinensische Führungsgruppe, die aber ohne Mandat von Arafat nicht tätig würde.

Der zweite Teil des Gesprächs fand nach dem Essen unter vier Augen statt. AM Dayan dankte zunächst noch einmal für die Einladung[9] und unterstrich,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1289

Araber angehe, so sei er im Bilde, da er mit ihnen lebe, spreche, sie anhöre und ihre Meinungen kenne. Wenn es keinen Fortschritt gebe, dann nicht, weil Israel nicht mit ihnen zusammenleben wolle, sondern weil Palästinenser dazu diese oder jene Position bezögen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1084; Referat 310, Bd. 125007.

7 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel vom 26. März 1979 vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

8 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit König Hussein am 29. August 1979 in Amman; Dok. 245.

9 Botschaftsrätin I. Klasse Steffler, Tel Aviv, schlug am 16. Mai 1979 vor: „Unabhängig davon, wie die Entscheidung über den Bundeskanzlerbesuch ausfällt, sollten wir AM Dayan an die beim Israel-Besuch von BM Genscher im Juni 1978 ausgesprochene Einladung für ihn erinnern und ihm noch in diesem Jahr einen Besuchstermin ermöglichen, falls sein eigener Zeitplan dies zuläßt. Seit 1975 war es zur Regel geworden, daß sich der deutsche und israelische AM im Halbjahresrhythmus besuchten. Auch wenn dies künftig nicht aufrechterhalten werden sollte, sollten wir doch den Einjahresrhythmus zu wahren versuchen. Schließlich wäre es bedauerlich, wenn Dayan, der sich seit vielen Jahren auch gegen Widerstand für gute Beziehungen zur Bundesrepublik eingesetzt hat, den Eindruck erhalten müßte, daß wir an ihm in seiner Funktion als AM kein ähnliches Interesse nehmen wie an seinem Vorgänger. Der wesentliche Anteil Dayans am Zustandekommen des Friedensvertrages wird im übrigen in der israelischen Öffentlichkeit zunehmend anerkannt. Dagegen sieht er sich mit seinen Bemühungen im Kabinett häufig isoliert. Ein Besuch in der Bundesrepublik in diesem Jahr könnte AM Dayan auch unter dem Gesichtspunkt der Stärkung der eigenen Position innerhalb des Kabinetts möglicherweise willkommen sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 600; VS-Bd. 11142 (310); B 150, Aktenkopien 1979.

daß er nicht des Streits und Zankes wegen nach Bonn gekommen sei, er wolle die Dinge vielmehr klären. Es gebe für ihn keinen Zweifel, daß BM und BK den Frieden wünschten und in konstruktiver Weise zu einer friedlichen Lösung im Nahen Osten beitragen wollten. Sie ließen sich sicher nicht für Öl kaufen. Er wolle auch keine Kontroverse in den Tischreden.[10]

BM dankte für diese Erklärung und sagte, er bedaure, daß sich dieser oder jener in den letzten Monaten nicht der Pflege der deutsch-israelischen Beziehungen, sondern der Pflege der Gegensätze angenommen habe. Nach den Worten Abba Ebans hätten die Deutschen Israel wegen der Ölinteressen aufgegeben. Dies sei absoluter Unsinn. Er erwähnte, daß er auf seinen Reisen in arabische Länder[11] nur einmal auf Öl angesprochen worden sei.

BM erläuterte sodann Motive und Ziele deutscher Nahostpolitik und Verhältnis zu Sadat.[12]

AM *Dayan* bemerkte, es gehe ihm vor allem um gewisse Äußerungen der jüngsten Zeit, die insbesondere den Begriff der Selbstbestimmung[13] und mögliche Folgen seiner Verwirklichung beträfen und auch Kritik an Camp David enthielten. Israel wünsche eine umfassende Lösung, und man sei sich bewußt, daß mit einem Frieden nur mit Ägypten das Ende des Konflikts noch nicht erreicht sei. Die Palästinenser strebten eine Verbindung zu Jordanien an, wollten gleichzeitig aber auch ihre Unabhängigkeit zum Ausdruck bringen. Präsident Carter habe von keinem arabischen Staatschef gehört, daß er für einen palästinensischen Staat sei.

BM entgegnete, daß die sechs Punkte, von denen er in Alexandria gesprochen habe, keine Kritik an Camp David enthalten hätten.[14] Sadat habe uneinge-

10 Für den Wortlaut der Tischrede des Bundesministers Genscher vom 10. September 1979 anläßlich des Besuchs des israelischen Außenministers Dayan vgl. BULLETIN 1979, S. 967 f.
Vortragender Legationsrat Boll unterrichtete am 14. September 1979: „Dayan richtete in seiner Tischrede einen Appell an alle, die Frieden im Nahen Osten wollten, die noch Außenstehenden, insbesondere die Palästinenser, Jordanien und Saudi-Arabien, zur Teilnahme am Friedensprozeß zu ermutigen, den Friedensprozeß zu unterstützen und diesen nicht zu behindern". Vgl. den Runderlaß Nr. 103; Referat 012, Bd. 111778.

11 Bundesminister Genscher hielt sich vom 23. bis 25. Juni 1979 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu Dok. 186, Dok. 187 und Dok. 189.
Genscher hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1979 im Irak auf. Vgl. dazu Dok. 201 und Dok. 203.
Genscher hielt sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien, am 28. August im Libanon, vom 29. bis 31. August in Jordanien und vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 240–245, Dok. 247, Dok. 249 und Dok. 250.

12 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

13 Am 7. September 1979 erklärte der israelische Botschafter Meroz Staatssekretär van Well, „daß ein objektiver Beobachter einen Wandel unserer Nahostpolitik in den letzten vier bis fünf Jahren nicht übersehen könne. Von den ‚legitimen Rechten des palästinensischen Volkes' habe sich unsere Position bis zum Selbstbestimmungsrecht und dem Recht auf ‚staatliche Organisation der Palästinenser' weiterentwickelt. Darin liege nach israelischer Beurteilung eine substantielle Veränderung der deutschen Position." Dazu legte Meroz weiter dar, „daß Israel das Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser ablehne, weil dieses Recht zu einem unabhängigen Palästina-Staat führen werde. Israel werde einen solchen Staat nicht hinnehmen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 125007.

14 Zum Pressegespräch des Bundesministers Genscher am 1. September 1979 in Abukir vgl. Dok. 261, Anm. 9.
Botschaftsrätin I. Klasse Steffler, Tel Aviv, faßte am 6. September 1979 ihre Gespräche im israelischen Außenministerium vom selben Tag zusammen: „1) Von Agenturen und Presse verbreitete sechs Prinzipien, mit denen BM in Abukir vor Presse getreten sein soll, haben bei zuständigen Be-

schränkt zugestimmt. Es sei auch nicht gesagt worden, daß das Selbstbestimmungsrecht zur Bildung eines unabhängigen Staates führen müsse. Von einem palästinensischen Staat habe er nie gesprochen. Die Grundlage der deutschen Nahostpolitik bleibe die Londoner Erklärung des Europäischen Rats vom 29.6.1977.[15] Für die deutsche Politik sei das Selbstbestimmungsrecht das A und O. Was das „homeland" angehe, so wisse er, daß dies AM Dayan nicht gefalle, aber darüber habe man bereits in Jerusalem gesprochen.[16]

AM *Dayan* sagte, es gehe darum, wie die EG zu Camp David stehe und was sie zu tun beabsichtige. Die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts, die zur Forderung nach einem eigenen Staat führe, übe einen entscheidenden Einfluß auf die Zukunft Israels aus. Ein unabhängiger Palästinenserstaat sei nicht akzeptabel. Der Ausdruck „Selbstbestimmungsrecht" werde in den Dokumenten von Camp David überhaupt nicht erwähnt. Mit Sadat und den Amerikanern sei zunächst eine Übergangszeit vereinbart worden, und nach drei Jahren solle über den endgültigen Status gesprochen werden.

BM wies darauf hin, daß umfassende Lösung nicht nur das Recht auf Selbstbestimmung für Palästinenser, sondern auch die Forderung Israels, in sicheren und anerkannten Grenzen zu leben, beinhalte. Im übrigen gelte für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, was auch für Individualrechte gelte: Sie fänden ihre Grenze dort, wo die Rechte der anderen begännen. Selbst wenn wir mit der DDR zu einer vernünftigen Regelung gelangten, brauchten wir auch eine Abstimmung mit den Vier Mächten und anderen Nachbarn.

Wie AM Dayan hervorhob, sei ausschlaggebend, ob Europa die Bemühung unterstütze, auf der Grundlage von Camp David eine Regelung zu finden. Jeder Versuch, diesen Weg zu erschweren, wie dies die Franzosen täten – wobei er zugebe, daß manches an den Abmachungen besser sein könnte –, stelle die Frage nach der Alternative: Solle der Friedensvertrag hinfällig werden und Camp David nicht mehr bindend sein und wolle man etwa wieder nach Genf[17] zurück?

AM *Dayan* sagte, die französische Haltung und die Einführung des Selbstbestimmungsrechts durch die Erklärungen des BM in Alexandria erfüllten ihn mit Sorge.

BM wies darauf hin, daß die Äußerungen von Alexandria mit Sadat abgestimmt gewesen seien, der uneingeschränkt zugestimmt habe.

AM *Dayan* wies darauf hin, daß nach den Abmachungen von Camp David die Grenzen zwischen Israel und Jordanien von den beiden Ländern ausgehandelt

Fortsetzung Fußnote von Seite 1291

amten des I[sraelischen]A[ußen]M[inisteriums] ‚uproar' verursacht. Entsprechende Vorlage wurde AM Dayan zugeleitet. Sie scheint u. a. Hinweis zu enthalten, daß israelische Seite von BM in Anspruch genommene Abdeckung der Prinzipien durch bisherige EG-Erklärungen nicht folgen kann und sich darauf nicht einzulassen beabsichtigt. 2) Äußerstes Befremden, daß deutsche Seite nicht bereit war, israelischer Regierung am Vorabend Dayan-Besuchs in Bonn Wortlaut Erklärung, die vor Weltpresse abgegeben wurde, zugänglich zu machen, besteht fort. Tatsache gilt als gravierendes Moment bei Bewertung der Erklärung. Über Reaktion Dayans ist im IAM nichts bekannt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1094; Referat 310, Bd. 125007.

15 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats über den Nahen Osten vom 29. Juni 1977 vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 516 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 174.

16 Bundesminister Genscher hielt sich vom 28. bis 30. Juni 1978 in Israel auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 205.

17 Zur Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Genf vgl. Dok. 86, Anm. 21.

werden müßten. Somit gebe es dazwischen keinen Platz für einen palästinensischen Staat. Er erwarte von der Bundesregierung nicht, daß sie für ein Dokument eintrete, das nicht ihre Unterschrift trage. Dennoch bitte er um Verständnis und Unterstützung für die auf dieser Grundlage unternommenen Anstrengungen, einer Friedensregelung näher zu kommen. Die Russen wollten eine Genfer Regelung, an der auch sie beteiligt wären. Er appellierte an die Europäische Gemeinschaft und die Bundesregierung, eine Position zu beziehen, die die einzige Grundlage, die man derzeit habe, nicht torpediere.

AM Dayan regte an, ihm schriftliche Formulierung der deutschen Haltung zukommen zu lassen, die er anläßlich der Pressekonferenz[18] und des Berichts an seine Regierung verwenden könne.

BM bemerkte, daß deutsche Bemühungen auch darauf gerichtet seien, die Wiederherstellung der arabischen Einheit zu fördern, damit Ägypten nicht weiterhin isoliert sei.

AM *Dayan* sagte, Sadat könne in der Öffentlichkeit sagen, daß er für einen Palästinenserstaat sei, und Carter etwas ganz anderes sagen. Deutschland könne aber in Tel Aviv nicht etwas anderes sagen als in Alexandria.

BM erklärte, genauso verhalte sich Bundesregierung.[19]

Abschließend erwähnte BM die auf seiner Nahostreise an ihn herangetragene Bitte um Unterstützung der Bevölkerung der Westbank mit medizinischer Hilfe. AM *Dayan* sagte zunächst, man könne nie sicher sein, wofür Hilfe tatsächlich benutzt werde. Es wurde vereinbart, daß die Möglichkeiten im einzelnen geprüft würden und Botschafter Schütz die Angelegenheit nach der Prüfung unmittelbar mit AM Dayan aufnehmen werde.

Referat 010, Bd. 178811

18 Am 11. September 1979 resümierte Botschaftsrätin I. Klasse Steffler, Tel Aviv, israelische Pressestimmen zu den Äußerungen des israelischen Außenministers Dayan über seine Gespräche mit Bundesminister Genscher: „In Agenturberichten wird Äußerung AM Dayans hervorgehoben, seine Gespräche mit BM hätten ihn erneut von Qualität deutscher Beziehungen mit Israel überzeugt [...]. Israels Vertrauen zur Bundesrepublik sei wieder hergestellt worden. Schuld an gespannten Beziehungen habe Dayan Presse gegeben und hinzugefügt, die so ausführlich beschriebenen Mißverständnisse hätten niemals bestanden". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1111; Referat 310, Bd. 125007.
Steffler teilte am 12. September 1979 zur Rückkehr Dayans nach Israel mit: „Im Pressegespräch auf Flugplatz betonte Dayan freundschaftlichen Charakter der Beziehungen zwischen beiden Ländern, der bei seinem Besuch neu offenbar geworden sei. In Bundeskanzler habe Israel wahrscheinlich aufrichtigsten und überzeugtesten Freund unter europäischen Regierungschefs. Zwar stimme BK nicht immer mit Politik israelischer Regierung überein. Dies berühre jedoch nicht Substanz seiner Freundschaft für Israel. Eine wesentliche negative Änderung in deutscher Politik gegenüber Israel sehe er allerdings trotz aller Qualifikationen, die von deutscher Seite dazu gegeben wurden, im deutschen Eintreten für Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Hier liege grundsätzlicher Dissens vor". Des weiteren legte Steffler dar: „Zu Aussagen von AM Dayan vor Presse in Bonn und Tel Aviv, wonach Thema Siedlungen und Libanon bei offiziellen Gesprächen nicht behandelt wurden, und AA-Dementi dazu, rief mich I[sraelisches]A[ußen]M[inisterium]-Sprecher Lavie, der AM Dayan begleitet hatte, soeben an, um klarzustellen: AM Dayan sei betroffen über offizielle deutsche Reaktion, die ihn nun als Lügner erscheinen lasse. Er habe Pressegespräche mit bester Absicht geführt, um gute Atmosphäre zu schaffen. [...] Tatsächlich habe Dayan seine Aussage darauf gegründet, daß die autorisierte Position beider Regierungen zur Mittelost-Situation in den beiden offiziellen Essen am 10.9. dargelegt wurde. Darin sei es um das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser gegangen. BM-Rede habe weder Siedlungen noch Libanon erwähnt. Nur darauf habe sich Pressekonferenz bezogen. In politischen Gesprächen habe man in der Tat viele Themen behandelt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1115; Referat 310, Bd. 125007.

19 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

261

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem israelischen Außenminister Dayan

VS-vertraulich **10. September 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem israelischen Außenminister Dayan am Montag, 10. September 1979, 18.00 bis 19.40 Uhr im Bundeskanzleramt[2]

Weitere Gesprächsteilnehmer: Botschafter Meroz, Herr Lau-Lavie, Sprecher des israelischen AM, StS van Well, Botschafter Schütz, MDg von der Gablentz.

Bundeskanzler betont die Ehre und Freude, die ihm der Besuch von AM Dayan macht. Er freut sich, ihn nach seiner Krankheit so gut erholt zu sehen und hofft, daß der Besuch ihm und seinen Mitarbeitern die Gelegenheit zu einem vertieften Meinungsaustausch bietet. Er wiederholt seine Einladung zum Frühstück am 11. September.

Als persönliches Wort fügt er hinzu: Ich habe stets persönliche Kontakte zu führenden Israelis sowie zu Botschafter Meroz und seinen Vorgängern unterhalten. Es war stets mehr als ein normaler politischer Kontakt. Er kam von[3] Herzen und spiegelt das tiefe Interesse am Schicksal des Staates und der Nation Israel wider. Ich hoffe, es ist nicht vergessen, daß ich mich stets zutiefst zu Ihrer Nation und zu Ihrem Staat hingezogen und mich ihm verbunden fühlte. Sie können das auch in Zukunft von mir erwarten. Er hat drei Gründe, den Besuch AM Dayans zu begrüßen: Sich über die schwer verständliche politische Entwicklung auf dem laufenden zu halten; die guten persönlichen Beziehungen zu einem führenden israelischen Politiker zu vertiefen; die persönliche Freude am Besuch Dayans.

Dayan ist dankbar für die Einladung.[4] Er ist hergekommen, um nicht nur von der Presse über den angeblichen Wandel der deutschen Haltung gegenüber Israel zu hören.[5] Er hat daher die Gelegenheit der Einladung genutzt und kann

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 11. September 1979 gefertigt und am 13. September an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte er: „Als Anlage übersende ich Ihnen zur persönlichen Unterrichtung des Bundesministers einen vom Bundeskanzler gebilligten Vermerk über sein Gespräch mit dem israelischen Außenminister Dayan am 10. September 1979."
Hat Wallau am 13. September 1979 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14077 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

[2] Der israelische Außenminister Dayan hielt sich vom 9. bis 11. September 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 260.

[3] Korrigiert aus: „vom".

[4] Zur Frage einer Einladung des israelischen Außenministers Dayan vgl. Dok. 260, Anm. 9.

[5] Botschafter Schütz, Tel Aviv, führte am 13. Juli 1979 aus: „Bonner Korrespondent liberaler Morgenzeitung Haaretz schreibt in viel gelesener Wochenendbeilage, Bonn versuche nur noch, nicht mehr rückgängig zu machenden pro-arabischen Umschwung zu verschleiern. Jetzt müsse Jerusalem Einstellung gegenüber Bonn ändern. Schlüsselereignis seien Bundestagswahlen 1980 mit überragender Bedeutung innerer Ruhe und wirtschaftlicher Sicherheit. Im Hinblick auf beides sei Israel Störfaktor. Durch PLO-Kontakte versuche Bonn, deutsche Stadtguerilla zu isolieren. Mit po-

nach einem ganzen Morgen sehr freimütiger und detaillierter Diskussion sagen, daß er froh ist, hergekommen zu sein.

Auf Frage des Bundeskanzlers antwortet er, daß sich jedenfalls der Eindruck der deutschen Politik gewandelt habe. BM Genscher habe darauf bestanden, in seiner Tischrede heute abend von der Selbstbestimmung der Palästinenser zu sprechen.[6] Er berufe sich darauf, daß der deutsche Botschafter bei den VN dies Wort zweimal verwandt habe[7] (BK: auch ich habe es mehrfach verwandt). Er frage sich, warum die Deutschen dieses Wort benutzen müßten, wenn es der Europäische Rat nicht tue und nachdem es in Camp David[8] ganz bewußt aus dem Rahmen des Friedensprozesses ausgeschlossen worden war.

Auf Frage des Bundeskanzlers erläutert er, daß das Wort Selbstbestimmung aus den Camp-David-Vereinbarungen ausdrücklich ausgeschlossen wurde. Denn Selbstbestimmung der Palästinenser auf dem Westufer und im Gaza-Gebiet würde heute einen selbständigen Palästinenserstaat bedeuten. Camp David aber sieht vor, daß fünf Jahre nach Ende der Autonomie-Verhandlungen ein Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien die gemeinsame Grenze zwischen beiden Ländern festlegen soll. Es läßt keinen Raum für einen dritten Staat. Die Sprache von Camp David mag nicht die beste sein, aber sie ist die einzige Basis, auf der die nächsten Schritte des Friedensprozesses aufbauen können.

Nach Camp David bedeutet also das Eintreten für die Selbstbestimmung der Palästinenser etwas anderes als vorher: Man sagt heute den Palästinensern damit, daß man nicht für den Camp-David-Prozeß ist. Ähnliches gilt für die Äußerung BM Genschers auf seiner Pressekonferenz in Alexandria[9] über das

Fortsetzung Fußnote von Seite 1294

litischen Gesten gegenüber Ölstaaten solle wirtschaftliches Wachstum gesichert werden. Deutsches Ziel sei pro-arabische Neuformulierung N[ah]O[st]-Politik EG. Hierin überbiete es inzwischen Frankreich." Vgl. den Drahtbericht Nr. 860; Referat 310, Bd. 125006.

6 Für den Wortlaut der Tischrede des Bundesministers Genscher vom 10. September 1979 anläßlich des Besuchs des israelischen Außenministers Dayan vgl. BULLETIN 1979, S. 967 f.

7 Vgl. dazu die Ausführungen des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (UNO), am 19. November 1974 in der UNO-Generalversammlung; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

8 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines ägyptisch-israelischen Friedensvertrags vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel vom 26. März 1979 vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

9 Zur Pressekonferenz des Bundesministers Genscher am 1. September 1979 in Abukir vgl. den Artikel „Nach der Reise durch Nahost ein Sechs-Punkte-Resümee"; DIE WELT vom 3. September 1979, S. 2.
Vortragender Legationsrat Boll stellte dazu am 5. September 1979 fest: „Der BM legte in allen vier Hauptstädten unsere Nahostpolitik dar, die auf der grundlegenden Nahosterklärung des Europäischen Rates vom 29.6.1977 beruht. [...] Der BM stellte heraus, daß dem Lebensrecht Israels das Selbstbestimmungsrecht für das palästinensische Volk, für das er seit 1974 kontinuierlich eingetreten sei, entsprechen müsse. Wenngleich in den besuchten Ländern nicht in allen Punkten Übereinstimmung erzielt worden konnte, so bestand doch Einvernehmen über folgende Grundsätze: Das palästinensische Volk hat einen Anspruch auf Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts. Das palästinensische Volk hat ein Recht auf ein Heimatland. Das palästinensische Volk hat allein das Recht zu entscheiden, wer es repräsentieren soll. Das palästinensische Volk allein ist berechtigt, über seine Zukunft zu entscheiden. Hierüber hat niemand anders zu befinden. Ziel muß sein ein gerechter, umfassender und dauerhafter Friede. Daher kann es auch keinen separaten Frieden geben. Es handelt sich bei diesen Grundsätzen – wie BM ausdrücklich betont hat – nicht um einen neuen Plan, sondern um eine ‚Zusammenfassung von Standpunkten', denen kein Eigengewicht verliehen werden soll." Vgl. den Runderlaß Nr. 97; Referat 012 II, 111778.

Recht der Palästinenser, ihre eigenen Vertreter für die Verhandlungen zu wählen. Diese Äußerung wird allerdings von BM Genscher heute abend nicht erwähnt werden. Auch hier enthält das Camp-David-Abkommen eine eindeutige Aussage: Nur die palästinensischen Einwohner des Westufers und von Gaza können bei den Verhandlungen vertreten sein.

Aufgrund seiner Vorstellungen hat sich BM Genscher bereit erklärt, in seiner Rede auf das Erfordernis hinzuweisen, daß eine umfassende Friedensregelung, zu der auch die Verwirklichung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes einschließlich der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts gehört, der Zustimmung aller Beteiligten bedarf. Diese Formel löst die Schwierigkeiten mit den Israelis, weil es ihnen auch hierbei ein Mitspracherecht gibt.

Es ist ihm schwer angekommen, in dieser Frage Druck, den er gar nicht wirklich zur Verfügung hat, auf die deutsche Regierung auszuüben. Aber nach Camp David kann man sich nicht mehr auf frühere Formulierungen beziehen. Man muß jetzt den Friedensprozeß auf dieser Basis fortsetzen. Er hofft in Deutschland auf Unterstützung für den Friedensprozeß und deutsche Ermutigung für andere Staaten, das ebenfalls zu tun. Der Friedensprozeß, der bisher allzu lange Theorie war, ist jetzt eine ganz praktische Angelegenheit.

Bundeskanzler betont zunächst, daß für ihn als einem Deutschen, von denen 16 Mio. ihr Selbstbestimmungsrecht nicht ausüben können, das Selbstbestimmungsrecht eine Prinzipienfrage ist, ein Grundprinzip für den Umgang der Nationen miteinander. Er erinnert daran, daß er nach dem Besuch bei Sadat in Kairo selbst vom Selbstbestimmungsrecht gesprochen hat.[10]

Er betont dann, daß wir weder Vertrags- noch Verhandlungspartner in dem Friedensprozeß sind und auch keine besondere Rolle in dem Zusammenhang anstreben. Allerdings sind wir uns sicherlich bewußt, daß auch unser Friede in hohem Maße vom Friedensprozeß im Nahen Osten abhängen kann. Wir haben auch unsere Politik gegenüber der PLO nicht geändert. Er hofft, daß AM Dayan sich nicht durch das Wiener Treffen mißleiten läßt.[11] Wir werden solange keine offiziellen Beziehungen oder Kontakte mit der PLO haben, wie diese nicht unzweideutig Israels Existenzrecht anerkennt.

Drittens möchten wir uns wie in der Vergangenheit im Rahmen der gemeinsamen europäischen Politik äußern, die in der Erklärung des Europäischen Rats vom 29. Juni 1977[12] niedergelegt ist.

Viertens möchte er zu den Bestrebungen der Palästinenser sagen, daß er es stets für einen Fehler gehalten hat, daß der Arabische Gipfel in Rabat[13] den Jordaniern ihre Verantwortung für das Westufer genommen hat.

[10] Bundeskanzler Schmidt hielt sich im Rahmen einer Urlaubsreise vom 27. Dezember 1977 bis 6. Januar 1978 in Ägypten auf. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 378 und Dok. 379.
Schmidt erklärte in seiner Ansprache beim Abendessen mit Präsident Sadat am 27. Dezember 1977, die Bundesregierung habe „sich gerade auch für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes bewußt immer eingesetzt, ein Recht, das uns Deutschen viel bedeutet und das wir für uns selbst in Anspruch nehmen". Vgl. BULLETIN 1978, S. 5.

[11] Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, der SPD-Vorsitzende Brandt und Bundeskanzler Kreisky trafen vom 6. bis 8. Juli 1979 in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 208, Anm. 10.

[12] Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats über den Nahen Osten vom 29. Juni 1977 vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 516 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 174.

Zusammenfassend betont er, daß er sein Land nicht in den Friedensprozeß involviert sehen möchte. Er möchte sich nicht einmischen. Er hat keine Mittel, seine Stellungnahmen im Friedensprozeß auch wirklich durchzusetzen.

Nach dem Treffen Sadats und Begins und nach dem Camp-David-Abkommen war er zwar kritischer als Sadat in seinem Enthusiasmus. Aber auch er hat nicht vorausgesehen, daß Sadat so wenig Unterstützung im arabischen Lager finden werde.

Persönlich möchte er seine Sorge nicht verschweigen, daß Israel für den Fall eines neuen militärischen Konflikts im Nahen Osten nicht mehr so viele Freunde in der Welt haben wird wie beim Sechs-Tage-Krieg[14] oder noch 1973[15]. In Deutschland war 1967 die Unterstützung überwältigend und 1973 von großer Sympathie getragen. Man kann vielleicht die Gründe für die Siedlungspolitik[16] und die Angriffe gegen den Südlibanon[17] verstehen, muß sich aber darüber im klaren sein, daß sie Israel in der Welt keine Freunde schaffen. Weder er noch BM Genscher möchten in ihrer Haltung zu Israel den Wandel in der Weltmeinung reflektieren. Aber sie machen sich Sorgen über diesen Wandel, da sie möchten, daß Israel und Sadat Freunde haben. Dafür ist es erforderlich, daß der Camp-David-Prozeß nur als ein erster Schritt und nicht als ein Separat-Friedensvertrag behandelt wird. Israel muß die Gefühle seiner Nachbarn und Freunde in Rechnung stellen.

Er möchte kein Urteil fällen über die Politik Israels oder Sadats. Er möchte aber, daß sich AM Dayan bewußt ist, daß er sich aus tiefer Sympathie für Israel Sorgen darüber macht, daß die Sympathien für Israel in der Welt heute nicht mehr so groß sind wie vor sieben oder elf Jahren. (Dayan: Sie haben Recht!)

Das hängt weniger mit der Ölkrise zusammen, von deren Zusammenhängen die Leute erstaunlich wenig verstehen, als mit der Siedlungspolitik und dem Südlibanon. Für die öffentliche Meinung spielt auch die ungelöste Palästinenserfrage eine Rolle.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1296

13 Vom 26. bis 29. Oktober 1974 fand in Rabat eine Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt. Für den Wortlaut der dort verabschiedeten Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 616. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 306.

14 Zum arabisch-israelischen Krieg vom 5. bis 10. Juni 1967 („Sechs-Tage-Krieg") vgl. Dok. 123, Anm. 11.

15 Zu dem am 6. Oktober 1973 begonnenen arabisch-israelischen Krieg („Jom-Kippur-Krieg") vgl. Dok. 117, Anm. 12.

16 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 161, Anm. 21.

17 Zu den israelischen Militäroperationen gegen Ziele im Libanon vgl. Dok. 223, Anm. 9.
Der israelische Außenminister Dayan legte Bundesminister Genscher am 10. September 1979 dar: „Die PLO werde im Libanon durch zwei Schutzschirme abgedeckt: 1) durch die Unfähigkeit der libanesischen Regierung, sich durchzusetzen, und 2) durch die Möglichkeit, im UNIFIL-Gebiet zu operieren. Die PLO wolle noch nicht einmal einen stillschweigenden Waffenstillstand. Die Israelis hätten den NL nachgewiesen, daß es im holländischen Abschnitt neun PLO-Positionen gebe. Zwei- bis dreimal wöchentlich verübe die PLO Überfälle auf Zivilisten in Israel. Die Israelis hätten nur die Möglichkeit, neue Ambulanzen zu kaufen, oder, wenn sie von Vorbereitungen der PLO Kenntnis erhielten, Präventivschläge gegen sie zu richten. Die beste Lösung sei eine legitime libanesische Regierung mit Durchsetzungsvermögen. Aber die Libanesen seien untereinander zu zerstritten. Syrer, UNIFIL, PLO und Major Haddad bildeten die einzigen Machtzentren. Die libanesische Armee bestehe nur aus ‚Schokoladen-Soldaten'. Das sei die Lage." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 125007.

Er selbst wäre gerne nach Israel gekommen, um AM Dayan und PM Begin zu sehen.[18] Bisher haben zwar noch nicht viele westliche Regierungschefs Israel besucht. Aber seit den Besuchen Brandts[19] und Rabins[20] ist genug Zeit verflossen für einen weiteren Besuch. Aber die Rhetorik und sogar Demagogie in unserer und in der israelischen Presse machen diesen Besuch zur Zeit unmöglich. Man kann nicht unter dem Druck der Öffentlichkeit einen Freund besuchen.

Er hofft, in Zukunft Gelegenheit zu einem solchen Besuch zu haben, ohne den Eindruck zu erwecken, sich in den delikaten Friedensprozeß einzumischen. Zur Zeit läßt es sich kaum vermeiden, daß er in den obligaten Tischreden und Pressekonferenzen öffentlich Dinge sagt, denen die Israelis dann öffentlich widersprechen müssen. Dadurch ist keinem geholfen. Er zieht es daher vor, nicht zu einem Faktor im delikaten politischen Prozeß zwischen Israelis und Ägyptern, Amerikanern, Arabern und Sowjets zu werden.

Deutschland ist eine mittelgroße, nicht-nukleare Macht mit sehr begrenzter militärischer Kapazität. Seine politische Aktionsfreiheit ist durch besondere Faktoren wie z.B. Berlin begrenzt. Sie hat sich sicherlich im Laufe der Jahre vergrößert, aber die Rolle der Bundesrepublik Deutschland darf nicht überspielt werden.[21]

Er bittet, PM Begin zu sagen, daß es nicht unser Ehrgeiz ist, uns in den Friedensprozeß in Nahost einzumischen. Auch wenn wir mit dem Herzen etwas anderes möchten, so müssen wir uns doch mit dem Gehirn der Begrenzungen unserer Außenpolitik bewußt sein. Man kann Außenpolitik nicht nur nach Sympathie und Antipathie betreiben.

Auf das sog. Interview eingehend betont er, daß er Erfahrung genug habe, um ein Interview in so delikaten Fragen nicht ohne Pressesekretär und Bandaufzeichnung zu geben.[22] Es war daher sicherlich nicht seine Absicht, seine Äußerungen in einem ausdrücklich privaten Gespräch öffentlich gedruckt zu sehen und schon gar nicht in dieser Form und mit diesem entstellten Inhalt.

Es liegt ihm daran, diese beiden Fragen des Israel-Besuchs und des sog. Interviews selbst aufzuwerfen, um seine Haltung klarzustellen.

Dayan bittet um eine mit dem Bundeskanzler vereinbarte Formulierung, mit der er auf Pressefragen nach dem Besuch des Bundeskanzlers in Israel ant-

18 Zur Frage eines Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt in Israel vgl. Dok. 134, Anm. 15.

19 Bundeskanzler Brandt besuchte Israel vom 7. bis 11. Juni 1973. Für die Gespräche mit Ministerpräsidentin Meir vgl. AAPD 1973, II, Dok. 184.

20 Ministerpräsident Rabin besuchte die Bundesrepublik vom 8. bis 12. Juli 1975. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 9. Juli 1975 vgl. AAPD 1975, II, Dok. 194.

21 So in der Vorlage.

22 Zum Artikel der israelischen Tageszeitung „Jerusalem Post" vom 22. Juni 1979 vgl. Dok. 208, Anm. 17. In der Presse wurde dazu ausgeführt: „Große Aufregung gab es gestern in Bonn um ein angebliches Interview mit dem Bundeskanzler, das die israelische Tageszeitung ‚Jerusalem Post' gestern veröffentlicht hat. Dem vom AFP verbreiteten Interview zufolge hat Helmut Schmidt erklärt, ein Krieg in Nahost sei selbst ohne Beteiligung Ägyptens ‚mehr als wahrscheinlich'. Sie aufsehenerregenden Äußerungen des Kanzlers wurden am Nachmittag von Regierungssprecher Grünewald ‚kategorisch' dementiert: ‚Es hat überhaupt kein Interview gegeben.'" Vgl. dazu den Artikel „Rechnet Schmidt mit Krieg in Nahost? Bonn: Falschzitat"; Die Welt vom 23./24. Juni 1979, S. 1.

worten kann.[23] Er hatte BM Genscher gesagt, daß er selbst diese Frage nicht aufwerfen wird.

Auf Bitte des *Bundeskanzlers* wird zwischen StS van Well und Botschafter Meroz folgender Text vereinbart: „The Federal Chancellor brought up the subject of his visit to Israel. He reaffirmed his wish to carry it out. The two governments will remain in touch with a view to finding an appropriate date for a visit."

Dayan macht sich ebenfalls Sorgen wegen des schwindenden israelischen Ansehens aufgrund der Siedlungs- und Libanonpolitik.

Zur Lage Präsident Sadats darf man sicherlich nicht die Isolierung und die Kritik von seiten der anderen Araber ignorieren. Man darf aber auch nicht vergessen, daß Sadat besetztes Gebiet zurückbekommen hat und außerdem öffentlich seinen Standpunkt zum Westufer und Ostjerusalem vertritt. Er wird von den anderen Arabern als Verräter angesehen, weil er damit die einheitliche Front der Araber aufgebrochen hat. Nicht Israel, sondern die anderen Araber haben ihn in den Anklagezustand versetzt. Er bewundert Sadats Haltung (BK: ich auch!). Er hätte z.B. nicht nach Haifa mit Frau, Tochter und Marinesoldaten zu kommen brauchen, um normale Beziehungen mit Israel zu etablieren.[24]

Er weiß den Wunsch des Bundeskanzlers zu schätzen, daß Deutschland sich nicht in den Friedensprozeß einmischen kann. Er betont sein rastloses Engagement für den Friedensprozeß und die dauernde Notwendigkeit, auch israelische Positionen fortzuentwickeln. Er sieht sich nicht in einer großartigen Lage, aber immerhin sind jetzt die Verhandlungen über die Autonomie im Gange. Mit Syrien ist man allerdings von Verhandlungen noch weit entfernt. Jordanien wird sich dem Verhandlungsprozeß anschließen, wenn man mit den Palästinensern eine Regelung erreicht hat. (BK: Auch unabhängig von der Einjahresfrist gewinnt man den Eindruck, daß die Zeit für die Regelung der Palästinenserfrage knapper wird.)

Auf Frage des Bundeskanzlers bewertet er das Treffen von Haifa nicht als große neue Öffnung. Wichtiger als der Fortschritt in der Frage der Überwachung des Abkommens und der Ölverkäufe war der Besuch als solcher und die Einladung nach Ägypten, der Begin in den nächsten Monaten Folge leisten wird.[25] Sadat handelte nach dem Motto, wenn es schwierig für einen ägyptischen Botschafter ist, nach Israel zu kommen, so komme ich eben selbst. Wenn dann später ein Botschafter kommen kann, haben sich die Beziehungen so weit entwickelt, daß das gar nicht mehr auffällt. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern haben sich entsprechend gewandelt. Einige hundert israelische Touristen sind von der Bevölkerung in Ägypten, die von allen Kriegen genug hat, freundlich aufgenommen worden.

Bundeskanzler hat das Gefühl, daß sowohl für Israel wie für Ägypten nicht mehr viel Zeit zur Verfügung steht, um der offensichtlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden.

23 Zu den Pressegesprächen des israelischen Außenministers Dayan über seinen Besuch vom 9. bis 11. September 1979 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 260, Anm. 18.

24 Zum Besuch des Präsidenten Sadat vom 4. bis 6. September 1979 in Israel vgl. Dok. 250, Anm. 3.

25 Ministerpräsident Begin hielt sich vom 7. bis 10. Januar 1980 in Ägypten auf.

Dayan sieht wirtschaftliche Probleme Israels im wesentlichen in der Inflation, die daher kommt, daß die Israelis zu viel ausgeben.[26] In Ägypten dagegen fehlt einfach die wirtschaftliche Grundlage für die Entwicklung eines 41-Millionen-Volkes. Er hofft, daß die Analyse und Hilfen der Amerikaner weiterhelfen. Milton Friedman, den der Bundeskanzler scherzhaft den Israelis einzuladen empfahl, war bereits in Israel und hat seine Ratschläge gegeben.

Er versteht die deutsche Haltung zum Selbstbestimmungsrecht unter den besonderen Bedingungen Deutschlands. Sicher haben die Israelis mehr Probleme mit der Haltung Frankreichs, das gerade mit den Arabern wie dem Irak besondere Beziehungen sucht, die besonders unfreundlich sind. Aber selbst in den Neuner-Erklärungen[27] wird das Wort Selbstbestimmung nicht benutzt. Wenn die Deutschen darauf bestehen, wird notwendigerweise überall gefragt, warum die Deutschen über die Forderungen der EG-Partner hinausgehen.

StS *van Well* weist darauf hin, daß unter den Neun in der Sache, wenn auch nicht zum Wort Selbstbestimmung, volle Einigkeit besteht. Wir gehen in der Sache nicht über die Neuner-Haltung hinaus, das Wort Selbstbestimmung ist für uns von besonderer Bedeutung.

Wir können den Palästinensern nicht sagen, wen sie als ihren Vertreter wählen sollen.

Dayan: Mit der PLO, deren Charta die Zerstörung Israels vorsieht[28], kann man keine Verhandlungen führen, für die doch die Vertretung vorgesehen sei.[29] Auf Frage des Bundeskanzlers, wer sonst die Palästinenser vertreten sollte, weist er auf die Möglichkeit einer Vertretung durch die Bürgermeister des Westufers hin, meint aber selbst, daß auch die PLO Bewohner des Westufers ermächtigen kann, in ihrem Namen zu verhandeln. Die wesentliche Frage der Vertretungsbefugnis ist immer, mit wem die Israelis zu verhandeln bereit sind.

Er betont noch einmal, daß in Camp David die Option eines eigenen Palästinenserstaates und damit auch das Selbstbestimmungsrecht für die Palästinenser ausdrücklich ausgeschlossen wurde. Denn wenn man jetzt den Palästinensern das Selbstbestimmungsrecht gebe, würden sie für einen eigenen Staat votieren, der zunächst von der Hilfe der reicheren Araberstaaten leben und vielleicht eines Tages eine Konföderation mit Jordanien eingehen müßte. Wer daher jetzt für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser eintritt, zerstört

26 Zur Wirtschafts- und Finanzlage Israels vgl. Dok. 250, Anm. 17.

27 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über den Nahen Osten vom 6. November 1973 vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 29 f.
Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats über den Nahen Osten vom 29. Juni 1977 vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 516 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 174.
Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten über den Nahen Osten vom 19. September 1978 vgl. BULLETIN DER EG 9/1978, S. 61 f.
Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten über den Nahen Osten vom 26. März 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 326.
Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über den Nahen Osten vom 18. Juni 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 765.

28 Für den Wortlaut der Palästinensischen Nationalcharta vom 17. Juni 1968 vgl. THE ARAB-ISRAELI CONFLICT, Bd. 3, S. 706–711.

29 So in der Vorlage.

damit die Grundlage von Camp David, die einzige Basis für den praktischen Friedensprozeß.

Über Jerusalem hat Sadat entgegen seiner ursprünglichen Absicht in Haifa nicht gesprochen. Die Reaktion der Bevölkerung von Haifa hat ihn von seiner harten Verhandlungslinie abgebracht und weicher gestimmt. Er hat sich entschlossen, aus der Stimmung des Volksfestes auch politisch Nutzen zu ziehen. Über Jerusalem und schwierige Fragen wie den Ölpreis könne man dann später sprechen. Diese Reaktion war typisch für Sadat. Als die Russen die Bereitstellung von VN-Truppen für den Sinai blockierten, hat er beschlossen, der Welt zu zeigen, daß Israelis und Ägypter sich hierdurch nicht von der Aussöhnung abhalten lassen.

Bundeskanzler hält es für gefährlich, solche Reaktionen Sadats auszunutzen.

Er fragt, ob nicht Jordanier, wenn sie sich an der nächsten Phase der Verhandlungen beteiligen sollen, gesichtswahrend Zugeständnisse wie z.B. eine Rückkehr zum multilateralen Verhandlungsprozeß in Genf[30] brauchen. In diesem Zusammenhang ließe sich der traditionelle sowjetische Einsatz für Israels Existenzrecht auch gegenüber den Palästinensern ausspielen.[31]

Dayan glaubt, daß die Jordanier im Gegensatz zu den Syrern auch ohne Teilnahme der Sowjets an den Verhandlungstisch kommen. Wenn sie teilnehmen wollen, brauchen sie bloß Palästinenser vom Westufer, die alle gleichzeitig jordanische Staatsangehörigkeit besitzen, zu autorisieren, im Auftrag der Jordanier zu verhandeln.

Aber solche Verhandlungen sind ja nach dem Camp-David-Abkommen erst in etwa sechs Jahren vorgesehen.

Bundeskanzler bittet, PM Begin und dem israelischen Kabinett aus dem heutigen Gespräch folgendes zu berichten:

- Wir haben unsere Politik nicht verändert und werden es nicht tun.
- Das Wort Selbstbestimmung hat eine spezifische Bedeutung für die Deutschen.
- Der Bundeskanzler hat ein persönliches Gefühl für Nation und Staat Israel.
- Die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Völkern sind heute sehr viel besser als in der Vergangenheit, wie die vielen Besuche von Bundesministern und Privatleuten zeigen.

30 Zur Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Genf vgl. Dok. 86, Anm. 21.

31 Gesandter Berendonck, Moskau, analysierte am 20. August 1979 die Grundsätze der sowjetischen Nahost-Politik: „Die sowjetische Vorstellung für eine Lösung des Nahost-Konflikts basieren seit langem auf den UN-Resolutionen 242 und 338. Ziel ist eine umfassende, dauerhafte und gerechte Lösung unter Beteiligung aller interessierten Seiten, einschließlich der PLO (als einzige legitime Repräsentantin des arabischen Volkes von Palästina). Gefordert werden: Rückzug israelischer Truppen von allen seit 1967 besetzten Gebieten. Existenzgarantie für alle Staaten der Region einschließlich Israels. Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und Schaffung eines eigenen – kleinen (Gromyko) – Staates. [...] Sowjets betonen, basierend auf diesen Forderungen, prinzipiellen Charakter ihrer Nahost-Politik, die im Gegensatz zur amerikanischen keinen konjunkturellen Schwankungen unterworfen sei. Beweis für Praktizierbarkeit der eigenen Nahost-Politik konnte allerdings bisher nicht erbracht werden. Wichtige arabische Partner (Irak, PLO) haben von Sowjets geforderte Anerkennung der Existenz Israels bisher verweigert und stellen damit ein wichtiges Element der sowjetischen Friedensvorstellung in Frage. Solange israelisch-ägyptische Verhandlungen laufen, wartet Moskau aus diesem Grund ab, damit Schwachpunkte der eigenen Alternative nicht allzu deutlich werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3191; Unterabteilung 31, Bd. 135597.

- Wir sind an einer Erweiterung dieser Beziehungen insbesondere auf kulturellem Gebiet interessiert.
- Die Entscheidung über die Aufhebung der Verjährung war nicht einfach.[32] Der Bundeskanzler war dafür, BM Genscher aus guten Gründen dagegen. Die klare Entscheidung für eine Aufhebung der Verjährung scheint in Israel nicht besonders bemerkt worden zu sein.
- Nach Indien erhält Ägypten am meisten deutsche Entwicklungshilfe.[33] Sadat braucht Erfolge. Ohne ihn gibt es keinen Friedensprozeß. Manchmal muß man ihn sogar gegen seine eigene Großzügigkeit in Schutz nehmen. Er darf nicht noch mehr von den anderen Arabern isoliert werden. In dem Zusammenhang möchte der Bundeskanzler die Israelis wissen lassen, daß er Sadat zu mehr Rücksichtnahme auf die Saudis geraten habe.

Er schlägt vor, das Gespräch beim morgigen Frühstück unter vier Augen ohne Note-taker zu führen.

Dayan dankt dem Bundeskanzler beim Aufstehen für seine eindeutige Haltung in der Frage der Aufhebung der Verjährung.

VS-Bd. 14077 (010)

262

Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt

114-2969/79 geheim **Aufgabe: 11. September 1979, 19.53 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3224 **Ankunft: 12. September 1979, 01.33 Uhr**

Betr.: Gespräch zwischen Ministerpräsident Späth am 11. September 1979[2]

Das über halbstündige Gespräch konzentrierte sich auf TNF-Modernisierung und Kuba[3].

Brzezinski unterstrich mit großem Nachdruck, daß die Allianz aus politischen und militärischen Gründen ohne Verzögerung zu einer TNF-Entscheidung kommen müsse, um neuen strategischen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Diese bestünden darin, daß die Sowjetunion im Begriff sei, eine umfassendere nukleare Kriegsführungskapazität zu erwerben, und daß damit die Möglichkeit wach-

32 Zur Verjährungsdebatte in der Bundesrepublik und zum 16. Strafrechtsänderungsgesetz vgl. Dok. 95, Anm. 3, Dok. 205, Anm. 23.

33 Zur Entwicklungshilfe der Bundesrepublik für Ägypten vgl. Dok. 126, Anm. 10.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 12. September 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann und Legationsrat I. Klasse Gruber verfügte. Hat Hofmann und Gruber am 12. Dezember 1979 vorgelegen.

2 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

3 Zur Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba vgl. Dok. 259, Dok. 277 und Dok. 295.

se, daß sie sich versucht fühlen könnte, dieses Potential für politische Zwecke zu exploitieren.

Die Administration Carter sei entschlossen, dem entgegenzutreten, und gewillt, entsprechende Mittelstreckenpotentiale („Pershing", GLCM) unter einem Ein- oder Zweischlüsselsystem zur Verfügung zu stellen. Brzezinski wiederholte, daß dies einem essentiellen politischen und militärischen Erfordernisse entspreche, da man andernfalls in den 80er Jahren unter politischen Druck geraten könne. Brzezinski setzte fort, daß er Kissinger scharf widersprechen müsse, wenn dieser in Brüssel von der Gefahr einer Abkoppelung gesprochen habe.[4] Die Vereinigten Staaten könnten sich ein Nachgeben gegenüber einem Druck auf Europa nicht leisten. Eine gelungene Einschüchterung der Vereinigten Staaten in Europa liefe auf eine weltweite Einschüchterung hinaus. Brzezinski bezeichnete die grundsätzliche Entscheidung der Administration als in ihrer Bedeutung vergleichbar mit der Entscheidung von Truman, das Strategic Bomber Command zu schaffen[5], und der von Kennedy, landgebundene interkontinentale Raketen zu stationieren[6]. Es komme darauf an, über eine Bewaffnung zu verfügen, die überlebensfähig sei und es erlaube, in einer Krise wirksam zu verhandeln. Habe man ein solches Arsenal nicht, dann sei Gleichwertigkeit (equivalence) nicht mehr gegeben.

Die Allianz könne es sich nicht leisten, ihre Entscheidung aufzuschieben oder die Implementierung zu verzögern, um zunächst Rüstungskontrollverhandlungen zu führen.

Der Ministerpräsident betonte, daß man dies bei uns nicht anders sehe. Auch seien sich die Bundesregierung und die Opposition hierin grundsätzlich einig. Es wäre ein Fehler, die Diskussion dieser Frage, wie der Neutronenbombe, in die Länge zu ziehen. Die Allianz müsse im Spätherbst zu einer klaren Grundsatzentscheidung kommen, die noch nicht alle Einzelheiten darüber umfassen müsse, wie in den beteiligten Ländern stationiert würde. Auch über die Geldfrage werde man sich einigen können, und die Bundesrepublik werde das ihre tun.

Brzezinski nahm diese Ausführungen ohne Widerspruch mit allgemeiner Zustimmung entgegen. Er betonte, daß auch er eine übermäßig lange Diskussion für schädlich halten würde. Der amerikanische Nachrichtendienst habe festgestellt, daß die Sowjets vor dem Abschluß der Vorbereitung einer groß angelegten Propagandakampagne gegen TNF-Modernisierung stünden.[7]

Brzezinski zählte dann die verschiedenen Maßnahmen auf, die von der Administration zur Verstärkung des amerikanischen Potentials ergriffen werden (MX[8], TNF, schneller Eingreifverband von 100 000[9], Nachtragshaushalt für

4 Zu den Ausführungen des ehemaligen amerikanischen Außenministers Kissinger am 1. September 1979 in Brüssel vgl. Dok. 254.

5 Das Strategic Air Command wurde am 21. März 1946 als eigenständiges Hauptkommando der amerikanischen Luftwaffe eingerichtet.

6 Zum „Minuteman"-Programm vgl. Dok. 221, Anm. 18.

7 Vgl. dazu die Behandlung der geplanten TNF-Modernisierung der NATO in den sowjetischen Medien; Dok. 253, Anm. 8.

8 Zur geplanten Einführung der MX-Rakete vgl. Dok. 221, Anm. 16.

9 Zu den schnellen Eingreiftruppen der USA vgl. Dok. 5, Anm. 21.

Verteidigung von 2,4 Mrd. Dollar, ausreichender Plafond des nächsten Haushalts, um die Drei-Prozent-Verpflichtung weiter zu erfüllen[10]). Brzezinski betonte, wie bedeutsam es sei, daß jedenfalls alle wichtigen Allianzpartner das Ziel erfüllten. Nichterfüllung sei bestehend. Abschließend sagte Brzezinski zu dem Thema TNF-Modernisierung, man müsse gegebenenfalls unwillige Partner isolieren und nicht imitieren. Mit anderen Worten, man solle voranmachen, auch wenn es sich erweise, daß der eine oder andere Partner noch nicht mitmache. Nur so könne man ihn unter Druck setzen. Der Ministerpräsident betonte noch einmal, daß es sich um eine Allianzentscheidung handeln müsse. Er stimmte mit Brzezinski darüber überein, daß die Voraussetzung dafür heute günstiger sei als noch vor einem Jahr.

Brzezinski erläuterte dann die Situation mit Bezug auf Kuba. Die Anwesenheit der sowjetischen Brigade sei an sich unbedeutend und stelle nicht eine Krise dar, die der von 1962[11] irgendwie vergleichbar wäre. Sie sei jedoch Symptom zweier tieferliegender Probleme. Das eine sei die militante weltrevolutionäre Betätigung von Kuba, das andere sei die direkte politische und militärische Unterstützung dieser Aktivität durch die Sowjetunion.

Brzezinski bemerkte, daß man von der Brigade keine Kenntnis gehabt habe. Man müsse jetzt zunächst dieses Problem lösen. Es müsse sichergestellt sein, daß es sich hier nicht um einen Kampfverband handele. Eine Lösung sei erforderlich aus politischen und nicht aus militärischen Gründen.

Man hoffe, das Problem der Brigade in den nächsten Wochen zu lösen, anderenfalls könne man in eine schwierige, auch aus innenpolitischen Gründen, Lage kommen und möglicherweise die Ratifikation von SALT[12] verfehlen. (Brzezinski erwähnte, daß der heutige Bericht (11.9.) von Burt in der New York Times auf ein Gespräch mit ihm zurückginge.[13]) Habe man das Problem der Brigade gelöst, dann werde man sich den beiden längerfristigen Problemen zuwenden müssen. Wenn die Sowjetunion einen stabilen Zustand der Entspan-

10 Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vgl. Dok. 31, Anm. 3.
Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 1. August 1979: „Bezüglich der US-Verteidigungsausgaben im H[aus]h[alts]j[ahr] 1979 räumte am 30.7.79 Außenminister Vance, wie zuvor schon Verteidigungsminister Brown, anläßlich eines hearings zu SALT II vor dem Streitkräfteausschuß des Senats ein, daß die USA die im NATO-Rahmen eingegangene Verpflichtung einer dreiprozentigen jährlichen Steigerung der Verteidigungsausgaben nicht werde einhalten können. Wie die Washington Post am 31.7.79 dazu berichtet, gab Vance als Gründe hierfür die unerwartet hohe Inflationsrate und Streichungen durch den Kongreß an. Vance habe jedoch zu verstehen gegeben, daß sich die Administration bemühen werde, im HHJ 1981 das Ausgabenfehl der Vorjahre durch um so höhere Ansätze wieder auszugleichen. Nach einer von der Washington Post zitierten Berechnung durch das Büro von Senator Nunn würde dies zusätzliche Ausgaben in Höhe von 4 bis 5 Mrd. Dollar im HHJ 81 bedeuten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2744; Referat 201, Bd. 120162.

11 Zur Kuba-Krise von 1962 vgl. Dok. 132, Anm. 20.

12 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Am 11. September 1979 übermittelte Botschafter von Staden, Washington, folgende Bewertung zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat: „Weitere Kontakte mit Senatoren bestätigten die im vorherigen Bericht wiedergegebene Stimmung des Senats, wonach die Aussichten für die Ratifizierung des SALT-Vertrages immer geringer werden, solange das neue kubanische Problem nicht in einer befriedigenden Weise gelöst ist. Selbst eindeutige Befürworter des SALT-Vertrages glauben nicht mehr, daß in der gegenwärtigen Situation eine Mehrheit für die Ratifizierung zu erreichen sein wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3223; VS-Bd. 13176 (213); B 150, Aktenkopien 1979.

13 Vgl. dazu den Artikel „U.S. is Studying Overall Buildup of Cuban Forces"; NEW YORK TIMES vom 11. September 1979, S. A 1.

nung mit den Vereinigten Staaten wünsche, dann könne sie die militanten revolutionären Aktivitäten Kubas nicht unterstützen. Man habe der Sowjetunion zu verstehen gegeben, daß es ja auch in ihrer Nähe Länder gebe, mit denen die USA ...[14] freundschaftliche Beziehungen, zur Zeit aber nicht auch solche militärischer Art unterhielten. Man habe die Möglichkeit, Moskau fühlen zu lassen, daß seine Politik einen politischen Preis kosten könne.

Abschießend betonte Brzezinski, daß die Vereinigten Staaten weder eine Politik des roll back noch eine Politik der Konterrevolution betrieben. Man lebe in einer Zeit tiefgreifender und rascher Wendungen. Man müsse das anerkennen. Man könne durchaus in einen Wettstreit um die Beeinflussung dieses Wandlungsprozesses eintreten. Dabei müßten aber bestimmte Spielregeln eingehalten werden. Es sei nicht akzeptabel, daß diese Partie mit Mitteln der Gewalt gespielt werde.

Ministerpräsident Späth bittet, ihm ein Exemplar dieses Berichts über das Auswärtige Amt zugänglich zu machen.

[gez.] Staden

VS-Bd. 10498 (201)

263

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen

210-321.00 DDR-1096/79 VS-vertraulich **12. September 1979**[1]

Betr.: Verhandlungen mit der DDR;
hier: Gespräch mit dem sowjetischen Geschäftsträger Kwizinskij auf dem Empfang für das diplomatische Korps am 9.9.79 in Schloß Gymnich

Auf dem Empfang des Herrn Bundesministers für das diplomatische Korps am 9.9.79 in Schloß Gymnich sprach mich der sowjetische Geschäftsträger Kwizinskij auf den Stand und die Perspektiven der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten an. Er leitete das Gespräch mit der Bemerkung ein, daß in letzter Zeit über dieses Thema in der Öffentlichkeit so viel zu hören sei. Im Verlauf des Gesprächs gab er deutlich zu erkennen, daß die Sowjets gegen den Abschluß eines langfristigen Kooperationsabkommens[2] mit einer Laufzeit von

14 Dazu Hinweis in der Vorlage: „Zusatz Telko Washington: ... ein Wort nicht lesbar."

1 Durchdruck.
Hat Legationsrat I. Klasse Spohn am 13. September 1979 vorgelegen.

2 Zum Vorschlag des Mitglieds des Politbüros der SED, Mittag, vom 13. März 1979 für ein langfristiges Wirtschaftsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. Dok. 84.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen vermerkte am 25. September 1979 zu einem Gespräch des Staatssekretärs Gaus, Ost-Berlin, mit dem Staatssekretär im Ministerium für

25 Jahren erhebliche Bedenken hätten[3], ja er stellte die Notwendigkeit eines solchen Abkommens zur Förderung des innerdeutschen Handels (die DDR sei doch auf der Lieferseite gar nicht in der Lage, die Umsätze im innerdeutschen Handel zu erhöhen) überhaupt in Frage. Herr Kwizinskij ging offenbar davon aus, daß die Idee eines dem deutsch-sowjetischen langfristigen wirtschaftlichen Kooperationsabkommen[4] vergleichbaren Kooperationsabkommens mit der DDR von uns ausgegangen sei, was ich mit dem Hinweis verneinte, daß darüber auf unserer Seite überhaupt noch keine politischen Entscheidungen getroffen worden seien. Es sei allerdings nicht auszuschließen, daß eine Erweiterung der Unternehmenskooperation (Verwirklichung von Großprojekten in der DDR) die Herstellung von Exportgütern für den Bedarf westlicher Märkte in der DDR stärken und damit auch dem RGW-Handel der DDR zugute kommen könnte.

Herr Kwizinskij gab weiter zu erkennen, daß die im November 1978 für 1980 verabredeten weiteren Verkehrsverhandlungen mit einer Beteiligung des Bundes an Baumaßnahmen der DDR bis zu einer Höhe von 500 Mio. DM „kein Problem darstellten", da die politischen Entscheidungen hierüber im vergangen Jahr getroffen wurden.[5] Im übrigen verwies Kwizinskij auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen für substantielle deutsch-deutsche Verhandlungen, die durch die voraussichtlichen Beschlüsse der NATO zur TNF-Modernisierung eher verschlechtert werden würden. Insgesamt vermittelte Kwizinskij den Endruck, daß die Sowjets einem Verhandlungspaket 1980 eher enge Grenzen setzen. Er machte in diesem Zusammenhang – wie schon bei früheren Gelegenheiten – kritische Anmerkungen zu unserer These, daß auch die Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen eine wesentliche Voraussetzung für die Weiterführung des Entspannungsprozesses in Europa ist.

Das Gespräch wurde nicht vertieft, da andere Gäste hinzutraten.

gez. Richthofen

VS-Bd. 13110 (210)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1305

Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, am 10. September 1979 in Ost-Berlin über mögliche neue Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR: „Schalck erklärte, daß die DDR ‚im Augenblick' über ein langfristiges Wirtschaftsabkommen ‚noch nicht' sprechen wolle. Allgemein erklärte Schalck, wir sollten uns nicht darüber täuschen, daß die internationale Lage ganz anders als 1978 die Verhandlungen schwierig mache. Abrüstungsfragen und andere internationale Themen könnten einen bestimmten Einfluß gewinnen." Vgl. VS-Bd. 13116 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

3 Der Passus „daß die Sowjets ... Bedenken hätten" wurde von Legationsrat I. Klasse Spohn hervorgehoben. Dazu vermerkte er für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen handschriftlich: „Wie erklärt sich dann, daß die DDR das vorgeschlagen hat? Ich kenne keinen Fall einer solchen Desavouierung einer DDR-Initiative durch die Sowjets. Bitte gel[egentlich] Beispiel."

4 Die Bundesrepublik und die UdSSR unterzeichneten am 6. Mai 1978 ein Abkommen über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie. Es trat am 27. Dezember 1978 in Kraft. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 58–60.

5 Die Bundesrepublik und die DDR trafen am 16. November 1978 eine Reihe von Vereinbarungen zu Verkehrsfragen und zum Zahlungsverkehr. Sie sahen unter anderem den Bau einer Autobahn von Berlin nach Hamburg vor, wofür die Bundesrepublik 1,2 Milliarden DM bereitstellen sollte. Für den Wortlaut der Vereinbarungen vgl. BULLETIN 1978, S. 1247–1255. Vgl. dazu auch AAPD 1978, II, Dok. 347.

264

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-2980/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 12. September 1979, 18.35 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 918 **Ankunft: 12. September 1979, 19.22 Uhr**

Betr.: TNF-Modernisierung und SALT-II-Ratifikation

1) Durch die Verzögerung der „Senate Hearings" zu SALT II[2], die durch die sowjetische Truppen-Präsenz auf Kuba ausgelöst worden ist[3], wird die Frage der zeitlichen Reihenfolge von TNF-Modernisierung und SALT-II-Ratifikation besonders akut.

Wir wissen aus der niederländischen[4], aber auch aus der dänischen Delegation, daß es Kräfte in beiden Ländern gibt, die sich darauf versteifen werden, daß ein NATO-Entschluß über die TNF-Modernisierung und ein damit verbundenes Rüstungskontroll-Angebot erst gefaßt werden könne, wenn SALT II den amerikanischen Senat passiert habe. Für den Fall, daß dies bis zur Ministersitzung im Dezember[5] nicht geschehen sei, müsse die TNF-Modernisierungsentscheidung auf das Frühjahr 1980 verschoben werden. Die Befürworter dieser Richtung argumentieren folgendermaßen:

Ohne SALT II könne man SALT III nicht beginnen; das mit der TNF-Modernisierung zu koppelnde Rüstungskontroll-Angebot beziehe sich auf SALT III, ergo sei für die Doppelentscheidung TNF-Modernisierung/Rüstungskontroll-Angebot die Ratifizierung von SALT II Voraussetzung.

Es ist offenkundig, daß die Kuba-Komplikation denjenigen willkommen sein wird, welche die TNF-Modernisierungsentscheidung ohnehin gern aufgeschoben, wenn nicht: niemals gefällt sähen. Die Komplikation bereitet deshalb hier erhebliche Sorge.

2) Die richtige Gedankenkette muß nach meiner Ansicht gerade umgekehrt verlaufen:

Wenn die SALT-II-Ratifikation zur Zeit durch Umstände ins Stocken gerät, welche der Kreml sehr stark mitzuverantworten hat (rücksichtsloses Vorgehen außerhalb der SALT-Materie: in Afghanistan, in Afrika, in Mittelamerika, Castro auf der Blockfreien-Konferenz[6]), besteht nach aller Erfahrung mit der

1 Hat Legationsrat I. Klasse Gruber am 13. August 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann und Vortragenden Legationsrat Hofstetter verfügte.
Hat Hofmann am 13. September 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte, daß der Drahtbericht auch Hofstetter vorgelegen habe.

2 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 262, Anm. 12.

3 Zur Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba vgl. Dok. 259, Dok. 277 und Dok. 295.

4 Zur Stimmungslage im niederländischen Parlament bezüglich einer TNF-Modernisierung der NATO vgl. Dok. 253, Anm. 5.

5 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

6 Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt. Vgl. dazu Dok. 266, Anm. 4 und Anm. 7.

Sowjetunion der beste, konstruktivste Ausweg darin, die sowjetische Führung durch klare Entschlüsse auf westlicher Seite in die richtige Richtung vorwärts zu bewegen. Von amerikanischer Seite wird in diesem Zusammenhang immer wieder das Beispiel der ABM-Problematik angeführt: Erst nachdem die Vereinigten Staaten durch ein Milliarden-Programm bewiesen hätten, daß ihre flexible und innovationstüchtige Industrie den sowjetischen Vorsprung auf diesem Gebiet rasch aufzuholen, ja die Sowjetunion wahrscheinlich schnell zu überholen in der Lage gewesen wäre, habe sich die Sowjetunion auf ein ABM-Abkommen[7] eingelassen. Manche hätten damals die amerikanische Hardware-Entscheidung als eskalationsfördernd kritisiert, andere nachher das „verpulverte Geld" beweint. In Wirklichkeit habe ein rechtzeitig gefaßter klarer Entschluß einen bedeutenden rüstungskontrollpolitischen Erfolg ermöglicht.

3) Wenn diese Überlegungen zutreffen, gibt es kaum ein besseres Mittel, SALT II über die Bühne zu bringen – und zwar intern in den Vereinigten Staaten und extern durch ein für die Ratifikationsdebatte im Senat förderliches Andersverhalten der Sowjetunion im „Linkage-Bereich" –, als sich in der TNF-Frage nicht aufhalten zu lassen. Die Uno-actu-Entscheidung der TNF-Modernisierung plus Rüstungskontroll-Angebot ist demnach in der gegenwärtigen Lage eine vielleicht entscheidende Hilfe auf dem Wege zu SALT II und damit zu SALT III.

Hinzu kommt folgendes: Wenn die verbündeten Regierungen zaudern und trotz gründlicher Vorbereitung in der High Level Group und der Special Group die als richtig erkannte Entscheidung zurückstellen würden, wüchse die Gefahr, daß die bisher einigermaßen geglückte Vorbereitung der Öffentlichkeit der Diffusion unterläge und die Sowjetunion Zeit gewänne, ihre intellektuellen Helfer ungehemmt zu mobilisieren. Entstehende Hohlräume auf westlicher Seite würden rasch durch östlich inspiriertes Denken gefüllt. Die Entscheidung würde 1980 jedenfalls schwieriger sein und wahrscheinlich weniger auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle bewirken, als wenn sie Ende 1979, wie vorgesehen, fällt und in Moskau das Gefühl westlicher Unsicherheit gar nicht erst aufkommt.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10551 (201)

[7] Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

265

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll

Fernschreiben Nr. 102 Ortez **Aufgabe: 13. September 1979, 16.20 Uhr**[1]

Zum 35. EPZ-Ministertreffen am 11. September 1979 in Dublin

1) Schwerpunkte des 35. Ministertreffens, das am 11. September als erstes unter irischer Präsidentschaft[2] in Dublin stattfand, waren die Themen Indochina und Kambodscha, Naher Osten sowie südliches Afrika (insbesondere Rhodesien).

2) Indochina[3] und Kambodscha[4]

Meinungsaustausch der Minister ergab weitgehende Übereinstimmung in Lagebeurteilung. Zwar ist Genfer Flüchtlingskonferenz erfolgreich verlaufen.[5] Der Strom der Flüchtlinge sei zurückgegangen. Doch wisse man nicht, inwieweit das auf temporäre Einflüsse (z.B. Witterungsbedingungen) zurückgehe.[6] UK berichtete, auch heute noch träfen 100 Flüchtlinge pro Tag in Hongkong ein. Unter diesen Umständen müsse Druck auf Vietnam aufrechterhalten werden. Andererseits dürfe Flüchtlingsfrage nicht politisiert werden, da das unserem humanitären Anliegen schaden könne.

Frage, wie Flüchtlingsthema in den Vereinten Nationen weiter verfolgt werden soll, blieb offen. Es geht dabei insbesondere um die Frage, wie Diskussion gesteuert werden soll (Beschränkung auf reine Flüchtlingsaspekte im Dritten Ausschuß oder bei Erörterung in GV im Anschluß an Bericht Generalsekretärs[7] auch politische Diskussion). Insbesondere Belgien drängte auf gemeinsame Neuner-Haltung in dieser Frage. Präsidentschaft wird mit Generalsekretär

1 Durchdruck.

2 Irland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

3 Zu den „Indochina-Flüchtlingen" vgl. Dok. 5, Anm. 33.

4 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.
Referat 340 stellte am 14. September 1979 zur Lage in Kambodscha fest: „Die Aussichten für eine baldige Lösung des Kambodschaproblems, die Schlüssel zu einer Friedenslösung in Indochina ist, werden allgemein skeptisch beurteilt. Hanoi lehnt den Gedanken einer Kambodschakonferenz ab. Es bezeichnet die Entwicklung – mit Rückendeckung Moskaus – als ‚irreversibel'. Für den Beginn der Trockenzeit (Ende Oktober/Anfang November) wird ein erneuter Vernichtungsschlag Vietnams gegen die restlichen Pol-Pot-Kräfte erwartet. China hält eine politische Lösung zur Zeit nicht für realisierbar. Es setzt seine Zermürbungsstrategie gegen Vietnam fort und treibt dieses damit noch stärker in die sowjetische Abhängigkeit." Vgl. Referat 340, Bd. 110381.

5 Am 20./21. Juli 1979 fand in Genf eine internationale Konferenz über das Flüchtlingsproblem in Südostasien statt. Vgl. dazu Dok. 206, Anm. 17.

6 Am 30. September 1979 prognostizierte Referat 340 eine erneute Zunahme des Flüchtlingsstroms aus Vietnam für die Zeit nach Beendigung des Monsuns: „Es muß damit gerechnet werden, daß der Flüchtlingsstrom in einigen Wochen wieder voll einsetzt. Es gibt keine Anzeichen für einen Sinneswandel gegenüber den betroffenen Gruppen. Die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Umstände, die zu dem Massenexodus geführt haben, haben sich nicht geändert. In Südvietnam herrschen weiterhin wirtschaftliche Stagnation und Nahrungsmittelmangel. Die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Umsiedlung von Städtern in die ‚Neuen wirtschaftlichen Zonen' und die dem Süden aufoktroyierte sozialistische Gesellschaftsordnung werden vielen auch in Zukunft keine andere Wahl lassen, als Auswanderung und Flucht. Vietnam hält bisher unbeirrbar an seinen politischen Zielen im Süden fest." Vgl. Referat 340, Bd. 110381.

7 Kurt Waldheim.

VN in engem Kontakt bleiben. Ständige Vertreter in New York sollen Frage des Vorgehens der Neun in 34. GV[8] behandeln.

Zu Kambodscha bestand Übereinstimmung, daß ohne Verzug wirksame humanitäre Hilfsmaßnahmen ergriffen werden müssen, wenn Katastrophe vermieden werden soll. Die Kommission berichtete detailliert über EG-Hilfsmaßnahmen für Kambodscha.[9] Bei Lageanalyse betonte Außenminister François-Poncet, daß kaum mit dramatischen Entwicklungen in Indochina zu rechnen sei, wohl aber mit längerem Ringen zwischen China und Vietnam/UdSSR. Folgen für die Zivilbevölkerung seien unabsehbar.

Was Frage des Sitzes Kambodschas in den VN anbetrifft, werden die Neun nach Lage der Dinge weder die eine noch die andere Seite unterstützen.[10] (L: Wir haben die Wahl zwischen einem „régime mauvais" und einem „régime encore plus affreux".) In der Praxis wird dies auf eine Politik des leeren Stuhls hinauslaufen. Auch hier sollen Ständige Vertreter in New York die Angelegenheit weiter verfolgen.

2) Naher Osten

Im Rahmen eines tour d'horizon berichtete Bundesminister eingehend über seine Nahostreise[11] sowie Ergebnisse des Besuches von Außenminister Dayan in Bonn[12]. Zum Nahostpassus der Rede AM O'Kennedys vor der 34. GV trafen die Minister keine Entscheidung, zumal kein definitiver Vorschlag des PK vorlag. Die Präsidentschaft wird unter Verwendung der ihr vorliegenden Entwürfe und unter Berücksichtigung der Vorstellungen, wie sie im Gespräch der Minister und in einer eingehenden Diskussion der Politischen Direktoren zum Ausdruck kamen, einen neuen Entwurf zirkulieren, der vom Politischen Komitee am 24.9. in New York verabschiedet werden soll.[13]

8 Die XXXIV. UNO-Generalversammlung fand vom 18. September 1979 bis 7. Januar 1980 statt.

9 Legationsrat I. Klasse Oehms teilte am 5. November 1979 mit, auf der EG-Ministerratstagung am 29./30. Oktober 1979 in Luxemburg sei Einvernehmen darüber erzielt worden, „daß die Gemeinschaft entsprechend einem Vorschlag der Kommission zusätzlich zu ihren bisherigen Leistungen von r[un]d 7 Mio. weitere 35 Mio. Dollar als Hilfe für die kambodschanische Bevölkerung zur Verfügung stellt. Die Gemeinschaft trägt damit, einschließlich der rd. 13 Mio. Dollar bilateraler Hilfe der Mitgliedstaaten, 55 Mio. Dollar zu den im Sechs-Monats-Hilfsplan der UN für Kambodscha geforderten 110 Mio. Dollar bei." Vgl. den Runderlaß Nr. 128; Referat 012, Bd. 111778.

10 Referat 340 legte am 26. September 1979 dar: „Was die Vertretung Kambodschas in den VN oder in anderen internationalen Organisationen angeht, so haben wir in der GV im wesentlichen aus taktischen Gründen für die Beibehaltung des Status quo und damit zwangsläufig für Pol Pot gestimmt. Wir verurteilen jedoch nach wie vor das Pol-Pot-Regime wegen seiner Menschenrechtsverletzungen und können es genauso wenig wie das Heng-Samrin-Regime akzeptieren. (Abstimmung bei 34. GV am 21.9.1979 ergab 71 Stimmen für Pol Pot bei 34 Gegenstimmen und 35 Enthaltungen.)" Vgl. Referat 340, Bd. 110381.

11 Bundesminister Genscher hielt sich vom 23. bis 25. Juni 1979 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu Dok. 186, Dok. 187 und Dok. 189.
Genscher besuchte vom 4. bis 6. Juli 1979 den Irak. Vgl. dazu Dok. 201 und Dok. 203.
Genscher hielt sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien, am 28. August im Libanon, vom 29. bis 31. August in Jordanien und vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 240–245, Dok. 247, Dok. 249 und Dok. 250.

12 Der israelische Außenminister Dayan hielt sich vom 9. bis 11. September 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 260 und Dok. 261.

13 Ministerialdirektor Meyer-Landrut, z. Z. New York, teilte am 24. September 1979 zur Abstimmung über die Rede des irischen Außenministers O'Kennedy vor der UNO-Generalversammlung mit: „Das Politische Komitee besprach heute den Nahost-Teil der VN-Rede des irischen Außenministers im Namen der Neun. Da sich zeigte, daß acht Delegationen für unveränderte Aufnahme der PLO-Pas-

Frankreich legte den Entwurf einer Neuner-Erklärung zum Libanon vor, der nach kurzer Diskussion mit geringfügigen Änderungen angenommen wurde.[14]

Zum Thema des EAD ermächtigten die Minister die Präsidentschaft, sich für die Neun in einer anschließenden Pressekonferenz nach vorbereiteten „guidelines" zu äußern.[15] Unverändert lehnen die Neun es ab, im Streit zwischen den beiden arabischen Ligen[16] Stellung zu beziehen. Der Vorschlag, die Äußerung der Präsidentschaft den beiden Ligen zuzustellen, fand keine Billigung. Auch der Brief des Generalsekretärs der Arabischen Liga-Tunis, Klibi, an AM O'Kennedy vom 17.7.[17] soll vorerst trotz Drängens durch Italien, Frankreich und Belgien von Präsidentschaft zunächst nicht beantwortet werden. EKG wird sich nunmehr dieser Frage auf ihrer nächsten Sitzung am 20./21.9. annehmen, und zwar im Lichte der Diskussion der Minister, in der bei einigen die Tendenz sichtbar wird, aus der gegenwärtigen Zurückhaltung („negative Gleichbehandlung" der beiden Ligen) unter Wahrung der Grundsätze, wie sie in den o. g. guidelines reflektiert sind, herauszutreten.[18]

3) Afrika

Im Zentrum der Diskussion stand die Rhodesienfrage. StM Hurd berichtete über britische Vorstellungen zum Verlauf der Rhodesien-Konferenz.[19] London

Fortsetzung Fußnote von Seite 1310

sage aus dem Vorschlag der Präsidentschaft eintraten und diese Haltung im Falle Großbritanniens auf Ebene Premierministers abgesegnet war, hielt BM telefonische Rücksprache mit Bundeskanzler. Dieser bat, die Frage mit Amerikanern aufzunehmen. Daraufhin rief BM US-Außenminister Vance an und las ihm den Text der vorgesehenen PLO-Passage vor, wobei er ihm erläuterte, was unter den ‚Prinzipien' zu verstehen sei (EG-Erklärung vom 29.6.1977). Vance ließ sich den Text zweimal vorlesen und erklärte auf die Frage des BM, ob er mit der Passage Probleme hätte oder ob er damit leben könne, ‚wir können damit leben'. Der BM informierte den Bundeskanzler über dieses Gespräch, der daraufhin zustimmte, daß D 2 den Text ‚im Interesse einer einheitlichen Haltung der Neun' akzeptiere." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1885; VS-Bd. 11139 (310); B 150, Aktenkopien 1979.

Für den Wortlaut der Rede des irischen Außenministers O'Kennedy am 25. September 1979 vor der UNO-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 34th Session, Plenary Meeting, S. 119–125; Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 638–644.

14 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ zum Libanon vom 11. September 1979 vgl. BULLETIN DER EG 9/1979, S. 74 f.

15 Zum Europäisch-Arabischen Dialog vgl. Dok. 170, Anm. 18.
Der irische Außenministers O'Kennedy bekräftige am 11. September 1979 vor der Presse den Wunsch der „neun Minister", den Europäisch-Arabischen Dialog „soweit möglich noch weiter auszubauen". Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1979, S. 76.

16 Zur Spaltung der Arabischen Liga vgl. Dok. 91, Anm. 9.

17 Am 30. Juli 1979 informierte Gesandter Trumpf, Brüssel (EG), über das Schreiben des Generalsekretärs der Arabischen Liga in Tunis, Klibi: „Der neue GS gibt darin seiner Hoffnung Ausdruck, daß sich der EAD fortsetzen und weiterentwickeln wird, um die Zusammenarbeit zwischen den Ländern der EG und der A[rabischen]L[iga] zu verstärken." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2603; Unterabteilung 31, Bd. 125036.

18 Vortragender Legationsrat Kruse vermerkte am 22. September 1979 zur Sitzung der Europäischen Koordinierungsgruppe (EKG) für den Europäisch-Arabischen Dialog in Dublin: „1) Die Präsidentschaft teilte mit, daß der irische Botschafter in Kairo dem amtierenden Generalsekretär des dortigen Sekretariats der Arabischen Liga, Mahmond Riad, mündlich den Inhalt der Presseerklärung über den EAD im Anschluß an das EPZ-Außenministertreffen vom 11.9.1979 übermittelt habe. Dies sei von der Präsidentschaft in der Annahme veranlaßt worden, daß die Außenminister ein Mandat erteilt hätten, die A[rabische]L[iga]-Sekretariate in Tunis und Kairo auf diese Presseerklärung hinzuweisen. [...] 2) Im Interesse einer gleichartigen Behandlung beider Ligen sollte möglichst bald auch der GS der Tunis-Liga, Klibi, unterrichtet werden. [...] 3) In der Beratung wurde deutlich, daß F und I zusätzlich einer baldigen Beantwortung des Briefes von GS Klibi großen Wert zumessen." Vgl. Referat 200, Bd. 112900.

19 Die Verfassungskonferenz über Rhodesien wurde am 10. September 1979 in London eröffnet. Eine

wolle zunächst Versuch einer Einigung in bestimmten Bereichen (Grundsätze einer neuen Verfassung) herbeiführen, um von da aus in schwierigere Bereiche – Einigung über neue Wahlen, Waffenstillstand etc. – vorzustoßen. Briten baten um Unterstützung durch die Neun. Ein von ihnen vorgelegter Entwurf einer Neuner-Erklärung zur Londoner Rhodesienkonferenz wurde mit geringfügigen Änderungen (insbesondere Verstärkung der Bezugnahme auf Lusaka[20]) angenommen.[21]

Im Rahmen der Diskussion über das südliche Afrika wurde von Niederländern und Präsidentschaft Problem der Behandlung gemischtrassischer afrikanischer Sportmannschaften angeschnitten. Hier weicht die Praxis der Neun voneinander ab. AM van der Klaauw berichtete, Niederlande würden zur Behinderten-Olympiade[22] gemischtrassische Mannschaft aus Südafrika zulassen. Angelegenheit soll im PK aufgenommen werden.

4) Dänische Delegation bat um Unterstützung in der Frage des Hungerstreiks junger Chilenen in dänischer Botschaft in Santiago.[23] Die Minister einigten sich auf Neuner-Demarche bei chilenischer Regierung, in der diese gebeten wird, dem Wunsch der Streikenden nach Aufklärung des Schicksals verschollener Angehöriger nach Möglichkeit zu entsprechen. Bundesminister sagte zu, er werde Angelegenheit, falls bis dahin nicht erledigt, mit Außenminister Cubillos aufnehmen, wenn dieser nach Bonn komme.[24]

5) Bundesminister – unterstützt von Außenminister von der Klaauw und AM Malfatti – wandte sich unter TOP Verschiedenes an seine Amtskollegen mit der Bitte, Haltung der Neun gegenüber Vorgängen in Nicaragua stärker poli-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1311

Einigung über die Tagesordnung konnte am 12. September 1979 erzielt werden. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1979, Z 182.

20 Vom 1. bis 7. August 1979 fand in Lusaka eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten statt. Vgl. Dok. 234, Anm. 9.

21 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ zu Rhodesien vom 11. September 1979 vgl. BULLETIN DER EG 9/1979, S. 75.

22 Die Paralympischen Spiele wurden am 21. Juni 1980 in Arnheim eröffnet.

23 Botschaftsrat I. Klasse Graf Schirndinger von Schirnding, Santiago de Chile, berichtete am 5. September 1979, in die dänische Botschaft seien Familienangehörige „der vermißten Gegner der chilenischen Militärregierung" eingedrungen, um die chilenische Regierung durch einen Hungerstreik zur Freigabe der Leichen ihrer Angehörigen zu bewegen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 201; Referat 331, Bd. 116046.
Am 12. September 1979 teilte Schirnding mit: „Hungerstreik wurde gestern beendet. Zuständiger Militärgerichtshof hat daraufhin entschieden, daß Leichen der Opfer von Lonquen herausgegeben werden sollen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 218; Referat 331, Bd. 116046.

24 Der chilenische Außenminister Cubillos hielt sich vom 16. bis 18. September 1979 in der Bundesrepublik auf. Am 17. September 1979 erklärte Cubillos Bundesminister Genscher, „daß unter welcher der früheren Regierungen auch immer der Grundfehler der chilenischen Politik die Entscheidung zur sozialistischen Staatswirtschaft gewesen sei. Die sei immer gescheitert und auch der Grund für das Scheitern Allendes gewesen. Das habe das an sich nicht zu Staatsstreichen neigende Militär zum Entschluß geführt, einen neuen demokratischen Ansatz zu suchen. Heute entwickle sich Chile wie nie zuvor zu einer Demokratie [...]. Diskriminierungen und Verbote seien beseitigt, die Inflation von 1000% auf – zugegeben immer noch hohe – 30% (1978) herabgedrückt worden. Das sei durch Öffnung des Handels ermöglicht worden und habe zu einer gewissen Verbesserung sozialer und wirtschaftlicher Menschenrechte geführt (per capita Einkommen jetzt US-Dollar 1300,00). [...] Sein Land habe eine Art Krieg im Inneren führen müssen, um Fortschritte zu erreichen, wobei ohne Zweifel bedauerliche Mißbräuche vorgekommen seien. Das Militär habe sich die Aufgabe gesetzt, den Wandel herbeizuführen. Es gehe erst dann in die Kasernen zurück, wenn diese Aufgabe vollendet sei, um nicht erneut eingreifen zu müssen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 331, Bd. 116046.

tisch zu akzentuieren. Nicaragua dürfe nicht durch westliche Passivität zu einem zweiten Kuba werden.[25] Auch zu Portugal[26] habe es zunächst Stimmen gegeben, die zur Resignation rieten. Wir seien ihnen mit gutem Erfolg nicht gefolgt. Es sei richtig, daß humanitäre Gründe für schnelle Hilfe sprächen. Westen müsse jedoch seine Initiativen auch unter politischen Gesichtspunkten ergreifen und den Wunsch unternehmen, die demokratischen Kräfte in Nicaragua zu stärken. Arbeitsgruppe und Politisches Komitee sollen Arbeit zu dieser Frage intensivieren.

Boll[27]

Referat 012, Bd. 111778

266

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem malaysischen Außenminister Rithauddeen

14. September 1979[1]

Betr.: Gespräch Bundesminister mit dem malaysischen Außenminister Tengku Ahmad Rithauddeen am 14.9.1979[2]

1) Blockfreienkonferenz in Havanna[3]

BM begrüßte Gast und fragte nach seinen Eindrücken über die Blockfreienkonferenz in Havanna.

AM führte lebhaft Klage über Konferenzleitung durch kubanische Präsidentschaft. ASEAN-Staaten seien insbesondere betroffen gewesen, in welcher Weise Kuba die Frage des Sitzes für das Demokratische Kampuchea manipuliert

25 Zur Nicaragua-Politik der Bundesregierung vgl. Dok. 279.

26 Am 25. April 1974 stürzten portugiesische Offiziere unter Führung des früheren stellvertretenden Generalstabschefs de Spínola die Regierung unter Ministerpräsident Caetano und ersetzten sie durch eine von der „Bewegung der Streitkräfte" getragene „Junta der Nationalen Errettung". In einer Regierungserklärung am folgenden Tag wurden die Grundzüge einer demokratischen Verfassung für Portugal – u. a. die Aufhebung der Zensur und die Ankündigung eines neuen Pressegesetzes, die Einführung des Streikrechts und die Zulassung politischer Parteien – dargelegt. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 136.

27 Paraphe.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Petersen am 14. September 1979 gefertigt und am selben Tag über Staatssekretär van Well an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Billigung" weitergeleitet.
Hat van Well am 14. September 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 17. September 1979 vorgelegen.

2 Der malaysische Außenminister Rithauddeen hielt sich vom 13. bis 18. September 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt.

habe[4]; bei den beiden Vorbereitungskonferenzen des Koordinierungsbüros der Blockfreien in Colombo[5] und Maputo[6] sei entschieden worden, daß das Demokratische Kampuchea seinen Sitz nicht verlieren sollte. Hieran hätten sich Kuba und andere Radikale nicht gehalten. Malaysia habe in seiner Eigenschaft als Vorsitzender von ASEAN diese Frage aufgebracht. Haltung Malaysias sei jedoch rein prozedural motiviert und bedeute keine sachliche Unterstützung des Pol-Pot-Regimes.

BM: Sind nach Ihrer Auffassung die Kubaner ihrem Ziel näher gekommen, die Bewegung der Ungebundenen näher an die Sowjetunion heranzubringen?

AM: „Kuba hat diesen Versuch unternommen, wir haben ihn aber erfolgreich zurückweisen können." Die Hauptrolle habe dabei Jugoslawien gespielt, für dessen Unabhängigkeit von der SU die echte Blockfreiheit entscheidend sei.[7] Eine hervorragende Rolle habe außerdem Birma gespielt, das eine sehr klare Sprache gesprochen habe.

BM betonte, die Blockfreiheit finde unsere volle Unterstützung. Je unabhängiger diese Bewegung sei, desto stärker sei sie auch. Die sowjetischen Versuche, die Bewegung zu einem verlängerten Arm ihrer Politik zu machen, seien unverkennbar.[8]

AM verwies darauf, daß nach seinem Eindruck die gemäßigten Blockfreien in Havanna erstmalig aus ihrer bisherigen Schweigsamkeit herausgetreten seien. Dies gelte insbesondere für asiatische Länder (ASEAN-Staaten, Birma, Bangladesch, Bhutan).

4 Referat 300 vermerkte am 21. September 1979 zur Vertretung Kambodschas auf der sechsten Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna: „Um so energischer und skrupelloser nutzte Kuba seine Rolle als Gastgeber und Präsident der Konferenz, um die Vertreter des Pol-Pot-Regimes von der Teilnahme auszuschließen. Durch Manipulation der Rednerliste und Verfahrenstricks bei der sogenannten Konsensbildung seitens des kubanischen Außenministers Malmierca wurde die schon seit Beginn verfolgte Politik der faktischen Ausschaltung der Pol-Pot-Delegation bis Konferenzende beibehalten. Eine endgültige Entscheidung über die Frage der Vertretung Kambodschas wurde auf ein zukünftiges Ministertreffen vertagt. Die Art der kubanischen Verhandlungsführung hat eine Vielzahl von Protesten ausgelöst und die gemäßigten Staaten zu erhöhter Aufmerksamkeit und organisiertem Widerstand gegenüber der von den Kubanern verfolgten Politik aktiviert." Vgl. Referat 213, Bd. 133150.

5 In Colombo fand vom 6. bis 10. Juni 1979 eine Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten statt.

6 In Maputo fand vom 30. Januar bis 2. Februar 1979 eine Sonderkonferenz der Außenminister blockfreier Staaten statt.

7 Botschafter Freitag, Havanna, informierte am 2. September 1979 über die Rolle Jugoslawiens bei der sechsten Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna: „Auch sonst liegt Hauptlast der Arbeit bei Aufbau einer Gegenposition zu Kuba bei Jug[oslawien], dessen riesige Delegation auch die einzige ist, die die damit verbundenen technischen Probleme noch einigermaßen bewältigen kann. Erfolg oder Mißerfolg der kubanischen Linie könnte für Jug. von zentraler Bedeutung für Fortführung seiner bisherigen Politik werden, wofür frühzeitige Anwesenheit Titos und seine intensiven, (nach vertraulichen Informationen) nicht einfachen Gespräche mit Fidel eindeutiger Beleg sind. Fidel Castro sieht seinerseits offenbar Chance, nach Titos Tod dessen Nachfolge als Leitfigur der Bewegung anzutreten und sich für kuban[ische] Politik ein Instrument zu verschaffen, das dann Kuba eine über seine Eigenbedeutung hinausgehende Rolle bringen könnte. Tito hat nach Informationen aus jug[oslawischen] Journalistenkreisen im übrigen selbst darauf hingewiesen, daß Castro die Ungebundenen eines Tages möglicherweise aus ähnlichen Gründen brauchen werde wie vorher Jugoslawien, und soll dafür bei Castro Verständnis gefunden haben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 219; Referat 340, Bd. 116091.

8 Zur Haltung der UdSSR gegenüber der Bewegung der Blockfreien vgl. Dok. 234, Anm. 27.

BM: Dies sei wohl auch darauf zurückzuführen, daß die Konferenz von beiden Seiten, also auch von den Gemäßigten, gut vorbereitet gewesen sei.

AM äußerte Enttäuschung über Verhalten karibischer Mitgliedstaaten und nannte als Beispiele für eine unerwartete Annäherung an die radikale Fraktion Grenada und Jamaika[9]. Nur Barbados und Bahamas seien hiervon deutlich abgerückt.

Auf entsprechende Frage BMs: Dies sei wohl durch den besonderen Druck zu erklären, den Kuba auf die Ungebundenen in der Karibik ausübe.

2) Indochina

BM kam auf das Indochina-Problem zu sprechen. Frage: „Erwarten oder befürchten Sie eine neue chinesische Invasion?"[10]

AM verwies auf Gefährlichkeit der Situation und äußerte Befürchtung hinsichtlich einer Involvierung Thailands.

Vertraulich: Es sei nicht ausgeschlossen, daß die chinafreundliche kommunistische Partei Thailands chinesische Kräfte durch Laos und über Thai-Territorium nach Kambodscha einschleuse. Im übrigen setze sich Malaysia zusammen mit seinen Partnern für eine politische Lösung des Problems ein. Vietnam sei wortbrüchig (Hinweis auf Besuche und Versicherungen von Pham Van Dong in ASEAN-Hauptstädten[11] vor Invasion Kambodschas durch Vietnam[12]). Er habe dies Pham Van Dong vorgehalten.

In diesem Zusammenhang bat AM uns ausdrücklich, in der Frage des Sitzes für Kambodscha in der GV der VN nicht die Position der Radikalen unter den Blockfreien zu unterstützen.[13]

BM fragte nochmals, ob Malaysia Anzeichen für eine erneute chinesische Invasion in Vietnam sehe.

AM hielt dies unter Verweis auf kürzliche Äußerung von Deng Xiaoping für nicht ausgeschlossen. China käme es darauf an, die von Vietnam in Anspruch genommene „Unbesiegbarkeit" zu widerlegen.

Dg 34[14] fragte nach den Aussichten für ein Einverständnis Vietnams mit der Schaffung eines neutralisierten Kambodscha. Unter welchen Bedingungen

9 Am 20. September 1979 kommentierte Botschaftsrat Rudolph, Kingston, die Rede des Ministerpräsidenten Manley auf der sechsten Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna: „Politische Äußerungen zeigen weitgehende Übereinstimmung mit kubanischen und sowjetischen Positionen. Manley hat keine Rücksicht auf amerikanische (bzw. westliche) Empfindlichkeiten genommen. [...] Übereinstimmung mit kommunistischen Staaten (Kuba, Sowjetunion) betrachtet er nicht als Hinderungsgrund, für seine Ziele einzutreten. Wenn Castro, den Manley persönlich schätzt, Truppen nach Afrika entsendet, dann sieht Manley darin nur Unterstützung im Kampf gegen den Kolonialismus, den auch er gutheißt. Wenn Lenin Gegner des Imperialismus war, dann gebührt ihm Lob – auch vor dem Forum der Blockfreien. Übereinstimmung mit SU bedeute nicht, deren Stellvertreter zu sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 57; Referat 340, Bd. 116091.

10 Zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg vgl. Dok. 100, Anm. 7.

11 Ministerpräsident Pham Van Dong hielt sich vom 6. bis 10. September 1978 in Thailand, vom 16. bis 18. September auf den Philippinen, am 21./22. September in Indonesien, vom 12. bis 16. Oktober in Malaysia und am 16./17. Oktober 1978 in Singapur auf.

12 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.

13 Zur Vertretung Kambodschas in der UNO vgl. Dok. 265, Anm. 10.

14 Jens Petersen.

könnte sich Vietnam nach malaysischer Auffassung hiermit einverstanden erklären?

AM: Dies sei im Augenblick nicht zu erwarten; Vietnam würde nur ein provietnamesisches Kambodscha tolerieren. Auf entsprechende Nachfrage: Provietnamesisch sei in diesem Zusammenhang mit antichinesisch zu verstehen.

3) EG/ASEAN-Zusammenarbeit

AM dankte BM für seinen persönlichen Anteil an der Entstehung eines sehr engen Verhältnisses zwischen Europäischer Gemeinschaft und ASEAN. Er drückte Hoffnung aus, daß das Kooperationsabkommen EG–ASEAN[15] noch vor Ende des Jahres unterzeichnet werden könne.

BM verwies auf unsere Einschätzung von ASEAN als einem wichtigen Faktor für die Stabilität in der Region und fragte, wie man sich seitens ASEAN die Fortsetzung des Dialogs vorstelle. Es wäre gut, wenn die Zeit zwischen dem ersten[16] und zweiten Treffen der AM[17] dieser beiden Staatengruppen nicht zu lange sei. Wir würden uns freuen, wenn wir von der ASEAN-Seite bald einen Vorschlag für die Fortsetzung des Dialogs hören würden. Dadurch könne gezeigt werden, daß das Treffen in Brüssel nicht ein einmaliger Vorgang gewesen sei, sondern daß der Dialog ein kontinuierlicher Prozeß sei.

AM stimmte zu. Im Mai oder Juni kommenden Jahres werde das nächste ASEAN-Außenministertreffen stattfinden.[18] Für diese Zeit könne man auch ein erneutes AM-Treffen EG–ASEAN ins Auge fassen.

BM: Wir begrüßen, daß die ASEAN-Staaten ihre Beziehungen zu den USA, Australien, Neuseeland, Japan und den Staaten der EG in besonderer Weise pflegen. Er betonte nochmals, daß uns eine baldige Einladung von ASEAN an die Präsidentschaft der EG für eine Fortsetzung des Dialogs besonders willkommen sei.

AM fragte nach unseren Zeitvorstellungen.

BM erklärte, EG-Auffassung über besten Zeitpunkt mit irischem AM in New York aufnehmen zu wollen. Man solle wegen dieser Frage auch in New York miteinander in Verbindung bleiben.

AM: Er werde am 26.9. in New York eintreffen. Vorher sei er mit PM Hussein Onn in Moskau. Er werde seinen Ministerpräsidenten jetzt in der Bundesrepu-

15 Legationsrat I. Klasse Oehms teilte am 5. November 1979 zu den Ergebnissen der EG-Ministerratstagung am 29./30. Oktober 1979 in Luxemburg mit: „Der Rat billigte das Verhandlungsmandat der EG-Kommission für das Kooperationsabkommen der Gemeinschaft mit den fünf ASEAN-Ländern. Angestrebt wird ein nicht-präferentielles Rahmenabkommen zur Förderung der handels- und wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit sowie zur Stärkung der Entwicklung der ASEAN-Region. In der strittigsten Frage, der Förderung und des Schutzes von Investitionen, wurde ein Kompromiß erzielt, der der Kommission die Aufnahme von Verhandlungen ermöglicht." Vgl. den Runderlaß Nr. 128; Referat 012; Bd. 111778.

16 Am 20./21. November 1978 fand in Brüssel eine Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 353.

17 Die zweite Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten fand am 7./8. März 1980 in Kuala Lumpur statt. Vgl. dazu den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ellerkmann vom 17. März 1980; AAPD 1980.

18 Die Konferenz der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten fand am 25./26. Juni 1980 in Kuala Lumpur statt.

blik treffen. In diesem Zusammenhang: Er sei uns besonders dankbar für die aufmerksame Betreuung, die wir seinem Regierungschef zuteil werden ließen.[19]

4) Indochina-Flüchtlinge[20]

BM fragte nach Einschätzung der weiteren Flüchtlingsbewegung, verwies auf die Erhöhung unserer Aufnahmequoten[21] und drückte Hoffnung aus, daß Malaysia auch weiterhin Indochina-Flüchtlingen Zuflucht gewähren würde.

AM bedankte sich für die Leistungen der Bundesrepublik Deutschland, sowohl was die Aufnahme von Flüchtlingen als auch die finanziellen Leistungen an den UNHCR betreffe. Der Flüchtlingsstrom fließe langsamer. Malaysia sei darüber befriedigt, daß es gelungen sei, nach Genf[22] die Zahl der Indochinaflüchtlinge in Malaysia von 75000 auf nunmehr 52000 zu reduzieren. Er bekräftigte eine öffentliche Erklärung seines Premierministers, wonach Malaysia weiter als Transitland zu dienen bereit sei, wenn es die Zahl der Flüchtlinge in eigenen Lagern sich vermindern sehe. Die vom BM geäußerte ausdrückliche Bitte werde er seinem Regierungschef weiterleiten.

BM und *AM* trennten sich mit der Absicht, das Gespräch in New York fortzusetzen.

AM traf anschließend zu einem kurzen Gespräch mit Frau StM Hamm-Brücher zusammen, in dem nochmals kurz die Blockfreienkonferenz in Havanna und die Indochina-Frage angesprochen wurden.

AM nahm diese Gelegenheit wahr, um uns nochmals eindringlich zu bitten, uns in der Frage der Beglaubigung der Delegation von Kambodscha der ASEAN-Haltung anzuschließen.

Referat 010, Bd. 178802

19 Ministerpräsident bin Onn hielt sich vom 18. bis 25. September 1979 in der UdSSR auf. Dies verband er mit inoffiziellen Besuchen in einigen westeuropäischen Staaten. Botschafter Ritter, Kuala Lumpur, teilte am 3. September 1979 mit, daß bin Onn dabei drei Zwischenaufenthalte am 17./18. und am 25. September sowie am 5. Oktober 1979 in Frankfurt am Main eingeplant habe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 541; Referat 340, Bd. 110642.
Botschafter Wieck, Moskau, resümierte am 27. September 1979 bin Onns Besuch in der UdSSR: „Ein Hauptziel der Malaysier bei Gesprächen war, sowjetischer Seite ihre Besorgnis über die Spannungen im südostasiatischen Raum verständlich zu machen. Zugleich erläuterte Onn malaysische Haltung der Äquidistanz zu China und zur Sowjetunion. [...] Sowjets führten Spannungen auf Politik Chinas zurück und betonten engen Charakter der sowjetisch-vietnamesischen Beziehungen. Sowohl Breschnew als auch Kossygin stellten mit Nachdruck fest, SU habe Vietnam immer wieder geraten, freundliche Beziehungen mit den ASEAN-Staaten zu unterhalten und eine Eskalation der Entwicklung zu vermeiden, so daß Spannungen also nicht Vietnam anzulasten seien. Zugleich gab sowjetische Seite mit deutlich warnendem Unterton zu verstehen, daß SU im Falle einer zweiten chinesischen ‚Strafaktion' Vietnam zu Hilfe kommen werde, ohne aber Art und Weise dieser Hilfe genauer zu beschreiben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3700; Referat 340, Bd. 110642.

20 Zu den „Indochina-Flüchtlingen" vgl. Dok. 265, Anm. 6.

21 In einer Aufzeichnung des Referats 340 vom 13. September 1979 wurde zur Aufnahme von „Indochina-Flüchtlingen" in der Bundesrepublik festgestellt: „Wir haben inzwischen 13167 Aufnahmeplätze zur Verfügung gestellt; aus Malaysia sind bereits mehr als 2100 aufgenommen worden. Wir gehen davon aus, daß die Bundesländer bereit sind, die Aufnahmequote weiter zu erhöhen. Bisher wurden 23 Mio. DM für Maßnahmen zugunsten von Indochina-Flüchtlingen in S[üd]O[st]A[sien] ausgegeben; hinzu kommen dieses Jahr noch weitere 28 Mio. DM." Vgl. Referat 340, Bd. 110642.

22 Am 20./21. Juli 1979 fand in Genf eine internationale Konferenz über das Flüchtlingsproblem in Südostasien statt. Vgl. dazu Dok. 206, Anm. 15.

267

Gespräch des Ministerialdirektors Meyer-Landrut mit dem ägyptischen Botschafter Sirry

14. September 1979[1]

Unterrichtung des ägyptischen Botschafters Omar Sirry über den Dayan-Besuch[2] durch Herrn D 3 am 14.9.1979

1) *D 3* verwies einleitend auf die wertvolle Erfahrung, die wir im Verlaufe unserer breiten Nahostaktivität (Reisen des BM in sechs Länder[3], Empfang der Vertreter von drei Ländern in Bonn) gemacht haben. Wir hätten unsere Position unverändert in allen Ländern darstellen können, ohne auch nur in einem von ihnen auf Kritik zu stoßen, auch nicht in den Ablehnungsstaaten (allenfalls: „das reicht nicht"). Unsere Grundsätze, die sich auf die Erklärung der Neun vom 29.6.1977[4] gründeten und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser herausstellten, seien überall als gut und richtig akzeptiert worden. Diese positive Beurteilung hätten wir auch in Ägypten erfahren. Es lasse sich feststellen, daß diese Position gut sei und daß wir auf ihrer Basis möglicherweise als Scharnier zwischen den Parteien fungieren könnten.

Nach unseren Vorstellungen sei nach der Aktivität in den arabischen Ländern ein Treffen mit einem Vertreter Israels angezeigt gewesen. Wir hätten auch das Gefühl gehabt, daß unsere Tätigkeit dort falsch verstanden und deshalb kritisiert worden sei.

Dayan habe zunächst erklärt, es gehe ihm nicht darum, Gegensätze aufzubauen, sondern Mißverständnisse auszuräumen und zu ermitteln, ob in unserer Politik eine Änderung eingetreten sei. Falls dem nicht so sei, sei keine Kritik nötig.

BM habe die Situation so dargestellt, wie wir sie sehen, und auch unsere Eindrücke im Libanon von der verantwortlichen Haltung von Sarkis, Hoss und Boutros wiedergegeben. Wir glaubten, daß die militärischen Aktionen im südlichen Libanon[5] doch auch für Israel eine Belastung darstellten. Ebenso hätten wir die Siedlungsfrage[6] angeschnitten, auf die BM in seiner Tischrede[7] – an-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Schnittger am 17. September 1979 gefertigt.
Hat Ministerialdirektor Meyer-Landrut vorgelegen.

2 Zum Besuch des israelischen Außenministers Dayan vom 9. bis 11. September 1979 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 260 und Dok. 261.

3 Bundesminister Genscher hielt sich vom 23. bis 25. Juni 1979 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu Dok. 186, Dok. 187 und Dok. 189.
Genscher besuchte vom 4. bis 6. Juli 1979 den Irak. Vgl. dazu Dok. 201 und Dok. 203.
Genscher hielt sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien, am 28. August im Libanon, vom 29. bis 31. August in Jordanien und vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 240–245, Dok. 247, Dok. 249 und Dok. 250.

4 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats über den Nahen Osten vom 29. Juni 1977 vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 516 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 174.

5 Zu den israelischen Militäroperationen gegen Ziele im Libanon vgl. Dok. 261, Anm. 17.

6 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 161, Anm. 21.

7 Für den Wortlaut der Tischrede des Bundesministers Genscher vom 10. September 1979 anläßlich des Besuchs des israelischen Außenministers Dayan vgl. BULLETIN 1979, S. 967 f.

ders als die Frage des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts – allerdings nicht eingegangen sei[8].

Laut Dayan habe Israel in der Libanon-Frage zwei Möglichkeiten: Entweder nehme man jede Woche zwei Terroranschläge hin und kaufe zusätzliche Ambulanzen oder Israel gehe bereits gegen die Vorbereitungen solcher Anschläge vor. Letzteres sei die israelische Politik. Die Lage sei „a great mess", da die libanesische Regierung sich nicht durchsetzen könne. Die PLO besitze im Libanon einen zweifachen Schutzschild, nämlich die Schwäche der libanesischen Regierung und UNIFIL. Auf die Milizen Major Haddads[9] angesprochen, habe Dayan lediglich gemeint, es gebe im Libanon eine Vielzahl von Kräften, und jeder tue, was er wolle.

Der größere Teil des Gesprächs habe sich mit dem palästinensischen Selbstbestimmungsrecht befaßt. Dayan habe sich auf eine Übereinstimmung zwischen Carter, Sadat und Begin berufen, daß der Camp-David-Rahmen[10] nach der Übergangszeit auf Frieden zwischen Jordanien und Israel hinauslaufe und daß in diesem Frieden dann die Grenzen zwischen beiden festzulegen seien. Das bedeute, daß Israel nur einen Nachbarn habe, nämlich Jordanien, und nur eine Grenze, die mit Jordanien. Für einen palästinensischen Staat gebe es daher keinen Raum. Wenn wir das Selbstbestimmungsrecht forderten, so werde das im Sinne eines selbständigen Staates interpretiert werden, was als Störung des Camp-David-Prozesses aufgefaßt werde.

D3 verwies dann auf die Pressekonferenz[11], auf der Dayan sich im wesentlichen – und oft inkonklusiv – so geäußert habe wie in den Gesprächen zuvor. Im Hinblick auf die Darstellung Dayans, die israelischen Militäraktionen im Südlibanon und die israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten seien „überhaupt nicht erwähnt" worden, habe das israelische Außenministerium nach unserer Richtigstellung die Version herausgegeben, diese Themen seien in den Reden nicht angeschnitten worden.

Die deutsche Seite sei über den Ablauf der Dinge nicht glücklich. Wir seien in unserer Nahostpolitik schließlich stets einer klaren und kontinuierlichen, auf den Elementen der Neuner-Erklärung von 1977 und des Selbstbestimmungsrechts für alle Völker beruhenden Linie gefolgt (so BK bei seinem Ägypten-Besuch um die Jahreswende 1977/78[12], BM in New York[13]). Man könne daher nicht von einer neuen Position reden. Gleichwohl habe Dayan die Erklärung des BM in Abukir[14] zu einem neuen Element der deutschen Politik hochstilisiert, was nicht gerechtfertigt sei.

8 Die Wörter „eingegangen sei" wurden von Ministerialdirektor Meyer-Landrut handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „eingehen werde".

9 Zu den Aktivitäten des libanesischen Milizenführers Haddad vgl. Dok. 137, Anm. 13.

10 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

11 Zu den Pressegesprächen des israelischen Außenministers Dayan über seinen Besuch vom 9. bis 11. September 1979 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 260, Anm. 18.

12 Bundeskanzler Schmidt hielt sich im Rahmen einer Urlaubsreise vom 27. Dezember 1977 bis 6. Januar 1978 in Ägypten auf. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 378 und Dok. 379.

13 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 27. September 1979 vor der UNO-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1979, S. 1057–1062.

14 Zum Pressegespräch des Bundesministers Genscher am 1. September 1979 in Abukir vgl. Dok. 261, Anm. 9.

Dayan habe argumentiert, daß weder Sadat noch Carter einen palästinensischen Staat befürworteten und gerade deshalb auch vermieden hätten, das Selbstbestimmungsrecht in den Camp-David-Rahmen aufzunehmen. Wenn wir es jedoch erwähnten, so richte sich das gegen Camp David. Auch die EG hätten nie vom Selbstbestimmungsrecht gesprochen, sondern lediglich die Deutschen.

Botschafter *Sirry* betonte, daß Ägypten für das Selbstbestimmungsrecht eintrete, wenn es in Camp David auch mit der „Assuan-Formel" habe umschrieben werden müssen. Somit sei das Selbstbestimmungsrecht aber verankert.

Auf einen Hinweis Sirrys, daß die Behauptung, kein führender arabischer Politiker wolle den selbständigen Palästinenserstaat, eine unzutreffende Interpretation der arabischen Haltung durch Israel darstelle, wies *D 3* darauf hin, daß Dayan sich in diesem Zusammenhang auf Präsident Carter als Quelle bezogen habe: „Alle arabischen Führer, mit denen Carter gesprochen hat", nämlich König Khalid, König Hussein und Präsident Sadat.

Sirry meinte, das Verhalten Dayans lasse sich vielleicht mit dem psychologischen Druck erklären, unter dem er angesichts des Umstandes stehe, daß zwei befreundete Länder, die USA und Deutschland, immer stärker von der israelischen Haltung befremdet seien.

2) Zu der EPZ-Tagung von Dublin[15] übergehend, trug Botschaft Sirry vor, man habe gehört, daß versucht werde, den Europäisch-Arabischen Dialog (EAD)[16] wieder in Gang zu bringen. Ägypten hoffe sehr, daß dies noch nicht geschehe. Ägypten sei schließlich ein EAD-Partner mit mehr als 40 Millionen Einwohnern (der Bevölkerung von rund 15 arabischen Staaten zusammengenommen). Wenn die anderen arabischen Staaten den EAD wieder aufnehmen wollten, so dächten sie weniger an sachliche Dinge als vielmehr daran, aus dem EAD ein Politikum zu machen. Ägypten bitte, dieses Spiel nicht mitzumachen.

(Die Konferenz von) Bagdad habe zu nichts geführt.[17] Wenn man dort gehofft habe, Ägypten werde aufgeben, so habe man sich geirrt. Wenn man dort auf die Verschlechterung der innenpolitischen Lage Ägyptens gesetzt habe, so befinde man sich auf dem Holzweg. Vielmehr seien es jetzt Syrien und Irak, die innere Probleme hätten. Man müsse die Frage stellen, was die Araber über die Beleidigung der Ägypter hinaus erreichen wollten. Ägyptischerseits habe man festgestellt, daß bei den Arabern die Erholung von dem Schock einsetze und man, beispielsweise in Algerien, wieder beginne, sich der eigenen Situation zu widmen. Andere Staaten fühlten sich freier und nicht mehr durch einen syrisch-irakischen Zusammenschluß[18] gefährdet. Deshalb sei es jetzt gewiß nicht der richtige Zeitpunkt, vielmehr ein Schritt zurück, den Dialog mit der Tunis-Liga aufzunehmen. Damit diene man einzig und allein den Extremisten, denen man jedoch keine Option lassen dürfe.

15 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 11. September 1979 vgl. Dok. 265.

16 Zum Europäisch-Arabischen Dialog vgl. Dok. 265, Anm. 18.

17 Zur Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad vgl. Dok. 91, Anm. 9.

18 Zu den Beziehungen zwischen dem Irak und Syrien vgl. Dok. 203, Anm. 3.

D3 stellte fest, daß wir den EAD nicht weiterverfolgt hätten. Allerdings sei es ein Faktum, daß auch AL[19]-Staaten, die den ägyptisch-israelisch-amerikanischen Friedensprozeß positiv beurteilten, mit der AL in Verbindung getreten seien. Das könne dazu führen, daß auch die Europäer unter Druck gerieten. Bisher sei jedoch noch keine Entscheidung gefallen, und in Dublin habe in der Diskussion Einigkeit bestanden, daß zur Zeit auch darüber keine Entscheidung getroffen werden solle. Druck von verschiedenen Seiten[20] sei indessen nicht auszuschließen. Von daher könne eine Änderung der bisherigen Haltung der Neun auch nicht ausgeschlossen werden.[21]

An Sirrys Bemerkungen zu den Bagdad-Staaten anknüpfend, wies D3 darauf hin, daß die Frage des BM an die Vertreter der Ablehnungsfront, ob sie in ihrer Ablehnung des Camp-David-Prozesses[22] auch von Ägypten die Rückgabe der von Israel bereits geräumten Sinai-Gebiete verlangten, stets ein verlegenes „Nein" ausgelöst habe, dem dann aber der Zusatz, Camp David sei dennoch schlecht, gefolgt sei. Für uns biete sich die Möglichkeit, als Unbeteiligte derlei Inkongruenz aufzuzeigen.

Botschafter *Sirry* gab die Ansicht eines arabischen Botschafterkollegen wieder, es gehe nicht darum, daß man an Camp David etwas auszusetzen habe, sondern um das psychologische Problem, daß der Mann auf der Straße, besser „der Beduine", sich unter „Camp David" nichts vorstellen könne, wohl aber darunter, daß ein Führer der arabischen Welt mit Begin spreche. In Rabat[23] habe man den Palästinensern nur Lippendienste geleistet, aber nichts unternommen.

Im übrigen sei mit erneuten Schwierigkeiten, dem vielleicht aber letzten „elektrischen Schock", im kommenden Januar zu rechen, wenn Ägypten und Israel Botschafter austauschen.[24]

Referat 310, Bd. 124988

19 Arabische Liga.

20 Die Wörter „verschiedenen Seiten" wurden von Ministerialdirektor Meyer-Landrut handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „außen".

21 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Meyer-Landrut handschriftlich eingefügt.

22 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines ägyptisch-israelischen Friedensvertrags vgl. Dok. 49, Anm. 12.

23 Vom 26. bis 29. Oktober 1974 fand in Rabat eine Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt. Für den Wortlaut ihrer Beschlüsse vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 614–616.

24 Am 18. Februar 1980 wurde die israelische Botschaft in Kairo und am 26. Februar 1980 die ägyptische Botschaft in Tel Aviv eröffnet. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1980, Z 53 und Z 57.

268

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt

14. September 1979[1]

Gespräch des Bundeskanzlers mit BM Genscher und BM Apel am 13. September 1979

Weitere Teilnehmer: StM Wischnewski, StS van Well, Generalmajor Tandecki, MD Dr. Ruhfus.

Chef BK[2] nahm während der ersten anderthalb Stunden an dem Gespräch teil.

1) Dreiprozentige Erhöhung des Verteidigungshaushalts[3]

BM Apel und BM Genscher berichteten, daß US-Verteidigungsminister Brown und US-Außenminister Vance ihre Sorgen ausgedrückt und ihr Interesse bekundet haben, daß auch die Bundesregierung Schritte ergreife, um das vorgesehene Ziel, dreiprozentige Erhöhung des Verteidigungshaushalts, zu erreichen.

Der Bundeskanzler faßte das Ergebnis der Aussprache wie folgt zusammen:

- Die Bundesregierung ist sich der Problematik und der amerikanischen Sorgen bewußt.
- Der internationale Vergleich zeigt, daß andere Länder – auch die USA – vor ähnlichen Problemen stehen.[4]
- Unsere Investitionsausgaben im Rahmen des Verteidigungshaushalts wachsen erheblich stärker als drei Prozent. Dies ist der entscheidende Bereich der Verteidigungsausgaben.
- Wir sind besorgt, daß durch die Erhöhung der Öl- und Benzinpreise die Treibstoffversorgung für Luftwaffe, Heer und Marine im Laufe des Jahres 1980 beeinträchtigt wird.
- Die Bundesregierung wird sich im Laufe des Jahres 1980, je nach der Preisentwicklung, diesem Problem zuwenden; nicht vorher.
- Diese Antwort muß mit BM Matthöfer abgestimmt werden.
- BM Apel und BM Genscher werden gebeten, auf der Grundlage der abgestimmten Antwort mit Verteidigungsminister Brown[5] und Außenminister

[1] Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 14. September 1979 an Staatssekretär van Well und Generalmajor Tandecki, Bundesministerium der Verteidigung, übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat von Studnitz am 20. September 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an das Ministerbüro und Staatsminister von Dohnanyi verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 543 (014); B 150, Aktenkopien 1979.
Hat van Well vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an Ministerialdirektor Blech, Ministerialdirigent Dröge und Botschafter Ruth verfügte.

[2] Manfred Schüler.

[3] Vgl. dazu das Langfristige Verteidigungsprogramm der NATO; Dok. 31, Anm. 3.

[4] Zum amerikanischen Verteidigungshaushalt vgl. Dok. 262, Anm. 10.

[5] Bundesminister Apel reiste am 30. September 1979 in die USA. Vgl. dazu den Artikel „Apel glaubt weiterhin nicht an ein reales Wachstum um drei Prozent"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Oktober 1979, S. 2.

Vance[6] zu sprechen. Das Motiv für unsere Haltung sei, nicht Preissteigerungen durch vorweg erhöhte Haushaltsansätze herauszufordern.

2) TNF-Modernisierung

Nach Bericht von Generalmajor Tandecki und anschließender Erörterung wurde folgendes vereinbart:

2.1) Bewachung der modernisierten Systeme

2.1.1) Es erscheint wenig sinnvoll, daß deutsche Soldaten auf amerikanischen Flugplätzen Bewachungsaufgaben übernehmen, die bisher eindeutig in amerikanischer Hand lagen.

Das gleiche gilt für die Bewachung amerikanischer „Pershing"-Einheiten, die auch bisher ausschließlich von amerikanischen Soldaten bewacht worden sind.

2.1.2) Eine derartige deutsche Beteiligung könnte den falschen Eindruck erwecken, daß die Bundesrepublik sich dem Status einer user-nation für LRTNF nähert.

2.1.3) Die Bundesrepublik ist bereit, der amerikanischen Seite ca. 300 Soldaten für andere Bewachungsaufgaben anzubieten.

2.1.4) BM Genscher und BM Apel werden gebeten, auch diese Frage bei Verteidigungsminister Brown und Außenminister Vance anzusprechen.

2.2) Gesamtzahl der Systeme und deutsche Beteiligung

2.2.1) Es bestand Übereinstimmung, daß die von amerikanischer Seite vorgeschlagene Gesamtzahl von 572 Gefechtsköpfen am oberen Rand des von der HLG vorgeschlagenen Rahmens von 200 bis 600 Gefechtsköpfen liegt. Die Bundesregierung wird jedoch aus gesamtpolitischer Sicht hiergegen keine Einwände erheben.

2.2.2) Der Antrag der deutschen HLG-Delegation, den deutschen Anteil an GLCMs zu senken, wurde bestätigt. Die Verringerung um ein flight (entsprechend 16 Gefechtsköpfen) erscheint eine geeignete Größenordnung.

3) Special Group

3.1) Auf Fragen des Bundeskanzlers bestätigten der Bundesminister des Auswärtigen und der Bundesverteidigungsminister, daß die von der Special Group erarbeiteten Elemente eines Rüstungskontrollangebots ausreichend, gehaltvoll und konkret sind.[7]

6 Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister Vance trafen am 24. September 1979 am Rande der UNO-Generalversammlung in New York zusammen. Vgl. dazu Dok. 278.

7 In der „Beschlußvorlage des Bundesministers des Auswärtigen" vom 14. September 1979 für die Sitzung des Bundessicherheitsrats am 20. September 1979 wurde festgestellt: „Die Arbeit der Special Group ist soweit fortgeschritten, daß davon ausgegangen werden kann, daß sie ihren Schlußbericht termingerecht und parallel zum Abschluß der Arbeiten der High Level Group Ende September 1979 fertigstellen kann. [...] Die Special Group bereitet folgende Dokumente vor: a) Schlußbericht über die Arbeit der Special Group. Der Bericht besteht aus einer Einleitung mit der Begründung für den rüstungskontrollpolitischen Ansatz; zwölf Prinzipien, die als Richtlinien für die Verfolgung rüstungskontrollpolitischer Ziele dienen sollen; einer Empfehlung der Special Group für eine öffentliche Erklärung der beteiligten Bündnispartner, die gleichzeitig den von diesen gebilligten Vorschlag an die SU für die Einbeziehung von LRTNF in die SALT-III-Verhandlungen enthält. b) Eine Zusammenfassung (executive summary) des Schlußberichts. c) Material zur öffentlichen Ver-

3.2) In dem von der Special Group erarbeiteten Papier soll im Prinzip Nr. 1 als zweiter Satz folgendes eingefügt werden: „Theoretically, total elimination of Soviet-LRTNF would make it unnecessary for NATO to deploy such weapons in Europe. Yet any achievable arms control outcome involving TNF would not in the first step eliminate the Soviet LRTNF-threat. It would therefore not obliviate ...“[8]

4) Zeitplan für die Beschlußfassung über TNF-Modernisierung und Rüstungskontrollangebot

4.1) Nach Aussprache wurde folgendes festgestellt: Es liegt im Interesse der Bundesrepublik, den vom Bündnis vorgesehenen Zeitplan einzuhalten und eher noch zu beschleunigen.

Vorschläge für eine zügigere Behandlung (z.B. vorgezogene Beschlußfassung durch die ständigen NATO-Vertreter nach der Sitzung der NPG[9]) können nicht von deutscher Seite kommen, sondern nur von den Amerikanern.

4.2) In dem Gedankenaustausch über die Abstimmung mit den Verbündeten und über die Unterrichtung der osteuropäischen Nachbarn über die politische Haltung der Bundesregierung zu diesen Fragen wurde folgendes vereinbart:

4.2.1) BM Genscher wird bei der bevorstehenden Begegnung in New York Außenminister Gromyko den Standpunkt der Bundesregierung erläutern.[10]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1323

wendung bei der Erläuterung des Rüstungskontrollangebotes und der LRTNF-Entscheidung.“ Vgl. VS-Bd. 14080 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

Für den „Special Group Report to Ministers, Arms Control Involving Theater Nuclear Forces: Rationale, Objectives and Principles“ vom 28. September 1979 vgl. VS-Bd. 11391 (220).

8 Ministerialdirektor Blech vermerkte am 19. September 1979 mit Blick auf die Sitzung des Bundessicherheitsrats am folgenden Tag: „Auf dem Sechsergespräch wurde beschlossen, in das Prinzip 1 des Berichts der Special Group folgenden Text einzufügen: ‚Theoretically, total elimination of Soviet LRTNF would make it unnecessary for NATO to deploy such weapons in Europe.‘ Der Absatz, in den dies als zweiter Satz eingefügt werden sollte, lautet: ‚Success of arms control in constraining the Soviet build up can enhance Alliance security and affect the scale of NATO's TNF modernization requirements. Yet any achievable arms control outcome involving TNF would not, in the first step, eliminate the Soviet LRTNF threat. It would therefore not obliviate the need for some LRTNF modernization to meet the Alliance's own security requirements that the HLG has identified based on the overall threat and on NATO's own need to replace aging systems and to maintain its own spectrum of capabilities to preserve deterrence.‘“ Vgl. VS-Bd. 14079 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

Botschafter Ruth notierte am 20. September 1979: Der amerikanische Botschaftsrat van Heuven bestätigte die von Bartholomew gegenüber Dannenbring in Washington geäußerten starken amerikanischen Bedenken und bat, daß die Bundesregierung im Lichte des neu formulierten Textes der Special Group die Bitte auf Einschub des zitierten Satzes überprüfen möge. Außer den von Bartholomew bereits genannten Schwierigkeiten könne darauf hingewiesen werden, daß der von uns beabsichtigte Gedanke bereits durch den folgenden Absatz abgedeckt ist.“ Vgl. VS-Bd. 11391 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

Ruth informierte die Botschaft in Washington am 21. September 1979 darüber, daß der Bundessicherheitsrat am Vortag entschieden habe, auf einen ergänzenden Einschub in Prinzip 1 Absatz D des Berichts der Special Group zu verzichten. Dafür laute der folgende Absatz D nun wie folgt: „One could postulate an arms control outcome so successful that the Soviet modern long-range theater nuclear threat was eliminated. Thereby permitting NATO to consider suspending its own LRTNF modernization plans. As a practical matter, however, such an outcome is highly unlikely, and posing it as a realistic possibility could lead to an immediate and lasting impasse, while Soviet deployments grew.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1038; VS-Bd. 11391 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

9 Zur Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 13./14. November 1979 in Den Haag vgl. Dok. 328 und Dok. 329.

10 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. September 1979 vgl. Dok. 281.

4.2.2) Die Delegation der niederländischen PvdA[11] soll zuvorkommend betreut werden.[12] StM Wischnewski ist bereit, ein Abendessen zu geben. BM Apel wird an dem Gespräch des SPD-Vorstands mit den Vertretern der PvdA teilnehmen. Bundeskanzler bat, den Termin für das Gespräch SPD-Vorstand/Vertreter der PvdA in seinem Terminkalender vorzumerken.

4.2.3) Bundeskanzler ist bereit, falls notwendig, mit MP van Agt zu telefonieren.[13] Er bittet AA um Vorbereitung eines Sprechzettels.

4.2.4) Ferner wurde erwogen, Tito und Kreisky den westlichen Standpunkt zu erläutern. Die Unterrichtung von Tito sollte durch die Amerikaner erfolgen. Kreisky könnte bei der Begegnung mit StM von Dohnanyi unterrichtet werden.

5) MBFR

Aus dem ausführlichen Gedankenaustausch sind folgende Punkte festzuhalten:

5.1) Bundeskanzler begrüßte die Absicht, eine deutsche Initiative für ein Interimsabkommen im Bündnis zu ergreifen und bittet, den Vorschlag so bald wie möglich im Bündnis einzubringen.[14]

5.2) BM Genscher äußerte Besorgnis über die vorgesehene Formulierung des Leitantrags der SPD betreffs Höchststärken im Rahmen der Kollektivität (Ziffer 15 des Leitantrags).[15] BM Apel sagte zu, er werde sich bemühen, die offenbar mißverständliche Aussage, daß Verpflichtungen über den Raum der Reduzierungen hinaus entstehen könnten, zu klären.

5.3) Es wurde vereinbart, daß das AA mit dem BMVg eine Analyse der Möglichkeiten fertigt, eine in Prozentsätzen festgelegte Höchstgrenze für die Teilnehmer im Reduzierungsraum zu vereinbaren.[16] Diese Analyse soll Vor- und Nachteile einer solchen Lösung darlegen.

11 Korrigiert aus: „PVA".

12 Eine Delegation der niederländischen PvdA unter Leitung des ehemaligen Ministerpräsidenten den Uyl hielt sich am 28. September 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wallau vom 20. September 1979; Referat 010, Bd. 178802.

13 Vgl. dazu das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident van Agt am 7. November 1979; Dok. 322.

14 Zur Frage eines Interimsabkommens bei MBFR vgl. Dok. 334.

15 Absatz IV. Ziffer 15 des am 10. September 1979 beschlossenen sicherheitspolitischen Leitantrags des Parteivorstands für den Bundesparteitag der SPD vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West): „Die Anwendung der Prinzipien Kollektivität und Parität ist in einem ersten MBFR-Abkommen im Interesse der Vertrauensbildung und der sicherheitspolitischen Stabilität dadurch zu erleichtern, daß kein Teilnehmerstaat mehr als die Hälfte der Truppen des jeweiligen Bündnisses auf dessen Seite des Reduzierungsraumes unterhält; die im Bündnis autonom vorzunehmende Aufteilung der Reduzierungsanteile auf die direkten Teilnehmer die bestehende Balance im Bündnis nicht verändert." Vgl. SPD PARTEITAG, Bd. 2, S. 1241.

16 In der „Gemeinsamen Vorlage der Bundesminister des Auswärtigen und der Verteidigung" vom 17. Oktober 1979 für die Sitzung des Bundessicherheitsrats am 24. Oktober 1979 wurde zu den MBFR-Verhandlungen festgestellt: „Eine Dateneinigung ist davon abhängig, ob der Osten nach der Gesamtlage an einem MBFR-Ergebnis hinreichend interessiert ist. Als Vehikel einer gesichtswahrenden Verständigung auf die Ausgangsdaten kommen, unabhängig davon, aus welchen Gründen die Diskrepanz wirklich entstanden ist, die einvernehmliche Regelung des Ein- und Ausschlusses einzelner Streitkräfteelemente, die Beschränkung der angestrebten Dateneinigung zunächst auf die Landstreitkräfte der SU und der USA und die Aktualisierung der Daten auf einen neuen Stichtag (Datenberichtigung) in Frage. Außerdem könnte unter diesen Umständen die Option aufgegriffen werden, dem Osten einen Bonus in Höhe des westlichen Überhangs bei den Zivilisten in militärischer Verwendung zuzugestehen. Bis dahin bleibt es Aufgabe der Datendiskussion, dazu beizutragen, die Bereitschaft des Ostens zu einer Dateneinigung zu fördern. Der Westen sollte deshalb

Ferner soll untersucht werden, wie in einem solchen Fall sichergestellt werden könnte, daß die Teilnehmer auf westlicher Seite den auf sie entfallenden Anteil nicht einseitig reduzieren.

5.4) Bundeskanzler bat um eine Analyse der vereinbarten Zählkriterien und um Vorschläge für die Fortführung der Datendiskussion.

6) BSR-Sitzung am 20.9.1979

Die Sitzung des BSR soll wie geplant stattfinden. Über die vorgesehenen Tagesordnungspunkte (Arbeit der HLG, Arbeit der SG und MBFR) soll mündlich vorgetragen werden.

Zum Bericht über die Arbeit der Special Group sollen die Elemente des vom Bündnis beabsichtigten Rüstungskontrollangebots den Teilnehmern des BSR vorher schriftlich zugeleitet werden.

Ruhfus

VS-Bd. 543 (014)

269

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

202-321.00 BEL-491/79 geheim **17. September 1979**[1]

Gespräch des Herrn Ministers mit dem belgischen Außenminister Simonet am 17.9.1979 von etwa 8.45 bis 10.10 Uhr[2]

Über sein Vier-Augen-Gespräch mit Simonet unterrichtete mich Herr Minister wie folgt:

1) Simonet habe zunächst über seinen Besuch in Ost-Berlin berichtet.[3] Ablauf und Ergebnis dieses Besuchs hätten im Grunde gezeigt, wie nutzlos ein derar-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1325

die mit der bisherigen Strategie gewonnene Initiative nicht aufgeben und den Osten nicht aus dem entstandenen Druck entlassen." Vgl. VS-Bd. 11437 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Blech am 17. September 1979 über Staatssekretär van Well an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Genehmigung" weitergeleitet.
Hat van Well am 18. September 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau und Legationsrat I. Klasse Petersmann am 19. September 1979 vorgelegen.
Hat Genscher am 21. September 1979 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11089 (202); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Der belgische Außenminister Simonet hielt sich am 17. September 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Der belgische Außenminister Simonet hielt sich vom 12. bis 14. September 1979 in der DDR auf. Ministerialdirigent Lücking vermerkte dazu am 25. September 1979: „Das Gespräch mit dem DDR-Außenminister verlief so substanzlos, daß Außenminister Simonet bereits nach einer Stunde die Unterredung abbrach und auf ein zweites vorgesehenes Sachgespräch verzichtete. Auch die Gespräche mit Generalsekretär Honecker und Ministerpräsident Stoph brachten keinen sachlichen Ertrag. Die belgische Seite geht insgesamt davon aus, daß der Besuch zu einer Intensivierung der

tiges Unternehmen sei. Zu einem wirklichen Gespräch sei es nicht gekommen. Dies gelte insbesondere für Fischer, der sich an seine Sprechzettel halte und dann, wenn der Gesprächspartner mit eigenen Argumenten antworte, nur mit der Feststellung erwidere, beide Seiten hätten offenbar ihre Position. Vergleiche man mit Gesprächen mit anderen Außenministern des Warschauer Paktes, so werde deutlich, daß mit diesen ganz anders zu sprechen sei. Stoph habe einen starren, aber auch entschlossenen Eindruck vermittelt, während Honecker eher jovial und verbindlich gewesen sei. Im übrigen deckten sich die von Simonet gegebenen Informationen mit der Unterrichtung, die die belgische Botschaft in Ost-Berlin unserer Ständigen Vertretung gegeben habe.

Simonet sei vom Erscheinungsbild Ost-Berlins erschüttert gewesen.

2) Simonet habe deutlich gemacht, daß das eigentliche Anliegen, das er mit seinem Besuch verbinde, die Diskussion der TNF-Thematik sei. Nur müsse man dies richtig verpacken.

Simonet habe festgestellt, daß er es „zu seiner Sache gemacht" habe, die belgische Zustimmung zur TNF-Modernisierung und zur Dislozierung in Belgien durchzusetzen.[4] Er lasse sich dabei von zwei Motiven leiten. Einmal sei er von der Notwendigkeit der Modernisierung an sich überzeugt. Zum anderen wünsche er einen Zerfall des Bündnisses in Europa zu vermeiden, der dadurch eintreten könne, daß man die Bundesrepublik Deutschland mit der Problematik allein lasse. Er orientiere sich dabei allein an der deutschen Haltung und nicht an dem, was die Amerikaner sagten. Die Erfahrungen mit der Neutronenwaffe säßen ihm noch in den Knochen.

Bundesminister habe die deutsche Position dargelegt. Er habe insbesondere um Verständnis für unsere in der HLG[5] vertretene Haltung gebeten, nach welcher wir kein deutsches Bewachungspersonal für die in der Bundesrepublik Deutschland zu stationierenden LRTNF wünschten. Wir wollten nicht in den gering-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1326

stagnierenden Beziehungen nichts wesentliches beigetragen hat. Für den belgischen Außenminister, der auch persönlich einige Erwartungen mit dem Besuch verbunden hatte, ist dies um so mehr eine Enttäuschung, weil er im Interesse des Gesprächsklimas in den Gesprächen sowie seinen öffentlichen Erklärungen – im Gegensatz zu seinem niederländischen Kollegen – auf heikle Themen wie z. B. die Menschenrechtsfrage verzichtet und auch sonst jeglicher Publizität aus dem Wege gegangen war." Vgl. Referat 210, Bd. 116493.

4 Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, vermerkte am 19. September 1979, Bundeskanzler Schmidt habe ihm zu seinem Gespräch mit dem belgischen Außenminister Simonet am 17. September 1979 dargelegt: „Simonet will sich im Bereich der TNF einsetzen für die auch von uns angestrebte Lösung. Er ist fest entschlossen, hierbei auch innenpolitische Risiken auf sich zu nehmen. Ein wichtiges Motiv für Simonet ist hierbei, daß er die atlantische Allianz nicht zu einer deutsch-amerikanischen Angelegenheit verkümmern lassen will." Vgl. VS-Bd. 14082 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Ministerialdirigent Dröge stellte am 12. September 1979 zum Stand der Beratungen fest: „Die ‚High Level Group' der Nuklearen Planungsgruppe (HLG) hat am 10. und 11. September 1979 in Brüssel den amerikanischen Entwurf eines Berichts an die Minister über die Modernisierung der Mittelstreckenraketen behandelt. [...] Der mit 572 Sprengköpfen bezifferte Bedarf wird in dem überarbeiteten Entwurf unter militärischen, politischen und Rüstungskontrollaspekten näher begründet. [...] Unser Wunsch nach Verzicht auf Gestellung deutschen Wachpersonals fand im Plenum keine Unterstützung. Die Niederländer sagten uns sogar bilateral, daß sie den entgegengesetzten Standpunkt einnähmen: Sie möchten so wenig wie möglich amerikanisches Sicherungspersonal in Holland haben und wünschen deshalb, das Wachpersonal selbst zu stellen. Nur die Engländer ließen uns bilateral wissen, daß sie ähnliche Probleme hätten wie wir." Vgl. VS-Bd. 10551 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

sten Verdacht kommen, selbst über diese Waffen mitzuverfügen. Andererseits hätten wir Verständnis für die entgegengesetzte und ganz anders motivierte niederländische Haltung. Er, BM, glaube nicht, daß es notwendig sei, in dieser Frage einheitlich in allen Stationierungsländern vorzugehen.

Simonet habe hierfür Verständnis gezeigt. Allerdings habe es den Anschein gehabt, daß er sich mit dem Problem der Bewachungsmannschaften noch nicht befaßt habe; jedenfalls habe er nichts über die belgische Haltung hierzu gesagt.

Bezüglich der niederländischen Haltung zur TNF-Modernisierung habe Simonet sich skeptisch geäußert und dabei auf die Rolle der Kirchen verwiesen.[6]

Bundesminister, der den Eindruck habe, daß Simonet alles tun werde, um die Sache in Belgien durchzubringen, habe seinerseits herausgestellt, daß es sich bei der Modernisierungsentscheidung um ein Bündnisproblem handele und daß es nicht zu einer deutsch-amerikanischen Sache werden dürfe.

Die Minister hätten ferner Fragen des Zeitablaufs erörtert. BM habe dabei die deutschen zeitlichen Vorstellungen angedeutet, d.h. die Notwendigkeit, so schnell wie möglich zu einer Entscheidung zu kommen. Dies solle noch unter dem Schirm der SALT-II-Ratifizierungs-Debatte im Senat[7] geschehen (weil in dieser Zeit die Sowjetunion sich mit Pressionen noch zurückhalten werde) und gleichzeitig die Ratifizierung von SALT II fördern.

Simonet habe diese Gesichtspunkte mit großem Interesse aufgenommen. Er habe seinerseits darauf hingewiesen, daß der sowjetische Chargé d'Affaires in Brüssel ihn stark bedrängt habe, eine Einladung Gromykos zu einem Besuch in die Sowjetunion noch im Oktober des Jahres anzunehmen. Er, Simonet, habe einen solchen Besuch auf das Frühjahr 1980 verschoben; er habe allerdings auch Zweifel, ob dann der Sowjetunion noch wirklich daran gelegen sei. Er habe das deutliche Empfinden gehabt, daß Gromyko beabsichtigte, ihn in der TNF-Frage zu bedrängen.

[Blech][8]

VS-Bd. 11089 (202)

6 Zur Stimmungslage im niederländischen Parlament bezüglich einer TNF-Modernisierung der NATO vgl. Dok. 253, Anm. 5.

7 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 262, Anm. 12.

8 Verfasser laut Begleitvermerk.

270

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Malfatti

VS-NfD **18. September 1979**[1]

Gespräch des Herrn BM mit dem italienischen AM Malfatti am 18.9. in Bonn[2]
hier: Gesprächsaufzeichnung am Nachmittag des 18.9. von 14.35 Uhr an

Begleitende Maßnahmen im Rahmen der MBFR

(Protokollführung wurde während des bereits in Gang befindlichen Gesprächs nach dem Mittagessen der beiden AM übernommen.)

D2[3]: Die Frage der geographischen Begrenzung bei MBFR sei ein besonderes Problem. Es bestehe die Gefahr, daß durch eine geographische Einschränkung des Vertragsraums Differenzierungen innerhalb des Bündnisses erfolgten. Dies sei schwerer für den Westen, weil die SU auf der anderen Seite mit ihrem militärischen Potential außerhalb des Vertragsraumes bleibe. Es bedeute, daß der Westen abrüste, während die SU ihre Truppen nur abzuziehen brauche und sie jederzeit zurückverlegen könne. Aus diesem Grunde sei das Prinzip der Kollektivität von so besonderer Bedeutung.

BM: Der BM macht hier den Einwurf, die ganze MBFR habe vor allem Bedeutung für die Frage, ob ein Angriff aus dem Stand möglich sei. Angesichts der Transportkapazität der SU könne diese ihre Truppen schnell zurückführen. Dagegen sei bei uns der grenznahe Raum besonders dicht besiedelt. In diesem Raum lägen Großstädte wie Lübeck, Hamburg, Hannover und Kassel. Im Falle eines Angriffes könnten wir nicht einmal die Wehrpflichtigen aus diesem Raum herausführen. Dies alles müsse bei der Diskussion über die vertrauensbildenden Maßnahmen[4] in Betracht gezogen werden. Die vertrauensbildenden Maßnahmen seien insofern ein Erfolg, weil sie in die SU hineinwirken könnten.

D2: Bei uns bestehe eine Präferenz, die begleitenden Maßnahmen (Vorschlag 1 und 4) aus der MBFR heraus- und in die KSZE zu übernehmen. Im Moment befände man sich aber in der ganzen Frage in einer Sackgasse.[5] Die USA wür-

1 Entwurf.

2 Der italienische Außenminister Malfatti hielt sich anläßlich des Besuchs von Staatspräsident Pertini vom 18. bis 22. September 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch 272.

3 Klaus Blech.

4 Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

5 Ministerialdirektor Blech legte am 31. August 1979 zu den Verhandlungen über begleitende Maßnahmen im Rahmen von MBFR dar: „In der NATO wird zur Zeit der Entwurf einer Weisung beraten, die die Unterhändler in Wien instand setzen soll, dem Osten in der 19. Verhandlungsrunde ein Paket begleitender Maßnahmen vorzuschlagen. Die Maßnahmen 1 und 4 (Ankündigung von Divisionsaktivitäten außerhalb der Kasernen und Beobachtereinladungen hierzu) sind noch ausgeklammert. [...] Beide Maßnahmen werden in Wien vorgeschlagen, jedoch mit dem geographischen Anwendungsbereich des KSZE-Territoriums aller MBFR-Teilnehmer. Falls sich der Osten bis Madrid hierauf nicht einläßt, werden die westlichen Alliierten diese Maßnahmen in ihre Vorschläge

den sowohl aus innenpolitischen Gründen als auch mit Rücksicht auf die Vorwarnzeiten die Maßnahme gerne verbindlich machen. Man müsse sich aber fragen, ob eine Rechtsverbindlichkeit solche Maßnahmen besser machen würde. Nur wenn jemand freiwillig CBMs einhalte, handele es sich um echte Vertrauensbildung. Wenn in diesen Fragen eine Einigung unter den Verbündeten nicht erzielt werden könne, so sollten die beiden begleitenden Maßnahmen besser in der KSZE untergebracht und in Madrid[6] vereinbart werden.

GS Gardini wies darauf hin, daß die deutsche Haltung in diesem Punkt der italienischen Seite klar und verständlich sei. Wenn es zur Verifizierung und zu vertrauensbildenden Maßnahmen komme, „dann sind wir alle Deutsche". Die Ausweitung der vertrauensbildenden Maßnahmen sei aber auch eine politische Frage. Italien könne in der Sache den deutschen Vorstellungen zustimmen. Man könnte aber auch den französischen Vorschlag[7] zur Prüfung heranziehen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1329

zur KSZE-Folgekonferenz 1980 aufnehmen." Vgl. VS-Bd. 11434 (221); B 150, Aktenkopien 1979.
Botschafter Ruth erteilte der Ständigen Vertretung bei der NATO am 31. August 1979 folgende Weisung für eine Erklärung auf der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 3. September 1979: „In Übereinstimmung mit dem Grundsatzdokument der NATO zu MBFR sind wir der Auffassung, daß begleitende Maßnahmen um so eher ihre Zielsetzung erfüllen, je mehr Territorium im Osten von ihnen erfaßt wird. Zwar halten wir eine Beschränkung von Maßnahmen, die reduzierungsbezogen sind und insbesondere der Verifikation dienen, auf den Raum der Reduzierungen für gerechtfertigt. Anders ist es bei den Maßnahmen, die im Kern die gleiche Materie wie die vertrauensbildenden Maßnahmen der KSZE betreffen und im Grunde unabhängig von MBFR sind. Wenn wir solche Maßnahmen nur für die Anwendung im Raum der Reduzierungen vorschlagen, akzentuieren wir ohne Not die Besonderheit dieses Raums gegenüber dem Rest des Bündnisses durch ein neues Element. Außerdem besteht die Gefahr, daß die bestehenden KSZE-CBMs abgewertet würden, wenn vergleichbare Maßnahmen für einen geographischen Anwendungsbereich bei MBFR vereinbart würden." Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 13141 (212); B 150, Aktenkopien 1979.
Am 6. September 1979 teilte Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), mit: „In Sitzung Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene vom 6.9.79 ergänzten Amerikaner absprachegemäß den von uns eingebrachten Kompromiß zur Behandlung vertrauensbildender Maßnahmen bei MBFR um ihre Vorstellungen. Wir haben bündnisinterne Absprache über eventuelle Behandlung der Maßnahmen bei KSZE vorgeschlagen. Mehrere Verbündete (FR, NL, NO, DK, BE) äußerten Vorbehalte gegenüber beabsichtigtem Vorgehen, die sich sowohl auf die Ausweitung des Anwendungsbereichs von Maßnahmen 1 und 4 als auch auf die Beteiligung indirekter Teilnehmer an MBFR-Vereinbarungen und auf die enge Verknüpfung von MBFR und KSZE einschließlich der Gefahr einer Schaffung doppelter Maßstäbe bei KSZE bezogen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 898; VS-Bd. 11513 (221); B 150, Aktenkopien 1979.
Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), stellte am 10. September 1979 zur italienischen Haltung fest: „Italien sprach sich mit Hinweis auf bekannte It[alien]-Position gegen deutschen Kompromißvorschlag aus, durch den Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Teilnehmern beseitigt werde. Im Interesse schneller Verabschiedung des A[ssociated]-M[easures]-Paketes trete man für Überweisung der beiden Maßnahmen an KSZE ein". Vgl. den Drahtbericht Nr. 909; VS-Bd. 11514 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

6 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

7 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 3, Anm. 16.
Am 27. September 1979 vermerkte Vortragender Legationsrat Ehni: „Franzosen trugen ihre am 12./13.9.79 im Politischen Ausschuß der NATO eingeführten Vorschläge für Maßnahmen zur Vertrauensbildung und Transparenz im Rahmen einer Phase I der KAE vor. Sie sind mit der Einbindung der KAE in den KSZE-Prozeß einverstanden. Für das KSZE-Folgetreffen in Madrid streben sie ein allgemein gehaltenes Mandat für ein Gremium auf hoher Ebene an, das sich nach Madrid konstituieren und sich mit Maßnahmen zur Vertrauensbildung und Transparenz befassen soll. Sie betonen, daß pragmatisches Vorgehen wichtig sei. Zur weiteren Behandlung ihrer Vorschläge denken sie an eine Ad-hoc-Gruppe. [...] Franzosen betonten: Ausschluß von Nuklearwaffen und von

Daher sei es notwendig, zu klären, welche Vorstellungen die Franzosen mit ihrem Vorschlag eigentlich verbänden.

D2 griff dieses Stichwort auf und meinte, der französische Vorschlag sei in diesem Zusammenhang ohne Zweifel von Bedeutung. Man könne u. U. aus der Sackgasse herauskommen, wenn man sich auf der Basis des französischen Vorschlages bewegen könne. Es sei besser, die vertrauensbildenden Maßnahmen von dem geographischen Rahmen bei MBFR zu lösen, da auch der französische Vorschlag über diesen Rahmen hinausgehe.

Voraussetzung sei allerdings, daß die Franzosen ihre Vorschläge operativ konkretisierten. Man solle Frankreich ermutigen, seine Vorschläge handgerechter zu machen. Bisher handele es sich mehr um Philosophie, und man verstehe eigentlich nicht so recht, aus welchem Grunde dies nicht schon konkreter sei.

Gardini warf hier lachend ein, die Franzosen hätten Angst vor den Amerikanern. *AM Malfatti* schaltete sich danach wieder ein und meinte, die deutschen und die italienischen Ansichten stimmten in zwei Punkten (Datenfrage und Kollektivität) überein. Über den dritten Faktor müsse unter Berücksichtigung des französischen Vorschlages und der Vorbereitung der KSZE-Konferenz in Madrid noch nachgedacht werden. Er frage sich, ob es angesichts dieser Lage nicht nützlich sei, auf bilateraler Ebene mit den Franzosen zu sprechen, um alle die Elemente zusammenzubringen, die zu einer brauchbaren Lösung notwendig seien. Angesichts des unreifen Stadiums der französischen Vorschläge müsse die Diskussion zu ihrer Substanz vertieft werden.

Guardini wies darauf hin, daß die Frage der Ausweitung des geographischen Raumes für CBMs in Brüssel diskutiert werde. Es hänge vom deutschen Interesse ab, ob dies ohne Rücksicht auf Madrid voranzutreiben sei. Eine Ausdehnung erschiene jedoch aus italienischer Sicht nur sinnvoll, wenn sie sich nicht nur nach Norden erstrecke, sondern auch Griechenland und die Türkei mit erfasse.

D2 meinte dazu, die Frage der Einbeziehung der Türkei und Griechenlands und Italiens sei ein Problem der Flankensicherheit. Darüber gebe es bisher keine profunde Diskussion. Dieses Thema gehöre nach Brüssel.

Es sei aber denkbar, das Problem der Flankensicherheit bei MBFR als Merkposten für später einzubringen. Wenn heute schon Flankenprobleme miteingebracht würden, werde man mit den vertrauensbildenden Maßnahmen nicht weiterkommen.

Guardini regte daraufhin an, die gerade behandelten Fragen durch die Abrüstungsexperten beider Länder auf einem bilateralen Treffen zu diskutieren.[8] Dabei könnte dann auch das Problem der Flankensicherung behandelt werden.

BM stimmte dieser Anregung zu.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1330

Nuklear- sowie Seestreitkräften aus Verhandlungsmaterie der KAE. Verknüpfung von Phase I mit Phase II (konventionelle Abrüstung), obwohl sie dazu immer noch keine konkreten Vorstellungen (welche Sicherheitskriterien sollen der konventionellen Abrüstung zugrunde gelegt werden?) vorlegen konnten." Vgl. Referat 221, Bd. 116931.

8 Die Konsultationen über Sicherheitspolitik zwischen der Bundesrepublik und Italien fanden am 11. Januar 1980 in Rom statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge vom 16. Januar 1980; B 150, Aktenkopien 1980.

Gardini unterstrich ergänzend noch einmal, daß die Kernpunkte der Diskussion die Fragen der vertrauensbildenden Maßnahmen sein müßten, andernfalls käme alles durcheinander.

D2 meinte abschließend, es sei für uns interessant gewesen zu hören, welche Schwierigkeiten die italienische Seite habe, vertrauensbildende Maßnahmen auf Italien zu übernehmen. Wenn allerdings die vertrauensbildenden Maßnahmen nur auf den Reduzierungsraum bei MBFR übernommen würden, dann sei der seinerzeit in Helsinki erzielte Erfolg umsonst gewesen.

BM schnitt dann das Thema der spanisch-arabischen Beziehungen an. Aufgrund dieser traditionell guten Beziehungen habe Spanien bisher keine diplomatischen Beziehungen mit Israel.[9] Er gehe aber davon aus, daß Madrid solche Beziehungen noch vor seinem EG-Beitritt[10] aufnehmen würde. Der Besuch Arafats in Madrid sei im übrigen nur im Zeitpunkt überraschend gewesen.[11] Er sei ein Versuch zur Aufwertung der PLO. Für ihn stelle sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob Israel mit seiner gegenwärtigen Haltung nicht wichtige Verhandlungszeit verstreichen lasse. Er sage dies als Freund Israels. Ihm erscheine mit dem Blick auf das personelle Umfeld – Sadat, Hussein, Assad und Saudi-Arabien, dessen Haltung sehr verantwortungsvoll sei, – die gegenwärtige Zeit relativ günstig, ohne daß Israel davon Gebrauch mache. Was die Rede der irischen Präsidentschaft vor der 34. GV zu diesem Thema betreffe, so sei seit dem Ministertreffen in Dublin[12] kein neuer Anstoß erfolgt. Wir würden deshalb abwarten, was in New York geschehe, würden aber eine konstruktive Haltung einnehmen.[13]

Malfatti berichtete daraufhin über ein Gespräch mit dem libanesischen AM Boutros, den er nach dessen Rückkehr aus Havanna[14] gesehen habe. B. habe sich sehr besorgt gezeigt, wie sich die Lage im Libanon entwickeln werde, sowohl im Falle einer baldigen Lösung des Nahost-Konfliktes, als auch wenn dies

9 Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Spanien vgl. Dok. 116, Anm. 15.

10 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 56, Anm. 27.
Am 24. September 1979 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse von Kyaw die Botschaft in Madrid: „Am 18. September fand in Brüssel das erste Ministertreffen EG–Spanien statt, mit dem die Sachverhandlungen zwischen beiden Seiten über den EG-Beitritt Spaniens begannen. Die Verhandlungen sind damit in ihre zweite Phase getreten, nachdem man sich bei einem Treffen auf Stellvertreter-(Botschafter-)Ebene am 15. Juni d. J. über Organisation und Verfahren der Verhandlungen geeinigt hatte. [...] Minister Calvo Sotelo äußerte am 18. September in Brüssel den Wunsch, die Beitrittsverhandlungen bis Ende nächsten Jahres zum Abschluß zu bringen. Wir teilen diesen Wunsch durchaus. Ob sich das spanische Zeitziel allerdings einhalten läßt, ist sehr fraglich. Die Beitrittsverhandlungen mit Griechenland dauerten immerhin etwa drei Jahre. Fragen, die sich dort als problematisch erwiesen (Agrarbereich, Frage der Freizügigkeit), werden bei Verhandlungen mit Spanien um ein Mehrfaches verstärkt wiederkehren. Die umfangreiche spanische Agrarproduktion in den Gemeinsamen Markt einzugliedern, wird vor allem mit Rücksicht auf Frankreich und Italien mehr Anstrengungen erfordern als im Falle Griechenlands." Vgl. den Schrifterlaß; Referat 410, Bd. 121698.

11 Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, hielt sich am 13./14. September 1979 in Spanien auf.

12 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 11. September 1979 in Dublin vgl. Dok. 265.

13 Zur Rede des irischen Außenministers O'Kennedy am 25. September 1979 vor der UNO-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 265, Anm. 13.

14 Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt. Vgl. dazu Dok. 266, Anm. 4 und 7.

nicht der Fall sei. Es sei daher notwendig, die Vereinbarungen von Camp David[15] durch zusätzliche Vereinbarungen zu ergänzen.

BM bemerkte dazu, das Ergebnis von Havanna müsse vor dem Hintergrund der historischen Persönlichkeit von Tito gesehen werden. Wäre dieser nicht dagewesen, so wäre alles anders verlaufen. Die Frage sei, wer eines Tages an seine Stelle treten könne. Sadat habe vielleicht die Statur, aber solange er in der gegenwärtigen Weise in die Nahost-Krise verwickelt sei, gehe das nicht. Dies zeige einmal mehr, daß die Nahost-Frage nicht nur regional, sondern von weltpolitischer Bedeutung für das Gleichgewicht auf allen Gebieten sei. Er habe versucht, dies dem israelischen AM Dayan deutlich zu machen.[16] Die Ausgangslage in Havanna sei sehr schlecht gewesen. Es müsse aber als ein Erfolg betrachtet werden, daß Ägypten nicht ausgeschlossen worden sei. Die nichtkommunistischen Länder hätten diesmal von ihrem Gewicht Gebrauch gemacht. Ein guter Teil des Erfolges sei Jugoslawien zu verdanken, das sich auf die Konferenz sorgfältig vorbereitet und sein halbes Außenministerium mitgebracht hat. Dies habe auch einiges bewirkt. Es habe sich auch gezeigt, daß sich die Politik der Neun gegenüber den afrikanischen Staaten sehr bewährt habe. Gerade die Frontstaaten[17] hätten eine konstruktive Rolle gespielt. Wir müßten deshalb unsere partnerschaftliche Politik gegenüber der Dritten Welt fortsetzen. Hier seien wir gegenüber der SU im Vorteil. Das bedinge aber auch, daß das Problem Südafrika bald gelöst werden müsse.

Vollsitzung der Delegation am Nachmittag des 18.9.

Finanzfragen der Gemeinschaft und Konvergenz[18] (siehe hierzu Protokoll der Abteilung 4[19])

15 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

16 Der israelische Außenminister Dayan hielt sich vom 9. bis 11. September 1979 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher vgl. Dok. 260.

17 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia und Tansania.

18 Ministerialdirektor Lautenschlager führte am 25. September 1979 zur Frage einer Konvergenz der wirtschaftlichen Leistungen der EG-Mitgliedstaaten aus: „Auf britisches und italienisches Drängen hat der ER in Straßburg die Kommission um eine Untersuchung gebeten, in der die finanziellen Probleme der Anwendung des Haushaltssystems für die Situation jedes M[itglied]S[taats], insbesondere in den Jahren 1978 und 1980, dargelegt werden. Die Kommission hat diese Untersuchung Anfang September vorgelegt. Sie ergab, daß die britischen Nettoleistung im Jahr 1980 voraussichtlich 1,55 Mrd. ERE betragen wird, womit GB die höchste Nettoleistung von allen MS erbringen würde. Die Untersuchung der Kommission ist auf der Tagung der Wirtschafts- und Finanzminister am 17.9. einer ersten Prüfung unterzogen worden. Der Rat wird seine Erörterung am 15. Oktober fortsetzen." Vgl. Referat 412, Bd. 122402.

19 Vortragender Legationsrat I. Klasse Möhler hielt am 19. September 1979 fest: „Außenminister Malfatti legte [...] ausführlich die italienische Position dar. Die gemeinsame Agrarpolitik erweise sich in mehrfacher Hinsicht als eine Belastung für die italienische Wirtschaft. Die Ausgaben der Gemeinschaft zur Stützung der Agrarpreise kämen in erster Linie Produkten zugute, die in Italien nur in beschränktem Umfang angebaut würden. Die Mittelmeerprodukte, an denen Italien in erster Linie interessiert sei, genössen demgegenüber nur eingeschränkten Schutz. Da die Agrarausgaben 70% des Gemeinschaftshaushalts verschlängen, kämen die Strukturhilfen der Gemeinschaft, an denen Italien besonders interessiert sei, zu kurz. Bezeichnend sei die Entscheidung des Haushaltsrats, für den Regionalfonds 1980 lediglich 850 Mio. ERE vorzusehen, nachdem die Kommission einen Ansatz von 1,2 Mrd. ERE vorgeschlagen habe. Das im Verhältnis zum Weltmarkt überhöhte Agrarpreisniveau der Gemeinschaft belaste zunehmend die italienische Zahlungsbilanz. [...] AM Malfatti kritisierte den Bericht, den die Kommission zur Konvergenzfrage vorgelegt hat. Er werde der Bitte des ER nicht gerecht, da er sich einseitig auf Haushaltsaspekte konzentriere und

Im Anschluß an die Diskussion der wirtschaftlichen Fragen nahm *BM* die politische Diskussion mit Malfatti wieder auf. Er richtete an AM Malfatti die Frage, wie die italienische Seite zu dem Vorschlag einer Konferenz der EG-Staaten mit den ASEAN-Staaten stehe.[20] Die Vorbereitung einer solchen Konferenz sei eigentlich noch Sache der irischen Präsidentschaft, doch werde dies aus zeitlichen Gründen wahrscheinlich der anschließenden italienischen Präsidentschaft[21] zufallen. Es interessiere ihn daher zu erfahren, ob Italien dem Plan zu einer solchen Konferenz ähnlich positiv gegenüberstehe wie wir.

Malfatti meinte darauf, er wolle die Anregung gerne aufnehmen. Wenn eine solche Konferenz zustande käme, so sollte daran gedacht werden, etwas ähnliches evtl. auch für die lateinamerikanischen Staaten vorzusehen.

BM sprach sich darauf für einen intensiven Dialog der EG mit den lateinamerikanischen Staaten aus. Es sei notwendig, daß sich die EG auch gegenüber diesen Ländern ihrer Verantwortung bewußt sei. Die Frage solle unter politischen Aspekten im nächsten PK im Oktober behandelt werden.[22]

Abschließend dankte der BM seinem italienischen Gesprächspartner und der italienischen Delegation für den intensiven und offenen Meinungsaustausch, der ein klares Bild von den italienischen Vorstellungen in allen behandelten Fragen vermittelt habe. Das Gespräch sei insgesamt, und dafür müsse er sich besonders bedanken, aber nicht nur ergiebig, sondern von vertrauensvollem und freundschaftlichem Geist gekennzeichnet gewesen.

Referat 203, Bd. 115877

Fortsetzung Fußnote von Seite 1333

eine umfassende Untersuchung der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Auswirkungen der Beteiligung jedes Mitgliedstaats an der Gemeinschaft vermissen lasse." Vgl. Referat 203, Bd. 115877.

20 Die zweite Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten fand am 7./8. März 1980 in Kuala Lumpur statt. Vgl. dazu den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ellerkmann vom 17. März 1980; AAPD 1980.

21 Italien hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1980 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

22 Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit informierte am 15. Oktober 1979 über die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 11./12. Oktober 1979 in Dublin: „Ursprünglich als Schwerpunktthema für das PK vorgesehen, verlief Diskussion des TOP Lateinamerika zügig und unkontrovers. Diskussion zeigte freilich auch Schwierigkeit, Beziehungen Europas zu einem Kontinent insgesamt zu erfassen. Es bestand Einigkeit, daß Beziehungen Europas mit Lateinamerika auch in Zukunft im wesentlichen bilateral verfaßt sein werden." Vgl. den Runderlaß Nr. 5167; VS-Bd. 11078 (200); B 150, Aktenkopien 1979.

271

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager

422-411.10 FRA-499/79 geheim **18. September 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Deutsch-französische Koproduktion von Rüstungsgütern;
hier: französische Lieferungen nach China

Zweck der Vorlage: Unterrichtung

1) Nach deutsch-französischen Kontakten hatten die Franzosen zu Beginn des Jahres 1978 auf Regierungs- und auf Firmenebene Verhandlungen mit der VR China über die Lieferung von mehreren tausend „Hot"-Panzerabwehrraketen und die Lizenzvergabe für den Nachbau von „Hot" in China aufgenommen.[4]

2) Kurz darauf teilte die Fa. Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) den Ressorts mit, daß es nach ihrer Ansicht unerläßlich sei, daß zur Durchführung dieses französischen Vorhabens auch deutsche Techniker und Monteure für etwa zwei bis drei Jahre nach China gingen, um dort beim Aufbau der Produktion zu helfen; ebenso sei es notwendig, chinesische Techniker und Ingenieure in Werkstätten von MBB in der Bundesrepublik in die Produktion gewisser Teile der Waffensysteme (Abschußanlagen) einzuweisen, da diese Teile nur in der Bundesrepublik hergestellt werden.[5]

3) Daraufhin hatte der BSR am 17.11.1978 entschieden, daß dem französischen Kooperationspartner auf hoher politischer Ebene durch das AA mitgeteilt werden solle, daß die Bundesrepublik Waffenlieferungen und Lizenzvergaben an die VR China grundsätzlich ablehnt, im Interesse der Koproduktion mit Frankreich von einem formellen Konsultationsersuchen jedoch Abstand nehme; die französische Regierung sollte gebeten werden, darauf hinzuwirken, daß deut-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pabsch und von Vortragendem Legationsrat Bosch konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau und Legationsrat I. Klasse Petersmann am 19. September 1979 vorgelegen.
Hat Amtsrat Kusnezow am 20. September 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Lautenschlager verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat von Studnitz am 20. September 1979 vorgelegen.
Hat Lautenschlager am 20. September 1979 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Freiherr von Stein und Referat 422 verfügte.
Hat Stein am 20. September 1979 vorgelegen.
Hat Pabsch erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S[iehe] dazu DB Peking 1662 v[om] 10.10.80 (offen – 411.10 CHN): L[au]t Vertreter fr[an]z[ösischer] Botschaft wurde Lieferung v[on] Panzer- und Luftabwehrsystemen seit langem erörtert."

2 Hat Staatssekretär Hermes am 19. und erneut am 20. September 1979 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 20. September 1979 vorgelegen.
An dieser Stelle vermerkte Amtsrat Kusnezow handschriftlich: „S[iehe] Seite 2." Vgl. Anm. 11–13.

4 Zu den Verhandlungen über die Lieferung der Panzerabwehrraketen „Hot" und „Milan" durch Frankreich an die Volksrepublik China vgl. Dok. 129, Anm. 3.

5 Das Auswärtige Amt wurde am 5. Oktober 1978 vertraulich davon in Kenntnis gesetzt, daß zur Einrichtung einer Produktion von „Hot"-Panzerabwehrraketen in der Volksrepublik China eine Entsendung von Technikern aus der Bundesrepublik notwendig sei. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 333.

sche Staatsangehörige an der Anbahnung und Abwicklung dieser Geschäfte nicht beteiligt werden.

StS Dr. Hermes hatte daraufhin bei Konsultationen in Paris am 19.12.1978 Generalsekretär Soutou vom französischen Außenministerium in diesem Sinne unterrichtet.[6] Generalsekretär Soutou hatte erwidert, er sähe keine Schwierigkeiten, unserem Wunsche zu entsprechen.

Auch die Geschäftsführung von MBB wurde von den Ressorts darauf hingewiesen, daß eine Entsendung deutscher Techniker nach China sowie die Ausbildung von Chinesen an Fertigungsanlagen in der Bundesrepublik nicht möglich sei.

4) Wie uns das Kanzleramt (Gespräch von MD Ruhfus mit Generalsekretär Wahl vom französischen Präsidialamt am Rande des Tokioter Wirtschaftsgipfels[7]) mitgeteilt hat, habe Frankreich – GS Wahl zufolge – sich im Interesse der Entspannungspolitik und der französisch-sowjetischen Beziehungen entschlossen, seine Position hinsichtlich der Waffenlieferungen an China zu ändern; F werde China sicher keine Produktionsanlagen für „Milan" und „Hot" liefern; wahrscheinlich würde F aber auch keine in F gefertigten „Milan" und „Hot" mehr nach China liefern.[8]

Das BMVg hat uns kurz darauf mitgeteilt, der französische Rüstungsdirektor Martre habe kürzlich MD Eberhard[9] (BMVg) gesagt, das gesamte Projekt werde von französischer Seite nicht weiterverfolgt.

Folgende Erklärungen für die französische Entscheidung bieten sich an:[10]

a) französische Bedenken außenpolitischer Art gegen das Geschäft,[11]

b) chinesische Abstandnahme von dem Vorhaben infolge von Finanzierungsschwierigkeiten,

c) Unmöglichkeit der französischen Firmen, ohne Beteiligung deutscher Firmen (Entsendung von Spezialisten nach China, Einweisung chinesischer Techniker bei MBB) das Vorhaben durchzuführen.[12]

Wenn der letztgenannte Punkt tatsächlich eine wesentliche Rolle gespielt haben sollte, so ist es bemerkenswert, daß die Franzosen nicht versucht haben, uns zu einer Änderung unserer Haltung zu bewegen.[13]

Lautenschlager

VS-Bd. 9520 (422)

6 Vgl. dazu die Aufzeichnung des Staatssekretärs Hermes vom 21. Dezember 1978; AAPD 1978, II, Dok. 394.

7 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

8 Zum Gespräch des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt, mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, und dem Generalsekretär des französischen Außenministerium, Wahl, am 29. Juni 1979 vgl. Dok. 193.

9 Korrigiert aus: „Ehrhard".

10 Dazu vermerkte Staatssekretär Hermes handschriftlich: „Auch sowjetischer Druck."

11 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

12 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher gestrichen.

13 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher gestrichen.

272

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Pertini

VS-NfD **19. September 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem italienischen Staatspräsidenten Pertini am 19. September 1979 von 15.50 bis 17.25 Uhr im Bundeskanzleramt[2]

Weitere Gesprächsteilnehmer: AM Malfatti, Botschafter Malfatti di Montetretto, Botschafter Orlandi-Contucci, StS van Well, Botschafter Arnold, MDg von der Gablentz, zwei Dolmetscherinnen.

Bundeskanzler betont seine herzliche Freude über den Besuch Pertinis. Er unterstreicht wie in seiner Tischrede[3] sein Bemühen, das geschichtliche Fundament unserer Partnerschaft in Europa ins Bewußtsein zu heben. Er tut das im Westen wie im Osten, weil er glaubt, daß die Völker Europas über die Politik des Gleichgewichts und ihre wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit hinaus wissen müssen, wieviel sie einander verdanken. Wir Deutsche verdanken den Italienern viel mehr als umgekehrt. Aber dank der europäischen Integration ist die Geschichte Europas nicht am Ende. Wir haben also die Chance, unseren Rückstand noch etwas aufzuholen.

Pertini freut sich, den im Quirinal begonnenen Meinungsaustausch fortzusetzen.[4] Er ist in seinen Tischreden[5] auf die italienischen Gastarbeiter und die kulturellen Bande zwischen beiden Staaten eingegangen, weil er davon ausgeht, daß es erst dann Zusammenarbeit und Solidarität unter den Völkern geben wird, wenn sie einander kennen. Er erinnert an seinen Einsatz für den Frie-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 20. September 1979 gefertigt und am 24. September an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Bundesministers" übermittelt.
Hat Wallau am 25. September 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Orig[inal] BM n[ach] R[ückkehr]. 2) In Ablichtung: H[errn] StS, D 2, Dg 20, RL 203."
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 26. September 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte auf Wunsch BK-Amts als VS-NfD einstufen."
Hat Vortragendem Legationsrat van Setten am 26. September 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf Finck von Finckenstein „n[ach] R[ückkehr] (1.10.)" und Vortragenden Legationsrat Bensch verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „An[kunft] bei 203 am 26.9.79 nachm[ittags]."
Hat van Setten am 27. September 1979 erneut vorgelegen.
Hat Finck am 1. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Bensch vorgelegen.

2 Staatspräsident Pertini hielt sich vom 18. bis 22. September 1979 in der Bundesrepublik auf und besuchte am 19./20. September 1979 Berlin (West).

3 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 19. September 1979 in Bad Godesberg vgl. BULLETIN 1979, S. 1024–1026.

4 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 8. bis 10. Juli 1979 in Italien und im Vatikan auf. Für das Gespräch mit Ministerpräsident Andreotti am 10. Juli 1979 in Rom vgl. Dok. 206.

5 Vgl. dazu die Rede des Staatspräsidenten Pertini am 18. September 1979 in Brühl; BULLETIN 1979, S. 1022–1024.

den bereits in der Zeit vor und während des Ersten Weltkriegs. Von seinen vielen Erfahrungen hat ihn am meisten das instinktive Entgegenkommen der italienischen Bevölkerung auch gegenüber den österreichischen Kriegsgefangenen im Ersten Weltkrieg berührt. Der Krieg löst keine Probleme, sondern schafft nur neue. Im Dialog der Völker bildet sich der gemeinsame Grund für eine Verständigung. Er würdigt den Einsatz des Bundeskanzlers, der Bundesregierung und des deutschen Volks gegen Militarismus und Krieg. Der deutsche Beitrag zum Frieden in Europa liegt im Interesse der gesamten Menschheit.

Bundeskanzler dankt dem Präsidenten für seine Absicht, Berlin zu besuchen[6], und würdigt seinen Besuch in Flossenbürg. Er wertet es als eine noble Geste seines innenpolitischen Gegners Strauß, den Präsidenten nach Flossenbürg zu begleiten.[7]

Seine eigenen Erfahrungen sind vom Zweiten Weltkrieg geprägt, den er von Anfang bis Ende als Soldat miterlebt hat. Die Generation der Staatsmänner, die den Krieg noch voll miterlebt haben, ist dabei abzutreten, nicht nur bei uns, sondern auch in der Sowjetunion. In zehn Jahren wird in den Kabinetten der europäischen Staaten kein Politiker sitzen, der den Krieg voll miterlebt hat. Auf unserer Generation liegt daher eine besondere Verantwortung, da sie nicht voll darauf vertrauen kann, daß ihre Nachfolger die Schrecken eines Krieges voll begreifen. Er stimmt hierin mit Breschnew, wie er aus mehreren Unterhaltungen weiß, voll überein. Auch Breschnew liegt daran, den Frieden zu stabilisieren, um nicht fürchten zu müssen, daß das Werk der Gleichgewichtspolitik nach seinem Tode gefährdet wird. Zu Breschnew und der Sowjetunion ist allerdings hinzuzufügen, daß der Frieden nicht nur auf dem Vertrauen auf friedliche Gesinnung des Gegenspielers aufbauen kann, sondern dafür auch die rationalen und tatsächlichen Voraussetzungen geschaffen und erhalten werden müssen. Die Bundesrepublik hat durch die Politik Brandts und Scheels, die von Genscher und ihm fortgesetzt wurde, dazu beigetragen, durch die Ostverträge[8] (die uns nicht leicht gefallen sind) und das Vier-Mächte-Abkommen über

6 Am 25. September 1979 informierte Vortragender Legationsrat Boll über den Besuch des Staatspräsidenten Pertini am 20. September 1979 in Berlin (West): „Das Auftreten des Staatspräsidenten in Berlin zeugt von dem lebhaften Interesse des hohen Gastes an der deutschen Frage und dem Schicksal der alten Hauptstadt. Beeindruckt von der Gedenkstätte für die Opfer des NS-Regimes in Plötzensee (‚ein Beweis dafür, daß das deutsche Volk zur Bekämpfung des Nationalsozialismus beigetragen habe') und der Berliner Mauer, appellierte Pertini [...] an die Jugend in aller Welt, darüber nachzudenken, was Diktatur bedeute".Vgl. den Runderlaß Nr. 107; Referat 012, Bd. 111778.

7 Zum Besuch des Staatspräsidenten Pertini und des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß am 22. September 1979 in der Gedenkstätte Flossenbürg vgl. den Artikel „Pertini umarmte den Bayern: Sie haben ein Temperament wie wir"; DIE WELT vom 24. September 1979, S. 1.

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.
Für den Wortlaut des Vertrags vo, 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

Berlin[9] diese Voraussetzungen zu schaffen. Ohne die deutsche Ostpolitik und ohne Breschnews Westpolitik wäre der KSZE-Prozeß nicht möglich gewesen.

Diese Entspannungspolitik hat keine Zukunft, wenn SALT II nicht ratifiziert wird.[10] Eine Nicht-Ratifizierung dieses von drei amerikanischen Präsidenten[11] und ihren Außenministern[12] ausgehandelten Vertrages würde zu einem Erdrutsch im Vertrauen auf die Führungsfähigkeit der USA im Osten wie im Westen führen. Die wegen der bevorstehenden Wachablösung in Moskau und eines möglichen Regierungswechsels in den USA[13] ohnehin nur schwer zu kalkulierende künftige Entwicklung würde noch weniger kalkulierbar. In dieser Lage kommt es darauf an, soviel Faktoren des Gleichgewichts und der Stabilität zu schaffen wie möglich.

Hierfür ist weiterhin die Verbindung der westlichen Staaten in einer gemeinsamen Verteidigungsallianz von größter Bedeutung. Vor 20 Jahren wurde die Stabilität Europas von der hohen Überlegenheit der Amerikaner auf dem Gebiet der kontinentalstrategischen Waffen garantiert. Daher konnte auch die hohe Überlegenheit der Sowjetunion bei der konventionellen Bewaffnung hingenommen werden. Er hat bereits vor 20 Jahren in einem Buch vorhergesagt, daß sich diese Art Gleichgewicht nicht aufrechterhalten lassen wird, da die Sowjetunion es durch ihre Nachrüstung aus den Angeln hebt.[14] Diese Entwicklung, die auch von anderen vorhergesagt wurde, vollzog sich in den 60er Jahren. SALT konstatiert diesen Zustand und garantiert die Parität strategischer Waffen für die Zukunft.

Er begrüßt diese nuklearstrategische Parität, erinnert aber daran, daß er bereits vor zehn Jahren in einem weiteren Buch darauf hingewiesen hat, daß sie das Ungleichgewicht in anderen Bereichen um so stärker in Erscheinung treten läßt und es daher nötig macht, das Gleichgewicht auch auf anderen Ebenen herzustellen.[15] Es handelt sich einmal um die konventionelle Rüstung, über die in den Wiener Verhandlungen[16] beraten wird, und zweitens um die mittlere Ebene der von den USA sogenannten TNF, auf deutsch: die eurostrategischen Nuklearwaffen, die die USA nicht erreichen, aber europäische Städte auslöschen können. Auf dieser mittleren Ebene der eurostrategischen Waffen müssen wir eine rapide Aufrüstung der Sowjetunion feststellen, ohne daß auf westlicher Seite irgendein Gegengewicht entwickelt worden ist. Dabei geht es nicht nur um die SS-4 und -5, sondern insbesondere die moderne SS-20-Rakete und den Langstreckenbomber „Backfire". Wenn sich diese Entwicklung fünf weitere

9 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

10 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 262, Anm. 12.

11 Richard M. Nixon, Gerald R. Ford, James E. Carter.

12 William P. Rogers, Henry A. Kissinger, Cyrus R. Vance.

13 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

14 Vgl. dazu Helmut SCHMIDT, Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO, Stuttgart 1961.

15 Vgl. dazu Helmut SCHMIDT, Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart 1969.

16 In Wien fanden seit 30. Oktober 1973 die MBFR-Verhandlungen statt.

Jahre ungebremst fortsetzt, so entsteht in Europa eine Lage, in der der Abschluß von Abkommen, wie z. B. der Ostverträge oder des Vierer-Abkommens über Berlin, die alle das bestehende strategische Gleichgewicht voraussetzten, nicht mehr möglich wäre. Die Fortsetzung der Politik des Gleichgewichts und der Entspannung würde in Gefahr geraten, da man darüber hinaus auch noch mit unkalkulierbarem Wechsel von Personen an der Spitze der beiden Weltmächte rechnen muß. Auch Breschnew[17], mit dem er hierüber ebenso wie mit Kossygin und Gromyko[18] gesprochen hat, erkennt an, daß hier ein Problem liegt, das gelöst werden muß. Weder die Sowjets noch die Amerikaner haben Lösungsvorschläge gemacht. Die USA haben sich dieser Frage erst ernsthaft angenommen, als sie das wesentliche Gegenargument zu dem von ihnen ausgehandelten SALT-II-Abkommen zu werden drohte. Nachdem sie noch vor zwei Jahren seine Warnungen in den Wind geschlagen hatten, ließen sich die Amerikaner erst in diesem Jahr eine Notlösung einfallen mit zwei Komponenten: 1) eine Auswechslung der in Deutschland stationierten „Pershing"-Raketen gegen neue mit größerer Reichweite, 2) der Stationierung von Cruise Missiles in einer Reihe von europäischen Staaten, die, – ohne die Reichweite der sowjetischen Mittelstreckenraketen und des „Backfire" zu erreichen –, in die Sowjetunion eindringen können. Das ist technisch die einzig mögliche Antwort des Westens, um ein Gegengewicht zur sowjetischen Herausforderung zu schaffen. Vor etwa einem Jahr hat er der Aufforderung des amerikanischen Präsidenten, diese Lösung zu unterstützen, unter vier Bedingungen zugestimmt:

1) Die amerikanischen Waffen bleiben in der Hand amerikanischer Soldaten, um auch nicht den Anschein zu erwecken, als könnte die Bundesrepublik Deutschland auf diesem Wege zu einem Kernwaffenstaat werden. Diese Bedingung ist von den USA akzeptiert worden.

2) Diese Waffen dürfen nicht nur auf deutschem Territorium stationiert werden, um Deutschland nicht unter den Verbündeten in eine singuläre Rolle zu drängen. Denn die Allianz darf in einem so wesentlichen Bereich des Vertrages[19] nicht zu einer deutsch-amerikanischen Allianz herabsinken. Außerdem wäre es für den künftigen Zusammenhalt der Allianz gefährlich, wenn Deutschland allein sowjetischen Pressionen ausgesetzt werden könnte. Präsident Carter hat inzwischen auch diese Bedingung akzeptiert. Wir haben ihn aber zunächst überzeugen müssen, daß eine Stationierung nur auf deutschem und britischem Territorium für uns nicht ausreicht, da unsere Lage nicht mit der des Kernwaffenstaates Großbritannien verglichen werden kann. In dieser Frage wurde er sehr von seinem Freund Giscard d'Estaing unterstützt, der dabei sicherlich auch nationale französische Vorteile suchte.

3) Der Beschluß zur TNF-Modernisierung muß von allen 14 NATO-Mitgliedern gefaßt werden, damit die Allianz in dieser in jedem Land innenpolitisch umstrittenen Frage nicht auseinanderfällt. Wir haben eine amerikanische Auffor-

[17] Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

[18] Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

[19] Für den Wortlaut des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289–292.

derung abgelehnt, die Zustimmung der anderen Partner einzuholen, um nicht als „Verkäufer" amerikanischer Maßnahmen aufzutreten. Er hat aber Gespräche mit allen Verbündeten geführt und möchte es daher auch jetzt tun. Die gegenwärtigen Pläne sehen eine Stationierung in Deutschland, Italien, Belgien und den Niederlanden vor sowie in Großbritannien, wo auch die dort stationierten amerikanischen Nuklearwaffen modernisiert werden sollen.

4) Bei gleicher Gelegenheit und mit gleichem Beschluß muß der Sowjetunion ein ernsthaftes Verhandlungsangebot über die Begrenzung eurostrategischer Waffen im Zuge der vorgesehenen SALT-III-Verhandlungen gemacht werden. Das ist nötig, um den Beginn eines Rüstungswettlaufs in eurostrategischen Waffen zu verhindern. Die Sowjetunion hat ihrerseits die Bereitschaft zu Rüstungskontrollverhandlungen bekundet – schriftlich z.B. in der gemeinsamen deutsch-sowjetischen Erklärung vom Mai 1978[20]. Er ist sich mit der vorherigen und der gegenwärtigen italienischen Regierung[21] einig, daß dieses Angebot, das gegenwärtig in der Special Group gemeinsam formuliert wird[22], auch innenpolitisch unumgänglich ist.

Die Amerikaner haben jetzt die vier Bedingungen akzeptiert. Aber es bleibt ein gewisser Argwohn, daß für sie die fundamentale Bedeutung dieser Bedingungen nicht das gleiche Gewicht hat wie für uns. Er ist daher um so dankbarer, daß die europäischen Verbündeten, auch Italien, die gleichen Bedingungen stellen und mit gleichem Nachdruck auf ihre Verwirklichung drängen. Die Vorbedingungen für einen NATO-Beschluß scheinen jetzt vorzuliegen. Zusammenfassend setzt er sich für eine Verabschiedung der Nachrüstungspläne ein, für eine Stationierung in vier nicht-nuklearen europäischen NATO-Staaten und ein damit verbundenes Verhandlungsangebot an die Sowjetunion. Er fügt zwei Fußnoten an:

1) Wir müssen mit einer harten sowjetischen Propagandakampagne[23] in allen unseren Ländern rechnen, die von einer Reihe kommunistischer Parteien, nützlichen Idioten und auch echten Idealisten unterstützt wird. Daher haben wir Interesse daran, den NATO-Beschluß sobald wie möglich zu fassen. Denn die sowjetische Propagandakampagne wird nicht vor der SALT-Ratifizierung auf vollen Touren laufen, die für Dezember im Senat zu erwarten ist. Diese zeitliche Abfolge liegt auch im Interesse Carters, da sie seine Bemühungen um die SALT-Ratifizierung unterstützt.

2) Diese Argumente klingen rein rational. Sie entspringen aber der inneren Überzeugung, daß die Gleichgewichts- und Entspannungspolitik in Europa fortgesetzt werden muß. Das ist nur möglich, wenn das militärische Gleichgewicht nicht auf die schiefe Ebene gerät. Die Argumente werden überdies von einem Mann vorgetragen, der seine eigene politische Existenz aufs Spiel setzt, um

20 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f.

21 Zur Regierungsbildung in Italien vgl. Dok. 219, Anm. 5.

22 Für den „Special Group Report to Ministers, Arms Control Involving Theater Nuclear Forces: Rationale, Objectives and Principles" vom 28. September 1979 vgl. VS-Bd. 11391 (220).

23 Vgl. dazu die Behandlung der geplanten TNF-Modernisierung der NATO in den sowjetischen Medien; Dok. 253, Anm. 8.

diese Politik in Deutschland durchzusetzen. Sie wird in beiden Koalitionsparteien in Deutschland eine eindeutige und große Mehrheit bekommen. Die Zustimmung der Opposition ist weniger wichtig. Sie wird wohl aus einer großen militärischen Naivität heraus und eher unreflektiert gegeben werden.

Pertini betont, daß die Deutschen nicht allein den Preis für Frieden und Entspannung in Europa zahlen können, sondern nur zusammen mit den anderen Partnern, deren Schicksal mit dem ihren eng verbunden ist. Er stimmt den Ausführungen des Bundeskanzlers zur Sicherheitslage in Europa zu. Er bittet AM Malfatti, auf die Argumente des Bundeskanzlers im einzelnen zu antworten (darauf wird aus Zeitgründen verzichtet, weil AM Malfatti hierüber bereits mit BM Genscher ausführlich gesprochen hat[24]).

Er hebt hervor, daß alle westeuropäischen Staaten sicherheitsmäßig im gleichen Boot sitzen und schon deswegen den Deutschen nicht allein die Nachrüstung zum Ausgleich der sowjetischen Überlegenheit überlassen bleiben kann. Die erste Zielscheibe eines östlichen Angriffs wird die Bundesrepublik Deutschland sein, aber Italien und auch Frankreich – das oft glaubt, in einer besonderen Lage zu sein – werden folgen. Er fürchtet, daß Italien erstes Ziel der sowjetischen Propagandakampagne gegen die Nachrüstung sein wird. Mit seiner starken kommunistischen Partei bietet es den besten Ansatz hierfür, insbesondere wenn sich Frankreich unter Hinweis auf seine Sonderrolle im Bündnis der sowjetischen Kampagne entziehen kann. Man darf nicht vergessen, daß sich Frankreich teilweise aus der NATO zurückgezogen hat.[25] Außerdem ist Italien in besonderer Weise verwundbar, wenn es nach Titos Tod in Jugoslawien zu politischen Unruhen und verstärktem sowjetischen Einfluß kommen sollte. Er macht sich Sorgen, daß das Konzept des militärischen Gleichgewichts den Frieden nicht zuverlässig garantieren kann, da man mit der Möglichkeit technischer oder politischer Fehleinschätzungen und Irrtümern zu rechnen hat.

Bundeskanzler dankt dem Präsidenten für seine klare Haltung. Für Einzelheiten verweist er auf die Gespräche der Außenminister. Die Gewißheit, daß die deutsche und italienische Regierung in diesen wichtigen Fragen voll übereinstimmen, läßt ihn diese Gespräche als glückliche Stunden empfinden.

Referat 203, Bd. 115881

[24] Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Malfatti am 18. September 1979 vgl. Dok. 270.

[25] Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

273

Kanzler Tesch, Maskat, an das Auswärtige Amt

114-3060/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 89
Cito

Aufgabe: 19. September 1979, 09.30 Uhr[1]
Ankunft: 19. September 1979, 12.31 Uhr

Betr.: Sicherung der Straße von Hormuz

Bitte um Weisung

UStS[2] im Außenministerium al-Alawi überreichte heute Note[3], in der um finanzielle Unterstützung bei Schaffung einer Minensuch- und Räumungsflotte von drei bis vier Einheiten für Sicherung der Straße von Hormuz gebeten wird. Gleiche Bitte ging an USA, Japan, Frankreich, Italien und weitere westliche Länder, deren Ölnachschub hiervon berührt wird. Gesamtkosten werden auf Oman Rial Mio.[4] (ca. DM 215 Mio.) geschätzt.

Geplante Maßnahme ist Ergebnis einer Studie[5], derzufolge die mit einfachen Mitteln zu bewerkstelligende Verminung von Hormuz rund 30 Prozent der Ölversorgung der Welt blockieren würde. Es folgen Kernpunkte der Studie:

1) The threat (likely dangers in context of present volatile situation) is considered to arise from actions of terrorists or subversives in attacking merchant shipping in the straits. Likely methods are:

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Montfort vorgelegen, der am 25. September 1979 die Weiterleitung an Referat 201 verfügte. Dazu vermerkte er: „Anliegender Vorgang wird wegen seiner grundsätzlichen sicherheitspolitischen Bedeutung und der Zweckmäßigkeit einer Abstimmung mit unseren Verbündeten mit der Bitte um Übernahme übersandt."
Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 26. September 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Boldt „n[ach] R[ückkehr]" und Attaché Wehrmann verfügte.
Hat Boldt am 3. September 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 4. Oktober 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mit Vorgang zurück an Ref[erat] 311: 1) Ref. 201 besitzt keine globale sicherheitspolitische Zuständigkeit (vgl. Ordnungsplan, S. 75). Im vorliegenden Fall ist h[iesigen] E[rachtens] Zuständigkeit von Abt. 3 schon deshalb eindeutig gegeben, weil wir nicht bereit sind, uns in der Straße von Hormuz militärpolitisch oder rüstungsexportpolitisch zu engagieren. Die Weiterbehandlung der Wünsche von Oman setzt eingehende regionalpolitische Kenntnisse voraus. 2) Zum weiteren Verfahren empfehle ich folgendes: a) Einschaltung des BMVg erscheint allenfalls informatorisch angezeigt [...]; b) Falls wir Angelegenheit wohlwollend gegenüber Alliierten weiterverfolgen wollen, kommt in Frage I. Meinungsaustausch mit US, VK, F in Bonn; II. dito in Washington, auf Anregung am State Department durch unsere Botschaft. (Dieser Weg empfiehlt sich, da wir nicht initiativ sein sollten, wenn wir nichts leisten können.) III. Meinungsaustausch im Politischen Ausschuß der NATO (für Weisung hierzu wäre ebenfalls 311 zuständig.) Hiergegen spricht, daß Kreis der Beteiligten zu sehr ausgeweitet würde."
Hat Boldt am 5. Oktober 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „201: ‚Sicherheitspolitische Interessen außerhalb Europas,' das ist gerade die Frage."
Hat Montfort erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11157 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Unterstaatssekretär.

3 Für die Verbalnote des omanischen Außenministeriums vgl. VS-Bd. 11157 (311).

4 Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

5 Für das Memorandum der omanischen Regierung „Security of the Straits of Hormuz" vgl. VS-Bd. 11157 (311).

a) sinking a tanker or ship,

b) setting fire to a tanker,

c) hijacking a tanker and threat to blow her up in the straits.

In addition the possibility of mining the straits has been considered as a more effective threat.

Whereas a), b) and c) would be a nuisance as far as world was concerned, only one ship (however large) would be affected and shipping would continue. But the mining threat would completely halt all merchant traffic for about two months.

2) Mine laying: Virtually any vessel can be used. Mechanisms can be preset and mines are simply pushed over-side and merchant ship could easily be adapted to carry over one hundred mines. Laying can be done by day or night and is extremely difficult to detect.

3) Cheapest methods of clearing straits would be to call in friendly powers to do job. Precedents exist (Suez, Haiphong[6]). British Navy used to keep seven MCM[7] vessels in Gulf. There are, however, obvious political problems in this course of action. An alternative would be for Gulf states and main industrial states to contribute, perhaps on a pro-rata basis to a Gulf-MCM force as an insurance. At present Saudi Arabia has four MCM vessels, Iran five and Syria five but last two can be considered unreliable. The command and control problem, as well as the logistic problems, in attempting to weld such a group into an effective MCM-force are daunting. The political problems would also, no doubt, be great. The last option is for Oman to produce her own MCM force. This would be most costly in terms of money and trained manpower. But this could be possible if friendly countries make funds available to Oman for such project.

Omanische Regierung ist sich Verantwortung für Hormuz bewußt, da Seestraße zum Teil in ihrem Hoheitsgebiet liegt. Andererseits ist Oman berührende Schiffahrt (auch Ölverschiffung) völlig unabhängig von Hormuz-Passage. Regierung vertritt daher Auffassung, daß Kosten der Sicherungsmaßnahmen von Ländern – kollektiv – zu tragen seien, denen dies in erster Linie zugute kommt.

Da Sache eilt, wird baldmögliche Erklärung zu grundsätzlicher Hilfsbereitschaft erbeten. Omanischer Botschafter[8] Bonn ist laut Außenministerium informiert. Wortlaut Verbalnote und Studie folgen mit nächstem Luftbeutel 22.9.79, falls dort keine Einwände gegen diesen Übermittlungsweg. Weisung erbeten.[9]

[gez.] Tesch

VS-Bd. 11157 (311)

6 Im Abkommen vom 27. Januar 1973 über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam verpflichteten sich die USA „alle Minen in den Territorialgewässern, den Kriegs- und Handelshäfen sowie den Wasserstraßen Nord-Vietnams" zu entschärfen oder zu zerstören. Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 68 (1973), S. 170. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 112.

7 Mine Counter-Measure.

8 Ahmed Mohammed Nasser al-Lamki.

9 Am 10. Oktober 1979 erteilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Montfort der Botschaft in Washington folgende Weisung zum Ersuchen der omanischen Regierung um Unterstützung bei der Sicherung der Meerenge von Hormuz: „Die Botschaft in Washington wird gebeten, den bestehenden

274

Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter

VS-vertraulich **21. September 1979**[1]

Vermerk über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Carter am 21. September 1979 von 14.50 bis 15.10 Uhr im Bungalow

Bundeskanzler möchte den Präsidenten gleich über das Ergebnis des gestrigen BSR unterrichten, der gut lief.[2] Zur verbundenen Entscheidung über LRTNF und ein Rüstungskontrollangebot besteht in allen wichtigen Fragen Konsens zwischen Washington und Bonn. Er möchte dem Präsidenten seine Genugtuung und Dankbarkeit über dieses wirklich befriedigende Ergebnis zum Ausdruck bringen, das den großen Anstrengungen auf beiden Seiten zu verdanken ist.

Präsident begrüßt die gute Nachricht und dankt dem Bundeskanzler für seine führende Rolle beim Zustandebringen dieses Ergebnisses.

Bundeskanzler betont, daß noch einiges zu tun bleibt. Vor allem die Holländer scheinen mit den relativ größten inneren Schwierigkeiten zu kämpfen.[3] Seine Gespräche mit den Dänen[4], Norwegern[5], Belgiern (Außenminister)[6], Italienern

Fortsetzung Fußnote von Seite 1344

Kontakt mit der amerikanischen Regierung in dieser Frage aufrechtzuerhalten, möglichst viel über die angekündigte ausführliche Studie der nach Oman entsandten Beratergruppe in Erfahrung zu bringen und über die abschließende Einschätzung der Sicherheitslage an der Straße von Hormuz durch die amerikanische Regierung zu berichten. Der Botschafter Omans in Bonn ist inzwischen auf seine Anfrage dahingehend unterrichtet worden, daß eine sorgfältige Überprüfung der Sicherheitslage erforderlich sei, bevor die Bundesregierung zum Ersuchen Omans Stellung nehmen könne. Nach vorläufiger erster Prüfung wird hier davon ausgegangen, daß die Sicherung der Meeresenge von Hormuz zunächst im Interesse aller Golfanrainerstaaten selbst liegt und auf regionaler Ebene zu gewährleisten sei. Darüber hinaus gehen wir von der Fähigkeit und Bereitschaft der Vereinigten Staaten aus, für die Freiheit der Schiffahrt in der Meeresenge Sorge zu tragen." Vgl. den Schrifterlaß; VS-Bd. 11157 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 21. September 1979 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte er: „Wie verabredet übersende ich Ihnen mit Sonderboten Doppel des Vermerks über ein Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Carter. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dafür sorgen könnten, daß insbesondere der Gedanke einer Begegnung des Bundesministers mit Senator Nunn noch bei der Vorbereitung der Reise des Bundesministers berücksichtigt wird."
Hat Wallau am 21. September 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) BM Orig[inal] als Eingang. 2) In Ablichtung: StS v[an] W[ell], D 2, Dg 22, 201, D 4."
Hat Bundesminister Genscher am 22. September 1979 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14078 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 20. September 1979 vgl. Dok. 268, Anm. 8.

3 Zur Stimmungslage im niederländischen Parlament bezüglich einer TNF-Modernisierung der NATO vgl. Dok. 253, Anm. 5.

4 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Jørgensen am 15. August 1979 auf Bornholm; Dok. 232.

5 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Nordli am 12. Juli 1979 in Oslo; Dok. 209.

6 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem belgischen Außenminister Simonet am 17. September 1979vgl. Dok. 269, Anm. 4.

(Außenminister und Präsident)[7] liefen gut. Er meint, daß es jetzt ratsam ist, mit besonderem Nachdruck mit den Niederländern zu sprechen. Wir sprechen sogar mit der Opposition in Holland.[8]

Präsident: Wir tun dasselbe.

Bundeskanzler weist auf die zu erwartende sowjetische Propagandakampagne gegen die skandinavischen Länder, gegen Italien, Beneluxstaaten und Deutschland hin, die von kommunistischen Gruppen und auch von einigen wirklichen Idealisten Unterstützung erhalten wird. Er glaubt, daß die Sowjetunion nicht wirklich mit dieser Propagandawelle[9] beginnen wird, solange SALT II nicht ratifiziert ist.[10] Wenn jetzt die Doppelentscheidung in der NATO schnell getroffen wird, könnte das auch den Ratifikationsprozeß im Senat befördern, dem er nach wie vor allergrößte Bedeutung beimißt. Ein Scheitern von SALT II wäre sehr viel bedeutsamer, als die SALT-Gegner im Senat meinen. Es könnte daher angemessen sein, die rechtlich bindende Entscheidung bereits im November auf der Ebene der ständigen NATO-Vertreter zu treffen und so Tatsachen zu schaffen, die den Ratifikationsprozeß befördern und der sowjetischen Propagandakampagne zuvorkommen, die dann nur noch post festum erfolgen kann.

Präsident möchte hierüber einige Tage nachdenken und nach Beratungen mit Vance und Brown dem Bundeskanzler nächste Woche eine Antwort zukommen lassen.[11]

Bundeskanzler betont, daß er keinen offiziellen Vorschlag machen, sondern nur einen Denkanstoß liefern wollte. Er weist auf die bevorstehenden Begegnungen zwischen den Außen- und Verteidigungsministern in der nächsten Woche hin.[12]

7 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Pertini und dem italienischen Außenminister Malfatti am 19. September 1979 vgl. Dok. 272.

8 Eine Delegation der niederländischen PvdA unter Leitung des ehemaligen Ministerpräsidenten den Uyl hielt sich am 28. September 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wallau vom 20. September 1979; Referat 010, Bd. 178802.

9 Vgl. dazu die Behandlung der geplanten TNF-Modernisierung der NATO in den sowjetischen Medien; Dok. 253, Anm. 8.

10 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Botschafter von Staden, Washington, führte am 17. September 1979 zur Frage der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 aus: „Nachdem sich SALT-Hearings, wie berichtet, durch Bekanntwerden der Präsenz von sowjetischen Kampftruppen in Kuba verzögert haben, ist mit der abschließenden Abstimmung im Senatsplenum kaum vor Ende November zu rechnen. Dies setzt voraus, daß vorher bezüglich sowjetischer Kampftruppen auf Kuba befriedigende Lösung erzielt und keine anderen ‚Überraschungen' eintreten. Die Administration war bisher erfolgreich, den durch das Kuba-Debakel entstandenen Schaden im Senat begrenzt zu halten. Wenn sie die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Senat erzielen will, muß sie sich auf ‚horse trading' einlassen. Wichtige Elemente werden dabei sowohl Umfang künftiger US-Verteidigungshaushalte und konkreter Programme wie ‚amendments' zum SALT-Vertrag sein. Die Kunst der Administration wird darin bestehen müssen, sich jeweils so spät wie möglich – und so früh wie nötig – festzulegen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3282; VS-Bd. 11389 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

11 Für das Schreiben des Präsidenten Carter vom 27. September 1979 an Bundeskanzler Schmidt vgl. VS-Bd. 10550 (201).

12 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance am 24. September 1979 in New York; Dok. 278.

Carter würde es begrüßen, wenn die Minister Genscher und Apel[13] ihrerseits mit Schlüsselpolitikern im Senat sprechen. Er denkt dabei vor allem an Sam Nunn, mit dem man (völlig unabhängig vom Präsidenten) vielleicht auf Grundlage einer persönlichen Botschaft des Bundeskanzlers sprechen sollte.

Bundeskanzler wird BM Genscher sofort informieren.

Carter hält ein solches Gespräch zwischen Genscher und Nunn, das entweder in New York oder in Washington stattfinden könnte, für das Wichtigste, das der Kanzler in dieser Frage für ihn tun könnte. Er betont ebenso wie der Bundeskanzler, daß Sam Nunn ein sehr vernünftiger und weit respektierter Senator ist, dessen Meinung zählt. Er weist auf die gewisse Verzögerung im Prozeß der SALT-Ratifikation hin, die vor allem mit der Nachricht über die sowjetischen Truppen auf Kuba – mehr oder weniger ein Sturm in der Teetasse – zusammenhängt.[14] Die SALT-Ratifikation ist das wichtigste politische Thema auf seinem Programm.

Zur Bemerkung des Bundeskanzlers über mögliche sowjetische Aktionen möchte er nach einem Gespräch mit Vance und Brown eine genaue abgewogene Antwort geben.

Bundeskanzler stellt fest, daß die Gruppen in der NATO zu einer mehr oder weniger hundertprozentigen Einigung gekommen sind.[15] Daher sollte man erwägen, die offizielle Entscheidung der NATO vorzuziehen, um den Ratifikationsprozeß in Washington zu fördern und der sowjetischen Propagandaaktion zuvorzukommen. Er stimmt einer Bemerkung Carters zu, daß in jedem Fall der Eindruck vermieden werden muß, als betrachtet die NATO die Entscheidung über die LRTNF-Modernisierung lediglich als ein Mittel zum Aufbau einer Verhandlungsposition.

Auf Frage Carters nach der deutschen Wirtschaftslage erwähnt er gewisse, aber nicht so große Sorgen über die Preiserhöhungen und die Aussicht auf ein Vier-Prozent-Wirtschaftswachstum Ende 1979.

Auf Zwischenfrage des Präsidenten, ob er über den deutschen Verteidigungshaushalt spreche, bittet er, in dieser Frage nicht unter zu viel öffentlichen Druck gesetzt zu werden.[16] Die parlamentarischen Haushaltsberatungen dau-

13 Bundesminister Apel reiste am 30. September 1979 in die USA. Vgl. dazu den Artikel „Apel glaubt weiterhin nicht an ein reales Wachstum um drei Prozent"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Oktober 1979, S. 2.

14 Zur Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba vgl. Dok. 259, Dok. 277 und Dok. 295.

15 Zur gemeinsamen Sitzung der High Level Group und der Special Group der NATO am 28. September 1979 in Brüssel vgl. Dok. 282.

16 Am 7. September 1979 wies Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), auf Informationen aus der amerikanischen Ständigen Vertretung bei der NATO hin: „Aus Washington liege strikte Weisung vor, innerhalb des laufenden defence review und bei der Erarbeitung des ersten großen LTDP-Fortschrittsberichts mit aller Schärfe die Frage der Erfüllung der Drei-Prozent-Forderung und der LTDP-Forderungen in den Vordergrund zu stellen. [...] Dieser amerikanische Druck auf die Verbündeten stehe auch im Zusammenhang mit der SALT-Debatte und damit verbundenen Forderungen nach Erhöhung der amerikanischen Verteidigungsleistungen, um die sich verschlechternde Kräftebalance wieder zu stabilisieren. Die US-Administration könne vor dem Kongreß nur dann eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben vertreten, wenn sie gleichzeitig einen starken Druck auf ihre europäischen Verbündeten in Richtung Verteidigungssteigerung ausübe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 903; VS-Bd. 11338 (220); B 150, Aktenkopien 1979.
Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 21. September 1979: „Wir registrieren nicht nur in der US-Presse zunehmende Tendenz bei der amerikanischen Kritik am Entwurf des deut-

ern noch vier Monate. Das Ende der Beratungen ist noch nicht erreicht. Es gibt noch eine gewisse Flexibilität.

Carter betont, daß die Amerikaner das Drei-Prozent-Ziel realer Steigerung des Verteidigungsbudgets erreichen werden, obwohl es wegen der Inflation ein sehr kostspieliges Unterfangen wird.[17]

Bundeskanzler betont, daß die Investitionsausgaben im Gegensatz zur Solderhöhung für Soldaten die Verteidigungsfähigkeit wirklich stärken.

Als Fußnote fügt er an, daß der Bundesfinanzminister[18] und die Bundesbank in den Fragen, die die jüngsten Unruhen auf dem Währungsmarkt aufwerfen[19], in engem Kontakt mit den Herren Miller, Volcker und Solomon stehen. Auch er wird am Samstag nächster Woche Miller und Volcker sehen.[20]

VS-Bd. 14078 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1347

schen Verteidigungshaushalts 1980. Sie stellt die Tatsache in den Mittelpunkt, daß die NATO-Zusage zu einer realen Steigerung um drei Prozent nicht eingehalten wird. 1) Im Kongreß kommt die Kritik bisher nur gesprächsweise zum Ausdruck. Im Augenblick zielt sie weniger auf uns ab als auf die Administration [...]. Im wesentlichen werden zwei Gesichtspunkte vorgebracht: Die Deutschen haben die stärkste Wirtschaft und die niedrigste Inflationsrate. Wenn nicht einmal sie die NATO-Zusage einhalten, von wem soll man es dann verlangen, zumal sie doch sicherheitspolitisch am stärksten exponiert sind? Der NATO-Beschluß war eine Initiative Carters. Das Verhalten der Deutschen gefährdet seine Realisierung. Die Führungsschwäche Carters, auch in der Allianz, ist damit dokumentiert. 2) In der Administration fügen diese Argumente den ohnehin schon durch die Briefe von Brown und Vance deutlich gewordenen Bedenken und Befürchtungen (Kettenreaktion) ein Element der Bitterkeit hinzu." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3368; VS-Bd. 10498 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

17 Zum amerikanischen Verteidigungshaushalt vgl. Dok. 262, Anm. 10.

18 Hans Matthöfer.

19 Am 28. September 1979 informierte Vortragender Legationsrat Boll über eine Anpassung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem: „Ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des Europäischen Währungssystems (EWS) ist am 23.9.1979 die erste Wechselkursanpassung durchgeführt worden. Faktisch ist die DM gegenüber der Dänen-Krone um fünf Prozent, gegenüber den anderen am Wechselkursmechanismus des EWS beteiligten Währungen um zwei Prozent aufgewertet worden. [...] Die Wechselkursanpassung war erforderlich geworden, nachdem in letzter Zeit deutliche Spannungen aufgetreten waren, die in das EWS hineinwirkten. Die Wechselkursanpassung hat ferner die Konsequenz aus den wiederholten Schwächeanfällen des belgischen Franken und der dänischen Krone gezogen und soll aus der Ölpreiserhöhung herrührende divergierende Tendenzen der Preisentwicklung in der EG während der nächsten Monate auffangen. Die Wechselkursanpassung hat wieder Spielräume innerhalb der Bandbreiten des EWS geschaffen. Sie dürfte auch eine stabilisierende Wirkung auf den Dollarkurs ausüben." Vgl. den Runderlaß Nr. 109; Referat 012, Bd. 111778.

20 Bundeskanzler Schmidt legte am 29. September 1979 dem amerikanischen Finanzminister Miller und dem Präsidenten der amerikanischen Zentralbank, Volcker, dar, „daß der DM/Dollar-Wechselkurs eine Frage der ‚fundamentals' sei. Diese stimmten nicht. Die Welt habe nicht den Eindruck, daß die USA auf dem Wege seien, ihre Inflationsrate zu reduzieren (to break). Sie bezweifle auch, ob die USA in der Energiepolitik auf dem richtigen Wege seien. Die Ölnachfrage in den USA übersteige das Ölangebot; dies erfordere höhere Ölpreise. Die dramatischen Goldpreissteigerungen seien ein weiteres Indiz für das weltweite Mißtrauen in den Dollar. Ebenso die Neigung zahlreicher Notenbanken, ihre Devisenreserven zu diversifizieren. Darüber hinaus gebe es nicht genug Vertrauen in die Vereinigten Staaten ‚as a political unity'. Dies könne man nicht durch Interventionstechniken korrigieren." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178803.

275

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Heyken

213-363.31-1165/79 VS-vertraulich **21. September 1979**[1]

Betr.: Äußerungen Falins zur TNF-Modernisierung[2]

Wie wir heute mit der Bitte um vertrauliche Behandlung hören, hat Falin am 19.9.1979 gegenüber einem hochgestellten diplomatischen Vertreter eines westlichen Landes Ausführungen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen gemacht. Er hat sich dabei auch zur TNF-Modernisierung geäußert und dabei Bemerkungen gemacht, die sich inhaltlich teilweise mit seinem Prawda-Artikel vom 19.9.79[3] decken, teilweise darüber hinausgehen (vgl. zum Prawda-Artikel anliegenden DB Nr. 3569 der Botschaft Moskau vom 19.9.79).

Falin bezeichnete die deutsch-sowjetischen Beziehungen als nicht schlecht. Er wies darauf hin, daß Elemente in Erscheinung träten, von denen man nicht wisse, ob sie in der Zukunft eine positive oder negative Wirkung haben würden. Die Zukunft sei nicht einfach. Die Sowjetunion wolle die Zusammenarbeit mit der BR Deutschland intensivieren, ohne daß diese Zusammenarbeit gegen die Interessen anderer westlicher Länder gerichtet sei. Die Sowjetunion arbeite auch nicht auf eine Auflösung der Bindungen der BR Deutschland mit dem Westen hin, selbst wenn diese Bindungen nicht immer positiv zu bewerten seien. Der Sowjetunion schwebe eine Politik des Gleichgewichts der BR Deutschland zwischen West und Ost vor[4].

Die Politik der Bundesregierung sei mit einem hin- und herschwingenden Pendel zu vergleichen. Zur Zeit neige sich das Pendel in Richtung einer Komplizierung der Lage in Europa.

Er frage sich, was die deutschen Vorstellungen zum Militärprogramm der NATO seien. Man spreche von der Dislozierung von „Pershing" II und Cruise Missiles,

1 Vortragender Legationsrat Heyken verfügte am 21. September 1979 die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot und Ministerialdirigent Lücking.
Hat Arnot und Lücking am 24. September 1979 vorgelegen.

2 Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 12. September 1979, der Stellvertretende Abteilungsleiter beim ZK der KPdSU, Falin, habe ihm am Vortag zu SALT III und der Grauzonenproblematik erklärt: „Nach sowjetischer Auffassung sei es dem Westen bisher nicht gelungen, eine Einigung unter sich für den Rahmen von SALT III unter Einschluß der Waffensysteme der grauen Zone zu entwickeln. Falin erinnerte daran, daß die FBS und entsprechende sowjetische Systeme mit eurostrategischer Reichweite bei SALT I auf amerikanischen bzw. westlichen Wunsch hin ausgespart worden seien. Hinsichtlich der Teilnehmer gebe es noch keine im einzelnen abgestimmte Meinung – weder zwischen den USA und der Sowjetunion noch in der Sowjetunion selbst. [...] Falin gab der Besorgnis darüber Ausdruck, daß im Westen das Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion wieder zunehme. Man sei in Moskau unsicher über die amerikanische Politik und halte deshalb gerade jetzt internationale Vereinbarungen im Abrüstungs-, Rüstungskontroll- und Gewaltverzichtsbereich für wichtig, um den Kräften entgegenzuwirken, die sich der angeblichen sowjetischen Bedrohung bedienten, um die Konfrontation zu schüren und die Entspannung zu beenden. Die Ungewißheit der amerikanischen Politik belaste ja auch die Bundesrepublik Deutschland, meinte Falin." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3473; VS-Bd. 10649 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

3 Vgl. dazu den Artikel „Voennaja razrjadka vozmožna – otvet za zapadom"; PRAVDA vom 19. September 1979, S. 4.

4 Der Passus „eine Politik ... vor" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Für Sachstand Gromyko Besuch."

die tief in das sowjetische Territorium eindringen könnten. Wenn sich dies bestätige, wäre das eine neue Tatsache. Es wäre eine qualitative Veränderung der strategischen Lage in Europa. Die Sowjetunion würde antworten und zusammen mit ihren Verbündeten Maßnahmen zur Verwirklichung ihres eigenen Programmes ergreifen. Das Problem sei zu ernst, als daß es darüber Mißverständnisse geben dürfe.

Einige sagten, die westliche Modernisierung wäre nur eine Gegenantwort auf die sowjetischen Programme. Dazu sei darauf hinzuweisen, daß die sowjetischen Systeme älter seien. Hier seien keine qualitativen Veränderungen vorgenommen worden. Im übrigen seien die von der NATO behaupteten Zahlen über die sowjetische Modernisierung weit von der Realität entfernt und dienten nur zur Rechtfertigung des eigenen Programms.

Falin fragte weiter, was wolle die Bundesrepublik Deutschland wirklich. Es gebe Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland, die die Pariser Verträge von 1954[5] umgehen[6] wollten.

Falin erklärte weiter, daß für ihn nur das globale Gleichgewicht zähle, und wies die Idee zurück, in Europa ein Gleichgewicht schaffen zu wollen. Eine isolierte Betrachtung der Dinge sei nicht möglich. Man müsse berücksichtigen, daß die USA in Europa Mittelstreckenraketen besäßen, die nicht bei SALT I[7] und SALT II[8] berücksichtigt worden seien.

Falin berief sich sodann auf US-Experten, die der Meinung seien, der Grund für die Dislozierung von „Pershing" II seien nicht SS-20, sondern die wachsenden Widersprüche zwischen der Verteidigung Europas und der Verteidigung der USA. Diese Experten seien dafür, europäische Systeme aufzubauen, anstatt die US-Systeme für die europäische Verteidigung einzusetzen.

Falin erklärte ferner, wenn die Modernisierungspläne realisiert würden, könnte dies zu einer Verlangsamung von Verhandlungen in anderen Bereichen führen, ohne dies zu spezifizieren. Er bezeichnete dies als seine persönliche Meinung. Er wies darauf hin, daß es besser sei zu verhandeln, solange das Niveau der Rüstungen noch relativ niedrig sei. Es widerspreche der Lebenserfahrung, Systeme abzubauen, die einmal installiert seien.

Falin betonte verschiedene Male, daß man sich jetzt an einem entscheidenden Punkt befinde.[9]

Heyken

VS-Bd. 13184 (213)

5 Vgl. dazu den WEU-Vertrag vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, II, S. 283–288.

6 Die Wörter „Pariser Verträge von 1954 umgehen" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot durch ein Kreuz hervorgehoben.

7 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.

8 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

9 Am 24. September 1979 legte Botschafter Wieck, Moskau, dar: „Hier vorliegender Agenturmeldung entnehme ich, daß Falin in Interview in ‚Kölner Stadt-Anzeiger' Verhandlungen über atomare Mittelstreckenraketen in Europa schon vor SALT-II-Ratifizierung vorgeschlagen hat. Er hat gleichzei-

276

Legationsrat I. Klasse Daum, Sanaa, an das Auswärtige Amt

114-3109/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 229

Aufgabe: 24. September 1979, 11.10 Uhr[1]
Ankunft: 24. September 1979, 11.11 Uhr

Betr.: Allgemeine Linien nordjemenitischer Außenpolitik

1) Am 23.9. empfing mich Präsidentenberater für Auswärtiges und früherer langjähriger Außenminister[2] zu einem fast zweistündigen Gespräch über konkrete und allgemeine Fragen künftiger nordjemenitischer Außenpolitik. Meinungsaustausch war nicht mit mir als Geschäftsträger, sondern als langjährigem Freund, und extrem offen und direkt. Ich bitte um vertrauliche Behandlung.

2) Zur Südjemenpolitik glaubt Nordjemen, daß die Beruhigung und die Beschäftigung Südjemens mit sich selbst nur vorübergehend seien und daß vor allem die NDF auf mindestens die gleiche Unterstützung wie bisher rechnen könne.[3] Gesprächspartner teilte meine Einschätzung, daß, wie auch immer Machtkampf in Aden ausgehe, sich sachlich nichts ändern werde. Nordjemen erwartet hohen südjemenitischen Besuch für Nationalfeiertag[4].[5] Ich werde hierüber noch berichten. Gesprächspartner bat in diesem Zusammenhang um meine Meinung zu Protokoll- und Sachfragen. Zukünftige Nordjemenpolitik werde generell auf der Linie liegen, daß man weiterhin vom brüderlichen jemenitischen Volk und

Fortsetzung Fußnote von Seite 1350

tig darauf hingewiesen, daß dieses sowjetische Angebot seit Anfang der 70er Jahre auf dem Tisch liege. Aus diesem Hinweis ergibt sich eine Bestätigung dessen, was mir Falin kürzlich selbst sagte: Sowjetische Seite kommt auf die Verhandlungsmaterie FBS und entsprechende sowjetische Systeme mit eurostrategischer Reichweite zurück, die seinerzeit von SALT I ausgespart wurden. Der Verhandlungsvorschlag bezieht sich also auf die beiderseitigen Waffensysteme der eurostrategischen Zone und läßt, soweit ich das ohne Kenntnis des Interviewtextes im einzelnen beurteilen kann, keine Bereitschaft erkennen, über einzelne sowjetische Mittelstreckenwaffen (wie SS-20) in Verbindung mit anstehenden Waffensystem-Entscheidungen der NATO im eurostrategischen Bereich zu sprechen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3635; VS-Bd. 10649 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Plischka am 26. September 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Schilling „nach Eintreffen" verfügte.
Hat Schilling, z. Z. Bonn, am 28. September 1979 vorgelegen.

2 Abdallah al-Majid al-Asnag.

3 Zum Konflikt zwischen der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) vgl. Dok. 60, Anm. 32.

4 26. September.

5 Ministerpräsident Nasser Mohammed hielt sich am 3./4. Oktober 1979 in der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) auf. Legationsrat I. Klasse Daum teilte dazu am 7. Oktober 1979 mit: „Das gemeinsame Kommuniqué enthält zwei wichtige Punkte: Einmal wird die jemenitische Einheit als ernsthafter Wunsch beider Seiten erneut beschworen, aber jedes Zeitprogramm für ihre Verwirklichung jetzt auch offiziell gestrichen. Zum anderen sind sehr konkrete Schritte zu einer weitgehenden Öffnung der Grenzen und vor allem zu einem verstärkten Wirtschaftsaustausch beschlossen worden. Diese Grenz- und Handelsöffnung kann durchaus zur Folge haben, daß sich der Fluchttrend aus Aden umkehrt, weil diejenigen, die Aden für kurze Zeit verlassen, dann wieder zurückkehren werden, wenn sie wissen, daß sie auch später jederzeit erneut wieder in den Nordjemen reisen können." Vgl. den Schriftbericht Nr. 647; Referat 311, Bd. 137629.

dem Einigungswunsch beider Staaten spreche, aber mit diesen Worten den absoluten Widerstand gegen solche Pläne in arabischer Form überdecken wolle.[6]

3) Besonders interessant schienen mir Aussagen und Gespräch über allgemeine zukünftige Außenpolitik. Aussagen wurden nur in der Erwartung der zugesicherten Vertraulichkeit gemacht. Hauptfeld nordjemenitischer Außenpolitik ist auch in Zukunft das Verhältnis zu Saudi-Arabien. Nordjemen müsse mit Saudi-Arabien leben, wolle aber auch mit ihm gut auskommen. Wolle jetzt aber aktiv, wenn auch vorsichtig, eine Erweiterung seiner Außenbeziehungen in die Hand nehmen. Denke vor allem dabei an Irak, Jordanien, Algerien. Beginn liege in entsprechendem Besucheraustausch. Man wolle jedoch alles vermeiden, um Saudi-Arabien noch argwöhnischer zu machen.[7] Im Verhältnis zu Saudi-Arabien sei jetzt wichtigster Schritt, endlich einen hochrangigen Saudi-Besucher nach Sanaa zu bekommen, um nicht immer nur Besuche in Saudi-Arabien machen zu müssen.

Unter allen arabischen Staaten mißtraue man Libyen und Südjemen am meisten. Trotz der Besserung der Beziehungen zu Libyen sei man Libyen gegenüber extrem vorsichtig und habe auch persönlich Angst.[8]

4) Ferner sei Nordjemen jetzt auch klar geworden, daß man als Grundlage zukünftiger selbständigerer Politik die Auslandsabhängigkeit abbauen und sich mehr auf sich besinnen müsse. Präsident[9] werde dies jetzt zum Nationalfeiertag erstmals ausdrücklich ankündigen. Mehr Selbstreliance sei Grundlage zukünftiger eigenständigerer Politik.

6 Legationsrat Schuppius, Sanaa, berichtete am 16. Juli 1979, der Außenminister der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen), Makki, habe zu einer Vereinigung mit der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) erklärt: „Der Südjemen wolle einen einheitlichen Staat als ersten Schritt, über dessen politische Ausrichtung und innere Struktur man sich dann schon einigen werde. Der Norden dagegen verlange, daß die Grundprinzipien des gemeinsamen Staates zunächst festgelegt werden müßten, wobei den Abkommen von Kairo und Tripolis hohe Bedeutung zukomme. Erst wenn hier der Norden sicher sei, könne an eine gemeinsame staatliche Struktur gedacht werden. Die Regeln hierüber (gemeinsame Verfassung) müßten von den einzelnen Bürgern in einer Befragung akzeptiert werden. Es sei klar, daß der Südjemen seine politischen Strukturen, die eine solche freie Entscheidung des Bürgers bei diesem Referendum und bei den nachfolgenden Wahlen behinderten, beseitigen müsse. Die kommunistische Partei sowie die kommunistischen Massenorganisationen seien aufzulösen. All dies sowie der Einheitsprozeß überhaupt werde sehr lange Zeit in Anspruch nehmen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 485; Referat 311, Bd. 137629.

7 So in der Vorlage.

8 Botschafter Franke, Sanaa, stellte am 4. Februar 1979 zu den Beziehungen zwischen der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) und Libyen fest: „In letzter Zeit ist eine Bereitschaft der Führung der J[emenitisch]A[rabischen]R[epublik] festzustellen, das nach dem Umsturzversuch vom 15. Oktober 1978 gespannte Verhältnis mit Libyen wieder zu bereinigen. Hintergrund dürften Befürchtungen der Nordjemeniten im Zusammenhang mit der sich [...] abzeichnenden vorsichtigen Wiederaufnahme der Kontakte zwischen Saudi-Arabien und der D[emokratischen]V[olksrepublik] Jemen sein, die es der JAR nahelegt, als Kompensation zu ihrer alten Politik zurückzukehren, möglichst gute Beziehungen zu möglichst vielen arabischen Ländern zu unterhalten. Auch dürfte die Überlegung mitspielen, daß nunmehr, nach größerem zeitlichen Abstand vom überwundenen Putschversuch, es nicht mehr ratsam ist, mit diesem durch Finanzkraft und Sendungsbewußtsein potentiell gefährlichen Land weiterhin auf gespanntem Fuße zu leben. Die finanzielle Potenz Libyens spielt auch in anderer Hinsicht eine Rolle: Hier heißt es, die JAR sei bereit, Libyens Rolle beim Putschversuch vom 15.10.1978 zu ‚vergessen', wenn Libyen sich namhaft an der Finanzierung von Projekten des Fünf-Jahres-Plans beteilige." Vgl. den Schriftbericht Nr. 103; Referat 311, Bd. 137629.

9 Ali Abdullah Saleh.

5) Gesprächspartner bestätigte jüngste Waffenlieferungen aus Sowjetunion, vor allem T-55-Panzer, große Mengen Munition sowie große Anzahl AK-47.[10] Sonstige schwere Waffen habe man nicht bekommen. USA seien über Lieferungen informiert, jedoch halte Nordjemen seine Beziehungen zu SU auch deshalb aufrecht, weil USA in jeder Hinsicht Nordjemen gegenüber völlig passiv bleibe.

6) Weiteres Thema war Terrorismus. Nordjemen, oder besser gesagt Präsident und einige Minister fühlen sich als Ziel deutscher oder italienischer Terroristen, die aus arabischen Quellen bezahlt sein könnten. Minister erklärte, er habe Nordjemen-Botschafter[11] in Bonn gebeten, hierzu einige sehr konkrete Fragen an unsere Dienststellen zu richten.

7) Einer der wichtigsten Punkte Gesprächs schien mir Versuch, zukünftige neue Innenpolitik zu definieren.[12] Vorbreitungen für die Gründung einer Partei seien abgeschlossen. Die neue Partei müsse echt frei sein, um vor allem die junge Generation und die Universitätsabsolventen zu gewinnen. Ihr Programm sei noch völlig offen. An der Programmausarbeitung wolle man auf jeden Fall Nasseristen und Baathisten beteiligen. Ziel, das man damit zu erreichen versuche, sei, auf längere Frist eine breitere Basis im Volk und für die Regierung sowie für ein allgemein akzeptables Regierungssystem zu gewinnen.

8) Schließlich bestätigte Gesprächspartner meine Einschätzung der derzeitigen völligen Regierungs- und Führungslosigkeit des Landes sowie der wirtschaftlichen Unsicherheit und Rezession. Man glaube jedoch durch die oben angedeutete, jetzt endlich bewußt gewollte und formulierte neue Tendenz in der Außenpolitik sowie die angedeuteten innenpolitischen Projekte auf mittlere Frist die

10 Am 29. November 1979 informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Vestring die Botschaften in Djidda und Washington: „Der Nordjemen (der nordjemenitische Präsident Ali Abdullah Saleh) hat vor kurzem unter größter Geheimhaltung ein weiteres Waffengeschäft mit der SU abgeschlossen. Die Waffen, darunter wahrscheinlich MiG-21, sind jetzt eingetroffen, der Handel konnte damit westlichen Staaten (USA, Saudi-Arabien) nicht mehr verborgen bleiben und hat bei diesen zu scharfen Reaktionen geführt. [...] Die Maßnahme sei sogar vor dem Vizepräsidenten und dem Premierminister geheimgehalten worden. Sie sei auf dem Hintergrund der Tatsache zu sehen, daß der Südjemen in der kriegerischen Auseinandersetzung in diesem Frühjahr den Norden ‚besiegt' (‚defeated') habe. Außerdem seien die USA nicht zu raschen Lieferungen in benötigtem Umfang bereit gewesen. [...] Der amerikanische Botschafter ist vor wenigen Tagen bei Präsident Saleh vorstellig geworden und hat weisungsgemäß die ‚große Besorgnis' (‚deep concern') seiner Regierung über das Waffengeschäft zum Ausdruck gebracht. Dabei stand im Vordergrund, daß die Lieferung von modernem Gerät auch eine Erhöhung der Zahl der sowjetischen Militärberater zur Folge haben würde." Vgl. den Drahterlaß Nr. 6030; VS-Bd. 11159 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

11 Mohammed Abdulkoddos al-Wazir.

12 Legationsrat I. Klasse Daum bewertete am 30. September 1979 die Rede des Präsidenten Saleh zum Nationalfeiertag der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) am 26. September 1979: „Die Jemenitische Arabische Republik hat offenbar erkannt, daß sie die Basis der gegenwärtigen Regierung auf möglichst alle Schichten des Volkes erweitern muß. Durch die Einbeziehung der in den letzten Jahren deutlich geschwächten und daher auch zur Einbeziehung in die Regierung bereiten Stämme ist diese Erweiterung nach der einen Richtung hin bereits vor einigen Monaten erfolgt. Jetzt ist offenbar geplant, auch Kräfte der Intelligenz und linkeren Gruppen effektiv in die Verantwortung einzubeziehen. Gleichzeitig wird der Prozeß der Beteiligung des gesamten Volkes durch Wahlen auf verschiedenen Ebenen bewußt in die Hand genommen. Wenn diese Vorstellungen zum Erfolg führen, wird die Jemenitische Arabische Republik in einigen Jahren eine stabilere und solidere Regierung als heute besitzen, die in einer Weise das gesamte Volk repräsentiert, wie dies bei keinem anderen Staat auf der arabischen Halbinsel der Fall sein dürfte." Vgl. den Schriftbericht Nr. 638; Referat 311, Bd. 137628.

Lage wieder in den Griff zu bekommen und insbesondere auch von Südjemen nicht überlaufen zu werden.

[gez.] Daum

VS-Bd. 11151 (311)

277

Botschafter von Staden, Washington, an das Auswärtige Amt

114-3119/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 24. September 1979, 16.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3375 **Ankunft: 24. September 1979, 23.39 Uhr**

Betr.: Amerikanische Reaktion auf die Präsenz sowjetischer Truppen in Kuba[2]

Die heutige Presse – ich weise hin auf den dort vorliegenden Bericht von Gwertzman in der New York Times vom 23.9.[3] sowie die Kolumne von Rowland Evans und Robert Novak, WP vom 23.9.[4] – enthält angebliche Vorschläge von Brzezinski zur Überwindung der Krise, um deren Einzelheiten und Hintergrund wir uns noch bemühen. Evans und Novak erwähnen unter den von Brzezinski angeblich vorgeschlagenen Maßnahmen u.a. einen Abbruch der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über die Demilitarisierung des Indischen Ozeans[5] und über Truppenverminderungen in Mitteleuropa. Ebenso wie Gwertzman erwähnen sie ferner die Möglichkeit spektakulärer „westlicher" (d.h. europäischer) Waffenverkäufe an China.

Gespräche mit Angehörigen des NSC auf Arbeitsebene lassen es als möglich erscheinen, daß die europäischen Alliierten im Falle entsprechender amerikanischer Reaktionen zur Solidarität aufgefordert werden. Mit einer solchen Möglichkeit muß man um so eher rechnen, als Administration (Brzezinski) und Demokratische Fraktionsführung im Senat (Byrd) bemüht sind, die Frage der sowjetischen Truppen auf Kuba von der Ratifikation von SALT II[6] abzukoppeln. Das kann aber wohl nur gelingen, wenn entweder die Sowjetunion Zugeständnisse macht, die nach Carters eigenen Worten mehr als „kosmetisch" sein müssen, oder wenn kompensatorische Aktionen ergriffen werden, die es der Admi-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Roßbach, Legationsrat I. Klasse Mützelburg und Legationsrat Kischlat verfügte.
Hat Mützelburg am 26. September 1979 vorgelegen.
Hat Roßbach und Kischlat vorgelegen.

2 Zur Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba vgl. auch Dok. 259 und Dok. 295.

3 Vgl. dazu den Artikel „Brzezinski Cautions Soviets on Cuba. He Says Brigade Reflects ‚Pattern of Disregard' of U.S. Interests"; NEW YORK TIMES vom 22./23. September 1979, S. 1.

4 Vgl. dazu den Artikel „Hard or Soft on Cuba"; WASHINGTON POST vom 24. September 1979, S. A 23.

5 Zu den Verhandlungen der USA und der UdSSR über eine Flottenbegrenzung im Indischen Ozean vgl. Dok. 181, Anm. 14.

6 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 274, Anm. 10.

nistration erlauben darzutun, daß die in Kuba entstandene „unannehmbare" Situation anderweitig ausgeglichen worden ist.

Es liegt gegenüber eventuellen amerikanischen Forderungen auf Solidarität nahe, darauf hinzuweisen, daß es bisher zumindest keine Unterrichtung der Alliierten über die amerikanische Eventualfallplanung gegeben habe (und nach hiesigem Kenntnisstand noch nicht einmal eine vollständige Unterrichtung über das amerikanische Nachrichtenbild). Dieses Argument hat aber den Nachteil, daß es unsere Ausgangsposition schwieriger machen könnte, wenn die Unterrichtung nachgeholt und mit der Forderung nach solidarischen Aktionen verbunden würde. Meines Erachtens wissen wir über Art und Größenordnung der sowjetischen Präsenz in Kuba insgesamt genug, um beurteilen zu können, daß es sich hier nicht um ein militärisches, sondern um ein echtes, aber durch das Vorgehen der Administration selbst mitgeschaffenes politisch-psychologisches Problem handelt[7]. Eine sowjetische Präsenz in Kuba kann in den konservativen Kreisen dieses Landes – und angesichts der derzeitigen konservativen Grundströmungen – immer zu tiefgehenden emotionalen Reaktionen führen.

Diese Möglichkeit darf man gewiß nicht unterschätzen. Man ist in Europa ja auch von der Emotionalität überrascht worden, mit der die Panama-Kanal-Verträge[8] in diesem Land diskutiert worden sind. Andererseits ist anzumerken, daß die Medien die derzeitige Kubakrise bisher ähnlich werten, wie vorstehend geschehen, nämlich als ein vornehmlich psychologisches und teilweise selbstgeschaffenes Problem.

Ich würde in der Gesprächsführung mit dem amerikanischen Außenminister[9] deswegen empfehlen abzuwarten, bis er das Gespräch auf diese Thematik bringt, von uns aus keine Fragen zur Eventualfallplanung zu stellen, Verständnis für die politisch-psychologische Dimension der Problematik zu zeigen, erforderlichenfalls ganz deutlich zu machen, daß man von den europäischen Alliierten nicht erwarten könne, echte politische Preise für die Lösung eines Problems zu zahlen, dessen realpolitische Bedeutung nicht wirklich nachgewiesen ist.

[gez.] Staden

VS-Bd. 11306 (220)

7 Der Passus „nicht um ein ... handelt" wurde von Vortragendem Legationsrat Roßbach hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

8 Zu den Verträgen über den Panama-Kanal vgl. Dok. 158, Anm. 23.

9 Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister Vance trafen am 24. September 1979 am Rande der UNO-Generalversammlung in New York zusammen. Vgl. dazu Dok. 278.

278

Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt

114-3161/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1918
Citissime

Aufgabe: 26. September 1979, 11.50 Uhr[1]
Ankunft: 26. September 1979, 17.17 Uhr

Betr.: Gespräch des Bundesministers mit AM Vance am 24.9.1979 am Rande 34. GV[2]

AM Vance leitete das Gespräch mit einer Frage nach Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland ein. BM antwortete, innenpolitisch bedeutsame Entwicklungen stünden dort erst im kommenden Jahr an, da zwei Fünftel der Wähler sich in Landtagswahlen[3] erklären müßten. Außerdem fänden Bundestagswahlen statt.[4] Im Dezember dieses Jahres werde sich SPD-Parteitag u. a. mit Themen wie Kernenergie und Sicherheitspolitik/Rüstungskontrolle auseinandersetzen müssen.[5] Er, BM, sei zuversichtlich, daß sich dabei Regierungsstandpunkt voll durchsetzen werde. Sorgen bereite z. Zt. angestiegene Inflationsrate, die jedoch vorbehaltlich außergewöhnlicher Umstände im kommenden Jahr sinken werde.

AM Vance schnitt dann Frage Erhöhung deutschen Verteidigungsbudgets an.[6] US hätten ihr Versprechen, Verteidigungshaushalt um real drei Prozent zu erhöhen, erneuert.[7] Die Administration sehe sich zwei kritischen Vorsitzenden der Verteidigungsausschüsse im Senat[8] und Repräsentantenhaus[9] gegenüber. Wenn Alliierte ihren Verpflichtungen nicht nachkämen, würde man dies der Administration entgegenhalten. BM räumte ein, daß Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahr nicht das verabredete Ziel erreicht habe.[10]

Andererseits sei Struktur deutschen Verteidigungshaushalts sehr günstig. Erhöhungen würden nicht von Gehaltsanhebungen aufgesogen und kämen Verteidigungskraft voll zugute. Bundesrepublik Deutschland werde gestecktes Ziel

1 Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 28. September 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann und Legationsrat I. Klasse Gruber verfügte.
Hat Hofmann am 29. September 1979 vorgelegen.
Hat Gruber am 3. Oktober 1979 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher besuchte vom 23. bis 27. September 1979 die UNO-Generalversammlung in New York.

3 Am 7. Oktober 1979 fanden Wahlen zur bremischen Bürgerschaft statt, am 16. März 1980 zum baden-württembergischen Landtag, am 27. April zum saarländischen und am 11. Mai 1980 zum nordrhein-westfälischen Landtag.

4 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

5 Der Bundesparteitag der SPD fand vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West) statt.

6 Zur Frage des Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik vgl. Dok. 274, Anm. 16.

7 Zum amerikanischen Verteidigungshaushalt vgl. Dok. 262, Anm. 10.

8 John C. Stennis.

9 Charles Melvin Price.

10 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „3 %".

über die Zeit erreichen. Ob jetzt noch etwas dazugelegt werde, sei noch nicht abzusehen. Er wolle es nicht ausschließen. BM Apel komme nach Washington und stehe dann gleichfalls für Erörterungen Themas bereit.[11]

AM Vance fragte, wie BM Gang der Konsultationen in HLG und SG einschätze.[12] BM antwortete, Bundessicherheitsrat sei in Sitzung vergangener Woche zu positiver Einschätzung dessen gelangt, was in Gruppen entschieden wurde.[13] Wir würden Beschleunigung der Beratungen vorziehen. Es sei zu befürchten, daß Sowjets nach SALT-II-Entscheidung des Senats[14] und vor Entscheidung der NATO über TNF gewaltige Propaganda-Offensive vom Stapel ließen.[15] AM Vance stimmte zu: „We are prepared to work shoulder to shoulder with you."

Auf entsprechenden Einwurf stellvertretenden Sicherheitsberaters Aaron, daß Minister, die in ihren Ländern politische Verantwortung trügen, auf NATO-Tagung im Dezember Entscheidung treffen sollten[16], erwiderte BM, dort könne Formalisierung stattfinden. Vorher schon sollten sich jedoch Ständige Vertreter festlegen. Alles hänge etwas ab von der Entwicklung der SALT-Debatte im Senat.

BM erläuterte im Anschluß Lage in europäischen Partnerländern und Kontakte deutscherseits mit dortigen politischen Kräften. Eine Schlüsselposition komme AM Simonet zu.[17] Er, BM, erwarte, daß eine wahrscheinliche positive Haltung Belgiens und Italiens auf die Niederlande nicht ohne Einfluß[18] bleiben würde. Dänemark werde gleichfalls der Modernisierungsentscheidung zustimmen, eine Dislozierung auf nationalem Territorium jedoch ablehnen (ebenso Norwegen). Aaron präzisierte, im Anschluß an HLG und SG nächste Woche würden US „decision documents" einführen und zunächst bilateral erörtern.[19] Sie sollten Ende Oktober formell dem NATO-Council unterbreitet werden. Bis Mit-

11 Bundesminister Apel reiste am 30. September 1979 in die USA. Vgl. dazu den Artikel „Apel glaubt weiterhin nicht an ein reales Wachstum um drei Prozent"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Oktober 1979, S. 2.

12 Vgl. dazu die gemeinsame Sitzung der High Level Group und der Special Group der NATO am 28. September 1979 in Brüssel; Dok. 282.

13 Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 20. September 1979 vgl. Dok. 268, Anm. 8.

14 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 274, Anm. 10.

15 Vgl. dazu die Behandlung der geplanten TNF-Modernisierung der NATO in den sowjetischen Medien; Dok. 253, Anm. 8.

16 Zur gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

17 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem belgischen Außenminister Simonet am 17. September 1979; Dok. 269.

18 Korrigiert aus: „Einschluß".

19 Botschafter Ruth unterrichtete die Botschaft in Washington am 10. Oktober 1979 wie folgt: „Die amerikanische Botschaft hat uns am 5. Oktober das auf den Berichten der High Level Group und der Special Group beruhende integrierte Entscheidungsdokument übergeben und gebeten, diesen Entwurf bis zum 11. Oktober zu kommentieren." Ruth führte dazu weiter aus: „1) Wir sind mit Inhalt und Struktur des Entscheidungsdokuments einverstanden, haben aber zu einzelnen Punkten Änderungswünsche. 2) Wir begrüßen es, daß die nächste Version des Entscheidungspapiers allen Bündnismitgliedern übergeben werden soll. Bei der letzten Sitzung der Special Group haben wir angeregt, daß sie auch in geeigneter Weise parallel oder im Anschluß an die Aaron-Mission in den bilateralen Abstimmungsprozeß der Vereinigten Staaten einbezogen werden sollten." Vgl. den Drahterlaß Nr. 5082; VS-Bd. 11396 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

te November könne sich NPG damit befassen.[20] Im Anschluß an Einigung der Ständigen Vertreter sollten die Minister sie dann im Dezember absegnen.

BM wiederholte, für uns sei wichtig, daß möglichst noch im November feststehe, daß alle einverstanden seien. Die Diskussion solle damit beendet sein.[21] AM Vance stimmte zu.

BM erläuterte weiter deutsche Haltung zur Frage des Bewachungspersonals.[22] Dies sei kein innen-, sondern außenpolitisches Problem. Wir müßten vermeiden, daß optisch Eindruck entstünde, Deutsche hätten Finger am Abzug. Zur Frage deutschen Wunsches nach geringfügiger Verringerung unseres Anteils an dislozierten Waffensystemen (one flight) wurde übereinstimmend festgestellt, daß Angelegenheit geregelt sei (UK nimmt einen zusätzlichen flight). Auf entsprechende Frage AM Vance präzisierte BM, Problempunkte in nächsten Monaten seien Haltung der NL und denkbarer Einfluß verspäteter SALT-Ratifizierung (insbesondere auf Parlamentarier in NL[23]). AM Vance stimmte zu. BM erläuterte weiter, in Bundesrepublik Deutschland sei mit der Entscheidung im Bundessicherheitsrat Entscheidung des Kabinetts vorgeformt, da die drei Personen, die für die dortige Erörterung maßgebend seien, sich ja bereits im BSR einig gewesen seien. Zur Frage des Verhältnisses von deployment und Gesprächsangeboten an Sowjetunion (Assistant Secretary Vest) erläuterte BM unsere Haltung: Beides müsse gleichzeitig geschehen. Wenn Entscheidung zum deployment gefallen sei, müsse auch dislozíert werden. Die Entscheidung über die Implementierung und diese selbst dürften nicht von Rüstungskontrollverhandlungen aufgehalten werden („auflösende Bedingung, nicht aufschiebende"). AM Vance pflichtete dem bei („the cart cannot pull the horse").

MBFR wurde im Hinblick auf gleichzeitige trilaterale Konsultationen nicht vertieft.[24] BM wies auch hier auf Einigkeit in Bundessicherheitsrat hin.

Deputy Assistant Secretary Goodby referierte über französisches Projekt einer EAK und seinen Zusammenhang mit KSZE (aufgrund französischen Exposés im NATO-Rahmen).[25] D2[26] wies darauf hin, daß wir Franzosen gedrängt hätten, ihre Vorschläge zu präzisieren und zu verfeinern. Französische Vorstellungen seien für uns besonders wegen des umfassenden Anwendungsbereichs vertrauensbildender Maßnahmen in Europa interessant, außerdem wäre es möglich, bei der Verwirklichung dieses Projekts vertrauensbildende Maßnahmen „mandatory" zu machen, was ja ein besonderes amerikanisches Interesse sei. Damit könnte Projektansatz zur Lösung von Problemen geben, die uns in ande-

20 Zur Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe am 13./14. November 1979 in Den Haag vgl. Dok. 328 und Dok. 329.

21 Die Wörter „im November" und der Satz „Die Diskussion solle damit beendet sein" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu Häkchen.

22 Zur Stellung von Bewachungspersonal im Rahmen der geplanten TNF-Modernisierung der NATO vgl. Dok. 269, Anm. 5.

23 Zur Stimmungslage im niederländischen Parlament bezüglich einer TNF-Modernisierung der NATO vgl. Dok. 253, Anm. 5.

24 Zum trilateralen Gespräch über MBFR am 24. September 1979 in London vgl. Dok. 216, Anm. 19.

25 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 270, Anm. 7.

26 Klaus Blech.

ren Zusammenhängen Schwierigkeiten machten (die Frage der associated measures bei MBFR wurde jedoch nicht im einzelnen erörtert).[27]

AM Vance fragte BM nach seinen Vorstellungen zur Frage Wahrnehmung Madrider Folgekonferenz[28] durch AM. BM führte aus, bei aller Liebe zu Madrid wolle auch er dort nicht längere Zeit verweilen. Er könne sich jedoch vorstellen, daß die Konferenz durch AM eröffnet und geschlossen werde. BM fragte seinerseits AM Vance, wie er Fortgang der SALT-Debatte sehe. Vance erwiderte, SALT-Debatte nehme ihren Fortgang, doch sei ganz klar, was Senat schließlich beschließe, hänge von Ausgang der Kuba-Frage[29] ab. Er, Vance, habe sich fünfmal mit Dobrynin sowie heute mit Gromyko getroffen. Man sei übereingekommen, sich am Donnerstag (27.9.) nach Information der Präsidenten[30] wiederzutreffen.[31] Gromyko habe dies auch der Presse bestätigt. (In anschließendem Vier-Augen-Gespräch erläuterte Vance, Gromyko sei bisher gegenüber US-Vorschlägen für Lösung des Kuba-Problems gänzlich negativ geblieben. Er werde aber nach Moskau berichten. Wenn keine Einigung zustande komme, würden USA einseitige Maßnahmen ergreifen – etwa Verstärkung der Garnisonen in Guantanamo, Luftpatrouillen und Verstärkung der Seeüberwachung.) Frage des BM, ob in Moskau Politbüro mit dieser Frage befaßt sei, bejahte Vance.[32]

AM Vance erläuterte dann tiefe Besorgnis der USA über Entwicklung im Libanon. Diese Besorgnis werde auch von Syrern, Libanesen, der PLO und den Israelis geteilt. Was man hier heute tue oder unterlasse, „will make a hell of a lot of difference". Man stehe vor einem Abgrund. Jordanien, Kuwait und Saudi-Arabien würden Unterstützung geben. Die PLO wäre bereit, Flexibilität zu zeigen. Tue man nichts, wird es zu einer größeren Explosion im Nahen Osten kommen, die dann auch Camp David[33] in Frage stelle. Auf Frage BM, ob auch PLO in Gespräch über Südlibanon einbezogen werden solle, antwortete Vance: „I don't think you can do without it." BM: Syrer leiden unter Last ihrer Besetzung des Libanon. PLO würde sicher unter Beweis stellen wollen, daß sie seriöser Verhandlungspartner ist.

27 So in der Vorlage.

28 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

29 Zur Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba vgl. Dok. 259, Dok. 277 und Dok. 295.

30 Leonid Iljitsch Breschnew (UdSSR) und James E. Carter (USA).

31 Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), gab am 4. Oktober 1979 die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats über das Gespräch des amerikanischen Außenministers Vance mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 27. September 1979 in New York wieder: „Geplante Dislozierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa werde, so Gromyko, die Situation in Europa und künftige SALT-III-Verhandlungen komplizieren. Gromyko bestritt sowjetische Absicht, einen neuen IRBM-Typ zu dislozieren oder vorhandene Systeme wesentlich auszubauen. Zu erwartende Herbstentscheidung der NATO laufe militärischer Entspannung zuwider." Vgl. den Drahtbericht Nr. 976; VS-Bd. 11306 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

32 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „Is that all?"

33 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines ägyptisch-israelischen Friedensvertrags vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel vom 26. März 1979 vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

AM Vance: Israelis würden Frage der Verhandlungen mit PLO überdenken, wenn sie glaubten, auf diese Weise Angriffe über Land und See aus dem Libanon abstellen zu können. BM: Deckt sich mit unserem Eindruck aus Gesprächen mit Dayan, obwohl PLO von Dayan nicht erwähnt.[34] Botschafter McHenry: You can't solve problem without involving PLO. AM Vance: Man würde von PLO nie commitment bekommen, in Israel keine Aktion zu unternehmen. Aber, wenn Einwirkung aus Süden und von See gestoppt wird, glauben Weizman und Dayan, mit Problem fertig werden zu können. Botschafter McHenry: Entscheidend für PLO ist, in einem solchen Prozeß „some amount of recognition" zu bekommen. AM Vance: Man könnte an ein breitangelegtes Treffen im Libanon denken mit Nuntius, PLO, US, Syrien, UNIFIL, anderen Ländern; große Schwierigkeiten, aber man muß es versuchen. Frage, ob Israelis mitmachen. BM: Gibt es Leute, die Teilnahme der Sowjetunion vorschlagen würden? AM Vance: Nicht einmal PLO.

AM Vance: Der Vatikan wäre sehr interessiert, würde vielleicht sogar eine führende Rolle spielen wollen.

AM Vance bringt dann das Gespräch auf Pakistan. D2 trägt unsere Besorgnis über wachsende Instabilität in Pakistan vor. Ein „complex and differentiated approach" sei nötig. AM Vance: Problem beschäftigt mich seit Monaten. Mit Regierungswechsel in Indien[35] sind US-Optionen sogar noch mehr eingeengt. Pakistan aus geopolitischen Gründen für uns wichtig. Wir müssen konsultieren und kollektiv vorgehen. BM: Was Nutzung der nuklearen Möglichkeiten durch Pakistan anbetrifft, keine Unterschiede in Einschätzung.[36] Frage, wie man diese Fragen einbettet in Gesamtkonzept unserer Beziehungen. D2 verweist darauf, daß Pakistan als Thema für Direktorenkonsultationen der Vier in Bonn am 17.10. vorgesehen ist. AM Vance: Wir haben möglicherweise nicht sehr viel Zeit. US stehen vor dem Problem der Lieferung nuklearen Brennstoffes für indischen Reaktor.[37] Liefern wir nicht, werden die Inder sagen, ihr habt euren Kontrakt gebrochen, wir sind für alles nunmehr frei. Wenn wir aber liefern, was heißt das dann für unser Bild als einer der Hauptpropagatoren von

34 Für die Gespräche des Bundesministers Genscher und des Bundeskanzlers Schmidt mit dem israelischen Außenminister Dayan am 9. und 10. September 1979 vgl. Dok. 260 und Dok. 261.

35 Ministerpräsident Desai erklärte am 15. Juli 1979 seinen Rücktritt. Am 26. Juli 1979 wurde der bisherige stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister, Charan Singh, mit der Regierungsbildung betraut. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1979, Z 149 und Z 155 f.

36 Zur Frage eines pakistanischen Kernwaffenprogramms vgl. Dok. 256.

37 Vortragender Legationsrat I. Klasse Rouget legte am 18. Juni 1979 zur Lieferung von angereichertem Uran aus den USA an Indien dar: „Das amerikanisch-indische Kooperationsabkommen verpflichtet die Amerikaner, Indien bis 1993 das für den Betrieb des Reaktors Tarapur erforderliche Uran zu liefern. Indien ist andererseits verpflichtet, für die Dauer des Abkommens nur US-angereichertes Uran für den Reaktor zu verwenden. Dieser Reaktor untersteht IAEO-Kontrollen. Die Weigerung Indiens, full scope safeguards zu akzeptieren, ist ein erheblicher Störfaktor im amerikanisch-indischen Verhältnis und hat zu einer nuklearen Kontroverse zwischen den beiden Partnern geführt. [...] Nach dem im März 1978 in Kraft getretenen ‚US Nuclear Non-Proliferation Act of 1978' können 18 Monate nach Inkrafttreten der neuen Gesetzgebung (10.9.1979) gestellte Anträge für US-Nuklearexporte an Nichtkernwaffenstaaten nur dann noch genehmigt werden, wenn die Empfangsstaaten ihre gesamten nuklearen Aktivitäten internationalen Kontrollen (full scope safeguards) unterstellen. Im Falle Indien bedeutet dies, daß die USA nach September 1979 beantragte Uranlieferungen für Tarapur nur dann noch genehmigen werden, wenn Indien full scope safeguards akzeptiert. Indien hat erkennen lassen, daß es diese Forderung nicht annehmen werde." Vgl. Referat 413, Bd. 129334.

Non-Proliferation? Was sagen Pakistanis? Es handelt sich um eine politische Entscheidung des Präsidenten, der die Nuclear Regulatory Commission überstimmen muß. Eine politische Entscheidung. Politische Direktoren sollten diese Frage aufnehmen.

AM Vance bringt sodann die Rede auf die Karibik. Er berichtet, daß Phil Habib seine Studie abgeschlossen habe. Sie sei im State Department ausdiskutiert worden, auch bereits mit Briten und Franzosen bilateral aufgenommen. Er, Vance, würde es gerne sehen, wenn Habib nach Bonn käme, um mit AA über Frage zu sprechen. Karibik befinde sich in einer schwierigen explosiven Lage. Es gebe viele kleine, wirtschaftlich schwache Staaten, und man könne dort einiges tun. D2 verweist auf EPZ. Die Neun würden jetzt konkret Lateinamerika-Frage, dabei auch Karibik, aufnehmen. Nicaragua biete hier den äußeren Anlaß.[38] Es sei schwierig, weil es keinen konzeptuellen Hintergrund für das, was wir tun könnten und tun sollten, gebe. Besondere Rolle der US in diesem Gebiet sei offensichtlich und kompliziere interne Diskussionen der Neun. Es sei deshalb sehr wichtig für uns, mit den US sprechen zu können. AM Vance: Lateinamerikanische Politiker werfen US vor, stets und immer mit Europa, China, der Sowjetunion etc. beschäftigt gewesen zu sein und Lateinamerika vernachlässigt zu haben. Ausnahme sei kurzer Zeitpunkt nach Kuba-Krise[39] gewesen. Man argwöhne jetzt, daß USA auch nunmehr nach der Revolution in Nicaragua Lateinamerika nur kurzfristig Interesse entgegenbringen würden, und kündige an, daß sich Staaten des Kontinents anderen Ländern zuwenden würden. Dabei würden Japan und Deutschland als Beispiele genannt. US würden Gespräch darüber begrüßen.

BM sprach sodann gegenüber AM Vance die Seerechtskonferenz an. Zwischen deutscher und amerikanischer Delegation habe es gute Zusammenarbeit gegeben; wir würden uns jedoch freuen, wenn diese Zusammenarbeit intensiviert werden könne, insbesondere hinsichtlich der Fragen der Schaffung notwendiger Mechanismen und der Besetzung des Rates, der geschaffen werden solle. Frage habe für Bundesrepublik Deutschland infolge ungünstiger Küstenkonstellation größere Bedeutung als für USA.[40]

Diskussion wandte sich dann Fünfer-Initiative zu.[41] Botschafter McHenry äußerte, Waldheim sei von südafrikanischer Antwort an Botschafter Murray nicht beeindruckt und glaube nicht, daß Südafrika „serious" sei. Diskussion ergibt Übereinstimmung darüber, daß Waldheim auch ein Personalproblem hat. Er glaube, Urquhart nicht entbehren zu können. Teilnahme von Urquhart an Gesprächen sei möglich, wenn Südafrikaner nach New York kämen, nicht, wenn er nach Südafrika gehen müsse.

Botschafter von Wechmar: Waldheim ist besorgt, daß wir Frage in die UNO zurückwerfen könnten.

38 Zum Regierungsumsturz in Nicaragua vgl. Dok. 207, Anm. 4.

39 Zur Kuba-Krise von 1962 vgl. Dok. 132, Anm. 20.

40 Zu den Verhandlungspositionen der Bundesregierung auf der Dritten UNO-Seerechtskonferenz vgl. Dok. 102, Anm. 43.

41 Zum Vorschlag von fünf Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats, der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA, vom 10. April 1978 für eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 28, Anm. 7.

Zum Schluß wandte sich Diskussion kurz Wiederaufnahme des Nord-Süd-Dialoges zu. AM Vance: Wir sind bereit, daran teilzunehmen, aber wir wollen sicher sein, daß so etwas Sinn hat. BM: Wir werden Dinge im gleichen Sinne am Donnerstag ansprechen; wir haben gar nicht genug Leute für einen Dialog, der unstrukturiert und breit angelegt ist.

BM bat AM Vance um Unterstützung der deutschen Kandidatur für Präsidentschaft 35. GV.[42] Diese wurde zugesagt.

[gez.] Stabreit

VS-Bd. 10498 (201)

279

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer

331-320.10 Nic **27. September 1979**[1]

Betr.: Politische Lage in Nicaragua[2]
hier: Schlußfolgerungen aus meinem Besuch in Managua vom 10. bis 12. September 1979

Bezug: Drahtbericht aus Managua Nr. 185 vom 13.9.1979[3]

I. Mein Besuch in Nicaragua und die anschließenden Besuche in San Salvador, San José de Costa Rica und Washington bestätigten mir, daß die von uns seit

42 Bundesminister Genscher kündigte am 26. September 1978 in New York gegenüber dem amerikanischen Außenminister Vance die Kandidatur der Bundesrepublik für die Präsidentschaft der XXXV. UNO-Generalversammlung an. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 233.

1 Hat Ministerialdirektor Meyer-Landrut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Herrn Staatssekretär mit d[er] B[itte] um K[enn]t[ni]sn[ahme]. 2) [Herrn Staatssekretär mit der Bitte] um Genehmigung, diese Aufzeichnung BM Offergeld, der Ende Nov[ember] nach Nicaragua fährt, alsbald zuzuleiten. 3) Die Aufzeichnung soll außer als Unterlage für den AM-Besuch auch als Grundlage der d[eu]t[schen] Präsentation in der L[atein]a[merika]-Arb[eits]-Gruppe der EPZ dienen."
Hat Staatssekretär Hermes am 15. Oktober 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär van Well verfügte.
Hat van Well am 19. Oktober 1979 vorgelegen.

2 Zum Bürgerkrieg in Nicaragua vgl. Dok. 207.
Am 10. September 1979 stellte Ministerialdirektor Meyer-Landrut fest: „Die Folgen des Bürgerkrieges in Nicaragua sind katastrophal. Die wirtschaftliche Situation des nicaraguanischen Volkes ist äußerst prekär. Ernten sind ebenso ausgefallen wie dringende Aussaaten. Der Versorgungsengpaß, verschärft durch Darniederliegen des Handels und der Industrie, wird noch mehrere Monate anhalten." Vgl. Referat 331, Bd. 116100.

3 Ministerialdirigent Limmer, z. Z. Managua, teilte zur Lage in Nicaragua mit: „Eine dauerhafte Festlegung der politischen Grundrichtung kann noch längere Zeit auf sich warten lassen. Der Wiederaufbau des Landes steht glaubwürdig im Mittelpunkt und zwingt zur Einheit der Verantwortlichen. Sozialistische Prädisposition artikuliert sich bei den politisch engagierten Kräften oft recht deutlich. Sie scheint aber nur in wenigen Fällen ideologisch doktrinär wirklich festgelegt zu sein. Niedriges Lebensalter und Unerfahrenheit sprechen dafür, daß die Erfahrungen mit den innen- und außenpolitischen Gegebenheiten und Entwicklungen noch starken Einfluß auf die Auswahl des zukünftigen Standortes der maßgeblichen Kräfte haben können." Vgl. Referat 331, Bd. 116100.

dem Sieg der Sandinisten gegenüber Nicaragua verfolgte Politik richtig ist. Trotz der sich mehrenden kritischen Aspekte ist der innen- und außenpolitische Weg Nicaraguas noch offen und wird dies eventuell noch einige Zeit bleiben. Durch Gewährung von substantieller Hilfe kann es dem Westen gelingen, ein Abdriften Nicaraguas in das kubanisch-sowjetische Lager zu verhindern. Diese Hilfe zu versagen, weil ein Erfolg nicht kalkulierbar ist, wäre ein eventuell nicht wieder gutzumachender politischer Fehler, da er dem Kommunismus zu einem mit geringem Einsatz errungenen Brückenkopf in Mittelamerika verhelfen könnte.

II. Auffallend ist, daß auswärtige Besucher nach wie vor eine bemerkenswerte Übereinstimmung unter den nicaraguanischen Gesprächspartnern über Grundlagen und Hauptziele der zu ergreifenden Maßnahmen feststellen, zum anderen aber einzelne Bereiche (Ministerien) relativ autonom zu handeln scheinen.

Wie gegenwärtig in Nicaragua politische Entscheidungen zustande kommen, ist angesichts der verschiedenen maßgeblichen Gremien schwer feststellbar.

Die maßgeblichen Gremien sind:

1) Das neunköpfige Direktorium der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN) mit überwiegend sozialistischer bis kommunistischer Ausrichtung. Die drei wichtigsten Mitglieder haben Doppelfunktionen: Tomás Borge ist gleichzeitig Innenminister und stellvertretender Oberbefehlshaber der Streitkräfte; Humberto Ortega ist Oberkommandierender der Streitkräfte und Daniel Ortega ist Mitglied der Regierungsjunta. Alle neun Mitglieder des Direktoriums haben den Ehrentitel „Kommandant der Revolution" erhalten. Die Entscheidungen in politisch grundsätzlichen Fragen dürften im Direktorium der FSLN getroffen werden.

2) Die fünfköpfige Regierungsjunta mit einer formal-paritätischen Repräsentation der verschiedenen politischen Richtungen der Opposition gegen Somoza verliert als kollektives Entscheidungsgremium offenbar mehr und mehr an Bedeutung. Violeta Chamorro als Vertreterin des bürgerlichen Lagers hat geringes politisches Gewicht. An dem jungen Unternehmer Alfonso Robelo knüpfen sich die Hoffnungen der Privatwirtschaft. Dem sozialistischen, eventuell sozialdemokratischen Lager zuzurechnen sind der Schriftsteller Sergio Ramírez und Daniel Ortega. Moises Hassán gilt als Kommunist.

3) Die Regierung setzt sich formal ebenfalls aus Vertretern der verschiedenen politischen Richtungen zusammen. Politisch maßgebend scheinen jedoch die stärker nach links tendierenden – bis auf Tomás Borge meist jüngeren – Regierungsmitglieder zu sein. Weder von den Gemäßigten noch von den Technokraten ist ein ausgleichendes politisches Engagement innerhalb der Regierung zu erwarten. Für die Beurteilung der zukünftigen politischen Ausrichtung wird es interessant sein zu beobachten, welche Persönlichkeiten aus Junta und Regierung zu gegebener Zeit ausscheiden.

4) Gemäß dem am 9. Juli 1979, also noch vor dem Sieg über Somoza, veröffentlichten Programm der Regierungsjunta soll als gesetzgebende Körperschaft der Staatsrat gebildet werden. Er setzt sich aus 33 Mitgliedern der verschiedenen politischen Gruppierungen und der Wirtschaft, der Universität und des katho-

lischen Klerus zusammen. Von nichtsandinistischer Seite wird die Bildung des Staatsrates angemahnt.[4]

Für die zukünftige politische Weichenstellung werden als wichtig angesehen in erster Linie Tomás Borge, Humberto Ortega und sein Bruder Daniel Ortega, und in zweiter Linie die Junta-Mitglieder Sergio Ramírez und Alfonso Robelo, der Minister für Agrarreform Jaime Wheelock und der stellvertretende Innenminister Edén Pastora. Die Mehrzahl von ihnen, nämlich Borge, die Brüder Ortega und Wheelock, verhehlen nicht ihre sehr linke und kubafreundliche Einstellung. Um die Entwicklung Nicaraguas offen zu halten, wäre es notwendig, sie zu überzeugen, daß der Westen, d.h. in erster Linie die demokratischen Staaten Lateinamerikas, die USA und Europa die unverzichtbaren Partner für eine gedeihliche Entwicklung Nicaraguas sind. Wenn der Westen diese Karte spielt, d.h. in maßgeblichem Umfang Hilfe gewährt, kann es gelingen, Alternativen zum kubanischen Kurs aufzuzeigen und aus in erster Linie pragmatischen Überlegungen heraus ein Offenbleiben gegenüber Ost und West interessanter erscheinen zu lassen als ein Abschwenken in das kubanisch-sowjetische Lager.

Noch wichtiger ist aber, daß wir alles tun, um die antikommunistischen, gemäßigten demokratischen Kräfte – überwiegend außerhalb der sandinistischen Front – zu stärken. Hierzu zählen Fachleute in der Regierung wie der Planungsminister Mayorga, der Gesundheitsminister Kühl und der Zentralbankdirektor Cruz. Ferner führende Persönlichkeiten der gemäßigten politischen Parteien wie Esteban González, die sich gegenüber der FSLN nur mit großen Schwierigkeiten werden behaupten können. Außerdem verdienen Unterstützung alle politischen und wirtschaftlichen Gruppierungen, die der Tendenz der Einheitsorganisation entgegenwirken, wie Unternehmervereinigungen, unabhängige Gewerkschaften und Genossenschaften sowie freie Bildungsinstitutionen. Der katholischen Kirche kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu.

III. Aus meinem interessantesten Gespräch, dem mit Tomás Borge, halte ich folgende Äußerungen des Gesprächspartners für besonders interessant: Die politischen Entscheidungen würden auf der Grundlage des von der Junta be-

[4] Die Botschaft in Managua teilte am 24. Oktober 1979 zur „‚Institutionalisierung' der Revolution" mit: „Am 18. Oktober 1979 wurde das bereits zweimal um je einen Monat verlängerte Notstandsgesetz erneut verlängert – diesmal gleich um sechs Monate. Die Nachricht bewegte hier die Gemüter kaum. [...] Mehr Aufsehen erregte die am 22. Oktober 1979 von der Junta verkündete Entscheidung über den Staatsrat (Consejo de Estado = Ersatzparlament), der erst am 4. Mai 1980 [...] zusammentreten soll, und zwar in neuer, umstrukturierter Gestalt, d.h. an die neuen politischen Gegebenheiten angepaßt. Drei Gruppierungen sollen erklärtermaßen in Fortfall geraten: a) ‚Konterrevolutionäre' Bewegungen. Beispiel: Die trotzkistisch-maoistische Frente Obrero; als linksextrem eingestuft, für Unruhen verantwortlich gemacht und derzeit hart verfolgt. b) Nicht mehr existente Organisationen, d.h. solche, die ihren Zweck erfüllt bzw. die sich mit der FSLN verschmolzen haben. [...] c) Schattenparteien (= ‚partidos fantasmas'). Beispiel für diese Kategorie: Das Partido Social Cristiano, ferner das Partido Conservador Democrático und die neue Sozialdemokratische Partei, alles Gruppierungen, die zu Recht oder Unrecht verdächtigt werden, mit Somoza verhandelt zu haben. Neu berücksichtigt werden sollen inzwischen entstandene politische Kräfte wie die Sandinistische Gewerkschaft, Jugendorganisation und dergl[eichen]. [...] Letztere Entscheidung ist um so gravierender, als sie die erste substantielle Abweichung vom Regierungsprogramm vom 18. Juni 1979 und überdies von dem erst nach dem Sieg der Revolution verkündeten Estatuto Fundamental (Grundgesetz) darstellt." Vgl. den ungezeichneten Schriftbericht Nr. 406; Referat 331, Bd. 116100.

kanntgegebenen Programms getroffen. Dies bedeute auch eine Festlegung auf eine demokratische Lösung. Die sandinistischen Streitkräfte würden in eine nationale Armee umgewandelt und die sandinistische Front werde sich über kurz oder lang zu einer politischen Partei entwickeln, neben der andere Parteien wirken können.

Im wirtschaftlichen Bereich werde es einen staatlichen Sektor geben, einen Sektor der staatlich-privaten Mischform auf der Basis der von Somoza enteigneten Wirtschaftsunternehmen und einen privaten Sektor. Er würde es bedauern, wenn die Hilfe aus dem Ausland überwiegend dem privaten Sektor zuflösse, denn es muß gerade im Interesse des Wiederaufbaus des Landes liegen, den staatlichen Sektor zu gesunden.

Die Entwicklung in Nicaragua werde unvermeidbar zu Veränderungen in Zentralamerika beitragen. Es könnten friedliche Veränderungen oder revolutionäre Entwicklungen sein. Nicaragua werde sich aber jeder Einflußnahme enthalten. Nicaragua wolle und werde gute Beziehungen zu den nördlichen Nachbarn Honduras, El Salvador und Guatemala haben. Zu Costa Rica bestünden freundschaftliche Beziehungen.

Nicaragua werde die für den Wiederaufbau notwendige ausländische Hilfe von überall annehmen, solange sie ohne Bedingungen gegeben wird.

Nicaragua brauche auch militärische Ausrüstung.[5] Die Gefahr der Konterrevolution sei nicht beseitigt und auch die einer ausländischen Intervention nicht völlig auszuschließen. Waffenlieferungen aus dem Ostblock schließe er jedoch aus.

Die deutsche Hilfe werde sehr anerkannt, und zwar nicht so sehr wegen der Größenordnung, sondern weil sie ohne jegliche Bedingungen gegeben wird. Hilfe mit Bedingungen wird Nicaragua nicht annehmen. Kuba hätte zum Beispiel nie versucht, Einfluß zu nehmen. Hierzu bestätigte ich, daß die deutsche Hilfe ohne Bedingungen geleistet wird, daß wir aber wohl Hoffnungen und Erwartungen mit ihr verknüpfen. Diese entsprächen aber genau den Zielsetzungen der Revolution, nämlich im Inneren Demokratie und persönliche Freiheit und im Äußeren Unabhängigkeit und offene Haltung gegenüber allen Ländern.

[5] Botschafter Scholl, San José, berichtete am 23. August 1979, der ehemalige costaricanische Außenminister Facio habe „in einem vielbeachteten Artikel unter der Überschrift ‚Im heutigen Nicaragua: Neue Waffen wofür?'" dargelegt, „er sei aufrichtig beunruhigt von der Insistenz gewisser Mitglieder der revolutionären Regierung, die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Beschaffung neuer Waffen nachweisen zu wollen. Alle Besucher Nicaraguas kämen mit dem Eindruck zurück, daß im Straßenbild mit Maschinengewehren, Gewehren und Revolvern bewaffnete Militärs und Zivilisten vorherrschten. Die Sandinisten hätten große Waffenlager der Guardia Nacional erbeutet. Die mit der FSLN sympathisierenden Regierungen hätten darüber hinaus tonnenweise Waffen geliefert. Die zur Begründung für neue Waffenbeschaffungen angeführte Behauptung, die Somoza-Anhänger könnten vom benachbarten Ausland aus eine Gegenrevolution entfesseln, sei geradezu kindlich. Wie könne man der Behauptung Glauben schenken, der völlig diskreditierte Diktator, dem auch die eigene Guardia Nacional zürne, weil er sie im Stich gelassen habe, werde jetzt mehr Erfolg haben als zu der Zeit, als er noch im Besitz aller Machtmittel des Staates war? Die Hypothese sei deshalb nicht ganz von der Hand zu weisen, daß diejenigen, die jetzt ein starkes Heer in Nicaragua aufbauen wollten, die Absicht hätten, vom Wege der Demokratie abzuweichen und die Waffen gegen das auf diesem Weg nicht folgen wollende Volk zu gebrauchen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 489; Referat 331, Bd. 116100.

In meinem Gespräch mit Tomás Borge, wie auch in den anderen Gesprächen, war mir daran gelegen, die ins Auge gefaßte deutsche Hilfe und eventuelle weitere Möglichkeiten darzulegen, daneben aber auch unsere Auffassung von der wichtigen Rolle der Parteien, der Gewerkschaften und besonders auch der Privatinitiativen. Als wesentliches Motiv unserer Hilfe stellte ich unser starkes Interesse an einem friedlichen Wandel der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen dar, auf der Grundlage unserer Erkenntnis, daß ein Wandel notwendig ist, er aber nach unserer Auffassung mit friedlichen Mitteln herbeigeführt werden muß.

Ich erläuterte Tomás Borge, daß nach unserer Auffassung den politisch maßgeblichen Kräften in Nicaragua in nächster Zukunft eine große Verantwortung zukomme: Wenn Nicaragua einen demokratisch gemäßigten Kurs einschlage, dann werde es die politisch gemäßigten demokratischen Kräfte in anderen lateinamerikanischen Ländern, besonders aber in den drei nördlichen Nachbarstaaten, ermutigen, sich für eine Ablösung des gegenwärtigen Regimes und eine Änderung der politischen und wirtschaftlichen Strukturen einzusetzen. Sollte aber Nicaragua einen nichtdemokratischen Weg wählen und zum Beispiel dem kommunistischen Lager sich anschließen, dann würden damit den Verteidigern von Systemen wie das Somozas oder derjenigen wie in Salvador, Guatemala und Honduras die besten Argumente gegeben werden für die von ihnen vertretene Auffassung, daß die Alternative zu ihrem System nur der Kommunismus sei. Tomás Borge stimmte dieser Überlegung ausdrücklich zu und betonte, daß die maßgeblichen Kräfte in Nicaragua sich dieser Verantwortung voll bewußt seien.

IV. Fast allen Gesprächspartnern gegenüber habe ich die ins Auge gefaßte Entsendung von 500 bis 1000 kubanischen Lehrern angesprochen. Die mit einer solchen Aktion verbundene Problematik wegen der enormen Einflußmöglichkeit einer solch großen Zahl ausgewählter Lehrkräfte wurde durchaus nicht heruntergespielt. Erziehungsminister Tünnermann wies darauf hin, daß zunächst alle nicaraguanischen Lehrkräfte mobilisiert würden, bevor ausländische Lehrer zum Einsatz kämen. Nicaragua werde auch Lehrer aus anderen Ländern einsetzen, wenn sie unter vernünftigen Bedingungen angeboten werden. Auf die Möglichkeit einer deutschen Finanzierung z.B. costaricanischer Lehrer kam Herr Tünnermann nicht zu sprechen, obgleich ihm das Gespräch mehrfach dazu Gelegenheit gegeben hätte. Offenbar war er an der Ventilierung eines solchen Projektes nicht interessiert.

V. Wenn ich die Erkenntnisse aus meinen Gesprächen und meinen sonstigen Beobachtungen während meines Aufenthalts in Nicaragua zusammenzufassen versuche, ergibt sich keine ausreichende Grundlage für eine Voraussage der zukünftigen Entwicklung des Landes, wohl aber positive und negative Aspekte für die Bewertung der Chancen einer gemäßigten demokratischen Entwicklung Positive Aspekte sind:

1) die Notwendigkeit und der Wunsch nach westlicher Hilfe.

2) die Wahrscheinlichkeit, daß weder Kuba noch der Ostblock substantielle materielle Hilfe leisten können oder wollen.

3) die dezidierten Absichtserklärungen, das (gemäßigte) Regierungsprogramm zu erfüllen.

4) der Eindruck, daß die Mehrzahl der als Marxisten oder Kuba-Sympathisanten angesehenen Führungskräfte politisch-ideologisch nicht endgültig festgelegt, sondern vielmehr lernfähig und pragmatisch zugänglich für Alternativen sind.

5) Das Vorhandensein von zahlreichen gemäßigten demokratischen Kräften.

6) Die allgemein vertretene Auffassung, daß das nicaraguanische Volk friedfertig ist und keine Neigung für marxistische Unfreiheit habe.

Als negative Aspekte drängen sich dem Besucher Nicaraguas auf:

1) Die marxistischen, kubafreundlichen Neigungen, wie sie bei vielen der maßgeblichen politischen Kräfte zum Ausdruck kommen und offenbar besonders stark bei den Mitgliedern des einflußreichen Direktoriums der FSLN zu finden sind.

2) Der starke kubanische Einfluß auf Grund persönlicher Verbindungen und aus Dankbarkeit für die in der Kampfzeit gewährten Unterstützungen sowie durch kubanische Hilfsmaßnahmen mit großem meinungsbildenden Einfluß wie die Entsendung von Lehrern, Technikern und Ärzten.

3) Die fast alle Bereiche des Lebens gegenwärtig dominierende Stellung der Frente Sandinista. Die Überziehung des gesamten Landes mit örtlichen Komitees zur Verteidigung der Revolution erinnert stark an das entsprechende kubanische System. Es ist schwer vorstellbar, wie die FSLN von einer allgegenwärtigen Organisation sich in eine normale politische Partei entwickeln könnte.

4) Das Vorherrschen staatswirtschaftlich-dirigistischer Tendenzen zum Nachteil der Privatinitiative im Wirtschaftsbereich. Da eine schnelle wirtschaftliche Erholung nur durch Mobilisierung der Privatinitiative im Inland und im Ausland möglich sein dürfte, müßte die gezielte Vernachlässigung des privatwirtschaftlichen Sektors zu einer nur langsamen wirtschaftlichen Erholung mit negativen innenpolitischen Auswirkungen führen.

5) An baldige demokratische Wahlen wird in der gegenwärtigen nicaraguanischen Führung offenbar nicht gedacht. Sie sollen erst nach der auf zwei bis vier Jahre veranschlagten Wiederaufbauperiode angesetzt werden.

Die Meinung von nicht zu den Führungsgremien gehörenden Gesprächspartnern war durchweg, daß eine starke Linkstendenz unvermeidlich ist. Die Führungsgruppe der bürgerlichen – neben der Parteizeitung „Barricada" einzig zugelassenen – Tageszeitung „Prensa" war sehr pessimistisch: Die maßgeblichen Kräfte in dem Direktorium der FSLN und auch überwiegend in Junta und Regierung seien Marxisten. Zu einem ähnlichen kritischen Urteil kam der angesehene und seit langem in Opposition zu Somoza stehende Erzbischof[6]: Auch er nannte die maßgeblichen politischen Kräfte marxistisch ausgerichtet. Die von mir angesprochenen deutschen Kaufleute gaben der Privatwirtschaft in Zukunft wenig Chancen. Da weder ausländische Mutterfirmen noch Lieferanten zu Investitionen oder Krediten gegenwärtig bereit scheinen, ist angesichts der Zerstörungen und der Vernichtung finanzieller Reserven ein Wiedererstarken der Mittel- und Kleinindustrie nur möglich, wenn sie von den Banken des Landes

6 Miguel Obando y Bravo.

unterstützt werden. Die Aussicht hierauf wird jedoch mit großer Skepsis beurteilt.

VI. Meine nach dem Besuch Nicaraguas in Washington geführten Gespräche ergaben, daß im State Department die Lage, die Entwicklungsmöglichkeiten und die Notwendigkeit westlicher Hilfe sehr ähnlich beurteilt werden wie von uns. Mir scheint man dort allerdings mehr von der „Umarmungstaktik" gegenüber den Sandinisten auszugehen als von der Notwendigkeit, die unabhängigen, demokratischen Kräfte zu unterstützen. Der für Lateinamerika zuständige Assistant Undersecretary Vaky vertrat die Auffassung, daß es ungeachtet der nicht erheblichen Widerstände gelingen werde, die Auffassung von der Notwendigkeit großzügiger Hilfe im Senat durchzusetzen. Mr. Vaky und die von mir angesprochenen Mitarbeiter betonten ausdrücklich, daß sie unsere schnelle und substantielle Hilfe sehr schätzen und es sehr bedauern, daß von anderen europäischen Ländern bisher sehr wenig Hilfe gewährt oder in Aussicht gestellt wurde.

VII. Zur Frage, in welcher Form wir Hilfe gewähren und Einfluß auf die zukünftige Entwicklung Nicaraguas nehmen können, erwähne ich folgende Punkte:

1) Die im Rahmen der humanitären Soforthilfe vom AA organisierten vier Flüge (zuzüglich ein DRK-Flug) trugen zur unmittelbaren Linderung der größten Not bei und wurden entsprechend anerkannt.[7] Als weitere Soforthilfe wurde ein Zuschuß in Höhe von DM 2 Millionen gewährt. Obgleich dieser Betrag auch für die Beschaffung von Medikamenten verwendet werden sollte, wurde er ausschließlich für den landwirtschaftlichen Bereich (Düngemittel und Insektizide) ausgegeben. Der Engpaß bei der Versorgung mit Medikamenten ist nach wie vor aber besonders groß. Wenn ein weiterer Versorgungsflug möglich wäre, sollte er vorrangig Medikamente enthalten.

2) Das ins Auge gefaßte Programm der finanziellen und technischen Zusammenarbeit von 1979 und 1980 entspricht in Zweckbestimmung und weitgehend auch im Umfang den Erfordernissen; einen zusätzlichen Spielraum bieten für 1980 ohnehin die vom BMZ bereits in Erwägung gezogenen Reserveprojekte. Bei Abschluß der Kreditverträge und bei der Durchführung der Projekte sollte immer die Zielsetzung im Auge behalten werden, politisch gemäßigte Kräfte (nicht gleichgeschaltete Organisationen) und Bereiche der Privatinitiative zu

[7] Referat 311 vermerkte am 27. September 1979: „Im Rahmen der ‚humanitären Hilfe' für Nicaragua wurden bisher von der Bundesregierung und den beiden privaten Hilfswerken D[eutscher]C[aritas] V[erband] und DRK bilaterale Sofortmaßnahmen – Lieferung von hochwertigen Nahrungsmitteln, Mais, Medikamenten, ein Ambulanzfahrzeug usw. – im Wert von ca. 2,15 Mio. DM durchgeführt. (U. a. bisher insgesamt vier Hilfsflüge der Bundeswehr, ein Charterflug). Anteil der Bundesregierung etwas mehr als DM 1 Mio. [...] Warenhilfe u. a. 1979: Zur Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln im Rahmen eines Food-for-work-Programms werden kurzfristig 350 000 DM bereitgestellt. DM 450 000 Wohnungsbauprogramm. Landwirtschaftshilfe (Düngemittel, Saatgut, Insektizide) 2 Mio. DM. Für die Beschaffung von Ersatzteilen und Ausrüstungsgegenständen für die zerstörte Industrie und Landwirtschaft, den Import von Rohstoffen, Dünge- und Pflanzenschutzmittel sowie Transporteinrichtungen werden 20 Mio. DM als Darlehen zu besonders günstigen Bedingungen bereitgestellt. Aus früheren Kapitalhilfeprojekten werden für die Förderung von Betrieben der Klein- und Mittelindustrie 5 Mio. DM und für die Wiederinstandsetzung des Fernmeldewesens von Nicaragua weitere 5 Mio. DM bereitgestellt." Vgl. Referat 331, Bd. 116100.

stützen. Unsere Hilfe darf keinesfalls vorrangig die marxistisch staatswirtschaftlichen Tendenzen fördern und ihre Vertreter in der FSLN stärken.

3) Es sollte geprüft werden, inwieweit Hermesausfuhrbürgschaften bei Lieferungen an Nicaragua wenigstens in bescheidenem Umfang wieder gewährt werden können, wenn sie dem privatwirtschaftlichen Bereich zugute kommen. Das Überleben und die Stärkung der privatwirtschaftlichen Unternehmen ist für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Nicaraguas von großer Bedeutung.

4) Die Auslandsverschuldung Nicaraguas ist mit 1,5 Mrd. nicht nur insgesamt für die Wirtschaftskraft des Landes sehr hoch, sondern auch noch sehr ungünstig (kurzfristig) strukturiert. Nach Angabe des nicaraguanischen Planungsministers sind über 60% bis Ende 1980 fällig. Nicaragua plant Umschuldungsverhandlungen für Oktober/November. Eine Umschuldung ist unvermeidbar, da Nicaragua weder über die Mittel verfügt, noch sie sich bei privaten oder staatlichen internationalen Kreditgebern beschaffen könnte, um seinen Zahlungsverpflichtungen im Laufe des nächsten Jahres nachzukommen. Die Bundesrepublik Deutschland sollte zur Umschuldungsfrage initiativ positiv Stellung beziehen, dabei aber zusammen mit den Partnerländern die Gelegenheit der Einflußnahme auf die Wirtschaftspolitik Nicaraguas nutzen.

5) In internationalen Gremien wie Weltbank, Weltwährungsfonds und Interamerikanischer Entwicklungsbank sollten wir uns für wirtschaftlich fundierte Anträge Nicaraguas einsetzen, aber auch hierbei unbedingt übertriebenen staatswirtschaftlichen Tendenzen entgegenwirken.

6) Im Rahmen der begrenzt gegebenen Möglichkeiten sollte sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß Großfirmen und Lieferanten an Tochterunternehmungen und Vertreterfirmen in Nicaragua in einem Mindestumfang finanzielle Hilfen geben, ohne die gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt die wirtschaftliche Existenz bzw. ein Wiederaufbau der mit dem Ausland verbundenen Mittel- und Kleinbetriebe kaum zu gewährleisten sein wird.

7) Gute Ansatzmöglichkeiten sind für den Deutschen Entwicklungsdienst gegeben, wie zum Beispiel bei der Gesundheitsversorgung und in der Landwirtschaft.

8) Die Überlegungen des DAAD, für nicaraguanische Studenten zusätzliche Stipendien zur Verfügung zu stellen, verdient einschränkungslos Unterstützung, soweit die unabhängige Auswahl qualifizierter Bewerber möglich ist.

9) Im politischen Bereich hat besonders die Friedrich-Ebert-Stiftung gute Möglichkeiten der Zusammenarbeit und der Einflußnahme. Abgesehen von ihren bereits bestehenden guten Kontakten zur FSLN kommt ihr zugute, daß die sozialdemokratische Richtung gegenwärtig als Alternative zur marxistischen Richtung in Nicaragua innerhalb und außerhalb der sandinistischen Front hoch im Kurs steht. Ein von der FES geplantes Programm der Zusammenarbeit mit Nicaragua, das sich auf Wohnraumbeschaffung, auf den Wiederaufbau der Kleinindustrie im Nahrungsmittelbereich und auf die Finanzierung von 25 Kurzzeitexperten aus lateinamerikanischen Ländern bezieht, verdient unsere volle Unterstützung.

Welche Ansatzmöglichkeiten die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Friedrich-Naumann-Stiftung haben, wird sich genauer erst absehen lassen, wenn zu er-

kennen ist, welche politischen Gruppierungen außerhalb der sandinistischen Front als Partner in Frage kommen.

10) Die beiden großen Parteien SPD und CDU/CSU sollten die Initiative zu einem intensiven Besucheraustausch ergreifen. Die Einladung nicaraguanischer Politiker ist hierbei ein ebenso geeignetes Mittel der Einflußnahme wie der Besuch Nicaraguas durch prominente deutsche Politiker. Wenn sich die bereits deutlich sichtbaren Anzeichen verstärken, daß maßgebliche Kräfte der FSLN das Wiederaufleben von demokratischen Parteien sozialdemokratischer und christlichdemokratischer Richtung erschweren, wird der Aufbau einer Mehrparteienstruktur weitgehend davon abhängen, ob ausländische Schwesterparteien zu substantieller Hilfe bereit sind. Die SPD und die FES sollten dabei davon ausgehen, daß auf Dauer die entsprechenden Partner vielleicht eher außerhalb als innerhalb der FSLN zu finden sein werden.

11) Große Möglichkeiten der nützlichen Hilfe und der Einflußnahme zugunsten einer gemäßigten Entwicklung hat zweifellos die katholische Kirche angesichts ihrer starken Stellung im nicaraguanischen Volk und auch des Prestiges des Erzbischofs von Managua.

12) Neben unserer eigenen Hilfe sollten wir es uns auch zur Aufgabe machen, andere Länder, und insbesondere die Partnerländer der Europäischen Gemeinschaft, von der Notwendigkeit zu überzeugen, durch wirksame Hilfe auf die Entwicklung in Nicaragua positiv Einfluß zu nehmen.[8]

Herrn D 3[9] mit der Bitte um Kenntnisnahme und Zustimmung, diese Unterlage für die Mappe für den Besuch des nicaraguanischen Außenministers d'Escoto am 29.10.1979 zu verwenden.[10]

Limmer

Referat 331, Bd. 116100

8 Vgl. dazu die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 11. September 1979; Dok. 265.

9 Andreas Meyer-Landrut.

10 Der nicaraguanische Außenminister d'Escoto besuchte die Bundesrepublik am 28./29. August 1980. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 115 des Vortragenden Legationsrats Boll vom 2. September 1980; AAPD 1980.

280

Ministerialdirektor Blech, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt

114-3185/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 27. September 1979, 11.30 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1942 **Ankunft: 27. September 1979, 17.33 Uhr**

Betr.: Bilaterales Gespräch des Herrn Ministers mit dem spanischen AM Oreja am 25.9.1979[1]

BM, begleitet von Botschafter von Wechmar und D2[2], traf mit Oreja am Vormittag des 25.9. zu einem etwa 40minütigen Gespräch zusammen. Oreja wurde von zwei Mitarbeitern, jedoch nicht dem spanischen Ständigen Vertreter bei den Vereinten Nationen, de Piniés, begleitet.

Oreja eröffnete das Sachgespräch mit der Überreichung eines Memorandums über den Besuch Arafats in Madrid[3] (Memorandum wird nach Übersetzung aus dem Spanischen nach Rückkehr nach Bonn verteilt werden). Oreja bezog sich ausdrücklich auf unser Interesse an den Beziehungen Spaniens zu Israel[4] und verwies darauf, daß er in seiner Rede am 24.9.[5] erstmals diese Beziehungen erwähnt habe. Dies sei ein bedeutender Schritt. Er werde auch am gleichen Tage (25.9.) ein Gespräch mit Vertretern der Jüdischen Gemeinden in den Vereinigten Staaten haben und dabei das spanische Vorhaben deutlich machen, im Hinblick auf Spaniens Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft[6] die Beziehungen zu Israel zu normalisieren. Dieser Schritt könne vollzogen werden, wenn ein Beitrag zur Lösung der Nahost-Frage vorliege.

BM unterstrich, es sei in der Gemeinschaft wichtig, daß alle Mitgliedstaaten in einer so wichtigen Frage eine gemeinsame Basis hätten. Er verwies auf den vergleichbaren Fall im eigentlichen Gemeinschaftsbereich, wo man Angola deutlich gemacht habe, daß es mit einer Aufnahme in das Lomé-Abkommen[7] nicht rechen könne, solange es keine diplomatischen Beziehungen mit allen Staaten der Gemeinschaft, d.h. hier mit der Bundesrepublik Deutschland[8], habe. BM fragte Oreja dann nach seinem persönlichen Eindruck von Arafat.

1 Bundesminister Genscher besuchte vom 23. bis 27. September 1979 die UNO-Generalversammlung in New York.

2 Klaus Blech.

3 Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, hielt sich am 13./14. September 1979 in Spanien auf.

4 Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Spanien vgl. Dok. 116, Anm. 17.

5 Für die Rede des spanischen Außenministers Oreja am 24. September 1979 vor der UNO-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 34th Session, Plenary Meetings, S. 75–81.

6 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 270, Anm. 10.

7 Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 sowie der Zusatzprotokolle und der am 11. Juli 1975 in Brüssel unterzeichneten internen Abkommen über Maßnahmen zur Durchführung des Abkommens und über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2318–2417.

8 Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Angola vgl. Dok. 252.

Oreja antwortete, daß sich Arafat anders als sein Image dargestellt habe. Auch die von ihm vertretenen Positionen seien ganz andere als die starren Positionen gewesen, die er, Oreja, vor drei Jahren von Khadoumi gehört habe.

BM stellte fest, dies decke sich mit den Eindrücken der Herren Brandt[9] und Möllemann[10]. Auch diese hätten Korrekturen am Persönlichkeitsbild Arafats, wie sie es bisher gehabt hätten, vorgenommen. Was die Änderungen der politischen Positionen der PLO anbeträfe, so decke sich Orejas Eindruck mit dem, den er, BM, aus Gesprächen während seiner letzten Nahost-Reise[11] gewonnen habe. Bei allen Verschiedenheiten der Ausgangspunkte seien sich seine Gesprächspartner insoweit einig gewesen.

Oreja sagte, daß nach dem Eindruck seiner Regierung es durch das Camp-David-Abkommen[12] nur schwieriger geworden sei, das Nahost-Problem einer globalen Lösung zuzuführen. Dies müsse man feststellen, auch wenn man die Bedeutung des in diesem Abkommen liegenden Schritts anerkenne. Unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen wäre es sinnlos, die Geschichte zurückdrehen zu wollen. Das Konzept der Genfer Konferenz[13] sei überholt. Eine globale Lösung könne nur durch eine neue Konferenz im Rahmen der VN gefunden werden, an der auch die Palästinenser teilnähmen. Oreja verwies auf die Rede von Vance, in der vom palästinensischen Volk gesprochen worden sei.[14] Ohne Lösung des Palästinenser-Problems sei eine allgemeine Lösung nicht möglich. Man müsse eine neue Verhärtung der Haltung der PLO vermeiden. Immerhin rede auch Arafat jetzt wie selbstverständlich nicht mehr von den Zionisten, sondern von Israel und von einem Nebeneinander der Völker in der Region.

BM bezeichnete es als richtig, daß sich die Diskussion jetzt auf die beiden Schlüsselprobleme konzentriere: Auf das Existenzrecht Israels und auf das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, von dem wir in den VN schon 1974[15] gesprochen hätten. Er frage sich auch, ob nicht im Augenblick eine Konstellation bestehe, die eine Lösung möglich mache. Nach seinem Eindruck sei im Augenblick eine von Arafat repräsentierte politische Richtung in der PLO wirksam, die hierzu bereit sei. Das könne sich jedoch schnell ändern.

Oreja kam sodann auf die Beziehungen Spaniens zur EG zu sprechen. Die Beitrittsprozedur sei etwas langwierig (BM stimmte dem zu). Spanien habe es

9 Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, der SPD-Vorsitzende Brandt und Bundeskanzler Kreisky trafen vom 6. bis 8. Juli 1979 in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 208, Anm. 10.

10 Der FDP-Abgeordnete Möllemann traf mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, am 8. August 1979 in Beirut zusammen. Vgl. dazu Dok. 208, Anm. 13.

11 Bundesminister Genscher hielt sich am 23./24. Juni 1979 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu Dok. 186, Dok. 187 und Dok. 189.
Genscher besuchte vom 4. bis 6. Juli 1979 den Irak. Vgl. dazu Dok. 201 und Dok. 203.
Genscher hielt sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien, am 28. August im Libanon, vom 29. bis 31. August in Jordanien und vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 240–245, Dok. 247, Dok. 249 und Dok. 250.

12 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

13 Zur Friedenskonferenz für den Nahen Osten in Genf vgl. Dok. 86, Anm. 21.

14 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Vance am 24. September 1979 vor der UNO-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 34th Session, Plenary Meetings, S. 70–75.

15 Vgl. dazu die Rede des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (UNO), am 19. November 1974 vor der UNO-Generalversammlung; Dok. 240, Anm. 4.

zwar nicht besonders eilig, wolle aber doch ständige Fortschritte sehen. Immerhin seien seit dem Beginn der Verhandlungen sieben Monate vergangen. Nach spanischen Vorstellungen sollten die Verhandlungen Ende 1980 praktisch abgeschlossen werden. Man könne dann 1981 vielleicht noch einzelne Fragen klären, jedoch sollte in diesem Jahr unterzeichnet werden, so daß Spanien 1983 Mitglied werden könne. Man hoffe auch, in diesem Zeitraum von vier Jahren die nötigen Schritte zum Beitritt Spaniens zur NATO[16] machen zu können. Über diese Frage werde es während der nächsten zwei Jahre eine nationale Debatte geben. Ende 1981 bis Anfang 1982 sollte eine parlamentarische Debatte stattfinden; 1982 sollte es dann zum Beitrittsantrag kommen. Vor allem müsse noch die PSOE überzeugt werden. Auch sollte das KSZE-Treffen in Madrid[17] zunächst abgeschlossen werden.

Auf keinen Fall sollte etwa aus der spanischen Anwesenheit beim Treffen der Ungebundenen in Havanna[18] geschlossen werden, daß Spanien sich von dem Ziel zurückziehe, an der westlichen Verteidigung teilzunehmen. Durch seine Teilnahme in Havanna habe Spanien versucht, sein Interesse an Lateinamerika zum Ausdruck zu bringen. Immerhin habe es als demokratischer Staat die Möglichkeit, mit den Demokraten in Lateinamerika zusammenzuarbeiten und so auf einen Wandel in den lateinamerikanischen Diktaturen hinzuwirken. Besondere Sorge bereite Nicaragua.[19] Hier werde die Unterstützung durch die EG wichtig sein, damit es nicht zu einer Linksdiktatur komme.[20]

BM sagte, er verweise in Gesprächen mit Lateinamerikanern stets auf das spanische Beispiel eines geglückten Übergangs zur Demokratie. So habe er dies eben erst gegenüber dem chilenischen Außenminister[21] getan und diesem zu bedenken gegeben, daß man mit einem solchen Übergang nicht zu lange warten dürfe. Bezüglich Nicaragua verwies BM auf die Diskussion des Themas unter den Außenministern der Neun in Dublin.[22] Er habe seine Kollegen gebeten, Nicaragua als politisches und nicht nur als humanitäres Problem ernst zu nehmen. Tue man das nicht, so finde man leicht plötzlich eine Linksdiktatur statt

16 Am 13. März 1979 bewertete Botschafter Lahn, Madrid, die Aussichten für einen NATO-Beitritt Spaniens: „Aus innenpolitischen Gründen wird es sich die Regierung kaum leisten können, eine so wichtige Frage wie die Mitgliedschaft in der NATO mit einer Mehrheit von nur einer Stimme zu entscheiden. [...] Die Stabilität Spaniens in der noch andauernden Übergangszeit hat bisher auf dem politischen Konsens der Parteien beruht. [...] Der innenpolitische Konsens würde durch eine Initiative der UCD für den Beitritt zur NATO ernstlich gefährdet werden. Die gesamte Linke, die zahlenmäßig stärker ist als 1977, würde in einem solchen Fall jede Zusammenarbeit aufkündigen und damit die Regierung in eine äußerst schwierige, wenn nicht gar ausweglose Lage bringen. Es ist sehr fraglich, ob die UCD unter solchen Umständen eine NATO-Initiative riskiert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 175; Referat 203, Bd. 115899.

17 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

18 Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt. Vgl. dazu Dok. 266, Anm. 4 und 7.

19 Zum Regierungsumsturz in Nicaragua vgl. Dok. 279.

20 Zu diesem Satz wurde handschriftlich vermerkt: „In diesem Rahmen ohne Spanien!"

21 Zum Besuch des chilenischen Außenministers Cubillos vom 16. bis 18. September 1979 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 265, Anm. 24.

22 Zum Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 11. September 1979 vgl. Dok. 265.

einer Rechtsdiktatur. Es müsse zu denken geben, daß DDR-Außenminister Fischer auf seiner Reise nach New York Nicaragua besucht habe.[23]

BM wies sodann darauf hin, daß er in seiner Rede vor der Vollversammlung die Bewegung der Blockfreien erwähnen und Nyerere zitieren werde.[24] Es komme darauf an, daß diese Bewegung sich selbst treu bleibe. Wir hätten die spanische Anwesenheit in Havanna nicht falsch gesehen. In der Tat müsse man dafür sorgen, daß die Blockfreien nicht als eine antieuropäische Bewegung erschienen. Gerade deshalb sei die Rolle, die Tito dort gespielt habe, besonders bemerkenswert.

Oreja bezeichnete die Lage in Nicaragua nicht nur wegen der internen Lage des Landes als besorgniserregend, sondern auch wegen der Stellung dieses Landes in Mittelamerika und der Auswirkungen seiner Entwicklung auf die Region (San Salvador[25], Guatemala[26]). Es gebe auch noch andere Krisenherde in der Karibik. Wenn man in dieser instabilen Zone marxistische Diktaturen hätte, dann werde es gefährlich. Wenn man dem nicht jetzt durch Aktionen vorbeuge, dann werde es später möglicherweise zu Interventionen kommen, was noch schlimmer wäre.

Oreja sprach in diesem Zusammenhang die Bedeutung regelmäßiger Kontakte zwischen Spanien als Beitrittskandidat mit den Mitgliedstaaten der EG in Bereichen an, die außerhalb der Römischen Verträge[27] liegen. Man wisse auf spa-

23 Zu diesem Satz wurde handschriftlich vermerkt: „Ja!"
Der Außenminister der DDR, Fischer, hielt sich vom 17. bis 23. September 1979 in Ecuador, Kolumbien und Nicaragua auf. Ministerialdirigent Lücking notierte zu Fischers Besuch am 23. September in Nicaragua: „Der nicaraguanische Außenminister, der bereits bei der Begrüßung Fischers auf dem Flugplatz die Genugtuung zum Ausdruck gebracht hatte, daß Fischer als erster Außenminister eines europäischen sozialistischen Landes dem befreiten Nicaragua einen Besuch abstatte, betonte bei dem anschließenden Essen: ‚Wir halten Sie für die natürlichen Verbündeten unserer Revolution und sind uns dessen bewußt, daß Sie wissen, was das Wort Solidarität bedeutet.'" Dazu stellte Lücking fest: „Nachdem die DDR die sandinistische Befreiungsfront bereits seit Mitte 1978 propagandistisch unterstützt und Kontakte zu dieser auf der Ebene der Solidaritätskomitees und Massenorganisationen gefördert hatte, hat sie unmittelbar nach dem Regierungsantritt durch die sofortige Anerkennung und Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 20.7.1979, den Besuch einer offiziellen Delegation des MfAA am 1.8.1979 sowie ‚Solidaritätssendungen' und Versorgung von sandinistischen Verwundeten in DDR-Krankenhäusern einen erheblichen Gewinn an Goodwill verbucht. Der Besuch des DDR-Außenministers, bei dem sich diese Gesten bereits ausgezahlt haben (DDR als ‚natürlicher Verbündeter', Aufnahme von Parteibeziehungen), deuten darauf hin, daß die DDR gewillt ist, sich weitergehend zu engagieren; er ist zugleich Beweis, daß die DDR-Außenpolitik sehr schnell reagiert, wenn eine ‚revolutionäre' Entwicklung in der Dritten Welt den Ansatz für ein Engagement der DDR zu bieten scheint." Vgl. die Aufzeichnung vom 4. Oktober 1979; Referat 210, Bd. 116492.

24 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 27. September 1979 vor der UNO-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1979, S. 1057–1062.

25 Zum Regierungsumsturz in El Salvador vgl. Dok. 298.

26 Am 17. Oktober 1979 vermerkte Referat 311: „Die innenpolitische Lage in Guatemala hat sich in der letzten Zeit eher stabilisiert. Die weitere Entwicklung wird wesentlich davon abhängen, welche politische Ausrichtung die Militärjunta im benachbarten El Salvador hat und ob es dort gelingen wird, weiteres Blutvergießen zu verhindern. Nur bei einem friedlichen Wandel in El Salvador wird sich auch die innenpolitische Lage in Guatemala entspannen und die angekündigte politische Öffnung verwirklichen lassen. Ein linkes extremes Regime in El Salvador würde in Guatemala zu einer weiteren innenpolitischen Polarisierung und schließlich zum Bürgerkrieg führen." Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 116148.

27 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

nischer Seite sehr wohl, daß man noch nicht so weit sei, solche Kontakte zu institutionalisieren; sie sollten aber doch stattfinden.

BM befürwortete dies nachdrücklich. Er fragte sodann nach der Lage in Spanien selbst.

Oreja führte aus, daß man im Augenblick sich einer besorgniserregenden Situation gegenübersehe. Mit dem Autonomie-Statut für das Baskenland und Katalonien, das am 25. Oktober Gegenstand eines Referendums sein werde, gelange man an das Ende eines langen Weges.[28] So sei es gelungen, bei den Basken die terroristische Bewegung vom Volk zu separieren. Gerade deshalb komme es aber zu verstärkten Reaktionen der Terroristen. Oreja verwies auf die Ermordung des Militärgouverneurs von San Sebastian[29] (seinem eigenen Wahlkreis) und auf Nachrichten, daß in den nächsten Tage noch mehr geschehen könne. Deshalb habe sich Ministerpräsident Suárez zur Verschiebung seiner Reise nach Mittelamerika und in die Vereinigten Staaten entschlossen, weil er eine solche Verschiebung für besser halte als einen eventuell notwendig werdenden Abbruch der Reise. Spanien sei für jede Hilfe im Kampf gegen den Terrorismus dankbar. Er glaube, daß bei der Bekämpfung des Terrorismus internationale Zusammenarbeit nötig sei. Die Zusammenarbeit mit Frankreich sei bemerkenswert gut.

BM schnitt sodann die deutsche Kandidatur für die Präsidentschaft der nächsten Vollversammlung an.[30] Wir würden in jedem Fall an der Kandidatur Wechmars festhalten und hätten den Eindruck, damit auch gute Unterstützung zu finden.

Oreja antwortete, daß „noch" keine Änderung der spanischen Haltung zur Kandidatur de Piniés' vorliege. Es gebe hierzu noch keine neuen Äußerungen. Jedoch sollte das ganze kein Thema für eine Konfrontation sein, zumal Spanien und die Bundesrepublik Deutschland in allem anderen übereinstimmten. Man habe noch Zeit für den Versuch, eine befriedigende Formel zu finden, da es nicht gut wäre, erstmalig zwei konkurrierende westliche Kandidaturen zu haben, und dies auch keine gute Präsentation der spanischen Position im Westen, zum Westen und insbesondere zur EG wäre. Eine solche Formel sollte für beide Seiten und auch für die öffentliche Meinung akzeptabel sein. Man verstehe sehr wohl das Interesse der Bundesrepublik Deutschland, man vertraue aber

28 Bei den regionalen Abstimmungen am 25. Oktober 1979 in Spanien befürworteten im Baskenland 91% und in Katalonien 89% der Wähler das jeweilige Autonomie-Statut. Vgl. dazu den Artikel „Die Basken stimmen gegen die ETA, aber ein Ende des Terrors ist nicht in Sicht"; DIE WELT vom 27. Oktober 1979, S. 7.

29 Oberst i. G. Steinkopff, Madrid, berichtete am 24. September 1979: „Am Mittag des 23. Septembers 1979 wurde der Militärgouverneur der baskischen Provinz Guipuzcoa, zugleich Kommandeur der Gebirgsbrigade 61, Brigadegeneral Lorenzo Gonzáles-Valles Sanchez, auf der Strandpromenade von San Sebastian erschossen [...]. Die Täter gehören wahrscheinlich der baskischen Terrororganisation ETA-Militar an, die dem spanischen Militär offen den Kampf angesagt hat. Mit dem Attentat auf General Gonzáles-Valles hat sich die Zahl der seit November 1977 ermordeten Offiziere der spa[nischen] Streitkräfte auf 14 erhöht. [...] Die letzten drei Morde sollen vermutlich mit dazu dienen, die Streitkräfte vor dem Referendum über das baskische Autonomiestatut (25.10.79) zu unüberlegten Handlungen zu provozieren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 717; Referat 203, Bd. 115896.

30 Zur Kandidatur der Bundesrepublik für die Präsidentschaft der XXXV. UNO-Generalversammlung vgl. Dok. 278, Anm. 42.

auch darauf, daß diese Verständnis für die spanischen Interessen hätte. Immerhin gebe es objektive Gründe für beide Länder.

BM nahm dies auf. In der Tat gebe es für uns objektive politische Gründe, unsere Kandidatur zu betreiben. Die von uns angestrebte Präsidentschaft werde in die Sicherheitsratszeit der DDR[31] fallen und sei deshalb für uns wichtig. Er glaube andererseits, daß Spanien mit der gleichzeitigen Madrider KSZE-Konferenz ein wichtiges Ereignis bekomme. Er erinnerte an das deutsche Eintreten für Madrid als Konferenzort. Man solle in der Frage in Kontakt bleiben. Er stimme überein, daß es keine Konfrontation geben solle. Er habe die Frage hier nur deshalb angeschnitten, weil er keinen Zweifel etwa in Couloir-Gesprächen daran aufkommen lassen wolle, daß wir in jedem Fall an unserer Kandidatur festhalten.

Oreja betonte, er sehe die deutschen Gründe ganz klar. Er habe sich auch bei allen seinen Äußerungen bemüht, den Eindruck von Intransigenz zu vermeiden. Er habe stets im Auge, daß man sich selbst einen evtl. Rückzug nicht unmöglich machen dürfe. Er werde nochmals mit Ministerpräsident Suárez darüber sprechen. Die Frage solle vor Jahresende entschieden werden.

In diesem Zusammenhang sagte Oreja, daß es nützlich wäre, wenn die Regierungschefs beider Länder wieder einmal zu einem Gespräch zusammenkämen. Er schlage dies hiermit nicht förmlich vor, weise aber auf die Wichtigkeit solcher Begegnungen hin und würde es begrüßen, wenn es etwa in einigen Monaten zu einem Gespräch zwischen Bundeskanzler und MP Suárez kommen könnte.[32]

[gez.] Blech

VS-Bd. 11097 (203)

31 Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), meldete am 26. Oktober 1979: „34. GV wählte heute im ersten Wahlgang als nicht-ständige Mitglieder des SR für die Amtsperiode 1980/81 Tunesien (143 Stimmen), Niger (140), die DDR (133) und die Philippinen (131)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2470; Referat 210, Bd. 116497.

32 Bundeskanzler Schmidt hielt sich im Anschluß an einen Urlaub auf Mallorca vom 7. bis 9. Januar 1980 in Madrid auf. Für die Gespräche mit Ministerpräsident Suárez am 7. und 8. Januar 1980 vgl. AAPD 1980.

281

Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

114-3194/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 27. September 1979, 18.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1960 **Ankunft: 27. September 1979, 23.12 Uhr**

Betr.: Gespräch BM–AM Gromyko am Rande der 34. GV der VN am 26.9.1979[2]

Begegnung dauerte ca. zweidreiviertel Stunden. Teilnehmer außer den beiden Ministern auf deutscher Seite Botschafter von Wechmar, D2[3], VLR I Stabreit, LR I Hartmann als Dolmetscher, auf sowjetischer Seite die Botschafter Dobrynin und Trojanowskij, Kornienko, Terechow, Smirnow als Dolmetscher.

Mittagessen wurde mit allgemeiner Konversation bestritten (insbesondere Lage der Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland, ihr Verhältnis zu deutschen Gewerkschaften, wobei gerade hier Fragen der sowjetischen Gesprächspartner eine erstaunliche Unkenntnis deutscher sozialer Verhältnisse zeigten). Gesprächsatmosphäre war durchweg gut. Gromyko befleißigte sich auch bei der Erörterung kritischer Themen eines gemäßigten Tones.

Zu Beginn des Sachgesprächs drückte BM Hoffnung aus, der sowjetische AM sei mit deutschen Vorstellungen zur Gestaltung seines Besuches in der Bundesrepublik Deutschland im November d.J. einverstanden.[4] Gromyko bejahte dies. BM fuhr fort, er sehe Besuch, bei dem eine grundlegende Erörterung von Fragen der gegenseitigen Beziehungen und der Weltpolitik stattfinden könne, mit großer Erwartung entgegen.

BM leitete im folgenden Gespräch ein mit Rückschau auf den Besuch GS Breschnews und AM Gromykos in Bonn.[5] Das gemeinsame Dokument[6], das diesen Besuch abgeschlossen habe, sei für die gegenseitigen Beziehungen, aber auch für die Politik beider Länder im internationalen Rahmen sehr bedeutsam. Der Bundeskanzler habe im übrigen auch sehr die Gespräche geschätzt, die er auf seinem Flug nach Tokio in Moskau führen konnte.[7]

1 Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 27. September 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann und Legationsrat I. Klasse Gruber verfügte.
Hat Hofmann am 29. September 1979 vorgelegen.
Hat Gruber am 3. Oktober 1979 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher besuchte vom 23. bis 27. September 1979 die UNO-Generalversammlung in New York.

3 Klaus Blech.

4 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 341–344.

5 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und der sowjetische Außenminister Gromyko hielten sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135–138 und Dok. 140–143.

6 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f.

7 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

Wir beobachteten sehr aufmerksam die parlamentarische Behandlung von SALT II.[8] Es würde der sowjetischen Regierung nicht verborgen geblieben sein, daß wir für eine schnelle Ratifikation einträten. Wir sähen in SALT II einen Beitrag zur Stabilisierung der Welt, aber auch die Voraussetzung für weitere Abkommen zwischen Ost und West bzw. zwischen SU und USA im Rahmen von SALT III.

Der Bundeskanzler habe in seinem Gespräch mit GS Breschnew in Bonn sowie bei seinem Besuch in Moskau ebenso wie er selbst in seinem Gespräch mit Gromyko auf Schloß Gymnich auf unsere Besorgnis hinsichtlich der sowjetischen Mittelstreckenwaffen hingewiesen. Wir hätten es begrüßt, daß seinerzeit der Grundsatz der Parität als auch für diesen Bereich geltend anerkannt wurde. Wir hätten Wert darauf gelegt, die Entscheidung über die TNF-Modernisierung und die Entscheidung über ein Rüstungskontrollangebot parallel zu treffen. Am 4.7.79 habe der Bundeskanzler dazu im Bundestag ausgeführt, die Bundesregierung hoffe, Maßnahmen zur TNF-Modernisierung könnten um so begrenzter gehalten werden, wie es in Rüstungskontrollverhandlungen gelinge, eine Begrenzung der Systeme in Ost und West zu erreichen.[9] Die Parallelität beider Entscheidungen und ihrer Implementierung sei für uns ein wichtiger Aspekt unseres Vorgehens. Er, BM, werde sich morgen in seiner Rede vor der GV energisch für eine Ratifizierung von SALT einsetzen sowie dafür eintreten, daß alle Teilnehmer von MBFR prüfen, ob auf der Grundlage einer gesicherten Datenbasis bald Ergebnisse erzielt werden können.[10] Er wolle noch einmal sehr klar unseren Status beleuchten: Die Bundesrepublik Deutschland sei keine Atommacht und wolle es nicht werden. BM fuhr fort, man solle auch einen Blick auf die Madrider KSZE-Folgekonferenz[11] werfen. Es sei eine wichtige Sache, daß das Helsinki-Schlußdokument auch vertrauensbildende Maßnahmen enthalten habe.[12] Daran solle man in Madrid weiterarbeiten. Wir würden es deshalb auch begrüßen, wenn die Madrider Konferenz von den Ministern eröffnet und abgeschlossen werden könne. Sie dürfe nicht versanden.

Aus seiner Sicht gebe es so vier Felder, wo es möglich sei, im Bereich der Rüstungskontrolle bzw. -beschränkung zu Fortschritten zu kommen. Die Ratifizierung von SALT II, unmittelbar darauf die dritte SALT-Runde, gemeinsame Anstrengungen, in Wien auf gesicherter Datenbasis zu Resultaten zu kommen, und im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen im Hinblick auf Madrid.

8 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 274, Anm. 10.

9 Bundeskanzler Schmidt gab am 4. Juli 1979 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 111, S. 13317–13328.

10 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 27. September 1979 vor der UNO-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1979, S. 1057–1062.

11 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

12 Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

Man könne sich in diesem Zusammenhang ansehen, was für die Entspannung im Vorschlag der französischen Regierung enthalten sei.[13]

BM ging dann auf bilaterale Beziehungen zu WP-Staaten ein. Er hoffe, daß es im Verhältnis zur DDR zu neuen Verhandlungen komme. Unsere Beziehungen zu den übrigen WP-Staaten entwickelten sich gut (Bundeskanzler beeindruckt von Besuchen in Ungarn[14] und Bulgarien[15], Gespräche mit Gierek[16], Reise BM in ČSSR im Dezember, vorher nach Rumänien[17], Besuch polnischen AM in Bonn[18]).

Für die Bundesrepublik Deutschland sei Entspannungspolitik keine Schönwetter-Angelegenheit. Jedermann in Europa könne sich auf ihren Kurs verlassen, sie sei eine berechenbare Größe. Natürlich wüßten wir auch, daß bei der Entspannung Ergebnisse nicht immer mit gleicher Geschwindigkeit erreichbar seien.

AM Gromyko erwiderte, BM habe zu Recht Besuch GS Breschnews, mit dem sowjetische Führung sehr zufrieden gewesen sei, an den Anfang seiner Ausführungen gestellt (verwies auf Beschluß Politbüro).

Sowjetische Regierung folge konsequent Linie, die von dem Genossen Breschnew in seinen Gesprächen mit Bundeskanzler festgelegt worden sei. Sie begrüße mit Genugtuung die Erklärung, daß die Bundesrepublik Deutschland konsequent für die Entspannung eintrete. Blicke man zurück, so sei Entwicklung der Beziehungen seit dem Besuch GS Breschnews insgesamt als positiv zu bezeichnen. Hierin stimmten beide Führungen überein. Gute Beziehungen zwischen beiden Ländern entsprächen nicht nur ihren eigenen Interessen, sondern denen der ganzen Welt. Wenn auch von seiten der Bundesrepublik Deutschland keine „Schwankungen" aufträten, habe man Grund, mit Zuversicht in die Zukunft zu sehen.

Bei alledem sei es jedoch nützlich, auch über einige konkrete Punkte zu sprechen. Der BM habe in seiner Einführung die Frage der Rüstung der SU, die angeblich Westeuropa bedrohe, angesprochen.[19] Man höre dies immer wieder von

13 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 270, Anm. 7.

14 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 4. bis 6. September 1979 in Ungarn vgl. Dok. 251 und Dok. 255.

15 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 2. bis 4. Mai 1979 in Bulgarien auf. Vgl. dazu Dok. 120, Dok. 122 und Dok. 124.

16 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 17./18. August 1979 in Polen auf. Für die Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, auf Hela vgl. Dok. 236 und Dok. 237.

17 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 11./12. Oktober 1979 in Rumänien vgl. Dok. 290.

18 Zum Besuch des polnischen Außenministers Wojtaszek vom 19. bis 21. Dezember 1979 vgl. Dok. 386.

19 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „TNF." Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot setzte sich am 16. August 1979 mit dem sogenannten „Mythos von der sowjetischen Gefahr" auseinander: „Die SU versucht, zwei unvereinbare Dinge miteinander zu vereinen: Sie will militärisch stark, modern und womöglich überlegen sein, zugleich will sie die Welt von ihrer Friedensliebe überzeugen. Stets hat sie daher beträchtliche propagandistische Anstrengungen unternommen, um ihren Friedenswillen darzutun. Als bevorzugtes Argument aus ihrem propagandistischen Arsenal hat sich die These vom ‚Mythos von der sowjetischen Gefahr' herausgebildet: Die westliche, ihrerseits oft aufgebauschte These von einer sowjetischen Bedrohung wird zum ‚Märchen' erklärt und in das Schlagwort ‚Mythos von der sowjetischen Gefahr' umgewandelt. [...] Man kann sagen, daß der ‚Mythos' zu einem Schlüsselbegriff in der Auseinandersetzung mit der Umwelt auf dem Gebiet der Sicherheit und Abrüstung geworden ist. [...] Mit dem ‚Mythos von der sowjetischen Gefahr' werden nicht nur apologetische Ziele verfolgt. Zu-

westlichen Staatsmännern. Er, Gromyko, wolle eindeutig erklären: Dieser Standpunkt sei irrig. Die sowjetische Seite habe schon oft in der Weltpolitik festgestellt, erst würde eine Behauptung ohne Grundlage aufgestellt, dann würde diese von einigen Politikern übernommen und schließlich gehe sie durch die ganze Welt. Er wolle kategorisch erklären, daß es nicht der Wirklichkeit entspreche, wenn behauptet werde, die SU finge mit der Aufstellung von Raketen an, die sie bisher nicht gehabt habe. Es würde auch keine größere Zahl disloziert als in der Vergangenheit.[20] Konkrete Tatsachen widerlegten, daß es neue Raketensysteme, die gegen Europa gerichtet seien, gebe. Auch für die Stückzahl gelte dies. Wenn die SU andererseits irgendwelche Modernisierungsmaßnahmen treffe – auch im Bereich älterer Raketen –, so gelte dies für den Westen in weit höherem Maße. Der Westen begehe einen Fehler, wenn er diese sowjetische Versicherung nicht wahrnehme. Früher oder später würde er den Fakten begegnen.

Sei es möglich, die hier angeschnittenen Fragen im Zusammenhang („komplex") zu erörtern? L.I. Breschnew habe indes mehrfach bejaht, man sei nicht bereit, zu allen Rüstungstypen zu verhandeln. Man wolle aber die SU zu einseitigen Maßnahmen veranlassen. Das sei aussichtslos.

AM Gromyko pflichtete Ausführungen des Herrn Ministers zu SALT II bei. Der Vertrag sei in vieler Hinsicht wichtig. Von ihm führe ein gerader Weg zu SALT III. Sollte es zu weiteren Verhandlungen über die Reduzierung „strategischer Waffen" kommen, dann müsse auch über die FBS gesprochen werden. SALT II und die Materialien hierzu sähen die Möglichkeit vor, daß dann Verhandlungen über die FBS begonnen würden, d.h. auch über amerikanische Basen. Der Vertrag sanktioniere diese Basen in Europa nicht. Wenn man sage, diese Waffen seien nicht strategisch, so antworte er, das seien Waffen, die gegen die SU gerichtet seien und somit die Rolle von strategischen Waffen spielten. Da in Westeuropa Systeme stationiert seien, die auf SU zielten, habe sie das Recht auf Dislozierung von Mittelstreckenraketen. Habe die SU etwa kein Recht, sich gegen amerikanische Waffen zu verteidigen? (Einwurf BM: Wenn Waffen auf uns gerichtet sind, stört uns das genauso, als wenn sie auf USA zielen.)

AM Gromyko fährt fort, dies komme daher, daß wir amerikanische Waffen in unserem Haus hätten. Die strategische Lage sei für die SU ungünstiger als für den Westen. Natürlich gebe es legitime Interessen der Westeuropäer, aber es gebe auch ein Sicherheitsinteresse der SU. Er führe konkrete Fakten an, die wie mathematische Gleichungen nachprüfbar seien, er habe nie gehört, daß sie jemand habe widerlegen können. Das Pentagon schließe die Ohren und mache einfach seine Pläne. So könne man nicht handeln, man müsse sich an objektive Maßstäbe halten.

Gromyko fuhr fort, der sowjetischen Seite sei aufgefallen, die Bundesrepublik Deutschland argumentiere, daß Zustimmung zur Stationierung von Waffen auch von anderen NATO-Ländern mitgetragen werden müsse. Seitens der Bun-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1379

gleich geht es um eine Rechtfertigung der eigenen Rüstungsanstrengungen der SU. Denn dem Mythos wird die Lehre von der Aggressivität des Imperialismus entgegengesetzt, die wiederum eine starke Rüstung der SU bedingt." Vgl. Referat 213, Bd. 133152.

20 Der Passus „Er wolle kategorisch ... als in der Vergangenheit" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann durch Fragezeichen hervorgehoben.

desrepublik Deutschland würden andere NATO-Staaten aufgefordert, sich zu beteiligen. Es werde Druck auf sie ausgeübt. Als man – und insbesondere L. Breschnew – dies zunächst geprüft habe, habe man die Hoffnung gehabt, der gesunde Menschenverstand würde siegen. Es sehe aber so aus, als werde die Bundesregierung einen anderen Standpunkt einnehmen. Man solle aber die Hoffnung nicht aufgeben. Es sei nie zu spät, eine neue Runde des Wettrüstens zu vermeiden. Fragen in anderen Bereichen, z.B. CBM, ließen sich dann leichter behandeln und regeln. Was Wien anbetreffe, sei SU zu dem Schluß gekommen, daß westliche Partner z.Z. nicht an Abkommen interessiert seien. Man könne natürlich weiter verhandeln. Solche Dinge dauerten oft lange und die SU habe genug Geduld. Sie habe ihre Vorschläge unterbreitet und warte auf eine Antwort. Solle man überhaupt noch neue Vorschläge unterbreiten? Die SU sei stets dafür und erwarte, daß alle Beteiligten da mitmachten.

Was die vertrauensbildenden Maßnahmen anbetreffe, so wünsche die SU, daß alle interessierten Seiten diese Frage auf einer weiteren Konferenz[21] noch einmal behandelten, ihre Meinungen austauschten und miteinander sprächen. Es gebe Leute, die behaupteten, man habe doch schon Madrid. Wenn man aber Fortschritte erzielen könne, sei es vielleicht gut, zehn Konferenzen abzuhalten. Was das Niveau von Madrid anbetreffe, so könne er dazu noch nichts sagen. Man müsse erst sehen, ob es sich lohne oder nicht, und wie sich die Vorbereitung entwickle.

BM dankte für die ausführliche Darlegung der sowjetischen Position. Unsere Haltung in der Frage der Mittelstreckenwaffen werde nicht überrascht haben, da sie in den bereits erwähnten Gesprächen (Bundeskanzler–Breschnew, Bundeskanzler–Kossygin, BM–Gromyko) dargelegt worden sei. Die Bundesrepublik Deutschland könne über diese Frage nicht allein entscheiden, auch nicht allein mit den Vereinigten Staaten. Sie sei kein Atomwaffenstaat, und die Frage betreffe alle Staaten des Bündnisses, deren Auffassungen übereinstimmten.[22] Die Frage einer Ausübung von Druck auf Partnerstaaten stelle sich daher nicht. Es sei im übrigen nicht unsere Politik, Druck auszuüben. Die Bundesregierung habe sich ihre Entscheidung nicht leicht gemacht. Das SS-20-Potential sei – auch wegen seiner Mobilität – eine zu ernste Bedrohung. Die FBS seien im übrigen bereits durch andere sowjetische Systeme abgedeckt, z.B. den „Backfire"-Bomber. Die Modernisierung auf sowjetischer Seite bedeute einen Qualitätssprung. Es seien im übrigen keineswegs nur vereinzelte westliche Politiker, die unsere Auffassungen in dieser Frage teilten. In Wien seien auf der Basis gesicherter Daten Fortschritte noch 1979 möglich. Die Politik der Bundesregierung sei klar auf die Fortsetzung der Entspannung gerichtet. Wir wollten nur Gleichheit. Nichts liege uns ferner, als die Rüstungsspirale fortzudrehen. Die Bundesrepublik Deutschland sei für ein Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau, darüber müßten SU und USA bei SALT III reden. Es sei gut, daß wir hier so offen miteinander sprächen. Dies zeuge von der guten Qualität unserer Beziehungen. Wichtig sei, daß unsere Politik für alle Welt berechenbare Größe sei.

21 Zum Vorschlag der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts, im Rahmen der KSZE eine Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen abzuhalten, vgl. Dok. 148, Anm. 25.

22 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „TNF."

AM Gromyko antwortete, der „Backfire"-Bomber sei keine strategische Waffe. Darüber habe man lange mit den USA gesprochen. (Einwurf BM: Eine eurostrategische Waffe. Antwort Gromyko: Was ist das? In Europa schon ein gutes Maschinengewehr.) Die USA hätten analoge Waffensysteme in Europa, die die SU erreichen könnten. Warum dürften sie dies, die SU nicht? Wenn BM sage, Modernisierung sowjetischer Raketen stelle Qualitätssprung dar, so könne das schließlich jeder sagen: Modernisierung sei ein dehnbarer Begriff. Die USA führten ständig neue Waffen ein (er erwähnte „Phantom", F-14, F-15). Wenn man selbst modernisiere, gefalle das, auf der anderen Seite errege es Anstoß. Umsonst versuche man in der Bundesrepublik Deutschland, Angst zu schüren. Von der SU gehe keine Bedrohung aus. Man solle objektiv und auf ehrlicher Grundlage zu einer Vereinbarung kommen. Man wisse nicht, wie weit Europa zurückgeworfen würde, aber es würde zurückgeworfen, wenn die US-Pläne realisiert würden. Solle denn alles umsonst gewesen sein? Er appelliere an die Führung der Bundesrepublik Deutschland, keine übereilten Entscheidungen zu treffen und vernünftig zu handeln. Bei zu großer Eile könnte Europa sich in einem tiefen Tal wiederfinden.

BM schloß Unterhaltung unter erneutem Hinweis darauf, daß Bundesregierung sich ihre Entscheidung nicht leicht gemacht habe. Unsere Haltung sei nüchtern und ausschließlich an eigener Sicherheit orientiert. Es entspreche dem erreichten Stand der Beziehungen zwischen uns und der SU, daß wir unsere Besorgnisse offen mitteilten. Niemand wolle der SU drohen oder sie angreifen.

BM und AM Gromyko vereinbarten, daß sowjetischer Besuch im November durch Direktorenkonsultationen[23] vorbereitet wird.

Zur Erörterung weiterer Themen (insbesondere bilateraler Art) kam es wegen Zeitmangels nicht.

Dieser Bericht ist von Herrn Minister genehmigt.

[gez.] Stabreit

VS-Bd. 10550 (201)

[23] Ministerialdirektor Blech traf am 29./30. Oktober 1979 in Moskau mit dem sowjetischen Stellvertretenen Außenminister Kornienko zu Gesprächen zusammen. Kornienko legte zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO dar: „Gerade von objektiven Realitäten ausgehend, sagen wir, wenn die NATO-Pläne verwirklicht würden, würde sich die strategische Lage zugunsten der NATO ändern. Nach der Lage von 1985 werden die USA eine größere Zahl von nuklearen Sprengköpfen haben, die fähig sind, das Territorium der SU zu erreichen als umgekehrt. Das Hinzufügen der Menge von nuklearen Sprengköpfen, die zu dislozieren die Absicht besteht, würde den Unterschied noch einmal erhöhen. Das ist das Wesen unseres Arguments, daß sich die strategische Situation verändert. Wenn wir noch die nuklearen Mittel hinzufügen, die die SU erreichen können und über die Frankreich und England verfügen, wird der Unterschied noch wachsen. So sehen die realen Tatsachen aus, von denen wir ausgehen müssen, wenn wir die Bewertung der NATO-Pläne vornehmen. Sollten sie verwirklicht werden, werden wir unsererseits Maßnahmen ergreifen. [...] Mit den Plänen der NATO wird der Trend geändert. Es gab die Tendenz zur Verringerung der Kriegsgefahr. Die Pläne können jetzt im Gegenteil zur Erhöhung der Kriegsgefahr führen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 13167 (213); B 150, Aktenkopien 1979.

282

Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-3216/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 962
Citissime

Aufgabe: 28. September 1979, 20.20 Uhr[1]
Ankunft: 28. September 1979, 20.42 Uhr

Betr.: Verteidigungs- und rüstungskontrollpolitische Entscheidungen über TNF
hier: Gemeinsame Sitzung der Special Group und der High Level Group am 28.9.1979

Bezug: DB 957 vom 27.9.1979[2]

I. Am 28.9.79 fand die vorgesehene gemeinsame Sitzung der Special Group und der High Level Group statt. Diese Sitzung stellte den ersten Schritt zur Überleitung der die parallelen und gleichzeitigen Entscheidungen im verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Bereich vorbereitenden Arbeiten aus der Zuständigkeit der beiden Expertengruppen in die Kompetenz der Ständigen Vertreter dar. Zu dieser Überleitung der Arbeiten fand als zweiter Schritt am Nachmittag des 28.9. eine Ad-hoc-Sitzung der Ständigen Vertreter bei Anwesenheit der Vorsitzenden und der Delegationsleiter der SG und der HLG[3] statt. Über letztere Sitzung wird gesondert berichtet.[4]

In einleitenden Worten kommentierten die Vorsitzenden von SG und HLG die Berichte ihrer Gruppen.[5] Dabei wurde von beiden Vorsitzenden auf die ausge-

1 Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 1. Oktober 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann und Legationsrat I. Klasse Gruber „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Hofmann am 1. Oktober 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Pressesprachregelung S. 4 f." Vgl. Anm. 17 und 24.
Hat Gruber am 3. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Blech vorgelegen.

2 Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, teilte zur Sitzung der Special Group der NATO vom selben Tag mit: „Die Special Group hat ihr Mandat erfüllt. Sie hat in der heutigen Sitzung am 27.9.1979 den Bericht an die Minister mit nur einigen, mehr redaktionellen Änderungen des bereits vorliegenden Entwurfs fertiggestellt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 957; VS-Bd. 10645 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

3 David E. McGiffert.

4 Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 28. September 1979 über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats am selben Tag: „HLG-Vorsitzender (McGiffert) trug in zusammengefaßter Form die bereits bekannten HLG-Beratungen anhand der Vorlagen vom Frühjahr 1978 und 1979 sowie den Abschlußbericht vor. Er erinnerte daran, daß TNF-Modernisierung (Notwendigkeit unter Hinweis auf IISS-Rede BK Schmidt in London) Teil des LTDP sei, in deren Verfolg die HLG ins Leben gerufen wurde. Mit Vorlage des dritten und letzten HLG-Berichts sei nach seiner Überzeugung Grundlage für die angestrebte LRTNF-Modernisierungsentscheidung geschaffen." Pauls fuhr fort, er habe seinerseits „auf die große Bedeutung hingewiesen, die die umgehende Ausarbeitung einer stichhaltigen Datenbasis zum Kräfteverhältnis im LRTNF-Bereich für die bevorstehende öffentliche Diskussion über die modernisierungs- und rüstungskontrollpolitischen Entscheidungen in der Allianz – vor allem im Hinblick auf die zu erwartende östliche Propaganda-Kampagne – hat." Vgl. den Drahtbericht Nr. 963; VS-Bd. 10550 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Für den „Special Group Report to Ministers, Arms Control Involving Theater Nuclear Forces: Rationale, Objectives and Principles" vom 28. September 1979 vgl. VS-Bd. 11391 (220).
Für den „High Level Group Report on NATO Long-Range Theater Nuclear Force Modernization",

zeichnete Arbeitsatmosphäre und die kooperative Haltung aller Mitglieder der beiden Arbeitsgruppen hingewiesen. Bartholomew würdigte dabei ausdrücklich in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die SG auf deutschen Vorschlag zustande gekommen war.

2) Zur Vorbereitung der politischen Entscheidungen des Bündnisses in beiden Bereichen wurde in der gemeinsamen Sitzung der beiden Gruppen ein Konsens über folgendes Programm erzielt:

a) Mitte Oktober Vorlage der integrierten Papiere durch die amerikanischen Vorsitzenden der beiden Gruppen (danach erfolgt die vorgesehene amerikanische Mission in die Hauptstädte[6]).

b) Anfang November Sitzung der Ständigen Vertreter zur ersten Erörterung der bis dahin zirkulierten Papiere. Auf dieser Sitzung sollen die Ständigen Vertreter möglichst schon auf Weisung diskutieren können. Es ist vorgesehen, daß die bisherigen Mitglieder der SG und HLG als Experten an der Diskussion teilnehmen.[7]

c) Die Ministerkonferenz der NPG[8] nimmt die integrierten Papiere zur Kenntnis.[9]

d) Ende November findet eine weitere Ad-hoc-Sitzung der Ständigen Vertreter statt. Ziel dieser Sitzung ist es, daß die Ständigen Vertreter den Unterlagen und den darin enthaltenen Entscheidungsvorschlägen auf der Grundlage von Weisungen zur abschließenden Billigung durch die Minister in der Dezember-Tagung[10] zustimmen.[11]

e) Die abschließende Billigung durch die Minister erfolgt aus Anlaß NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember[12].

3) Als Beitrag zu diesem Vorgehen werden folgende Papiere vorbereitet:

- Ein die Berichte beider Gruppen integrierendes Dokument (decision paper). Dieses soll wie folgt gegliedert werden:
  - Eine Einführung (rationale).
  - Die eigentliche Entscheidungsgrundlage für die vorzubereitenden verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Entscheidungen der Minister (decision sheet).
  - Eine Zusammenfassung der Entscheidungsinhalte und des rüstungskontrollpolitischen Vorschlages zur Einfügung in das für die Ministertagung vorgesehene Kommuniqué.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1383

den der Vorsitzende der High Level Group der NATO, McGiffert, NATO-Generalsekretär Luns am 28. September 1979 übermittelte, vgl. VS-Bd. 11325 (220).

6 Vgl. dazu die Gespräche des stellvertretenden Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Aaron, am 19. Oktober 1979 im Auswärtigen Amt; Dok. 306.

7 Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „N[orth] A[tlantic]C[ouncil]."

8 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 13./14. November 1979 in Den Haag vgl. Dok. 328 und Dok. 329.

9 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „NPG."

10 Vgl. dazu die gemeinsame Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

11 Der Passus „auf der Grundlage ... zustimmen" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „N[orth]A[tlantic]C[ouncil]."

12 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

– Eine Begründung für die anstehenden Entscheidungen zum Gebrauch durch die beteiligten Regierungen.

II. Besondere Fragen[13]

1) Es bestand Übereinstimmung, daß die Vertreter der Vereinigten Staaten sich bei der Abfassung der integrierten Dokumente streng an den Wortlaut der beiden Berichte halten.[14] General Tandecki wies auf die Notwendigkeit hin, daß diese Berichte ungeschmälert weitergelten und daß es sich bei ihrer „Integrierung" lediglich um die Formulierung einer Verbindung handeln könne. Es müsse auch sichergestellt werden, daß die kollektive Verantwortung für die gesamten Unterlagen erhalten bleibt.

Ich habe vorgeschlagen, daß diese Zusammenfassung für den rüstungskontrollpolitischen Bereich wörtlich die entscheidenden Sätze aus dem SG-Bericht, und zwar

– dem rationale,

– den Zielsetzungen,

– dem Prinzipienkatalog,

übernehmen soll. Dem wurde allgemein zugestimmt. Dieses Verfahren entspricht der Überzeugung der Mitglieder von SG und HLG, daß die beiden Berichte alle Elemente enthalten, die für die Entscheidungsfindung in beiden Bereichen notwendig sind. Sie gehen im übrigen davon aus, daß neue Papiere das in den Berichten der SG und HLG erzielte Maß an Übereinstimmung enthalten müssen.

2) Mehrere Bündnispartner haben unterstrichen, daß sie im Blick auf die öffentliche Diskussion und die sich abzeichnende Propaganda größten Wert auf eine in der Öffentlichkeit verwendbare Datenbasis legen. Die Amerikaner haben zugesagt, in Zusammenarbeit mit den Briten und uns eine entsprechende Unterlage zusammenzustellen.[15]

3) Noch auf der gestrigen Sitzung der SG hat der niederländische Vertreter nach Feststellung des Konsenses über den SG-Bericht darauf hingewiesen, daß

13 Zu den Wörtern „Besondere Fragen" vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „(public presentation)."

14 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

15 Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), stellte am 3. Oktober 1979 zur Diskussion der Datenfrage in der Special Group und der High Level Group fest: „1) Wir brauchen möglichst bald eine einheitliche, im Bündnis abgestimmte Datenbasis zu den Long-Range-TNF, die von allen Mitgliedsregierungen der Allianz gegenüber Parlament und Öffentlichkeit benutzt werden kann und jede Unsicherheit bei der Präsentation der Fakten vermeidet. 2) Es reicht nicht aus, die – zugegebenermaßen – verschiedenartigen Waffensysteme der NATO und des Warschauer Pakts nur einander gegenüberzustellen. Der Anschaulichkeit und Durchschlagskraft der Argumentation wegen sollte für westliche und östliche Systeme auch die Summe gezogen und aus beiden ein prozentualer Disparitätsschlüssel fixiert werden. Ein solcher Disparitätsschlüssel würde für die Öffentlichkeit auf Anhieb die Notwendigkeit der Nachrüstung von seiten der NATO erhellen. Dem vom IISS durch Kategorienvermischung errechneten irreführenden Schlüssel 1:1,6 muß das richtige Verhältnis (1:3,8?) von allen Verbündeten ohne Abweichung entschlossen und permanent entgegengesetzt werden. 3) Das setzt voraus, daß man sich auf Long-Range-TNFs als Kategorie beschränkt und weder strategische Kernwaffen noch TNFs mit einer Reichweite unter 1000 km einbezieht, damit die spezifische Bedrohung und die erforderliche spezifische Antwort darauf klar hervortreten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 967; VS-Bd. 10550 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

seine Regierung Wert darauf lege, den westlichen Rüstungskontrollvorschlag öffentlich numerisch konkretisieren[16] zu können. Die übrigen Mitglieder der SG stellten fest, daß die im Bericht der SG enthaltene Rüstungskontrollposition hinreichend konkret ist, um Fragen in der Öffentlichkeit beantworten und den ersten Verhandlungsschritt tun zu können.

Um dem niederländischen Vertreter entgegenzukommen und eine Zustimmung zum gesamten weiteren Vorgehen weiter zu erleichtern, habe ich im Rahmen der Erörterung der Notwendigkeit einer Datenbasis folgendes vorgeschlagen: In der Datenbasis soll ein Abschnitt den sowjetischen Daten gewidmet sein, die für den rüstungskontrollpolitischen Vorschlag des Westens unmittelbar relevant sind. Dabei würde es sich um die Zahlen für die sowjetischen SS-4, SS-5 und SS-20 handeln. Diese Zusammenfassung würde es jeder Regierung erlauben, unter Zugrundelegung des von der NATO angestrebten Zieles gleicher Obergrenzen bei einer beliebigen Annahme für die Höhe dieser angestrebten Obergrenze die erforderliche sowjetische Reduzierungsleistung abzulesen und damit die konkreten Konsequenzen zu verdeutlichen. Die Niederländer haben diesen Vorschlag ausdrücklich als hilfreich begrüßt. Die Amerikaner werden ihn bei der Abfassung des Datenpapiers berücksichtigen.

4) Zur Frage einer vorgezogenen Formalisierung der [17]Zustimmung zu den Papieren hat Bartholomew in Übereinstimmung mit den Gesprächen des Bundesministers[18] und von D2[19] in New York und nach einem vorbereitenden Gespräch mit mir folgendes im Zusammenhang mit der Darlegung des weiteren Vorgehens vorgeschlagen: Ende November sollen sich die Ständigen Vertreter auf der Grundlage von Weisungen für ihre Ebene abschließend mit den anliegenden Dokumenten und Entscheidungen befassen und diesen Papieren auf Weisung zustimmen. Mit dieser Zustimmung soll der Beschluß der Weiterleitung dieser Papier an die Minister zur abschließenden Billigung im Dezember verbunden sein.

Dieses Verfahren entspricht einer in der NATO bereits geübten Praxis. GS Luns hat z.B. die Ost-West-Studie[20] mit folgendem Anschreiben (Auszug DOK. C-M/78/35 vom 22.5.78) an die Regierungen weitergeleitet: „I am forwarding herewith the study as agreed by the Council in permanent session. Allied leaders

16 Die Wörter „numerisch konkretisieren" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

17 Beginn der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

18 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance am 24. September 1979; Dok. 278.

19 Am 27. September 1979 resümierte Ministerialdirektor Blech, z. Z. New York, seine Gespräche mit dem stellvertretenden Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Aaron, und dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Vest: „Die Amerikaner werden uns voraussichtlich am 1. Oktober einen ersten Entwurf eines Dokuments, das HLG- und SG-Ergebnisse zusammenfaßt und Gegenstand der politischen Entscheidung sein soll, übersenden. Sie bitten um eine erste Reaktion innerhalb einer Woche. Sie werden zweiten Entwurf unter Berücksichtigung Reaktion erstellen, den sodann Aaron in Begleitung von Bartholomew und McGiffert mit den fünf Dislozierungskandidaten erörtern will. [...] Vorgesehen dafür ist die am 16. Oktober beginnende Woche. Die Amerikaner wollen wie bisher das Gespräch zuerst mit uns führen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1961; VS-Bd. 10650 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

20 Für das Dokument „Alliance Study of East-West-Relations" (C-M (78) 35 revised) vom 22. Mai 1978 vgl. VS-Bd. 10512 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 174.

meeting in Washington on 30th and 31st May, 1978[21] are invited to approve the study."

Die Niederländer haben deutlich gemacht, daß sie der Entscheidung ihrer Minister[22] im Dezember nicht dadurch vorgreifen können, daß eine abschließende Behandlung schon im November stattfindet. Sie wurden dabei von den Belgiern unterstützt. Nach der Darstellung des beabsichtigten Verfahrens und dem Hinweis auf die in der NATO bereits geübte Praxis besteht die Möglichkeit, daß auch die Niederlande dem Verfahren zustimmen, solange deutlich ist, daß die Minister im Dezember die letzte Entscheidung haben.

5) Von mehreren Delegationsleitern wurde darauf hingewiesen, daß nach Abschluß der Arbeiten der beiden Gruppen verstärkt mit öffentlichem Interesse an den Vorbereitungen gerechnet werden muß. Sie schlugen vor, daß dazu eine Argumentationsunterlage bereitgestellt werden solle.

Die Amerikaner haben sich bereit erklärt, in kurzer Frist ein solches Papier zu entwerfen und zu verteilen. Es bestand Übereinstimmung darin, daß es hierzu keines abgestimmten Papiers bedarf, sondern daß der Inhalt des amerikanischen Papiers von den einzelnen Regierungen je nach ihrem spezifischen Bedarf benutzt werden solle.[23]

III. Es wurde vereinbart, gegenüber der Presse folgende Richtlinien zur Beantwortung von Fragen nach dem Stand der NATO-Vorbereitungen auf die Dezember-Entscheidungen zugrunde zu legen:

- Die HLG und die SG haben ihre Arbeit abgeschlossen und Empfehlungen ausgearbeitet.
- Es müsse dem Eindruck entgegengetreten werden, daß damit bereits Entscheidungen gefällt seien.
- Eine Bestätigung von Zahlen soll vermieden werden. Vor allem aber soll keine Auskunft oder Bestätigung über die einzelnen Dislozierungsländer und die für sie vorgesehenen Dislozierungsquoten[24] gegeben werden.
- Es soll darauf hingewiesen werden, daß der Vorbereitungsprozeß in Richtung auf die zu treffenden Entscheidungen weiterläuft.
- Als Zieldatum für die abschließenden Entscheidungen durch die Minister kann Dezember genannt werden.
- Zum Zusammenhang zwischen LRTNF-Problematik und den Schwierigkeiten bei der Ratifikation von SALT II[25] soll gesagt werden, daß die Vorbereitungen des Bündnisses so wie vorgesehen ablaufen werden. Es bestehe kein Anlaß, die Planung zu verändern.

Als unverbindliche Unterlage für eine Presseäußerung auf Anfrage wurde folgendes Papier erörtert:

21 Die NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs fand am 30./31. Mai 1978 in Washington statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 170.

22 Chris van der Klaauw und Willem Scholten.

23 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „r[ichtig]".

24 Beginn der Seite 5 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

25 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 274, Anm. 10.

The Special Group on Arms Control and the High Level Group on Force Modernisation met in Brussels on 26–28 September. These groups have been addressing NATO's response to the large and growing Soviet theater nuclear build-up through a combined policy of defense measures and arms control efforts, within the context of NATO's strategy, its policy of deterrence, defense and détente, and its determined pursuit of serious arms control.

Q. Has the Alliance reached any decisions?

A. No. There will be further consultations in the coming months before any decisions will be made.

Q. There have been reports that the Alliance has decided to deploy 572 new long-range missiles in Europe. Do you deny these reports?

A. The Alliance has made no such decision.

Q. Haven't the SG and HLG completed their reports recommending arms control and new deployments of GLCM and „Pershing" II missiles?

A. These groups have formulated recommendations on both defense measures and arms control. Beyond that, I am not prepared to comment on the content of internal NATO deliberations.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 10551 (201)

283

Legationsrat I. Klasse Daum, Sanaa, an das Auswärtige Amt

114-3226/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 30 September 1979, 13.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 232 **Ankunft: 30. September 1979, 16.15 Uhr**
Citissime

Betr.: Aufenthalt mit Haftbefehl gesuchter deutscher Terroristen in Aden

Bezug: DE Nr. 4873 vom 28.9.79 – 511-530.36 VS-v[2]

[1] Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Türk am 1. Oktober 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Über VS-Reg[istratur] 5/6 Ref[erat] 311 (H[errn] Montfort o[der] V[ertreter] i[m] A[mt]) mit Bitte um Stellungnahme (mit Nr. 748/79); Vorschlag erscheint praktikabel; BMI ist ebenfalls um Stellungnahme gebeten worden."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Montfort am 1. Oktober 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Plischka verfügte. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Siehe DB 233."
Hat Plischka am 2. Oktober 1979 vorgelegen.

[2] Vortragender Legationsrat Platz leitete ein Fahndungsersuchen des Bundeskriminalamts an die Botschaften in Aden und Sanaa weiter. Dazu erteilte er folgende Weisung: „Botschaft Aden wird gebeten, Vorschlägen des B[undes]K[riminal]A[mts] erst zu folgen, wenn hiergegen seitens der Botschaft Aden und Botschaft Sanaa keine Bedenken bestehen." Vgl. VS-Bd. 10798 (511); B 150, Aktenkopien 1979.

1) Südjemenitische Regierung hat seit zwei Jahren immer wieder erklärt, daß Südjemen keine deutschen Terroristen mehr aufnehme.[3] Solche Erklärungen wurden uns auf allen Ebenen abgegeben, sogar Premierminister[4] persönlich hat mir dies bestätigt.

Wir können daher nicht, auch nicht indirekt, unterstellen, daß Terroristen mit Wissen Adener Regierung einreisen. Eine Zusammenarbeit oder Nachrichtenaustausch des BKA mit Adener Polizei ist für uns aus zahlreichen Gründen undenkbar, u.a. wegen DDR-Präsenz im dortigen Sicherheitsdienst[5], der jede Zusammenarbeit mit uns auch in der Vergangenheit abgelehnt hat.

2) Südjemen ist ein Land, in das man grundsätzlich nicht einreisen kann. Kontrollen sind extrem strikt. Es ist ganz unwahrscheinlich, daß vier Personen irgendwie in Aden ohne Willen der Regierung einreisen können.

3) Ich halte daher Vorsprache im Sinne BKA für zwecklos und schädlich. Entsendung von Beamten wird nicht geduldet werden. Unsere Beziehungen, die ohnehin nur korrekt sind, würden erheblich geschädigt. Wir brauchen diese Beziehungen für viele Zwecke und können sie nicht für eine Anfrage aufs Spiel setzen.

4) Da jedoch BKA ernstzunehmende Anhaltspunkte zu haben scheint, müßte man sich Vorwürfe machen, wenn sie doch richtig waren, obwohl sie wenig wahrscheinlich sind. Ich schlage daher vor, daß Botschaft Aden mündlich im Außenministerium vorspricht und dabei ein Aide-mémoire übergibt. Wegen Verschlüsselungsschwierigkeiten mit langen DB folgt Textvorschlag für solches Aide-mémoire jetzt mit DB Nr. 233 gleichen Datums.[6]

[gez.] Daum

VS-Bd. 11160 (311)

3 Die Bundesregierung bemühte sich 1976 bei der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) um Auslieferung von fünf im Zusammenhang mit der Entführung des Vorsitzenden des Berliner Landesverbands der CDU, Lorenz, gesuchten Terroristen. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 25 und Dok. 174.

4 Ali Nasser Mohammed.

5 Anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 15. bis 17. November 1979 stellte die Botschaft in Aden zu den Beziehungen zwischen der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) und der DDR fest: „Die DDR-Entwicklungshilfe auf allen Gebieten ist nach der militärischen Garantie durch die Sowjetunion der wichtigste Aspekt Adener Außenpolitik. Dafür sind die Jemeniten gerne dankbar. Honeckers Reise war daher in allem eine Bestätigung guter Beziehungen. [...] Die DDR verfolgt im Südjemen keine eigenständigen nationalen Ziele, sondern leistet unersetzliche Arbeitsteilung für die Sowjetunion. Eigeninteresse der DDR ist, hier Qualitätsarbeit zu leisten und dafür geliebt zu werden. Beides wurde Herrn Honecker jetzt dankbar bestätigt. Die DDR hat ihre dominierende Position im Südjemen durch den Besuch noch weiter festigen können." Vgl. den ungezeichneten Drahtbericht Nr. 93 vom 18. November 1979; Referat 311, Bd. 137634.

6 In dem von Legationsrat I. Klasse Daum, Sanaa, am 30. September 1979 übermittelten Vorschlag für ein Aide-mémoire wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, daß deutsche Terroristen versuchen könnten, mit falschen Pässen in die Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen) einzureisen. Außerdem wurde angeboten, Fahndungsunterlagen zur Verfügung zu stellen. Vgl. dazu VS-Bd. 11160 (311); B 150, Aktenkopien 1979.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Türk erteilte der Botschaft in Aden am 19. November 1979 Weisung, das Außenministerium der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemem) darauf hinzuweisen, „daß nach hier vorliegenden ernstzunehmenden Hinweisen die vier deutschen Terroristen Peter-Jürgen Boock, Gudrun Sieglinde Hofmann, Brigitte Margret Mohnhaupt und Rolf Clemens Wagner, die u.a. wegen Mordes verfolgt werden, in die Demokratische Volksrepublik Jemen

284

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Barre

VS-vertraulich **1. Oktober 1979**[1]

Unterredung zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem französischen Premierminister Barre[2] am 1.10.1979 von 17.40 Uhr bis 19.00 Uhr im Bundeskanzleramt, Bonn

Der Herr *Bundeskanzler* leitete das Gespräch mit der Frage ein, was von deutscher Seite getan werden könne, um der französischen Regierung bei der Durchsetzung ihrer Wirtschaftspolitik zu helfen.

Der *Premierminister* erläuterte daraufhin eingehend die Lage in Frankreich.[3]

Im politischen Bereich habe die Kampagne um das Präsidentenamt im Grunde bereits begonnen.[4] Die Opposition ziele zwar auf den Präsidenten[5], attackiere

Fortsetzung Fußnote von Seite 1389

einzureisen versuchen. Da sie falsche Pässe bei sich führen, könnte es ihnen gelingen, die Behörden der Demokratischen Volksrepublik Jemen zu täuschen, als ehrbare Geschäftsleute oder Reisende mit legitimen Absichten aufzutreten und auf diese Weise Einreisevisa zu erhalten. Die Botschaft kann daher nicht ausschließen, daß möglicherweise der Versuch der Einreise schon unternommen worden ist." Vgl. den Drahterlaß Nr. 31; VS-Bd. 10798 (511); B 150, Aktenkopien 1979.
Die Botschaft in Aden teilte am 24. November 1979 zu der am selben Tag erfolgten Übergabe des Aide-mémoires mit: „Mir wurde versichert, daß der Standpunkt der D[emokratischen]V[olksrepublik] Jemen eindeutig sei und sich nicht geändert habe. Die DV Jemen werde auf keinen Fall deutsche Terroristen aufnehmen oder ihnen in irgendeiner Form die Einreise erlauben." Vgl. den ungezeichneten Drahtbericht Nr. 97; VS-Bd. 10798 (511); B 150, Aktenkopien 1979.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Herbst, Paris, am 3. Oktober 1979 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 24. Oktober 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau mit der Bitte, „die beigefügte Kopie des Vermerkes [...] dem Herrn Bundesminister zur Kenntnis zu bringen", übermittelt.
Hat Wallau am 24. Oktober 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Orig[inal] BM als Eingang. 2) In Ablichtung B[üro] StS; D 4, [Referat] 420; D 2, [Referat] 202."
Hat Bundesminister Genscher am 25. Oktober 1979 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14077 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Staatspräsident Giscard d'Estaing und Ministerpräsident Barre hielten sich am 1./2. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 286.

3 Botschafter Herbst, Paris, führte am 18. September 1979 zur wirtschaftlichen und sozialen Lage Frankreichs aus: „Premierminister Barre sieht sich zu Herbstbeginn heftiger, ernstzunehmender Kritik ausgesetzt. Selbst regierungsfreundliche Blätter ziehen eine negative Bilanz. [...] Die Bevölkerung ist vor allem beunruhigt über das Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf über 1,4 Mio. Arbeitssuchende im August (zehn Prozent mehr als vor einem Jahr, davon 40 Prozent Jugendliche unter 20 Jahren), ohne Aussicht auf Besserung bei einem für 1980 erhofften Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent. Erstmalig registrieren breitere Bevölkerungsschichten, daß sie sich mit einer Verminderung ihrer Kaufkraft werden abfinden müssen. [...] Daß Barre den Franken international stabil gehalten, die Außenhandelssituation erheblich verbessert und strukturelle Änderungen in Richtung stärkerer Liberalisierung der französischen Wirtschaft durchgesetzt hat, hält ihm die französische Bevölkerung weniger zugute, da sie ihre eigenen Prioritäten aus ihrer persönlichen Situation ableitet. In der Kritik kommt eine Unruhe zum Ausdruck, die keinen Ausweg weiß, aber auch eine gewisse Müdigkeit mit den Akteuren der politischen und sozialen Szene." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2881; Referat 202, Bd. 140652.

4 In Frankreich fanden am 26. April und 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

5 Valéry Giscard d'Estaing.

aber zunächst und vor allem ihn, Barre, um einen Wandel der Wirtschaftspolitik der Regierung zu erzwingen. Gebe die Regierung dem nach, so sei die unmittelbare Folge ein Emporschnellen der Inflation.

Im politischen Bereich gebe es kaum wirkliche Gründe zur Besorgnis. Auch dort werde versucht, den Präsidenten durch Kritik und auch Druck zu veranlassen, ihn, Barre, fallenzulassen oder ihn, Barre, dazu zu bringen, zu resignieren und zu demissionieren. Dafür bestehe keine Veranlassung. Im Gegenteil glaube er, daß die französische Öffentlichkeit die Notwendigkeit seiner Wirtschaftspolitik inzwischen besser verstehe. Im übrigen gebe es derzeit keine schlagkräftige politische Opposition in Frankreich. Allerdings müsse er zugeben, daß es auch keine ihn wirklich stützende Mehrheit in der Kammer gebe.

Die wirtschaftliche Lage in Frankreich – so Barre – sei ziemlich befriedigend. Der beträchtliche Preisanstieg im August (über ein Prozent) sei vor allem durch die Anhebung der Tarife für öffentliche Dienstleistungen zu erklären.

Die französische Regierung werde die Subventionen für die nationalisierten Industrien einschränken, indem sie hierfür im kommenden Haushaltsjahr maximal den gleichen Nominalbetrag zur Verfügung stellen werde wie im Jahre 1979.

Wenn man nur von der Ziffer ausgehe, so sei die Arbeitslosigkeit nach wie vor beängstigend hoch. Indessen handele es sich bei etwa einem Drittel der Arbeitslosen um Personen, die als Arbeitssuchende nur registriert seien, um Zuwendungen aus der Sozialversicherung zu erhalten oder sich für später solche Zuwendungen zu sichern. Eine neue Gesetzgebung solle hier Abhilfe schaffen. Indikativ sei, daß es in Frankreich an gelernten Arbeitskräften fehle, was der Herr Bundeskanzler für unsere Wirtschaft bestätigte.

Die französische Geldpolitik werde weiter restriktiv sein; man wolle keine Schöpfung neuer Liquidität. Diese Politik sei allerdings nur dadurch möglich geworden, daß man die Industriepreise freigegeben habe, übrigens zum ersten Mal seit 30 Jahren.

An diese allgemeinen Betrachtungen schloß sich ein spezifischer Exkurs über das Defizit der französischen Staatsbahnen (S.N.C.F.[6]) an, das sich nach den Darlegungen Barres auf 19 Milliarden FF beläuft, wovon zwölf Milliarden auf Pensionszahlungen entfallen. Um dieses Defizit auszugleichen, müßte man die französischen Bahntarife um 25% anheben, was wegen eines damit verbundenen Rückgangs der Benutzung der Bahn zu einem noch größeren Defizit führen müsse. Maximal sei – so Barre – eine Anhebung der Tarife bis etwa 15% möglich, wobei sich allerdings soziale Probleme stellen.

Der Herr *Bundeskanzler* bestätigte das Vorhandensein ähnlicher Probleme bei der Bundesbahn. Die staatlichen Subventionen beliefen sich im Jahre auf etwa 14 Milliarden DM. Auch wir könnten wegen der damit verbundenen sozialen Probleme und auch wegen des Wettbewerbs der Bahn mit dem Straßenverkehr die Tarife nur innerhalb enger Grenzen anheben.

Die großen französischen Gesellschaften, die in erster Linie den Energiebedarf des Landes zu decken hätten, arbeiteten effizient und seien auch in der Lage, ihre Forschung im wesentlichen selbst zu finanzieren.

6 Société Nationale des Chemins de Fer Français.

Auf eine Frage des Herrn Bundeskanzlers präzisierte der *Premierminister*, daß öffentliche Anleihen in Frankreich heute mit ca. 11,5% verzinst werden und eine Laufzeit von 15 Jahren haben.

Anschließend skizzierte der *Bundeskanzler* die Lage in der Bundesrepublik. Auch hier habe der Wahlkampf bereits begonnen.[7] Wenn heute in der Bundesrepublik gewählt würde, so würde die Regierungskoalition etwa die gleiche Mehrheit wie derzeit im Bundestag erringen. Auch im neuen Bundestag nach der Wahl, die voraussichtlich Anfang Oktober 1980 stattfinden werde, werde die Regierungskoalition über eine Mehrheit, gegenüber heute vielleicht etwas verringert, verfügen.

Im Bereich der auswärtigen Beziehungen drohten uns manche Gefahren:

- Nichtratifizierung des Abkommens über SALT II[8];
- ein Abgleiten der Vereinigten Staaten in eine zu weit gehende Rezession;
- Preiserhöhungen durch die OPEC-Länder;
- Schwierigkeiten bei der Verwirklichung unseres Nuklearprogramms.[9] Um dieses Programm durchzusetzen – so der Herr Bundeskanzler –, sei er bereit, große Risiken einzugehen, wobei er auch an den Kongreß seiner Partei im Dezember d.J.[10] denke.

Operationell: Hier stellte der Herr Bundeskanzler dem Premierminister die Frage, ob man von französischer Seite nicht in geeigneter Form Besorgnis und Kritik äußern könnte, um so unserer Nuklearpolitik über gewisse Hürden zu helfen.

Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik – so der Herr Bundeskanzler – sei kein wirkliches Problem mehr. Die Arbeitslosigkeit betreffe vor allem Ungelernte, Nicht-Voll-Erwerbsfähige und die Gruppe der Angestellten etwa über 55 Jahren.

Der Anstieg der Preise beunruhige wieder die deutsche Öffentlichkeit. Die am Ende des Jahres zunehmende Inflationsrate, die sich der Sechs-Prozent-Marke nähere, sei für die deutsche Mentalität zu hoch. Einer der Gründe hierfür liege in den Ölpreiserhöhungen.[11] Wir könnten allerdings für das Jahr 1980 wieder mit einer geringeren Inflationsrate rechnen.

Das reale Wachstum in der Bundesrepublik werde 1979 bei etwa vier Prozent, 1980 etwas niedriger, etwa bei drei Prozent, liegen.

Zusammenfassend könne man sagen, daß die deutsche wirtschaftliche Lage derzeit so gut sei, wie sie seit 1974 nicht habe beurteilt werden können. Einen Überschuß in der Leistungsbilanz würden wir übrigens am Jahresende wohl nicht haben, was im Verhältnis zu unseren Partnern eine durchaus begrüßenswerte

7 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

8 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 274, Anm. 10.

9 Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik vgl. die am 16. Mai 1979 vom Bundeskabinett verabschiedete zweite Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung vom 14. Dezember 1977; BULLETIN 1979, S. 605–608. Vgl. dazu auch Dok. 141.

10 Der Bundesparteitag der SPD fand vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West) statt.

11 Vgl. dazu die Beschlüsse der Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten vom 26. bis 28. Juni 1979 in Genf; Dok. 179, Anm. 3.

Entwicklung sei. Für 1980 müsse man allerdings die deutsche wirtschaftliche Lage etwas ungünstiger einschätzen.

Die Überlegungen des Herrn Bundeskanzlers fortführend, drückte der *Premierminister* seine Sorge über eine weitere Erhöhung der Ölpreise aus. Beunruhigt sei er, Barre, auch über die bedenklich schwache Stellung des Dollars auf den internationalen Märkten. Hier seien Anstrengungen um eine Wiedergewinnung der Dollar-Stabilität unerläßlich.

Der Premierminister skizzierte sodann einige Grundlinien der französischen Wirtschaftspolitik für die nähere Zukunft.

Eine Vergrößerung des Geldumlaufs müsse unbedingt vermieden werden. Das Budget müsse nach dem Grundsatz sparsamster Haushaltsführung aufgestellt werden; für 1980 solle das Haushaltsdefizit jedenfalls unter zwei Prozent des französischen Bruttosozialprodukts – in Zahlen etwa bei 40 Milliarden FF – liegen.

Gewisse Erhöhungen bei den Familienzulagen seien unerläßlich.

Eine vorsichtige Stützung der Konjunktur sei von der französischen Regierung im Bausektor beabsichtigt. Auch in anderen Bereichen werde man vorsichtig Hilfen geben, die indessen zunächst etwa zehn Milliarden FF nicht überschreiten sollten. Mitte nächsten Jahres werde man dann prüfen, ob man hier weitergehen könne.

Für die Wirtschaftslage in Europa würden sich in näherer Zukunft mehrere Probleme stellen. Man müsse damit rechnen, daß Großbritannien 1980 wieder in ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten gerate. Diese Schwierigkeiten können sich mit den bereits bestehenden amerikanischen und auch skandinavischen Schwierigkeiten kumulieren. In einer solchen Situation komme es darauf an, das Vertrauen der Öffentlichkeit in unseren beiden Ländern zu erhalten. Man müsse darauf achten, nicht in Währungsschwierigkeiten und auch nicht in eine Phase der Rezession hineinzugleiten. Um dies zu vermeiden, sei es nicht nur wirtschaftspolitisch und währungspolitisch, sondern auch politisch wichtig, daß das Verhältnis von DM zu Franc im kommenden Jahre stabil gehalten werden könne, was auch der Herr *Bundeskanzler* als ein anzustrebendes Ziel bezeichnete.

Operationell: In diesem Zusammenhang äußerte der *Premierminister* Kritik an jüngsten Erklärungen von Bundesbankpräsident Emminger.[12] Der Herr Bundeskanzler und der Premierminister waren sich darüber einig, daß hier eine bessere Abstimmung zwischen Bundesfinanzminister[13] und Bundesbankpräsident (und wohl auch mit den zuständigen französischen Stellen) angestrebt werden müsse.

Im Verfolg der Absprachen der Weltwirtschaftskonferenz in Tokio[14] – so Barre – müsse man sich energisch bemühen, mehr Energie zu sparen und die nationalen Programme zur Erhöhung des Anteils der Nuklearenergie zu verwirkli-

12 Bundesbankpräsident Emminger sprach auf einem Symposium der Société Financière Européen am 28./29. September 1979 in München über wirtschaftliche Aspekte des Ölpreisanstiegs. Vgl. dazu den Artikel „Verteilungskämpfe um Öl drohen"; DIE WELT vom 29. September 1979, S. 9.

13 Hans Matthöfer.

14 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

chen. Die französische Öffentlichkeit habe diese Notwendigkeit verstanden, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil man jetzt deutlicher als früher sehe, daß Frankreich ein energie- und rohstoffarmes Land sei. Wenn die westlichen Länder mit ihren Sparmaßnahmen im Energiebereich Erfolg hätten, könne man – so Barre – damit rechnen, daß die OPEC-Länder in ihrer Preispolitik vorsichtiger verfahren würden.

Der Herr *Bundeskanzler* warf hier ein, daß auf deutscher Seite angestrebt werde, daß künftig keine Kraftwerke mehr auf Ölbasis betrieben werden sollten; man denke hier an die Verabschiedung dementsprechender Gesetze.

Den Gesprächsfaden wieder aufnehmend, unterstrich der *Premierminister*, daß Frankreich um die Mitte der 80er Jahre etwa 55% seines Elektrizitätsbedarfs aus Atomkraftwerken beziehen werde. Bereits vorher würden Einsparmaßnahmen und der starke Einsatz der Atomenergie dazu führen, daß Frankreich etwa 60 Mio. t[15] Erdöl einsparen werde.

Seine Überlegungen abschließend, führte der Premierminister aus, daß zwei Gefahren vermieden werden müßten:

- Die Verantwortung für die Gestaltung der europäischen Zukunft müsse eindeutig bei den Regierungen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft liegen, eine Verantwortung, die das Europäische Parlament den Regierungen keinesfalls abnehmen könne.
- Frankreich und Deutschland müßten gemeinsam versuchen, ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Stabilität in ihren Ländern und auch in der Gemeinschaft zu erhalten. Dies sei nicht zuletzt wegen der Schwäche der Vereinigten Staaten unerläßlich, sei auch im Verhältnis zur Sowjetunion wünschenswert.

Der Herr *Bundeskanzler* lenkte das Gespräch sodann auf die Frage, wie man der britischen Regierung unter Mrs. Thatcher ohne allzu hohe Kosten helfen könne.

Hier wies der *Premierminister* auf die Frage des britischen Budgetbeitrags und die Rolle der gemeinsamen Agrarpolitik hin.[16]

Großbritannien – so Barre – habe die Römischen Verträge[17] und die auf de-

15 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Diese Ziffer wurde vom Premierminister erwähnt. Sie erscheint mir für den genannten Zeitpunkt sehr hoch, so daß ich einen Irrtum für möglich halte."

16 Ministerialdirektor Lautenschlager führte am 25. Oktober 1979 zu den britischen EG-Beitragszahlungen aus: „Die Kommission kommt in ihrer vom ER in Straßburg erbetenen Untersuchung zu dem Ergebnis, daß die britischen Nettoleistungen von 527 Mio. ERE im Jahr 1979 auf 1552 Mio. ERE im Jahr 1980 steigen werden. (Deutsche Nettoleistungen 1980: 1107 Mio. ERE). Der hohe negative britische Nettosaldo ist die Folge von – am britischen BSP-Anteil gemessen – überproportional hohen britischen Beiträgen zu den eigenen Einnahmen und von unterproportional niedrigen Rückflüssen. Die hohen Beiträge erklären sich aus den starken britischen Drittlandseinfuhren, die zu einem hohen Aufkommen an Zöllen und Abschöpfungen führen. Die verhältnismäßig geringen Zuflüsse nach GB hängen mit dem hohen Anteil (70%) der Ausgaben des Gemeinschaftshaushaltes für agrarpolitische Stützungsmaßnahmen zusammen, von denen die britische Landwirtschaft u. a. wegen ihrer Wettbewerbsfähigkeit wenig profitiert. Die sprunghafte Vergrößerung des britischen Nettosaldos von 1979 auf 1980 geht auf das Auslaufen von Übergangsbestimmungen des Beitrittsvertrags (Art. 131) zurück, welche die Beiträge GBs und IRLs zum Gemeinschaftshaushalt in den vergangenen Jahren begrenzten." Vgl. Referat 412, Bd. 122403.

17 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

ren[18] Basis ergangenen Entscheidungen akzeptiert.[19] Das bedeute, daß die Zölle und Abschöpfungen der Gemeinschaft voll erhalten bleiben müßten.

Es müsse weiter vermieden werden, daß etwa der finanzielle Beitrag jedes Landes zum Gemeinschaftsbudget ausschließlich nach dem Bruttosozialprodukt festgesetzt werde.

Nicht übersehen werden dürfe, daß der Korrekturmechanismus, den man im Europäischen Rat in Dublin 1975[20] ins Auge gefaßt habe, nur für den Fall von Zahlungsbilanzschwierigkeiten gedacht gewesen sei; diese Art Schwierigkeiten bestünden für Großbritannien indessen derzeit nicht. Allerdings räume auch die französische Seite ein, daß es für Großbritannien möglicherweise schwierig sein könne, den in den kommenden Jahren zu erwartenden schnellen Anstieg seines Haushaltsbeitrags zu verkraften. Diesen Punkt müsse man sehen und sich fragen, ob eine Abhilfe möglich sei, was auch der Herr Bundeskanzler für den richtigen Weg hielt.

Die Grundsätze der Agrarpolitik – so Barre – müßten erhalten bleiben, um Schwierigkeiten in diesem Bereich zu vermeiden. Allerdings sei man auf französischer Seite geneigt, die Beiträge der Gemeinschaft zur Finanzierung von Überschüssen zu limitieren, wenn es sich um sogenannte „unerträgliche Überschüsse" handele.

Operationell: Da der Premierminister nicht in der Lage war, diesen Begriff zu definieren, bat der Herr *Bundeskanzler*, die französische Seite möge ihm doch ihre Gedanken in geeigneter Form zukommen lassen.

Der Herr Bundeskanzler wies noch darauf hin, daß wir gegen den Gedanken einer nationalen Finanzierung von Agrarüberschüssen seien.

Abschließend unterstrich der *Premierminister* noch einmal den von ihm bereits geäußerten Gedanken, daß Frankreich und die Bundesrepublik gerade wegen der derzeitigen Schwäche der Vereinigten Staaten eng zusammenstehen und versuchen müßten, die politische, wirtschaftliche und monetäre Stabilität ihrer Länder zu erhalten.

Die Gefahren, die von einer Unterbewertung des Dollars drohen – Barre bezifferte die Unterbewertung mit etwa 15% –, seien groß. Vor allem beim Absatz der Produkte moderner Industriezweige auf den Weltmärkten verschafften sich die Vereinigten Staaten so einen ungerechtfertigten und unerträglichen Wettbewerbsvorteil. Auch deshalb, wenn auch sicher nicht nur aus diesem Grund, müsse man mithelfen, daß der Dollarkurs nicht völlig verfalle. Hier müßten die Mitglieder des EMS[21] – und nicht nur Deutschland – mithelfen. Auch die Einbeziehung Großbritanniens in solche Aktion halte er, Barre, für nicht ausgeschlossen.

18 Korrigiert aus: „dessen".

19 Vgl. dazu den Wortlaut des Vertragswerks vom 22. Januar 1972 über den Beitritt von Dänemark, Großbritannien, Irland und Norwegen zu EWG, EURATOM und EGKS; BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

20 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 10./11. März 1975 in Dublin statt. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 49.
Zum EG-Korrekturmechanismus vgl. Dok. 56, Anm. 32.

21 European Monetary System.

Der Herr *Bundeskanzler* griff diesen Gedanken auf und erklärte, daß es sicher besser sei, wenn die Mitglieder des EMS – bei Großbritannien äußerte er Zweifel – und nicht Deutschland allein dem Dollar zu Hilfe kommen.

Operationell: Der Herr Bundeskanzler und der Premierminister waren sich darüber einig, daß die Finanzminister[22] beider Länder die Frage einer Hilfestellung des EMS für den Dollar besprechen sollten.

Unter Hinweis auf seine Erfahrungen als Vizepräsident der Europäischen Kommission[23] bedauerte der *Premier*, daß die Finanzminister der „Neun" nicht mehr wie früher zu vertraulichen Gesprächen zusammenträfen, um Fragen von gemeinsamem Interesse außerhalb der Ratstagungen zu erörtern.

VS-Bd. 14077 (010)

285

Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-3232/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 3749
Cito

Aufgabe: 1. Oktober 1979, 17.53 Uhr[1]
Ankunft: 1. Oktober 1979, 18.17 Uhr

Betr.: Sitzung des Abrüstungsausschusses der Sozialistischen Internationalen mit Breschnew am 1. Oktober 1979

Bezug: DB Nr. 3649 vom 25.9.1979 – Pol 300.25

I. MdB Pawelczyk, der sich als Mitglied einer Delegation des Abrüstungsausschusses der Sozialistischen Internationalen auf Einladung des ZK der KPdSU in Moskau aufhält, hat mir über das Treffen der Delegation mit Breschnew am 1.10.79 folgendes mitgeteilt:

Breschnew hat jedes Mitglied der Delegation sehr persönlich und herzlich begrüßt. Er wirkte dabei nach dem Eindruck Pawelczyks entspannt und wohlauf. Bei dem Treffen anwesend waren Ponomarjow, Leiter der internationalen Abteilung des ZK, Alexandrow, Berater des Generalsekretärs, und Schaposchnikow, stellv. Leiter der internationalen Abteilung des ZK. Breschnew hat sich in einer längeren Rede zur sowjetischen Abrüstungspolitik, zum gegenwärtigen Kräfteverhältnis aus sowjetischer Sicht und zu den Modernisierungsplänen der

22 Französischer Finanzminister war Maurice Papon.

23 Raymond Barre war von 1967 bis 1972 Vizepräsident der EG-Kommission.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Kreusel am 2. Oktober 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann, Vortragenden Legationsrat Hofstetter, Legationsrat I. Gruber und Referat 204 verfügte.
Hat Hofmann am 3. Oktober 1979 vorgelegen, der für Gruber handschriftlich vermerkte: „B[itte] sicherstellen, daß BMVg Durchschlag bekommt."
Hat Hofstetter und Gruber am 3. Oktober 1979 vorgelegen.

NATO geäußert.[2] In letzterem Zusammenhang hat er auch die Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich genannt, was der bisherigen Übung nicht entspricht. So hatte Falin die Bundesrepublik in seinem Prawda-Artikel nicht erwähnt.[3] Des weiteren hat Breschnew das sowjetische Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Internationalen speziell im Abrüstungsbereich klar zu erkennen gegeben.[4]

Pawelczyk sieht in der Betonung der Abrüstungsfrage und in der sehr hochrangigen Wahrnehmung der Delegation das sowjetische Bestreben – wie schon vor Jahresfrist in Helsinki (Auftreten Ponomarjews bei der Soz. Internationalen in Helsinki[5]) –, den Beziehungen zwischen KPdSU und der Sozialistischen Internationalen eine neue Qualität zu geben.

Gleichzeitig erkannte er, daß im ZK die Tendenz besteht, diesen Besuch zum Anlaß zu nehmen, die Sicherheitspolitik der Bundesregierung zur Diskussion zu stellen. Pawelczyk hat sich hiergegen bereits gegenüber Alexandrow verwahrt. Er hat die Absicht, dies auch in den Gesprächen mit den anderen, für die Delegation vorgesehenen sehr prominenten Gesprächspartnern zum Ausdruck zu bringen (Liste der für das Treffen vorgesehenen sowjetischen Teilneh-

2 Für eine Zusammenfassung der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 1. Oktober 1979 in Moskau vgl. BRESCHNEW, Wege, Bd. 8, S. 153–155.
Botschafter Wieck, Moskau, teilte am 3. Oktober 1979 zur Rede Breschnews mit: „In der in Prawda vom 2.10.79 erschienen Wiedergabe ist die Bundesrepublik nicht genannt. Dort heißt es: ‚Was die Spekulationen der imperialistischen Propaganda über die sogenannte ‚Sowjetische Bedrohung' betrifft, so bemerkte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, daß die Initiatoren des Wettrüstens diese Lüge als Rauchvorhang benötigen, auch diejenigen unter ihnen, die jetzt Pläne vorantreiben, Westeuropa zum Startplatz amerikanischer Waffen zu machen, die auf die UdSSR gerichtet sind. Diese Kräfte treiben ein gefährliches Spiel mit dem Feuer'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3779; VS-Bd. 10645 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

3 Vgl. dazu den Artikel „Voennaja razrjadka vozmožna – otvet za zapadom"; PRAVDA vom 19. September 1979, S. 4.

4 Am 4. Oktober 1979 analysierte Ministerialdirektor Blech die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, gegenüber dem Abrüstungsausschuß der Sozialistischen Internationalen: „1) Die Äußerungen Breschnews setzen die seit längerem stattfindende öffentliche Polemik der Sowjetunion gegen die LRTNF-Modernisierung des Bündnisses fort. Durch das darin zum Ausdruck kommende persönliche Engagement Breschnews wird diese Polemik qualitativ angehoben. Es ist damit zu rechnen, daß damit eine weitere Verschärfung und Intensivierung der Bemühungen um eine Beeinflussung der westlichen Öffentlichkeit im Sinne einer Gegnerschaft gegen die zu erwartende Entscheidung des Bündnisses eingeläutet wurde. 2) Breschnew unterstreicht seine Wertschätzung für die Arbeit der Sozialistischen Internationalen und fordert sie zu aktiver Teilnahme ‚am Kampf für Abrüstung, Entspannung und dauerhaften Frieden' auf. 3) Der Generalsekretär wendet sich spezifisch an die Vertreter derjenigen sozialdemokratischen Parteien, die in Regierungsverantwortung stehen. Dabei konzentriert er sich auf die besondere Verantwortung der deutschen Sozialdemokraten im Zusammenhang mit den anstehenden Entscheidungen und nimmt insoweit eine Singularisierung mit neuen Vorzeichen vor." Vgl. VS-Bd. 11333 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Vom 24. bis 26. April 1978 fand in Helsinki eine Abrüstungskonferenz der Sozialistischen Internationalen statt. Dazu wurde in der Presse berichtet, der Vorsitzende der Sozialistischen Internationalen, Brandt, habe „verhältnismäßig positiv [...] auf die Aufforderung des sowjetischen Führungsmitgliedes Ponomarjow reagiert, diese Internationale solle mit Moskau einen Abrüstungsdialog auf höchster Ebene aufnehmen". Allerdings habe Brandt hervorgehoben, daß sich die Sozialistische Internationale nicht „für einseitige Aktivitäten zur Verfügung stellen" werde. Vgl. dazu den Artikel „Brandt geht auf Ponomarjows Angebot ein"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. April 1978, S. 1.

mer folgt in der Anlage[6]). Vom 1. bis 3.10. finden Ausschußsitzungen mit der sowjetischen Delegation statt. Am 4. Oktober folgt eine Pressekonferenz. H. Pawelczyk wird noch danach einige Termine wahrnehmen.[7]

II. Graf Baudissin, Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung, der sich derzeit auf Einladung des Instituts USA/Kanada in Moskau aufhält, hatte seinen Gesprächen mit Arbatow und Milstein bereits entnehmen können, daß die sowjetische Seite beabsichtige, in den Gesprächen mit der Sozialistischen Internationalen und mit Pawelczyk, vor allem jedoch auch in der Rede Breschnews am 6.10.79 in Ostberlin[8], eine neue Aussage zur Frage der Mittelstreckenwaffen in Europa zu machen. Arbatow sagte dies auf Baudissins Frage, ob nicht bei SS-20 ein Moratorium oder eine Dislozierung außerhalb des europäischen Teils der SU denkbar sei.[9]

Pawelczyk wurde jetzt von Alexandrow angekündigt, daß man die Rede Breschnews in Ostberlin im Hinblick auf sowjetische Haltung zur Grauzone und zu SALT-Ratifizierung[10] mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen solle.

Zu SALT-II-Ratifizierung stellte Pawelczyk sowjetische Bemühung fest, Delegation von Auffassung zu überzeugen, daß ein Nachgeben in der Frage des Kuba-Junktims[11] aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in Frage kommen kann. Hier werden der Delegation Stellungnahmen und damit Festlegungen im sowjetischen Sinne nahegelegt. Delegation hat deshalb von Anfang an darauf bestanden, über Besuchsverlauf nur gemeinsam abgestimmte Informationen an die Presse zu geben.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10645 (201)

6 Dem Vorgang beigefügt. Für die „Liste der sowjetischen Teilnehmer der Treffen mit den Mitgliedern der Abrüstungs-Arbeitsgruppe der Sozialistischen Internationalen" vgl. VS-Bd. 10645 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

7 Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 6. Oktober 1979, der SPD-Abgeordneten Pawelczyk habe ihm zu seinen Gesprächen mit Vertretern der KPdSU in Moskau mitgeteilt, er habe die Gelegenheit genutzt, „ihnen die Konzeption der Sozialdemokratischen Partei für die Entscheidungen, die im NATO-Rahmen anstehen, und für die Fortsetzung der Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion bzw. dem Warschauer Pakt zu erläutern. Insbesondere brachte er Befremden über die kritischen Anmerkungen Breschnews gegenüber der Bundesregierung und den Sozialdemokraten insbesondere in der Sitzung mit der Studiengruppe des SI-Abrüstungsausschusses am 1.10. zum Ausdruck. Eine Kritik, für die nach seinem Eindruck Ponomarjow und Sagladin Verständnis zeigten, während Falin insistierte. Ponomarjow hat die Kritik in seiner Rede vom 3.10. nicht wiederholt. [...] Seine Gesprächspartner begründeten den Aufwuchs der sowjetischen Mittelstreckenkapazität mit dem Hinweis auf die Gesamtheit der amerikanischen FBS, die von Europa aus und von außerhalb die Sowjetunion erreichen und von SALT II eben nicht erfaßt werden. Sagladin erklärte, daß im gleichen Zuge, wie SS-20-Kapazität entstehe, das SS-4/5-Potential außer Dienst gestellt werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3847; VS-Bd. 10550 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

8 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

9 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hilft nicht."

10 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 274, Anm. 10.

11 Zur Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba vgl. Dok. 259, Dok. 277 und Dok. 295.

286

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt

Geheim **3. Oktober 1979**[1]

Der Bundeskanzler gab über seine Vier-Augen-Gespräche mit Präsident Giscard am 1. und 2. Oktober und über die Gespräche mit PM Barre[2] die folgenden Stichworte:

1) VR China

Präsident Giscard kam im Verlauf der Gespräche mehrfach auf China und auf den bevorstehenden Besuch von Hua Guofeng[3] zu sprechen.

Bundeskanzler erläuterte die bekannte Haltung der Bundesregierung gegenüber der VR China (China zu verantwortungsbewußter Stellung innerhalb der Staatengemeinschaft hinführen, wirtschaftliche Beziehungen, keine Waffenlieferungen außerhalb des Bündnisbereiches[4]). StM Wischnewski werde Hua Guofeng begleiten und Bundesregierung vor evtl. Überraschungen durch chinesische Delegation absichern.

Giscard ließ Enttäuschung anklingen, daß die geplanten französischen Lieferungen nach China nur im begrenzten Umfang realisiert werden können, da die VR China, wie jetzt deutlich geworden ist, nicht über genügend Devisen verfügt. Die französischen Waffenlieferungen an die VR China werden wohl nur geringfügig über den bisherigen Umfang hinausgehen.[5]

2) Sowjetisch-chinesische Beziehungen[6]

Giscard: Die französische Regierung habe den Eindruck, daß Gromyko heute in anderen Tönen über die VR China redet als noch im Frühjahr 1979. Er halte

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 3. Oktober 1979 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 10. Oktober 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte Zeller: „Der Bundeskanzler hat gebeten, den Herrn Bundesminister persönlich zu unterrichten."
Hat Wallau am 10. Oktober 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Orig[inal] BM als Eingang. 2) In Abl[ichtung] StS v[an] W[ell] + H[ermes], D 2, D 3, D 4."
Hat Bundesminister Genscher am 10. Oktober 1979 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14077 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Staatspräsident Giscard d'Estaing und Ministerpräsident Barre hielten sich am 1./2. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Barre am 1. Oktober 1979 vgl. Dok. 284.

3 Ministerpräsident Hua Guofeng besuchte vom 15. bis 21. Oktober 1979 Frankreich, vom 21. bis 28. Oktober die Bundesrepublik, vom 28. Oktober bis 2. November 1979 Großbritannien und vom 3. bis 6. November 1979 Italien. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt am 22./23. Oktober 1979 vgl. Dok. 301 und Dok. 305.

4 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 2, Anm. 15.

5 Zu den französischen Rüstungsexporten an die Volksrepublik China vgl. Dok. 271.

6 Zu den Gesprächen zwischen der Volksrepublik China und der UdSSR über eine Normalisierung der Beziehungen vgl. Dok. 164, Anm. 15
Am 19. Juli 1979 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot: „Am 4. Juni 1979 schlug die sowjetische Regierung der VR China die Aufnahme von Gesprächen im Juli oder August in Moskau auf der Ebene von Stellvertretenden Außenministern oder Sonderbevollmächtigten vor. Die

daher ein oberflächliches Arrangement zwischen SU und China nicht für ausgeschlossen. Eine durchgreifende Einigung in den grundlegenden Streitfragen sei allerdings nicht möglich; so habe auch Gierek sich in den Gesprächen mit Giscard geäußert[7].

3) Besuche in Polen/Ungarn

Bundeskanzler und Giscard tauschten Erfahrungen und Eindrücke von den Kontakten mit Gierek[8] und von dem Besuch des Bundeskanzlers in Ungarn[9] aus.

Giscard und Bundeskanzler stimmten überein in der positiven Einschätzung der Persönlichkeit von Gierek. Gierek hat sich gegenüber Giscard freundlich und anerkennend über den Bundeskanzler geäußert. Giscard berichtete, Gierek sei der Ansicht, Strauß dürfe nicht Bundeskanzler werden. Er teile diese Ansicht.

Giscard berichtete, Tochter und Enkelkind von Gierek würden jetzt Ferien in Frankreich verbringen. Frau Gierek habe bei ihrem Besuch in Paris die gleichen Interessen gezeigt wie Damen aus westlichen Ländern (Besuch von renommierten Modesalons etc.).

4) Beziehungen zur Sowjetunion

Giscard und BK stimmten überein, daß der Generationswechsel in der SU Gefahren mit sich bringen kann. Es ist durchaus möglich, daß die Nachfolger Breschnews eine härtere Haltung einnehmen.

Giscard wies darauf hin, daß die SU bei den Gesprächen mit den USA über die sowjetische Brigade in Kuba keinerlei Entgegenkommen gezeigt hat.[10] Es sei zu erwarten, daß die SU eine harte Kampagne gegen die TNF-Modernisierung starten wird.

5) TNF-Modernisierung

Giscard bezeichnete die TNF-Modernisierung als einen notwendigen Schritt. Frankreich sei dafür. Frankreich werde sich allerdings an den geplanten Maß-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1399

chinesische Antwort erfolgte am 16.7.1979. Das chinesische Papier soll folgenden Inhalt haben: Bereitschaft, Mitte September in Moskau Verhandlungen aufzunehmen; Benennung chinesischen Botschafters in Moskau, der zugleich in Rang eines Vize-Außenministers erhoben wurde, als chinesischer Delegationsführer; Grundlage der Verhandlungen vier Punkte: 1) gleichzeitige Fortsetzung der Grenzverhandlungen, 2) Festlegung von Prinzipien für die künftigen zwischenstaatlichen Beziehungen, 3) Beseitigung der Hindernisse für eine Normalisierung der Beziehungen, 4) Erörterung von Fragen des wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Austauschs; in der Hegemonie-Frage komme es letztlich nicht auf Worte, sondern auf Taten an". Die UdSSR habe sich bereits am 23. Juli 1979 mit dem Termin einverstanden erklärt. Vgl. Referat 213, Bd. 133139.
Der chinesische Stellvertretende Außenminister Wang Youping traf am 23. September 1979 zur Aufnahme der Gespräche in Moskau ein. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1979, Z 187.
Botschafter Wieck, Moskau, teilte am 4. Dezember 1979 mit, daß die erste Runde der chinesisch-sowjetischen Gespräche über eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen am 30. November 1979 mit einer Delegationssitzung zu Ende gegangen sei. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4702; Referat 213, Bd. 133139.

7 Der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, hielt sich vom 7. bis 9. September 1979 in Frankreich auf.

8 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 17./18. August 1979 in Polen auf. Für die Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, auf Hela vgl. Dok. 236 und Dok. 237.

9 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 4. bis 6. September 1979 in Ungarn vgl. Dok. 251 und Dok. 255.

10 Zur Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba vgl. Dok. 259, Dok. 277 und Dok. 295.

nahmen des Bündnisses nicht beteiligen. Frankreich führe eine eigene Modernisierung seiner Force de dissuasion durch.[11]

François-Poncet machte klar, daß Frankreich einem NATO-Kommuniqué, das die TNF-Modernisierung beschließt, nicht zustimmen kann.

Giscard empfahl, die TNF-Beschlüsse so schnell wie möglich zu fassen, um der sowjetischen Propaganda zuvorzukommen.

Bundeskanzler erläuterte die deutsche Haltung zur TNF-Modernisierung und äußerte seine Befriedigung über die erarbeiteten verbundenen Beschlüsse TNF-Modernisierung und Rüstungskontrollangebot.[12] Er habe sich für eine beschleunigte Beschlußfassung eingesetzt. Die Beschleunigung scheitere aber an niederländischem Widerstand.[13]

François-Poncet wird bei seinem baldigen Besuch in Den Haag hierüber mit der niederländischen Regierung sprechen.[14]

6) Sicherheitspolitik

Giscard bat mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Frankreich, das Gespräch über Sicherheitsfragen nach außen nicht herauszustellen. Er ließ durchblicken, daß er nach der Wahl 1981[15] offener zu agieren gedenkt. Er kündigte an, er werde nach seiner Wiederwahl bereit sein, große Schritte in Europa zu tun. Man müsse endlich über die kleinen Maßnahmen hinausgehen.

Bundeskanzler wies darauf hin, daß seine Zeit nicht unbegrenzt sei und daß er bereit sei, bei größeren Aktionen nach 1981 mitzuwirken.

7) USA

Giscard und BK stimmten überein in der skeptischen Einschätzung der Lage in den USA.

11 Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 5. Oktober 1979, im Rechenschaftsbericht der französischen Regierung über die Verteidigungspolitik sei angekündigt worden, „daß Frankreich bis 1990 technologisch mit den Supermächten gleichgezogen haben werde, im Laufe des nächsten Jahrzehnts neue strategische Systeme verwirklichen werde, neue Boden-Boden-Raketen in der Planung habe, aber auch die Möglichkeit von Cruise Missiles prüfe". Herbst erläuterte, daß nach Informationen aus dem französischen Verteidigungsministerium noch nicht entschieden sei, welches System ausgewählt werden solle: „Wie uns gesagt wird, bestehe eine Präferenz für ein System mobiler Raketen (MX), während nach dem derzeitigen Diskussionsstand Cruise Missiles (CM) nur eine zweite Priorität zukomme. [...] Finanziell würden beide Systeme eine schwere Bürde bedeuten. Frankreich sei aber durchaus in der Lage, die anfallenden Kosten zu verkraften. [...] Technologisch seien beide Systeme ‚machbar', denn man werde binnen kurzem den (derzeitigen?) technologischen Vorsprung der Weltmächte aufgeholt haben. CM-Systeme bedingten allerdings einen höheren F[orschungs-] und E[ntwicklungs-]Aufwand als MX-Systeme, denn man wolle sich nicht von den USA durch Käufe abhängig machen, wenn man nicht sogar schon durch SALT II an der Übernahme von US-Technologie gehindert werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3116; VS-Bd. 11339 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

12 Für den „Special Group Report to Ministers, Arms Control Involving Theater Nuclear Forces: Rationale, Objectives and Principles" vom 28. September 1979 vgl. VS-Bd. 11391 (220).
Für den „High Level Group Report on NATO Long-Range Theater Nuclear Force Modernization", den der Vorsitzende der High Level Group der NATO, McGiffert, NATO-Generalsekretär Luns am 28. September 1979 übermittelte, vgl. VS-Bd. 11325 (220).

13 Zur Stimmungslage im niederländischen Parlament bezüglich einer TNF-Modernisierung der NATO vgl. Dok. 253, Anm. 5.

14 Der französische Außenminister François-Poncet hielt sich am 12. November 1979 in den Niederlanden auf.

15 In Frankreich fanden am 26. April und 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

Giscard: Die gegenwärtige Administration sei durch mangelnde Führung gekennzeichnet. Auch nach der Präsidentenwahl[16] ist keine durchgreifende Besserung zu erwarten.

Bundeskanzler: Er schätze die Entwicklung ähnlich ein. Die Europäer müßten zusammenstehen, um einen Teil des Führungsvakuums auszufüllen. Daher müsse man auch Großbritannien etwas entgegenkommen.

Giscard äußerte Verständnis und erläuterte seine Haltung zu Problematik der britischen Beiträge zum Haushalt der EG (s. Ziffer 14).[17]

8) MBFR

Giscard äußerte sich skeptisch zu MBFR. Die Wiener Verhandlungen würden dazu führen, daß der Status der Bundesrepublik gemindert werde.

Bundeskanzler erläuterte seine Auffassung zu MBFR. Zu den skeptischen Bemerkungen Giscards wies er darauf hin, daß die Bundesrepublik als nicht-nuklearer Staat in einer geteilten Nation, der mit dem Berlin-Problem belastet sei und der keinen ständigen Sitz im Sicherheitsrat habe, ohnehin im Vergleich zu Frankreich einen minderen Status hat.

Giscard wies darauf hin, daß die französischen Abrüstungsvorschläge einen sehr viel größeren geographischen Raum umfassen.[18]

Bundeskanzler stimmte zu. Er wies darauf hin, daß Giscard seine Auffassung über Abrüstungsvorschläge mehrfach geändert habe. Zunächst habe Frankreich nukleare Waffen in seine Vorschläge einbezogen. Dann habe es geheißen, nur konventionelle Waffen. Jetzt neige Giscard wieder der Einbeziehung nuklearer Waffen zu.

Giscard: Sie haben recht.

9) KSZE-Konferenz in Madrid[19]

Giscard regte an zu überlegen, daß vor Madrid eine Vorkonferenz abgehalten wird. Diese Vorkonferenz solle dafür sorgen, daß die Konferenz in Madrid Beschlüsse faßt, die dann zu einer Begegnung der Staats- und Regierungschefs führen. Diese Überlegungen gingen auf russische Avancen zurück.

Bundeskanzler hat sich rezeptiv verhalten.

10) Berlin-Besuch

Giscard: Er werde sich bei seinem Besuch in Berlin Ende Oktober streng an die Regeln, die für die Siegermächte gelten, halten.[20]

Bundeskanzler empfahl, nicht von den Regeln der Siegermächte, sondern der Schutzmächte zu sprechen. Er riet, Giscard solle mit offenem Wagen durch die Stadt fahren.

16 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

17 Zu den britischen EG-Haushaltsbeiträgen vgl. Dok. 284, Anm. 16.

18 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 270, Anm. 7.

19 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

20 Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich am 29. Oktober 1979 in Berlin (West) auf. Vgl. dazu Dok. 330.

Giscard war skeptisch. Er wolle kein zu großes öffentliches Auftreten vorsehen und hinterher vor der Tatsache stehen, daß die Berliner nur begrenzt Anteil nehmen.

Bundeskanzler: Er sei sicher, daß hunderttausend Zuschauer kommen würden. Er werde mit Stobbe über diese Frage sprechen.

Das Gespräch über dieses Thema vermittelte den Eindruck, daß Giscard unzureichende Vorstellungen von der rechtlichen Lage in Berlin hat und offenbar von französischen Beamten auf restriktiver Linie über die Rechte der Bundesregierung in Berlin unterrichtet wurde.

11) TV-Satellit

Bundeskanzler hat Giscard seine Bedenken gegen eine Nutzung der Satelliten durch kommerzielle Fernsehanstalten dargelegt, die die kulturelle und medienpolitische Landschaft in den Nachbarländern gefährdet.[21]

Giscard zeigte im Vier-Augen-Gespräch großes Verständnis für diese Überlegungen. Man müsse nachdenken, wie man RTL in Schranken halten könne. Eine Möglichkeit wäre, alle kommerziellen Reklamesendungen zu besteuern. Nur bestimmte Medien (z.B. die staatlichen Rundfunkanstalten) könnten von der Besteuerung ausgenommen werden.

12) Bevölkerung

Giscard äußerte sich ernsthaft besorgt über die schrumpfende Bevölkerung in Frankreich und noch mehr in der Bundesrepublik.

13) Dollar

PM Barre bezeichnete den Dollar als unterbewertet.

Giscard hielt sich bei diesem Teil des Gesprächs zurück.

Barre wies darauf hin, daß die USA mit dem unterbewerteten Dollar den Export hochwertiger technischer Güter aus Europa gefährden. Es könne daher sein, daß es im gemeinsamen Interesse der Europäer liegt, den Dollar zu stützen.

Bundeskanzler: Dies könne jedenfalls nicht der Bundesrepublik allein überlassen bleiben. Dann müßten die Europäer gemeinsam handeln.

14) Britischer Beitritt

Giscard äußerte sich im Vier-Augen-Gespräch im ähnlichen Sinn wie in der Plenarsitzung[22] und in der Pressekonferenz[23]. Bei den britischen Haushalts-

21 Vortragender Legationsrat Boll teilte am 8. Oktober 1979 zu den Ergebnissen der deutsch-französischen Konsultationen am 1./2. Oktober 1979 mit: „Beide Seiten einigten sich über die Entwicklungsphase für den gemeinsamen Bau von zwei direkt sendenden präoperativen Fernsehsatelliten (TV-Sat). Die Zusammenarbeit soll auch in der industriellen Nutzungsphase fortgesetzt und zu gegebener Zeit eine gemeinsame Exportpolitik festgelegt werden. Dabei soll über entsprechende Vereinbarungen sichergestellt werden, daß das gemeinsame Projekt nicht zur Störung der jeweiligen Medienstrukturen und -politiken führen wird. Hierüber werden Beauftragte aus den beiden Ländern zu beraten haben." Vgl. den Runderlaß Nr. 114; Referat 012, Bd. 111778.

22 Staatspräsident Giscard d'Estaing legte am 2. Oktober 1979 auf der Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen dar: „Die Frage des britischen Beitrags wird in Dublin vielleicht etwas schwieriger zu behandeln sein, als wir denken, denn die Arbeiten der Kommission haben Tatsachen in Erscheinung gebracht, die wir kennen, die aber vielleicht von unseren Partnerländern nicht richtig eingeschätzt worden sind. [...] Es ist wichtig, daß die Briten ihre Anregungen vortragen. Und infolgedessen muß man, glaube ich, den 15. Oktober abwarten, bevor wir uns selbst Ge-

zahlungen sei von 1979 auf 1980 mit dem Auslaufen der Sonderregelung für den britischen Beitritt ein großer Sprung zu erwarten, für den eine entgegenkommende Regelung gefunden werden müsse. Dagegen dürfe man bei Berechnung ihrer finanziellen Belastung nicht die Zahlungen an Zöllen und Abgaben im Rahmen der gemeinschaftseigenen Einkünfte zugrunde legen.

Giscard führte aus, daß bei den Agrarüberschüssen etwas geschehen muß. Er stimmte dem Bundeskanzler zu, daß die beteiligten Produzenten an der Finanzierung der erwirtschafteten Überschüsse beteiligt werden müßten. Dies gelte auch für Milch.

15) EWS

Giscard zeigte sich zufrieden mit dem Funktionieren des EWS.[24]

Barre führte aus, Frankreich werde beim nächsten Mal mitmachen, wenn die DM wieder einmal aufgewertet werden müsse.[25] Frankreich könne sich dies leisten.

16) Energie

In den Gesprächen äußerte Giscard unterschwellig die Besorgnis, daß die Maßnahmen der Bundesregierung, den Ölverbrauch einzuschränken und Energie zu sparen, nicht ausreichen.[26] Er wies auf seine Besorgnis wegen ungenügender Entwicklung der Nuklearenergie in der Bundesrepublik hin. Die Einsparungseinigung der sieben Energieminister sei wohl eher verbal gewesen.[27]

17) Rüstungszusammenarbeit

Giscard betonte das französische Interesse an bilateraler Zusammenarbeit beim Kampfpanzer für 1990, dem taktischen Kampfflugzeug und bei anderen Projekten.[28]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1403

danken über eine Lösung machen." Vgl. das stenographische Protokoll; VS-Bd. 538 (014); B 150, Aktenkopien 1979.

23 Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt und des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing am 2. Oktober 1979 vor der Presse vgl. den Artikel „Schmidt und Giscard für baldige Ratifizierung von SALT II"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 3. Oktober 1979, S. 1.

24 Zum Inkrafttreten des Europäischen Währungssystems am 13. März 1979 vgl. Dok. 83.

25 Zur Anpassung der Wechselkurse im Europäischen Währungssystem vgl. Dok. 274, Anm. 19.

26 Ministerialdirektor Lautenschlager resümierte am 2. Oktober 1979 einen Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft über die Entwicklung des Mineralölverbrauchs und der Mineralölimporte im Hinblick auf die von der Bundesregierung eingegangenen Einsparverpflichtungen: „1) Für 1979 sind folgende Einsparverpflichtungen eingegangen worden, die nicht den Import, sondern den Verbrauch betreffen: Paris IEA: Globale Einsparung von fünf Prozent des erwarteten Verbrauchs 1979; EG-Gipfel von Paris und Straßburg: Verbrauch von 500 Mio. t in 1979 als EG-Globalziel (orientiert an dem Fünf-Prozent-Einsparziel der IEA); Tokio-Gipfel: Bestätigung des globalen EG-Ziels von 500 Mio. t für 1979. 2) Es zeichnet sich ab, daß die verschiedenen Einsparziele des Jahres 1979 nicht erreicht werden können. [...] In der Bundesrepublik erhöhte sich der Verbrauch von Mineralölprodukten in den Monaten Januar/August 1979 um 3,1% gegenüber dem Vergleichszeitraum 1978. Im internationalen Vergleich stellt sich die deutsche Verbrauchszahl aber nicht schlecht dar. Sie liegt auf der Basis der Vergleichszahlen des ersten Halbjahrs (Deutschland + 2,8%) unter dem EG-Durchschnitt (+ 4,5%). Von den EG-Staaten hatten nur Frankreich (+ 1,7%) und Großbritannien (+ 2,6%) einen geringeren Verbrauchszuwachs." Vgl. Referat 412, Bd. 122429.

27 Zum Treffen der für Energiefragen zuständigen Minister der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas und der USA am 26. September 1979 in Paris vgl. Dok. 246, Anm. 18.

28 Am 26. September 1979 teilte Botschafter Herbst, Paris, mit Blick auf die deutsch-französischen Konsultationen am 1./2. Oktober 1979 mit: „Wie aus dem Elysée bekannt wurde, beabsichtigt der franz. Staatspräsident außerhalb der Tagesordnung auch die Rüstungskooperation anzusprechen –

Mit Großbritannien wolle man auch zusammenarbeiten.[29] Aber es sei besser, jeweils bilaterale deutsch-französische oder französisch-britische Gemeinschaftsvorhaben vorzusehen, da ein zu großer Kreis der Beteiligten zu viele Probleme schaffe.

Bundeskanzler wies darauf hin, daß die französischen Waffenexporte für die Bundesrepublik Probleme aufwerfen und daß ihm bei sogenannten Angriffswaffen möglicherweise eine engere Abstimmung der Exportpolitik zwischen beiden Staaten innenpolitisch aufgedrängt werden könnte. Verwies auf IEPG.[30]

Giscard replizierte, man habe bereits auf der Grundlage der bisherigen Regelung[31] Waffen, wie den Kampfhubschrauber, gemeinsam produziert, die nicht als Verteidigungswaffen bezeichnet werden könnten.

Giscard äußerte sich skeptisch über die IEPG.

Bundeskanzler und Giscard stimmten überein, daß die Rüstungsdebatte in Straßburg am falschen Ort und zur falschen Zeit stattgefunden hat.

18) Blockfreien-Konferenz Havanna[32]

Giscard äußerte starke Bedenken gegen die gegenwärtige Form der Entwicklungshilfe. Die westlichen IL zahlten und müßten sich dafür in Havanna beschimpfen lassen. Man solle die Fonds der Weltbank nicht weiter aufstocken,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1404

insbesondere die Programme Zukunftspanzer, taktisches Kampfflugzeug und Panzerabwehrhubschrauber. Der Wunsch der Behandlung des Themas auf dem Gipfel bestätigt den Stellenwert, den die Rüstungskooperation mit der Bundesrepublik in Frankreich einnimmt; er deutet allerdings auch auf eine wachsende Unsicherheit. Waren noch vor Jahresfrist die französischen Überlegungen zur Fortentwicklung der Zusammenarbeit vom Erfolg laufender Vorhaben getragen – so spüren wir auf französischer Seite jetzt eine gewisse Skepsis. Man meint, ein engeres Zusammenrükken der USA und der Bundesrepublik zu erkennen, wobei die Gründe, die nach französischer Auffassung hierzu führen, keinerlei Kritik unterliegen und nicht in Frage gestellt werden. [...] Man fragt sich nun, ob ausreichender Raum bleibt für eine europäische – vornehmlich deutsch-französische – Zusammenarbeit bei den konventionellen Rüstungsgütern. Gelegentlich klingt sogar die Befürchtung an, wir wollten dieser Kooperation in Zukunft ev[entuell] nicht mehr das gleiche Gewicht beimessen wie Frankreich. In diesem Zusammenhang werden uns auch die bekannten Fragen zu unserer, von französischen Positionen abweichenden Haltung zum Rüstungsexport gestellt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2990; VS-Bd. 11090 (202); B 150, Aktenkopien 1979.

Zur deutsch-französischen Kooperation bei der Entwicklung eines Kampfpanzers vgl. Dok. 311.

29 Zu einer Einbeziehung Großbritanniens in die deutsch-französische Rüstungskooperation vgl. Dok. 217.

30 Legationsrat I. Klasse Kreusel stellte am 6. April 1979 zu der mit Fragen der Rüstungskooperation befaßten „Independent European Programme Group" der NATO fest: „Obwohl es der Gründungsbeschluß der IEPG aus dem Jahre 1976 ausdrücklich zuläßt, daß ein oder mehrere IEPG-Mitglieder entweder für sich allein oder in Abstimmung mit anderen Entwicklungs- und Produktionsnationen Rüstungsvorhaben in Angriff nehmen, entzündete sich bei der Mehrheit der IEPG-Partnerstaaten Kritik an den von Großbritannien (GB), Frankreich (FR) und Deutschland (GE) separat geführten, trilateralen Gesprächen der ‚Principals'. Dies um so mehr, weil die drei von Fall zu Fall den Rüstungsdirektor der USA hinzuzogen, und dadurch das Forum der ‚Principals' in praxe zum Zentrum der eigentlich sachbezogenen Rüstungskooperation im T[rans]A[tlantischen]D[ialog] wurde. Im Ergebnis führte dies zu Spannungen. Sie wurden über einen längeren Zeitraum hinweg dadurch verdeckt, daß man IEPG-intern weniger Substanz- und dafür mehr prozedurale Fragen erörterte, ohne jedoch an der bestehenden ‚Fraktionsbildung' etwas zu ändern. Dieser unbefriedigende Zustand wirkte sich zunehmend auf das europäisch-nordamerikanische Verhältnis aus". Vgl. Referat 201, Bd. 120132.

31 Zur Regierungsvereinbarung vom 7. Februar 1979 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten Rüstungsgütern vgl. Dok.72, Anm. 4.

32 Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt. Vgl. dazu Dok. 266, Anm. 4 und Anm. 7.

solange nicht auch die SU ihren Beitrag leistet. Frankreich werde sich stärker auf die bilaterale Hilfe verlegen.

Giscard ließ erkennen, daß ohne eine starke amerikanische Führung eine nachhaltige Schwenkung der westlichen Haltung in dieser Frage wohl nicht herbeigeführt werden könne.

19) Naher Osten

Giscard äußerte seine Befriedigung über die gemeinsame Haltung, die die Neun mit der Erklärung des irischen Außenministers zu den Nahost-Fragen und insbesondere zur PLO eingenommen haben.[33]

Bundeskanzler berichtete über den Besuch von Dayan.[34] Der israelische Außenminister habe mit seiner Kritik die Bundesrepublik stellvertretend für die USA geprügelt. Inzwischen sei diese deutsch-israelische Meinungsverschiedenheit durch die amerikanisch-israelische Auseinandersetzung über die israelische Politik im südlichen Libanon[35] überrundet und ganz in den Hintergrund gedrängt worden.

Giscard und François-Poncet stimmten dieser Einschätzung zu.

20) Staatsbesuch Giscards in der Bundesrepublik 1980[36]

Giscard beabsichtigt, den Besuch relativ kurz zu halten, etwa anderthalb bis höchstens zweieinhalb Tage Staatsbesuch vor den Konsultationen[37]. Giscard denkt an den Besuch einer Stadt im nördlichen und im mittleren Teil der Bundesrepublik.

Bundeskanzler will die Möglichkeit eines Besuchs in Lübeck und Soest oder einer vergleichbaren Stadt prüfen.

[gez.] Ruhfus

VS-Bd. 14077 (010)

33 Zur Rede des irischen Außenministers O'Kennedy am 25. September 1979 vor der UNO-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 265, Anm. 13.

34 Der israelische Außenminister Dayan hielt sich vom 9. bis 11. September 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 260 und Dok. 261.

35 Zu den israelischen Militäroperationen gegen Ziele im Libanon vgl. Dok. 261, Anm. 17.

36 Staatspräsident Giscard d'Estaing besuchte die Bundesrepublik vom 7. bis 11. Juli 1980. Vgl. dazu die Runderlasse Nr. 95 und Nr. 96 des Vortragenden Legationsrats Boll vom 14. Juli 1980; AAPD 1980.

37 Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 10./11. Juli 1980 statt. Vgl. dazu die Runderlasse Nr. 95 und 96 des Vortragenden Legationsrats Boll vom 14. Juli 1980; AAPD 1980.

287

Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-3339/79 geheim
Fernschreiben Nr. 993
Citissime

Aufgabe: 8. Oktober 1979, 21.45 Uhr[1]
Ankunft: 8. Oktober 1979, 21.49 Uhr

Betr.: TNF-Modernisierung;
hier: erste Erörterung der Rede Breschnews vom 6. Oktober 1979[2] im private meeting vom 8. Oktober 1979, 16.30 Uhr

1) Der Rat hat sich heute in einem private meeting, das von 10.00 Uhr auf 16.30 Uhr verschoben worden war, mit der Rede Breschnews vom 6. Oktober 1979 befaßt.

2) Zusammenfassung und Bewertung

Es bestand Einvernehmen darüber, daß die Rede in der Allianz sehr genau analysiert werden müsse.

Einige positive Elemente seien zu begrüßen, z. B.

- die Entscheidung, bis zu 20 000 sowjetische Truppen und 1000 Panzer aus der DDR zurückzuziehen,
- die sowjetische Bereitschaft, nach Ratifikation von SALT II[3] in SALT III außer über interkontinentale auch über andere Waffensysteme zu verhandeln,
- die CBM-Vorschläge[4].

Auf der anderen Seite waren sich alle Sprecher darin einig, daß Breschnews Vorschläge in erster Linie darauf abzielen, die TNF-Modernisierung der NATO zu verhindern.

Es bestand weiterhin Einigkeit, daß die faktischen Unrichtigkeiten, welche die Breschnew-Rede enthält, in der Öffentlichkeitsarbeit richtiggestellt werden sollen und daß die Allianz sich in der Vorbereitung ihrer Doppelentscheidung für Dezember[5] nicht stören lassen darf. Generalsekretär[6] und einige Botschaf-

1 Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 9. Oktober 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister."

2 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU in Ost-Berlin vgl. den Artikel „Entstehung und Festigung der DDR sind ein historischer Sieg"; NEUES DEUTSCHLAND vom 7. Oktober 1979, S. 3 f. Vgl. dazu auch Dok. 296.

3 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 274, Anm. 10.

4 Botschafter Ruth legte am 9. Oktober 1979 zu den Vorschlägen über vertrauensbildende Maßnahmen aus der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin dar: „Es wird vorgeschlagen, die vertrauensbildenden Maßnahmen weiter zu entwickeln (Verlängerung der Ankündigungsfrist für Manöver, Senkung der Ankündigungsschwelle von 25 000 auf 20 000 Mann, Vorankündigung von militärischen Bewegungen mit Landstreitkräften über 20 000 Mann). Diese auf westliche Vorschläge zurückgehenden Anregungen sollen zusammen mit bereits vorliegenden Vorschlägen auf einer Europäischen Abrüstungskonferenz auf politischer Ebene verhandelt werden." Vgl. VS-Bd. 11306 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

6 Joseph Luns.

ter vertraten die Ansicht, daß nur so der Détente-Prozeß letztlich vorangetrieben werden könne. Im übrigen sei die baldige Verabschiedung einer Datenbasis für LRTNFs nun noch dringlicher.

3) Im einzelnen:

Generalsekretär leitete die Sitzung mit der Bemerkung ein, die Rede Breschnews könne einen gefährlichen Einfluß auf Teile unserer Öffentlichkeit haben.

Er sei überzeugt, daß sich die Allianz wegen der sowjetischen Vorschläge nicht von dem Wege der notwendigen TNF-Modernisierung abbringen lassen dürfe.

Der italienische Botschafter[7] und Doyen stimmte dem Generalsekretär zu.

Das Angebot, 20 000 Mann und 1000 Panzer aus der DDR zurückzuziehen, löse das Datenproblem nicht. Mit seiner Bemerkung über die negativen Sicherheitsgarantien versuche Breschnew einige Verbündete zu „erpressen". Angelpunkt der Rede sei das TNF-Problem.[8] Hier sei immerhin festzustellen, daß die Sowjetunion implizit zum ersten Mal zugebe, daß ein Ungleichgewicht bestehe, obwohl sie von der Prämisse ausgehe, daß ein Gleichgewicht vorhanden sei. Denn aus welchem anderen Grund könnte Breschnew logischerweise eine konditionierte Reduzierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen vorschlagen?

Der dänische Botschafter[9] erklärte, es handle sich um einen sehr geschickt und sehr sorgfältig formulierten Text. Da, wo die Sprache unpräzise sei, sei sie offenbar bewußt unpräzise gehalten. Wir hätten es mit „Zuckerbrot und Peitsche" zu tun. Positive Elemente seien die konventionelle Rückzugsentscheidung, die CBM-Vorschläge und die sowjetische Bereitschaft, SALT III zu verhandeln. Die Passage über die sowjetischen TNFs (keine Vermehrung im westlichen Teil der Sowjetunion) stecke voller Halbwahrheiten. Der gefährlichste Teil der Rede sei derjenige, mit dem Breschnew die Dezember-Entscheidung des Bündnisses aufhalten wolle. Breschnew erschwere den verbündeten Regierungen ihre

7 Felice Catalano di Melilli.

8 Legationsrat I. Klasse Gruber vermerkte am 10. Oktober 1979 zu den Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin: „a) Die Behauptung, im europäischen Teil der Sowjetunion sei die Zahl der Abschußrampen für Mittelstreckenraketen sowie die Stärke der Kernladungen verringert worden, trifft zwar wohl zu, ist aber eine geschickt formulierte Halbwahrheit. Verschwiegen wird dabei: Im Zuge der Modernisierung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials (Ersatz SS-4/5 durch SS-20) kann die SU – aufgrund der dreifachen MIRVung der SS-20 – bei einer Reduzierung der Zahl der Träger gleichzeitig die Zahl der effektiv gegen westeuropäische Ziele einsetzbaren Sprengköpfe beträchtlich erhöhen (bei vollständiger Ersetzung auf 1 : 1-Basis sogar verdreifachen). Dabei ist die Nachladefähigkeit der SS-20 noch nicht einmal in Rechnung gestellt. b) Wegen der wesentlich erhöhten Zielgenauigkeit (CEP, Circular Error Probable = 400 m) kann die SS-20 mit weniger Sprengkraft einen höheren militärischen Schaden anrichten. Das ist Folge der Gesetzmäßigkeit, der zufolge die sog. ‚target kill capability' zwar direkt proportional zur Sprengwirkung, jedoch umgekehrt proportional zum Quadrat der Treffgenauigkeit ist. Mit anderen Worten: Wird die Treffgenauigkeit dreifach gesteigert (CEP bei der SS-20 ca. 400 m, statt ca. 1200 m bei der SS-4/SS-5) und gleichzeitig die Sprengkraft im gleichen Ausmaß reduziert (300 KT bei der SS-20, 1 M[ega]T[onne] bei der SS-4/SS-5), wird dadurch die ‚target kill capability' beim SS-20-Sprengkopf gegenüber dem der SS-4/SS-5 verdreifacht. Die Steigerung dieser Fähigkeit macht die SS-20 also stärker zum Einsatz gegen militärische Punktziele (und damit – strategisch destabilisierend – zu einem Counterforce-Erstschlag) geeignet. c) Dazu kommt noch, daß die SS-20 mobil, d. h. weitgehend unverwundbar ist." Vgl. VS-Bd. 10550 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

9 Anker Svart.

Arbeit. Die Rede zeige aber auch, wie wichtig unser eigener ausgewogener Ansatz (anvisierte Doppelentscheidung) sei.

Ich habe mich auf der Linie des DE Nr. 5009 vom 8. Oktober 1979[10] geäußert. Analyse wurde von einigen der folgenden Sprecher als gründlich und zutreffend gewürdigt.

Der belgische Botschafter[11] äußerte sich ebenfalls dahingehend, Zentralmotiv der Rede sei die Verhinderung der LRTNF-Modernisierung. Aber auch die einseitige Reduzierungsentscheidung müsse kritisch unter die Lupe genommen werden: Es sei vom Rückzug aus der DDR die Rede, nicht aber davon, bis wohin die Truppen zurückgenommen werden sollten (womöglich nur nach Polen?). Wir seien jetzt mit dem Problem konfrontiert, wie wir unseren Öffentlichkeiten am besten klarmachen können, was hinter den einzelnen Vorschlägen tatsächlich stecke. Nach seiner Ansicht behalte die press guidance für die TNF-Modernisierung ihren Wert. Hinsichtlich der TNF-Modernisierungsentscheidung dürfe sich das Bündnis durch Breschnews Ausführungen nicht aus der Ruhe bringen lassen.

Der norwegische Botschafter[12] äußerte sich, anhand vorläufiger Instruktionen aus Oslo, in folgender Weise: Die durchaus subtile Rede sei darauf angelegt, die TNF-Modernisierung zu verhindern. Wir könnten die positiven Elemente begrüßen, insbesondere die einseitige Reduzierungsentscheidung, müßten sie allerdings im Lichte der MBFR-Problematik sehen[13] und dürften keineswegs übersehen, daß die Datendiskussion dadurch einer Lösung nicht nähergebracht werde. Vielleicht wolle die Sowjetunion es dahin bringen, daß, anstatt eine Da-

10 Ministerialdirektor Blech übermittelte am 7. Oktober 1979 eine Analyse der Rede, die der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am Vortag in Ost-Berlin gehalten hatte. Darin hieß es: „Breschnew wiederholte den Kern der sowjetischen Erklärung zu den negativen Sicherheitsgarantien: Die Sowjetunion werde keine Nuklearwaffen gegen Nichtnuklearwaffenstaaten und solche Staaten einsetzen, die auf ihrem Territorium keine Kernwaffen stationiert haben. [...] Diese Aussage bedeutet, daß die Drohung gegen die Dislozierungsländer, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, verstärkt wird, indem deutlich gemacht wird, daß diese Länder nicht in den Genuß der negativen Sicherheitsgarantie kommen können, daß eine verschiedenartige Behandlung von NATO-Mitgliedern suggeriert wird, je nachdem wie sie sich in der LRTNF-Frage verhalten." Vgl. Referat 201, Bd. 120235.

11 Constant Schuurmans.

12 Kjeld Vibe.

13 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), resümierte am 8. Oktober 1979 die Beratungen in der Ad-hoc-Gruppe der NATO zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin: „In der Aussprache der A[d]H[oc]G[ruppe] [...] bestand Übereinstimmung, daß der MBFR-Aspekt hinter der SALT-Ratifizierung und der TNF-Modernisierung an Bedeutung zurücktrete und die AHG in ihrer Reaktion daher besondere Vorsicht an den Tag legen müsse. Die Ankündigung des einseitigen Rückzugs von sowjetischem militärischem Personal und von Panzern aus der DDR werde sich auf MBFR aber einschneidend auswirken. Besonders falle auf, daß Breschnew außer dem anfänglichen allgemeinen Hinweis auf die ‚Sackgasse der langjährigen Bemühungen um militärische Entspannung in Europa' sich auf die MBFR-Verhandlungen nicht spezifisch bezogen habe. Daran wurde die Befürchtung geknüpft, daß die Sowjets diesen Rückzug völlig außerhalb von MBFR belassen und damit eine Entwicklung einleiten könnten, die von MBFR wegführe. Die Sowjets könnten dabei unter Abrücken von ihrer Zustimmung zum Paritätskonzept ein neues Modell im Auge haben, das dem von Tarassow ventilierten Hut-Modell ähnlich sei. Dabei würden alle Beteiligten einseitig nach Vermögen Reduzierungen vornehmen. Der Westen sei in diesem Falle aufgefordert, durch gleichartige Schritte nach dem sowjetischen Schritt nachzuziehen. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß Breschnew seine Ankündigungen nicht von einem quid pro quo abhängig gemacht habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 602; VS-Bd. 10656 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

tenbasis zu vereinbaren, jedes Land „einseitige Reduzierungsbeiträge in den Hut wirft". Die Vorschläge zu den CBMs seien erfreulich. Zur TNF-Problematik müßten wir klar auf unserer Linie bleiben, auf unseren Sprachregelungen beharren und unrichtigen faktischen Behauptungen entgegentreten.

Der amerikanische Geschäftsträger machte auf folgende Punkte aufmerksam:

Bei der unilateralen Reduzierungsentscheidung werde MBFR nicht erwähnt. Man müsse an die Sowjetunion die Frage richten, in welchem Bezugsrahmen sie diese Entscheidung sehe.

Bei der Behandlung der Balance habe sich Breschnew in Widersprüche verwikkelt. Die Bundesrepublik Deutschland werde in der Rede an erster Stelle und namentlich angesprochen, andere europäische Länder erst danach. Wenn Breschnew behauptet, daß sowjetische KT-Werte[14] im Zuge der sowjetischen Modernisierung nicht erhöht worden seien, so müsse man dies im Zusammenhang mit anderen Qualitätssteigerungen sehen (höhere Genauigkeit der SS-20 mache größere KT-Werte nicht mehr notwendig).

Die konventionelle Reduktionsentscheidung müsse noch im einzelnen auf ihren tatsächlichen Wert untersucht werden. Es sei nicht von 20000 Mann schlichtweg die Rede, sondern von „up to 20000 service men". Die Reduzierungszahl könne also auch wesentlich geringer ausfallen. Schließlich sei nicht klar, aus welchen Kategorien sich die Gesamtzahl zusammensetze (z.B. gesamte Division, Kampfbesatzungen, Unterstützungspersonal)? Die Panzerdisparität drei zu eins würde sich nach einem Abzug von 1000 Panzern nur unwesentlich verändern. Auch müsse man wissen, welche Typen von Panzern abgezogen werden sollten (alte, eingemottete?).

Es gebe Elemente in der Rede, die wir akzeptieren könnten. Es gebe aber keinen Grund dafür, unsere Vorbereitungen für eine TNF-Modernisierungsentscheidung einzustellen. Unser solides Rüstungskontrollangebot in diesem Zusammenhang bleibe gültig. Im übrigen sollte man bei der Öffentlichkeitsarbeit darauf hinweisen, daß die Rede Breschnews vor dem Hintergrund der größten Parade in der Nachkriegsgeschichte Ost-Berlins[15] gehalten worden sei, einer Parade, an der Soldaten der Volksarmee völkervertragswidrig teilgenommen hätten und während derer der Luftraum West-Berlins verletzt worden sei.[16]

Der niederländische Geschäftsträger unterrichtete darüber, daß in dieser Woche die Haushaltsdebatte im niederländischen Parlament stattfinde, in welcher der Ministerpräsident[17] wohl Erklärungen zur Breschnew-Rede abgeben müsse. Er schlage vor, das internationale Sekretariat möge rasch einen Argumente-Katalog aus der heutigen Diskussion zusammenstellen. Im übrigen sei

14 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sprengkraft in Kilotonnen."

15 Die DDR beging den 30. Jahrestag ihrer Gründung am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin mit einer Parade von Formationen der Nationalen Volksarmee, der Grenztruppen sowie des Ministeriums für Staatssicherheit. Dabei wurden auch Flugabwehrraketen und 152mm Haubitzen auf Selbstfahrlafetten gezeigt. Vgl. dazu den Artikel „Der Frieden für unser Vaterland wird auch künftig sicher bewahrt"; NEUES DEUTSCHLAND vom 8. Oktober 1979, S. 1.

16 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Lieber nicht die Berlin-Problematik hier hochspielen."

17 Andreas Antonius Maria van Agt.

unter den obwaltenden Umständen die vom deutschen NATO-Botschafter[18] so nachdrücklich geforderte schnelle Erstellung einer LRTNF-Datenbasis nun noch dringlicher.

Der türkische Botschafter[19] unterstützte diese Vorschläge.

Der britische Botschafter[20] charakterisierte Breschnews Ausführungen als den Beginn eines „Generalangriffs gegen die TNF-Modernisierung der NATO". Wir sollten unsere Antwort nach gründlicher Überlegung, aber auch ohne Zögern geben. Die Modernisierungsfrage sei der Schlüssel zum Verständnis der Rede. Alles übrige diene nur der „Verschönerung", um den Anschein eines plausiblen Offertengesamtpaketes zu erwecken. Er beurteile die „Zuckerbrotvorschläge" Breschnews wie folgt:

Die konventionelle Reduzierungsentscheidung sei positiv zu bewerten, allerdings auch nicht überzubewerten („for what it is worth": Verifikationsprobleme; welche Typen von Panzern, wohin?). Die CBM-Vorschläge erschienen echt und positiv. Am wichtigsten und wertvollsten sei die sowjetische Bereitschaft, SALT III zu verhandeln. Man könne schon jetzt die Lehre ziehen, daß wir mit der TNF-Modernisierungsentscheidung vorangehen müßten. Unser bisheriges Verhalten habe zu diesen Breschnew-Vorschlägen geführt. Wenn wir uns nicht irremachen ließen, würden wir wohl noch bessere sowjetische Angebote bekommen.

Der Generalsekretär schloß sich dieser Ansicht an. Wir hätten nun ein sowjetisches Angebot vorliegen, noch bevor wir überhaupt die TNF-Modernisierungsentscheidung getroffen hätten.

Der kanadische Botschafter[21] unterstützte die These, daß die Sowjetunion auf die Verhinderung der TNF-Modernisierung hinziele, mit der Beobachtung, daß die TNF-Frage am Anfang und am Ende der sicherheitspolitischen Passage des Redetextes stünde. Dazwischen liege das Nebenwerk. Im übrigen falle auf, daß die Sowjetunion eine europäische Sicherheitskonferenz auf politischem Niveau offenbar immer noch als ein Lieblingsinstrument betrachte, um ihren Gedanken der „military détente" voranzutreiben. Auch sei es nicht von ungefähr, daß der ganze Text immer wieder auf Europa abhebe und die USA kaum erwähne.

Der dänische Botschafter sprach sich dafür aus, die Breschnew-Vorschläge taktisch nicht als ein Paket zu behandeln. Wir sollten vielmehr die positiven Elemente herauspflücken. Im übrigen sei er aus seiner langjährigen Moskau-Erfahrung heraus davon überzeugt, daß, wenn wir unseren TNF-Modernisierungskurs fortsetzten, keineswegs Schaden leiden werden.[22]

18 Rolf Friedemann Pauls.

19 Osman Olcay.

20 Clive Rose.

21 Joseph Evremond Ghislain Hardy.

22 Unvollständiger Satz in der Vorlage.
Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), übermittelte dazu am 9. Oktober 1979 folgende Berichtigung: „Der letzte Satz der zweiten Einlassung des dänischen Botschafters muß lauten: ‚Im übrigen sei er aus seiner langjährigen Moskau-Erfahrung heraus davon überzeugt, daß, wenn wir unseren TNF-Modernisierungskurs fortsetzen, die Détente keineswegs Schaden leiden werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 994; VS-Bd. 11325 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

Der Generalsekretär erklärte, er wolle auf Presseanfragen, denen er nicht ausweichen könne, etwa folgendermaßen reagieren:

- Die Breschnew-Vorschläge würden von der Allianz sorgfältig geprüft und zu gegebener Zeit beantwortet;
- faktische Unrichtigkeiten müßten klargestellt, gewisse Zweideutigkeiten in den Vorschlägen aufgeklärt werden;
- die Vorbereitung für eine TNF-Modernisierungsentscheidung im Dezember werde fortgesetzt;
- Ziel der Allianz sei es, in Europa ein besser ausgewogenes Gleichgewicht herzustellen.

Ähnlich wolle er sich bei einer Rede in Washington am 10. Oktober äußern.[23]

Der französische Botschafter[24] plädierte dafür, zur Zeit bei Erwiderungen nicht zu sehr ins Detail zu gehen. Im übrigen bat er noch einmal darum, es möge gegenüber der Presse nicht der Eindruck erweckt werden, als ob Frankreich an den Arbeiten zur Vorbereitung der Modernisierungsentscheidung teilnehme.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 14080 (010)

[23] NATO-Generalsekretär Luns besuchte die Jahrestagung der Vereinigung der Atlantikpakt-Gesellschaften (ATA) vom 9. bis 13. Oktober 1979 in Washington. Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 15. Oktober 1979, Luns habe dem Ständigen NATO-Rat dazu am selben Tag mitgeteilt: „Vance habe in etwa einstündigem Gespräch folgende Punkte hervorgehoben: Es wäre gefährlich, wenn wir versuchen wollten, zuerst rüstungskontrollpolitische Verhandlungen zu führen und dann die TNFs zu modernisieren. Auf diese Weise wäre den Sowjets der Weg geöffnet für jahrelange Verschleppung der Verhandlungen (‚wie in Wien'). Auf die Frage des amerikanischen Außenministers, was Luns von einer Verknüpfung der SALT-II-Ratifizierung mit der TNF-Modernisierung halte, habe dieser geantwortet: „Es wäre nützlich, wenn SALT II vor der Doppelentscheidung des Bündnisses ratifiziert wäre. Eine zu starke Verknüpfung der beiden Probleme berge aber das Risiko in sich, ‚to diffuse' die TNF-Entscheidung. Wenn SALT II nicht ratifiziert werde, könnte es um so dringender sein, die Modernisierungsentscheidung zu treffen. Diese seine Ansichten habe er ausdrücklich als persönlich deklariert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1026; VS-Bd. 10550 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

[24] Jacques Tiné.

288

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Cossiga

VS-vertraulich **9. Oktober 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem italienischen Ministerpräsidenten Cossiga am 9. Oktober 1979 von 10.40 bis 15.45 Uhr (einschließlich eines Arbeitsessens) im Bundeskanzleramt[2]

Weitere Gesprächsteilnehmer: die politischen Direktoren Blech und Gardini, die Botschafter Arnold und Orlandi-Contucci, Gesandter Berlinguer, MDg von der Gablentz (zusätzlich beim Mittagessen: StS van Well, Kabinettschef Squillante, MD Ruhfus, Wirtschaftsberater Santini, MDg Heick), als Dolmetscher: Frau Bouverat, Frau Civelli.

Bundeskanzler betont zu Beginn, daß er sich ganz außerordentlich über den Besuch Cossigas freut. In den zehn Jahren, in denen er der Bundesregierung angehört, hat er mit einer Reihe italienischer Kollegen zusammengearbeitet, unter der Regierung Rumor, Moro und – besonders herzlich – Andreotti. Zum deutsch-italienischen Verhältnis in der Gegenwart gehört diese enge Zusammenarbeit. Zum deutsch-italienischen Verhältnis gehört aber auch die außerordentliche kulturelle Befruchtung Deutschlands durch Italien, anderthalb Jahrtausende deutscher Italien-Sehnsucht, fortgesetzt in den Italien-Reisen des deutschen Sozialtourismus. Im geistigen und politischen Leben Deutschlands gibt es eine ausgesprochene Hinneigung zu Italien.

Bei seiner Beschäftigung mit Italien hat er auch die erstaunlich große Vitalität der italienischen Wirtschaft kennengelernt, die trotz aller Schwierigkeiten, mit denen die italienischen Regierungen zu kämpfen hatten, mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise fertiggeworden ist – im Grunde besser als die britische.

In sechs politischen Reden am vergangenen Wochenende[3] hat er u.a. die deutschen Arbeitnehmer davor gewarnt, zu glauben, sie seien tüchtiger und fleißiger als ihre europäischen Nachbarn, z.B. die Italiener. Der große Beifall seiner Zuhörer hat ihm gezeigt, daß die Wanderung der Gastarbeiter und Massentou-

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 10. Oktober 1979 gefertigt und am 17. Oktober 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur persönlichen Unterrichtung des Bundesministers" übermittelt.
Hat Wallau am 17. Oktober 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte, „1) Orig[inal] BM als Eingang. 2) Abl[ichtungen] für B[üro] StS, D 2, D 4."
Hat Bundesminister Genscher am 22. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 13. November 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte mit Boten Abl. an Büro StM v[on] Dohnanyi." Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14077 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

[2] Ministerpräsident Cossiga hielt sich am 9. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf.

[3] Bundeskanzler Schmidt nahm am 6./7. Oktober 1979 an mehreren Parteiveranstaltungen der SPD teil. Vgl. dazu die Artikel „Schmidt: ‚Ein Signal für zukünftige Fortschritte'" und „Schmidt kämpft – SPD zwischen Jein und Nein"; DIE WELT vom 8. Oktober 1979, S. 1.

rismus zu einer realistischen und richtigen Einschätzung der Völker zueinander führen können.

Staatspräsident Pertini hat bei seinem Besuch in Deutschland einen tiefen Eindruck nicht nur auf die Gesprächspartner, sondern auch auf die gesamte deutsche Öffentlichkeit gemacht.[4]

Ihm liegt daran, vor diesem ersten Gespräch, bei dem schwierige Themen zu behandeln sind – Sicherheits- und Abrüstungsfragen, die fälschlich sogenannte Konvergenz[5] (man meint Haushaltsfragen und nicht die wirklichen Konvergenzprobleme) –, zu sagen, daß sein Verhältnis zu Italien von Sympathie geprägt ist, daß er viel über Italien gelernt hat und den Willen hat, das in zielgerichteter Weise einzusetzen. Er heißt MP Cossiga herzlich willkommen.

Cossiga dankt für die freundschaftliche Begrüßung. Staatspräsident Pertini hat sich begeistert über den Empfang durch das deutsche Volk, den Bundespräsidenten und insbesondere auch den Bundeskanzler geäußert. Er mißt den bilateralen deutsch-italienischen Beziehungen im gemeinsamen Rahmen von NATO und EG allergrößte Bedeutung bei. Er verweist auf die guten deutsch-italienischen Beziehungen unter den Regierungen Rumor, unter seinem Freund Moro und unter Andreotti. Er wird sich voll dafür einsetzen, sie weiter auszubauen.

Er würdigt die Rolle der engen Begegnung der Völker durch die Anwesenheit italienischer Gastarbeiter in Deutschland und deutscher Touristen in Italien. Er dankt dem Bundeskanzler für seine anerkennenden Worte über Italien. Als Verfassungsrechtler hat er in Deutschland stets eine zweite geistige Heimat gesehen. Es gibt für ihn auch gewisse familiäre Wurzeln: Von einer alten Tante hat er nur Süßigkeiten bekommen, wenn er sie auf deutsch darum bat.

Er dankt für Solidarität und Hilfe des Bundeskriminalamts und des Bundesamtes für Verfassungsschutz während der 53 Tage, die Moro gefangengehalten wurde.[6] Er weist auf die große Bewunderung in Italien für die wirtschaftliche Leistung der Deutschen hin.

Erweiterte bilaterale Konsultationen

Cossiga schlägt vor, bei künftigen deutsch-italienischen Konsultationen der Regierungschefs auch Minister der beiden Kabinette hinzuzuziehen.

Er nennt aus seiner Sicht folgende Schwerpunkte für sein Gespräch mit dem Bundeskanzler:

– Gemeinsame Verteidigungsfragen (TNF-Modernisierung auch im Lichte der Breschnew-Rede[7])

[4] Staatspräsident Pertini hielt sich in Begleitung des italienischen Außenministers Malfatti vom 18. bis 22. September 1979 in der Bundesrepublik auf und besuchte am 19./20. September 1979 Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 270 und Dok. 272.

[5] Zur Frage einer Konvergenz der wirtschaftlichen Leistungen in der Europäischen Gemeinschaft vgl. Dok. 270, Anm. 18.

[6] Der Vorsitzende der Democrazia Cristiana, Moro, wurde am 16. März 1978 durch die „Brigate Rosse" entführt und am 9. Mai 1978 ermordet.

[7] Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

- EG-Probleme (Er stimmt dem Kanzler zu, daß es sich nicht nur um Haushaltsprobleme, sondern um Überwindung der wirtschaftlichen Divergenzen handeln muß. Dabei geht es Italien im wesentlichen um eine Umgestaltung der gegenwärtigen gemeinsamen Agrarpolitik.)
- Meinungsaustausch über den Besuch Hua Guofengs in London, Paris, Bonn und Rom im Lichte der Ost-West-Beziehungen.[8]

Er hofft auf eine Verstärkung bilateraler Beziehungen, in der sich möglichst viele Konvergenzen zwischen Deutschland und Italien herausschälen. In Verteidigungsfragen ist beiden Ländern ihre Lage am Rande des NATO-Bereichs gemeinsam.

Bundeskanzler bittet, die Grüße Präsident Pertinis und seines Freundes Andreotti herzlich zu erwidern. Er stimmt den Gesprächsvorschlägen Cossigas zu.

Er stimmt zu, daß zu den bilateralen Treffen der Regierungschefs ein- bis zweimal im Jahr der eine oder andere Ressortminister hinzugezogen werden sollte. Er denkt hierbei an die Außenminister, die Minister für Wirtschaft, Finanzen, Inneres, Forschung. Bei den Verteidigungsministern müsse man beachten, daß sie auf französischen Wunsch an den regelmäßigen deutsch-französischen Konsultationen nicht teilnehmen.

Es wird im Prinzip verabredet, daß nach gegenseitiger Abstimmung auf diplomatischem Wege von Fall zu Fall Minister beider Kabinette zu den deutsch-italienischen Konsultationen der Regierungschefs hinzugebeten werden. Ein Anfang soll bei den nächsten Konsultationen im Rom gemacht werden.[9]

Weltwirtschaftsgipfel

Er möchte die nächsten Konsultationen schon in der ersten Jahreshälfte 1980 sehen, nicht nur wegen der italienischen EG-Präsidentschaft[10], sondern auch im Lichte des sehr schwierigen Weltwirtschaftsgipfels in Venedig[11]. Der Gipfel wird deswegen schwierig werden, weil er in die Periode der Primaries[12] und damit einer großen innenpolitischen Nervosität in den USA fällt, die zweifellos das Verhalten des Präsidenten stark beeinflussen wird. Man muß daher mit mehr rhetorischen Girlanden rechnen. Er bietet dem italienischen Vorsitz alle Assistenz für diese Konferenz an, die schwieriger sein wird als die, die wir in Bonn[13] auszurichten hatten.

Cossiga stimmt den Vorstellungen des Bundeskanzlers über die Erweiterung der bilateralen Konsultationen zu. Er sieht die Schwierigkeiten bei Verteidigungsministern und möchte in keinem Fall Probleme im deutsch-französischen

8 Ministerpräsident Hua Guofeng besuchte vom 15. bis 21. Oktober 1979 Frankreich, vom 21. bis 28. Oktober die Bundesrepublik, vom 28. Oktober bis 2. November 1979 Großbritannien und vom 3. bis 6. November 1979 Italien. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt am 22./23. Oktober 1979 vgl. Dok. 301 und Dok. 305.

9 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 15./16. Mai 1980 in Italien auf. Für das Gespräch mit Ministerpräsident Cossiga am 16. Mai 1980 in Rom vgl. AAPD 1980.

10 Italien hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1980 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

11 Der Weltwirtschaftsgipfel fand am 22./23. Juni 1980 statt. Vgl. dazu AAPD 1980.

12 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

13 Am 16./17. Juli 1978 fand in Bonn ein Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 225.

Verhältnis schaffen. Eine engere Zusammenarbeit der Verteidigungsminister erscheint ihm allerdings vor allem auf dem Rüstungssektor erforderlich.

Zum Weltwirtschaftsgipfel betont auch er den Einfluß der bevorstehenden amerikanischen Wahlen (BK: und einer amerikanischen Wirtschaft, die sich in einem schlechten, d.h. rezessiven Zustand befinden wird) und hofft, daß die rhetorischen Girlanden nicht von der wirklichen Arbeit ablenken werden.

Bundeskanzler verabredet mit Cossiga, daß der telefonische Kontakt ihrer jeweiligen außenpolitischen Mitarbeiter zur schnellen Übermittlung von Botschaften und Unterrichtungen aufrechterhalten wird. Er weist darauf hin, daß Botschafter von Staden Herrn Ruhfus ablösen wird.

Cossiga stellt seinen Mitarbeiter Berlinguer als Vetter des Kommunistenführers vor, „der etwas links von ihm stünde, während sein Mitarbeiter Berlinguer etwas rechts von ihm steht".

Er dankt dem Bundeskanzler für die angebotene Hilfe bei der Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels, der ebenso wie der Europäische Rat[14] in Venedig stattfinden soll.

Sicherheit und Rüstungskontrolle

Cossiga wiederholt zur anstehenden NATO-Entscheidung die Aussage Pertinis, daß Italien die Bundesrepublik Deutschland in dieser Frage nicht allein lassen wird.

Bundeskanzler dankt für diese sehr gewichtige Feststellung und stellt fest, daß ihn die Ausführungen Pertinis und Malfattis sehr beeindruckt und befriedigt haben.

Er möchte mit allgemeinen Bemerkungen zur gegenwärtigen Lage beginnen. Er sieht sehr erhebliche Gefährdungen für das Verhältnis der beiden Weltmächte voraus. In der Sowjetunion zeichnet sich ein Generationswechsel in der Führungsschicht ab. Die USA sind – was bei einer offenen demokratischen Gesellschaft leicht zu erkennen ist – zutiefst verunsichert. Eine Gefährdung von SALT II[15] bedeutet auch eine Gefährdung der Allianz. Wenn vom Senat nicht ratifiziert wird, was von drei Präsidenten[16] sechs Jahre lang ausgehandelt wurde, so wird die amerikanische Politik nicht nur für SU, sondern auch für Europa unkalkulierbar. In drei großen Reden in den USA[17] und in mehreren Fernsehauftritten (darunter einem gemeinsam mit Giscard[18]) ist er daher für eine Ratifikation von SALT II eingetreten. Er weiß, daß die italienische Regierung ähnlich denkt.

14 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 12./13. Juni 1980 in Venedig statt. Vgl. dazu die Runderlasse Nr. 82 und Nr. 83 des Legationsrats I. Klasse Oehms vom 18. Juni 1980; AAPD 1980.

15 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 274, Anm. 10.

16 Richard M. Nixon, Gerald R. Ford, James E. Carter.

17 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.

18 Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt und des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing am 2. Oktober 1979 vgl. den Artikel „Schmidt und Giscard für baldige Ratifizierung von SALT II"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 3. Oktober 1979, S. 1.

Die Lage wird jetzt noch komplizierter durch innere Diskussionen in der Allianz (z.B. die innenpolitische Debatte in den NL[19]) über TNF-Modernisierung. Kompliziert werde sie auch durch die Zuckerbrot-und-Peitsche-Politik Breschnews in seiner Rede von 6. Oktober.[20] Er ist überzeugt, daß Breschnew sein eigentliches Lebenswerk für Frieden, sowjetische Westpolitik und Entspannung nicht in Gefahr bringen möchte. Er hat aber offensichtlich in seiner Rede Zugeständnisse an andere Elemente in der sowjetischen Führung machen müssen, die hinter der forcierten Raketen- und maritimen Rüstung stehen. Eine künftige neue Sowjetführung wird zumindest in der ersten Zeit eine größere Härte in Worten und Taten an den Tag legen, als es Breschnew mit seiner relativ konzilianten Haltung im vorigen Jahr in Deutschland[21] getan hat. Die Breschnew-Rede wird bei uns und in der Allianz gründlich geprüft. AM Genscher und er haben den Abzug von 20000 Mann sowjetischer Truppen und 1000 Panzern aus der DDR begrüßt.[22] Dabei handelt es sich nur um fünf Prozent der dort stationierten Truppen. Auch ist offen, ob an den Abzug ganzer Einheiten oder nur eine Ausdünnung, und ob an den Abzug neuer Panzer oder veralteter Modelle gedacht wird. Im Abzug liegt aber auch ein Eingeständnis der konventionellen Überlegenheit. Das kann als Beitrag zu MBFR-Verhandlungen gedeutet werden oder aber als Versuch, sich in der Datenfrage zeitweilig Luft zu schaffen und die Datendiskussion in Wien zu überspielen.

Wichtig ist die Verhandlungsbereitschaft zu kontinentalstrategischen Waffen. Breschnew verschweigt allerdings, daß der Ersatz veralteter Raketen durch SS-20 mit drei Sprengköpfen, großer Reichweite (sie erreichen von Alma Ata aus Bonn oder Rom), großer Treffgenauigkeit und einer Mobilität, die sie fast unverwundbar macht, eine ungeheure Verbesserung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials bedeuten würde. Die mit dem Verhandlungsangebot verbundene Drohung an die dislozierungsbereiten Länder wie Deutschland und Italien wird sicher die innenpolitische Opposition gegen die NATO-Entscheidungen stimulieren. Man muß mit einer sowjetischen Propaganda-Kampagne vom Nordkap bis nach Neapel rechnen. Der schwächste Punkt der westlichen öffentlichen Meinung sind die Niederlande, in denen sich die regierenden Christ-

19 Zur Stimmungslage im niederländischen Parlament bezüglich einer TNF-Modernisierung der NATO vgl. Dok. 253, Anm. 5.

20 Am 6. Oktober 1979 beging die DDR den 30. Jahrestag ihrer Gründungmit einer Militärparade in Ost-Berlin. Vgl. Dok. 287, Anm. 15.

21 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

22 In der Presse wurde berichtet, Bundeskanzler Schmidt habe in einer ersten Stellungnahme zur Rede des Generalsekretärs der ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin auf das „sowjetische Interesse an weiteren Kontrollverhandlungen und vertrauensbildenden Maßnahmen sowie die Bereitschaft Moskaus, auch eurostrategische Atomwaffen in die SALT-III-Verhandlungen einzubeziehen", verwiesen: „Den Beschluß, 20000 Soldaten und 1000 Panzer abzuziehen, nannte Schmidt einen ‚substantiellen Beitrag zur Verminderung bestimmter bestehender Ungleichgewichte'." Bundesminister Genscher habe unter „Bezugnahme auf die Forderung Breschnews, der Westen solle – ungeachtet der fortschreitenden Modernisierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen – auf die Erneuerung seiner atomaren Mittelstreckenwaffen verzichten", ausgeführt: „‚Voraussetzung für eine erfolgreiche Diskussion ist, daß auch der Osten bereit ist, die Rüstungskontrollverhandlungen auf dem Prinzip gleicher Rechte und gleicher Sicherheit aufzubauen. Damit verträgt sich nicht der Versuch, Druck auf die Entscheidungsfreiheit westlicher Staaten auszuüben'." Vgl. den Artikel „Bonn bedenkt Breschnews Angebot mit Interesse und Skepsis"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8. Oktober 1979, S. 1.

demokraten nicht einmal voll auf ihre eigenen Anhänger im Parlament verlassen können.

In dieser Lage hat er Carter bereits die Beschleunigung der Beschlußfassung in der NATO vorgeschlagen. Das wird wohl an der Haltung der Holländer, die eine vorherige SALT-II-Ratifikation wünschen, scheitern. Praktisch bedeutet das, daß eine Verzögerung der SALT-II-Ratifikation in Washington der SU neue Ansätze für ihre spaltende Propaganda gibt und taktische Verhandlungsvorteile.

Es ist ihm in den letzten Monaten nicht leichtgefallen, die USA zu überzeugen, daß die TNF-Modernisierung von einem ernsthaften Verhandlungsangebot an die Sowjetunion begleitet sein muß. Die USA haben dies erst im Laufe des Julis verstanden. Vance sei dabei hilfreich, andere weniger hilfreich gewesen.

Breschnews Drohungen müssen eingehend analysiert werden. Er scheint sie aber nicht mit dem grundsätzlichen Modernisierungsbeschluß, sondern mit der Stationierung der neuen TNF verbunden zu haben, die erst in drei bis vier Jahren möglich sein wird. Wir haben also vier Jahre für Verhandlungen mit der Sowjetunion zur Verfügung. Sie werden u. a. deswegen außerordentlich schwierig sein, weil Frankreich seine Raketen nicht, die Sowjetunion sie dagegen doch mitrechnen möchte. Die SU wird argumentieren, daß sie erhebliche Kapazitäten gegen China braucht. Auch die USA werden versucht sein, ihre eigenen Interessen vor die ihrer europäischen Partner zu stellen. Er glaubt nicht, daß ein amerikanischer Präsident je wieder sagen wird, er werde Detroit für europäische Städte riskieren. Er sagt in aller Offenheit und mit der Bitte, nicht zitiert zu werden, daß mit der Zahl in Europa stationierter LRTNF auch die Gefahr der Abkoppelung wächst. Er wird notfalls auch die Existenz seiner Regierung in die Waagschale werfen, um die NATO-Entscheidungen in Deutschland innenpolitisch durchzusetzen. Er wird aber bei der Durchführung sehr sorgsam darauf achten, die Sowjetunion nicht zu provozieren. Wir werden daher keine „user nation" werden. Er hat aber Verständnis dafür, daß Italien und eventuell auch die Niederlande hier anders reagieren.

Cossiga: Eine Nicht-Ratifizierung von SALT II ist eine Tragödie vor allem für Europa. Er sieht einen großen Unterschied zwischen der Konzilianz Breschnews in Bonn und seiner Härte in Ost-Berlin. Er sieht im Abzug sowjetischer Truppen aus der DDR das Anerkenntnis der konventionellen Überlegenheit in Europa. Mit der SS-20 kann die SU auch den Nahen Osten und Nordafrika erreichen. Sie ist daher auch ein Instrument diplomatischen Drucks in gefährlichen Krisenherden. Er betont die Versuchung für die USA, ihre Beziehungen zu China als Druckmittel auf die SU zu nutzen.

Auch er ist entschlossen, das ganze Gewicht seiner Regierung für die kommende NATO-Entscheidung in die Waagschale zu werfen. Allerdings liegen in Italien die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse anders. Er ist jedoch nicht auf die Zustimmung des Parlaments in dieser Frage angewiesen. (BK: Das Problem der Bundesregierung ist Unterstützung in ihren eigenen Reihen, da sie sich in dieser Frage keine „Stimmen von der CDU leihen" kann.)

Zur Breschnew-Rede, mit der die sowjetische Propagandakampagne voll begonnen hat – übrigens in einer eher groben und nicht eleganten Weise –, macht er folgende Bemerkungen:

- Die sowjetische Überlegenheit im Mittelstreckenbereich ist durch die Eskalation der SS-20 entstanden, die auch Nordafrika und den Nahen Osten erreicht. Dazu kommt der „Backfire", der praktisch eine strategische Waffe ist. (BK: Während Ford und Kissinger bei den SALT-Verhandlungen die „Backfire"-Frage als ungelöst, aber lösbar bezeichneten, haben Carter und Brzezinski diese Waffe mit Grandezza zu einer regionalen Waffe erklärt. Cossiga: Wie der Abt des Klosters, der am Freitag Fleisch geschenkt bekam: „Ich taufe dich Fisch.")
- Breschnews Angebot zur Reduzierung der Raketenzahl ist eher eine Drohung, der Angebotsteil ohne strategische Bedeutung, da Beweglichkeit, Reichweite und dreifache Sprengkopfladung der SS-20 eine wesentliche Verstärkung des Mittelstreckenpotentials auch bei reduzierter Raketenzahl in der westlichen SU zulassen.
- Der Abzug gewisser sowjetischer Truppen und Panzer aus der DDR könnte als Zeichen gedeutet werden, über den Abbau der sowjetischen Überlegenheit am geeigneten Ort (Wien) zu sprechen. Aber auch hier gibt es wieder offene Fragen: Sollen neue Panzer abgezogen oder nur alte ausgemustert werden? Hat Breschnew eine klare Vorstellung vom strategischen Unterschied zwischen dem Atlantik und der polnischen Tiefebene?
- Er stimmt dem Kanzler zu, daß man nichts tun dürfe, um die Sowjetunion unnötig zu provozieren. Das Bündnis muß eine gemeinsame Antwort auf Breschnew geben. Die italienische Regierung wird sich durch die Rede nicht von ihrer Entschlossenheit abbringen lassen, die anstehenden NATO-Entscheidungen durchzusetzen.

Auf Frage des Bundeskanzlers, der Cossiga in allen wichtigen Fragen zustimmt, erläutert Cossiga, daß er sich bereits am Samstag[23] am Comer See mit seinem niederländischen Kollegen van Agt, den er seit langem aus der gemeinsamen Arbeit im katholischen Akademikerverband kennt, zu einem Gespräch über diese Fragen treffen wird. Ein heikles Problem ist auch die Haltung der niederländischen Sozialisten, die auch zu Schwierigkeiten mit den italienischen Sozialisten beitragen kann. Er hält es für zweckmäßig, wenn von seiten SPD mit den italienischen Sozialisten gesprochen wird. Craxi, mit dem er eine ausgezeichnete persönliche Beziehung unterhält, ist in dieser Frage recht aufgeschlossen. Es geht daher im Gespräch mit ihm nicht darum, ihn zu überzeugen oder zu bestätigen, sondern ihm zur Seite zu treten (confortare).

Auch für die italienische Regierung ist die Fortführung der Entspannungspolitik von größter Wichtigkeit. Er stimmt in dem Zusammenhang einem Vorschlag des Bundeskanzlers zu, sich gemeinsam vor der Presse für die SALT-II-Ratifikation einzusetzen.[24] Eine Nicht-Ratifizierung würde zu einer Krise in den Ost-West-Beziehungen und nachteiligen Folgen für die Entspannung führen. Als Katholik, der an die Erbsünde glaubt, muß er realistisch sein. Das effektive Gleichgewicht zwischen den Blöcken, das sich zuungunsten Westeuropas ver-

23 13. Oktober 1979.

24 Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt und des Ministerpräsidenten Cossiga am 10. Oktober 1979 vor der Presse vgl. den Artikel „Schmidt und Cossiga: Kompromißbereit zur Europa-Ratssitzung nach Dublin"; DIE WELT vom 10. Oktober 1979, S. 2.

schoben hat, muß wiederhergestellt werden. Er sieht vor allem zwei große Gefahren des Ungleichgewichts:

- Die Sowjetunion ist insbesondere beim Generationswechsel in ihrer Führung versucht, ihre militärische Überlegenheit auch politisch zu nutzen und in schwelende Konflikte in Afrika, im Nahen Osten und am Horn von Afrika einzugreifen.
- Eine Schwächung der NATO und der USA macht es auch den Blockfreien schwierig, ihre unabhängige Position zu wahren, die ein stabiles Machtgleichgewicht zwischen Ost und West voraussetzt.

Bundeskanzler stimmt zu.

Europa-Reise Hua

Zum bevorstehenden Besuch Hua Guofengs in Paris, Bonn, London und Rom berichtet er, daß Giscard ebenso wie er einen grundlegenden Akkord zwischen SU und VR China für sehr unwahrscheinlich halte[25], der – wenn er zustande käme – eine außerordentlich gefährliche Situation schaffen würde. Die Äußerungen beider Seiten klingen allerdings in den letzen 12 bis 15 Monaten sehr viel gemäßigter und konzilianter. Wir können mit einer gemäßigteren chinesischen Sprache beim Hua-Besuch in Europa rechnen als beim Deng-Besuch in USA[26].

Bei seinen Gesprächen in Peking vor vier Jahren haben Mao und Deng noch in übertrieben propagandistischer Weise versucht, Europa in eine schärfere Konfrontation mit der SU zu bringen.[27] Wir können das beim Hua-Besuch nicht zulassen und müssen notfalls deutlich widersprechen. Er hat daher StM Wischnewski als einen Ehrenbegleiter von politischem Format benannt. Er hat aber keine Befürchtungen, daß ein solcher Widerspruch nötig wird. Die Briefe der Sowjetunion zu den Waffenlieferungen an China waren schon zur Zeit, als sie geschrieben wurden, übertrieben und überflüssig.[28] Dennoch darf Europa den Chinesen keine Hand reichen bei ihrem fortbestehenden Bestreben, tendenziell die Spannungen zwischen SU, USA und Europa zu verstärken. China ist weit weg. Es muß sich von den katastrophalen Auswirkungen der Kulturrevolution erholen und wird nicht die übertriebenen wirtschaftlichen und politischen Erwartungen rechtfertigen, die Deng genährt hat. Für uns Europäer kommt es darauf an, dieser aufsteigenden dritten Weltmacht zu helfen, eine ihren Bedingungen angemessene normale Rolle zu spielen. D.h. keine Schonung, wenn sie sich gegen die internationalen Regeln wie in Vietnam[29] vergehen. Keine Versuche, die Chinesen gegen die Sowjetunion auszuspielen. Er und sein Freund Gi-

25 Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 1./2. Oktober 1979; Dok. 286.

26 Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping hielt sich vom 29. Januar bis 4. Februar 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 37.

27 Bundeskanzler Schmidt besuchte die Volksrepublik China vom 29. Oktober bis 2. November 1975. Für das Gespräch mit dem Vorsitzenden des ZK und des Politbüros der KPCh, Mao Zedong, am 30. Oktober 1975 in Peking sowie die Gespräche mit dem chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping am 29. und 31. Oktober 1975 vgl. AAPD 1975, II, Dok. 323 bzw. Dok. 322 und Dok. 326.

28 Vgl. dazu die Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. November 1978 bzw. vom 27. Dezember 1978 an Bundeskanzler Schmidt; Dok. 2, Anm. 13, bzw. Dok. 6.

29 Zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg vgl. Dok. 100, Anm. 7.

scard stimmen darin überein, daß der chinesische Besucher höflich behandelt wird, aber der Besuch nicht als eine operative Haupt- und Staatsaktion der deutschen Außenpolitik dargestellt wird.

Cossiga regt an, daß die vier europäischen Regierungen in allen Fragen des Hua-Besuchs miteinander in Kontakt bleiben. (BK: Wir werden Sie nach dem Besuch in Bonn sofort unterrichten.) Auch die Italiener werden Hua einen Minister als Ehrenbegleiter mitgeben.

TNF-Modernisierung

Er betont noch einmal, daß sich an der positiven Haltung zur TNF-Entscheidung nichts ändern wird. Wir werden Deutschland nicht allein lassen. MP Thatcher hat in Rom dieser Linie zugestimmt.[30] Auch für Italien ist es wichtig, daß alle NATO-Staaten der verbundenen Entscheidung zustimmen. Aber wenn die Niederlande und evtl. Belgien in Schwierigkeiten kommen, ist ihre Beteiligung an der Entscheidung für Italien „keine Frage von Leben und Tod".

Zu Einzelfragen in dem Zusammenhang nimmt er wie folgt Stellung:

- Die italienische Souveränität erfordert es, daß in Italien stationierte amerikanische Waffen von Italienern gesichert werden und unter dem Regime der doppelten Schlüssel stehen. (BK: Solche Fragen sind am besten bilateral zu regeln.)
- Er setzt sich für eine verbundene Entscheidung über TNF-Modernisierung und Rüstungskontrollangebot ein.
- Er hat Interesse, die notwendigen Entscheidungen in Italien möglichst ohne große öffentliche Diskussion zu fällen. Sie werden von einem besonderen Ministerausschuß vorbereitet, dem Verteidigungsrat unterbreitet und dann im Kabinett beschlossen. Die politischen Parteien, mit Ausnahme der KPI, haben auf Fragen ihre grundsätzliche Zustimmung zu erkennen gegeben. Die Sozialisten haben noch Schwierigkeiten. Er ist daher für das Angebot der SPD dankbar, Craxi moralisch zur Seite zu stehen. Die sowjetische Propaganda kann sich aber noch auf die innenpolitische Lage auswirken, da die KPI einen starken Einfluß hat – allerdings vielleicht weniger als in Frankreich, wo sich Gaullisten mit der KPF verbünden könnten.
- Er setzt sich für eine rasche NATO-Entscheidung ein, um der sowjetischen Propaganda, die jetzt voll begonnen hat[31], den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Zeitspanne von über einem Monat zwischen der NPG[32] und der Entscheidung des Ministerrats[33] erscheint ihm zu lang. In dieser Zeit könnte es der KPI gelingen, die Sache noch ins italienische Parlament zu bringen, was an sich nicht nötig ist. Eine Vorverlegung des NATO-Rats würde die Sache unnötig dramatisieren. Man könnte aber erwägen, die NPG-Tagung später anzusetzen. Vor allem aber sollte man prüfen, ob nicht die technische Frage der Herstellung des militärischen Gleichgewichts von den Ständigen

30 Premierministerin Thatcher besuchte am 4./5. Oktober 1979 Italien.

31 Vgl. dazu die Behandlung der geplanten TNF-Modernisierung der NATO in den sowjetischen Medien; Dok. 253, Anm. 8.

32 Zur Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 13./14. November 1979 in Den Haag vgl. Dok. 328 und Dok. 329.

33 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

Vertretern zwischen NPG- und NATO-Ratssitzung fest entschieden werden könnte.

Bundeskanzler: Wir sind zu einer möglichst schnellen NATO-Entscheidung bereit. Er hat daher Carter bereits die Anregung unterbreitet[34], die formale Entscheidung von den Ständigen Vertretern fällen zu lassen. Er hat aber den Eindruck, die Niederländer könnten sich erst einen Tag vor dem NATO-Rat in ihrem Kabinett entscheiden. (Cossiga sagt zu, auch diese Frage mit van Agt am Samstag aufzunehmen.)

Nach einem kurzen Vier-Augen-Gespräch wird das Gespräch beim Mittagessen in etwas erweitertem Kreis fortgesetzt.

EG-Fragen

Cossiga legt im einzelnen dar, daß die gegenwärtige Agrarpolitik für die italienische Volkswirtschaft eine wesentliche Belastung darstellt. Die Lage wird noch schwieriger, wenn Spanien[35] und Portugal[36] beitreten. Die italienische Regierung, die sich mit ihrer Inflationsbekämpfung, der Beteiligung am EWS und Lomé[37] als loyales EG-Mitglied bewährt hat, muß darauf drängen, diese Probleme vor der EG-Erweiterung zu lösen. Die britische Regierung unter MP Thatcher sieht die Lage ganz ähnlich. Italien hat daher bereits Vorschläge zur Korrektur des Kommissionspapiers zur Konvergenz[38] unterbreitet, da das Papier der Kommission weder den italienischen Erwartungen noch dem Mandat des ER von Straßburg[39] entspricht. Er kann Dublin[40] nicht verlassen, ohne klare Leitlinien des Europäischen Rats für eine Lösung dieser Frage. Ein vages Mandat wie in Straßburg reicht nicht aus, es muß Zahlen und Zeitziele festlegen. Eine solche Entscheidung ist politisch unumgänglich, da sonst die Glaubwürdigkeit seiner Regierung Schaden leidet.

34 Vgl. dazu das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter am 21. September 1979; Dok. 274.

35 Zu den Verhandlungen über einen EG-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 270, Anm. 10.

36 Portugal stellte am 28. März 1977 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Botschafter Sigrist, Brüssel (EG), berichtete am 19. Oktober 1979 über den Stand der Beitrittsverhandlungen: „Port[ugiesische] Del[egation] äußerte sich zu den Kapiteln Außenbeziehungen und Steuerfragen. Außerdem legte sie Stellungnahmen zum Verkehrssektor und zur Regionalpolitik vor. Beide Bereiche sind bisher auf seiten der Gemeinschaft nicht behandelt worden. Kom[mission] war von dieser Initiative der port. Del. nicht sehr angetan und ist besorgt über den weiteren Verlauf der Beitrittsverhandlungen, wenn beide Seiten unkoordiniert neue Papiere vorlegen. [...] Am Rande der Sitzung äußerten port. Vorsitzender, Pires de Miranda, und port. Botschafter bei den EG, Lopes, daß der erste Abschnitt der Beitrittsverhandlungen [...] bis zum Frühjahr nächsten Jahres abgeschlossen werden sollte. Daran sei die port. Seite nicht zuletzt aus internen Gründen interessiert: Die administrativen Anfangsschwierigkeiten bei den Arbeiten der ‚Kommission für den EG-Beitritt' seien inzwischen weitgehend überwunden. Jetzt käme es darauf an, die port. Verwaltung hinsichtlich der Beitrittsverhandlungen ‚in Bewegung zu halten'. Als weitere Zielvorstellung möchte Portugal die Beitrittsverhandlungen möglichst im Frühjahr 1981 abschließen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3317; Referat 410, Bd. 121927.

37 Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 sowie der Zusatzprotokolle und der am 11. Juli 1975 in Brüssel unterzeichneten internen Abkommen über Maßnahmen zur Durchführung des Abkommens und über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2318–2417.

38 Zur italienischen Kritik am Bericht der EG-Kommission zur Konvergenzfrage vgl. Dok. 270, Anm. 18.

39 Zur Tagung des Europäischen Rats am 21./22. Juni 1979 in Straßburg vgl. Dok. 190.

40 Zu den Ergebnissen der Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. Dok. 362.

Er erwähnt im einzelnen:

- Die einseitige Stützung nördlicher Agrarprodukte belastet Italien. Er fordert ein neues und besseres Gleichgewicht innerhalb der gemeinsamen Agrarpolitik (40% der Agrarunterstützung für Milch-, aber nur 12% für Südprodukte).
- Bei der Unterstützung von Bergbauern muß nach Betriebsgröße unterschieden werden, da gerade die kleinen Bauern in Italien der Hilfe besonders bedürfen.
- Die Lagervorräte müssen sozial sinnvoll eingesetzt werden.
- Gehälter und Aufwand der Bürokratie in Brüssel müssen eingeschränkt werden. (BK ist zufrieden, daß sich jetzt auch einmal andere die Finger in dieser Frage verbrennen, gibt aber Cossiga in der Sache recht.)

Bundeskanzler möchte auf persönlicher Grundlage einige allgemeine Bemerkungen zu dem Fragenknäuel machen.

1) Die Funktionsfähigkeit der EG ist in der gegenwärtigen politischen Weltlage von erstrangiger Bedeutung. Ohne sie gibt es nicht die enge politische Zusammenarbeit, auf die wir insbesondere im Laufe der nächsten Jahre bauen müssen, wenn nicht eine schwer kalkulierbare Lage entstehen soll. Aus diesen politischen und aus wirtschaftlichen Gründen wird die deutsche Regierung bestrebt sein, zur Lösung der angesprochenen Probleme beizutragen.

2) Die Lira hat sich im EWS besser bewährt, als Skeptiker befürchteten. Er hat Vertrauen, daß sich die Lira und auch das EWS in Zukunft weiter bewähren werden.

3) Zu den in Dublin anstehenden Fragen möchte er die globalen wirtschaftlichen Größen von den einzelnen Wirtschaftspolitiken trennen.
Wichtigste globale Größe ist der Haushalt, der in den letzten Jahren exorbitant gestiegen ist. Die Brüsseler Bürokratie, die viel zu zahlreichen Ministerräte und das Europäische Parlament werden zu weiterer Ausgabensteigerung beitragen. Er sieht das mit Besorgnis. Das Prinzip der eigenen Einnahmen (Zölle, agrarpolitische Abschöpfungen und bis zu ein Prozent der Mehrwertsteuer) darf nicht angetastet werden. Das gilt auch für Großbritannien, dessen Nettozahlerposition sich in dem Maße entlasten wird, wie es sich auf den Import von EG-Produkten konzentriert.[41] Die EG muß lernen, ebenso mit ihren Mitteln hauszuhalten wie die einzelnen Staaten und Bürger. Jährliche Steigerungsraten von 25% sind nicht möglich. Wenn der Unsinn so weitergeht, ist bereits 1981 die Ein-Prozent-Obergrenze Mehrwertsteuer[42] erreicht.
Die Ausgabenseite des Haushalts erscheint ihm wie den Italienern nicht vernünftig strukturiert. Er ist durchaus bereit, an einer Verschiebung der Haushaltsmassen auf der Ausgabenseite mitzuwirken.

41 Zu den britischen EG-Haushaltsbeiträgen vgl. Dok. 284, Anm. 16.

42 In Artikel 4 des Beschlusses vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der EG-Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaften wurde festgelegt, daß ab 1. Januar 1975 „der Haushalt der Gemeinschaften vollständig aus eigenen Mitteln der Gemeinschaft finanziert" werden soll und daß zu diesen Mitteln Mehrwertsteuereinnahmen gehören sollen, „die sich aus der Anwendung eines Satzes ergeben, der 1% einer steuerpflichtigen Bemessensgrundlage nicht überschreiten darf". Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1970, Teil II, S. 1268.

4) Deutschland war bisher der größte Nettozahler und wird es wohl bleiben, da man den britischen Wünschen in Dublin in einem gewissen Maße entgegenkommen muß. Je weiter sich allerdings die Briten mit ihren Forderungen durchsetzen, desto stärker müssen die Lasten von allen übrigen EG-Ländern übernommen werden. Das gilt für Frankreich wie für Italien, das gegenwärtig eine günstige Nettoposition einnimmt. Die Nettoposition Dänemarks erscheint ihm nicht gerechtfertigt, dagegen sicherlich die Irlands. In der Frage der Nettozahlerposition ist er prinzipiell kompromißbereit und strebt für Dublin einen vernünftigen Kompromiß an.

5) Die Italiener beklagen sich mit Recht über die Agrarpolitik. Sie wird von den Agrarministern zu Unrecht als das eigentliche Herzstück der Gemeinschaft bezeichnet. Als Ökonom, nicht als Bundeskanzler sprechend, weist er auf die prinzipielle Fehlkonstruktion hin, die vor allem darin besteht, daß man versucht hat, mit einer Politik drei verschiedene Ziele zu erreichen: steigende Einkommen der Landwirte, Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, Ausgleich nationaler Nettopositionen. Da man nicht mit einem Gewehr gleichzeitig drei Ziele treffen kann, hat die Agrarpolitik das erste Ziel nur teilweise erreicht, aber die beiden anderen Ziele völlig verfehlt. Wenn es in Dublin zu einem Grundsatzbeschluß kommt, daß man sich bei Preisanhebungen gedämpft verhalten soll, so ist er prinzipiell auf der Seite der Italiener.

6) Er ist grundsätzlich für eine Vergrößerung der Strukturfonds der EG unter der Voraussetzung, daß die Mittel wirklich strukturellen Verbesserungen dienen und nicht zur Auffüllung nationaler Haushalte. Deutschland ist zu finanziellen Opfern bereit, wenn sie tatsächlich zu Integrationsfortschritten führen. Es ist wie auch Frankreich nicht bereit, vom Prinzip der eigenen Einnahmen und von der Obergrenze ein Prozent Mehrwertsteuer abzugehen.

7) Als Fußnote fügt er hinzu, daß man den Briten raten müßte, in Dublin mit Selbstbewußtsein aufzutreten, sich nicht als die Ärmsten der Armen zu präsentieren und ihre Forderungen mit Argumenten der wirtschaftlichen Vernunft und der Funktionstüchtigkeit der EG zu begründen. MP Thatcher und ihre Regierung haben die Chance eines unbelasteten neuen Anfangs auf der Grundlage einer hervorragenden Zahlungsbilanz, über die man sich auch in Zukunft wegen der wesentlichen Deviseneinsparungen auf Grund der Öl- und Erdgasproduktion keine Sorgen zu machen braucht: Je mehr die Briten an den gesunden ökonomischen Verstand appellieren und auf bekannte politische Empfindlichkeiten anderer Länder Rücksicht nehmen, desto eher werden sie es Deutschland erleichtern, eine vermittelnde Position einzunehmen, die wir sicherlich nicht suchen, aber wohl kaum vermeiden können.

Cossiga stellt fest, daß man vor allem in folgenden Fragen übereinstimmt:

- Umstrukturierung der gemeinsamen Agrarpolitik
- Umschichtung der Haushaltsausgaben von der Agrar- zur Strukturpolitik
- Ein-Prozent-Obergrenze Mehrwertsteuer. Die Italiener, die bekanntlich schon in den Stadtstaaten des ausgehenden Mittelalters die Kunst des Kompromisses haben üben müssen, werden mit vernünftigen Positionen und kompromißbereit nach Dublin gehen. Sie werden uns vorher über ihre Position unterrichten. Sie hoffen auf Kompromißbereitschaft der anderen Partner.

Sie hoffen auf intensive deutsche Beteiligung und Hilfe – wenn auch nicht notwendigerweise Vermittlung. Die Briten sollen auf Kompromisse eingehen, die mit der wirtschaftlichen Lage Großbritanniens vereinbar sind.

Er betont noch einmal, daß man in Dublin jedenfalls die politische Seite der Probleme in den Griff bekommen muß, wenn seine Regierung glaubwürdig bleiben will. Sie kommt in eine ähnliche Lage wie Andreotti bei seiner positiven Entscheidung zum EWS. Er dankt dem Kanzler für das klare offene Gespräch und freut sich auf das nächste Zusammentreffen in Rom.

Bundeskanzler stellt fest, daß man den anvisierten Gesprächsrahmen voll ausgefüllt hat. Er einigt sich mit Cossiga auf das Verfahren bei der anschließenden Presseunterrichtung: Zwei kurze Erklärungen der Regierungschefs, keine Fragen.

VS-Bd. 14077 (010)

289

Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-3357/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 608
Cito

Aufgabe: 9. Oktober 1979, 17.27 Uhr[1]
Ankunft: 9. Oktober 1979, 17.58 Uhr

Betr.: MBFR;
hier: bilaterale sowjetische Äußerungen über eine „Datenberichtigung" per 1.1.80

1) Bolland und Dean berichteten trilateral und anschließend in weniger eingehender Form in der AHG[2] über Gespräche des britischen Militärberaters Bush mit seinem sowjetischen Kollegen Kapitonow[3] am 4.10. bzw. der US-Delegationsmitglieder Blaker und de Camp mit Kapitonow und dem zweiten sowjetischen Militärberater Oberst Wolkow am 3.10.79. In beiden Gesprächen schlug Kapitonow auf persönlicher Basis eine Datenberichtigung (updating) mit Stand per 1.1.80 vor. In dem Gespräch mit Bush, das zu diesem Punkt intensiver war, äußerte er sich auf Fragen weiter wie folgt:

Die sowjetische Delegation sei bestrebt, das Datenproblem so schnell wie möglich aus dem Wege zu räumen. Es habe auch keinen Sinn, daß sich die Unter-

[1] Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 12. Oktober 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Hofmann am 15. Oktober 1979 vorgelegen.

[2] Korrigiert aus: „HAG".

[3] An dieser Stelle handschriftliche Fußnote des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann in der Vorlage: „Schon seit 1973 bei MBFR."

händler weiter mit Daten per Stand vom 1.1.76 befaßten.[4] Die Zahlen beider Seiten würden bei einer derartigen Operation ansteigen. Die östlichen, wie Kapitonow zu verstehen gab, erheblich. Die bekannten östlichen Äußerungen, namentlich die Breschnews über die Nichterhöhung der östlichen Streitkräfte, stünden nicht im Wege. Der Osten sei in der Lage, eine Datenberichtigung schon im Februar 1980 vorzunehmen.

2) Aus beiden Gesprächen sind weiter folgende Punkte festzuhalten:

Zur Datenproblematik äußerte Kapitonow im übrigen, in einer Neudefinition sehe er keinen Sinn. Sie führe lediglich zu Verzögerungen. Wichtig sei dagegen die Fortsetzung und Beschleunigung der gegenwärtigen Diskussion über Ein- und Ausschlüsse. In diesem Zusammenhang kündigte Kapitonow östliche Stellungnahmen zu den westlichen Listen vom 3.7.79 und zu den über die polnischen Streitkräfte gestellten Fragen an.[5] Die strittigen Fälle der polnischen Seelandedivision sowie der Straßen- und Eisenbahnbaupioniere der polnischen territorialen Streitkräfte sollten möglichst bald gelöst werden.[6] Eine Angabe von Zahlen schloß er nicht aus. Die Frage, ob Zahlen für das sowjetische und polnische Personal in Divisionen vorgelegt würden, befinde sich noch in der internen östlichen Diskussion. Der Osten werde zu gegebener Zeit aber alle Da-

4 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten legten am 10. Juni 1976 eigene Streitkräftedaten vor. Für die Land- und Luftstreitkräfte wurde mit Stand vom 1. Januar 1976 eine Personalstärke von 987 300 angegeben, davon entfielen 805 000 auf die Landstreitkräfte. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 189.
Botschafter Behrends, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 15. Dezember 1976, in der informellen Sitzung vom selben Tag seien die westlichen Streitkräftedaten vom 1. Januar 1976 mitgeteilt worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 779; VS-Bd. 11052 (221), B 150, Aktenkopien 1976.

5 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 5. Juli 1979, daß in der informellen Sitzung vom 3. Juli 1979 die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten Listen zur Klärung der Streitkräftedaten des Warschauer Pakts vorgelegt hätten, „in denen die Typen der sowjetischen und polnischen Einheiten aufgeführt sind, deren Personal der Westen in ‚Großverbänden' gezählt hat. Diese Listen haben die bereits früher vorgelegten, auf der Basis östlicher Angaben erstellten Listen C und D zur Grundlage, gleichen sie aber an westliche Begriffe und die westliche Zählpraxis an. Der Westen erklärte sich zur Beantwortung von Fragen über die Listen und über die Art der aufgeführten Einheiten bereit und forderte den Osten auf, sich zur Richtigkeit und Vollständigkeit der Listen zu äußern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 424; VS-Bd. 10440 (221); B 150, Aktenkopien 1979.
Am 12. Oktober 1979 teilte Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), mit, der Leiter der polnischen MBFR-Delegation, Strulak, habe am 9. Oktober 1979 „zu den Listen" ausgeführt: „a) Der Osten habe in die Gesamtstärke der sowjetischen und polnischen Streitkräfte alle Personalkategorien, wie in den westlichen Listen aufgezählt, eingeschlossen, die tatsächlich in diesen Streitkräften existierten. b) Der Osten habe in seinen Stärkeangaben für die sowjetischen und polnischen Streitkräfte in Großverbänden keine zusätzlichen Personalkategorien eingeschlossen, die nicht in den westlichen Listen erwähnt seien, mit der Ausnahme des Kaderpersonals polnischer Einheiten der territorialen Verteidigung und einiger polnischer Einheiten der inneren Verteidigung. c) Der Osten habe nicht alle Einheitstypen des ersten Abschnitts (Ziff. 1–5) der westlichen Liste für sowjetische Streitkräfte in die Stärke der Großverbände eingeschlossen. Im Hinblick auf ihre Unterstellung sei eine Anzahl von Einheiten in der zweiten Kategorie gezählt. d) Der Osten habe alle Einheitstypen des ersten Abschnitts (Ziff. 1–3) der westlichen Liste für polnische Streitkräfte in der ersten Kategorie gezählt. e) Der Osten habe in der Gesamtstärke der sowjetischen Landstreitkräfte alle Einheiten ‚of defence against weapons of mass destruction', die tatsächlich in den sowjetischen Streitkräften existierten, eingeschlossen, unter Berücksichtigung ihres Unterstellungsverhältnisses. f) Der Osten habe in die Stärke der sowjetischen Streitkräfte in Großverbänden alle Artillerie- und ‚Anti-Tank'-Artillerie-Einheiten eingeschlossen, und zwar bei denjenigen Großverbänden, bei denen sie tatsächlich bestünden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 619; VS-Bd. 10440 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

6 Zur Frage der polnischen Streitkräftedaten bei MBFR vgl. Dok. 106.

ten vorlegen, die für ein Abkommen nötig seien. Für den Osten bestehe hinsichtlich weiterer Datenvorlagen jedoch ein Zusammenhang mit der westlichen Antwort auf die vorliegenden östlichen Vorschläge zur Verhandlungssubstanz.

Die hinsichtlich der sowjetischen Streitkräfte in der DDR (GSFG[7]) bestehenden Diskrepanzen führte Kapitonow auf die folgenden drei Hauptursachen zurück:

- Der Westen überschätze die Zahl des Personals in den sowjetischen Divisionen;
- er zähle Einheiten, die es nicht mehr gebe;
- er überschätze die Zahl des logistischen Unterstützungspersonals; von diesem sei ein großer Teil im Frieden nicht präsent, sondern stoße erst bei Mobilmachung zur GSFG.

3) Bush gegenüber brachte Kapitonow westliche Presseberichte zur Sprache, nach denen im Rahmen der begleitenden Maßnahmen auch eine Verifikation mittels niedrig fliegender Flugzeuge vorgesehen sei. „Just for the record", erklärte er, ein derartiger Einsatz von Flugzeugen über dem Gebiet des Warschauer Pakts sei nicht akzeptabel. Ein solcher Vorschlag diene nicht einer Verifikation der Reduzierung individueller Einheiten, sondern solle eine permanente und demonstrative Überwachung des Warschauer-Pakt-Gebietes etablieren. Die Verifikation müsse vielmehr nationalen technischen Mitteln vorbehalten werden.

In einer Aussprache innerhalb der AHG wurde betont, westliche Gesprächspartner sollten Kapitonow die Initiative überlassen und an dem Gedanken einer Datenberichtigung kein besonderes Interesse zur Schau stellen. Einzelne Delegationsleiter sahen eine mögliche Verbindung zwischen dem Vorgehen Kapitonows und dem von Breschnew angekündigten Rückzug sowjetischer Streitkräfte[8]. Dean schloß aber auch nicht aus, daß Kapitonow bei seinen Äußerungen vom Inhalt der damals noch bevorstehenden Rede Breschnews nicht gewußt habe. Es bestand Einvernehmen, daß eine Datenberichtigung vor einer Dateneinigung notwendig sei, daß aber die Implikationen und vor allem die Frage des Zeitpunktes vom Westen eingehend geprüft werden müßten. Eine Datenbereinigung setze praktisch den Schlußpunkt hinter die Datendiskussion.[9] Deshalb müsse diese entweder weit genug gediehen sein, oder man müsse genau wissen, welche Aufstockung seiner Zahlen der Osten vornehmen wolle.

[gez.] Jung

VS-Bd. 10656 (201)

7 Group of Soviet Forces in Germany.

8 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 287 und Dok. 296.

9 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nicht notwendig."

290

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceauşescu in Bukarest

214-321.11 RUM-1390/79 geheim **12. Oktober 1979**[1]

Gespräch des Bundesministers des Auswärtigen mit dem rumänischen Staatspräsidenten Nicolae Ceauşescu am 12. Oktober 1979 von 16.30 bis 18.05 Uhr in Bukarest[2]

Teilnehmer:

Auf rumänischer Seite: Staatspräsident Nicolae Ceauşescu, Außenminister Ştefan Andrei, Dolmetscher.

Auf deutscher Seite: der Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, Dolmetscherin Frau Wachner, der Unterzeichnete[3].

Nach freundlichen Worten der Begrüßung:

Staatspräsident: Er sei froh darüber, daß die deutsch-rumänischen Beziehungen im allgemeinen gut seien, aber es sei noch Raum für Verbesserungen.[4]

Bundesminister: Gut sei immer ein steigerungsfähiges Wort. Er habe mit seinem Kollegen (Außenminister Ştefan Andrei) ein konstruktives Gespräch ge-

1 Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Lücking am 14. Oktober 1979 gefertigt und am folgenden Tag an Bundesminister Genscher mit der Bitte um Genehmigung weitergeleitet. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13207 (214); B 150, Aktenkopien 1979.
Am 25. Oktober 1979 vermerkte Angestellte Heckmann: „Lt. Auskunft von Herrn Braunmühl vom 24.10.1979 hat BM dem beiliegenden Vermerk zugestimmt. Wie mit Frau Dr. Finke-Osiander vereinbart, soll die Verteilung der Doppel durch Referat 214 vorgenommen werden." Vgl. die beigefügte Notiz; VS-Bd. 13207 (214); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 11./12. Oktober 1979 in Rumänien auf. Botschafter Balken, Bukarest, teilte am 22. Oktober 1979 zu Genschers Gesprächen mit dem rumänischen Außenminister Andrei mit: „Auch der Ablauf der Ministergespräche gibt zu Überlegungen Anlaß. Auf Wunsch Andreis machte im ersten Gespräch am Nachmittag des 11. Oktober nur Bundesminister Genscher Ausführungen zu allen Punkten – bilateral wie international –, die behandelt werden sollten. Andrei bat darum, seine Antwort erst am nächsten Vormittag geben zu dürfen. Eine Erklärung dieses auch für mich überraschenden Verhaltens Andreis ist wohl nur darin zu sehen, daß er noch am gleichen Abend zwischen erstem Gespräch und Diner dem Präsidenten Vortrag halten und sich Instruktionen holen mußte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 821; VS-Bd. 14076 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

3 Wilhelm Lücking.

4 Vortragender Legationsrat Rudolph notierte am 14. Dezember 1979, auf der Tagung der deutsch-rumänischen Gemischten Regierungskommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 10./11. Dezember 1979 sei festgestellt worden, „daß sich der bilaterale Warenaustausch in den ersten zehn Monaten dieses Jahres mit Zuwachsraten von 20,3 % bei den deutschen Exporten und 36 % bei den Importen aus Rumänien günstig entwickelt hat. Er weist damit die höchsten Steigerungsraten in unserem Handel mit den osteuropäischen Staatshandelsländern auf. Die Plenarsitzung, an der auf deutscher Seite 18 Wirtschafsvertreter teilnahmen, wie auch die vorausgegangenen zweitägigen Expertengespräche standen im Zeichen einer massiven deutschen Kritik an den verschärften – und seit Juli 1979 gesetzlich verankerten – rumänischen Kompensationsforderungen. Regierungs- und Wirtschaftsvertreter weisen sehr offen und eindringlich auf die besonderen Probleme der kleineren und mittleren Unternehmen sowie auf die langfristig für beide Seiten nachteiligen Auswirkungen der zum Prinzip erhobenen Kompensation hin." Vgl. Referat 214, Bd. 132818.

habt mit dem Ziel, ausgehend von diesem Besuch unseren Beziehungen einen neuen Impuls zu geben.[5]

Präsident: Er sei über dieses Gespräch unterrichtet und schätze den Besuch des Bundesministers ganz besonders zur Aktivierung der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern. Der wirtschaftliche Austausch habe sich in zwölf Jahren verdreifacht, aber er glaube, im letzten Jahr seien wir auf der Stelle stehengeblieben.

Minister: Er sei nicht sicher, daß man stehengeblieben sei. Beide Seiten sollten aber den Besuch zum Anlaß nehmen, um zu prüfen, warum dieser Stillstand eingetreten sei.

Präsident: Er möchte nicht sagen, daß Rumänien oder die Bundesrepublik schuld daran sei. Er glaube aber, daß auf der anderen Seite etwas mehr hätte geschehen können; undiplomatisch ausgedrückt: Auf deutscher Seite sei nicht alles getan worden. Wir hätten einige Vereinbarungen getroffen, die leider nicht finalisiert worden wären. Er bezieht sich auf das VW-Projekt – eine alte Sache. In der Zwischenzeit habe Rumänien eine Kooperation mit Frankreich begonnen, die gut sein werde. Schon im kommenden Jahre würden Wagen auf den Markt kommen. Er hoffe, diese Wagen auch in der Bundesrepublik verkaufen zu können. Aus der gleichen Zeit datiere die Diskussion über eine Kooperation im Flugwesen.[6] Auch auf diesem Gebiet sei nichts verwirklicht worden. In der

[5] Der rumänische Außenminister Andrei legte Bundesminister Genscher am 12. Oktober 1979 zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Rumänien dar: „Wir kommen mit Ihren Firmen schwer voran. Sie sagen, wir wollten günstigere Bedingungen schaffen. Mit anderen Staaten, z. B. Frankreich, Großbritannien, gibt es gute Ergebnisse z. B. in den Bereichen Autoproduktion, Fahrzeugbau, Computertechnik. Mit Ihnen sind wir beim einfachen Handelsaustausch geblieben. Auch auf Drittmärkten ist nur ein gemeinsames Vorhaben in Syrien zustande gekommen. [...] Wir wünschen uns deutsche Unterstützung in der EG für den Handel mit Industrieerzeugnissen sowie mit Hütten- und Textilerzeugnissen. Die Bundesrepublik Deutschland lehnt aber in diesen Verhandlungen die Anerkennung Rumäniens als Entwicklungsland ab (in der Präambel zum Abkommen)." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132817.
Ministerialdirigent Lücking vermerkte am 26. Oktober 1979, Andrei habe Genscher im „Vier-Augen-Gespräch beim Mittagessen" gesagt, „die Zurückhaltung der Bundesregierung gegenüber Rumänien sei nach rumänischer Auffassung letztlich darin begründet, daß die Bundesregierung auf die Sowjetunion Rücksicht nehmen wolle". Genscher habe „diese Ansicht in dem Sinne zurückgewiesen, daß es sich auf rumänischer Seite um einen profunden Irrtum handele". Vgl. Referat 214, Bd. 132817.

[6] Referat 421 führte am 20. September 1977 aus, daß am 2. Juli 1977 in Bukarest eine gemischte deutsch-rumänische Gesellschaft zur Lizenzfertigung des Verkehrsflugzeugs vom Typ VFW-614 gegründet worden sei, an der die Firma VFW-Fokker einen Anteil von 45 % halte: „Der Vertrag tritt in Kraft, sobald die Finanzierung gesichert ist; dies sollte ursprünglich im Laufe des September 1977 der Fall sein. Mit Beschluß vom 30. März 1977, dem Antrag von VFW-Fokker auf Bereitstellung von Vermarktungshilfen (bis ca. 49 Mio. DM) für das Kooperationsprojekt stattzugeben, hatte die Bundesregierung wesentlich mit dazu beigetragen, den Vertragsabschluß mit den Rumänen zu ermöglichen. Sie hat jedoch stets darauf hingewiesen, daß nicht sie, sondern VFW-Fokker Partner der rumänischen Seite ist und sie daher keinerlei Verantwortung oder Verpflichtung für den weiteren Verlauf des Kooperationsprojekts übernehmen könne." Vgl. Referat 421, Bd. 122492.
Im Laufe der nächsten Monate geriet die Firma VFW-Fokker jedoch in wirtschaftliche Schwierigkeiten, so daß im Rahmen eines Sanierungsplans die Einstellung der Produktion der VFW-614 zum Jahresende 1977 beschlossen wurde. Das Kabinett erörterte die Frage am 21. Dezember 1977 und beschloß zur Sicherung von Arbeitsplätzen finanzielle Hilfsmaßnahmen für das Unternehmen. Dazu führte Parlamentarischer Staatssekretär Grüner, Bundesministerium für Wirtschaft, aus, die Bundesregierung erkläre sich bereit, „auch nach Einstellung der Produktion der VFW-614 durch Vorstand und Aufsichtsrat gemeinsam mit dem Unternehmen zu prüfen, ob und inwieweit bei entsprechender Beteiligung der Gesellschafter echte kommerzielle Chancen, die sich in der Folgezeit

Zwischenzeit sei es mit England zu einer Kooperation gekommen, die sich jetzt zu verwirklichen beginne. Seit kurzer Zeit stelle Rumänien in Kooperation mit Frankreich ein kleines Flugzeug her. Mit den Franzosen würde auch in Kooperation ein Hubschrauber hergestellt (gemeint ist „Alouette"). Rumänien werde also sogar Hubschrauber in die Bundesrepublik exportieren können. Er wolle nicht verhehlen, daß die Nichtverwirklichung der beiden mit der deutschen Seite diskutierten Projekte einen negativen Einfluß ausgeübt habe. Darüber hinaus gebe es noch (im deutsch-rumänischen Verhältnis) eine Reihe kleinerer Dinge, auf die er sich jetzt aber nicht beziehen wolle. Mit Bundeskanzler Schmidt habe er sich über einige Fragen verständigt, darunter die des Flugwesens.[7] Das Projekt sei nun aber weggefallen. Dann gebe es das Kooperationsprojekt in Timişoara, das vorläufig auch noch in den Bereich der Programme gehöre – um es so zu bezeichnen.[8] Rumänien habe daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß in der Bundesrepublik im wirtschaftlichen Bereich gegenüber Rumänien eine gewisse Abkühlung eingetreten sei.

Minister: Das sei sicherlich nicht der Fall. Abkühlung würde bedeuten, daß absichtsvoll etwas eingestellt worden sei.

Präsident: Vielleicht gebe es bei uns Vorbehalte, Reserven Rumänien gegenüber.

Minister: Solche gebe es nicht. Er habe nicht ohne Grund vor den Journalisten gesagt, daß von seinem Besuch ein Impuls ausgehen könne; denn das sei der aufrichtige Wunsch der Bundesregierung. In unserem Lande könnten wir die Wirtschaft nicht lenken und kommandieren.

Präsident: Diese Ansprüche stellte Rumänien auch gar nicht. Aber die Macht der Bundesregierung sei gewiß groß genug, um Unterstützung zu gewähren und in einem gewissen Sinne Orientierung zu geben. Seit 1967[9] habe sich der Handelsaustausch mit der Bundesrepublik verdreifacht, mit den USA dagegen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1429

konkretisieren, genutzt werden könnten". Vgl. BULLETIN 1977, S. 1219. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 376.

7 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 6./7. Januar 1978 in Rumänien auf. Für die Gespräche mit Präsident Ceauşescu in Bukarest vgl. AAPD 1978, I, Dok. 3 und Dok. 4.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Sieger notierte am 11. Januar 1978 über ein Gespräch des Parlamentarischen Staatssekretärs Grüner, Bundesministerium für Wirtschaft, mit dem rumänischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Oprea am Rande des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt am 6./7. Januar 1978 in Rumänien: „Die rumänische Seite übergab einen Vorschlag für den Aufbau eines gemeinsamen Unternehmens mit Angaben über die Produktion von schweren Werkzeugmaschinen und hydraulischen Anlagen in Temesvar/Banat (4–5000 Arbeitskräfte, Investitionsbedarf insgesamt ca. 650 Mio. DM, davon ca. 450 Mio. DM für Ausrüstungen). Von deutscher Seite wurde darauf hingewiesen, daß im Hinblick auf gemeinsame Absatzmöglichkeiten in der Bundesrepublik Deutschland bereits Überkapazitäten vorhanden seien. Auch erfordere ein solches Vorhaben sehr hohe Kapitalinvestitionen, während unter Berücksichtigung des niedrigeren rumänischen Lohnniveaus nur bei arbeitsintensiven Produktionen mit geringerem Kapitalaufwand sowie bei Absatzmöglichkeiten auf dritten Märkten gute Aussichten auf eine erfolgreiche Tätigkeit des gemeinsamen Unternehmens bestünden. Die Möglichkeit der Herstellung von hydraulischen Anlagen, auf rumänischen Vorschlag ferner von elektrotechnisch-elektronischem Gerät sowie noch anderer Produktionslinien sollte geprüft werden." Vgl. Referat 421, Bd. 122487.
Am 12./13. Juni 1979 wies der rumänische Stellvertretende Außenminister Gliga Ministerialdirektor Blech darauf hin, daß das „Großprojekt Timişoara" keine Fortschritte mache. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132818.

9 Die Bundesrepublik und Rumänien nahmen am 31. Januar 1967 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1967, I, Dok. 39.

mehr als verzehnfacht – es treffe zu, daß dieser Handel zunächst niedriger gewesen sei. Mit Kanada habe Rumänien eine Vereinbarung über CANDU[10]-Reaktoren getroffen und dafür einen Kredit von einer Milliarde Dollar über 33 Jahre erhalten mit recht positiven Zinssätzen. Rumänien diskutiere jetzt mit den USA die Lieferung der klassischen Teile eines Atomreaktors, was ein großes Volumen darstelle. Ein Bankkredit sei zu besseren Konditionen als den deutschen eingeräumt; die volle Finanzierung sei gewährleistet. Es sei Rumänien noch nie gelungen, eine solche Vereinbarung mit der Bundesrepublik zu treffen. Die Bundesregierung gewähre doch auch Kredite über 30 oder sogar 40 Jahre.

Minister: Die Bundesregierung nicht.

Präsident: Aber es gebe ein Ministerium, das solche Sachen in Entwicklungsländern verwirkliche.

Minister: Im Rahmen der Kapitalhilfe.

Präsident: Er glaube, daß die Bundesregierung im Bereich der Wirtschaftskooperation sich wenigstens dem anschließen sollte, was unsere Alliierten täten. Er sage nicht, daß wir noch mehr tun sollten, obwohl Rumänien noch größere Ansprüche habe.

Minister: Wir hätten eine andere Praxis als unsere Freunde, und unsere Partner führen nicht schlecht zu unseren Bedingungen. Aber er verschweige nicht, daß auch ihn die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen nicht erfreue. Mit dem Außenminister habe er sehr offen darüber gesprochen. Er könne nicht ausschließen, daß auf beiden Seiten etwas getan werden müsse. Wir hätten den ehrlichen Willen zur Entwicklung der Beziehungen zu Rumänien. Unsere Motive seien dabei nicht nur wirtschaftlicher Natur, sondern es gebe auch politische Aspekte.

Präsident: Er hoffe, daß Realitäten folgen würden. Rumänien habe keinen Grund zu einer zögernden Haltung. Zur Zeit diskutiere man den Entwicklungsplan bis 1985. Über die Kooperationsprojekte mit den Kanadiern, Amerikanern und den Franzosen habe er gesprochen. Auf anderen Gebieten könnte eine Kooperation mit der Bundesrepublik verwirklicht werden.

Minister: Er habe mit dem Außenhandelsminister[11] darüber gesprochen und auch über das Auftreten auf Drittmärkten. Das alles gehöre in die Betrachtung, die wir anstellen müßten.

Präsident: Dann wolle er auf diesem Problem nicht weiter insistieren. Was die allgemeinen politischen Fragen anbetreffe, so gebe es zwischen unseren beiden

10 Canada Deuterium Uranium.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Pabsch vermerkte am 15. Oktober 1979 über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänische Außenhandelsminister am 12. Oktober 1979 in Bukarest: „Burtica, der soeben von einer Nahostreise zurückgekehrt war, kritisierte eingangs in scharfer Form die jüngste Erdölpreiserhöhung Kuwaits als wirtschaftlich durch nichts zu rechtfertigen; man dürfe die Entwicklung nicht weiter treiben lassen, die Amerikaner hätten eine klare Verpflichtung einzugreifen. Rumänien sei nicht nur durch die unmittelbaren Auswirkungen auf seine Erdölimporte, sondern in wachsendem Maße auch durch die Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz und Importfähigkeit anderer Länder, insbesondere der Dritten Welt, betroffen, die für Rumänien als Exportmärkte wichtig seien. Die Perspektiven für die weitere Entwicklung des Welthandels, an der Rumänien wachsendes Interesse habe, seien entmutigend." Vgl. Referat 214, Bd. 132817.

Ländern keine besonderen Probleme. Es gehe um die europäische Sicherheit und die Vorbreitung der Konferenz von Madrid[12], der Rumänien große Bedeutung beimesse. Neue Schritte müßten getan werden zur Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki[13] und der Abrüstung sowie des militärischen Disengagements.

Minister: Auch unsere Beziehungen im kulturellen Bereich entwickelten sich gut. Unser besonderes Interesse gelte der Familienzusammenführung[14] und den Eheschließungen sowie dem Reiseverkehr und den Kontakten zwischen den Bürgern beider Länder über die Grenzen hinweg. Hier wären wir auch für eine künftige wohlwollende Behandlung dankbar. Er habe dem Außenminister geschildert, welcher Stellenwert diesen Fragen bei uns, in unserer öffentlichen Meinung, zukomme.[15] Eine gute Entwicklung in diesem Bereiche werde sicherlich auch anderes erleichtern. Damit seien wir direkt beim KSZE-Prozeß. Bei den soeben durchgeführten Konsultationen habe sich gezeigt, daß wir in wichtigen Fragen übereinstimmende Auffassungen hätten. Um mit der Ebene der Konferenz in Madrid zu beginnen: Wenn der rumänische Außenminister und er selbst hingingen, würden bestimmt viele andere folgen. Insofern könnten wir ein Signal geben. Er glaube, daß in Madrid viel im Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen getan werden müsse. Was die Verbindung zur Abrüstung anbetreffe, so hätten wir mit großem Interesse und positiv das anläßlich des Besuchs von Staatspräsident Giscard d'Estaing in Rumänien veröffentlichte Kommuniqué gelesen.[16] Sehr wichtig sei, in der Welt, in Europa das große Mißtrauen abzubauen und Fortschritte bezüglich der Vertrauensbildung zu machen. Das setze voraus, daß keine Seite nach militärischer Überlegenheit strebe. Die sowjetischen Mittelstreckenwaffen bereiteten uns die allergrößten Sorgen. Wir würdigten positiv, daß Breschnew noch einmal Verhandlungsbe-

12 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

13 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

14 Ministerialdirektor Blech legte dem rumänischen Stellvertretenden Außenminister Gliga am 13. Juni 1979 zum Stand der Familienzusammenführung dar: „Wir erkennen die günstige Entwicklung der Ausreisezahlen im Jahre 1978 an. Sie sind Grund für eine gewisse Genugtuung. Wir empfinden jedoch auch Sorge angesichts der Zahlen der Vergleichszeiträume Januar bis April, die 1979 ein Absinken der Zahlen erkennen lassen. In den ersten vier Monaten 1978 konnten 3079 Personen ausreisen, in den ersten vier Monaten d. J. jedoch nur 2781. Wir hoffen, daß es sich hier um ein saisonales Problem handelt." Des weiteren stellte Blech zur Frage von Heiratsgenehmigungen fest: „Wir erkennen an, daß die rumänischen Behörden in den ersten fünf Monaten d. J. etwa 70 Heiratsgenehmigungen erteilt haben. Auch hier machen wir uns jedoch Sorgen. Die Zahl der ungelösten Fälle (etwa 500) nimmt nicht ab und ist ein kleines Irritans. Zum Vergleich: In den ersten fünf Monaten 1978 wurden 140 Heiratsgenehmigungen erteilt." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132818.

15 Bundesminister Genscher legte dem rumänischen Außenminister Andrei am 11. Oktober 1979 in Bukarest dar: „Eine wesentliche Bedeutung für unsere Beziehungen hat auch die Lösung der humanitären Fragen. Die deutschsprachigen Bürger Rumäniens haben und werden weiterhin zur Entwicklung Ihres Landes beitragen; andererseits sollten diejenigen, die zu ihren Verwandten ausreisen wollen, weiter die Möglichkeit dazu haben." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132817.

16 Staatspräsident Giscard d'Estaing besuchte vom 8. bis 10. März 1979 Rumänien. Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vom 10. März 1979 vgl. LA POLITIQUE ETRANGÈRE 1979, I, S. 118–122.

reitschaft darüber signalisiert habe.[17] Wichtig sei nun, daß man in Europa wisse, daß wir mit dem bestehenden militärischen Übergewicht nicht leben könnten. Dieses Ungleichgewicht habe eine destabilisierende Funktion. Der Bundeskanzler habe dazu am 4. Juli gesagt, daß die Maßnahmen des Westens um so begrenzter gehalten werden könnten, wie es gelänge, eine Begrenzung des östlichen Waffensystems auf diesem Gebiete zu erreichen.[18] Wir würden im Dezember in der NATO Beschlüsse zur Modernisierung der westlichen Waffen, d.h. der amerikanischen Waffen, und deren Stationierung in Westeuropa fassen.[19] Bis sie dort tatsächlich installiert sein würden – das würde aus technischen Gründen erst in vier bis fünf Jahren der Fall sein –, müßte die Zeit genutzt werden. Daher würden wir zugleich mit der Entscheidung über die Modernisierung der Sowjetunion ein Verhandlungsangebot unterbreiten. Er erwähne dies so ausführlich, weil er bekräftigen möchte, was wir wiederholt auch der Sowjetunion gesagt hätten: Wir meinten es ernst mit der Modernisierung. Wir meinten es aber auch genauso ernst mit unserem Verhandlungswillen. Wir hätten über viele Jahre hin die Bemühungen Rumäniens, die persönlichen Bemühungen des Präsidenten um Abrüstungs- und Rüstungskontrolle verfolgt. Wir glaubten, daß hier (in Bukarest) ein wichtiger Ort sei, wo wir unsere Sorgen vortrügen ebenso wie die Ernsthaftigkeit unserer Verhandlungsbereitschaft. Wie wichtig das alles für uns sei, könne der Staatspräsident aus der Tatsache entnehmen, daß wir gegenüber unseren amerikanischen Freunden bei der Befürwortung der Ratifizierung des SALT-II-Abkommens[20] eigentlich die Grenze des Zulässigen überschritten hätten. Der Bundeskanzler[21], der Bundesverteidigungsminister[22] und er[23] selbst hätten in den USA bei zahlreichen Gesprächen, auch mit Senatoren, gesagt, daß unser Eintreten für die Ratifizierung kein Lippenbekenntnis sei, sondern daß wir es ernst meinten. Im Grunde stünden wir gerade jetzt in einer Phase, wo es möglich sein sollte, das Steuer herumzureißen – und zwar im positiven Sinne –, daher dürften wir das Schiff nicht treiben lassen.

Präsident: Der Bundesminister habe einige bilaterale Probleme angesprochen. Er, der Präsident, habe bei anderem Anlaß erklärt, daß wir eine Lösung finden würden, was die Familienzusammenführung und die Eheschließungen anbetreffe. Rumänien sei auch für eine weitere wirtschaftliche und kulturelle Ausdehnung und Intensivierung für den Austausch von Personen. Aber er sage ganz offen: Die Rumänen verstünden das Insistieren nicht, das in der Bundes-

17 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 287 und Dok. 296.

18 Bundeskanzler Schmidt gab am 4. Juli 1979 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 111, S. 13317–13328.

19 Vgl. dazu die gemeinsame Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

20 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 274, Anm. 10.

21 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 5. bis 9. Juni 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 161–163 und Dok. 175.

22 Bundesminister Apel reiste am 30. September 1979 in die USA. Vgl. dazu den Artikel „Apel glaubt weiterhin nicht an ein reales Wachstum um drei Prozent"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Oktober 1979, S. 2.

23 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. August 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 218, Dok. 219, Dok. 221, Dok. 223–227.

republik durch gewisse offizielle und auch hochoffizielle Kreise, ja sogar von seiten der Bundesregierung selbst, ausgeübt werde hinsichtlich der Auswanderung rumänischer Bürger deutscher Herkunft, die sehr weit zurückliege. Es sei eine Tatsache, daß die rumänische Regierung sogar von deutschstämmigen Rumänen beschuldigt und verurteilt werde, daß Rumänien zu nachgiebig sei gegenüber dem Insistieren auf dieser Frage in der Bundesrepublik. Die Regierung denke nicht daran, die Maßnahmen zu treffen, die gefordert würden. Aber – wie er schon dem Bundeskanzler gesagt habe – es liege auch nicht im Interesse der Bundesrepublik, solche Kreise zu ermutigen und zu unterstützen. Er sähe es sogar als normal an, daß solche Aktivitäten in der Bundesrepublik entmutigt würden. Er meine damit nicht, daß die Regierung dagegen sein müsse, aber sie müsse das doch in einem gewissen Sinne entmutigen. Das Problem müsse seinen normalen Lauf nehmen, und zwar ohne propagandistische Tätigkeit und ohne die Festsetzung von Zahlen und Fristen. Wie in der Vergangenheit, so würde Rumänien das Problem in humanitärer Weise lösen. Man würde Wünschen nach Eheschließung mit Verständnis gegenübertreten. Dabei müßte die rumänische Regierung aber die Tatsache beachten, daß die Haltung der betroffenen Familien Probleme schaffe, weil diese mit solchen Eheschließungen nicht einverstanden seien. Solche Fragen wären von den Familien im Lande selbst zu regeln. Bei der Heirat von Jüngeren mit Ausländern appellierten die Familien an die Behörden, die Genehmigung nicht zu erteilen. Umgekehrt werde in der Bundesrepublik gegen Rumänien eine Propaganda entwickelt, die völlig unbegründet sei.

Minister: Der Präsident habe in wenigen Worten ein Panorama dieses Problems dargestellt. Aus Überzeugung sage er dazu folgendes: Die aus Rumänien in die Bundesrepublik Ausgereisten seien gute Botschafter ihres Landes geworden: sie schlössen sich nicht zusammen und arbeiteten bei uns nicht gegen Rumänien. Wir hätten bei uns Landsmannschaften, die sich kritisch mit den östlichen Nachbarstaaten auseinandersetzten. Das gelte nicht für die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben. Er habe einmal mit Herrn Eisenburger zusammen auf einer Veranstaltung in Dinkelsbühl gesprochen. Das sei nebenbei bemerkt das einzige Mal gewesen, daß er zusammen mit einem Kommunisten und ZK-Mitglied auf einer Veranstaltung gesprochen habe. Es sei eine versöhnliche, eine gute Veranstaltung für die deutsch-rumänischen Beziehungen gewesen. Unsere Bürger fragten immer wieder, warum jemand, der in Rumänien lebt, nicht das Land verlassen könne, wenn er es möchte. Dabei handele es sich um eine ganz natürliche Reaktion. Wir ermutigten niemanden, das Land hier zu verlassen. Wir seien daran interessiert, daß die Menschen deutscher Sprache in Rumänien sich kulturell entfalten könnten, und wir begrüßten es, wenn Kooperationsunternehmen dort errichtet werden könnten, wo Sachsen und Schwaben wohnten.

Präsident: Ja, die Kooperation sollte gerade in diesen Regionen etabliert werden. Die Sache (gemeint ist die Auswanderung) sollte ihrem normalen Lauf überlassen werden. Das würde sich von selbst lösen. Es wäre besser, wenn das Problem von den Bürgern gelöst würde – ohne die Behörden.

Minister: Er sei pragmatisch. Er möchte, daß aus Rumänien ausreisen könne, wer zu uns möchte. Das sei für uns ein Thema stiller Verhandlungen, ver-

ständnisvoller Unterhaltung und nicht der öffentlichen Erörterung. Wir brauchten wie bisher die Hilfe des Präsidenten.

Präsident: Seine Hilfe sei da nicht erforderlich.

Minister: Er betone noch einmal, daß wir Verständnis zeigten, die Probleme aber lösen müßten.

Präsident: Zur europäischen Sicherheit und allgemeinen Abrüstung wolle er sagen, daß Rumänien sich in den sozialistischen Staaten und auch bei Begegnungen mit den Repräsentanten anderer Staaten dafür einsetze, daß auch die Außenminister nach Madrid kämen. Er glaube, daß auch die Franzosen jetzt damit einverstanden seien, daß man im Zusammenhang mit ihrem Vorschlag einer Konferenz über Abrüstung in Europa[24] nicht nur über die konventionellen Waffen, sondern auch über Kernwaffen und die Vorschläge Breschnews zu einem Nichtangriffspakt[25] spreche. Bei allem spiele die Schaffung von Vertrauen eine ganz entscheidende Rolle sowie die Verminderung des Waffenbestandes in Europa.

Er würdigte in diesem Sinne die Ausführungen von Breschnew in Berlin positiv, und zwar nicht so sehr wegen ihrer militärischen, sondern gerade wegen ihrer politischen Bedeutung. Er meine, daß diese Vorschläge eine positive Antwort erhalten könnten. Dadurch könnten auch die Diskussionen in Wien[26] und Madrid über die Verminderung von Waffen und Soldaten ermutigt werden. Er sei einverstanden, daß Maßnahmen getroffen würden, um im Kräfteverhältnis ein Gleichgewicht zu schaffen – aber nicht durch den Übergang auf neue Waffen, sondern durch Reduzierung der alten Waffen. NATO-Beschlüsse würden eine Intensivierung des Wettrüstens ermutigen. Deshalb wäre es normal, daß man nicht zur Vermehrung der Waffen aktiv werden sollte, sondern zu einer Verminderung der Waffen auf der Grundlage des Gleichgewichts, weil das Niveau der Waffen der beiden Blöcke derart sei, daß sie keine Gefahr darstellten (für den einen oder den anderen Block). Es gebe schon jetzt so viele Waffen in der Welt, die Flugzeuge und die Kernwaffen und die anderen Waffen zusammengenommen, daß man in einigen Stunden die ganze Welt zerstören könnte. Wenn nun noch weitere Vernichtungsmittel hinzukämen, würde der Grad der Unsicherheit weiter verstärkt werden. Wenn die NATO einen Beschluß annehmen würde, die militärischen Ausgaben für vier bis fünf Jahre um zehn Prozent zu reduzieren, und wenn die NATO dann an den Warschauer Pakt appellieren würde, das gleiche zu tun, würde die NATO eine positive Antwort bekommen.

Minister: Er bitte, folgendes zu berücksichtigen: Als Carter sein Amt angetreten habe, seien Pläne für den B-1-Bomber gelaufen. Der Präsident habe dann erklärt, der Bomber würde nicht gebaut werden[27]; er habe also ein positives Signal an die Sowjetunion gegeben. Diese habe jedoch nicht durch ein gleiches Verhalten reagiert, sondern durch die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa. Vor anderthalb Jahren hätten die Amerikaner vor der Frage ge-

24 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 270, Anm. 7.

25 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 2. März 1979 für einen Nichtangriffspakt zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten vgl. Dok. 130.

26 In Wien fanden seit 30. Oktober 1973 die MBFR-Verhandlungen statt.

27 Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Carter vom 30. Juni 1977; Dok. 228, Anm. 28.

standen, ob sie Neutronenwaffen produzieren und in Europa stationieren sollten. Die Amerikaner hätten gegen die Produktion und gegen die Dislozierung entschieden.[28] Die Antwort der Sowjetunion sei nicht etwa ein Stopp bezüglich der Mittelstreckenwaffen gewesen, sondern deren Produktion und Stationierung sei im Gegenteil weiter vorangetrieben worden. Bei dem Besuch Breschnews in Bonn im Mai 1978 hätten wir Breschnew und Gromyko beschworen, Schluß zu machen mit diesen Mittelstreckenwaffen.[29] Der Bundeskanzler habe das noch einmal im Juni d.J. bei einer Zwischenlandung in Moskau auch Kossygin gegenüber angesprochen.[30] Er, der Minister, habe im September d.J. in New York noch einmal über zwei Stunden mit Gromyko dieses Thema behandelt.[31] Die sowjetischen Vorschläge, das Paket, hätten eine positive und eine negative Seite. Positiv sei die Verhandlungsbereitschaft. Wir würden alles tun, um diese Möglichkeit zu nutzen. Die negative Seite sei, daß die Mittelstrekkenwaffen zwar nicht mehr im Westen der Sowjetunion, sondern etwas weiter östlich stationiert werden sollten. Jeder wisse, daß diese Waffen eine Reichweite von über 5000 km hätten. Es mache also nichts aus, ob die Raketen bei Kiew oder hinter dem Ural stünden. Wenn im Dezember die Produktion und Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen beschlossen werde, dann würden wir zur gleichen Zeit ein Verhandlungsangebot machen. Die Produktion der Waffen würde drei bis vier Jahre dauern. Wir bäten alle unsere Gesprächspartner im Warschauer Pakt, sich dafür einzusetzen, daß man diese Zeit nutze.

Präsident: Wir wollen hoffen, daß die NATO über das Problem noch einmal nachdenken werde und daß man auf der Konferenz in Madrid nicht Aufrüstung vorfinde, sondern Vorschläge zur Verringerung des Wettrüstens, und zwar durch eine Verständigung zwischen den USA und der Sowjetunion. SALT II sei vor allem von politischer Bedeutung.

Minister: Auch wir möchten, daß in SALT III über diese Waffen verhandelt werde. Wir seien keine Atommacht und wollten keine Atommacht werden. Wir wollten auch keinen Finger am Abzug haben. Daher sei es richtig, daß die beiden Mächte, die diese Waffen hätten, auch darüber verhandelten. In Madrid wollten wir über vertrauensbildende Maßnahmen sprechen. Das sei ein weites Feld. Von Madrid müßte ein Klima ausgehen, das andere Verhandlungen begünstige.

Präsident: Das alles müßte unter Verminderung der Rüstung geschehen. Rumänien werde in dieser Richtung alles Mögliche tun, insbesondere im Warschauer Pakt.

Minister: Wir benötigten die Mittel für die eigene Entwicklung und für die Entwicklung der Dritten Welt.

28 Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Carter vom 7. April 1978; Dok. 13, Anm. 8.

29 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und der sowjetische Außenminister Gromyko hielten sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135–138 und Dok. 140–143.

30 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

31 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. September 1979 vgl. Dok. 281.

Präsident: Rumänien habe keine Reserven von 50000 Milliarden.[32] Daher sei das für Rumänien noch um so wichtiger.

Minister: Es klinge so, als ob wir ein reiches Land seien. Wir seien ein armes Land. Wir hätten, abgesehen von Kohle, keine eigenen Energiequellen. Unsere Position im wirtschaftlichen Bereich werde häufig günstiger eingeschätzt, als sie in Wirklichkeit sei.

Präsident: Die Entwicklungsländer seien völlig unzufrieden mit dem Ergebnis der Konferenz in Manila.[33] Die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößere sich ständig, und wenn sie zu groß werde, führe das zu einer Explosion.

Minister: Der Einschätzung der Konsequenzen stimme er zu. Für einen Großteil der Entwicklungsländer sei eine neue Entwicklungsstrategie nötig. Die Arbeitskräfte dieser Länder müßten wirklich mobilisiert werden, vor allem in der Landwirtschaft. Beobachteten wir doch, daß eine Reihe von Entwicklungsländern Inseln der Technisierung seien und darum herum Länder lägen, in denen Zustände wie vor 50 Jahren herrschten. Im Bereich der Energiepolitik sähen wir die Entwicklung der Ölpreise mit der allergrößten Besorgnis.[34] Wir selbst könnten das noch einigermaßen ertragen; wir könnten den Ölverbrauch einschränken und auch die Preisfrage lösen, wenn man die Zähne zusammenbeiße. Aber die Entwicklungsländer, die kein Öl haben, würden viel stärker betroffen. Die Entwicklung der Preise gehe alle an. Die Folgen seien gerade für die Entwicklungsländer verheerend. Rumänien könne wirklich dazu beitragen, bei den ölproduzierenden Ländern das Bewußtsein für die gegenseitige Interdependenz zu steigern.

Präsident: Wir müßten zu einer Diskussion gelangen, die alle diese Probleme einbeziehen würde, auch die übertriebene Steigerung des Verbrauchs.

Minister: Er stimme zu. Bei einer Begegnung zwischen den erdölproduzierenden Ländern, den Entwicklungsländern ohne Erdöl und den entwickelten Staaten seien auch Fragen der allgemeinen Preisstabilität zu diskutieren. Man müsse das Gleichgewicht der allgemeinen Preispolitik im Auge behalten. Die Fragen der Stabilität würden immer schwerer zu lösen sein. Die finanzielle Desorganisation werde nicht übersehbare Folgen haben. Die Weltwirtschaftsordnung müsse mit mehr Verantwortung und Ernsthaftigkeit behandelt werden. Er sei nicht dafür, einige zu beschuldigen, und er sei nicht für eine Konfrontation. Aber die reichen Ölländer sollten auch verstehen, daß sie eine etwas raisonablere Haltung einnehmen müßten.

Auch die Entwicklungsländer müßten mehr Verständnis zeigen. Er wolle nicht verschweigen, daß auch die sozialistischen Länder ihren Anteil erbringen müßten. Ein Weniger an Rüstung in der Sowjetunion würde viele Rubel freisetzen.

Präsident: Das treffe auch für die USA zu. Er stimme mit dem Herrn Minister insofern überein, daß er, der Präsident, bei der Einteilung der Länder in drei

32 So in der Vorlage.

33 Zur V. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 7. Mai bis 3. Juni 1979 in Manila vgl. Dok. 157, Anm. 31.

34 Vgl. dazu die Beschlüsse der Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten vom 26. bis 28. Juni 1979 in Genf; Dok. 179, Anm. 3.

Gruppen auch an die sozialistischen Länder gedacht habe, von denen einige ja Entwicklungsländer seien. Die sozialistischen Staaten müßten sich in der Tat aktiv für das Verständnis für die Unterstützung der Entwicklungshilfe einsetzen. Er wolle nicht sagen, daß das alles nur die Imperialisten angehe, Rumänien werde aktiv bleiben bei seiner Forderung nach einer gerechten Lösung für den allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritt. Es gehe um eine allgemeine Verantwortung.

Minister: Das sei sehr richtig.

Präsident: Wir müßten uns auf neue Energiequellen besinnen. Rumänien und die Bundesrepublik könnten durch eine gewisse Zusammenarbeit einen Forschungsbeitrag erbringen. Rumänien diskutiere dies auch mit anderen Ländern.

Präsident: Gegenwärtig komme ein Teil des Erdöls aus dem Nahen Osten. Deshalb müßten wir aktiv wirken für eine Lösung des Konfliktes. Eine Verlängerung des Konflikts könne zu einer Aggravierung mit ganz ernsten Problemen für die Erdölversorgung führen. Er glaube, es sollte mehr getan werden, damit Israel verstehe, daß es die VN-Resolution 242[35] einhalten und sich aus allen besetzten Gebieten zurückziehen müsse. Die Palästinenser müßten ihre Probleme so lösen können, wie sie es wollten, einschließlich eines eigenen Staates.

Minister: Aufgrund der Vergangenheit seien die Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland besonders empfindlich. Daraus habe sich eine Verantwortung unseres Landes ergeben – auch zur Aufrichtigkeit gegenüber Israel. Deshalb hätten wir offen gesagt, daß das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes verwirklicht werden müsse. Seit 1974 träten wir in den Vereinten Nationen und an anderen Stellen dafür ein.[36] In diesem Sommer sei es darüber zu einer offenen Diskussion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel gekommen. Er hoffe, daß die Diskussion insofern eine gute Wirkung habe, daß sie in Israel die öffentliche Meinung für eine Lösung des Problems reif mache. Wir hätten die Vereinbarung zwischen Israel und Ägypten[37] begrüßt, und die Räumung der ägyptischen Territorien sei ein wichtiger Schritt. Jetzt dürfe sich daraus keine Fehlentwicklung ergeben. In Israel gebe es nämlich Kreise, die meinten, nunmehr seien bereits alle Probleme erledigt. In Wahrheit sei jedoch erst ein Schritt auf dem Wege zu einer dauerhaften und umfassenden Friedensordnung getan. Durch die Räumung müsse ein Gebiet geschaffen werden, auf dem die Palästinenser leben könnten. Als er, der Minister, vor einigen Wochen mit Sadat, Hussein und Assad gesprochen habe, sei manches verständlicherweise von den Dreien unterschiedlich eingeschätzt worden.[38] In einem Punkte aber hätten alle übereingestimmt: Innerhalb der PLO hätten sich unter Führung von Arafat verhandlungsbereite Kräfte durch-

35 Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 20.

36 Vgl. dazu die Ausführungen des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (UNO), am 19. November 1974 in der UNO-Generalversammlung; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

37 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

38 Bundesminister Genscher hielt sich vom 26. bis 28. August 1979 in Syrien, am 28. August im Libanon, vom 29. bis 31. August in Jordanien und vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 240–245, Dok. 247, Dok. 249 und Dok. 250.

gesetzt. Er sei froh, daß er hier heute eine ähnliche Beurteilung gehört habe. Alle drei, Assad, Hussein und Sadat seien weitsichtige und verantwortungsvolle Männer. Bei einer Organisation wie der PLO könne es nicht beständige Machtstrukturen geben, d.h. niemand könne garantieren, daß diese Auffassung vorherrschend sein werde, wenn es keine Erfolge gebe.

Präsident: Das treffe nicht nur für die PLO zu, sondern auch für andere Staaten. Aber bei einer Organisation wie der PLO sei die Gefahr besonders groß.

Die USA müßten dazu gebracht werden, noch mehr zu insistieren, um zu einer allgemeinen politischen Lösung zu kommen. Die USA schienen mit dem zufrieden zu sein, was sie durch den Friedensvertrag geleistet hätten. Dieser sei sicherlich ein wichtiger Schritt, Rumänien würdige ihn positiv, aber die Nichtlösung der Palästinenserfrage könne zu einer Verschlechterung der Gesamtlage führen.

Minister: In den USA sei die Einsicht gewachsen, daß man weitere Schritte tun müsse. Von den Kräften, die den Rücktritt von Botschafter Young[39] betrieben hätten, sei das Palästinenserproblem in die amerikanische Öffentlichkeit getragen worden. Sie hätten sich keinen Gefallen damit getan.

Präsident: Im nächsten Jahr würden die Amerikaner wegen der Wahlen[40] eine noch abwartendere Haltung einnehmen. Eine internationale Konferenz würde das Problem sicherlich nicht auf schnelle Weise lösen können, aber wenn Israel, die arabischen Staaten, die PLO, die Sowjetunion und sicherlich auch die USA am Verhandlungstische säßen, würde sich das doch irgendwie beruhigend auswirken.

Minister: Wir wünschten, daß es zu Verhandlungen käme. Der irische Außenminister habe das vor den Vereinten Nationen im Namen der Europäischen Gemeinschaften sehr klar zum Ausdruck gebracht.[41]

Präsident: Es gebe noch viele Probleme in der Welt, bezüglich derer beide Seiten übereinstimmten. Wir seien gemeinsam für Gewaltverzicht, für einen Verzicht darauf, politische Probleme auf militärischem Wege zu lösen, für die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten sowie schließlich für Entspannung und Friede auf der Grundlage strikter nationaler Unabhängigkeit eines jeden Volkes.

Minister: Er stimme dem zu. Es sei positiv zu bewerten, daß wir in einer solchen Weise miteinander über internationale Fragen sprechen könnten. Wenn Rumänien und die Bundesrepublik Deutschland auch Gegensätze in ihren Gesellschaftsordnungen aufweisen und verschiedenen Paktsystemen angehörten, so läge doch ein Fortschritt darin, daß wir in so vielen Fragen übereinstimmten. Deshalb habe er zu seinem Kollegen (dem rumänischen Außenminister) gesagt, wir müßten zu einem engeren Meinungsaustausch kommen. Wir trügen gemeinsame Verantwortung.

39 Zum Rücktritt des amerikanischen UNO-Botschafters Young vgl. Dok. 236, Anm. 37.

40 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

41 Zur Rede des irischen Außenministers O'Kennedy am 25. September 1979 vor der UNO-Generalversammlung in New York vgl. Dok. 265, Anm. 13.

Präsident: Wir erwarteten den Besuch von Hua in der Bundesrepublik.[42]

Minister: Er sei zweimal in China gewesen.[43] Im Gegensatz zu mancher, in der Öffentlichkeit geäußerten Meinung schätze er Hua in seiner Bedeutung hoch ein.

Präsident: Die Situation habe sich gewandelt. China spiele im internationalen Leben eine große Rolle. Mit der Sowjetunion hätten Verhandlungen begonnen.[44] Sicherlich sei der Zeitpunkt für den Besuch Huas in der Bundesrepublik sehr günstig.

Minister: Der Besuch Huas in den verschiedenen europäischen Ländern könne dazu beitragen, daß China in zunehmendem Maße im internationalen Bereich seine Verantwortung wahrnehme.

Präsident: Die Rumänen würdigten das in gleicher Weise. Eine aktivere Teilnahme Chinas am internationalen Leben sei wünschenswert. Alle seien ja gegen Hegemonie, es gelte allerdings, das auch einzuhalten.

Minister: Taten müßten noch folgen.

Präsident: Die Perspektiven seien heute besser als vor Jahren.

Minister: Es sei gut, wenn man feststelle, daß manche auch noch im hohen Alter dazulernten.

Präsident: Immer hätten alle noch etwas zu lernen.

Minister: Die Führung in der Bundesrepublik, China und Rumänien liege in der Hand von Jüngeren.

Präsident: Gegenwärtig sei das so. Das hänge aber nicht alles nur vom Alter ab...

Minister: Sondern von der Einsicht in die historische Entwicklung. Die Zeit sei vorbei, wo man durch Vorherrschaft Probleme lösen könne.

Präsident: Als Rumänien die Beziehungen zur Bundesrepublik aufgenommen habe, sei es beschimpft worden. Zwei Jahre später hätten in Bonn alle Schlange gestanden, so daß Rumänien gar nicht mehr an uns hätte herankommen können.[45]

VS-Bd. 13207 (214)

[42] Ministerpräsident Hua Guofeng besuchte vom 15. bis 21. Oktober 1979 Frankreich, vom 21. bis 28. Oktober die Bundesrepublik, vom 28. Oktober bis 2. November 1979 Großbritannien und vom 3. bis 6. November 1979 Italien. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt am 22./23. Oktober 1979 vgl. Dok. 301 und Dok. 305.

[43] Bundesminister Genscher besuchte vom 19. bis 23. November 1973 die Volksrepublik China. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 389.
Genscher hielt sich vom 12. bis 15. Oktober 1977 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 285.

[44] Zu den Verhandlungen über eine Normalisierung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen vgl. Dok. 286, Anm. 6.

[45] An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirigent Lücking maschinenschriftlich: „Obwohl der Herr Minister aus Höflichkeit im Hinblick auf die vorgerückte Zeit zweimal seine Bereitschaft zur Beendigung des Gesprächs zu erkennen gab, setzte der Staatspräsident den Gedankenaustausch fort, so daß dieser über anderthalb Stunden dauerte. Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil der Präsident sonst mit Außenministern höchstens eine halbe Stunde zu sprechen pflegt, wie mir von rumänischer Seite und auch von unserer Botschaft gesagt wurde."

291

Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an Bundeskanzler Schmidt

Geheim **Aufgabe: 12. Oktober 1979, 21.23 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 903 **Ankunft. 12. Oktober 1979, 22.18 Uhr**

Betr.: Gespräch mit Erich Honecker am 12.10.1979

Der Staatsratsvorsitzende der DDR, SED-Generalsekretär Erich Honecker, empfing mich heute Vormittag zu einem knapp anderthalbstündigen Gespräch über multilaterale und bilaterale Themen. Die Unterredung fand in Honeckers Büro im ZK-Gebäude statt. Honecker hatte den Leiter seines Büros, Frank-Joachim Herrmann (nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Politbüromitglied Joachim Herrmann) hinzugezogen.

Zusammenfassung

Honecker erwiderte mit betonter Freundlichkeit die Grüße des Bundeskanzlers, die ich ihm übermittelte. Er kündigte an, daß er „in der nächsten Woche" mit dem Bundeskanzler telefonieren wolle.[2] Diese Bemerkung machte Honekker im Zusammenhang mit einem möglichen Treffen zwischen dem Bundeskanzler und ihm. Er sei bereit – auch nach Abstimmung mit den Führern der anderen WP-Staaten –, mit dem Bundeskanzler zusammenzukommen. Wie man dieses am besten arrangiere, sei noch zu überdenken.

In den Mittelpunkt des Gesprächs stellte Honecker die jüngsten Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion, die Breschnew auf der 30-Jahr-Feier der DDR in Berlin unterbreitet hat.[3] In einer Mischung aus werbendem Appell und Aus-

1 Der Drahtbericht wurde von Staatsminister Wischnewski, Bundeskanzleramt, am 15. Oktober 1979 an Bundesminister Genscher übermittelt. Dazu vermerkte er: „In der Anlage übersende ich Ihnen zu Ihrer ausschließlich persönlichen Unterrichtung: Fernschreiben von StS Gaus vom 12. Okt[ober] 1979 (über sein Gespräch mit Erich Honecker vom selben Tage) geh. Nr. 27/79, BK-Kopie 2; Non-Paper, das von Herrn Moldt am 12.10. auf der Grundlage eines Gesprächs mit Erich Honecker dem Herrn Bundeskanzler übergeben wurde; Schreiben von Erich Honecker an den Herrn Bundeskanzler vom 11. Okt. 1979 zur Einführung der Sommerzeit in der DDR im Jahre 1980."
Hat Genscher am 20. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Staatssekretär van Well am 29. Oktober 1979 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14079 (010); B 150, Aktenkopien 1979.
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 15. Oktober 1979 vorgelegen, der für Genscher vermerkte: „Wir wissen aus der US-Botschaft, daß man in Washington die vor einigen Monaten diskutierten Spekulationen über ein deutsches Interesse an einer Lösung ‚Neutralisierung/Wiedervereinigung' in dieser Form nicht ernst genommen hat, wohl aber mit Sorge Erwägungen anstellte, ob man bei uns bereit sein könnte, für Fortschritte im innerdeutschen Bereich Konzessionen in den anstehenden Sicherheitsfragen des Bündnisses zu machen. Gerade darauf scheinen die Sowjets jetzt abzuzielen, wenn sie die DDR vorschicken, um die innerdeutsche Verhandlungsrunde mit der TNF-Frage zu verbinden (vgl. besonders die Parallele zu den sowjetischen Noten von 1952). Wir sollten schon bei der Unterrichtung der Alliierten über die DDR-Initiative durch eine geeignete erste Wertung Besorgnissen der Alliierten entgegenwirken." Vgl. die beigefügte Notiz; VS-Bd. 14079 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Bundeskanzlers Schmidt und der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, führten am 28. November 1979 ein Telefongespräch. Vgl. dazu BONN UND OST-BERLIN, S. 469–481.

3 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 287 und Dok. 296.

malen der verhängnisvollen politischen Folgen, falls das Berliner Angebot Breschnews nicht aufgegriffen werden würde, verglich Honecker die Bedeutung der jetzt gegebenen Situation mit der sowjetischen März-Note von 1952[4] ebenso wie mit der politischen Lage von 1969/70, als die „Vertragspolitik" die Entspannung für Europa konkretisiert habe. Die Stationierung von Mittelstrekkenwaffen in Westeuropa würde praktisch auch SALT II[5] unterlaufen und sinnlos machen, weil durch diese Mittelstreckenwaffen „Moskau wieder verletzlich" würde, was ja gerade die beiden Weltmächte durch die Verständigung über Interkontinentalwaffen wechselseitig hätten ausschließen wollen.[6] Die Truppen und Panzerverminderung, die Breschnew einseitig zugestehe, sei der Einstieg in die militärische Entspannung, die jetzt nötig sei, damit keine Situation entstehe, die „außer Kontrolle geraten" könne.

Die sowjetischen Truppen und Panzer werden in die Sowjetunion zurückverlegt und nicht etwa in andere Staaten des Warschauer Paktes.

Für die „in den konkreten Sondierungsgesprächen zwischen Schalck und Gaus anstehenden Themen" gab Honecker heute grünes Licht für

- Lkw-Steuer-Befreiungsabkommen[7],
- Pauschalierung der Pkw-Straßenbenutzungsgebühren[8],
- Verbesserung der Binnenwasserstraßen nach Berlin (West),

[4] Am 10. März 1952 schlug die UdSSR den Drei Mächten vor, unter Beteiligung einer gesamtdeutschen Regierung Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland zu führen, und übermittelte einen Vertragsentwurf. Danach sollte Deutschland „als einheitlicher Staat wiederhergestellt" werden in den Grenzen, „die durch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz der Großmächte festgelegt" wurden. In dem folgenden Notenwechsel bestanden Großbritannien, Frankreich und die USA auf international kontrollierten, freien gesamtdeutschen Wahlen als Voraussetzung für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung. Zwar erklärte sich die UdSSR am 9. April 1952 bereit, die Frage freier gesamtdeutscher Wahlen zu erörtern, die von den Drei Mächten geforderte internationale Kontrolle von Wahlen durch eine Kommission der UNO lehnte sie jedoch ab. Für den Wortlaut der sowjetischen Noten vom 10. März, 9. April, 24. Mai und 23. August 1952 vgl. EUROPA-ARCHIV 1952, Bd. 1, S. 4832 f., S. 4866 f. und S. 4985–4987, sowie EUROPA-ARCHIV 1952, Bd. 2, S. 5180–5182. Für den Wortlaut der Antwortnoten der Drei Mächte vom 25. März, 13. Mai, 10. Juli und 23. September 1952 vgl. EUROPA-ARCHIV 1952, Bd. 1, S. 4833 f. und S. 4963–4965, sowie EUROPA-ARCHIV 1952, Bd. 2, S. 5093 f. und S. 5207 f.

[5] Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

[6] Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich: „D. h. SU + US (als Folge von SALT II) unverletzl[ich], aber W[est]-Eur[opa] verletzlich. D. h. SALT II [führt zu] Abkopplung."

[7] Zur Frage einer Besteuerung von LKW und Omnibussen aus der DDR vgl. Dok. 150, Anm. 13.

[8] Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen vermerkte am 25. September 1979, Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, sei ermächtigt, die Gespräche mit dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, „nach Maßgabe des Nachstehenden fortzusetzen: [...] Zur Lösung des Grundproblems beim Lkw-Steuerbefreiungsabkommen, nämlich die Einbeziehung der von der DDR erhobenen Straßenbenutzungsgebühren für den gewerblichen Verkehr als Äquivalent gegen den Verzicht auf Erhebung der Kfz-Steuer bei uns, sind wir bereit, auf den Vorschlag der DDR einzugehen, eine Pauschalierung der Straßenbenutzungsgebühren für Pkw mit der DDR zu vereinbaren. Die Pauschalierungsvereinbarung, die entweder in das Lkw-Steuerbefreiungsabkommen selbst aufgenommen oder zum Gegenstand eines Briefwechsels gemacht werden soll, der Bestandteil dieses Abkommens bildet (um die Erstreckung auf Berlin sicherzustellen), sollte einen langfristigen Charakter haben und mit Zugeständnissen der DDR im humanitären Bereich (z. B. durch Einbeziehung der Großstädte Hamburg, Hannover und Würzburg in den grenznahen Verkehr, die Verlängerung der Aufenthaltsdauer bei Reisen im grenznahen Verkehr in die DDR und die Berechnung der Zeitspanne von 24 Stunden bzw. u. U. von 48 Stunden vom Zeitpunkt der Einreise an) ‚garniert werden'." Vgl. VS-Bd. 13116 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

- Ausbau der Autobahn bei Wartha/Herleshausen[9],
- „ernsthafte Prüfung" von Möglichkeiten der Werra-Entsalzung und Beendigung der Kali-Abwässerverpressung[10],
- Verbesserungen im Eisenbahnverkehr zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West).

In der Frage der Berlin-Einbeziehung im Lkw-Steuer-Befreiungsabkommen stimmte Honecker – nach einer Erläuterung durch mich – einer Regelung auf der Basis der Frank-Falin-Formel[11] zu. Für die Pauschalierung der Pkw-Straßenbenutzungsgebühren erwarte er eine Regelung, die der DDR finanziell nicht schade.[12]

Für den Abschluß eines langfristigen Handels- und Kooperationsabkommens[13] zwischen den beiden deutschen Staaten bezweifelte Honecker, ob dies ein geeignetes Thema im Wahljahr 1980[14] sei. Falls man ein solches Abkommen abschließe, so sei die DDR bereit, auf ihre bisherigen Vorteile im EG-Rahmen zu

9 Zwischen dem 12. August und dem 5. Oktober 1977 fanden Sondierungsgespräche zwischen der Bundesregierung und der DDR statt, um die Möglichkeit weiterer Verhandlungen auszuloten. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 219 und Dok. 238.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Engels teilte am 6. Januar 1978 mit: „Als Ergebnis der Sondierungsgespräche erhielt StS Gaus ein Mandat, über kleinere Baumaßnahmen an den Autobahngrenzübergängen Helmstedt/Marienborn und Herleshausen/Wartha, über ein Veterinär- sowie ein Umweltabkommen zu verhandeln." Vgl. den Runderlaß Nr. 2; Referat 012, Bd. 108141.
Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, teilte am 10. Dezember 1979 mit, der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, habe „am Wochenende [...] das angekündigte neue DDR-Papier für Wartha/Herleshausen" übergeben. Darin hieß es: „Die zur Verbesserung des Verkehrsablaufs günstigste Lösung besteht darin, die Autobahn von der Autobahnabfahrt Eisenach/West bis zur Staatsgrenze weiterzuführen und den Bau einer Grenzübergangsstelle an einem neuen Standort vorzusehen. Diese Lösung erfordert hohe Aufwendungen auch für die Errichtung einer Großbrücke über das Werratal. [...] Diese Baumaßnahmen erfordern nach ersten überschlägigen Ermittlungen auf der Grundlage der ab 1980 geltenden Preisbasis Aufwendungen in Höhe von ca. 480 Mio. M[ark], davon ca. 180 Mio. M für die Brücke über das Werratal. Es wird davon ausgegangen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland mindestens zu 85 Prozent an diesen Aufwendungen beteiligt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1088; VS-Bd. 13113 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

10 Am 10. September 1979 resümierte Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, Ausführungen des Staatssekretärs im Außenhandelsministerium der DDR, Schalck-Golodkowski, vom Vortag: „In der Frage des Gewässerschutzes, also vor allem der Werra-Versalzung und der Verpressung von Kali-Abwässern, sagte Schalck, daß man darüber reden könne. Allerdings wohl kaum über ein ‚Milliardenprojekt', sondern nur über eine Lösung, die ‚die Lage stabilisiert, also nicht weiter verschlechtert'. Man solle sich hier nichts Unmögliches vornehmen, aber in einem ‚vernünftigen Rahmen' könne manches verabredet werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 791; VS-Bd. 14082 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

11 Am 27. März 1972 einigten sich Staatssekretär Frank und der sowjetische Botschafter Falin auf die Formulierung für eine Berlin-Klausel: „Im Einklang mit dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird sich dieser Vertrag in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) erstrecken." Frank stellte dabei klar, daß die Bundesregierung „auf den in der jetzt üblichen Berlin-Klausel enthaltenen Nachsatz ‚sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland innerhalb von drei Monaten ...' nur gegenüber der Sowjetunion verzichten" könnte. Diese wisse nämlich, um was es sich bei den in Anlage IV zum Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3. September 1971 zitierten „festgelegten Verfahren" handele. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten van Well vom 28. März 1972; VS-Bd. 8558 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1972. Vgl. dazu auch AAPD 1972, I, Dok. 74 und Dok. 86.

12 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Fortschritt."

13 Zum Vorschlag des Mitglieds des Politbüros der SED, Mittag, vom 13. März 1979 für ein langfristiges Wirtschaftsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. Dok. 263, Anm. 2.

14 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

verzichten[15]. (Auch auf Nachfrage von mir bestätigte der SED-Generalsekretär diese Position.)

Zur Energieversorgung von Berlin (West) sagte Honecker mit großer Entschiedenheit, daß es „keine Lösung an der DDR vorbei" geben würde.[16] Die Gespräche über die Lieferung eines Salzbraunkohle-Kraftwerks sollten fortgesetzt werden. Im übrigen aber liege die günstigste Lösung für Berlin (West) in Regelungen, die auf einer gesamteuropäischen Energiekonferenz entsprechend dem sowjetischen Vorschlag[17] getroffen werden könnten.

Zur jetzigen Amnestie[18] teilte Honecker mit, daß etwa 20–30000 Personen davon betroffen seien. Niko Hübner und Rudolf Bahro könnten in die Bundesrepublik ausreisen, wenn sie einen entsprechenden Antrag stellten.[19]

Durchgehend im ganzen Gespräch war das Bemühen Honeckers, die volle Übereinstimmung zwischen der DDR und der UdSSR zu betonen und auch an konkreten Beispielen zu belegen.

Im einzelnen ist zu berichten:

Abrüstungsfragen. Honecker eröffnete das Gespräch mit den Abrüstungsfra-

15 Der Passus, „DDR bereit, ... zu verzichten" wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „D. h. Ende des innerdeutschen Handels!"

16 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich: „D. h. keine Trasse!"

17 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 9. Dezember 1975 vgl. Dok. 120, Anm. 13.

18 Aus Anlaß des 30. Jahrestags der Staatsgründung gab die Regierung der DDR am 26. September 1979 eine Amnestie bekannt, die zum 10. Oktober 1979 wirksam werden sollte. Vgl. dazu den Artikel „Ost-Berlin entließ die ersten Amnestierten"; DIE WELT vom 11. Oktober 1979, S. 4.
Am 3. September 1979 legte Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, dar: „Zwei Wochen vor dem angekündigten Abschluß der Amnestie-Entlassungen (14. Dezember 1979) ist immer noch unklar, in welchem Umfang und in welcher Zusammensetzung Inhaftierte aus der Bundesrepublik und Berlin (West) im Rahmen der Amnestie bereits entlassen worden sind. [...] Schwerwiegend ist, daß organisierte Fluchthelfer (Para[graph] 105 StGB der DDR) bisher unberücksichtigt geblieben sind. Dieser Personenkreis macht mit 165 Fällen mehr als die Hälfte der zu Beginn der Amnestie von der Ständigen Vertretung betreuten Häftlinge (316) aus. Nur als Ausnahme sind darunter leitende oder maßgebliche Mitglieder von Fluchthilfeorganisationen. Überwiegend handelt es sich um Personen, die von Organisationen unter Ausnutzung einer sozialen Notlage angeworben und zu mehr oder weniger unbedeutenden Hilfs- und Kurierdiensten eingesetzt worden sind." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1060; Referat 210, Bd. 116564.

19 Niko Hübner gab gegenüber den zuständigen Behörden der DDR am 7. März 1979 eine Erklärung zur Wehrdienstverweigerung ab, in der er sich auf den entmilitarisierten Status von Berlin berief, wonach er als Berliner nicht zum Wehrdienst herangezogen werden dürfe. Am 7. Juli 1978 wurde Hübner wegen „staatsfeindlicher Hetze", „landesverräterischer Nachrichtensammlung" und Vergehens gegen das Wehrpflichtgesetz zu einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren verurteilt. Vgl. OPPOSITION UND WIDERSTAND, S. 182 f.
Nach der auszugsweisen Veröffentlichung seines Buches „Die Alternative" durch die Wochenzeitschrift „Der Spiegel" wurde der Sozialwissenschaftler Bahro am 23. August 1977 verhaftet. Der Erste Strafsenat des Stadtgerichts Ost-Berlin verurteilte ihn am 30. Juni 1978 wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit und Geheimnisverrats zu acht Jahren Freiheitsentzug. In der Urteilsbegründung hieß es, Bahro habe „vorsätzlich fabrizierte Falschmeldungen, grobe Entstellungen und wahrheitswidrige Behauptungen unter Anwendung hinlänglich bekannter geheimdienstlicher konspirativer Mittel, Methoden und Kanäle den gegen die DDR tätigen feindlichen Personenkreisen zugänglich" gemacht. Vgl. den Artikel „Rudolf Bahro zu acht Jahren verurteilt"; DIE WELT vom 1./2. Juli 1978, S. 1.
Am 12. Oktober 1979 wurde in der Presse gemeldet, daß Bahro und Hübner im Rahmen der Amnestie zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR aus der Haft entlassen worden seien. Vgl. dazu den Artikel „Bahro und Hübner frei – aber im Osten"; DIE WELT vom 12. Oktober 1979, S. 1.

gen. Dabei wies er auf mehrere Gespräche mit Breschnew unter vier Augen hin, die er während dessen Besuchs zum 30. Jahrestag der DDR geführt habe.[20] Auch in Unterredungen mit den Spitzenpolitikern der übrigen WP-Staaten habe die Abrüstungsproblematik im Mittelpunkt gestanden. Es gehe jetzt um die Frage, ob es im Westen genügend „realistisch gesinnte Kräfte" gebe, die den Schritt Breschnews „in die militärische Entspannung hinein" verstehen und mitgehen würden. Die jetzt geschaffene Situation werde auf östlicher Seite allgemein mit den Jahren 1969/70 verglichen, als durch den Beginn der „Vertragspolitik" die Entspannung in Europa konkretisiert worden sei.

Er selbst (Honecker) füge noch den Vergleich mit der sowjetischen März-Note von 1952 hinzu. Über die Bedeutung der damaligen Note werde bei uns ja immer noch gestritten. Nach seiner Auffassung stehe es heute wohl fest, daß man auf unserer Seite damals einen schweren Fehler gemacht habe. Honecker: „In diesen Tagen sind Entscheidungen zu treffen, die noch wichtiger sind als die bisher geschlossenen Verträge und auch wichtiger als Milliardengeschäfte. Wenn man sich falsch entscheidet, so bedeutet dies, mit offenen Augen in den Abgrund eines neuen Weltkriegs hineinzugehen."

Es gehe jetzt nicht darum, den Vorschlag Breschnews nur „interessant" zu finden, sondern vielmehr darum, die gegebenen Fakten zu erkennen und entsprechend zu reagieren. Besonders angesprochen sei die Bonner Regierung. Es sei nötig, daß die beiden deutschen Staaten jetzt in der Frage der militärischen Entspannung „initiativ" werden.

Verhandlungen über SALT III würden davon abhängen, ob man die nun gegebene Chance nutze. Die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Westeuropa sei das Hauptproblem, das sich jetzt stelle. Das Prinzip „Sicherheit für alle" würde durch die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Westeuropa unterlaufen werden. Eine solche Stationierung mache praktisch SALT II sinnlos, weil dann künftig „Moskau wieder verletzlich" sei, was doch gerade durch die Verständigung über Interkontinentalwaffen wechselseitig zwischen den beiden Weltmächten habe ausgeschlossen werden sollen.

In den letzten Jahren sei die Entspannung ins Stocken geraten, weil sie nicht auf militärischem Gebiet ergänzt worden sei. Diese Ergänzung könne nun auf der Basis der jüngsten Vorschläge Breschnews erfolgen. Die UdSSR habe das „notwendige Beispiel" gegeben. Er (Honecker) könne mir versichern, daß die Truppen und Panzer, die durch Breschnews Entscheidung einseitig aus der DDR abgezogen werden würden, in die Sowjetunion und nicht in ein anderes Land des Warschauer Paktes verlegt würden. Wenn man die damit gegebene Chance nicht ergreife, bedeute dies, daß die Situation zwischen den Weltblökken „außer Kontrolle" geraten könne. In diesem Zusammenhang wies Honekker warnend und kritisch auf „Äußerungen bestimmter Politiker und Kräfte des Westens über etwaige amerikanische Einsatztruppen in Erdölgebieten" hin. Die DDR werde mit ihren Verbündeten alle Anstrengungen unternehmen, daß sich keine Lage entwickle, in der eine Kontrolle nicht mehr gewährleistet sei. Dazu aber sei es, wie er wiederholen müsse, nötig, „initiativ zu werden in

20 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 8. Oktober 1979 in der DDR auf.

Abrüstungsfragen". Gerade den beiden deutschen Staaten müsse es klar sein, daß im Falle eines Atomkriegs „weder die DDR noch die BRD überleben" würden.

Die einseitige sowjetische Vorleistung sei den Staaten des Warschauer Pakts keineswegs leicht gefallen. Aber nach enger Abstimmung unter allen WP-Staaten sei dieser Schritt nun erfolgt und verlange eine „vernünftige Antwort". Auch der sowjetische Vorschlag einer europäischen Abrüstungskonferenz „auf politischer Ebene" sei ein Entgegenkommen der östlichen Seite.[21]

Honecker war während dieser Äußerungen sehr bemüht, die volle Übereinstimmung zwischen der DDR und der UdSSR zu unterstreichen. Er erwähnte, daß in den Unterredungen mit Breschnew unter vier Augen und auch mit der sowjetischen Delegation die DDR die uneingeschränkte Unterstützung in der Frage Berlins „als Hauptstadt der DDR" und in allen Fragen der „Souveränität der DDR" gefunden habe.

Zu den Abrüstungsfragen sagte ich Honecker, daß der Bundeskanzler ein großes Interesse sowohl an der Rede Breschnews als auch an der Honeckers[22] genommen habe. Von seiten der Bundesregierung werde „im Rahmen ihres Bündnisses" die in den beiden Reden enthaltene „Verhandlungssubstanz sorgfältig geprüft und dann nach Möglichkeit konkretisiert" werden. Der DDR sei bekannt, daß die Bundesregierung bereit sei, zu gegebener Zeit die bilateralen Konsultationen über Abrüstungsfragen ebenso wie solche zu KSZE-Problemen im Blick auf die Madrider Konferenz[23] fortzusetzen oder aufzunehmen.[24]

Honecker meinte daraufhin, ob es dem Bundeskanzler nicht möglich sei, die Bonner Verhandlungsbereitschaft auch einmal öffentlich zu unterstreichen. Ich erwiderte, daß gerade dies bereits in den bisherigen Verlautbarungen der Bundesregierung und in den Erklärungen des Bundeskanzlers selbst geschehen sei.

Kooperationsabkommen zwischen DDR und UdSSR[25]

Honecker erläuterte, dieses aus Anlaß des 30. Jahrestages der DDR unterzeichnete Abkommen sei seit anderthalb Jahren vorbereitet worden. Es werde jetzt noch durch 34 Einzelabkommen zwischen den betreffenden Ministerien der beiden Staaten ergänzt. Schon jetzt sei für die Zeit des nächsten Fünfjahrplans (1981 bis 1985) ein ausgeglichener Warenaustausch in Höhe von 87 Mrd. Verrechnungsrubeln vereinbart.

21 Zum Vorschlag der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts, im Rahmen der KSZE eine Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen abzuhalten, vgl. Dok. 148, Anm. 25.

22 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. den Artikel „Großes in 30 Jahren erreicht – Große Ziele für die Zukunft"; NEUES DEUTSCHLAND vom 7. Oktober 1979, S. 3 f.

23 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

24 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aber doch nicht in diesem Zusammenhang!"

25 Am 5. Oktober 1979 unterzeichneten der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der DDR, Schürer, und der Erste Stellvertretende Ministerpräsident der UdSSR, Tichonow, ein Programm der Spezialisierung und Kooperation der Produktion zwischen der DDR und der UdSSR. Vgl. dazu AUSSENPOLITIK DER DDR, Bd. XXVII/1 (1979), S. 383 f.

Schwierigkeiten könnten in diesem Zusammenhang „nicht in der Preisfrage, wohl aber in Transportfragen" auftauchen, weil es um einen „gewaltigen Handelsaustausch" gehe. Die DDR erhalte nach der Vereinbarung, die sie mit der Sowjetunion abgeschlossen habe, in den kommenden Jahren mehr Roh- und Brennstoffe als im ablaufenden Fünfjahrplan von 1976 bis 1980. Es könne also für die DDR-Wirtschaft nicht die Rede sein von einem Nullwachstum, sondern nur von einer weiteren Steigerung des Wachstums.

Honecker legte in diesem Teil des Gesprächs demonstrativ großen Wert auf den Nachweis einer „befriedigenden Wirtschaftsverbindung" mit der UdSSR.

Anhand eines vorbereiteten Papiers gab er mir für die Zeit des nächsten Fünfjahrplans mit erkennbarer Befriedigung einige Zahlen über Rohstoffbezüge der DDR aus der UdSSR bekannt: 95 Mio. Tonnen Erdöl, 21 Mio. Tonnen Steinkohle, 32,5 Mrd. Kubikmeter Erdgas, 8,5 Mio. Tonnen Eisenerz, 4,8 Mio. Tonnen Roheisen, 211000 Tonnen Kupfer. Aus diesen „Absicherungen der Wirtschaft der DDR" ergebe sich auch eine verstärkte Chance der Ausweitung des DDR-Handels mit den westlichen Staaten.

Bilaterale Verhandlungsthemen zwischen den beiden deutschen Staaten

Honecker sagte, daß die „konkreten Sondierungen und Verhandlungen zwischen Schalck und Gaus jetzt fortgesetzt werden" könnten. Die DDR sei der Meinung, daß beide Seiten unbedingt zu einer Regelung des Lkw-Steuerproblems kommen müßten, damit im Dezember keine Schwierigkeiten entstünden, von denen keine Seite etwas habe. Allerdings sei es notwendig, daß die DDR durch das Lkw-Steuer-Befreiungsabkommen und die Pauschalierung der Pkw-Straßenbenutzungsgebühren keine finanziellen Verluste erleide.

Für die übrigen Verhandlungsthemen, die Honecker aufzählte (Binnenwasserstraßen, Ausbau von Wartha/Herleshausen, „ernsthafte Prüfung" des Gewässerschutzes durch Werra-Entsalzung, Verbesserungen im Eisenbahnverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin), verwies er auf die Gespräche Gaus–Schalck, die jetzt zügig fortgesetzt werden sollten.

Ich benutzte die Gelegenheit, Honecker auf die „Sackgasse" hinzuweisen, in die wir durch die derzeitige Einstellung der DDR-Seite in der Frage der Berlin-Einbeziehung in das Lkw-Steuer-Befreiungsabkommen gelangt seien. Für die Bundesregierung komme eine Ausdehnung des Abkommens auf Berlin (West) nur auf der Basis der von uns sogenannten Frank-Falin-Formel in Betracht. Das Beharren auf einer Berlin-Einbeziehung nach dem Muster des Verkehrsvertrags[26], wie es Schalck im letzten Gespräch vorgeschlagen habe[27], müßte zu

26 Bei Unterzeichnung des Verkehrsvertrags am 26. Mai 1972 erklärten Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, und der Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, die Bestimmungen des Vertrags in Übereinstimmung mit dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3. Septemberr 1971 „unter der Voraussetzung sinngemäß anzuwenden, daß in Berlin (West) die Einhaltung der Bestimmungen des Verkehrvertrages gewährleistet wird". Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1458.

27 Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, berichtete am 25. September 1979, der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, habe am selben Tag zur Einbeziehung von Berlin (West) in ein Lkw-Steuerbefreiungsabkommen erklärt: „Schalck schloß mit großer Entschiedenheit eine Frank-Falin-Formel für das Befreiungsabkommen aus. Es handele sich bei diesem Abkommen um Steuerfragen, wodurch unmittelbar hoheitsrechtliche Fragen berührt würden. Hierin aber könne die DDR die Ausdehnung auf West-Berlin durch die von uns sogenannte Frank-

einem Scheitern der Verhandlungen führen. Honecker erklärte sich nach einigem Hin und Her schließlich bereit, Schalck eine neue Weisung im Sinne meiner Ausführungen zu erteilen. Die Frage der Pauschalierung der Pkw-Straßenbenutzungsgebühren erweiterte ich dahin, die Enttäuschung des Bundeskanzlers vorzutragen, daß nach dem großen Verhandlungsabschluß im Jahr 1978, der Vorteile für beide Seiten gebracht habe, keine wirklichen Verbesserungen in der „menschlichen Kommunikation" zwischen den beiden deutschen Staaten erfolgt seien. Unter diesen Umständen müsse unsere Seite bei der nun beginnenden neuen Verhandlungsrunde erwarten, daß bei einer Verständigung über eine Pauschalierung der Pkw-Straßenbenutzungsgebühren auch Reiseerleichterungen gewährt würden.

Der Bundeskanzler, so sagte ich, habe mit großem Bedauern zur Kenntnis genommen, daß die Einbeziehung von Hamburg und Hannover in den grenznahen Verkehr nach Auffassung der DDR nicht möglich sei. Wir hielten eine positive Regelung dieser Frage nach wie vor für die beste „Garnierung", die die Pkw-Pauschalierung finden könne. Aber auch in allen anderen Fragen von Reiseerleichterungen stecke – gerade unter den derzeitigen, besonderen Umständen in Bonn – der deutlichste Nachweis für eine Normalisierung zwischen den beiden deutschen Staaten. Ich wolle jetzt nicht auf Einzelheiten eingehen. Jedoch müsse ich sagen, daß der Bundeskanzler die Bereitschaft der DDR erwarte, in den Gesprächen Gaus–Schalck einige Vorschläge unserer Seite für Verbesserungen im Reiseverkehr entgegenzunehmen. Selbstverständlich seien die Entscheidungen, die die DDR dann treffe, ganz ihrer Souveränität anheimgegeben. Es gehe nicht um zweiseitige Vereinbarungen, sondern um verbindliche Maßnahmen, die die DDR im Rahmen ihrer Unabhängigkeit treffe. Mit solchen positiven Maßnahmen aber rechneten wir ganz fest. Honecker erklärte sich bereit, über die Verhandlungsebene Gaus–Schalck solche Anregungen von uns entgegenzunehmen.[28]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1447

Falin-Klausel nicht akzeptieren. Für die Pauschalierung denke die DDR an den Abschluß eines Protokolls mit der Bundesrepublik, wobei man sich auf Artikel 6 des Verkehrsvertrags berufen könne, und parallel dazu an einen Briefwechsel zwischen der DDR und dem Senat, der von Ziffer 9 des Protokolls über den Reise- und Besucherverkehr ausgehe. Entsprechend müßte dann auch, so führte Schalck aus, die Pauschalsumme aufgegliedert werden. Dabei gehe die DDR gegenüber der Bundesrepublik von jährlich 38 Mio DM aus; gegenüber dem Senat von jährlich 17 Mio. DM." Vgl. den Drahtbericht Nr. 841; VS-Bd. 14082 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

28 Staatssekretär Gaus, Bundeskanzleramt, teilte am 18. Oktober 1979 mit, der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, habe am selben Tag „neue Papiere für den Abschluß des Lkw-Steuerbefreiungsabkommens und einer Pauschalierung der Pkw-Straßenbenutzungsgebühren" vorgelegt. Dazu stellte Gaus fest: „1) Die DDR hat Honeckers mir gegebene Zusage eingelöst. Im Lkw-Steuerbefreiungsabkommen ist, wie von uns verlangt wurde, die Frank-Falin-Formel enthalten; ebenso ist auch ein Artikel über die Unberührtheit des Transitabkommens aufgenommen worden. Im übrigen folgt der Text, von kleinsten Ausnahmen abgesehen (die als redaktionelle Fragen anzusehen sind), unserem seinerzeitigen Entwurf. 2) Die DDR hat nun doch wieder das Lkw-Steuerbefreiungsabkommen und die Pkw-Pauschalierung getrennt: Im Befreiungsabkommen ist also kein Artikel über die Pkw-Pauschalierung mehr enthalten; statt dessen gibt es nun wieder ein gesondertes Protokoll über die Pauschalabgeltung der Pkw-Straßenbenutzungsgebühren. In diesem Protokoll, das zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten abgeschlossen wird und in dem die Gesamtsumme der Pauschalierung (also einschließlich West-Berlin) nach DDR-Forderung auf 50 Mio. DM jährlich festgelegt werden soll, ist ebenfalls die Frank-Falin-Formel enthalten. Allerdings folgt der Zusatz, daß Vereinbarungen zwischen der DDR und dem Senat über Fragen des Reise- und Besucherverkehrs dadurch nicht berührt werden. Im

Er erläuterte noch einmal (wie es bereits Moldt getan hat), daß durch Eingliederung eines Vororts von Magdeburg in die Stadt selbst jetzt ein Magdeburger Stadtteil in die Vergünstigungen des grenznahen Verkehrs einbezogen sei. Dies sei natürlich in mancherlei Hinsicht mißlich. Dennoch habe er sich bisher einem Wunsch der zuständigen Behörden, diesen Stadtteil aus den Vergünstigungen herauszunehmen, widersetzt, weil sich die DDR an einmal getroffene Regelungen halte. Vielleicht könne jedoch im Rahmen der Gespräche Gaus–Schalck eine Lösung auch hierfür gefunden werden.

Schon jetzt könne er sagen, daß die von mir im letzten Gespräch mit Schalck vorgetragene Anregung erfüllt werden würde, westdeutsche Ortschaften wieder in den grenznahen Verkehr aufzunehmen, die durch Verwaltungsreformen bei uns in den letzten Jahren aus dem grenznahen Kreis herausgefallen seien.[29]

Stromversorgung Berlin (West)

Honecker kam dann auf die Frage der Energieversorgung von Berlin (West) zu sprechen. Er meinte, am besten würde es sein, daß diese Frage im Rahmen der von der Sowjetunion vorgeschlagenen gesamteuropäischen Energiekonferenz gelöst würde. Berlin (West) könne dann in einen „europäischen Energieverbund" einbezogen werden. Allerdings müsse man wohl befürchten, daß es nicht so bald zu dieser Energiekonferenz kommen werde. Ganz allgemein könne er sagen, daß die DDR nicht interessiert daran sei, Berlin (West) irgendwelche Schwierigkeiten zu machen, aber im Zusammenhang mit allen solchen Fragen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1448

Verlauf der Verhandlungen akzeptierte Schalck, daß dieser Zusatz dahin formuliert werden kann, daß ‚bestehende' Vereinbarungen unberührt bleiben. 3) Für den vorgesehenen Briefwechsel zwischen dem Senat und der DDR beschränkt sich die DDR auch im Rahmen des heute übermittelten Vorschlags auf die Brieftexte, die sie mir bereits in der vorigen Runde übermittelt hat." Vgl. den Drahtbericht Nr. 921; VS-Bd. 13113 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

Am 26. Oktober 1979 meldete Gaus: „Weisungsgemäß habe ich heute mit Schalck sämtliche Papiere im Zusammenhang mit dem Lkw-Steuerbefreiungsabkommen und der Pauschalierung der Pkw-Straßenbenutzungsgebühren paraphiert (also auch den Briefwechsel zwischen Senat und DDR). Noch vor der Paraphierung wurde die im gestrigen Ministergespräch beschlossene Umformulierung von Artikel 1 des Befreiungsabkommens durchgesetzt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 951; VS-Bd. 14082 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

Für den Wortlaut des Abkommens vom 31. Oktober 1979 zwischen der Bundesrepublik und der DDR über die Befreiungen von Straßenfahrzeugen von Steuern und Gebühren bzw. des Protokolls vom 31. Oktober 1979 über die Vereinbarung einer Pauschalabgeltung von Straßenbenutzungsgebühren für Personenkraftfahrzeuge im Verkehr in und durch das Gebiet der DDR vgl. BULLETIN 1979, S. 1234 f. bzw. 1235 f.

29 Am 29. Oktober 1979 berichtete Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, habe am selben Tag zugesichert, „daß mit Wirkung vom 15.12.1979 an alle Bewohner der Landkreise Hannover, Holzminden, Main-Kinzig-Kreis, Marburg und Soltau-Fallingbostel am grenznahen Verkehr teilnehmen können. [...] Nach Schätzung der DDR werden 1,2 Millionen Bundesbürger von der Regelung betroffen, die bekanntlich durch Gebiets- und Verwaltungsreformen in Niedersachsen und Hessen 1973/74 notwendig geworden war. Wann die positive Entscheidung der DDR veröffentlicht werden wird, konnte Schalck noch nicht mitteilen. Er wies betont darauf hin, daß es sich um eine einseitige Maßnahme der DDR handele, die sie im Rahmen ihrer Souveränität treffe. Wir müßten daher in der Öffentlichkeit jeden falschen Zungenschlag vermeiden, der etwa ein Junktim zwischen dem jetzt erreichten Verhandlungsergebnis und der nun zugestandenen Reiseerleichterung herstellt. [...] Für die Kabinettsberatung über das Lkw-Steuerbefreiungsabkommen und die Pauschalierung der Pkw-Straßenbenutzungsgebühren kann die heutige Mitteilung der DDR selbstverständlich genutzt werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 956; VS-Bd. 13113 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

müßten sowohl das Vier-Mächte-Abkommen[30] als auch die Souveränität der DDR voll respektiert werden.

Davon ausgehend kam Honecker dann zu einer, wie er sagte, „ganz offenen und verbindlichen Klarstellung": Es werde „niemals" eine direkte Energieleitung etwa Leningrad–Berlin/West–Westdeutschland oder etwas Entsprechendes aus Polen geben. „Nichts" in diesem Zusammenhang könne „an der DDR vorbei" geregelt werden. Dies habe sich auch bereits in der Frage eines Atomkraftwerks in Königsberg erwiesen.[31]

Die DDR befürworte, daß die Gespräche über die Lieferung eines Salzbraunkohle-Kraftwerks fortgeführt würden. Aus diesem Kraftwerk könne dann Strom auch nach Berlin (West) geleitet werden und, falls West-Berlin so viel nicht brauche, gegebenenfalls auch in die Bundesrepublik. Aber die Grundentscheidung in dieser Frage sei und bleibe: Nichts sei an der DDR vorbei zu lösen.

Handels- und Kooperationsabkommen zwischen den beiden deutschen Staaten

Honecker meinte, dieses Thema könne in die Gespräche eingeführt werden, aber vielleicht sei das Wahljahr 1980 nicht besonders gut dafür geeignet. Die Ausdehnung eines solchen Abkommens auf Berlin (West) sei zwar keine Schwierigkeit, wohl aber müsse dann auch die Frage der TSI[32] geklärt werden. Zwar seien noch nicht alle Prüfungen auf seiten der DDR im Zusammenhang mit einem solchen Kooperationsabkommen zwischen den beiden deutschen Staaten abgeschlossen. Jedoch meine er, man könne darüber reden, falls man sich über die von ihm genannte Voraussetzung auch wirklich im Jahr 1980 verständigen wolle. Andernfalls könne dieses Thema vertagt werden. So viel aber könne er bereits jetzt sagen: Die DDR sei bereit und entschlossen, mit dem Abschluß eines solchen langfristigen Kooperationsabkommens auf ihre bisherigen Vergünstigungen im Rahmen der EG zu verzichten und ihre Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik auf dieselbe Grundlage zu stellen, wie sie etwa die Handelsbeziehungen mit Frankreich hätten.

Auch auf meine Nachfrage hin bestätigte Honecker, daß die DDR gegebenenfalls auf ihre bisherigen EG-Präferenzen zu verzichten bereit ist.

Amnestie

Honecker sagte, etwa 20–23000 Personen würden von der Amnestie erfaßt. Ausgeschlossen bleiben, wie unsere Seite wisse, Personen, die wegen Militärspionage verurteilt seien, und „Chefs von kommerziellen Menschenhändlerbanden". Auf Frage von mir erläuterte er seine letzte Bemerkung dahin, daß Häftlinge, die wegen kommerzieller Fluchthilfe verurteilt sind, je nach Einzelfall darauf überprüft würden, ob sie unter die Amnestie fallen.

Etwa 20000 Häftlinge seien in der Industrie der DDR tätig gewesen. Die durch die Amnestie bedingte Umstellung bereite gewiß einige Schwierigkeiten. Dennoch habe er sich zu dieser Aktion entschlossen.

30 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

31 Zu den Verhandlungen über den Bau eines Kernkraftwerks bei Königsberg vgl. Dok. 238, Anm. 7.

32 Treuhandstelle für den Interzonenhandel.

Niko Hübner und Rudolf Bahro, die eine andere Öffentlichkeit gefunden hätten, könnten, wenn sie wünschten, Ausreiseanträge stellen, die dann auch genehmigt werden würden. Dies sollten wir gegebenenfalls „auf dem üblichen Weg" vorantreiben.

Treffen mit Bundeskanzler Schmidt

Honecker sagte, daß er über die anstehenden Abrüstungsfragen zu gegebener Zeit mit dem Bundeskanzler zu sprechen wünsche. Die Bundesrepublik habe, wie er anerkenne, bereits vieles für die Entspannungspolitik geleistet. Um so mehr rechne er nun darauf, daß zwischen ihm und dem Bundeskanzler weitere Verständigungen herbeigeführt werden könnten. Es gehe auch gerade durch solche Kontakte um die „Schaffung einer Atmosphäre weiteren Vertrauens". In diesem Zusammenhang sprach Honecker von seiner Hoffnung und Erwartung auf einen entsprechenden Wahlausgang im Herbst 1980.

Honecker sagte, er prüfe, ob ein Treffen mit dem Bundeskanzler am Rande der Leipziger Messe tatsächlich das Zweckmäßigste sein würde. Leider sei der Bundeskanzler kein Jäger, so daß man ihn nicht ohne weiteres zu einer solchen Verabredung einladen könne und dann „spontan entscheiden kann, welche Orte man gemeinsam besuchen will".

In jedem Fall sei er an einer Begegnung mit Helmut Schmidt interessiert. Über deren Bedeutung bestehe Einverständnis unter den Führern der WP-Staaten, die zum 30. Jahrestag der DDR in Berlin gewesen seien.

Er beabsichtige, in der kommenden Woche den Bundeskanzler telefonisch zu kontaktieren.

Dem Leiter der Bonner DDR-Vertretung, Moldt, habe er einen Brief zur Übermittlung an den Bundeskanzler gegeben, in dem die Einführung der Sommerzeit in der DDR für das Jahr 1980 mitgeteilt werde.[33] Auch dies erfolge nach einer Abstimmung im Kreis der WP-Staaten und komme nach seiner Kenntnis den Wünschen der Bundesrepublik entgegen.

Wie mit StM Wischnewski verabredet, geht dieses Telegramm nur an den Staatsminister und den Bundeskanzler. Ich verbinde damit die Bitte, vom Bundeskanzleramt aus die weitere Unterrichtung über mein Gespräch mit Honekker vorzunehmen.

[gez.] Gaus

VS-Bd. 14079 (010)

33 Mit Schreiben vom 11. Oktober 1979 informierte der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, Bundeskanzler Schmidt: „Im April vorigen Jahres lenkten Sie freundlicherweise meine Aufmerksamkeit darauf, daß einige Nachbarländer der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland bereits die Sommerzeit eingeführt hatten. Sie baten mich, Sie über die Auffassung der DDR in dieser Angelegenheit zu informieren. In den ersten Expertisen wurde bei uns damals eine solche Maßnahme als unzweckmäßig bezeichnet. Da inzwischen Erfahrungen anderer Länder vorliegen, die eine positive Entscheidung ermöglichen, möchte ich Ihnen mitteilen, daß die DDR ab 1980 die Sommerzeit einführen wird." Vgl. VS-Bd. 14079 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

292

Aufzeichnung des Botschafters Behrends

VS-NfD **14. Oktober 1979**[1]

Betr.: Gespräch Präsident Sadat mit Botschafter Behrends am 14. Oktober 1979

I. Präsident Sadat empfing mich am 14. Oktober zu einem Abschiedsbesuch. Das Gespräch dauerte 80 Minuten. Präsident Sadat, der entspannt und selbstsicher wirkte, bat mich, den Herrn Bundeskanzler über seine Ausführungen zu unterrichten.

Präsident Sadat bat insbesondere, den Herrn Bundeskanzler über folgende Punkte zu unterrichten:

1) Er sei der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundeskanzler für ihre wirkungsvolle Unterstützung Ägyptens und ihren Einsatz für eine umfassende Lösung des Mittel-Ost-Problems sehr dankbar. Er wisse, daß es heute die Bundesrepublik Deutschland und nicht Frankreich sei, welche die führende Rolle bei der Formung der Mittel-Ost-Politik der Europäischen Gemeinschaft spiele. Er sei jedoch ebenso wie der Bundeskanzler der Ansicht, daß darüber nicht öffentlich gesprochen werden sollte. Das ägyptische Volk empfinde eine „fast sentimentale" Freundschaft für das deutsche Volk.

2) Er bewundere den Bundeskanzler, der ein großer Staatsmann sei. Er bat mich, den Bundeskanzler an seine Einladung zu erinnern, das Neujahr in Assuan zu verbringen.

3) Die Verhandlungen mit Israel seien keineswegs in einer Krise.[2] Er sei überzeugt, daß bis März 1980 eine Einigung sowohl über den Inhalt der Autonomie für die Palästinenser wie über den Status Jerusalems gefunden werden könne.

[1] Ablichtung.
Die undatierte Aufzeichnung wurde von Wolfgang Behrends nach seiner mit Wirkung vom 15. Oktober 1979 erfolgten Versetzung in den Geschäftsbereich des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung und der damit verbundenen Ernennung zum Ministerialdirektor verfaßt.
Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Meyer-Landrut am 18. Oktober 1979 an Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher mit dem Hinweis, es sei „ein von Botschafter Behrends angefertigter Vermerk", weitergeleitet.
Hat van Well am 19. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Genscher am 22. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 23. Oktober 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Edler von Braunmühl und von Nordenskjöld verfügte.
Hat Braunmühl und Nordenskjöld am 24. Oktober 1979 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 310, Bd. 124988.

[2] Am 12. Oktober 1979 resümierte Botschafter Behrends, Kairo, Ausführungen des Staatsministers im ägyptischen Außenministerium, Boutros-Ghali, zu den ägyptisch-israelischen Verhandlungen über eine Autonomieregelung für den Gaza-Streifen und das Westjordanland: „Er stellte klar, daß es am 26.8.1980 auf jeden Fall zum Austausch von Botschaftern zwischen Ägypten und Israel kommen werde. Auch wenn die Autonomiegespräche fehlschlagen sollten – diese Möglichkeit ist von Sadat bisher öffentlich überhaupt noch nicht in Betracht gezogen worden –, werde es keine Rückkehr zur ‚Feindseligkeit' geben. Er gab zu, daß sich Ägypter einer doppelten ‚Vertrauenskrise' gegenübersehen: Israel widersetze sich einem palästinensischen Gemeinwesen und dem Selbstbestimmungsrecht, während die Palästinenser und die übrigen Araber die ägyptischen Friedensbe-

4) Die Opposition der Mehrheit der arabischen Staaten gegen seine Politik sei unerheblich und werde ihn nicht von seinem Kurs abbringen. Den Chefs der anderen arabischen Staaten fehle es an Mut und Entschlossenheit. Er sei sicher, daß in einem Jahr die Spannungen zwischen Ägypten und den anderen arabischen Staaten überwunden sein würden.

5) Er habe in den Bemühungen um einen Mittelost-Frieden bisher stets die Initiative behalten. Er werde sich bemühen, daß dies auch in Zukunft so bleiben werde.

Da BM Offergeld bei seinem bevorstehenden Besuch voraussichtlich von Präsident Sadat empfangen werden wird, schlage ich vor, daß der Herr Bundeskanzler BM Offergeld beauftragt, seinen Dank für die umfassende und freimütige Unterrichtung über den Stand der Mittelost-Verhandlungen zu übermitteln.[3]

II. Im einzelnen:

1) Präsident Sadat betonte zu Beginn des Gesprächs, daß er vor allem wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland anstrebe. Dies sei wichtiger als Entwicklungshilfe. Aus diesem Grund habe er das Siemens-Großprojekt gefördert.[4] Er lege Wert darauf, daß im Rahmen dieses Projekts ein Joint Venture Siemens-Egypt nach dem Vorbild von Siemens-Austria gebildet werde.

Er habe kürzlich Vertreter von MBB München empfangen und sei bereit, Pläne für eine Fertigung von Flugzeugersatzteilen durch MBB in Ägypten zu unterstützen.[5]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1452

mühungen ablehnten." Behrends zog folgendes Fazit: „Die öffentliche Erörterung eines Fehlschlags der Autonomieverhandlungen dürfte mehr sein als nur ein Druckmittel für die Verhandlungen selbst. Ägypten bereitet sich zumindest auf der Ebene des AM auf diese Eventualität vor". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1934; Unterabteilung 31, Bd. 135598.

3 Bundesminister Offergeld hielt sich vom 24. bis 30. Oktober 1979 in Ägypten auf. Am 29. Oktober 1979 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Richter, Kairo, Offergeld sei am 27. Oktober 1979 von Präsident Sadat empfangen worden. Dabei habe Sadat erklärt: „Deutsches Privatkapital habe in Ägypten beste Chancen. Man wolle weg vom öffentlichen Sektor. Insbesondere das Management solle deutsch sein. Dank des Einsatzes seines ‚Freundes Helmut' bei BK Kreisky sei nunmehr das Telefonprojekt mit ‚Siemens Egypt' unter Dach und Fach. [...] Auf ähnlichen, ‚nicht-traditionellen' Wegen solle man jetzt auch bei der Landwirtschaft vorgehen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2042; Referat 310, Bd. 124988.

4 Botschaftsrat I. Klasse Richter, Kairo, teilte am 31. Oktober 1979 mit, daß während des Besuchs von Bundesminister Offergeld vom 24. bis 30. Oktober 1979 in Ägypten die Verhandlungen zwischen der Siemens AG und der ägyptischen Regierung über den Ausbau des Fernmeldenetzes angesprochen worden seien: „Mit großem Nachdruck trug die ägyptische Seite ihre Erwartungen auf eine Förderung des ‚Siemens-Fernmeldeprojektes' durch die Bundesregierung vor. Ein jährlicher Betrag von DM 150 F[a]z[ilität] zusätzlich zu dem bisherigen Betrag von DM 250 Mio. für die Dauer von fünf Jahren wurde als offizieller Wunsch der ägyptischen Regierung bezeichnet." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1525; Referat 310, Bd. 124988.
Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit informierte am 16. November 1979, der Auftragswert des Projekts betrage 1,8 Mrd. Dollar. Offergeld habe die diesbezüglichen Wünsche der ägyptischen Regierung zur Kenntnis genommen und dargelegt: „Er benötige zusätzliche Unterlagen. Die bisherigen Informationen seien unzureichend. Der eigentliche Vertrag sei noch gar nicht zustande gekommen. Im Augenblick könne er keine Zusage in dieser Größenordnung abgeben, werde aber den Vorschlag mit Interesse weiterverfolgen. Bisher seien weder die Projektkonzeption noch der Finanzierungsplan bekannt. Auch fehlten Angaben über die Höhe des deutschen Lieferanteils." Vgl. Referat 310, Bd. 124988.

5 Ministerialdirektor Behrends, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, hielt am 19. Oktober 1979 ergänzend fest: „I. Präsident Sadat sagte mir am 14. Oktober 1979, Vertreter der Firma MBB, München, hätten ihm den Plan vorgetragen, ein Joint Venture in Ägypten zu gründen und in

2) Ich habe Sadat gesagt, die Bundesrepublik Deutschland sei besorgt, daß Israel nicht bereit sein werde, einer Autonomieregelung zuzustimmen, die für die Palästinenser attraktiv genug sei, um deren Mitwirkung an der Durchführung einer Autonomie zu erreichen. In diesem Fall werde sich das Camp-David-Modell[6] als nicht durchführbar erweisen.

Sadat erwiderte, er sei sicher, daß bis März 1980 Grundsatzvereinbarungen sowohl über den Inhalt der Autonomie wie über Jerusalem erzielt werden würden. Er habe ursprünglich gehofft, diese Grundsatzvereinbarungen bereits vor Ende dieses Jahres zu erreichen. Er habe jedoch bei seinem Treffen mit Begin am 3. September festgestellt, daß dieser noch stark von seiner Krankheit gezeichnet war, und habe ihn nicht bedrängen wollen.[7] Schon bei seinem Treffen mit Begin in El Arish am 25. Mai habe er Begin gesagt, daß es in den Autonomiegesprächen nicht nur um die Autonomie gehen werde, sondern auch um den Status von Jerusalem.[8] Ägypten sei wie Israel der Ansicht, daß Jerusalem nicht wieder geteilt werden dürfe. Ost-Jerusalem, das Teil der Westbank sei, sollte eine arabische Stadtverwaltung, West-Jerusalem eine israelische Stadtverwaltung erhalten; für öffentliche Dienste und Angelegenheiten gemeinsamen Interesses sollte es eine gemeinsame Stadtverwaltung für ganz Jerusalem geben. Unter keinen Umständen könne die arabische und islamische Welt es zulassen, daß Israel Souveränität über das arabische Jerusalem ausübe.

Er sei allenfalls bereit, sich bei den anderen arabischen Staaten dafür zu verwenden, daß die Klagemauer dem israelischen Jerusalem zugeschlagen werde. Er habe Begin ferner gesagt, daß Israel sowohl in der Siedlungspolitik[9] wie in der Ablehnung der Selbstbestimmung für die Palästinenser für eine bereits verlorene Sache kämpfe. Israel werde niemals in der Lage sein, den Gang der Geschichte aufzuhalten.

3) Da die Juden im Gegensatz zu den Arabern nicht in der Lage seien, großzügig zu sein, habe er bereits den Preis für die israelische Zustimmung zu einer vollständigen Autonomie und zu einer Neuregelung des Status Jerusalems vorbereitet. Er habe Begin schon in El Arish angeboten, daß Ägypten über die Pipeline unter dem Suez-Kanal, die bereits in Bau sei, Israel eine Million Kubikmeter Nilwasser pro Tag liefern werde. Da die Wasserknappheit eines der

Fortsetzung Fußnote von Seite 1453

Ägypten Flugzeugersatzteile herzustellen. Sie hätten darüber hinaus die Absicht bekundet, in Ägypten ganze Flugzeuge zu produzieren und u. a. in die Volksrepublik China zu exportieren. Er sei mit diesem Projekt einverstanden. II. Die technischen Voraussetzungen für eine Flugzeugproduktion in Ägypten sind gegeben. Die Vorbereitungen für den Lizenzbau von „Alpha Jets" in Ägypten in Zusammenarbeit mit Dassault waren bereits weit gediehen. Das Projekt mußte jedoch aufgegeben werden, da Saudi-Arabien, die VAE und Katar ihre Mitarbeit an der A[rab]O[rganization for]I[ndustrialization] einstellten und Ägypten das „Alpha-Jet"-Projekt nicht allein finanzieren konnte." Vgl. VS-Bd. 11145 (310); B 150, Aktenkopien 1979.

6 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

7 Zum Treffen des Präsidenten Sadat mit Ministerpräsident Begin vom 4. bis 6. September 1979 in Haifa vgl. Dok. 250, Anm. 3.

8 Ministerpräsident Begin hielt sich am 2./3. April 1979 in Ägypten auf. Begin und Präsident Sadat trafen am 26./27. Mai 1979 zunächst in El Arish und anschließend in Beersheba zusammen. Am 10./11. Juli 1979 führten Begin und Sadat weitere Gespräche in Alexandria.

9 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 161, Anm. 21.

ernstesten Probleme Israels sei, sei dieser Preis sehr attraktiv. Begin habe das ägyptische Angebot zwei Monate später im Kabinett zur Sprache gebracht. Das Angebot werde von den Israelis streng geheim gehalten. Er selbst respektiere die Vertraulichkeit des Angebots, um keinen Druck auf die interne Diskussion innerhalb des Kabinetts auszuüben.

Ich bemerkte, daß die Israelis wahrscheinlich besorgt seien, bei Annahme des Angebots in Abhängigkeit von Ägypten zu geraten. Wenn Ägypten eines Tages die Wasserversorgung unterbrechen sollte, würde dies sehr ernste Auswirkungen auf Israel haben.

Sadat antwortete, in der Tat sei die Befürchtung, daß Israel sowohl in der Wasser- wie auch der Ölversorgung in Abhängigkeit von Ägypten geraten könne, eines der wesentlichen Elemente der internen Diskussion im israelischen Kabinett.

4) Sadat äußerte sich sehr positiv über Begin. Er sei der letzte noch aktive Politiker der ersten Stunde, die den Staat Israel geschaffen hätten. Nur er habe die Kraft und die Autorität, um einen Frieden in der Knesset und in der öffentlichen Meinung Israels durchzusetzen. Weder Shimon Peres noch Weizman hätten diese Kraft und könnten jemals eine Autorität wie Begin haben. Begin sei zuverlässig. Während er früher hysterisch reagiert habe, wenn das Wort Jerusalem gefallen sei, sei er jetzt in seinen Gesprächen mit Sadat nüchtern und sachlich. Noch in Camp David habe Begin in einem Gespräch mit Präsident Carter gefordert, daß die territorialen Ergebnisse der militärischen Siege Israels ebenso legalisiert werden müßten wie die Oder-Neiße-Linie.

Noch bis zu seiner Reise nach Haifa sei er nicht sicher gewesen, ob das israelische Volk wirklich den Frieden wolle. Er habe jedoch in Haifa gesehen und gefühlt, daß 90% der Israelis wirklich den Frieden wollten. Er habe in Haifa auch gesehen, daß Araber und Israelis friedlich zusammenleben könnten. Die Führer der arabischen Minderheit in Haifa hätten ihm gesagt, die diskriminierende Behandlung der arabischen Minderheit in Israel sei eine direkte Folge der feindseligen Politik der Araber gegenüber Israel.

5) Ich wies darauf hin, daß die Spaltung innerhalb des arabischen Lagers und die Spannungen zwischen Ägypten und der Mehrzahl der anderen arabischen Staaten Fortschritte auf dem Wege zu einer umfassenden Friedenslösung sehr erschwerten.

Sadat erwiderte, die Führer der anderen arabischen Staaten seien zu furchtsam; es mangele ihnen an Mut und Entschlossenheit. Ihre Opposition gegenüber seiner Politik sei ebenso unerheblich wie die Opposition einiger Kreise in Ägypten. Er sei sicher, daß in einem Jahr die Beziehungen Ägyptens zu der Mehrzahl der anderen arabischen Staaten wieder entspannt sein würden („relations will be alright").

Sadat berichtete, er habe bei seinem Besuch in Damaskus wenige Tage vor seiner Reise nach Jerusalem Assad gesagt, daß die Westbank das schwierigste Problem sei.[10] Die Probleme Sinai und Golan seien dagegen relativ leicht zu lösen; man müsse daher damit anfangen. Da Assad nicht bereit gewesen sei, sich der

[10] Präsident Sadat hielt sich am 16./17. November 1977 in Syrien auf und vom 19. bis 21. November 1977 besuchte er Israel.

Initiative Sadats anzuschließen, habe er Assad vorgeschlagen, in einer gemeinsamen Pressekonferenz die Öffentlichkeit über diese Meinungsverschiedenheit zu unterrichten. Assad habe sich dem jedoch entzogen und es vorgezogen, ihn als Verräter zu beschimpfen.

6) Ich wies darauf hin, daß die Autonomie nur implementiert werden könne, wenn die PLO der Bevölkerung in der Westbank und Gaza grünes Licht für die Teilnahme an den Wahlen gäbe. Die PLO spiele daher eine wichtige Rolle. Sadat erwiderte, er verhandele nicht über die Rechte der Palästinenser, sondern wolle sie nur durch Aushandeln einer Autonomieregelung in die Lage versetzen, ihre Rechte selbst durchzusetzen. Die Autonomie werde mit Sicherheit zur Selbstbestimmung für die Palästinenser führen. Bis zum Erreichen einer Grundsatzvereinbarung über den Inhalt der Autonomie und den Status von Jerusalem sei eine Mitwirkung der Palästinenser oder Jordaniens an den Verhandlungen weder notwendig noch nützlich. Wenn allerdings die Palästinenser ihre Teilnahme wünschten, sei er bereit, sie hinzuzuziehen. Eine Beteiligung von König Hussein an den Verhandlungen werde er dagegen nicht zulassen, da Hussein sich dann als Mentor der Palästinenser aufspielen und Verhandlungserfolge für sich reklamieren werde. Hussein stehe in ständigem Kontakt mit Israel. Es gebe eine Art Einvernehmen, daß Israel letzten Endes die Westbank an Jordanien abtreten werde. Er werde sich jedoch auf keine Beschränkung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser einlassen.

Andererseits sagte Sadat im gleichen Zusammenhang, er habe Begin vorgeschlagen, die Autonomie zunächst nur in Gaza und in Jerusalem durchzuführen. Wenn eine Regelung über Jerusalem gefunden sei, die das Prinzip der arabischen Souveränität über Ost-Jerusalem bekräftige, werde dies ein starker Anreiz für Hussein sein, in den Friedensprozeß einzutreten. Dies werde die Implementierung der Autonomie auch in der Westbank erleichtern.

III. Bei meinem anschließenden Abschiedsbesuch bei Ministerpräsident Khalil zeigte sich, daß Khalil im Gegensatz zu Sadat nicht mit einer Einigung bis März 1980 rechnet. Er sagte, nach seiner persönlichen Meinung werde Israel zunächst abwarten, wie sich der Wahlkampf in den Vereinigten Staaten entwikkele.[11] Solange noch nicht abzusehen sei, ob Carter eine Chance auf Wiederwahl habe oder ob Kennedy, der als pro-israelisch bekannt ist, als Präsidentschaftskandidat nominiert werden würde, werde die israelische Regierung sich abwartend verhalten und zu keinen wesentlichen Konzessionen bereit sein.

[Behrends][12]

Referat 310, Bd. 124988

[11] Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

[12] Verfasser laut Begleitvermerk. Vgl. Anm. 1.

293

Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Lynch in Dublin

VS-NfD **15./16. Oktober 1979**[1]

Vermerk über die Gespräche des Bundeskanzlers mit PM Lynch (Montag, 15./Dienstag, 16. Oktober 1979)[2]

1) An den Gesprächen nahmen auf irischer Seite außer PM Lynch auch AM O'Kennedy, Planungsminister O'Donoghue, am 16. Oktober auch Industrie-, Handels- und Energieminister O'Malley teil. Anwesend waren auch höhere Beamte aus dem PM-Amt sowie der beteiligten Ressorts, insbesondere der GS des AM und der stellvertretende Leiter des Büros des Ministerpräsidenten[3].

Die deutsche Seite war mit der offiziellen Delegation vertreten.

2) Gespräch am Montag, 15. Oktober

PM *Lynch* berichtete kurz von einigen im Vier-Augen-Gespräch mit dem Bundeskanzler behandelten Themen: Gemeinschaftsfragen, Ost-West-Fragen, Nordirland, Beziehungen Europa–USA.

PM Lynch schlägt Besprechung folgender Fragen vor: Entwicklung der Gemeinschaft, internationale Fragen, bilaterale Fragen.

Gemeinschaftsfragen

Er eröffnet mit einem Überblick über Bericht der Drei Weisen.[4] Schriftlicher Bericht soll bis 26. Oktober fertig sein. Ständige Vertreter und AM sollten über prozedurale Behandlung beraten, sodann ER-politische Richtlinien für die weitere Implementierung geben. Dem Bericht soll das Schicksal des Tindemans-Berichts[5] erspart bleiben. In der Sache werden die Drei Weisen u.a. die Vorschläge der Spierenburg-Gruppe zur Konzentration der Kommission (ein Mitglied pro Staat; zu viele Generaldirektoren) unterstützen. Weitere wichtige von ihnen berührte Fragen: Sicherung der Kontinuität in der Arbeit der Präsidentschaft. Verlängerung des Mandats einer Präsidentschaft in Einzelbereichen? Beziehungen zum EP?

Zu Konvergenz/Haushaltsbeiträgen[6]: Dies sei zunächst ein Problem für die Briten, dem wir aber nicht den Rücken kehren könnten. Es betreffe auch die Gemeinschaft insgesamt und besonders ihre weniger wohlhabenden Mitglieder.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 19. Oktober 1979 gefertigt.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 15./16. Oktober 1979 in Irland auf.

3 Noel Whelan.

4 Zur Berufung eines Ausschusses von „Drei Weisen" durch den Europäischen Rat am 4./5. Dezember 1978 in Bremen vgl. Dok. 22, Anm. 35.

5 Für den Wortlaut des Berichts des Ministerpräsidenten Tindemans über die Europäische Union vom 29. Dezember 1975 vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 55–84. Vgl. dazu ferner AAPD 1976, I, Dok. 1.

6 Zur Frage einer Konvergenz der wirtschaftlichen Leistungen in der Europäischen Gemeinschaft vgl. Dok. 270, Anm. 18.

EWS funktioniere gut.[7] Für irisches Empfinden sei Punt etwas zu hoch gestiegen.

PM Lynch fragt Bundeskanzler, welche Themen seines Erachtens auf dem ER in Dublin[8] zu behandeln seien und wie. Wie stehe es mit den Fragen Energie, Ost-West-Beziehungen, Beziehungen zur Dritten Welt?

Bundeskanzler bemerkt, daß offizieller Teil des ER offensichtlich vom Konvergenzthema beherrscht sein werde. Energiefragen brauchten nicht viel Zeit in Anspruch zu nehmen, jedoch müsse man über die politischen Folgerungen, die aus den Beschlüssen von Tokio[9] zu ziehen seien, beraten. Von Interesse auch US-Energiegesetzgebung.[10] Über Ost-West-Fragen sollte am Kamin gesprochen werden.

Sein Eindruck vom Spierenburg-Bericht und den ihm bekannten Gedanken der Drei Weisen sei gut. Auch wir könnten uns dem Vorschlag – ein Kommissar pro Land – nicht verschließen. Hauptgesprächspartner des EP müsse die Kommission bleiben; nicht auszuschließen, daß auch Präsidentschaft vor das EP gehe; man müsse aber beachten, welche Wirkungen dies auf die Beziehungen der Institutionen der Gemeinschaft untereinander habe.

Seine Hauptkritik richte sich gegen die zu große Anzahl von Räten, der Vertrag spreche nur von einem.[11] Auch die Ratsbürokratie sei zu umfangreich.

Bundeskanzler fragt, wie Präsidentschaft Konvergenzthema behandeln wolle. Britische Sorgen seien anzuerkennen, aber GB importiere auch zu viel aus dritten Ländern, mit der Folge hoher, von GB an den EG-Haushalt abzuführender Abschöpfungen.[12] GB müsse diese Importe reduzieren.

Bei Behandlung des Konvergenzthemas sei an den drei Prinzipien festzuhalten: eigene Einnahmen, Gemeinschaftspolitiken (Prinzipien auch der Agrarpolitik), Ein-Prozent-Obergrenze für Mehrwertsteueranteil der Gemeinschaft.[13] Wenn diese Obergrenze nicht beachtet werde, komme es zu einer Explosion des EG-Haushalts. Wachstumsrate des EG-Haushalts sei ohnehin zu hoch. Dadurch sei der Haushalt zu einem Hauptfaktor für Inflation geworden.

Britische Kritik an gemeinsamer Agrarpolitik sei teilweise berechtigt. GB verhalte sich in Fischereifrage wenig gemeinschaftskonform und nehme in dieser Frage auch wenig Rücksicht auf die Interessen der anderen Mitgliedstaaten.[14] Dialog mit GB könne nur fruchtbar werden, wenn sich der von der früheren Regierung in europäischen Fragen angeschlagene Ton ändere. PM Thatcher gehe vorsichtiger voran: Sie wolle in der Gemeinschaft bleiben und sehe auch die politischen und wirtschaftlichen Vorteile der Gemeinschaft für GB. Er hof-

7 Vgl. dazu die Anpassung der Währungskurse im Europäischen Währungssystem am 23. September 1979; Dok. 274, Anm. 19.

8 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. Dok. 362.

9 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

10 Zum Energieprogramm der amerikanischen Regierung vgl. Dok. 182, Anm. 9.

11 Vgl. dazu die Artikel 145 bis 154 des Vertrags vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft; BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 862–864.

12 Zu den britischen EG-Haushaltsbeiträgen vgl. Dok. 284, Anm. 16.

13 Vgl. dazu Artikel 4 des Beschlusses vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der EG-Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaften; Dok. 288, Anm. 42.

14 Zur britischen Haltung bezüglich einer gemeinsamen Fischereipolitik vgl. Dok. 51, Anm. 20.

fe, daß GB mit der Stimme der Vernunft rede und nicht mit der des nationalen Interesses.

Bundeskanzler ist grundsätzlich bereit, der Präsidentschaft[15] zu helfen, in Dublin zu einem Kompromiß zu gelangen. Die Entscheidung müßte so formuliert sein, daß es nachher nicht neun verschiedene Interpretationen gebe. Den Briten müsse man ein Stück Wegs entgegenkommen; man müsse ihnen andererseits aber auch sagen, ihre Forderungen nicht zu überziehen. Franzosen seien eher zögerlich. Bei einer Lösung könne Höhe der Agrarausgaben nicht außer acht gelassen werden.

PM *Lynch* stimmt zu, daß GB größter Importeur von Gütern außerhalb der Gemeinschaft sei.

Grundsätzlich gebe es zwei Arten von Lösungen für britische Forderungen: Eine Lösung, die von bestehendem Haushaltsumfang ausgeht; diese gehe auf Kosten aller anderen Länder. Eine Lösung, die Erhöhung des Haushaltsvolumens nicht ausschließt. Hier habe man noch Spielraum.

Eine Verlängerung der Regelung nach Art. 131 Beitrittsvertrag[16] würde auch Irland und Dänemark zugute kommen.

Planungsminister bemerkt, daß Reform der Agrarpolitik zu lange Zeit brauche, um Wirkungen zu zeigen. GB selbst sei von seiner ursprünglichen Forderung, bei den Agrarausgaben anzusetzen, abgerückt. Möglich sei Anpassung des Dubliner Korrekturmechanismus.[17] Man müsse in Dublin zu einer Lösung mit vorhersehbaren Ergebnissen gelangen (zumindest für ein Jahr). Nachteil einer Lösung nach 131 sei u. a., daß sie Italien ausschließe.

Bundeskanzler: Italien täusche sich, wenn es glaube, Hand in Hand mit den Briten antreten zu können.

Planungsminister: Reform der Landwirtschaftspolitik könne lediglich auf lange Sicht Ergebnisse bringen. Im Augenblick brauchen wir etwas, das rasch Ergebnisse bringt.

Bundeskanzler: Man dürfe den britischen Gedanken, bei der Agrarpolitik anzusetzen, nicht aus den Augen verlieren.

Präsidentschaft solle für Dublin auch eigene Vorschläge machen.

Sodann erläutert MDg *Heick* auf Bitte des Bundeskanzlers die möglichen Folgen einer Anpassung des Dubliner Korrekturmechanismus wie folgt: Die Verbesserungsmöglichkeiten liegen im Wegfall der bislang geltenden Einschränkungen. Nach der augenblicklichen Regelung würde GB 1980 300 Mio. ERE brutto (240 Mio. ERE netto, d. h. unter Berücksichtigung des britischen Anteils an der Aufbringung des Ausgleichsbetrages) erhalten, freilich unter der Voraussetzung, daß seine Leistungsbilanz in den letzten drei Jahren negativ gewesen wäre. Da sie positiv war, würde GB nichts erhalten.

15 Irland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

16 Artikel 131 des Vertrags vom 22. Januar 1972 über den Beitritt Dänemark, Großbritanniens, Irlands und Norwegens zu EWG, EURATOM und EGKS regelte die Bereitstellung eigener Mittel und Beiträge zum Haushalt der Europäischen Gemeinschaften. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1226.

17 Zum EG-Korrekturmechanismus vgl. Dok. 56, Anm. 32.

Bei Wegfall weiterer Einschränkungen (insbesondere Gleitskala) könnte GB einen Ausgleich von 480 Mio. ERE brutto (rd. 400 Mio. ERE netto) erhalten. Ließe man auch den Drei-Prozent-Plafond fallen, so würde der Ausgleichsbetrag für GB 620 Mio. ERE brutto (rd. 500 Mio. ERE netto) betragen.

Man könne GB auch durch eine Verlängerung der Regelung nach Art. 131 Beitrittsvertrag entgegenkommen; dies würde jedoch für GB nach unseren Berechnungen ungünstiger sein als eine Anpassung des Korrekturmechanismus. Eine Ratifizierung der 131-Lösung sei nur notwendig, wenn Art. 131 formell verlängert würde.

Bundeskanzler bemerkt, daß GB sich keineswegs auf schwache Leistungsbilanz berufen könne; Ölförderung stärke britische Volkswirtschaft.

Planungsminister: Das Leistungsbilanzkriterium sollten wir außer Betracht lassen.

Hieran schließt sich ein kurzer Wortwechsel über die Rolle zu zahlreicher Gewerkschaften in verschiedenen europäischen Volkswirtschaften.

PM *Lynch* betont, daß eine Verringerung der Agrarausgaben Irland vor Probleme stellen würde. Kurzfristig würde Irland auch bei einer Umschichtung zugunsten struktureller Ausgaben Nachteile erleiden.

AM *O'Kennedy* bemerkt, daß Konvergenzthema und die Frage der Haushaltsbeiträge nicht identisch seien.

Bundeskanzler stimmt zu.

PM *Lynch* schließt hieran Bemerkung, daß Irland ohne Zugehörigkeit zur EG schlechter daran wäre; seine Stellung im Verhältnis zu den anderen Mitgliedstaaten habe sich jedoch seit Beitritt verschlechtert. Strukturwirksame Programme zur Verminderung der Divergenzen könnten besser sein. Er äußert Hoffnung, daß EP Mittel für den Regionalfonds im Rahmen seiner Marge noch aufstocken werde.

Bezüglich ER Dublin regt *Bundeskanzler* vorbereitende Gespräche der Präsidentschaft u. a. mit dem Kommissionspräsidenten[18] an.

PM *Lynch*: Dies werde geschehen.

Bilaterale Fragen

PM Lynch bemerkt, daß der Gedanke an eine Einkaufsmission der Bundesregierung (Käufe für Bundeswehr in Irland) keine Ergebnisse gebracht habe. Er vertieft diesen Gedanken nicht. Wichtiger und folgenreicher seien die deutschen Investitionen in Irland.[19]

Ihnen bringe man in Irland sehr viel Goodwill entgegen. Sie hätten keine Probleme. Insbesondere könnten Unternehmen ihre Gewinne retransferieren. Eine deutsch-irische Handelskammer könne nützlich sein.

18 Roy Harris Jenkins.

19 Referat 204 hielt am 23. November 1979 zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Irland fest: „Zur Zeit bestehen in Irland über 100 Niederlassungen meist mittelständischer deutscher Unternehmen mit rund 10 000 Beschäftigten und stark diversifizierten Produktionsprogrammen. Sie haben maßgeblich zur wirtschaftlichen Entwicklung Irlands beigetragen." Vgl. Referat 204, Bd. 115975.

Bundeskanzler stimmt zu. (Bei dem Gespräch mit den Investoren am nächsten Tag versicherte Bundeskanzler, er werde sich für eine Beschleunigung entsprechender Bemühungen des DIHT[20] einsetzen.)

PM *Lynch* befürwortet den Abschluß eines Kulturabkommens, auch wenn es auf irischer Seite gewisse Schwierigkeiten wegen Personalknappheit gebe. Er verweist auf die fruchtbaren traditionellen deutsch-irischen Beziehungen. In der Frage des Kulturabkommens stünden die beiden Botschafter[21] mit den jeweils zuständigen Stellen des Gastlandes in Verbindung.

Bundeskanzler bemerkt, daß deutsch-irische Kulturbeziehungen auch ohne Kulturabkommen sehr gut und fruchtbar gewesen seien. Er spricht sich für Abschluß eines derartigen Abkommens aus.

Botschafter *Fischer* ergänzt, daß sich die Verhandlungen noch etwas hinziehen könnten, da es mit den Ländern schwierige Fragen zu regeln gebe.

Sodann berichtet AM *O'Kennedy* über die Aktivitäten der Präsidentschaft im EPZ-Bereich:

Sein Besuch als Präsidentschaft in der Türkei: Beziehungen zur Gemeinschaft gestalten sich nicht einfach. Ecevit sei an engen Beziehungen zu Europa interessiert, Außenminister Ökçün sei offensichtlich am Ausbau der Beziehungen der Türkei zu Staaten der Dritten Welt interessiert.

Lomé II sei auf gutem Wege, der Abkommenstext liege nun fertig vor.[22]

20 Deutscher Industrie- und Handelstag.

21 Christopher P. Fogarty.

22 Zu den Verhandlungen über eine Verlängerung des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 vgl. Dok. 165, Anm. 19.
Vortragender Legationsrat Boll resümierte am 30. Juli 1979 die diesbezügliche Beratung der EG-Ministerratstagung am 24. Juli 1979 in Brüssel: „Entgegen weiterer Verhandlungswünsche der AKP-Seite bestätigt Rat seine Haltung, daß Verhandlungen aus Sicht der Gemeinschaft materiell abgeschlossen sind und daß nur noch redaktionelle Überarbeitungen des vom 25./27. Juni 1979 in Brüssel ausgehandelten Abkommenstextes akzeptabel sind." Vgl. den Runderlaß Nr. 87; Referat 012, Bd. 111778.
Vortragender Legationsrat I. Klasse von Kyaw legte am 15. Oktober 1979 dar: „Die EG verpflichtet sich im neuen Abkommen von Lomé für die Laufzeit von fünf Jahren 5,6 Mrd. ERE (1 ERE = 2,48 DM) zur Verfügung zu stellen. Der deutsche Anteil beträgt rd. 28 %. Im Rahmen der globalen M[ittel] M[eer]-Politik der EG wurden mit den südlichen MM-Anrainern (Maghreb, Maschrek, Israel) Finanzprotokolle für die Laufzeit von fünf Jahren über rd. 700 Mio. ERE geschlossen." Vgl. Referat 410, Bd. 121709.
Am 12. November 1979 informierte Vortragender Legationsrat Boll: „Nach etwa einjährigen Verhandlungen unterzeichneten am 31. Oktober 1979 in Lomé Vertreter der EG und der 58 AKP-Staaten das neue AKP-EG-Abkommen [...]. Das neue Abkommen enthält keine Bestimmungen über die Menschenrechte. Von der Gemeinschaft ursprünglich vorgeschlagene Bezugnahme in der Präambel war von der AKP entschieden abgelehnt worden. [...] Umstritten blieb bis kurz vor der Unterzeichnung in Lomé die Meistbegünstigung im Investitionsschutz. Das Abkommen sieht vor, daß AKP-Staaten, die mit EG-Ländern bilaterale Investitionsschutzabkommen geschlossen haben, diesen Schutz auch auf Investitionen anderer EG-Mitgliedstaaten ausdehnen. In einer gemeinsamen Erklärung ist ergänzend festgelegt worden, daß die Ausdehnung des Investitionsschutzes nicht automatisch erfolgt, sondern bilateraler Regierungsabkommen bedarf. Weitere Modalitäten der Anwendung der Meistbegünstigung sollen in einem Briefwechsel zwischen EG-Ratspräsident und AKP-Ministerratspräsident vereinbart werden." Vgl. den Runderlaß Nr. 131; Referat 012, Bd. 111778.
Für den Wortlaut des Zweiten AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 31. Oktober 1979 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, II, S. 966–1002.

Auch das Abkommen mit ASEAN mache gute Fortschritte; offen sei noch die Frage des Investmentschutzes.[23] Dazu gebe es französische Vorbehalte. Er hoffe, daß man bis zum Jahresende zu Ergebnissen kommen könne.

Sodann berichtet er über ein Gespräch mit AM Dayan. Er habe insbesondere unterstrichen, daß Israel seine Siedlungspolitik[24] einstellen müsse.

In der Kambodscha-Frage habe Irland in der Gemeinschaft seine Entschlossenheit bekräftigt, zu helfen und die Gemeinschaftsprogramme zu unterstützen.[25]

Der europäisch-arabische Dialog schlafe ein.[26] Man müsse darüber nachdenken, wie er weitergeführt werden könne. Die Europäer hätten ihre Prinzipien deutlich gemacht, der Dialog werde erschwert durch Unstimmigkeiten im arabischen Lager[27].

Hierzu nimmt StS *van Well* Stellung:

Das Interesse, Kambodscha zu helfen, sei groß. Probleme gebe es nicht bei der Aufbringung von Beiträgen, wohl aber bei der Verteilung von Hilfsgütern. Wir sollten in dieser Frage nicht zu sehr das Problem der Anerkennung des einen oder anderen Regimes in den Vordergrund rücken.[28] Es gebe Anzeichen dafür, daß das Heng-Samrin-Regime bereit sei, Hilfsleistungen zuzulassen.

Das Abkommen mit den ASEAN-Staaten werden wir unterstützen. Wir wollen darüber auch mit den Chinesen bei dem bevorstehenden Hua-Guofeng-Besuch[29] sprechen.

Das Hauptproblem in der Türkei sei zur Zeit die ungeklärte innere Lage.[30] Wahrscheinlich werden wir nächstes Jahr erneut Hilfe leisten müssen.[31] Dies wird freilich von der weiteren inneren Entwicklung abhängen.

23 Zur Frage eines Kooperationsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ASEAN vgl. Dok. 266, Anm. 15.

24 Zur israelischen Siedlungspolitik vgl. Dok. 161, Anm. 21.

25 Zur humanitären Hilfe der Europäischen Gemeinschaften für Kambodscha vgl. Dok. 265, Anm. 9.

26 Zum Europäisch-Arabischen Dialog vgl. Dok. 265, Anm. 18.

27 Zur Spaltung der Arabischen Liga vgl. Dok. 91, Anm. 9.

28 Zur Vertretung Kambodschas in der UNO vgl. Dok. 265, Anm. 10.

29 Ministerpräsident Hua Guofeng besuchte vom 21. bis 28. Oktober 1979 die Bundesrepublik. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt am 22./23. Oktober 1979 vgl. Dok. 301 und Dok. 305.

30 Am 15. Oktober 1979 erklärte Ministerpräsident Ecevit den Rücktritt seiner Regierung. Gesandter von Alten, Ankara, zog am 17. Oktober 1979 eine Bilanz: „Hätte Ecevit zu Beginn seiner Amtsperiode zu entscheidenden Maßnahmen gegriffen, so wäre ihm jedermann gefolgt und es hätte kaum ein Opfer gegeben, das nicht erbracht worden wäre. Aber die Regierung hat wohl (der Westen übrigens wohl auch) zu Anfang das Ausmaß der Krise unterschätzt und geglaubt, dem Volk nicht allzuviel zumuten zu müssen. [...] Wirtschaftspolitisch wurde an Maßnahmen eigentlich nur das Minimum getroffen, das notwendig war, um den IWF und damit alle potentiellen Geldgeber nicht restlos zu verprellen. Darüber hinausgehende Schritte, die geeignet gewesen wären, fremdes Kapital ins Land zu ziehen, sind gescheitert oder im Räderwerk der Bürokratie und der einander befehdenden Flügel der R[epublikanischen]V[olks]P[artei] hängengeblieben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1039; Referat 203, Bd. 115906.

31 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 159, Anm. 23.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Pabsch vermerkte am 29. August 1979 zu einer Umschuldungsaktion für die Türkei: „Die multilateralen Verhandlungen über die Umschuldung der Türkei fanden vom 23. bis 25. Juli 1979 im Rahmen des Türkei-Konsortiums der OECD in Paris statt. Gegenstand der Verhandlungen waren Forderungen aus verbürgten Geschäften und Kapitalhilfeleistungen aus Verträgen, die vor dem 1.1.1978 (bei kurzfristigen Handelsforderungen: vor dem 1.1.1979) abgeschlossen worden sind. [...] Die neuerliche Umschuldungsrunde wurde möglich, nachdem sich die Türkei wenige Tage zuvor mit dem IWF über einen stand-by-credit in Höhe von

Zu Dayan bemerkt StS van Well, daß er sehr deutlich die Entwicklung der Haltung der westlichen Staaten gegenüber Israel wahrnehme.

3) Gespräch am Dienstag, 16. Oktober

PM *Lynch* berichtet einleitend über Nordirland.[32] Eine soeben veröffentlichte Umfrage über die Haltung der irischen Bevölkerung zur IRA führe zu falschen Schlüssen. Nur ein geringer Prozentsatz der Bevölkerung sei mit der IRA einverstanden. Irland habe die Nordirland-Frage nicht in die EG eingeführt. Auf längere Sicht sei dies aber ein ungelöstes Problem, das auch die Gemeinschaft angehe.

Von unmittelbarer Bedeutung im Rahmen der EG könne die Hilfe für soziale Unruheherde werden. Auf beiden Seiten der Grenze zu Nordirland erleichterten soziale Notstände die Arbeit der Terroristen. Eine bessere Sozialpolitik in dieser Grenzregion sei daher vordringlich. Seine Regierung denke an grenzüberschreitende Projekte zur Behebung der Arbeitslosigkeit in der Region. Es wäre wünschenswert, wenn diese Projekte durch eine Erhöhung des nicht quo-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1462

250 Mio. S[onder]Z[iehungs]R[echten] geeinigt hatte. Die Berechnungen des IWF über die Devisenlücken der Türkei stecken auch den Umfang der Umschuldungsaktion ab; danach werden im Umschuldungszeitraum (ein Jahr) ca. 800 Mio. Dollar benötigt. Wegen der erheblichen Unsicherheiten bei der Berechnung der Schulden der Türkei wurde schließlich sogar ein Betrag von rd. einer Mrd. Dollar umgeschuldet. Davon entfallen auf die Bundesrepublik Deutschland als größtem Gläubigerland rd. 320 Mio. Dollar (ca. 250 Mio. kurzfristige und 70 Mio. mittel- und langfristige Forderungen). Die USA (ca. 195 Mio. Dollar) und Frankreich (ca. 132 Mio. Dollar) sind die nächst größten Gläubigerländer." Vgl. Referat 422, Bd. 121397.

Gesandter von Alten, Ankara, berichtete am 1. Oktober 1979 über eine Umschuldungsvereinbarung zwischen der Türkei und einem Konsortium von Privatbanken: „Das am 29.8.1979 zwischen der Türkei und 250 Geschäftsbanken in London unterzeichnete Umschuldungsabkommen ist am 26.9.1979 in Kraft getreten, nachdem eine Regelung für die von der Türkei noch zu zahlenden Zinsen über etwa 90 Mio. US-Dollar gefunden wurde. Dieses Abkommen ist für die Türkei nicht nur wichtig, weil circa 2,3 Mrd. US-Dollar umgeschuldet wurden, sondern weil die Banken gleichzeitig einen neuen Kredit über 407 Mio. US-Dollar gewähren." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1596; Referat 422, Bd. 121397.

32 Generalkonsul Königs, Liverpool, legte am 20. August 1979 zu den Spannungen zwischen dem katholischen und dem protestantischen Bevölkerungsteil in Nordirland dar: „Ein Ende der Krise ist vorerst nicht abzusehen. Die Versuche der gegenseitigen Annäherung in den letzten zehn Jahren haben zwar zu einer gegenseitigen besseren Kenntnis, nicht aber zu einem besseren Verständnis geführt. Beide Teile wissen jetzt besser als vorher, wo der Gegner empfindlich und verwundbar ist. Ein Großteil der katholischen Bevölkerung allerdings steht nach wie vor der Anwendung von Gewalt ablehnend gegenüber. Die IRA bildet nur eine kleine Minderheit, die allerdings dank einer guten Zellenorganisation und einer guten Versorgung mit Waffen sehr schlagkräftig und gefährlich ist. Ein Niederwerfen der IRA mit Waffengewalt dürfte kaum möglich sein. Die Armee muß sich darauf beschränken, so gut es geht für Ordnung zu sorgen, bis eine zur Zeit nicht voraussehbare Wendung eintritt. Ein Zurückziehen der britischen Streitkräfte – etwa verbunden mit einer Unabhängigkeitserklärung Nordirlands – würde fast sicher einen Bürgerkrieg zur Folge haben. Das Hauptverdienst der Armee besteht darin, daß sie diesen Bürgerkrieg verhindert hat, allerdings unter sehr hohen Kosten für das Vereinigte Königreich." Vgl. den Schriftbericht Nr. 229; Referat 204, Bd. 115967.

Am 3. September 1979 stellte Botschaftsrat Westerburg, Dublin, im Hinblick auf die bevorstehenden Nordirland-Gespräche zwischen Ministerpräsident Lynch und Premierministerin Thatcher am 5. September 1979 in London fest: „Wie in der Vergangenheit [...] wird die britische Seite die Gespräche auf die Sicherheitsaspekte einengen wollen. Die irische Seite wird dagegen wieder versuchen, die politische Gesamtproblematik zu betonen, ohne deren Erörterung nach ihrer Auffassung auch die Sicherheitsaspekte nicht zutreffend beurteilt werden können. Die Zusammenarbeit der nordirischen Polizei R[oyal]U[lster]C[onstabulary] mit der irischen Gardai sowie der British Army mit der irischen Armee stellt ein überaus heikles und kompliziertes Kapitel dar, bei dem der hiesigen Regierung, ähnlich wie in der Frage der Auslieferung von Terroristen an nordirische und britische Instanzen, durch weitverbreitete, geschichtlich bedingte Empfindsamkeiten der irischen Bevölkerung enge Grenzen gesetzt sind." Vgl. den Drahtbericht Nr. 243; Referat 204, Bd. 115967.

tengebundenen Teils der Regionalfonds etwa in Höhe von 24 Mio. ERE unterstützt werden könnten (16 Mio. ERE für den irischen Teil der Grenzregion, 8 Mio. ERE für Nordirland).

Bundeskanzler äußert sich sodann zu Fragen der Energie. Vorrangig sei, daß der Dialog zwischen Produzenten und Verbrauchern in Gang gehalten werde. Hierzu gebe es verschiedene Vorschläge. Der mexikanische Präsident Portillo habe einen Dialog im Rahmen der VN vorgeschlagen.[33] Hierbei bestehe freilich die Gefahr, daß es zu einer Mammutkonferenz im Stil von UNCTAD komme mit den bekannten Schwierigkeiten, zu Ergebnissen zu gelangen. Jedoch müsse man den Vorschlag des mexikanischen Präsidenten ernst nehmen. Dann gebe es den französischen Vorschlag eines euro-arabisch-afrikanischen Gesprächs.[34] Sodann den gestern angesprochenen euro-arabischen Dialog. Schließlich hätten verschiedene arabische Staaten Fühler ausgestreckt.

Was die Gemeinschaft betreffe, so fehle es gänzlich an einer gemeinsamen Politik. Man müsse sich die Frage stellen, ob wir wirklich unsere Hausaufgaben getan hätten, um mit der auf uns zukommenden Herausforderung fertig zu werden.

O'Malley äußert sich kritisch zur Politik der USA. Die OPEC-Staaten könnten mit Recht damit unzufrieden sein. Die Hauptgefahr wäre eine Verringerung der Versorgung.

Notwendig wäre eine Intensivierung des Dialogs zwischen den europäischen und den Golfstaaten.

Im übrigen habe die Gemeinschaft schon etwas getan. Es gebe für die Gemeinschaft ein gemeinsames Einfuhrziel, man habe sich auch auf nationale Einfuhrziele einigen können.[35] Dies alles habe gute Wirkungen auf die arabischen Staaten gehabt. Wir haben mithin als Europäer eine eigene Politik.

33 Präsident Portillo regte am 27. September 1979 vor der UNO-Generalversammlung in New York die Bildung eines Weltenergieforums im Rahmen der UNO an. Vgl. dazu UN GENERAL ASSEMBLY, 34th Session, Plenary Meetings, S. 199–203
Botschafter Dencker, Mexiko-Stadt, übermittelte am 26. Oktober 1979 eine Erklärung des mexikanischen Außenministers Castañeda zum Vorschlag Portillos: „Es ist unerläßlich im Rahmen eines Weltenergieplans und durch geeignete internationale Mechanismen denjenigen Entwicklungsländern, die in der letzten Zeit am meisten unter den Ölpreiserhöhungen gelitten haben, zu helfen, aber nicht durch Präferenzpreise, sondern durch die Schaffung eines internationalen Fonds, der die Entwicklung von neuen, alternativen und konventionellen Energiequellen weltweit fördern und der darüber hinaus den ärmsten Ländern, denen die Mittel zum Ölimport kurzfristig fehlen, Finanzhilfe leisten könnte. All dies, versteht sich, im Rahmen allgemein anerkannter Mechanismen als Teil eines Weltenergieplans." Vgl. den Schriftbericht Nr. 872; Referat 412, Bd. 122427.

34 Zum französischen Vorschlag einer europäisch-afrikanisch-arabischen Konferenz vgl. Dok. 56, Anm. 21.

35 Vgl. dazu die Beschlüsse des Europäischen Rats am 12./13. März 1979 in Paris und am 21./22. Juni 1979 in Straßburg; Dok. 83 und Dok. 190.
Vortragender Legationsrat Boll informierte am 30. Juli 1979 über die Beschlüsse des EG-Ministerrats am 24. Juli 1979 in Brüssel zu den Erdöleinfuhren der EG-Mitgliedstaaten: „In Entsprechung grundsätzlicher Einigung von Straßburg und Tokio über Einführung einer Registrierung der Importe von Rohöl und Mineralölerzeugnissen billigte Rat Text einer Rats-V[er]O[rdnung], die im Wege des schriftlichen Verfahrens förmlich verabschiedet wird. Darin wird Prinzip des Registers festgelegt, während Modalitäten in weiterer Ratsverordnung geregelt werden sollen. StS Schlecht wies auf notwendige Parallelität mit Entscheidung der anderen großen Verbraucherländer bei Festlegung der Einzelheiten der Regelung hin. Rat nahm ferner zur Kenntnis, daß Kommission derzeit Studie über Möglichkeit der Einführung einer Einkaufspreisbescheinigung für Rohöl durchführt

Die Lage im Iran sei sehr ernst, es gebe dort keine eigentliche Regierung.

Bundeskanzler: Wir wurschteln uns lediglich durch und verlieren dabei an Statur. Es fehlt an einer Antwort des Westens insgesamt auf die Ölkrise und der EG im besonderen.

PM *Lynch* erwähnt das Problem der britischen Ölproduktion im Rahmen des EG-Importziels und der dabei mit den Vereinigten Staaten aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten.

O'Malley ist der Meinung, daß dies kein Problem sei, das die USA angehe; für sie sei lediglich das Gesamtimportkontingent der EG von Interesse. Im übrigen seien die USA in einer unhaltbaren Lage: Ihr Ölverbrauch habe sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt.

Zur Entwicklung eigener Ressourcen bemerkt O'Malley, daß die Entwicklung der Nuklearenergie Ergebnisse erst in acht bis zehn Jahren zeitigen könne. Wir stehen aber auch vor einem kurzfristigen Problem, nämlich dem einer möglichen Kürzung der Lieferung. Diesem Problem sei lediglich durch gute Beziehungen mit den Ölproduzenten zu begegnen. Es dürfe nicht sein, daß die USA diese Beziehungen störten.

Bundeskanzler stimmt zu und bemerkt, daß der Gemeinschaft für den Öldialog ein Sprecher fehle, der von ausreichender internationaler Statur sei. Eine jede Präsidentschaft müsse sich erst einarbeiten, und wenn sie die Probleme verstanden habe, schon wieder an die nächste Präsidentschaft übergeben. Dies sei eine Schwäche der EG-Struktur. Er stellt die Frage, ob man nicht den Gedanken von Präsident Giscard d'Estaing aufgreifen solle, für bestimmte Aufgaben ein längeres Mandat (als sechs Monate) zu erteilen. In der Kommission gebe es wenige Persönlichkeiten von internationaler Statur. Die Frage müsse aber angegangen werden, und er sei sehr besorgt darüber, daß bis jetzt keine Lösung in Sicht sei.

PM *Lynch* meint, daß in Dublin versucht werden sollte, eine Entscheidung zu treffen.

Bundeskanzler: Das Problem sei wesentlich auch ein außenpolitisches Problem. F und GB würden aber nicht akzeptieren, daß die Kommission außenpolitische Gespräche für sie führe. Sie scheide mithin aus. Wer könne also für diese wichtige Aufgabe des Krisenmanagements benannt werden? Man müsse darüber nachdenken, ob man einen der Regierungschefs mit dieser Aufgabe betrauen könnte. Wahrscheinlich kämen dafür die Franzosen in Frage.

Jedenfalls könne die Ölversorgung nicht durch militärische Intervention gesichert werden. Wenn es wieder zu solchen Äußerungen kommen würde, so müßten sich die Europäer hiervon distanzieren.

Sodann kommt es zu einem kurzen Gedankenaustausch zwischen PM Lynch und dem Bundeskanzler zu Fragen der Uranversorgung und der Entwicklung der Nuklearenergie. Bundeskanzler bemerkt hierbei, daß F, USA und die SU umfangreiche Programme hätten. Die Abhängigkeit von der Versorgung mit

Fortsetzung Fußnote von Seite 1464

und die technischen Vorbereitungen zur Aufteilung des EG-Importzieles bis 1985 auf die einzelnen Mitgliedstaaten bereits eingeleitet hat." Vgl. den Runderlaß Nr. 86; Referat 012, Bd. 111778.

Uran könne bei Entwicklung des Schnellen Brüters und der WA[36] reduziert werden.

Der stärkere Rückgriff auf die Kohle sei auch nicht einfach.

Es werde schwierig sein, neue Kohleminen zu eröffnen. Schon heute würden wir die Kohleproduktion bis zu über einem Drittel subventionieren. Auf lange Sicht werde Kohle genauso teuer werden wie Öl und Gas. Wir brauchten hierfür enorme Investitionen. Die Eröffnung eines neuen Kohlebergwerks sei kostspieliger als der Bau einer neuen Pipeline.

Bundeskanzler erläutert auf irische Bitte einige Aspekte der TNF-Modernisierung. Er nimmt in diesem Zusammenhang insbesondere zu den technischen Aspekten der Modernisierung im Mittelstreckenbereich durch die SU Stellung, erläutert die Notwendigkeit einer solidarischen Entscheidung innerhalb der NATO, macht einige Bemerkungen zur politischen Führung in der SU und schließt mit dem Hinweis, daß wir einer weltweiten Propagandaaktion der SU entgegengingen. In unseren Reaktionen dürften wir keine Fehler begehen.

Abschließend einigten sich PM *Lynch* und der *Bundeskanzler* über die Behandlung ihrer Gespräche vor der Presse.[37] Über die Pressekonferenz gibt es eine wörtliche Niederschrift des BPA.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 51

294

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

221-372.20/4-1672/79 geheim **15. Oktober 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister[3] mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer III 3

Betr.: MBFR – Boden- und Luftinspektionen;
hier: deutschlandpolitische Aspekte

I. Auf Drängen der Amerikaner, die diesen beiden begleitenden Maßnahmen bei MBFR zur militärischen Aufklärung im östlichen Teil des Raums der Redu-

36 Wiederaufarbeitungsanlage.

37 Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt und des Ministerpräsidenten Lynch am 16. Oktober 1979 in Dublin vgl. den Artikel „Schmidt holt die Iren in die Niederungen des europäischen Alltags zurück"; DIE WELT vom 17. Oktober 1979, S. 2.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik und Vortragendem Legationsrat Ehni konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 17. Oktober 1979 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär van Well am 17. Oktober 1979 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 18. Oktober 1979 vorgelegen.

zierungen zentrale Bedeutung beimessen, haben wir in den allianzinternen Beratungen für ein in die Wiener MBFR-Verhandlungen einzuführendes Paket begleitender Maßnahmen nicht-permanente, nicht-flächendeckende reziproke Boden- und/oder Luftinspektionen grundsätzlich akzeptiert. Offen ist jedoch die Frage, welche Seite die Transportmittel zur Durchführung der Luftinspektionen stellen soll.

1) Hinsichtlich der Gestellung von Transportfahrzeugen bei Boden- und Luftinspektionen haben wir unser Einverständnis damit angedeutet, daß die inspizierende Seite für die Anreise zur Inspektion (u.a. 15 vorgeplante Landepunkte zur Erleichterung der Anreise und zur Beschleunigung des gesamten Inspektionsvorgangs) sowie für die Rückreise von der Inspektion jeweils ihre eigenen Fahrzeuge heranzieht.

2) Um den Amerikanern entgegenzukommen, die dafür eintreten, daß die inspizierende Seite ihre eigenen Transportmittel in allen Phasen der Boden- oder Luftinspektion stellt, hatten wir für die Ausführung der Inspektionen auf dem Territorium und im Luftraum über dem jeweiligen Inspektionsgebiet folgende Regelung vorgeschlagen:

- Für die Bodeninspektionen: Hier stellt die inspizierende Seite entsprechend dem amerikanischen Vorschlag alle Transportmittel; gleichzeitig hat die inspizierte Seite das Recht auf Stellung von Begleitpersonal, das in einem angemessenen Verhältnis zur Stärke des Inspektionsteams stehen muß.
- Für die Luftinspektionen: Hier haben wir bislang daran festgehalten, daß die Transportmittel (Hubschrauber und/oder Flugzeuge sowie die Piloten/Mannschaft) durch die inspizierte Seite gestellt werden. Die Amerikaner dagegen bestehen auf der Benutzung eigener Flugzeuge mit eigener Mannschaft, um von den eigenen technischen Aufklärungsmitteln vollen Gebrauch machen zu können.

II. 1) Unsere bisherige Bewertung von Boden- und Luftinspektionen ist von politischen, insbesondere innen-, europa- und allianzpolitischen Gesichtspunkten der Akzeptabilität solcher Maßnahmen für die Bundesrepublik Deutschland ausgegangen. Wir haben insbesondere die schwerwiegenden Nachteile für die Allianz und die Bundesrepublik Deutschland betont und darauf hingewiesen, daß Boden- und Luftinspektionen

- die Gefahr verstärken, daß sich in Mitteleuropa eine besondere Rüstungskontrollzone herausbildet;
- die westliche Integration im europa- und allianzpolitischen Bereich der Verteidigung beeinträchtigen könnten;
- den Unterschied zwischen MBFR-Teilnehmern mit Territorium innerhalb und denen außerhalb des Raums der Reduzierungen verschärfen;
- auf westlicher Seite die Bundesrepublik Deutschland als Hauptbetroffene belasten;
- unser Verhältnis zu Frankreich stören könnten.

Für Frankreich sind Luftinspektionen mit Flugzeugen/Hubschraubern der östlichen Seite über der Bundesrepublik Deutschland besonders problematisch, da es an MBFR nicht teilnimmt und in der NATO kategorisch festgestellt hat,

daß seine in Deutschland stationierten Truppen (FFA[4]) auf Dauer von allen Inspektionen ausgeschlossen sind. Außerdem besteht die Möglichkeit, daß Luftinspektionen mit Fluggerät der östlichen Seite (Seitenradar, elektronische Aufklärung) nicht nur die in Deutschland stationierten französischen Truppen, sondern auch die in Ostfrankreich befindlichen französischen militärischen Installationen und Verbände erfassen könnten.

2) Unter militärtechnischen und Verifikationsgesichtspunkten sind umfassende Boden- und Luftinspektionen allerdings aus folgenden Gründen bedeutsam:

- Sie erhöhen die westlichen Überwachungsmöglichkeiten im östlichen Teil des Raums der Reduzierungen;
- sie tragen dazu bei, die Transparenz des östlichen militärischen Verhaltens zu verbessern;
- sie erleichtern die Überprüfung der Datenbasis;
- sie ergänzen andere Verifikationsmittel, insbesondere die technischen Aufklärungsmittel (national technical means);
- sie liefern Ergebnisse, die in Verhandlungen mit dem Osten frei verwertbar sind und schützen damit andere Aufklärungsquellen.

3) Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 24.10.1979 wird vom Auswärtigen Amt und BMVg ein Papier vorbereitet, das die Vor- und Nachteile von Luftinspektionen mit Flugzeugen/Hubschraubern der östlichen Seite im einzelnen darstellt.[5]

III. Boden- und Luftinspektionen werfen aber auch Fragen aus deutschlandpolitischer Sicht auf. Jedenfalls Luftinspektionen mit sowjetischem Fluggerät über der Bundesrepublik Deutschland berühren fortbestehende alliierte Vorbehaltsrechte aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, die eine Einschaltung der Drei

4 Forces Françaises en Allemagne.

5 Am 23. Oktober 1979 leitete Ministerialdirektor Blech ein „Gemeinsames Papier AA/BMVg zu Luftinspektionen als Teil eines Pakets begleitender Maßnahmen" an Bundesminister Genscher weiter. In der Aufzeichnung vom 22. Oktober 1979 wurde zur Frage von Luftinspektionen „aus verteidigungspolitischer Sicht" festgestellt: „Ein durch Reduzierungen in dem vorgesehenen engen Raum erzielter ungefährer Kräftegleichstand auf niedrigem Niveau bewirkt, daß im Konfliktfall Angreifer wie Verteidiger in einem noch höheren Maße als jetzt von Verstärkungen, sei es durch Aufwuchs oder Zuführung von außerhalb, abhängig werden. Da nun aber die NATO als Verteidiger auf einen östlichen Angriff reagieren müßte, wird für sie die zu erwartende Warn- und Vorbereitungszeit zu einem entscheidenden Kriterium, an dem Wert und Folgen eines MBFR-Abkommens gemessen werden müssen. [...] Um den für die NATO in Mitteleuropa essentiellen Effekt des Warnzeitgewinns zu erzielen, hält das BMVg – in Übereinstimmung mit den Amerikanern – sowohl Luftinspektionen, zumindest aus mittlerer Höhe, als auch den Einsatz von Transportmitteln der inspizierenden Seite für erforderlich." Vgl. VS-Bd. 14079 (010); B 150, Aktenkopien 1979.
Botschafter Ruth vermerkte am 25. Oktober 1979 zu den Ergebnissen der Sitzung des Bundessicherheitsrats vom Vortag: „Zu den begleitenden Maßnahmen 1 und 4 bzw. Luftinspektionen stellte Staatssekretär van Well die offenen Probleme dar. Bundesminister Apel unterstützte die Position des Auswärtigen Amts für die Maßnahmen 1 und 4, setzte sich bei den Luftinspektionen für die Benutzung von Flugzeugen der inspizierenden Seite ein. Im Ergebnis stellte der Bundeskanzler fest, daß es vernünftig sei, eigene Flugzeuge zu verwenden, daß Luftinspektionen in großer Höhe erfolgen sollten, daß Aufklärungswert solcher Flüge geprüft werden solle, daß Flüge in niedriger Höhe nicht in Frage kommen könnten wegen der bereits vorhandenen Übersättigung des deutschen Luftraums, aus politischen Gründen. Staatssekretär van Well wies auf die Problematik des Artikels 6 des Überleitungsvertrags und die Notwendigkeit ihrer Prüfung hin. Ein Beschluß in dieser Frage wurde nicht gefaßt. Der Bundeskanzler stellte jedoch ausdrücklich fest, daß er dem Auswärtigen Amt in dieser Frage kein rotes Licht gebe." Vgl. VS-Bd. 11287 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

Mächte unter diesem Gesichtspunkt erforderlich machen. Während wir bei MBFR freiwillig und als gleichberechtigte Vertragspartner in vertragliche Verpflichtungen und Belastungen einwilligen, würde unsere Kompetenz hier durch alliierte Vorbehaltsrechte überlagert werden. Spiegelbildlich würde nach der Überlagerung von Kompetenzen durch Vier-Mächte-Rechte in der DDR zu fragen sein.

1) Für die Einrichtung und Durchführung von MBFR-Bodeninspektionen in der Bundesrepublik Deutschland ist zwar die Zustimmung der Drei Mächte (USA, Großbritannien, Frankreich) in Ausübung ihrer Verantwortlichkeiten in bezug auf Deutschland als Ganzes nicht notwendig, doch könnte sich hier die Frage nach einer Nichtberührungsklausel der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes stellen. Die westlichen Alliierten haben nämlich immer wieder betont, daß ihre fortbestehenden Rechte durch MBFR nicht zur Diskussion gestellt werden. Es handelt sich dabei um die Rechte der sowjetischen Militärmissionen in der Bundesrepublik Deutschland und um die Rechte der drei westlichen alliierten Militärmissionen in der DDR, die sich aus dem Drei-Mächte-Abkommen (USA, Großbritannien, Sowjetunion) über den Kontrollmechanismus in Deutschland vom 14.11.1944 (ergänzt für Frankreich am 1.5.1945) ableiten[6] und für die Bundesrepublik Deutschland aufgrund von Artikel 2 des Deutschlandvertrags[7] fortbestehen. Dadurch sind die sowjetischen Militärmissionen bei den drei westlichen Oberbefehlshabern auch in der Lage, Bodeninspektionsfahrten in der Bundesrepublik Deutschland zu unternehmen. Nach der Einrichtung von MBFR-Bodeninspektionen würde es demnach auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland Bodeninspektionen aufgrund von zwei Rechtsquellen geben.

MBFR-Bodeninspektionen in (ganz) Berlin dürften angesichts des entmilitarisierten Status der Stadt außer Betracht bleiben. Inspektionen wären hier jedenfalls nur mit Zustimmung der Vier Mächte und nur durch diese möglich.

2) Für Luftinspektionen ist demgegenüber die Zustimmung der Drei Mächte aufgrund ihrer Vorbehaltsrechte nicht zu umgehen. Artikel 6, zwölfter Teil des Überleitungsvertrags (Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der am 23.10.1954 geänderten Fassung; Bundesgesetzblatt 1955, Teil II, Seite 458) bestimmt folgendes:

[6] Die Protokolle zwischen Großbritannien, der UdSSR und den USA über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin wurden von der Europäischen Beratenden Kommission in London ausgehandelt und am 12. September bzw. 14. November 1944 unterzeichnet, ebenso das Abkommen zwischen Großbritannien, der UdSSR und den USA vom 14. November 1944 über das Kontrollsystem in Deutschland. Am 1. Mai 1945 wurde in London das Abkommen zwischen den Regierungen Großbritanniens, der UdSSR und der USA sowie der Provisorischen Regierung der Französischen Republik betreffend Änderungen des Abkommens vom 14. November 1944 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. DzD II/1, S. 2289–2293 sowie S. 2309 f.

[7] Artikel 2 des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschland-Vertrag): „Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrags verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung. Die von den Drei Mächten beibehaltenen Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland und der Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte bestimmen sich nach den Artikeln 4 und 5 dieses Vertrags." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 306.

„In Ausübung ihrer Verantwortlichkeiten in bezug auf Deutschland als Ganzes werden die Drei Mächte weiterhin die Kontrolle bezüglich der Luftfahrzeuge der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ausüben, die den Luftraum der Bundesrepublik benutzen."

Dies gilt bereits für die Kontrolle des Einflugs sowjetischer Luftfahrzeuge in den Luftraum der Bundesrepublik Deutschland. In der Air Defence Identification Zone entlang der Grenze zur DDR können nur Jagdflugzeuge der Drei Mächte zur Identifizierung eingesetzt werden. Zur Zeit wird sie nur von den USA und Großbritannien durchgeführt; Frankreich beteiligt sich an dieser Praxis nicht. Besonders relevant wird diese Rechtslage für Luftinspektionen der östlichen Seite mit eigenen, d.h. sowjetischen Luftfahrzeugen, im Luftraum der Bundesrepublik Deutschland, d.h. für Überfluggenehmigungen in allen Höhen.

Damit ist für MBFR-Luftinspektionen auch die Zustimmung Frankreichs erforderlich. Während davon ausgegangen werden kann, daß USA und Großbritannien als MBFR-Teilnehmer mit ihrer Zustimmung zu MBFR-Luftinspektionen im Luftraum der Bundesrepublik Deutschland auch ihre Verantwortlichkeit gemäß dem Überleitungsvertrag ausüben, ist auf seiten Frankreichs angesichts seiner kritischen Einstellung zu MBFR ein Veto nicht auszuschließen, insbesondere im Hinblick auf die durch Luftinspektionen mit östlichen Luftfahrzeugen berührten französischen Interessen. Frankreich, das an den MBFR-Beratungen der Allianz in der Regel als Zuhörer teilnimmt, wird immer dann aktiv – und das auf nachdrückliche Weise –, wenn es seine Haltung und seine Interessen gefährdet sieht (so z.B. bei der Behandlung der französischen Datenproblematik in der NATO im November/Dezember 1976[8], bei der bündnisinternen Diskussion der westlichen MBFR-Initiative im November/Dezember 1977[9], bei den NATO-Beratungen zu Inspektionen als Teil der begleitenden Maßnahmen ab Juli 1979). In den Luftkorridoren nach Berlin und in der Berliner Luftkontrollzone müssen die alliierten Vorbehaltsrechte unberührt bleiben. Auch dafür wäre eine Nichtberührungsklausel erforderlich.

3) Falls wir uns gegenüber den Amerikanern auf eine Ausgestaltung der Luftinspektionen bei MBFR einlassen sollten, die den Überflug sowjetischer Luftfahrzeuge über der Bundesrepublik Deutschland einschließt, erscheint deshalb die Einschaltung der Bonner Vierergruppe ratsam, damit die deutschlandpolitischen Aspekte konsultiert werden können.

Die Referate 500 und 514 haben mitgezeichnet.

Die Gesichtspunkte unter III bedürfen noch genauerer rechtlicher und politischer Analyse (u.a. unter dem Aspekt, ob die Logik etwa darauf hinausläuft, daß die Bundesrepublik eine Inspektionsverpflichtung gar nicht für ihr Territorium, sondern nur für die Bundeswehr eingehen kann – ein m.E. von vorn-

[8] Die französische Regierung bestand auf der Nichteinbeziehung französischer Truppen in die Streitkräftedaten, die von den an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten in die Verhandlungen eingebracht wurden. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 198 und Dok. 212, sowie AAPD 1976, II, Dok. 292, Dok. 316, Dok. 335 und Dok. 361.

[9] Nachdem die MBFR-Initiative der Bundesrepublik am 20. Oktober 1977 auf der Sitzung des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene (SPC) der NATO eingeführt worden war, machte Frankreich am 30. November 1977 nochmals seine Bedenken gegen die MBFR-Verhandlungen deutlich. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 353.

herein inakzeptables Ergebnis). Die Aufzeichnung wird dennoch vorgelegt, um die Leitung so schnell wie möglich auf die Problematik aufmerksam zu machen.[10]

Blech

VS-Bd. 11514 (221)

295

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnot

213-322.00 SOW/USA **15. Oktober 1979**[1]

Herrn Staatssekretär zur Unterrichtung[2]

Betr.: „Kuba-Krise Nr. 2" aus sowjetischer Sicht[3]

1) Sowjetische Reaktionen

Die Sowjetunion hat, gemessen an den amerikanischen Aktivitäten, sehr zurückhaltend reagiert:

- erst 3.9. erste offiziöse Stellungnahme zur amerikanischen Alarmmeldung vom 31.8. (in Form eines gelassen-ironischen TASS-Kommentars);
- erst 11.9. erste ausführliche inhaltliche Auseinandersetzung mit den amerikanischen Vorwürfen („Prawda"-Artikel[4]);
- 25.9. kurzes Eingehen auf die „Kuba-Krise" durch Gromyko (in seiner Rede vor der 34. GV[5]); dies bleibt die einzige öffentliche Stellungnahme eines sowjetischen Spitzenpolitikers.

10 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich hinzugefügt.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot und Legationsrat I. Klasse Barker konzipiert.

2 Hat Staatssekretär van Well am 19. Oktober 1979 vorgelegen.

3 Zur Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba vgl. Dok. 259 und Dok. 277.

4 Für den Artikel „Komu i začem ponadobilos'?" vgl. PRAVDA vom 11. September 1979, S. 1. Botschafter Wieck, Moskau, teilte dazu am selben Tag mit: „Beim sowjetischen Dementi in der Stellungnahme der Prawda fällt auf, daß es relativ begrenzt ist und sich letztlich nur auf ‚organisierte sowjetische Kampfeinheit' bezieht, Zahlen werden nicht genannt, auch werden die amerikanischen Zahlenangaben nicht zurückgewiesen. Sowjetische Argumentation konzentriert sich, neben dem Hinweis auf die souveränen Rechte jedes Staates, auf den Punkt, daß in letzter Zeit keine Veränderung in der Situation eingetreten sei, die die amerikanische Aufregung rechtfertigen würde, und daß in jedem Falle aus der Anwesenheit des sowjetischen ‚Lehrpersonals' keine Bedrohung der USA abgeleitet werden könne. Schlußsatz des Artikels deutet an, daß den Sowjets mögliche Auswirkungen auf SALT-Debatte bewußt sind, daß sie aber Verantwortung dafür auf amerikanische Seite abzuwälzen gedenken." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3450; Referat 213, Bd. 133152.

5 Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 25. September 1979 vor der UNO-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 34th Session, Plenary Meetings, S. 112–118.

Inhaltlich blieb die sowjetische Reaktion während des Monats September konstant (sowjetische militärische Ausbilder in Zahl und Auftrag unverändert seit 1962 auf Kuba; keine „organisierten Kampfverbände"; anderslautende Behauptungen seien amerikanische Propaganda).

2) Sowjetische Bewertung des amerikanischen Verhaltens

a) Die Sowjetunion hat (wieder einmal) nicht verstanden, was die USA wollten: Profilierung der Administration für den kommenden Wahlkampf?[6] Diskreditierung Kubas am Vorabend des Blockfreien-Gipfels?[7] Abrücken von den SALT-II-Vereinbarungen[8]? Alle öffentlichen sowjetischen Äußerungen führten die amerikanischen Angriffe auf eine Kombination der drei genannten Motive a) bis c), d.h. personalisiert: auf eine Koalition von Präsidentschaftskandidat, Feinden Kubas und SALT-Gegnern zurück.

Ausgehend von der sowjetischen Bewertung, es handele sich primär um eine inszenierte Krise für den inneramerikanischen Gebrauch, konnte sich Moskau damit begnügen, die Ereignisse „abzusitzen" (sechs Unterredungen Vance/Dobrynin[9], zwei Unterredungen Vance/Gromyko[10] zwischen 10. und 30. September).

b) Der Sowjetunion ist (wieder einmal) das amerikanische crisis management als konfus und widersprüchlich erschienen. Die sowjetische Sicht ist:

Wenn die sowjetische Einheit auf Kuba keine Gefahr für die USA darstellte (so Carter), wieso war dann ihr Verbleib „eine sehr ernste Angelegenheit" (Carter und Vance übereinstimmend)? Wenn die sowjetische Einheit auf Kuba die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen „unausweichlich nachteilig beeinflußt" (Carter in seiner Fernsehansprache am 7.9.[11]), wieso muß dann SALT II unabhängig von diesem Problem gesehen werden (Carter in Interview 9.10.[12])? Wenn die Carter-Administration (z.B. beim Besuch von Deng Xiaoping in USA[13]) beruhigend erklärte, die Normalisierung mit China enthalte keine Spitze gegen die Sowjetunion, wieso erwägen dann Regierungsmitglieder im Verlauf der Kuba-Affäre, den westlichen Verbündeten als Retorsionsmaßnahme eine Intensivierung der Rüstungsgeschäfte mit China zu empfehlen? Wenn die US-Regierung von der Existenz einer sowjetischen Kampfbrigade auf Kuba überzeugt

6 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

7 Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt. Vgl. dazu Dok. 266, Anm. 4 und Anm. 7.

8 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

9 Der amerikanische Außenminister Vance und der sowjetische Botschafter Dobrynin führten am 10., 12., 14. und 17. September 1979 in Washington Gespräche über die Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1979, Z 179 und Z 187.

10 Der amerikanische Außenminister Vance und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 24. und 27. September 1979 am Rande der UNO-Generalversammlung in New York zu Gesprächen über die Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba zusammen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1979, Z 187 f.

11 Für den Wortlaut der Ausführungen des Präsidenten Carter am 7. September 1979 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 1602 f.

12 Korrigiert aus: „9.9."
Für den Wortlaut des Pressegesprächs des Präsidenten Carter am 9. Oktober 1979 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 1836–1846.

13 Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping hielt sich vom 29. Januar bis 4. Februar 1979 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 37.

ist und dabei auf „intensivierte nachrichtendienstliche Bemühungen" verweist (Carter in seiner Fernsehansprache 7.9.), wieso tritt sie dann nicht den Beweis an, sondern übernimmt vielmehr die sowjetische Version vom „Ausbildungszentrum"[14]?

3) Auswirkungen auf das sowjetisch-amerikanische Verhältnis

Der Ablauf der „Kuba-Krise Nr. 2" hat eine vierfache beunruhigende Auswirkung auf das bilaterale Verhältnis der beiden Supermächte:

a) Die Sowjetunion hat erreicht, daß die USA eine Stationierung sowjetischen Militärpersonals in der westlichen Hemisphäre nicht nur stillschweigend duldet, sondern öffentlich hinnimmt.

b) Die Sowjetunion hat erreicht, daß die US-Regierung in einer von ihr als ernst bezeichneten Angelegenheit vor sowjetischer Intransigenz zurückwich und schließlich zur Gesichtswahrung sogar die sowjetische Version vom „Ausbildungszentrum" (wenn auch strikt auf die zukünftige Aufgabenstellung bezogen) übernahm.

c) Die Kuba-Affäre ist der spektakulärste, aber nicht der erste Fall, in dem Carter die Kraftprobe mit Moskau suchte und dabei unterlag (vgl. Frage amerikanischer Computerlieferungen für die Olympiade 1980[15], vgl. Menschenrechtskampagne). Der Vergleich mit Kennedys crisis management bei der Kubakrise 1962[16] muß sich Moskau aufdrängen. Die sowjetischen Zweifel an Carters politischen Fähigkeiten müssen jetzt in einem Maße zugenommen haben, daß er vermutlich nicht mehr als ebenbürtiger politischer Partner eingestuft wird.[17]

14 Am 1. Oktober 1979 erklärte Präsident Carter in einer Fernsehansprache, daß die amerikanische Regierung in den vergangenen drei Wochen ausführlich mit Regierungsvertretern der UdSSR über die Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba gesprochen habe. Die sowjetische Seite habe dabei betont, daß es sich bei den Truppen lediglich um das Personal eines Ausbildungszentrums und nicht um Kampfeinheiten handele. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 1803 f.
Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 2. Oktober 1979, der amerikanische Botschafter in Moskau, Toon, habe in der „Vierer-Runde" mitgeteilt, „daß die von Präsident Carter in seiner Fernsehansprache angeführten sowjetischen Zusagen mündlich von AM Gromyko AM Vance und schriftlich von Breschnew Präsident Carter übermittelt worden sind. Diese expliziten Zusagen beziehen sich auf den Charakter der Einheit als Ausbildungszentrum, auf den Verzicht auf Änderung ihres Charakters, auf die Zusicherung, die USA oder einen anderen Staat nicht zu bedrohen, und auf die Bestätigung, daß SU nach wie vor an Vereinbarungen von 1962 und 1970 gebunden. Andere von Carter ausgesprochene Erwartungen (keine Vergrößerung der Einheit und keine Erhöhung des Potentials) ergeben sich allenfalls aus dem Kontext, nicht jedoch direkt aus den schriftlichen Zusicherungen der sowjetischen Seite." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3772; Referat 201, Bd. 120163.

15 Die XXII. Olympischen Spiele fanden vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau statt.

16 Zur Kuba-Krise von 1962 vgl. Dok. 132, Anm. 20.

17 Am 2. Oktober 1979 resümierte Botschafter Wieck, Moskau, eine Stellungnahme der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS zur Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba: „TASS-Bericht über Rede Carters am Queens College in New York, abgedruckt in der Zentralpresse vom 28.9., enthält direkte Angriffe auf den Präsidenten selbst, wie sie in dieser Schärfe bisher nicht üblich waren. [...] Kritik an Carter zeigt Ausmaß der sowjetischen Verärgerung über die Behandlung des Kuba-Themas durch die Administration. Sie gibt zu verstehen, daß Carter trotz des Wiener Gipfels und seiner Unterschrift unter SALT II nicht damit rechnen kann, daß ihm die sowjetische Seite durch Konzessionen bei der Bewältigung seiner innenpolitischen Probleme ‚beisteht'. Im Gegenteil, der TASS-Bericht muß beim Leser Zweifel daran wecken, daß Carter ein verläßlicher und stetiger außenpolitischer Partner ist. Es könnte deshalb erstes offenes Zeichen sowjetischer Skepsis gegenüber den politischen Überlebenschancen des Präsidenten sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3763; Referat 213, Bd. 133152.

d) Am gravierendsten ist der Moskauer Zugewinn an Selbsteinschätzung im Verhältnis zu den USA. Die SU hat sich bis in die 70er Jahre gegenüber den USA als „Weltmacht zweiter Klasse" gefühlt und daraus – ähnlich wie die DDR vor 1972 gegenüber uns – einen Anerkennungsdruck abgeleitet, der das sowjetisch-amerikanische Verhältnis beeinflußte. In sowjetischer Sicht hat erst die Unterzeichnung von SALT II im Juni d.J. den vollen Durchbruch zur verbrieften Parität mit den USA gebracht. Jetzt sieht sich die SU bereits einen Schritt weiter: Sowjetische Hartnäckigkeit hat amerikanisches Einlenken bewirkt. Die Gefahr besteht, daß diese neue Erfahrung die sowjetische Führung zu mehr Risikobereitschaft im Umgang mit den USA ermutigt und daß amerikanische Warnungen vor einer Eskalation ignoriert werden, weil sie dieses Mal ungestraft ignoriert werden konnten.

Referat 204 hat mitgezeichnet.

Arnot

Referat 213, Bd. 133141

296

Aufzeichnung der Abteilung 2

220-370.70 SOW-1664/79 VS-vertraulich **15. Oktober 1979**[1]

Betr.: Breschnew-Rede[2];
hier: Analyse

I. Charakterisierung

1) Die von Generalsekretär Breschnew behandelten Themen haben einen aktuellen Bezug zu der laufenden sicherheits- und rüstungskontrollpolitischen Diskussion. Die Rede erlaubt Rückschlüsse auf die sowjetische Position im Entspannungsprozeß und auf den rüstungskontrollpolitischen Dialog zwischen Ost und West angesichts der für die Herstellung der militärischen Stabilität im Ost-West-Verhältnis erforderlichen Kombination von verteidigungspolitischen Maßnahmen und konkreten rüstungskontrollpolitischen Bemühungen. Das zentrale Thema ist dabei die für Ende ds.Js. vorgesehene Entscheidung des

[1] Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat Heyken am 19. Oktober 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot, Ministerialdirigent Lücking „n[ach] R[ückkehr]", Vortragende Legationsrätin Wannow, Legationsrat I. Klasse Barker und Amtsrat Schlote verfügte.
Hat Arnot am 19. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Barker und Schlote am 24. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Wannow am 29. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Lücking vorgelegen.

[2] Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. den Artikel „Entstehung und Festigung der DDR sind ein historischer Sieg"; NEUES DEUTSCHLAND vom 7. Oktober 1979, S. 3f. Vgl. dazu auch Dok. 287.

Bündnisses im Bereich der nuklearen Mittelstreckenwaffen (Long Range Theater Nuclear Forces = LRTNF).[3]

2) Folgende Elemente sind in der Rede Breschnews enthalten:

- konstruktive rüstungskontrollpolitische Ansätze (SALT III, vertrauensbildende Maßnahmen),
- publikumswirksame und zu begrüßende Ankündigung einer einseitigen sowjetischen Leistung (Truppenabzug),
- nicht belegte und leicht widerlegbare Behauptung eines bestehenden Mittelstreckengleichgewichts unter Verwendung einseitiger Beurteilungskriterien[4],
- Warnung vor LRTNF-Stationierung der NATO und Versuch der Beeinflussung der bevorstehenden NATO-Entscheidung,
- unausgewogenes Angebot im Mittelstreckenbereich unter der Vorbedingung des NATO-Verzichts auf LRTNF-Stationierung,
- Androhung politischer und rüstungspolitischer Konsequenzen im Falle einer positiven Stationierungsentscheidung des Bündnisses.

3) Das Hauptziel Breschnews besteht offenkundig darin, auf die LRTNF-Entscheidungen des Bündnisses Einfluß zu nehmen. Durch die Rede wird die seit längerem andauernde sowjetische Polemik[5] gegen diese Entscheidungen auf die höchste politische Ebene der Sowjetunion gehoben. Breschnew identifiziert sich persönlich mit ihr und gibt ihr damit zusätzliches Gewicht.

4) Adressat der Rede sind in erster Linie die Europäer. Die Vereinigten Staaten werden nur im Zusammenhang mit der Besorgnis vor der Stationierung von „amerikanischen Raketen und Kernwaffen neuen Typs" erwähnt. Die Rede Breschnews dürfte auch von der Hoffnung motiviert sein, die Bündnispartner in der Frage der LRTNF-Entscheidung auseinanderzudividieren. Durch die Heraushebung der Bundesrepublik Deutschland wird versucht, ihr eine besonders singuläre Lage und Verantwortung zuzuschreiben.

5) Es ist damit zu rechnen, daß nach der Rede Breschnews die östliche Polemik gegen die LRTNF weiter intensiviert wird. Es stellt sich die doppelte Frage,

a) wie eine den Interessen des Westens abträgliche Einflußnahme auf die LRTNF-Entscheidung des Bündnisses verhindert werden kann,

3 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

4 Legationsrat I. Klasse Gruber vermerkte am 10. Oktober 1979 zu den Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin: „Breschnew widerspricht implizite seiner eigenen Behauptung, es bestünde im Mittelstreckenbereich derzeit ein Gleichgewicht. Denn wenn es bestünde, könnte er ja kaum eine Reduzierung dislozierten sowjetischen Potentials als Gegenleistung gegen einen Verzicht auf erst geplante Stationierung anbieten. Bei Einschluß der Mittelstreckenbomber zusätzlich zu den -raketen in das kontinentalstrategische Potential und bei Zugrundelegung der Gefechtsköpfe als Zählkriterien hat die Sowjetunion derzeit ein Übergewicht von 1690:400 bei den landgestützten Mittelstreckenwaffen. Selbst nach einer LRTNF-Modernisierung würde die numerische Parität bei den Mittelstreckensprengköpfen bei weitem nicht erreicht." Vgl. VS-Bd. 10550 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Vgl. dazu die Behandlung der geplanten TNF-Modernisierung der NATO in den sowjetischen Medien; Dok. 253, Anm. 8.

b) ob und wie die Aussagen Breschnews für SALT III, MBFR, KSZE und insbesondere für den rüstungskontrollpolitischen Vorschlag des Bündnisses im LRTNF-Bereich genutzt werden können.

II. Inhalt

l) Zum nuklearen Mittelstreckenproblem

a) Vorschlag Breschnews:

Die Sowjetunion ist bereit, die Zahl der Träger mittlerer Reichweite im westlichen Gebiet der Sowjetunion zu reduzieren unter der Voraussetzung, daß in Westeuropa „keine zusätzlichen Kernwaffenträger mittlerer Reichweite" stationiert werden.

b) Behauptete sowjetische Position:

In der Rede Breschnews wird die These vertreten, die Sowjetunion strebe nicht nach militärischer Überlegenheit, sie bedrohe niemanden und rüste nicht mehr, als ihren Verteidigungsbedürfnissen entspreche. In den letzten zehn Jahren sei die Zahl der in der europäischen Sowjetunion dislozierten Abschußrampen für Mittelstreckenraketen und die Stärke der Sprengköpfe dieser Raketen verringert worden. Ebenso habe sich die Zahl der Mittelstreckenbomber verringert. Außerhalb der Sowjetunion seien keine Mittelstreckenwaffen dislozíert.

Mit dieser Feststellung wird die Drohung verbunden, daß eine NATO-LRTNF-Modernisierung mit verstärkter sowjetischer Aufrüstung beantwortet werde.

c) Kritik an der vorgesehenen westlichen Entscheidung. Breschnew behauptet, mit der LRTNF-Modernisierung

- wolle sich die NATO ein militärisches Übergewicht verschaffen,
- werde das in Europa entstandene Kräftegleichgewicht gestört,
- werde die internationale Atmosphäre vergiftet.

d) Appell an die Bundesregierung

Breschnew stellt fest, der Bundesrepublik Deutschland komme bei der LRTNF-Modernisierung eine Schlüsselrolle zu. Den für ihre Politik Verantwortlichen stellten sich die Alternativen:

- Fortführung der auf gegenseitigem Vorteil beruhenden Ost-West-Zusammenarbeit,
- Verschärfung der Situation durch Zustimmung zur LRTNF-Dislozierung. Dies wird verbunden mit der Drohung mit der erhöhten Gefahr von sowjetischen Gegenschlägen im Konfliktfall.

Die übrigen Stationierungsländer werden von Breschnew eher beiläufig erwähnt.

2) Zum einseitigen Truppenabzug

a) Vorschlag:

Die Sowjetunion wird innerhalb der nächsten zwölf Monate bis zu 20 000 Mann sowjetisches Militärpersonal, 1000 Panzer sowie andere Militärtechnik aus der DDR abziehen.

b) Dieser Vorschlag wird verbunden mit der Hoffnung, die Bemühungen um „die militärische Entspannung in Europa über den toten Punkt zu bringen".

c) Die Ausführung der Ankündigung ist an keine ausdrücklich festgestellte Gegenleistung des Westens gebunden.

3) Vertrauensbildende Maßnahmen

a) Vorschlag:

Die Sowjetunion ist bereit zu folgenden Maßnahmen:

- Verlängerung der Ankündigungsfrist für Manöver (bisher 21 Tage[6]),
- Senkung der Ankündigungsschwelle für Manöver von 25000 auf 20000 Mann,
- Vorankündigung von militärischen Bewegungen mit Landstreitkräften, deren Stärke 20000 Mann übersteigt,
- auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Truppenübungen mit über 40–50000 Mann nicht durchzuführen.

b) Breschnew erinnert an frühere Vorschläge „zur Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten". Es ist davon auszugehen, daß er hier an Vorschläge des Warschauer Pakts wie den Nichtersteinsatz von nuklearen und konventionellen Waffen denkt.[7]

c) Zum Forum für die Behandlung der vertrauensbildenden Maßnahmen erinnert Breschnew an den Vorschlag der Einberufung einer „gesamteuropäischen Konferenz auf politischer Ebene".[8]

4) Negative Sicherheitsgarantie

Entsprechend der von Gromyko auf der Sondergeneralversammlung der VN für Abrüstung 1978 gegebenen Erklärung[9] gibt Breschnew die „feierliche Bekräftigung", daß die Sowjetunion niemals Kernwaffen gegen diejenigen Staaten einsetzen wird, die auf Herstellung und Erwerb solcher Waffen verzichten und sie nicht auf ihrem Territorium haben.

III. Bewertung

1) Zum Mittelstreckenproblem

a) Der Vorschlag Breschnews, die Zahl der Kernwaffenträger mittlerer Reichweite zu verringern, bezieht sich ausschließlich auf den westlichen Teil der Sowjetunion. Damit bleibt die Möglichkeit

- außerhalb der westlichen Sowjetunion moderne Systeme großer Reichweite in unbegrenzter Zahl zu dislozieren,

6 Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; Dok. 38, Anm. 19.

7 Die UdSSR legte am 28. September 1976 in der UNO-Generalversammlung einen Entwurf für einen Weltvertrag über Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen vor. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 194–196. Vgl. dazu ferner AAPD 1976, II, Dok. 307 und Dok. 312.

8 Zum Vorschlag der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts, im Rahmen der KSZE eine Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen abzuhalten, vgl. Dok. 148, Anm. 25.

9 Der sowjetische Außenminister Gromyko führte am 26. Mai 1978 vor der UNO-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York aus: „From the rostrum of the UN special session our country declares that the Soviet Union will never use nuclear weapons against those States which renounce the production and acquisition of such weapons and do not have them on their territories." Vgl. das Redemanuskript; Referat 222, Bd. 113001. Für den deutschen Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XVI (1978), S. 246.

– die Verringerung der Kernwaffenträger in der westlichen Sowjetunion dadurch vorzunehmen, daß mobile Systeme mit größerer Reichweite (SS-20) in den Osten verlegt werden.

Das Angebot richtet sich in der Rede ausschließlich auf Kernwaffenträger. Dies bedeutet, daß

– ältere Systeme (SS-4, SS-5) mit einfachem Sprengkopf durch modernere Systeme mit Dreifachsprengköpfen (SS-20) ersetzt werden können,
– bei sinkender Trägerzahl in der westlichen Sowjetunion die Sprengkopfzahl konstant bleiben oder sogar erhöht werden kann.

Damit würde die Sowjetunion bei einem Eingehen auf den Vorschlag Breschnews ihr Europa bedrohendes Potential erhalten und möglicherweise noch verstärken können. Der Westen würde dagegen auf die Möglichkeit einer verteidigungspolitischen Antwort auf diese Bedrohung verzichten.

b) Breschnew stellt fest, daß die Sowjetunion in den letzten zehn Jahren im europäischen Teil des Landes die Zahl der Kernwaffenträger nicht erhöht habe. Diese Behauptung kann hinsichtlich der Träger zutreffen, zu beachten ist jedoch, daß

– in dieser Zeit ältere Systeme (SS-4, SS-5) durch moderne Systeme (SS-20) ersetzt wurden,
– dieses moderne System mit Dreifachsprengköpfen ausgerüstet ist und jeweils über zwei Nachladeraketen verfügt,
– sich somit die Zahl der Gefechtsköpfe bei angenommener gleicher Starterzahl erheblich vergrößert hat,
– die hohe Treffgenauigkeit des neuen Waffensystems eine Verkleinerung der Sprengköpfe ermöglicht, ohne an Wirksamkeit einzubüßen,
– dieses System bei großer Reichweite mobil ist und sich somit kaum abdecken läßt.

Trotz möglicher Verringerung der Zahl der Kernwaffenträger hat sich damit die Bedrohung für die NATO erheblich erhöht.

c) Die Behauptung, der Westen sei im Begriff, sich durch Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen ein militärisches Übergewicht zu verschaffen, ist unrichtig, und zwar aus folgenden Gründen:

– Die Sowjetunion verfügt über ein absolutes Übergewicht an Mittelstreckenraketen. Außer 18 französischen Raketen gibt es derzeit kein westliches vergleichbares Potential. Die Sowjetunion verfügt dagegen gemäß Verteidigungsweißbuch der Bundesregierung über 600 Mittelstreckenraketen.[10] Davon sind 100 Raketen vom Typ SS-20, die mit drei Sprengköpfen bestückt sind, das sind unter Außerachtlassung der Nachladekapazität bei der SS-20 800 Sprengköpfe.
– Die Modernisierungspläne des Westens sehen nicht nur keine Überlegenheit im Mittelstreckenbereich vor, sie werden erheblich unter dem für die sowjetische Rüstung vorgegebenen Niveau liegen. Hierbei ist auch zu bedenken, daß die sowjetische Modernisierung mit SS-20 weiter zunimmt und daß da-

[10] Vgl. dazu WEISSBUCH 1979, S. 105 f.

mit die Sprengkopfüberlegenheit in den nächsten Jahren wachsen wird. Es wird gegenwärtig mit der Zuführung von 50 neuen Raketen des Typs SS-20 pro Jahr gerechnet.

d) Breschnew spricht in seiner Rede durchgängig von den Gefahren der Stationierung neuer Kernwaffenträger. Daraus kann möglicherweise geschlossen werden, daß die Sowjetunion zum Schluß gekommen ist, die Modernisierungsentscheidung des Bündnisses nicht verhindern zu können. Sie könnte daraus die Konsequenz gezogen haben, daß es zweckmäßig ist zu versuchen, die Zeit bis zur tatsächlichen Stationierung der neuen Systeme zu nutzen, um auf diese Stationierung Einfluß zu nehmen.

e) Breschnew stellt klar, daß die Sowjetunion zur Fortsetzung des SALT-Prozesses in SALT III bereit ist und daß neben interkontinentalen Waffen auch die Möglichkeit der Begrenzung anderer Waffen erörtert werden könne. In diesem Zusammenhang wird nicht ausdrücklich auf die mögliche Einbeziehung von Mittelstreckenwaffen Bezug genommen, ihre Einbeziehung wird jedoch auch nicht ausgeschlossen.

Damit ist auch die Frage offengeblieben, ob Breschnew seinen Vorschlag zum Mittelstreckenproblem als Vorbedingung für den Eintritt in Verhandlungen über dieses Thema betrachtet oder nur als ersten Verhandlungszug, um die sowjetische Ausgangslage für diese Verhandlungen zu markieren.

f) Der in der Breschnew-Rede enthaltene konkrete Vorschlag stellt für den Westen kein diskutables Rüstungskontrollangebot dar. Er zeigt jedoch, daß die Sowjetunion

- mit einer positiven Entscheidung des Bündnisses rechnet,
- nicht bestreitet, daß im Mittelstreckenbereich für den Westen ein ernstes Problem besteht, und daß die westlichen Entscheidungen darauf antworten,
- sich auf eine rüstungskontrollpolitische Erörterung der Mittelstreckenproblematik einstellt.

Damit enthält die Rede Breschnews neben massiver Polemik und dem Versuch der Einschüchterung in diesem Teil auch positive Ansätze für den vorgesehenen westlichen Verhandlungsvorschlag über LRTNF. Das bedeutet aber, daß sich aus der Rede Breschnews möglicherweise eine Zunahme der Glaubwürdigkeit des westlichen Verhandlungsangebots ergeben wird.

2) Vorschlag zur Truppenreduzierung

a) Bei dem Vorschlag, in den nächsten zwölf Monaten 20000 Mann und 1000 Panzer sowie anderes militärisches Gerät abzuziehen, handelt es sich um eine einseitige sowjetische Leistung. Er dient offensichtlich dazu, die Bereitschaft der Sowjetunion zu Fortschritten im Bereich der „militärischen Entspannung" zu unterstreichen.

b) Die militärische Bedeutung dieses Schrittes wird wesentlich von den Modalitäten abhängen, die die Verwirklichung der Ankündigung begleiten werden:

- Um welches Personal wird es sich handeln?
- Wird in Verbänden abgezogen?
- Wohin werden die Truppen verlegt?
- Wird nach Reduzierung das niedrigere Niveau eingehalten?

– Welche Panzer sollen abgezogen werden?

c) Unabhängig von der Beantwortung dieser Frage handelt es sich um einen Schritt, dessen Bedeutung darin liegt, daß die Sowjetunion

– in der Lage ist, einseitige Verminderungen im Raum der Reduzierungen zu verkraften,
– offensichtlich die politische Lage in Mitteleuropa so einschätzt, daß die Ankündigung der Verminderung ihrer Präsenz politisch unproblematisch ist.

d) Bei der Beurteilung der militärischen Bedeutung dieses Schrittes ist allerdings das Kräfteverhältnis beim Personal der Landstreitkräfte zu berücksichtigen:

– 962000[11] Soldaten des Warschauer Pakts stehen 791000[12] Soldaten des Westens gegenüber. Damit liegt eine Diskrepanz von über 170000[13] Mann vor.
– Davon sind 472000 sowjetische Soldaten.
– Davon sind 370000 sowjetische Soldaten in der DDR.

Das heißt, die Überlegenheit des Warschauer Pakts beim Personalbestand wird nicht entscheidend verringert. Die Disparität würde um etwa fünf Prozent reduziert. Gleichwohl handelt es sich um einen wichtigen symbolischen Schritt. Es ist davon auszugehen, daß sich die Sowjetunion eine positive öffentliche Wirkung davon verspricht.

e) Nicht angesprochen wurde von Breschnew das Verhältnis zu MBFR. Es ist denkbar, daß es sich handelt

– um ein Signal erhöhter Bewegungsbereitschaft in der Datendiskussion und bei den Verhandlungen überhaupt,
– oder möglicherweise um den Versuch, die Datendiskussion zu umgehen und durch die einseitige Maßnahme Druck auf ein Nachgeben des Westens in der Datendiskussion zu erzeugen.

f) Zur Beurteilung der sowjetischen Ankündigung ist auch zu berücksichtigen, daß es sich bei den 20000 Mann dem Umfang nach um den ursprünglich im MBFR-Vorschlag des Warschauer Pakts enthaltenen ersten Schritt handelt.[14] Die Verminderung von 20000 Mann war schon 1973 für eine erste Phase vorgeschlagen worden. Daraus kann geschlossen werden, daß die Sowjetunion auch diesen Schritt nicht unbedingt außerhalb des MBFR-Rahmens sehen muß. Jedenfalls wäre der Schluß verfrüht, vom Angebot Breschnews her auf eine MBFR-Müdigkeit der Sowjetunion zu schließen. Diese Frage wird in den Verhandlungen in Wien beantwortet werden müssen.

11 Korrigiert aus: „96200".
12 Korrigiert aus: „79100".
13 Korrigiert aus: „17000".
14 Am 8. November 1973 brachte die sowjetische MBFR-Delegation den Entwurf eines „Abkommens über die Verminderung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa" ein. Dieser sah für 1974 den Abschluß der MBFR-Verhandlungen vor. In drei Phasen bis 1977 sollten Reduzierungen der Streitkräfte aller direkten MBFR-Teilnehmer ohne Ungarn vorgenommen werden. Die Reduzierungen sollten die ausländischen und nationalen Streitkräfte umfassen. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 369.

3) Vertrauensbildende Maßnahmen

a) Die Vorschläge Breschnews zu den vertrauensbildenden Maßnahmen sind der konkreteste Teil der Rede. Sie sind gleichzeitig der Bestandteil, an den der Westen in der weiteren Entwicklung seiner Position zu den vertrauensbildenden Maßnahmen unmittelbar anknüpfen kann.

b) Breschnew greift mit den Vorschlägen zu den veränderten Modalitäten bei

- Verlängerung der Ankündigungsfrist für Manöver,
- Senkung der Ankündigungsschwelle für Manöver,
- Vorankündigung von militärischen Bewegungen

auf Vorschläge zurück, die der Westen schon bei der Belgrader Folgekonferenz zur KSZE[15] auf den Tisch gelegt hat und die von den nichtgebundenen und neutralen Teilnehmern der KSZE unterstützt wurden. Es ist deshalb davon auszugehen, daß bei diesen Vorschlägen die Chance einer Ost-West-Einigung besonders groß ist.

c) Der Vorschlag, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit Truppenübungen mit über 40–50 000 Mann nicht durchzuführen, war von der Sowjetunion auf der Belgrader Folgekonferenz gemacht worden. Dieser Vorschlag war im Bündnis skeptisch aufgenommen worden, ist jedoch noch nicht abschließend beschieden.

d) Neben den konkreten zitierten Vorschlägen erinnert Breschnew allgemein an frühere Ideen in diesem Zusammenhang. Es kann angenommen werden, daß er dabei besonders an den Vorschlag des Warschauer Pakts für einen Nichtersteinsatz nuklearer und konventioneller Waffen und an den Gedanken eines Nichtangriffspaktes[16] denkt. Zu beiden Überlegungen ist die Haltung der NATO-Staaten skeptisch bis ablehnend.

e) Interessant ist auch die Äußerung Breschnews zu der möglichen Form einer Behandlung vertrauensbildender Maßnahmen. Breschnew wiederholt den Vorschlag des Warschauer Pakts, über CBMs auf einer gesamteuropäischen Konferenz über „militärische Entspannung" zu verhandeln und diese Konferenz auf politischer Ebene stattfinden zu lassen. Dieser Vorschlag stellt eine Alternative zum französischen Vorschlag einer Europäischen Abrüstungskonferenz dar.[17] Gleichzeitig bietet er aber auch Ansätze für die Weiterentwicklung des französischen Vorschlags für eine Europäische Abrüstungskonferenz. Das Madrider KSZE-Folgetreffen[18] wird Gelegenheit geben, über das wichtige Thema der vertrauensbildenden Maßnahmen und den Gedanken einer Europäischen Abrüstungskonferenz zu sprechen. Das von Breschnew bekundete Interesse an den begleitenden Maßnahmen entspricht dem Wert, den der Westen von Anfang an auf die Aufnahme der vertrauensbildenden Maßnahmen in den KSZE-

15 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Zu den Verhandlungen über vertrauensbildende Maßnahmen vgl. AAPD 1978, I, Dok. 7.

16 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 2. März 1979 für einen Nichtangriffspakt zwischen den KSZE-Teilnehmerstaaten vgl. Dok. 130.

17 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 270, Anm. 7.

18 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

Zusammenhang und auf ihre Weiterentwicklung gelegt hat. Hier ergeben sich besonders konkrete Ansätze für die Diskussion der nächsten Monate.

4) Negative Sicherheitsgarantien

Die Wiederholung der sowjetischen Garantie für Nichtnuklearstaaten und Staaten, die keine Nuklearwaffen auf ihrem Territorium stationieren lassen, entspricht der hauptsächlichen Zielsetzung der Rede Breschnews, die LRTNF-Entscheidung des Bündnisses zu erschweren. Sie richten sich an die Bündnisstaaten, in denen noch keine Nuklearwaffen stationiert sind. Das entsprechende Angebot verfehlte jedoch bereits seine Wirkung, als Außenminister Gromyko es im Mai 1978 vor der Sondergeneralversammlung der VN über Abrüstung machte. Die Sowjetunion dürfte sich über die geringe Wirksamkeit dieses Vorschlags im klaren sein.

5) Allgemeine Bewertung

a) Die Polemik Breschnews gegen die LRTNF-Entscheidungen des Bündnisses ist mit propagandistischen Übertreibungen und eindeutigen Folgerungen und Einschüchterungsversuchen verbunden. Es ist jedoch bemerkenswert, daß Breschnew keine ultimativen Forderungen stellt. Vor allem ist festzuhalten, daß neben der Polemik Vorschläge stehen, die Ansatzpunkte für die Fortsetzung eines konstruktiven Dialogs bieten.

b) Es ist bemerkenswert, daß sich alle Vorschläge Breschnews, mit Ausnahme der Bereitschaft zur Fortsetzung des SALT-Prozesses, an die Europäer richten und die Vereinigten Staaten unerwähnt lassen. Aus dieser durchgängig feststellbaren Tendenz ist zu schließen, daß Breschnew mit seiner Rede den Versuch einleitet, die Vereinigten Staaten und die Europäer in einen Interessengegensatz zueinander zu bringen. Möglicherweise sieht er sich dazu ermutigt, durch die inneramerikanische Problematik im Zusammenhang mit SALT II[19] und durch die bereits in Europa laut gewordenen Warnungen vor einer Bereitschaft der Europäer, sich zum Waffenträger der Amerikaner machen zu lassen.

c) Dieser Tendenz der Differenzierung zwischen Europäern und Amerikanern entspricht auch der Versuch, das LRTNF-Problem als eurostrategisches Problem[20] einzugrenzen. Es ist davon auszugehen, daß in diesem Versuch Hinweise auf eine künftige Haltung der Sowjetunion in Verhandlungen über LRTNF zu sehen sind.

d) Es ist nicht auszuschließen, daß sich in der Verbindung zwischen Polemik und konkreten Vorschlägen auch die Kenntnis der Sowjetunion niederschlägt, daß im Interesse eines stabilen Kräfteverhältnisses der anderen Seite das Recht zu verteidigungspolitischen Maßnahmen nicht abgesprochen werden kann, die sich am Ziel der Stabilisierung orientieren. Auch hier liegt möglicherweise ein positiver Hinweis darauf, daß die Sowjetunion ihre Polemik gegen die LRTNF-Entscheidung zwar unverändert fortführen wird, daß sie aber bei entsprechender Präsentation des Westens der Fortsetzung des rüstungskontrollpolitischen

19 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 274, Anm. 10.

20 Die Wörter „eurostrategisches Problem" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dies widerspricht laufender sowjetischer Argumentation."

Dialogs Vorrang einräumen wird. Auch hier bestätigt sich die Zweckmäßigkeit des kombinierten westlichen Vorgehens.

IV. Bisherige NATO-Reaktion

1) Die Ständigen Vertreter bei der NATO haben sich in einer ersten Prüfung der Rede Breschnews auf folgendes geeinigt:

„Es bestand Einvernehmen darüber, daß die Rede in der Allianz sehr genau analysiert werden müsse. Einige positive Elemente seien zu begrüßen, z. B.

- die Entscheidung, bis zu 20000 sowjetische Truppen und 1000 Panzer aus der DDR zurückzuziehen;
- die sowjetische Bereitschaft, nach Ratifikation von SALT II in SALT III außer über interkontinentale auch über andere Waffensysteme zu verhandeln;
- die CBM-Vorschläge.

Auf der anderen Seite waren sich alle Sprecher darin einig, daß Breschnews Vorschläge in erster Linie darauf abzielen, die TNF-Modernisierung der NATO zu verhindern.

Es bestand weiterhin Einigkeit, daß die faktischen Unrichtigkeiten, welche die Breschnew-Rede enthält, in der Öffentlichkeitsarbeit richtiggestellt werden sollen und daß die Allianz sich in der Vorbereitung ihrer Doppelentscheidung für Dezember nicht stören lassen darf. Generalsekretär[21] und einige Botschafter vertraten die Ansicht, daß nur so der Détente-Prozeß letztlich vorangetrieben werden könne. Im übrigen sei die baldige Verabschiedung einer Datenbasis für LRTNF nun noch dringlicher."

2) Im Rahmen der NATO wird die Analyse der Rede Breschnews fortgesetzt.[22]

V. Positive Elemente

1) Neben einem ausgesprochen polemischen Teil gegen die LRTNF-Modernisierung, der politische und rüstungspolitische Konsequenzen für den Fall der LRTNF-Modernisierung androht, enthält die Rede Ansätze für eine Fortsetzung des bisherigen sicherheitspolitischen Ost-West-Dialogs. In der Rede wird dieser Dialog nicht ultimativ in Frage gestellt. Vielmehr wird die Polemik mit konkreten Vorschlägen im Bereich der Rüstungskontrolle verbunden.

2) Diese Vorschläge beziehen sich

- auf die Bereitschaft, Verhandlungen zu SALT III unmittelbar nach Inkrafttreten von SALT II zu beginnen und nicht nur die Begrenzung interkontinentaler, sondern auch anderer Waffen zu erörtern;
- auf die Bereitschaft, die vertrauensbildenden Maßnahmen weiterzuentwikkeln und dabei auch ursprünglich westliche Überlegungen aufzugreifen.

21 Joseph Luns.

22 Am 15. Oktober 1979 berichtete Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), er habe am selben Tag im Ständigen NATO-Rat zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin dargelegt: „Zur ‚synoptischen Analyse' gehörten auch die Drohungen und Einschüchterungsversuche, die in der Breschnew-Rede vorkämen und die sich besonders gegen die Bundesrepublik Deutschland und die europäischen Verbündeten richteten. Wenn wir im Dezember mit der Doppelentscheidung nicht zu Rande kämen und in der Welt der Eindruck um sich greife, daß die NATO durch die Sowjetunion eingeschüchtert worden sei, dann wäre das ein fataler Schlag gegen die Abschreckung. Der Effekt wäre, im weitesten politischen Sinne, verheerend. Das müßten alle diejenigen, die mit der Entscheidung noch zögerten, klar sehen, ob nun SALT II bis dahin ratifiziert sei oder nicht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1026; VS-Bd. 10550 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

3) Mit dem nuklearen Angebot anerkennt Breschnew indirekt, daß im Mittelstreckenbereich für den Westen ein Problem besteht. In Verbindung mit der Bereitschaft, SALT fortzusetzen, stellt dies einen Ansatz für das vorgesehene rüstungskontrollpolitische Angebot im LRTNF-Bereich dar, der die Glaubwürdigkeit dieses Angebots stärkt.

4) Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß die Zweckmäßigkeit des parallelen verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Ansatzes des Bündnisses durch die Rede Breschnews nicht geschmälert, sondern eher unterstrichen wurde.

5) Mit dem Abzug von 20000 sowjetischen Soldaten und 1000 Panzern anerkennt die Sowjetunion indirekt, daß sie in beiden Bereichen über ausreichende Überlegenheit verfügt, um flexibel sein zu können.

Die militärische Bedeutung dieses Abzugs sollte nicht überbewertet werden, ist aber immerhin als Schritt in die richtige Richtung zu begrüßen.

6) In der Wiederholung des Vorschlags des Warschauer Pakts vom Mai 1979, eine gesamteuropäische Konferenz über Maßnahmen der „militärischen Entspannung" abzuhalten, ergibt sich die Möglichkeit, den französischen Vorschlag für eine europäische Abrüstungskonferenz voranzubringen. Er kann die Bereitschaft der Sowjetunion signalisieren, diesen Konferenzgedanken im Zusammenhang mit dem KSZE-Treffen von Madrid weiterzuentwickeln.

VI. Öffentliche Stellungnahme

1) Die Bundesregierung prüft gemeinsam mit ihren Bündnispartnern die Rede danach, welche konkreten Ansätze in ihr für eine Aktivierung des stabilisierenden Dialogs zwischen Ost und West enthalten sind. Positive Elemente liegen in der Bereitschaft der Sowjetunion, in SALT III nicht nur über interkontinentalstrategische, sondern auch über andere Waffen zu verhandeln, und in der Bereitschaft, den Komplex der vertrauensbildenden Maßnahmen weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung seit langem darauf hingewiesen, daß sie den von der französischen Regierung zuerst vorgeschlagenen Gedanken einer Europäischen Abrüstungskonferenz befürwortet, bei der in einer ersten Phase die vertrauensbildenden Maßnahmen im Mittelpunkt stehen sollen. Die Bundesregierung stellt fest, daß auch in der Rede Breschnews der Gedanke einer gesamteuropäischen Konferenz enthalten ist, in der über Maßnahmen zur Vertrauensbildung beraten werden soll.

2) Es ist zu begrüßen, daß die Sowjetunion bereit ist, aus der DDR 20000 Mann ihres militärischen Personals, 1000 Panzer und anderes militärisches Gerät abzuziehen. Dies ist ein Schritt, der zwar die in Mitteleuropa bestehenden erheblichen Disparitäten beim Personal und bei den Panzern nicht beseitigt, doch es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es ist zu hoffen, daß dies ein Hinweis darauf ist, daß die bei den MBFR-Verhandlungen in Wien laufenden Bemühungen um die Herstellung einer wirklichen, d. h. zahlenmäßig gesicherten Parität beim Personal der Landstreitkräfte nunmehr die erwarteten Fortschritte machen können.

3) Neben den genannten positiven Ansätzen enthält die Rede polemische Ausführungen gegen die von der NATO geplante Entscheidung im Bereich der Mit-

telstreckensysteme. Mit dieser Polemik sind Drohungen und Versuche verbunden, die Entscheidungen der Bündnispartner zu beeinflussen.

Dazu ist zu sagen, daß im Bündnis darüber Einigkeit besteht, daß die beim Mittelstreckenpotential bestehenden Disparitäten zugunsten der Sowjetunion bei den Bemühungen um ein stabiles nukleares Kräfteverhältnis und um ein stabiles Gleichgewicht zwischen Ost und West nicht außer Betracht bleiben können. Das Bündnis bereitet sich in verantwortungsbewußter Weise auf eine Entscheidung vor, die einen verteidigungs- und abschreckungspolitisch erforderlichen Beschluß mit einem rüstungskontrollpolitischen Vorschlag kombiniert. Es ist zu hoffen, daß die Sowjetunion nach Billigung durch das Bündnis auf den Vorschlag eingehen wird, im SALT-Rahmen mit den Vereinigten Staaten über beiderseitige Begrenzung von Mittelstreckenpotentialen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichheit und der Parität zu sprechen.

4) Das Modernisierungserfordernis für NATO-LRTNF resultiert aus einer Vielzahl politischer und strategischer Gründe. Sie liegen in den geänderten strategischen Rahmenbedingungen durch die Herstellung der Parität im zentralstrategischen Bereich bei gleichzeitig wachsender Disparität im Mittelstreckenbereich. Das Angebot Generalsekretär Breschnews, die Zahl der Mittelstreckenträger in der westlichen Sowjetunion zu reduzieren unter der Voraussetzung, daß der Westen auf die Stationierung von LRTNF verzichtet, wird der bestehenden Disparität nicht gerecht. Es[23] verändert die Ursachen für die westlichen Entscheidungen in keiner Weise. Damit ist auch die Begründung für die LRTNF-Modernisierung nicht hinfällig oder entkräftet worden. Aus diesem Grunde ergibt sich keine Veranlassung für eine Modifizierung der Pläne der NATO im verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Bereich.

5)[24] Es ist zu hoffen, daß die Bereitschaft Generalsekretär Breschnews zur Fortsetzung der Verhandlungen im SALT-Rahmen die Bereitschaft einschließt, konkret über die Begrenzung von LRTNF zu verhandeln. Der im Rahmen der NATO vorbereitete rüstungskontrollpolitische Vorschlag wird Gelegenheit bieten, diese Verhandlungen im Interesse wirklicher Stabilität zu führen.

6)[25] Zu weiteren Argumenten vergleiche die beigefügten Stellungnahmen des Bundeskanzlers und des Bundesministers des Auswärtigen.[26]

VS-Bd. 13184 (213)

23 Korrigiert aus: „Er".

24 Korrigiert aus: „6)".

25 Korrigiert aus: „7)".

26 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Ministerialdirektor Blech übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 7. Oktober 1979 Stellungnahmen des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher vom selben Tag zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 5009; Referat 201, Bd. 120235.

297

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Sieger

421-413 SOW/CHN-557/79 VS-vertraulich **17. Oktober 1979**[1]

Betr.: Gleichbehandlung Chinas mit der Sowjetunion bei der Verbürgung von Krediten

Bezug: Direktorenbesprechung am 15.10.1979 sowie Artikel in „Die Welt" vom gleichen Tage[2]

1) Die im Artikel der „Welt" aufgestellte Behauptung, BM Graf Lambsdorff habe hinsichtlich der kreditpolitischen Linie der Bundesregierung „Parteichef Breschnew bei früherer Gelegenheit die Gleichbehandlung Chinas mit der Sowjetunion zugesagt", trifft nach Auskunft des BMWi nicht zu. Der Bundeswirtschaftsminister ist jedoch in einem Gespräch am Rande der 8. Kommissionstagung am 11. September 1978 in Moskau[3] von MP Kossygin auf den Spielraum bei der Vergabe deutscher Kredite angesprochen worden, wobei Kossygin gleichzeitig bemerkte, daß wir ja China als neuen großen Kreditnehmer hätten. Laut Gesprächsprotokoll hat Graf Lambsdorff daraufhin erwidert, daß China nicht nach Krediten gefragt habe und daß es die gleichen Konditionen wie andere Kreditnehmer erhalten würde.[4]

2) Anläßlich eines Gesprächs zwischen StM Wischnewski und einer Delegation des Obersten Sowjet im Kanzleramt am 3. Oktober 1978, an dem kurzfristig auch der Bundeskanzler teilnahm, ist die deutsche Haltung gegenüber der VR China ebenfalls zur Sprache gekommen. Mit dem Hinweis, daß er wisse, daß GS Breschnew dieses Thema interessiere, hat der BK dabei von sich aus die Frage unserer außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Beziehungen zu China angeschnitten. Er hat dabei hervorgehoben,

- daß unsere Beziehungen zu China in einer ganz anderen Kategorie als die zur Sowjetunion lägen,
- daß chinesische Minister bei uns genauso höflich empfangen würden wie andere Minister aus Syrien, dem Sudan usw. Auch Hua Guofeng, komme er zu

[1] Hat Vortragendem Legationsrat Bächmann am 17. Oktober 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Hermes verfügte.
Hat Hermes am 17. Oktober 1979 vorgelegen.

[2] Vgl. dazu den Artikel „Welche Kreditzusagen bekommt Hua in Bonn? Die Russen erwarten dieselben Rechte"; DIE WELT vom 15. Oktober 1979, S. 1.

[3] Die achte Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit fand am 11./12. September 1978 in Moskau statt.

[4] Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 12. September 1978 über ein Gespräch des Bundesministers Graf Lambsdorff mit Ministerpräsident Kossygin am Vortag, bei dem als Hauptthemen die Energiepolitik beider Staaten sowie eine mögliche Kooperation in den Bereichen Kernenergie und Erdgas behandelt wurden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3200; Referat 421, Bd. 122507.

uns, werde mit Höflichkeit empfangen werden.[5] Aber: Ein 25jähriges Wirtschaftsabkommen[6] würden wir mit ihm nicht abschließen.[7]

Kreditpolitische Fragen sind bei dieser Gelegenheit weder vom Bundeskanzler noch von StM Wischnewski berührt worden. Der Hinweis des Kanzlers, daß die Chinesen von uns kein 25jähriges Wirtschaftsabkommen erhalten würden, könnte von den sowjetischen Gesprächspartnern jedoch dahingehend interpretiert werden, daß wir China in wirtschaftspolitischer Hinsicht generell weniger zu gewähren bereit seien als der UdSSR.

Sieger

VS-Bd. 9517 (421)

298

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Landrut

331-320.10 ELS **19. Oktober 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Zweck der Vorlage: Unterrichtung über die Lage in El Salvador

Betr.: Lage in El Salvador

1) Am 15.10. ist der Staatschef von El Salvador, General Carlos Humberto Romero, durch einen Militärputsch gestürzt worden.[4] Er verließ mit Familie un-

5 Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 21. bis 28. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 301 und Dok. 305.

6 Die Bundesrepublik und die UdSSR unterzeichneten am 6. Mai 1978 ein Abkommen über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 58–60.

7 Im Gespräch mit einer Delegation des Obersten Sowjet am 3. Oktober 1978 führte Bundeskanzler Schmidt zur „Entfaltung der außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Beziehungen der Volksrepublik China" aus: „Wir betrachten die Entfaltung dieser Beziehungen mit großer Aufmerksamkeit. Allerdings möchte ich bemerken, daß uns Deutsche mit China keine gemeinsame Geschichte verbindet und wir nur begrenzte Interessen im Verhältnis zu China haben. Insofern liegen unsere Beziehungen zu China in einer ganz anderen Kategorie als zur Sowjetunion und ihren Völkern, wo eine lange Geschichte über viele Jahrhunderte eine teilweise leidvolle, aber auch erfolgreiche Ausprägung erfahren hat. Die Völker der Sowjetunion sind uns geographisch viel näher, als die Volksrepublik China es sein kann." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 9327 (421); B 150, Aktenkopien 1978.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Martius und Oberamtsrat Fehrenbach konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragendem Legationsrat von Nordenskjöld am 25. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Martius am 29. Oktober 1979 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Fehrenbach verfügte.

2 Hat Staatssekretär van Well am 24. Oktober 1979 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 28. Oktober 1979 vorgelegen.

4 Botschafter Neukirch, San Salvador, berichtete am 16. Oktober 1979: „Junta begründet Staatsstreich mit Unfähigkeit der Regierung Romeros, Anarchie und politischem Chaos Einhalt zu gebie-

gehindert das Land. Ob er in die Vereinigten Staaten geht, ist bisher ungewiß. Zur Zeit befindet er sich in Guatemala.

Die Nachrichten aus El Salvador sind noch dürftig und widersprüchlich.

2) Die Regierungsgeschäfte übernahm zunächst eine Junta, bestehend aus den Obersten Jaime Abdul Gutiérrez und Adolfo Arnoldo Majano. Am 18.10. Ergänzung durch drei Zivilisten: Dr. Guillermo Manuel Ungo, Generalsekretär sozialdemokratischer Oppositionspartei MNR[5]; Ingenieur Roman Mayorga Quiroz, Rektor der Zentralamerikanischen Universität, Orientierung: Mitte links bis links; Ingenieur Mario Antonio Andino, Unternehmer, politischer Standpunkt nicht genau definierbar. Verteidigungsminister wurde Oberst José Guillermo García. Weitere Kabinettsmitglieder noch zu benennen.

Ungo hat enge Beziehungen zur SPD und Friedrich-Ebert-Stiftung.

3) Schon die Obersten hatten demokratische Öffnung, Zulassung von Parteien und nationale Versöhnung, Herstellung der sozialen Gerechtigkeiten, Abschaffung der Korruption sowie Wahrung der Menschenrechte als ihr Programm proklamiert. Die Freilassung aller politischen Gefangenen ist verfügt worden.

4) Die rechts- und linksextremistischen politischen Terrororganisationen sind durch den Staatsstreich vollkommen überrascht worden. Es kam daher zunächst nur zu geringfügigen Schießereien, die sich jedoch noch ausweiten können. Über die Zahl der Toten und Verletzten liegen widersprüchliche Nachrichten vor. Die deutsche Kolonie ist bisher nicht betroffen. Die Botschaft hat alle notwendigen Schutzmaßnahmen eingeleitet.

Zur Wahrung der Ordnung verhängte die Junta den Ausnahmezustand und setzte gleichzeitig die verfassungsmäßigen Rechte aus.

Der Erzbischof von El Salvador, Romero, unterstützte in mehreren öffentlichen Erklärungen die Junta in zurückhaltender Form. Er bezeichnete den Umsturz als einen hoffnungsvollen Ansatz zur Befriedung des Landes. Auch die Christdemokraten bewerten die Entwicklung positiv.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1487

ten. Ferner werden bisheriger Regierung Verletzung Menschenrechte [salvadorianischen] Volkes, Korruption in Verwaltung und Justiz und wirtschaftlicher Ruin des Landes vorgeworfen. Hauptpunkte der ersten, in den Morgenstunden veröffentlichten Proklamation der Junta sind: Garantie wirklich freier Wahlen, Auflösung der paramilitärischen Gruppe OR[ganización]DE[mocrática]N[acionalista], Respektierung der Menschenrechte, Amnestie für politische Gefangene, gewerkschaftliche Freiheiten, wirtschaftliche Stabilisierungsmaßnahmen, Agrarreform. Vorläufige Bewertung: Durch Staatsstreich scheint eine gemäßigte, substantiellen Reformen aufgeschlossene Richtung salvadorianischer Militärs an die Macht gekommen zu sein. Sofern sich Junta, wie versprochen, als notwendige Übergangslösung versteht, kann sie wahrscheinlich mit Unterstützung Oppositionsparteien (einschließlich Christdemokraten), des Klerus unter Führung des einflußreichen Erzbischofs Romero und des überwiegenden Teils der Bevölkerung rechnen. Allein die Tatsache, daß Staatsstreich in der seit Monaten äußerst angespannten Lage vorerst ohne Blutvergießen verlaufen ist, kann als hoffnungsvoller Ansatz für Normalisierung angesehen werden. Unberechenbar bleibt natürlich Reaktion der rechts- und vor allem linksextremen Gruppen. Ihre revolutionäre Strategie sieht sich von heute auf morgen durch die faktische Entwicklung überrollt. Trotz der Gefahr neuer spektakulärer Aktionen dieser Gruppen besteht zumindest längerfristig die Aussicht, daß eine volkszugewandte Reformpolitik dem ‚revolutionären Befreiungskampf' i.S. eines Volksaufstandes den Boden entzieht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 90; Referat 331, Bd. 116071.

5 Movimiento Nacional Revolucionario.

5) Bewertung

Botschafter Neukirch, in Übereinstimmung mit den amerikanischen und italienischen Kollegen, beurteilt den Staatsstreich langfristig positiv.[6]

Die personelle Zusammensetzung der Junta scheine die Gewähr dafür zu bieten, daß durch den Staatsstreich ein in unserem Sinne demokratisch orientiertes Regime in El Salvador an die Macht gekommen sei.

Eine präzise Bewertung ist zur Stunde nicht möglich. Die Gefahr eines Bürgerkrieges ist noch nicht gebannt. Eine revolutionäre Entwicklung war zu erwarten. Der frühe Zeitpunkt mußte überraschen.

Der relativ unblutige Ablauf des Staatsstreiches läßt vermuten, daß er nicht ohne Einwirkung von außen (USA?) und vermutlich nach Verabredung mit Ex-Präsident Romero durchgeführt wurde.

Uns zugegangene amerikanische Informationen besagen, daß die amerikanische Regierung versucht, über den Innenminister von Nicaragua[7] die linksextremistischen politischen Terrororganisationen zur Mitarbeit zu bewegen.

Mit diesem Staatsstreich haben gemäßigte Kräfte offenbar den Versuch unternommen, den Übergang zu einer demokratischen Öffnung zu erleichtern und einem revolutionären Prozeß wie in Nicaragua[8] zuvorzukommen. Die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen sind allerdings von denen in Nicaragua grundverschieden (kleinstes zentralamerikanisches Land, größte Bevölkerungsdichte, schreiende soziale Gegensätze, zum letzten entschlossene politisch-terroristische Organisationen). Ob die neue Junta einen einigermaßen glatten Übergang zu einer Demokratisierung gewährleisten kann, muß mit Skepsis gesehen werden.[9]

Meyer-Landrut

Referat 331, Bd. 116071

6 Botschafter Neukirch, San Salvador, berichtete am 17. Oktober 1979: „Ein ausführliches Gespräch mit US-Botschafter Devine und italienischem Botschafter Righetti heute mittag hat Übereinstimmung in Lagebeurteilung ergeben. Auch für Kollegen steht Stabilität neuen Regimes ebenso fest wie anerkennenswerter Charakter der in der ersten Proklamation aufgezeigten politischen Zielsetzung. Sobald Zusammensetzung der Regierungsjunta offiziell feststeht, wollen Kollegen ihren Regierungen Weiterführung der Beziehungen mit Junta empfehlen. Bisher hat nur Costa Rica Junta anerkannt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 91; Referat 331, Bd. 116071.

7 Tomás Borge Martínez.

8 Zur Lage in Nicaragua vgl. Dok. 207 und Dok. 279.

9 Botschafter Neukirch, San Salvador, berichtete am 8. November 1979: „Der Staatsstreich vom 15. Oktober 1979 hat die politischen Verhältnisse in El Salvador nachhaltig verändert. Statt des traditionellen, das Land seit fast 50 Jahren beherrschenden Machtkartells aus Oligarchie und Militär hat eine Junta die Regierungsgewalt übernommen, in der das zivile Element das militärische eindeutig überwiegt. Mit der Wahl des Generalsekretärs des ‚Movimiento Nacional Revolucionario' (‚MNR'), Dr. Ungo, ist die demokratische Opposition im weitesten Sinne direkt in der Junta vertreten. Dr. Ungo gilt nämlich als Vertrauensmann des sogenannten ‚Foro Popular', eines losen Zusammenschlusses von 14 verschiedenen volksnahen Gewerkschaften und Organisationen. [...] Vertreter aller politischen Richtungen machen von dem erstmals verbürgten Recht der ungehinderten Meinungsäußerung Gebrauch und äußern sich frei in den Medien. Die ideologische Pluralität der Meinungen ist auch in den Ministerien vertreten; im Arbeits- und im Erziehungsministerium stehen der Kommunistischen Partei angehörende Ressortchefs an der Spitze. Sowohl im personellen Bereich wie im materiellen Inhalt des – über Ansätze allerdings noch nicht hinaus gediehenen — Regierungsprogramms zeichnen sich neue, demokratische Kräfte und Strukturen ab." Vgl. den Schriftbericht Nr. 399; Referat 331, Bd. 116071.

299

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Karamanlis in Hamburg

VS-vertraulich **20. Oktober 1979**[1]

Anlage zum Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis am 20. Oktober 1979 im Haus des Bundeskanzlers in Hamburg[2]

Gedankenaustausch zur Ost-West-Lage während des Mittagessens

Bundeskanzler möchte mit einer Schilderung der Weltlage aus seiner Sicht beginnen. Er bittet Karamanlis um Korrekturen und Ergänzungen, insbesondere auf Grund seiner Erfahrungen in Moskau[3].

Er hat den Eindruck, daß wir in eine Krise des Weltgleichgewichts hineinsteuern. Er nennt als wesentliche Faktoren dieser Entwicklung:

1) Die zunehmende Unberechenbarkeit der amerikanischen Politik.

2) Die zunehmende Ungewißheit über die Zukunft der sowjetischen Politik, insbesondere bei einem Führungswechsel.

3) Die Schwächung der wirtschaftlichen Kraft aller Industriestaaten unter dem Druck der Ölkrise, die in allen Ländern zu sozialen und innenpolitischen Unstabilitäten führt. Dies wird auch deutlich in Osteuropa, ist z. B. in Polen, der DDR und Rumänien mit den Händen zu greifen, gilt abgeschwächt auch für die Sowjetunion. Es gilt weniger für Großbritannien, das aber an einer hausgemachten Krise leidet, die dafür um so tiefer geht, aber es gilt sicherlich für Italien, Frankreich, Kanada, die Bundesrepublik und auch für Griechenland.

In dieser Konstellation einer Auflösung stabiler Faktoren haben wir die Diskussion über die TNF-Modernisierung zu führen. Die Sowjetunion hat in naiver Weise geglaubt, die Schwäche der USA für eine ungeheure Rüstung in den Bereichen der Marine und der Mittelstreckenraketen ausbeuten zu können. Mit dem steten Zuwachs an SS-20-Raketen kann die Sowjetunion jede Hauptstadt in Europa und im Mittelmeerraum erreichen, ohne daß der Westen über ein Gegengewicht verfügt. Wenn die Entwicklung noch einige Jahre weitergeht, sind wir alle der Gnade der Sowjetunion ausgeliefert, es sei denn, daß in einer politischen Krise die USA die Existenz ihrer eigenen Städte zu riskieren bereit wären.

Die Bereitschaft der amerikanischen Nation, in einer großen Krise auch ihre eigenen Städte zu riskieren, erscheint ihm ungebrochen. Die Fähigkeit der US-Regierung, mittlere und kleinere Krisen durchzustehen, begegnet hingegen zunehmenden Zweifeln.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, gefertigt.

[2] Ministerpräsident Karamanlis hielt sich am 20. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 300.

[3] Ministerpräsident Karamanlis hielt sich vom 1. bis 5. Oktober 1979 in der UdSSR auf.

Die USA haben sich mehr aus innen- als aus weltpolitischen Gründen entschlossen, dem sowjetischen Potential ein eigenes eurostrategisches entgegenzustellen. Dabei spielt die Sorge um die SALT-II-Ratifikation[4] wohl eine größere Rolle als die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts. Der amerikanische Entschluß zur Einführung von „Pershings" mit größerer Reichweite und Cruise Missiles ist strategisch richtig. Mit ihrer einhelligen Zustimmung geben alle europäischen NATO-Partner ihrem deutlichen Willen Ausdruck, die westliche Verteidigungsfähigkeit zu erhalten. Die sowjetische Führung hat bis zu diesem Jahr nicht mit einer so deutlichen Reaktion gerechnet. Sie hat die Gefahr nicht richtig eingeschätzt, die sie durch ihre forcierte Rüstung für den Westen heraufbeschworen hat. Breschnew scheint sich die Zustimmung des Politbüros für seine Westpolitik auch dadurch erkauft zu haben, daß er die Militärs gewähren ließ. Er hat den Eindruck, daß insbesondere Kossygin das Spiel nicht durchschaut hat. Sicher mitgemacht haben Ustinow und Gromyko. Bei seinem dreieinhalbstündigen Gespräch Anfang Juli[5] war Kossygin nicht in der Lage, auf seine Fragen zu antworten, weil es für ihn keine durchschaubare, risikolose politische Linie zu geben schien. Erst im September scheint sich das Politbüro gründlich mit dieser Frage beschäftigt zu haben.

Die von Karamanlis berichtete Behauptung der Sowjets, sie hätten in den letzten zehn Jahren ihr Potential nicht aufgestockt, ist einfach unwahr. Sie stimmt hinsichtlich der konventionellen Truppen, wo die Sowjets vielleicht sogar etwas zurückgefallen sind. Die Erörterung im Politbüro hat Anfang Oktober zur Rede Breschnews in Ost-Berlin[6] mit ihrer Mischung von carrot und big stick, von Zuckerbrot und Peitsche geführt. Sie wird erhebliche innenpolitische Bewegungen in Skandinavien, Westeuropa und auch in Deutschland bewirken. Wenn das westliche Bündnis diese Bewußtseinskrise nicht durchsteht, kann das zu einem Zerfall des Bündnisses führen. Hierauf ist niemand vorbereitet. Es würde besonders auch die Polen und Jugoslawen treffen, die gezwungen wären, unter die Fittiche Mütterchen Rußlands zurückzukehren. Es würde die Konflikte im östlichen Mittelmeer wesentlich beeinflussen. Zentrifugale Wirkungen auf alle Länder der westlichen Allianz sind zu befürchten. Es ist daher dringend notwendig, die Kräfte des westlichen Bündnisses zusammenzuhalten und die notwendigen NATO-Beschlüsse nicht nur über ein Nachrüstungsprogramm, sondern gleichzeitig auch für ein ernstgemeintes Verhandlungsangebot an den Osten über beiderseitige Begrenzung des Mittelstreckenpotentials zu treffen. In dem Zusammenhang ist von besonderer Bedeutung, daß auch die der militärischen Integration nicht voll angehörenden Staaten Frankreich[7] und Griechenland[8] diese doppelte Antwort des Bündnisses voll mittragen.

4 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 274, Anm. 10.

5 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

6 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

7 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

8 Griechenland erklärte am 14. August 1974 seinen Austritt aus der militärischen Integration der NATO. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 236.
Zur Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Integration der NATO vgl. Dok. 300, Anm. 10, 21 und 22.

Auf Einwurf von Karamanlis, daß er den Brief von Breschnew noch nicht beantwortet hat, betont er, daß wir die Antwort noch lange verzögern werden und sie erst nach Abstimmung und Herstellung einer übereinstimmenden Meinung mit den Verbündeten erteilen werden.[9]

Er weist darauf hin, daß eine Fraktionierung des westlichen Bündnisses besondere strategische Gefahren für sein Land mit sich bringt. Er ist nicht bereit, Deutschland allein zum Anker und zur Speerspitze der amerikanischen Nuklearrüstung zu machen. Er ist daher nur zur Stationierung bereit, wenn sich auch andere Länder hierzu bereit finden. Eine isolierte Stationierung nur in Deutschland würde den Argwohn nicht nur der Sowjetunion, sondern auch westlicher Bündnispartner erwecken und damit der Partikularisierung des Bündnisses Vorschub leisten. Die Amerikaner sehen das nicht deutlich genug, da sie von Europa und seiner öffentlichen Meinung nicht genug verstehen. Wir haben die mangelnde Berechenbarkeit der amerikanischen Regierung vor zwei Jahren in der Frage der Neutronenwaffe erlebt[10], die sich auch nur auf das europäische Territorium bezog.

Er geht jetzt davon aus, daß der NATO-Rat im Dezember die Doppelentscheidung fällt[11] und anschließend so schnell wie möglich Verhandlungen über Mittelstreckenraketen beginnen. Offen bleibt, ob sich die Sowjetunion auf solche Verhandlungen einläßt oder mit unerwarteten großen Reaktionen antwortet. Ob sich die Sowjetunion auf ernsthafte Rüstungskontrollverhandlungen einläßt, hängt wesentlich vom Stand der Ratifikation von SALT II ab. Insofern hält der amerikanische Senat einen der entscheidenden Schlüssel zur Beherrschung der Gleichgewichtskrise in der Hand. Wenn – im schlimmsten Fall – die Ratifikation bis nach den amerikanischen Wahlen[12] verschoben wird, wird die Welt – nicht nur das Verhältnis zwischen Sowjetunion und dem Westen – sehr unberechenbar werden. Aus diesem Grund hat er allen seinen Einfluß geltend gemacht, um die Ratifikation von SALT II zu befördern. Wir haben hierbei unser Konto voll ausgeschöpft. Weitere deutsche Einflußversuche können eher Rückschläge auslösen als der Sache dienen. Eine Verweigerung oder Verschiebung der SALT-II-Ratifikation würde sich auf die Niederlande, Belgien und möglicherweise andere Länder in einer Weise auswirken, daß der NATO-Beschluß nicht zustande kommt. Die Sowjetunion würde ohne jede Anstrengung einen großen Sieg erringen.

Als Fußnote: Er schätzt die mögliche Gefährdung des Gleichgewichts in den 80er Jahren sehr hoch ein, unterstellt aber der Sowjetunion keine aggressiven Absichten. Er unterstellt ihr aber, daß sie keine militärischen Risiken eingeht, aber politisch alles abkassiert, was sich am Wege bietet. Er hat diese Auffas-

9 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 16. November 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, mit dem er das Schreiben Breschnews vom 11. Oktober 1979 beantwortete, vgl. Dok. 337.

10 Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Carter vom 7. April 1978; Dok. 13, Anm. 8.

11 Zur gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.
Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

12 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

sung indirekt in Gesprächen, z.B. mit Schiwkow[13], bestätigt gefunden. Schiwkow hatte ebenso wie Kádár[14] und Gierek[15] keine zureichende Vorstellung von der Krise, die sich entwickelt. Sie unterschätzen die Gefahr. Schiwkow hat sich z.B. positiv über die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Balkan ausgesprochen und macht sich auch keine allzu großen Sorgen über eine Entwicklung nach Tito. Er macht sich weit stärkere Sorgen als seine osteuropäischen Gesprächspartner, die in Vier-Augen-Gesprächen der Meinung waren, daß auch nach dem Abtreten Breschnews die Öffnungspolitik der Sowjetunion weitergehen wird. Er hat aber gespürt, daß es mindestens in Polen, und wohl auch in der DDR, kommunistische Führer gibt, die sich innerlich bereits auf eine andere sowjetische Führung orientieren. Mit Ausnahme der DDR – die Lage in der ČSSR kann er nicht beurteilen – sind die osteuropäischen Staaten dringend an einer Aufrechterhaltung der sowjetischen Politik der Zusammenarbeit und Entspannung interessiert. Das gilt für alle kommunistischen Führer, unabhängig davon, ob sie sich bereits auf eine andere sowjetische Führung orientieren. Im Gegensatz zu Schiwkow und Kádár, die völlig souverän und unangefochten regieren, müssen Breschnew, Honecker, Gierek und Husák mit Opposition auch in den obersten Führungsgremien ihrer Partei rechnen. In Jugoslawien ist die innenpolitische Lage besonders prekär und schwer zu prognostizieren. Über Rumänien hat er kein klares Urteil.

Er bittet Karamanlis, dieses Bild auf Grund seiner Erfahrung der letzten Wochen zu korrigieren und zu ergänzen.

Karamanlis möchte nicht „korrigieren", sondern lediglich sagen, wie er die Lage einschätzt. Er hat den Eindruck, daß sich die Menschheit heute ohne Führung fortentwickelt. Griechenland arbeitet seit 30 Jahren mit den USA zusammen. Er hat mit allen US-Präsidenten gesprochen und zusammengearbeitet. Es geht jetzt nicht darum, ob die USA eine gute oder eine schlechte Politik betreiben, sondern darum, daß sie überhaupt keine Politik haben. Er hat versucht, seinen Gesprächspartnern im Osten klarzumachen, daß das auf dem politischen System der Vereinigten Staaten beruht. Da es mehrere Entscheidungszentren gibt, kann Amerika keine schnellen und einstimmigen Entscheidungen treffen, daher auch keine einheitliche Politik führen. Die ganze freie Welt hat für diese Schwäche der amerikanischen Politik zu bezahlen. Aber ohne die USA geht es nicht. Zur Zeit können die USA und Europa zusammen gerade noch das Gleichgewicht zur Sowjetunion halten. Europa ohne die USA ist nicht existenzfähig. Er hat sich daher stets für eine enge Zusammenarbeit der europäischen Länder eingesetzt. Denn nur so kann Europa selbständig und weniger abhängig von den USA werden. Sonst ist es verpflichtet, stets seine Abhängigkeit von der Verteidigung durch die USA in Rechnung zu stellen – wieviel Dummheiten diese auch machen. (BK: Dies war einer der Gründe für die Schaffung eines unabhängigen EWS.[16])

13 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 2. bis 4. Mai 1979 in Bulgarien auf. Für die Gespräche mit dem Staatsratsvorsitzenden Schiwkow vgl. Dok. 120, Dok. 122 und Dok. 124.

14 Bundeskanzler Schmidt besuchte vom 4. bis 6. September 1979 Ungarn. Für die Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, vgl. Dok. 251 und Dok. 255.

15 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 17./18. August 1979 in Polen auf. Für die Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, auf Hela vgl. Dok. 236 und Dok. 237.

16 Zum Inkrafttreten des Europäischen Währungssystems am 13. März 1979 vgl. Dok. 83.

In dieser Situation können wir nur zwei Dinge tun:
- durch verstärkte Kooperation und gemeinsame europäische Politik unsere Abhängigkeit von den USA zu mindern,
- durch unseren europäischen Einfluß auf eine realistische amerikanische Politik hinzuwirken, die die Probleme der Welt und Europas begreift.

Die Zusammenarbeit mit den USA ist notwendig und erforderlich, wenn wir auch gewisse amerikanische Schwächen deutlich sehen müssen.

Zum Ost-West-Verhältnis geht er von einer ständigen Rivalität zwischen Ost und West aus. Beide Blöcke, die heute die Geschicke der Welt lenken, sind notwendig für das Gleichgewicht und die Vermeidung der Anarchie. Um den Frieden aufrechtzuerhalten, müssen Mißtrauen und Angst – die schlechtesten Berater – unter ihnen abgebaut werden, da sie die Verteidigungspotentiale hochtreiben und zu Kurzschlußreaktionen führen können. Nur auf der Grundlage eines kontrollierten Kräfteausgleichs kann die Angst überwunden werden.

Gerade auf dem Gebiet der Verteidigung zeigen sich die Schwächen des westlichen politischen Systems. Moralisch und theoretisch ist die Demokratie dem östlichen System weit voraus. Aber sie kann nicht wie der Osten schnelle Entscheidungen für seine Verteidigung treffen und in die Praxis umsetzen. Sie kann wegen der Abhängigkeit von der öffentlichen Meinung nicht alle 24 Stunden ihre Politik ändern. Er ist nicht gegen Demokratie, möchte aber die demokratische Staatsform reformieren und der heutigen Lage anpassen. (Der *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß dies bereits ein wichtiges Thema ihres ersten Gesprächs war. Er versteht die Sorgen von Karamanlis und teilt weitgehend sein Urteil. Vielleicht hat Frankreich seine demokratische Staatsform am besten der heutigen Lage angepaßt. *Karamanlis* teilt diese Meinung nicht. Sonst hätte er die französische Staatsform vor vier Jahren kopiert.)

Ein anderer Vorteil des Ostens besteht darin, daß er mit den kommunistischen Parteien eine fünfte Kolonne besitzt, die durch soziale Unruhen und Streiks die notwendigen verteidigungspolitischen Entscheidungen, ja sogar den Bau von Kernkraftwerken untergraben kann. Wir müssen uns darum kümmern, wie wir die Vorteile des Ostens ausgleichen können.

Auf Fragen des Bundeskanzlers hält er folgende Eindrücke aus seinen Gesprächen in Moskau fest:
- Breschnew übt praktisch keine Macht mehr aus. Er war im 75minütigen Gespräch nicht in der Lage, der Diskussion zu folgen, geschweige denn, Schlußfolgerungen zu ziehen. Selbst beim Ablesen eines vorbereiteten Manuskripts mußte er sich laufend bei seinem Berater vergewissern, welche Stellen er ablesen sollte.
- Alle sowjetischen Gesprächspartner versuchten, ihn – auch unter Hinweis auf die bevorstehende Ost-Berliner Rede Breschnews[17] – von den friedlichen Absichten der Sowjetunion zu überzeugen. Kossygin verwies ausdrücklich auf das Interesse der Sowjetunion an ruhiger Entwicklung, auf die schrecklichen Verluste des Zweiten Weltkrieges.

[17] Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

– Sie betonten ihre Sorge über das Schicksal von SALT II und die beabsichtigte LRTNF-Modernisierung. Eine Nichtratifikation von SALT II verrate die kriegerischen Absichten der USA, das politische Hochspielen der sowjetischen Brigade auf Kuba[18] (die sich dort seit 17 Jahren befindet) und die Ausreisebehinderung für die sowjetische Ballerina[19] werden als Anzeichen für feindliche Gefühle der USA gegenüber der Sowjetunion gewertet. Die Sowjets haben nichts gegen Westeuropa. Aber sie fühlen sich von den USA bedroht, die versuchen, im Bündnis mit Europa, Japan und China die Sowjetunion einzukreisen. Warum sonst hilft der Westen, China aufzurüsten?

Er selbst hat versucht, den sowjetischen Gesprächspartnern zu größerem Verständnis der amerikanischen innenpolitischen Lage und Struktur zu verhelfen. Der Westen werde schon deswegen nicht so dumm sein, den Chinesen allzu stark bei einer Aufrüstung gegen die Sowjetunion zu helfen, weil er nicht sicher sein könne, ob nicht Peking eines Tages wieder mit Moskau zusammengehen werde. Die Sorge vor einem westlich-chinesischen Block sei also völlig unbegründet. Der Westen hege keine feindlichen Gefühle gegenüber der Sowjetunion, fühle sich aber von der militärischen Übermacht der Sowjetunion bedroht. Wenn die Sowjetunion sich aus dem Osten bedroht fühle, dann könne sie einen Teil ihrer Streitkräfte aus Zentraleuropa abziehen. Auf sowjetische Beteuerung, daß die SU keine Übermacht in Europa habe, habe er vorgeschlagen, im Rahmen von Verhandlungen festzustellen, wer wirklich Übermacht besitzt. Er habe sich für Herstellung eines kontrollierten Kräftegleichgewichts eingesetzt. Wenn es die Sowjetunion aufrichtig meine, müsse sie nur die vollen Unterlagen auf den Verhandlungstisch legen. Kossygin habe hierauf in charakteristischer Weise geantwortet: Die Sowjetunion, die ein Sechstel des Weltterritoriums umfaßt, fühlt sich von allen Seiten bedroht. Historisch ist nur der Westen in die Sowjetunion, niemals die Sowjetunion umgekehrt in den Westen einmarschiert. Die Sowjetunion ist aber bereit, über all diese Probleme zu sprechen und das Gespräch über Rüstungskontrollfragen fortzusetzen. Sie hege keine feindlichen Gefühle gegenüber Westeuropa, wünsche aufrichtig den Frieden, habe aber das Gefühl, daß die USA Stärke und politische Möglichkeiten der Sowjetunion untergraben wollten.

Selbst auf die Gefahr hin, naiv zu erscheinen, möchte er sagen, daß er die sowjetischen Beteuerungen für aufrichtig hält. Natürlich ist auch Propaganda dabei. Aber wir sollten ernstnehmen, daß die Sowjetunion uns immer wieder

18 Zur Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba vgl. Dok. 259, Dok. 277 und Dok. 295.

19 Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 28. August 1979: „Am 27.8. nachmittags ging nach vier Tagen intensiven diplomatischen Gerangels die amerikanisch-sowjetische Auseinandersetzung um die Rückkehr der sowjetischen Ballerina Ludmilla Wlasowa in die Sowjetunion mit einem Kompromiß zu Ende. Die USA hatten am 24.8. den Abflug eines sowjetischen Flugzeuges nach Moskau auf New Yorks Kennedy Airport verhindert, nachdem es ihnen nicht gelungen war, die Passagierin Ludmilla Wlasowa [...] vor Besteigen der Maschine zu fragen, ob sie aus freien Stükken in die Heimat zurückkehren wolle. Dies schien den Amerikanern zumindest zweifelhaft, da Wlasowas Ehemann, der Startänzer des Bolschoi-Balletts Alexandr Godunow, tags zuvor bei den amerikanischen Behörden um Asyl gebeten und gleichzeitig hatte wissen lassen, daß seine Frau nach seiner Kenntnis auch gern in den USA bleiben würde. Drei Tage lang weigerten sich die Sowjets, Mrs. Wlasowa aus dem Flugzeug steigen zu lassen". Der Kompromiß habe darin bestanden, das Gespräch „neben dem Flugzeug in einem Vorfeldbus (mobile lounge) durchzuführen". Wlasowa habe erklärt, sie wolle in die UdSSR zurückkehren. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3034; Referat 204, Bd. 115949.

zu überzeugen sucht, daß sie ihrerseits mit dem Westen ein gutes freundschaftliches Verhältnis anstrebt.

Auf Bitte des Bundeskanzlers berichtet er über seine Eindrücke von den anderen osteuropäischen Führern: Husák und Kádár (mit dem er nach der Rede Breschnews sprach[20]) sind sicher mit dem sowjetischen „Friedensfeldzug" einverstanden. Sollte die Sowjetunion noch Expansion anstreben, so sind die Satelliten damit keinesfalls einverstanden und wollen aufrichtig den Frieden. Aber sie wiederholen natürlich auch die Argumente der Sowjetunion. Auf sein Argument, daß das amerikanische Volk keine kriegerischen Abenteuer wolle, verwiesen sie auf die Rüstungsindustrien in den USA, die zur Aufrüstung treiben. Er versuchte, die Mißkonzeption zurechtzurücken, daß fünf bis sechs Großindustrielle in unserem System die Entscheidungen der NATO-Führer bestimmen könnten.

Kádár hat über das Treffen in Ost-Berlin[21] berichtet, das auch das innerdeutsche Verhältnis berührt, allerdings nicht vertieft behandelt, sondern nur allgemeine Überlegungen angestellt hat. Sonst haben seine osteuropäischen Gesprächspartner nicht über das innerdeutsche Verhältnis gesprochen. Er berichtet aus Prag und Budapest, daß sich hier wirklich freundschaftliche Gefühle gegenüber der Bundesrepublik Deutschland gezeigt haben. (Auf Frage BK: Er war noch nicht in Polen, schuldet dort aber noch einen Besuch.)

Er zieht folgende Schlußfolgerungen aus dieser Lagedarstellung: Spannungen zwischen den Völkern sind immer nur zu höchstens 20% auf bösen Willen, zumindest 80% auf Fehler der Regierungen zurückzuführen. Besonders die großen Länder müssen in der jetzigen gefährlichen Situation Fehler vermeiden. Wir müssen alles tun, die SALT-Ratifikation zu befördern. Wenn der Westen zur Überzeugung kommt, daß eine sowjetische Übermacht im Mittelstreckenbereich besteht, so darf man diese Gefahr nicht ignorieren, sondern muß ihr durch TNF-Modernisierung begegnen.

Der gegenwärtige östliche „Friedensfeldzug" stellt den Westen vor zwei Probleme: Einmal das psychologische, daß wir unseren Völkern beweisen müssen, daß es eine sowjetische Übermacht im Mittelstreckenbereich gibt. Der Breschnew-Vorschlag kann nicht ohne Antwort bleiben, denn er verbindet Frieden und Abrüstung und schiebt die Verantwortung für die weitere Aufrüstung dem Westen zu. Wir müssen also durch den Beweis östlicher Übermacht die notwendigen westlichen Vorkehrungen rechtfertigen. Zweitens muß der Westen – wenn die östliche Übermacht bewiesen ist – seine Nachrüstung sozusagen unter die Bedingung stellen, daß gleichzeitig angebotene Rüstungskontrollverhandlungen nicht zum Erfolg führen. Er muß also konkrete Zahlen für das zu etablierende Gleichgewicht nennen. Er neutralisiert damit die Propaganda und zwingt die andere Seite zu konkreten Rüstungskontrollverhandlungen. (Zur Frage der Verknüpfung der TNF-Entscheidung mit dem Rüstungskontrollangebot stimmt MP Karamanlis später ausdrücklich den Ausführungen des Bundeskanzlers zu.)

20 Ministerpräsident Karamanlis hielt sich vom 5. bis 8. Oktober 1979 in Ungarn und vom 8. bis 10. Oktober 1979 in der ČSSR auf.

21 Der Erste Sekretär des ZK der USAP, Kádár, hielt sich anläßlich der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Gründung der DDR am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin auf.

Nach seinem Eindruck hat in der Sowjetunion vor allem Kossygin eine klare Vorstellung von diesen Zusammenhängen. Alle anderen sowjetischen Führer schienen sich den Gedanken Kossygins anzupassen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 51

300

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Karamanlis in Hamburg

VS-vertraulich **20. Oktober 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis am 20. Oktober 1979 von 13.00 bis 16.45 Uhr im Haus des Bundeskanzlers in Hamburg[2]

Weitere Gesprächsteilnehmer: StS Bölling, Generalsekretär Moliviatis, diplomatischer Mitarbeiter Evangelidis, MDg von der Gablentz, als Dolmetscher Herr Theofilidis (Pressereferent unserer Botschaft Athen).

Zum Ablauf:

MP Karamanlis wird von StS Bölling am Flughafen, vom Bundeskanzler und Frau Schmidt im Haus des Bundeskanzlers begrüßt. Ein erstes Gespräch vor dem Mittagessen dient dem Gedankenaustausch über die wirtschaftliche Lage und der Erläuterung der Anliegen von Karamanlis. Während des Mittagessens ein allgemeiner Gedankenaustausch über das Ost-West-Verhältnis.[3] Nach dem Mittagessen werden die anstehenden Entscheidungen in der NATO und die miteinander verbundenen Fragen der Ägäis[4], des griechisch-türkischen Verhältnisses und der Reintegration Griechenlands in die NATO besprochen.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 22. Oktober 1979 gefertigt und am 5. November 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur persönlichen Unterrichtung des Bundesministers" übermittelt. Dazu vermerkte er: „Der Bundeskanzler hat mit MP Karamanlis eine sehr vertrauliche Behandlung des Gesprächs vereinbart."
Hat Wallau am 5. November 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Blech, Botschafter Ruth sowie die Referate 201 und 204 verfügte und handschriftlich vermerkte. „Orig[inal] BM als Eingang."
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 5. November 1979 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 8. November 1979 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14077 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Ministerpräsident Karamanlis hielt sich am 20. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Vgl. Dok. 299.

4 Zur Frage der griechischen und türkischen Hoheitsgewässer in der Ägäis vgl. Dok. 89, Anm. 19. Botschaftsrat I. Klasse Oesterhelt, Athen, berichtete am 7. Oktober 1979: „Das letzte Expertentreffen im Januar 1979 brachte sogar einen Rückschritt. Obwohl beide Parteien davon auszugehen schienen, daß man sich über die konkrete Grenzziehung in der Ägäis unterhalten könne, brachte bereits der erste Versuch, die Grenze konkret festzulegen, erneut eine Diskussion über die an-

Wirtschaftliche Lage

Karamanlis erläutert die wirtschaftliche Lage: Das Wirtschaftswachstum, das bis zum letzten Jahr etwa 5,5% betrug, wird in diesem Jahr nur noch 3–4% und danach eher weniger erreichen. Es gibt keine Arbeitslosigkeit, kaum Streiks oder soziale Unruhen. Die Inflationsrate könnte dieses Jahr bis zu 20% steigen wegen der Energiekrise und einer Reihe von Maßnahmen, insbesondere bei der Viehzucht, die im Hinblick auf den EG-Beitritt getroffen werden müssen.[5] Die beiden Gründe sind allein für 7–8% der Inflationsrate verantwortlich. Schwierig sind vor allem die Auswirkungen der Energiekrise auf die passive Zahlungsbilanz. Seit den Ölpreiserhöhungen des letzten Jahres haben sich die Devisenzahlungen für Erdöl verdoppelt. Er sieht daher für die nächste Zeit wirtschaftliche Schwierigkeiten voraus, ist aber insgesamt mit der wirtschaftlichen Lage Griechenlands vor allem im Vergleich zu anderen Ländern wegen des allgemeinen Klimas der Stabilität zufrieden.

Bundeskanzler teilt das Urteil von Karamanlis, weist auf deutsche Arbeitslosenquote von etwa 4%, Wachstumsrate von 4,5% (aber im nächsten Jahr wohl nur 3), steigende, aber im internationalen Vergleich noch sehr günstige Inflationsrate hin sowie darauf, daß wir zum ersten Mal eine negative Zahlungsbilanz haben. Das stellt für uns keine große Belastung dar, weist darauf hin, daß die Weltwirtschaft die jüngsten Ölpreiserhöhungen[6] noch nicht verdaut hat.

Karamanlis macht sich – auch wenn es in Griechenland relativ gut aussieht – Sorgen über die Entwicklung in Europa und der Welt. Er sieht auch eine Krise der demokratischen Institutionen. (BK: Und des weltpolitischen Gleichgewichts!)

Vor 15 Jahren hat er auf die Frage de Gaulles, der sich zu Beginn eines Gesprächs in seinen Patriarchensessel gesetzt und gefragt hatte, „Nun, was wollen Sie?" geantwortet: „Nichts. Sie haben mich eingeladen." Dieses Mal hat er gebeten, den Kanzler zu sehen und möchte daher das Gespräch beginnen.

Bundeskanzler betont, daß er sich über den Besuch von Karamanlis außerordentlich freut. Persönlich war er ihm immer zugeneigt. Das wird auch so blei-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1497

wendbaren Prinzipien in Gang [...]. Hieran haben sich die Verhandlungen erneut festgefahren. Anders als in der Frage des Ägäis-Luftraums, wo Griechenland sich in Übereinstimmung mit I[nternational]C[ivil]A[viation]O[rganization]-Regeln weiß, ist Griechenland aufgrund der gegenwärtigen Völkerrechtslage [...] bereit, über eine Aufteilung des Ägäis-Schelfs jenseits der Hoheitsgewässer (sechs S[ee]M[eilen]) zu sprechen. Dabei gehen aber die Auffassungen beider Partner über die quantitative Beteiligung ebenso auseinander wie über qualitative Aspekte: Griechenland ist strikt gegen einen ‚Einschluß' griechischer Inseln durch türkisches Schelf, was für die Türkei nur ‚Zungen' möglich machen würde, die in die Ägäis hinausragen. Diese erbringen aber wieder quantitativ nicht genug. Eine Lösung ist noch in weiter Ferne." Vgl. den Drahtbericht Nr. 778; Referat 203, Bd. 115868.

5 Zum Abschluß der Verhandlungen über einen Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften, der am 1. Januar 1981 erfolgte, vgl. Dok. 86, Anm. 38.
Botschaftsrat I. Klasse Oesterhelt, Athen, informierte am 13. September 1979, eine Delegation des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten habe sich vom 1. bis 8. September 1979 in Griechenland aufgehalten: „Die griechische Seite erläuterte die Grundsätze der griechischen Handels- und Wirtschaftspolitik (Prinzip der freien Marktwirtschaft und des Freihandels) und ging ausführlich auf die derzeitige restriktive Wirtschafts-, Handels- und Kreditpolitik ein, die darauf abziele, die hohe Inflationsrate ebenso wie die hohe Importrate einzuschränken. Sie ging ebenfalls auf ihre Bemühungen ein, die noch erheblich unter dem Durchschnitt liegenden Einkommen der Landwirte anzuheben und die sozialen Leistungen zu verbessern." Vgl. den Schriftbericht Nr. 973; Referat 410, Bd. 121691.

6 Vgl. dazu die Beschlüsse der Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten vom 26. bis 28. Juni 1979 in Genf; Dok. 179, Anm. 3.

ben. Er nimmt ein außerordentliches Interesse an der Entwicklung Griechenlands und freut sich, daß es in etwas über einem Jahr als volles Mitglied der Gemeinschaft beitritt. Das wird nicht nur zu einem besseren wirtschaftlichen Austausch führen, sondern vor allem zu einer engeren politischen Kooperation zwischen Griechenland und den anderen EG-Staaten.

Karamanlis freut sich über die Gelegenheit zum Besuch und Gedankenaustausch gerade in einer Zeit einer gewissen Verwirrung und Instabilität der internationalen Lage und in Europa. Er schätzt die Erfahrungen und das Urteil des Bundeskanzlers sehr hoch ein und ist an seinen Auffassungen zu den von ihm gestellten Fragen interessiert. Er dankt der Bundesregierung herzlich, daß sie sich für eine beschleunigte Ratifikation des EG-Beitrittsvertrags einsetzt. (BK: Das läuft nach Programm.[7]) Er mißt dem EG-Beitritt Griechenlands besondere Bedeutung bei: Erstens um die demokratischen Institutionen in Griechenland abzusichern; zweitens um Griechenland mit Händen und Füßen an Westeuropa zu koppeln; drittens selbstverständlich auch wegen der wirtschaftlichen Vorteile. Er ist daher befriedigt über das beschleunigte Ratifizierungsverfahren. Nur wenn Griechenland in der EG ist, kann er mit Ruhe an die Zukunft seines Volkes denken.

Reintegration in die NATO[8]

Zum Verhältnis Griechenlands zur NATO: Als sie zum ersten Mal über EG-Fragen sprachen[9], hat er auf eine Frage des Bundeskanzlers nach Griechenlands Verhältnis zur NATO geantwortet: Ich bin nicht gegen die NATO. Ich bin quasi gezwungen worden, die militärische Integration der NATO zu verlassen. Er bat damals, die Fragen der NATO nicht mit denen der EG zu verbinden und sagte zu, sich für die Reintegration seines Landes in die NATO einzusetzen, was er auch in der Praxis getan hat.

Aber seine Vorschläge sind von der Türkei abgelehnt worden, die praktisch keine Reintegration möchte.[10] Der Widersinn ist typisch für die Allianz. Die

7 Referat 410 notierte am 1. Oktober 1979: „In der Bundesrepublik Deutschland ist die Ratifizierung des Beitrittsvertrags inzwischen in die Wege geleitet. Das Kabinett hat in seiner Sitzung am 1.8.1979 und im anschließenden Umlaufverfahren den Entwurf eines entsprechenden Vertragsgesetzes verabschiedet. Zur Zeit laufen die Beratungen im Bundestag. Wir bemühen uns darum, das innerstaatliche Verfahren noch in diesem Jahr abzuschließen. Wir glauben, mit der beschleunigten Ratifizierung auch griechischen Wünschen zu entsprechen und damit erneut zu unterstreichen, wie sehr wir Griechenland als Partner in der EG begrüßen." Vgl. Referat 410, Bd. 121691.

8 Griechenland erklärte am 14. August 1974 seinen Austritt aus der militärischen Integration der NATO. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 236.

9 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Karamanlis am 16. Mai 1975; AAPD 1975, I, Dok. 120.

10 Abteilung 2 resümierte am 12. November 1979 die griechischen Vorstellungen zur Rückkehr des Landes in die militärische Integration der NATO. Wesentlich sei das für die Kommandostruktur in der Ägäis entwickelte Modell: „Analog zu der Mitte 1978 erfolgten Neuregelung für die NATO-Kommandos COM[mander]SIX[th]A[llied]T[actical]A[ir]F[orce] und COM[mander Allied]LAND[Forces] SOUTHEAST[ern Europe] in Izmir sollten in Larissa (Griechenland) zwei neue, unter dem Befehl griechischer Generäle stehende alliierte Kommandos eingerichtet werden: COMLANDSOUTHCENT (Commander Allied [Land] Forces Southern Central Europe) für alle griechischen Landstreitkräfte und COM[mander]SEVEN[th]A[llied]T[actical]A[ir]F[orce] für alle griechischen Luftstreitkräfte. COMSEVENATAF sollte als Befehlsbereich [...] den Luftraum über der Ägäis bis zu den Hoheitsgewässern zwischen dem türkischen Festland in Westanatolien und den ihm vorgelagerten griechischen Inseln erhalten. Für die Marine schlugen die Griechen die Wiederbelebung des früheren CO[mmander]MED[iterranean]EAST[ern Area] in Athen mit dem entsprechenden Befehlsbereich

ganze westliche Welt strebt die Rettung der Türkei an und sammelt Geld, um den Türken zu helfen[11] – um der NATO willen. Gleichzeitig gestattet man es der Türkei, die Reintegration Griechenlands zu torpedieren, die von der Türkei nicht gewollt wird. Er möchte sich nicht beschweren, nur die Situation beschreiben.

Wie sollen wir der Sowjetunion begegnen, wenn im Körper des Bündnisses eine offene Wunde klafft? Wenn der Südflügel der NATO (Griechenland und die Türkei) zusammenbricht, wäre das Bündnis verloren. Aber die Türkei sieht offenbar nicht, daß die Reintegration Griechenlands auch in ihrem Interesse liegt. Er versteht nicht, warum nicht die anderen Bündnispartner die Türkei überreden, der Reintegration, die in aller Interesse liegt, keine Hindernisse in den Weg zu legen, um Harmonie und Stabilität in dem empfindlichen Raum der Südflanke wieder herzustellen.

Er selbst hat sich dazu entschlossen, die Reintegration in die NATO zu betreiben, obwohl er damit zum ersten Mal in seiner politischen Karriere unkonsequent handelte. Denn er hatte ursprünglich gesagt, daß sich Griechenland erst dann wieder voll reintegrieren könne, wenn mit Hilfe der NATO-Verbündeten die Zypern-Frage gelöst sei. Er hat sich dennoch zu einer Politik der Reintegration entschlossen. Nun aber steht er vor der verschlossenen Tür, und seine Feinde, selbst seine Freunde in Griechenland fragen ihn, ob er sich nicht schäme, so bettelnd vor der geschlossenen Tür zu stehen.

TNF-Modernisierung/Rüstungskontrollangebot

Karamanlis hatte im allgemeinen Gedankenaustausch über das Ost-West-Verhältnis während des Mittagessens berichtet, daß er in Prag und Budapest[12] wirklich freundschaftliche Gefühle gegenüber der Bundesrepublik Deutschland gespürt hat. Er bestätigt auf Frage des Bundeskanzlers, daß man ihm gegenüber in allen drei osteuropäischen Hauptstädten keine Kritik an der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Rolle in Europa geübt hat.

Bundeskanzler stimmt der Bemerkung von Karamanlis zu, daß wir den gegenwärtigen „Friedensfeldzug" der Sowjets nicht ignorieren können und daher zunächst einmal die eigene Öffentlichkeit von der realen Überlegenheit der Sowjetunion im Mittelstreckenbereich überzeugen müssen. Ihn beunruhigt weniger die sowjetische Nachrüstung im maritimen Bereich als vielmehr die schnelle Vorrüstung auf dem Gebiet der eurostrategischen Nuklearwaffen. Er verweist auf Frage von Karamanlis auf die im Weißbuch 1979 veröffentlichten Zahlen.[13]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1499

Ägäis bis zu den türkischen Hoheitsgewässern vor." Die Türkei habe dieses Modell abgelehnt: „Bei Eingehen der Allianz auf die griechischen Vorstellungen für die Kommandostruktur in der Ägäis würde nicht nur Griechenlands sicherheitspolitischer Alleinvertretungsanspruch für die Ägäis, sondern indirekt auch seine Haltung in den übrigen griechisch-türkischen Ägäisstreitfragen (Abgrenzung der Festlandsockel; die Kontrolle des zivilen Luftverkehrs; Ausdehnung der Hoheitsgewässer) erheblich gefördert bzw. präjudiziert. [...] Bei Verwirklichung seiner Vorstellungen wäre Griechenland sogar besser gestellt als unter der bis 1974 praktizierten Regelung, denn damals wirkten türkische Offiziere bei der Luftverteidigung in der Ägäis mit". Vgl. VS-Bd. 10481 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

11 Zur Wirtschafts- und Finanzhilfe für die Türkei vgl. Dok. 159, Anm. 23.

12 Nach einem Besuch in der UdSSR vom 1. bis 5. Oktober 1979 hielt sich Ministerpräsident Karamanlis vom 5. bis 8. Oktober in Ungarn und vom 8. bis 10. Oktober 1979 in der ČSSR auf.

13 Vgl. dazu das Kapitel „Nuklearkräfte in und für Europa"; WEISSBUCH 1979, S. 105–108.

Er sagt zu, das Weißbuch mit einem Auszug in griechischer Sprache über das Kräfteverhältnis im Mittelstreckenbereich MP Karamanlis zukommen zu lassen.

Die Sowjetunion verfügt über etwa 600 landgestützte nukleare Mittelstreckenraketen. In Westeuropa stehen dem lediglich 18 in Frankreich gegenüber, seitdem 1963 die USA ihre „Thor"- und „Jupiter"-Raketen aus der Türkei[14], Italien und Großbritannien zurückgezogen haben. Das konnten sich die USA in den 60er Jahren leisten, weil sie damals noch ein wesentliches Übergewicht an Interkontinentalraketen besaßen. Heute ist auf dem Gebiet der Interkontinentalraketen faktisch ein Gleichgewicht entstanden, das nach der Ratifikation von SALT II[15] auch völkerrechtlich verbindlich wird. Die Amerikaner haben bei den SALT-Verhandlungen den Fehler gemacht, Mittelstreckenraketen nicht miteinzubeziehen – wohl, weil sie selbst nicht genug Angst vor diesen Waffen haben, die zwar Athen, Bonn, Westeuropa und den ganzen Mittelmeerbereich, nicht aber Washington erreichen können. Die Sowjetunion ihrerseits hat den Fehler gemacht, diese Lage voll auszunutzen. Sie hat inzwischen die alten SS-4/SS-5-Raketen zu etwa 1/6 durch SS-20-Raketen ersetzt. Diese unterscheiden sich in vierfacher Weise von ihren Vorgängern: Die Abschußvorrichtungen können nachgeladen werden, jede Rakete kann mit drei Sprengköpfen versehen werden (mit jeder Ersetzung einer alten Rakete verdreifacht sich also die Zerstörungskraft), wegen erheblich größerer Reichweite können auch in Alma Ata und Magnetogorsk stationierte Raketen Athen, Kairo und Bonn bedrohen und die entsprechenden Länder strategisch unter Druck setzen; sie sind beweglich auf LKWs, die in 24 Stunden bis zu 800 Kilometer fahren können. Die Überlegenheit der Sowjets im Mittelstreckenbereich ist also erheblich und wächst ständig an, da jährlich bis zu 120 neue SS-20-Raketen eingesetzt werden können.

Er hat Breschnew persönlich vor eineinhalb Jahren in Bonn diese Lage auseinandergesetzt.[16] Breschnew hatte keine Lust oder keine Kraft, über einen genauen Kräftevergleich zu sprechen. Er hat aber sehr deutlich gesagt, daß er bereit ist, über beiderseitige Reduzierungen auch in diesem Bereich zu sprechen. Er hat diese Bereitschaft inzwischen auch öffentlich bestätigt. Die Bereitschaft, Raketen aus den westlichen Gebieten der Sowjetunion zurückzuziehen, wirkt psychologisch, ist aber nichts wert, wenn die amerikanischen Feststellungen von einer Reichweite der SS-20 von über 4000 km zutreffen. Wenn die Zahlenangaben und Messungen über sowjetische Waffen, die wir nur von den Amerikanern haben, wirklich zutreffen, dann wird sich in wenigen Jahren eine katastrophale Überlegenheit der Sowjetunion entwickeln.

Unsere Zahlenangaben beruhen ausschließlich auf amerikanischen Angaben. Wir haben in der Vergangenheit erlebt, daß solche Zahlenangaben je nach innenpolitischen Erfordernissen in Washington nach oben oder nach unten übertrieben wurden. Gegenwärtig besteht ein offensichtliches Interesse im Penta-

14 Zum Abzug amerikanischer Mittelstreckenraketen aus der Türkei im Zuge der Beilegung der Kuba-Krise vgl. Dok. 132, Anm. 20.

15 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 274, Anm. 10.

16 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 5. Mai 1978 auf Schloß Gymnich; AAPD 1978, I, Dok. 136.

gon, im Hinblick auf SALT II den Eindruck kraftvoller Gegenmaßnahmen im Mittelstreckenbereich zu machen und daher eine Tendenz, die Leistungsfähigkeit der SS-20 zu übertreiben. Wir können selbst diese Zahlen nicht nachprüfen, da wir nicht über Meßsatelliten im All verfügen. Aber die Tatsachen der dreifachen Sprengköpfe, der Nachladefähigkeit und der Mobilität werden wohl auch im Osten nicht bestritten. Die SS-20 können also sowohl gegenüber China wie gegenüber Europa eingesetzt werden.

Der NATO-Rat muß uno actu zwei Beschlüsse zur gleichen Zeit fassen[17]:

1) Moderne nukleare Mittelstreckenwaffen nunmehr zu produzieren und in fünf europäischen NATO-Ländern (Großbritannien, Bundesrepublik, Italien, Belgien, Niederlande) zu stationieren. Er würde es natürlich begrüßen, wenn sich auch Griechenland an der Stationierung beteiligen könnte, möchte aber keinerlei Druck ausüben. (Karamanlis: Versteht das. Er hat keine Angst vor einer Übernahme der Verantwortung, kann aber eine Stationierungsverpflichtung solange nicht übernehmen, wie Griechenland außerhalb der militärischen Integration bleibt. Im übrigen hat er auch den Sowjets gesagt, daß Griechenland verpflichtet ist, sich zu verteidigen.)

2) Die zweite Hälfte des NATO-Beschlusses, die im gleichen Atemzug und mit dem gleichen Federzug beschlossen werden muß, besteht darin, in ausdrücklicher Beantwortung der Ost-Berliner Rede Breschnews[18] dem Osten Verhandlungen anzutragen zur Herstellung eines dauerhaften Gleichgewichts zwischen den existierenden sowjetischen Mittelstreckenraketen und den erst noch herzustellenden „Pershing" II und GLCMs.

Da Bau und Dislozierung der neuen Waffen etwa vier Jahre in Anspruch nehmen, wird Westeuropa tatsächlich etwa 1983 nachgerüstet haben. Das ist den sowjetischen Gesprächspartnern mit großer Klarheit gesagt worden. Bei einem reinen Verhandlungsangebot des Westens ohne Modernisierungsbeschluß würde die Sowjetunion keinen Druck empfinden, sich auf Verhandlungen einzulassen. Mit Modernisierungsbeschluß verfügt der Westen zumindest über eine klar definierte Absicht als Faustpfand, das er in dem Maße aufgeben kann, wie die Verhandlungen zu Ergebnissen führen. (Karamanlis: Ist völlig einverstanden.)

Diese Doppelstrategie geht zurück auf Guadeloupe.[19] Dort gab es ursprünglich drei Ausgangsmeinungen: Einmal der Amerikaner, die nur den Modernisierungsbeschluß anstrebten, zweitens Callaghans, der nur das Verhandlungsangebot anstrebte (Karamanlis: So kann man keine Verhandlungen führen!), drittens Giscards und des Bundeskanzlers, die sich für eine Verbindung der beiden Elemente einsetzten. Diese Linie hat sich durchgesetzt. Er hält sie für richtig. Er wird positiv an einem entsprechenden NATO-Beschluß mitwirken ohne Rücksicht auf schwere innenpolitische Irritationen, die er durchaus für möglich halten muß. Auf dem SPD-Parteitag eine Woche vor dem NATO-Rat muß

17 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

18 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

19 Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. Dok. 2–5.

er mit einer gewissen Opposition rechnen.[20] Er wird die Existenz seiner Regierung in die Waagschale werfen und sich durchsetzen.

Eine große Gefahr entsteht dann, wenn bis Dezember klar werden sollte, daß der Senat SALT II nicht ratifiziert. Dann kann nämlich der Eindruck entstehen, daß die USA nicht ernsthaft an Rüstungskontrollverhandlungen interessiert sind. Das könnte dazu führen, daß der zweite Teil des NATO-Beschlusses seine Gültigkeit verliert.

SALT-II-Ratifikation

Karamanlis: Weder die Sowjetunion noch die westlichen Völker können es begreifen, wenn SALT II zusammenbricht. Wir müssen jeden Einfluß nutzen, um die SALT-Ratifizierung durchzusetzen.

Er nimmt eine Anregung des Bundeskanzlers auf, Freunde im amerikanischen Senat, die auf Griechenland hören, in diesem Sinne zu orientieren. Er wird es sofort nach Rückkehr nach Athen tun und den Bundeskanzler hierüber unterrichten. Das Wichtigste ist jetzt, die USA zu überzeugen, SALT II zu ratifizieren, um dann nach dem Dezember-Beschluß der NATO in vierjährigen langwierigen Verhandlungen auf einen Ausgleich des Kräfteverhältnisses hinzuwirken. Dabei müssen wir öffentlich klarstellen, daß wir das tun, weil tatsächlich die Bedrohung eines sowjetischen Übergewichts vorhanden ist.

Er dankt dem Bundeskanzler für die zugesagte Übermittlung der Zahlenangaben des deutschen Weißbuchs. Er braucht diese Angaben, um auch in Griechenland das öffentliche Bewußtsein einer Bedrohung und damit das geeignete Klima für die Durchsetzung der notwendigen Beschlüsse zu schaffen.

Ägäis-Fragen und NATO-Reintegration

Karamanlis: Wir sprechen von einer Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Westens und leisten uns gleichzeitig den Luxus offener Wunden, die, wie der Konflikt Griechenland/Türkei, die NATO schwächen. Seit vier bis fünf Jahren bemüht er sich um eine Lösung, hat aber bisher keine Antwort erhalten. Zypern ist nach wie vor teilweise von Türken besetzt; auch die Türken sollten angesichts der großen Kosten und des negativen Eindrucks in der Weltöffentlichkeit Interesse an einer Lösung haben. Zur Ägäis haben die Griechen Vorschläge gemacht, u. a. einen Schiedsspruch angeboten, die allerdings von der Türkei nicht akzeptiert wurden. Griechenland will zurück in die NATO, aber die Türkei macht Schwierigkeiten, da sie die Reintegration von der Ägäis-Frage abhängig macht. Die Griechen wollen die beiden Dinge trennen.

Bundeskanzler ist sich ebenfalls nicht sicher, was man in dieser Lage tun kann. Er fragt, wen sich nach den zwei vergeblichen Versuchen General Haigs[21]

20 Der Bundesparteitag der SPD fand vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West) statt.

21 Abteilung 2 notierte am 12. November 1979: „Die griechische Regierung ließ Anfang 1978 ihr Interesse an Wiedereingliederung in die militärische Struktur des Bündnisses erkennen, allerdings mit einem anzustrebenden ‚Sonderstatut'. Zur Klärung der militärtechnischen Einzelheiten einer Reintegration Griechenlands führte General Haig (SACEUR) im Auftrag von GS Luns, jedoch ohne Erörterung der Ergebnisse mit der türkischen Seite, Gespräche mit dem griechischen Generalstabschef Davos. Als deren Ergebnis lag im Juni 1978 das sogenannte ‚Haig-Davos-Arrangement' vor. Bei diesem ersten Modell handelte es sich lediglich um Antworten Griechenlands auf militärtechnische Fragen der NATO, also um die griechischen Maximalvorstellungen darüber, unter welchen Bedingungen es in der Allianz wieder militärisch mitarbeiten möchte. Haig stellte dazu gegenüber

Karamanlis als vermittelnde Instanz/Person vorstellen könnte. Die Türkei ist in einem Zustand innenpolitischer und wirtschaftlicher Zerrüttung. Die politischen Parteien sind sich nur in ihrer Unnachgiebigkeit in der Zypern- und Ägäis-Frage einig. Die Anstrengungen von Haig und Waldheim sowie die Gespräche der beiden griechischen und türkischen Generalsekretäre[22] scheinen keinen Ansatz für Verhandlungen ergeben zu haben.

Karamanlis hält es für unverständlich, daß man – um das Bündnis zu stärken – sein Land reintegrieren möchte und gleichzeitig zuläßt, daß die Türkei diese Reintegration mit Bedingungen verknüpft.

Er hat sein Land aus der militärischen Integration herausgenommen und dabei gesagt, daß er erst zurückkehren werde, wenn die Zypern-Frage mit Hilfe der Allianz gelöst wird. Obwohl diese Bedingung nicht erfüllt ist, hat er die Reintegration betrieben und wird auch, trotz Angriffen selbst aus den eigenen Reihen wegen seiner inkonsequenten Politik, an dieser Linie festhalten. Die Generäle Haig und Davos haben gewisse Bedingungen ausgearbeitet, unter denen Griechenland integriert werden kann. Alle NATO-Partner waren damit einverstanden mit Ausnahme der Türkei, die auf einer Teilung des Luftkontrollraums der Ägäis bestand. In der Praxis ist das strategisch nicht möglich. Zu Griechenland gehören etwa 2000 Inseln in der Ägäis. Die Folge ist, daß zur Zeit keiner eine wirkliche Kontrolle im Bereich der Ägäis ausübt.

Zur Frage nach einer möglichen Vermittlung betont er, daß es heute in der Türkei keine Regierung gibt.[23] Er möchte die Entwicklung der Lage abwarten und sobald sie sich normalisiert hat, den Bundeskanzler bitten, seinen Mitarbeiter Moliviatis zu empfangen. Er wird dem Bundeskanzler Vorschläge unterbreiten, wie er helfen kann.

Auf Frage des Bundeskanzlers, wann er mit einer Normalisierung in der Türkei rechne, sieht er nur eine Lösung zur innenpolitischen Entspannung, nämlich sofortige Wahlen. Er hat diesen Rat 1961 auch Menderes gegeben, der ihn

Fortsetzung Fußnote von Seite 1503

dem MC auf persönlicher Basis fest, Griechenland habe die ihm unterbreiteten Fragen zufriedenstellend beantwortet. Die Antworten enthielten genügend Substanz für eine Rückkehr Griechenlands in die militärische Integration." Die Türkei habe das „Haig-Davos-Arrangement" abgelehnt, woraufhin Haig im März 1979 einen ersten und schließlich im Mai 1979 einen zweiten Kompromißvorschlag unterbreitet habe. Nach Ablehnung des ersten Vorschlags durch die türkische Seite und des zweiten durch die griechische Seite habe Haig im Juni 1979 ein drittes Kompromißangebot vorgelegt: „Das koordinierende A[dvanced]R[egional]A[ir]O[peration]C[enter] in Larissa wird zunächst nur mit Personal aus Drittländern, also nicht mit Griechen oder Türken, besetzt. Griechenland erhält die Zusicherung, daß es für die Verteidigung des Luftraums über seinen Inseln in der Ägäis allein verantwortlich ist." Abteilung 2 notierte dazu: „Den letzten Vorschlag Haigs haben weder Athen noch Ankara bislang offiziell abgelehnt. Aus dem griechischen Außenministerium verlautete jedoch, er sei ‚militärisch inoperabel und politisch nicht durchsetzbar'." Vgl. VS-Bd. 10481 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

Zum zweiten Kompromißvorschlag Haigs vgl. auch Dok. 135, Anm. 6.

22 Botschaftsrat I. Klasse Oesterhelt, Athen, berichtete am 17. Juli 1979 über die Gespräche des Generalsekretärs des griechischen Außenministeriums, Theodoropoulos, mit dem Generalsekretär des türkischen Außenministeriums, Yigit, am 9./10. Juli 1979: „Die Gespräche kreisten im wesentlichen um das Projekt eines griechisch-türkischen Freundschaftsvertrages, wobei die Vorstellungen der beiden Seiten noch sehr weit auseinandergehen. In den anderen Bereichen – Luftraum über der Ägäis und Abgrenzung des Festlandsockels – gingen die Gespräche nicht ins Detail." Vgl. den Drahtbericht Nr. 496; Referat 201, Bd. 120181.

23 Zum Rücktritt des Ministerpräsidenten Ecevit am 15. Oktober 1979 vgl. Dok. 293, Anm. 30.

aber mit tragischen Folgen für ihn selbst nicht angenommen hat.[24] Die Freunde der Türkei sollten den Türken zureden, möglichst schnell Wahlen auszuschreiben.

Er bittet den Bundeskanzler, seinen Einfluß in der Richtung auszuüben, daß die Türken die von Haig/Davos ausgearbeitete Lösung für die Reintegration annehmen. Wenn auch die Türken zur Zeit verrückt spielen, ihre politische Führung hat Respekt für und Vertrauen auf den Bundeskanzler. Die Bundesregierung sollte daher versuchen, die Türkei zur Annahme des Vorschlags Davos/Haig zu bewegen.

Auf jeden Fall bittet er den Bundeskanzler, sobald sich die Lage in der Türkei stabilisiert hat, Moliviatis in geheimer Mission zu empfangen, damit er ihm berichtet, wie die Griechen die Situation sehen und wie geholfen werden kann.

Bundeskanzler würde sich jederzeit freuen, Herrn Moliviatis zu sehen. Wir werden uns wie bisher bemühen, hilfreich zu sein. Er schätzt seinen Einfluß auf die Türkei allerdings nicht sehr hoch ein. Er fühlt sich von Ecevit in der Varosha-Frage[25] im Stich gelassen. Er ist nicht sicher, ob Demirel eine bessere Lösung wäre. Vielleicht wäre das Beste eine Militärregierung.

Karamanlis möchte abwarten und sehen, wie sich die Sache in der Türkei entwickelt. Bis dahin sollte man allerdings den Türken in Form einer freundlichen Empfehlung nahelegen, den Vorschlag Haig/Davos, für den sich alle NATO-Partner ausgesprochen haben, anzunehmen. Wenn damit die Reintegration Griechenlands abgeschlossen werden könnte, würde sich auch psychologisch die Stellung der NATO für die Verhandlungen mit der Sowjetunion wesentlich verstärken.

Bundeskanzler sagt zu, daß sich Außen- und Verteidigungsminister[26] in der Zwischenzeit vorbereiten und versuchen werden, unsererseits die Lage zu bewerten. Er betont das hohe Ansehen, das Verteidigungsminister Averoff bei uns genießt. (Karamanlis: Er war acht Jahre mein Außen- und ist jetzt fünf Jahre mein Verteidigungsminister. Ein sehr guter Mann.)

Karamanlis betont noch einmal, daß er trotz öffentlichen Drucks – selbst seine Freunde werfen ihm vor, eine Erniedrigung für sein Volk hinzunehmen – den Reintegrationsantrag nicht zurückzieht.

Bundeskanzler hat Verständnis für diese Situation. Er betrachtet die Stetigkeit der griechischen Politik seit der Rückkehr von Karamanlis als außerordentlich wohltuenden und stabilisierenden Faktor im östlichen Mittelmeer. Er pflichtet ihm bei, daß er sich in der Verfolgung seiner bisherigen Linie nicht entmutigen lassen sollte.

Karamanlis weist darauf hin, daß im April/Mai 1980 ein neuer Präsident gewählt werden muß.[27] Alle Parteien, auch die Opposition, drängen ihn, dieses Amt zu übernehmen. Er würde mit Sicherheit gewählt werden. Das wäre aber keine gute Sache. Wenn er sich aber nicht um das Amt bewirbt, kann kein Prä-

24 Der am 27. Mai 1960 vom Militär gestürzte Ministerpräsident Menderes wurde am 17. September 1961 hingerichtet. Am 15. Oktober 1961 fanden Wahlen zum türkischen Parlament statt.

25 Zur türkischen Position bezüglich einer Freigabe von Varosha vgl. Dok. 5, Anm. 24.

26 Hans-Dietrich Genscher und Hans Apel.

27 Das griechische Parlament wählte am 5. Mai 1980 Ministerpräsident Karamanlis zum Präsidenten.

sident gewählt werden und dann muß es nach der griechischen Verfassung zu Neuwahlen kommen, deren Ausgang durchaus ungewiß wäre. Es wäre sehr gut, wenn es bis dahin Fortschritte bei der NATO-Reintegration gibt.

Bundeskanzler hat die Situation voll verstanden und verspricht, daß wir uns Mühe geben werden.

Er spricht am Ende des Gesprächs dem Dolmetscher, Herrn Theofilidis, Dank und Anerkennung für seine vorzügliche Leistung aus.

VS-Bd. 14077 (010)

301

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Hua Guofeng

Geheim **22. Oktober 1979**[1]

Vermerk über die Vier-Augen-Gespräche des Bundeskanzlers mit MP Hua Guofeng am 22. und 23. Oktober 1979

Der Bundeskanzler und MP Hua setzten das Gespräch (22.10.)[2] ab 11.30 Uhr im kleinen Kreis fort.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 22. Oktober 1979 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat Franke, Bundeskanzleramt, am 2. November 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte Franke, daß er „zur persönlichen Unterrichtung des Herrn Bundesministers des Auswärtigen eine Ablichtung des Vermerks über die Vier-Augen-Gespräche des Bundeskanzlers mit Ministerpräsident Hua Guofeng am 22. und 23.10.1979" übersende.
Hat Wallau am 6. November 1979 vorgelegen.
Hat Genscher am 7. November 1979 vorgelegen.
Hat Wallau am 8. November 1979 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an die Staatssekretäre van Well und Hermes „zur pers[önlichen] Unterrichtung" verfügte.
Hat van Well am 9. November 1979 vorgelegen.
Hat Hermes am 12. November 1979 vorgelegen.
Hat Wallau am 15. November 1979 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Meyer-Landrut verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14077 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 In einem ersten Gespräch mit Ministerpräsident Hua Guofeng am 22. Oktober 1979 legte Bundeskanzler Schmidt dar: „Er danke für das Verständnis, das der Ministerpräsident für den Wunsch der deutschen Nation ausgedrückt habe, im Rahmen einer europäischen Friedensordnung unter ein Dach zurückzukehren. Wir seien sehr interessiert an einem starken China, das in der Lage sei, seine Rolle in der Weltpolitik voll zu spielen. Beide Regierungen hätten den Wunsch, daß Wirtschaft und Kultur beider Länder sich ungestört entwickeln, und damit auch den Wunsch, daß der Frieden aufrechterhalten werde. Er stimme zu, daß die Zusammenarbeit auf längere Zeit angelegt und auf breite Basis gestellt werden solle." Hua führte aus: „Trotz unübersehbarer Fortschritte sei der wirtschaftliche und technologische Abstand zu anderen entwickelten Ländern nach wie vor groß. [...] Die nächsten drei Jahre sollten genutzt werden, um die Volkswirtschaft zu konsolidieren. [...] Der Schwerpunkt solle in Zukunft auf die Modernisierung gelegt werden. Die Theorie des Klassenkampfes gehöre der Vergangenheit an. China brauche Ruhe und Stabilität für eine lange Zeit." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 51; B 150, Aktenkopien 1979.

Weitere Teilnehmer: MD Dr. Ruhfus und der chinesische Botschaftsrat Qi Huaiyuan als note-taker, die beiden Dolmetscher.

Bundeskanzler und MP Hua vereinbaren, daß dieser Teil des Gesprächs streng vertraulich behandelt werden soll.

Internationale Lage

Bundeskanzler: Das weltpolitische Gleichgewicht sei in den letzten Jahren in einen prekären Zustand geraten. Der Krieg in Südostasien habe zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Selbstverständnisses der USA geführt. Watergate[3] habe die innenpolitische Stabilität des Systems angenagt. Beide Entwicklungen seien noch nicht überwunden. Die Homogenität der innenpolitischen, der wirtschaftspolitischen und der außenpolitischen Auffassungen in den USA sei noch nicht wiederhergestellt. Die Vitalität der amerikanischen Nation sei nach wie vor sehr groß. Aber derzeit fehle die homogene Führung. Dies sei nicht eine Frage des gegenwärtigen Präsidenten[4], sondern eine Auswirkung des allgemeinen Zustands in den USA. Die Vereinigten Staaten würden in den 80er Jahren wieder zu ihrem vollen Gewicht zurückfinden.

Dem stehe auf der anderen Seite die Unsicherheit über die künftige Zusammensetzung der Führung in Moskau gegenüber. Die Sowjetunion habe die bisherige Unsicherheit der amerikanischen Führung erfolgreich ausgenutzt in Angola, am Horn von Afrika, in Afghanistan und in anderen Teilen der Welt. Hierbei sei die Sowjetunion vor allem durch Kuba wirkungsvoll unterstützt worden.

Die sowjetische Führung habe dagegen in Ägypten, in Somalia und im Irak erhebliche Rückschläge erlitten. Die Bundesrepublik habe sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten als mittlere Macht bemüht, in Ägypten moralisch zu helfen. Auch in Somalia hätten wir versucht, unterstützend zu wirken.

Wir sähen die wachsende weltpolitische Rolle Chinas mit Befriedigung. Das zunehmende Gewicht der VR China trage dazu bei, das weltpolitische Gleichgewicht zu stabilisieren.

Im Westen gebe es unterschiedliche Besorgnisse. Einige Menschen seien besorgt über die Zuspitzung des Interessenkonflikts zwischen China und der Sowjetunion. Es gebe sogar Überlegungen, China gegen die Sowjetunion auszuspielen. Er, der Bundeskanzler, halte dies für falsch. Ein ernster Konflikt zwischen beiden Weltmächten würde niemand Vorteile, sondern für alle nur katastrophale Folgen mit sich bringen. Andere Politiker im Westen befürchteten, daß Ende dieses Jahrhunderts oder Anfang des nächsten Jahrhunderts die Sowjetunion und die VR China wiederum zu einer Liaison zurückfinden könnten.

MP *Hua*: Diese Überlegungen seien ihm bekannt. Auf der einen Seite würde die Besorgnis geäußert, die Sowjetunion und die VR China könnten sich verbünden und für den Westen ein zu großes gemeinsames Gewicht erhalten. Auf der anderen Seite befürchteten einige Westeuropäer, daß der Westen in einen Krieg zwischen Sowjetunion und China verwickelt werden könnte.

[3] Zur „Watergate"-Affäre vgl. Dok. 56, Anm. 20.

[4] James E. Carter.

Bundeskanzler: Er teile mit großem Ernst die von MP Hua geäußerte Auffassung über die große Bedeutung, die der Aufrechterhaltung des Friedens zukommt. Ferner müsse das militärische Gleichgewicht aufrechterhalten werden. Hierzu gehören das Gleichgewicht der militärischen Kräfte und auch die geopolitische Komponente des Gleichgewichts. Wir seien besorgt über das sowjetische Vordringen in Afrika. Die Sowjetunion mache sich die ungelösten Probleme in Simbabwe, in Namibia und im südlichen Afrika zunutze. Wir hofften, daß der Versuch Großbritanniens, in Simbabwe eine von allen Seiten akzeptierte Verfassung herbeizuführen[5], Erfolg haben werde.

MP *Hua*: Er habe festgestellt, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Bundeskanzler: PM Thatcher habe sich hier in bemerkenswerter Weise von den Positionen des Wahlkampfes[6] wegbewegt.

Die zunehmende Schlagseite der Blockfreien bereite uns zusätzliche Sorgen. Auch China dürfte daran interessiert sein, daß die Blockfreien nicht unter der Führung Kubas in das Fahrwasser der Sowjetunion geraten.

MP *Hua*: In dieser Frage gebe es Gemeinsamkeit.

Bundeskanzler: Der Einfluß Chinas sei wichtig, weil die VR China als sich entwickelndes Land die Interessen der Entwicklungsländer glaubwürdiger darstellen könne als die Industrieländer.

MP *Hua*: China habe viele Freunde im Kreis der blockfreien Staaten. Er habe über diese Fragen auch bei seinem Besuch in Jugoslawien im vergangenen Jahr mit Präsident Tito gesprochen.[7]

VS-Bd. 14077 (010)

[5] Zur Verfassungskonferenz über Rhodesien in London vgl. Dok. 265, Anm. 19.
Botschafter Ruete, London, berichtete am 23. Oktober 1979: „1) AM Lord Carrington hat am 22.10. im Lancaster House kurzes Dokument mit britischen Vorschlägen für Übergangsperiode vorgelegt. Plan [...] enthält insgesamt 13 Punkte, von denen etwa die Hälfte unstreitig sein dürfte. 2) Britischer Vorschlag enthält Elemente, die sowohl Salisbury-Parteien wie Patriotischer Front (PF) unangenehm sind. Im Zentrum steht Übernahme direkter Regierungsgewalt durch Großbritannien, d. h. durch Gouverneur. Dieser Gouverneur soll alle exekutive und gesetzgeberische Macht haben. Im FCO rechnet man mit erheblichem Widerstand in Salisbury, da dies nicht nur Rücktritt von PM Muzorewa bedeuten würde, sondern auch Ende weißer Herrschaft. Keine britische Regierung habe derart umfassende Regelung bisher vorgesehen, da Rhodesien seit 1923 innere Autonomie genossen habe. Mit britischem Vorschlag würde diese zurückgenommen. Rhodesien würde wieder britische Kronkolonie." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2343; Referat 320, Bd. 125203.

[6] Zu den Grundsätzen der Rhodesien-Politik der Conservative and Unionist Party vgl. Dok. 131, Anm. 9.

[7] Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 21. bis 29. August 1978 in Jugoslawien auf.

302

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel

22. Oktober 1979[1]

Gespräch BM mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel am 22.10.1979 um 17.15 Uhr

Teilnehmer: BR van Heuven, amerikanische Botschaft; VLR I Schenk, Referat 204.

1) *Botschafter* teilte mit, AM Vance werde am 10.12.1979 gegen 11.00 Uhr in Köln-Bonn zwischenlanden, BM aufnehmen und nach Berlin weiterfliegen[2]; Mittagessen könne an Bord eingenommen werden. In Berlin sei nur ein kurzes Programm vorgesehen: Eintragung ins Goldene Buch, Besichtigung der Mauer; am nächsten Morgen werde AM Vance nach Rumänien weiterfliegen.

Bundesminister bat, Vance mitzuteilen, er sei dankbar für die Möglichkeit, mit ihm zusammen nach Berlin zu fliegen. Er halte dies für sehr wichtig. Er bäte AM Vance jedoch zu überlegen, ob er nicht für etwa eine Stunde nach Bonn kommen könne. Bei Hin- und Rückflug mit dem Hubschrauber habe man dann hier Dreiviertelstunde für Gespräche. BM erläuterte, daß es für die Präsentation nach außen wichtig wäre, ein Pressefoto über das Zusammentreffen in Bonn zu haben.

Botschafter drückte Verständnis dafür aus und sagte Bericht an AM Vance zu. Er wisse allerdings nicht, ob Vance, der schon statt des ursprünglich geplanten Direktfluges einen Umweg nach Bonn mache, auch diese weitere Programmänderung noch einplanen könne.

2) Botschafter kündigte den Besuch von Botschafter Gerard Smith in Bonn vom 29.10. bis 4.11. an. *Bundesminister* sagte zu, ihn zu empfangen, und zwar am 29.10., ca. 16.00 Uhr.

Botschafter von Staden habe den Besuchswunsch schon angekündigt.

3) *Botschafter* legte das amerikanische Petitum dar, die Möglichkeiten, über wirtschaftliche Hebel Druck auf Kuba auszuüben, zu prüfen. Er hinterließ seinen Gesprächszettel darüber. Auch einige andere Regierungen in OECD-Ländern würden darüber konsultiert. Washington wäre interessiert zu erfahren, ob die Bundesregierung bereit sei, die Finanzierung von kubanischen Aktivitäten durch private Institutionen, wie Banken, zu entmutigen und öffentliche Erklärungen zu diesem Thema abzugeben. An eine öffentliche Kampagne sei jedoch nicht gedacht. AM Vance würde mit BM gern über das Thema sprechen.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 22. Oktober 1979 gefertigt.
Hat Braunmühl am 23. Oktober 1979 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragenden Legationsrat von Nordenskjöld verfügte.
Hat Wallau am 23. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Nordenskjöld am 24. Oktober 1979 vorgelegen.

2 Der amerikanische Außenminister Vance hielt sich am 11. Dezember 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 370.

Bundesminister erwiderte, er würde es sehr begrüßen, wenn bei dem Vierer-Treffen[3] vor der NATO-Konferenz im Dezember[4] aufgrund eines vorbereiteten Papiers über die Kuba-Problematik gesprochen werden könnte. Wir überlegten, wie wir eine Strategie gegen die Umwandlung der Blockfreien-Bewegung in Gang setzen könnten. Schon die Aktivitäten Titos und Jugoslawiens vor Havanna[5] hätten eine Menge bewirkt. Wir brauchten eine Auflistung der Eindrücke über die Haltung der blockfreien Länder, die Ansatzpunkte (d.h. sich der Umwandlung der BFB[6] im kubanischen Sinne entgegenzustellen) wie z.B. Nyerere zeigten. Man müsse klären, wie solche Entwicklungen ermutigt werden könnten; außerdem: welche Parteigänger Kuba habe und was man bei ihnen bewirken könne. Wir schätzten sehr die Haltung Jugoslawiens, dessen Mitwirkung in der BFB wichtig sei, damit diese keinen antieuropäischen Charakter bekomme. Wichtig sei auch die Rolle Ägyptens, obwohl Sadat zur Zeit Schwierigkeiten mit seinen arabischen Brüdern habe. Die OAU-Konferenz[7] habe aber gezeigt, welchen Einfluß Ägypten habe. Außerdem beabsichtigten wir, bei dem chinesischen Besuch[8] zu sehen, wie China in die Strategie hinsichtlich der Blockfreien-Bewegung hineingebracht werden könne. China müsse interessiert sein, daß die BFB nicht auf die sowjetische Seite gerate, über alle diese Fragen würden wir gern einen Meinungsaustausch mit den Amerikanern führen. Diese Punkte beantworteten allerdings noch nicht die Frage der Aktivitäten Kubas in Mittelamerika und hinsichtlich der USA. BM meinte, nach seinem Gefühl werde die kubanische Karte bald überreizt sein.

BM bat, daß D 2[9] im Sinne seiner Ausführungen das Vierer-Treffen in Brüssel vorbereiten solle.

4) *Botschafter* sprach die Kandidatur Kubas zum Sicherheitsrat an. Weitere Kandidaten in Lateinamerika seien Guatemala und Kolumbien.

Die USA wollten Kolumbien unterstützen und wären dankbar, wenn die Bundesregierung dies ebenfalls tun könnte.[10]

3 Zum Treffen der Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Vance (USA) am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 377, Dok. 379 und Dok. 380.

4 Zur gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.
Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

5 Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt. Vgl. dazu Dok. 266, Anm. 4 und 7.

6 Blockfreien-Bewegung.

7 Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten fand vom 17. bis 20. Juli 1979 in Monrovia statt.

8 Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 21. bis 28. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 301 und Dok. 305.
Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua am 23. Oktober 1979 vgl. Dok. 304.

9 Klaus Blech.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schaad teilte der Ständigen Vertretung bei der UNO in New York am 17. Oktober 1979 mit: „Die amerikanischen Bedenken bezüglich der Festigkeit Kolumbiens, seine Kandidatur in einer Kampfabstimmung gegen Kuba aufrechtzuerhalten, werden hier geteilt. Die Vertretung wird gebeten, in Übereinstimmung mit unserer dem kolumbianischen Botschafter in Bonn gegebenen Zusage der New Yorker Vertretung Kolumbiens deutlicher als bisher zu erkennen zu geben, daß wir die Kandidatur Kolumbiens unterstützen, auch wenn wir formell unsere Entscheidung angesichts noch nicht abgeschlossener Entwicklung in Regionalgruppe noch

5) *Bundesminister* fragte nach amerikanischer Einschätzung der Folgen von Dayans Rücktritt.[11] Dieser sei für ihn nicht überraschend gekommen. Dayan habe schon vor einem Jahr in Jerusalem[12] ihm gegenüber darüber gesprochen und bei seinem kürzlichen Besuch in Bonn[13] wieder. Der Besuch hier sei stark geprägt gewesen durch den Druck von MP Begin. Dayan sei sich klar darüber gewesen, daß er sich dadurch formal eine Blöße gegeben habe, daß er mit den Palästinenservertretern ohne Kenntnis Begins gesprochen habe.[14]

Botschafter meinte, daß der Rücktritt die Regierung Begin schwächen werde. Dayan glaube wohl selbst, daß die Regierung Begin nur noch für einige Monate im Amt bleiben werde. Sie habe schon jetzt nicht mehr die volle Kontrolle über die Dinge.

Bundesminister meinte, der Rücktritt zum jetzigen Zeitpunkt bedeute ein Element der Instabilität, das nicht günstig sei. Die Kompromißbereitschaft der Araber würde dadurch nicht zunehmen. Auf Einwurf *Stoessels*, daß auch Sadats Haltung berührt würde, betonte *Bundesminister*: Sadat habe eine sehr klare Haltung. BM sei nicht sicher, ob Begin das richtig verstehe.

6) Botschafter *Stoessel* hatte noch keine Berichte über die weitere Reise von Aaron[15], nach der BM ihn fragte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1510

offenlassen wollen. Bezüglich kubanischer Kandidatur können wir bei passender Gelegenheit in Gesprächen mit Vertretern dritter Staaten in New York durchblicken lassen, daß wir nach Vorgängen in Havanna u.a. auch Ämterkumulierung durch kubanische Präsidentschaft bei Blockfreien und evtl. gleichzeitige SR-Mitgliedschaft nicht für opportun halten." Vgl. den Drahterlaß Nr. 5190; Referat 230, Bd. 121052.

11 Der israelische Außenminister Dayan erklärte am 21. Oktober 1979 seinen Rücktritt, der am 23. Oktober wirksam wurde. Referat 310 notierte dazu am 23. Oktober 1979: „AM Dayan war mit der Art und Weise und dem Inhalt der Autonomieverhandlungen, wie er in seinem Rücktrittsbrief schreibt, nicht mehr einverstanden. Er hat sich gegen die hemmungslose Niederlassung israelischer Siedler und gegen den Gedanken einer uneingeschränkten Souveränität Israels über die besetzten Gebiete ausgesprochen. Dayan – dies ist der zweite Grund für seinen Rücktritt – hat versucht, die Regierungspolitik hinsichtlich der Frage der Verhandlungen mit den Palästinensern zu ändern. Dies ist ihm nicht gelungen. Der Rücktritt Dayans ist für das israelische Kabinett ein schwerer Rückschlag, da der pragmatische Dayan eine gewisse Gewähr für eine Politik gegen eine uneingeschränkte starre Haltung der Likud war und auch internationale Reputation genoß. Wenn die Regierung Begin am Ruder bleibt, ist zu befürchten, daß die Rechte sich nunmehr ungehindert durchsetzt und dies zur Verhärtung der israelischen Politik führt." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135598.

12 Bundesminister Genscher hielt sich vom 28. bis 30. Juni 1978 in Israel auf. Für das Gespräch mit dem israelischen Außenminister Dayan am 29. Juni 1978 vgl. AAPD 1978, I, Dok. 205.

13 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Dayan am 9. September 1979 vgl. Dok. 260.

14 Zum Treffen des israelischen Außenministers Dayan mit dem Vorsitzenden des „Roten Halbmond" in Gaza, Shafi, am 29. August 1979 in Gaza vgl. Dok. 260, Anm. 6.
Botschaftsrätin I. Klasse Steffler, Tel Aviv, berichtete dazu am 31. August 1979: „Nach Dayan war Zweck seines zweiten Besuchs in Gaza (erster vor einiger Zeit galt angeblich nur archäologischen Ausgrabungen) exploratorischer Natur. Er sei nicht zu Verhandlungen über Autonomie oder andere Angelegenheiten nach Gaza gekommen, sondern habe sich Antworten auf Fragen erhofft, wie Juden und Araber zusammenleben könnten. Durch Gespräche mit Juden könne man arabische Meinungen nicht erfahren. [...] Enger Zusammenhang gestriger Begegnung mit Fortgang Autonomieverhandlungen ist nicht auszuschließen [...]. Dabei geht es Dayan sicher nicht um Sondierungen über Bedingungen etwaiger PLO-Beteiligung, da diese weder in C[amp]D[avid]-Abkommen vorgesehen ist noch von israelischer Regierung akzeptiert würde. Vielmehr dürfte er nach Wegen gesucht haben, Einschüchterung möglicherweise gesprächsbereiter Persönlichkeiten durch PLO abzubauen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1050; Unterabteilung 31, Bd. 135597.

15 Vgl. dazu die Gespräche des stellvertretenden Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Aaron, am 19. Oktober 1979 in der Bundesrepublik; Dok. 306.

7) *Bundesminister* unterrichtete Stoessel kurz über das Neuner-Treffen in Ashford Castle[16]:

a) Man habe die vertrauensbildenden Maßnahmen im Hinblick auf das Madrider KSZE-Folgetreffen[17] erörtert. François-Poncet habe über sein Gespräch mit AM Vance berichtet. Er habe das Interesse Frankreichs dargelegt, die französischen Vorschläge für eine KAE[18] zu verbinden mit der KSZE. Wir seien dafür, daß sich die EG-Länder mit den Partnern im Bündnis eng abstimmten. Es habe Einvernehmen bestanden, daß eine Zone für die vertrauensbildenden Maßnahmen angestrebt werden sollte, die tiefer in die SU hineinragt. Frankreich habe eine Zone bis zum Ural vorgeschlagen. Bisher habe man einen Streifen von 250[19]km.

Bei der nächsten Sitzung des Europarats[20] werde man sich darum bemühen, auch mit den anderen Mitgliedern dieses Gremiums darüber zu sprechen. Der schwedische Außenminister[21] sei sehr interessiert. Beim österreichischen[22] könne man dies voraussetzen. Auch die Schweizer und Finnen seien interessiert.

b) Hinsichtlich der Lage Kambodschas hätten die Neun positiv auf die Anfrage GS Waldheims reagiert.[23] Der irische AM habe sich bereits öffentlich dazu geäußert.[24] Wir strebten eine erweiterte Finanzhilfe an. Man habe überlegt, wie

16 Die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten kamen am 20./21. Oktober 1979 im Rahmen der EPZ zu einem informellen Treffen in Ashford Castle zusammen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit vermerkte dazu am 22. Oktober 1979: „Französischer Außenminister schlug vor, in Madrid französisches KAE-Projekt und Breschnew-Vorschläge zu behandeln. Er äußerte ferner, der Westen müsse in der Abrüstungsfrage offensiv werden. Breschnew-Rede zeige, wie die SU den Westen in die Enge treiben wolle. Britischer AM erklärte, Behandlung der Breschnew-Vorschläge werde Test für westliche Entschlossenheit sein, sich selbst zu verteidigen. Es dürfe keine Wiederholung der Situation eintreten, wie sie sich seinerzeit hinsichtlich der Einführung der Neutronenwaffe ergeben habe. BM unterstützte französischen Vorschlag und sprach sich dafür aus, diesen in die KSZE-Materie für Madrid einzuführen, um gegenüber dem Ostblock in die Offensive zu kommen. Alle außer B stimmten dem zu." Vgl. Referat 200, Bd. 112897.

17 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

18 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 270, Anm. 7.

19 Korrigiert aus: „150".

20 Das Ministerkomitee des Europarats trat am 22. November 1979 in Straßburg zusammen.

21 Ola Ullsten.

22 Willibald Pahr.

23 Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit notierte am 22. Oktober 1979: „Minister haben in Ashford Castle humanitäre Hilfe für kambodschanische Bevölkerung ausführlich erörtert. Sie unterstützten den Appell UN-Generalsekretärs Waldheim vom 19.10. für eine Hilfsaktion von UNICEF und IKRK, die ein Volumen von 110 Mio. Dollar umfassen soll. [...] Die Minister kamen ferner überein, daß möglichst in der laufenden Woche eine Sondersitzung der EPZ-Arbeitsgruppe Asien einberufen werden soll. Die Arbeitsgruppe soll den Ministern umgehend praktische Vorschläge u. a. zu folgenden Punkten vorlegen: Informationen über Hilfsmaßnahmen einzelner Mitgliedstaaten und der EG; Möglichkeit zusätzlicher Aktionen durch die Neun und die Gemeinschaft; Schritte zur effektiven Weiterleitung der Hilfsgüter (Luftbrücke?); Unterstützung der Flüchtlinge in Thailand und in den [von] Pol Pot kontrollierten Gebieten Kambodschas." Vgl. Referat 200, Bd. 112897.

24 Botschafter Fischer, Dublin, berichtete am 22. Oktober 1979 über die Presseerklärung des irischen Außenministers O'Kennedy vom selben Tag: „Nach einer einleitenden Feststellung, daß Kambodscha der wichtigste Punkt gewesen sei und daß man sich geeinigt habe, die Hilfeleistungen an Kambodscha zu verdoppeln und dazu auch ungewöhnliche Schritte (‚unprecedented steps') zu ergreifen, sagte er wörtlich: ‚Senior officials will consult within this week on how the nine can, as a matter of the most extreme urgency, provide the necessary money, food and medical supplies, at the

in abgelegene Gebiete Kambodschas Lebensmittel gebracht werden könnten. Bisher habe man nur die Zugänge über Hafen und Flugplatz. Wir sollten auch Thailand helfen und ermutigen, mehr Flüchtlinge hereinzulassen. Man habe auch das Abwerfen von Lebensmitteln aus Flugzeugen besprochen. Wenn die Vietnamesen verlangten, daß dies keine „feindlichen" Flugzeuge sein dürften, so seien wir mit beliebigen Flugzeugen einverstanden, solange sicher sei, daß die Lebensmittel wirklich über den Notgebieten abgeworfen würden. Auch darüber wollten wir mit den Amerikanern sprechen. Die politischen Direktoren würden noch diese Woche ein Konzept entwickeln.

8) Auf Frage Stoessels nach dem Hua-Besuch schilderte *Bundesminister* den bisherigen Verlauf: In der heutigen Plenarsitzung[25] habe BK unsere Position dargelegt. Hua habe die Lage Chinas geschildert. Er habe das chinesische Interesse an einem starken Deutschland ausgedrückt. Er habe die inneren Probleme Chinas erläutert: Interesse an der Landwirtschaft; Entwicklung der Verbrauchsgüterindustrie, in der Nachholbedarf bestehe; Lage nach dem Ausscheiden der Vierer-Bande[26]. Man sei überrascht gewesen, daß es selbst in Shanghai keine Schwierigkeiten gegeben hätte. Stark betont habe Hua die Dezentralisierung der Wirtschaft. Die einzelnen Regionen sollten die Wirtschaftstätigkeit selbständig durchführen. Keine starke Expansion der Stahlindustrie. Eher Qualitätsverbesserung in den vorhandenen Einheiten. Insgesamt sei es ein recht realistisches Konzept gewesen. Dritte Länder habe Hua bisher nicht erwähnt. Es gehe aber noch weiter. Eine wichtige Rolle würden Südostasien und die Blockfreien-Bewegung spielen.

BM erwähnte hier, daß Ceauşescu in einem kürzlichen Gespräch mit ihm[27] ungewöhnliche Aufmerksamkeit für die Fragen der LRTNF-Modernisierung gezeigt habe. BM habe ihm unsere Absichten in der Erwartung einer Weiterleitung nach Moskau dargelegt. C. habe interessierte Fragen (Sprengköpfe; Nachladefähigkeit) dazu gestellt. Die rumänische Haltung sei sehr positiv gewesen. BM habe dargelegt, daß eine Dislozierung der SS-20 hinter dem Ural für Europa nichts bringe, sondern nur für die SU, da die SS-20 dadurch der Reichweite der „Pershing" 2 entzogen würden. Das habe C. interessant gefunden. BM erwähnte, daß Hua nach seiner Westeuropa-Reise[28] noch nach Bukarest und Belgrad[29] reisen werde.

9) Auf Frage Stoessels über das kürzliche Bund-Länder-Chefgespräch zum Thema Nationalstiftung[30] erläuterte Bundesminister: Er wolle nicht eine Lage

Fortsetzung Fußnote von Seite 1512
maximum level of contribution from each of the member states.'" Vgl. den Drahtbericht Nr. 308; Referat 200, Bd. 112897.

25 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Hua Guofeng am 22. Oktober 1979 im größeren Kreis vgl. Dok. 301, Anm. 2.

26 Zur „Vierer-Bande" vgl. Dok. 37, Anm. 5.

27 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceauşescu am 12. Oktober 1979 in Bukarest vgl. Dok. 290.

28 Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 15. bis 21. Oktober 1979 in Frankreich, vom 21. bis 28. Oktober in der Bundesrepublik, vom 28. Oktober bis 2. November in Großbritannien und vom 3. bis 6. November 1979 in Italien auf.

29 Der chinesische Außenminister Huang Hua besuchte vom 6. bis 8. November 1979 Jugoslawien und vom 10. bis 12. November 1979 Rumänien.

30 Referat 210 notierte im September 1979, die Bundesregierung befinde sich seit 1976 mit den Drei Mächten in Gesprächen über die Frage der Errichtung einer Deutschen Nationalstiftung in Berlin

herbeiführen, in der jemand sage, er möchte nicht, daß etwas in Berlin gemacht werde. Er wolle auch nicht, daß jemand sage, ein anderer sage: Es gehe nicht in Berlin. Dies wäre nicht gut für Berlin. Jetzt habe man eine Zwischenlösung gefunden, die standortungebunden sei. Das Projekt Nationalstiftung werde nicht präjudiziert; vielmehr würden nur die Inhalte eines Zusammenwirkens von Bund und Ländern festgelegt. Sobald die Sache fertig sei, würden wir die Alliierten in der Vierer-Gruppe unterrichten. Auf Frage Stoessels, ob das Thema beim Vierer-Treffen im Dezember angesprochen würde, meinte Bundesminister, dies hänge von der weiteren Entwicklung ab. Er sei nicht sehr erpicht darauf. *Stoessel* stimmte zu. Die Sache sei kompliziert. Es sei besser, sie hier auszuarbeiten. *Bundesminister*: Er habe versucht, den Ländern unsere Interessenlage zu erklären: Entweder mache man es, dann müsse man es auch ganz durchführen. Oder man mache es nicht. Am schlechtesten sei jedoch: Erst zu sagen, man mache es, und es dann nicht zu machen. Wir dürften die Dynamik des Vierer-Abkommens[31] nicht durch negative Präjudizierung einschränken. Dieses Abkommen sehe die Entwicklung der Bindungen vor. Deshalb könne es besser sein, etwas nicht zu tun, als etwas nicht tun zu können. Man müsse an das nationale Verantwortungsbewußtsein aller Beteiligten appellieren. BM wies auf die Intervention Abrassimows gegenüber Stoessel am 15.10. hin.[32] *Stoessel* meinte: Dies zeige, wie aufmerksam die SU die Entwicklung verfolge. *Bundesminister* wies darauf hin, manche sagten, in Berlin erklärten die Alliierten, daß alles problemlos sei. Er hob dazu fragend die Schultern. *Stoessel*: Er hoffe, daß die Alliierten nicht in die Situation gebracht würden, gegen etwas

Fortsetzung Fußnote von Seite 1513

(West). Es sei in Rechnung zu stellen, daß die Rolle der Drei Mächte „einerseits durch ihre Position als Inhaber der obersten Gewalt in Berlin und Signatare des Vier-Mächte-Abkommens und andererseits durch das Bestreben bestimmt ist, jede Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland zu vermeiden". Die Diskussionen ließen sich folgendermaßen zusammenfassen: „Die Frage der rechtlichen Zulässigkeit der Errichtung einer Stiftung in Berlin ist zu bejahen. Das Vier-Mächte-Abkommen steht dem nicht entgegen. Unter dem Gesichtspunkt der politischen Opportunität bestehen aber ganz erhebliche Bedenken im Hinblick auf die Gesamtproblematik der Beziehungen zur Sowjetunion." Vgl. Referat 210, Bd. 116580.
Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, übermittelte Bundesminister Genscher am 23. Oktober 1979 einen Ergebnisvermerk zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit den Ministerpräsidenten Börner, Stoltenberg und Vogel sowie dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Stobbe, und anderen Teilnehmern am 18. Oktober 1979. Darin hieß es: „Die Anwesenden stellen übereinstimmend fest: Eine Deutsche Nationalstiftung wird gegenwärtig für nicht realisierbar gehalten. Sie bekunden daher auf Vorschlag von MP Stoltenberg folgende Absicht: Da Bund und Länder bisher keine Einigung über eine Deutsche Nationalstiftung erzielt haben, werden sie im Wege einer Verwaltungsvereinbarung eine gemeinschaftliche Zwischenlösung errichten." Weiter hieß es: „1) Bund und Länder schließen eine Verwaltungsvereinbarung zur Förderung gesamtstaatlich bedeutsamer Vorhaben aus den Bereichen Kunst und Kultur im Wege der Projektfinanzierung. [...] 2) Bund und Länder verpflichten sich, in ihren jeweiligen Haushaltsgesetzen jährlich je 12,5 Mio. DM im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung nach Ziffer 1 verfügbar zu machen; die Länder nach einem zwischen ihnen zu vereinbarenden Finanzschlüssel." Vgl. Referat 210, Bd. 116580.

31 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

32 Vortragender Legationsrat Derix vermerkte am 18. Oktober 1979: „Wie uns der amerikanische Sprecher in der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 17.10.1979 mitgeteilt hat, ist anläßlich des Gesprächs zwischen US-Botschafter Stoessel und dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, am 15.10.1979 auch das Thema Nationalstiftung zur Sprache gekommen. [...] Abrassimow sagte, die sowjetische Seite hoffe, daß die Drei Mächte sich jeder Errichtung einer neuen Bundesinstitution in Berlin widersetzen würden. Der Bundesrepublik Deutschland dürfte nicht gestattet werden, Berlin für nationale Zwecke zu benutzen." Vgl. Referat 210, Bd. 116580.

Einwendungen erheben zu müssen. Der öffentliche Eindruck sei, daß die Alliierten dagegen seien. *Bundesminister*: Er sei nicht sicher, daß die Alliierten die Problematik nahtlos gleich sähen.

10) BM erläuterte auf Bitte Stoessels die innenpolitische Situation: (Hat die Wahlkampagne schon begonnen?) Ab Januar werde man permanent Wahlkampf haben: Landtagswahlen Baden-Württemberg, Saarland und NRW.[33] In NRW werde der Wahlkampf schon Teil des Bundestagswahlkampfes[34] sein. Auf Frage *Stoessels*, wie sich eine Polarisierung auf die FDP auswirken werde, meinte *Bundesminister*, er sehe nicht, daß die Entwicklung so neu sei, es handele sich um dieselben Leute. Allerdings werde die Auseinandersetzung härter werden. Er glaube, daß sich für die FDP eine breitere Marktlücke ergebe. Die Analyse des Bremer Wahlergebnisses mache dies schon sichtbar; dort habe es sich ja um Scheinverluste gehandelt.[35] Die eigentliche Frage sei die Einstellung zu den Grünen. Ein weiterer wichtiger Punkt sei der SPD-Parteitag[36] und dessen Haltung zu den beiden nuklearen Fragen. Er hoffe, daß zu der Frage der friedlichen Atomnutzung es nicht zu einem opportunistischen Nachgeben an die Grünen kommen werde. Ein solches Nachgeben nütze den Grünen.

Referat 010, Bd. 178803

303

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.73/10-1737/79 geheim **22. Oktober 1979**[1]

Betr.: LRTNF-Modernisierung;
hier: Abzug von 1000 Sprengköpfen

I. Der stellvertretende Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, David Aaron, hat in seinem Gespräch mit dem Herrn Bundesminister am 19. Ok-

33 Am 16. März 1980 fanden Wahlen zum baden-württembergischen Landtag statt, am 27. April 1980 zum saarländischen und am 11. Mai 1980 zum nordrhein-westfälischen Landtag.

34 Am 5. Oktober 1980 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

35 Bei den Wahlen zur bremischen Bürgerschaft am 7. Oktober 1979 erreichte die FDP 10,8% der Stimmen. Bei den Wahlen am 28. September 1975 kam sie auf 13,0%.

36 Der Bundesparteitag der SPD fand vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West) statt.

1 Die Aufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 22. Oktober 1979 über Ministerialdirektor Blech und Staatssekretär van Well an Bundesminister Genscher weitergeleitet.
Hat Blech am 22. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat van Well am 24. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 24. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Genscher am 24. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron vorgelegen.

tober[2] über die amerikanische Überlegung berichtet, im Zusammenhang mit der LRTNF-Modernisierung den Abzug von 1000 nuklearen Sprengköpfen aus Europa bekanntzugeben. Zur Erläuterung hat er auf folgendes hingewiesen:

1) Der Abzug von 1000 Sprengköpfen würde bedeuten, daß ein Element aus der Option III bei MBFR[3] herausgenommen und mit unterschiedlicher Zielsetzung genutzt werden würde. Es sei davon auszugehen, daß sich daraus positive Reaktionen sowohl für die LRTNF-Entscheidung als auch für MBFR ergeben könnten.

2) Die amerikanischen Überlegungen werden in erster Linie im Hinblick auf die Niederländer angestellt, die prinzipiell eine Politik anstreben, die eine Verminderung der Rolle der Nuklearwaffen für die Verteidigung und eine Anhebung der Nuklearschwelle vorsieht.[4]

Im Blick auf diese niederländische Position könnten folgende Wirkungen erwartet werden:

a) Die LRTNF-Entscheidung werde in einem besseren allgemeinen Klima stattfinden können.

b) Der Abzug von 1000 Sprengköpfen komme der Tatsache entgegen, daß die Niederländer die Zahl der für die Stationierung in Europa vorgesehenen LRTNF-Sprengköpfe für zu hoch hielten.

c) Der Abzug von 1000 Sprengköpfen komme dem niederländischen Wunsch entgegen, die Nuklearschwelle anzuheben und die Abhängigkeit von nuklearen Waffen zu vermindern.

3) Aaron wird in seinen Gesprächen in Den Haag[5] das Thema zur Sprache bringen und sondieren, ob und in welcher Weise der Abzug von 1000 Sprengköpfen für die Niederländer von Nutzen wäre.

4) Zur Erläuterung der amerikanischen Position wies Aaron darauf hin, daß es sich bei dem Abzug von 1000 Sprengköpfen nicht um eine einseitige Maßnahme handeln werde, vielmehr werde der Abzug in Verbindung mit der LRTNF-Entscheidung vorgenommen und könne sich als Impuls für MBFR erweisen. Der Abzug müsse von einem Konsens in der Allianz getragen sein. Es sei darauf zu achten, daß der Abzug von 1000 Sprengköpfen sorgfältig begründet werde, damit nicht der Eindruck entstehe, daß nach dem Debakel mit der Neutronenwaffe[6] nun auch noch der Abzug von Sprengköpfen ohne Gegenleistung vorgenommen werde.

5) Aaron äußerte die Hoffnung, daß wir die amerikanischen Überlegungen unterstützen können. Es sei für Washington wichtig, unsere Meinung dazu ken-

[2] Zu den Gesprächen des stellvertretenden Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Aaron, am 19. Oktober 1979 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 306.

[3] Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 16. Dezember 1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III) vgl. Dok. 13, Anm. 2.

[4] Zur Haltung der niederländischen Regierung bezüglich der TNF-Modernisierung vgl. Dok. 322.

[5] Botschafter Ruth vermerkte am 24. Oktober 1979, der stellvertretende Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Aaron, werde an diesem Tag in Den Haag erwartet. Vgl. dazu VS-Bd. 11325 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

[6] Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Carter vom 7. April 1978; Dok. 13, Anm. 8.

nenzulernen.[7] Die Wirkung werde davon abhängen, ob es gelänge, ein frühzeitiges Bekanntwerden in der Öffentlichkeit zu verhindern.

II. 1) Der Herr Bundesminister antwortete, daß eine entsprechende amerikanische Entscheidung die niederländische Zustimmung zur LRTNF-Modernisierung erleichtern könne. Es werde sehr darauf ankommen, daß eine solche Entscheidung gegebenenfalls optimal genutzt werde.

2) Bei dem von D 2[8] am 18.10. gegebenen Abendessen war dieses Thema ebenfalls ausführlich diskutiert worden. Wir wiesen darauf hin, daß die amerikanischen Überlegungen nützlich sein können und – auch im Blick auf das in der Option III bereits enthaltene Angebot – in Europa voraussichtlich keinen Widerspruch finden würden. Es sei jedoch wichtig, die Wirkungen sowohl auf LRTNF-Entscheidung als auch auf MBFR sorgfältig zu prüfen und eine entsprechende Ankündigung so zu strukturieren, daß sie für beide Bereiche einen positiven Effekt haben könne. Wir haben angeregt, bei den Gesprächen mit den Niederländern direkt zu fragen, wie die amerikanische Überlegung weiter verfolgt werden müsse, um aus niederländischer Sicht eine optimale Wirkung zu erzielen.

3) Die amerikanische Überlegung wurde von Aaron auch gegenüber dem Bundesverteidigungsminister[9] dargelegt. Mitglieder seiner Delegation haben das Bundeskanzleramt unterrichtet.

4) Wir werden das Thema heute mit Vertretern des BMVg erörtern, um mit der Entwicklung einer Position der Bundesregierung zu beginnen.[10] Dabei beabsichtige ich, zunächst folgende Punkte zu berücksichtigen:

a) Es handelt sich um einen amerikanischen Vorschlag.

7 Botschafter Ruth vermerkte am 24. Oktober 1979: „Wir sehen keine Veranlassung, uns einem entsprechenden amerikanischen Vorschlag zu widersetzen. Die Wirkungen auf die Niederländer können in der Tat positiv sein. Die Niederländer haben größten Wert darauf gelegt, daß im Bündnis klargestellt wird, daß sich die Zahl der Sprengköpfe durch die LRTNF-Modernisierung keinesfalls erhöhen darf. Darüber hinaus haben sie zu erkennen gegeben, daß ihnen eine Senkung der Gesamtzahl der nuklearen Sprengköpfe ihre Entscheidung erleichtern würde." Zugleich hielt Ruth fest, es müsse der Eindruck vermieden werden, „als sei der einseitige Abzug von 1000 nuklearen Sprengköpfen Ausdruck einer Lockerung der Bindungen der Vereinigten Staaten zu Europa und als sei die NATO nicht in der Lage, eine als notwendig erachtete politische Entscheidung zu fällen, ohne dafür einen einseitigen Preis zu bezahlen. Vielmehr sollte in der Öffentlichkeit klar werden, daß der Abzug durch die LRTNF-Modernisierung möglich wird." Vgl. VS-Bd. 11325 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

8 Klaus Blech.

9 Hans Apel.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann notierte am 26. Oktober 1979: „Bei Beurteilung der Frage, ob wir die Reduzierung von 1000 Sprengköpfen unter gleichzeitiger LRTNF-Modernisierung militärisch verkraften könnten, sind wir mangels Detailkenntnissen über die Zusammensetzung der amerikanischen A-Waffenlager letztlich auf die gegebene amerikanische Zusicherung angewiesen." Es dürfe aber nicht unterschätzt werden, „welch hohe Zahl von Sprengköpfen für den gesamten A[llied]C[ommand]E[urope]-Bereich notwendig ist, wenn das Bündnis getreu seiner Doktrin der ‚flexible response' an jedem Ort, jederzeit, mit jedem Mittel, trotz eines gegnerischen Präventivschlags und trotz Überrennens von Trägermitteln und A-Lagern vor nuklearer Freigabe durch den US-Präsidenten angemessen und kontrolliert reagieren können soll. Die Beantwortung der Frage ‚How much is too much?' sollte daher trotz der Versuchung, eine großzügige politische Geste zu machen, nicht über den Daumen angepeilt werden." Vgl. VS-Bd. 11325 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

b) Er kann anknüpfen an die bereits im HLG-Bericht[11] enthaltene Feststellung, daß durch die LRTNF-Stationierung sich die Zahl der Sprengköpfe nicht erhöhe.

c) Als Argument könnte gesagt werden, daß die Stationierung von LRTNF in Europa eine Verminderung der Zahl der nuklearen Sprengköpfe geringerer Reichweite möglich mache, weil die LRTNF-Stationierung die Glaubwürdigkeit des Kontinuums der Eskalation und damit der friedenssichernden Abschreckungsstrategie erhöhe.

d) Von dieser Überzeugung ausgehend, könnten die Vereinigten Staaten feststellen, daß sie bereit sind, im Falle einer positiven LRTNF-Entscheidung und bis zum Zeitpunkt der Stationierung der LRTNF bis zu 1000 Sprengköpfe für Waffen geringerer Reichweite aus Europa abzuziehen.

e) Der Abzug von 1000 Sprengköpfen müßte im Zusammenhang mit westlichen Überlegungen für ein vorgezogenes sowjetisch-amerikanisches Reduzierungsabkommen („Interimsabkommen“[12]) gesehen werden. Schon in den bisherigen Überlegungen war der Abzug von 1000 Sprengköpfen vorgesehen. Der von den Amerikanern ins Auge gefaßte Abzug von 1000 Sprengköpfen im LRTNF-Zusammenhang dürfte für MBFR, insbesondere für die Behandlung der Option III, nicht verlorengehen.

f) Allgemein muß ein Eindruck vermieden werden, der die positive Wirkung der LRTNF-Entscheidung und der darin zum Ausdruck kommenden Handlungsfähigkeit des Bündnisses beeinträchtigen würde. Das heißt, es muß deutlich werden, daß der Abzug von 1000 Sprengköpfen eine Konsequenz der LRTNF-Modernisierung, nicht ein einseitig zu bezahlender Preis zur Beschwichtigung der Gegner der LRTNF-Entscheidung ist.

Ruth

VS-Bd. 11325 (220)

11 Für den „High Level Group Report on NATO Long-Range Theater Nuclear Force Modernization“, den der Vorsitzende der High Level Group der NATO, McGiffert, NATO-Generalsekretär Luns am 28. September 1979 übermittelte, vgl. VS-Bd. 11325 (220).

12 Zum Vorschlag der Bundesrepublik für ein Interimsabkommen bei MBFR vgl. Dok. 321, Anm. 4. Für das amerikanische Papier „US views on a modified Phase I Proposal“ vom 7. November 1979 vgl. VS-Bd. 10656 (201).

304

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua

341-321.00 CHN-856/79 VS-vertraulich **23. Oktober 1979**[1]

Vermerk über Gespräch Bundesminister–AM Huang Hua am 23.10.1979 morgens[2]

Teilnehmer chinesische Seite: AM Huang Hua, Stellvertretender AM Zhang Wenjin, Dolmetscher.

Teilnehmer deutsche Seite: BM, D 3[3], Botschafter Wickert, VLR I Bente.

1) Wegen Zeitüberschreitung bei den Gesprächen im Bundeskanzleramt[4] kam das eigentliche Sachgespräch am 22. nicht mehr zustande. Die beiden Minister hatten nur Gelegenheit, sich über Themen zu einigen, die bei Gesprächen am 23. morgens und nachmittags behandelt werden sollten.

2) *Huang Hua* eröffnete das Gespräch mit einer Darstellung der Lage in Indochina. Viele Länder, vor allem die ASEAN-Staaten, hätten auf der Genfer Flüchtlingskonferenz[5] betont, das Problem müsse von Grund auf gelöst werden. Dies bedeute in chinesischer Sicht: Vietnam müsse seine Aggression einstellen und die Truppen abziehen.[6] Chinesische Seite habe auf der vorgenannten Konferenz den Standpunkt der ASEAN-Staaten unterstützt. Im Hinblick auf die gegenwärtige Situation sei es nicht leicht, Vietnam zum Rückzug der Truppen zu veranlassen, obwohl die Invasion Kambodschas die vietnamesische Wirtschaft so sehr belaste, daß sie sich heute am Rande des Ruins befände.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bente gefertigt und von Ministerialdirektor Meyer-Landrut am 30. Oktober 1979 über Staatssekretär van Well an Bundesminister Genscher weitergeleitet. Dazu vermerkte Meyer-Landrut: „Wegen der politischen Bedeutung dieser Gespräche als Referenzmaterial wurde aus den Gesprächsnotizen eine umfassende Gesprächsniederschrift gefertigt, die die gesamte Gesprächsführung wiedergibt."
Hat van Well am 2. November 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[itte] Einstufung VS-v."
Hat Genscher am 5. November 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Steger am 12. November 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Bürger, Hehenberger und Siemes sowie an die Legationsräte I. Klasse Koenig „n[ach] R[ückkehr]" und Schröder verfügte.
Hat Siemes am 12. November 1979 vorgelegen.
Hat Hehenberger am 13. November 1979 vorgelegen.
Hat Koenig am 4. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat Bürger und Schröder vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11189 (341); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Der chinesische Außenminister Huang Hua begleitete Ministerpräsident Hua Guofeng bei dessen Besuch in der Bundesrepublik vom 21. bis 28. Oktober 1979. Für die Gespräche Hua Guofengs mit Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 301 und Dok. 305.

3 Andreas Meyer-Landrut.

4 Bundeskanzler Schmidt führte am 22. Oktober 1979 ein erstes Gespräch mit Ministerpräsident Hua Guofeng in Anwesenheit des chinesischen Außenministers Huang Hua. Vgl. dazu Dok. 301, Anm. 2.

5 Am 20./21. Juli 1979 fand in Genf eine internationale Konferenz über das Flüchtlingsproblem in Südostasien statt. Vgl. dazu Dok. 206, Anm. 17.

6 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.

Dennoch setze Vietnam seine Politik fort und bemühe sich weiterhin, mit Hilfe der SU eine indochinesische Föderation zu schaffen, und werde von sich aus diesen Plan nicht aufgeben.

China sei nicht dagegen, daß den Flüchtlingen[7] und der Bevölkerung Kambodschas Hilfe geleistet werde. Es müsse aber sichergestellt werden, daß daraus keine Unterstützung Heng Samrins und Vietnams werde. Politisch gesehen dürfe aus der Hilfeleistung auch nicht auf die völkerrechtliche Anerkennung des Heng-Samrin-Regimes geschlossen werden können. Wichtig sei auch weiterhin, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Druck auf Vietnam auszuüben. Nach dem 30jährigen Krieg in Vietnam sei die Wirtschaft außerordentlich geschwächt und das Volk leide. Es wünsche die Wirtschaft anzukurbeln und das Land wiederaufzubauen. Aber die Regierung betreibe eine expansionistische Politik, den Interessen des Volkes zuwider. Im Lande stütze sich die vietnamesische Regierung auf das Militär, tatsächlich sei die Lage nicht stabil, vor allem im Süden.

In Laos unterhalte Vietnam fünf Divisionen.[8] Alle Bevölkerungsschichten, auch die mittleren und unteren Kader der laotischen Verwaltung, leisteten gegen diese Besatzung Widerstand (der Minister spezifizierte nicht die Form des Widerstandes). Nur wenn die Völkergemeinschaft ihre Aufmerksamkeit den realen Zuständen in Indochina zuwende und China seinen Druck beibehalte, sei es vielleicht möglich, Vietnam zu einer Änderung seiner Politik zu veranlassen.

Auch die Völkergemeinschaft sollte politischen Druck ausüben und die Politik der vollendeten Tatsachen Vietnams ablehnen. Die Vorstellung mancher Freunde, mit wirtschaftlicher Hilfe könnte man Vietnam zu einer Änderung der Politik veranlassen, sei unrealistisch. China hätte Vietnam 20 Mrd. US-Dollar für militärische und zivile Zwecke zur Verfügung gestellt.

Die SU gäbe in diesem Jahr insgesamt rund 800 Mio. US-Dollar (einschließlich Militärhilfe) in Vietnam aus.[9] Dies sei eine schwere Bürde für die SU. Sie habe daher die COMECON-Länder aufgefordert, einen Teil dieser Last zu tragen. Einige hätten dies abgelehnt, andere hätten zugestimmt.

Die ASEAN-Länder hätten erklärt, sie würden eine Verletzung thailändischen Territoriums durch vietnamesische Truppen als Aggression gegenüber allen ASEAN-Staaten betrachten.[10] Die thailändische Regierung habe wissen lassen, sie würde Widerstand leisten, sollte Thailand von Vietnam angegriffen werden.

China unterstütze Thailand bei seinen Bemühungen zur Wahrung der Souveränität und der Integrität des thailändischen Staatsgebietes. Es sei der Auffassung, Thailand und ASEAN-Staaten sollten militärische Hilfe erfahren. Sollte auf Thailand eine Aggression ausgeübt werden, stünde die VR China „voll und ganz" auf seiten dieses Landes.

An der chinesisch-vietnamesischen Grenze werde China weiterhin ausreichende militärische Kräfte unterhalten, um vietnamesische Kräfte zu binden und

7 Zu den „Indochina-Flüchtlingen" vgl. Dok. 265, Anm. 6.

8 Zu den Beziehungen zwischen Laos und Vietnam vgl. Dok. 50, Anm. 22.

9 Zum zivilen und militärischen Engagement der UdSSR in Vietnam vgl. Dok. 64, Anm. 5.

10 Vgl. dazu Punkt 16 des Kommuniqués über die Tagung der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten vom 28. bis 30. Juni 1979 auf Bali; EUROPA-ARCHIV 1979, D 459.

sie so an weiteren Aggressionen zu hindern. Anfang 1979 habe China einen „begrenzten Gegenangriff" zur eigenen Verteidigung unternommen.[11] Nach diesem „Gegenangriff" habe chinesische Regierung erklärt, sie würde einen erneuten Gegenschlag durchführen, wenn Vietnam sich weiterer Grenzverletzungen schuldig machen sollte. Dieser Standpunkt gelte weiter. Wann und ob ein erneuter Gegenangriff stattfinde, hänge allerdings von der weiteren Entwicklung der Lage ab. China werde nicht unüberlegt handeln. Anschließend betonte er, eine politische Lösung sei in Kambodscha zur Zeit nicht möglich, da Vietnam zum Truppenrückzug nicht bereit sei. Es müßten hierfür zunächst die Voraussetzungen geschaffen werden. Diese seien die moralische und militärische Unterstützung des Widerstandes innerhalb von Kambodscha. Nach chinesischer Information hätten sich „starke Kräfte des Widerstandes" am Ende der Regenzeit so umorganisiert, daß sie die Kriegsführung zukünftig in Form des Partisanenkampfes durchführen könnten. Es werde nicht leicht sein, diese Truppen zu vernichten. Diese Kräfte Pol Pots leisteten zur Zeit den einzigen effektiven Widerstand in Kambodscha.[12] Andere Gruppen stünden erst am Anfang ihres Aufbaus. Hierzu gehörten etwa 3000 Mann von Son Sann, früherem MP unter Prinz Sihanouk. Sie seien noch nicht einsatzbereit. Der Versuch, auf die Widerstandskräfte Pol Pots zu verzichten und Lösung durch internationale Konferenz zu suchen, sei unrealistisch. Dies brächte nur einen Rückschlag für den inneren Widerstand. China träte für eine Einheitsfront der verschiedenen Widerstandsgruppen ein. Sollte dies nicht möglich sein, dann sollte eine Koordination zwischen den verschiedenen Gruppierungen versucht werden.

Die chinesisch-vietnamesischen Verhandlungen seien bisher ohne Erfolg geblieben. Vietnam hätte während der Verhandlungen vorgeschlagen, entlang der gemeinsamen Grenze eine entmilitarisierte Zone zu schaffen.

Bundesminister antwortete, die vietnamesische Politik sei ein gefährliches Abenteuer. Wir hätten gehofft, daß die Regierung Vietnams nach Beendigung des Vietnamkrieges ihre Kräfte dem Wiederaufbau des Landes widmen würde, und wir wären gern bereit gewesen, Vietnam in großem Umfange zu helfen. Leider müßten wir feststellen, daß das, was sich in der Geschichte oft ereignet, auch in diesem Falle wieder eingetreten sei: Militärische Stärke habe sich verselbständigt und werde weiter ausgenutzt. Ergebnis sei die regionale Vorherrschaft, vielleicht im Auftrage, zumindest aber im Einverständnis mit der SU. Wir beobachteten diese Entwicklung mit Besorgnis. Es würde uns interessieren, ob Indochina auch Gegenstand der gegenwärtigen Verhandlungen sowjetisch-chi-

11 Zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg vgl. Dok. 100, Anm. 7.

12 Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 11. Oktober 1979 nach Gesprächen im State Department über die amerikanische Beurteilung der Lage in Kambodscha: „Die militärische Entwicklung in Nord-Kambodscha sei nur noch schwer zu durchschauen. So habe zwar Hanoi Thailand in den letzten Tagen mehrfach mahnend an seine Neutralität erinnert, dabei aber nicht klargemacht, ob man – konkret – erwarte, daß Thailand seine Grenzen hermetisch schließt und damit Zivilisten und Pol-Pot-Militärs daran hindert, sich Vernichtungsmissionen Heng Samrins zu entziehen, oder ob man erwarte, daß Thailand durch die Öffnung seiner Grenzen erlaube, daß Heng Samrins Truppen [ihre] Gegner aus dem Lande verjagen. [...] Aus der Verstärkung der Thai-Luftwaffe im grenznahen Gebiet schließe man auf die Besorgnis Bangkoks, die Vietnamesen könnten versuchen, die Massenflucht aus der Luft zu beschleunigen und sich dabei nicht sauber an die Grenzlinie halten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3635; Referat 340, Bd. 110609.

nesischer Verhandlungen in Moskau sei.[13] Besorgnis bereite auch das Verhältnis zu den ASEAN-Staaten und Thailand. Sicherlich wäre letzteres nur der erste Adressat einer Aggression. Die chinesische Regierung wisse, daß wir ASEAN hoch einschätzten und die Zusammenarbeit EG/ASEAN im Interesse der Unabhängigkeit und der Sicherheit dieser Länder nachdrücklich gefördert hätten. Wir hätten während unserer EG-Präsidentschaft[14] ihre Regierungen zu wichtigen politischen und wirtschaftlichen Gesprächen eingeladen[15] und hofften, daß es demnächst zur Unterzeichnung eines Abkommens EG/ASEAN[16] und zur Fortsetzung des Dialogs zwischen beiden[17] kommen werde. Der vietnamesische Expansionismus müsse zu einem internationalen Thema gemacht werden. Vietnam sei lange das „Schoßhündchen" der internationalen Presse und Politik gewesen. Heute zeige die vietnamesische Politik ein anderes Gesicht, dennoch sei Regierung sehr empfindlich. Wir sollten im Umgang mit ihr nicht zimperlich sein. Auch wir könnten nicht hinnehmen, daß die Souveränität und Integrität Kambodschas verletzt werde, allerdings hätten wir keinerlei Sympathien für das Pol-Pot-Regime. Es würde die deutsche Seite interessieren, welche Rolle nach Pekings Auffassung Sihanouk noch zuzubilligen sei. Könne er noch als Integrationsfigur gelten oder sei die Zeit an ihm vorbeigegangen?

Huang Hua antwortete hierauf, Sihanouk sei ein alter Freund Chinas. China habe ihn lange Zeit im Kampf für die Unabhängigkeit Kambodschas unterstützt. Die chinesische Regierung würde es begrüßen, wenn Sihanouk eine Einheitsfront aller politischen Gruppierungen bilden könnte.

13 So in der Vorlage.
Zu den chinesisch-sowjetischen Verhandlungen über Grenzfragen vgl. Dok. 188, Anm. 29.
Zu den chinesisch-sowjetischen Verhandlungen mit dem Ziel der Normalisierung der bilateralen Beziehungen vgl. Dok. 286, Anm. 6.

14 Die Bundesrepublik hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1978 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

15 Am 20./21. November 1978 fand in Brüssel eine Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 353.

16 Referat 411 vermerkte am 16. Oktober 1979: „a) Auf der Außenministerkonferenz EG–ASEAN vom 20./21. November 1978 in Brüssel wurde beschlossen, Sondierungsgespräche über ein etwaiges Handels- und Kooperationsabkommen aufzunehmen. Entsprechende Vorgespräche der Kommission mit ASEAN brachten weitgehende Übereinstimmung über Ziel und Charakter eines solchen Abkommens. Am 12. Juli 1979 legte die Kommission den Entwurf von Verhandlungsrichtlinien vor. Die wesentlichen Punkte sind: nicht-präferentielles Rahmenabkommen über handels- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit; Meistbegünstigungsklausel; Aufnahme von Bestimmungen über Investitionsförderung und Investitionsschutzabkommen [...]; finanzielle Kooperation (aber keine Entwicklungshilfe); gemeinsamer Kooperationsrat zur Überwachung und Förderung von Kooperationsvorhaben; Vertragspartner: Gemeinschaft auf der einen, die fünf ASEAN-Länder auf der anderen Seite. b) Die ASEAN-Staaten, unterstützt von der irischen Präsidentschaft, streben eine Unterzeichnung des Abkommens bis zum Ende des Jahres an. Ob dies möglich sein wird, ist allerdings nach den Arbeitsgruppensitzungen in Brüssel über das Verhandlungsmandat fraglich. Es haben sich erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den M[itglied]S[taaten] und auch zwischen diesen und der Kommission ergeben. [...] Frankreich lehnt z. B. als einziger MS mangels EG-Zuständigkeit Aufnahme eines Passus über Investitionsschutzvereinbarungen im Verhandlungsmandat strikt ab und bleibt insoweit hinter der EG-ASEAN-Ministererklärung vom November 1978 zurück. Dänemark und Italien streben dagegen eine weitreichende ‚Meistbegünstigungs'-Formel an (Ausdehnung von Investitionsschutzabkommen mit den Industrieländern auf EG-Staaten). Trotz gewisser Bedenken gegen Präjudizierung einer EG-Zuständigkeit sind wir kompromißbereit." Vgl. Referat 340, Bd. 110406.

17 Am 7./8. März 1980 fand in Kuala Lumpur eine Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu AAPD 1980.

Er habe noch einen gewissen Einfluß unter der Bevölkerung. Chinesische Regierung hätte eine Zeitlang gehofft, daß er den Widerstand führen könnte. Aber leider gebe es unter der Immigration zu viele Gruppenkämpfe und sei Sihanouks Politik unrealistisch: Versuch der „Beiseiteschiebung" der Kräfte Pol Pots und Eintreten für eine internationale Konferenz.

In chinesisch-sowjetischen Verhandlungen werde über Indochina verhandelt. Chinesische Seite erhebe Forderung auf Einstellung der militärischen Bedrohung an der sowjetisch-chinesischen Grenze und die Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte auf das Niveau, wie es zu Chruschtschows Zeit bestanden hätte. Darüber hinaus werde man den Abzug der Truppen aus der mongolischen VR verlangen.

Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Hua Guofeng;
hier: Gespräch des Bundesministers mit dem chinesischen Außenminister am 23. Oktober 1979, nachmittags, 17.00 Uhr

Bundesminister eröffnete das Gespräch mit einem Hinweis auf das Gespräch des StS mit dem Vizeaußenminister am Vortage[18], bei dem humanitäre Fälle zur Sprache gekommen waren. Bundesminister bat um positive Reaktion der chinesischen Regierung. Er unterstrich die positive innenpolitische Entwicklung unter der gegenwärtigen Regierung. Allerdings hätte die kürzliche Verurteilung eines Regimekritikers Regierung und Öffentlichkeit mit Besorgnis erfüllt.[19] Wir würden es begrüßen, wenn allen Kritikern ein faires Verfahren zuteil werden würde. Auf die Frage des Bundesministers, ob Außenminister Stellung zu nehmen wünsche, schwieg dieser.

Auf deutschen Vorschlag wurde sodann das Thema Rüstungskontrolle und Abrüstung behandelt. Bundesminister führte hierzu folgendes aus:

Nach Amtsantritt des neuen amerikanischen Präsidenten[20] hätte die amerikanische Regierung als Zeichen des guten Willens auf den Bau der Neutronenbombe in der Erwartung verzichtet, daß die Sowjetunion ihrerseits in ihren Rüstungsanstrengungen Zurückhaltung üben werde.[21] Die Reaktion der Sowjets

18 Im Gespräch mit dem chinesischen Stellvertretenden Außenminister Zhang Wenjin am 22. Oktober 1979 legte Staatssekretär van Well zur Lage in Kambodscha dar: „Unsere Tendenz ist es, sich auf das unmittelbar Mögliche zu konzentrieren: Hilfe und Aufforderung an alle, diese Hilfe zu ermöglichen. Das ist eine ganz klare Position. Die Rettung des kambodschanischen Volkes hat Priorität, juristische oder politische Forderungen werden damit nicht verbunden". Zhang Wenjin entgegnete: „Unsere Ziele sind gleich, in den Mitteln sind wir nicht sehr einig. Der Druck in Richtung Abzug der vietnamesischen Truppen darf nicht nachlassen, er hat erste Priorität. Solange Vietnam Kambodscha okkupiert, ist die Existenz des Volkes dort bedroht, mit oder ohne Lebensmittel. China hat nichts gegen eine politische Lösung, aber das führt nicht weit, da die Sowjetunion und Vietnam gegen eine solche sind." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 110486.

19 Gesandter Keil, Peking, berichtete am 17. Oktober 1979: „Die gestern (16.10.) erfolgte Verurteilung des 29jährigen Mitherausgebers der inoffiziellen Zeitschrift Tansuo (‚Sondierung', ‚Probe'), Wei Jincheng, zu 15 Jahren Gefängnis und anschließendem dreijährigen Verlust seiner politischen Rechte muß als Demonstration der chinesischen Führung verstanden werden. Sie will klare Grenzen ziehen. Die innenpolitische Lockerung und die Öffnung Chinas zum Ausland bedeuten nicht die Übernahme westlicher Wertvorstellungen. Vielmehr soll die Konzeption der ‚sozialistischen Demokratie' gegenüber den systemkritischen und individualistischen Vorstellungen des Dissidenten exemplarisch durchgesetzt werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1726; Referat 341, Bd. 110478.

20 Präsident Carter trat sein Amt am 20. Januar 1977 an.

21 Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Carter vom 7. April 1978; Dok. 13, Anm. 8.

entsprach nicht ihren Erwartungen. Im Gegenteil, die Sowjets setzten die Stationierung von SS-20-Raketen und „Backfire"-Bombern in Mitteleuropa in verstärktem Maße fort. Der Westen hätte seine Besorgnisse zunächst öffentlich geäußert, dann seien sie im Frühjahr 1978 Gegenstand von Gesprächen mit GS Breschnew und AM Gromyko[22] gewesen. Das Ergebnis sei die Aufnahme einer diesbezüglichen Passage in die deutsch-sowjetische Deklaration[23] über die Gleichstellung auch im Mittelstreckenbereich und die sowjetische Bereitschaft zu diesbezüglichen Erklärungen gewesen. Im Juni[24] 1979 habe der Bundeskanzler auf dem Flughafen in Moskau mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten und dem sowjetischen Außenminister über dieses Thema gesprochen[25], parallel hierzu hätten wir die Entscheidung des NATO-Bündnisses für den Dezember 1979[26] vorbereitet.

Es sei unsere Absicht, diese Entscheidung der Sowjetunion zur Kenntnis zu geben. Die Vereinigten Staaten hätten die Produktion von Mittelstreckenraketen aufgenommen; sie würden als amerikanische Waffen ins Bündnis eingeführt und als amerikanische Waffen in einzelnen Ländern stationiert werden. Mit der Entscheidung werde gleichzeitig an die Sowjetunion ein Verhandlungsangebot ergehen mit dem Ziel, auf möglichst niedriger Ebene zu einer Gleichstellung des Mittelstreckenpotentials zu gelangen. Bundesminister habe im September 1979 in New York mit Gromyko in einem dreistündigen Gespräch diese Entscheidung erläutert.[27] Es käme der Bundesregierung und dem Bündnis darauf an, Transparenz zu wahren und die Sowjetregierung über die Entscheidungen zu unterrichten, so daß sie sich dieser voll bewußt sei. Das westliche Bündnis sei bereit zu verhandeln, gleichzeitig aber auch entschlossen zu handeln.

Neben den Entscheidungen im NATO-Bündnis verhandelten wir über MBFR in Mitteleuropa. Bisher sei keine Einigung über Zahlen erzielt worden. Es bestünden Differenzen hinsichtlich der Mannschaftsstärken und bei den Panzertruppen; die der Sowjets seien dem Westen erheblich überlegen. Das Angebot Breschnews, 20000 Mann und 1000 Panzer abzuziehen[28], ziele darauf ab, die sowjetische Position in dieser Lage zu entlasten. Für die Sowjetunion sei von zentraler Bedeutung, welche Beschränkungen sich für die Bundeswehr ergeben. Wenn wir im Rahmen von MBFR reduzierten, bedeute dies Demobilisierung der Soldaten. Die Sowjetunion hingegen könne ihre Truppen hinter ihre Westgrenze zurückziehen, ohne sie abzurüsten. Wesentliches Ziel der MBFR-

22 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und der sowjetische Außenminister Gromyko hielten sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135–138 und Dok. 140–143.

23 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429f.

24 Korrigiert aus: „Januar".

25 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

26 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

27 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. September 1979 in New York vgl. Dok. 281.

28 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 287 und Dok. 296.

Verhandlungen sei, eine gewisse Entlastung im mitteleuropäischen Aufmarschgebiet zu schaffen. In diesem Zusammenhang seien auch die französischen Abrüstungsvorschläge für Europa[29] von Bedeutung. Sie zielten darauf ab, den geographischen Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen vom Atlantik bis zum Ural auszudehnen.

Es stünden z.Z. drei geographische Ausdehnungen bei den Rüstungskontrollfragen zur Debatte:

- MBFR in Wien: NL, B, L, BRD, DDR, ČSSR.
- KSZE: vertrauensbildende Maßnahmen auf dem ganzen Staatsgebiet aller europäischen Staaten mit zwei Ausnahmen: a) Albanien, das an den Verhandlungen nicht teilgenommen habe, und b) die Sowjetunion, für die die vertrauensbildenden Maßnahmen nur auf einem territorialen Streifen von 250 km Tiefe Gültigkeit hätten.[30]
- Französische Vorschläge für europäische Abrüstungskonferenz betreffen einen Raum, der sich vom Atlantik bis zum Ural erstreckt; er würde die Vorwarnzeit in Europa erheblich erhöhen und damit zusätzliche Sicherheit schaffen.

Das Angebot der NATO im Dezember als auch die Vorbereitung der KSZE-Folgekonferenz Madrid[31] als auch die MBFR-Verhandlungen in Wien zielten darauf, rüstungskontrollpolitische Abkommen, für die der Grundsatz gelte: Wahrung des Gleichgewichts, gegebenenfalls auch durch Erhöhung eigener Verteidigungsanstrengungen.[32]

Die Sowjetunion befände sich z.Z. in einer Lage, in der sie beweisen könne, ob sie wirklich an Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung interessiert sei. In Deutschland bestünde in dieser Frage Übereinstimmung zwischen Regierung und Opposition. Es sei zu hoffen, daß dies auch in Zukunft so bleiben möge; dies stärke die Verhandlungsposition der Bundesregierung und könne die Haltung der übrigen europäischen Regierungen beeinflussen.

Huang Hua erwiderte mit dem Hinweis auf die Feststellung des Ministerpräsidenten, daß China nicht dagegen sei, mit der Sowjetunion über Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung Gespräche zu führen. Was die chinesische Seite aber interessiere, sei die Frage, welche Bedeutung diesbezügliche Vereinbarungen haben könnten. In der Vergangenheit seien SALT I[33] und II[34] unter-

29 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 270, Anm. 7.

30 Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte am 1. August 1975, SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921-924.

31 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

32 So in der Vorlage.

33 Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau einen Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) und ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen zu den Verträgen; DEPARTMENT

zeichnet worden. Dennoch hätte die Sowjetunion ihr strategisches und konventionelles Waffenarsenal verstärkt mit dem Ergebnis einer Überlegenheit der Sowjetunion bei konventionellen Waffen und einer Verringerung des Abstandes bei den strategischen Waffen. Man dürfe Vereinbarungen mit der Sowjetunion kein Vertrauen schenken. China und die Sowjetunion seien befreundet und verbündet gewesen. Schon zu Zeiten guter Beziehungen hätte Chruschtschow mit allen Kräften versucht, andere Länder gegen China einzunehmen. Schon 1955, als Adenauer in Moskau gewesen sei, habe Chruschtschow Adenauer um Hilfe gebeten.[35] Nach der Machtübernahme durch Breschnew sei es nach zunehmender Verschlechterung der Beziehungen zur Bedrohung Chinas gekommen. Die Truppen an der chinesisch-sowjetischen Grenze seien verstärkt worden, und die Sowjetunion habe Truppenverbände in die äußere Mongolei entsandt. Prüfe man die Stellungnahmen der Sowjetunion, so könnte man folgendes feststellen: Mit Worten träte sie für die Abrüstung ein, tatsächlich aber betreibe sie die Aufrüstung. Strategisch betrachtet sei das Ziel der Sowjetunion nicht, Gleichgewicht zu erzielen, sondern Übergewicht zu gewinnen. Nach chinesischem Eindruck werde die strategische Absicht der Sowjetunion durch die Rede von Entspannung und Abrüstung verschleiert, um so in verstärktem Maße Aufrüstung betreiben zu können und Europa als strategische Basis für sich zu gewinnen. Dies geschehe durch politischen und militärischen Druck und den Versuch, die Seewege zu kontrollieren, um Europa so in den Zangengriff zu nehmen.

Die chinesische Regierung sei der Auffassung, daß die Sowjetunion nicht darauf aus sei, schon jetzt die Konfrontation herbeizuführen. Der Schwerpunkt der sowjetischen Maßnahmen ziele vielmehr darauf ab, eine günstige strategische Ausgangslage zu schaffen, um so ihr Ziel ohne Krieg oder durch einen Blitzkrieg zu erreichen. Diese Absicht der Sowjetunion sei aber nur ihr subjektiver Wunsch. Beurteile man die Entwicklung, könne man feststellen, daß sie ihren Plan nicht überall habe verwirklichen können. Sie habe zwar Gewinne erzielt, aber auch Verluste hinnehmen müssen; per Saldo seien die Gewinne größer als die Verluste. Die chinesische Regierung hoffe, daß Westeuropa bei seinem Plan frei bleibe, durch Verhandlungen die sowjetische Kraft zu mindern und die eigene Kraft zu erhalten.[36] Außerdem müsse Europa aber auch außereuropäische Regionen im Auge behalten.

Im übrigen solle man die Kraft der Sowjetunion nicht unterschätzen; sie habe aber auch viele Schwächen. Einmal seien ihre Fronten weit auseinandergezogen. Dies bedeute eine große Belastung, zum anderen sei sie wirtschaftlich schwach, insbesondere sei die Landwirtschaft voller Probleme. Auch die Lage im Innern der osteuropäischen Länder sei nicht gut. Die Sowjetunion habe der Welt das Gesicht des Hegemonismus gezeigt, und viele Völker lehnten sich dagegen auf. Diese Lage sei günstig, um Maßnahmen zu ergreifen, die strategi-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1525

OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

34 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

35 Bundeskanzler Adenauer hielt sich vom 8. bis 14. September 1955 in der UdSSR auf. Für die deutschen und russischen Gesprächsaufzeichnungen vgl. VIZIT KANCLERA ADENAUERA, S. 48–184. Vgl. dazu auch Dok. 305, Anm. 45.

36 So in der Vorlage.

schen Pläne der Sowjetunion zu durchkreuzen. An dieser Stelle wiederholte Huang Hua erneut seinen Wunsch, unsere Aufmerksamkeit nicht nur auf Europa zu konzentrieren, sondern auch den übrigen neuralgischen Punkten der Welt zuzuwenden. Diese chinesischen Vorstellungen sollten uns zur unverbindlichen Orientierung dienen. Was die Internationale Abrüstungskonferenz in Genf anbelange, so sei die chinesische Regierung dabei, aktive Vorbereitungen für die Entscheidung zu treffen, ob und wie sie im nächsten Jahr an der Konferenz teilnehmen könne.[37]

Bundesminister wies auf die Erklärung des Bundeskanzlers hin, der zufolge unsere Rüstungs- und Rüstungskontrollpolitik auf der Grundlage eines gesicherten Gleichgewichts betrieben werde. Sie erlaube uns, Entspannungs- und Friedenspolitik in der besonderen Lage eines geteilten Volkes fortzuführen. Niemand wäre durch Krieg mehr betroffen als die Deutschen. Es sei richtig, daß für die Sicherheit in Europa nicht nur die Lage in Europa ausschlaggebend sei; deswegen sollten wir unser Gespräch über den Nahen Osten und Afrika vertiefen.

Huang Hua stimmte zu; es sei bereits über die Lage in Südostasien und Indochina gesprochen worden. Was die Lage in Asien angehe, so sei die militärische Kraft Thailands und Malaysias sehr schwach und stelle kein Gegengewicht für Vietnam dar. Die amerikanische Seite stärke Thailand bereits mit Waffen; auch Malaysia verstärke seine militärische Macht. Das Ziel der Sowjetunion sei, durch die Unterstützung von Vietnam nach Süden vorzustoßen. Die ASEAN-Staaten hätten innere Probleme, die die Sowjetunion für sich auszunutzen suche. Sowjetische Subversion und militärischer Druck aus Vietnam seien parallele Maßnahmen, die beide dem gleichen Ziel dienten. Wenn die Sowjetunion Indochina unter Kontrolle habe, insbesondere die früheren militärischen Basen der USA in Vietnam, werde sie ihren Aktionsradius erheblich erweitern. Diese Tatsache sollte die Staatengemeinschaft im Auge behalten und daher den Widerstand in Kambodscha unterstützen und das militärische Potential ASEANs stärken. Es käme darauf an, den Seeweg durch Malakka vor der Sowjetunion zu schützen. Das Gebiet der ASEAN-Staaten sei chinesisches Nachbargebiet. Die chinesische Regierung hoffe, daß diese Länder ihren Zusammenschluß beibehielten.

Nach Südasien übergreifend, erklärte der chinesische Außenminister, die indische Regierung Desai hätte ihre Außenpolitik in Richtung auf eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu den Nachbarn korrigiert. So hätte der frühere Außenminister China[38] besucht.[39] Es hätte die Hoffnung auf eine konstruktive Entwicklung der chinesisch-indischen Beziehungen bestanden. Diese Entwicklung sei jedoch durch den Regierungswechsel[40] unterbrochen worden. Auch nach den Neuwahlen[41] könne mit keiner stabilen Regierung gerechnet werden. Die

37 Zur Mitgliedschaft der Volksrepublik China im UNO-Abrüstungsausschuß (Committee on Disarmament, CD) in Genf vgl. Dok. 40, Anm. 8.

38 Korrigiert aus: „Indien".

39 Der indische Außenminister Vajpayee hielt sich vom 12. bis 18. Februar 1979 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu Dok. 61.

40 Ministerpräsident Desai erklärte am 15. Juli 1979 seinen Rücktritt. Am 26. Juli 1979 wurde der bisherige stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister, Charan Singh, mit der Regierungsbildung betraut.

41 Am 3. und 6. Januar 1980 fanden Wahlen zum indischen Parlament statt.

Lage werde vielmehr weiterhin instabil bleiben. Pakistan habe mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die politische Lage sei instabil, die Regierung habe Bhutto hinrichten lassen[42], die Parlamentswahlen seien verschoben worden. Die pakistanische Regierung sei mit der US-Politik unzufrieden. Sie scheine Indien höher zu schätzen als Pakistan. Die pakistanische Regierung bedauere insbesondere die Einstellung der US-Hilfe, die erfolgt sei, um Druck auf Pakistan auszuüben, der das Land veranlassen sollte, aus Furcht vor der Herstellung von Kernwaffen auf die Wiederaufbereitung von Uran zu verzichten.[43] Die pakistanische Regierung habe hierfür jedoch als Vorbedingung verlangt, daß auch Indien auf die Wiederaufbereitung von Uran verzichte. Es sollte auch nicht übersehen werden, daß Pakistan eine härtere Politik gegen die Expansion der Sowjetunion betreibt. Die prosowjetischen Kräfte seien in Indien stärker als in Pakistan. Die Sowjetunion verfolge gegenüber Pakistan eine doppelte Taktik („hart und weich"). Pakistan sollte nicht dazu gezwungen werden, in das sowjetische Lager abzugleiten. Pakistan sei eine wichtige Kraft, die die Sowjetunion daran hindere, in die warmen Meere des Südens vorzustoßen. Auch Afghanistan verdiene die besondere Aufmerksamkeit des Westens. Auf jeden Fall müsse verhindert werden, daß es eines Tages von Norden und Osten in die Zange genommen werde. China hoffe im übrigen, daß Lage in Südasien stabil bleiben möge, die Länder ihre Beziehungen untereinander verbessern, um keine neuen Konfliktherde entstehen zu lassen. Im Mittleren Osten stünden die Länder Europa heute näher als den USA. Der Spielraum der letzteren sei dort heute nicht sehr groß. Die Kernfrage sei, wie man Israel heute zu vernünftigerer Haltung bewegen könne, den Wünschen der arabischen Länder entgegenzukommen. Die besetzten Gebiete müßten herausgegeben und die Palästinenserfrage geregelt werden. Dies sei für die Lage im Nahen Osten wichtig.

Bundesminister bedankte sich für die chinesische Einschätzung der Lage in Südasien. Wir wünschten politische, soziale und wirtschaftliche Stabilität für Indien. Wir würden es auch begrüßen, wenn Streitfragen zwischen Indien und China geregelt werden könnten. Beide Länder hätten eigene Sorgen, zusätzliche seien daher sicherlich nicht willkommen. Ein schwaches Indien könne Objekt sowjetischer Einflußnahme werden. Je besser die Beziehungen zwischen der VR China und Indien, um so geringer die Gefahr, daß Indien unter sowjetischen Einfluß gerate. In Pakistan beobachteten wir die Nuklearpolitik mit Sorge. Wir wünschten keine Vermehrung der Kernwaffenmächte. Die Reaktion läge auf der Hand. Wir wüßten außenpolitische Haltung Pakistans zu schätzen. Die innenpolitischen Maßnahmen hielten wir nicht für hilfreich, gegen eine Vollstreckung des Todesurteils an Bhutto hätten wir wiederholt interveniert. Seine Hinrichtung hätte im pakistanischen Volk einen tiefen Riß verursacht. Wir wünschten auf dem Subkontinent starke und handlungsfähige Länder. Im Nahen Osten hätte Sadat mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Israel[44] einen wichtigen Schritt getan. Das Ergebnis sei die Rückgabe allen besetzten Gebietes an Israel.[45] Wichtig sei jetzt, daß Schritte in Richtung einer

42 Zum Todesurteil gegen den früheren Ministerpräsidenten Bhutto vgl. Dok. 5, Anm. 29.
43 Zur Frage eines pakistanischen Kernwaffenprogramms vgl. Dok. 256.
44 Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.
45 So in der Vorlage.

umfassenden Regelung getan würden. Daher müsse das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes verwirklicht und das Recht des israelischen Volkes, in gesicherten Grenzen zu leben, von allen Beteiligten anerkannt werden. EG setzten sich bei Israel und arabischen Freunden in diesem Sinne ein. Israel befände sich z.Z. weltpolitisch und wirtschaftspolitisch[46] in schwieriger Lage. 100% Inflation seien für ein Land dieses Entwicklungsstandes kaum zu bewältigen. Deshalb gäbe es für Israel ein objektives Interesse, zu dauerhaftem Frieden zu kommen. Regierung und Volk müßten aber noch einen weiten Weg zurücklegen, um zu dieser Erkenntnis zu kommen. Wir wollen Israel durch die Darlegung unserer Einschätzung dabei helfen. Wichtig sei für die israelische Regierung, daß innerhalb der PLO jene Kräfte das Übergewicht behielten, die für den Frieden eintreten. Wir bemühten uns sehr, zum Ausgleich zwischen arabischen Staaten beizutragen. Sie müßten zur Einheit zurückfinden, sonst sei eine umfassende Friedensregelung unwahrscheinlich. Wichtige Rolle komme Saudi-Arabien hierbei zu. Die Führung dieses Landes sei verantwortungsvoll: politisch und wirtschaftlich. Besonders bei der Gestaltung der Ölpolitik der OPEC fördere es die maßvollen Kräfte.

Huang Hua: MP habe darauf hingewiesen, daß Trennung Ägyptens von Sowjetunion[47] positiv zu beurteilen sei. Chinesische Regierung erkenne solche Tendenzen auch bei anderen arabischen Staaten. Sie hoffe, daß trotz innerpolitischer Lage in Israel weitere Schritte möglich seien. Der Rücktritt Dayans[48] zeige Unsicherheit der Regierung.

Bundesminister: Bundesregierung sei daran interessiert, daß Nahost-Konflikt schnell gelöst werde, auch im Hinblick auf die Sicherheitslage in Europa. Friede im Nahen Osten erhöht Sicherheit in Europa, Unsicherheit hingegen Interventionsmöglichkeiten der Sowjetunion. Im Nahen Osten begegneten sich das Interesse der Völker Europas mit denen des Nahen Ostens. Der Friede im Nahen Osten bedeute auch Sicherheit der Ölversorgung in Europa (MD Lautenschlager). Im übertragenen Sinne gelte dies auch für Südafrika. Auch dort bedeute die friedliche Überwindung von Kolonialismus und Rassismus mehr Sicherheit für Europa, Unruhe und Auseinandersetzung hingegen Einflußmöglichkeiten für Sowjetunion. Wir hätten begrüßt, daß die neue britische Regierung sich nachdrücklich für eine Lösung des Rhodesienkonfliktes einsetzt[49] mit Hilfe der Commonwealth-Staaten einschließlich jener, die zu den Frontstaa-

46 Zur Wirtschafts- und Finanzlage Israels vgl. Dok. 250, Anm. 17.

47 Am 18. Juli 1972 gab Präsident Sadat bekannt, daß er die UdSSR aufgefordert habe, ihre Militärberater und Experten aus Ägypten abzuziehen. Botschaftsrat Vogeler, Kairo, berichtete am 19. Juli 1972, Sadat habe außerdem die „Übernahme aller militärischen Einrichtungen, die seit 1967 auf ägyptischem Boden errichtet wurden, in das ausschließliche Eigentum der ägyptischen Regierung unter Kontrolle und Verfügungsgewalt der ägyptischen Streitkräfte" bekanntgegeben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 609; B 36 (Referat I B 4), Bd. 529.
Am 15. März 1976 kündigte das ägyptische Parlament den Vertrag vom 27. Mai 1971 zwischen der UdSSR und der Vereinigten Arabischen Republik über Freundschaft und Zusammenarbeit. Am 16. März 1976 teilte Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Kairo, mit, der ägyptische Außenminister Fahmi habe dazu erklärt, die UdSSR habe den Vertrag „ständig verletzt und sei insbesondere Verpflichtung zur Waffenlieferung nicht nachgekommen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 476; Referat 310, Bd. 108714.

48 Zum Rücktritt des israelischen Außenministers Dayan am 21. Oktober 1979 vgl. Dok. 302, Anm. 11.

49 Zur Verfassungskonferenz über Rhodesien in London vgl. Dok. 301, Anm. 5.

ten[50] gehörten. Zwei Namen, Kaunda und Nyerere, verdienten in diesem Zusammenhang besondere Erwähnung. In Namibia bemühten sich die „5" um eine Verhandlungslösung.[51] Bewegung sei in der Namibia-Frage zu erwarten, sobald sich eine positive Entwicklung in Rhodesien abzeichne. Je früher man in Südafrika zu Reformen in Richtung auf die Rassengleichheit komme, um so besser könne man einen Rassenkrieg vermeiden und so das spätere Zusammenleben von Weißen und Schwarzen ermöglichen. In Angola werde stärkere Entwicklung zum Abschied von Kuba einsetzen, wenn das Namibia- und Rhodesienproblem gelöst sein werde. Insoweit bestünde auch hier ein strategisches Interesse.

Bundesminister schloß seine Ausführungen mit Dank für aufgeschlossene und positive Haltung für unsere Bemühungen um Namibia und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch in Zukunft mit chinesischer Unterstützung gerechnet werden könne.

Huang Hua unterstrich, daß Darlegungen Bundesministers zum besseren Verständnis der Politik der Bundesregierung und Europas beigetragen hätten. Im Nahen Osten müsse man die Einheit zwischen Ägypten und Ablehnungsfront[52] fördern. Einheit werde leider durch starrsinniges Verhalten Israels verhindert. In dieser Hinsicht hätten die westeuropäischen Länder günstigere Möglichkeiten, Einfluß zu nehmen als die USA. Noch sei Sadats Position stabil. Sollte sich wirtschaftliche Lage allerdings verschlechtern, werde die Situation dort problematisch. China unterhalte zu vielen Ländern Afrikas freundschaftliche Beziehungen; es werde dahingehend Einfluß nehmen, daß diese Länder die anstehenden Probleme „in gerechter Weise" lösten. China unterstütze sie bei der Wahrung ihrer Souveränität und gegen den Einfluß der Sowjetunion und Kubas. Nach den zweiten Shaba-Ereignissen[53] hätte China Waffen geliefert und daran ausgebildet. Obwohl die Reputation Mobutus nicht sehr gut sei, müsse man doch anerkennen, daß er sich bemühe, die Unabhängigkeit zu wahren und gegen den sowjetischen Einfluß zu kämpfen.

Bundesminister beendete das Gespräch mit der Feststellung des deutschen Interesses, den Meinungsaustausch fortzusetzen, um die Absichten des anderen besser einschätzen zu können.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Einladung StS van Well nach Peking erwähnt.

VS-Bd. 11189 (341)

50 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia und Tansania.

51 Zum Vorschlag von fünf Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats, der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA, vom 10. April 1978 für eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 28, Anm. 7.

52 Vgl. dazu das Kommuniqué der Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten vom 2. bis 5. November 1978 in Bagdad; EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.
Vgl. dazu ferner die Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad; Dok. 91, Anm. 9.

53 Zu den militärischen Auseinandersetzungen im Mai 1978 in Zaire vgl. Dok. 5, Anm. 35.

305

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Hua Guofeng

Geheim **23. Oktober 1979**[1]

Fortsetzung des Vier-Augen-Gesprächs[2] am 23. Oktober 1979 von 17.00 bis 19.45 Uhr und von 23.00 Uhr bis 24. Oktober 1979, 1.00 Uhr

Bundeskanzler berichtet über die gegenwärtige Lage in Europa. Die EG werde mit der baldigen Zugehörigkeit Griechenlands[3] und dem späteren Beitritt von Portugal[4] und Spanien[5] eine Gemeinschaft von etwa 300 Millionen Menschen werden, die zehn unterschiedliche Sprachen sprechen und die drei verschiedenen religiösen Gruppierungen angehören. Für die nächsten Generationen sei damit zu rechnen, daß die Gemeinschaft einen heterogenen Charakter haben werde und daß die nationalen Gefühle noch stärker sein würden als das Bewußtsein gemeinschaftlicher Zusammengehörigkeit.

Die jetzigen und zukünftigen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft hätten verschiedenen verteidigungspolitischen Status. Irland sei und bleibe neutral. Spanien sei mit dem Nordatlantischen Bündnis indirekt über die bilateralen Vereinbarungen mit den USA[6] verbunden. Die übrigen Mitgliedstaaten gehörten alle dem westlichen Verteidigungsbündnis an, Frankreich[7] und Griechenland[8] seien allerdings an der integrierten Verteidigungsstruktur nicht beteiligt.

Die außenpolitische Zusammenarbeit der EG wachse. Gleichwohl gebe es noch unterschiedliche Akzente. Großbritannien sei stark auf die USA orientiert. Es habe den Verlust des britischen Weltreichs noch nicht ganz verwunden. Großbritannien besitze das Abzeichen einer Weltmacht – die nuklearen Waffen. Allerdings nehme das britische Atompotential zahlenmäßig ab. Außerdem veralteten die britischen Waffen.

Frankreich sei stärker auf Europa und auf die Bundesrepublik orientiert. Gleichzeitig sei Frankreich darauf bedacht, seine autonome Stellung zu wahren. Frankreich pflege insbesondere seine Interessen in Afrika und gegenüber

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 25. Oktober 1979 gefertigt. Zur Übermittlung vgl. Dok. 301, Anm. 1.

2 Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 21. bis 28. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 301.

3 Zum Abschluß der Verhandlungen über einen Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 86, Anm. 38.

4 Zu den Verhandlungen über einen Beitritt Portugals zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 288, Anm. 36.

5 Spanien stellte am 28. Juli 1977 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Zum Stand der Verhandlungen vgl. Dok. 270, Anm. 10.

6 Zu den Abkommen zwischen Spanien und den USA vgl. Dok. 212, Anm. 12.

7 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

8 Griechenland erklärte am 14. August 1974 seinen Austritt aus der militärischen Integration der NATO. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 236.
Zur Wiedereingliederung Griechenlands in die militärische Integration der NATO vgl. Dok. 300, Anm. 10, 21 und 22.

den arabischen Staaten. Frankreich halte unter den Europäern gegenüber Israel die größte Distanz. Frankreich sei gleichfalls Nuklearmacht und darauf bedacht, seine nuklearen Waffen zu modernisieren.

Die Bundesrepublik sei unter den Europäern der kräftigste Staat. Unser Wirtschaftspotential sei 1 1/3 mal so groß wie das von Frankreich und doppelt so groß wie das von Großbritannien und Italien.

Die italienische Wirtschaft sei fast ebenso stark wie die von Großbritannien. In Italien gebe es trotz komplizierter innenpolitischer Zustände eine gut funktionierende Wirtschaft. In Großbritannien sei die Lage umgekehrt. Es gebe eine schwierige wirtschaftliche Situation, aber eine gute Innenpolitik. Er halte es für denkbar, daß Italien Großbritannien in den nächsten fünf Jahren wirtschaftlich überholen werde.

PM Thatcher mache den Versuch, die innere Ordnung in Großbritannien zu verändern. Ihr Hauptproblem seien die Gewerkschaften[9], an denen ihre Vorgänger Callaghan und Heath innenpolitisch letztlich gescheitert seien.

Die stärkste persönliche Stellung in Europa habe Präsident Giscard. Trotz der Zerrissenheit der französischen Parteienlandschaft habe er aufgrund der französischen Verfassungsstruktur eine herausgehobene und sehr einflußreiche Stellung.

Die Position der Bundesrepublik werde durch eine Reihe von Faktoren belastet:

Erstens durch die Rücksicht auf die 17 Millionen Bewohner in der DDR und auf die Lage in Berlin (West). West-Berlin sei praktisch eine Art Faustpfand in der Hand der Sowjetunion. West-Berlin gehöre völkerrechtlich nicht zur Bundesrepublik, werde jedoch de facto von der Bundesrepublik aus regiert, wenn man sich auch bemühe, dies nach außen nicht sichtbar werden zu lassen.

Bundeskanzler berichtet sodann über die Berlin-Krisen 1947/48 und 1958–1962. Das Vier-Mächte-Abkommen[10] habe die prozeduralen Fragen geregelt, nicht jedoch die unterschiedlichen Rechtspositionen geklärt. Die östliche Hälfte Berlins ist in der Praxis – nicht nach der geltenden völkerrechtlichen Regelung – Hauptstadt der DDR geworden. Wir bemühten uns hervorzuheben, daß das Vier-Mächte-Abkommen sich auf ganz Berlin erstreckt. In der praktischen Handhabung wirke sich das Vier-Mächte-Abkommen jedoch nur auf Berlin (West) aus.

Das zweite deutsche Handikap liege im Bereich der Rüstungsbegrenzungen. Wir hätten vertraglich auf A-, B- und C-Waffen sowie auf weitreichende Raketenwaffen verzichtet.[11]

Die dritte Beeinträchtigung liege in der geschichtlichen Erinnerung unserer Nachbarn in Ost und West an die Schandtaten Hitlers und an die Tatsache,

9 Referat 204 vermerkte am 25. Oktober 1979: „Die Gewerkschaften haben zwar mit verbalen Angriffen auf die Regierung nicht gespart. Die Gesetzesinitiativen der Regierung zur Gewerkschaftsreform werden die Konfrontation gerade der militanten Gewerkschaften mit der Regierung verschärfen. Dennoch scheint es nach den bisherigen Lohnabschlüssen durchaus möglich, daß bei aller verbalen Militanz der Funktionäre die Sorge der Arbeitnehmer um den Arbeitsplatz überwiegt, und so die Zahl der Arbeitskämpfe begrenzt wird." Vgl. Referat 204, Bd. 115965.

10 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

11 Zu den WEU-Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik vgl. Dok. 58, Anm. 18.

daß deutsche Truppen im Krieg bis nach Moskau, an das Nordkap und nach Nordafrika vorgedrungen seien.

Trotz dieser Beeinträchtigungen sei die Bundesrepublik volkswirtschaftlich der stärkste Staat in Europa. Wir unterstützten die anderen europäischen Staaten durch unsere Zuschüsse über den Haushalt der EG.

Ferner verfüge die Bundesrepublik – abgesehen von Nuklearwaffen – über die stärkste militärische Verteidigungskraft in Europa.

Die eine halbe Million Soldaten umfassende Bundeswehr gehöre mit zu den bestausgerüsteten und bestausgebildeten Truppen der Welt. Die vorhandenen zwölf Divisionen seien stark mechanisiert und könnten im Ernstfall auf eine Million Soldaten erhöht und auf 30 Divisionen – nach sowjetischem Zuschnitt – erweitert werden.

Bundeskanzler schildert seine freundschaftliche Verbundenheit mit Präsident Giscard. Er berichtet über die gemeinsamen Bemühungen mit Giscard, das Europäische Währungssystem zu organisieren[12] und die Wahlen für das Europäische Parlament[13] zustande zu bringen.

Die gravierendsten Belastungen der EG seien einmal die bürokratische Agrarpolitik, die zu überaus kostspieligen Überschüssen führe, und zum anderen das Fehlen einer gemeinsamen Energiepolitik.

Die westlichen Industrieländer, insbesondere die westeuropäischen Staaten und Japan, seien in beinahe unvorstellbarem Maße abhängig von der Ölversorgung. Eine Ölblockade könnte zu so ernsthaften Konsequenzen und Spannungen führen, daß letztlich auch ein Dritter Weltkrieg nicht ausgeschlossen werden könne.

Die europäischen Staaten seien nicht in der Lage, ihre Ölversorgung notfalls mit Gewalt zu sichern. Die USA seien hierzu imstande. Er sei aber nicht sicher, ob die USA ernsthaft handeln würden oder ob sie sich auf verbale Reaktionen beschränken würden.

Bundeskanzler berichtete sodann über die Sicherheitslage. Die Amerikaner hätten ihre nuklearstrategische Überlegenheit über die Sowjetunion aufgegeben und im SALT-II-Vertrag die Parität im interkontinentalstrategischen Bereich festgeschrieben. Angesichts dieses Tatbestands sei es durchaus verständlich, daß es im Senat Vorbehalte gegen das Abkommen gebe.[14] Nachdem jedoch drei amerikanische Präsidenten[15] den Vertragstext von SALT II ausgehandelt hätten, würde ein Scheitern der Ratifizierung Zweifel an der Vorausberechenbarkeit und Zuverlässigkeit der amerikanischen Politik nicht nur in der Sowjetunion, sondern letztlich auch bei den europäischen Verbündeten hervorrufen.

Der Fortfall der Überlegenheit im strategischen Bereich bedeute, daß die USA die Unterlegenheit im konventionellen Bereich und im Mittelstreckenbereich nicht mehr ausgleichen können. Die größte Sorge bereite die wachsende Überlegenheit der Sowjetunion im Mittelstreckenbereich. Die SS-4 und SS-5 wür-

12 Zum Inkrafttreten des Europäischen Währungssystems am 13. März 1979 vgl. Dok. 83.

13 Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 7. und 10. Juni 1979 statt.

14 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 274, Anm. 10.

15 James E. Carter, Gerald R. Ford, Richard M. Nixon.

den durch die wesentlich gefährlichere SS-20 (MIRV-nachladefähig, mobil, größere Zielgenauigkeit und größere Reichweite) ersetzt. Bei den früheren Raketen mit einer Reichweite von 1200 bis 2000 km habe man erkennen können, ob sie gegen Europa, gegen Afrika oder gegen Asien gerichtet seien. Bei der heutigen Reichweite sei dieses nicht mehr so eindeutig feststellbar. Die Sowjetunion sage uns, die Raketen würden vor allem gegen China benötigt. In Wirklichkeit reichten sie jedoch aus, um China und um Europa auszulöschen.

Die vier westlichen Regierungschefs hätten in Guadeloupe[16] beschlossen, daß modernisierte Mittelstreckensysteme in Europa stationiert werden und daß der Sowjetunion gleichzeitig Verhandlungen über die Begrenzung der Mittelstreckensysteme angeboten werden sollen. Das Bündnis solle diesen Beschluß im Dezember fassen.[17] Die Rede Breschnews vom 6. Oktober[18] ziele darauf ab, die Europäer in ihrem Beschluß irre zu machen. Wir würden an unserer Absicht festhalten und seien bereit, einen erheblichen Teil der Raketen auf unserem Boden zu dislozieren. Wir würden aber verlangen, daß alle Verbündeten bei dem Beschluß mitwirken. Wir wollten nicht in eine singuläre Rolle gedrängt werden und nicht zur alleinigen Speerspitze der Amerikaner gemacht werden.

Für die 80er Jahre erwarte er, daß die europäische Einigung weitere Fortschritte machen werde. Die Sowjetunion werde mit inneren Fragen und Problemen der wirtschaftlichen Konsolidierung beschäftigt sein. Daher sei nicht zu erwarten, daß die Sowjetunion sich leichtfertig auf einen Rüstungswettlauf einlassen werde. Die Sowjetunion habe keine Sorgen wegen der eigenen Ölversorgung, die Lieferung von Erdöl an die Verbündeten der Sowjetunion werde dagegen zunehmend schwieriger. Die Sowjetunion habe Angst vor der VR China und vor den USA, dagegen nicht vor den Europäern. Sie werde versuchen, kriegerische Risiken zu vermeiden, aber alle sonstigen Möglichkeiten für die Ausdehnung ihres Einflusses ausnutzen. Die Nachfolger von Breschnew würden möglicherweise etwas risikofreudiger sein, schon um Härte nach innen und gegenüber den Verbündeten vorzuweisen.

Für die Bundesrepublik ergäben sich hieraus vor allem die folgenden zwei Konsequenzen:

1) Wir bemühen uns, das militärische Gleichgewicht gegenüber der Sowjetunion auf allen Ebenen zu erhalten. Dazu gehöre, daß wir bereit seien, „Flugzeugträger" für die US-Mittelstreckenraketen zu werden.

2) Gestützt auf dieses Gleichgewicht bemühten wir uns, die Sowjetunion in eine möglichst weitgehende wirtschaftliche, wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit einzubinden, um das sowjetische Interesse an der Vermeidung einer Konfrontation zu stärken.

MP *Hua*: Einige angelsächsische und japanische Forschungsinstitutionen seien der Ansicht, Mitte der 80er Jahre könne ein Dritter Weltkrieg ausbrechen. Sie stützten diese Ansicht darauf, daß die Sowjetunion 1985 den Höhepunkt ihrer

16 Zum Vierertreffen am 5./6. Januar 1979 auf Guadeloupe vgl. Dok. 2–5.

17 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

18 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

Rüstungsüberlegenheit erreichen werde. Gleichzeitig würden die wirtschaftlichen Probleme der Sowjetunion 1985 sehr ernst werden. China sei der Ansicht, daß ein Weltkrieg unwahrscheinlich sei. Die internationale Lage werde allerdings noch labiler und gespannter werden. In den 80er Jahren werde es eine Reihe von Krisenpunkten geben: den Nahen Osten und die arabischen Länder, Südostasien, einige Gebiete in Afrika und der karibische Raum. Der heißeste Krisenpunkt werde der Nahe Osten sein.

China habe in den beiden letzten Jahren die Beziehungen mit Japan verbessert[19], die Beziehungen mit den USA normalisiert[20] und die Beziehungen mit Westeuropa entwickelt. Die Sowjetunion habe Angst vor dieser Entwicklung. Sie sei eine große Militärmacht, habe aber Angst vor einem Zwei-Fronten-Krieg. Die Sowjetunion habe bei dem chinesischen Verteidigungskrieg gegen Vietnam[21] eine ernste Prüfung bestanden. China habe zuvor mit den USA und mit Japan gesprochen. Beide seien über die mögliche Reaktion der Sowjetunion besorgt gewesen. Carter habe seine Meinung sogar schriftlich überreicht. Die chinesische Führung habe gesagt, China sei bereit, dieses Risiko auf eigene Schultern zu nehmen. China habe stets zu seinem Wort gestanden. Die chinesische Führung habe gesagt, sie werde hegemoniale Tendenzen bekämpfen. Wenn nunmehr Hegemonisten vor der chinesischen Türe handelten, könne China nicht tatenlos zusehen. China gehe dabei nicht nur allein von den nationalen Interessen aus, sondern von dem Gesamtinteresse des Kampfes gegen den Hegemonismus.

China habe die Selbstverteidigung gegen Vietnam wohl überlegt und nicht überstürzt gehandelt. Vietnam habe seine expansionistischen Schritte unternommen, weil es vorher den Vertrag mit der Sowjetunion[22] unterzeichnet habe, der in Artikel 6 den Charakter einer Bündnisverpflichtung habe. Nach Abschluß des Vertrages habe Vietnam Truppen nach Kambodscha entsandt[23] und die Provokationen an der chinesischen Grenze aufgenommen. Ohne die chinesische Aktion hätten die ASEAN-Länder gegen das vietnamesische Vordringen

19 Referat 341 vermerkte in einer undatierten Aufzeichnung zu den Beziehungen zwischen Japan und der Volksrepublik China, durch den Vertrag über Frieden und Freundschaft vom 12. August 1978 sei das bilaterale Verhältnis „auf eine neue Basis gestellt" worden: „Beide Seiten bemühen sich um Partnerschaft und gegenseitige Rücksichtnahme. Erstaunlich schnell sind die Beziehungen in ein breites und ruhiges Fahrwasser eingemündet. Aufgehört haben die früher zu beobachtenden Versuche Chinas, auf die japanische Innenpolitik Einfluß zu nehmen. China hat im Juni bemerkenswert gelassen auf die – stark innenpolitisch motivierte – Demonstration japanischer Hoheitsrechte auf den Senkaku-Inseln reagiert und sich inzwischen zu gemeinsamer Erschließung bereiterklärt. Als Peking im April den Freundschafts- und Beistandsvertrag mit der SU von 1950 aufkündigte, der eine gegen Japan gerichtete Feindstaatsklausel enthält, verzeichnete Tokio dies mit Befriedigung vor allem als Beweis, daß es China mit dem Pekinger Vertrag ernst sei. In nur einem Jahr wurden fünf neue Städtepartnerschaften geschlossen, darunter als wichtigste Tokio–Peking. [...] In den Wirtschaftsbeziehungen hat das letzte Jahr viele, aber nicht alle Erwartungen beider Seiten erfüllt. Immerhin stieg der Gesamthandel 1978 um den Rekordsatz von 45,7% auf rd. 5 Mrd. Dollar. China hat aber Taiwan als Handelspartner Japans noch nicht überflügelt". Vgl. Referat 341, Bd. 110488.

20 Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 3.

21 Zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg vgl. Dok. 100, Anm. 7.

22 Am 3. November 1978 schlossen die UdSSR und Vietnam einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1145, S. 185–199. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 157–159.

23 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32.

keinen Widerstand mehr geleistet. Malaysia und Thailand wären die nächsten Opfer gewesen. Auf diese Art und Weise hätte die Sowjetunion Zugriff auf die Straße von Malakka gewonnen und damit den wichtigen Verkehrsweg zwischen dem Indischen und dem Pazifischen Ozean kontrolliert mit Auswirkungen bis in den Persischen Golf und bis in das Rote Meer.

China habe die möglichen sowjetischen Reaktionen sorgfältig kalkuliert. Man habe überlegt, daß die Sowjetunion auf einen allseitigen Krieg mit China nicht vorbereitet sei. Hierfür müßte die Sowjetunion zunächst ihre Truppen an der chinesischen Grenze von einer auf fünf bis sechs Millionen erhöhen. Die wichtigsten und bestausgerüsteten sowjetischen Truppen, die in Europa stationiert seien, müßten zunächst nach Asien verlegt werden. Das Ergebnis dieser Prüfung sei gewesen, daß ein allgemeiner Krieg nicht wahrscheinlich sei.

Man habe ferner die Möglichkeit geprüft, ob die Sowjetunion Teilangriffe gegen Nordchina oder Sinkiang unternehmen könne. Aber auch hier drohe die Gefahr einer unkontrollierten Eskalation der militärischen Aktionen. Daher würde die Sowjetunion auch diese Maßnahmen ohne eine erhebliche Verstärkung ihrer Truppenpräsenz in Asien nicht vornehmen. Schließlich habe die Möglichkeit sowjetischer Provokationen an der gemeinsamen Grenze bestanden. Hierauf habe China sich vorbereitet.

Die tatsächliche Entwicklung habe den chinesischen Erwartungen entsprochen. Die Sowjetunion habe am ersten Tag gedroht und den Rückzug der chinesischen Truppen gefordert. China habe nicht reagiert. Daraufhin habe die Sowjetunion militärische Manöver veranstaltet und sowjetische Flotteneinheiten ins Südchinesische Meer entsandt. China habe den Eindruck gewonnen, daß die Sowjetunion Angst hatte, in einen Zwei-Fronten-Krieg zu geraten. Die Sowjetunion werde keine Truppen aus Europa abziehen, wenn sie sich dort nicht absolut sicher fühle.

Wenn China in den nächsten Jahren an Macht gewinnt, werde die Sowjetunion nicht leichtfertig gegen Europa vorgehen. Daher sei China der Ansicht, daß es unwahrscheinlich sei, daß die Sowjetunion in den 80er Jahren einen neuen Weltkrieg vom Zaune bricht. Aber die Sowjetunion werde in den 80er Jahren jede sich ihr bietende Chance zu weiteren Expansionen nutzen. Die sowjetische Strategie sei sichtbar. Die Sowjetunion vermehre ihren Druck auf Westeuropa. Sie versuche, einen Keil zwischen die westeuropäischen Staaten und zwischen Europa und Nordamerika zu treiben.

Noch deutlicher sei der Versuch, Europa zu umgehen und einzukreisen.

In Afghanistan habe der frühere Präsident Daud gute Beziehungen zur Sowjetunion gehabt. Aber er habe sich bemüht, die souveränen Rechte seines Landes zu wahren und freundschaftliche Beziehungen auch zu anderen Ländern zu unterhalten. Daraufhin habe die Sowjetunion den Staatsstreich angezettelt und Daud beseitigt.[24] Die Entwicklung in Afghanistan sei eine Bedrohung für Iran und Pakistan.

Die Sowjetunion habe auch im Iran ihre Hand im Spiel. Die USA hätten im Iran Fehler begangen. Sie hätten den Schah[25] noch bedrängt, weitere Refor-

[24] Zum Staatsstreich am 27. April 1978 in Afghanistan vgl. Dok. 10, Anm. 19.
[25] Mohammed Reza Pahlevi.

men durchzuführen, als die Machtposition des Schahs bereits zerbrach, und ihn dann davon abgehalten, seine Truppen rechtzeitig einzusetzen.

Bundeskanzler: Der Schah habe sich vor allen Dingen gegenüber seinen Mitarbeitern nicht sehr mannhaft verhalten.

MP *Hua*: Es habe der einigende Faktor für die militärischen Kräfte gefehlt. Den jetzigen religiösen Führern fehlte die nötige Erfahrung für die Regierung. Die Sowjetunion habe immer noch die Hand im Spiel.

Die Sowjetunion habe Kuba benutzt, um Äthiopien militärisch zu besetzen.[26]

Auch der frühere Präsident des Südjemen, Rubayi, habe gute Beziehungen zur Sowjetunion gehabt. Auch er habe mehr Selbständigkeit und bessere Beziehungen mit anderen Ländern gewollt und sei daraufhin von Sowjetunion und Kuba durch einen Staatsstreich beseitigt worden. Innerhalb von 24 Stunden seien die Präsidenten im Südjemen und im Nordjemen umgebracht worden.[27] Dies habe zur Verunsicherung von Saudi-Arabien geführt. Saudi-Arabien habe daraufhin begonnen, Beziehungen zur Sowjetunion zu knüpfen.[28]

China begrüße die Nahostpolitik der Bundesregierung und der anderen Westeuropäer. Die europäischen Staaten hätten im Nahen Osten eine günstigere Ausgangsposition als die USA.

Wenn es der Sowjetunion gelinge, die Transportwege für das Öl oder gar die Ölquellen unter ihre Kontrolle zu bringen, bestehe große Gefahr für Westeuropa. Nur Großbritannien habe eigenes Öl. Diese Entwicklung könnte ebenfalls bedrohlich werden für Japan und die USA. Die Sowjetunion werde keine Truppen entsenden, aber sie werde versuchen, innere Wirren hervorzurufen.

In Südostasien stütze sich die sowjetische Strategie in erster Linie auf Vietnam. China habe unter Ho Chi Minh gute Beziehungen zu Vietnam unterhalten. Den Nachfolgern sei offenbar der Erfolg im Vietnamkrieg in den Kopf gestiegen. Vietnam habe gesagt, seine Truppen seien die drittstärksten in der Welt. Vietnam wolle neben Laos und Kambodscha seine Hand auch nach den ASEAN-Staaten Thailand, Malaysia und Singapur ausstrecken, um die Straße von Malakka unter Kontrolle zu bringen.

Vietnam versuche derzeit mit 200000 Soldaten den Widerstand in Kambodscha zu brechen.[29] Das demokratische Kambodscha verfüge jetzt noch über etwa 30000 Mann. Die Truppen der Khmer seien nicht richtig auf die vietnamesische Offensive vorbereitet. Sie hätten jedoch die Regenzeit für Vorbereitungen genutzt.

26 Zur Rolle kubanischer Truppen im Konflikt zwischen Äthiopien und Somalia vgl. Dok. 11, Anm. 14.

27 In der Presse wurde gemeldet, Präsident al-Ghashmi sei am 24. Juni 1978 durch die Explosion einer Bombe ums Leben gekommen, die ein Unterhändler der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) bei einem Gespräch in Sanaa gezündet habe. Vgl. dazu den Artikel „Ein Putsch erschüttert das marxistische Regime in Südjemen"; DIE WELT vom 27. Juni 1978, S. 1.
Ferner wurde gemeldet, Präsident Ali sei am 26. Juni 1978 nach einem Putsch hingerichtet worden, weil er beschuldigt worden sei, einen Krieg mit der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) vorzubereiten. Vgl. den Artikel „Die neue Führung in Südjemen macht gut Wetter bei Nachbarn"; DIE WELT vom 30. Juni 1978, S. 8.

28 Zu den Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und der UdSSR vgl. Dok. 68, Anm. 4.

29 Zur Lage in Kambodscha vgl. Dok. 304, Anm. 12.

Bundeskanzler fragt, ob genügend Lebensmittel für die vietnamesischen Truppen vorhanden seien.

MP *Hua*: Auch die Vietnamesen hätten große Schwierigkeiten. Die vietnamesischen Truppen an der chinesischen Grenze kämen gelegentlich nach China und bäten um Nahrungsmittel.

Insgesamt seien etwa 260000 Flüchtlinge aus Vietnam nach China gekommen.[30] Eine noch größere Zahl sei ertrunken. Die inneren Schwierigkeiten in Vietnam seien sehr groß. Die Außenwelt nehme nur von dem traurigen Flüchtlingsschicksal Kenntnis, nicht aber davon, daß viele Menschen in der neuen Wirtschaftszone langsam aussterben. Selbst wenn man das schlechteste annehme, werde Vietnam nicht in der Lage sein, Kambodscha ganz zu überwältigen. Die Vietnamesen hätten kein Vertrauen zu den kambodschanischen Truppen von Heng Samrin. Letzterer habe nur einige kambodschanische Kontingente innerhalb der vietnamesischen Armee.

Pol Pot habe Fehler begangen. China habe dieses Pol Pot offen gesagt. Pol Pot korrigiere jetzt seine Fehler und bemühe sich, die patriotischen Kräfte zusammenzuführen. Selbst wenn alle Kambodschaner vertrieben würden, werde ihre Situation ähnlich wie die der Palästinenser sein. Die ganze Welt unterstütze die legitimen Anliegen der Palästinenser.

Bundeskanzler fragt, ob Sihanouk eine Rolle spielen könne.

MP *Hua*: Sihanouk ist ein alter Freund Chinas. China habe großen Respekt vor ihm. Man wolle sich in seine Auffassungen und Pläne nicht einmischen. Sihanouk beabsichtige, im November nach Frankreich zu reisen.[31] Eine Voraussetzung für jede politische Lösung müsse sein, daß zunächst die vietnamesischen Truppen abgezogen werden. Sonst würde Sihanouk sofort zu einer Marionette. Nach Abzug der vietnamesischen Truppen könnten die Kambodschaner entscheiden, welche Regierung sie wünschen.

Bundeskanzler fragt, ob die kambodschanische Frage bei den chinesisch-sowjetischen Gesprächen in Moskau[32] eine Rolle spiele.

MP *Hua*: Die ASEAN-Staaten hätten in der kambodschanischen Frage eine sehr eindeutige Stellung eingenommen.[33] Thailand habe sich bereit erklärt, Flüchtlinge aus Kambodscha aufzunehmen. Heute sei gemeldet worden, daß thailändische Truppen vietnamesische Truppen beschossen hätten, die ihrerseits das Feuer eröffneten. Wenn vietnamesische Truppen nach Thailand eindringen, werde Thailand Widerstand leisten. China werde ASEAN unterstützen.

Bundeskanzler: Auch wir unterstützten ASEAN, wenngleich uns Pol Pot überhaupt nicht sympathisch sei.

MP *Hua*: Pol Pot habe Mängel und sei nicht sehr sympathisch. Aber er sei die Hauptwiderstandskraft gegen Vietnam.

30 Zu den „Indochina-Flüchtlingen" vgl. Dok. 265, Anm. 6.

31 Prinz Sihanouk reiste am 25. November 1979 nach Frankreich. Botschafter Wickert, Peking, berichtete am selben Tag, Sihanouk habe ihm kurz vor seinem Abflug mitgeteilt, sein Aufenthalt in Frankreich werde bis Januar 1980 dauern. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1935; Referat 340, Bd. 110616.

32 Zu den chinesisch-sowjetischen Verhandlungen vgl. Dok. 286, Anm. 6.

33 Vgl. dazu die Erklärung der ASEAN-Mitgliedstaaten vom 20. Februar 1979; Dok. 50, Anm. 25.

Gestern habe der Bundespräsident gefragt, wie man dem kambodschanischen Volk besser helfen könne.[34] Er, Hua, habe geantwortet, er sei für Hilfe an das kambodschanische Volk. Die Hilfe solle durch Thailand geleistet werden. Viele Flüchtlinge befänden sich in Thailand oder an der thailändischen Grenze. Wenn die Hilfe über Vietnam geleistet werde, würde dies die vietnamesische Kampfkraft stärken.

Das IKRK habe Flugzeuge nach Phnom Penh entsandt. Heng Samrin habe gegen die Verletzung der kambodschanischen Souveränität protestiert. Er sei glücklich, daß die Bundesregierung beschlossen habe, ihre Hilfe durch Thailand zu leisten.

Bundeskanzler: Die Bundesrepublik nehme Flüchtlinge auf, aber er befürchte, sie würden in der fremden Umgebung nicht glücklich.

MP *Hua*: Bundesrepublik und China hätten auf lange Sicht gemeinsame Interessen. Beide wünschten eine friedliche Umwelt für den Aufbau. Außerdem seien sie auf der Hut vor Hegemonisten. Er sei sehr für die Einigung Europas und für Verteidigungsanstrengungen.

Er habe mit Giscard[35] vereinbart, daß Frankreich und China über Nahen Osten, Indochina und die Blockfreien Meinungen austauschen und zusammenarbeiten wollen. Bundesrepublik und China hätten Freunde im Nahen Osten und könnten dort gemeinsam arbeiten.

Die Sowjetunion versuche, über Kuba die Ausrichtung der Blockfreien zu ändern. Kuba habe jetzt drei Jahre lang den Vorsitz. Wir müßten zusammenarbeiten, damit die Blockfreien nicht umgelenkt werden können.

Fortsetzung des Gesprächs nach dem Abendessen:

MP Hua: China habe nicht die Absicht, den chinesisch-sowjetischen Vertrag über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand[36] zu verlängern und darüber in neue Verhandlungen einzutreten. Dieser Vertrag sei seinerzeit gegen Japan gerichtet gewesen. Inzwischen hätten China und die Sowjetunion diplomatische Beziehungen mit Japan aufgenommen.[37] China habe einen Freund-

34 Im Gespräch mit Ministerpräsident Hua Guofeng am 22. Oktober 1979 wies Bundespräsident Carstens „auf das menschliche Elend des Volkes von Kambodscha hin und das brennende Interesse, dem dortigen Leid ein Ende zu setzen. Er richtete an den Ministerpräsidenten die Frage, welche Möglichkeiten es gäbe, dieses Ziel zu erreichen. Hua erwiderte, die Lage in Kambodscha sei in der Tat ein großes Problem. Vietnam habe mit Hilfe der Sowjetunion die Aggression durchführen können. Diese habe das große Leid für das kambodschanische Volk gebracht. Die Lösung sei a) durch den Rückzug Vietnams und danach b) durch Selbstbestimmung des kambodschanischen Volkes zu erreichen. Allerdings sei Vietnam zu diesem Rückzug nicht bereit. [...] Bei humanitärer Hilfe für die kambodschanische Bevölkerung sei darauf zu achten, daß sie nicht in die Hände der Vietnamesen falle. Es sei sicherlich gut, wenn diese Hilfe durch Thailand in das Grenzgebiet geliefert werden könnte." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 341, Bd. 110486.

35 Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 15. bis 21. Oktober 1979 in Frankreich auf.

36 Am 14. Februar 1950 schlossen die UdSSR und die Volksrepublik China einen Vertrag über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 226, S. 3–19.

37 Die Volksrepublik China und Japan nahmen am 29. September 1972 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung vom selben Tag; EUROPA-ARCHIV 1972, D 531f.
In einer Gemeinsamen Erklärung über die Ergebnisse bilateraler Verhandlungen vom 13. bis 19. Oktober 1956 in Moskau vereinbarten Japan und die UdSSR, wieder diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1956, D 9287f.

schaftsvertrag mit Japan abgeschlossen.[38] Die Sowjetunion habe den Vertrag schon längst mit Füßen getreten.

Der Vertrag, der bis April 1980 gelte, müsse ein Jahr vorher gekündigt werden. Deshalb habe der Ständige Ausschuß den Beschluß gefaßt, den Vertrag nicht zu verlängern, und dies der Sowjetunion mitgeteilt. Die Sowjetunion habe sich nach einiger Zeit der Überlegungen einverstanden erklärt. Inzwischen seien Unterhändler nach Moskau geflogen. Bisher sei noch keine Einigung über das Verfahren erzielt worden. Die Sowjetunion strebe eine Vereinbarung ohne jeden Inhalt an, nur eine Einigung über Prinzipien oder einen Nichtangriffspakt. China wolle die offenstehenden Fragen zwischen beiden Ländern lösen und die Hindernisse der Normalisierung beseitigen.

Es scheine der Sowjetunion sehr schwer zu fallen, sich zur Lösung der offenen Fragen bereit zu erklären. Deshalb könnten die Gespräche zu einem Verhandlungsmarathon werden. Die Verhandlungen über die Grenzfragen dauerten schon zehn Jahre.[39]

Bundeskanzler fragt, um welche konkreten Fragen es ginge.

MP *Hua*: Besonders um die Grenzlinien im Nordosten Chinas. Die Sowjetunion habe China insgesamt etwa 1,6 Mio. qkm Land weggenommen. Obwohl Lenin nach der Oktoberrevolution erklärt habe, die Sowjetunion solle alle ungleichen Verträge[40] aufheben und die Territorien zurückgeben, habe China diese Frage gar nicht aufgegriffen. Derzeit gehe es nur um einige kleine umstrittene Grenzgebiete. Zhou habe seinerzeit mit Kossygin bereits eine Einigung erzielt.[41]

38 Am 12. August 1978 schlossen Japan und die Volksrepublik China einen Vertrag über Frieden und Freundschaft. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1225, S. 257–272. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 565 f.

39 Zu den chinesisch-sowjetischen Verhandlungen über Grenzfragen vgl. Dok. 188, Anm. 29.

40 Mit den Verträgen von Aigun und Tientsin (1858) sowie dem Handelsvertrag von Peking (1860) kam es zu einer Regelung der Grenzen zwischen Rußland und China, bei der die Gebiete nördlich des Amur und östlich des Ussuri an Rußland fielen. Umstritten blieb insbesondere der im Vertrag von Ili bzw. St. Petersburg (1881) nur teilweise geregelte Grenzverlauf in der Region Sinkiang/Turkestan. Seit 1949 versuchten die UdSSR und die Volksrepublik China, ihren Einfluß im Gebiet von Sinkiang auszubauen. Während die chinesische Regierung darauf bestand, daß die Verträge als „ungleich" zu betrachten seien und neu verhandelt werden müßten, wies die UdSSR auf die Gültigkeit der Verträge hin und vertrat die Ansicht, daß eine offene Grenzfrage nicht bestehe. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wickert vom 20. März 1963; Referat II A 3, Bd. 62. Vgl. dazu ferner EUROPA-ARCHIV 1969, D 426–452.
Am 25. August 1969 erläuterte Ministerialdirektor Ruete zur Situation in Sinkiang, das chinesisch-sowjetische Grenzgebiet sei „ethnisch alles andere als befriedet und die Feindseligkeit der nicht-chinesischen Völkerschaften, die immer noch 55 % der Gesamtbevölkerung Sinkiangs ausmachen, gegen das Chinesentum ist virulent. Die Infrastruktur ist schwach entwickelt; die Entfernung nach Peking beträgt rund 3000 km. Hinzu kommt, daß Sinkiang wegen seiner reichen Schätze an Öl und verschiedenen strategischen Rohstoffen (einschließlich Uran) sowie als Zentrum der chinesischen Kernwaffenerprobung als das strategisch empfindlichste Gebiet Chinas angesehen werden muß." Vgl. den Drahterlaß an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel; VS-Bd. 2831 (I B 5), B 150, Aktenkopien 1969.

41 Ministerpräsident Kossygin hielt sich auf dem Rückflug von den Trauerfeierlichkeiten für den am 3. September 1969 verstorbenen Präsidenten der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam), Ho Chi Minh, am 11. September 1969 in Peking auf, wo er auf dem Flughafen mit Ministerpräsident Zhou Enlai zusammentraf. Dazu bemerkte Ministerialdirektor Ruete, daß die Begegnung auf Vermittlung der nordvietnamesischen Regierung zustande gekommen sei. Zwar sei über den Inhalt des Gespräches nichts bekannt, doch könne aufgrund der nur kurzen Dauer darauf geschlossen werden, „daß es zu einer Erörterung der das Verhältnis der beiden Länder belastenden grundsätzlichen Fragen nicht gekommen ist. Dazu fehlte es auch an Vorbereitung. Dagegen liegt näher zu vermu-

Kossygin habe nach seiner Rückkehr nach Moskau seine Position geändert. Die Sowjetunion sei nicht bereit zu akzeptieren, daß es umstrittene Gebiete gibt. China sei erst durch die Erfahrungen mit der Sowjetunion aufgewacht. Als es in die Revolution eingetreten sei, habe man die Sowjetunion als großen Bruder bezeichnet. Nach Chruschtschows Amtsantritt habe sich die Lage geändert. Er habe eine gemeinsame chinesisch-russische Flotte vorgeschlagen, die unter russischer Kontrolle stehen sollte. Er habe russische Sender gefordert, die China beeinflussen sollten. Er habe den Einsatz russischer Experten auch auf unterer Ebene gefordert, damit China nach dem russischen Dirigentenstab tanzen solle. Später habe Breschnew seine Theorie von der großen sozialistischen Familie oder von der beschränkten Souveränität der sozialistischen Staaten verkündet.[42] China sei nicht einverstanden gewesen. Die Sowjetunion habe versucht, China unter Druck zu setzen. Sie habe die Verträge zerrissen, Subversion und Aufruhr in Sinkiang organisiert. Von dort seien 60000 Menschen in die Sowjetunion gegangen. China habe in Sinkiang sowjetische Agenten gefangen und des Landes verwiesen. Die Sowjetunion habe keine Gegenmaßnahmen gegen chinesische Diplomaten ergriffen, da China chinesisches Geld und anderes Gerät bei den Agenten gefunden habe. Die Sowjets führten sich auf, als seien sie Menschen einer besseren Ordnung. Die Sowjetunion betreibe nach außen eine sozialistisch-imperialistische, expansionistische Politik. Nach seiner Ansicht und der von Giscard d'Estaing werde bei einem Wechsel in Moskau Tschernenko an die Macht kommen. Suslow und Kirilenko seien sehr alt. Auch unter einer anderen Führung werde sich die Politik des Hegemonismus nicht leicht ändern. Schon die wirtschaftlichen Schwerpunkte in der Sowjetunion lägen auf der Schwerindustrie und der Rüstungsindustrie. Solange sich die sowjetische Politik des Expansionismus nicht ändere, werde China seine Politik des Antihegemonismus beibehalten. Wenn die Sowjetunion ihr Verhältnis zu China ändern wolle, solle sie die Truppen so weit zurücknehmen, wie es zur Zeit Chruschtschows der Fall gewesen sei.

Bundeskanzler fragte, ob China die sowjetischen Truppen oder auch die sowjetischen Mittelstreckenraketen Sorge bereiteten.

MP *Hua*: Die Sowjetunion habe gegen China Mittelstreckenraketen und strategische Raketen disloziert. China könne gegen die Raketen nicht viel sagen, da sie weit von der Grenze entfernt stationiert seien. Die Massierung von Truppen sei dagegen ein unfreundlicher Akt. In letzter Zeit sei eine zusätzliche Division in die Mongolische Volksrepublik entsandt worden. Zu Chruschtschows Zeiten habe es dort überhaupt keine sowjetischen Truppen gegeben.

Insgesamt seien 45 sowjetische Divisionen an der chinesischen Grenze stationiert.

Bundeskanzler fragt, welche Divisionen.

MP *Hua*: Nach den Informationen von amerikanischer Seite gebe es drei Arten von Divisionen. Die erste Sorte sei etwa zu 70–80% (ca. 10000 Mann) aufge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1540

ten, daß man sich über den Vietnam-Krieg und die Einstellung der beiden Länder zu der hierbei künftig einzuschlagenden Taktik unterhielt. [...] Größere Änderungen in der bestehenden politischen Konstellation sind von der Begegnung nicht zu erwarten." Vgl. die Aufzeichnung vom 12. September 1969; Referat II A 4, Bd. 1096.

42 Zur „Breschnew-Doktrin" vgl. Dok. 130, Anm. 11.

füllt, die zweite Sorte umfasse etwa 6–7000 Mann, die dritte Art etwa 4000 Mann.

Was die Frage nach dem Ausbruch eines großen Krieges Sowjetunion–China angehe, so habe Breschnew Nixon seinerzeit in den USA[43] gesagt, er würde gerne zusammen mit den USA das nukleare Potential Chinas vernichten. Breschnew habe Nixon gefragt, wie lange China brauche, um nuklear aufzurüsten. Nixon habe geantwortet: 20 Jahre. Breschnew habe gesagt: Njet, njet, zehn Jahre. Deshalb habe er 1969 ernsthaft überlegt, das chinesische nukleare Potential zu beseitigen. Breschnew wisse, daß inzwischen zehn Jahre vergangen sind und daß es hierzu heute zu spät sei.

Giscard habe gefragt, ob die Sowjetunion mit einem Schlag das chinesische nukleare Potential vernichten könne. Er habe geantwortet, weder die Rüstungsfabriken noch die chinesischen Nuklearwaffen könnten in einem ersten Schlag vernichtet werden. Beide seien verdeckt, damit sie von den sowjetischen Satelliten nicht erfaßt werden könnten. Mobile Systeme machten die Vernichtung unmöglich.

Die chinesischen Systeme lägen hinter denen der Sowjetunion und den USA weit zurück. Bei einem nuklearen Angriff auf China müsse jedoch die Sowjetunion damit rechnen, daß sowjetische Städte vernichtet werden.

Die chinesischen Tanks und Flugzeuge seien schlechter als die sowjetischen. Es könne sein, daß die Sowjetunion tief ins Land eindringe und viele Menschen töte. Aber China habe genügend Raum und Menschen. Die Sowjetunion habe lange Transportwege. Die geographische Situation Chinas sei anders als die in Europa. Die Sowjetunion baue derzeit eine zweite Transsibirische Bahn.

Bundeskanzler fragte, ob die Bahn wirtschaftlichen oder strategischen Zwecken diene.

MP *Hua*: Sie diene auch dem Zweck, Sibirien zu erschließen. Die erste Bahn sei zu nahe an der Grenze gelegen.

Die Sowjetunion müsse damit rechnen, in einen Zwei-Fronten-Krieg verwickelt zu werden. Wenn die westeuropäischen Länder sich vereinigen, ihre Verteidigungsanstrengungen intensivieren und ihre Beziehungen mit den USA aufrechterhalten und wenn auf der anderen Seite China mit Japan und mit den USA verbunden bleibe, müsse die Sowjetunion alles Interesse haben, einen Zwei-Fronten-Krieg zu vermeiden.

Die Sowjetunion habe nicht nur Sorge um Westeuropa, sondern auch um ihren osteuropäischen Hinterhof. Daher sei China der Ansicht, daß ein großer sowjetisch-chinesischer Weltkrieg in den 80er Jahren nicht ausbrechen werde. Aber die Sowjetunion werde weiter sich ihr bietende Chancen ausnutzen. Dies werde dazu führen, daß auch andere Länder aufwachen. Ägypten und Somalia hätten ihre Lektion gelernt. Indien sei jetzt dabei zu lernen, wenn die Sowjetunion ihre Politik fortsetze. Deshalb habe China gesagt, wenn unsere Länder zusammenwirkten, könnten wir einer hegemonistischen Politik entgegentreten und einen langen Frieden gewinnen.

[43] Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 18. bis 26. Juni 1973 in den USA auf.

Bundeskanzler fragt, ob in der Auffassung, die Sowjetunion könne sich einen Zwei-Fronten-Krieg nicht leisten, Einigkeit der chinesischen Führung bestehe.

MP *Hua*: Einigkeit.

Bundeskanzler: Dies sei für ihn ein besonders interessanter Punkt gewesen, den er vorher so nicht gesehen hätte. Daher sei er für diese Mitteilung besonders dankbar.

MP *Hua*: Dies sei keine absolute Wahrheit, aber die chinesische Analyse. Englische und japanische Forschungseinrichtungen hätten viele Bücher mit unterschiedlichen Ansichten veröffentlicht.

Bundeskanzler: MP Hua und er seien sich offensichtlich in der Einschätzung der großen Strategie der Sowjetunion für das nächste Jahrzehnt einig.

MP *Hua*: Chruschtschow habe Adenauer 1955[44] vorgeschlagen, die Sowjetunion und die Bundesrepublik sollten gemeinsam gegen China vorgehen. Das stehe so in den Adenauer-Memoiren.[45] Adenauer habe abgelehnt, da dies bedeuten würde, daß die Bundesrepublik ihren Kopf in das Maul eines Löwen stecke.

China habe volles Verständnis für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Jedes Land habe eigene Interessen. China könne nicht fordern, daß jeder die gleiche Sprache benutze. Er habe auf der Pressekonferenz vor seiner Abreise gesagt, China wünsche die Entspannung. Es sei nur gegen Hegemonismus.

Bundeskanzler dankt für das Verständnis für die Politik der Bundesregierung und für die Lage der Bundesrepublik. Entspannungspolitik sei nur möglich, weil wir uns militärisch sicherten. Deshalb werde die Bundesrepublik auch weiterhin das Nötige für die Verteidigung tun. MP Hua werde in Frankreich, Großbritannien[46] und Italien[47] eine ähnliche Haltung finden. Inzwischen sei er ohne Besorgnis, vorausgesetzt, daß der Westen sich nicht bei den Mittelstreckenraketen und anderen modernen Technologien in das Hintertreffen drängen lasse.

Aufgrund seiner Lebenserfahrung habe er Angst vor Krieg, aber keine Minderwertigkeitskomplexe gegenüber der Sowjetunion. Er habe mit Breschnew mehrfach über Sicherheit und Rüstungsfragen gesprochen. Er habe ihm klar-

44 Bundeskanzler Adenauer hielt sich vom 8. bis 14. September 1955 in der UdSSR auf. Für die deutschen und russischen Gesprächsaufzeichnungen vgl. VIZIT KANCLERA ADENAUERA, S. 48–184.

45 Zu einem Gespräch mit dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, am 10. September 1955 führte Konrad Adenauer im Rückblick aus: „Chruschtschow kam wieder auf Rotchina zu sprechen. Er bezeichnete China als das größte Problem. [...] Ich dachte mir: Lieber Freund, du wirst eines Tages ganz zufrieden sein, wenn du im Westen keine Truppen mehr zu unterhalten brauchst! Chruschtschow sagte ziemlich unvermittelt: ‚Wir können diese Aufgaben lösen! Aber es ist sehr schwer. Darum bitte ich Sie, helfen sie uns. Helfen Sie uns, mit Rotchina fertigzuwerden!' Zögernd fügte er hinzu: ‚Und mit den Amerikanern ...' Diese Bitte, ihm zu helfen, hat Chruschtschow während meines Moskauer Aufenthaltes drei Mal ausgesprochen. Ich ging nicht darauf ein. Es wäre eine Untreue gegen Europa und Amerika gewesen, und den Russen in diesem Stadium und ohne feste Bindung mit der übrigen freien Welt zu helfen, hieße, den Kopf in den Rachen des Löwen stecken. Das war mir klar." Vgl. ADENAUER, Erinnerungen 1953–1955, S. 528.

46 Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 28. Oktober bis 2. November 1979 in Großbritannien auf.

47 Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 3. bis 6. November 1979 in Italien auf.

gemacht, daß die Deutschen sich bemühen würden, das militärische Gleichgewicht beizubehalten[48].

MP *Hua*: Er wolle eine Meinung äußern, auch wenn er sie noch nicht voll durchdacht habe. Nach seiner Ansicht würden in einem Kampf die deutschen Truppen die kampfkräftigsten sein. Daher habe die Sowjetunion am meisten Angst vor den Deutschen. Deshalb werde die Sowjetunion sich mit allen Mitteln der Wiederherstellung der deutschen Einheit widersetzen. Er halte die Berichte englischer Zeitungen – die Sowjetunion werde der Wiedervereinigung zustimmen, wenn Deutschland neutralisiert werde – für unrealistisch.

Bundeskanzler: Er halte den Bericht des „Observer" für unseriös.[49] Er halte es für denkbar, daß diese Meldungen von sowjetischen Journalisten ausgestreut werden.

MP *Hua*: Aus den genannten Gründen lege China Wert auf die langfristige Entwicklung der Beziehungen zur Bundesrepublik. China wünsche der Bundesrepublik Wohlergehen, die Bundesrepublik wünsche China das gleiche. Auch wenn die Bundesrepublik stark sei, werde sie China nicht angreifen, und China auch nicht die Bundesrepublik. Von China würden nie hegemoniale Tendenzen ausgehen.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik[50] hätte eine weite Perspektive. China möchte von der fortgeschrittenen deutschen Technologie lernen. Es verfüge über Rohstoffe und Erzeugnisse, die es der Bundesrepublik gerne zur Verfügung stelle.

MP Hua wiederholte den Inhalt der Ausführungen über den wirtschaftlichen Aufbau des Landes, über die Exportmöglichkeiten und über die Kreditangebote

48 Korrigiert aus: „beizuhalten".

49 Vgl. den Artikel „Brezhnev wants united Germany"; THE OBSERVER vom 21. Oktober 1979, S. 1. Botschafter Graf von Podewils-Dürniz, Wien, informierte am 22. Oktober 1979: „Nach bereits fernmündlich berichtetem Gespräch zwischen Ges[andtem] Heibach und Politischem Direktor Bauer konnte ich mit AM Pahr und Gen[eral]sekr[etär] Reitbauer über den ‚Observer'-Artikel sprechen. Beide bezeichneten Nachricht, daß angeblicher sowjetischer Neutralisierungsplan für Bundesrepublik und DDR u. a. aus der Umgebung Kreiskys bekannt geworden sei, als ‚Ente'. An dieser Quellen-Angabe sei nichts Wahres. Reitbauer fügte hinzu, er kenne den Verfasser des Artikels, den Exil-Ungarn Lajos Lederer, und wisse, welcher Phantasien und Spekulationen dieser fähig sei. Zur Sache meinte Reitbauer, er könne sich nicht vorstellen, daß die überalterte und unbeweglicher gewordene sowjetische Führung zu Ideen derartiger Dimension fähig sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 647; Referat 210, Bd. 116500.

50 Das Bundesministerium für Wirtschaft notierte am 25. September 1979 zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China: „Der seit 1972 kumulierte deutsche Ausfuhrüberschuß beläuft sich auf 5495 Mio. DM; er wird zwar von chinesischer Seite zunehmend als Problem empfunden, in seiner Bedeutung jedoch auch nicht überbewertet. Die VR China war zwar bisher stets in der Lage, Passivsalden gegenüber westlichen Ländern durch Deviseneinnahmen auszugleichen, die sie im Handel mit Hongkong und Südostasien erwirtschaftete. Aufgrund der neuen außenpolitischen Linie, die VR China bis zum Jahre 2000 mit Hilfe westlicher Technologie zu einem modernen Industriestaat zu machen, wird aber das Land sich entsprechend verschulden müssen. [...] Die Bundesrepublik Deutschland konnte im ersten Halbjahr 1979 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum eine Steigerung des Exports um 34,8 % auf 1,335 Milliarden DM und eine Steigerung der Importe um 16,3 % auf 420 Mio. DM erreichen. Trotz dieser vergleichsweise günstigen Zahlen konnte sie im Chinahandel nicht mit ihren Hauptkonkurrenten Schritt halten: So baute Japan seine führende Stellung im ersten Halbjahr mit einer Steigerung seiner Exporte um 66 % auf 2,155 Milliarden Dollar weiter aus. [...] Auch die USA haben seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen bei ihren Bemühungen, die Handelsbeziehungen systematisch auszubauen, beachtliche Fortschritte gemacht." Vgl. Referat 341, Bd. 110488.

aus Japan und den USA sowie über die Chancen für den Ausbau der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit vom Vortage.

MP Hua bekundete zusätzlich sein Interesse an der Ausbildung von Chinesen in der Bundesrepublik. Sie könnten nach Deutschland kommen, um hier zu arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen und um in den freien Tagen der Woche zu lernen. Zhou Enlai und Zhu De hätten auf diese Art und Weise studiert.

Bundeskanzler: Er halte dies für eine interessante Anregung.

MP *Hua*: Deutsche Industrielle hätten vorgeschlagen, gemeinsame Projekte in der Dritten Welt durchzuführen. China halte hier eine Zusammenarbeit für möglich. Einige Länder der Dritten Welt wollten lieber chinesische Maschinen haben und nicht die vollautomatischen Anlagen der hochindustrialisierten Bundesrepublik.

Bundeskanzler: Er finde auch diese Anregung interessant.

Er wolle offen bemerken, die Bundesrepublik sei an einem ausgeglichenen Handelsverkehr interessiert und nicht an einseitigen Überschüssen. Die Bundesrepublik wolle chinesische Rohstoffe kaufen. China solle Delegationen nach Deutschland schicken, um dort festzustellen, was benötigt wird, und um die chinesischen Güter zu verkaufen.

Die Bundesregierung werde über alle chinesischen Vorschläge nachdenken. Man solle hierüber über die Botschaften im Kontakt bleiben und gegebenenfalls Delegationen entsenden.

Bundeskanzler wies sodann darauf hin, daß der Weltwirtschaftsordnung gegenwärtig die größte Gefahr von einer zu schnellen Heraufsetzung der Ölpreise drohe. China möge auf Saudi-Arabien und andere OPEC-Länder einwirken, daß sie die Weltwirtschaftsordnung nicht ruinieren.

MP *Hua*: Es sei schwierig, auf Saudi-Arabien einzuwirken, weil China dort keine diplomatischen Beziehungen habe. Einwirkungen auf Kuwait und Jordanien, auch auf den Irak und auf Nigeria seien möglich.

Bundeskanzler: Ein weiteres Problem sei die Explosion der Weltbevölkerung. Es werde unmöglich sein, für die schnell wachsende Bevölkerung in der Dritten Welt auf Dauer Arbeit, Nahrungsmittel und Wohnungen zu finden. Er wisse, daß China sich erfolgreich um die Eindämmung des Bevölkerungswachstums bemühe.[51] China sei daher berufen, um diesen Gedanken in der übrigen Welt zu verbreiten. Es bestehe die Gefahr, daß die Bevölkerung schneller wachse als

51 Botschafter Wickert, Peking, berichtete am 3. Mai 1979: „Die Eindämmung des Bevölkerungszuwachses steht seit langem vorrangig in der Prioritätsskala der chinesischen Führung. Premierminister Hua Guofeng hatte in seiner Rede auf dem V. Nationalen Volkskongreß im März 1978 verkündet, daß bis zum Jahre 1980 die jährliche Bevölkerungszuwachsrate auf unter ein Prozent gesenkt werden soll. Im Augenblick soll sie nach einer Äußerung von Vizepremier Li Xiannian durchschnittlich 1,2% betragen [...]. Aus einigen Provinzen werden jetzt provisorische Bestimmungen zur Geburtenplanung und zur Familienpolitik bekannt, die die Beschränkung auf ein Kind als ideal hinstellen und mit materiellen und politischen Anreizen belohnen wollen. Eine Ehe mit zwei Kindern soll als Durchschnitt geduldet werden. Familien mit drei oder mehr Kindern werden jedoch empfindliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Sanktionen angedroht, die die Gesundheitsfürsorge, Ausbildungschancen und das Recht auf einen Arbeitsplatz der zusätzlichen Kinder empfindlich einschränken würden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 605; Referat 341, Bd. 110478.

die wirtschaftliche Leistungskraft in der Welt. China werde hier eher als Ratgeber akzeptiert als die Industrieländer.

MP *Hua*: China habe das Problem des Bevölkerungswachstums erkannt. Es habe wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen.

Hinsichtlich der Ölpreise beriefen die OPEC-Staaten sich darauf, daß sie sich bemühten, das Gleichgewicht zwischen der Steigerung der Ölpreise und der Preise für die industriellen Güter herzustellen.

Abschließend stimmten MP Hua und der Bundeskanzler sich ab für die Unterrichtung der Presse. Bei dieser Gelegenheit sollte auch erwähnt werden das Geschenk der zwei Pandabären sowie die Tatsache, daß MP Hua den Bundeskanzler zu einem Besuch in der VR China eingeladen hat.

VS-Bd. 14077 (010)

306

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-371.80 USA-1736/79 VS-vertraulich **23. Oktober 1979**[1]

Betr.: Deutsch-amerikanische Gespräche am 19.10.1979 in Bonn anläßlich des Besuchs des stellvertretenden Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, David Aaron;
hier: Ergebnisprotokoll

Am 19.10.1979 fanden in Bonn deutsch-amerikanische sicherheitspolitische Konsultationen anläßlich des Besuches des stellvertretenden Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, David Aaron, statt.

Die Konsultationen wurden auf deutscher Seite von MD Dr. Blech, auf amerikanischer Seite von Mr. Aaron geleitet.

Weitere Teilnehmer waren u.a. auf deutscher Seite: Botschafter Dr. Ruth (führte zeitweise Vorsitz für Herrn D2), MDg Dr. Dröge, Brigadegeneral Schlüter (BMVg), MDg von der Gablentz (BK); auf amerikanischer Seite: R. Bartholomew, Director Politico-Military Affairs, State Department; Mr. McGiffert, Assistant Secretary, Department of Defence; Botschafter Stoessel.

Vollständige Liste der Teilnehmer vgl. Anlage.[2]

[1] Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron und Vortragendem Legationsrat Roßbach konzipiert.
Die Aufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 23. Oktober 1979 über Staatssekretär van Well an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Kenntnisnahme" weitergeleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 24. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Staatssekretär van Well und Bundesminister Genscher am 24. Oktober 1979 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11401 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

[2] Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11401 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

Unmittelbarer Anlaß des Besuches von Mr. Aaron war die Intensivierung der Vorbereitung der im Bündnis anstehenden verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Entscheidungen[3] anläßlich der Vorlage bzw. Fertigstellung des integrierten Entscheidungsdokumentes[4] und der beiden Berichte der Special Group[5] und der High Level Group[6].

Durch den Besuch Mr. Aarons wurde die Reihe der deutsch-amerikanischen Konsultationen auf dieser Ebene fortgesetzt.[7] Mr. Aaron hatte vorher in London Gespräche geführt und war auf dem Wege nach Italien, Belgien und den Niederlanden.

Die Konsultationen fanden in guter und freundschaftlicher Atmosphäre statt. In der Sache konnte in allen Fragen Übereinstimmung erzielt bzw. gleiches Herangehen an die Probleme festgestellt werden.

Folgende Themen standen zur Diskussion:

- integrierte Entscheidungsgrundlage, Zeitplan und weiteres Procedere für die anstehenden Bündnisentscheidungen, Kommuniqué;
- amerikanischer Vorschlag zur Errichtung eines besonderen Konsultationsgremiums für SALT III;
- Auseinandersetzung mit sowjetischem Vorwurf (Falin), die LRTNF-Modernisierung sei eine Umgehung von SALT II;
- Stand der SALT-II-Ratifizierung;
- Einschätzung der Breschnew-Rede vom 6.10.1979;
- Datenpräsentation.

I. Integrierte Entscheidungsgrundlage, Zeitplan und weiteres Procedere für die anstehenden Bündnisentscheidungen, Kommuniqué

1) Botschafter Dr. Ruth bezeichnete das integrierte Entscheidungsdokument als solide Basis für die anstehenden verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Beschlüsse und teilte den Amerikanern unser prinzipielles Einverständnis zur Struktur und zum Inhalt des Papiers mit. Dabei ist uns bestätigt worden, daß auch nach amerikanischer Auffassung von der vollen Fortgeltung der

3 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

4 Am 17. Oktober 1979 führte Botschafter Ruth aus: „Die Amerikaner haben uns am 16.10.1979 die letzte Fassung des Dokuments übergeben, das den Bündnispartnern als integrierte Entscheidungsgrundlage vorgelegt wird. Das Dokument enthält eine Zusammenfassung des wesentlichen Inhalts der Berichte der High Level Group und der Special Group und benutzt die dort enthaltenen Formulierungen, wo immer möglich. Beide Berichte sind der Entscheidungsgrundlage beigefügt und behalten ungeschmälerte Gültigkeit. In dem Entscheidungsdokument ist daher keine neue Aussage enthalten. Der erste Entwurf dieses Entscheidungsdokuments war uns vor acht Tagen zugegangen. Wir haben diesen Entwurf zusammen mit dem BMVg überarbeitet und, wo erforderlich, den Amerikanern Änderungsvorschläge mitgeteilt. [...] Allen unseren Vorschlägen wurde Rechnung getragen." Vgl. VS-Bd. 11396 (220); B 150, Aktenkopien 1979.
Zum „integrierten Entscheidungsdokument" vgl. Dok. 321.

5 Für den „Special Group Report to Ministers – Arms Control Involving Theater Nuclear Forces: Rationale, Objectives and Principles" vom 28. September 1979 vgl. VS-Bd. 11391 (220).

6 Für den „High Level Group Report on NATO Long-Range Theater Nuclear Force Modernization", den der Vorsitzende der High Level Group der NATO, McGiffert, NATO-Generalsekretär Luns am 28. September 1979 übermittelte, vgl. VS-Bd. 11325 (220).

7 Vgl. dazu die Gespräche des stellvertretenden Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Aaron, am 6. Februar 1979 und 16. Juli 1979 in Bonn; Dok. 31 bzw. Dok. 210.

Berichte der High Level Group und der Special Group auszugehen ist. Dies ist wichtig, da die Berichte der HLG und der SG im Konsens zur Vorlage an die Regierungen verabschiedet wurden und daher die maßgeblichen Grundlagen für die Entscheidungsvorbereitung im Bündnis darstellen.

Die USA wollen uns über Änderungsvorschläge anderer Bündnispartner auf dem laufenden halten.

Die Sitzung der Ständigen Vertreter in der NATO am 6.11.79[8] wird erstmals Gelegenheit geben, den Inhalt der beiden Berichte der HLG und SG in der im integrierten Entscheidungsdokument zusammengefaßten Form auf der Grundlage erster Weisungen der Hauptstädte zu diskutieren.

Es ist beabsichtigt, daß die USA die Änderungen, über die Übereinstimmung erzielt werden wird, in das Dokument integrieren und diese Neufassung im Laufe des Monats November nochmals in den Hauptstädten zirkulieren werden.

2) Zum weiteren Procedere und Zeitplan wurde festgestellt:

- Sitzung der Ständigen Vertreter in der NATO am 6.11.1979.
- Die Nukleare Planungsgruppe (NPG) wird in ihrer Sitzung am 13./14.11. 1979[9] den High-Level-Group-Bericht behandeln und bekräftigen und von dem Special-Group-Bericht und dem integrierten Entscheidungsdokument Kenntnis nehmen. Die NPG wird keine Entscheidung zur LRTNF-Modernisierung treffen.
- Es ist vorgesehen, daß die Ständigen Vertreter der beteiligten Bündnismitglieder auf ihrer Sitzung am 28.11.79 auf Weisung ihrer Regierungen dem integrierten Dokument als Entscheidungsgrundlage für die Beschlüsse der Minister zustimmen. Hierbei handelt es sich nicht um eine Vorwegnahme der endgültigen Entscheidung durch die Minister.
- Für die aus Anlaß der Ministerratstagung im Dezember zu treffende endgültige Entscheidung der beteiligten Außen- und Verteidigungsminister haben die Ständigen Vertreter als Termin den 12. Dezember nachmittags vorgeschlagen.

3) Hinsichtlich des Kommuniqués[10] bestand Übereinstimmung, daß

- es sich um ein separates Kommuniqué handeln müsse, das von den an den verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Entscheidungen beteiligten Bündnismitgliedern zu billigen sei;
- dieses Kommuniqué – um seine volle Wirkung zu erlangen – unmittelbar nach den getroffenen Entscheidungen herausgegeben werden müsse;
- der Inhalt des Kommuniqués in den beiden Berichten der HLG und der SG vorbereitet sei;
- ein separates Kommuniqué für die anstehenden Entscheidungen nicht bedeute, daß damit das allgemeine Kommuniqué für die Ministerratstagung[11]

8 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 6. November 1979 vgl. Dok. 321.

9 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 13./14. November 1979 in Den Haag vgl. Dok. 328 und Dok. 329

10 Für den Wortlaut des Kommuniqués der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123.

11 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in

aller Substanz entkleidet werde. Es verbleiben gewichtige Tagesordnungspunkte (CBMs, MBFR-Interimsabkommen[12], französischer Vorschlag einer KAE[13]).

II. Amerikanischer Vorschlag zur Errichtung eines besonderen Konsultationsgremiums für SALT III

Die Vereinigten Staaten haben uns am 15.10.1979 einen Vorschlag zur Errichtung eines besonderen Konsultationsgremiums in der NATO für die SALT-III-Verhandlungen übermittelt.[14] Dieser Vorschlag war mit uns und den Briten vorher abgestimmt worden.

Folgende Einzelheiten wurden besprochen:

1) Wir haben der amerikanischen Seite mitgeteilt, daß der Vorschlag für uns akzeptabel ist und unsere Unterstützung finden wird.

2) Es bestand Übereinstimmung, daß der Errichtung des vorgeschlagenen besonderen Konsultationsgremiums auf der Basis eines konkreten Mandates eine nicht zu unterschätzende Wirkung für die Kohärenz der Allianz – insbesondere in der Zeit zwischen den anstehenden verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Entscheidungen und der Ausführung der Dislozierung – zukommt. Insoweit ist die Gründung und das Funktionieren einer solchen Gruppe als wichtige flankierende Maßnahme zu den Bündnisentscheidungen anzusehen.

3) Botschafter Dr. Ruth wies darauf hin, daß Wirkung und Glaubwürdigkeit des Vorschlages um so größer sein würden, je konkreter man das Mandat gestalten könne. Er schloß sich der amerikanischen Auffassung an, daß es letztlich darauf ankomme, daß parallel zu den verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Bündnisentscheidungen die Gründung der besonderen Konsultationsgruppe im Kommuniqué erwähnt wird. (The Alliance has agreed that a Special Consultation Group will be established.)

4) Das vorgesehene besondere Konsultationsgremium soll die bisherigen Konsultationen im NATO-Rat substantiell ergänzen, aber nicht ersetzen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1548

Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 124–129. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 38–43.

12 Zum Vorschlag der Bundesrepublik für ein Interimsabkommen bei MBFR vgl. Dok. 321, Anm. 4. Für das amerikanische Papier „US views on a modified Phase I Proposal" vom 7. November 1979 vgl. VS-Bd. 10656 (201).

13 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 270, Anm. 7.

14 Referat 220 vermerkte am 17. Oktober 1979: „1) Die amerikanische Botschaft in Bonn übermittelte uns am 15.10.1979 einen amerikanischen Vorschlag zur Errichtung eines besonderen Konsultationsgremiums in der NATO für die SALT-III-Verhandlungen. 2) Wir begrüßen den amerikanischen Vorschlag; dieser kommt seit langem immer wieder geäußerten Wünschen der Verbündeten entgegen. Der amerikanische Vorschlag ist, wie in dem schriftlichen Text hierzu vermerkt wird, mit uns und den Briten vorbesprochen worden. 3) Der amerikanische Vorschlag ist für uns akzeptabel. [...] 4) Zum Mandat der Special Consultation Group wird im amerikanischen Vorschlag folgendes ausgeführt: Auftrag zu konsultieren über spezielle Probleme des TNF-Abrüstungsvorschlages, der in SALT III behandelt werden soll; gestützt auf rüstungskontrollpolitische Zielsetzungen und Grundsätze, wie in der Special Group zu abrüstungspolitischen und verwandten Themen formuliert; die taktische und substantielle Verhandlungsposition in SALT III (soweit Mittelstreckensysteme in Frage stehen). Wir sollten den Amerikanern vorschlagen, daß das Mandat insoweit umfassender ausgelegt werden sollte, als die Special Consultation Group auch für Konsultationen über Fragen aus dem interkontinentalstrategischen Bereich genutzt werden sollte, insbesondere wenn Interessen der Bündnispartner hierbei direkt berührt werden." Vgl. VS-Bd. 11399 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

Wir haben der amerikanischen Seite mitgeteilt, daß nach unserer Auffassung die Konsultationsmöglichkeiten in dem besonderen Konsultationsgremium nicht auf LRTNF-Probleme eingeengt werden sollten. Die USA können einem breiteren Konsultationsrahmen zustimmen.

III. Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Vorwurf (Falin), die LRTNF-Modernisierung sei eine Umgehung von SALT II[15]

Die amerikanische Delegation (Aaron/Bartholomew) erklärte hierzu folgendes:

1) Im SALT-II-Abkommen[16] befaßt sich einzig das Protokoll mit gewissen LRTNF, und zwar mit land- und seegestützten Cruise Missiles. Die von der SU angeführte Nichtumgehungsklausel entfaltet in diesem Bereich rechtliche Wirkungen nur für die Dauer des Protokolls. Eine Behauptung von Auswirkungen für die Zeit nach Ablauf des Protokolls wäre eine Überschätzung der Rechtswirkung der Non-circumvention-Klausel.[17]

2) Die Frage der FBS wurde zu einem frühen Zeitpunkt in den SALT-II-Verhandlungen auf sowjetischen Vorschlag angesprochen. Diese Frage ist von den Sowjets fallengelassen worden. Gleichzeitig nahmen die USA davon Abstand, eine Reduzierung der sowjetischen schweren ICBMs zu fordern. Die SU hat in der Folgezeit ihre schweren ICBMs quantitativ und qualitativ weiter ausgebaut.

3) Die USA haben bei der Unterzeichnung des SALT-II-Abkommens in Wien das Vorhaben der LRTNF-Modernisierung deutlich gemacht. Die sowjetische Unterzeichnung erfolgt in Kenntnis der amerikanischen Pläne.

4) Ausschlaggebend sind nicht diese Gesichtspunkte des internationalen Rechts und der Verhandlungsgeschichte, sondern der politische Wille der USA, im Bereich der LRTNF-Modernisierung jede Beeinflussung von Seiten der SU zurückzuweisen.[18] Anderenfalls würde ein Präzedenzfall für ein sowjetisches droit de regard in Verteidigungsangelegenheiten des Bündnisses geschaffen werden.

IV. Stand der SALT-II-Ratifizierung[19]

Aaron berichtete hierzu:

1) In der SALT-II-Ratifizierungsdebatte ist erneut eine positive Wende eingetreten: „SALT II ratification is back on track."

2) Der Auswärtige Ausschuß des Senats bereitet zur Zeit einen Bericht an das Plenum des Senats mit einer Reihe von reservations und understandings vor (marking out). Die Aussichten sind gut, daß die Beratungen im Ausschuß Ende nächster Woche abgeschlossen werden können.

Vor wenigen Tagen ist ein Abänderungsantrag, der ein amendment mit Neuverhandlungsfolge bedeutet hätte, abgewehrt worden. Die Regierung betrachtet diesen Vorgang als allgemeinen Erfolgstest für die Ratifizierung.

15 Vgl. dazu den Artikel „Voennaja razrjadka vozmožna – otvet za zapadom"; PRAVDA vom 19. September 1979, S. 4.

16 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

17 Zu diesem Abschnitt vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich: „Wichtig für Öffentlichkeitsarbeit."

18 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl handschriftlich: „Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt auch für die rechtlichen Erwägungen bei dem 50%-Gedanken."

19 Zur Frage der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 274, Anm. 10.

3) Das Ergebnis der abschließenden Abstimmung im Auswärtigen Senatsausschuß darf nicht überbewertet werden, da eine Reihe von Senatoren sich erst im Senatsplenum endgültig entscheiden wird. Es kann sogar Änderungen des Stimmenverhältnisses zwischen Ausschuß und Plenum geben.

Botschafter Dr. Ruth erklärte, daß die Abstimmung im Auswärtigen Ausschuß in Europa mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werde. Es liege im Interesse der Allianz, die Öffentlichkeit rechtzeitig auf den begrenzten Aussagewert des Abstimmungsergebnisses aufmerksam zu machen, um im Falle eines unbefriedigenden Votums ungünstige Auswirkungen auf den LRTNF-Entscheidungsprozeß in einigen europäischen Hauptstädten zu vermeiden. Aaron begrüßte diese Anregung und sagte entsprechende Sprachregelung zu.

4) Insgesamt gab sich Aaron optimistisch und meinte, daß bis Ende des Jahres eine Ratifizierungsentscheidung getroffen werden könne.

Die Debatte im Plenum werde etwa drei bis vier Wochen, die Abstimmung über die amendments eine bis zwei Wochen in Anspruch nehmen. Zum Zeitpunkt der Bündnisbeschlüsse im Dezember werde man klar sehen, wie die Entscheidung ausfallen werde.

V. Einschätzung der Breschnew-Rede vom 6.10.1979[20]

1) D2 leitete die Diskussion mit einem Hinweis auf die kürzliche Teilnahme Prof. Proektors vom IMEMO-Institut in Moskau an einer Tagung im Haus Rissen ein, bei der Fragen des SALT-Prozesses und der LRTNF-Modernisierung behandelt wurden. Aus Bemerkungen, die Proektor gemacht habe, könne man schließen, daß die sowjetische Regierung über die relativ geringe Wirkung enttäuscht sei, die das Angebot, 20000 sowjetische Soldaten und 1000 sowjetische Panzer aus Mitteleuropa abzuziehen, gehabt habe.[21] Proektor habe den Eindruck vermittelt, daß die Sowjetunion mit der LRTNF-Entscheidung der Allianz rechne und sich auf die Zeit danach einzurichten beginne. Er habe erkennen lassen, daß die Frage der Präsentation der Entscheidung für die SU wichtig sei.

2) Aaron würdigte die schnelle Analyse der Breschnew-Rede in Bonn, die andere Bündnismitglieder in Betracht ziehen konnten. Auch Washington habe rasch in ähnlicher Weise reagiert.

Nach Aarons Meinung haben der Wortlaut und die Begleitumstände der Breschnew-Rede die Vorschläge und Vorhaben Breschnews nicht gefördert. Aaron

20 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

21 Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot vermerkte am 15. Oktober 1979: „Am 15.10. suchte mich Professor Proektor, den ich seit vielen Jahren aus Moskau kenne, auf, um mir seine Besorgnisse über unsere Aufnahme der Breschnew-Vorschläge vom 6.10.79 zu übermitteln." Proektor sei der Fachmann für Sicherheitsfragen des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen in Moskau und nehme regelmäßig an Gesprächen im Haus Rissen teil: „Proektor bezeichnete es als Ziel der sowjetischen einseitigen Maßnahmen (Abzug von Mannschaften und Panzern), die Richtung zu markieren, in der sich die sowjetische Politik die weitere Entwicklung vorstellt. Proektor wies darauf hin, daß die Entscheidung darüber der sowjetischen Führung nicht leichtgefallen sei, und ließ durchblicken, daß sie bei sowjetischen Militärs auf Schwierigkeiten gestoßen sei. Er vertrat die Auffassung, daß es angesichts dieser Schwierigkeiten für die sowjetische Führung sehr mißlich sein würde, wenn der einseitige Abzug gewissermaßen verpuffe und sich als politisch vergeblich herausstellen würde. Eine solche Wirkung müßte diejenigen ermutigen, die ohnehin eine derartige Reaktion vorausgesagt hätten." Vgl. Referat 201, Bd. 120235.

hat den breiten Konsens des Bündnisses in dieser Frage hervorgehoben. Er meint indes, daß für die Zeit nach der LRTNF-Entscheidung die Situation für das Bündnis infolge fortlaufender sowjetischer Einflußnahme schwierig bleiben werde.

VI. Datenpräsentation

Zum Problem der Datenpräsentation im LRTNF-Bereich führte D2 aus, daß – um unsere Position illustrativ darzustellen und in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen – gleichlautende und in sich schlüssige Zahlen verwendet werden müßten. Wir könnten nicht den Eindruck vermitteln, daß wir erst am Anfang unserer Überlegungen stünden. Besondere Probleme ergäben sich, wenn man bereits veröffentlichte Zahlen zurücknehmen müsse. Wichtig sei daher die Kohärenz der Datenpräsentation.

McGiffert meinte, daß das Problem nicht so sehr bei der Zahlenbeschaffung, sondern in der Bereitstellung nicht klassifizierter Daten liege. Jedenfalls seien die von den USA zur Verfügung gestellten und zur Verwendung in der Öffentlichkeit gedachten LRTNF-Daten an der Grenze der Geheimhaltung angesiedelt.[22]

[Ruth][23]

VS-Bd. 11401 (220)

[22] Referat 105 legte am 16. Oktober 1979 eine Übersetzung des amerikanischen Papiers „Modernization and Arms Control for Long-Range Theater Nuclear Forces" („US Rationale Paper") vor. Darin hieß es in Anhang A „Tendenzen bei den Nuklearkräften der Sowjetunion und der NATO" unter anderem: „Unsere Absicht bei der Vorlage dieser Datenbasis ist lediglich, eine Übersicht über die gegenwärtigen und geplanten landgestützten LRTNF der Sowjetunion und der NATO im europäischen Operationsgebiet zu geben, so daß allgemeine Wertungen bezüglich LRTNF-Modernisierung und Rüstungskontrolle vorgenommen werden können. Die Vorlage dieser Datenbasis soll nicht die Vorstellung erwecken, daß die NATO ihre Kräfte bis auf das sowjetische Niveau aufstocken müsse oder daß ein getrenntes europäisches LRTNF-Gleichgewicht auf der Grundlage des paarweisen Systemausgleichs erforderlich sei. [...] Seit der Dislozierung von amerikanischen F-111 im Vereinigten Königreich im Jahre 1970 hat die NATO keine neuen landgestützten operationsgebietsgebundenen Nuklearsysteme großer Reichweite eingeführt (allerdings wurde die Zahl der F-111 im Jahre 1977 erhöht). Wenn sich das Bündnis nicht zu einer Modernisierung entschließt, werden sich die LRTNF der NATO in den achtziger Jahren kaum von unseren heutigen Streitkräften unterscheiden. Die fortwährenden sowjetischen Dislozierungen von SS-20 und ‚Backfire'-Bombern werden jedoch die Überlebensfähigkeit von Teilen der NATO-LRTNF weiter verringern." Vgl. Referat 210, Bd. 120235.

[23] Verfasser laut Begleitvermerk. Vgl. Anm. 1.

307

Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-3564/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4110
Cito

Aufgabe: 24. Oktober 1979, 18.28 Uhr[1]
Ankunft: 25. Oktober 1979, 05.37 Uhr

Betr.: Gespräch mit Samjatin über SALT II und TNF-Modernisierung

Bezug: DB Nr. 4073 vom 23.10.1979 – Pol 370.32[2]

Zur Information

I. In einem Gespräch mit dem Leiter der ZK-Informationsabteilung, Samjatin, aus anderem Anlaß (Reise der Bundestagsdelegation in die SU[3]) stellte ich die Frage nach seiner Beurteilung der SALT-II-Ratifizierungsdebatte in den USA.[4] Samjatin hat darauf spontan so offen und ausführlich geantwortet, daß ich den Eindruck hatte, er habe auf diese Gelegenheit einer Darlegung der sowjetischen Position geradezu gewartet. Von sich aus und ohne eine weitere Frage meinerseits abzuwarten, nahm er außerdem mit gleicher Ausführlichkeit und großem Engagement zur TNF-Modernisierung Stellung. Abgesehen von Samjatins Kompetenz in diesen Fragen haben seine Äußerungen auch deshalb Gewicht, weil er im Gegensatz zu Falin und Sagladin bisher noch nicht öffentlich in die Debatte auf sowjetischer Seite eingegriffen hat. Er führte das ganze Gespräch (eine Stunde) sachlich und unpolemisch.

Die Ausführungen Samjatins fasse ich wie folgt zusammen:

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 29. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk und Legationsrat I. Klasse Gruber am 30. Oktober 1979 vorgelegen.

2 Botschafter Wieck, Moskau, berichtete: „Unter den zahllosen Berichten und Kommentaren, die sowjetische Medien weiterhin der internationalen Reaktion auf die Vorschläge Breschnews widmen, verdient besondere Aufmerksamkeit ein Beitrag des politischen Beobachters der Iswestija, Bowin, am 19.10.1979. Bowin analysiert insbesondere die Haltung der USA und der Bundesrepublik Deutschland. [...] Zur Reaktion der Bundesrepublik Deutschland äußert sich Bowin sehr viel positiver: Hier gebe es mehr Nuancen und größere Besorgnis über die Folgen der bevorstehenden Entscheidung, vor allem aber keine Begeisterung über die Rolle, die der Bundesrepublik zugedacht sei. [...] Dem Artikel Bowins messe ich insofern besondere Bedeutung bei, als er von einem Experten mit ausgezeichneten Kontakten zur Führung für einen aufmerksamen und kenntnisreichen Leserkreis geschrieben ist. Noch ist keine wirklich positive Reaktion auf unseren rüstungskontrollpolitischen Doppelansatz zu erkennen, immerhin wird er hier jedoch nicht mit dem Argument abgetan, die SU werde nicht ‚unter Druck' verhandeln." Vgl. Referat 220, Bd. 116881.

3 In der Presse wurde berichtet: „Bundestagspräsident Richard Stücklen, die Fraktionsvorsitzenden der vier im Bundestag vertretenen Parteien CDU, CSU, SPD und FDP, Helmut Kohl, Friedrich Zimmermann, Herbert Wehner und Wolfgang Mischnick, haben es abgelehnt, vom 17. bis 22. Dezember nach Moskau zu fahren. Diese Reise in die Sowjetunion war ursprünglich im Einvernehmen mit dem Obersten Sowjet auf den 19. bis 24. November terminiert worden. [...] Zur Begründung der Terminverschiebung ließ Moskau durchblicken, daß man die Herren gerne in Bonn anwesend hätte, wenn gleichzeitig der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko vom 21. bis 24. November die Bundesrepublik besucht und nach Gesprächspartnern Ausschau halten könnte. Die Delegationsteilnehmer berufen sich auf schon eine im September mit Moskau getroffene Absprache." Vgl. den Artikel „Politiker lehnen Verschiebung der Moskau-Reise ab"; DIE WELT vom 9. November 1979, S. 5.

4 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 274, Anm. 10.

1) Stand der SALT-II-Ratifizierung

SU beobachtet die Debatte in den USA mit Geduld. Dort ist es Mode geworden, auf allen Ebenen im Zusammenhang mit SALT II verschiedene Forderungen an die SU zu stellen, nachdem der Vertrag unterzeichnet worden ist. Während SU nur die Ratifizierung des existierenden und in sich ausgewogenen Vertrags erwartet, werden in den USA einseitige Interpretationen verlangt, die eine Änderung des Vereinbarten bedeuten. Schließlich habe man sieben Jahre gearbeitet und sei dabei davon ausgegangen, daß keine Seite die andere „hereinlegen" will. Was immer die Senatoren sagen mögen, für die SU ist allein der unterschriebene Text obligatorisch. Es ist eine falsche Vorstellung von der sowjetischen Position, wenn amerikanische Staatsmänner meinen, die SU sei an der Ratifizierung so interessiert, daß sie auch Vertragskorrekturen hinnehmen würde. Im Senat sitzen mehr Juristen als Politiker. Jeder will sich eine Position verschaffen, die ihm die Wiederwahl sichert. Auch eine Nichtratifizierung ist möglich; dann jedoch wird es eine neue Runde des Wettrüstens geben. Dabei besteht der Nutzen von SALT gerade in der Begrenzung des strategischen Rüstungswettlaufs. Auch die SU wäre schließlich in der Lage, Forderungen nachzuschieben, hat dies jedoch nicht getan.

Eine weitere Tendenz in den USA geht dahin, bestimmten amerikanischen Kreisen für die Ratifizierung einen Preis zu bezahlen, womit wiederum militärische und politische Probleme aufgeworfen werden. Es gab Einverständnis darüber, daß die Ratifizierung selbständig vorgenommen und nicht mit anderen Fragen verknüpft wird. Heute dagegen kann man von den Amerikanern alles Mögliche erwarten. Carter hat damals sowjetische Seite davon überzeugt, daß die Ratifizierung nicht durch andere Probleme belastet werden dürfe. Doch während SU sich an diese Vereinbarung hielt, kam es in den USA zur Kuba-Diskussion.[5] Carter will seine Wahlkampagne in Florida starten. Deshalb wurden 2000 sowjetische Soldaten, die seit 17 Jahren dort sind, zur militärischen Bedrohung der USA. Dazu kamen andere „Provokationen": Erst erklärte Anderson, der ohnehin für CIA arbeitet, daß zehn kubanische MiG-23 mit Atomwaffen ausgerüstet seien. „Welch eine Dummheit." Dann setzten der Gouverneur von Florida[6] und Senator Church die Kampagne fort.[7] „Das ist alles Wahlkampagne." Es ist keine gute Position, einerseits für die Ratifizierung zu sein, andererseits diese aber selbst zu belasten. Die SU beobachtet diese Entwicklungen mit Geduld, aber für sie zählt nur die Unterschrift unter dem Vertrag.

5 Zur Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba vgl. Dok. 259, Dok. 277 und Dok. 295.

6 Daniel Robert Graham.

7 Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 6. September 1979: „Das Bekanntwerden der Anwesenheit sowjetischer Kampftruppen von 2000 bis 3000 Mann in Kuba hat ein neues Element in die SALT-Debatte getragen. [...] Am deutlichsten hat sich der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Senator Church, ausgedrückt. Er halte eine Ratifizierung für unwahrscheinlich, solange die sowjetischen Einheiten in Kuba stationiert blieben. Andere Senatoren, besonders Javits, haben zurückhaltender Stellung genommen. Daß Church eine Maximalposition formuliert hat, wird u. a. damit begründet, daß er sich in seinem konservativen Heimatstaat Idaho erheblichen Schwierigkeiten für seine Wiederwahl gegenübersieht. Das Vorgehen von Church könnte aber den Effekt haben, daß sich andere Senatoren die von ihm hergestellte ‚linkage' zwischen SALT-Ratifizierung und sowjetischer Truppenpräsenz in Kuba zu eigen machen. Allgemein wird man bereits jetzt sagen können, daß der Vorgang den SALT-Gegnern starke Munition an die Hand gegeben hat und daß sich Moskau zu mehr als verbalen Gesten bereit finden muß." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3163; Referat 220, Bd. 116909.

2) TNF-Modernisierung

Es ist nicht richtig, die Modernisierungspläne als „Verletzung" von SALT II zu sehen, da es sich bei den Mittelstreckenwaffen um taktische Waffen handelt.[8] Die Tatsache jedoch, daß die USA zu diesem politischen Zeitpunkt, da man über Beschränkung der Rüstung spricht, auf Westeuropa und die Bundesrepublik Deutschland Druck ausübt, um dort 578 Raketen mit einer Reichweite bis zu 2500 km zu stationieren, bedeutet für die SU, daß diese an sich taktischen Raketen für sie strategische Waffen sind. Praktisch werden die von SALT II abgedeckten Raketen der USA jetzt durch diese Raketen ersetzt, da sie gleiche Ziele in der SU haben, nämlich die Gebiete bis zum Ural, zur Wolga und südlicher. Was immer die dagegen vorgebrachten Argumente sein mögen, die Wahl des politischen Zeitpunkts für diesen Schritt „wirft uns um Jahre zurück im Prozeß der militärischen Entspannung". Die SU wird die Dislozierung so vieler Raketen selbstverständlich mit entsprechenden Maßnahmen beantworten.

Es ist eine „idiotische" Behauptung von Brzezinski, die SU erpresse Europa. Dies zeugt von Kurzsichtigkeit, von Haß gegen den Sozialismus und von dem Willen, sich um jeden Preis durchzusetzen. Die Situation Carters ist vergleichbar der des Fahrers eines Wagens, dem seine Mitfahrer unentwegt einreden, mal links, mal rechts zu fahren. Heraus kommt ein Zickzackkurs.

Eine Antwort der SU auf die geplanten Raketen ist unvermeidlich, denn Cruise Missiles lassen sich nicht lokalisieren. Bei Abschuß von CM in den USA benötigt man acht Minuten für ihre Entdeckung. Ihre Dislozierung in Europa allerdings macht eine ganz neue sowjetische strategische Konzeption notwendig. Mangels Frühwarnsystem für eine Rakete, die schon nach zwei Minuten entdeckt werden muß, wird die SU sich gezwungen sehen, die Startplätze, also Europa, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, mit Feuer abzudecken.[9]

Für Europa wird hiermit nichts gewonnen. Breschnew hat deshalb vorgeschlagen, Europa nicht in ein Vorfeld des Nuklearkrieges zu verwandeln. Die US-Strategen dagegen wollen die ersten Atomschläge nach Europa verlegen. Der Schlagabtausch wird zwischen dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und der SU stattfinden, das Territorium der USA bleibt draußen.

Zum Argument der Notwendigkeit einer Antwort auf SS-20 und „Backfire" ist zu sagen, daß „Backfire" schon seit zwölf Jahren produziert wird und alle relevanten Daten einschließlich der Reichweite an die USA gegeben wurden. Jetzt erklärt Brzezinski nach dem Wiener Gipfel[10], „Backfire" stellte eine Bedrohung dar. „Backfire" ist ein altes Flugzeug und kein Äquivalent zu F-111. Auch SS-20 schafft keine neue Situation, sie ersetzt vielmehr Schritt für Schritt die älteren Raketen, deren Reichweite „bisher" der der SS-20 gleich ist. Die Modernisierungspläne der USA sind es, die eine neue Situation schaffen und die die Sicherheit der UdSSR unmittelbar berühren.

8 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

9 Der Passus „wird die SU ... abzudecken" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Präventivschlag?"

10 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

In diesem Zusammenhang ist die Studie des IISS London vom 1.9.79 interessant. Solche Studien sind „mehr oder weniger genau", berücksichtigen aber alle relevanten Daten. Danach ist das Kräfteverhältnis Ost–West in Europa nur 1,13:1 und sind die sowjetischen Raketen nicht auf Westeuropa gerichtet. Und dabei sind die 150 britischen strategischen Raketen nicht berücksichtigt, die auf die SU gerichtet sind, und nicht die 100 französischen strategischen Raketen[11], die „sicherlich nicht auf die USA zielen".

Die Erklärungen des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers hat man auf sowjetischer Seite aufmerksam gelesen und wird sie gebührend berücksichtigen.

II. In meiner Erwiderung dankte ich Samjatin für die Ausführlichkeit seiner Erläuterung der sowjetischen Position und die Möglichkeit eines sachlich ernsten Gedankenaustauschs. Da er selbst in seinen Ausführungen wiederholt betont habe, er kenne unsere Position und unsere Argumente, wolle ich mich auf einige wenige grundsätzliche Bemerkungen beschränken:

1) Der SALT-II-Vertrag wurde von der Bundesregierung als ein wesentlicher Schritt zur weiteren Entspannung begrüßt, seine Ratifizierung durch den Senat als dringende Voraussetzung für die Weiterführung des SALT-Prozesses bezeichnet. Dieser muß dazu führen, anschließend eine Balance auch im eurostrategischen Bereich zu ermöglichen, die jetzt nicht vorhanden ist. Es ist das Bemühen der Bundesregierung und aller Parteien der Bundesrepublik, zu einer solchen Balance zu kommen. Wir sehen viele Wege, die zu diesem Ziel führen, es gibt jedoch keine Gegensätze zwischen den europäischen Partnern der NATO und der Politik der amerikanischen Regierung. Ich riete dringend dazu, unseren Ansatz zur Herstellung einer eurostrategischen Balance so ernst zu nehmen, wie unsere europäischen Partner dies tun.

2) Ohne in Details der genannten IISS-Studie gehen zu wollen, lege ich Wert auf die Feststellung, daß IISS in zwei Punkten nicht richtig gerechnet hat.

Zum einen seien 400 US-„Poseidon"-Raketen eingerechnet worden, die schon im SALT-II-Kontext verrechnet sind. Zum anderen habe IISS auf westlicher Seite alle Raketen von über 100 km Reichweite zusammengerechnet, wodurch sich ein westliches Potential ergibt, das tatsächlich aber gar nicht auf das sowjetische Territorium gerichtet ist – während alle sowjetischen Mittelstreckensysteme auf Westeuropa zielen. In Wirklichkeit ergibt sich ein Kräfteverhältnis zugunsten der SU von 2:1.

Samjatin meinte, er wolle sich hierzu in keine Diskussion einlassen, bemerkte aber, man dürfe auch die neuen acht Atom-U-Boote der USA im Mittelmeer nicht außer acht lassen und solle sich davor hüten, in den Kalkulationen nur Europa zu berücksichtigen. Unter dem Vorwand, Europa zu schützen, wollten die USA Waffen einführen, die für die SU strategische Waffen sind.

III. Bewertung des Gesprächs folgt gesondert.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10550 (201)

11 Der Passus „100 französischen strategischen Raketen" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann unterschlängelt.

308

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Hille

310-321.00 PAL-823/79 geheim **25. Oktober 1979**[1]

Betr.: Selbstmord des aus deutscher Haft abgeschobenen Palästinensers Mohammed Yussif am 19.10.1979 in Beirut[2];
hier: Vorsprache Leiter der Informationsstelle Palästina, Abdallah Frangieh

Am 25.10.1979 suchte mich Herr Frangieh auf seinen Wunsch auf. Ich erklärte ihm eingangs das Bedauern des AA über den Vorfall, drückte Beileid aus und erwähnte, daß AA Nachprüfung der erhobenen Vorwürfe durch deutsche Innenbehörden angeregt habe. Die Bundesregierung lege Wert darauf, daß die Beziehungen zur PLO durch den Vorfall nicht belastet würden. Frangieh machte sich darüber Notizen.

Anschließend legte mir Frangieh die Geschichte der Zusammenarbeit zwischen PLO und BKA dar[3], die mit dem Attentat auf das PLO-Mitglied Abu Hassan Salameh im Jahr 1979 in Beirut[4] begonnen habe, weil die verdächtigte Person, Erika Chambers, vorher verschiedene Wohnsitze in der Bundesrepublik Deutschland hatte. Vertreter des BKA hätten danach zweimal die PLO in Bei-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 25. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 26. Oktober 1979 vorgelegen.

2 Zur Verhaftung von elf Palästinensern wegen Sprengstoffbesitzes vgl. Dok. 125.
Ministerialdirigent Petersen vermerkte am 23. Oktober 1979: „Der Leiter des für den Libanon zuständigen Regionalbüros der PLO in Beirut, Shafiq al-Hout, unterrichtete am 20.10.1979 einen Angehörigen unserer Botschaft Beirut vom Selbstmord eines der beiden am 19.8.1979 aus der Bundesrepublik abgeschobenen Palästinenser, Mohammed Yussif. Dieser habe einen Brief an Abu Iyad (Mitbegründer der Al-Fatah und Geheimdienstchef der PLO) hinterlassen, demzufolge er während seiner Haft in bayerischen Gefängnissen von den Vernehmungsbeamten seelisch (‚Gehirnwäsche') und körperlich gefoltert worden sei. An der Folter hätten zwei Mitglieder des israelischen Geheimdienstes ‚Mossad' mitgewirkt. Er sei am 19.8.1979 nur unter der Bedingung freigelassen worden, daß er nach seiner Rückkehr in den Libanon Abu Iyad ermorde. Ihm sei mit Repressalien gegen seine in den israelisch besetzten Gebieten lebenden Familienangehörigen gedroht worden. [...] Das Bundeskriminalamt [...] hat zu den Vorwürfen über die Vernehmungsmethoden in der bayerischen Haftanstalt gegenüber Referat 118 folgende Andeutungen gemacht, um seinen Wunsch nach Abschwächung der Weisung des AA an Beirut zu begründen, in der ursprünglich alle ‚Anschuldigungen energisch zurückgewiesen' werden sollten. Ermittlungsbehörden in Bayern hätten bei der Vernehmung von Yussif BND hinzugezogen. BND habe Vertreter des israelischen Geheimdienstes Mossad unter dem Deckmantel von Dolmetschern am Ermittlungsverfahren beteiligt. Die Inhaftierten hätten die ‚Dolmetscher' jedoch enttarnt. Die Israelis hätten nach Aufenthaltsorten von PLO-Führern gefragt. Von den mit der Vernehmung von Yussif befaßten Behörden (Polizei, Staatsanwalt, BND) liegen dem AA noch keine Stellungnahmen vor." Vgl. VS-Bd. 11143 (310); B 150, Aktenkopien 1979.

3 Zu den Kontakten zwischen dem Bundeskriminalamt und der PLO vgl. Dok. 125, Anm. 10.

4 In der Presse wurde berichtet: „Bei einem Bombenanschlag ist gestern in Beirut der Sicherheitsbeauftragte von PLO-Chef Arafat, Ali Salameh alias Abu Hassan, getötet worden. Mit ihm starben vier Leibwächter und sechs Passanten, als durch Fernzündung Sprengstoff in einem abgestellten Wagen explodierte. Salameh (36) gilt in Israel als Kopf jener Palästinenser-Bande, die bei den Olympischen Spielen in München 1972 elf Israelis ermordete. Die PLO beschuldigte den israelischen Geheimdienst der Morde. Wegen seines eleganten Aussehens wurde Salameh in Beirut Arafats ‚Playboy-Polizist' genannt." Vgl. den Artikel „Arafat-Berater ermordet. PLO beschuldigt Israel"; DIE WELT vom 23. Januar 1979, S. 7.

rut besucht und Verständnis für ihr Anliegen der Terrorismusbekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland gefunden. Dessen ungeachtet hätten von der Linie der Führung abweichende Gruppen der PLO das Attentat auf Abu Hassan Salameh mit seinen in die Bundesrepublik Deutschland führenden Spuren zum Anlaß genommen, um auch ihrerseits vom deutschen Territorium aus den Krieg gegen Israel fortzuführen. Daher die Fälle von Sprengstoffschmuggel.

Aus der Zusammenarbeit mit dem BKA habe sich ein gutes Verhältnis entwikkelt. Die Folge sei gewesen, daß der Sicherheitschef der PLO, Abu Houl, beispielsweise sechs Mitglieder einer Fatah-Splittergruppe eingesperrt habe, die für die Sprengstoffattentate auf das Gebäude der Deutschen Botschaft in Beirut und auf das Lufthansa-Büro Anfang September 1979[5] verantwortlich sei. Durch Vermittlung von Herrn Beintmann und dem ehemaligen libyschen Innenminister Belgassem sei dann vor einer Woche der Besuch von Abu Houl im BKA zustande gekommen. Während dieses Besuchs sei die Nachricht von dem Selbstmord Mohamed Yussifs eingetroffen.

Frangieh schilderte sodann, wie Abu Iyad, der Chef von Fatah, ihm telefonisch aus Beirut diese Angelegenheit dargestellt habe. Die Darstellung entspricht im großen und ganzen unserem Erkenntnisstand. Wesentliche Punkte sind, daß Mohamed Yussif auch von einem Israeli vernommen wurde, der im Besitz von Fotos seiner Familie war. Er habe ihn durch Tabletten gefügig gemacht und verlangt, daß er Abu Iyad ermorden solle. Nach seiner Abschiebung habe er Abu Iyad unterrichtet, der den Mordauftrag aber nicht ernstgenommen habe. Darauf habe Yussif seinen Abschiedsbrief geschrieben und sich das Leben genommen. Die Autopsie der Leiche in der amerikanischen Universität Beirut habe die behauptete medikamentöse Behandlung bestätigt.

[5] In der Presse wurde berichtet, am 17. August 1979 sei ein Sprengstoffanschlag auf die Botschaft in Beirut verübt worden. Vgl. dazu die Kurzmeldung; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 20. August 1979, S. 4.
Ferner wurde berichtet, am 24. August 1979 sei auf die Botschaft in Beirut ein zweiter Sprengstoffanschlag verübt worden. Vgl. dazu den Artikel „Anschlag auf die deutsche Botschaft in Beirut"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. August 1979, S. 3.
Botschafter Schmidt-Dornedden, Beirut, teilte am 3. September 1979 mit, ein Angehöriger der Botschaft sei am 1. September mit dem Mitglied der PLO, el-Hindi, zusammengetroffen: „Amin el-Hindi legte Wert auf Feststellung, daß Fatah-Sicherheitsdienst über keinerlei Hinweise verfüge, daß Sprengstoffanschläge auf Botschaft und Lufthansa-Büro von Leuten verübt wurden, die in Deutschland einsitzende Gefangene freipressen wollten. Obwohl er daher Botschaft von dieser Seite nicht für gefährdet halte, werde er am 2.9. Abu al-Houl detailliert unterrichten und um schnelle Klärung bemüht sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 450; VS-Bd. 11146 (310); B 150, Aktenkopien 1979.
Anläßlich eines Sprengstoffanschlags auf das Büro der Lufthansa in Beirut am 4. September 1979 wurde in der Presse berichtet: „Die deutsche Botschaft in Beirut hat sich über mangelnde Sicherheitsvorkehrungen der libanesischen Behörden beklagt und besseren Schutz für deutsche Institutionen gefordert. Anlaß war am Dienstag ein neuer Bombenanschlag auf das Lufthansa-Büro in Beirut, wo schon in der vorigen Woche eine Bombe explodiert war. Beide Attentate richteten Sachschaden an. [...] Die Beiruter Zeitung ‚Al Nahar' meldete, eine ‚Organisation der rächenden palästinensischen Jugend' habe sich zu den Anschlägen bekannt." Vgl. den Artikel „Bonner Botschaft klagt über mangelnden Schutz in Beirut"; DIE WELT vom 5. September 1979, S. 7.
Botschafter Schmidt-Dornedden, Beirut, informierte am 4. September 1979: „Leiter hiesigen Lufthansa-Büros äußerte heute die von zahlreichen anderen Beobachtern geteilte Meinung, von der Interessenlage her erscheine ihm israelische Urheberschaft der Anschläge [...] am wahrscheinlichsten. Durch Lenkung Verdacht auf palästinensische Gruppen solle zarte Pflanze europäisch-palästinensischer Annäherung zum Absterben gebracht werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 465; VS-Bd. 11146 (310); B 150, Aktenkopien 1979.

Ein Mitarbeiter von Abu Houl habe den Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland dazu benutzt, um einen anderen in München inhaftierten Palästinenser namens Sejaan zu besuchen; auch dieser habe gesagt, daß er von einem Israeli verhört worden sei (erkannt wegen Benutzung israelischer Zigarettenpackung).

Diese Angelegenheit habe bei den Palästinensern eine „ungeheure" Wirkung gehabt. Man müsse bedenken, daß der Beschluß zur Zusammenarbeit mit dem BKA im ZK der PLO gefaßt worden sei. Aufgrund dieser Zusammenarbeit habe man auch die Deutsche Botschaft in Beirut geschützt. Diesem guten Willen sei durch das Vorkommnis ein Schlag ins Gesicht versetzt worden. Es sei unvorstellbar, daß die Bundesregierung nichts davon gewußt habe, daß dem israelischen Geheimdienst Gelegenheit gegeben wurde, auf deutschem Territorium palästinensische Häftlinge zu verhören und zu erpressen. Die interne Position der ZK-Mitglieder Arafat, Abu Iyad und Abu Houl und auch Frangiehs sei durch diese Angelegenheit schwerwiegend tangiert.

Er selbst, Frangieh, meine, daß die Israelis den guten Willen der Deutschen mißbraucht hätten. BKA-Präsident Herold habe bestätigt, daß bei Sejaan und den anderen Häftlingen einmal israelische Befrager zugelassen wurden. Er habe Abu Houl zugesagt, daß Israelis künftig an Verhören nicht mehr beteiligt werden. Abu Iyad habe Frangieh am Telefon gesagt, die Erregung an der Basis sei enorm. Er könne die Leute nicht mehr zügeln, er befürchte Aktionen gegen die Deutschen. Frangieh habe ihn gebeten, die Rückkehr von Abu Houl abzuwarten, der am heutigen Tage wieder in Beirut eintreffe.

Abu Iyad habe Frangieh gebeten, mich zu unterrichten und um Unterstützung zu bitten, damit die gegenwärtige Erregung schnell beigelegt werden könne. Dies könne durch umgehende Abschiebung der verbliebenen neun Häftlinge geschehen.[6] Auf meinen Einwand, daß nach meiner Kenntnis einige der in Berlin Angeschuldigten nicht abgeschoben werden könnten, behauptete Frangieh, einer sei mit einer Deutschen verheiratet, ein anderer lebe seit über 20 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland; bei beiden sei Abschiebung nicht möglich, ihr Verfahren könne aber abgetrennt werden.

Abschließend sagte ich Frangieh zu, ihn umgehend zu unterrichten, sowie ich ihm etwas über die Ergebnisse der innerdeutschen Prüfung mitteilen könne. Frangieh sagte, er beabsichtige, ungefähr am 5.11.1979 nach Beirut zu reisen, und hoffe, dann in der Lage zu sein, der PLO-Führung Mitteilung zu überbringen, durch die sich die eingetretene Erregung besänftigen lasse.

6 Das Bundeskriminalamt teilte am 14. November 1979 mit: „1) Die am 9.11.79 durchgeführte Abschiebung der vom LG Passau zu Freiheitsstrafen verurteilten Palästinenser Salim Sejaan und Mohammed Hamade hat nach hiesiger Einschätzung zu einer Gefahrenminderung für deutsche Einrichtungen in Beirut geführt. In diesem Zusammenhang liegen derzeit keine konkreten Anhaltspunkte vor, die eine Wiederaufnahme von Aktionen gegen deutsche Personen und Institutionen in Beirut indizieren. 2) Weder die allgemeinen Hinweise auf möglicherweise von Angehörigen der PFLP in Europa geplante Anschläge noch die Festnahme von drei mutmaßlichen Angehörigen der PFLP am 13.11.79 in West-Berlin lassen derzeit negative Auswirkungen auf deutsche Interessen im Libanon befürchten. 3) Die vorstehende Wertung muß allerdings unter dem Aspekt der allgemein labilen Sicherheitslage in Beirut gesehen werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5412; Referat 310, Bd. 119891.

Frangieh machte keine Andeutungen, die darauf schließen ließen, daß die PLO auf eine Anhebung der Gesprächsebene oder eine Formalisierung der Kontakte abzielt.

Hille

VS-Bd. 14081 (010)

309

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow

105-54.A/79 VS-vertraulich **26. Oktober 1979**[1]

Aufzeichnung des Gesprächs des Herrn Bundesaußenministers mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 26. Oktober 1979; anwesend waren: von sowjetischer Seite Herr Kurpakow als Dolmetscher, von deutscher Seite der Unterzeichnende[2].

Der Herr *Bundesminister* begrüßte Botschafter Semjonow und stellte fest, daß er froh sei, daß Semjonow wieder im Lande sei und alles gut überstanden habe.[3] In den letzten Wochen und Monaten habe man sich um verschiedene Personen gesorgt, auch um den Generalsekretär, und man freue sich, daß dieser kürzlich beim Empfang eines ausländischen Gastes wieder öffentlich aufgetreten sei.[4] Was den verehrten Kollegen Gromyko betreffe, so habe er ihn in einem ausgezeichneten Zustand, jung und aktiv wie immer, kürzlich in New York gesehen.[5] Bundesminister fragte, wie es dem Generalsekretär gehe.

Semjonow: Er habe vor allem Urlaub gemacht, in den letzten drei Jahren habe er keinen Urlaub genommen.

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Hartmann gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 9. November 1979 zusammen mit der Gesprächsaufzeichnung über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 6. November 1979 „der Vollständigkeit halber [...] noch einmal" an den Verwaltungsangestellten Bruns, Bundeskanzleramt, übermittelt. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14078 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

[2] Hanns Eggert Hartmann.

[3] Am 18. Oktober 1979 vermerkte Vortrtagender Legationsrat Heyken: „Botschafter Semjonow wurde am 9. oder 10.7.79 wegen einer Herzattacke in ein Bonner Krankenhaus eingeliefert. [...] Semjonow reiste am 30.7.79 in die SU. Er war längere Zeit in Heilbehandlungen und befand sich anschließend zur Rekonvaleszenz in einem Sanatorium. Er kehrte am 17.10.79 nach Bonn zurück." Vgl. Referat 213, Bd. 133195.

[4] Am 24. Oktober 1979 empfing der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Volksrates der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen), Fattah Ismail, am Moskauer Flughafen Wnukowo. Vgl. dazu den Artikel „Treffen Breschnews mit Gast aus der VDR Jemen"; NEUES DEUTSCHLAND vom 25. Oktober 1979, S. 5.

[5] Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. September 1979 im New York vgl. Dok. 281.

Bundesminister wiederholte seine Frage nach der Gesundheit des Generalsekretärs.

Semjonow: Es gehe ihm gut, er solle sich aber ab und zu schonen, um Überlastungen zu vermeiden. Er habe ständig viele Probleme zu bearbeiten, es sei nicht so, wie es in den Zeitungen stünde. Die Arbeit gehe ständig weiter.

Bundesminister: Die Probleme würden nicht weniger.

Semjonow: Alle Probleme landeten beim Generalsekretär auf dem Tisch. Für ihn sei auch das Wort Urlaub nur ein bedingter Begriff.

Bundesminister: Leider sei dies in der Politik so. Andere könnten in ihrem Urlaub völlig abschalten. Verantwortliche Personen könnten ihren Pflichten nicht entrinnen.

Semjonow: Dies sei sogar bei der Jagd so. Man schieße Enten und rede dabei über Politik.

Er sei froh, daß Bundesminister Zeit gefunden habe, ihn zu einem Gespräch zu empfangen, er möchte einige wichtige Fragen besprechen.

Auf Frage von Semjonow nach möglicher Dauer des Gesprächs erwiderte *Bundesminister*, daß er zeitlich nicht begrenzt sei und daß das heutige Treffen die frühere Verabredung zu einem gemeinsamen Essen nicht erledige.

Semjonow: Dies sei sehr wichtig für ihn, weil es immer etwas gebe, was zu besprechen sei.

Er wolle als erstes einen Gruß von Außenminister Gromyko übermitteln. Dieser messe seinem bevorstehenden Besuch in der BRD große Bedeutung bei.[6] Er wolle diesen Besuch im Lichte der weiteren Entwicklung und Festigung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf der Grundlage des Moskauer Vertrages[7] und in Übereinstimmung mit den prinzipiellen Vereinbarungen sehen, die zwischen dem Generalsekretär und Bundeskanzler Schmidt, insbesondere im Mai 1978[8] getroffen worden seien. Er (Semjonow) habe vor seiner Rückkehr aus dem Urlaub in Moskau zahlreiche Begegnungen mit führenden Vertretern der Sowjetunion gehabt. Man habe über die Frage des Verhältnisses der Sowjetunion zur BRD gesprochen, natürlich habe man in kurzen Gesprächen nicht alle Probleme diskutieren können.

In Moskau erwarte man mit aller Ernsthaftigkeit, daß die bevorstehenden Gespräche mit Gromyko fruchtbar sein und der Festigung des gegenseitigen Verständnisses und der Entwicklung der Zusammenarbeit dienen würden. In New York habe Gromyko einige grundlegende Überlegungen zu den bilateralen Beziehungen zum Ausdruck gebracht, und er (Semjonow) wolle dies hier nicht wiederholen.

6 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher mit Gromyko am 21., 22. und 23. November 1979 vgl. Dok. 341–344.

7 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

8 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Breschnew vgl. AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.
Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anläßlich von Breschnews Besuchs in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f.

Bundesminister werde verstehen, daß die Rede Breschnews vom 6.10.[9] die abgewogene und konstruktive Politik der Sowjetunion darlege. Die Sowjetunion werde die Reaktionen im Westen, insbesondere von seiten der BRD, bei der weiteren Festlegung des sowjetischen Kurses berücksichtigen. In Moskau werde der Besuch von Gromyko vorbereitet, gleiches geschehe auch auf westdeutscher Seite. Am Beginn der kommenden Woche würden in Moskau Konsultationen mit Herrn Blech stattfinden[10], wie dies zwischen Bundesminister und Gromyko vereinbart worden sei, diese Konsultationen hätten die Vorbereitung des Gromyko-Besuches als wichtigstes Ziel. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Konsultationen würde dann die Vorbereitung des Besuches in Moskau und Bonn fortgesetzt werden. Wenn Bundesminister ihm etwas Besonderes für Moskau mitgeben wolle, so sei er zur Weiterleitung gern bereit. (Anmerkung: Die folgende längere Ausführung von Semjonow bis zur nächsten Erwiderung des Bundesministers erfolgte bis auf kleine Abschweifungen anhand eines vorbereiteten Papiers.)

Während seiner verschiedenen Treffen in Moskau habe die Frage der Stationierung von neuen Typen amerikanischer Nuklearraketen im Mittelpunkt gestanden. Bundesminister habe sowjetische Sorge bereits in New York erkennen können. Die militärischen und militärpolitischen Aspekte seien auch in einem kürzlich in der „Prawda" veröffentlichten Artikel von dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Verteidigungsminister der UdSSR, Ustinow, offen dargelegt worden.[11]

9 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

10 Am 29./30. Oktober 1979 fanden in Moskau Gespräche des Ministerialdirektors Blech mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, und dem Ersten Stellvertretenden Außenminister Kornienko statt. In Vorbereitung des Besuchs des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik wurde u.a. über den Abschluß eines wissenschaftlich-technischen Abkommens und eines Doppelbesteuerungsabkommens, über Fragen der Rechtshilfe, des Kulturaustauschs und der Familienzusammenführung, über Berlin sowie die TNF-Modernisierung der NATO gesprochen. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 4160 vom 29. Oktober, Nr. 4175 und Nr. 4189 vom 30. Oktober sowie Nr. 4194 und Nr. 4195 vom 31. Oktober 1979 von Blech, z.Z. Moskau; Referat 213, Bd. 133137. Vgl. dazu ferner Dok. 281, Anm. 23.

11 Vgl. dazu den Artikel „Voennaja razrjadka – velenie vremeni"; PRAVDA vom 25. Oktober 1979, S. 4f. In der deutschsprachigen Presse wurde berichtet: „In ungewöhnlich scharfer Form hat die Sowjetunion ein weiteres Mal in die Diskussion über die Modernisierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa eingegriffen. Für den Fall, daß die neuen Lenkwaffen von den NATO-Partnern eingeführt werden sollten, drohte Verteidigungsminister Ustinow im Parteiorgan ‚Prawda' mit einer ‚festen und überzeugenden Antwort' des Ostblocks, die die Gefahr für Westeuropa erhöhen werde. Aus ihm unverständlichen Gründen würden die Ost-Berliner Abrüstungsvorschläge des Staats- und Parteichefs Breschnew vom Westen in ihrer Bedeutung herabgespielt. In einer ersten offiziellen Erläuterung des von Breschnew angebotenen einseitigen Truppenabzugs kündigte Ustinow an, in den kommenden zwölf Monaten würden bis zu 20000 Soldaten, 1000 Panzer und anderes Militärgerät aus der DDR auf sowjetischen Boden zurückgezogen. Er reagierte damit offenbar auf die Besorgnis westlicher Experten, daß die betreffenden Einheiten lediglich nach Polen oder in die Tschechoslowakei verlegt werden könnten, um sie möglichst nahe an den Westgrenzen zu belassen. [...] Die Bundesrepublik hat in der sowjetischen Argumentation gegen die Mittelstreckenraketen einen besonderen Platz. An ihre Adresse ist vor allem die ständige sowjetische Warnung gerichtet, daß die Stationierung neuer amerikanischer Raketen auf ihrem Boden zu sowjetischen Gegenmaßnahmen führen müsse, deren Ziel natürlich die Bundesrepublik sein würde." Vgl. den Artikel „Ustinow warnt vor Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Oktober 1979, S. 1f.

Offensichtlich werde diese Frage im Sinne der großen Politik zu einer Art Prüfstein des sowjetischen Verhältnisses zur BRD. Er wolle vor emotionalen Wertungen und Gefühlen warnen. Die sowjetische Seite lege, wie dies im Verhältnis zwischen zwei so bedeutenden Staaten üblich sei, offen dar, wie sie die Entwicklung der internationalen Lage sehe. An dem gegenwärtigen Scheidewege könnten sich, wie dies auch in der Rede vom 6.10. ausgeführt worden sei, die Folgen kraft objektiver Gründe in geometrischer Progression entwickeln. Die aktive Position der Sowjetunion in der Sache der Verteidigung der Interessen des Friedens und der Abrüstung erkläre sich durch das klare Verständnis der sowjetischen Führung dessen, was heute ein Krieg bedeuten könne. Die Rede und die weitgehenden Vorschläge des Generalsekretärs vom 6.10. seien vom Wunsch nach Festigung des Friedens diktiert, und man werde nicht zulassen, daß die Welt in eine neue Spirale des Wettrüstens von vernichtenden Waffen hineingezogen werde.

Es gebe Zeitungen, die in der letzten Zeit viel von einer Bedrohung durch die sowjetische Seite schrieben. Er als Philosoph und Diplomat verstehe dies nur als eine Verdrehung der Begriffe. Die sowjetische Seite spreche die Wahrheit. Ihre Vorschläge seien ernst. Leider verstehe man dies im Westen nicht oder habe es nicht verstanden. Es gäbe auch Stimmen, die behaupteten, die sowjetische Seite wolle die Regierungskoalition vor den bevorstehenden Wahlen[12] beeinflussen. Dies sei nicht richtig, weil es hier um Beschlüsse für die nächsten Jahrzehnte ginge, und Wahlen werde es immer wieder geben. Es gehe hier um eine auf lange Frist angelegte Entscheidung. Die passionierten Befürworter einer schnellen Umwandlung Westeuropas in einen Startplatz für Nuklearraketen redeten gekränkt von angeblichen sowjetischen Plänen zur Spaltung der NATO. So werde der Sinn der sowjetischen Vorschläge entstellt, vertuscht oder verschwiegen. Übrigens schade sich derjenige, der so handele, selbst und seinem Lande.

Die sowjetische Seite mache ernsthafte Vorschläge, sie wolle ernsthafte Verhandlungen, dies habe Gromyko bereits in New York ausgesprochen. Es sei eine höchst verantwortungsvolle Etappe in der Entwicklung der Lage in Europa und in der Welt angebrochen. Heute, da die NATO, die USA und die BRD vor einer Entscheidung stehen, von der für die nächsten Jahrzehnte vieles abhängen werde, sei Mut vonnöten, um die Fakten so zu sehen, wie sie seien. Die sowjetische Seite denke nicht daran, jemanden irrezuführen, sondern sie fühle sich hier verpflichtet. Sie wolle vor allem niemanden einschüchtern, sondern sie wünsche nicht, daß irgendjemand andere irreführe. Die Realisierung der Pläne zur Stationierung neuer amerikanischer Nuklearraketen würde, wie der Generalsekretär betont habe, die strategische Lage auf dem Kontinent wesentlich ändern. Der Versuch, die Sowjetunion mit den neuen amerikanischen Raketen erreichbar zu machen, könne nicht anders verstanden werden als eine Absicht, das bestehende strategische Gleichgewicht zu brechen und der NATO in der Mitte der 80er Jahre eine Überlegenheit zu sichern.

12 Am 5. Oktober 1980 fanden Wahlen zum Bundestag statt. Darüber hinaus fanden am 16. März 1980 Wahlen zum baden-württembergischen Landtag, am 27. April zum saarländischen und am 11. Mai 1980 zum nordrhein-westfälischen Landtag statt.

Natürlich werde es in diesem Fall für die sowjetische Seite keinen anderen Ausweg als den einer überzeugenden, festen und unverzüglichen Antwort geben. Er versichere Bundesminister, daß dies kein leerer Satz sei. Er wisse um die Bedeutung dieser Angelegenheit und habe sie mit beschlagenen Leuten besprochen. Die Bundesrepublik und die anderen westeuropäischen Länder würden sich nach ihrem Einverständnis zur Stationierung der neuen Mittelstrekkenraketen in die Zielscheibe Nr. 1 verwandeln. Dies gelte insbesondere im Hinblick auf die Flugzeit von Raketen und die komplizierte Vorwarnzeit.

Vielleicht gefalle es den Amerikanern, ihre Raketen bei anderen zu stationieren, um so einen nuklearen Gegenschlag von den USA abzulenken. Es sei jedoch nicht verständlich, warum das denen gefalle, die diesem Schlag ausgesetzt sein würden. Oder vielleicht träume jemand davon, mit einer derartigen Kombination an den zweiten Schlüssel zu den amerikanischen Kernwaffen zu kommen. Hier sei wieder die historische Verantwortung der Politiker auf die Probe gestellt, die das Schicksal in Westeuropa bestimmten.

Er sei kürzlich in Aachen gewesen und habe dort einen großen Kronleuchter aus der Zeit Barbarossas gesehen, und Barbarossa[13] sei in der Geschichte so „reingefallen" wie eine Fliege in die Milch.

Er wolle mit aller Bestimmtheit sagen, daß sich ein 22. Juni 1941 nicht wiederholen werde, in keiner Form und niemals. Raum und Zeit seien Formen der Existenz der Materie. Es habe Leute gegeben, die gern mit militärischen Abenteuern gegen sein Land gespielt hätten, indem sie diese Formen der Existenz der Materie ignoriert hätten. Diejenigen, die in militärischen Abenteuern das Glück gesucht hätten, hätten wenig Ruhm und Ehre geerntet. Es sei leicht, eine Liste dieser Abenteurer zusammenzustellen. Was solle man tun? Solle man ans Ende dieser Liste eine Reihe von Punkten setzen?

Er habe in den Dokumenten gelesen, daß hier von einer Entscheidung die Rede sei, die die Sicherheit der BRD erhöhe. In Wirklichkeit werde diese Entscheidung das Niveau der Sicherheit der Bundesrepublik senken. In den 9 1/2 Jahren SALT-Verhandlungen[14], die hinter ihm lägen, hätten die Teilnehmer beider Seiten dieses Argument anerkannt. Mehr noch, im Falle eines einfachen Mißverständnisses – nicht zu reden von einem Konflikt – wäre die BRD automatisch in einer kritischen Lage. Hier dürfe es keine Illusionen und keine Entscheidung geben, die nicht genügend abgewogen oder die voreilig wäre.

Die Äußerungen von dem Gleichgewicht der strategischen offensiven Waffen zwischen den USA und der Sowjetunion und dem Gleichgewicht zwischen Westeuropa und der Sowjetunion könne er nur als einen taktischen Trick ansehen. Man spreche auch viel von den amerikanischen Waffen und dem Gleichgewicht im Verhältnis zu den sowjetischen Waffen, dieses Gleichgewicht sei durch den SALT-II-Vertrag[15] ausgewogen, der lange und sorgfältig vorbereitet wor-

[13] Am 22. Juni 1941 begann der als „Unternehmen Barbarossa" bezeichnete Angriff des Deutschen Reichs auf die UdSSR.

[14] Am 16. April 1970 wurden in Wien die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT) aufgenommen. Vgl. dazu AAPD 1970, II, Dok. 209.

[15] Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

den sei. Er wolle sagen, daß die Verhandlungen zu SALT I[16] und SALT II einzigartig in der Geschichte der diplomatischen Praxis gewesen seien, in geraffter Form seien hier Fragen der Geschichte, der technischen Entwicklung, der geographischen Besonderheiten und der sich daraus ergebenden Asymmetrie behandelt worden. Es seien dies immer komplizierte und sachliche Gespräche gewesen. Die sowjetische Seite habe gesagt, daß man hier gemeinsam eine Lösung für schwierigste Probleme suchen müsse. Diese Suche nach Lösungen könne man in eine Reihe neben wissenschaftliche Forschungen stellen – allein mit dem Unterschied, daß sich hier zwei Seiten an der Suche beteiligt hätten.

Einige Politiker in der Bundesrepublik stellten die Lage so dar, als ob das Auftauchen der SS-20-Raketen und des „Backfire"-Bombers etwas Neues in die Lage eingebracht habe. Man rede so, als habe man dieses Thema bei SALT II ausgelassen. Dies sei nicht wahr. Die Frage der Mittelstreckenraketen sei unter Berücksichtigung aller Faktoren der strategischen Situation zusammen mit dem Partner behandelt worden. Man habe eine ausgewogene Lösung im Protokoll gefunden, diese Lösung sei seines Wissens auch innerhalb der NATO Gegenstand von Konsultationen gewesen. Die Tatsachen sähen doch so aus, daß die Mittelstreckenraketen innerhalb der sowjetischen Rüstung schon seit 20 Jahren zur Verfügung ständen. Man dürfe hier auch nicht die amerikanischen FBS, die Flugzeugträger u.a. vergessen. Dieser Komplex sei höchst kompliziert, es müsse betont werden, daß dieser Komplex von wissenschaftlichen, militärischen, technischen und politischen Behörden vorbereitet worden sei. Die entsprechenden Entscheidungen seien nicht Entscheidungen einer Person oder einer Gruppe von Personen, sondern es handele sich um verantwortungsvolle Beschlüsse im Rahmen eines Vertragswerkes, das von zwei Staaten vorbereitet worden sei. In der sowjetischen Erklärung über die Grundsätze und Hauptrichtungen von SALT III[17] sei ausbedungen, daß jede Seite jede Frage aufwerfen könne, die sich auf die Beschränkung strategischer offensiver Waffen beziehe. Die Sowjetunion habe dieses Recht genützt und die Frage der FBS aufgeworfen, die USA hätten die Frage der Mittelstreckenraketen aufgeworfen. Im Protokoll seien diese Probleme geregelt, und es sei Zeit für eine entsprechende Erörterung eingeräumt worden. Man habe sich auch über Verhandlungen geeinigt unter der Bedingung, daß das von SALT II geschaffene strategische Gleichgewicht beibehalten werde.

Eine Entscheidung über die Produktion und die Stationierung von Mittelstrekkenraketen, die strategische Aufgaben erfüllen könnten, wäre eine Verletzung

16 Am 26. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau einen Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) und ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen zu den Verträgen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

17 Im Rahmen der Vereinbarten Erklärungen und Absprachen zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 wurde eine Gemeinsame Erklärung der Grundsätze und Hauptleitlinien für künftige Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 393 f.

dieses Gleichgewichts. Gerade deshalb bestehe die sowjetische Seite darauf, daß die Entscheidung nicht getroffen werde, daß den Verhandlungen Priorität eingeräumt werde und daß die sowjetische Seite nicht vor die Notwendigkeit der Ergreifung von Gegenmaßnahmen gestellt werde. Die sowjetische Position sei klar. Die Sowjetunion sei für Verhandlungen – nicht nur über Interkontinentalraketen, sondern auch über alle anderen Arten von Waffen unter der Berücksichtigung aller hierzu gehörenden Fakten und unter strenger Beachtung des Grundsatzes der gleichen Sicherheit. Die Sowjetunion sei bereit, in den westlichen Teilen ihres Landes die Mittelstreckenraketen zu reduzieren, wenn in Westeuropa keine neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen stationiert würden. Dies sei auch ausführlich und klar in dem Artikel von Ustinow dargelegt, den er dem Bundesminister übergeben wolle – zum Nachdenken; der Artikel verdiene eine aufmerksame und unvoreingenommene Lektüre. Nun liege[18] die Antwort bei der westlichen Seite.

Bundesminister: Er bedanke sich für die Ausführungen von Semjonow und begrüße es, daß dessen Besuch die Möglichkeit gebe, erneut die Meinung der Bundesregierung zu erläutern. Die Bundesregierung lasse dem Besuch von Gromyko die gleiche Einschätzung zukommen, wie Semjonow es ausgeführt habe, sie betrachte den Besuch als ein wichtiges Ereignis und wolle ihn nützen, um in der Entwicklung der bilateralen Beziehungen einen Schritt vorwärts zu tun und um den Meinungsaustausch im Sinne einer weiteren Entwicklung wichtiger Fragen fortzusetzen. Deshalb habe man auch den Rahmen des Besuches so gesetzt, daß keine zeitliche Beschränkung für Begegnungen bestehe, daß ausreichend Zeit für Gespräche vorhanden sei und daß Gromyko die Möglichkeit haben werde, sich durch Begegnungen mit anderen Politikern ein abgerundetes Urteil zu bilden. Unter diesem Vorzeichen sei Herr Blech nach Moskau gereist, um dort diese unsere Absicht vorzutragen. Die Bundesregierung wolle den Besuch für Fortschritte nützen, wo sie möglich seien.

Die Bundesregierung habe die Rede von Breschnew in Ost-Berlin als wichtige Rede gewürdigt, er selbst habe dies auch vor der Öffentlichkeit getan, vor allem werde zum Ausdruck gebracht – und der Bundeskanzler und er selbst hätten dies einen Tag nach der Rede getan[19] –, daß wir es als erforderlich erachteten, die positiven Elemente der Rede für Verhandlungen auf verschiedensten Gebieten zu nützen, daß man durch eine sorgfältige Analyse sehen müsse, was sich aus der Rede für das Ost-West-Verhältnis und das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion ergebe. Die Bundesregierung meine, daß es wichtig sein werde, daß die Rede nicht zerredet würde, sondern daß man sie als ein positives Anzeichen nützen müsse.

Die Bundesregierung höre manche Stellungnahmen, die in Gesprächen und in öffentlichen Erklärungen von sowjetischer Seite gemacht würden, mit Besorgnis. Er habe den Artikel von Ustinow noch nicht gelesen, er danke für die Überlassung des Artikels, bisher lägen ihm nur Agenturmeldungen und ein Bericht

[18] Korrigiert aus: „Nun die liege".

[19] Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 288, Anm. 22.

der Botschaft[20] vor. Es gebe auch andere Erklärungen, die die Bundesregierung für ein positives Verhandlungsklima nicht für nützlich erachte. Man rede davon, die Bundesrepublik Deutschland in Planquadrate einzuteilen und auf jedes Planquadrat eine sowjetische Waffe zu richten. Derartiges sei nicht geeignet, um ein vertrauensvolles Verhandlungsklima zu schaffen. Die Sprache der Drohung sei nicht unsere Sprache.

Semjonow: Denke Bundesminister hier an Chruschtschow?

Bundesminister: Nein, er denke an andere Personen, Bondarenko habe in einem Gespräch von der Einteilung in Planquadrate gesprochen. Die Bundesregierung schätze so etwas nicht. Die Bundesregierung habe verantwortungsvoll reagiert. Sie sei der Meinung, daß man gegenwärtig in einer Phase sei, in der man den auf westlicher Seite und auf sowjetischer Seite vorhandenen ehrlichen Willen zu Verhandlungen nicht durch die Sprache der Drohung und der Herabsetzung derer, die im Westen an dieser Diskussion beteiligt seien, beeinträchtigen sollte. Er wolle Semjonow nochmals die Motive erläutern, klarstellen, was die Bundesregierung leite und worin ihre Besorgnisse bestünden.

Semjonow werde sich daran erinnern, daß der Bundeskanzler vor zwei Jahren in London die internationale Öffentlichkeit auf unsere Besorgnis und die der Verbündeten wegen der SS-20-Raketen und des „Backfire"-Bombers aufmerksam gemacht habe[21], weil wir in diesen Waffen eine neue Qualität, einen Qualitätssprung in der sowjetischen Rüstung sähen. Semjonow habe recht, wenn er sage, daß die Sowjetunion schon immer Mittelstreckenwaffen besessen habe. Man könne aber nicht sagen, daß die SS-20 der SS-4 oder SS-5 ähnele, nur moderner sei. Es handele sich hier um eine neue Qualität, hinsichtlich der Reichweite, die erheblich größer sei als die der SS-4 oder der SS-5, hinsichtlich der Treffgenauigkeit, des höheren Grades der Unverletzbarkeit durch ihre Mobilität, hinsichtlich der drei Gefechtsköpfe – die SS-20 sei gemirvt, deshalb habe der Generalsekretär auch nicht von der Zahl der Gefechtsköpfe, sondern nur von der Zahl der Raketen geredet. Die SS-20 sei eine neue Qualität auch hinsichtlich der Tatsache, daß nachgeladen werden könne, d.h. das Abschußgestell sei wiederverwendbar. Dies sei offenkundig ein bedeutender Qualitätssprung. Diese Waffen seien auch nicht dazu bestimmt, in den Atlantik geschossen zu werden, sie seien schon jetzt auf die Bundesrepublik Deutschland und auf Westeuropa gerichtet, die Planquadrate bestünden bereits. Wir fühlten uns bedroht. Dies sei objektiv so. Der Bundeskanzler habe dies in London klar zum Ausdruck gebracht.

Die Bundesregierung sei der Meinung gewesen, daß der Besuch von Breschnew der richtige Zeitpunkt für eine Diskussion dieser Fragen in einem sachlichen Klima gewesen sei. In den Unterredungen zwischen dem Bundeskanzler und

[20] Am 25. Oktober 1979 informierte Botschafter Wieck, Moskau, über den Artikel des sowjetischen Verteidigungsministers Ustinow mit der Überschrift „Die militärische Entspannung – Forderung des Tages", der am selben Tag in der Tageszeitung Prawda erschienen war. Dieser enthalte „keine in der Sache neuen Ausführungen", sondern fasse „den sowjetischen Standpunkt, wie er uns aus der Rede Breschnews in Ost-Berlin und den auf sie folgenden mündlichen und schriftlichen Kommentaren von sowjetischer Seite bekannt ist, noch einmal zusammen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 4129; Referat 221, Bd. 116937.

[21] Bundeskanzler Schmidt hielt am 28. Oktober 1977 vor dem International Institute for Strategic Studies in London einen Vortrag. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1977, S. 1013–1020.

Breschnew und zwischen den beiden Außenministern[22] habe man dieses sachliche Klima angetroffen, und die Bundesregierung habe dies als sehr positiv empfunden. Einer der wichtigsten Aspekte des Besuches sei die Gemeinsame Deklaration gewesen. Man habe von beiden Seiten gewürdigt, daß man es hier mit Politikern zu tun habe, die nach Entspannung, Abrüstung und Rüstungskontrolle strebten. Die Bundesregierung habe die sowjetische Bereitschaft begrüßt, auch über Mittelstreckenraketen zu reden. In der Fortsetzung dessen habe der Bundeskanzler im Juni 1979[23] nochmals seine Besorgnis erläutert. Er selbst habe in New York Gelegenheit gehabt, in sachlicher Atmosphäre die Position der Bundesregierung darzulegen und ihre Absicht zu erläutern, daß sie zusammen mit ihren Partnern im westlichen Verteidigungsbündnis im Dezember den Beschluß fassen werde, diese Waffen der USA als Waffen der USA in einigen Ländern Westeuropas, unter anderem auch in der Bundesrepublik Deutschland, einzuführen und zu stationieren, ohne daß irgend jemand bei uns nach einem zweiten Schlüssel zu diesen Waffen strebe.

Aber wie der Bundeskanzler mehrfach öffentlich betont habe, und er selbst stimme dem zu, werde man diese Entscheidung mit einem rüstungskontrollpolitischen Angebot verbinden. Dieses Angebot sollte so ernst genommen werden, wie es die Sowjetunion von der Rede Breschnews wünsche. Die Bundesregierung zweifle nicht am Ernst dieser Rede. Sie erwarte andererseits, und dies gehöre zu dem von beiden Seiten erforderlichen Willen zu verantwortungsvoller Zusammenarbeit, daß die Bemühungen der Bundesregierung nach Verhandlungen und Rüstungsbeschränkungen mit dem gleichen Ernst gewürdigt würden. Es sei beabsichtigt, im Dezember der Sowjetunion ein Angebot zu unterbreiten, man könne dann sofort Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR beginnen. Jeder, der die technischen Möglichkeiten kenne, wisse, daß zwischen dem Zeitpunkt der Entscheidung über die Produktion der Waffen und ihrer Einführung ein Zeitraum von drei bis vier Jahren liege. In diesem Zeitraum würden, wenn beide Seiten dies ernsthaft wollten, und die Bundesregierung zweifle nicht an diesem Streben, positive Ergebnisse erreicht werden.

Einwurf von *Semjonow*, ob Bundesminister einen Fall kenne, in dem produzierte Waffen nicht auch stationiert worden seien.

Bundesminister: Wir befänden uns in einer Zeit, wo man neue Wege gehen müsse. Semjonow habe zu Recht auf den neuen Geist und die Philosophie der SALT-Verhandlungen hingewiesen. Er teile die Meinung von Semjonow. Das gleiche gelte auch für Rüstungskontrollpolitik und Abrüstung bei Mittelstrekkenwaffen. Die Zeit werde genützt werden können. Der Bundeskanzler habe am 4.7. hörbar für alle erklärt, daß unsere Modernisierungsanstrengungen im Bündnis um so geringer sein könnten, je größere Erfolge in den Verhandlungen mit der Sowjetunion erzielt werden könnten.[24]

22 Der sowjetische Außenminister Gromyko begleitete den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, bei dessen Besuch vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik. Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit Gromyko am 5./6. Mai 1978 vgl. AAPD 1978, I, Dok. 137, Dok. 138, Dok. 140 und Dok. 141.

23 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

24 Bundeskanzler Schmidt gab am 4. Juli 1979 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 111, S. 13317–13328.

Das Bemühen um Verhandlungen dürfe nicht gefährdet werden. Die Bundesregierung sei besorgt, daß es zu einer Polemik kommen könne. Die Bundesregierung werde das Schreiben von Breschnew an den Bundeskanzler[25] ernsthaft prüfen, das gleiche würden die anderen Partner tun, die ähnliche Schreiben erhalten hätten[26]. Der Brief werde beantwortet werden[27], noch vor der Dezember-Sitzung der NATO[28], das sei selbstverständlich. Er habe gelesen, daß Ustinow eine schnelle Antwort angemahnt habe. Das sei nicht die Art, die die Bundesregierung als förderlich und sinnvoll für Verhandlungen betrachte. Er hoffe, daß man in Moskau nicht eine Antwort aus dem Stand, eine oberflächliche und unüberlegte Antwort erwarte. Die Bundesregierung nehme, er wolle dies wiederholen, die Rede von Breschnew ernst.

Er meine, daß auch Breschnew seine Rede nicht übers Wochenende erdacht habe. Das Angebot vom Dezember und die Antwort auf die Rede würden ebenfalls gut durchdacht und das Ergebnis einer Analyse und von Gesprächen innerhalb des Bündnisses sein.[29] Es sei nicht erforderlich, etwas öffentlich anzu-

25 Staatssekretär Hermes übermittelte der Botschaft in Washington und der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 15. Oktober 1979 ein Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 11. Oktober 1979 an Bundeskanzler Schmidt. Darin hieß es: „Wie ich mit ganzer Entschiedenheit in Berlin erklärte, wurde die Zahl der Kernwaffenträger der mittleren Reichweite im europäischen Teilgebiet der Sowjetunion in den letzten zehn Jahren um keine einzige Rakete, um kein einziges Flugzeug erhöht. [...] Mehr noch, wir sind bereit, die Zahl der in den westlichen Gebieten der Sowjetunion stationierten Mittelstrecken-Kernwaffen gegenüber dem jetzigen Stand zu reduzieren – natürlich aber nur in dem Fall, daß in Westeuropa keine zusätzliche Stationierung von Mittelstrecken-Kernwaffen stattfindet. Bekanntlich stehen wichtige SALT-III-Verhandlungen bevor. Wir sind dafür, sie sofort nach dem Inkrafttreten des SALT-II-Abkommens zu beginnen. Wir sind einverstanden, im Rahmen dieser Verhandlungen Möglichkeiten zur Begrenzung nicht nur interkontinentaler, sondern auch anderer Arten von Rüstungen zu besprechen – selbstverständlich unter Berücksichtigung aller dazugehörenden Faktoren und bei strikter Einhaltung des Prinzips der gleichen Sicherheit der Seiten." Vgl. den Drahterlaß Nr. 5155; VS-Bd. 11306 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

26 Am 25. Oktober 1979 berichtete Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), zum Empfängerkreis und zum Inhalt der Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, sei im Politischen Ausschuß der NATO auf Gesandtenebene am Vortag festgestellt worden: „Nachdem jetzt auch GR und GB Schreiben zirkuliert haben, liegen nunmehr folgende Briefe im Wortlauf vor: BE, CA, DAE, D, GB, GR, IS, IT, NL, NOR. USA und Türkei werden abweichende Textstellen zirkulieren, Portugal wird russischen Originaltext Internationalem Stab zuleiten, [...] F wird Schreiben nicht zirkulieren, und von Luxemburg liegt bisher noch keine Reaktion vor." Nach der Durchsicht der vorliegenden Schreiben ergäben sich nur in zwei Punkten substantielle Unterschiede. Einer davon sei die „Warnung vor Konsequenzen der Dislozierung von TNF auf Territorium des betreffenden Landes". Dieser Passus, der in den Schreiben an Belgien, Dänemark, Griechenland, Island, Italien, Norwegen und die Niederlande enthalten sei, fehle in den Briefen an Kanada und die USA und enthalte in der Ausfertigung für Bundeskanzler Schmidt Äußerungen zur „Rolle der Bundesrepublik bei Vorbereitung gefährlicher Pläne". Weiterhin fehle in den Schreiben an die Bundesrepublik, Kanada und die USA die Erwähnung der negativen Sicherheitsgarantie. Der französische Vertreter im Politischen Ausschuß der NATO habe vorgetragen, „daß Breschnews Schreiben an Giscard [...] in vielen Punkten mit den Schreiben an andere Bündnispartner vergleichbar" sei: „Allerdings trage der Brief der besonderen französischen Position bei LRTNF-Modernisierung Rechnung". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1078; VS-Bd. 11306 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

27 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 16. November 1979, mit dem das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 11. Oktober 1979 beantwortet wurde, vgl. Dok. 337.

28 Zur gemeinsamen Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.
Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

29 Der Politische Ausschuß der NATO auf Gesandtenebene schloß am 30. Oktober 1979 eine Analyse der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 6. Oktober 1979 ab. Darin

mahnen, die Bundesregierung wünsche ein konstruktives Gespräch. Diese Begleitmusik werde die Bundesregierung nicht in ihrer Bereitschaft zu rüstungskontrollpolitischen Verhandlungen beirren, sie werde sie aber auch nicht in der Erkenntnis beirren, daß bestimmte Entscheidungen im Sinne einer Nachrüstung erforderlich seien. Er glaube, daß es falsch sei, wenn man annehme, daß hier eine unterschiedliche Betrachtung in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden sei. Es sei nicht das Motiv der USA, von sich abzulenken, dies wüßten beide Seiten. Die sowjetischen Mittelstreckenraketen seien auf uns gerichtet, auf wen sonst.

Die Erklärung über die Bereitschaft, einen Teil der sowjetischen Mittelstrekkenraketen abzuziehen, wenn der Westen nichts Neues stationiere, befriedige nicht angesichts der Reichweite der SS-20, die auch von jenseits des Ural aus Westeuropa erreichen könne. Die Bundesrepublik Deutschland träume nicht von einem zweiten Schlüssel. Es bestehe kein Zweifel daran, daß es sich hier um Waffen handele, die unter der Verfügung der USA bleiben würden.

Er teile die Meinung von Semjonow, daß eine erhöhte Rüstung nicht die Sicherheit erhöhe. Es fehle jedoch das Gleichgewicht, und das beeinträchtige unsere Sicherheit. Wir seien der Meinung, daß das Gleichgewicht durch die SS-20 und den „Backfire"-Bomber und durch die weiteren sowjetischen Bestrebungen auf diesen Gebieten beeinträchtigt sei. Bei den SALT-II-Verhandlungen habe man natürlich über die Mittelstreckenraketen und die FBS gesprochen. Aber man habe die FBS nicht in die Vereinbarung einbezogen, sie seien nicht abgedeckt, das gleiche gelte für die Mittelstreckenwaffen. Anders sei auch die Aufrüstung der Sowjetunion in diesem Bereich nicht erklärbar. Er meine, daß es wichtig sei, daß von den Verantwortlichen beider Seiten nichts geschehe, daß angesichts der beiderseitigen Verhandlungsbereitschaft durch Reden oder öffentliche Erklärungen ein Klima entstehen könne, das konstruktive Verhandlungen erschwere. Die Bundesregierung werde dies nicht tun. Die Sprache der Drohung sei nicht unsere Sprache, wir wollten seriöse Verhandlungen. Wir hofften, daß dies nach dem Angebot des westlichen Verteidigungsbündnisses im Dezember möglich sein werde. Man stelle sich vor, daß die Verhandlungspartner die USA und die SU im Rahmen von SALT III sein würden. Die Bun-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1569

wurde festgestellt: „The speech reflects the SU determination to maintain the present strategic relationship in Europe, which it apparently judges to be in its favour. The proposal to reduce ‚medium range' nuclear systems on condition that the West does not deploy any new systems of its own is well in line with this interpretation. Apart from being an implicit Soviet admission of the unbalancing effect of its recent deployments of LRTNF the proposal as such would not affect Moscow's ability to proceed only to such reductions as would maintain its position of superiority. [...] The speech also illustrates Moscow's tactic of presenting detente in two different lights depending on whether it is speaking of relations with the United States or with the West European countries. [...] In this way, it can seek a global strategic modus vivendi with the United States through SALT while promoting political opposition to any improvement in NATO's theatre nuclear forces representing a counterweight to Soviet medium range nuclear weapons in the European theatre. [...] It is noteworthy that the Soviets have decided to announce force reductions only in face of NATO visible determination to strengthen its defence capability. The Soviet initiatives show how important it is for the allies to maintain this solidarity and to proceed with their plans according to their agreed time schedule." Eine erste Gelegenheit zu einer Reaktion auf die Rede biete das Kommuniqué der Ministertagung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) am 13./14. November 1979 in Den Haag. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1109 des Botschafters Pauls, Brüssel (NATO), vom 31. Oktober 1979; VS-Bd. 11306 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

desregierung sei der Meinung, daß die objektiven Voraussetzungen durch die Ratifizierung von SALT II[30] verbessert werden könnten. Die Bundesregierung habe sich mehrfach in diesem Sinne geäußert – hier im eigenen Land, bei Treffen mit anderen Staatsmännern und auch bei Begegnungen in den USA. Sie sei bis an den Rand gegangen, was sich ein fremdes Land bezüglich der Meinungsbildung eines anderen Staates erlauben könne. Die Bundesregierung habe es aber für erforderlich gehalten, zu sagen, für wie wichtig wir unsere Position für das Gleichgewicht, das Ost-West-Verhältnis und die Stabilisierung hielten. Wenn wir die Rede von Breschnew betrachteten, so habe man nicht nur im Blick, was er zu den Mittelstreckenraketen gesagt habe und was er über die Verhandlungsbereitschaft ausgedrückt habe. Die Bundesregierung habe auch seine Ausführungen über die vertrauensbildenden Maßnahmen im Hinblick auf Madrid[31] positiv gewürdigt. Gleiches gelte für die Ankündigung, bis zu 20000 Mann aus der DDR abzuziehen. Hier habe Ustinow klargestellt, und dies sei positiv vermerkt worden, daß diese 20000 Mann nicht nur aus der DDR abgezogen würden, sondern daß sie auch in die Sowjetunion gebracht würden, d.h. daß sie sich nicht in einem Land des Warschauer Pakts aufhalten würden. Gleichermaßen positiv sehe die Bundesregierung auch die Erklärung zum Abzug der 1000 Panzer. Gegenwärtig beschäftige sich die Bundesregierung mit der Frage, wie der französische Vorschlag über eine europäische Abrüstungskonferenz[32], der von der Bundesrepublik positiv gewürdigt werde, mit der KSZE in Zusammenhang zu bringen sei. Der französische Vorschlag sehe in einer ersten Phase vertrauensbildende Maßnahmen vor. Die Bundesregierung sei der Meinung, daß man in Madrid neben den anderen Körben auch die vertrauensbildenden Maßnahmen erörtern und ausbauen müsse. Sie sei weiter der Meinung, daß die Vertrauensbildung eine wichtige Sache in Europa sei, weil einige Probleme auf dem Gebiet der Sicherheit dadurch entschärft werden könnten. Die Bundesregierung sei von Anfang an dafür gewesen, daß in der Schlußakte von Helsinki[33] auch von vertrauensbildenden Maßnahmen die Rede sein müsse. Sie sei froh, daß die Sowjetunion der gleichen Meinung sei.

Er wisse nicht, ob Semjonow noch mehr zu den Absichten der Sowjetunion auf dem Gebiet der Vertrauensbildung und Position der sowjetischen Regierung zur Abrüstungskonferenz sagen könne, was später in den Meinungsaustausch mit Gromyko einfließen könne.

Die Bundesregierung sei der Meinung, daß man in Wien[34] Fortschritte machen müsse. Wenn SALT II ratifiziert sein werde, würde dies gut in das ganze Bild passen, wenn auf verschiedenen Ebenen der Rüstungskontrolle etwas vorangebracht werden könne.

30 Zur Ratifizierung des SALT-II-Vertrags durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 306.

31 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

32 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 270, Anm. 7.

33 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

34 In Wien fanden seit 30. Oktober 1973 die MBFR-Verhandlungen statt.

Die Bundesregierung sei nicht an einer öffentlichen Polemik interessiert. Sie werde natürlich ihren Standpunkt vor der Öffentlichkeit darlegen, dies geschehe aber mit dem Ernst und dem Verantwortungsbewußtsein, das angebracht sei angesichts der Bedeutung der anstehenden Probleme. Die Bundesregierung schätze die Möglichkeit der Gespräche mit Gromyko im November. Die Bundesregierung wolle ihre Motive in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion klarmachen. Sie werde sich durch Begleitmusik nicht in ihren Absichten beeinflussen lassen. Vielleicht habe auch Semjonow den Eindruck, daß es besser sei, in sachlicher Sprache miteinander zu reden. Er selbst begrüße, daß heute ein weiterer Meinungsaustausch stattfinden könne, man müsse reden wie vernünftige Menschen.

Semjonow dankte für die Ausführungen des Bundesministers, er werde sie natürlich überdenken. Es wäre nicht angebracht, jetzt seinerseits diese Ausführungen zu kommentieren. Er wisse nicht, was Bondarenko gesagt habe. Er habe in 9 1/2 Jahren die SALT-Gespräche geführt, und zwar von Anfang an. Er wisse aus Erfahrung, daß Verhandlungen eine aufmerksame und ernsthafte Behandlungsweise sowie gegenseitige Achtung durch die jeweiligen Seiten erforderten.

Bundesminister: Dies sei unsere Meinung, präzis. Er meine auch nicht nur Bondarenko. Wenn er ihn allein nennen würde, so würde er ihn zu stark belasten.

Semjonow: Was die SS-20-Raketen und den „Backfire"-Bomber betreffe, so wolle er Bundesminister offen und vertraulich folgendes sagen. Diese Frage sei bereits sorgfältig in Genf im Hinblick auf eine Lösung im Rahmen von SALT II diskutiert worden. Die Frage habe man lange diskutiert. Man habe eine ausgewogene Lösung gefunden, wobei man beachtet habe, daß die nächsten Verhandlungen, SALT III, den Fragen entsprechen würden, die von den Seiten behandelt werden würden. Man könne in dieser Frage auf verschiedenen Standpunkten stehen. Aber dieses Problem sei so wichtig, daß er betonen wolle, daß man bei der Behandlung dieses Problems eine gewisse Zeit und Aufmerksamkeit benötige, um die verschiedenen Seiten des Problems zu prüfen. Diese Frage sei sehr schwierig. Es sei seiner Meinung nach unvernünftig, die Diskussion durch den Druck, der sich aus getroffenen Entscheidungen ergibt, zu komplizieren. Es sei ihm beschieden gewesen, sich speziell mit dieser Problematik zu befassen. Er sei Politiker, aber hier müsse auch der Spezialist zu Wort kommen.

Bundesminister: Dies sei richtig, aber die Politiker sollten sich nicht von den Spezialisten dominieren lassen.

Semjonow: Dies stimme. Die Politik müsse immer die Oberhand behalten. Die Fachleute seien in den technischen und militärpolitischen Aspekten bewandert, deshalb solle man miteinander reden. Es sei nicht die Absicht, sich gegenseitig zu überlisten. Hier sei ein Überlisten auch nicht möglich. Die Teilnahme von Wissenschaftlern und Spezialisten, von seriösen Spezialisten sei erforderlich.

Bundesminister habe Fragen erwähnt, mit denen er (Semjonow) sich früher befaßt habe. Er wisse nicht, wie man gegenwärtig an diese Fragen – Treffsicherheit und Kontrolle von neuen Typen – herangehen solle. Allerdings verdiene diese Frage Aufmerksamkeit. Es handele sich hier um einen endlosen Erkenntnisprozeß. Wenn man diese Dinge mit Ernst behandeln wolle, benötige man Zeit, Geduld und Aufmerksamkeit.

Wichtig sei, und hier stimme er Bundesminister zu, die Richtung der Politik. Wenn die Richtung auf Reduzierung von strategischen offensiven Waffen abziele, so sei dies eine Angelegenheit, an der sich solche Personen beteiligen müßten, die ein Gefühl dafür haben. So wichtige Beschlüsse wie die über die Produktion und die Stationierung – und sei es auch nur bedingt – müßten von nüchternen Menschen gefaßt werden.

Ustinow habe geschrieben, daß die sowjetische Seite diese Frage darüber hinaus im Sinne einer Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder betrachte. Das sage man ganz offen. Wenn in den USA von einem Präventivschlag gesprochen werde, so sei das kein leeres Geschwätz, sondern enthalte Elemente eines Krieges. Wenn schon Krieg, dann auf kriegerische Art. Diese Dinge könne man nicht leichtsinnig behandeln, insbesondere unter Berücksichtigung der sowjetischen Erfahrungen. Bundesminister habe gesagt, daß es die Planquadrate schon gebe. Daß die Sache klar sei. Er (Semjonow) würde sagen, daß es einen wichtigen Unterschied zwischen Planquadraten und den Maßnahmen gebe, die im Falle eines Konflikts oder sogar bei einem Mißverständnis, bei einer gewissen militärpolitischen Situation erfolgen könnten. Dies seien höchst unterschiedliche Dinge. Er habe nicht umsonst den Begriff der automatischen Antwort verwendet. Bei so kurzen Flugzeiten gehe alles automatisch vor sich. Er meine, daß dieses Moment auch berücksichtigt werden müsse. Die sowjetische Seite strebe aufrichtig nach einer Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik, zu ihrer Fortentwicklung. Zu diesem Zweck sei er hierher entsandt worden, dies gelte nach wie vor.

Bezüglich des französischen Vorschlags wolle er an die sowjetischen Vorschläge über die Einberufung einer Sicherheitskonferenz[35] erinnern, aber dies seien schon Details.

Er danke dem Herrn Minister, daß er seinen Überlegungen Aufmerksamkeit geschenkt habe. Die Tür zu weiteren Gesprächen dürfe nicht zu sein, wobei diese Gespräche nicht unbedingt strikt offiziell sein müßten. Er verstehe, daß diese Probleme bei offiziellen Gelegenheiten entsprechend behandelt werden würden. Er sehe das heutige Gespräch aus der Sicht der Unterstützung der Vorbereitung für die bevorstehenden Gespräche.

Bundesminister: Er teile diese Wertung des heutigen Gesprächs. Es diene der Vorbereitung des Besuchs von Gromyko. Es diene der gegenseitigen Information über die jeweiligen Absichten, Einschätzungen und Analysen. Dies sei in der gegenwärtigen Phase besonders wichtig. Er wolle sagen, daß für die Bundesregierung alle Aspekte der Rede Breschnews wichtig seien – das Gebiet der Mittelstreckenwaffen, die vertrauensbildenden Maßnahmen, die Abzugsankündigung. Es sei zu fragen, wie letzteres zu verstehen sei, ob Einheiten abgezogen würden oder ob es sich um eine Ausdünnung handele, gleiches gelte auch für die Panzer – Abzug von Panzereinheiten oder Ausdünnung. Es wäre gut, wenn dies genauer gesagt würde.

35 Zum Vorschlag der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts, im Rahmen der KSZE eine Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen abzuhalten, vgl. Dok. 148, Anm. 25.
Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, erneuerte diesen Vorschlag in seiner Rede am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin und in seinem Schreiben an Bundeskanzler Schmidt vom 11. Oktober 1979. Vgl. dazu Dok. 287, insbesondere Anm. 4, und Dok. 296.

Semjonow habe in unterschiedlichem Zusammenhang zweimal das Wort Automatik verwendet, einmal im Hinblick auf die Flugzeit der Raketen und zum anderen im Hinblick auf die Reaktion auf die Entscheidung im westlichen Bündnis. Bezüglich der Flugzeit könne er sich dies vorstellen, bezüglich der Reaktion auf die Bündnisentscheidung könne er sich nicht vorstellen, wo hier die Automatik liege. Man müsse in Moskau die Entscheidung und das Angebot würdigen und zeigen, ob man zu Verhandlungen bereit sei oder nicht. Die Bundesregierung betrachte dieses Problem nicht von einer Position des Krieges, sondern von der Position der Vermeidung eines Krieges. Hier decke sich diese Meinung mit dem, was Breschnew und Schmidt in der Deklaration über die Bedeutung der Gleichheit festgelegt hätten. Die Bundesregierung wolle diese Gleichheit wieder herstellen. Dies geschehe am besten durch Rüstungskontrolle. Aber es müsse eine Entscheidung getroffen werden. Niemand wolle die Sowjetunion und ihre Verbündeten angreifen.

Die Bundesregierung wolle die amerikanischen Mittelstreckenraketen als spannungsverhindernd sehen, sie hätten auch nur die halbe Reichweite der sowjetischen Raketen. Niemand könne jemanden angreifen, der zweimal so weit schießen kann, gleichgültig ob mit einem Gewehr oder mit Raketen. Die Qualität sei zwar hier unterschiedlich, aber in der Relation sei es das gleiche.

Die Bundesregierung sei an der Entwicklung der Beziehungen zur Sowjetunion interessiert. Sie glaube nicht, daß man sich nur auf ein Thema konzentrieren dürfe. Die beiderseitigen Interessen und das Verhältnis seien breiter angelegt. Der Blick für die großen Fortschritte der letzten Jahre dürfe nicht verdunkelt werden. Semjonow kenne die großen Anstrengungen, die seit 1969 von beiden Seiten unternommen worden seien, sehr gut, sie dürften nicht vergeblich gewesen sein. Sie müßten Kraft für weiteren Fortschritt verleihen. Die Bundesregierung sehe die Diskussion nicht vor dem Hintergrund der Wahlen. Dafür seien die Fragen zu ernst, als daß man sie vom Gesichtspunkt periodisch wiederkehrender Wahlen sehen dürfe. Hier werde bei der Entwicklung der Beziehungen eine einschneidende Entscheidung getroffen.

Die Bundesregierung sei der Meinung, daß das Langfristige Abkommen, das während des Besuchs von Breschnew unterzeichnet worden sei[36], über den Bereich der Wirtschaft hinaus Signalwirkung habe. Man wolle mit einem anderen Staat bis über das Jahr 2000 hinaus im Geiste des Vertrauens zusammenarbeiten. Man habe dies für die Wirtschaft formuliert, aber dies habe auch politische Bedeutung. Dadurch werde die langfristige Anlage der Entspannungspolitik der Bundesregierung unterstrichen. Somit werde die Politik der Bundesregierung auch für die Sowjetunion berechenbar. Diese Haltung verdiene eine entsprechende Würdigung, wenn man sie als unsere Absicht zur Fortsetzung der Zusammenarbeit ansehe.

Semjonow: Was den Krieg betreffe, so habe die Sowjetunion leider die Erfahrung gemacht, daß ein Krieg entfesselt werden könne, ohne daß er vorher erklärt worden sei. Hier habe man Korrekturen angebracht, die nicht unberücksichtigt gelassen werden dürften. Was die Automatik betreffe, so habe Bundes-

[36] Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BULLETIN 1978, S. 431 f.

minister mit seinen zwei Aspekten recht. Die Bedeutung sei unterschiedlich, aber jeder Aspekt habe seine Bedeutung.

Er stimme der Einschätzung der Zusammenarbeit durch Bundesminister voll zu. Er habe das heutige Gespräch ja auch mit Hinweis auf die bestehenden Vereinbarungen und Verträge begonnen, diese Vereinbarungen spielten in der Entwicklung des bilateralen Verhältnisses eine wichtige Rolle.

Die Bundesregierung schließe ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit China[37], aber das entsprechende Abkommen mit der Sowjetunion sei auf Eis gelegt[38], dies klinge nicht sehr überzeugend.

Bundesminister: Die Sowjetunion könne ein Abkommen wie das deutsch-chinesische sofort haben, vor allem, was die noch streitige Frage angehe.

Semjonow: Die Bundesregierung stelle hier Bedingungen, die die Sowjetunion nicht akzeptieren könne. Man gehe an bestimmte Fragen unterschiedlich heran. Die sowjetische Seite habe diese Frage eine Zeitlang nicht berührt, um nichts heraufzubeschwören.

Bundesminister: Das gleiche gelte für die Bundesregierung, auch für die Zukunft.

Semjonow: Hier gebe es ideologische Differenzen, aber dies dürfe die Zusammenarbeit nicht stören. Man könne in der Politik unterschiedliche Meinungen auch zu ideologischen Fragen haben. Man dürfe aber in der Politik nicht kleinlich sein. Wenn man nicht kleinlich sei, wenn man nach Lösungen strebe, könne man vieles erreichen. Wenn man erst etwas schaffe, was dann anhalte, so frage man sich, was daraus für andere Gebiete, für die politische Einschätzung werden solle. Dies bleibe als Frage stehen. Er wolle hier niemandem etwas aufzwingen, er rede, was er denke. Vielleicht könne man in dieser Frage etwas Dampf ablassen, es sei eventuell noch nicht genug Dampf abgelassen worden. Die lokale Lage sei doch normal, die allgemeine Lage erfülle jedoch nicht mit Begeisterung.

Bundesminister: Er gehe davon aus, daß während der Konsultationen über diese Frage geredet werde, ob genug Dampf raus sei oder nicht.

Semjonow: Manchmal müsse man die Dinge von einer hohen Warte aus sehen. Der Apparat sei eine große Sache, aber man müsse manche Dinge nicht aus der Sicht des Apparats, sondern aus der Sicht der Chefs sehen.

Bundesminister: Man dürfe den Apparat nicht geringschätzen.

Semjonow: Der Apparat sei das Orchester, aber der Minister sei der Dirigent.

Bundesminister: Aus diesem Grunde habe er ja den ersten Geiger Bondarenko erwähnt.

Semjonow: Vom Dirigenten hänge viel ab. Der Apparat bleibe der Apparat, aber der Dirigent bleibe der Dirigent.

37 Am 9. Oktober 1978 unterzeichneten die Bundesrepublik und die Volksrepublik China ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1978, Teil II, S. 1526–1528.

38 Die Bundesrepublik und die UdSSR verhandelten seit 1973 über ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Ungeklärt war vor allem die Beteiligung von Institutionen und Organisationen mit Sitz in Berlin (West). Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 248, und AAPD 1978, I, Dok. 135.

Er wolle nun zu einer weiteren Frage übergehen, und zwar zu den Ergebnissen des Besuches von Hua[39]. Er wolle nicht verbergen, daß er auch bereits über Informationen aus anderen Quellen über verschiedene Seiten des Besuches verfüge. Wenn ihm der Minister das mitteilen könne, was er für angebracht halte, so wäre er ihm dafür dankbar.

Bundesminister: Der Besuch habe im Rahmen einer Europareise des chinesischen Ministerpräsidenten stattgefunden. Die Bundesregierung werte die Absicht Huas, nach Europa zu reisen, positiv, weil sie glaube, daß dieses große Land mit der größten Bevölkerung auch weltpolitische Verantwortung trage. Die persönlichen Begegnungen hätten der besseren Einschätzung der Absichten gedient. Von dieser Sicht aus habe der Besuch seinen Zweck erfüllt, wie der Bundeskanzler erklärt habe. Es habe ein Meinungsaustausch zu allen weltpolitischen Fragen von Rang stattgefunden, zu außenpolitischen und wirtschaftlichen Fragen, zum Verhältnis zwischen Industrieländern und den Ländern der Dritten Welt im Sinne der Wirtschaft und der Politik, dieses wiederum im Sinne der Entwicklung der Bewegung der Blockfreien. Der Besuch sei für die Bundesregierung eine willkommene Gelegenheit gewesen, weil sie ihre Politik der westlichen Einigung, ihre Sicherheitspolitik und ihre Entspannungspolitik habe erläutern können. Des weiteren habe sie die Motive erläutert, die sie zu der Vertragspolitik und den sich aus dieser ergebenden langfristigen Vereinbarungen veranlaßt hätten, dies sei aus der Sicht eines gespaltenen Landes und aus der Sicht unseres Interesses nach Fortsetzung der Entspannungspolitik geschehen. Die Bundesregierung habe deutlich gemacht, daß ihr Verhältnis zur Sowjetunion nicht die Interessen Chinas berühre und daß dieser Grundsatz auch umgekehrt gelte.

Man habe feststellen können, daß es in großen Bereichen Übereinstimmung gegeben habe.

Die Gespräche hätten die Möglichkeit gegeben zu sagen, daß die Bundesregierung an jedem Fortschritt im Verhältnis zwischen der Sowjetunion und China interessiert sei. Die Bundesregierung sei froh, wenn jeder Staat Probleme in seinem Verhältnis zu anderen Ländern reduzieren könne.

Die chinesische Führung habe über die internen Probleme des Landes, die wirtschaftlichen Probleme und die Art berichtet, wie man glaube, diese Probleme in den Griff zu bekommen. Die Bundesregierung habe ihr Interesse an der Lösung dieser Probleme erläutert, weil die Lage von einer Milliarde Menschen nicht ohne Interesse sein könne.

Man habe die Lage in Südostasien, besonders in Kambodscha[40], sowie die Entwicklung in Afrika diskutiert. Die Bundesregierung habe den Eindruck, daß ihr

39 Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 21. bis 28. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Nach Abschluß der offiziellen Gespräche in Bonn besuchte er das Land Nordrhein-Westfalen, die Freie und Hansestadt Hamburg, das Land Baden-Württemberg sowie den Freistaat Bayern. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt am 22./23. Oktober 1979 vgl. Dok. 301 und Dok. 305. Zum weiteren Verlauf der Europa-Reise Hua Guofengs vgl. Dok. 302, Anm. 28.

40 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32. Referat 340 führte am 19. Oktober 1979 aus, daß sich etwa dreiviertel des kambodschanischen Staatsgebietes unter vietnamesischer Kontrolle befänden: „Die restlichen Kräfte Pol Pots – ca. 20–30 000 Mann – sind in einzelne Gruppen aufgesplittert und leisten nach Guerillataktik hartnäckigen Widerstand. [...] Hanois Ziel ist es, den Widerstand der Pol-Pot-Anhänger und anderer anti-

sachkundige Partner gegenübergesessen hätten. Der Bundeskanzler und er hätten nach dem Besuch lange zusammengesessen, sie seien der Meinung gewesen, daß diese Reise sehr beachtlich sei für einen Menschen, der seine zweite Reise ins westliche Ausland gemacht habe. Hua sei mit großer Souveränität und abgewogenem Urteil zu den verschiedensten Fragen aufgetreten. Besonders beeindruckt habe, daß er die Gespräche frei und nicht mit vorbereiteten Texten geführt habe. Die Bundesregierung habe nicht den Eindruck, daß ihr Abenteurer gegenübergestanden hätten, sondern Menschen, die verantwortungsvoll handelten.

Für ihn sei wichtig, und er wolle dies wiederholen, daß die chinesische Seite nie, zu keinem Zeitpunkt, versucht habe, die Politik der Bundesregierung zu beeinflussen und sie zu einer Änderung ihrer Politik zu veranlassen. Dies sei eine vernünftige verantwortungsvolle Haltung. Er glaube, daß die Besuche Huas in Großbritannien und Italien ähnlich verlaufen würden. Es sei ein nützlicher Besuch gewesen, der beiden Seiten vieles gegeben habe. Die Chinesen wüßten, daß die Bundesregierung ihre Politik der Entspannung, ihre Politik gegenüber der Sowjetunion und den anderen Ländern Osteuropas ernst nehme. Die Bundesregierung habe eine Einschätzung ihrer Politik gegenüber Osteuropa und insbesondere der DDR abgegeben. Die chinesische Führung habe nun ein gesicherteres Urteil als vorher und könne ihre Politik nun besser als vorher gestalten.

Er habe seine Einschätzung der Pekinger Führung nicht korrigieren müssen. Er habe dem Bundeskanzler bereits über sein früheres Treffen in Peking[41] berichtet und ihm gesagt, daß der Bundesregierung hier abgewogen handelnde Personen gegenüberstehen würden.

Semjonow: Er danke Bundesminister für dessen Ausführungen. Er habe die Überlegungen seiner Regierung zur Politik der VR China nicht während des Besuches vortragen wollen. Dies wäre nicht angebracht gewesen. Er wolle aber nun die Überlegungen der sowjetischen Regierung über einige Aspekte der chinesischen Politik vortragen, da der Besuch vorbei sei.

Bundesminister: Hua sei noch hier.

Semjonow: Ja, aber der offizielle Teil sei vorüber.

Bundesminister: Er würde die Begegnungen in Bayern nicht inoffiziell nennen.

Semjonow: Landesebene bleibe Landesebene.

(Anmerkung: Auch die folgende Ausführung von Semjonow war vorbereitet.)

Aus der Sicht der Sowjetunion sei die Politik der VR China ungeachtet aller Versuche Pekings, sie als friedliebend hinzustellen, unverändert eine der gefähr-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1576

vietnamesischer Gruppen endgültig zu brechen. Für die in Kürze erwartete Großoffensive stehen kampfstarke vietnamesische Verbände (160–180 000 Soldaten) bereit [...]. Noch vor Ende der Regenzeit haben vietnamesische Angriffe gegen Pol-Pot-Stellungen, vor allem im Süden und Südwesten Kambodschas, eingesetzt. Als Folge dieser Kämpfe hat eine Massenflucht von Kambodschanern nach Thailand eingesetzt. [...] Kambodschas Bevölkerung – unter dem Regime Pol Pots ohnehin erheblich dezimiert – scheint einer neuen Katastrophe entgegenzutreiben. Die Meldungen über das Ausmaß des Elends sind widersprüchlich. Nach Schätzungen internationaler Organisationen sollen mehr als 2 Mio. Menschen durch Hungersnot bedroht sein". Vgl. Referat 340, Bd. 110610.

41 Bundesminister Genscher hielt sich vom 12. bis 15. Oktober 1977 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 285.

lichsten Spannungsquellen in der Welt und einer der wichtigsten Faktoren der Komplizierung der internationalen Lage insgesamt und in einzelnen Regionen. Die Demagogie Pekings über die eigene Friedensliebe beweise, daß Peking gezwungen worden sei, seine wahren Ziele in den internationalen Angelegenheiten zu verschleiern, um neue Partner zur Verwirklichung seiner hegemonistischen Ziele zu gewinnen. Hierzu komme noch die Aggressivität der chinesischen Politik in Gestalt des chinesischen Militarismus. Die Erfahrung zeige, daß die Pekinger Führer die Bühne des Auslands nützten, um Zwietracht und Entfremdung unter die Völker zu säen. In Peking wolle man das Gleichgewicht in Europa brechen und unterminieren, indem man die Länder gegeneinander aufhetze. Man nütze in Peking jede Gelegenheit, um der Entspannung entgegenzuwirken und alle Schritte in Richtung auf die Entwicklung einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit zu torpedieren.

Er habe gehört, daß die Rede des chinesischen Führers hier stiller geklungen habe, aber vielleicht spiele die Warnung des Gastgebers eine gewisse Rolle. Peking verbreite in Verfolgung seiner eigennützigen Linie in den europäischen Angelegenheiten Verleumdungen über die Vergrößerung der sowjetischen Bedrohung gegenüber Westeuropa. Die Absurdität dieser Hirngespinste sei offenbar und werde durch die Tatsachen widerlegt.

Die sowjetischen Vorschläge zu einer militärischen Entspannung vom 6. Oktober seien ein erneuter Beweis der friedliebenden Politik der Sowjetunion. Die sowjetische Seite sei zutiefst davon überzeugt und sie wisse, daß Peking nicht an die Interessen der europäischen Völker und Länder denke, sondern daß Peking nur von seinen konjunkturbedingten chauvinistischen und militaristischen Überlegungen ausgehe.

Alles, was auf eine Destabilisierung der Lage, auf eine Erhöhung der Spannung und eine Verstärkung des Wettrüstens gerichtet sei, werde von der chinesischen Führung unterstützt. Alles, was der Rüstungsbeschränkung, der Minderung des Wettrüstens und der Verbesserung der Beziehungen diene, werde von der chinesischen Führung mit einem Bannfluch belegt. Es bestehe kein Zweifel, daß die Versuche Pekings, die europäische Entspannung zu brechen, gegen die Interessen der Länder des europäischen Kontinents gerichtet seien. Deshalb sei es natürlich und wichtig, daß der Trick der chinesischen Führer zur Tarnung ihrer provokatorischen Politik in Europa von all den Kräften, die an der Festigung des Friedens und der Sicherheit interessiert sind, gebührend eingeschätzt werde und auf entsprechenden Widerstand stoße. Dieser Trick zeige sich in der Manipulierung mit dem Begriff Hegemonismus. Hier sehe man klar das Streben Pekings nach Hegemonismus. Darauf fuße die chinesische Konzeption gegenüber der Dritten Welt, hier zeigten sich die praktischen Drohungen gegen andere souveräne Staaten und die offene und versteckte Einmischung in deren innere Angelegenheiten sowie die Versuche, anderen Ländern ihre Politik zu diktieren. Spreche nicht auch die Tatsache, daß Peking eine Aggression gegen Vietnam[42] entfesselt habe, von der ernsten Gefahr, die von der chinesischen Führung für den internationalen Frieden ausgehe? Es sei auch nicht zufällig, daß Peking eine abweichende Position zu den sowjetischen

[42] Zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg vgl. Dok. 100, Anm. 7.

Vorschlägen einnehme, nach denen man keine Ansprüche auf Hegemonie in den internationalen Angelegenheiten anerkennen solle. Verstört hätten die chinesischen Führer auch auf die sowjetische Initiative während der 34. Generalversammlung der VN bezüglich der Frage des Verzichts auf Hegemonie in internationalen Angelegenheiten reagiert.[43]

Seit einiger Zeit könne man lesen, daß China in die internationale Politik einbezogen werden müsse und daß das starke China eine positive Rolle spielen könne. Die Sowjetunion sei nicht dagegen, daß die VR China den ihr zustehenden Platz im System der internationalen Beziehungen als friedliebender Staat einnehme. Sie könne aber nicht umhin zu sehen, daß unter dem Vorwand der Einbeziehung Chinas dessen chauvinistische und expansionistische Politik gefördert werde. Den Begriff „starkes China" verstehe man in Peking als eine Erhöhung des militärischen Potentials bei gleichzeitig erschreckend niedrigem Lebensstandard der Bevölkerung. Die Sowjetunion habe mehrfach Gelegenheit zu der Feststellung gehabt, daß eine Unterstützung bei der Stärkung des militärisch-industriellen Potentials und die Lieferung von modernen Rüstungen an China ernste Folgen für die Entwicklung der internationalen Lage haben werde. Die Ausweitung des militärischen Business mit China[44] sei kein herkömmlicher Handel. Erklärungen über die Beschränkung auf die Lieferung von Verteidigungswaffen könnten nicht ernstgenommen werden, da angesichts der gegenwärtigen chinesischen Politik die Begriffe Verteidigungswaffen und Angriffswaffen nur von bedingter Bedeutung seien. Es bestehe ein eindeutiger Widerspruch zwischen Erklärungen zugunsten der Entspannung und der internationalen Zusammenarbeit und der Förderung von militärischen Hilfeleistungen an China durch das Versprechen der Lieferung von Rüstungen und Waffen. Es sei bekannt, daß die chinesischen Führer offen erklärt hätten, daß sie eine Wiederholung der Aggression gegen ihren souveränen Nachbarstaat anstrebten. Entsprechende Lieferungen könnten als Ermutigung zu gefährlichen militärischen Abenteuern angesehen werden.

In der Sowjetunion habe man natürlich die verschiedenen westdeutschen Versicherungen zur Kenntnis genommen, nach denen man nicht die chinesische Karte spielen wolle und nicht beabsichtige, Waffen an China zu liefern.[45] Die

43 Mit Schreiben an UNO-Generalsekretär Waldheim vom 25. September 1979 führte die UdSSR in die UNO-Generalversammlung einen Resolutionsentwurf mit dem Titel: „Inadmissibility of the policy of hegemonism in international relations" ein. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1979, S. 146 f.
Am 12. November 1979 erläuterte Referat 230, dieser Resolutionsentwurf sei „in charakteristischer Weise einseitig auf Frieden, Entspannung und internationale Sicherheit konzentriert. Nach typischer sowjetischer Auffassung hebt er auch nur die souveräne Gleichheit der Staaten als Grundprinzip hervor. Seine Formulierungen sind jedoch generell gehalten, und er ist offenkundig auf Konsensus angelegt. Die Chinesen hatten sich der sowjetischen Initiative von vornherein widersetzt" und einen eigenen Resolutionsentwurf vorgelegt: „Der chinesische Text wendet sich unmittelbar gegen den ‚globalen Hegemonismus' und kritisiert in erster Linie die Supermächte. Der Text ist ein kaum verhüllter Angriff gegen die SU. Die Polemik gegen die sowjetische Indochinapolitik ist unverkennbar. Mit der ‚imposition of ‚limited sovereignty' upon other states' wird offen die Breschnew-Doktrin angegriffen." Vgl. VS-Bd. 13166 (213); B 150, Aktenkopien 1979.

44 Vgl. dazu die Verhandlungen über die Lieferung der Panzerabwehrraketen „Hot" und „Milan" aus deutsch-französischer Koproduktion durch Frankreich an die Volksrepublik China; Dok. 271.

45 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 7. Mai 1978 in Hamburg; AAPD 1978, I, Dok. 143.
Vgl. dazu auch das Schreiben von Schmidt an Breschnew vom 14. Februar 1979; Dok. 40.

sowjetische Seite hoffe, daß die BRD sich auch in Zukunft an diese Linie halten werde und auch nach dem Besuch von Hua keine Schritte unternehmen werde, die von negativer Wirkung auf die Entwicklung westdeutsch-sowjetischen Verhältnisses sein könnten und die gegen die Erhaltung des Friedens und der internationalen Entspannung gerichtet seien.

Er spüre in der Einschätzung, die er hier im Auftrag der sowjetischen Führung zum Ausdruck bringe, und in den Ausführungen des Bundesministers einen Unterschied. Er sei der Meinung, daß es nicht schädlich sei, die gegenseitigen Positionen zu kennen, dann könnten alle Seiten ihre Handlungen abwägen und so die Linie verfolgen, die der Sicherung des Friedens und der internationalen Sicherheit diene.

Bundesminister: Er wisse es zu schätzen, daß eine derartige Einschätzung nicht vor dem Besuch erfolgt sei. Er sei sich aber bewußt, daß der Besuch noch andauere und daß der chinesische Ministerpräsident sich noch als unser Gast in unserem Land befände, und daß der Zeitpunkt nicht geeignet erscheine, in eine Wiedergabe unserer Einschätzung der chinesischen Politik und der chinesischen Absichten einzutreten. Deshalb wolle er nur einige allgemeine Bemerkungen machen. Die Bundesrepublik Deutschland sei sich ihrer Verantwortung bewußt, sie habe eine klare Politik, die bekannt sei. Dazu gehöre, daß sie ihr Verhältnis zu allen Staaten in der Welt in eigener Verantwortung gestalte und nicht geneigt sei, von anderer Seite eine Beeinflussung entgegenzunehmen. Dies sei unsere Meinung von der Souveränität unseres Landes. Die Bundesregierung sei nicht bereit, sich in ihrem Verhältnis zu dritten Ländern beeinflussen zu lassen, wohl aber wisse sie, einen derartigen Versuch zu bewerten. Die Position der Bundesregierung sei klar. Sie sei sich der Verantwortung und ihrer sich aus Verträgen ergebenden Verpflichtungen bewußt, dies beeinträchtige nicht das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu dritten Ländern und auch nicht zu China.

Er wiederhole, daß die Bundesregierung es begrüße, wenn die Sowjetunion und die VR China in der Lage sein sollten, ihre Meinungsunterschiede abzubauen. Die Bundesregierung würde dies als einen Fortschritt betrachten, weil sie sich nichts von einer gegensätzlichen und von Mißtrauen getragenen Politik dieser beiden bedeutenden Länder verspreche. Semjonow kenne die öffentlichen Erklärungen zu unserer Politik, und sie müßten ernstgenommen werden.

Semjonow: Er habe verstanden, was Bundesminister zum Ausdruck gebracht habe. Die Sowjetunion sei jedenfalls kein kleiner Staat. Die sowjetische Seite habe es für zweckmäßig erachtet, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Dies sei ihre Wertung gewesen. Die Sowjetunion sei Nachbar der VR China. Er habe sagen wollen, daß die Sowjetunion ein bestimmtes Verhältnis zur BRD habe, das sie in Rechnung stelle. Es könne nicht die Rede von einer Beeinflussung sein, sondern es handele sich um gegenseitige Informationen.

Bundesminister: So wolle auch er verstanden werden. Er danke für die Erläuterung und habe sie so verstanden, wie Semjonow sie gesagt habe.

Abschließend einigten sich die beiden Gesprächspartner darüber, daß von seiten des Auswärtigen Amts eine kurze Mitteilung über dieses Gespräch an die Öffentlichkeit ergehen solle. Des weiteren wurde ein erneutes Treffen in Aus-

sicht genommen.[46] Bundesminister bat Semjonow, Außenminister Gromyko seinen Gruß zu übermitteln.

Dauer des Gesprächs: 2 1/2 Stunden.

VS-Bd. 14078 (010)

310

Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-3594/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 26. Oktober 1979, 13.31 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 664 **Ankunft: 26. Oktober 1979, 13.52 Uhr**

Betr.: MBFR;
hier: Gespräch mit Botschafter Tarassow am 25.10.79

Zur Information

I. Das erste bilaterale Gespräch der laufenden Runde[2] mit Tarassow am 25.10.79 brachte keine Fortschritte. Tarassow kam auf die TNF-Modernisierung zu sprechen und zog den westlichen Willen, zu einem MBFR-Abkommen zu gelangen, in Zweifel. Breschnews Rede[3] sei wohl nicht so sehr an die Adresse der Wiener Verhandlungen gerichtet gewesen und könne als Ausdruck einer gewissen Unzufriedenheit Breschnews mit den Wiener Verhandlungen gelten. Tarassow erkundigte sich nach den Chancen, in den MBFR-Verhandlungen eine mehrmonatige Denkpause zu vereinbaren. Er regte an, die Verhandlungen auf die Ausarbeitung eines Abkommenstextes zu konzentrieren, der eine Dateneinigung und den Umfang von Reduzierungen offenlasse und erst nach Klärung dieser beiden Punkte verabschiedet zu werden brauche. Bei der Erkundigung nach dem Stand der westlichen Vorlage für AM[4] betonte Tarassow, daß CBMs nur im KSZE-Rahmen verhandlungsfähig seien. Eine Sonderabsprache zwischen MBFR-Staaten über die Verbindlichmachung von KSZE-CBMs sei seiner Auffassung nach möglich.

II. Im einzelnen:

1) Tarassow schnitt sofort die in der Bundesrepublik stattfindende öffentliche Diskussion über die TNF-Modernisierung an und meinte, er habe Verständnis

46 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 6. November 1979 vgl. Dok. 320.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Heyken am 29. Oktober 1979 vorgelegen.

2 Die 19. Runde der MBFR-Verhandlungen begann am 27. September 1979.

3 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

4 Associated Measures.
Zur Frage von begleitenden Maßnahmen bei MBFR vgl. Dok. 294.

für die schwierige Lage, in der sich die Bundesrepublik befinde. Dabei wollte er mich darauf festlegen, daß die Bundesregierung bereits eine TNF-Modernisierungsentscheidung getroffen habe. Ich erklärte ihm, daß es sich bei der sowjetischen Dislozierung der SS-20 und der „Backfire" um einen qualitativ neuen Schritt gehandelt habe, auf den der Westen reagieren müsse. Ich widerlegte Breschnews Darlegungen vom 6.10.79 über den zahlenmäßigen Rückgang sowjetischer MRBMs. Die Entscheidung über die Modernisierung, die im Westen nur im Bündnis getroffen werde, liege noch nicht vor. Auf Tarassows Einwand, der Westen habe die Anzahl seiner TNFs im Reduzierungsgebiet in den 70er Jahren erhöht, antwortete ich ihm, daß seit Dezember 1975 keine Erhöhung stattgefunden habe und daß es im westlichen Reduzierungsgebiet bisher keine MRBMs gebe.

2) Tarassow zog das westliche Interesse an einem MBFR-Ergebnis in Zweifel. Wir seien an MBFR nur interessiert gewesen, um einseitige amerikanische Truppenreduzierungen zu verhindern. Diese Eventualität sei jetzt nicht mehr aktuell, und deshalb gingen die Verhandlungen nicht voran. Ich antwortete, daß die Auswirkung von MBFR auf die amerikanische Truppenpräsenz in Europa nur eine Nebenwirkung von MBFR gewesen sei. Das Stocken der Verhandlungen liege an der ungelösten Datenfrage. Ich müsse mich wundern, wenn ein Mann wie Falin das MBFR-Datenproblem mit dem von SALT gleichsetze (vgl. DB Moskau Nr. 3906 vom 11.10.79[5]), wo doch die SALT-Daten durch Satelliten feststellbar seien, während bei MBFR eine Dateneinigung nur durch Kooperation möglich sei. Tarassow kam auf die bekannte östliche Beschwerde über Zuwachssprünge bei westlichen Datenschätzungen zurück.

3) Als Tarassow die Breschnew-Rede vom 6.10.79 lobte, wies ich ihn darauf hin, daß der Osten inzwischen dreimal Folgerungen aus der Rede für unsere Verhandlungen gezogen habe (Rückzug von vollen 20 000 Mann lediglich Landstreitkräfte aus dem gesamten Reduzierungsgebiet), die aus der Breschnew-Rede selbst nicht zu entnehmen seien. Tarassow gab das zu mit dem Bemerken, er habe noch keine Instruktionen zur Erläuterung der Rede. Sie sei wohl nicht so sehr an die Adresse der Wiener Verhandlungen gerichtet gewesen und könne als Ausdruck einer gewissen Unzufriedenheit Breschnews mit den Wiener Verhandlungen gelten.

4) Tarassow erkundigte sich nach den Chancen für eine mehrmonatige Denkpause in den Verhandlungen, die vom Westen zur Vorbereitung eines Gegenvorschlags benutzt werden könne. Ich sagte ihm, daß Bonn nicht an eine Denkpause denke, sondern an Fortschritt in den Verhandlungen interessiert sei und

[5] Botschafter Wieck, Moskau, berichtete über ein Informationsgespräch des stellvertretenden Regierungssprechers Grünewald, der sich auf Einladung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS in der UdSSR aufhielt, mit dem Leiter der Informationsabteilung des ZK der KPdSU, Falin, am 19. Oktober 1979. Darin habe Falin zu MBFR ausgeführt: „Es sei der SU unverständlich, warum der Westen in Wien die Frage der Daten immer wieder in den Vordergrund stelle. Schließlich habe man auch die westlichen Daten nicht angezweifelt. Im übrigen seien schon bei SALT die nationalen Mittel der Verifikation anerkannt worden. Wie komme es, daß man die Daten, die bei SALT II in amerikanischer und sowjetischer Botschaft ausgetauscht wurden, nicht anzweifelte und in der Hofburg sowjetische Daten für falsch erklärt? Noch sei Zeit, bei MBFR ohne Gesichtsverlust auf beiden Seiten zu einer Einigung zu kommen. Aber auch hier frage man sich auf sowjetischer Seite, was wohl hinter der ablehnenden westlichen Haltung stehe." Vgl. Referat 221, Bd. 116937.

daran arbeite. Eine Denkpause, in der nur eine Seite Vorschläge ausarbeiten solle, komme schon gar nicht in Betracht.

5) Tarassow regte an, daß sich die Verhandlungen auf die Ausarbeitung eines Abkommenstextes konzentrieren sollten, der die Daten und den Umfang der Reduzierungen offenlasse. Verabschieden könne man den ganzen Text dann, wenn man eine Dateneinigung erreicht und den Umfang der Reduzierungen festgelegt habe. Dieses Verfahren habe den Vorteil, den ohnehin mißtrauischen sowjetischen Militärs vor Augen zu führen, zu welchem Zweck dann noch weitere Daten benötigt würden. Ich bezeichnete den Gedanken (der nicht neu ist) als interessant, fügte aber hinzu, daß man der öffentlichen Meinung heute reine Absichtserklärungen nach der Art des Kommuniqués vom Juni 1973[6] nicht mehr zumuten könne. Tatsächliche Reduzierungen sowjetischer und amerikanischer Truppen im Verhältnis 2:1 seien erforderlich und von Moskau beim Gipfel vom Juni 1979[7] auch als möglich bezeichnet worden. Tarassow schwieg dazu.

6) Tarassow erinnerte an die Vorlage der westlichen Vorschläge über AM, die sich allerdings auf die Reduzierungen zu beschränken hätten. Er legte großen Wert auf die Feststellung, daß vertrauensbildende Maßnahmen wieder nur im KSZE-Rahmen behandelt werden könnten, da der Teilnehmerkreis dort größer als bei MBFR sei. Was die Verbindlichkeit der KSZE-Regeln betreffe, sei die Unterschrift der Regierungschefs der Partnerländer gewichtig genug. Die Möglichkeit einer gesonderten Verbindlichmachung der CBMs zwischen den MBFR-Teilnehmerstaaten schließe er aber nicht aus.

[gez.] Jung

VS-Bd. 11449 (221)

6 Für den Wortlaut des Schlußkommuniqués der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu auch AAPD 1973, II, Dok. 207.

7 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

311

Ministerialdirektor Lautenschlager an Botschafter Herbst, Paris

422-411.10 FRA-588/79 VS-vertraulich **29. Oktober 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 526

Für Botschafter o.V.i.A.

Betr.: Rüstungskooperation;
hier: Kampfpanzer[2]

1) In Anbetracht fortschreitender Expertengespräche über die Zusammenarbeit beim Panzerprojekt halten wir es für angezeigt, die französische Seite an die Beantwortung der durch Sie am 15.3.1979 durchgeführten Demarche[3] zu erinnern.

Bei den Gesprächen der Experten werden ständig Detailkenntnisse weitergegeben. Es besteht deshalb Grund zu der Annahme, daß F Antwort hinauszögert, um durch Fortschritte bei den Technikergesprächen u.U. vollendete Tatsachen zu schaffen. Die für uns wichtige Exportfrage sollte daher nicht länger hinausgezögert werden.

Sie werden daher gebeten, an hoher Stelle im AM Angelegenheit in Erinnerung zu bringen. Dabei können Sie durchblicken lassen, daß eine zufriedenstellende Regelung der Exportfrage für uns wesentlich ist für den weiteren Fortgang der Gespräche. Bericht über Ergebnis Ihrer Vorsprache erbeten.

2) BM Apel hatte dem französischen Verteidigungsminister Bourges am 18./19. April 1979[4] zu diesem Thema erklärt, die Lösung dieser Problematik sei eilig, weil ansonsten die Gefahr bestehe, daß Kooperationen aufgrund ungelöster oder unlösbarer Exportprobleme unterbrochen oder gar abgebrochen werden müßten. BM Apel hatte sodann eine Regelung entsprechend der von Ihnen am 15.3.79 durchgeführten Demarche vorgeschlagen.

Die Frage wurde beim Treffen Apel–Bourges am 17.10.1979 erneut angeschnitten.[5] Dabei wiederholte BM Apel seine Auffassung, daß ohne eine Klärung der

[1] Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Bosch konzipiert.

[2] Zur deutsch-französischen Kooperation bei der Entwicklung eines Kampfpanzers vgl. Dok. 72.

[3] Zum Gespräch des Botschafters Herbst, Paris, mit dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Soutou, am 15. März 1979 vgl. Dok. 72, Anm. 9.

[4] Zum Gespräch des Bundesministers Apel mit dem französischen Verteidigungsminister Bourges vgl. Dok. 72, Anm. 8.

[5] Am 16./17. Oktober 1979 legte Bundesminister Apel dem französischen Verteidigungsminister Bourges dar, daß „ohne eine Klärung der Exportproblematik eine erfolgreiche Kooperation nicht möglich sei". Er bat, „der Quai d'Orsay solle möglichst bald auf die Demarche des Auswärtigen Amts Antwort geben". Bourges führte daraufhin aus, daß seiner Auffassung nach „die Exportvereinbarung aus dem Jahre 1972 noch Gültigkeit habe; dies solle so bleiben. [...] Falls die Bundesrepublik Deutschland das Abkommen ändern wolle, müsse sie die Initiative ergreifen. Seine Meinung zur Exportfrage sei, daß jeder Partner die politische Verantwortung seiner Exporte allein zu tragen habe, andernfalls würde dies sonst eine Quelle ständiger Probleme sein. Für ihn seien drei Punkte wich-

Exportproblematik eine erfolgreiche Kooperation nicht möglich sei, und bat Minister Bourges, der Quai d'Orsay solle möglichst bald auf unsere Demarche vom 15.3.1979 antworten. Minister Bourges sprach von einer Belastung der Zusammenarbeit durch unsere Demarche, wobei er offenbar dem Irrtum unterlag, wir wollten von der Regierungsvereinbarung von 1972 abweichen. Wir wollen indessen diese Vereinbarung als Grundlage auch für künftige Kooperationsprojekte beibehalten, jedoch im Falle des Kampfpanzers von der in Art. 5 ausdrücklich vorgesehenen Ausnahmeregelung Gebrauch machen.[6] Dies sollte bei der erneuten Vorsprache im Quai ausdrücklich gesagt werden.[7]

3) Vermerk über Gespräch Apel–Bourges vom 17.10.79 folgt mit Kurier.

Lautenschlager[8]

VS-Bd. 9521 (422)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1584

tig: 1) die Verpflichtung zur Zulieferung, 2) die Verpflichtung zur vollen gegenseitigen Information, 3) kein Einbau von Vetomechanismen in Exportvereinbarungen." Vgl. die Aufzeichnung aus dem Büro des Staatssekretärs Schnell, Bundesministerium der Verteidigung, vom 17. Oktober 1979; VS-Bd. 9521 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

6 Für Artikel 5 der deutsch-französischen Regierungsvereinbarung über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial in dritte Länder vgl. Dok. 72, Anm. 4.

7 Am 6. November 1979 berichtete Botschafter Herbst, Paris, über ein Gespräch mit dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, de Leusse, vom selben Tag. Dabei habe er klargestellt, daß es der Bundesrepublik „nicht darum gehe, die Vereinbarung von 1972 aufzuheben", sondern darum, „gemäß Art. 5 zu einer Ausnahmeregelung für den Kampfpanzer zu gelangen". De Leusse habe „eine gewisse Skepsis" deutlich werden lassen: „Einmal sei der Rüstungsexport ein nicht unwichtiges Instrument der französischen Außenpolitik. Zum zweiten sehe man in Paris den Kampfpanzer stark unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten [...]. Zum dritten sei es wegen der Unvorhersehbarkeit der weltpolitischen Lage schwer, wenn nicht unmöglich, wirklich brauchbare Exportabsprachen für die neunziger Jahre zu formulieren." Herbst habe demgegenüber die „innenpolitischen Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland, die eine rechtzeitige Regelung der Exportfrage nötig machen, ebenso betont wie die allgemeinen politischen Vorteile, die beiden Ländern aus einer solchen Regelung erwachsen könnten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 3431; VS-Bd. 10500 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

8 Paraphe vom 30. Oktober 1979.

312

Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter

VS-vertraulich **30. Oktober 1979**[1]

Vermerk über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Carter am 30. Oktober 1979 von 20.15 bis 20.30 Uhr

Amerikanische Innenpolitik

Bundeskanzler fragt nach der innenpolitischen Situation in den USA.

Carter: Seine Regierung mache Fortschritte, besonders im Hinblick auf das Energieprogramm[2]. Das amerikanische Volk sei aufgewacht und beginne das Problem zu erfassen. Die Bevölkerung übe Druck auf den Kongreß aus. Er sei überzeugt, daß die Regierung im Energiebereich erfolgreich sein werde (that we can make it).

Allianzfragen

Bundeskanzler äußert seine Befriedigung über die gute Zusammenarbeit mit den USA und über die Führungsrolle der Administration im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Entscheidungen über LRTNF-Modernisierung und LRTNF-Rüstungskontrollangebot.

Carter beglückwünscht den Bundeskanzler zu der geschlossenen Haltung der Bundesregierung in diesen Fragen.

Bundeskanzler bestätigt, innerhalb der Bundesregierung gebe es hier keinerlei Probleme. Bundeskanzler berichtet sodann über die Kontakte mit belgischen Politikern und mit Regierungsmitgliedern[3] sowie mit der italienischen Regierung und mit italienischen Parteien[4]. Er rechne zuversichtlich mit einer positiven italienischen Entscheidung.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 31. Oktober 1979 gefertigt und von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 2. November 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz handschriftlich: „Beigefügt übersende ich zur persönlichen Unterrichtung des Bundesministers 1) Doppel eines Vermerks über ein Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Carter vom 30. Oktober, 2) Doppel eines Schreibens von Präsident Carter an den Bundeskanzler, das hier am 2.11. von der US-Botschaft übergeben wurde. Bundeskanzler hat den Vermerk noch nicht gebilligt."
Hat Wallau am 2. November 1979 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 3. November 1979 vorgelegen.
Hat Staatssekretär van Well am 5. November 1979 vorgelegen. Vgl. das handschriftliche Begleitschreiben; VS-Bd. 14078 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Zum Energieprogramm der amerikanischen Regierung vgl. Dok. 182, Anm. 9.

3 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem belgischen Außenminister Simonet am 17. September 1979 vgl. Dok. 269, Anm. 4.
Vgl. dazu auch das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Simonet am 17. September 1979; Dok. 269.

4 Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Pertini am 19. September und mit Ministerpräsident Cossiga am 9. Oktober 1979; Dok. 272 und Dok. 288.
Vgl. dazu ebenfalls das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den italienischen Außenminister Malfatti am 18. September 1979; Dok. 270.

Problematisch sei Holland. Dies gehe auch aus dem Brief von David Aaron hervor.[5]

Er wolle anregen, daß die Administration darüber nachdenkt, ob nicht die Reduzierung von 1000 Sprengköpfen innerhalb der nächsten 14 Tage[6] möglicherweise im Zusammenhang mit der NPG[7] öffentlich angekündigt werden soll.

Carter: Vance, Brzezinski und Brown zögen es vor, die Reduzierung der 1000 Sprengköpfe solle eine NATO-Entscheidung und nicht eine nationale Entscheidung der USA sein. Auf jeden Fall solle man an der vorgesehenen Zahl von 572 Sprengköpfen für LRTNF-Modernisierung festhalten.

Die Ankündigung habe mehr Gewicht, wenn sie aufgrund einer NATO-Entscheidung der Verteidigungs- und Außenminister im Dezember erfolge.[8]

Bundeskanzler: Er habe eine Präferenz für die Bekanntgabe vor Dezember. Dies könne geschehen durch die Veröffentlichung anläßlich des NPG-Treffens Mitte November oder durch eine einseitige Erklärung des amerikanischen Präsidenten.

Carter: Man könne daran denken, daß der Präsident die Absicht, 1000 Sprengköpfe zu reduzieren, den Staats- und Regierungschefs der Verbündeten mitteilt. Dann werde diese Tatsache schon in die Öffentlichkeit dringen (leak).

Bundeskanzler: Die Ankündigung der Absicht, 1000 Sprengköpfe zu reduzieren, werde einmal im westlichen Lager den Druck nach Entgegenkommen in

5 Zur Stimmungslage im niederländischen Parlament bezüglich einer TNF-Modernisierung der NATO vgl. Dok. 253, Anm. 5.
Am 26. Oktober 1979 unterrichtete der stellvertretende Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Aaron, Bundesminister Genscher über seine Gespräche mit dem niederländischen Verteidigungsminister Scholten in Den Haag: „In those talks, my objective was to meet Dutch political requirements – which center on reducing NATO's dependence on nuclear weapons – by exploring the possibility of a unilateral NATO reduction of 1000 warheads in connection with the decision to deploy the 572 LRTNF called for by the HLG report. Such a net reduction would underscore the seriousness of the NATO LRTNF arms control approach and provide an impetus to the MBFR negotiations by facilitating a simplified Western proposal. The Dutch response was to stress their own proposal: NATO should decide to deploy only a half of the 572 LRTNF weapons called for by the HLG. There would be negotiations with the USSR to reduce that number further. If after three years it was clear that the USSR was not negotiating in good faith, the Alliance would decide to deploy the remainder of the 572. [...] I made clear their approach was not acceptable to the United States. If the Dutch wanted reductions in nuclear weapons, it would have to be in the overall stockpile and not in the LRTNF program. [...] I understand that Minister Scholten will now approach several Allied governments to present the Dutch ideas. [...] It would be most helpful if you could make clear to the Dutch that tampering with the HLG/SG program is unacceptable and turn them toward the overall stockpile reduction idea." Vgl. den Drahterlaß Nr. 5394 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann vom 29. Oktober 1979 an die Botschaften in Washington und Den Haag sowie an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel; VS-Bd. 10550 (220); B 150, Aktenkopien 1979.
Ministerialdirigent Dröge führte dazu am 30. Oktober 1979 für Staatssekretär van Well aus: „Mit diesen völlig überraschenden neuen Vorstellungen Scholtens, der im übrigen auch von einem formalen Junktim zwischen der Voraus-Ratifizierung von SALT II und den Dezember-Entscheidungen des Bündnisses ausgeht, übernimmt erstmals die niederländische Regierung selbst Ideen, welche die Substanz der vorgesehenen LRTNF-Modernisierung in Frage stellen. [...] Dieses Infragestellen der gemeinschaftlich erarbeiteten Ergebnisse von HLG und SG zu später Stunde ist eine ernste Entwicklung." Vgl. VS-Bd. 10550 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

6 Zum Vorschlag der amerikanischen Regierung über einen Abzug von Kernsprengköpfen vgl. Dok. 303.

7 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 13./14. November 1979 in Den Haag vgl. Dok. 328 und Dok. 329.

8 Vgl. dazu die gemeinsame Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

anderen Bereichen – z. B. der Verringerung des Modernisierungsprogramms – abbauen. Ferner würde es weltweit positiv wirken, wenn nicht nur die Sowjetunion einseitige Schritte ankündigt.[9]

Carter: Er werde eine entsprechende persönliche Botschaft an die Staats- und Regierungschefs richten. Gleichzeitig werde er dafür eintreten, daß die 572 Sprengköpfe nicht reduziert werden sollen.

Bundeskanzler stimmt zu. Neben der Mitteilung des Präsidenten an die anderen Regierungschefs solle der amerikanische Verteidigungsminister Brown bei der NPG-Tagung hierüber mit seinen Kollegen sprechen.

Brief Breschnews[10]

Bundeskanzler: Innerhalb des Bündnisses fänden Konsultationen über die Breschnew-Briefe statt.[11] Die Bundesregierung wäre dafür, daß die Briefe innerhalb der nächsten drei Wochen beantwortet werden. Wir würden unsere Antwort gerne vor den Konsultationen mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko[12] absenden.

Carter fragt, ob der deutsche und der amerikanische Antwortentwurf ausgetauscht werden sollen.

Bundeskanzler: Er sei vor allem für schnelle Abstimmung in Brüssel.

Carter: Er werde dem Bundeskanzler den amerikanischen Text mitteilen. Die Konsultationen mit der Bundesregierung sollten über Brüssel geführt werden.

Reise Brzezinskis

Bundeskanzler: Er habe gehört, daß Brzezinski Ende November nach Europa kommen werde. Er hoffe, ihn bei dieser Gelegenheit zu sehen.

Carter: Brzezinski sei jetzt auf dem Wege nach Algerien.[13] Er werde ihn gerne unterrichten.

Besuch von MP Hua Guofeng[14]

Bundeskanzler berichtet über den Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten. Hua Guofeng habe in den fast neunstündigen Gesprächen einen tiefen Eindruck gemacht und durch sein ausgewogenes Urteil und seine erstaunlich umfangreichen Kenntnisse über die komplexen Probleme der Weltpolitik. Hua Guofeng habe nicht von der Unvermeidbarkeit des Dritten Weltkrieges gesprochen. Er habe vielmehr gute Argumente vorgetragen, daß die Sowjetunion kein Interesse an einem Zweifrontenkrieg haben könne und daß er daher keine Kriegsgefahr für das nächste Jahrzehnt voraussehe.

9 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 287 und Dok. 296.

10 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 11. Oktober 1979 an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 309, Anm. 25.

11 Zu weiteren Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, an die Regierungen von NATO-Mitgliedstaaten und zu deren Erörterung im Politischen Ausschuß der NATO auf Gesandtenebene vgl. Dok. 309, Anm. 26.

12 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 341–344.

13 Der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Brzezinski, traf am 1. November 1979 in Algier Ministerpräsident Bazargan.

14 Ministerpräsident Hua Guofeng besuchte vom 21. bis 28. Oktober die Bundesrepublik. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt am 22./23. Oktober 1979 vgl. Dok. 301 und Dok. 305.

Carter: Mondale, Brzezinski und Vance[15] seien ebenfalls von ihren Gesprächen mit Hua Guofeng sehr beeindruckt gewesen. Er werde Anfang 1980 zu Gesprächen nach Washington kommen.

Bundeskanzler: Unter den Krisengebieten in der Dritten Welt habe Huas größte Besorgnis der Entwicklung im Nahen Osten gegolten.

Carter: Dies sei auch die größte amerikanische Sorge.

SALT II[16]

Bundeskanzler fragt nach dem Stand der Ratifikation.

Carter: Die Lage sei schwierig. Byrd habe endlich seine Erklärung abgegeben.[17] Sie bemühten sich beide, die Senatoren einzeln zu bearbeiten. Die allgemeine Debatte über SALT II werde jedoch nicht vor Thanksgiving (22. November) beginnen. Zunächst sollten die Energievorhaben erörtert werden.

Das öffentliche Interesse für SALT II nehme zu. Moynihan versuche, den Rahmen für SALT III einzuengen. Nunn konzentriere sich auf stärkere Verteidigungsanstrengungen.

Auf Fragen des Bundeskanzlers führte Carter aus, die Debatte könne sich bis über Weihnachten hinziehen. Es sei nicht gelungen, eine Einigung über die Beschränkung der Debattenzeit zu erzielen. Die Beratungen im Auswärtigen Ausschuß des Senats seien dagegen erfolgreich verlaufen. Es sei der Administration gelungen, Abänderungsanträge abzuwehren.

Bundeskanzler wünschte guten Erfolg. Er habe sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Ratifizierung von SALT II eingesetzt. Er glaube, daß weitere Bemühungen von seiner Seite eher zu viel des Guten sein würden (overkill).

Carter wiederholte, die Lage sei schwierig.

Wenn in kritischen Momenten erneut die Hilfe des Bundeskanzlers nötig werde, werde er sich melden.

VS-Bd. 14078 (010)

15 Der amerikanische Außenminister Vance traf während seines Aufenthaltes vom 20. bis 26. August 1977 in der Volksrepublik China mit Ministerpräsident Hua Guofeng zusammen.

16 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

17 Zur Frage der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 306. Am 25. Oktober 1979 berichtete Botschafter von Staden, Washington, der amerikanische Senator und „Mehrheitsführer" im Senat, Byrd, habe auf einer Pressekonferenz am selben Tag „seine seit längerem erwartete Erklärung zu SALT II" abgegeben, in der er sich für eine Ratifizierung des Vertrags ausgesprochen habe: „Byrd sprach sich gegen amendments aus, die Neuverhandlungen mit Sowjets notwendig machen würden. Er hielt aber gewissen Klarstellungen zur Geltungsdauer des Protokolls, der Nichtumgehungsklausel, ‚Backfire' und Verifikation für notwendig." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3815, Referat 220, Bd. 116909.

313

Staatssekretär van Well an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel

220-371.80-1835/79 geheim **30. Oktober 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 5485 Plurez **Aufgabe: 31. Oktober 1979, 20.10 Uhr**
Citissime

Betr.: Sitzung der Ständigen Vertreter am 6.11.1979;
hier: Diskussion des integrierten Entscheidungsdokuments[2]

I. Es wird gebeten, am 6.11.1979 bei der Diskussion des integrierten Entscheidungsdokumentes durch die Ständigen Vertreter wie folgt Stellung zu nehmen:

1) Bei dem integrierten Entscheidungsdokument handelt es sich zusammen mit den Berichten der Special Group[3] und der High Level Group[4] um eine solide Grundlage für die anstehenden verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Beschlüsse des Bündnisses.

2) Das integrierte Papier hält sich unseren Wünschen entsprechend in der sprachlichen Form und dem Inhalt nach sehr eng an die beiden Berichte. Es stellt eine ausgewogene Zusammenfassung der wesentlichen Bestandteile dieser beiden Berichte dar. Darüber hinaus ist – was auch einem deutschen Anliegen entspricht – von der vollen Fortgeltung der Berichte der High Level Group und der Special Group auszugehen. Dies ist wichtig, da die beiden Berichte im Konsens zur Vorlage an die Regierungen verabschiedet wurden und daher die maßgebliche Basis für die Entscheidungsvorbereitung im Bündnis darstellen.

3) Die Bundesregierung hat dem integrierten Entscheidungsdokument zusammen mit den beiden Berichten der High Level Group und der Special Group in-

[1] Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Vortragenden Legationsrat Roßbach konzipiert und vom Bundesministerium der Verteidigung mitgezeichnet.
Hat Botschafter Ruth am 30. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Staatssekretär van Well am 31. Oktober 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat Kischlat und Legationsrat I. Klasse Mützelburg verfügte.
Hat Kischlat am 7. und Mützelburg am 9. November 1979 vorgelegen.

[2] Am 17. Oktober 1979 führte Botschafter Ruth aus: „Die Amerikaner haben uns am 16.10.1979 die letzte Fassung des Dokuments übergeben, das den Bündnispartnern als integrierte Entscheidungsgrundlage vorgelegt wird. Das Dokument enthält eine Zusammenfassung des wesentlichen Inhalts der Berichte der High Level Group und der Special Group und benutzt die dort enthaltenen Formulierungen, wo immer möglich. Beide Berichte sind der Entscheidungsgrundlage beigefügt und behalten ungeschmälerte Gültigkeit. In dem Entscheidungsdokument ist daher keine neue Aussage enthalten. Der erste Entwurf dieses Entscheidungsdokuments war uns vor acht Tagen zugegangen. Wir haben diesen Entwurf zusammen mit dem BMVg überarbeitet und, wo erforderlich, den Amerikanern Änderungsvorschläge mitgeteilt. [...] Allen unseren Vorschlägen wurde Rechnung getragen." Vgl. VS-Bd. 11396 (220); B 150, Aktenkopien 1979.
Zum integrierten Entscheidungsdokument vgl. Dok. 321.

[3] Für den „Special Group Report to Ministers. Arms Control Involving Theater Nuclear Forces: Rationale, Objectives and Principles" vom 28. September 1979 vgl. VS-Bd. 11391 (220).

[4] Für den „High Level Group Report on NATO Long-Range Theater Nuclear Force Modernization", den der Vorsitzende der High Level Group der NATO, McGiffert, NATO-Generalsekretär Luns am 28. September 1979 übermittelte, vgl. VS-Bd. 11325 (220).

haltlich voll zugestimmt. Den parlamentarischen Gremien und weitgehend auch der informierten Öffentlichkeit sind die Grundlinien der beiden Berichte bekannt. Wir sind auch deshalb der Auffassung, daß das Dokument, so wie es steht, Beschlußgrundlage der Entscheidung im Dezember sein sollte.

4) Wir möchten an dieser Stelle die große Effizienz des amerikanischen Vorsitzes in beiden Gruppen, die Qualität der Beiträge aller Beteiligten und das hohe Maß an Übereinstimmung unter diesen hervorheben. Wir wollen auch unterstreichen, daß diese Übereinstimmung auf viel gegenseitigem Verständnis beruht, das wir immer wieder füreinander gezeigt haben. Daher sollten wir nunmehr alle Anstrengungen unternehmen, um das einmal Erreichte nicht wieder aufs Spiel zu setzen.

In der Tat sind die im Bündnis anstehenden verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Beschlüsse über ihre unmittelbare sicherheitspolitische Bedeutung hinaus zum Test für die Handlungsfähigkeit und die Kohärenz des Bündnisses geworden. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer solidarischen Entscheidung. Ein erneutes Infragestellen der gemeinsam erarbeiteten Entscheidungsgrundlagen würde die angestrebten Beschlüsse der Allianz in hohem Maße gefährden und damit den Eindruck der Handlungs- und Entscheidungsunfähigkeit erwecken.

5) Die Wichtigkeit der anstehenden parallelen und gleichzeitigen Entscheidungen des Bündnisses und der Entscheidungsgrundlagen hierzu mag auch aus der Heftigkeit und den Mitteln ermessen werden, mit denen der Osten hierauf bereits reagiert hat. Die SU und ihre Verbündeten haben mit der Rede GS Breschnews[5] und seinen inhaltlich damit übereinstimmenden persönlichen Schreiben an die Regierungschefs der Allianzmitglieder[6] eine Kampagne der Beeinflussung begonnen. Durch sie haben die anstehenden Entscheidungen zusätzlich an Publizität gewonnen. Der Osten darf nicht den Eindruck bekommen, daß er

- auf verteidigungs- und rüstungskontrollpolitische Entscheidungen des Bündnisses Einfluß nehmen kann und
- bereits außerhalb der Verhandlungen Erfolge zu erzielen imstande ist, für die er in den Verhandlungen selbst keinen Preis mehr zu entrichten braucht.

Wir sind der Auffassung, daß jede Abschreckung der vorgesehenen Modernisierungsentscheidung in der gegebenen Situation eine entsprechende Schwächung unseres rüstungskontrollpolitischen Vorschlages und unserer Rüstungskontrollposition bedeuten würde.

II. Zum weiteren Procedere kann, falls diese Frage in der Diskussion eine Rolle spielt, gesagt werden:

- Nach unserem Verständnis wird die Nukleare Planungsgruppe in ihrer Sitzung am 13./14.11.[7] den High-Level-Group-Bericht behandeln und bekräfti-

[5] Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

[6] Zu den Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, an Bundeskanzler Schmidt und an die Regierungen weiterer NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 309, Anm. 25 und 26.

[7] Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 13./14. November 1979 in Den Haag vgl. Dok. 328 und Dok. 329.

gen. Sie wird ferner vom Special-Group-Bericht und vom integrierten Entscheidungsdokument Kenntnis nehmen. Die NPG wird keine Entscheidung zur LRTNF-Modernisierung treffen.

- Es ist vorgesehen, daß die Ständigen Vertreter der beteiligten Bündnismitglieder auf ihrer Sitzung am 28.11.1979 auf Weisung ihrer Regierungen das integrierte Entscheidungsdokument im Rahmen ihrer Zuständigkeit abschließend behandeln. Dieses Vorgehen stellt keine Vorwegnahme oder Schmälerung der endgültigen Entscheidung durch die Minister dar.
- Für die aus Anlaß der Ministerratstagung im Dezember zu treffende endgültige Entscheidung der beteiligten Außen- und Verteidigungsminister sind wir mit dem vorgesehenen Termin am 12.12.1979, nachmittags, einverstanden.[8]

III. Nur zur dortigen Unterrichtung wird als Anlage ein Auszug aus einer Drahtweisung an die Botschaft Washington vom 29.10.1979 betr. niederländische Haltung zu den LRTNF-Entscheidungen übermittelt. Daraus ist ersichtlich, daß die Niederlande unter Umständen den dort aufgeführten Änderungsvorschlag machen und damit versuchen werden, den rüstungskontrollpolitischen Ansatz im integrierten Entscheidungsdokument zusätzlich zu verstärken. Obwohl wir uns angesichts der Ausgewogenheit des bisherigen Textes in Den Haag rezeptiv verhalten haben, erscheint uns der niederländische Änderungswunsch letztlich akzeptabel und sollte in Betracht gezogen werden, wenn die Amerikaner einverstanden sind und wenn es den Niederländern damit erleichtert wird, sonst auf Änderungswünsche zu verzichten.

Dagegen sind wir der Auffassung, daß die weitergehenden, die Dislozierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa betreffenden Wünsche, die möglicherweise von den Niederlanden vorgetragen werden, auf jeden Fall zurückgewiesen werden müssen (vgl. DE Nr. 5394 vom 29.10.79, Az.: 201-363.31-2724/79 VS-vertr.).[9] Unsere Anregung, möglichst keine Änderungen des Entscheidungsdokumentes vorzunehmen, soll sicherstellen, daß auch nicht die Türe für solche weitergehenden Anträge geöffnet wird.

van Well[10]

Folgt Anlage

Auszug aus der Drahtweisung an Washington vom 29.10.1979[11]:

„Am 26. Oktober war ich zu einem seit längerem geplanten MBFR-Gespräch mit Herrn van Vloten in Den Haag. Dabei habe ich absprachegemäß unsere Überlegungen zu einem MBFR-Interimsabkommen[12] erläutert.

8 Zur gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.
Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

9 Zum Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann vgl. Dok. 312, Anm. 5.

10 Paraphe vom 31. Oktober 1979.

11 Vgl. den Drahterlaß Nr. 1188 des Botschafters Ruth; VS-Bd. 11325 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

12 Am 25. Oktober 1979 legte Botschafter Ruth Staatssekretär van Well den Vorschlag für ein Interimsabkommen bei MBFR vor und führte dazu aus: „Die Neufassung des Arbeitspapiers beruht auf dem im Lichte der trilateralen deutsch-amerikanisch-britischen MBFR-Konsultationen in London (24.9.79) überarbeiteten Entwurf vom 14.9.79 [...], der den Mitgliedern des Bundessicherheitsrats

Am Rande kamen auch Fragen der LRTNF-Entscheidung zur Sprache, die für die amerikanische Seite von Interesse sein können.

1) Ich habe mit Nachdruck betont, daß es für uns wichtig ist, daß HLG- und SG-Bericht integraler Bestandteil der Entscheidung bleiben. Das bedeute, daß das integrierte Entscheidungsdokument inhaltlich und zum größten Teil auch sprachlich mit diesen beiden Berichten identisch sein solle. Diesem Erfordernis entspreche der vorliegende amerikanische Entwurf für ein integriertes Entscheidungsdokument. U.E. solle auf der Sitzung in Brüssel am 6. November so wenig wie möglich an dem vorliegenden Text geändert werden. Wir würden unsererseits jedenfalls keine Änderungen über den vorliegenden Text hinaus vorschlagen.

2) Van Vloten sprach konkret den Punkt III A 3 im integrierten Dokument an. Er hat folgenden Wortlaut:

‚Success of arms control in constraining the Soviet build up can enhance Alliance security and modify the scale of NATO's TNF modernization requirements. Thus, concrete arms control results could lead to a downward adjustment in the scale of NATO's TNF requirements. However, any achievable arms control outcome involving TNF would not, in the first step, eliminate entirely the Soviet LRTNF threat and the scale of concrete measures aimed at meeting the continuous adamant efforts of the Warsaw Pact will depend in part on the degree of success in achieving effective and balanced limitations on LRTNF of both sides through arms control negotiations.'

Van Vlothen gab in Anlehnung an seine frühere Argumentation zu diesem Punkt zu bedenken, ob der Rüstungskontrollansatz nicht noch verstärkt werden könne. Konkret schlug er vor, den dritten Satz wie folgt zu ergänzen:

‚While arms control efforts should be as ambitious as possible it must be understood that under realistic expectations any achievable arms control outcome involving TNF would not, in the first step eliminate ...'

Ich habe van Vlothen darauf aufmerksam gemacht, daß der von ihm gewünschte Zusatz durch die Ziffern D und E in den Prinzipien des Special-Group-Berichts abgedeckt sei. Dadurch, daß der Special-Group-Bericht Bestandteil der Bündnisentscheidung sei, hielte ich eine solche Ergänzung nicht für erforderlich. Ich erklärte mich jedoch bereit, den Zusatz zu prüfen."

VS-Bd. 11396 (220)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1592

zur Kenntnis gebracht worden war. Entsprechend den in London getroffenen Absprachen [...] haben wir einige Elemente eines in London verteilten amerikanischen Arbeitspapiers zum gleichen Thema [...] eingearbeitet. Im einleitenden Teil unseres Arbeitspapiers ist darüber hinaus der von Breschnew in Ost-Berlin angekündigte einseitige Abzug sowjetischer Truppen aus der DDR berücksichtigt worden. Insgesamt haben wir in Rechnung gestellt, daß eventuelle einseitige amerikanische Maßnahmen problemlos mit dem Konzept eines Interimsergebnisses bei MBFR harmonisiert werden können." Vgl. VS-Bd. 11494 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

314

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher

Geheim **31. Oktober 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Thatcher am 31. Oktober 1979 von 11.15 bis 13.30 Uhr[2]

Weitere Teilnehmer: Clive Whitmore und MD Dr. Ruhfus als Note-taker.

Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten[3]

PM *Thatcher*: MP Hua sei sehr angetan gewesen von den Gesprächen mit dem Bundeskanzler. Er habe seinen Standpunkt über die Unvermeidbarkeit des Krieges[4] erheblich gemäßigt im Vergleich zu dem letzten Gespräch, das sie mit ihm vor einer Reihe von Jahren in China[5] geführt habe.

Bundeskanzler: Hua habe in Bonn gesagt, es werde in den 80er Jahren keinen Krieg geben. Er sei zu diesem Ergebnis aufgrund der Analyse der Gefahren gekommen, die ein Zweifrontenkrieg für die Sowjetunion mit sich bringt. Die chinesische Führung sei sich in dieser Position einig. Hua habe sich auch sehr selbstbewußt im Verhältnis zur Sowjetunion gezeigt.

PM *Thatcher*: Sie habe sich bei ihrem letzten Besuch in China gefragt, ob Hua sich gegenüber Deng Xiaoping behaupten könne. Er habe sich nunmehr offenbar durchgesetzt.

Bei dem langen Gespräch über Rhodesien habe Hua sich in eingefahrenen Gleisen bewegt. Er habe bezweifelt, ob die Frontlinienstaaten[6] Muzorewa akzeptieren würden. Sie habe ihm gesagt, es gehe jetzt nicht mehr um eine Auseinandersetzung zwischen Schwarz und Weiß, sondern vielmehr um einen Kampf zwischen Schwarz und Schwarz. Sie habe versucht, Hua klarzumachen, daß sie freie Wahlen anstrebe und daß das Ergebnis dieser Wahlen akzeptiert werden

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 2. November 1979 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 15. November 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte Zeller: „Der Bundeskanzler bittet, den Herrn Bundesminister, ausschließlich streng persönlich, zu unterrichten."
Hat Wallau am 16. November 1979 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 17. November 1979 vorgelegen.
Hat Wallau am 19. November 1979 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär van Well verfügte.
Hat van Well vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14077 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

[2] Premierministerin Thatcher hielt sich am 31. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 316.

[3] Ministerpräsident Hua Guofeng besuchte vom 21. bis 28. Oktober 1979 die Bundesrepublik und hielt sich anschließend bis 2. November 1979 in Großbritannien auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt am 22./23. Oktober 1979 vgl. Dok. 301 und Dok. 305.

[4] Zur chinesischen These von der Unvermeidbarkeit eines Krieges zwischen den USA und der UdSSR vgl. Dok. 105.

[5] Die Vorsitzende der britischen Conservative and Unionist Party, Thatcher, hielt sich vom 7. bis 13. April 1977 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 97.

[6] Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Tansania.

müsse. Hua unterstütze offenbar Mugabe. Dies sei möglicherweise auch darauf zurückzuführen, daß Nkomo Hilfe von der Sowjetunion erhalte. Sie habe Hua erläutert, welchen Verlust es für den Westen bedeutet, wenn Rhodesien mit seinen Rohstoffen für den Westen verlorengeht.

Lord Carrington habe die Rhodesien-Konferenz[7] bisher meisterhaft geleitet. Über die Verfassung sei Einigkeit erzielt worden. Jetzt stehe die Konferenz vor dem Problem, daß ein Gouverneur ernannt werden solle. Die Ernennung eines Gouverneurs durch die britische Regierung bedeute eine Abweichung von der bisherigen Geschichte Rhodesiens als selfgoverned colony.

Bundeskanzler: Er habe einiges Verständnis dafür, daß die Patriotic Front mehr als zwei Monate benötige, um sich zu etablieren.

PM *Thatcher* bestreitet dies. Die Patriotic Front sei in Rhodesien gut bekannt. Wenn man eine zu lange Frist einräume, würde die Guerillatätigkeit überhand nehmen.

Bundeskanzler: Kaunda habe ihn gebeten, auf PM Thatcher in den beiden Punkten längere Übergangszeit und Auswechseln der Oberbefehlshaber von Truppen und Polizei einzuwirken.[8]

PM *Thatcher*: Der Gouverneur müsse zuverlässige Truppen haben, auf die er sich stützen könne. Wenn die Übergangsfrist länger als zwei Monate dauere, werde die Guerillatätigkeit nicht kontrolliert werden können.

Bundeskanzler fragt, ob Großbritannien genügend Unterstützung vom Westen gefunden habe.

PM *Thatcher*: Offen gestanden: Nein. Westliche Staaten unterstützten des öfteren die stärker, die eine Änderung durch Gewalt wollen als die, die für eine Änderung durch Wahlen eintreten. Großbritannien habe Mugabe und Nkomo gesagt, sie könnten nicht durch Gewaltanwendung gewinnen. Sie müßten sich Wahlen stellen. Kaunda und Nyerere hätten Großbritannien bisher unterstützt. Offenbar hätten sie jetzt Angst, daß sie auf Mugabe und Nkomo sitzenbleiben würden.

Wenn nach freien Wahlen eine stabile Regierung in Rhodesien geschaffen werde, die einen multi-rassischen Staat schaffen werde, könne dies dazu führen, daß Rhodesien helfen könne, durch landwirtschaftliche Produktion und durch die Ausfuhr von Nahrungsmitteln Sambia und Malawi zu helfen und sie von Einfuhren aus Südafrika unabhängiger zu machen.

7 Zur Verfassungskonferenz über Rhodesien in London vgl. Dok. 301, Anm. 5.

8 Botschafter Dufner, Lusaka, berichtete am 20. Oktober 1979 über ein Gespräch mit dem sambischen Präsidenten am Vortag. Zu Rhodesien habe Kaunda Bedenken hinsichtlich der auf der Verfassungskonferenz in London vorgeschlagenen Übergangsregelung vorgetragen: „Britische Vorschläge, daß Wahlen in spätestens zwei Monaten durchgeführt werden sollten und damit Wählerrolle nicht genügend berücksichtigt werden könne, daß ferner General Walls während Interimsperiode weiterhin Oberkommandierender der Streitkräfte bleiben solle, stellten ganz erhebliches Handicap dar." Nach Ansicht Kaundas benötige man „in der jetzt einsetzenden Regenzeit für Wählerregistrierungen, Wahlkampagne und Rückkehr von Auslandsrhodesiern zu den heimatlichen Urnen mehr als drei Monate Zeit". Zudem habe er „erhebliche Zweifel am guten Willen der britischen Regierung" geäußert: „‚Do they really want genuine peace? This was a long and serious war. We want something genuine now. Walls and alike should be removed from the scene'." Kaunda habe „mit Nachdruck" an den Bundeskanzler die Bitte gerichtet, „er möge sich in seinem Sinne bei PM Thatcher verwenden". Vgl. den Drahtbericht Nr. 505, Referat 320, Bd. 125197.

Großbritannien sei sehr zufrieden gewesen mit der Unterstützung der Europäer bei den Gesprächen in Ashford Castle[9]. Auch Vance unterstütze die britische Linie. Großbritannien habe aber Schwierigkeiten mit dem Nachfolger von Young[10], McHenry.

Bundeskanzler empfiehlt PM Thatcher, bei ihrem Besuch in Washington[11] in aller Offenheit mit Präsident Carter über diese Fragen zu sprechen.

Auf Fragen des Bundeskanzlers nach dem voraussichtlichen Ende der Konferenz antwortet PM *Thatcher*, das hänge ab von den Fortschritten in den nächsten Wochen. Sie hoffe auf eine Beendigung noch vor Weihnachten.

PM Thatcher: Muzorewa habe sehr große Konzessionen gemacht. Er habe die Wahlen gewonnen. Jetzt müsse er alle Macht an den Gouverneur abgeben.

Machel wünsche eine baldige Entscheidung und sei daher bereit, auch einer kürzeren Übergangszeit zuzustimmen.

Wenn der Gouverneur ernannt sei, habe Rhodesien nach britischer Verfassung wieder ein legales Regime. Wenn die illegale Aktion beendet sei, habe dies auch Auswirkungen auf die Sanktionen[12], die gerade gegen das illegale Regime verhängt worden seien.

Bundeskanzler: Er habe Hua gesagt, Carrington leiste mit der Rhodesien-Konferenz wichtige Arbeit. Er sei jedoch nicht sicher, ob seine Worte große Wirkung gehabt hätten.

PM *Thatcher*: Hua habe kein Verständnis für das Konzept von Wahlen. Sie werde morgen erneut mit ihm über Rhodesien sprechen. Aber sie müsse auch noch andere wichtige Themen behandeln wie Hongkong und die Flüchtlingsfrage[13].

Bundeskanzler: Die chinesische Führung habe offenbar seit Maos Zeiten eine lange Entwicklung hinter sich gebracht. Hua habe im Zusammenhang mit der Darstellung der von ihm als Selbstverteidigungsaktion genannten Maßnahmen gegen Vietnam[14] eine ausführliche Analyse über mögliche Gegenmaßnahmen der Sowjetunion gegeben. Er sei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Sowjetunion einen Zweifrontenkrieg nicht riskieren werde.

PM *Thatcher*: Die Schwäche von Huas Argumentation habe darin gelegen, daß China erwartet, es werde einen Krieg in Europa geben, wenn die Sowjetunion gegen China vorgeht. Wenn dagegen die Sowjetunion einen Krieg in Europa beginne, werde China nichts tun. Außerdem sei die sowjetische Strategie im

9 Ministerialdirigent Dröge notierte am 23. Oktober 1979 stichwortartig, auf dem informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 20./21. Oktober 1979 sei „Anerkennung für britische Verhandlungsführung bei Londoner Rhodesien-Konferenz" deutlich geworden. Gleichwohl habe es „keine klare Reaktion der Acht auf britische Bitte um Unterstützung für Realisierung britischen Rhodesien-Plans nur mit Muzorewa" gegeben, „falls Konferenz an Haltung P[atriotischer] F[ront] scheitern sollte". Vgl. Referat 200, Bd. 112897.
Zum Treffen auf Ashford Castle vgl. auch Dok. 302, Anm. 16.

10 Zum Rücktritt des amerikanischen UNO-Botschafters Young vgl. Dok. 236, Anm. 37.

11 Premierministerin Thatcher hielt sich vom 17. bis 19. Dezember 1979 in den USA auf.

12 Zu den Sanktionen des UNO-Sicherheitsrats gegen Rhodesien vgl. Dok. 56, Anm. 9.

13 Zu den „Indochina-Flüchtlingen" vgl. Dok. 265, Anm. 6.

14 Zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg vgl. Dok. 100, Anm. 7.

Augenblick darauf gerichtet, am Unterleib Europas – Naher Osten und Afrika – vorzudringen. Das letztere habe Hua verstanden.

Sie habe ihm nachdrücklich die britische Kritik an Pol Pot und seinen Unmenschlichkeiten dargelegt.

Bundeskanzler: Er habe dieses auch getan, aber Heng Samrin sei nicht besser. Wir würden uns an die Linie der ASEAN-Staaten[15] halten.

Bundeskanzler fragt, ob PM Thatcher mit Lee Kuan Yew gesprochen habe.

PM *Thatcher* bejaht. Seine Analyse habe vor allem die beiden Punkte betont: Vietnam habe nach dem Sieg[16] die große Chance gehabt, das Land aufzubauen. Hierzu sei das Regime nicht in der Lage gewesen und habe statt dessen die Nachbarn überfallen.[17] Zum zweiten habe Lee Kuan Yew sie mit seiner Darstellung beeindruckt, daß für viele Menschen in den letzten Jahren Konflikt ein akzeptierter Lebensstil geworden ist, sei es durch Kriege oder Guerillaaktionen.

In Lusaka[18] habe Lee Kuan Yew sich nur auf eine wirtschaftliche Analyse beschränkt. Er habe zu Rhodesien kein Wort gesagt.

Bundeskanzler: Lee Kuan Yew habe wahrscheinlich nicht genügend internationalen Einfluß. Viele neideten ihm seinen wirtschaftlichen Erfolg.

PM *Thatcher*: Wenn man sich den fähigen und dynamischen Lee Kuan Yew als Führer von China vorstelle, würde dies eine große Gefahr für die ganze Welt bedeuten.

Ost-West-Beziehungen und westliche Zusammenarbeit

Bundeskanzler fragt nach der Einschätzung der Rede von Breschnew.[19]

PM *Thatcher*: Breschnew habe ähnlich wie bei der Diskussion über die Neutronenwaffen versucht, die westlichen Verbündeten durch Drohungen einzuschüchtern. Sie habe in Luxemburg klare Stellung bezogen[20], nicht zuletzt deshalb, weil sie erst in vier Jahren vor Neuwahlen stehe und sich deshalb frei äußern könne. Bei der Neutronenwaffe habe Breschnew einige Europäer mit Erfolg eingeschüchtert.

Bundeskanzler widerspricht. Breschnew habe die Auseinandersetzung über die Neutronenwaffe nicht durch die Skandinavier oder andere Europäer gewon-

15 Vgl. dazu die Erklärungen der ASEAN-Mitgliedstaaten vom 13. Januar bzw. 20. Februar 1979; Dok. 15, Anm. 26, und Dok. 50, Anm. 25.

16 Am 30. April 1975 erklärte die Regierung der Republik Vietnam (Südvietnam) die bedingungslose Kapitulation gegenüber der Provisorischen Revolutionsregierung der Republik Südvietnam (PRRSV).

17 Zu den vietnamesischen Militäroperationen in Kambodscha vgl. Dok. 309, Anm. 40.

18 Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten fand vom 1. bis 7. August 1979 in Lusaka statt. Vgl. dazu Dok. 234, Anm. 9.

19 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

20 In der Presse wurde über die Rede der britischen Premierministerin am 18. Oktober 1979 in Luxemburg berichtet, Thatcher habe „den Partnern der Europäischen Gemeinschaft eine ultimative ‚Frist für eine Herabsetzung der britischen Zahlungen zum Gemeinschaftsbudget' gesetzt. Auf dem EG-Gipfel am 29./30. November in Dublin müsse Einvernehmen über die Reform des EG-Haushalts erzielt werden und ‚nicht später' [...]. ‚Großbritannien kann die gegenwärtige Situation nicht akzeptieren. Sie ist nachweisbar ungerecht'." Vgl. den Artikel „Margaret Thatcher setzt der EG eine Frist"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 20. Oktober 1979, S. 1.

nen. Es sei letztlich Präsident Carter gewesen, der unter dem Einfluß von Young in dem entscheidenden Moment zurückgezuckt habe.[21]

PM *Thatcher*: Carter habe gesagt, er brauche Hilfe. Er sei sich aber der Hilfe nicht sicher gewesen.

Bundeskanzler widerspricht. Er berichtet über die abgestimmten Vorbereitungen im Bündnis für die entscheidende Sitzung des NATO-Rats. Die einzelnen Erklärungen einschließlich der Zusammenfassung durch den Generalsekretär[22] seien vorbereitet gewesen. Dann sei der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher völlig überraschend wenige Tage vor der NATO-Ratssitzung nach Hamburg gekommen und habe die Angelegenheit zurückgenommen.[23] Außenminister Vance, Verteidigungsminister Brown und andere seien ebenfalls durch die einsame Entscheidung des Präsidenten überrascht worden. Brzezinski habe später versucht, das Ergebnis den Europäern zuzuschieben.

PM *Thatcher*: Aber es bleibe dabei, daß Breschnew letztlich gewonnen habe.

Bundeskanzler berichtet über die Kontakte mit der italienischen Regierung und mit den italienischen Parteien.[24] Er sei zuversichtlich über eine positive Haltung in Italien. Problematisch seien die Niederlande.[25] Dies könne Auswirkungen haben auf Belgien. Er habe Carter bereits im September gesagt, man solle die Entscheidung beschleunigen. Carter habe dies mit Rücksicht auf die Niederlande nicht getan.

PM *Thatcher*: Sie sei bereit zu helfen. Sie habe daher sofort die eine flight aus der Bundesrepublik zusätzlich akzeptiert.[26]

Sie habe aus den Gesprächen mit Cossiga[27] den gleichen positiven Eindruck gewonnen. Sie verstehe nicht, warum Niederlande und Belgien so widerstrebend seien. Für eine Politik der Abschreckung und der Entspannung brauche man das Gleichgewicht als Grundlage.

Bundeskanzler: Er werde am 9. November mit den Uyl sprechen.[28] Vorher wer-

21 Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Carter vom 7. April 1978; Dok. 13, Anm. 8.

22 Joseph Luns.

23 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher am 31. März 1978 in Hamburg vgl. AAPD 1978, I, Dok. 93.

24 Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Pertini am 19. September und mit Ministerpräsident Cossiga am 9. Oktober 1979; Dok. 272 und Dok. 288.
Vgl. dazu ebenfalls das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den italienischen Außenminister Malfatti am 18. September 1979; Dok. 270.

25 Zur niederländischen Haltung vgl. Dok. 312, Anm. 5.

26 Im Rückblick führte Margaret Thatcher aus: „The deadline which NATO had set itself for achieving a firm decision on the new intermediate-range missiles was the end of that year, 1979. [...] On Wednesday 19 September the small group of ministers which I chaired to consider nuclear policy decided that the UK would accept the basing of our allotted 144 American owned GLCMs. I had received a telephone call from Helmut Schmidt asking if we could accept a further flight of 16 Cruise missiles. The Germans wished to reduce their own number and in order to prevent any further time being lost in argument I immediately agreed to the request." Vgl. THATCHER, Downing Street, S. 241.

27 Premierministerin Thatcher besuchte am 4./5. Oktober 1979 Italien.

28 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Vorsitzenden der PvdA, den Uyl, am 9. November 1979 vgl. Dok. 322, Anm. 3.

de er mit van Agt telefonieren.[29] Er empfehle, Frau Thatcher solle mit van Agt sprechen.

PM *Thatcher*: Sie sei hierzu bereit. Sie habe mit Simonet und Martens gesprochen.[30] Martens werde den Weg von Simonet gehen, aber er sei nicht ganz sicher im Sattel. Wenn die Niederlande eine negative Haltung einnehmen, werde ein Teil der flämischen Gruppe abschwimmen. Sie habe darauf hingewiesen, daß sie mit einer klaren Haltung in Verteidigungsfragen von einer großen Mehrheit der Bevölkerung gewählt worden sei.

Bundeskanzler: Großbritannien nehme hier als Nuklearmacht eine selbstsichere Haltung ein.

PM *Thatcher*: Sie sei bereit zu helfen. Aber Großbritannien könne nicht die Hälfte der modernisierten Systeme übernehmen.

Bundeskanzler: Es könne möglich sein, daß man im Rahmen der Verhandlungen die Systeme etwas reduzieren werde.

PM *Thatcher*: Wenn der Westen reduziere, dann solle man alte Systeme reduzieren und nicht die modernisierten. Die Sowjetunion werde auch die SS-4 und SS-5 reduzieren, nicht dagegen die SS-20.

Bundeskanzler: Es habe zwei Fehler gegeben: Einmal hätten die USA sich darauf eingelassen, daß strategische Systeme nur diejenigen sind, die die Sowjetunion und die USA erreichen. Damit seien die Mittelstreckensysteme und die Systeme mit kurzer Reichweite bei SALT ausgeschieden. Sodann habe die Sowjetunion den Fehler begangen, diese Lücke zu einem systematischen Ausbau der SS-20 zu nutzen. Er habe 1977 auf dieses Problem in dem Vortrag vor dem IISS hingewiesen.[31] Die Einsicht in die Problematik sei langsam herangereift. Dann habe die USA plötzlich die Entscheidung getroffen, die Mittelstreckensysteme zu modernisieren. Die amerikanische Administration habe erwartet, daß Belgien und Niederlande sowie andere Europäer diese neue Linie sofort akzeptieren würden. Er habe etwas Verständnis für die zögernde Haltung der Belgier und Niederländer. Es sei das erste Mal, daß auf ihrem Boden Systeme dislozíert werden sollen, die die Sowjetunion erreichen. In der Vergangenheit habe es derartige Systeme nur bis 1963 in Italien und in der Türkei[32] und auf dem Boden der Nuklearmächte Großbritannien und Frankreich gegeben. Er werde mit den Uyl sprechen, PM Thatcher solle mit van Agt sprechen.

PM *Thatcher* fragt, welche Linie sie einnehmen solle.

29 Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident van Agt am 7. November 1979 vgl. Dok. 322.

30 Ministerpräsident Martens und der belgische Außenminister Simonet hielten sich am 12. September 1979 in Großbritannien auf. Gesandter Boecker, London, teilte am 14. September 1979 mit, diese „erste bilaterale Begegnung" habe vor allem „näherem gegenseitigen Kennenlernen" gedient: „Hauptthema der Gespräche war EG-Budget, wo Frau Thatcher in detaillierter Darstellung um Verständnis für britische Auffassung warb. Weiteres vorrangiges Thema war EWS, wo britische Seite Überlegungen hinsichtlich eventuellen Beitritts noch nicht abgeschlossen hatte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2026; Referat 202, Bd. 115646.

31 Für den Wortlaut des Vortrags von Bundeskanzler Schmidt am 28. Oktober 1977 vor dem International Institute for Strategic Studies in London vgl. BULLETIN 1977, S. 1013–1020.

32 Zum Abzug amerikanischer Mittelstreckenraketen aus der Türkei im Zuge der Beilegung der Kuba-Krise 1963 vgl. Dok. 132, Anm. 20.

Bundeskanzler: Man solle die Regierung möglichst eingehend über die Details der Kräfteverhältnisse unterrichten.

PM *Thatcher*: Dies könne am besten durch eine NATO-Präsentation geschehen. Das britische Kabinett habe vor drei Wochen eine eindrucksvolle Vorführung gehabt.

Bundeskanzler: Die kleineren europäischen Partner seien vielleicht eher daran gewöhnt abzuwarten, wie die Dinge sich entwickeln. Es werde Präsident Carter in den nächsten zwölf Monaten schwerfallen, die Allianz zu einer einheitlichen Haltung zusammenzuführen.

PM *Thatcher*: Die Wahlen in den USA[33] würden leider sehr lange vorbereitet. Es bestehe Gefahr, daß die Sowjetunion diese Periode ausnutzen werde. Sie fragte, was der Bundeskanzler von der Kuba-Affäre[34] halte.

Bundeskanzler: Diese Angelegenheit sei wenig überzeugend gewesen. Wenn man sie zur Krise hochstilisiere, müsse man den Willen haben, sich durchzusetzen. Aber man könne nicht lauthals kritisieren und drei Wochen später erklären, es ist alles nicht so wichtig. Das Krisenmanagement sei schlecht gewesen. Die USA hätten seit langem gewußt, daß sowjetische Truppen auf Kuba stationiert seien.

PM *Thatcher*: Ein bekannter amerikanischer Publizist habe kurz vor der Krise in London berichtet, Carter werde möglicherweise eine Krise herbeiführen, um zu zeigen, daß er mit einer Krise kühl und beherrscht umzugehen verstehe. Um so überraschender sei dann diese Behandlung der Kuba-Krise durch die amerikanische Regierung gekommen.

Bundeskanzler: Wenn es zu einer großen Krise komme, würden die USA zwei Monate brauchen, um dann eine sehr machtvolle und überzeugende Reaktion vorzubereiten. Er habe hier volles Vertrauen in die Haltung der amerikanischen Nation. Er habe kein so volles Vertrauen in die Handhabung kleinerer Krisen. Im Augenblick bestehe die relativ größte Wahrscheinlichkeit, daß Carter wiedergewählt werde, d.h. man werde die Zusammenarbeit mit Präsident Carter fünf Jahre fortsetzen. Eine Änderung könne nur dann eintreten, wenn die Ratifizierung von SALT II[35] scheitert.

PM *Thatcher* verwies auf die Analyse Rostows. Dieser habe darauf hingewiesen, daß mit der Ratifizierung von SALT II die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Führung auf dem Spiel stehe.

Großbritannien und Frankreich benötigten die Hilfe der USA für die weitere Entwicklung ihres atomaren Potentials, insbesondere für gemirvte Systeme zur Ablösung von „Polaris".

Bundeskanzler fragt, wie die Franzosen ihre Systeme modernisierten.

33 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

34 Zur Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba vgl. Dok. 259, Dok. 277 und Dok. 295.

35 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 312, besonders Anm. 17.

PM *Thatcher*: Auch Frankreich habe Kontakte zu den USA.

Bundeskanzler: Frankreich und Großbritannien wären aber auch in der Lage, die Entwicklung alleine zu betreiben.

PM *Thatcher*: Ja, aber zu sehr hohen Kosten.

Wenn das Protokoll nicht ausläuft, dann erhalte die Sowjetunion ein wichtiges Druckmittel. Sie könnte den USA sagen: Wir sind bereit, einige Raketen zurückzunehmen, wenn Ihr kein Know-how weitergebt.

Bundeskanzler: Die Nichtumgehungs- und die Nichtweitergabeklausel seien Fehlleistungen. Die USA hätten hierfür keine ausreichende Gegenleistung erhalten. Das Protokoll müsse auslaufen. Für die Nichtumgehung müsse es von den USA durch eine offizielle Erklärung interpretiert werden.

PM *Thatcher*: Sie befürchte, daß das, was Großbritannien benötige und was die USA bereit sein würden, Großbritannien zu liefern, in eindeutigem Widerspruch stehen werde zu dem, was die USA unterzeichnen.

Bundeskanzler: Wenn man einmal eine Worst-case-Analyse für die 80er Jahre anstelle, so müsse man zunächst davon ausgehen, daß beinahe jeden Tag eine Änderung in der sowjetischen Führung eintreten könne. Breschnew sei sehr geschwächt. Man wisse schon heute nicht genau, wer wirklich in Moskau die Fäden zieht. Die neue Führung müsse sich zunächst Autorität verschaffen nach innen und nach außen gegenüber den osteuropäischen Staaten. Sie werde daher möglicherweise in der Außenpolitik hart und selbstsicher auftreten. Dem könne wiederum auf der Grundlage einer Worst-case-Analyse eine geschwächte westliche Führung gegenüberstehen. Der schlimmste Fall sei hier, wenn der Senat die Ratifizierung von SALT II verweigere und ein durch die Ablehnung von SALT II geschwächter Präsident Carter wiedergewählt wird. Wenn in dieser Situation krisenhafte Entwicklungen in anderen Teilen der Welt eintreten, dann stünden die Europäer vor der Frage, ob sie in der Lage sind, in einigen Fällen kooperative Führungsfunktionen zu übernehmen und einen Teil des Gleichgewichts zu stabilisieren, z.B. im Nahen Osten oder z.B. bei Krisen in der Energieversorgung. Sollte Fahd erschossen werden, sei innerhalb von wenigen Monaten in den westlichen Industrieländern mit katastrophalen Entwicklungen für die Wirtschaftslage zu rechnen. Die USA könnten sich notfalls mit einem crash-program helfen. Frankreich, Italien und die Bundesrepublik seien so abhängig von den Erdöleinfuhren, daß ein wirtschaftlicher Zusammenbruch zu befürchten sein würde. Die Sowjetunion sei von der Entwicklung im Nahen Osten nicht abhängig. Ein Stopp der Erdölausfuhren aus dem Nahen Osten werde die Sowjetunion kaum treffen. Allenfalls würde sie weniger Erdöl an ihre Verbündeten liefern. Für die Westeuropäer und für Japan sei eine solche Entwicklung dagegen überaus bedrohlich. Er habe nicht das Gefühl, daß Washington in der Lage sein würde, eine solche Krise im Nahen Osten befriedigend zu behandeln.

PM *Thatcher*: Ich stimme Ihnen zu, daß hier ein politisches Minenfeld vorliegt.

Bundeskanzler: In diesem Fall sei es von größter Bedeutung, daß Frankreich, Großbritannien, Italien und die Bundesrepublik zusammenstehen und die Voraussetzungen schaffen für weitergehende Kooperation.

PM *Thatcher*: Sie denken an contingency planning.

Bundeskanzler stimmt zu. Ferner müsse mehr Vertrauen zwischen den Europäern aufgebaut werden.

Haushalt der Europäischen Gemeinschaft

PM *Thatcher* schildert mit großem persönlichen Nachdruck, Großbritannien zähle zu den Ländern der Gemeinschaft mit dem niedrigsten Einkommen. Gleichzeitig werde Großbritannien im nächsten Jahr der größte Nettozahler zum Haushalt der EG.[36] Der Nettobeitrag von 1500 bis 1600 Mio. ERE mache mehr aus als das gesamte britische Entwicklungshilfeprogramm. Sie werde die Mittel für Erziehung und für Wohnungsbau im Haushalt erheblich kürzen. In dieser Lage werde sie im Parlament durch die Labour-Partei, aber auch durch Kreise ihrer eigenen Partei hart bedrängt, den britischen Beitrag zum EG-Haushalt zurückzuhalten. Sie habe erwidert, sie werde niemals gegen Gesetze verstoßen, weder gegen die nationalen Gesetze noch gegen die Regeln des von Großbritannien akzeptierten Vertrages über die Europäische Gemeinschaft.[37] Aber sie werde sich bemühen um das, was fair und gerecht (equitable) ist. Großbritannien wolle keinen Pfennig mehr aus der Gemeinschaft haben, als es einbringe, aber Großbritannien könne nicht dazu beitragen, die Schalen der Gemeinschaft zu füllen.

Jenkins glaube, man könne helfen, indem man Großbritannien in Dublin[38] von dem halben Nettobeitrag befreit. Das werde nicht reichen. Die Öffentlichkeit fordere von Dublin eine broad balance. Sie benötige von Dublin eine entsprechende Zusage (undertaking), sonst werde sie die Stimmung im Lande nicht halten können.

Sie habe in Luxemburg in ihrer Rede gesagt, daß sie an einem Prozent Mehrwertsteuer[39] festhalten wolle.[40]

Man sage, 1000 oder 1600 Mio. ERE seien nicht soviel. Um so leichter müsse es dann den übrigen Mitgliedern fallen, die Summe, wenn sie auf sie aufgeteilt werde, aufzubringen.

Für Großbritannien werde auch die Position des zweitgrößten Beitragszahlers nicht annehmbar sein. Großbritanniens Lage sei etwa vergleichbar mit der Frankreichs. Frankreich sei lange Nettoempfänger gewesen. Erst seit kurzem sei Frankreich knapp zu einem Nettozahler geworden. Sie sei aus politischen Gründen für die EG.

Bundeskanzler warf ein, wenn die EG aufbricht, würden die Mitgliedstaaten einzeln nacheinander verschlungen.

36 Zu den britischen Beiträgen zum EG-Haushalt vgl. Dok. 284, Anm. 16.

37 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.
Vgl. dazu weiter den Vertrag vom 8. April 1965 über die Fusion der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften; BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1454–1497.
Großbritannien trat den Europäischen Gemeinschaften mit Wirkung vom 1. Januar 1973 bei. Für den Wortlaut des Vertragswerks vom 22. Januar 1972 über den Beitritt von Dänemark, Großbritannien, Irland und Norwegen zu EWG, EURATOM und EGKS vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

38 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. Dok. 362.

39 Vgl. dazu Artikel 4 des Beschlusses vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der EG-Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaft; Dok. 288, Anm. 42.

40 Zur Rede der Premierministerin Thatcher am 18. Oktober 1979 vgl. Anm. 20.

PM *Thatcher*: Man wende ein, Großbritannien verfüge über Öl. Aber auch Mexiko verfüge über Öl und sei deshalb keineswegs stärker als etwa Japan.

Sie bemühe sich um eine stabile Wirtschaft. Sie sei den Empfehlungen des Bundeskanzlers gefolgt und habe den Devisenhandel freigegeben.[41] Sie habe fünf Prozent der BP verkauft. Sie werde weiter liberalisieren und die öffentlichen Ausgaben reduzieren.

Bundeskanzler: PM Thatcher habe vier Jahre Zeit, um ihr Programm durchzusetzen. Der Erfolgstest liege im Verhältnis zu den Gewerkschaften[42].

PM *Thatcher*: Die britischen Gewerkschaften seien eng mit der Labour-Partei verbunden. Sie habe gestern Abend mit zwei Gewerkschaftsvertretern gesprochen und ihnen gesagt, die Gewerkschaften hätten Entscheidungsfreiheit, aber sie sollten sie nicht mißbrauchen. Die Regierung werde die Geldversorgung nicht ausweiten.

Wenn das britische Bruttosozialprodukt gestiegen sei, werde sie bereit sein, Nettozahler zu werden.

Wenn die Budgetfragen geregelt seien, sei sie bereit, bei der Revision der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) die Führung zu übernehmen und auch in anderen Bereichen zu führen.

Bundeskanzler: Es gehe um eine Summe von 1500 Mio. ERE oder etwa 4 Mrd. DM. Eine Lösung könne nur gefunden werden, wenn andere Mitglieder die Summe aufbringen, wenn auf Ausgaben in Höhe dieser Summe verzichtet wird oder wenn man Teile beider Lösungen miteinander verbindet.

Bisher lägen noch keine offiziellen britischen Vorschläge vor. Es habe auch noch keine offizielle Diskussion innerhalb der EG gegeben (PM Thatcher verwies auf die fünf Alternativen, die die britische Regierung der Kommission inoffiziell übermittelt hat). Nur wenige Regierungschefs seien in der Lage, die komplizierten Haushalts- und Währungsfragen voll zu durchschauen. 4 Mrd. DM sei eine große Summe.

Aus Dublin sei daher schon aufgrund der Kürze der Zeit nicht mehr als eine Absichtserklärung zu erwarten. Eine detaillierte Regelung könnte in Dublin nicht ausgearbeitet werden. Aber man solle möglichst klare Prinzipien (PM Thatcher warf ein, undertaking) ausarbeiten.

Die GAP könne hierbei nicht ausgelassen werden. In den letzten Jahren habe es eine Explosion der landwirtschaftlichen Ausgaben gegeben. Ohne eine Reduzierung der landwirtschaftlichen Ausgaben werde das Haushaltsproblem nicht lösbar sein.

41 Im Rückblick erläuterte Margaret Thatcher zur Freigabe des Devisenhandels im Jahr 1979: „But I took greatest personal pleasure in the removal of exchange controls – that is the abolition of the elaborate statutory restrictions on the amount of foreign exchange British citizens could acquire. [...] They were duly removed in three stages – some of them at the time of the Budget, a few others later in July, and the remainder in October (with the temporary exception of controls relating to Rhodesia). The legislation itself stayed on the Statute Book until 1987, but no further use was made of it." Vgl. THATCHER, Downing Street, S. 44.

42 Zur Politik der britischen Regierung gegenüber den Gewerkschaften vgl. Dok. 157, Anm. 27, und Dok. 305, Anm. 9.

PM *Thatcher*: Sie könne nicht so lange warten. Sie brauche eine Lösung schon fürs nächste Jahr.

Bundeskanzler: In Dublin werde keine Lösung möglich sein, wenn man nicht in die Agrarausgaben eingreife. Dies würde für die Bundesregierung schwierige innenpolitische Probleme mit sich bringen.[43]

Der Rückfluß an Frankreich und der französische Beitrag seien in etwa ausgeglichen.

Italien hoffe, Mehrleistungen der EG zu erhalten. Italien und Großbritannien befänden sich in unterschiedlicher Situation.

PM *Thatcher*: Die Meldungen über eine gemeinsame Haltung von Italien und Großbritannien seien unzutreffend gewesen. Italien strebe innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre eine Reform der GAP an. Der gegenwärtige Anteil der landwirtschaftlichen Ausgaben von etwa 75% im EG-Haushalt solle auf 50% reduziert werden. Innerhalb dieser 50% sollten weniger Mittel für die Stützungen und mehr für die Reform der landwirtschaftlichen Struktur verwandt werden.

Bundeskanzler: Er wolle ganz offen sprechen und sagen, daß er sich von PM Thatcher eine Präsentation erhofft habe, die sich von der Haltung der früheren Premierminister Callaghan und Wilson unterscheide.

PM *Thatcher*: Wilson und Callaghan hätten sich niemals bereiterklärt, sofort eine zusätzliche Staffel von GLCMs im Rahmen des Modernisierungsprogramms zu übernehmen. Beide wären auch nicht bereit gewesen, die britische Ölproduktion über den eigenen Bedarf hinaus auszuweiten.

Bundeskanzler: Die französische Position könne dadurch erleichtert werden, wenn es eine faire Vereinbarung über die Fischereifragen[44] gibt.

PM *Thatcher*: Frankreich und Großbritannien hätten beide historische Rechte in den Gewässern beider Länder. Die britischen Rechte seien gegenstandslos geworden, da Frankreich seine Gewässer leergefischt habe. Frankreich wolle dagegen in den britischen Gewässern fischen, da Großbritannien erfolgreich die Fischbestände konserviert habe. Die gemeinschaftliche Fischereipolitik mache keinen Sinn ohne ein entschlossenes Programm der Konservierung.

Bundeskanzler fragt, ob es leichter sein würde, die Fischereifragen durch andere Minister als die Fischereiminister zu lösen.

43 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

44 Zu den Bemühungen der Europäischen Gemeinschaften um ein gemeinsames Fischereiregime vgl. Dok. 51, Anm. 20.
Am 11. November 1979 wies Referat 411 darauf hin, daß bislang noch keine Einigung auf ein gemeinsames Fischereiregime erzielt werden konnte, und führte aus: „Britische Forderungen nach 12-sm-Exklusiv- und 50-sm-Präferenzzone sowie Quotenzuteilung von 60% [...] sind bisher von übrigen M[itglied]S[taaten] und K[ommission] wegen Unvereinbarkeit mit EWG-Vertrag abgelehnt worden. [...] Auch beim letzten Fischereirat am 29. Oktober 1979, bei dem die Kernfragen ausdrücklich ausgeklammert blieben, konnte Einigung nur über Verlängerung des Status Quo" erzielt werden, welcher allerdings „nur Gesamtfangquoten, aber keine Aufteilung der Quoten auf einzelne MS vorsieht". In den bevorstehenden Verhandlungen solle jedoch vermieden werden, Großbritannien „in die Isolierung zu drängen. Auch ein Junktim zwischen Haushaltsproblematik (britische Nettoleistungen) und Fischerei, wie es z. B. F herstellen will, erscheint nicht sinnvoll". Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 565.

PM *Thatcher* verneint. Die Fischereiminister könnten am besten mit den Fischern umgehen. Man solle sich zunächst auf die Konservierung konzentrieren, dann werde es vielleicht am schnellsten möglich sein, eine Lösung zu finden. Man müsse die Fischereifragen für sich (on their own merits) behandeln.

Bundeskanzler: Man könne nicht alles losgelöst (on their own merits) behandeln.

PM *Thatcher*: Sie tue es nicht bei den Energiefragen.

Bundeskanzler: Auch die anderen Regierungen müßten in Dublin Erfolge vorweisen. Alle Regierungen hätten innenpolitische Probleme. Einige EG-Regierungen seien Minderheitsregierungen. Daher könnten GAP, Energie- und Fischereiprobleme nicht ausgeklammert werden.

PM *Thatcher*: Sie verhalte sich fair bei GAP und Energie. Sie könne nicht unfaires Spiel beim Budget akzeptieren.

Bundeskanzler verwies darauf, daß Großbritannien in den Beitrittsverhandlungen der gegenwärtigen Regelung zugestimmt habe.

PM *Thatcher*: Die EG habe Großbritannien 1970 zugestanden, daß, wenn im Zusammenhang mit Haushaltsbeiträgen Situationen entstehen sollten, die von Großbritannien als unannehmbar empfunden werden, dann würde die Gemeinschaft „equitable solutions" finden.[45]

Bundeskanzler: Giscard werfe der Bundesregierung schon vor, sie sei zu entgegenkommend. Er fürchte, man werde nicht zu Ergebnissen kommen, wenn jeder optimale oder gar maximale Positionen anstrebe. Man müsse eine Atmosphäre schaffen, in der jeder bereit sei, sich zu bewegen. Er wolle nicht in eine Vermittlerrolle geraten. Aber ihm liege daran, einen Zusammenstoß zwischen Frankreich und Großbritannien zu vermeiden, der schädlich für Europa sein werde.

Wenn die Vorschläge heute oder morgen auf den Tisch kämen, dann solle eine Operation gestartet werden, in der die drei Partner Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik ihre gegenseitigen Standpunkte annähern. Der Vorsitzende in Dublin[46] sei kein Fachmann in diesen Fragen. Wenn man nicht vorher Vereinbarungen erzielt, werde es in Dublin keine Ergebnisse geben.

An dem anschließenden Arbeitsessen nahmen Chef BK[47], der Chef des Cabinett Office, Sir Robert Armstrong, die beiden Botschafter[48], AL 4[49] und Mr. Franklin teil.

Berlin

PM *Thatcher* bekundete ihr Interesse, Berlin zu besuchen.

Bundeskanzler empfahl, bei den nächsten Konsultationen in der Bundesrepublik[50] einen Besuch in Berlin einzuschließen.

45 Am 1. Januar 1970 wurden die Verhandlungen über einen EG-Beitritt Dänemarks, Großbritanniens, Irlands und Norwegens eröffnet. Vgl. dazu AAPD 1970, II, Dok. 289.

46 David Lynch.

47 Manfred Schüler.

48 Hans-Hellmuth Ruete und Sir John Oliver Wright.

49 Horst Schulmann.

50 Am 16./17. November 1980 traf Bundeskanzler Schmidt mit Premierministerin Thatcher zusammen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnungen; AAPD 1980.

Europäischer Rat

Bundeskanzler empfahl, die Tagesordnung auf die drei Hauptthemen zu konzentrieren: Energie, Konvergenz, Ergebnis der Drei Weisen[51]. Das Thema Arbeitsverteilung sei nichts für die Regierungschefs.

PM *Thatcher*: Belgien benötige dieses Thema aus politischen Gründen.

MD *Schulmann* wies darauf hin, daß die Beratungen in der EG über dieses Thema der belgischen Regierung geholfen haben, die Festlegung auf die 35-Stunden-Woche zu vermeiden.

VS-Bd. 14077 (010)

315

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Carrington

204-321.00 GRO-609/79 VS-vertraulich **31. Oktober 1979**[1]

In dem etwa vierstündigen Gespräch (einschließlich Arbeitsessen) wurden folgende Themenschwerpunkte erörtert:

1) Rüstungskontrollangebot und LRTNF-Modernisierung

AM *Carrington*[2] eröffnete das Gespräch mit Hinweis auf Breschnew-Rede in Ost-Berlin[3] und die zu erwartende östliche Propagandakampagne gegen die anstehenden Bündnisentscheidungen[4]. AM Carrington unterstrich die sicherheitspolitisch vitale Bedeutung dieser Entscheidungen, die schon wegen der Glaubwürdigkeit des Bündnisses absolut erforderlich seien. In Großbritannien gebe es hiermit keine politischen Probleme. Die sowjetische Kampagne werde aber für einige kleinere Bündnispartner innenpolitische Probleme mit sich bringen. Es stelle sich daher die Frage, wie man ihnen helfen könne. Dies dürfe in

51 Zur Berufung eines Ausschusses von „Drei Weisen" durch den Europäischen Rat am 4./5. Dezember 1978 in Bremen vgl. Dok. 22, Anm. 35.
Für den Bericht der „Drei Weisen" an den Europäischen Rat vom Oktober 1979 vgl. Referat 200, Bd. 122747.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 5. November 1979 gefertigt und am selben Tag „mit der Bitte, die Billigung des Herrn Ministers herbeizuführen", an das Ministerbüro weitergeleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 6. November 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister." Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14077 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Der britische Außenminister Carrington begleitete Premierministerin Thatcher am 31. Oktober 1979 bei ihrem Besuch in der Bundesrepublik. Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Thatcher vgl. Dok. 314 und Dok. 316.

3 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

4 Vgl. dazu die gemeinsame Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

keinem Fall dadurch geschehen, daß die Entscheidungen verzögert würden. Man solle aber überlegen, wie man den Zusammenhang zwischen LRTNF-Modernisierung und gleichzeitigem Rüstungskontrollangebot noch stärker als bisher herausstellen könne. Dies sei wichtig, weil gewisse Teile der öffentlichen Meinung in der LRTNF-Modernisierung eine Gefährdung der Entspannungspolitik und eine Rückkehr zum Kalten Krieg sähen. Der Hinweis auf SALT III sei für sich allein kaum ausreichend, weil für die Zauderer und Kritiker der LRTNF-Modernisierung die SALT-III-Verhandlungen noch in allzu weiter Zukunft lägen. Dieses zeitliche Problem dürfe man nicht übersehen.

Bundesminister stimmte nachdrücklich dem Hinweis von AM Carrington über die Notwendigkeit der anstehenden Bündnisentscheidungen für die Glaubwürdigkeit des Bündnisses zu.

Die LRTNF-Modernisierung sei nicht nur aus militärischen Gründen notwendig. Sie sei auch von großer politischer und psychologischer Bedeutung. Wenn das Bündnis die Entscheidungen nicht im Dezember fälle, sei dies politisch und psychologisch nicht wiedergutzumachen. Es sei dann zu befürchten, daß das Bündnis auch künftig nicht wieder die Kraft finden werde, richtige Entscheidungen zu treffen. Dies müsse man den Bündnispartnern immer wieder sagen. Entscheidend bleibe letztlich, ob es zu erfolgreichen Abrüstungsverhandlungen komme. Diese werde es nicht geben, wenn die Sowjetunion hoffen könne, durch eine Propagandakampagne die anstehenden Bündnisentscheidungen zu verhindern.

Bundesminister wies auf die entschlossene Haltung der italienischen Regierung in dieser Frage hin[5], die angesichts ihrer innenpolitischen Probleme[6] um so bewundernswerter sei. Auch in Belgien sei eine große Entschlossenheit zu verzeichnen, die Bündnisentscheidungen zu befürworten. Sehr schwierig sei es allerdings in den Niederlanden.[7] Die niederländische Haltung sei mit objektiven Gründen nicht zu erklären. Wenn man schon von objektiven Gründen spreche, dann treffe dies vor allem für die Bundesrepublik Deutschland zu, da wir am ehesten sowjetischem Druck ausgesetzt seien. Bundesminister unterstrich, daß sich bei uns ein breiter Konsens der Parteien für die Bündnisentscheidungen herausgebildet habe (Verweis auf die gemeinsame Sitzung des Auswärtigen und Verteidigungsausschusses des Bundestages[8] sowie auf die Sitzung des

5 Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Pertini am 19. September und mit Ministerpräsident Cossiga am 9. Oktober 1979; Dok. 272 und Dok. 288.

6 Zur Regierungsbildung in Italien vgl. Dok. 219, Anm. 5.
Am 5. November 1979 übermittelte Botschafter Arnold, Rom, angesichts der „Halbzeit zwischen der Bildung der ‚Waffenstillstandsregierung' Cossiga und des auf Ende Januar terminierten, als weitere Orientierungsmarke verstandenen DC-Parteitages [...], eine Zwischenbilanz der zur Schaffung tragfähiger Mehrheiten bislang entfalteten Initiativen". Er kam zu dem Schluß, daß die Regierung des Ministerpräsidenten Cossiga die Chance habe, „zumindest bis zum DC-Parteitag Ende Januar im Amt zu bleiben, weil eine Alternative zu ihr im Augenblick nicht besteht. Gleichwohl hat es jüngst in Gestalt vermehrter Kritik seitens der die Regierung durch Stimmenthaltung stützenden Sozialisten und Republikaner an der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein Warnsignal gegeben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1025; Referat 203, Bd. 115873.

7 Zur niederländischen Haltung zu einer TNF-Modernisierung der NATO vgl. Dok. 312, Anm. 5.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte am 26. Oktober 1979, der Auswärtige Ausschuß und der Verteidigungsausschuß des Bundestags seien am 17. Oktober 1979 in einer gemeinsamen Sitzung durch die Bundesminister Apel und Genscher über „die Auswirkungen von SALT II auf die Sicherheitslage in Europa, über die Bewertung der Breschnew-Rede durch die Bundesregie-

Auswärtigen Ausschusses des Bundesrates). Wir befänden uns innenpolitisch auf einer gesicherten Basis.

Im Hinblick auf die Niederlande sei es notwendig, daß kein Bündnispartner aus seiner Verantwortung entlassen werde. Auch nicht die Niederlande, denn sonst seien negative Auswirkungen auf die Haltung Belgiens und Italiens nicht auszuschließen.

Der jetzt vom holländischen Verteidigungsminister Scholten vorgetragene Gedanke, die in dem Modernisierungsbeschluß vorgesehene Dislozierungszahl von 572 Gefechtsköpfen zu halbieren, sei völlig inakzeptabel. Mit solchen Überlegungen gerate man auf die schiefe Ebene und man werde vor der eigenen Öffentlichkeit unglaubwürdig. Die Entscheidung über die Zahl von 572 sei gefallen, daran müsse jetzt festgehalten werden. Es sei wichtig festzustellen, daß Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland nicht bereit seien, von diesem einmal gefassten Beschluß abzuweichen.

Bundesminister erläuterte dann die innenpolitischen Hintergründe der holländischen Haltung und wies auf die vielfältigen und engen deutsch-holländischen Kontakte auf allen Ebenen hin, die das Ziel hätten, die holländischen Partner von der Notwendigkeit der Bündnisentscheidungen zu überzeugen. Auch der Bundeskanzler sei bereit, nochmals mit van Agt[9] und den Uyl[10] zu sprechen. Zu dem von AM Carrington angesprochenen Verhältnis zwischen SALT II[11] und TNF-Modernisierung wies Bundesminister auf die komplexen Wechselbeziehungen zwischen SALT II und TNF-Modernisierung hin.

Er, Bundesminister, halte es für wichtig, wenn auf der NPG-Sitzung im November[12] den Bündnispartnern signalisiert werden könnte, daß mit einer positiven SALT-II-Entscheidung im amerikanischen Senat zu rechnen sei. Eine positive Entwicklung der SALT-II-Ratifizierungsdebatte werde positive Auswir-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1607

rung sowie die Ergebnisse der Arbeit der HLG und SG unterrichtet" worden: „Bei der sich anschließenden ausführlichen Diskussion standen folgende Fragen im Mittelpunkt: Zusammenhang zwischen SALT II und den Dezember-Entscheidungen des Bündnisses; Zusammenhang zwischen LRTNF-Modernisierungsentscheidung und Rüstungskontrolle; keine Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland; Beantwortung der Breschnew-Briefe. Es zeigte sich bei den meisten Punkten eine weitgehende Übereinstimmung auch zwischen der Bundesregierung und den Sprechern der Opposition, wobei es selbstverständlich in Einzelfragen Auffassungsunterschiede gab. [...] Abgeordnete der Opposition, besonders MdB Wörner, äußerten sich kritisch zu der Bedingung der Bundesregierung, nur dann einer LRTNF-Modernisierung zustimmen zu können, wenn auch andere nicht-nukleare europäische Bündnispartner ihre Zustimmung zur Dislozierung auf ihrem Territorium geben. BM Genscher erläuterte die Position der Bundesregierung und betonte Notwendigkeit, anderen Regierungen keinen Vorwand zu geben, sich aus der Mitverantwortung herauszuhalten. Erst wenn sich herausstellen sollte, daß andere Bündnispartner nicht in der Lage sind, voll mitzuwirken, müsse die ganze Frage noch einmal geprüft werden. Er sehe die Entwicklung jedoch eher positiv, zumal Italien zur Teilnahme bereit sei. MdB Wörner zeigte Verständnis für Haltung der Bundesregierung". Vgl. VS-Bd. 11291 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

9 Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident van Agt am 7. November 1979 vgl. Dok. 322.

10 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Vorsitzenden der PvdA, den Uyl, am 9. November 1979 vgl. Dok. 322, Anm. 3.

11 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 312, insbesondere Anm. 17.

12 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 13./14. November 1979 in Den Haag vgl. Dok. 328 und Dok. 329.

kungen auf die Niederlande haben. Er, Bundesminister, hoffe, daß die niederländische Regierung die richtige Entscheidung treffen werde. Es müsse jedoch nachdrücklich klargestellt werden, daß der Vorschlag zur Halbierung der Dislozierungszahlen nicht annehmbar sei.

AM *Carrington* stimmte den Ausführungen des Bundesministers zu: Eine Halbierung der Dislozierungszahlen komme in keinem Fall in Frage. Gerade angesichts der Erfahrungen mit der Neutronenbombe[13] dürfe nicht noch einmal der Eindruck vermittelt werden, daß man vor sowjetischem Druck zurückweiche. Dies sei gefährlich und völlig inakzeptabel. AM Carrington begrüßte die klare deutsche Haltung. Diese verdiene hervorgehoben zu werden, denn wenn überhaupt jemand über sowjetischen Druck besorgt sein könnte, dann wäre dies die Bundesrepublik Deutschland.

Auf eine nochmalige Frage AM Carringtons, wie man im positiven Sinne auf die holländische Regierung einwirken könne, faßte *Bundesminister* seine Überlegungen wie folgt zusammen:

- Das amerikanische Angebot, 1000 nukleare Sprengköpfe aus Westeuropa abzuziehen[14], sei psychologisch wichtig. Trotz TNF-Modernisierung werde es bei einem solchen Abzug sogar zu einer Reduzierung atomarer Sprengköpfe in Westeuropa kommen. Man müsse herausstellen, daß die Einführung neuer LRTNF-Systeme nur einen Austausch, aber keine Erhöhung atomarer Sprengköpfe in Europa bewirke. Das Angebot, 1000 amerikanische Atomsprengköpfe aus Europa abzuziehen, müsse im Zusammenhang mit der Option III[15] gesehen werden. Die USA könnten hierbei darauf hinweisen, daß sie das Angebot Breschnews zum Abzug von 20000 Soldaten und 1000 Panzern zur Kenntnis nehmen und den sowjetischen Vorschlag als eine Teilerfüllung unserer Option-III-Forderung ansehen. Zur Frage, ob man auf sowjetischer Seite an den Abzug geschlossener Einheiten oder nur an eine Ausdünnung denke, habe man sich offenbar auf sowjetischer Seite noch nicht entschieden. AM Gromyko werde, so Bundesminister, bei seinem bevorstehenden Besuch[16] hierzu gefragt werden.
- Die Niederlande müßten auf die wirkliche militärische Lage hingewiesen werden. Er, Bundesminister, habe dies in seiner Erklärung vom 28.10.79 zu Fragen der Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik ausführlich getan.[17] In

13 Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Carter vom 7. April 1978; Dok. 13, Anm. 8.

14 Zum Vorschlag der amerikanischen Regierung über einen Abzug von Kernsprengköpfen vgl. Dok. 303.

15 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 16. Dezember 1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III) vgl. Dok. 13, Anm. 2.

16 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 341–344.

17 Am 28. Oktober 1979 führte Bundesminister Genscher in einer Presseerklärung aus: „Die Absicht der NATO, zusammen mit der Entscheidung über die Nachrüstung im Mittelstreckenbereich ein Rüstungskontrollangebot an den Osten zu beschließen, unterstreicht den Willen, der Beeinträchtigung des Gleichgewichts nicht tatenlos zuzusehen. Entscheidung über Nachrüstung bedeutet, die USA beschließen die Produktion von Mittelstreckenwaffen, das Bündnis stimmt ihrer Einführung zu, und bestimmte Staaten des Bündnisses – darunter die Bundesrepublik Deutschland – sind bereit zur Stationierung der Waffen auf ihrem Territorium. [...] Beides, Nachrüstung und Verhandlungsangebot, werden in allen ihren Teilen auf der Dezember-Tagung 1979 des Bündnisses beschlossen, auch wenn die Stationierung aus produktionstechnischen Gründen erst in drei bis vier Jahren erfolgen kann. Die Forderung, die Entscheidung über die Stationierung hinauszuschieben,

dieser Erklärung habe er unter anderem darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion jetzt ein Zeichen setzen könne, indem sie als ersten Schritt die Produktion ihrer neuen Mittelstreckenwaffen stoppe.

- Wir müßten auch weiterhin unseren ernsten Willen unterstreichen, zu Rüstungskontrollverhandlungen zu kommen. Die Parallelität der anstehenden Bündnisentscheidungen betr. Rüstungskontrollangebot und LRTNF-Modernisierung müsse betont werden. Das Rüstungskontrollangebot dürfe schon im Sprachgebrauch nicht ins Hintertreffen geraten. Nach außen müßten beide Entscheidungen herausgestellt werden, das Rüstungskontrollangebot sogar an erster Stelle. Man müsse ferner deutlich machen, daß unser Rüstungskontrollangebot keine Reaktion auf die Breschnew-Rede sei, daß vielmehr die Breschnew-Rede als eine Reaktion auf unsere Maßnahmen angesehen werden müsse. Dies sei ein positiver Aspekt der Breschnew-Rede.
- Die Pflege möglichst vieler und enger Kontakte zu allen denen, die den Bündnisentscheidungen zaudernd oder kritisch gegenüberstünden, sei notwendig. Auf Regierungs- und Parteiebene hätten wir uns in besonderer Weise um die Holländer bemüht.

AM *Carrington* stimmte den Ausführungen des Bundesministers voll und ganz zu. Er kam dann nochmals auf die Notwendigkeit zurück, sich mit den Argumenten auseinanderzusetzen, daß

- die SALT-III-Verhandlungen erst in der Zukunft stattfinden würden,
- die Europäer hierbei ohnehin nur eine passive Rolle spielten
- und ein Rüstungskontrollangebot im Rahmen von SALT III nur von den USA kommen könne.

Bundesminister unterstrich unser Interesse, daß SALT III zwischen den USA und der Sowjetunion geführt würde. Dies gelte sowohl für Großbritannien, das nicht daran interessiert sein könne, daß Drittstaatensysteme bei SALT III mit einbezogen würden, als auch für uns, weil wir uns nicht an Verhandlungen über atomare Waffen beteiligen wollten und könnten. Bundesminister unterstrich ferner die Bedeutung der Verankerung des Gedankens der Kupplung zwischen interkontinentalstrategischen und kontinentalstrategischen Systemen. Er betonte ferner die Bedeutung einer begleitenden Arbeitsgruppe im Rahmen von SALT III[18], die gewährleiste, daß europäische Interessen in die SALT-III-Verhandlungen einfließen könnten. Entscheidend bleibe, daß im Dezember die parallelen Bündnisentscheidungen über Rüstungskontrollangebot und LRTNF-Modernisierung gefällt würden, und zwar auch dann, wenn SALT II zu diesem Zeitpunkt noch nicht ratifiziert sei. Die Bündnisentscheidungen dürften nicht von der Ratifikation von SALT II abhängig gemacht werden. Im übrigen sei er, Bundesminister, zuversichtlich, daß SALT II ratifiziert werde.

StS *Palliser* wies darauf hin, daß man bei der Argumentation für die Bündnisentscheidungen auch darauf hinweisen müsse, daß die Instabilität die größte

Fortsetzung Fußnote von Seite 1609

würde Zweifel an der Ernsthaftigkeit unseres Verteidigungswillens wecken und damit die Verhandlungsaussichten schmälern." Vgl. den Runderlaß Nr. 5388 des Vortragenden Legationsrats Heyken vom 29. Oktober 1979; Referat 213, Bd. 133143.

18 Vgl. dazu den am 15. Oktober 1979 übermittelten amerikanischen Vorschlag eines Konsultationsgremiums der NATO für die SALT-III-Verhandlungen; Dok. 306, Anm. 14.

Gefahr für Rüstungskontrollverhandlungen darstelle. Die sowjetische militärische Bedrohung verstärke diese Instabilität.

Die TNF-Modernisierung diene demgemäß dazu, das für alle Rüstungskontrollverhandlungen – insbesondere SALT III – notwendige Elemente der Stabilität wiederherzustellen. Diese Stabilität werde andererseits aber auch durch eine Nichtratifizierung von SALT II gefährdet. Insoweit bestehe auch ein logischer Zusammenhang zwischen SALT II und TNF-Modernisierung.

Bundesminister wies darauf hin, daß der holländische Vorschlag, mit der Sowjetunion zu verhandeln, bevor über die Stationierung neuer LRTNF-Systeme entschieden werde[19], in Wirklichkeit der Substanz der Breschnew-Rede entspreche. Das sowjetische Maximalziel sei, einen Modernisierungsbeschluß zu verhindern. Als Minimalziel erhoffe die SU, den Weg für Verhandlungen freizumachen. Die SU habe bisher den Verzicht auf den B-1-Bomber[20] und den Aufschub der Produktion der Neutronenwaffe nicht honoriert. Honoriert würden von ihr nur die Fakten, d.h. eine Bündnisentscheidung mit ihren drei Elementen:

- Die USA beschließen die Produktion von Mittelstreckenwaffen,
- das Bündnis stimmt ihrer Einführung zu,
- und bestimmte Staaten des Bündnisses sind bereit zur Stationierung der Waffen auf ihrem Territorium unter amerikanischer Verfügungsgewalt.

AM *Carrington* unterstrich, daß er in allem die Auffassung von Bundesminister teile. Er werde am 6. November nach Den Haag gehen und dort entsprechend argumentieren. Er sei sehr befriedigt darüber, daß Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland entschlossen seien, ihren Teil dazu beizutragen, daß es im Dezember zu den beiden parallelen Bündnisentscheidungen komme. Hierbei komme der festen Haltung der USA, Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland entscheidende Bedeutung zu.

Bundesminister unterstrich, daß wir dankbar dafür seien, daß sich auch GB in Den Haag für die anstehenden Bündnisentscheidungen einsetzen wolle. Wir begrüßten dies um so mehr, als wir in dieser Frage nicht in den Ruf kommen möchten, eine Einpeitscherrolle übernommen zu haben.

2) KSZE/KAE

Bundesminister: Wir begrüßten das Interesse, das Breschnew in seiner Rede in Ost-Berlin an vertrauensbildenden Maßnahmen gezeigt habe. Wir nähmen diese Vorschläge positiv auf. In diesem Zusammenhang komme dem französischen KAE-Vorschlag[21] wegen der Einbeziehung des geographischen Raumes „vom Atlantik bis zum Ural" große Bedeutung zu. Der französische Vorschlag beziehe beträchtliche Teile der westlichen Sowjetunion ein. Dies mache den KAE-Vorschlag für uns besonders attraktiv. Im Prinzip ständen wir daher dem KAE-Vorschlag sehr positiv gegenüber, auch wenn wir im Hinblick auf die geographische Ausdehnung frei von Illusionen seien. Es genüge aber schon, wenn man über den KSZE-Raum von 250 km ab sowjetischer Westgrenze hinauskom-

19 Zum Vorschlag der CDA-Fraktion im niederländischen Parlament vgl. Dok. 316, Anm. 9.
20 Vgl. dazu die Erklärung des Präsidenten Carter vom 30. Juni 1977; Dok. 228, Anm. 28.
21 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 270, Anm. 7.

me. Wir begrüßten es daher auch, daß GB sich zum Grundgedanken der KAE positiv geäußert habe. Es komme jetzt darauf an, KSZE, Breschnew-Vorschläge[22] und KAE-Vorschlag miteinander zu verbinden.

AM *Carrington* wies darauf hin, daß man auf britischer Seite ursprünglich besorgt gewesen sei, daß der französische Vorschlag auf Kosten anderer KSZE-Fragen gehen und insbesondere das Gleichgewicht der Schlußakte[23] durch Vernachlässigung der Körbe 1 und 3 gefährden könne.

Auch erschienen der britischen Seite die Vorstellungen über die Phase II der KAE zu vage. Auch er, AM Carrington, halte es für richtig, daß man eine Ausdehnung des geographischen Raumes bis zum Ural anstrebe. Er erkenne auch an, daß der französische Vorschlag eine wirkungsvolle Alternative zum Konferenzvorschlag des WP darstelle. Wenn der französische Vorschlag das Gleichgewicht der Schlußakte nicht beeinträchtige, werde GB ihn unterstützen.

Bundesminister wies darauf hin, daß der französische Vorschlag nur dann eine realistische Chance habe, wenn er in den KSZE-Prozeß eingebunden werde. Er erwarte, daß es auch daher in Madrid[24] zu sehr politischen Verhandlungen kommen werde. Aus diesem Grunde befürworteten wir eine zumindest teilweise Anhebung des Madrider Treffens auf Außenministerebene.

AM *Carrington*: Er möchte diese Frage erst entscheiden, wenn sicher sei, daß es in Madrid zu sichtbaren Ergebnissen komme. Es würde ein Fehler sein, wenn die Außenminister nach Madrid gingen und dort nichts geschehe. Auch er, AM Carrington, sei bereit, nach Madrid zu gehen, wenn eine Einschätzung der Chancen, dort wichtige Fortschritte zu erreichen, dies erlaube. StS *Palliser* wies auf das Risiko hin, daß die Sowjetunion für ihre Bereitschaft, auf den französischen KAE-Vorschlag einzugehen, einen Preis verlangen könne. Diesen könne sie entweder im KSZE-Bereich oder auf anderen Gebieten suchen. Der Westen müsse hierüber nachdenken. StS *van Well* wies demgegenüber darauf hin, daß in Madrid nicht über die Substanz einer KAE, sondern lediglich über ein Mandat für eine spätere Konferenz entschieden werden solle. *D2*[25] betonte, daß man im Hinblick auf die erfolgten französisch-sowjetischen Gespräche über KAE das Problem der pre-negotiation sehen müsse.

F sei beim letzten Treffen der vier Politischen Direktoren[26] von MD Bullard

22 Vgl. dazu den Vorschlag der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts, im Rahmen der KSZE eine Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen abzuhalten; Dok. 148, Anm. 25.
Der Generalsekretär des ZK der KPdSU erneuerte diesen Vorschlag in seiner Rede am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin und in seinem Schreiben an Bundeskanzler Schmidt vom 11. Oktober 1979. Vgl. dazu Dok. 287, insbesondere Anm. 4, und Dok. 296.

23 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

24 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

25 Klaus Blech.

26 Beim Treffen der vier Politischen Direktoren am 23. Oktober 1979 in Bonn teilte der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Robin, mit: „Zur Substanz des KAE-Mandats habe es einige französisch-sowjetische Gespräche gegeben. Eindruck aus den französisch-sowjetischen Abrüstungskonsultationen mit Kornienko: SU dränge nicht auf eine Vollkonferenz über militärische Entspannung vor Madrid, wünsche aber in irgendeiner Form multilaterale Konsultationen im Hinblick auf Madrid. Dies sei für Frankreich kein zeitliches, sondern ein Substanzproblem. Zur Sub-

und bei den letzten deutsch-französischen Konsultationen[27] durch ihn, D2, angedeutet worden, daß wir davon ausgehen, daß F nach Sondierungsgesprächen mit der Sowjetunion sich mit den westlichen Bündnispartnern abstimme, um ein gemeinsames westliches Vorgehen im Hinblick auf die Behandlung dieser Fragen auf dem Madrider Treffen sicherzustellen. StS *van Well* ergänzte mit dem Hinweis, das Prinzip der Kollektivität müsse gewahrt bleiben. Über die KAE müsse im NATO-Rahmen diskutiert werden. Es müsse vermieden werden, daß die Verhandlungen über die KAE außerhalb des Bündnisses auf individueller bilateraler Basis geführt würden.

3) Naher Osten

AM *Carrington* unterrichtete Bundesminister über seine Gespräche mit Sonderbotschafter Robert Strauss in London. Strauss sei „realistically depressed" über den Fortgang der Autonomie-Verhandlungen[28] gewesen.

Er habe sich auch besorgt über die Auswirkungen der ägyptisch-israelischen Gespräche auf die innenpolitische Position Präsident Carters geäußert. Wenn diese Gespräche in der bisherigen Weise fortgeführt würden, könnten sie sich als eine Belastung für den Wahlkampf[29] des Präsidenten auswirken. Strauss habe auch geäußert, daß er bei einer eventuellen Ablösung Begins niemanden auf israelischer Seite sehe, der in der Lage sei, in die richtige Richtung zu gehen. Von Sadat habe Strauss den Eindruck mitgebracht, daß dieser ein erstaunliches Vertrauen in Begin habe. *Bundesminister* wies auf ein Gespräch mit BM Offergeld hin, der, gerade aus Kairo zurückgekehrt[30], sich ebenfalls beeindruckt gezeigt habe über den Optimismus Sadats. Er, Bundesminister, habe aus seinen Gesprächen mit Sadat[31] den Eindruck gewonnen, daß dieser entschlossen sei, Begin aus Ägypten hinauszulächeln und hinauszuloben. Für Sadat komme es entscheidend darauf an, daß die Räumungspläne (Ende Januar) nicht gestört würden. Die Räumung des Sinai mit den Ölquellen habe für Sadat derzeit absolute Priorität. Eine solche Räumung würde die wirtschaftliche Situation Ägyptens und sein Verhältnis zu Israel grundlegend verändern, denn

Fortsetzung Fußnote von Seite 1612

stanz: Sowjets seien zum Inhalt CBM's sehr vage gewesen und hätten darauf hingewiesen, daß SU ‚noch nicht so weit sei'. Sie seien nicht darüber hinausgegangen, was Breschnew in Ost-Berlin gesagt habe." Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk; VS-Bd. 11113 (204); B 150, Aktenkopien 1979.

27 Staatspräsident Giscard d'Estaing und Ministerpräsident Barre hielten sich am 1./2. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 284 und Dok. 286.

28 Zum Stand der Autonomieverhandlungen vgl. Dok. 223, Anm. 10.
Referat 310 führte am 23. Oktober 1979 zu den Autonomiegesprächen aus, es bestehe ein „echter Zielkonflikt" zwischen Israel und Ägypten: „Während Ägypten in der Autonomie eine Übergangslösung sieht, geht die Regierung Begin von einem Endzustand aus. Sie erhebt außerdem Souveränitätsansprüche auf Westjordanland und Gaza und untermauert diese durch ihre Siedlungspolitik". So lehne Israel „bisher die Beratung aller Fragen ab, die die Souveränität berühren und aus der Autonomie für die Palästinenser einen unabhängigen Staat entstehen lassen". Demgegenüber neige Ägypten zur Ansicht, „im gegenwärtigen Stadium nur die Übergangslösung anzustreben und nicht schon die Weichen für die in fünf Jahren fällige endgültige Lösung der Statusfragen stellen zu wollen". Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135598.

29 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

30 Bundesminister Offergeld hielt sich vom 24. bis 30. Oktober 1979 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 292, Anm. 3 und 4.

31 Bundesminister Genscher hielt sich im Rahmen einer Nahost-Reise vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten auf. Zu seinem Gespräch mit Präsident Sadat am 1. September 1979 vgl. Dok. 250.

Israel würde dann von ägyptischen Öllieferungen abhängig sein. Andererseits habe Sadat niemals einen Zweifel an seinen Zielen gelassen. Er habe in Haifa[32] eindeutig erklärt, daß ohne eine Lösung der Jerusalem-Frage und des Palästinenser-Problems eine wirkliche Friedenslösung nicht möglich sei. Niemand könne daher Sadat den Vorwurf der Unaufrichtigkeit machen, wenn er nach der Räumung weiterer Gebiete des Sinai auf diese Ziele zurückkomme. Man dürfe hierbei auch nicht übersehen, daß diese Ziele mit denen der Ablehnungsfront[33] übereinstimmten. Was Sadat dann noch von der Ablehnungsfront trenne, sei lediglich die Frage, ob es richtig gewesen sei, vorab das ägyptisch-israelische Verhältnis zu bereinigen. Dies sei dann aber jedoch eine Frage der Vergangenheit. Angesichts dieser Entwicklung und des Interesses Sadats an einer weiteren Räumung des Sinai solle sich – so führte Bundesminister weiter aus – die EG bis Mitte Februar in der NO-Frage zurückhalten. Sadat selbst habe immer wieder diesen Zeitpunkt genannt. Es müsse alles vermieden werden, was zu einer Störung des Räumungsvorganges führen könne. Auf eine entsprechende Frage entgegnete Bundesminister, daß man das arabische Verhalten nicht voraussagen könne für den Fall, daß in den ägyptisch-israelischen Gesprächen keine Fortschritte erzielt würden. Wichtig sei es, daß es in Syrien zu keinen Fehlhandlungen komme. Die Gefahr hierzu bestehe aufgrund der innenpolitischen Lage, aber auch im Hinblick auf das Verhältnis zum Irak. Es sei auch wichtig, daß die Teile der PLO-Führung, die sich auf eine Verhandlungslösung festgelegt hätten, gestützt würden. Er begrüße deshalb, daß einige EG-Partner sich um verstärkte Kontakte zur PLO bemühten. Wir könnten angesichts unserer speziellen Situation hierbei nicht Wegbereiter sein. AM *Carrington* wies darauf hin, daß es auch für GB schwierig sei, wegen des terroristischen Flügels der PLO mit der PLO Kontakte aufzunehmen. Man werde in einem solchen Fall unweigerlich fragen, warum man nicht auch mit den IRA-Terroristen spreche. AM Carrington stimmte im übrigen der Auffassung von Bundesminister zu, daß der ägyptisch-israelische Verhandlungsprozeß bis Februar nicht gestört werden dürfe. *Bundesminister* wies auf eine entsprechende Frage darauf hin, daß die Angriffe Sadats auf Saudi-Arabien in letzter Zeit nachgelassen hätten. Es scheine, daß alles, was Sadat z.B. zu Jerusalem sage, auch als eine Offerte an die Saudis gedacht sei.

Bundesminister würdigte anschließend die Rede des Papstes vor der VN-GV.[34] Der Papst habe sich gerade zum Nahen Osten sehr konkret geäußert, wobei er in drei wichtigen Punkten mit der Haltung der EG übereinstimme:

- Wiederherstellung der staatlichen Integrität Libanons,
- Hinweis auf die Palästinenser-Frage als zentrale Frage des Nahen Ostens,
- Jerusalem als Schlüsselpunkt für eine Lösung des Nahost-Problems.

32 Präsident Sadat traf vom 4. bis 6. September 1979 mit Ministerpräsident Begin in Haifa zusammen. Vgl. dazu Dok. 260, Anm. 3.

33 Vgl. dazu das Kommuniqué der Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten vom 2. bis 5. November 1978 in Bagdad; EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.
Vgl. dazu ferner die Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad; Dok. 91, Anm. 10.

34 Am 2. Oktober 1979 hielt Papst Johannes Paul II. vor der UNO-Generalversammlung eine Rede, in der die universelle Gültigkeit der Menschenrechte im Mittelpunkt stand. Für den Wortlaut vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 34th Session, Plenary Meetings, S. 349–353.

AM *Carrington* wies abschließend auf ein Gespräch mit Rothschild hin, der als einer der prominentesten Fürsprecher Israels in Großbritannien gelte und dem Israel große finanzielle Unterstützung verdanke. Rothschild habe ihm, AM Carrington, erklärt, daß er beabsichtige, mit anderen prominenten Vertretern des britischen und amerikanischen Judentums eine Erklärung zu veröffentlichen, in der diese sich von der Politik Begins, insbesondere zur Westbank, distanzieren. Bisher sei es jedoch zu einer solchen Erklärung noch nicht gekommen.

4) Südostasien, Kambodscha, Thailand

Bundesminister wies darauf hin, daß es derzeit darauf ankomme, alles zu tun, um dem kambodschanischen Volk humanitär zu helfen.[35] Darüber hinaus müßten wir an die Sicherheit Thailands denken. Wenn es Vietnam gelinge, ganz Kambodscha zu beherrschen, bestehe akute Gefahr für Thailand. Auch China fürchte, daß Vietnam aus einem von ihm beherrschten Kambodscha einen Brükkenkopf gegen Thailand mache. Wir hielten es daher für besonders wichtig, Thailand zu helfen, mit dem Flüchtlingsproblem fertigzuwerden, und ihm darüber hinaus zu signalisieren, daß wir politisch hinter Thailand stehen. Unser Engagement für ASEAN müsse auch auf diesem Hintergrund gesehen werden. Die Chinesen sähen in Vietnam nicht zu Unrecht eine regionale Hegemonialmacht. Man dürfe Vietnam nicht nur unter dem Blickwinkel eines sowjetischen Satelliten sehen, denn die vietnamesische Politik richte sich weithin nach vermeintlichen nationalen vietnamesischen Interessen. Man könne nur hoffen, daß sich sowohl die SU als auch China der Gefahren bewußt seien, die durch den Ehrgeiz Vietnams entstehen könnten.

AM *Carrington* wies darauf hin, daß es in letzter Zeit wieder zu einer neuen Eskalation des Flüchtlingsstromes gekommen sei. Es komme erschwerend hinzu, daß gerade in den letzten Tagen 1100 illegale chinesische Flüchtlinge in Hongkong gefaßt worden seien. Die Dunkelziffer sei weit größer. Auf die Frage AM Carringtons, ob die von GS Waldheim für den 5.11.79 einberufene Pledging-Conference[36] auch Hilfe an Thailand einschließe, entgegnete StS *van Well,*

35 Am 19. Oktober 1979 erläuterte Referat 340 zur humanitären Hilfe für Kambodscha, IKRK und UNICEF hätten „ein auf sechs Monate angelegtes Nothilfeprogramm im Werte von 111 Mio. Dollar vorbereitet, dessen Durchführung allerdings an der mangelnden Kooperation der Heng-Samrin-Behörden scheiterte. Bisher konnten nur rd. 300 t Hilfsgüter nach Phnom Penh eingeflogen werden. Nach neuesten Meldungen scheinen die Behörden in Phnom Penh zu weitgehender Kooperation bereit. Nach ihrer Zustimmung konnte am 13.10. eine Luftbrücke nach Phnom Penh eingerichtet werden, durch die täglich bis zu 40 t Hilfsgüter transportiert werden sollen. [...] Die Verteilung der Hilfsgüter, die von den Heng-Samrin-Behörden durchgeführt wird, ist nicht unproblematisch. Weiter von Phnom Penh entfernt liegende Landesteile werden von Hilfsaktionen bisher nicht erreicht. Größere Hilfssendungen scheinen nach Vietnam weitergeleitet worden zu sein. Phnom Penh lehnt es außerdem ab, die Verteilung von Hilfsgütern an die Menschen zuzulassen, die unter Pol-Pot-Kontrolle stehen. Das IKRK und andere nichtstaatliche Hilfsorganisationen bemühen sich deshalb auch um Hilfsaktionen von Thailand aus." Vgl. Referat 340, Bd. 110613.

36 Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), berichtete am 5. November 1979, daß „auf Aufforderung von VN-Generalsekretär Waldheim [...] Vertreter von bisher über 70 Nationen und der EG" zusammengekommen seien, „um die Beiträge ihrer Länder zu den mit den VN koordinierten Hilfsmaßnahmen für Kambodscha bekanntzugeben". Dabei habe er selbst der Konferenz mitteilen können, daß „rund 31 Prozent der von den Europäischen Gemeinschaften als zusätzliche Kambodscha-Hilfe angekündigten 35 Millionen US-Dollar von der Bundesrepublik Deutschland aufgebracht würden". Weiter habe er erklärt, die Bundesrepublik habe „UNICEF-IKRK sowie der thailändischen Regierung und privaten karitativen Organisationen bisher bereits 3,6 Millionen

die Hilfe sei für die kambodschanische Bevölkerung gedacht. Hierbei mache es keinen Unterschied, ob diese sich in Kambodscha oder in Thailand befinde. *Bundesminister* wies darauf hin, daß wir unsere VN-Vertretung in New York anweisen würden, daß wir davon ausgehen, daß die Hilfe für Kambodschaner bestimmt sei unabhängig davon, wo sie sich befinden, d.h. auch für kambodschanische Flüchtlinge in Thailand.

5) Europareise von Hua Guofeng[37]

Beide Seiten stimmten darin überein, daß Hua Guofeng den Eindruck vermittelt habe, daß die chinesische Führung bereit sei, ihre internationale Rolle verantwortungsvoll wahrzunehmen.

Sowohl AM Carrington als auch Bundesminister hoben die nüchterne und realistische Einschätzung der internationalen Lage als auch der eigenen wirtschaftlichen Situation Chinas durch Hua Guofeng hervor. Im übrigen habe er durch die Art und Weise, wie er sich in Paris, Bonn und London zu Fragen der internationalen Politik und insbesondere zur sowjetischen Politik geäußert habe, zu erkennen gegeben, daß er mit den Nuancen in der außenpolitischen Haltung dieser Länder in gewissen Fragen vertraut gewesen sei.

AM *Carrington* wies darauf hin, daß sein Gespräch mit Hua Guofeng den Eindruck einer irrationalen Fixierung Chinas auf die Sowjetunion bestätigt habe. Die Möglichkeit einer Akkomodierung Chinas mit der Sowjetunion erscheine ihm sehr unwahrscheinlich (very remote).

6) Türkei

Der Meinungsaustausch hierzu beschränkte sich auf eine kurze Einschätzung der innenpolitischen Lage[38] und ihrer möglichen Entwicklung.

7) Pakistan

StS *van Well* erläuterte unsere Pakistanpolitik und wies darauf hin, daß gegenwärtig die westliche Pakistanpolitik durch die Nuklearfrage[39] blockiert werde.

Sollte es gelingen, dieses Problem aus dem Wege zu räumen, gebe es wieder Möglichkeiten für eine aktive Pakistanpolitik (u.a. Umschuldung, Waffenlieferungen). Er, StS, sei besorgt über die Entwicklung der pakistanisch-amerikanischen Beziehungen. Diese würden ausschließlich durch die Nuklearfrage bestimmt. Es bestehe die Gefahr, daß sich in Pakistan als Reaktion hierauf eine

Fortsetzung Fußnote von Seite 1615

US-Dollar als nationalen Beitrag zur Verfügung gestellt" und habe die Absicht, „noch in diesem Jahr weitere 5,5 Millionen US-Dollar für die notleidende kambodschanische Bevölkerung zu leisten sowie 1980 eine Verpflichtung in Höhe von ebenfalls 5,5 Millionen US-Dollar anzustreben. Über eine weitere deutsche Finanzhilfe in der Größenordnung von 11 Millionen US-Dollar, die in den von dem Flüchtlingsproblem besonders betroffenen Teilen Thailands verwandt werden solle, werde eine nach Thailand entsandte Delegation mit der dortigen Regierung verhandeln." Schließlich werde die Bundesrepublik „über die bisher aufgenommenen 800 Kambodscha-Flüchtlinge hinaus weitere Flüchtlinge aus Kambodscha aufnehmen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2650; Referat 340, Bd. 110614.

37 Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 15. bis 21. Oktober 1979 in Frankreich, vom 21. bis 28. Oktober in der Bundesrepublik, vom 28. Oktober bis 2. November in Großbritannien und vom 3. bis 6. November 1979 in Italien auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt am 22./23. Oktober 1979 vgl. Dok. 301 und Dok. 305.

38 Zum Rücktritt der Regierung des Ministerpräsidenten Ecevit am 15. Oktober 1979 vgl. Dok. 293, Anm. 30.

39 Zum pakistanischen Kernwaffenprogramm vgl. Dok. 256.

anti-amerikanische Stimmung breitmache. Das derzeitige pakistanische Regime könne offenbar schon aus innenpolitischen Gründen (Erbe Bhuttos) nicht auf ein Nuklearprogramm verzichten. Die Pakistanis hätten allerdings öffentlich erklärt, daß sie kein militärisches Atomprogramm planten. Wir sollten sie beim Wort nehmen. Das Kontrollproblem werde insbesondere durch das pakistanisch-indische Verhältnis erschwert. In dieser Frage könne es zwischen Pakistan und Indien keine Diskriminierung geben. StS sprach sich mit Nachdruck für einen freundlichen Dialog mit Pakistan aus. Hierbei sollte die Nuklearfrage nicht im antagonistischen Sinne, sondern mehr auf der Basis eines partnerschaftlichen Dialogs erörtert werden. StS *Palliser* stimmte der Analyse von StS van Well zu. Er wies darauf hin, daß es sowohl in Pakistan als auch in Indien Kreise gebe, die ein militärisches Atomprogramm befürworteten und jeweils die andere Seite als Vorwand benutzten. StS Palliser wies weiterhin auf die Gefahr hin, daß Indien die Explosion eines pakistanischen nuklearen Sprengsatzes als casus belli ansehen könne.

8) Rhodesien

AM *Carrington* unterrichtete über den Stand der Rhodesien-Simbabwe-Verhandlungen in London[40]:

Er sei besorgt darüber, daß die Außenwelt offenbar davon ausgehe, daß die britische Seite nur mit einer Partei (PF) verhandele und manche Leute davon ausgingen, daß die PF die einzige Vertretung der rhodesischen Bevölkerung sei. In Wirklichkeit verhandle GB jedoch mit zwei Seiten. Auf der einen Seite mit Muzorewa, der nicht nur Regierungschef in Salisbury sei, sondern sich zudem auf eine große Armee und auf eine Wahlzustimmung von etwa 64% berufen könne. Bisher seien die Bemühungen, beide Seiten zusammenzubringen, noch nicht sehr erfolgreich gewesen. Beide Seiten hätten gewisse Konzessionen gemacht, die Schwierigkeiten lägen jedoch jetzt bei der Ausgestaltung eines Interimabkommens. Muzorewa habe mit seiner Bereitschaft, für die Zeit des Interimabkommens, d.h. für zwei Monate, die Regierungsgewalt abzutreten und einem britischen Gouverneur zu überlassen, eine außerordentlich große Konzession gemacht, besonders wenn man an die wirklichen Machtverhältnisse denke. Diese Konzession Muzorewas sei weitgehend nicht zur Kenntnis genommen worden. Auch für die britische Regierung sei die Bereitschaft, die Regierungsgewalt für diese Zeit einem britischen Gouverneur zu übertragen, mit großen Risiken verbunden, wenn man bedenke, was in dieser Zeit alles geschehen könne. Zwei Monate für die Vorbereitung der Wahlen sei sicher keine allzu lange Zeit. Andererseits fürchte man auf britischer Seite, daß ein Waffenstillstand bei den gegebenen Verhältnissen kaum länger als zwei Monate anhalte. Diese Zeit sei auch für die PF nicht unfair, zumal in Rhodesien jeder wisse, um was es bei den Wahlen gehe. Andere Kritiker der britischen Verhandlungsführung verlangten, in stärkerem Maße Gremien wie das Commonwealth oder die Vereinten Nationen einzuschalten. Hierzu müsse er, AM Carrington, jedoch sagen, daß fast alle afrikanischen und ein großer Teil der Commonwealthstaaten für die PF, d.h. parteiisch, seien. Das gleiche gelte für die VN. Solche Vorschläge seien für Salisbury daher nicht akzeptabel. Im übrigen beabsichtige Groß-

40 Zur Verfassungskonferenz über Rhodesien in London vgl. Dok. 301, Anm. 5.

britannien, die Wahlen durch eine Reihe ausgewählter Staaten überwachen zu lassen, u. a. Kenia, Australien und die Fidschi-Inseln.

Es komme jetzt entscheidend darauf an, diese Wahlen so schnell wie möglich durchzuführen. Er, AM Carrington, werde in Kürze die britischen Überlegungen hierzu vorlegen: Großbritannien habe die Verantwortung und es müsse daher auch beurteilen, was möglich sei.[41] StS *Palliser* ergänzte mit dem Hinweis, daß die Einwände der PF sich auf zwei Fragen konzentrierten:

- Besorgnisse über die persönliche Sicherheit seien angesichts der feindseligen Beziehungen zwischen Nkomo und Mugabe verständlich. Auf britischer Seite werde man das Äußerste zu ihrem Schutz tun.
- Zu kurze Interimszeit: Hierzu müsse man auch darauf hinweisen, daß die Wahlen aufgrund von Parteilisten stattfinden würden. Dieses System mache es noch leichter für jeden zu erkennen, um welche Gruppe es bei den Wahlen gehe. AM Carrington wies darauf hin, daß der britische Gouverneur während der Übergangszeit eine Election Advisory Commission haben werde. In ihr seien beide Parteien, die Drittstaaten-Beobachter und die Waffenstillstandskommission vertreten.

GB werde die Sanktionen[42] aufheben, sobald der britische Gouverneur in Salisbury sein Amt übernommen habe. Gegenüber den VN werde GB darauf hinweisen können, daß mit der Amtsübernahme durch den britischen Gouverneur die Legalität in Rhodesien wiederhergestellt sei und Rhodesien wieder ein Teil „of his majesty's dominions" sei. Der frühere illegale Rechtszustand, auf den sich die Sanktionen gestützt hätten, sei damit wieder beseitigt.

In einem späteren separaten Gespräch zwischen StS *van Well* und StS *Palliser* wies dieser auf die außerordentlichen Schwierigkeiten hin, den Verhandlungsprozeß im Gange zu halten. Der Ausgang der Verhandlungen sei von großer Bedeutung für die konservative Regierung und insbesondere für die Premierministerin und für Außenminister Carrington persönlich. Beide hätten gegen erheblichen innerparteilichen Widerstand die Rhodesien-Initiative durchgesetzt. Er, StS Palliser, sei im übrigen, was den Ausgang der Verhandlungen angehe, etwas weniger pessimistisch als dies AM Carrington habe durchblicken lassen. Wenn die Verhandlungen scheiterten, dann ausschließlich aus dem einen Grunde, weil die PF zu der Erkenntnis gekommen sei, daß sie die Wahlen

41 Botschafter Ruete, London, berichtete am 15. November 1979 zur Verfassungskonferenz über Rhodesien: „Wie uns Foreign Office bestätigt, wurde heute bei Lancaster-House-Konferenz allseitige Einigung über Regelung für Übergangsperiode erzielt, die vorbehaltlich einer Einigung über Waffenstillstandsbestimmungen gelten soll. Verhandlungen über Waffenstillstand beginnen voraussichtlich am 16. November. Damit wurde entscheidender Durchbruch erzielt, der Hoffnung auf Erfolg Gesamtverhandlungen berechtigt erscheinen läßt." Ruete unterrichtete weiter, in den Tagen zuvor hätten Differenzen bestanden „hinsichtlich Länge der Übergangsperiode (P[atriotische]F[ront] verlangte vier Monate für Zeit zwischen Eintritt Waffenstillstand und Wahlen), Status der Commonwealth-Beobachter (PF verlangte, daß diese von Commonwealth-Sekretariat organisiert und koordiniert werden und durch ihren Chairman den Commonwealth-Regierungschefs verantwortlich sein sollten), ‚Commonwealth Peace Keeping Force' (statt von GB vorgeschlagener ‚Monitoring Force'). PF bestand weiter auf Beteiligung an für öffentliche Ordnung verantwortlicher Polizeitruppe, die zusammen mit einer Commonwealth-Polizeieinheit Gouverneur verantwortlich sein sollte, sowie gleichen Privilegien für Parteiführer während Wahlkampfes." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2533; Referat 320, Bd. 125204.

42 Zu den Sanktionen des UNO-Sicherheitsrats gegen Rhodesien vgl. Dok. 56, Anm. 9.

nicht gewinnen könne. Im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen sei es besonders wichtig, daß die europäischen Freunde die britische Regierung nicht im Stich ließen. Sie sei im übrigen dankbar für jegliche Unterstützung. StS *van Well* wies darauf hin, daß wir über unsere Botschaften bei den Frontstaaten[43] die britische Initiative unterstützt hätten und dies auch noch weiter tun würden. Kaunda trete offenbar für eine Übergangszeit von vier Monaten ein und möglicherweise ergebe sich hier noch eine Kompromißmöglichkeit. Entscheidend erscheine aber auch ihm die Frage der internen Sicherheit. Vielleicht sollte GB noch nachdrücklicher die Entschlossenheit zum Ausdruck bringen, in der Übergangszeit sowohl durch unmittelbare britische Kontrolle als auch durch unabhängige Beobachter eine unparteiische und sichere Wahlvorbereitung zu gewährleisten. StS *Palliser* wies abschließend auf die nach seiner Auffassung echte Gefahr hin, daß Muzorewa sich von den jetzigen Verhandlungen ab- und Südafrika zuwenden könnte.

9) Namibia[44]

Es bestand Übereinstimmung, daß sich Südafrika in der Namibia-Frage nicht bewegen werde, solange die Rhodesien-Frage nicht geklärt sei. Es komme daher derzeit auf ein besonders behutsames und zurückhaltendes Vorgehen der Fünf gegenüber Südafrika an, um negative Auswirkungen auf den Fortgang der laufenden Rhodesien-Verhandlungen zu vermeiden („keep the question simmering but not boiling").

10) Deutsche Initiative zur Bekämpfung des Rauschgifthandels[45]

Bundesminister wies darauf hin, daß die Bundesregierung mit großer Sorge die Entwicklung des Rauschgifthandels und der Rauschgiftgefahr beobachte. In den US-Garnisonen in der Bundesrepublik Deutschland seien teilweise ein

43 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Tansania.

44 Am 16. Oktober 1979 führte Ministerialdirektor Meyer-Landrut aus: „Die südafrikanische Regierung hat auf das ihr Anfang Oktober übergebene Grundlagenpapier über die Errichtung einer entmilitarisierten Zone (DMZ) mit dem Aufwerfen einer Reihe weiterer Detailfragen reagiert, ohne eine grundsätzliche Bereitschaft erkennen zu lassen, eine DMZ als Ersatz für die von ihrer Seite geforderte Überwachung der SWAPO-Lager durch UNTAG zu akzeptieren. Wir sind über diese Haltung, die wenig geeignet ist, die Namibia-Initiative aus ihrer gegenwärtigen Stagnation herauszuführen, enttäuscht." Vgl. Referat 320, Bd. 125275.
Am 25. Oktober 1979 übermittelte Botschaftsrat I. Klasse Schmidt, Pretoria, Informationen über ein Gespräch des französischen Botschafters in Pretoria, Dorin, mit dem südafrikanischen Außenminister Botha am Vortag. Nach Äußerungen zur Lage in Rhodesien habe Botha zu Namibia „ebenso klare, wenn nicht noch brutalere Ausführungen" gemacht: „‚Lassen Sie mich [bis] zum Beginn nächsten Jahres in Ruhe'. SA könne sich nicht gleichzeitig mit Rhodesien und Namibia beschäftigen. Zur Zeit brenne Rhodesien. Falls Rhodesien vor Weihnachten geregelt sei, könne man in Namibia wieder Fortschritte machen." Zum Vorschlag einer entmilitarisierten Zone habe Botha betont: „‚Dieser DMZ-Plan ist nicht unser Plan'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 524; Referat 320, Bd. 125275.

45 Referat 510 erläuterte am 21. Dezember 1978, daß die Bundesregierung am 12. November 1970 ein Aktionsprogramm „zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs" verabschiedet habe, das auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Staaten vorsehe. In diesem Rahmen sei Anfang der siebziger Jahre „ein deutsch-amerikanischer Arbeitskreis ins Leben gerufen worden (‚Joint Narcotic Task Force'), der zunächst nur gemeinsam interessierende Fragen der Drogengefährdung im Bereich der US-Stationierungsstreitkräfte und der Bundeswehr" erörtern sollte, sich schließlich aber auch Fragen zugewandt habe, „die nicht nur die Streitkräfte, sondern allgemein die deutsche Bevölkerung betrafen. Es wurde daher angeregt, die Zusammenarbeit auf eine breitere Grundlage zu stellen. Die daraufhin ausgearbeiteten ‚Richtlinien für die zukünftige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmißbrauchs' wurden durch

Drittel der Soldaten rauschgiftabhängig. Es bestehe Sorge, daß diese Entwicklung auch auf die Bundeswehr übergreifen könne.

Die Bundesregierung sei bereit, ein Programm vorzubereiten, das dieser Entwicklung entgegensteuern solle, u.a. durch medizinische Vorsorge und Betreuung, aber auch durch polizeiliche Maßnahmen an den Grenzen oder durch Kontrolle der Einfuhr sowie des Anbaus in bestimmten Ländern. Diese Aufgabe könnten wir nicht alleine lösen. Sobald unsere Überlegungen hierzu abgeschlossen seien, würden wir mit unseren EG-Partnern hierüber sprechen. Möglicherweise würden wir vorschlagen, diese Frage als Tagesordnungspunkt im Europäischen Rat in Dublin[46] zu behandeln. Er, Bundesminister, wolle jetzt nur die Aufmerksamkeit auf dieses Problem richten.

11) Innerdeutsche Beziehungen

Bundesminister gab auf Wunsch von AM Carrington einen Überblick über den derzeitigen Stand der innerdeutschen Beziehungen.

VS-Bd. 14077 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1619

die Unterzeichnung eines deutsch-amerikanischen Notenwechsels am 9. Juni 1978 durch Staatssekretär van Well und den amerikanischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland in Kraft gesetzt." Vgl. Referat 204, Bd. 115952.

Am 6. April 1979 äußerte sich das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, skeptisch zu einem amerikanischen Vorschlag „für die Einrichtung eines Ad-hoc-Unterausschusses mit dem Ziel, gemeinsame internationale Aktivitäten" zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs zu entwickeln: „Ich habe Zweifel, ob eine derartige Aktivität in den Rahmen der durch die Richtlinie vereinbarten Zusammenarbeit paßt. [...] Es ist nicht auszuschließen, daß von amerikanischer Seite durch diese Initiative letztlich nur darauf abgestellt werden soll, den Sonderfonds der Vereinten Nationen UNFDAC mit höheren Mitgliedsbeiträgen zu bedenken." Vgl. Referat 204, Bd. 115952.

46 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. Dok. 362.

316

Deutsch-britisches Regierungsgespräch

VS-vertraulich **31. Oktober 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem britischen PM Margaret Thatcher am Mittwoch, dem 31. Oktober 1979, von 15.30 bis 17.00 Uhr im Bundeskanzleramt[2]

Weitere Gesprächsteilnehmer: die Außenminister Genscher und Lord Carrington; M. Alexander, Private Secretary; MDg von der Gablentz.

AM *Carrington* berichtet auf Bitte des Bundeskanzlers, daß die Außenminister einen weitgespannten Gedankenaustausch über Weltprobleme hatten.[3]

Rhodesien

PM *Thatcher:* Die Rhodesien-Verhandlungen[4] sind in einer kritischen Phase. Die von Lord Carrington hervorragend geführte Konferenz (Bundeskanzler: legt Wert darauf, dies Lob als erster ausgesprochen zu haben) hat in den wichtigen Fragen Erfolg gehabt. Es wäre lächerlich, wenn sie jetzt an kleinen Einzelfragen scheitert. Wer sie daran scheitern läßt, zeigt, daß er nicht an Demokratie, sondern nur an Macht interessiert ist. Großbritannien wird mit den Wahlen vorangehen und es der Patriotischen Front überlassen, wie sie entscheidet.

Lord *Carrington*: Im Ausland scheint man manchmal zu meinen, Großbritannien verhandele nur mit der Patriotischen Front (Bundeskanzler: drei Parteien und Ian Smith, soweit er noch zählt). Der kleine Bischof hat sich sehr verdient gemacht, indem er zum ersten Mal einen wirklichen britischen Gouverneur akzeptierte (bisher waren es nur Gallionsfiguren) und zustimmte, daß dieser während der Wahlen auch wirklich regiert (PM Thatcher: und indem er nach Wahlen mit 63% Wahlbeteiligung noch einmal Wahlen zustimmt).

TNF-Modernisierung

PM *Thatcher* berichtet, daß sie mit dem Bundeskanzler über die TNF-Modernisierung gesprochen hat und wie man den Niederländern helfen könne[5]. Lord

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 2. November 1979 gefertigt und am selben Tag „vorbehaltlich der Genehmigung des Bundeskanzlers zur Unterrichtung des Bundesministers" an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt.
Hat Wallau am 2. November 1979 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 8. November 1979 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14077 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

[2] Premierministerin Thatcher hielt sich am 31. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 314.

[3] Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington am 31. Oktober 1979 vgl. Dok. 315.

[4] Zur Verfassungskonferenz über Rhodesien in London vgl. Dok. 315, Anm. 41.

[5] Zur Stimmungslage im niederländischen Parlament bezüglich einer TNF-Modernisierung der NATO vgl. Dok. 253, Anm. 5.

Carrington wird den niederländischen Außenminister[6] und (auf Einwurf des Bundeskanzlers) auch den niederländischen Ministerpräsidenten[7] sehen.

Bundeskanzler wird einen zweiten Versuch unternehmen, mit den Uyl zusammenzutreffen[8], dessen Haltung auch wegen der möglichen Auswirkungen auf die belgischen Sozialisten wichtig ist.

BM *Genscher* berichtet über die jüngste Entscheidung der christlich-demokratischen Fraktion im niederländischen Parlament, die Stationierungsentscheidung um zwei Jahre aufzuschieben, um das Ergebnis von Rüstungskontrollverhandlungen abzuwarten.[9] Er weist auf den Vorschlag des niederländischen Verteidigungsministers hin, nur die Hälfte der vorgesehenen TNFs zu dislozieren.[10]

PM *Thatcher*: Wenn man die Vorstellungen der niederländischen Christdemokraten verwirklichte, müßte der Westen aus einer Position doppelter Schwäche heraus verhandeln. Der Vorschlag des niederländischen Verteidigungsministers macht jede westliche Abschreckung zunichte. Die niederländischen Kabinettsmitglieder und Parlamentarier scheinen die Darstellung der NATO über das militärische Kräfteverhältnis nicht zu kennen, die ihr in erschreckender Weise das militärische Ungleichgewicht vor Augen geführt hat.

Bundeskanzler: Wenn auch die militärische Notwendigkeit von 572 LRTNF ursprünglich nicht wirklich begründet wurde, so ist sie doch jetzt in die gemeinsamen Berichte der Arbeitsgruppen[11] eingegangen und (wie BM Genscher feststellte) in der Öffentlichkeit bekannt. Lord Carrington sollte die Niederländer auf die NATO-Präsentation des militärischen Kräfteverhältnisses hinweisen.

Lord *Carrington* berichtet, daß er mit den Norwegern über die TNF-Modernisierung lange und schwierige Gespräche geführt hat.[12] Sie haben vielen Zuredens bedurft. Sie werden aber schließlich an der Entscheidung mitwirken.

6 Chris van der Klaauw.

7 Andreas van Agt.

8 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Vorsitzenden der PvdA, den Uyl, am 9. November 1979 vgl. Dok. 322, Anm. 3.

9 Am 31. Oktober 1979 teilte Botschaftsrat I. Klasse Uhrenbacher, Den Haag, mit, die CDA-Fraktion im niederländischen Parlament habe beschlossen, bei der Beschlußfassung der NATO müßten „Rüstungskontrolle und das Zurückdrängen der Rolle von Kernwaffen" im Mittelpunkt stehen: „Diese Rüstungskontrolle verlangt zunächst, daß SALT II ohne wesentliche Veränderung ratifiziert wird. Das bildet dann die Grundlage für SALT III. Allein in diesem Rahmen wird die Fraktion an einer Beschlußfassung mitwirken. [...] Was die Mittelstreckenwaffen betrifft, muß die sogenannte ‚Null-Option' das Ziel der wechselseitigen SALT-III-Verhandlungen sein [...]. Dies bedeutet, daß die heutige Beschlußfassung in der NATO hinsichtlich von Mittelstreckenwaffen für die Stationierung in Europa so begrenzt werden muß, daß diese Null-Option glaubhaft bleibt. Dies bedeutet konkret, keine Stationierungsentscheidung zu treffen". Es müsse allerdings deutlich gemacht werden, daß die NATO „irgendeinen Beschluß zur tatsächlichen Stationierung in Europa wird treffen müssen", wenn die Verhandlungen mit der UdSSR „innerhalb von zwei Jahren keinen Erfolg bringen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 437; Referat 220, Bd. 116887.

10 Zur Position des niederländischen Verteidigungsministers Scholten vgl. Dok. 312, Anm. 5.

11 Für den „High Level Group Report on NATO Long-Range Theater Nuclear Force Modernization", den der Vorsitzende der High Level Group der NATO, McGiffert, NATO-Generalsekretär Luns am 28. September 1979 übermittelte, vgl. VS-Bd. 11325 (220).
Für den „Special Group Report to Ministers. Arms Control Involving Theater Nuclear Forces: Rationale, Objectives and Principles" vom 28. September 1979 vgl. VS-Bd. 11391 (220).

12 Botschafter Schmidt-Pauli, Oslo, berichtete am 31. Oktober 1979, der britische Außenminister Lord Carrington habe sich vom 26. bis 28. Oktober 1979 in Norwegen aufgehalten. Die thematischen Schwerpunkte der Gespräche seien Rhodesien, die britische Absicht, „Norwegen zu einer po-

Bundeskanzler hatte im Sommer den Eindruck gewonnen, daß die Norweger die Entscheidung mittragen werden.[13] Sie scheinen jetzt ihre Haltung erneut zu überdenken.

Bundeskanzler berichtet auf Frage Lord Carringtons, daß er in einem Telefongespräch mit Präsident Carter angeregt hat, der Präsident solle jetzt den NATO-Partnern offiziell den Abzug 1000 amerikanischer Nuklearsprengköpfe aus Westeuropa vorschlagen.[14] Er würde damit den niederländischen Ideen den Wind aus den Segeln nehmen, vor der Öffentlichkeit die einseitige Geste Breschnews[15] mit einer einseitigen amerikanischen Geste beantworten und den Russen gegenüber die westliche Doppelstrategie besser und glaubwürdiger darstellen. Carter war von dem Vorschlag nicht zu überzeugen[16], sondern möchte mit einer solchen Ankündigung bis zum NATO-Beschluß[17] warten. Dann aber wird die Ankündigung keinen großen Effekt mehr haben, vor allem auch nicht für die Niederländer, um deren ursprüngliche Idee es sich handelt. Strategisch ist der Abzug der 1000 amerikanischen Sprengköpfe ohne Bedeutung.

PM *Thatcher* war stets der Auffassung, daß es gut aussehen würde, wenn der Westen den Sowjets im Gegenzug zu deren Truppenabzug aus der DDR etwas zu bieten hat. Sie würde aber einen solchen Abzug von Sprengköpfen nur ungern sehen, wenn damit nicht einmal die niederländische Zustimmung zur TNF-Modernisierung zu erreichen ist.

Bundeskanzler würde es begrüßen, wenn das veraltete Zeug von deutschem Boden verschwindet, wo ohnehin viel zu viel Nuklearsprengköpfe stationiert sind. Der Abzug von 1000 Nuklearsprengköpfen war den Sowjets bereits in der Option III bei MBFR[18] im Gegenzug gegen den Rückzug von 30000 sowjetischen Truppen und 1500 Panzern angeboten worden. Der Westen kann jetzt nicht nur den Niederländern helfen, sondern auch auf die einseitige Geste der Sowjetunion reagieren und damit in gewisser Weise signalisieren, daß er sowjetische und westliche einseitige Gesten als Teilerfüllung des mit Option III beabsichtigten Handels betrachtet.

Britischer EG-Haushaltsbeitrag[19]

Bundeskanzler berichtet, daß das wirkliche Problem in den Gesprächen der Regierungschefs die britische Nettozahlerposition war.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1622

sitiven Haltung gegenüber den bevorstehenden TNF-Beschlüssen der NATO zu bewegen", sowie die „Zusammenarbeit bei der Nutzung des Nordseeöls" gewesen. Dabei habe die norwegische Seite Lord Carrington „ihrer positiven Haltung gegenüber den zu erwartenden NATO-Beschlüssen" versichert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 371; Referat 204, Bd. 115982.

13 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt am 12. Juli 1979 in Norwegen vgl. Dok. 209.

14 Für das Telefongespräch vom 30. Oktober 1979 vgl. Dok. 312.
Zum Vorschlag der amerikanischen Regierung über einen Abzug von Kernsprengköpfen vgl. auch Dok. 303.

15 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 287 und Dok. 296.

16 Korrigiert aus: „überzeugt".

17 Vgl. dazu die gemeinsame Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

18 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 16. Dezember 1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III) vgl. Dok. 13, Anm. 2.

19 Zu den britischen Beiträgen zum EG-Haushalt vgl. Dok. 284, Anm. 16.

PM *Thatcher* hat Wert darauf gelegt, mit dem Bundeskanzler zunächst über andere Fragen zu sprechen, da sie nicht den Eindruck erwecken möchte, daß es ihr lediglich um dieses Problem geht.

Aber dieses Problem ist von besonderer innenpolitischer Bedeutung. Es schafft Ressentiments. Sie wird im Parlament mit der Forderung konfrontiert, den britischen Haushaltsbeitrag zurückzubehalten, wenn Großbritannien keinen fair deal erhält. Sie selbst ist zu solchem Vorgehen nicht bereit, da es widerrechtlich wäre.

Das Problem hat enorme politische Proportionen angenommen. Sie muß vom Europäischen Rat in Dublin[20] eine befriedigende Lösung mitbringen in Form einer broad balance dessen, was Großbritannien einzahlt und dessen, was es erhält. Sie kann sich nicht mit halben Maßnahmen abfinden. Großbritannien kann es sich nicht leisten, Europa in diesem Umfang zu finanzieren. Sie weist auf Zeitungskommentare hin, die die Haltung der britischen Öffentlichkeit widerspiegeln.

Bundeskanzler: Diese Zeitungskommentare übertreiben. Sie provozieren ein sehr negatives Echo in Paris. Darin deutet sich bereits die Gefahr an, daß man aus nationalem Stolz den Briten sagt: Take it or leave it.

PM *Thatcher*: Der britische Haushaltsbeitrag ist unfair angesichts des unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens Großbritanniens in der Gemeinschaft – auf Frage des BK: Auch wenn man es nach der Kaufkraft berechnet.

Bundeskanzler: You do have a case.

Von allergrößter Bedeutung ist es jetzt, psychologisch richtig vorzugehen. Wenn es in der EG zu einem Bruch mit Großbritannien kommt, hat das tiefe Auswirkungen nicht nur auf die Lage Großbritanniens, sondern auch für ganz Westeuropa in einem Augenblick, wo wir nicht auf die amerikanische Führung zählen können.

Der aufgeregte Ton der Presse ist schädlich für den angestrebten Erfolg. Giscard hat ihn vorgestern[21] aufgefordert, vorsichtig zu sein und ihn davor gewarnt, den Briten zu weit entgegenzukommen. Im besten Fall käme es zu einer Lösung, die jeden unbefriedigt läßt. Giscard hat den Eindruck vermittelt, als baue er eine harte Verhandlungsposition auf.

PM *Thatcher*: Die französische Position ist nicht so stark. Frankreich erreicht gerade jetzt eine Nettozahlerposition. Die Höhe der britischen Zahlungen dagegen ist neither fair nor equitable. Die britische Regierung kürzt den Haushalt in anderen Bereichen, die dem einzelnen Bürger zugute kommen. Die einzige Haushaltssteigerung betrifft Europa. Nettozahlungen von 1 Mrd. Pfund pro Jahr an Europa bei einer Steuerlast, die höher ist als in anderen EG-Staaten, müssen beim Bürger Ressentiments hervorrufen.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß vom EG-Haushaltsbeitrag nur die Mehrwertsteuerkomponente im Haushalt erscheint. (PM Thatcher: Zölle und Ab-

[20] Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. Dok. 362.

[21] Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing trafen am 29. Oktober 1979 in der Staatsbibliothek der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin (West) zusammen, wo beide eine Rede hielten. Vgl. dazu BULLETIN 1979, S. 1238–1240.
Zum Besuch von Giscard d'Estaing in Berlin (West) vgl. auch Dok. 330.

schöpfungen wiegen sehr schwer, obwohl Großbritannien von allen EG-Staaten in den letzten Jahren bei weitem die größte Umstellung seiner Handelsströme zugunsten der EG-Staaten aufzuweisen hat.) Für die Bundesrepublik erreicht der EG-Handel über 50% des Außenhandels. Großbritannien hat den großen Nachteil, die für EG-Mitglieder normale Umstellung der Handelsströme in kurzer Zeit nachholen zu müssen.

Er setzt sich für das Zustandekommen klarer Verpflichtungen in der Frage der britischen Haushaltsbeiträge in Dublin ein. Das ist aber nur in einer Atmosphäre möglich, in der jeder gibt und nimmt und das Gesamtergebnis auch zu Hause verteidigen kann.

PM *Thatcher*: Aber Großbritannien gibt doch jetzt bereits am meisten. Es kann nicht der größte Wohltäter der Gemeinschaft bleiben. Sie verlangt nichts von den anderen, sondern sagt nur, daß Großbritannien es sich nicht länger leisten kann, die anderen zu finanzieren.

Lord *Carrington*: Man könnte natürlich den Briten fairerweise entgegenhalten, daß sie in den letzten Jahren sich weniger gut geschlagen haben als andere. Angesichts klarer Vorteile, zu denen auch das Nordseeöl gehört, sollten sie sich eigentlich nicht in der Position des drittärmsten EG-Landes befinden.

Die britische Regierung ist entschlossen, diese Lage zu ändern. Dafür könnte sie die 1 Mrd. Pfund, die sie jetzt netto nach Europa zahlen muß, gut gebrauchen. Sie hat viele harte Haushaltsentscheidungen treffen müssen, die das Volk auch der Dinge berauben, die es zu erwarten gelernt hat. Wenn es den Briten gutginge, könne man ihnen die Nettozahlungen an Europa zumuten. Aber nicht in einem Moment wie heute.

Bundeskanzler: Wenn man das Problem lösen will, muß man sich auch in die Rolle der anderen versetzen. Wir Deutsche machen keine Schwierigkeiten, sondern wollen helfen. Aber es ist nicht hilfreich, wenn wir gezwungen werden, gegen Frankreich vorzugehen. (PM Thatcher: Das fordern wir nicht.)

Die Franzosen, die sehr legalistisch denken, werden sagen, daß die Briten jetzt nach den Beitrittsverhandlungen[22], den Neuverhandlungen, der Einführung des Dubliner Korrekturmechanismus[23] zum vierten Mal den EG-Beitritt neu verhandeln wollen.

Zur Lösung des Problems schlägt er vor, den Korrekturmechanismus den gegenwärtigen Umständen anzupassen.

PM *Thatcher*: Das kann man tun. Aber unser Volk wird nicht weiterhin andere Staaten finanzieren können. Auch wenn nur der Mehrwertsteueranteil der EG-Haushaltsbeiträge im Budget erscheint, so handelt es sich doch auch bei Zöllen und Abschöpfungen um einen Ressourcentransfer.

Wenn die Ausgaben für die vier landwirtschaftlichen Produkte, die am meisten Kosten verursachen, aus dem EG-Haushalt herausgenommen werden, dann wird Großbritannien mehr als alle anderen EG-Mitglieder davon profitieren.

22 Vgl. dazu die Eröffnung der Verhandlungen über einen EG-Beitritt Dänemarks, Großbritanniens, Irlands und Norwegens am 1. Juli 1970; AAPD 1970, II, Dok. 289.
Großbritannien trat den Europäischen Gemeinschaften mit Wirkung zum 1. Januar 1973 bei.

23 Zum EG-Korrekturmechanismus vgl. Dok. 56, Anm. 32..

Bundeskanzler hält es für richtig, die Frage der Reduzierung der Überschußproduktion und der EG-Ausgaben für die Landwirtschaftspolitik in Dublin aufzuwerfen. Der explosionsartige Anstieg der Landwirtschaftskosten in den letzten Jahren hat das Problem der britischen Haushaltsbeiträge überhaupt erst akut gemacht. Wenn die Briten diese Frage in der Gemeinschaft aufwerfen, werden sie zumindest die Finanzminister aller EG-Mitglieder als Verbündete haben. Dagegen können die Briten mit einer bloßen Forderung, weniger zu zahlen, kaum auf Verbündete rechnen, da die anderen in höheren Beiträgen oder Mindereinnahmen tragen müssen, was die Briten weniger zahlen.

Wir Deutsche sind bereit, auch mehr zu zahlen. Er kann das allerdings nicht öffentlich sagen. Italiener, Iren und Franzosen werden hierzu nicht bereit sein. Bereitschaft der Belgier, Holländer und Dänen ist nicht genug.

Wenn die Vorschläge des Kommissionspräsidenten auf dem Tisch liegen, kommt es darauf an, daß sich intelligente Leute zusammensetzen, um einen befriedigenden Ausweg zu finden. Eine Lösung wird sehr schwierig zu berechnen sein.

PM *Thatcher*: Wenn die anderen EG-Länder sich schon zieren, ein wenig als Ausgleich zu zahlen, wie kann man dann von den Briten verlangen, so viel zu zahlen. Es kränkt sie, daß reichere Völker weniger zahlen sollen. Wenn Großbritannien reicher wäre, wäre es bereit, noch mehr zu zahlen.

Lord *Carrington* verweist auf eine Klausel im Beitrittsvertrag[24], nach der eine unannehmbare Situation durch gemeinsame Anstrengungen der Partner bereinigt werden muß. (BK: Seitdem hat es immerhin die Neuverhandlung und den Dubliner Korrekturmechanismus gegeben.)

Bundeskanzler wiederholt, daß Großbritannien ein legitimes Anliegen hat. Es genügt aber nicht, das nur darzulegen und zu begründen. Man muß Wege suchen, um das Problem zu lösen.

Vielleicht ist es besser, das Problem Stück für Stück zu lösen. Einer Forderung nach Reduzierung der Ausgaben für die Agrarpolitik kann sich z.B. auch Giscard nicht widersetzen. Er gibt auch zu, daß die gemeinsame Agrarpolitik aus dem Ruder läuft. Man könnte ihn z.B. daran erinnern, daß französische kommunistische Firmen EG-Überschußbutter nach Moskau verkaufen.

Eine Reduzierung der landwirtschaftlichen Garantiefonds zugunsten der Strukturfonds würde sich auf der Ausgabenseite zugunsten Großbritanniens auswirken.

PM *Thatcher* plädiert erneut für equity and fairness. Sie sieht wenig Aussichten, Giscard, mit dem sie in der zweiten Novemberhälfte zusammentrifft[25], zu beeinflussen.

Bundeskanzler hat die Sorge, daß alle EG-Mitglieder bei den Räten im November ihre Karten verdeckt halten und damit eine Lösung in Dublin nicht erleichtern. Er sieht für Dublin schlimme Konsequenzen, wenn keiner eine Kompromißlösung vorschlägt. Er hofft, daß die Außenminister im engsten Kreis in Brüssel

24 Für den Wortlaut des Vertragswerks vom 22. Januar 1972 über den Beitritt von Dänemark, Großbritannien, Irland und Norwegen zu EWG, EURATOM und EGKS vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

25 Am 19./20. November 1979 besuchte Staatspräsident Giscard d'Estaing Großbritannien.

hierüber sprechen werden. Wenn keiner vorher über die Möglichkeiten einer Kompromißlösung redet, kann Jack Lynch in Dublin keine Lösung des Problems zustande bringen.

Auf Einwurf von Lord Carrington, daß die Außenminister zur Erarbeitung von Lösungen technischer Hilfe bedürfen, meint er, daß Präsident Jenkins Optionen und Möglichkeiten vorlegen soll, die dann von den Außenministern beraten werden müssen. Außenminister haben in dieser Frage weniger nationales Prestige investiert als z. B. die Landwirtschaftsminister.

Auf Einwurf von PM Thatcher, daß ein verbesserter Korrekturmechanismus gewisse Ergebnisse bringen kann, daß aber andere Lösungen leichter verständlich sind, meint er, daß letztere allerdings noch schwieriger zu finden sind, da man sich nicht auf einen gemeinsamen Maßstab einigen werde. Soll der von PM Thatcher vorgeschlagene Maßstab des Pro-Kopf-Einkommens zu einer Erhöhung oder einer Reduzierung des Gesamthaushalts führen? Er ist jedenfalls nicht bereit, die Ein-Prozent-Mehrwertsteuer-Grenze[26] zu überschreiten.

PM *Thatcher* weist darauf hin, daß sie auf deutsche Bitte – ohne zu handeln – bereit war, eine weitere LRTNF-Einheit zu übernehmen.[27]

Sie hat in Tokio[28] – ebenfalls ohne zu handeln – Ölförderungsverpflichtungen übernommen. Sie muß sich zutiefst dagegen verwahren, daß offensichtlich nur von den Briten erwartet wird, immer alles Vernünftige und Richtige zu tun.

Auf Einwurf des Bundeskanzlers, daß vernünftiges und richtiges Handeln bei einseitigen Entscheidungen einfacher ist, weist sie darauf hin, daß auch die Nettozahlung von 1 Mrd. Pfund in die EG eine einseitige Entscheidung ist. Die Briten können nicht die einzig kooperative und anständige Nation in Europa bleiben, die bereit ist, Probleme on their merits zu lösen, wenn kein anderer, außer den Deutschen, mitspielt.

Lord *Carrington*: Großbritannien muß seine Partner überzeugen, daß es ein Problem hat, das es alleine nicht lösen kann.

Bundeskanzler wiederholt, daß auch die anderen Partner in Dublin zumindest gesichtswahrende Beschlüsse brauchen. Wenn die Briten es zu hart spielen, laufen sie Gefahr, daß man sie abblitzen läßt. Er ist wahrscheinlich der einzige von den EG-Regierungschefs, der vor seinem Parlament zugeben kann, in Dublin zugezahlt zu haben. Das liegt u. a. daran, daß die Opposition die Bundesregierung gern beschuldigt, nicht genug für Europa zu tun. Die Last der Dubliner Beschlüsse darf in jedem Land nicht nur von einem Ressort getragen werden. Das macht nicht nur bei uns, sondern auch in Frankreich Schwierigkeiten, wo sich z. B. Chirac zum Führer der landwirtschaftlichen Interessen aufwirft. Man muß dafür sorgen, daß die Last der Entscheidungen auf die verschiedenen Ressorts verteilt wird. Für die Dänen und die Niederländer könnte

26 Vgl. dazu Artikel 4 des Beschlusses vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der EG-Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaft; Dok. 288, Anm. 42.

27 Zur Einwilligung der Premierministerin Thatcher vom September 1979, eine zusätzliche Staffel Cruise Missiles in Großbritannien zu stationieren, vgl. Dok. 314, Anm. 26.

28 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

z.B. eine Einigung in der Fischereipolitik[29] ein wichtiges Stück Gesichtswahrung bedeuten.

Auf PM Thatchers Einwurf, daß die energiepolitischen Zusagen, die Großbritannien on its merit getroffen habe, von ihr auch nicht zugunsten einer Reduzierung der britischen Nettozahlerposition herangezogen werden, weist er darauf hin, daß es keine EG-Energiepolitik gibt. Jeder einzelne Staat muß für sich selbst sorgen und bekommt keine Hilfe von der Gemeinschaft. Die Franzosen können mit ihrem großen Nuklearprogramm[30] in sechs Jahren viel besser dastehen als heute. Italien und Dänemark z.B. werden auch dann weiterhin völlig vom Öl abhängen. Wir werden uns auf die Kohle stützen. Er hofft nur, daß mit der Zeit auch die Kohleverflüssigung – heute noch dreimal so teuer wie das Öl – wirtschaftlich wird.

Er bittet um Verständnis dafür, daß auch die anderen EG-Staaten in Dublin eine Lösung wünschen. Aber man muß ihnen dabei helfen, hilfreich zu sein.

PM *Thatcher*: Großbritannien kann die Last nicht allein tragen. Es kann nicht immer das Richtige on its own merit tun und dafür dann mit Forderungen konfrontiert werden, noch mehr zu tun.

Bundeskanzler: Clubregeln sind nur mit Zustimmung der anderen Mitglieder des Clubs zu ändern. Die Briten müssen mit ihnen argumentieren, sie überzeugen. Nur wenn die Briten bereit sind, ihrerseits etwas zu geben, auch wenn sie dafür zu Hause kritisiert werden, werden die anderen bereit sein, ihrerseits etwas zu geben.

Man darf ihnen keine Vorwände zum Nichtstun geben, die nur allzu leicht zu finden sind. Wir müssen sie dazu bringen, Verpflichtungen einzugehen. Dafür muß man auf sie eingehen, sie behandeln und ihnen nicht sagen, „take it or leave it". Eine solche Haltung ist in der gegenwärtigen Lage außerordentlich gefährlich.

Auf den Hinweis von PM Thatcher, daß sie wirklich einen good case hat, meint er, daß vor Gericht auch ein good case einen guten Advokaten braucht. Vor allem dann, wenn die acht anderen EG-Mitglieder, die die Entscheidung fällen müssen, die Last der Entscheidung zu tragen haben.

Die anderen acht EG-Mitglieder müssen sich erst auf die neue Lage einstellen. Sie haben sich daran gewöhnt, der Europapolitik der Labour-Regierung zu mißtrauen. Die Franzosen sagen, warum sollen wir den Briten jedes Jahr Gelegenheit zu Neuverhandlungen geben. Die Acht mißtrauen auch den von Großbritannien vorgelegten Zahlen. Jetzt gibt es allerdings die von Jenkins erarbeitete Zahlenbasis.

Lord *Carrington* ist entsetzt über die psychologischen Folgen der Europapolitik der Labour-Party. Aber gerade um der Glaubwürdigkeit der neuen Europapolitik der konservativen Regierung willen ist eine vernünftige Lösung (square deal)

[29] Zu den Bemühungen der Europäischen Gemeinschaften um ein gemeinsames Fischereiregime vgl. Dok. 314, Anm. 44.

[30] Botschafter Herbst, Paris, erläuterte am 12. November 1979: „Die Politik der französischen Regierung in Bezug auf die Kernenergie hat sich in den vergangenen Monaten nicht geändert. Das forcierte Bauprogramm (1985 sollen 55% des französischen Elektrizitätsbedarfs durch Kernenergie gedeckt werden statt gegenwärtig 15%) hat durch die Entwicklung beim Erdöl im Gegenteil eher an Bedeutung gewonnen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 3523; Referat 413, Bd. 123733.

notwendig. Wenn die Briten sich in der Frage des Finanzbeitrags weiterhin zu Recht beschweren können, ist das ein schweres Hindernis für die Europapolitik der Konservativen.

Bundeskanzler bezweifelt nicht, daß das britische Anliegen gerechtfertigt ist. Aber es bedarf eines Konsenses zur Lösung des Problems. Dabei spielt die Präsentation eine große Rolle. Das gilt nicht nur für Franzosen und Dänen, sondern auch für Italiener, die immer gewohnt sind, mehr zu bekommen als die anderen, und in Dublin weniger bekommen werden, und die wenig flexiblen Niederländer sowie die Dänen in ihrer schwierigen innenpolitischen Situation.[31]

Er würde es für das Beste halten, wenn sich die Außenminister informell zusammensetzen, um – als Grundlage für weiteres Vorgehen – ein Verfahren zu erarbeiten, das in Dublin zu einer Grundsatzeinigung führt. Wenn es in Dublin nicht gelingt, ein Übereinkommen zu erreichen, sieht er einen Bruch in weniger als einem Jahr voraus.

PM *Thatcher*: Callaghan hat die Frage der britischen Nettozahlerposition vor einem Jahr in seiner Rede beim Lord Mayor's Banquet aufgeworfen.[32] Die europäischen Partner und die Öffentlichkeit kennen es. Die konservative Regierung braucht dringend die 1 Mrd. Pfund, um Anreize für die wirtschaftliche Gesundung zu schaffen. Sie möchte nicht mit der Wahl zwischen der wirtschaftlichen Gesundung und der Europapolitik konfrontiert werden, Sie strebt keine Nettoempfängerposition für Großbritannien an. Sie möchte lediglich das zuviel zu zahlende Geld zurückhaben.

BM *Genscher* wird versuchen, die Angelegenheit nach dem Vorschlag des Bundeskanzlers anläßlich des nächsten Außenministerrats in Brüssel[33] aufzunehmen.

Bundeskanzler: Die Außenminister sollten sich von den Finanzministern in Brüssel[34] vor ihrem Treffen unterrichten lassen. Viel hängt davon ab, wie Jenkins seinen Bericht präsentiert. Als Engländer hat er hierbei eine schwierige Position, aber sein standing in der Gemeinschaft ist groß.

Die Bundesregierung wird in einem Ministertreffen vor Dublin ihre Position und ihren Spielraum festlegen. Sie wird eine Position in der Mitte einnehmen, ist aber nicht gewillt, als Vermittler zu handeln.

Auf PM Thatchers Bemerkung, daß er als einziger den Briten helfen möchte, hofft er das auch von den anderen, mit denen er noch sprechen wird. Aber über die Forderung nach Geld hinaus muß in Dublin der eine oder andere Vorschlag gemacht werden, wie man an die zugrunde liegenden Probleme herangeht.

31 In Dänemark trat am 28. September 1979 die von Ministerpräsident Jørgensen geführte sozial-liberale Regierung zurück. Nach Neuwahlen am 23. Oktober 1979 bildete Jørgensen eine sozialdemokratische Minderheitsregierung. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 389 vom 28. September bzw. Nr. 448 vom 30. Oktober 1979 des Botschafters Hofmann, Kopenhagen; Referat 204, Bd. 115956.

32 In der Presse wurde über die Rede des Premierministers Callaghan bei einem Essen am 13. November 1978 anläßlich der Amtseinführung des Bürgermeisters von London gemeldet: „The Prime Minister last night emphasized that Britain's contributions to the EEC budget were ‚clearly out of balance'. The Government could not agree that ‚Britain should become the largest net contributor to the Community'." Vgl. den Artikel „Britain's share of EEC budget ‚out of balance'"; THE TIMES vom 14. November 1978, S. 1.

33 Der EG-Ministerrat tagte am 20. November 1979 in Brüssel.

34 Am 19. November 1979 tagte in Brüssel der EG-Rat auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister.

PM *Thatcher*: Eine Ausweitung des EG-Haushalts hilft nicht. Man muß bei den Rückflüssen ansetzen und die Kosten der Agrarpolitik senken. Sie stimmt einem Einwurf Lord Carringtons zu, daß eine der Optionen die Herausnahme bestimmter Produkte aus dem EG-Budget ist. Dabei müsse man mit den vier Produkten beginnen, die am meisten Kosten verursachen. Notwendige Unterstützungen müßten dann eben aus dem nationalen Budget bezahlt werden. Sie zeigt dem Bundeskanzler aus ihren Unterlagen entsprechende Berechnungen.

Bundeskanzler: Wenn man die Lage von außen betrachtet, kommt man zum Schluß, daß das Problem schwierig zu lösen ist, aber nicht unlösbar. Man kann Präsident Jenkins bitten, mögliche Lösungen vorzulegen. Aber besser wäre es noch, wenn sich intelligente Leute vor allem aus den drei größeren EG-Staaten informell zusammensetzen, um die notwendigen Verfahren zu erarbeiten. Wenn das nicht vorher geschieht, wird sich in Dublin nichts bewegen.

PM *Thatcher*: Großbritannien kann es sich nicht leisten, jährlich 1 Mrd. Pfund an die reichsten Länder der Welt zu zahlen. Man muß die Rechtsposition genau prüfen.

Bundeskanzler: Ebenso wie das Funktionieren aller Mechanismen und Politiken in der Gemeinschaft. Er hat das Gefühl, daß Kommissar Gundelach eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung einer Lösung für Dublin spielen könnte.

VS-Bd. 14077 (010)

317

Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-3716/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4230
Cito

Aufgabe: 2. November 1979, 17.56 Uhr[1]
Ankunft: 2. November 1979, 19.22 Uhr

Betr.: Bewertung jüngster sowjetischer Äußerungen zu TNF-Modernisierung

Bezug: DB Nr. 4110 vom 24.10.79 – Pol 370 VS-v[2]
DB Nr. 4129 vom 25.10.79 – Pol 370.00

Zur Information auch an 213, 201

I. Sowjetische Einschätzung der Voraussetzungen und Folgen bevorstehender Modernisierungsentscheidung der NATO kam uns gegenüber in meinem Gespräch mit Leiter der ZK-Informationsabteilung Samjatin am 24.10. und in Aus-

[1] Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Gruber am 7. November 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann und Vortragenden Legationsrat Hofstetter verfügte.
Hat Hofmann und Hofstetter am 7. November 1979 vorgelegen.

[2] Vgl. Dok. 307.

führungen Ersten Stellvertretenden AM Kornienko gegenüber D2[3] bei deutsch-sowjetischen Direktorenkonsultationen am 30.10.[4] zum Ausdruck.

Weiterhin ist der am 25.10. in der „Prawda" erschienene Artikel von Verteidigungsminister Ustinow relevant, in dem sowjetische Position sowie eigene Einschätzung der Breschnew-Vorschläge vom 6.10.[5] dargelegt wird.[6]

Diese sowjetischen Äußerungen, über die im einzelnen bereits berichtet wurde, haben folgende Elemente gemeinsam:

1) Beweisführung, daß strategische Parität zwischen den Weltmächten SU und USA sowohl global wie auch regional in Europa bereits besteht und durch SALT II[7] praktisch bestätigt wurde. Die USA wollen nicht nur mit NATO-Modernisierungsplänen, sondern auch mit Erweiterung ihrer militärischen Präsenz in der Welt (Sondereinsatztruppe für Nahost, Japan, 6. Flotte und seit neuestem Südkorea) das bestehende Gleichgewicht zu ihren Gunsten verändern. Hinzu kommt die Kritik an der MX-Entwicklung[8] und der Indienststellung der „Trident" I[9].

2) Die SU sieht sich durch die Modernisierung einer zusätzlichen Bedrohung im strategischen Bereich ausgesetzt: Obwohl, so Samjatin, geplante Mittelstreckenraketen taktische Waffen sind, muß sie die SU praktisch als strategische Waffen betrachten. Da die NATO für die Stationierung den „politischen Zeitpunkt" nach SALT-Unterzeichnung wählt und mit den neuen Raketen praktisch solche ersetzt, die von SALT II bereits abgedeckt sind, da sie auch ihrer größeren Reichweite wegen ein Gebiet bis zum Ural erreichen könnten, muß die SU diese als strategische Raketen ansehen.

3 Klaus Blech.

4 Die Direktorenkonsultationen fanden am 29./30. Oktober 1979 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 281, Anm. 23.
Im Gespräch mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kornienko am 30. Oktober 1979 legte Ministerialdirektor Blech dar, daß die Bundesrepublik bei der geplanten TNF-Modernisierung als ein „Partner unter Partnern des westlichen Bündnisses" handeln werde: „Diese Entscheidungen werden nach einer sehr verantwortungsvollen Prüfung aller Elemente getroffen werden, die erheblich sind, und ganz sicher im Bewußtsein der Notwendigkeit, eine militärische Konfrontation zu vermeiden. Die Politik, die Gefahr einer militärischen Konfrontation zu verringern, führen wir allerdings auch im Bewußtsein, daß ihre Fortsetzung einer gleichgewichtigen Lage bedarf." Kornienko erwiderte: „Was auf der Dezembersitzung der NATO beschlossen werden soll, sieht so aus: Wir erhöhen das Niveau der militärischen Konfrontation, dann wollen wir es senken. Das ist es, was Sie meinen, wenn Sie von zwei Teilen des NATO-Beschlusses sprechen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 13167 (213); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 287 und Dok. 296.

6 Vgl. den Artikel „Voennaja razrjadka – velenie vremeni"; PRAVDA vom 25. Oktober 1979, S. 4 f.

7 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

8 Zur geplanten Einführung der MX-Rakete vgl. Dok. 195, Anm. 12.

9 Brigadegeneral von Ondarza, Washington, berichtete am 5. November 1979: „Die gegenüber der ‚Poseidon' um 1500 n[autische]m[eilen] gesteigerte Reichweite der ‚Trident' I erlaubt es den Amerikanern, die mit der neuen Rakete ausgerüsteten Boote bei Abdeckung der gleichen Ziele in Seegebieten zu stationieren, die zusätzlich über 6 Mio. Quadratmeilen ausmachen. Die damit gewonnenen Einsatzgebiete liegen erheblich näher an den Basen, von denen die Boote disloziert werden. Die Anmarschwege werden dadurch deutlich verkürzt. [...] Die US Navy beabsichtigt, bis Ende 1982 zwölf der bisher mit ‚Poseidon'-Raketen bestückten U-Boote der ‚Benjamin-Franklin'-Klasse auf die ‚Trident' I umzurüsten. Die übrigen 19 Boote dieser Klasse sollen bis zu ihrer Außerdienststellung die ‚Poseidon' behalten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3927; Referat 201, Bd. 120163.

3) Die „Antwort" der SU auf die NATO-Entscheidung wird unvermeidlich sein. Ustinows Drohung hierzu ist verständlicherweise besonders deutlich. Es bleibt jedoch offen, wie man sich mögliche Maßnahmen vorzustellen hat. Lediglich Kornienko ließ durchblicken, es koste die SU keine Anstrengung, die Zahl ihrer Raketen zu erhöhen. Alle weiteren hierzu gemachten Aussagen gehören in die Kategorie der Drohgebärden. Hier wird vor allem der Bundesrepublik Deutschland angedroht, man werde auf sie jetzt sowjetische Raketen richten müssen, um mangels ausreichenden Frühwarnsystems die dort stationierten Raketen mit „Flächenfeuer" auszuschalten.

4) Während zu Anfang der sowjetischen Kampagne gegen die Modernisierung und dann vor allem in der Breschnew-Rede die Bundesrepublik Deutschland besonders apostrophiert und ihre Rolle als Hauptbefürworterin in der NATO herausgestellt worden war, zeigen die vorliegenden Äußerungen eine Akzentverschiebung: Sowjetische Kritik konzentriert sich auf die globale Bedrohung durch die USA und auf deren Rolle als Hegemonialmacht. Die Bundesrepublik Deutschland erscheint demgegenüber eher als das Instrument amerikanischer Hegemonialpolitik. Die Äußerungen des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers zu den Breschnew-Vorschlägen und zum sicherheits- und rüstungskontrollpolitischen Doppelansatz der NATO[10] werden laut Samjatin „berücksichtigt".

5) Zum geplanten Vorschlag der NATO, über Rüstungskontrollmaßnahmen zu verhandeln, hat es bisher nur eine ausweichende Reaktion gegeben. Kornienko: „Welchen Sinn hat es, erst eine Rüstungsentscheidung zu fällen und dann darüber zu verhandeln?" Nicht ausgesprochen wird hier das offensichtlich bestehende Mißtrauen, daß der Produktionsentscheidung der NATO unumgänglich auch eine Dislozierung folgen werde. Jedenfalls wurde in keiner der vorliegenden Äußerungen eine mögliche Verknüpfung mit dem Verhandlungsangebot Breschnews angedeutet. Die früher von Falin gemachte Feststellung, man werde auf keinen Fall unter Druck verhandeln[11], wurde allerdings auch nicht wiederholt.

II. Sowjetische Äußerungen haben uns zwar einen Einblick in die sowjetische Betrachtungsweise gegeben, trugen allerdings nur wenig dazu bei, die Vorschläge Breschnews von Berlin so zu präzisieren, daß damit konkrete Anhaltspunkte für einen rüstungskontrollpolitischen Dialog abzuleiten wären. Die

10 Zu den Stellungnahmen des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 288, Anm. 22.
In einer Erklärung vom 28. Oktober 1979 führte Genscher aus: „Es liegt nun an der Sowjetunion, ob sie dem Verhandlungsziel des Westens folgt, die Mittelstreckenrüstung so gering wie möglich zu halten. Die Sowjetunion könnte jetzt ein Zeichen setzen und als ersten Schritt die Produktion ihrer neuen Mittelstreckenwaffen stoppen. Das wäre keine Vorleistung, sondern der Stopp des einseitigen sowjetischen Drehens an der Rüstungsspirale, denn der Westen wird bekanntlich erst in drei bis vier Jahren über die ersten Mittelstreckenwaffen verfügen. [...] Die von uns gewollten Verhandlungen finden in der Rede, die Generalsekretär Breschnew in Ost-Berlin gehalten hat, ein positives Echo. Wir sind bereit, die sowjetische Seite beim Wort zu nehmen. Wir appellieren an die Sowjetunion, sich bei diesen Verhandlungen von dem Gedanken der gleichen Sicherheit und der Gleichberechtigung leiten zu lassen." Vgl. den Runderlaß Nr. 5388 des Vortragenden Legationsrats Heyken vom 29. Oktober 1979; Referat 213, Bd. 133143.

11 Vgl. dazu den Artikel „‚Unsere Raketen zielen nicht auf Bonn'"; DER SPIEGEL vom 5. November 1979, S. 63.

Tatsache, daß auf sowjetischer Seite die Militärs sich an der öffentlichen Diskussion der Breschnew-Vorschläge und der westlichen Reaktion beteiligen, ist insofern bedeutsam, als damit gegenüber eigener Öffentlichkeit, aber auch gegenüber Öffentlichkeit des Westens, eine wirkliche Entspannungsbereitschaft der SU auch im militärischen Bereich demonstriert werden soll. Betrachtet man die Reaktion unserer Presse auf den Ustinow-Artikel[12], so scheint diese Rechnung nicht aufzugehen. Hieraus und aus der sich inzwischen verfestigenden kritischen Betrachtung der Breschnew-Vorschläge im Westen ergibt sich bei den maßgeblichen Beratern der Führung, mit denen wir es in den vergangenen Wochen zu tun hatten, eine geradezu frustrierende Situation: Einerseits müssen sie die Haltung der USA und der westeuropäischen Länder (darunter vor allem der Bundesrepublik) verurteilen, zum anderen müssen sie erkennen, daß ihre eigene Position schlechter ist als in der Diskussion um die Neutronenbombe und daß eine gezielte Kritik insbesondere der Bundesregierung für die Entspannungspolitik uns gegenüber nur kontraproduzent sein kann. Daher die sachliche Argumentation und der unpolemische Ton unserer Gesprächspartner der letzten Wochen. Enttäuschung muß auch die geringe Wirkung bereiten, die die Kampagne gegen die Modernisierung[13] bisher in der Öffentlichkeit Westeuropas gebracht hat. Die in der sowjetischen Presse zitierten Stimmen gegen die Modernisierung sind jedenfalls nicht sehr überzeugend.

Dennoch wäre es voreilig, davon auszugehen, daß man sich mit der Modernisierungsentscheidung bereits abgefunden hat. Die Gegenkampagne wird mit noch größerer Intensität geführt werden, wobei es auch an einer Eskalation der Drohung nicht fehlen wird. Ich halte es deshalb für wichtig, daß sich auch unsere Öffentlichkeit und die Regierungen der Bündnispartner ebenso sachlich und unpolemisch mit den sowjetischen Argumenten auseinandersetzen, wie dies umgekehrt hier geschieht. Mein Eindruck ist, daß die von uns in den jüngsten Gesprächen vorgetragenen Argumente nicht ohne Wirkung auf unsere Gesprächspartner geblieben sind und daß man trotz der von Breschnew ausgesprochenen vagen Drohung hinsichtlich der Gefährdung des Entspannungsprozesses in Europa nicht den Weg gehen wird, das bisher Erreichte aufs Spiel zu setzen.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10571 (201)

12 Zur Reaktion in der Presse auf den Artikel des sowjetischen Verteidigungsministers Ustinow in der „Prawda" vom 25. Oktober 1979 vgl. Dok. 309, Anm. 11.

13 Zur Behandlung der geplanten TNF-Modernisierung der NATO in den sowjetischen Medien vgl. Dok. 253, Anm. 8.

318

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hoff

330-322.00 KUB-851/79 geheim **5. November 1979**[1]

Über Herrn Dg 33[2] Herrn D 3[3] zur Entscheidung

Betr.: Westliche Kredite für Kuba

Bezug: Aide-mémoire des amerikanischen Botschafters vom 22.10.1979 – 010-1883/79 geheim[4]

I. Die deutsch-kubanischen Wirtschaftsbeziehungen

Kuba nimmt in unserem Außenhandel einen niedrigen Stellenwert ein (Platz 85).

Der Handelsaustausch betrug in den letzten Jahren in Mio. DM:

	Einfuhr	Ausfuhr
1974	16.9	292.5
1975	20.9	311.0
1976	46.1	231.1
1977	36.8	174.3
1978	75.6	147.3

Vorstehende Zahlen zeigen, daß der Handelsaustausch für Kuba stets defizitär gewesen ist (1977: 137.5 Mio. DM, 1978: 71.7 Mio. DM), wenngleich Kuba seine Exporte in die Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren steigern und damit sein Defizit vermindern konnte.

Der seit 1975 zu verzeichnende Rückgang der deutschen Exporte nach Kuba ist einmal auf den kubanischen Mangel an Hartwährung zurückzuführen, zum anderen auf günstigere Finanzierungsangebote anderer westlicher Staaten wie vor allem Japans, Spaniens, Frankreichs und Belgiens. Die Bundesregierung hat

[1] Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Herrn Staatssekretär m. d. B. um K[enn]t[ni]sn[ahme]. 2) Mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden."
Hat Staatssekretär van Well am 5. November 1979 vorgelegen, der für Bundesminister Genscher handschriftlich vermerkte: „interessanter Vorgang" und „weiter zurückhalten".
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau und Legationsrat I. Klasse Petersmann am 6. November 1979 vorgelegen.
Hat Genscher am 6. November 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache] v[an] Well."
Hat van Well am 26. November 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]."
Hat Amtsrat Kusnezow am 6. Dezember 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Reg[istratur] fertige Abl[ichtung] auf W[ei]s[un]g BM für Akte 010–32 KUB. 2) Orig[inal] über H[errn] D 3 H. R[eferats]L[eiter] 330."
Hat Hoff am 6. Dezember 1979 erneut vorgelegen.

[2] Hat Ministerialdirigent Limmer am 5. November und erneut am 6. Dezember 1979 vorgelegen.

[3] Hat Ministerialdirektor Meyer-Landrut vorgelegen.
Hat Meyer-Landrut am 6. Dezember 1979 erneut vorgelegen.

[4] Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel am 22. Oktober 1979; Dok. 302.
Für das von Stoessel übergebene undatierte Papier „Western Credits for Cuba" vgl. VS-Bd. 11174 (330).

bisher große Zurückhaltung gezeigt, Außenhandelsgeschäfte mit Kuba in Dekkung zu nehmen.

Die Orientierungsgröße lag bei 5 Mio. DM pro Einzelgeschäft. Bis Anfang Oktober d.J. war Hermes Verpflichtungen in Höhe von 56 Mio. DM eingegangen. Nach den unvollständigen Angaben des BMWi haben deutsche Banken Kuba folgende Kredite eingeräumt:

Deutsche Bank	30 Mio. DM
Commerzbank	50 Mio. DM
Bank für Gemeinwirtschaft	90 Mio. DM
	170 Mio. DM

Es ist wahrscheinlich, daß auch andere Banken wie z.B. die Westdeutsche Landesbank Kuba Kredite bewilligt bzw. deutsche Lieferungen finanziert haben, doch dürften kaum mehr als insgesamt 250 Mio. DM von deutschen Banken für Kuba zur Verfügung gestellt worden sein.

Wegen der schlechten Finanzierungsmöglichkeiten auf dem deutschen Markt haben manche deutschen Lieferanten größere Geschäfte über Belgien und Spanien abgewickelt. Nähere Angaben hierzu liegen nicht vor.

In letzter Zeit drängen die Kubaner stärker als früher die am Kuba-Geschäft interessierten westlichen Firmen, sich auf Bartergeschäfte einzulassen. Nach einem Bericht unserer Botschaft Havanna vom 26. Oktober d.J. verhandeln gegenwärtig die Krupp Industrie- und Stahlbau und Klöckner-Humboldt-Deutz mit der kubanischen Regierung über die Errichtung eines Edelstahlwerkes (Wert: 350 Mio. US-Dollar) und die Friedrich Uhde GmbH über die Lieferung eines Harnstoffwerkes. Beide Projekte sollen auf einer Kompensationsbasis abgewikkelt werden. Die Finanzierung soll über Frankreich bzw. Belgien erfolgen.[5]

II. Die deutsch-kubanischen Wirtschaftsbeziehungen im Vergleich zu anderen westlichen Ländern

Die Angaben in Anlage 1[6] zeigen, daß die Bundesrepublik Deutschland in der Gruppe der westlichen Lieferanten an Kuba einen vergleichsweise bescheidenen Platz einnimmt.

Auch bei der Absicherung von Außenhandelsgeschäften sind die übrigen westlichen Handelspartner Kubas bisher sehr viel großzügiger vorgegangen als wir. Die Verpflichtungen der bedeutendsten westlichen Handelspartner gegenüber

[5] Botschafter Freitag, Havanna, berichtete am 26. Oktober 1979: „In diesen Tagen haben in Havanna Delegationen deutscher Firmen über zwei größere Anlageprojekte verhandelt: Die Krupp Industrie- und Stahlbau, Duisburg, verhandelte über die Errichtung eines Edelstahlwerkes. Dieses Projekt, Größenordnung etwa 350 Mio. US-Dollar, erfaßt eine Anlage für die Stahlherstellung bis zu einem Kaltwalzwerk für Stahlbleche. Das Projekt wird seit über zwei Jahren mit Firmen aus verschiedenen Ländern (Kanada, Frankreich, Österreich, Belgien) diskutiert, ohne daß bisher Krupp bzw. K[löckner]H[umboldt]D[eutz], mit der von kubanischer Seite ebenfalls verhandelt wird, wesentliche Fortschritte erzielen konnten. Die Friedrich Uhde GmbH steht in Verhandlungen über ein Harnstoffwerk, Standort Cienfuegos. Auch hier ist noch keine Entscheidung zugunsten der Firma gefallen. Beide Projekte würden auf reiner Kompensationsbasis abgewickelt." Vgl. den Schriftbericht Nr. 555; Referat 330, Bd. 116093.

[6] Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufstellung über die Höhe der Ein- und Ausfuhren Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Japans, Kanadas und Spaniens aus bzw. nach Kuba in den Jahren 1976 bis 1978 vgl. VS-Bd. 11174 (330); B 150, Aktenkopien 1979.

Kuba beliefen sich in der zweiten Hälfte 1979 (kurz-, mittel- und langfristig) auf:

Spanien	443 Mio. US-Dollar
Japan	415 Mio. US-Dollar
Frankreich	273 Mio. US-Dollar
Belgien	149 Mio. US-Dollar
Großbritannien	55 Mio. US-Dollar
Kanada	49 Mio. US-Dollar
BR Deutschland	32 Mio. US-Dollar

Über die Bankkredite der westlichen Partner liegen hier keine Angaben vor. Sie sind mit Sicherheit höher als jene unserer Banken.

III. Mögliche Auswirkungen westlicher Kreditbeschränkungen

Kuba wickelt gegenwärtig nur etwa 20% seines Außenhandels mit westlichen Staaten ab. Für die industrielle Entwicklung des Landes ist Kuba jedoch auf moderne westliche Technologie angewiesen, die im allgemeinen nur mit Hartwährung eingekauft werden kann. Die Bereitschaft der Sowjetunion, Kuba hierfür Devisen zur Verfügung zu stellen, ist beschränkt. Schon jetzt muß die Sowjetunion rund 8% der Hartwährungserlöse aus ihren Exporten aufwenden, um Kubas wirtschaftliches Überleben zu sichern (Lieferungen von Öl, Weizen und Zucker, Ankauf z.T. mit Devisen). Eine geringere Bereitschaft des Westens, Anlagegeschäfte von Kuba zu finanzieren oder Kredite zur freien Verfügung zu stellen, würde in der Tat, wie die amerikanische Regierung voraussagt, die kubanische Wirtschaft hart treffen und die Belastungen für die Sowjetunion und die anderen COMECON-Länder (Kuba genießt Vorzugsbedingungen) erhöhen. Dies würde jedoch nur eintreten, wenn die westlichen Lieferanten auf Bezahlung von harter Währung bestehen und sich nicht auf Bartergeschäfte einlassen.

Ob die gewünschte westliche Zurückhaltung zu einer Mäßigung Kubas führen oder die Sowjetunion veranlassen könnte, Kuba von weiteren abenteuerlichen Unternehmungen abzuhalten, ist schwer vorauszusagen. Der Westen verfügt jedoch zur Zeit über kein geeigneteres Mittel, um Kuba und die Sowjetunion fühlen zu lassen, daß Radikalität teuer ist. Bei den zunehmenden Unterhaltungskosten und den wachsenden eigenen wirtschaftlichen Sorgen wird die Sowjetunion mehr und mehr prüfen müssen, ob der politische Nutzen des „trouble shooters" Kuba noch in einem vertretbaren Verhältnis zum wirtschaftlichen Aufwand steht (allein der Wert der sowjetischen Erdöllieferungen an Kuba wird 1980 mindestens 1 Mrd. Dollar ausmachen).

IV. Welche Haltung sollten wir gegenüber den amerikanischen Wünschen einnehmen?

Wir können mit Recht darauf hinweisen, daß wir bisher gegenüber Kuba in jeder Hinsicht eine Zurückhaltung an den Tag gelegt haben, die den amerikanischen Vorstellungen durchaus Rechnung trägt. Wir sollten diese Linie auch nicht verlassen. Das kubanische Auftreten bei der Blockfreienkonferenz[7] und

[7] Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt. Vgl. dazu Dok. 266, Anm. 4 und 7.

seine in den letzten Monaten deutlicher werdenden Bemühungen, in Mittelamerika und in der Karibik die (relative) Stabilität zu untergraben[8], sowie seine Haltung uns gegenüber („imperialistische Macht", „Komplizenschaft mit Südafrika"[9]) schaden auch unmittelbar unseren außenpolitischen Interessen.

Deshalb sollte

1) die niedrige Orientierungsgröße bei der Absicherung von Außenhandelsgeschäften in Höhe von 5 Mio. DM auch ausnahmsweise nicht überschritten werden, obwohl Bundesminister Matthöfer dies gegenüber Außenminister Malmierca im Juni d.J.[10] in Aussicht gestellt hat;
2) die deutschen Unternehmen in geeigneter Weise darauf aufmerksam gemacht werden, daß Anlagegeschäfte auf Kompensationsbasis von der Bundesregierung nicht gern gesehen werden;
3) die deutschen Banken zur Zurückhaltung bei Kreditgeschäften, vor allem zur Einhaltung handelsüblicher Konditionen gegenüber einem schwer verschuldeten und kaum Sicherheiten bietendem Land, aufgefordert werden;
4) die Bundesregierung nicht nur die Amerikaner, sondern die im Kuba-Geschäft besonders aktiven westlichen Verbündeten wissen lassen, daß wir die amerikanische Auffassung teilen, uns weiterhin äußerster Zurückhaltung befleißigen werden und auf eine gemeinsame Haltung hoffen;
5) die vorgeschlagene öffentliche Erklärung über Kubas zunehmende Verschuldung besser unterbleiben, weil sie kaum dazu beiträgt, Unternehmen und Banken zu beeinflussen und eher Kritik („feindselige Haltung der Kapitalisten gegenüber dem fortschrittlichen Kuba") auslösen und den Eindruck einer konzertierten Aktion hervorrufen würde.

Hoff

VS-Bd. 11174 (330)

8 Botschafter Freitag, Havanna, berichtete am 18. Oktober 1979: „Die kubanische Regierung fühlt sich, offenbar vor allem durch die Ereignisse in Nicaragua, zu einer aktiveren, wenngleich noch immer behutsamen Politik gegenüber den lateinamerikanischen Staaten ermutigt. Dies zeigen u.a. die tatkräftige Unterstützung Nicaraguas beim Wiederaufbau, die schnelle diplomatische Anerkennung der neuen Regierung Grenadas und die zumindest moralische Unterstützung der ‚fortschrittlichen' Kräfte in San Salvador und Guatemala, aber auch der Besuch Castros in Mexiko. Wenn Lateinamerika und die Karibik wieder deutlich stärker in das Aktionsfeld der kubanischen Außenpolitik rücken, so ist doch das Bemühen Kubas deutlich, kein neues Mißtrauen der lateinamerikanischen Nachbarn wegen eines möglichen Revolutionsexports zu wecken. So wird der Sieg der nicaraguanischen Revolution auf kubanischer Seite im Hinblick auf die gegenwärtige Stimmungslage in Lateinamerika gegenüber den USA vor allem als Erfolg gegen innere Unterdrückung und Fremdbeeinflussung (USA) herausgestellt." Vgl. den Schriftbericht Nr. 543; Referat 330, Bd. 116088.

9 Vgl. dazu die Äußerungen des kubanischen Außenministers Malmierca am 1. Februar 1979; Dok. 158, Anm. 21.

10 Korrigiert aus: „April d.J."
Der kubanische Außenminister Malmierca hielt sich vom 31. Mai bis 2. Juni 1979 in der Bundesrepublik auf. Im Gespräch mit Bundesminister Matthöfer am 1. Juni 1979 bemerkte er, „auf dem Privatsektor habe er bereits mit der Firma Klöckner über eine Anlage zur Herstellung von rostfreiem Stahl gesprochen; es gehe dabei um ein Projekt im Wert von einer Milliarde Dollar. Des weiteren sei über Anlagen zur Verarbeitung von Kobalt, Kupfer, Blei und Zink gesprochen worden. Den Kubanern lägen bereits drei diesbezügliche Offerten vor. Hierbei handle es sich um gegenwärtige Projekte, die ab 1981 zu realisieren seien. Bezüglich der Finanzierungsplanung denke man an eine Bezahlung durch Kredite oder durch Warenlieferungen." Matthöfer legte dar, „daß solche Finanzierungswege nicht von der Bundesregierung bereitgestellt würden. Sie gebe nur eine Garantie, und diese stets für konkrete Projekte." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 330, Bd. 116090.

319

Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen

210-553.22-1400/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 5. November 1979, 21.29 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 5542 Plurez

Betr.: Rudolf Heß
hier: Erneuter Vorstoß zur Begnadigung aus humanitären Gründen gegenüber der Sowjetunion

1a) Der Herr Staatssekretär[2] hat den sowjetischen Botschafter in Bonn, Semjonow, am 2.11.1979 empfangen und ihm einen Brief des Herrn Bundesministers an den sowjetischen Außenminister Gromyko[3] übergeben, in dem noch einmal die Bitte um Freilassung von Rudolf Heß aus humanitären Gründen an die sowjetische Regierung herangetragen wird. Der Herr Staatssekretär nahm in dem bei dieser Gelegenheit geführten Gespräch Bezug auf den Brief von Altbundespräsident Scheel vom April d.J. an die Staatsoberhäupter der vier Gewahrsamsmächte[4], der von sowjetischer Seite bisher nicht beantwortet sei, und auf Gespräche mit Staats- und Parteichef Breschnew bei dessen Besuch in der Bundesrepublik im Mai 1978.[5] Er erklärte, daß sich der Gesundheitszustand von Rudolf Heß inzwischen weiter verschlechtert habe (Hinweis, daß behandelnde Ärzte Operation für erforderlich hielten), und legte noch einmal dar, daß die Bitte der Bundesregierung von humanitären Erwägungen (Alter, über 35jährige Haftzeit, Fortschreiten der Verschlechterung des Gesundheitszustandes) motiviert sei.

b) Botschafter Semjonow sagte Weiterleitung des Briefes zu, erklärte aber im gleichen Zusammenhang, daß er auf unsere Bitte bereits eine Antwort seiner

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß an die Botschaften in London, Moskau, Paris und Washington wurde von Vortragendem Legationsrat Derix konzipiert.
Hat Staatssekretär van Well und Ministerialdirigent Lücking am 5. November 1979 zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Günther van Well.

3 Vgl. dazu den Entwurf vom Oktober 1979 eines Schreibens des Bundesministers Genscher an den sowjetischen Außenminister Gromyko; Referat 213, Bd. 133282.

4 Bundespräsident Scheel richtete am 7. März 1979 Schreiben an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, Präsident Carter, Königin Elizabeth II. und Staatspräsident Giscard d'Estaing. Im Schreiben an Giscard d'Estaing führte er aus: „Ich bin unterrichtet worden, daß die Gesundheit von Rudolf Heß sich seit einiger Zeit erheblich verschlechtert hat. Vor kurzem hat er einen Schlaganfall erlitten und mußte in ein Militärkrankenhaus zur Behandlung eingeliefert werden. Angesichts dieser Situation wende ich mich an Sie mit der erneuten Bitte, Rudolf Heß nach über fünfunddreißigjähriger Haft zu seiner Familie zurückkehren zu lassen. [...] Nachdem die sowjetische Regierung mir auf mein früheres Schreiben hin mitgeteilt hat, daß sie einer Freilassung von Rudolf Heß nicht zustimmen könne, da dieser bislang keine Reue für die Verbrechen des Nationalsozialismus gezeigt habe, hat der Sohn von Rudolf Heß, Herr Wolf-Rüdiger Heß, die Bitte geäußert, mit seinem Vater allein sprechen zu können, um diesen zu einem Reuebekenntnis zu bewegen. Ich unterstütze diese Bitte". Vgl. Referat 210, Bd. 116571.

5 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

Regierung besitze, die er sodann vortrug. Im einzelnen führte Semjonow aus, von sowjetischer Seite sei der Brief des Altbundespräsidenten Scheel wie frühere Bitten in dieser Sache geprüft worden. Unsere Argumentation vermöge die sowjetische Regierung jedoch nicht zu überzeugen. Heß sei eine der Hauptpersonen des Nazi-Regimes. Seine Freilassung würde weder vom sowjetischen noch von den anderen Völkern, die unter dem Hitlerfaschismus gelitten hätten, verstanden werden. Heß trage unmittelbare Verantwortung für eine unmenschliche Politik, die viele Millionen Tote und Unheil zur Folge gehabt habe. Heß zeige auch nicht die Spur einer Reue, wie sein Schreiben vom 8. September 1979 an die vier Gefängnisgouverneure[6] beweise, in dem er behaupte, ohne Schuld und gegen das Recht in Haft gehalten zu werden. Eine Freilassung von Heß werde für die wachsende Aktivität alter und neuer Anhänger der Nazi-Ideologie in der Bundesrepublik Auftrieb sein. Die deutsche Presse sei voll von Meldungen über ungestraftes Werben für die Bildung von Kampfgruppen unter der Jugend. Semjonow erwähnte abschließend eine Meldung, wonach von seiten neo-nazistischer Kreise eine Geiselnahme erwogen werde, um Heß freizupressen.

c) Der Herr Staatssekretär bedauerte die sowjetische Stellungnahme und erklärte, die Bundesregierung wende sich mit den gleichen Argumenten wie die Drei Mächte an die Sowjetunion, und diese Motive seien rein humanitärer Natur. Der Appell zur Begnadigung von Rudolf Heß werde auch von Gegnern des Nazi-Regimes unterstützt und finde Befürwortung auch bei allen im Bundestag vertretenen Parteien. Im übrigen habe man sich bisher bezüglich der Reue von Rudolf Heß noch keine Klarheit verschaffen können, da das angestrebte Vater-Sohn-Gespräch bisher nicht zustande gekommen sei.[7]

2) Der Brief des Herrn Bundesministers an AM Gromyko entspricht einem in der Bonner Vierergruppe abgestimmten Szenario für eine neue Initiative zur Begnadigung von Rudolf Heß.[8] Die Außenminister der Drei Mächte[9] hatten be-

6 Für die englische Übersetzung des Schreibens von Rudolf Heß vom 9. September 1979 an die Vier Mächte vgl. VS-Bd. 13135 (210).

7 Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen notierte am 5. September 1979: „Der britische Sprecher in der Bonner Vierergruppe teilte anhand eines Berichtes des britischen Rechtsberaters in Berlin mit, daß der sowjetische Gefängnisgouverneur in der Sitzung am 28.8. nach der Zustimmung des französischen, britischen und amerikanischen Gefängnisgouverneurs zu einem Vier-Augen-Gespräch von Wolf-Rüdiger Heß mit seinem Vater erklärt habe, daß er einem solchen Treffen nicht zustimmen könne, da es aus dem Rahmen falle (being out of step) und er keine ausreichenden Gründe dafür sehe. [...] In der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 30.8. wurde vereinbart, daß die Alliierten ihre Missionen in Berlin anweisen, sich am 4.9. bei dem Gespräch von Wolf-Rüdiger Heß mit seinem Vater zurückzuziehen und dem sowjetischen Vertreter nahelegen, dasselbe zu tun. Das Bundeskanzleramt wurde davon in Kenntnis gesetzt, um dem sowjetischen Informanten von Staatsminister Wischnewski ein entsprechendes Signal zu geben. MDg von der Gablentz teilte am 4.9. mit, daß Heß jr. seinen Vater an diesem Tage im Militärhospital aufsuchen werde. Der Faden mit den Sowjets über den besonderen Kanal sei in der Zwischenzeit weitergesponnen worden. Der britische Sprecher in der Vierergruppe bestätigte, daß Rudolf Heß in das Militärkrankenhaus eingeliefert worden sei. Sein Gesundheitszustand sei nicht besorgniserregend." Vgl. VS-Bd. 13135 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

8 Ministerialdirektor Blech vermerkte am 17. September 1979: „Anläßlich der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 13.9.1979 unterrichteten uns die Alliierten, daß sie sich nunmehr über das seit längerem geplante gemeinsame Vorgehen gegenüber den Sowjets wegen der Freilassung von Rudolf Heß aus humanitären Gründen geeinigt hätten. [...] Die Alliierten haben ihren Hauptstädten das folgende Szenario zur Billigung vorgeschlagen: 1) Demarche auf Außenministerebene durch

reits Ende September entsprechende Briefe an Gromyko übergeben.[10] Die erste Reaktion der Sowjets in den drei westlichen Hauptstädten deckt sich mit der Stellungnahme Semjonows.[11]

Das genannte Szenario sieht vor, daß nach der Briefübergabe weitere Kontakte mit der sowjetischen Seite auf der Ebene der politischen Berater in Berlin stattfinden sollen. Kontakte sollen trotz der negativen Reaktion der Sowjets eingeleitet werden.

Richthofen

VS-Bd. 13135 (210)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1639

Einbestellung des sowjetischen Botschafters in London, Paris und Washington durch den britischen, französischen und amerikanischen Außenminister. 2) Weiterbehandlung auf der Ebene der alliierten politischen Berater (Polad) in Berlin. 3) Ersuchen an die Bundesregierung um flankierende Maßnahme: Gespräch des Herrn Ministers mit dem sowjetischen Botschafter." Anläßlich der Einbestellung des sowjetischen Botschafters würden die Außenminister eine mündliche Erklärung abgeben und einen Brief an den sowjetischen Außenminister Gromyko überreichen. Vgl. VS-Bd. 13135 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

9 Peter Carrington (Großbritannien), Jean François-Poncet (Frankreich), Cyrus R. Vance (USA).

10 Vortragender Legationsrat Derix notierte am 4. Oktober 1979: „In der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 2.10.1979 haben uns der französische und der amerikanische Sprecher davon unterrichtet, daß entsprechend dem in der Vierergruppe behandelten Szenario in Paris und Washington der sowjetischen Seite Briefe an Außenminister Gromyko übergeben worden sind, mit denen eine neue Initiative zur Freilassung von Rudolf Heß eingeleitet werden soll. Der britische Sprecher war hinsichtlich der Briefübergabe in London noch ohne Weisung. Der amerikanische Sprecher teilte ergänzend folgendes mit: Anläßlich der Briefübergabe durch Acting Assistant Secretary Goodby habe der sowjetische Gesandte Wassew erklärt, er glaube nicht, daß die sowjetische Regierung ihre Auffassung zum Fall Heß ändern werde." Vgl. VS-Bd. 13135 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

11 Legationssekretär von Morr notierte am 24. Oktober 1979, bei der Sitzung der Bonner Vierergruppe am Vortag hätten Briten und Franzosen berichtet, „daß die bisherige sowjetische Reaktion auf die neue Initiative der Drei Mächte zur Freilassung von Rudolf Heß negativ sei. Der sowjetische Gesandte in London habe am 16.10.79 im Foreign Office erklärt, daß er auf Weisung aus Moskau die sowjetische Antwort auf die jüngste Initiative der Drei Mächte gebe. Er habe erklärt, daß die Sowjets keinen Grund sähen, Heß freizugeben. [...] Bei der Erörterung des weiteren Vorgehens in Sachen Heß erklärte der britische Sprecher, daß die sowjetische Antwort auf die Schreiben der drei alliierten Außenminister auf denkbar niedriger Ebene erteilt worden sei. Man solle sich daher jetzt so verhalten, als ob überhaupt noch keine richtige Antwort eingegangen sei." Vgl. VS-Bd. 13135 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

320

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow

105-56.A/79 VS-vertraulich **6. November 1979**[1]

Gespräch zwischen dem Herrn Bundesaußenminister (BM) und dem sowjetischen Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, Semjonow, am 6. November 1979 in der Residenz von Semjonow
hier: Dolmetscheraufzeichnung

Anwesend waren von sowjetischer Seite Herr Kurpakow, Dolmetscher, von deutscher Seite der Unterzeichnende[2] als Dolmetscher.

Semjonow übergab zu Beginn den sowjetischen Gegenvorschlag für das Programm des Besuchs von AM Gromyko[3], das bis auf leichte Änderungen dem deutschen Vorschlag entspricht.[4]

BM sagte Prüfung der sowjetischen Wünsche zu.

Semjonow teilte mit, daß AM Gromyko von seiner Gattin[5] begleitet werde und daß sowjetische Seite um ein nicht allzu angespanntes Damenprogramm bitte.

BM sagte auch dies zu.

Semjonow bezeichnete danach die kürzlichen Direktorenkonsultationen in Moskau[6] als gut. Er habe gehört, daß Herr Blech ein längeres Gespräch mit dem Stellvertretenden Außenminister Kornienko geführt habe[7], er kenne den Inhalt dieses Gespräches jedoch nicht und wisse nicht, ob es ein gutes oder ein

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Hartmann am 6. November 1979 gefertigt.
Hat Bundesminister Genscher am 8. November 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 9. November 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Blech verfügte.

2 Hanns Eggert Hartmann.

3 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 341–344.

4 Für den vom sowjetischen Botschafter Semjonow übergebenen Vorschlag des Besuchsprogramms vgl. Referat 213, Bd. 133136.
Botschafter Schoeller hielt zu diesem Vorschlag am 7. November 1979 fest: „Das Verlangen, daß der Gastgeber die Residenz des Gastes für eine Gesprächsrunde aufsucht, ist protokollarisch zumindest ungewöhnlich und würde im umgekehrten Fall in Moskau von der sowjetischen Seite sicher nicht akzeptiert werden. Denkbar ist, daß der sowjetische Außenminister schonungsbedürftig ist, das im Anschluß an die erste Konsultationsrunde vormittags im Auswärtigen Amt vorgesehene private Mittagessen in seiner Residenz einnehmen und anschließend etwas ruhen möchte. [...] Vorschlag: Der sowjetischen Seite wird zunächst gesagt, daß auch die zweite Gesprächsrunde im Auswärtigen Amt stattfinden sollte. Für ein privates Mittagessen und eine Ruhepause stünde das Haus des Bundesministers des Auswärtigen zur Verfügung. Der sowjetische Vorschlag, die zweite Gesprächsrunde in Schloß Gymnich stattfinden zu lassen, wird akzeptiert, wenn die sowjetische Seite Schonungsbedürfnis des sowjetischen Außenministers geltend macht." Vgl. Referat 213, Bd. 133136.

5 Lidija Dmitrijewna Gromyko.

6 Die Direktorenkonsultationen fanden am 29./30. Oktober 1979 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 309, Anm. 10.

7 Zum Gespräch des Ministerialdirektors Blech mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kornienko am 30. Oktober 1979 in Moskau vgl. Dok. 281, Anm. 23, und Dok. 317, Anm. 4.

halbgutes Gespräch gewesen sei. Sein Gesamteindruck von den Konsultationen sei jedoch gut.

BM erwiderte, daß er einen entsprechenden Eindruck habe. Er glaube, daß die Konsultationen nützlich, konstruktiv und, wenn man sie nicht an außergewöhnlichen Erwartungen messe, gut gewesen seien.

Semjonow: Er freue sich, dies zu hören, weil er ebenfalls an einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen interessiert sei. Er glaube, daß dies wichtig sei.

BM: Dies sei auch unsere Meinung. Er glaube, daß es wichtig sei, die Felder zu finden, auf denen eine Verbesserung möglich sei.

Semjonow: Er wolle nun eine andere Frage anschneiden. Ihn interessierten die Perspektiven des bevorstehenden Wahlkampfes.[8] BM möchte doch bitte als Vorsitzender der FDP antworten. Er wolle wissen, wie BM die Taktik, die Kräfte und die Möglichkeiten des Gegners einschätze.

BM: Er sei der Meinung, daß die bevorstehenden Bundestagswahlen bezüglich der Mehrheitsverhältnisse nicht viel ändern würden. Wenn er sage, „nicht viel", so meine er „ein bißchen", das heiße, daß es eine geringfügige Änderung zugunsten der Parteien geben werde, die die derzeitige Regierung stellten.

Semjonow fragte, was BM von der neuen Gruppe[9] halte.

BM: Sie werde eine Wirkung haben. Nicht in dem Sinne, daß sie dem Bundestag angehören werde[10], aber wenn es sie nicht gäbe, hätte er nicht gesagt, daß es eine leichte Veränderung geben werde, sondern daß es eine Änderung geben werde. Die Gewinne der Regierungsparteien würden – immer ausgehend vom heutigen Stand, man wisse nie, was in einem Jahr sein werde – durch Stimmen verringert werden, die an diese Gruppe übergehen würden.

Semjonow: Wie werde sich der Kampf entwickeln? Werde es ein Gegenüber Schmidt–Strauß oder Genscher–Strauß geben?

BM: Weder noch, das sei nicht die Alternative. Es werde im Wahlkampf ein Dreiecksverhältnis geben. Wenn zwei Parteien elf Jahre lang zusammen regiert hätten und weiter zusammen regieren wollten, so werde sich die Konkurrenz zwischen diesen beiden Parteien anders darstellen als das Verhältnis dieser beiden zu demjenigen, der die Regierung ablösen wolle. Aber die Frage von Semjonow sei berechtigt, denn das Abschneiden der FDP werde in größerem Maße die Frage entscheiden, ob es eine neue Regierung geben werde, als das Abschneiden der Sozialdemokraten.

Semjonow: Er habe diese Frage mit einem Unterton gestellt, den BM sicher verstanden habe. Er habe den Eindruck, daß der neue Kandidat[11] über ausrei-

8 Am 5. Oktober 1980 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

9 Der Gründungsparteitag der Bundespartei „Die Grünen" fand am 12./13. Januar 1980 in Karlsruhe statt. Bei den Wahlen zur bremischen Bürgerschaft am 7. Oktober 1979 zogen die „Grünen" als „Bremer Grüne Liste" mit 5,1 % der Stimmen erstmals in ein Landesparlament ein.

10 Bei den Wahlen zum Bundestag am 5. Oktober 1980 erreichte die Partei „Die Grünen" einen Stimmenanteil von 1,5 %.

11 Am 2. Juli 1979 nominierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den bayerischen Ministerpräsidenten Strauß als Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers bei den Bundestagswahlen am 5. Oktober 1980.

chend Tricks und Argumente verfüge, um eine gewisse Schicht der Bevölkerung zu beeinflussen. In diesem Sinne werde der Wahlkampf nicht einfach sein.

BM: Kein Wahlkampf sei einfach, besonders dieser nicht. Dies werde ein sehr harter Wahlkampf sein.

Semjonow: Er stimme dem zu.

Die polemischen Anmerkungen von sowjetischer Seite zu der bestimmten Frage seien nicht gegen die Koalition gerichtet. Sie erklärten sich dadurch, daß der bevorstehende Beschluß[12] für einen größeren Zeitraum gefaßt werde, als eine Regierung existiere. Deshalb müsse die sowjetische Seite unter Rücksicht auf die Interessen ihres Staates und der Welt diese Frage so hart stellen. Zumindest verstehe man es so. Die sowjetische Seite halte es für erforderlich, das zu sagen, was sie denke. Sie sei der Meinung, daß die Bedrohung in dem Beschluß und nicht in den Warnungen im Zusammenhang mit dem Beschluß verborgen sei. Deshalb müsse sie im Falle der entsprechenden Entscheidung ihrerseits ebenfalls eine Entscheidung treffen. Wenn der Beschluß (der NATO) verwirklicht werde, so werde auch der Beschluß der sowjetischen Seite verwirklicht werden. Dies sei keine Drohung, sondern eine Folge, eine Kausalkette. Er glaube, daß man gewisse Kompromißlösungen anstreben müsse und daß nicht eine Seite die andere unter Druck setzen solle. Die sowjetische Seite verfolge ein Ziel: die Reduzierung und weitere Begrenzung der strategischen Rüstungen. Dieser Grundsatz sei wohl klar, und er brauche ihn hier nicht zu wiederholen. Unter Berücksichtigung des langfristigen Charakters der bevorstehenden Entscheidung bleibe hier natürlich Logik gleich Logik. Er wolle nur sagen, daß die Sowjetunion die Beziehungen zur Bundesrepublik entwickeln wolle, aber die Interessen ihrer eigenen Sicherheit nicht vergessen könne.

BM: Dies könne niemand.

Semjonow: SALT II[13] sei ein Ausgleich der Interessen der Seiten, und zwar für eine bestimmte Zeit. Dieses Gleichgewicht sei in langer Zeit mit Berücksichtigung aller Seiten des Problems ausgearbeitet worden. Das Protokoll – über Cruise Missiles, FBS und einige andere Systeme, die nicht erwähnt seien, aber klar gemeint seien – lasse eine kurze Zeitspanne zur Prüfung weiterer Fragen. Man befinde sich nicht unter Zeitdruck, außer unter dem Druck der vom Protokoll vorgesehenen Zeitspanne. Diese Zeitspanne sei ja aber auch innerhalb der NATO diskutiert worden, damit sich nicht eine Seite unter dem Eindruck befinde, daß ihr die Sicherheit fehle oder ihre Sicherheit nicht ausreichend sei. Deshalb sei er der Meinung, daß es möglich sei, einvernehmliche Beschlüsse zu erzielen. Eine Änderung der Lage könne aber zu dem führen, wovon er am Anfang seiner Ausführungen gesprochen habe. Er habe dies alles ein bißchen „dunkel" geäußert, aber er sei der Meinung, daß manchmal im Dunkeln die Dinge besser zu sehen seien.

BM: Was zunächst die Fragen der Polemik der sowjetischen Seite, wie Semjonow es genannt habe, betreffe, so habe die Bundesregierung dies nicht als gegen die Koalition gerichtet verstanden. Es bestünden ja keine Partei-Be-

12 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

13 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

ziehungen, sondern staatliche Beziehungen zur Sowjetunion. Es sei aber wichtig zu wissen, daß eine derartige Polemik von vielen Menschen in unserem Lande gehört werde. Man frage sich, warum eine solche Polemik geführt werde und wofür sie gut sei. Dies mache die Bundesregierung besorgt, weil sie, wie sie immer betont habe, die begonnene Politik, die von beiden Seiten als Entspannungspolitik bezeichnet werde, entsprechend ihrer Überzeugung nicht als eine Schönwetterveranstaltung, sondern als langfristig angelegte Politik verstehe. Es sei dies eine Politik, für die es für vernünftig denkende Menschen keine Alternative gebe. Man müsse aufpassen, daß diese Politik nicht durch Polemik diskreditiert werde, in Mißkredit gerate. Dies müsse von sowjetischer Seite beachtet werden. Was den Dezember-Beschluß im Sinne des Ost-West-Verhältnisses und des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion betreffe, so müsse man hier die Breite des Feldes, alle Facetten des Beschlusses im Auge haben. Man dürfe nicht einen Punkt aus dem NATO-Beschluß herausgreifen. Es sei wichtig, daß die NATO ihren Willen zur Fortsetzung der Entspannungspolitik zum Ausdruck bringen werde. Dies beziehe sich auf zahlreiche Bereiche. Er habe bereits darauf hingewiesen, welche Möglichkeiten sich für die Rüstungskontrolle ergäben, wenn man diese Möglichkeiten wahrnehme. Man werde Verhandlungen über die Mittelstrekkensysteme vorschlagen. Es werde eine gehörige Zeitspanne bis zur Stationierung dieser Systeme in Westeuropa vergehen, wahrscheinlich drei bis vier Jahre. Er sei der Meinung, daß man viel eher Ergebnisse in den Verhandlungen werde erzielen können.

Er müsse hier auch auf die Wiener Verhandlungen[14] und auf das bevorstehende Treffen in Madrid[15] hinweisen. Es handele sich also um einen breiten Aspekt, und man dürfe sich nicht nur auf den Punkt der Nachrüstung konzentrieren, weil dies vielleicht den Blick für die Möglichkeiten verstellen könne, die es auf den verschiedensten Gebieten der Zusammenarbeit gebe. (BM erinnerte hier an das Abkommen vom Mai 1978 über einen Zeitraum von 25 Jahren.[16]) Das deutsch-sowjetische Verhältnis und das Ost-West-Verhältnis seien breiter angelegt, als daß ein Punkt in eine alles überlagernde Position gebracht werden dürfe. Dies müsse beachtet werden.

Die deutsche Seite lasse sich (und dies sei auch öffentlich erklärt worden) durch Erklärungen der anderen Seite nicht beirren, durch Erklärungen, die kontraproduktiv sein könnten. Entspannung und Abrüstung seien so ernste Dinge, daß man immer versuchen sollte, die Spreu vom Weizen zu trennen, daß alle Gelegenheiten – auch der Besuch von AM Gromyko – genutzt werden müßten, um sich auf die Möglichkeiten der Abrüstung zu konzentrieren. Man dürfe nicht den Blick nur auf einen Punkt richten. So wie die Bundesregierung unser Ver-

14 In Wien wurden am 30. Oktober 1973 die MBFR-Verhandlungen aufgenommen.

15 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

16 Die Bundesrepublik und die UdSSR unterzeichneten am 6. Mai 1978 ein Abkommen über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 58–60.

hältnis zur Sowjetunion auch nicht nur anhand der sowjetischen Mittelstrekkenraketen ausrichte, so solle auch die Sowjetunion ihr Verhältnis zu ihren Nachbarn nicht nur von entsprechenden Fragen abhängig machen. Man müsse sehen, wo Fortschritte erreicht werden könnten.

Die Bundesrepublik wünsche ein niedriges Rüstungsniveau, so niedrig wie möglich. Sie halte das Interview des „Spiegel" mit Falin und Sagladin[17] für interessant, in dem letzterer gesagt habe, „Rückzug der SS-20-Raketen könne heißen Rückzug in östliche Landesteile oder Verschrottung". Dies sei ein wichtiger Punkt. Es sei wichtig zu wissen, was gemeint sei. Verschrottung sei eine Reduktion in der Substanz. Dies erlaube Vereinbarungen auf einem niedrigeren Niveau.

Die Bundesregierung erachte auch den Hinweis von Falin als interessant, nach dem die abzuziehenden Truppen und Panzer weiter weg stationiert werden sollten, als Amerika von Europa entfernt sei. Diese Bemerkung sei für MBFR sehr wichtig.

Er wolle damit sagen, daß die Bundesregierung genau hinhöre. Man müsse ungeachtet des propagandistischen Beiwerks den Blick für die unbestreitbar positiven Elemente der sowjetischen Erklärungen behalten. Deshalb werde man auch beschließen, umgehend Verhandlungen zu beginnen.

Semjonow: Er sei in einer delikaten Lage. BM werde bald mit AM Gromyko verhandeln, und wo die Älteren (Anm.: im Russischen synonym für die Vorgesetzten) redeten, müßten die Jüngeren schweigen. Er wolle aber BM sagen, daß seine Erklärung für ihn von Interesse sei. Sie sei chiffriert, und er stehe jetzt vor der Aufgabe, sie zu dechiffrieren.

BM: Er habe alles klar geäußert, jetzt und auch öffentlich; er brauche nichts zu chiffrieren.

Semjonow: Er sei ein einfacher Mensch. Vielleicht könne er nicht gleich das herausfinden, was BM für klar halte. Natürlich sei die Bemerkung über die Bemerkungen Falins interessant. Falin habe diese Problematik sicher vor dem Interview erörtert.

BM: Davon gehe er aus. Es habe vor einiger Zeit ein Interview des Leiters der Frunse-Militärakademie[18] im „Stern" gegeben.[19] Der General sei gefragt worden, ob es sich bei den 20000 Mann um geschlossene Einheiten oder um eine

17 Vgl. den Artikel „‚Unsere Raketen zielen nicht auf Bonn'"; DER SPIEGEL vom 5. November 1979, S. 38–63.

18 Wassilij Gerassimowitsch Resnitschenko.

19 Vgl. den Artikel „‚Wir wollen keinen Krieg mit Deutschland...'"; STERN vom 31. Oktober 1979, S. 20–28.
Ministerialdirigent Dröge notierte dazu am 31. Oktober 1979: „In völlig unkritischer Weise übernimmt der ‚Stern' das sowjetische Argument, daß die Lagerung neuer Mittelstreckenraketen in den NATO-Staaten die Gefährdung Westeuropas erhöhe, statt sie abzubauen, und die Standorte solcher Waffen bevorzugte Ziele für einen sowjetischen Atomschlag im Konfliktfalle würden. Das Interview Resnitschenkos ist Teil der sowjetischen Kampagne, die darauf abzielt, die LRTNF-Nachrüstung zu verhindern. Im wesentlichen bedient er sich dabei der bekannten sowjetischen Argumentation. In der Formulierung der sowjetischen Verhandlungsbereitschaft über SS-20 in SALT III und in der Konkretisierung der konventionellen Abzugsankündigungen gehen seine Aussagen allerdings über die bisherigen offiziellen Äußerungen Breschnews und Ustinows hinaus. Bei näherer Prüfung erweisen sich diese Formulierungen jedoch als unverbindlich." Vgl. Referat 201, Bd. 120235.

Verdünnung von Einheiten handeln werde. Der General habe gesagt, diese Frage sei noch nicht entschieden. Im „Spiegel"-Interview sei geantwortet worden, daß es sich um geschlossene Einheiten handeln werde. Dies sei ein Fortschritt. Es mache einen Unterschied für MBFR, ob die Truppen an die sowjetische Westgrenze oder sehr viel weiter weg verlegt würden. Es sei ein Unterschied, ob man sage, die Reduzierung der SS-20-Raketen sei eine Verlagerung nach Osten – was bei der Reichweite dieser Rakete für die Westeuropäer nicht sehr tröstlich sei –, oder ob man sage, diese Raketen würden verschrottet. Er strebe ein möglichst niedriges Niveau an. Je mehr Raketen existierten, desto schwieriger sei es zu erreichen. Wenn man Raketen verschrotte, gelinge dies leichter. Diese Fragen müßten in Verhandlungen geklärt werden.

Der Bundeskanzler habe in seiner Erklärung vor dem Bundestag am 4. Juli 1979[20] erklärt, daß die Anstrengungen bei der Nachrüstung desto geringer ausfallen könnten, je mehr Fortschritte in den SALT-III-Verhandlungen erreicht würden. Dies sei die Meinung der Bundesregierung, deshalb wolle man unmittelbar nach dem Dezember-Beschluß schnell mit Verhandlungen beginnen. Die NATO werde sich mit verschiedenen Bereichen der Entspannung befassen. Man dürfe sich nicht nur auf den bevorstehenden Beschluß konzentrieren. Jeder wisse, daß vom Zeitpunkt des Beschlusses bis zur Stationierung dreieinhalb bis vier Jahre verstreichen würden. Die Erklärung des Bundeskanzlers vom Juli sei hier ein Signal, daß man in Verhandlungen vieles regeln könne. Wenn die Sowjetunion erkläre, daß die zu reduzierenden SS-20-Raketen verschrottet würden, so sei dies interessant, weil dies die Verhandlungen positiv beeinflussen werde. Die bevorstehenden Verhandlungen würden zwischen der UdSSR und den USA geführt, denn die Waffen, über deren Produktion und Stationierung im Bündnis der NATO-Rat im Dezember[21] entscheiden werde, seien und blieben amerikanische Waffen. Man müsse sich nun auf die wichtige Frage des Verhandlungsbeginns konzentrieren.

Er habe schon beim letzten Treffen[22] geäußert, daß sich niemand vor einem Angriff aus dem Stand, einem Überraschungsangriff, fürchten solle. Dies sei ein Hinweis darauf, daß man gleiche Interessen habe, die nun verbunden werden müßten. Hier läge der wichtige Vorschlag der Franzosen auf dem Tisch.[23]

Semjonow: Schon Goethe habe gesagt, daß eine Fliege tausend Augen habe. Man müsse hier Nuancen, Schattierungen und Bewegungen abwägen. Manches werde veröffentlicht, anderes nicht. Was er ausgeführt habe, sei nicht für die Presse bestimmt, aber er habe nicht nur eigene Gedanken zum Ausdruck gebracht. Selbstverständlich habe das, was die Presse sage, seine Bedeutung. Er könne aber nicht verstehen, daß einige nicht verstünden, daß der eine Beschluß zu einem Antwortbeschluß führen werde. Eine Nuancierung des Beschlusses werde auch eine Gegennuancierung des anderen Beschlusses hervor-

[20] Bundeskanzler Schmidt gab am 4. Juli 1979 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 111, S. 13317–13328.

[21] Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

[22] Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 26. Oktober 1979 vgl. Dok. 309.

[23] Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 270, Anm. 7.

rufen. Dies sei eine sehr wichtige Frage. Er kenne sich nicht schlechter als Falin in der Problematik der Rüstungsbegrenzung aus.

Er habe fast zehn Jahre bei den SALT-Verhandlungen verbracht.[24] Er habe schwierige Situationen erlebt. Oft sei die Situation nicht wegen der Kompliziertheit der Frage schwierig gewesen, sondern weil keine Seite eine adäquate Vorstellung gehabt habe, wie man die Schwierigkeiten lösen müsse. BM habe im letzten Gespräch verschiedene Seiten des Problems betrachtet. Er habe ausgeführt, daß man eine schwierige Frage überdenken müsse. Falin habe von einem Jahr gesprochen, in dem man die Frage lösen müsse. Er wisse das nicht genau. Vielleicht habe Falin eine andere Betrachtungsweise. Es gebe sehr schwierige Fragen, die man gemeinsam lösen müsse. Für manche Entscheidungen brauche man nicht ein Jahr, sondern vielleicht anderthalb Jahre, weil die Frage ihrer Natur nach ernst und kompliziert sei. Um einvernehmliche Lösungen zu erzielen, müsse man Kompromisse in der Formulierung der Entscheidung suchen. Fragen der Sicherheit könne man nicht an einem Tag lösen. Dies wäre gefährlich.

BM: In der Frage der Zeit stimme er Semjonow zu.

Semjonow: Deshalb sei er der Meinung, daß hier ein Kausalzusammenhang vorliege. Die Fragen, die im Rahmen von SALT III behandelt würden, seien nicht einfach. SALT II sei schwieriger gewesen, weil man immer neue Fragen habe einbeziehen müssen. Nun habe man bereits zwei Stufen überschritten. Man brauche sie nicht zu wiederholen. Dies würde die bevorstehenden Verhandlungen erleichtern. Viele Fragen seien bereits diskutiert und von den Staaten hinreichend „durchgesiebt" worden. Aber es gebe immer neue und höhere Aufgaben. Hier müsse man verlangen, daß keine Seite Mißverständnisse schaffe und eine richtige und abgewogene Lösung treffe. Er glaube nicht, daß die dritte Lösung immer die beste sei, etwa im Sinne der Hegelschen absoluten Wahrheit. Aber dies alles führe weiter auf dem Weg der Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen. Bei der Behandlung und Vorbereitung der neuen Verhandlungen sei die Nuancierung besonders wichtig. Deshalb habe er auch gesagt, daß der (sowjetische) Beschluß so oder so ausfallen werde.

BM: Er sei der Meinung, daß es wichtig sei, daß im Inneren und nach außen in der gleichen Sprache gesprochen werde. Semjonow habe dies an der Art sehen können, in der er mit ihm rede. Andernfalls hätte dieser Meinungsaustausch, diese Erläuterung unserer Motive keinen Zweck. Man dürfe nicht mit zwei Zungen reden. Man müsse nach innen und außen das gleiche sagen. Er wäre nicht aufrichtig, wenn die Bundesregierung erklären würde, daß sie den Beschluß im Dezember nicht fassen wolle, da sie die Meinung und die Absicht habe, diesen Beschluß über Produktion und Stationierung zu fassen. Wichtig sei, daß im Vorfeld des Dezember-Beschlusses ein Meinungsaustausch mit der sowjetischen Führung zur Erläuterung unserer Motive erfolge. Hier sei wichtig, wie man in Verhandlungen zu einer Begrenzung auf allen Ebenen, auch auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen, kommen könne. Semjonow habe von einer Kausalkette im Zusammenhang mit dem Dezember-Beschluß gesprochen. Für die deutsche

[24] Wladimir Semjonowitsch Semjonow war von 1969 bis 1978 Leiter der sowjetischen SALT-Delegation.

Seite habe diese Kausalkette früher begonnen, nämlich mit der Produktion und der Stationierung der SS-20-Raketen und des „Backfire"-Bombers. Die NATO bereite eine Antwort hierauf vor – im Zeitraum von drei bis vier Jahren. Dies sei genügend Zeit für konstruktive Verhandlungen. Das feste Ziel der Bundesregierung sei es, diese Verhandlungen so konstruktiv wie möglich zu führen. Hierzulande freue sich niemand darüber, daß Mittelstreckenraketen stationiert werden sollten. Er halte es für wichtig, daß beide Seiten erkennen, daß es viele Gebiete gebe, in denen beide Seiten, wenn sie es wollten, Fortschritte erzielen könnten – in der Rüstungsbegrenzung, bei den Mittelstreckenraketen, im Rahmen von SALT III, bei MBFR und in Madrid. Die Bundesregierung wolle die von ihr begonnene Politik weiter durchsetzen. Für seine Partei habe die Entspannungspolitik, die man 1969/70 begonnen habe, fast bis an die Grenze der Existenz geführt. Sie habe dies aber aus Überzeugung getan. Sie wolle diesen Weg weiter beschreiten, wie dies auch die SPD wünsche. Hierbei sei weiter wichtig, daß in dieser Frage heute eine breite Unterstützung, eine Art nationaler Konsensus vorliege. Auch die Opposition billige diese Politik im Grundsatz, auch wenn sie andere Nuancen setze; sie trage ebenfalls das Verhandlungsangebot mit. Er erachte es als wichtig, daß Moskau dies so sehe, und deshalb messe die Bundesregierung auch dem Besuch von AM Gromyko so große Bedeutung bei. Dieser Besuch sei eine Möglichkeit für die Bundesregierung, vor dem Dezember-Beschluß mit Gromyko zu reden und ihm ihre Motive und ihre Absichten in den Verhandlungen zur Kenntnis zu bringen. Dies sei entscheidend.

Semjonow: Er wolle nicht sagen, daß das, was offen gesagt werde, sich von dem intern Gesagten unterscheiden solle. Aber es gebe immer noch die Geheimdiplomatie.

BM: Dies sei richtig, aber man dürfe nicht mit zwei Zungen sprechen.

Semjonow: Ohne Geheimdiplomatie werde alles ruiniert. Das für die Presse Bestimmte sei in der Rede von Breschnew[25] gesagt worden, sie habe allgemeinen Charakter, obwohl sie gut abgewogen gewesen sei. Man könne aber nicht sagen, daß alles ausgesprochen worden sei.

Er wolle an den Beschluß von Kennedy aus dem Jahre 1962 erinnern, als man in den USA über das Programm zum Bau von interkontinentalen ballistischen Raketen entschieden habe.[26] Die Sowjetunion habe damals nicht auf die Erfüllung dieses Programms warten können. Sie habe ihrerseits eine Entscheidung getroffen. Im Ergebnis dessen sei eine Situation entstanden, in der die Sicherheit der USA verringert worden sei. Man habe praktisch in ein Zimmer gehen wollen und sei in einem anderen gelandet. Später hätten dann die USA zwei Jahre hindurch die SALT-Verhandlungen vorgeschlagen. Sie hätten das Kennedy-Programm erfüllt gehabt, und die Sowjetunion habe ihr Programm noch nicht erfüllt gehabt. Die USA hätten dann die Sowjetunion um Verhandlungen bitten müssen. Er sage dies nicht als Vorwurf an die Amerikaner, aber dies sei die Logik der Ereignisse. Ein Beschluß führe zu einem Beschluß der anderen

[25] Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296

[26] Zur Entscheidung des Präsidenten Kennedy über die Erweiterung des „Minuteman"-Programms vgl. Dok. 221, Anm. 18.

Seite. Hier sei nur sehr schwer etwas zu ändern. Bei der Einführung von neuen Waffenarten, die man näher an die Sowjetunion heranrücken wolle, sei eine Antwort erforderlich, und zwar blitzartig. Und dann sage man, die Sowjetunion drohe. Nein, die Sowjetunion sage, wenn ein derartiger Beschluß gefaßt werde, so werde sie einen festen und überzeugenden Antwortbeschluß fassen.

Auf die Frage des *BM*, was mit „blitzartig" gemeint sei, erwiderte *Semjonow*, daß er hier an die Flugzeit der Raketen denke. Wenn Raketen dreißig bis vierzig Minuten flögen, so könne man noch über das Telefon miteinander reden. Wenn aber die Flugzeit nur vier Minuten betrage, dann arbeiteten keine Menschen mehr, sondern nur noch Automaten. Sobald man den Flug einer Rakete registriere, komme es sofort zum Gegenschlag, weil keine Zeit zum Überlegen mehr da sei. Dann müsse man antworten. Nun könne man fragen, ob auch ein Antwortmittel vorhanden sei. Die Antwort sei einfach. Man werde diese Mittel entwickeln. Ein Beschluß werde einen anderen Beschluß zur Folge haben. Eine Aktion führe zu einer Gegenaktion. Er als SALT-Fachmann wolle die Folge zwischen Beschluß und Gegenbeschluß vermeiden, weil er wisse, wie schwer sich so etwas auf die weitere Entwicklung auswirke. Die Frage, wie der Beschluß ausfallen werde, sei besonders wichtig. Davon werde die Gegenentscheidung abhängen. Er könne noch mehr sagen, der Gegenbeschluß könne auch größer ausfallen als der erste Beschluß, sozusagen als Rückversicherung. Hier gebe es Probleme, die er nicht auf die Tagesordnung setzen würde ohne entsprechendes Gespräch. BM habe Recht, es sei Zeit für Verhandlung vorhanden. Aber ein Beschluß führe sofort zu einem Gegenbeschluß, denn man könne sein Land nicht in einer Gefahr belassen. Man werde auf einen Beschluß vielleicht nicht nur einen Gegenbeschluß, sondern mehrere fassen. Wenn der eine nichts tauge, so tauge vielleicht ein anderer oder ein dritter oder vielleicht alle vier. Was ihn beunruhige, sei das Fehlen des Augenmaßes für die ernsten Folgen.

Die westliche Seite teile das Gleichgewicht immer in zwei Gleichgewichte, in ein regionales und ein globales Gleichgewicht, auf. Aber das globale Gleichgewicht sei im Rahmen von SALT II geregelt und schließe auch das regionale Gleichgewicht für den im Protokoll fixierten Zeitraum ein. Er sei überzeugt, daß es während der Geltung des Protokolls gelingen werde, diese Probleme zu lösen. Vielleicht könne man nicht alle, so aber doch die meisten Fragen regeln.

Semjonow wiederholte, daß auf den ersten Beschluß unverzüglich ein sowjetischer Gegenbeschluß folgen werde. Er führe dies nicht aus, weil er ein Anhänger der Dialektik der Begriffe sei, sondern weil er diese Problematik gut kenne und wisse, was die Menschen dächten. Er glaube, daß es besser und vorsichtiger wäre, wenn man hier vorsichtiger vorgehen würde.

BM: Die westliche Seite handele vorsichtig. Man solle nicht glauben, daß es uns nicht bedrücke, daß die SS-20-Raketen auf uns gerichtet seien. Wir sprächen von gleicher Sicherheit. Semjonow habe ausgeführt, daß sich die Sowjetunion von den amerikanischen Raketen bedroht fühle. Aber die sowjetischen Raketen seien auch auf uns gerichtet. Es gebe eine gleiche Sicherheit für das Verhältnis USA–Sowjetunion und das Verhältnis Westeuropa–Sowjetunion. Der kausale Prozeß beginne nicht mit dem Dezember-Beschluß, sondern er habe mit der Aufstellung der SS-20-Raketen in der Sowjetunion, die gegen uns gerichtet seien, begonnen.

Diese Thematik sei ausführlich und sehr verantwortungsvoll während des Breschnew-Besuches im Mai 78 zwischen dem Bundeskanzler und Breschnew sowie zwischen ihm und Gromyko[27] erörtert worden.

Gleiches gelte für das Gespräch des Bundeskanzlers im Juni 1979 in Moskau[28] und für sein Gespräch mit AM Gromyko im September 1979 in New York[29]. Die Bundesregierung habe immer auf die große Sorge hingewiesen, die sie erfülle. Aber diese Sorge sei nicht gehört worden. Die Bundesregierung wünsche Verhandlungen. Es sei wichtig, daß nach dem Dezember-Beschluß die begonnene Entspannungspolitik fortgeführt werde.

Semjonow zweifele, ob Falin mit seinem Zeitraum von einem Jahr Recht habe. Er (BM) habe dies erwähnt, weil Falin vor seinem Interview sicher rückgefragt habe. Die Bundesregierung wisse, daß die SALT-III-Problematik schwierig sei. Verhandlungen seien erforderlich. Es sei wichtig, die entstandene Lage zu nutzen, um auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle Fortschritte zu erzielen; gleiches gelte für MBFR und die vertrauensbildenden Maßnahmen. Fortschritte seien auf allen Feldern erforderlich. Vielleicht gelinge es, eine Wende einzuleiten. Die Bundesregierung wünsche dies. Die Deutschen hätten ihre historische Lektion gelernt. Sie wollten Sicherheit auf einem möglichst niedrigen Niveau der beiderseitigen Rüstungen. Gefährlich wäre erstens, wenn man nur einen Teil des Dezember-Beschlusses sehen würde, den Teil, der noch nicht wirke, und wenn man den anderen Teil bezüglich der Verhandlungen nicht gleichermaßen sehen würde. Gefährlich wäre zweitens, wenn durch die Art der öffentlichen Auseinandersetzung das Klima verschlechtert würde. Polemik sei nicht gut. Die Bundesregierung habe sich klar und ohne Polemik geäußert, weil sie nicht wünsche, daß eine Stimmung entstehe, die die Menschen nicht mehr für die Entspannung einnehmen würde. Man benötige das Vertrauen der Menschen in die Entspannungspolitik.

Semjonow: Im „Spiegel"-Interview hätten Falin und Sagladin Angaben über das regionale Gleichgewicht gemacht. Für ihn seien diese Angaben nicht sehr überzeugend, obwohl er sie nicht bezweifeln wolle. Dies sei so, weil es ein globales Gleichgewicht gebe und man das regionale Gleichgewicht nicht vom globalen abtrennen dürfe. Das heutige Verhältnis bestehe darin, daß die USA 9000 gemirvte Sprengköpfe haben und die Sowjetunion 5000. Es gebe im SALT-II-Vertrag Punkte, die es der Sowjetunion erschwerten, diesen Unterschied wettzumachen. Diese Punkte seien nicht hineingeschrieben, aber er lese zwischen den Zeilen. Ohne Berücksichtigung der globalen Disbalance könne er die Logik nicht verstehen, nach der sich die Bundesrepublik bedroht fühle und andere Fragen nicht existierten. Die Sowjetunion sei durch die gemeinsame Anzahl der globalen und regionalen Waffen, die alle amerikanische Waffen seien, bedroht. Man müsse sich die Ungleichheit bei den MIRV-Sprengköpfen vorstel-

[27] Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in Begleitung des sowjetischen Außenministers Gromyko in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher am 5. Mai 1978 vgl. AAPD 1978, I, Dok. 136 und Dok. 138.

[28] Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

[29] Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. September 1979 in New York vgl. Dok. 281.

len; hinzu komme nun noch eine bestimmte Menge anderer Waffen mit einer kürzeren Flugzeit. Dies erinnere an die Lage von 1962.[30] Damals habe es sich noch um einzelne Einheiten gehandelt, heute gehe es um Tausende von Einheiten. Hier sei die Trennung zwischen globalem und regionalem Gleichgewicht der amerikanischen Waffen künstlich.

Man könne die Angelegenheit auch umkehren. Angenommen, es käme zu einem Schlagaustausch auf regionaler Ebene. Dann könnten die beiden Seiten immer noch weiter entscheiden, über den heißen Draht miteinander reden. Aber es könne passieren, daß das regionale Element nicht mehr existiere. Dann gebe es nur noch das globale Element.

Guderian habe in seinen „Erinnerungen eines Soldaten"[31] davon gesprochen, daß es ihm gleichgültig sei, ob im nächsten Weltkrieg die Amerikaner oder die Russen gewinnen würden. Ihn beunruhige aber, daß der nächste Krieg wie eine Dampfwalze mehrfach über Deutschland hinwegrollen würde. Es würde keine Deutschen mehr geben. Deshalb möge doch der nächste Krieg woanders, jedenfalls nicht auf deutschem Boden, stattfinden. Er meine, daß Guderian hier logisch denke.

BM: Guderian gehöre nicht der Bundesregierung an.

Semjonow: Er sei aber durch die Schule des Krieges gegangen.

BM: Wir seien auch durch die Schule des Krieges gegangen, und wir wollten nicht mit der Möglichkeit eines Krieges rechnen – weder hier noch an anderer Stelle –, sondern wir wollten sehen, wie man durch ein Gleichgewicht einen Krieg vermeiden könne. SALT II habe die Lage geändert. Die Sowjetunion habe die Möglichkeit erhalten, im interkontinentalen Bereich gleichzuziehen, ihr Übergewicht auf dem Gebiet der Mittelstreckenwaffen und der konventionellen Rüstungen werde durch SALT II noch effektiver. Deshalb seien Verhandlungen notwendig. Guderian habe recht mit seiner Einschätzung der schrecklichen Auswirkungen eines neuen Krieges für unser Land. Die Bundesregierung stimme Guderian aber in dem Punkte nicht zu, daß der Krieg woanders stattfinden solle. Die Bundesregierung wünsche keinen Krieg, denn für die anderen wäre er genauso schlimm. Die Bundesregierung wolle überhaupt keinen Krieg. Sie wolle dies durch gleiche Sicherheit erreichen. Deshalb bemühe man sich ausgehend vom Dezember-Beschluß um Verhandlungen in allen Bereichen, auch im Bereich der Mittelstreckenraketen.

Semjonow: Er sei auch für Verhandlungen. Man solle nur nicht mit der Produktion und Stationierung von amerikanischen Raketen voranschreiten. Es gebe bereits im globalen Gleichgewicht ein Mißverhältnis von fünf zu neun. Die Sowjetunion halte dies nicht für so gefährlich, da fünf (gemeint ist 5000) in jedem Fall ausreiche. Aber wenn das Verhältnis nicht fünf zu neun, sondern fünf zu neun plus x laute, dann könne man sagen, daß man dieses „plus x" eliminieren müsse, weil die Flugzeit eine erheblich kürzere sei. Man solle sich nur einmal vorstellen, daß die Sowjetunion die USA mit Mittelstreckenraketen einkreise. Was würden dann die Amerikaner tun?

30 Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 132, Anm. 20.

31 Vgl. Heinz GUDERIAN, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1951.

BM: Der Westen habe lange Zeit nichts gegen die bestehenden sowjetischen Raketen getan.

Semjonow: Diese Raketen habe die Sowjetunion als Gegenmittel gegen die FBS.

BM: Wir lebten hier.

Semjonow: Aber warum müsse man das Mißverhältnis noch vergrößern?

BM: Wir fühlten uns durch die sowjetischen Raketen bedroht. Deshalb sei die Ausführung des Bundeskanzlers vor dem Bundestag vom Juli besonders wichtig. Er stimme Breschnew in seiner jüngsten Äußerung zu, daß man die Verhandlungen möglichst schnell beginnen müsse. Der NATO-Beschluß werde in vier Wochen gefaßt, man könne dann die Verhandlungen sofort beginnen.

Semjonow: Das sei etwas anderes.

BM: Dies habe der Westen immer gewollt. Das müsse man sehen. Man dürfe sich nicht den Blick darauf verstellen, daß die westliche Nachrüstung auf die sowjetische Vorrüstung erfolge und daß man verhandeln müsse. Darüber würden auch die beiden Minister im Rahmen des bevorstehenden Besuches sprechen, sie würden prüfen, wo Fortschritte möglich seien. Der Besuch solle Gelegenheit geben, die Absichten und den Stand unserer Beziehungen zum Ausdruck zu bringen. Man müsse alles tun, um das Vertrauen der Menschen in die Entspannungspolitik zu stärken. Dieses Vertrauen sei notwendig und wichtig.

Semjonow: Er danke dem Minister für seine Ausführungen, sie würden für Moskau zweifellos von Interesse sein. BM habe von der Änderung des Klimas gesprochen. Die Änderung des Klimas erlaube es, Fragen zu lösen, die man beim alten Klima nicht habe lösen können. Dies habe auch eine andere Seite, niemand wünsche eine Änderung des Klimas, denn dann wisse nur der Teufel, was das dann für ein Klima sein könne. Man könne die Dinge nicht nur durch einen Gewehrlauf betrachten. Die Änderung des Klimas sei ein zweiseitiger Prozeß. Das bedeute, daß man in einem neuen Klima alte Fragen auf neue Art lösen könne.

Politik sei ein schwieriges Geschäft, manchmal müsse man unklar reden.

BM: Die deutsche Seite wünsche ein gutes Klima und wolle alles vermeiden, was das Klima verschlechtern könne. Man müsse sehen, was man tun könne, um das Klima zu verbessern. Deutsche und Russen könnten hier eine Menge tun.

Semjonow: Er bedanke sich dafür, daß BM in dieser Eigenschaft und als Vorsitzender einer Partei ihm so großzügig seine Zeit geschenkt habe. Für die sowjetische Seite sei es nicht gleichgültig, welche Koalition in Zukunft regieren werde.

BM: Er bedanke sich für die Gastfreundschaft und für die interessante Führung durch die Ausstellung.

Abschließend einigten sich beide Gesprächspartner über den Inhalt einer Mitteilung an die deutsche Presse.

Dauer des Gesprächs: zwei Stunden.

VS-Bd. 14078 (010)

321

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-3765/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1134
Cito

Aufgabe: 6. November 1979, 21.50 Uhr[1]
Ankunft: 6. November 1979, 23.23 Uhr

Betr.: LRTNF-Modernisierung und Rüstungskontrollangebot
hier: Sitzung der Ständigen Vertreter vom 6.11.1979 zum integrierten Entscheidungsdokument

Zur Unterrichtung

I. Ständige Vertreter diskutierten in Sitzung vom 6. November 1979 US-Entwurf des integrierten Entscheidungsdokuments zu TNF und Arms Control.[2]

An der Sitzung nahmen Experten aus den Hauptstädten (zumeist Delegationsleiter von SG und HLG) teil. Debatte verlief bemerkenswert unkontrovers; substantielle Änderungswünsche wurden nur von den Niederlanden, Dänemark und Kanada vorgetragen, ohne daß die Vertreter dieser Länder die Gesamtkonzeption des integrierten Entscheidungsdokuments in Frage gestellt hätten. US-Vorschlag eines Abzugs von 1000 nuklearen Gefechtsköpfen in Europa in

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 201 und Referat 221 verfügte.
Hat Legationsrat I. Klasse Gruber am 8. November 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Dröge, Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann und Vortragenden Legationsrat Hofstetter verfügte.
Hat Hofmann am 8. November 1979 vorgelegen.
Hat Dröge und Hofstetter am 9. November 1979 vorgelegen.

2 Für das undatierte Dokument vgl. VS-Bd. 10571 (201).
Botschafter Ruth vermerkte am 5. November 1979, die amerikanische Botschaft in Bonn habe am 2. November 1979 den „Entwurf des integrierten Entscheidungsdokuments für die im Dezember anstehenden verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Beschlüsse im Bündnis übermittelt. In dieser Fassung sind alle unsere früheren Änderungsvorschläge berücksichtigt und Änderungswünsche anderer Verbündeter, soweit dies den Amerikanern möglich schien, eingearbeitet. Das Dokument wird in dieser Form Diskussionsgrundlage für die Sitzung der Ständigen Vertreter in Brüssel am 6.11.1979 sein. Die neue Fassung des Dokuments stimmt in der sprachlichen Form und dem Inhalt nach nahezu völlig mit den Vorentwürfen überein und hält sich damit wie diese eng an die wesentlichen Ausführungen der Berichte der High Level Group und der Special Group. Inhaltlich ist als neues Element die amerikanische Bereitschaft hinzugekommen, die Zahl der amerikanischen nuklearen Sprengköpfe in Europa im Zusammenhang und unter der Voraussetzung der LRTNF-Entscheidung um 1000 Sprengköpfe zu reduzieren. Diese Bereitschaft soll in den Bündnisbeschluß aufgenommen und durch die Minister bekräftigt werden. Mit dieser Reduzierung um 1000 Sprengköpfe soll deutlich werden, daß mit der LRTNF-Entscheidung nicht nur keine Vergrößerung der Gesamtzahl der nuklearen Sprengköpfe der NATO einhergeht, sondern daß sie vielmehr ihre Verringerung möglich macht. [...] Der Inhalt des integrierten Entscheidungsdokuments in seiner letzten Fassung ist für uns einschließlich des neu hinzugekommenen Elements voll akzeptabel. Wir beabsichtigen auf der Sitzung der Ständigen Vertreter am 6.11.1979 in Unterstützung der amerikanischen Haltung, die von den meisten Bündnispartnern geteilt wird, dafür einzutreten, daß das Dokument – von redaktionellen Änderungen abgesehen – inhaltlich nicht mehr verändert wird und so, wie es steht, Beschlußgrundlage der Entscheidung im Dezember sein sollte." Vgl. VS-Bd. 11396 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

Verbindung mit der TNF-Modernisierungsentscheidung wurde allgemein begrüßt und als hilfreich bezeichnet.[3]

Ich habe nach Würdigung des integrierten Entscheidungsdokuments und der bisher geleisteten Arbeit unsere MBFR-Initiative zur Erreichung eines Zwischenabkommens auf der Basis von Phase I angekündigt.[4]

II. Im einzelnen ist festzuhalten:

1) Eingangs erläuterte Aaron als amerikanischer Sprecher das integrierte Entscheidungsdokument. Er betonte die Notwendigkeit einer solidarischen Entscheidung der Allianz zur TNF-Modernisierung und faßte wesentliche US-Argumente zu diesem Thema wie folgt zusammen: Die TNF-Modernisierung stelle nicht die Bedeutung der zentral-strategischen US-Komponente im Abschreckungsverbund in Frage. Jedoch habe der sowjetische Aufwuchs im Mittelstreckenbereich durch die Einführung der mobilen SS-20 eine neue Qualität erhalten, auf die der Westen eine Antwort finden müsse, zumal die Sowjetunion nach neueren Erkenntnissen keineswegs die SS-4 und SS-5 in dem vom Westen erwarteten Maß abbaue. Um so notwendiger sei es, möglichst rasch in SALT-III-Verhandlungen einzutreten, „um in einem Abkommen mit der Sowjetunion gleiche Obergrenzen bei den landgestützten Langstreckenraketen auf beiden

[3] Zum Vorschlag der amerikanischen Regierung, 1000 nukleare Sprengköpfe aus Europa abzuziehen, vgl. Dok. 303.

[4] Ministerialdirektor Blech legte Bundesminister Genscher am 2. November 1979 einen „Vorschlag für ein Zwischenergebnis bei MBFR" vor. Darin hieß es: „1) Nach unserer Einschätzung der gegenwärtigen Verhandlungslage könnte ein westlicher Vorschlag für ein Zwischenergebnis bei MBFR dazu beitragen, das Momentum in den Verhandlungen während einer möglicherweise kritischen Phase aufrechtzuerhalten und darüber hinaus die Voraussetzungen für ein MBFR-Ergebnis verbessern, das den grundsätzlichen westlichen Verhandlungszielen insgesamt entspricht. Eine entsprechende westliche Initiative müßte auf Vereinfachung der westlichen Verhandlungsvorschläge abstellen. Unter Aufrechterhaltung der westlichen Grundposition müßte ein Teil der bisher mit der Phase I verbundenen Verhandlungsziele dem späteren Verhandlungsprozeß vorbehalten werden. 2) Kernstück des Zwischenergebnisses wären vorgezogene bilaterale amerikanisch-sowjetische Reduzierungen in einem gegenüber den bisherigen westlichen Vorstellungen für die Phase I geringeren Gesamtumfang auf der Basis einer Einigung über amerikanisch-sowjetische Daten. Ein bilaterales Reduzierungsabkommen wäre zu verbinden mit gemeinsamen Absichtserklärungen aller direkten Teilnehmer, die Verhandlungen über ein multilaterales Reduzierungsabkommen fortzusetzen, mit kollektiven Zusagen der westlichen direkten Teilnehmer im Hinblick auf die Verbindung zwischen den Phasen sowie mit einer multilateralen Vereinbarung über begleitende Maßnahmen." Vgl. VS-Bd. 11494 (221); B 150, Aktenkopien 1979.
Botschafter Ruth übermittelte den Botschaften in London und Washington am 2. November 1979 den „Vorschlag für ein Zwischenergebnis bei MBFR" mit der Bitte, ihn im britischen bzw. amerikanischen Außenministerium zu erläutern. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 5522; VS-Bd. 11494 (221); B 150, Aktenkopien 1979.
Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 8. November 1979: „In der auf unseren Wunsch einberufenen besonderen Ratssitzung am 8. November 1979 erläuterte Botschafter Ruth eingangs das deutsche Arbeitspapier. Er knüpfte an meine Ausführungen vom 7.11. an, mit denen ich das Papier dem Rat offiziell vorgelegt hatte. [...] Anschließend führte der Ständige Vertreter der USA das ergänzende amerikanische Papier ein. Er begrüßte die deutsche Initiative, die zusammen mit dem Vorschlag für ein vereinfachtes Phase-I-Abkommen die beste Chance für raschen Fortschritt in Wien biete. Seit den bilateralen amerikanisch-sowjetischen Kontakten im Zusammenhang mit dem Wiener Gipfeltreffen habe die amerikanische Seite den Gedanken eines vereinfachten Abkommens weiterverfolgt, das das zentrale westliche Anliegen, eine gemeinsame kollektive Höchststärke für Streitkräfte zu erreichen, fördere. Die einseitige sowjetische Ankündigung des Panzerrückzugs und die US-Bereitschaft – mit Zustimmung der NATO –, ebenfalls einseitig 1000 nukleare Gefechtsköpfe aus Europa abzuziehen, erleichtere es sehr, das Waffenreduktionselement aus einem Phase-I-Abkommen herauszulassen." Vgl. VS-Bd. 10656 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

Seiten festzusetzen". Dies könne jedoch realistischerweise nicht durch eine Moratoriumsentscheidung der Allianz erreicht werden.

Die im Entscheidungsdokument zusammengefaßten Empfehlungen von SG und HLG seien vom amerikanischen Präsidenten voll gebilligt. Sobald die Entscheidung gefallen sei, werde sich Präsident Carter um die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel zur Durchführung des Programms (4–5 Mrd. US-Dollar) durch den amerikanischen Kongreß bemühen.

Ausführlich äußerte sich Aaron zu dem Vorschlag, die TNF-Modernisierung mit dem Abzug von 1000 nuklearen Gefechtsköpfen zu verknüpfen. Dieser Vorschlag wirke in mehrfacher Richtung:

- Die Modernisierungsentscheidung gebe die Gelegenheit zu einer allgemeinen Rationalisierung der Nukleargefechtskopflager.
- Der Schritt sei auch im Hinblick auf die TNF-Modernisierung militärisch vertretbar und sogar wünschenswert, da Ende 1979 in Europa über 1000 Gefechtsköpfe zur Verfügung stünden, die aufgrund des MBFR-Option-III-Angebots[5] zurückgehalten worden seien.
- Es werde verdeutlicht, daß die TNF-Entscheidung keinen nuklearen Aufwuchs bewirke, sondern sich im Rahmen allgemeiner Modernisierungsmaßnahmen vollziehe. Auf diese Weise werde das politische Klima für die Entscheidung verbessert.
- Die politischen Auswirkungen der Breschnew-Rede[6] würden relativiert durch Widerlegung von Breschnews Hauptargument, die NATO erhöhe die nukleare Bedrohung und gefährde die Balance.
- In der Folge könnte Bewegung in die MBFR-Verhandlungen kommen. Die sowjetische Ankündigung eines einseitigen Truppen- und Panzerabzugs sowie die Zustimmung der Allianz zum Abzug von 1000 Gefechtsköpfen könne den Weg zu einem vereinfachten Phase-I-Angebot eröffnen.

Aaron sprach den Wunsch aus, daß die Allianz bereits im Dezember einen gemeinsamen Standpunkt zu einer derartigen MBFR-Initiative entwickelt.

2) Von den Stellungnahmen der einzelnen Verbündeten ist festzuhalten:

- UK würdigte SG- und HLG-Empfehlungen[7] als ausgezeichnete Grundlage für die Ministerentscheidung. Das neue Element des Abzugs von 1000 Gefechtsköpfen müsse noch näher untersucht werden, insbesondere die Auswirkungen auf Option III. Die US-Vorschläge zu einem vereinfachten MBFR-Phase-I-Abkommen seien in der Tat bedeutungsvoll, zumal die Erarbeitung des

[5] Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 16. Dezember 1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III) vgl. Dok. 13, Anm. 2.

[6] Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

[7] Vgl. dazu die gemeinsame Sitzung der High Level Group und der Special Group der NATO am 28. September 1979; Dok. 282.
Für den „Special Group Report to Ministers – Arms Control Involving Theater Nuclear Forces: Rationale, Objectives and Principles" vom 28. September 1979 vgl. VS-Bd. 11391 (220).
Für den „High Level Group Report on NATO Long-Range Theater Nuclear Force Modernization", den der Vorsitzende der High Level Group der NATO, McGiffert, NATO-Generalsekretär Luns am 28. September 1979 übermittelte, vgl. VS-Bd. 11325 (220).

AM-Pakets in der Allianz weit fortgeschritten sei. Es sei wünschenswert, daß die Minister im Dezember[8] auf sämtliche Aspekte der Breschnew-Rede eingingen und die Allianz ihrerseits konkrete Vorschläge zur Rüstungskontrolle vorlege. Dies würde die Darstellung der TNF-Modernisierungsentscheidung in der Öffentlichkeit erleichtern.

- Ich habe mich gemäß Weisung[9] und Ministervorlage vom 5.11.79[10] geäußert. Die von uns als ergänzende Erläuterung zum Abzug der 1000 Sprengköpfe ins Auge gefaßten Änderungsvorschläge haben wir auf Bitten der USA und nach Rücksprache mit D2[11] nicht verwendet.[12] In US-Sicht besteht die Gefahr, daß dies als eine zu defensive und apologetische Aussage gesehen und insbesondere vom US-Kongreß mißverstanden werde. US-Ausführungen zu MBFR gaben mir willkommene Gelegenheit, in diesem Zusammenhang unsere MBFR-Initiative für ein Interimabkommen anzukündigen. Im übrigen werden alle von Botschafter Ruth vorgeschlagenen Abänderungen[13] im Text des Entscheidungsdokuments von den Amerikanern berücksichtigt.
- IT stimmte Dokument zu, bemängelte jedoch Länge des Kommuniqué-Teils.
- BE lobte ausgewogenen Ansatz im Entscheidungsdokument; die belgische Regierung werde Haltung zu den Vorschlägen nicht vor Anfang Dezember festlegen.
- NL betonte, daß niederländische Haltung noch nicht festliege.[14] Nachdem die Beratungen nunmehr von Expertenebene auf die politische Ebene gehoben worden seien, könne ein Kommentar zum Inhalt des Entscheidungsdokuments noch nicht abgegeben werden. NL schlug jedoch vor, in Ziffer II/11 des Entscheidungsdokuments nach zweitem Satz Formulierung aus dem SG-Report (Principle 1e, erster Satz) einzufügen, um Möglichkeit der sog. Nulloption offenzuhalten. UK und US machten gegen diesen Vorschlag Beden-

8 Zur gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.
Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

9 Vgl. dazu den Drahterlaß des Staatssekretärs van Well vom 30. Oktober 1979 an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel; Dok. 313.

10 Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 5. November 1979; VS-Bd. 11396 (220); B 150, Aktenkopien 1979. Für Auszüge vgl. Anm. 2, 12 und 13.

11 Klaus Blech.

12 Zum Vorschlag der amerikanischen Regierung über einen Abzug von Kernsprengköpfen vgl. Dok. 303. Botschafter Ruth notierte am 5. November 1979: „Folgende Änderungen werden wir vorschlagen, aber nicht auf ihnen bestehen, wenn die Amerikaner Bedenken geltend machen. Die Änderungen sollen deutlich machen, daß die Bereitschaft, die Zahl der nuklearen Sprengköpfe der Vereinigten Staaten in Europa um 1000 zu reduzieren, nach sorgfältiger Prüfung und mit der Absicht erfolgt, die Entschlossenheit des Bündnisses zu unterstreichen, beim integrierten Herangehen an die verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Probleme ausgewogene Entscheidungen zu treffen." Vgl. VS-Bd. 11396 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

13 Am 5. November 1979 vermerkte Botschafter Ruth: „In Abstimmung mit dem Bundesministerium der Verteidigung sind Vorschläge für einige redaktionelle Änderungen des integrierten Entscheidungsdokuments vorbereitet worden. [...] Unbedingt erforderlich erscheint uns folgende Ergänzung im Einleitungssatz: ‚Es muß klargestellt werden, daß die Berichte der High Level Group und der Special Group zusammen mit dem integrierten Entscheidungsdokument die Grundlage für die zu fassenden Bündnisbeschlüsse bilden.'" Vgl. VS-Bd. 11396 (220); B 150, Aktenkopien 1979.
Für den Wortlaut des „Revised Draft Integrated Decision Document: NATO Long-Range Theater Nuclear Force Modernization and Arms Control" vom 10. November 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201).

14 Zur Haltung der niederländischen Regierung bezüglich der TNF-Modernisierung vgl. Dok. 322.

ken geltend, da Herübernahme nur eines Satzes die Balance des Zusammenhangs störe. US wollen jedoch niederländischem Wunsch durch Neuformulierung, der auch Gedanken des zweiten Satzes von Prinzip 1e des SG-Reports wiedergibt, so weit wie möglich berücksichtigen.

Zur Frage des Abzugs von 1000 Gefechtsköpfen schlugen NL Untersuchung der Auswirkungen auf MBFR-Option-III vor. Außerdem solle Gedanke von Ziffer 21 des Entscheidungspapiers in das Kommuniqué aufgenommen werden.

- Dänischer Botschafter[15] erwähnte Problem der Präsentation der TNF-Modernisierungsentscheidung in der dänischen Öffentlichkeit. Er bat darum, den Rüstungskontrollaspekt im Entscheidungsdokument noch präziser herauszuarbeiten und schlug, unterstützt von Kanada, Norwegen, Portugal, Türkei und Luxemburg, Neuformulierung der Ziffer 11 und 12 und Ersetzung des Ausdrucks „in a timely way" (Ziffer 23, fünfte Zeile) durch „as soon as possible" vor.

  Da Dokument TNF-Modernisierungsentscheidung als realisiert formuliert, solle GS Luns Entscheidungsdokumente den Ministern mit Weiterleitungsnote vorlegen mit dem Vorschlag, gemäß Anlage zu entscheiden.

  Im übrigen betonte Dänemark die Bedeutung der SALT-II-Ratifikation[16] für die dänische Haltung zur TNF-Modernisierungsentscheidung.
- Wie bereits in NPG-Sitzung Ständiger Vertreter vom 31.10. stellte Kanada erneut Formulierung im Entscheidungsdokument zur Finanzierung der LRTNF-Infrastruktur durch NATO-Infrastrukturhaushalte in Frage und schlug vor, Ziffer 18, zweiter Satz, wie folgt zu fassen: „so that the LRTNF program will not adversely affect the NATO force improvements, during the mid-term review of the five-year ceiling in 1982–83, the ceiling will be increased if necessary to account for the requirements stemming from LRTNF modernization".
- Norwegen regte an, den amerikanischen Vorschlag zum Abzug von 1000 Nukleargefechtsköpfen aus Europa möglichst bald, ggf. schon anläßlich der NPG-Ministerkonferenz[17], bekanntzugeben, um öffentliche Debatte zur TNF-Modernisierung positiv zu beeinflussen. Wir unterstützten norwegische Anregung. (Aus britischen Bemerkungen uns gegenüber am Rande der Sitzung geht hervor, daß Briten diesem Gedanken gegenüber reserviert sind: Die Minister sollten nach britischer Ansicht auch über die Reduzierung von 1000 Sprengköpfen erst am 12.12. endgültig entscheiden.)
- Portugal, Griechenland, Türkei, Luxemburg und Vertreter MC gaben kurze, positive Stellungnahmen ab.

3) Abschließend nahm Aaron zu Änderungswünschen wie folgt Stellung:

- Dänische Vorschläge: Bedenken gegen Neufassung von Ziffer 11, da zu optimistisch und kategorisch bezüglich künftiger Entwicklung. Ziffer 12: Wahrscheinlich akzeptabel, wenn auch etwas zu defensiv im Wortlaut.

15 Anker Svart.

16 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 312, besonders Anm. 17.

17 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 13./14. November 1979 in Den Haag vgl. Dok. 328 und Dok. 329.

– Kanadischer Vorschlag (Infrastruktur): Dies sei ein heikler Punkt, da in US-Öffentlichkeit und Kongreß Eindruck entstehen könnte, Bündnispartner wollten ihrerseits jeglichen – auch bescheidenen – finanziellen Beitrag zur TNF-Modernisierung verweigern. USA müßten für Modernisierung im Interesse der Allianz 4–5 Mrd. Dollar zahlen, während Verbündete nur etwa 165 Mio. Dollar im Rahmen der Infrastruktur zu leisten hätten.
– Veröffentlichung des Vorschlages zum Abzug der Gefechtsköpfe: Die Bitte sei begründet und sollte näher geprüft werden.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10571 (201)

322

Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident van Agt

VS-vertraulich **7. November 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit MP van Agt am 7. November 1979 von 13.10 bis 13.30 Uhr

LRTNF

Bundeskanzler unterrichtete MP van Agt über die bevorstehende Begegnung mit dem Vorsitzenden der PvdA[2], den Uyl, am 9. November.[3] Er werde den Uyl

[1] Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Ruhfus, Bundeskanzleramt, am 8. November 1979 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 14. November 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte Zeller: „Der Bundeskanzler bittet, den Herrn Bundesminister zu unterrichten."
Hat Wallau am 14. November 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Blech sowie Ministerialdirigent Dröge und Botschafter Ruth verfügte und handschriftlich vermerkte: „Orig[inal] BM als Eingang."
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 15. November 1979 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

[2] Korrigiert aus: „PVA".

[3] Im Gespräch mit dem Vorsitzenden der PvdA, den Uyl, am 9. November 1979 betonte Bundeskanzler Schmidt, „welche Kettenreaktionen eine negative niederländische Haltung haben könnte; Auswirkungen auf die Haltung der Christlichen Demokraten und der Sozialistischen Partei in Belgien und auch in Italien. Von daher Rückwirkungen auf die Bundesrepublik." Schmidt schlug vor, „die Niederlande sollten bis zum 12. Dezember weitere Parlamentsdebatten vermeiden. Die niederländische Regierung solle dem NATO-Beschluß zustimmen vorbehaltlich der parlamentarischen Billigung. Wenn hinterher die parlamentarische Zustimmung verweigert werde und dies zu einer innenpolitischen Krise in den Niederlanden führe, sei gleichwohl der Beschluß des Bündnisses gefaßt worden." Er wies darauf hin, daß er sein Amt zur Verfügung stellen werde, wenn die SPD auf ihrem Parteitag vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West) gegen seine Position stimmen werde. Den Uyl führte aus, „die Bundesrepublik könne von ihm nicht verlangen, daß Holland die Entscheidung mitträgt. Aber er könne beitragen, um eine niederländische Regierungskrise zu verhindern." Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruhfus, Bundeskanzleramt, vom selben Tag; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 51; B 150, Aktenkopien 1979.

zu der bevorstehenden Modernisierungsentscheidung des Bündnisses[4] folgende Gesichtspunkte darlegen:

1) Die Diskussion im Bündnis über LRTNF-Modernisierung und LRTNF-Rüstungskontrollangebot habe zu einem bemerkenswerten Konsensus geführt.

2) Breschnews Rede[5] und Breschnews Brief[6] seien Versuche, die Entscheidung des Bündnisses zu beeinflussen und die die Modernisierung betreffende Hälfte der Entscheidung zu verhindern.

3) USA, Bundesrepublik und Italien hätten erwogen, der östlichen Propaganda-Kampagne zuvorzukommen und die Entscheidung des Bündnisses vorzuziehen. Sie hätten diese Überlegung mit Rücksicht auf die holländische Haltung jedoch aufgegeben.

4) Die Bundesregierung habe die USA stark beeinflußt[7], damit die USA die Reduzierung von 1000 Sprengköpfen möglichst bald ankündigen[8]. Dieser Schritt solle nicht mit der Entscheidung vom 12. Dezember als Bedingung verbunden werden.

Dieses Vorhaben entspricht nach unserem Verständnis den niederländischen Erwägungen.

5) Die Bundesregierung werde die holländischen Überlegungen – die uns allerdings noch nicht offiziell mitgeteilt wurden –, die Zahl der Sprengköpfe zu reduzieren, nicht unterstützen. Dies erfülle nicht das Anliegen der Sowjetunion. Der sowjetische Druck würde nach einem Teilerfolg nur verstärkt. Die höheren Zahlen böten einen guten Ausgangspunkt für die Abrüstungsverhandlungen.

6) Die Bündnisentscheidung solle nicht um mehrere Jahre aufgeschoben werden, da die Sowjetunion ihrerseits in dieser Zeit SS-20, „Backfire" weiter produziert und disloziert.

7) Die Bundesregierung sei in ihrer Haltung geschlossen. Auch das Parlament bereite keine Schwierigkeiten. Auswärtiger Ausschuß und Verteidigungsausschuß hätten der Haltung der Regierung zugestimmt.[9] Gewisse Schwierigkeiten könne es möglicherweise auf dem Parteitag geben.[10] Er werde allen Einfluß einsetzen, um auch dort zu einem positiven Ergebnis zu kommen.

MP *van Agt* dankt für die Unterrichtung. Das niederländische Parlament diskutiere am gleichen Tag über den Haushalt. Er habe in der vergangenen Nacht viele Stunden mit Freunden der CDA verbracht, um sie zu überreden, daß es unklug wäre, eine Entschließung vorzulegen, die die holländische Regierung

4 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

5 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

6 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 11. Oktober 1979 an Bundeskanzler Schmidt und zu den Schreiben Breschnews an die Staats- bzw. Regierungschefs der übrigen NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 309, Anm. 25 und 26.

7 Vgl. dazu das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Carter am 30. Oktober 1979; Dok. 312.

8 Zum Vorschlag der amerikanischen Regierung über einen Abzug von Kernsprengköpfen vgl. Dok. 303.

9 Zur gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses des Bundestags am 17. Oktober 1979 vgl. Dok. 315, Anm. 8.

10 Der Bundesparteitag der SPD fand vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West) statt.

auffordert, die Entscheidung über die Dislozierung von der Produktionsentscheidung abzutrennen.

Bisher habe die Fraktion davon abgesehen, die Regierung aufzufordern, die gleiche Haltung einzunehmen wie die Fraktion.

Der Bundeskanzler kenne die Schwäche der niederländischen Regierung. Er könne nicht mehr als fünf oder sechs Stimmen entbehren. Im Dezember stehe das Überleben seiner Regierung auf dem Spiel. Die Erfolgschancen seien etwa 50 zu 50.

Er rege an, möglichst bald mit dem Bundeskanzler zu einem vertraulichen Gespräch zusammenzukommen. Diese Begegnung werde vorteilhafter für MP van Agt sein als für den Bundeskanzler. Aber es wäre sehr hilfreich, wenn er in Holland später sagen könne, er habe ausführlich mit dem Bundeskanzler gesprochen.

Bundeskanzler und MP van Agt vereinbarten, daß sie in dem privaten Haus des MP an der deutsch-niederländischen Grenze in der Nähe von Nijmwegen am Sonnabend, 10. November, um 19.00 Uhr zusammentreffen wollen. Bundeskanzler wird klären, ob Frau Schmidt ihn begleitet. Dann sollen die Damen zugezogen werden.

Als weitere Begleitung sollen nur auf jeder Seite ein außenpolitischer Berater sowie ein Minimum an Sicherheitsbeamten hinzugezogen werden.

Deutsch-britische Konsultationen

Bundeskanzler berichtet über die Gespräche mit PM Thatcher.[11] Der britische PM habe zu TNF, SALT II und SALT III eine feste und klare Haltung eingenommen.

In der Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt[12] werde es sehr große Schwierigkeiten geben. Er, Bundeskanzler, sei in den Gesprächen mit PM Thatcher weitergegangen als seine eigenen Minister und als die anderen EG-Mitgliedstaaten. PM Thatcher habe gleichwohl keinerlei Bereitschaft zu Kompromissen gezeigt. Er befürchte, daß es in Dublin[13] zu einem clash kommen könne, und das wenige Wochen vor der NATO-Entscheidung.

Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Hua Guofeng[14]

Bundeskanzler gab MP van Agt eine kurze Unterrichtung über den Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten.

Es wurde vereinbart, daß das Gespräch über die Fragen LRTNF, britischer Budgetbeitrag, Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten, am Sonnabend fortgesetzt werden soll.

VS-Bd. 14077 (010)

11 Zu den deutsch-britischen Konsultationen am 31. Oktober 1979 vgl. Dok. 314–316.

12 Zu den britischen Beiträgen zum EG-Haushalt vgl. Dok. 284, Anm. 16.

13 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. Dok. 362.

14 Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 21. bis 28. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 301 und Dok. 305.

323

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel

VS-vertraulich **8. November 1979**[1]

Gespräch des Bundeskanzlers mit Botschafter Stoessel am 8. November 1979, 12.30 bis 13.45 Uhr

1) Erörtert wurden Iran, TNF-Modernisierung, SALT-Ratifikation, innerdeutsche Beziehungen und Berlin, Argentinien, Pakistan.

2) Auf die Bemerkung des *Bundeskanzlers*, daß wir in Erinnerung an Mogadischu[2] gerne direkt oder indirekt in der Situation im Iran[3] helfen würden, dankte *Stoessel* für das, was schon geschehen sei[4]. Es sei schwer festzustellen, wo man ansetzen könne. Nach amerikanischer Unterrichtung hätten die Neun Weisung, zu demarchieren.[5] Verbindung mit den eigenen Leuten bestehe zur Zeit nicht. Nach Radiomeldungen werde die Behandlung schlechter.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, am 8. November 1979 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 14. November 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers" übermittelt.
Hat Wallau am 14. November 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Orig[inal] BM als Eingang."
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 15. November 1979 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14078 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Zur Erstürmung der Lufthansa-Maschine „Landshut" am 18. Oktober 1977 in Mogadischu vgl. Dok. 69, Anm. 7.

3 Ministerialdirektor Meyer-Landrut vermerkte am 6. November 1979: „Die Botschaft der USA in Teheran ist seit Sonntag, 4. November 1979, morgens von islamischen Studenten besetzt. 60 Botschaftsangehörige wurden als Geiseln genommen. Die Besetzer verlangen von den Vereinigten Staaten die Auslieferung des Schahs. Weitere Forderungen, die aber uneinheitlich vorgebracht wurden, betreffen die Einschaltung zweier iranischer Ärzte bei der medizinischen Untersuchung des Schahs, die Annullierung aller Verträge mit den USA, die Ausweisung der restlichen amerikanischen Berater und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Ayatollah Khomeini billigte in einer Rundfunkerklärung vom Montag, 5. November, die Aktion der Studenten. Das iranische Außenministerium stellte sich ebenfalls hinter die Besetzer, auf die es keinen Einfluß habe. Montag, 5. November, wurden auch die amerikanischen Konsulate in Täbris, Schiraz und Isfahan von Studenten und Revolutionsgarden (Pasdaran) besetzt. Zu Geiselnahmen kam es nicht, da die Amerikaner die Gebäude vorher geräumt hatten. Die amerikanische Regierung reagierte zurückhaltend. Im State Department wurde ein Krisenstab eingesetzt. Eine Presseverlautbarung stellt auf angebliche Versicherungen der iranischen Regierung ab, alles für eine zufriedenstellende Lösung des Problems zu tun. Auch die britische Botschaft war am Montag, 5. November, für ca. sechs Stunden von islamischen Studenten besetzt. Diese forderten die Auslieferung des früheren Ministerpräsidenten Bakhtiar, der angeblich in Großbritannien sein solle, und protestierten gegen behördliche Beschränkungen gegen iranische Studenten in Großbritannien." Vgl. Referat 311, Bd. 137621.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Montfort vermerkte am 13. November 1979: „Über die hiesige amerikanische Botschaft und über die deutsche Botschaft in Washington besteht ein laufender Kontakt zum State Department. Wir versuchen, durch Weitergabe von Informationen aus Teheran das State Department bei der dortigen Meinungsbildung zu unterstützen. Dafür liegen bereits positive Reaktionen aus Washington vor." Vgl. Referat 311, Bd. 137621.

5 Botschafter Ritzel, Teheran, übermittelte am 9. November 1979 den Text einer Demarche der EG-Mitgliedstaaten, die am Vortag beim stellvertretenden iranischen Außenminister Kharazi ausgeführt worden war. Darin hieß es: „We have asked to see you, on instructions from our governments,

Auf die weiteren amerikanischen Absichten angesprochen, sagte Stoessel, in der amerikanischen Öffentlichkeit werde über militärische Aktionen debattiert. Es sei schwer zu sehen, wie. Der Schah werde nicht ausgeliefert werden.[6] Falls Clark und Miller nach Teheran weiterreisen könnten, wäre örtliche deutsche Hilfe zu begrüßen.[7]

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß die Lage nicht ungefährlich erschiene. Amerikanische militärische Aktionen könnten zu Eskalation führen, ohne die Leben der 59 Geiseln zu retten.

Falls Khomeini die 59 freigäbe und dabei Gesicht verlieren sollte, könne es zu Maßnahmen im Bereich der Erdöllieferung oder -produktion kommen. Sei man darauf vorbereitet?

In der weiteren Unterhaltung hierüber war man sich einig, daß ein Lieferstopp gegenüber den USA praktisch bewältigt werden könnte, eine Produktionsverminderung dagegen ernste Folgen auf dem ohnehin zu engen Markt zeitigen müsse.

Der Bundeskanzler erkundigte sich, ob Kontakte zu Khomeini bestünden, was *Stoessel* verneinte. Der *Bundeskanzler* erwähnte unsere Kontakte zu Tabatabai[8]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1661

members of the European Community, to express the deep concern of our governments at violations of diplomatic immunity in Iran. The recent incursions into, and occupation of embassies and consulates, in some cases with the encouragement of the Iranian authorities, are contrary not only to century-old international law and custom, but are also in clear breach of the Vienna conventions on diplomatic and consular relations of 1961 and 1963, respectively to which all our governments, including Iran, are parties." Ritzel berichtete dazu: „Diskussion drehte sich um Prinzip diplomatischer Immunität und iranisches Verhalten gegenüber US-Mission in Teheran. Diskussion war sehr offen bis hart." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1320; Referat 311, Bd. 137621.

6 Schah Reza Pahlevi hielt sich seit 22. Oktober 1979 in den USA auf, um sich einer medizinischen Untersuchung zu unterziehen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2251.

7 Vortragender Legationsrat I. Klasse Montfort teilte den Botschaften in Teheran und Washington am 7. November 1979 mit: „USA haben uns Absicht mitgeteilt, zwei Emissäre nach Teheran zu entsenden, um mit iranischen Stellen über Räumung amerikanischer Botschaft zu verhandeln. Auf amerikanische Bitte um Unterstützung der Emissäre hat Amtsspitze folgendes grundsätzlich entschieden: Keine Bedenken gegen Zurverfügungstellung botschaftseigener Fernmeldeeinrichtungen [...], jedoch größte Vorsicht bei Maßnahmen mit erkennbarer Außenwirkung (Unterbringung, Dienstwagen u. ä). Emissäre sollten nur über Residenz Kontakt nehmen und nicht in Kanzlei erscheinen. Es darf nicht der Eindruck erweckt werden, daß unsere Botschaft als eine Art Schutzmachtvertretung für USA auftritt, um nicht Zielscheibe antiamerikanischer Aktionen zu werden." Vgl. den Drahterlaß; Referat 311, Bd. 137621.
Referat 311 notierte am 13. November 1979: „Die beiden amerikanischen Unterhändler Clark und Miller sind weiterhin in Istanbul und erhalten keine Einreise in den Iran. Sie hatten Gespräche mit PLO-Vertretern. Die PLO selbst hat Gespräche mit Khomeini am 12.11.1979 beendet. Dabei sei es nicht um Vermittlung gegangen, sondern um die Erkundung der iranischen Haltung." Vgl. Referat 311, Bd. 137607.

8 Der Staatssekretär im iranischen Innenministerium, Tabatabai, hielt sich ab 20. April 1979 für mehrere Wochen in der Bundesrepublik auf. Im Gespräch mit Staatssekretär Fröhlich, Bundesministerium des Innern, am 30. April 1979 wies Tabatabai „auf seinen Auftrag hin, einen neuen Sicherheits- und Nachrichtendienst als SAVAK-Nachfolgeorganisation aufzubauen, und er hoffe, hierbei von deutscher Seite Unterstützung, insbesondere Organisationshilfe, zu erhalten. Die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit auch für die Bundesrepublik Deutschland ergebe sich aus der Verbindung deutscher Terroristen mit iranischen Extremistengruppen. Ihm lägen glaubwürdige Informationen vor, daß Angehörige der RAF mit libyschen Diplomatenpässen in den Iran eingereist seien, um dort ultralinken Gruppen beim Aufbau einer Untergrundorganisation zu helfen." Fröhlich bekundete „grundsätzliches Interesse an einer beiden Seiten dienenden Zusammenarbeit". Vgl. den Drahterlaß Nr. 357 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Montfort vom 9. Mai 1979 an die Botschaft in Teheran; VS-Bd. 11155 (311); B 150, Aktenkopien 1979.
Im Gespräch mit Staatsminister Wischnewski, Bundeskanzleramt, am 3. Mai 1979 erklärte Taba-

und regte an, daß Stoessel sich mit StM Wischnewski in Verbindung setze. Der Bundeskanzler erwähnte, daß auch wir Drohungen gegen unsere Botschaft und seine Person erhalten hätten.[9]

Zur TNF-Modernisierung stellte der Bundeskanzler seine bisherigen Kontakte mit der norwegischen[10], dänischen[11] und griechischen[12] Regierung kurz dar, um dann eingehender auf seine intensiven Bemühungen um die Niederlande, Belgien und Italien einzugehen.

Die belgische Haltung ebenso wie die italienische erschienen ihm gefestigt. Sollte die niederländische Regierung ihre Zustimmung versagen, könne die Lage aber erneut unsicher werden. Sein Bestreben in den Gesprächen mit den niederländischen Politikern[13], insbesondere MP van Agt, würde deshalb dahin gehen,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1662

tabai, der Eindruck, daß die iranische Regierung „nicht über genügend Durchsetzungsvermögen verfüge, beruhe auf der deutschen Presseberichterstattung, die nicht die Wahrheit berichten würde. So werde über die Prozesse und Hinrichtungen falsch berichtet. Die Prozesse werden ordnungsgemäß durchgeführt. Die Verteidigung sei gewährleistet, ebenso sei die Öffentlichkeit zugelassen. Es seien keine politischen Prozesse, sondern Verfahren, in denen über eindeutig beweisbare kriminelle Taten geurteilt werde." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 49; B 150, Aktenkopien 1979.
Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt und Wischnewskis mit dem stellvertretenden iranischen Ministerpräsidenten Tabatabai am 19. Oktober 1979 vgl. Dok. 240, Anm. 33.

9 Botschafter Ritzel, Teheran, übermittelte am 7. November 1979 das Schreiben einer unbekannten Gruppe namens „Iranian Islamic Revolution Eagles", das am selben Tag bei der Botschaft abgegeben worden war. Darin wurde unter anderem die „Befreiung aller iranischen Bürger, die seit neun Monaten mit der deutschen Justiz in Berührung kamen, verhaftet oder verurteilt worden sind", gefordert. Bei Nichterfüllung wurde die Besetzung der Botschaft angedroht. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1316; Referat 311, Bd. 137621.
Der Bundesnachrichtendienst gab dazu am 8. November 1979 folgende Einschätzung: „Die Drohung gegenüber der Bo[tschaft] Teheran ist angesichts der ‚erfolgreichen' Besetzung der US-Botschaft sehr ernst zu nehmen. Ausschreitungen gegenüber deutschen Staatsangehörigern im Iran sind bei weiterer Zuspitzung der jetzigen Lage zu befürchten. Dagegen wird die angedrohte Besetzung deutscher Botschaften in anderen nahöstlichen Ländern als wenig realistisch eingeschätzt. Die für den Schutz der Botschaften zuständigen iranischen Dienststellen sind nach hiesiger Ansicht nicht mehr fähig (z. T. auch nicht mehr willens), spontane Besetzungen von Auslandsvertretungen zu verhindern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1561; Referat 311, Bd. 137621.

10 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Nordli am 12. Juli 1979 in Oslo vgl. Dok. 209.
Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem norwegischen Außenminister Frydenlund am 21. November 1979 vgl. Dok. 340.

11 Ministerpräsident Jørgensen traf am 4. Mai 1979 zu einem informellen Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt in Hamburg zusammen.
Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Jørgensen am 15. August 1979 auf Bornholm vgl. Dok. 232.
Der dänische Außenminister Olesen hielt sich am 12. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Im Gespräch mit Bundesminister Genscher legte er zur geplanten TNF-Modernisierung der NATO dar, „einige Mitglieder der dänischen Regierung hätten es vorgezogen, eine Verschiebung der Dezember-Entscheidung zu erwägen. Andererseits müsse dies als unrealistisch erkannt werden. Für Dänemark sei es darüber hinaus besonders wichtig, in Rechnung zu stellen, was in Bündnisstaaten gesagt wird, die sich zur Dislozierung bereit erklären. Dabei komme der Bundesrepublik Deutschland besondere Bedeutung zu. Dänemark lege großes Gewicht auf die Entwicklung nach der Entscheidung, d. h. auf die Verhandlung über Mittelstreckenraketen. Diese Verhandlungen müßten so bald wie möglich beginnen. Der Verhandlungsbeginn müsse unabhängig von dem zeitlichen Ablauf des SALT-Ratifizierungsprozesses angestrebt werden; Dänemark hoffe, daß im Januar Verhandlungen beginnen könnten." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 11325 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

12 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Karamanlis am 20. Oktober 1979 in Hamburg vgl. Dok. 299 und Dok. 300.

13 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem niederländischen Außenminister van der Klaauw am 13. August 1979; Dok. 228.

die Holländer zu überzeugen, daß sie zumindest unter Reserve parlamentarischer nachträglicher Zustimmung am Beschluß[14] mitwirkten. Sollte es nach dem Allianzbeschluß zu einer Regierungskrise in Den Haag kommen, so sei das eher zu bewältigen, als wenn die Niederlande den Beschluß nicht mittrügen. Der Bundeskanzler betonte, daß man auch in der Frage der Zahl der Mittelstrekkenwaffen fest bleiben müsse, nachdem man sich auf diese Zahl nun einmal verständigt habe.

Der Bundeskanzler begrüßte die amerikanische Initiative zum Abzug von 1000 Nuklear-Sprengköpfen.[15] Er werde dieses Element vor seiner Fraktion am kommenden Dienstag erwähnen.[16] Die Niederländer sollte man daran erinnern, daß es sich ursprünglich um ihre eigene Idee handele (*Stoessel* erwähnte, daß die Niederländer jetzt praktisch den Abzug von 2000 Nuklear-Sprengköpfen forderten).

Der *Bundeskanzler* bemerkte grundsätzlich, daß es ein Fehler wäre, in diesem ganzen Fragenkomplex „hawkish" zu erscheinen. Man stehe vor der Notwendigkeit, das militärische Gleichgewicht zu erhalten, um die Politik der Entspannung fortsetzen zu können. Das Gleichgewicht sei die Voraussetzung der Entspannung. Am besten wäre es, wenn die Sowjetunion ihrerseits ihre Mittelstreckenwaffen vermindern würde. Dieser Linie folge auch seine Partei, auch wenn deren Resolutionsentwurf[17] von ihm selbst vielleicht etwas anders for-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1663

Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident van Agt am 7. November 1979 vgl. Dok. 322.

Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident van Agt und dem niederländischen Außenminister van der Klaauw am 10. Dezember 1979 vgl. Dok. 371.

14 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

15 Zum Vorschlag der amerikanischen Regierung über einen Abzug von Kernsprengköpfen vgl. Dok. 303.

16 In der Presse wurde zur Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 13. November 1979 vor der SPD-Bundestagsfraktion berichtet: „Der Westen wird als Antwort auf Breschnews Ost-Berliner Rede, in der er den Abzug von 20 000 sowjetischen Soldaten und 1000 Panzern angekündigt hatte, in den kommenden Abrüstungsverhandlungen den Verzicht auf 1000 atomare Sprengköpfe anbieten. Dies hat Bundeskanzler Schmidt am Dienstag vor der SPD-Fraktion des Bundestages bekanntgegeben. [...] Schmidt sagte vor seiner Fraktion, dies sei ein Signal der Amerikaner an die Adresse der Sowjetunion, an dem die Bundesrepublik mitgewirkt habe." Vgl. den Artikel „Schmidt gibt Abrüstungsangebot des Westens bekannt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. November 1979, S. 1.
Ferner wurde in der Presse berichtet: „In Bonn wurde am Donnerstag die Rede im Wortlaut veröffentlicht, die der Bundeskanzler zwei Tage zuvor in der SPD-Bundestagsfraktion gehalten hatte. Schmidt erklärte darin, die Sowjetunion würde solche Verhandlungen zwischen den beiden Großmächten ‚wesentlich erleichtern, wenn sie als ersten konkreten Schritt ihre weitere Aufrüstung durch neue Mittelstreckenraketen einstellte oder ankündigte, daß sie sie einstellen will'." Vgl. den Artikel „Schmidt appelliert an die Sowjetunion"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 16. November 1979, S. 7.

17 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann notierte am 12. September 1979, das „am 11. September zirkulierte Papier des SPD-Vorstands ‚Sicherheitspolitik'" stehe in folgenden Punkten „der Tendenz nach nicht in voller Übereinstimmung mit der Regierungsposition": „a) Ausgehend von dem ‚politischen Vorrang' von rüstungskontrollpolitischen Bemühungen – dem m. E. nicht notwendig ein zeitlicher Vorrang vor Nachrüstungsmaßnahmen entsprechen müßte – soll den Disparitäten im Mittelstreckenbereich durch eine zeitlich gestaffelte Kombination von Nachrüstung und Rüstungskontrolle begegnet werden. Die notwendigen Verteidigungsvorkehrungen sollen erst bei Scheitern der Rüstungskontrollverhandlungen wirksam werden [...]. b) Im Widerspruch zu dieser prinzipiellen Feststellung wird in Ziffer 29 jedoch lediglich dazu aufgefordert zu prüfen, ob ein Moratorium für Produktion und Stationierung neuer nuklearer Waffensysteme die Erfolgsaussichten solcher Verhandlungen verbessern würde. Hinsichtlich der LRTNF-Modernisierung hat diese Prüfung im BSR allerdings bereits stattgefunden: Gemäß Leitlinie II. 1) des BSR-Beschlusses vom 13. Juni 1979 er-

muliert worden wäre. Die Haltung des Kabinetts und der zuständigen Ausschüsse[18] sei ganz klar. Man müsse der Partei zubilligen, daß sie Nuancen macht. Sollte sie darüber hinausgehen wollen, so werde er die Lage unter Kontrolle behalten. Die eigentliche kritische Phase der Konsensusbildung sei bereits im Juli gewesen.

Der Bundeskanzler wiederholte noch einmal die Gründe, aus denen er eine TNF-Entscheidung im Oktober vorgezogen hätte.

Auf eine Frage von *Stoessel*, ob als Folge der TNF-Entscheidung mit Druck gegen Berlin gerechnet werde, erwiderte der *Bundeskanzler*, daß wir darauf keine Hinweise hätten (*Stoessel* bestätigte, daß solche auch auf amerikanischer Seite nicht vorlägen). Überhaupt ließe sich die sowjetische Reaktion auf die TNF-Entscheidung noch nicht abschließend beurteilen. Aus Moskau kämen widersprechende Signale. Manche meinten, die Rede von Breschnew[19] sei schon die vorweggenommene Reaktion. Andere glaubten, daß es nach dem Beschluß zu großen Änderungen (im Ost-West-Verhältnis) kommen könne. Er selbst habe das Gefühl, die sowjetische Führung habe sich noch nicht entschieden.

Stoessel meinte, daß die Reaktion Moskaus trotz maximaler Propaganda realistisch bleiben werde. Die Sowjetunion wisse, daß sie drei bis vier Jahre für Verhandlungen habe. Er glaube deshalb, daß ihre grundsätzliche Haltung sich nicht ändern werde.

Zu SALT bemerkte Stoessel, daß die Ratifikationsdebatte[20] sich bis in den Januar hinziehen könne.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1664

achtet die Bundesregierung ein Modernisierungsprogramm mit zusätzlichen Systemen für angemessen, ‚um der Zielsetzung Erhaltung glaubwürdiger Abschreckung, Implementierbarkeit der NATO-Strategie, rüstungskontrollpolitischer Stimulanz' zu entsprechen. Gemäß Ziffer III. 2) dieses Beschlusses gilt zum Verhältnis LRTNF-Modernisierung/Rüstungskontrolle folgende Leitlinie: ‚Wenn konkrete rüstungskontrollpolitische Ergebnisse erreicht werden, soll das Bündnis die Konsequenzen für die eigenen verteidigungs- und abschreckungspolitischen Erfordernisse ziehen.'" Vgl. Referat 201, Bd. 120235.

Referat 220 vermerkte am 12. September 1979: „Die Thesen stehen in vielen Punkten nicht im Widerspruch zur Politik der Bundesregierung, die das Ziel verfolgt, Streitkräfte und Rüstungen bei Wahrung unverminderter Sicherheit für alle wirksam zu begrenzen und zu verringern. In einzelnen Bereichen werden jedoch neue Akzente gesetzt bzw. unrealistische Konzepte ventiliert. Das Bemühen wird deutlich im Blick auf den Berliner Parteitag, den verschiedenen Strömungen in der Partei gerecht zu werden. Insgesamt kann festgestellt werden, daß die Thesen in ihrer bisherigen Form die für Dezember vorgesehene Beschlußfassung der Allianz nicht blockieren." Vgl. Referat 201, Bd. 120235.

Für den Wortlaut des Antrags des SPD-Parteivorstands zur Friedens- und Sicherheitspolitik, der auf dem SPD-Parteitag vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West) angenommen wurde, vgl. SPD PARTEITAG, Bd. 2, S. 1228–1244. Vgl. dazu ferner Dok. 268, Anm. 15.

18 Zur Haltung des Auswärtigen Ausschusses und des Verteidigungsausschusses des Bundestags bezüglich einer TNF-Modernisierung der NATO vgl. Dok. 315, Anm. 8.

19 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

20 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

Botschafter von Staden, Washington, berichtete am 25. Oktober 1979, die Behandlung des SALT-II-Vertrags im Auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Senats „läuft erwartungsgemäß, wird infolge prozeduraler, die Substanz des Vertrages nicht betreffender Fragen aber kaum vor Ende nächster Woche abgeschlossen. Bisher wurde vom Ausschuß kein amendment gebilligt, das Verhandlungen mit Sowjets erforderlich macht. [...] Durch Verzögerung der Ausschußarbeit kann Plenardebatte nicht vor der zweiten Novemberwoche beginnen [...]. Die Mehrheitsverhältnisse im Senat können allerdings immer noch nicht präzise vorausgesagt werden. Auch wenn die SALT-Opposition bisher bei allen wichtigen Abstimmungen des Auswärtigen Ausschusses unterlegen ist, läßt dies

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß es zu erheblichen psychologischen Änderungen in der westeuropäischen Haltung kommen würde, wenn SALT bis 1981 hinausgeschoben werden sollte. Dies könnte durch politische Kräfte ausgenutzt werden, die Interesse hätten, die Allianz zu unterminieren.

In einem Meinungsaustausch über MBFR wies der Bundeskanzler darauf hin, daß die USA insbesondere Verständnis für unsere Haltung zur Frage der Luftinspektionen[21] zeigen müßten.

Der *Bundeskanzler und* der *Botschafter* waren sich darüber einig, daß es gut wäre, wenn man auf der NATO-Dezember-Tagung[22] schon in der Lage wäre, sich möglichst konkret und positiv über die neue westliche Initiative[23] zu äußern.

Zu Argentinien wiederholte Stoessel die Hoffnung, daß wir den amerikanischen Wunsch, wir möchten full scope safeguards fordern, nochmals ernstlich prüfen möchten.[24]

Der *Bundeskanzler* erläuterte unsere Haltung. Es sei daran zu erinnern, daß die Schweiz die sensitive Technologie liefere, nicht wir. Wir hofften, daß diese Angelegenheit sich nicht zu einem zweiten Fall Brasilien[25] entwickeln werde. Es wäre solchenfalls mit einer sehr festen (stiff) deutschen Reaktion zu rechnen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1665

nicht unbedingt Rückschlüsse auf Verlauf und Ausgang der Plenardebatte zu. Die Opposition hält sich offenbar ihr Pulver soweit wie möglich trocken." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3816; Referat 220, Bd. 116909.

21 Zur Frage der Verifikation eines MBFR-Abkommens vgl. Dok. 294.

22 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

23 Zum Vorschlag der Bundesrepublik für ein Interimsabkommen bei MBFR vgl. Dok. 321, Anm. 4. Für das amerikanische Papier „US views on a modified Phase I Proposal" vom 7. November 1979 vgl. VS-Bd. 10656 (201).

24 Zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Argentinien im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. Dok. 141, Anm. 8.
Ministerialdirektor Lautenschlager notierte am 26. Oktober 1979 für Bundesminister Genscher: „Argentinien hat der Firma K[raft]W[erk]U[nion] den Zuschlag für die Lieferung eines KKW (Atucha II) und dem Schweizer Unternehmen Sulzer, Winterthur, den Zuschlag für die Lieferung einer Schwerwasserproduktionsanlage erteilt. Die Amerikaner wollen uns dazu bringen, von Argentinien für die Lieferung des Reaktors full scope safeguards zu verlangen. Ihr Schweizer Amtskollege Aubert hat Ihnen während seines Bonn-Aufenthaltes am 15.10.1979 mitgeteilt, daß sich die Schweiz bei der Lieferung der Schwerwasserproduktionsanlage an Argentinien nach dem Grundsatz pacta sunt servanda strikt an den NV-Vertrag und die Londoner Richtlinien halten wird, wonach auch für die Lieferung einer Schwerwasserproduktionsanlage keine full scope safeguards verlangt werden; die Schweiz habe sich auf dieser Grundlage mit Argentinien NV-politisch geeinigt; sie sei nicht bereit, diese Frage mit Dritten zu konsultieren. In Verfolg einer StS-Besprechung (BMWi und BMFT) unter Vorsitz von Herrn StS Hermes am 11.10.1979 haben wir mit der argentinischen Seite in Buenos Aires sondiert [...], ob nicht durch Ausgestaltung des bestehenden und von Argentinien akzeptierten IAEO-Kontrollregimes ein faktischer Zustand herbeigeführt werden kann, der dem von full scope safeguards entspricht oder ihm doch sehr nahe kommt. Die Argentinier sind [...] nicht bereit, full scope safeguards zu akzeptieren oder den Tlatelolco-Vertrag, der full scope safeguards vorsieht, zu ratifizieren. Sie haben indessen eine gewisse Bereitschaft erkennen lassen, daß sie den Bau eines autonomen, von der IAEO unkontrollierten Brennstoffkreislaufs nicht beabsichtigen." Vgl. Referat 413, Bd. 129349.

25 Die Bundesrepublik und Brasilien unterzeichneten am 27. Juni 1975 ein Abkommen über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 335 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, I, Dok. 179.
Zu den amerikanischen Bedenken gegen die Lieferung von Fertigungsunterlagen für eine Wiederaufbereitungsanlage nach Brasilien vgl. AAPD 1976, II, Dok. 357.

Auf die Frage von *Stoessel*, ob in der Ministerbesprechung am 7. November endgültige Entscheidungen getroffen worden seien, erwiderte der *Bundeskanzler*, er wolle nicht auf die technischen Einzelheiten eingehen. Wir hätten entschieden, die USA, Kanada und die Schweiz über unser weiteres Vorgehen voll unterrichtet zu halten. Wir wünschten, zu liefern und dabei einem Zustand der full scope safeguards de facto so nahe zu kommen wie möglich. Wir würden aber die Lieferung nicht verweigern, weil wir dann an niemanden mehr liefern könnten.[26]

Stoessel schilderte die amerikanischen Besorgnisse wegen Pakistan.[27] Dies gab dem *Bundeskanzler* Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß man auf andere Länder – auch auf befreundete – keinen zu harten Druck ausüben dürfe, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, die Kontrolle zu verlieren. Man müsse im übrigen jeden Fall für sich bewerten. Zu Pakistan im einzelnen könne er zur Zeit keine Erkenntnisse hinzufügen.

Der Bundeskanzler ging dann allgemein auf die Frage der Nuklearpolitik ein. Was bisher im energiepolitischen Bereich geschehen sei, auch in bezug auf Konservierung, sei völlig unzureichend. Bei einer plötzlichen Verminderung der Ölproduktion drohe uns Chaos (havoc). Es gebe nur eine Lösung, nämlich alternative Energiequellen. Hiervon habe er auch seine Partei überzeugt – dies habe übrigens auch einiges mit Komplexen wie den Lieferungen an Brasilien und Argentinien zu tun. Die Administration Carters lasse bisher leider nicht klar erkennen, wie sie eigentlich zur Nuklearenergie stehe. (*Stoessel* erläuterte daraufhin den derzeitigen Stand der inneramerikanischen Diskussion.[28])

VS-Bd. 14078 (010)

26 Vortragender Legationsrat I. Klasse Rouget teilte der Botschaft in Buenos Aires am 12. November 1979 mit: „Anläßlich Aufenthalts von Botschafter Smith in Bonn haben StS Haunschild und Herr D 4 in einem gesonderten, ausschließlich der Argentinien-Angelegenheit gewidmeten Gespräch am 29.10.1979 amerikanische Seite (Smith, Pickering, Van Doren) voll über unsere Linie unterrichtet. Diese zielt zusammengefaßt darauf ab, durch Ausgestaltung des bestehenden und von Argentinien akzeptierten IAEO-Kontrollregimes einen faktischen Zustand herbeizuführen, der einem Full-scope-safeguards-System entspricht oder ihm doch sehr nahe kommt. [...] Das Nuklearkabinett hat unter Vorsitz des Bundeskanzlers am 7.11.79 unsere Linie in der Argentinien-Angelegenheit gebilligt und beschlossen, in dieser Richtung mit Argentinien Gespräche zu führen." Vgl. den Drahterlaß; Referat 413, Bd. 123726.

27 Zur Frage eines pakistanischen Kernwaffenprogramms vgl. Dok. 256.

28 Das Bundesministerium für Wirtschaft vermerkte am 19. November 1979: „Zusammenfassend läßt sich zur kernenergiepolitischen Diskussion in den USA sagen: Die Frage der Sicherheit der amerikanischen Kernkraftwerke hat zur Zeit alle anderen Probleme (z. B. der Entsorgung) in den Hintergrund gedrängt. Das Sicherheitsproblem wird vor allem als Frage nach der besten Organisation des Genehmigungsverfahrens gesehen. Die Industrie hat das Gefühl, um ihr Überleben kämpfen zu müssen. Sie glaubt, die notwendigen Konsequenzen aus dem Harrisburg-Unfall bereits weitgehend gezogen zu haben [...]. Die Energielage der USA mache eine Verkürzung der Genehmigungsverfahren für neue Kernkraftwerke auf sechs Jahre erforderlich, damit der Ende der 80er Jahre zu erwartende Kapazitätsengpaß verhindert werden könne. Ein längeres Moratorium sei nicht zu verantworten. [...] Präsident Carter, der ursprünglich als eher Anti-Kernenergie eingestellt galt, wird heute selbst in Industriekreisen – wenigstens hinsichtlich der Nutzung von Leichtwasserreaktoren – als Realist angesehen: Auch er habe erkannt, daß die USA in ihrer gegenwärtigen Energieversorgungsstruktur nicht auf den wachsenden Beitrag der Kernenergie verzichten können." Vgl. Referat 413, Bd. 129349.

324

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Schöps

311-320.10 IRN **9. November 1979**[1]

Betr.: Lage im Iran;
hier: Gespräch Referatsleiter 311[2] mit dem iranischen Geschäftsträger, Herrn Navab, am 9. November 1979, 12.30 Uhr

Der iranische Geschäftsträger Navab suchte RL311 am 9. November 1979 zu einem etwa einstündigen Gespräch auf. Er bezeichnete es als Zweck seiner Vorsprache, im Auftrag seiner Regierung etwaige deutsche Befürchtungen wegen der Sicherheit der Deutschen im Iran zu zerstreuen.[3] Bei der Besetzung der amerikanischen Botschaft[4] handele es sich um einen Sonderfall. Er richte sich nicht gegen die Ausländer im Iran im allgemeinen. Die Besetzung sei ausgelöst worden durch die Aufnahme des Schahs in den USA.[5] Man habe Zweifel, wie weit diese medizinisch geboten gewesen sei. Man sehe sie mehr als einen Versuch des Schahs, mit Hilfe seines traditionellen Verbündeten der Konterrevolution Vorschub zu leisten. Navab bezeichnete den Schah als Massenmörder, Terroristen und Verbrecher, dessen Folterwerkstätten von den USA eingerichtet worden seien. 35 Mio. Iraner seien gegen den Schah und verlangten seine Auslieferung. Es liege gegen ihn ein gültiger Haftbefehl vor, er werde von der Revolutionsjustiz gesucht. Trotz der weit verbreiteten antiamerikanischen Emotionen habe die Regierung Bazargan versucht, eine Lösung für die Besetzung der amerikanischen Botschaft zu finden. Gegen eine so breite Volksbewegung sei sie aber machtlos und habe deshalb schließlich zurücktreten müssen.[6]

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Montfort am 9. November 1979 vorgelegen.

2 Norbert Montfort.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Montfort notierte am 13. November 1979: „Unsere Botschaft steht über die Multiplikatorenrunde mit den Deutschen im Iran in ständigem Meinungsaustausch. Am 10.11. wurde dieser Kreis auf die Notwendigkeit hingewiesen, angesichts der gefährdeten Sicherheitslage die Zahl der Deutschen im Iran (1900, davon 1200 in Teheran) zu reduzieren. Angeregt wurde eine Ausdünnung der deutschen Kolonie. Familienangehörige, die in diesen Wochen nicht unbedingt im Iran wohnen müssen, sollen ausreisen. Firmen sollten prüfen, ob sie ihre Interessen nicht auch von Deutschland aus wahren können. Montagetrupps sollen überprüfen, ob sie gegebenenfalls nicht auch mit geringerer Personalstärke auskommen. Die Lufthansa hat am 12./13.11. bereits eine größere Maschine eingesetzt. Die Ausdünnung der deutschen Kolonie hat begonnen." Vgl. Referat 311, Bd. 137621.

4 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 323, Anm. 3.

5 Schah Reza Pahlevi hielt sich seit 22. Oktober 1979 in den USA auf, um sich einer medizinischen Untersuchung zu unterziehen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2251.

6 Zum Rücktritt von Ministerpräsident Bazargan am 6. November 1979 notierte Referat 311: „Dem Rücktritt Bazargans, der mit diesem Schritt schon wiederholt gedroht hatte, um seiner Regierung mehr Einfluß zu verschaffen, war eine Kampagne gegen seinen als westlich empfundenen Regierungsstil vorausgegangen. Letzter Anstoß war das von Khomeini offenbar nicht gebilligte Treffen Bazargans mit dem amerikanischen Sicherheitsberater Brzezinski am 1.11.1979 in Algier. Die Auseinandersetzung zwischen Khomeini und Bazargan wurde auf die Spitze getrieben durch die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4.11. durch islamische Studenten. [...] Die ausdrückliche Billigung dieser Gewaltaktion durch Khomeini [...] kann als bewußte Absage an westliche Vorstellungen über Regeln und Gebräuche des zwischenstaatlichen Verkehrs verstanden werden. Khomeini mag dabei von seinem fast pathologischen Haß auf den Schah und dessen Zusammenarbeit mit den USA bestimmt sein." Vgl. Referat 311, Bd. 137607.

Zur Stellung Khomeinis meinte Navab, dieser betreibe eine moralische Politik im Gegensatz zu einer materiellen Politik. Daraus ergäben sich naturgemäß Schwierigkeiten, insbesondere auch im Verhältnis Irans zum Ausland. Er äußerte sich nicht dazu, ob eine ausdrückliche Weisung Khomeinis an die Studenten die Besetzung der US-Botschaft beenden würde.

RL311 legte unsere Besorgnis über die Sicherheit der Deutschen im Iran dar und erwähnte auch den Drohbrief der Islamic Iranian Revolution Eagles[7], von dem auch das Außenministerium in Teheran unterrichtet worden sei. Die acht Botschafter der EG-Staaten[8] hätten am 8. November 1979 im Außenministerium eine Demarche durchgeführt, um ihrer Sorge um die Sicherheitslage der ausländischen Botschaften in Teheran Ausdruck zu verleihen.[9] Dabei sei ein Aide-mémoire übergeben worden, das er ihm hiermit vorlesen und übergeben wolle. Die Besetzung der amerikanischen Botschaft sei zwar auf dem Hintergrund der besonders gespannten iranisch-amerikanischen Beziehungen zu sehen. Sie stelle uns aber vor das generelle Problem der Sicherheit diplomatischer Missionen in Teheran, und wir seien deshalb auch um die Sicherheit unserer Botschaft besorgt.

Navab wiederholte, daß für die Deutschen im Iran keinerlei Gefahr bestehe. Er kam sodann auf die Protestdemonstration einiger iranischer Studenten gegen die amerikanische Botschaft in Bonn zu sprechen.[10] Es habe sich hier nur darum gehandelt, eine Resolution der Studenten an die amerikanische Botschaft zu übergeben, in der die Auslieferung des Schahs verlangt werde. Die Studenten hätten ihm versichert, daß an eine gewaltsame Aktion gegen die amerikanische Botschaft nicht gedacht gewesen sei. Leider habe die Angelegenheit dann durch den Polizeieinsatz ein zu großes Gewicht erhalten, es seien auch mehrere Studenten vorübergehend festgenommen worden. Er hoffe, daß die Angelegenheit nicht übertriebenes Gewicht erlange und insbesondere auch keine Ausweisungen erfolgen werden, die im Iran bei der gegenwärtigen gespannten Lage notwendig ein negatives Echo hervorrufen müßten.

Schöps

Referat 311, Bd. 137621

7 Zum Schreiben der Gruppe „Iranian Islamic Revolution Eagles" vgl. Dok. 323, Anm. 9.

8 Willy Sylvio Julien Campagne (Niederlande), Raoul Delaye (Frankreich), John Graham (Großbritannien), Donal Hurley (Irland), Marcel van de Kerckhove (Belgien), Troels Munk (Dänemark), Gerhard Ritzel (Bundesrepublik), Giulio Tamagnini (Italien).

9 Zur Demarche der EG-Mitgliedstaaten am 8. November 1979 in Teheran vgl. Dok. 323, Anm. 5.

10 In der Presse wurde berichtet, am 5. November 1979 seien etwa 40 iranische Studenten „auf das Gelände der amerikanischen Botschaft in Bonn vorgedrungen. Wie die Polizei mitteilte, verlangten sie von der Botschaft, an die amerikanische Regierung die Forderung nach Auslieferung des ehemaligen Schahs zu telegrafieren. Nachdem die Demonstranten der Aufforderung nicht gehorchten, das Botschaftsgelände zu verlassen, wurden sie von der Polizei zurückgedrängt." Vgl. die Kurzmeldung „Auch Aktion in Bonn"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 6. November 1979, S. 2.

325

Ministerialdirektor Blech an Botschafter Thomas, Stockholm

204-321.00 SCN-623/79 VS-vertraulich **9. November 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 137

Betr.: Besuch StS Leifland in Bonn am 5.11.79[2]

1) In meinem Gespräch mit Leifland am 5.11.79 in Bonn wurden u. a. die anstehenden Bündnisentscheidungen (LRTNF-Modernisierung und Rüstungskontrollangebot)[3] erörtert (vgl. hierzu Gesprächsvermerk, der mit Kurier abgesandt wurde).[4] Leifland erwähnte in diesem Zusammenhang den Besuch des stellvertretenden sowjetischen Außenministers Semskow (7.–9.10.79) in Stockholm.[5] Semskow habe darauf hingewiesen, daß die SU auf eine positive LRTNF-Bündnisentscheidung u. a. mit der Einführung neuer Raketentypen wie der SS-21 reagieren könnte. Leifland zeigte sich über den sowjetischen Hinweis auf die SS-21 erstaunt, da diese Kurzstreckenrakete nach seiner Auffassung kaum als Gegengewicht zur LRTNF-Modernisierung gemeint sein könne. Möglicherweise sei Semskow über diese militärtechnischen Zusammenhänge ungenügend unterrichtet gewesen.

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 9. November 1979 zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Der Staatssekretär des schwedischen Außenministeriums, Leifland, hielt sich am 5. November 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

4 Im Gespräch mit dem Staatssekretär des schwedischen Außenministeriums, Leifland, erläuterte Ministerialdirektor Blech „seine Einschätzung der sowjetischen Reaktionen und die Bündniskonzeption für die angestrebten Rüstungskontrollverhandlungen". Leifland wies darauf hin, „daß die sowjetische Propaganda-Kampagne gegen LRTNF-Modernisierung in Norwegen und Dänemark kontraproduzent gewirkt habe. Nach seiner, Leiflands, Auffassung werden das norwegische und dänische Parlament den beiden Bündnisentscheidungen mit großer Mehrheit zustimmen." Leifland betonte, „daß man in Schweden besorgt sei über mögliche Auswirkungen der LRTNF-Modernisierung auf Skandinavien, insbesondere auf die Position Finnlands. Nach schwedischem Eindruck übe die Sowjetunion einen Druck auf Finnland aus mit dem Ziel, über Finnland auf Norwegen und Dänemark einzuwirken." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 115985.

5 Botschaftsrat I. Klasse Wentker, Stockholm, berichtete am 29. Oktober 1979: „Anfang Oktober 1979 hielt sich der sowjetische Vizeaußenminister Semskow für zwei Tage zu Routinegesprächen mit dem schwedischen Außenministerium in Stockholm auf. [...] Bei Unterhaltungen im schwedischen Außenministerium war zu erfahren, daß neben bilateralen Fragen vor allem der Stand der Abrüstungsbemühungen in Europa, die KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid und der Komplex ‚Nordische Sicherheit' besprochen wurden. [...] Vizeaußenminister Semskow eröffnete die Diskussion über den Stand der Abrüstungsbemühungen in Europa mit Hinweis auf die Ost-Berliner Rede Generalsekretär Breschnews und die Bereitwilligkeit der Sowjetunion, Truppen und Panzereinheiten zurückzuziehen, ohne daran besondere Bedingungen zu knüpfen. Er drückte dabei – so die schwedischen Gesprächspartner – die ‚tiefe Beunruhigung' der Sowjetunion über den möglichen Dezemberbeschluß der NATO zur Stationierung neuer Waffensysteme aus, ohne jedoch näher auszuführen, wie man auf seiten des Warschauer Paktes zu reagieren gedenke, sollten die USA und die NATO nach sowjetischer Auffassung einseitig die bestehende Balance zu ihren Gunsten verändern. Kernpunkt der schwedischen Antwort war der Hinweis, schon in früheren Gesprächen hätte man davor gewarnt, sowjetische Modernisierungen der SS-20-Raketen könnten zu neuen Überlegungen und Beschlüssen bei der NATO führen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1060; Referat 213, Bd. 133141.

2) Es wird gebeten, Leifland unter Bezugnahme auf unser Gespräch folgendes mitzuteilen: Wir hätten nochmals über den Sinn der Semskow-Äußerung über eine mögliche Einführung von SS-21 als sowjetische Reaktion auf LRTNF-Entscheidung nachgedacht und seien nach wiederholten Überlegungen zu folgendem Ergebnis gekommen:

Semskow habe sehr wohl die SS-21 als mögliche sowjetische militärische Reaktion gemeint haben können, denn:

- Durch die beschleunigte Ersetzung der Raketensysteme „FROG“[6], „Scud“ und „Scaleboard“ (Reichweiten 80, 300 und 900 km) durch die Folgegeneration SS-21, SS-22 und SS-23 könnte die SU die sie begünstigende geographische Asymmetrie nutzen. Mit der SS-21 könne die SU fast ganz Westeuropa, insbesondere aber die Bundesrepublik Deutschland, abdecken, ohne daß die Raketen auf sowjetischem Boden stationiert wären.
- Der Ausbau von Kurzstreckenraketen wie SS-21 könnte für die SU im übrigen im Hinblick auf die mögliche Fixierung auf Mittelstreckenwaffe-ceilings interessant sein.
- Die SS-21 als militärische Reaktion sei auch deshalb nicht unwahrscheinlich, weil die SU im Mittelstreckenbereich bereits ein „overkill“-Potential besitze.

Der Hinweis Semskows auf die SS-21 zeigt im übrigen, daß die SU offenbar eine Maßnahme als Drohung gegen LRTNF-Modernisierung darstellen will, die in Wirklichkeit nichts anderes als die Durchführung eines langfristig geplanten Programms im Kurzstreckenbereich ist.

3) Zur dortigen internen Unterrichtung: Die seinerzeit von StS Leifland erbetene vertrauliche Unterrichtung über besondere Erkenntnisse über die DDR-Skandinavien-Politik habe ich hier vorgenommen.

[gez.] Blech

Vermerk

Rohübersetzung aus dem von StS Leifland übergebenen schwedischen Protokoll über Gespräch Leifland–Semskow am 7.10.79 in Stockholm[7]:

Semskow: Was die SS-20 betrifft, so ist es richtig, daß diese im Vergleich zu älteren Typen modernisiert sind. Diese Raketen seien seit langem entwickelt worden als Antwort auf schon bestehende NATO-Waffen. Jetzt geht es jedoch um etwas völlig anderes, nämlich um die Entwicklung ganz neuer Raketentypen in Westeuropa. Wenn dies geschieht, muß man („wird man“) von sowjetischer Seite mit SS-21 oder ähnlichem antworten. Breschnew war in diesem Punkt in Berlin[8] ganz deutlich.

VS-Bd. 11104 (204)

6 Free Rocket Over Ground.

7 Für das Protokoll vgl. Referat 204, Bd. 115985.

8 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

326

Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt

114-3818/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 3495

Aufgabe: 9. November 1979, 19.19 Uhr[1]
Ankunft: 9. November 1979, 19.35 Uhr

Betr.: Französische Mitteleuropapolitik

Zur Information auch im Hinblick auf deutsch-französische Ministerkonsultationen am 15. November 1979[2]

I. Eine Reihe französischer Entscheidungen, die, jede für sich genommen, mehrere Deutungen zulassen, legen in ihrer Häufung die Frage nahe, ob die französische Mitteleuropapolitik eine uns unangenehme Tendenz annimmt.

Als Beispiele seien herausgegriffen: Das Bestehen auf einem neuen Berlin-Übernahmeverfahren für gewisse EG-Abkommen[3]; die Weigerung, sich einer Demarche vor Waldheims Berlin-Besuch (Flugkorridore) anzuschließen[4]; die Ablehnung, das Umweltkriegsabkommen (ENMOD) auf Berlin zu erstrecken[5]; der Einspruch gegen die Übergabe des Document Center[6]; der Besuch des fran-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze vorgelegen, der für Regierungsamtmann Nimmesgern handschriftlich vermerkte: „A[kten]z[eichen]."
Hat Attaché Baas vorgelegen.

2 Der französische Außenminister François-Poncet hielt sich am 15. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu die Gesprächsvermerke; Referat 202, Bd. 140634.

3 Referat 500 vermerkte am 28. November 1979 hinsichtlich britischer und französischer Änderungswünsche zum Entwurf einer Studie der Bonner Vierergruppe über Berlin und die Europäischen Gemeinschaften: „Es wird versucht, nachträglich noch die Tendenz des Papiers in Richtung auf die Schaffung von besonderen Verfahren zur Umsetzung von Verträgen der EG einseitig zu ändern und die Befugnisse des EuGH in bezug auf Berlin in Frage zu stellen. Die Vorschläge werden [...] Gegenstand weiterer zäher Verhandlungen sein müssen. Es erscheint ausgeschlossen, hierüber bis zum 12. Dezember 1979 eine Einigung herbeizuführen. Es handelt sich um eine Arbeit, die grundlegende Fragen der Integration Berlins für lange Zeit bestimmen wird. Wir sollten daher in einigen Fragen eher einen Dissens als Formulierungen hinnehmen, die eine Sonderentwicklung Berlins in der EG einleiten." Vgl. Referat 210, Bd. 116518.

4 UNO-Generalsekretär Waldheim hielt sich vom 27. bis 30. März 1979 in der Bundesrepublik auf und besuchte am 30. März 1979 Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 92.
Zur Haltung Frankreichs bezüglich einer Demarche der Drei Mächte und der Bundesrepublik bei UNO-Generalsekretär Waldheim vor dessen Besuch in Berlin (West) vgl. Dok. 118, Anm. 24.

5 Zur Erstreckung des ENMOD-Abkommens auf Berlin (West) vgl. Dok. 118, Anm. 20.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen vermerkte am 28. November 1979: „Nachdem der französische Außenminister François-Poncet dem Herrn Bundesminister bei den deutsch-französischen Konsultationen am 15.11.1979 die Modifizierung der bisher ablehnenden Haltung von Paris zur Frage der Berlin-Erstreckung von ENMOD im Lichte der britischen Position signalisiert hatte, hat sich der französische Sprecher in der Bonner Vierergruppe am 27.11.1979 im einzelnen zu dieser Angelegenheit geäußert. Nach französischer Auffassung sind die folgenden Artikel nicht erstreckungsfähig: Artikel I, Artikel III Absatz 1, Artikel IV und Artikel V. Der französische Sprecher erklärte außerdem, die nicht erstreckungsfähigen Artikel müßten in dem alliierten Rechtsakt, der im Zusammenhang mit der Berlin-Erstreckung von ENMOD zu erlassen ist (BK/O oder BK/L), ausdrücklich aufgeführt werden. [...] Wir sind nunmehr zur alsbaldigen Stellungnahme in der Bonner Vierergruppe aufgefordert, welche Bestimmungen des Übereinkommens erstreckungsfähig sind." Vgl. Referat 210, Bd. 116529.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Rumpf vermerkte am 26. Juni 1979, vom 20. bis 22. Juni 1979 hätten in Berlin (West) die ersten deutsch-amerikanischen Verhandlungen zur Vorbereitung der Übergabe des Berlin Document Center (BDC) in die Verwaltung der Bundesrepublik stattgefunden. Vorbehaltlich der Billigung durch die politischen Instanzen und der Einigung über noch offene

zösischen Außenministers in Berlin (Ost)[7] als erster Besuch eines Außenministers der Westmächte mit besonderen Rechten und Verantwortungen; ein die Bundespräsenz – in Abweichung von der amerikanischen und britischen Handhabung – bewußt distanzierendes Protokoll beim Berlin-Besuch Giscards[8] und die wohl gewollte zeitliche und politische Nähe dieses Besuches zum Besuch François-Poncets in Berlin (Ost); die vermutlich auf administrativen Schwierigkeiten beruhende, aber doch verspätete Unterrichtung über den französischen Entwurf zur Staatsangehörigkeitsfrage bei den Verhandlungen mit der DDR (Beginn 5.11.)[9]; die Vereinbarung eines französisch-polnischen Beitrags zur Madrider KSZE-Konferenz[10]; und, nicht zuletzt, die ambivalente Haltung

Fortsetzung Fußnote von Seite 1672

Fragen sei Übereinkunft erzielt worden, daß die Übergabe aufgrund eines Regierungsabkommens in Form eines Notenwechsels erfolgen solle. Vgl. dazu Referat 210, Bd. 116557.

Am 2. Oktober 1979 wurde den USA der Entwurf eines Regierungsabkommens „über die Übernahme des Berlin Document Center in die Verwaltung der Bundesrepublik Deutschland" übermittelt. Vgl. dazu den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rumpf vom 9. Oktober 1979; Referat 210, Bd. 116557.

Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 17. Oktober 1979: „Zur französischen Auffassung, das Document Center stehe unter alliierter und nicht unter amerikanischer Verantwortung, kann die Botschaft aus eigener Kenntnis keine rechtlichen Argumente beitragen. Politisch berührt die Frage jedoch einmal den – bei Frankreich historisch fraglichen – Status als Siegermacht. Die bisherige Behandlung der Angelegenheit (Diskussion mit den USA und Unterrichtung der Franzosen über das Ergebnis) muß außerdem in Paris den tiefsitzenden Verdacht nähren, wir würden die USA in Berlin-Fragen als die entscheidende und letztlich maßgebende Macht ansehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3238; VS-Bd. 13134 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

7 Zum Besuch des französischen Außenministers François-Poncet am 23./24. Juli 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 232, Anm. 16.

8 Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich am 29. Oktober 1979 in Berlin (West) auf. Vgl. dazu Dok. 330.

9 Zu den Verhandlungen zwischen der DDR und Frankreich über einen Konsularvertrag vgl. Dok. 154, Anm. 25.

Ministerialdirektor Fleischhauer vermerkte am 2. November 1979: „Unserer Botschaft in Paris wurde von französischer Seite erst am 29.10.1979 mitgeteilt, Frankreich beabsichtige am 5.11.1979 die Expertengespräche mit der DDR über einen Konsularvertrag fortzusetzen und bei dieser Gelegenheit den Entwurf eines Artikel 36 zum Zugangsrecht der Konsuln zu übergeben. Zusammen mit dem Text dieses Artikels wurden der Botschaft der Entwurf einer Erklärung oder eines Notenwechsels zwischen Frankreich und der DDR zum Zugangsrecht sowie die Entwürfe in diesem Zusammenhang abzugebender mündlicher Klarstellungen gegenüber der DDR und uns übergeben. Es wurde erläutert, man habe sich so eng wie möglich an das Vorbild des Konsularvertrages zwischen den USA und der DDR gehalten. [...] Wie der Vertrag mit den USA bezieht sich der Vertrag mit Frankreich auf ‚Staatsangehörige des Entsendestaates' und ‚Staatsangehörige des Aufenthaltsstaates', woraus sich indirekt ergibt, daß Frankreich eine Staatsangehörigkeit der DDR anerkennt. Entsprechend unserer bisherigen Grundhaltung erheben wir hiergegen keine Einwendungen, beanspruchen aber insbesondere von den Drei Mächten eine Klarstellung ihrer Haltung zur deutschen Staatsangehörigkeit und zum uneingeschränkten Fortbestand unseres Betreuungsrechts für alle Deutschen, die dies wünschen. In Verhandlungen mit den USA war es gelungen, Klarstellungen gegenüber der DDR und uns gegenüber zu erhalten, die unseren Anliegen gerecht werden. Die französischen Vorschläge folgen weitgehend diesem Vorbild; ein Vergleich ergibt jedoch einige Unterschiede, die für uns nachteilig sind und die in Verhandlungen mit der französischen Regierung entweder bilateral oder in der Bonner Vierergruppe ausgeräumt werden sollten." Vgl. Referat 210, Bd. 116555.

10 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze notierte am 29. August 1979: „Da Frankreich daran interessiert sein könnte, seinen KAE-Vorschlag bilateral mit den WP-Staaten ‚vorzuverhandeln' (einschl[ießlich] Verhandlungen über einen durch das Madrider Treffen zu vereinbarenden Mandatstext für die KAE), hat es sich im Rahmen der A[rbeits]G[ruppe] KSZE dafür eingesetzt, daß die Neun

zur TNF-Modernisierung[11]: trotz Sorge vor Neutralisierungstendenzen in der Bundesrepublik Deutschland das Abseitsstehen bei gemeinsamer politischer Antwort auf die Vorschläge Breschnews.[12]

II. 1) Allen Beispielen ist das Bemühen um Wahrung des politischen Status quo in Mitteleuropa gemeinsam. Es geht auch darum, Frankreichs Einflußmöglichkeiten gegenüber allen – den beiden deutschen Staaten, Berlin, der SU, den USA und Großbritannien – auszubauen oder zumindest abzustützen.

2) Es fällt weiter auf, daß Frankreich seine Sonderrolle (als Mittelmacht mit weltweiter Verantwortung und hervorgehobener Stellung in Europa) unterstreicht: Es nimmt für sich in Anspruch, was es bei anderen kritisieren würde (etwa bilaterale Absprachen vor Madrid); es wahrt seinen rechtlichen und politischen Status gegenüber der Bundesrepublik Deutschland; es bekräftigt seinen historischen Anspruch auf Mitwirkung und Gestaltung der politischen Verhältnisse im Gebiet zwischen Frankreich und Rußland.

3) Wirtschaftliche Aspekte spielen dagegen allenfalls eine zweitrangige Rolle: Die Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland als erster Wirtschaftspartner – und Konkurrent – Frankreichs wird nicht in Frage gestellt. Wirtschaftliche Angebote der DDR (zwei große Anlagegeschäfte) wurden bisher nur mit kleiner politischer Münze honoriert.[13] Daß der Ost-Handel mit politischen Mitteln kaum gefördert werden kann, ist auch in Paris inzwischen Gemeingut.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1673

das Madrider Treffen durch Vorverhandlungen auch über Texte und nicht nur durch Konsultationen ohne Textverhandlungen vorbereiten. Der französische Außenminister François-Poncet hat bei seinem jüngsten Besuch in Warschau laut ‚Le Monde' von einer ‚concertation permanente' mit Polen zur Vorbereitung des Madrider Treffens gesprochen und die Einbringung gemeinsamer Vorschläge Frankreichs und Polens, die Vorverhandlungen über Texte voraussetzen würden, angeregt. Auch wir sind an gründlichen Konsultationen mit den WP-Staaten interessiert und wollen den Osten nicht mit unerwarteten Initiativen überraschen. Zusammen mit den anderen EG-Staaten geht uns aber das französische Konzept von ‚Vorverhandlungen' zu weit." Vgl. Referat 212, Bd. 133358.

11 Botschafter Herbst, Paris, stellte am 17. Dezember 1979 fest: „Im Hintergrund stehen im wesentlichen drei Elemente, die für die französische Haltung bestimmend sind: a) Starke Vorbehalte gegen die amerikanische Führungsposition im Westen und der – den eigenen Möglichkeiten nicht immer angemessene – Wille, seinen ‚Platz in der Welt wiederzugewinnen', kennzeichnen auch Giscards Politik. Allerdings realisiert man heute, daß das amerikanische Engagement in Europa nicht ersetzbar ist und daß Frankreichs Initiativen in der Welt zuweilen enge Grenzen gesetzt sind. b) Im Bereich der Sicherheitspolitik ist Frankreichs größte Sorge, seine eigenständige Position könnte durch Verhandlungen über sein nukleares Potential in Frage gestellt werden. Von daher ist die Ablehnung einer Teilnahme an SALT III zu sehen, [...] und aus diesem Grund wird auch die sowjetische Reaktion auf westliche Rüstungskontrollangebote besorgt darauf hin abgeklopft, ob sie durch die Hintertür (Verbindung SALT III mit KAE etwa) zu unerwünschten Schachzügen führen könnte. c) Auch in Paris registriert man sowjetische Pressionsversuche und zentrifugale Erscheinungen in der Allianz und befürchtet ein Bündnis ‚à deux vitesses'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3747; Referat 201, Bd. 120179.

12 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze handschriftlich: „Paßt hier vielleicht nicht herein."
Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

13 Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 20. September 1979 zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und Frankreich: „Stellvertr[etender]A[ußen]H[andels]-Minister Beil und AH-Minister Deniau haben am 14.9.1979 eine Absichtserklärung unterzeichnet, welche die franz[ösische] Seite als ‚arrangement' bezeichnet, die DDR-Vertreter als ‚Protokoll'. In der unterschiedlichen Terminologie kommt, vermutlich nicht zufällig, einerseits die franz. Absicht zum Ausdruck, die Bedeutung der Vereinbarung herabzuspielen, andererseits der Wunsch der deutschen Partner, die Vereinbarung aufzuwerten. [...] Das ‚arrangement', ein zwei Seiten langer Brieftext, den Mitarbeiter zwar nicht einsehen konnte, dessen wesentliche Elemente ihm jedoch verlesen wurden, enthält im er-

III. 1) Schon immer war die französische Diplomatie bemüht, politische Situationen offenzuhalten und kein die Bewegungsfreiheit einschränkendes „Lager" wählen zu müssen. So hält man im Ost-West-Bereich an der gaullistischen Theorie von der Auflösung der Blöcke, zugleich aber an der Bewahrung des Status quo als Element der Entspannungspolitik fest.

2) Daß das Interesse am Ausbau der französischen Stellung in Mitteleuropa gerade jetzt besonders unterstrichen wird, dürfte mehr noch durch die sich abzeichnenden Veränderungen der politischen Weltkarte zu erklären sein: Die Führungskraft der USA gilt als geschwächt. Von Großbritannien ist derzeit kein kräftiger Impuls zu erwarten. In der Bundesrepublik Deutschland zeigt eine jüngere, von der Vergangenheit weniger belastete Generation deutscher Staatsmänner und Politiker Tendenzen zu einer eigenständigeren Wahrung spezifisch deutscher Interessen, unter Einsatz des wachsenden Gewichts unseres Landes und der Vorteile seiner Zentrallage. Man sieht andererseits den zunehmenden Druck auf Deutschland durch die Sowjets und rechnet, als mögliche Reaktion auf Übergangsschwierigkeiten in Moskau, mit einer Verhärtung der sowjetischen Politik. In der französischen Öffentlichkeit, vermutlich auch in der Administration, verstärkt sich die Sorge, wir könnten auf den Weg der „Selbstfinnlandisierung" geraten.[14] Wenn man auch keineswegs eine grundsätzliche Änderung des weltpolitischen Gleichgewichts erwartet, will man doch alle Voraussetzungen dafür schaffen, in einer möglicherweise zäher werdenden Periode des Übergangs in dem für Frankreich vitalen deutschen Vorfeld so viel mitreden zu können wie möglich.

Entscheidend bleibt dafür nach wie vor das enge Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland im Rahmen eines „organisierten Europas" – eine Politik der Alternative. Doch gerade deshalb und als „zweite Säule" erscheint der Ausbau der eigenen Position in Mitteleuropa nötig. Angesichts seiner zentralen Stellung im Ost-West-Verhältnis (politisches Gleichgewicht; deutsche Frage) wird Berlin damit zu einem noch wichtigeren Hebel als bisher. Dieser kann freilich nur zusammen mit den Angelsachsen genutzt werden; doch vergleiche man etwa die Berlin-Kenntnisse des amerikanischen[15] und französischen Präsidenten, um das persönliche Engagement Giscards in gerade für Berlin wichtigen Detailfragen und damit die französische Durchschlagskraft richtig einschätzen zu können.

Auch für Frankreich steht die Sicherheitspolitik an zentraler Stelle. Es muß seine besondere, von allen Parteien als einzige Möglichkeit akzeptierte „unabhängige" Verteidigungspolitik absichern: Positiv durch die in Madrid einzuleitende europäische Abrüstungskonferenz[16] und negativ durch die Weigerung,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1674

sten Teil die Absichtserklärung der DDR, im Zeitraum vom 1.1.1980 bis 31.12.1984 franz. Unternehmen Aufträge über die Lieferung von Industrieeinrichtungen und Investitionsgütern ‚in der Größenordnung von 12 Mrd. F[rancs]' (dans l'ordre de 12 Mrd. F) zu erteilen. Im zweiten Teil erklärt sich franz. Seite bereit (dispose), die Ausfuhr von Industrieeinrichtungen und Investitionsgütern durch franz. Unternehmen zu unterstützen und dazu einen Kreditrahmen zur Verfügung zu stellen, der durch den Staat (d. h. in Form von Ausfuhrbürgschaft der Coface) garantiert wird und dessen Plafond einem Auftragsvolumen von 12 Mrd. F entspricht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2939; Referat 420, Bd. 117885.

14 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze handschriftlich: „Warum dann Dinge tun, die diesen Prozeß befördern?"

15 James E. Carter.

16 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 270, Anm. 7.

an Rüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen der Allianz teilzunehmen. Wenn andererseits Frankreich sein Interesse an einer von der Bundesregierung mitgetragenen TNF-Modernisierung der NATO nur schwer verhüllen kann, so wird darüber eine widersprüchliche Position sichtbar, die den – den gemeinsamen Interessen nicht immer förderlichen – Pragmatismus[17] der französischen Diplomatie erklärt.

3) Bei einem Urteil über die französische Mitteleuropapolitik sollte nicht vergessen werden, daß die Generation, die sich aus eigenem, oft traurigem Erleben für die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich eingesetzt hat, langsam abtritt. Die nachrückenden Absolventen der Eliteschulen haben ein distanzierteres, im positiven wie im negativen Sinne unbefangeneres, von Emotionen freies Verhältnis zur Sache. Sie handeln geschäftsmäßiger, taktisch wohl auch härter als die Nachkriegsgeneration.

François-Poncet selbst ist schwer einzuschätzen. Er dürfte die deutsch-französischen Beziehungen mit kühler Objektivität betrachten und aufgrund seiner Herkunft vor dem möglichen Vorwurf eines zu positiven Engagements auf der Hut sein.

4) Von einer Neuorientierung der französischen Mitteleuropapolitik zu sprechen, wäre sicher falsch; was sich vollzieht, ist ein Ausbau der französischen Positionen angesichts einer weltpolitischen Übergangsphase, und das mit dem Ziel, den Status quo in Mitteleuropa zu erhalten und ein „droit de regard" verstärkt zur Geltung zu bringen. Paris ist sich dessen bewußt, daß es hierbei mindestens in dem gleichen Umfang wie früher einer sehr engen vertrauensvollen Zusammenarbeit mit uns bedarf.

IV. 1) Eine konsequente und geduldige Fortsetzung unserer Politik ist das beste Mittel, um Frankreich in einen vertieften politischen Dialog mit uns einzubinden und gelegentlichen Zweifeln an unserer Solidarität zu begegnen.

2) Wir sollten darüber hinaus stärker darauf achten, daß – etwa bei deutsch-französischen Gipfeln – der politische und der wirtschaftliche Dialog gleichgewichtig sind und in der Öffentlichkeit auch so empfunden werden.

3) Wir könnten die französische Regierung spüren lassen, daß ihre in sich verständliche, hinsichtlich der gemeinsamen Interessen aber schwer zu interpretierende Sicherheitspolitik unsere eigene öffentliche Diskussion nicht erleichtert.

[gez.] Herbst

VS-Bd. 13138 (212)

17 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Egoismus."

327

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Lautenschlager

422-411.10 ISR-601/79 geheim **13. November 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Rüstungsexport;
hier: Anfrage der USA wegen einer Lieferung nach Israel

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung

I. Sachverhalt

1) Das US-Verteidigungsministerium (Under Secretary of Defense for Research and Engineering, Perry) ist an das BMVg (MD Eberhard) herangetreten mit der Frage, ob wir der israelischen Regierung zu Erprobungszwecken zwei 120-mm-Panzerkanonen aus deutscher Produktion zur Verfügung stellen könnten.[4] MD Eberhard hat mich deshalb um ein Gespräch in den nächsten Tagen gebeten.[5]

2) Diese hochmoderne Panzerkanone ist von Rheinmetall als Glattrohrgeschütz für den Kampfpanzer „Leopard" II der Bundeswehr entwickelt worden, von dem Ende Oktober das erste Exemplar an die Bundeswehr ausgeliefert wurde; die weitere Auslieferung an die Bundeswehr wird sich über die nächsten Jahre hinziehen.

3) Nach längeren schwierigen Verhandlungen ist im Frühjahr 1979 zwischen der Bundesregierung (BMVg) und der US-Regierung eine Vereinbarung zustan-

[1] Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pabsch und Vortragendem Legationsrat Bosch konzipiert.
Hat Ministerialdirektor Lautenschlager am 15. November 1979 erneut vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau und Legationsrat I. Klasse Petersmann am 19. November 1979 vorgelegen.
Hat Pabsch am 22. November 1979 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Freiherr von Stein „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme] und mit der Bitte, MD Eberhard von der Zustimmung BM zu unterrichten", verfügte.
Hat Stein am 22. November 1979 vorgelegen.

[2] Hat Staatssekretär van Well am 16. November 1979 vorgelegen.

[3] Hat Bundesminister Genscher am 20. November 1979 vorgelegen.

[4] Für das Schreiben des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perry, vom 15. Oktober 1979 an Ministerialdirektor Eberhard, Bundesministerium der Verteidigung, vgl. VS-Bd. 9522 (422).

[5] Vortragender Legationsrat I. Klasse Pabsch vermerkte am 26. November 1979: „In der Besprechung am 16.11.1979, an der Dg 42 und RL 422 teilnahmen, erläuterte StS Lautenschlager gegenüber MD Eberhard [...] die Gründe, die das Auswärtige Amt dazu veranlassen, gegen die Erfüllung der vom US-Verteidigungsministerium an die Bundesregierung herangetragenen Bitte um Überlassung von zwei 120-mm-Panzerkanonen aus deutscher Produktion zu Erprobungszwecken an Israel Bedenken zu erheben. MD Eberhard entgegnete, daß ihn diese Stellungnahme nicht überrascht. Das BMVg habe an der Überlassung der Kanonen an Israel allerdings ein gewisses eigenes Interesse, da sie die Möglichkeit eröffnet hätte, diese Kanone, die auch für die Ausrüstung des „Leopard" II vorgesehen sei, an sowjetischen Beutepanzern in Israel zu erproben. Der einzige Panzer dieser Art in der Bundesrepublik sei bereits weitgehend unbrauchbar, auch bereite es in der Bundesrepublik Schwierigkeiten, gesicherte Schießplätze von der erforderlichen Reichweite von 50 bis 60 km zu finden. Man könne jedoch mit der Entscheidung des Auswärtigen Amts leben. Die Teilnehmer des AA an der Besprechung hatten nicht den Eindruck, daß das BMVg die Angelegenheit mit Nachdruck weiterbetreiben werde." Vgl. VS-Bd. 9522 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

de gekommen, die den Amerikanern den Lizenzbau dieser Kanone zum Einbau in den neuen US-Panzer XM-1 ermöglicht, der sich z. Zt. noch in der Erprobung befindet. Diese Regierungsvereinbarung sieht u. a. vor, daß die USA die in eigener Produktion nach der Lizenz von Rheinmetall herzustellenden Panzergeschütze frei in Drittstaaten exportieren dürfen. Mr. Perry weist in seinem Schreiben allerdings darauf hin, daß die USA für die Ausfuhr die Zustimmung des Lizenzgebers benötigen. Mangels Kenntnis des Lizenzvertrages haben wir nicht nachprüfen können, ob diese Angabe zutrifft.

Die USA werden jedoch nach Angaben im Schreiben Perrys frühestens Ende 1980, nach Meinung des BMVg möglicherweise nicht vor 1984, mit der eigenen Produktion der Kanonen beginnen.

4) Andererseits besteht zwischen den USA und Israel eine Übereinkunft über Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung im militärischen Bereich, die sich auch auf die Weiterentwicklung des israelischen „Merkava"-Panzers bezieht. Da es sich bei der Rheinmetall-Glattrohrkanone um das einzige in der freien Welt hergestellte Panzergeschütz des Kalibers 120 mm handelt, ist die israelische Regierung stark interessiert, dessen Verwendbarkeit mit israelischen Panzern zu prüfen. Da die Israelis naturgemäß nicht damit rechnen können, die Kanone von uns zu erhalten (entsprechende Bitten haben wir bereits abgelehnt), haben sie offenbar die USA um Unterstützung gebeten.

Nach Ansicht des US-Verteidigungsministeriums würden die von Israel durchzuführenden Erprobungen der Kanone die von uns und den USA durchgeführten ergänzen, da den Israelis eine größere Anzahl von Beutepanzern aus sowjetischer Produktion als Ziele zur Verfügung stehen. Da die US-Produktion der Kanone aber erst frühestens Ende 1980 beginnen wird, wären die Israelis nicht in der Lage, ihre Terminvorstellungen für den eigenen Panzer einzuhalten. Das US-Verteidigungsministerium fragt deshalb an, ob wir den Israelis zwei Geschütze direkt oder – falls wir dies vorziehen – auf dem Umweg über die USA leihweise zur Verfügung stellen könnten.

II. Wertung

1) Die von Rheinmetall für den „Leo" II entwickelte 120-mm-Glattrohrkanone ist das modernste Panzergeschütz des Westens. Da die Auslieferung des „Leo" II an die Bundeswehr soeben erst begonnen hat, wird unsere Industrie auf Jahre hinaus mit der Produktion für unseren eigenen Bedarf beschäftigt sein.

2) Eine Lieferung an nicht der NATO angehörende (oder ihnen beim Rüstungsexport gleichgestellte) Länder stünde in krassem Widerspruch zu den Grundsätzen unserer restriktiven Rüstungsexportpolitik.[6]

3) Eine Lieferung an Israel selbst auf dem Umweg über die USA entspräche nicht dem Grundsatz unserer Nahost- und unserer Rüstungsexportpolitik, keine Kriegswaffen in das nahöstliche Spannungsgebiet zu liefern.

4) Das Schreiben des US-Verteidigungsministeriums an das BMVg enthält keine Bitte der Amerikaner, sondern ist ausdrücklich nur als Anfrage formuliert, wobei davon ausgegangen werden kann, daß diese auf israelische Wünsche zurückgeht. Bei einer Ablehnung würden wir somit nicht gezwungen sein, unserem wichtigsten Alliierten einen Wunsch abzuschlagen.

6 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 2, Anm. 15.

5) Abteilung 3 (Ref. 310) ist ebenfalls der Ansicht, daß die amerikanische Anfrage negativ beschieden werden sollte, und weist u. a. darauf hin, daß wir mit der Überlassung der Geschütze an Israel unsere ausgewogene Haltung gegenüber den Parteien des Nahost-Konflikts aufgäben, was bei Bekanntwerden zu erheblichen Störungen unserer Beziehungen zu den arabischen Staaten führen müßte.[7]

6) Abteilung 2 (Ref. 201) schließt sich dieser Stellungnahme mit folgenden Argumenten an:

Ein relativ hoher Rüstungsstand Israels sei zwar für die Erhaltung des Kräftegleichgewichts im NO und damit für die Erhaltung des Friedens auch für uns sicherheitspolitisch relevant; es sei jedoch nicht einzusehen, warum die Israelis nicht die Lieferung der Kanonen aus US-Produktion gegen Ende 1980 abwarten könnten, zumal die Panzerbedrohung Israels nicht höher sei als die der Bundesrepublik; auch wir können erst in einigen Jahren einen Teil unserer Panzer mit höherem Kaliber ausrüsten. Der Gesichtspunkt der Testmöglichkeit in Israel überzeuge nicht, da der „Leo" II bereits mit diesem Geschütz in Serie gegangen ist.[8]

III. Vorschlag

Ich beabsichtige, MD Eberhard unter Darlegung der unter II genannten Punkte zu sagen, daß mit einer Zustimmung des Auswärtigen Amts nicht gerechnet werden könne, und bitte hierzu um Ihr Einverständnis.[9]

D 2[10] und D 3[11] haben mitgezeichnet.

Lautenschlager

VS-Bd. 9522 (422)

7 Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler resümierte am 2. November 1979: „Israel bleibt weiterhin im Kern des nahöstlichen Spannungsgebietes. Der Export von Kriegswaffen in Spannungsgebiete, damit auch nach Israel, kommt für die Bundesrepublik Deutschland nicht in Betracht. Das gilt analog auch für die lediglich vorübergehende Überlassung von Kriegswaffen und für die militär- und rüstungspolitische Zusammenarbeit mit den Staaten der Nahost-Region. Ein Abweichen von diesem Prinzip wäre gleichbedeutend mit der Aufgabe unserer ausgewogenen Haltung gegenüber den Konfliktparteien und würde bei Bekanntwerden zu erheblichen Störungen unserer Beziehungen zu den arabischen Staaten führen. [...] Referat 310 empfiehlt, auf das Schreiben von Under Secretary of Defense Perry abschlägig zu antworten." Vgl. VS-Bd. 9522 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 8. November 1979: „Obgleich aus sicherheitspolitischer Sicht die Aufrechterhaltung eines Kräftegleichgewichts im Nahen Osten zur Aufrechterhaltung des Friedens bis auf weiteres unerläßlich ist und dies einen qualitativ relativ hohen Rüstungsstand in Israel voraussetzt, schließt sich Ref[erat] 201 der Stellungnahme von Referat 310 vom 2.11.1979 [...] im vorliegenden Fall aus den dort erwähnten, h. E. vorrangigen Erwägungen an." Vgl. VS-Bd. 9522 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

9 Ministerialdirigent Freiherr von Stein informierte Ministerialdirektor Eberhard, Bundesministerium der Verteidigung, am 26. November 1979: „Absprachegemäß darf ich Ihnen auch auf diesem Wege nochmals bestätigen, daß sich das Auswärtige Amt leider nicht in der Lage sieht, der Erfüllung des Ihnen von Dr. Perry übermittelten Wunsches der israelischen Seite nach leihweiser Überlassung von zwei 120-mm-Panzerkanonen aus deutscher Produktion zuzustimmen. Die Gründe sind Ihnen in dem Gespräch mit Herrn Dr. Lautenschlager am 16. November im einzelnen erläutert worden. Bei dieser, inzwischen von Herrn Bundesminister Genscher gebilligten Entscheidung sind – wie Sie wissen – selbstverständlich die von Ihnen zugunsten einer positiven Haltung dargelegten Gesichtspunkte mit in Betracht gezogen worden." Vgl. VS-Bd. 9522 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

10 Klaus Blech.

11 Andreas Meyer-Landrut.

328

Botschafter Pauls, z. Z. Den Haag, an das Auswärtige Amt

114-3880/79 geheim
Fernschreiben Nr. 458
Citissime

Aufgabe: 13. November 1979, 21.20 Uhr[1]
Ankunft: 14. November 1979, 09.23 Uhr

Betr.: 26. NPG-Ministerkonferenz in Den Haag (13./14.11.1979)
hier: erster Sitzungstag

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) Im Vordergrund des ersten Sitzungstages standen

- Unterrichtung über den Stand der interkontinentalstrategischen und kontinentalstrategischen Rüstungen der USA und der SU (hierzu keine wesentlich neuen Erkenntnisse),
- Stand von SALT II,
- Erörterung der Modernisierung der Mittelstreckenwaffen des Bündnisses in Europa (LRTNF),
- mögliche Ankündigung des einseitigen Rückzugs von 1000 amerikanischen Nuklearsprengköpfen aus Europa[2] (vergleiche hierzu II 4).

2) Das Ergebnis der von vornherein nicht auf eine Entscheidung abzielenden Erörterung der für 12. Dezember vorgesehenen Bündnisentscheidungen[3] läßt sich wie folgt zusammenfassen:

a) Mit Ausnahme von NL und ohne Einlassung von GR sprachen sich sämtliche übrigen Partnerstaaten, ob mit (CDN, D, IT, UK, US), ob in Erwartung bevorstehender innenpolitischer Abdeckung (B, DK, NOR, TR) für Annahme des von HLG und SG vorbereiteten Entscheidungspakets[4] ohne wesentliche Modifizierungen aus.

b) Die Niederlande nahmen erwartungsgemäß eine abweichende Haltung ein.[5] Sie forderten vor allem

[1] Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 14. November 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann „n[ach] R[ückkehr]", Vortragenden Legationsrat Boden und Legationsrat I. Klasse Gruber „z[ur] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Hofmann und Boden am 14. November 1979 vorgelegen.
Hat Gruber am 15. November 1979 vorgelegen.

[2] Zum Vorschlag der amerikanischen Regierung über einen Abzug von Kernsprengköpfen vgl. Dok. 303.

[3] Zur gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

[4] Für den „Special Group Report to Ministers – Arms Control Involving Theater Nuclear Forces: Rationale, Objectives and Principles" vom 28. September 1979 vgl. VS-Bd. 11391 (220).
Für den „High Level Group Report on NATO Long-Range Theater Nuclear Force Modernization", den der Vorsitzende der High Level Group der NATO, McGiffert, NATO-Generalsekretär Luns am 28. September 1979 übermittelte, vgl. VS-Bd. 11325 (220).
Zum „integrierten Entscheidungsdokument" vgl. Dok. 321.

[5] Zur Haltung der niederländischen Regierung bezüglich der TNF-Modernisierung vgl. Dok. 322.

(i) in Erwartung von Verhandlungsergebnissen innerhalb einer unspezifizierten Zeit eine unbezifferte, vorläufige Verminderung des Modernisierungsumfangs;

(ii) in Erwartung von Verhandlungsergebnissen Aussetzung der Entscheidung über die Stationierung zugunsten einer bloßen Produktionsentscheidung;

(iii) Verminderung der eigenen nuklearen Rolle im Gefechtsfeldbereich;

(iv) falls die SALT-II-Ratifizierung[6] scheitert, Überprüfung des Modernisierungsbeschlusses, soweit NL betroffen.

c) In ihren Kernanliegen (i) und (ii) stießen die Niederländer auf breiter Front auf Ablehnung. Vor allem die Minister Apel, Brown, Desmarets und Pym appellierten eindringlich an Minister Scholten, die Niederlande im Interesse der Bündnissolidarität an den sich abzeichnenden Konsens bis 12.12.79 heranzuführen.

II. Im einzelnen

1) Stand der strategischen Rüstungen

a) Amerikanischer Rüstungsdirektor Perry unterrichtete über folgende fünf Vorhaben, durch Entwicklung von Raketen der dritten Generation SALT-II-konform dem Verfall der amerikanischen strategischen Triade entgegenzuwirken. Dabei sei ausschlaggebend, daß bei gleichem Gewicht durch neue Brennstoffe über doppelte Reichweite erzielt wird sowie daß eine Verbesserung der Zielgenauigkeit bis auf 1/10 der bisherigen Zielabweichung möglich geworden sei. Mobilität sei das einheitliche Mittel zur Verbesserung der Überlebensfähigkeit dieser Raketengeneration. Sie könne übrigens mit 50 Mrd. Dollar (über fünf Jahre) zu den halben Kosten der vorausgehenden Generationen entwickelt werden.

b) Gegenwärtig stünden sich zwar noch bei dem wichtigsten Kriterium des Kräftevergleichs – Sprengköpfe – rund 9000 amerikanische und 6000 sowjetische Kernsprengköpfe gegenüber (ICBM: 2000/4000; SLBM: 4500/1500; Bomber: 2500/300); diese amerikanische Überlegenheit sei jedoch im Schwinden wegen sich anbahnender

- sowjetischer Erstschlag-Kapazität gegen die landgebundenen ICBM der US; 1986 könnten davon allenfalls 100 überleben;
- möglicher sowjetischer U-Boot-Ortungstechniken bis etwa 1990;
- sowjetischer „Look-down-shoot-down"-Fähigkeiten bis Mitte der 80er Jahre.

c) (i) Das MX-Raketensystem[7] würde um 1990 das Überleben von 1200 amerikanischen ICBM-Sprengköpfen im Falle eines Überraschungsschlags garantieren. Durch ihren Dislozierungsmodus werde es pro Rakete 23 sowjetische Sprengköpfe binden.

(ii) Die „Trident"-Rakete[8] vergrößere bei gleichen Ausmaßen die Reichweite der „Poseidon" auf das Doppelte und das Operationsgebiet der U-Boote auf das zehn-

6 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 323, Anm. 20.

7 Zur geplanten Einführung der MX-Rakete vgl. Dok. 195, Anm. 12.

8 Zur Einführung der „Trident"-I-Rakete vgl. Dok. 317, Anm. 9.

fache. Mit dem Bau von 15 leiser fahrenden „Trident"-U-Booten stünden bis Ende der 80er Jahre ihrer 2000 Sprengköpfe zur Verfügung.[9]

(iii) Die Eindringfähigkeit der amerikanischen strategischen Bomber werde mit Hilfe luftgestützter Marschflugkörper (3600 km Reichweite, Zielabweichung 60 m) auf relativ billige Weise ab 1981 (2000 Stück bis Ende dieser Dekade) gewährleistet. Da ihr Radarquerschnitt nur 1/1000 des B-52 ausmache und sie nur 50 m über dem Boden flögen, sei das künftige sowjetische „AWACS"-Flugabwehrsystem schon vor seiner Einführung obsolet!

(iv) Gleiches gelte hinsichtlich der in Europa zu stationierenden, inzwischen erfolgreich getesteten GLCM (2500 km; 60 m Zielabweichung) und natürlich auch der „Pershing" (P) II (1800; Zielabweichung 30 m); beide Systeme könnten 1983 gleichzeitig operationell werden. (Zum Aufwuchs von SS-20 und „Backfire" wurden keine neuen Erkenntnisse vermittelt.)

2) SALT II

Brown bezeichnete eine Ratifizierung ohne „killer amendments" vor Ende Dezember, aber auch ein Überlappen der Debatte im Senatsplenum bis Februar für möglich. Diese Frage wurde dadurch entschärft, daß auch NL die vorherige SALT-II-Ratifizierung nicht mehr zur prozeduralen Vorbedingung einer Dezember-Entscheidung über LRTNF-Modernisierung machte.

3) LRTNF-Modernisierung

a) Die Aussprache kristallisierte sich um die Einlassung des niederländischen Ministers, der wie folgt an Abänderung des gemäß HLG- und SG-Berichten vorgesehenen Programms plädierte:

(i) Im Bemühen, den Frieden zu erhalten und zugleich ein Wettrüsten zu verhindern, ziele – so Minister Scholten – seine CDA-Partei darauf ab, daß im Dezember nur über die Produktion (nicht auch die Stationierung) einer (von ihm nicht bezifferten) geringeren Zahl könne nachträglich erhöht und ihre Stationierung beschlossen werden, falls es in einer gewissen Zeit nicht zu Rüstungskontrollergebnissen hinsichtlich LRTNF in SALT III komme.[10] Übrigens ergebe es sich aus den HLG/SG-Berichten selbst, daß die Zahl 572 nicht auf exakten Berechnungen beruhe und daß eine verminderte oder Null-Dislozierung als Resultat in Frage komme. Scholten wies ferner darauf hin, daß der früher vorgesehene Gesamtrahmen der Modernisierung (600) beim späteren evtl. Ersatz der britischen „Vulcan"-Bomber durch Flugkörper überschritten werde.

(ii) Auch wenn die Niederlande der Modernisierung in diesem verminderten Rahmen zustimmen sollten, dann jedoch nur, wenn folgende Wünsche ebenfalls angemessen berücksichtigt seien:

– Aufrechterhaltung der Option III bei MBFR[11]; daher keine Umwandlung sämtlicher amerikanischer „Pershing" I A in „Pershing" II; daher auch Auf-

9 So in der Vorlage.

10 Unvollständiger Satz in der Vorlage.
Zur Haltung der CDA-Fraktion im niederländischen Parlament bezüglich der TNF-Modernisierung vgl. Dok. 316, Anm. 9.

11 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 16. Dezember 1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III) vgl. Dok. 13, Anm. 2.

rechterhaltung des Angebots des Rückzugs weiterer(!) 1000 Sprengköpfe unabhängig von einem einseitigen derartigen Abzug im LRTNF-Zusammenhang;
- Verminderung der nuklearen Rolle der niederländischen Streitkräfte im Gefechtsfeldbereich, nämlich Überprüfung der Einführung der „Lance" in einer nuklearen Rolle;
- Allianzstudie der Möglichkeiten einer generellen Verminderung der Rolle nuklearer Gefechtsfeldwaffen;
- Überprüfung der niederländischen Beteiligung am LRTNF-Programm, falls SALT II nicht ratifiziert werden sollte (auflösende Bedingung).

(iii) Scholten stellte klar, daß bisher weder das niederländische Kabinett „noch das Volk" eine Entscheidung zum LRTNF-Programm getroffen hätten; damit sei erst nach weiterer Parlamentsdebatte am 7.12. zu rechnen.

b) Auf verschiedenen Kanälen hatten Scholten und seine Mitarbeiter am Vorabend wissen lassen, daß er die CDA-Position loyal vertreten werde, aber davon ausgehe, in Isolierung zu geraten; ob dies zu einer Meinungsänderung der CDA führen werde, sei ungewiß.

Vor diesem Hintergrund nahmen die Minister von USA, UK, D, B, IT[12] (durch Implikation) wie folgt eine kompromißlose Haltung zu den beiden das LRTNF-Programm unmittelbar gefährdeten Positionen der CDA (vorläufig keine Stationierungsentscheidung; Reduzierung des Umfangs) ein:

(i) Minister Brown (sowie der Vorsitzende des MC[13], SACEUR[14] und McGiffert) setzten sich mit folgenden militärischen, technischen und politischen Argumenten für Beibehaltung des Umfangs (572) der Modernisierung ein:
- SACEUR werde von 6000 Zielen, davon 1000 prioritären, trotz Modernisierung nicht einmal ein Viertel abdecken können, selbst wenn man eine minimale Abnutzungsrate, also unrealistisch hohe Überlebensfähigkeit, unterstelle.
- Die östliche Zielliste sei ebenso wie die Bedrohung im Anwachsen. Statt mit derzeit ca. 1700 sowjetischen LRTNF-Sprengköpfen sei als Folge des SS-20-Aufwuchses (bei Beibehalt der älteren Bomber und der SS-4/5) um 1985 mit 2300 Sprengköpfen (darunter 600 von SS-20) zu rechnen.
- 572 stelle sich als Summe von Systemen in Einheiten dar; könnten z.B. sämtliche Flugplätze und atomaren Waffenlager in der westlichen SU neutralisiert werden.[15]
- Im „general nuclear response" könnten die LRTNF einen Teil der inzwischen nicht mehr voll abgedeckten Prioritätenlisten SACEURs (860 Ziele) abdecken.
- Dadurch könnten voraussichtlich die meisten auf QRA[16] gehaltenen Strike-Flugzeuge für die konventionelle Rolle freigestellt werden.
- Jede andere Zahl wäre noch schwerer als die jetzige zu begründen, da ja auch die Abweichung von 572 rationalisiert werden müßte.

12 Attilio Ruffini.
13 Herman Frederik Zeiner Gundersen.
14 Bernard William Rogers.
15 Unvollständiger Satz in der Vorlage.
16 Quick Reaction Alert (Aircraft).

– Eine NATO-Reaktion, die sich nur als Geste darstelle, sei weder militärisch noch rüstungskontrollpolitisch von Wert.

Eine Entkoppelung der Entscheidung über Produktion und Stationierung der LRTNF lehnte Brown als für den Kongreß unzumutbar ab. Im übrigen müßten Vorarbeiten für die Stationierung (Shelterbau; Vermessungen) schon bald beginnen.

Schließlich sei von einer bloßen Produktionsentscheidung kein Rüstungskontrollanreiz zu erwarten.

Einer Studie der Möglichkeiten zur Verringerung der Rolle der nuklearen Kurzstrecken- und Gefechtsfeldwaffen stimmte Brown nur unter der Bedingung zu, daß „alle fünf Staaten" sich an der Dislozierung von LRTNF beteiligen. Die Studie solle der HLG anvertraut werden. Sie werde zu berücksichtigen haben, daß auf allen Ebenen sowjetische Überlegenheit bestehe.

(ii) Minister Pym forderte mit Blick auf Scholten dazu auf, die Fakten und Realitäten nicht zu verdrängen und sich daran zu erinnern, daß die NATO ein Verteidigungsbündnis sei. Solange Rüstungskontrolle die westliche Sicherheit nicht gewährleiste, müsse dies durch Abschreckungsmittel geschehen. Ausgangspunkt der LRTNF-Modernisierung und ihres Umfangs sei die objektiv erkannte, sich fortlaufend – mit oder ohne SALT – steigernde[17] Bedrohung. Unter diesen Umständen könne man mit der Entscheidung über die Stationierung nicht auf Rüstungskontrollergebnisse warten. Pym deutete abschließend an, daß die LRTNF-Entscheidung auch ohne bzw. gegen NL fallen könne.

(iii) Minister Apel argumentierte eindringlich dafür, im Dezember schon mit Rücksicht auf den amerikanischen Senat die Entscheidung über Produktion und Stationierung gleichzeitig zu treffen. (Die innenpolitischen Voraussetzungen zur deutschen Zustimmung in den Berichten von HLG/SG seien gegeben.) Es helfe nichts, schwierige Entscheidungen zu verschieben. Die Dezember-Entscheidungen seien ein unauflösbares Paket. Es werde bei SALT III ausschlaggebend sein, ob die USA auf Grundlage eines beschlossenen Programms oder bloß möglicher, zukünftiger Entscheidungen verhandelten. Wo ende es, wenn man den Umfang von 572 Systemen in Frage stelle? Jede andere Zahl werde ebenso schwer zu verteidigen sein.

Andererseits könne man Den Haag durchaus entgegenkommen, indem man die nukleare Rolle der anderen nuklearen Waffen, insbesondere die Strike-Rolle der QRA-Flugzeuge, in Doppelrolle überprüfe.

Wenn die NATO-Entscheidung im Dezember nicht zustande käme, wäre dies ein politisches Versagen von größter Tragweite: „Wenn wir zu dieser Entscheidung unfähig sind, wird die Welt nicht mehr die gleiche sein!"

c) Die übrigen Sprecher (IT, B, NOR, DK, CDN, TR) – nur Griechenland äußerte sich nicht – gaben sämtlich zu erkennen, daß sie eine Verabschiedung des von HLG und SG vorbereiteten Entscheidungsprogramms befürworten.

Hieraus ist berichtenswert:

(i) Belgischer Verteidigungsminister erklärte, die Ratifizierung von SALT II sei keine Vorbedingung. Eine Unterscheidung von Produktions- und Dislozie-

[17] Korrigiert aus: „steigende".

rungsentscheidung komme praktisch und politisch nicht in Frage. An der Zahl 572 sei schon deshalb festzuhalten, weil sie bekanntgeworden und nicht schwieriger zu rechtfertigen sei als jede andere.

Die belgische Regierung könne erst nach Beratung im kleineren Kreis (nächste Woche) und (lediglich) Unterrichtung der zuständigen Parlamentsausschüsse formell zustimmen.

(ii) Die dänischen[18] und norwegischen[19] Minister wiesen auf ihre bekannten Standpunkte (Nichtstationierung) hin, ließen am politischen Mittragen – mit „niedrigem Profit" – des LRTNF-Programms wie vorgesehen jedoch keinen Zweifel. Die Finanzierungsfrage sprachen sie nicht an.

(Die formelle dänische Entscheidung ist erst nach Parlamentsdebatte am 27.11.79 möglich.[20])

(iii) Kanadischer Minister[21] sagte politische und finanzielle Unterstützung des ungekürzten Programms zu, bat jedoch um Verständnis für budgettechnische Schwierigkeiten bei einer formellen Bindungszusage schon im Dezember.

(iv) Wider Erwarten bat türkischer Vertreter nicht um Befreiung von Mitfinanzierung im Infrastrukturrahmen, sondern nur um ungekürzte Verwirklichung des beschlossenen Infrastrukturprogramms.

4) Rückzug von 1000 Sprengköpfen

Die von Brown bestätigte Absicht des einseitigen Rückzugs von 1000 Sprengköpfen aus Europa „als integraler Bestandteil des vorbereiteten LRTNF-Programms und im Zusammenhang damit" war nicht zur Sache, jedoch prozedural umstritten:

a) Scholten argumentierte im Einklang mit der CDA-Position, daß der Rückzug erst dann bekanntgegeben werden solle, wenn die MBFR-Relevanz und der Typ der zu reduzierenden Sprengköpfe allianzintern geprüft seien. Der Eindruck, Option III solle auf kaltem Wege eliminiert werden, könne in den Niederlanden kontraproduktiv wirken.

Brown stellte hierzu fest, eine weitergehende Spezifizierung sei inopportun. Breschnew habe seine Ankündigung des Rückzugs von Streitkräften aus der

18 Poul Søgaard.

19 Thorvald Stoltenberg.

20 Botschafter Hofmann, Kopenhagen, berichtete am 28. November 1979: „Gestrige Folketings-Debatte über parlamentarische Anfrage radikalliberaler Fraktion, welche Haltung Regierung zur TNF-Modernisierung einnehmen wolle, ging ohne eigentlichen Beschluß zu Ende. Entschließungsantrag der Radikalliberalen, wonach Regierung auf NATO-Ministerratstagung gegen einen Beschluß über Produktion und Stationierung von Marschflugkörpern und ‚Pershing'-II-Raketen in Europa stimmen sollte, erhielt nur 29 Stimmen der Radikalliberalen, Volks- und Linkssozialisten sowie [von] drei Abgeordneten der Bodenreformer. Dagegen stimmten alle Sozialdemokraten, die Konservativen, Liberalen, Zentrumsdemokraten, Christliche Volkspartei und Fortschrittspartei, insgesamt 130. Im Verlauf Debatte kritisierten Parteien der Mitte den durch Beschluß sozialdemokratischer Fraktion, Brüsseler Entscheidung um sechs Monate zu verschieben, hervorgerufenen Eindruck dänischen Wankelmutes. Sprecher Konservativer und Liberaler verbanden diese Feststellung mit Frage, ob diese Haltung die endgültige der Regierung sein werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 502; Referat 201, Bd. 120236.

21 Allan Bruce McKinnon.

DDR auch nicht präzisiert.[22] Dieser Vorgang im Osten erfülle einen Teil des Option-III-Konzepts, und der Rückzug der Sprengköpfe einen anderen, ohne daß ein Bezug zwischen beidem hergestellt werden solle. Die Option III habe MBFR vier Jahre lang nicht vorwärts gebracht. Ihre Bedingungen seien nicht erfüllt worden. Jetzt verspreche kein Festhalten daran, sondern ein vereinfachtes Phase-I-Abkommen größeren Erfolg bei MBFR.[23] Dafür solle sich[24] die Allianz jetzt einsetzen. (Dem stimmten Minister Apel und Pym zu.)

b) Minister Apel (im Gegensatz zu Pym) befürwortete eine möglichst frühe Bekanntgabe der amerikanischen Entscheidung, damit sie nicht bis Dezember öffentlich weiter zerredet und sogar entwertet werde.

c) Pym fand allgemeine Zustimmung zu seinem Vorschlag, die Diskussion um die „1000 Sprengköpfe" diskret zu behandeln und vor allem keinen Zusammenhang zu Option III herzustellen. Dies werde zwar von den Ereignissen überholt werden. Es sei jedoch politisch schädlich, dies anzusprechen. Im übrigen sei sie ja tatsächlich noch auf dem Verhandlungstisch, und die NPG habe keine Zuständigkeit, hierzu Entscheidungen zu fassen.

III. 1) Morgen wird nur noch über Kommuniqué[25] und „agreed minutes"[26] beraten werden.

2) Eingehende Auswertung erfolgt durch BMVg nach Rückkehr.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10540 (201)

22 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

23 Zum Vorschlag der Bundesrepublik für ein Interimsabkommen bei MBFR vgl. Dok. 321, Anm. 4.

24 Korrigiert aus: „nicht".

25 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NPG-Ministerkonferenz am 13./14. November 1979 in Den Haag vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 116f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 28–30.

26 Für den Entwurf des Ergebnisprotokolls vom 14. November 1979 vgl. VS-Bd. 10540 (201).

329

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge

201-363.21-2909/79 geheim **14. November 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister[3] zur Unterrichtung

Betr.: 26. NPG-Ministersitzung am 13./14. November 1979 in Den Haag
hier: Bewertung

Bezug: 1) DB Nr. 458 vom 13.11.1979 (geheim) aus Den Haag (Diskussionsverlauf) – liegt vor – 201-2907/79 geh.[4]
2) Ergebnisprotokoll vom 14.11.1979[5]
3) Abschlußkommuniqué (wird im Verlauf des Nachmittags aus Den Haag übermittelt)[6]

I. 1) Wichtigstes Ergebnis der heute Mittag beendeten NPG-Tagung ist es, daß die Minister – zwar mit niederländischen Vorbehalten, aber ohne Abänderungen – den HLG-Bericht über die Modernisierung der LRTNF und den SG-Bericht über ein damit verbundenes Rüstungskontrollangebot[7] als Basis der Dezember-Entscheidungen des Bündnisses[8] bezeichneten (Art. 15 des Protokolls).

2) Die orchestrierte Isolierung, welche die Niederlande dabei selbst seitens ihrer belgischen Nachbarn fanden (vgl. Bezug zu 1), II 3) c) (i)), könnte die Chancen einer Zustimmung Den Haags verbessert haben.

Deutlich geworden ist jedenfalls, daß

a) die Minister Scholten und van der Klaauw auf die Linie der übrigen Partner einschwenken möchten;

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 14. November 1979 vorgelegen.
Hat Hofmann am 16. November 1979 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Gruber verfügte.
Hat Gruber am 19. November 1979 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär van Well am 14. November 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sehr lesenswert."

3 Hat Bundesminister Genscher am 16. November 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Verlauf zeigt, daß mein Rat bezüglich NL richtig war."

4 Vgl. Dok. 328.

5 Für den Entwurf des Ergebnisprotokolls vom 14. November 1979 vgl. VS-Bd. 10540 (201).

6 Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), übermittelte am 15. November 1979 das Kommuniqué der NPG-Ministerkonferenz am 13./14. November 1979 in Den Haag. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1180; VS-Bd. 10540 (201); B 150, Aktenkopien 1979.
Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 116 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 28–30.

7 Für den „High Level Group Report on NATO Long-Range Theater Nuclear Force Modernization", den der Vorsitzende der High Level Group der NATO, McGiffert, NATO-Generalsekretär Luns am 28. September 1979 übermittelte, vgl. VS-Bd. 11325 (220).
Für den „Special Group Report to Ministers – Arms Control Involving Theater Nuclear Forces: Rationale, Objectives and Principles" vom 28. September 1979 vgl. VS-Bd. 11391 (220).
Zum „integrierten Entscheidungsdokument" vgl. Dok. 321.

8 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

b) diese Partner Den Haag die Hebelwirkung einer Konsensverweigerung genommen haben, indem sie die Möglichkeit einer Entscheidung ohne NL (mit Erwartung späteren Beitritts zum Programm) anklingen ließen (vgl. hierzu Bezug zu 1), II 3) b) (ii));

c) Den Haag bereits ein Einlenken insoweit erleichterte, als es nicht mehr besteht auf

(i) Vorwegratifizierung von SALT II[9],

(ii) Aufschub seiner endgültigen Zustimmung bis nach einer Parlamentsdebatte im Anschluß an die Dezember-Entscheidungen.

3) Eine besondere Rolle bei der innenpolitischen Durchsetzung der Zustimmung ist dem Kommuniqué zugedacht, in das vor allem mit Rücksicht auf NL und NOR, aber auch DK und B ins einzelne gehende Aussagen über die sowjetische kontinentalnukleare Bedrohung aufgenommen wurden.

Die NPG ging mit gleicher Zielsetzung, jedoch eng im Rahmen ihrer Zuständigkeit, auch auf die Breschnew-Rede[10] ein, soweit er im Zusammenhang mit Indienststellung und Verlagerung der SS-20 eine Verminderung der Bedrohung suggeriert hatte.

4) Gleichwohl muß die niederländische Regierung weiterhin befürchten, über eine Zustimmung zum vorgesehenen LRTNF-Programm zu stürzen.[11] Inzwischen droht jedoch eine Regierungskrise auch bei Ablehnung, da die an der Koalition beteiligten Liberalen der Regierung in diesem Fall vorwerfen würden, NL in die Isolierung geführt und zu einem zweifelhaften Bündnispartner (zweiter Klasse) gemacht zu haben.

Die Erkenntnis dieses vorläufig unauflösbar wirkenden Dilemmas hat besonders dazu beigetragen, daß die übrigen NATO-Partner in Den Haag nicht bereit waren, der CDA weitere (sinnlose oder kontraproduktive) Zugeständnisse zu machen.[12]

a) Von herausragender Bedeutung war ferner die „Frage der 1000 Sprengköpfe“[13] (vgl. Bezug zu 1), II 3) a) (ii) und 4)). Sie wurde erst heute mittag durch Redaktion des Ergebnisprotokolls (Ziff. 9 bis 11) und Kommuniqués auf Ministerebene entschieden. Danach wird die Öffentlichkeit im Kommuniqué wie folgt in Kenntnis gesetzt:

„In addition, Ministers took note of the possibility that NATO adjust the overall nuclear stockpile in Europe by withdrawing some substantial number of warheads as an integral accompaniment of a LRTNF modernization program. They agreed that this should be further considered.“

b) Dahinter versteckt sich folgender Dissens:

(i) NL wollten den einseitigen Rückzug von 1000 Sprengköpfen mit MBFR in

9 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 323, Anm. 20.

10 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

11 Zur Haltung der niederländischen Regierung bezüglich der TNF-Modernisierung vgl. Dok. 322.

12 Zur Haltung der CDA-Fraktion im niederländischen Parlament bezüglich der TNF-Modernisierung vgl. Dok. 316, Anm. 9.

13 Zum Vorschlag der amerikanischen Regierung über einen Abzug von Kernsprengköpfen vgl. Dok. 303.

Beziehung setzen oder doch prüfen lassen (vgl. letzter Satz), was dies für Option III[14] bedeutet.

(ii) Die übrigen Minister leugneten jede Zuständigkeit zu substantiellen Aussagen bezüglich MBFR. USA und UK bestanden darauf, den Rückzug von einer LRTNF-Entscheidung im Dezember abhängig zu machen (vgl. erster Satz).

(iii) Als Kompromiß bot sich an, keine spezifische Anzahl von Sprengköpfen zu erwähnen und damit die andernfalls offensichtlichere Relevanz des Rückzugs für Option III zu vertuschen. Dies verspricht h. E. wenig Erfolg.

c) SACEUR[15] und der Vorsitzende des MC[16] setzten sich auf Einspruch von NL und D nicht mit ihrem Wunsch durch, im Ergebnisprotokoll (Ziff. 11) festhalten zu lassen, daß sie den einseitigen Rückzug nur befürworten können, wenn die Option III als erledigt gilt und kein Sprengkopf-Ceiling entsteht.

Dröge

VS-Bd. 10540 (201)

330

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Lücking

210-331.86-1480/79 VS-vertraulich **14. November 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn

Bundesminister

Betr.: Besuch des französischen Staatspräsidenten in Berlin (West) am 29.10.1979
hier: Bewertung aus deutschland- und berlinpolitischer Sicht

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Kurzfassung[3]

1) Dem Besuch des französischen Staatspräsidenten kommt aus deutschland-

14 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 16. Dezember 1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III) vgl. Dok. 13, Anm. 2.

15 Bernard William Rogers.

16 Herman Frederik Zeiner Gundersen.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen und Legationsrat Wegener konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 30. November 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kurzfassung hatte BM i[n] Mappe f[ür] d[eu]t[sch]-f[ran]z[ösische] Kons[ultationen] vorgelegen."

2 Hat Staatssekretär van Well am 16. November 1979 vorgelegen.

3 Für die Langfassung vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Lücking vom 14. November 1979; VS-Bd. 13123 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

und berlinpolitischer Sicht wegen seines protokollarischen Ablaufs und seiner politischen Akzentsetzung grundsätzliche und langfristige Bedeutung zu.

Der Besuch des französischen Staatspräsidenten hat positiv insofern gewirkt, als nunmehr auch der Staats- und Regierungschef der dritten Statusmacht in Berlin selbst ein Bekenntnis zur Freiheit und Sicherheit der Stadt abgegeben hat. Die Reise von Giscard d'Estaing ist aber nicht nur für die Berliner, sondern auch für die Franzosen bedeutsam; sie hat der französischen Öffentlichkeit die Bedeutung Berlins für die Freiheit der westlichen Welt in Erinnerung gerufen.

Hingegen lassen die Modalitäten des Besuches im protokollarischen Ablauf sowie bei der politischen Vorbereitung und Durchführung des Besuches, insbesondere in den öffentlichen Erklärungen des französischen Staatspräsidenten, das uns seit Jahren aus der Bonner Vierergruppe bekannte besondere berlinpolitische Konzept Frankreichs deutlich werden:

- Der protokollarische Ablauf unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von dem für den Besuch der britischen Königin (24.5.78)[4] und des US-Präsidenten (15.7.78)[5] entwickelten Modell: keine Verbindung mit einem Besuch der BR Deutschland, keine Begleitung durch Botschafter Herbst, Vermeidung von Symbolen der BR Deutschland, Beschränkung der Begegnung mit dem Bundeskanzler auf „kulturellen" Rahmen. Zur Begründung dieser Abweichungen beriefen sich die Franzosen auf das Vier-Mächte-Abkommen[6], an das sie sich strikt halten wollten.
- In den öffentlichen Erklärungen des französischen Staatspräsidenten hoben die Franzosen den Sonderstatus der Stadt und die Stellung Frankreichs als Statusmacht „für" Berlin hervor, ohne das Verhältnis von Berlin (West) zur BR Deutschland in einer für uns befriedigenden Weise zu berücksichtigen. Insbesondere in der Rede in der Staatsbibliothek[7] werden die Bindungen („liens") einschränkend als Austausch (échange) interpretiert und mit den Kontakten und Verbindungen zwischen Berlin (West) und Berlin (Ost) sowie der DDR in einem Atemzug genannt.

Insgesamt tritt durch die starke Betonung der alliierten Souveränität über Berlin (West) das für die Lebensfähigkeit der Stadt ebenso wichtige Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland in den Hintergrund.

Bezeichnend ist es, daß diese Gestaltung des Besuchs durch die Franzosen auf östlicher Seite – im Gegensatz zu den Besuchen der britischen Königin und des US-Präsidenten 1978 – ein positives Echo gefunden hat.

2) Dieses französische Konzept ist zu sehen vor dem Hintergrund einer deutschland- und berlinpolitischen Grundkonzeption, die im Rahmen der französischen Ost-West-Politik von einer Teilung Deutschlands als Grundgegebenheit

4 Königin Elisabeth II. hielt sich am 24. Mai 1978 in Begleitung von Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher in Berlin (West) auf.

5 Präsident Carter hielt sich vom 13. bis 17. Juli 1978 in der Bundesrepublik auf und besuchte am 15. Juli Berlin (West).

6 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

7 Für den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing am 29. Oktober 1979 in der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz in Berlin (West) vgl. BULLETIN 1979, S. 1238–1240.

in der Folge des Zweiten Weltkrieges auszugehen scheint und die französischen Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes nicht – wie im Deutschland-Vertrag von 1954[8] vorgesehen – als Verpflichtung zur Überwindung der deutschen Teilung, sondern auch als Instrument zur Verwirklichung seines Mitspracheanspruchs in Mitteleuropa gegenüber der Sowjetunion, aber auch gegenüber uns, benutzt.

Berlin erscheint hier als Element einer Politik des Gleichgewichts zwischen Ost und West im Rahmen der französischen Entspannungspolitik, die entsprechend dem traditionellen politischen Konzept „détente, entente, coopération“[9] zugleich als europäische Ordnungspolitik konzipiert ist.

Berlin-Probleme werden daher – insbesondere in der Zusammenarbeit mit den beiden anderen Alliierten und uns in der Bonner Vierergruppe – oft unter dem Aspekt einer möglichen Beeinträchtigung der französischen Rechte und Verantwortlichkeiten und weniger unter dem Gesichtspunkt der Weiterentwicklung der Bindungen zur Bundesrepublik Deutschland beurteilt; dies macht die Zusammenarbeit mit den Franzosen in deutschland- und berlinpolitischen Fragen vielfach schwierig und mühsam.

Auch wenn wir mit dieser berlinpolitischen Sonderposition der Franzosen auch in Zukunft werden leben müssen, sollten wir nicht resignieren, sondern im Gegenteil so wie bisher den Franzosen gegenüber unsere Position, die insbesondere von den USA weitgehend unterstützt wird, mit Nachdruck vertreten und deutlich machen, wo für uns die Grenzen des Akzeptablen liegen, um zu vermeiden, daß durch eine Überbewertung der Stellung Frankreichs als Sieger- und Statusmacht das Verhältnis Berlins zum Bund gefährdet würde und damit letztlich die Lebensfähigkeit der Stadt Schaden nehmen könnte.

Lücking

VS-Bd. 13123 (210)

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschland-Vertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 305–320.

9 Am 31. Dezember 1966 führte Staatspräsident de Gaulle in seiner Neujahrsansprache aus: „En Europe, la guerre froide qui durait depuis vingt ans est en train de disparaître, parce qu'à l'Est comme à l'Ouest on s'aperçoit de ce qu'avait de stérile cet état de tension permanente et menaçante et qu'on mesure, au contraire, ce que la détente, puis l'entente, enfin la coopération, entre tous les peuples de notre Ancien Continent, lui apporteraient de chances pour régler ses propres problèmes, notamment la question de l'Allemagne, pour rétablir l'équilibre pacifique indispensable à l'univers, pour se placer une fois de plus à la tête du progrès humain.“ Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 5, S. 129.

331

Botschafter Ritzel, Teheran, an das Auswärtige Amt

114-3881/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1358
Citissime nachts

Aufgabe: 14. November 1979, 12.45 Uhr[1]
Ankunft: 14. November 1979, 10.54 Uhr

Betr.: Innenpolitische Lage Iran
hier: Besetzung der US-Botschaft[2]

In der Anlage lege ich unter I. den Bericht der sieben EG-Botschafter[3] über ihr Gespräch mit AM Bani Sadr vom 13. November 1979 vor.

Dem Bericht folgen unter II. die Kommentare der Botschafter mit ihren Empfehlungen.

[gez.] Ritzel

Folgen Anlagen

I. „Record agreed among the EEC Missions of a call by seven community Heads of Mission on Mr. Bani Sadr at 11.15 a.m. on 13 November 1979

1) The Irish Chargé d'Affaires, for the Presidency, opened the meeting by saying that we had come for two reasons:

1 Hat Legationsrat I. Klasse Petersmann am 14. November 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister."
Hat Bundesminister Genscher am 15. November 1979 vorgelegen.

2 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 324.

3 Willy Sylvio Julien Campagne (Niederlande), Raoul Delaye (Frankreich), John Graham (Großbritannien), Donal Hurley (Irland), Marcel van de Kerckhove (Belgien), Troels Munk (Dänemark), Giulio Tamagnini (Italien).
Vortragender Legationsrat I. Klasse Louis notierte am 12. November 1979: „Morgen, 13.11., oder übermorgen, 14.11., soll amtierender iranischer Außenminister Bani Sadr alle westlichen oder auch sämtliche ausländischen Botschafter in Teheran zu sich rufen, um ihre Intervention bei den USA wegen Auslieferung des Schah zu erbitten. Nach der Besprechung im Außenministerium sollen die Botschafter vor dem Außenministerium von Jugendlichen und Studenten erwartet werden und von diesen ebenfalls als Geiseln festgenommen werden, um den Druck auf die USA zu verstärken." Zum Ursprung dieser Information vermerkte Louis: „Telefonische Mitteilung des Ersten Sekretärs hiesiger US-Botschaft, Lehovich, an VLR I Montfort am 12.11., 12.00 Uhr." Lehovich sei von einem deutschen Staatsangehörigen aufgesucht worden, der am Flughafen in Düsseldorf arbeite. Dieser habe einen britischen Bekannten, der ebenfalls auf dem Flughafen arbeite. Der Bekannte sei am 12. November 1979 aus Teheran zurückgekehrt und habe entsprechende Informationen von einem angeblichen Mitglied des Iranischen Revolutionsrats erhalten. Vgl. Referat 311, Bd. 137621.
Ministerialdirektor Meyer-Landrut teilte Botschafter Ritzel, Teheran, am 12. November 1979 mit: „Sie werden gebeten, den morgigen Termin im Außenministerium nicht wahrzunehmen und alles zu tun, daß auch Ihre europäischen Botschafter-Kollegen nicht hingehen. Sie sollten die übrigen Botschafter der Neun vor dem Termin zu einer Besprechung bitten. Dabei sollten Sie sie von der Ihnen heute übermittelten Warnmeldung unterrichten." Vgl. den Drahterlaß Nr. 592; Referat 311, Bd. 137621.
Ritzel informierte am 13. November 1979: „Bin auch am 13.11.79 telefonisch gegebener Weisung, AM Bani Sadr nicht zu sehen, gefolgt. Andere EG-Botschafter haben trotz eindringlichen Vortrags Termin heute 11 Uhr wahrgenommen. Ihr Motiv hat humanitären Charakter." Bezüglich der Warnmeldungen hielt er fest: „EG-Botschafter haben identische Auffassung. Wenn dort keine anderen Nachrichten vorliegen, dann ist Warnmeldungen von Informanten der ihnen zukommende niedrige Stellenwert beizumessen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1352; Referat 311, Bd. 137621.

a) to inform Mr. Bani Sadr that the report by the French Chargé d'Affaires following his visit to the hostages had been less than reassuring and had not allayed our anxieties about their condition.[4] In particular their hands were bound, they were detained in a state of extreme psychological tension, and the visiting Ambassadors had not been permitted to see all the hostages. We therefore proposed that there should be a daily visit by an acceptable person, accompanied by a doctor, that he should be permitted to converse freely with the hostages and that the hostages themselves should be permitted to correspond with their families.

b) The Pars News Agency of 12 November had carried a statement attributed to the Ministry of Foreign Affairs that the Ambassadors of the community had accepted the Iranian position in this matter. This was not correct. We protested at this false impression and requested that a correction should be issued. The position of our Governments remained that this affair could not be handled except on a legal basis within the framework of international law, and we felt it right to remind the Iranian Government that we did not consider it admissible to use the taking of hostages as a means of extracting political advantage.

2) Mr. Bani Sadr said that it was not the Government which was putting forward conditions for the release of the hostages. As to the statement, he did not believe his Ministry was the source. He would investigate it and have it corrected. As for our request for a daily visit to the hostages, he would contact the students immediately about this.

3) Continuing, Mr. Bani Sadr said that he had that morning sent a message to Dr. Waldheim asking for a meeting of the Security Council to discuss two propositions put forward by the Iranian Government:

a) that the United States should accept the investigation of the guilt of the former Shah[5], the procedures to be determined by Iran in consultation with the United Nations.

b) that the United States should accept the consequences of the first proposition as they relate to the property of the Shah and his fate.[6]

4 Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 11. November 1979: „Am Nachmittag des 10. November 1979 ca. 15.00 OZ wurden vier Missionschefs (Algerien, Frankreich, Schweden, Syrien) in das besetzte US-Botschaftsgelände eingelassen. Sie berichten: a) Französischer Wunsch auf Beteiligung Präsidialvertreter abgelehnt. Vertreter IKRK zugelassen. b) Visite, nicht Treffen mit Gefangenen, [die] halbe Stunde dauerte. c) Einfahrt mit verhängten Wagenfenstern. d) Gesehen ‚etwa' alle. Alle zu sehen wurde aus ‚Sicherheitsgründen' verweigert. [...] e) Alle Männer gefesselt. Frauen wird vermutet auch. Frauen kehrten meist sitzend Gesicht zur Wand. Nicht alle haben Bett. f) Räume haben kein Tageslicht. Lesen möglich und erlaubt. Geiseln dürfen nicht miteinander sprechen. g) Erbetene Namensliste verweigert. Zusage nach Feststellung wahrer Identität Übergabe. h) [Bewacher] stellten an einige Geiseln Fragen über Politik amerikanischer Regierung. Antworten meist: no comment oder hope soon over. i) Verletzungen bei Besichtigung nicht festgestellt. [j)] Missionsmitglieder haben sich gegenüber Medien nur durch Schweden geäußert, der, um Visite erneuern zu können, sagte, daß gesehene Personen ‚generally in good state' seien." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1325; Referat 311, Bd. 137621.

5 Mohammed Reza Pahlevi.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Montfort teilte der Botschaft in Teheran am 14. November 1979 mit: „Der iranische Geschäftsträger in Bonn hat am Morgen des 14.11.79 bei RL 311 angerufen, um unsere Aufmerksamkeit auf die Botschaft von Außenminister Bani Sadr vom 13.11. an Generalsekretär Waldheim zu richten. Er bitte, darin den Versuch zu sehen, von der bisher starren Position abzukommen. Die iranische Seite beharrt nicht mehr auf Auslieferung des Schah, sondern würde

Iran hoped that the Secretary General would proceed as proposed and that the United States Government would accept these proposals. He would have used the diplomatic channel to open discussion of these proposals, but the people had taken the matter into their own hands and he saw no solution to the problem except by United States' acceptance of the proposals. Instead Americans were harassing Iranians in the US[7] and the US Government had banned the purchase of Iranian oil[8]. Muslim oil workers would not remain indifferent and this would create an energy crisis followed by other crisis.

4) The Ambassadors made the point that none of the Governments represented at the meeting would, as a matter of principle, be prepared to negotiate the release of hostages on political conditions. Negotiation on the matters raised might be possible – we could not speak for the United States Administration – but the attempt to use the holding of hostages to further such negotiation was totally unacceptable. It was important therefore, in order to conduce to a practical solution, that the Iranian laying down conditions.[9]

5) Mr. Bani Sadr repeated that it was not the Iranian Government which was holding the hostages or posing conditions for their release. It was the revolution itself and the people that posed these conditions. It was unthinkable for the leaders of Iran to tell the students to abandon the conditions they had put forward. They had public opinion behind them.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1693

eine Verhandlungsposition aufbauen. Im übrigen habe das amerikanische ‚Ölembargo' Verwunderung auf iranischer Seite erregt. Bisher habe der Westen doch immer den Leitsatz vertreten, Erdöl dürfe nicht als politische Waffe eingesetzt werden. RL 311 hat iranischem Geschäftsträger geantwortet, wir würden zwar jeden Versuch begrüßen, von starren Positionen abzukommen. Ihm schiene aber das Kernproblem auf anderem Gebiet zu liegen: in der Billigung der Besetzung der amerikanischen Botschaft und der Geiselnahme durch die iranische Staatsführung." Vgl. den Drahterlaß Nr. 5728; Referat 311, Bd. 137621.

Im undatierten Schreiben des iranischen Außenministers Bani Sadr an UNO-Generalsekretär Waldheim, das der iranische Gesandte in Bonn, Navab-Motlagh, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Montfort am 15. November 1979 in Übersetzung übermittelte, hieß es: „1) Die amerikanische Regierung soll zumindest eine Untersuchung der Straffälligkeit des früheren Schahs und daraus resultierende Ergebnisse akzeptieren. 2) Das Vermögen, das er und seine Familie sowie die Führer des früheren Regimes nach Amerika verlegt haben, soll der iranischen Regierung zurückgegeben werden." Vgl. Referat 311, Bd. 137621.

7 Am 10. November 1979 kündigte Präsident Carter die Ausweisung der iranischen Studenten an, die sich illegal in den USA aufhielten. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2109.
Am 14. November 1979 verfügte Carter, sämtliche iranischen Guthaben bei amerikanischen Banken, inklusive deren Filialen und Tochtergesellschaften im Ausland, einzufrieren. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2119.

8 Präsident Carter erklärte am 12. November 1979, die USA würden mit sofortiger Wirkung den Ölimport aus dem Iran einstellen. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2109 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 130.
Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 13. November 1979: „Anordnung des Präsidenten, die Öleinfuhren aus Iran einzustellen, ist in der amerikanischen Öffentlichkeit, im Kongreß, in den Medien und in Wirtschaftskreisen fast einhellig begrüßt worden. Dabei steht nicht die tatsächliche wirtschaftliche Auswirkung der Entscheidung im Vordergrund, sondern die Erleichterung darüber, daß Carter mit ihr die amerikanische Entschlossenheit deutlich gemacht hat, sich in politischen und moralischen Grundsatzfragen nicht durch den potentiellen oder tatsächlichen Einsatz der amerikanischen Importabhängigkeit im Energiebereich als Druckmittel erpressen zu lassen. Darüber hinaus wird der Schritt als sehr persönliche Entscheidung des Präsidenten angesehen, der seinen Führungsanspruch unter Beweis stellen und damit auch die Chancen seiner Wiederwahl stärken wollte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4042; Referat 311, Bd. 137621.

9 So in der Vorlage.

6) The Ambassadors said that there was public opinion in our countries as well and it was tragic to see the good will which had originally attended the Iranian revolution dissipated by acts of this nature. If the Iranian Government had no control, they were saying that the issue was in effect an internal problem for themselves but yet were inviting others to come in and help them solve it. We could not enter into the details or the substance of the dispute between Iran and the US, but must stand on the principle that the use of hostages was inadmissible. The Iranian Government perhaps underrated the sympathy that had originally been felt for the Iranian revolution and they certainly underrated the reaction in the world to the current situation. Even their appeal to the UN might prove in vain, since no Government could support a Government which endorsed the taking of hostages in its own territory, and hostages who were kept in unacceptable conditions. Moreover, if the Iranian Government was saying that it would not control the actions of its own citizens, what validity should be attached to their assurance of the protection of Diplomatic Missions?

7) Mr. Bani Sadr said that he was well aware of international public opinion, but the people of Iran had been humiliated and their voice had not been listened to, not merely in the last 30 years but in the last 150. Since the revolution was against oppression, they could not themselves oppress the people. The acceptance of the Shah as a refugee by the United States[10] was an intolerable humiliation, and the people had reacted against it. The Iranian Government could not fire on the students, first because they understood their feeling and secondly because they rejected repression. Therefore some other solution must be found, and they asked for our help in this. For their part, the only solution they could see was that our Governments should put pressure on the United States to accept the Shah as a criminal. The Imam should not coerce people and the Iranian Government had to deal with this difficult situation as they found it. As for other Diplomatic Missions, the people themselves were protecting them. No diplomat had been hurt since the occupation of the US Embassy and though there might have been telephone calls and threats, these were nothing to do with the Government and probably came from SAVAKis.

8) The Ambassadors took up a point that Mr. Bani Sadr had made at the meeting with the Diplomatic Corps the previous day[11] and said that the press and broadcasting media in all their countries had been extremely critical of the Shah's regime before the revolution and sympathetic to the revolution was now tarnished and the press in our countries, over which we had no control, was critical of it, it could only be because the journalists concerned sincerely believed it was worthy of criticism.[12]

9) Continuing, they said that Mr. Bani Sadr had spoken of the humiliation of the Iranian people: He must realise that the demands being put forward against the background of the staff of the US Embassy, mere functionaries carrying out

10 Schah Reza Pahlevi hielt sich seit 22. Oktober 1979 in den USA auf, um sich einer medizinischen Untersuchung zu unterziehen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2251.

11 Botschafter Ritzel, Teheran, übermittelte am 12. November 1979 einen Bericht der Botschafter der EG-Mitgliedstaaten in Teheran zum Treffen des Diplomatischen Corps mit dem iranischen Außenminister Bani Sadr am selben Tag. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1345; Referat 311, Bd. 137621.

12 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

their duty, being held as hostages, amounted to an attempt to humiliate the American people. Mr. Bani Sadr spoke of the rights of man. If Iran wished them to be respected, she must respect them herself. At the least it was necessary to improve the conditions in which the hostages were kept.

10) Mr. Bani Sadr said that the Swedish Ambassador[13] had announced after his visit that the hostages were well. The French Chargé intervened. The Swedish Ambassador's statement, made on behalf of the four Ambassadors who visited the US Embassy, had been deliberately neutral in tone in order not to raise tension, which would not be in the interests of Iran, the United States or anybody. But the truth was that the hostages were kept in conditions that were far from satisfactory. The hands of most of them were bound and they were detained in sealed rooms with no daylight, and in silence. The visitors had not been permitted to converse freely with them and in the circumstances their statement could only be taken to confirm that so far as the visitors could judge none of the hostages had been physically maltreated. An immediate improvement in these inhuman conditions would go some way towards reassuring world opinion.

11) Mr. Bani Sadr said that he would take this up today and would speak to the Imam."

II. „1) Following comments are agreed among the community Heads of Missions on their meeting with Bani Sadr of 13 November 1979:

2) Bani Sadr's argument is that since the Iranian Government rejects repression and the use of force to restore order, it falls upon the US and assisted by the international community to satisfy the just demands of the Iranian people, in which there is no change.

3) There can be little doubt that considerable difficulties exist for the Government in its efforts to harness the various revolutionary factions and groupings. On several occasions it has been evident that the occupants of the US Embassy have a certain autonomy. Nevertheless there is in practice a considerable identity of view between these groups on the one hand and the Iranian Government, the religious leaders, and the people as a whole on the other. It still seems reasonable therefore to believe that Ayatollah Khomeini still wields such authority that if he applied it with determination in this situation he would prevail.

4) It would appear, however, that anyone, even Khomeini, who would try to change the course of events at the American Embassy, must in order to succeed in some sense bring „satisfaction and victory to the people" as a built-in factor in the proposed action.

5) Even if the Iran–US crisis in many ways bears the marks of being orchestrated as an instrument of domestic policy in order to gather support for the Imam, it would be a mistake to underestimate the underlying strength of feeling. It is therefore necessary to approach the problems at their face value.

6) This is especially true of the demand to have the Shah extradited (although this is not the prime motive behind the Ayatollah's anti-American move). The handing over of the Shah has been ruled out by the US Government, for good

[13] Kay Sundberg.

reasons. Any substitute must therefore be sufficiently spectacular to give the satisfaction required.

7) Our joint recommendations are:

(i) that, difficult as it may be for them, the Americans should be persuaded to allow time for tension and tempers to subside (an improvement in the conditions of the hostages would obviously help).

(ii) that the sort of solution to which the US should be working might involve the following elements: The departure of the Shah from the US.[14] The expulsion of hostages by the Iranian Government and a statement by the US Administration that they fully recognise the independence of Iran. That their recognition of the Revolutionary Government involves the withdrawal of the recognition of any claim by the Shah or his family to the throne of Iran. That while recognising the revolutionary fervour of the Iranian people they deplore the treatment of their Embassy staff and the breach of international law and that they welcome the decision of the Shah who had been admitted only for medical reasons, to withdraw from the US. We cannot be assured that in the present state of feeling here this would be sufficient but perhaps with the passage of time it might become so.

(iii) that the very understandable reactions by the US against Iran and Iranian interests might delay the subsiding of tempers and tension and for that reason should be very carefully considered (as we are sure they are) before they are embarked upon. (In particular any debate in the Security Council should be handled in as low a key as possible.)

(iv) to state the obvious, the sooner the US Government can establish a direct link, in some neutral capital as a first step, or through private American groups or, for example, the ICRC[15], the better. Any such step should be kept absolutely confidential."

VS-Bd. 14084 (010)

14 Schah Reza Pahlevi verließ die USA am 15. Dezember 1979 und reiste nach Panama.

15 International Committee of the Red Cross.

332

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem zairischen Außenminister Nguza Karl-I-Bond

321-321.11 ZAI VS-NfD **15. November 1979**[1]

Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem zairischen Außenminister Nguza Karl-I-Bond am 15. November 1979 von 8.30–9.45 Uhr im Gästehaus des Auswärtigen Amts auf dem Venusberg[2]

1) AM *Nguza*, der am Vortag aus London kam[3], berichtete dem Herrn Bundesminister über seine Vermittlerrolle bei den Rhodesien-Verhandlungen in London.[4] Bereits auf der OAE-Gipfelkonferenz in Monrovia[5] habe Zaire wichtige Vorschläge für eine Lösung der Rhodesien-Frage durch Verhandlungen mit allen Parteien gemacht. Leider habe die Konferenz die Vorschläge nicht angenommen. Sie seien aber auf der nachfolgenden Commonwealth-Konferenz in Lusaka[6] Wort für Wort übernommen worden. Auf Bitte von Premierministerin Thatcher habe die zairische Regierung sich zweimal vermittelnd in die jetzt tagende Konferenz eingeschaltet, zunächst bei der Lösung des Verfassungsproblems und jetzt bei der Festlegung des Übergangsregimes. Auf eine persönliche Botschaft von Frau Thatcher an Präsident Mobutu habe dieser ihn (Nguza) gebeten, sofort nach London zu fahren. Er habe eingehende Verhandlungen sowohl mit Muzorewa wie mit Nkomo und den britischen Unterhändlern geführt und dabei schnell gesehen, daß die verbliebenen Schwierigkeiten mehr psychologi-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vestring am 15. November 1979 gefertigt und von Ministerialdirektor Meyer-Landrut am 16. November 1979 über Staatssekretär van Well an Bundesminister Genscher weitergeleitet. Dazu vermerkte Meyer-Landrut: „Die dem Herrn Bundesminister überreichte Aufzeichnung des zairischen Geheimdienstes [stellt] die angeblichen Kindermorde in Zaire als Propagandamanöver der Exilopposition in Brüssel dar. Da ihr zur Anschwärzung Mobutus nichts besseres eingefallen sei, habe sie die längst bekannte Razzia der zairischen Polizei gegen Diamantenschmuggler im Juli 1979 aufgebauscht und die Internationale Liga für Menschenrechte in Paris für ihre Zwecke eingespannt. Das etwas kindlich aufgemachte Papier kann nicht als seriöser Beitrag zur Aufklärung der Angelegenheit angesehen werden."
Hat van Well am 19. November 1979 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Petersmann am 22. November 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 23. November 1979 vorgelegen.
Hat Genscher am 25. November 1979 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Ohlraun vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 321, Bd. 127616.

2 Der zairische Außenminister Nguza Karl-I-Bond hielt sich am 14./15. November 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Botschafter Ruete, London, berichtete am 20. November 1979, der Aufenthalt des zairischen Außenministers Nguza Karl-I-Bond am 13./14. November 1979 in Großbritannien habe „im wesentlichen Vermittlungsdiensten im Rahmen Londoner Rhodesien-Konferenz sowie Vorbereitung dritter Brüsseler Tagung über Mobuto-Plan am 28./29.11.79 gedient". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2564; Referat 321, Bd. 127616.

4 Zur Verfassungskonferenz über Rhodesien in London vgl. Dok. 315, Anm. 41.

5 Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten fand vom 17. bis 20. Juli 1979 in Monrovia statt.

6 Vom 1. bis 7. August 1979 fand in Lusaka eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 234, Anm. 9.

scher Natur seien. Er habe den Briten geraten, hierin der PF (Patriotische Front) weitgehend entgegenzukommen.

Auf die Frage des Herrn *Bundesministers*, wer von den Verhandlungspartnern auf rhodesischer Seite die Entscheidung treffe, antwortete AM *Nguza*, Mugabe und Nkomo träfen die Entscheidungen für die PF gemeinsam, doch sei Nkomo die stärkere Persönlichkeit und habe deshalb einen durchschlagenden Einfluß. Muzorewa andererseits habe die Mehrheit der weißen Siedler hinter sich, Smith sei in die Minderheit gedrängt worden und gezwungen, mitzumachen. Er, Nguza, habe Muzorewa geraten, Smith zu eliminieren.

Der Herr *Bundesminister* sagte hierzu, daß es ein psychologisches Problem von Smith sei, immer Recht behalten zu wollen. Wenn eine Einigung zustande komme, werde Smith sie deshalb als einen Sieg der PF interpretieren.

AM *Nguza* berichtete dann weiter, die Briten würden die Verhandlungen aufrichtig und mit großem Ernst führen. Was das Übergangsregime betreffe, sei noch die Frage offen, welchen Status die Streitkräfte der PF bekommen sollen. Er habe die britische Regierung gebeten, der PF auf diesem Gebiet psychologisch weitgehend entgegenzukommen und wenigstens einen Teil der Streitkräfte der PF in Rhodesien aufzunehmen, sie unterzubringen und zu ernähren. Dann sei noch die Frage der Polizei zu klären. Nkomo bestehe darauf, daß seine eigene Polizei gleichberechtigt mit der rhodesischen Regierungspolizei unter britischer Oberaufsicht patrouilliere. Die Briten seien hiermit nicht einverstanden. Sie zögen vor, die Polizeiaufgaben alleine wahrzunehmen. Hier stelle sich die Frage, ob sie wirklich 10000 Polizisten zu diesem Zweck abstellen könnten.

Nach seinem (Nguzas) Eindruck hat PM Thatcher den Rhodesien-Vertrag in der Tasche, wenn sie in der Frage des Status der Streitkräfte und bei der Polizei der PF psychologisch entgegenkomme.

Zum Abschluß dieses Gesprächspunktes erklärte der Herr *Bundesminister*, er habe die Entwicklung der Rhodesien-Frage in den letzten Monaten mit großer Genugtuung und Sympathie beobachtet. Er würdige die großen Anstrengungen der britischen Regierung wie auch der afrikanischen Regierungen, insbesondere auch der zairischen, und die persönliche Leistung von AM Nguza bei seinen Vermittlungsbemühungen.

Drei Gesichtspunkte verdienten hervorgehoben zu werden:

1) Es scheine ihm bemerkenswert, wie die europäischen mit den afrikanischen Staaten auf das engste zusammenarbeiteten, um die Überreste von Kolonialismus und Rassismus zu überwinden.

2) Dadurch werde der Welt ein Beispiel gegeben, wie eine schwierige Frage, die lange Zeit als unlösbar galt, durch friedliche Verhandlungen gelöst werden könne. Dies werde erhebliche Bedeutung für die Lösung der Namibia-Frage haben und sich auf die innere Entwicklung in Südafrika auswirken.

3) Von großer Wichtigkeit sei, daß hiermit die erneute Gefahr abgewendet werde, daß die Sowjetunion im Zuge eines Rassenkrieges Gelegenheit bekomme, im Süden Afrikas Fuß zu fassen.

Die Staaten des südlichen Afrika könnten sich ihrer friedlichen inneren Entwicklung zuwenden. Dies werde auch geistige Auswirkungen auf Angola haben.

AM *Nguza* erwiderte, er teile die Einschätzung des Herrn Bundesministers. Es sei ohne Präzedenzfall in der Geschichte, daß eine Kolonie wie Rhodesien nach mehr als zehnjährigem Krieg in engem Zusammenwirken der einstigen Kolonialmacht Großbritannien mit anderen interessierten afrikanischen Staaten die Unabhängigkeit erhalte.[7] Er müsse selbst große Anerkennung der britischen Regierung dafür zollen, die hierbei keine Mühe scheue. Es sei von größter Wichtigkeit, daß Großbritannien hierbei von allen unterstützt werde.

AM Nguza fuhr fort, alle afrikanischen Problemfälle seien miteinander verbunden. Es bestehe die Hoffnung, daß eine einvernehmliche Lösung des Rhodesien-Problems sich günstig auf Namibia auswirke. Wegen der Haltung der Südafrikaner seien die Verhandlungen in Genf schwierig.[8] Die fünf westlichen Kontaktmächte[9] müßten eine kapitale Rolle bei der Beeinflussung Südafrikas spielen, während die afrikanischen Regierungen auf SWAPO einwirken müßten, freien Wahlen zuzustimmen. Die Frontstaaten[10] handelten ganz auf dieser Linie.

Man müsse davon abkommen, die SWAPO als einzige legitime Vertreterin des namibischen Volkes anzusehen, wenn dies auch für die Kampfzeit durchaus richtig gewesen sei. Er mißtraue allen afrikanischen Brüdern, die für die Unabhängigkeit kämpften, aber Angst hätten, in ihr Land zurückzukehren. Er habe Neto noch zwei Wochen vor seinem Tode[11] als letzter afrikanischer Politiker besucht. Seine Gedanken über Namibia, insbesondere über die entmilitarisierte Zone, habe er ihm (Nguza) wie ein politisches Testament hinterlassen.

2) Als zweiten wichtigen Punkt berichtete AM Nguza über die deutsch-zairische Zusammenarbeit. Die soeben in Kinshasa zu Ende gegangene Sitzung der Großen Deutsch-Zairischen Gemischten Kommission habe hervorragende Arbeit geleistet und zu positiven Ergebnissen geführt.[12] Die Arbeit von Botschafter

7 Simbabwe wurde am 18. April 1980 unabhängig.

8 Vom 12. bis 16. November 1979 fanden in Genf Gespräche über die Namibia-Frage statt, an denen die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA sowie Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia und Tansania, ferner Südafrika sowie Vertreter der Vereinten Nationen und der SWAPO teilnahmen. Botschaftsrat I. Klasse Vergau, z. Z. Genf, berichtete am 16. November 1979, die Gespräche hätten „nicht zur grundsätzlichen Annahme des Konzepts einer demilitarisierten Zone durch Südafrika geführt. Es besteht Aussicht, daß Pretoria nach interner Beratung über das Ergebnis von Genf eine grundsätzliche Annahme unter gewissen Bedingungen erklärt und damit seine bisherige Zurückhaltung reduziert erscheinen läßt. Urquhart und Ahtisaari hoffen, eine Formel zu erhalten, die im fälligen Waldheim-Bericht an den SR wenigstens die Feststellung eines gewissen Fortschritts erlaubt. Alle Frontstaaten haben sich in Genf mit dem D[e]M[ilitarisierte]Z[one]-Konzept als Vorschlag Netos identifiziert. SWAPO hat grundsätzlich zugestimmt und Flexibilität bei Bedenken zu Einzelheiten erkennen lassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2056; Referat 320, Bd. 125275.

9 Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA.

10 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia und Tansania.

11 Präsident Neto starb am 10. September 1979.

12 Die 6. Sitzung der Großen Deutsch-Zairischen Gemischten Kommission fand vom 5. bis 9. November 1979 in Kinshasa statt. Botschafter Schattmann, Kinshasa, berichtete am 8. November 1979: „a) Die Verhandlungen in der Unterkommission Wirtschaftsfragen zeichneten sich durch ein freundschaftliches und sachliches Klima aus, das es leicht machte, die zum Teil (für die zairische Seite) wenig erfreulichen deutschen Forderungen vorzutragen, und es ermöglichte, gemeinsam nach Lösungen zu suchen. b) Entsprechend den Anfragen des IWF sieht der Stabilisierungsplan eine Serie von Restriktionsmaßnahmen im monetären und budgetären Bereich vor, die trotz des geringen Lebensstandards der Bevölkerung von der Regierung angeordnet und mit unterschiedlichem Erfolg auch durchgeführt werden. Negativ bleibt nach wie vor eine sehr hohe Inflationsrate von ca. 100 Prozent jährlich zu verzeichnen, während sich in der Außenhandelsposition trotz gestiegener Ölpreise eine Trendwende zum Besseren abzeichnet." Schattmann unterrichtete weiter, es sei die „Hoffnung nach

Schattmann, von MDg Schüßler, BMWi, und Dr. Ehmann, BMZ, verdiente Anerkennung.

Er (Nguza) habe Verständnis dafür, daß der Herr Bundesminister wegen Terminschwierigkeiten seine Reise nach Zaire nicht habe antreten können. Er hoffe, daß der Herr Bundesminister die Reise bald nachhole, und sei bereit, ihn in Kinshasa zu empfangen, wann er dies wolle.

Für Zaire sei das für Ende dieses Monats in Brüssel vorgesehene Treffen der Freunde Zaires von besonderer Wichtigkeit.[13] Die Unterstützung Zaires könne man nicht ohne die Frage des Vordringens der kommunistischen Macht in Afrika sehen. Der AM verwies auf einen in der französischen Zeitung „Paris Match" im September erschienenen Artikel über die kommunistische Strategie in Afrika.[14] Zaire sei nicht antikommunistisch, es wollte vielmehr ungebunden sein und seine Partner frei wählen. Der AM verwies dann auf die kommunistische Bedrohung in Gabun, Kamerun, Elfenbeinküste, Senegal und Marokko.

Zaire habe zwei Shaba-Krisen erlebt[15], man wisse, woher sie gekommen seien. Bei der letzten Krise habe sich die DDR besonders hervorgetan.

3) Dann leitete AM Nguza zu dem dritten Punkt seines Vortrags über, den behaupteten Kindermorden in der Provinz Kasai in Zaire.[16] Nachdem alle Versu-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1700

einer Wiederaufnahme der Ausfuhrdeckungen" geäußert worden: „Die zairische Delegation präsentierte den soeben in Kraft getretenen neuen Investitions-Code und knüpfte daran die Erwartung, daß die darin enthaltenen Anreize es speziell den deutschen Investoren erleichtern würden, neue Investitionsentscheidungen zu treffen. [...] Die Diskussion der rohstoffpolitischen Fragen, insbesondere hinsichtlich der Fragen eines Kupferabkommens, ergab eine weite Übereinstimmung auf der Basis der deutschen Vorstellungen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 336; Referat 321, Bd. 127617.

13 Vortragender Legationsrat I. Klasse Haferkamp vermerkte am 3. Dezember 1979: „Auf Einladung der belgischen Regierung fand im Palais Egmont in Brüssel am 28. und 29. November 1979 die dritte internationale Konferenz zur finanziellen und wirtschaftlichen Gesundung Zaires statt. Zahlreiche europäische Staaten sowie die USA, Kanada und Japan ebenso wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die Europäischen Gemeinschaften waren durch hochrangige und zahlreiche Delegationen vertreten. [...] Die zairische Regierung war durch eine umfangreiche Delegation, geführt von Außenminister Nguza Karl-I-Bond, vertreten. Wegen der verzweifelten Wirtschafts- und Finanzlage des Landes hatte Zaire von allen Delegationen anerkannte Anstrengungen unternommen, um aufgrund präziser Dokumentation ein ungeschminktes Bild ihrer Schwierigkeiten zu geben. Gleichzeitig wurden bereits mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds abgestimmte Lösungsvorschläge unterbreitet. Hauptziel aller zairischen Dokumente war es, die für 1980 erwartete Finanzlücke von 300 Mio. US-Dollar durch eine Solidaritätsaktion der internationalen Staatengemeinschaft zu überbrücken. Nach langen, harten Debatten gelang es der Konferenz, ca. 200 Mio. US-Dollar für das Jahr 1980 als neue Budgetzusagen für Zaire bereitzustellen." Vgl. Referat 321, Bd. 127618.

14 Vgl. den Artikel „Les Russes à Paris en 3 jours?"; PARIS MATCH vom 5. Oktober 1979, S. 3–12.

15 Am 8. März 1977 brachen in der zairischen Provinz Shaba an der Grenze zu Angola Kämpfe zwischen Regierungstruppen und aus Angola eingedrungenen bewaffneten Gruppen aus. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 72.
Zum Einmarsch von Rebellen in die Provinz Shaba am 11./12. Mai 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 35.

16 Botschafter Schattmann, Kinshasa, berichtete am 10. November 1979: „Angebliche Meldung der ‚Stimme Amerikas' über am 17. Juli des Jahres erfolgten Mord an 215 Kindern in der zairischen Region Kasai durch zairische Streitkräfte, die sich auf Mitteilung Internationaler Menschenrechtskommission stützen soll, wurde zairischerseits als frei erfunden dargestellt und scharf dementiert. [...] Wie Botschaft aus sonst zuverlässiger Quelle weiß, hat Meldung der ‚Stimme Amerikas' nur sehr geringen Wahrheitsgehalt. Danach soll eine größere Anzahl Kinder bei einer Razzia gegen den Diamantenschmuggel nach Warnschüssen durch Ordnungskräfte panikartig die Flucht ergriffen haben. Als Fluchtweg benutzten sie nahegelegenen Fluß, in dessen Strömung eine größere, im einzelnen der Botschaft nicht bekannte Zahl Kinder ertrunken sein soll. Zairischerseits wurden drei Tote aus diesem Anlaß zugegeben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 337; Referat 321, Bd. 127616.

che der Kommunisten in Zaire gescheitert seien, versuchten sie jetzt, seine Regierung in der internationalen öffentlichen Meinung anzuschwärzen, um dadurch die Freunde Zaires zu entmutigen, weitere Hilfe zu leisten. Es würden Vergleiche mit Idi Amin und Bokassa hergestellt, die Feinde Zaires würden aber auf einen harten Kern beißen. Bei seinem jetzigen Aufenthalt in London habe er den Generalsekretär von Amnesty International aufgesucht. Dr. Ennals habe ihm ausdrücklich erklärt, Zaire werde zu Unrecht beschuldigt.[17] Trotzdem habe er (Nguza) den Generalsekretär eingeladen, nach Zaire zu kommen und die Lage an Ort und Stelle zu prüfen. Er halte das Angebot einer internationalen Untersuchungskommission aufrecht.

Nach der Darstellung der Internationalen Liga für die Wahrung der Menschenrechte habe das zairische Militär 2–300 Kinder in einer Ferienkolonie im Diamantengebiet der Provinz Kasai ermordet. Er möchte dazu folgendes feststellen:

(1) Es gebe in Zaire keine Ferienkolonie.

(2) Ferienkolonien würde man sicher auch nicht auf Diamantenfeldern errichten.

(3) Man hätte erwarten können, daß sich die Eltern über die Ermordung der Kinder beklagten, davon habe man nichts gehört.

(4) Man könne doch auch nicht 2–300 Kinder erschießen, ohne daß die Weltöffentlichkeit sofort davon erfahre.

(5) Keine einzige der in Zaire akkreditierten ausländischen Botschaften habe die Regierung angeschuldigt.

(6) Der Zwischenfall im Juli d. J. sei untersucht worden, es habe sich um eine Affäre zwischen der Polizei und Diamantenschmugglern gehandelt.

Nach diesen Erklärungen überreichte AM Nguza dem Herrn Bundesminister einen achtseitigen Untersuchungsbericht des zairischen Geheimdienstes vom 9. November.

4) Der Herr *Bundesminister* ging auf diesen Gesprächspunkt nicht ein.

Er fragte nach der zairischen Beurteilung der Entwicklung in Angola.

Der *AM* berichtete, als Präsident Neto starb, habe er sich mit Präsident Mobutu zusammen in den USA befunden.[18] Sie hätten sich sofort nach Luanda begeben und Gespräche mit Netos Nachfolger, dos Santos, dem starken Mann Luciola, AM Jorge und Verteidigungsminister Chikerema geführt.[19] Dos Santos

17 An dieser Stelle vermerkte Legationsrat I. Klasse Ohlraun handschriftlich: „Nachträglich festgestellt: Stimmt nicht."
Botschafter Ruete, London, berichtete am 19. November 1979: „In Abwesenheit Generalsekretärs sagte zuständiger Referent Amnesty International Botschaft, Generalsekretär habe AM von Zaire gegenüber die [...] Äußerung nicht getan. Er habe vielmehr gesagt, Amnesty International sei ‚not in a position to confirm or deny these charges'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2551; Referat 321, Bd. 127616.

18 Präsident Mobutu und der zairische Außenminister Nguza Karl-I-Bond hielten sich vom 10. bis 13. September 1979 in den USA auf.

19 Botschafter Schattmann, Kinshasa, berichtete am 1. Oktober 1979: „Bereits wenige Tage nach seiner Rückkehr aus den USA stattete Präsident Mobutu in Begleitung von Außenminister Nguza und weiterer hochrangiger zairischer Persönlichkeiten Luanda am 27.9.1979 einen sechsstündigen Besuch ab, dessen Ziel einmal war, ein Zeichen seines guten Willens zu setzen, die mit Neto begonnene Politik der guten Nachbarschaft auch mit dem Nachfolger fortzusetzen. Gleichzeitig bot sich für Mobutu bei dem Aufenthalt in Luanda die Gelegenheit, seine offensichtlich echt empfundene Trauer über den Verlust eines für die Außenpolitik Zaires wichtigen Politikers auch nach außen er-

habe erklärt, er werde die von Neto begonnene Politik gegenüber Zaire und Namibia ohne Änderung fortführen. Inzwischen hätten sich bei einem Drei-Länder-Treffen die Präsidenten Mobutu, dos Santos und Kaunda feierlich auf eine Nichtangriffspolitik festgelegt.[20] Dos Santos werde insbesondere auch die Namibia-Politik Netos fortsetzen. Hierbei müßten die fünf westlichen Länder eine bedeutende Rolle spielen, weil die Afrikaner keinen Einfluß auf Südafrika ausüben könnten. Was die Öffnungspolitik nach Westen betreffe, so habe Angola den Mißerfolg der sowjetischen Entwicklungshilfe festgestellt (Einwurf des Herrn Bundesministers: „Wen wundert es?"). Deshalb sei Angola entschlossen, sich zu öffnen, natürlich unter Beibehaltung seiner Beziehungen mit den Genossen und Fortführung seiner prosowjetischen ideologischen Linie. Mit 20 000 in Angola stationierten kubanischen Soldaten könnten sie es ja auch gar nicht anders. Er müsse sagen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Zaire erleide, könne man nicht mit Angola vergleichen, dort herrsche einfach Misere. Bei seinem letzten Besuch in Angola habe seine Frau zwei Kilo und er ein Kilo an Gewicht verloren. AM Jorge habe ihm erklärt, die Öffnung nach Westen sei vollständig und aufrichtig. Angola wünsche besonders Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland.[21] Er lasse Grüße an den Herrn Bundesminister ausrichten.

Der Herr *Bundesminister* erwiderte darauf, wir hofften, daß diese Tendenz auch sichtbaren Ausdruck fände. Wir hielten uns für Angola bereit.

MD *Meyer-Landrut* warf hierbei ein, er habe kürzlich den angolanischen Botschafter in Brüssel, Almeida, empfangen[22] und eine weiter bestehende große ideologische Verbohrtheit festgestellt. Seines Erachtens brauche das Land noch Zeit, bis es zu einer realistischen Politik komme.

AM *Nguza* wollte dies nuanciert sehen. Die Angolaner seien bereits realistisch, ihre Hände seien aber gebunden. Die Sowjetunion und Kuba seien so stark präsent, daß sie bestimmte Grenzen nicht überschreiten können.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1702

kennbar zu manifestieren. So ließ es sich Mobutu nicht nehmen, nach einem kurzen Vier-Augen-Gespräch mit Präsident dos Santos im Flughafengebäude zum Volkspalast zu fahren, wo die sterbliche Hülle Netos aufgebahrt war." Vgl. den Schriftbericht Nr. 791; Referat 321, Bd. 127616.

20 Botschafter Schattmann, Kinshasa, berichtete am 16. Oktober 1979, die Präsidenten Kaunda, Mobutu und dos Santos hätten sich am 14. Oktober 1979 in Ndola getroffen: „Das seit längerer Zeit zu beobachtende Bemühen Mobutus, Sicherheitsabsprachen mit den Nachbarländern Zaires zu schließen, trifft auf gleichgeartete Interessen seiner Gesprächspartner." Vgl. den Drahtbericht Nr. 313; Referat 321, Bd. 127616.

21 Zu den Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Angola vgl. Dok. 252.

22 Ministerialdirektor Meyer-Landrut traf am 9. November 1979 in Bonn mit dem angolanischen Botschafter in Brüssel, d'Almeida, zusammen. Er unterrichtete d'Almeida, „daß, nachdem unserem Botschafter nunmehr das Agrément erteilt worden sei, wir voraussichtlich gegen Ende dieses Monats oder Anfang Dezember ein Vorauskommando nach Luanda entsenden sollten, um die Einrichtung der Botschaft vorzubereiten. Der Leiter des Vorauskommandos werde als chargé d'affaires fungieren. Die Entsendung eines Botschafters sei für Februar 1980 vorgesehen. Schwierigkeiten bereite uns die Botschafterresidenz. Bei den Verhandlungen über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen habe die angolanische Regierung versprochen, bei der Lösung dieses Problems zu helfen. Bisher sei aber noch keine Lösung gefunden worden. Wir bemühten uns, unsere Residenz, die von dem dänischen Botschafter genutzt werde, zurückzuerhalten." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 320, Bd. 125163.

Der Herr *Bundesminister* bemerkte hierzu, ihm scheine der Einfluß der DDR in Angola so entscheidend zu sein, daß die Regierung unfähig sei, engere Beziehungen mit uns anzuknüpfen.

AM *Nguza* erwiderte darauf, dies habe AM Jorge durchaus auch zugegeben.

Der Herr *Bundesminister* fuhr fort, die Angolaner würden sehen, wie sie ihre eigenen Interessen am besten wahrten. Wir wünschten eine offene Zusammenarbeit mit ihnen, ohne sie ideologisch beeinflussen zu wollen. Dies werde gut sein für uns, für Angola, für Zaire und für den ganzen afrikanischen Kontinent.

AM *Nguza* erwähnte noch, Präsident dos Santos sei mit einer russischen Frau verheiratet und habe sein Studium in der Sowjetunion gemacht. Dies sei gewiß nicht ohne Einfluß auf ihn, wenn es auch nicht bedeuten solle, daß er nicht anders als die Sowjets denken könne.

Der Herr *Bundesminister* bemerkte hierzu scherzhaft, vielleicht denke seine russische Frau auch anders, als es in der Prawda steht.

5) Schließlich erkundigte sich der Herr Bundesminister nach der zairischen Einschätzung der Entwicklung in Ghana. Hierbei ergab sich eine Übereinstimmung mit unserer eigenen Beurteilung. Der *AM* sagte, die Zivilregierung brauche Zeit, ihre Macht zu konsolidieren. Hauptmann Rawlings behalte großen Einfluß. Die Frage sei aber, ob er nicht von radikaleren Elementen überrollt werde.[23]

6) Zum Abschluß des Gesprächs dankte der Herr *Bundesminister* AM Nguza für seine ausführlichen Darstellungen. Wir würden das von ihm übergebene Dokument sorgfältig prüfen. Wir seien gefahrenbewußt. Zaire könne mit der weiteren engen und freundschaftlichen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland rechnen. Er bat, Präsident Mobutu herzliche Grüße auszurichten.

Referat 321, Bd. 127616

[23] Zum Militärputsch in Ghana am 4. Juni 1979 vgl. Dok. 196, Anm. 26.
Botschafter Weil, Accra, berichtete am 17. Oktober 1979: „Am 24. September bekam Ghana zum ersten Mal seit dem Militärputsch vom 13.1.1972 wieder eine parlamentarisch verantwortliche Zivilregierung. Die neue verfassungsmäßige Exekutive unter dem bisher eher farb- und phantasielos wirkenden Präsidenten Limann versucht, sich in der neuen politischen Landschaft zurechtzufinden. Das Volk beobachtet mit Skepsis, aber auch mit großen Erwartungen, wie die neuen Führer – darunter nicht wenige ‚Berufspolitiker' aus früheren Regimes – an die Arbeit gehen. Auf eine längere Bewährungsfrist können sie dabei kaum rechnen – der Luftwaffenhauptmann Rawlings ist zwar während der Truppenparade nach der Machtübergabe am 24.9. für die ganze Nation sichtbar ‚ins Glied' bei seiner Luftwaffeneinheit zurückgetreten. Doch scheint ihm der Dienst als Pilot der Luftwaffe genug Zeit zu lassen, um sich sehr direkt um die Einlösung des Versprechens des neuen Präsidenten zu kümmern, daß die alten Übel der Korruption und des Ämtermißbrauchs sich nicht wieder im Lande breitmachen und Wirtschaftsverbrechen als Teil der ‚Hausreinigung' konsequent weiter verfolgt werden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 663; Referat 321, Bd. 127543.

333

Oberst i.G. Meyer-Plath, Teheran, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 15. November 1979, 12.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1365 **Ankunft: 15. November 1979, 10.11 Uhr**

Betr.: Lage in Iran
hier: krisenhafte Entwicklung um die US-Botschaft[2]

Bezug: Ohne, da alle eigenen Unterlagen auf Weisung AA vernichtet.[3]

1) Die Frage, wer den ersten Schritt zur jetzigen Krise tat, bleibt offen:

Es können sowohl linke Studenten gewesen sein, die nach kurzer Zeit von Khomeini-Anhängern überrollt wurden, als auch von Anfang an Khomeinis Leute.

2) Das Ergebnis jedenfalls ist eindeutig: US-Botschaft besetzt, Geiseln, vor allem US-Bürger, in der „Gewalt des Volkes".

3) Interessant ist dauernder Wechsel in der Art der Unterstützung der Aktion durch die Staatsführung:

- Ex-Regierung Bazargan[4] war vermutlich aus Legalitätsgründen dagegen, aber wie immer machtlos.
- Revolutionsrat, nach Rücktritt Bazargans gleichzeitig neue Regierung[5], ist dafür. Er drückt sich aber abschwächend durch AM Bani Sadr so aus, als ob niemand, auch der „Imam" nicht, dem berechtigten Willen des Volkes widerstehen könne.
- Experten-Versammlung durch ihren Sekretär, Ayatollah Beheshti, eindeutig dafür.
- Khomeini dafür, aber in der Wortwahl vorsichtig. Auch er spricht vom Volkswillen, von der Schuld der Amerikaner, die allein die ganze Verantwortung für die Vorfälle in ihrer Botschaft trügen und „steht mit seiner ganzen Person vor den Studenten", falls die Amerikaner gewaltsame Gegenaktionen starten sollten. Aber eben auch nur dann! (Immerhin hat er sich in den Au-

1 Hat Legationsrat I. Klasse Boldt am 15. November 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „311 z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme] u[nd] z[um] Verbleib (201)."
Hat Vortragendem Legationsrat Umlauff und Legationsrat I. Klasse Schöps am 19. November 1979 vorgelegen.

2 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 331.

3 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Umlauff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „richtig!"
An dieser Stelle vermerkte Legationsrat I. Klasse Boldt handschriftlich: „sic".

4 Zum Rücktritt von Ministerpräsident Bazargan am 6. November 1979 vgl. Dok. 324, Anm. 6.

5 Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 19. November 1979: „Am 16. November hat der Revolutionsrat ein neues iranisches Kabinett ernannt. Seit Rücktritt des Premierministers Bazargan am 6. November bestand ein Vakuum, das durch die Ernennung von Bazargan-Ministern zu Verwaltern der Ministerien, aber auch durch neue Gesichter, wie beispielsweise Abolhassan Bani Sadr zum Minister für Wirtschaft und Finanzen und zum Außenminister, überbrückt wurde. Das neue Kabinett, das keinen Premierminister hat, setzt sich aus 15 Männern zusammen. Zehn davon hielten auch unter Bazargan Ministerposten. Das Justizministerium soll künftig von einem Rat aus vier Experten geleitet werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1385; Referat 311, Bd. 137606.

gen des Volkes so weit mit der Aktion der Studenten identifiziert, daß er sich nicht ohne weiteres daraus zurückziehen kann.)

4) Trotz der Priorität, die der Rettung der Menschenleben in der US-Botschaft zukommt, stellt sich die Frage nach den wahren Motiven für die Aktion.

Nach meiner Auffassung ist die Auslieferung des Schahs[6], als „krönender Abschluß der siegreichen Revolution" gedacht, nicht Grund, sondern Vorwand. Höchstwahrscheinlich ist es Zweck der Aktion, die verfahrene, auseinanderlaufende, sich selbst neutralisierende Revolution mit neuem Schwung zu versehen und das Volk eindeutiger als bisher hinter seinen großen Führer zu zwingen. Dafür eignet sich die Aktion gegen die Amerikaner in besonderer Weise:

- Sie sind – zu einem guten Teil tatsächlich selbstverschuldet – als Buhmann für beinahe jeden Perser zu gebrauchen.
- Der Haß gegen den Schah, der jetzt von den Amerikanern aufgenommen ist, ist ebenfalls ein einigendes Band.
- Durch die völkerrechtswidrige Aktion konnte eine der Hauptbremsen auf dem Weg zur Diktatur beseitigt werden: der liberale, für Völkerrecht und Menschenrechte eintretende Bazargan.
- Zusammen mit Bazargan mußte das Kabinett zurücktreten. Bezeichnenderweise wurde auch keine neue Regierung im klassischen Sinne gebildet, sondern einige nicht homogene Figuren auch des Revolutionsrats mit Regierungsämtern betraut. Ergebnis dieser Aktion war die Ausschaltung der „Neben"-Regierung Bazargan, die den Weisungen aus Qom nicht in allen Fällen willfahrte.

5) Gegen die Besetzung der US-Botschaft kann niemand im Iran seine Stimme erheben, ohne sogleich pro-imperialistisch und pro-Schah zu sein. Infolgedessen war die Zustimmung von linksaußen (Fedayin-Khalq) bis rechts-moderiert (Ayatollah Schariat-Madari) wenn nicht ausgesprochen, so stillschweigend sicher. Khomeini hat jetzt nicht nur keinen Konkurrenten, sondern nicht einmal mehr eine Opposition, die sich äußern kann.

6) Dies alles löst nicht seine Probleme: Nach wie vor gibt es linke, liberale Menschen mit Einblick in wirtschaftliche Zusammenhänge und Autonomisten. Jedoch sind Khomeinis Möglichkeiten, diese Probleme mit Gewalt zu lösen oder zu unterdrücken, größer als vorher.

7) Die Frage ist, wie sich der Wirtschaftskrieg zwischen dem Erdöl-Riesen Iran und dem Wirtschaftsriesen USA auswirken wird.[7] Sicher ist jedenfalls, daß die augenblickliche Krisenlage, die durch wirtschaftliche Schwierigkeiten nur verschärft werden kann, die Bevölkerung in beiden Ländern stärker als vorher hinter ihre Führung bringt.

Aus meiner Sicht jedenfalls scheint eine Langzeitwirkung unausweichlich:

[6] Schah Reza Pahlevi hielt sich seit 22. Oktober 1979 in den USA auf, um sich einer medizinischen Untersuchung zu unterziehen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2251.

[7] Zur Einstellung von Ölimporten aus dem Iran durch die USA vgl. Dok. 331, Anm. 8.

Der Graben zwischen der westlich-kapitalistisch-imperialistischen Welt[8] und Iran wird tiefer werden. Trotzdem werden Iraner abhängig bleiben von ausländischen Lieferungen aller Art, einschließlich Waffen. Während wir bislang „fürchten" mußten, von den Iranern in eine Stellvertreterrolle für die Amerikaner gedrängt zu werden, sehe ich jetzt vielmehr die Wahrscheinlichkeit, daß die Russen in diese Rolle gebeten werden.

Auf deren Seite sähe ich nur wenig Skrupel!

8) Über den möglichen Ausgang der Botschaftsbesetzung kann man nur spekulieren. Beide Führer, Carter und Khomeini, stehen jedoch nach meiner Meinung unter Erfolgszwang. Carter und die Amerikaner können eine erneute Niederlage wohl nicht mehr hinnehmen, und Khomeini, der mit göttlicher Inspiration handelt, kann per definitionem keine Fehler machen. Dies läßt immer auch das Schlimmste möglich erscheinen.

[gez.] Meyer-Plath

Referat 311, Bd. 137621

334

Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-3908/79 geheim
Fernschreiben Nr. 693
Citissime

Aufgabe: 15. November 1979, 15.42 Uhr[1]
Ankunft: 15. November 1979, 15.49 Uhr

Betr.: MBFR-Interimsabkommen

I. Während des Besuches des britischen Assistant Under Secretary of State Moberly in Wien kam es im Kreis der westlichen direkten Teilnehmer und Italiens zu einem regen informellen Meinungsaustausch über den deutschen und amerikanischen Vorschlag für ein Interimsabkommen[2]. Aus den Gesprächen ist folgendes festzuhalten:

1) Niederländischer[3] und belgischer[4] Delegationsleiter äußerten sich außerordentlich kritisch über Vorschlag für ein Zwischenergebnis und über Stand Dis-

8 Die Wörter „westlich-kapitalistisch-imperialistischen Welt" wurden von Legationsrat I. Klasse Boldt hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 17. November 1979 vorgelegen.

2 Zum Vorschlag der Bundesrepublik für ein Interimsabkommen bei MBFR vgl. Dok. 321, Anm. 4. Für das amerikanische Papier „US views on a modified Phase I Proposal" vom 7. November 1979 vgl. VS-Bd. 10656 (201).

3 Willem Jan Vos van Steenwijk.

4 Luc Smolderen.

kussion begleitender Maßnahmen. Beide hielten eine Verabschiedung noch in dieser Runde für nicht möglich. Bezüglich Interim Agreement vertraten sie die Ansicht, daß Vorschlag bezüglich Ausgestaltung Phase I, Phasenkonzept und Link zwischen Phase I und Phase II gegenüber bisherigen westlichen Vorschlägen einen Rückschritt bedeute. Sie gaben diesen Standpunkt auch nicht auf, als alle anderen Teilnehmer darauf hinwiesen, daß Vorschläge von April[5] und Dezember 1978[6] insoweit unberührt blieben und daß deutsches Papier „Vorschlag für ein MBFR-Interimsergebnis" genannt werde. (Gillmores im DB London Nr. 2518 vom 14.11.1979[7] gemachte Anregung, von einem „early phase I agreement" zu sprechen, steht dieser Betrachtungsweise entgegen.)

2) Es bestand Einmütigkeit darüber, daß der einseitige Abzug von 1000 nuklearen Gefechtsköpfen[8] (nicht als Antwort auf die 1000 Panzer[9], vielmehr im Hinblick auf die TNF-Modernisierung[10]) positiv zu bewerten ist. Niederländer und Belgier scheinen aber Schwierigkeiten zu haben, die Folgen der Entleerung der Option III[11], nämlich deren praktisches Verschwinden vom Verhandlungstisch, ihren Parlamenten und ihrer Öffentlichkeit gegenüber überzeugend vertreten zu können.

3) Moberly, unterstützt von Cagiati, stellte TNF-Modernisierung als wichtigstes Element der westlichen Position, aber auch als Hauptangriffspunkt des Ostens dar. MBFR spiele hier nur eine untergeordnete Rolle. Der neue Vorschlag dekke diese Seite gut ab und müsse im Gesamtzusammenhang gesehen werden. Auf letzte Feinheiten komme es nicht an. Wenn man einmal mit substantiellen Verbesserungen anfange, sei den amendments Tür und Tor geöffnet. Allenfalls könne man an kosmetische Veränderungen denken, die keinen Zeitverlust verursachten.

4) Bolland insistierte auf Verbesserungen des Linkage-Aspekts der Vorschläge. Folgende Varianten zum Vorschlag wurden besprochen:

a) Bei dem Hinweis an den Osten, daß mangels einer umfassenden Dateneinigung der Umfang der Gesamtreduzierungen noch nicht festgelegt werden könne, solle ausdrücklich auf die Vorschläge vom April und Dezember 1978 verwiesen werden, wonach der Osten durch ein Eingehen auf eine umfassende Daten-

5 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 19. April 1978 vgl. Dok. 20, Anm. 3.

6 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 13. Dezember 1978 vgl. Dok. 39, Anm. 4.

7 Botschafter Ruete, London, berichtete am 14. November 1979, der Mitarbeiter im britischen Außenministerium, Gillmore, habe gegenüber einem Angehörigen der Botschaft ausgeführt: „Da Bezeichnung ‚Interim agreement' möglicherweise zu Fehldeutungen führe (Abkommen zwischen Phase I und Phase II), sei zur Klarstellung Bezeichnung ‚early phase I agreement' vorzuziehen." Vgl. VS-Bd. 11494 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

8 Zum Vorschlag der amerikanischen Regierung über einen Abzug von Kernsprengköpfen vgl. Dok. 303.

9 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 287 und Dok. 296.

10 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

11 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 16. Dezember 1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III) vgl. Dok. 13, Anm. 2.

einigung in die Lage kommen könne, schon vor Abschluß eines Interimsabkommens über die Gesamtreduzierungen informiert zu werden.

Kommentar: Diese Variante wird den Osten sicher nicht sehr beeindrucken, kann aber nicht schaden.

b) An dieser Stelle könnte der Westen zur Illustration angeben, daß er nach dem derzeitigen Datenstand eine bestimmte Summe reduzieren werde, wobei nachträglich notwendig werdende, aber nicht vorhersehbare Erhöhungen zusätzlich einzuschließen wären – alles unter der Voraussetzung, daß später eine Dateneinigung erfolge.

Kommentar: Eine bedingte Inaussichtstellung der westlichen Gesamtreduzierungssumme (nicht aber der nationalen Reduzierungsquoten) mag es dem Osten etwas erschweren, den Vorschlag glatt abzulehnen.

II. Bolland berichtete am 14.11.1979 in der AHG, bei einem Essen anläßlich des Besuches von Moberly habe sich Tarassow am gleichen Tag zu Presseberichten über eine neue westliche Initiative wie folgt geäußert:

Soweit er beurteilen könne, sollten diese neuen Vorschläge wenig mehr als formale Änderungen enthalten. Insbesondere sollte das Link zwischen den Phasen sehr schwach sein. Wenn die westlichen Vorschläge keine wirkliche Substanz beinhalteten, würden sie auch keine wirkliche Antwort des Ostens erhalten. In diesem Zusammenhang habe Tarassow impliziert, es hänge von der westlichen Reaktion auf die Breschnew-Rede ab, wie der Osten den angekündigten Rückzug sowjetischer Streitkräfte und Panzer in die östliche Verhandlungsposition integrieren werde.

Die SU werde sich auf kurze Sicht nicht von den Verhandlungen zurückziehen. Dennoch habe er sich wieder sehr pessimistisch hinsichtlich der Erreichbarkeit eines Abkommens geäußert.

III. 1) Wie belgischer Botschafter Smolderen mir vertraulich mitteilte, ist er von seinem Außenministerium angehalten worden, eine Ausdehnung der laufenden Verhandlungsrunde[12] bis zum 20.12.1979 zu verhindern, obwohl AHG am 14.11.1979 einen derartigen Beschluß gefaßt hatte. Ohne Ausdehnung der Runde dürfte die Präsentation der neuen westlichen Vorschläge kaum möglich sein.

2) Auf die Frage, ob die vom niederländischen Gesandten im SPC am 14.11.1979 abgegebene Erklärung[13] die niederländische Position vollständig wiedergebe,

12 Die 19. Runde der MBFR-Verhandlungen begann am 27. September 1979 und endete am 20. Dezember 1979.

13 Gesandter Pfeffer, Brüssel (NATO), berichtete am 14. November 1979 über die Sitzung des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene am selben Tag: „NL-Vertreter betonte eingangs positive Einstellung seiner Regierung gegenüber einem neuen westlichen Anlauf, die MBFR-Verhandlungen durch substantielle Vorschläge wieder in Bewegung zu bringen. Sie teile auch Standpunkt, daß Initiative in den Zusammenhang mit den TNF-Entscheidungen im Dezember gestellt werden sollte und für eine kohärente westliche Rüstungskontrollposition wichtig sei. NL seien der Ansicht, daß Frage der Attraktivität eines Interim-Abkommens für Osten wichtiger Maßstab dafür sei, ob Initiative den von uns gewünschten Zweck erfüllen könne. [...] Bisher sei es westliches Verhandlungsziel gewesen, in Phase I ein substantielles Ergebnis mit Festlegung der Grundzüge für Phase-II-Verhandlungen zu erreichen. Deutsches Papier scheine demgegenüber begrenztes Phase-I-Abkommen mit einem geringeren Grad an fester Orientierung für die nachfolgenden Verhandlungen anzuvisieren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1178; VS-Bd. 11494 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

antwortete stellvertretender Leiter der niederländischen MBFR-Delegation am 15.11.1979 folgendes:

Der Gesandte habe aus taktischen Gründen vorläufige Ausführungen gemacht. Aus niederländischer Sicht müsse ein neuer westlicher MBFR-Vorschlag selbständiges Gewicht haben und dürfe nicht nur Anhängsel der TNF-Entscheidung sein. Die Niederlande könnten nicht zustimmen, daß die Substanz der westlichen MBFR-Position verdünnt werde. Sie sähen auch keine zwingende Notwendigkeit, den neuen MBFR-Vorschlag mit der TNF-Entscheidung zu verbinden. Am deutschen Papier störe insbesondere die Schwächung des Link zwischen den beiden Phasen. Die westliche Position vom 13.12.1978 und die östliche vom 28.6.1979[14] lägen sehr nahe beieinander. In dieser Situation gehe es nicht an, wenn der Westen lediglich die Form „significant" wiederhole. Dies müßte auf den Osten provozierend wirken. Auf die Bemerkung, daß die Äußerungen des niederländischen Gesandten in Brüssel zu Mißverständnissen Anlaß geben könnten, wenn dies in der Tat der Kern der niederländischen Haltung sei, meinte Balluseck, er wolle damit nicht sagen, daß die Niederlande der Einführung der neuen Vorschläge nur nach einer Anreicherung ihrer Substanz zustimmen würden. Die Niederlande würden aber alles tun, um eine solche Anreicherung zu erreichen.

3) Dennoch bleibt als Schlußfolgerung festzuhalten, daß entgegen dem im SPC in Brüssel herrschenden Eindruck aus Wiener Sicht nach heutigem Stand Belgier und Niederländer so große Schwierigkeiten machen, daß eine Verabschiedung der NATO-Weisung zum Interimsabkommen und zu den begleitenden Maßnahmen bis Mitte Dezember gefährdet erscheint.

[gez.] Jung

VS-Bd. 11494 (221)

14 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 28. Juni 1979 vgl. Dok. 200.

335

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Richthofen

210-252.05-1485/79 VS-vertraulich **16. November 1979**[1]

Betr.: Olympische Spiele 1980 in Moskau[2]
hier: unbeschränkte Teilnahme der Berliner an der Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland

Herr Senator a.D. Korber unterrichtete mich heute vertraulich von einem Gespräch, das er kürzlich mit NOK-Präsident Daume geführt hat. Herr Daume habe ihm versichert, daß er nicht die geringsten Schwierigkeiten in bezug auf Berlin (West) bei den Olympischen Spielen 1980 in Moskau erwarte. Herr Korber hat keinen Zweifel daran, daß Präsident Daume ihm hier ein zutreffendes Bild aus seinen Kontakten mit den Sowjets[3] wiedergegeben habe. Präsident Daume habe ihm zusätzlich vertraulich mitgeteilt, daß das NOK derzeit die Fälle derjenigen Olympiateilnehmer der Bundesrepublik Deutschland, die aus Ostblockstaaten einschließlich der DDR geflüchtet sind, daraufhin überprüfe, ob seitens der Sowjetunion aufgrund bestehender Auslieferungsabkommen mit den Staaten ihres Machtbereichs auf diese Personen Zugriff genommen werden könnte. Herr Daume beabsichtige, in Zweifelsfällen mit Nowikow Kontakt aufzunehmen.

Herr Korber berichtete weiter, daß Herr Daume ihm angeboten habe, ihn als ersten zu unterrichten, falls sich die derzeitige sowjetische Haltung – die sich mit der Einlassung von Bondarenko in den deutsch-sowjetischen Direktorenkon-

1 Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen verfügte am 19. November 1979 die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Derix, die Legationsräte I. Klasse Jansen und Spohn sowie Legationssekretär von Morr.
Hat Derix und Spohn am 20. November 1979 vorgelegen.
Hat von Morr am 26. November 1979 vorgelegen.
Hat Jansen am 27. November 1979 vorgelegen.

2 Vom 19. Juli bis 3. August 1980 fanden in Moskau die Olympischen Sommerspiele statt.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen vermerkte am 8. März 1979, der Senatsdirigent beim Senat von Berlin, Meichsner, habe am selben Tag „im Auftrag von Senator Korber Botschafter Wieck am Rande einer Ressortbesprechung über den folgenden Sachverhalt" unterrichtet: „NOK-Präsident Daume habe vor kurzem ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow geführt, über das Semjonow gebeten habe, in Moskau nichts verlauten zu lassen." Semjonow habe „zum Ausdruck gebracht, daß sich die sowjetische Zustimmung zur Teilnahme der Berliner Sportler an der Olympischen Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland auf das Vier-Mächte-Abkommen stütze, und daß diese Tatsache irgendwie, irgendwo, notfalls außerhalb der streng im IOC selbst zu regelnden Fragen, zum Ausdruck gebracht werden müsse. [...] Herr Daume habe diese Ausführungen von Botschafter Semjonow zur Kenntnis genommen, sich aber offenbar nicht abschließend dazu geäußert. Er hat offenbar Senator Korber gefragt, wie er sich in der Angelegenheit weiter verhalten solle. Botschafter Wieck erklärte hierzu, daß die Ausführungen Semjonows [...] voll auf der sowjetischen Linie lägen, bei den Berliner Sportlern durch eine Bezugnahme auf das Vier-Mächte-Abkommen eine besondere Behandlung, Kennzeichnung etc. durchzusetzen." Vgl. Referat 210, Bd. 116480.

sultationen[4] deckt – zum Negativen hin ändern sollte. Herr Korber hat mir zugesagt, uns davon ebenfalls sofort in Kenntnis zu setzen.

Richthofen

VS-Bd. 13109 (210)

336

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Derix

210-331.86-1498/79 VS-vertraulich **16. November 1979**[1]

Betr.: Giscard-Besuch in Berlin[2]
hier: britische Äußerung

Anläßlich einer Begegnung im privaten Rahmen am 15.11.1979 hat sich der britische Sprecher in der Vierergruppe, Eyers, kritisch über einzelne Aspekte des Giscard-Besuches in Berlin und über die nach seiner Ansicht dahinterstehenden französischen Motive geäußert. Ausgehend von den Modalitäten beim Berlin-Besuch der britischen Königin[3] und US-Präsidenten Carter[4] kam Eyers zunächst auf den protokollarischen Ablauf zu sprechen. Er kritisierte, daß die Franzosen die protokollarische Ausgestaltung allein an dem Gesichtspunkt ausgerichtet hätten, daß Frankreich Statusmacht sei. (Daß Frankreich sich bei dieser Gelegenheit zugleich als der treueste Verfechter des besonderen Status von Berlin herausgestellt habe, habe in London irritiert.) Der politische Aspekt der Bindungen Berlins an den Bund und das, was dahinterstehe, sei bei dem Giscard-Besuch weitgehend unberücksichtigt geblieben. Der Besuch mache in offenkundiger Weise sichtbar, daß Berlin für Frankreich in erster Linie die Funktion habe, sein besonderes Mitspracherecht als Ordnungsmacht in Europa abzusichern. Diese Linie zeige sich auch beim Taktieren der Franzosen in der Bonner Vierergruppe.[5] Angesichts dieses einseitigen Verständnisses müsse man

4 Die Direktorenkonsultationen fanden am 29./30. Oktober 1979 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 309, Anm. 10.

1 Durchdruck.
Hat Vortragendem Legationsrat Schraepler am 20. November 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Feit „n[ach] R[ückkehr]“ und Legationsrat I. Klasse Kölsch „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Kölsch am 20. November 1979 vorgelegen.
Hat Feit vorgelegen.

2 Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich am 29. Oktober 1979 in Berlin (West) auf. Vgl. dazu Dok. 330.

3 Königin Elisabeth II. hielt sich am 24. Mai 1978 in Begleitung von Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher in Berlin (West) auf.

4 Präsident Carter hielt sich vom 13. bis 17. Juli 1978 in der Bundesrepublik auf und besuchte am 15. Juli Berlin (West).

5 Zu den „Erfahrungen bei der Kooperation mit den Franzosen in der Bonner Vierergruppe“ legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen am 9. August 1979 dar: „Für Frank-

sich fragen, wie Paris eigentlich zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands stehe. Er, Eyers, müsse betonen, daß, auch wenn in der britischen Öffentlichkeit manchmal Stimmen zu Worte kämen, die einer Wiedervereinigung Deutschlands ablehnend gegenüberstünden, die britische Regierung die Zielvorstellung der Bundesrepublik Deutschland zugunsten einer Wiedervereinigung Deutschlands politisch unterstütze und dafür eintrete. London sei überzeugt, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands für Europa Probleme mit sich bringen werde. Die Probleme würden aber längerfristig gesehen für Europa bei weitem größer und unberechenbarer sein, wenn man sich gegen eine Wiedervereinigung stelle.

Eyers bemerkte abschließend, seiner Meinung nach sollte die deutsche Seite im Hinblick auf den Freundschaftsvertrag[6] und das zu Frankreich propagierte besondere Verhältnis den Giscard-Besuch in Berlin und die dabei zutage getretene Problematik in grundsätzlicher Weise mit den Franzosen aufnehmen. Großbritannien könne in dieser Hinsicht derzeit wenig tun. Das Verhältnis London–Paris sei gegenwärtig durch Meinungsunterschiede in der Frage der britischen Zahlungen an die EG[7] erheblichen Belastungen ausgesetzt.

Um Quellenschutz wird gebeten.

gez. Derix

VS-Bd. 11092 (202)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1712

reich sind die Rechte und Verantwortlichkeiten in Deutschland und Berlin wesentliches Element der Dokumentierung seines Großmachtanspruches. Ergänzt wird dieser Aspekt durch ein politisch-wirtschaftliches Konkurrenzverhältnis zur Bundesrepublik Deutschland und durch das Gewicht, das Paris seinen Beziehungen zu Osteuropa, vor allem zur Sowjetunion, einräumt. Diese Koordinaten bestimmen in entscheidendem Maße die Haltung Frankreichs gegenüber Berlin. Berlin-Probleme werden demzufolge in Paris in erster Linie unter dem Aspekt einer möglichen Beeinträchtigung der französischen Rechte und Verantwortlichkeiten als Großmachtsymbole und weniger unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit der Stadt und der Weiterentwicklung der Bindungen (Erstreckung von Verträgen, Bundespräsenz) beurteilt. Diese prinzipielle Einstellung macht die Zusammenarbeit mit den Franzosen in der Vierergruppe häufig schwierig. Sie sind mißtrauisch und befürchten immer wieder, daß Absichten der deutschen Seite auf eine Erosion der alliierten Vorrechte abzielen, und nehmen dementsprechend eine viel restriktivere Haltung in Erstreckungs- und Bindungsangelegenheiten (letztes Beispiel: ENMOD) als Großbritannien oder die USA ein. [...] In der Praxis der Vierergruppen-Arbeit ergibt sich auf Grund des französischen Taktierens häufig eine 3 : 1-Konstellation gegen Frankreich, in der Paris dann schließlich nachgibt. Um französische Widerstände zu überwinden, bleibt uns manchmal keine andere Wahl, als auf diese Konstellation hinzuarbeiten. Dieser unter dem Aspekt der deutsch-französischen Freundschaft vielleicht etwas problematische Weg wird bisweilen durch den Umstand erschwert, daß Engländer und Amerikaner manches Mal Positionen verfechten, die eher durch ein Gefühl der Solidarität mit der dritten Statusmacht und weniger von eigener politischer Überzeugung diktiert sind." Vgl. Referat 202, Bd. 113570.

6 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

7 Zu den britischen Beiträgen zum EG-Haushalt vgl. Dok. 284, Anm. 16.

337

Staatssekretär van Well an die Botschaft in Moskau

220-370.70 SOW-1945I/79 geheim **Aufgabe: 16. November 1979, 16.51 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 5800 Plurez
Citissime nachts

Betr.: Antwort des Bundeskanzlers auf das Schreiben Generalsekretärs Breschnew vom 11.10.1979[2]

Bezug: Telefongespräch Botschafter Ruth/Botschafter Wieck vom 16.11.1979

In der Anlage wird der Antwortbrief des Bundeskanzlers an Generalsekretär Breschnew übermittelt. Es wird gebeten, diesen Brief zu übersetzen und ihn wie vorgesehen am Samstag[3] dem sowjetischen Außenminister bzw. im sowjetischen Außenministerium zu übergeben.[4] Bitte sicherstellen, daß Außenminister den Brief auf jeden Fall vor seiner Ankunft in Bonn[5] zur Kenntnis erhält.

Für Brüssel NATO, Washington und London:

Die Antwort des Bundeskanzlers hält sich an die im Bündnis abgesprochene Linie.[6] Die Frage der Unterrichtung der Bündnispartner über den vollen Inhalt der Antwort wird noch geprüft. Es bestehen keine Bedenken mitzuteilen, daß wir den Brief beantwortet haben. Zur sonstigen Behandlung des Antwortbriefes ergeht besondere Weisung.

van Well[7]

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Botschafter Ruth konzipiert.

2 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 11. Oktober 1979 an Bundeskanzler Schmidt und zu den Schreiben Breschnews an die Staats- bzw. Regierungschefs der übrigen NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 309, Anm. 25 und 26.

3 17. November 1979.

4 Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 17. November 1979, er habe das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 16. November 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 17. November dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kornienko übergeben. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4482; VS-Bd. 11307 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Die Wörter „auf jeden Fall vor seiner Ankunft in Bonn" wurde handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „vor seiner Abreise".
Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 341–344.

6 Ministerialdirektor Blech notierte am 16. November 1979, die NATO-Mitgliedstaaten hätten „Empfehlungen zur Berücksichtigung bei der individuellen Beantwortung" hinsichtlich der Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, verabschiedet: „Die Bundesregierung hat diese Empfehlungen bei der Abfassung der Antwort berücksichtigt. Nachdem die USA, Island, Dänemark und wir bereits geantwortet haben, muß damit gerechnet werden, daß die anderen Bündnispartner in der NATO sich nach dem Inhalt der abgesandten Schreiben erkundigen. Wir haben ein Interesse daran, durch Offenheit in dieser Frage die enge Abstimmung im Bündnis fortzuführen. Es wird vorgeschlagen, die NATO-Vertretung in Brüssel zu ermächtigen, die anderen Bündnispartner über die wichtigsten Elemente unseres Briefes zu informieren und, falls die anderen Alliierten ebenso verfahren, den vollen Text zu zirkulieren." Vgl. VS-Bd. 11307 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

7 Paraphe.

Folgt Text der Anlage

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

Ihr Schreiben vom 11. Oktober 1979, das die wesentlichen Punkte Ihrer Rede vom 6. Oktober 1979[8] zusammenfaßt, habe ich mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Es greift Fragen auf, die in der Bundesrepublik Deutschland seit langem intensiv und öffentlich diskutiert werden und die das Nordatlantische Bündnis eingehend beschäftigen.

Ich halte es für wichtig, das Gespräch zwischen unseren beiden Regierungen im Geiste der gemeinsamen deutsch-sowjetischen Deklaration vom 6. Mai 1978[9] fortzusetzen. Die grundsätzliche Übereinstimmung, die wir damals erzielten, daß niemand militärische Überlegenheit anstreben soll und daß annähernde Gleichheit und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen, sollte bei allen kommenden Verhandlungen zwischen Ost und West als Richtschnur dienen.

Mit der Unterzeichnung des SALT-II-Abkommens durch Sie und Präsident Carter am 18. Juni 1979 in Wien[10] wurde ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Stabilisierung des Ost-West-Verhältnisses getan, wodurch gleichzeitig die Grundlage für die Herstellung eines stabilen nuklearen Gleichgewichts angelegt wird. Wir hoffen, daß das Ratifizierungsverfahren für SALT II alsbald abgeschlossen werden kann.[11] Sie wissen, mit welchem Engagement sich meine Regierung für die Ratifizierung dieses Abkommens ausgesprochen hat.

Ich bin zuversichtlich, daß es auch bei MBFR gelingen wird, Fortschritte zu erreichen. Wir messen den Wiener Verhandlungen im Prozeß der Stabilisierung des Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West unvermindert große Bedeutung bei und beteiligen uns aktiv an intensiven Überlegungen, wie diesen Verhandlungen neue Impulse gegeben werden könnten.[12]

Die Bundesregierung hat ferner seit langem die vertrauensbildenden Maßnahmen als wichtigen Bestandteil ihrer Bemühungen im sicherheits- und rüstungskontrollpolitischen Bereich betrachtet. Sie wissen, daß wir von Beginn der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa an[13] zu den entschiedenen Befürwortern vereinbarter vertrauensbildender Maßnahmen gehört haben.

8 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

9 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f.

10 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

11 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 323, Anm. 20.

12 Zum Vorschlag der Bundesrepublik für ein Interimsabkommen bei MBFR vgl. Dok. 321, Anm. 4.

13 Vom 3. bis 7. Juli 1973 fand in Helsinki die erste Phase der KSZE auf der Ebene der Außenminister statt. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 221.
Die zweite Phase der KSZE, die die Arbeit der Kommissionen und Unterkommissionen umfaßte, begann am 18. September 1973 in Genf.

Im Rahmen dieser umfassenden sicherheits- und rüstungskontrollpolitischen Bemühungen bei SALT, MBFR und bei der KSZE kann nach unserer Auffassung der Bereich der Mittelstreckensysteme nicht ausgespart bleiben.

Ich begrüße das persönliche Interesse, das Sie in Ihrem Schreiben an all diesen Fragen bekunden. Ich möchte Ihnen mitteilen, daß die Bundesregierung darin eine Reihe von positiven Ansatzpunkten findet:

Hier ist vor allem die erklärte Bereitschaft Ihrer Regierung hervorzuheben, im Rahmen des fortlaufenden SALT-Prozesses auch über andere Waffen als die interkontinental-strategischen Systeme zu sprechen. Wir betrachten diese Bereitschaft als positives Anzeichen dafür, daß der zu erwartende konkrete und sehr ernst gemeinte Rüstungskontrollvorschlag des Bündnisses auf Ihrer Seite Verständnis finden wird, und daß auch bei den nuklearen Mittelstreckensystemen eine Begrenzung und Verminderung erreicht werden kann.

Ihre Ankündigung, einseitig 20 000 Soldaten und 1000 Panzer aus der DDR abzuziehen, ist ein Schritt, den wir als Beitrag zum Abbau der bestehenden Disparitäten begrüßen.

Ihre neuen Vorschläge zu den vertrauensbildenden Maßnahmen werten wir als wichtigen Beitrag zur Erörterung dieses Themas. Ein Vergleich mit den Vorschlägen der Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses bzw. der Europäischen Gemeinschaft sowie der Neutralen und Ungebundenen berechtigt zu der Hoffnung, daß es gelingen wird, Fortschritte bei der Weiterentwicklung dieser Maßnahmen in und nach Madrid[14] zu machen.

Bei unserem Gespräch im Mai 1978 in Bonn haben wir über die Probleme des bestehenden und sich vergrößernden Ungleichgewichts im nuklearen Bereich in Europa diskutiert.[15] Ich habe in meiner Rede vor der 10. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen für Abrüstung[16] und bei zahlreichen anderen Gelegenheiten, so auch in meinem Gespräch mit Ministerpräsident Kossygin und Außenminister Gromyko am 25.6.1979[17] darauf hingewiesen, daß die bestehenden Disparitäten im Mittelstreckenbereich bei den Bemühungen um ein stabiles Gleichgewicht nicht außer acht bleiben dürfen. Ich habe deutlich gemacht, daß Gleichgewicht und Parität die wichtigsten Prinzipien darstellen, von denen alles Bemühen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung auszugehen hat. Sie bilden die Voraussetzung aller Entspannung und Konflikteindämmung.

14 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

15 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 5. Mai 1978 auf Schloß Gymnich; AAPD 1978, I, Dok. 136.

16 Vom 23. Mai bis 30. Juni 1978 tagte in New York die Zehnte UNO-Sondergeneralversammlung über Abrüstung. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 212.
Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 26. Mai 1978 in New York vgl. BULLETIN 1978, S. 529–535.

17 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

Das Nordatlantische Bündnis läßt sich bei den im Dezember anstehenden Entscheidungen[18] von dem Ziel leiten, zur Herstellung eines stabilen Gleichgewichts zwischen Ost und West einen Beitrag zu leisten. Dabei wird es sich um eine ausgewogene Kombination von verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen handeln. Das Bündnis und mit ihm die Bundesregierung gehen in dieser Frage sehr behutsam und verantwortungsbewußt vor. Sie orientieren sich an ihren eigenen Sicherheitsinteressen und -erwägungen, stellen aber auch die Interessen und die Sicherheitslage der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in Rechnung. Die Tatsache, daß gleichzeitig und parallel zur Modernisierung ein konkretes Rüstungskontrollangebot an Ihre Regierung gerichtet werden wird, erlaubt es, daß die für notwendig erachteten verteidigungspolitischen Maßnahmen um so begrenzter gehalten werden können, wie es gelingt, eine wirksame Beschränkung der kontinentalstrategischen Systeme auf der Grundlage von Gleichgewicht und Parität in Ost und West in Rüstungskontrollverhandlungen zu erreichen.

Lassen Sie mich feststellen, daß ich mich durch Ihr Schreiben in der Annahme ermutigt fühle, daß es uns gelingen wird, die schwierigen Probleme, die vor uns liegen, durch Zusammenarbeit zu lösen. Ich gehe davon aus, daß eine echte Chance besteht, daß die USA und die Sowjetunion bald in Verhandlungen über Mittelstreckensysteme eintreten und damit auch für andere rüstungskontrollpolitische Bemühungen neue Impulse gegeben werden.

Ernsthafte Rüstungskontrollverhandlungen und Zusammenarbeit benötigen ein Klima des Vertrauens. Ich bin der Auffassung, daß es unserem gemeinsamen Vorteil diente, wenn jede Seite sich an den Notwendigkeiten ihrer Verteidigungsfähigkeit ausrichtete und gleichzeitig die sicherheitspolitischen Interessen der anderen Seite respektierte.[19] Dies wäre der beste Weg, um zu konkreten Ergebnissen im Bereich der Rüstungskontrolle zu gelangen.

Abschließend möchte ich Ihnen sagen, daß wir mit Befriedigung der Gelegenheit entgegensehen, den Meinungsaustausch in den bevorstehenden Gesprächen des Außenministers der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Herrn A.A. Gromyko, mit dem Bundesminister des Auswärtigen, Herrn H.-D. Genscher, und mir fortzusetzen.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung.

VS-Bd. 11307 (220)

18 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

19 Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen zurück. Vorher lautete er: „Ich bin der Auffassung, daß es unserem gemeinsamen Vorteil diente, wenn jede Seite sich zwar an den Notwendigkeiten ihrer Verteidigungsfähigkeit ausrichtet und gleichzeitig die sicherheitspolitischen Interessen der anderen respektierte."

338

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Wirtschaftsminister Patt

105-60.A/79 **19. November 1979**[1]

Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem israelischen Wirtschaftsminister, Herrn Gideon Patt, am 19. November 1979 um 9.00 Uhr im Auswärtigen Amt (Teilnehmer: Botschafter Meroz und Herr Gerwald);
hier: Gesprächsvermerk

Minister *Patt* überbrachte zunächst Grüße von Herrn Ehrlich; Begin habe ihn gebeten, BM über den Stand des Friedensprozesses[2] zu unterrichten. In der letzten Woche sei Sankta Katharina an Ägypten zurückgegeben worden[3], und bei den jetzt offenen Grenzen könne man von einer vollen Normalisierung in diesem Gebiet sprechen. Er selbst werde Ende Dezember in Ägypten mit seinem Amtskollegen[4] zusammentreffen. Inzwischen seien zahlreiche Geschäftsverbindungen zwischen Israel und Ägypten aufgenommen worden. Der letzte Besuch Sadats in Haifa[5] sei ein sehr großer Erfolg gewesen. Zwischen Sadat und Begin bestünde ein guter Kontakt. Im Februar sei die Eröffnung von Botschaften in Kairo und Tel Aviv vorgesehen.[6] Ende November gäben die Israelis die Ölfel-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Weber am 20. November 1979 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 23. November 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Meyer-Landrut verfügte.
Hat Bundesminister Genscher am 23. November 1979 vorgelegen.

2 Referat 310 notierte am 15. November 1979: „Der ägyptisch-israelische Friedensvertrag wird zügig erfüllt. Die volle Normalisierung in den bilateralen Beziehungen (Botschafteraustausch) ist daher Ende Januar 1980 wie vorgesehen zu erwarten. Es ist damit zu rechnen, daß Ägypten dann zunächst Ziel intensivierter arabischer Angriffe wird. Die Autonomieverhandlungen, in denen Ägypten vorsichtig taktiert hat, um den israelischen Rückzug aus dem Sinai nicht zu gefährden, haben bisher noch keine Substanzfragen behandelt. Laut dem ehemaligen Sonderbotschafter Strauss wird das erst Anfang 1980, also nach Normalisierung des bilateralen Verhältnisses, erwartet. Der ägyptisch-israelische Zielkonflikt besteht fort. Ägypten will den Boden für echte Autonomie der Palästinenser in der fünfjährigen Interimsphase und spätere Selbstbestimmung vorbereiten, während Israel die besetzten Gebiete auf Dauer an sich binden möchte. Diese Haltung Israels, die sich auch in der Siedlungspolitik der Regierung Begin ausdrückt, eröffnet kaum Aussichten auf eine Beteiligung der Bewohner Cisjordaniens und Gazas an den nach Abschluß der Verhandlungen vorgesehenen Wahlen zum Autonomierat." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135598.

3 Botschaftsrätin I. Klasse Steffler, Tel Aviv, berichtete am 15. November 1979: „In kurzer militärischer Zeremonie hat Israel heute um 11 Uhr griechisch-orthodoxes Kloster Sta. Katharina an Ägypten zurückgegeben." In dem 1500 Quadratkilometer großen Gebiet würden etwa 1600 Menschen leben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1412; Referat 310, Bd. 125004.

4 Hamed Abdel Latif el-Sayeh.

5 Präsident Sadat hielt sich vom 4. bis 6. September 1979 in Haifa auf. Vgl. dazu Dok. 250, Anm. 3.

6 Vgl. dazu Anhang III, Artikel 1 des Friedensvertrags vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel; EUROPA-ARCHIV 1979, D 245.
Der israelische Botschafter in Kairo, Ben-Elissar, und der ägyptische Botschafter in Tel Aviv, Murtada, überreichten am 26. Februar 1980 ihr Beglaubigungsschreiben.

der von Alma zurück.[7] Sie erhielten dann zwei Millionen Tonnen Öl von den Ägyptern.

Patt unterstrich die israelische Entschlossenheit, die bisherigen Friedensbemühungen zum Erfolg zu führen. Sie sollten nicht nur auf Israel und Ägypten beschränkt bleiben. Dabei denke er nicht nur an Jordanien, Syrien und den Libanon, sondern auch an nicht unmittelbar angrenzende Länder.

Die arabische Bevölkerung auf der Westbank werde gezielt aufgehetzt. Vor diesem Hintergrund müsse die Affäre des Bürgermeisters von Nablus gesehen werden, dessen schreckliche Äußerungen nicht geduldet werden könnten.[8] Der Bürgermeister könne nicht ausgewiesen werden, weil erst der Spruch des Obersten Gerichts abgewartet werden müsse.[9]

Zur Frage der Siedlungen führte Patt aus, die Regierung habe entschieden, daß Siedlungen nicht mehr auf privatem, sondern nur noch auf öffentlichem Grund und Boden errichtet werden dürften, was sicher zur Minderung der Spannung beitrage.[10] Es sollten auch nur bestehende Siedlungen ausgebaut werden.[11] Damit würden lediglich Beschlüsse ausgeführt, die die jetzige oder frühere Regierung getroffen hätte. Im übrigen wirkten sich die Siedlungen auf den Lebensstandard der arabischen Bevölkerung positiv aus. Auf dem Golan, auf der West-

7 Im Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel verpflichtete sich Israel, sieben Monate nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der am 25. April 1979 erfolgte, den südwestlichen Teil der Sinai-Halbinsel und damit auch die Ölfelder von Alma zu räumen. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1979, D 245.

8 Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete am 8. November 1979: „Etwa mit Mescalero-Affäre nach Ermordung BDA-Präsident Schleyer in Bundesrepublik vergleichbare Erregung haben angebliche Äußerungen Nablus-B[ürger]M[eister] Shakaa zu K[omman]do-Unternehmen auf israelischer Küstenstraße im März 1978 ausgelöst, bei dem 34 Menschen getötet und 72 verletzt worden waren [...]. Nach Pressemeldungen soll Shakaa in Gespräch mit Militärkoordinator für besetzte Gebiete, Brig[ade]gen[eral] Dani Matt, vorgestern morgen (6.11.) Terroranschlag ‚gerechtfertigt' haben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1372; Referat 310, Bd. 125004.

9 Am 13. November 1979 informierte Schütz: „B[ürger]M[eister] Westufer sind trotz gestriger gemeinsamer Entscheidung zu kollektivem Rücktritt weiter uneins über angemessene Reaktion auf erwartete Ausweisung BM Shakaa. Nach hier umlaufenden Gerüchten sollen Jordanien und Fatah gegen derartigen Schritt sein [...]. Fatah soll ihr ergebene BM im Westufer sogar aufgefordert haben, nicht zurückzutreten, während sozialrevolutionäre Gruppierungen der PLO offenbar auf sofortigen kollektiven Rücktritt drängen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1389; Referat 310, Bd. 125004.
Schütz berichtete am 6. Dezember 1979, die Ausweisungsverfügung gegen den Bürgermeister von Nablus, Shakaa, sei zurückgezogen worden: „Entscheidung geht formell auf Meinungsbildung in von Shakaa angerufener militärischer Berufungsinstanz zurück, wonach Shakaa für Israel kein solches Sicherheitsrisiko darstellt, daß seine Ausweisung zu rechtfertigen wäre." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1477; Referat 310, Bd. 125004.

10 Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete am 23. Oktober 1979: „Urteil israelischen Obersten Gerichts vom 22.10.1979, mit dem Räumung Siedlung ‚Elon Moreh' nahe Westuferstadt Nablus innerhalb 30 Tagen angeordnet wurde, ist Thema für Aufmacher und Leitartikel aller israelischen Zeitungen am 23.10., die Urteil mit Ausnahme nationalreligiöser Hatzofeh und rechtsunabhängiger Yedioth Achronoth begrüßen. [...] Gründung Elon Morehs auf privatem arabischen Land nahe Nablus sei Beispiel für eklatanten Mißbrauch Sicherheitsarguments für politische Entscheidung gewesen. Es habe daher Oberstem Gericht leichtfallen müssen, jetzt verkündeten Urteilsspruch zu finden, schreibt Jerusalem Post." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1293; Referat 310, Bd. 125004.

11 Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete am 12. November 1979, das israelische Kabinett habe am Vortag Grundsätze für ein Siedlungsprogramm bis September 1980 verabschiedet: „Danach sollen bestehende Siedlungen in ‚Judäa, Samaria, Jordantal, Gaza-District und Golan-Höhen' durch Bevölkerungszuwachs erweitert und neue Siedlungen auf Staatsland angelegt werden. Kabinettsbeschluß vermeidet quantitative Festlegung und überweist Einzelentscheidungen einem Ministerkomitee, dem Generalstaatsanwalt Gutachten über Boden-Besitzverhältnisse vorlegen soll." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1384; Referat 310, Bd. 125004.

bank und im Gazastreifen lebten 13000 Israelis unter einer Bevölkerung von 1,25 Millionen Arabern. Somit könne nicht von einer Änderung der demographischen Bedingungen die Rede sein, selbst wenn es in etwa drei Jahren 25000 oder 30000 Israelis geben sollte.

Zur wirtschaftlichen Situation bemerkte Minister Patt, daß die derzeitige Inflationsrate zwischen 80 und 100% liege. Es würden drastische Maßnahmen zur Abhilfe verkündet.[12] Im Zusammenhang mit den Anstrengungen zur Exportsteigerung sei man über Spaniens Beitritt zur EG[13] beunruhigt. Israel wolle nicht vor vollendete Tatsachen gestellt, sondern vorher gehört werden, da die Aufnahme Spaniens Israel einen tödlichen Schlag versetzen könnte. Derzeit beziehe Israel Güter von der EG im Werte von 2,75 Milliarden Dollar und verkaufe an die EG Güter im Werte von 1,7 Milliarden Dollar, wovon 20% landwirtschaftliche Erzeugnisse seien. Die Befürchtungen beträfen nicht nur den landwirtschaftlichen Bereich, sondern auch gewisse industrielle Zweige wie beispielsweise die Konservenindustrie und Lederwaren.

Spanien sollte vor dem Beitritt normale diplomatische Beziehungen nicht nur zu allen EG-Mitgliedern, sondern auch zu allen Ländern unterhalten, die Beziehungen zur EG haben. In dieser Hinsicht hoffe man auf Deutschland, und er wäre dankbar, wenn BM seine bisherigen Bemühungen fortsetzen würde.[14]

Minister Patt erklärte weiter, deutsche Charterfluglinien erhielten – im Gegensatz zu skandinavischen und britischen Luftfahrtunternehmen – keine Genehmigung zum Flug nach Eilat. Das BMV habe keine Einwände, doch bestünden beim AA Bedenken, da sich der Flugplatz Etzion(?) 3km hinter der Grenze auf Sinai-Gebiet befinde. Etzion werde erst in zweieinhalb Jahren an Ägypten zurückgegeben.

Botschafter *Meroz* erwähnte, das AA sei vor drei bis vier Monaten auf die Angelegenheit angesprochen worden, habe aber negativ reagiert.

Auf die Frage des *BM*, wie die Ägypter reagierten, sagte Minister *Patt*, man habe sie nicht gefragt. Solange man den Flughafen besitze, gedenke man ihn auch zu benutzen. *BM* sagte zu, sich über die Angelegenheit zu informieren.[15]

12 Zur Wirtschafts- und Finanzlage Israels vgl. Dok. 250, Anm. 17.
Am 19. November 1979 traf ein israelischer Ministerausschuß Beschlüsse zur Wirtschaftspolitik. In einer deutschen Übersetzung vom 25. November 1979 hieß es: „Budget: a) Mit sofortiger Wirkung wurden sämtliche neuen Investitionen in öffentlichen Gebäuden (wie Schulen, Krankenhäuser usw.) eingestellt. Dieses ‚Einfrieren' wird im kommenden Finanzjahr fortgesetzt. Wegen Wohnungsmangel gilt dies nicht für Bauten für Wohnzwecke. Fundament-Investitionen werden eingeschränkt werden. b) Die staatlichen Budget-Ausgaben für 1980 (abgesehen von Schulden und Bauten für Wohnzwecke) werden real um 4% gekürzt. Eine formelle Entscheidung darüber ist bei der nächsten Sitzung des Ministerausschusses für Wirtschaftsfragen zu erwarten. [...] Aufheben von Subsidien: Sämtliche Subsidien für Milch und Milcherzeugnisse sowie für Öl und dessen Produkte wurden aufgehoben. Die Subsidien für Verkehrsmittel und Brot wurden eingeschränkt. [...] Währungspolitik: a) In den nächsten drei Monaten wird ein Anwachsen des freien Kredits in Höhe von nur 9% gestattet, d. h., es ist ein Absinken des realen Kreditvolumens zu erwarten. b) Der Umfang des Kredits in Devisen wurde auf eine Zeitspanne von drei Monaten festgefroren." Vgl. Referat 310, Bd. 125009.

13 Spanien stellte am 28. Juli 1977 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Zum Stand der Verhandlungen vgl. Dok. 270, Anm. 11.

14 Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Spanien vgl. Dok. 116, Anm. 15.

15 Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete am 22. Juni 1978: „Flughafen Eilat-West ist identisch mit israelischem Militärflugplatz Etzion. Lage: ca. 20km westlich Eilat auf Hochplateau (ca. 700m) und

BM fragte sodann nach der Lage der Liberalen insgesamt. Minister *Patt* sprach zunächst von einer gewissen Vergleichbarkeit mit der FDP. Ehrlich sei in voller Kontrolle. Die Labour Party versuche schon jetzt im Hinblick auf die Wahl 1981[16] die Gunst der Liberalen zu gewinnen, doch halte er eine solche Koalition für unwahrscheinlich. Unter Begin werde sich bei der Likud nichts ändern. Wenn Weizman ihm nachfolge, dürfte mit einer gewissen Annäherung an die Liberalen zu rechnen sein. Die andere liberale Partei (Hausner) existiere praktisch nicht.

Bezüglich der weiteren Beteiligung an der Liberalen Internationale habe man gewisse Zweifel, die nur wegen der Haltung und des Einflusses des BM, der als Freund Israels und der Liberalen einen hohen Ruf genieße, zurückgestellt worden seien. BM habe sich mit Erklärungen über Israel und die Autonomieverhandlungen zurückgehalten, und er wäre dankbar, wenn dies auch in Zukunft so bleibe.

BM unterstrich wirtschaftliche und politische Bedeutung unserer Mittelmeerpolitik als Beitrag zur Stabilität der Region. Spanien, Portugal und Griechenland sollten nach ihrer Rückkehr zur Demokratie nicht sich selbst überlassen bleiben. Hinzu komme der Aspekt der NATO-Südflanke. Gromyko werde sicher versuchen, einen Beitritt Spaniens zur NATO zu verhindern. Früher oder später werde Spanien beitreten. Die Spanier strebten hierfür einen nationalen Konsens an. Hier könnten sowjetische Störaktionen hinderlich sein.

BM sagte, er habe über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Spanien und Israel mit Dayan[17] und dem Botschafter[18] gesprochen. Sie müßten in gehörigem Abstand vor dem Beitritt hergestellt werden. Er nehme an, die Spanier befürchteten, daß eine zu frühe Aufnahme als Zustimmung zu den Abmachungen von Camp David[19] ausgelegt werden könne, weshalb sie noch etwas zurückhaltend seien. Im März habe ihm der spanische Außenminister unaufgefordert gesagt, die Angelegenheit sei entschieden, und die Beziehungen würden rechtzeitig vor dem Beitritt aufgenommen.[20] Dies habe er in New York bestätigt.[21] Vielleicht sei dies für Israel nicht voll befriedigend, doch würde die

Fortsetzung Fußnote von Seite 1720

damit 9 km westlich Mandatsgrenze. Flugplatz wird von Finnair und Sterling Air (mit schwedischen und dänischen Maschinen) angeflogen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 716; Referat 423, Bd. 117990.
Vortragender Legationsrat Richter notierte am 26. Juni 1978, der Flughafen Eilat-West liege „eindeutig auf ägyptischem Gebiet. Die seinerzeit gegen Direktflüge nach Atarot vorgebrachten außenpolitischen Bedenken müssen in verstärkter Form (die Souveränität Ägyptens über die Sinai-Halbinsel ist selbst von Israel nicht bestritten) auch gegen den Anflug von ‚Eilat-West' geltend gemacht werden." Vgl. Referat 423, Bd. 117990.

16 Am 30. Juni 1981 fanden Wahlen zum israelischen Parlament statt.

17 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Dayan am 9. September 1979 vgl. Dok. 260.

18 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Botschafter Meroz am 30. April 1979 vgl. Dok. 116.

19 Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

20 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Oreja am 9. Mai 1979 in Madrid; Dok. 116, Anm. 17.

21 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Oreja am 25. September 1979 in New York vgl. Dok. 280.

Angelegenheit – sofern jetzt konkret hochgebracht – eine schwierige Lage schaffen. Er habe deswegen auch Dayan gesagt, Israel solle hieraus keinen politischen Diskussionspunkt machen.

Minister *Patt* verwies seinerseits auf die Schwierigkeiten, die für Israel entstünden, wenn Arafat in Madrid[22] mit allen Ehren empfangen werde.

BM fuhr fort, er habe von Sadat auch positive Äußerungen über das Verhältnis zu Begin gehört.[23] Es blieben nun die Auswirkungen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf andere arabische Länder abzuwarten. Hierbei sei es wichtig, daß die Moderaten in der Ablehnungsfront[24] geblieben seien. Vor diesem Hintergrund hätten wir uns gewünscht, daß das Problem mit dem Bürgermeister von Nablus nicht entstanden wäre.

Minister *Patt* erwiderte, auch in Israel wäre man ohne diesen Vorfall glücklicher gewesen.

BM äußerte Hoffnung, daß keine Ereignisse einträten, die den Friedensprozeß in den nächsten Monaten stören könnten. Je mehr Normalität eintrete, desto besser sei es für die Bewußtseinslage im Nahen Osten. Er sehe schon Probleme für den März 1980 voraus.

Minister *Patt* erklärte, die Ereignisse im März und April würden die Friedensentwicklung beschleunigen, auch wenn man keine Wunder erwarten dürfe. Ägypten habe beträchtliche wirtschaftliche Schwierigkeiten, da die Infrastruktur fehle.

BM verwies auf Gutachten von Alex Möller[25], der den Ausbau der Infrastruktur empfohlen habe. BM fragte nach Aussichten des Projekts von Sadat, den Negev mit Nilwasser zu bewässern.

Minister *Patt* bezeichnete dies als realisierbar. Dies hätte positive und unmittelbare Auswirkungen, auch auf die Lebensmittelversorgung in Ägypten. Israel dürfe aber nicht als der große Retter Ägyptens erscheinen, da in der orientalischen Mentalität der Stolz eine große Rolle spiele. Als Beispiel praktischer Kooperation führte er den israelischen Verzicht auf eine weitere Zementfabrik an, wenn Sadat eine solche baue und Israel den Zement von ihm kaufen könne.

Auf die Frage des *BM* nach Iran entgegnete Minister *Patt*, es sei bedauerlich, daß die westliche Welt keine stärkere und festere Haltung einnehme. Wenn man drei Monate lang kein Öl kaufen würde, wäre dies das Ende von Khomeini. Es werde noch etwas dauern, bevor man klarer sehen könne, wie sich die Dinge weiterentwickelten. Mit der Zeit werde Khomeini gehen müssen. Dann stelle sich die Frage, ob die Kommunisten die Macht übernähmen. Wenn der Westen nicht

[22] Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, hielt sich am 13./14. September 1979 in Spanien auf.

[23] Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Sadat am 1. September 1979 in Maamoura vgl. Dok. 250.

[24] Vgl. dazu das Kommuniqué der Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten vom 2. bis 5. November 1978 in Bagdad; EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.
Vgl. dazu ferner die Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31. März 1979 in Bagdad; Dok. 91, Anm. 9.

[25] Zur Entsendung des ehemaligen Bundesministers Möller als Wirtschaftsberater nach Ägypten vgl. Dok. 86, Anm. 13.

aufpasse, könne Vergleichbares in anderen Ländern geschehen. Der „Khomeinismus" könne sich leicht ausbreiten.

Botschafter *Meroz* wies darauf hin, daß sich im Iran ca. 70000 Juden befänden, weshalb sich Israel zurückhalte.

BM fragte, wie der Westen eine festere Haltung einnehmen könne und wie sich dies auf die arabischen Länder auswirke. Er sehe es nicht als ein ungünstiges Zeichen an, daß die derzeitigen iranischen Führer den arabischen Ländern mangelnde Solidarität vorwürfen. Auch in der OPEC sei eine kritische Haltung gegenüber dem Iran festzustellen. Der Westen habe keine durchgreifende Energiepolitik, nicht einmal im Rahmen der EG. In den kommenden Monaten sei mit Schwierigkeiten und großen Herausforderungen zu rechnen. Das einzige voll funktionsfähige Land sei Frankreich, das hart seinen Weg weitergehe, um energiepolitisch unabhängig zu sein. Gleichzeitig seien die Versuchungen östlicher Lieferangebote sehr groß, die jedoch zu einer unerträglichen Abhängigkeit führen würden. Er wünsche sich auch eine etwas klügere Politik der großen Ölgesellschaften. Der Iran allein könne uns nicht in die Knie zwingen, da wir nur sieben bis acht Prozent unseres Bedarfs von dort bezögen. Eine neue Ölpreisexplosion gehe aber auch in Ländern wie Deutschland, Japan und Frankreich an die Substanz.

Es gebe aber auch positive Anzeichen, wobei er u.a. an die Entwicklung der blockfreien Bewegung als eine Art Gegenmacht denke. Noch zeichne sich nicht ab, wer als Nachfolger Titos die Führungsrolle gegenüber Castro übernehmen werde. Er sehe eine Möglichkeit für Sadat, wenn dessen Stellung im arabischen Lager wieder etwas gefestigter sei. Ein weiteres Positivum seien die Verhandlungen über Rhodesien[26], was auch Auswirkungen auf Namibia haben werde. Die Frontstaaten[27] wollen sich auf die Entwicklung ihrer eigenen Länder konzentrieren, was auch für Angola gelte, wo man Frieden wünsche, so daß die Anwesenheit der Kubaner[28] nicht mehr nötig sei.

Die sehr aufdringliche sowjetische Politik in einigen Öllieferländern wirke sich zuungunsten der Sowjets aus, was er persönlich in Libyen[29] erlebt habe. Es gebe also nicht nur dunkle Wolken, sondern auch Aufbrüche, doch sollten die düsteren Stellen die Welt aufrütteln, das Nötige zu tun. So schrecklich die Ereignisse in Teheran auch seien, so hoffe er doch, daß sie das Energiebewußtsein in den Vereinigten Staaten änderten.

BM fragte abschließend, ob beabsichtigt sei, einen Nachfolger für Dayan zu benennen oder ob der PM das Amt auf längere Zeit selbst verwalten werde.[30]

Minister *Patt* sagte, er gehe davon aus, daß es noch eine Zeitlang dauern werde, bevor ein Außenminister ernannt werde, da ein neuer Mann die Zusammensetzung und Struktur der Regierung wesentlich verändern würde.

26 Zur Verfassungskonferenz über Rhodesien in London vgl. Dok. 315, Anm. 41.

27 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia und Tansania.

28 Zum militärischen Engagement Kubas in Angola vgl. Dok. 11, Anm. 13.

29 Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Juni 1979 in Libyen auf. Vgl. dazu Dok. 180.

30 Zum Rücktritt des israelischen Außenministers Dayan am 21. bzw. 23. Oktober 1979 vgl. Dok. 302, Anm. 11.
Das Amt des Außenministers übernahm bis 10. März 1980 Ministerpräsident Begin.

Auf die Frage von Minister Patt nach dem Stand der Goldmann-Verhandlungen über die Fälle nach 1965 erwiderte *BM*, hierüber werde noch in dieser Woche gesprochen[31], doch müsse auch geprüft werden, welche zusätzlichen Forderungen sich in anderen Bereichen ergäben. Er selbst habe das Gefühl, daß sich ein positiver Konsens unter den Parteien herausbilde.

BM bat abschließend, Grüße an Herrn Ehrlich und den PM auszurichten. Er erwähnte, daß sich zwei Tage zuvor im Fernsehen ein sehr unerfreulicher und ihn tief verletzender Vorfall abgespielt hätte. Er bezeichnete das Geschehen als einen unglaublichen Vorgang. Er wolle die Gelegenheit benutzen, dies ausdrücklich zu sagen.[32]

Das Gespräch endete gegen 10.25 Uhr.

Referat 010, Bd. 178801

31 Nachdem die Jewish Claims Conference in einem Memorandum vom 16. Februar 1973 gefordert hatte, die Ausschlußfristen in der Entschädigungsgesetzgebung der Bundesrepublik aufzuheben, kam es in der Folgezeit zu Überlegungen hinsichtlich einer „‚Abschlußgeste' für notleidende Opfer nationalsozialistischer Gewaltmaßnahmen". Gedacht war an eine gemeinsame Initiative der im Bundestag vertretenen Fraktionen zur Gründung einer „Stiftung für notleidende jüdische Opfer nationalsozialistischer Verfolgung". Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 169, AAPD 1974, II, Dok. 293 und Dok. 368, sowie AAPD 1975, I, Dok. 4.
Vortragender Legationsrat Franke, Bundeskanzleramt, notierte am 26. November 1979, Staatsminister Wischnewski, Bundeskanzleramt, und die Vorsitzenden der Jewish Claims Conference bzw. des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, Goldmann und Nachmann, hätten sich über den Vorschlag verständigt, „400 Mio. DM an die Claims Conference und 40 Mio. DM an die jüdischen Gemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland zu zahlen". Das Bundesministerium der Finanzen und das Auswärtige Amt würden indes der geplanten Regelung skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 1786.

32 Botschaftsrätin I. Klasse Steffler, Tel Aviv, berichtete am 20. November 1979 über Reaktionen in Israel auf eine „von Moderatoren nicht gerügte Beschimpfung PM Begins in Bremer Talkshow Drei nach Neun". Ein Teilnehmer an der Talkshow, Michael von der Golz, habe Ministerpräsident Begin als „Schwein" beschimpft. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1430; Referat 310, Bd. 125006.

339

Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Newsom

204-321.00 USA-652/79 VS-vertraulich **20. November 1979**[1]

Staatssekretär van Well empfing am 20.11.1979 abends Under Secretary of State Newsom zu einem ca. anderthalbstündigen Gespräch, an dem außerdem Botschafter Stoessel teilnahm (anwesend waren ferner Botschaftssekretär Willis und VLR Gerz).

Zweck des Besuches von Newsom war die Unterrichtung von Staatssekretär van Well über die amerikanische Haltung in der amerikanisch-iranischen Krise sowie über seine Eindrücke von den 13 entlassenen Geiseln[2], die er nach ihrer Ankunft in Frankfurt gesprochen hatte, und Übermittlung des Dankes und der Anerkennung der amerikanischen Regierung für die Unterstützung der Bundesregierung. Der Staatssekretär und Newsom benutzten die Gelegenheit, um Gedanken über Pakistan und den bevorstehenden Besuch Gromykos[3] auszutauschen. Newsom wollte noch am selben Abend nach Frankfurt zurückkehren, um so bald wie möglich mit den Freigelassenen nach Washington zurückzufliegen.

Im einzelnen ist aus dem Gespräch festzuhalten:

Newsom führte aus, die Öffentlichkeit in den USA sei in einem Maße aufgebracht, wie er es noch nicht erlebt habe. Angesichts der weitverbreiteten Wut und Frustration befinde sich die amerikanische Regierung in einem ernsten Dilemma, da sie im Interesse eines Erfolgs ihrer Bemühungen und mit Rücksicht auf diejenigen, die sie unterstützten, kaum etwas über ihre Bemühungen öffentlich verlauten lassen könne. Newsom brachte in diesem Zusammenhang besonderen Dank und Anerkennung für die Unterstützung durch die Bundesregierung und die Regierungen der Neun sowie ihrer Botschaften zum Ausdruck und sprach sich wiederholt für die Fortsetzung der Solidaritätsbekundungen aus.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Gerz am 22. November 1979 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am selben Tag an Vortragenden Legationsrat von Studnitz mit der Bitte, „die Genehmigung des Herrn Staatssekretärs herbeizuführen", weitergeleitet.
Hat Studnitz am 22. November 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär van Well verfügte.
Hat van Well am 23. November 1979 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11108 (204); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 331. Ministerialdirigent Montfort vermerkte am 20. November 1979: „Von den insgesamt ca. 70 Geiseln der US-Botschaft Teheran sind inzwischen 12 oder 13 freigelassen und ausgeflogen worden (Frauen und Nichtweiße), davon drei am 19.11. nach Kopenhagen und weiter nach Frankfurt, neun oder zehn heute morgen mit Iran Air nach Paris und weiter nach Frankfurt." Vgl. Referat 010, Bd. 178801.

3 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 341–344.

Botschafter *Stoessel* wies auf die neueste Erklärung des Regierungssprechers Bölling zu der Geiselaffäre hin.[4]

Staatssekretär teilte Newsom mit, daß die Außenminister der Neun am 20.11.1979 eine gemeinsame Stellungnahme ausgearbeitet hätten, die noch am selben Tage der Presse übergeben worden sei.[5] Der Leiter des Ministerbüros, Wallau, habe das Büro von Außenminister Vance hiervon bereits fernmündlich unterrichtet. Die Bundesregierung bemühe sich im übrigen, wo sie könne, um eine Lösung. Mit guten Gründen bleibe sie dabei im Verband der Neun. Wichtig sei, daß wir einen gewissen Einfluß wahrten und daß verhindert werde, daß die Europäer in dieser Frage auseinanderdividiert würden.

Er (Staatssekretär) habe am 19. und 20.11.1979 mit den Botschaftern Tunesiens[6], Ägyptens[7], Marokkos[8] und Saudi-Arabiens[9] gesprochen und dabei den Eindruck gewonnen, daß diese weitgehend unsere Einschätzung der Geiselaffäre teilten. Insbesondere werde die Sorge geteilt, daß dergleichen völkerrechtswidrige Praktiken Schule machen könnten. Seine arabischen Gesprächspartner seien zum Teil der Ansicht gewesen, daß man mehr als bisher islamische Kanäle benutzen solle. Dies solle jetzt bereits auf dem tunesischen Gipfel[10] versucht werden, wo Tunesien den Generalsekretär[11] stelle.

Newsom führte hierzu mit der Bitte um besondere Vertraulichkeit aus, daß auch die Amerikaner islamische Kanäle nutzen wollten. Nächste Woche komme er mit dem Botschafter Tunesiens[12] zusammen. Dabei solle auch über die Möglichkeit gesprochen werden, die Welt-Islam-Konferenz einzuschalten. Eine – noch nicht ausgegorene – Idee sei es vielleicht, eine islamische Abordnung zu Khomeini zu entsenden. Kontakte zu einer Reihe islamischer Gelehrter bestünden bereits. Ebenfalls streng vertraulich teilte Newsom mit, daß z.Zt. zwei Kommunikationslinien zu den Verantwortlichen in Teheran genutzt würden. Die eine laufe über UN-Generalsekretär Waldheim und seine Leute (hierüber habe man zuerst von der beabsichtigten Freilassung einiger Geiseln erfahren); die andere gehe über die PLO. Die PLO sei der geeignete Kanal gewesen, die ame-

4 Staatssekretär Bölling, Presse- und Informationsamt, erklärte am 20. November 1979: „Die Bundesregierung steht in dieser sehr schwierigen Lage und bei den angestellten Bemühungen um die Freilassung der Geiseln zu den Grundsätzen des Völkerrechts. Sie steht auf der Seite der Vereinigten Staaten. Auch das Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und Präsident Carter gestern nachmittag hat diese Linie bestätigt und bekräftigt, daß wir den Amerikanern dadurch Solidarität bekunden, daß wir, wo immer möglich, unseren Einfluß zugunsten der Freilassung der amerikanischen Staatsbürger nutzen werden." Vgl. den Drahterlaß Nr. 5920 des Vortragenden Legationsrats Umlauff vom 23. November 1979 an die Botschaften in Caracas, Teheran und Washington sowie an die Ständigen Vertretungen bei den Europäischen Gemeinschaften und bei der NATO in Brüssel; Referat 311, Bd. 137621.

5 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 20. November 1979 zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 132.

6 Driss Guiga.

7 Omar Sirry.

8 Abdelhakim Iraqui.

9 Mohamed Nouri Ibrahim.

10 Vom 20. bis 22. November 1979 fand in Tunis eine Konferenz von Königen und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt. Vgl. dazu Dok. 349, Anm. 12.

11 Chedli Klibi.

12 Ali Hedda.

rikanische Position darzutun (u.a. daß die Forderung nach Auslieferung des Schahs[13] für die USA kein Diskussionspunkt sei). Die PLO habe natürlich ihre Rolle öffentlich dementieren müssen.

Newsom legte Wert auf Darlegung der amerikanischen Haltung zur Anrufung des Sicherheitsrats durch den Iran[14] (hierzu verwies er auf ausdrückliche Weisung von AM Vance). Wenn die USA eine Sicherheitsratssitzung ablehnten, solange Geiseln festgehalten würden, so bedeute dies keine grundsätzliche Ablehnung. Man könne sich auf amerikanischer Seite durchaus ein Szenario vorstellen, das eine Sitzung des Sicherheitsrates bei gleichzeitiger Freilassung der restlichen Geiseln vorsehe. Angesichts der Stimmung in den USA sei es jedenfalls undenkbar – und Waldheim verstehe das auch –, daß die USA in eine Sicherheitsratssitzung über die früheren Beziehungen der USA zum Iran einwilligen, während die Botschaft in Teheran weiter völkerrechtswidrig besetzt bleibe. Newsom legte im übrigen Wert auf die Feststellung, daß die USA bisher keine Strafaktion (punitive action) unternommen haben. Der Einfuhrstopp für iranisches Öl[15] sei verfügt worden, um dieses Instrument aus der Auseinandersetzung herauszuhalten. Die öffentlichen iranischen Guthaben seien eingefroren worden, weil der Iran mit dem plötzlichen Abzug der Gelder gedroht habe (Newsom leugnete in diesem Zusammenhang nicht gewisse rechtliche Probleme hinsichtlich der Ausführungen dieses Beschlusses durch die Auslandszweigstellen der amerikanischen Banken[16]). Diese Aktionen sowie die beabsichtigte Ausweisung iranischer Studenten[17] müsse man vor allem auch auf

13 Schah Reza Pahlevi hielt sich seit 22. Oktober 1979 in den USA auf, um sich einer medizinischen Untersuchung zu unterziehen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2251.
Schah Reza Pahlevi verließ die USA am 15. Dezember 1979 und reiste nach Panama.

14 Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), berichtete am 14. November 1979 zum iranischen Antrag auf Einberufung des UNO-Sicherheitsrats: „SR hat am Abend des 14.11. erstmals Plenumskonsultationen zu iranischem Antrag abgehalten und dabei Bericht des VN-GS über seine bisherigen Bemühungen [...] entgegengenommen. Konsultationen wurden sodann auf 15.11. vertagt. Bisher war es lediglich zu bilateralen Konsultationen des SR-Präsidenten teils mit Einzelstaaten, teils Gruppen gekommen. Dabei ergab sich, daß westliche und ungebundene Mitglieder Sitzung solange ablehnen, als Iran daran Bedingungen knüpft [...]. Westliche und einige ungebundene Mitglieder des SR wollen darüber hinaus SR-Sitzung über iranischen Antrag erst, wenn zusätzlich vorher Geiseln freigelassen sind. [...] Haltung SU und ČSSR ist nach amerikanischer Mitteilung bisher eher ambivalent und darum bemüht, Festlegung zu vermeiden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2929; Referat 311, Bd. 137621.

15 Zur Einstellung von Ölimporten aus dem Iran durch die USA vgl. Dok. 331, Anm. 8.

16 Zur Einfrierung iranischer Guthaben bei amerikanischen Banken vgl. Dok. 331, Anm. 7.
Botschafter Ruete, London, berichtete am 15. November 1979 über die sich aus der Verfügung des Präsidenten Carter in Großbritannien ergebenden Schwierigkeiten: „Sperre iranischer Guthaben durch USA erstreckt sich gemäß Bestätigung hiesiger US-Botschaft auch auf Guthaben bei rechtlich unselbständigen und selbständigen Töchtern amerikanischer Kreditinstitute in London. Nach Meinung eines führenden Beamten der britischen Treasury und Gesprächspartner in City dürfte Weisung von amerikanischen Bankfilialen befolgt werden. Zweifelhaft bleibt, ob die sogenannten Konsortialbanken, an denen amerikanische Banken neben anderen Kreditinstituten beteiligt sind, ebenfalls von der Anordnung betroffen sind. Der amerikanischen Botschaft liegen insoweit noch keine Instruktionen vor. [...] Ob Guthabensperre in Großbritannien einer rechtlichen Überprüfung standhält, ist fraglich. Bank of England erteilt Anfragenden z.Z. den Rat, sich rechtlich beraten zu lassen, und versucht, in Angelegenheit ‚low profile' zu zeigen. Es ist denkbar, daß britische Regierung sich in Zukunft aus grundsätzlichen Erwägungen [...] gegen Ausführung der Anweisung des amerikanischen Präsidenten durch hier tätige Banken wenden wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2529; Referat 311, Bd. 137621.

17 Am 10. November 1979 kündigte Präsident Carter die Ausweisung der iranischen Studenten an, die sich illegal in den USA aufhielten. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2109.

dem Hintergrund der aufgebrachten öffentlichen Meinung in den USA sehen. Es sei die Absicht, es bei diesen Maßnahmen, die auch ergriffen worden seien, um Forderungen nach drastischeren Maßnahmen zu begegnen, zu belassen.

Aus seinen Gesprächen mit den freigelassenen Geiseln in FFM[18] gab Newsom deren Eindruck wieder, daß die Geiselnehmer wohlorganisiert und sorgfältig für die Aktion gegen die amerikanische Botschaft vorbereitet seien. Es handle sich bis auf wenige Ausnahmen um Studenten, die nie das Land verlassen hätten. Vor etwa drei Monaten seien sie für diese antiamerikanische Aktion ausgesucht und dann regelrecht ausgebildet worden. Forderung nach Auslieferung des Schahs sei nur ein Anlaß. Die Vermutung liege nahe, daß Khomeini dahinterstehe; jedenfalls habe man wohl Veranlassung, Khomeinis ursprünglich unterstellte Rolle erneut zu überdenken. Die Studenten wendeten bei der Überwachung ausgeklügelte und differenzierte Methoden an (teils seien die Geiseln gefesselt, teils nicht oder weniger streng; einige dürften herumlaufen, andere nicht; untereinander sei nur schriftliche und zensierte Kommunikation erlaubt; die Abschirmung zur Außenwelt sei total; Nachrichten u. a. von Angehörigen, die die Bewacher von außen entgegengenommen hätten, seien nicht an die Geiseln weitergeleitet worden). Daneben liefen Maßnahmen zur „Aufklärung" (über Grausamkeiten des Schah-Regimes und Verfolgungsmethoden der SAVAK) und des Psychoterrors. Die Bewacher zeigten zudem Anzeichen der Eigenständigkeit, indem sie den Weisungen Khomeinis nur zögernd Folge leisteten.

Auf Newsoms Hinweis, wie wichtig angesichts dieser Situation Forderung nach direktem Zugang zu den Geiseln sei, bemerkte der *Staatssekretär*, daß die Neun auf ihrem Wunsch nach täglichem Besuch bestehen würden.

Die sowjetische Haltung in der Geiselaffäre wurde kurz gestreift.[19]

Der Staatssekretär berichtete hierzu über eine gewundene Stellungnahme der Iswestija vom 16.11.1979[20], wo man ein Bekenntnis zu den grundlegenden Regeln des Völkerrechts aus einem polemischen Angriff gegen den Washington-Post-Korrespondenten in Moskau herauslesen müsse. Auf Staatssekretärs Hinweis, daß man die Angelegenheit anläßlich des Gromyko-Besuchs ansprechen werde, erwähnte *Newsom*, daß AM Vance hierüber auch mit Botschafter Dobrynin konferiert habe, und dabei sei auch das unkooperative Verhalten des tschechoslowakischen Botschafters in Teheran[21] zur Sprache gebracht worden (übrigens u. a. auf Anraten des ungarischen Botschafters).

18 Frankfurt am Main.

19 Gesandter Berendonck, Moskau, berichtete am 23. November 1979: „Sowjets vermeiden es nach wie vor, offiziell zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran eine öffentliche Stellungnahme abzugeben. Meldungen in amtlicher Presse [...] scheinen vordergründig vom Streben nach Objektivität bei der Darstellung verschiedener Aspekte der Entwicklung in Teheran und des iranisch-amerikanischen Verhältnisses geprägt; jedoch soll durch Auswahl und Zusammenstellung der Meldungen weiterhin Verständnis für antiamerikanische Zielsetzungen der Botschaftsbesetzer und der iranischen Führung signalisiert werden. Eine klare öffentliche Verurteilung der gegen das Völkerrecht verstoßenden Botschaftsbesetzung steht [...] weiterhin aus und ist auch nicht zu erwarten. Statt dessen wird zunehmend in sowjetischen Medien die Möglichkeit einer amerikanischen Intervention in Iran ins Bewußtsein gebracht, gleichsam um das eine Unrecht durch ein sich androhendes – in sowjetischen Augen – größeres Unrecht zu verdecken." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4561; Referat 311, Bd. 137610.

20 Vgl. den Artikel „Zlonamerennye domysly"; IZVESTIJA vom 16. November 1979, S. 4.

21 Vladimír Poláček.

Pakistan

Staatssekretär *van Well* unterrichtete Under Secretary of State Newsom über sein Gespräch mit Shah Nawaz[22] und erläuterte unsere Haltung in der Nonproliferationsproblematik im Verhältnis zu Pakistan[23]. Aus dem Gespräch mit Shah Nawaz habe er den Eindruck gewonnen, daß die pakistanische Regierung sich die Option für einen Test aus innenpolitischen Gründen offenhalten müsse. Nach Shah Nawaz habe die pakistanische Regierung nicht die Absicht, einen Test durchzuführen. Jede pakistanische Regierung, die die Optionsmöglichkeiten dafür jedoch öffentlich aufgebe, müsse innenpolitisch scheitern. Wir fühlten uns nicht wohl angesichts der westlichen Haltung gegenüber Pakistan. Wir hätten unsere Entwicklungshilfe etwas erhöht. Letztlich könne aber nichts ohne die Amerikaner geschehen. Auch die Chinesen hätten kürzlich bei ihrem Besuch in der Bundesrepublik[24] auf die Bedeutung Pakistans hingewiesen und die amerikanische Politik kritisiert (big stick). Wir hofften auf eine Lösung im multilateralen Rahmen, die es der pakistanischen Regierung erlaube, eine Zusicherung abzugeben, die innenpolitisch zu verkraften sei und die Amerikaner zufriedenstelle.

Newsom antwortete, man habe den Pakistanis drei Bedingungen gestellt: kein Test; kein Transfer von sensibler Technologie und keine Waffenentwicklung. Zu den beiden letzten Punkten bestünden Aussichten auf befriedigende Erklärung. Offen bleibe die Frage des Tests.

Auf die Frage, wie sich das Verhältnis USA–Indien in der Nonproliferationsfrage nach März 1980 entwickeln werde, sagte Newsom: Danach könnten die USA angereichertes Uran nur noch liefern, wenn die Inder in full scope safeguards einwilligten.[25] Tue Indien das nicht, so stehe die Administration vor fol-

22 Staatssekretär van Well führte am 8./9. November 1979 Gespräche mit dem Staatssekretär des pakistanischen Außenministeriums, Shah Nawaz: „Ein zentrales Thema der Konsultationen war das pakistanische Kernenergieprogramm. Pakistaner sehen Schlüssel einer Lösung bei Indien. Hinweis auf pakistanische Vorleistungen in der NV-Frage: pakistanischer Vorschlag K[ern]W[affen]F[reie]Z[one]. Versicherung, nur friedliche Nutzung der Kernenergie zu beabsichtigen und Technologie nicht weiterzugeben. Bereitschaft zu bilateralen oder multilateralen (vor allem regionalen) Abmachungen. Jedoch keine Bereitschaft, offiziell auf die Möglichkeit von Kernsprengungen zu verzichten. Eine solche Erklärung sei im Hinblick auf die öffentliche Meinung in Pakistan wie auch auf Indien unannehmbar. Bemühungen um Urananreicherung durch Gaszentrifugen hätten im übrigen nur experimentellen Charakter und seien notwendig im Rahmen des Atomenergieprogramms. Wir haben demgegenüber unsere Haltung zur Nichtverbreitung erläutert. Wir haben dargelegt, daß wir uns durch ‚safeguards' nicht diskriminiert fühlen, und deutlich gemacht, daß wir es für das Recht auch der Entwicklungsländer halten, Zugang zu der atomaren Technologie zu haben." Vgl. den Drahterlaß Nr. 5670 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steger vom 12. November 1979 an die Botschaften in Islamabad, Neu Delhi und Washington; Referat 340, Bd. 110681.

23 Zur Frage eines pakistanischen Kernwaffenprogramms vgl. Dok. 256.

24 Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 21. bis 28. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 301 und Dok. 305.

25 Zur Frage amerikanischer Brennstofflieferungen an Indien vgl. Dok. 278, Anm. 37.
Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 17. Dezember 1979, der amerikanische Sonderbotschafter Smith habe während der IAEO-Jahrestagung vom 4. bis 10. Dezember 1979 in Neu Delhi Gespräche mit dem Staatssekretär im indischen Außenministerium, Vellodi, und dem Vorsitzenden der indischen Atomic Energy Commission, Sethna, geführt. Wie die amerikanische Seite mitgeteilt habe, „sei die indische Haltung zum Fragenkomplex US-Lieferungen von angereichertem Uran für Tarapur und Forderungen nach full scope safeguards sehr hart gewesen. [...] Wie im State Department zu erfahren war, liegen dem P[olicy]R[eview]C[ommittee] vier Optionen zur Behandlung des Nuklearkomplexes vor: a) Keine Lieferung mehr, d.h. Ablehnung der zwei vorliegenden Anträge; b) Genehmigung von einem oder beiden Anträgen vor März 1980; c) Genehmigung gemäß

gender Alternative: Entweder sie gewährt die Lizenz für die beiden versprochenen Schiffsladungen oder sie erlaubt vor März 1980 eine darüber hinausgehende, größere Lieferung, die den Indern die Fortführung ihres Projekts noch für einige Jahre gestatten würde. Zur letzten Alternative seien allerdings sorgfältige Sondierungen im Kongreß erforderlich. Newsom widersprach nicht dem Einwand des *Staatssekretärs*, daß eine entsprechende Politik gegenüber Indien die Pakistanis zusätzlich treffen würde.

Hinsichtlich einer multilateralen Lösung, die auch Indien und China einbeziehen würde, befürchtet *Newsom*, daß Indien zur Mitarbeit nur zu einem Preis bereit sein werde, den China nicht zu zahlen bereit sei. China werde vielleicht in einen regionalen Verzicht einwilligen, nicht jedoch in einen generellen, wie es von Indien möglicherweise gefordert werde.

Gromyko-Besuch

Zu dem bevorstehenden Besuch sagte der *Staatssekretär*, die Sowjets würden sicherlich ihre bekannte Linie vertreten, dies gehe auch schon aus dem Kommuniqué-Entwurf hervor, den sie uns gegeben hätten.[26] Wir würden entschlossen zu den anstehenden Bündnisentscheidungen[27] stehen, aber wir würden ihnen auch erklären, warum. Auf die Frage, welche Position wir zu dem Brief Breschnews[28] beziehen werden, antwortete der Staatssekretär, ein Antwortbrief[29] sei am Samstag[30] dem Stellvertretenden Außenminister Kornienko übergeben worden. Darin seien drei Aspekte begrüßt worden: die Absicht einer einseitigen Reduzierung; die Bereitschaft zu Verhandlungen und das sowjetische Interesse an Vertrauensbildenden Maßnahmen. Uns gehe es auch darum, von der Einengung der Diskussion auf die TNF-Frage wegzukommen.

Auf die Bemerkung von Staatssekretär, daß wir weiterhin von einer Ratifizierung von SALT II[31] ausgingen, antwortete *Newsom*, die Vorgänge im Iran hät

Fortsetzung Fußnote von Seite 1729

b), aber anschließend volle Anwendung des Non Proliferation Act, also keine Lieferung mehr ohne full scope safeguards; d) Weiterlieferung auch nach März 1980 mit präsidentieller Ausnahmegenehmigung (waiver). Arbeitsebene tendiert zur Option c). Falls – wie zu erwarten ist – Indien nicht einlenkt, volle Anwendung des Non Proliferation Act." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4483; Referat 413, Bd. 129334.

26 Für den Entwurf des Kommuniqués über den Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik, den der Gesandte an der sowjetischen Botschaft in Bonn, Kwizinskij, am 14. November 1979 übergab, vgl. den nicht numerierten Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Arnot vom selben Tag an die Botschaft in Moskau; Referat 213, Bd. 133137.
Ministerialdirigent Lücking vermerkte am 15. November 1979 zum fünften Absatz des Entwurfs: „Dieser Absatz ist anscheinend gegen die TNF-Modernisierung gerichtet. Der Ausdruck ‚militärische Konfrontation' ist sowjetischer Sprachgebrauch. Besser ‚Senkung des Rüstungsniveaus'. Es darf nicht allein auf die Vorschläge in Breschnews Ost-Berliner Rede Bezug genommen werden. Man sollte nicht so spezifisch sein und besser von ‚jüngsten westlichen und östlichen Vorschlägen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle' oder ähnlichem sprechen." Vgl. Referat 213, Bd. 133137.

27 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

28 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 11. Oktober 1979 an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 309, Anm. 25.

29 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 16. November 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 337.

30 17. November 1979.

31 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 9. November 1979: „Nach genau viermonatiger Beratung hat Auswärtiger Senatsausschuß am 9.11.79 mit neun zu sechs Stimmen beschlossen,

ten die Lage kompliziert. Hier wirke sich auch die allgemeine Stimmung im Lande aus.

VS-Bd. 11108 (204)

340

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem norwegischen Außenminister Frydenlund

204-321.00 NWG-656/79 VS-vertraulich **21. November 1979**[1]

AM *Frydenlund*, der seine Reise zum Europarat nach Straßburg[2] in Bonn zu einem kurzen Arbeitsbesuch unterbrach[3], traf am 21.11.79 mit dem Herrn Bundesminister zu einem Gespräch zusammen, an dem ferner teilnahmen: StS Holst, Botschafter Busch, Herr Bjørnebye, D 2[4], Dg 22[5], RL 204[6].

Aus dem Gespräch ist folgendes festzuhalten:

AM *Frydenlund* übergab zu Beginn des Gesprächs BM ein Pro Memoria, in dem er seinen Dank an die deutsche Polizei zusammenfaßte, die ihm in einer schwierigen Situation am 11. Mai d. J. auf der Autobahn in der Nähe von Heidelberg tatkräftig geholfen habe.

Fortsetzung Fußnote von Seite

SALT-II-Vertrag an Senatsplenum weiterzuleiten und diesem Zustimmung zu empfehlen. Dem Beschlußentwurf sind 23 ‚amendments' beigefügt. Sie haben meist technischen Charakter, keines wird von Administration als ‚killer amendment' qualifiziert. [...] Auswärtiger Senatsausschuß, der bis Ende 1978 im Rufe stand, liberaler eingestellt zu sein als Senatsplenum insgesamt, ist nach Umbildung im Anschluß an Wahlen im vergangenen Herbst deutlich konservativer und damit repräsentativer geworden. Dennoch wäre es falsch, Abstimmungsergebnis im Ausschuß auf Plenum hochzurechnen (das Ergebnis der Hochrechnung wäre: 66 zu 34) und zu folgern, daß Administration erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit nicht erreichen kann. Stimmverhalten der jetzt noch unentschiedenen Senatoren wird letztlich, auch wenn gewisse Signalwirkungen vom Verhalten anderer Senatoren ausgehen könnten [...], sehr individuelle Entscheidung darstellen." Dies bedeute für die Administration, „daß der eigentliche Kampf – nach einem insgesamt nicht sonderlich positiven, aber auch nicht negativen Verlauf der Ausschußberatungen – nunmehr beginnt". Vgl. den Drahtbericht Nr. 4013; Referat 220, Bd. 116911.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 22. November 1979 gefertigt und am selben Tag mit der Bitte, „die Billigung des Herrn Ministers herbeizuführen", an das Ministerbüro weitergeleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 23. November 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 25. November 1979 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14077 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Am 22. November 1979 fand eine Sitzung des Ministerkomitees des Europarats statt.

3 Der norwegische Außenminister Frydenlund hielt sich am 20./21. November 1979 in der Bundesrepublik auf.

4 Klaus Blech.

5 Friedrich Ruth.

6 Reinhold Schenk.

BM sagte zu, den Dank an die zuständigen Stellen und Beamten weiterzugeben.

AM *Frydenlund* dankte dann BM, daß dieser so kurzfristig Zeit für ein Gespräch gefunden habe. Der Zeitpunkt hierfür sei angesichts der anstehenden rüstungskontroll- und sicherheitspolitischen Bündnisentscheidungen[7] besonders günstig. Dies gelte wohl auch im Hinblick auf den bevorstehenden Gromyko-Besuch[8].

BM wies darauf hin, daß der Besuch Gromykos im Rahmen der regelmäßigen deutsch-sowjetischen Konsultationen stattfinde, aber dieses Mal naturgemäß stark im Zeichen der beiden anstehenden Bündnisentscheidungen stehen werde.

AM *Frydenlund* unterbrach mit Hinweis, daß sowjetischer Botschafter in Oslo[9] ihm angedeutet habe, daß Gromyko möglicherweise konkrete Vorschläge mit nach Bonn bringen werde.

BM: Er wolle dies nicht ausschließen. Wenn die Sowjets dies beabsichtigten, dann mit dem Ziel, das Bündnis zu veranlassen, die anstehenden Bündnisentscheidungen im Dezember zu überdenken.

BM erläuterte anschließend, daß wir frühzeitig mit der SU über die Frage einer LRTNF-Modernisierung gesprochen hätten, weil wir bewußt die Sowjets nicht im unklaren über unsere Absichten und Motive lassen wollten. (Rede Bundeskanzlers in London über Mittelstreckenraketen[10]/Breschnew-Besuch in Bonn[11], insbesondere Gemeinsame Erklärung[12], ferner bei Zwischenaufenthalt des Bundeskanzlers auf dem Weg zum Tokio-Gipfel[13]; Gespräch BM mit AM Gromyko in New York im September 1979[14].)

Auf eine Frage von AM *Frydenlund*, wie die Sowjets auf diese Kontakte reagiert hätten, erläuterte *BM*: Bei seinem Gespräch mit Gromyko im September in New York sei ganz dezidiert über die anstehenden Bündnisentscheidungen gesprochen worden. Die sowjetische Reaktion sei nicht so gewesen, daß Gromyko gesagt habe, wenn es zu den Bündnisentscheidungen komme, dann verhandele die SU nicht mehr. Er, Gromyko, habe lediglich darauf hingewiesen, daß eine LRTNF-Modernisierung Folgen haben werde, die man noch nicht absehen könne. Zu keiner Zeit habe Gromyko jedoch die Tür zu Verhandlungen geschlossen.

(AM *Frydenlund*: SU hat offenbar in ihrer Reaktion einen Zickzackkurs verfolgt?)

7 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

8 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 341–344.

9 Jurij Alexejewitsch Kiritschenko.

10 Bundeskanzlers Schmidt hielt am 28. Oktober 1977 vor dem International Institute for Strategic Studies in London einen Vortrag. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1977, S. 1013–1020.

11 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

12 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429f.

13 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.
Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

14 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. September 1979 in New York vgl. Dok. 281.

BM stimmt zu: Die Sowjets hätten die westliche Haltung von Anfang an falsch eingeschätzt. So sei die sowjetische Führung wohl zunächst davon ausgegangen, daß es zu einer Bündnisentscheidung nicht kommen werde. Sie habe sich daher darauf konzentriert, eine solche zu verhindern. In der zweiten Phase habe die SU dann eingesehen, daß die Wahrscheinlichkeit für eine Bündnisentscheidung wachse. Daraufhin habe sie eine Doppelstrategie eingeschlagen, die zwei Ziele gehabt habe. Erstens, weiter gegen eine Bündnisentscheidung anzugehen, und zweitens, die Tür für Verhandlungen offenzuhalten, gleichzeitig aber jedoch zu versuchen, die Bündnisentscheidung zu relativieren.

(D2: Sagladin habe in der Westberliner SEW[15]-Zeitung „Wahrheit" in einem Interview deutlich gesagt, daß man verhandeln werde.[16])

Die Sowjets ständen offenbar vor dem Problem, daß sie einerseits die Tür zu Verhandlungen nicht schließen wollten, andererseits aber auch nicht den Eindruck erwecken könnten, daß sie resigniert hätten. Auf eine Frage von AM *Frydenlund*, wie BM die realen Möglichkeiten für Rüstungskontrollverhandlungen einschätze, entgegnete *BM*: Er wolle nicht ausschließen, daß Gromyko in Bonn ein neues sowjetisches Angebot mitbringe. Möglicherweise werde er nochmals die Zahlen in der Rede Breschnews in Ost-Berlin[17] erhöhen. Dies hätte den Vorteil für die SU, daß hierdurch die Datendiskussion bei MBFR entschärft werde und die SU ihr Gesicht wahren könne. Was den Bereich von Rüstungskontrollverhandlungen angehe, so habe er, BM, am 28.10.79[18] in einer Presseerklärung[19] hierzu Stellung genommen und erklärt, daß es die Rüstungskontrollverhandlungen erleichtern werde, wenn die SU ihre SS-20-Rüstung stoppe. Je mehr SS-20-Raketen sie in Dienst stelle, um so komplizierter würden spätere Verhandlungen. Diese Bemerkungen von ihm, BM, hätten zunächst in der östlichen Presse zu wütenden Pressereaktionen geführt. Dann habe sich jedoch die östliche Reaktion beruhigt. Der Bundeskanzler habe in der vergangenen Woche diese Aufforderung zum SS-20-Produktionsstopp an die SU wiederholt.[20] Hierauf habe es keine östlichen Reaktionen mehr gegeben. Er, BM, sei überzeugt, daß es einen breiten Raum für Verhandlungen gebe. Der Westen wolle diese Verhandlungen ernsthaft und mit dem Ziel, nach Möglichkeit die Mittelstreckenraketen wegzuverhandeln. Die Verhandlungsmaterie werde naturgemäß sehr kompliziert, wenn die SU über Drittstaatensysteme und FBS sprechen wolle. Im übrigen sei sich das Bündnis einig, daß die Verhandlungen zwischen der SU und den USA geführt werden müßten. Wir hätten gute Erfahrungen mit der Arbeit in der SG gemacht und möchten diese auch künftig weiterführen.

15 Sozialistische Einheitspartei West-Berlins.

16 Vgl. dazu den Artikel „Was steckt hinter der NATO-‚Nachrüstung'?"; WAHRHEIT vom 19. November 1979, S. 3.

17 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

18 Korrigiert aus: „29.10.79".

19 Zur Erklärung des Bundesministers Genscher vom 28. Oktober 1979 vgl. Dok. 317, Anm. 10.

20 Zur Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 13. November 1979 vor der SPD-Bundestagsfraktion vgl. Dok. 323, Anm. 16.

BM wies weiter darauf hin, daß es ein gewisser Geburtsfehler von SALT II[21] gewesen sei, daß die kontinentalstrategischen Systeme – wie die SS-20 – nicht miteinbezogen worden seien. Es sei im übrigen politisch für die SU nicht gut gewesen, die Rüstungsschraube weiterzudrehen.

Auf eine Frage von AM *Frydenlund*, ob die SU einsehe, daß sie mit der Produktion der SS-20 politisch einen Fehler gemacht habe, entgegnete *BM*, er sei sich dessen nicht sicher. Die Sowjets legten in allen ihren Gesprächen immer wieder großen Wert auf die Vorwarnzeit und wiesen darauf hin, daß die Verkürzung der Vorwarnzeit bei einer LRTNF-Modernisierung von 40 auf ca. vier Minuten für sie das eigentliche Problem darstelle. BM habe den Sowjets demgegenüber erklärt, daß dies auch für die Westeuropäer gelte. Wir lebten schon lange unter einer Vorwarnzeit von vier Minuten. Wir müßten darauf Wert legen, daß der Grundsatz gleicher Sicherheit nicht nur zwischen den Großmächten, sondern für alle Staaten gelte.

AM *Frydenlund*: Wie wird die Bundesregierung reagieren, falls Gromyko den Vorschlag für einen Produktionsstop der SS-20 mitbringen werde?

BM: Dies sei keine Frage für die deutsche Regierung, sondern Sache des ganzen Bündnisses. Es sei ein großer Fehler, wenn einzelne Bündnispartner über eine so wichtige Frage mit der SU zu verhandeln versuchten. Auf eine weitere Frage von AM *Frydenlund* nach der internen deutschen Reaktion auf einen solchen eventuellen Vorschlag entwickelte *BM* seine Auffassung, daß ein solches Angebot die Verhandlungen erheblich erleichtern werde. (*Frydenlund*: Dies wäre jedenfalls ein kluger sowjetischer Schachzug.) *BM* unterstrich, daß es von großer Wichtigkeit sei, daß die beiden Bündnisentscheidungen eindeutig seien und im Dezember gefällt würden. Die Zahlen für die LRTNF-Modernisierung könnten im Hinblick auf mögliche Ergebnisse der Rüstungskontrollverhandlungen später überprüft werden.

D2 wies darauf hin, daß die SU lange Zeit angenommen habe, das Bündnis werde nicht in der Lage sein, eine Entscheidung zu fällen. Die SU habe die Kohärenz des Bündnisses falsch eingeschätzt.

Dg22 ergänzte mit dem Hinweis, daß Breschnew in seiner Ost-Berliner Rede sein propagandistisches Pulver bereits verschossen habe. Inzwischen könne der Entscheidungsprozeß des Bündnisses nicht mehr zurückgedreht werden. Es sei fraglich, ob die SU heute noch ernsthaft mit der Möglichkeit einer Einflußnahme rechne. Heute werde dem Bündnis eine Entscheidung leichter fallen, als wenn die SU noch vor acht Wochen neue Vorschläge gemacht hätte.

BM wies darauf hin, daß die SU ihre gegen ihn, BM, gerichtete Propaganda-Kampagne[22] vor etwa 14 Tagen abgebrochen habe. Die Gründe hierfür seien

21 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

22 Vortragender Legationsrat Heyken notierte am 31. August 1979 zu den Reaktionen in der sowjetischen Presse auf die geplante TNF-Modernisierung der NATO: „Während noch Anfang des Monats die Bundesrepublik überwiegend als willenloses Werkzeug des Pentagon gezeichnet wurde, werden deutsche Politiker jetzt zunehmend als Helfershelfer der Amerikaner geschildert. Erstmalig in einem TASS-Kommentar am 27. August und seitdem mehrfach wiederholt wird die Bundesrepublik ausdrücklich als derjenige NATO-Partner genannt, der am nachdrücklichsten und offensichtlich aus Überzeugung die amerikanischen Pläne für die TNF-Modernisierung unterstütze [...]. Der Bundesminister wird in diesem Zusammenhang mehrfach namentlich genannt. Gelegentlich wird ihm ‚widersprüchliche Haltung' attestiert, weil er sich einerseits für Entspannung in Europa und gegen

einmal in dem Gromyko-Besuch in Bonn zu sehen, zum anderen sei die SU lange Zeit davon ausgegangen, daß die LRTNF-Modernisierung eine Art Privathobby von ihm, BM, sei. Inzwischen habe sie gelernt, daß dem nicht so sei.

AM *Frydenlund* wies auf seine Gespräche mit dem sowjetischen und dem DDR-Botschafter in Oslo[23] hin: Hieraus sei zu entnehmen, daß die SU sich offenbar noch der Illusion hingebe, daß es vor der NATO-Konferenz im Dezember noch zu Verhandlungen kommen könne. Der DDR-Botschafter habe ihm, AM Frydenlund, vorgeschlagen, daß, wenn das Bündnis die Entscheidungen fasse, so solle es sie jedoch nicht implementieren. Es gebe offenbar auf östlicher Seite verschiedene Vorstellungen über das weitere Vorgehen.

D2 ergänzte mit dem Hinweis, daß Moskau offenbar sehr lange gebraucht habe, um für seinen diplomatischen Apparat eine Sprachregelung herauszugeben. Noch vor einigen Wochen hätte man mit sowjetischen Diplomaten nur in sehr allgemeiner Form über diese Fragen sprechen können. Es scheine, daß die sowjetische Diplomatie spät und die osteuropäischen Länder noch später hierüber unterrichtet worden seien.

AM *Frydenlund* ging dann auf die internen Diskussionen innerhalb der NATO-Partner zur LRTNF-Modernisierung ein. Diese Frage sei auch in Norwegen Gegenstand heftiger Debatten.[24] In der Bundesrepublik Deutschland scheine es hierüber jedoch keinen innenpolitischen Streit mehr zu geben?

BM erläuterte: Wir hätten frühzeitig mit der Vorbereitung der Beschlußfassung in der NATO, im Bundessicherheitsrat begonnen. BM erläuterte dann ausführlich den bisherigen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß im Kabinett, im Bundestag und im Bundesrat und schloß mit dem Hinweis, daß die anstehenden beiden Bündnisentscheidungen in unseren Verfassungsorganen voll abgesichert seien. Er hob hierbei besonders hervor, daß wir schon sehr frühzeitig unseren Willen zu Verhandlungen unterstrichen hätten. Insgesamt bestehe über die beiden anstehenden Bündnisentscheidungen ein breiter Konsens. Dies sei wichtig, denn hiervon gingen positive Auswirkungen auch auf politische Parteien in anderen westeuropäischen Staaten aus. Auf eine entsprechende Frage von AM *Frydenlund* nach früheren Äußerungen des sozialdemokratischen Fraktionsführers Wehner[25] erläuterte *BM*: Es habe sich hierbei mehr um einen prinzipiellen Streit darüber gehandelt, ob die sowjetische Rüstung offensiv oder defensiv sei. Die Wehnerschen Äußerungen seien vor allem auf diesem Hintergrund zu sehen und seien nicht konkret auf die LRTNF-Modernisierung bezogen gewesen. Zu der Frage der defensiven oder offensiven Rüstung der SU

Fortsetzung Fußnote von Seite 1734

eine Fortsetzung des Wettrüstens ausspreche, andererseits sich die amerikanischen Pläne einer TNF-Modernisierung zu eigen gemacht habe." Vgl. Referat 213, Bd. 133143.

23 Werner Krause.

24 Botschafter von Schmidt-Pauli, Oslo, berichtete am 23. November 1979: „Die weiterhin lebhafte TNF-Debatte in Norwegen läßt tiefe Gegensätze innerhalb der Arbeiterpartei erkennen, wobei die Gegner der TNF-Modernisierung sich auf eine zunehmend breitere Grundwelle stützen können. Gruppen der Arbeiterpartei aus sechs Provinzparlamenten, die ‚Jungsozialisten', aber auch Verbände innerhalb der Gewerkschaften haben, begleitet von unzähligen Einzelprotesten, mehrheitlich die Ablehnung der TNF-Modernisierung verkündet. Auch im Außenministerium fehlt es nicht an gegenüber TNF-Modernisierung kritischen Stimmen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 393; Referat 201, Bd. 120236.

25 Zu den Äußerungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Wehner im Februar und März 1979 über die geplante TNF-Modernisierung der NATO vgl. Dok. 119, Anm. 3.

habe er, BM, auf dem sicherheitspolitischen Kongreß der FDP in Münster[26] ein klares Wort gesagt. Zur jetzigen Position Wehners müsse er, BM, darauf hinweisen, daß im Kabinett die Zustimmung zu den beiden Bündnisentscheidungen von beiden Fraktionsvorsitzenden[27] mitgetragen worden sei. BM unterstrich, daß es für die Präsentation der Bündnisentscheidungen wichtig sei, daß der Westen sich nicht durch die östliche Propaganda in die Ecke der Nachrüstung drängen lasse. Der Westen müsse vielmehr offensiv auf den Gesamtzusammenhang der westlichen Bemühungen um Rüstungskontrollverhandlungen hinweisen. Hierzu gehörten sowohl die angestrebten Verhandlungen über eine Beschränkung der Mittelstreckenraketen (SALT III) als auch MBFR (deutsche Initiative[28]) und die KSZE-Konferenz in Madrid[29] (insbesondere vertrauensbildende Maßnahmen). BM unterstrich in diesem Zusammenhang unsere Unterstützung des französischen Vorschlages einer KAE[30]. Die dort angestrebte Ausdehnung des geographischen Parameters für vertrauensbildende Maßnahmen über den KSZE-Rahmen[31] von 250 km ab westlicher Sowjetgrenze bis zum Ural sei auch wichtig für Norwegen. Hierdurch erhalte das Problem der Flankensicherung eine neue Qualität.

BM wies auf den weiteren Gesichtspunkt hin, daß auf dem Hintergrund des sowjetischen Eingreifens in Budapest[32], Prag[33] und in der DDR 1953[34] die Zuführung sowjetischer Truppen nach Osteuropa künftig unter dem Geflecht von vertrauensbildenden Maßnahmen ebenfalls eine neue Qualität erlangen würde. Daher seien auch viele osteuropäische Länder an vertrauensbildenden Maßnahmen interessiert. Aus allen diesen Gründen müsse man in den Auseinandersetzungen mit der östlichen Seite unterstreichen, welches große Gewicht wir Rüstungskontrollverhandlungen, Verhandlungen über vertrauensbildende Maßnahmen, den neuen Impulsen für MBFR und der Madrider KSZE-Konferenz beimäßen. Um den politischen Charakter der Madrider Konferenz zu betonen, seien wir für eine zumindest teilweise Anhebung des Treffens auf Außenminister-Ebene eingetreten.

AM *Frydenlund* betonte, daß er der Auffassung von BM voll und ganz zustimme. Der Westen müsse seinen ernsthaften Willen zu Rüstungskontrollverhand-

26 Am 27./28. April 1979 fand in Münster ein verteidigungspolitischer Kongreß der FDP statt. Vgl. dazu den Artikel „Genscher widerspricht Schmidt und Wehner"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. April 1979, S. 1 f.

27 Wolfgang Mischnick (FDP) und Herbert Wehner (SPD).

28 Zum Vorschlag der Bundesrepublik für ein Interimsabkommen bei MBFR vgl. Dok. 321, Anm. 4.

29 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

30 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 270, Anm. 7.

31 Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

32 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt kam es am 4. November 1956 zu einer Intervention sowjetischer Truppen.

33 Am 20./21. August 1968 marschierten Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR ein. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

34 Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187.

lungen deutlich machen. Auch er, AM Frydenlund, habe das Gefühl, daß wir in dieser Frage vielleicht an einem geschichtlichen Wendepunkt stünden. (BM: Wenn dies ein Wendepunkt ist, dann nur durch die Beharrlichkeit und Festigkeit des Westens.) Dies sollten wir auch öffentlich sagen. Auf eine weitere Frage von AM Frydenlund, ob die KAE auch unter den Neun diskutiert worden sei, wies *BM* auf gestrige Erklärung der EG-Außenminister[35] hin (*D2* erläuterte anhand des Textes diesen Beschluß). Auf eine Frage von AM *Frydenlund* nach dem amerikanischen Interesse an baldigen Rüstungskontrollverhandlungen entgegnete *BM*: Er sei zunächst überzeugt, daß SALT II ratifiziert werde.[36] Dies werde hilfreich sein. Die USA hätten anfangs nicht die volle Bedeutung des Rüstungskontrollverhandlungsvorschlags des Bündnisses erkannt. Er, BM, habe jedoch keinen Zweifel, daß sie jetzt auf den Vorschlag eingehen würden. Sie seien auch interessiert an Fortschritten bei MBFR und darüber hinaus zeigten sie an der KSZE ein weit größeres Interesse als noch vor sechs Jahren. Er, BM, sei optimistisch, daß wir mit einem guten Konzept in die Rüstungskontrollverhandlungen gehen könnten. (*Dg22* ergänzte mit dem Hinweis, daß die USA jetzt auch dem französischen KAE-Vorschlag positiver gegenüberstünden.)

Zur amerikanischen Position zu Madrid wies *BM* darauf hin, er hoffe, daß der amerikanische Delegationsleiter dem State Department zugeordnet werden könne. (*D2* wies darauf hin, daß das State Department nach wie vor befürchte, daß es durch den Kongreß – Fascell-Kommission[37] – und durch andere interessierte Gruppen überspielt werden könne.) *BM*: Es ist deshalb wichtig, daß die Madrider KSZE-Konferenz auf Außenminister-Ebene beginnt, denn die Intonierung der amerikanischen Haltung durch die Person des amerikanischen Außenministers werde wichtig sein. BM wies darauf hin, daß wir als geteiltes Land die Menschenrechtsfrage außerordentlich ernst nähmen. Unterschiede bestünden nur darin, wie wir diese Frage verträten. Bei einem geschlossenen Verhalten des Bündnisses bis zum Dezember werde der Beweis für die Handlungsfähigkeit des Bündnisses erbracht und damit gleichzeitig eine gute Plattform für Madrid geschaffen. Hinzu komme, daß man wohl auch mit einem Interesse des Ostblocks rechnen könne, denn die schwierige wirtschaftliche Lage des Ostblocks sei nicht zuletzt auf die großen Rüstungsanstrengungen zurückzuführen. (AM *Frydenlund*: Die SU habe etwa 20 Mrd. Dollar aufbringen müssen, um die USA auf strategischem Gebiet einzuholen.)

BM wies auf das Problem hin, daß die SU noch weitgehend den Machtdoktrinen des 19. Jahrhunderts und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verhaftet sei.

35 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 20. November 1979 zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 509 f.

36 Zur Frage der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 339, Anm. 31.

37 Der amerikanische Senat und das Repräsentantenhaus bildeten im Mai 1977 eine gemeinsame Kommission zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, deren Vorsitzender der Abgeordnete Fascell war. Die Kommission hatte die Aufgabe, die „Verwirklichung oder Verletzung der Artikel der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unter besonderer Berücksichtigung der Bestimmungen über die Zusammenarbeit im humanitären Bereich" zu überwachen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Meyer-Landrut vom 8. Juli 1977; Referat 212, Bd. 115101.

StS *Holst* wies auf das Problem hin, daß es in der Nach-Breschnew-Ära in der SU schwer sein werde, das militärische Establishment herauszufordern. Die sowjetische Fähigkeit, über maßvolle Begrenzungen in der Rüstungskontrolle zu verhandeln, werde durch die interne Situation in der SU nicht verbessert. (*BM* stimmte zu.) BM unterstrich, daß die Offenheit unserer gesellschaftlichen und politischen Systeme auch ein wichtiges Element der Sicherheit für andere Staaten sei.

AM *Frydenlund*: Um so wichtiger wird es sein, das sowjetische System zu öffnen.

BM: Dies sei gerade eine der bedeutungsvollsten Entwicklungen der KSZE. BM unterstrich ferner die unterschiedlichen Sicherheitsphilosophien. Die westliche gehe von einer defensiven Verteidigung an der Grenze aus, während die östliche die Verteidigung im Raume des Gegners suche. Schließlich sei es wichtig, mit der östlichen Seite eine Diskussion über die Frage zu eröffnen, in welchem Geist die Menschen erzogen würden. Er, BM, sei immer darüber bestürzt gewesen, welche Rolle der Haß gegen die Klassenfeinde, d.h. gegen den Westen, in der östlichen Propaganda und Erziehung spiele.

AM *Frydenlund*: Das Gespräch mit Gromyko wird möglicherweise offener sein, als dies noch vor Jahren möglich war. (*BM*: Seit Stalin hat sich sicher manches geändert. Noch wichtiger ist jedoch eine offene Diskussion innerhalb der SU.) StS *Holst* wies darauf hin, daß eine große Schwierigkeit darin liege, daß die SU ihre Militärhaushalte nicht öffentlich zu diskutieren bereit sei. Man solle in Madrid auch diese Frage auf den Tisch legen.

BM wies darauf hin, daß es für die sowjetische Bereitschaft, den Militärhaushalt zu diskutieren, auch institutionelle Hemmungen anderer Art gebe. Der Sowjetbürger werde andere Prioritäten setzen wollen, wenn er erfahre, welche Beträge für die Rüstung ausgegeben würden, und wenn er gleichzeitig seinen Lebensstandard mit dem des Westens vergleiche. (*Dg 22* ergänzte: Am Rande einer VN-Debatte über die Offenlegung der militärischen Haushalte habe ihm ein sowjetischer Diplomat erklärt, daß von dieser Frage für die SU das gesamte Sicherheitsverständnis abhänge.)

AM *Frydenlund* kam auf die Frage zurück, daß die osteuropäischen Staaten offenbar nur eine geringe oder gar keine Kenntnis von der SS-20 gehabt hätten. Dies gelte wohl weithin auch für SALT II. Auch hierbei seien die osteuropäischen Staaten weitgehend durch die USA über das sowjetische Raketenpotential unterrichtet worden. (*D 2*: Er sei überzeugt, daß es aus diesen Gründen auf östlicher Seite auch keine so lebhafte Diskussion über die politischen Aspekte der sowjetischen Aufrüstung im Mittelstreckenbereich gegeben habe wie bei uns.)

Nach einem kurzen Meinungsaustausch zwischen StS Holst und D 2/Dg 22 über den französischen KAE-Vorschlag wies *Dg 22* darauf hin, daß wir am 22.11.79 in Brüssel vorschlagen würden, daß für den 29.11.79 eine Tagung des NATO-Rats mit MBFR-Experten vorgesehen werde.[38]

[38] Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 29. November 1979: „Rat hat sich am 29. November in ganztägiger Sitzung unter Beteiligung von Experten aus den Hauptstädten mit dem Weisungsentwurf für ein MBFR-Interimsabkommen beschäftigt. Dabei ist es gelungen, viele der bisher offenen Fragen zu klären und in anderen Bereichen die unterschiedlichen Positionen anzunähern.

AM *Frydenlund* betonte, daß man auf norwegischer Seite diese Frage bereits diskutiert habe. Er persönlich sei der Auffassung, daß dies eine gute Sache sei, die man unterstützen solle.

AM Frydenlund kam dann noch einmal auf den Vorschlag zurück, 1000 amerikanische Nukleargefechtsköpfe aus Europa abzuziehen.[39] Er bedauerte, daß diese Frage nicht schon im Zusammenhang mit dem NPG-Treffen[40] herausgestellt worden sei. Wir sollten diese Karte spielen und damit nicht bis zum 12.12.79 warten. Abschließend betonte AM Frydenlund die nachstehenden drei Elemente der norwegischen Haltung zur LRTNF-Modernisierung:

1) Eine Entscheidung über die LRTNF-Modernisierung wird nicht die norwegische Haltung zur Kernwaffenpolitik berühren; Kernwaffen werden auf norwegischem Boden nicht stationiert und auch nicht gelagert.[41]

2) Wegen dieser eindeutigen norwegischen Kernwaffenpolitik legt Norwegen besonderes Gewicht auf die Meinung der übrigen Bündnispartner, die durch die LRTNF-Modernisierung direkt berührt werden. Die norwegische Regierung hält es jedenfalls nicht für richtig, anderen, direkt betroffenen Bündnispartnern zu sagen, was sie tun sollen. Die norwegische Regierung geht jedoch davon aus, daß die direkt betroffenen Bündnispartner auf die politische Unterstützung der Allianz als Ganzes rechnen können.

3) Eine Entscheidung über LRTNF-Modernisierung muß von einem gleichzeitig zu verabschiedenden Rüstungskontrollangebot begleitet sein.

AM Frydenlund wies weiter darauf hin, daß die norwegische Öffentlichkeit wegen ihrer allgemeinen negativen Haltung zur Kernwaffenpolitik und zur Kernenergie sehr sensitiv in diesen Fragen sei. Es habe aber auch über die Frage der LRTNF-Modernisierung eine heftige Debatte in Norwegen begonnen. Innerhalb der Arbeiterpartei werde dies eine schwierige Frage bleiben. Die Regierung werde jedoch die beiden Bündnisentscheidungen im Dezember unterstützen, auch wenn sie noch keinen formalen Beschluß gefaßt habe.

BM wies abschließend nochmals darauf hin, wie wichtig es sei, daß die anstehenden Bündnisentscheidungen von der Allianz als Ganzes getragen würden. BM betonte weiter, daß wir nicht erwartet hätten, daß Norwegen seine Haltung zur Kernwaffenpolitik ändere. Es sei aber wichtig, daß Norwegen die Bündnisentscheidung im Dezember mittrage. In der Notwendigkeit des parallel zu verabschiedenden Rüstungskontrollangebotes stimme er voll und ganz mit AM Frydenlund überein. Dies gelte auch für die Frage, daß die anstehenden beiden

Fortsetzung Fußnote von Seite 1738

Insgesamt hat sich die Aussicht nachhaltig gebessert, daß der Weisungstext noch vor Ende der derzeitigen Verhandlungsrunde in Wien eingeführt werden kann. Als wichtigstes Ergebnis der Debatte zum Interimsabkommen ist festzuhalten, daß die zuletzt im SPC immer deutlicher hervorgetretene kritische Haltung vor allem der Beneluxstaaten gegenüber dem Drängen auf raschen Abschluß der Allianz-Erörterungen jetzt weitgehend überwunden ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1277; VS-Bd. 11494 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

39 Zum Vorschlag der amerikanischen Regierung, 1000 nukleare Sprengköpfe aus Europa abzuziehen, vgl. Dok. 303.

40 Zur Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO am 13./14. November 1979 in Den Haag vgl. Dok. 328 und Dok. 329.

41 Zur Haltung Norwegens bezüglich der Stationierung von ausländischen Streitkräften und von Kernwaffen auf eigenem Territorium vgl. Dok. 143, Anm. 20.

Bündnisentscheidungen die Tür öffnen werden für eine ganz neue Form der Sicherheitspolitik.

Zum bilateralen deutsch-norwegischen Verhältnis bestand Übereinstimmung, daß es hier keine Probleme gebe.

BM erneuerte abschließend die bereits früher ausgesprochene Einladung an AM Frydenlund zu einem offiziellen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland: Der jetzige kurze Arbeitsbesuch habe diese Einladung nicht konsumiert. Er, BM, hoffe, daß sich ein offizieller Besuch von AM Frydenlund schon in der ersten Jahreshälfte 1980 verwirklichen lasse. AM *Frydenlund* dankte für die Einladung, die er gerne annehme.[42]

VS-Bd. 14077 (010)

341

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko

105-61.A/79 VS-vertraulich **21. November 1979**[1]

Gespräch des Herrn Bundesaußenministers mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 21. November 1979[2] im Haus des Herrn Bundesaußenministers (weitere Teilnehmer: von sowjetischer Seite Dolmetscher Kurpakow, von deutscher Seite der Unterzeichnende als Dolmetscher[3])
hier: Dolmetscheraufzeichnung (Anmerkung: Diese Aufzeichnung wurde vom Dolmetscher nach dem Diktat nicht mehr gelesen bzw. korrigiert.)

BM: Er wolle vor den offiziellen Gesprächen zum Ausdruck bringen, daß die deutsche Seite den Besuch von AM Gromyko für außerordentlich wichtig erachte und sehr froh sei, daß er zu diesem Zeitpunkt stattfinde. Mit deutscher Seite meine er den Bundeskanzler, die Bundesregierung und sich selbst. Er glaube, daß es gut sei, die Zeit der Anwesenheit von AM Gromyko zu sehr offenen und sehr vertrauensvollen Gesprächen zu nützen, weil es zu diesem Zeitpunkt wichtig sei, Klarheit über die gegenseitigen Ziele, Vorstellungen, Absichten und Motive zu haben.

Wenn er auf die vergangenen Wochen und Monate zurückblicke, so habe nicht alles, was man aus den verschiedenen Ecken habe hören können, melodisch ge-

42 Der norwegische Außenminister Frydenlund hielt sich am 24./25. August 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu die deutsch-norwegischen Regierungsgespräche am 25. August 1980; AAPD 1980.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Hartmann am 21. November 1979 gefertigt.
Hat Bundesminister Genscher am 23. November 1979 vorgelegen.

2 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 342–344.

3 Hanns Eggert Hartmann.

klungen, aber dies alles habe eine sehr positive Wirkung gehabt, denn die europäische Öffentlichkeit und die Weltöffentlichkeit seien sich sehr stark bewußt geworden, daß man vor wichtigen Möglichkeiten für die Entspannungspolitik stehe, die man nützen müsse. In diesem Sinne habe man hier die Rede von Generalsekretär Breschnew vom 6. Oktober[4] verstanden. Die deutsche Seite wolle ihre Vorstellungen vorlegen, weil es wichtig sei, daß man sich nicht den Blick verstelle, sondern alle Möglichkeiten auf dem Gebiet der Abrüstung und Rüstungskontrolle im Blick habe.

Gromyko habe auf dem Flughafen gesagt, daß er zu einem freundschaftlichen Besuch mit guten Absichten gekommen sei. Er selber meinte, daß dies den Vorstellungen der Bundesrepublik entspreche und daß sie diesen Besuch in eben diesem Geiste durchführen wolle.

Gromyko: Er sei in der Tat mit guten Absichten und in dem Bewußtsein hierhergekommen, daß die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion gut seien. Dies habe der Generalsekretär mehrfach betont, nicht zuletzt bei seinem Treffen mit dem Bundeskanzler in Bonn[5]. Dies entspreche den sowjetischen Absichten, man wolle die Anreicherung und Ausweitung dieser bilateralen Beziehungen fördern. Beide Seiten hätten gemeinsame Dokumente, die diesen Beziehungen zugrunde lägen, vor allem denke er hierbei an den (Moskauer) Vertrag[6]. Die sowjetische Seite sei der Meinung, daß sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern in den letzten Jahren auf einer aufsteigenden Linie entwickelt hätten. Die sowjetische Seite habe den Eindruck, daß dies sowohl auf das politische Gebiet der Entwicklung der Beziehungen als auch die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zutreffe. Der sowjetischen Seite habe immer die Linie der Bundesrepublik Deutschland imponiert, die auch immer wieder von der Führung der Bundesrepublik, persönlich von Bundeskanzler Schmidt, vor ihm von Bundeskanzler Brandt sowie anderen Politikern, auch von BM Genscher, wiederholt zum Ausdruck gebracht worden sei – die Linie, die auf Entspannung abziele. Mit anderen Worten eine Linie, die Spannungen nicht zulassen wolle beziehungsweise entstandene Spannungen in den Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern oder zwischen den Staaten überhaupt beseitigen wolle. Einige Tatsachen beunruhigten jedoch die sowjetische Seite, Tatsachen, die bewiesen, daß es in dieser insgesamt nach oben zeigenden Linie Einbrüche gebe. Die Kontinuität dieser Linie werde gestört. Dies drücke sich in einigen internationalen Fragen, die vor allem Europa beträfen, aus. In der letzten Zeit sei eine derartige Frage entstanden. Die sowjetische Seite sei etwas betroffen über die Position der Bundesrepublik Deutschland und auch anderer Länder. Es sei wichtig, während des Besuches hierüber zu sprechen, obwohl er heute abend nicht unbedingt genauer darauf eingehen wolle. Wenn er aber offen reden dürfe, so meine er, daß man vor allem über dieses Thema reden müsse, und daß es erforderlich sei, alle Möglichkeiten auszufor-

4 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

5 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

6 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

schen, um eine gemeinsame Sprache zu finden. Man müsse sich zumindest um eine gemeinsame Sprache bemühen.

BM: Dies habe er gemeint, als er gesagt habe, daß man den Aufenthalt von AM Gromyko zu einem sehr offenen Gespräch über die gegenseitigen Absichten und Ziele nützen müsse. Es wäre falsch, wenn es zum gegenwärtigen Zeitpunkt Irritationen gäbe, da doch die Möglichkeit für Fortschritte fast greifbar nahe liege.

Er wolle auf einige Punkte hinweisen, zum Beispiel den KSZE-Prozeß. Belgrad[7] habe gezeigt, daß die Sowjetunion und die Bundesrepublik Deutschland an einer konstruktiven Fortsetzung dieses Prozesses interessiert seien.

Was der Generalsekretär über vertrauensbildende Maßnahmen gesagt habe, entspreche unseren Vorstellungen. Hier gebe es Anknüpfungspunkte, hierüber müsse man reden.

Beide Seiten erachteten die Wiener Verhandlungen als wichtig. Die Bundesregierung habe innerhalb ihres Bündnisses einen Vorschlag gemacht[8], dieser Vorschlag müsse nun erläutert werden.

Beide Seiten erachteten Verhandlungen über strategische Waffen, auch die kontinentalstrategischen Waffen, als notwendig. Über die Möglichkeiten für derartige Verhandlungen müsse man auch reden. Die Bundesregierung sei der Meinung, daß die Verhandlungen selbst Sache der Sowjetunion und der USA seien, weil die entsprechenden Waffen im Westen amerikanische Waffen seien.

Er wolle nun einige sehr persönliche Bemerkungen machen. Als seine Partei 1969 die Regierung mit den Sozialdemokraten gebildet habe, habe sie dies vor allem aus außenpolitischen Gründen getan. Herr Scheel und er hätten damals fast die Existenz der Partei aufs Spiel gesetzt für eine Politik, die sie als notwendig erachtet hätten. Man habe das eigene politische Schicksal mit dieser Politik verbunden. Es sei nicht vorstellbar, daß man nun diese Politik in Frage stellen lasse oder sie selbst in Frage stelle, denn diese Politik sei ein politisches Bekenntnis, und man wolle diese Politik konsequent fortsetzen. Unter Hinweis auf den Verlust der ehemaligen Ostgebiete und die Spaltung Deutschlands führte BM aus, daß die Deutschen wüßten, was Krieg und Kriegsfolgen bedeuteten. Deshalb sei jeder Schritt entscheidend, der den Frieden sicherer mache. Die deutsche Seite ringe um jeden entsprechenden Schritt, davon müsse auch AM Gromyko ausgehen. Er sage dies, damit auch die persönlichen Motive für eine solche Politik verständlich würden. Er wolle wiederholen, daß die 1969 begonnene Politik konsequent fortgesetzt werde. Als Herr Scheel Bundespräsident geworden sei[9], habe er kurz danach in einer Rede einen Satz geäußert, der zutreffend das darstelle, was unsere Generation beherrsche: „Unser Volk hat die historischen Lehren gelernt."[10]

[7] In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 320 und Dok. 373 und AAPD 1978, I, Dok. 16, Dok. 24, Dok. 25, Dok. 60 und Dok. 88.

[8] Zum Vorschlag der Bundesrepublik für ein Interimsabkommen bei MBFR vgl. Dok. 321, Anm. 4.

[9] Bundesminister Scheel wurde am 15. Mai 1974 zum Bundespräsidenten gewählt und trat sein Amt am 1. Juli 1974 an.

[10] In einer Ansprache zum 30. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs führte Bundespräsident Scheel am 6. Mai 1975 aus: „Wir haben gelernt. Nicht nur die Politiker – sondern unser Volk

Gromyko: BM habe richtig festgestellt, daß es dem Interesse der Bundesrepublik entspreche, die Politik der Entspannung fortzusetzen. Dies entspreche auch der sowjetischen Linie, der sowjetischen Politik, die auf Frieden, Entspannung und Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern und zwischen den Staaten überhaupt gerichtet sei. Die sowjetische Seite begrüße derartige Erklärungen. Er müsse auch, um der Wahrheit die Ehre zu geben, sagen, daß die sowjetische Führung in dieser Frage nie Zweifel gehegt habe, und daß sich dies auch in vielen praktischen Dingen ausdrücke. Man könne nur schwer Anstoß an dem nehmen, was BM soeben ausgeführt habe.

Aber dennoch stelle sich die Frage, ob das, was die Bundesrepublik und ihre Bündnispartner durchzuführen beabsichtigten, dieser Linie entspreche. BM sage, daß hier kein Widerspruch vorliege. Er sage, daß die Pläne, die gegenwärtig vorbereitet würden[11], dieser Linie entsprächen. Die sowjetische Seite sei der Meinung, daß dem nicht so sei, daß hier ein Widerspruch vorliege. Diese Frage werde auch nicht durch die eben von BM ausgesprochenen Worte vom Tisch genommen. Es sei richtig, daß in SALT II[12] bereits von den bevorstehenden Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR gesprochen werde. Es heiße im SALT-II-Vertrag, daß unmittelbar nach Inkrafttreten desselben Verhandlungen über SALT III durchgeführt werden sollten. Diese Verhandlungen würden stattfinden, um einen neuen Vertrag zur Begrenzung strategischer Waffen, den SALT-III-Vertrag, vorzubereiten. Aber das beseitige nicht die Frage, die sich gegenwärtig aufwerfe. Und diese Frage werde von einer Gruppe von Ländern, die ja allen bekannt sei, vorangetrieben. Man wünsche eine möglichst schnelle Entscheidung.

Er wolle etwas abschweifen. BM habe von der Möglichkeit neuer Verhandlungen über alle Arten strategischer Waffen gesprochen. Dieser Ausdruck „alle Arten strategischer Waffen" habe viele äußerst unklare Seiten, von denen die Staaten keine Ahnung hätten. Die erste Frage sei, wer werde die Verhandlungen führen. Als er auf der Sondergeneralversammlung der VN im Namen des Generalsekretärs gesprochen habe[13], habe er auch ein Treffen mit Präsident Carter[14] gehabt. Er habe zu Carter gesagt, was er denn denke, ob die USA und die

Fortsetzung Fußnote von Seite 1742

hat gelernt. Es hat begriffen, daß Extremismus in jeder Form für unser Land verderblich ist." Vgl. SCHEEL, Reden und Interviews, Bd. 1, S. 236.

11 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

12 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

13 Am 26. Mai 1978 sprach der sowjetische Außenminister Gromyko vor der Zehnten UNO-Sondergeneralversammlung über Abrüstung, die vom 23. Mai bis 30. Juni 1978 in New York stattfand. Vgl. dazu das Redemanuskript; Referat 222, Bd. 113001. Für den deutschen Wortlaut vgl. DOKUMENTATION ZUR ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT, Bd. XVI (1978), S. 245–248.

14 Präsident Carter und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 27. Mai 1978 in Washington zusammen. Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 13. Juni 1978, der amerikanische Botschafter Toon habe die „Viererrunde" am Vortag folgendermaßen informiert: „Die Gespräche Gromykos mit Präsident Carter hätten vier Stunden gedauert. Zu SALT habe es auf sowj[etischer] Seite auch nicht die geringste Bewegung gegeben. Gromyko habe ganz besonders stark darauf bestanden, daß der Sowjetunion die Möglichkeit eingeräumt wird, ein neues Trägersystem einzuführen. Zu Afrika habe der Präsident das Verhalten der SU in Äthiopien kritisiert und ihr eine gewisse Verantwortung für die Ereignisse in Katanga vorgehalten. Als drittes Thema seien die Menschenrechte erörtert worden. Im Anschluß an die Gespräche habe Gromyko in einer Pressekonferenz erklärt, der amerik[anische] Präsident sei desinformiert gewesen. Dies sei in Washington als schlechter Stil empfunden worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2084; Referat 204, Bd. 115948.

UdSSR endlos verhandeln sollten? Was sei mit den anderen Kernwaffenstaaten, die schauten wohl nur durchs Schlüsselloch. Carter habe geantwortet, daß diese Frage auf dem Tisch liege, daß er, offen gesprochen, vorläufig jedoch keine Antwort darauf wisse. Carter habe noch mehr dazu gesagt, aber er wolle dies nicht ausführlich darlegen. Er habe anerkannt, daß sich die Frage stelle, wo man zwischen wem und zwischen was unterscheiden solle, und daß diese Frage durchaus legitim sei.

In diesem Zusammenhang stelle sich eine weitere Frage. Was bedeute der Ausdruck „alle Arten strategischer Waffen"? Die Amerikaner und die Sowjetunion hätten eine bestimmte Verständigung darüber gefunden, was dies sei. Man habe dies mathematisch ausgedrückt. Im SALT-I-Abkommen[15] und im SALT-II-Vertrag, der noch nicht in Kraft getreten sei[16], seien gewisse Parameter über Qualität und Quantität vereinbart worden. Man könne heute erklären, daß man auch dieses oder jenes oder ein Drittes als „strategisch" bezeichnen könne. Hier würden die Grenzen verwischt zwischen strategischen und nicht-strategischen Waffen. Man frage sich, ob man alles diskutieren müsse oder nicht alles, die strategischen Waffen und auch die Mittelstreckenwaffen. Aber die Frage werde noch komplizierter.

Auch in dieser Fragestellung müsse man erneut fragen, wer verhandeln solle. Die nächste Frage laute, welche konkreten Arten von Waffen konkreter Verhandlungsgegenstand sein sollen, wer diese Fragen behandeln solle und was behandelt werden solle. Dies alles multipliziere die Schwierigkeiten. Die sowjetische Seite schließe die Möglichkeit von Verhandlungen nicht aus, BM kenne ja die Ausführungen des Generalsekretärs. Man könne auch Probleme anderer Waffenarten diskutieren. Aber warum versuche eine Gruppe von Ländern, dieses Problem voranzutreiben, anderen in den Rücken zu schieben und sage laufend: „Los, los, laßt uns einen Beschluß fassen." Man frage sich, was diese Gruppe wolle, gegenseitiges Verständnis und Lösung der anstehenden Probleme oder ein möglichst schnelles Vorgehen, um sich schnell Vorteile zu verschaffen. Es sei bekannt, daß derartige Entscheidungen auch zu anderen Maßnahmen führen würden, daß die andere Seite nicht teilnahmslos zusehen werde. Jede Seite bewege sich auf einer Linie, einmal mache die eine Seite einen Satz und sei im Vorsprung, dann mache die andere Seite einen Satz und sei im Vorsprung, und so würde dies ewig weitergehen mit diesen Rüstungen.

Er frage sich, ob dies für die Völker erforderlich sei. Wozu brauchten Politiker Köpfe und Zungen? Wohl doch, um Probleme zu beseitigen, Lösungen zu finden vermittels Meinungsaustausch und Verhandlungen. Dies könne man nicht über das Radio erreichen. Über den Rundfunk lasse sich gut schimpfen. Um aber gegenseitiges Verständnis zu erzielen, tauge der Rundfunk nicht. Wenn die Frage nach Verhandlungen gestellt werde, so antworte man: „Nein. Erst die Tatsachen, dann die Verhandlungen." Da könne die sowjetische Seite nur die Schul-

15 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.

16 Zur Frage der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 339, Anm. 31.

ter zucken. Er wolle heute gleich beim ersten Gespräch sagen, daß die sowjetische Seite betroffen sei angesichts der sich ergebenden Lage.

BM: Die Bundesregierung erachte die Ratifizierung des SALT-II-Vertrages für genauso erforderlich wie die sowjetische Seite. Er habe bereits dem sowjetischen Botschafter mitgeteilt, daß die Bundesregierung sich in den USA in einer Weise für die Ratifizierung von SALT II eingesetzt habe, die bereits sehr nahe an der Grenze der Einmischung in interne Angelegenheiten gelegen habe.[17] Er wolle offen sagen, daß sich die Bundesregierung SALT II besser gewünscht habe. Sie habe gewünscht, daß SALT II bereits die Mittelstreckenwaffen einbezogen hätte. Er könne hier keine Kritik aussprechen, aber er sei der Meinung, daß man bei SALT III das Problem der Mittelstreckenwaffen behandeln müsse, und zwar je niedriger, desto besser. Es heiße ja bereits in der Gemeinsamen Deklaration[18], daß man gleiche Sicherheit auf einem niedrigeren Niveau schaffen wolle.

Er habe am 28. Oktober[19] vor der Öffentlichkeit die Frage gestellt, die der Bundeskanzler in der letzten Woche wiederholt habe[20], ob die Sowjetunion nicht den Bau der SS-20-Raketen stoppen könne, weil dies die Verhandlungen erleichtern würde. Die Bundesregierung sei der Meinung, daß Schritte auf dem Verhandlungswege die Schritte auf dem Gebiet der Rüstungen überholen müßten. Bei SALT II sei dies gelungen. Bei den Mittelstreckenwaffen müsse dies noch einfacher sein, weil die amerikanischen Mittelstreckenwaffen erst in drei bis vier Jahren in Europa stationiert werden könnten. Dies sei eine lange Zeit, auch für diese schwierige Materie. Die deutsche Seite hoffe, daß man schon eher Ergebnisse werde erzielen können. Die Bundesrepublik sei keine Kernwaffenmacht und wolle auch keine werden. Die Bundesregierung verstehe, was es für Probleme seien, die die Sowjetunion sehe und die Gromyko angedeutet habe, als er von denen sprach, die durch das Schlüsselloch schauten. Es sei wichtig, während des Besuches Möglichkeiten und Aussichten der Verhandlungen zu diskutieren.

Man solle aber nicht nur über SALT III sprechen, sondern auch über Verhandlungen, an denen die Bundesrepublik Deutschland unmittelbar beteiligt sei, über die KSZE und über MBFR.

Er spüre, daß man sich an einer Schwelle befinde, die man gemeinsam überschreiten müsse, um die Möglichkeiten der Rüstungskontrolle auszuweiten. Die Zeit hierfür sei reif. Es wäre ein positives Ergebnis dieses Besuches, wenn man gemeinsam hierfür Ansätze entdecken und den Verbündeten weitergeben könne.

Gromyko: BM rede von einer Schwelle. Zu seinem größten Bedauern müsse er sagen, daß er im Zusammenhang mit der Position einer Gruppe von Ländern bezüglich der Mittelstreckenwaffen diese Schwelle nicht fühlen könne. Diese

17 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 26. Oktober 1979; Dok. 309.

18 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f.

19 Zur Erklärung des Bundesministers Genscher vom 28. Oktober 1979 vgl. Dok. 317, Anm. 10.

20 Zur Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 13. November 1979 vor der SPD-Bundestagsfraktion vgl. Dok. 323, Anm. 16.

Schwelle verschwinde. Bei dem Wettlauf sei immer einmal die eine Seite und dann die andere Seite vorn. Wer wolle entscheiden, wer die Schildkröte und wer Achilles sei.

BM: Die deutsche Seite wolle die Schildkröte durch Verhandlungen überholen.

Gromyko: Die Sowjetunion habe Verhandlungen vorgeschlagen. „Faßt doch den Beschluß nicht", aber im Westen würde eine Antwort in der Art erteilt, wie sich Frau Thatcher geäußert habe: Verhandlungen ja, aber nur von einer Position der Stärke aus. Sie spreche auch nicht von einer Schwelle, sondern rede von der Position der Stärke.[21]

BM: Ein Beschluß schaffe noch keine Stärke.

Gromyko: Es sei ja kein Beschluß, eine Tasse Tee zu trinken, es handele sich um große Entscheidungen.

BM: Früher hätte man gesagt, laßt uns erst Raketen stationieren und dann verhandeln. Jetzt sage man, wir sollten gleich verhandeln und die Zeit nützen.

Gromyko: Das Wichtigste sei der Beschluß.

BM: Man müsse die Zeit nutzen. Der Vorteil für die Verhandlungen bestehe darin, daß es die Raketen noch nicht gebe.

BM schlug anschließend vor, morgen auch über andere Gebiete und über die Entwicklung des bilateralen Verhältnisses zu sprechen. Man solle darüber reden, ob die politischen Möglichkeiten und die Möglichkeiten des Langfristigen Wirtschaftsabkommens[22] ausreichend genützt würden oder ob man etwas zusätzlich tun solle.

Gromyko erklärte sich hiermit einverstanden.

BM schlug vor, die Fragen der Sicherheitspolitik im engeren Kreise zu besprechen; auch hier stimmte Gromyko zu. Man einigte sich auf folgende Gesprächspunkte neben den Sicherheitsfragen: MBFR, Madrid[23], Afrika, Naher Osten, CBM.

Abschließend fand ein kurzer Meinungsaustausch über die Ereignisse im Mittleren Osten statt. BM unterrichtete über Demonstration in Teheran vom 21. No-

[21] Brigadegeneral Kuebart, London, faßte am 24. Oktober 1979 den sicherheitspolitischen Teil der „Winston-Churchill-Gedenkansprache" von Premierministerin Thatcher am 18. Oktober 1979 in Luxemburg zusammen: „Da die Sowjetunion ihre Absichten nicht kundtue, müsse sie nach ihren militärischen Fähigkeiten beurteilt werden. [...] SS-20 und ‚Backfire' hätten der Sowjetunion Vorteile verschafft, die die Allianz abbauen müsse. Die britische Regierung werde ihren Beitrag dazu leisten und sich durch Breschnews Reduzierungsangebot nicht von diesem Wege abbringen lassen." Kuebart analysierte: „Margaret Thatchers Rede unterstreicht erneut die entschlossene Haltung der Konservativen, sicherheitspolitische Entscheidungen der Allianz mitzutragen und voranzutreiben. In hartem, unmißverständlichem Ton zieht Frau Thatcher Konsequenzen aus der Bedrohung durch den Warschauer Pakt. Ihre Forderungen sind kompromißlos und richten sich zugleich an die eigene Nation sowie die Bündnispartner." Vgl. den Schriftbericht Nr. 57; Referat 201, Bd. 120182.

[22] Die Bundesrepublik und die UdSSR unterzeichneten am 6. Mai 1978 ein Abkommen über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 58–60.

[23] Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

vember[24] im Zusammenhang mit Gerüchten, daß Amerikaner an der Besetzung der Moschee in Mekka[25] beteiligt gewesen seien. Diese Gerüchte hätten auch zu dem Sturm der amerikanischen Botschaft in Islamabad[26] geführt. BM habe hierüber mit Vance gesprochen.[27] Vance bitte, Grüße an Gromyko auszurichten. Beide Seiten brachten ihre Besorgnis im Zusammenhang mit der derzeitigen Lage in Teheran (Besetzung der US-Botschaft) zum Ausdruck. Beide scheuten sich, eine Prognose zu stellen.

Gromyko führte aus, daß diese Ereignisse für die Sowjetunion unerwartet erfolgt seien und daß man sich nur schwer zurechtfinde.

BM äußerte, daß es wichtig sei, daß alle Länder verantwortungsvoll handelten. Danach unterhielten sich die beiden Minister über die Gründe, die die Amerikaner veranlaßt haben könnten, den Schah aufzunehmen.[28]

24 In der Presse wurde berichtet, am 21. November 1979 hätten sich mehrere hunderttausend Menschen in der Umgebung der besetzten amerikanischen Botschaft in Teheran versammelt: „Beobachter sprachen von der größten Menschenansammlung seit der Rückkehr des Ayatollah aus seinem französischen Exil im Februar." Vgl. den Artikel „Anti-Amerikanismus und religiöse Fanatiker erschüttern den Mittleren Osten"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. November 1979, S. 2. Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. ferner Dok. 331.

25 Botschafter Schlagintweit, Djidda, berichtete am 21. November 1979: „Die saudische Regierung hat heute morgen eine erste Erklärung zu den Zwischenfällen abgegeben, die gestern Mekka erschütterten und das ganze Land beunruhigen. Demnach habe eine Gruppe von religiösen Abtrünnigen sich in den Besitz des heiligen Bezirks um die Kaaba herum gesetzt, einen aus ihrer Mitte zum Mahdi – eine Art Erlösergestalt – ausgerufen und die im heiligen Bezirk Betenden zu Geiseln genommen. [...] Meldungen über blutige Unruhen in Mekka kursieren schon seit gestern mittag in verschiedenen Versionen. [...] Angaben über die Zahl der Toten, die bei den darauffolgenden Schießereien umkamen, schwanken zwischen zwei und 70." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1082; Referat 311, Bd. 119948.

26 Botschafter Scheske, Islamabad, berichtete am 22. November 1979: „Während gestern im ganzen Land Demonstrationen gegen den vermeintlich von US angezettelten Angriff auf die Kaaba in Mekka abgehalten wurden, arteten sie in Islamabad, Rawalpindi und Lahore zu gefährlichen antiamerikanischen Exzessen aus. Außer der US-Botschaft, die von einem wütenden Mob niedergebrannt wurde, gingen auch das Generalkonsulat der USA in Lahore sowie die U[nited]S[tates]I[nformation]S[ervice]-Bibliothek und die American-Express-Agentur in Rawalpindi und eine Zweigstelle der American Bank in Islamabad in Flammen auf. Beim Angriff auf die US-Botschaft kamen ein US-Marine, eine pakistanische Ortskraft der Botschaft und zwei Demonstranten ums Leben. Etwa 35 Personen wurden verletzt. Mit weniger Schaden kamen das Pan-American-Büro in Rawalpindi und die amerikanische ‚International School' in Islamabad davon. [...] Obwohl die Militärregierung gewollt oder aus Unfähigkeit nicht in der Lage war, die amerikanischen Einrichtungen zu schützen, berichtete die zensierte Presse, den Truppen sei es nach dreistündigen ‚Kämpfen' gelungen, die etwa 150 eingeschlossenen Mitglieder der US-Botschaft zu befreien. In Wirklichkeit konnten die Polizei- und Militäreinheiten erst nach fast sieben Stunden die Lage soweit beruhigen, daß die Botschaftsangehörigen über Leitern in das benachbarte Gelände der britischen Botschaft klettern konnten. Die Regierungskräfte hatten sich zuvor stundenlang untätig verhalten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 578; Referat 340, Bd. 110678.

27 Bundesminister Genscher führte am 21. November 1979 ein Telefongespräch mit dem amerikanischen Außenminister Vance: „Auf Frage von Bundesminister nach den Entwicklungen in Teheran und Islamabad erklärte Vance: In Islamabad sei ein Marinesoldat tot. Der Präsident leite selbst die Militäraktion. Er gebe volle Unterstützung mit allen Kräften. Vance hoffe, daß die übrigen Amerikaner gerettet werden. In Teheran sei die Lage unverändert. Bei der Großdemonstration sei es zu Übergriffen auf das Botschaftsgebäude gekommen. Khomeini habe behauptet, die USA sei für die Besetzung der Moschee in Mekka verantwortlich. Dies habe die Massen in Teheran aufgeputscht. Diese Meldung sei auch in Islamabad über den Rundfunk gelaufen. Vielleicht sei dies die Ursache für das Ganze." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178801.

28 Schah Reza Pahlevi hielt sich seit 22. Oktober 1979 in den USA auf, um sich einer medizinischen Untersuchung zu unterziehen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2251.

Gromyko sprach den Verdacht aus, daß man in Amerika nicht genügend nachgedacht habe, daß man dort manchmal Axt und Hobel den Präzisionsinstrumenten vorziehe.

BM führte aus, daß die Frage der Verweigerung oder Nichtverweigerung medizinischer Hilfe wohl im Vordergrund gestanden habe. Er selbst sei nie im Iran gewesen und habe ein distanziertes Verhältnis zum Schah gehabt. Er habe auch keinen iranischen Außenminister empfangen. BM äußerte abschließend, daß alle Länder in diesem Zusammenhang Verantwortung für den Frieden trügen.

VS-Bd. 14078 (010)

342

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko

213-321.11 SOW-1511/79 VS-vertraulich **22. November 1979**[1]

Gespräch des Bundesministers mit Außenminister Gromyko am Donnerstag, 22. November 1979, von 10.00 bis 12.15 Uhr[2]

Anwesend auf deutscher Seite: Staatssekretär van Well; Botschafter Wieck; MD Blech; VLR I Sudhoff; VLR I Arnot; auf sowjetischer Seite: Erster Stellvertretender Außenminister Kornienko; Botschafter Semjonow; Leiter der Dritten Europäischen Abteilung, Bondarenko; Gesandter Kwizinskij; Leiter des Büros von Gromyko, Makarow; Berater Tschernyschow; Dolmetscher: Herr Hartmann; Herr Kurpakow.

Bundesminister: Er heiße Außenminister Gromyko sehr herzlich willkommen. Wir betrachteten den Besuch als ein wichtiges Ereignis für die Entwicklung unserer beiderseitigen Beziehungen. Wie Gromyko auf dem Flugplatz gesagt habe, sähen wir den Besuch als einen freundschaftlichen Besuch an. Er stimme Gromykos früher geäußerter Bewertung zu, daß die deutsch-sowjetischen Beziehungen von großer Bedeutung für die Entspannungspolitik insgesamt seien. Wir wollten die Möglichkeit nutzen, um die Beziehungen zu entwickeln. Gestern abend sei vereinbart worden, den heutigen Meinungsaustausch mit den bilateralen Beziehungen zu beginnen. Das werde ihrer Bedeutung gerecht.

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 22. November 1979 gefertigt und am 26. November 1979 mit der Bitte, „die Genehmigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen", an das Ministerbüro weitergeleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 26. November 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister."
Hat Bundesminister Genscher am 26. November 1979 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14078 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

[2] Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 341, Dok. 343 und Dok. 344.

Auch seien wir einig darin, daß Fragen der Sicherheit in Europa eine wichtige politische Rolle spielen, wobei beide Seiten wüßten, daß wir vor wichtigen Verhandlungen in verschiedenen Bereichen, nämlich bei MBFR, KSZE und vor SALT III, stehen. Darüber hinaus dürfte man die Lage in anderen Regionen nicht vernachlässigen. Europa, das oft unter der Geißel des Krieges habe leiden müssen, habe die geschichtliche Aufgabe, den Frieden auf dem Kontinent zu bewahren und von diesem Kontinent im Sinne des Friedens und der Zusammenarbeit in die Welt hineinzuwirken. Die Aufrechterhaltung des Friedens sei die gemeinsame Verantwortung aller europäischen Staaten unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Ordnung. Er, der Minister, sei bereit, mit Gromyko alle erwähnten Fragen in freundschaftlicher Atmosphäre zu erörtern.

Gromyko: Er sei bereit, viele Fragen mit Minister Genscher zu erörtern, insbesondere bilaterale Angelegenheiten, aber auch Fragen der internationalen Lage. Dazu gehöre nicht zuletzt, er wolle sogar sagen in erster Linie, die Sicherheit in Europa. Er habe dem Bundesminister bereits erklärt und wolle dies wiederholen, daß die Sowjetunion, die sowjetische Führung und insbesondere Breschnew persönlich die Absicht hätten, den Weg zu gehen, der vor allem in dem Vertrag zwischen den beiden Ländern[3] festgelegt worden sei. Es gebe auch andere sehr wichtige bilaterale Dokumente, die eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen spielten. Wenn man die Periode nach Abschluß des Vertrages betrachte, dann stellten sich die beiderseitigen Beziehungen als auf einer aufsteigenden Linie befindlich dar, und zwar mit einer stabilen Tendenz. Die sowjetische Seite betrachte diese Entwicklung mit Optimismus, zumal sich die westdeutsche Führung zugunsten der Entwicklung der Beziehungen, zugunsten der – er wolle diesen deutschen Ausdruck gebrauchen – Ostpolitik ausgesprochen habe. Die sowjetische Führung und Breschnew persönlich träten nach wie vor für die Anreicherung der bilateralen Beziehungen ein. Unter diesem Vorzeichen sei er nun zum Bundesminister nach Bonn gekommen, um Meinungen mit ihm auszutauschen. Es gebe Fragen, denen die Gesprächspartner wahrscheinlich besondere Aufmerksamkeit widmen müßten. Er, der Minister, wisse, worum es sich handele, nämlich um Fragen der europäischen Sicherheit. Es gebe natürlich solche Fragen der bilateralen Beziehungen, die nicht präzise von internationalen Fragen zu trennen seien.

Andererseits gebe es natürlich bilaterale Fragen im engeren Sinne der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Um Bewegung in diese Dinge zu bringen, wolle er folgendes sagen: Die Sowjetunion wolle nicht das gegenwärtige Niveau der beiderseitigen Beziehungen beibehalten, sondern habe den Wunsch, die Beziehungen weiterzuentwickeln. Bis jetzt sei ein langer Weg zurückgelegt worden. Er glaube, daß der Minister einverstanden sei, wenn er sage, daß, wenn man die Periode nach dem Vertrag nehme, es schwierig gewesen wäre, vor 15 Jahren überhaupt nur davon zu träumen, was in ihr alles geschehen sei. All das sei gewaltig. Das sei ein großes Aktivum in der sowjetischen und in der westdeutschen Politik. Wenn man andererseits z. B. den Vertrag nehme und ihn Punkt für Punkt, Artikel für Artikel durchlese, sehe man, daß viele Bestimmungen dieses Vertrages noch ungenutzte Möglichkeiten ent-

[3] Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

hielten, die jedenfalls nicht bis zum Ende genutzt seien. Es stimme, daß Russen, sowjetische Menschen, und Deutsche in Westdeutschland aufeinander nicht mit den Augen schauen, mit denen sie in den ersten Nachkriegsjahren geschaut hätten. Entsprechend dem Vertrag, auf der Grundlage anderer Dokumente und der Ergebnisse der Treffen auf höchster Ebene[4] sei eine große Arbeit geleistet worden. Die sowjetische Seite habe einen positiven Eindruck. Die Erklärungen von Bundeskanzler Schmidt persönlich, seines Vorgängers Brandt sowie die Erklärungen des Bundesministers zugunsten der Ostpolitik, zugunsten der bilateralen Beziehungen seien positiv. Der Minister wisse gut, sogar besser als die sowjetische Seite, daß positive Erklärungen mitunter mit Erklärungen ganz gegensätzlichen Charakters zusammenfielen. Mit Bedauern lese man auf sowjetischer Seite derartige Erklärungen. Die sowjetische Seite sei davon überzeugt, daß in der BRD nicht alles bei der Erziehung der Kinder im Geiste der freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion getan werde; das gelte auch für die Erziehung der Soldaten. Dabei verneine er keineswegs all das Positive, was tatsächlich geschehe. Es liege ihm nicht daran, alles in schwarzen Farben zu malen. Wenn die sowjetische Seite derartige Beobachtungen mache, frage sie sich, warum die offiziellen Kreise, die Regierung der BRD, die die Hand am Steuer der Politik der Beziehungen zwischen den beiden Staaten habe, nicht aktivere Schritte unternähmen, um negative Erscheinungen bezüglich der Sowjetunion zu unterbinden oder jedenfalls doch abzuschwächen. Wenn die Regierung der BRD wünschte, derartige Erscheinungen zu unterbinden, sie auf dem richtigen Platz einzuordnen, könne das viel für die Beziehungen bewirken. Die sowjetische Seite sei gezwungen zu reagieren. Sie übe Zurückhaltung, obwohl sie auf extreme, äußerst scharfe Erscheinungen in bezug auf die Politik der Sowjetunion als solche reagieren müsse. Wie schon gesagt, lege sie sich Zurückhaltung auf. Sie könne es aber auch anders halten. Aber sie tue das nicht in der Hoffnung, daß dieses bemerkt werde. Es wäre sehr gut, wenn man bei uns empfinde, was für eine Last auf unseren Beziehungen liege, die ihnen schade. Wenn die westdeutsche Seite die Lage korrigieren würde, insbesondere im Bereich der Politik, könnten sich beide Länder stärker vorwärts bewegen. Die Sowjetunion sei bereit, die Beziehungen auf der Grundlage des Vertrages, des Prinzips der friedlichen Koexistenz, des Prinzips der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten weiterzuentwickeln und Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen. Das sei das, was er zu den politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern habe betonen wollen. Wenn die westdeutsche Seite und die sowjetische Seite sich zu all dem ernsthaft verhielten, Geist und Buchstaben des

[4] Bundeskanzler Brandt besuchte die UdSSR vom 11. bis 13. August 1970. Vgl. dazu AAPD 1970, II, Dok. 387, Dok. 388 und Dok. 390.
Brandt hielt sich vom 16. bis 18. September 1971 zu Gesprächen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Oreanda auf. Vgl. dazu AAPD 1971, II, Dok. 310, Dok. 311, Dok. 314 und Dok. 315.
Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 18. bis 22. Mai 1973. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 145 und Dok. 147–152.
Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 28. bis 31. Oktober 1974 in der UdSSR auf. Für die Gespräche mit Breschnew vgl. AAPD 1974, II, Dok. 309, Dok. 311, Dok. 314 und Dok. 315.
Schmidt und Breschnew trafen sich am 31. Juli 1975 am Rande der KSZE-Schlußkonferenz in Helsinki. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 234.
Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 4. bis 7. Mai 1978. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

Vertrages erfüllten, würden sie überzeugt auf dem Weg des Vertrages weitergehen und neue Erfolge erzielen. Die sowjetische Seite wolle das. Er sei in dieser Absicht nach Bonn gekommen. Das seien gute Absichten. Damit wolle er diesen Teil abschließen.

Was die wirtschaftlichen Beziehungen[5] betreffe, möchte er unterstreichen, daß sie sich im Ganzen gar nicht so schlecht entwickelten. Er habe allen Anlaß zu sagen, daß das Langfristige Abkommen[6] im Ganzen erfüllt werde, obgleich, soweit es sich um konkrete Fakten handele, beide Seiten Bemerkungen und Wünsche zur Verbesserung der Handelsbeziehungen machen könnten. Wahrscheinlich sei es überhaupt schwierig, zwei Staaten in der Welt zu nennen, die keine Probleme bei der Entwicklung der Handelsbeziehungen miteinander hätten.

Nach sowjetischer Überzeugung bestehe kein Anlaß zur Enttäuschung über die beiderseitigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Alles spreche dafür, daß der Gedanke, der zum Abschluß des Langfristigen Abkommens geführt habe, sowie die praktische Arbeit zu seiner Durchführung gerechtfertigt seien. Er möchte betonen, und das sei wohl für den Minister kaum etwas Neues, daß, wenn man auf Angebote von westdeutscher Seite sehe und sie mit Angeboten aus anderen europäischen Ländern vergleiche, man feststelle, daß die anderen günstigere Angebote machten als Firmen aus der BRD. In welcher Hinsicht? Die Preise seien für die sowjetische Seite annehmbarer und gewissermaßen gerechtfertigter. Auf diesem Gebiet finde die Sowjetunion eine wesentliche Barriere vor. Von westdeutscher Seite höre die Sowjetunion oft, daß bei der Erfüllung von wirtschaftlichen Vereinbarungen die Bürokratie das Haupthindernis sei. Das sei gewissermaßen eine geringe Erklärung, denn wenn das tatsächlich alles wäre, wäre es einfach, die Lage zu verbessern. Wahrscheinlich gehöre zu unserer Außenpolitik folgende Erwägung: Wenn es sich um den Preis handele, müsse er hoch sein, wenn es um Profite gehe, müßten sie hoch sein. Das erinnere ihn an zwei junge Helden eines Films, den er vor zehn Jahren gesehen habe, in dem der eine zum anderen sage, wenn er sich verliebe, dann kämen nur Königinnen in Betracht, und wenn er beim Spiel verliere, müsse es mindestens eine Million sein. Die westdeutsche Seite müsse darüber urteilen, ob es möglich sei, hier Korrekturen anzubringen. Vielleicht gebe es etwas, was man tun könne. Er wolle also eine derartige Charakterisierung abgeben: Das Gesagte heiße nicht, daß es nicht Probleme in konkreten Bereichen bei einzelnen Objekten, bei Branchen des sowjetischen Außenhandels gebe. Es sei der sowjetischen Seite bekannt, daß Repräsentanten der westdeutschen Seite auf hoher

5 Gesandter Berendonck, Moskau, berichtete am 23. Juli 1979, die Bundesrepublik habe den siebten Platz unter den sowjetischen Handelspartnern behaupten können: „Etwa zwei Drittel des sowjetischen Westhandels werden mit Westeuropa abgewickelt. Größter sowjetischer Westhandelspartner blieb – bisher ungefährdet – die Bundesrepublik Deutschland. Nachlassende sowjetische Auftragsvergaben an deutsche Firmen lassen es jedoch als möglich erscheinen, daß der deutsche Vorsprung gegenüber Japan, das gegenwärtig den zweiten Platz im Westhandel der UdSSR einnimmt, verlorengehen wird. Hierfür bezeichnend ist die Entwicklung im sowjetischen Maschinenimport, der sich aus Japan 1978 um r[un]d 150 Mio. Rubel erhöhte, während der Wert der aus der Bundesrepublik Deutschland importierten Maschinen und Ausrüstungen sank." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1742; Referat 213, Bd. 133246.

6 Die Bundesrepublik und die UdSSR unterzeichneten am 6. Mai 1978 ein Abkommen über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 58–60.

Ebene dieses Thema angeschnitten hätten. Da gebe es etwas, was man tun könne, um die Lage zu verbessern. Er möchte sagen, daß die sowjetische Seite sich mit dieser Lage beschäftige. Es müsse allerdings systematisch einen Prozeß der Entwicklung geben, und beide Seiten müßten sich damit beschäftigen. Auch beim Tunnelbau sei es ja das Beste, gleichzeitig von beiden Seiten vorzugehen, wenn man es nur richtig berechnet habe.

Im Bereich der kulturellen Beziehungen[7] könne man fast eindeutig sagen, die Dinge entwickelten sich günstig. Von der westdeutschen Seite gebe es keine der sowjetischen Seite ins Auge fallenden Dinge, die eine Behauptung rechtfertigen würden, die westdeutsche Seite widme diesen Fragen nicht genügend Aufmerksamkeit. Umgekehrt glaube er auch nicht, daß auf der sowjetischen Seite Fakten vorlägen, die wir ihr vorwerfen könnten. Die sowjetische Seite halte im übrigen niemanden zurück, der sich zu einem Gastspiel in der Sowjetunion befinde. Sie mache auch keine Versuche dazu. In anderen Ländern greife man zu solchen Tricks. Die verschönten aber deren Politik keineswegs. Beide Länder benähmen sich in diesen Dingen korrekt, wie erwachsene und kultivierte Länder. Die sowjetische Linie bleibe wie bisher die, alles zu fördern, was die Entwicklung der Beziehungen weiterbringe.

Des weiteren gebe es Fragen, die zu den internationalen Fragen zählten, aber doch die bilateralen Beziehungen beeinflußten. Sie könne man aber in einem anderen Zusammenhang behandeln.

Bundesminister: Er danke Gromyko dafür, daß er in großer Offenheit und Klarheit die Einschätzung der Entwicklung und der Bedeutung der Beziehungen für die Außenpolitik der Sowjetunion dargelegt habe. Sein, Gromykos, Besuch falle in eine Zeit, in der in unserem eigenen Land Anlaß bestehe, über ein Jahrzehnt Politik Rechenschaft abzulegen, weil 1969 die Regierung aus Sozialdemokraten und Liberalen gebildet worden sei. Die Regierung verdanke ihre Entstehung wesentlich einheitlichen Vorstellungen im außenpolitischen Bereich. Er meine den Teil der Außenpolitik, der als Ostpolitik bezeichnet werde. Er empfinde ein klein wenig Stolz darauf, daß inzwischen der Begriff Ostpolitik im inter-

[7] Botschafter Wieck, Moskau, notierte am 9. März 1979 im kulturpolitischen Jahresbericht: „1) Der Austausch hat sich in den meisten Bereichen seit mehreren Jahren auf etwa gleichem Niveau gehalten. 2) Der Spielraum für neue Initiativen ist begrenzt. 3) Das Ungleichgewicht des Austausches zugunsten der Sowjetunion ist erheblich. 4) Das Berlin-Problem und – damit zusammenhängend – das Fehlen eines Zwei-Jahres-Programms belasten den Austausch. [...] In der Sowjetunion ist Deutsch die nach dem Englischen am meisten erlernte Fremdsprache. Die Verbindung zur deutschen Sprache ist in erster Linie zur DDR hin ausgerichtet. Ihr Austausch mit der Sowjetunion, der sich in mannigfachen, für uns nicht zugänglichen Bereichen abspielt, hat offenbar seinen besonderen Schwerpunkt im Bereich von Aus- und Fortbildung. [...] Vom 1. Juni 1979 bis Ende Oktober 1980 werden alle künstlerischen Darbietungen aus dem Ausland in das olympische Kulturprogramm der Sowjetunion fallen. Sie werden dazu beitragen, der Welt das Bild einer aufgeschlossenen, fortgeschrittenen Kulturnation zu bieten. Das sowjetische Interesse, in dieser Zeit Künstler von Weltrang in den großen Städten der Sowjetunion auftreten zu lassen, ist beträchtlich. Wir sollten dies zum Anlaß nehmen, bei Verhandlungen über deutsche Gastspiele zu erreichen, daß unsere Künstler nicht wie bisher nur zu einem geringen Rubelhonorar auftreten. Es sollte darauf geachtet werden, daß sie einen wesentlichen Teil des Honorars in Devisen erhalten. [...] Der für unsere Kulturarbeit wirkungsvollste Multiplikator, nämlich das sowjetische Fernsehen, ist uns leider noch verschlossen. Die sowjetische Seite gibt an, aus Devisenmangel keine Fernsehfilme ankaufen zu können. Dem sollte durch einen gezielten Mitteleinsatz deutscher staatlicher Stellen begegnet werden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 540; Referat 213, Bd. 133282.

nationalen Bereich der Begriff für eine vernünftige, gegenseitige Interessen respektierende Politik geworden sei. Die Frage, die man sich vorzulegen habe, sei die, ob der eingeschlagene Weg richtig sei, ob es sich lohne, ihn zu gehen, ob man eine positive oder negative Bilanz ziehen müsse. Die Antwort für diesen Bereich sei sehr eindeutig. Der Weg sei richtig gewesen, die Bilanz sei eindeutig positiv, auch wenn da und dort Fragen offen geblieben seien. Aber was im Vergleich zur Ausgangslage erreicht worden sei, sei ein großer Fortschritt für beide Länder, für Europa und auch die Welt. Der Ausgangspunkt sei der Moskauer Vertrag gewesen. Dessen Abschluß habe eine erhebliche Veränderung der politischen Situation bedeutet und eine Erweiterung der Möglichkeiten in Europa. Ihm seien weitere Schritte gefolgt, Vereinbarungen mit Polen[8], der ČSSR[9] und der DDR[10], die multilateralen Verhandlungen, die zur Schlußakte[11] geführt hätten, und diese wiederum habe die multilaterale Entspannungspolitik mit Teilnahme der USA und Kanadas beeinflußt. Wir hielten uns nicht für den Nabel der Welt, aber ohne die vertraglichen Regelungen seit 1969/70 würden auch heute noch komplizierte Probleme aus dem Zweiten Weltkrieg die europäische Entwicklung nachteilig beeinflussen. Daraus sei der Schluß zu ziehen, daß die deutsch-sowjetischen Beziehungen von erheblicher Bedeutung für die europäischen und die internationalen Beziehungen seien. Man müsse sich der Verantwortung bewußt sein, die sich aus dieser Bedeutung ergebe. Auch sei es notwendig, die Frage zu stellen, welche Beurteilung der eingeschlagene Weg in der internationalen Öffentlichkeit, im eigenen Lande finde. Nur eine solche Politik habe Bestand, die von der Überzeugung der eigenen Bürger getragen werde. Nach Ablauf von zehn Jahren könne man auch hierzu eine positive Bilanz ziehen. Die Ostpolitik habe eine Zeit zu den umstrittensten politischen Themen der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland gehört. Heute könne man sagen, es gebe keine ernstzunehmenden politischen Kräfte, die sich gegen die Grundprinzipien dieser Politik wendeten. Er, der Minister, denke an die Verträge und die Verpflichtungen aus der Schlußakte. Durch die Ausführung und die Ergebnisse dieser Politik sei es gelungen, zu überzeugen und Realitäten zu schaffen, die von allen politischen Kräften getragen würden, und dies wiederum sei ein wichtiger Faktor für die Vorhersehbarkeit unserer Politik. Es stelle sich die Frage, ob diese Politik das reflektiere, was unsere Bürger dächten. Unsere Bürger wollten diese Politik. Unsere Kinder wüchsen im Bewußtsein auf, daß unser Land Friedenspolitik betreibe. Das hörten auch unsere Soldaten. Es würden keine Feindbilder entwickelt, die Haß in ihren Köpfen erzeugten. Den Soldaten werde lediglich nahegebracht, daß ihre Aufgabe darin bestehe, unser Land zu sichern. Unsere Kinder und unsere Soldaten würden erzo-

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

9 Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

10 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

11 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

gen in der Achtung und der richtigen Bewertung der Völker und Menschen. Es sei auch unsere Einschätzung, daß sich unsere Beziehungen auf einer aufsteigenden Linie entwickelten. Natürlich habe sich das Bewußtsein der Menschen geändert, auch die Form des Umgangs, des Meinungsaustausches, die es ermöglichten, in Klarheit, wie das jetzt geschehe, alle Fragen zu erörtern, so daß jeder die Ziele des anderen und seine Absichten kenne. Gromyko habe die Erklärungen Breschnews und anderer Persönlichkeiten der sowjetischen Führung einschließlich seiner selbst zur Bedeutung der deutsch-sowjetischen Beziehungen unterstrichen. Auch wir betrachteten die Beziehungen als langfristig angelegt. Wir wollten sie nicht als Episode eingeschätzt haben. Diese Beziehungen nützten nicht nur uns und der sowjetischen Seite, sie seien auch von erheblichem Nutzen für andere Völker. Und das sei der Grund dafür, daß sie ein so positives Echo fänden. Was Gromyko über die wirtschaftlichen Beziehungen gesagt habe, nämlich daß es kaum zwei Länder auf der Welt gebe, die keine Probleme darin miteinander hätten, gelte ganz allgemein. Darüber müsse man seriös und offen miteinander sprechen und auch öffentlich diskutieren, wobei es in einem Lande so sei, daß dies die Politiker sagten, und in einem anderen Lande die Zeitungen darüber schrieben. Der Minister stelle fest, wir wollten diesen Besuch nutzen, um die positive Entwicklung weiterzubringen und ihr neue Kraft zu geben.

Er wolle jetzt, was Einzelfragen angehe, mit dem Kulturaustausch beginnen. Hier sei eine sehr positive Entwicklung im Gange, die ein Stück menschlicher Vertrauensbildung sei, weil der Respekt der Menschen vor den kulturellen Leistungen des anderen gestärkt werde.

Wenn der sportliche Austausch breiter werden könnte, würden wir das begrüßen. Es spreche für die ungekünstelte Betrachtung der Situation, daß wir gestern im Fußball in Tiflis 3:1 gewonnen hätten[12] und keiner das als Politikum empfunden habe.

Hier wirft *Gromyko* ein: Eine reife Leistung! Die Georgier zu besiegen, ist nicht einfach!

Der *Minister* fährt fort: Bürokratische Hindernisse erklärten sicher nicht die Gesamtheit der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen unseren beiden Ländern, hätten aber Bedeutung; für die außerordentlich leistungsfähigen mittleren Unternehmen unseres Landes bildeten sie eine Erschwernis, die größer sei als bei den Großunternehmen.

Dies sei ein sehr wichtiger Punkt: Er spreche immer wieder von der erheblichen Breite des Angebots und der Elastizität unserer mittleren und vielen kleineren Betriebe. Es sei ein positives Zeichen, daß die Bilanz unseres Wirtschaftsaustausches ausgeglichen sei. Wir hätten aber, er sage das ganz offen, gewünscht, daß der Ausgleich auf einem höheren Niveau stattgefunden hätte. Wir hätten eine noch dynamischere Entwicklung nach oben begrüßt. Man müsse sowohl Großprojekte als auch die Zusammenarbeit mit mittleren Unternehmen im Auge haben. Bei Großprojekten sähen wir ganz erhebliche Möglichkeiten im Energiebereich. Unsere Banken hätten sehr elastisch auf die Möglich-

[12] Am 21. November 1979 besiegte die Fußball-Nationalmannschaft der Bundesrepublik die Mannschaft der UdSSR in Tiflis mit 3:1.

keiten reagiert. Die Preise seien der Ausdruck der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft sowie der internationalen Lage. Die Preise würden mitgestaltet durch soziale Leistungen, durch Verträge der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände, durch die soziale Sicherung. Die Stabilität unseres Wirtschaftssystems beruhe auf erheblichem sozialen Fortschritt. Ein Volk, das ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit aufweise, sei gegen politischen Extremismus gefeit. Die Preise orientierten sich an Qualität, am Service, an der Präzision in der Einhaltung der Verträge, an allen Erscheinungen der internationalen Marktlage. Für Großprojekte für den Energiebereich seien die Möglichkeiten des Langfristigen Abkommens noch nicht genutzt, zumal wir die wirtschaftlichen Beziehungen ebenfalls als langfristig betrachteten. Das Langfristige Abkommen hätten wir nicht nur als eine wirtschaftliche Vereinbarung betrachtet, sondern stets auch als eine hochpolitische Vereinbarung, weil sie das Ziel der Langfristigkeit unserer Beziehungen sinnvoll unter Beweis stelle.

Jetzt wolle er noch zwei Probleme ansprechen:

Bei der Familienzusammenführung[13] wünschten wir, daß es zu einer Entwicklung komme, die den Standard der frühen 70er Jahre erreiche. Bei uns würden die Beziehungen auch auf der Grundlage der Regelung dieser Frage bewertet. So gesehen, habe dieser Aspekt nicht nur eine humanitäre Bedeutung für die betroffenen Menschen, sondern auch eine politische Bedeutung, und daher wäre er ihm, Gromyko, dankbar, wenn er sein Augenmerk dieser Frage widmen würde.

Wir hätten auch weiterhin den Wunsch, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zu verbessern. Wir hätten das wissenschaftlich-technische Abkommen erörtert. Er bitte Gromyko, noch einmal unsere Vorschläge auf der Grundlage der personenbezogenen synchronen Lösung sehr gründlich zu prüfen.[14]

13 Referat 513 notierte am 16. Oktober 1979 zur „Aussiedlung und Familienzusammenführung von Deutschen aus der UdSSR", im Hinblick darauf, „daß rund 2 Mio. Volksdeutsche in der UdSSR leben, von denen ein offenbar wachsender Teil an einer Aussiedlung interessiert ist, handelt es sich um ein hochpolitisches Thema. Die bloße Beibehaltung der gegenwärtigen Ausreisezahlen oder gar Fortschritte bedürfen ständig erneuter Impulse auf höchster politischer Ebene. [...] Der sich nach dem ersten Quartal 1978 (Abschluß der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad) abzeichnende nachlassende Trend hält an. Falls sich die Zahl der monatlichen Ausreisen in den folgenden Monaten nicht drastisch erhöht, werden in diesem Jahr weniger als 7500 Menschen ausreisen, d. h. noch weniger als 1978. Dies steht im Widerspruch zu der auch von GS Breschnew erklärten Bereitschaft, die ‚Fragen humanitären Charakters auch in Zukunft positiv zu behandeln' (Kommuniqué Breschnew-Besuch vom 7.5.1978)." Das Deutsche Rote Kreuz habe seit 1974 „über 54 000 neue Ausreisewillige registriert; die Gesamtzahl der Personen, die seit 1974 nochmals oder erstmalig vom Deutschen Roten Kreuz als ausreisewillig erfaßt wurden, beträgt rund 100 000. [...] Häufigster Ablehnungsgrund ist die Feststellung: ‚entspricht nicht dem Grundsatz der Familienzusammenführung', gegebenenfalls mit dem Zusatz: ‚zu weite Verwandtschaft' oder ‚überwiegender Teil der Familie lebt in der Sowjetunion'. Gelegentlich wird auch darauf hingewiesen, daß ein Sohn Militärdienst ableiste." Vgl. Referat 213, Bd. 133153.

14 Die Referate 210 und 213 vermerkten am 19. September 1979: „Trotz jahrelanger Verhandlungen über das wissenschaftlich-technische Abkommen ist eine optimale, beide Seiten voll befriedigende Lösung nicht in Sicht. Der einzige umstrittene Punkt ist die Einbeziehung des Berliner Forschungspotentials. Hier stellt sich der Stand der Erörterungen wie folgt dar: Berliner sollen grundsätzlich am Austausch teilnehmen können. Mitarbeiter von Bundesinstitutionen in Berlin sollen ad personam teilnehmen können (personenbezogene Lösung). Präsidenten und Vizepräsidenten dieser Bundesinstitutionen sollen dagegen nach sowjetischer Auffassung nicht teilnehmen können. Der letzte

Er glaube, es habe sich ausgezahlt, daß in den vergangenen Jahren der Versuch unternommen worden sei, alle Fragen bezüglich Berlins sehr behutsam zu behandeln, Probleme darüber nicht zum Zentrum unserer Beziehungen gemacht zu haben und auch vermieden zu haben, daß von ihnen schädliche Wirkungen ausgingen. Dieses Prinzip werde, wie er denke, auch in Zukunft wirken, aber es enthebe uns nicht der Notwendigkeit, weitere Lösungen zu suchen.

Er fasse zusammen: Die Bilanz der letzten zehn Jahre sei positiv. Das gebe uns das Vertrauen, daß wir auch zukünftig den Weg gingen, den wir beschritten hätten.

Gromyko: Bei der prinzipiellen Einschätzung der Beziehungen fielen die Bewertungen zusammen oder seien einander doch sehr nahe. Was Einzelfragen betreffe, wolle er kurz Kommentare geben.

Familienzusammenführung: Kurz vor seinem Besuch hier habe er sich für die Frage bei den entsprechenden sowjetischen Institutionen interessiert. Er habe folgende Antwort bekommen: Eigentlich bestehe ein solches Problem nicht. Die sowjetische Seite löse die Fragen, ausgehend von ihrer Gesetzgebung. In vielen Fragen sei die sowjetische Seite der westdeutschen Seite entgegengekommen, wo man entsprechende Wünsche geäußert habe. Er werde sich dafür interessieren. Jeden Tag könne man sich jedoch nicht damit beschäftigen. Aber es laufe alles durch den Staatsapparat. Da sei es unmöglich, nicht präzise Angaben zu bekommen. So wie er es ausgeführt habe, werde die sowjetische Seite auch künftig handeln.

Was das wissenschaftlich-technische Abkommen betreffe, so habe die sowjetische Seite schon gesagt, daß bei der Suche nach Berührungspunkten eigentlich schon die letzte Grenze erreicht sei. Er, Genscher, habe seinerzeit (beim Besuch in Moskau 1977[15]) gesagt, daß er nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik die Frage konsultieren müsse. Seitdem habe es keine Bewegung gegeben. Auf der Grundlage des Meinungsaustausches in Moskau sei die sowjetische Seite bereit, ein Abkommen zu schließen. Aber eigentlich sei es so, wir lebten auch ohne Abkommen und würden leben „very much". Besser allerdings mit Abkommen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1755

Punkt ist also weiterhin streitig. [...] Auf deutscher Seite wurden in der letzten Zeit zwei Konzeptionen entwickelt, die die Gespräche aus der Sackgasse herausführen sollen: a) die synchrone Lösung, b) die pragmatische Lösung als Alternative zur synchronen Lösung. [...] Zu a) Die synchrone Lösung beinhaltet den Abschluß eines Rahmenabkommens und gleichzeitig konkreter Einzelabkommen mit Frank-Falin-Klausel sowie detaillierter Projektprogramme unter Einbeziehung Berlins. Der Vorteil dieser Dreistufigkeit ist die konkrete, nämlich durch die Projektprogramme gesicherte Einbeziehung von Berlinern einschließlich der Mitarbeiter von Bundesinstitutionen in die Zusammenarbeit synchron zum Abschluß von Rahmenabkommen und Einzelabkommen. Zu b) Bei der pragmatischen Lösung wird einstweilen vom Abschluß von Rahmenabkommen und Einzelabkommen abgesehen. Wir geben dabei die bisher von uns praktizierte Blockierung der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit selektiv auf, indem eine Reihe von konkreten Projekten von besonderem gegenseitigen Interesse für die Zusammenarbeit ausgewählt wird. Hierunter müssen sich auch Projekte befinden, an denen Berliner einschließlich Mitarbeiter von Berliner Bundesinstitutionen mitwirken. Auch bei dieser Lösung muß aber die Teilnahme von Berlinern konkret ausgehandelt werden." Vgl. Referat 213, Bd. 133262.

15 Bundesminister Genscher hielt sich vom 13. bis 15. Juni 1977 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 154 und Dok. 156–158.

Was das vierseitige Abkommen[16] betreffe, so sei es ein wichtiger positiver Akt für die Lage in Mitteleuropa, für die Vertiefung der Entspannung. Im Abkommen sei eine Balance der Interessen erreicht, die für alle teilnehmenden Staaten annehmbar gewesen sei. Das Abkommen werde positiv auch von anderen Staaten eingeschätzt, die nicht Teilnehmer seien, aber doch sehr interessiert. Es treffe zu, daß die westdeutsche Seite offiziell sage, daß sie das Abkommen als gerecht betrachte, daß in ihm erreicht worden sei, was unter den gegebenen Bedingungen möglich gewesen sei. Da man hier miteinander spreche, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, ohne Zickzacks zu machen, wolle er auch folgendes sagen. Das Verhalten der Bundesrepublik gegenüber dem Abkommen sei nicht sündenfrei. Von Zeit zu Zeit unternehme sie gewisse Akte, die Geist und Buchstaben des vierseitigen Abkommens nicht oder nicht voll entsprächen. Wenn die sowjetische Seite nicht immer praktisch reagiere, so erkläre sich das durch ihre Toleranz, durch ihre Zurückhaltung. Dies könne man bis zu einem gewissen Grade auch von der DDR sagen. Die westdeutsche Seite unternehme Schritte, die mehr Minuspunkte als Pluspunkte böten. Was gebe ihr die ununterbrochene Folge von Besuchen westlicher Staatsmänner in West-Berlin? Sie fänden doch nur statt, um den westdeutschen Anspruch auf West-Berlin zu betonen. Die sowjetische Seite sei der Auffassung, daß diese Praxis der westdeutschen Seite nichts gebe, sondern nur eine Fata Morgana schaffe. Die Schattenseiten überwögen die Pluspunkte. Es handele sich nur um kurzfristige Vorteile. Die sowjetische Seite habe versucht, der westdeutschen Seite das nahezubringen. Sündenlos sei die westdeutsche Seite auch nicht bei den sogenannten Bundesinstitutionen und deren Beamten. Ihr Vorhandensein widerspreche Geist und Buchstaben des vierseitigen Abkommens. Das gelte auch für die ganze Idee, West-Berlin als Land in offiziellen Akten, Gesetzen etc. zu bezeichnen. Er, der Minister, wisse noch sehr gut, daß dies dem vierseitigen Abkommen widerspreche. Manchmal habe die sowjetische Seite den Eindruck, daß dies speziell gemacht werde, um die DDR und die Sowjetunion zu reizen.

Man solle sich nicht die ganze Zeit auf die sowjetische Geduld verlassen. Die Sowjetunion habe große Reserven an Vernunft, an Bereitschaft zur Festigung der Entspannung. Alles, was er gesagt habe, wolle er in folgendem Fazit zusammenfassen: Er möchte die Hoffnung ausdrücken, daß die Bundesrepublik mit größerer Vernunft und größerem Realismus an die Frage der Beziehungen zwischen ihr und West-Berlin im Zusammenhang mit dem vierseitigen Abkommen herangehe. Der Bundesminister möge berücksichtigen, daß er sich bemüht habe, sehr flexible Formulierungen sowohl zur Charakterisierung der sowjetischen Haltung zu finden als auch in Anbetracht der Ereignisse, die nach dem Besuch Generalsekretärs Breschnew stattgefunden hätten. Das fundamentale Interesse der beiden Länder an der Weltpolitik dürfe nicht zulassen, daß momentane Interessen überwögen.

Bundesminister: Die Entwicklung der Familienzusammenführung – er wolle das unterstreichen – sei bedeutungsvoll für die Menschen, die sie angehe, sowie für die Einschätzung unserer Beziehungen in der Öffentlichkeit. Daher

16 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

wolle er die Bitte wiederholen, seine Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Zahlen nicht abnehmen, sondern das Niveau wieder erreicht werde, das es früher gegeben habe. Wir würden ihm, Gromyko, Fälle zuleiten, die die Aufmerksamkeit unserer Öffentlichkeit erregt hätten.

Auch er wolle sich vom Geist der Flexibilität leiten lassen, wenn er einige Bemerkungen zu Berlin mache. Für unsere Seite gelte unverändert, was 1973 hier in Bonn vereinbart worden sei: strikt einhalten, voll anwenden.[17] Er glaube, daß es vernünftig sei, wenn ausländische Besucher, die sich ein zutreffendes Bild der Lage machen wollten, nach Berlin gingen, weil Berlin – hier sei er mit ihm, Gromyko, einig – ein wichtiger Prüfstein für die Entspannung sei. Warum wolle man die Besucher daran hindern, dies in Berlin zu sehen? Bei der Erörterung dieser Fragen sei es notwendig, die Prinzipien des Vier-Mächte-Abkommens zu betrachten.

Dort heiße es, die gewachsenen Bindungen bleiben, die Bindungen können entwickelt werden. In diesem Geiste hielten wir uns im Einklang mit den Drei Mächten an das Vier-Mächte-Abkommen, die ihrerseits daran interessiert seien, daß die Bindungen nicht zu einer Belastung des Vier-Mächte-Abkommens würden, sondern entsprechend dem Grundsatz der strikten Einhaltung und vollen Anwendung praktiziert würden. Es helfe nicht viel weiter, wenn wir in große öffentliche Auseinandersetzungen einträten, vielmehr müsse es sich darum handeln, Felder der Übereinstimmung zu suchen, damit das Einvernehmen breiter werde. Daher reagierten wir zurückhaltend, wenn die Drei Mächte und wir Beanstandungen wegen der Nichtbeachtung des Vier-Mächte-Abkommens in Ostberlin hätten.

Abschließend wolle er, der Minister, noch folgende Bemerkung machen. Die Art, wie beide Minister gestern, aber auch heute gesprochen hätten, sei sehr persönlich, sehr vertrauensvoll. Das sei der Geist, der beiden Seiten erlaube, auch strittige Fragen miteinander zu behandeln.

VS-Bd. 14078 (010)

[17] Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung vom 21. Mai 1973 über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. bis 22. Mai 1973 in der Bundesrepublik; BULLETIN 1973, S. 575.

343

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko

220-370.70 SOW-2068/79 VS-vertraulich **22. November 1979**[1]

I. Mittelstreckenproblematik

Nachdem der *Bundesminister* Außenminister Gromyko zur Fortsetzung des Gesprächs begrüßt hatte[2], stellte *Gromyko* die Frage, ob „das wichtige Thema von gestern" (LRTNF) morgen (am 23.11.) oder heute erörtert werden solle. *Bundesminister* antwortete mit heute.

1) Darauf begann Außenminister *Gromyko* seine Darlegung der sowjetischen Position zum Mittelstreckenproblem, die insgesamt 45 Minuten in Anspruch nahm:

Fragen der europäischen Sicherheit sind seit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges für Europa selbst und im Weltzusammenhang mit gewaltigen Folgen behaftet. Deshalb sind diese Fragen von außerordentlicher Bedeutung. Die Sowjetunion reagiert sehr empfindlich gegen alle Entscheidungen, die nicht der europäischen Sicherheit entsprechen.

Nach dem Abschluß des Moskauer Vertrages[3] und der folgenden Serie von Verträgen[4] sowie nach anderen Schritten der Entspannung ist die Lage in Europa

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth gefertigt und von Ministerialdirektor Blech am 26. November 1979 über Staatssekretär van Well an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Billigung" weitergleitet. Dazu vermerkte Blech: „In der Anlage lege ich die Protokolle über den multilateralen Teil der Konsultationen zwischen Bundesminister und Außenminister Gromyko am Nachmittag des 22. November vor. An dem Gespräch nahmen teil: Von deutscher Seite: Bundesminister; Staatssekretär van Well; Botschafter Wieck; D 2; Dg 22; Herr Hartmann (Dolmetscher). Von sowjetischer Seite: Außenminister Gromyko; Vizeaußenminister Kornienko; Botschafter Semjonow; Herr Bondarenko; Herr Kurpakow (Dolmetscher). Das Protokoll besteht aus folgenden Teilen: I. Mittelstreckenproblematik. II. KSZE, französischer Vorschlag für eine Abrüstungskonferenz, MBFR. III. Sonstige internationale Themen."
Hat van Well am 29. November 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 30. November 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1 Abl[ichtung] f[ür] MB."
Hat Genscher am 3. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Roßbach am 3. Dezember 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Ruth verfügte.
Hat Ruth am 7. Dezember 1979 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11307 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 341, Dok. 342 und Dok. 344.

3 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

4 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.
Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwi-

viel besser geworden. Dabei spielt auch SALT II eine wichtige Rolle, obwohl der Vertrag noch nicht ratifiziert wurde.[5] Es handelt sich hier um eine große und wichtige Akte, die auch für die Europäer nützlich ist. Es ist wichtig, daß Bedingungen gefördert werden, die zur Verbesserung der Lage auf dem europäischen Kontinent beitragen.

Bei der Behandlung der Frage des Kräfteverhältnisses auf dem europäischen Kontinent und in den Beziehungen zu den USA geht die Sowjetunion vom Prinzip der Gleichheit aus, d.h. von der Einhaltung der Sicherheit für beide Seiten, ohne daß ein Nachteil für die Sicherheit einer Seite entsteht. Das Prinzip der Gleichheit ist bei der Diskussion über das Kräfteverhältnis der rote Faden. Beim Wiener Treffen mit Präsident Carter[6] wurde das Prinzip mehrfach betont. Dauerhaft kann nur die Gleichheit und die Nichtverminderung der Sicherheit sein. Keiner Seite darf ein Nachteil erwachsen.

Plötzlich ist dann die Frage aufgetaucht, daß man auf den Territorien Westeuropas neue Raketen mittlerer Reichweite stationieren müsse, d.h. Waffen, die es vorher nicht gab. Diese Stationierung ändert die Situation zugunsten der NATO und zum Nachteil der Sowjetunion und des Warschauer Pakts.

Dies alles beruht auf der falschen Einschätzung, daß Gleichheit erst besteht, wenn die neuen Waffen nach Europa kommen.

Früher wurde anerkannt, daß beim Kräfteverhältnis Gleichheit besteht und daß auf dieser Grundlage Entspannung möglich ist. Dann wird gesagt: Gleichheit besteht nicht.

Ist das redliche Politik? Worin liegt die Logik, daß man gestern sagte, die Gleichheit besteht, und heute eine andere Meinung vertritt. Diese Haltung untergräbt das Vertrauen zu den NATO-Ländern. Woher kann man dann das Vertrauen nehmen, daß uns nicht gesagt wird, daß anderes nicht mehr gilt?

Uns wird gesagt, die Sowjetunion stationiere Raketen auf ihrem Territorium. Diese sind aber etwas anderes. Der Westen tut, als läge hier eine Überraschung vor. Ich kann Ihnen aber sagen, daß die Sowjetunion nicht vor drei Jahren etwas für die Modernisierung getan hat. Die Entscheidung liegt schon fünf Jahre zurück. Damals wurden einige Modernisierungen durchgeführt. Auf westlicher Seite ist das vor 10 bis 15 Jahren geschehen, auch dann hat man Modernisierungen der NATO durchgeführt.

Gesetzt den Fall, daß jemand Sorge hat, unbegründete Sorge, aber Sorge: Gut, wir sind einverstanden, wir wollen verhandeln. Dazu kommt, daß wir vorgeschlagen haben, einseitig den Umfang unserer Truppen in Mitteleuropa zu reduzieren. Generalsekretär Breschnew hat dies in Berlin gesagt.[7] Wie ist die

Fortsetzung Fußnote von Seite 1759

schen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

5 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 339, Anm. 31.

6 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

7 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

NATO darauf eingegangen? Es wird gesagt, gut, das ist ein wichtiger Schritt, aber man geht den im Westen eingeschlagenen Weg weiter. Der Vorschlag wird abgeschöpft, und der Weg wird weitergegangen.

Unser Vorschlag, in dem ein Angebot zu verhandeln enthalten ist, wird nicht beachtet. Statt dessen wird gesagt, die westliche Seite ist mit Verhandlungen einverstanden, aber erst nach Beschluß über die Verwirklichung der neuen Raketen, d.h. wenn der ganze Mechanismus von Produktion und Dislozierung in Gang gesetzt ist. Raketen werden nicht wie Zigarren in eine Schatulle gelegt. Die Position, erst nach dem Beschluß verhandeln zu wollen, heißt, daß man von einer Position des groben Drucks aus verhandeln will.

Mrs. Thatcher hat offen gesagt, es sei notwendig, Verhandlungen aus einer Position der Stärke zu beginnen.[8] Der Beschluß muß gefaßt werden. Es muß produziert werden.

Mögen die Erklärungen westlicher Führer auch noch so höflich sein, um die wahren Absichten zu verdecken, das militaristische Wesen der westlichen Pläne kann gar nicht verdeckt werden. Sie stecken wie Eisenstangen aus einem Sack.

Wir müssen die besonderen Probleme klar ansprechen. Wenn wir Erklärungen lesen über NATO-Pläne, die man besser als Pentagon-Pläne bezeichnen würde, dann fällt auf, daß hier unterschiedlich gemessen wird. Wenn die Sowjetunion Raketen baut, dann sind das Raketen, die in Europa eine sehr gefährliche Situation schaffen. Wenn die Vereinigten Staaten Waffen nach Europa bringen, dann bedrohen sie sowjetisches Territorium und das ist nicht gefährlich.

Sie werden kaum jemanden finden, der sagt, es werden keine Waffen in Europa stationiert, die das Territorium der Sowjetunion erreichen können. Das gesamte Gebiet der westlichen Sowjetunion und des Warschauer Paktes wird abgedeckt, wenn amerikanische Raketen hier stationiert werden. Was die Luftstreitkräfte angeht, so können sie schon jetzt einen großen Teil des sowjetischen Territoriums erreichen. Wenn man noch das Mittelmeer berücksichtigt mit den Flugzeugträgern und den Flugzeugen, die darauf sind, dann ergibt sich die Möglichkeit, daß diese gegen die sozialistischen Länder und die Sowjetunion eingesetzt werden können. Man braucht nicht mehr als lesen und schreiben zu können, um dies zu verstehen. Das paßt in die Überlegungen der Führung der NATO, der US-Generale und der NATO-Generale.

Aber daß die Sowjetunion Europa erreicht, das mißfällt, obwohl dies den elementaren Grundsätzen der Gerechtigkeit und dem Prinzip der Gleichheit entspricht. Sie können auf sowjetischer Seite keine Ansätze für ein anderes Herangehen sehen. Nochmals: Gesetzt den Fall, daß jemandem etwas mißfällt und er versteht nicht, wie die Lage ist, dann kann man ja verhandeln. Was ist an unserem Verhandlungsangebot schlecht? Verhandlungen schließen ein, daß die Sowjetunion entsprechend dem Vorschlag Breschnews Rampen im westlichen Teil der Sowjetunion reduziert. Man müßte doch danach greifen und die Verhandlungen beginnen. Aber nein, das will man nicht, sondern nur nach einer Vorbedingung. Man ist mit Verhandlungen erst einverstanden, wenn der Be-

[8] Vgl. dazu die Rede der Premierministerin Thatcher am 18. Oktober 1979 in Luxemburg; Dok. 341, Anm. 21.

schluß über Produktion und Stationierung erfüllt ist. Was ist dann dieser Beschluß? Die Maschinerie wird in Gang gesetzt, Waffen werden produziert. Man glaubt, die Sowjetunion schläft und denkt nicht darüber nach.

Aber für die Sowjetunion ist die Situation klar: Sie schlägt Verhandlungen vor. Die Seite der NATO wird unter das Diktat gewisser Kreise gesetzt. Wenn Sie das wollen, dann erklären Sie, warum dieses militaristische Ansinnen so schön ist. Wenn die Pläne verwirklicht werden, würde die Sowjetunion gezwungen, zu entsprechenden Maßnahmen zu greifen, um die Gleichheit wiederherzustellen. Sie verstehen, wohin das führt.

Wir fragen uns, ob man uns wohl nicht richtig verstanden hat: Die Sowjetunion kann nicht zulassen, daß die NATO zu Überlegenheit in diesem Bereich kommt. Wir sind überzeugt, daß eine solche Wende niemandem etwas bringt, nicht Ihnen, Großbritannien, Italien oder den USA.

Wir haben unsere Politik erläutert. Wenn der Westen seine Politik, die wir bedauern, weiterverfolgt, dann müssen wir den Völkern die ganze Wahrheit sagen. Wir bedauern diese Entwicklung, wir bedauern zutiefst, daß sich die Bundesrepublik Deutschland positiv zu diesen Plänen verhält. Wir haben erst viele Schritte der Bundesregierung in eine positive Richtung gehabt. Wir haben gedacht, die Bundesregierung werde weiter den Weg zu Frieden und Entspannung in Europa beschreiten. Jetzt sind wir ziemlich enttäuscht.

Wir hatten gehofft, die Bundesregierung werde ihr politisches Gewicht in die Waagschale werfen. Was uns besonders überraschte und befremdete, war jedoch, daß sie erklärt hat, sie könne nicht allein zustimmen, andere müßten sich auch beteiligen. Die Sowjetunion hat dies als eine Art Druck auf andere Staaten beurteilen müssen, der diese Staaten zur schnelleren Zustimmung veranlassen sollte. Die Bundesregierung hatte den Schlüssel in der Hand, aber der Schlüssel wurde in die umgekehrte Richtung gedreht.

2) *Bundesminister* dankte für die Offenheit in der Darlegung Außenminister Gromykos und stellte fest, daß er in der gleichen Offenheit antworten wolle.

Wir haben über die zunehmende Sorge hinsichtlich der Entwicklung im Bereich der Mittelstreckenraketen mit der Sowjetunion und anderen führenden Vertretern der sozialistischen Staaten gesprochen. Der Bundeskanzler hat schon vor mehr als zwei Jahren durch seinen Londoner Vortrag[9] die Öffentlichkeit auf unsere Sorge über die sowjetische Mittelstreckenrüstung aufmerksam gemacht, durch die sich Westeuropa zunehmend bedroht fühlt. Im Mai 1978 haben der Bundeskanzler mit Generalsekretär Breschnew[10] und wir beide[11] über das Thema gesprochen. Das Ergebnis war, daß in der Deklaration[12] die Notwendigkeit von Verhandlungen unterstrichen wurde. Wir hatten damals die Hoff-

9 Bundeskanzlers Schmidt hielt am 28. Oktober 1977 vor dem International Institute for Strategic Studies in London einen Vortrag. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1977, S. 1013–1020.

10 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 5. Mai 1978 auf Schloß Gymnich; AAPD 1978, I, Dok. 136.

11 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 5. Mai 1978; AAPD 1978, I, Dok. 138.

12 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429f.

nung, die Sowjetunion möge aus dieser Sorge die Konsequenz für ihr eigenes Verhalten ziehen. Dies ist nicht eingetreten. Es steht jetzt die Entscheidung im Dezember an.[13] Solche Entscheidungen trifft niemand leichten Herzens. Der Bundeskanzler hat bei seinem Treffen mit Ministerpräsident Kossygin[14] das Thema noch einmal aufgegriffen. Im September haben wir in New York ausführlich miteinander über das Thema gesprochen.[15] Bei Besuchen in den sozialistischen Ländern haben wir in gleicher Weise unsere Besorgnis dargelegt. Es waren und sind Sorgen, die sich auf die Beeinträchtigung des Gleichgewichts durch die sowjetischen Mittelstreckenwaffen beziehen. Das Gleichgewicht, das wir wünschen, ist das Ergebnis verschiedener Elemente, es ist ein dynamischer Prozeß, ist nicht statisch. Hier geht es um den vollzogenen Abbau der amerikanischen Überlegenheit im interkontinentalstrategischen Bereich, die angesichts bestimmter geographischer Gegebenheiten und der sowjetischen konventionellen Überlegenheit in der Vergangenheit wichtiges Element des Gleichgewichts war. SALT II hat jetzt die Gleichheit beider Seiten in diesem Bereich bestätigt. Wir setzen uns für die Ratifikation von SALT II ein, verkennen deswegen aber nicht die destabilisierenden Entwicklungen in den anderen Bereichen. So wird das Gleichgewicht auch durch das Verhältnis beeinflußt, das zwischen vorhandenen Flugzeugen und der Leistungsfähigkeit der Luftabwehr besteht, wobei die Modernisierung der sowjetischen Luftabwehr eine Rolle spielt. In diese sich verändernde Situation unterhalb der interkontinentalstrategischen Ebene ist die SS-20 hineingekommen. Im Gegensatz zu dem erst in der Zukunft zu verwirklichenden Beschluß der NATO ist dies schon heute eine Realität und eine weiter wachsende Realität. Um bei Ihrem Bild zu bleiben: Es ist nicht ein Stück Eisen, das aus dem Sack steckt, sondern ein Stück Eisen, das man schon im Rücken spürt.

Was die SS-20 besonders bedrohlich macht, sind folgende Tatsachen:

- Die große Reichweite, die nach unseren Informationen zwischen 4–5000 km liegt. Nimmt man eine Karte und einen Zirkel zur Hand, kann man feststellen, daß die SS-20 praktisch aus allen Teilen der Sowjetunion Westeuropa erreichen kann; es ist ziemlich gleichgültig, wo diese Waffe in der SU steht.
- Sie ist mobil und daher kaum verwundbar.
- Die Treffsicherheit wurde vergrößert.
- Sie hat drei Sprengköpfe und ist nachladefähig.

Aus all diesen Elementen ergibt sich für die SS-20 eine neue Qualität gegenüber der SS-4 und -5. Nach unseren Informationen sind von diesem System bereits über 100 Raketen stationiert, und es werden jedes Jahr mehr.

Wir meinen, daß es jetzt notwendig ist, in Verhandlungen einzutreten, um – wie dies in der Gemeinsamen Deklaration gesagt ist – gleiche Sicherheit auf niedrigerem Niveau zu schaffen. Dies wird unseres Erachtens erleichtert durch

13 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

14 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

15 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 26. September 1979 in New York vgl. Dok. 281.

die Art des Beschlusses, nach dem drei bis vier Jahre von der Entscheidung bis zur Stationierung vergehen. Ohne die sowjetischen Raketen bewerten zu wollen, ist festzustellen, daß Raketen militaristisch sind, gleich wo sie stehen.

Mir geht es um die Unterstreichung der Tatsache, daß das westliche Verhandlungsangebot, über das im Dezember beschlossen wird, ernsthaft sein wird. Wir waren maßgeblich daran beteiligt, daß es ein solches Angebot sein wird. Es soll sich um seriöse Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten handeln. Es ist klar, daß wir selbst keine Atommacht sind und es nicht sein wollen.

Wir haben die Rede von Generalsekretär Breschnew vom 6.10. sehr gründlich studiert. Wir beurteilen seine Bereitschaft zu verhandeln positiv. Sie trifft sich mit unserer eigenen Verhandlungsbereitschaft und Verhandlungsabsicht. Aus dem Beschluß des Bündnisses wird sich keine Komplizierung ergeben. Nach sechs oder zwölf Monaten, auch nach zwei Jahren sind bei uns noch keine neuen Waffen stationiert. Andererseits werden Verhandlungen durch den sowjetischen Aufwuchs erschwert. Deshalb haben der Bundeskanzler und ich uns[16] dafür ausgesprochen, die kommenden Verhandlungen dadurch zu erleichtern, daß auf eine weitere Verstärkung des SS-20-Potentials verzichtet wird.

Der Bundeskanzler hat in seiner Antwort auf den Brief Breschnews[17] wiederholt, was er schon am 4. Juli vor dem Bundestag[18] festgestellt hat, daß nämlich „die für notwendig erachteten verteidigungspolitischen Maßnahmen um so begrenzter gehalten werden können, wie es gelingt, eine wirksame Begrenzung der kontinentalstrategischen Systeme auf der Grundlage von Gleichgewicht und Parität in Ost und West in Rüstungskontrollverhandlungen zu erreichen".

Unseres Erachtens können Verhandlungen in drei Wochen unverzüglich beginnen.

Wir haben gestern abend und heute morgen die Bedeutung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses für die Entspannung in Europa unterstrichen. Ich nehme darauf Bezug und sage, was sich für uns daraus ergibt:

Die Verhandlungen müssen mit größtem Ernst, mit größter Intensität geführt werden. Sie dürfen nicht isoliert gesehen, sondern müssen flankiert werden durch Verhandlungen an anderer Stelle:

- In Wien: Hier haben wir einen Vorschlag im Bündnis eingebracht[19], mit dem wir den Wiener Verhandlungen neuen Impuls geben wollen.
- In Madrid[20] im Zusammenhang mit dem französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz[21].

16 Korrigiert aus: „sich".

17 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 16. November 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 337.

18 Bundeskanzler Schmidt gab am 4. Juli 1979 im Bundestag eine Regierungserklärung ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 111, S. 13317–13328.

19 Zum Vorschlag der Bundesrepublik für ein Interimsabkommen bei MBFR vgl. Dok. 321, Anm. 4.

20 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

21 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 270, Anm. 7.

Die intensive Diskussion über TNF in den vergangenen Monaten hatte den Vorteil, daß sie das Bewußtsein für die Notwendigkeit der Rüstungskontrolle geweckt hat. Die öffentliche Diskussion bei uns hat gezeigt, daß wir nichts zu verbergen haben. Wir diskutieren dieses Thema mit den Betroffenen. Dabei zeigt sich eine neue Dimension verantwortungsvollen Handelns. Der Modernisierungsbeschluß wird begleitet durch einen konkreten Verhandlungsvorschlag. Damit ergibt sich vor der Stationierung die Möglichkeit, in Verhandlungen Begrenzungen zu vereinbaren. Es kommt darauf an, die Stunde zu nutzen. Wir müssen die vor den Verhandlungen liegende Schwelle überschreiten und auf diesem Weg vorankommen. Wichtig ist dabei, daß Vertrauen geschaffen wird. Dem dienen die flankierend zu erörternden vertrauensbildenden Maßnahmen. Wir meinen es mit diesem Zusammenhang sehr ernst. Es wäre falsch, nur ein Element isoliert zu sehen. Wir wollen gleiche Sicherheit auf niedrigerem Niveau und Bildung von Vertrauen.

3) Dialog

Außenminister *Gromyko*: Wenn man über Vertrauen spricht, ist diese Linie des NATO-Beschlusses nicht die geeignete Linie zu mehr Vertrauen, sondern eine neue Etappe des Wettrüstens.

Bundesminister: Wenn man sofort mit den Verhandlungen beginnt, muß es nicht dazu kommen.

Außenminister *Gromyko*: Die Sowjetunion will Verhandlungen. Der Westen hat jedoch Verhandlungen ersetzt durch die Pläne für neue nukleare Waffen. Sie wollen nicht mit Verhandlungen beginnen. Wenn man nicht mit Verhandlungen beginnt und auf Waffen setzt, werden die Verhandlungen immer schwieriger werden. Leider ist dies zu einem Gesetz des gesellschaftlichen Lebens geworden. Je weiter die Welt in Richtung auf Waffen schreitet, desto schwieriger werden Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung. Man kann die Augen vor dieser Tatsache nicht verschließen. Dies ist keine Fata Morgana.

Mrs. Thatcher macht es sich zu einfach. Sie argumentiert aus einer Position der Stärke. Sie will nicht 10 m in die Zukunft schauen. Sie will nicht begreifen, daß es schon jetzt schwer ist zu verhandeln.

SALT II ist ja nur ein Schritt; es hat zu Einschränkungen, nicht zur Abschaffung der strategischen Waffen geführt. Es ist richtig, daß in SALT II Parameter auch für die Liquidierung eines Teiles festgelegt wurden. Aber der gewaltige Komplex atomarer Rüstung bleibt auf beiden Seiten bestehen. Immerhin hat SALT II eine Beschränkung gebracht, ohne diese gäbe es noch mehr Waffen. Bei weitem handelt es sich hier noch nicht um Abrüstung.

Mrs. Thatcher interessiert sich dafür nicht. Sie will nicht sehen, daß die Welt damit auf eine schiefe Abrutschfläche gerät. Sie hat schroff gesagt, man dürfe nur aus einer Position der Stärke verhandeln. Andere drücken sich vielleicht eleganter und elastischer aus, meinen im Grunde aber dasselbe. In anderem Zusammenhang: Wenn es zu der Entscheidung des westlichen Bündnisses kommt, hätte dies auch Auswirkungen auf die Wiener Verhandlungen.

Bundesminister: Sie tun Frau Thatcher unrecht. Wir haben sie als eine verantwortungsvolle Politikerin kennengelernt. Ihre Haltung auf der Lusaka-Konfe-

renz[22] ist Beweis dafür. Es ist eine Politik, die darauf abzielt, den Frieden in der Welt zu fördern, und die zeigt, wie wichtig es ist, Konflikte aus der Welt zu schaffen. Sie interpretieren die Position von Frau Thatcher zu scharf.

Außenminister *Gromyko*: Haben Sie ihre Erklärung über die Politik der Stärke gelesen?

Bundesminister: Die Sowjetunion erwartet doch nicht, daß jemand aus der Position der Schwäche verhandelt.

Außenminister *Gromyko*: Unser Prinzip ist das Prinzip der Gleichheit. Dies ist in den Erklärungen beim Treffen Breschnew/Carter enthalten. Dem stehen die Erklärungen von Mrs. Thatcher gegenüber.

Bundesminister: Mir geht es hier um die Grundhaltung des britischen Premierministers, nicht darum, eine Äußerung, die ich nicht kenne, zu interpretieren.

Wir begrüßen SALT II. Wir sind wahrlich nicht glücklich, daß dort nicht auch über Mittelstreckenwaffen gesprochen wurde, obwohl dies notwendig gewesen wäre. Deshalb letztlich unsere Sorge wegen der SS-20.

Außenminister *Gromyko*: Ich frage: Wenn man das ganze Problem in SALT II verhandelt hätte, gäbe es dann schon SALT II? Ich bin davon überzeugt, wenn man Mittelstreckensysteme in SALT II einbezogen hätte, dann hätten die Verhandlungen nicht acht, sondern 15 Jahre gedauert.

Bundesminister: Ich stelle eine Gegenfrage: Stünden wir nicht besser da, wenn Sie Ihre Entscheidung über die SS-20 verbunden hätten mit einem Verhandlungsangebot? Darin hätte ein großer Vorteil für Europa gelegen.

Außenminister *Gromyko*: Aber die westliche Seite hat niemals vorgeschlagen, darüber Verhandlungen zu führen. Sie können nicht verneinen, daß die Sowjetunion keinen Vertrag verletzt hat.

Bundesminister: Ich bedaure, daß die Mittelstreckenwaffen nicht in SALT behandelt wurden. Ich bedaure auch, daß Sie die damit gegebene Möglichkeit durch Einführung der SS-20 genutzt haben. Daraus ergibt sich die Konsequenz für jetzt, daß man mit Verhandlungen beginnen muß, wie wir und Breschnew vorschlagen.

Außenminister *Gromyko*: Das schlägt Breschnew eben nicht vor. Er schlägt nicht einfach Verhandlungen vor. Er schlägt vor: Die Pläne für die neuen Waffen der NATO werden nicht verwirklicht, der Beschluß wird nicht gefaßt; statt dessen wird verhandelt. Wir schlagen nicht die Verhandlungen vor, die Sie meinen, sondern wir schlagen vor, verhandeln statt Verwirklichung der Pläne.

Bundesminister: Man kann nicht Verhandlungen und einen Teil des Verhandlungsergebnisses vorwegnehmen. Wir wollen ohne Vorbedingungen verhandeln. Es ist wichtig, daß dies auf beiden Seiten gesehen wird.

Außenminister *Gromyko*: Sie schaffen Vorbedingungen, wenn die Pläne verwirklicht werden.

Bundesminister: Wir erwarten von Ihnen nichts als Verhandlungsbereitschaft.

[22] Vom 1. bis 7. August 1979 fand in Lusaka eine Konferenz der Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 234, Anm. 9.

Außenminister *Gromyko*: Wir erwarten Bereitschaft zu Verhandlung, nicht die Verwirklichung der Pläne. Wir schlagen Verhandlungen aus der heutigen Situation vor.

Bundesminister: Eine Vorbedingung ist eine Erwartung, die man an die andere Seite richtet. Wir erwarten nur Verhandlung.

Außenminister *Gromyko*: Wenn ich an die NATO-Beschlüsse denke, werde ich an ein Wort des Dichters Gogol erinnert: „Man lacht und hat Tränen in den Augen." Wir lachen hier und sprechen über eine sehr ernste Sache.

Bundesminister: In der Hoffnung auf Verhandlungen finden wir uns. Morgen ist Gelegenheit, das Gespräch über diese Fragen fortzusetzen.

II. KSZE, französischer Vorschlag für eine Abrüstungskonferenz, MBFR

Bundesminister: Wir sollten heute noch andere Fragen erörtern.

Außenminister *Gromyko*: Sie haben die leichteren Fragen für sich vorbehalten.

1) KSZE-CBM:

Bundesminister: Wir legen großen Wert auf das KSZE-Nachfolgetreffen in Madrid. In den Herbstdokumenten der NATO werden die vertrauensbildenden Maßnahmen eine große Rolle spielen. Dieser Weg war richtig. Es ist notwendig, die CBM weiter zu verstärken. Vorgestern haben die Außenminister der EG in einer Erklärung, die ich Ihnen nahebringen möchte, den französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz positiv bewertet.[23] Ich möchte Ihnen nahelegen, auf diesen Vorschlag positiv zu reagieren, damit es gelingt, in Madrid ein Mandat für diese von Frankreich vorgeschlagene Konferenz zu verabschieden.

Außenminister *Gromyko*: Um welchen Vorschlag handelt es sich? Um die Frage der Abrüstung?

Bundesminister: Es handelt sich um den französischen Vorschlag für eine Abrüstungskonferenz. Deren erste Phase sieht Maßnahmen zur Vertrauensbildung vor. Wir wollen vertrauensbildende Maßnahmen, Sie wollen sie auch. In der KSZE-Schlußakte[24] sind solche Maßnahmen bereits vorgesehen. Dies alles muß man miteinander verheiraten.

Außenminister *Gromyko*: Ich verstehe das nicht. Was soll in Madrid diskutiert werden? Der französische Vorschlag für eine Konferenz oder CBMs? Die SU hat auch mehrere Vorschläge gemacht.

Bundesminister: Die erste Phase befaßt sich mit den CBMs. Das gehört daher nach Madrid.

Außenminister *Gromyko*: Soll in Madrid nur diskutiert werden, was sich auf die vertrauensbildenden Maßnahmen bezieht, oder soll auch der französische Vorschlag über die Einberufung einer Konferenz diskutiert werden? Ich verstehe das nicht.

23 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 20. November 1979 zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 509 f.

24 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Bundesminister: Wir werden auf dem Nachfolgetreffen in Madrid u. a. das Thema vertrauensbildende Maßnahmen haben. Im französischen Vorschlag bezieht sich die erste Phase ebenfalls auf vertrauensbildende Maßnahmen. Insoweit besteht auch sachlich ein Zusammenhang mit Madrid. Die Erörterung des französischen Vorschlags mit dem Ziel, dort ein Mandat zu verabschieden, wäre ein Fortschritt.

Außenminister *Gromyko*: Jetzt verstehe ich. Das heißt, in Madrid soll im Zusammenhang mit den vertrauensbildenden Maßnahmen der Teil des französischen Vorschlags diskutiert werden, der sich darauf bezieht. Ich erinnere daran, daß der Warschauer Pakt dazu mehrere Vorschläge gemacht hat, so auf seiner Konferenz in Budapest im März (Anmerkung: die Konferenz hat im Mai stattgefunden)[25] und dann in der Rede Breschnews in Berlin.

Wir sehen in dieser Frage folgende Reihenfolge:

a) Wir sind der Meinung, daß man noch vor Madrid zu Übereinstimmungen im Rahmen von multilateralen Konsultationen oder einer Konferenz kommen könnte. Es wäre aber auch gut, wenn man darin übereinstimmen könnte, unmittelbar nach Madrid eine Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen zu haben. Besser allerdings wäre dies vor Madrid. Ein solches Treffen sollte auf politischer Ebene stattfinden. Es handelt sich hier um ein Thema, das durchaus eine Sonderkonferenz rechtfertigt. Es gibt Grund zur Annahme, daß positive Ergebnisse erzielt werden können. Dabei lassen sich unsere Vorschläge, der französische Vorschlag, Vorschläge anderer Länder, soweit sie realistisch und nicht phantastisch sind, erörtern.

b) Auf dem Madrider Treffen wird sich eine Fülle von Fragen stellen. Möglicherweise würde die Frage der vertrauensbildenden Maßnahmen dabei benachteiligt werden, deshalb halten wir eine Sonderkonferenz vor oder nach Madrid für wünschenswert. Wenn diese Konferenz nach Madrid stattfindet, würde das bedeuten, daß das Thema auch in Madrid besprochen werden müßte.

Bundesminister: Wir nehmen Verhandlungen über vertrauensbildende Maßnahmen sehr ernst und sind offen für die Vorschläge für eine von Madrid ausgehende besondere Konferenz. Wir sind auch offen dafür, daß eine solche Konferenz auf politischer Ebene stattfindet. Allerdings gilt der Gedanke der politischen Ebene auch für Madrid selbst mit der wichtigen Aufgabe der Verabschiedung eines Mandats für die Abrüstungskonferenz. Madrid sollte nicht unter der politischen Ebene stattfinden, d. h. daß Minister etwa am Anfang und am Schluß anwesend sein sollten. Ich möchte unterstreichen, daß wir die vertrauensbildenden Maßnahmen so ernst nehmen wie Sie.

Außenminister *Gromyko*: Was die politische Ebene anbelangt, so sind wir im Stadium der Überlegungen. Wir fragen uns, ob man eine solche Konferenz nicht noch vor der KSZE machen könnte.

[25] Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts am 14./15. Mai 1979 in Budapest vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 329–332.
Zum Vorschlag der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts, im Rahmen der KSZE eine Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen abzuhalten, vgl. Dok. 148, Anm. 25.

Bundesminister: Ich höre das von Ihnen und werde das prüfen. Dies ist eine Frage, die wir nicht allein entscheiden können und nicht allein entscheiden wollen.

2) MBFR

Bundesminister: Wir haben im Bündnis einen Vorschlag eingebracht. Dabei geht es darum, daß in einem ersten Schritt sowjetische und amerikanische Truppen reduziert werden sollen und daß dabei sich die Datendiskussion auf diese beiden Teile bezieht. Wir hoffen, daß sich das Bündnis im Dezember in dieser Frage verständigen wird und daß die Vorschläge dann in Wien eingeführt werden können.

Außenminister *Gromyko*: Wir haben unsererseits in Wien einen Vorschlag vor über einem Jahr eingebracht[26] und warten noch immer auf eine Antwort.

Bundesminister: Wir werden wie gesagt einen Vorschlag einbringen. Die Ankündigung Breschnews, eine bestimmte Zahl von Soldaten und Panzern abzuziehen, ist ein wichtiger Schritt zum Abbau der Disparitäten.

Außenminister *Gromyko*: Wir werden Ihre Antwort prüfen und warten auf Ihre Vorschläge.

III. Sonstige internationale Themen

Bundesminister schlägt vor, noch über Afrika und Nahost zu sprechen.

1) Afrika

Außenminister *Gromyko*: Die Sowjetunion lehnt die von den Westmächten in Rhodesien und Namibia verfolgte Linie ab. Sie vertritt die Auffassung, daß die Mehrheit der Bevölkerung die Macht erringen soll und daß dem Kolonialismus und Rassismus ein Ende gesetzt werden muß.

In Rhodesien spielen Gefolgsleute der Engländer die erste Rolle. Sie vertreten einen Rest von Kolonialismus und Rassismus. Die Lage in Namibia ist durch die Rolle Südafrikas bestimmt. Südafrika wird von anderen Ländern unterstützt. Hier werden mehrere UNO-Beschlüsse ignoriert. Die Politik der Sowjetunion in dieser Frage ist unverändert.

Bundesminister: Unsere Einschätzung ist anders.

a) Rassismus und Kolonialismus müssen mit friedlichen Mitteln überwunden werden.

b) Es ist wichtig, daß alle Beteiligten an den Verhandlungen teilnehmen. Hier liegt die Bedeutung der Konferenz von Lusaka. Die Verhandlungsergebnisse von Lusaka verdienen die Unterstützung aller Staaten der Welt. Es geht jetzt darum, dieses Verhandlungsergebnis zu vollziehen. Hier liegt die Bedeutung der Londoner Gespräche.[27] Dabei ist wichtig die maßgebliche Beteiligung der Patriotischen Front.

c) Was Namibia angeht, so soll nach westlichen Vorstellungen die SWAPO in die Bemühungen einbezogen werden. Dies sieht auch die vom Sicherheitsrat

26 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 8. Juni 1978 vgl. Dok. 39, Anm. 11.

27 Zur Verfassungskonferenz über Rhodesien in London vgl. Dok. 315, Anm. 41.

der Vereinten Nationen unterstützte westliche Initiative vor.[28] Diese Initiative hat eingeleitet, was in London zustande kam.

Außenminister *Gromyko*: Unsere Bewertungen decken sich nicht. Unser Interesse richtet sich auf die Rechte der Mehrheit der jeweiligen Bevölkerung.

Unter Hinweis auf das bevorstehende Abendessen und die Fortsetzung der Gespräche am Freitag[29] wurde das Gespräch beendet.

VS-Bd. 11307 (220)

344

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko

105-66.A/79 VS-vertraulich **23. November 1979**[1]

Dolmetscheraufzeichnung des Gesprächs zwischen dem Herrn Bundeskanzler (BK) und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 23.11.1979 im Büro des Herrn Bundeskanzlers[2]

Anwesend waren von deutscher Seite: BM Genscher, Botschafter Wieck, Herr von Staden, der Unterzeichnende als Dolmetscher[3]; von sowjetischer Seite: der Erste Stellvertretende Außenminister Kornienko, Botschafter Semjonow, Herr Bondarenko, Herr Kurpakow als Dolmetscher.

Gromyko: Vor dem eigentlichen Beginn des Gespräches wolle er Bundesaußenminister Genscher zu einem Besuch in die Sowjetunion einladen, er tue dies in Anwesenheit höchster Zeugen.

28 Zum Vorschlag von fünf Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats, der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA, vom 10. April 1978 für eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 28, Anm. 7.

29 23. November 1979.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Hartmann am 23. November 1979 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 28. November 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte Höynck: „Als Anlage übersende ich zur Unterrichtung Durchdruck der vom Bundeskanzler gebilligten Dolmetscheraufzeichnung des Gesprächs zwischen dem Bundeskanzler und Außenminister Gromyko am 23. November 1979. Ich wäre dankbar, wenn Sie veranlassen würden, daß die mit meinem Schreiben vom 26. November übersandte Fassung vernichtet wird."
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 29. November 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an das Büro Staatssekretäre, die Ministerialdirektoren Blech, Hansen und Meyer-Landrut, Ministerialdirigent Lücking, Botschafter Ruth und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14078 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 341–343.

3 Hanns Eggert Hartmann.

BM *Genscher*: Er nehme diese Einladung gern an.[4]

BK: Er freue sich über diese Einladung und er freue sich, daß Gromyko so viel Zeit für diese Konsultationen gehabt habe. Er selbst habe die Absicht, im Frühjahr 1980 die erneut ausgesprochene Einladung zu einem Besuch in die Sowjetunion anzunehmen[5], und er freue sich, den Generalsekretär wiederzusehen. Ihm scheine, daß es zumindest aus deutscher Sicht von außerordentlich großer Bedeutung sei, daß enge persönliche, außenpolitische Kontakte in den kommenden Monaten und Jahren nicht nur aufrechterhalten, sondern erweitert würden. Dies sei die deutsche Absicht, und er wolle Gromyko bitten, dies auch der sowjetischen Führung zu versichern.

Gromyko: Dem stimme er zu. Er habe den Herrn Bundeskanzler im Namen des Generalsekretärs, des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und der sowjetischen Regierung zu einem offiziellen Besuch eingeladen.

BK: Er hoffe, daß dieser Besuch im ersten Quartal 1980 stattfinden könne, weil später in der Bundesrepublik der innenpolitische Wahlkampf[6] begonnen haben werde und seine Gegner hier manches falsch deuten könnten.

Er wolle jetzt noch ein Wort zum Besuch von Hua Guofeng[7] sagen, bevor man zu anderen speziellen Fragen übergehe. Er habe bereits vor diesem Gespräch gesagt, daß ihm Hua als ein Mensch der Moderation, der Klugheit und der Mäßigung des Temperaments aufgefallen sei. Er sei ein anderer, ruhigerer Mensch, als Mao es gewesen sei, den er allerdings nur einmal eineinhalb Stunden gesprochen habe[8]. Hua strahle großes Selbstbewußtsein aus, er vertrete das Selbstbewußtsein der gesamten Führung. Er habe keinen aggressiven Eindruck gemacht. Hua habe sich zurückhaltend benommen. Ihm sei klar gewesen, daß er im Falle von Attacken gegen die Sowjetunion von deutscher Seite auf Widerspruch gestoßen wäre. Er habe dies nicht versucht. Er habe ihn bezüglich der zukünftigen Entwicklung von Krieg und Frieden gefragt, was sicher für die sowjetische Seite von besonderem Interesse sei. Er habe ihn auch nach den militärischen Umständen in Asien befragt. Man habe über die Lage in Südostasien, an der sowjetisch-chinesischen Grenze, über konventionelle Rüstungen, über Flugzeuge und Raketen gesprochen. Hua kenne sich in diesen Dingen gut aus. Er sei sich sehr der Tatsache bewußt, daß die chinesische Armee der sowjetischen unterlegen sei. Er könne sich aber einen Sieg der Sowjetunion auch nicht vorstellen, er könne sich in den nächsten zehn Jahren die Möglichkeit eines Krieges mit der Sowjetunion nicht vorstellen. Hua sei der Meinung, daß beide Seiten nur verlieren könnten und daß beide Seiten einen Krieg nicht beginnen würden. Diese Prognose gelte nicht für alle Zeiten, aber für die nächsten zehn Jahre habe er in dieser Frage keine Sorgen.

4 Bundesminister Genscher hielt sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980.

5 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980.

6 Am 5. Oktober 1980 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

7 Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 21. bis 28. Oktober 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 301 und Dok. 305.

8 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 29. Oktober bis 2. November 1975 in der Volksrepublik China auf. Für das Gespräch mit dem Vorsitzenden des ZK und des Politbüros der KP Chinas, Mao Zedong, am 30. Oktober 1975 vgl. AAPD 1975, II, Dok. 323.

Diese Äußerung Huas stehe in einem Gegensatz zu einigen propagandistischen Äußerungen chinesischer Führer. Er (BK) habe deshalb diese Frage wiederholt gestellt.

Er habe Hua gefragt, ob dies seine persönliche Analyse, seine persönlichen Schlußfolgerungen seien. Hua habe mit Nein geantwortet und geäußert, daß es sich hier um gemeinsame Überlegungen und Analysen der chinesischen Führung handele. Er habe weiter ausgeführt, daß China zu den „Selbstverteidigungsaktionen" gegen Vietnam[9] gezwungen gewesen sei.

Anschließend habe man Ansichten über das Regime Pol Pot ausgetauscht. Hua habe zugegeben, daß Pol Pot Fehler begangen habe.

Er (BK) habe ausgeführt, daß der vietnamesische Einmarsch in Kambodscha[10] und Laos[11] in der Bundesrepublik nicht auf Verständnis stoße und verurteilt werden müsse. Die deutsche Position entspreche hier der Position der ASEAN-Gruppe.[12] Er habe den Eindruck gehabt, als ob die chinesische Führung damit rechne, daß die restlichen Pol-Pot-Truppen in den nächsten Monaten aufgerieben würden. Hua habe sehr deutlich auf die Notwendigkeit der Beachtung der Integrität der thailändischen Grenze hingewiesen. Wenn dies nicht geschähe, so werde die ganze Sache eine neue Qualität gewinnen.

Er wolle Gromyko nun seine eigene Analyse nach dem Besuch von Hua, insbesondere über die wirtschaftliche Zukunft der VR China, darlegen. Die Chinesen hätten ihre vor zwei Jahren gefaßten Pläne für die wirtschaftliche Entwicklung drastisch reduziert.[13] Er habe den Eindruck, daß die gegenwärtigen, reduzierten Pläne immer noch überhöht seien. Auf eine entsprechende Frage von Gromyko führte BK aus, daß der Name von Deng selten und der von Mao überhaupt nicht erwähnt worden sei, weder in den Verhandlungen noch öffentlich. Zhou Enlai sei mehrfach mit großem Respekt erwähnt worden.

Er wolle nun seine wirtschaftliche Prognose für China, die er nach langen Gesprächen über wirtschaftliche Probleme stelle, an einem Beispiel verdeutlichen. Es handele sich um die industrielle Entwicklung eines Volkes von 960 Millionen. Für diese 960 Millionen gebe es aber nur 26 Millionen Tonnen Stahl pro Jahr. Die Zukunftsaussichten seien so schlecht, daß in den nächsten Jahren nicht einmal eine Erhöhung um eine Million Tonnen möglich sei. Hua habe

9 Zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg vgl. Dok. 100, Anm. 7.

10 Zum Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha vgl. Dok. 5, Anm. 32. Zur Lage in Kambodscha vgl. Dok. 309, Anm. 40.

11 Zur Lage in Laos vgl. Dok. 50, Anm. 22.

12 Vgl. dazu die Erklärungen der ASEAN-Mitgliedstaaten vom 13. Januar 1979 bzw. 20. Februar 1979; Dok. 15, Anm. 26, bzw. Dok. 50, Anm. 25.

13 Referat 341 notierte Anfang Oktober 1979 zur Wirtschaftspolitik der Volksrepublik China: „Das Drängen der Führung nach erhöhter Produktion bricht sich zur Zeit noch an zwei Hindernissen: an den durch Jahrzehnte politischer Kampagnen zu eigenem Handeln und vor allem zum Risiko unfähig gewordenen kommunistischen Kadern der ‚mittleren Ebene', die die beschlossene Dezentralisierung wenig zur Wirkung kommen lassen, und an der noch immer bestehenden Gleichgültigkeit der Arbeiter und Bauern, die erst allmählich durch materielle Anreize motiviert werden. [...] Die 1978 verkündeten ehrgeizigen Entwicklungsziele sind zurückgenommen worden. Das neue Entwicklungsprogramm sieht eine dreijährige Übergangszeit vor, in der zunächst einmal Ungleichgewichte beseitigt, das System reformiert, bestehende Kapazitäten besser genutzt und Know-how im weitesten Sinne erworben werden sollen. Die Landwirtschaft und die Leichtindustrie sollen gegenüber der Schwerindustrie stärker als bisher berücksichtigt werden." Vgl. Referat 341, Bd. 110488.

ausgeführt, daß man nun größeres Gewicht auf eine Verbesserung der Qualität und eine Ausweitung des Sortiments bei der Stahlproduktion lege. Man könne jedoch drei Jahre lang die Produktion nicht erhöhen. Dies bedeute, daß pro Kopf der chinesischen Bevölkerung nur 5% der Stahlmenge zur Verfügung stehe, die auf jeden Kopf der deutschen Bevölkerung entfalle. Die Bundesrepublik sei natürlich ein industrialisiertes Land und benötige nur noch Ersatzinvestitionen. China müsse jedoch eine neue Industrie aufbauen. Seine (BK) Prognose sei, daß die Volksrepublik China bis weit in das nächste Jahrhundert hinein nicht in der Lage sein werde, das volkswirtschaftliche Niveau zu erreichen, das die Sowjetunion heute erreicht habe, und die Sowjetunion entwickele sich ständig aufwärts.

Er habe nach dem Besuch von Hua führende Vertreter der deutschen Privatwirtschaft vor großen Hoffnungen auf den chinesischen Markt gewarnt. Es werde eine Entwicklung geben, aber sie sei langsam. Man dürfe keine falschen Hoffnungen hegen, etwa, daß man große Investitionsgüter und ganze Fabriken nach China werde liefern können. Die Chinesen würden nicht die Zinsen für die dafür erforderlichen Kredite zahlen können.

Er habe den Eindruck gehabt, daß Hua nicht aggressiv sei, obwohl er als Vertreter einer großen Macht auftrete. Hua trete selbstbewußt, aber bescheiden auf, weil er die gewaltigen Probleme der Entwicklung des Landes kenne. Trotz dieser Kenntnis unterschätze er diese Probleme noch. Diese letzte Bemerkung wolle er als ein ganz persönliches Wort bezeichnen.

Gromyko: Er bedanke sich für diese Information, die zweifellos von Interesse sei. Er wolle auch einige Bemerkungen über China und darüber machen, ob die chinesische Führung ihre Meinung über die Unvermeidlichkeit eines Krieges[14] korrigiert habe oder noch an ihr festhalte. Die sowjetische Seite sei der Meinung, daß die chinesische Führung im wesentlichen nicht auf diese Konzeption verzichtet habe. Es gebe zahlreiche Erklärungen, öffentliche und geheime, nach denen ein Krieg verschoben werden könne. Dies spreche für sich selbst. Man sage, daß man den Krieg verschieben könne, man sage aber nicht, daß man den Krieg vermeiden könne. In dieser Frage könne er die optimistischen Ansichten des BK bezüglich des Verzichts auf diese Konzeption nicht teilen. Dies spiegele sich auch in der praktischen Politik Chinas wieder. Nur so könne man auch die Wut erklären, mit der die chinesische Führung auf alles reagiere, was auf eine Bremsung des Wettrüstens gerichtet sei. Die chinesische Führung verdamme den SALT-II-Vertrag[15], für den nicht nur die Sowjetunion sei, sondern auch die Bundesregierung, was von sowjetischer Seite hoch eingeschätzt werde.

Anhand der konkreten Schritte der Volksrepublik China gegenüber der Sowjetunion habe letztere auch keine Verminderung der Aggressivität bemerken können. Es gebe gegenwärtig zwar keine ernsthaften Grenzzwischenfälle, denn die Chinesen wüßten, daß sie, wenn sie etwas unternähmen, kräftig eins auf die Finger bekommen würden, und nicht nur auf die Finger. Die Sowjetunion sei

14 Zur These der Volksrepublik China, daß ein Krieg zwischen den USA und der UdSSR unvermeidbar sei, vgl. Dok. 105.

15 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

vorbereitet, und zwar nicht schlecht, alle aggressiven Ausfälle abzuwehren. Die Chinesen wüßten dies und sie wüßten, daß die sowjetische Seite wisse, daß die Chinesen dies wüßten.

Zu Vietnam wolle er sagen, daß es gleichgültig sei, welche Charakterisierungen man für die chinesische Politik gegenüber Vietnam verwende, es bleibe eine aggressive Politik. Die Chinesen erklärten nicht erst heute, daß sie nicht auf die Politik der Bestrafung verzichteten. Wofür wollten sie bestrafen? Sie würfen sich hier selbst zum Richter auf. Die sowjetische Seite sei davon überzeugt, daß die Chinesen im Falle eines zweiten Abenteuers gegen Vietnam wiederum eine Niederlage erleiden würden. Man habe früher oft gehört, daß China nicht gefährlich sei. China sei nicht mächtig, aber es sei groß. Trotzdem stelle es eine ernsthafte Bedrohung dar, denn zu militärischen Abenteuern bedürfe es nicht einer besonderen Stärke, sondern nur eines großen Mangels an gesundem Menschenverstand, der Unfähigkeit, die Lage richtig einzuschätzen, und einer großen Dosis von Aggressivität.

Nach sowjetischer Meinung gebe es im Westen einige Länder, die er nicht näher bestimmen wolle, die davon träumten, daß die Aggressivität Chinas gegenüber der Sowjetunion dem Westen Vorteile verschaffen könnte. Derartige Überlegungen seien nach sowjetischer Überzeugung Fehlrechnungen. Die sowjetische Seite sei höchst erstaunt über die gegenwärtige Linie der konservativen Regierung in Großbritannien, die sogar Waffen nach China liefere.[16]

BK: Dies habe auch schon die frühere britische Regierung gewollt.

Gromyko: Dies sei keine Entschuldigung. In England treibe man eine Politik, die keine zehn Meter vorausschaue.

BK: Er danke Gromyko für dessen Einschätzung. Vielleicht solle man nun von Ostasien geographisch etwas näher rücken und einen Gedankenaustausch über den Mittleren Osten und insbesondere über Persien führen, da die derzeitige Situation dort große Besorgnis hervorrufe. In der Bundesrepublik habe man in den letzten Jahren viel mit Terroristen und terroristischer Geiselnahme zu tun gehabt, so daß das deutsche Volk in der Tiefe seiner Seele erregt gewesen sei. Zum Schluß habe man recht glücklich operiert. Man habe hier auch teilweise sowjetische Hilfe bei der Abwehr terroristischer Organisationen und Verbrechen gehabt. Was nun in Teheran eingetreten sei, sei einmalig in der Welt, daß die Führung des Staates die Geiselnahme von Diplomaten[17] und deren Bedrohung mit dem Tode zur offiziellen Politik erkläre. Er könne die gegenwärtige Aufregung in der öffentlichen Meinung der USA voll verstehen, weil er selbst vor zwei Jahren die Versuchung für jedes Volk gespürt habe, auf derartige Anschläge sofort mit Gewalt zu reagieren. Für die amerikanische Na-

16 Zu den Verhandlungen über die Lieferung britischer Kampfflugzeuge an die Volksrepublik China vgl. Dok. 2, Anm. 11.
Oberst i. G. Schoffer, Peking, berichtete am 27. Dezember 1979, der Vize-Marschall der britischen Luftwaffe, Stapleton, sei Anfang des Monats in Peking eingetroffen, „um für British Aerospace, Dynamics Division, ein Verkaufsbüro einzurichten". Da ohne die „aktive und wohlwollende Förderung durch chinesische Instanzen niemand ein Verkaufsbüro in China einrichten kann, ist anzunehmen, daß die – zur Zeit noch – unter staatlichem Dach konzentrierte britische Luftfahrtindustrie mit CH[ina]V[olksrepublik] ins Geschäft kommen wird, ggf. durch den seit langem diskutierten Verkauf von Harrier-Senkrechtstartern." Vgl. den Schriftbericht Nr. 187; Referat 341, Bd. 110496.

17 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 339.

tion und die amerikanische Führung bestehe eine frustrierende Situation, in der alle Raketen nichts nützten, um die 60 Geiseln, die vom Tode bedroht seien, zu befreien. In dieser frustrierenden Situation handele die amerikanische Führung klug. Er wisse jedoch nicht, ob die Amerikaner diese Politik der Mäßigung fortsetzen würden, wenn man die Geiseln töten oder langsam eine nach der anderen umbringen würde.

Gromyko: Was könnten die USA tun?

BK: Er wisse es nicht. Er fürchte nur, daß die Handlungen der Amerikaner eventuell sehr weitreichende Folgen für die ganze Welt, auch für deren wirtschaftliche Entwicklung haben könnten. Khomeini habe weder volle Kontrolle über die politischen Kräfte seines Landes, noch beurteile er das Risiko richtig, mit dem er für sein eigenes Land spiele, noch könne er die Gefahr ermessen, die sich für andere Länder und die ganze Welt ergebe. Wegen der Gefahr für den Frieden und die wirtschaftliche Entwicklung für die Bundesrepublik, für Frankreich und Polen und alle, die von fremdem Öl abhingen, ergebe sich für ihn die Frage, ob man nicht vor einer Komplizierung besser durch diplomatische Aktivitäten von allen Seiten zur Mäßigung drängen solle, weil sich sonst die Folgen spiralförmig entwickeln würden und nicht mehr berechenbar seien. Er glaube, daß die Sorge, die man vor riskanten amerikanischen Reaktionen haben könne, um so geringer sei, je mehr die Amerikaner sähen, daß sie von den anderen Staaten moralisch und diplomatisch unterstützt würden. Je geringer die Isolation der Amerikaner in dem Kampf für die 60 Menschen sei, desto größer sei die Überzeugung, daß man nicht auf die gegenwärtige Mäßigung verzichten dürfe. Die Bundesregierung habe mit großem Interesse gesehen, wie die Sowjetunion in dieser Frage im Sicherheitsrat gehandelt habe.[18] Er wolle fragen, ob die Sowjetunion nicht noch etwas mehr tun könne.

Gromyko: Er müsse sagen, daß dieser Zwischenfall, dieser Konflikt zwischen Amerika und dem Iran, für die Sowjetunion genauso unerwartet gekommen sei wie wohl auch für die Bundesregierung. Der Bundeskanzler wisse sicher, daß es einige Fakten im innen- und außenpolitischen Leben des Iran gebe, die unerwartet seien und viele Überraschungen mit sich brächten. Diese Einschätzung ändere jedoch nichts daran, daß die Sowjetunion zu all dem positiv stehe, was man mit „iranischer Revolution" bezeichne. Hierbei mache er allerdings den Vorbehalt, daß niemand das Recht habe, sich in die internen Angelegenheiten des Iran einzumischen. Die Sowjetunion habe bei dieser Revolution von Anfang an so gehandelt. Die Sowjetunion habe ihre Haltung im Zusammenhang mit dem zur Rede stehenden Zwischenfall vor aller Welt im Sicherheitsrat bekanntgemacht. Die Sowjetunion sei für die Notwendigkeit der Einhaltung internationaler Übereinkommen über die Immunität diplomatischer Institu-

18 Zur Haltung der UdSSR hinsichtlich der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran vgl. Dok. 339, Anm. 19.
Am 2. Dezember 1979 berichtete Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), über das Verhalten der UdSSR bei der Sitzung des UNO-Sicherheitsrats am Vortag: „SU versuchte ähnlich wie Frankreich sorgfältige Balance zwischen Verständnis für iranische Vorgänge und unverzichtbarer Forderung nach Einhaltung völkerrechtlicher Verpflichtungen." Sie habe „Nichteinmischungs- und Selbstbestimmungsprinzipien im Hinblick auf Iran" betont. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3369; Referat 230, Bd. 121062.

tionen[19]. Diese sowjetische Position sei auch der iranischen Führung bekannt. Er wolle die Hoffnung ausdrücken, daß beide Seiten eine friedliche, für beide Teile akzeptable Regelung dieses Problems finden können. Die sowjetische Seite sei für Mäßigung von seiten des Iran, sie sei gegen Exzesse und extreme Handlungen, sie sei auch für Mäßigung von seiten der USA, die ihre Nerven unter Kontrolle behalten müßten. In diesem Zusammenhang erinnerte Gromyko an einen ähnlichen Zwischenfall in Teheran im 19. Jahrhundert, in dessen Verlauf eine wütende Menge von Persern die Russische Botschaft besetzt und den Gesandten, den bekannten Dichter und Schriftsteller Gribojedow, getötet habe. Sogar die zaristische Regierung habe damals Persien nicht den Krieg erklärt, sondern Zurückhaltung an den Tag gelegt.

BK: Es könne ja militärisch ruhig bleiben, aber es könne zu einem tiefgreifenden Wirtschaftskrieg um die Öl- und Energieversorgung kommen. Er halte das Energieproblem für eines der wichtigsten Themen der politischen Strategie, der Weltpolitik, das jedoch von vielen Regierungen noch nicht in vollem Maße erkannt werde.

Bundesminister Genscher habe sich in den Gesprächen zu den Bemühungen geäußert, die die Bundesregierung für die Unterstützung und Durchführung des Vorschlags des Generalsekretärs in bezug auf eine internationale Energiekonferenz[20] an den Tag lege. Die Bundesrepublik sei hieran interessiert, aus eigenem Interesse, weil sie nicht glaube, daß man die Probleme der Weltenergieversorgung lösen könne, ohne daß die Sowjetunion hier eine Rolle spiele. Ein Teil der Staaten, die vom Öl abhingen – die Sowjetunion habe für den Eigenbedarf genügend Öl, dieses Öl reiche jedoch nicht für den gesamten RGW –, messe dem Problem der Energieversorgung noch nicht genügend Bedeutung bei, und man könne erwarten, daß es hier zu Fehlern komme.

Gromyko: BK habe recht. Die Sowjetunion teile diese Einschätzung der großen Bedeutung des Energieproblems. Hier seien wachsende Leidenschaften gefährlich, Zurückhaltung sei erforderlich. Dies beziehe sich auch auf die großen Staaten, die eine besondere Verantwortung in der Welt trügen.

Es rufe aber Verwunderung hervor, daß die USA ausgerechnet in diesem Moment es für nötig erachtet hätten, den Schah in die USA einreisen zu lassen.[21] Man frage sich, ob sie die Gespanntheit der Situation nicht erkannt hätten, sie hätten doch mit einer entsprechenden Gegenreaktion im Iran rechnen müssen.

BK: Er glaube, daß humanitäre Überlegungen die Oberhand gegenüber politischen Kalkulationen gehabt hätten.

Gromyko: Die Amerikaner hätten die Gefühle des iranischen Volkes nicht berücksichtigt. Man könne hier die politische Seite nicht von der humanitären trennen.

19 Für den Wortlaut des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 958–1005.

20 Vgl. dazu den Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 9. Dezember 1975; Dok. 120, Anm. 13.

21 Schah Reza Pahlevi hielt sich seit 22. Oktober 1979 in den USA auf, um sich einer medizinischen Untersuchung zu unterziehen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2251.

BK: Er wolle dem nichts mehr hinzufügen, da es sich um zurückliegende Ereignisse handele.

Man müsse jedoch die Gefahren für die Ölversorgung sehen. Sie liege auch darin, daß die Ölexporteure eine ungeahnte Vielfalt darstellten, wie man sie sich bunter nicht vorstellen könne. Zwischen Libyen und Saudi-Arabien liege eine Welt, gleiches gelte für die Unterschiede zwischen Saudi-Arabien und dem Iran oder Mexiko, zwischen Venezuela und Kuwait. Diese Unterschiede bestünden sowohl in der innen- als auch in der außenpolitischen Orientierung dieser Länder. Gromyko habe mit Recht gesagt, daß Mäßigung der Staaten erforderlich sei. Für ihn selbst sei wichtig, daß alle, die vom Öl abhingen, sich gemeinsam um Mäßigung bemühen müßten. Er messe der Idee der Durchführung einer Weltenergiekonferenz[22] große Bedeutung bei. Dieser Gedanke sei schon zu lange verschoben worden. Er wünschte sich, daß diese Konferenz jetzt schon stattfände oder schon im vergangenen Jahr stattgefunden hätte. Eine solche Konferenz könne eine positive Rolle spielen, wenn auf ihr nicht nur die Fachleute redeten, sondern wenn auch politisch Verantwortliche aufträten. Deshalb sei die Bundesregierung für diese Konferenz. Man müsse dort selbstverständlich auch die legitimen Interessen der Ölexporteure ernst nehmen.

Gromyko: Er sei zufrieden über das, was der Herr Bundeskanzler über die Unterstützung der Idee der Einberufung einer Energiekonferenz gesagt habe. Der Bundeskanzler solle doch auch seine Freunde entsprechend beeinflussen.

BK: Er gebe sich Mühe. Er verbinde mit dieser Konferenz die Erwartung, daß sie zu einer intensiveren europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energieversorgung führe, wobei er nicht nur an Öl denke, sondern auch an Elektroenergie, Gas und eventuell sogar Kohle.

Er sei in den letzten Jahren in der Sowjetunion[23], in Polen[24], Ungarn[25], Rumänien[26], Bulgarien[27] und auch Jugoslawien[28] gewesen. Er wisse, daß diese Länder vor ernsthaften Energieproblemen stünden. Andererseits sei er zutiefst davon überzeugt, daß die Gefahr des Entstehens eines Krieges um so mehr verringert werden würde, je enger man auf dem Gebiet der Energieversorgung zusammenarbeite und je größer das Maß der gegenseitigen Hilfe sei. Die Bundesregierung habe an der Zusammenarbeit auf dem Energiesektor ein Interesse aus Gründen der Energieversorgung und aus Gründen der Friedenspolitik. Das gleiche doppelte Interesse gelte auch für die deutsch-sowjetische wirtschaftli-

22 Vgl. dazu den Vorschlag des Präsidenten Portillo über die Bildung eines Weltenergie-Forums; Dok. 293, Anm. 33.

23 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 28. bis 31. Oktober 1974 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 309, Dok. 311 und Dok. 313–315.

24 Bundeskanzler Schmidt besuchte vom 21. bis 25. November 1977 Polen. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 330 und Dok. 334.
Am 17./18. August 1979 hielt sich Schmidt erneut in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 236 und Dok. 237.

25 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. September 1979 in Ungarn auf. Vgl. dazu Dok. 251 und Dok. 255.

26 Bundeskanzler Schmidt besuchte am 6./7. Januar 1978 Rumänien. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 3 und Dok. 4.

27 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 2. bis 4. Mai 1979 in Bulgarien auf. Vgl. dazu Dok. 120, Dok. 122 und Dok. 124.

28 Bundeskanzler Schmidt führte am 27./28. Mai 1977 in Belgrad Gespräche mit Staatspräsident Tito und der jugoslawischen Regierung. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 132–134, Dok. 136 und Dok. 137.

che Zusammenarbeit. Erstens liege hier ein wirtschaftliches Eigeninteresse vor und zweitens liege diese Zusammenarbeit im Interesse der Friedenspolitik.

Gromyko: Aus den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers ergebe sich der Schluß, daß es nützlich wäre, öfter und konkreter einen entsprechenden Meinungsaustausch zu führen. Um zu Verhandlungen zu kommen, müsse man Ansatzpunkte suchen.

BK: Dies entspreche auch der deutschen Meinung.

Gromyko: Er meine, daß ein Dialog über eine internationale Energiekonferenz eine nützliche Sache sei. Ihm imponiere, daß der Bundeskanzler sich so positiv einsetze. Die Sowjetunion sei der Meinung, daß diese Problematik mit Erfolg nicht ohne sie erörtert werden könne, wie dies einige andere Staaten meinten. Dieses Problem habe tatsächlich zwei Seiten, die energiewirtschaftliche und die politische, beide könne man nicht trennen.

Er wolle nun zum Verhältnis zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland einige Anmerkungen machen. Er wolle betonen, daß sich aus den Gesprächen zwischen dem Bundeskanzler und dem Generalsekretär[29] und aus dem Moskauer Vertrag[30] klar ergebe, daß die Sowjetunion für gute Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sei. Sie sei für die Weiterentwicklung dieser Beziehungen als Beziehungen zwischen souveränen Staaten. Deshalb würden alle Schritte von der einen oder von der anderen Seite in Richtung auf eine derartige Entwicklung der Beziehungen zwischen souveränen Staaten nicht nur die sowjetische Billigung finden, sondern diese Schritte stellten nach sowjetischer Meinung die einzig richtige Richtung dar. Daraus folge, daß alles, was von dieser Linie abweiche, eine Mißachtung des Prinzips der Souveränität bedeute; derartiges fände nicht die sowjetische Billigung und hätte keine Perspektive. Eine derartige Verhaltensweise würde nicht nur die Interessen der DDR, sondern breite Interessen der Sowjetunion, vor allem in Europa, berühren. Die sowjetische Seite habe ihren Standpunkt mehrfach zum Ausdruck gebracht. Sie habe von der Notwendigkeit der Entwicklung der Beziehungen unter Beachtung des Prinzips der Souveränität der Staaten gesprochen. Die DDR sei ein Verbündeter der Sowjetunion, die bestimmte Verpflichtungen der DDR gegenüber aus dem Warschauer Vertrag[31] habe. Der Bundesrepublik gegenüber habe die SU bestimmte Verpflichtungen entsprechend dem Moskauer Vertrag. Dieser Linie, diesem Prinzip der Souveränität entspreche

[29] Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 28. bis 31. Oktober 1974 in der UdSSR auf. Für die Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. AAPD 1974, II, Dok. 309, Dok. 311, Dok. 314 und Dok. 315.
Schmidt und Breschnew trafen sich am 31. Juli 1975 am Rande der KSZE-Schlußkonferenz in Helsinki. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 234.
Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 4. bis 7. Mai 1978. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

[30] Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

[31] Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Mai 1955 zwischen Albanien, Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Polen, Rumänien, der UdSSR und Ungarn über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vgl. GESETZBLATT DER DDR 1955, Teil I, S. 382–390.

auch der Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR[32]. Wenn die Bundesrepublik eine gleiche Linie verfolge, so entspreche dies den Interessen der DDR, der Bundesrepublik Deutschland, der Sowjetunion und den Interessen des Friedens in Europa.

Eine wichtige Frage stelle auch die Einhaltung des Vier-Mächte-Abkommens[33] dar. Die sowjetische Seite habe den Eindruck, daß von seiten der Bundesrepublik Deutschland manchmal Schritte unternommen würden (die Bundesregierung würde diese Schritte vielleicht als klein erachten), die nicht immer das Vier-Mächte-Abkommen beachteten. Er sage dies nicht, um eine lange Diskussion anzufangen, sondern nur, um dem Herrn Bundeskanzler die sowjetische Einschätzung und Meinung zur Kenntnis zu bringen. „Laßt uns das Vier-Mächte-Abkommen achten, das hat Vorteile für alle, für die Bundesrepublik, für die DDR, für die Sowjetunion und für Europa." Es sei leicht, etwas ins Wanken zu bringen, und sehr schwer, etwas wieder aufzurichten. Der Bundeskanzler wisse doch, welch dornenreicher Weg bis zum Abschluß des Vier-Mächte-Abkommens habe gegangen werden müssen.

BK: Er begrüße die Ausführungen von Gromyko über das sowjetische Interesse an guten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Die Bundesregierung teile dieses Interesse. Gromyko habe von den Verträgen gesprochen, die man zu Beginn dieses Jahrzehnts unterzeichnet habe. Für die deutsche Seite bilden der Moskauer Vertrag, das Vier-Mächte-Abkommen wegen Berlin und der Grundlagenvertrag mit der DDR eine entscheidend wichtige Grundlage für die Entwicklung des deutschen Verhältnisses zur DDR und insbesondere zur Sowjetunion. Die Verträge hätten damals nicht alle grundsätzlichen und rechtlichen Meinungsverschiedenheiten beseitigen können, aber sie hätten klare Verhaltensregeln aufgestellt. Die Bundesregierung wolle diese Verhaltensregeln strikt einhalten und voll anwenden. Bis zum Jahre 1972 habe es keine Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR gegeben. Das Verhältnis sei sehr schlecht gewesen. Seit dieser Zeit gebe es offizielle Beziehungen, diese hätten eine besondere Form. Man habe in den zurückliegenden sieben Jahren Schritt für Schritt die Beziehungen verbessern können, es habe Rückschläge, aber auch Fortschritte gegeben. Insgesamt habe man einen großen Fortschritt erzielt. Die Bundesregierung wirke sehr geduldig und sehr gelassen daran mit und werde dies auch in Zukunft tun. Es sei eine der wichtigsten Fragen in Mitteleuropa, daß die beiden deutschen Staaten vertrauensvoll miteinander umgingen. Er wolle dies an einem kleinen Beispiel zeigen. Ihm scheine es an der Zeit zu sein, daß sich die führenden Politiker der DDR und der Bundesrepublik zu einem persönlichen Gespräch zusammensetzten. Ein solches Gespräch habe es zuletzt vor viereinhalb Jahren in Helsinki gegeben.[34]

32 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

33 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

34 Bundeskanzler Schmidt und der Erste Sekretär des ZK der SED, Honecker, trafen am 30. Juli und 1. August 1975 am Rande der KSZE-Schlußkonferenz in Helsinki zusammen. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 230 und Dok. 236.

Er sei lange dazu bereit, und Herr Honecker wisse dies. Er sei auch bereit, als erster dorthin zu reisen, obwohl dafür kein Anlaß bestehe. Vielleicht hätte man schon eher zusammentreffen können, wenn es nicht dort publizistische und politische Komplikationen gegeben hätte. Er hoffe, daß es bald zu einem Meinungsaustausch kommen werde. Er begrüße das sowjetische große Interesse an einer Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten.

Er wolle nun ein zweites Beispiel im Zusammenhang mit dem Vier-Mächte-Abkommen anführen. Die deutsche Seite bemühe sich sehr – dies gelte für Minister Genscher, für die Bundesregierung und für ihn persönlich –, das Vier-Mächte-Abkommen sorgfältig einzuhalten. Er wolle Gromyko von dem Projekt einer Deutschen Nationalstiftung erzählen.[35] Sicher hätten Botschafter Semjonow und Herr Bondarenko mehrfach darüber berichtet. Hier im Lande sei eine starke innenpolitische Diskussion zu diesem Thema im Gange. Eine Nationalstiftung sei erforderlich, die kulturelle Aufgaben erfüllen solle. Dies sei eine gute Idee, weil es nach unserem Grundgesetz keine zentrale kulturpolitische Verantwortung gebe. Viele wünschten, daß diese Stiftung in Berlin errichtet werde. Die Bundesregierung sei der Meinung, daß das Vier-Mächte-Abkommen dazu berechtige, die Stiftung in Berlin zu errichten. Sie tue dies jedoch nicht – aus Opportunität und weil man Streit vermeiden wolle. Er bitte, diese Selbstmäßigung zu würdigen, die der Bundesregierung im Verhältnis zur Opposition und zum größten Teil der deutschen Presse nicht leicht falle.

Zusammenfassend wolle er sagen, daß die Bundesregierung glaube, daß die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der von Gromyko zu Recht erwähnten Verträge sich weiterentwickeln würden. Die Bundesregierung werde ihren Beitrag hierzu leisten, denn sie sei daran interessiert. Sie wolle die Zusammengehörigkeit zwischen den 60 Millionen Deutschen hier und den 16 oder 17 Millionen Deutschen dort nicht verlorengehen lassen.

Gromyko: Die sowjetische Seite schätze den Verstand, mit dem der Bundeskanzler diese Frage erwähnt habe. Er glaube, daß es nützlich gewesen sei, die gegenseitigen Positionen über das Verhältnis zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland darzulegen. Er glaube, daß der Bundeskanzler die sowjetische Position richtig verstehe.

Er wolle nun noch etwas über die allgemeine Ausrichtung der Politik sagen. Die sowjetische Seite schätze die Erklärungen und Äußerungen, die der Bundeskanzler für Frieden, Entspannung und Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten und darüber abgebe, daß gegenseitiges Verständnis in Fragen der Abbremsung des Wettrüstens erforderlich sei. Bundesminister Genscher habe ähnliche Erklärungen in diesem Geiste abgegeben. Dies sei gut und werde von der sowjetischen Seite geachtet. Sie richte ihre Aufmerksamkeit darauf, daß derartige Erklärungen häufig mit eindrucksvollem Nachdruck gemacht würden. Was die Richtung der sowjetischen Politik im weltweiten Rahmen und insbesondere in bezug auf die Bundesrepublik betreffe, sei diese Richtung so, wie es auf den Gipfeltreffen, im Vertrag und in anderen bilateralen Dokumen-

[35] Zum Projekt einer „Deutschen Nationalstiftung" vgl. Dok. 302, Anm. 30.

ten, insbesondere in der Gemeinsamen Deklaration[36], ausgedrückt worden sei. Der Bundeskanzler könne davon überzeugt sein, daß sich die Sowjetunion nicht anschicke, diesen Weg zu verlassen. Sie werde weiterhin für den Frieden, die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Staaten, die Entspannung, Abrüstung und Zügelung des Wettrüstens kämpfen. Gleiches gelte auch für die Fortsetzung des Eintretens für eine weitere Begrenzung der strategischen offensiven Waffen gemeinsam mit den USA.

Die sowjetische Seite wolle glauben, daß die Bundesrepublik von diesem Weg ihrer Außenpolitik nicht abgehe. Offen gesagt, würden unsere bilateralen Beziehungen und die Lage in Europa in nicht geringem Maße von den NATO-Plänen abhängen. Diese Pläne schafften eine Barriere mit spitzen Stacheln auf dem Weg, den unsere beiden Länder beschreiten. Es werde davon abhängen, wie die Bundesrepublik handeln werde. Die Sowjetunion wolle nicht, daß irgend etwas die bilateralen Beziehungen verdunkele, sie wolle nur weitere Fortschritte in der Entwicklung.

BK: Er danke Gromyko für diese zusammenfassende Darstellung der sowjetischen Position, die bereits in den Gesprächen mit Minister Genscher zum Ausdruck gekommen sei. In diesen Gesprächen habe man zahlreiche Themen – den Mittelstreckenbereich, die KSZE, vertrauensbildende Maßnahmen, die Vorschläge für MBFR, die Aussiedlerfrage und weitere bilaterale und multilaterale Fragen – erörtert. Gromyko habe ein Gespräch mit Bundespräsident Carstens geführt.[37] Er selbst sei über diese Gespräche informiert und wolle ihnen jetzt nichts hinzufügen. Er wolle aber noch einmal auf das Thema des morgendlichen Gesprächs zurückkommen, auf das Thema, das Gromyko bereits sehr ausführlich mit Minister Genscher erörtert habe, er meine das, was man früher Grauzone genannt habe und was heute Mittelstreckenwaffen genannt werde. Er bitte Gromyko, von folgender Vorstellung in den deutschen Köpfen auszugehen: Die Bundesrepublik Deutschland sei keine Atommacht, sie wolle keine werden und sie dürfe auf der Grundlage von abgeschlossenen Verträgen[38] auch keine werden. Die Bundesrepublik lege Wert darauf, nicht in eine Lage zu gelangen, in der sie indirekt eine Kernwaffenrolle spielen müsse. Gromyko wisse, was die Bundesregierung getan habe, um nicht in solch eine Rolle gedrängt zu werden.

Die Bundesrepublik habe wie die Sowjetunion ein existentielles Interesse an der Fortsetzung und Ausweitung der Entspannungspolitik und der Rüstungskontrollpolitik, was er mit dem Ausdruck „Politik der Zusammenarbeit" bezeichnen wolle. Deshalb hoffe die Bundesregierung nicht nur darauf, daß in den SALT-III-Verhandlungen auf dem Feld der Mittelstreckenwaffen eine Reduzierung im Rahmen eines von beiden Seiten akzeptablen Gleichgewichts erzielt werden könne, sondern sie leiste hierzu eigene Anstrengungen. Gromyko

36 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f.

37 Bundespräsident Carstens empfing den sowjetischen Außenminister Gromyko am 22. November 1979 zu einem Gespräch.

38 Zu den WEU-Herstellungsbeschränkungen für die Bundesrepublik vgl. Dok. 58, Anm. 18.
Vgl. dazu auch den Nichtverbreitungsvertrag vom 1. Juli 1968; BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

werde sicher gelesen haben, was Minister Genscher und er zu der Rede des Generalsekretärs vom 6.10. gesagt hätten.[39] Gromyko kenne sicher ebenfalls seinen Antwortbrief auf das Schreiben des Generalsekretärs.[40] Die Antwort sei in der letzten Woche in Moskau übergeben worden. Er bitte, die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Bundesrepublik ein Lebensinteresse an der Fortsetzung ihrer gegenwärtigen Politik gegenüber der Sowjetunion habe.

Er wolle nicht untersuchen, wie viele Fehler vom Osten und vom Westen gemacht worden seien, die zur heutigen Situation geführt hätten. Er sei der Meinung, daß es bei SALT II einige Versäumnisse gegeben habe, andere Fehler habe es später gegeben. Er als Vertreter einer Nichtatommacht wolle sich jedoch nicht in die Verhandlungen der beiden großen Atommächte einmischen. Er könne nur seine eigene Wertung abgeben.

Er wolle noch eine Bemerkung machen, die ihm sehr am Herzen liege. Im Januar werde der Stellvertretende Ministerpräsident Tichonow an der Spitze einer bedeutenden Wirtschaftsdelegation in die Bundesrepublik kommen.[41] Er hoffe, daß die für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen bei diesem Treffen eine erste konkrete Ausfüllung des auf 25 Jahre angelegten Abkommens[42] erreichen können. Er selbst sei der Meinung, daß dieses Abkommen von außerordentlicher politischer Bedeutung sei. Er sei etwas darüber enttäuscht, daß es immer noch bürokratische Schwierigkeiten von sowjetischer Seite für unsere Wirtschaft gebe. In der Sowjetunion gebe es mehr Bürokratismus, und in Deutschland gebe es viele private Unternehmen, was der Sowjetunion den Überblick erschwere. Die Bundesrepublik sei sehr daran interessiert, daß zahlreiche mittlere und kleinere Unternehmen an dem Wirtschaftsaustausch teilnehmen, weil dies zu einer entsprechenden Bewußtseinsbildung in der deutschen Bevölkerung führe. Er bitte Gromyko, davon überzeugt zu sein, daß die Bundesregierung alles in diesem Sinne tue, soweit sie Einfluß auf die Wirtschaftskreise ausüben könne. Er habe mit Befriedigung gesehen, daß das, was der Generalsekretär und er für die zweite Hälfte der siebziger Jahre erwartet hätten, nämlich eine Verdoppelung des Handelsumfangs, wahrscheinlich in diesem Jahr

39 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.
Zu den Stellungnahmen des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 288, Anm. 22.

40 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 11. Oktober 1979 an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 309, Anm. 25.
Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 16. November 1979 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 337.

41 Die neunte Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sollte unter Leitung des Bundesministers Graf Lambsdorff und des sowjetischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Tichonow vom 31. Januar bis 1. Februar 1980 in Bonn stattfinden.
Am 9. Januar 1980 gab der stellvertretende Sprecher der Bundesregierung, Grünewald, bekannt, in gegenseitigem Einverständnis werde die Tagung verschoben. Vgl. dazu den Artikel „Bonn für gemeinsame Maßnahmen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. Januar 1980, S. 2.
Die Tagung fand am 29./30. Mai 1980 statt.

42 Die Bundesrepublik und die UdSSR unterzeichneten am 6. Mai 1978 ein Abkommen über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 58–60.

erreicht werden würde. In den ersten neun Monaten dieses Jahres sei der Import aus der Sowjetunion um 35% gestiegen. Die Handelsbilanz sei fast ausgeglichen. Dies alles sei erfreulich. Gromyko möge an seine (des BK) Motivierung denken, daß dies nicht nur beiderseitige wirtschaftliche, sondern auch beiderseitige politische Vorteile bringen werde.

Gromyko: Die Sowjetunion messe den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern große Bedeutung bei. Er wolle es so charakterisieren: Die Entwicklung sei nicht schlecht. Es gebe Grund zu der Erwartung, daß die Verpflichtungen aus dem Langfristigen Abkommen erfüllt würden. Die sowjetische Seite sei bereit, Einzelfragen im Zusammenhang mit der Anreise der erwähnten Delegation eingehender zu erörtern.

Über die Barriere mit den spitzen Stacheln habe er schon gesprochen. Er wisse nicht, wie sie überwunden werden könne. Er habe die sowjetische Position klar zum Ausdruck gebracht. Es wäre vernünftig, gleich zu verhandeln, um eine gegenseitig akzeptable Lösung zu finden. Man solle nicht warten, bis die NATO ihren Beschluß gefaßt habe[43], und dann Verhandlungen beginnen. Wenn man erwarte, daß die Verhandlungen über SALT III, die sich aus SALT II ergeben, Erfolg für den Mittelstreckenbereich brächten, so begebe man sich auf eine glatte, nicht verläßliche Fläche. Der Bundeskanzler wisse, daß im SALT-II-Vertrag vereinbart sei, daß im Rahmen der SALT-III-Verhandlungen über strategische Waffen gesprochen werden solle. Die Vorbereitung des SALT-II-Vertrages habe sieben Jahre gedauert. Wo sei die Garantie, daß SALT III weniger lange dauere als SALT II? Die sowjetische Seite sei bereit, schneller voranzugehen, aber nicht alles hänge von ihr ab. Er habe verstanden, daß die Bundesregierung ihren Kurs auf Entspannung, Frieden, Bremsung des Wettrüstens und Abrüstung in den Angelegenheiten Europas und der Welt fortsetze.

BK: Er glaube, daß Gromyko die grundlegende deutsche Position richtig wiedergegeben habe. Er meine auch, daß er Gromyko richtig verstanden habe. Was das Hindernis mit den Stacheln betreffe, so wolle er klar zum Ausdruck bringen, daß dieses Problem nicht infolge von Handlungen einzelner europäischer Staaten oder gar der Bundesrepublik habe entstehen können, sondern es ergebe sich aus den atomaren Rüstungen der USA und der UdSSR und aus der diplomatischen Aktivität im Zusammenhang mit SALT II. Die Bundesregierung habe die USA, die eigenen Bündnispartner, die Sowjetunion und die Weltöffentlichkeit früh auf das Entstehen dieses Problems hingewiesen. Die Bundesrepublik sei eine der Kräfte in der Welt, die nicht nur heute, sondern besonders in den drei bis vier kommenden Jahren sich dafür einsetzen werde, um diese Verhandlungen zu führen und um ihren Erfolg zu sichern. Damit könne die Sowjetunion fest rechnen.

Er habe kürzlich vor der SPD-Bundestagsfraktion einen einstündigen Vortrag zu diesem Thema gehalten und am Ende gesagt, daß hier eine Entwicklung vorliege, die Gefahren enthalte, die aber auch die Chance der Überwindung dieser Gefahr und die Möglichkeit enthalte, die Politik der guten Zusammen-

[43] Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

arbeit zwischen Ost und West in Europa auf der Grundlage des Gleichgewichts zu verbessern.[44] Dies sei seine innere Überzeugung.

Er wolle nun einen etwas gewagten historischen Vergleich aus der deutschen Politik erwähnen. Vor 100 Jahren habe Reichskanzler Bismarck gelebt. Er sei ein Feind der Sozialdemokraten gewesen, habe viele von ihnen ins Gefängnis gesetzt, andere zur Emigration gezwungen. Er habe Kriege mit Österreich[45] und Frankreich[46] auf dem Gewissen. Aber er sei ein kluger Außenpolitiker gewesen. Er habe gewußt, daß Deutschland ein vertrauensvolles Verhältnis zum russischen Reich brauche.

Er selbst habe nicht viel von Bismarck gelernt. Er teile aber diese letztgenannte Überzeugung Bismarcks heute und in Zukunft. Die Bundesrepublik brauche ein vertrauensvolles Verhältnis zu Rußland bzw. zur Sowjetunion, wie man sie nach der Oktoberrevolution nennen müsse. Die Bundesregierung wolle hier ihre Anstrengungen unternehmen und ihren Beitrag leisten. Dies werde nicht dazu führen, daß die Bindungen der Bundesrepublik Deutschland zur westlichen Allianz und zu den Partnern in der Europäischen Gemeinschaft gelockert würden. Aber dies hätte zur Folge, daß die Bundesregierung Einfluß auf ihre westlichen Partner nehmen könne.

Abschließend dankte *Gromyko* für dieses Gespräch.

BK: Auch er bedanke sich für diese Begegnung, die er für wichtig erachte. Er danke auch für die umfassenden Gespräche, die Gromyko mit seinem Kollegen geführt habe. Er wolle Gromyko versichern, daß er nicht pessimistisch in die Zukunft sähe, sondern mit der Überzeugung, daß man in den zukünftigen Jahren eine Ausweitung des gegenseitigen Verhältnisses werde erreichen können.

VS-Bd. 14078 (010)

44 Zur Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 13. November 1979 vor der SPD-Bundestagsfraktion vgl. Dok. 323, Anm. 16.

45 Der „Deutsche Krieg" wurde durch den Einmarsch preußischer Truppen in Holstein am 9. Juni 1866 ausgelöst und am 23. August 1866 mit dem Frieden von Prag beendet.

46 Am 19. Juli 1870 erklärte Frankreich Preußen den Krieg, der mit dem Frieden von Frankfurt am 10. Mai 1871 beendet wurde.

345

Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Jørgensen

VS-NfD **23. November 1979**[1]

Vermerk über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit MP Jørgensen am 23. November 1979 von 14.00 Uhr bis 14.10 Uhr

MP Jørgensen hatte um das Telefongespräch gebeten.

Bundeskanzler berichtet über das soeben zu Ende gegangene Gespräch mit AM Gromyko.[2] Das Gespräch ist außerordentlich gut verlaufen. Die Sowjets scheinen sich mit den geplanten NATO-Entscheidungen[3] abgefunden zu haben und zu sofortigen Verhandlungen bereit zu sein. Es gab keine Drohungen.

Jørgensen begrüßt diese Mitteilung des Bundeskanzlers.

Er unterrichtet ihn, daß seine Partei die feste Entscheidung getroffen habe, sich für eine Verschiebung der LRTNF-Modernisierung von bis zu sechs Monaten einzusetzen.[4] Er muß sich daher hierfür auch in Brüssel einsetzen.

Auf Feststellung des Bundeskanzlers, daß Dänemark damit in Brüssel in die Isolierung gerate, hofft er auf baldige Rüstungskontrollverhandlungen (*BK*: die dauern aber auch nach Vorstellungen von Gromyko weit länger als sechs Monate) sowie darauf, daß sich in der NATO eine entsprechende Entscheidung

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 23. November 1979 gefertigt und vom Kanzlerbüro des Bundeskanzleramts am 28. November 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Bundesministers des Auswärtigen" übermittelt.
Hat Wallau am 29. November 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an das Büro Staatssekretäre, die Ministerialdirektoren Blech und Fischer, Ministerialdirigent Dröge, Botschafter Ruth sowie die Referate 201, 220 und 411 verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM hat Orig[inal] als Eingang."
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 29. November 1979 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178798.

2 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 23. November 1979 vgl. Dok. 344. Für die Gespräche mit Bundesminister Genscher am 21./22. November 1979 vgl. Dok. 341–343.

3 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

4 Botschafter Hofmann, Kopenhagen, teilte am 25. November 1979 mit: „1) Wie berichtet, hat sich soz[ial]dem[okratische] Fraktion am 23.11. mit Angelegenheit befaßt. Sie hat (vorher nicht bekannten) Beschluß DK-Regierung, auf bevorstehender Herbsttagung NATO halbjährige Aussetzung des Modernisierungsbeschlusses vorzuschlagen, einstimmig gebilligt. Von den 69 Mitgliedern waren 60 anwesend. 2) Aus Gesprächen mit DK-AM, Abgeordneten und zuständigen Beamten Außenministeriums sowie Presseberichten geht hervor, daß mit Beschluß Bestrebungen des linken Flügels der Sozialdemokraten, Modernisierung ganz abzulehnen, verhindert werden sollte. DK-Regierung sei nicht gegen Modernisierung. Vielmehr ziele DK-Vorschlag, Beschluß halbes Jahr auszusetzen, darauf ab, SU Gelegenheit zu geben, zu erkennen zu geben, ob sie bereit ist, über die ganze Mittelstreckenproblematik zu verhandeln und ob sie weiter bereit ist, während dieser Verhandlungen Produktion und weitere Dislozierung ihrer SS-20-Raketen und ‚Backfire'-Bomber einzustellen. Findet dänische Initiative bei SU keinen Anklang, soll Modernisierungsbeschluß zugestimmt werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 492; Referat 201, Bd. 120236.

finden lasse. Er sieht keine Möglichkeit, von dieser festgelegten Linie abzugehen. Es handelt sich um ein innerparteiliches Problem.

Der dänische Botschafter hat Weisung, die Bundesregierung von dieser Entscheidung im einzelnen zu unterrichten.[5]

Bundeskanzler stellt fest, daß es eine Entscheidung in dem von Jørgensen gewünschten Sinne in der NATO nicht geben wird. Dänemark wird daher in eine schwierige Situation geraten. Er regt an, die Möglichkeit eines dänischen Vorbehalts gegenüber der NATO-Entscheidung ins Auge zu fassen.

Die dänische Entscheidung wird von uns nicht begrüßt (not welcome), weil sie die Dinge noch schwieriger macht, als sie ohnehin sind. Er selbst wird in dieser Frage keinesfalls nachgeben. Aus den Gesprächen während des viertägigen Gromyko-Besuchs in Bonn hält er folgenden klaren persönlichen Eindruck fest, der allerdings nicht zur Veröffentlichung bestimmt ist: Die Sowjets haben verstanden, daß sie mit der SS-20-Aufrüstung einen Fehler gemacht haben. Sie können das zwar nicht zugeben, hoffen aber jetzt auf wirkliche Rüstungskontrollverhandlungen. Sie sind wirklich an Verhandlungen über Raketenreduzierungen interessiert.

Jørgensen unterrichtet den Bundeskanzler, daß er noch in diesem Monat ein deflationäres Programm zur Lösung der drängenden wirtschaftlichen Probleme einführen wird.[6] Er möchte vor allem die Lohnsteigerungen, die z.Zt. zehn bis zwölf Prozent betragen, um mehr als die Hälfte kürzen.

Bundeskanzler hält ein solches Programm auch für die Europäische Gemeinschaft als Ganzes für richtig. Er fragt nach der Bewertung der Aussichten für Dublin.[7] Er selbst hält die Aussichten insbesondere wegen der völlig gegensätzlichen Positionen von GB und F für nicht gut.

Auf *Jørgensens* Bemerkung, daß Dänemark sich an den Kommissionsvorschlag halten werde (Reduzierung des britischen Nettobetrags um 520 Mio. ERE), stellt er fest, daß er auch einem Vorschlag in dieser Größenordnung zustimmen könnte, wenn wir auch von den zusätzlichen Kosten 45% zu tragen hätten.

[5] Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl vermerkte am 26. November 1979, der dänische Botschafter Oldenburg habe Bundesminister Genscher am 23. November eine Botschaft des dänischen Außenministers Olesen „in schriftlicher Form" überbracht: „Der Herr Minister äußerte sich nach Kenntnisnahme des Textes wie folgt: Was hier zum Ausdruck komme, unterscheide sich von der Haltung, die das Bündnis bisher eingenommen habe. [...] Man müsse die Gefahr bedenken, daß Dänemark sich isoliere." Vgl. Referat 201, Bd. 120236.

[6] Botschafter Hofmann, Kopenhagen, berichtete am 21. Dezember 1979: „Nach ganztägiger Debatte wurden die Regierungsentwürfe zur Stabilisierung dänischer Wirtschaft in Abendstunden 21. Dezembers vom Folketing mit wechselnden Mehrheiten verabschiedet. Sie treten am 1. Jan[uar] 1980 in Kraft und lösen u.a. bis dahin geltendes Gesetz über Lohn- und Preisstopp ab. [...] Verabschiedung Gesetzespaketes in jetziger Form bedeutet keine wirkliche Stabilisierung. Es handelt sich allenfalls um Zwischenstation in der von ehemaligem Finanzminister Knud Heinesen Ende Oktober als ‚Weg zum finanziellen Abgrund' charakterisierten Situation Dänemarks. Halbherzige Lösungen und Kompromisse spiegeln Parteienegoismus wider, der Vorrang vor ökonomisch notwendigen Beschlüssen hatte. Innerhalb sozialdemokratischer Regierungspartei und Führung Gewerkschaftsbundes bestehen nach wie vor Meinungsverschiedenheiten über zweckmäßigsten Kurs." Vgl. den Drahtbericht Nr. 555; Referat 420, Bd. 117862.

[7] Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. Dok. 362.

Jørgensen berichtet aus einem Telefongespräch mit MP Martens, daß auch die Beneluxländer und Irland einer solchen Entscheidung zustimmen könnten. Er hofft, daß in Dublin eine Lösung gefunden wird. Er kann aber keiner Änderung der gemeinsamen Agrarpolitik zustimmen. Für Dänemark ist weiterhin eine Lösung der Fischereifrage[8] von größter Bedeutung.

Bundeskanzler hält eine Änderung der gegenwärtigen Agrarpolitik für unvermeidlich. Frau Thatcher spielt ein gewagtes Spiel, indem sie ein so riesiges politisches Prestige in ihre kompromißlose Haltung investiert. Er wird die dänische Forderung nach einer Kompromißlösung in der Fischereifrage unterstützen, wenn sie von den Dänen in Dublin vorgebracht wird.

Für den beim letzten Treffen in Bornholm[9] ins Auge gefaßten Besuch Jørgensens in Deutschland schlägt er den 4. oder 5. März 1980 vor.[10] In den nächsten 14 Tagen sollte der Termin an einem dieser Tage auf diplomatischem Wege festgelegt werden.

Jørgensen stimmt dem Termin vorbehaltlich einer näheren Prüfung zu. Er wird die Grüße des Bundeskanzlers an AM Olesen übermitteln, um die ihn der Bundeskanzler gebeten hatte, der selbst bedauerte, AM Olesen nicht in Bonn sehen zu können.[11]

Er bittet darum, mit dem Bundeskanzler am Rande des ER in Dublin ein kurzes Gespräch über ökonomische Fragen führen zu können.

Referat 010, Bd. 178798

8 Zu den Bemühungen der Europäischen Gemeinschaften um ein gemeinsames Fischereiregime vgl. Dok. 314, Anm. 44.

9 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Jørgensen am 15. August 1979 auf Bornholm vgl. Dok. 232.

10 Ministerpräsident Jørgensen hielt sich am 20./21. März 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1980.

11 Der dänische Außenminister Olesen hielt sich am 12. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit Bundesminister Genscher vgl. Dok. 323, Anm. 11.

346

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

422-411.10 ARG-612/79 VS-vertraulich **23. November 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Rüstungsexport;
hier: Lieferung von Fregatten und Schiffsbauteilen nach Argentinien

Bezug: Vorlage der Abt. 4 – 422-411.10 ARG 795/78 VS-v –
vom 25. September 1978 (beigefügt)[4]

Anlg.: 2

Zweck der Vorlage: Bitte um Zustimmung und Billigung des beigefügten Entwurfs eines Schreibens von StS Dr. Lautenschlager an den Chef BK[5]

1) Sachverhalt

Der BSR hatte im November 1978[6] der Lieferung von zwei Fregatten durch Blohm und Voss nach Argentinien sowie den Nachbau von vier weiteren Fregatten in Argentinien nach deutschen Unterlagen mit deutschen Bauteilen zugestimmt. Über diese Entscheidung hatten damals die größeren deutschen Zeitungen berichtet; sie war Gegenstand mehrerer Bundestagsanfragen.[7] Inzwi-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pabsch und Vortragendem Legationsrat Bosch konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau und Legationsrat I. Klasse Petersmann am 27. November 1979 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 27. November 1979 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 3. Dezember 1979 vorgelegen.

4 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Beiliegendes Protokoll über die BSR-Sitzung vom 20.9.79 (Seite 10)."
Dem Vorgang nicht beigefügt.
Ministerialdirektor Lautenschlager vermerkte am 25. September 1978: „Die Fa. Blohm & Voss in Hamburg ist von der argentinischen Regierung als erste unter mehreren Anbietern aufgefordert worden, in Vertragsverhandlungen über die Lieferung einer kompletten Fregatte sowie den Nachbau von fünf weiteren Fregatten in Argentinien als Generalunternehmer einzutreten. Das Auftragsvolumen wird auf 1,5 Mrd. DM geschätzt, wovon ca. 40 % auf Blohm & Voss, der übrige Anteil auf niederländische, französische, italienische und britische Zulieferungen entfallen. [...] Nach Ansicht der Abteilungen 3 und 4 überwiegen die gegen eine Genehmigung sprechenden außenpolitischen Gesichtspunkte; für Abt. 4 fällt demgegenüber allerdings zugunsten einer Genehmigung erheblich ins Gewicht, daß die inzwischen zahlreichen Genehmigungen des Bundessicherheitsrats von Kriegsschifflieferungen an vergleichbare Länder bei der betroffenen Werft die mindestens subjektiv berechtigte Erwartung ausgelöst haben, die Bundesregierung werde im Falle Argentiniens nicht anders entscheiden." Vgl. VS-Bd. 9336 (422); B 150, Aktenkopien 1978.

5 Dem Vorgang beigefügt. In dem Entwurf eines Schreibens des Staatssekretärs Lautenschlager an Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, das nicht verschickt wurde, hieß es, das Auswärtige Amt sei in der Sitzung des Bundessicherheitsrats am 25. September 1979 um Prüfung der Haltung der USA zu Rüstungsexporten der Bundesrepublik nach Argentinien gebeten worden. Es habe sich der Eindruck ergeben, „daß die amerikanische Regierung nicht die Absicht hat, die Angelegenheit von sich aus aufzugreifen". Das Auswärtige Amt sah daher „keinen Hinderungsgrund". Vgl. VS-Bd. 9520 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

6 Die Sitzung des Bundessicherheitsrats fand am 17. November 1978 statt.

7 Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, Grüner, beantwortete am 15. Juni 1978 eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Gansel vom 9. Juni zum möglichen Export

schen sind der Werft die erforderlichen Bau- und Ausfuhrgenehmigungen (befristet bis März 1984) für zwei Fregatten erteilt worden.

Im Sommer 1979 teilte Blohm und Voss mit, daß Argentinien nunmehr statt der Lieferung von zwei und dem Nachbau von vier Fregatten in Argentinien die Lieferung von vier Fregatten aus der Bundesrepublik und den Bau von sechs (kleineren) Korvetten in Argentinien nach deutschen Bauplänen und mit deutschen Bauteilen wünsche; das Auftragsvolumen in Höhe von 1,7 Mrd. DM bleibe unverändert; die Waffenanlagen kämen in keinem Fall aus der Bundesrepublik, sondern aus anderen westlichen Ländern; zudem seien die Korvetten keine Nachbauten von Schiffen aus der Bundesrepublik. Blohm und Voss hat um die Genehmigung für dieses abgeänderte Vorhaben gebeten.

Bei der Beratung über diesen abgeänderten Antrag hat der BSR auf seiner Sitzung am 20. September 1979 beschlossen, „dem Exportantrag unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß das AA keine politischen Bedenken im Hinblick auf die Haltung der USA bei Rüstungsexporten nach Argentinien hat. AA wird diese Frage prüfen und das Ergebnis der Prüfung dem Chef BK mitteilen."[8]

2) Wertung

a) Der Kongreß der USA hatte bereits 1977 die Lieferung von Rüstungsmaterial aus den USA nach Argentinien im Rahmen sowohl staatlicher als auch kommerzieller Geschäfte untersagt.[9] Diese Haltung der USA hatten wir in unsere Prüfung im Rahmen der Vorbereitung der BSR-Entscheidung vom November 1978 einbezogen (vgl. Bezugsvorlage); sie war allerdings kein maßgeblicher Aspekt bei dieser Entscheidung.

b) Wir können davon ausgehen, daß diese BSR-Entscheidung auch zur Kenntnis der US-Regierung gelangt ist, da über sie in der deutschen Presse berichtet worden war. Die Amerikaner haben uns jedoch weder davor noch danach in irgendeiner Weise auf das Vorhaben angesprochen. Wir haben gleichwohl über die Botschaft Washington die amerikanische Haltung zu unseren Vorhaben sondiert.[10] Die Botschaft Washington hat uns daraufhin die seit 1977 geltende

Fortsetzung Fußnote von Seite 1788

einer Fregatte nach Argentinien. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 106, S. 7808. Staatsminister von Dohnanyi beantwortete am 16. Februar 1979 eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Jungmann vom 9. Februar 1979 zum Export von Fregatten nach Argentinien. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 109, S. 11057.

8 Für das Ergebnisprotokoll über die Sitzung des Bundessicherheitsrats am 20. September 1979 vgl. VS-Bd. 9520 (422).

9 Gesandter Vacano, Buenos Aires, berichtete am 24. Juli 1978, die USA hätten „aufgrund amerikanischen Gesetzes über Militärhilfe, welches Lieferungen in Länder, in denen die Menschenrechte nicht ausreichend gewahrt werden, untersagt, sämtliche Waffenlieferungen nach Argentinien zum 30. September 1978 suspendiert". Vgl. den Drahtbericht Nr. 567; VS-Bd. 9336 (422); B 150, Aktenkopien 1978.

10 Ministerialdirigent Freiherr von Stein vermerkte am 7. November 1979, Gesandter Dannenbring, Washington, habe ihn am selben Tag angerufen, um folgendes mitzuteilen: „Er habe gestern abend die Gelegenheit eines gesellschaftlichen Zusammentreffens mit George Vest benutzt, um ihn – persönlich und vertraulich – zu fragen, ‚welche Reaktion man erwarten könnte, falls die amerikanische Regierung nach ihrer Einstellung zu bestimmten deutschen Rüstungslieferungen nach Argentinien, insbesondere an die Marine, gefragt würde'. Mr. Vest habe darauf nach kurzer Überlegung geantwortet, daß es bei der Administration wohl keinen ‚Aufschrei der Empörung' geben würde. Es sei allerdings nicht auszuschließen, daß das Thema bei Bekanntwerden neuer deutscher Lieferungen von Kongreßmitgliedern aufgegriffen würde. In diesem Falle werde die Administration kaum umhin können, unser Verhalten zu mißbilligen." Vgl. VS-Bd. 9520 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

Rüstungsexportpolitik der USA gegenüber Argentinien noch einmal in dem unter a) dargestellten Sinne bestätigt; sie hat ferner mitgeteilt, daß der Leiter der Europa-Abteilung im US-Außenministerium, George Vest, als seine persönliche Meinung zu erkennen gegeben hat, daß die US-Administration unsere geplanten Lieferungen nicht von sich aus aufgreifen würde. Vest habe jedoch hinzugefügt, es sei nicht auszuschließen, daß solche Lieferungen – etwa unter menschenrechtlichen Aspekten – von einzelnen Kongreßmitgliedern aufgegriffen würden, was die Administration u.U. veranlassen könnte, sich mit dem Sachverhalt zu befassen.

Unter diesen Umständen sehen wir keinen Anlaß, wegen der Einstellung amerikanischer Rüstungsexporte nach Argentinien durch die US-Regierung grundsätzliche außenpolitische Bedenken gegen die von Blohm und Voss beantragte BSR-Genehmigung zu erheben.

c) Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß die Bau- und Ausfuhrgenehmigungen für zwei Fregatten entsprechend dem früheren Antrag bereits in bindender Form erteilt sind. Wenn wir jetzt dem neuen Antrag nicht stattgäben, würde sich zwangsläufig auch die Frage stellen, ob wir die bereits erteilten Genehmigungen – u.U. mit der Folge hoher Schadensersatzforderungen – widerrufen müßten. Dazu besteht aus der Sicht des Auswärtigen Amts aber kein Anlaß, da sich die politische Situation Argentiniens heute nicht wesentlich anders darstellt als zur Zeit der ersten BSR-Entscheidung über dieses Vorhaben vor einem Jahr. Wenn somit die bereits erteilten Genehmigungen bestehen bleiben können, ist kein durchschlagender Grund für eine Ablehnung des abgeänderten Antrags von Blohm und Voss ersichtlich. Die bloße Abänderung der Anträge reicht dafür jedenfalls nicht aus, da der neue Antrag keine so wesentliche Erweiterung des Vorhabens darstellt, daß die Gründe für die positive BSR-Entscheidung vom November 1978 für sie nicht mehr gelten würden; daß bei gleichbleibendem Auftragswert statt ursprünglich sechs mittleren Kriegsschiffen jetzt nur vier, dafür aber zusätzlich sechs kleinere Einheiten geliefert werden sollen, rechtfertigt eine unterschiedliche Beurteilung gegenüber dem früheren Vorhaben nicht.

3) Vorschlag

Abteilung 4 schlägt in Übereinstimmung mit Abteilung 3 vor, daß StS Lautenschlager dem Chef des Bundeskanzleramtes[11] nunmehr mitteilt, daß gegen das erweiterte Vorhaben aus der Sicht des Auswärtigen Amts politische Bedenken wegen der Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber Rüstungsexporten nach Argentinien nicht bestehen. Falls Sie dem zustimmen, wird um Billigung des in der Anlage als Entwurf beigefügten Schreibens gebeten.

D 3[12] hat mitgezeichnet.

Fischer

VS-Bd. 9520 (422)

11 Manfred Schüler.

12 Andreas Meyer-Landrut.

347

Botschafter Munz, Amman, an das Auswärtige Amt

114-4026/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 609
Cito

Aufgabe: 23. November 1979, 10.30 Uhr[1]
Ankunft: 23. November 1979, 10.38 Uhr

Betr.: Lage in Saudi-Arabien

Obwohl Ereignisse in Mekka[2] nach außen hin hier keine besondere Reaktion auslösten, war bei jordanischer Führung deutliche Nervosität zu erkennen. Kronprinz Hassan, der bis gestern abend in Abwesenheit des Königs[3] (Tunis[4]) Regent war, hat gestern vereinbarten Besuchstermin für MdB Schäfer[5] ohne Vorankündigung zunächst nicht eingehalten, weil er unerwartet zu einem militärischen Manöver abgereist sei. Als zwei Stunden später der Termin doch zustande kam, erschien er im Kampfanzug der jordanischen Streitkräfte. Auf die Lage in Mekka angesprochen sagte er mir, die saudischen Truppen hätten zwei vergebliche Versuche unternommen, die Geiseln zu befreien. Er habe den Saudis die Hilfe jordanischer Spezialeinheiten angeboten, was jedoch von saudischer Seite abgelehnt worden sei. Daraus sei zu schließen, daß diese den Vorfall als rein innersaudisches Problem betrachten. Es gebe keine Hinweise dafür, daß ausländische Einflüsse im Spiel seien.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 23. November 1979 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Westphal am 23. November 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Buchrucker und Legationsrat I. Klasse Schnittger verfügte.
Hat Buchrucker am 23. November 1979 vorgelegen.
Hat Schnittger vorgelegen.

2 Zur Besetzung der Großen Moschee in Mekka am 20. November 1979 vgl. Dok. 341, Anm. 25.
Botschafter Schlagintweit, Djidda, berichtete am 22. November 1979: „Die äußere Situation in Mekka war heute morgen noch nicht ganz geklärt. Die meisten der Eingeschlossenen scheinen wieder in Freiheit, der größte Teil der Aufrührer gefangen. Die Regierung hat erklärt, für die Mitwirkung des Auslands lägen keine Beweise vor. Möglicherweise befänden sich einige Ausländer unter den Fanatikern (man denkt hier an Syrer oder Jemeniten). Das bestätigt, daß es sich offenbar im wesentlichen um Angehörige einer fanatisierten Gruppe aus dem Innern des Landes handelt. [...] Religiös-fanatische Aggressionen entsprechen nicht nur Tradition der arabischen Wüste, auf ihnen wurde das Königreich vor 60 Jahren errichtet. Zwar wird man heute mit Überbleibseln einer vergangenen Periode leicht fertig. Der Überfall auf den heiligen Bezirk durch Menschen, die das Fundament des Staates bilden, wird der Regierung aber das Ausmaß der inneren Spannungen deutlicher machen, die die wirtschaftliche Entwicklung und die Öffnung zur Welt in dem früheren Beduinenstaat auslöst." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1086; Referat 311, Bd. 119948.

3 Hussein II.

4 Vom 20. bis 22. November 1979 fand in Tunis eine Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt. Botschafter Terfloth, Tunis, berichtete dazu am 23. November 1979: „Zum Nahost-Konflikt selbst hat der Gipfel keine wesentlichen Aussagen gemacht, die über das Gewohnte hinausgingen. Er hat die Grundsätze von Bagdad wiederholt [...], aber strikt vermieden, Ägypten oder den Präsidenten Sadat auf die Anklagebank zu setzen oder die Boykottbeschlüsse zu verschärfen. Auf der anderen Seite wird den Vereinigten Staaten nicht nur der Prozeß wegen ihrer Camp-David-Politik und ihrer Hilfe für Israel gemacht, sie werden auch ziemlich deutlich darauf hingewiesen, daß dies auf die Dauer wirtschaftliche, sprich energiepolitische Folgen haben müsse." Vgl. den Drahtbericht Nr. 348; Unterabteilung 31, Bd. 135616.

5 Der FDP-Abgeordnete Schäfer hielt sich vom 19. bis 23. November 1979 in Jordanien auf.

KP Hassan zeigte sich offensichtlich besorgt bezüglich der Stabilität des Regimes in Saudi-Arabien und möglicher Auswirkungen für die ganze Region. Es bestehe Gefahr, daß die radikalen Kräfte „der Linken und der Rechten" immer mehr die Oberhand gewinnen, und die Kräfte der Mitte, zu denen sich Jordanien zählt, in eine immer schwierigere Lage geraten.

Über die übrigen Aspekte des Gesprächs wird gesondert berichtet.[6] Kronprinz Hassan bat um vertrauliche Behandlung seiner Mitteilung.[7]

[gez.] Munz

VS-Bd. 11141 (310)

348

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-4060/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4183
Citissime

Aufgabe: 26. November 1979, 19.50 Uhr[1]
Ankunft: 27. November 1979, 07.49 Uhr

Betr.: Heutiges Gespräch mit Außenminister Vance

Mein erstes Gespräch mit Außenminister Vance leitete dieser nach Begrüßungsworten mit der Bitte ein, dem Bundesminister des Auswärtigen zu übermitteln, wie hoch Präsident Carter und er die Bekundungen und Beweise deutscher Solidarität in der Teheraner Geiselnahme[2] einschätzten. In dieser das amerikanische Volk außerordentlich bewegenden Angelegenheit sei die Solidarität der Alliierten ebenso wichtig wie ermutigend. Vance, der einen großen Teil seiner Zeit und Arbeitskraft der Freilassung der Geiseln widmet, erwähnte rühmend das Verhalten von Botschafter Scheske während der Brandlegung der ameri-

6 Botschafter Munz, Amman, teilte am 23. November 1979 mit, Kronprinz Hassan habe den FDP-Abgeordneten Schäfer und ihn am Vortag empfangen: „Bei seiner Darlegung zur Lage im Nahen Osten äußerte sich K[ron]p[rinz] Hassan auffällig zurückhaltend und vorsichtig zur Haltung Israels. Die Terroranschläge pal[ästinensischer] Organisationen in Israel seien genauso zu verurteilen wie die militärischen Aktionen des jüdischen Staates über die eigenen Grenzen hinweg." Vgl. den Drahtbericht Nr. 611; Unterabteilung 31, Bd. 135598.

7 Botschafter Munz, Amman, berichtete am 4. Dezember 1979: „In jordanischen Kreisen ist man über innenpolitische Ereignisse in Saudi-Arabien sehr besorgt, weil etwaige Umwälzungen sich zwangsläufig auf Jordanien auswirken würden. [...] In der jüngeren saudi-arabischen Generation gäbe es eine von Khomeinis Gedankengut induzierte Unzufriedenheit über ‚credibility gap' zwischen öffentlich gepredigter Moral und tatsächlicher Lebensweise der Prinzen in ihren Palästen, über Korruption der Herrschenden und über relative Armut weiter Bevölkerungskreise. Jordanische Seite, die [...] den Saudis gleich nach der Besetzung der Großen Moschee in Mekka jordanische special forces angeboten hatte, ist langsames Vorgehen der Saudis gegen Rebellen unverständlich." Vgl. den Drahtbericht Nr. 625; Referat 311, Bd. 119948.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 27. November 1979 vorgelegen.

2 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 339.

kanischen Botschaft in Islamabad[3]. Er übergab mir ein Dankschreiben an den Bundesaußenminister, das mit nächstem Kurier übersandt wird (Text siehe Anlage).

Mit meiner erneuten Versicherung der deutschen Solidarität verband ich den Hinweis, daß am 24. November in einer Diskussions-Fernsehsendung bekannter Journalisten über die Vorgänge in Iran lebhafte Kritik an den westlichen Verbündeten, darunter der Bundesrepublik Deutschland, wegen mangelnder Unterstützung geübt worden sei.

Ich hielte es für gut, wenn die sehr positive Einschätzung der Administration noch stärker in die Medien flösse, damit sich nicht aus Uninformiertheit Ressentiments in der Bevölkerung entwickelten. Vance meinte, die Medien seien schon wiederholt hierüber informiert worden. Er sagte zu, daß der Sprecher des State Department[4] bei nächster Gelegenheit die Solidarität der europäischen Alliierten herausstelle.

Vance nannte die Lage im Iran sehr ernst; er stimmte meiner Beurteilung zu, daß die Administration gegenüber der Stimmung im Lande einen Kurs der Mäßigung und Zurückhaltung steuere. Es sei die Absicht, hierbei zu bleiben. Auf meine Frage, ob das militärische Flaggezeigen durch Flugzeugträger in geographischer Nähe Irans nicht die Eskalation der Stimmung bei den Teheraner Massen begünstige, meinte er, diese könnte auch entgegengesetzte Wirkung haben.

Vance teilte mit, daß sich die amerikanischen Bemühungen zur Zeit zu den Vereinten Nationen verlagerten. Der Sicherheitsrat sollte nach amerikanischer Vorstellung und auf amerikanisches Drängen sobald wie möglich folgende Entschließung in öffentlicher Sitzung fassen:

1) Beschluß über die Freilassung der Geiseln entsprechend der Erklärung des Vorsitzenden des Sicherheitsrates nach Konsultationen mit den Mitgliedern des Sicherheitsrates vom 9. November[5].

2) Aufforderung an die iranische Regierung, alle Straßendemonstrationen in der Nähe der amerikanischen Botschaft zu unterbinden.

3) Spätere Fortsetzung der Sicherheitsratsdebatte[6] in Gegenwart des iranischen Außenministers[7].

Da die Iraner während der religiösen Feierlichkeiten anläßlich des Muharram besonders erregbar seien, sei das Wichtigste zur Zeit, keine Straßendemonstrationen mit unkalkulierbaren Folgen entstehen zu lassen.

Vance rechnet mit einer kooperativen Haltung der Sowjetunion im Sicherheitsrat.

3 Zum Angriff auf die amerikanische Botschaft in Islamabad am 21. November 1979 vgl. Dok. 341, Anm. 26.

4 Hodding Carter III.

5 Für den Wortlaut der Erklärung des bolivianischen Botschafters Palacios de Vizzio, der vom 1. bis 30. November 1979 den Vorsitz des UNO-Sicherheitsrats innehatte, vom 9. November 1979 vgl. YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1979, S. 307.

6 Der UNO-Sicherheitsrat hielt in der Zeit vom 27. November bis 4. Dezember 1979 fünf Sitzungen anläßlich der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran ab. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1979, S. 308 f.

7 Abolhassan Bani Sadr, ab 28. November 1979 Sadegh Ghotbzadeh.

Vance betonte, daß sich alle Überlegungen zur Zeit auf die Freilassung der Geiseln konzentrierten, er daher auf die Frage keine Antwort wisse, ob die Vereinigten Staaten nach der erhofften Freilassung der Geiseln die diplomatischen Beziehungen zum Iran abbrächen oder nicht. Ebenso wenig könne jetzt schon etwas über die operativen Schlußfolgerungen gesagt werden, die sich aus den Ereignissen im Iran, Pakistan und Saudi-Arabien ergäben. Finanzminister Miller habe ihn über seinen Besuch in Saudi-Arabien noch nicht unterrichten können; sein erster Eindruck vom Ergebnis dieser Reise sei aber zwiespältig. Vance hielt es für unerläßlich, über die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der kritischen Ereignisse in dieser Region in absehbarer Zeit gemeinsam Überlegungen anzustellen.

Da Vance erklärte, sich über den Verlauf des Gromyko-Besuchs in Bonn[8] noch nicht im einzelnen habe informieren zu können, unterrichtete ich ihn anhand der eingegangenen Weisungen und Unterrichtungen. Er äußerte seine volle Befriedigung darüber, daß Bonn und Washington dieselbe Einschätzung teilten und die vorgesehenen NATO-Entschließungen am 12. Dezember[9] zu treffen beabsichtigten.

Auf meine Frage, ob die Sowjetunion auch im Verhältnis zu Washington gegen die TNF-Modernisierung vorstellig geworden sei, antwortete er, dies sei nicht der Fall gewesen. Es habe zwar eine Pro-forma-Erklärung in diesem Sinne gegeben, die aber im State Department eher den Eindruck hinterlassen habe, die Sowjetunion nehme die NATO-Beschlüsse als nicht mehr abänderbar an.

Vance äußerte sich sehr ungehalten über die in Kopenhagen aufgetretenen Schwierigkeiten.[10] Das habe er Außenminister Olesen auch unverzüglich mitgeteilt.

[gez.] Hermes

Folgt Anlage

Dear Hans-Dietrich:

President Carter and I want to express our deepest appreciation for the extraordinary efforts made by FRG Ambassador Ulrich Scheske during and after the attack on our Embassy in Islamabad. At the height of the demonstration and at considerable danger to themselves, Ambassador Scheske and his Military Attaché[11] entered our Embassy compound and attempted to dissuade the rioters from further attacks on the Embassy. Our Ambassador in Islamabad[12] believes this was an act of extraordinary bravery and courage and I fully share his view.

Subsequently Ambassador Scheske as Dean of the Corps organized a collective effort to encourage the Government of Pakistan to investigate its response to

8 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 341–344.

9 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

10 Zur Haltung der dänischen Regierung bezüglich der TNF-Modernisierung vgl. Dok. 345.

11 Günter Müller-Hellwig.

12 Arthur William Hummel.

the incident and to take all possible measures to ensure that such events do not reoccur.

Our entire Embassy staff in Pakistan and their families and friends join me in expressing our profound gratitude.

With warm regards,
Sincerely,
sgd. Cy

VS-Bd. 11108 (204)

349

Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Botschaftern al-Ansari (Katar), al-Atassi (Syrien), Guiga (Tunesien) und al-Nimer (Jordanien)

310-310.10 **27. November 1979**[1]

Gespräch des Herrn BM mit vier arabischen Botschaftern in Bonn am 27.11.1979 von 14.15 bis 15.00 Uhr und von 18.15 bis 18.45 Uhr

Die Botschafter von Katar, Tunesien, Syrien und Jordanien hatten um ein Gespräch mit dem Herrn BM nachgesucht. Das Gespräch kam kurzfristig am 27. November d.J. zustande.

Der *Botschafter von Katar* als Doyen der arabischen Botschafter in Bonn erklärte den Zweck des Treffens:

1) Erörterung der Lage in der arabischen Welt

2) Stand der deutsch-arabischen Beziehungen.

Er erteilte sodann dem jordanischen Botschafter als Sprecher der Vierergruppe das Wort.

Jordanischer Botschafter führte eingangs aus, daß die arabischen Botschafter in Bonn ihre Aufgabe in der Erhaltung und Weiterentwicklung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland sähen.

Er gab sodann eine Kurzanalyse zu den beiden vom katarischen Botschafter genannten Gesprächsthemen.

Zu 1) Gegenwärtig seien in der arabischen Welt zwei Hauptrichtungen zu erkennen:

– Alle arabischen Länder mit Ausnahme von zwei oder drei Staaten hätten sich zur Konferenz von Bagdad[2] und ihren Ergebnissen bekannt.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 28. November 1979 gefertigt.

2 Vom 27. bis 31. März 1979 fand in Bagdad eine Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten statt. Vgl. dazu Dok. 91, Anm. 9.

– Nur Ägypten, Israel und die USA seien für den Camp-David-Prozeß[3] und unterstützten diesen.

Mit großem Interesse hätten die arabischen Botschafter die Reaktivierung der Nahost-Politik der Bundesregierung und insbesondere des Herrn Bundesministers in diesem Jahr verfolgt. Wenn man unsere Politik richtig verstehe, laufe diese darauf hinaus, beide o. a. Richtungen miteinander in Einklang zu bringen.

BM stellte richtig, daß es nach der Auffassung der Bundesregierung ungeachtet des Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel eine umfassende Lösung des Nahost-Konflikts geben müsse. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Rede der irischen Präsidentschaft in der GV der VN.[4] Wörtlich: „Wir nehmen das, was vereinbart wurde, als Faktum, wir bewerten es nicht."

Jordanischer Botschafter räumte ein, daß der Vertrag ein Faktum sei. Ebenso sei aber auch das Ergebnis der Konferenz von Bagdad ein Faktum.

BM stimmt dem zu.

Jordanischer Botschafter fuhr mit der Feststellung fort, die Entwicklung habe inzwischen bewiesen, daß der Vertrag nicht zu einem umfassenden Frieden führt. Der Vertrag regele nur das bilaterale Verhältnis Ägypten–Israel. Deshalb sei die These vom „ersten Schritt" falsch. Israelische Erklärungen hätten hinreichend verdeutlicht, daß Israel nicht gewillt sei, einen umfassenden Frieden herbeizuführen.

BM warf ein, es sei unsere feste Absicht, zu einem umfassenden Nahost-Frieden beizutragen.

Jordanischer Botschafter: Wenn die Bundesregierung und die Europäische Gemeinschaft eine aktive Rolle im Nahen Osten spielen wollten, müßten sie anerkennen, daß der Vertrag kein Schritt in Richtung einer umfassenden Lösung sei.

Die arabischen Bürger hegten heute Gefühle der Hochachtung für die Bundesrepublik, nachdem früher Wolken die Beziehungen verdunkelt hätten. Die arabische Welt betrachte die Bundesrepublik als befreundetes Land. Sie hätten jedoch gehofft, daß die Dynamik unserer Nahost-Politik vom vergangenen Sommer fortdauern und die Bundesrepublik entsprechend ihrer politischen und wirtschaftlichen Bedeutung handeln werde.

Bedauerlicherweise habe der Schwung unserer Nahost-Politik in letzter Zeit wieder nachgelassen, obwohl die Entwicklung das Gegenteil verlangt hätte. Er bitte um eine Stellungnahme des BM.

Zu 2) Im zweiten Teil seiner Ausführungen kritisierte der jordanische Botschafter Einzelaspekte der deutsch-arabischen Beziehungen. Er beklagte sich, daß die deutschen Medien einseitig berichteten. Er habe gehofft, daß die Medien über die israelischen Praktiken in den besetzten Gebieten berichten würden, die Hindernisse für einen umfassenden Frieden darstellten und verurteilt werden

[3] Zur Konferenz von Camp David vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 5, Anm. 14.
Zu den Gesprächen von Camp David vom 21. bis 25. Februar 1979 über den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 49, Anm. 12.
Zum Friedensvertrag vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel vgl. Dok. 86 und Dok. 98.

[4] Für den Wortlaut der Rede des irischen Außenministers O'Kennedy am 25. September 1979 vor der UNO-Generalversammlung vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 34th Session, Plenary Meetings, S. 119–125. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 638–644.

müßten. Es gebe eine Fülle von Beispielen, wie z.B. die Beschlagnahme von arabischen Ländereien, neue Enteignungsgesetze, Schikanen, um die Araber zum Verlassen der Gebiete zu veranlassen. Statusfragen würden vorweg entschieden, und der historische Charakter der Gebiete würde verändert. Vor allem hätte die Ausweisungsverfügung gegen den[5] Bürgermeister von Nablus[6] eine enttäuschende Resonanz in deutschen Medien gefunden. Auf arabischer Seite sei man der Auffassung, daß diese Maßnahme kein Einzelfall sei, sondern der allgemeinen israelischen Linie entspreche, jeden abzuschieben, der nicht bereit sei, Israels Politik mitzumachen. Deshalb hätten sich fast alle Bürgermeister in den besetzten Gebieten solidarisch erklärt. Er hoffe, daß die Bundesregierung diesem Vorgang die ihm gebührende Beachtung schenken werde.

Ihm sei bekannt, daß die deutschen Medien unabhängig seien. Gleichwohl könne die arabische Welt nicht verstehen, weshalb ein so eklatanter Unterschied zwischen einigen Medien und der Position der Bundesregierung bestehe. Mit Bedauern habe er einige besonders proisraelische Fernsehsendungen verfolgt, wie z.B. das ZDF-Magazin. Kein Tag vergehe, an dem nicht Israel verherrlicht würde.

BM erwiderte, daß der Botschafter wohl ein anderes Programm sehe als er. Er könne sich seiner Meinung nicht anschließen. Löwenthal sei übrigens kein Regierungssprecher.

Jordanischer Botschafter fuhr fort, daß die nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit dem israelischen Geheimdienst in der Straubing-Affäre[7] besonderen Anlaß zur Sorge gegeben hätte. Trotzdem hätten die arabischen Botschafter veranlaßt, daß die Angelegenheit in der arabischen Presse nicht aufgebauscht und als substantielles, sondern als peripheres Ereignis dargestellt worden sei. Er fügte hinzu: Leider müsse er gestehen, daß der Eindruck entstanden sei, daß auch die Erklärung der Bundesregierung[8] nicht zufriedenstellend gewesen sei.

Abschließend bekräftigte er nochmals, daß die arabischen Staaten den Beziehungen zur Bundesrepublik großen Wert beilegen. Diese Beziehungen wollten sie ausbauen. Die Bundesrepublik müsse die Rolle spielen, die ihr angemessen sei. Sie solle in ihrer nahostpolitischen Aktivität nicht wieder hinter andere Staaten zurückfallen.

BM erwiderte in einer knappen Richtigstellung, es bestehe kein Anlaß, an der Klarheit und Kontinuität unserer Politik sowie unserem Weg zu zweifeln. Wir seien offen für jeden konstruktiven Vorschlag.

5 Korrigiert aus: „die".

6 Zur Ausweisungsverfügung gegen den Bürgermeister von Nablus, Shakaa, vgl. Dok. 338, Anm. 8 und 9.

7 Zur Mitwirkung von Angehörigen des israelischen Geheimdienstes an der Vernehmungen von in der Bundesrepublik inhaftierten Palästinensern vgl. Dok. 308.

8 Vgl. dazu die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium der Justiz, de With, vom 9. November 1979 auf die Anfrage des FDP-Abgeordneten Möllemann vom 2. November; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 112, S. 14548 f.
Vgl. dazu ferner die Antwort de Withs vom 16. November 1979 auf zwei Anfragen des SPD-Abgeordneten Menzel vom 9. November; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 112, S. 14780 f.

Wir hätten wesentlich mitgewirkt an den Erklärungen der Europäischen Gemeinschaft[9] und zuletzt noch an der sehr realistischen und angemessenen Erklärung der irischen Präsidentschaft in der GV der VN. Die Bundesregierung setze ihre Politik konsequent fort.

BM wies den Vorwurf mangelnder Dynamik in unserer Nahost-Politik entschieden zurück. Es habe keinen Zweck, sich in immer neuen Erklärungen zu erschöpfen. Es gehe uns vielmehr um praktische Politik.

Er stimme mit dem jordanischen Botschafter völlig in der Einschätzung der israelischen Politik in den besetzten Gebieten überein. Er habe dies erst kürzlich sehr deutlich einem israelischen Liberalen (Ehrlich) gesagt.

Was die deutsche Presse angehe, so sei diese keineswegs einseitig. Es gebe Kritik an beiden Seiten des Nahost-Konflikts. Am meisten Kritik werde aber an der Bundesregierung geübt.

Die Bundesregierung halte daran fest, einen umfassenden Frieden in Nahost anzustreben. Er, der BM, habe sich Kritik zugezogen, daß er sich als einziger Außenminister der EG für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes eingesetzt habe.[10]

Die Bundesregierung werde sich auch künftig dafür einsetzen, obwohl sie nicht sicher sei, daß sie in dieser Frage die Unterstützung der anderen europäischen Partner habe.

BM unterstrich die Bedeutung gegenseitigen Vertrauens. Er sei für jede Anregung und Information dankbar, wie wir besser auf das Geschehen im Nahen Osten einwirken könnten. Wir hätten das größte Interesse daran, daß es zu Verhandlungen komme, die zu einer umfassenden Lösung führten.

An dieser Stelle unterbrach der BM das Gespräch wegen anderer Terminverpflichtungen und schlug vor, entweder noch am selben Abend oder in der nächsten Woche erneut zusammenzutreffen, um den Gedankenaustausch fortsetzen zu können.

Auf Wunsch der Botschafter wurde das Gespräch um 18.15 Uhr fortgesetzt.

BM erkundigte sich nach dem Ergebnis des Gipfels der Arabischen Liga in Tunis.[11]

Der *jordanische Botschafter* antwortete, daß die Ergebnisse der Konferenz von Bagdad II bestätigt worden seien. Die Alternative zu Camp David könne nur ein internationaler Rahmen sein.

9 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über den Nahen Osten vom 6. November 1973 vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 29 f.
Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats über den Nahen Osten vom 29. Juni 1977 vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 516 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 174.
Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten über den Nahen Osten vom 19. September 1978 vgl. BULLETIN DER EG 9/1978, S. 61 f.
Für den Wortlaut der Erklärung der EG-Mitgliedstaaten über den Nahen Osten vom 26. März 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 326.
Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ über den Nahen Osten vom 18. Juni 1979 vgl. BULLETIN 1979, S. 765.

10 Zur Position der Bundesregierung hinsichtlich der Palästina-Frage vgl. Dok. 240, Anm. 3.

11 Vom 20. bis 22. November 1979 fand in Tunis eine Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt. Vgl. dazu Dok. 347, Anm. 4.

BM fragte, ob man in Tunis operative Vorstellungen entwickelt habe.

Jordanischer Botschafter erwiderte, Jordanien habe einen Plan vorgelegt. Im übrigen sei er über Tunis nicht näher unterrichtet.

BM schlug vor, unabhängig von der Zusammensetzung dieser Sprechergruppe im Bedarfsfall auf Initiative der einen oder anderen Seite zusammenzukommen, um aktuelle Probleme zu erörtern. Solche Treffen könnten nützlich sein, wenn der Nahe Osten in den ersten Monaten des nächsten Jahres in schwierige Gewässer komme (Botschafteraustausch Israel–Ägypten[12]; mögliches Scheitern der Autonomiegespräche[13]; Verhalten der Bevölkerung in den besetzten Gebieten).

Botschafter von Katar kam sodann auf die PLO zu sprechen. Der BM habe zu Recht die fortgeschrittene Haltung der Bundesregierung hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts für das palästinensische Volk betont. Die PLO sei in letzter Zeit in verschiedenen Ländern, z.B. auch in den Niederlanden, aufgewertet worden. Die Frage sei, weshalb das nicht auch in der Bundesrepublik der Fall sei.

BM verwies auf unseren bekannten Standpunkt. Auch in der Bundesrepublik habe eine zunehmend unbefangene Betrachtung eingesetzt. BM spreche jetzt als Vorsitzender der FDP. Er rege eine Einladung von GS Verheugen zum Palästina-Solidaritätstag am 29.11.[14] an.

Botschafter von Katar antwortete, daß GS Verheugen hiermit eingeladen sei.

BM erteilte Weisung an LR I Petersmann, GS Verheugen zu unterrichten.

Syrischer Botschafter schaltete sich in das Gespräch ein und sagte, daß der nächste Schritt die Anerkennung der PLO als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes sein müsse. Es gebe de facto keinen anderen Vertreter.

BM: „Wir wollen den natürlichen Zeitablauf abwarten. Wenn ich in der PLO Einfluß hätte, würde ich sagen, daß Israel existiert und nicht mehr in Frage gestellt wird, aber ich will, daß Israel sich mit derselben Klarheit über uns (PLO) äußert."

Botschafter von Katar fragte, in welchen Grenzen eine Anerkennung Israels erwartet werde?

12 Der israelische Botschafter in Kairo, Ben-Elissar, und der ägyptische Botschafter in Tel Aviv, Murtada, überreichten am 26. Februar 1980 ihr Beglaubigungsschreiben.

13 Botschaftsrätin I. Klasse Steffler, Tel Aviv, berichtete am 16. November 1979, die Arbeitsgruppen bei den ägyptisch-israelischen Verhandlungen über eine Autonomie für das Westjordanland seien am 14. November 1979 zu einem weiteren Treffen in Tel Aviv zusammengekommen. Die erste Arbeitsgruppe („Wahlmodus Autonomierat") habe Ende Oktober das Mandat erhalten, „verschiedene Wahlsysteme zu analysieren und Empfehlungen u.a. auch zu sog[enanntem] Mischsystem zu erarbeiten". In der zweiten Gruppe werde Israel „detaillierte Beschreibung gegenwärtig ausgeübter ‚powers and responsibilities' Militärregierung und ihrer zivilen Verwaltung geben". Steffler teilte weiter mit: „Zuverlässige US-Quelle sprach mir gegenüber von langsamen, aber nicht unbeträchtlichen Fortschritten. Diese dürften sich am ehesten in Gruppe eins erzielen lassen. In Gruppe zwei bedeutet einstweilige Bestandsaufnahme jedoch wichtige Grundlage für künftige Einigung über Kompetenzen und Verantwortlichkeiten Autonomierats." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1413; Unterabteilung 31, Bd. 135598.

14 Referat 310 vermerkte am 30. November 1979, der Empfang anläßlich des palästinensischen Solidaritätstags habe am Vortag in der Stadthalle Bad Godesberg stattgefunden. Vgl. dazu Referat 310, Bd. 119891.

BM erwiderte, daß wir uns an Resolution 242[15] und 338[16] hielten. Unsere Position sei klar. Die israelische Besetzung müsse beendet werden.

Jordanischer Botschafter quittierte diese Äußerung mit einem no comment. Die Lage im Nahen Osten entwickele sich stürmisch. Man erwarte nach der Reaktivierung unserer Nahost-Politik im letzten Sommer jetzt ein klares follow-up.

BM erinnerte nochmals an seinen Vorschlag, von Zeit zu Zeit zu einem Gespräch zusammenzukommen.

Botschafter von Katar bedankte sich für diese Zusage.

BM fügte an, daß wir zunehmend über die Lage im Iran besorgt seien. Die Geiselnahme der amerikanischen Diplomaten[17] sei ein völkerrechtswidriger Akt. Er fürchte, daß schwerwiegende Entwicklungen in Gang kämen. Er appellierte an die Botschafter, daß alle auf die Verantwortlichen einwirken, unabhängig davon, wie man zu den Vorgängen in Iran sonst stehe. Die Geiselnahme müsse beendet werden.

Herrn BM mit der Bitte um Billigung.

Referat 010, Bd. 178798

350

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer

511-530.36 VN/K **27. November 1979**[1]

Über den Herrn Staatssekretär[2] dem Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Unsere Geiselnahmeinitiative in den VN[4]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Am Mittwoch, den 28. November 1979 gelangt unsere Geiselnahmeinitiative in die zweite und letzte Lesung im 6. (Rechts-)Ausschuß der 34. VN-Generalver-

15 Zur Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. November 1967 vgl. Dok. 5, Anm. 20.

16 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 338 des UNO-Sicherheitsrats vom 22. Oktober 1973 vgl. Dok. 191, Anm. 11.

17 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 339.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 30. November 1979 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär van Well am 29. November 1979 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 3. Dezember 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Was spricht gegen den Beitritt von Befreiungsbewegungen? Doch sicher nicht, daß dies ein Novum wäre. Ist die Frage der ‚Aufwertung' entscheidend?"

4 Zur Initiative der Bundesrepublik für eine Konvention gegen Geiselnahme vgl. AAPD 1976, II, Dok. 264, und AAPD 1977, II, Dok. 228.

sammlung[5]; sie tritt damit in die entscheidende Phase.[6] Zum Sachstand ist im gegenwärtigen Zeitpunkt folgendes zu sagen:

1) Der in Genf im Frühjahr d.J. erstellte Konventionsentwurf[7] ist im 6. (Rechts-) Ausschuß der 34. VN-Generalversammlung zunächst – Anfang Oktober – Gegenstand eines allgemeinen Gedankenaustausches gewesen[8]; dabei ist die Wünschbarkeit eines baldigen Abschlusses der Konvention fast allgemein betont worden. Der Entwurf ist dann redaktionell und in den wenigen noch offenen Punkten in einer Arbeitsgruppe überarbeitet worden.[9] Das Ergebnis gleicht sehr weitgehend dem Genfer Entwurf und wahrt vor allen Dingen das Prinzip „prosecute or extradite" lückenlos.

2) Von den in Genf nicht gelösten Punkten bereitete auch in New York der jordanische Wunsch nach einem Auslieferungsverbot (bei Beibehaltung des Verfolgungsgebots) für bestimmte Fälle, in denen die Auslieferung gegen Menschenrechte verstoßen würde oder keine konsularische Betreuungsmöglichkeit gegeben ist, Schwierigkeiten. Es handelt sich hier um ein Gegengewicht gegen die lückenlose Anwendung der Formel prosecute or extradite: Auslieferungen von Angehörigen der PLO nach Israel oder von Schwarzen nach Südafrika sollen verhindert werden. In einer großen und sehr differenzierten Verhandlungsanstrengung ist es gelungen, diese Bestimmung in eine Form zu bringen, die auch für den BMJ[10] akzeptabel ist.[11] Schwierigkeiten bestehen insoweit aber noch zwischen der Sowjetunion und den Arabern.[12]

5 Die UNO-Generalversammlung fand vom 18. September 1979 bis 7. Januar 1980 statt.

6 Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), berichtete am 7. Dezember 1979: „1) Geiselnahmekonvention ist von 6. Ausschuß ohne Änderung und ohne Abstimmung angenommen und dem Plenum der Generalversammlung mit der Empfehlung der Billigung und Auflegung zur Zeichnung überwiesen worden. 2) SU hat gesonderte Abstimmung über Artikel 9 mit 103 : 10 : 4 Stimmen verloren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3557; B 83 (Referat 511), Bd. 1246.

7 Am 16. Februar 1979 beendete ein UNO-Sonderausschuß („Ad Hoc Committee on the Drafting of an International Convention against the Taking of Hostages") die Arbeiten am Entwurf einer Geiselnahmekonvention. Für den Wortlaut des Entwurfs vom 19. Februar 1979 („Draft Convention against Taking of Hostages Approved") vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1243.

8 Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), berichtete am 5. Oktober 1979 über die Sitzung des 6. Ausschusses der UNO-Generalversammlung: „In der Nachmittagssitzung des 5. Oktober wurde die Generaldebatte über die Geiselnahmekonvention eröffnet. [...] Die Gen[eral]debatte wird am Montag, dem 8. Oktober, fortgesetzt werden. Sie soll am Mittwoch, dem 10. Oktober, abgeschlossen sein. Die Arbeitsgruppe wird erstmals am Nachmittag des 10. Oktober zusammentreten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2111; B 83 (Referat 511), Bd. 1245.

9 Für den Entwurf einer Geiselnahmekonvention („Drafting of an International Convention against the Taking of Hostages") vom 16. November 1979, den eine UNO-Arbeitsgruppe vom 8. Oktober bis 13. November 1979 beriet, vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1246.

10 Hans-Jochen Vogel.

11 Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), übermittelte am 27. November 1979 den Wortlaut eines Artikels 9 und eines Artikels 15 bis des Entwurfs einer Geiselnahmekonvention. Dazu berichtete er: „Am gestrigen 26. November haben informelle Konsultationen zu Art. 9 zwischen dem amerikanischen und dem sowjetischen Delegierten (Rosenstock und Koljesnik) stattgefunden, als deren Ergebnis eine Neuformulierung von Art. 9 sowie eines Art. 15 bis entstanden ist. Dieser Text wurde von amerikanischer und sowjetischer Seite den betroffenen arabischen Delegationen sowie denjenigen anderer interessierter Länder, u.a. auch uns, zugänglich gemacht." Die jordanische Delegation habe den Kompromiß allerdings als „absolut unannehmbar" bezeichnet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3239; B 83 (Referat 511), Bd. 1246.

12 Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), berichtete am 30. November 1979: „1) Die Verhandlungen zwischen den Arabern und der SU über Artikel 9 (Auslieferungsverbot in bestimm-

3) Was den amerikanischen Wunsch nach Einfügung einer Bestimmung über das Asylrecht angeht, so zeichnet sich eine Kompromißlösung auf der Linie des Art. 12 der von uns bereits ratifizierten Diplomatenschutzkonvention[13] ab: eine Unberührtheitserklärung für die lateinamerikanischen Asylrechtskonventionen. Diese sehen keine Durchbrechung des Satzes prosecute or extradite vor, enthalten aber eine Reihe von inter partes wirkenden Auslieferungsverboten. Es ist in New York bisher noch fraglich, ob Venezuela bereit ist, diesen Ausweg mitzutragen. Mexiko, welches ursprünglich sehr widerstrebend war[14], steht jetzt völlig hinter der auf Art. 12 Diplomatenschutzkonvention abstellenden Lösung.

4) In der Präambel ist es gelungen, Hinweise auf den „gerechten Befreiungskrieg" etc. zu vermeiden. Die Präambel wird lediglich eine Bestätigung des Selbstbestimmungsrechts enthalten, die im für uns negativsten Fall wie folgt lauten wird:

„Reaffirming the principle of equal rights and self-determination of peoples as enshrined in the Charter of the United Nations[15] and the Declaration on Principles of International Law concerning Friendly Relations and Co-operation among States in accordance with the Charter of the United Nations[16], as well as in the relevant resolutions of the General Assembly regarding self-determination of peoples under colonial and alien domination".

Fortsetzung Fußnote von Seite 1801

ten Fällen mit der Folge, daß insoweit ein Vorrang für die Strafverfolgung im eigenen Lande entsteht) sind erfolglos geblieben. Der mit Unterstützung der USA ausgearbeitete sowjetische Kompromißvorschlag hat nicht die Zustimmung der Araber gefunden. Diese werden in ihrer ablehnenden Haltung von den Afrikanern gestützt. 2) Durch dieses Stocken der Verhandlungen zu Artikel 9 wird die gesamte weitere Bearbeitung der Geiselnahmekonvention in Mitleidenschaft gezogen. Weder die Sowjets noch die Araber und die Afrikaner sind bereit, über andere Punkte substantiell weiterzuverhandeln, solange das Problem des Artikels 9 ungelöst bleibt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3352; B 83 (Referat 511), Bd. 1246.

Am 6. Dezember 1979 informierte Wechmar: „Während arabische Staaten an ursprünglichem Text festhalten wollten, sei UdSSR wegen Dissidentenfrage für Änderung. Als Lösungsmöglichkeit biete sich an, daß sich UdSSR zu Para[graph] 9 in Einzelabstimmung enthalte oder dagegen stimme, Gesamtkonvention aber im Konsensus mittrage." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3508; B 83 (Referat 511), Bd. 1246.

13 Artikel 12 des Übereinkommens vom 14. Dezember 1973 über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten (Diplomatenschutzkonvention) bestimmte: „Dieses Übereinkommen läßt die Anwendung der im Zeitpunkt seiner Annahme geltenden Asylverträge zwischen den Vertragsstaaten dieser Verträge unberührt; jedoch kann sich ein Vertragsstaat dieses Übereinkommens gegenüber einem anderen Vertragsstaat, der nicht Vertragspartei jener Verträge ist, nicht auf diese berufen." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 1751.

14 Referat 511 notierte in einer undatierten Aufzeichnung: „Mexiko, unterstützt von Venezuela, möchte in der Konvention verankern, daß die Regeln über das Asylrecht Vorrang vor der Geiselnahmekonvention haben, womit offenbar das Ziel verfolgt wird, Geiselnehmern unter Umständen durch Gewährung von politischem Asyl quasi strafrechtliche Immunität einzuräumen. Dies würde die Durchbrechung des in den übrigen Artikeln des Konventionsentwurfs gegen erhebliche Widerstände durchgesetzten Prinzips bedeuten, daß jeder Geiselnehmer unter allen Umständen ausgeliefert oder der Strafverfolgung zugeführt werden muß." Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1246.

15 Für den Wortlaut der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

16 Für den Wortlaut der Declaration on Principles of International Law concerning Friendly Relations and Co-operation among States in accordance with the Charter of the United Nations vom 24. Oktober 1970 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIII, S. 337–340.

Bei dieser Formulierung gehen die Schlußworte ab General Assembly, die auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker unter kolonialer Herrschaft und Fremdherrschaft abstellen, auf einen ausgesprochenen Wunsch Indiens zurück.

Darüber hinaus wird die Präambel auch eine Aussage über das Prinzip prosecute or extradite enthalten, die voraussichtlich folgende Form enthalten wird:

„Considering that the taking of hostages is an offence of grave concern to the international community, and that all offenders shall either be prosecuted or extradited."

Die übrigen Präambelsätze sind unpolitisch.

5) Neue Schwierigkeiten entstehen können noch bei Art. 16 der Beitrittsklausel. Hier kündigt sich die Möglichkeit an, daß die Araber eine Beitrittsmöglichkeit für Befreiungsbewegungen schaffen wollen. Dies wäre einmal deswegen problematisch, weil Befreiungsbewegungen weder die Zuständigkeit zur prosecution noch zur extradition haben; zum anderen würde aber ein voller Vertragsbeitritt von Befreiungsorganisationen zu einer internationalen Konvention ganz unabhängig von der Frage der Vollziehungsmöglichkeit schon in sich selbst ein völliges Novum darstellen; die Schaffung einer solchen Möglichkeit würde die Befreiungsbewegungen mit Sicherheit stärker aufwerten.

In Anlehnung an Art. 96 Abs. 3 des I. Zusatzprotokolls von 1977[17] zu den Genfer Rotkreuz-Konventionen haben wir intern als Rückfallposition eine Formel entworfen, die wie folgt lautet:

„The authority representing a recognized liberation movement may reaffirm [at any time after the entry into force of the present Convention and] by means of a unilateral declaration its commitment to the principles laid down in the present Convention. The depositary shall circulate such declarations to all states parties to the present Convention as well as to any other authority representing a recognized liberation movement which has made a similar declaration."

Wir werden diese Formel allerdings nur dann einführen, wenn sie von der breiten Mehrheit der westlichen Gruppe mitgetragen wird.

Die Ereignisse in Teheran haben sich bis jetzt auf die Diskussion der Geiselnahme-Initiative nur insofern ausgewirkt, als sich der Iran seit der Besetzung der US-Botschaft in Teheran[18] nicht mehr an den Arbeiten über die Geiselnahmekonvention beteiligt. Die Amerikaner haben uns gesagt, sie bemühten sich bewußt, die Teheraner Vorkommnisse aus den Diskussionen im 6. Ausschuß herauszuhalten, weil sonst ein neuer Kriegsschauplatz eröffnet und das Schicksal der Geiselnahmekonvention stark gefährdet würde.

Ein irgendwie geartetes militärisches Eingreifen der USA im Iran würde ebenfalls mit hoher Wahrscheinlichkeit dazu führen, daß die Konvention platzt. Art. 13 enthält eine von der Dritten Welt mit großem Nachdruck geforderte Formel über den Respekt für die territoriale Integrität der Staaten auch im

17 Für den Wortlaut von Artikel 96 des am 8. Juni 1977 verabschiedeten I. Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde, zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See, über die Behandlung der Kriegsgefangenen sowie zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten vgl. UNTS, Bd. 1125, S. 46.

18 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 339.

Falle von Geiselnahmen. Diese Formulierung ist unter großen Anstrengungen gerade auch der Amerikaner so weit zurückgeschraubt worden, daß sie jetzt eine bloße Rückverweisung auf die Charta der Vereinten Nationen darstellt.

Der Unterzeichnete wird an den Schlußberatungen in New York teilnehmen. Nach der Terminplanung der VN-Generalversammlung muß die Abstimmung im 6. Ausschuß bis zum 7. Dezember erfolgt sein. Die dann noch erforderliche Indossierung der Konvention durch das Plenum der 34. GV ist nach aller Erfahrung eine reine Formsache. Es wäre mithin möglich, daß die Konvention noch vor Weihnachten zur Zeichnung aufgelegt wird.[19]

Fleischhauer

B 83 (Referat 511), Bd. 1246

351

Staatssekretär van Well an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel

220-370.73/10-2088/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 27. November 1979, 13.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 5975 Plurez
Citissime nachts

Betr.: Sitzung der Ständigen Vertreter am 28.11.
hier: LRTNF-Entscheidung und Rüstungskontrollangebot

I. Es wird vorgeschlagen, am 28.11.1979 zum integrierten Entscheidungsdokument[2] etwa wie folgt Stellung zu nehmen:

1) Die Bundesregierung hat bereits bei der Sitzung der Ständigen Vertreter am 6.11.1979[3] die Auffassung vertreten, daß das integrierte Entscheidungsdoku-

19 Referat 511 notierte am 17. Dezember 1979: „Das Plenum der 34. Generalversammlung der Vereinten Nationen hat am 17.12.1979 die Internationale Konvention gegen Geiselnahme endgültig verabschiedet und zur Zeichnung aufgelegt. Damit ist es nach über dreijährigen, zum Teil äußerst schwierigen Verhandlungen in New York und Genf gelungen, eine Initiative der Bundesrepublik Deutschland vom Herbst 1976 in den Gremien der Vereinten Nationen zu einem positiven Ergebnis zu führen. Die Konvention enthält ein lückenloses Verbot der Geiselnahme und bestimmt, daß Geiselnehmer ohne Ausnahme entweder ausgeliefert oder in dem Lande, in dem sie angetroffen werden, strafrechtlich verfolgt werden müssen." Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1246.
Für den Wortlaut des Internationalen Übereinkommens vom 18. Dezember 1979 gegen Geiselnahme vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 1362–1369.

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Roßbach konzipiert.
Hat Botschafter Ruth, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron und Roßbach am 27. November 1979 zur Mitzeichnung vorgelegen.
Hat Legationsrat Kischlat vorgelegen.

2 Für den Wortlaut des „Revised Draft Integrated Decision Document: NATO Long-Range Theater Nuclear Force Modernization and Arms Control" vom 10. November 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201).

3 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 6. November 1979 vgl. Dok. 321.

ment zusammen mit den Berichten der High Level Group[4] und der Special Group[5] für uns akzeptabel ist.

Die neueste revidierte Fassung des integrierten Entscheidungsdokuments berücksichtigt die auf der Sitzung am 6.11.1979 stattgefundenen Diskussionen in für uns völlig zufriedenstellender Weise.

Inhaltlich ist – dieser Diskussion Rechnung tragend – im Vergleich zu den Vorentwürfen und zu den Berichten der High Level Group und der Special Group als einziges neues Element die amerikanische Bereitschaft hinzugekommen, die Zahl der amerikanischen nuklearen Sprengköpfe in Europa im Zusammenhang mit und unter der Voraussetzung der LRTNF-Entscheidung um 1000 Sprengköpfe zu reduzieren.[6]

Der Inhalt des integrierten Entscheidungsdokuments ist für uns einschließlich des neu hinzugekommenen Elementes akzeptabel. Veränderungen sind aus unserer Sicht nicht mehr erforderlich. Wir können ihm zusammen mit den Berichten der High Level Group und der Special Group zur Weiterleitung an die Minister als Grundlage für deren endgültige Entscheidung am 12.12.1979[7] ohne Einschränkung zustimmen.

2) Die Bundesregierung möchte nochmals darauf hinweisen, daß die Entscheidung am 12.12. zur LRTNF-Modernisierung und zum Rüstungskontrollangebot von grundsätzlicher Wichtigkeit für die Verteidigungs- und Abschreckungsstrategie des Bündnisses[8] und für konkrete Fortschritte auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle ist. Bei dieser Entscheidung geht es außerdem ganz wesentlich um die Kohärenz, die Solidarität und die Handlungsfähigkeit des Bündnisses.[9]

Den im Dezember anstehenden Bündnisbeschlüssen ist ein langer intensiver und erfolgreicher Prozeß der Konsultationen unter den beteiligten Bündnismitgliedern vorausgegangen, der mit einem sehr weitreichenden Konsens endete. In diesen Prozeß sind sehr weitgehend die Anregungen und Wünsche von allen beteiligten Bündnispartnern eingegangen.

Zögern, Zweifel und der Versuch, den bereits zustande gekommenen Konsens abzuändern oder aufzukündigen, würden der Allianz sehr schweren[10] Schaden für ihren Zusammenhalt und ihre Sicherheit zufügen. Die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses und die Aussichten, in Rüstungskontrollverhandlungen zu

4 Für den „High Level Group Report on NATO Long-Range Theater Nuclear Force Modernization", den der Vorsitzende der High Level Group der NATO, McGiffert, NATO-Generalsekretär Luns am 28. September 1979 übermittelte, vgl. VS-Bd. 11325 (220).

5 Für den „Special Group Report to Ministers – Arms Control Involving Theater Nuclear Forces: Rationale, Objectives and Principles" vom 28. September 1979 vgl. VS-Bd. 11391 (220).

6 Zum Vorschlag der amerikanischen Regierung über einen Abzug von Kernsprengköpfen vgl. Dok. 303.

7 Zur gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

8 Die Wörter „des Bündnisses" wurden von Vortragendem Legationsrat Roßbach handschriftlich eingefügt.

9 Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Vortragenden Legationsrats Roßbach zurück. Vorher lautete er: „Bei dieser Entscheidung stehen die Kohärenz, die Solidarität und die Handlungsfähigkeit des Bündnisses auf dem Spiel."

10 Die Wörter „sehr schweren" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „nicht wieder gutzumachenden".

konkreten Ergebnissen zu gelangen, würden erheblich beeinträchtigt werden. Ein solches Vorgehen würde der Sowjetunion jetzt auf dem Höhepunkt auch öffentlich versuchter Einflußnahme den Eindruck vermitteln, daß sich derartige Versuche auszahlen und daß das Bündnis – falls die Einmischung massiv genug ist – für solche Beeinflussungen empfänglich ist.

3) Der Besuch des sowjetischen Außenministers in der Bundesrepublik Deutschland[11] hat aus der Sicht der Bundesregierung keine Gründe ergeben, von der vorgezeichneten Linie des Bündnisses abzuweichen.

Das Ergebnis der Gespräche spiegelt sich in dem gemeinsamen deutsch-sowjetischen Kommuniqué der beiden Außenminister[12] wieder. Aus diesem Dokument will ich folgende Stellen hervorheben:

„Im Mittelpunkt der Gespräche über aktuelle Probleme stand die Notwendigkeit, Frieden und Sicherheit in Europa und in der Welt zu festigen. Beide Seiten bekräftigen erneut, daß sie keine vernünftige Alternative zur Politik der Entspannung sehen. Sie brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, den Prozeß der Entspannung auszubauen, zu vertiefen und dauerhaft zu machen. Dabei wurde die einmütige Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß die Ausarbeitung konkreter Schritte auf dem Gebiet der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung beschleunigt werden sollte."

In der Frage des Allianzbeschlusses zur TNF-Modernisierung haben sich, wie nicht anders zu erwarten, unterschiedliche Auffassungen zwischen uns und der Sowjetunion ergeben.[13] Es ist damit zu rechnen, daß die Sowjetunion die vorgesehene Allianzentscheidung weiter kritisch und in der Öffentlichkeit polemisch behandeln wird, obwohl sie davon ausgehen dürfte, daß die Entscheidung getroffen werden wird.

Zur Erklärung AM Gromykos in der Pressekonferenz in Bonn am 23.11.1979[14], daß es nach dem vorgesehenen Beschluß der beteiligten Bündnismitglieder zur LRTNF-Modernisierung keine Verhandlungen in dieser Sache mehr geben würde, ist folgendes zu sagen[15]:

11 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 341–344.

12 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Mitteilung über den Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1979, S. 1321 f.

13 Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Vortragenden Legationsrats Roßbach zurück. Vorher lautete er: „In der Frage des Allianzbeschlusses zur TNF-Modernisierung haben sich, wie von der Bundesregierung erwartet, unterschiedliche Auffassungen zwischen der Bündnisposition und der Haltung der Sowjetunion ergeben."

14 Bei einer Pressekonferenz am 23. November 1979 legte der sowjetische Außenminister Gromyko dar: „Man sagt uns [...]: Nein, zuerst wird der entsprechende Beschluß – das heißt über die Produktion, dann aber folglich auch über die Stationierung – gefaßt, und dann werden wir bereit sein, mit Ihnen zu verhandeln. Einige NATO-Regierungen – ich werde das nicht namentlich ausführen, aber die Anwesenden werden es wohl wissen – sagen offen und direkt: Man muß mit der Sowjetunion aus der Position der Stärke verhandeln. Wenn man solche Äußerungen hört, dann hat man das Gefühl – Sie werden mir diesen Ausdruck gestatten –, daß dies aus der Mottenkiste stammt. Wir haben dazu offen gesagt, daß diese politische Vorbedingung den Verhandlungen die ganze Grundlage wegnimmt. Ich wiederhole: Eine solche Position einiger NATO-Staaten zerstört selbst die Grundlage für die Verhandlungen." Vgl. die „Nachschrift einer Konsekutiv-Übersetzung" des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung; Referat 213, Bd. 133136.

15 Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs van Well zurück. Vorher lautete er: „Zur Erklärung AM Gromykos in der Pressekonferenz in Bonn am

- Diese Äußerung Gromykos ist nicht im Gespräch mit der Bundesregierung gefallen.
- Eine Auslegung der Äußerung in dem Sinne, daß die Sowjetunion nach der Dezember-Entscheidung zu LRTNF überhaupt keine Möglichkeit für Verhandlungen im Mittelstreckenbereich mehr sehe, wird durch das Ergebnis der Gespräche AM Gromykos mit der Bundesregierung nicht gerechtfertigt. Im Gegenteil, in der gemeinsamen Mitteilung ist die Fortsetzung der Entspannungspolitik und der Abrüstungsverhandlungen ausdrücklich unterstrichen. Dieses Dokument wurde nach der Pressekonferenz von beiden Außenministern bestätigt.
- Eine solche Auslegung stünde im Widerspruch zu jüngsten Äußerungen maßgebender sowjetischer Politiker, die davon ausgehen, daß auch nach der Bündnisentscheidung Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen mit der Sowjetunion weiter möglich wären.
- Gromyko bezog sich in allen Stellungnahmen auf den Breschnew-Vorschlag vom 6.10.1979[16], der Reduzierungen von Mittelstreckensystemen aus der westlichen Sowjetunion unter der Voraussetzung vorsieht, daß der Westen die vorgesehene Entscheidung nicht fällt. Wir gehen davon aus, daß dies die Verhandlungsgrundlage ist, die Gromyko im Falle der Bündnisentscheidung zerstört sieht.
- In einem abschließenden Gespräch mit dem Bundesminister des Auswärtigen hat AM Gromyko bestätigt, daß seine Bemerkung in der Pressekonferenz zur Zerstörung der Verhandlungsgrundlagen nichts anderes habe sagen wollen, als das, was er in den offiziellen Gesprächen mit der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht habe.

Die Bundesregierung ist daher unverändert der Auffassung, daß die Bemühungen des Bündnisses um eine Intensivierung der Rüstungskontrollpolitik auf der ganzen Breite unverändert fortgeführt werden müssen und können. Die Äußerungen Gromykos widersprechen dem nicht, vielmehr ermutigen sie uns in der Überzeugung, daß die Linie des Bündnisses richtig ist. Wir gehen nach wie vor davon aus, daß es auch nach den parallelen Beschlüssen der Allianz im Dezember zu Verhandlungen in allen Bereichen kommen wird und daß für die Sowjetunion mit der Vorlage des westlichen Verhandlungsvorschlages auch im Mittelstreckenbereich eine neue Lage entstehen wird, in der Moskau die Möglichkeit von Verhandlungen über die Reduzierung von Mittelstreckensystemen prüft.[17]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1806

23.11.1979, daß der vorgesehene Beschluß der beteiligten Bündnismitglieder zur LRTNF-Modernisierung die Verhandlungsbasis mit der Sowjetunion zerstöre, ist folgendes zu sagen".

16 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

17 Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, berichtete am 28. November 1979: „In ihrer Sitzung am 28.11.1979 haben die Ständigen Vertreter der an den LRTNF-Entscheidungen beteiligten Bündnismitglieder das integrierte Entscheidungsdokument und damit zusammenhängende Fragen auf ihrer Ebene abschließend diskutiert. Dabei wurden noch einzelne redaktionelle Änderungen auf italienischen Antrag vorgenommen. Ein weitergehender substantieller Änderungsvorschlag der Niederlande, die Zahlen der zu dislozierenden Mittelstreckensysteme offenzulassen und von Rüstungskontrollergebnissen abhängig zu machen [...], wurde mit dem Einverständnis der niederländischen Delegation lediglich zur Kenntnis genommen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1269; VS-Bd. 10571 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

II. Im Kommuniqué für den 12.12.1979[18] bitte mit den Amerikanern folgendes Verfahren vorbesprechen:

1) Wir unterstützen den Gedanken, keine Änderung des im integrierten Entscheidungsdokument vorliegenden Kommuniqué-Textes mehr vorzunehmen.

2) Sollten BE, NO, NL, DAN auf einen Zusatz bestehen, der die Substanz des bisherigen Kommuniqué-Textes nicht verändert und eine Verbindung zu den Breschnew-Vorschlägen und allgemeinen entspannungspolitischen Zielen herstellt, so sollte ein solcher Zusatz separat vom eigentlichen Kommuniqué-Text formuliert und in die Prüfung einbezogen werden. Wir würden es in diesem Fall für wichtig halten, daß dies verfahrensmäßig so geschieht, daß die Verabschiedung des Kommuniqué-Textes von diesem Zusatz nicht abhängig gemacht wird.

3) Wenn eine brauchbare Formulierung gefunden wird und wenn der Rest des Kommuniqués unverändert bleibt, so bräuchten wir uns einer solchen Ergänzung vor allem dann nicht zu widersetzen, wenn es dadurch für BE, die NL und NO und DAN erleichtert würde, den Konsens mitzutragen.

(Zu Ihrer eigenen Unterrichtung: Wir sind selbst an[19] einer Bezugnahme zu den Breschnew-Vorschlägen interessiert, wollen aber von uns aus dies erst kurz vor dem 12.12. oder evtl. erst in der Sitzung selbst betreiben.)[20]

van Well[21]

VS-Bd. 11325 (220)

18 Für den Wortlaut des Kommuniqués der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1409 f.

19 Korrigiert aus: „zu".

20 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Roßbach handschriftlich eingefügt.

21 Paraphe.

352

Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-4077/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 27. November 1979, 16.22 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 719 **Ankunft: 27. November 1979, 16.40 Uhr**

Betr.: MBFR
hier: bilaterales Gespräch mit stellvertretendem polnischen Delegationsleiter am 22.11.1979

Zur Information

Aus einem Gespräch Hartmanns mit Prystrom ist folgendes festzuhalten:

1) Zu der in der TNF-Frage ungewöhnlich scharfen Plenarerklärung des ungarischen Delegationsleiters Fodor vom gleichen Tage[2] betonte P., die polnische Delegation sei an der Vorbereitung der Rede nicht beteiligt gewesen. Polen bleibe – was immer geschehen möge – an den MBFR-Verhandlungen sehr stark interessiert. Auch die SU werde sich im Falle einer positiven TNF-Entscheidung der NATO[3] wohl kaum von den Verhandlungen zurückziehen. Die Erklärung Fodors gebe aber einen Vorgeschmack darauf, was der Westen bei einer solchen Entscheidung an östlichen Erklärungen in Wien gewärtigen müsse. Deshalb sei es sehr wichtig, daß der Westen die TNF-Entscheidung tatsächlich mit einer Abrüstungsofferte verbinde. Dieser Gedanke, unterstrich P. wiederholt, sei eine „sehr gute Idee". In diesem Zusammenhang bedauerte er, daß die einseitige Breschnew-Ankündigung[4] und eventuelle einseitige westliche Schritte die Bedeutung von MBFR verminderten.

2) Hinsichtlich der Datenfrage äußerte P. angesichts der militärischen Gesamtsituation Verständnis, daß der Westen weiter auf Klärung der sowjetischen Datenbasis dränge. Dagegen sei nach den aus der westlichen Presse zu entnehmenden neuen Vorschlägen des Westens[5] dessen weiteres Drängen auf polnische Daten nicht mehr logisch. Auf die Frage, ob Polen entsprechend polnischen in-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 28. November 1979 vorgelegen.

2 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 23. November 1979: „In der 220. Plenarsitzung am 22.11.1979 übte der ungarische Delegationsleiter Fodor auf die in Wien bisher schärfste Weise Kritik an den Plänen der NATO zur TNF-Modernisierung, die Ziel und Geist der Wiener Verhandlungen zuwiderliefen. [...] Im einzelnen betonte Fodor zur TNF-Modernisierung, eine Verwirklichung der NATO-Pläne zur Dislozierung von 572 amerikanischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa störe das militärische Gleichgewicht, auf dem die politische Entspannung in dieser Region beruhe, und sei auf die Schaffung einer militärischen Überlegenheit der NATO über den WP gerichtet. Dies erhöhe die militärischen Gefahren auf unserem Kontinent beträchtlich und erschüttere zugleich das Vertrauen in die Wirksamkeit von Abrüstungsverhandlungen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 712; Referat 201, Bd. 120236.

3 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

4 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 287 und Dok. 296.

5 Zum Vorschlag der Bundesrepublik für ein Interimsabkommen bei MBFR vgl. Dok. 321, Anm. 4. Für das amerikanische Papier „US views on a modified Phase I Proposal" vom 7. November 1979 vgl. VS-Bd. 10656 (201).

offiziellen Ankündigungen in einem der nächsten Informals weitere Angaben über die polnischen territorialen Streitkräfte machen werde, erwiderte P., dies werde mit Sicherheit der Fall sein. Polen habe in seinen offiziell vorgelegten Zahlen seine dem WP unterstellten Verbände und „die Offiziere der territorialen Streitkräfte" berücksichtigt.

P. fuhr fort, die sowjetische Delegation habe eine sehr starke Abneigung gegen mehr östliches Entgegenkommen in der Datenfrage. Sie stehe auf dem Standpunkt, daß die SU durch den von Breschnew angekündigten Rückzug von 20000 Mann und 1000 Panzern sowie durch eine Reduzierung von weiteren 30000 Mann in Phase I einen angemessenen ersten Reduzierungsbeitrag erbringen würde. Er selbst habe starke Zweifel, daß sich die SU auf eine sowjetisch-amerikanische Datenvereinbarung einlassen würde, die nach westlichen Presseberichten die Vorbedingung für ein erstes Abkommen sein solle. An seine eigene frühere Bemerkung erinnert, Ustinow habe nach dem Treffen mit Brown[6] zu seiner Umgebung gesagt, das Datenproblem sei das zentrale Problem der Wiener Verhandlungen, das die SU jetzt lösen müsse, erwiderte P.: „Die Ankündigung des Rückzugs von 20000 Mann und 1000 Panzern ist die Lösung, die die Sowjets für das Datenproblem gefunden haben."

3) Offensichtliches Hauptziel Ps. war es, nochmals das polnische Interesse an der 50-Prozent-Idee[7] zum Ausdruck zu bringen. P. sagte, wie Strulak in seiner Plenarerklärung vom 8.11.1979 ausgeführt habe, komme für den Osten, und speziell für Polen, ein Phase-I-Abkommen ohne substantielles „Link" hinsichtlich der Phase-II-Reduzierung keinesfalls in Betracht. Die Frage des Umfangs der Reduzierungen der Bundesrepublik sei für den Osten in den Wiener Verhandlungen von zentraler Bedeutung. Einmal weil diese auf westlicher Seite die stärksten Truppen im Reduzierungsgebiet unterhalte, zum anderen aus historischen Gründen. Der westliche Wunsch nach einer Begrenzung der sowjetischen Streitkräfte im Reduzierungsgebiet sei durchaus verständlich und auch akzeptabel, sofern die Bundesrepublik ebenfalls einer Begrenzung unterworfen werde. Die SU habe uns auf verschiedenen Ebenen zu verstehen gegeben, daß sie sich mit der 50-Prozent-Idee des Bundeskanzlers einverstanden erklären könne. Falls wir darauf nicht eingingen, könne es auf östlicher Seite nur volle Kollektivität geben, und das sei die sehr viel schlechtere Lösung, und zwar auch aus polnischer Sicht. Die kleineren WP-Staaten seien an einer solchen Regelung interessiert, weil sie die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen militärischen Stärkeverhältnisses innerhalb des WP wünschten.

Über den wesentlichen Inhalt des Gesprächs habe ich die AHG informiert.

[gez.] Jung

VS-Bd. 11447 (221)

[6] Zum Gespräch des amerikanischen Verteidigungsministers Brown mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow während der Zusammenkunft des Präsidenten Carter mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 15. bis 18. Juni 1979 in Wien vgl. Dok. 181, Anm. 10.

[7] Vgl. dazu die Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt am 9. März 1979 im Bundestag; Dok. 80.

353

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem ungarischen Stellvertretenen Ministerpräsidenten Marjai

214-321.00 UNG-1551/79 VS-vertraulich **28. November 1979**[1]

Der Bundeskanzler empfing am 28.11. den ungarischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Marjai zu einem halbstündigen Gespräch.[2] Marjai wurde von Botschafter Kövari, Vize-Außenminister Nagy und einem Dolmetscher begleitet. Auf deutscher Seite waren D 2[3] und MDg von der Gablentz anwesend.

Marjai übermittelte die Grüße Kádárs, Lázárs, Huszárs und Pujas.

BK dankte und erwiderte die Grüße vor allem an Kádár.

BK sprach von seinen angenehmen Erinnerungen an seinen Besuch in Budapest.[4] Drei Dinge hätten ihn besonders beeindruckt: Das Klima der politischen Gespräche, der menschliche Kontakt mit Kádár (den BK in einem späteren Zusammenhang als einen Mann bezeichnete, der ganz unmittelbar Vertrauen einflößt) und die Möglichkeit, von Budapest und Ungarn, das er zum ersten Mal besucht habe, etwas zu sehen. Nach dieser angenehmen Erfahrung werde es jetzt wohl etwas schwieriger werden?

Marjai: Das hängt von uns ab.

BK: „Wer ist uns?"

Marjai präzisierte, daß es mehr auf die Bundesrepublik Deutschland als auf Ungarn ankomme.

Marjai wies darauf hin, daß seiner Reise in die Bundesrepublik Deutschland ein gründliches Gespräch mit Kádár vorangegangen sei. Kádár habe ihn gebeten, folgendes gegenüber dem Bundeskanzler zu sagen:

1) Auch Kádár erinnere sich gern an die gemeinsam verbrachte Zeit.

2) Die ungarischen Positionen bezüglich der internationalen Lage und der deutsch-ungarischen Beziehungen haben sich nicht verändert, auch nicht hinsichtlich der Entwicklung in die Zukunft. Der Besuch des Bundeskanzlers sei von den obersten Organen (Politbüro, Parlament) hoch eingeschätzt worden; die getroffenen Beschlüsse seien bestätigt worden.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Blech am 28. November 1979 gefertigt und am selben Tag über Staatssekretär van Well an Bundesminister Genscher „zur Unterrichtung" weitergeleitet.
Hat van Well am 29. November 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 30. November 1979 vorgelegen.
Hat Genscher am 3. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander und Legationsrat I. Klasse Lang am 4. Dezember 1979 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13210 (214); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Der ungarische Stellvertretende Ministerpräsident Marjai hielt sich vom 28. November bis 4. Dezember 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Klaus Blech.

4 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. September 1979 in Ungarn auf. Vgl. dazu Dok. 251 und Dok. 255.

3) Auch die ungarische Position bezüglich der jetzt auf der Tagesordnung stehenden Angelegenheit (gemeint war die TNF-Entscheidung des Bündnisses[5]) habe sich nicht geändert. Es sei zu unterstreichen, daß man es nach wie vor als wünschenswert betrachte, daß keine verfrühten einseitigen Schritte unternommen werden. Ungarn habe ein Interesse daran, daß keine Verschlechterung der gegenwärtigen Lage eintrete. Man rechne damit, daß der Bundeskanzler und die Bundesregierung ihren Einfluß in diesem Sinne nutzten.

Ungarn stehe vor einem Parteikongreß im März nächsten Jahres[6] und der Verabschiedung eines neuen Fünf-Jahres-Plans. Die Linie und die Praxis der Innen- und Außenpolitik Ungarns würden dabei bestätigt werden. Es bestehe keine Gefahr einer Änderung.

Der *Bundeskanzler* begrüßte die Einstellung der ungarischen Führung und die Stetigkeit ihres Willens zum Ausbau der Beziehungen auf allen Gebieten. Er bestätigte, daß dies auch für die Bundesrepublik Deutschland gelte, unabhängig von aktuellen Streitigkeiten zwischen den beiden Bündnissen.

Diese Haltung der Bundesrepublik Deutschland gelte auch für die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten. Die kürzlichen Gespräche mit Gromyko[7] hätten ihm den Eindruck vermittelt, daß im Grunde die Sowjetunion dies auch wolle, wenngleich sich die Lage für sie heute komplizierter darstelle als vor einem Jahr. BK erinnerte daran, daß er mit Kádár das Problem der Mittelstrekkenwaffen erörtert habe. Er habe den Eindruck, daß Kádár durch die jetzige Entwicklung nicht überrascht sein könne, genauso wenig wie Breschnew und Gromyko. Im übrigen hätten auch andere westliche Politiker in diesem Sinne gesprochen.

BK unterstrich, daß Bundesregierung von der Notwendigkeit gleicher Sicherheit und des Gleichgewichts ausgehe. Der Streit gehe darum, ob das Gleichgewicht auf allen Gebieten bestehe oder sich verschiebe. Sein Eindruck sei allerdings, daß es sich wegen der von ihm schon früher genannten bestimmten sowjetischen Rüstungen drastisch verschiebe. Dieses Gebiet müsse zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion verhandelt werden. Am 14.12. werde das Bündnis hierzu ein umfassendes Angebot machen. Er wisse, daß sich die Außenminister des Warschauer Pakts Anfang Dezember träfen.[8] Er rate, daß man keine Tür ins Schloß fallen lasse, durch die man nachher in jedem Fall gehen müsse. Er sei frappiert gewesen durch öffentliche Bemerkungen Gromykos, die zu dessen Haltung in den sachlichen und freundschaftlichen Gesprächen, die er, BK, und noch ausgiebiger der Bundesaußenminister mit Gromyko geführt hätten, kontrastierten.[9]

5 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

6 Der XII. Parteitag der USAP fand vom 24. bis 27. März 1980 statt.

7 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 23. November 1979 vgl. Dok. 344. Für die Gespräche mit Bundesminister Genscher am 21./22. November 1979 vgl. Dok. 341–343.

8 Die Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts trafen am 5./6. Dezember 1979 in Ost-Berlin zusammen. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 49–55.

9 Zu den Äußerungen des sowjetischen Außenministers Gromyko bei einer Pressekonferenz am 23. November 1979 vgl. Dok. 351, Anm. 14.

Er hoffe, daß die Welt im Januar freundlicher als jetzt, Ende November, aussehe, wenn die Entwicklung im Iran nicht einen Strich durch die Rechnung mache.

Marjai betonte, man müsse alles tun, damit die Möglichkeit von Verhandlungen offenbleibe. Es gebe keine Alternative dazu. Man könne die Lage leicht verschlechtern, sie wieder zu verbessern wäre schwer. Ungarn sei weiterhin für die Bewahrung des Gleichgewichts und der gleichen Sicherheit auf möglichst niedriger Ebene.

Die Erhaltung der erreichten Lage sei für Europa und über Europa hinaus wichtig. Man habe zu lange dafür gearbeitet, als daß das Erreichte einer großen Gefahr ausgesetzt werden dürfte. Man würde uns nicht verzeihen, wenn das Erreichte verlorenginge.

BK fragte nach der Lage der ungarischen Wirtschaft.

Marjai sagte, daß es der ungarischen Wirtschaft nicht schlechter gehe und sich ihre Lage in einer Welt, der es in vieler Hinsicht schlechter gehe, verbessert habe.[10] So habe sich im letzten Jahr der Export in Hartwährungs-Länder um 30% erhöht. Ungarn könne zufrieden sein. Die Führung habe eine breite Unterstützung im Lande. Es höre sich vielleicht etwas merkwürdig an, aber die innenpolitische Lage sei stabiler geworden, obwohl der Lebensstandard sich eher etwas gesenkt habe (Reallöhne um zwei Prozent niedriger als vor einem Jahr).

BK fragte, warum es im Unterschied zu Ungarn Polen schlecht gehe. Er sei daran interessiert, daß die Lage in Polen sich verbessere.

Marjai bejahte dieses Interesse auch für Ungarn, wich aber einer Beantwortung der Frage des BK mit der Bemerkung aus, daß die Lage in Polen sehr kompliziert und nicht so leicht zu erklären sei; es handele sich letztlich auch um eine europäische Frage; er wolle sich im übrigen nicht in die inneren Verhältnisse Polens einmischen.

BK stellte fest, daß die wirtschaftliche Lage der Welt in Zukunft noch schlechter werde.

Marjai stimmte dem zu. Man könne daraus nur die Schlußfolgerung ziehen, daß man sich noch mehr anstrengen müsse.

BK erinnerte an die Einladung an Lázár, die Bundesrepublik Deutschland zu besuchen.[11]

10 Referat 421 notierte am 22. November 1979: „Die ungarische Regierung setzt im Bereich der Außen- und Binnenwirtschaft die begonnene Austerity-Politik zur Rückgewinnung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts mit Erfolg fort. Sie hält dabei an ihrem gegenüber anderen RGW-Ländern weitgehend eigenständigen wirtschaftspolitischen Kurs, der sich auch weiterhin grundsätzlich im Rahmen des reformierten Wirtschaftslenkungssystems von 1968 bewegt, fest. Im Rahmen dieses zum Teil marktwirtschaftlich orientierten Systems sind die Entscheidungsbefugnisse weitgehend auf die Unternehmensebene verlagert worden. [...] Diese Weichenstellung in der ungarischen Wirtschaftspolitik führte auch zu einer wesentlichen Änderung bei der bisherigen Einschätzung des Wachstumstempos. Die früher vertretene Ansicht, die das quantitative Wachstum der Produktion unabhängig von einer Kosten-Nutzen-Analyse als entscheidend für den Fortschritt betrachtete und deswegen die maximale Ausnutzung der Kapazitäten ('Tonnen-Denken') für wünschenswert hielt, wird jetzt als überholt angesehen. Strukturellen und qualitativen Erfordernissen soll nunmehr der Vorrang eingeräumt werden." Vgl. Referat 421, Bd. 122547.

11 Ministerpräsident Lázár hielt sich vom 27. bis 29. Oktober 1981 in der Bundesrepublik auf.

Marjai wies auf die Beanspruchung des Ministerpräsidenten durch die Vorbereitung des Parteikongresses im März und die darauffolgenden Wahlen[12] hin; man werde aber den Besuch im Auge behalten. Bei einer Erläuterung seiner verschiedenen Vorhaben während seines Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland bemerkte Marjai, daß man eben alles tun wolle, um Ungarn bekannter zu machen.

BK begrüßte dies. Das Kennenlernen sei wichtig. Man müsse möglichst viele Leute in die Zusammenarbeit einbeziehen. Er wies insbesondere auf die Rolle mittlerer und kleinerer Unternehmen hin.

BK fragte nach den Beziehungen EG/RGW. Weder die deutsche noch die ungarische Seite war über das Ergebnis der wohl am 27.11. abgeschlossenen Gespräche in Moskau informiert.[13]

Marjai vermutete, daß diese Gespräche wohl noch weitergeführt werden müßten, weil es noch nicht zu einer Einigung gekommen sei. Er fügte hinzu, daß dies „uns" nicht zu hindern brauche, weil wir ja eingespielte Verfahren hätten.

Marjai erinnerte an den ungarischen Wunsch, daß Versicherungsnehmern der deutschen Sozialversicherung die Möglichkeit gegeben werde, ihre Kur in Ungarn zu machen.

BK sagte zu, sich über das Ergebnis der Prüfung dieses Problems ins Bild setzen zu lassen.

VS-Bd. 13210 (214)

12 Am 8. Juni 1980 fanden Wahlen zum ungarischen Parlament statt.

13 Zu den Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 165, Anm. 23.
Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 17. Dezember 1979, vom 26. bis 28. November 1979 habe in Moskau eine weitere Verhandlungsrunde stattgefunden: „Die Standpunkte beider Seiten haben sich einander leicht genähert. Ein bei Verhandlungsbeginn übergebener überarbeiteter Abkommensentwurf der EG wurde von seiten des RGW als ‚in einigen Punkten verbessert' bezeichnet. Die bisher wichtigste Forderung des RGW, die substantiellen handelspolitischen Fragen (z. B. Meistbegünstigung) im Abkommen selbst zu regeln (die EG hat die Gewährung der Meistbegünstigung in Abkommen der EG mit den RGW-Staaten in Aussicht gestellt), ist in den Hintergrund getreten. Eine Einigung in dieser Frage erscheint denkbar. Die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten konzentrieren sich auf folgende wesentliche Punkte: a) vollständige Gleichbehandlung von EG/RGW. Der RGW fordert eine symmetrische Lösung (Abkommen nur zwischen EG und RGW oder die Teilnahme der Mitgliedstaaten auf beiden Seiten – zumindest optisch – im Abkommen festgelegte Möglichkeit, daß die Mitgliedstaaten beider Seiten auch mit der anderen Organisation Abkommen schließen können, z. B. auch ein EG-Mitgliedstaat mit dem RGW). Der Entwurf der Gemeinschaft sieht nur den Abschluß von Abkommen der EG mit den RGW-Mitgliedstaaten vor. b) Bildung einer gemischten Kommission aus Vertretern beider Organisationen und ihrer Mitglieder." Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 486.

354

Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik

221-372.20/30-2121/79 geheim **28. November 1979**[1]
Fernschreiben Plurez
Citissime

Betr.: MBFR-Zwischenergebnis

Der Herr Staatssekretär[2] empfing heute den niederländischen Botschafter van Lynden zu einem Gespräch über die Schwierigkeiten Den Haags mit unserem Vorschlag für ein MBFR-Zwischenergebnis[3].

StS stellte politische Bedeutung unserer Initiative im Gesamtzusammenhang der sicherheitspolitischen Situation dar. Ohne einen MBFR-Vorschlag wäre das Gesamtpaket westlicher rüstungskontrollpolitischer Initiativen, das die Minister im Zusammenhang mit den TNF-Entscheidungen verabschieden sollen[4], wesentlich weniger attraktiv. Auch müsse berücksichtigt werden, daß ein westlicher Paketvorschlag für begleitende Maßnahmen, dessen Einführung in Wien nicht verschoben werden könne, durch die Verbindung mit dem Vorschlag für ein Interimsabkommen attraktiver würde. Andererseits wollten wir niemand unter Druck setzen, wenn ein wichtiger Bündnispartner wie die Niederlande mehr Zeit zur eingehenden Prüfung brauche, müsse man sich mit einem Hinweis im Schlußkommuniqué vom 14. Dezember[5] auf die in der nächsten Verhandlungsrunde beabsichtigte Einführung des Vorschlags begnügen.

Botschafter van Lynden, der das als Anlage übermittelte gemeinsame Benelux-Positionspapier übergab[6], stellte fest, das niederländische Parlament könne nicht gleichzeitig die TNF-Entscheidung und eine Veränderung der grundsätzlichen westlichen Verhandlungsposition bei MBFR verkraften. Der Verhandlungsvorschlag in seiner jetzigen Form wäre kontraproduzent, da für den Osten nicht attraktiv genug. Insbesondere sei die Verbindung zwischen den Phasen unklar und nicht genügend untermauert.

StS bemerkte, er verstehe die von den Niederlanden gesehenen Probleme nicht. Die von uns vorgeschlagene Initiative ziele darauf ab, aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten in den Verhandlungen, vor allem in der Datenfrage/Datendis-

1 Durchschlag als Konzept.
Drahterlaß an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel sowie an die Botschaften in Den Haag und Wien.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 7. Dezember 1979 erneut vorgelegen.

2 Günther van Well.

3 Zum Vorschlag der Bundesrepublik für ein Interimsabkommen bei MBFR vgl. Dok. 321, Anm. 4.

4 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.
Vgl. dazu ferner die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 378.

5 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 124–129. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1411–1414.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für das undatierte Papier vgl. den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik vom 28. November 1979; VS-Bd. 11494 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

kussion, herauszuführen.[7] Es habe in der Vergangenheit einige Hinweise auf östliche Bereitschaft zur Bewegung in der Datenfrage gegeben. Jetzt komme es darauf an, dem Osten Brücken zu bauen. Das von uns vorgeschlagene splitting der Dateneinigung sei eine solche Brücke. Auf niederländische Frage nach dem Verhältnis des Vorschlags für ein Zwischenergebnis zu den bisherigen westlichen Verhandlungsvorschlägen[8] stellte Herr StS fest, wir wollten die bisherigen westlichen Vorschläge nicht hinfällig machen. Falls der Osten den neuen Vorschlag ablehne, bleibe die gegenwärtige westliche Position einschließlich der Option III in Geltung, soweit nicht in der Zwischenzeit Entwicklungen eingetreten seien, die sie berühren. Hierfür werde sich eine geeignete Formel finden lassen. (Botschafter van Lynden meinte, diese Klarstellung könnte eine niederländische Zustimmung wesentlich erleichtern.)

Zur rechtlichen Konstruktion führte StS aus, man solle im gegenwärtigen Zeitpunkt eine zu weitgehende Festlegung vermeiden. Kernstück sei für uns die Vereinbarung amerikanisch-sowjetischer Reduzierungen, hier komme es den Amerikanern darauf an, durch eine Ratifizierung den Kongreß einzubinden. Für uns werde die Vereinbarung begleitender Maßnahmen ratifikationsbedürftig sein, doch wollten wir eine Ratifizierung der kollektiven Absichtserklärungen vermeiden, die den Verhandlungsspielraum der Regierung einschränken würde. Deshalb solle man den Vorschlag für ein Interimsabkommen nicht als Paragraphenfolge in einem einzigen völkerrechtlichen Instrument konzipieren. Gedacht sei an ein „set of instruments" unter einem gemeinsamen Dach. Die bisherige westliche Verhandlungsposition habe stets vorgesehen, daß Zusagen und Absprachen im Hinblick auf Phase-II-Reduzierungen „in Verbindung mit" einem Phase-II-Abkommen getroffen werden sollten und nicht im Phase-I-Abkommen selbst. Hieran hätten wir uns gehalten.

[gez.] Holik

VS-Bd. 11494 (221)

7 So in der Vorlage.

8 Zu den Rahmenvorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 22. November 1973 vgl. Dok. 59, Anm. 7.
Zum Vorschlag vom 16. Dezember 1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III) vgl. Dok. 13, Anm. 2.
Am 15. Juli 1977 legten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten in einer informellen Sitzung einen Vorschlag zur Datenauffächerung vor. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 464 des Botschafters Behrends, Wien (MBFR-Delegation), vom 18. Juli 1977; VS-Bd. 11045 (212); B 150, Aktenkopien 1977. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 182.
Zu den Vorschlägen vom 19. April 1978 vgl. Dok. 20, Anm. 3.
Zu den Vorschlägen vom 13. Dezember 1978 vgl. Dok. 39, Anm. 4.

355

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem südafrikanischen Außenminister Botha

29. November 1979[1]

Zunächst Herrn Bundesminister mit der Bitte um Genehmigung vorzulegen.[2]

Gespräch des Bundesministers mit dem südafrikanischen Außenminister, Roelof F. Botha, am 29. November 1979[3]

1) Der Bundesminister empfing AM Botha am 29. November 1979 zu einem zweieinhalbstündigen Gespräch. Auf deutscher Seite waren anwesend Dg 32[4], RL 320[5] und RL 013[6], auf südafrikanischer Seite Botschafter von Schirnding und B.R. Killen, Leiter der Afrikaabteilung des südafrikanischen Außenministeriums. Hauptthemen des Gesprächs, das mit einem Arbeitsfrühstück eingeleitet wurde, waren die Lage im südlichen Afrika, die Ziele der südafrikanischen Außenpolitik in diesem Raum, Rhodesien, Namibia, der südafrikanische Militärattachéstab in Bonn und die Nichtvollstreckung des Todesurteils gegen Mange.

2) Nachdem AM *Botha* eingangs über die Entführung des südafrikanischen Botschafters in El Salvador[7] berichtet hatte, bat der *Bundesminister* um Darlegung der Lage im südlichen Afrika.

Der *südafrikanische Außenminister* stellte fest, in der Welt herrsche eine allgemeine Tendenz zur Instabilität. Er habe schlechte Nachrichten aus Saudi-Arabien erhalten. Die Besetzung der Großen Moschee in Mekka[8] sei ein beunruhigendes Zeichen. Er wolle keine Voraussagen machen, habe aber Furcht, daß sich die Lage in Saudi-Arabien schnell verschlechtern könne. Die Prinzen seien untereinander uneinig, es gebe keine stabilisierende Mittelklasse. Die USA seien in einer sehr schwierigen Lage, weil sie auf die saudischen Öllieferungen nicht verzichten könnten.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kremer am 4. Dezember 1979 gefertigt.
Hat Legationsrat I. Klasse Petersmann am 6. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat Petersmann am 11. Dezember 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erledigt durch DB 638 v[om] 18/12/79 aus Pretoria. Dieser hat BM am 18/12/79 vorgelegen."
Hat Legationsrat I. Klasse Petri am 19. Dezember 1979 vorgelegen.

2 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S[iehe] S[eite] 9." Vgl. Anm. 28 und 34.

3 Der südafrikanische Außenminister Botha hielt sich am 28./29. November 1979 in der Bundesrepublik auf.

4 Wilhelm Haas.

5 Leonhard Kremer.

6 Jürgen Sudhoff.

7 Botschaftsrat I. Klasse Schmidt, Pretoria, berichtete am 4. Dezember 1979: „Zeitlich mit der Entführung des s[üd]a[frikanischen] Botschafters in San Salvador, Archibald Dunn, zusammenfallend, der von dort aus die entsprechende Region betreute, hat die Regierung von El Salvador etwa am 25. November 1979 Südafrika den Abbruch ihrer diplomatischen Beziehungen mit Pretoria notifiziert. El Salvador war in SA lediglich durch einen Wahlkonsul in Kapstadt vertreten und hatte hier keine nennenswerten Interessen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1315; Referat 320, Bd. 125219.

8 Zur Besetzung der Großen Moschee in Mekka am 20. November 1979 vgl. Dok. 347.

Der *Bundesminister* warf ein, daß die Instabilitäten keine Augenblickserscheinungen seien. Sie seien nicht über Nacht zu beseitigen. Im Westen herrsche die Vernunft vor. Die Politik sei auf die Erhaltung der Handlungsfähigkeit gerichtet. Dazu gehöre die Herstellung der Unabhängigkeit in der Energieversorgung. Diese Politik schließe die friedliche Nutzung der Atomenergie ein.

Auf die erneute Bitte des Bundesministers ging AM *Botha* sodann auf die Lage im südlichen Afrika ein. Die Situation sei wegen Rhodesien, Namibia und der Lage in Südafrika komplex.

a) Er glaube, daß in der Rhodesien-Frage eine Lösung sehr nahe sei.[9] Wenn die PF die britischen Vorschläge nicht akzeptiere, würde der Krieg zwar weitergehen, er würde aber deeskalieren. Muzorewa werde die Wahlen gewinnen und dann eine Regierung ohne die PF bilden. Die Muzorewa-Regierung könne mit der Anerkennung durch Marokko, Senegal, Elfenbeinkünste, Gabun, Zaire, Swasiland, Malawi und später auch durch Botsuana und vielleicht auch durch Kenia rechnen. Er selbst habe eine Reise von Muzorewa in vier schwarzafrikanische Länder vorbereitet und sei sich in seinem Urteil sicher. Es gebe viele Gründe für einen Wahlsieg von Bischof Muzorewa. Die Erfahrung zeige, daß in Afrika der Mann, der die Hauptstadt beherrsche, die Wahlen gewinne. Er wolle in diesem Zusammenhang nur an die Vorgänge in Angola erinnern, die zur Etablierung der Macht der MPLA in Luanda[10] geführt hätten. Muzorewa sei ein Mann mit gutem Äußeren, der eine große Anziehungskraft auf die Afrikaner ausstrahle. Sein Bischofsamt trage hierzu wesentlich bei. Wie groß der Anhang von Muzorewa wirklich sei, habe man vor einigen Tagen bei der Rückkehr aus London sehen können. 70 000 Afrikaner seien in Salisbury trotz kurzer Ankündigung seiner Rückkehr erschienen.[11] Das sei für afrikanische Verhältnisse ein überwältigender Hinweis auf die wirklichen Machtverhältnisse. Die südafrikanische Regierung habe allenfalls mit einer Demonstration von 5000 Anhängern gerechnet. Man habe Überlegungen angestellt, ob man aus Anlaß

[9] Zur Verfassungskonferenz über Rhodesien in London vgl. Dok. 315, Anm. 41.

[10] Generalkonsul Groener, Luanda, berichtete am 12. November 1975: „Am 10. November 1975 um 24 Uhr endete in Angola die über 500jährige Kolonialherrschaft Portugals. Das internationale Interesse an dem angolanischen Erdöl, Uran, den Erzen und Diamanten verhinderte die Einigung der drei Bewegungen auf eine Regierung und damit einen glatten Übergang. [...] Um Mitternacht rief der Präsident der MPLA, Dr. Agostinho Neto, in einer Massenversammlung die Volksrepublik Angola aus. Dem Jubel der Bevölkerung folgte eine wilde Schießerei aus allen vorhandenen Rohren. Anschließend verkündete er die Verfassung (Lei Constitucional) der Volksrepublik, nach deren Artikel 31 der Präsident der MPLA auch automatisch Präsident der Volksrepublik ist. Bis zur Bildung eines Parlaments nach der Befreiung des Landes wird das Volk durch einen Revolutionsrat vertreten, der sich hauptsächlich aus den Mitgliedern des Politbüros der MPLA, den Führern der Truppe und den Angehörigen der Regierung zusammensetzt. [...] Sofort anerkannt wurde die neue Volksrepublik Angola durch die Sowjetunion, die DDR sowie von einigen Ostblock- und verbündeten afrikanischen Staaten." Vgl. den Schriftbericht Nr. 693; Referat 320, Bd. 108162.

[11] Botschaftsrat I. Klasse Schmidt, Pretoria, berichtete am 19. November 1979: „Etwa 40 000 Anhänger bereiteten Bischof Muzorewa gestern auf dem Flughafen Salisbury begeisterten Empfang. Muzorewa verkündete in Siegerpose, er habe sein Versprechen gehalten und Frieden, Aufhebung der Sanktionen und internationale Anerkennung erreicht. Die PF bezeichnete er als Marionetten Moskaus und Havannas, die das Land, falls sie an die Macht kämen, in wirtschaftliches Chaos führen würden. Auf anschließender Pressekonferenz zeigte er sich zuversichtlich, daß die PF die britischen Waffenstillstandsvorschläge akzeptieren werde. Falls die PF die Kampftätigkeit nicht entsprechend diesem Plan einstellen werde, werde sie von den Wahlen ‚disqualifiziert' werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 573; Referat 320, Bd. 125204.

der Rückkehr von Muzorewa Begrüßungen arrangieren sollte. Die südafrikanische Regierung habe beschlossen, nichts zu tun. Hierüber sei man heute glücklich. Die ganze Angelegenheit habe aber erneut gezeigt, daß die Weißen nicht immer die Reaktionen der Schwarzen verständen. Außenminister Botha führte dann hier zahlreiche Beispiele und Begebenheiten zur Untermauerung dieser Ansicht an (Einzelheiten des Ahnenkults der Afrikaner, Begebenheiten bei der Beisetzung des Premierministers von Swasiland[12]). Er schloß an die Feststellung, daß Muzorewa als Shona nicht zu überstürzten Entscheidungen neige, detaillierte historische Ausführungen über die Besiedlung von Rhodesien und Stammeskämpfe in diesem Raum an. Die Ausführungen waren voller belehrender Hinweise zum richtigen Verständnis der schwarzen Psyche.

AM Botha räumte dem Ko-Präsidenten der Patriotischen Front, Nkomo, keine Gewinnchancen ein. Vor etwa zwei Jahren habe die südafrikanische Regierung voll und ganz auf Nkomo gesetzt. Im Laufe der Verhandlungen mit Smith habe Nkomo eine Konstitution angeboten, die faktisch die weiße Herrschaft in Rhodesien garantiert habe. Diese Verfassung sei aus südafrikanischer Sicht sicher besser gewesen als die heutigen britischen Vorschläge. Seinerzeit habe Muzorewa abgelehnt. Die rhodesischen Vorgänge seien nur verständlich, wenn man die wirtschaftlichen Interessen des LONRHO[13]-Konzerns berücksichtige. Dieser Konzern habe in Rhodesien Investitionen in Milliardenhöhe. LONRHO beherrsche Rhodesien. Der Konzern setze seine Ziele durch systematische Bestechung durch. Das Treffen von Smith mit Kaunda in Lusaka[14] sei von LONRHO finanziert worden, nachdem die südafrikanische Regierung die Bitte von Smith abgelehnt habe, ihm ein Flugzeug für sein Geheimtreffen zur Verfügung zu stellen.

Südafrika mache keinen Hehl aus seiner Unterstützung für Muzorewa. Eine Regierung Muzorewa sei auch die beste Lösung für den Westen. Ein großes Problem sei z. Zt. Ian Smith. Smith habe erklärt, daß er mit der PF zusammengehen werde, wenn die PF die Wahlen gewinne. Wenn bei den Wahlen eine der Parteien keine große Mehrheit erreiche, dann könne Smith das Machtgleichgewicht in Unordnung bringen. Südafrika habe ihn, um eine Lösung der Rhodesien-Frage möglich zu machen, in einem kontinuierlichen Prozeß aus den Schlüsselpositionen herausgelöst. Jetzt stehe Südafrika vor der Aufgabe, Smith zum Schweigen zu bringen.

12 Botschafter Weindel, Maputo, berichtete am 6. November 1979: „Am 2. November 1979 fand bei Mbabane das offizielle ‚State Funeral' für den verstorbenen Premierminister, Generalmajor Maphevu Dlamini, unter großer Anteilnahme der Bevölkerung und des diplomatischen Corps statt." Vgl. den Schriftbericht Nr. 444; Referat 320, Bd. 125222.

13 London and Rhodesian Mining Company Limited.

14 Ministerpräsident Smith traf am 14./15. August 1978 mit Präsident Kaunda und dem Vorsitzenden der ZAPU, Nkomo, in Lusaka zusammen. Vgl. dazu SMITH, Bitter Harvest, S. 262–264.
Botschafter Dufner, Lusaka, berichtete am 3. September 1978, Nkomo habe auf einer Pressekonferenz am Vortag erklärt, „PM Smith habe ihm bei einem geheimen Treffen am 14.8.1978 in Lusaka die Führungsposition in der rhodesischen Interimsregierung angeboten. Er, Nkomo, habe es aber abgelehnt, unter der bestehenden internen Regelung nach Rhodesien zurückzukehren. Nur dann würde er nach Salisbury gehen, wenn Smith die interne Regelung auflösen und im Rahmen des anglo-amerikanischen Plans die Macht an die Mehrheit übergeben würde. Smith befinde sich in einer verzweifelten Lage und suche lediglich jemanden, dem er die Verantwortung übergeben könne." Vgl. den Drahtbericht Nr. 406; Referat 320, Bd. 116809.

AM Botha stellte sodann die Schlüsselrolle Südafrikas bei der Lösung der Rhodesien-Frage heraus. Südafrika sei zunächst gegen die Rhodesien-Konferenz in Lusaka[15] gewesen. Heute sehe man aber ein, daß die Commonwealth-Konferenz die notwendige Voraussetzung für die Lösung des Rhodesien-Problems gewesen sei. Er habe Lord Carrington davor gewarnt, den Lösungsprozeß allzu lang hinzuziehen. Die südafrikanische Regierung habe zuverlässige Nachrichten über die Strategie der PF gehabt. Man habe um die von den Terroristen beabsichtigte Eskalation der Kämpfe gewußt. Die südafrikanische Regierung habe befürchtet, daß das eine Ausweitung des Krieges hätte nach sich ziehen können. Das wiederum würde dazu führen, daß Muzorewa die Südafrikaner um militärische Intervention bitte. Die südafrikanische Regierung wolle diese Konfrontation nicht. Er habe bewußt alles vermieden, was derartigen Spekulationen Nahrung geben könnte. Die heutigen Berichte in der „Frankfurter Allgemeinen" über Ausführungen, die er in London zum Thema einer militärischen Intervention in Rhodesien gemacht haben solle, seien unzutreffend.[16] Die südafrikanische Regierung stelle lediglich fest, daß, wenn Chaos in Rhodesien herrsche, das Parlament zu Beratungen zusammengerufen werde. Unter Chaos verstehe man auch, wenn die Weißen ermordet würden. Man müsse sich immer der Mentalität der Terroristen bewußt sein, die nach dem Abschuß eines Zivilflugzeuges in Rhodesien die Überlebenden ermordet hätten.[17] Diese Leute würden keinen Kompromiß kennen.

Der *Bundesminister* erklärte Außenminister Botha, daß die Bundesregierung die Bemühungen Lord Carringtons um eine friedliche Lösung des Rhodesien-Problems mit großem Nachdruck unterstütze. Die Lusaka-Konferenz habe die Voraussetzungen hierfür geschaffen. Lord Carrington führe die Verhandlungen hervorragend.

Außenminister *Botha* meinte, Lord Carrington würde anerkennen, daß er ihm bei seinen Bemühungen erhebliche Hilfe geleistet habe. Die südafrikanische Regierung gewähre Muzorewa pro Monat Kredit in Höhe von 30–40 Millionen Rand für Einkäufe von Versorgungsgütern in der Republik Südafrika. Auf seine Frage, ob Südafrika diese Hilfe einstellen solle, habe Lord Carrington gebeten, Muzorewa weitere Kredite zu gewähren.

Der *Bundesminister* wies Außenminister Botha darauf hin, daß nach seinem Eindruck die Sowjetunion nicht an einem erfolgreichen Abschluß der Lanca-

15 Vom 1. bis 7. August 1979 fand in Lusaka eine Konferenz der Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu Dok. 234, Anm. 9.

16 In der Presse wurde berichtet: „Der südafrikanische Außenminister Botha hat am Mittwoch in London bekräftigt, daß Pretoria an eine militärische Intervention in Zimbabwe-Rhodesien denke, sollte es bei der Londoner Konferenz nicht bald zu einer Einigung auf einen Waffenstillstand zwischen den Regierungstruppen in Salisbury und den Guerilleros der ‚Patriotischen Front' kommen." Vgl. den Artikel „Botha spricht auch in London von militärischer Intervention"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. November 1979, S. 6.

17 Botschaftsrat I. Klasse Schmidt, Pretoria, teilte am 5. September 1978 mit, am 3. September 1978 habe eine Maschine der „Air Rhodesia" kurz nach dem Start in Kariba „in Folge einer Explosion der beiden rechten Motoren mit 52 Passagieren und vier Besatzungsmitgliedern im Urungwe Tribal Trust Land notlanden müssen. [...] Von den 18 Überlebenden begaben sich fünf nach der Notlandung auf Wassersuche und wurden später unverletzt gefunden. Die übrigen 13 wurden von einer Guerillaeinheit der ZI[mbabwe]P[eople's]R[evolutionary]A[rmy] unter dem Vorwand, man wolle ihnen helfen, zusammengetrieben und mit automatischen Waffen niedergeschossen. Drei Personen überlebten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 426; Referat 320, Bd. 116809.

ster-House-Verhandlungen interessiert sei. Sie entfalte Aktivitäten, um die britische Politik zum Scheitern zu bringen. Wenn man davon ausgehe, daß die Sowjetunion kein Interesse an friedlichen Konfliktlösungen im südlichen Afrika habe, dann könne man im Wege des Umkehrschlusses sagen, daß Lord Carrington auf gutem Wege sei. Daher gehe es jetzt darum, alle Anstrengungen zu machen, um die Rhodesien-Frage friedlich zu lösen. Südafrikanische Äußerungen über militärisches Eingreifen der Südafrikaner in Rhodesien geben den Gegnern einer friedlichen Lösung Auftrieb. Sie behinderten daher den Verhandlungsprozeß.

Der Bundesminister stellte sodann die Frage, welche Auswirkungen die Lösung der Rhodesien-Frage auf die Namibia-Frage haben würde. Zwischen beiden Fragen bestünde zwar kein politischer, wohl aber ein psychologischer Zusammenhang.

AM *Botha* ging auf diese Frage nicht ein, sondern schilderte im einzelnen den wirtschaftlichen Aufschwung von Rhodesien, wenn Muzorewa die Regierung bilden würde. Diese Ausführungen stellte er vor den Hintergrund einer desolaten Situation der schwarzafrikanischen Nachbarstaaten Südafrikas. AM Botha berief sich dabei auf Informationen des südafrikanischen Nachrichtendienstes und auf Gespräche schwarzafrikanischer Geschäftsleute, die in größerer Anzahl, als man es allgemein außerhalb Südafrikas annehme, Südafrika besuchten. Mit Kaunda gehe es dem Ende zu. Innerparteiliche Auseinandersetzungen machten ihm schwer zu schaffen. Südafrika liefere monatlich Nahrungsmittel im Werte von 40 Millionen Rand an Zaire, Malawi und Sambia. Ohne diese Hilfe würden die Staaten zusammenbrechen. Kaunda wisse nicht, was im Südosten von Sambia vorgehe.[18] Kabwebwe rekrutiere Katanga-Gendarmen, um Kaunda zu stürzen. Diese Katanga-Gendarmen bedeuteten eine große Gefahr für Kaunda. Sie seien seinerzeit von den Südafrikanern für Tschombé ausgebildet worden.[19] Sie seien immer noch eine schlagkräftige Truppe. Südafrika habe indessen kein Interesse daran, daß Kaunda gestürzt werde. Das Gleiche gelte für Machel. Man wisse heute, was man an beiden habe. Mit Sicherheit werde man aus südafrikanischer Sicht keine Nachfolger finden, mit denen man besser auskommen könnte. In Angola sei dos Santos in den eigenen Reihen nicht unumstritten. Die Richtungskämpfe pro Moskau/pro Westen hielten an. Dem Mischling dos Santos würde die Herrschaft durch den schwarzen Freiheitskämpfer Savimbi streitig gemacht. Savimbi, der die Benguela-Bahn beherrsche, habe zwei Drittel der Angolaner hinter sich.[20] Die MPLA-Truppen seien

18 Legationsrat I. Klasse Steck, Lusaka, berichtete am 22. November 1979 über eine Pressekonferenz des Präsidenten Kaunda vom 20. November 1979: „Kaundas Bekanntgabe einer Mobilmachung war unerwartet. Anlaß waren die jüngst verstärkten und seit einiger Zeit auf zivile Ziele gerichteten Übergriffe rhodesischer Verbände auf sambisches Gebiet. Kaunda mußte, wenn er innenpolitisch glaubwürdig bleiben wollte, nunmehr von seiner bisherigen Taktik abgehen, wonach er rhodesische Angriffe auf Ziele in Sambia, die durchweg Stützpunkte der PF-Guerillas waren, stillschweigend hingenommen hatte. Die neue Taktik geht an den wirtschaftlichen Lebensnerv Sambias." Vgl. den Drahtbericht Nr. 547; Referat 320, Bd. 125197.

19 Am 11. Juli 1960 erklärte in der Republik Kongo der Präsident der Provinz Katanga, Tschombé, deren Unabhängigkeit.

20 Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), berichtete am 7. November 1979: „Jonas Savimbi, Präsident der weite Teile des Südens und Westens Angolas beherrschenden Widerstandsbewegung UNITA hält sich auf Einladung der privaten US-Institution ‚Freedom House' in den USA auf und trat am 6.11.1979 in New York zu einer vom Council on Religion and International Affairs

demoralisiert. Es sei nicht sicher, ob dos Santos auf dem Parteitag im kommenden Frühjahr[21] in seinem Amt bestätigt werde. In Mosambik habe Machel an Unterstützung verloren. Er sei immer mehr auf Südafrika angewiesen. Premierminister Jonathan in Lesotho sei in einer schwierigen Lage, nachdem seine Korruption bekanntgeworden sei. Etwa 100 der Gegner Jonathans seien z. Zt. in südafrikanischen Gefängnissen. Für Jonathan werde es sehr schwierig, wenn diese freigelassen würden. Die stabilisierende Kraft in dieser Region sei Südafrika. Es habe einen großen Auftrag für die Zukunft. Südafrika werde das südliche Afrika am Kunene und am Sambesi verteidigen. Man wisse, daß man dieses nicht militärisch, sondern nur wirtschaftlich könne. Südafrika verfüge über alle Voraussetzungen, um diese Staaten wirtschaftlich zu entwickeln. Man verfüge über ein hochentwickeltes technisches Know-how, das in vielen Gebieten von keinem anderen Land auf der Welt übertroffen werde. Für die Entwicklung der schwarzafrikanischen Staaten im südlichen Afrika sei Südafrika bereit, Milliardenbeträge zur Verfügung zu stellen.

b) Der *Bundesminister* brachte gegenüber Außenminister Botha unsere große Sorge über die südafrikanische Haltung zum VN-DMZ-Vorschlag[22] zum Ausdruck. Er bat Außenminister Botha sehr nachdrücklich, die südafrikanische Regierung möge den Vorschlägen zustimmen. Es müsse vermieden werden, daß sich in den Vereinten Nationen Sanktionsdruck aufbaue. Die VN-Vorschläge seien der einzige realistische Weg für eine international anerkannte Unabhängigkeit Namibias. Ein Scheitern des Namibia-Planes würde zu Chaos im südlichen Afrika führen.

AM *Botha* versicherte, daß er den Namibia-Plan der fünf westlichen Mächte[23] verwirklichen wolle. Südafrika wolle sich aus Namibia zurückziehen. Dieses müsse aber ehrenvoll geschehen. Man dürfe nicht legalistisch an die Namibia-Frage herangehen. Dieses hätte der Westen ja selbst in dem Lösungsvorschlag anerkannt.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1821

veranstalteten Aussprache im kleinen Kreis auf, zu der auch unser Vertreter in der Namibia-Kontaktgruppe eingeladen war. Aus den Ausführungen Savimbis wird festgehalten: Ziele der UNITA: Savimbi nennt in erster Linie die Befreiung von den Kubanern. [...] Das weitere Ziel sei nicht die Machtübernahme durch UNITA. Es sei völlig aussichtslos, den Frieden im Lande auf der Basis einer Ein-Parteien-Herrschaft herzustellen. Aus der Stammessituation und der historischen Entwicklung des Freiheitskampfes hat sich der unumstößliche Anspruch der drei Gruppen (UNITA, MPLA, FNLA) auf gemeinsame Regierung ergeben und auch die Macht jeder der Gruppen, bei Ausschluß von der Verantwortung eine Normalisierung der Lage zu verhindern. [...] Benguela-Bahn: Die fortgesetzte Lahmlegung der Bahn sei das weltweite Signal für den Anspruch der UNITA auf Anerkennung als legitimer Koalitionspartner. Trotz der Leiden Sambias könne UNITA darauf nicht verzichten, bis das Ziel erreicht sei." Wechmar gab folgende Bewertung: „UNITA will einen erheblichen Anteil an der Macht in Angola. Ginge es, wie Savimbi sagt, in erster Linie um die Entfernung der Kubaner, so wäre diesem Ziel am besten mit der Einstellung der UNITA-Aktivität gedient, denn vor allem ihretwegen glaubt MPLA die fremde Hilfe nicht entbehren zu können. Außer im Kampf sucht UNITA Anerkennung mit politischen und diplomatischen Mitteln. Die Haltung in der Benguela-Bahn-Frage ist hierfür charakteristisch." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2725; Referat 320, Bd. 125163.

21 Vom 17. bis 23. Dezember 1980 fand in Luanda ein außerordentlicher Kongreß der MPLA statt, bei dem Präsident dos Santos in seinem Amt bestätigt wurde.

22 Vgl. dazu die Gespräche über die Namibia-Frage vom 12. bis 16. November 1979 in Genf; Dok. 332, Anm. 8.

23 Zum Vorschlag von fünf Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats, der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA, vom 10. April 1978 für eine Lösung der Namibia-Frage vgl. Dok. 28, Anm. 7.

Zu dem DMZ-Vorschlag selbst führte AM Botha aus, daß die südafrikanische Regierung gegen die Idee einer entmilitarisierten Zone als solche keine Einwände habe. Der Mangel an einer effektiven Überwachung bereite aber grundsätzliche Probleme. Tatsache sei, daß die Überwachung von SWAPO-Basen in Südangola und Südsambia angesichts der tatsächlichen Machtverhältnisse nicht erwartet werden könnte. In diesen Gebieten übten weder Luanda noch Lusaka effektive Regierungsgewalt aus. Eine Zusage der Angolaner oder Sambier, SWAPO-Lager zu überwachen, bedeute daher nichts. SWAPO sei nach seiner Überzeugung entschlossen, den Sieg bei Wahlen in Namibia durch Einschüchterung sicherzustellen. Die vorgesehenen VN-Truppen seien nicht in der Lage, die DMZ wirksam zu kontrollieren. Was sollten 3200 VN-Truppen (5000 minus 20% Urlauber minus ein Bataillon) ausrichten?

Auf die Frage des *Bundesministers*, was Südafrika dann etwa gegen eine erhöhte Zahl von VN-Truppen, z.B. 20000, einzuwenden hätte, antwortete *Botha*, daß eine 20000 Mann starke VN-Truppe nicht akzeptabel sei. Die internen Parteien würden hierzu nicht ihre Zustimmung geben. Die DTA würde, wenn Südafrika einem derartigen Vorschlag zustimmen würde, die Gefolgschaft verweigern. Die Bevölkerung im Norden Namibias, die unter den Terrorakten von SWAPO zu leiden habe, verstehe nicht, weshalb Südafrika mit den Vereinigten Nationen verhandle. Die VN seien für die Schwarzen in Nordnamibia gleichbedeutend mit SWAPO und SWAPO gleichbedeutend mit Mördern und Brandschatzern. Er bitte die Bundesregierung, einen Beauftragten nach Namibia zu entsenden, der sich im Norden des Territoriums mit der Wirklichkeit vertraut machen könne. Die südafrikanische Regierung würde ihm dabei jede Unterstützung zuteil werden lassen. Es sei ein großer Fehler des VN-Generalsekretärs[24], daß die Vereinten Nationen nicht unmittelbar mit den internen Parteien sprächen. Das Volk von Namibia verstehe diese Haltung nicht.

c) Zur Entwicklung in Südafrika selbst erklärte AM Botha, daß Premierminister Botha ein standfester und ehrlicher Charakter sei. Seine Vision sei, daß jetzt der private Sektor die Politik des Premierministers voll unterstütze. Ziel sei eine bessere Zukunft für alle. Wenn die jetzige südafrikanische Regierung es fertigbrächte, den Schwarzen zu überzeugen, daß er den Weißen benötige, um zu überleben, dann würde das ermöglichen, der Welt zu beweisen, daß er dem Weißen nicht unterlegen sei. Es komme jetzt für Südafrika darauf an, die Weißen zu überzeugen, daß die Schwarzen nicht ihre[25] Feinde, sondern ihre[26] Freunde sind. Diese Politik stoße im Lande selbst auf sichtbaren Widerstand, wie die jüngsten Nachwahlen zum Parlament[27] gezeigt hätten. Die Regierung

24 Kurt Waldheim.

25 Korrigiert aus: „seine".

26 Korrigiert aus: „seine".

27 Botschaftsrat I. Klasse Schmidt, Pretoria, berichtete am 8. November 1979: „Am 7. November 1979 fanden in Südafrika vier Nachwahlen statt, davon zwei in der Kap-Provinz (Durbanville und Worcester), eine in Natal (Eshowe) und eine in Transvaal (Edenvale). Zum ersten Mal seit den Wahlen von 1970 gelang es einer Oppositionspartei dabei, der regierenden N[ational]P[arty] einen Sitz abzunehmen. Die P[rogressive]F[ederal]P[arty] konnte den Wahlkreis Edenvale erobern. [...] Für Ministerpräsident P.W. Botha dürfte der Wahlausgang den Umständen entsprechend zufriedenstellend ausgefallen sein. Mit einer Änderung seiner ‚neuen Politik' wegen dieser Nachwahlen ist nicht zu rechnen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1208; Referat 320, Bd. 125216.

sei aber entschlossen, an ihrem Kurs festzuhalten. Er appelliere an den Bundesminister, Südafrika eine Chance einzuräumen, um die Vision zu erfüllen. In Südafrika denke man in mancher Beziehung wie Kissinger. Die Geschichte habe die Schwarzen im falschen Moment überrascht. Afrika gehe unter. Er wiederhole, daß im südlichen Afrika die Republik Südafrika die stabilisierende Kraft sei, der eine große Zukunftsaufgabe zufalle. Dort sei eine einzigartig historische [28]Chance gegeben, die Sowjets zu schlagen.

3) Der *Bundesminister* appellierte an AM Botha, die südafrikanische Regierung möge von der Vollstreckung der Todesstrafe gegen James Daniel Mange absehen.[29] Die Bundesregierung habe schon in einem früheren Fall um Nichtvollstreckung eines Todesurteils gebeten (Mahlangu).[30] Die südafrikanische Regierung habe der Bitte leider nicht entsprochen. Die Bundesregierung sei gegen die Todesstrafe an sich. Er habe erst jüngst vor den Vereinten Nationen die Haltung der Bundesregierung zu dieser Frage dargelegt.[31] Südafrika werde sich keinen guten Dienst erweisen, wenn das Todesurteil gegen Mange vollstreckt werde.

AM *Botha* verwies zunächst darauf, daß es ihm als Außenminister infolge der Gewaltenteilung nicht möglich sei, in ein Gerichtsverfahren einzugreifen. Das Verfahren gegen Mange sei seines Wissens noch nicht abgeschlossen. Als Außenminister sei er sich schmerzlich bewußt, welche abträglichen Auswirkungen die Vollstreckung eines Todesurteils im Ausland habe. Südafrika schaffe sich selbst die Foren, vor denen es dann angeklagt werde.

Erst als der *Bundesminister* AM Botha versicherte, daß er nicht wegen des Urteils interveniere, sondern sich an die südafrikanische Regierung wegen der Nichtvollstreckung des Urteils wende, und eindringlich darauf hinwies, daß auch der südafrikanische Außenminister im Kabinett sein politisches Gewicht zur Geltung bringen könne, sagte AM *Botha* zu, die Bitte der Bundesregierung an die südafrikanische Regierung weiterzuleiten.[32] Er bemerkte, daß er mit dieser Zusage keine falschen Hoffnungen bei dem Bundesminister hinsichtlich der Nichtvollstreckung erwecken wolle. In Südafrika würden derartige Bitten anders als in Europa immer noch als Einmischung fremder Mächte in die inneren Angelegenheiten Südafrikas betrachtet.

28 Beginn der Seite 9 der Vorlage. Vgl. Anm. 2.

29 Referat 320 vermerkte am 27. November 1979: „Im Rahmen eines Terrorismusprozesses vor dem obersten Gerichtshof in Pietermaritzburg gegen zwölf Angeklagte ist am 15. November 1979 James David Mange wegen Landesverrats zum Tode verurteilt worden. Aufgrund eines Telegramms von Amnesty International haben wir am 23. November 1979 gegenüber dem südafrikanischen Botschafter einen dringenden Appell an die südafrikanische Regierung gerichtet, das Todesurteil nicht zu vollstrecken. Die Botschaft Pretoria hat Weisung erhalten, im gleichen Sinne bei der südafrikanischen Regierung zu demarchieren." Vgl. Referat 320, Bd. 125218.

30 Zur Hinrichtung des südafrikanischen Staatsbürgers Mahlangu am 6. April 1979 vgl. Dok. 60, Anm. 25.

31 Bundesminister Genscher führte am 27. September 1979 vor der UNO-Generalversammlung in New York aus: „Die Todesstrafe sollte eingegrenzt und letztlich abgeschafft werden, so wie dies in meinem Land nach bitteren geschichtlichen Erfahrungen schon vor mehr als dreißig Jahren geschehen ist. Die nächste Generalversammlung sollte die Frage der Todesstrafe mit Vorrang behandeln." Vgl. BULLETIN 1979, S. 1062.

32 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nachfragen. W[ieder]v[orlage] 18.12."

4) Auf einen Hinweis von Botschafter *von Schirnding* sprach AM *Botha* das Agrémentersuchen für den neuen südafrikanischen Militärattaché in Bonn an.[33] Unter Hinweis auf die Tatsache, daß Premierminister Botha gleichzeitig Verteidigungsminister und daher in dieser Frage besonders empfindlich sei, bat er,[34] die Angelegenheit nicht zu einem Streitfall werden zu lassen. Sein Anliegen sei, zunächst einmal keine ablehnende Antwort zu erhalten.

Der *Bundesminister* erwiderte, der südafrikanische Militärattaché sei kein wesentlicher Bestandteil der deutsch-südafrikanischen Beziehungen. Was die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen angehe, hätten wir eine klare Linie. Diese sei AM Botha bekannt. Er bitte ihn, davon abzusehen, die Frage der Militärattachés zu strapazieren. Dieses bringe nichts.

5) AM *Botha* würdigte den verstorbenen Beauftragten für Afrikapolitik, MDg Müller. Er habe ihn trotz abweichender Ansichten in grundsätzlichen Fragen persönlich hoch geschätzt. AM Botha bedauerte aufrichtig, daß sich der Gesundheitszustand von Botschafter Eick nicht bessere.

6) Der *Bundesminister* gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß das bilaterale Gespräch bei sich bietender Gelegenheit fortgesetzt werde. AM *Botha* erklärte, auch er wünsche die Fortsetzung des Gespräches.

Referat 320, Bd. 125218

33 Zur Frage der Auflösung des südafrikanischen Militärattachéstabs in der Bundesrepublik vgl. Dok. 136.
Referat 320 vermerkte am 27. November 1979 zur Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung hinsichtlich der Frage der Auflösung des südafrikanischen Militärattachéstabs: „Der BMVg hat mit Schreiben vom 18. Oktober 1979 auf das Schreiben des BM vom 24. August 1979 geantwortet und mitgeteilt, daß er nach Abwägung aller Gesichtspunkte trotz der Bedenken wegen des Wegfalls einer militärisch interessanten Informationsquelle dem Vorhaben, die südafrikanische Regierung um Auflösung ihres Militärattachéstabes zu bitten, zustimme." Vgl. Referat 320, Bd. 125218.

34 Ende der Seite 9 der Vorlage. Vgl. Anm. 2.

356

Botschafter Wickert, Peking, an das Auswärtige Amt

114-4109/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 29. November 1979, 16.35 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1967 **Ankunft: 29. November 1979, 09.55 Uhr**

Betr.: China-Besuch des griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis[2]

Bezug: DE 881 vom 26.11.1979 – 341-322.00 CHN – 1497/79 VS-v[3]
DB 1900 vom 19.11.1979[4] – Pol 322.00 CHN VS-v Tgb.Nr. 52/79[5]

Bei Gelegenheit eines vom Vizepremier Yu Qiuli gegebenen Abendessens am 27.11. habe ich Außenminister Huang Hua im Sinne von Ziff. 2 des Bezugserlasses unterrichtet. Es ergab sich aber keine Gelegenheit, das Thema eingehender zu besprechen. Den britischen Botschafter[6] habe ich bei der gleichen Gelegenheit informiert.

Die Leiterin der Westeuropa-Abteilung des Außenministeriums[7] erklärte am

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bente am 29. November 1979 vorgelegen, der für „VS-Reg[istratur] 3" handschriftlich vermerkte: „Bitte austragen und anständigkeitshalber an Ref[erat] 210 ein Ex[emplar] bitte zurück; an 341 von VS-Reg 3 Ex. 4 entnommen."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen am 30. November 1979 vorgelegen, der den Umlauf des Fernschreibens in Referat 210 verfügte und für Legationsrat Wegener handschriftlich vermerkte: „Bitte B[e]spr[echung] (Schlußvorlage zur chin[esischen] Haltung über deutsche Frage)."
Hat Wegener vorgelegen.

2 Ministerpräsident Karamanlis hielt sich vom 12. bis 16. November 1979 in der Volksrepublik China auf.

3 Ministerialdirektor Meyer-Landrut teilte Botschafter Wickert, Peking, mit: „1) Der Gesprächsteil MP Karamanlis – Hua Guofeng über die Frage der deutschen Wiedervereinigung wird zum Anlaß genommen werden, unsere Bewertung der chinesischen Haltung der griechischen Regierung zur Kenntnis zu bringen. 2) Sie werden gebeten, dem chinesischen Außenminister und den an der EPZ-Unterrichtung beteiligt gewesenen Botschaftern unter Bezugnahme auf den betreffenden Gesprächsteil Karamanlis – Hua Guofeng mitzuteilen, daß die Bundesregierung die in der Bundesrepublik Deutschland abgegebene Stellungnahme des chinesischen MP zur Frage der deutschen Einheit ausdrücklich begrüßt habe. Diese Haltung sei auch von den drei für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Westmächten und unseren übrigen westlichen Verbündeten innerhalb der NATO und der EG bei zahlreichen Anlässen bekundet worden. Uns läge daran, daß hierüber keine Zweifel entstünden." Vgl. den am 23. November 1979 konzipierten Drahterlaß; VS-Bd. 11190 (341); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Korrigiert aus: „16.11.1979".

5 Botschafter Wickert, Peking, berichtete am 19. November 1979, Ministerpräsident Karamanlis habe die Botschafter EG-Mitgliedstaaten in Peking über seine Gespräche mit Ministerpräsident Hua Guofeng informiert: „Karamanlis sagte, zu mir gewandt (in Englisch), er habe Hua gefragt, warum er sich bei seinem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland so nachdrücklich für eine Wiedervereinigung des deutschen Volkes ausgesprochen habe. Hua habe geantwortet, er habe dies aus menschlichen Erwägungen getan. Karamanlis habe darauf gesagt, daß die Wiedervereinigung des deutschen Volkes doch auch eine Frage von großer politischer Tragweite sei und viele Probleme mit sich bringe. Hua habe erwidert, dann werde er künftig diesen Fehler nicht wiederholen. [...] Über die Probleme, die Karamanlis mit der Wiedervereinigung des deutschen Volkes verbunden sah, wollte er sich nicht äußern. Warum Karamanlis diesen Einwand gegen Huas Bekenntnis zur Wiedervereinigung dem chinesischen Premierminister gegenüber aussprach, blieb mir, ebenso wie dem zuhörenden britischen und französischen Missionschef, unklar." Vgl. VS-Bd. 11075 (200); B 150, Aktenkopien 1979.

6 Percy Cradock.

7 Zhu Liqing.

29.11. daraufhin meinem Vertreter[8], sie sei über mein Gespräch mit dem Außenminister unterrichtet und könne uns mitteilen, daß die chinesische Haltung zur deutschen Wiedervereinigung unverändert sei. China vertrete den Standpunkt, daß es nur eine deutsche Nation gebe. Wie eng die Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands seien, könne man allein an der Zahl von jährlich 8 Mio. Besuchern aus der Bundesrepublik in der DDR ersehen. Der Wunsch, Deutschland wiederzuvereinigen, sei daher nur natürlich. Die Spaltung sei von Menschen gemacht und deshalb nicht natürlich. China werde auch weiterhin für die deutsche Wiedervereinigung eintreten.

Die Gesprächspartnerin teilte ferner mit, Karamanlis habe in seiner Unterredung mit MP Hua Guofeng die Ansicht geäußert, auch die Sowjetunion würde für eine Wiedervereinigung Deutschlands sein, wenn das Land neutralisiert werden könne. Hua Guofeng habe dem widersprochen, worauf Karamanlis seine Ansicht wiederholt habe. Daraufhin habe Hua nochmals erklärt, er sei damit nicht einverstanden. Er glaube vielmehr, daß die Sowjetunion nur dann für ein wiedervereinigtes Deutschland eintreten würde, wenn es nicht nur kommunistisch würde, sondern darüber hinaus auch ganz unter sowjetischem Kommando stünde.

[gez.] Wickert

VS-Bd. 13120 (210)

357

Botschafter Hermes, Washington, an Ministerialdirigent Montfort

114-10/79 streng geheim
Fernschreiben Nr. 4266
Citissime nachts

Aufgabe: 1. Dezember 1979, 13.40 Uhr[1]
Ankunft: 1. Dezember 1979, 20.25 Uhr

Betr.: Initiative aus dem iranischen Revolutionsrat

Bezug: DE Nr. 1283 vom 1.12.1979 – Dg 31 – streng geheim[2]

AM Vance empfing mich heute morgen um 11.45 Uhr in seinem Büro. Ich eröffnete das Gespräch mit der Bemerkung, daß meine Bitte, ihn heute morgen zur Übermittlung einer wichtigen Nachricht sehen zu dürfen, im Zusammenhang

8 Franz Keil.

1 Das Fernschreiben wurde am 11. Dezember 1979 von „streng geheim" auf „VS-vertraulich" herabgestuft.

2 Ministerialdirigent Montfort teilte Botschafter Hermes, Washington, mit: „1) Sie werden gebeten, den als Anlage folgenden Text so schnell wie möglich AM Vance zu übermitteln. BM Genscher hat Ihre Vorsprache AM Vance bereits telephonisch angekündigt. 2) Schreiben von Bazargan an Schah wird zunächst im Laufe des 2. Dezember von Teheran nach Deutschland gebracht (am 1.12. keine Flugmöglichkeit). Anschließend wird MDg Montfort, Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik, nach

mit den nachdrücklichen Bemühungen der Bundesregierung zu sehen sei, die USA bei ihren Anstrengungen um eine Beilegung der gegenwärtigen Krise in den iranisch-amerikanischen Beziehungen[3] zu unterstützen. Die Bundesregierung könne sich zum Inhalt dessen, was Gegenstand der Initiative Bazargans[4] sei, im einzelnen nicht äußern. Wir hielten es aber für wichtig, die amerikanische Seite ohne jeden Zeitverlust über die durch unseren Botschafter in Teheran[5] berichtete neue Initiative zu informieren. Sollten wir Kenntnis vom Inhalt des Schreibens erhalten, würde ich ihn unverzüglich unterrichten.

Ich unterrichtete Vance sodann anhand einer inoffiziellen Übersetzung über den Inhalt des Bezugserlasses. Vance nahm diese Mitteilung mit Dank entgegen und erklärte, er werde den Präsidenten[6] umgehend darüber informieren. Sein eigenes Urteil gehe jedoch dahin, daß er ein Eingehen des Schahs[7] auf die von Bazargan geäußerten Überlegungen für wenig wahrscheinlich halte. Die Initiative sei jedoch auch insoweit interessant, als sie einen neuen Einblick in die innere Situation im Iran und die Position Bazargans gebe, die offenbar doch noch bedeutender sei, als man dies in der letzten Zeit geglaubt habe.

Auf meine Bemerkung, daß der Beauftragte für Nah- und Mittelostpolitik, der das Schreiben persönlich nach New York bringen werde, voraussichtlich frühestens am Montag, 3.12., dort eintreffen könne[8], erwiderte Vance, er wisse nicht, ob der Schah dann noch in New York sei. Ebenso wenig wisse er, welches Reiseziel der Schah eventuell im Auge habe.[9] Er sicherte zu, daß er für den Zugang zum Schah Sorge tragen werde.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1827

New York kommen, um Brief dem Schah persönlich zu übergeben. 3) Wir stellen anheim, daß Amerikaner MDg Montfort einen Begleiter mitgeben, der Zugang zum Schah zwecks Übergabe des Schreibens ermöglicht. Genaue Ankunftszeit Montfort wird baldmöglichst übermittelt. 4) Wenn Vance fragt, ob wir von ursprünglichem Angebot Bazargan, von dem Schreiben Kenntnis zu nehmen, noch nachträglich Gebrauch machen wollen, bitten wir Sie zu sagen, das sei noch nicht entschieden. 5) Obiges Verfahren ist mit BM abgesprochen." Vgl. VS-Bd. 11152 (311); B 150, Aktenkopien 1979.
Zu dem als Anlage beigefügten Drahtbericht Nr. 1455 des Botschafters Ritzel, Teheran, vom 1. Dezember 1979 vgl. Anm. 4.

3 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 339.

4 Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 1. Dezember 1979, der frühere Ministerpräsident Bazargan habe ihn am selben Tag zu sich gebeten. Bazargan habe folgendes mitgeteilt: „Nach Abstimmung mit Präsidium Revolutionsrats [...] bäte er Bundesregierung, US-Regierung nahezubringen, auf Schah in geeigneter Weise einzuwirken, daß Schah freiwillig nach Iran zurückkehrt. Iran werde Schah freies Geleit zusichern und ihn nach Präsentation der Beschwerden des iranischen Volkes und Anhören seiner Darstellung wieder ausreisen lassen. [...] B[azargan] wiederholte seine Initiative und sagte, daß Lage verfahren sei, daß der Versuch, Schah zu überzeugen, gemacht werden müsse. Gäbe es keine Lösung in diesem Sinn, sei Khomeini auf keinen anderen Kurs festzulegen. Diese Bemerkung kann darauf schließen lassen, daß Khomeini auch hinter Initiative steht, sie mindestens als Ausweg sieht. [...] B. übergab mir Handschreiben von ihm an Schah. Es sei ein Schreiben von Mann zu Mann, und es müßte auch jetzt noch möglich sein, es zu schreiben. Er bäte, dieses Schreiben so schnell wie irgend möglich durch uns an Bestimmung zu bringen. Nachdem ich B.s Offerte, es zur Kenntnis zu nehmen, ablehnte, verschloß er Umschlag vor meinen Augen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1455; VS-Bd. 11152 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Gerhard Ritzel.

6 James E. Carter.

7 Mohammed Reza Pahlevi.

8 Zum Aufenthalt des Ministerialdirigenten Montfort am 3./4. Dezember 1979 in den USA vgl. Dok. 363.

9 Schah Reza Pahlevi hielt sich seit 22. Oktober 1979 in den USA auf, um sich einer medizinischen Untersuchung zu unterziehen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2251.
Am 2. Dezember 1979 begab sich Schah Reza Pahlevi von New York in ein Militärhospital in San

Auf meine weiteren Fragen zur jüngsten Lageentwicklung antwortete Vance, daß keine bedeutenden neuen Elemente zu verzeichnen seien. Er selbst wolle sich heute zur Debatte des Sicherheitsrates nach New York begeben.[10] Mit dem Zusammentreffen des Internationalen Gerichtshofes im Haag rechne er nicht vor dem 10.12.[11] Es sei die feste Absicht der Administration, sich auch weiterhin mit friedlichen Mitteln um eine Beilegung der Krise zu bemühen. Es gebe daher auch keine erhöhten militärischen Vorbereitungen. Sollte den Geiseln jedoch etwas zustoßen, dann allerdings würde eine gänzlich neue Lage entstehen.

AM Vance bat abschließend um Erwiderung der Grüße des Herrn Bundesaußenministers, die ich ihm zu Eingang des Gespräches übermittelt hatte.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 11152 (311)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1828

Antonio (Texas). Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 311 vom 3. Dezember 1979; Referat 311, Bd. 137622.

Am 15. Dezember 1979 verließ Schah Reza Pahlevi die USA und reiste nach Panama.

10 Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), informierte am 2. Dezember 1979, der UNO-Sicherheitsrat sei am Vortag „um 21.30 Uhr zu öffentlicher, bis kurz vor Mitternacht andauernder Sitzung" zusammengetreten: „Iran nahm an Sitzung nicht teil. Diplomaten-, Zuschauer- und Pressetribünen sowie Seitengänge des SR-Saals waren seit langer Zeit zum ersten Mal wieder überfüllt. Fernseh- und Radiostationen der USA übertrugen Sitzung direkt. US-Delegation wurde zwar nicht durch AM Vance, sondern UN-Botschafter McHenry geleitet, schloß jedoch Senator Church (Vorsitz außenpolitischer Senatsausschuß), Kongreßmitglied Zablocki (Vorsitz außenpolitischer Ausschuß Repräsentantenhaus) und weitere Kongreßmitglieder ein. Durch unerwartet große Redebeteiligung durch 13 SR-Mitglieder und zwei Nicht-SR-Mitglieder erhielt Sitzung erhöhte Bedeutung und wurde zu eindringlichem Appell an Iran zur Freilassung der Geiseln." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3369; Referat 230, Bd. 121062.

11 Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), berichtete am 29. November 1979: „USA haben am 29.11. IGH mit Antrag angerufen, Maßnahmen (‚injunctions') zur Freilassung der Geiseln und zur Gewährleistung ihrer Sicherheit bis dahin anzuordnen. USA halten IGH-Zuständigkeit aus Wiener Diplomatenschutzabkommen, dem USA und Iran angehören, für gegeben. Iranische Reaktion an IGH steht z.Z. noch aus, doch wollen hiesige Kollegen bereits von klarer Ablehnung erfahren haben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3311; Referat 230, Bd. 121062.
Ministerialdirektor Fleischhauer vermerkte am 18. Dezember 1979: „1) Am Samstag, den 15. Dezember, hat der IGH über den von den USA neben der Klage in der Hauptsache gestellten Antrag auf ‚einstweilige Maßnahmen' entschieden. Den von den USA gestellten Anträgen wurde in vollem Umfang stattgegeben. Die Entscheidung erging einstimmig. 2) Durch die Entscheidung des IGH wird die Regierung des Iran unter Hinweis auf die geltenden Verträge und das allgemeine Völkerrecht verpflichtet: a) Botschafts- und Konsulatsgebäude den US-Behörden sofort zur uneingeschränkten Benutzung und Verfügung zurückzugeben und die Unverletzlichkeit sowie den Schutz dieser Gebäude zu gewährleisten; b) alle US-Staatsbürger, die in Teheran oder an anderen Orten als Geiseln festgehalten werden, sofort freizulassen; c) für die Mitarbeiter der Botschaft und Konsulate der USA den vollen Schutz, die Achtung der Privilegien und Immunitäten zu gewährleisten [...]. 3) Die Entscheidung über ‚einstweilige Maßnahmen' enthält nur eine vorläufige Regelung und gilt nur bis zum Erlaß des Urteils des IGH in der Hauptsache. Trotz ihrer Vorläufigkeit ist die Entscheidung aber bindend für beide Parteien." Vgl. Referat 422, Bd. 121326.

358

Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, an das Bundeskanzleramt

Geheim **Aufgabe: 3. Dezember 1979, 15.02 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1061

Betr.: Gespräch mit SED-Generalsekretär Honecker am 3.12.1979[2]

Zusammenfassung:

In einem knapp einstündigen Gespräch habe ich Honecker heute die abgestimmte mündliche Botschaft des Bundeskanzlers[3] übermittelt und die verabredeten weiteren Punkte erläutert.

Im rüstungspolitischen Teil der Unterredung wiederholte Honecker den bekannten harten Standpunkt der Sowjetunion. Er bekräftigte ausdrücklich Gromykos Hinweis, daß nach einem Nachrüstungsbeschluß der NATO die Basis für Verhandlungen entfalle.[4] Reaktionen der Warschauer-Pakt-Staaten würden einem solchen NATO-Beschluß zwangsläufig folgen. Honecker propagierte den Vorschlag des dänischen Ministerpräsidenten Jørgensen, den NATO-Beschluß ein halbes Jahr aufzuschieben und in dieser Zeit „in Verhandlungen die Ernsthaftigkeit des Abrüstungswillens zu testen".[5]

In den bilateralen Fragen zeigte sich Honecker entgegenkommend. Er stimmte ausdrücklich einem Treffen mit dem Bundeskanzler in den ersten Monaten des Jahres 1980 zu.[6] Meine Verhandlungen mit Schalck könnten sogleich fortge-

1 Das Bundeskanzleramt verfügte die Übermittlung einer Ablichtung an Ministerialdirektor Blech. Hat Staatssekretär van Well am 4. Dezember 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher und Ministerialdirektor Blech anordnete.

2 Vgl. dazu ferner BONN UND OST-BERLIN, S. 485–488.

3 Ministerialdirektor Blech legte am 1. Dezember 1979 den Entwurf für eine Botschaft des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vor. Darin hieß es: „Der Bundeskanzler stimmt mit Ihnen darin überein, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf. Er ist wie Sie der Auffassung, daß in den zurückliegenden Jahren wichtige Fortschritte bei der Entwicklung der Zusammenarbeit und der Sicherung des Friedens in Europa erzielt worden sind. Dazu haben die beiden deutschen Staaten einen wesentlichen Beitrag geleistet. Diese Bemühungen sollten aktiv fortgesetzt werden. [...] Bei den Bemühungen um ein stabiles Gleichgewicht können die bestehenden Disparitäten im Mittelstreckenbereich nicht außer acht gelassen werden. Die Bundesregierung hat Verständnis für die legitimen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten. [...] Das Nordatlantische Bündnis wird im Dezember über eine ausgewogene Kombination von verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischen Maßnahmen beschließen. [...] Der Bundeskanzler würde eine persönliche Begegnung mit Ihnen in den ersten Monaten des kommenden Jahres begrüßen. Ein solches Treffen könnte schon sehr bald durch Beauftragte vorbereitet werden. Zweck der Begegnung wäre ein Meinungsaustausch, in dem bilaterale Fragen, die aktuellen Probleme der Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung sowie andere beiderseits interessierende Fragen erörtert werden könnten." Vgl. VS-Bd. 13110 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Vgl. dazu die Äußerungen des sowjetischen Außenministers Gromyko bei einer Pressekonferenz am 23. November 1979; Dok. 351, Anm. 14.

5 Zur Haltung Dänemarks bezüglich einer TNF-Modernisierung der NATO vgl. Dok. 345.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen notierte am 21. Dezember 1979 zu einem möglichen Treffen zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, im Jahr 1980: „1) Obwohl die eigentliche Vorbereitung des Arbeitstreffens des Bundeskanzlers mit Generalsekretär Honecker noch nicht angelaufen ist, da Ort, Zeit und Themen mit der anderen Seite jedenfalls meiner Kenntnis nach noch nicht fest vereinbart sind, erscheint es doch angezeigt, sich über die Vorbereitung der vom Bundeskanzler zu führenden Gespräche Ge-

setzt werden.[7] Die von mir aufgeworfene Amnestiefrage will Honecker „im positiven Sinn" prüfen lassen.

Honecker teilte mit, daß seine Seite über die Tatsache unserer Unterredung eine kurze Pressemitteilung herausgeben werde, wonach Fragen von beiderseitigem Interesse erörtert worden seien.[8]

Im einzelnen ist zu berichten:

Der SED-Generalsekretär hatte zu dem Gespräch, das im ZK-Gebäude stattfand, den Protokollchef des hiesigen Außenministeriums, Botschafter Jahsnowsky, hinzugezogen.

Ich trug eingangs die mündliche Botschaft des Bundeskanzlers als Antwort auf Honeckers Mitteilung vom 12.10.[9] vor.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1830

danken zu machen. 2) Dabei ist davon auszugehen, daß es sich bei dem Treffen um ein Arbeitstreffen, d.h. um eine relativ kurze Begegnung in kleinstem Kreise, handeln wird, die auch entsprechend in kleinstem Kreis auf hoher Ebene abschließend vorbereitet werden dürfte. [...] 3) Unter den bilateralen Fragen sollte der Bundeskanzler auch die gegen uns gerichteten Aktivitäten der DDR in der Berlin-Frage zur Sprache bringen [...]. 4) Unter den multilateralen Themen sollte angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit das Schwergewicht auf Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik sowie auf die Vorbereitung des KSZE-Folgetreffens in Madrid gelegt werden. Der Bundeskanzler sollte aber auch Fragen im Zusammenhang mit der Afrika-Politik der DDR ansprechen und davor warnen, daß die DDR hier Sand ins innerdeutsche Getriebe streut." Vgl. VS-Bd. 13113 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

7 Zu den Verhandlungen zwischen Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, und dem Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, vgl. Dok. 291.
Am 7. Dezember 1979 berichtete Gaus, am selben Tag habe er die Verhandlungen mit Schalck-Golodkowski fortgesetzt: „Schalck benutzte das heutige Gespräch zu einer Skizzierung des weiteren Verhandlungsablaufs, wie ihn die DDR sich vorstellt. Er begleitete dies mit dem Hinweis, daß zwar entsprechend den Ausführungen Honeckers in dessen Gespräch mit mir am 3.12. unsere Verhandlungen nun also fortgesetzt werden könnten; jedoch müsse weiterhin offenbleiben, wie weit die Situation, wie sie sich nach dem NATO-Beschluß der nächsten Woche entwickeln werde, unsere Verhandlungen beeinträchtigen könnte. Sodann skizzierte Schalck: Nach Auffassung der DDR könnte für Wartha/Herleshausen (große Lösung) und die Binnenwasserstraßen zuerst ein Gesprächsstand erreicht werden, der zu Leistungsverzeichnissen und, darauf gestützt, zu konkreten Ergebnissen führen könne. Daher sollten wir uns dieser Themen vorrangig annehmen. Wenn sich für diese beiden Komplexe eine Lösung abzeichne, so könnten Schalck und ich über eine Art ‚Minimalprogramm' der Werra-Entsalzung und ebenso auch über die Berliner Gewässerprobleme weitersprechen. In den Eisenbahn-Fragen könne er noch nicht genau sagen, worüber eine Verständigung möglich sein werde; die DDR prüfe derzeit noch unsere Vorschläge." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1085; VS-Bd. 13113 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

8 Vgl. dazu den Artikel „Erich Honecker empfing Gaus"; NEUES DEUTSCHLAND vom 4. Dezember 1979, S. 1.

9 In der undatierten Botschaft des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, an Bundeskanzler Schmidt, die der Ständige Vertreter der DDR in Bonn, Moldt, am 12. Oktober 1979 übergab, hieß es: „Der Generalsekretär ist der Meinung, daß ein Zusammenwirken hinsichtlich der Abrüstung, ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen in dieser lebenswichtigen Frage das Tor weiter öffnen würde für die Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse. Deshalb begrüßt er die Konsultationen zu Abrüstungsfragen, die bereits zwischen Herrn Staatssekretär van Well und mir stattgefunden haben. Die Probleme, die jetzt auf der Tagesordnung stehen, sind von so großer Bedeutung, daß die Absicht der USA und der NATO, in Westeuropa neue Typen amerikanischer Mittelstreckenraketen mit Kernsprengköpfen zu stationieren, für alle, die am Fortgang des Entspannungsprozesses interessiert sind, geradezu alarmierend sein muß. [...] Mit anderen Worten, die gesamte politische und militärisch-strategische Situation kann sich nur zum Schlechteren verändern. Ganz zu schweigen davon, daß die Realisierung dieser Pläne auch den Positionen der extrem rechten Reaktion in westeuropäischen Ländern zugute käme. Eine solche Situation würde sich zwangsläufig negativ auf die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auswirken". Vgl. VS-Bd. 14079 (010); B 150, Aktenkopien 1979. Vgl. auch BONN UND OST-BERLIN, S. 463–468.

Honecker stellte in seiner Erwiderung dazu fest, daß sich zu seinem Bedauern der Standpunkt des Bundeskanzlers in dem sogenannten Nachrüstungsbeschluß darauf hinaus, daß auf dem Gebiet der Bundesrepublik die meisten der neuen Waffen stationiert werden würden.[10] Westdeutschland werde damit zu einer Abschußrampe gegen die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Pakts. Für diesen NATO-Beschluß betätige sich die Bundesrepublik als „Vorreiter". Die DDR stelle mit Bedauern fest, daß von Bonn „Druck auf Belgien, die Niederlande und auch auf Italien ausgeübt" werde. Das Verhandlungsangebot der NATO sei in Wahrheit nur eine Verbrämung der Tatsache, daß durch die atomare Nachrüstung des Westens das SALT-II-Abkommen[11] unterlaufen werde.

Er (Honecker) müsse in Übereinstimmung mit der Sowjetunion und den übrigen WP-Staaten feststellen, daß seine Seite den Optimismus, den die Bundesregierung im Blick auf Verhandlungen nach dem NATO-Beschluß habe, in keiner Weise teile. Bekanntlich habe Gromyko nicht nur auf seiner Bonner Pressekonferenz, sondern auch in seinen Gesprächen[12] gesagt, daß nach dem beabsichtigten NATO-Beschluß die Basis für Verhandlungen entfalle. Reaktionen der Sowjetunion und des Warschauer Paktes müßten und würden dem NATO-Beschluß zwangsläufig folgen. Wie die Reaktionen im einzelnen ausfallen, könne und wolle er nicht sagen; auch wünsche die DDR nicht, irgendeinen Einfluß zu nehmen außer durch nachdrückliche Warnungen; aber sicher sei, daß man die Sowjetunion mit ihren Hinweisen auf die Konsequenzen ernstnehmen müsse.

Honecker sagte, er habe den Bericht des Bundeskanzlers zu diesen Fragen vor der SPD-Fraktion[13] gelesen. Dazu müsse er anmerken:

Das SALT-II-Abkommen begrenze die strategische Rüstung. Sein wesentliches Element sei es, das „bestehende Gleichgewicht auf niedrigerer Ebene" zu halten. Nach der jetzt beabsichtigten Modernisierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen würden diese „bis zum Ural" reichen. Dies aber sei „ein Unterlaufen von SALT II", noch bevor dies überhaupt in Washington gebilligt worden sei[14]. Er (Honecker) müsse bedauern, daß der Bundesverteidigungsminister Apel über die „Unausweichlichkeit" des NATO-Beschlusses gesprochen habe[15]; auch die rhetorische Frage von Egon Bahr, daß die Sowjetunion doch wohl weiter an Entspannung interessiert sei, sei bedauerlich. Selbstverständ-

10 So in der Vorlage.

11 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

12 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 341–344.

13 Zur Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 13. November 1979 vor der SPD-Bundestagsfraktion vgl. Dok. 323, Anm. 16.

14 Zur Frage der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 339, Anm. 31.

15 Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 13. November 1979: „Prawda veröffentlichte am 12.11. kurzen TASS-Bericht aus Bonn, in dem auf eine Reihe von Interviews von BM Apel hingewiesen wird, in denen BM Apel die kommende Entscheidung zugunsten einer Dislozierung eurostrategischer Waffen rechtfertigte und zugleich das Verhandlungsangebot der NATO hervorhob. Bericht zitiert BM Apel mit dem Satz, daß eine Entscheidung der NATO notwendig sei, weil Verhandlungen zu nichts führen würden, wenn es auf westlicher Seite nicht die erforderlichen militärischen Vorbereitungen gebe. Aus dieser Äußerung – so TASS – werde deutlich, daß der Minister klar von Verhandlungen unter Druck spreche." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4406; Referat 220, Bd. 116887.

lich seien die Sowjetunion und ihre Verbündeten an einer weiteren Entspannung interessiert. Dies würde jedoch durch den NATO-Beschluß gefährdet.

Honecker empfahl dann, der Bundeskanzler möge den Vorschlag des dänischen Ministerpräsidenten Jørgensen über eine Vertagung des NATO-Beschlusses aufgreifen, damit in dieser Zeit in Verhandlungen die Ernsthaftigkeit des Abrüstungswillens getestet werden könne. Es müsse auf jeden Fall Verhandlungen geben, bevor die NATO die Nachrüstung beschließe. Gerade aber die Bundesrepublik beteilige sich als Vorreiter in dieser Frage, so wiederholte Honekker. Ebenso sprach er ein weiteres Mal von dem Druck, der von Bonn auf kleinere NATO-Staaten ausgeübt werde.

Honecker führte aus, daß bei einem Krieg in Europa die Schwelle zum atomaren Krieg in jedem Fall überschritten werden würde. Dann werde wohl manches von der Sowjetunion und den USA übrigbleiben; von den beiden deutschen Staaten jedoch bleibe nichts erhalten. Vielleicht bleibe auch Frankreich übrig, denn das werde sich wohl in einem solchen Fall „heraushalten".

Man habe in der Nachrüstungsfrage Kontakt mit fast allen Parteien der II. Internationale gehabt; wohl nur mit Ausnahme der SPD und der israelischen Partei. Praktisch alle kontaktierten Parteien seien gegen den Nachrüstungsbeschluß der NATO. Im Grunde verhielten sich auch die Regierungen der betroffenen Länder ebenso wie die Parteien der II. Internationale. Honecker verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Bemerkung Epplers über die Provokation, die der Nachrüstungsbeschluß für die Sowjetunion darstelle; ähnlich habe sich auch der Bremer SPD-Politiker Scherf geäußert. Mit diesen Äußerungen gebe es viel Übereinstimmung, aber leider müsse er feststellen, daß es eine solche Übereinstimmung nicht zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten gebe.

Ich wies Honeckers Ausführungen über die Bonner Rolle als Vorreiter und den von ihm behaupteten Druck auf andere NATO-Staaten deutlich zurück. Der Bundeskanzler und die Bundesregierung nähmen die beabsichtigten Verhandlungen sehr ernst und strebten sie im Rahmen unseres Bündnisses mit Intensität an. Unter keinen Umständen könnte die Verhandlungspassage des beabsichtigten NATO-Beschlusses als eine „Verbrämung" bezeichnet werden. Ganz allgemein müsse ich für unsere Seite darauf hinweisen, daß gerade in schwierigen Zeiten Gesprächsfäden nicht abreißen dürften, damit alle Möglichkeiten genutzt werden könnten, um zu Verhandlungen zu gelangen.

Honecker milderte daraufhin seinen Standpunkt verbal etwas ab, zeigte sich jedoch in der Sache unverändert. Er sagte, er hoffe „bis zur letzten Minute" vor der NATO-Konferenz Mitte Dezember[16], daß man die dänische Haltung einnehmen werde, damit Verhandlungen in Gang kommen können. Derzeit sei die Lage so, daß man, anstatt zu verhandeln, zunächst einmal aufrüste. In der DDR würden in diesen Tagen sowjetische Truppen abgezogen, in dem anderen deutschen Staat jedoch Aufrüstungsbeschlüsse vorbereitet. Im Kern gehe es, so wiederholte Honecker, um die Stationierung der neuen Waffen, durch die vor allem

16 Zur gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.
Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

die Bundesrepublik zu einer Startrampe gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten werde. „Aber, wie gesagt, ich hoffe, daß sich die richtige Einsicht, daß man besser den Dänen folgen soll, bis zum 12. Dezember doch noch durchsetzt."

In diesem Zusammenhang sagte mir Honecker, daß der sowjetische Außenminister Gromyko morgen (4.12.) in Berlin (Ost) eintrifft. Die Außenministerkonferenz der WP-Staaten soll am Mittwoch beginnen und zwei Tage (also bis zum 6.12.) dauern.[17] (Protokollchef Jahsnowsky fragte ich später, als er mich zum Ausgang begleitete, ob und wann mit öffentlichen Verlautbarungen der Außenministerkonferenz zu rechnen sei. Jahsnowsky sagte, nach der bisherigen Planung werde es keine Pressekonferenz, wohl aber eine öffentliche Mitteilung geben; diese jedoch erst nach dem Schluß der Konferenz am Donnerstag[18].)

Honecker ging dann zu den bilateralen Fragen in der Botschaft des Bundeskanzlers über. Er sagte, er sei bereit, sich in den ersten Monaten des Jahres 1980 mit dem Bundeskanzler zu treffen. Auch begrüße er, daß unsere Seite den Besuch des Politbüromitglieds Mittag erwarte und der Bundeskanzler Dr. Mittag empfangen werde.[19] Bundesminister Hauff sei in der DDR willkommen.[20] Auch sei die DDR mit den Konsultationen im Blick auf die Madrider Konferenz[21] einverstanden; Einzelheiten darüber sollten auf Arbeitsebene verabredet werden. Meine Verhandlungen mit DDR-Staatssekretär Schalck könnten sogleich fortgesetzt werden, weil ein erfolgreiches Ergebnis dieser Arbeit im Interesse beider Seiten liege. Honecker fügte hinzu, daß es sicher auch im Interesse beider Seiten liege, diese Gespräche schnell zu einem Ende zu bringen, damit „kein Gewitter dazwischen kommt". Meine Erläuterungen zur Amnestiepraxis hinsichtlich der westdeutschen und West-Berliner Häftlinge[22] nahm er positiv auf. Er kündigte eine Amnestie etwa in Frage kommender Fälle an. Das Bedauern des Bundeskanzlers über den „öffentlichen Rummel", den es um Bahro[23] gegeben habe, nahm er dankend zur Kenntnis.

Honecker bat mich, dem Bundeskanzler seine Grüße zu übermitteln. Ich sagte ihm, auch der Bundeskanzler lasse ihn grüßen.

(Dieses Telegramm soll nicht nach Berlin (West) übermittelt werden. Ich unterrichte BK und StM[24] direkt.)

[gez.] Gaus

VS-Bd. 13110 (210)

17 Die Sitzung des Komitees der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts fand am 5./6. Dezember 1979 in Ost-Berlin statt. Vgl. dazu das Kommuniqué; EUROPA-ARCHIV 1979, D 49–55.

18 6. Dezember 1979.

19 Das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, hielt sich vom 16. bis 18. April 1980 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 17. April 1980 vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14082 (010); B 150, Aktenkopien 1980. Vgl. dazu ferner BONN UND OST-BERLIN, S. 504–515.

20 Bundesminister Hauff hielt sich vom 27. bis 30. Mai 1980 in der DDR auf.

21 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

22 Zur Amnestie in der DDR anläßlich des 30. Jahrestags ihrer Gründung vgl. Dok. 291, Anm. 18.

23 Zur Freilassung des Sozialwissenschaftlers Bahro vgl. Dok. 291, Anm. 19.

24 Hans-Jürgen Wischnewski.

359

Aufzeichnung des Oberst i.G. Genschel, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich **4. Dezember 1979**[1]

Betr.: Vermerk über Ihr[2] Gespräch mit dem norwegischen Verteidigungsminister Stoltenberg am Dienstag, 4. Dezember 1979[3]

Stoltenberg wies auf die kommende Debatte im norwegischen Verteidigungsausschuß hin. Das Problem der norwegischen Regierung bestünde darin, bei den Abgeordneten Zweifel an der Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit des Rüstungskontrollangebots sowie am Einfluß der Europäer auf solche Verhandlungen zu zerstreuen.[4]

Einige Argumente könnten leider nicht öffentlich gebraucht werden. Wenn die NO-Regierung für den Fall des Scheiterns in Brüssel[5] zu stark auf die Gefährdung der NATO verwiese, könne dies eher kontraproduktiv wirken.

Leider habe seine Regierung die NO-Öffentlichkeit nicht rechtzeitig genug mit dem Gesamtproblem vertraut gemacht, jetzt stünde man unter Zeitdruck. Die dänische Haltung fände in NO durchaus Zuspruch.[6]

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 7. Dezember 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung von BM Genscher" übermittelt. Dazu vermerkte Höynck: „Der Bundeskanzler hat den Vermerk noch nicht genehmigt."
Hat Wallau am 7. Dezember 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Blech, Ministerialdirigent Dröge, Botschafter Ruth sowie die Referate 201, 204 und 220 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Orig[inal] BM als Eingang."
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 7. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 8. Dezember 1979 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14077 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Helmut Schmidt.

3 Der norwegische Verteidigungsminister Stoltenberg nahm am SPD-Parteitag, der vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West) stattfand, teil. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 412 des Botschafters von Schmidt-Pauli, Oslo, vom 7. Dezember 1979; Referat 201, Bd. 120237.

4 Zur Debatte in Norwegen über die geplante TNF-Modernisierung der NATO vgl. Dok. 340, Anm. 24. Botschafter von Schmidt-Pauli, Oslo, berichtete am 6. Dezember 1979: „1) Die gestrige TNF-Debatte in der Fraktion der Arbeiterpartei, auf den Osloer Hauptstraßen von Demonstrationen und Fakkelzügen begleitet, endete mit einer Abstimmung, in der sich 48 Abgeordnete für die positive Linie der Regierung, 15 Abgeordnete dagegen aussprachen (zwei Enthaltungen). Damit ist es der Regierung gelungen, sich die grundsätzliche Handlungsfreiheit für die Zustimmung zu den NATO-Beschlüssen in Brüssel zu erhalten. 2) Offenbar fühlte sich aber die Regierung in diesem Bemühen angesichts des zunehmenden emotionalen Widerstands gegen die TNF-Modernisierung in der Partei und darüber hinaus im Lande unter erheblichem Druck. Anders ist nicht zu erklären, daß sie noch vor der Abstimmung in der Stortingsfraktion eine dramatische Entscheidung bekanntgab: a) MP Nordli wird heute, begleitet von AM Frydenlund und StS J. J. Holst, nach Washington fliegen, um dort Vizepräsident Mondale (wenn nicht gar Präsident Carter) den norwegischen Standpunkt und die Hoffnung vorzutragen, daß die NATO ihre Beschlüsse – möglichst unter Verzicht auf eine Stationierungsentscheidung – mit einem substantiellen Abrüstungsangebot verbindet. b) Der Vorsitzende der norwegischen Arbeiterpartei, Reiulf Steen, seit kurzem zugleich Handelsminister, soll ‚in Kürze' (genauer Zeitpunkt ist offen) nach Moskau reisen, um dort [...] den norwegischen Standpunkt darzulegen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 407; Referat 201, Bd. 120237.

5 Zur gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.
Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

6 Zur Haltung Dänemarks bezüglich einer TNF-Modernisierung der NATO vgl. Dok. 345.

Er habe die Absicht, vor allem die Gefahren für die Fortsetzung der Entspannungspolitik im Falle einer Ablehnung der NATO-Pläne in den Vordergrund seiner Argumentation zu stellen.

Er hielte es aus psychologischen Gründen für gut, wenn die NO-Regierung einen Ergänzungsvorschlag zum NATO-Beschluß vorlegen könne, der doch die Substanz des NATO-Beschlusses nicht beeinträchtige.

Er bäte BK um seine Meinung zu dem Gesamtkomplex sowie um seine Einschätzung der Haltung Gromykos und seine Prognose für den Verlauf des Parteitages[7].

Sie versicherten, Präsident Carter wüßte, daß er die Beziehungen zu vielen europäischen Staaten aufs Spiel setzte, wenn er nach dem NATO-Beschluß kein ernsthaftes Rüstungskontrollangebot an die sowjetische Führung richten würde. Auch Sie hätten Carter ein seriöses Arms-control-Angebot als Bedingung für die deutsche Zustimmung genannt. Intensive und ausreichende Konsultationen der europäischen Allianzpartner würden durch den beabsichtigten „consultative body" sichergestellt werden.[8]

Der NATO-Beschluß sollte nicht bis nach der SALT-II-Ratifikation[9] aufgeschoben werden. In der gegenwärtigen Krise würden sich die USA in einem solchen Fall von ihren Verbündeten im Stich gelassen fühlen.

[7] Der SPD-Parteitag fand vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin statt. In der Presse wurde berichtet, die Delegierten hätten am 5. Dezember „mit klarer Mehrheit den Antrag des Parteivorstandes zur Sicherheitspolitik angenommen. Damit stimmte er zugleich der Absicht des NATO-Rats zu, noch in diesem Monat ein Votum zur Produktion und Stationierung weitreichender amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Europa abzugeben. Die Anträge, die auf eine Ablehnung dieses Planes abzielten, wurden von einer allerdings beachtlichen Minderheit unterstützt. [...] Der Position des Parteivorstandes [...] standen zwei abweichende Ansichten gegenüber. Die gemäßigtere setzte sich dafür ein, in Brüssel noch keine endgültige Zustimmung zur Dislozierung dieser Waffen auszusprechen, sondern die definitive Entscheidung erst dann zu fällen, wenn die Dislozierung nach erfolgter Produktion unmittelbar anstehe. Die Stationierung sollte dieser Ansicht nach nur dann bejaht werden, wenn die bis dahin geführten Verhandlungen mit der Sowjetunion über ein Rüstungskontrollabkommen ohne hinreichendes Ergebnis geblieben sein sollten. Eine weitergehende Position fand in einem Initiativantrag ihren Niederschlag, in dem der Parteitag aufgefordert wurde, nicht nur die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa abzulehnen, sondern auch schon ihre Produktion [...]. In diesem Sinne argumentierte der derzeitige Juso-Vorsitzende Schröder." Vgl. den Artikel „Deutliche SPD-Mehrheit für die Nachrüstung des Westens"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 6. Dezember 1979, S. 1.

[8] Botschafter Ruth übermittelte der Botschaft in Washington am 30. Oktober 1979 den Wortlaut des amerikanischen Vorschlags zur Errichtung einer Special Consultative Group (SCG) für die SALT-III-Verhandlungen. Dazu führte er aus, dieser sei am 28. September zwischen der Bundesrepublik, Großbritannien und den USA vorbesprochen worden: „Anläßlich des Aaron-Besuches am 19.10.1979 haben wir den Amerikanern mitgeteilt, daß der Vorschlag für uns im großen und ganzen akzeptabel ist und unsere grundsätzliche Unterstützung finden wird. Wir haben angekündigt, daß wir zum Umfang des Mandats (keine ausschließliche Beschränkung auf TNF) und zum Verhältnis des zu schaffenden Konsultationsgremiums zum NATO-Rat noch zusätzliche Bemerkungen und Anregungen zu machen hätten. [...] Das vorgesehene Konsultationsgremium soll die bisherigen Konsultationen im NATO-Rat substantiell ergänzen, nicht ersetzen. Die Gruppe müßte deshalb in einem besonderen Verhältnis zum NATO-Rat stehen. [...] Die Zuständigkeit der Besonderen Konsultationsgruppe sollte nicht auf Fragen aus dem TNF-Bereich beschränkt bleiben, sondern auf Probleme aus dem interkontinentalstrategischen Bereich erweitert werden, falls dabei Interessen der Bündnismitglieder berührt werden." Vgl. den Drahterlaß Nr. 5477; VS-Bd. 11399 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

[9] Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 7. Dezember 1979 zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat: „1) Senator Byrd, Mehrheitsführer im Senat, hat nunmehr offiziell bestätigt, daß die Plenardebatte über SALT II nicht mehr in diesem Jahr beginnen kann. Byrd

Verteidigung sei ohne Solidarität im NATO-Bündnis und ohne die USA nicht denkbar, und wenn wir die USA im Stich lassen würden, würden die USA auch uns im Stich lassen.

Die dänische Position sei für Sie nicht akzeptabel, ebensowenig wie die holländische Position, Produktions- und Stationierungsbeschluß zu trennen[10].

Sie erläuterten dann, wie Sie mehrfach die SPD-Bundestagsfraktion[11] sowie andere SPD-Gremien intensiv über die Planungen der NATO und die Haltung der Bundesregierung informiert hätten. Teile dieser Informationen seien der Presse übergeben worden. Sie hätten dabei den Abgeordneten aber auch in aller Offenheit vertrauliche Informationen gegeben, verbunden mit der Bitte, diese nicht in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Sie seien hier nicht enttäuscht worden.

Offenheit wäre das entscheidende Kriterium! Die Existenz der NATO selbst stehe jetzt auf dem Spiel. Sollte die Iran-Krise[12] eskalieren, so seien ohne NATO-Solidarität die daraus resultierenden Bedrohungen nicht abzuwehren.

Zum Verlauf des Parteitages äußerten Sie sich optimistisch. Der entsprechende Antrag des Parteivorstandes[13] würde eine solide Mehrheit erhalten. Jedem Delegierten sei bewußt, daß mit dieser Frage die Existenz der Bundesregierung auf dem Spiel stünde. In der Bundesrepublik gäbe es unter Einschluß der CDU/CSU und der FDP eine breite Mehrheit für den NATO-Beschluß.

Sie gaben eine kurze Bewertung des Besuches von AM Gromyko in der Bundesrepublik.[14] Daß Gromyko Sie zum gleichen Zeitpunkt, als er seine etwas dramatisierte Pressekonferenz gab[15], für das Frühjahr nach Moskau eingeladen habe[16], sei für Sie ein deutliches Zeichen, daß die Sowjetführung die Entspannungspolitik auch nach dem NATO-Beschluß fortführen werde.

Hinsichtlich möglicher Ergänzungen des NATO-Beschlußvorschlages könnten Sie alles akzeptieren, was auch von den USA akzeptiert würde.

Sie könnten allerdings der norwegischen Regierung keinen Rat geben, welche Art von Ergänzungsvorschlag den gewünschten Doppelzweck haben könnte,

Fortsetzung Fußnote von Seite 1836

verwies dabei auf umfangreiche Tagesordnung, insbesondere Energiegesetzgebung und Chrysler-Sanierung. Byrd erwartete nicht, daß Verschiebung auf Anfang 1980 Nachteile für SALT II mit sich bringt. 2) Im Weißen Haus wurde Byrds Erklärung ohne Überraschung aufgenommen. Ungelöste Iran-Krise und Wiedererstarken der SALT-Gegner (seit Kuba-Affäre) hatte Hoffnung auf Beginn der SALT-Debatte vor Weihnachten zunehmend reduziert. 3) Es ist nicht mehr zu vermeiden, daß SALT mit Vorwahlen kollidiert, selbst wenn Senatsdebatte – wie derzeit geplant – am 21. Januar 1980 beginnt. Das Weiße Haus scheint derzeit entschlossen, die damit verbundenen Risiken in Kauf zu nehmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4360; Referat 220, Bd. 116911.

10 Zur Haltung der niederländischen Regierung bezüglich der TNF-Modernisierung vgl. Dok. 371.

11 Zur Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 13. November 1979 vor der SPD-Bundestagsfraktion vgl. Dok. 323, Anm. 16.

12 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 357.

13 Für den Wortlaut des Antrags des SPD-Parteivorstands zur Friedens- und Sicherheitspolitik, der auf dem SPD-Parteitag vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West) angenommen wurde, vgl. PARTEITAG DER SPD, Bd. 2, S. 1228–1244. Vgl. dazu ferner Dok. 323, Anm. 17.

14 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 341–344.

15 Zu den Äußerungen des sowjetischen Außenministers Gromyko bei einer Pressekonferenz am 23. November 1979 vgl. Dok. 351, Anm. 14.

16 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980.

die norwegischen Parlamentarier zur Zustimmung zu bewegen, ohne die Substanz des NATO-Beschlusses zu ändern.

Abschließend berichteten Sie, wie sich in Dublin[17] alle Regierungschefs gegenüber MP Jørgensen gegen den dänischen Vorschlag einer Verschiebung des NATO-Beschlusses um sechs Monate ausgesprochen hätten.

In den sechs Monaten können keine vernünftigen Verhandlungsergebnisse erzielt werden, die NATO stünde nach den sechs Monaten schlechter da als heute, und die militärische Stärke der Sowjetunion sei dann weiter gewachsen.

Genschel

VS-Bd. 14077 (010)

360

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vestring

311-320.10 IRN-934/79 VS-vertraulich **4. Dezember 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 6121 Plurez

Betr.: Sowjetische Haltung zu den Vorgängen in Iran[2]

Dem AA ist folgendes bekannt geworden:

1) Presse, Rundfunk und sowjetische Diplomatie (Gromyko) gaben seit dem 18.11. klar zu verstehen, daß die SU voll hinter dem Immunitätsprinzip der diplomatischen Vertreter eines Landes im Ausland steht und Übergriffe gegen sie als Verstoß gegen das Völkerrecht ansieht (Radio Moskau 25.11.79). Damit hat Moskau seine Zurückhaltung in dieser Frage aufgegeben und seine fortlaufende, für die iranische Haltung Verständnis zeigende Berichterstattung relativiert. Sogar der eindeutig pro-persische Propagandasender der SU in der Nähe von Baku im Kaukasus mahnte zur Freigabe der Geiseln (Nationale Stimme des Iran 20.11.). Das heißt jedoch nicht, daß die SU sich zu einer Kritik am Iran hinreißen läßt. Ein Blick in die sowjetische Presse zeigt, daß abgesehen von der Klarstellung hinsichtlich der Botschaftsbesetzung und der Geiselnahme die SU weiter mit deutlicher Sympathie für die iranische Revolution und mit Verständnis für den Anti-Amerikanismus Khomeinis und seiner Massen berichtet. Hinsichtlich der Botschaftsbesetzung soll die SU allerdings bereit sein, militärische Aktionen der USA zur Rettung der Geiseln oder als einmalige Vergeltungsaktion hinzunehmen, wie glaubhafte ND[3]-Hinweise besagen. In diesem Sinne

17 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. Dok. 362.

1 Durchdruck.

2 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 357. Zur Haltung der UdSSR vgl. Dok. 344, Anm. 18.

3 Nachrichtendienst.

soll Winogradow, Botschafter der SU in Teheran, auch die iranische Führung am 19.11. unterrichtet haben. Die Gründe für diese scheinbaren Korrekturen dürften folgende sein:

1.1) Die SU hat trotz erheblicher Bedenken die Botschaftsbesetzung und Geiselnahme nicht verurteilt, weil sie sie für kurzfristig hielt und nicht durch voreilige Kritik ihr labiles Verhältnis zum Iran[4] stören wollte. Durch die Eskalation der Lage und die internationale Reaktion sah sich die SU gezwungen, ihre Zurückhaltung aufzugeben, um nicht als Sympathisant von politischem Terror zu gelten. Außerdem wollte Moskau den Iran damit indirekt warnen, nicht mit der Hoffnung auf sowjetische Rückendeckung die Situation fortlaufend zuzuspitzen. Die iranische Seite hatte die SU immer wieder zu einer Äußerung in dieser Frage zu provozieren versucht, indem sie ihre Überzeugung über ein sowjetisches Eingreifen im Falle einer amerikanischen Intervention zum Ausdruck brachte (z. B. ehemaliger iranischer Außenminister Bani Sadr).

1.2) Die SU mußte angesichts der Möglichkeit amerikanischer Interventionsabsichten zur Rettung der Geiseln oder der Vergeltung[5] ihren eigenen Standpunkt klarmachen, um die Konfrontationsgefahr mit den USA im Falle eines militärischen Eingreifens so gering wie möglich zu halten und das bilaterale Verhältnis SU–USA nicht zum eigenen Schaden weiter zu belasten.

1.3) Die SU hält eine amerikanische Intervention mit begrenztem Ziel und von begrenzter Dauer nicht für bedrohlich und gedenkt wahrscheinlich sogar, den dann noch weiter anwachsenden Antiamerikanismus zu ihrem Vorteil propagandistisch auszunutzen (öffentlich gezeigte Empörung, Rückzugsultimatum).

4 Referat 213 notierte am 12. Dezember 1979 zum Verhältnis zwischen dem Iran und der UdSSR: „1) Generell ist die sowjetische Haltung zur Entwicklung im Iran mehrschichtig und widersprüchlich, da von den folgenden divergierenden Faktoren bestimmt: a) starke sowjetische Vorbehalte gegen die orthodox-theokratische und klar antisozialistische Ausrichtung der Regierung Khomeini, die der SU nie als Wunschpartner erschien; b) starkes sowjetisches Sicherheitsinteresse an stabilen Verhältnissen an der sowjetischen Südflanke [...]; c) sowjetische Besorgnis, die nationalistisch-separatistische Entwicklung in mehreren Regionen des Iran könnte auf sowjetische Randgebiete übergreifen, zumal mehrere der ‚unruhigen' ethnischen Gruppen im Iran (Kurden, Aserbaidschaner, Turkmenen) auch im Süden der SU vertreten sind; d) sowjetisches Interesse an kontinuierlicher Versorgung mit Erdöl/Erdgas (Lieferausfälle vom Sommer 1979 haben sich im transkaukasischen Raum der SU bereits bemerkbar gemacht). Faktoren b) bis d) legen aus der sowjetischen Interessenlage heraus Zusammenarbeit mit Khomeini nahe, Faktor a) spricht (zusammen mit den Unwägbarkeiten der weiteren Entwicklung im Iran) dagegen. 2) Nachdem die SU sich zunächst vorsichtig mit Khomeini solidarisiert und die ‚iranische Revolution' begrüßt hatte, ging sie in der Kommentierung ab August 1979 zu einer sehr viel vorsichtigeren Tonart mit warnenden Untertönen über". Vgl. Referat 213, Bd. 133140.

5 Botschafter Ritzel, Teheran, analysierte am 28. November 1979 mögliche militärische Maßnahmen der USA zur Befreiung der Geiseln in der amerikanischen Botschaft in Teheran. Er kam zu dem Ergebnis, daß „rüstungswirtschaftliche Sperrmaßnahmen", militärische Aufmärsche aller Art, die Zerstörung iranischen militärischen oder wirtschaftlichen Potentials sowie die militärische Besetzung begrenzter Gebiete „entweder wirkungslos oder gefährlich für das Leben der Geiseln" erscheinen würden. Über Luftlandeunternehmen und die „Infiltration von persisch aussehenden, möglicherweise Persisch sprechenden Einzelkämpfern" urteilte er: „Beide Maßnahmen versprechen keinen Erfolg. Selbst wenn die Befreiung der Geiseln in lebendem Zustand gelingen sollte, wäre es unmöglich, sie und die Befreier lebend außer Landes zu bringen." Strafmaßnahmen nach eventueller Ermordung der Geiseln seien „militärisch ohne weiteres durchführbar", doch über ihren politischen Nutzen wolle er „schweigen". So ergebe sich, „daß nach hiesiger Sicht militärische Maßnahmen mit dem Ziel, Geiseln zu retten, nicht vorhanden sind. Strafaktionen sind ein anderes Kapitel." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1445; Referat 311, Bd. 137622.

Gleichzeitig bemüht sich die SU, den Iranern den grundsätzlichen Konsensus zwischen iranischer Revolution und sowjetischer Sozialismusvorstellung zu versichern und ihn öffentlich herauszustreichen, wie die TASS- und PARS-Erklärungen zum Gespräch Gromykos mit dem iranischen Botschafter Mokri am 26.11.79 in Moskau[6] verdeutlichen („Atmosphäre der Freundschaft und gute Nachbarschaft", Zusicherung der moralischen Unterstützung für das iranische Volk), wobei die Botschaftsbesetzung angeblich als innere Angelegenheit ausgeklammert worden sein soll, was ganz im Sinne der SU wäre, um bilateralen Streitigkeiten aus dem Wege zu gehen.

Die offizielle Stellungnahme der moskauorientierten Tudeh-Partei zugunsten Khomeinis und der Botschaftsbesetzung zeigt, daß die SU nicht mit letzter Konsequenz diesem Terrorakt entgegentritt, um ihr Eisen im Feuer der iranischen Revolution heiß zu halten. Die SU hat also nur ihre Haltung präzisiert. Eine Kursänderung gegenüber dem Iran ist nicht feststellbar.

2) Ingesamt gesehen verläuft die Entwicklung im Iran durchaus im Sinne der SU. Der revolutionäre Prozeß ist wieder in Schwung gekommen. Wie bereits berichtet, äußerten sowjetische Diplomaten schon früher wiederholt die Ansicht, daß das islamische Vorzeichen bei weiterem Fortschreiten der Revolution mehr und mehr einem sozialistischen weichen würde. Inzwischen ist die Avantgarde, die in einer solchen zweiten Phase der Revolution die Führung nach sowjetischer Vorstellung übernehmen muß, wieder erstarkt. Das bestätigte der Führer der prosowjetischen Tudeh-Partei, Kianouri, ganz offen in einer Rede in der Teheraner Universität (Reuters vom 23.11.79). Ein gutes bilaterales Verhältnis SU–Iran kann sich in diesem Sinne durchaus auch weiterhin für die SU positiv auswirken. Moskau wird daher nichts unternehmen, was diese Entwicklung negativ beeinflussen könnte. Zusammenfassend ist folgende Haltung der SU zu erwarten: keine direkte Einmischung oder Kritik, verständnisvolle Berichterstattung, Distanzierung nur notgedrungen im Einzelfall.

Vestring[7]

VS-Bd. 11152 (311)

6 Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 28. November 1979: „Vor Hintergrund sich verschärfender iranisch-amerikanischer Krise ist von Bedeutung, daß hiesiger iranischer Botschafter Mokri am 26.11.1979 auf seine eigene Bitte hin von Gromyko empfangen wurde. Einen Tag später hielt Mokri eine Pressekonferenz für sowjetische und ausländische Journalisten in der iranischen Botschaft ab, zu der auch deutsche Korrespondenten eingeladen worden waren und teilnahmen. Mokri benutzte die Pressekonferenz zu heftigen Angriffen gegen die USA [...]. Mokri scheint bei seinem Zusammentreffen mit Gromyko hauptsächlich das Ziel verfolgt zu haben, sich vor dem Hintergrund einer aus iranischer Sicht zunehmenden amerikanischen Bedrohung der sowjetischen ‚moralischen' Unterstützung zu versichern. Als weiteres Motiv kommt möglicherweise hinzu, daß Mokri den sowjetischen AM um Erläuterungen seiner anläßlich der Pressekonferenz in Bonn vorgebrachten Äußerungen zu Iran ersucht hat." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4617; Referat 311, Bd. 137622.

7 Paraphe.

361

Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem chinesischen Stellvertretenden Außenminister Song Zhiguang

341-321.00 CHN **5. Dezember 1979**[1]

Gespräch des Staatssekretärs mit dem Vizeaußenminister der VR China, Song Zhiguang, am 5.12.1979 von 11.40 Uhr bis 12.45 Uhr

Nach Begrüßung des Staatssekretärs weist *Vizeaußenminister* darauf hin, daß er Beneluxstaaten besucht habe und sich auf der Durchreise durch die Bundesrepublik befände. Er habe die Grüße des Außenministers und des Vizeministers Zhang Wenjin und Huang Hua zu überbringen.[2]

StS dankt und hebt hervor, daß Bundesregierung es für außerordentlich wichtig erachte, mit Vertretern eines so bedeutenden Landes wie der VR China Gespräch zu führen. Er weist sodann darauf hin, daß der Besuch des chinesischen MP bei allen Gesprächspartnern einen tiefen Eindruck hinterlassen habe. Die Reise durch die vier größten Länder der EG[3] habe dem MP sicherlich einen umfassenden Eindruck über die wirtschaftlichen Möglichkeiten vermittelt und auch verdeutlicht, in welchen Bereichen die Zusammenarbeit ausgebaut werden könne. Es bestehe in Europa große Übereinstimmung der Bewertung weltpolitischer Themen und den Möglichkeiten, die Beziehungen zu China zu entwikkeln. StS erkundigte sich nach der Einschätzung des Besuches in der VR China.

Minister: Seines Wissens sei MP sehr zufrieden zurückgekehrt. Der Besuch habe für ihn einen großen persönlichen Gewinn bedeutet. Durch die Gespräche habe er ein noch tieferes Verständnis für die Lage der BRD bekommen. Die Voraussetzung für Vertiefung der Zusammenarbeit beider Länder sei dadurch verbessert worden. Die Lage der Bundesregierung unterscheide sich ein wenig von der Lage der anderen europäischen Länder. Es sei daher wichtig, sie zu kennen. Eine Woche nach der Rückkehr habe der Stellvertretende MP, Yu Qiuli, im Politbüro des ZK der Partei und im Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses einen umfassenden Reisebericht gegeben. Der Vizeaußenminister Zhang Wenjin sei über seine Gespräche mit dem Staatssekretär[4] eben-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bente gefertigt und von Ministerialdirektor Meyer-Landrut am 10. Dezember 1979 an Staatssekretär van Well weitergeleitet.
Hat van Well vorgelegen.
Hat Bente am 4. Januar 1980 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Umlauf."
Hat Vortragendem Legationsrat Ahrens am 4. Januar 1980 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Grassl am 7. Januar 1980 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 341, Bd. 110480.

2 So in der Vorlage.

3 Ministerpräsident Hua Guofeng hielt sich vom 15. bis 21. Oktober 1979 in Frankreich, vom 21. bis 28. Oktober in der Bundesrepublik, vom 28. Oktober bis 2. November in Großbritannien und vom 3. bis 6. November 1979 in Italien auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt am 22./23. Oktober 1979 vgl. Dok. 301 und Dok. 305.

4 Zum Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem chinesischen Stellvertretenden Außenminister Zhang Wenjin am 22. Oktober 1979 vgl. Dok. 304, Anm. 18.

falls sehr zufrieden gewesen. Letzterer möge bitte nicht die Einladung nach China vergessen.

Der *StS* weist sodann auf die ernsten Sorgen der Bundesregierung wegen der Lage im Iran hin. Die Botschaftsbesetzung[5] habe einen neuen Tatbestand im internationalen Leben geschaffen. Eine sehr gefährliche Entwicklung könne eintreten, wenn die Geiseln gefährdet würden. Wir hätten in letzter Zeit beunruhigende Informationen darüber, daß sich unter den Demonstranten zunehmend Angehörige der Tudeh-Partei bemerkbar machten. Der GS dieser Partei[6] habe die Geiselnahme gebilligt und Khomeini seine Unterstützung zugesagt unter gleichzeitiger Zusage der Loyalität gegenüber Moskau. Auch in den arabischen Ländern wüchse die Sorge. Wenn Geiseln etwas geschehe, sei die Gefahr sehr groß, daß die USA etwas unternähmen. Leider ignoriere der Iran den SR der VN. Es wäre sicherlich Aufgabe des SR, eine Lösung anzustreben. Wir begrüßten, daß sich VR China an Debatte im SR[7] beteiligt und das Geschehen verurteilt habe. Jetzt sei es wichtig, daß Iran sich gegenüber dieser Haltung des SR aufgeschlossen zeige. Der *Vizeminister* knüpfte an diese Ausführung die Frage, wie wir die Stellung Khomeinis beurteilen.

StS: Khomeini sei der entscheidende Faktor. Es gebe in seiner Umgebung Richtungskämpfe. Bani Sadr habe sich öffentlich in der Presse kritisch zur Politik seines Nachfolgers geäußert.[8] Bazargan sei wieder aufgetreten.[9] Studenten aber machten offensichtlich eigene Politik. Auflösungserscheinungen der Autorität seien festzustellen. Der Widerstand in den Minderheitsgebieten nehme zu. Auch Irak zeige sich besorgt. Welche Auswirkungen die Entwicklung auf Afghanistan habe, sei offen. Angriffe auf amerikanische Botschaften in Libyen[10] und Pakistan[11] und Besetzung der Moschee in Saudi-Arabien[12] verursachten größte Unruhe.

5 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 360.

6 Noureddin Kianouri.

7 Zur Sitzung des UNO-Sicherheitsrats am 1. Dezember 1979 vgl. Dok. 357, Anm. 10.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Vestring notierte am 29. November 1979: „Bisheriger Außenminister Bani Sadr wurde am 28.11. durch Entscheidung des Revolutionsrats abgelöst. Zum Nachfolger wurde Sadegh Ghotbzadeh, Leiter der staatlichen Rundfunk- und Fernsehbehörde, ernannt. Bani Sadr war am 9.11. mit der Führung des Außenministeriums betraut worden. Er wird das Wirtschafts- und Finanzressort weiterführen. Bani Sadr galt als marxistischer Wirtschaftstheoretiker mit wenig Erfahrung in der Außenpolitik. [...] Im Gegensatz zu seinem radikal revolutionären Habitus bemühte sich Bani Sadr jedoch bei den wiederholten Demarchen der Botschafter der Neun um eine praktische Lösung des Geiseldramas." Vgl. Referat 311, Bd. 137622.
Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 28. November 1979, im State Department habe man auf die Ablösung des iranischen Außenministers Bani Sadr „mit Bestürzung reagiert". Sein Nachfolger sei dort als „Hardliner" bekannt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4211; Referat 311, Bd. 137622.
Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 4. Dezember 1979: „Bani Sadr und Ghotbzadeh befehden sich weiterhin mittels Interviews und den ihnen zur Verfügung stehenden Medien [...]. Bani Sadr beharrt darauf, daß eine für Iran günstige Lösung nur durch intensive Nutzung internationaler Foren mit propagandistischem Schwerpunkt auf den Verbrechen des Schahs und weitmöglichstes Herunterspielen des Geiselthemas zu erzielen sei, während Ghotbzadeh ‚auf der Linie des Imams' den Sicherheitsrat der VN weiterhin negligieren will." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1487; Referat 311, Bd. 137622.

9 Vgl. dazu die Initiative des früheren Ministerpräsidenten Bazargan, Schah Reza Pahlevi zur Rückkehr in den Iran zu bewegen; Dok. 357 und Dok. 363.

10 Botschaftsrat Erck, Tripolis, berichtete am 2. Dezember 1979: „Vor hiesiger US-Botschaft fand heute eine größere Demonstration statt, an der nach amerikanischen Schätzungen etwa 800–1000 Personen beteiligt waren. Die Botschaftsangehörigen konnten bei Beginn der Demonstration un-

Der *Vizeaußenminister* betonte, daß auch die chinesische Regierung über die Entwicklung der Lage im Iran sehr beunruhigt sei. Khomeinis Herrschaft sei offenbar nicht sehr gefestigt. Wenn eines Tages Khomeini fallen sollte, dann sei eine Stärkung der prosowjetischen Kräfte zu befürchten.

Sie versuchten unter Vorwand der Unterstützung Khomeinis ihre eigenen Kräfte zu stärken. Wenn dies so weitergehe, würde eine sehr „ungünstige" Entwicklung eintreten. Der islamische Fanatismus habe großen Einfluß in den islamischen Ländern, was für ihre Stabilität sehr schädlich sei. China sei räumlich weit entfernt und könne daher nicht viel tun. BRD habe bessere Beziehungen zum Iran.

StS erwiderte, daß wir uns gegenüber den USA solidarisch verhielten. Wir hätten dies auch öffentlich klar und deutlich ausgesprochen. Wir nutzten unsere Kontakte zugunsten der Geiseln aus. Die Vertreter der Neun hätten am 4. Dezember mit dem Außenministerium gesprochen, eine Verbesserung der Lage der Geiseln zu erzielen.[13] Man versuche, in die Krise Iran–USA beruhigend einzuwirken und die Aktionen des GS der VN[14] zu unterstützen. Wir hätten eine Reihe von Kontakten in Khomeinis Umgebung mit solchen Persönlichkeiten, die früher in Deutschland gelebt hätten.[15]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1842

verletzt das Gebäude verlassen. Einigen Demonstranten gelang es, ins Foyer und Treppenhaus der Botschaft einzudringen und dort Feuer zu legen, das aber von der anwesenden libyschen Feuerwehr gelöscht wurde. Vor der Botschaft wurden Carter-Puppen und amerikanische Fahnen verbrannt. Die Demonstranten forderten auf Spruchbändern Solidarität mit dem persischen Volk und die Auslieferung des Schahs. [...] Die Demonstration war offensichtlich von den libyschen Behörden organisiert worden. Die überwiegend jungen Demonstranten waren mit Bussen zur Botschaft gefahren worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 326; Referat 311, Bd. 119932.

11 Zum Angriff auf die amerikanische Botschaft in Islamabad am 21. November 1979 vgl. Dok. 341, Anm. 26.

12 Zur Besetzung der Großen Moschee in Mekka am 20. November 1979 vgl. Dok. 347.

13 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 3. Dezember 1979, das amerikanische Außenministerium habe mitgeteilt, eine Demarche der Neun in Teheran solle unterbleiben, da nur eine geringe Chance bestehe, daß ihr stattgegeben werde. Sie sei im übrigen durch die Demarche der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 28. November 1979 hinfällig. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4280; Referat 311, Bd. 137622.
Referat 311 vermerkte am 7. Dezember 1979, am 4. Dezember 1979 hätten Australien, Dänemark, Finnland, Griechenland, Kanada, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, die Schweiz und Spanien beim iranischen Außenminister Ghotbzadeh demarchiert, um eine Hafterleichterung für die Geiseln in der amerikanischen Botschaft in Teheran bzw. deren Freilassung zu erreichen. Vgl. dazu Referat 311, Bd. 137622.

14 Ministerialdirigent Gorenflos vermerkte am 3. Dezember 1979 zu den Bemühungen von UNO-Generalsekretär Waldheim um eine Beendigung der Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran: „Neben SR-Sitzung bemüht sich VN-Generalsekretär intensiv um diplomatische Lösung. Waldheim ist in laufendem telefonischen Kontakt mit dem neuen iranischen Außenminister. [...] Waldheim hat Vorschlag einer Paketlösung vorgelegt: a) Freilassung der Geiseln und deren unversehrte Ausreise; b) Entsendung einer internationalen Untersuchungskommission zur Anhörung der iranischen Beschwerden über das frühere Regime; c) Aufhebung der gegenseitigen wirtschaftlichen Maßnahmen des Irans und der USA." Vgl. Referat 311, Bd. 137622.

15 Vgl. dazu die Gespräche des Staatssekretärs im iranischen Innenministerium, Tabatabai, mit Staatssekretär Fröhlich, Bundesministerium des Innern, am 30. April 1979 und mit Staatsminister Wischnewski, Bundeskanzleramt, am 3. Mai 1979; Dok. 323, Anm. 8.
Vgl. dazu ferner das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt und Wischnewskis mit dem stellvertretenden iranischen Ministerpräsidenten Tabatabai am 19. Oktober 1979; Dok. 240, Anm. 33.

Wir reduzierten unser Botschaftspersonal und lüden auch die Wirtschaftsvertreter ein, Gleiches zu tun.[16] Der Wirtschaftsverkehr verlaufe aber normal weiter. Allerdings wollten wir aus den Schwierigkeiten der USA keinen Vorteil ziehen. Wir hätten keine Anzeichen einer mangelnden Zahlungsbereitschaft auf iranischer Seite bei den laufenden Wirtschaftsbeziehungen festgestellt.

Der *Minister* erkundigte sich, ob die Einfrierung iranischen Vermögens in USA[17] Auswirkungen auf Westeuropa habe.

StS: Dies sei bisher nicht der Fall. Iranische Guthaben der amerikanischen Banken in Europa seien nicht blockiert. Wir wüßten allerdings nicht, ob und wieviel in die USA transferiert worden sei. Es handele sich um eine privatrechtliche Angelegenheit. Sollte Iran über Guthaben verfügen wollen und diesbezügliche Anordnungen nicht ausgeführt werden, stünde der Klageweg offen; nach unserer Auffassung unterlägen die Banken dem Territorialprinzip. Die USA könnten auf deutschem Boden keine Hoheitsrechte ausüben. Allerdings seien vier Fälle der Pfändung (Arrest) iranischer Vermögenswerte bekannt. Sie würden nach den Grundsätzen des IPR[18] entschieden. Danach könnten ausländische Gläubiger Vermögenswerte pfänden lassen. Allerdings stünde der Rechtsweg für die Frage offen, ob die Eigentumsrechte an diesen Vermögenswerten geändert werden dürften. Zwei Klagen seien anhängig, Morgan Trust, City Bank und First National Bank of Chicago wegen der iranischen Beteiligungen bei Krupp und Babcock.[19] Diese Rechtsstreitigkeiten seien für die Firmen selbst unbedeutend, da es sich um Aktienvermögen handele. StS bezog sich sodann auf das Gespräch mit Vizeaußenminister Zhang Wenjin anläßlich des Besuches des chinesischen Ministerpräsidenten und erkundigte sich danach, wie die chinesische Regierung die Lage in Indochina heute beurteile.

16 Am 23. November 1979 wies Vortragender Legationsrat Umlauff die Botschaft in Teheran an, „angesichts fortdauernder gespannter Lage [...] bei deutscher Kolonie auf verstärkte Beachtung der Ausdünnungsempfehlung vom 10.11.1979 zu drängen. Wiederholte Anfragen bei Lufthansa Frankfurt ergaben, daß bisher nur wenige Deutsche ausgeflogen sind, daß auch wieder Deutsche nach Iran reisen und daß deshalb die am 10.11.79 angenommene Zahl von 1900 Deutschen im Iran sich bisher nur unwesentlich verringert haben dürfte. [...] Botschaft sollte prüfen, wie weit über die Heimreise von Familienangehörigen hinaus auch die Anzahl der entsandten Botschaftsmitglieder und des vermittelten Kulturpersonals reduziert werden sollte." Vgl. Referat 311, Bd. 137625.

17 Am 14. November 1979 verfügte Präsident Carter, sämtliche iranischen Guthaben bei amerikanischen Banken, inklusive deren Filialen und Tochtergesellschaften im Ausland, einzufrieren. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2119.

18 Internationales Privatrecht.

19 Ministerialdirigent Montfort legte am 28. November 1979 den Entwurf einer Erklärung der Bundesregierung zum „Morgan-Trust-Arrest" vor. Darin hieß es: „Soweit der Bundesregierung zur Stunde bekannt ist, hat das Amtsgericht Essen auf Gesuch der Morgan Guaranty Trust Co. einen Arrest über Teile des Aktienbesitzes des iranischen Staates an der Fried. Krupp Hüttenwerke AG sowie an der Deutschen Babcock AG angeordnet. Diese Maßnahme soll der Sicherung von Ansprüchen der Morgan Guaranty Trust Co. gegen den iranischen Staat aus einem Konsortial-Kreditvertrag dienen. Die Bundesregierung war an diesem Verfahren zu keiner Zeit und in keiner Weise beteiligt. Nach der Zivilprozeßordnung hat in der Bundesrepublik Deutschland jeder Gläubiger einer Geldforderung das Recht, ein solches Verfahren zur Sicherung seiner Ansprüche zu beantragen. Der Schuldner hat nach deutschem Recht Möglichkeiten, die Verhängung eines Arrestes abzuwenden. Es handelt sich dabei um ausschließlich zivilrechtliche Vorgänge. Die schutzwürdigen Interessen beider Seiten werden von dem zuständigen Gericht gewahrt." Vgl. Referat 422, Bd. 121326. Ministerialdirektor Fischer notierte am 4. Dezember 1979, zum „Arrest der US-Bank Morgan Guaranty Trust in den Gesellschaftsanteil des iranischen Staats bei der Fried. Krupp GmbH" seien inzwischen „vier weitere Arrestanträge dreier amerikanischer und eines Schweizer Gläubigers hinzugekommen". Vgl. Referat 422, Bd. 121326.

Der *Vizeminister Song* wies auf folgende drei Elemente hin:

1) Die erwartete Trockenzeit-Offensive durch Vietnam habe begonnen.[20]

2) Die Kräfte Pol Pots würden sicherlich in Schwierigkeiten geraten. Das Ziel ihrer Liquidierung werde aber sicherlich nicht erreicht werden. Andere Kräfte leisteten ebenfalls Widerstand, sie entwickelten sich.

3) Reise Sihanouks nach Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Belgien (und den Niederlanden?).[21] Nach drei Monaten beabsichtige er, nach Peking zurückzukehren. Welches seine Ziele seien, wisse man nicht, man habe nicht die Absicht, sich einzumischen. Leider unterschieden sich Sihanouks Reden häufig von seinem Handeln. Die chinesische Regierung verfolge ihm gegenüber folgenden Grundsatz: Leiste er militärischen Widerstand, dann erhielte er chinesische Unterstützung. Tue er dies nicht, dann könne auch die chinesische Regierung nichts für ihn tun. Sihanouk sei allerdings ein alter Freund Chinas, die chinesische Regierung hoffe aber, daß er einen Beitrag zum Kampf gegen Vietnam leisten werde. Sihanouk habe die Absicht, fünf Briefe an den vietnamesischen Ministerpräsidenten zu schreiben, vier seien inzwischen geschrieben[22] und alle vier auch zurückgeschickt worden. Sihanouk hoffe offenbar, Vietnam zum Rückzug seiner Truppen bewegen zu können. Die Voraussetzungen hierzu seien jedoch nicht gegeben. Sihanouks Einfluß sollte nicht überschätzt werden.

StS wies darauf hin, daß Sihanouk auch einen Besuch in Süddeutschland bei Freunden machen wolle.[23] Er sei im Auswärtigen Amt willkommen, wenn er dies wünsche.

20 Oberstleutnant i. G. Edler von Braunmühl, Bangkok, berichtete am 21. Dezember 1979: „In Westkam[bodscha] und im Zuge der tha[iländisch]-kam[bodschanischen] Grenze ist es zu einem Aufwachsen der vie[tnamesischen] Truppen gekommen. [...] Die neue Kräfteordnung läßt darauf schließen, daß vie. Truppen in Kürze ihre Operationen gegen die Widerstandsgruppen in Kam intensivieren werden. Dies wird erhärtet durch die vom tha. Supreme Command wie von amerikanischen Stellen gleichermaßen gestützte Theorie, daß Vie aus Anlaß des vie. Streitkräftetages am 22.12.79 zu einer Offensive antritt. Dabei dürfte, wie schon gemeldet, der Hauptstoß gegen das Kardamon-Gebirge geführt werden, um die Mehrzahl der in diesem Raum operierenden Pol-Pot-Kräfte zu zerschlagen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1358; Referat 340, Bd. 110609.

21 Prinz Sihanouk reiste am 25. November 1979 nach Frankreich. Botschafter Wickert, Peking, berichtete am selben Tag, Sihanouk habe ihm kurz vor seinem Abflug sein Reiseprogramm mitgeteilt: „Ende November 1979 bis Januar 1980 Frankreich. Zweite Hälfte Januar 1980 Bundesrepublik Deutschland, Belgien. Erste Hälfte Februar Schweden. Zweite Hälfte Februar weiterer Aufenthalt in Europa, aber noch nicht endgültig festgelegt. März Volksrepublik China. April Korea. Mai Frankreich und danach USA. Juni USA. Juli Australien, auch ein oder zwei Länder Südostasiens. September Japan. Danach Rückkehr nach Peking." Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1935; Referat 340, Bd. 110616.

22 Vgl. dazu das Schreiben des Prinzen Sihanouk vom 7. Oktober 1979 an Ministerpräsident Pham Van Dong; Referat 340, Bd. 110617.
Gesandter Keil, Peking, berichtete am 20. November 1979, nach seinen Schreiben vom 7. und 22. Oktober habe sich Prinz Sihanouk am 11. November 1979 zum dritten Mal an Ministerpräsident Pham Van Dong gewandt. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 1625; Referat 340, Bd. 110609.

23 Referat 340 notierte am 20. November 1979 zur Reise des Prinzen Sihanouk: „Er beabsichtigt, im Anschluß an den Besuch Belgiens seinen Freund Klaus Mehnert (voraussichtlich im Januar 1980) in Freudenstadt im Schwarzwald zu besuchen. [...] Absicht Sihanouks dürfte sein, Unterstützung für seine im September 1979 in Nordkorea gegründete ‚Confédération des Khmers Nationalistes' zu suchen. Er will zu diesem Zweck Gespräche mit kambodschanischen Exil-Politikern und, wenn möglich, mit Vertretern der Regierungen der von ihm besuchten Länder führen." Vgl. Referat 340, Bd. 110616.

Vielleicht würde ein Angehöriger des Auswärtigen Amts mit ihm ein Gespräch an seinem Aufenthaltsort führen. Sihanouk habe sich kritisch zu unserer Abstimmung in den VN geäußert, wo er von uns die Politik des leeren Stuhls in der Frage der Vertretung Kambodschas erwartet hätte. Frankreich hätte sich in seinen Augen besser verhalten.[24]

Der *Vizeaußenminister* erwiderte, China verfolge in Kambodscha folgende Ziele:

1) Die Unterstützung aller Kräfte, die dort Widerstand leisten, mit dem Ziel, die Vietnamesen aus Kambodscha zu vertreiben.

2) Nach Vertreibung der vietnamesischen Truppen sei es Sache des kambodschanischen Volkes zu entscheiden, was für eine Regierung es einsetzen wolle. China hoffe, daß es ein blockfreies, neutrales Land bleiben werde. Gegenwärtig aber gelte: Alle Kräfte müssen sich einigen und gemeinsam handeln.

Dieser Grundsatz sei auch Sihanouk mitgeteilt worden. Letzterer habe verständlicherweise Schwierigkeiten, sich mit Pol Pot zusammenzusetzen, denn er sei von ihm schlecht behandelt worden. Heute aber befände sich der Feind im Hause, und es käme darauf an, alle vorhandenen Kräfte des Widerstandes zu einigen. Sihanouk habe diesen Rat nicht akzeptiert. Das kambodschanische Volk befände sich in einer sehr schwierigen Lage, die Menschen dort hungerten und stürben. Ihnen müsse daher geholfen werden. China begrüße daher die humanitäre Hilfe anderer Länder, ebenso wie es auch selbst Hilfe leiste. Wichtig sei, daß diese humanitäre Hilfe nicht in die Hände der Vietnamesen falle. Es sei bekannt, daß sich die Vietnamesen in großen Versorgungsschwierigkeiten befänden und daß sie darauf aus seien, sich humanitäre Hilfsgüter anzueignen. China leite daher seine Hilfe über Thailand.

Es hoffe, daß sich auch andere Länder dieses Weges bedienten, denn nach US-Berichten seien Hilfsgüter bereits in die Hände vietnamesischer Soldaten gefallen, auch seien Güter aus der humanitären Hilfe auf dem Markt von Hanoi festgestellt worden.

Wenn Pol Pot in der Lage sein werde, fünf Jahre durchzuhalten, dann werde auch der Zeitpunkt kommen, an dem Vietnam zu einer politischen Lösung bereit sein könnte. (Vizeaußenminister wies hier indirekt auf das chinesische Argument hin, daß bei einem solchen Zeitablauf Kräfte an die Macht kommen würden, die verhandlungsbereit sein könnten.) Voraussetzung für eine politische Lösung sei jetzt noch nicht gegeben. Die chinesische Seite hätte hierüber eingehend mit Sihanouk gesprochen.

24 Zur Haltung der Bundesrepublik in der Frage der Vertretung Kambodschas in der UNO vgl. Dok. 265, Anm. 10.
Botschafterin Feilner, Singapur, berichtete am 8. Dezember 1979: „1) Prinz Sihanouk hat in Paris dem Frankreich-Korrespondenten der Singapur ‚Straits Times' ein Interview gewährt, das diese auch in anderen Ländern Südostasiens stark beachtete Zeitung am 7.12.1979 im vollen Wortlaut abgedruckt hat. 2) In diesem Interview befaßt sich der Prinz u. a. mit der Haltung der ASEAN-Länder in der Frage der Anerkennung des Pol-Pot-Regimes. Sihanouk äußert sich sehr enttäuscht über die Tatsache, daß ASEAN in Havanna und auf der VN-Sitzung [in] New York für Pol-Pot-Regierung votiert hat. Er plädierte ein weiteres Mal für Selbstbestimmungsrecht des kambodschanischen Volkes unter internationaler Aufsicht. Westliche Länder und ASEAN täten gut daran, dem französischen Beispiel (empty seat proposal, free elections under international supervision) zu folgen. ASEANs Befürchtung, eine ‚Politik des leeren Stuhls' würde notwendigerweise der Heng-Samrin-Regierung nützen, sei unbegründet." Vgl. den Schriftbericht Nr. 706; Referat 340, Bd. 110609.

StS: Was der Bundesregierung Sorgen bereite, sei die Lage der Menschen in Kambodscha. Sie stelle sich die Frage, wie man die Substanz des kambodschanischen Volkes erhalten könne. Müsse man nicht befürchten, wenn der Kampf so lange andauere, daß es dezimiert werde? Könne man nicht wenigstens erreichen, daß die Grenzgebiete, in denen sich die Menschen angesammelt hätten, vom Kampfe verschont blieben? Wir überlegten daher, wie man auf die Parteien einwirken könne, um die Flüchtlingsgebiete von Kampfhandlungen zu verschonen.

Der *Vizeminister* antwortete, soweit die chinesische Regierung unterrichtet ist, verfüge Pol Pot heute etwa über 30 000 Soldaten, Son Sann verfüge über einige Tausend. Sie dürften sich noch verstärken. Darüber hinaus gebe es heute im ganzen Land Widerstandsgruppen. Es sei auch eine Absprache getroffen worden, daß beide Gruppierungen sich nicht bekämpfen, sondern nach Möglichkeit ihre Aktionen koordinieren. Selbst wenn es den Vietnamesen gelingen sollte, einen großen Teil der Pol-Pot-Kräfte zu vernichten, werden die Kämpfe doch fortgesetzt werden.

Daran anschließend ging der Minister auf die sowjetisch-chinesischen[25] und die sino-vietnamesischen Verhandlungen[26] ein. Zu den ersteren stellte er jedoch nur fest, daß die erste Runde in Moskau abgeschlossen sei und die zweite Runde im Frühjahr nächsten Jahres beginnen werde. Man habe sich im wesentlichen die gegenseitigen Positionen dargelegt, Ministerpräsident Hua habe während seines Deutschlandbesuches die chinesische Verhandlungsposition erläutert.

Die sino-vietnamesischen Verhandlungen würden in Peking fortgesetzt. Zunächst hätte die vietnamesische Seite jede Woche eine, dann jede zweite Woche eine und schließlich jede dritte Woche eine Sitzung verlangt. Es gehe der vietnamesischen Delegation in Peking darum, Propaganda zu treiben und die vietnamesischen Aktionen in Kambodscha abzuschirmen. Sie beabsichtige offenbar nicht, sich aus Peking zurückzuziehen, um den Schein der Verhandlungen zu wahren, vielleicht, so führte der Minister ironisch hinzu, bleiben sie auch in Peking, weil man dort besser lebe als in Hanoi.

StS lenkte die Diskussion auf das Problem Kambodschas zurück und deutete an, daß Heng Samrin vielleicht den Wunsch habe, seine Isolierung zu durchbrechen. Vielleicht möchte er den Nachweis erbringen, daß sein Regime sich verantwortlich verhalten könne. Es könnte doch so sein, daß er durch Zusam-

25 Zu den chinesisch-sowjetischen Verhandlungen vgl. Dok. 286, Anm. 6.

26 Gesandter Keil, Peking, berichtete am 21. Dezember 1979: „Die chinesisch-vietnamesischen Verhandlungen (zehnte Sitzung der zweiten Runde) wurden am 19.12.1979 in Peking fortgesetzt. Beide Seiten bedauerten in dem veröffentlichten Redeabtausch ihrer Delegationsleiter die Erfolglosigkeit und den Stillstand der Verhandlungen. Die Rede des chinesischen Vizeaußenministers Han Nianlong resümierte die in der letzten Zeit von Xinhua vorgetragenen Vorwürfe gegenüber Vietnam: erneute Grenzverletzungen an der chinesisch-vietnamesischen Grenze, regionale Hegemoniepolitik Vietnams gegenüber Kambodscha (entgegen UN-Resolution) und gegenüber Laos, Provokationen gegenüber Thailand. Es herrsche eine gespannte Lage. In einer Protestnote vom 18.12.1979 warnte das chinesische Außenministerium die vietnamesische Botschaft, daß Vietnam die Verantwortung für alle Konsequenzen aus dieser Entwicklung trage. Han Nianlong erklärte, China werde Thailand in seinem Widerstand gegen Bedrohung und Invasion zur Seite stehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2077; Referat 341, Bd. 110491.

menarbeit mit den humanitären Organisationen den Beweis antreten möchte, daß sein Regime sich gegenüber den Menschen verantwortlich verhielte. Immerhin sei die Mehrheit der Dritten Welt und der VN-Mitgliedstaaten gegen das Heng-Samrin-Regime eingestellt.

Der *Minister* erwiderte hierauf, Heng Samrin habe nichts zu sagen, es komme ausschließlich auf die Vietnamesen an.

StS bestätigte, daß die Wurzel des Übels auch nach unserer Auffassung die Intervention der[27] Vietnamesen sei, die Bundesregierung fordere daher den Truppenrückzug und die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes. Gleichzeitig aber suche sie nach Wegen, wie der Dezimierung des kambodschanischen Volkes Einhalt geboten werden könne.

Der *Minister* wechselte an diesem Punkt zu EG-Problemen über. Er wies darauf hin, daß er mit dem luxemburgischen AM Thorn über den Europäischen Rat in Dublin[28] gesprochen habe und erkundigte sich danach, wie die Bundesregierung die Lösung des Problems GB–Gemeinschaft sehe.

StS unterstrich, daß es notwendig sei, einen Kompromiß zu finden. Britischer PM[29] habe hohe Forderungen gestellt, die mit den Möglichkeiten der Gemeinschaft nicht vereinbar seien.

Sie habe zu hoch „gepokert", allerdings habe sie im Parlament jetzt Kompromißbereitschaft erkennen lassen. Die Bundesregierung hoffe, daß sie für die Annahme eines Kompromisses die innenpolitischen Voraussetzungen schaffe. Die Bundesregierung hoffe noch auf eine Verbesserung des Angebotes, es gehe um Beträge, nicht um Prinzipien. Die Bundesregierung ginge jedenfalls davon aus, daß GB an der EG festzuhalten wünsche; so solle die PM gesagt haben: „We are stuck with the Community, and the Community is stuck with us."

Referat 341, Bd. 110480

27 Die Wörter „Intervention der" wurden von Staatssekretär van Well handschriftlich eingefügt.
28 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. Dok. 362.
29 Margaret Thatcher.

362

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ellerkmann

012-312.74 VS-NfD **Aufgabe: 5. Dezember 1979, 16.25**[1]
Fernschreiben Nr. 144 Ortez

Betr.: Zum 15. Europäischen Rat am 29./30. November 1979 in Dublin

I.1) Im Mittelpunkt der Diskussion des 15. ER, der von PM Lynch geleitet wurde[2], stand neben der Weltenergielage die Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung in der Gemeinschaft, wobei die britischen Nettoleistungen (bei Abzug der Rückflüsse von den britischen Beiträgen zum System der eigenen Einnahmen der Gemeinschaft) das beherrschende Thema bildeten. Der ER erörterte ferner die wirtschaftliche und soziale Lage der Gemeinschaft. Er beauftragte den Rat der AM, den sogenannten Bericht der Drei Weisen (Biesheuvel/NL, Dell/GB, Marjolin/F) über die institutionelle Entwicklung der Gemeinschaft[3], den er am 5./6. Dezember 1978[4] in Auftrag gegeben hatte, zu prüfen. Im Rahmen der EPZ verabschiedete der ER je eine Erklärung zur Lage im Iran und in Kambodscha[5] (s. Info-Funk 1002-1/2/3 vom 1.12.79 und Wortlaut der Schlußfolgerungen des Vorsitzes im Bulletin Nr. 149 vom 5.12.79[6]).

2) Obwohl in der Frage der britischen Nettoleistungen keine Einigung erzielt wurde, hat der Herr Bundeskanzler das Gesamtergebnis vor der Presse als insgesamt positiv bezeichnet (vgl. Info-Funk 1001-0112). Diese Einschätzung wird im wesentlichen von den folgenden Erwägungen getragen:

1 Durchdruck.
Das von Hilfsreferent Rowas konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 24.

2 Irland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

3 Zur Berufung eines Ausschusses von „Drei Weisen" durch den Europäischen Rat am 4./5. Dezember 1978 in Bremen vgl. Dok. 22, Anm. 35.
Unterabteilung 41 legte am 28. November 1979 zum „Bericht der Drei Weisen" dar: „Der Bericht wurde den Regierungen der M[itglied]S[taaten] anläßlich des Rats vom 20. November übermittelt. Eine angemessene Prüfung und insbesondere die Herbeiführung einer einvernehmlichen Haltung der Bundesregierung zu den Vorschlägen der Drei Weisen war daher noch nicht möglich. Da sich alle MS in derselben Lage befinden, geht die irische Präsidentschaft – worüber im Rat vom 20.11. Einvernehmen erzielt wurde – davon aus, daß der ER in Dublin nur prozedurale Beschlüsse über die weitere Behandlung des Berichts faßt und zu seinem materiellen Inhalt noch nicht Stellung nimmt. [...] Die Drei Weisen haben bewußt auf visionäre Vorschläge verzichtet. Sie haben sich ihrem Mandat entsprechend auf konkrete Vorschläge beschränkt, die keiner Änderung der Verträge bedürfen. Dieses pragmatisch-realistische Vorgehen sollte begrüßt werden und damit der Dank an die Drei Weisen für ihre profunde Analyse und ihre an dem Ziel der größtmöglichen Effizienz der Gemeinschaftsorgane ausgerichteten Vorschläge verbunden werden." Vgl. Referat 410, Bd. 121964.

4 Zur Tagung des Europäischen Rats am 4./5. Dezember 1978 in Brüssel vgl. AAPD 1978, II, Dok. 380.

5 Für den Wortlaut der Erklärungen des Europäischen Rats zu Iran und Kambodscha vgl. BULLETIN 1979, S. 1363.

6 Für den Wortlaut der „Schlußfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats" vgl. BULLETIN 1979, S. 1361–1363.

a) Die Vertagung der Diskussion über das Problem der britischen Nettoleistungen auf den nächsten ER[7] ermöglichte es, eine Krise in der Gemeinschaft zu vermeiden. Diese Krise wäre angesichts der Situation im Iran[8] und der mit der Nachrüstung der NATO zusammenhängenden Probleme zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt gekommen.

b) Der ER hat sich nachdrücklich für eine wirksamere Energiepolitik der Gemeinschaft ausgesprochen und die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen Ölerzeuger-, Industrie- und Entwicklungsländern erneut unterstrichen.

c) Der ER hat angesichts der ölpreisbedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten die wirtschaftspolitische Orientierung der Gemeinschaft, die in erster Linie auf die Bekämpfung der Inflation ausgerichtet ist, bekräftigt.

II. 1) Die Diskussion der Konvergenzproblematik war durch den Gegensatz zwischen der britischen Premierministerin und den übrigen Mitgliedern des ER gekennzeichnet. Mrs. Thatcher verfolgte mit Intransigenz ihre Forderung nach einem annähernden Ausgleich (broad balance) des britischen Nettosaldos, der nach den Berechnungen der Kommission für 1980 auf etwa 1,5 Mrd. ERE zu veranschlagen ist. Die übrigen Regierungschefs[9] betonten demgegenüber, daß jede Lösung des Problems die tragenden Grundsätze der Gemeinschaft, insbesondere des Systems der eigenen Einnahmen, nicht antasten und sich im Rahmen des finanziell Vertretbaren halten müsse. Zum System der eigenen Einnahmen gehört hierbei auch der Grundsatz, daß sich die Ausgaben der Gemeinschaft nach der jeweiligen Politik und nicht nach Gesichtspunkten des Finanztransfers richten. Acht Mitglieder des ER waren auf dieser Grundlage bereit, der britischen Seite durch eine Verbesserung des in Dublin 1975 zugunsten GBs beschlossenen Korrekturmechanismus[10] entgegenzukommen. Nach den Berechnungen der Kommission hätte eine Beseitigung aller einschränkenden Bestimmungen dieses Mechanismus eine Nettoleistung zugunsten GB von rd. 520 Mio. ERE zur Folge. Nicht alle Mitglieder des ER waren im Gegensatz zum BK bereit, diese Möglichkeit voll auszuschöpfen. Mrs. Thatcher war jedoch nicht bereit, auf eine Summe von 520 Mio. ERE einzugehen.

2) Einigkeit wurde schließlich, nachdem auch Mrs. Thatcher Kompromißbereitschaft ausdrücklich bekundet hatte, dahingehend erzielt, daß die Vorschläge der Kommission zur Verbesserung des Korrekturmechanismus eine nützliche Grundlage für eine Lösung des Problems darstellen könnten. Die Kommission wurde darüber hinaus gebeten, die Möglichkeiten zusätzlicher gemeinschaftlicher Maßnahmen zugunsten GBs, die der Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung in der Gemeinschaft dienen, zu prüfen und dem Ministerrat geeignete Vorschläge zu unterbreiten. Diese Aufforderung an die Kommission darf jedoch nicht so verstanden werden, daß GB mit der Beseitigung der einschränkenden Bestimmungen des Korrekturmechanismus nunmehr bereits

7 Die Tagung des Europäischen Rats fand am 27./28. April 1980 in Luxemburg statt. Vgl. dazu AAPD 1980.

8 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 360.

9 Andreas van Agt (Niederlande), Francesco Cossiga (Italien), Anker Jørgensen (Dänemark), John Lynch (Irland), Wilfried Martens (Belgien), Helmut Schmidt (Bundesrepublik) und Pierre Werner (Luxemburg). Frankreich war durch Staatspräsident Giscard d'Estaing vertreten.

10 Zum EG-Korrekturmechanismus vgl. Dok. 56, Anm. 32.

fest rechnen kann und es nur noch um zusätzliche Leistungen geht. Bis jetzt zeichnen sich auch noch keine Bereiche ab, in denen erhebliche zusätzliche Ausgaben für GB möglich erscheinen. Da der ER den Umfang der eigenen Einnahmen der Gemeinschaft (Ein-Prozent-Mehrwertsteuer-Grenze[11]) nicht erweitern will, bleibt die Verminderung des Anstiegs der Agrarausgaben nach wie vor aktuell. Der ER hat deshalb die Agrar- und Finanzminister gebeten, die hierauf zielenden Vorschläge der Kommission mit Vorrang zu prüfen. Der Agrarrat wird die Diskussion hierüber bereits am 10./11.12. aufnehmen.[12]

3) Der italienische PM Cossiga ist als Präsident des ER während der italienischen Präsidentschaft im 1. Halbjahr 1980 ermächtigt, den ER vor dem bisher vorgesehenen Datum Ende März einzuberufen, wenn sich eine Lösung abzeichnen sollte. Anderenfalls bleibt es bei dem beschlossenen Datum. Im übrigen hat der ER betont, daß die Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung in erster Linie Sache der Mitgliedstaaten ist, die Gemeinschaft jedoch eine unterstützende Rolle zu spielen hat. Der ER erklärte, daß in den Bereichen, in denen von britischer Seite Entgegenkommen erwartet wird, nämlich der Fischerei-[13] und Energiepolitik sowie bei der Schaffleischmarktordnung[14], Lösungen im Rahmen der Verträge rasch gefunden werden müssen.

4) Im Zusammenhang mit dem Beschluß, eine wirksamere gemeinsame Energiepolitik zu entwickeln, sprach sich der ER für Nutzung der heimischen Energiequellen, insbesondere von Kohle, Kernenergie und Kohlenwasserstoffen, sowie Förderung von Forschungsprogrammen, insbesondere im Bereich der nichterschöpflichen Energiequellen, aus. Der ER drängte auf Fortschritte bei der Energiediskussion in den verschiedenen internationalen Organisationen wie VN, OECD/IEA und ECE mit dem Ziel der Verständigung und der Zusammenarbeit zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern.

5) Bei der Erörterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Gemeinschaft befaßte sich der ER auch mit dem Europäischen Währungssystem.[15] Er bekräf-

11 Vgl. dazu Artikel 4 des Beschlusses vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der EG-Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaften; Dok. 288, Anm. 42.

12 Ministerialdirektor Fischer notierte am 11. Dezember 1979 zur Tagung des EG-Ministerrats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 10./11. Dezember 1979 in Brüssel: „Rat führte eine erste ausführliche Orientierungsdebatte über Vorschläge der Kommission (EGK) zur Dämpfung des Kostenanstiegs in der GAP um rund 1 Mrd. ERE (wichtigste Elemente: Anhebung der Milch-Erzeugerabgabe von 0,5% auf 1,5% sowie zusätzliche Molkereiabgabe von 3% bei weiterer Produktionssteigerung; Kürzung der Produktionsquoten mit Abnahmegarantie bei Zucker). Rat war sich einig darüber, daß Kostensituation in der GAP erste Schritte erfordere (und verabschiedete entsprechende, allerdings sehr allgemein gehaltene Erklärung unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die von Europäischem Parlament vorgeschlagenen Haushaltskorrekturen). Zu den konkreten Maßnahmen gingen die Meinungen allerdings entsprechend der jeweiligen nationalen Interessenlage erheblich auseinander." Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 534.

13 Zu den Bemühungen der Europäischen Gemeinschaften um ein gemeinsames Fischereiregime vgl. Dok. 314, Anm. 44.

14 Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 4. Dezember 1979 zu einer EG-Marktorganisation für Schaffleisch: „In den Grundfragen bestehen nach wie vor erhebliche Differenzen, insb[esondere] zwischen GB, das sein niedriges Preisniveau und seine Einfuhren aus Neuseeland beibehalten möchte, und F, das umfassenden Schutz der Erzeugereinkommen, insb. durch staatliche Intervention, anstrebt. [...] Wir wären bereit, F über Erzeugerprämienregelung entgegenzukommen, nicht aber über staatliche Interventionen (langfristig Gefahr der Überschußproduktion, Ausschluß von Drittländern, insb. Neuseeland). Einigung ist nicht zu erwarten." Vgl. B 201 (Referat 411), Bd. 534.

15 Zum Inkrafttreten des Europäischen Währungssystems am 13. März 1979 vgl. Dok. 83.
Vortragender Legationsrat Graf Brockdorff notierte am 4. Dezember 1979: „1) Am 30. November

tigte seine Absicht, den Europäischen Währungsfonds innerhalb des vorgesehenen Zeitraums (d.h. bis Frühjahr 1981) zu errichten.[16] Ob dieses Ziel tatsächlich erreicht werden kann, mag angesichts der französischen Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 1981[17] fraglich erscheinen.

6) Zur Frage der Arbeitslosigkeit betonte der ER die Bedeutung einzelstaatlicher und gemeinsamer Bemühungen um eine Verbesserung der Wirtschaftsstruktur. Die Kommission wurde gebeten, Vorschläge für eine verbesserte Koordinierung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auszuarbeiten.

7) Die Vorschläge der Kommission über eine gemeinsame Strategie zur Entwicklung von Informationstechnologien in der Gemeinschaft während der 80er Jahre wurden zur Prüfung an den Ministerrat verwiesen.[18]

8) Der ER nahm die Berichte der Außenminister und der Kommission über die Fortschritte auf dem Weg zur Europäischen Union zur Kenntnis.[19] Er hob als wichtigste Schritte auf diesem Weg

a) die Unterzeichnung des Beitrittsvertrags mit Griechenland[20],

b) die Schaffung des EWS,

c) die Direktwahl des EP[21]

hervor.

9) Der ER wird sich nach Prüfung des Berichts der sog. Drei Weisen durch den Rat der AM auf seiner nächsten Tagung mit den entsprechenden Vorschlägen zur Verbesserung der Mechanismen und Verfahren der Gemeinschaftsorgane befassen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1851

1979 hat die zweite Leitkursanpassung innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) stattgefunden: Die dänische Krone wurde um durchschnittlich 5% gegenüber den anderen EWS-Währungen abgewertet. Dies war die zweite Anpassung des Leitkurses der dänischen Krone, die bei der ersten Leitkursanpassung im EWS am 23. September 1979 um 5% gegenüber der DM und um 3% gegenüber den anderen EWS-Währungen abgewertet worden war. 2) Das im System vorgesehene Abstimmungsverfahren (Konzertation zwischen Zentralnotenbanken, Befassung des Währungsausschusses und der Kommission der Gemeinschaft) wurde eingehalten. Die Abstimmung fand weitgehend in Form von fernmündlichen Kontakten statt. Auf diese Weise hat sich erneut gezeigt, daß das EWS in der Lage ist, erforderlichenfalls schnell zu reagieren." Vgl. Referat 412, Bd. 122416.

16 Auf seiner Tagung am 4./5. Dezember 1978 in Brüssel beschloß der Europäische Rat, einen Europäischen Währungsfonds (EWF) einzurichten. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 380.

17 In Frankreich fanden am 26. April und 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

18 Die EG-Kommission übermittelte dem Rat am 29. November 1979 eine Mitteilung über neue Informationstechnologien („Informations- und Kommunikationstechnik") bzw. „Telematik". Darin schlug sie folgende Maßnahmen vor: Erarbeitung einer Sozialpolitik zur Vorbereitung eines innovationsfreundlichen Klimas; Schaffung eines homogenen europäischen öffentlichen Marktes für Telematikausrüstungen und -dienste; Förderung der europäischen Informationsindustrie; Förderung der Zusammenarbeit zwischen Herstellern und Benutzern; bessere Nutzung einzelstaatlicher und europäischer Programme auf dem Gebiet der Fernmeldesatelliten und der Erkundung terrestrischer Ressourcen; Verwertung dieser Technologien für den eigenen Bedarf der Gemeinschaftsorgane. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 11/1979, S. 37f.

19 Für den Wortlaut des Berichts der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und der EG-Kommission über die Europäische Union vgl. BULLETIN DER EG 1979, Beilage 9, S. 6–10 und 12–16.

20 Zum Abschluß der Verhandlungen über einen Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 86, Anm. 38.

21 Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament fanden am 7. und 10. Juni 1979 statt.

10) In seiner Erklärung zu Iran hat der ER die von den Außenministern der Neun am 20. November 1979 abgegebene Iran-Erklärung[22] nachdrücklich bekräftigt, auf den Grundsatz des Schutzes diplomatischer Vertretungen hingewiesen und Geiselnahme als Mittel der Druckausübung auf Regierungen verurteilt. Die Regierungschefs und Außenminister[23] betonen, daß es Pflicht aller Regierungen sei, sich einem derartigen Bruch des Völkerrechts zu widersetzen. Der ER appelliert an Iran, unverzüglich die Geiseln freizulassen und ihnen die Rückkehr in die Heimat zu gestatten.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs und Außenminister haben damit ihre politische und moralische Solidarität mit den USA öffentlich bekunden wollen.

Die Neun werden in einer Reihe von Staaten durch die irische Präsidentschaft oder bilateral die Erklärung des ER den dortigen Regierungen ausdrücklich zur Kenntnis bringen, soweit es die jeweilige Situation angezeigt erscheinen läßt.

[24]II. Zur Lage in Kambodscha hat der ER – auf französischen Vorschlag – eine Erklärung abgegeben, in der die Beunruhigung der Neun über die gegenwärtige Situation insbesondere in ihren humanitären Aspekten zum Ausdruck gebracht wird.

Der ER erinnert an die Hilfe der EG und ihrer Mitgliedstaaten. Im Hinblick auf die Schwierigkeiten bei der Verteilung der Hilfsgüter appelliert der ER insbesondere an die direkt Beteiligten, dafür Sorge zu tragen, daß die humanitäre Hilfe die Bedürftigen auch erreicht.

Eine Lösung der umfassenderen Probleme, mit denen Kambodscha konfrontiert ist, sieht der ER auf der Basis eines unabhängigen und neutralen Kambodscha mit einer Regierung, die den Willen des Volkes repräsentiert, ohne jede ausländische militärische Präsenz und mit freundschaftlichen Beziehungen zu allen Staaten der Region.

Mit dieser Erklärung ist zum ersten Mal der Gedanke einer Neutralisierung Kambodschas von den Neun offiziell und auf höchster Ebene aufgenommen worden.

Ellerkmann

Referat 012, Bd. 111778

22 Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 20. November 1979 zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 132.

23 Peter Carrington (Großbritannien), Jean François-Poncet (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Chris van der Klaauw (Niederlande), Franco Maria Malfatti (Italien), Michael O'Kennedy (Irland), Kjeld Olesen (Dänemark), Henri Simonet (Belgien) und Gaston Thorn (Luxemburg).

24 Beginn des Fernschreibens Nr. 145. Vgl. Anm. 1.

363

Ministerialdirigent Montfort an die Botschaft in Teheran

311-320.10 IRN-946I/79 VS-vertraulich **6. Dezember 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 669

Betr.: Dienstreise Dg 31 nach New York – San Antonio (Texas).

Es folgt Vermerk über obige Reise. Bitte nach Lektüre vernichten.

1) Mein Auftrag lautete, einen Brief des iranischen Revolutionsrats dem Schah zu überbringen[2] und ihm persönlich die Umstände zu erläutern, unter denen Botschafter Ritzel diesen Brief erhalten hatte.[3] Dies sollte in Anwesenheit eines Vertreters des State Department geschehen.

2) Während der Anfahrt am 2.12.1979 von Bonn zum Flughafen Frankfurt/Main ergab sich, daß der Schah inzwischen New York verlassen und sich nach San Antonio (Texas) begeben hatte. Ich bin daraufhin mit dem Brief, den ich in Frankfurt/Main gerade noch von BR Barth aus Teheran in Empfang nehmen konnte, über New York nach San Antonio geflogen.

3) Dort erwies sich die Tatsache als nachteilig, daß kein Vertreter des State Department zugegen war. Der Schah war in der außerhalb der Stadt gelegenen und hermetisch abgeschirmten Lackland Airforce Base nur von seinem eigenen Stab begleitet. Die mir über die Botschaft Washington vom State Department vermittelte Telefonnummer des Stabschefs des Schahs erwies sich als falsch. Es dauerte elf Stunden im Laufe des 3.12.1979, bis mit Hilfe der Botschaft Washington nach mehrfacher erneuter Einschaltung des State Department der erste Telefonkontakt zu ihm hergestellt werden konnte. Offensichtlich konnte auch das State Department sich nur mit Schwierigkeit mit den Iranern in Verbindung setzen. Der Stabschef des Schahs, Robert Armao, erschien schließlich gegen 20 Uhr bei mir im Hotel und erwies sich als umgänglicher junger Amerikaner aus dem Stab von Governor Nelson Rockefeller. Seine Tätigkeit beim Schah habe er eigentlich zufällig bekommen aufgrund früherer Teheraner Aufenthalte in Begleitung von Rockefeller. Bereits am Telefon hatte Armao mir gesagt, der Schah empfange grundsätzlich niemanden. Ich mußte ihm also in etwa erklären, worin mein Auftrag bestand, und ihm sagen, daß es um einen Brief aus Teheran ging. (Inwieweit das State Department darüber schon Hinweise gegeben hatte, ließ sich nicht ergründen.)

Ich sagte Armao, uns käme es besonders darauf an, die Amerikaner in ihren Bemühungen zu unterstützen, die Freilassung der Geiseln[4] zu erreichen. Dies sei nur durch Verhandlungen mit den gegenwärtigen Machthabern möglich.

1 Durchdruck.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vestring am 7. Dezember 1979 vorgelegen.

2 Schah Reza Pahlevi hielt sich seit 22. Oktober 1979 in den USA auf, um sich einer medizinischen Untersuchung zu unterziehen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2251.

3 Zur Initiative des früheren Ministerpräsidenten Bazargan, Schah Reza Pahlevi zur Rückkehr in den Iran zu bewegen, vgl. Dok. 357.

4 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 360.

Die wenigen noch bestehenden Kontakte müßten sorgfältig gepflegt werden. Bundeskanzler und Bundesminister hätten in erster Linie aus diesem Grund der Übermittlung des Briefes zugestimmt. Im Interesse der schwierigen Lage der amerikanischen Geiseln appellierte ich an die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Im übrigen käme es darauf an, den Kreis der Mitwisser so klein wie irgend möglich zu halten. Über den Inhalt des Briefes und die Umstände, unter denen unser Botschafter in Teheran ihn empfangen habe, sei es zweckmäßig, nur mit dem Schah selber zu sprechen. Ich bäte daher in Übereinstimmung mit der vom Bundesminister und Bundeskanzler erteilten Weisung um einen Termin.

Armao erwiderte, er als Amerikaner sei willens, alles zu tun, um in der Geiselangelegenheit hilfreich zu sein. Er werde sofort zur Lackland Air Base zurückfahren und sich beim Schah für einen Termin einsetzen. Gleichwohl habe er Zweifel, ob es dazu käme. Der Schah sei sehr verbittert und äußere immer wieder seine Enttäuschung über seine „früheren westlichen Freunde".

Kurze Zeit darauf rief mich Armao an und teilte folgendes mit: Der Schah danke der Bundesregierung für ihre Bemühungen und sei bereit zu helfen, soweit es um die Geiseln in der amerikanischen Botschaft gehe. Doch einen Brief von den gegenwärtigen Machthabern in Teheran entgegenzunehmen, lehne er ab. Das seien Mörder, mit denen er nichts mehr zu tun haben wolle.

4) Bei dieser Sachlage verblieben noch zwei Möglichkeiten: Entweder aufzugeben und mit Brief sofort nach Bonn zurückzukehren – dafür sprach insbesondere der Umstand, daß meine Anwesenheit in San Antonio nicht bekannt werden sollte. Die andere Alternative wäre gewesen, auf dem Umweg über die Amerikaner doch noch zum Ziel zu kommen. Gleichzeitig mit der Mitteilung, daß die direkte Übergabe nicht möglich sei, hätte man ihnen sagen können, die Kenntnis des genauen Wortlauts des Briefes wäre auch für sie bedeutungsvoll in dem Sinne, daß der Brief wichtige Hinweise auf die gegenwärtigen Machtstrukturen in Iran enthalten könnte, die für Kontakte in Teheran mit dem Ziel der Geiselbefreiung von Nutzen sein könnten. Daher sollten sie den Schah um Erlaubnis zum Öffnen des Briefes bitten. Schließlich hätten dann die Amerikaner dem Schah ihren Kommentar zum Inhalt des Schreibens und dazu als Anlage eine Kopie des Briefes schicken können. Damit wäre uns die Möglichkeit eröffnet worden, den Iranern zu sagen, der Brief habe den Schah erreicht. Unser Verhandlungskanal zum Revolutionsrat wäre nicht gefährdet gewesen.

Der Nachteil dieses Vorschlags, den ich der Botschaft Washington in verklausulierter Form telefonisch durchgab, war offensichtlich: Die Amerikaner hätten noch zweimal an den Schah herantreten müssen, einmal um sich die Erlaubnis zum Öffnen des verschlossenen Schreibens geben zu lassen und dann, um ihm den Text – gegen seinen erklärten Willen – doch noch zuzustellen. Es war fraglich, ob das im Sinne der amerikanischen Politik gewesen wäre. Dies aus meinem Hotelzimmer in San Antonio zu beurteilen, war schwierig.

5) Am 4.12.1979 um 10 Uhr morgens texanischer Ortszeit erreichte mich die telefonische Weisung, sofort samt Brief den Rückflug nach Bonn anzutreten. In kürzester Zeit verließ ich das Hotel, das ich bis dahin kaum verlassen hatte, um nicht die Aufmerksamkeit von Journalisten zu erregen, und begab mich

zum Flugplatz. Nach achtzehnstündiger Reise traf ich am 5.12.1979, mittags, wieder in Bonn ein.

Montfort[5]

VS-Bd. 11152 (311)

364

Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt

114-4217/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 3691
Cito

Aufgabe: 6. Dezember 1979, 17.10 Uhr[1]
Ankunft: 6. Dezember 1979, 18.29 Uhr

Betr.: Besondere Absprachen über die Ausfuhr eines von der Bundesrepublik und Frankreich gemeinsam zu bauenden Kampfpanzers

Bezug: DB Nr. 3431 vom 6.11.1979 – Pol 411.10 FRA-348/79 VS-v[2]

Zur Unterrichtung

1) Der Generalsekretär des Quai, Botschafter de Leusse, der mich heute zu sich bat, eröffnete mir zu meiner Überraschung zur Frage der Ausfuhr eines von der Bundesrepublik und Frankreich gemeinsam zu bauenden Kampfpanzers folgendes:

Während der Konsultationen am 15. November in Bonn[3] hätten die beiden Außenminister diese seit langem schwebende und von mir am 6. November d.J.

5 Paraphe.

1 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 7. Dezember 1979 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Fischer vermerkte: „1) Wie mündlich besprochen. 2) Habe die Angelegenheit mit dem Minister heute besprochen. Der Minister hat die Sache in dem langen Gespräch mit François-Poncet keineswegs ‚abschließend' geregelt. Er habe nur gesagt, daß der BSR befaßt werden müsse u[nd] er dann auf die Sache zurückkommen werde. 3) Bitte Bo[tschaft] Paris unterrichten. 4) Bitte mit dem BMVg klären, wer die Sache in den BSR einführt u. BSR-Befassung vorsehen – wie b[e]spr[ochen]."
Hat Fischer am 10. Dezember 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Freiherr von Stein und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Pabsch verfügte.
Hat Stein am 11. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat Pabsch am 18. Dezember 1979 vorgelegen, der für Vortragenden Legationsrat Bosch handschriftlich vermerkte: „Bitte E[ntwurf] wie bspr."
Hat Pabsch am 19. Dezember 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dg 42 hat mit AL Rü[stung], BMVg, gesprochen und sich mit ihm auf Übernahme der BSR-Vorlage durch AA geeinigt."

2 Zum Gespräch des Botschafters Herbst, Paris, mit dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, de Leusse, am 6. November 1979 vgl. Dok. 311, Anm. 7.

3 Der französische Außenminister François-Poncet hielt sich am 15. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Im Gespräch mit Bundesminister Genscher wies er zur Frage der britischen Beiträge zum EG-Haushalt darauf hin, es müsse klar sein, „daß, was immer an Zugeständnissen an Großbritannien gemacht werde, von allen bezahlt werden müsse (was wir bestätigten). Das Budget der Gemeinschaft für das kommende Jahr könne nicht höher sein als das, was der Rat beschlossen ha-

bei ihm erneut anhängig gemachte Frage unter vier Augen abschließend geregelt. Dies ergebe sich aus einem Vermerk von Außenminister François-Poncet, der ihm, dem Generalsekretär, vorliege. Hiernach sei weder eine Änderung der Vereinbarung von 1972 noch eine besondere Absprache gemäß Artikel V dieser Vereinbarung[4] nötig. Man wolle sich vielmehr, falls es zum gemeinsamen Bau des Kampfpanzers komme, wie bisher rechtzeitig wechselseitig über die Ausfuhrabsichten unterrichten und die bestehenden Abstimmungsmöglichkeiten nutzen („utiliser les modalités de concertation existantes"). Wenn eine Seite dabei feststelle, daß sie Schwierigkeiten mit den Absichten des Partnerlandes habe, sollten diese Schwierigkeiten auf politischer Ebene angesprochen werden.

2) Ich habe mich darauf beschränkt, die Ausführungen des Generalsekretärs zur Kenntnis zu nehmen und zuzusagen, daß ich das Amt umgehend unterrichten würde.

Obschon ich während der Außenministerkonsultationen am 15. November kontinuierlich anwesend war, ist mir eine noch dazu abschließende Vereinbarung, die die Ausfuhr eines künftig von uns und Frankreich gemeinsam zu bauenden Kampfpanzers regelt, nicht bekannt. Ich wäre dankbar, wenn mir bald mitgeteilt würde, ob die französische Darstellung unserer Deutung des Ministergesprächs unter vier Augen entspricht.[5]

[gez.] Herbst

VS-Bd. 9521 (422)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1856

be, vergrößert um den Betrag, den das Europäische Parlament nach geltenden Regeln hinzufügen könne. Dieses ‚Mehr' könne möglicherweise für den Regionalfonds verwendet werden. Auch Frankreich wünsche aus diesem Fonds besser bedient zu werden, weil vor allem der unterentwickelte Südwesten des Landes in der Perspektive des spanischen Beitritts eine Förderung durch die Gemeinschaft durchaus verdiene." Genscher „wies abschließend darauf hin, daß jede zusätzliche Zahlung natürlich zu Lasten des finanziellen Spielraums im Hinblick auf die Einhaltung der Ein-Prozent-Obergrenze gehe und daher sorgfältig bedacht sein wolle." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178799.

4 Für Artikel 5 der Regierungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vom 7. Februar 1972 über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial in dritte Länder vgl. Dok. 72, Anm. 4.

5 Ministerialdirektor Fischer teilte Botschafter Herbst, Paris, am 19. Dezember 1979 mit: „1) Deutsche und französische Deutung des während der letzten Konsultationen geführten Vier-Augen-Gesprächs der beiden Außenminister stimmen nicht überein. [...] 2) Sie werden gebeten, den Generalsekretär des französischen Außenministeriums entsprechend zu unterrichten. 3) Nur zur dortigen Unterrichtung: Wir sind über die französische Haltung um so mehr überrascht, als wir aufgrund von Hinweisen aus anderer Quellen von einer gewissen Flexibilität der französischen Seite ausgegangen waren. Die Notwendigkeit zur Befassung des BSR vor jeder abschließenden Regelung der Exportfrage beim Kampfpanzer beruht auf ausdrücklicher Weisung des Bundeskanzlers." Vgl. den Drahterlaß Nr. 614; VS-Bd. 9521 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

365

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem marokkanischen Botschafter Iraqui

7. Dezember 1979[1]

Gespräch BM mit marokkanischem Botschafter am 7.12.1979 um 10.15 Uhr im AA

Teilnehmer: BM, VLR Umlauff, Dolmetscherin Frau Iwohn, LR I Petersmann; marokkanischer Botschafter, Herr Himdi (Erster Sekretär).

Bundesminister eröffnet Gespräch mit Bitte um Verständnis dafür, daß Botschafter nicht eher Termin erhalten konnte.

Botschafter dankt für die Ermöglichung des Termins. Er habe eine Botschaft des Königs[2] zu überbringen, in der es um die spanische Sahara gehe. Marokko habe die spanische Sahara, bei der es sich um seine natürliche Provinz handele, in Übereinstimmung mit dem internationalen Recht aufgrund eines Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs im Haag[3] und eines trilateralen Vertrags, der von den VN bestätigt worden sei[4], zurückgewonnen. Der König habe ihn beauftragt, die Aufmerksamkeit der Bundesregierung auf den in der Sahara herrschenden Kriegszustand zu richten.[5] Marokko kämpfe in einem Krieg, der ihm durch die SU aufgezwungen worden sei, die Libyen und Algerien be-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Petersmann am 7. Dezember 1979 gefertigt, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragenden Legationsrat von Nordenskjöld „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" verfügte sowie um Wiedervorlage in einem Monat bat.
Hat Wallau am 7. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat Nordenskjöld am 10. Dezember 1979 vorgelegen.

2 Hassan II.

3 In einem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 16. Oktober 1975 wurde festgestellt, daß die Westsahara zur Zeit der spanischen Kolonisation gewisse rechtliche, aber keine territorialen Bindungen zu Marokko bzw. Mauretanien gehabt habe. Für den Wortlaut vgl. INTERNATIONAL COURT OF JUSTICE 1975, Western Sahara, S. 4–61.
Am 16. Oktober 1975 rief König Hassan II. das marokkanische Volk zu einem friedlichen Marsch in das Gebiet auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1975, Z 195.

4 Am 14. November 1975 verabschiedeten Marokko, Mauretanien und Spanien eine Grundsatzerklärung zur Westsahara, in der sich Spanien zum Rückzug aus dem Gebiet bis spätestens 28. Februar 1976 verpflichtete. Die Verwaltung sollte vorübergehend Marokko, Mauretanien und einer Versammlung ernannter bzw. gewählter Vertreter der sahaurischen Bevölkerung übertragen werden. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 988, S. 257–260.

5 Botschafter Jesser, Rabat, berichtete am 22. November 1979, die marokkanische Presse habe am Vortag ein neues größeres Gefecht zwischen marokkanischen Streitkräften und Truppen der „Frente Polisario" bei Abateh auf marokkanischem Gebiet gemeldet. Dabei sei es letzteren gelungen, erstmalig ihre Luftabwehr erfolgreich einzusetzen. Gleichzeitig laufe eine „Durchkämmaktion" der marokkanischen Streitkräfte in der Westsahara: „Die in der Operation ‚Uhud' eingesetzten marokkanischen Verbände haben sich nach den in hiesiger Presse wiedergegebenen Berichten marokkanischer Korrespondenten im nördlichen Teil der Westsahara zunächst ostwärts in Richtung algerische Grenze bewegt, sind dann nach Süden abgedreht und befinden sich jetzt in der Gegend nördlich, nordöstlich und südöstlich von Dakhla, ohne bis jetzt irgendeine Feindberührung gehabt zu haben. Ergebnis: Während die marokkanischen Streitkräfte tief im Süden operieren und dabei mit der Stange im Nebel stochern, stößt der Gegner im Rücken der Operation ‚Uhud' [...] 600 km weiter nördlich tief in altmarokkanisches Gebiet vor." Vgl. den Drahtbericht Nr. 471; Referat 311, Bd. 137591.

waffne. Libyen finanziere den Krieg, Kuba liefere die taktische Infrastruktur, Algerien stecke den internationalen Rahmen ab. Nach den Krisen in Äthiopien und Ogaden[6] sowie im südlichen Afrika habe hier die SU einen weiteren Krisenherd geschaffen. Ziel sei es, Marokko zu destabilisieren und zu schwächen. Wenn dies gelinge, werde das Südufer der Straße von Gibraltar von der SU besetzt sein. Marokko werde im Süden von einem Satellitenstaat der SU (Polisario), im Westen vom Atlantik, im Norden vom Mittelmeer, im Osten von Algerien umgeben sein. Nie habe sich Marokko in einer solchen Umzingelung befunden. Marokko wünsche, daß seine besten Freunde, insbesondere die Bundesrepublik, dies klar sähen. Es gehe hier nicht um die Verwirklichung des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts. Bei den Sahauris handele es sich um ein Volk, das nie existiert habe, außer dank dem Kampfeswillen sowie den Bajonetten der SU und Algeriens.

Wenn Marokkos westliche Freunde weiter das Gesicht verlören zugunsten der östlichen Gegner, dann würde es unvermeidlich zu einer Krise im Gleichgewicht der Kräfte kommen. Marokko wünsche, daß seine westlichen Freunde dieses verstünden und auch den breiteren Hintergrund des Konflikts einschätzen könnten. Marokko habe das Recht, die Hilfe und Unterstützung der westlichen Welt zu erbitten.

Von der Bundesrepublik Deutschland erhoffe sich Marokko nicht nur die Fortsetzung der bisherigen Neutralität, sondern eine wohlwollende Neutralität. Soweit der marokkanischen Regierung bekannt, habe die Bundesregierung bisher in keinem interarabischen Konflikt Partei ergriffen. Er sei glücklich über die Haltung BMs, die er insbesondere im Nahost-Konflikt und im südlichen Afrika bezogen habe. Deswegen sei Marokko aber sehr erstaunt über die Haltung der SPD, und seine Regierung sei besorgt über die Entscheidung des SPD-Parteitages in Berlin, die sog. Polisario anzuerkennen.[7] Die SPD sei schließlich Regierungspartei. Deswegen handele es sich hier um einen unfreundlichen Akt gegenüber dem marokkanischen Volk, mit dem das deutsche Volk seit dem 15. Jahrhundert Beziehungen unterhalte. Es handele sich um eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten und um eine Stellungnahme gegen Marokko.

Er, der Botschafter, wisse, daß BM als Vorsitzender der Freien Demokratischen Partei nicht für Vorgänge innerhalb der SPD verantwortlich sei, aber er spreche zu ihm als Vizekanzler, Bundesaußenminister und Mitglied der Bundesregierung. Er habe ihm deswegen erläutert, welches die Besorgnisse der marokkanischen Regierung seien. Für die marokkanische Regierung stehe viel auf dem Spiel.

Bundesminister erwidert mit Dank für die ausführliche Darlegung der marokkanischen Besorgnisse, die ihm nicht unbekannt seien: Die Bundesregierung beobachte mit Besorgnis die Bestrebungen der SU, in verschiedenen Teilen der Mittelmeerregion an Einfluß zu gewinnen. Deshalb unterstützten wir nachhal-

6 Zum äthiopisch-somalischen Konflikt um den Ogaden vgl. Dok. 9, Anm. 4.

7 Zum SPD-Parteitag vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West) vgl. Dok. 359, Anm. 7.
Der Parteitag nahm den Antrag Nr. 132 des SPD-Bezirks Hessen-Süd an, in dem es hieß, der Parteitag begrüße, „daß der Parteivorstand die Befreiungsbewegung Frente Polisario offiziell als die politische Vertretung des sahaurischen Volkes in der Westsahara anerkannt hat". Vgl. PARTEITAG DER SPD, Bd. 2, S. 1294.

tig die Länder, die ihre Unabhängigkeit erhalten wollten. Das entspreche im übrigen unserer Haltung, die wir in allen Teilen der Welt einnähmen.

Marokko, dem wir uns seit langer Zeit sehr freundschaftlich verbunden fühlten, wie der Botschafter mit Recht gesagt habe, könne deswegen für eine Politik der Unabhängigkeit mit der Unterstützung der Bundesregierung rechnen. Dies habe er auch gegenüber dem marokkanischen Außenminister bei seinem Besuch in Bonn deutlich zum Ausdruck gebracht.[8]

Die deutsche Stimmenthaltung über die Sahara-Resolution[9] sei in der Tat Ausdruck dafür, daß wir uns in aktuelle Streitigkeiten nicht einmischten und weder für die eine noch für die andere Seite Partei ergriffen. Die Tatsache, daß die SU und ihre Verbündeten mit „ja" gestimmt hätten, zeige deutlich, daß dort eine andere Haltung eingenommen werde. Was er selbst, BM, bedauere, sei, daß es auf westlicher Seite gewisse Tendenzen gebe, mit „ja" zu stimmen – z. B. bei Dänemark.

Den Beschluß des Parteitags der SPD, den der Botschafter erwähnt habe, kenne er noch nicht. Dies sei nicht als Interessenlosigkeit aufzufassen; es erkläre sich daraus, daß unsere ganze Aufmerksamkeit auf die zur Zeit im Vordergrund stehenden Fragen der Bündnisentscheidung[10] und der Entwicklung der Kernenergie gerichtet gewesen sei. Im übrigen bitte er aber, daß sich die marokkanische Regierung an die allein maßgebliche Politik der Bundesregierung (im Unterschied zu etwaigen Parteitagsbeschlüssen) halte.

BM fährt fort, er würde gern diese Gelegenheit eines Gesprächs mit dem marokkanischen Botschafter ergreifen, um auch ein anderes wichtiges Thema zu behandeln. Marokko habe soeben in den VN eine Resolution, die die Bundesregierung wegen nuklearer Zusammenarbeit mit Südafrika verurteile, nicht nur

[8] Der marokkanische Außenminister Boucetta hielt sich vom 8. bis 10. Juni 1979 in der Bundesrepublik auf. Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 9. Juni 1979 bat er, „keinerlei Aktivität von Polisario-Vertretern in Deutschland zuzulassen, keine Aufenthaltsgenehmigungen zu erteilen, keine Gelegenheit zu Rundfunkerklärungen zu geben" und keine Gespräche mit Parteivertretern zu dulden: „Boucetta erläuterte kurz die marokkanische Westsahara-Politik, bei der es um die Wiedereingliederung eines Teils des marokkanischen Territoriums gehe. Er sprach in diesem Zusammenhang von algerischen Söldnern und fortschreitender Subversion." Genscher erwiderte, die „marokkanische Befürchtung, wir ließen uns beeindrucken oder infiltrieren, sei unbegründet". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178802.

[9] In einem Gespräch mit Staatssekretär van Well am 15. November 1979 erklärte der marokkanische Botschafter Iraqui, er habe von König Hassan II. die Weisung erhalten, Bundesminister Genscher folgendes vorzutragen: „Im 4. Ausschuß (Entkolonisierung) der 34. Generalversammlung der VN hätte Algerien einen Resolutionsentwurf eingebracht, der Marokkos Westsahara-Besitz als Besetzung und die Polisario-Front als Repräsentanten des sahaurischen Volkes bezeichne. Marokko sei dankbar dafür, daß sich die Bundesregierung bei der Abstimmung im 4. Ausschuß der Stimme enthalten habe. Bedauerlicherweise habe die Sowjetunion zusammen mit den anderen sozialistischen Staaten die algerische Resolution unterstützt." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 311, Bd. 137591.
Für den Wortlaut der Resolution Nr. 34/37 der UNO-Generalversammlung vom 21. November 1979 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVIII, S. 391 f.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Vestring notierte am 7. Dezember 1979, die Bundesrepublik sei bei der Abstimmung im Plenum der UNO-Generalversammlung zusammen mit den anderen EG-Mitgliedstaaten bei der Stimmenthaltung geblieben, was einem „höflichen Nein" entspreche. Die Bundesrepublik habe damit ihre neutrale Position im Westsahara-Konflikt erneut deutlich gemacht. Vgl. Referat 311, Bd. 137591.

[10] Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

durch positive Stimmabgabe unterstützt, sondern es gehöre sogar zu den Miteinbringern.[11] Die Resolution beinhalte eine klare Unwahrheit und eine Verleumdung der Bundesregierung. Wir fragten uns nach den wahren Motiven, von denen sich die marokkanische Regierung leiten ließ, als sie sich zu diesem schwerwiegenden Schritt entschlossen habe.

Botschafter erwidert, er wolle zuerst auf die Ausführungen von BM betreffend die Fragen der Westsahara antworten. Hierzu wolle er seinen Dank für die Haltung des BM wie auch die Haltung der Bundesregierung zu der Botschaft ausdrücken, die er überbracht habe.

Die marokkanische Regierung bitte für den Frieden. Es könne nicht die Hegemonie Algeriens oder Libyens in der Region akzeptieren. Marokko habe verschiedene Vorschläge zur Beilegung des Konflikts gemacht, die von Algerien nicht angenommen worden seien. Der König habe kürzlich gesagt, 1980 werde ein Jahr des Friedens werden, aber eines Friedens auf der Grundlage der Stärke, nicht der Schwäche. Marokko habe militärisch gute Fortschritte gemacht. Vielleicht habe es nicht die Mittel, den Konflikt zu gewinnen, aber es verfüge über die Mittel, nicht zu verlieren. Das Volk stehe geschlossen hinter dem König.

Nun wolle er auf das andere, von BM angesprochene Problem eingehen: Er sei selbst öfter Leiter marokkanischer Delegationen in afrikanischen und internationalen Gremien gewesen. Stets sei sein Ziel darauf gerichtet gewesen, die deutsche Position zu verteidigen. Marokko sei bisher immer für die Belange der Bundesrepublik Deutschland eingetreten.

Was das Abstimmungsverhalten bei der von BM genannten Resolution betreffe, so müsse er sagen: Die Gründe hierfür kenne er nicht. Es möge sein, daß dies mit Pressionen innerhalb der afrikanischen Gruppe zusammengehangen habe. Vielleicht habe es sich aber auch um eine persönliche, eigenmächtige Entscheidung des marokkanischen Delegationsleiters gehandelt. Er werde dieser Angelegenheit nachgehen und sie klären und dann die Haltung der marokkanischen Regierung erläutern.

Bundesminister erwidert, er wolle ganz offen sprechen, und er bitte den Botschafter, unsere Auffassung seiner Regierung zu übermitteln:

Daß Marokko sich zum Miteinbringer einer solchen Resolution gemacht habe, sei ein schwerwiegender Vorgang. Es sei nicht so, daß wir glaubten, daß die Bundesrepublik Deutschland aufgrund einer solchen Resolution der VN zusammenbrechen würde. Aber die Miteinbringerschaft Marokkos zu dieser Resolution vertrage sich nicht mit den freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Er, BM, glaube auch nicht, daß Marokkos Stimmverhalten in dieser Frage ihm innerhalb Afrikas wirklich weiterhelfe. Es hätten nicht alle afrikanischen Staaten für die Resolution gestimmt. Wenn der marokkanische Botschafter das Stimmverhalten der afrikanischen Staaten einmal anschaue, werde er feststellen, daß Marokko sich nicht nur in guter Gesellschaft befinde.

11 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 34/93 der UNO-Generalversammlung vom 12. Dezember 1979 („Policies of apartheid of the Government of South Africa"), in der die Bundesrepublik im Abschnitt „Nuclear collaboration with South Africa" verurteilt wurde, vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVIII, S. 217–226.

Nun könne es natürlich Situationen geben, daß man sich in einer Lage befinde, in der man gegen seine eigene Überzeugung bei der einen Resolution abstimme, um für eine andere Resolution, die die eigenen Interessen stärker involviere, internationale Unterstützung zu erlangen. Solche Situationen seien möglich. Aber er würde dann erwarten, vorher unterrichtet zu werden, um die wahren Beweggründe der marokkanischen Regierung zu kennen. Im Hinblick auf die sehr freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern würde sich eine solche Verhaltensweise empfehlen. Er sage dies alles, um unsere Beziehungen spannungsfrei und problemfrei zu halten und weiter zu vertiefen, und weil er ein uneingeschränkter Anhänger der Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern sei.

Botschafter dankt dem Minister für seine Offenheit (BM wirft ein: Offenheit unter Freunden). Er, Botschafter, wolle versuchen, eine kurze Antwort zu geben, und wolle dabei in Erinnerung rufen, daß in der Vergangenheit Marokko in der Regel in internationalen Gremien Positionen eingenommen habe, die zugunsten der Bundesrepublik ausgefallen seien. Marokko habe häufig für die Bundesrepublik offen Stellung bezogen (BM wirft ein: Das stimmt). Deswegen möge der Herr Minister sich durch eine vereinzelte marokkanische Abstimmungsentscheidung, die möglicherweise auf dem eigenmächtigen Entschluß des marokkanischen Delegationsleiters beruhe, nicht den Blick verdunkeln lassen.

Es könne allerdings sein – insbesondere innerhalb der OAE –, daß Lagen entstünden, in denen Marokko nicht ausscheren könne. In jedem Fall werde er über sein Gespräch mit BM genau nach Rabat berichten, um eine Aufklärung zu erwirken, und das Ergebnis BM zukommen lassen.[12]

Er freue sich, daß Marokko in der Person von BM einen engagierten Verteidiger der deutsch-marokkanischen Freundschaft besitze. In diesem Zusammenhang wolle er auch sagen, daß der König und das Volk von Marokko mit Ungeduld den Besuch erwarteten, den der Bundesminister seit längerer Zeit versprochen habe.

Bundesminister erwidert, er wolle sich um einen baldigen Besuch bemühen. Der Botschafter möge bitte dem König ausrichten, daß wir uns in unveränderter Freundschaft bemühen würden, die wechselseitigen Beziehungen weiterzuentwickeln.

Botschafter erwidert, dieser Wunsch bestehe auf beiden Seiten.

Referat 010, Bd. 178802

12 Ministerialdirigent Montfort notierte am 21. Dezember 1979: „Ich habe weisungsgemäß den marokkanischen Botschafter einbestellt und ihn auf seinen Brief an den Bundesminister vom 11.12.1979 angesprochen. Diese Antwort sei für uns nicht befriedigend. Wir könnten es nicht ohne weiteres hinnehmen, daß ein Staat, mit dem wir freundschaftliche Beziehungen auf bilateralem Gebiet unterhalten, sich dem Chor der antideutschen Kritiker anschlösse, wenn es um Abstimmungen in den Vereinten Nationen geht. Wir hätten es besonders bedauert, daß Marokko als Miteinbringer der Apartheids-Resolution aufgetreten sei. [...] Der marokkanische Botschafter unterstrich noch einmal die besonderen Schwierigkeiten, die Marokko gerade dieses Jahr aufgrund seiner Isolierung in der Westsahara-Frage in den Vereinten Nationen entstanden seien. Er bäte uns, diese besondere Lage Marokkos nicht zu übersehen." Vgl. Referat 311, Bd. 137591.

366

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

221-372.20/30-2218/79 geheim **7. Dezember 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer II.

Betr.: MBFR-Zwischenergebnis

Anlg.: 2[4]
221-372.20/30-2204/79 geh. v. 6.12.79
221-372.20/30-2205/79 geh. v. 6.12.79

I. 1) Mit der abschließenden Sitzung des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene am 6. Dezember ist es im Bündnis voraussichtlich gelungen, die Einführung der von uns vorgeschlagenen Verhandlungsweisung für ein Zwischenergebnis bei MBFR noch vor Ende der gegenwärtigen Verhandlungsrunde in Wien[5] sicherzustellen. Mit generellem Vorbehalt der Niederlande soll der Weisungsentwurf vom NATO-Rat im „schweigenden Verfahren" bis Montag, den 10. Dezember, 18.00 Uhr, gebilligt und anschließend den Außenministern zur Entscheidung über die Weiterleitung an die Ad-hoc-Gruppe in Wien vorgelegt werden.[6]

2) Im gleichen Verfahren wird die Verhandlungsweisung zu den begleitenden Maßnahmen, der in der abschließenden Beratung im Politischen Ausschuß auf Gesandtenebene alle Bündnispartner zustimmten[7], den Außenministern zur Entscheidung vorgelegt werden.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik konzipiert.

2 Hat Staatssekretär van Well am 7. Dezember 1979 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 8. Dezember 1979 vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt sind die Drahtberichte Nr. 1330 und 1331, mit denen Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), am 6. Dezember 1979 den Text eines Weisungsentwurfs betreffend ein MBFR-Interimsabkommen übermittelte. Dazu führte er aus, in der Sitzung des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene am selben Tag hätten sich die Bündnispartner mit Ausnahme der Niederlande auf diesen Text geeinigt: „Mit dem heute im SPC erzielten Konsens wurde Voraussetzung für Verabschiedung des von uns eingebrachten Vorschlags zu einem MBFR-Zwischenergebnis und für Vorlage eines westlichen Vorschlagspakets in Wien noch vor Ende dieser Verhandlungsrunde geschaffen. Die deutschen Grundsatzpositionen blieben gewahrt. Einzige Hürde ist noch der niederländische Vorbehalt, der vor allem auf die im Zusammenhang mit den TNF-Entscheidungen entstandene innenpolitische Situation in den Niederlanden zurückzuführen ist. Daß in der ungewöhnlich kurzen Zeit von vier Wochen im SPC Einigung erzielt werden konnte, wurde nur möglich durch größte Kooperations- und Kompromißbereitschaft aller Verbündeten und unterstreicht einmal mehr, welche politische Bedeutung alle Bündnispartner den neuen Vorschlägen als wichtigem Bestandteil der bevorstehenden Rüstungskontrollentscheidungen des Bündnisses beimessen." Vgl. VS-Bd. 11495 (221); B 150, Aktenkopien 1979.
Zu Anlage 2 vgl. Anm. 19.

5 Die 19. Runde der MBFR-Verhandlungen begann am 27. September 1979 und endete am 20. Dezember 1979.

6 Zur Entscheidung über ein MBFR-Interimsabkommen auf der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

7 Botschafter Ruth vermerkte am 10. Dezember 1979: „Nach fast zweijährigen allianzinternen Beratungen ist es in der abschließenden Sitzung des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene am 6.12. im Bündnis gelungen, neben der Verhandlungsweisung für ein MBFR-Zwischenergebnis auch

3) Damit ist es in der ungewöhnlich kurzen Zeit von vier Wochen gelungen, Einigung über wichtige Teile der bevorstehenden rüstungskontrollpolitischen Entscheidungen des Bündnisses zu erzielen; dabei ist zu berücksichtigen, daß der erzielte Konsens zu den begleitenden Maßnahmen nach fast zweijähriger Beratungszeit in der letzten Phase durch das Interesse aller Bündnispartner beschleunigt wurde, ein entsprechendes Verhandlungspaket möglichst als Bestandteil eines Vorschlags für ein Zwischenergebnis in Wien einzubringen.

Die von uns vorgeschlagene Vereinfachung des MBFR-Ansatzes wird durch das neue Konzept für begleitende Maßnahmen sinnvoll ergänzt und angereichert. Die erstmals erzielte Zustimmung der NATO-Partner zu unserem Anliegen, für bestimmte begleitende Maßnahmen vertrauensbildenden Charakters die Anwendung über den Raum der Reduzierungen bei MBFR hinaus auch auf das Territorium der Sowjetunion vorzuschlagen, gewährleistet gleichzeitig die Kompatibilität zwischen MBFR und den Bemühungen um militärische Vertrauensbildung im KSZE-Zusammenhang[8] und dem französischen KAE-Vorschlag[9]. Insgesamt ist ein wichtiger Schritt getan, um das rüstungskontrollpolitische Konzept des Bündnisses im konventionellen Bereich in Anpassung an die gegenwärtigen gesamtpolitischen Rahmenbedingungen fortzuentwickeln und – in Verbindung mit den Entscheidungen im TNF-Bereich[10] – der Öffentlichkeit ein überzeugendes westliches Gesamtkonzept für die Rüstungskontrolle der 80er Jahre vorzulegen.

II. Für beide zur Entscheidung stehenden Verhandlungsweisungen bietet das in Brüssel eingeschlagene Verfahren des „silent procedure" Gelegenheit, noch vor der Vorlage an die Minister auf Änderungen der vorgeschlagenen Texte hinzuwirken. Bei den begleitenden Maßnahmen ist im Hinblick auf den allgemeinen Konsens, der auch unseren Interessen Rechnung trägt, eine Wiederaufnahme der Beratungen vor dem Ministertreffen nicht zu erwarten. Abteilung 2 wird die Draft Guidance zu den begleitenden Maßnahmen in der vom Politischen Ausschuß auf Gesandtenebene verabschiedeten Fassung mit Stellungnahme zu Einzelfragen getrennt vorlegen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1863

einen Weisungstext für begleitende Maßnahmen zu verabschieden." Durch die Weisung solle die Ad-hoc-Gruppe in Wien in die Lage versetzt werden, den Warschauer-Pakt-Mitgliedstaaten ein Paket von sieben begleitenden Maßnahmen vorzuschlagen, das folgende neun Elemente beinhalte: „a) Bekräftigung der vertrauensbildenden Maßnahmen der KSZE-Schlußakte durch alle Teilnehmer; b) vorherige Ankündigung von Divisionsaktivitäten außerhalb ihrer Kasernen durch alle Teilnehmer in Europa und an den Flanken; c) vorherige Ankündigung von Bewegungen der Landstreitkräfte der direkten Teilnehmer in den Raum der Reduzierungen hinein; d) Austausch von Beobachtern bei den gemäß b) angekündigten Divisionsaktivitäten; e) Boden- und/oder Luftinspektionen auf Anforderung; f) festgelegte Durchlaufpunkte für stationierte Land- und Luftstreitkräfte mit ständigen Beobachtern; g) Austausch von Informationen über militärische Daten; h) Nichtbeeinträchtigung nationaler Aufklärungsmittel; i) Konsultativmechanismus zur Implementierung eines MBFR-Abkommens durch Heranziehung von bereits in Wien existierenden MBFR-Verhandlungsstrukturen." Vgl. VS-Bd. 11514 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

8 Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

9 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 270, Anm. 7.

10 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

Auch hinsichtlich des Zwischenergebnisses sollten wir von uns aus vermeiden, die Diskussion neu zu eröffnen, wenn nicht erhebliche politische Interessen auf dem Spiele stehen. Dies ist nach Auffassung der Abteilung 2 nicht der Fall. Die in der abschließenden Sitzung des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene ad referendum erzielten Kompromißlösungen für die bis zuletzt offenen Fragen – insbesondere Nichterhöhungsangebot nach Dateneinigung, Rechtsstruktur und Bezeichnungsfrage[11] – tragen unseren Interessen Rechnung.

Im einzelnen wird zu dem im beiliegenden Drahtbericht der NATO-Vertretung übermittelten Weisungsentwurf für die Ad-hoc-Gruppe wie folgt Stellung genommen.

Überschrift: Interim Phase I Agreement

Die allein von uns vorgeschlagene Bezeichnung „interim result" wurde von Amerikanern und anderen Verbündeten strikt mit der Begründung abgelehnt, daß sie zumindest nach englischem Sprachgebrauch zu verschwommen sei, um das vorgesehene konkrete Verhandlungsangebot politisch griffig darzustellen. Wir haben uns auf die Formulierung „Interim Phase I Agreement" eingelassen, nachdem in einer Fußnote (s.u. Ziffer 2) klargestellt werden konnte, daß die Rechtsstruktur eines Zwischenergebnisses dadurch nicht präjudiziert wird. In deutschen Übersetzungen sollten wir von einer „Zwischenabsprache für Phase I" sprechen. Im übrigen können wir in der Präsentation gegenüber unserer Öffentlichkeit auch weiterhin den Begriff „Zwischenergebnis" in den Mittelpunkt stellen.

Ziffer 1: Fußnote

Die Fußnote zu dieser Ziffer enthält die für die Niederländer entscheidende Aussage zum Verhältnis der neuen Initiative zur bisherigen westlichen Verhandlungsposition und – im engen Zusammenhang damit – zur Option III. Bekanntlich hatten die Benelux-Länder großen Wert darauf gelegt, daß die bisherigen

11 Ministerialdirektor Blech notierte am 3. Dezember 1979 zu den noch offenen Fragen hinsichtlich einer Verhandlungsweisung: „1) Nichterhöhungsvereinbarung: Die bisherige westliche Verhandlungsposition sieht bekanntlich eine kollektive Nichterhöhungsvereinbarung zwischen Phase I und Phase II vor. Niederländer und Belgier, aber auch Briten und Amerikaner halten es für unerläßlich, ein entsprechendes Angebot in einer an die neue Situation (Fehlen einer Einigung über die Gesamtdaten) angepaßten Form auch in den neuen Verhandlungsvorschlag aufzunehmen, um so die Verbindung zwischen den Phasen sicherzustellen. Alle übrigen Bündnispartner – selbst die Italiener – haben sich diesem Vorschlag angeschlossen [...]. 2) Rechtsstruktur eines Abkommens: Hier zeichnete sich von Anfang an ein Gegensatz zwischen uns und den Amerikanern ab, die von den Benelux-Ländern, aber auch von den meisten Bündnispartnern unterstützt wurden. Während wir die Selbständigkeit der einzelnen Instrumente des neuen westlichen Verhandlungspakets betonten und eine vertiefte juristische Konstruktion im übrigen für verfrüht hielten, messen vor allem die Belgier der einheitlichen Rechtsform eines Zwischenabkommens fundamentale politische Bedeutung bei, da es um die Kohärenz der Allianz gehe und jede Singularisierung zu vermeiden sei. Die unterschiedlichen Auffassungen zur Rechtsstruktur eines Zwischenabkommens manifestieren sich auch in der Bezeichnungsfrage. [...] Unser Verhandlungsspielraum ist durch folgende Erwägungen begrenzt: Wir dürfen weder in der Bezeichnung noch in der Formulierung der Verhandlungsweisung den Eindruck erwecken, daß der neue westliche Vorschlag auf ein einziges multilaterales Vertragsinstrument abzielt; die in den einseitigen Erklärungen der westlichen Teilnehmer vorgesehenen Zusagen dürfen keine Rechtsverbindlichkeit gegenüber dem Osten begründen; hinsichtlich der kollektiven Absichtserklärungen darf die Ratifikationsbedürftigkeit durch den Bundestag nicht präjudiziert werden." Vgl. VS-Bd. 11495 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

westlichen Verhandlungsvorschläge[12] einschließlich des westlichen nuklearen Angebots mit dem Vorschlag für ein Zwischenergebnis nicht hinfällig werden dürften. Nach Vorgesprächen, die Dg 22 vor allem mit Belgiern geführt hatte[13], schlugen wir in der Ratssitzung am 29.[14] die gegenwärtige Kompromißformel vor, die nur noch den Niederländern Schwierigkeiten bereitet. Ob der niederländische Vorbehalt zu dieser Fußnote, abgesehen vom generellen niederländischen Vorbehalt zur gesamten Verhandlungsweisung, vor der Ministertagung zurückgezogen werden wird, läßt sich im Hinblick auf die gegenwärtige innenpolitische Situation in Den Haag[15] nicht voraussagen.

12 Zu den Rahmenvorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 22. November 1973 vgl. Dok. 59, Anm. 7.
Zum Vorschlag vom 16. Dezember 1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III) vgl. Dok. 13, Anm. 2.
Am 15. Juli 1977 legten die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten in einer informellen Sitzung einen Vorschlag zur Datenauffächerung vor. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 464 des Botschafters Behrends, Wien (MBFR-Delegation), vom 18. Juli 1977; VS-Bd. 11045 (212); B 150, Aktenkopien 1977. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 182.
Zu den Vorschlägen vom 19. April 1978 vgl. Dok. 20, Anm. 3.
Zu den Vorschlägen vom 13. Dezember 1978 vgl. Dok. 39, Anm. 4.

13 Vortragender Legationsrat von Jagow notierte am 28. November 1979, Botschafter Ruth habe mit dem Mitarbeiter im belgischen Außenministerium, Willot, gesprochen. Hinsichtlich der Option III vermerkte Jagow: „Zur Frage der Weitergeltung der bisherigen Vorschläge haben beide Seiten folgende Formulierung gefunden, deren Aufnahme in den Weisungsentwurf geprüft werden soll: ‚The present western negotiating position retains its validity if the new proposals were to be rejected by the East.'" Zur Frage der Rechtsform führte Jagow aus: „Unserer Auffassung, daß das erste Element des Interimsabkommens als bilateraler SU/USA-Vertrag formuliert werden müßte, stellen die Belgier die Ansicht entgegen, daß das Interimsabkommen in sich nicht zu sehr differenziert werden dürfe." Vgl. VS-Bd. 11441 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

14 Ministerialdirektor Blech notierte am 3. Dezember 1979, in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 29. November 1979 sei es gelungen, „die meisten der strittigen Fragen, die der Verabschiedung der [...] Verhandlungsweisung entgegenstehen, zu klären oder zumindest einer Lösung näher zu führen. Insbesondere ist es gelungen, das Verhältnis der neuen Initiative zur bisherigen westlichen Verhandlungsposition und – im engen Zusammenhang damit – die Frage der künftigen Behandlung der Option III auf eine Weise zu klären, die den gegensätzlichen Interessen der USA einerseits und der Benelux-Länder andererseits Rechnung trägt. Die Einigung in dieser zentralen Frage kam im wesentlichen durch unsere Vermittlung zustande; Dg 22 hatte bereits vor der Ratssitzung auf bilateralem Wege Vorklärungen erreicht und konnte im Rat eine Formel vorschlagen, die von den Beteiligten ad referendum angenommen wurde: ‚The present Western negotiating objectives remain the basis for further initiatives taking into account developments which may have occured in the meantime and subject to the terms of annex B.' Als Annex B wird der Verhandlungsweisung zum Zwischenergebnis eine – von den Briten entworfene – Zusatzweisung beigefügt, die den in der Hauptweisung ausgeklammerten Option-III-Bereich abdeckt und den Wiener Unterhändlern als Argumentationshilfe für die Beantwortung einschlägiger Fragen des Ostens dienen soll." Vgl. VS-Bd. 11495 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

15 Am 7. Dezember 1979 teilte Botschafter Dreher, Den Haag, mit: „Die Zweite Kammer des n[ieder]l[ändischen] Parlaments hat, wie erwartet, am 6. Dezember in einer öffentlichen Sitzung erneut die LRTNF-Modernisierung beraten. Die Erörterungen endeten überraschend mit einer Abstimmungsniederlage der Regierung, weil zehn Angehörige der CDA-Fraktion (überwiegend der A[nti]R[evolutionären]P[artei]) einen von der Opposition eingebrachten Entschließungsantrag unterstützten. [...] Im Laufe der Erörterungen haben die oppositionellen Parteien PvdA und D'66 einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem die Überzeugung ausgesprochen wird, daß ‚in den bevorstehenden NATO-Beratungen einer positiven Beschlußfassung über Produktion und Stationierung von ‚Pershing' II und Cruise Missiles nicht zugestimmt werden darf, was bedeutet, daß die NL also der Stationierung einer Anzahl von ‚Pershing' II und/oder Cruise Missiles auf ihrem Grundgebiet nicht zustimmen können'." Die niederländische Regierung stehe vor einer „außerordentlich schwierigen Lage", auch wenn sie rechtlich nicht an die Auffassung der Zweiten Kammer gebunden sei: „Gelingt es der Regierung, unterschiedliche Meinungen innerhalb des Kabinetts beizulegen, so wird sie sich mindestens darum bemühen, in Brüssel die von der CDA-Fraktion am 30. Ok-

Im engen Zusammenhang mit dieser Frage stehen die besonderen niederländischen Vorbehalte zur Frage der Einbeziehung von Waffen in bilaterale amerikanisch-sowjetische Reduzierungen[16] (s. u. Ziffer 3) und zur Zusatzweisung im Annex B zur Verhandlungsweisung (s. u. Annex B).

Ziffer 2: Konzept

In diesem Abschnitt wird das Gesamtkonzept des von den Unterhändlern zu präsentierenden Verhandlungsvorschlags umrissen und gleichzeitig festgestellt, daß diejenigen Aspekte der westlichen Verhandlungsposition, die in der Initiative nicht behandelt werden, unverändert bleiben.

Von[17] besonderem Interesse ist die Fußnote zu diesem Abschnitt, die eine Kompromißformulierung zu den umstrittenen Fragen der rechtlichen Konstruktion enthält. Während die Belgier, unterstützt von den meisten anderen Bündnispartnern, hier die einheitliche Rechtsform einer Zwischenabsprache festschreiben wollten – wobei auf die Wahrung der Kohärenz der Allianz und der Gefahr der Singularisierung verwiesen wurde –, lag uns daran, den Eindruck zu vermeiden, daß der neue westliche Vorschlag auf ein einziges multilaterales Vertragsinstrument abzielt. Die Feststellung, daß die Zwischenabsprache für Phase I multilateral sein werde, die damit zusammenhängenden Rechtsfragen aber noch geprüft werden müßten, erscheint uns annehmbar, da sie weder die völkerrechtliche Behandlung noch die verfassungsrechtliche Frage der Zustimmungsbedürftigkeit des Bundestags präjudiziert.

Ziffer 3: Amerikanisch-sowjetische Reduzierungen und Beschränkungen

Auch hier besteht ein spezifischer niederländischer Vorbehalt zur Formulierung in Ziffer 3d), die die Einbeziehung von Rüstungen behandelt und vorschlägt, im Interesse einer Vereinfachung und Beschleunigung der Verhandlungen über ein Zwischenergebnis diese Frage, „if judged desirable", in Phase II aufzunehmen. Für die Niederländer liegt hier eine der entscheidenden Aussagen zur Option III, die in der hier erneut angezogenen Zusatzweisung im Annex B näher behandelt wird. Für uns war wichtig, in der Fußnote zu diesem Absatz klarzustellen, daß sich die westliche Grundsatzposition in der Frage der Einbeziehung europäischer Waffen nicht geändert hat.

Ziffer 4: Begleitende Maßnahmen

Der Abschnitt über begleitende Maßnahmen wurde vorgezogen und im Anschluß an bilaterale sowjetisch-amerikanische Reduzierungen in die Verhandlungsweisung aufgenommen, um die beiden Elemente, hinsichtlich derer die Rechtsförmlichkeit der erforderlichen Absprachen (als verbindliche bilaterale bzw. multilaterale Abkommen)[18] unzweifelhaft ist, vorweg zu behandeln. Im wesentlichen handelt es sich hier um einen Querverweis auf das getrennt vorgelegte Verhandlungspaket zu begleitenden Maßnahmen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1866

tober festgelegten ‚Ausgangspunkte' durchzusetzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 503; Referat 220, Bd. 116887.

16 Korrigiert aus: „Beziehungen".

17 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Mit".

18 Die Wörter „(als verbindliche ... Abkommen)" wurden von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt.

Ziffer 5: Gemeinsame Absichtserklärungen

Im wesentlichen sind die Formulierungen unseres Weisungsentwurfs unverändert übernommen worden. Lediglich im letzten Anstrich zu Ziffer 5 b) wird auf begleitende Maßnahmen im Zusammenhang mit einem Phase-II-Abkommen eingegangen, um hauptsächlich den Wünschen der Flankenstaaten zu entsprechen.

Ziffer 6: Kollektive westliche Erklärungen

Die wesentliche Erweiterung gegenüber unserem ursprünglichen Weisungsvorschlag besteht darin, daß in Ziffer 6b) das Angebot einer kollektiven Nichterhöhungsvereinbarung nach Inkrafttreten einer Zwischenabsprache für Phase I und nach Einigung über die Gesamtdaten für eine begrenzte zeitliche Geltungsdauer aufgenommen wurde. Hier hatten Niederländer und Belgier, aber auch Briten und Amerikaner auf die schon in der gegenwärtigen Verhandlungsposition vorgesehene Nichterhöhungsvereinbarung zwischen Phase I und Phase II verwiesen und es für unerläßlich gehalten, ein entsprechendes Angebot in einer an die neue Situation (Fehlen einer Einigung über die Gesamtdaten) angepaßten Form auch in den neuen Verhandlungsvorschlag aufzunehmen. Nachdem alle anderen Bündnispartner sich diesem Vorschlag anschlossen, sind wir auf den Gedanken eingegangen, haben aber auf die Kombination des Nichterhöhungsangebots mit der im Weisungsentwurf bereits enthaltenen „Goodwill"-Erklärung hingewirkt. Die Kombination dieser beiden Elemente legt den Akzent auf die Aussage, daß der Westen vor Einigung über die Gesamtdaten keinem freeze zustimmen kann.

Eine Fußnote zu Ziffer 6b) enthält nur zur Unterrichtung der Ad-hoc-Gruppe den für uns wichtigen Hinweis auf eine anzustrebende allianzinterne Absprache, die – auch im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des common collective ceiling – sicherstellt, daß die Bündnispartner ihre Beiträge zur gemeinsamen Verteidigung nicht unerfüllt lassen werden. Unsere NATO-Vertretung hat im Politischen Ausschuß auf Gesandtenebene auf Weisung das Rationale für diesen Vorschlag vorgetragen; der entsprechende Auszug der Weisung vom 28.11. wird als Anlage 2 vorgelegt.[19]

Annex B: Zusatzweisung zur Option III

Diese von den Briten vorgeschlagene Zusatzweisung soll den Wiener Unterhändlern als Argumentationshilfe für die Beantwortung östlicher Fragen nach

[19] Dem Vorgang nicht beigefügt.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik teilte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 28. November 1979 mit: „Das Rationale für den von uns vorgeschlagenen Text ergibt sich aus unserem Verständnis des Kollektivitätsprinzips bei MBFR, das Ausfluß der Gemeinschaftlichkeit und der integrierten Struktur der Verteidigung des Bündnisses ist. Bei MBFR muß sichergestellt werden, daß die Bündnispartner in der Lage bleiben, ihre zur gemeinsamen Verteidigung erforderlichen Beiträge ohne ein Mitspracherecht des Ostens zu leisten. Dies erfordert Gemeinschaftlichkeit der Verpflichtung einerseits zur Herstellung, andererseits zur Aufrechterhaltung der übereinstimmenden kollektiven Höchststärken auf westlicher Seite – abgesehen von der Sonderstellung der USA. Andererseits teilen wir das Interesse aller Bündnispartner, die Stabilität des westlichen Bündnisses auch nach einem MBFR-Ergebnis aufrechtzuerhalten. Diese Stabilität darf nicht beeinträchtigt werden durch einseitige Verminderungen einzelner Bündnispartner, die von anderen aufgefangen werden müßten. [...] Für MBFR ist diese Überlegung insofern relevant, als damit auch die Besorgnis des Ostens vor einer wesentlichen Verschiebung des innerwestlichen Kräfteverhältnisses zugunsten der Bundeswehr in Rechnung gestellt wird." Vgl. den Drahterlaß Nr. 6012; VS-Bd. 11494 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

dem Status der Option III dienen und steht unter besonderem niederländischen Vorbehalt. Der entscheidende Passus vermeidet die von den Niederländern beanstandete Feststellung „option III has been overtaken" und führt aus: „In sum, one of options III's components is being implemented unilaterally, another is being offered by the alliance for inclusion in a different arms control negotiation and the remaining component, like other armaments issues, can be raised by either side in phase II".

Diese Vorlage ist mit dem BMVg auf Arbeitsebene abgestimmt.

Das Bundeskanzleramt hat ein Doppel der Vorlage erhalten.

Referat 500 hat mitgezeichnet.

Blech

VS-Bd. 11495 (221)

367

Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vestring

311-320.10 SAR-952/79 VS-vertraulich Aufgabe: 7. Dezember 1979, 18.20 Uhr[1]
Fernschreiben Nr. 6229 Plurez

Betr.: Saudi-Arabien;
hier: Besetzung der Großen Moschee in Mekka[2]

Das AA hat folgendes erfahren:

Aufgrund ähnlicher Vorfälle bereits Anfang November[3] rechneten saudische Sicherheitsorgane mit weiteren Störungen an den Heiligen Stätten. Trotzdem wurden die Saudis von Art und Ausmaß überrascht. Eine erste Bewertung läßt

1 Durchdruck.
Drahterlaß an die Botschaften in Djidda, Kairo, London, Paris und Washington.

2 Zur Besetzung der Großen Moschee in Mekka am 20. November 1979 vgl. Dok. 347.
Referat 311 notierte am 6. Dezember 1979: „Nach amtlichen saudischen Verlautbarungen wurde der letzte Widerstand der Besetzer in der Großen Moschee von Mekka am Morgen des 4. Dezember gebrochen. [...] Mit Wahrscheinlichkeit handelt es sich bei den Besetzern der Moschee um eine Gruppe religiöser Fanatiker, die unsere Botschaft in Djidda den ‚Salafiyin' zuordnet. Deren Stammland sind die Zentralprovinzen von Saudi-Arabien, obgleich Anhänger dieser Sekte auch in den angrenzenden Staaten zu finden sind. [...] Die religiöse Zielsetzung der Aufrührer darf freilich nicht über die politischen Implikationen der Besetzung hinwegtäuschen. Politische und religiöse Ziele sind in Saudi-Arabien untrennbar miteinander verbunden." Referat 311 urteilte, der innenpolitische Kurs in Saudi-Arabien werde „vorsichtiger, die Rücksichtnahme auf den konservativen Bevölkerungsteil größer werden". Vgl. Referat 311, Bd. 119948.

3 Botschafter Schlagintweit, Djidda, berichtete am 15. November 1979: „Während des Höhepunkts der Pilgerfahrt Ende Oktober/Anfang November kam es an den Heiligen Stätten zu Zusammenstößen zwischen iranischen Pilgern und saudischen Sicherheitskräften. Wie ich aus zuverlässigen Quellen höre, haben iranische Pilgergruppen mit Spruchbändern und Volksreden an verschiedenen Plätzen Mekkas und Medinas für eine ‚islamische Republik' Propaganda gemacht, die dem iranischen Modell folgend und von Mekka ausgehend die Halbinsel und schließlich die ganze islamische

die Erstürmung der Großen Moschee als einen von langer Hand vorbereiteten Versuch erscheinen, im Zusammenwirken mit innersaudischen Oppositionellen vom Ausland her das Regime der Saudis zu destabilisieren. Der Versuch darf als gescheitert gelten.

Bereits Anfang November kam es in Medina zu proiranischen Demonstrationen unter überwiegender Beteiligung iranischer Pilger, bei denen Khomeini-Bilder gezeigt und Forderungen nach einer islamischen Revolution erhoben wurden. Saudische Sicherheitsorgane rechneten wegen dieser Vorfälle und aufgrund weiterer Hinweise mit erneuten Störungen. In diesem Zusammenhang waren Gerüchte über Verschwörungen, Provokationen, Verteilung von Geldern und Waffen, umfangreichen Schmuggel sowie Anwerbung von Kämpfern im Umlauf. Trotz der saudischen Vorsichtsmaßnahmen (restriktive Visa-Vergabe usw.) sind die saudischen Ordnungskräfte von Art und Ausmaß der Ereignisse in Mekka offensichtlich überrascht worden.

Zeitlich koordiniert mit der Erstürmung der Großen Moschee in Mekka fand ein ähnlicher Versuch in Medina statt, der jedoch bereits im Anfangsstadium verhindert wurde. Zur gleichen Zeit gab es Schießereien und einen Sabotageanschlag auf die Stromversorgung in der Hauptstadt Riad.[4] Saudische Sicherheitskräfte antworteten auf die Vorfälle mit umfassenden Sicherungsmaßnahmen (Straßensperren, Personen- und Fahrzeugkontrollen, Auffahren gepanzerter Fahrzeuge an neuralgischen Punkten).

Die Identität der Moscheebesetzer läßt sich nach wie vor nicht eindeutig bestimmen. Folgt man den bislang vorliegenden Berichten, so setzte sich die Gruppe der mindestens 300 Besetzer aus Arabern der Golfstaaten, Angehörigen der an die beiden Jemen grenzenden Stämme, einzelnen ultrakonservativen Beduinen aus den zentral-saudischen Wüstengebieten und amtsbekannten religiösen Fanatikern der theologischen Schulen in Mekka und Medina zusammen.

Einzelne Hinweise deuten auf eine in Art und Ausmaß unklar bleibende Verwicklung von Mitgliedern der Nationalgarde in die Vorfälle. Der Kommandeur der Nationalgarde, Prinz Abdallah, hielt sich am Mittwoch, den 21. November, noch in Marokko auf und reiste erst nach Bekanntwerden der Ereignisse nach Riad ab. Die Botschaftsbesetzer waren umfassend militärisch geschult, gut organisiert und geführt, was den Schluß auf eine längere systematische Ausbildung zuläßt.

Diese müßte angesichts der scharfen Sicherheitsmaßnahmen in Saudi-Arabien selbst im Ausland erfolgt sein.

Die Forderungen der Besetzer enthalten die in den islamischen Staaten derzeit übliche Mischung religiös-politischer Anliegen:

Fortsetzung Fußnote von Seite 1869

Welt erfassen soll. Diese Demonstrationen lösten an Ort und Stelle erhebliche Beunruhigung aus und veranlaßten die Polizei sowie auch Einheiten der Nationalgarde zum Einschreiten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1065; Referat 311, Bd. 119948.

4 Botschafter Schlagintweit, Djidda, berichtete am 22. November 1979, Gerüchte, daß im Umkreis von Palästen der königlichen Familie in Riad Bomben explodiert seien, müßten, „obwohl aus guten Quellen stammend, mit äußerster Vorsicht aufgenommen werden". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1086; Referat 311, Bd. 119948.

- Gespräch nur mit König Khalid oder Kronprinz Fahd
- Klage über die Verderbtheit der Regierung
- Gründung einer islamischen Republik
- rigorose Anwendung moslemischer Gesetze
- Einstellung der Erdöllieferungen an die USA
- Abschaffung von Fernsehen und Fußball
- Schließung der Mädchenschulen in Saudi-Arabien
- Anerkennung eines angeblich 25jährigen saudischen Staatsangehörigen als Mahdi (Messias)

Faßt man die bislang gewonnenen Eindrücke zu einer ersten Bewertung zusammen, so sind die Erstürmung der Großen Moschee von Mekka und der tagelang anhaltende Kampf der Besatzer gegen Sondereinheiten der bewaffneten Kräfte Saudi-Arabiens als ein von langer Hand vorbereiteter Versuch zu werten, durch Zusammenwirken mit innersaudischen Oppositionellen vom Ausland her das Regime der Saudis zu destabilisieren. Der Versuch darf als gescheitert gelten.

Vestring[5]

VS-Bd. 11151 (311)

368

Botschafter Ritzel, Teheran, an das Auswärtige Amt

114-4260/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1512
Citissime

Aufgabe: 9. Dezember 1979, 11.45 Uhr[1]
Ankunft: 9. Dezember 1979, 10.50 Uhr

Betr.: Europäische Wirtschaftssanktionen gegen Iran

Bezug: DE Nr. 666 CTN[2] vom 6.12.79[3]

1) Die Einschätzung der Deutschen durch Iraner schwankt je nach politischer Grundeinstellung und Engagement.

Radikale, meist „linke" beeinflußte Menschen sehen in ihnen Lakaien des US-Imperialismus und sagen dies auch in Zeitungen. Unpolitische Menschen, die

[5] Paraphe.

[1] Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vestring am 9. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Petri am 9. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Schöps am 11. Dezember 1979 vorgelegen.

[2] Citissime nachts.

[3] Vortragender Legationsrat I. Klasse Vestring teilte der Botschaft in Teheran mit: „1) Heute treffen Under Secretary Solomon vom Treasury und Wirtschaftsabteilungsleiter Cooper vom State Department in Bonn ein. Reise erfolgt im Rahmen eines vom Nationalen Sicherheitsrat und Präsidenten

Masse, haben ihnen gegenüber eine unverbindliche bis sehr positive Einstellung. Wenn beide Extreme gewogen werden müßten, so würde ich die überwiegende Mehrzahl der Menschen dieser Gruppe bei unreflektiert positiv einordnen. Die Gründe dafür sind angenehme, wie keine deutsche Bevormundungsversuche (USA), aber auch unangenehme, wie Krieg gegen GB, UdSSR (als Besatzungsmächte Irans im Zweiten Weltkrieg) und Hitlers Vernichtungsfeldzug gegen Juden. Eine dritte Gruppe Iraner ist nationalistisch orientiert und kann ihrer Einstellung zu den Deutschen nach beiden Gruppen aus unterschiedlicher Motivierung zugeordnet werden. Sie sieht uns zunehmend im Fahrwasser der USA und dies insbesondere, seitdem Iran dem Lager der Ungebundenen angehören will. Sie hat aber starke Sympathien für die Deutschen, auch weil Bonn eine zwar flexible, aber doch eine klare Linie in der Politik mit der UdSSR hat, dem Land, das bei dieser Gruppe als der ärgste Feind des Nationalismus gilt.

Zusammengefaßt: Man ist überwiegend den Deutschen gegenüber verständnisvoll bis positiv eingestellt. Hinter diesem Goodwill-Damm ist es ihnen bisher auch in der Krise recht gut gegangen. Allerdings ist der Damm kein Grund zu Sorglosigkeit. In Einzelfällen sind bei sachlich bedingten Auseinandersetzungen Störungen festzustellen gewesen. Auch ist es je nach Entwicklung möglich, daß die Vorbehalte gegenüber Fremden über den Damm hinwegschwappen und in undifferenzierte Feindlichkeit einmünden.

Ich führe obiges etwas breiter aus, damit nachfolgende Urteile im Zusammenhang verständlicher werden.

2) Träte die Bundesregierung erklärtermaßen wirtschaftlichen Sanktionen jeglicher Art der USA gegen Iran bei, dann würden in meinem Urteil

a) zwar der Forderung nach Freilassung der Geiseln[4] mehr Nachdruck verliehen, die Reaktion aber wäre eine Verhärtung der Geiselnehmer.

b) Die mit Recht angenommene Uneinigkeit im Revolutionsrat würde

- entweder zu einer Solidarisierung der flexiblen Elemente mit den Hardlinern
- oder zur Auflösung dieses Revolutionsrats führen, was nach Schaffung des Instruments der neuen Verfassung[5] nach außen plausibel zu machen wäre. Auch in diesem Fall träte Solidarisierung mit den Hardlinern ein.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1871

verabschiedeten Krisenprogramms diplomatischer und wirtschaftlicher Maßnahmen gegen Iran, dessen Einzelheiten bisher hier nicht bekannt sind. Eine ähnliche Delegation ist nach London, Paris und Rom unterwegs. Voraussichtliches Verhandlungsziel der Delegation: Bundesregierung zu wirtschaftlichen Sanktionen gegen Iran zu veranlassen, insbesondere auf dem Bankengebiet, um Forderung nach Freilassung der Geiseln größeren Nachdruck zu verleihen. 2) Aus Berichterstattung der Botschaft ist bekannt, daß im Revolutionsrat über die Behandlung der Geiselaffäre Uneinigkeit herrscht. Außerdem würden personelle Veränderungen in der iranischen Führung erwartet. Botschaft wird um Analyse gebeten, wie sich eine Verstärkung des Drucks durch Einbeziehung wirtschaftlicher Sanktionen auch europäischer Länder auf die inneren Machtverhältnisse in den Führungsgremien auswirken würde." Vgl. VS-Bd. 11152 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 363.

5 Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 4. Dezember 1979: „1) Das Verfassungsreferendum ist ohne schwere Auseinandersetzungen über die Bühne gegangen. Zwar kam es zu Zusammenstößen in Täbris zwischen Verfassungsgegnern aus dem Lager Shariat-Madaris und Khomeini-Anhängern, und in den größeren Städten Balutschistans konnte überhaupt nicht abgestimmt werden,

c) Die Sanktionen, die natürlich nicht von der Bundesrepublik im Alleingang mitgetragen werden könnten, würden der Emotionalisierung landesweit neue Impulse mit nicht mehr tragbaren Folgen geben und die Geiseln nicht befreien. Sogar Ayatollah Shariat-Madari müßte m.E. auf die Solidarisierungswelle einschwenken.

d) die Deutschen in Iran (1300–1500 Seelen) Zeuge des Überschwappens des Dammes mit Folgen werden, die ihre verbleibende materielle Position auslöschen und ihre physische Existenz bedrohen. Vor einer praktizierten deutlichen Solidarisierungspolitik mit Washington müßten die Deutschen durch die Bundesregierung zum Verlassen Irans aufgefordert werden.[6] Zu vermutende iranische Gegenreaktion wäre Schließung des Flughafens und vorher wahrscheinlich Ausfall der DLH[7] und anderer Linien nach Vorbild der British Airways, d.h. die Deutschen säßen in der Falle und mit ihnen die anderen Europäer.

e) die durch die US-Krise schon stark emotionalisierten Massen die Contenance verlieren und bei eventueller Verknappung von Lebensmitteln tiefe Unruhe entwickeln, evtl. Amok laufen. Alle bisher gemachten Unterscheidungen zwischen Feind und Freund entfielen.

3) Unaufgefordert erlaube ich mir Anregungen für das Dienstagsgespräch[8], und zwar:

a) Gesprächspartner eindringlich wissen zu lassen, daß das irrationale Denken hier nur durch beharrliche Gesprächsbereitschaft zu realistischerem Handeln führen kann (Geiselproblematik auch unter zeitlichem Aspekt bekannt).

b) Leistung eines Beitrags zur Wirtschaftsblockade durch vorgeschützte Lieferschwierigkeiten. Diese Vorwände sind immer zu finden und werden hart treffen (z.B. s. gesonderter Bericht über Ersatzteillieferung für iranische Eisenbahn[9]).

Fortsetzung Fußnote von Seite 1872

weil die Wahllokale blockiert wurden. Aber die schlimmsten Befürchtungen bewahrheiteten sich nicht. 2) Bisher liegen die Ergebnisse aus 83 Städten vor. Dort stimmten 99,7 Proz[ent] für die vorgeschlagene Verfassung. Zahlen über die Wahlbeteiligung – denen man ohnehin keinen vertieften Glauben schenken dürfen wird – liegen noch nicht vor. 3) Revolutionssprecher Habib kündigte gestern abend die nächsten Etappen im Staatswerdungsprozeß der Islam[ischen] Republik an. Danach sind in zwei Monaten Wahlen zum Amt des Staatspräsidenten und den Majless (Parlament) geplant. Khomeini werde voraussichtlich Ende dieser Woche die von ihm laut Verfassung zu bestimmende Hälfte des ‚Wächterausschusses' (Kontrolle der Gesetzgebung des Parlaments auf ihre Vereinbarkeit mit islamischen Prinzipien) benennen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1487; Referat 311, Bd. 137622.

Referat 311 notierte am 7. Dezember 1979, die Volksabstimmung über die neue iranische Verfassung sanktioniere die „äußerst starke Stellung des schiitischen Klerus und des ‚Imam' Khomeini". Vgl. Referat 311, Bd. 137622.

6 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vestring hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

7 Deutsche Lufthansa.

8 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance am 11. Dezember 1979 vgl. Dok. 370.

9 Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 9. Dezember 1979: „Nach Angaben der iranischen Seite besteht zwischen den Firmen General Motors und der deutschen Henschel AG, Kassel, ein Lizenzvertrag zum Bau von Lokomotiven. Wegen der derzeitigen Schwierigkeiten mit den USA bestände keine Möglichkeit, aus den US die notwendigen Ersatzteile zu bekommen. Iranische Seite bat deshalb – unter betonter Hervorhebung der bisherigen guten Beziehungen insbesondere zur Deut-

c) Gegenüber Iranern aber unsere Bereitschaft zu wiederholen, gute Dienste zu leisten.

d) Prüfung, ob Signal an Iraner möglich ist, daß die Revolution ihre Beschwerden vor einem internationalen Gremium, das zu Anfang nicht der VN-SR wäre, vorbringen kann. Ein solches Gremium könnte aus Schiitenführern zusammengesetzt sein (s. DB Nr. 3540 New York UNO vom 7.12.79[10]). Der Politik des „signal giving" (J.F. Kennedy) müßte als iranische Antwort die Freilassung der Geiseln folgen und darauf die Einlösung der Zusage zur Mitwirkung an einem internationalen Gremium, das dann der VN-SR sein könnte (iranischer Vorbehalt, daß SR US-Instrument ist, wäre abgebaut).

Dieser Gedanke kann Erfolg haben, denn auch Qom weiß, daß der Schah[11] nicht ausgeliefert werden wird, die Forderungen also heruntergeschraubt werden müssen. Der Gedanke ist dann zum Mißerfolg verurteilt, wenn die Besetzer dem Imam in Qom nicht folgen.

Dann aber wäre völlig klar, daß alle vernünftigen Lösungsversuche der Geiselsituation an einem Willen scheiterten, den man mit anarchistisch bezeichnen müßte.

e) Eine Variation des Gedankens zu d) im Sinne der Erschwerung der amerikanischen und allgemein westlichen Position sind die Gedankengänge von Dr. Sadegh Tabatabai[12], deren Kenntnis ich dort voraussetze. Ich habe über sie bisher nicht berichtet.[13]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1873

schen Bundesbahn – um Hilfestellung. [...] Einerseits hätte der Zusammenbruch des iranischen Eisenbahnverkehrs wegen der Unmöglichkeit, Massengüter, insbesondere Lebensmittel, zu verteilen, harte Konsequenzen für die unschuldige Bevölkerung, andererseits aber könnte er im Sinne einer Politik, die dem Realitätssinn in der Geiselsituation eine Chance gibt, durchaus heilsam sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1515; VS-Bd. 11150 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

10 Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), berichtete, er habe ein Abendessen für eine Reihe von UNO-Botschaftern gegeben, bei dem sich eine Diskussion zum Thema Iran entwickelt habe: „Einverständnis bestand, daß Kontakte mit Teheraner Regierungsvertretern [...] so gut wie zwecklos seien und nur das direkte Gespräch mit Khomeini Aussicht auf Erfolg habe. Dabei konzentrierte sich Diskussion auf zwei für Khomeini möglicherweise akzeptable Emissäre. Bishara setzte auf den syrischen Präsidenten Assad, während Hoveyda einer Delegation prominenter Schiitenführer bessere Chancen einräumte. Bisharas Plädoyer für Assad fußte im wesentlichen auf folgenden Argumenten: Der syrische Präsident habe vitales Interesse an der Beilegung des Konflikts, da evtl. militärische Intervention der USA zu Zusammenbruch der gesamten Golfregion und konsequenterweise auch zu Assads Sturz führen werde. Assad stehe als Allawit dem Schiiten Khomeini näher als jeder Sunnit [...]. Hoveyda hielt dagegen Assad-Idee für wenig aussichtsreich. Er meinte, daß [...] nur hochrangige Schiitenführer Khomeini beeinflussen könnten. Solche Shia-Prominenz sollte sich im Libanon, in Irak, in Pakistan und auf Bahrain finden lassen. Hoveyda machte andererseits auf die von Kh[omeini] immer wieder betonte Bereitschaft zum Martyrium aufmerksam und folgerte, daß es Kh. vielleicht auch darum gehe, durch einen dramatischen Tod auf dem Hintergrund eines Infernos der Gesamtregion als Held in die Geschichte des Islam einzugehen." Vgl. Referat 230, Bd. 121062.

11 Mohammed Reza Pahlevi.

12 An dieser Stelle vermerkte Legationsrat I. Klasse Petri am 9. Dezember 1979 um 15.45 Uhr handschriftlich: „Versuche auf Anregung VLR I Vestring, B[otschaft] Teheran telefonisch um DB bis Montag mittag zu bitten (bisher noch keine Verbindung)."
Um 16.00 Uhr notierte Petri handschriftlich: „Bitte um DB an Frau Ritzel durchgegeben, die ihren Mann unterrichten wird."

13 Botschafter Ritzel, Teheran, teilte am 10. Dezember 1979 mit: „Über Gedankengänge Tabatabai habe ich nicht berichtet, weil ich wahrscheinlich unvollständig informiert bin und nach Aussage von T[abatabai] annehme, daß er mit ChBK mehrfach in telefonischem Kontakt stand. Zuletzt

4) Zur Zeit herrscht im Kreis der EG-Botschafter die Meinung vor, daß Iran den etwa jetzt anreisenden VN-GS abblitzen lassen würde.[14] Brächte er vorher signalisierte Gedankenelemente wie unter 3d) umrissen mit, könnte er wenigstens Gehör finden.

5) Bestärke dortige Kenntnis, daß bei verworrener und sich ständig ändernder Lage Beurteilung durch mich schwierig. Aussagen unter Ziff. 2 haben aber sehr viel für sich.

6) Dieser Bericht wird hier nach Absendung vernichtet.

[gez.] Ritzel

VS-Bd. 11150 (311)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1874

wollte er ihn in Berlin erreichen. T. will die Gedankengänge auch Imam Khomeini vorgetragen haben. [...] Soviel ich weiß, denkt T. etwa wie folgt: Der Schah wird nicht ausgeliefert. Dieses Ziel kompromißlos zu verfolgen, führt in eine Sackgasse [...]. Dem realistischeren Ziel der Verurteilung des Schahs vor der Weltöffentlichkeit kommt man näher, wenn er, nach Abgabe eines Signals an den Imam, aus den USA entfernt wird und in ein anderes, vornehmlich europäisches Land reist. Signal an Imam ist deswegen von Bedeutung, damit er bei Schah-Abreise Prozeßbeginn gegen Geiseln verhindert. Europäisches Zielland deswegen wichtig, damit der beklagte Schah nicht einfach verschwindet, sondern sich den Vorschriften und Mechanismen einer verbindlichen Rechtsordnung unterwerfen muß. Geiselfreisetzung wäre bei Konstituierung eines internationalen Tribunals im Land des Aufenthalts des Schahs." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1523; VS-Bd. 11150 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

14 Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), berichtete am 13. Dezember 1979: „Vermittlungsbemühungen Waldheims sind offenbar in schwierige Phase geraten, die auf Zögern bzw. Schwierigkeit iranischer Führung hindeutet, endgültige Beschlüsse in irgendeiner Richtung zu fassen (Geiselfreilassung, internationales Tribunal gegen USA bei gleichzeitiger oder ohne gleichzeitige Geiselfreilassung, Spionageprozeß). Von Waldheim als Abgesandter eingesetzter AM von Sri Lanka hat offenkundig über ein Mißlingen seiner Bemühungen in Teheran berichten müssen, denn er hat nach hier vorliegenden Informationen weder den iranischen AM noch die Geiseln gesehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3628; Referat 311, Bd. 137626.

369

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-4279/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1350
Citissime

Aufgabe: 10. Dezember 1979, 19.40 Uhr[1]
Ankunft: 10. Dezember 1979, 21.03 Uhr

Betr.: Eurogroup-Ministersitzung am 10.12.1979;
hier: geschlossene Sitzung[2]

Teil II, strategic issues und weitere TOPs

Zur Unterrichtung

Strategic issues

Erwartungsgemäß äußerte sich hier UK-Verteidigungsminister Pym. Er führte aus:

Beherrschende Themen in strategischer Diskussion sind die Unterzeichnung von SALT II bzw. die Ratifizierungsdebatte[3] sowie die anstehende Entscheidung über „long range TNF modernization and arms control"[4]. SALT II verringert die Unsicherheit im Bereich der Entwicklung des strategischen Kräfteverhältnisses. Gleichzeitig besteht Aussicht, im Mittelstreckenbereich „equal ceilings" zu erreichen. Kodifizierte strategische Parität mag es SU erleichtern, Reduktionen zu akzeptieren.

Zur Einschätzung SU-Absichten: SU wird kaum offene Aggression oder auch nur offenen Druck in Europa ausüben. Aber gänzlich andere Lage in Afrika, Südostasien, Mittlerer Osten. Veränderungen dort bleiben nicht ohne Auswirkungen auf Lage in Europa (Energie, sonstige Ressourcen, Beeinträchtigung des Handels). Dahinter steckt weder Plan noch System, aber der Wille, sich bietende Gelegenheiten zu nutzen, ggf. unter Einsatz von Drittländern.

Westen leidet darunter, daß SU Entscheidungen schneller als der Westen treffen kann. Dies gilt auch für Entscheidungen über neue technische Entwicklungen. UK macht hier keine Ausnahme. Dabei kommt UK-Entscheidungen hohe

1 Hat Legationsrat I. Klasse Kreusel am 11. Dezember 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann „n[ach] R[ückkehr]", die Vortragenden Legationsräte Hofstetter und Boden sowie Legationsrat I. Klasse Boldt verfügte.
Hat Hofstetter, Boden und Boldt am 11. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat Hofmann am 17. Dezember 1979 vorgelegen.

2 Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 10. Dezember 1979 über den ersten Teil der Sitzung, bei dem Fragen der europäischen Rüstungszusammenarbeit behandelt wurden: „Der portugiesische Verteidigungsminister betonte, daß die Interessen der Länder mit geringerer Rüstungsindustrie eines der zentralen Themen der europäischen Zusammenarbeit bleiben müßten. Er forderte die Eurogroup-Partner auf, bei der Aufstellung kooperativer Programme daran zu denken, daß Aufträge und Investierungen zum Aufbau einer portugiesischen Rüstungsindustrie notwendig seien. Diese Ausführungen wurden von der türkischen Delegation vollinhaltlich unterstützt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1349; VS-Bd. 10528 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

3 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 359, Anm. 9.

4 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

Bedeutung zu, denn angesichts der Europa bedrohenden SS-20 und „Backfire" (hier Verweis auf Buchanan-Rede von Bundeskanzler Schmidt, 1977, London[5]) kompliziert ein zweites, unabhängiges, europäisches nukleares Entscheidungszentrum für SU die Lageeinschätzung.

US-Haltung verdient hinsichtlich LRTNF besondere Anerkennung. USA tragen nicht nur finanzielle Hauptlast, sondern substantiell zu der Verteidigung Europas bei; besonders bemerkenswert, weil USA auch in anderen Teilen der Welt, gerade in diesen Tagen (Iran)[6] gefordert wird. Europäer sollten dies bei LRTNF-Entscheidung am 12.12.1979 berücksichtigen.

UK unterstützt voll den mit LRTNF-Modernisierung verbundenen Rüstungskontrollansatz. Denn Sicherheit und Frieden auf niedrigerem (Kosten)-Niveau ist letztes Ziel.

Unsere Chancen für Verhandlungen sind nicht schlecht, weil Westen u. a. auch noch über technischen Vorsprung (electronic, precision guided munitions) verfügt, den SU zwar prinzipiell, aber nur mit enormen Kosten aufholen könnte. Diese Möglichkeit ist angesichts wachsender Ansprüche der Bevölkerung, vor allem in nicht-sowjetischen WP-Staaten, höchst problematisch. Es sei bemerkenswert, wieviel Bewegung NATO-LRTNF-Aktivitäten im Rüstungskontrollbereich ausgelöst hätten.

Die Erwartungen hinsichtlich möglicher rüstungskontrollpolitischer Erfolge sollten realistisch bleiben. Wer aber Rüstungskontrollerfolge wolle, solle nun auch offen zu den notwendigen LRTNF-Entscheidungen stehen.

NL-Verteidigungsminister Scholten erwiderte hierauf: Grundsätzliche NL-Haltung ist bekannt. LRTNF-Modernisierung allein kann Problem nicht lösen. Rüstungskontrollpolitische Maßnahmen müssen hinzukommen. Niederländisches Kabinett hat „delikate" niederländische Lage befreundeten Regierungen erläutert.[7] NL leugnet Bedrohung nicht. NL mißt Allianz-Zusammenhalt hohe Bedeutung bei. NL will „fruchtbare" Grundlage für Rüstungskontrollverhandlung.

Nach NL-Einschätzung ist hierzu eine geteilte Entscheidung Produktion/Stationierung notwendig. Dabei soll Stationierung von Verhandlungsverlauf abhängig gemacht werden. NL ist dabei, die letzte Entscheidung zu treffen.

Danach äußerte sich nur noch italienischer Verteidigungsminister Ruffini zu diesem Thema:

NATO will nicht numerisch gleichziehen, aber sie strebt nach globaler und regionaler „sufficiency". Gleichgewichtigkeit der Kräfte ist unerläßliche Voraussetzung für Rüstungskontrollerfolge. Ohne Gleichgewicht hat Détente-Politik keine Grundlage.

Diese Gleichgewichtigkeit ist nicht nur NATO/WP-bezogen. Falls SU Vormachtstellung gewinnen sollte, hätte dies Auswirkungen auf Neutrale und Un-

5 Bundeskanzler Schmidt hielt am 28. Oktober 1977 vor dem International Institute for Strategic Studies in London einen Vortrag. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1977, S. 1013–1020.

6 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 368.

7 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident van Agt und dem niederländischen Außenminister van der Klaauw am 10. Dezember 1979; Dok. 371.

gebundene mit Rückwirkungen auf Gesamtlage. Deshalb unterstützt IT vorliegenden Doppelansatz.

Ein Verschieben der Entscheidung bzw. eine Teilung der Entscheidung wäre sehr gefährlich, weil für die Stationierungsentscheidung dann erst ein Scheitern der Rüstungskontrollverhandlungen festgestellt werden müsse. In dieser psychologisch schwierigen Lage müßte dann eine reine Rüstungsentscheidung getroffen werden. Die Entscheidung müsse deshalb jetzt und so wie bisher vorgesehen am 12. Dezember 1979 fallen. Danach bleibe bis zur Einführung genügend Zeit zum Verhandeln.

Sonstige Punkte

Der deutsche Verteidigungsminister[8] wurde gebeten, im Jahre 1980 den Vorsitz in der Eurogroup zu übernehmen. Diese Einladung wurde angenommen.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10528 (201)

370

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance

422-413.00 GA/IRN-660/79 VS-vertraulich **11. Dezember 1979**[1]

An dem Gespräch[2] nahmen auf amerikanischer Seite Staatssekretär Cooper, State Department, und Botschafter Stoessel, auf deutscher Seite StS Lautenschlager, D 3[3], RL 422[4], LR I Petersmann, MB, und Dolmetscher VLR I Weber teil.

AM *Vance* berichtete eingangs über Kontaktbemühungen und weitere Entwicklungen in der Geiselfrage[5]. VN-Generalsekretär Waldheim habe beabsichtigt, seinen Kabinettschef[6] nach Teheran zu entsenden, diese Absicht jedoch zunächst aufgegeben, nachdem der iranische Außenminister Ghotbzadeh ihm

8 Hans Apel.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pabsch am 12. Dezember 1979 gefertigt.
Hat Legationsrat I. Klasse Petersmann am 12. Dezember 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau verfügte.
Hat Amtsrat Kusnezow am 12. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat Wallau vorgelegen.

2 Der amerikanische Außenminister Vance hielt sich am 11. Dezember 1979 in der Bundesrepublik auf.

3 Andreas Meyer-Landrut.

4 Wiegand Pabsch.

5 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 368.

6 Rafeeuddin Ahmed.

die Entsendung des Iraners Farhan als Botschafter bei den VN angekündigt habe. Farhan, zwar als Kulturreferent, aber bisher faktisch zweiter Mann der Iran-Botschaft in Washington, habe sich von Anfang an der Geiselnahme und Botschaftsbesetzung widersetzt, habe Teheran vor den Folgen (internationale Isolierung, wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten aufgrund amerikanischer Gegenmaßnahmen) der Botschaftsbesetzung gewarnt und die Annahme seines neuen Amtes davon abhängig gemacht, daß er dem Revolutionsrat und Khomeini seine Ansichten vortragen könne. Dies sei geschehen; man werte seine Ernennung deshalb als Zeichen einer gewissen Bereitschaft in Teheran zur Herbeiführung einer Lösung der Geiselfrage. Auch mit Arafat sei er, Vance, über die US-Botschaft in Beirut in fast täglichem Kontakt; diese Kontakte seien bisher äußerst hilfreich gewesen, sie hätten zur Freilassung von dreizehn Geiseln[7] geführt. Arafat habe sich noch nicht entschieden, ob er zusammen mit anderen Persönlichkeiten selbst nach Teheran gehen wolle. Er wolle das Risiko eines Mißerfolges bisher nicht eingehen. Einige andere führende Politiker der Region seien ebenfalls zu Vermittlungsversuchen und Besuchen in Teheran bereit; man sei damit einverstanden.

Die Anwesenheit von zwei Flugzeugträgern und weiteren Schiffseinheiten im Arabischen Meer habe einen wesentlichen mäßigenden Einfluß auf die iranische Führung.

Bisher habe die USA große Geduld gezeigt, doch könne man nicht zulassen, daß die jetzige Situation zusehends in einen Zustand scheinbarer „Normalität" hinübergleite. Deshalb müsse man den Druck auf Teheran aufrechterhalten, der bei den vernünftigeren Elementen in der iranischen Führung durchaus Wirkung zeige. Die Sperrung der Iran-Konten[8] sei der erste Schritt in diese Richtung, der Iran versuche allerdings, sie zu umgehen. Man sei überzeugt, daß die Chance für eine Lösung in dem Maße wachse, in dem man hier Festigkeit zeige.

Für diese Woche erwarte man das IGH-Urteil zur Geiselnahme.[9] Wenn Teheran dieses Urteil ebenso ignoriere wie die VN-Sicherheitsratsresolution[10], stelle sich die Frage nach der Anwendung von Sanktionen nach Kap. VII VN-Satzung[11]. Er habe diesen Gedanken in London, Paris und Rom vorgetragen[12], man habe dort keine Einwendungen und unterstütze diesen Gedanken.

Zunächst stelle sich jedoch die Frage, wie man die amerikanische Sperrung iranischer Guthaben wirksamer machen könne. Man habe zwei Vorschläge:

1) die Sperrung iranischer Konten auch durch andere westliche Staaten,

7 Zur Freilassung von Geiseln aus der amerikanischen Botschaft in Teheran am 19./20. November 1979 vgl. Dok. 339, Anm. 2.

8 Am 14. November 1979 verfügte Präsident Carter, sämtliche iranischen Guthaben bei amerikanischen Banken, inklusive deren Filialen und Tochtergesellschaften im Ausland, einzufrieren. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2119.

9 Zum Urteil des Internationalen Gerichtshofs vom 15. Dezember 1979 vgl. Dok. 357, Anm. 11.

10 Korrigiert aus: „VN-Sicherheitsresolution".
Für den Wortlaut der Resolution Nr. 457 des UNO-Sicherheitsrats vom 4. Dezember 1979 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 54.

11 Für den Wortlaut von Kapitel VII der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 459–465.

12 Der amerikanische Außenminister Vance hielt sich am 10. Dezember 1979 in Großbritannien, am 10./11. Dezember in Frankreich und am 11. Dezember 1979 in Italien auf.

2) die Herbeiführung der Fälligkeit von Iran-Krediten in großem Umfang durch Anwendung von Kreuzverfallklauseln.

Darüber hinaus gebe es andere wirtschaftliche Maßnahmen, etwa im Rahmen von Kap. VII VN-Satzung. Man stelle auch weitergehende Überlegungen an, über sie wolle er im gemeinsamen Gespräch beim Bundeskanzler sprechen.

Bundesminister dankte für die ausführliche Unterrichtung und die Vorunterrichtung durch Solomon und Cooper.[13] In einer Besprechung beim Bundeskanzler habe er mit den Bundesministern für Wirtschaft[14], der Finanzen[15] und der Verteidigung[16] und den Staatssekretären der vier Häuser[17] sowie mit dem Bundesbankvizepräsidenten Pöhl mögliche Maßnahmen erörtert, allerdings noch nicht abschließend.[18] Alle Beteiligten seien der Auffassung, die er bereits Solomon und Cooper dargelegt habe, daß wir in dieser Situation Solidarität nicht nur durch verbale Bekundungen üben würden; er habe dies auch im Bundestag gesagt[19] und die Zustimmung aller Fraktionen erhalten. Über die An-

13 Bundesminister Genscher traf am 6. Dezember 1979 mit einer amerikanischen Delegation unter Leitung des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Cooper, und des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Finanzministerium, Solomon, zusammen, um über „monetäre Maßnahmen in Bezug auf den Iran" zu beraten. Cooper legte dar: „Das Problem sei, daß zwar auf der diplomatischen Ebene alle westlichen Staaten mit einheitlicher Stimme sprächen, daß aber auf anderen Ebenen die Iraner voneinander abweichende Signale erhielten. Eine Reihe von Banken helfe den Iranern dabei, sich der Wirkung der von den USA ergriffenen Maßnahmen zu entziehen. [...] Die Amerikaner hätten sich gefragt, welche Maßnahmen man ergreifen könne. Keine der denkbaren Alternativen sei allerdings ohne Risiko. Folgende drei Alternativen seien bedacht worden: entweder ein totales Embargo oder ein Einfrieren iranischer Guthaben oder die Maßnahme, die er jetzt vorschlagen wolle, nämlich, daß die Regierungen ihren Banken öffentlich oder auf privaten Kanälen den Rat erteilen, die ‚cross default clause' für dem Iran gewährte Anleihen anzuwenden und damit die Fälligkeit dieser Anleihen herbeizuführen." Genscher versicherte, „die deutsche Seite werde die amerikanischen Vorschläge prüfen". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178801.

14 Otto Graf Lambsdorff.

15 Hans Matthöfer.

16 Hans Apel.

17 An der Besprechung unter Vorsitz von Bundeskanzler Schmidt am 10. Dezember 1979 nahmen die Staatssekretäre Lautenschlager und van Well für das Auswärtige Amt, Bölling für das Presse- und Informationsamt, Lahnstein für das Bundesministerium der Finanzen, Schüler für das Bundeskanzleramt und von Würzen für das Bundesministerium für Wirtschaft teil.

18 In der Besprechung am 10. Dezember 1979, an der außerdem Staatsminister Huonker, Bundeskanzleramt, der SPD-Abgeordnete Wischnewski sowie die Ministerialdirektoren von Staden und Schulmann, beide Bundeskanzleramt, teilnahmen, erklärte Bundeskanzler Schmidt abschließend: „a) Seit dem 6. November 1979 haben wir für Ausfuhrgeschäfte mit dem Iran keine Bürgschaften mehr gewährt; b) wir sind bereit, hinsichtlich der Ausfuhr ziviler Ersatzteile (z. B. für die iranische Eisenbahn) restriktiv auf die in Frage kommenden Unternehmen einzuwirken; c) wir haben die Ausfuhr militärischer Ersatzteile gestoppt; d) wir sind bereit, auf unsere Banken dahingehend einzuwirken, daß der Iran seine bestehenden Guthaben in der Bundesrepublik nicht erhöht und neue Guthaben nicht eröffnet; e) wir sind bereit, auf unsere Banken und andere Wirtschaftsunternehmen dahingehend einzuwirken, daß sie sich einer Umstellung von Akkreditiven von Dollar auf DM gegenüber restriktiv verhalten; f) wir sind bereit, auf unsere Banken dahingehend einzuwirken, daß sie auf genaue und fristgerechte Erfüllung von Verbindlichkeiten durch iranische Schuldner achten, Zahlungsverzögerungen nicht aus Kulanzgründen hinnehmen und gegebenenfalls die ‚default and cross-default clauses' ziehen; g) die EG sollte erwägen, ob sie die Nahrungsmittelexporte in den Iran im bisherigen Umfang subventionieren will; h) wir sind bereit, die Frage zu prüfen, ob wir völlig auf Öleinfuhren aus dem Iran verzichten sollen." Vgl. die Aufzeichnung Schulmanns vom 11. Dezember 1979; Referat 010, Bd. 178803.

19 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundesministers Genscher am 11. Dezember 1979 im Bundestag zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15076 f.

wendung von Kap. VII VN-Satzung habe man noch nicht ausführlich gesprochen, doch erscheine dies ein weiterer logischer Schritt auf dem Wege, der mit der Sicherheitsratresolution und dem IGH-Urteil beschritten worden sei. Wir könnten ihn mitgehen. Auch der Bundeskanzler sei dieser Ansicht. Allerdings stelle sich die Frage nach dem Verhalten der Veto-Mächte im Sicherheitsrat.

AM *Vance* sagte hierzu, er sei zuversichtlich, daß China vom Veto keinen Gebrauch machen werde. Was die SU betreffe, so habe er bereits mit Botschafter Dobrynin gesprochen, der hierzu jedoch Weisung einholen wolle. Er, Vance, habe auf die Möglichkeit einer Enthaltung hingewiesen. Dobrynin sei auch bekannt, daß ein sowjetisches Veto in dieser Frage ernste Auswirkungen auf die SALT-Ratifizierung[20] haben müsse.

Bundesminister äußerte die Ansicht, daß die Entscheidung für die Sowjetunion sehr schwierig sein werde, da sich die Sowjets mit einem „Nein" gegenüber der Weltmeinung isolieren würden. Auch könnten sie nicht verhindern, daß die Völkergemeinschaft sich so verhalten würde, als sei ein Sanktionsbeschluß nach Kap. VII zustande gekommen.

AM *Vance* stimmte dieser Meinung bei.

Bundesminister fuhr fort, in der Frage der anderen von den USA vorgeschlagenen Maßnahmen gäbe es noch einige klärungsbedürftige rechtliche Probleme; darüber werde man noch beim Bundeskanzler sprechen. Auch stelle sich die Frage nach den Wirkungen solcher Maßnahmen auf die iranische Führung. Wir sähen Zeichen einer gewissen Differenzierung; Bazargan[21] und Bani Sadr[22] seien offenbar weiter im Spiel, der Kampf zwischen den Ayatollahs noch nicht entschieden.

Ferner sei zu erwägen, ob man nicht etwas unternehmen müsse, um den Staaten der Golf-Region und anderen Nachbarn des Iran zu helfen. Es sei interessant, daß z.B. der Irak und Libyen den deutschen Vorschlag einer Geiselkonvention in den VN[23] unterstützten. Wir fragten uns, ob die EG nicht mit den in Frage kommenden Staaten (Saudi-Arabien, die Emirate, Irak) eine ähnliche Zusammenarbeit im Rahmen ihrer Mittelmeerpolitik aufnehmen könne wie mit anderen Mittelmeeranrainern, und zwar nicht wegen wirtschaftlicher Interessen, sondern als Beitrag zur politischen Stabilisierung dieser Länder. Wir seien uns der früheren amerikanischen Vorbehalte gegen die EG-Mittelmeerpolitik bewußt, bäten aber, diesen Gedanken zu prüfen.

Cooper erklärte, die ursprünglichen amerikanischen Vorbehalte, insbesondere gegen die Gewährung von Ad-hoc-Präferenzen, seien inzwischen zurückgetreten; die Frage bedürfe der Prüfung. In jedem Falle aber sei man weiterhin gegen die Einräumung von Gegenpräferenzen der EG. Auch stelle sich die Frage, welche Auswirkungen die EG-Erweiterung zusammen mit einer Ausweitung der Präferenzregelungen für die USA haben werde.

20 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 359, Anm. 9.

21 Zum Rücktritt von Ministerpräsident Bazargan am 6. November 1979 vgl. Dok. 324, Anm. 6.

22 Zur Ablösung des iranischen Außenministers Bani Sadr am 28. November 1979 vgl. Dok. 361, Anm. 8.

23 Zur Initiative der Bundesrepublik für eine Konvention gegen Geiselnahme vgl. Dok. 350.

Bundesminister erläuterte, daß die Erweiterung der EG durch eine Assoziationspolitik mit den Golf-Anrainern und dem Irak kaum berührt werde, da ihr Warenangebot anderer Art sei als das der beitretenden Länder[24] und der bereits assoziierten Mittelmeerstaaten[25]. Wir würden den Gedanken einer weitergehenden Assoziationspolitik in der EG erst weiterverfolgen, wenn sich die USA geäußert hätten.

Vance sagte zu, dies mit Präsident Carter aufzunehmen.

Bundesminister schlug weiter vor, die US-Vorschläge zum Iran auch unter den vier westlichen Außenministern zu erörtern[26] und sie eventuell auch in Brüssel im Kreis der anderen Minister[27] anzusprechen. Vance erklärte sich hiermit einverstanden.

24 Zum Abschluß der Verhandlungen über einen Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften, der am 1. Januar 1981 erfolgte, vgl. Dok. 86, Anm. 38.
Portugal stellte am 28. März 1977 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Zum Verlauf der Beitrittsverhandlungen vermerkte Referat 410 am 6. Dezember 1979, bisher „konnten auf sechs Botschaftertagungen in folgenden Bereichen Stellungnahmen ausgetauscht werden: Zollunion und freier Warenverkehr im gewerblichen Bereich, Außenbeziehungen, EGKS, Euratom, Steuerrecht, Kapitalverkehr, Verkehr, Regionalpolitik. Die Vorstellungen der Portugiesen wie auch der Kommission zielen auf Ende 1980 oder Frühjahr 1981 als Zeitpunkt des Abschlusses der Verhandlungen, so daß Portugal 1983 Mitglied der EG werden könnte. Wirtschaftlich betrachtet bringt der Beitritt Portugals für die Gemeinschaft wegen der relativ begrenzten Kraft der portugiesischen Wirtschaft (PTG stellt nur 3% der Bevölkerung und 1% des BIP der bisherigen Gemeinschaft) nur geringere Probleme mit sich. Wenn dennoch in einzelnen Bereichen längere Übergangsregelungen zu erwarten sind, wird dies vor allem mit Rücksicht auf in PTG vorzunehmende strukturelle Anpassungsmaßnahmen geschehen." Vgl. Referat 410, Bd. 121699.
Spanien stellte am 28. Juli 1977 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Referat 410 notierte am 6. Dezember 1979 zum Stand der Verhandlungen: „Bei den bisherigen EG-internen Verhandlungen wurde deutlich, daß Frankreich dazu neigt, die Beitrittsverhandlungen hinauszuzögern. Der französischen Regierung geht es anscheinend darum, das Thema ‚Beitritt Spanien' aus dem Wahlkampf zur Präsidentschaftswahl im Frühjahr 1981 möglichst herauszuhalten, da die mit dem Beitritt auf Frankreich zukommenden Belastungen im Agrar- und Sozialbereich auch innenpolitisch brisant werden können. [...] Die Regierung Suárez ist entschlossen, die Verhandlungen zügig zu betreiben. Vertreter der spanischen Regierung weisen immer wieder darauf hin (so z. B. AM Oreja in seinem Gespräch mit BM Genscher am 25.9.1979 in New York), daß die Beitrittsverhandlungen bis Ende 1980 im wesentlichen abgeschlossen sein sollen, damit Spanien 1983 EG-Mitglied werden könne. Was den bisherigen Verlauf der Verhandlungen angeht, so ist bei den Spaniern eine gewisse Ernüchterung eingetreten. [...] Dabei ist sich die spanische Regierung bewußt, daß der stärkste Widerstand gegen eine Beschleunigung der Beitrittsverhandlungen von Frankreich ausgeht. Die französisch-spanischen Beziehungen sind u. a. deswegen z. Zt. gespannt." Vgl. Referat 410, Bd. 121699.

25 Die EWG und die Türkei schlossen am 12. September 1963 ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation, das am 1. Dezember 1964 in Kraft trat. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. 217 vom 29. Dezember 1964, S. 3687–3708.
Am 5. Dezember 1970 wurde ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der EWG und Malta abgeschlossen, das am 1. April 1971 in Kraft trat. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 61 vom 14. März 1971, S. 2–73.
Die EWG und Zypern schlossen am 19. Dezember 1972 ein Abkommen zur Gründung einer Assoziation, das am 1. Juni 1973 in Kraft trat. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 133 vom 21. Mai 1973, S. 2–86.

26 Zum Treffen der Außenminister Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich), Genscher und Vance (USA) am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 377, Dok. 379 und Dok. 380.

27 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

BM wies auf die breite Grundströmung der Unterstützung der USA in der Geiselfrage in der deutschen und Weltöffentlichkeit hin; selbst aus Warschau hätten wir Berichte, daß Kirche, Studenten und weite Teile der Bevölkerung die Führung zu Akten der Solidarisierung mit den USA drängten.

Vance stimmte dem zu und kam auf die Behandlung der Geiseln zu sprechen, die völlig unannehmbar sei. Die Geiseln seien ständigem psychologischen Druck ausgesetzt, seien gefesselt, dürften nicht miteinander sprechen, würden z.T. mit der Waffe bedroht und würden ständigen Verhören unterworfen. Die Behandlung sei nicht besser, als sie seinerzeit die SAVAK angewandt habe.

Bundesminister sah darin das Werk professioneller Elemente, von einer spontanen Aktion von Studenten könne nicht die Rede sein. Vieles erinnere an sowjetische Praktiken der Gehirnwäsche als Vorbereitung von „Geständnissen" im Rahmen eines Schauprozesses. Er habe Gromyko gesagt, die Sowjetunion sei durch die Geiselnahme ebenso herausgefordert wie die USA und die ganze zivilisierte Welt, doch habe Gromyko ausweichend geantwortet.[28] Allerdings habe Frau Gromyko ihm lebhaft zugestimmt.

BM stellte abschließend die Frage nach amerikanischen Nahrungsmittellieferungen an den Iran.

Außenminister *Vance* antwortete, sie kämen nach und nach zum Erliegen.

Cooper ergänzte, dies sei allerdings nicht Ausdruck einer politischen Entscheidung, sondern die Folge der Sperrung der iranischen Konten und der Weigerung der Gewerkschaft der Schauerleute, Ladungen an den Iran abzufertigen.

Das Gespräch wurde gegen 19.00 Uhr beendet, um beim Bundeskanzler fortgesetzt zu werden.

VS-Bd. 14084 (010)

28 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 341–344.

371

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

Geheim **11. Dezember 1979**[1]

Betr.: Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Ministerpräsident van Agt im Beisein von Außenminister van der Klaauw und Bundesaußenminister Genscher[2]

Anwesend: Herr Merkelbach, persönlicher Referent von MP van Agt, und der Unterzeichnete[3].

MP van Agt berichtet, daß die Lage in den Niederlanden schlechter geworden sei. Das Parlament habe ein glattes Nein zur Entscheidung über Produktion und Stationierung von Mittelstreckenwaffen beschlossen.[4] Die Regierung habe in dieser Lage drei Möglichkeiten gehabt:

- Dem Parlament zu folgen. Das hätte zu einem glatten niederländischen Nein bei der NATO-Ministerkonferenz[5] geführt. Das wolle die Regierung nicht. Um das zu vermeiden, sei sie bereit, ihre Existenz aufs Spiel zu setzen.
- Ein glattes Ja: Dies wäre heroisch, aber nutzlos für die NATO. Es wäre Selbstmord der Regierung. Da man wisse, wie die nächste Regierung entscheiden würde, käme es für die NATO auf ein niederländisches Nein heraus.
- Eine mittlere Lösung. Für diese habe sich die Regierung entschieden. Sie bestehe aus drei Elementen:

  1) Die niederländische Delegation wird die Bereitschaft der Niederlande zum Ausdruck bringen, über die Stationierung von Mittelstreckenwaffen auf niederländischem Boden nach zwei Jahren, d.h. im Dezember 1981, zu entscheiden. Diese Entscheidung wird davon abhängig gemacht werden, ob in den Verhandlungen mit der Sowjetunion konkrete Ergebnisse erreicht worden sind. Diese Bewertung werde nicht einseitig durch die Niederlande vorgenommen werden, sondern in Konsultation mit den Alliierten. Es handele sich um ein „pactum de contrahendo".

[1] Durchdruck.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 11. Dezember 1979 „zur Unterrichtung des Bundesministers" an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte Höynck: „Der Bundeskanzler hat den Vermerk noch nicht genehmigt."
Hat Wallau am 11. Dezember 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirigent Dröge sowie Botschafter Ruth verfügte und handschriftlich vermerkte: „Orig[inal] BM als Eingang."

[2] Ministerpräsident van Agt und der niederländische Außenminister van der Klaauw hielten sich am 10. Dezember 1979 in der Bundesrepublik auf.

[3] Berndt von Staden.

[4] Zur Entscheidung des niederländischen Parlaments vom 6. Dezember 1979 vgl. Dok. 366, Anm. 15.

[5] Zur gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.
Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

2) In der Logik dieser Position ziehen die Niederlande ihre Bedenken hinsichtlich des Umfangs des Modernisierungsprogramms zurück.

3) Auf amerikanischen Wunsch ziehen die Niederlande auch das von ihr geforderte Junktim zwischen dem NATO-Beschluß und der Ratifikation von SALT II[6] zurück. Insoweit werde man nach einer Formel suchen müssen, die es möglich macht, im Kommuniqué[7] ein solches Junktim nicht ausdrücklich zu fordern.

Herr van Agt schließt seinen Vortrag mit der Bitte, die niederländische Haltung nicht öffentlich zu kritisieren, da dies zu zusätzlichen innerpolitischen Schwierigkeiten und möglicherweise zum Zusammenbruch des dargestellten Plans führen könnte (der noch vom Kabinett zu genehmigen ist).

Sie[8] haben erwidert, daß wir dieser Entscheidung nicht widersprechen wollten. Wir verstünden die Reserve dahingehend, daß die Entscheidung über die Stationierung nur insoweit aufgeschoben ist, als es sich um die Stationierung auf niederländischem Boden handelt, und daß diese Entscheidung in zwei Jahren nach einer Bewertung getroffen werden soll. Sie fuhren fort, daß dies die Allianz Ihrer Meinung nach nicht daran hindere, ihren Beschluß zu fassen, und so sei es von niederländischer Seite ja auch gemeint. Wir hätten keinen Anlaß, die niederländische Seite zu kritisieren. Wir seien auch nicht der Anführer der Allianz.

Sie stellen dann die Frage, wie die Belgier sich verhalten werden.

Herr van Agt erwidert, es sei vor allem wichtig, und darüber sei er sich mit Herrn Martens einig, daß die beiden Kabinette so spät wie möglich entschieden, um sich nicht gegenseitig negativ zu beeinflussen. Das niederländische Kabinett werde Dienstag[9] abend, vielleicht erst Mittwoch morgen, entscheiden. So halte man das Risiko auf einem Minimum. Die letzten Nachrichten von MP Martens besagten: Er sei nicht sehr unglücklich über die Haltung der französischsprachigen Sozialisten. Die flämischsprachigen Sozialisten jedoch hätten eine stark negative Position bezogen.[10]

BM Genscher bemerkt, es müsse drauf geachtet werden, daß die Bewertung nach zwei Jahren (evaluation, nicht review) sich auf die holländische Stationierungsentscheidung beschränke. Bezugnehmend auf einen norwegischen Ge-

6 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 359, Anm. 9.

7 Für den Wortlaut des Kommuniqués der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1409 f.

8 Helmut Schmidt.

9 11. Dezember 1979.

10 Botschafter Limbourg, Brüssel, berichtete am 10. Dezember 1979: „Der Generalrat der frankophonen Sozialistischen Partei PS hat am 8.12.1979 mit 273 gegen elf Stimmen bei einer Enthaltung empfohlen, die Regierung solle einen Beschluß über die TNF um sechs Monate hinausschieben. Es sollen sofort Verhandlungen mit der SU und dem Warschauer Pakt über eine gleichgewichtige Reduzierung der Nuklearwaffen geführt werden. Die SU solle zur Einstellung der Produktion und der Dislokation (deployment) von Nuklearwaffen aufgefordert werden. [...] Im Sinne des PS hat sich auch der Präsident der flämischen Sozialisten, Karel van Miert, bei einem TV-Interview am 9.12.1979 ausgesprochen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 437; Referat 201, Bd. 120237.

danken einer allgemeinen Lageüberprüfung nach zwei Jahren[11] weist er auf die Gefahr hin, daß dies als eine Überprüfung des gesamten NATO-Beschlusses verstanden werden könnte.

Darauf bemerken Sie, daß eine chaotische Diskussion vermieden werden sollte. Deshalb wäre es vorzuziehen, wenn die Belgier, falls sie schon eine Reserve machen müßten, die gleiche Reserve machten wie die Niederländer. Die dänische Reserve[12] sei unbegründet und sinnlos, denn Dänemark stationiere ohnedies nicht und in sechs Monaten ließe sich voraussichtlich nicht mal über die Tagesordnung einer Abrüstungskonferenz Einigung erzielen. Sie schließen daran Ausführungen darüber an, daß die Bundesrepublik in dieser Sache keine Führungsrolle spielen wolle. Sie sei nicht die Speerspitze der Allianz. Das würde nur dazu führen, die Allianz der Vierzehn allmählich in eine Allianz von Dreien zu verwandeln. Sie kommen dann auf die Frage zurück, ob es dem Fortschritt der Verhandlungen nicht nützen würde, wenn man den Gedanken einer Bewertung nach zwei Jahren ins Kommuniqué aufnehme.

Der Bundesaußenminister präzisiert, daß die Zwei-Jahres-Frist sich nur auf die Bewertung für die niederländische Entscheidung beschränken sollte. Die NATO-Ministertagungen würden sich ohnehin halbjährlich mit der Entscheidung der Lage befassen (dies könnte man in den Pressegesprächen am Ende der Ministertagung des 12. Dezember auch erwähnen).

Auf den Rüstungskontrollvorschlag eingehend, empfehlen Sie, gegenüber dem sowjetischen Vorschlag vom 6. Oktober[13] Interesse zu bekunden. Da beide Seiten sich für Verhandlungen ausgesprochen hätten, dürfe man auf rasche Fortschritte hoffen. Sie lassen sich dann bestätigen, daß auch der Abzug von 1000 nuklearen Sprengköpfen aus Europa[14] im Kommuniqué erwähnt wird. Auf Ihre Frage, ob auch aus den Niederlanden Sprengköpfe abgezogen werden sollen, wird bejahend geantwortet.

MP van Agt erwähnt, daß die niederländische Regierung in der Logik ihrer Position und über amerikanische Forderungen hinausgehend bereit ist, auch die verlangte Verminderung der nuklearen Rolle der Niederlande im Bündnis um zwei Jahre zu verschieben.

Sie unterstreichen, daß ernsthaft verhandelt werden muß. Darauf würden Sie unbeugsam beharren. Sie erwähnen ferner, daß der dänische Vorbehalt am besten ganz am Ende der Diskussion eingebracht und lediglich im Protokoll zur Kenntnis genommen werden sollte.

11 Zur Debatte in Norwegen über die geplante TNF-Modernisierung der NATO vgl. Dok. 359, Anm. 4. Botschafter von Schmidt-Pauli, Oslo, teilte am 7. Dezember 1979 mit, der norwegische Verteidigungsminister Stoltenberg habe die Botschafter der NATO-Mitgliedstaaten in Oslo darauf hingewiesen, über zwei norwegische Vorschläge zur TNF-Modernisierung sei in den Medien bisher kaum berichtet worden: „der Vorschlag der Einsetzung einer Sondergruppe politischer Vertreter der NATO-Staaten zur laufenden Information über die Implementierung der TNF-Beschlüsse und den Verhandlungsprozeß; der Vorschlag, den Verhandlungsstand in zwei Jahren auf einer besonderen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister zu überprüfen. Zu diesen Vorschlägen meinte Stoltenberg, daß sie auf die Verhinderung einer ‚Automatik' in der Nachrüstung abzielten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 412; Referat 201, Bd. 120237.

12 Zur Haltung der dänischen Regierung bezüglich der TNF-Modernisierung vgl. Dok. 345.

13 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 287 und Dok. 296.

14 Zum Vorschlag der amerikanischen Regierung über einen Abzug von Kernsprengköpfen vgl. Dok. 303.

Herr van der Klaauw kritisiert, daß Norwegen keine Vorbehalte machen werde.

Herr van Agt kommt auf die belgische Situation zurück. Er knüpft daran an, daß Sie sagen, man müsse eine chaotische Diskussion vermeiden. Sei es aber nicht im Sinne der Allianz trotzdem besser, wenn die Belgier hinter der niederländischen Reservation zurückbleiben könnten?

Auf Ihre Frage nach der belgischen Haltung sagte Herr van Agt:

MP Martens trage sich mit dem Gedanken, den NATO-Beschluß integral mitzutragen, aber eine Neubewertung nach sechs Monaten zu verlangen.

Dieser Gedanke wird von Ihnen als abwegig bezeichnet. Er liefere die Allianz der sowjetischen Gnade aus. Der niederländische Vorbehalt sei da besser. SALT sei noch nicht ratifiziert, und selbst wenn es ratifiziert wäre, sei sechs Monate eine viel zu kurze Frist. Es zeichne sich heute die Gefahr ab, daß die NATO in zwei Bestandteile auseinanderfällt. So ein Vorgang müßte zu tiefem Nachdenken führen.

Herr van Agt führt seine Besorgnis über die weite Verbreitung einer pazifistischen Stimmung in Westeuropa und vor allem in den Niederlanden aus. Es gebe hier auch ein Generationsproblem.

Abschließend kündigt Herr van Agt im Hinblick auf seine anschließende Pressekonferenz an, daß er darin nichts von dem verlauten würde, was Sie ihm gesagt hätten. Über seine eigenen Darlegungen würde er nur eine sehr begrenzte Information geben.

Sie erwidern, daß wir sagen würden, was die Amerikaner sagten.

Das Gespräch wandte sich dann der EG-Finanzierung und dem Nahen Osten zu. Hierüber getrennte Vermerke.[15]

[gez.] Staden

VS-Bd. 14077 (010)

15 Im Gespräch mit Ministerpräsident van Agt am 10. Dezember 1979 führte Bundeskanzler Schmidt zum Verhältnis der Europäischen Gemeinschaften zu den arabischen Staaten aus: „Wir sollten ein stärkeres Gefühl der Verbundenheit zwischen Europa und Saudi-Arabien anstreben, und zwar im stillschweigenden Einverständnis mit den Vereinigten Staaten. Wir sollten bereit sein, [es] mit der Europäischen Gemeinschaft ähnlich zu verbinden, wie das im Rahmen der Mittelmeerpolitik mit einer Anzahl von Ländern des Maghreb und des Maschrek bereits geschehen ist. Die Bedeutung einer solchen Politik wäre hauptsächlich psychologisch. Aber Saudi-Arabien braucht das Bewußtsein, Freunde zu haben. Dasselbe gilt im übrigen für die Emirate. Auch die Lage des Irak muß unter diesem Gesichtspunkt geprüft werden. Der Irak fühlt sich durch Iran bedroht." Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt, vom 11. Dezember 1979; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 51.

372

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-4308/79 geheim
Fernschreiben Nr. 1366
Citissime

Aufgabe: 12. Dezember 1979, 19.15 Uhr[1]
Ankunft: 12. Dezember 1979, 21.13 Uhr

Betr.: DPC-Ministerkonferenz;
hier: Restricted session am 12.12.1979[2]

Zur Unterrichtung

Der geschlossene Sitzungsteil der DPC-Ministersitzung fand am 12. Dezember 1979 statt. Es wurden folgende Punkte behandelt:

- Verteidigungshilfe Portugal – Fregattenbau,
- AEW[3]-Programme,
- allgemeine strategische Fragen,
- Kommuniqué.

1) Verteidigungshilfe Portugal – Fregattenbau[4]

In Ergänzung zu seinen Ausführungen in der Plenarsitzung[5] führte PO-Verteidigungsminister[6] aus:

[1] Hat Legationsrat I. Klasse Gruber vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Kreusel verfügte.
Hat Kreusel am 13. Dezember 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann und Vortragenden Legationsrat Hofstetter „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Hofmann und Hofstetter am 17. Dezember 1979 vorgelegen.

[2] Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO fand am 11./12. Dezember 1979 in Brüssel statt.

[3] Airborne Early Warning.

[4] Zu den Plänen für eine Modernisierung der portugiesischen Marine vgl. Dok. 145, Anm. 11.
Das Bundesministerium der Verteidigung führte am 12. November 1979 zum Entwurf eines Berichts der Ad-hoc-Gruppe für Verteidigungshilfen an die Türkei und Portugal, der den Verteidigungsministern der NATO-Mitgliedstaaten vorgelegt werden sollte, aus, diesem werde „aus militärpolitischer Sicht grundsätzlich zugestimmt". Im Hinblick „auf die von deutscher Seite abgelehnte Beteiligung an jeglicher ‚Common-funding'-Lösung" würde zur Vermeidung möglicher Präjudizien jedoch unter anderem folgende Änderung vorgeschlagen: „Die zur Durchführung des von der portugiesischen Marine erwarteten Auftrags befähigten Schiffe müssen nicht unbedingt ‚modern' sein; hiermit wird die Anschaffung neuer Schiffe präjudiziert." Vgl. Referat 201, Bd. 120245.
Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), vermerkte am 23. November 1979, der Bericht habe „allgemeine Zustimmung" gefunden. Die Änderungswünsche der Bundesrepublik seien aber „von Mehrheit als zu restriktiv empfunden" worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1244; Referat 201, Bd. 120245.
Am 18. Dezember 1979 berichtete Pauls über eine Sitzung der Ad-hoc-Gruppe am selben Tag. Eine Alternativlösung zum Neubau von Fregatten sei als eine „nicht glückliche Initiative" gewertet worden: „Zunächst solle man die Lösung des Fregattenneubaus in der Planung zu Ende führen. Dabei gelte es, eindeutig festzustellen, welchen Anteil die anbietenden Nationen bereit wären zu tragen und wieviel von den übrigen Partnern dann noch eventuell aufzubringen wäre. SACLANT müsse ein militärisches Urteil über die operative Zweckmäßigkeit einer Modernisierung der alten Fregatten und ihren Wirkungsgrad abgeben zusammen mit einer groben Kostenschätzung einer sinnvollen Modernisierung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1395; VS-Bd. 11103 (203); B 150, Aktenkopien 1979.

[5] Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete am 12. Dezember 1979 über die Plenarsitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am Vortag: „Portugiesischer Verteidigungsminister bat seine Kollegen um Erläuterung ihrer Haltung zur ‚Fregattenentscheidung'. Je

- PO bittet Allianz auf Frühjahrssitzung 1980[7], eine Entscheidung über Bau/Finanzierung der drei Fregatten zu treffen.
- Sollte positive Entscheidung nicht möglich sein, bittet PO Allianz um grundsätzlichen Beschluß, PO bei der Modernisierung von vier vorhandenen Fregatten zu unterstützen, dabei vor allem Verbesserung der ASW[8]-Fähigkeit. Gleichzeitig werde PO mit eigenen Mitteln vier Korvetten (bisher zum Verkauf vorgesehen) modernisieren.

Die Minister nahmen diese Erklärung zur Kenntnis. Auf Vorschlag des SecGen[9] wird Problem in Ad-hoc-Gruppe weiterbehandelt werden.

2) AEW-Programme

Thema wurde von CA-Verteidigungsminister[10] eingeführt, der sich dafür einsetzte, den Kostenrahmen, der Grundlage letztjähriger Entscheidung[11] war, nicht zu sprengen. Italien äußerte sich später in ähnlichem Sinne.

NL-Ständiger Vertreter[12] wies besonders auf die kostensteigernden Folgen hin, die im Gefolge einer BE-Nichtteilnahme eintreten würden. Möglicherweise müsse daran gedacht werden, weniger Flugzeuge zu beschaffen, als bisher geplant, und den Force Commander in Brunssum oder Geilenkirchen zu stationieren.

US-Verteidigungsminister warnte vor überzogenen Reaktionen. Zunächst sollte Board of Directors versuchen, Kostenfrage in Griff zu bekommen. Force Commander sollte wegen militärischer Zweckmäßigkeit zu SHAPE. Dortige Unterbringung u. U. nur so lange, bis BE Entscheidung getroffen habe.

BE-Vertreter erklärte danach, angesichts der übrigen Maßnahmen seines Landes zur Steigerung der Verteidigungsfähigkeit seiner Streitkräfte sähe BE sich außerstande, sich am AEW-Programm anders als bisher vorgesehen zu beteiligen, d. h. keine Beteiligung an der Beschaffung.

Auf Hinweis des SecGen, bisher habe die Allianz in dem Glauben gelebt, BE werde sich doch noch beteiligen, erwiderte BE-Vertreter, dieser Eindruck sei von jetziger Regierung[13] nicht gestützt worden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1888

später die Entscheidung falle, desto geringer werde der Erlös aus portugiesischem Korvettenverkauf zu Buche schlagen (Kaufkraftminderung). Außerdem würden die Korvetten zunehmend für nationale und NATO-Aufgaben verplant, so daß es immer schwerer werde, sie überhaupt herauszuziehen. Auf die portugiesische Aufforderung wurde allgemein zurückhaltend reagiert. Eine Verpflichtung zu konkretem Handeln bzw. zur Leistung definierter Beiträge wurde von keinem Land übernommen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1363; VS-Bd. 10558 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

6 José Loureiro dos Santos.

7 Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO fand am 13./14. Mai 1980 in Brüssel statt. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 761 und 762 des Botschafters Pauls, Brüssel (NATO), vom 14. Mai 1980; AAPD 1980.

8 Antisubmarine Warfare.

9 Secretary General.
Joseph Luns.

10 Allan Bruce McKinnon.

11 Zur Einführung des luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystems (AWACS) der NATO vgl. Dok. 62, Anm. 6.

12 Carl Dietrich Barkman.

13 Zur Regierungsübernahme durch den Abgeordneten Martens in Belgien am 3. April 1979 vgl. Dok. 176, Anm. 5.

SecGen bat BE-Vertreter, seine Regierung auf den bisher vorherrschenden Eindruck besonders hinzuweisen und die Entscheidung in diesem Lichte zu sehen.

3) Allgemeine strategische Fragen

Zum Auftakt wiederholte UK-Verteidigungsminister[14] seine Ausführungen, die er in der restricted session der Eurogroup vorgetragen hatte (s. Berichterstattung hierzu[15]).

Danach gab US-Verteidigungsminister allgemeinen Überblick über Iran.[16] Gegenwärtige Lage in und um Iran sei mehrfacher Testfall, der auch die Allianzsolidarität fordere. Er bitte daher die Allianzpartner um Unterstützung. Dies könne in Form von diplomatischen, wirtschaftlichen, finanziellen Maßnahmen erfolgen. USA selbst würden nur ungern andere Schritte unternehmen.

Südostasien. USA hätten in Japan, Südkorea, Philippinen und im Indischen Ozean ihre Beziehungen gefestigt bzw. ihre Kräfte verstärkt.

Die Flüchtlingsbewegung in Indochina[17] sei Gefahrenherd, da thailändische Hilfsmaßnahmen vietnamesische Reaktionen ausgelöst haben, die ihrerseits China auf den Plan riefen.

Seine Reise nach China[18] diene ganz allgemein dem Zweck, US-chinesische Beziehungen zu verbessern, und sei nicht speziell auf militärischen Bereich ausgerichtet.

SALT-II-Ratifizierung.[19] Secretary Dr. Brown hofft, daß SALT II Ende Februar/Anfang März ratifiziert werden wird.

Defence Planning. Secretary Dr. Brown wird in unmittelbar bevorstehender Defence Preview auf Haushalt 1981 und Haushaltsplanung 1981–85 eine Stei-

14 Francis Pym.

15 Zur Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 10. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 369.

16 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 370.

17 Zu den „Indochina-Flüchtlingen" vgl. Dok. 265, Anm. 6.
Referat 340 vermerkte am 7. Dezember 1979: „1) Der Strom der Bootsflüchtlinge ist seit der Genfer Konferenz (20./21.7.1979) erheblich zurückgegangen, was teilweise auf die ungünstige Jahreszeit, aber auch auf verschärfte Kontrollen und repressive Maßnahmen zurückzuführen sein dürfte. Die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Umstände, die zur Massenflucht führten, sind unverändert. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, daß der Flüchtlingsstrom aus Vietnam in Kürze erneut einsetzt. Vorläufig übertreffen jedoch die Übersiedlungen von Bootsflüchtlingen in die Länder endgültiger Aufnahme die Zahl der Neuzugänge in den Lagern in Südostasien. Trotzdem warten dort immer noch rd. 300 000 Flüchtlinge auf die endgültige Umsiedlung [...]. 2) Die Versorgung der Flüchtlinge an der thailändisch-kambodschanischen Grenze bereitet weiterhin große Schwierigkeiten. Der vorwiegende Teil der Flüchtlinge befindet sich noch immer in Grenznähe auf kambodschanischer Seite (Schätzungen von 600 000 bis 1 Mio.). Die Zahl der kambodschanischen Flüchtlinge in Thailand dürfte bei etwa 150 000 liegen. Versuche, die großen Flüchtlingsmassen auf kambodschanischer Seite vor den erwarteten Angriffen zu bergen und damit geordnet und ohne Verluste in die zum Teil vorbereiteten und sicheren Lager einige Kilometer innerhalb von Thailand umzusiedeln, waren bisher nicht erfolgreich. Dies war unter anderem darauf zurückzuführen, daß bewaffnete Gruppen diesen Transfer verhinderten, um nicht den Schutzschirm der großen Menschenmasse und die Beteiligung an deren Versorgung zu verlieren." Vgl. Referat 340, Bd. 110381.

18 Der amerikanische Verteidigungsminister Brown hielt sich vom 5. bis 13. Januar 1980 in der Volksrepublik China auf.

19 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 359, Anm. 9.

gerung der Mittel ankündigen, die wesentlich über einem realen Anstieg von drei Prozent liegen werde.

Für USA kündigte er folgende Schwerpunkte an:

- (strategisches) Nuklearpotential,
- NATO-oriented forces,
- naval forces,
- rapid deployment forces and air lift capability.

In aller Deutlichkeit wurden die Fähigkeiten der USA unterstrichen, ihre Interessen in Europa verteidigen zu können. Gleichzeitig jedoch wurde der weltweiten Verpflichtung der USA überragender Rang zugeordnet. Letztere liege auch im besten Interesse der Allianz. Auch deshalb könne die Frage, wieviel von dem geplanten Zuwachs Europa zugute komme, erst entschieden werden, wenn Europa reagiert habe. Die US-Leistungen stünden hierzu in unmittelbarer Beziehung (bisherige Bilanz bei LTDP[20] sei allenfalls bescheiden zu nennen). Die Herausforderungen der 90er Jahre könnten gemeistert werden, wenn alle zusammenstünden.

In der allgemeinen Diskussion (BE, IT, GE, NO, PO, NL, TU-Beteiligung) wurde den USA angesichts der Lage im Iran nachdrücklich Solidarität zugesichert.

Insbesondere IT-Verteidigungsminister[21] stellte Bezug zu anstehender LRTNF-Modernisierung her, für die er sich in leidenschaftlichen Worten einsetzte.

Bundesminister[22] erklärte, Bundesrepublik Deutschland würde alles ihr mögliche tun, um USA in jetziger Lage zu helfen. Angesichts der Doppelstrategie von Verteidigungsfähigkeit und Entspannung sei es besonders wichtig geworden, in der Öffentlichkeit rechtzeitig eigene Politik und Einzelmaßnahmen verständlich zu machen. Hier käme es darauf an, daß künftig alle das Notwendige beitragen würden. Es müsse der Öffentlichkeit bewußt bleiben, daß eine auf Entspannung gerichtete Politik auch künftig nicht auf die solide Grundlage militärischer Sicherheit verzichten könne. In diesem Sinne komme der LRTNF-Entscheidung[23] ihre ganz besondere Bedeutung zu.

4) Kommuniqué

Das Kommuniqué wurde in der dritten revidierten Fassung verabschiedet. Wird gesondert übermittelt.[24]

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10558 (201)

20 Long-Term Defence Programme.
Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vgl. Dok. 31, Anm. 3.

21 Attilio Ruffini.

22 Hans Apel.

23 Vgl. dazu die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

24 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 11/12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 118–120. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 33–35.

373

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-4312/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1371
Citissime

Aufgabe: 12. Dezember 1979, 23.50 Uhr[1]
Ankunft: 13. Dezember 1979, 01.43 Uhr

Betr.: Gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO (außer Frankreich) am 12.12.1979 in Brüssel;
hier: Entscheidung über Modernisierung der Mittelstreckenwaffen des Bündnisses in Europa (LRTNF) und damit verbundenes Rüstungskontrollangebot

Zur Unterrichtung im Nachgang zum Kommuniqué[2]

Nach sechsstündigen Verhandlungen verabschiedeten die Außen- und Verteidigungsminister der Vierzehn im Konsens das vorbereitete „integrierte Entscheidungsdokument" über die LRTNF-Modernisierung und das damit verbundene Rüstungskontrollangebot[3].
Damit wird die Doppelentscheidung des Bündnisses von sämtlichen beteiligten Mitgliedstaaten politisch mitgetragen. Alle Beteiligten waren sich darüber im klaren und brachten dies auch zum Ausdruck, daß hiermit eine Allianz-Entscheidung von weittragender politischer Bedeutung getroffen wurde.

Unter dem Dach der im Konsens verabschiedeten politischen Entscheidung haben die Bundesrepublik Deutschland, das Vereinigte Königreich und Italien der Dislozierung bereits jetzt ohne Vorbehalt zugestimmt. Belgien hat ausdrücklich erklärt, daß es ebenfalls eine positive Dislozierungsentscheidung fällt, daß es jedoch für die Systeme in Belgien – und für Belgien allein – die Einleitung der Vorbereitung für die Dislozierung um sechs Monate suspendieren will. Diese Frage soll nach dem genannten Zeitraum von der belgischen Regierung überprüft werden.[4]

Auch die Niederländer haben die politische Entscheidung mitgetragen. Sie haben jedoch ihre Dislozierungsentscheidung für die in den NL zu dislozierenden Systeme bis Ende 1981 verschoben. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wollen sie

1 Hat den Legationsräten I. Klasse Gruber und Kreusel am 13. Dezember 1979 vorgelegen.

2 Für den Wortlaut des Kommuniqués über die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1409 f.

3 Für das „integrierte Entscheidungsdokument" vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201).

4 Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, gab am Vormittag des 12. Dezember 1979 die amerikanische Information weiter, der Meinungsbildungsprozeß innerhalb der belgischen Regierung „gestalte sich als sehr schwierig und sei noch nicht abgeschlossen. Beschluß werde vermutlich erst gegen 13.00 Uhr gefaßt." Zur Zeit strebe der belgische Außenminister Simonet das folgende Verfahren an: „Das belgische Kabinett könne entscheiden, daß Belgien den Bündnispartnern vorschlägt, die Entscheidung über Modernisierung, einschl[ießlich] Stationierung, zu treffen, aber die Implementierung für das ganze Bündnis für sechs Monate zu suspendieren. Im Mai 1980 sollen dann Rüstungskontrollergebnisse geprüft werden. Auf dieser Grundlage soll dann über Implementierung entschieden werden. [...] Dieses Verfahren könne in heutiger Sitzung den Bündnispartnern vorgeschlagen werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1359; VS-Bd. 10571 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

diese Frage im Lichte konkreter Ergebnisse der Rüstungskontrollverhandlungen überprüfen und ggf. nachholen.[5]

Die Dänen haben ihren Vorschlag, die Entscheidung des gesamten Bündnisses um ein halbes Jahr zu verschieben, erneut vorgetragen.[6] Diese Vorstellungen wurden wiederum zurückgewiesen.[7] Die Dänen haben daraufhin ihren Vorschlag zurückgenommen. Damit ist es gelungen, trotz der Vorbehalte bzw. Abänderungswünsche von Belgien, den Niederlanden und Dänemark, das Gesamtprogramm im Verteidigungs- und Rüstungskontrollbereich (Berichte und Vorschläge von HLG[8] und SG[9]) in der Substanz voll zu erhalten und dafür die politische und finanzielle Unterstützung sämtlicher Partner zu gewinnen.

Die Bündnisentscheidung schafft die Voraussetzung dafür, daß die USA termingerecht die Produktion der vorgesehenen Mittelstreckensysteme sowie Verhandlungen über LRTNF mit der Sowjetunion einleiten können. Das bedeutet, daß die bis 1983 verfügbare Zeit für solche Verhandlungen genutzt werden kann. Auf die Bedeutung dieses zeitlichen Aspekts dieses Rüstungskontrollangebots wurde von den Vertretern aller Mitgliedstaaten hingewiesen.

Die Vorarbeiten für die Bündnispositionen und das Zustandekommen der Entscheidung haben für die Zukunft des amerikanisch-europäischen Verhältnisses überragende Bedeutung. Zu dem positiven Ausgang trug vor allem die entschlossene Haltung der deutschen, britischen und italienischen Regierungen bei.

Wegen der Vorbehalte der Niederlande und Belgiens bleibt die Entscheidung hinter den Erwartungen zurück. Es bleibt aber festzuhalten, daß das Bündnis in der Lage war, trotz intensiver östlicher Einwirkungsversuche und innenpolitischer Schwierigkeiten mit einer so weitreichenden Entscheidung auf die sich ihm stellende Herausforderung zu reagieren.

Die Rolle der beiden Konsultationsgruppen des Bündnisses, in denen die Entscheidung vorbereitet wurde, haben mehrere Redner gewürdigt. Außenminister Vance hat auf die Neuartigkeit der im Bündnis entwickelten Konsultationspraxis hingewiesen und gleichzeitig auf die Rolle des neu zu schaffenden be-

5 Zur Entscheidung des niederländischen Parlaments vom 6. Dezember 1979 vgl. Dok. 371.

6 Auf der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 27. November 1979 in Brüssel wurde von dänischer Seite die Position vertreten, „die vorgesehenen integrierten Dezemberentscheidungen für sechs Monate auszusetzen. In dieser Zeit solle der Sowjetunion Gelegenheit gegeben werden, jede Produktion und Dislozierung von SS-20 und ‚Backfire' einzustellen, in Verhandlungen mit den USA einzutreten und als Ausgangsbasis für solche Verhandlungen einen freeze im Mittelstreckenbereich anzubieten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1269 des Botschafters Ruth, z. Z. Brüssel, vom 28. November 1979; VS-Bd. 10571 (201); B 150, Aktenkopien 1979.

7 Botschafter Hermes, Washington, teilte am 8. Dezember 1979 zu den Gesprächen des dänischen Außenministers Olesen am Vortag in Washington mit, die amerikanische Seite habe „mit großer Klarheit dänischen Vorschlag abgelehnt [...]. Er sei zu ungünstigem Zeitpunkt gekommen, nicht hilfreich und vom Inhalt her paradox, weil er – offensichtlich schon abnehmende – Hoffnung der Sowjets neu belebt habe, Bündnisentscheidung abblocken zu können. USA seien entschlossen, wie geplant vorzugehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4374; VS-Bd. 11354 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

8 Für den „High Level Group Report on NATO Long-Range Theater Nuclear Force Modernization", den der Vorsitzende der High Level Group der NATO, McGiffert, NATO-Generalsekretär Luns am 28. September 1979 übermittelte, vgl. VS-Bd. 11325 (220).

9 Für den „Special Group Report to Ministers – Arms Control Involving Theater Nuclear Forces: Rationale, Objectives and Principles" vom 28. September 1979 vgl. VS-Bd. 11391 (220).

sonderen Konsultationsgremiums[10] aufmerksam gemacht. Bundesminister und Außenminister Vance haben in diesem Zusammenhang die Entschlossenheit unterstrichen, die Möglichkeiten des jetzt verabschiedeten Rüstungskontrollansatzes voll auszuschöpfen. Sie haben ferner die LRTNF-Entscheidung in den Zusammenhang der Rüstungskontrollthematik gestellt, die in den nächsten beiden Tagen im Bündnis beraten werden wird.

Fortsetzung des Berichts mit ausführlicher Darstellung des Gesprächsverlaufs folgt.[11]

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10571 (201)

374

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit

200-350.32-722/79 VS-vertraulich **13. Dezember 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 6311 Plurez

Betr.: Europäische Politische Zusammenarbeit;
hier: 91. Politisches Komitee am 10./11. Dezember 1979 in Dublin

Bezug: Relevé de conclusions (CPE Mul/etr. 4117 vom 11.12.1979)[2]

Schwerpunkt des 91. Politischen Komitees bei den TOP Iran, EAD, Rhodesien und Kambodscha. In Ergänzung des gesondert übermittelten Relevé de conclusions ist aus den Erörterungen der Politischen Direktoren folgendes festzuhalten:

1) Nahost

a) Iran

Präsidentschaft[3] gab eingangs detaillierten Überblick über Bemühungen der Neun, Freilassung amerikanischen Botschaftspersonals in Teheran zu erwir-

10 Zum Vorschlag, eine Special Consultative Group (SCG) für die SALT-III-Verhandlungen einzurichten, vgl. Dok. 359, Anm. 8.
Im Kommuniqué über die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel wurde mit Blick auf zukünftige SALT-III-Verhandlungen ausgeführt: „A special consultative body at a high level will be constituted within the Alliance to support the US negotiating effort". Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 123.
Die SCG wurde am 24. Januar 1980 gegründet und trat am Folgetag zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 117 des Botschafters Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt vom 25. Januar 1980; AAPD 1980.

11 Vgl. Dok. 375 und Dok. 376.

1 Durchdruck.

2 Für den Drahtbericht Nr. 4117 aus Dublin (Coreu) vgl. Referat 200, Bd. 112899.

3 Irland hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1979 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

ken[4] (auch Behandlung Erklärung Europäischen Rates vom 30. November in den VN[5]). Nach Lage der Dinge wurde es allgemein für wenig sinnvoll angesehen, Vertreter der Neun bei iranischem Außenminister[6] erneut demarchieren zu lassen. Schwerpunkt der Bemühungen zur Befreiung der Geiseln liegt zur Zeit offenbar bei GS Waldheim. Über Aktivität des GS sowie bilaterale Bemühungen der USA sind die Neun nicht oder nur unzureichend informiert. Botschafter der Neun sollen diese Entwicklungen aufmerksam beobachten und erneut tätig werden, wenn dies aus örtlicher Sicht sinnvoll erscheint.

b) Dänemark warf Frage eines Branch Office der EG in Jerusalem auf. Vertreter der Kommission erläuterte, daß Verhandlungen über Status des geplanten EG-Büros in Tel Aviv mit israelischer Regierung noch nicht abgeschlossen seien. Es sei in der Tat beabsichtigt, eine „Antenne" dieses Büros (evtl. als eine Art „documentation centre") in Jerusalem einzurichten. UK erläuterte, daß es gegen dieses Vorhaben Einspruch einlege. Unter keinen Umständen dürfe der Status von Jerusalem präjudiziert werden.

c) Vertreter der Kommission stellte Frage, ob PK sich zu der in Gesprächsnotiz Jenkins–Boutros-Ghali (verteilt auf 90. PK[7]) seitens ägyptischen Außenministers geäußerten Anregung, EG möge für Westbank und Gaza-Streifen Infrastrukturhilfe leisten[8], Meinung gebildet habe. Angelegenheit soll von AG Nahost geprüft werden, doch machte F deutlich, daß aus französischer Sicht auf den ersten Blick weder Ägypten (!) noch die Kommission (!) noch der EAD für diese Frage Zuständigkeit beanspruchen könnten.

2) EAD

Diskussion im PK ließ erkennen, daß letzte Entwicklungen im EAD von Partnern zum Teil recht unterschiedlich gewertet werden. Während eine Meinung dahin geht (insbesondere NL und DK), daß die Äußerungen des GS der AL (Tu-

4 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 370.
Vgl. dazu das Gespräch der Botschafter von sieben EG-Mitgliedstaaten mit dem iranischen Außenminister Bani Sadr am 13. November 1979 in Teheran; Dok. 331.
Vgl. dazu auch die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 20. November 1979 zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran; EUROPA-ARCHIV 1980, D 132.

5 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin vgl. Dok. 362.
Für den Wortlaut der „Erklärung zu Iran" des Europäischen Rats vom 30. November 1979 vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 67.
In der Debatte über die Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran am 1./2. Dezember 1979 im UNO-Sicherheitsrat bezog sich der britische Vertreter „mehrmals auf ER-Erklärung vom 30.11. und zitierte aus dem Text". Vgl. den Drahtbericht Nr. 3369 des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (UNO), vom 2. Dezember 1979; Referat 230, Bd. 121062.
Auch Wechmar selbst bezog sich in seinen Ausführungen auf die Erklärung des Europäischen Rats vom 30. November 1979. Für seine Erklärung vgl. Referat 230, Bd. 121062.

6 Sadegh Ghotbzadeh.

7 Die 90. Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ fand am 14./15. November 1979 in Dublin statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 5831 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit vom 19. November 1979; VS-Bd. 11078 (200); B 150, Aktenkopien 1979.

8 Der ägyptische Außenminister Boutros-Ghali führte am 26. Oktober 1979 in Kairo gegenüber dem Präsidenten der EG-Kommission, Jenkins, aus: „He realised that the Europeans would not wish to take position for or against the Camp David Agreements. One answer would be for the Europeans to mount a special programme to improve the social infrastructure – hospitals, roads, housing etc. – in Gaza and West Bank, both of which were in a pitiable condition. [...] In his view a European initiative, which would have the virtue of being neutral with regard to the Camp David Agreements, could really help and could hurt no-one." Vgl. Referat 230, Bd. 113240.

nis) vom 4.12.1979 gegenüber Präsidentschaft und Kommission[9] erkennen ließen, daß arabische Seite (Tunis) Europäer in politischem Dialog zur Lage in Nahost zu verwickeln beabsichtigt und an technischen Kontakten kein Interesse habe, vertrat F Auffassung, Klibi habe zu Recht vorgeschlagen, vor Wiederaufnahme solcher technischer Kontakte zunächst allgemeine Bestandsaufnahme vorzunehmen (Tour d'horizon über Sinn und Ziel des Dialoges). Klibi habe bei seinem Besuch in Paris[10] berichtet, arabischer Gipfel[11] habe ihm Mandat erteilt, eine generelle Klärung mit Europäern herbeizuführen. Aus französischer Sicht müsse man gerade deshalb Vorsicht walten lassen. Es dürfe kein Schritt ohne vorherige Einschaltung des PK erfolgen. Wir wüßten nicht, mit welchem „ajustement de la philosophie du dialogue" uns arabische Seite überraschen werde.

D 2[12] wies darauf hin, daß nach dem Gespräch vom 4.12. Eindruck entstanden sei, als habe Klibi den Neun ein Angebot unterbreitet, auf das sie nun antworten müßten, und nicht – wie beabsichtigt – umgekehrt. Schwierigkeiten bietet auch Terminabfolge. Arabischer Partner des EAD (Arabische Kommission) wird am 26.12. in Tunis zusammentreten, um über Fortgang des Dialoges nach Gesprächen Klibis zu beraten. Aus diesem Treffen könnte Initiative hervorgehen. PK trifft sich jedoch erst wieder Ende Januar[13], um sich mit Ergebnissen der EKG[14] vom 14.12. zu befassen.

PK befaßte sich auch mit Einladung des Generalsekretariates der Arabischen Liga (Kairo) an Kommissionsbeamten Gunther Gruner (in seiner Eigenschaft als Kopräsident der EAD-Arbeitsgruppe Landwirtschaft) zur Teilnahme an einem Seminar über „food security in the Arab countries" Mitte Januar 1980. F erklärte dezidiert, eine Beantwortung dieser Einladung stehe im Widerspruch

9 Im Gespräch des Generalsekretärs der Arabischen Liga, Klibi, mit Vertretern der EG-Ratspräsidentschaft und der EG-Kommission am 4. Dezember 1979 in London eröffneten letztere das Gespräch „by stressing the importance which the European side attached to the resumption of the dialogue which had been suspended since the Algerian note of last April. The Presidency went on to say that it was the wish of the ministers of the Nine that the possibilities for the reopening of the dialogue should be explored with Mr. Klibi. [...] Mr. Klibi expressed satisfaction that the European side had now adopted a realistic attitude: there could not be more than one Arab League. One country – by accident of history – was unfortunately absent from the League for the present but might rejoin at a later date. [...] Mr. Klibi asked what practical steps might be taken which would make the necessary impact for the realistic renewal of the dialogue. He showed little enthusiasm for a resumption of the dialogue simply at the level of working committees, partly in view of the difficulties which existed regarding the chairmanship of some of the committees. He suggested instead that a meeting should be held first between the two sides which would permit a tour d'horizon and a general reflection on relations between Europe and the Arab world. This idea had been agreed by the Arab summit which had met recently in Tunis and it would seem to be a logical approach in view of the considerable interruption which had occurred in the activities of the dialogue. [...] The Presidency responded that the present desire of the European side was to unblock the technical activities already undertaken and which had been held up since April this year, and that a general committee would appear to be premature at the present stage." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4047 aus Dublin (Coreu) vom 5. Dezember 1979; Referat 200, Bd. 113241.

10 Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, traf am 5. Dezember 1979 in Paris mit Staatspräsident Giscard d'Estaing zu einem Gespräch zusammen.

11 Vom 20. bis 22. November 1979 fand in Tunis eine Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga statt. Vgl. dazu Dok. 349, Anm. 12.

12 Klaus Blech.

13 Die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ fand am 22./23. Januar 1980 in Rom statt.

14 Europäische Koordinierungsgruppe.

zu der gegenüber Klibi eingeschlagenen Linie. Kairo wolle eine Antwort hervorlocken, um die Existenz einer zweiten Liga zu demonstrieren.

Mehrere Teilnehmer äußerten aufgrund von Klibis Einlassung Vermutung, daß es unter arabischen Mitgliedern der Liga (Tunis) Meinungsverschiedenheiten über die gegenüber den Europäern einzuschlagende Linie gebe.

3) Afrika

UK berichtete über Stand der Rhodesien-Verhandlungen[15]. Auch jetzt noch könnten diejenigen, die Einfluß auf PF hätten, wichtige Rolle spielen. Gegenwärtiges Hindernis in Verhandlungen sei Weigerung PF, Truppenstärken zu nennen. Fortgang der Infiltration von der einen, raids auf benachbarte Territorien von der anderen Seite dienten Verbesserungen der Ausgangslage bei Waffenstillstand. Wenn Lord Soames schon jetzt nach Salisbury reise, obwohl Waffenstillstand noch nicht unter Dach und Fach sei, so sei dies riskant. Nur so könnten aber Feindseligkeiten gestoppt werden. Fahre man fort, nur zu reden, könne alles Erreichte auseinanderfallen. Mit Übernahme der Regierungsgewalt durch Gouverneur sei Grundlage für Sanktionen[16] entfallen. Das teile UK dem Präsidenten des Sicherheitsrates[17] mit. UK hoffe stark, daß auch Partner Sanktionen beenden würden (sonst Sanktionen gegen „britische" lokale Regierung). UK lade Partner ein, zu Wahlen[18] Beobachter zu entsenden (gedacht ist an vier pro Land). Auch das Sekretariat des Commonwealth stelle Beobachterdelegation zusammen. Frage nach der Unvoreingenommenheit dieser Beobachter aus dem Commonwealth sei jedoch berechtigt.

In folgender Diskussion ließen Partner Einstellung zur Sanktionsfrage erkennen: DK – Aufhebung der Sanktionsgesetzgebung setzt Tätigwerden Sicherheitsrates voraus. F und B – Sicherheitsratsresolution muß aus dem Weg geschafft werden. Dies kann jedoch auch konkludent geschehen, indem britischer Mitteilung nicht widersprochen wird. NL – Sicherheitsrat muß tätig werden. Wenn Abkommen unter Dach und Fach, wird es keine Schwierigkeiten geben. Wenn aber PF nicht mitspielt, steht holländische Regierung vor schwieriger Frage. Italien – es bedarf Aufhebung der Sanktionsgesetzgebung durch das Parlament. Eine Beschleunigung ist im Rahmen der Verfassung möglich. IRL – nicht eindeutiges Votum (würde Sicherheitsratsvotum vorziehen, könnte sich aber auch mit konkludenter Lösung zufriedengeben wie F und B). D 2 – wir tei-

15 Zur Verfassungskonferenz über Rhodesien in London vgl. Dok. 315, Anm. 41.
Am 7. Dezember 1979 vermerkte Referat 320: „Am 5.12.1979 haben sich britische Regierung und Patriotische Front über Waffenstillstandsfragen geeinigt. Damit ist dritte Konferenzphase nach Einigung über Verfassung und Übergangsregelungen erfolgreich beendet. Noch offene Fragen zur Herbeiführung Waffenstillstand sollen von den Militärexperten der Parteien geregelt werden. Britische Regierung hat erklärt, daß sie jetzt unverzüglich nächste Schritte ihres Rhodesienkonzepts durchführen wird. Dies sind: Entsendung des Rhodesien-Gouverneurs nach Salisbury, förmliche Aufhebung des Rhodesien-Embargos nach Eintreffen des Gouverneurs in Salisbury, Vorbereitung und Durchführung freier und fairer Wahlen, Anerkennung der aus Wahlen hervorgegangenen Regierung und Entlassung der Kolonie in Unabhängigkeit." Vgl. Referat 200, Bd. 113241.
Am 21. Dezember 1979 wurde das Waffenstillstandsabkommen für Rhodesien in London unterzeichnet.

16 Zu den Sanktionen gegen Rhodesien vgl. Dok. 56, Anm. 9.

17 Chen Chu.

18 In Rhodesien/Simbabwe fanden am 14. Februar 1980 sowie vom 27. bis 29. Februar 1980 Parlamentswahlen statt.

len im wesentlichen britische Auffassung. Es bedarf eines Kabinettsbeschlusses.

Vertreter der Kommission teilte mit, Gemeinschaft sei bereit, sich mit 3,5 Mio. RE an Kosten der Rücksiedelung von Flüchtlingen nach Rhodesien zu beteiligen. Über internationale Gremien (Hochkommissar für Flüchtlingsfragen, IKRK) könne auch Lebensmittelhilfe in Aussicht gestellt werden.

4) Südostasien (Kambodscha)

Amerikanische Vorstellung bei Präsidentschaft (so wie bisher bei DK) über Vorgänge in Kambodscha[19] – angebliche Fehlleitung der Hilfssendungen, Obstruktionen durch das Heng-Samrin-Regime –, wurden mit Skepsis aufgenommen. Auskünfte internationaler Hilfsorganisationen bestätigten dieses pessimistische Bild nicht. Auch sei nicht auszuschließen, daß amerikanische Vertreter aufgrund mißverständlicher Weisung tätig geworden seien, wie dies schon in Vergangenheit vorgekommen sei.

Politische Direktoren erörterten Eindruck, den britischen „de-recognition"-Schritt gegenüber Pol-Pot-Regierung in ASEAN-Staaten und China hervorgerufen hat. Zu Unrecht wurde britische Maßnahme dort offensichtlich als unter den Neun abgestimmt sowie als erster Schritt in Richtung auf Anerkennung der von Vietnam eingesetzten Heng-Samrin-Regierung gesehen.[20] Tatsächlich verfolgen die Neun zur Zeit eine einheitliche Linie gegenüber Kambodscha, dessen staatliche Existenz anerkannt wird, mit dessen sich bekämpfenden Regierungen jedoch keiner der Neun Beziehungen unterhält (auch die ursprünglich von DK mit der Pol-Pot-Regierung unterhaltenen Beziehungen sind inzwischen suspendiert). Die im Relevé vorgesehenen Demarchen der Präsidentschaft in Peking sowie den Hauptstädten der ASEAN-Staaten sollen das Mißverständnis ausräumen und unter Hinweis auf Neuner-Erklärungen (insbesondere der Erklärung des Europäischen Rates vom 30.11.[21]) erneut klarstellen, daß die Europäer in der Kambodscha-Frage eine einheitliche Linie verfolgen.

Stabreit

VS-Bd. 11078 (200)

19 Zur Lage in Kambodscha vgl. Dok. 361, Anm. 20.

20 Ministerialdirigent Petersen erläuterte am 6. Dezember 1979: „Am 3.12.1979 hatte uns die britische Botschaft vertraulich mitgeteilt, daß die britische Regierung beabsichtige, am 6.12.1979 – anläßlich einer von der Opposition geforderten Kambodscha-Debatte – im Unterhaus mitzuteilen, daß sie das Pol-Pot-Regime in Kambodscha ‚de-recognized' habe." Dabei handle es sich „um einen Schritt, mit dem der besonderen völkerrechtlichen Situation im Verhältnis Großbritannien/Kambodscha Rechnung getragen werden solle (Großbritannien hat im Gegensatz zu uns die Praxis der ausdrücklichen Anerkennung von Regierungen). Angesichts der wachsenden Aversion in der britischen Öffentlichkeit gegen Pol Pot wolle man jetzt ganz deutlich machen, daß man zu diesem Regime keine Beziehungen mehr unterhalte." Petersen fuhr fort: „Wir erfuhren von singapurischer Seite [...], daß die ASEAN-Regierungen für den britischen Schritt wenig Verständnis aufbringen [...]. Sie sehen – am Vorabend der ASEAN-Außenministerkonferenz vom 14.12.1979 und angesichts der weiterlaufenden GV der VN – in dem britischen Schritt anscheinend ein Anzeichen dafür, daß die Neun in ihrer Unterstützung der ASEAN-Positionen in der Kambodscha-Frage nachlassen. Sie fürchten, daß von den Briten eine Kettenreaktion ausgelöst wird, welche den Vietnamesen und der von ihnen eingesetzten Heng-Samrin-Regierung zugute kommen würde." Vgl. Referat 200, Bd. 113241.

21 Für den Wortlaut der „Erklärung zu Kambodscha" des Europäischen Rats am 30. November 1979 vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 67 f.

375

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-4322/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1375
Citissime

Aufgabe: 13. Dezember 1979, 18.20 Uhr[1]
Ankunft: 13. Dezember 1979, 19.05 Uhr

Betr.: Gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO (außer Frankreich) am 12.12.79 in Brüssel;
hier: Entscheidung über Modernisierung der Mittelstreckenwaffen des Bündnisses in Europa (LRTNF) und damit verbundenes Rüstungskontrollangebot

Bezug: DB Nr. 1371 vom 12.12.1979[2]

Zur Unterrichtung

Im Anschluß an den Bezugsbericht wird nachstehend eine ausführliche Darstellung des Sitzungsverlaufes und eine Bewertung der Haltung der Bündnispartner gegeben, die aufgrund innenpolitischer Schwierigkeiten Sonderposition einnehmen.

Neben den USA, GB, IT und der Bundesrepublik Deutschland befürworteten von vornherein Norwegen, Kanada, Griechenland, Island, Luxemburg und die Türkei die unveränderte Verabschiedung des integrierten Entscheidungsdokuments[3]. Besonders eindringlich fielen dabei die Appelle von Minister Vance, Lord Carrington, Verteidigungsminister[4] Ruffini und AM Thorn sowie die Interventionen von Minister Genscher und Apel aus.

GS Luns leitete die Sitzung mit einem Appell an die Solidarität der Bündnispartner ein und warnte davor, der SU zu erlauben, durch ihre Propaganda auf die Verteidigungsstrategie der Allianz einzuwirken.

AM Vance wies auf die Bedeutung der anstehenden Entscheidung für den Zusammenhalt und die Sicherheit der Allianzpartner hin. Er erinnerte an die gründliche Vorbereitung der Entscheidungen durch die HLG und SG und warnte energisch davor, die Entscheidungen im unklaren zu lassen oder herauszuzögern.

Der amerikanische AM sprach sich ferner dafür aus, Rüstungskontrollvorschläge über LRTNF im Rahmen von SALT III baldmöglichst in Angriff zu nehmen. Er betonte jedoch, daß ohne die Annahme eines LRTNF-Programms Verhandlungen mit der SU unrealistisch seien. Nach der Modernisierungsentscheidung würden die USA jedoch alles daran setzen, befriedigende und verifizierbare

1 Hat den Legationsräten I. Klasse Gruber und Kreusel am 14. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 17. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter am 18. Dezember 1979 vorgelegen.

2 Vgl. Dok. 373.

3 Für das „integrierte Entscheidungsdokument" vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201).

4 Korrigiert aus: „AM".

Vereinbarungen zu erreichen. Erfolgreiche Verhandlungen könnten zu einer Reduzierung der sowjetischen Bedrohung und damit auch zu einer Verringerung des vorgesehenen LRTNF-Programms der Allianz führen. AM Vance begrüßte die vorgesehene Einsetzung eines besonderen Beratungsgremiums für SALT III[5] und sagte freimütige und umfassende Konsultationen zu.

BM Genscher brachte eingangs das Mitgefühl und die Solidarität der Bundesregierung angesichts der amerikanischen Sorgen über die Geiseln in Teheran[6] zum Ausdruck.

Er betonte dann die Bedeutung der anstehenden sicherheitspolitischen Entscheidung für die Glaubwürdigkeit des Bündnisses und für die Zukunft der europäisch-amerikanischen Solidarität.

Die Allianz müsse in der Lage sein, eine für notwendig gehaltene Maßnahme auch beschließen zu können.

Letztlich handele es sich um eine einzige Entscheidung, denn ohne Nachrüstung würden Verhandlungsvorschläge ohne Antwort bleiben und ohne Rüstungskontrollangebot werde der Weg zum Wettrüsten eröffnet.

Die Bundesregierung habe frühzeitig öffentlich und mit führenden Vertretern der SU auf die sich durch die sowjetische Mittelstreckenrüstung für das Gleichgewicht ergebenden Gefahren hingewiesen und die Notwendigkeit betont, hierüber Verhandlungen aufzunehmen.[7]

Dabei wies der Bundesminister auf die Transparenz des westlichen Entscheidungsprozesses hin, welcher die SU vor überraschender Rüstungsentscheidung sichere.

Die Welt wäre in einer besseren Lage, wenn die SS-20-Entscheidung sich in gleicher Transparenz entwickelt hätte.

Die Allianzentscheidungen böten die Möglichkeit, der Sicherheitspolitik eine neue Dimension durch realistische Abrüstungsvorschläge zu geben.

Der Bundesminister stellte die LRTNF-Entscheidung in den breit gefaßten Rahmen westlicher Initiativen sowohl bei MBFR[8] als auch bei der Vorbereitung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid[9].

Von dieser Allianztagung werde ein Abrüstungssignal für die 80er Jahre ausgehen.

5 Zum Vorschlag der Errichtung einer Special Consultative Group (SCG) für die SALT-III-Verhandlungen vgl. Dok. 373, Anm. 10.

6 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 370.

7 Vgl. dazu den Vortrag des Bundeskanzlers Schmidt am 28. Oktober 1977 vor dem International Institute for Strategic Studies in London; BULLETIN 1977, S. 1013–1020.
Vgl. dazu ebenso das Gespräch von Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 5. Mai 1978 auf Schloß Gymnich; AAPD 1978, I, Dok. 136.
Vgl. dazu gleichfalls das Gespräch von Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau; Dok. 188.

8 Zum Vorschlag für ein Interimsabkommen bei MBFR vgl. Dok. 366.

9 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

BM Genscher sprach dann die Hoffnung auf eine baldige SALT-II-Ratifizierung[10] aus und begrüßte die Einsetzung eines neuen Beratungsgremiums für SALT III. Abschließend plädierte er für einen von allen Teilnehmerstaaten getragenen gemeinsamen Beschluß.

Britischer Außenminister bezeichnete Entscheidung als die wichtigste der letzten zehn Jahre.

Das Bündnis habe überlebt, und der Frieden sei erhalten worden, weil Bündnispartner bereit waren, für das gemeinsame Wohl auch Opfer zu bringen.

Lord Carrington warnte vor den katastrophalen Folgen einer Entscheidungsunfähigkeit und appellierte an alle Bündnispartner, die gemeinsamen Beschlüsse voll mitzutragen.

Staatsminister Sarti in Vertretung des erkrankten italienischen Außenministers[11] erklärte, daß die italienische Regierung die vorbereiteten Entscheidungen der Allianz voll mittrage.

Die positive Haltung der italienischen Regierung sei das Ergebnis sorgfältiger Prüfung. Rom hoffe auf positive Rüstungskontrollergebnisse auf der Grundlage unverminderter Sicherheit, welche es erlauben würden, den Umfang der vorgesehenen LRTNF zu begrenzen. Er sprach die Hoffnung aus, daß die heutige Entscheidung die Chancen für eine baldige SALT-II-Ratifizierung verbessern werde.

AM Simonet betonte eingangs Allianztreue Belgiens und Bereitschaft, Lasten mitzutragen. In ausführlichem Plädoyer bestätigte er die Analysen der Allianz und die Notwendigkeit einer Doppelentscheidung.

In Belgien müsse jedoch in den kommenden Monaten intensive Aufklärungsarbeit geleistet werden, da die öffentliche Meinung noch nicht voll gewonnen sei. Seine Regierung sei bereit, die kollektive Entscheidung für eine Produktion und Dislozierung von LRTNF in Europa unter nachstehenden Bedingungen mitzutragen:

Aufschiebung der Implementierung der Produktions- und Dislozierungsentscheidungen für Belgien um sechs Monate.[12]

Das bedeute, daß vor Ablauf von sechs Monaten in Belgien – und nur dort – nicht mit[13] Implementierungsmaßnahmen (z.B. Vermessen, Landkauf, Erdbewegungen) begonnen werde. In diesen sechs Monaten hoffe die belgische Regierung, durch Aufklärungsarbeit die notwendige Unterstützung für ihre Entscheidung in der Öffentlichkeit und im Parlament zu finden. Bis dahin sei die belgische Entscheidung allerdings fragil.

Im Mai 1980 bei der AM-Konferenz[14] Überprüfung, ob bei den Verhandlungen über die Begrenzung der LRTNF befriedigende Ergebnisse erzielt wurden, die es rechtfertigen könnten, den Modernisierungsumfang ggfls. zu vermindern oder die Modernisierung sogar ganz zu annullieren.

10 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 359, Anm. 9.

11 Franco Maria Malfatti.

12 Zur belgischen Haltung vgl. auch Dok. 373, Anm. 4.

13 Korrigiert aus: „in Belgien – und nur dort nicht – mit".

14 Die NATO-Ministerratstagung fand am 25./26. Juni 1980 in Ankara statt. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 811 und Nr. 812 des Botschafters Pauls, z.Z. Ankara, vom 25. Juni 1980; AAPD 1980.

Fortsetzung dieser Überprüfung halbjährlich bei den NATO-Ministerkonferenzen.

Auf Fragen präzisierte der belgische Außenminister, daß es sich bei der vorgesehenen Überprüfung nach sechs Monaten um eine belgische Angelegenheit handele. Seine Regierung bestehe auch nicht auf einer Änderung des Kommuniqués[15] oder des Entscheidungsdokuments, falls andere Staaten ebenfalls Zurückhaltung übten.

Dänischer Außenminister[16] erläuterte den schon am 28. November im NATO-Rat vorgetragenen Vorschlag, die Entscheidung um sechs Monate zu verschieben.[17] Er gab zu, daß Vorschlag auf einhellige Ablehnung der Bündnispartner gestoßen sei. Seine Bitte um erneute Stellungnahmen führte zu eindeutigem kritischen Echo.

Fortsetzung folgt mit Drahtbericht Nr. 1376[18].

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10517 (201)

376

Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-4321/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1376
Citissime

Aufgabe: 13. Dezember 1979, 18.20 Uhr
Ankunft: 13. Dezember 1979, 20.18 Uhr

Betr.: Gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO (außer Frankreich) am 12.12.79 in Brüssel;
hier: Entscheidung über Modernisierung der Mittelstreckenwaffen des Bündnisses in Europa (LRTNF) und damit verbundenes Rüstungskontrollangebot

Fortsetzung zu Drahtbericht Nr. 1375[1]

Kanadische Außenministerin[2] wies auf negative Auswirkungen jeder Verschiebung der Entscheidung und sagte volle kanadische Unterstützung auch für die Finanzierung des Infrastrukturprogramms zu.

15 Für den Wortlaut des Kommuniqués über die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten (außer Frankreich) am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1409 f.

16 Kjeld Olesen.

17 Zur dänischen Haltung vgl. Dok. 373, Anm. 6.

18 Vgl. Dok. 376.

1 Vgl. Dok. 375.

2 Flora MacDonald.

Auch NL-Außenminister bestätigte gemeinsame Bedrohungsanalyse des Bündnisses wie sie im Rationale des Entscheidungsdokuments[3] niedergelegt ist. Fast beschwörend erklärte van der Klaauw, daß die NL weiterhin der Allianz ihre Unterstützung geben. Er berichtete dann über die intensive Debatte in der Öffentlichkeit seines Landes und das Mehrheitsvotum des Parlaments für eine Verschiebung der Entscheidung um zwei Jahre.[4] Verteidigungsminister Scholten trug das Ergebnis der Kabinettssitzung vor:

- Niederlande könne die Modernisierungsentscheidung mittragen, jedoch mit einem Vorbehalt hinsichtlich der Stationierung von Mittelstreckenwaffen in den Niederlanden; hierüber werde Den Haag erst im Dezember 1981 entscheiden nach Prüfung der dann vorliegenden Rüstungskontrollergebnisse.
- Den Haag gehe ferner davon aus, daß SALT II bis Dezember 81 ratifiziert sei.
- Sollte nach 81 die Entscheidung für die Stationierung von LRTNF in Den Haag fallen, müßten andere nukleare Aufgaben der NL reduziert werden.

Anschließend sprachen sich AM Portugals[5], Griechenlands[6], Luxemburgs[7], der Türkei[8], Islands[9] und Norwegens für die Allianz-Entscheidung aus.

AM Frydenlund betonte Bedeutung ernsthafter Rüstungskontrollbemühungen und erreichte Zusatz in Paragraph 11 des Kommuniqués, der besagt: „Der TNF-Bedarf der Allianz wird im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse geprüft werden".[10]

BM Genscher plädierte noch einmal gegen eine Vertagung der Stationierungsentscheidung und erklärte, daß die Entscheidung auch für die Bundesrepublik nicht leicht gewesen sei. Er erinnerte die europäischen Partner daran, daß aller Sicherheit auf der Solidarität mit den USA beruhe:

„Wir können uns als Europäer Sicherheit nicht schenken lassen, wir müssen selbst aktiv daran mitwirken, daß die Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses garantiert bleibt".

In weiterer Debatte drängte die Mehrheit der AM und Verteidigungsminister die Minister Dänemarks[11], Belgiens[12] und Niederlande[13], den Konsensus voll mitzutragen. Verteidigungsminister Brown wies auf die ständig steigende Zahl von SS-20-Sprengköpfen hin, die bald 1300 übersteigen werde, während einige Bündnispartner noch zögerten, 1983 mit der Dislozierung einer weit geringeren Zahl zu beginnen.

3 Für das „integrierte Entscheidungsdokument" vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201).

4 Zur niederländischen Haltung vgl. auch Dok. 371.

5 João Carlos Lopes Cardoso de Freitas-Cruz.

6 George Rallis.

7 Gaston Thorn.

8 Hayrettin Erkmen.

9 Benedikt Gröndal.

10 Für den Wortlaut des Kommuniqués über die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123.

11 Kjeld Olesen und Paul Søgaard.

12 Henri Simonet und Paul Vanden Boeynants.

13 Christoph van der Klaauw und Willem Scholten.

Da sich NL nicht in der Lage sah, dem Kommuniqué, in dem ursprünglich alle fünf Stationierungsländer genannt waren, ohne eine Erläuterung seiner Position im Text zuzustimmen, erklärte auch Belgien auf einer Präzisierung seiner Haltung bestehen zu müssen.[14]

Langwierige Kommuniqué-Konsultation führte schließlich dazu, daß im Paragraph 7 die Stationierungsländer nicht mehr im einzelnen aufgeführt werden:

Es heißt dort lediglich: Die Raketen werden in ausgewählten Ländern stationiert. Sonderposition NL und BE wird im Text nicht erwähnt.

Es herrschte Einvernehmen, daß GS Luns bei seiner Pressekonferenz erklären werde, daß alle 14 Staaten den Beschluß politisch voll mittragen, und daß es sich bei den ausgewählten Ländern um Italien, UK und die Bundesrepublik Deutschland handele. Auf Frage werde er antworten, daß Belgien und die Niederlande später entscheiden werden.

III. Nachstehende deutsche Änderungsvorschläge für das Kommuniqué fanden allgemeine Zustimmung.

- In Paragraph 8 wurde ein zusätzlicher zweiter Satz eingefügt:
  „Dies spiegelt sich wider in einem breit angelegten Spektrum von Initiativen, die im Bündnis geprüft werden mit dem Ziel, die Weiterentwicklung von Rüstungskontrolle und Entspannung in den 80er Jahren zu fördern."
- In Paragraph 9 wurde ein zusätzlicher zweiter Satz aufgenommen:
  „Dies würde frühere westliche Vorschläge und die erst kürzlich geäußerte Bereitschaft des sowjetischen Staatspräsidenten Breschnew aufnehmen, solche sowjetischen und amerikanischen Systeme in Rüstungskontrollverhandlungen einzubeziehen."
- Der zweite Satz in Paragraph 9d wird wie folgt geändert:
  „Die Begrenzungen sollen daher in einer Form vereinbart werden, die de jure Gleichheit sowohl für die Obergrenzen als auch für die daraus resultierenden Rechte festlegt."

IV. Zusammenfassende Bewertung

Den 14 Staaten des Bündnisses ist es gelungen, durch einen einmütig gefaßten politischen Beschluß über

- die Einführung bestimmter amerikanischer LRTNF in das Bündnisarsenal,
- die Dislozierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa und
- die Vorlage eines Rüstungskontrollangebots

seine Entscheidungsfähigkeit unter Beweis zu stellen.

Durch die Tatsache, daß auch die Regierungen der NL, Belgiens und DKs den Doppelbeschluß voll mittragen, wurde die Solidarität der Allianz und vor allem die europäisch-amerikanische Kohäsion gewahrt.

Es wird von den innenpolitischen Entwicklungen in NL und BE abhängen, ob die Regierungen dieser zwei Staaten zu dem jeweils vorgesehenen Zeitpunkt die für ihr Gebiet zu treffende Dislozierungsentscheidung nachholen und somit die Dislozierung von LRTNF ab 1983 auch in diesen zwei Staaten beginnen

[14] Zur belgischen Haltung vgl. auch Dok. 373, Anm. 4.

kann. Enge Verknüpfung der LRTNF-Entscheidung mit den bei der NATO-Tagung am 13./14. Dezember[15] beschlossenen rüstungskontrollpolitischen Initiativen wurde von allen Bündnispartnern befürwortet. Amerikanischer AM[16] wurde am 13.12. gebeten, Rüstungskontrollangebot auch im Namen der Allianz der SU vorzulegen.[17] Unüberhörbar war auch der Appell der Alliierten an den Senat, SALT II bald zu ratifizieren[18], um den Weg für SALT III zu öffnen.

Amerikanische Zustimmung zur Einsetzung der neuen besonderen Konsultationsgruppe zu SALT III[19], die vor allem von uns vorgeschlagen war, wurde allgemein begrüßt.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 10517 (201)

377

Ministerialdirektor Blech, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-4325/79 geheim
Fernschreiben Nr. 1379
Citissime nachts

Aufgabe: 13. Dezember 1979, 19.25 Uhr[1]
Ankunft: 13. Dezember 1979, 21.18 Uhr

Betr.: Begegnung der vier Außenminister am Abend des 12.12.1979;
hier: Iran

Essen der vier Außenminister am Abend des 12.12. war zum größten Teil der Iran-Problematik[2] gewidmet. Aus der Erörterung, soweit sie in Anwesenheit der Politischen Direktoren[3] Maßnahmen gegen Iran wegen fortdauernder Fest-

15 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

16 Cyrus R. Vance.

17 Vgl. dazu das Gespräch des amerikanischen Außenministers Vance mit dem sowjetischen Geschäftsträger in Washington, Wassew, am 18. Dezember 1979; Dok. 388, Anm. 5.

18 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 359, Anm. 9.

19 Zum Vorschlag, eine Special Consultative Group (SCG) für die SALT-III-Verhandlungen einzurichten, vgl. Dok. 373, Anm. 10.

1 Hat Ministerialdirektor Meyer-Landrut vorgelegen, der für Referat 311 handschriftlich verfügte: „Bitte sofortige Weiterleitung nach Iran."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 14. Dezember 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Nordenskjöld und Legationsrat I. Klasse Petersmann verfügte.
Hat Nordenskjöld am 14. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat Petersmann vorgelegen.

2 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 370.

3 Klaus Blech (Bundesrepublik), Julian L. Bullard (Großbritannien), Bertrand Dufourcq (Frankreich), George Southall Vest (USA).

haltung amerikanischen Botschaftspersonals als Geiseln galt, ist festzuhalten:

1) Ausgangspunkt war die Erwartung, daß Iran sich an SR-Resolution[4] nicht halten und sich auf IGH-Verfahren bzw. auf Ende dieser Woche ergehende Entscheidung[5] nicht einlassen werde.

a) Es bestand Übereinstimmung, daß unter diesen Umständen in nächster Woche dazu übergegangen werden sollte, die Verhängung von Sanktionen nach Art. 41 VN-Satzung[6] durch den SR zu erreichen. Man war sich klar darüber, daß dies zu Begehren anderer Seiten nach Sanktionen gegen Südafrika, evtl. auch Israel, führen könnte, gab der Lösung der iranischen Problematik jedoch Vorrang. Minister sahen übereinstimmend Vorteile von Aktionen unter Kap. 7 UN-Satzung[7] in folgendem:

- Die Wirkung rein westlicher Maßnahmen auf Iran wäre beschränkt, weil sie nicht Bewußtsein der Isolation hervorrufen würden.
- Nichtwestliche Staaten hätten Schwierigkeiten, einseitige westliche Maßnahmen zu unterstützen, während sie universale Maßnahmen im VN-Rahmen mittragen könnten.
- Sanktionsentscheidung des SR würde Rechtsgrundlage schaffen, während einseitige wirtschaftliche Maßnahmen rechtlichen Hindernissen je nach Gesetzeslage in den einzelnen Ländern begegnen würden (französischer AM wies darauf hin, daß z.B. Einfrieren iranischer Guthaben in Frankreich besonderer Gesetzgebung bedürfe; allenfalls könnte man auf die Gesetzgebung bezüglich Feindvermögen aus dem Jahre 1939[8] zurückzugreifen versuchen, was aber vor den Gerichten kaum standhalten dürfte).

Minister beschlossen, daß sich vier Regierungen über Hauptstädte und in New York über Vorbereitung eines entsprechenden SR-Ratsbeschlusses (Inhalt, Sicherung einer Mehrheit) verständigen. (Heute morgen fand in Brüssel erster Meinungsaustausch über Inhalt von Sanktionen zwischen StS Lautenschlager, Cooper, Lord Bridges und Paye statt.[9])

4 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 457 des UNO-Sicherheitsrats vom 4. Dezember 1979 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 54.

5 Zum Urteil des Internationalen Gerichtshofs vom 15. Dezember 1979 vgl. Dok. 357, Anm. 11.

6 In Artikel 41 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 war festgelegt, daß der Sicherheitsrat beschließen könne, „welche Maßnahmen – unter Ausschluß von Waffengewalt – zu ergreifen sind, um seinen Maßnahmen Wirksamkeit zu verleihen". Genannt wurden „die vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraphen- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten" und der Abbruch diplomatischer Beziehungen. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 459.

7 Kapitel VII der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 umfaßte die Artikel 39 bis 51 und behandelte „Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen". Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 459–465.

8 Für den Wortlaut der „Déclaration et mise sous séquestre des biens appartenant à des ennemis" vom 1. September 1939 vgl. JOURNAL OFFICIEL, LOIS ET DECRETS 1939, S. 11091 f.

9 Am 13. Dezember 1979 hielt Staatssekretär Lautenschlager aus dem Gespräch fest: „Den Amerikanern schwebt in bezug auf die zu ergreifenden Maßnahmen ein stufenweises Vorgehen vor: 1. Phase: keine neuen Exportgarantien. Kein Verkauf und keine Verschiffung (bzw. Versendung) von militärischen Gütern [...]. Keine neuen kommerziellen Kredite. [...] 2. Phase: Unterbrechung des Luft- und Eisenbahnverkehrs (nicht aber des Seeverkehrs). Selektive später zu definierende Maßnahmen zur Unterbrechung von Post-, Telegraphen- und Funkverkehr. [...] Weitergehende handelspolitische Blockademaßnahmen, die je nach Lage weiter spezifiziert werden müssen, die in dieser

Vance gab positive Einschätzung der Chance, Mehrheit in SR zu erhalten. SU werde sich wahrscheinlich enthalten (ein Veto würde SALT-II-Ratifizierung[10] unmöglich machen); China werde wahrscheinlich zustimmen, schon im Hinblick auf ausbleibende SU-Zustimmung; ČSSR werde sich an sowjetische Linie halten; Unterstützung Nigerias und Bangladeschs stehe außer Frage, ebenso Unterstützung Norwegens und Portugals; mit Jamaika sei zu rechnen, wohl auch mit Sambia; Gabun[11] werde sich wie Frankreich verhalten. – François-Poncet verwies auf ein kürzliches Gespräch mit kuwaitischem Ölminister[12], der vor einseitigen Sanktionen gewarnt, SR-Sanktionen jedoch als eine ganz andere Sache, für die Kuwait stimmen würde, bezeichnet habe. Vance erwähnte außerdem, daß Kuba als Präsidialmacht der Ungebundenen sich für Sanktionen aussprechen werde. Es bestand Einigkeit, daß Scheitern eines Sanktionsantrags schwerwiegende Folgen in amerikanischer Öffentlichkeit haben würde (siehe auch unter Ziff. 2)

b) Zum Inhalt von Sanktionen wies Vance zunächst darauf hin, daß Antrag im SR sich auf die Verhängung von Sanktionen unter Art. 41 als solche zu richten habe; was Gegenstand dieser Sanktionen sein solle, werde dann in Debatte entwickelt. Er persönlich sei für ein ganz breites Mandat unter Art. 41. Andere Minister gingen ebenfalls hiervon aus; niemand trat auf ausdrückliche Frage Vances für enger definierte spezifische Sanktionen (z.B. Luftverkehr, Ersatzteillieferungen) ein.

Bundesminister wies auf sein Gespräch mit irakischem Botschafter am 12.12. vormittags hin, in welchem dieser Furcht vor Maßnahmen, die zugleich andere Länder treffen (etwa Verminung der Straße von Hormuz), habe erkennen lassen.[13]

Carrington stellte Frage, ob es – angesichts der Wichtigkeit der Ölexporte für Iran – möglich wäre, einen Konsens der Ölverbraucher darüber herbeizuführen, daß sie sich nicht auf Bemühungen Irans um Ölverkäufe auf freiem Markt zu überhöhten Preisen einlassen. Vance konnte dies nicht beantworten und meinte, auch dieser Aspekt könne geprüft werden. Vor allem stelle sich die Frage, wie man die Japaner zu einem besseren Verhalten veranlassen könne. Bei kurzer Diskussion der längerfristigen Auswirkungen von Sanktionen auf

Fortsetzung Fußnote von Seite 1906

Phase aber noch nicht im Prinzip Nahrungsmittel und Arzneimittel umfassen sollen. [...] 3. Phase: Totales Handelsembargo, Unterbrechung des Handels- und Zahlungsverkehrs und des Seeverkehrs, Einfrieren der Guthaben bis Abbruch der diplomatischen Beziehungen (Modell Rhodesien)." Vgl. VS-Bd. 9526 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

10 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 359, Anm. 9.

11 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Meyer-Landrut unterschlängelt. Dazu handschriftlicher Vermerk: „Niger?"

12 Scheich Ali al-Khalifa al-Sabah.

13 Am 12. Dezember 1979 erläuterte Bundesminister Genscher gegenüber dem irakischen Botschafter Bayrakdar mit Blick auf die Lage im Iran, daß die Bundesregierung „in dieser schwierigen Situation an einer besonders engen Zusammenarbeit mit dem Irak, Saudi-Arabien und den Golfstaaten" interessiert sei. Bayrakdar entgegnete, „im Irak mache man sich vor allem Sorgen wegen einer eventuellen amerikanischen Blockade der Straße von Hormuz, weil dann auch andere in die Krise hineingezogen würden". Genscher erwiderte, „daß gerade diese Erwägungen eine solche Blockade bisher verhindert hätten; er glaube, die USA hätten bei dem Management der Krise bisher noch keinen Fehler gemacht". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178801.

die westliche Wirtschaft unterstrich Vance die zu erwartende beträchtliche Erhöhung der Ölpreise und die Konsequenzen für die Stellung des Dollars, denen in Solidarität begegnet werden sollte.

c) Vance stelle die Möglichkeit zur Diskussion, daß die Verhängung von Sanktionen nicht innerhalb von zehn Tagen zur Befreiung aller Geiseln, sondern zu einer „frozen situation" führe. Dann komme man zu weiteren Optionen wie Blockade und Verminung. Auf Frage Carringtons, ob zehn Tage nicht etwas kurz seien, antwortete Vance, es könnten auch vierzehn Tage sein. Letztlich hänge dies von Imponderabilien ab (Behandlung der Geiseln, etwa öffentliche Zurschaustellung und Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit hierauf).

Auf eine entsprechende Bemerkung François-Poncets (Schutz der westlichen Staatsangehörigen in Iran) sagte Vance rechtzeitige Vorabunterrichtung über mögliche weiterführende amerikanische Vorhaben zu.

Vance stellte fest, daß Erörterung von Sanktionen unter Art. 42[14] verfrüht wäre.

2) Die deutsche Position, wie sie von BM im Verlauf des Gesprächs dargelegt wurde, stellt sich zusammengefaßt wie folgt dar:

- SR-Sanktionen sind der angemessene nächste Schritt.
  Wir ermutigen den Weg über Kapitel 7.
- Dieser Weg sollte so bald wie möglich beschritten werden.
- Wir sind nicht SR-Mitglied, werden aber unsere Position durch unseren Ständigen Vertreter bei VN[15] im SR selbst klarmachen lassen.
- Wir beteiligen uns an engster Abstimmung und legen auf möglichst frühe Vorabunterrichtung über von US ins Auge gefaßte Schritte bei ganzer oder teilweiser Unwirksamkeit von Sanktionen Wert.

(Nachdem auch in heutiger Vormittagssitzung des NATO-Ministerrats[16] Sanktionsfrage erörtert worden war, trat BM in Gespräch mit kanadischer Außenministerin[17] für den nicht von vornherein auszuschließenden Fall eines sowjetischen Vetos gegen einen Sanktionsbeschluß dafür ein, an die Welt den Appell zu richten, sich so zu verhalten, als ob der Beschluß zustande gekommen wäre.)

(Nur für Bonn)

3) Bundesminister wünscht angesichts der sich abzeichnenden Entwicklung:

a) Es ist darauf hinzuwirken, daß möglichst viele Deutsche Iran so schnell wie möglich verlassen.[18] Das bevorstehende Weihnachtsfest kann dafür als nach außen plausibler Anlaß genutzt werden. (Engländer und Franzosen werden sich entsprechend verhalten. Amerikaner haben nur noch etwa 30 Leute im Iran.)

14 In Artikel 42 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 wurde festgestellt, daß im Falle der Wirkungslosigkeit der in Artikel 41 beschriebenen Maßnahmen der UNO-Sicherheitsrat mit militärischen Mitteln „die zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen durchführen" könne. Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 461.

15 Rüdiger Freiherr von Wechmar.

16 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

17 Flora MacDonald.

18 Vgl. dazu den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats Umlauff an die Botschaft in Teheran vom 23. November 1979; Dok. 361, Anm. 16.

b) Im Fall einer weiteren Verschärfung nach der nicht auszuschließenden Wirksamkeit wirtschaftlicher Sanktion könnte sich die Notwendigkeit einer schnellen Ausreise der noch verbliebenen Deutschen ergeben.

Ihre Zahl sollte dann im Hinblick auf die zu erwartenden Schwierigkeiten so gering wie möglich sein.

c) Es sollte nochmals sichergestellt werden, daß in Botschaft Teheran keine Unterlagen gehalten werden, die, wenn sie in andere Hände gelangen, böswillig gegen die Bundesrepublik Deutschland oder einzelne Personen mißbraucht werden könnten.

[gez.] Blech

VS-Bd. 14084 (010)

378

Ministerialdirektor Blech, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-4326/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1380
Citissime

Aufgabe: 13. Dezember 1979, 20.30 Uhr[1]
Ankunft: 13. Dezember 1979, 23.19 Uhr

Betr.: Herbstministerkonferenz der NATO am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel;
hier: Nachmittagssitzung am 13.12.1979

Zur Unterrichtung

I. In der Nachmittagssitzung erörterten die Außenminister die Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses unter besonderer Berücksichtigung von SALT, MBFR und KSZE. Dabei wurden folgende Entscheidungen getroffen:

– Billigung des Vorschlags eines MBFR-Interimsabkommens[2] und eines Pakets begleitender Maßnahmen zur Einbringung in Wien in der nächsten Woche (hierüber wurde gesondert berichtet).[3]

1 Hat Legationsrat I. Klasse Kreusel am 14. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Hofstetter vorgelegen.

2 Zum Vorschlag für ein Interimsabkommen bei MBFR vgl. Dok. 366.

3 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel teilte Vortragender Legationsrat Boll am 18. Dezember 1979 mit: „Als Impuls für MBFR und zur Einbringung noch während der laufenden Verhandlungsrunde verabschiedeten die Minister den auf deutsche Initiative zurückgehenden Vorschlag für ein Zwischenergebnis in Form eines vereinfachten Interimsabkommens. Dies sieht als Grundlage für Verminderungen nur von amerikanischen (13 000 Mann) und sowjetischen (30 000 Mann) konventionellen Landstreitkräften in der Phase I eine Einigung nur über sowjetische und amerikanische Daten vor. [...] Das Bündnis stellte ferner klar, daß es an der Zielsetzung für die zweite Phase [...] festhält. [...] Zur gleichzeitigen Einbringung bei MBFR wurde ein Vorschlagspaket begleitender Maßnahmen, u. a. zur Verifikation, verabschiedet. Soweit diese

– Beauftragung des amerikanischen AM, das in gestriger Sondersitzung der Außen- und Verteidigungsminister beschlossene Rüstungskontrollangebot für LRTNF[4] unverzüglich der SU zu übermitteln.[5] (GS Luns wies darauf hin, daß Vance derzeit Ehrenvorsitzender des NATO-Rats ist.)

II. Aus der Aussprache ist folgendes berichtenswert:

1) Französischer AM bezeichnete gegenwärtige Situation als Wendepunkt sowohl im Ost-West-Verhältnis wie hinsichtlich der Einstellung der Bevölkerung in den westlichen Staaten gegenüber Verteidigungsbemühungen.

Die Zielsetzung der Sowjetunion analysiert François-Poncet wie folgt:

– Paralysierung der westlichen Verteidigungsanstrengungen,

– Abkopplung Europas von den Vereinigten Staaten.

Gleichwohl sei Moskau an Entspannung interessiert, u.a. aus wirtschaftlichen Gründen, also als Mittel zum Zweck. Dabei suche die SU auf dem Gebiet der Menschenrechte so wenig Zugeständnisse wie möglich zu machen. Im Gegensatz dazu sei der Westen an Entspannung als einem Wert an sich interessiert. Aus dieser anderen Entspannungskonzeption erkläre sich auch das uneinheitliche Verhalten östlicher Staaten (Verhärtung in der ČSSR, zugleich Liberalisierung der sowjetischen Auswanderungspolitik gegenüber Juden).

Für das Folgetreffen in Madrid[6] forderte der französische AM gleichgewichtige Fortschritte in den drei Körben[7], jedoch ohne „Kuhhandel" zwischen den Körben. Vor allem solle der Westen nicht den Eindruck erwecken, als sei jeder Fortschritt im ersten Korb naturgemäß nur zum Vorteil des Ostens. Der Warschauer Pakt habe diese falsche Einstellung bisher dazu ausgenutzt, den Westen im Bereich des ersten Korbs mit rein rhetorischen Vorschlägen in die Defensive zu drängen. Demgegenüber beabsichtige Frankreich, mit seinem KAE-Konzept[8] die Initiative zurückzugewinnen. Die WP-Staaten seien in ihrer Erklärung am 5.12.1979[9] zwar dem französischen Modell strukturell näher gerückt. Die konzeptionellen Gegensätze bleiben jedoch fundamental:

– Frankreich wünsche, in Madrid, also im KSZE-Rahmen, ein Mandat für die KAE verabschieden zu lassen, das in einer ersten Phase die Erarbeitung von CBM mit Geltung bis zum Ural vorsehe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1909

Maßnahmen vorwiegend auf Vertrauensbildung abzielen, also den sogenannten CBM bei KSZE entsprechen, zielt der Vorschlag auf Ausdehnung des Anwendungsbereichs über den MBFR-Raum hinaus ab. Damit soll vermieden werden, daß sich das MBFR-Gebiet zu einer Rüstungskontrollzone mit Sonderstatus verdichtet." Vgl. den Runderlaß Nr. 149, Referat 012, Bd. 111778.

4 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

5 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Vance mit dem sowjetischen Geschäftsträger in Washington, Wassew, am 18. Dezember 1979 vgl. Dok. 388, Anm. 5.

6 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

7 Vgl. dazu die KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

8 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 270, Anm. 7.

9 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Außenministerkonferenz der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts am 5./6. Dezember 1979 in Ost-Berlin vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 49–55.

– Der WP verstehe unter CBM zum Teil anderes und versuche – widersprüchlicherweise unter Festhalten an dem KSZE-Parameter von 250 km[10] – die Konferenz außerhalb von KSZE anzusiedeln.

2) Minister Genscher betonte noch einmal, daß Handlungsfähigkeit des Bündnisses Voraussetzung erfolgreicher Entspannungspolitik sei. Die Allianz habe diese Handlungsfähigkeit zwar gestern gezeigt. Damit sei jedoch nur ein Etappenziel erreicht. Es gelte jetzt, den Weg, wie gestern beschlossen, gemeinsam fortzusetzen. Die östlichen Einmischungsversuche würden sich jetzt noch intensivieren. Wichtiger sei es, daß das Bündnis jetzt die zahlreichen Anknüpfungspunkte verfolge, die aufgrund der Ergebnisse der laufenden NATO-Konferenzserie sowie östlicher Vorschläge (u.a. Breschnew am 6.10.1979[11] und WP am 5.12.1979) für Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung gegeben seien.

Zum Folgetreffen in Madrid nahm Minister Genscher wie folgt Stellung:

Bei ausgewogener Berücksichtigung aller drei Körbe solle das Bündnis in Madrid Fortschritte hinsichtlich CBM zu erzielen suchen. In diesem Zusammenhang unterstützten wir den französischen KAE-Vorschlag. Wichtig daran sei für uns vor allem die Ausdehnung des Geltungsbereichs bis zum Ural. Es dürfe im Bündnisbereich keine Rüstungskontrollzonen von unterschiedlichem Status und Vertrauensgrad geben. Andernfalls entstünde im Bündnis unterschiedliche Handlungsfähigkeit. Das Bündnis solle sich bemühen, Madrid durch Anhebung auf die Außenministerebene zu einem politischen Forum zu machen. Dies durchzusetzen, liege in westlicher Hand, da die N+N-Staaten das gleiche Ziel anstrebten und der Osten nicht mehr geschlossen ablehnend sei.

Hinsichtlich des Vorschlags für ein MBFR-Interimsabkommen unterstrich Minister Genscher, daß Dateneinigung weiterhin unabdingbare Voraussetzung jeder Reduzierung bleibe. Er forderte dazu auf, die SU weiterhin zu drängen, sich doch noch zu einem Produktions- und Dislozierungsstopp der SS-20 bereitzufinden; jede zusätzlich dislozierte Rakete erschwere die SALT-III-Verhandlungen[12].

Abschließend appellierte der Minister dafür, das kompakte Angebot der vom Bündnis in diesen Tagen verabschiedeten Vorschläge für Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht unter seinem Wert zu verkaufen. Das Bündnis habe damit die Weichen dafür gestellt, daß die 80er Jahre zu einer Dekade der Entspannung werden könnten.

In dieser Dekade seien folgende Ziele vorrangig zu verfolgen:

1) Sicherung der Handlungsfreiheit des Bündnisses,

2) Herstellung eines militärischen Gleichgewichts auf niedrigerer Ebene,

3) weltweite gleichgewichtige Partnerschaft.

10 Vgl. dazu den Punkt „Vorherige Ankündigung von größeren militärischen Manövern" des „Dokuments über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 922.

11 Korrigiert aus: „6.8.1979".
Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

12 Korrigiert aus: „SALT-II-Verhandlungen."

3) Kanadische AM[13] äußerte sich ausschließlich über die Notwendigkeit, die Menschenrechtsproblematik auch in Madrid nüchtern, aber entschlossen weiterzuverfolgen.

Der WP erwarte nichts anderes vom Westen. In Kanada würden vor Madrid in allen Landesteilen öffentliche „hearings" veranstaltet, damit die kanadische Delegation genau wisse, was das Volk hinsichtlich Fortschritten bei Korb III von ihr erwartet.

4) Britischer AM warnte vor Optimismus. 1980 werde im Westen ein schweres Jahr werden (wirtschaftliche und Energieprobleme, Wahlen[14]). Dies könne negativ auf die Ost-West-Beziehungen zurückwirken. Auch im Osten (Breschnew-Nachfolge) und in der Dritten Welt sei mit wachsender Instabilität zu rechnen. Die gestrige LRTNF-Entscheidung sei vor diesem Hintergrund ein erfreulicher Posten. Die SU sei mit ihren Propagandabemühungen zurückgeworfen worden, ohne deswegen ihre Einmischungsversuche künftig aufzugeben. Auch Madrid werde zu einem Test der Bündnissolidarität werden. Es empfehle sich Koordinierung des westlichen Vorgehens in der NATO.

Zu Minister Genscher gewandt, warnte Lord Carrington vor Anhebung des Folgetreffens auf Ministerebene schon zu Beginn. Dies empfehle sich erst, falls sich Erfolg statt erneutes Scheitern wie in Belgrad[15] abzeichne. Von Madrid erwarte sich GB ein Mandat für militärisch bedeutsame CBM. Die französische Konzeption sei eine Basis für Fortschritte. Der dritte Korb dürfe darüber nicht unterbelichtet werden. Die öffentliche Meinung im Westen identifiziere KSZE nach wie vor damit.

5) Niederländischer AM[16] warnte gleichfalls vor Akzentverlagerung zugunsten des ersten Korbs. Hinsichtlich CBM solle man von Madrid nicht nur prozedurale Fortschritte erwarten.

6) Amerikanischer AM faßte die jüngsten Vorschläge Carters auf dem Rüstungssektor zusammen. Damit, dank des gestrigen LRTNF-Beschlusses und der laufenden Modernisierung der konventionellen Streitkräfte (LTDP)[17] sei damit zu rechnen, daß das Bündnis auch künftig auf allen Gebieten der Abschreckungstriade ausreichend stark sein werde.

Leider sei SALT II, u.a. wegen der Ereignisse im Iran[18], dieses Jahr nicht mehr ins Senatsplenum gelangt. Damit sei erst in der dritten oder vierten Januarwoche zu rechnen. Die Senatsdebatte werde wohl einen Monat beanspru-

13 Flora MacDonald.

14 Am 5. Oktober 1980 fanden in der Bundesrepublik Wahlen zum Bundestag statt.
Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.
Am 7. Dezember 1980 fanden in Portugal Präsidentschaftswahlen statt.

15 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 320 und Dok. 373, und AAPD 1978, I, Dok. 16, Dok. 24, Dok. 25, Dok. 60 und Dok. 88.

16 Christoph van der Klaauw.

17 Long-Term Defence Programme.
Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vgl. Dok. 31, Anm. 3.

18 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 377.

chen und mit Ratifikation enden. Bei Einhaltung dieses Terminplans sei denkbar, SALT-III-Verhandlungen bereits im März 1980 zu beginnen.

[gez.] Blech

VS-Bd. 10517 (201)

379

Ministerialdirektor Blech, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-4327/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1381
Citissime

Aufgabe: 13. Dezember 1979, 22.35 Uhr[1]
Ankunft: 14. Dezember 1979, 00.33 Uhr

Betr.: Traditionelles Vierertreffen der Außenminister[2] am 12. Dezember 1979 am Vorabend des NATO-Ministertreffens in Brüssel[3]

1) Gastgeber des traditionellen Vierertreffens über Deutschland- und Berlinfragen am Vorabend der NATO-Ministerkonferenz war der britische Außenminister. Angesichts der alles dominierenden Allianzentscheidung über LRTNF[4] wurden die Berlin- und Deutschlandfragen relativ kurz behandelt.

Das Ministertreffen wurde wie üblich von den Politischen Direktoren (Blech/D, Vest/USA, Bullard/GB, Dufourcq/F, Directeur d'Europe) vorbereitet.

Im Vordergrund standen die Lagebeurteilung Berlins, die Beziehungen zur DDR und das Thema EG–Berlin. Es bestand Einigkeit über die Bewertung der Lage in und um Berlin als insgesamt positiv, wobei die sowjetische Unterstützung finanzieller Forderungen der DDR bei gewissen Aspekten des alliierten Zugangs (Militärpersonenzüge[5], Fernkabel[6]) unter dem Gesichtspunkt der Sicherung

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen am 14. Dezember 1979 vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „Umlauf 210."
Hat Legationsrat I. Klasse Jansen am 18. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Spohn, Legationsrat Wegener und Legationssekretär von Morr vorgelegen.

2 Peter Carrington (Großbritannien), Jean François-Poncet (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Cyrus R. Vance (USA).

3 Zur NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378.

4 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

5 Zur Bezahlung der von der DDR erbrachten Leistungen bei der Beförderung alliierter Militärpersonenzüge von und nach Berlin (West) vgl. Dok. 154, besonders Anm. 14.
Referat 210 führte dazu in einer Sachstandsaufzeichnung für die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel aus, daß die sowjetische Seite weiterhin den Vorschlag eines Briefwechsels, mit dem die „grundsätzliche und übergeordnete Zuständigkeit der Vier Mächte in dieser Angelegenheit gewahrt" bleiben solle, ablehne und statt dessen Verhandlungen zwischen der Deutschen Bundesbahn und der Reichsbahn der DDR angeregt habe. Deren Ergebnis könne durch ein Protokoll auf der Ebene der Politischen Berater „indossiert" und damit „offiziell gemacht" werden. Für die undatierte Aufzeichnung vgl. VS-Bd. 13125 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

6 Am 26. Juli 1979 vermerkte Vortragender Legationsrat Derix, in der Sitzung der Bonner Vierergruppe am Vortag sei von amerikanischer Seite mitgeteilt worden, daß „das von den Alliierten seit

der originären Zugangsrechte künftig besondere Aufmerksamkeit verlangt. Es wurde festgestellt, daß keine Anzeichen dafür vorliegen, daß Berlin oder die innerdeutschen Beziehungen im Zentrum möglicher Turbulenzen nach einer Allianzentscheidung über LRTNF stehen werden.

Vierergruppe erhielt Instruktionen zur Weiterbehandlung der Studie EG–Berlin (im einzelnen siehe 2.4).

2) Das Direktorentreffen im einzelnen:

2.1) Deutschland- und Berlinpassus des NATO-Kommuniqués[7] wurde den Ministern zur Annahme empfohlen.

2.2) Lagebeurteilung der Vierergruppe zu Berlin[8] wurde von den Direktoren mit einer von uns vorgeschlagenen Änderung zur Unterstreichung des Eintretens aller drei alliierten Staatsoberhäupter[9] für Berlin akzeptiert.

2.3) Berlin im Rahmen der Ost-West-Beziehungen:

Direktoren stimmten der Beurteilung der Vierergruppe zu, daß es keine konkreten Anzeichen für direkt gegen Berlin gerichtete Maßnahmen im Zusammenhang mit der TNF-Entscheidung der Allianz gebe. Bullard führte sowjetische

Fortsetzung Fußnote von Seite 1913

Kriegsende benutzte Fernkabel FK 41 (Berlin–Frankfurt a. M.) seit dem 19. Juli 1979 unterbrochen und die Verbindung bisher nicht wiederhergestellt ist. Das Fernkabel FK 12 (Berlin–Hannover) war ebenfalls seit dem 23.7. zeitweilig unterbrochen, arbeitet aber den Materialumständen entsprechend wieder normal. Der Störung vorausgegangen war am 20. Juli ein Gespräch eines US-Botschaftsangehörigen in Ost-Berlin mit einem Angehörigen des DDR-Außenministeriums, in dem dieser der US-Seite für die Benutzung des Kabels FK 41 für die Zeit von 1945 bis zum 31.12.1978 eine Rechnung über 435 563 600 Goldfranken zu präsentieren versuchte und erklärte, die DDR werde künftig für die Benutzung dieses Kabels eine Jahresmiete in Höhe von 1 195 200 Goldfranken verlangen." Diese Forderung sei mit der Begründung zurückgewiesen worden, „daß die Benutzung der beiden Kabel Teil der Zugangsrechte nach Berlin" sei. Derix führte weiter aus, die Fernmeldekabel zeigten „erhebliche Verschleißerscheinungen, so daß die Verbindungen häufig gestört bzw. unterbrochen" seien. Eine technische Störung sei daher nicht ganz auszuschließen: „Der Umstand, daß die Unterbrechung des FK 41 nach den Forderungsanmeldungen durch die DDR eingetreten ist, läßt allerdings auf einen inneren Zusammenhang schließen. Nachdem die DDR-Seite in der Frage des finanziellen Entgelts für die Beförderung der alliierten Militärzüge nach Berlin bei den Drei Mächten eine Konzession durchgesetzt hat, scheint es naheliegend, daß sie mit Billigung der Sowjetunion nunmehr versucht, bei einem weiteren Aspekt des Zugangs eine Konzession zu erzielen." Vgl. Referat 210, Bd. 116510.

Legationssekretär von Morr notierte am 6. Dezember 1979, daß an den beiden Fernmeldekabeln, die im Zeitraum zwischen August und November 1979 funktioniert hätten, erneut „erhebliche Störungen" aufgetreten seien. Vgl. Referat 210, Bd. 116510.

7 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 124–129. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1411–1414.

8 Für den Entwurf der Aufzeichnung „Berlin Assessment" vom 30. November 1979 vgl. VS-Bd. 13125 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

Referat 210 beurteilte die Aufzeichnung der Bonner Vierergruppe zur „Lage Berlins" als „zutreffende Darstellung der Entwicklung in der Berlinfrage seit dem letzten Vierertreffen im Haag". Vier Aspekte würden darin besonders hervorgehoben: „a) die Kontinuität der insgesamt ruhigen Lage in und um Berlin, b) die fortbestehenden Meinungsunterschiede mit der Sowjetunion hinsichtlich des Umfangs der Bindungen Berlins an den Bund und bezüglich der Außenvertretung [...], c) das Fehlen konkreter Anzeichen für direkte östliche Maßnahmen gegen Berlin für den Fall der NATO-Entscheidung über TNF und das sowjetische Bestreben, die Berlinfrage nicht mit Problemfällen aus dem Ost-West-Verhältnis zu verbinden, d) die seit einiger Zeit sich abzeichnende sowjetische Tendenz, der DDR in Berlin einen größeren Handlungsspielraum zuzubilligen". Vgl. VS-Bd. 13125 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

9 James E. Carter (USA), Elisabeth II. (Großbritannien), Valéry Giscard d'Estaing (Frankreich).

Zurückhaltung in bezug auf Berlin auf Fortgeltung sowjetischer Motive für ihre Entspannungspolitik zurück: sowjetisches Interesse an westlichem Technologietransfer, am Zugang zu amerikanischem Weizen und an Ratifizierung von SALT II[10]. Seine Frage nach eventuellem sowjetischen Interesse am Fortbestand der derzeitigen Führung in Bonn wurde damit abgewehrt, daß die Sowjets sich in dieser Frage von pragmatischen Erwägungen leiten ließen und einerseits wüßten, daß die gegenwärtige Regierung in den Grundpositionen nicht nachgiebiger sei als jede andere Regierung, andererseits aber in Rechnung stellten, daß ihre Politik in allen Aspekten kalkulierbar und damit für sie ein verläßlicher Faktor als solcher sei.

2.4) Studie EG–Berlin[11]:

Es fand ein ausführlicher Meinungsaustausch über die Weiterbehandlung der Studie aufgrund des Interimsreports der Vierergruppe[12] statt, in dem erneut die unterschiedlichen Grundpositionen zum Ausdruck kamen.[13] D 2 erklärte, daß britisch-französische Vorschläge über den bei vorherigen Vierertreffen[14] erzielten Konsens hinausgingen, sich nämlich auf praktische Verbesserungen (Frühwarnsystem) zu konzentrieren. Er appellierte nochmals an die Alliierten, sich auf die praktischen Aspekte bei der Lösung der offenen Fragen zu beschränken. Demgemäß sprach er sich für eine Beschreibung der gegenwärtigen

10 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 359, Anm. 9.

11 Zum Auftrag an die Bonner Vierergruppe, eine Studie über die Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Berlin (West) zu erstellen, vgl. Dok. 154, Anm. 6.

12 Für den Entwurf der Aufzeichnung „Berlin and the European Communities" vom 28. November 1979 vgl. VS-Bd. 13125 (210).

13 Zur Vorbereitung der NATO-Ministerratstagung vom 13./14. Dezember 1979 in Brüssel erläuterte Referat 210, daß die Bonner Vierergruppe den Auftrag des Vierertreffens der Außenminister am 29. Mai 1979 in Den Haag, den dort vorgelegten Entwurf zur Studie EG–Berlin fertigzustellen, nicht erfüllen konnte, da die britische Seite am 20. November und die französische Seite am 26. November 1979 jeweils neu überarbeitete Entwürfe vorgelegt hätten: „Die britischen und französischen Änderungen zu dem in Den Haag vorgelegten Vierergruppenentwurf gehen zum Teil erheblich über das Mandat in Den Haag hinaus, worauf der deutsche Sprecher in einer Sondersitzung der Vierergruppe am 28.11. hinwies." Kontrovers seien vor allem drei Komplexe. Hinsichtlich des Europäischen Gerichtshofs versuche Großbritannien, „Entscheidungen des EuGH in bezug auf Berlin in Frage zu stellen und den Rechtsetzungsakten der Gemeinschaft gleichzustellen". Dies könne die Bundesregierung nicht hinnehmen: „Es besteht kein Anlaß, die Frage von Entscheidungen des EuGH in Fällen, die Berlin betreffen, zu dramatisieren. [...] Eine Annahme des britischen Vorschlags könnte den EuGH dagegen in die Nähe des ganz anders gearteten Bundesverfassungsgerichts rücken". Weiterhin werde von britischer Seite angestrebt, „nachträglich noch die Tendenz des Papiers in Richtung auf die Schaffung von besonderen Verfahren zur Umsetzung von Verträgen der EG einseitig zu ändern. Es wird versucht, den Vorstellungen der britischen und französischen Seite, wonach Rechtsetzung und Akte der Gemeinschaft in Berlin nicht unmittelbar gelten, sondern ihre Geltung nur durch einen ausdrücklichen oder stillschweigenden Berliner Akt erhalten, in das Papier Eingang zu verschaffen [...]. Die Zustimmung der Drei Mächte zur Erstreckung der Gründungsverträge auf Berlin bedeutet jedoch auch ihre Zustimmung zu Artikel 189 EWG-Vertrag, wonach Verordnungen und Entscheidungen der Gemeinschaft allgemeine Wirkung und unmittelbare Geltung haben. Für Berlin kann insofern kein Sonder-EG-Recht gelten." Schließlich seien die britischen und französischen Vorstellungen zurückzuweisen, wonach „das Verfahren für Einladungen zu EG-Veranstaltungen in Berlin in jedem Einzelfall Gegenstand von Konsultationen in der Bonner Vierergruppe" sein solle. Bei der Vielzahl der Veranstaltungen sei dies nicht durchführbar. Vgl. die undatierte Aufzeichnung; VS-Bd. 13125 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

14 Zum Treffen der vier Außenminister und der Politischen Direktoren am 29. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 154.

Praxis bei den Einladungsmodalitäten für EG-Veranstaltungen in Berlin aus, wobei sensible Problemfälle konsultiert werden könnten. Hinsichtlich der Geltung der Verträge der EG für Berlin (West) wandte er sich erneut mit Nachdruck gegen die Einführung neuer Verfahren. Es sollte hier dabei bleiben, ein Frühwarnsystem einzuführen.

Bezüglich des Europäischen Gerichtshofs verwies er darauf, daß es in den vergangenen mehr als zwanzig Jahren keine Gerichtsentscheidung gegeben habe, die die Rechte und Verantwortlichkeiten der Drei Mächte in bezug auf Berlin berührt habe.

Dufourcq erklärte, er teile die britischen Bedenken in bezug auf EuGH. In den multilateralen Vertragsbeziehungen der EG müsse deren Geltung für Berlin entweder durch eine Geltungsbereichsklausel nach dem Muster von Lomé II[15] oder durch Abgabe einer der Berlin-Erklärung der Bundesrepublik entsprechenden Geltungsbereichserklärung festgelegt werden. In allen relevanten Bereichen trat er für eine förmliche Verpflichtung der Bundesrepublik zur Durchführung des Frühwarnsystems ein.

Bullard erklärte, daß kein Problembereich aus der Studie ausgeklammert werden dürfe. Falls keine Einigung über die Behandlung eines Problemes zu erreichen sei, müsse zumindest weitere Prüfung offengehalten werden. Er schlug in diesem Zusammenhang als Möglichkeit den Austausch vertraulicher Interpretationsbriefe vor.

D2 antwortete hierauf, Studie dürfe nicht den Charakter einer Kodifikation bekommen, sondern müsse ein entwicklungsfähiges Papier bleiben. Er erklärte einen ausdrücklichen Vorbehalt zum britischen Vorschlag vertraulicher Interpretationsbriefe. Er wandte sich gegen eine Verpflichtung der deutschen Seite zur Information über alle Absichten im Apparat der EG; sie könne angesichts der nicht vollständigen Transparenz dieses Apparats möglicherweise nicht honoriert werden. Wenn sich die deutsche Seite zum Bemühen um solche Information verpflichte, müsse dies von den Partnern bona fide hingenommen werden, wie auch wir dieser Verpflichtung bona fide nachkommen würden. Er machte ferner geltend, daß zwischen Verabschiedung der Studie und ihrer tatsächlichen Implementierung ausreichend Zeit zur Schaffung der personellen und organisatorischen Voraussetzungen auf deutscher Seite erforderlich sei.

Vest äußerte sich nicht.

Die Direktoren einigten sich schließlich darauf, die Studie wie folgt weiterzubehandeln:

a) Das Papier soll spätestens bis zur nächsten Vierersitzung[16] abgeschlossen werden.

b) Wo potentielle Probleme bestehen, soll dies festgestellt werden können.

15 In Artikel 2 des Gesetzes vom 22. August 1980 zu dem zweiten AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 31. Oktober 1979 sowie zu den mit diesem Abkommen in Zusammenhang stehenden Abkommen wurde festgestellt: „Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 965.

16 Zum Treffen der vier Politischen Direktoren am 24./25. Januar 1980 in London vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vom 28. Januar 1980; AAPD 1980.

c) Wo Konsensus nicht zu erzielen ist, soll geprüft werden, in welcher Form Notwendigkeit für weitere Behandlung festgehalten werden kann, wobei vertrauliche Interpretationsbriefe, die die Auffassung der einen oder anderen Seite zu gewissen Punkten festhalten, von den Überlegungen der Bonner Vierergruppe nicht ausgeschlossen sein sollen.

d) In der Zwischenzeit sollen die engen und vertrauensvollen Konsultationen in diesem Bereich fortgesetzt werden.

2.5) Beziehungen mit der DDR:

a) D 2 verwies auf laufende Unterrichtung der Botschaften über Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen und erbat Fragen hierzu. Vest erkundigte sich nach Aussichten des vorgesehenen Treffens des Bundeskanzlers mit Honekker[17]. Bullard fragte, ob zwischen SU und DDR Einigkeit über Weiterentwicklung innerdeutscher Beziehungen bestehe und welche Prioritäten in den laufenden Verhandlungen bestünden. D 2 erwiderte, daß Ort, Zeit und Themen des Treffens des Bundeskanzlers mit Honecker noch nicht festgelegt seien. Das Treffen werde mit höchster Wahrscheinlichkeit nicht in Berlin (Ost) stattfinden und nicht den Zuschnitt von Erfurt und Kassel[18] haben. Die Gespräche würden sich wohl vorwiegend mit innerdeutschen und darüber hinaus auch mit internationalen Themen befassen. Zur Weiterentwicklung der innerdeutschen Beziehungen habe Gromyko sich in Bonn[19] positiv geäußert, aber Vorbehalt strikter Beachtung der Souveränität der DDR gemacht. Bei laufenden Verkehrsverhandlungen[20] gebe DDR Verbesserung der Binnenwasserstraßen, Bundesregierung dagegen Verbesserungen im Eisenbahnverkehr Priorität.

b) Vest berichtete über Entwicklung der Beziehungen USA–DDR. Seit Unterzeichnung des Konsularabkommens Anfang September 1979[21] zeige DDR sich

17 Vgl. dazu das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 28. November 1979; BONN UND OST-BERLIN, S. 469–481.
Referat 210 erläuterte am 4. Dezember 1979: „Beide Seiten sind schon seit längerer Zeit im Prinzip zu einem solchen Treffen bereit. Aus der Sicht beider Seiten müssen die Gesamtumstände für ein Treffen geeignet sein. Vorbedingungen dürfen von keiner Seite gestellt werden. Aus unserer Sicht muß aber eine solche Begegnung positive Impulse für die innerdeutschen Beziehungen mit sich bringen. Am 4. Dezember [1979] hat Bundeskanzler Schmidt auf dem SPD-Parteitag erstmals erklärt, er werde nicht nur Generalsekretär Breschnew, sondern auch Generalsekretär Honecker in den ersten Monaten des nächsten Jahres besuchen. Die Vereinbarung eines solchen Treffens soll außenpolitisch die Kontinuität auch nach den TNF-Beschlüssen unterstreichen. [...] Es wird sich um einen Arbeitsbesuch handeln." Vgl. VS-Bd. 13125 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

18 Bundeskanzler Brandt traf am 19. März 1970 in Erfurt und am 21. Mai 1970 in Kassel mit dem Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, Stoph, zusammen. Vgl. dazu AAPD 1970, I, Dok. 124, bzw. AAPD 1970, II, Dok. 226. Vgl. dazu auch DzD VI/1, S. 398–442 und S. 529–601.

19 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 341–344.

20 Zu den Verkehrsverhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. Dok. 291.

21 Für den Wortlaut des Konsularvertrags vom 4. September 1979 zwischen der DDR und den USA vgl. GESETZBLATT DER DDR, 1981, Teil II, S. 1–10.
Am 6. Dezember 1979 führte Referat 210 aus, die Unterzeichnung des Abkommens sei möglich geworden, „weil die DDR ihre seit Beginn der Verhandlungen erhobene Forderung fallenließ, eine Staatsangehörigkeitsdefinition in den Vertrag aufzunehmen. Statt dessen gehört zu dem Vertrag ein akzessorischer Notenwechsel über die Umschreibung des Personenkreises, auf den sich das konsularische Zugangsrecht bezieht." Die dort gewählte Formulierung sei „so gefaßt, daß sie nicht auf die staatsangehörigkeitsrechtliche Stellung der DDR-Bürger insgesamt bezogen werden kann, den Fortbestand der deutschen Staatsangehörigkeit für Deutsche in der DDR also nicht in Frage

bemüht, in offenen humanitären Fällen entgegenzukommen (von 38 offenen Fällen seien inzwischen 23 befriedigend gelöst). Motive dafür seien Imagepflege vor Madrid[22] und Wunsch nach Erhalt der Meistbegünstigung. Zur Meistbegünstigung sei für DDR der Weg aber noch lang. USA seien bereit, DDR für Flexibilität im humanitären Bereich mit begrenzten Zugeständnissen im kulturellen und technologischen Austausch entgegenzukommen, wollten sich aber auch hier nur langsam bewegen. Besuche in Ost-Berlin oberhalb der Ebene Goodby (Deputy Assistant Secretary) seien nicht vorgesehen.[23] Vest sagte Unterrichtung über bisherige Erfahrungen im Stipendiatenaustausch[24] mit der DDR zu.

Fortsetzung folgt mit Drahtbericht Nr. 1382.[25]

[gez.] Blech

VS-Bd. 13125 (210)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1917

stellt. Diese Lösung ist aus deutschlandpolitischer Sicht zufriedenstellend, da erstmals die DDR sich auf einen Konsularvertrag ohne Staatsangehörigkeitsdefinition eingelassen hat, die USA ferner klargestellt haben, daß sie an ihrer Haltung zur deutschen Staatsangehörigkeit festhalten, und schließlich sichergestellt ist, daß wir die Deutschen aus der DDR, die dies wünschen, in den USA wie bisher konsularisch betreuen können." Vgl. VS-Bd. 13125 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

22 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

23 Am 18. September 1979 notierte Legationssekretär von Morr, der Botschafter der DDR in Washington, Grunert, habe „Deputy Assistant Secretary Goodby [...] ein Treffen zwischen den Außenministern Vance und Fischer in Washington" vorgeschlagen: „Fischer könne anläßlich seines Besuches der VN-Generalversammlung im Herbst 1980 nach Washington kommen. Goodby habe erklärt, daß man [...] der DDR mitteilen werde, wann bilaterale Gespräche aufgenommen werden könnten. Er habe erklärt, daß er versuchen wolle, im Mai 1980 zu Konsultationen nach Ost-Berlin (auch von KSZE-Angelegenheiten) zu kommen. Hinsichtlich des Ministertreffens habe Goodby ohne besonderen Enthusiasmus erklärt, daß er die Idee mit dem Büro von Minister Vance aufnehmen wolle." Vgl. Referat 210, Bd. 116498.

24 Referat 210 erläuterte dazu am 6. Dezember 1979: „Eine geringe Zahl von Stipendien für Aufenthalte in den USA bzw. in der DDR zu Studienzwecken wird jährlich zwischen dem Kultusministerium der DDR und der amerikanischen, staatlich geförderten I[nternational] R[esearch and] EX[changes Board]-Organisation vereinbart." Vgl. VS-Bd. 13125 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

25 Vgl. Dok. 380.

380

Ministerialdirektor Blech, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-4328/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1382
Citissime

Aufgabe: 13. Dezember 1979, 22.35 Uhr[1]
Ankunft: 14. Dezember 1979, 00.53 Uhr

Betr.: Traditionelles Vierertreffen der Außenminister am 12. Dezember 1979 am Vorabend des NATO-Ministertreffens in Brüssel

Fortsetzung zu Drahtbericht Nr. 1381[2]

c) Dufourcq berichtete über den Besuch des französischen Außenministers im Juli 1979 in Ost-Berlin[3] und über Besuche von Frau Honecker (November 1979)[4] sowie von Mittag und StS Beil (September 1979)[5] in Paris. Es sei vorgesehen, zehnjähriges Kooperationsabkommen von 1973[6] schon im kommenden Jahr zu erneuern und 1980 ein weiteres Abkommen über ein Fünfjahresprogramm zur wirtschaftlichen Kooperation abzuschließen[7]. Kulturabkommen sei am 29. November in Ost-Berlin paraphiert worden.[8] Darin sei Einvernehmen über Errichtung von Kulturinstituten in Berlin (Ost) und Paris erzielt worden. Modalitäten der Errichtung, mit der frühestens in zwei Jahren zu rechnen sei, sollen vor der Unterzeichnung ausgehandelt werden.[9] Abkommen enthalte

1 Hat Vortragendem Legationsrat Derix am 14. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat Legationsrat Wegener am 18. Dezember 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Umlauf 210."

2 Vgl. Dok. 379.

3 Zum Besuch des französischen Außenministers François-Poncet am 23./24. Juli 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 232, Anm. 16.

4 Die Ministerin für Volksbildung der DDR, Honecker, hielt sich am 3./4. Dezember 1979 in Frankreich auf. Vgl. dazu AUSSENPOLITIK DER DDR XXVII/2, S. 808.

5 Am 14. September 1979 teilte Gesandter Lahusen, Paris, mit, daß „der für wirtschaftliche Fragen zuständige ZK-Sekretär Günther Mittag [...] heute seinen Besuch in Paris abgeschlossen" habe. Zu seiner Delegation habe auch der stellvertretende Außenhandelsminister der DDR, Beil, gehört. Während des Aufenthaltes vom 12. bis 14. September sei ein Finanzprotokoll unterzeichnet worden: „Es sichert für die Zeit von fünf Jahren Kreditbürgschaften über 10 Mrd. F[rancs] zu, d. h., es geht von einem Kreditumfang von insgesamt 12 Mrd. F aus." Weiterhin sei in Aussicht genommen worden, „das am 19.7.1973 abgeschlossene Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit, das eine Laufzeit von zehn Jahren hatte, bereits im kommenden Jahr zu erneuern. Außerdem soll 1980 ein zweites Abkommen über ein Fünf-Jahres-Programm über wirtschaftliche Zusammenarbeit abgeschlossen werden (das erste trägt das Datum des 11.7.1975)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2854; Referat 210, Bd. 116494.

6 Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Juli 1973 zwischen der DDR und Frankreich über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR XXI/2, S. 826–828.

7 Für den Wortlaut des Abkommens vom 24. April 1980 zwischen der DDR und Frankreich über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR XXVIII/2, S. 936–939.

8 Für den Wortlaut des Abkommens vom 16. Juni 1980 zwischen der DDR und Frankreich über kulturelle Zusammenarbeit vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR XXVIII/2, S. 961–966.

9 Am 16. Juni 1980 schlossen die DDR und Frankreich ein Abkommen „über Statut und Modalitäten der Arbeitsweise der Kulturzentren, deren Eröffnung in dem von beiden Seiten abgeschlossenen Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit vereinbart wurde". Für den Wortlaut vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR XXVIII/2, S. 966–970.

auch Bestimmungen über freien Verkauf von Büchern und anderen Publikationen und über Jugendaustausch. Konsularverhandlungen, über die AM Genscher unterrichtet sei, würden im Januar auf der Linie des amerikanischen Modells fortgesetzt.[10] Vermögensverhandlungen verliefen sehr schleppend. Fortschritte habe es dagegen im Bereich der humanitären Fälle gegeben, wo DDR von 42 bereits 16 befriedigend geregelt habe.

d) Bullard charakterisierte die Beziehungen GB–DDR als „correct but not existing". Besuche auf höherer Ebene seien nicht in Vorbereitung. Folgende Abkommen würden derzeit mit der DDR diskutiert: Rechtshilfe, Visa (DDR-Vorschlag), Wissenschaft/Technik und Vermögensfragen.[11]

e) D 2[12] erklärte, daß die Bemühungen der DDR um Entgegenkommen im humanitären und kulturellen Bereich im Hinblick auf Madrid[13] interessant seien. Er dankte Dufourcq für die enge Abstimmung bei den Konsularverhandlungen im Hinblick auf deutsche Staatsangehörigkeit und konsularische Betreuung für alle Deutschen, die dies wünschen. Die Drei Mächte setzten hier Präzedenzfälle und Standards für andere Staaten.

2.6) ENMOD[14]:

D 2 begrüßte die von französischer Seite bewiesene Flexibilität und sprach die Erwartung aus, daß diese Frage in der Vierergruppe bald abgeschlossen wird.

[10] Zur Regelung der Staatsangehörigkeitsfrage im Konsularvertrag vom 4. September 1979 zwischen der DDR und den USA vgl. Dok. 379, Anm. 21.
Am 4. Dezember 1979 präzisierte Referat 502, daß die DDR in der letzten der insgesamt sechs Verhandlungsrunden, die sie zwischen Juni 1975 und November 1979 mit Frankreich über einen Konsularvertrag geführt habe, „eine Abweichung vom amerikanischen Modell" vorgeschlagen habe: „Insbesondere sollte die Staatsangehörigkeitsklausel in den Text eingearbeitet werden. Die DDR wollte den britischen Text zur Gesprächsgrundlage machen. Die Franzosen haben sich darauf nicht eingelassen. Sie übergaben stattdessen ihren Entwurf eines Notenwechsels mit der DDR, der an die Stelle der Staatsangehörigkeitsdefinition treten soll. Außerdem teilten sie der DDR die beabsichtigte mündliche Klarstellung mit. Wir hatten die Franzosen inzwischen um Erläuterung des Grundes und der Bedeutung der Abweichungen in ihren Texten gegenüber dem amerikanischen Modell gebeten. Die gegebenen Antworten waren für uns zum größten Teil ohne weiteres zufriedenstellend. [...] Die nächste Verhandlungsrunde Frankreich/DDR soll in Paris im Januar 1980 stattfinden." Vgl. VS-Bd. 13125 (210); B 150, Aktenkopien 1979.
Für den Wortlaut des Konsularvertrags vom 16. Juni 1980 zwischen der DDR und Frankreich vgl. AUSSENPOLITIK DER DDR XXVIII/2, S. 942–960.

[11] Referat 210 führte dazu am 6. Dezember 1979 aus: „Die Beziehungen Großbritanniens zur DDR befinden sich auf einem relativ niedrigen Niveau am Ende der Skala britischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten." Vgl. VS-Bd. 13125 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

[12] Klaus Blech.

[13] Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

[14] Zur Erstreckung des Übereinkommens über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen Nutzung umweltverändernder Techniken (ENMOD-Abkommen) auf Berlin (West) vgl. Dok. 326, Anm. 5. Als Ergebnis von Konsultationen mit den Drei Mächten hielt Referat 210 fest, daß diese nicht bereit seien, „das B-W[affen]-Ü[bereinkommen] nach Berlin zu erstrecken, da sein Inhalt nach ihrer Auffassung den Bereich der alliierten Vorbehaltsrechte berührt. [...] Das BWÜ ist aus dem Rüstungskontrollbereich der erste Fall, in dem ein Abkommen nicht nach Berlin erstreckt wird. Um den daraus enstehenden Schwierigkeiten im Parlament zu begegnen, hat sich die Bundesregierung entschlossen, hinsichtlich der Ratifizierung BWÜ und ENMOD im Zusammenhang zu behandeln, um dartun zu können, daß sich die Haltung der Drei Mächte zur Erstreckbarkeit von Rüstungskontrollabkommen nach Berlin seit der Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens vom 3. Sep-

2.7) Luftverkehr Schönefeld:

Bullard erklärte, er sei noch nicht in der Lage, substantielle Kommentare zum Entwurf der Luftverkehrsstudie Schönefeld[15] abzugeben, und stellte baldige Ergänzungsvorschläge in Aussicht, die auf der Linie der bisherigen Ergebnisse lägen. Vest betonte die Bedeutung dieser Studie, die von allen geteilt wurde.

2.8) Alliierte Militärpersonenzüge:[16]

Amerikaner wiesen auf ein neues Positionspapier hin, das die alliierten Missionen in Berlin vorbereitet haben, welches in der Bonner Vierergruppe weiterbehandelt werden soll. Dieses Papier enthält mehrere Optionen für einen Vier-Mächte-Rahmen als Voraussetzung für Zahlungen an die Deutsche Reichsbahn durch die Deutsche Bundesbahn für die Beförderung alliierter Militärpersonenzüge durch die DDR. Es bestand Einvernehmen, daß Verhandlungen zwischen der Bundesbahn und der Reichsbahn erst nach Gewißheit über die Gestalt des Vier-Mächte-Arrangements aufgenommen werden dürfen.

2.9) Fernkabel 12 und Fernkabel 41[17]:

Vest berichtete, daß das FK41 seit Mitte November unterbrochen sei und sah darin unmittelbare Druckausübung durch DDR auf Alliierte zur Durchsetzung finanzieller Forderungen. FK41 sei für US von beträchtlicher Bedeutung, zumindest bis alternative Kommunikationsmöglichkeit zu Bundesgebiet hergestellt sei.

DDR-Vorgehen habe darüber hinaus grundlegende Bedeutung als Versuch, den freien und ungehinderten Zugang von und nach Berlin zu erodieren. Bullard und Dufourcq sagten gründliche Prüfung zu und sprachen sich dagegen aus, der DDR jetzt irgendwelche Kompromißmöglichkeiten anzubieten. D2 erklärte, daß wir die Bewertung des grundsätzlichen Zugangsaspekts voll teilten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1920

tember 1971 nicht grundsätzlich geändert hat." Vgl. die undatierte Aufzeichnung; VS-Bd. 13125 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

15 Zur Vorbereitung der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel resümierte Referat 210: „Auf dem letzten Vierertreffen der Außenminister und Politischen Direktoren zu Deutschland- und Berlinfragen am 29.5.79 in Den Haag war der von den Amerikanern erarbeitete Entwurf einer Studie zum Thema alliierte Charterflüge nach Berlin-Schönefeld erörtert und in seinen Grundzügen gutgeheißen worden. Der Kernsatz der Studie lautet: grundsätzliche Sperre für den Anflug von Schönefeld mit der Ausnahme von drei Gruppen: 1) VIP-Flüge (Staatsbesuche, Regierungsvertreter und andere Reisende in offizieller Funktion, wichtige Geschäftsleute – ‚wirtschaftlicher VIP'), 2) Flüge zu kulturellen Anlässen (z. B. Transport von Ausstellungsexponaten), 3) Rettungsflüge." Neben der von der Bundesregierung aufgeworfenen Frage, „wer ein ‚wirtschaftlicher VIP' sei und wer diesen Status bestimmen solle", habe die britische Seite „seit einiger Zeit erkennen lassen, daß sie grundsätzliche Schwierigkeiten mit der Annahme der Studie habe, die ihre Ursache offenkundig in Bedenken des britischen Handelsministeriums haben. Der britische Sprecher hat angekündigt, daß mit einer Stellungnahme seiner Regierung zur Studie nicht mehr rechtzeitig vor dem Vierertreffen am 12.12.79 in Brüssel gerechnet werden kann." Vgl. die undatierte Aufzeichnung; VS-Bd. 13125 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

16 Zur Bezahlung der von der DDR erbrachten Leistungen bei der Beförderung alliierter Militärpersonenzüge von und nach Berlin (West) vgl. Dok. 379, Anm. 5.

17 Zur Störung der Fernkabel zwischen Berlin (West) und Frankfurt am Main bzw. Hannover vgl. Dok. 379, Anm. 6.

3) Das Ministertreffen

3.1) Die Minister billigten den Deutschland- und Berlinpassus des NATO-Kommuniqués (siehe Anlage)[18] und die Lagebeurteilung zu Berlin[19].

3.2) Die vom letzten Vierertreffen[20] noch unerledigten Fragen wurden der Vierergruppe zur weiteren Behandlung überwiesen.

3.3) Im Mittelpunkt der Aussprache standen Fragen der innerdeutschen Beziehungen einschließlich der sowjetischen Haltung dazu. Auf die Frage von US-Außenminister Vance nach den Motiven für die Wiederbelebung des innerdeutschen Verhältnisses führte Bundesminister aus, die wirtschaftliche Lage in der DDR habe sich wenig günstig entwickelt.[21] Deshalb sei die DDR an einer Belebung der deutsch-deutschen Beziehungen interessiert. Die Bundesregierung wolle diese Möglichkeiten wahrnehmen. Unter diesem Aspekt sei auch das bevorstehende Treffen des Bundeskanzlers mit Honecker[22] zu sehen. Dieses Treffen werde außerhalb Berlins als Arbeitsbegegnung stattfinden. Bedeutsam sei im übrigen, daß Signale aus Ost-Berlin zugunsten einer Wiederbelebung der innerdeutschen Beziehungen zu einem Zeitpunkt zu registrieren gewesen seien, als es auch für die DDR klar gewesen sein müsse, daß die Allianz in der LRTNF-Frage eine positive Entscheidung[23] treffen werde.

AM Vance erkundigte sich sodann, wie die Sowjetunion zum weiteren Ausbau der innerdeutschen Beziehungen stehe. Bundesminister wies darauf hin, daß der sowjetische Außenminister Gromyko bei seinem jüngsten Besuch in Bonn in seinen Gesprächen mit dem Bundeskanzler und dem Bundesaußenminister[24] erklärt habe, daß die SU für eine Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen eintrete. Auch Honecker habe in einem Telefongespräch mit dem Bundeskanzler Wert auf die Feststellung gelegt, daß die SU und die anderen Verbündeten der DDR die Verbesserungen der innerdeutschen Beziehungen voll unterstützen.[25] Alle diese Erklärungen seien bereits im Licht der bevorstehenden LRTNF-Entscheidung der Allianz abgegeben worden. In diesem Zusammenhang wolle er (BM) erwähnen, daß der polnische Außenminister in der nächsten Woche[26] und der ungarische Außenminister im Februar 1980 nach Bonn kommen werden[27], er selbst werde im Februar nach Prag reisen[28], und

18 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 13125 (210); B 150, Aktenkopien 1979.
Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 124–129. Für den deutschen Wortlaut vgl. BULLETIN 1979, S. 1411–1414.

19 Zur Aufzeichnung der Bonner Vierergruppe zur Lage Berlins vgl. Dok. 379, Anm. 8.

20 Zum Treffen der vier Außenminister und der Politischen Direktoren am 29. Mai 1979 in Den Haag vgl. Dok. 154.

21 Zur wirtschaftlichen Entwicklung der DDR vgl. Dok. 231, Anm. 4.

22 Zu dem geplanten Treffen des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. Dok. 379, Anm. 17.

23 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

24 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 341–344.

25 Vgl. dazu das Telefongespräch vom 28. November 1979; BONN UND OST-BERLIN, S. 469–481.

26 Der polnische Außenminister Wojtaszek hielt sich vom 19. bis 21. Dezember 1979 in der Bundesrepublik auf. Für sein Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 19. Dezember 1979 vgl. Dok. 386.

27 Der für den 7./8. Februar 1980 vorgesehene Besuch des ungarischen Außenministers Puja in der Bundesrepublik wurde Anfang 1980 verschoben.

28 Der für den 25./26. Februar 1980 geplante Besuch des Bundesministers Genscher in der ČSSR

daß Gromyko den Bundeskanzler und den Bundesaußenminister zum Besuch in die Sowjetunion eingeladen habe[29].

Als Motive für die positive Einstellung der Sowjetunion zu den innerdeutschen Beziehungen erläuterte BM, einerseits wolle die Sowjetunion die Ausführung der TNF-Entscheidung der Allianz nach Möglichkeit verhindern. Darüber solle es aber nicht zu einem über diesen Bereich hinausgreifenden Konflikt kommen. Moskau sei sich bewußt, daß die Entwicklung weitergehe. Die Olympischen Spiele[30] könnten nicht in einer Atmosphäre des Kalten Krieges stattfinden. Auch gebieten die wirtschaftlichen Interessen der SU, an der Entspannungspolitik festzuhalten. Moskau müsse im Hinblick auf die eigene Öffentlichkeit zwar reagieren, wolle aber die weitergehende allgemeine Entwicklung im Ost-West-Verhältnis deshalb nicht blockieren. Bundesminister machte darauf aufmerksam, daß Sowjetunion TNF-Entscheidung der Allianz nunmehr dazu benutzen werde, ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber der eigenen Bevölkerung zu rechtfertigen. Um einer solchen Argumentation den Boden zu entziehen, habe er im Bundestag und im NATO-Rat darauf verwiesen, daß die BR Deutschland 4,5 Prozent ihres Volkseinkommens für Verteidigungszwecke aufwende, während dies im Falle der Sowjetunion 11,5 Prozent seien.[31] BM sprach sich dafür aus, den Rüstungsvergleich offensiv zu nutzen.

[gez.] Blech

VS-Bd. 13125 (210)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1922

wurde Anfang 1980 verschoben und fand vom 18. bis 20. Dezember 1980 statt. Vgl. dazu die Drahterlasse Nr. 6421 und Nr. 6422 des Ministerialdirektors Blech an die Botschaften in London, Paris und Washington vom 22. Dezember 1980; AAPD 1980.

29 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnungen; AAPD 1980.

30 Die XXII. Olympischen Sommerspiele fanden vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau statt.

31 Für die Ausführungen des Bundesministers Genscher am 11. Dezember 1979 vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15074.
Am 13. Dezember 1979 unterstrich Genscher auf der NATO-Ministerratstagung in Brüssel, daß die Bundesrepublik „im Jahre 1977 4,5 Prozent" des Bruttossozialprodukts „für Rüstung aufgewandt" habe, „die Staaten des Warschauer Pakts dagegen 11,7%". Vgl. die Aufzeichnung „Wesentliche Inhalte des Diskussionsbeitrags des Bundesministers des Auswärtigen am 13.12.1979 anläßlich der Ministerratstagung der NATO"; Referat 013, Bd. 179035.

381

Bundeskanzler Schmidt an Ministerpräsident Karamanlis

VS-vertraulich **14. Dezember 1979**[1]

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Freund,

auch ich habe mich über unsere Begegnung in Hamburg[2] sehr gefreut. Unser ausführlicher Gedankenaustausch war mir ebenfalls wichtig und überaus nützlich. Ihr Schreiben vom 2. November 1979[3] habe ich mit großem Interesse gelesen.

Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß die Entwicklung der weltwirtschaftlichen und politischen Lage die westlichen Demokratien auf eine harte Probe stellt und von ihnen wohlüberlegte Reaktionen erfordert.

Dabei erscheint es mir besonders wichtig, daß wir die Erkenntnis, die meisten wesentlichen Probleme heute nicht mehr mit nationalstaatlichen Methoden meistern zu können, in politisches Handeln umsetzen. Es ist daher um so dringlicher, die Möglichkeiten einer gemeinschaftlichen und abgestimmten Politik im Rahmen der EG und der EPZ voll zu nutzen und weiter zu entwickeln. Es hat sich gezeigt, daß die Gemeinschaft, so vor allem mit der Schaffung des Europäischen Rates[4], in der Lage ist, auch ihre Institutionen zu ergänzen,

[1] Ablichtung.
Das Schreiben wurde am 14. Dezember 1979 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg übermittelt. Dazu vermerkte Zeller handschriftlich: „Ich wäre dankbar, wenn Sie beigefügtes Schreiben des Bundeskanzlers dem griechischen Ministerpräsidenten auf dem üblichen Wege so rasch wie möglich übermitteln lassen würden."
Hat York vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Ref[erat] 203 mit der Bitte um Übernahme. 2) Durchschlag: M[inister]B[üro], D 2, Dg 20, D 3, 210. 3) H[errn] v[on] Studnitz, H. Bächmann."
Hat den Vortragenden Legationsräten von Studnitz und Bächmann am 19. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat den Staatssekretären van Well und Lautenschlager am 19. Dezember 1979 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 536 (014); B 150, Aktenkopien 1979.

[2] Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Karamanlis am 20. Oktober 1979 in Hamburg vgl. Dok. 299 und Dok. 300.

[3] Ministerpräsident Karamanlis bedankte sich für das Treffen am 20. Oktober 1979 in Hamburg und legte dar: „Aus meinen Gesprächen in anderen europäischen Ländern habe ich den Eindruck, daß es wesentliche Unterschiede gibt, was die Einschätzung der wichtigen Themen unserer Zeit betrifft, wie z. B. die Ost-West-Beziehungen, das Energieproblem und der weitere Kurs der EG. Sollte sich keine gemeinsame Haltung diesen Problemen gegenüber finden lassen, so könnte sich, glaube ich, die heute schon schwierige Lage weiter verschlechtern, mit der Gefahr, unsere demokratischen Institutionen, die sich in einer kritischen Phase befinden, zu erschüttern. Diese kritische Lage fordert eine Reform dieser Institutionen und ihre Anpassung an die schwierige Situation unserer Zeit. Ich möchte hinzufügen, daß diese meine Gedanken auch von Herrn Callaghan, mit dem ich ein Gespräch führte, geteilt werden. Sie wissen, wie hoch ich Ihr politisches Urteilsvermögen und Ihre Erfahrung schätze. Deswegen glaube ich, daß eine Initiative Ihrerseits zwecks Harmonisierung der Ansichten der wesentlichen Faktoren des europäischen Lebens nur von Nutzen sein könnte." Vgl. den Drahterlaß Nr. 244 des Ministerialdirigenten Dröge vom 28. November 1979 an die Botschaft in Athen; VS-Bd. 11098 (203); B 150, Aktenkopien 1979.

[4] Im Oktober 1974 legte Frankreich einen Vorschlag zur Schaffung eines „Europäischen Rats" vor. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 297.
Die erste Tagung des Europäischen Rats fand am 10./11. März 1975 in Dublin statt. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 49.

wenn dies erforderlich ist, um dem politischen Willen zum gemeinsamen Handeln wirksameren Ausdruck zu geben.

Abgesehen von der vertraulichen Klärung von Gemeinschaftsfragen geben uns die Treffen des Europäischen Rates Gelegenheit zu Meinungsaustausch und vertraulicher Abstimmung in den weltpolitischen Fragen. Ich glaube, daß gerade dieser Teil unserer Zusammenarbeit gemeinsam mit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) der Außenminister dazu beitragen kann, schrittweise die Unterschiede der Einschätzungen zu überwinden, die Sie festgestellt haben.

Ich freue mich, daß auch Sie bald zu dem Kreis der Staats- und Regierungschefs gehören werden, die sich im Europäischen Rat regelmäßig treffen.[5] Der Deutsche Bundestag hat in diesen Tagen mit einmütiger Zustimmung seine Beratungen über den Vertrag zum Beitritt Griechenlands abgeschlossen.[6]

Mit großem Interesse habe ich Ihren jüngsten Beitrag zur EPZ gelesen, nämlich den Bericht, den Sie den Botschaftern der Neun über Ihre Gespräche in Peking gaben.[7] Was Sie sagten, ergänzt das in meinen Gesprächen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten[8] gewonnene Bild. Sie werden verstehen, daß für uns Deutsche das, was Ministerpräsident Hua Guofeng in diesem Zusammenhang zur deutschen Frage gesagt hat, wichtig ist. Ich meine, daß sich in seinen Ausführungen eine Linie abzeichnet, die im Einklang mit unserer Haltung steht, die sowohl von den Drei Mächten wie auch von der Allianz, also auch von Griechenland, geteilt und mitgetragen wird.

Ich benutze diese Gelegenheit, um Ihnen meine sehr herzlichen und guten Wünsche für das bevorstehende Weihnachtsfest und das kommende Jahr zu übermitteln[9] und bin
mit den besten Grüßen

Ihr
Helmut Schmidt

VS-Bd. 11098 (203)

5 Zum Abschluß der Verhandlungen über einen Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 86, Anm. 38.
Griechenland trat den Europäischen Gemeinschaften zum 1. Januar 1981 bei.

6 Am 29. November 1979 fand im Bundestag die zweite Lesung und Schlußabstimmung über das Gesetz zum Vertrag vom 28. Mai 1979 über den Beitritt Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften statt. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 14905–14912.

7 Zum Aufenthalt des Ministerpräsidenten Karamanlis vom 12. bis 16. November 1979 in der Volksrepublik China und zur Behandlung einer Wiedervereinigung Deutschlands im Gespräch mit Ministerpräsident Hua Guofeng vgl. Dok. 356, besonders Anm. 3 und 5.

8 Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Hua Guofeng am 22./23. Oktober 1979 vgl. Dok. 301 und Dok. 305.

9 Das Schreiben wurde am 19. Dezember 1979 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf Finck von Finckenstein der Botschaft in Athen mit der Bitte übermittelt, es „dem Empfänger vorab (wegen der Weihnachts- und Neujahrsgrüße) mitzuteilen. Das Originalschreiben kann erst mit dem nächsten VS-Kurier am 2.1.1980 übersandt werden." Vgl. den Drahterlaß Nr. 257; VS-Bd. 11098 (203); B 150, Aktenkopien 1979.

382

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Freiherr von Stein

422-413.00 GA/IRN-684/79 VS-vertraulich **18. Dezember 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Wirtschaftsmaßnahmen Iran[4];
hier: Kabinettssitzung am 19.12.1979

Zweck der Vorlage: Herbeiführung einer Beschlußfassung gem. Ziff. III durch das Bundeskabinett

Anlg.: 1[5]

I. Ausgangslage

1) Bei Besuchen in Bonn am 6. bzw. 11.12. hatten die US-Sonderbotschafter Solomon und Cooper[6] und hernach AM Vance[7] die Bundesregierung gebeten, zur Verstärkung des Drucks auf die iranische Führung in der Geiselfrage die Verhängung wirtschaftlicher Maßnahmen zu erwägen; ähnliche Demarchen waren bei VK, F, I[8], Japan[9] und CH[10] durchgeführt worden.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pabsch konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 18. Januar 1980 vorgelegen.

3 Dazu handschriftlicher Vermerk: „R[ücklauf] v[on] BM."

4 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 377.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 15.

6 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit einer Delegation unter Leitung des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Cooper, und des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Finanzministerium, Solomon, am 6. Dezember 1979 vgl. Dok. 370, Anm. 13.

7 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance am 11. Dezember 1979 vgl. Dok. 370.

8 Botschafter Arnold, Rom, gab am 21. Dezember 1979 die Einschätzung aus dem italienischen Außenministerium zu Sanktionen gegen den Iran weiter, daß Italien „sehr verwundbar bleibe, da es nicht unbeträchtliche italienische Interessen und Investitionen im Iran gebe, durch welche auch die etwa 1800 dortigen Italiener zum großen Teil zu einem Verbleib im Lande mehr oder weniger gezwungen seien". Als Beispiel sei die Lieferung von Hubschraubern in den Iran genannt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1203; VS-Bd. 9526 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

9 Am 20. Dezember 1979 berichtete Botschafter Diehl, Tokio, der japanische Sonderbotschafter Ushiba habe zur Bitte der USA um Verhängung von Sanktionen gegen den Iran ausgeführt, daß „der Katalog der gegenüber Japan geäußerten am[erikanischen] Wünsche [...] sich exakt mit dem Inhalt der am. Demarche in Bonn und anderen europ[äischen] Hauptstädten" decke. Ushiba habe auf die „Unmöglichkeit" verwiesen, „in Friedenszeiten zwingende rechtliche Vorschriften für die geplanten Sanktionen zu erlassen". Seinen Äußerungen sei zu entnehmen gewesen, daß in Japan die Wirksamkeit von Sanktionen gegen den Iran skeptisch beurteilt würde: „Daraus resultiert ein gewisses Zögern, sich an Aktionen zu beteiligen, deren negative Folgen Japan besonders treffen könnten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1727; VS-Bd. 9526 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

10 Botschafter Lebsanft, Bern, berichtete, ihm sei zur Verhängung von Sanktionen gegen den Iran erklärt worden, „daß Schweiz ‚aus Neutralitätsgründen' nicht in der Lage sei, sich amerikanischem Vorgehen anzuschließen. Auf der anderen Seite werde man – ähnlich wie bei den früheren Rhodesiensanktionen – nicht zulassen, daß die amerikanischen Maßnahmen durch Nutzung Schweizer Fazilitäten durchkreuzt würden und deshalb in diskreter Weise geeignete Beschränkungen (Nationalbank) praktizieren. Schweiz werde nicht das ‚große Loch im Netz' sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 411 vom 21. Dezember 1979; VS-Bd. 9526 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

2) In einem Gespräch der vier Außenminister (US, VK, F, D) am Rande der NATO-Ratstagung in Brüssel am 12.12.1979[11] wurde in Aussicht genommen, daß die US-Regierung nach der Entscheidung des IGH[12] in der Geiselfrage den VN-Sicherheitsrat anrufen werde mit dem Ziel, Sanktionsmaßnahmen gemäß Kap. 7 der VN-Satzung[13] gegen den Iran zu verhängen; in einer anschließenden Viererbesprechung auf StS-Ebene wurde ein Katalog möglicher Maßnahmen des SR in einem Drei-Phasen-Programm erörtert[14].

3) Ferner wurde vereinbart, daß die Verbündeten parallel zur Befassung des SR die Möglichkeit „freiwilliger" Maßnahmen gegen den Iran in folgenden Bereichen prüfen würden:

a) keine Gewährung neuer Kredite an Iran oder iranische Regierungsstellen;

b) Bestehen auf pünktlicher Erfüllung von Verbindlichkeiten durch den Iran (keine „Kulanz" bei Zahlungsverzögerungen) und Rückforderung der Forderungen („default"), wenn die Zahlungen verspätet eingehen;

c) keine Eröffnung neuer Konten für Sicht- oder Termineinlagen iranischer Regierungsstellen;

d) Zurückweisung von massiven Erhöhungen iranischer Konten (auch in anderen Währungen als Dollar);

e) Empfehlung an die Ölgesellschaften, keine Ölkäufe mit dem Iran zu wesentlich anderen Bedingungen zu tätigen, als sie andere OPEC-Länder gewähren.

4) Am 18.12. suchte der US-Gesandte York StS Lautenschlager auf und erklärte, die US-Regierung erwäge zwar weiter die Befassung des VN-Sicherheitsrats mit einem Sanktionsantrag, habe jedoch noch keine Entscheidung getroffen. York übermittelte die Bitte der US-Regierung an die Bundesregierung, nunmehr Empfehlungen an die Banken bzw. Ölgesellschaften im Sinne der in Brüssel getroffenen Vereinbarung (siehe voraufgehende Ziffer) zu richten; er übergab das beigefügte Papier, das auch BMF und BMWi zugeleitet wurde.[15]

11 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich) und Vance (USA) vgl. Dok. 377.

12 Zur Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs vom 15. Dezember 1979 vgl. Dok. 357, Anm. 11.

13 Zu Kapitel VII der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. Dok. 377, Anm. 7.

14 Zum Gespräch des Staatssekretärs Lautenschlager mit dem Staatssekretär im britischen Außenministerium, Bridges, dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Cooper, und dem Staatssekretär im französischen Außenministerium, Paye, am 13. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 377, Anm. 9.

15 In dem undatierten, ungezeichneten Papier wurde ausgeführt: „We wish governments to advise their major banks: a) to offer no new credits to Iran or Iranian governmental entities (hereinafter ‚Iran') [...]; b) to require punctual payment of interest and principal on outstanding loans to Iran, declaring Iran in default if the payments fail to come in on time [...]; c) to refuse to open new demand or time deposit accounts for Iran [...]; d) to decline to acccept aubstantial increases in existing non-dollar deposits by Iran. Finally, countries should advise their oil or trading firms; e) to refuse to purchase oil directly from Iran at terms sharply different from those offered by other OPEC countries. This does not preclude purchase of Iranian-origin oil through broker in regular spot markets, subject to the Tokyo Summit and IEA agreements on restraint. Taken together, these measures will serve three important objectives. First, they will send a strong signal to Iran, through the financial community, that other countries back the United States in deed as well as in words, and are not willing to carry on ‚business as usual' in the present circumstances. Second, they represent defensive measures against any attempt Iran might make to disrupt the international financial markets by putting pressure on the dollar. Third, they will modestly increase pressure on Iran's ability to import goods." Vgl. VS-Bd. 9526 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

StS Lautenschlager wies auf die Brüsseler Vereinbarung der Minister hin, diese Maßnahmen parallel zur Befassung des SR zu ergreifen, bat um Mitteilung näherer Einzelheiten über die amerikanischen Überlegungen zur SR-Befassung und fragte nach der Haltung der anderen Verbündeten zu einer Einleitung der „freiwilligen" Maßnahmen ohne SR-Befassung. York sagte Unterrichtung hierüber so bald wie möglich zu.

II. Problematik

Die amerikanische Bitte um Einleitung „freiwilliger" Maßnahmen gemäß I.3 stellt uns vor die Frage,

- ob wir auf gleichzeitige Anrufung des SR in der Geiselfrage verzichten können
- und wie weit wir uns mit unseren wichtigsten Verbündeten, insbesondere VK und F, abstimmen sollten.

1) Das amerikanische Zögern, jetzt den SR anzurufen, ist vermutlich auf zunehmende Ungewißheit über die Erfolgsaussichten einer SR-Befassung zurückzuführen. Unsere VN-Vertretung, die selbst erhebliche Zweifel am Zustandekommen der erforderlichen Mehrheit für einen Sanktionsbeschluß hat, hat berichtet, daß auch die amerikanische VN-Vertretung die optimistische Einschätzung von AM Vance in dieser Frage nicht teilt.[16] Offenbar sind die Amerikaner zu der Auffassung gelangt, daß eine Anrufung des SR noch erheblicher Vorbereitungen auch in den Hauptstädten der SR-Mitglieder und vor allem eingehender Kontakte mit der SU bedarf.

Wir sollten für diese Situation Verständnis aufbringen. Im Hinblick auf die AM Vance bei seinem Bonn-Besuch in Aussicht gestellte Solidarität auch im Bereich des Handelns sollten wir deshalb der amerikanischen Bitte grundsätzlich entsprechen, „freiwillige" Maßnahmen jetzt einzuleiten, zumal in dem Gespräch beim Bundeskanzler am Vorabend des Vance-Besuches, als die Frage von SR-Maßnahmen nach Kap. 7 der VN-Satzung noch nicht im Vordergrund stand, unter den Teilnehmern (BK, BM Genscher, Matthöfer, Lambsdorff und Apel) bereits im Prinzip Einigkeit über die möglichen freiwilligen Maßnahmen bestand.[17]

2) Wir sollten aber daran festhalten, daß unsere wichtigsten Verbündeten, insbesondere VK und F, entsprechende Maßnahmen ergreifen. Nach einer vorläufigen Unterrichtung vor Durchführung der amerikanischen Demarche in Paris

16 Am 19. Dezember 1979 teilte Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (UNO), mit, sein amerikanischer Kollege McHenry habe ihn unterrichtet, daß die USA nicht die Absicht hätten, „den SR sofort oder noch in dieser Woche anzurufen. Eine Befassung sei nur nach sehr sorgfältiger Vorbereitung möglich und käme daher bestenfalls für die kommende (Weihnachts-)Woche in Frage. [...] Wegen des noch nicht abgeschlossenen internen Meinungsbildungsprozesses über ein Szenario sei er auch trotz seines heutigen (19.12.) Besuchs in Washington nicht in der Lage, schon Einzelheiten hinsichtlich eines möglichen Vorgehens mitzuteilen. Er bezog allerdings eine Anrufung im SR zur Bekräftigung des IGH-Urteils als eine von mehreren möglichen Optionen ein, wollte sich zu anderen jedoch nicht äußern. Auf meinen Hinweis, daß wir sowohl in Bonn als auch in Washington andere Eindrücke vermittelt bekommen hätten, bemerkte er, dies sei Teil einer ‚public diplomacy', wobei er erkennen ließ, daß ihm die unterschiedlichen Darstellungen und der damit verbundene Einblick in den amerikanischen Denkprozeß unangenehm waren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3740; Referat 230, Bd. 121062.

17 Zur Besprechung vom 10. Dezember 1979 vgl. Dok. 370, Anm. 18.

und London hat F Bedenken gegen die Maßnahmen b) und d) und hält c) für nicht durchführbar[18], VK hat Bedenken gegenüber b) bis d)[19].

Es ist deshalb zweifelhaft, ob und wie weit VK und F auf die amerikanischen Wünsche positiv reagieren. Wir sollten deshalb unsere Haltung insbesondere bei den Punkten b) bis d) mit diesen beiden Regierungen abstimmen und nur dann entsprechende Maßnahmen ergreifen, wenn VK und F sie mittragen.

Soweit Einigkeit mit ihnen erzielt werden kann, sollten wir allerdings „freiwillige" Maßnahmen ergreifen. Dies sollte durch entsprechende Empfehlungen vom BMF bzw. BMWi an Banken und Ölgesellschaften geschehen.

3) Um die Bundesregierung instand zu setzen, auch während der Weihnachtspause die nötigen Schritte zu unternehmen, sollte das Kabinett morgen in seiner letzten Sitzung einen entsprechenden Beschluß fassen.

4) Wir sollten aber darauf achten, daß diese Empfehlungen der Ressorts an die Banken und Ölgesellschaften vertraulich erfolgen; die Maßnahmen sollten der iranischen Führung durch ihre tatsächliche Wirkung, nicht durch Ankündigungen oder Indiskretionen zur Kenntnis gelangen, auch, um irrationalen Reaktionen – etwa gegen unsere Staatsangehörigen – vorzubeugen. Wir bemühen uns, die noch im Iran verbliebenen ca. 1300 Deutschen zur Ausreise zu bewegen, doch braucht dies Zeit.[20] Die Empfehlungen sollten deshalb, wenn irgend möglich, mündlich an die Großbanken, die Bankenvereinigungen und die Ölgesellschaften übermittelt werden.

III. Vorschlag

Es wird gebeten, die Zustimmung des Bundeskabinetts zu folgendem Vorgehen herbeizuführen:

1) Das Auswärtige Amt stimmt mit VK und F ab, wie weit sich diese Länder an den von der US-Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen beteiligen;

2) Der BMF bzw. der BMWi werden ermächtigt, im Benehmen mit AA an die Großbanken und die Präsidenten des Bankenverbandes[21], des Sparkassen- und Giroverbandes[22] und des Bundesverbandes der Volksbanken und Raiffei-

18 Am 20. Dezember 1979 notierte Ministerialdirektor Fischer: „In Paris ist die Meinungsbildung noch in vollem Gang, und der Quai d'Orsay ist nicht in der Lage, präzise Aussagen über den Ausgang zu machen. Hinsichtlich der banktechnischen amerikanischen Wünsche [...] überwiegen in Paris noch immer die Reserven. Eine Entwicklung in Richtung auf die von uns eingeschlagene Linie ist dort – im Gegensatz zu London – nicht zu verspüren." Vgl. VS-Bd. 9526 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

19 Gesandter Böcker, London, berichtete am 21. Dezember 1979: „Britische Meinungsbildung ist noch nicht abgeschlossen." Der Staatssekretär im britischen Außenministerium, Bridges, habe die Ansicht vertreten, „nicht alle Elemente des amerikanischen Katalogs ließen sich verwirklichen. Cross-default jeweils ohne Kulanzzeitraum sowie Verweigerung der bei laufenden Handelsgeschäften üblichen Bankkredite gehörten zu den wohl nicht in Frage kommenden Schritten. Maßnahmen auf Bankensektor würden so eingeleitet, daß Bank of England an Banken herantrete. Zum Ölsektor bemerkte Bridges, daß britische Gesellschaften weiterhin in Dollar bezahlten. Iran habe bisher nicht klargemacht, in welch anderer Form Zahlungen gewünscht seien. Eine Weigerung, überhöhte Preise zu bezahlen, sei möglich, wenn alle relevanten Abnehmer mitmachten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2771; VS-Bd. 9526 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

20 Zu den Bemühungen, möglichst viele deutsche Staatsbürger zur Ausreise aus dem Iran zu bewegen, vgl. Dok. 361, Anm. 16.

21 Harald Kühnen.

22 Helmut Geiger.

senkassen[23] sowie an die Ölgesellschaften Empfehlungen zu richten, die – je nach Maßgabe unserer Abstimmung mit VK und F – einzelne oder alle folgenden Maßnahmen zum Gegenstand haben:

a) dem Iran und iranischen Regierungsstellen (im folgenden: Iran) keine neuen Kredite einzuräumen; (d.h. keine neuen Kredite, keine Aufstockung bestehender, rechtlich bindender Kredite einschließlich der Erweiterung von Handelskrediten durch Kreditzusagen (d.h. ohne volle Bardeckung) oder durch Ankauf oder Diskontierung von Akzepten u.dgl.);

b) pünktliche Zahlung von Zinsen und Hauptsummen ausstehender Kredite an den Iran zu fordern und die Fälligkeit von Krediten zu erklären, wenn Zahlungen nicht pünktlich eingehen (d.h. bei jedem Verzug von Zahlungen auf Zinsen oder Hauptsumme unverzüglich die Fälligkeit festzustellen, weitere Fälligkeiten auszulösen und gleichzeitig auch jeden anderen Kredit fällig zu stellen, sofern Kreuzverfallklauseln dies ermöglichen; ebenso sollten die Banken im Rahmen von Konsortialkrediten mit Kreuzverfallklauseln für eine Fälligkeit aller Kredite des Konsortiums stimmen, wenn Zahlungen des Iran an ein Mitglied des Konsortiums nicht rechtzeitig erfolgen);

c) keine neuen Sicht- oder Termineinlagen des Iran zuzulassen (d.h. keine Eröffnung neuer Sicht- oder Terminkonten für Gelder des Iran in jeder beliebigen Währung);

d) keine wesentlichen Erhöhungen bestehender Nicht-Dollar-Guthaben des Iran zuzulassen;

e) keine Direktkäufe von Iran-Öl zu wesentlich anderen Bedingungen als denen anderer OPEC-Staaten zu tätigen. Dies schließt jedoch den Kauf von Öl iranischen Ursprungs durch Zwischenhändler auf den regulären Spot-Märkten nicht aus, soweit dies mit den Restraint-Absprachen des Tokioer Gipfels[24] und der IEA vereinbar ist.

3) Diese Empfehlungen sollten vorzugsweise[25] ausgesprochen werden; die Adressaten sollten um vertrauliche Behandlung gebeten werden.

D3 i.V.[26] hat mitgezeichnet.[27]

Nachtrag:

Soeben, 17.30 Uhr, rief Botschafter Stoessel StS Lautenschlager an, um auf die dem Gesandten York am Morgen gestellten Fragen zu antworten.

1) Er teilte mit, daß Präsident Carter in der Frage der Befassung des VN-Sicherheitsrats noch keine Entscheidung getroffen habe. VN-Botschafter McHenry sei mit der Sondierung der Haltung der SR-Mitglieder beauftragt worden.

23 Willi Croll.

24 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. Dok. 198.

25 Dieses Wort wurde handschriftlich eingefügt.

26 Norbert Montfort.

27 Auf der Kabinettssitzung am 19. Dezember 1979 wurde Übereinstimmung erzielt, „daß Bundesregierung weiterhin Anrufung des Sicherheitsrats gem[äß] Kapitel 7 VN-Satzung Vorzug gibt, aber gegebenenfalls auch bereit wäre, freiwillige Maßnahmen [...] einzuleiten unter der Voraussetzung, daß wichtigste Verbündete, insbesondere VK und F, sich entsprechend verhalten". Vgl. den Runderlaß Nr. 6503 des Ministerialdirektors Fischer vom 21. Dezember 1979; VS-Bd. 9526 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

2) Er erklärte, nach amerikanischer Auffassung sei die Einleitung „freiwilliger" Maßnahmen unabhängig von der Frage einer Befassung des SR zu sehen.

3) Er bestätigte unseren Eindruck, daß die britische und französische Regierung ihre Meinungsbildung zu den einzelnen Punkten des amerikanischen Maßnahmenvorschlags noch nicht abgeschlossen hätten; das gleiche gelte für die japanische Regierung.

4) Auf eine entsprechende Frage von StS Lautenschlager bestätigte Botschafter Stoessel, daß auch aus amerikanischer Sicht die Einleitung freiwilliger Maßnahmen – auch im Interesse ihrer Wirksamkeit – nur dann sinnvoll sei, wenn sie im Rahmen einer multilateralen Aktion erfolge.

v. Stein

VS-Bd. 9526 (422)

383

Botschafter Wieck, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-4370/79 VS-vertraulich **Aufgabe: 18. Dezember 1979, 17.34 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 4876 **Ankunft: 18. Dezember 1979, 17.12 Uhr**

Betr.: Sowjetisch-afghanische Beziehungen[2];
hier: amerikanische Demarche im sowjetischen Außenministerium

Bezug: DB Nr. 4475 vom 17.12.1979 aus Washington, Pol 322.00 AFG[3]

1) Bei Vierertreffen am 18.12. teilte amerikanischer Botschafter Watson mit, daß er am 15.12.1979 instruiert wurde, Außenminister Gromyko unter Bezug-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 18. Dezember 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär van Well sowie die von Ablichtungen an das Ministerbüro und Staatssekretär Lautenschlager verfügte.
Hat van Well vorgelegen.

2 Zu den Beziehungen zwischen der UdSSR und Afghanistan führte Botschaftsrat Disdorn, Kabul, am 25. Oktober 1979 aus: „Seit Frühjahr 1979 befindet sich Afghanistan im Bürgerkrieg, ein Aufstand der Stämme, Klans und Dorfschaften gegen die Regierung, ausgelöst durch überhastete Reformen, die ohne Rücksicht auf soziale und religiöse Tabus durchgeführt wurden [...]. Ein starkes Motiv des Widerstandes ist auch die erbitterte Ablehnung der zunehmenden sowjetischen Einflußnahme, die als Auslieferung des Landes an den ungeliebten übermächtigen Nachbarn verstanden wird." Die Regierung des Ministerpräsidenten Amin sei in ihrem Kampf gegen die Aufständischen vollständig von sowjetischer militärischer Hilfe abhängig. Seit Anfang Mai 1979 habe daher „die Zahl der sowjetischen Militärberater und der Umfang der militärischen Sachleistungen [...] eindeutig zugenommen". Vgl. den Schriftbericht Nr. 533; Referat 340, Bd. 110423.

3 Botschafter Hermes, Washington, informierte über Berichte in amerikanischen Medien, „die SU habe ihre militärische Präsenz in Afghanistan kürzlich erheblich ausgebaut (berichtet wird von bis zu 10 000 Mann). [...] Das State Department sagt uns dazu, die Meldungen könnten in dieser Form nicht bestätigt werden. Gesichert sei nur die Erkenntnis, daß zu den bisher bekannten 3500 bis 4000 sowjetischen ‚Beratern' plötzlich eine kampfmäßig ausgerüstete Einheit in Bataillonsstärke eingeflogen worden ist. Man gehe von einer Gesamtzahl von derzeit bis zu 5000 Sowjets in Afghanistan

nahme auf die amerikanisch-sowjetische Grundsatzerklärung vom 29.5.1972 (Nixon-Besuch in Moskau)[4] um Erläuterungen zum sowjetischen militärischen Engagement in Afghanistan zu bitten. Das Gespräch kam schließlich – nach einer nächtlichen Kontaktaufnahme mit dem zuständigen Abteilungsleiter – am 17.12.1979 mit dem Ersten Stellvertretenden AM Malzew zustande.

Malzew wies die Bitte Watsons strikt zurück: Die Grundsatzerklärung von 1972 habe mit „dieser Angelegenheit" nichts zu tun. Es handele sich um Beziehungen der Sowjetunion zu einem ihrer „Alliierten". Malzew sprach von den Meldungen über ein erhöhtes militärisches Engagement der Sowjetunion in Afghanistan als von „Erfindungen", wurde jedoch einsilbig, als Watson ihn fragte, ob er diese Bezeichnung der für die USA alarmierenden Entwicklung nach Washington berichten solle.

2) Zu Art und Ausmaß der sowjetischen militärischen Aktionen in Afghanistan liegen hier bisher nur die westlichen Pressemeldungen[5] vor, die in sowjetischer Presse weder erwähnt noch kommentiert werden. Sowjetische Medien haben ohnehin seit dem ersten Jahrestag sowjetisch-afghanischen Freundschaftsvertrages[6] über Afghanistan so gut wie nicht mehr berichtet. Die Tatsache, daß Militärattaché[7] und einigen seiner westlichen Kollegen Reisen nach Baku, Taschkent bzw. Fergana verweigert wurden, kann ein Hinweis auf Aktionen von den dortigen Flugplätzen sein. Gesicherte zusätzliche Erkenntnisse liegen jedoch nicht vor.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 541 (014)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1931

aus." Der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher habe gegenüber der sowjetischen Botschaft in Washington „nicht dagegen protestiert oder den Abzug gefordert, sondern lediglich die amerikanische Besorgnis ausgedrückt, das sowjetische Verhalten könne die ohnehin bestehende Spannung in der Region nur noch verschärfen. Der sowjetische Gesprächspartner habe sich rezeptiv verhalten. Seither sei die Verstärkung weder auf offiziellem Wege noch durch die sowjetische Presse geleugnet worden. Auch habe man keine Ansätze erkennen können, sie öffentlich zu erklären oder zu rechtfertigen." Vgl. Referat 340, Bd. 110425.

4 Präsident Nixon hielt sich vom 22. bis 29. Mai 1972 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1972, I, Dok. 149, und AAPD 1972, II, Dok. 161.
In der Grundsatzerklärung, die zum Abschluß des Besuchs von Nixon am 29. Mai 1972 unterzeichnet wurde, hieß es: „The USA and the USSR have a special responsibility [...] to do everything in their power so that conflicts or situations will not arise which would serve to increase international tensions. Accordingly, they will seek to promote conditions in which all countries will live in peace and security and will not be subject to outside interference in their internal affairs." Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 900. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 290.

5 Vgl. dazu den Artikel „400–800 Soviet Troops in Kabul, U.S. Reports"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 14. Dezember 1979, S. 2.

6 Für den Wortlaut des Vertrags vom 5. Dezember 1978 zwischen Afghanistan und der UdSSR über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit vgl. UNTS, Bd. 1145, S. 333–335.

7 Busso von Alvensleben.

384

Brigadegeneral von Ondarza, Washington, an das Auswärtige Amt

114-4382/79 geheim **Aufgabe: 18. Dezember 1979, 19.35 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 4486 **Ankunft: 19. Dezember 1979, 08.06 Uhr**

Betr.: Sowjetische Präsenz in Afghanistan[2]

Bezug: Einzelbericht Nr. 10/79 (V) geheim vom 10.5.1979[3]

Quelle: Defense Intelligence Agency

Feststellungszeit: 17.12.1979

Feststellungsart: Gespräch

Bewertung: B 2

I. Sachverhalt

1) Sowjetische militärische Maßnahmen

Zur Zeit befinden sich insgesamt 5500 sowjetische Soldaten in Afghanistan. Die Masse davon sind Militärberater. (Pro Division wenigstens 70 zur Beratung der afghanischen Truppen im Kampf gegen die Rebellen. Weitere Aufgaben: Hilfestellung bei Wartung und Instandsetzung militärischen Großgeräts sowie Ausbildungshilfe.)

Von den 5500 entfallen auf sowjetische Kampftruppen zur Zeit 1000 bis 1200 Soldaten. Sie sind in Bagram (Einsatzflugplatz nördlich Kabuls) stationiert und gliedern sich in zwei Luftlandebataillone sowie ein Mot-Schützenbataillon (vornehmlich ausgerüstet mit BTR 60[4] und BMP[5]). Diese Verbände sollen

1 Hat Legationsrat I. Klasse Boldt am 20. Dezember 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 340 und 213 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Heyken am 11. Januar 1980 vorgelegen.

2 Zu den sowjetisch-afghanischen Beziehungen, insbesondere zur sowjetischen militärischen Präsenz in Afghanistan, vgl. Dok. 383, Anm. 2 und 3.

3 Der Militärattaché an der Botschaft in Washington, Oberst i. G. Freiherr von Uslar-Gleichen, berichtete: „Die seit einem Jahr regierende und von Moskau unterstützte marxistisch orientierte Partei unter Taraki sieht sich erheblichen innenpolitischen Problemen gegenüber. Die Opposition gegenüber der Regierungspolitik wächst ständig, sie findet ihren schärfsten Ausdruck in zunehmenden bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Rebellen und Einheiten der Armee. Gekämpft wird vornehmlich in der Nähe der Ostgrenze (Grenze zu Pakistan), aber auch im Westen (Umgebung der Stadt Herat) und vereinzelt im Norden. Obwohl die ablehnde Haltung bei allen Oppositionsgruppen vornehmlich religiös motiviert ist (strenggläubige Moslems) und durch anti-russische Gefühle verstärkt wird, gibt es keine einheitliche und zentrale Führung der Rebellion." Man gewinne den Eindruck, „daß sich Afghanistan unaufhaltsam einer für die Guerilla-Kriegführung typischen Situation nähert: Die Regierung zieht sich in die Hauptstadt zurück, während sie gleichzeitig die Kontrolle über das Land verliert." Da die „Loyalität der Militärs zur Regierung zweifelhaft" sei, könne sich diese nur mit „wirksamer Unterstützung durch die Sowjetunion halten", die militärisches Gerät liefere. Es gebe allerdings keine Anzeichen dafür, „daß die vielen sowjetischen Militärberater bislang unmittelbar in die Kämpfe eingegriffen hätten". Vgl. VS-Bd. 11181 (340); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Brone Transporter 60.

5 Bronevaja Mašina Pechoty.

durch Lufttransport, der am 21.11.1979 begann, dorthin verlegt worden sein. Das zweite LL-Bataillon[6] traf am letzten Wochenende (15./16.12.) ein.

Darüber hinaus sollen die Sowjets mit dem Aufbau eines eigenen Fernmeldeführungsnetzes begonnen haben, das sich vornehmlich auf die wichtigsten Militärflughäfen in Afghanistan abstützt.

In die sowjetische Stadt Termez (unmittelbar an der sowjetisch-afghanischen Grenze) wurde ein Hauptquartier (front command post) aus Taschkent verlegt. Weiterhin haben die Sowjets dort eine Mot-Schützendivision zusammengezogen. Dieser Großverband hat zur Zeit seine Quartiere verlassen. DIA[7] geht davon aus (hoher Grad an Wahrscheinlichkeit), daß er in Kürze nach Afghanistan verlegt wird.[8] Weiter wurden zusätzliche taktische Luftstreitkräfte (vornehmlich MiG 21 und SU 17) so disloziert, daß sie Bagram erreichen können. Alle Maßnahmen erfolgten ohne Versuch der Geheimhaltung.

DIA geht davon aus, daß diese Truppenverlegungen seit längerem geplant und nicht durch die gegenwärtige innere Lage Afghanistans gerechtfertigt sind. In den Monaten Juni und Juli stand die Regierung unter erheblich stärkerem Druck der Rebellen als heute. Eine Verlegung sowjetischer Truppen erfolgte damals nicht. Möglicherweise steht der gegenwärtige Aufmarsch im Zusammenhang mit dem zweimonatigen Besuch des Chefs des Stabes der sowjetischen Landstreitkräfte, Pawlowskij, und geht auf die Bitte Amins zurück. Die afghanischen Truppen haben erhebliche Probleme, mit den Aufständigen fertig zu werden. Die Regierungstruppen verfügen durchschnittlich über 70 Prozent ihrer Soll-Stärke. Sie haben große Schwierigkeiten, ausreichend Soldaten zu rekrutieren und kaum eine Möglichkeit, diese vernünftig auszubilden, bevor sie in den Kampf geschickt werden.

Ob die sowjetischen Aktivitäten lediglich als Hilfestellung für die gegenwärtige Regierung oder im Rahmen einer weiterreichenden sowjetischen strategischen Zielsetzung erfolgen, vermag DIA z. Z. nicht zu beurteilen.

2) Stellung Amins

Trotz gewisser Erfolge im Kampf gegen die Rebellen (vornehmlich im Süden des Landes) soll die Regierung Amins weniger stabil sein als je zuvor. Sie stützt sich fast ausschließlich auf die Armee. Innerhalb der Armee treten Rivalitäten der unterschiedlichen Stämme mehr und mehr hervor. Die Loyalität der Schlüsselverbände (Hubschrauber und Panzer) soll zweifelhaft sein. Amin könnte jederzeit durch einen Putsch hinweggefegt werden.

DIA meint, daß die Sowjetunion sich aus den internen Machtkämpfen heraushalten wird. Einem Aufstand gegen Amin und dessen Ersatz durch einen anderen, marxistisch orientierten Führer würde sie sich wohl nicht widersetzen. Es bestehe allerdings kein Zweifel an ihrer Bereitschaft, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen.

6 Luftlande-Bataillon.

7 Defense Intelligence Agency.

8 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Boldt hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „sic".

II. Kommentar

Mit der Verlegung der drei sowjetischen Bataillone nach Afghanistan befinden sich erstmalig sowjetische Kampftruppen außerhalb des WP-Gebiets und Kubas[9].

Es ist davon auszugehen, daß zumindest Teile der z.Z. in Termez stationierten Division nach Afghanistan verlegt werden. Die Einrichtung des Hauptquartiers deutet darauf hin, daß die Sowjetunion längerfristige Ziele verfolgt. Damit scheint eine Verwicklung sowjetischer Truppen in die anhaltenden Kämpfe mit den in sich gespaltenen islamisch orientierten Rebellen unvermeidlich.

Wenngleich wohl keine Verbindung zwischen diesen Rebellen und der iranischen Revolution besteht, dürfte der Kampf sowjetischer Soldaten gegen islamische Rebellen dem Ansehen der Sowjetunion in der islamischen Welt nicht gerade förderlich sein.

Unter Berücksichtigung der ungewissen Zukunft Amins könnte das sowjetische militärische Eingreifen nicht zuletzt dazu dienen, die Kontinuität der marxistischen Revolution[10] zu gewährleisten.

Die USA werden sich wohl abwartend verhalten (there is not much we can do about it) und schließen nicht aus, daß in Afghanistan ein sowjetisches Vietnam entstehen könnte.

[gez.] Ondarza

VS-Bd. 541 (014)

9 Zur Stationierung sowjetischer Kampftruppen auf Kuba vgl. Dok. 259, Dok. 277 und Dok. 295.

10 Am 27. April 1978 fiel Präsident Daud einem Staatsstreich der afghanischen Streitkräfte zum Opfer. Der Revolutionsrat der Streitkräfte rief am 30. April die Demokratische Republik Afghanistan aus und übertrug dem Vorsitzenden der kommunistischen Khalq-Partei, Taraki, die Ämter des Präsidenten und Ministerpräsidenten. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 145.
Zum Widerstand in Afghanistan gegen die Regierung Taraki vgl. Dok. 173, Anm. 12.
Zur Amtsübernahme durch Ministerpräsident Amin am 16. September 1979 vgl. Dok. 256, Anm. 23.

385

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-4377/79 geheim
Fernschreiben Nr. 4496
Citissime

Aufgabe: 18. Dezember 1979, 20.00 Uhr[1]
Ankunft: 19. Dezember 1979, 08.04 Uhr

Betr.: Sowjetische Militärpräsenz in Afghanistan[2]

Bezug: Drahtbericht 1154/79 geheim vom 17.12.1979

Aaron sagte mir heute, daß nach amerikanischen Erkenntnissen die sowjetische Truppenpräsenz in Afghanistan aller Wahrscheinlichkeit höher sei als die vermuteten drei Bataillone. Es könne sich um zwei Divisionen handeln. Eine bisher an der sowjetisch-afghanischen Grenze auf sowjetischem Territorium stationierte sowjetische Division sei seit einigen Tagen nicht mehr feststellbar. Es müsse die sowjetische Absicht unterstellt werden, in Afghanistan in massiver Weise auf längere Sicht militärisch präsent zu sein. Seit Wochen hätte die sowjetische Propaganda ohne einen besonderen Anlaß amerikanische militärische Vorbereitungen in der Region angeprangert. Es zeige sich nun, daß diese Propaganda in Verbindung mit der Ausnutzung der iranischen Ereignisse den Sowjets als Vorwand für eine Truppenentsendung nach Afghanistan diene.

Die Administration sei sehr beunruhigt und habe die Sache in Moskau und in Washington mit den Sowjets erörtert.[3] Es gebe aber Gründe, die sowjetischen Truppenverstärkungen in Afghanistan zur Zeit nicht mit Nachdruck in der Öffentlichkeit herauszustellen.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 541 (014)

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 19. Dezember 1979 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär van Well und die von Ablichtungen an das Ministerbüro, Staatssekretär Lautenschlager und den Planungsstab verfügte.
Hat van Well vorgelegen.

2 Vgl. dazu Dok. 384.

3 Zum Gespräch des amerikanischen Botschafters in Moskau, Watson, mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Malzew am 17. Dezember 1979 vgl. Dok. 383.
Am 27. Dezember 1979 übermittelte Botschafter Wieck, Moskau, die Mitteilung des amerikanischen Botschafters Watson, daß er „erneut im S[owjetischen]A[ußen]M[inisterium] wegen Verlegung sowjetischer Kampfverbände nach Afghanistan vorstellig" werden solle. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4947; Referat 340, Bd. 110427.

386

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich **19. Dezember 1979**[1]

Über Herrn Chef BK[2] dem Herrn Bundeskanzler[3] (StM[4], GL 21[5], RL 212[6] haben Durchdruck)

Betr.: Ihr Gespräch mit Außenminister Wojtaszek am 19. Dezember 1979, 12.45 Uhr bis 14.15 Uhr[7]

Weitere Teilnehmer: Bundesaußenminister Genscher, Botschafter Negwer, der Unterzeichnete[8], Stellvertretender Außenminister Czyrek, Botschafter Chyliński.

1) Sie[9] haben Ihrer Befriedigung über die Gespräche mit Herrn Gierek[10] Ausdruck gegeben und ihm sowie Herrn Jaroszewicz und Herrn Babiuch Ihre besten Grüße und Wünsche zu Weihnachten und zum Neuen Jahr übermitteln lassen. Sie haben die drei Herren als Ihre Freunde bezeichnet. Sie seien auf diese Freundschaften stolz.

Die Weltlage sei seit dem Treffen in Hela nicht einfacher geworden, weder wirtschaftlich noch politisch. Aber es gebe im Wandel auch Konstanten. Eine sei das gute Verhältnis zwischen unseren beiden Staaten. Sie und der Bundesaußenminister hätten ein ganz großes Interesse daran, diese Beziehung weiter zu pflegen.

2) Außenminister Wojtaszek (W.) bedankte sich für die Grüße und Glückwünsche. Er unterstrich, welchen besonderen Wert auch Herr Gierek auf die Begegnungen und Gespräche mit Ihnen legt. Dieser Kontakt habe größte Bedeutung für die beiderseitigen Beziehungen. Auch die Herren Jaroszewicz und Babiuch ließen grüßen.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 28. Dezember 1979 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung" übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14077 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

2 Hat Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, am 20. Dezember 1979 vorgelegen.

3 Hat Bundeskanzler Schmidt am 21. Dezember 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Nicht gelesen. 2) b[itte]w[eiter]r[eichen] (AA + BMVg). 3) 1 Kopie z. d. A. pr[ivat] (P[an]z[er]) bei mir."

4 Gunter Huonker.

5 Otto von der Gablentz.

6 Wilhelm Höynck.

7 Der polnische Außenminister Wojtaszek hielt sich vom 19. bis 21. Dezember 1979 in der Bundesrepublik auf.

8 Berndt von Staden.

9 Helmut Schmidt.

10 Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt am 17./18. August 1979 auf Hela vgl. Dok. 236 und Dok. 237.

W. stellte fest, daß sich die bilateralen Beziehungen seit 1970[11] Jahr um Jahr verbessert hätten, insbesondere seit Ihrer Begegnung mit Gierek in Helsinki[12]. In diesen neun Jahren sei sehr viel getan worden in Richtung auf die Verwirklichung des Prozesses der Normalisierung zwischen den beiden Ländern. Es bleibe aber noch viel zu tun und bedürfe gemeinsamer Anstrengungen, um die volle Normalisierung zu erreichen. Einzelheiten werde er mit dem Bundesaußenminister besprechen. Es gehe hier vor allem um die volle Realisierung der Absprachen und Vereinbarungen, die Sie mit Gierek getroffen hätten. Es gehe um die Angleichung der innerstaatlichen Regulierungen an die auswärtigen Verpflichtungen. Es gehe z. B. um das ganze Paket der konsularischen und rechtlichen Verhältnisse.[13] Desgleichen um die Schulbücher.[14] Es gebe auch noch die Angelegenheit der Grenzziehung auf Karten und Atlanten und in Schulbüchern. Im wirtschaftlichen Bereich sei viel geschafft worden. Die Bundesrepublik sei unter den westlichen Ländern Polens erster Partner. Der Wirtschaftsaustausch nehme von Jahr zu Jahr zu, obwohl die Schwierigkeiten in der Weltwirtschaft nicht abgenommen haben. Es gebe allerdings das Problem der Handelsbilanz, die man besser ausgleichen müßte.[15] Man ginge aber in die richtige Richtung. Man müsse gemeinsam arbeiten, um die Barrieren, die im wirtschaftlichen Bereich noch existieren, zu beseitigen.

W. setzte fort: Sein Besuch falle in eine Zeit, die politisch sehr schwierig sei. Polen verfolge seit 1945 die gleiche Initiative, nämlich Sicherheit und Entspannung in Europa. (Sie warfen ein, daß wir dies seit 1949 täten, vorher habe es

11 Am 7. Dezember 1970 unterzeichneten die Bundesrepublik und Polen den Vertrag über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

12 Bundeskanzler Schmidt und der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, führten am 1./2. August 1975 am Rande der KSZE-Gipfelkonferenz, die vom 30. Juli bis 1. August 1975 in Helsinki stattfand, Gespräche über den Abschluß bilateraler Vereinbarungen. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 244.

13 Im Delegationsgespräch am 20. Dezember 1979 nannte der polnische Außenminister Wojtaszek gegenüber Bundesminister Genscher einzelne Aspekte der bilateralen Beziehungen, die nach seiner Einschätzung der Klärung bedürften. Dazu gehöre der gesamte Bereich der „politisch-rechtlichen Angelegenheiten", in dem „kein grundlegender Fortschritt erreicht" worden sei: „Wir können es nicht als zufriedenstellend betrachten, wenn neun Jahre nach Inkrafttreten des Warschauer Vertrags [...] die Fiktion des Fortbestehens des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937" aufrechterhalten werde. Wojtaszek kritisierte vor allem, daß die Bundesregierung „einen Teil des Rentenabkommens nicht realisiert" habe und den „Umsiedlern" weiterhin den Status von Vertriebenen zuerkenne. Weiterhin sei die Umsetzung der Schulbuchempfehlungen in der Bundesrepublik „höchst unbefriedigend". Darüber hinaus schlug er vor, „im Bereich der Ortsbezeichnungen schnell eine Regelung für den amtlichen Verkehr" zu treffen. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung vom 28. Dezember 1979; Referat 214, Bd. 132811.

14 Zu den Schulbuchempfehlungen vgl. Dok. 152, Anm. 13.
In einer Stellungnahme zu den polnischen Vorwürfen führte Referat 214 aus, „angesichts der der polnischen Seite bekannten Kulturhoheit der Länder in der Bundesrepublik" könne sich die Bundesregierung „nur zu einem ‚Hinwirken'" auf die Umsetzung der Schulbuchempfehlungen verpflichten: „Im Rahmen ihrer Möglichkeiten steht die Bundesregierung zu dieser Verpflichtung und bemüht sich entsprechend darum." Darüber hinaus handele es sich bei der Umsetzung der Empfehlungen, die nicht verbindlich seien, um einen Prozeß, der auch in Polen, „trotz einer zentralen Kultusverwaltung und einer damit verbundenen viel geringeren Anzahl von Schulbüchern noch keineswegs zum Abschluß gekommen" sei. Vgl. die Aufzeichnung vom 8. August 1979; Referat 214, Bd. 132816.

15 Referat 421 wies am 10. Dezember 1979 darauf hin, daß Polen im Bestreben, zu einer ausgeglichenen Handelsbilanz zu kommen, die Importe aus der Bundesrepublik gedrosselt habe, so daß nur noch ein „geringfügiges polnisches Handelsbilanzdefizit" bestehe. Vgl. Referat 214, Bd. 132814.

die Bundesrepublik nicht gegeben.) Das polnische Volk sei in dieser Frage besonders empfindlich. Das könne man auf Schritt und Tritt feststellen, schon an der Art, wie Polen sich sofort zu internationalen Fragen, die die Sicherheit berühren, äußere. Gierek selbst sei besonders empfindlich in bezug auf die Fragen, die Sie in Hela mit ihm erörtert hätten. Er mache sich große Sorgen. Er sei davon ausgegangen, daß die Vorschläge von Breschnew[16] in die Richtung gehen, die Sie beide in Hela angesprochen hätten. Nun aber sei Polen besonders besorgt über die letzten Beschlüsse der NATO[17]. Denn durch sie würden die Rüstungen hochgeschraubt, dadurch würden Entspannung und Zusammenarbeit in Frage gestellt. Man habe große Sorgen für die Zukunft.

W. erwähnte, daß er mit zahlreichen westlichen Botschaftern gesprochen habe, die der Meinung gewesen seien, daß es ein richtiger Schritt wäre, wenn die Sowjetunion 1000 Panzer und 20000 Soldaten zurückzöge. Er habe die Sowjetunion als den richtigen Adressaten solcher Äußerungen bezeichnet. Aber auch Polen spreche ja mit der Sowjetunion und gebe Anregungen. Die Initiative von Breschnew sei mit Polen konsultiert worden. Polen habe sie voll unterstützt. Man war der Hoffnung und der Auffassung, daß dieser Vorschlag Ihren Wünschen entgegenkomme. Der politischen Entspannung müsse die militärische folgen. Denn ohne dem sei eine Gesamtentspannung nicht denkbar. Der Vorschlag Breschnews habe den Gedanken enthalten, Verhandlungen ohne Vorbedingungen zu führen. Dies sei durch den NATO-Beschluß unmöglich gemacht worden. Er sei gefährlich für ganz Europa. Denn statt die Rüstungen zu begrenzen, gingen wir jetzt den Weg des Wettrüstens. Es gäbe viele Raketen, die auf das polnische Territorium gerichtet seien. Die jetzt getroffene Entscheidung vermehre deren Zahl. W. fuhr fort, er sei noch gestern auf einer Konferenz in der Woiwodschaft, in der Auschwitz liege, von Frauen angesprochen worden, die ihrer tiefen Sorge Ausdruck gegeben hätten. Mit Mühe habe man seine Städte wieder aufgebaut, und jetzt entstehe womöglich eine Lage, in der alles wieder in Schutt und Asche fallen könne. Das polnische Volk sei empfindsamer als andere Völker. Wir möchten die Entspannung weiter fortführen. Auch wenn wir unsere gegenseitigen Beziehungen zwischenstaatlicher Art entwickelten, sei das ein Beitrag zur Entspannung. Das sollte auch so bleiben. Polen habe sein Bündnis mit der Sowjetunion. Diese garantiere Polens Sicherheit. Polen werde dieses Verhältnis und auch das mit den anderen sozialistischen Ländern weiter ausbauen, um seine Sicherheit zu stärken. Polen habe aber ebenfalls immer gesagt, daß es auch im gesamteuropäischen Rahmen sicher sein müsse. Es lege großen Wert auf die Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki[18]. Wir fühlen uns, sagte W., als Väter dieser Idee. Schon Rapacki habe diese Idee bei den Vereinten Nationen eingebracht.[19] Damals seien viele

16 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 287 und Dok. 296.

17 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

18 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

19 Am 2. Oktober 1957 unterbreitete der polnische Außenminister Rapacki vor der UNO-Generalversammlung in New York den Vorschlag, eine aus der Bundesrepublik, der ČSSR, der DDR und Polen bestehende kernwaffenfreie Zone zu schaffen. Am 14. Februar 1958 erläuterte er seine Vorstellungen ausführlich in einem Memorandum. Weitere modifizierte Versionen des Rapacki-Planes, in denen der Gedanke einer Verminderung der konventionellen Streitkräfte hinzutrat, wurden am 4. No-

dagegen gewesen. Man habe den Polen, und zwar nicht nur vom Westen, vorgeworfen, sie seien Romantiker. Und dennoch habe sich gezeigt, daß Helsinki möglich wurde. Polen sei dafür, daß die ganze Schlußakte verwirklicht würde. Es lege großen Wert auf die bevorstehende Konferenz von Madrid[20]. Man müsse eine Wiederholung von Belgrad[21] vermeiden, denn eine Wiederholung von Belgrad wäre noch schlechter als Belgrad selbst. Die Lage habe sich sehr verändert, und man müsse sich jetzt in Ruhe und sorgfältig vorbereiten. Am besten wäre es, sich auf einige Fragen zu konzentrieren, die uns gemeinsam interessieren, damit Madrid ein Erfolg würde.

W. ging dann auf die Veränderungen im islamischen Raum ein. Iran sei ein Beispiel, aber es gehe ja nicht nur um Iran, sondern um den Islam insgesamt. Wenn die Lage im islamischen Bereich weiter überquelle (so der Dolmetscher), könnte das unvorhersehbare Folgen haben. Dabei brauche man über die Frage der Energie gar nicht erst zu sprechen. Großen Wert lege Polen auf eine Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa.[22] Es wäre gut, wenn es im nächsten Jahr zu einer solchen Konferenz käme. Sollte es nicht frühzeitig zu einer solchen Konferenz kommen, dann wäre es gut, wenigstens ein Datum dafür festzulegen. Sorge bereite die Ratifikation von SALT II[23]. In Washington habe es erst geheißen, man könne damit im Herbst rechnen. Dann wurde vom Jahresende gesprochen. Nun sagt man, es würde noch später. Um so mehr seien die NATO-Beschlüsse für Polen ein Schock gewesen, eben weil SALT II nicht abgeschlossen sei. Polen blicke mit großer Sorge auf die Entwicklung.

3) Sie haben für die Offenheit und Rückhaltlosigkeit der Ausführungen von W. gedankt, der Ihnen erwiderte, daß man sich von diesen Prinzipien wie bisher auch weiterhin leiten lassen sollte. Dies mache den besonderen Wert der Gespräche aus.

Sie haben betont, wie offen gerade Ihre Gespräche mit Herrn Gierek seien. Sie haben an Hela angeknüpft. Sie hätten Herrn Gierek damals dargelegt, wie die Allianz auf die sowjetische Rüstung mit SS-20 und „Backfire" reagieren würde. Tatsächlich habe das westliche Bündnis fast genauso reagiert, wie von Ihnen vorausgesagt. Sie hätten dies übrigens sechs Wochen zuvor schon Kossygin

Fortsetzung Fußnote von Seite 1939

vember 1958 und am 28. März 1962 vorgelegt. Für den Wortlaut der letztgenannten Fassung vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 201–205.
Am 14. Dezember 1964 wiederholte Rapacki seine Vorschläge vor der UNO-Generalversammlung in New York und empfahl die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz. Vgl. dazu auch AAPD 1964, II, Dok. 398, und AAPD 1965, I, Dok. 152.

20 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

21 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 320 und Dok. 373, und AAPD 1978, I, Dok. 16, Dok. 24, Dok. 25, Dok. 60 und Dok. 88.

22 Vgl. dazu den Vorschlag der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts, im Rahmen der KSZE eine Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen abzuhalten; Dok. 148, Anm. 25.

23 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 359, Anm. 9.

und Gromyko dargelegt[24] und danach Kádár[25]. Es habe eigentlich niemand überrascht sein können. Die Überraschung auf polnischer Seite könnten Sie deshalb nicht verstehen. Wohl aber verstünden Sie die Beunruhigung sehr gut und Sie teilten sie. Sie wollten zuerst noch eine Bemerkung zur Frage der Überraschung machen. So wie Polen dem Warschauer Pakt angehöre, gehöre die Bundesrepublik zur Atlantischen Allianz. Dies verpflichte zur Loyalität. Im Rahmen dieser Loyalität aber legten wir Wert darauf, der polnischen Seite so frühzeitig wie möglich in die Entwicklungen Einblick zu geben. Uns liege sehr daran, daß die Staaten des Warschauer Pakts und insbesondere Polen nicht überrascht würden, sondern wüßten, woran sie sind.

Zur Frage der Beunruhigung übergehend, sagten Sie, daß die Verzögerung der Ratifikation von SALT II auch uns beunruhige. Sie hätten sich für die Ratifikation stärkstens eingesetzt. Sie würden das im kommenden Jahr wiederholen. Es sei allerdings einzuräumen, daß man den Zeitpunkt der Ratifikation gegenwärtig nicht deutlich sehen könne. Das hänge auch mit der tiefen Sorge zusammen, die das amerikanische Volk wegen der etwa 50 Geiseln im Iran[26] empfinde. Aber Präsident Carter und seine Regierung setzten sich nachdrücklich für die Ratifikation ein. Sie selbst hätten erst vor wenigen Tagen mit Außenminister Vance[27] abgesprochen, daß Sie sich im kommenden Jahr öffentlich mit Nachdruck für die Ratifikation einsetzen würden. Polen sollte am Willen der amerikanischen Regierung, die Ratifikation von SALT II zu erreichen, nicht zweifeln. Es sei in einem Mehrparteienstaat nun einmal schwierig, eine Zweidrittel-Mehrheit zu erhalten.

Auf die TNF-Modernisierung übergehend, überreichten Sie W. die gleichen Karten und Zahlenvergleiche, die Sie schon Außenminister Gromyko[28] übergeben hatten (ohne daß Sie diese Tatsache erwähnten). Sie führten aus, daß schon jetzt 500 SS-4- und SS-5-Raketen auf Europa gerichtet seien, von denen die ersten den ganzen Kontinent bis auf Spanien und Portugal, die letzten sogar Grönland abdeckten. Jetzt würde ein Teil der SS-4-Raketen durch die neue SS-20 abgelöst. Diese reiche noch weiter. Man wisse eigentlich nicht warum, weil Europa ja ohnedies abgedeckt sei. Die SS-20 bringe aber noch in anderen Beziehungen Neuerungen. Sie sei mit drei Sprengköpfen ausgerüstet. Im Gegensatz zu SS-4 und SS-5 sei sie mobil und praktisch unverwundbar. Ihre Treffgenauigkeit sei fünf- bis sechsmal größer als die der SS-4 und SS-5. Sie könne nachgeladen werden. Sie setzten fort, daß Sie W. die Karten und Aufstellungen gern überließen. Sie verrieten damit keine sowjetischen militärischen Geheimnisse, da diese Daten Polen als Mitglied des Warschauer Pakts ja wohl bekannt wären. Seit Ende 1977 werde jede Woche eine SS-20 stationiert, das seien 50 pro Jahr. Zur Zeit gebe es etwa 106 bis 108. Ende 1980 würden es etwa 150

24 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. Dok. 188.

25 Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, am 4./5. September 1979 in Budapest vgl. Dok. 251 und Dok. 255.

26 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 377.

27 Der amerikanische Außenminister Vance hielt sich am 11. Dezember 1979 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundesminister Genscher vgl. Dok. 370.

28 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 23. November 1979 vgl. Dok. 344.

sein, mit 450 Sprengköpfen. Gleichzeitig würden jährlich 30 neue „Backfire" produziert. Mit diesen Rüstungen verstoße die Sowjetunion nicht etwa gegen irgendeinen Vertrag, weder gegen SALT[29] noch gegen MBFR noch gegen Helsinki. Aber sei es klug, so zu handeln? Der Westen frage sich, was diese neue Raketenrüstung solle. Die USA würden davon nicht abgedeckt, sondern Europa, Iran, Pakistan und Indien, China und Japan. Zwei Drittel dieser Rüstung sei gegen Europa gerichtet. Selbst wenn man die SS-20 am Baikalsee stationiere, decke sie ganz Europa ab.

Wir hätten, so setzten Sie fort, Breschnews Rede am 6. Oktober begrüßt. Auf deutschen Vorschlag habe der Westen mit der Zurückziehung von 1000 Nuklearsprengköpfen aus Europa reagiert.[30] Dies sei ein ausgewogenes Verhältnis einseitiger Maßnahmen. Es sollte auch von Polen begrüßt werden, denn diese 1000 Sprengköpfe könnten ja gegen östliche Staaten gerichtet sein. Ein entscheidendes Element habe aber am 6. Oktober gefehlt. Breschnew habe keine Unterbrechung der Produktion von SS-20 und „Backfire" verkündet. Hätte er dies getan, dann hätte das die ganze Situation verändert. Er habe es aber – wie Sie annehmen müßten, nach reiflicher Überlegung – nicht getan. Vielmehr würden Produktion und Stationierung unverändert fortgesetzt. Dies habe zwangsläufig zu dem der polnischen Seite schon im August angekündigten Beschluß der Allianz geführt, der uns Deutschen nicht leichtgefallen sei.

Dieser Beschluß führe nicht zu einer größeren Gefährdung Polens. (Auf einen Einwurf von W. bemerken Sie, daß schon die bisherigen Mittelstreckenwaffen der Allianz Polen abdeckten. Sie verdeutlichen das durch eine Einzeichnung auf der Karte.) Der Beschluß führe aber zu einer größeren Gefährdung der Sowjetunion, weil die neuen Mittelstreckenwaffen äußerstenfalls den Ural erreichen könnten.

Sie wollten nun etwas sagen, was Delikatesse verlange. Nach Ihrer Auffassung hätten sich beide Weltmächte einer Unterlassungssünde schuldig gemacht. Sie hätten Waffen, die Polen oder die Bundesrepublik treffen könnten, als nichtstrategische Waffen ausgeklammert und aus den Verhandlungen herausgelassen. Dies hätten Sie Breschnew und Carter vorgeworfen. Aber wie viel Einfluß könne der Vertreter einer kleineren nichtnuklearen Macht schon ausüben? Dann habe die Sowjetunion den zweiten Fehler gemacht, indem sie ihre insoweit gegebene Vertragsfreiheit ausgenutzt habe, um mit SS-20 und „Backfire" aufzurüsten. Die USA hätten ihrerseits den Fehler begangen, dies hinzunehmen ohne zu protestieren, obwohl sie es wußten. Dann sei ihnen deutlich geworden, daß die europäischen Verbündeten Angst bekämen, und nun plötzlich sei es zur Nachrüstung in einem großen Schritt gekommen. Diese Werturteile, so sagten Sie, teilten Sie W. mit. Sie seien nicht für die Presse bestimmt.

Sie fuhren fort, daß Sie nun den Standpunkt Ihrer Regierung erläutern wollten: Wir hätten die von den USA vorgeschlagenen Beschlüsse mitgefaßt und hielten sie, wie die Dinge nun einmal gelaufen seien, für unvermeidlich. Wir hätten dabei aber zwei Bedingungen gestellt:

[29] Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.

[30] Zum Vorschlag der amerikanischen Regierung über einen Abzug von Kernsprengköpfen vgl. Dok. 303.

Die größere dieser Bedingungen sei gewesen, den Nachrüstungsbeschluß nur zusammen mit einem Verhandlungsangebot zu fassen, das die Verminderung der Rüstungen auf beiden Seiten zum Ziel hat. Alle europäischen Verbündeten hätten sich diese Bedingung zu eigen gemacht, und die USA hätten sie angenommen. Sie sei ernst gemeint, und Sie seien überzeugt, daß die Sowjetunion sich diesem Angebot nicht verweigern könne.

Die Verhandlungen würden schwierig werden, weil die Sowjetunion schon über 100 SS-20 und etwa 60 „Backfire" verfüge, während der Westen die ersten Mittelstreckenwaffen erst ab 1983 stationieren könnte. Die Bundesregierung würde diese schwierigen Verhandlungen aber mit äußerstem Engagement begleiten. Der Bundesaußenminister habe im Ministerrat der NATO schon angekündigt, daß die Allianz die Lage alle halbe Jahre bewerten würde, um festzustellen, ob man die Beschlüsse über Produktion und Stationierung gegebenenfalls anpassen kann.[31] Im Idealfall, wenn die Sowjetunion einen Teil ihrer SS-20 wieder abrüste, wäre es sogar denkbar, daß nicht stationiert zu werden braucht. So optimistisch, an die Verwirklichung eines Idealfalles zu glauben, seien Sie nicht unbedingt. Auf alle Fälle aber habe man drei bis vier Jahre zum Verhandeln.

Die zweite Bedingung sei gewesen, daß die Waffen nicht allein auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland stationiert würden. Es sei am Anfang nicht leicht gewesen, diese Bedingung durchzusetzen. Eine dritte Bedingung, die weniger Schwierigkeiten bereitet habe, sei gewesen, daß keine deutschen Soldaten an diesen Waffen beschäftigt werden dürfen. Es seien amerikanische Waffen und amerikanische Soldaten. Es sei eine amerikanische Angelegenheit, und die USA seien der Verhandlungspartner, nicht wir. In bezug auf Madrid stimmten der Bundesaußenminister und Sie selbst W. zu. Dies gelte insbesondere von der Absicht, in Madrid zu Beschlüssen über vertrauensbildende Maßnahmen zu gelangen. Wir seien gegenüber dem Gedanken, ein gutes Ergebnis für Madrid durch eine Vorkonferenz vorzubereiten, offen. Gleichzeitig hätten wir in Wien ein neues Verhandlungspaket eingebracht.[32]

Sie fuhren fort, Sie wollten das Gespräch politisch zusammenfassen. Sie teilten die Beunruhigung von W. über die Verschiebung der Weltsituation. Dies gelte auch insoweit, als eine solche Verschiebung von den Ereignissen im Iran ausginge.

Sie hätten dem polnischen Außenminister anhand der überreichten Karten sichtbar gemacht, unter welchen Zwängen wir handelten. Diese Zwänge seien nicht durch Polen oder die Bundesrepublik erzeugt, sondern durch die Großmächte. Gemeinsam sei uns der Zwang, daß Polen seiner Sicherheit wegen Mitglied des Warschauer Pakts und wir unserer Sicherheit wegen Mitglied der Atlantischen Allianz seien. Daraus folgten Loyalitäten, an die wir uns halten müßten. Aber es ergäbe sich auch eine Gemeinsamkeit: W. habe dargetan, daß die polnische Nation am stärksten am Frieden interessiert sei, weil sie auch am meisten unter dem Krieg gelitten habe. Aber auch wir hätten gelitten, besonders unter

31 Zum Vorschlag einer halbjährlichen Lagebewertung vgl. Dok. 375.

32 Vgl. dazu die Entscheidung über ein MBFR-Interimsabkommen auf der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel; Dok. 378, insbesondere Anm. 3.

den Folgen des Krieges. Unter der Teilung unseres Volkes. Wir müßten einen Krieg schon deshalb besonders fürchten, weil unsere Nation in zwei verschiedenen Lagern kämpfen müßte.

Aus dem beiderseitigen Interesse folge, daß wir besonders sorgsam hinhörten, wenn Polen spreche. Und für uns Deutsche folge daraus, daß wir uns besondere Mühe gäben, in Warschau und im Osten verstanden zu werden. Deshalb seien Sie mit dem Minister so offen gewesen und hätten ihm die Karten übergeben, die auch die Grundlage der im Bundessicherheitsrat gefallenen deutschen Entscheidung gewesen seien. Sie bäten Herrn Gierek, Herrn Jaroszewicz und Herrn Babiuch auszurichten und auch den Minister selbst, überzeugt zu sein, daß dies auch künftig so sein solle. Sie wollten diese Atmosphäre der rückhaltlosen Offenheit so gut pflegen, wie Sie das könnten. Sie würden sich deshalb darüber freuen, wenn Gierek Ihnen einen ebenso informellen Besuch abstatten würde, wie Sie dies in Hela getan hätten.

Sie wollten hier noch eine Fußnote anfügen. Was Sie dem polnischen Außenminister hier gezeigt hätten, würde der sowjetischen Öffentlichkeit vorenthalten. Auch die polnische Öffentlichkeit sei darüber nicht unterrichtet. Sie bäten die polnische Führung, dies zu erwägen. Sie bäten zu erwägen, was die dargestellte Entwicklung mit SS-20 und „Backfire" für das westliche Bündnis und dessen Kohärenz bedeutet hätte. Das habe man sich wohl nicht richtig vorgestellt. Sie hätten großes Vertrauen zu Breschnew. Aber Sie wüßten auch, daß er 1985 durch jemand ersetzt sein würde, den Sie nicht kennten und den auch der polnische Außenminister nicht kenne. Diese Nachfolgeführung werde aber im Besitz einer ungeheuren Raketenüberlegenheit sein. Sie unterstellten einer solchen Nachfolgeführung keine Absicht zu kriegerischen Abenteuern. Aber die Überlegenheit könnte zur Ausübung politischen Drucks ausgenutzt werden. Das würde auch für Polen nicht angenehm sein. Weder in bezug auf die Begleitumstände noch in bezug auf die Folgen, die es haben könnte. Dies seien die Überlegungen, die uns dazu bestimmt hätten, am Beschluß der NATO mitzuwirken.

Sie wollten aber mit einer optimistischen Note schließen. Sie seien einverstanden, daß die Entwicklung Anlaß zur Beunruhigung gebe. Aber sie enthalte auch große Chancen für Fortschritte im Bereich der Abrüstung, der Entspannung und der Zusammenarbeit. Wir würden unsere ganze Anstrengung darauf richten, daß diese Chancen wahrgenommen werden. Uns sei sehr daran gelegen gewesen, der polnischen Seite unsere Bewertung der Lage zu geben, die Beunruhigung schaffe, aber auch Chancen impliziere, von denen wir hofften, daß sie verwirklicht werden.

W. begrüßte die Offenheit, mit der Sie gesprochen hätten und den Freimut, mit dem Sie den Standpunkt der Bundesregierung dargelegt hätten. Er müsse sich nur fragen, wieso sich etwas geändert habe, selbst Carter habe bei seiner Begegnung mit Breschnew in Wien[33] von einem Gleichgewicht auch im Mittel-

[33] Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

streckenbereich gesprochen[34]. Der Bundeskanzler und er hätten über das Gleichgewicht in Europa gesprochen. Aber die Sowjetunion berücksichtige auch die Tatsache, daß sie von verschiedenen Basen umringt sei, z.B. in der Türkei. Der sowjetische Vorschlag habe auch die Mittelstreckenraketen eingeschlossen.

W. schloß, daß auch er optimistisch sein wolle. Alle Spannungen und jedes Wettrüsten seien zugleich eine Beschränkung des Fortschritts und eine Verschlechterung des Lebensstandards. Die Tatsache, daß er seinen Besuch angesichts der jetzigen Lage nicht abgesagt habe, zeige, welchen Wert man darauf lege, alles zu tun, was unsere Zusammenarbeit entwickeln könne.

Staden

VS-Bd. 14077 (010)

387

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Lücking

210-322.00-1689/79 VS-vertraulich **19. Dezember 1979**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Gegen uns gerichtete Aktivitäten der DDR in Afrika

Bezug: Weisung des Herrn Ministers in der Direktorenbesprechung am 18.12.1979

Anlg.: 2 (Anlage Nr. 2[3] nur im Original)

Zweck der Vorlage: Billigung der beiliegenden Gesprächslinie

Aufgrund der Weisung des Herrn Ministers, daß die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die gegen den Westen und insbesondere gegen uns gerichteten Aktivitäten der DDR in der Dritten Welt gelenkt werden solle, sollen

- die Referatsleiter 013[4] und 320[5] ein Hintergrundgespräch mit Herrn Kiessler vom „Spiegel",

34 Korrigiert aus: „selbst Carter bei seiner Begegnung mit Breschnew in Wien von einem Gleichgewicht auch im Mittelstreckenbereich gesprochen habe".

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen und Legationsrat Wegener konzipiert.

2 Hat Staatssekretär van Well am 20. Dezember 1979 vorgelegen.

3 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech vom 24. August 1979 zur „DDR-Afrikapolitik" vgl. Referat 210, Bd. 116942.

4 Jürgen Sudhoff.

5 Leonhard Kremer.

– Referatsleiter 013 eventuell weitere Hintergrundgespräche mit interessierten Journalisten führen.

Um Billigung der für diese Gespräche vorgesehenen Gesprächslinie (Anlage 1) wird gebeten. Die Gesprächslinie hält sich auf der Linie der vom Herrn Minister gebilligten Vorlage 210-322.00 AFR vom 24.8.79 (Anlage 2).

Referat 320 hat mitgezeichnet.

Lücking

[Anlage 1]

Betr.: Gegen uns gerichtete Aktivitäten der DDR in Afrika

Zur Gesprächsführung:

1) Grundsätzliche Bemerkungen

– Analytische Darstellung der Afrikapolitik der DDR auf der Grundlage des am 7.2.1979 vor dem innerdeutschen Ausschuß des Deutschen Bundestages erstatteten Berichts des Auswärtigen Amts (Anl. 1[6]). Die Entwicklung seit Februar 1979 erfordert keine Korrektur, jedoch sind in Ergänzung zu diesem Bericht die Vorlagen der Abteilung 2 über die Reisen von Generalsekretär Honecker im Februar und November 1979 und von Verteidigungsminister Hoffmann im Mai 1979 mit zu berücksichtigen (vgl. Sachstand 6.12.1979 – U[nter-]Anlg.[7] 2 mit Unteranlagen)[8].

– Unser Interesse liegt darin, der Presse die folgenden Gesichtspunkte verständlich zu machen, damit diese ihren Niederschlag darin finden:

a) Die ernstzunehmenden Gefahren der Afrikapolitik der DDR für die Unteilbarkeit der Entspannung, gleichzeitig aber auch die Notwendigkeit, die Afrikapolitik der DDR in die richtigen Proportionen zu stellen. Dazu gehört insbesondere, daß die Bundesrepublik Deutschland in Afrika eine gute Position besitzt, in die die DDR nicht hereinwachsen wird. Ferner gehört dazu, daß die Grundvoraussetzungen und Aktionsmöglichkeiten der DDR zumindestens längerfristig gesehen beschränkt sind.

6 Die Ziffer „1" wurde von Legationsrat Wegener hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „U[nter]-Anl[age] 210-322.00 AFR."
Dem Vorgang beigefügt. Für die tabellarische Aufstellung des Einflusses der DDR auf einzelne afrikanische Staaten vgl. VS-Bd. 13119 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

7 Dieses Wort wurde von Legationsrat Wegener handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Anlg."

8 Dem Vorgang beigefügt. Referat 210 erläuterte: „Höhepunkte der bisherigen Afrikapolitik der DDR waren, nach einer Reihe von Reisen von SED-Spitzenpolitikern wie den Politbüromitgliedern Axen, Lambertz, Mittag und Naumann sowie Verteidigungsminister Hoffmann in den vergangenen zwei Jahren, die Reise von Generalsekretär Honecker nach Libyen, Angola, Sambia und Mosambik (15. bis 24.2.1979), die vor allem in Mosambik die enge langfristige Bindung dieses Staates an die DDR deutlich machte und in Sambia den Grundstein für die wachsende Annäherung dieses Staates an die DDR legte, die Reise von Verteidigungsminister Hoffmann nach Sambia, Mosambik und Äthiopien (21. bis 31.5.1979), die das wachsende militärische Engagement der DDR in diesen Staaten und deren wachsende Abhängigkeit von der militärischen Unterstützung durch die DDR offenbarte, [und] die Reise von Generalsekretär Honecker nach Äthiopien und der DV Jemen (12. bis 17.11.1979), die vornehmlich die Position der DDR in diesen Staaten absichern und konsolidieren sollte, diesen Zweck jedoch (in Äthiopien) nur teilweise erreicht hat." Vgl. VS-Bd. 13119 (210); B 150, Aktenkopien 1979.

b) Die DDR sucht zumeist gezielt die Unkenntnis von Staaten der Dritten Welt auszunutzen, um diese auf ihre deutschlandpolitischen Grundpositionen festzulegen.

c) Unmißverständlicher Hinweis an die Adresse der DDR, daß sich ihre Aktivitäten in Afrika mit Sicherheit nachteilig auf die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen auswirken müssen.

2) Zusammenfassende Argumentation etwa auf folgender Linie

Die Bundesregierung verfolgt mit Aufmerksamkeit die Tätigkeit der DDR in Afrika, die dort im Rahmen des Gesamtengagements der Warschauer-Pakt-Staaten eine besonders aktive Rolle spielt (Besuchs- und Reisediplomatie, Beratertätigkeit, Militärhilfe, Solidaritätshilfe). Die Bundesregierung vermerkt mit einer gewissen Sorge, daß die DDR ihre Anstrengungen mehr und mehr auf die Unterstützung einiger weniger Länder bei deren militärischen Aktivitäten konzentriert, statt Hilfe zur wirtschaftlichen Entwicklung aller Entwicklungsländer zu leisten.[9] Dieses Vorgehen trägt nicht zur Beruhigung, sondern zur Verschärfung von Konflikten in Ost- und im südlichen Afrika bei und läuft dabei dem Interesse der afrikanischen Staaten an einer friedlichen Entwicklung zuwider. Es ist zugleich mit dem Prinzip der Unteilbarkeit der Entspannung, dessen allgemeine Anerkennung in Ost und West allein einen globalen Frieden gewährleisten kann, unvereinbar. Die Bundesregierung bedauert daher die Zielrichtung und die Methoden der DDR-Außenpolitik in diesem Raum.

Die Bundesregierung stellt zudem immer wieder fest, daß die DDR versucht, ihren Einfluß in einigen ihr nahestehenden Staaten zur Störung unserer Beziehungen zu diesen Staaten auszunutzen. Sie hat derartige Versuche bereits mehrfach in ihre Schranken gewiesen. Sie wird dies auch weiterhin tun. Die DDR sollte erkennen, daß ein innerdeutscher Konflikt in dritten Staaten nicht in ihrem Interesse liegen kann.

Wenn man das Engagement der DDR in Afrika mit unserer Politik in diesem Raum vergleicht, stellt man fest, daß die DDR in allen Bereichen Ziele verfolgt, die den unseren diametral entgegengesetzt sind. Während wir in Erkenntnis der Interdependenz von Industrie- und Entwicklungsländern – unabhängig von den jeweiligen Staats- und Gesellschaftsordnungen in der Dritten Welt – eine partnerschaftliche Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Bereich mit diesen Staaten anstreben, geht es der DDR um die Schaffung von Einflußzonen und Abhängigkeitsverhältnissen durch die gezielte Ausnutzung und sogar Förderung bestehender regionaler Konflikte und durch die

9 Zur Reise des Verteidigungsministers der DDR vom 21. bis 31. Mai 1979 nach Äthiopien, Mosambik und Sambia führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen aus, Hoffmann sei „an der Spitze einer hochrangigen Militärdelegation" gereist: „Hoffmann wurde in allen drei Ländern vom jeweiligen Staatspräsidenten empfangen; er führte ferner Gespräche mit den für Verteidigungsfragen zuständigen Politikern und Militärs. Die Delegation besuchte in Mosambik und Äthiopien militärische Einrichtungen; zum Abschluß wurden Protokolle über militärische Zusammenarbeit unterzeichnet. In Sambia führten die Delegationen Gespräche und Verhandlungen mit der Regierung sowie der Befreiungsbewegung ZAPU, ohne daß jedoch eine schriftliche Vereinbarung getroffen wurde." Richthofen sah es als „langfristige Bedeutung" der Reise an, „daß die DDR sich nunmehr offener denn je zu ihrem militärischen Engagement insbesondere im südlichen Afrika bekennt und dieses Engagement propagandistisch zunehmend stärker herausstellt". Vgl. die Aufzeichnung vom 10. Juli 1979 (Kurzfassung); Referat 210, Bd. 116528.

Konzentration auf machtpolitische Schlüsselbereiche (insbesondere Militär- und Sicherheitsapparat, Staats-, Partei- und Gewerkschaftskader, Massenkommunikationsmittel) in bestimmten Schwerpunktländern (Beispiel Mosambik, Angola, Äthiopien; Befreiungsbewegungen), wobei sie bestehende Notlagen dieser Länder sowie deren geringeren Wissens- und Kenntnisstand gezielt ausnutzt. Die DDR verfolgt insgesamt eine doppelzüngige Politik, wie sich insbesondere bei den Reisen von Generalsekretär Honecker nach Afrika[10] gezeigt hat, als die DDR die Unkenntnis dieser Staaten über die spezifische deutschlandpolitische Problematik ausgenutzt hat, um diese auf ihre deutschlandpolitische Grundposition gegenüber uns festzulegen; sie nimmt hierbei in Kauf oder bezweckt sogar, daß diese Taktik für diese Staaten zu einer Infragestellung des Prinzips der Blockfreiheit sowie zu einer Belastung der bilateralen Beziehungen zu uns führt. Beispielhaft für die unterschiedliche Konzeption zwischen der DDR und uns ist vor allem auch die Rüstungsexportpolitik: Während die Bundesregierung als Ausfluß ihrer auf einen globalen Frieden – gerade auch in der Dritten Welt – gerichteten Politik grundsätzlich keine Waffen in Spannungsgebiete liefert[11], auch nicht an uns nahestehende Staaten (z.B. Somalia), springt die DDR hier bereitwillig in diese Bresche und fördert die Bedürfnisse dieser Länder sogar. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die DDR in der Dritten Welt zugleich auch Ziele verfolgt, die keinerlei Bezug zu diesem Raum haben: insbesondere die Konkurrenz mit und die Abgrenzung zur Bundesrepublik Deutschland, wobei sich die DDR als fortschrittlicherer Staat, dessen Gesellschaftssystem die Zukunft gehört, zu präsentieren sucht, sowie den Propagandaeffekt, um den revolutionären Immobilismus im eigenen Lande zu kompensieren und gegenüber der eigenen Bevölkerung eine vermeintlich dynamische, elastische und zielbewußte Politik vorzuführen.

Gleichwohl wachsen die Bäume der DDR nicht in den Himmel. Sowohl hinsichtlich des Ziels – Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Ostens – als auch hinsichtlich der Mittel sind der DDR durch das Unabhängigkeitsstreben der Staaten der Dritten Welt sowie durch ihre eigenen wirtschaftlichen und personellen Kapazitäten Grenzen gesteckt: Die überzogene Besuchsdiplomatie ohne sachliche Substanz sowie die Konzentration auf eine umfassende

10 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 15. bis 24. Februar 1979 in Libyen, Angola, Sambia sowie Mosambik auf. Vgl. dazu Dok. 28, Anm. 19, sowie Dok. 43.
Vom 12. bis 17. November 1979 besuchte Honecker Äthiopien und die Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen). Ministerialdirigent Lücking erläuterte: „Der Besuch in Äthiopien, der in einem stark propagandistisch bestimmten Rahmen stattfand, hatte den Abschluß eines Freundschaftsvertrags, die Verabschiedung eines gemeinsamen Kommuniqués und die Unterzeichnung eines langfristigen Programms über die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie weiterer Vereinbarungen zum Ergebnis. [...] Der eigentliche Grund für den kurzfristig anberaumten Besuch dürfte in dem Bestreben der DDR liegen, die Position der Warschauer-Pakt-Staaten in Äthiopien zu halten und abzusichern, nachdem die Absicht der äthiopischen Führung, sich ihren Spielraum zur Verfolgung nationaläthiopischer Interessen nicht einengen und ihre Optionen gegenüber dem Westen nicht verschütten zu lassen, in der Frage der Zulassung einer marxistisch-leninistischen Kaderpartei zunehmend deutlicher geworden ist. Es ist nicht ersichtlich, daß sich der Besuch in diesem Punkt ausgezahlt hat, vielmehr hat der äthiopische Staatschef in seiner Bankettrede deutlich gemacht, daß er nicht gewillt ist, sich die Entscheidung hierüber aus der Hand nehmen zu lassen. Insgesamt dürfte die Reise allerdings die Position der DDR konsolidiert haben". Der Besuch im Südjemen sei im Vergleich dazu aus Sicht der DDR „uneingeschränkt als Erfolg zu werten". Vgl. Referat 210, Bd. 116492.

11 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 2, Anm. 15.

Beratertätigkeit im militärischen und wirtschaftlichen Bereich wirken sich langfristig eher kontraproduzent aus, da die DDR bei den Staaten der Dritten Welt Erwartungen weckt, die sie nicht erfüllen kann.

Wir sind der festen Auffassung, daß unsere Politik, die die langfristigen Interessen der Staaten der Dritten Welt achtet, sich langfristig auch als das Erfolgreichere erweisen wird.

VS-Bd. 13119 (210)

388

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow

213-363.31 SOW-1712/79 VS-vertraulich **21. Dezember 1979**[1]

Protokoll der Unterredung des Bundesministers mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 21. Dezember 1979, 9.05 bis 10.10 Uhr

Anwesend: Erster Sekretär Kurpakow, sowjetische Botschaft, als Dolmetscher, der Unterzeichnende[2] als Protokollant.

Der *Bundesminister* sagte nach einigen einleitenden Worten, er habe diese Unterredung angeregt, weil ihm daran liege, den Meinungsaustausch mit der SU fortzusetzen, der in letzter Zeit in so erfreulich dichter Folge geführt worden sei.[3]

1) LRTNF-Rüstungskontrollangebot der Allianz

Bundesminister sagte, er wolle die Auffassung der Bundesregierung zu den Beschlüssen des Atlantischen Bündnisses[4] darlegen. AM Vance habe ja den sowjetischen Geschäftsträger bereits empfangen und ihm die Aufnahme von Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen angeboten[5]; es sei in Inhalt und Zu-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Barker am 21. Dezember 1979 gefertigt und am selben Tag an das Ministerbüro mit der Bitte, „die Zustimmung des Bundesministers herbeizuführen", weitergeleitet.
Hat Bundesminister Genscher am 22. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 9. Januar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung von Kopien an das Büro Staatssekretäre, Ministerialdirektor Blech und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot verfügte.

2 Enno Barker.

3 Vgl. dazu die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 26. Oktober und 6. November 1979; Dok. 309 und Dok. 320.
Vgl. dazu ebenso die Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 21., 22. und 23. November 1979; Dok. 341–344.

4 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

5 Am 19. Dezember 1979 ließ der amerikanische Außenminister Vance Bundesminister Genscher über die amerikanische Botschaft mitteilen, er habe am Vortag den sowjetischen Geschäftsträger in Washington, Wassew, einbestellt, „officially to convey and urge the Soviets to accept our offer to negotiate limitations on TNF in SALT III framework, as outlined in the Ministerial Communiqué

ständigkeit ganz im Sinne der am 12. Dezember getroffenen Beschlüsse, daß die USA als Sprecher auftreten. Die Bundesregierung unterstreiche aber ihr erhebliches Interesse an der Aufnahme dieser Verhandlungen. Die Zeit bis zur in Aussicht genommenen Dislozierung in drei bis vier Jahren sollte sinnvoll genutzt werden. Die Nachrüstung könne umso niedriger ausfallen, je konkreter die Ergebnisse dieser Verhandlungen sein würden. Dieser lange Zeitraum sei ein völlig neuer und erfolgversprechender Ansatz. Wir hofften, daß die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen so bald wie möglich auf der Grundlage der folgenden Leitlinien beginnen könnten:

a) Jede künftige Begrenzung amerikanischer TNF solle von einer entsprechenden Begrenzung sowjetischer TNF begleitet sein. Damit werde das wichtigste Prinzip, nämlich das Gleichgewicht, in den Mittelpunkt gestellt. Es könne nur um Erreichung eines stabilen Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau gehen.

b) Wir wollten, daß über die Begrenzung amerikanischer und sowjetischer LRTNF bilateral im Rahmen von SALT III verhandelt werde und daß die SALT-II-Kriterien[6] als Vorbild dienten. Die Fortschreibung des SALT-Prozesses erscheine uns als geeignete Methode, um zu raschen Ergebnissen zu gelangen. Es sei ermutigend, daß GS Breschnew in seiner Rede am 6. Oktober[7] ebenfalls den SALT-III-Rahmen für diese Gespräche genannt habe.

c) Unmittelbares Ziel dieser Verhandlungen solle die Begrenzung amerikanischer und sowjetischer landgestützter Mittelstreckenraketensysteme sein. Die Konzentration der Verhandlungen auf diesen klar abgesteckten Bereich erhöhe die Chance rascher Einigung. Später könnten schrittweise weitere Bereiche einbezogen werden.

d) Jedes Ergebnis müsse mit dem Grundsatz der Gleichheit zwischen beiden Seiten vereinbar sein. Damit meinten wir das Prinzip gleicher Obergrenzen; dies bedeute nicht notwendigerweise, daß wir auch bis zu dieser Obergrenze gehen wollen.

e) Schließlich müsse jede vereinbarte Begrenzung angemessen verifizierbar sein.

Wichtiger Bestandteil der vom Bündnis getroffenen Entscheidung sei der geplante Abzug von 1000 nuklearen Gefechtsköpfen aus Europa.[8] Also eine Reduzierung, nicht eine Erhöhung.

Insgesamt enthielten die LRTNF-Rüstungskontrollvorschläge des Bündnisses ein sehr konkretes Verhandlungsangebot an den Osten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1949

of December 12. [...] The Soviet Chargé replied that he had no instructions. He took the customary Soviet position that we are building military while they are only seeking equal security. In response to this I stressed repeatedly our belief that the positive NATO decisions opened the way for reasonable discussions. I expressed my hope that the Soviets would study the documents closely." Vgl. den Drahterlaß Nr. 6465 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron vom 20. Dezember 1979 an die Botschaften in Washington und London sowie an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel; VS-Bd. 11343 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

6 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 359, Anm. 9.

7 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. Dok. 287 und Dok. 296.

8 Zum Vorschlag der amerikanischen Regierung, 1000 Kernsprengköpfe aus Europa abzuziehen, vgl. Dok. 303.

2) MBFR

Die vor uns liegende Zeit solle – so fuhr Bundesminister fort – nicht nur für konkrete Verhandlungen im Bereich der LRTNF genutzt werden. Es gelte, bei der Rüstungskontrolle zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Deshalb seien wir auch an einer Intensivierung der MBFR-Gespräche interessiert. Am 20. Dezember sei in Wien der westliche Vorschlag für ein Zwischenergebnis vorgelegt worden.[9] Er sehe zunächst Einigung über die sowjetischen und amerikanischen Daten vor, sodann eine Vereinbarung über die Verminderung der sowjetischen und amerikanischen Truppen im Verhältnis 30000 zu 13000 (das sei weniger als die Hälfte dessen, was bisher für die I. Phase vorgesehen war). Wir hielten die Beschränkung auf ein begrenztes Zwischenziel für am besten geeignet, bald zu einem ersten greifbaren Ergebnis zu gelangen.

Weitere Fortschritte setzten eine Einigung über die Datengrundlage bei allen Teilnehmern voraus. Wir hofften auf eine Einigung dann auch in weiteren Bereichen. Wichtiges Element seien kollektive Absichtserklärungen beider Seiten auf der Basis der westlichen Vorschläge vom 20.4.1978[10] und der östlichen Antwort darauf vom Juni 1978[11]. Besonders bedeutsam erscheine uns die integrale Verbindung des Zwischenergebnisses mit begleitenden Maßnahmen, um die umfassende Überprüfbarkeit eines Reduzierungsabkommens sicherzustellen.

Die geographische Anwendung dürfe bei CBMs nicht auf den Reduzierungsraum beschränkt sein, denn Vertrauen sei geographisch nicht teilbar.

3) KSZE-Folgekonferenz

Bundesminister führte aus, in Madrid[12] müßten alle Bereiche gleichmäßig behandelt werden. Dabei werde es naturgemäß auch zu einer breiten Erörterung vertrauensbildender Maßnahmen kommen; dies hätten wir auch aus der Rede von GS Breschnew vom 6. Oktober und dem Kommuniqué der WP-Außenminister vom 5. Dezember[13] geschlossen. Es wäre gut, wenn in Madrid über das französische KAE-Projekt[14] und über ein Mandat für die besondere Konferenz über militärische Aspekte der Sicherheit in Europa beschlossen werden könnte.

4) Zusammenfassung

Bundesminister unterstrich zusammenfassend, die Bundesregierung habe sich innerhalb des Atlantischen Bündnisses sehr stark für die Beschlußfassung über das von ihm soeben präsentierte, sehr breit angelegte Verhandlungspaket eingesetzt. Wir könnten mit Genugtuung konstatieren, daß dieses Angebot von allen Partnern des Bündnisses voll mitgetragen werde. Wir hofften auf rasche Ergebnisse und hätten mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß in der

9 Zum Vorschlag für ein MBFR-Interimsabkommen vgl. Dok. 378, Anm. 3.

10 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 19. April 1978 vgl. Dok. 20, Anm. 3.

11 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 8. Juni 1978 vgl. Dok. 39, Anm. 13.

12 Im abschließenden Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 wurde festgelegt, daß ab 9. September 1980 ein Vorbereitungstreffen in Madrid stattfinden sollte, um die zweite KSZE-Folgekonferenz ab 11. November 1980 in Madrid vorzubereiten. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1978, D 247. Vgl. dazu ferner AAPD 1980.

13 Für den Wortlaut des Kommuniqués über die Konferenz der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 5./6. Dezember 1979 in Warschau vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 49–55.

14 Zum französischen Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz vgl. Dok. 270, Anm. 7.

Breschnew-Rede vom 6. Oktober, in den mit AM Gromyko in Bonn geführten Gesprächen und im Kommuniqué der WP-Außenminister vom 5. Dezember dieselben Gebiete für verhandlungsbedürftig erklärt worden seien. Wir entnähmen daraus, daß auch die östliche Seite an Ergebnissen interessiert sei.

Wichtig sei, daß man ohne Vorbedingungen in die Verhandlungen eintrete und daß man jetzt verhandle, um auf möglichst niedrigem Niveau zu einem Gleichgewicht zu gelangen. Wir seien dazu entschlossen und hätten ein ureigenes Interesse an raschen Ergebnissen: Dies sei zum einen Bestandteil unserer Friedenspolitik, außerdem hätten wir ein wirtschaftliches Interesse an einer Reduzierung der Rüstungslasten (er wisse, daß die Rüstungsbelastung in der SU prozentual höher sei als bei uns[15], aber sie sei auch bei uns spürbar genug), und freiwerdende Mittel könnten der Dritten Welt zugute kommen, die ihre Erwartungen auf den Osten wie auf den Westen richte.

Wir sollten unser Kapital an geschaffenem Vertrauen in die drei genannten Bereiche einbringen. Wir seien natürlich bereit, auch alle konstruktiven Vorschläge der anderen Seite unvoreingenommen zu prüfen. Abschließend: Wir hätten die Pflicht und die Chance, das kommende Jahrzehnt zu einer Zeit der Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung zu machen.

Semjonow bedankte sich zunächst dafür, daß der Minister ihn zu dieser Unterredung empfangen und ihn unterrichtet habe. Er fuhr fort, er wolle bis zu einem eventuellen neuen Zusammentreffen nach Neujahr über das von Bundesminister Gesagte nachdenken. Es sei in einer so wichtigen Angelegenheit nicht gut, „sich auf sein Gehör zu verlassen"; schließlich sei nicht Geschwätz, sondern ein seriöses Gespräch zwischen verantwortungsbewußten Politikern beabsichtigt. Zudem sei seine Rolle bescheiden, da er über das von Bundesminister erwähnte Gespräch in Washington zwischen AM Vance und dem sowjetischen Geschäftsträger noch nicht unterrichtet sei.

(*Bundesminister* warf ein, wir könnten Botschafter Semjonow noch heute eine Unterlage über die NATO-Beschlüsse zur Verfügung stellen, wofür sich dieser bedankte mit der Bemerkung, dann habe er über Weihnachten Arbeit.)

Semjonow fuhr fort, er habe die Weisung, eine Analyse der Bündnisvorschläge an seine Zentrale zu übermitteln. Das sei allerhand Arbeit, obwohl er die Methodik dieser Art von Arbeit natürlich kenne. In derart komplizierten Dingen bedürfe es umfassender Analyse als Grundlage weiser und nicht überstürzter Beschlüsse.

Die Vorschläge von GS Breschnew über Frieden, Entspannung und Abrüstung (einschließlich LRTNF) seien uns bekannt. Bekannt sei auch die Warnung von AM Gromyko in dem bekannten Zusammenhang während seines Bonn-Besuchs.[16] Das bleibe natürlich in Kraft und müsse in Rechnung gestellt werden; er brauche das nicht zu wiederholen.

[15] Am 14. Dezember 1979 erklärte Bundesminister Genscher vor dem Bundestag: „Die Tatsache, daß die Staaten der NATO 1977 4,5% ihres Bruttosozialprodukts, die Staaten des Warschauer Pakts dagegen 11,7% für Rüstungen ausgaben, zeigt, wo die Rüstungslasten am meisten drücken." Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, Bd. 113, S. 15465.

[16] Vgl. dazu die Äußerungen des sowjetischen Außenministers Gromyko auf der Pressekonferenz am 23. November 1979; Dok. 351, Anm. 14.

Auch die östlichen Stellungnahmen zu den NATO-Beschlüssen[17], die sich ja schon vor dem 12. Dezember abgezeichnet hätten, seien bekannt. Er habe daraufhin keine ernstzunehmende Veränderung der westlichen Position verzeichnen können. Nach sowjetischer Einschätzung versuche die NATO, zu Lasten der Sicherheit der WP-Staaten militärische Überlegenheit in Europa zu erreichen. Der Kampf um die Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts in Europa müsse unter diesen Bedingungen vorrangig sein, und die Frage der amerikanischen LRTNF-Systeme stehe dabei im Mittelpunkt.

Die sowjetischen Vorschläge für Verhandlungen mit dem Atlantischen Bündnis und die sowjetische Bereitschaft, die eigenen Kernwaffen in Europa zu reduzieren, wenn in Westeuropa keine neuen stationiert werden, hätten hierzu den richtigen Ansatzpunkt gebildet.

Noch sei Zeit für die Politiker der NATO-Staaten, ihr Verantwortungsbewußtsein zu entdecken und ihrem gesunden Menschenverstand zu folgen.

Es sei bekannt gewesen, daß, wenn die NATO die LRTNF-Modernisierung in Europa beschließe, die WP-Staaten entsprechende Maßnahmen mit Rücksicht auf die dann veränderte Lage zu erörtern haben würden. Die NATO-Regierungen mußten sich also bewußt sein, daß Beschluß und Implementierung die Grundlage für die von uns vorgeschlagenen Verhandlungen zerstören würden. (Anm.: Hier hatte der Dolmetscher übersetzt „... die Verhandlungsgrundlage zerstören würden", worauf Semjonow eingriff und mit Betonung korrigierte: „... die Grundlage für die von uns vorgeschlagenen Verhandlungen".) Das wäre gleichbedeutend mit der vorherigen Setzung politischer und militärischer Bedingungen. (Anm.: Dieser Satz wurde – wegen zunächst unklarer Übersetzung – auf Bitte des Bundesministers mehrfach sowohl von Semjonow auf russisch als auch von Kurpakow in deutscher Übersetzung wiederholt und paraphrasiert. Die vorstehende Wiedergabe stellt die zuletzt gegebene Fassung dar.)

Wenn die NATO mit der Implementierung beginne, würden die SU und sicher auch die anderen WP-Staaten ihre Sicherheit zu schützen verstehen. Es müsse allen klar sein, daß die dann wegen der veränderten Lage zu treffenden Schritte erzwungene Gegenmaßnahmen seien. Es müsse auch klar sein, daß es sich dabei um Maßnahmen handeln könnte, die in den Bereichen Abrüstung/Rüstungskontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen nicht unbedingt zum Fortschritt beitrügen.

Die SU rechne auch mit dieser Möglichkeit. Wenn der Westen ernsthaft an Lösungen des Problems interessiert sei, müsse er sie dort suchen, wo das möglich

17 Botschafter Wieck, Moskau, übermittelte am 15. Dezember 1979 Informationen aus einem Gespräch des Redakteurs des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel", Wild, mit dem Ersten Stellvertretenden Leiter der Abteilung für Internationale Information des ZK der KPdSU, Falin. Dieser habe sich „ungewöhnlich scharf" geäußert und betont, „es werde keine Verhandlungen mit der anderen Seite geben. Die Sowjetunion lasse nicht mit sich reden von einer Position der Stärke aus." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4854; Referat 220, Bd. 116887.
Am 19. Dezember 1979 meldete Wieck: „Sowjetisches Schweigen zu den Brüsseler Beschlüssen fällt auf. Es ist zu vermuten, daß Vorbereitungen für eine offizielle sowjetische Stellungnahme oder sogar eine Reaktion des WP insgesamt im Gange sind, aber längere Zeit in Anspruch nehmen." Aus Äußerungen des Abrüstungsexperten des IMEMO, Proektor, lasse sich entnehmen, „daß man sich in Moskau mit der Entscheidung der NATO abgefunden hat und daß man zur Fortsetzung von Abrüstungsverhandlungen bereit" sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4888; Referat 220, Bd. 116887.
Zur polnischen Reaktion vgl. Dok. 386.

sei. Wenn andererseits Westeuropa strategisch geschwächt werden solle, dann scheue er sich nicht zu sagen: „Das ist in Ihr Ermessen gestellt, Herr Minister."

Gott habe dem Menschen die Augen vorne am Kopf gegeben, damit er vorausschauen könne.

Bundesminister warf ein, man müsse auch seitwärts schauen, um keinen starren Blick zu bekommen.

Semjonow stimmte dem zu, fügte aber gleich hinzu, dies sei ein ernstes Thema.

Bundesminister erwiderte auf die Ausführungen Semjonows, er wolle unser Interesse an rascher Aufnahme der LRTNF-Verhandlungen zwischen USA und SU, an zügiger Fortführung der MBFR-Verhandlungen und an gründlicher und konstruktiver Vorbereitung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (jetzt schon, und nicht erst, wenn es zu spät sei) noch einmal unterstreichen. Unsere Position sei im Kreise der EG-Staaten, die sich zu KAE und der Madrid-Folgekonferenz ja bereits geäußert hätten, abgestimmt. Wir wollten auch nicht-blockgebundene Staaten konsultieren und wollten über Fragen der Rüstungsbegrenzung gern auch auf der Grundlage der von den EG- und NATO-Staaten erarbeiteten gemeinsamen Positionen mit den WP-Staaten einen intensiven und konstruktiveren Dialog führen. So sei auch dieses Gespräch mit dem Botschafter zu verstehen; es sei auch Bestandteil der Gespräche gestern und heute mit dem polnischen AM Wojtaszek[18], es werde bei seinem Besuch in der ČSSR[19] eine Rolle spielen ebenso wie beim bevorstehenden Besuch des ungarischen AM[20] und dem Besuch in Moskau[21] sowie bei dem Gespräch BK–Honecker[22]; dasselbe gelte natürlich auch für die anderen WP-Staaten, die er jetzt hier nicht genannt habe, weil z. Z. keine Besuche unmittelbar bevorstünden.

Anschließend erkundigte sich Bundesminister, wann Semjonow die in Aussicht gestellte Antwort auf seine Ausführungen geben wolle.

Semjonow erwiderte, der Bundesminister und er seien z. Z. ungleiche Dialogpartner. Der Westen habe die bekannten Beschlüsse gefaßt, der Osten sei dabei, die daraufhin entstandene Lage zu analysieren („Wir sind im Prozeß der Ausarbeitung unserer Position, unserer Vorschläge mit Berücksichtigung dessen, was alles gesagt worden ist", fügte Semjonow hinzu – auf deutsch). Deshalb sei es für heute besser, das Gespräch zu beschränken.

Der Termin eines weiteren Gesprächs hänge vom Bundesminister ab, dessen Terminkalender mit Sicherheit voller sei als sein eigener.

Bundesminister antwortete, er habe Herrn Semjonow so verstanden, daß dieser zunächst die sachliche Prüfung abschließen wolle. Anschließend könne man sicher einen Termin finden.

18 Der polnische Außenminister Wojtaszek hielt sich vom 19. bis 21. Dezember 1979 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 19. Dezember 1979 vgl. Dok. 386.

19 Zur Verschiebung des für den 25./26. Februar 1980 geplanten Besuchs des Bundesministers Genscher in der ČSSR vgl. Dok. 380, Anm. 28.

20 Der für den 7./8. Februar 1980 vorgesehene Besuch des ungarischen Außenministers Puja in der Bundesrepublik wurde Anfang 1980 verschoben.

21 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 30. Juni und 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnungen; AAPD 1980.

22 Zu dem geplanten Treffen des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. Dok. 379, Anm. 17.

Auf ausweichende Bemerkungen von Semjonow schlug Bundesminister die Woche ab 7. Januar und – als Semjonow zustimmte – den 8. Januar vor. Es wurde vereinbart, das Gespräch am 8. Januar um 10.00 Uhr fortzusetzen. Auf Frage von Semjonow versicherte Bundesminister, er werde sich ausreichend Zeit für dieses Gespräch nehmen, und fragte seinerseits, ob Semjonow eine größere Besetzung als die heutige wünsche, was Semjonow verneinte.[23]

Im abschließenden Teil der Unterredung erwähnte *Semjonow*, er werde heute abend bei StS van Well sein. Dann könne man ja mit ihm andere Fragen bereden und sich am 8. Januar wieder auf das Thema der Rüstungskontrolle und -begrenzung konzentrieren, das natürlich nicht die ganze Palette unserer Beziehungen darstelle.

Bundesminister sagte, er freue sich sowohl über die Unterredung mit StS van Well heute abend als auch über die beschlossene Fortsetzung des von uns angestrebten konstruktiven Dialogs am 8. Januar. Er wolle noch einmal bitten, daß die östliche Seite unsere Vorschläge sehr ernst nehmen möge. Es sei wichtig, den Aspekt der Sicherheit beider Seiten zu sehen.

Semjonow erwähnte, daß er gestern in der niedersächsischen Landesvertretung mit MP Albrecht zu einem Frühstück zusammengetroffen sei.

Bundesminister erkundigte sich, ob auch Botschafter Wieck die Außenminister der einzelnen sowjetischen Unionsrepubliken aufsuchen könne.

Semjonow antwortete, er habe darüber einmal mit Botschafter Wieck gesprochen und habe den Eindruck, dieser habe mehr Termine und mehr Möglichkeiten, in seinem Gastland zu reisen, als er wahrnehmen könne.

Bundesminister erkundigte sich, was denn die Außenminister der Unionsrepubliken den ganzen Tag machten.

Semjonow antwortete, sie hätten zumeist noch andere Ämter. Der estnische Außenminister[24] z. B. sei zugleich stellvertretender Ministerpräsident der Estnischen SSR und habe noch weitere Funktionen. Ähnlich sei es in den anderen Unionsrepubliken.

Generell wolle er zu den Bemerkungen des Bundesministers über Botschafter Wieck noch sagen: Natürlich verstehe jeder Botschafter sein Gastland um so besser, je intensiver er es bereise. Aber er (Semjonow) habe den Eindruck, Herr Wieck würde sich eine Rüge des Bundesministers einhandeln, wenn er zu lange von Moskau abwesend sei.

Bundesminister fragte abschließend, ob Semjonow mit einer Presseverlautbarung[25] über diese Unterredung etwa auf folgender Linie einverstanden sei: Er habe heute Botschafter Semjonow empfangen, um ihm die westlichen Verhandlungsvorschläge zur Begrenzung der Mittelstreckenwaffen sowie unsere Haltung zum derzeitigen Stand bei MBFR und zur Vorbereitung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid zu erläutern. Er habe unser Interesse an baldiger Aufnahme der Verhandlungen über die Begrenzung der Mittelstreckenwaffen unter-

23 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 25. Januar 1980 vgl. die Gesprächsaufzeichnung; AAPD 1980.

24 Arnold Karlowitsch Gren.

25 Vgl. dazu die Meldung „Gromyko verurteilt NATO-Beschluß"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. Dezember 1979, S. 1.

strichen. Das Gespräch zwischen ihm und Botschafter Semjonow werde im Januar (ohne Nennung eines Datums in der Presseverlautbarung) fortgesetzt werden.

Semjonow stimmte dem zu.

Bundesminister verabschiedete den Botschafter und trug ihm Neujahrswünsche an AM Gromyko auf.

VS-Bd. 14080 (010)

389

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel

422-413.00 GA/IRN-717/79 VS-vertraulich **21. Dezember 1979**[1]

An dem Gespräch nahmen auf amerikanischer Seite Finanzreferent der Botschaft, Hermberg, auf deutscher StS Lautenschlager und RL 422[2] teil.

1) Botschafter *Stoessel* übergab Kopie eines Briefes des Präsidenten Carter an den Bundeskanzler[3] und ein Schreiben des AM Vance und des Finanzministers Miller an den Bundesminister und BM Matthöfer[4]. Er erläuterte, der Brief

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pabsch am 2. Januar 1980 gefertigt und am selben Tag an das Ministerbüro weitergeleitet „mit der Bitte, die Billigung des Herrn Ministers einzuholen".
Hat Legationsrat I. Klasse Petersmann am 2. Januar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 2. Januar 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S[iehe] S[eite] 4." Vgl. Anm. 22.
Hat Vortragendem Legationsrat Edler von Braunmühl am 2. Januar 1980 vorgelegen.

2 Wiegand Pabsch.

3 Präsident Carter bedankte sich bei Bundeskanzler Schmidt für die Unterstützung bei der Bewältigung der durch die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran entstandenen Krise. Die bisher ergriffenen Maßnahmen hätten allerdings keine Änderung der iranischen Haltung bewirkt: „The time has come for the international community to take concrete action as well. I am therefore instructing the Permanent Representative of the United States to the United Nations to request an early meeting of the Security Council to adopt binding measures under article 41 of the United Nations Charter. [...] We seek effective economic sanctions that will induce the Iranian government to comply with its international obligations. We seek to employ the collective pressure of the international community to obtain a peaceful solution, rather than turn to the other remedies that are available to us under international law. We are not asking to block Iran's exports or to affect its imports of food and of humanitarian articles such as medicine. But we do seek strong, collective action. [...] I hope that you will support us in this effort to obtain a peaceful solution." Vgl. den Drahterlaß Nr. 6505 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schaad vom 21. Dezember 1979 an die Ständige Vertretung bei der UNO in New York und die Botschaft in Washington; VS-Bd. 11127 (230); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Der amerikanische Außenminister Vance und Finanzminister Miller führten in ihrem Schreiben aus: „Our embassy has now given you the clarifying details of the financial measures on which we ask your cooperation. We deeply appreciate your willingness to take these cooperative actions subject to other countries taking similar actions. [...] The President believes that it is urgent to put these measures in place to send a strong signal to Iran that we are cooperating not only in word but in

Carters sei auch an die Regierungschefs der Mitgliedstaaten des VN-Sicherheitsrats gerichtet und enthalte die Mitteilung, daß der amerikanische VN-Botschafter[5] angewiesen werde, eine baldige Sitzung des Sicherheitsrats mit dem Ziel zu erwirken, bindende Maßnahmen nach Art. 41 der VN-Satzung[6] zu beschließen. Er sprach die Erwartung aus, daß die Sowjetunion den Schritt unterstützen werde; ihr sei bedeutet worden, daß die USA eine eindeutige Klärung der sowjetischen Haltung zur Geiselnahme[7], die durch einige sowjetische Äußerungen nach der SR-Resolution[8] zu dieser Frage ins Zwielicht geraten sei, erwarte.

Welchen Inhalt der Resolutionsentwurf haben werde, den die USA im SR einbringen wolle, sei noch offen; nicht gedacht sei an Beschränkungen im Handelsverkehr oder bei Nahrungs- und Arzneimittellieferungen. Man werde den Entwurf mit den VN-Missionen der Verbündeten in New York abstimmen, wobei dem Ergebnis der Sondierungen mit den übrigen SR-Mitgliedern Rechnung getragen werden müsse.

Bundesminister erklärte, er sehe in der Initiative des Präsidenten ein Ergebnis der Gespräche mit AM Vance in Bonn[9] und der Vier in Brüssel[10]. Wir hätten uns angesichts einiger widersprüchlicher Äußerungen aus der amerikanischen VN-Mission gefragt, ob sich die amerikanische Haltung geändert habe. Der jetzige Schritt erleichtere es den Verbündeten, sich in der Frage möglicher Maßnahmen auch freiwilliger Art zu bewegen, was besonders für VK[11], F[12] und Japan[13] gelte.

Stoessel begründete die eingetretene Verzögerung mit einer amerikanischen Rücksichtnahme auf die Kontakte Waldheims mit Teheran. Auch er hoffe, daß die Anrufung des Sicherheitsrates den Verbündeten ermögliche, jetzt im Bereich der freiwilligen Maßnahmen vorzugehen, und wies auf den Brief der Minister Vance und Miller an BM und BM Matthöfer hin.

Bundesminister fragte, in welchem zeitlichen Verhältnis die freiwilligen Maßnahmen zu den im SR zu ergreifenden Maßnahmen stehen sollten.

Stoessel entgegnete, der Brief Carters sei bei der Botschaft später eingegangen als der Brief von Vance und Miller, woraus er entnehme, daß in beiden Berei-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1956

deed, that we will defend the international monetary system, and that we are willing to increase pressure on Iran. We count on your cooperation to help implement these specific measures immediately. Our collective response to the Iranian situation is a test of our joint will to act together." Vgl. den Drahterlaß Nr. 6505 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schaad vom 21. Dezember 1979 an die Ständige Vertretung bei der UNO in New York und die Botschaft in Washington; VS-Bd. 11127 (230); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Donald F. McHenry.

6 Zu Artikel 41 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. Dok. 377, Anm. 6.

7 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 377.

8 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 457 des UNO-Sicherheitsrats vom 4. Dezember 1979 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 54.

9 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Vance am 11. Dezember 1979 vgl. Dok. 370.

10 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich) und Vance (USA) am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 377.

11 Zur britischen Haltung zu Sanktionen gegen den Iran vgl. Dok. 382, Anm.19.

12 Zur französischen Haltung zu Sanktionen gegen den Iran vgl. Dok. 382, Anm. 18.

13 Zur japanischen Haltung zu Sanktionen gegen den Iran vgl. Dok. 382, Anm. 9.

chen unabhängig voneinander vorgegangen werden könne. Der Brief von Vance und Miller sei auch an die entsprechenden Minister im VK[14], in F[15] und Japan[16] gegangen; man warte auf deren abschließende Reaktionen und werde dann wieder auf uns zukommen; er habe verstanden, daß die Bundesregierung die freiwilligen Maßnahmen erst dann einleiten wolle, wenn auch diese anderen Regierungen dazu bereit seien.

StS *Lautenschlager* fragte, an welche Maßnahmen die US-Regierung bei der Anrufung des SR denke. Christopher sei in seiner Presseerklärung[17] weitergegangen, als man zu viert in Brüssel vereinbart habe.

Bundesminister fragte weiter, ob nicht auch die als „freiwillig" geplanten Maßnahmen in die vom SR zu beschließenden Maßnahmen einbezogen werden könnten; er wies darauf hin, daß vom 21.12. bis zum 26.12. einschließlich ohnehin Bankfeiertage seien; damit stünden sechs Tage zur Verfügung, in denen der SR auch über solche Maßnahmen entscheiden könne. Man müsse vermeiden, daß der SR Maßnahmen beschließe, in denen die „freiwillig" geplanten nicht enthalten seien; es sei dann schwierig, solche Maßnahmen noch durchzuführen, da die Bundesregierung dann kritisiert werden würde, sie tue „mehr", als der SR verlange.

Stoessel stimmte zu, daß eine Einbeziehung der „freiwilligen" Maßnahmen im Finanzbereich in einen SR-Beschluß es den Verbündeten zweifellos erleichtern würde, in diesem Bereich zu handeln. Er bat in diesem Zusammenhang um Unterrichtung über das Ergebnis der Kabinettssitzung vom 19.12.[18]

StS *Lautenschlager* teilte mit, daß das Kabinett im wesentlichen den in Brüssel unter den Vier erörterten freiwilligen Maßnahmen unter der Voraussetzung zugestimmt habe, daß andere Verbündete sie ebenfalls ergreifen. In Paris und London dauerten die Diskussionen hierüber aber noch an.

Bundesminister fügte hinzu, daß wir zum Handeln bereit seien, dies aber nur dann Sinn habe, wenn die genannten Verbündeten mitmachten; die anderen Verbündeten könnten nun nicht mehr sagen, sie würden die Maßnahmen nur ergreifen, wenn die Deutschen mitmachen – „wir machen mit".

StS *Lautenschlager* bemerkte, die als „freiwillig" geplanten Maßnahmen könnten etwa in Verbindung mit einer Beschränkung des Waffenexports und der Exportkredite ein Bündel von wirksamen Maßnahmen des SR abgeben.

2) *Bundesminister* teilte dann Botschafter Stoessel mit, er habe dem Sowjetbotschafter Semjonow die Brüsseler Beschlüsse über die Nachrüstung im Bereich der Mittelstreckenraketen und das Rüstungskontrollangebot erläutert.[19] Er

14 Peter Carrington und Geoffrey Howe.

15 Jean François-Poncet und Maurice Papon.

16 Saburo Okita und Noboru Takeshita.

17 In der Presse wurde gemeldet: „The United States is considering asking the UN to impose a wide range of economic sanctions against Iran. Deputy Secretary of State Warren Christopher said last night that the possible measures included a suspension of military shipments, telecommunications, air and rail links and export credits." Vgl. den Artikel „Militants reject Christmas visits to U.S. hostages"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 21. Dezember 1979, S. 1 f.

18 Zur Kabinettssitzung am 19. Dezember 1979 vgl. Dok. 382, Anm. 27.

19 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.
Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 21. Dezember 1979 vgl. Dok. 388.

habe das Gefühl – das auch durch sein Gespräch mit dem polnischen Außenminister Wojtaszek[20] bestätigt worden sei –, daß man sich in Moskau noch keine abschließende Meinung darüber gebildet habe, wie man auf die Beschlüsse reagieren wolle. Obwohl dem Botschafter der Gesprächsgegenstand seit Tagen bekannt gewesen sei, habe er erklärt, er habe noch keine Weisungen und wolle in der zweiten Januarwoche auf die Angelegenheit zurückkommen. Auch die Polen hätten offenbar ihre Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen. Der polnische Außenminister habe übrigens dreimal gefragt, was sich denn seit der Begegnung Carters mit Breschnew[21] im Streitkräfteverhältnis Ost/West so Entscheidendes verändert habe, daß die NATO nun eine „Nachrüstung" beschlossen habe; Carter habe in Wien erklärt, es bestehe ein Rüstungsgleichgewicht zwischen Ost und West, und habe dies ausdrücklich auch auf das Rüstungsverhältnis im Bereich der Mittelstreckenraketen bezogen.

Auch Botschafter Semjonow habe ähnliches angedeutet. Möglicherweise zeichne sich hier bereits eine Linie künftiger sowjetischer Argumentation ab. Es sei für uns deshalb wichtig zu erfahren, was in Wien wirklich gesagt worden sei, um solchen Äußerungen wie denen Wojtaszeks und Semjonows künftig besser entgegentreten zu können.

Stoessel sagte dies zu.[22]

Abschließend machte *Bundesminister* einige Bemerkungen zum Anteil der sowjetischen Rüstungsproduktion am Bruttosozialprodukt der SU[23], zu den sowjetischen Rüstungsaufwendungen im Verhältnis zur Arbeitszeit eines sowjetischen im Vergleich zu der eines amerikanischen oder deutschen Arbeiters, zum Verhältnis des sowjetischen Rüstungsexports in Länder der Dritten Welt zur sowjetischen Entwicklungshilfe sowie zu dem im Verhältnis zum Westen relativ niedrigen Personalkostenanteil im sowjetischen Rüstungsetat. Man müsse diese Fakten feststellen, um sie in der internationalen Diskussion zur Verfügung zu haben.

VS-Bd. 14089 (010)

20 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Wojtaszek am 19. Dezember 1979 vgl. Dok. 386.

21 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 181 und Dok. 211.

22 Der Passus „Es sei für uns deshalb wichtig ... sagte dies zu" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Haben wir inzwischen eine Erklärung?" Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat Edler von Braunmühl am 7. Januar 1980 handschriftlich: „Vgl. anl[iegenden] DB Nr. 6 v[om] 2.1. aus Wash[ington]." Vgl. Anm. 1.

23 Vgl. dazu auch die Äußerungen des Bundesministers Genscher am 14. Dezember 1979 vor dem Bundestag; Dok. 388, Anm. 15.

390

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

221-372.20/30-2328/79 VS-vertraulich **21. Dezember 1979**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung

Betr.: MBFR-Zwischenergebnis[4];
hier: erste Reaktionen des Ostens

I. Die neuen westlichen Vorschläge (Zwischenergebnis und begleitende Maßnahmen) sind dem Osten in Wien am 17.12.1979 in einer informellen Sitzung vorgelegt worden.[5] Die offizielle Einführung erfolgte in der Plenarsitzung vom 20.12.1979, der letzten der 19. Runde[6]. Die Verhandlungen werden in der Woche ab 28.1.1980 fortgesetzt.[7]

II. 1) Der sowjetische Delegationsleiter Tarassow gab in der Plenarsitzung eine erste negative Stellungnahme ab. Er erklärte, die neuen Vorschläge ließen aus östlicher Sicht keine Elemente für ein beiderseits annehmbares Abkommen erkennen. Die vorläufige östliche Bewertung faßte er in sieben Grundsätzen zusammen, über die nach östlicher Auffassung Einigung erzielt werden müßte, bevor ein Abkommen der ersten Phase zustande kommen kann:

A. Das Phase-I-Abkommen müßte die Kriterien für die Bestimmung des Umfangs der Reduzierungen aller direkter Teilnehmer in Phase II klar definieren.

B. Deutliche Verbindung beider Phasen.

C. Zur Aufrechterhaltung der übereinstimmenden kollektiven Höchststärken muß ein Mechanismus geschaffen werden, der verhindert, daß ein einzelner Teilnehmerstaat seine alte Truppenstärke wiederherstellt oder sogar überschreitet.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik und Vortragendem Legationsrat von Jagow konzipiert.
Hat Jagow am 27. Dezember 1979 erneut vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „1) Dg 22 (S. 4), 2) RL 221 n[ach] R[ückkehr]." Vgl. Anm. 13.
Hat Botschafter Ruth am 28. Dezember 1979 vorgelegen.
Hat Holik am 2. Januar 1980 erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär van Well am 21. Dezember 1979 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 23. Dezember 1979 vorgelegen.

4 Zum Inhalt eines MBFR-Interimsabkommens vgl. Dok. 366.
Zur Entscheidung über ein MBFR-Interimsabkommen auf der NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1979 in Brüssel vgl. Dok. 378, Anm. 3.

5 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), teilte am 18. Dezember 1979 zur informellen Sitzung am Vortag mit: „Die Vorschläge wurden schriftlich übergeben und mündlich eingeführt. [...] Der Osten stellte zahlreiche Fragen, ohne direkte Kommentare abzugeben. Die Fragen wurden überwiegend anhand eines vorbereiteten AHG-Papiers beantwortet und betrafen insbesondere Daten, Fehlen einer Nicht-Erhöhungsverpflichtung und die westliche Goodwill-Klausel, weiterhin Kriterien für US/SU-Reduzierungen, Form und Verifizierung dieser Reduzierungen sowie Bewaffnungsfragen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 763; VS-Bd. 11495 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

6 Die 19. Runde der MBFR-Verhandlungen begann am 27. September 1979.

7 Die 20. Runde der MBFR-Verhandlungen begann am 3. Januar 1980. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 87 des Botschafters Jung, Wien (MBFR-Delegation), vom 11. Februar 1980; AAPD 1980.

D. Nichterhöhungsverpflichtung (freeze) für alle direkten Teilnehmer schon in Phase I.

E. Grundsätzliche Festlegung aller direkter Teilnehmer auf Waffenreduzierungen in Phase II.

(Herausnahme der Reduzierungen selbst aus Phase I bleibt dagegen unwidersprochen).

F. Limitierung des Luftwaffenpersonals.

G. Begleitende Maßnahmen

- mit Anwendung auf die Streitkräfte aller direkter Teilnehmer von Anfang an,
- in Relation zum Umfang der Reduzierungen und Begrenzungen,
- geographische Anwendung auf den Raum der Reduzierungen und nur auf diesen.

Auf die im westlichen Vorschlag vorgesehene geographische Ausdehnung einzelner Maßnahmen auf sowjetisches Gebiet reagierte Tarassow mit emotional vorgetragener scharfer Ablehnung.

Tarassow erklärte im übrigen, daß die Vorschläge den östlichen Regierungen zur Kenntnis gebracht und angemessen geprüft werden.

2) Dieser Stellungnahme waren zahlreiche Fragen des Ostens in zwei informellen Sitzungen[8] vorausgegangen. Davon ist erwähnenswert das besondere östliche Interesse an der Bedeutung der vorgeschlagenen Goodwill-Erklärung und an der Methode für die Bestimmung der Reduzierungen in Phase II.

Zum ersten erklärte der Osten, er müsse genau wissen, was sich der Westen unter einer solchen Goodwill-Erklärung vorstellt, bevor er selbst einschlägige Verpflichtungen eingehe. Welche Garantien für die Erfüllung der Vertragsziele könne der Westen anstelle einer Nichterhöhungsverpflichtung geben?

Zum zweiten zielte der Osten auf die Frage, ob Reduzierungen in Einheiten oder durch Ausdünnung vorgesehen seien und welche Garantien der Westen dafür gebe, daß die nicht-amerikanischen westlichen Landstreitkräfte in Phase II annähernd proportional zu ihrer numerischen Stärke reduziert würden.

3) In Gesprächen am Rande der Verhandlungen haben sich östliche Vertreter enttäuscht geäußert und speziell kritisiert, daß der Westen die letzten östlichen Vorschläge vom 30.11.78[9] und vom 28.6.79[10] nicht nur nicht berücksichtigt habe, sondern in den Fragen der Nichterhöhung und der Reduzierungsverpflichtungen der nicht-amerikanischen westlichen Teilnehmer sogar hinter seine bisherige Position zurückgegangen sei.

8 Mit Drahtberichten Nr. 761 und Nr. 763 vom 18. Dezember 1979 berichtete Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), über zwei informelle Sitzungen am 17. Dezember 1979. Vgl. dazu VS-Bd. 11495 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

9 Am 30. November 1978 teilte Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), mit, daß die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten auf der informellen Sitzung am 28. November 1978 „eine leicht modifizierte neue Version" ihres „Vorschlages vom 5.12.74 für eine Nichterhöhung der beiderseitigen Streitkräfte für die Dauer der Verhandlungen" vorgelegt hätten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1002; VS-Bd. 10437 (221); B 150, Aktenkopien 1978.

10 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 28. Juni 1979 vgl. Dok. 200.

Sehr kritisch hat sich der polnische Delegationsleiter Strulak gegenüber Botschafter Jung geäußert.[11] Abgesehen davon, daß durch die westliche TNF-Modernisierungsentscheidung[12] das Klima zwischen Ost und West verschlechtert sei, stelle der Vorschlag einen Rückschritt dar. Die Aufteilung der westlichen Reduzierungsquoten und deren Veröffentlichung sei auf die Zeit vor Unterzeichnung eines Phase-II-Abkommens verschoben. Auch ein freeze nach Abschluß eines vereinfachten Phase-I-Abkommens werde nun abgelehnt. Diese Wendung stehe im Widerspruch zur bisherigen westlichen Position. Damit die Bundesrepublik schon zu Anfang einen Beitrag leiste, müsse sie einen freeze schon mit einem Interimsabkommen akzeptieren.

Strulak und andere nicht-sowjetische Vertreter haben bezweifelt, daß das Datenproblem durch Vorziehen einer Einigung über die sowjetischen Daten vereinfacht werde, weil der harte Kern der Datenfrage gerade bei den sowjetischen Streitkräftezahlen liege.

III. Es zeichnet sich ab, daß der Osten, wie zu erwarten war, vor allem auf eine stärkere Verbindung zwischen Phase I und II und damit insbesondere auf eine „deutsche Leistung" schon in Phase I drängen wird. Der Osten wird versuchen, die westliche Goodwill-Erklärung zu einer Nichterhöhungsvereinbarung anzureichern. Außerdem wird er auf konkreterer Programmierung der Reduzierungen in Phase II bestehen. Zur Datenfrage sind die ersten Äußerungen zwar nicht ausdrücklich negativ, geben aber auch keine Anhaltspunkte für irgendwelche Bewegung.

Demgegenüber wird es darauf ankommen, beharrlich zu betonen, daß die weitergehenden Vorstellungen, die der Westen bisher zu Phase I entwickelt hatte, eine Einigung über die Datengrundlage bei allen Teilnehmern voraussetzen. Ohne Gesamtdateneinigung kann die Verbindung zwischen den Phasen nicht konkreter festgelegt werden. Dem Osten ist entgegenzuhalten, daß für den Stillstand in der Datenfrage nicht der Westen verantwortlich ist.[13]

Der Osten wird bei seiner Antwort in Rechnung stellen müssen, daß die Vorschläge in der westlichen Öffentlichkeit insgesamt Zustimmung und Unterstützung gefunden haben, so daß der Westen jetzt als berechtigt erscheint, eine konstruktive Reaktion des Ostens zu erwarten. Mit schlichter Ablehnung würde der Osten in ein politisch ungünstiges Licht geraten.

Deshalb sind östliche Andeutungen plausibel, die Antwort des Ostens werde längere Zeit brauchen. Andererseits kann nicht ausgeschlossen werden, daß der Osten versuchen könnte, den Westen möglichst bald wieder formal in Zug-

11 Am 18. Dezember 1979 informierte Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), daß sich der Leiter der polnischen MBFR-Delegation, Strulak, ihm gegenüber am Vortag „über den westlichen Vorschlag für ein Interimsabkommen sehr kritisch" geäußert und diesen als „Rückschritt" bezeichnet habe. Er, Jung, habe darauf aufmerksam gemacht, daß es sich nicht um „ein volles Phase-I-Abkommen, sondern um ein Interimsabkommen handele", daher „müßten manche Punkte bis zur Einigung über die Gesamtdaten zurückgestellt werden". Weiterhin habe er auf die Goodwill-Erklärung hingewiesen, „die politischen Charakter habe und von großer Bedeutung sei", sowie auf die „großen Konzessionen", die die Bundesrepublik in der Datenfrage gemacht habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 760; VS-Bd. 11447 (221); B 150, Aktenkopien 1979.

12 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

13 Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

zwang zu setzen. Er kann seinen bereits vor der Einführung in Wien durch Presseveröffentlichungen gewonnenen Informationsvorsprung nutzen. Auf die westliche Initiative vom 19.4.1978[14] antwortete der Osten bereits nach sieben Wochen (8.6.)[15].

Blech

VS-Bd. 11495 (221)

391

Botschafter Ritzel, Teheran, an das Auswärtige Amt

114-62/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1596
Citissime nachts

Aufgabe: 24. Dezember 1979, 10.25 Uhr[1]
Ankunft: 24. Dezember 1979, 08.52 Uhr

Betr.: Krise in Iran[2]

Bezug: DE Nr. 699 vom 22.12.79 – VS-Tgb.-Nr. 503/79 VS-v[3]

1) Habe Weisung in vollem Umfang am Abend des 23. Dezember 1979 bei Bazargan ausführen können. Text von mir übersetzt, dann noch einmal mit ihm durchgegangen. B. bat um Überlassung. Habe keine Bedenken gesehen, ihm Text für 24. Dezember zuzusagen.

2) Zu US-Text unter II. Bezugserlaß fünf Anstriche:

Erster Anstrich[4]: B., der gesamte Revolutionsrat[5] und alle Minister haben die gleichen Sorgen.

14 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 19. April 1978 vgl. Dok. 20, Anm. 3.

15 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 8. Juni 1978 vgl. Dok. 39, Anm. 13.

1 Hat Bundesminister Genscher am 24. Dezember 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mit v[an] Well bespr[ochen:] 1) An B.: Ich stehe für Mitteilungen zur Verfügung. 2) Auch empfangsbereit."
Hat Amtsrat Kusnezow am 27. Dezember 1979 vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „1) Reg[istratur] b[itte] eintragen, 2) Abl[ichtung] B[üro] StS, 3) Orig[inal] H[errn] Wallau."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 27. Dezember 1979 vorgelegen.

2 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 382.

3 Ministerialdirigent Montfort übermittelte Botschafter Ritzel, Teheran, ein amerikanisches Papier zusammen mit der Bitte des amerikanischen Außenministeriums, beim ehemaligen Ministerpräsidenten Bazargan vorzusprechen. Montfort ergänzte: „Wir bitten Sie, diese Demarche baldmöglichst durchzuführen. Dabei überlassen wir es Ihrer Entscheidung, ob Sie die amerikanischen Argumente ganz oder nur teilweise Bazargan vortragen. Dies gilt insbesondere für den Absatz, der Moghadam-Maraghei und Entezam betrifft." Vgl. VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

4 Erster Absatz des amerikanischen Papiers: „We are deeply distressed by the lasting harm being done to our diplomats and by our inability to engage anyone in Iran in useful discussions leading to their release. We are also deeply distressed by the terrible damage that the crisis is working on the Iranian political system and social fabric. Unless the crisis is speedily brought to an end, we see de-

Zweiter Anstrich[6]: B. beurteilt Situation genauso. Studenten hätten auch Unterlagen in US-Botschaft gefunden, die führende Geistliche in den gleichen ungerechtfertigten Verdacht brächten.[7] Wann sich Besetzer dieser Namen in der Öffentlichkeit bedienen würden, bleibe ihr Geheimnis. AM Ghotbzadeh hat gegen Verhaftung Amir Entezams[8] protestiert, weil er nicht vorher informiert worden sei.

Dritter Anstrich[9]: Niemand mehr im weltlichen Bereich der Revolution habe das Vertrauen des Imam Khomeini. Der Imam selbst behalte sich alle Entscheidungen vor und ändere Ansichten ohne erkennbare Begründung. Unter den Besetzern befänden sich Leute, die die Stellung des Imam im Volk ausnützten. Sie würden dann auf ihn hören, wenn seine Weisung ihren Interessen diene (meine Bemerkung: Kommunisten? Anarchisten? Seine Antwort: Ja! Ja, möglich! Auch außerhalb des Botschaftsgeländes). Vom Schaden, den Iran durch Anhalten der Konfrontation nehmen könnte, hat B. keine konkreten Vorstellungen. Habe ihm bei dieser Gelegenheit Solidarität der meisten Länder mit USA auseinandergesetzt. B. warf ein, daß auch alle arabischen Länder auf Befreiung der Geiseln drängten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1963

creasing opportunities for the emergence of moderate, anticommunist leadership that could lead Iran to stability, renewed economic development and its proper place in the community of nations." Vgl. den Drahterlaß Nr. 699 des Ministerialdirigenten Montfort an Botschafter Ritzel, Teheran, vom 22. Dezember 1979; VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit erläuterte am 14. Dezember 1979: „Seit dem Beginn des Teheraner Geiseldramas am 4.11.1979 ist der islamische Revolutionsrat gespalten über den einzuschlagenden Kurs. Dem anonymen, wahrscheinlich 15-köpfigen Gremium gehören vermutlich u. a. folgende Personen an: Ayatollah Khomeini, Generalsekretär Dr. Beheshti, der frühere MP Bazargan, der frühere AM Dr. Yazdi, der frühere AM und jetzige Wirtschafts- und Finanzminister Bani Sadr, der jetzige AM Ghotbzadeh sowie verschiedene Ayatollahs". Die Uneinigkeit in diesem Gremium sei u. a. durch den Rücktritt des Ministerpräsidenten Bazargan am 8. November 1979 „aus Protest sowohl gegen den Völkerrechtsbruch der Botschaftsbesetzung als auch gegen die Ohnmacht der Regierung gegenüber dem Revolutionsrat" deutlich geworden. Vgl. Referat 311, Bd. 137622.

6 Im zweiten Absatz des amerikanischen Papiers wurde ausgeführt: „We are concerned by the irrational attacks on such patriotic Iranians as Mr. Moghadam-Maraghei and Mr. Amir Entezam. [...] They are nationalists and certainly not American agents." Vgl. den Drahterlaß Nr. 699 des Ministerialdirigenten Montfort an Botschafter Ritzel, Teheran, vom 22. Dezember 1979; VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

7 Botschafter Ritzel, Teheran, erläuterte dazu: „Mindestens der Name des Ayatollah Montazeri kommt in den Akten der US-Botschaft vor. M. [...] genießt das besondere Vertrauen des Imam trotz seiner beschränkten geistigen Fakultäten. An seinem Namen kann sich zwischen Imam und Studenten Kraftprobe ergeben. Imam kann M. nicht zum US-Imperialisten stempeln lassen. Andererseits könnten Studenten Name benutzen, um Imam auf ihre Seite zu pressen oder Chaos weiterzutreiben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1598 vom 24. Dezember 1979; VS-Bd. 11152 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

8 Botschafter Ritzel, Teheran, berichtete am 20. Dezember 1979 von der „Verhaftung des früheren stellvertretenden Premierministers Amir Entezam unter der Anschuldigung, CIA-Agent zu sein", und äußerte die Vermutung, man wolle damit „Bazargan als dessen damaligen Chef treffen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1590; Referat 311, Bd. 137622.

9 Dritter Absatz des amerikanischen Papiers: „We hope that Mr. Bazargan and his friends can use their influence to bring this crisis to a quick resolution so that the authority of the Iranian Government may be asserted over the destructive elements on our Embassy compound. Unless a courageous stand is taken against those persons, Iran's loss will be severe and long enduring." Vgl. den Drahterlaß Nr. 699 des Ministerialdirigenten Montfort an Botschafter Ritzel, Teheran, vom 22. Dezember 1979; VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

Vierter Anstrich[10]: B. nahm dies mit Befriedigung zur Kenntnis. Imam sei aber zutiefst skeptisch gegenüber USA, VN und IGH. Unter den VN könne er sich nichts konkret vorstellen. Schon eher unter einzelnen Ländern, die Mitglieder der VN seien.

Fünfter Anstrich[11]: Keine konkrete Äußerung. Erneuter Hinweis von B. auf gesamten Revolutionsrat.

3) Gespräch von 40 Minuten nach Lektüre Textes und unter Ziff. 2 berichteten Bemerkungen ergab folgendes:

a) Imam war bis Donnerstag, 20. Dezember, gegen Entlassung einzelner Geiseln. War auch gegen Zulassung christlicher Geistlicher zu Weihnachten. Donnerstagabend Meinungsänderung, drei Geistliche werden zugelassen[12] und etwa fünf Geiseln (Farbiger, Indianer mexikanischer Abstammung und eventuell sonst von Studenten als harmlos Bezeichnete) würden freigegeben. Mein Einwand, daß Bischof Capucci nicht akzeptabel wäre, quittierte er mit Bemerkung, daß dieser wohl nicht mehr in Frage käme.

b) B. sieht keine reelle Chance für VN-Vermittler. Er würde aber gerne mit Freunden Idee besprechen, Imam gute Dienste der Deutschen vorzuschlagen. Habe ihn hierin aufgrund telefonisch erhaltener Ministerweisung bestärkt und angeregt, eventuell auch F. gedanklich einzubeziehen, da Imam auf F. vom Gemüt her ansprechbar. B. will dies überlegen. Neigt dazu, F. einzubeziehen.

c) Inhalt „guter Dienste" müßte nach B.'s erster Überlegung folgender sein:

aa) Da niemand in der Welt, mit möglicher Ausnahme der Kommunisten, die auch Imam als Hilfe nicht wolle, Freilassung der Geiseln von öffentlich erklärten Bedingungen abhängig machen wolle, müßten Vermittler Imam unwiderruflich glaubwürdig machen, daß nach Freilassung aller Geiseln vor internationalem Forum iranische Beschwerden gegen Schah[13] und USA Gehör fänden. B. war sich dabei bewußt, daß „Anklage" gegen USA Grenzen wahren müsse, um nicht weltpolitische Gewichte zu verschieben.

10 Vierter Absatz des amerikanischen Papiers: „Mr. Bazargan should know that the United States has no wish to humiliate Iran or to interfere in its internal affairs. We are prepared to seek a resolution of the crisis that will afford the Iranian Authorities an acceptable way out, but we cannot allow our diplomats to be used as a source of pressure to force concessions from us. We are prepared to discuss a variety of approaches that can satisfy the needs of both Iran and the United States and are prepared to deal either directly with the Iranian Authorities or indirectly with intermediaries, e.g. the United Nations." Vgl. den Drahterlaß Nr. 699 des Ministerialdirigenten Montfort an Botschafter Ritzel, Teheran, vom 22. Dezember 1979; VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

11 Fünfter Absatz des amerikanischen Textes: „Finally we wonder if Mr. Bazargan has any suggestions as to other persons who might be influential and willing to assist us in ending the crisis." Vgl. den Drahterlaß Nr. 699 des Ministerialdirigenten Montfort an Botschafter Ritzel, Teheran, vom 22. Dezember 1979; VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

12 Am 24. Dezember 1979 wurde in der Presse mitgeteilt: „Tonight, at the invitation of the Iranian Foreign Ministry, three U.S. clergymen were to leave for Tehran to visit the hostages on Christmas. They were the Rev[erend] William Sloane Coffin of the Protestant Riverside Church in New York, Bishop Thomas Gumbleton of Detroit, representing the U.S. Catholic Conference, and the Rev. William Howard Jr., president of the National Council of Churches." Vgl. den Artikel „Iran confident it can survive sanction effort"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE, S. 1 f.

13 Mohammed Reza Pahlevi.

Diskussion vor VN ist nach B. etwas zu mager. Als ich ihn an VN-Debatten 1956 (Suez[14], Ungarn[15]) erinnerte, schraubte er Bedenken tiefer.

bb) Imam werde auf Rücküberstellung Schah[16] bestehen. Ich antwortete, daß dies grundsätzlich unmöglich sei.

cc) Imam werde auf Rückgabe vom Schah gestohlenen Vermögens beharren. Antwort: Schwierig, wie? B.: Könnte Schah nicht durch internationalen Druck veranlaßt werden, zu diesem Thema vor internationalem Forum Rede und Antwort zu stehen?

d) Form – dies ist wesentlich – der „guten Dienste":

B. überlegt, Imam vorzuschlagen, daß er und eine andere geeignete Person weltlichen Zuschnitts in die Länder reisen sollten, die die „guten Dienste" leisten würden. Da Imam ihm aber nicht mehr genügend Vertrauen schenke, überlegt er vorzuschlagen, daß ein hoher Geistlicher, der das Vertrauen habe, als dritter Mann mitgeht.

B. ist aber skeptisch, ob Imam auf Vorschlag eingeht.

4) Zu US-Text unter II. Bezugsdrahterlaß vor Anstrichen[17]:

B.'s Einschätzung geht aus obigen Details teilweise schon hervor. Zusätzlich sagte er, daß Imam seine Revolution retten wolle. Um sie und sich zu retten, stelle er sich auch vor Extremisten. Er sähe nicht, daß er gerade dadurch seine Revolution aufs Spiel setze.

Ich sagte B., daß niemand in Iran unsere (westliche) Solidarität mit USA unterschätzen möge. Wenn es zu Wirtschaftssanktionen kommen müßte[18], würden wir alle leiden, voran aber Iran. B. beantwortete die selbstgestellte Frage nach den möglichen Profiteuren einer solchen Entwicklung mit der Bemerkung: der Kommunismus.

5) B. fragte mich, ob ich bereit wäre, in gleicher Offenheit in Qom vorzutragen.[19] Ich sagte, daß ich keine Weisung hätte, dies aber machen würde unter

14 Die Suez-Krise wurde im Juli 1956 durch die von der ägyptischen Regierung betriebene Verstaatlichung des Suezkanals ausgelöst. Großbritannien und Frankreich griffen Anfang November 1956 in die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Israel und Ägypten ein, sahen sich aber durch den Druck sowohl der USA als auch der UdSSR, die die Möglichkeit eines Einsatzes ihrer atomaren Waffen andeutete, zum Rückzug gezwungen.

15 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer-Pakt am 1. November 1956 kam es am 4. November 1956 zu einer Intervention sowjetischer Truppen.

16 Schah Reza Pahlevi hielt sich seit 22. Oktober 1979 in den USA auf, um sich einer medizinischen Untersuchung zu unterziehen. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 2251.
Am 15. Dezember 1979 verließ Schah Reza Pahlevi die USA und reiste nach Panama.

17 Der einleitende Passus des amerikanischen Papiers lautete: „We understand that the German Ambassador maintains useful contact with former Iranian Prime Minister Bazargan who continues to occupy his old office in the Prime Ministry and to exercise many of his former functions. We do not know how much influence Bazargan maintains in the present chaotic situation, but we believe it would be useful to put several ideas to him if the Germans agree. [...] We suggest that the German Ambassador call on Bazargan with the primary purpose of obtaining his assessment of the present situation and outlook for obtaining release of all the hostages." Vgl. den Drahterlaß Nr. 699 des Ministerialdirigenten Montfort an Botschafter Ritzel, Teheran, vom 22. Dezember 1979; VS-Bd. 14084 (010); B 150, Aktenkopien 1979.

18 Zu amerikanischen Bemühungen um Wirtschaftssanktionen gegen den Iran vgl. Dok. 389.

19 Am 27. Dezember 1979 informierte Botschafter Ritzel, Teheran, daß „heutige EG-Botschafterrunde" beschlossen habe, „Regierungen um Weisung zu einer eiligen Vorsprache bei Khomeini zu bit-

der Voraussetzung, nicht Objekt einer Fernsehshow bei einem Imam-Monolog ohne fachlich qualifizierte Übersetzung zu sein.

B. – wohl aber kaum der Imam – ist sich des Zeitdrucks bewußt. Auf seine Frage, ob US-Text Meinung von Präsident Carter sei, entgegnete ich, daß er davon ausgehen möge.

6) (Bewertung) Bleibe, leider, skeptisch, daß Gespräch Konkretes erbringt.[20] Khomeini hat sich sehr isoliert, sieht die Gefahren für Iran nicht, glaubt Revolution nur dadurch retten zu können, daß er keine Risse in ihr offenlegt, ist grundsätzlich für weltlich motivierte Argumentation schwer zugänglich, mißtraut allen (nach B. auch seinem Sohn Ahmad) und ist blind für die Konsequenzen seiner Haltung. Ist Fatalist, allerdings nicht im Sinn des Bösen wie Hitler, aber im Sinn des göttlich gefügten Schicksals.

7) Die Meldungen über Verlegung der Geiseln[21] in Teheraner Gefängnis wurden im Gespräch mit B. nicht angesprochen. Für sie gibt es bisher hier keine Bestätigung. Wenn etwas dran ist, könnte Verlegung Konzentration an einen Ort für Begegnung mit christlichen Geistlichen sein. Geistliche würden sich später über Ort der Begegnung äußern können.

[gez.] Ritzel

VS-Bd. 14084 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1966

ten; Vorsprache müßte vor Votum in VN-SR stattfinden". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1605; Referat 311, Bd. 137622.

Ritzel teilte am 29. Dezember 1979 mit, daß die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten an den iranischen Außenminister mit dem Wunsch nach einem Gespräch mit Ayatollah Khomeini oder Generalsekretär Beheshti herangetreten seien. Ghotbzadeh habe dies abgelehnt und sich selbst als Gesprächspartner angeboten. Ritzel berichtete: „Gesprächsinhalt und -verlauf lassen kaum Raum für eine Vernunftlösung. AM G. hat Untergangsstimmung demonstriert. Ich will nach dem Eindruck, den er machte, nicht ausschließen, daß er um sein politisches Leben kämpft." Die Botschafter kamen zu dem Ergebnis: „Mr. Ghotbzadeh, if he understands the measure of the problem, feels unable to show any flexibility. His professed belief that he has made helpful initiatives which have been rebuffed, may stem from a realisation of his own weakness or even insecurity in the face of the intransigence of Khomeini and the ‚students'. It is clear, however, that economic sanctions imposed by the Security Council, or failing a resolution, voluntary economic measures, are likely, in the short term at least, to increase Iranian intransigence." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1606; Referat 311, Bd. 137622.

20 Botschafter Ritzel, Teheran, ergänzte in einem weiteren Drahtbericht vom 24. Dezember 1979: „Habe [...] B[azargan] am 23. Dezember auch gefragt, ob er nicht an Geiselbefreiung durch eigene Kraft denken wolle. Antwort war Achselzucken." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1598; VS-Bd. 11152 (311); B 150, Aktenkopien 1979.

21 Am 24. Dezember 1979 wurde in der Presse berichtet, eine der Geiseln in der amerikanischen Botschaft in Teheran, ein Marineinfanterist, habe auf Veranlassung der Geiselnehmer ein „Interview" im amerikanischen Fernsehsender NBC geben müssen: „The young marine tried bravely to confirm that perhaps 20 of the captives had been removed from the embassy, something that for some time had been suspected by journalists and European diplomats in Tehran." Vgl. den Artikel „Crisis reduces 50 Americans to faceless pawns in power game"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 24. Dezember 1979, S. 2.

392

Runderlaß des Ministerialdirigenten Freiherr von Stein

422-413.00 GA/IRN-700I/79 VS-vertraulich **27. Dezember 1979**[1]
Fernschreiben Nr. 6519 Plurez
Citissime

Betr.: Wirtschaftsmaßnahmen Iran[2]

I. Nur zur Unterrichtung für Botschafter

1) Nachdem britische und französische Regierung uns davon unterrichtet haben, daß sie „freiwillige" Maßnahmen im Sinne der amerikanischen Vorschläge (vgl. Plurez 6425 vom 19.12.[3]) eingeleitet haben bzw. in den nächsten Tagen einleiten werden (allerdings ohne ihren Banken Bestehen auf pünktlicher Erfüllung iranischer Verbindlichkeiten mit Folge der Rückforderung der Hauptsummen und eventueller weiterer Verzugsmaßnahmen im Verzugsfalle i.S.v. I.1b) des Plurez 6425 nahezulegen), haben auch BMI und BMF begonnen, Banken und Ölgesellschaften mündlich Empfehlungen i.S. der amerikanischen Vorschläge zu übermitteln.[4] Es kann damit gerechnet werden, daß diese Empfehlungen alle Empfänger bis spätestens 2.1. erreicht haben werden. Hiesige amerikanische, französische und britische Botschaften sind entsprechend unterrichtet worden.

2) Wir legen – wie Briten und Franzosen – größten Wert auf vertrauliche Behandlung dieser Maßnahmen, um Iran keinen Vorwand zu feindseligen Reaktionen gegen Botschaft und deutsche Staatsangehörige im Iran zu liefern und in den nächsten Tagen beginnende Diskussion im Sicherheitsrat[5] nicht zu stö-

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß an die Botschaften in den EG-Mitgliedstaaten, an die Botschaften in Bern, Teheran, Tokio und Washington sowie an die Ständige Vertretung bei der UNO in New York wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Pabsch konzipiert.

2 Zu den amerikanischen Bemühungen um Wirtschaftssanktionen gegen den Iran vgl. Dok. 389.

3 Mit Runderlaß Nr. 6425 wurde die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Freiherr von Stein vom 18. Dezember 1979 an die Botschaften in den EG-Mitgliedstaaten, an die Botschaften in Bern, Teheran, Tokio und Washington sowie an die Ständige Vertretung bei der UNO in New York übermittelt. Für die Aufzeichnung vgl. Dok. 382.

4 Ministerialdirigent Freiherr von Stein notierte am 28. Dezember 1979 die Information des Staatssekretärs Obert, Bundesministerium der Finanzen, daß dieser „den Vertretern der drei Bankenverbände heute morgen bei einer gemeinsamen Besprechung die Empfehlungen der Bundesregierung" hinsichtlich wirtschaftlicher Maßnahmen gegen den Iran übermittelt habe mit der Bitte, diese „mündlich an alle in Frage kommenden Banken weiterzuleiten. Die Verbandsvertreter hätten sich grundsätzlich kooperativ verhalten." Es seien jedoch Zweifel geäußert worden, ob die Empfehlung, keine neuen staatlichen oder privaten Kredite zu vergeben, „tatsächlich von allen Instituten der angesprochenen Länder eingehalten würde. Man werde jedenfalls sehr aufmerksam beobachten, wie sich z.B. britische und schweizerische Banken verhalten, wenn ihnen die Finanzierung von Exportgeschäften angetragen wird, die deutsche Banken aufgrund der Empfehlung abgelehnt haben." Die Verbände seien darüber hinaus von der britischen Haltung unterrichtet worden, daß „die bei laufenden Handelsgeschäften üblichen kurzfristigen Bankkredite von der Empfehlung [...] nicht betroffen seien". Vgl. VS-Bd. 9526 (422); B 150, Aktenkopien 1979.

5 Botschafter Jelonek, New York (UNO), berichtete am 28. Dezember 1979: „SR wird am Abend des 28.12. erstmals zu informeller Plenumskonsultation über US-Antrag auf ‚Maßnahmen' gegen Iran

ren. Wir haben deshalb über hiesige US-Botschaft Amerikaner gebeten, allenfalls auf Anfrage zu erklären, daß amerikanische Bitte um Unterstützung ihrer Bemühungen um Freilassung der Geiseln[6] bei den Verbündeten bzw. der Bundesregierung „Verständnis und wirksame Solidarität" gefunden haben. Auf Fragen, welche konkreten Maßnahmen ergriffen würden, sollte auf Befassung des Sicherheitsrats hingewiesen und im übrigen mit „no comment" geantwortet werden.

II. Es bestehen keine Bedenken, Anfragen der Gastregierungen nach unserer Haltung in der Frage der freiwilligen Maßnahmen auf hoher Ebene im Sinne von I. 1) zu beantworten. Um vertrauliche Behandlung sollte jedoch gebeten werden.

Botschaft Teheran wird gebeten, Erlaß nach Kenntnis zu vernichten.

Stein[7]

VS-Bd. 9526 (422)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1968

zusammentreten, nachdem USA zuvor westliche Vier über Stand bisheriger bilateraler Konsultationen unterrichtet haben. US-Ersuchen um Sanktionen gegen Iran in bisheriger Form wird jetzt nahezu einhellig für aussichtslos gehalten. USA stehen damit wahrscheinlich vor der Wahl, entweder Niederlage im SR zu riskieren oder sich der von ungebundenen SR-Mitgliedern vertretenen Linie anzunähern. Sollten sich USA zu letzterem entschließen, werden neue komplizierte Konsultationen erforderlich sein, die Einhaltung bisherigen Zeitplans (wie immer gearteter SR-Beschluß am 31.12.) fraglich machen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3804; Referat 230, Bd. 121062.

Der UNO-Sicherheitsrat bekräftigte am 31. Dezember 1979 mit Resolution Nr. 461 die Forderungen von Resolution Nr. 457 und beschloß, am 7. Januar 1980 erneut zusammenzutreten, um gegebenenfalls Maßnahmen gemäß Artikel 39 und 41 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 zu ergreifen. Für den Wortlaut vgl. United NATIONS RESOLUTIONS, Series II, Bd. XI, S. 54 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 138 f.

6 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 391.

7 Paraphe.

393

Vortragende Legationsrätin Wannow an die Botschaft in Moskau

213-322.00 SOW/AFG-1725/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 966 Aufgabe: 28. Dezember 1979, 16.34 Uhr[1]
Citissime

Betr.: Sowjetisch-afghanische Beziehungen[2]

Am 28.12. fand unter Vorsitz von Herrn D 3[3] erstes Treffen des Arbeitsstabes „Afghanistan" des AA statt.

Zur dortigen Unterrichtung wird hierüber mitgeteilt:

Am 28.12. morgens 5.30 Uhr übergab Botschafter Semjonow Herrn von Staden im Bundeskanzleramt eine Mitteilung über das sowjetische Verhalten in Afghanistan.[4] Ähnliche Nachrichten haben, soweit bisher bekannt, Paris, London[5]

1 Durchdruck.
Hat Ministerialdirektor Meyer-Landrut zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Am Vormittag des 28. Dezember 1979 berichtete Botschafter Berninger, Kabul: „Kabul wurde am 27.12., 19.10 Uhr, von einer heftigen Explosion erschüttert. Von zahlreichen Stellen der Stadt wurden rote Leuchtkugeln abgeschossen. Anschließend setzten sofort Kampfhandlungen fast im gesamten Stadtgebiet ein, die gegen 23.00 Uhr abflauten. Kampfschwerpunkte waren der Zivilflugplatz, der Palast des Präsidenten Amin und die 800 m von der Botschaft entfernte Radiostation. Es wurden am Abend des 27.12. in der Stadt rund 100 Granaten abgefeuert. Aus fast allen Teilen der Stadt waren Infanteriefeuer und Feuerstöße aus automatischen Waffen zu hören. [...] In der Stadt sind am Morgen des 28.12. gepanzerte Verbände mit Soldaten in sowjetischer Uniform zu beobachten. Es besteht der Eindruck, daß sich sowjetische Verbände bei Beginn des Kampfes vom Flugplatz in die Stadt bewegt haben, wo sie an den Kämpfen teilgenommen haben dürften, vermutlich sogar als einer der Hauptakteure. [...] Radio Afghanistan teilte in der Nacht vom 27.12. auf 28.12. mit, daß Präsident des Revolutionsrates nunmehr Babrak Karmal sei. Babrak Karmal dürfte gleichzeitig mit den am 25./26.12. gelandeten sowjetischen Einheiten aus Moskau zurückgekehrt sein [...]. Er ist Führer der von Amin unterdrückten Parcham-Gruppe, einer großen radikal-kommunistischen Partei. Babrak Karmal ist zugleich Ministerpräsident [...]. Amin ist dem Vernehmen nach hingerichtet worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 713; Referat 340, Bd. 110426.

3 Andreas Meyer-Landrut.

4 Am 28. Dezember 1979 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Steger der Botschaft in Moskau und der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel eine Übersetzung der vom sowjetischen Botschafter Semjonow übergebenen Mitteilung. Darin wurde darauf verwiesen, „daß es seit längerer Zeit Einmischung von auswärts in die internen afghanischen Angelegenheiten" gebe, „auch unter unmittelbarem Einsatz der bewaffneten Kraft". Ziel sei „die Stürzung der demokratischen Ordnung [...], die infolge des Sieges der April-Revolution 1978 errichtet" worden sei: „Unter diesen Bedingungen hat sich die Führung des Staates Afghanistan an die Sowjetunion um Hilfe und Unterstützung für den Kampf gegen die äußere Aggression gewandt. Die Sowjetunion, ausgehend von der Gemeinsamkeit der Interessen Afghanistans und unseres Landes in den Fragen der Sicherheit, was auch im Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarlichkeit und Zusammenarbeit von 1978 verankert worden ist, [von] den Interessen der Erhaltung des Friedens in dieser Region, reagierte positiv auf diese Bitte der Führung Afghanistans und faßte den Beschluß, nach Afghanistan begrenzte militärische Kontingente zur Erfüllung der Aufgaben zu entsenden, um die die Führung Afghanistans bittet. Dabei geht die Sowjetunion auch von entsprechenden Bestimmungen der UNO-Charta aus, insbesondere des Artikels 51, der das Recht der Staaten zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung zum Ziele der Abwehr der Aggression und der Wiederherstellung des Friedens vorsieht." Vgl. den Drahterlaß Nr. 6541; Referat 340, Bd. 110427.

5 Am 29. Dezember 1979 teilte Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), mit, daß „mit der Bonner Erklärung Semjonows offenbar identische sowjetische Erklärungen in Paris, London, Brüssel, Ottawa und Oslo übergeben" worden seien. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1415; Referat 340, Bd. 110427.

und Neu Delhi[6] erhalten. Botschafter Semjonow ist mitgeteilt worden, daß die von ihm überbrachte Nachricht hier als schwerwiegend ernst betrachtet werde, sie werde geprüft werden.

Inzwischen hat die Bundesregierung zwei Erklärungen zur Lage in Afghanistan abgegeben.[7] Der Bundesminister hat Telefonkontakt zu seinem Kollegen in Paris[8], London[9] und Washington[10] aufgenommen. Der Staatssekretär wird die Botschafter Indiens und Pakistans empfangen.[11]

Außenminister Vance wird die amerikanische Delegation in Brüssel anweisen, schnellstmöglich eine Sitzung des NATO-Rates herbeizuführen mit dem Ziel, daß der NATO-Rat scharfen Protest gegen das sowjetische Vorgehen einlegt.[12]

[gez.] Wannow

VS-Bd. 13168 (213)

6 Botschaftsrat I. Klasse Gehl, Neu Delhi, berichtete am 29. Dezember 1979: „Indische geschäftsführende Regierung war auf sowjetisches Eingreifen nicht vorbereitet. Sowjetischer Botschafter Woronzow hatte erst am Abend des 27.12. Weisung, Termin bei Staatssekretär Sathe zu beantragen, der ihn im Nachthemd (23.00 Uhr) empfing. Entgegen offizieller indischer Erklärung, wonach sich Sathe rezeptiv gegenüber Woronzow verhalten hat, scheint, so verlautet aus Sathes nächster Umgebung, Sathe heftig reagiert zu haben, besonders als Woronzow Artikel 51 UN-Charta als Grundlage für sowjetische Intervention zitierte: Es bestehe, so Sathe gegenüber Woronzow, wohl kaum Unterschied zwischen Chinas Aggression gegen Vietnam, vietnamesischer Aggression gegen Kambodscha und jetzigem sowjetischen Eingreifen gegen Afghanistan. Woronzow soll daraufhin gereizt ergänzt haben: ‚und dem indischen Eingreifen in Bangladesch 1971'. Das Gespräch sei dann abrupt beendet worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1175; Referat 340, Bd. 110427.

7 Am 29. Dezember 1979 gab Bundesminister Genscher der Wochenzeitung „Welt am Sonntag" ein Interview, das am 30. Dezember 1979 erschien. Darin bezeichnete er den Einmarsch sowjetischer Truppen nach Afghanistan als „eine äußerst ernste Angelegenheit, die grundsätzliche Fragen der internationalen Beziehungen aufwirft. Es geht hier auch um den Grundsatz der Unteilbarkeit der Entspannungspolitik und um Fragen der Vertrauensbildung." Vgl. „Material für die Presse Nr. 2066 B/79"; Referat 013, Bd. 179035.

8 Jean François-Poncet.

9 Peter Carrington.

10 Cyrus R. Vance.

11 Staatssekretär van Well empfing am 28. Dezember 1979 den pakistanischen Botschafter Ali und den indischen Botschafter Rahman. Van Well erläuterte, daß sich für die Bundesrepublik die „Veränderung in Afghanistan als eine Angelegenheit" darstelle, „die die weltstrategische Lage berühre. Afghanistan habe bisher eine Position zwischen den Blöcken, eine Art Pufferposition, eingenommen. Jetzt solle es wohl durch diese Invasion zu einem Satelliten der Sowjetunion gemacht werden." Auf die Frage nach der Einschätzung der Lage führte Ali aus, „Pakistan habe bekanntlich immer eine solche Entwicklung vorhergesehen und immer darauf hingewiesen, daß es Hilfe brauche, nicht zu wenig und nicht zu spät. Jetzt sei die Frage zu stellen, ob der Westen den Willen und die Absicht habe, dem sowjetischen Expansionismus entschiedener als nur mit Konsultationen entgegenzutreten. Bedauerlich sei das blutleere Verhältnis zu Pakistans ‚nominal ally', den USA." Rahman habe sich dagegen „betont rezeptiv" verhalten: „Er bezeichnete es als Kernfrage, zu wissen, auf welche Veranlassung hin die Sowjetunion in Afghanistan militärisch interveniert habe." Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Hehenberger vom 29. Dezember 1979; Referat 340, Bd. 110427.

12 Botschafter Pauls, Brüssel (NATO), berichtete, daß der Ständige NATO-Rat auf amerikanischen Wunsch am 29. Dezember 1979 zu einer Sondersitzung über Afghanistan zusammengekommen sei: „Der Meinungsaustausch über die faktischen Ereignisse, über die sowjetischen Erklärungen und Motive und über mögliches weiteres Vorgehen, insbesondere im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, war lebhaft. [...] Operative Schlußfolgerungen ergaben sich nicht. [...] Verbündete waren sich einig, daß die organisatorisch gut vorbereitete und rasch durchgeführte sowjetische Intervention ein schwerwiegendes Ereignis darstellt, dessen Auswirkungen auf die Entwicklung in der Region (besonders Pakistan und Iran) und auf die internationale Lage insgesamt sich noch nicht völlig übersehen läßt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1415 vom 29. Dezember 1979; Referat 340, Bd. 110427.
Eine weitere Sitzung des Ständigen NATO-Rats zu Afghanistan wurde für den 1. Januar 1980 an-

394

Botschafter Berninger, Kabul, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 729 **Aufgabe: 31. Dezember 1979, 14.18 Uhr**[1]
Citissime nachts **Ankunft: 31. Dezember 1979, 12.50 Uhr**

Betr.: Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Republik Afghanistan nach dem Putsch vom 27./28.12.1979[2]

Bitte um Drahtweisung

I. Reaktionen gegenüber der afghanischen Regierung

Nachdem die Regierung Babrak Karmal in der Nacht vom 27./28.12.1979 die Macht in Kabul übernommen hat, stellt sich das Problem der zukünftigen Gestaltung der deutsch-afghanischen Beziehungen:

1) Die neue, von einer ausländischen Macht eingesetzte Regierung befindet sich im Widerspruch zu der breiten Masse des afghanischen Volkes. Sie beherrscht mit militärischer Unterstützung der Sowjetunion lediglich die Hauptstädte, wahrscheinlich die meisten Provinzhauptstädte und die Hauptverbindungswege. Es ist unsicher, ob sich die Regierung trotz militärischer Aktionen sowjetischer Verbände auf längere Sicht halten kann oder durch eine andere – gleichfalls sozialistische, jedoch gegenüber den Moslemkreisen offene – Regierung abgelöst werden muß. Bei dieser Sachlage, die eine Besserung der Situation nicht ausschließt, sollte die Präsenz der Bundesrepublik Deutschland in Kabul aufrechterhalten werden. Die laufenden Entwicklungshilfeprojekte[3] sollten fortgeführt werden, sofern die Sicherheitslage in Kabul dies gestattet. Jede harte, gegen die Regierung Babrak Karmal gerichtete Aktion, wie beispielsweise ein Abbruch der Entwicklungshilfeleistungen westlicher Staaten, würde die Regierung Babrak Karmal nur noch tiefer in den Machtbereich der Sowjetunion hineinstoßen. Bei einer Fortführung der westlichen Wirtschaftshilfe besteht eine gewisse Chance, daß sich in Afghanistan ein sozialistisches System eigener Art heranbilden könnte, das möglicherweise dem polnischen System ähneln könnte (stärker entwickelte Menschenrechte als in der Sowjetunion, starkes religiöses Element, begrenzter Privatsektor in der Industrie, dem Handwerk und dem Dienstleistungsbereich, weitgehende private Landwirtschaft). Ein derartiges System würde trotz enger außenpolitischer Verbindungen zur Sowjetunion auf lange Sicht eine gewisse Resistenzkraft gegenüber dem Kommunismus be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1971
beraumt. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 461 des Vortragenden Legationsrats Siemes an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Steger, z. Z. London, vom 31. Dezember 1979; Referat 340, Bd. 110427.

1 Hat dem Bereitschaftsdienst am 31. Dezember 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat VLR Siemes vorgelegen."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Steger am 1. Januar 1980 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bürger".

2 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan vgl. Dok. 393, besonders Anm. 2.

3 Im Bereich der Technischen Hilfe unterstützte die Bundesregierung in erster Linie den Ausbau des Wasser-, Strom- und Telefonnetzes, insbesondere in Kabul, sowie medizinische Einrichtungen wie die Errichtung eines Basiskrankenhauses in Khost.

wahren und Systemmodifizierungen in unserem Sinne ermöglichen. Wir sollten über die Fortsetzung der Entwicklungshilfe nach Möglichkeit zu Abstimmungen mit unseren westlichen Verbündeten und den großen Entwicklungshilfegebern des islamischen Bereichs gelangen.

2) Eine faktische Aufnahme von Beziehungen durch beispielsweise Antrittsbesuche oder Verhandlungen mit dem Regime sollte erst dann erfolgen, wenn sich die Sicherheitslage in Kabul gefestigt hat. Wir sollten mit unseren EG-Partnern hinsichtlich des zeitlichen Ablaufs eine enge Harmonisierung anstreben.

3) Bei der augenblicklichen Sicherheitslage in Kabul muß verhindert werden, daß die Bundesregierung mit faktischen Anerkennungshandlungen vorprescht. Jedes Hervortreten in den Nachrichtenmedien in Kabul, die in Kürze ihre Tätigkeit wieder aufnehmen dürften, durch faktische Anerkennungshandlungen würde bei der augenblicklichen Sicherheitslage eine unmittelbare und sehr schwerwiegende Gefährdung der deutschen Kolonie in Kabul bedeuten.

4) Sollte die afghanische Regierung von sich aus die Initiative zu Gesprächen ergreifen, sollten wir uns m.E. dem nicht widersetzen, uns jedoch rezeptiv verhalten. Bei von der afghanischen Seite erbetenen Gesprächsterminen sollten Verzögerungsmöglichkeiten im Rahmen des protokollarisch Möglichen ausgenutzt werden.

5) So sehr der Besuch von MdB Schlaga in Kabul[4] seitens der Botschaft grundsätzlich erwünscht ist, sollte auch für diesen Besuch das Prinzip gelten, jegliches Hervortreten in den Öffentlichkeitsmedien im Interesse der Sicherheit der Deutschen in Kabul vorerst sorgfältig zu vermeiden. Eine Weisung, daß dieser an sich wertvolle Besuch aus Sicherheitsgründen verschoben werden muß, würde begrüßt werden. Wir können bei der afghanischen Seite bei der augenblicklichen Sicherheitslage mit Verständnis für eine Verschiebung auf unbestimmte Zeit rechnen.

Ich bitte um Drahtweisung, ob ich hinsichtlich der Entwicklung von Kontakten auf der Grundlage der hier vorgeschlagenen Linie vorgehen kann (I. Ziffer 2 bis 5). Ich bitte insbesondere um Weisung, ob der Besuch von MdB Schlaga stattfinden oder verschoben wird.

II. Reaktion gegenüber der Sowjetunion

Die Sowjetunion hat sich durch eine nicht mit der afghanischen Regierung abgestimmte militärische Aktion in den Besitz weiter Teile Afghanistans versetzt, wo sie durch eine ihr ergebene Gruppe die Macht ausüben läßt. Es ist zu erwarten, daß sie ihre Truppen bei Befriedungsaktionen gegen die vom Volk getragenen Oppositionsgruppen einsetzen wird. Nach der strategischen Lage Afghanistans in Zentralasien muß befürchtet werden, daß die Sowjetunion nach einer Reihe von Jahren insbesondere gegen Pakistan agieren wird, das über die Volksgruppe der Paschtunen mit Afghanistan eng verbunden ist. Diploma-

4 Der Besuch des SPD-Abgeordneten Schlaga in Afghanistan war für den 7. bis 11. Januar 1980 vorgesehen. Am 28. Dezember 1979 riet Botschafter Berninger, Kabul, „im Hinblick auf die innenpolitische Entwicklung der letzten Stunden in Afghanistan [...] von der Durchführung des Besuches" ab. Vgl. den Drahtbericht Nr. 716; Referat 340, Bd. 110422.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Steger schloß sich dem Votum an und wies die Botschaft in Islamabad am selben Tag an, Schlaga entsprechend zu unterrichten. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 182; Referat 340, Bd. 110422.

tische Kreise in Kabul befürchten, daß bei der labilen sozialen Lage Pakistans starke subversive Einflüsse von Afghanistan ausgehen könnten und daß mit sowjetischer Hilfe auch in Pakistan in absehbarer Zeit das Regime gestürzt werden könnte. In diplomatischen Kreisen in Kabul wird die Gefahr gesehen, daß sich der Westen und die von dem Umsturz in Afghanistan grundsätzlich betroffenen mohammedanischen Länder mit einem papiernen Protest begnügen werden, der die Sowjetunion letztlich nicht trifft und zu weiteren militärischen Aktionen nach einigen Jahren ermutigt.

In diplomatischen Kreisen in Kabul ist deshalb die Meinung verbreitet, daß die durch die sowjetischen Aktionen betroffenen Länder, d.h. in erster Linie die Nachbarländer Afghanistans, die westlichen Länder, die langfristig bedrohten Golf-Länder und die Moslem-Länder, im Rahmen des Möglichen harmonisiert zu einer harten Reaktion gegenüber Moskau übergehen sollten, wobei folgende Maßnahmen ins Auge gefaßt werden könnten:

- Sperrung von Getreidelieferungen an die Sowjetunion,
- Sperrung von kommerziellen Krediten,
- Rüstungsverstärkung,
- Anhebung des COCOM-Profils,
- Sperrung oder Behinderung von Öllieferungen der OPEC-Länder an die SU,
- Boykottierung der Olympischen Spiele in Moskau[5],
- Mitwirkung bei der Stärkung unmittelbar bedrohter Länder, insbesondere Pakistans.

Die Sowjetunion hat hohe Finanzbeträge geopfert, um sich über eine langfristig angelegte wirtschaftliche und militärische Hilfe Afghanistans als einer politischen und militärischen Basis zu bemächtigen. Es ist zu befürchten, daß sie im Laufe der Jahre ihren Vormarsch in der zentralasiatischen Region fortsetzt, wenn sie nicht erkennt, daß der Westen zu vergleichbaren Opfern bereit ist.

[gez.] Berninger

Referat 340, Bd. 110426

[5] Die XXII. Olympischen Sommerspiele fanden vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau statt.

395

Gesandter Berendonck, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-108/79 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4968
Citissime

Aufgabe: 31. Dezember 1979, 16.30 Uhr[1]
Ankunft: 31. Dezember 1979, 16.44 Uhr

Betr.: Afghanistan[2]

Bezug: DB Nr. 4876 vom 18.12.79 – Pol 322 AFG VS-v[3]

Zur Information

1) In heutiger, von ihm angeregter Vierer-Runde gab amerikanischer Botschafter mit der Bitte um vertrauliche Behandlung kurze Darstellung über den Briefwechsel zwischen Carter und Breschnew zu Afghanistan[4]. Carter habe in deutlichen Worten auf die klare Bedrohung des Friedens durch das sowjetische Vorgehen in Afghanistan hingewiesen, das zum Wendepunkt in den Beziehungen werden könne. Die von sowjetischer Seite für ihre Aktion angegebenen Gründe[5] seien keinesfalls stichhaltig, es handele sich vielmehr um ein militärisches Vorgehen, mit dem von außen in einem unabhängigen Land eine neue Regierung eingesetzt wurde. Abschließend forderte Carter Breschnew zu sofortigem Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan auf.

Die Antwort von Breschnew[6] habe das Fehlen jeglicher Übereinstimmung deutlich gemacht. Breschnew verweist auf die durch den Stellvertretenden Außen-

1 Hat dem Bereitschaftsdienst am 31. Dezember 1979 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dr. Siemes unterrichten."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Steger am 1. Januar 1980 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Bürger verfügte.

2 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan vgl. Dok. 393, besonders Anm. 2.

3 Vgl. Dok. 383.

4 Am 28. Dezember 1979 teilte Präsident Carter dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, mit: „I want to insure that you have fully weighed the ramifications of the Soviet actions in Afghanistan, which we regard as a clear threat to the peace. You should understand that these actions could mark a fundamental and longlasting turning point in our relations. Taken without any previous discussion with us, they constitute in our view a clear violation of the Basic Principles on Relation, which you signed in 1972. My Government can in no way accept the Soviet Government's explanation, conveyed to Ambassador Watson on December 27, that Soviet military forces were sent into Afghanistan at the request of the leadership of that country. [...] Large-scale movements of military units into a sovereign country are always a legitimate matter of concern to the international community. When such military forces are those of a superpower, and are then used to depose an existing government and impose another, there are obvious adverse implications both for the region and for the world at large. We note with the utmost seriousness that this is the first time since the invasions of Hungary and Czechoslovakia that the Soviet Union has taken direct military action against another country. In the present instance, the Soviet military intervention in Afghanistan – a previously non-aligned country – obviously represents an unsettling, dangerous and new stage in your use of military force, which raises deep apprehension about the general trend of Soviet policy. [...] Unless you draw back from your present course of action, this will [...] jeopardize the course of US-Soviet relations throughout the world." Vgl. http://www.margaretthatcher.org/document/187A40C513434673B8E0309C165887FC.pdf.

5 Zur sowjetischen Begründung für die Intervention in Afghanistan vgl. Dok. 393, Anm. 4.

6 Am 29. Dezember 1979 führte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, aus: „It is impossible to agree with your evaluation of what is occurring in the Democratic Republic of Afghanistan. We have sent through your Ambassador in Moscow in a confidential manner to the American side and to you personally a clarification based on facts of what is actually occurring there, as well as the

minister Malzew dem amerikanischen Botschafter Watson übermittelte Stellungnahme (vgl. Bezugs-DB). Afghanistan habe in der Vergangenheit mehrfach sowjetische Truppenunterstützung erbeten. Ziel der begrenzten Aktion sei, der Intervention von außen entgegenzuwirken. Im übrigen handele es sich um eine sowjetisch-afghanische Angelegenheit, die im Einklang stehe mit dem Artikel 51 der VN-Charta[7].

Weiter erklärt Breschnew, daß beabsichtigt sei, die sowjetischen Truppen völlig zurückzuziehen, wenn die Angelegenheit geregelt sei. Nach einem Hinweis auf amerikanische Schiffskonzentrationen im Bereich des Persischen Golfs bemerkt Breschnew, daß die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen unbeeinträchtigt und gemäß den bestehenden Vereinbarungen weitergeführt werden sollten.

Botschafter Watson bemerkte, daß NATO-Verbündete auf heutigem Treffen in London[8] durch Christopher unterrichtet werden.

2) Britischer Botschafter[9] hat Brief von Premierminister Frau Thatcher an Breschnew am Freitag, 28.12.79, nachmittags dem stellvertretenden Außenminister Firjubin übergeben. Während der Diskussion mit Firjubin stellte der Botschafter noch die Frage, wer die sowjetischen Truppen nach Afghanistan einge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1975

reasons which caused us to respond favorably to the request of the Government of Afghanistan for the introduction of limited Soviet Military contingents. [...] I want to once more stress that the purpose of the limited Soviet contingent in Afghanistan has only one goal – to provide assistance in repulsing the acts of external aggression, which have been taking place for a prolonged time and have now taken on even greater scale. [...] I must with all certainty stress that the change in the Afghani government was the result of the Afghanis themselves and only by them. [...] I must further clearly state to you that the Soviet military contingents did not take any military action against Afghanistan and we clearly do not intend to do so. [...] In connection with the content and spirit of your message I consider it essential to again clarify the point that the request of the Afghani Government and the satisfaction of their request by the Soviet Union are exclusively a matter for USSR and Afghanistan, which regulate their mutual relations themselves, by mutual agreement, and naturally cannot permit any sort of interference from without in their mutual relations. [...] There is, of course, no basis for your assertion that our actions in Afghanistan threaten the peace. In light of all this, the immoderate tone of certain formulations in your message hit us squarely between the eyes. [...] Concerning your ‚advice', we already informed you, and here I repeat again, that as soon as the reasons which prompted the Afghanistani request to the Soviet Union disappear, we fully intend to withdraw the Soviet military contingent from Afghanistani territory. And here is our advice to you: the American side could make its contribution toward ending the armed incursion from without into Afghnistani territory." Vgl. http://www.margaretthatcher.org/document/8490EE61C7B84A018B22B1029DA8CF20.pdf.

7 Für den Wortlaut von Artikel 51 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 464f.

8 Am 28. Dezember 1979 gab Botschafter Hermes, Washington, die Information des amerikanischen Außenministers Vance weiter, daß beabsichtigt sei, zur Lage in Afghanistan „am 30. oder 31. Dezember eine Konsultation unter den Verbündeten auf der Ebene der stellvertretenden Außenminister in London durchzuführen. Zunächst sei als Teilnehmer an die Vereinigten Staaten, Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien gedacht worden; es sei aber wohl besser, den Kreis zu erweitern. Es handle sich nicht um eine NATO-Sitzung außerhalb Brüssels, sondern um eine Konsultation von Verbündeten außerhalb des NATO-Rahmens." Hermes ergänzte, ein Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrats habe ihm versichert, „daß Präsident Carter in seinen heutigen Telefongesprächen mit dem Bundeskanzler, PM Thatcher, MP Cossiga und Präsident Giscard d'Estaing die Anregung zu einer solchen Konsultation gegeben habe. Alle hätten zugestimmt, Giscard allerdings Brüssel und den NATO-Rahmen abgelehnt. London hätte sich aus amerikanischer Sicht als ein natürlicher Platz für ein solches Treffen angeboten. Zu der Konsultation sollte als sechster Teilnehmer Kanada eingeladen werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4581; VS-Bd. 11181 (340); B 150, Aktenkopien 1979.

9 H. B. Curtis Keeble.

laden habe und wann diese Einladung erfolgt sei, ohne darauf eine Antwort zu erhalten.

3) Französischer Botschafter[10] hat am späten Samstagnachmittag Weisung erhalten, von sowjetischer Regierung Präzisionen zu ihrer Mitteilung zu bitten, die am 28.12. durch den sowjetischen Botschafter in Paris[11] übermittelt wurden. Er habe drei Fragen gestellt:

a) Welcher Natur ist die Aggression von außen, die Afghanistan angeblich bedroht?

b) Von wem stammt der Hilferuf, der den sowjetischen Einmarsch ausgelöst hat?

c) Wann werden sich die sowjetischen Truppen zurückziehen?

Eine Antwort wurde dem Botschafter in Aussicht gestellt.

4) Bei der Aussprache der Vier über das sowjetische Vorgehen wurde die Meinung vertreten, daß Sowjetunion bei bestehender Unsicherheit der SALT-II-Ratifizierung[12] und US-iranischer Problematik[13] sich für Aktion in Afghanistan entschieden habe, um gewonnenen Einfluß und Positionen zu sichern.

Keine Klarheit konnte über die Frage erzielt werden, ob sich sowjetische Stoßrichtung mittel- oder langfristig gegen Iran oder zunächst gegen Pakistan wendet. In diesem Zusammenhang wurden auch die Konsequenzen besprochen, die eine mögliche Rückkehr von Frau Gandhi an die Regierung[14] haben würde, deren sowjetfreundliche Haltung wie auch ihre Abneigung gegenüber Pakistan wenig positive Perspektiven eröffneten.

Einvernehmen bestand darüber, daß das Vorgehen der Sowjetunion negative Rückwirkungen auch auf die islamische Welt haben wird.

[gez.] Berendonck

VS-Bd. 11181 (340)

10 Henri Froment-Meurice.

11 Stepan Wassiljewitsch Tscherwonenko.

12 Zum SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 195 und Dok. 197.
Zur Frage der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat vgl. Dok. 359, Anm. 9.

13 Zur Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 391.

14 Vom 3. bis 6. Januar 1980 fanden Wahlen zum indischen Parlament statt. Am 19. Dezember 1979 stellte Vortragender Legationsrat Siemes fest: „Prognosen zum Wahlausgang lassen sich noch nicht machen. Wo sie trotzdem gewagt werden, räumt man Indira Gandhi gewisse Chancen ein." Vgl. Referat 340, Bd. 110526.
Am 14. Januar 1980 wurde Indira Gandhi als Ministerpräsidentin vereidigt.

Personenregister

Bei der Benutzung des Personenregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Die Personen werden in alphabetischer Folge erfaßt.
- In der Regel wird die maßgebliche Funktion im Jahr 1979 genannt. Falls im Kontext erforderlich, wird zusätzlich auf frühere Funktionen hingewiesen.
- Bei einigen Personen sind im Rahmen der Edition ausschließlich bestimmte Funktionen vor dem Jahr 1979 von Interesse. In diesen Fällen erfolgen nähere zeitliche Angaben.
- Personen der Zeitgeschichte werden mit den im Kontext dieses Bandes relevanten Funktionen genannt. Personen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg finden mit Angabe ihrer Lebensdaten Aufnahme, solange sie nicht maßgebliche politische Funktionen ausübten.
- Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, ist die Dokumentennummer angegeben.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 195 bzw. von Seite 3 bis 950, **Band II** von Dokument 196 bis 395 bzw. von Seite 951 bis 1977.

Aaron, David L. stellvertretender Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten (Deputy Assistant for National Security Affairs) **Dok. 31, 119, 210** und S. 22, 162–169, 173, 201, 298, 347, 385[6], 618[19], 621[2] , 783, 787, 790, 858, 874[10], 1029–1031, 1043, 1056, 1061, 1079, 1091, 1357, 1386[19], 1511, 1515–1517, 1546f., 1550f., 1587, 1654f., 1657, 1936

Aba al-Khail, Mohammed al-Ali Minister für Finanzen und Nationale Wirtschaft des Königreichs Saudi-Arabien S. 899, 901

Abdallah ibn Abdul Aziz al-Saud zweiter stellvertretender Ministerpräsident des Königreichs Saudi-Arabien und Kommandeur der Nationalgarde S. 749, 1870

Abdul Shafi, Haidar palästinensischer Arzt und Vorsitzender des Palästinensischen Roten Halbmondes im Gaza-Streifen S. 1289[6]

Abdullah *siehe: Suleiman Abdullah, Achmed*

Abdou Yamani, Muhammad Informationsminister des Königreichs Saudi-Arabien S. 919[8]

Abrassimow, Pjotr Andrejewitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Ost-Berlin S. 521[1], 522, 524, 527, 705[16], 843[31], 1514

Abu Houl Sicherheitschef der Palestine Liberation Organisation (PLO) S. 1558f.

Abu Iyad (Salah Mesbah Khalaf) stellvertretender Vorsitzender des Exekutivkomitees der Palestine Liberation Organisation (PLO), Chef des Geheimdienstes der PLO und führendes Mitglied der palästinensischen Organisation „Al Fatah" S. 519, 565, 1557[2], 1558f.

Abu Meisar Sprecher der Palestine Liberation Organisation (PLO) S. 1224[22]

Acheampong, Ignatius Kutu General der ghanaischen Streitkräfte bis zu seiner Ermordung am 16. Juni 1979; 1972–1978 als Vorsitzender des Obersten Militärrats Staatschef der Republik Ghana S. 955[26]

Achenbach, Elisabeth Legationsrätin I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Sofia S. 534[12]

Ackermann, Klaus Hellmuth Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 010 „Ministerbüro" des Auswärtigen Amts, seit 10. Oktober 1979 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok, seit 10. Dezember 1979 Botschaftsrat I. Klasse S. 87[1], 392[1], 483[1], 557[1], 635[1], 700[1], 807[1], 582[1], 861[1], 926[1], 991[1], 1066[1], 1113[1], 1135[1], 1138[1], 1167[1]

Adenauer, Konrad 1949–1963 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 870, 1237, 1526, 1543

Afrifa, Akwasi General der ghanaischen Streitkräfte bis zu seiner Ermordung am 26. Juni 1979; 1969/70 Staatschef der Republik Ghana S. 955[26]

van Agt, Andreas Antonius Maria Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande **Dok. 322, 371** und S. 741, 773, 1061, 1325, 1410, 1419, 1422, 1599, 1608, 1622f., 1850

Ahmed, Fakhruddin Ali 1974–1977 Präsident der Republik Indien S. 579[2]

Ahrens, Werner Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Warschau bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. August 1979 **Dok. 152** und S. 683[6], 826[8], 940[3+4], 1111[4], 1150, 1156, 1157[29], 1159[39], 1161, 1841[1]

Ahtisaari, Martti Sonderbeauftragter des UNO-Generalsekretärs für Namibia S. 126f., 1700[8]

Aké, Siméon Außenminister der Republik Elfenbeinküste S. 5

Akmandor, Mehmet Neşet Verteidigungsminister der Republik Türkei vom 16. Januar bis 12. November 1979 S. 648, 658–660, 668, 679

Akuffo, Frederick William Kwasi General der ghanaischen Streitkräfte und Oberbefehlshaber des Heeres, als Vorsitzender des Obersten Militärrats Staatschef der Republik Ghana bis 4. Juni 1979, am 26. Juni 1979 erschossen S. 955[26]

al-Alawi, Yusuf Unterstaatssekretär im omanischen Außenministerium S. 1343

Albrecht, Ernst Ministerpräsident des Landes Niedersachsen (CDU) S. 662[5], 1955

Alexander, Michael O'Donel Bjarne Persönlicher Referent der britischen Premierministerin Thatcher (Private Secretary to the Prime Minister–Overseas Affairs) S. 1621

Alexandrow-Agentow, Andrej Michajlowitsch Mitarbeiter im ZK der KPdSU, Kandidat für das Politbüro des ZK und Persönlicher Referent des Generalsekretärs Breschnew S. 1396–1398

Ali, Kamal Hassan Minister für Verteidigung der Arabischen Republik Ägypten S. 422[5]

Ali, Salem Rubayi 1969–1978 Vorsitzender des Präsidentschaftsrats der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) S. 108[6], 152[20], 1537

Alia Baha ad-Din Toukan 1972–1977 Königin des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 518[11], 559

Allard, Henry Präsident des schwedischen Parlaments bis 16. September 1979 S. 4

Allende Gossens, Salvador 1970–1973 Präsident der Republik Chile S. 1067f., 1071

Allon, Yigal 1974–1977 stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister des Staates Israel S. 1202

d'Almeida, Luis José Botschafter der Republik Angola in Brüssel S. 1246, 1247[11], 1250[19], 1703

Almeyda Medina, Clodomiro 1970–1973 Außenminister der Republik Chile S. 1068

Alp Abteilungsleiter im türkischen Außenministerium S. 666f.

Altamírano Orrego, Carlos Generalsekretär der Sozialistischen Partei Chiles bis April 1979 S. 1068

Alten, Jürgen von Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Ankara S. 455[12], 511[7], 1462[30+31]

Altenburg, Wolfgang Generalleutnant und „Deutscher Militärischer Vertreter" bei der NATO in Brüssel S. 1258f.

Altes, Everhardus Joannes Korthals Botschafter des Königreichs der Niederlande in Warschau S. 683f.

Altmann, Herbert Kameramann des ZDF, am 16. Mai 1979 aus der UdSSR ausgewiesen S. 694, 839, 841[19]

Alvensleben, Busso von Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 1932

Alvensleben, Busso von Attaché im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" des Auswärtigen Amts, von Januar bis März 1979 an das Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Marseille abgeordnet S. 683[1]

Amer Khammash Hofminister des Haschemitischen Königsreichs Jordanien S. 558[4]

Amin, Hafizullah stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der Demokratischen Republik Afghanistan bis 27. März 1979, anschließend Ministerpräsident und Außenminister bis 16. September 1979, danach Präsident bis zu seinem Tod am 27. Dezember 1979 S. 1272[23], 1931[2], 1934f., 1970[2]

Amin Dada, Idi Staats- und Regierungschef der Republik Uganda bis zu seinem Sturz am 11. April 1979 S. 478f., 1702

Amrehn, Franz Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 188[5]

Amry, Herbert Botschafter der Republik Österreich in Beirut S. 1059[8]

Andino, Mario Antonio Ingenieur und seit 18. Oktober 1979 Mitglied der Revolutionären Regierungsjunta in El Salvador S. 1488

Andréani, Jacques Leiter der Europaabteilung im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire, directeur d'Europe), seit 27. August 1979 Botschafter der Französischen Republik in Kairo S. 214, 217, 221, 269, 722–724, 726–728, 731

Andrei, Ştefan Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien S. 555[33], 1428, 1429[5], 1432, 1439

Andreotti, Giulio Ministerpräsident der Italienischen Republik bis 31. Januar 1979 und erneut vom 21. bis 31. März 1979, anschließend amtierender Ministerpräsident bis 12. August 1979 **Dok. 206** und S. 10[13], 120, 384, 454[8], 818, 1043, 1056, 1149, 1413–1415

al-Ansari, Mohammed Ali Botschafter des Staates Katar in Bonn **Dok. 349**

d'Ansembourg *siehe: de Marchant et d'Ansembourg*

Apel, Hans Bundesminister der Verteidigung und Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) **Dok. 114, 268** und S. 70[11], 95, 198[1], 200, 319, 320[9], 331[4], 332, 498f., 502f., 605, 608, 627, 634, 648–650, 658–660, 673f., 694, 697, 814[27], 844, 858[1], 1078, 1080, 1089, 1093, 1253, 1347, 1357, 1433, 1468[5], 1505, 1517, 1584f., 1607[8], 1681, 1683f., 1686, 1832, 1878, 1880, 1891, 1899, 1928

Apro, Antal Präsident des ungarischen Parlaments S. 1237[15]

Arafat, Fathi Präsident des Palästinensischen Roten Halbmondes S. 1059[8]

Arafat, Yasser Vorsitzender des Zentralkomitees der palästinensischen Organisation „Al Fatah" sowie des Exekutivkomitees der Palestine Liberation Organisation (PLO) S. 209, 407, 426, 515, 519, 640, 921, 1013, 1014[12+13], 1020, 1058, 1059[3] 1063[19], 1128, 1172, 1204[26], 1206, 1224f., 1232, 1290, 1332, 1371f., 1438, 1557[4], 1559, 1879

Arbatow, Georgij Arkadjewitsch Direktor des Instituts für Amerika- und Kanada-Studien bei der Akademie der Wissenschaften der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU S. 1398

Arita, Keisuke Staatssekretär im japanischen Außenministerium und stellvertretender Außenminister S. 255

Armao, Robert Stabschef des Schahs Reza Pahlevi S. 1854f.

Armstrong, Sir Robert Leiter des britischen Cabinet Office (Secretary of the Cabinet) seit Mai 1979 S. 1605

Arndt, Karl Otto Adolf 1949–1969 Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 429

Arnim, Joachim von Legationsrat I. Klasse im Referat 02 „Planungsstab" des Auswärtigen Amts, seit Februar 1979 an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 59[14]

Arnold, Hans Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom **Dok. 36** und S. 1001[4], 1003[7], 1337, 1413, 1607[6], 1926[8]

Arnot, Alexander Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau, seit 30. April 1979 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Sowjetunion" im Auswärtigen Amt **Dok. 202, 211, 295** und S. 691[1], 694[20+21], 786[1], 839[9], 1349[1+4], 1350[6], 1379[19], 1399[6], 1474[1], 1482[20], 1551[21], 1730[26], 1748, 1949[1]

Arns, Paulo Evaristo Kardinal und Erzbischof von São Paulo S. 993

Arz von Straussenburg, Herbert Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 222 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit); Abrüstungsausschuß, Nichtverbreitung; Regionale Rüstungskontrolle (außerhalb Europas); Forschung" im Auswärtigen Amt S. 544[12]

Asimow, Sarwar Alimdschanowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Islamabad S. 829

al-Asnag, Abdallah al-Majid Außenminister der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen), seit April 1979 Berater des Präsidenten Saleh **Dok. 276**

Aspin, Les Abgeordneter im amerikanischen Repräsentantenhaus (Democratic Party) S. 399

al-Assad, Hafez Präsident der Arabischen Republik Syrien **Dok. 241** und S. 26[17+18], 441, 515, 519, 717f., 721, 921,

1191, 1223, 1231, 1332, 1438f., 1455f., 1874[10]

al-Assad, Rifaat Chef der syrischen Sicherheitskräfte S. 515, 519

al-Atassi, Abdel Karim Botschafter der Arabischen Republik Syrien in Bonn **Dok. 349** und S. 26[18], 486, 720[12], 721[14]

Atherton, Alfred L. Jr. Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten (Ambassador-at-Large) bis 22. Mai 1979, seit 2. Juli 1979 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Kairo S. 26[16], 105[24], 789[16]

Aubert, Pierre Außenminister der Schweizerischen Eidgenossenschaft S. 1666[24]

Auda, Adnan Abu Minister für Information des Haschemitischen Königreichs Jordanien und Bevollmächtigter für Angelegenheiten der Westbank S. 1204f.

Aufricht, Josef Dolmetscher und Übersetzer an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Budapest S. 1233

Augstein, Rudolf Herausgeber der Wochenzeitschrift „Der Spiegel" S. 529

Averoff-Tossizza, Evangelos Verteidigungsminister der Hellenischen Republik **Dok. 89** und S. 1505

Axen, Hermann Leiter der Außenpolitischen Kommission des Politbüros des ZK der SED **Dok. 25** und S. 195, 522, 1946[8]

Azeredo da Silveira, António Francisco Außenminister der Föderativen Republik Brasilien bis 15. März 1979 S. 458[31]

Azhari, Gholam Reza Ministerpräsident des Kaiserreichs Iran bis 4. Januar 1979 S. 23[7]

van Baarda, Coenraad Theodoor Rolf Botschafter des Königreichs der Niederlande in Tunis S. 955

Baas, Norbert Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung" des Auswärtiges Amts, von Januar bis März 1979 nach London zum Sprachkurs abgeordnet S. 1672[1]

Babiuch, Edward Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Polen und Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP S. 716[26], 1150, 1157, 1160, 1937, 1944

Bächmann, Horst Vortragender Legationsrat im Referat 014 „Büro Staatssekretäre" des Auswärtigen Amts und Persönlicher Referent des Staatssekretärs Hermes bzw. seit 21. November 1979 des Staatssekretärs Lautenschlager S. 323[1], 355[1], 1049[1], 1486[1], 1924[1]

Backlund, Sven Botschafter des Königreichs Schweden in Bonn S. 4, 5[20]

Badran, Mudar Ministerpräsident des Haschemitischen Königreichs Jordanien bis 19. Dezember 1979 **Dok. 244** und S. 984[4]

Bahr, Egon Bundesgeschäftsführer der SPD und Mitglied des Deutschen Bundestages S. 436, 530, 1832

Bahro, Rudolf in der DDR inhaftierter Sozialwissenschaftler und Publizist, 1979 in die Bundesrepublik abgeschoben S. 1444, 1451, 1834

Bakarić, Vladimir Ministerpräsident der jugoslawischen Teilrepublik Kroatien S. 562, 1117[1]

Bakhtiar, Schapur Ministerpräsident des Kaiserreichs Iran vom 4. Januar bis 5. Februar 1979, seit April 1979 in Frankreich im Exil S. 23, 57, 211[26], 1065, 1179, 1661[3]

al-Bakr, Ahmed Hassan Präsident der Republik Irak bis 16. Juli 1979 S. 26[18], 718[6]

Bakr, El Rashid El Tahir Vizepräsident und Außenminister der Demokratischen Republik Sudan S. 5

Balew, Milko Kalew Kabinettschef des Ersten Sekretärs des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens und Mitglied bzw. seit Juli 1979 Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens S. 532, 560

Balken, Richard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. November 1979 S. 1109, 1428[2]

Balluseck, Adolf W.F. von stellvertretender Leiter der niederländischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 1710

Balser, Johannes Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Budapest S. 1239[21], 1259, 1264[22]

Bani Sadr, Abolhassan Mitglied des iranischen Revolutionsrats seit 5. Februar 1979, vom 30. März bis 11. November 1979 stellvertretender Wirtschafts- und Finanzminister der Islamischen Republik Iran, seit 12. November 1979 Wirtschafts- und Finanzminister und zudem vom 12. bis 27. November 1979 Außenminister S. 1692–1696, 1705, 1748, 1793[7], 1839, 1842, 1881, 1964[5]

Barbarossa *siehe: Friedrich I.*

Barker, Enno Legationsrat I. Klasse im Referat 213 „Sowjetunion" des Auswärtigen Amts S. 149[1], 320[2], 786[1], 1471[1], 1474[1], 1949

Barkman, Carl Dietrich Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs der Niederlande bei der NATO in Brüssel S. 163, 166f., 208, 212, 1889

Barre, Raymond Ministerpräsident der Französischen Republik **Dok. 157, 284** und S. 120, 225f., 230f., 252[26], 768f., 796, 834, 849f., 854, 1109, 1140, 1209f., 1212, 1399, 1403f.

Barre, Siad *siehe: Siad Barre, Mohammed*

Barry, Robert L. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State for European Affairs) S. 721[1]

Barth, Klaus Vortragender Legationsrat im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums, Afrikas und den übrigen AKP-Staaten; Europäisches Parlament" des Auswärtigen Amts, seit 6. Juni 1979 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran S. 1854

Bartholomew, Reginald Mitarbeiter beim amerikanischen Nationalen Sicherheitsrat (Senior Advisor, National Security Council), seit 1. Juli 1979 Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Politico-Military Affairs) S. 169, 1082–1085, 1324[8], 1383f., 1386, 1546, 1550

Bartlett, Dewey Follett 1972–1978 Senator des amerikanischen Bundesstaates Oklahoma (Republican Party) S. 349[12]

Baschmatschnikow, Jewgenij Korrespondent der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS, am 6. Juni 1979 aus der Bundesrepublik ausgewiesen S. 839[9]

Bassler, Hilmar 1960–1968 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 710 „Ostasien" sowie Vertreter des Leiters im Referat 707 „China (Volksrepublik und Formosa), Mongolische Volksrepublik, Nordkorea, Nordvietnam, Hongkong und Macao" bzw. seit 1. Januar 1963 im Referat I B 5 „Süd- und Ostasien" des Auswärtigen Amts S. 836[24]

Bauch, Johannes Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u.a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)" des Auswärtigen Amts S. 1033[1]

Baudissin, Wolf Graf Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg S. 1398

Baudouin I. König der Belgier S. 847[5], 852

Baum, Gerhart Rudolf Bundesminister des Innern und Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 111, 1037–1040, 1133f.

al-Bayrakdar, Mohammed Zuheir Botschafter der Republik Irak in Bonn S. 356[7], 1907

Bazargan, Mehdi Ministerpräsident der „Provisorischen Regierung" des Iran seit 5. Februar 1979, vom 30. März 1979 bis zu seinem Rücktritt am 6. November 1979 Ministerpräsident der Islamischen Republik Iran S. 208, 211[18], 413, 463f., 1113[4], 1588, 1668, 1705f., 1827[2], 1828, 1842, 1881, 1963–1967

Begin, Menachem Ministerpräsident des Staates Israel S. 25, 26[15], 356, 358[19], 377[4], 404, 410f., 426[19], 514[10], 519, 572, 600, 613[5], 615, 616[16], 638f., 640[14], 718f., 748f., 780, 882, 921, 930, 1015[17+18], 1075, 1120, 1139, 1174[23], 1183[18], 1194, 1198, 1220–1222, 1226[3], 1227–1232, 1267[5], 1297–1299, 1301, 1319, 1321,

1454–1456, 1511, 1613, 1615, 1718, 1721f., 1723[30], 1724

Beheshti, Mohammed Hussein schiitischer Geistlicher (Ayatollah), Mitglied des iranischen Revolutionsrats seit 5. Februar 1979, seit 6. November 1979 Generalsekretär des Revolutionsrats und Justizminister bzw. Oberster Richter der Islamischen Republik Iran S. 1705, 1964[5], 1966[19]

Behrends, Wolfgang Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kairo bis 14. Oktober 1979, anschließend als Ministerialdirektor in den Geschäftsbereich des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung versetzt; 1973–1978 Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 250, 292** und S. 93[3], 181[14], 308[10], 377[6], 421, 422[7], 423[10], 425, 514[10], 515[14], 973[13], 1219[1], 1426[4], 1816[8]

Beil, Gerhard Staatssekretär und Erster Stellvertretender Minister für Außenwirtschaft bzw. Außenhandel der DDR S. 367, 1674[13], 1919

Belgassem, Yunis Oberst der libyschen Streitkräfte sowie bis 28. Februar 1979 Innenminister der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 158, 195, 197, 223[34], 1558

Bellescize *siehe: Regnauld de Bellescize*

Ben-Elissar, Eliyahu Botschafter des Staates Israel in Kairo seit 26. Februar 1980 S. 1718[6], 1799[12]

Ben Gurion, David 1948–1953 und 1955–1963 Ministerpräsident des Staates Israel S. 1230

Bengsch, Alfred Kardinal und Bischof von Berlin sowie Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz bis zu seinem Tod am 13. Dezember 1979 S. 87–89, 986[1], 989

Bennett, William Tapley Jr. Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO in Brüssel S. 35, 316[19], 449[5], 499[8], 585[2], 944, 959, 1654[4]

Bennigsen-Foerder, Rudolf von Vorstandsvorsitzender der VEBA AG und Honorarkonsul des Königreichs Norwegen in Düsseldorf S. 1022

Bensch, Peter Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amts S. 885f., 1337[1]

Bente, Wolfgang Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris bis 15. Juli 1979, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 341 „Ostasien, Australien, Neuseeland, Ozeanien“ im Auswärtigen Amt S. 1519, 1826[1], 1841[1]

Berendonck, Gerd Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 395** und S. 917[45], 1006[15], 1125[27], 1274[27], 1301[31], 1728[19], 1751[5]

Berhanu Bayeh Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses im Ständigen Komitee des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats des Sozialistischen Äthiopien S. 433

Berlinguer, Enrico Generalsekretär des PCI und Abgeordneter im italienischen Parlament S. 1143, 1416

Berlinguer, Sergio Gesandter und Leiter der Presse- und Informationsabteilung im italienischen Außenministerium, seit August 1979 außenpolitischer Berater des Ministerpräsidenten Cossiga S. 1413, 1416

Bernard-Reymond, Pierre Staatssekretär im französischen Außenministerium (Secrétaire d'État auprès du Ministre des Affaires étrangères) S. 238, 802

Berninger, Karl-Heinrich Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris bis 3. August 1979, anschließend Botschafter in Kabul **Dok. 394** und S. 1970[2]

Berry, Sir Henry Vaughan 1946–1949 Regionalkommissar des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland für Hamburg S. 296

Bertele, Franz Josef Ministerialdirigent an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin **Dok. 133** und S. 489[30]

Bertens, J. W. stellvertretender Leiter der Presseabteilung im niederländischen Außenministerium S. 1088

Bessmertnych, Alexander Alexandrowitsch Gesandter an der sowjetischen Botschaft in Washington S. 777[11]

Bewerunge, Ulrich Ministerialrat und Leiter des Referats „Rüstungszusammenarbeit mit europäischen NATO-Ländern" im Bundesministerium der Verteidigung S. 319[8]

Beyé, Alioune Blondin Außenminister der Republik Mali S. 1121

Bhandari, Shri Romesh Abteilungsleiter im indischen Außenministerium bis Juli 1979 S. 49[8]

Bhutto, Zulfikar Ali 1973–1977 Ministerpräsident der Islamischen Republik Pakistan S. 30, 109[8], 413, 1274[28], 1528, 1617

Biden, Joseph R. Jr. Senator des amerikanischen Bundesstaates Delaware (Democratic Party) S. 772, 790, 853

Biedenkopf, Kurt Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe S. 1259

Biering, Hans A. Botschafter des Königreichs Dänemark in Warschau S. 1111[14]

Biesheuvel, Barend Willem Mitglied des „Ausschusses der Weisen" der Europäischen Gemeinschaften; 1971–1973 Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande S. 107[35], 644, 1849, 1852

Bilandžić, Ivan S. 1134[50]

Bilandžić, Stjepan S. 1134[50]

Bishara, Abdalla Yaccoub Ständiger Vertreter des Staates Kuwait bei der UNO in New York S. 1874[10]

Bismarck, Otto Fürst von 1871–1890 Reichskanzler des Deutschen Reiches S. 1013f., 1784

Bitzker, Peter E. Flottillenadmiral und Militärattaché an der südafrikanischen Botschaft in Bonn S. 627, 630, 634[24]

Bjørnebye, John Persönlicher Referent des norwegischen Außenministers Frydenlund S. 1731

Blaker, James R. Mitglied der amerikanischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien (Secretary of Defense Representative to MBFR Negotiations) S. 793[23]

Blanchard, George Samuel General der amerikanischen Streitkräfte, Befehlshaber der 7. US-Armee und der Central Army Group der NATO bis 31. Mai 1979 S. 778

Blech, Klaus Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts **Dok. 1, 6, 24, 31, 45, 63, 65, 71, 76, 80, 90, 154, 155, 156, 159, 229, 257, 269, 280, 294, 325, 340, 366, 377, 378, 379, 380, 390** und S. 6[6], 10[13], 11[19], 20, 29[26], 38[1], 41[13], 62[14], 99[1], 100–106, 117, 122[8], 134, 162, 177[1], 179[9], 180[11], 181[15], 205[1], 214, 219[21], 220, 222, 225[1], 248[16], 264[6], 269–271, 274–276, 278, 286[1], 298[1], 316[18], 331[4], 337[1], 347[1], 371[10], 392[1], 401[13], 408[1], 493[6], 505[1], 506[4+5], 507[8], 521[1], 523[14], 524[15], 525[18+19], 530[1], 579[1], 666[3], 676[1], 678[1], 681[20], 683[3], 691[1], 700[1], 706[5], 708[11], 745[1], 803[6], 804[8], 805f., 817, 819, 821[1], 822, 841[20], 847[1], 858[1], 880[1], 883, 887[1], 905[1], 936[1], 940[1], 943[1+2], 952, 954f., 956[32], 958, 966[1], 971[1+3], 975[18], 1001[1], 1024f., 1027f., 1052[1], 1060, 1086[1], 1087, 1089[21+25], 1090f., 1117, 1138[1], 1208[1], 1209[8], 1210[16], 1253[13+16], 1254[3], 1257[9], 1282, 1283[13], 1322[1], 1324[8], 1329, 1331f., 1337[1], 1358, 1360f., 1377, 1382[23], 1383[1], 1386, 1390[1], 1397[4], 1409[10], 1413, 1430[8], 1432[14], 1485[26], 1510, 1515[1], 1517, 1546, 1551f., 1562, 1566, 1612f., 1631, 1639[8], 1641, 1654[4], 1656, 1679, 1714[6], 1748, 1759[1], 1811, 1830[3], 1896–1898, 1945[3], 1949[1]

Blix, Hans Außenminister des Königreichs Schweden bis 20. September 1979 S. 3f., 5[20]

Blum, Yehuda Leiter der Ständigen Vertretung des Staates Israel bei der UNO in New York S. 613[5]

Blumenthal, Werner Michael Finanzminister der Vereinigten Staaten von Amerika (Secretary of the Treasury) bis

4. August 1979 S. 311, 782, 783 f., 790, 795, 853, 1040[3], 1055, 1188

Böcker, Alfons Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in London S. 199[9], 293[2], 297[23], 483[6], 591[9], 751[27], 896[10], 1074[12], 1599[30], 1929[19]

Boden, Dieter Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Antananarivo bis Oktober 1979, anschließend Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" des Auswärtigen Amts S. 1254[1], 1680[1], 1876[1]

Boenke, Eberhardt Hilfsreferent im Referat 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost" des Auswärtigen Amts S. 1162[1]

Bokassa, Jean-Bédel Kaiser des Zentralafrikanischen Kaiserreichs bis zu seinem Sturz am 20. September 1979; 1966–1976 Präsident der Zentralafrikanischen Republik S. 1702

Boldt, Detlef Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" des Auswärtigen Amts S. 111[1], 114[12], 207[1], 621[1], 678[1], 731[1], 871[1], 893[1], 895[6], 1135[1], 1277[1], 1283[13], 1343[1], 1705[1+3], 1707[8], 1876[1], 1933[1], 1934[8]

Boldyrew, Wil Konstantinowitsch Leiter der Abteilung für den Mittleren Osten im sowjetischen Außenministerium S. 455[19]

Bolen, David B. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Ost-Berlin **Dok. 25**

Boll, Erwin Vortragender Legationsrat im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte, Informationsdienste" des Auswärtigen Amts **Dok. 190, 198, 265** und S. 752[31], 820[29], 1022[23], 1291[10], 1295[9], 1338[6], 1348[19], 1403[21], 1461[22], 1464[35], 1903[3]

Bolland, Edwin Leiter der Delegation des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 793[23], 1046–1048, 1425, 1708 f.

Bölling, Klaus Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamts sowie Sprecher der Bundesregierung S. 206, 465, 1107, 1145[29], 1150, 1157, 1497, 1726[4], 1880

Bondarenko, Alexander Pawlowitsch Leiter der Dritten Europäischen Abteilung im sowjetischen Außenministerium S. 235, 523 f., 838, 905, 1562, 1567, 1572, 1575, 1748, 1759[1], 1770, 1780

Bongo, Omar (Albert-Bernard) Präsident, Regierungschef sowie Minister für Verteidigung, Information, Post- und Telekommunikation, nationale Orientierung, Sonderorgane der Partei, öffentlichen Dienst und Zivil- und Handelsluftfahrt der Gabunischen Republik S. 4

Boock, Peter-Jürgen Mitglied der „Rote Armee Fraktion" S. 1389[6]

Borge Martínez, Tomás Mitglied der Nationalleitung der FSLN und seit 20. Juli 1979 Innenminister der Republik Nicaragua S. 1363 f., 1366, 1489

Borgemeister, Ulrich Kapitän zur See; 1976–1978 Leiter der Gruppe 23 „Bundesministerium der Verteidigung; Sicherheitspolitik; Bundessicherheitsrat" im Bundeskanzleramt S. 49[5]

Börner, Holger Ministerpräsident des Landes Hessen (SPD) S. 1513[30]

Bornstaedt, Hans-Wilhelm von Brigadegeneral, Leiter der Stabsabteilung IV im Führungsstab der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung bis 31. Juli 1979, anschließend im Luftwaffenführungsdienstkommando S. 43[2]

Borstelmann, Wolfgang Vorsitzender des Bulgarien-Kreises beim Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft S. 556

Bosch, Klaus Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport; Rüstungsexportpolitik" des Auswärtigen Amts **Dok. 129** und S. 48[1], 92[15], 235[1], 480[1], 808[10], 1049[1], 1335[1], 1677[1], 1788[1]

Boss, Walter Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel bis 1. Februar 1979, anschließend Botschafter in Bangkok **Dok. 7, 192** und S. 93[2], 96[10], 220[26], 276[40], 287[5]

Bostorin, Oleg Wladimirowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Phnom Penh S. 913

Bot, Bernard Rudolf stellvertretender Leiter der Politischen Abteilung im niederländischen Außenministerium S. 683 f.

Botha, Pieter Willem Ministerpräsident und Verteidigungsminister der Republik Südafrika S. 34, 130, 484[7+8], 629, 631[17], 643, 774

Botha, Roelof Frederik („Pik") Außenminister der Republik Südafrika **Dok. 355** und S. 126, 127[5], 245 f., 273[24], 595, 596[24], 757[14], 764[18], 1619[44]

Boucetta, M'Hamed Außenminister des Königreichs Marokko S. 839, 1860

Boumedienne, Houari 1965–1978 Vorsitzender des Revolutionsrats bzw. Präsident der Demokratischen Volksrepublik Algerien S. 1180

Bourges, Yvon Verteidigungsminister der Französischen Republik S. 319, 320[9], 738[13], 1211, 1584 f.

Boutros, Fuad stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der Libanesischen Republik S. 1063[19], 1191–1197, 1318, 1332

Boutros-Ghali, Boutros Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten der Arabischen Republik Ägypten und bis 17. Februar 1979 amtierender Außenminister S. 421, 426[19], 520, 1191, 1452[2], 1895

Bouverat, Colette Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Vortragende Legationsrätin für Tätigkeiten bei offiziellen Anlässen S. 225[1], 986[1], 991[1], 1001[1], 1413

Bowin, Alexander Jewgenjewitsch sowjetischer Journalist und politischer Beobachter bei der Tageszeitung „Izvestija" (Moskau) S. 149, 1553[2]

Brandt, Jürgen General und Generalinspekteur der Bundeswehr im Bundesministerium der Verteidigung **Dok. 113** und S. 507, 580, 1253

Brandt, Willy Vorsitzender der SPD, Mitglied des Deutschen Bundestages sowie Präsident der Sozialistischen Internationale und Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission; 1966–1969 Bundesminister des Auswärtigen, 1969–1974 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 416, 436, 533, 653[9], 827, 906, 913[36], 1013 f., 1015[18], 1020, 1058, 1125, 1128, 1214, 1224[22], 1232, 1237, 1298, 1338, 1372, 1397[5], 1741, 1750, 1917[18]

Bratteli, Trygve 1971/72 und 1973–1976 Ministerpräsident des Königreichs Norwegen S. 280[4]

Braunmühl, Gerold Edler von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" des Auswärtigen Amts, seit 26. Juli 1979 Vertreter des Leiters im Referat 010 „Ministerbüro" S. 115, 205[1], 527[25], 528[26], 683[1], 700[1], 728[27], 775[1], 843[1+31], 905[1], 907[9], 959[1], 986[1], 1052[1], 1081[1], 1085[1], 1092[1], 1097[22], 1117, 1135[1], 1138[1], 1140[12+13], 1141[15], 1147[36], 1150[1], 1151[3], 1152[10], 1154[18], 1155[21], 1160[41], 1167[1], 1233[1], 1244[39], 1266[1], 1277[1], 1337[1], 1407[1], 1410[14+15], 1428[1], 1441[1], 1442[6], 1443[12], 1444[15+16], 1446[24], 1452[1], 1466[1], 1497[1], 1509[1], 1515[1], 1546[1], 1550[17+18], 1606[1], 1658[1], 1661[1], 1687[1], 1731[1], 1748[1], 1759[1], 1770[1], 1785[1], 1786[1], 1800[1], 1811[1], 1835[1], 1937[1], 1949[1], 1959[22]

Braunmühl, Harald Edler von Oberstleutnant im Generalstab, seit 18. September 1979 Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok (auch für Birma zuständig) S. 1845[20]

Bräutigam, Hans Otto Ministerialdirigent und Leiter des Arbeitsstabs 20 „Deutschlandpolitik" im Bundeskanzleramt S. 205[1], 700[2]

Brennan, Donald George 1962–1964 Präsident des Hudson-Institute, Mitglied des International Institute for Strategic

Studies und des Council on Foreign Relations S. 1103

Breschnew, Leonid Iljitsch Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken **Dok. 296** und S. 6, 10, 16[15], 17f., 20, 22, 36[3], 57, 62[14], 69[10], 149, 183f., 186–191, 204, 215, 235, 237, 290, 295, 299, 324f., 348, 351[19], 352, 402[19], 443f., 455[19], 457, 471, 476, 487[18], 490, 500[12], 521[2], 533, 535f., 563, 584–588, 604f., 644, 690–696, 699f., 705[1+2+4], 734[17], 735, 739, 775, 777, 786, 787[8], 850, 859, 873, 874[10+11+13], 875–878, 879[27], 880, 882, 890, 906–910, 916, 937, 945[11], 946, 949, 969, 971[4], 981–984, 997, 1029[9], 1030–1032, 1073, 1101, 1108, 1139, 1141, 1147, 1173, 1181, 1209, 1235, 1238, 1241f., 1244, 1253, 1317[19], 1338–1340, 1341[20], 1359, 1377, 1378–1381, 1396–1398, 1400, 1407f., 1410–1412, 1414, 1417f., 1426f., 1432, 1435f., 1441f., 1445f., 1473[14], 1486, 1491–1494, 1496, 1501f., 1512[16], 1524, 1534, 1541–1543, 1547, 1551, 1553[2], 1555, 1560–1563, 1566, 1568f., 1571, 1573f., 1581f., 1588, 1591, 1592[12], 1597f., 1601, 1606, 1607[8], 1609–1612, 1623, 1631–1633, 1638, 1645[19], 1648, 1650, 1652, 1655f., 1659, 1664[16], 1665, 1670[5], 1674, 1685, 1688, 1709, 1714–1717, 1730[26+28+29], 1732–1742, 1744, 1745[18], 1750[4], 1754f., 1758[17], 1760, 1762, 1764, 1766, 1776, 1778, 1781[36], 1782, 1807[16], 1808, 1809[4], 1810, 1812, 1911f., 1939, 1942, 1944, 1945[34], 1950–1952, 1959, 1975f.

Brewster, Kingman Jr. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in London S. 324

Breytenbach, Breyten südafrikanischer Schriftsteller und Anti-Apartheid-Aktivist, seit 1975 in Südafrika inhaftiert S. 130

Bridges, Thomas Edward, 2nd Baron (Lord Bridges) Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State) S. 1906, 1927[14]

Brie, Horst Botschafter der DDR in Tokio S. 255

Brockdorff-Dallwitz, Thilo Johann Roger Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; EGKS; OECD" des Auswärtigen Amts S. 1851[15]

Brooks, Jack Bascom Abgeordneter im amerikanischen Repräsentantenhaus (Democratic Party) S. 66

Brown, Edmund Gerald Jr. Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates Kalifornien S. 306

Brown, Harold Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 68, 175, 225** und S. 18, 22f., 64–66, 69f., 95[8], 242, 304, 314, 328f., 356, 387, 422[5], 498–503, 507, 619, 650[15], 656f., 659–661, 669–673, 675, 680f., 723, 735, 775, 786, 853, 874, 876, 882, 893[2+3], 894, 908, 972, 1017[4], 1029[9], 1084, 1304[10], 1322f., 1346f., 1587f., 1598, 1681–1685, 1810, 1889–1891

Brühl, Dietrich Graf von Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel bis 14. Februar 1979, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 414 „Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der naturwissenschaftlichen Forschung, der technologischen Entwicklung und der Umweltprobleme" im Auswärtigen Amt S. 548[10]

Brümmer, Christoph Legationsrat I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien" des Auswärtigen Amts S. 1117

Brunet, Jean-Pierre Botschafter der Französischen Republik in Bonn **Dok. 118, 174** und S. 214, 745, 753[33], 794, 800

Brunner, Guido Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Forschung, Wissenschaft und Bildung sowie Energie) S. 924

Brzezinski, Zbigniew Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten

(Assistant to the President for National Security Affairs) **Dok. 4, 139, 161, 193, 215, 221, 262** und S. 17, 56, 405–407, 429[6], 488[27], 520[18], 700, 783, 790, 794, 853, 973, 1032, 1041, 1052f., 1078, 1084, 1088, 1183[18], 1188, 1354, 1419, 1555, 1587–1589, 1598, 1668[6]

Buchrucker, Hasso Rab Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb" des Auswärtigen Amts, seit 26. März 1979 im Referat 310 „Naher Osten" S. 301[1], 303[1], 403[1], 421[1], 1058[1], 1791[1]

Buis, Georges Paul General der französischen Streitkräfte und Präsident der „Fondation pour les études de Défense nationale" in Paris S. 1257[9]

Bullard, Julian L. Gesandter an der britischen Botschaft in Bonn bis 26. Februar 1979, danach Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Undersecretary of State) S. 528[26], 722–728, 956, 1612, 1905, 1913–1916, 1920f.

Bundy, McGeorge Professor für Geschichte an der Universität von New York; 1961–1966 Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten S. 1100

Burchard, Otto 1963–1968 Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria S. 628[11]

Burg, Josef Innenminister des Staates Israel S. 520, 1222

Bürger, Heinz Dieter Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran, seit Oktober 1979 Vortragender Legationsrat im Referat 340 „Süd- und Südostasien" des Auswärtigen Amts S. 1519[1], 1975[1]

Burns, David Allan Mitarbeiter im britischen Außenministerium (Assistant, Arms Control and Disarmament Department), seit Oktober 1979 Generalkonsul und Vertreter des Botschafters des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Bangkok S. 541

Burt, Richard Journalist bei der Tageszeitung „The New York Times" S. 1024, 1304

Burtica, Cornel Minister für Außenhandel und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit der Sozialistischen Republik Rumänien S. 1431

Busch, Rolf Trygve Botschafter des Königreichs Norwegen in Bonn S. 1731

Buschmann, Karl 1963–1978 Vorsitzender der Gewerkschaft Textil und Bekleidung S. 1264

Bush S. 1425, 1427

Butler, Michael Dacres Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State) S. 767, 769–771

Byrd, Robert C. Senator des amerikanischen Bundesstaates West Virginia (Democratic Party; Senate Majority Leader) S. 1078, 1088, 1251, 1252[10], 1354, 1589, 1836[9]

Byrnes, James F. 1945–1947 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 430, 782[30]

Caetano, Marcello José das Neves Alves 1968–1974 Ministerpräsident der Portugiesischen Republik S. 1313[26]

Cagiati, Andrea Leiter der Delegation der Italienischen Republik bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 1708

Cahen, Alfred Kabinettschef des belgischen Außenministers Simonet S. 847, 851

Califano, Joseph Anthony Jr. Minister für Gesundheit, Bildung und Sozialwesen der Vereinigten Staaten von Amerika bis 3. August 1979 S. 1040[3]

Callaghan, James Vorsitzender der britischen Labour Party und bis 3. Mai 1979 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland **Dok. 2, 3, 5, 66, 79** und S. 20, 76[16], 78, 241[3], 324, 383, 442, 454[9], 483, 484[7], 485, 788[15], 1142, 1148, 1502, 1532–1534, 1604, 1629

Calvo Sotelo y Bustelo, Leopoldo Minister für die Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften des Königreichs Spanien S. 252[27], 1332[10]

Campagne, Willy Sylvio Julien Botschafter des Königreichs der Niederlande in Teheran S. 1669, 1692–1695

Capucci, Ilarion Bischof von Cesarea di Palestina S. 1965

Carl XVI. Gustaf König des Königreichs Schweden S. 3f., 5^{20}

Carlos *siehe Ramírez Sánchez, Illich*

Carrington, Peter Alexander Rupert 6th Baron (Lord Carrington) Direktor der Barclays Bank in London, seit 4. Mai 1979 Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland **Dok. 131, 160, 315, 316** und S. 603f., 606, 722–724, 725^{16}, 729–731, 740, 742, 762f. 788^{15}, 796, 883, 887, 927, 929, 1212, 1508^{5}, 1512^{16}, 1595f., 1639, 1640^{11}, 1820, 1853, 1899, 1901, 1905–1908, 1912f., 1927, 1957f., 1971

Carstens, Karl Präsident des Deutschen Bundestages bis 31. Mai 1979 (CDU), am 23. Mai 1979 zum Bundespräsidenten gewählt (Amtsantritt am 1. Juli 1979); 1960–1966 Staatssekretär im Auswärtigen Amt bzw. des Auswärtigen Amts S. 628, 840^{14}, 1180, 1226, 1539^{34}, 1781

Carter, James Earl Jr. (Jimmy) Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika; 1971–1975 Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates Georgia **Dok. 2, 3, 5, 67, 99, 147, 162, 163, 182, 214, 218, 274, 312** und S. 4, 20, 49^{11}, 53, 56, 67f., 69^{10}, 73, 76, 77^{18}, 91, 113f., 129^{17}, 131, 149f., 165, 166^{18}, 167^{23}, 168, 218, 258, 273^{25}, 295, 306, 309, 324, 326, 327^{4}, 328–330, 347–351, 355, 358f., 376–383, 399, 403–405, 407, 410^{13}, 411^{16}, 413, 425, 427, 429, 457f., 476, 483^{6}, 484f., 487, 500, 506, 510^{3}, 511, 520^{18}, 558^{4}, 568–570, 573–575, 585^{2}, 603–605, 618, 624, 644, 652, 653^{12}, 681^{19}, 692f., 696, 700, 705^{16}, 724f., 734^{17}, 735, 739, 754, 755^{5}, 757^{14}, 760, 764, 772, 775, 777^{11}, 778f., 782, 790, 794f., 810f., 832, 840, 848–850, 853f., 856, 858, 871–874, 876f., 879^{27}, 890, 904, 906–911, 914, 916, 920, 927^{9}, 934, 937, 945, 949^{24}, 966, 971^{4}, 972, 981, 998, 1004–1006, 1018, 1029–1033, 1060, 1062, 1072^{3}, 1073, 1076, 1078, 1085, 1101, 1127, 1139, 1148, 1173, 1181–1183, 1188, 1194, 1198, 1200, 1203, 1221, 1224, 1227, 1231, 1251, 1267, 1284^{2}, 1287f., 1291, 1293, 1303, 1319f., 1339–1341, 1354, 1359, 1361, 1415f., 1418f., 1422, 1435, 1455f., 1472f., 1507, 1523, 1533–1535, 1554f., 1596, 1598, 1600f., 1613, 1623, 1638, 1655, 1667, 1675, 1690, 1694^{7+8}, 1707, 1712, 1715, 1726^{4}, 1727^{16+17}, 1743, 1760, 1766, 1792, 1810^{6}, 1828, 1835^{4}, 1836, 1844^{17}, 1871^{3}, 1879^{8}, 1882, 1912, 1914, 1930, 1941f., 1944, 1945^{34}, 1956f., 1959, 1967, 1975, 1976^{6}

Carter III, Hodding Leiter der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit im amerikanischen Außenministerium und Sprecher des Ministeriums (Assistant Secretary for Public Affairs, Spokesman of the Department) S. 1793

Cartledge, Bryan George Persönlicher Referent des britischen Premierministers Callaghan ((Private Secretary to the Prime Minister–Overseas Affairs) S. 347

Casaroli, Agostino Titularerzbischof von Karthago und Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche beim Staatssekretariat des Heiligen Stuhls, seit 28. April 1979 Pro-Sekretär beim Staatssekretariat des Heiligen Stuhls, seit 30. Juni 1979 Kardinal und seit 1. Juli 1979 Sekretär des Staatssekretariats **Dok. 204** und S. 87, 88^{4}, 986^{1}

Cassiers, Juan Gesandter des Königreichs Belgien in Bonn bis November 1979 S. 847, 852

Castañeda y Alvarez de la Rosa, Jorge Außenminister der Vereinigten Mexikanischen Staaten seit 16. Mai 1979 S. 1464^{33}

Castro Madero, Carlos Vorsitzender der argentinischen Comisión Nacional de Energía Atómica (CNEA) S. 665

Castro Ruz, Fidel Vorsitzender des Staatsrats und des Ministerrats der Republik Kuba sowie Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kubas S. 58, 59^{13}, 152, 755^{5}, 760, 1307, 1314^{7}, 1315^{9}, 1637^{8}, 1723

Catalano di Melilli, Felice Leiter der Ständigen Vertretung der Italienischen Republik bei der NATO in Brüssel S. 42, 208, 212, 647^{2}, 671, 1408

Cazimajou, Émile Botschafter der Französischen Republik in Ankara S. 274

Ceaușescu, Nicolae Vorsitzender des Staatsrats und Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien sowie Generalsekretär des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei **Dok. 290** und S. 6, 519, 538[21], 1109, 1176, 1189 f., 1513

Chai Zemin Leiter des Verbindungsbüros der Volksrepublik China in Washington, seit März 1979 Botschafter S. 47

Chaillous, Alain Botschafter der Französischen Republik in Accra S. 955

Chambers, Erika S. 1557

Chamorro, Violeta Barrios Torres de seit 16. Juni 1979 Mitglied der „Junta des nationalen Wiederaufbaus" bzw. seit 19. Juli 1979 der Regierungsjunta in der Republik Nicaragua S. 1009[5], 1363

Chamorro Cardenal, Pedro Joaquín Herausgeber der Tageszeitung „La Prensa" und führendes Mitglied des nicaraguanischen „Partido Conservador", 1978 ermordet S. 1009[5]

Chayes, Antonia Handler Abteilungsleiterin im amerikanischen Ministerium für die Angelegenheiten der Luftwaffe (Assistant Secretary of the Air Force – Manpower, Reserve Affairs and Installations) S. 1099

Chen Chu Leiter der Ständigen Vertretung der Volksrepublik China bei der UNO in New York und vom 1. bis 31. Dezember 1979 Präsident des UNO-Sicherheitsrats S. 1897

Chiang Hai Ding Botschafter der Republik Singapur in Bonn S. 830

Chirac, Jacques Vorsitzender des Rassemblement pour la République (RPR) in Frankreich und Bürgermeister von Paris S. 1627

Chou En-lai *siehe: Zhou Enlai*

Chowdhary, Rajinder Singh Militärattaché an der indischen Botschaft in Bonn S. 50, 90

Christopher, Warren stellvertretender Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika (Deputy Secretary of State) **Dok. 86, 135** und S. 510[4], 511, 568, 667[4], 735[20], 883[3], 1598, 1931[3], 1958, 1976

Christophersen, Henning Außenminister des Königreichs Dänemark bis 26. Oktober 1979 S. 742, 764

Chrobog, Jürgen Botschaftsrat und Vertreter der Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Singapur S. 8307

Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 1953–1964 Erster Sekretär des ZK der KPdSU und 1958–1964 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 605[20], 1523, 1526, 1541, 1543, 1567

Church, Frank Forrester Senator des amerikanischen Bundesstaates Idaho (Democratic Party) S. 1287, 1554, 1829[10]

Churchill, Sir Winston Leonard Spencer 1940–1945 und 1951–1955 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 893, 1257

Chyliński, Jan Botschafter der Volksrepublik Polen in Bonn S. 60, 711, 1937

Citron, Klaus Jürgen Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere VN-Bereich und SALT" im Auswärtigen Amt **Dok. 31** und S. 169[1], 201[6], 312[7], 331[1+3], 417[1], 496[1], 649[12], 686[8], 816[3], 959[1], 1216[1], 1354[1], 1515[1], 1546[1], 1590[1], 1607[8], 1630[1], 1653[1], 1804[1], 1805[10], 1949[5]

Claes, Willy Wirtschaftsminister des Königreichs Belgien S. 848[6]

Clapp, Priscilla A. Mitarbeiterin im amerikanischen Außenministerium (Special Assistant in the Office of Politico-Military Affairs) S. 30[30]

Clappier, Bernard Präsident der französischen Notenbank S.81, 750

Clark, Charles Joseph Ministerpräsident von Kanada seit 4. Juni 1979 S. 782

Clausewitz, Carl von *1780 †1831 S. 329

Coffin, William Sloane Pfarrer an der Protestant Riverside Church in New York S. 1965[12]

Colombo, Emilio Präsident des Europäischen Parlaments bis 17. Juli 1979 S. 726, 839, 840[14]

Connally, John Bowden Mitbewerber um die Nominierung zum Kandidaten der Republican Party für die amerikanische Präsidentschaftswahl 1980; 1963–1969 Gouverneur des Bundesstaates Texas, 1971/72 Finanzminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 853

Conrad, Bernt Journalist bei der Tageszeitung „Die Welt" S. 526

Contreras Sepúlveda, Juan Manuel Guillermo 1974–1977 Chef des chilenischen Geheimdienstes Dirección de Inteligencia Nacional (DINA) S. 1069[14]

Cooper, Richard Newell Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Economic Affairs) S. 378, 383, 440, 746[5], 1871[3], 1878, 1880f., 1883, 1906, 1926, 1927[14]

Cossiga, Francesco Ministerpräsident der Italienischen Republik seit 13. August 1979 **Dok. 288** und S. 1056[5], 1149, 1586[3], 1598, 1607[5], 1850, 1976[8]

da Costa Gomes, Francisco stellvertretender Generalstabschef der portugiesischen Streitkräfte; 1974–1976 Präsident der Portugiesischen Republik S. 654[4]

Cradock, Percy Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Peking S. 1826

Cramer, Dettmar Journalist beim Rundfunksender RIAS in Berlin (West) S. 206

Crawford, William R. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary, Bureau for Near Eastern and South Asian Affairs) S. 898

Craxi, Bettino Generalsekretär des Partido Socialista Italiano (PSI) S. 1001–1004, 1006f., 1043, 1061, 1419, 1421

Crews, Alvin M. Oberst der amerikanischen Streitkräfte, Mitglied des Militärattachéstabs an der amerikanischen Botschaft in Pretoria bis zu seiner Ausweisung im April 1979 S. 631[17]

Croll, Willi Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes S. 1930

Cruz, Arturo José Mitglied der „Gruppe der Zwölf" und seit 20. Juli 1979 Direktor der Zentralbank der Republik Nicaragua S. 1364

Cubillos Sallato, Hernán Außenminister der Republik Chile S. 1069, 1312, 1373

Czyrek, Józef Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik Polen **Dok. 151** und S. 711, 713[13], 715f., 826–828, 940, 942f., 1150, 1157, 1937

Daddah, Mokhtar Ould 1961–1978 Präsident der Islamischen Republik Mauretanien S. 33[36]

Daerr, Hans Joachim Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" des Auswärtigen Amts, seit September 1979 an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 38[1], 192[1], 193[3], 207[1], 327[1], 387[1], 391[8+10], 417[1], 441[1], 474[1], 498[1], 505[1], 530[1], 647[1], 966[1], 1023[1]

Dalton, Edward Hugh John Neale (Baron Dalton) 1945–1947 Schatzkanzler des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland (Chancellor of the Exchequer) S. 296

Dannenbring, Fredo Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" im Auswärtigen Amt, seit 29. Januar 1979 Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 163, 223, 224, 259** und S. 394[12], 411[16], 438, 485[11], 500[12], 520[18], 664, 778[14], 853[6], 1078[3], 1136, 1174[23], 1183[18], 1251[7], 1304[10], 1324[8], 1495[19], 1554[7], 1694[8], 1730[31], 1789[10]

Danson, Barnett Jerome Verteidigungsminister von Kanada bis 4. Juni 1979 S. 657

Daoudi, Adib Berater des syrischen Präsidenten S. 717–721

Daud Khan, Mohammed General der afghanischen Streitkräfte und 1953–1963 sowie von 1973 bis zu seiner Ermordung

am 27. April 1978 Präsident, Ministerpräsident sowie zeitweilig Außen- und Verteidigungsminister der Republik Afghanistan S. 52[19], 152, 1272[22], 1536, 1935[10]

Daum, Werner Legationsrat I. Klasse und Geschäftsträger ad interim an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Aden **Dok. 276, 283** und S. 152[20], 274[32], 1353[12]

Daume, Willi Präsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland und der Deutschen Olympischen Gesellschaft S. 1711

Davignon, Étienne Vicomte Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Angelegenheiten der Industrie und des Binnenmarkts) S. 12, 19

Davos, Ioannis General und Oberbefehlshaber der griechischen Streitkräfte S. 112, 1503[21], 1504f.

Dayan, Moshe General der israelischen Streitkräfte und bis 23. Oktober 1979 Außenminister des Staates Israel **Dok. 260, 261** und S. 25[13], 26[16], 105[24], 209[12], 513, 516, 519, 616[16], 636, 639f., 780, 954[20], 1015f., 1073[9], 1075, 1170, 1175, 1220–1222, 1310, 1318–1320, 1333, 1360, 1406, 1462f., 1511, 1529, 1721–1723

Dean, Jonathan geschäftsführender Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerikan bei den MBFR-Verhandlungen in Wien, seit 24. Januar 1979 Leiter **Dok. 39** und S. 475[8], 476, 793[23], 971[4], 1045–1048, 1425

Debatin, Helmut Felix beigeordneter Generalsekretär der UNO für Finanzen (Assistant Secretary-General), seit Juli 1979 Unter-Generalsekretär für Verwaltung und Management (Under Secretary General) S. 408

Debunne, Georges Präsident des belgischen Gewerkschaftsverbandes Fédération Générale du Travail Belgique (FGTB) S. 849

Delaye, Raoul Botschafter der Französischen Republik in Teheran S. 1669, 1692–1695

Dell, Edmund Emanuel Mitglied des „Ausschusses der Weisen" der Europäischen Gemeinschaften; 1976–1978 Handelsminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland (Secretary of Trade) S. 107[35], 644, 1849, 1852

Demirel, Süleyman 1975–1978 und erneut seit 12. November 1979 Ministerpräsident der Republik Türkei S. 1019, 1505

Dencker, Norman Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Mexiko-Stadt S. 1464[33]

Deng Xiaoping Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik China S. 13[4], 20, 22, 69[10], 72, 73[12], 145f., 149, 162–168, 286, 288f., 322, 471[3], 472f., 693, 830f., 913, 933, 1315, 1420, 1472, 1594, 1772

Deniau, Jean-François Minister für Außenhandel der Französischen Republik S. 1674[13]

Denktasch, Rauf Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern S. 412, 622, 884

Derix, Christoph Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brazzaville bis September 1979, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" des Auswärtigen Amts **Dok. 336** und S. 1514[32], 1638[1], 1640[10], 1711[1], 1913[6], 1919[1]

Desai, Morarji Ministerpräsident der Republik Indien bis zu seinem Rücktritt am 15. Juli 1979 **Dok. 184** und S. 580, 832, 1268, 1360[35], 1527

Deschamps Militärattaché an der französischen Botschaft in Peking S. 583[3]

Desmarets, José Verteidigungsminister des Königreichs Belgien seit 15. Oktober 1979 S. 1681, 1683

Devine, Frank James Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in San Salvador S. 1489

Dhanabalan Suppiah Abgeordneter im singapurischen Parlament S. 830

Diebitsch-Sabalkanski, Hans Karl von *1785 † 1831 S. 445[10]

Dieckmann, Heinrich Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 405 „Internationale Energiepolitik, Energiewirtschaftliche Beziehungen zu Förder- und Verbraucherländern; Energiefragen in Internationalen Organisationen" im Auswärtigen Amt S. 745[1], 784[5]

Diehl, Günter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tokio (zugleich in Ulan Bator akkreditiert) **Dok. 46, 199** und S. 74, 255f., 926[1], 929, 1926[9]

Dietrich, Hans Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Hongkong S. 31[33], 168[29]

Dimcevski, Kuzman Abteilungsleiter für Westeuropa im jugoslawischen Außenministerium S. 1117

Diouf, Abdou Ministerpräsident der Republik Senegal **Dok. 97** und S. 32[35]

Disdorn, Hannspeter Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kabul S. 1272[23], 1931[2]

Dittmann, Heinz Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 41 in der Abteilung 4 „Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration" des Auswärtigen Amts bis 25. Mai 1979, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile S. 8[9], 1068[12], 1069[16]

Dlamini, Maphevu Ministerpräsident von Swasiland bis zu seinem Tod am 25. Oktober 1979 S. 1819[12]

Długosz, Stanisław Stellvertretender Minister für Außenhandel der Volksrepublik Polen S. 60, 125

Dobbelstein, Rainer Attaché und Legationsrat im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u.a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)" des Auswärtigen Amts seit 28. März 1979 S. 1033[1]

Dobrosielski, Marian Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik Polen sowie Direktor des polnischen Instituts für Internationale Beziehungen und Mitglied im Präsidium des Weltfriedensrats in Helsinki **Dok. 106** und S. 474

Dobrynin, Anatolij Fjodorowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Washington S. 56–59, 149, 164f., 381, 500[12], 777, 946, 1062, 1288[16], 1359, 1377, 1472, 1728, 1881

Dohms, Gerhard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Guatemala bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. September 1979; 1972–1975 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 240 „Informationsreferat Ausland" im Auswärtigen Amt S. 254[32]

Dohnanyi, Klaus von Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und Staatsminister im Auswärtigen Amt S. 80[5], 238, 393[7], 472[8], 473, 809, 847[1], 1322[1], 1325, 1788[7]

Dolanè, Stane Sekretär des Präsidiums des ZK des BdKJ S. 562

Doly, Guy Oberstleutnant der französischen Streitkräfte und Professor an der Militärakademie Saint Cyr S. 1257[9]

Dorin, Bernard Botschafter der Französischen Republik in Pretoria S. 1619[44]

Doron, Eliyahu 1976/77 Verteidigungsattaché an der israelischen Botschaft in Bonn S. 199[8]

Doty, Paul Mead Professor für Biochemie an der Harvard University S. 1100

Dragosavac, Dušan Mitglied des Präsidiums des ZK des BdKJ und seit Mai 1979 Sekretär des Präsidiums S. 1117[1]

Dreher, Herbert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag bis 30. August 1979, anschließend Botschafter z.b.V. im Auswärtigen Amt, vom 5. November 1979 bis 28. Dezember 1979 als Botschafter nach Den Haag abgeordnet **Dok. 146** und S. 677[6], 1087, 1090, 1866[15]

Dröge, Heinz Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lagos bis 18. März 1979, anschließend Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts **Dok. 235, 329** und S. 263[20], 291[1], 417[1], 420[7], 474[1], 530[1], 676[1], 678, 700[1], 731[1], 745[1], 885[10], 936[1],

1086[1], 1278–1280, 1281[7], 1283[13], 1284[1], 1322[1], 1327[5], 1546, 1587[5], 1596[9], 1645[19], 1653[1]

Dröge, Jürgen Legationsrat I. Klasse im Referat 010 „Ministerbüro" des Auswärtigen Amts bis April 1979, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Dakar, seit Oktober 1979 Vertreter des Botschafters S. 153[1], 158[1], 198[1], 200[1]

Dufner, Wolfram Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lusaka S. 1595[8], 1819[14]

Dufourcq, Bertrand Leiter der Unterabteilung für die Vereinten Nationen und Internationale Organisationen im französischen Außenministerium (Conseiller des Affaires étrangères), seit Oktober 1979 Leiter der Europa-Abteilung (Ministre plénipotentiaire) S. 1905, 1913–1916, 1919–1921

Duisenberg, Willem Frederik 1973–1977 Finanzminister des Königreichs der Niederlande S. 851

Duncan, Charles William stellvertretender Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten von Amerika (Deputy Secretary of Defense), seit 24. August 1979 Energieminister S. 64, 66f., 69f.

Dungern, Friedrich-Heinrich Freiherr von Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Wien bis 24. Juni 1979, anschließend Generalkonsul in Boston S. 161[3]

Dunker, Hans-Joachim Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London, seit 20. Februar 1980 Botschafter in Luanda S. 1250[19]

Dunn, Archibald Gardner Botschafter der Republik Südafrika in San Salvador bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen im November 1979 S. 1817[7]

Eanes, António dos Santos Ramalho Präsident der Portugiesischen Republik, Vorsitzender des Revolutionsrats und Chef des Generalstabs S. 679

Earle II, Ralph Mitarbeiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency) sowie Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei den SALT-Verhandlungen S. 38–41, 173, 872, 943[2], 944f.

Eban, Abba Abgeordneter im israelischen Parlament (Ma'arach) und Vorsitzender des Beit-Berl-Centre of Education, Studies and Research; 1966–1974 Außenminister des Staates Israel S. 1291

Eberhard, Hans-Ludwig Ministerialdirektor und Leiter der Rüstungsabteilung im Bundesministerium der Verteidigung S. 318f., 1336, 1677, 1679

Ecevit, Bülent Ministerpräsident der Republik Türkei bis 12. November 1979 S. 28, 86[14], 113, 307, 382f., 394, 396, 455[12], 510[5], 511f., 553, 568[4+5], 572, 668[9], 735, 743[37], 884, 1019, 1223, 1461, 1462[30], 1505

Ederer, Adolf Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Panama bis 2. Mai 1979, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 330 „Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Karibischer Raum" des Auswärtigen Amts S. 1010[11], 1284[1]

Edmondson, William Brockway Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Pretoria S. 484[8], 631[17]

Eftimow Awramow, Georgi Vorsitzender des bulgarischen Staatskomitees für Tourismus S. 554

Eger, Wolfgang Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Manila S. 952[9]

Eggers, Wolfgang Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Sofia S. 554[30]

Ehmann, Willi Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 11 „Regionalbereich Afrika" in der Abteilung 1 „Regionale Entwicklungspolitik; Projekte und Programme der bilateralen finanziellen und technischen Zusammenarbeit, Integration aller entwicklungspolitischen Maßnahmen" des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 32[35], 1701

Ehmke, Horst Mitglied des Deutschen Bundestages und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion S. 1090

Ehni, Reinhard Vortragender Legationsrat im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa" des Auswärtigen Amts S. 283[1], 397[1], 1044[1], 1045[10], 1330[7], 1466[1]

Ehrenberg, Herbert Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 1159

Ehrlich, Harald Oberst im Generalstab und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 439[3], 939[12], 1228[11]

Ehrlich, Simcha stellvertretender Ministerpräsident des Staates Israel und bis zu seinem Rücktritt am 7. November 1979 Finanzminister S. 1718, 1724, 1798

Eichborn, Wilfried von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Daressalam S. 478[4], 479[7]

Eick, Hans-Joachim Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria S. 126[2], 128[14], 130[23], 246, 249[17+19], 485[11], 595[23], 606[25], 631[17], 1825

Eickhoff, Ekkehard Ministerialdirigent im Bundespräsidialamt S. 609[1]

Eickhoff, Walter Vortragender Legationsrat im Referat 310 „Naher Osten" des Auswärtigen Amts bis Juli 1979, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 301[1], 403[1]

Eilts, Hermann Frederick Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Kairo bis 20. Mai 1979, anschließend Professor für internationale Beziehungen an der Boston University S. 377[4]

Eisenburger, Eduard Ioan Mitglied des Staatsrats der Sozialistischen Republik Rumänien und des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei S. 1434

Eisenhower, Dwight David 1953–1961 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 325

Eklund, Sigvard Generaldirektor der IAEO S. 571[17], 663

Eksteen, Adriaan Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Südafrika bei der UNO in New York S. 596

Elbe, Frank Legationsrat I. Klasse im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" des Auswärtigen Amts bis April 1979, anschließend Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kampala **Dok. 85**

Elekdag, Mustafa Şükrü Generalsekretär im türkischen Außenministerium S. 394[12]

Elizabeth II. Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 4, 241, 605, 724f., 840, 911, 1211[21], 1638, 1690, 1712, 1914

Ellerkmann, Richard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte, Informationsdienste" im Auswärtigen Amt **Dok. 362** und S. 79[4], 1316[17]

Emmel, Egon Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der OECD in Paris mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Mai 1979 S. 364[6], 622[7]

Emminger, Otmar Präsident der Deutschen Bundesbank S. 749f., 1393

Engels, Josef Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Asunción; 1975–1978 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 240 „Informationsreferat Ausland" bzw. seit 1. Oktober 1977 des Referats 012-II „Informations- und Öffentlichkeitsarbeit – Ausland" im Auswärtigen Amt S. 1443[9]

Ennals, Martin Generalsekretär von Amnesty International S. 1702

Entezam, Abbas Amir stellvertretender Ministerpräsident der Isamischen Republik Iran vom 30. März bis 6. November 1979 sowie Sonderbotschafter **Dok. 233** und S. 1179, 1963[3], 1964

Eppler, Erhard Mitglied des Präsidiums der SPD und Vorsitzender des Landesverbandes Baden-Württemberg S. 1833

Erck, Wolfgang Legationsrat I. Klasse im Referat 510 „Staats- und Verwaltungsrecht" des Auswärtigen Amts bis April 1979, anschließend Vertreter des

Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis, seit 23. Oktober 1979 als Botschaftsrat S. 1842[10]

Erkmen, Hayrettin Außenminister der Republik Türkei seit 12. November 1979 S. 1903

Ernest Regisseur und Mitglied der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" S. 956[31]

Ernst, Helmut Angestellter im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts, seit 5. Oktober 1979 S. 1117

Ertl, Josef Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 82[9], 119, 231[29], 797

d'Escoto Brockmann, Miguel katholischer Geistlicher, Mitglied der „Gruppe der Zwölf" und seit 20. Juli 1979 Außenminister der Republik Nicaragua S. 1370, 1374[23]

Evangelidis, Leonidas A. Mitarbeiter im griechischen Außenministerium; 1973–1978 Gesandter an der griechischen Botschaft in Bonn S. 1497

Evans, Rowland Jr. amerikanischer Journalist S. 1354

Eyers, Patrick Howard Caines Botschaftsrat an der britischen Botschaft in Bonn S. 1712f.

Facio Segreda, Gonzalo J. 1970–1978 Außenminister der Republik Costa Rica S. 1365[5]

Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud Kronprinz und erster stellvertretender Ministerpräsident des Königreichs Saudi-Arabien **Dok. 134, 187** und S. 5, 24[11], 29, 108, 154, 156, 302[4], 304, 379, 572, 621[2], 746, 748f., 779f., 781[24], 931, 1229, 1601, 1871

Fahmi, Ismail 1973–1977 Außenminister der Arabischen Republik Ägypten S. 1529[47]

Falin, Walentin Michajlowitsch Stellvertretender Leiter der Abteilung für internationale Information beim ZK der KPdSU; 1971–1978 Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn **Dok. 275** und S. 191, 1397, 1398[7], 1547, 1550, 1553, 1582, 1632, 1645, 1647, 1650, 1953[17]

Falkenburger Dolmetscher S. 214

Fallows, James amerikanischer Journalist S. 832

Falls, Robert Admiral der kanadischen Marine S. 656f.

Fascell, Dante Bruno Abgeordneter im amerikanischen Repräsentantenhaus (Democratic Party) S. 1737[37]

Fattah Ismail, Abdul Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Volksrates der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) S. 1560[4]

Fehrenbach, Hugo Oberamtsrat im Referat 331 „Andenstaaten und Mittelamerika" des Auswärtigen Amts S. 1009[1], 1487[1]

Feilner, Hildegunde Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in Singapur S. 830, 1846[24]

Feisal ibn Abdul Aziz al-Saud 1964–1975 König des Königreichs Saudi-Arabien S. 718

Feit, Christian Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein" im Auswärtigen Amt S. 214, 238[1], 745[1], 802[1], 805[1], 1712[1]

Felleke Gedle-Ghiorgis Außenminister des Sozialistischen Äthiopien S. 433[12]

Felli, Roger Joseph Oberst der ghanaischen Streitkräfte und Außenminister der Republik Ghana bis 3. Januar 1979, am 26. Juni 1979 hingerichtet S. 955[26]

Fiedler, Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 310 „Naher Osten" im Auswärtigen Amt **Dok. 68** und S. 33[36], 105[24], 198[1], 209[12], 301[1], 403[1], 421[1], 438[1], 439[4], 440[7+8+9], 512[1], 516[1], 557, 564[1], 566[10], 615[15], 636[6], 821[1], 822[8], 893[3], 954[20], 1013, 1014[13], 1015[17], 1058[1], 1198[1], 1205[1], 1226[1], 1298[22], 1679[7], 1791[1], 1795[1]

Figueiredo, João Baptista de Oliveira General der brasilianischen Streitkräfte

und seit 15. März 1979 Präsident der Föderativen Republik Brasilien **Dok. 102** und S. 437[13]

Filbinger, Hans 1966–1978 Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg (CDU) S. 941[9]

Finck von Finckenstein, Hans-Werner Graf Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Boston bis 17. Juni 1979, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden" im Auswärtigen Amt S. 883, 1337[1], 1925[6]

Fingerhut, Helmut 1972–1978 Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 233[5]

Finke-Osiander, Renate Vortragende Legationsrätin I. Klasse und Leiterin des Referats 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien" im Auswärtigen Amt S. 539[24], 546[1], 549[14], 703[13], 705[1], 709[14], 827[10], 841[19], 1028, 1112[16], 1138[1], 1208[1], 1265[27], 1428[1], 1811[1]

Firjubin, Nikolaj Pawlowitsch Stellvertretender Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1976

Fischer, Franz ehemaliger Kriminalsekretär (in den Niederlanden inhaftiert) S. 1086[3]

Fischer, Gerhard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Dublin S. 1461, 1512[24]

Fischer, Oskar Außenminister der DDR S. 87[3], 195, 255, 522, 989, 1112[16], 1326[3], 1327, 1374, 1918[23]

Fischer, Per Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Generalkonsul in Genf bis 21. November 1979, anschließend Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration" im Auswärtigen Amt **Dok. 346** und S. 102[13], 792[14], 953[18], 1008[17], 1814[13], 1844[19], 1851[12+14], 1856[1], 1857[5], 1929[18], 1930[27]

Fisher, Adrian S. Mitarbeiter in der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde sowie Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei der Konferenz des Abrüstungsausschusses (CCD) in Genf S. 96[11]

Fleischhauer, Carl-August Ministerialdirektor und Völkerrechtsberater sowie Leiter der Abteilung 5 „Rechtsabteilung" im Auswärtigen Amt **Dok. 52, 194, 204, 350** und S. 106[33], 115[1], 313[4], 408[1], 491[3], 527[25], 634, 711[1], 714[16], 727[25], 1167[3], 1673[9], 1829[11]

Florin, Peter Leiter der Ständigen Vertretung der DDR bei der UNO in New York S. 526[24]

Flowerree, Charles C. Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen S. 541, 545

Fogarty, Christopher P. Botschafter der Republik Irland in Bonn S. 1461

Ford, Gerald Rudolph 1974–1977 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 14[8], 603, 692, 859[5], 1182, 1339, 1416, 1419, 1533

Forlani, Arnaldo Außenminister der Italienischen Republik bis 4. August 1979 S. 740, 927, 1008

Forndran, Detlef Leitender Baudirektor und Wehrtechnischer Attaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 1230[16], 1275[29]

Forster, Hermann Wilhelm Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Mailand bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Oktober 1979 S. 161[3]

François-Poncet, Jean Außenminister der Französischen Republik **Dok. 50, 54, 165, 166, 167** und S. 19, 34[40], 79[3], 82[9], 118, 120, 126[2], 225, 227, 229, 277, 383[38], 596[24], 722f., 729–731, 738f., 927, 981, 983, 1112, 1310, 1401, 1406, 1512, 1639, 1640[11], 1672[2+5], 1673, 1676, 1853, 1856[1+3], 1857, 1905–1908, 1910f., 1913, 1919[3], 1927, 1957f., 1971

Frangieh, Abdallah Leiter der Informationsstelle Palästina in Bonn S. 1557–1560

Frank, Hans Fregattenkapitän im Führungsstab der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 541

Frank, Paul Staatssekretär im Bundespräsidialamt bis 30. Juli 1979; 1970–1974 Staatssekretär des Auswärtigen Amts S. 609[1], 611[4]

Franke, Klaus Max Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Sanaa bis 8. Mai 1979, anschließend Vortragender Legationsrat im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb" des Auswärtigen Amts, am 14. Mai in das Bundeskanzleramt abgeordnet bzw. seit 15. Juni 1979 versetzt, seit 20. Dezember 1979 Vortragender Legationsrat I. Klasse S. 781[24], 887[1], 1352[8], 1506[1], 1724[31]

Franklin, M.D.M. Mitarbeiter im Sekretariat des britischen Cabinet Office (Deputy Secretary) S. 1605

Fraser, John Malcom Ministerpräsident von Australien S. 75f., 836

Freitag, Armin Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT" im Auswärtigen Amt, seit 15. April 1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Havanna S. 80[5+6], 1121[16], 1314[7], 1635[5], 1637[8]

de Freitas-Cruz, João Carlos Lopes Cardoso *siehe: Lopes Cardoso de Freitas-Cruz, João Carlos*

Frelek, Ryszard Sekretär des ZK der PVAP und Vorsitzender der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des polnischen Parlaments **Dok. 152** und S. 683[6], 706, 709

Freundt, Hans Helmut Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 321 „West- und Zentralafrika" des Auswärtigen Amts S. 32[35]

Friderichs, Hans Sprecher des Vorstands der Dresdner Bank AG; 1972–1977 Bundesminister für Wirtschaft S. 699, 979[7], 1154f., 1163[7]

Friedman, Milton amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler S. 1300

Friedrich I. Barbarossa 1155–1190 Kaiser des Heiligen Römischen Reichs S. 1564

Friedrich, Bruno Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 716[26]

Frobenius, Leo *1873 †1938 S. 435[4]

Fröhlich, Siegfried Staatssekretär im Bundesministerium des Innern S. 1662[8]

Froment-Meurice, Henri Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire hors classe, directeur des Affaires économiques et financières), seit 9. Mai 1979 Botschafter in Moskau S. 238, 829, 1977

Fröwis, Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kampala bis 11. Dezember 1979, anschließend Generalkonsul in Karachi **Dok. 107** und S. 479[7+9]

Frydenlund, Knut Außenminister des Königreichs Norwegen **Dok. 340** und S. 282[11], 742, 764, 1016–1018, 1020, 1022, 1089, 1108, 1740[42], 1835[4], 1903

Fu Hao Botschafter der Volksrepublik China in Tokio S. 78[27]

Fukuda, Takeo 1976–1978 Ministerpräsident von Japan S. 74f., 78, 833

Fulda, Gerhard Legationsrat I. Klasse im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht" des Auswärtigen Amts S. 171[6], 232[1], 312[6], 314[14–16]

aus der Fünten, Ferdinand ehemaliger SS-Hauptscharführer (in den Niederlanden inhaftiert) S. 1086[3]

von der Gablentz, Otto Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 21 „Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit" im Bundeskanzleramt S. 11[18], 74, 76[11+12], 79, 103[19], 117[1], 226[4], 293[1], 323, 347, 355, 359, 376, 392, 408, 421[1], 532, 560, 830, 887[1], 888, 1001[1], 1208[1], 1209[10], 1216[3], 1294, 1337, 1345[1], 1413, 1490[1], 1497,

1546, 1586[1], 1621, 1639[7], 1785[1], 1811, 1937

Gaitskell, Hugh Todd 1955–1963 Vorsitzender der britischen Labour Party S. 296

Gallois, Pierre ehemaliger General der französischen Streitkräfte S. **447**

Gandhi, Indira Priyadarshini Mitglied des indischen Parlaments und Präsidentin der indischen Kongreß-Partei (Indian National Congress–I); 1966–1977 Ministerpräsidentin der Republik Indien S. 579, 581, 1269, 1977

Gandhi, Sanjay S. 579

Gansel, Norbert Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 809[16]

Garbe, Ingrid Sekretärin an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel bis zu ihrer Verhaftung im Februar 1979 S. 386[8]

García, José Guillermo Oberst der salvadorianischen Streitkräfte und seit Oktober 1979 Verteidigungsminister von El Salvador S. 1488

Gardini, Walter Generalsekretär des italienischen Außenministeriums S. 1330–1332, 1413

Gardner, Richard Newton Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Rom S. 1188f.

Garn, Edwin Jacob Senator des amerikanischen Bundesstaates Utah (Republican Party) S. 1256f.

de Gasperi, Alcide 1945–1953 Ministerpräsident sowie 1945–1947 und 1951–1953 Außenminister der Italienischen Republik S. 411[14]

de Gaulle, Charles 1958–1969 Staatspräsident der Französischen Republik S. 119, 230[21], 767[3], 990, 1229, 1498, 1675, 1691[9]

Gaus, Günter Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin mit der Amtsbezeichnung Staatssekretär **Dok. 30, 48, 84, 150, 231, 291, 358** und S. 87[3], 88[4], 373[3], 374[6], 375[8+9], 521[1], 523, 612[7], 724, 840f., 1076[5], 1163[7], 1305[2]

Gehl, Jürgen Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi, seit 27. Juli 1979 Botschaftsrat I. Klasse S. 1971[6]

Gehlhoff, Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl; 1974–1977 Staatssekretär des Auswärtigen Amts **Dok. 18** und S. 233[5]

Geiger, Helmut Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes S. 1929

Geisel, Ernesto Präsident der Föderativen Republik Brasilien bis 15. März 1979 S. 4, 437[13], 458[31], 462[44]

Geisendörfer, Ulrich Ministerialdirektor und Leiter der Zentralabteilung im Bundesministerium für Wirtschaft S. 1282

Gelb, Leslie Howard Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Director for Politico-Military Affairs) bis 30. Juni 1979 S. 6[4], 169, 172, 598[27], 982, 1029–1031

Gemayel, Béchir Milizenchef im Libanon, Gründer und Oberbefehlshaber der „Forces Libanaises“ S. 1175[25]

Gemayel, Pierre Gründer und Chef der Falange-Milizen im Libanon S. 1175[25]

Genschel, Dietrich Oberst im Generalstab und Leiter der Gruppe 23 „Bundesministerium der Verteidigung, Sicherheitspolitik (Verteidigungsfragen, Abrüstung und Rüstungskontrolle), Bundessicherheitsrat“ im Bundeskanzleramt **Dok. 359** und S. 858[1], 1259

Genscher, Hans-Dietrich Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland, Vorsitzender der FDP und Mitglied des Deutschen Bundestages; 1969–1974 Bundesminister des Innern **Dok. 14, 50, 54, 55, 56, 58, 109, 116, 117, 123, 131, 155, 158, 160, 165, 166, 167, 171, 180, 183, 186, 187, 189, 191, 192, 201, 218, 219, 221, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 233, 234, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 247, 249, 250, 253, 260, 266, 268, 269, 270, 278, 280, 281, 290, 302, 304, 309, 315, 316, 320, 332, 338, 340, 341, 342, 343, 349, 355, 365, 370, 388, 389** und S. 19, 34[40], 49, 60, 77, 79[3], 82[9], 87[1], 89[8], 97, 110f.,

117, 121, 126[2], 134, 153, 158, 198, 200, 207[7], 225, 227–229, 236, 263, 264[6], 265f., 274, 293[1], 298[1], 304, 322, 331[4], 332, 347[1+4], 348, 352, 354[7–9], 356, 385, 392[1], 393[7], 397, 435[1], 475[6], 480, 496[5], 505[1], 509, 511, 533, 549[12], 550, 555[33], 579[1], 582[11], 589[1], 596[24], 603, 605[16], 613, 615, 618, 620, 626f., 635[1], 637f., 642–646, 654[4], 663, 691[1], 694, 697, 700[1], 706[6+7], 707, 711f., 716f., 719–723, 725[18], 729–731, 739f., 742, 745[1], 753[33], 775[1], 786[1], 787[8], 790, 807, 814[27], 820[29], 821f., 838f., 842, 847[1], 852[1], 858[1], 861[1], 876, 888, 892[19], 897, 906, 936[1], 940[4], 941[9], 942f., 943[2], 952, 959, 963, 967, 981, 984, 986[1], 991[1], 1001[1], 1009, 1012f., 1014[13], 1034, 1066, 1071[18], 1092, 1094f., 1099, 1135[1+2], 1137, 1138[1], 1158f., 1167, 1208[1], 1216, 1233[1], 1244[39], 1245[1], 1246, 1248, 1266, 1277–1279, 1283[14], 1295–1297, 1299, 1302, 1305, 1310, 1312, 1318f., 1321, 1335, 1336[11–13], 1337[1], 1338, 1342, 1345[1], 1347, 1386, 1390[1], 1399[1], 1413[1], 1417, 1441[1], 1452[1], 1466, 1468[5], 1485, 1487, 1497[1], 1505, 1515, 1517, 1546[1], 1556[11], 1557[1], 1586[1+3+4], 1587[5], 1594[1], 1598[24], 1604[43], 1632, 1634[1], 1638f., 1654[4], 1658[1], 1661[1], 1663[11], 1664[24], 1672[5], 1677, 1679[8], 1687, 1689, 1692[1], 1717, 1770, 1771[4], 1780–1782, 1785[2], 1786[1], 1787[11], 1788, 1792–1794, 1800, 1806, 1811[1], 1812[7], 1827[2], 1829, 1835[1], 1853, 1855, 1856[1], 1863, 1884–1886, 1894, 1899, 1903, 1905–1908, 1911–1913, 1920, 1922f., 1926–1928, 1937, 1938[13], 1941[27], 1943, 1945f., 1960, 1962[13], 1963[1], 1971

Gerlach, Dietrich Oberstleutnant im Generalstab und bis 30. September 1979 Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv S. 1196[15]

Germelmann, Peter-Christian Ministerialrat und Leiter des Referats 221 „Beziehungen zur DDR in den Bereichen Politik und Verwaltungsverkehr; Ständige Vertretungen; Kabinettsausschuß für innerdeutsche Beziehungen“ im Bundeskanzleramt S. 1105[3]

Gerster, Michael Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 341 „Ostasien, Australien, Neuseeland, Ozeanien“ des Auswärtigen Amts bis 5. August 1979, anschließend Vertreter des Leiters im Referat 701 „Fremde Missionen und Konsulate, Zeremoniell, Orden“ S. 74[1], 145[1], 203[1], 255, 471[2], 966[1], 970[19]

Gerwald S. 1718

Gerz, Wolfgang Ludwig Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ des Auswärtigen Amts S. 427[20], 428[1], 767[1], 1252[12], 1725

Gescher, Ditrich Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Canberra bis 2. September 1979, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 232 „VN-Sonderorganisationen, weltweite zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen, Dekolonialisierungsfragen“ im Auswärtigen Amt S. 4

el-Ghadafi, Muamar Oberst und Oberbefehlshaber der libyschen Streitkräfte und Staatschef, sowie bis 1. März 1979 Generalsekretär des Allgemeinen Volkskongresses der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija **Dok. 180** und S. 158–160, 195, 197, 223, 479[7], 640, 857, 920, 930, 939, 1267[5], 1270

Ghani, Abdul Aziz Abdul Ministerpräsident der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) S. 1353[10]

Gharani, Mohammed Ali Chef des Generalstabs der iranischen Streitkräfte vom 12. Februar bis 27. März 1979 S. 213

al-Ghashmi, Ahmed 1977/78 Präsident der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) S. 1537[27]

Ghotbzadeh, Sadegh Mitglied des Revolutionsrates der Islamischen Republik Iran und Direktor der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt, seit 28. November 1979 Außenminister S. 1793[7], 1842[18], 1843[13], 1878, 1895, 1964, 1966[19]

Giap *siehe: Vo Nguyen Giap*

Gierek, Edward Erster Sekretär des ZK der PVAP **Dok. 236, 237** und S. 60[5], 62[14], 63, 123, 708–710, 714[14], 715f., 827[13], 940[4], 941, 987f., 1111, 1208f., 1235f., 1241, 1263, 1379, 1400, 1493, 1937–1941, 1944

Gierek, Stanisława S. 1400

Giesder, Manfred Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Prag S. 956[33]

Gillmore, David Howe Mitarbeiter im britischen Außenministerium (Head of Defence Department) seit Januar 1979 S. 263, 266, 1708

Giraud, André Industrieminister der Französischen Republik S. 796, 856, 924[13]

Giscard d'Estaing, Anne-Aymone S. 1212

Giscard d'Estaing, Valéry Staatspräsident der Französischen Republik **Dok. 2, 3, 5, 16, 26, 51, 177, 246, 286, 336** und S. 20f., 76[16], 100, 103[19], 107[35], 217[15], 218, 224, 239, 250[21], 252[26], 254[32], 259, 260[12], 295[17], 363[5], 366f., 383, 433[11], 444[2], 448, 481[6], 484[7], 511, 521, 692, 715, 725, 747, 749, 753[33], 767–770, 772, 782, 840, 848–850, 922, 924, 939, 981f., 1109, 1139–1141, 1186[23+24], 1229f., 1242, 1340, 1390f., 1416, 1420, 1432, 1465, 1502, 1532–1534, 1539, 1541f., 1569[25], 1605, 1624, 1626, 1638, 1673, 1674[11], 1675, 1689f., 1850, 1896[10], 1914, 1976[8]

Gjerde, Bjartmar Minister für Öl und Energie des Königreichs Norwegen S. 1016, 1021

Gläser, Heinz Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung II (Rüstungsbeziehungen zu anderen Ländern) im Bundesministerium der Verteidigung S. 319f.

Glenn, John Herschel Jr. Senator des amerikanischen Bundesstaates Ohio (Democratic Party) S. 624, 853, 1042

Gliga, Vasile Erster Stellvertretender Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien S. 1430[8], 1432[14]

Glitman, Maynard Wayne Vertreter des Leiters der amerikanischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 1284[2]

Godunow, Alexandr Borissowitsch Solist im Ballett des Bolschoi-Theaters in Moskau S. 1495[19]

Goethe, Johann Wolfgang von *1749 †1832 S. 1646

Gogol, Nikolaj Wassiljewitsch *1809 †1852 S. 1767

Goh Chok Tong Staatsminister für Finanzen der Republik Singapur, seit März 1979 Handels- und Industrieminister S. 830

Goldberg, Arthur Joseph 1977/78 Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten (Ambassador-at-Large) und Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad S. 103, 429[6]

Goldmann, Nahum Präsident der Conference on Jewish Material Claims against Germany und 1949–1978 Präsident des Jüdischen Weltkongresses S. 1724

Goldwater, Barry Morris Senator des amerikanischen Bundesstaates Arizona (Republican Party) S. 20

Gompert, David C. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Director of Politico-Military Affairs) S. 291[3]

Gomułka, Władysław 1956–1970 Erster Sekretär des ZK der PVAP S. 988

González, José Esteban Nationaler Koordinator der Permanenten Menschenrechtskommission Nicaraguas S. 1364

González-Valles Sanchez, Lorenzo Brigadegeneral der spanischen Streitkräfte und Militärgouverneur der Provinz Guipúzcoa bis zu seiner Ermordung am 23. September 1979 S. 1375

Goodby, James Eugene stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State for European Affairs) S. 169, 201, 489[30], 625, 1358, 1918

Gorenflos, Walter Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 23 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des

Auswärtigen Amts S. 905[1], 953[18], 1843[14]

Götz, Jiří Botschafter der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in Bonn S. 956[32]

Grabert, Horst Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Wien bis 13. Mai 1979, anschließend Botschafter in Belgrad **Dok. 73** und S. 540[28], 1117, 1130

Gracher, Konrad Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon bis 5. Dezember 1979, anschließend Generalkonsul in Barcelona S. 437[11]

Graevenitz, Hanno von Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Nikosia S. 885[9]

Graham, Daniel Robert Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates Florida seit 2. Januar 1979 (Democratic Party) S. 1554

Graham, Sir John Alexander Noble Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Teheran seit 23. Januar 1979 S. 1669, 1692–1695

Granum, Rex L. stellvertretender Pressesprecher des amerikanischen Präsidialamts (Deputy Press Secretary) S. 779[15]

Grassl, Hans Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tokio bis 22. August 1979, anschließend im Referat 341 „Ostasien, Australien, Neuseeland, Ozeanien" des Auswärtigen Amts S. 1841[1]

Gren, Arnold Karlowitsch Stellvertretender Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Außenminister der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik S. 1955

Grewe, Wilhelm 1958–1962 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 835[23]

Gribojedow, Alexander Sergejewitsch *1795 † 1829 S. 1776

Groener, Walter Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Karachi bis 23. August 1979, anschließend Botschafter in Libreville; 1974/75 Generalkonsul in Luanda S. 1818[10]

Gromyko, Andrej Andrejewitsch Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU **Dok. 53, 188, 281, 341, 342, 343, 344** und S. 6[4], 15, 39f., 151, 166, 214f., 217f., 295, 380[21], 455[19], 490, 522, 588[11], 636, 694[19], 697, 735, 792[15], 838, 873, 876, 879[27], 882, 936, 968, 981f., 1005, 1006[15], 1007, 1028–1032, 1041, 1108, 1139, 1152, 1181, 1216[3], 1253, 1301[31], 1324, 1328, 1340, 1349[4], 1359, 1399, 1436, 1471f., 1473[14], 1477, 1482, 1491, 1524, 1560–1563, 1566, 1568, 1571–1573, 1588, 1609, 1638–1641, 1644f., 1648, 1650, 1714, 1716f., 1721, 1725, 1728, 1730[26], 1732–1740, 1785f., 1794, 1806, 1812, 1830, 1832, 1834, 1836–1838, 1840, 1883, 1917, 1922f., 1931, 1941, 1949[3], 1952, 1955[25]

Gromyko, Lidija Dmitrijewna S. 1641, 1883

Gröndal, Benedikt Außenminister der Republik Island S. 1903

Gröning, Friedrich Legationsrat I. Klasse im Referat 330 „Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Karibischer Raum" des Auswärtigen Amts S. 459[37]

Gruber, Karl 1945–1953 Außenminister der Republik Österreich S. 411[14]

Gruber, Wilfried Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in La Paz bis August 1979, anschließend im Referat 02 „Planungsstab" des Auswärtigen Amts S. 1254[1], 1302[1], 1307[1], 1356[1], 1377[1], 1383[1], 1396[1], 1408[8], 1475[4], 1553[1], 1630[1], 1653[1], 1680[1], 1687[1], 1888[1], 1892[1], 1899[1]

Gruner, Gunther Mitarbeiter der EU-Kommission, Kopräsident der Arbeitsgruppe Landwirtschaft im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs S. 1896

Grüner, Martin Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft S. 553, 556, 1429[6], 1430[8], 1788[7]

Grunert, Horst Botschafter der DDR in Washington S. 489

Grünewald, Armin stellvertretender Regierungssprecher der Bundesrepublik Deutschland S. 1015, 1259, 1298[22], 1582[5], 1782[41]

Gscheidle, Kurt Bundesminister für Verkehr, Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 540[28]

Guderian, Heinz Wilhelm Generaloberst der Wehrmacht, 1944/45 mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Chefs des Generalstabs des Heeres beauftragt S. 1651

Guerreiro *siehe: Saraiva Guerreiro*

Guiga, Driss Botschafter der Tunesischen Republik in Bonn **Dok. 349** und S. 160[13], 1726

Guillaume, Günter 1970–1974 Referent im Bundeskanzleramt, seit 1974 wegen Spionage für die DDR inhaftiert S. 580

de Guiringaud, Louis 1976–1978 Außenminister der Französischen Republik S. 595[21]

Gumbleton, Thomas J. Weihbischof von Detroit S. 1965[12]

Gumede, Josiah Zion Präsident der Republik Simbabwe-Rhodesien vom 1. Juni bis 12. Dezember 1979 S. 606[25]

Gundelach, Finn Olav Vizepräsident der EG-Kommission (zuständig für Landwirtschaft und Fischerei) S. 82, 1630

Gundersen *siehe: Zeiner Gundersen, Hermann Frederik*

Gussman, William H. Erster Sekretär für Politische Angelegenheiten an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 323

Gutiérrez Avendaño, Jaime Abdul Oberst der salvadorianischen Streitkräfte, seit 15. Oktober 1979 Mitglied der Revolutionären Regierungsjunta S. 1488

Gwertzman, Bernard Journalist bei der Tageszeitung „The New York Times" S. 1354

Haak, Volker Vortragender Legationsrat im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien" des Auswärtigen Amts bis 11. November 1979, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Managua S. 546[1]

de Haan, Dale stellvertretender Hoher Flüchtlingskommissar der UNO (Deputy High Commissioner for Refugees) S. 792, 951[6]

Haas, Wilhelm Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 02 „Planungsstab" des Auswärtigen Amts, vom 16. Juli bis 31. August 1979 Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland in der zweiten Sitzungsperiode der achten Sitzung der dritten UNO-Seerechtskonferenz mit der Amtsbezeichnung Gesandter, seit 31. Oktober 1979 Beauftragter für Afrikapolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung, seit 13. Dezember 1979 Ministerialdirigent S. 327[2], 337[1], 1817

Habib, Michael J. Erster Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn bis 22. Juni 1979 S. 355, 483

Habib, Philip Charles 1976–1978 Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Political Affairs) S. 1361

Hach, Carl Dieter Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tunis S. 954[22]

Haddad, Saad Major der libanesischen Armee bis zu seiner Entlassung am 19. April 1979, Anführer der Miliz „Free Lebanon Army" S. 639[13], 640, 823f., 1073[9], 1176, 1181, 1195, 1319

Haeften, Dirk von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 330 „Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Karibischer Raum" des Auswärtigen Amts bis 7. Mai 1979, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 454[1]

Haferkamp, Hans Hermann Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 321 „West- und Zentralafrika" im Auswärtigen Amt seit November 1979 (zuvor beurlaubt) S. 1701[13]

Haferkamp, Wilhelm Vizepräsident der EG-Kommission (zuständig für Auswärtige Angelegenheiten) S. 798[23]

Haig, Alexander Meigs Jr. General der amerikanischen Streitkräfte, Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa und der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) bis 30. Juni 1979 **Dok. 178** und S. 19, 95, 111[14], 112–115, 262, 350, 394, 401, 498, 504, 622, 667, 682, 735, 1257, 1280[4], 1281–1283, 1503–1505

Hailsham of Saint Marylebone, Quintin McGarel Hogg, Lord Lordkanzler des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland (Lord Chancellor of Great Britain) seit 4. Mai 1979 S. 839

Hájek, Jiří Sprecher der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung „Charta 77"; vom 8. April bis 19. September 1968 Außenminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 956[31]

Halefoglu, Vahit Botschafter der Republik Türkei in Bonn S. 666[3]

Hall, Gus Generalsekretär der Kommunistischen Partei der USA (CPUSA) S. 165

Hallensleben, Ekkehard Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 620 „Auslandsschulen, Schulwesen" des Auswärtigen Amts bis 18. Februar 1979, anschließend Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad, seit 22. Juli 1979 Botschaftsrat I. Klasse S. 547[6]

Hameed, Abdul Cader Shahul Außenminister der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka S. 1874[14]

Hammadi, Saadun Außenminister der Republik Irak **Dok. 201, 203** und S. 356[7], 1057, 1064

Hamm-Brücher, Hildegard Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) und Staatsministerin im Auswärtigen Amt S. 847[1], 1159[38], 1317

Hamon, Léo 1969–1972 Staatssekretär beim Ministerpräsidenten der Französischen Republik und Sprecher der französischen Regierung (Secrétaire d'Etat auprès du Premier Ministre, Porte-parole du gouvernement) S. 447[14]

Han Nianlong Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik China S. 1847[26]

Han Xu Stellvertretender Leiter des Verbindungsbüros der Volksrepublik China in Washington, anschließend Abteilungsleiter im chinesischen Außenministerium S. 47

Hansen, Helge Oberst im Generalstab und Leiter des Referats „Militärpolitische Grundlagen" im Führungsstab der Streitkräfte des Bundesministeriums der Verteidigung bis 30. Juni 1979, anschließend Lehrgangsteilnehmer am US-Army War College S. 507[8], 675

Hansen, Niels Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Washington, seit 15. Januar 1979 Ministerialdirektor und Leiter des Referats 02 „Planungsstab" im Auswärtigen Amt **Dok. 78, 256** und S. 114[12], 306[3], 651[1], 936[1], 1099

Hansen, Rolf Arthur Verteidigungsminister des Königreichs Norwegen bis 8. Oktober 1979 S. 281[7], 498, 504, 658, 660, 671, 1016–1018

Hardy, Joseph Evremond Ghislain Leiter der Ständigen Vertretung von Kanada bei der NATO in Brüssel S. 164, 166, 208, 210, 498, 504, 657, 802[4], 1411

Harker S. 359

Hartling, Poul Hoher Flüchtlingskommissar der UNO (High Commissioner for Refugees) S. 818 f., 953

Hartmann, Hanns Eggert Legationsrat I. Klasse im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts S. 1377, 1560, 1641, 1740, 1748, 1759[1], 1770

Hartmann, Rüdiger Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 475, 477[10], 1809

Hassan II. König des Königreichs Marokko S. 32[35], 748, 781, 1228, 1858, 1860[9], 1861 f.

Hassan ibn Talal Kronprinz des Haschemitischen Königreichs Jordanien **Dok. 91, 247** und S. 514, 518, 1792

Hassán Morales, Moises seit 16. Juni 1979 Mitglied der „Junta des nationalen Wiederaufbaus" bzw. seit 19. Juli 1979 der Regierungsjunta in der Republik Nicaragua S. 1363

Hasselmann, Wilfried Minister für Bundesangelegenheiten und stellvertretender Ministerpräsident des Landes Niedersachsen (CDU) S. 1090

Hauff, Volker Bundesminister für Forschung und Technologie sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 663, 905, 1017, 1834

Haukvik, Olav Industrieminister des Königreichs Norwegen S. 1016

Haunschild, Hans-Hilger Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie S. 665, 1667[26]

Hausner, Gideon Abgeordneter im israelischen Parlament (Independent Liberal Party) S. 1721

Havel, Václav Schriftsteller und Sprecher der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" S. 956[31]

Hayakawa, Samuel Ichiye Senator des amerikanischen Bundesstaates Kalifornien (Republican Party) S. 151

Hazewinkel, Harm Jan Leiter des Nord- und Mitteleuropa-Referats im niederländischen Außenministerium S. 1087 f.

Heath, Edward Abgeordneter im britischen Unterhaus (Conservative and Unionist Party); 1970–1974 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1142, 1532

Heckmann, Waltraud Angestellte im Referat 300 „Grundsatz- und Koordinierungsfragen" des Auswärtigen Amts S. 1428[1]

Hedda, Ali Botschafter der Tunesischen Republik in Washington S. 1726

Hegel, Georg Wilhelm Friedrich *1770 †1831 S. 1647

Hehenberger, Rudolf Vortragender Legationsrat im Referat 340 „Süd- und Südostasien" des Auswärtigen Amts S. 279[1], 1519[1], 1971[11]

Heibach, Bernhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden" im Auswärtigen Amt, seit 1. Juli 1979 Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Wien S. 28[24], 161[3], 1544[49]

Heick, Hermann Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 42 „Kredit- und Kapitalmarktpolitik; Währungspolitik; Bundesbank; Konjunkturpolitik" im Bundeskanzleramt **Dok. 179** und S. 1413, 1459

Heidegger, Martin *1889 †1976 S. 435[4]

Heimann, Gerhard Senator für Bundesangelegenheiten des Landes Berlin (Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund) seit März 1979 S. 524

Heimsoeth, Harald Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nairobi, seit 2. April 1979 Botschafter in Sofia S. 534[11], 555[32], 562[6]

Heinesen, Knud Finanzminister des Königreichs Dänemark bis 25. Oktober 1979 S. 1786[1]

Heipertz, Otto 1974–1978 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Oslo S. 280[4+5], 675[24]

Heng Samrin Ministerpräsident der „Volksrepublik Kampuchea" seit 7. Januar 1979 S. 203[2], 932 f., 952[7], 1126, 1310[10], 1462, 1520, 1521[12], 1538 f., 1597, 1615[35], 1847 f., 1898

Hennig, Ortwin Legationsrat im Referat 222 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit); Abrüstungsausschuß, Nichtverbreitung; Regionale Rüstungskontrolle (außerhalb Europas); Forschung" des Auswärtigen Amts, seit November 1979 Legationsrat I. Klasse **Dok. 121**

Herbst, Otto-Axel Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paris; **Dok. 54, 100, 119, 311, 326, 364** und

S. 103[19], 214, 223, 252[26], 318, 433[11], 484[7], 528[26], 725[18], 745, 794, 834[20], 852[3], 857[17], 1390[1+2], 1401[11], 1404[28], 1628[30], 1690

Herljević, Franjo Innenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und Mitglied des ZK des BdKJ S. 1134

Hermberg, Edzard Mitarbeiter an der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn (Finanzattaché) S. 1956

Hermes, Peter Staatssekretär im Auswärtigen Amt, seit 21. November 1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 19, 129, 348, 357, 385** und S. 10[12], 48, 55, 60, 77[20], 97f., 117f., 120f., 188[8], 198[2], 319, 320[9], 323[1], 355[1], 356[7], 381, 383, 397[1], 408, 411, 413, 421, 425, 435f., 461f., 465[1], 480[1], 509, 510[4], 512[1], 594[20], 601[1], 609[1], 662, 663[8], 807, 861[1], 936[1], 1001[1], 1040[1], 1042[1], 1049, 1051[7], 1057f., 1060[10], 1066, 1072[1], 1086[1], 1092, 1099[1], 1113[1], 1135f., 1162, 1167, 1203, 1216, 1233[1], 1245[1], 1335f., 1337[1], 1362[1], 1486[1], 1506[1], 1569[25], 1664[24], 1729[25], 1836[9], 1842[8], 1843[13], 1893[7], 1931[3], 1976[8]

Herold, Horst Präsident des Bundeskriminalamts (BKA) S. 1559

Herrmann, Frank-Joachim Mitarbeiter im ZK der SED und Persönlicher Referent des Generalsekretärs Honecker S. 1441

Herrmann, Joachim Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED für Agitation und Propaganda **Dok. 150** und S. 840f.

Heß, Rudolf 1933–1941 „Stellvertreter des Führers" und Reichsminister ohne Portefeuille des Deutschen Reiches, (im alliierten Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau inhaftiert) S. 1638f., 1640[10+11]

Heß, Wolf-Rüdiger S. 1638[4], 1639

Hess, Yaacov Gesandter-Botschaftsrat an der israelischen Botschaft in Bonn S. 1012

van Heuven, Marten H.A. Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1277, 1324[8], 1509

Heyken, Eberhard Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 213 „Sowjetunion" des Auswärtigen Amts **Dok. 275** und S. 286[1], 471[1+4], 694[19], 981[1], 1028[1], 1251[8], 1474[1], 1560[3], 1581, 1609[17], 1933[1]

Heym, Stefan Schriftsteller in der DDR S. 612[7]

Heymer, Guido Vortragender Legationsrat im Referat 340 „Süd- und Südostasien" des Auswärtigen Amts, seit 15. Oktober 1979 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in La Paz S. 47[1], 203[1], 279[1], 931[1], 932[8+10], 934, 935[25], 936[27]

Hibbert, Reginald Alfred Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State), seit 20. April 1979 Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Paris S. 272

Hiehle, Joachim Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 43[5], 232

Hille, Hans-Joachim Ministerialdirigent und Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik in der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland, seit 3. Dezember 1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kairo **Dok. 243, 308** und S. 43[1+2], 160[13], 301[1], 421[1], 564[1], 866[1], 954[20], 1113[1], 1205[1], 1212[1]

el-Himdi, Jaouad Erster Sekretär an der marokkanischen Botschaft in Bonn S. 1858

el-Hindi, Amin Mitarbeiter des Sicherheitsdiensts der palästinensischen Organisation „Al Fatah" S. 564[2], 565–567, 1558[5]

Hitler, Adolf 1933/34 Reichskanzler des Deutschen Reiches; 1934–1945 „Führer und Reichskanzler" S. 390, 989, 1156, 1532, 1872

Ho Chi Minh 1945–1969 Präsident der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam) S. 1537, 1540[41]

Hoff, Hellmut Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 330 „Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Karibischer Raum" im Auswärtigen Amt **Dok. 318** und S. 58[12], 359[1], 374[5], 435[1], 454[1]

Hoffmann, Franz Josef Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kabul bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. August 1979 S. 829[4]

Hoffmann, Heinz Verteidigungsminister der DDR und Mitglied des Politbüros des ZK der SED S. 1946, 1947[9]

Hoffmann, Hellmut Diplom-Chemiker, Honorarprofessor und Leiter des Pflanzenschutz-Laboratoriums der Bayer AG S. 541

Hoffmann, Julius Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Internationalen Organisationen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1266[4]

Hofmann, Harald Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen S. 602, 1629[31], 1785[4], 1786, 1899[1]

Hofmann, Sieglinde Mitglied der „Rote Armee Fraktion" S. 1389[6]

Hofmann, Wilfried Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad, seit 1. Februar 1979 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" im Auswärtigen Amt **Dok. 114, 142, 144, 258** und S. 177[1], 207[1], 263, 327[1], 329[12], 387[1], 441[1], 474[1], 498[1], 509[14], 530[1], 579[1], 582[11], 585[1], 631[1], 647[1], 650[15], 654[1], 666, 678[1], 690[16], 731[1+2], 736[1], 762[1], 871[1], 893[1], 936[1], 943[1], 966[1], 1023[1], 1135[1], 1254[1], 1277, 1284[1], 1285[6], 1288[14], 1302[1], 1307[1], 1343[1], 1356[1+10], 1358[21], 1359[32], 1377[1], 1379[19], 1380[20], 1381[22], 1383[1], 1384[7+9+11], 1385[13+14], 1386[16], 1387[23], 1396[1], 1398[9], 1425[1+2], 1427[9], 1517[10], 1553[1], 1555[8+9], 1587[5], 1630[1], 1653[1], 1664[16], 1670[1], 1679[8], 1680[1], 1685[20], 1687[1], 1876[1], 1888[1]

Hofstetter, Rolf Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" des Auswärtigen Amts **Dok. 210** und S. 38[1], 111[1], 137, 177[1], 192[1], 207[1], 327[1], 387[1], 417[1], 441[1], 474[1], 530[1], 585[1], 647[1], 654[1+3], 669[1], 679[11], 731[1], 736[1], 762[1], 871[1], 966[1], 971[1], 1254[1], 1259[1], 1277[1], 1283[13], 1284[1], 1302[1], 1307[1], 1343[1], 1356[1], 1377[1], 1383[1], 1396[1], 1425[1], 1630[1], 1653[1], 1680[1], 1876[1], 1888[1], 1899[1], 1909[1]

Hohnen, Maria Angestellte in der Abteilung 5 „Rechtsabteilung" des Auswärtigen Amts S. 711[1]

Holik, Josef Friedrich Botschaftsrat I. Klasse im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa" des Auswärtigen Amts, seit 1. Oktober 1979 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats **Dok. 354** und S. 177, 323[1], 352[1], 1044[1], 1466[1], 1707[1], 1809[1], 1863[1], 1868[19], 1960[1]

Holm außenpolitischer Berater des dänischen Ministerpräsidenten S. 1107, 1110 f.

Holmer, Paul Cecil Henry Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der NATO in Brüssel, seit September 1979 Botschafter in Bukarest S. 165, 167, 213

Hölscher, Dieter Generalkonsul und Vertreter des Leiters des Generalkonsulats der Bundesrepublik Deutschland in São Paulo S. 123[10]

Hölscher, Laurids Legationsrat I. Klasse im Referat 510 „Staats- und Verwaltungsrecht" des Auswärtigen Amts S. 1167[1]

Holst, Johan Jørgen Staatssekretär im norwegischen Verteidigungsministerium, anschließend im Außenministerium **Dok. 62** und S. 19, 1731, 1738, 1835[4]

Holubek, Reinhard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Hanoi S. 792[14]

Honecker, Erich Vorsitzender des Staatsrats der DDR und Generalsekretär des ZK der SED **Dok. 291, 358** und

S. 129, 194–196, 248, 255f., 368f., 372f., 374[6], 625, 702, 704, 970[19], 1106, 1112[16], 1241, 1244, 1326[3], 1327, 1389[5], 1493, 1779[34], 1780, 1917, 1919, 1922, 1946, 1948, 1954

Honkonen, Kuuno Ola Botschafter der Republik Finnland in Ost-Berlin seit 20. April 1979 S. 135[2]

Horstmann, Hans Henning Legationsrat I. Klasse im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten" des Auswärtigen Amts S. 767

Hort, Sepp Geschäftsführer der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH **Dok. 129**

Hoss, Salim Ministerpräsident der Libanesischen Republik S. 1195–1197, 1200[17], 1318

Hoessle, Andreas von Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kuwait S. 1186[24]

al-Hout, Shafiq Leiter des Regionalbüros der Palestine Liberation Organisation (PLO) in Beirut S. 520[18], 1557[2]

Hoveyda, Amir Abbas 1965–1977 Ministerpräsident des Kaiserreichs Iran, 1977/1978 Hofminister, am 7. April 1979 zum Tode verurteilt und hingerichtet S. 211[20], 381, 413, 463f.

Hoveyda, Fereydoun Ständiger Vertreter des Kaiserreichs Iran bei der UNO in New York bis Anfang 1979 S. 1874[10]

Howard, M. William Jr. Geistlicher der American Baptist Church, Präsident des National Council of Churches S. 1965[12]

Howe, Richard Edward Geoffrey Schatzkanzler des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland (Chancellor of the Exchequer) seit 4. Mai 1979 S. 601–603, 1958

Hoxha, Enver Erster Sekretär des Politbüros des ZK der Partei der Arbeit Albaniens S. 1131[42]

Höynck, Wilhelm Vortragender Legationsrat I. Klasse im Referat 212 „Ost-West-Beziehungen, bilaterale Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, zur UdSSR und zu Nordamerika" des Bundeskanzleramts S. 298[1], 428[1], 430[10], 775[1], 783[1], 1117[1], 1138[1], 1233[1], 1259[1], 1661[1], 1770[1], 1835[1], 1884[1], 1937

Hristow, Hristo Außenhandelsminister der Volksrepublik Bulgarien S. 537[20], 553f., 556

Hu Yaobang Generalsekretär und Leiter der Propagandaabteilung des ZK der KPCh seit Januar 1979 S. 20

Hua Guofeng Ministerpräsident der Volksrepublik China und Vorsitzender des ZK der KPCh **Dok. 301, 305** und S. 217, 692, 712f., 831, 913, 938, 1399, 1415, 1420f., 1440, 1462, 1486, 1513, 1523, 1576f., 1580, 1588f., 1594–1597, 1616, 1660, 1729[24], 1771–1773, 1826[3+5], 1827, 1841, 1844, 1847, 1925

Huang Hua Außenminister der Volksrepublik China **Dok. 304** und S. 445[7], 1826f., 1841

Hübener, Christian Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Madras; 1975–1978 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 302 bzw seit 15. Oktober 1977 im Referat 340 „Süd- und Südostasien" des Auswärtigen Amts S. 51[15], 1272[22]

Hübner, Niko bis zu seiner Ausbürgerung und Ausweisung in die Bundesrepublik am 17. Oktober 1979 wegen Verstoßes gegen das Wehrdienstgesetz der DDR inhaftiert S. 1444, 1451

Hughes, Cledwyn (Baron Gladwyn of Penrose) Vorsitzender der Parliamentary Labour Party bis 3. Mai 1979; 1968–1970 Minister für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 483[6]

Hummel, Arthur William Jr. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Islamabad S. 29[27], 1274, 1794

Hunt, Sir John Joseph Benedict Leiter des britischen Kabinettssekretariats (Secretary of the Cabinet) **Dok.** 4 und S. 936[1]

Hunter, Robert Mitarbeiter beim amerikanischen Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council, Director of

West European Affairs) S. 137, 783, 786, 790

Huonker, Gunter Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), seit 10. Dezember 1979 Staatsminister im Bundeskanzleramt S. 1880[18], 1937

Hurd, Douglas Staatsminister im britischen Außenministerium (Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs) S. 1311

Hurley, Donal Botschafter der Republik Irland in Teheran S. 1669, 1692–1695

Husák, Gustav Generalsekretär des ZK der KPČ und Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 1493, 1496

Hussein II. König des Haschemitischen Königreichs Jordanien **Dok. 245** und S. 4, 379, 404, 406–408, 426, 514, 518, 558[4], 559f., 615[15], 1200[14], 1201, 1203f., 1213, 1222, 1231, 1290, 1320, 1332, 1438f., 1456, 1791

Hussein al-Takriti, Saddam Vizepräsident der Republik Irak und stellvertretender Vorsitzender des Kommandorats der Revolution, seit 12. Juli Vorsitzender des Kommandorats und seit 16. Juli 1979 Präsident und Ministerpräsident S. 984[4], 1229

Hussein bin Onn, Datuk Ministerpräsident der Föderation Malaysia S. 1316f.

Huszár, István Stellvertretender Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik und Mitglied des ZK der USAP S. 1237, 1811

Iacovou, George Botschafter der Republik Zypern in Bonn seit 16. Februar 1979 S. 883

Ibrahim, Abdullah Muhammad Geschäftsträger der Republik Sudan in Kampala S. 479

Iftikhar Ali Botschafter der Islamischen Republik Pakistan in Bonn S. 90[13], 1971[11]

Imhausen, Karl-Heinz Chemiker und Fabrikant S. 917[45]

Inayama, Yoshihiro Vorstandsvorsitzender der Nippon Steel Corporation S. 256

Ioannides, Georgios Vertreter der griechischen Volksgruppe bei den Volksgruppengesprächen auf Zypern S. 884[6]

Iraqui, Abdelhakim Botschafter des Königreichs Marokko in Bonn **Dok. 365** und S. 1726

Ischinger, Wolfgang Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab" des Auswärtigen Amts bis Oktober 1979, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 337[1], 676[4]

Isenberg S. 1259

Ishaq Khan, Ghulam Finanzminister der Islamischen Republik Pakistan S. 1271

Ismail Botschafter der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija in Kampala S. 479

Israeljan, Wiktor Lewonowitsch Leiter der Abteilung für Internationale Organisationen im sowjetischen Außenministerium und Leiter der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen S. 101[12], 541

Ivanji, Ivan jugoslawischer Dolmetscher S. 1117, 1124

Iwohn, Ingeborg Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts S. 1858

Jaafar, Moncef Botschafter der Republik Tunesien in Ost-Berlin S. 135, 205

Jablonský, Mečislav Stellvertretender Außenminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 956

Jackson, Henry Martin Senator des amerikanischen Bundesstaates Washington (Democratic Party) S. 879

Jagow, Peter von Vortragender Legationsrat im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa" des Auswärtigen Amts S. 1866[13], 1960[1]

Jahsnowsky, Franz Leiter der Abteilung „Protokoll" im Außenministerium

der DDR mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 1831, 1834

Jalloud, Abdelsalam Major im Generalstab der libyschen Streitkräfte und Stellvertreter des Staatschefs el-Ghadafi, Mitglied des Generalsekretariats des Allgemeinen Volkskongresses der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija bis 1. März 1979 S. 195, 640

Jamieson, Donald Campbell Außenminister von Kanada bis 22. Mai 1979 S. 4f., 126[2], 595[21], 596[24]

Jansen, Michael Legationsrat I. Klasse im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" des Auswärtigen Amts, vom 17. bis 28. September 1979 zum Referat 215 „Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin" abgeordnet und zur Dienstleistung bei der Senatskanzlei von Berlin freigestellt S. 3[1], 700[1], 1711[1], 1913[1]

Jaroszewicz, Piotr Ministerpräsident der Volksrepublik Polen und Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP S. 1150, 1153–1156, 1937, 1944

Jarring, Gunnar 1964–1973 Botschafter des Königreichs Schweden in Moskau und 1967–1973 Sonderbeauftragter der UNO für den Nahen Osten S. 1199

Jatti, Basappa Danappa Vizepräsident der Republik Indien bis 30. August 1979; vom 11. Februar bis 25. Juli 1977 amtierender Präsident S. 579[2]

Javits, Jacob Koppel Senator des amerikanischen Bundesstaates New York (Republican Party) S. 853, 1554[7]

Jawara, Sir Dawda Kairaba Präsident der Republik Gambia S. 4

Jefremow, Michail Timofejewitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Wien **Dok. 73** und S. 236

Jelonek, Alois Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der UNO in New York S. 71[5], 127[5+8], 270[13], 418[38], 773[27], 791[10], 1148[37], 1174[23], 1968[5]

Jenkins of Hillhead, Roy Harris Präsident der EG-Kommission S. 119, 214, 222, 277, 645f., 800, 963, 1460, 1461[22], 1602, 1627f., 1630, 1895

Jessel, Jacques Gesandter an der französischen Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel (Premier Conseiller) **Dok. 93**

Jesser, Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rabat; 1969–1972 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des deutschen Stabes an der italienischen Botschaft in Kairo (Schutzmachtvertretung für deutsche Interessen), seit 1970 als Gesandter S. 781[23], 1199[4], 1858[5]

Jirka, Ernst Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Leningrad S. 699[34]

Joetze, Günter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u.a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)" im Auswärtigen Amt S. 267[6], 1208[1], 1672[1], 1673[10], 1674[12], 1675[14], 1676[17]

Johannes Paul I. (Albino Luciani) Papst vom 26. August 1978 bis zu seinem Tod am 28. September 1978 S. 992

Johannes Paul II. (Karol Józef Wojtyła) Papst; 1964–1978 Erzbischof von Krakau, 1967–1978 Kardinal **Dok. 204** und S. 87f., 216[13], 459, 652, 841, 852, 991–993, 995, 998–1000, 1008, 1077, 1235f., 1244, 1614

Johnson, Keith Botschafter von Jamaika in Bonn S. 359

Johnson, Lyndon Baines 1949–1961 Senator des amerikanischen Bundesstaates Texas (Democratic Party), 1951–1961 Mehrheitsführer (Senate Majority Leader), 1963–1969 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 305, 997

Johnston, John Bennett Jr. Senator des amerikanischen Bundesstaates Louisiana (Democratic Party) S. 8[8]

Jonathan, Joseph Leabua Ministerpräsident sowie Verteidigungs- und Innenminister des Königreichs Lesotho S. 1822

Jones, David Charles General der amerikanischen Luftwaffe und Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs (Chairman of the Joint Chiefs of Staff) S. 735, 775

Jordan, Hamilton Berater des amerikanischen Präsidenten (Assistant to the President), seit 18. Juli 1979 Stabschef des Präsidenten (Chief of Staff) S. 1040[3]

Jorge, Paulo Texeira Außenminister der Volksrepublik Angola S. 1245f., 1702–1704

Jørgensen, Anker Ministerpräsident des Königreichs Dänemark **Dok. 232, 345** und S. 1345, 1629[31], 1830, 1833, 1838, 1850

Jovy, Ernst Michael Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Algier S. 425

Jung, Ernst Franz Ministerialdirigent, Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 39, 106, 200, 216, 289, 310, 334, 352** und S. 258, 326[13], 651[3], 793, 1409[13], 1960[5+7], 1961[8+9], 1962

Jungmann, Horst Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 1788[7]

Kabwebwe, Simon Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen am 12. Dezember 1978 in der Republik Sambia S. 1821

Kádár, János Erster Sekretär des ZK der USAP **Dok. 251, 255** und S. 1077, 1493, 1496, 1811, 1941

Kahan, Jerome Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Director of Politico-Military Affairs) S. 777[11]

Kahle, Hans Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Khartum S. 434[16]

Kahn, Herman Mitbegründer des Hudson Institute im amerikanischen Bundesstaat New York S. 837

Kaiser, Karl Leiter des Wissenschaftlichen Direktoriums des Forschungsausschusses der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und Professor für Politische Wissenschaft an der Universität zu Köln S. 1259

Kaltefleiter, Werner Professor für Politische Wissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel S. 1259

Kamel, Hassan Ahmed Leiter des Präsidialamts der Arabischen Republik Ägypten S. 421

Kanzeviæ, Vido Leiter der Unterabteilung „Internationale Organisationen" im Außenministerium der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 1117

Kapitonow, P.G. Oberst der sowjetischen Streitkräfte und Militärberater der sowjetischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 793[23], 1425–1427

Kappler, Herbert ehemaliger SS-Obersturmbannführer, 1947 bis zu seiner Flucht 1977 in Italien inhaftiert, 1978 verstorben S. 444[2]

Karamanlis, Konstantinos Ministerpräsident der Hellenischen Republik **Dok. 299, 300, 381** und S. 113, 384, 392–396, 553, 562, 572, 860, 1826f.

Karanikiæ, Pero Mitarbeiter im Außenministerium der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 1117

Kardelj, Edvard Vertreter Sloweniens in der Kollektiven Präsidentschaft der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und Mitglied des Präsidiums des BdKJ bis zu seinem Tod am 10. Februar 1979 S. 562

Karmal, Babrak Vorsitzender des Parcham-Flügels der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, im Exil in der UdSSR bis 27. Dezember 1979, anschließend Vorsitzender des Revolutionsrats und Präsident der Demokratischen Republik Afghanistan sowie Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei Afghanistans S. 1970[2], 1972

Kastl, Hans Jörg Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brasilia S. 458[31+33], 459[35+36], 462

Katuschew, Konstantin Fjodorowitsch Vorsitzender des Exekutivkomitees des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) S. 563[10], 798[23]

Katz, Israel Minister für Arbeit und Wohlfahrt des Staates Israel S. 780[21]

Kaunda, Kenneth David Präsident der Republik Sambia S. 479[7], 593, 955, 1124, 1142, 1530, 1595, 1619, 1703, 1819, 1821

Kawawa, Rashidi Mfaume Verteidigungsminister der Vereinigten Republik Tansania S. 478

Kaysone Phomvihane Generalsekretär des ZK der Laotischen Revolutionären Volkspartei und Ministerpräsident der Demokratischen Volksrepublik Laos S. 933

Keeble, Herbert Ben Curtis Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Moskau S. 1976

Keil, Franz Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Peking, seit 30. Juli 1979 Gesandter S. 20[3], 73[12], 163[5], 792[15], 1523[19], 1827, 1845[22], 1847[26]

Kekkonen, Urho Kaleva Präsident der Republik Finnland **Dok. 127** und S. 282[9], 491[3]

Kennedy, Edward Moore Senator des amerikanischen Bundesstaates Massachusetts (Democratic Party) S. 853, 1456

Kennedy, John Fitzgerald 1961–1963 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 605[20], 835, 1062, 1303, 1473, 1648, 1874

van de Kerckhove, Marcel Botschafter des Königreichs Belgien in Teheran S. 1669, 1692–1695

Kern, Karl-Heinz Botschafter der DDR in London S. 528[26]

Kersting, Hermann 1971–1978 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Budapest S. 1237[15]

Kessel, Immo Wolf Eberhard Hubertus von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 331 „Andenstaaten und Mittelamerika" des Auswärtigen Amts S. 1066[1]

Khaddam, Abdel Halim Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident der Arabischen Republik Syrien **Dok. 240, 242** und S. 636, 719, 721, 1063[19], 1187, 1231

Khaddour stellvertretender Außenminister der Arabischen Republik Syrien S. 721[14]

Khadoumi, Farouk Leiter der Politischen Abteilung des Exekutivkomitees der Palestine Liberation Organisation (PLO) S. 1372

Khalid ibn Abdul Aziz al-Saud König und Ministerpräsident des Königreichs Saudi-Arabien **Dok. 187** und S. 108, 154, 379, 515, 781[23], 931, 1320, 1871

al-Khalifa al-Sabah, Sheikh Ali Ölminister des Staates Kuwait S. 1186, 1907

Khalil, Mustafa Ministerpräsident und seit 18. Februar 1979 zugleich Außenminister der Arabischen Republik Ägypten **Dok. 249** und S. 26[16], 209[12], 241, 378, 404, 421–423, 425, 427, 520, 619[21], 1213[6], 1231, 1456

Khama, Seretse Präsident der Republik Botsuana S. 593

Kharazi, Kamal stellvertretender Außenminister der Islamischen Republik Iran seit August 1979 S. 1661[5]

Khomeini, Ahmad Stabschef des iranischen Staatschefs Khomeini S. 1967

Khomeini, Ruhollah schiitischer Geistlicher (Ayatollah), bis 31. Januar 1979 in Frankreich im Exil, seit 30. März 1979 geistliches und weltliches Oberhaupt der Islamischen Republik Iran S. 23[7], 24, 83, 152[22+23], 208f., 211–213, 223, 225, 242, 463f., 517f., 640[16], 641[17], 985, 1020, 1065, 1113[4], 1114, 1178f., 1215, 1661[3], 1662, 1668[6], 1669, 1695f., 1705–1707, 1722, 1728, 1747[27], 1775, 1792[7], 1828[4], 1838, 1839[4], 1840, 1842, 1872[5], 1874[10], 1874[13], 1879, 1964–1967

Kianouri, Noureddin Generalsekretär der kommunistischen Tudeh-Partei des Iran S. 1840, 1842

Kiehne, Werner Stellvertretender Protokollchef im Außenministerium der DDR S. 205

Kiep, Walter Leisler Minister der Finanzen des Landes Niedersachsen (CDU) S. 357, 382f., 429, 489, 509, 511f., 569, 623, 766, 926

Kiesinger, Kurt Georg 1966–1969 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (CDU) S. 913[36]

Kiessler, Richard Korrespondent bei der Wochenzeitschrift „Der Spiegel" S. 1945

Kiewitt, Peter Vortragender Legationsrat, als Persönlicher Referent des Staatsministers Wischnewski ins Bundeskanzleramt versetzt S. 781[24]

Killen, B. R. Leiter der Afrikaabteilung des südafrikanischen Außenministeriums S. 1817

Killick, Sir John Edward Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters bis zum Eintritt in den Ruhestand im September 1979 S. 283, 290, 449[5], 896

Kim Il Sung Präsident der Volksrepublik Korea (Nordkorea) und Generalsekretär des ZK der Partei der Arbeit Koreas S. 166[17]

Kirilenko, Andrej Pawlowitsch Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU S. 983, 1541

Kiritschenko, Jurij Alexejewitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Oslo S. 282, 1732

Kischlat, Wolf Dieter Attaché im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport; Rüstungsexportpolitik" des Auswärtigen Amts, seit März 1979 Legationsrat im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere VN-Bereich und SALT" S. 496[1], 1354[1], 1590[1], 1804[1]

Kissinger, Henry A. 1969–1973 Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten; 1973–1977 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 254** und S. 29[27], 606, 692, 781, 853, 900, 910f., 997, 1054[8], 1088, 1100, 1107f., 1170, 1183, 1199, 1203, 1303, 1339, 1419, 1824

Kittel, Walter Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 230[25]

Klaauw, Christoph van der Außenminister des Königreichs der Niederlande **Dok. 228** und S. 741, 763f., 773, 1061, 1283[14], 1312, 1326[3], 1387, 1622, 1687, 1853, 1884, 1887, 1903, 1912

Klein, Jacques Paul Zweiter Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn bis 16. Juli 1979 S. 137

Kleiner, Bernhard Jürgen Botschaftsrat bzw. ab 16. Oktober 1979 Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Budapest, seit 4. Dezember 1979 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Gehobener, mittlerer und einfacher Dienst; Arbeiter" im Auswärtigen Amt S. 1260[9], 1265[27]

Kleppe, Per Finanzminister des Königreichs Norwegen bis 8. Oktober 1979 S. 1016, 1019

Klibi, Chedli Informationsminister der Tunesischen Republik, seit 27./28. Juni 1979 Generalsekretär der Arabischen Liga in Tunis S. 954f, 1311, 1726, 1896f.

Klose, Hans-Ulrich Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (SPD) S. 1183

Kluncker, Heinz Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr S. 664

Kock, Osmo Botschafter der Republik Finnland in Ost-Berlin S. 135, 206

Koenig, Günther Legationsrat I. Klasse im Referat 340 „Süd- und Südostasien" des Auswärtigen Amts S. 50[13], 931[1], 1519[1]

Kohl, Helmut Vorsitzender der CDU sowie der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages S. 533, 1236, 1240, 1553[3]

Kohl, Michael Stellvertretender Außenminister der DDR S. 207[7], 367, 704, 724[15]

Koivisto, Mauno Gouverneur der Finnischen Nationalbank, seit 26. Mai 1979 Ministerpräsident der Republik Finnland S. 578[13]

Kölsch, Eberhard Legationsrat I. Klasse im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden" des Auswärtigen Amts bis 15. Februar 1979, anschließend im Referat 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande. Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein" S. 1087, 1712[1]

Komer, Robert W. Berater des amerikanischen Verteidigungsministers und stellvertretender Verteidigungsminister in Angelegenheiten der NATO (Advisor to the Secretary and Deputy Secretary of Defense on NATO Affairs) S. 64, 70

Kominek, Bolesław Titularbischof von Sophene und Apostolischen Administrator bzw. von 1972 bis zu seinem Tod 1974 Erzbischof von Wrocław (Breslau) und Warmia (Ermland), seit 1973 Kardinal S. 989

König, Walter Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Warschau S. 123[10], 1160[42]

Königs, Philipp Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Liverpool S. 1463[32]

Koppenhöfer, Rudolf Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 631 „Darstellende Kunst, Musik; Bildende Kunst" im Auswärtigen Amt bis Oktober 1979, anschließend Leiter des Referats 600 „Grundsatzfragen, Gesamtplanung, kulturpolitische Öffentlichkeitsarbeit Förderung der deutschen Sprache, Gästeprogramm" S. 1243[36]

Korber, Horst Präsident des Landessportbundes Berlin und bis März 1979 Senator für Bundesangelegenheiten des Landes Berlin (Bevollmächtigter des Landes Berlin beim Bund) S. 188[5], 524, 1711

Korhonen Unterstaatssekretär im finnischen Außenministerium S. 574

Körner, Peter Ministerialrat und Leiter des Referats 1 „Rüstungszusammenarbeit in NATO und WEU; Grundsätze, Richtlinien und Koordinierung der internationalen Rüstungszusammenarbeit; Querschnittaufgaben" in der Unterabteilung II „Rüstungsbeziehungen zu anderen Ländern" des Bundesministeriums der Verteidigung S. 1254[1]

Kornienko, Georgij Markowitsch Stellvertretender Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1377, 1382[23], 1562, 1612[26], 1631f., 1641, 1714[4], 1730, 1748, 1759[1], 1770

Koschnick, Hans Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen und Bürgermeister der Stadt Bremen (SPD) S. 716[26]

Kossygin, Alexej Nikolajewitsch Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU **Dok. 188** und S. 581, 838, 882, 890, 953, 968f., 981–983, 1005, 1006[15], 1007, 1028, 1029[9], 1030, 1108, 1139, 1152, 1162–1165, 1216[3], 1238, 1241, 1317[19], 1340, 1381, 1436, 1486, 1491, 1494f., 1497, 1524, 1540f., 1716, 1732[13], 1763, 1941[24]

Kotalla, Josef ehemaliger SS-Oberscharführer, bis zu seinem Tod am 1. August 1979 in den Niederlanden inhaftiert S. 1086[3]

Kövári, Péter Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in Bonn S. 1259, 1811

Krause, Werner Botschafter der DDR in Oslo und Reykjavik S. 1735

Krebs, Werner Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Djidda S. 1037[3], 1038[8]

Kreisky, Bruno Bundeskanzler der Republik Österreich **Dok. 73** und S. 115, 116[2], 540[28], 883, 1013f., 1020, 1058, 1112, 1213, 1224f., 1232, 1325, 1453[3], 1544[49]

Kremer, Leonhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 320 „Ost- und Südafrika" im Auswärtigen Amt S. 98, 431[1], 433[13], 478[6], 594[20], 596[24], 627, 774[29], 1817, 1945

Kreusel, Dietmar Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" des Auswärtigen

Amts S. 207[1], 621[1], 647[1], 654[4], 731[1], 871[1], 1254[1], 1280[1+4], 1281[5+6+10], 1283[13+14], 1396[1], 1405[30], 1876[1], 1888[1], 1892[1], 1899[1], 1909[1]

Kriangsak Chomanan Ministerpräsident und Innenminister des Königreichs Thailand sowie Oberbefehlshaber der Streitkräfte **Dok. 192** und S. 831, 952

Kroesen, Frederick James General der amerikanischen Streitkräfte und stellvertretender Stabschef des Heeres, seit 1. Juni 1979 Befehlshaber der 7. US-Armee und der Central Army Group der NATO S. 778[12]

Kruse, Hans Stefan Legationsrat I. Klasse bzw. seit 17. April 1979 Vortragender Legationsrat im Referat 100 „Allgemeine Personalangelegenheiten" des Auswärtigen Amts bis August 1979, anschließend in der Arbeitseinheit 310-9 „Europäisch-Arabischer Dialog" des Referats 310 „Naher Osten" S. 1311[18]

Krzak, Marian Wiktor Stellvertretender Finanzminister der Volksrepublik Polen S. 63, 124

Kuebart, Hans-Jörg Brigadegeneral der Bundeswehr und seit 1. Oktober 1979 Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 1746

Kühl, César Amador Gesundheitsminister der Republik Nicaragua seit 20. Juli 1979 S. 1364

Kühn, Alfred Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Sowjetunion" im Auswärtigen Amt, seit 11. Mai 1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nairobi und zugleich Ständiger Vertreter bei den UNO-Organisationen UNEP und HABITAT S. 10[13], 26[17], 36, 84[6], 152[23], 183[1], 187[1], 188[5], 204[2], 471[2], 683[6]

Kühnen, Harald Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Banken S. 1929

Kurbjuhn, Paul 1972–1978 Angestellter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Nikosia S. 885[9]

Kurokawa, Tsuyoshi Botschaftsrat an der japanischen Botschaft in Bonn S. 74, 255–257

Kurpakow, Iwan Dolmetscher im sowjetischen Außenministerium S. 1560, 1641, 1740, 1748, 1759[1], 1770, 1949, 1953

Kusnezow, Georg Regierungsamtmann im Ministerbüro des Auswärtigen Amts, seit Mai 1979 Amtsrat S. 1335[1+3], 1634[1], 1878[1], 1963[1]

Kusumaatmadja, Mochtar Außenminister der Republik Indonesien **Dok. 32**

Kwizinskij, Julij Alexandrowitsch Gesandter an der sowjetischen Botschaft in Bonn **Dok. 263** und S. 1730[26], 1748

Kyaw, Dietrich von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums, Afrikas und den übrigen AKP-Staaten; Europäisches Parlament" des Auswärtigen Amts, seit 12. Februar 1979 Referatsleiter und seit 26. April 1979 Vortragender Legationsrat I. Klasse S. 252[27], 1332[10], 1461[22]

Kyprianou, Spyros Präsident der Republik Zypern S. 100, 384, 412, 622, 884[8], 885[9]

Lagacos, Eustache P. Leiter der Ständigen Vertretung der Hellenischen Republik bei der NATO in Brüssel bis November/Dezember 1979 S. 168, 213, 385, 650

Lages, Willi ehemaliger SS-Sturmbannführer, bis 1966 in den Niederlanden inhaftiert, 1971 verstorben S. 1086[3]

Lahn, Lothar Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Madrid; 1966–1969 Botschaftsrat I. Klasse und Leiter des deutschen Stabes an der italienischen Botschaft in Kairo (Schutzmachtvertretung für deutsche Interessen), 1973–1977 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung" im Auswärtigen Amt S. 49[8], 302[7], 378[13], 1373[16]

Lahnstein, Manfred Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 80f., 509, 1019, 1880

Lahr, Rolf 1969–1974 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom S. 411[14]

Lahusen, Carl Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 15[10], 29[28], 101[12], 238, 318, 417[3], 1065[27], 1919[5]

Lambach, Frank Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 300 „Grundsatz- und Koordinierungsfragen" des Auswärtigen Amts S. 108[1], 334[1]

Lamberz, Werner 1971–1978 Mitglied des Politbüros des ZK der SED S. 1946[8]

Lambsdorff, Otto Graf Bundesminister für Wirtschaft und Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) **Dok. 84, 186, 187, 189** und S. 60, 119, 121–125, 296[22], 299, 385, 488[27], 528[27], 537[20], 699, 703, 708, 796[11], 814[27], 826[9], 841, 854[11], 855, 866, 931, 934, 963, 1017, 1021[22], 1055, 1154f., 1162, 1165, 1265, 1404[26], 1486, 1880, 1928

al-Lamki, Ahmed Mohammed Nasser Botschafter des Sultanats Oman in Bonn S. 1344

Lane, George M. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Sanaa S. 1353[10]

Lang, Hartmut Legationsrat I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien" des Auswärtigen Amts S. 1811[1]

Lankes, Johann Christian beigeordneter Generalsekretär für Politische Angelegenheiten beim NATO-Generalsekretariat in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 433[14]

Läpple, Friedel Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlands S. 753

Lara, Lúcio Generalsekretär des Movimento Popular de Libertação de Angola (MPLA) S. 1247[13], 1702

de Larosière, Jacques Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) S. 382

Larrabee, Stephen Mitarbeiter beim Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1042, 1052

Lau-Lavie *siehe: Lavie*

Lautenschlager, Hans Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration" im Auswärtigen Amt, seit 21. November 1979 Staatssekretär im Auswärtigen Amt **Dok. 10, 19, 21, 27, 72, 108, 168, 217, 271, 311, 327** und S. 8[8], 26[18], 61[13], 77[20], 82[9], 83, 118[4], 198[4], 228[18], 235[1], 238, 240, 245, 254, 298[1], 367[1], 392[1], 408[1], 481[5], 510[3], 583[2], 624[11], 662[1], 663f., 664[11], 745, 750f., 767–772, 794f., 797f., 801, 847, 861[1+3], 880[1], 881[9], 923[9], 926[1], 936[1], 1072, 1211[18], 1333[18], 1394, 1404[26], 1666[24], 1667[26], 1788, 1790, 1856[1], 1878, 1880, 1906, 1924[1], 1926, 1927[14], 1928, 1930f., 1936[1], 1956, 1958

Lavie, Naphtali Pressesprecher des israelischen Außenministeriums und Berater des Außenministers in Fragen der Öffentlichkeitsarbeit S. 1293[18], 1294

Lázár, György Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik S. 1233[3], 1811, 1813

Leach, Sir Henry Admiral und Oberkommandierender der britischen Flotte (First Sea Lord) S. 498

Leber, Georg Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und seit 12. September 1979 Vizepräsident; 1972–1978 Bundesminister der Verteidigung S. 264[6], 988–990, 994–996, 998, 1000

Lebsanft, Ulrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bern S. 466[5], 513, 1926[10]

Lederer, Jiří Journalist und Mitglied der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" S. 956[31]

Lederer, Lajos Korrespondent der Tageszeitung „The Observer" (London) S. 1544[49]

Lee Kuan Yew Ministerpräsident der Republik Singapur **Dok. 173** und S. 78, 363, 1597

Le Gourriérec, Pol Botschafter der Französischen Republik in Islamabad;

seit 6. Dezember 1979 Botschafter in Prag S. 829

Lehmann, Jürgen Ministerialrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 376[10]

Lehovich Erster Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Teheran S. 1692[3]

Leifland, Leif Staatssekretär im schwedischen Außenministerium S. 3[3], 1670f.

Lenin, Wladimir Iljitsch 1917–1924 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik bzw. der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 609, 1315[9], 1540

van Lennep, Emile Generalsekretär der OECD S. 295[17], 357, 383, 510f.

Les Aspin *siehe: Aspin*

Letelier del Solar, Orlando Marcos 1973 Außenminister, Innenminister und Verteidigungsminister der Republik Chile; 1976 im Exil in Washington ermordet S. 1069, 1071

de Leusse de Syon, Bruno Botschafter der Französischen Republik in Moskau bis 8. Mai 1979, anschließend Generalsekretär des französischen Außenministeriums (Secrétaire général) S. 982, 1585[7], 1856f.

Leuteritz, Karl Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Seoul S. 166[17]

Lever, Norman Harold (seit 1979: **Baron Lever of Manchester**) Minister ohne Portefeuille mit dem Titel eines Chancellor of the Duchy of Lancaster und Berater des Premierministers Callaghan in Wirtschafts- und Finanzfragen bis 3. Mai 1979 S. 245

Levin, Carl Senator des amerikanischen Bundesstaates Michigan (Democratic Party) S. 1252

Lewalter, Karl Walter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 010 „Ministerbüro" im Auswärtigen Amt bis 31. Mai 1979, anschließend Freistellung zur Sprachausbildung, seit 16. Juli 1979 Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Madrid **Dok. 102** und S. 153[1], 158[1], 198[1], 200[1], 225[1], 232[1], 241[1], 245[1], 257[1], 263[1], 293[1], 298[1], 347[1], 352[1], 392[1], 397[1], 408[1], 437[13], 456[22], 483[1], 568[1], 589[1], 601[1], 613[1], 691[1], 700[1], 745[1], 775[1], 783[1]

Li Xiannian Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik China S. 583[3], 1545[51]

Libal, Michael Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Mogadischu bis März 1979, anschließend Legationsrat I. Klasse an der Botschaft in Moskau S. 336[8]

Lilienfeld, Georg von 1968–1974 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran S. 1163[8]

Limann, Hilla Vorsitzender der People's National Party Ghanas, seit 24. September 1979 Präsident der Republik Ghana S. 1704[23]

Limbourg, Peter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel S. 847, 848[6], 851[22], 1885[10]

Limmer, Herbert Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 110 „Organisation" im Auswärtigen Amt, seit 22. Januar 1979 Beauftragter für Lateinamerikapolitik in der Abteilung 3 „Polititsche Abteilung", seit 5. Februar 1979 als Ministerialdirigent mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 279** und S. 255[3], 359, 435[1], 465, 754[1], 1066[1], 1634

Link, Werner Professor für Politikwissenschaft an der Universität Trier S. 1259

Ljubičić, Nikola General und Verteidigungsminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 562

Loeck, Hans-Werner Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lima S. 465, 466[5], 468[9+10], 469[11], 470[13]

Lohmann S. 465

Long, Russell Billin Senator des amerikanischen Bundesstaates Louisiana (Democratic Party) S. 853, 1041

Longo, Pietro Vorsitzender der PSDI und Abgeordneter im italienischen Parlament S. 1007

Löns, Josef 1958–1963 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag S. 835[23]

Lopes, Ernáni Rodrigues Ständiger Vertreter der Republik Portugal bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 1422[36]

Lopes Cardoso de Freitas-Cruz, João Carlos Außenminister der Portugiesischen Republik und bis September/Oktober 1979 Leiter der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 1903

López Portillo y Pacheco, José Präsident der Vereinigten Mexikanischen Staaten S. 226, 413, 536, 1464, 1777[22]

Lorenz, Peter Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin und Vorsitzender des Berliner Landesverbandes der CDU; 1975 von Mitgliedern der „Bewegung 2. Juni" entführt S. 1389[3]

Lorenzen, Ursel Agentin des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR und Mitarbeiterin bei der NATO in Brüssel bis zu ihrer Flucht in die DDR am 5. März 1979 S. 386[8]

Lorscheider, Aloísio Leo Arlindo Kardinal und Erzbischof des Bistums Fortaleza, Vorsitzender der Brasilianischen Bischofskonferenz und des Lateinamerikanischen Bischofsrats S. 987[9], 993

Louis, Richard Hermann Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Teheran bis Ende Februar 1979, anschließend Leiter des Referats 118 „Geheimschutz und Sicherheit" im Auswärtigen Amt S. 1692[3]

Loureiro dos Santos, José Verteidigungsminister der Portugiesischen Republik S. 647, 658f., 1876[2], 1888f.

Löwenthal, Gerhard Journalist, Moderator der Fernsehsendung „ZDF-Magazin" S. 624[11]

Löwenthal, Richard freier Journalist, 1961–1974 Professor für Theorie und Geschichte der Auswärtigen Politik an der Freien Universität in Berlin (West) S. 1259

van Loyen, Peter Korrespondent des ZDF in Ost-Berlin bis zu seiner Ausweisung am 14. Mai 1979 S. 612[7], 695, 702, 727[22], 736[22]

Lubbers, Ruud Fraktionsvorsitzender des CDA im niederländischen Parlament S. 1251[5]

Luce, Richard Parlamentarischer Staatssekretär im britischen Außenministerium (Parliamentary Under-Secretary for Foreign and Commonwealth Affairs) seit 4. Mai 1979 S. 763[10], 773[27]

Luciani, Albino *siehe: Johannes Paul I.*

Luciola *siehe: Lara, Lúcio*

Lücking, Wilhelm Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 21 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts **Dok. 57, 330, 387** und S. 117, 205[1], 286[1], 522[8], 524[17], 727[24], 936[1], 940[4], 1208[1], 1326[3], 1349[1], 1374[23], 1428, 1429[5], 1440[45], 1474[1], 1638[1], 1730[26], 1948[10]

Lule, Yusufu Chef der Nationalen Befreiungsfront Ugandas seit März 1979, vom 13. April bis 20. Juni 1979 Präsident der Republik Uganda S. 477f.

Luns, Joseph Generalsekretär der NATO S. 12, 19, 112[8], 113, 164, 184[6], 207–209, 212, 654, 660f., 671f., 675, 678, 680, 682, 744, 765f., 945, 961, 962[11], 1386, 1407f., 1411f., 1483, 1503[21], 1598, 1657, 1889, 1893[8], 1899, 1904, 1910

Lutfi, Ali Lufti Mahmoud Finanzminister der Arabischen Republik Ägypten S. 421

Luther, Günther Vizeadmiral und Inspekteur der Bundesmarine S. 860

Lynch, John Ministerpräsident der Republik Irland bis 5. Dezember 1979 **Dok. 293** und S. 1627, 1849f.

van Lynden, Diederic Wolter Baron Botschafter des Königreichs der Niederlande in Bonn S. 1087, 1815

Maass, Richard Präsident des American Jewish Committee S. 429f.

MacDonald, Flora Isabel Außenministerin von Kanada seit 4. Juni 1979 S. 927, 929, 1902, 1908, 1912

Machel, Samora Moïsés Präsident der Volksrepublik Mosambik und des Frente de Libertação de Moçambique (FRELIMO) S. 272, 593, 1596

Mahlangu, Solomon Mitglied des südafrikanischen ANC, am 6. April 1979 wegen Mordes hingerichtet S. 272, 273[25], 1824

Mahrdt, Ewstrati Friedrich Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Lille S. 532, 560

Maihofer, Werner Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) und Professor für Strafrecht und Strafprozeßrecht an der Universität Bielefeld; 1974–1978 Bundesminister des Inneren S. 428[3], 998[23], 1038

Majali, Abdes-Salam Bildungsminister und Staatsminister für das Kabinettsressort des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 406f.

Majano Ramos, Adolfo Arnoldo Oberst der Streitkräfte von El Salvador, seit 15. Oktober 1979 Mitglied der Revolutionären Regierungsjunta S. 1488

Makarios III., Myriarthes (Michael Christodulos Muskos) 1959–1977 Erzbischof und Präsident der Republik Zypern (Juli bis Dezember 1974 im Exil) S. 384

Makarow, Wassilij Georgijewitsch Leiter des Ministerbüros im sowjetischen Außenministerium S. 1748

Makić, Radovan Botschafter der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien in Bonn S. 1117, 1134

Makki, Hassan Mohammed Botschafter der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) in Rom, seit Juli 1979 Außenminister S. 1352[6]

Malfatti, Franco Maria Finanzminister der Italienischen Republik bis 31. Januar 1979, seit 13. August 1979 Außenminister **Dok. 270** und S. 1312, 1337, 1342, 1346, 1416, 1853, 1901[11]

Malfatti di Montetretto, Francesco Generalsekretär im italienischen Außenministerium S. 1337

Mallaby, Christopher Leslie George Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Head of Arms Control and Disarmament Department) S. 541

Malmierca Peoli, Isidoro Außenminister der Republik Kuba **Dok. 158** und S. 490, 1122, 1314[4], 1637

Malzew, Wiktor Fjodorowitsch Stellvertretender Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1932, 1936[3], 1976

Mandela, Nelson Mitglied des südafrikanischen ANC, seit 1964 inhaftiert S. 273[24]

Mandela, Winnie Mitglied des südafrikanischen ANC, seit 1977 nach Brandfort/Oranje-Freistaat verbannt S. 273[24]

Mange, James Daniel Angehöriger der Militärorganisation des südafrikanischen African National Congress, wegen Hochverrats im November 1979 zum Tode verurteilt S. 1824

Mangold, Albert Oberamtsrat im Referat 300 „Grundsatz- und Koordinierungsfragen" des Auswärtigen Amts S. 108[1]

Manley, Michael Ministerpräsident von Jamaika sowie Minister für Landwirtschaft, Kultur, Information und Verteidigung S. 359, 360[11], 361, 362[18], 1315[9]

Mann, Siegfried 1972–1976 Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 15[11]

Mansfield, Michael J. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Japan; 1953–1977 Senator des amerikanischen Bundesstaates Montana (Democratic Party) S. 261

Mao Zedong 1949–1976 Vorsitzender des ZK und des Politbüros der KPCh S. 146, 163, 471[3], 831, 913, 1189, 1420, 1596, 1771f.

de Marchant et d'Ansembourg, L.J.R. Graf Leiter der Unterabteilung für militärische Zusammenarbeit und Produktion im niederländischen Außenministerium S. 1091, 1097

Marjai, Józef Stellvertretender Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik **Dok. 353**

Marjolin, Robert Ernest Mitglied des „Ausschusses der Weisen" der Europäischen Gemeinschaften; 1958–1967 Vizepräsident der EWG-Kommission S. 107[35], 644, 851, 1849, 1852

Marschall von Bieberstein, Walther Freiherr Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 500 „Allgemeines Völkerrecht" im Auswärtigen Amt, seit 7. Dezember 1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Dacca S. 43[1], 45[9-12], 232[1], 1246[9], 1249[17]

Marshall, George Catlett 1947–1949 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 710

Martens, Wilfried Ministerpräsident des Königreichs Belgien seit 3. April 1979 **Dok. 176** und S. 454[10], 1599, 1787, 1850, 1885, 1887

Martius, Götz-Alexander Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bogotá, seit 17. April 1979 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 331 „Andenstaaten und Mittelamerika" im Auswärtigen Amt S. 1009[1], 1011[12], 1487[1]

Martre, Jean Leiter der Délégation générale pour l'armement im französischen Verteidigungsministerium S. 318, 1336

Marx, Werner Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des Arbeitskreises Außen-, Deutschland-, Verteidigungs-, Europa-, Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik der CDU/CSU-Fraktion S. 1236[11]

Mascherow, Pjotr Mironowitsch Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Weißrußlands S. 151

Massion, Georg Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 9[11], 767[3]

Mathias, Charles McCurdy Senator des amerikanischen Bundesstaates Maryland (Republican Party) S. 151

Matt, Dani Brigadegeneral der israelischen Streitkräfte und Militärkoordinator für die besetzten Gebiete S. 1719[8]

Matthias, Helmut Richard Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 40 in der Abteilung 4 „Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration" des Auswärtigen Amts S. 814[27], 979, 1049[3]

Matthöfer, Hans Bundesminister der Finanzen sowie Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 82, 121[7], 231[28], 252, 311, 509, 601, 703[13], 905, 963, 1055, 1155, 1322, 1348, 1393, 1396, 1637, 1880, 1956f.

Mayorga Cortés, Roberto Planungsminister der Republik Nicaragua seit 20. Juli 1979 S. 1364, 1369

McCloskey, Robert James Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Athen S. 860

McCloy, John Jay 1949–1952 Hoher Kommissar der Vereinigten Staaten von Amerika in der Bundesrepublik Deutschland S. 259[11], 413, 653

McConnell, Bernd Major der amerikanischen Streitkräfte und Mitglied des Militärattachéstabs an der amerikanischen Botschaft in Pretoria bis zu seiner Ausweisung im April 1979 S. 631[17]

McGiffert, David E. Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs) S. 507, 843, 1083, 1383, 1386[19], 1546, 1552, 1683, 1893[8]

McHenry, Donald F. Botschafter an der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der UNO in New York (Ambassador, Deputy Representative on the Security Council), seit 23. September 1979 Leiter der Ständigen Vertretung (Ambassador, Permanent Representative to the United Nations) S. 484[8], 1360f., 1596, 1829[10], 1928[16], 1930, 1957

McKinnon, Allan Bruce Verteidigungsminister von Kanada seit 4. Juni 1979 S. 1685, 1889

McNamara, Robert S. Präsident der Weltbank; 1961–1968 Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 70** und S. 356, 361, 415, 1102

Méhaignerie, Pierre Landwirtschaftsminister der Französischen Republik S. 82[9]

Mehnert, Klaus Publizist, 1961–1972 Professor und Direktor des Instituts für Politische Wissenschaften an der Technischen Hochschule in Aachen S. 1259, 1845[23]

Mehta, Jagat Singh Staatssekretär im indischen Außenministerium S. 49[11]

Meichsner, Günther Senatsdirigent beim Senator für Bundesangelegenheiten bzw. Bevollmächtigten des Landes Berlin beim Bund S. 1711[3]

Meir, Golda 1969–1974 Ministerpräsidentin des Staates Israel S. 1230

di Melilli *siehe: Catalano di Melilli, Felice*

Melovski, Miloš Stellvertretender Außenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 1117

Menderes, Adnan 1950–1960 Ministerpräsident der Republik Türkei, nach Absetzung durch die türkischen Streitkräfte 1961 hingerichtet S. 1504

Mengistu Haile Mariam Vorsitzender des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats und des Ministerrats des Sozialistischen Äthiopien S. 431–434

Menne, Fritz Carl Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad bis 25. November 1979, anschließend Botschafter in Helsinki S. 223[36], 356[7], 380[22], 405[9], 898[14], 984[5]

Mérillon, Jean-Marie Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire, directeur des Affaires politiques), seit 27. August 1979 Botschafter der Französischen Republik in Algier S. 101, 214, 722, 805f., 955

Merkelbach S. 1884

Merklin, Miguel Fernando Kapitän zur See und 1974–1978 Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Lima S. 469[11]

Meroz, Yohanan Botschafter des Staates Israel in Bonn **Dok. 116, 208** und S. 615[15], 1291[13], 1294, 1299, 1718, 1720, 1723

Mertes, Alois Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) S. 259[9], 526

Metternich, Cornelius Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Mogadischu S. 335[5], 336[7], 633[22]

Meyer, Till Mitglied der „Bewegung 2. Juni" S. 538[23]

Meyer-Landrut, Andreas Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung" im Auswärtigen Amt **Dok. 8, 19, 28, 34, 35, 44, 77, 136, 207, 208, 222, 267, 298** und S. 47[1], 55, 70[1], 74[1], 98, 241[1], 245, 298[1], 355[1], 359[1], 376, 408[1], 421[1], 435[1], 436[7], 477[2], 516[1], 557[2], 651[1], 721[14], 745[1], 887[1], 888, 892[19], 905[1], 936[1], 955[26], 956[31], 978[6], 984[1], 1010[6], 1058[1], 1087, 1245[1], 1247[11-13], 1250[19], 1280, 1310[13], 1362[1+2], 1452[1], 1519, 1619[44], 1634, 1661[3], 1679, 1692[3], 1698[1], 1703, 1718[1], 1737[37], 1826[3], 1841[1], 1878, 1905[1], 1907[11], 1970

Meyer-Plath, Christian Oberst im Generalstab und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran (auch in Kabul akkreditiert) **Dok. 333** und S. 811[22], 1116[10]

Meyjes, H. Ch. Posthumus Leiter der Abteilung für Europäische Zusammenarbeit im niederländischen Außenministerium S. 1087

Mez, Theodor Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Maskat bis 14. Oktober 1979, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 641 „Jugend, Sport, Kirchen" des Auswärtigen Amts S. 243[12]

van Miert, Karel Vorsitzender der Flämischen Sozialisten, seit 17. Juli 1979 Abgeordneter im Europäischen Parlament S. 1885[10]

Milczarek, Maria Ministerin für Arbeit, Löhne und soziale Angelegenheiten der Volksrepublik Polen S. 1159[39]

Milićević, Nikolas S. 1134[50]

Miller, George William Präsident der amerikanischen Notenbank (Chairman of the Federal Reserve) bis Juli 1979, seit 6. August 1979 Finanzminister der Vereinigten Staaten von Amerika (Secretary of the Treasury) S. 1040, 1042, 1055, 1348, 1956–1958

Milstein, Michail ehemaliger Generalleutnant der sowjetischen Streitkräfte, Professor und Abteilungsleiter am Institut für USA- und Kanada-Studien der Akademie der Wissenschaften der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Moskau S. 1398

Minić, Miloš Mitglied im Präsidium des ZK des BdKJ; 1972–1978 Vizepräsident des Bundesexekutivrats und Außenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 562

Mintoff, Dominic Ministerpräsident sowie Außen- und Innenminister der Republik Malta S. 19, 269

Mischnick, Wolfgang Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der FDP-Fraktion S. 1553[3], 1736[27]

Mittag, Günter Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Leiter der Wirtschaftskommission sowie der Arbeitsgruppe Bundesrepublik Deutschland und des Koordinierungsbüros beim Politbüro des ZK der SED **Dok. 84** und S. 195, 1834, 1919, 1946[8]

Miyake S. 928

Mladenow, Petar Toshew Außenminister der Volksrepublik Bulgarien S. 539, 548–552

Moberly, Patrick Hamilton Unterabteilungsleiter im britischen Außenministerium (Assistant Under Secretary of State – Arms Control and Disarmament) S. 1707–1709

Mobutu Sese Seko (Joseph-Désiré) Präsident der Republik Zaire S. 436, 1530, 1698, 1702–1704

Möckelmann, Reiner Legationsrat im Referat 400 „Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der Kapitalhilfe; Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften" des Auswärtigen Amts, seit Dezember 1979 Legationsrat I. Klasse S. 310[16], 311[18]

Modersohn, Christian S. 1243

Modersohn, Otto *1865 †1943 S. 1243

Mofatah, Mohammed schiitischer Rechtsgelehrter S. 464

Moghadam-Maraghei, Rahmatollah Mitbegründer der iranischen Moslem People's Republican Party S. 1963[3], 1964[6]

Möhler, Rolf Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; EGKS; OECD" im Auswärtigen Amt S. 1333[19]

Mohnhaupt, Brigitte Mitglied der „Rote Armee Fraktion" S. 1389[6]

Moi, Daniel Arap Präsident der Republik Kenia und Oberkommandierender der Streitkräfte S. 434

Mokhtar *siehe: Daddah, Mokhtar Ould*

Mokri, Mohammed Botschafter der Islamischen Republik Iran in Moskau S. 1840

Moldt, Ewald Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn mit der Amtsbezeichnung Minister **Dok. 212** und S. 488[28], 528[27], 703, 841, 1441[1], 1449, 1451, 1831[9]

Moliviatis, Petros Kabinettschef des griechischen Ministerpräsidenten S. 396[19], 1497, 1504 f.

Möllemann, Jürgen W. Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 899, 902, 920, 1014, 1059, 1063, 1145[30], 1159[38], 1372

Möller, Alex Vorsitzender der Kontrollkommission der SPD; 1969–1971 Bundesminister der Finanzen; 1961–1976 Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 378, 424 f., 1722

Moltke, Freya Gräfin von S. 1156

Moltke, Helmuth James Graf von Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus und Mitbegründer des

Kreisauer Kreises, 1945 hingerichtet S. 1156

Moltrecht, Horst Ministerialdirigent und Leiter der Abteilung „Regionale Entwicklungspolitik, Projekte und Programme der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit und technischen Zusammenarbeit; Integration aller entwicklungspolitischen Maßnahmen" im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 359[1]

Mommer, Karl 1949–1969 Mitglied des Deutschen Bundestages sowie 1957–1969 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion S. 1259

Mondale, Walter F. Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 458[31], 1188, 1589, 1835[4]

Monory, René Wirtschaftsminister der Französischen Republik S. 231[28]

Monroe, James 1817–1825 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1287

Montazeri, Hossein Ali Mitglied des Revolutionsrates der Islamischen Republik Iran S. 1964[7]

Montfort, Norbert Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 311 „Mittlerer Osten, Maghreb" im Auswärtigen Amt, seit 20. November 1979 Ministerialdirigent und „Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik" in der Abteilung 3 „Politische Abteilung" mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 203, 324, 363** und S. 23[7], 43[1], 56[1], 153[1], 194[1], 198[1], 303[1+3], 403[1], 463[3], 866[3], 899[1], 902[1], 918[1], 977[1], 1113[1], 1343[1], 1344[9], 1388[1], 1661[4], 1662[7], 1692[3], 1693[6], 1725[2], 1827f., 1844[19], 1862[12], 1930, 1963[3+4], 1964[6+9], 1965[10+11], 1966[17]

Morales Bermúdez, Francisco General der peruanischen Streitkräfte und Präsident der Republik Peru S. 469[11]

Moran, Terence S. 386[8]

Moro, Aldo Generalsekretär der Democrazia Cristiana bis zu seiner Ermordung durch die „Brigate Rosse" Anfang Mai 1978; 1974–1976 Ministerpräsident der Italienischen Republik S. 1413f.

Morr, Hubertus von Attaché im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen", seit 28. März 1979 Legationssekretär; im Juni/Juli 1979 an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Maputo abgeordnet S. 1640[11], 1711[1], 1913[1+6], 1918[23]

Mörsch, Karl 1970–1976 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen bzw. Staatsminister im Auswärtigen Amt S. 1066

Mossadegh, Mohammad 1951/52 und 1952/53 Ministerpräsident des Kaiserreichs Iran S. 83

Mountbatten, Lord Louis (1st Earl Mountbatten of Burma) Großadmiral der britischen Flotte (First Sea Lord), 1958–1965 Generalstabschef des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, am 27. August 1979 ermordet S. 1211

Moynihan, Daniel Patrick Senator des amerikanischen Bundesstaates New York (Democratic Party) S. 1589

Mudge, Dirk Vorsitzender der Democratic Turnhalle Alliance und seit Mai 1979 Mitglied der Nationalversammlung in Namibia S. 594, 596

Müezzinoglu, Ziya Finanzminister der Republik Türkei bis 12. November 1979 S. 307, 382

Mugabe, Robert Führer der „Patriotischen Front" in Rhodesien und Vorsitzender der Zimbabwe African National Union (ZANU) S. 247, 642, 1595, 1618, 1699

Mühlen, Ewald Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Rom S. 161[3], 1056[5]

Muller, Hilgard 1964–1977 Außenminister der Republik Südafrika S. 628

Müller, Helmut Ministerialdirigent und „Beauftragter für Afrikapolitik" in der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts bis zu seinem Tod am 26. September 1979 **Dok. 252** und S. 32[35], 433, 438[1], 628, 1825

Müller, Kurt Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 6 „Auswärtige Kulturpolitik" im Auswärtigen Amt S. 161, 162[5], 1072

Müller-Hellwig, Günter Oberstleutnant im Generalstab und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad S. 52[21], 92[12], 1794

Mulder, Connie (Cornelius) Petrus 1968–1978 Minister für Information, Sozialfürsorge und Pensionen sowie für Einwanderung der Republik Südafrika S. 249, 774

Mulley, Frederick William Verteidigungsminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bis 3. Mai 1979 S. 498, 503

Mungeam, G. H. Mitarbeiter im britischen Verteidigungsministerium (Assistant Secretary; Secretarial Devision 10 (Air) for Personnel) S. 541

Munk, Troels Botschafter des Königreichs Dänemark in Teheran S. 1669, 1692–1695

Munro, A.G. Mitarbeiter im britischen Außenministerium (Head of East African Department) S. 896, 898

Munz, Hermann Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Madrid, seit 17. August 1979 Botschafter in Amman **Dok. 347** und S. 515[15], 1206[6], 1792[6+7]

Murray, James Botschafter und Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland beim Büro der UNO und bei den anderen Internationalen Organisationen in Genf S. 1361

Murray, Robert J. stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Deputy Assistant Secretary for Near Eastern, African and South Asian Affairs) S. 894

Murtada, Saad Botschafter der Arabischen Republik Ägypten in Tel Aviv seit 26. Februar 1980 S. 1718[6], 1799[13]

Musa al-Sadr, Sayyid schiitischer Imam und Oberhaupt des Obersten Islamisch-Schiitischen Rates im Libanon bis zu seinem Verschwinden im August 1978 S. 640[16]

Muskie, Edmund S. Senator des amerikanischen Bundesstaates Maine (Democratic Party) **Dok. 126** und S. 685, 853

Mutahhari, Murtaza schiitischer Theologe und Vorsitzender des iranischen Revolutionsrats bis zu seiner Ermordung am 1. Mai 1979 S. 640[16]

Mützelburg, Berndt Legationsrat I. Klasse im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere VN-Bereich und SALT" des Auswärtigen Amts S. 331[1], 1354[1], 1590[1]

Muzorewa, Abel Tendekayi Bischof der United Methodist Church; Vorsitzender des „äußeren Flügels" des ANC in Rhodesien und vom 1. Juni bis 11. Dezember 1979 Ministerpräsident von Rhodesien S. 247, 485[11], 591[10], 592, 606[25], 642, 763 f., 779, 788, 955[28], 1117[9], 1508[5], 1594, 1596, 1617, 1619, 1621, 1698 f., 1818–1821

Nachmann, Werner Vorsitzender des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland S. 1724[31]

Nagy, János Stellvertretender Außenminister der Ungarischen Volksrepublik S. 1243, 1259, 1264, 1811

Nase, Nesti Außenminister der Sozialistischen Volksrepublik Albanien S. 1131

Nasser, Gamal Abdel 1954–1970 Präsident der Republik Ägypten bzw. der Vereinigten Arabischen Republik S. 302, 557[2], 617, 919

Nasser Mohammed, Ali Ministerpräsident der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) S. 1351[5], 1389

Naudi, Paul J. Exekutivsekretär des KSZE-Expertentreffens über den Mittelmeerraum in Valletta bis 1. Februar 1979 S. 102

Naumann, Konrad Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Erster Sekretär der Bezirksleitung Berlin der SED S. 1946[8]

Navab-Motlagh, Mohamed-Mehdi Gesandter der Islamischen Republik Iran in Bonn und seit 24. September 1979

Geschäftsträger ad interim **Dok. 324** und S. 1693[6], 1694[6]

Nayif ibn Abdul Aziz al-Saud Innenminister des Königreichs Saudi-Arabien S. 108–110, 154, 156[12], 157, 1037f.

Nazer, Scheich Hisham Minister für Planung des Königreichs Saudi-Arabien S. 899f.

Negwer, Georg Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung „Ausland" im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, am 1. Oktober 1979 in das Auswärtige Amt versetzt, seit 15. Oktober 1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Warschau S. 1161, 1937

Nehru, Jawaharlal 1947–1964 Ministerpräsident der Republik Indien S. 888[4]

Nenni, Pietro 1946/47 und 1968/69 Außenminister der Republik Italien; 1966–1969 Vorsitzender der Vereinigten Sozialistischen Partei bzw. seit 1968 der Sozialistischen Partei Italiens S. 1006

Nerlich, Uwe Forschungsleiter im Forschungsinstitut der Stiftung Wissenschaft und Politik S. 1259[19]

Neto, António Agostinho Präsident der Volksrepublik Angola sowie des MPLA bis zu seinem Tod am 10. September 1979 S. 59, 436f., 593, 1245[2], 1247f., 1700, 1702f., 1818[10]

Neubauer, Uwe Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 1059[7+8], 1192[4], 1204[26]

Neubert, Oskar Maria Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Oktober 1979 **Dok. 43** und S. 158[4+6], 159[8]

Neukirch, Joachim Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in San Salvador S. 1487[13], 1489

Newhouse, John Abteilungsleiter in der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Assistent Director, Bureau of International Security Programs, Arms Control and Disarmament Agency) S. 169

Newsom, David D. Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary for Political Affairs) **Dok. 329** und S. 150, 165[14], 166[18]

Nguyen Anh Vu Botschafter der Sozialistischen Republik Vietnam in Rom S. 106

Nguyen Duy Trinh Außenminister der Sozialistischen Republik Vietnam S. 72[9]

Nguyen Van Linh Mitglied im Politbüro der Kommunistischen Partei Vietnams S. 31[33]

Nguza Karl-I-Bond, Jean de Dieu Minister für Äußeres und Internationale Zusammenarbeit der Republik Zaire seit 6. März 1979; 1972–1977 Außenminister (Staatskommissar für Auswärtige Angelegenheiten) der Republik Zaire, 1977 zugleich Vizepräsident des Exekutivrats, am 13. August 1977 wegen Hochverrats aller Ämter enthoben und zum Tode verurteilt, am 10. Juli 1978 amnestiert **Dok. 332** und S. 436

Niasse, Moustapha Außenminister der Republik Senegal S. 435, 437

Nicolazzi, Franco Minister für Industrie der Italienischen Republik seit 3. August 1979 S. 1004[8]

van Niekerk, Albert E. Botschaftsrat an der südafrikanischen Botschaft in Bonn bis 31. Oktober 1979 S. 627f.

Nier, Kurt Stellvertretender Außenminister der DDR S. 489, 625, 725, 727, 729

Nietzsche, Friedrich *1844 †1900 S. 1014

Nikiforow, Oleg Korrespondent der Zeitschrift „Sozialistische Industrie", am 6. Juni 1979 aus der Bundesrepublik ausgewiesen S. 839[9]

Nikiforow, Weselin Iwanow Präsident der bulgarischen Staatsbank und Mitglied des Ministerrats der Volksrepublik Bulgarien S. 554, 555[34]

al-Nimer, Nabih Amr Botschafter des Haschemitischen Königreichs Jordanien in Bonn **Dok. 123, 349**

Nimmesgern, Josef Regierungsamtmann im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u.a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)" des Auswärtigen Amts S. 1672[1]

Nissim, Moshe Abgeordneter im israelischen Parlament (Likud) S. 1222

Nixon, Richard M. 1969–1974 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 16[15], 250[20], 402[19], 545[14], 603, 777[9], 997, 1339, 1416, 1533, 1542, 1932

Nkomo, Joshua Führer der „Patriotischen Front" in Rhodesien und Vorsitzender der Zimbabwe African People's Union (ZAPU) sowie des „inneren Flügels" des African National Council (ANC) S. 129, 1595, 1618, 1698 f., 1819

Noebel, Hans Heinrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bogotá; 1970–1975 Gesandter und Vertreter des Botschafters in Washington S. 879[27]

Noiville, Jean Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire, directeur d'Asie et Océanie) S. 275

Nöldeke, Eberhard Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Nairobi S. 478[5]

Nordenskjöld, Fritjof von Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" des Auswärtigen Amts, seit 12. April 1979 Vortragender Legationsrat, seit Juni 1979 im Referat 010 „Ministerbüro" und Persönlicher Referent des Bundesministers Genscher **Dok. 253** und S. 207[1], 280[1], 327[1], 530[1], 585[1], 621[1], 654[1], 669[1], 678[1], 775[1], 1452[1], 1487[1], 1509[1], 1858[1], 1905[1]

Nordli, Odvar Ministerpräsident des Königreichs Norwegen **Dok. 209** und S. 11, 280[4], 1027, 1043, 1108, 1345, 1835[4]

Nouri Ibrahim, Mohammed Botschafter des Königreichs Saudi-Arabien in Bonn S. 83, 486, 613, 899, 902, 1037–1040, 1726

Novak, Robert David Sanders amerikanischer Journalist S. 1354

Nowikow, Anatolij Georgijewitsch Zweiter Sekretär an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 1711

al-Numeiri, Jaafar Mohammed Präsident der Demokratischen Republik Sudan S. 4, 159, 224, 367, 380, 411, 432[7], 434[16], 479[7], 616, 918

Nunn, Sam Senator des amerikanischen Bundesstaates Georgia (Democratic Party) S. 96[11], 349, 399, 652, 790, 853, 1095, 1304[10], 1345[1], 1347

Nye, Joseph S. Professor für Politikwissenschaft an der Harvard Universität, 1977/78 stellvertretender Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Deputy to the Under Secretary of State for Security Assistance) S. 1100

Nyerere, Julius Kambarage Präsident der Vereinigten Republik Tansania S. 477[2], 478, 479[7], 593, 1120[9], 1124, 1142, 1374, 1510, 1530, 1595

Nzambimana, Edouard Oberstleutnant, Außenminister der Republik Burundi S. 273

Obando y Bravo, Miguel Kardinal und Erzbischof von Managua S. 1367, 1370

Obasanjo, Olusegun Brigadegeneral und Oberkommandierender der nigerianischen Streitkräfte, Chef des Obersten Militärrats sowie Präsident der Bundesrepublik Nigeria bis zu seinem Rücktritt am 1. Oktober 1979 S. 226

Obert, Günter Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 421, 1968[4]

Obote, Milton 1966–1971 Präsident der Republik Uganda S. 478[4]

O'Ceallaigh, Brian Botschafter der Republik Irland in Kairo S. 1311[18]

O'Donoghue, Martin Minister für Wirtschaftsplanung und -entwicklung der Republik Irland bis zum Wegfall dieses Ressorts im Dezember 1979 S. 1457, 1459 f.

Oehms, Angelo Legationsrat I. Klasse im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte, Informationsdienste" des Auswärtigen Amts **Dok. 83** und S. 278[49], 309[13], 571[18], 1279[11], 1310[9], 1316[15], 1416[14]

Oesterhelt, Jürgen Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Athen, vom 13. Februar bis 26. März 1979 Delegationsleiter beim KSZE-Expertentreffen über den Mittelmeerraum in Valletta; seit 16. November 1979 Vor

tragender Legationsrat I. Klasse S. 268[8], 1497[4], 1498[5], 1504[22]

Offergeld, Rainer Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 305, 421, 427, 1362[1], 1452[1], 1613

Ogarkow, Nikolaj Wassiljewitsch Marschall der Sowjetunion, Chef des Generalstabes der sowjetischen Streitkräfte und Erster Stellvertretender Verteidigungsminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 876, 981–983

Ohira, Masayoshi Ministerpräsident von Japan **Dok. 199** und S. 74, 78, 255[4], 256, 295[17], 383, 511, 833, 965

Ohlraun, Helmut Legationsrat I. Klasse im Referat 321 „West- und Zentralafrika" des Auswärtigen Amts S. 1698[1], 1702[17]

Ökçün, Gündüz Außenminister der Republik Türkei bis 12. November 1979 S. 274, 666[3], 668[9], 743, 763, 765 f., 1461

O'Kennedy, Michael Außenminister der Republik Irland bis 11. Dezember 1979, anschließend Finanzminister S. 802[32], 1310 f., 1316, 1406, 1439, 1457, 1460 f., 1512, 1796, 1798, 1853

Okita, Saburo Außenminister von Japan seit 8. November 1979 S. 1958

Olcay, Osman Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Türkei bei der NATO in Brüssel S. 168, 208, 211, 498, 504, 1411

Oldenburg, Troels Botschafter des Königreichs Dänemark in Bonn S. 1786[1]

Olesen, Kjeld Verkehrsminister des Königreichs Dänemark, seit 27. Oktober 1979 Außenminister S. 1663[11], 1786[1], 1787, 1794, 1853, 1893[7], 1902 f.

Olivier, Philippe Botschafter der Französischen Republik in Nikosia S. 100

Olszewski, Kazimierz 1975–1977 Vorsitzender des Exekutivkomitees des RGW S. 563[10]

Olszowski, Stefan 1971–1976 Außenminister der Volksrepublik Polen S. 705[1+2], 706[7], 708, 716, 826[7], 827 f., 942, 1158

O'Malley, Desmond Joseph Industrie- und Handelsminister bzw. seit 11. Dezember 1979 Handelsminister der Republik Irland S. 924[13], 1457, 1464 f.

Onan, Ümit Süleyman Vertreter der türkischen Volksgruppe bei den Volksgruppengesprächen auf Zypern S. 884[6]

Oncken, Dirk Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi bis 10. Dezember 1979, anschließend Botschafter in Ankara; 1972–1977 Botschafter in Athen **Dok. 128** und S. 30[30], 50, 51[15], 52[20], 279[4]

Ondarza, Hans-Henning von Brigadegeneral und seit 1. September 1979 Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 384** und S. 1631[9]

Onn, Hussein bin Ministerpräsident von Malaysia S. 1316 f.

Oprea, Gheorghe Stellvertretender Ministerpräsident der Sozialistischen Republik Rumänien S. 1430[8]

Oreja Aguirre, Marcelino Außenminister des Königreichs Spanien **Dok. 280** und S. 516, 590, 1721, 1882[24]

Orlandi-Contucci, Corrado Botschafter der Italienischen Republik in Bonn S. 1337, 1413

Ortega Saavedra, Humberto Mitglied der Nationalleitung der FSLN und seit 21. Juli 1979 Oberkommandierender der Sandinistischen Volksarmee der Republik Nicaragua S. 1363 f.

Ortega Saavedra, José Daniel Mitglied der Nationalleitung der FSLN und seit 16. Juni 1979 Mitglied der „Junta des nationalen Wiederaufbaus" bzw. seit 19. Juli 1979 der Regierungsjunta in der Republik Nicaragua S. 1363 f.

Ospina Hernandez, Mariano Botschafter der Republik Kolumbien in Bonn seit 30. März 1979 S. 1510[10]

Ostaszewicz, W³odimierz Militärberater der polnischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 476

Owen, David Anthony Llewellyn Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bis 3. Mai 1979 **Dok. 55, 56, 58** und S. 19,

34[40], 126[2], 129[17], 263–265, 347–351, 412, 484[7], 590, 595[21], 764[18]

Owen, Henry David Sonderbeauftragter des amerikanischen Präsidenten (Ambassador-at-Large for Summit Affairs) S. 782, 795

Pabsch, Wiegand Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport; Rüstungsexportpolitik" im Auswärtigen Amt S. 48[1], 55, 90, 97[1], 98, 235[1], 318f., 320[9], 480[1], 481[6], 583[1], 807[1+6+7], 809[11], 1049[1], 1335[1], 1431[11], 1462[31], 1677[1+5], 1788[1], 1856[1], 1878, 1926[1], 1956, 1968[1]

Pachariyangkun *siehe: Upadit Pachariyangkun*

Pachelbel-Gehag, Wolfgang-Rüdiger von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Beirut bis 1. August 1979, anschließend Botschafter in Addis Abeba **Dok. 125** und S. 59[14], 431[1], 432[9], 434[17], 1059

Pagenstert, Gottfried Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nikosia bis 6. März 1979, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 300 „Grundsatz- und Koordinierungsfragen" im Auswärtigen Amt S. 156[16], 334[1]

Pagniez, Yves stellvertretender Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire, Directeur adjoint des Affaires politiques) S. 417[3], 982

Pahlevi, Mohammed Reza Schah des Kaiserreichs Iran, seit 16. Januar 1979 im Exil S. 22f., 46, 58, 83[5], 152[23], 209[13], 213, 224, 243[12], 413, 430, 463[1], 464, 780, 832, 896, 938, 985, 1177–1179, 1215, 1536f., 1661[3], 1662, 1668f., 1693, 1695–1697, 1706, 1727f., 1747f., 1776, 1827[2], 1828, 1842[8+9], 1854f., 1874, 1965f.

Pahr, Willibald Außenminister der Republik Österreich S. 1512, 1544[49]

Pakowski, Horst Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Havanna S. 755[6]

Palacios de Vizzio, Sergio Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Bolivien bei der UNO in New York und vom 1. bis 30. November 1979 Präsident des UNO-Sicherheitsrats S. 1793

Palliser, Michael Staatssekretär im britischen Außenministerium (Permanent Under-Secretary of State) S. 1610, 1612, 1617–1619

Palme, Olof Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens und Vizepräsident der Sozialistischen Internationale; 1969–1976 Ministerpräsident des Königreichs Schweden S. 59[13], 1100

Palosuo, Arhi Gesandter und seit 1. Februar 1979 Geschäftsträger ad interim der Republik Finnland in Bonn S. 493[6], 574

Pandolfi, Filippo Maria Schatzminister der Italienischen Republik S. 1003

Papandreou, Andreas Georgios Vorsitzender der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) in Griechenland S. 384, 396

Papon, Maurice Finanzminister der Französischen Republik S. 1396, 1958

Parsons, Sir Anthony Derrick Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Teheran bis 22. Januar 1979, anschließend Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium (Deputy to the Permanent Under-Secretary of State) S. 896

Pastor, Carlos Washington Brigadegeneral der argentinischen Streitkräfte und Außenminister der Republik Argentinien S. 959

Pastora Gómez, Edén Atanacio Kommandant der „Südfront" der FSLN, seit 20. Juli 1979 stellvertretender Innenminister der Republik Nicaragua S. 1364

Patočka, Jan Philosoph und Sprecher der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" bis zu seinem Tod 1977 S. 956[31]

Patt, Gideon Minister für Bauen und Wohnen des Staates Israel, seit 15. Januar 1979 Minister für Industrie, Handel und Tourismus **Dok. 338**

Patterson, Percival James stellvertretender Ministerpräsident von Jamaika sowie Außenminister und Minister für Außenhandel und Tourismus **Dok. 82**

Paul VI. (Giovanni Battista Montini) 1963–1978 Papst S. 992

Pauls, Rolf Friedemann Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter; 1973–1976 Botschafter in Peking **Dok. 29, 37, 42, 49, 87, 88, 113, 130, 138, 140, 143, 145, 181, 185, 195, 264, 321, 328, 369, 372, 373, 375, 376** und S. 18[16], 113[10], 184[6], 316[19], 398[8], 449, 499[5+8+10], 651[3], 802[4], 961, 1093, 1094[16], 1095[17], 1329[5], 1359[31], 1383[4], 1385[15], 1411, 1412[23], 1483[22], 1569[25], 1863[4], 1970[5], 1971[12]

Pavlíček, František Schriftsteller und Mitglied der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" S. 956[31]

Pawelczyk, Alfons Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 386, 530, 1396–1398

Pawlowskij, Iwan Grigorjewitsch General, Oberkommandierender der sowjetischen Landstreitkräfte und Stellvertretender Verteidigungsminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 280, 1934

Paye, Jean-Claude Mitarbeiter im Kabinett des französischen Ministerpräsidenten (Conseiller pour les affaires internationales au cabinet du Premier ministre et secrétaire général du comité interministériel pour les questions de coopération économique européenne), seit Mai 1979 Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur des Affairs économiques et financières) S. 745, 794, 796, 799, 1906, 1927[14]

Peacock, Andrew Außenminister von Australien S. 819

Peckert, Joachim Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Damaskus **Dok. 153** und S. 1180[1], 1181, 1187[29], 1224[22]

Penkow, Penko Präsident der bulgarischen Handels- und Industriekammer S. 554

Peres, Shimon Vorsitzender der Israelischen Arbeitspartei; 1974–1977 Verteidigungsminister des Staates Israel; 1977 geschäftsführender Ministerpräsident S. 1231, 1455

Pérez, Carlos Andrés Präsident der Republik Venezuela bis 12. März 1979 S. 226, 359, 414

Pérez de Cuéllar, Javier stellvertretender Generalsekretär der UNO für besondere Aufgaben S. 884[6]

Perry, William J. Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Under Secretary of Defense for Research and Engineering) S. 64, 69, 779[15], 1677 f., 1679[7], 1681

Pertini, Alessandro Staatspräsident der Italienischen Republik **Dok. 272** und S. 1001[4], 1003[7], 1056[5], 1346, 1414–1416, 1586[3], 1598[24], 1607[5]

Petersen, Jens Ministerialdirigent und „Beauftragter für Asienpolitik" in der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung **Dok. 220** und S. 47[1], 74[1], 788[15], 822[8], 824[18], 905[1], 928[15], 1009[4], 1066[6], 1120[9], 1313[1], 1315, 1557[2], 1898[20]

Petersmann, Hans Gerhard Legationsrat I. Klasse im Referat 010 „Ministerbüro" des Auswärtigen Amts S. 241[1], 245[1], 257[1], 263[1], 352[1], 483[1], 557, 579[1], 581[8], 589, 775[1], 843[1], 861[1], 959[1], 981[1], 986[1], 1066[1], 1226[1], 1326[1], 1335[1], 1634[1], 1677[1], 1692[1], 1698[1], 1799, 1817[1], 1858, 1878, 1905[1]

Petri, Alexander Legationsrat I. Klasse im Referat 320 „Ost- und Südafrika" des Auswärtigen Amts S. 627[1], 1817[1], 1871[1], 1874[12]

Petrignani, Rinaldo stellvertretender Generalsekretär der NATO S. 872

Peyrefitte, Alain Justizminister der Französischen Republik S. 1211

Pfeffer, Franz Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts bis 24. Januar 1979, anschließend Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der

Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel **Dok. 62, 93, 254, 287** und S. 38[1], 286, 301[2], 502[20], 587[10], 893[2], 1252[9], 1283[13], 1284[2], 1329[5], 1347[16], 1687[6], 1709[13]

Pfeiffer, Gerhard Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Konferenz des Abrüstungsausschusses (CCD) in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 100[10],

Pfetten-Arnbach, Karl Berchtold Freiherr von Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Jakarta, seit 29. Januar 1979 Botschaftsrat I. Klasse **Dok. 32**

Pham Van Dong Ministerpräsident der Sozialistischen Republik Vietnam S. 31[33], 148, 818, 933, 1315, 1845

Philip Herzog von Edinburgh S. 1211[21]

Phrydas, Aristoteles J. Botschafter der Hellenischen Republik in Bonn bis 6. November 1979 S. 392, 396

Piątkowski, Wacław Leiter der außenpolitischen Abteilung des Zentralkomitees der PVAP; 1972–1978 Botschafter der Volksrepublik Polen in Bonn S. 711, 1150

Pickering, Thomas R. Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Oceans and International Environmental and Scientific Affairs) S. 664f., 1667[26]

de Piniés, Jaime Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Spanien bei der UNO in New York S. 1371, 1375

Pinochet Ugarte, Augusto Präsident der Republik Chile und Vorsitzender der Militärjunta sowie General und Oberbefehlshaber der Streitkräfte S. 1066, 1067[7], 1068, 1070

Pires de Miranda, Pedro Vorsitzender der Delegation der Portugiesischen Republik bei den EG-Beitrittsverhandlungen S. 1422[36]

Plaisant, Achille Léon François stellvertretender Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Directeur adjoint, Europe) S. 526[24]

Planitz, Bernhard Edler von der Legationsrat I. Klasse im Referat 310 „Naher Osten" des Auswärtigen Amts bis Juli 1979, anschließend im Referat 100 „Allgemeine Personalangelegenheiten" S. 44[8], 194[1], 403[1]

Platz, Klaus Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht" des Auswärtigen Amts S. 1388[2]

Plischka, Hans Peter Legationsrat I. Klasse im Referat „Mittlerer Osten, Maghreb" des Auswärtigen Amts bis November 1979, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 108[1], 153[1], 899[1], 902[1], 918[1], 1037[1], 1351[1], 1388[1]

Podewils-Dürniz, Maximilian Graf von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ottawa bis 13. Mai 1979, anschließend Botschafter in Wien S. 664[12], 1544[49]

Podgornyj, Nikolaj Wiktorowitsch 1965–1977 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, 1960–1977 Mitglied im Präsidium bzw. Politbüro des ZK der KPdSU S. 982

Poensgen, Gisbert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Athen bis 11. November 1979, anschließend Leiter der Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 396[19]

Pöhl, Karl Otto Vizepräsident der Deutschen Bundesbank S. 1880

Pöhlmann, Jürgen Botschaftsrat und Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Konferenz des Abrüstungsausschusses (CCD) in Genf, seit 24. Oktober 1979 Vortragender Legationsrat S. 185[8], 544[11], 545[15]

Pol Pot (Saloth Sar) Führer der „Roten Khmer", Ministerpräsident des „Demokratischen Kampuchea" bis zu seinem Sturz am 7. Januar 1979 S. 31[32], 71[5], 78[27], 151, 167, 203[2], 414, 792, 832, 888, 912f., 932f., 1126, 1309[4], 1310[10], 1314,

1512[23], 1521–1523, 1538, 1576[40], 1597, 1615[35], 1772, 1845–1847, 1898

Poláček, Vladimír Botschafter der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in Teheran S. 1728

Ponomarjow, Boris Nikolajewitsch Sekretär des ZK der KPdSU für Internationale Angelegenheiten und Kandidat des Politbüros S. 455[19], 1396f., 1398[7]

Poppinga, Gerhard Vortragender Legationsrat im Referat „Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Karibischer Raum" des Auswärtigen Amts bis September 1979, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 359[1], 754[1]

Portillo, José Lopez *siehe: Lopez Portillo y Pacheco*

Portugalow, Nikolaj Sergejewitsch Mitarbeiter im ZK der KPdSU S. 1251[8]

Powell, Joseph L. Pressesprecher des amerikanischen Präsidenten (Press Secretary to the President) S. 164[9], 499

Prasith, Thiounn Ständiger Vertreter des „Demokratischen Kampuchea" bei der UNO in New York S. 106, 413

Predojević, Milan Mitarbeiter im jugoslawischen Außenministerium S. 1117

Price, Charles Melvin Abgeordneter im amerikanischen Repräsentantenhaus (Democratic Party) und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses (Armed Services Committee) S. 1356

Proektor, Daniil Michailowitsch Oberst der sowjetischen Streitkräfte und Professor am Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO) in Moskau S. 1551

Prystrom, Janusz Vertreter des Leiters der polnischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 475f., 1809f.

Puja, Frigyes Außenminister der Ungarischen Volksrepublik S. 1241[30], 1259, 1264f., 1811, 1922, 1954

Pünder, Reinhard Bischof von Coroatá in Brasilien S. 987f., 993

Puttkamer, Jesco von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad bis 2. Mai 1979, anschließend Botschafter in Lissabon S. 365[10], 469[12], 541[30], 654[4], 1246[6]

Pym, Francis Leslie Abgeordneter im britischen Unterhaus (Conservative and Unionist Party), seit 4. Mai 1979 Verteidigungsminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 246[8], 604f., 608, 649f., 654, 658, 673, 1681, 1683f., 1686, 1876, 1890

Qabus bin Said bin Taimur Sultan und Ministerpräsident des Sultanats Oman sowie Außen-, Verteidigungs- und Finanzminister S. 243[12]

Qadi Abdul Karim al-Arashi stellvertretender Präsident der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) S. 1353[10]

Qi Huaiyuan Botschaftsrat an der Botschaft der Volksrepublik China in Bonn S. 1507

de Quay, Jan Eduard 1959–1963 Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande S. 835[23]

Quiroz, Román Mayorga Ingenieur, Rektor der Zentralamerikanischen Universität in San Salvador und seit 18. Oktober 1979 Mitglied der Revolutionären Regierungsjunta in El Salvador S. 1488

Rabin, Yitzak 1974–1977 Ministerpräsident des Staates Israel S. 1298

Rafeeuddin Ahmed Kabinettschef des UNO-Generalsekretärs S. 1878

van Rafelghem, Carlos Generaldirektor der belgischen Luftfahrtgesellschaft Société Anonyme Belge d'Exploitation de la Navigation Aérienne (SABENA) S. 852

Rahimi, Mehdi General der iranischen Streitkräfte, Polizeichef und Militärgouverneur von Teheran, am 16. Februar 1979 hingerichtet S. 1116[10]

Rahman, Mohammed Attaur Botschafter der Republik Indien in Bonn S. 888, 892[19], 1971[11]

Rajaratnam, Sinnathamby Außenminister der Republik Singapur S. 148, 221[28], 953

Rallis, Georgios Außenminister der Hellenischen Republik S. 383[38], 744, 1903

Ramírez Mercado, Sergio Schriftsteller, seit 16. Juni 1979 Mitglied der „Junta des nationalen Wiederaufbaus" bzw. seit 19. Juli 1979 der Regierungsjunta in der Republik Nicaragua S. 1009[5], 1363 f.

Ramírez Sánchez, Illich („Carlos") Terrorist S. 159

Ramisch, Rolf Chefinspekteur des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 161[3]

Randermann, Phil-Heiner Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der UNO in New York bis 1. April 1979, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Beziehungen zu den Staten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT" im Auswärtigen Amt S. 229[20]

Rapacki, Adam 1956–1968 Außenminister der Volksrepublik Polen S. 1939

Rau, Johannes Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (SPD) S. 1087[6]

Rawlings, Jerry John Leutnant der ghanaischen Luftwaffe, am 15. Mai unter dem Vorwurf des versuchten Staatsstreichs inhaftiert, von seiner Befreiung am 4. Juni bis zum 24. September 1979 Vorsitzender des Revolutionsrats der Streitkräfte S. 955[26], 1704

Rayburn, Sam Taliaferro 1913–1961 Abgeordneter im amerikanischen Repräsentantenhaus (Democratic Party); 1937–1940 Mehrheitsführer (House Majority Leader), 1940–1947, 1949–1952, 1954–1957 und 1959–1961 Sprecher des Repräsentantenhauses (Speaker) S. 305

Redies, Helmut Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Caracas S. 662[3]

Reed-Purvis, H. Mitarbeiter im britischen Verteidigungsministerium (Air Vice-Marshall; Director-General of Security and Commandant-General) S. 541

Reermann, Olaf Ministerialrat und Leiter des Referats für Staatsangehörigkeits- und Einbürgerungsangelegenheiten in der Abteilung V „Verfassung, Staatsrecht und Verwaltung; Medienpolitik" des Bundesministeriums des Innern S. 1167

Reeve, N. K. Mitarbeiter im britischen Verteidigungsministerium (Assistant Secretary; Director of Naval Manpower Requirements) S. 541

Regnauld de Bellescize, Gabriel Botschaftsrat I. Klasse an der französischen Botschaft in London (Deuxième Conseiller, Conseiller des Affaires étrangères de 1re classe) S. 541

Reichel, Siegfried stellvertretender Leiter der Presseabteilung im Außenministerium der DDR S. 528[26]

Reichenbaum, Werner Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Brasilia S. 458[34]

Reitbauer, Alois Generalsekretär im österreichischen Außenministerium S. 1544[49]

Renard, Pierre Botschafter der Französischen Republik in Kampala S. 479

van Rensen, Peter Gerhard Oberst im Generalstab und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Athen bis 30. September 1979 S. 395[13]

Resnitschenko, Wassilij Gerassimowitsch Generalleutnant der sowjetischen Streitkräfte und Rektor der Frunse-Militärakademie S. 1645 f.

Resor, Stanley Rogers Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Under Secretary of Defense); 1973–1978 Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 265[7], 328

Reymond *siehe: Bernard-Reymond*

Riad, Mahmoud Generalsekretär der Arabischen Liga bis zu seinem Rücktritt am 22. März 1979; 1964–1972 Außenminister der Vereinigten Arabischen Republik bzw. der Arabischen Republik Ägypten S. 367, 1199[5], 1311[18]

Ribbentrop, Joachim von 1938–1945 Reichsminister des Auswärtigen des Deutschen Reichs S. 743[37]

Ribicoff, Abraham Alexander Senator des amerikanischen Bundesstaates Connecticut (Democratic Party) S. 151, 853

Richter, Wilfried Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 310 „Naher Osten" des Auswärtigen Amts bis 27. Februar 1979, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 159[7], 198[1], 199[8], 441[11], 1135[4], 1174[23], 1453[3+4]

Richter Prada, Pedro Generalmajor der peruanischen Streitkräfte, Ministerpräsident und Verteidigungsminister der Republik Peru seit 31. Januar 1979 **Dok. 104**

Richthofen, Hermann Freiherr von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" im Auswärtigen Amt **Dok. 263, 319, 335** und S. 117, 130[20], 205[1], 207[7], 255 f., 373[1], 491, 493[1], 521[1], 523[14], 524[16], 527[25], 611[5], 626[22], 683[1], 684[7], 698[30], 701[1+2], 702[7+9], 703[12], 704[14], 721[1], 723[6], 724[14+15], 837[1], 1105[1+3], 1246[8], 1442[8], 1672[5], 1689[1], 1826[1], 1830[6], 1913[1], 1947[9]

al-Rifai, Abdel Moneim 1969/70 stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 1199[5]

Righetti, Adriano Botschafter der Italienischen Republik in San Salvador S. 1489

Ripert, Jean Louis stellvertretender Generalsekretär der UNO (Under-Secretary-General, Department of International Economic and Social Affairs) S. 408, 414–416

Rischbieter, Karlos Finanzminister der Föderativen Republik Brasilien seit 15. März 1979 S. 458[34]

Rithauddeen, Tengku Ahmad Außenminister von Malaysia **Dok. 266** und S. 221[28]

Ritter, Willi Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kuala Lumpur S. 1317[19]

Ritzel, Gerhard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran **Dok. 331, 368, 391** und S. 23[7], 84[8], 152[22], 208[10], 209[13+14], 210[15+17], 211[18+20], 212[21], 517[7], 640[16], 641[17], 898[14], 1115, 1661[5], 1663[9], 1669, 1705[5], 1828, 1839[5], 1842[8], 1854

Robelo Callejas, Luis Alfonso Mitbegründer des Movimiento Democrático Nicaraguense (MDN) und seit 16. Juni 1979 Mitglied in der „Junta des nationalen Wiederaufbaus" bzw. seit 19. Juli 1979 der Regierungsjunta in der Republik Nicaragua S. 1009[5], 1363 f.

Robert, Horst-Krafft Botschafter z. b. V. für Energiefragen in der Abteilung 1 „Zentralabteilung" und Leiter des Arbeitsstabs „Europäisch-Arabischer Dialog" im Referat 310 „Naher Osten" des Auswärtigen Amts, seit 5. Juni 1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris S. 199[16], 333[9]

Robin, Gabriel Berater im Präsidialamt der Französischen Republik (Conseiller technique au secrétariat général de la présidence de la République), seit September 1979 Leiter der Politischen Abteilung im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire, directeur des Affaires politiques) S. 1612

Robinson, M. M. J. Mitarbeiter im britischen Verteidigungsministerium (Acting Air Vice-Marshall; Director General of Organisation) S. 541

Rockefeller, David Präsident des Council on Foreign Relations und bis Dezember 1979 Präsident und Vorstandsvorsitzender der Chase Manhattan Bank in New York S. 306, 413

Rockefeller, Nelson 1958–1974 Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates New York, 1974–1977 Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1854

Röding, Horst Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 1 „Zentralabteilung" im Auswärtigen Amt S. 564[2]

Rodrigues Lopes, Ernâni Botschafter der Portugiesischen Republik in Bonn bis 11. Juli 1979 S. 654[4]

Roesch, Rainald Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau bis Juni 1979, anschließend im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)" des Auswärtigen Amts, seit 3. Oktober 1979 Legationsrat I. Klasse S. 1033[1]

Rogers, Bernard William General der amerikanischen Streitkräfte und Stabschef des Heeres (Chief of Staff of the United States Army), seit 1. Juli 1979 Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 860, 1683, 1689

Rogers, William P. 1969–1973 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1036[12], 1199, 1339

van Roijen, Jan Herman 1950–1964 Botschafter des Königreichs der Niederlande in Washington S. 835[23]

Rolandis, Nikos Außenminister der Republik Zypern **Dok. 183** und S. 28[25], 100

Romanow, Alexander Josifowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Den Haag bis Februar 1979 S. 677

Romero, Carlos Humberto General der salvadorianischen Streitkräfte und bis zu seinem Sturz am 15. Oktober 1979 Präsident von El Salvador, anschließend in Guatemala im Exil S. 1487–1489

Romero y Galdámez, Oscar Arnulfo Erzbischof von San Salvador S. 1488

Romulo, Carlos P. Außenminister der Republik der Philippinen und vom 7. Mai bis 3. Juni 1979 Präsident der V. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) S. 221[28], 793, 952[9]

Roosevelt, Franklin Delano 1933–1945 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 893

Roper, John Abgeordneter im britischen Unterhaus (Labour Party) und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der WEU-Versammlung S. 1280[4], 1281, 1283

Rose, Clive Martin Staatssekretär im britischen Kabinettssekretariat (Deputy Secretary, Cabinet Office), seit September 1979 Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der NATO in Brüssel im Rang eines Botschafters S. 1411

Rosen, Richard Freiherr von Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 738[13]

Rosenne, Shabtai Rechtsberater im israelischen Außenministerium S. 422[5]

Roßbach, Anton Vortragender Legationsrat im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere VN-Bereich und SALT" des Auswärtigen Amts S. 64[1], 200[1], 291[1], 312[1], 454[1], 455[18], 496[1], 497[6], 1216[1], 1354[1], 1355[7], 1546[1], 1590[1+2], 1804[1], 1805[9], 1806[13], 1808[20]

Rostow, Eugene V. Professor an der Yale University und Mitbegründer des „Committee on the Present Danger" S. 1600

Rotar, Metod Außenhandelsminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 1131

de Rothschild, Edmund Leopold Präsident der „Association of Jewish Ex-Servicemen and Women" sowie Vizepräsident des „Council of Christians and Jews" S. 1615

Rouget, Werner Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 413 „Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Energieforschung, der Weltraumerschließung

und der Ozeanographie“ im Auswärtigen Amt S. 8[8], 460[39], 662, 663[8], 665[14], 1360[37], 1667[26]

Rouher S. 745

Rowas, Franz Hilfsreferent im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte, Informationsdienste“ des Auswärtigen Amts S. 1849[1]

Rowny, Edward Leon General, Vertreter des amerikanischen Generalstabschefs bei den SALT-II-Verhandlungen in Genf bis zu seinem Rücktritt Anfang 1979 S. 38, 41

Royo Sánchez, Arístides Präsident der Republik Panama S. 1010[11]

Rubio, Rafael Hoyos General und Chef des Generalstabes des peruanischen Heeres S. 465

Rückriegel, Helmuth Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa“ im Auswärtigen Amt, seit 23. Juli 1979 in den Geschäftsbereich des Bundespräsidialamtes versetzt und seit 23. August 1979 Ministerialdirigent **Dok. 20, 197** und S. 283[1], 326[13], 386[7], 397[1], 475[6], 487[21], 874[15], 1095[17]

Rudolph, Oskar Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost“ des Auswärtigen Amts S. 60[1], 121[1], 235[1], 1428[4]

Rudolph, Steffen Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kingston, seit 22. Oktober 1979 Botschaftsrat S. 1315[9]

Ruete, Hans Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Dezember 1979 S. 61[12], 241[3], 245f., 293[3+4], 294[13], 296[19], 297[24], 437[10], 484[7], 590[5], 591[9+10], 605[18], 725[16], 763[10], 1280[4], 1508[5], 1540[40+41], 1605, 1618[41], 1698[3], 1702[17], 1708[7], 1727[6]

Ruffini, Attilio Verteidigungsminister der Italienischen Republik S. 498, 650[15], 658f., 1683, 1877f., 1891, 1899

Ruhfus, Jürgen Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, äußere Sicherheit“ im Bundeskanzleramt bis 31. Dezember 1979 **Dok. 2, 4, 193, 204, 268, 286** und S. 12[1], 22[1], 83, 137, 187[2], 298[1], 421, 435, 454, 465, 510[5], 568, 574, 584, 613, 615[15], 651[1], 691, 700, 745, 775[1], 783[1], 786, 790, 814[27], 843, 847, 852[1], 858, 880[1], 905, 969, 1016[1], 1017f., 1022, 1027, 1032, 1107, 1138[1], 1150, 1233, 1253, 1259, 1327[4], 1336, 1413, 1416, 1506[1], 1507, 1531[1], 1586[1], 1594, 1658[1+3]

Rühl, Lothar Journalist, Sonderkorrespondent des ZDF in Brüssel für internationale Sicherheit und Militärpolitik S. 1259

Rühle, Hans Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung S. 1259

de Ruiter, Jacob Justizminister des Königreichs der Niederlande S. 1086[3]

Rumor, Mariano 1968–1970 und 1973/74 Ministerpräsident der Italienischen Republik S. 1413f.

Rumpf, Helmut Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 514 „Kriegsfolgen: Aus Krieg und Besatzung entstandene Fragen, Rechtsstellung ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik und der Bundeswehr im Ausland, Auslandsschulden, beschlagnahmtes Auslandsvermögen, Wiedergutmachung, beamtenrechtliche Kriegsfolgen“ im Auswärtigen Amt S. 1672[6]

Rumsfeld, Donald Henry 1975–1977 Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 328

Runge, Wolfgang Vortragender Legationsrat im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport; Rüstungsexportpolitik“ des Auswärtigen Amts S. 583[1]

Ruppin, Eitan Gesandter an der israelischen Botschaft in Bonn S. 954[20]

Rupprecht, Klaus Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen

Amts S. 207[1], 327[1], 585[1], 690[16], 731[1], 772[23], 871[1]

Ruth, Friedrich Leiter der Unterabteilung 22 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts sowie „Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle" mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 38, 58, 59, 101, 112, 226, 227, 248, 282, 303, 306** und S. 13[4], 64[1], 92, 137, 142–144, 178[8], 201, 202[10+11], 283, 292[5], 317[20], 323[1], 347[1], 351[19], 352[5], 385[1], 397[6], 417[3], 598[27], 603[14], 733, 772[23], 847[1], 858[1], 887[1], 905[1], 936[1], 966[1], 1001[1], 1027, 1048[16+19], 1052[1], 1054[8], 1092, 1094[16], 1153[14], 1250–1253, 1322[1], 1324[8], 1329[5], 1357[19], 1407[4], 1468[5], 1547[4], 1590[1], 1592[11+12], 1653[2], 1654[4], 1656, 1714, 1731, 1734, 1737f., 1759[1], 1804[1], 1807[17], 1836[8], 1863[7], 1866, 1892[4], 1893[6], 1894[10], 1960[1]

Rutten, Marie Hubert Jules Charles Generaldirektor im niederländischen Außenministerium, Leiter der Politischen Abteilung S. 683

Ruyter, Hans Michael Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 778[13]

de Ryck van der Gracht, Ir. E. J. Mitarbeiter im niederländischen Außenministerium S. 677

Rytkönen, Arno Unterstaatssekretär für handelspolitische Fragen im finnischen Außenministerium, seit 16. Februar 1979 Botschafter der Republik Finnland in Bonn S. 574, 577

al-Sadat, Jehan S. 1223

al-Sadat, Mohamed Anwar Präsident der Arabischen Republik Ägypten **Dok. 94, 250, 292** und S. 25[13], 159, 298, 301[2], 308, 355f., 358[19], 377[4], 378, 380, 409–411, 439[3], 440, 455, 513f., 517, 557f., 570, 572, 599f., 614–619, 638, 717, 719, 720[11], 745, 748, 774, 781, 806, 822–823, 835, 866[3], 882, 918–921, 980, 984[5], 995f., 1012, 1075, 1120, 1139, 1172f., 1174[23], 1183[18], 1185, 1191, 1194f., 1198, 1200, 1203, 1207, 1214, 1220–1223, 1278f., 1280[12], 1289, 1291–1293, 1296f., 1299, 1301f., 1319f., 1332f., 1438f., 1510f., 1528, 1529[47], 1530, 1613f., 1718, 1722f., 1791[4]

Sadtler, Siegfried Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung „Rüstungswirtschaft" im Bundesministerium der Verteidigung bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Mai 1979 S. 50[13]

Safrontschuk, Iwan Stepanowitsch Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 839[9]

Sagladin, Wadim Walentinowitsch Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Stellvertretender Leiter der internationalen Abteilung beim ZK S. 386[7], 1398[7], 1553, 1645, 1650, 1733

Sahm, Ulrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ankara bis 22. November 1979, anschließend Ständiger Vertreter bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen Internationalen Organisationen in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Leiter des Generalkonsulats S. 31[32], 86[15], 384[41], 394[12], 511[7], 668[9], 743[37]

Sahnoun, Mohamed Botschafter der Demokratischen Volksrepublik Algerien in Bonn bis November 1979 S. 1248

Salameh, Ali Hassan Anführer der palästinesischen Terrorgruppe „Schwarzer September" bis zu seiner Ermordung am 22. Januar 1979 S. 566[10], 1557f.

Saleem *siehe: al-Suleim*

Saleh, Ali Abdullah Präsident der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) S. 1352f.

Salem Rubayi *siehe: Ali, Salem Rubayi*

Saliba, Evarist Leiter der Delegation der Republik Malta beim KSZE-Expertentreffen über den Mittelmeerraum in Valletta S. 102

Salim, Ahmed Salim Ständiger Vertreter der Vereinigten Republik Tansania bei der UNO in New York S. 127

Salman ibn Abdul Aziz al-Saud Gouverneur von Riad S. 613

Saltik, Ali Haydar Generalleutnant und stellvertretender Generalstabschef der türkischen Streitkräfte S. 666

Samjatin, Leonid Mitrofanowitsch Leiter der Abteilung für internationale Information beim ZK der KPdSU **Dok. 307** und S. 1028f., 1630–1632

Samorè, Antonio Kardinal und päpstlicher Vermittler im Konflikt zwischen der Republik Argentinien und der Republik Chile über den Beagle-Kanal S. 459[37]

Sanches, Manuel Oberst der amerikanischen Streitkräfte und Mitglied der amerikanischen Delegation bei den Verhandlungen in London über ein Verbot chemischer Waffen S. 541

Sanguinetti, Alexandre Mitglied des Zentralkomitees der „Union des Democrates pour la République" (UDR); 1968–1973 Vorsitzender der „Commission de la Défense nationale et des Forces armées" der französischen Nationalversammlung S. 1257[9]

Sanjabi, Karim Generalsekretär der iranischen Partei „Nationale Front" und von Februar bis April 1979 Außenminister des Iran bzw. seit 30. März 1979 der Islamischen Republik Iran S. 208[10], 517[7], 1179

Santini, Carlo Wirtschaftsberater des italienischen Ministerpräsidenten Cossiga S. 1413

dos Santos, José Eduardo angolanischer Planungsminister, seit 20. September 1979 Präsident des MPLA, seit 21. September 1979 Präsident der Volksrepublik Angola S. 1247[13], 1702–1704, 1821f.

Saraiva Guerreiro, Ramiro Elísio Außenminister der Föderativen Republik Brasilien seit 15. März 1979 S. 458[31], 461

Sarkis, Elias Präsident der Libanesischen Republik S. 613[5], 1176, 1196–1198, 1204[26], 1318

Sartawi, Issam Ali Mitglied der palästinensischen Organisation „Al Fatah" und der Palestine Liberation Organisation (PLO) sowie außenpolitischer Berater des Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat S. 1058f.

Sarti, Armando Staatsminister im italienischen Außenministerium S. 1901

Sarvaas, H. J. du Marchie stellvertretender Leiter der Europa-Abteilung im niederländischen Außenministerium S. 1087

Sary, Ieng Stellvertretender Ministerpräsident und außenpolitischer Sprecher des „Demokratischen Kampuchea", seit Anfang 1979 in der Volksrepublik China im Exil S. 71, 792

Sathe, Ram Staatssekretär im indischen Außenministerium S. 1971[6]

Sato, Shoji Botschafter von Japan in Peking S. 74

Saud al-Faisal ibn Abdul Aziz al-Saud Außenminister des Königreichs Saudi-Arabien **Dok. 17, 189** und S. 25[12], 109[10], 156, 304, 379, 613, 620, 899–902, 931

Savimbi, Jonas Präsident der angolanischen UNITA S. 437[11], 1821

el-Sayeh, Hamed Abdul-Latif Minister für Wirtschaft der Arabischen Republik Ägypten S. 421, 423, 425, 1718

Sayre, Robert M. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Brasilia S. 462

Sayyid Tariq bin Taimur *siehe: Tariq bin Taimur bin Faisal*

Schaad, Dieter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat" im Auswärtigen Amt S. 490[37], 1510[10], 1956[3+4]

Schädlich, Peter Mitarbeiter im Außenministerium der DDR, am 25. April 1979 in die Bundesrepublik geflohen **Dok. 110, 111**

Schäfer, Helmut Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) S. 1791, 1792[6]

Schalck-Golodkowski, Alexander Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR mit Zuständigkeit für den Bereich Kommerzielle Koordinierung (Koko) und Mitglied der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED S. 1305[2], 1442, 1447–1449, 1830, 1831[7], 1834

Schaposchnikow, Witali Sergejewitsch Stellvertretender Leiter der Internatio

nalen Abteilung beim ZK der KPdSU S. 1396

Scharioth, Klaus Legationssekretär im Referat 014 „Büro Staatssekretäre" des Auswärtigen Amts bis Juni 1979, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Quito S. 131[1], 323[1], 324[7], 325[8+10+12], 326[15+16], 347[1]

Schattmann, Werner Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kinshasa S. 757[17], 1700[12], 1701, 1702[19], 1703[20]

Schatzschneider, Hellmut Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad bis November 1979, anschließend an der Botschaft in Canberra S. 623[9]

Scheel, Hans-Dieter Vortragender Legationsrat und Vertreter der Leiterin im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien" des Auswärtigen Amts **Dok. 171** und S. 940[1], 1145[29]

Scheel, Walter Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis 30. Juni 1979; 1968–1974 Vorsitzender der FDP, 1969–1974 Bundesminister des Auswärtigen S. 236, 321f., 439[3], 609[1], 653[10], 697, 870, 906, 1180, 1245[2], 1338, 1414, 1638f., 1742

Schelling, Thomas C. Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Harvard University S. 1100

Scheltema, Hugo Präsident des Economic and Social Council der UNO (ECOSOC) S. 953f.

Schenk, Reinhold Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten" im Auswärtigen Amt **Dok. 209** und S. 3[5], 4[6], 5[20], 241[1], 245, 293[3], 483, 491[1], 493[6], 621[1], 623[10], 936[1], 1076[1], 1284[1], 1509, 1553[1], 1606[1], 1612[26], 1670[1], 1725[1], 1731, 1792[1]

Scherf, Henning Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, seit 7. November 1979 Senator für Soziales, Jugend und Sport (SPD) S. 1833

Scheske, Ulrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad S. 29[27], 30[29+31], 52[22], 84[7], 92[12], 1274[28], 1747[26], 1792, 1794

Schilling, Wolf-Dietrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Dacca bis 10. Oktober 1979, anschließend Botschafter in Sanaa (zugleich in Aden akkreditiert); 1974–1976 Botschaftsrat an der Botschaft in Tripolis S. 159[9], 1351[1]

Schirmer, Horst Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 200 „Europäische Einigung und politische Zusammenarbeit; Europarat; Nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)" des Auswärtigen Amts S. 267[2], 1282[12]

Schirnding, Kurt von Botschafter der Republik Südafrika in Bonn **Dok. 28** und S. 628, 1817, 1825

Schirndinger von Schirnding, Joachim Graf Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Santiago de Chile S. 1068[11], 1312[23]

Schiwkow, Todor Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Bulgarien und Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens **Dok. 120, 122, 124** und S. 396, 1151, 1253[16], 1493

Schlaga, Georg Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 1973

Schlagintweit, Reinhard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Djidda bis 9. Dezember 1979, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 311 „Mittlerer Osten, Maghreb" im Auswärtigen Amt **Dok. 23, 69, 186, 187, 189** und S. 24[11], 25[13], 849, 154, 155[10+11], 157, 300[12], 302[4], 378[14], 1038[7], 1747[25], 1791[2], 1869[3], 1870[4], 1964[5]

Schlecht, Otto Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 1259, 1265

Schlesinger, James Rodney Energieminister der Vereinigten Staaten von Amerika bis 23. August 1979, 1973–1975 Verteidigungsminister S. 15[11], 67, 242, 342,

356, 619, 784[4], 794f., 848, 853, 1040[3], 1102, 1257

Schleyer, Hanns Martin 1973–1977 Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 1977 zugleich Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, am 18. Oktober 1977 von Mitgliedern der RAF ermordet S. 1719[8]

Schlichting, Dietrich Oberstleutnant im Generalstab und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen S. 673[19]

Schlote, Winfried Amtsrat im Referat 213 „Sowjetunion" des Auswärtigen Amts, seit 13. Dezember 1979 Oberamtsrat S. 1474[1]

Schmidbauer, Werner Oberst der Bundeswehr, Militärberater in der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien und Vorsitzender der MBFR-Arbeitsgruppe der NATO S. 285

Schmidt, Hannelore S. 533, 564, 1497, 1660

Schmidt, Helmut Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) sowie stellvertretender Vorsitzender der SPD; 1969–1972 Bundesminister der Verteidigung **Dok. 2, 3, 5, 15, 16, 17, 26, 40,** 41, **51, 66, 67, 70, 74, 79, 80, 81, 82, 86, 89, 92, 94, 95, 97, 99, 102, 104,** 114, **120, 122, 124, 126, 127, 132, 134, 147, 148, 157, 161, 162, 163, 173, 175, 176, 177, 178, 179, 182, 184, 188, 199, 204, 205, 206, 209, 214, 215, 232, 236, 237, 246, 251, 253, 255, 261, 268, 272, 274, 284, 286, 288, 293, 299, 300, 301, 305, 312, 314, 316, 322, 323, 337, 344, 345, 353, 359, 371, 381, 386** und S. 20, 34[42], 36[3], 56, 60f., 74, 110, 113f., 121, 124, 154, 156, 204, 215, 222, 235–237, 254[32], 256, 258, 304, 335[4], 364f., 372, 385, 471, 475f., 481[6], 483, 484[7], 487f., 490, 496[5], 509, 510[3+5], 511f., 580, 584, 653, 662[5], 663, 700, 702, 708[9+12], 709–716, 721f., 724, 725[18], 768f., 771f., 790, 795f., 814[27], 825, 827f., 838, 843, 870, 922, 937–939, 940[4], 941, 955[28], 956, 963, 981f., 1015, 1027, 1028–1030, 1034, 1046, 1048f., 1053, 1055, 1078f., 1093, 1117[1], 1123, 1129f., 1178[33], 1180, 1216[3], 1219, 1226–1228, 1237, 1291, 1293[18], 1310[13], 1319, 1327[4], 1376–1381, 1383[4], 1430, 1433f., 1436, 1441, 1446, 1448, 1451–1453, 1468[5], 1485–1487, 1513, 1524, 1556, 1561, 1566–1569, 1574, 1576f., 1607[5], 1632, 1642, 1646, 1650, 1652, 1690, 1712[3], 1716[15], 1726[4], 1730[28+29], 1732[10+13], 1733[20], 1736[26], 1741, 1745, 1750, 1762f., 1763[14], 1764[17], 1810[7], 1830, 1831[9], 1832–1834, 1849f., 1855, 1877, 1880f., 1917, 1922f., 1928, 1954, 1956, 1959[20]

Schmidt, Horst 1970–1976 Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Sozialpolitik des Bundesrats (SPD) S. 941[9]

Schmidt, Michael Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria S. 126[3], 127[6], 128[13], 130[21], 273[24], 1619[44], 1817[7], 1818[11], 1820[17], 1823[27]

Schmidt, Rudolf Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington, seit September 1979 zur Teilnahme am Advanced Study Program des Center for International Affairs der Harvard University abgeordnet; 1975–1977 Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters in Kinshasa S. 437[10]

Schmidt-Dornedden, Horst Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Amman bis August 1979, anschließend Botschafter in Beirut **Dok. 91** und S. 379[18], 1073[9], 1558[5]

Schmidt-Pauli, Edgar von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok bis 11. Januar 1979, anschließend Botschafter in Oslo S. 1622[12], 1735, 1835[3+4], 1886[11]

Schmitt, Eberhard Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl S. 161[1]

Schmückle, Gerhard General der Bundeswehr und Vertreter des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte in Europa (Deputy SACEUR) S. 860, 1283[13]

Schneider, Hilmar Kapitän zur See und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Neu

Delhi bis 30. September 1979 S. 30[30], 51[18]

Schnell, Karl Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung S. 319, 333, 584, 1049–1051, 1584[5]

Schneppen, Heinz Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 222 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit); Abrüstungsausschuß, Nichtverbreitung; Regionale Rüstungskontrolle (außerhalb Europas); Forschung" des Auswärtigen Amts bis 4. November 1979, anschließend Leiter des German Information Center in New York S. 541

Schnittger, Otto Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis Juli 1979, anschließend im Referat 310 „Naher Osten und Nordafrika" des Auswärtigen Amts S. 1318[1], 1791[1]

Schödel, Günther Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Jakarta S. 148

Schoeler, Andreas von Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP) und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern S. 108, 110

Schoeller, Franz Joachim Leiter der Abteilung 7 „Protokoll" im Auswärtigen Amt mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 5[20], 465, 1641[4]

Schoffer, Ulrich Oberst im Generalstab und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 583[3], 1774[16]

Scholl, Jürgen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in San José S. 1009[5], 1365[5]

Scholten, Willem Verteidigungsminister des Königreichs der Niederlande S. 498, 504, 647[2], 649f., 658, 660, 671, 675, 676[4], 741, 1089, 1387, 1587[5], 1608, 1622, 1681–1683, 1685, 1687, 1877, 1903

Schönfelder, Wilhelm Legationsrat I. Klasse im Referat 02 „Planungsstab" des Auswärtigen Amts S. 1266[1]

Schöps, Helmut Legationsrat I. Klasse im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb" des Auswärtigen Amts **Dok. 324** und S. 43[1], 45[9–12], 1012[1], 1113[1], 1705[1], 1871[1]

Schöttler, Wilhelm Rechtsanwalt, Präsident des Bundesverbandes Freier Juristen Deutschlands S. 566

Schoumaker, J. Raoul Politischer Direktor im belgischen Außenministerium S. 1258

Schouten, Nico Vorsitzender des Komitees „Stop de Neutronenbomb" und Mitglied der Kommunistischen Partei der Niederlande S. 1089

Schraepler, Hans-Albrecht Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bamako bis April 1979, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande. Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein" des Auswärtigen Amts S. 745[1], 802[1], 805[1], 1712[1]

Schreiber S. 1155

Schröder, Gerhard Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses; 1961–1966 Bundesminister des Auswärtigen S. 1014, 1020

Schröder, Gerhard Bundesvorsitzender der Jungsozialisten (Jusos) in der SPD S. 1836[7]

Schröder, Helmuth Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Blantyre bis November 1979, zugleich leiter der Dienststelle Lilongwe; von Juni bis November 1979 Geschäftsträger ad interim, anschließend im Referat 340 „Süd- und Südostasien" des Auswärtigen Amts S. 1519[1]

Schüler, Manfred Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramts S. 15[11], 154, 445, 627, 633f., 1322, 1513[30], 1605, 1788–1790, 1880, 1937

Schulmann, Horst Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik" im Bundeskanzleramt S. 60, 61[9], 305, 847, 851, 905, 1259, 1605f., 1880[18]

Schulte, Wilfried Legationsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutsch

land in Tokio, seit 28. Februar 1979 Legationsrat I. Klasse S. 74, 966

Schulze-Boysen, Hartmut Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in São Paulo bis 28. Februar 1979, anschließend Generalkonsul in New York S. 85[11], 428[2]

Schumann, Hans-Wolfgang Vortragender Legationsrat im Referat 340 „Süd- und Südostasien" des Auswärtigen Amts bis Oktober 1979, anschließend Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Colombo S. 55[24], 92[13], 279[1], 892[19]

Schumpeter, Joseph Alois *1883 †1950 S. 306

Schuppius, Eberhard Legationsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Sanaa S. 1352[6]

Schürer, Gerhard Paul Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der DDR und Leiter der Staatlichen Plankommission, Kandidat des Politbüros des ZK der SED S. 1446[25]

Schürmann, Wilhelm Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Amman S. 406[14], 558[4], 984[4], 1200[14], 1215[11]

Schurz, Helmut Botschafter der Republik Österreich in Tripolis S. 195

Schüßler, Hans Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung für bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Abteilung V „Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe" des Bundesministeriums für Wirtschaft S. 979[7], 1701

Schütz, Klaus Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv; 1967–1977 Regierender Bürgermeister von Berlin S. 25[13], 26[15], 358[19], 422[5], 514[10], 615[15], 616[16], 640[14], 780[21], 1015[18], 1293 f., 1719[8], 1720[15]

Schuurmans, Constant Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Belgien bei der NATO in Brüssel S. 38, 167, 208, 212, 1409

Scott, David Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Pretoria bis 25. Juli 1979 S. 643

Scowcroft, Brent Generalleutnant der amerikanischen Luftwaffe, 1975–1977 Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten S. 1100 f.

Secondé, Reginald Louis 1973–1977 Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Santiago de Chile S. 1069

Seidel, Karl Abteilungsleiter im Außenministerium der DDR mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 703

Seigewasser, Hans Staatssekretär für Kirchenfragen beim Ministerrat der DDR bis zu seinem Tod am 18. Oktober 1979 S. 88

Seignious, George Direktor der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Director of Arms Control and Disarmament Agency) S. 871–875, 1029–1031

Seitz, Konrad Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab" des Auswärtigen Amts, seit April 1979 Vortragender Legationsrat I. Klasse **Dok. 230**

Seizinger, Kurt Fritz Flottillenadmiral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis 30. September 1979 **Dok. 13, 225** und S. 27[21], 329[11], 340[3], 499[7], 779[15], 945[12]

Semjonow, Wladimir Semjonowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn; 1955–1978 Stellvertretender Außenminister und 1969–1978 Leiter der Delegation bei den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT) **Dok. 148, 309, 320, 388** und S. 187, 235, 447, 472[8], 522, 722, 724, 839, 1638–1640, 1711[3], 1745[17], 1748, 1759[1], 1770, 1780, 1958, 1970 f.

Semskow, Igor Nikolajewitsch Stellvertretender Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 280, 472[10], 1670 f.

Senghor, Léopold Sédar Präsident der Republik Senegal S. 435–437, 1000

Sethna, Homi Nusserwanji Leiter der indischen Atomenergie-Kommission S. 1729[25]

van Setten, Alfred Vortragender Legationsrat im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden" des Auswärtigen Amts S. 1337[1]

Seyfried, Lothar Kanzler I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 565 f.

Shah, H. S. Abteilungsleiter Politik im Amt des indischen Ministerpräsidenten S. 888

Shah, P. Abteilungsleiter Wirtschaft im Amt des indischen Ministerpräsidenten S. 888

Shah Nawaz, Sardar Staatssekretär im pakistanischen Außenministerium S. 1729

Shahi, Agha Staatsminister der Islamischen Republik Pakistan und außenpolitischer Berater des Präsidenten Zia ul-Haq S. 30[31], 829, 1266[4]

Shakaa, Bassam Bürgermeister von Nablus im Westjordanland S. 1719, 1722, 1797

Shankar, V. Staatssekretär im Amt des indischen Ministerpräsidenten (Secretary to the Prime Minister) S. 888

Shariat-Madari, Ali schiitischer Geistlicher und seit 5. Februar 1979 Minister für Wissenschaft und Kultur der „Provisorischen Regierung" des Iran bzw. seit 30. März 1979 der Islamischen Republik Iran S. 1706, 1872[5], 1873

al-Shawa, Rashad Bürgermeister von Gaza-Stadt S. 1221

Shearer, Richard E. Vorsitzender der Stabsgruppe der Nuklearen Planungsgruppe des NATO bis Juli 1979 S. 502[20]

Shiba Mitarbeiter im japanischen Außenministerium S. 929

Shinn, William T. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Director for Soviet Union Affairs) S. 982, 1029

Shukeiry, Ahmed 1964–1967 Vorsitzender der Palestine Liberation Organization (PLO) S. 1289[6]

Shulman, Marshall D. Sonderberater des amerikanischen Außenministers (Special Adviser to the Secretary for Soviet Affairs) S. 149–153, 871, 876–878, 982 f., 1029, 1031 f., 1077, 1099–1101

Siad Barre, Mohammed Präsident und Vorsitzender des Ministerrats der Demokratischen Republik Somalia sowie Generalsekretär der Somalischen Sozialistischen Revolutionären Partei S. 433

Siambos Leiter des Büros des zyprischen Außenministers Rolandis S. 883

Siebold, Klaus Minister für Kohle und Energie der DDR S. 1163[7]

Siebourg, Gisela Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Vortragende Legationsrätin für Tätigkeiten bei offiziellen Anlässen, seit 11. September 1979 Vortragende Legationsrätin I. Klasse **Dok. 137** und S. 214, 767, 794, 888

Sieger, Alexander Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost" im Auswärtigen Amt **Dok. 297** und S. 121[1], 218[19], 367[1], 537[20], 554[31], 826[9], 1162[1], 1430[8]

Siemes, Dieter Hans Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 340 „Süd- und Südostasien" des Auswärtigen Amts S. 90, 145[1], 203[1], 279[1], 320[1], 931[1], 1268[13], 1275[31], 1519[1], 1971[12] 1975[1], 1977[14]

Sigrist, Helmut Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis 15. November 1979, anschließend Botschafter in Athen; 1973–1977 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 40 in der Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration des Auswärtigen Amts S. 11[17], 251[22], 383[38], 393[6+7], 796[11], 802[32], 924[13], 1211[20], 1422[36]

Sihanouk, Prinz Samdech Norodom 1960–1970 und 1975/76 Staatsoberhaupt des Königreichs Kambodscha S. 71, 418[38], 933, 1121, 1126, 1191, 1521–1523, 1538, 1845 f.

Silkin, John Minister für Landwirtschaft, Fischerei und Lebensmittel des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bis 3. Mai 1979 S. 771[18]

da Silveira *siehe: Azeredo da Silveira, António Francisco*

Silvia Königin des Königreichs Schweden S. 3[3]

Simon, Klaus Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Helsinki bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Oktober 1979 **Dok. 110** und S. 135[1], 493, 574, 577[10], 578[12+13]

Simonet, Henri Außenminister des Königreichs Belgien **Dok. 269** und S. 273, 742 f., 764, 851, 1043, 1061, 1089, 1252[9], 1257[9], 1345, 1357, 1586[3], 1599, 1853, 1892[4], 1901–1903

Singh, Charan stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister der Republik Indien bis 28. Juli 1979, anschließend amtierender Ministerpräsident S. 1268 f., 1360[35]

Sirry, Omar Botschafter der Arabischen Republik Ägypten in Bonn **Dok. 117, 267** und S. 159, 421, 557[2], 1726

Slocombe, Walter stellvertretender Abteilungsleiter und Leiter der SALT-Task-Force im amerikanischen Verteidigungsministerium (Principal Deputy Assistant Secretary and Director) S. 64, 67, 69, 169

Smirnow S. 1377

Smith, Gerard C. Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten (Ambassador-at-Large for Non-Proliferation) S. 150, 1266[4], 1509, 1667[26], 1729[25]

Smith, Ian Douglas Ministerpräsident von Rhodesien bis 31. Mai 1979, anschließend bis 12. Dezember 1979 Minister ohne Portefeuille S. 34[42], 485[11], 591, 955[28], 1621, 1699, 1819

Smolderen, Luc Leiter der Delegation des Königreichs Belgien bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 1707–1709

Smyser, William R. Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn bis 19. Juli 1979 S. 137, 312[7], 315, 317[20]

Soames, Lord Christopher (Baron Soames) Leader of the House of Lords seit 5. Mai 1979, Gouverneur ad interim von Rhodesien seit 21. Dezember 1979 S. 1897

Søgaard, Poul Verteidigungsminister des Königreichs Dänemark S. 650[15], 658, 673, 1685, 1903

Söhnke, Gerhard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Port-au-Prince bis 2. Mai 1979, anschließend Botschafter in Nikosia S. 884[6–8]

Sölle, Horst Außenhandelsminister der DDR S. 368[3], 370[9], 371 f.

Solomon, Anthony M. Staatssekretär im amerikanischen Finanzministerium (Under Secretary for Monetary Affairs) S. 1348, 1871[3], 1880, 1926

Somoza Debayle, Anastasio Jr. Präsident der Republik Nicaragua bis zu seinem Rücktritt am 17. Juli 1979, nach einem Aufenthalt in den USA im Exil in Paraguay S. 1009–1011, 1363, 1365–1367

Son Sann Anführer der am 9. Oktober 1979 gegründeten Khmer People's National Liberation Front; 1967/68 Ministerpräsident des Königreichs Kambodscha S. 1521, 1847

Song Zhiguang Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik China **Dok. 36** 1 und S. 445[7]

Sönksen, Claus Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok bis 23. September 1979, anschließend an der Botschaft in Paris S. 77[25]

Sonnenfeldt, Helmut 1974–1977 Berater im amerikanischen Außenministerium (Counselor) S. 1100 f., 1103

Sonoda, Sunao Außenminister von Japan bis 8. November 1979 **Dok. 14, 15, 191** und S. 255, 512[11], 819, 1070

Sorin, Walerian Alexandrowitsch 1960–1962 Leiter der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei der Konferenz der 10- bzw. 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf S. 259[11]

Soutou, Jean-Marie Generalsekretär des französischen Außenministeriums (Secrétaire général) bis April 1979 S. 10[12], 319, 320[9], 481[6], 528[26], 584, 800f., 1336

Späth, Lothar Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg (CDU) **Dok. 262**

Spethmann, Dieter Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG und Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie S. 556

Spierenburg, Dirk Pieter Vorsitzender einer Expertenkommission über die Rolle der EG-Kommission; 1963–1971 Ständiger Vertreter des Königreichs der Niederlande bei EWG und EURATOM bzw. bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel, 1971–1974 Ständiger Vertreter bei der NATO in Brüssel S. 1457f.

de Spínola, António Sebastião Ribeiro stellvertretender Generalstabschef der portugiesischen Streitkräfte von Januar bis März 1974, vom 25. April bis 30. September 1974 Präsident der Portugiesischen Republik S. 1313[26]

Spohn, Ulrich Legationsrat I. Klasse im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" des Auswärtigen Amts, seit Oktober 1979 Vortragender Legationsrat S. 491f., 700[1], 1305[1], 1306[3], 1711[1], 1913[1]

Squillante S. 1413

Stabreit, Immo Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 200 „Europäische Einigung und politische Zusammenarbeit; Europarat; Nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)" im Auswärtigen Amt **Dok. 22, 60, 169, 170, 196, 278, 281, 374** und S. 1334[22], 1512[16+23], 1895[7]

Staden, Berndt von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis 6. November 1979, anschließend in die Zentrale einberufen und in den Geschäftsbereich des Bundeskanzleramts abgeordnet, dort seit 7. November 1979 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, äußere Sicherheit" **Dok. 9, 11, 33, 75, 139, 149, 175, 214, 215, 262, 277, 371, 386** und S. 6[4], 7[7], 26[15+16], 30[30], 39[7], 66[3], 95[9], 96[11], 111[6], 115[1], 124[13], 164[9], 165[14], 167[21], 168[26], 291[3], 305[2], 429[6], 442, 488[27], 496[3+4], 498[10], 568[4], 618[19], 621[2], 626[23], 667[4], 734[17], 735[20], 746[5], 764[14], 777[11], 786[5], 844, 874[10+11+13], 879[27], 882, 883[3], 1029, 1052, 1069[14], 1188, 1226[3], 1287[7], 1288[16], 1346[10], 1347[16], 1416, 1509, 1521[12], 1589[17], 1661[1], 1665[20], 1770, 1880[18], 1970

Stalin, Jossif Wissarionowitsch 1922–1953 Generalsekretär des ZK der KPdSU S. 390, 893, 1077, 1738

Stamenow, Stamen Minister für Metallurgie und Rohstoffe der Volksrepublik Bulgarien S. 553

Stapleton, Deryck Cameron Vize-Marschall der britischen Luftwaffe (Air Vice Marshal) S. 1774[16]

Staribacher, Josef Minister für Handel, Wirtschaft und Industrie der Republik Österreich S. 320[2]

Steck, Reinald Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Lusaka S. 1821[18]

Steeg, Helga Ministerialdirektorin und Leiterin der Abteilung „Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe" im Bundesministerium für Wirtschaft S. 60, 121[7], 122, 125, 299[10], 708[11]

Steen, Reiulf Vorsitzender der norwegischen Arbeiterpartei S. 1835[4]

Steffler, Christel Botschaftsrätin I. Klasse und Vertreterin des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv S. 616[16], 1015[17], 1213[6], 1226[3], 1230[17], 1289[6], 1290[9], 1291[13], 1293[18], 1511[14], 1718[3], 1724[31]

Steger, Hans Alfred Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 340 „Süd- und Südostasien" im Auswärtigen Amt S. 31[32], 49[10+11], 55, 90[1], 145[1], 146[6], 147[10], 203[1], 279[1], 829[1], 887[1], 888,

1519[1], 1729[22], 1970[4], 1971[12], 1972[1], 1973[4], 1975[1]

Stein, Hans Freiherr von Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 42 in der Abteilung 4 „Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration" des Auswärtigen Amts sowie „Beauftragter für Vertragsverhandlungen" mit der Funktionsbezeichnung Gesandter **Dok. 12, 382, 392** und S. 235[1], 367[1], 1335[1], 1677[1+5], 1679[8], 1789[10], 1856[1]

Steiner, Ludwig Generalsekretär des österreichischen Außenministeriums S. 161[3]

Steinhoff, Johannes General a. D. der Luftwaffe, 1966–1970 Generalinspekteur der Luftwaffe, 1971–1974 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses in Brüssel S. 1259

Steinkopff, Klaus-Christoph Oberst im Generalstab und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 1375[29]

Steinkühler, Manfred Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rom S. 991[17]

Steinmann, Hans-Georg Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 72[9], 78[27], 926[1]

Steltzer, Hans Georg 1972–1978 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 426[19]

Stengl, Robert Korrespondent beim ZDF, am 16. Mai 1979 aus der UdSSR ausgewiesen S. 694, 839, 841[19]

Stenglin, Karl A. Freiherr von Legationsrat in Referat 320 „Ost- und Südafrika" des Auswärtigen Amts S. 431[1], 477[1], 479[7]

Stennis, John C. Senator des amerikanischen Bundesstaates Mississippi (Democratic Party) und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Senats (Armed Services Committee) S. 1356

Stern, Herbert Jay Richter am Bezirksgericht des amerikanischen Bundesstaates New Jersey (U.S. District Court, District of New Jersey) S. 527[25]

Sterner, Michael stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary of State for Near Eastern and South Asian Affairs); 1970–1974 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Abu Dhabi S. 376, 381

Steyn, Marthinus J. Generaladministrator der Republik Südafrika in Namibia bis August 1979 S. 126[3], 127[5], 128

Stikker, Dirk 1948–1951 Außenminister des Königreichs der Niederlande, 1961–1964 NATO-Generalsekretär S. 736

Stobbe, Dietrich Regierender Bürgermeister von Berlin und bis 31. Oktober 1979 Präsident des Bundesrates S. 524, 605, 724, 725[18], 839, 857, 935[24], 1403

Stoecker, Dietrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Sofia bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. März 1979 S. 395[16]

van der Stoel, Max Abgeordneter im niederländischen Parlament (PvdA); 1973–1977 Außenminister des Königreichs der Niederlande S. 1090, 1258

Stoessel, Walter J. Jr. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn **Dok. 74, 81, 109, 118, 174, 302, 323, 389** und S. 376, 383, 442f., 568, 790, 843, 1546, 1619[45], 1634, 1725f., 1878, 1930f.

Stoiber, Edmund Generalsekretär der Christlich-Sozialen Union (CSU) S. 1238[17]

Stoltenberg, Gerhard Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein und Landesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Union (CDU) S. 188[5], 1513[30], 1835f.

Stoltenberg, Thorvald Staatssekretär im norwegischen Außenministerium, seit 8. Oktober 1979 Verteidigungsminister des Königreichs Norwegen S. 1685, 1886[11]

Stoph, Willi Vorsitzender des Ministerrats und Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der DDR S. 135[3], 195, 1112[16], 1326[3], 1327, 1917[18]

Stratmann, K.-Peter Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik S. 327[3]

Strauß, Franz Josef Ministerpräsident des Freistaates Bayern und Bundesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union (CSU) S. 533, 620, 1143, 1212, 1237f., 1240, 1263, 1338, 1400, 1642

Strauss, Robert S. Beauftragter für Handelsverhandlungen der Vereinigten Staaten von Amerika im Rang eines Botschafters (Special Representative for Trade Negotiations) bis November 1979 S. 323, 520[18], 778[13], 789, 835, 1074[10], 1075, 1174[23], 1183f., 1213, 1221, 1226[3], 1229, 1231, 1240, 1613

Strenziok, Gert Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kairo bis 19. Februar 1979, anschließend in Teheran **Dok. 103** und S. 463, 1115[7], 1178[32], 1179[34], 1529[47]

Strulak, Tadeusz Leiter der Delegation der Volkrepublik Polen bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 178, 182, 474, 476, 1046, 1048, 1426[5], 1810, 1962

Stücklen, Richard Vizepräsident des Deutschen Bundestages bis 31. Mai 1979, anschließend Präsident (CSU) S. 726, 839, 840[14], 1161, 1553[3]

Studnitz, Ernst-Jörg von Vortragender Legationsrat und Persönlicher Referent des Staatssekretärs van Well sowie Vertreter des Leiters im Referat 014 „Büro Staatssekretäre" des Auswärtigen Amts S. 283[1], 347[1], 355[1], 421[1], 442, 510[3], 568[1], 601[1], 936[1], 1016[1], 1322[1], 1335[1], 1725[1], 1924[1]

Stützle, Walther Ministerialdirektor und Leiter des Planungsstabs im Bundesministerium der Verteidigung S. 137, 141–143, 507, 1025f.

Suárez González, Adolfo Ministerpräsident des Königreichs Spanien S. 1375f., 1882[24]

Subramaniam, Chidambaram Verteidigungsminister der Republik Indien seit Juli 1979 S. 1269

Sudhoff, Jürgen Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 013 „Pressereferat" im Auswärtigen Amt S. 1087, 1117, 1748, 1817, 1945f.

Sukarno 1945–1967 Präsident der Republik Indonesien S. 835

al-Suleim, Suleiman Abdul Aziz Handelsminister des Königreichs Saudi-Arabien S. 899, 901

Suleiman Abdullah, Ahmed Brigadegeneral der somalischen Streitkräfte und Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsdienstes sowie Mitglied des Politbüros der Revolutionären Sozialistischen Partei Somalias S. 335f.

Sullivan, Francis Stabschef des Verteidigungsausschusses des amerikanischen Senats (Staff Director, Senate Armed Services Committee) S. 1256f.

Sultan ibn Abdul Aziz al-Saud Verteidigungsminister des Königreichs Saudi-Arabien S. 749, 900[6]

Sundberg, Kay Botschafter des Königreichs Schweden in Teheran S. 1696

Suslow, Michail Andrejewitsch Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des ZK der KPdSU S. 983, 1541

Svart, Anker Botschafter des Königreichs Dänemark in Brüssel und Leiter der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 163f., 213, 288f., 1408, 1411, 1657

Symington, Stuart 1953–1976 Senator des amerikanischen Bundesstaates Missouri (Democratic Party) S. 624

Szalai Staatssekretär im ungarischen Außenhandelsministerium S. 1259

Tabatabai, Sadegh Staatssekretär im Innenministerium der Islamischen Republik Iran, anschließend Regierungssprecher, dann stellvertretender Ministerpräsident, seit 6. November 1979 kommissarischer Regierungschef S. 1178f., 1662, 1874

Takeshita, Noboru Minister für Bauwesen von Japan, seit 8. November 1979 Finanzminister S. 1958

Tamagnini, Giulio Botschafter der Italienischen Republik in Teheran S. 1669, 1692–1695

Tamir, Abraham Generalmajor der israelischen Streitkräfte und Leiter der Planungsabteilung im israelischen Verteidigungsministerium S. 422[5]

Tamir (Katzenelson), Shmuel Justizminister des Staates Israel und Abgeordneter im israelischen Parlament (Demokratische Bewegung für den Wandel) S. 780[21], 1222

Tandecki, Hans-Peter Brigadegeneral bzw. seit April 1979 Generalmajor der Bundeswehr und Leiter der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung" des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 137, 141, 507[8], 1025, 1254, 1322f.

Taraki, Nur Mohammed Präsident und Ministerpräsident der Demokratischen Republik Afghanistan bis 27. März 1979, anschließend Präsident bis zu seiner Ermordung am 16. September 1979 S. 52[19], 152, 829, 832[12], 1272[23], 1933[3], 1935[10]

Tarassow, Nikolaj Konstantinowitsch Leiter der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei den MBFR-Verhandlungen in Wien **Dok. 39, 310** und S. 258, 476, 651[3], 733, 793, 974, 1044–1046, 1409[13], 1709, 1960

Tariq bin Taimur bin Faisal, Sayyid 1970/71 Ministerpräsident des Sultanats Oman S. 243[12]

Taroon, Sayed Daoud Adjutant des afghanischen Präsidenten Taraki S. 1272[23]

Tekoah, Yosef 1968–1975 Leiter der Ständigen Vertretung des Staates Israel bei der UNO in New York S. 1199[4]

Terechow, Wladislaw Petrowitsch Stellvertretender Leiter der Dritten (Europäischen) Abteilung im sowjetischen Außenministerium S. 1377

Terfloth, Klaus Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tunis S. 1791[4]

Terzi, Zehdi Labib Ständiger Beobachter der Palestine Liberation Organisation (PLO) bei der UNO in New York S. 1148[37]

Tesch, Klaus Sachbearbeiter am Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Osaka-Kobe, seit 20. März 1979 Kanzler an der Botschaft in Maskat **Dok. 273**

Thackwray, Winston H. Oberstleutnant der südafrikanischen Streitkräfte, stellvertretender Leiter des Militärattachéstabes an der südafrikanischen Botschaft in Bonn S. 627

Thatcher, Margaret Vorsitzende der Conservative and Unionist Party und seit 4. Mai 1979 Premierministerin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland **Dok. 132, 314, 316** und S. 570[13], 589, 692, 724, 767, 769–772, 782, 788, 797, 834, 856, 902[4], 911, 934, 953, 1079[7], 1110, 1117[9], 1139, 1142, 1148, 1211f., 1310[13], 1394, 1421f., 1424, 1458, 1463[32], 1508, 1532, 1618, 1660, 1698f., 1746, 1761, 1765f., 1787, 1848, 1850, 1976

Theodoropoulos, Byron Generalsekretär im griechischen Außenministerium S. 1504

Theofilidis S. 1497, 1506

Thiele, Hans-Joachim Oberst im Generalstab und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Ankara S. 666

Thomas, Joseph Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm S. 3, 1110[11], 1670

Thomson, Robert Mitarbeiter des Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten (Special Assistant for Congressional Liaison) S. 1026

Thorn, Gaston Ministerpräsident, Staatsminister, Außen- und Außenhandelsminister sowie Minister für Wirtschaft und Mittelstand des Großherzogtums Luxemburg bis 16. Juli 1979, anschließend stellvertretender Ministerpräsident, Außen- und Außenhandelsminister, Minister für Wirtschaft und Mittelstand sowie Justizminister S. 12, 19, 563[10], 744, 1848, 1853, 1899, 1903

Thuysbaert, P. außenpolitischer Berater im Kabinett des belgischen Ministerpräsidenten S. 847

Thyberg, Olaf Knut Abteilungsleiter im schwedischen Außenministerium S. 3

Tichonow, Nikolaj Alexandrowitsch Erster Stellvertretender Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und seit 27. November

1979 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU S. 189[10], 905, 1162, 1165, 1446[25], 1782

Timmermann, Klaus Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kingston S. 360[5], 362[18], 755[7]

Tindemans, Leo Vorsitzender der Christlichen Volkspartei Belgiens; 1974–1978 Ministerpräsident des Königreichs Belgien S. 230, 1457

Tiné, Jacques Leiter der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei der NATO in Brüssel bis November/Dezember 1979 S. 38, 207, 283, 288, 417, 449[5], 453[7], 499[5], 802[4], 1412

Tito, Josip Broz Staatspräsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und Vorsitzender des BdKJ S. 216, 277, 547[6], 561f., 700, 1122, 1189, 1314[7], 1325, 1333, 1342, 1374, 1493, 1508, 1510, 1723, 1777[28]

Todorow, Stanko Georgiew Ministerpräsident der Volksrepublik Bulgarien und Mitglied im Politbüro des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens S. 564

Toestikow, Wasilij S. Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Den Haag S. 677

el-Tohamy, Hassan Mohamed S. 421

Tomkys, William Roger Mitarbeiter im britischen Außenministerium (Near East and North Africa Department) S. 1074[12]

Toon, Malcolm Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Moskau bis 16. Oktober 1979 S. 982f., 1473[14]

Töpfer, Klaus Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt des Landes Rheinland-Pfalz S. 753

Török, Alexander Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Dakar bis zum Eintritt in den Ruhestand am 30. November 1979 S. 435, 436[8]

Train II, Harry DePue Admiral der amerikanischen Marine, Supreme Allied Commander Atlantic (SACLANT), Oberbefehlshaber der US Atlantic Fleet (CINCLANTFLT) und des US Atlantic Command (CINCLANT) S. 498

al-Treiki, Ali Abdessalem Sekretär des Auswärtigen im Allgemeinen Volkskongreß der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija, seit 1. März 1979 im Allgemeinen Volkskomitee S. 866[3], 870

Trojanowskij, Oleg Alexandrowitsch Leiter der Ständigen Vertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei der UNO in New York S. 526[24], 1377

Trudeau, Pierre Elliott Ministerpräsident von Kanada bis 4. Juni 1979 S. 4, 10[13], 76, 77[18], 79, 665[13]

Truman, Harry S. 1945–1953 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 782[30], 1062, 1303

Trumpf, Jürgen Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums, Afrikas und den übrigen AKP-Staaten" im Auswärtigen Amt bis 11. Februar 1979, anschließend Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 723[6], 1310[17]

Tschernenko, Konstantin Ustinowitsch Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU S. 777, 876, 981, 983, 1541

Tschernjakow, Jurij Nikolajewitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Damaskus, anschließend Leiter der Presseabteilung im sowjetischen Außenministerium S. 721[13]

Tschernyschew, Albert Sergejewitsch Persönlicher Referent des sowjetischen Außenministers S. 1748

Tscherwonenko, Stepan Wassiljewitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Paris S. 1977

Tschiang Kai-schek 1950–1975 Präsident der Republik China (Taiwan), 1950–1972 zudem Ministerpräsident S. 1189

Tschistow, W. W. Leiter des Büros des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsi

denten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1162, 1165

Tschombé, Moïse Kapenda 1960–1963 Präsident der von der Demokratischen Republik Kongo abgefallenen Provinz Katanga; 1964/65 Ministerpräsident der Demokratischen Republik Kongo S. 1821[19]

Tünnermann Bernheim, Carlos Mitglied der FSLN und seit 20. Juli 1979 Bildungsminister der Republik Nicaragua S. 1366

Türk, Helmut Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 511 „Strafrecht, Steuer- und Zollrecht" im Auswärtigen Amt S. 1388[1], 1389[6]

Turki bin Faisal al-Saud Generaldirektor der saudi-arabischen Nachrichtendienste S. 899

Tzounis, Ioannis Politischer Direktor im griechischen Außenministerium S. 271

Ueberschaer, Hans-Christian Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 320 „Ost- und Südafrika" des Auswärtigen Amts S. 126[1]

Uhrenbacher, Werner Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi bis Februar 1979, anschließend Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag bis zu seinem Tod am 11. November 1979 S. 677[5], 1622[9]

Ullsten, Ola Ministerpräsident des Königreichs Schweden, seit 18. Oktober 1979 Außenminister S. 1512

Umlauff, Michael Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis bis März 1979, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb" des Auswärtigen Amts **Dok. 213** und S. 899[1], 902[1], 918[1], *920*[9], 1705[1+3], 1844[16], 1858

Ungerer, Werner Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in New York bis 19. April 1979, anschließend Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 41 in der Abteilung 4 „Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration" des Auswärtigen Amts **Dok. 238** und S. 752[29], 771[18], 818[15], 1087, 1267[5]

Ungo, Guillermo Manuel Generalsekretär der salvadorianischen Partei „Movimento Nacional Revolucionario" (MNR) und seit 18. Oktober 1979 Mitglied der Revolutionären Regierungsjunta in El Salvador S. 1488, 1489[9]

Upadit Pachariyangkun Außenminister des Königreichs Thailand S. 221, 931

Urbanek, Helmut Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Helsinki **Dok. 111** und S. 491 f.

Urquart, Brian stellvertretender UNO-Generalsekretär (Under Secretary General for Special Political Affairs) S. 1361, 1700[8]

Urrutia Lleó, Manuel Präsident der Republik Kuba vom 3. Januar bis 17. Juli 1959 S. 152[19]

Ushiba, Nobuhiko Staatsminister für Außenwirtschaftsfragen im japanischen Außenministerium S. 1926[9]

Uslar-Gleichen, Hasso Freiherr von Oberst im Generalstab und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1933[3]

Ustinow, Dmitrij Fjodorowitsch Verteidigungsminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU **Dok. 62** und S. 735, 874, 876, 882, 972, 981–983, 1029[9], 1080, 1491, 1562, 1566, 1567[20], 1569, 1571, 1573, 1631–1633, 1645[19], 1810

Uthmann, Jörg von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 600 „Grundsatzfragen, Gesamtplanung, kulturpolitische Öffentlichkeitsarbeit, Förderung der deutschen Sprache, Gästeprogramm" des Auswärtigen Amts bis 20. September 1979, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der

Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 161[1]

den Uyl, Joop 1973–1977 Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande S. 1325[12], 1346[8], 1598f., 1608, 1622, 1658

Vacano, Johannes von Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires bis 15. Februar 1979, anschließend Botschafter in La Paz S. 1789[9]

Vaisiere, Maurice Botschafter des Königreichs Belgien in Buenos Aires S. 958

Vajpayee, Atal Bihari Außenminister der Republik Indien bis 28. Juli 1979 S. 49, 279, 580, 888, 892, 1527

Vaky, Viron P. Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Inter-American Affairs) S. 1368

Vance, Cyrus Roberts Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika **Dok. 98, 155, 164, 219, 223, 224, 226, 227, 278, 348, 370** und S. 5, 6[4], 13[4], 14[9], 19, 26, 34[40], 39f., 56, 126[2], 129[17], 164–166, 209[12], 265, 348, 380[21], 412, 484[8], 496[5], 500[12], 520[18], 591, 595[21], 596[24], 606, 642, 722, 729–731, 737, 762, 764, 775, 783, 787[8], 794, 819, 874[15], 879[27], 908, 927, 934, 946[13], 960, 1005, 1029[9], 1052, 1054, 1064, 1078, 1094f., 1181, 1183[18], 1200[14], 1252, 1254[3], 1287f., 1304[10], 1310[13], 1322f., 1339, 1346f., 1355, 1372, 1418, 1472, 1473[14], 1509, 1512, 1587, 1589, 1596, 1598, 1639, 1640[11], 1726–1728, 1737, 1747, 1827–1829, 1894, 1899f., 1905–1908, 1910, 1912f., 1918[23], 1922, 1926f., 1941, 1949, 1952, 1956–1958, 1971, 1976[8]

Vanden Boeynants, Paul stellvertretender Ministerpräsident und Verteidigungsminister des Königreichs Belgien bis 15. Oktober 1979, anschließend Vorsitzender der wallonischen Christlich-Sozialen Partei S. 650[15], 657, 674, 680, 1684, 1903

Van Doren, Charles Mitarbeiter in der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Assistant Director, Bureau of Non-Proliferation) S. 1667[26]

Vanik, Charles Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses (Democratic Party) S. 876

Varley, Eric Industrieminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bis 3. Mai 1979 S. 290

Vela, Ruben Antonio Botschafter der Republik Argentinien in Ost-Berlin S. 206

Vellodi, M.A. Staatssekretär im indischen Außenministerium S. 1729[25]

Venzlaff, Dietrich Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Addis Abeba **Dok. 96** und S. 272[33]

Verbeek, Paul Ministerialdirigent, Vertreter des Völkerrechtsberaters und des Leiters der Abteilung 5 „Rechtsabteilung" im Auswärtigen Amt **Dok. 239** und S. 986[1]

Veress, Peter Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in Paris, seit 30. März 1979 Außenhandelsminister S. 1265

Vergau, Hans-Joachim Botschaftsrat I. Klasse an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der UNO in New York S. 410[11], 774, 1700[8]

Verheugen, Günter Generalsekretär der FDP S. 1799

Vest, George Southall Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for European Affairs) S. 625f., 722–726, 728f., 790, 879[27], 982, 1029f., 1032, 1041f., 1052, 1358, 1386[19], 1612, 1789[10], 1790, 1905, 1913–1917, 1921

Vestring, Alfred Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 321 „West- und Zentralafrika" im Auswärtigen Amt, am 1. November 1979 von der Leitung entbunden zur Einweisung in zukünftige Aufgaben, seit 23. Dezember 1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Djidda **Dok. 360, 367** und S. 250[21], 1353[10], 1698[1], 1842[8], 1854[1], 1860[9], 1871[1+3], 1873[6], 1874[12]

Vibe, Kjeld Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Norwegen bei der NATO in Brüssel S. 213, 280, 385, 1409

Victoria 1837–1901 Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland sowie seit 1876 Kaiserin von Indien S. 1211[21]

Vidal, Jean stellvertretender Generalsekretär des französischen Außenministeriums S. 319

van Vloten, Eduard Johan Abteilungsleiter im niederländischen Außenministerium S. 676, 1592f.

Vo Nguyen Giap Verteidigungsminister und Stellvertretender Ministerpräsident der Sozialistischen Republik Vietnam S. 148

Vogel, Bernhard Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz (CDU) S. 1513[30]

Vogel, Hans-Jochen Bundesminister der Justiz und Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 104[20], 421, 428[3], 1801

Vogel, Wolfdietrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bujumbura S. 273[27]

Vogeler, Wilfried Leiter des Referats 420 „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen" im Auswärtigen Amt **Dok. 115** und S. 568[1], 1529[47]

Voigt, Heinz 1963–1965 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung I A in der Politischen Abteilung I des Auswärtigen Amts S. 888[4]

Volcker, Paul Vorsitzender der amerikanischen Notenbank (Federal Reserve) seit Juli 1979 S. 1055, 1348

Vorster, Balthazar Johannes Präsident der Republik Südafrika bis 4. Oktober 1979 S. 130, 595, 774, 791

Vos van Steenwijk, Willem Jan Baron de Leiter der Delegation des Königreichs der Niederlande bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 1707f.

Vrhovec, Josip Außenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und Mitglied des Präsidiums des BdKJ **Dok. 234**

Wachner Dolmetscherin S. 1428

Wagner, Gerd Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 1175[25]

Wagner, Rolf Clemens Mitglied der „Rote Armee Fraktion" S. 1389[6]

Wagner, Wilhelm Adolf Karl Ritter von Mitglied der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschaftsrat S. 1044[3]

Wagner, Wolfgang Chefredakteur der Tageszeitung „Hannoversche Allgemeine Zeitung" und Herausgeber der Zeitschrift „Europa-Archiv" S. 1259

Wahl, Jacques Generalsekretär im französischen Präsidialamt **Dok. 4, 193** und S. 100, 1336

Walden, George Gordon Harvey Persönlicher Referent des britischen Außenministers Owen (Principal Private Secretary to the Secretary of State) S. 589, 767

Waldheim, Kurt Generalsekretär der UNO **Dok. 92** und S. 28[25], 100, 273f., 380[21], 426[19], 484, 526f., 569, 596, 635[5], 643, 724, 757, 759, 762, 763[10], 773[27], 791, 818, 884[8], 913, 952–954, 965, 1008, 1073, 1200, 1213, 1309, 1360f., 1504, 1512, 1579[43], 1615, 1672, 1693f., 1726f., 1823, 1843, 1875, 1878, 1895

Walker, Peter Minister für Landwirtschaft, Fischereiwesen und Ernährung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland seit 4. Mai 1979 S. 602, 771[18]

Wallau, Hans Theodor Vortragender Legationsrat I. Klasse und Persönlicher Referent des Bundesministers des Auswärtigen, seit 1. Juni 1979 Leiter des Referats 010 „Ministerbüro" im Auswärtigen Amt S. 198[1], 408[1], 483[1], 557[1], 560, 745[1], 767[1], 775[1], 843[1], 847[1], 582[1], 858[1], 861[1], 880[1], 883[1], 887[1], 905[1], 926[1], 959[1], 981[1], 984[1], 986[1], 991[1], 1001[1], 1138[1], 1167[1], 1208[1], 1233[1], 1259[1], 1277[1], 1289[1], 1294[1], 1325[12], 1326[1], 1335[1], 1337[1], 1345[1], 1390[1], 1399[1], 1413[1], 1452[1], 1466[1], 1487[1], 1497[1], 1506[1], 1509[1], 1515[1], 1546[1], 1557[1], 1560[1], 1586[1], 1594[1], 1621[1], 1634[1], 1641[1], 1658[1], 1661[1], 1677[1], 1687[1], 1689[1], 1698[1], 1718[1], 1726, 1770[1], 1785[1], 1800[1], 1811[1], 1835[1], 1858[1], 1878[1], 1884[1], 1905[1], 1937[1], 1963[1]

Walls, George Peter Generalleutnant und Oberbefehlshaber der rhodesischen Streitkräfte S. 1595[8]

Walthemate, Ernst Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) S. 428[3]

Wand, Karl Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Oslo bis 28. September 1979, anschließend Botschafter in Lilongwe S. 282[11]

Wang Kuo-chuan Botschafter der Volksrepublik China in Rom S. 277

Wang Youping Botschafter der Volksrepublik China in Moskau, seit 23. September 1979 im Rang eines Stellvertretenden Außenministers S. 1399[6]

Wannow, Marianne Vortragende Legationsrätin im Referat 213 „Sowjetunion" des Auswärtigen Amts **Dok. 393** und S. 149[1], 471[1], 1474[1]

Wasserberg, Günter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Vientiane S. 219[22], 932[9]

Wassew, Wladillen Michailowitsch Gesandter an der Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Washington S. 722[3], 1640[10], 1949

Watson, Thomas J. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Moskau seit 29. Oktober 1979 S. 1931 f., 1936[3], 1975 f.

al-Wazir, Mohammed Abdulkoddos Botschafter der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) in Bonn S. 1353

Weber, Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts sowie Leiter des Fachbereichs Dolmetscher S. 245, 557, 589, 1052, 1056[1], 1060[1], 1203, 1289[1], 1718[1], 1878

Wechmar, Rüdiger Freiherr von Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der UNO in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 245[4], 271[17], 408, 409[8], 484[8], 526[24], 527, 596[24], 791[10], 1073[8], 1119[8], 1169[3], 1267[7], 1295[7], 1361, 1371, 1376[31], 1377, 1615[36], 1727[4], 1775[18], 1801[6+8], 1801[11+12], 1821[20], 1829[10+11], 1874[10], 1875[14], 1895[5], 1908, 1928[16]

Wegener, Roland Legationsrat im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" des Auswärtigen Amts S. 3[1], 683[1], 1105[1], 1689[1], 1826[1], 1913[1], 1919[1], 1946[6+7]

Wegener, Ulrich Oberstleutnant des Bundesgrenzschutzes und Leiter des Sonderkommandos GSG 9 S. 156[12]

Wegner, Helmut Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 341 „Ostasien, Australien, Neuseeland, Ozeanien" im Auswärtigen Amt, seit 27. Juni 1979 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi S. 74[1], 162[1], 320[1], 373[1]

Wehner, Herbert Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag S. 473, 488[24], 530, 649[12], 716[26], 994, 998[23], 1157, 1553[3], 1735 f.

Wei Jincheng Herausgeber der regierungskritischen chinesischen Zeitschrift „Erkundung" bis zu seiner Verhaftung am 29. März 1979 S. 1523

Weil, Herbert Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Accra S. 955[26], 1704[23]

Weindel, Elmar Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Maputo (zugleich in Swasiland akkreditiert) S. 1819[12]

Weineck, Hartmut Kanzler I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in N'Djamena bis 28. Februar 1979, anschließend Amtsrat im Referat 101 „Allgemeine Personalangelegenheiten" des Auswärtigen Amts S. 159[10]

Weiß, Gerhard Stellvertretender Ministerpräsident und Mitglied des Präsidiums des Ministerrats der DDR sowie Leiter der Ständigen Vertretung der DDR beim RGW; 1975/76 Vorsitzender des Exekutivkomitees des RGW S. 563[10]

Weizman, Ezer Verteidigungsminister des Staates Israel S. 422[5], 514, 519, 616[16], 780, 1220–1222, 1360, 1455, 1721

Welch, Edward F. Konteradmiral und Mitarbeiter des Stabes der amerikanischen Vereinigten Stabschefs (Deputy Director for International Negotiations, Joint Chiefs of Staff), seit 22. August 1979 Präsident des United States Naval War College in Newport S. 169

van Well, Günther Staatssekretär des Auswärtigen Amts **Dok. 19, 28, 118, 135, 139, 151, 152, 164, 174, 212, 313, 337, 339, 351, 361** und S. 36[3], 39[7], 43[2+5], 46[13], 49[11], 51, 55, 67[5], 87[1], 97[9], 98, 111, 115[13], 134, 137, 142f., 153, 158, 159[7], 198, 200, 204, 205[1], 214[1], 225[1], 232, 255, 257, 263, 283[1], 293[1], 312, 323, 325, 331, 334, 337[1], 342[7], 346[10], 347, 349–352, 355–357, 359[1], 363, 367[1], 369[5], 386[7], 397, 435[1], 480, 481[6], 491[3], 496, 505[1], 516[1], 546[1], 548, 550–552, 568[1], 587, 589[1], 601[1], 618[19], 627f., 632[18], 633f., 694, 700[1], 703, 717, 762[1], 763, 765, 784[4], 826–828, 830, 835, 858[1], 883[1], 905, 936[1], 940[4], 959, 981, 984[1], 986[1], 1008[17], 1009, 1016[1], 1027f., 1037, 1040[1], 1042[1], 1049[5], 1050, 1072[1], 1076[1], 1078[1], 1092, 1095[17], 1099[1], 1157, 1167[2], 1241[30], 1243, 1248, 1250–1253, 1259, 1266, 1277, 1280[12], 1284[1], 1291[13], 1294, 1299f., 1313[1], 1322, 1326[1], 1337, 1345[1], 1362[1], 1413, 1441[1], 1452[1], 1462f., 1466, 1468[5], 1471, 1487, 1506[1], 1515[1], 1519[1], 1523, 1530, 1546[1], 1586[1], 1587[5], 1594[1], 1612f., 1615–1619, 1634[1], 1638, 1677, 1687, 1689, 1698[1], 1748, 1759[1], 1800, 1806[15], 1811[1], 1815, 1830[1], 1831[9], 1860[9], 1863, 1880, 1924[1], 1931[1], 1936[1], 1945, 1955, 1960, 1963[1], 1971

Wentker, Hermann Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm S. 1670[5]

Werner, Pierre Ministerpräsident sowie Minister für Kultur des Großherzogtums Luxemburg seit 10. Juni 1979; 1969–1974 Ministerpräsident, Finanzminister und Minister für Kultur S. 1850

Wersdörfer, Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats „Staats- und Verwaltungsrecht" im Auswärtigen Amt S. 493[1], 1167[1]

Westerburg, Werner Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Dublin S. 1463[32]

Westphal, Bernd Legationsrat I. Klasse im Referat 310 „Naher Osten" des Auswärtigen Amts S. 403[1], 717[1], 721[14], 1791[1]

Wheelock Román, Jamie Mitglied der Nationalleitung der FSLN und seit 20. Juli 1979 Minister für Agrarreform der Republik Nicaragua S. 1364

Whelan, Noel Mitarbeiter des irischen Ministerpräsidenten S. 1457

Whitlock, James C. Jr. Erster Sekretär für Politische Angelegenheiten an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 115f.,

Whitmore, Clive A. Mitarbeiter im britischen Kabinettssekretariat (Assistant Secretary, Cabinet Office) S. 1594

Whittome, Sir Leslie Allan Direktor der Europa-Abteilung beim Internationalen Währungsfonds S. 511[7]

Wickert, Erwin Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Peking **Dok. 61, 105, 356** und S. 167[24], 290[14], 295[14], 445[7], 1519, 1538[31], 1540[40], 1545[51], 1845[21]

Wieck, Hans-Georg Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 47, 53, 172, 285, 307, 317, 383** und S. 9[11], 129[18], 149[4], 150[14], 189[10], 191, 216[13], 217[14], 276[44], 280[2], 321[6], 374[7], 455[19], 521[2], 522[4], 581[10], 696, 699[33], 702[8], 725[19], 838, 905, 908[13], 943[7], 1253, 1317[19], 1349[2], 1350[9], 1471[4], 1473[14+17], 1486[4], 1567[20], 1582[5], 1711[3], 1714, 1743[14], 1748, 1752[7], 1759[1], 1770, 1832[15], 1840[6], 1936[3], 1953[17], 1955

Wiejacz, Józef Abteilungsleiter im polnischen Außenministerium S. 1153[14]

Wiese S. 1107, 1111

Wild, Dieter Redakteur der Wochenzeitschrift „Der Spiegel" S. 1953[17]

Williams, Leonard Generaldirektor für Energiefragen bei der EG-Kommission in Brüssel S. 924[13]

Willis, Mark W. Dritter Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1725

Willot, A. Mitarbeiter im belgischen Außenministerium (Conseiller de légation, contrôle des armes et désarmement) S. 1866[13]

Wilson, James Harold 1964–1970 und 1974–1976 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1604

Winogradow, Wladimir Michailowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Teheran S. 1839

Wischnewski, Hans-Jürgen Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und bis 9. Dezember 1979 Staatsminister im Bundeskanzleramt S. 60, 154, 205[1], 335[4], 408, 411–413, 421, 471[3], 473, 488[28], 528[27], 613, 753, 781[24], 814[27], 840[14], 1058f., 1066, 1178[33], 1322, 1325, 1399, 1420, 1441[1], 1451, 1486f., 1639[7], 1662[8], 1663, 1724[31], 1834, 1880[18]

de With, Hans Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD) und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz S. 1797

Witte, Barthold Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters der Abteilung 6 „Auswärtige Kulturpolitik" im Auswärtigen Amt S. 162[5]

Wlasowa, Ludmilla Tänzerin am Bolschoi-Theater in Moskau S. 1495

Woessner, William M. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Director for Central European Affairs), seit 2. Mai 1979 Gesandter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1278f., 1280[12]

Wojcik Mitarbeiter im ZK der PVAP S. 1150

Wojtaszek, Emil Außenminister der Volksrepublik Polen und Mitglied des ZK der PVAP **Dok. 386** und S. 683[6], 709, 715, 828, 940[3+4], 943, 1159, 1379, 1922[26], 1954, 1959

Wolff, Rudolf Botschafter z.b.V. in der Abteilung 1 „Zentralabteilung" (1–Z2) und Leiter des Referats 50 „Arbeitsstab Seerechtskonferenz" in der Abteilung 5 „Rechtsabteilung" des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung S. 461[43]

Wolff von Amerongen, Otto Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages sowie Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft und des Arbeitskreises UdSSR S. 892[19]

Wolkow Oberst der sowjetischen Streitkräfte S. 1425

Wörner, Manfred Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU) und Vorsitzender des Verteidigungsausschusses **Dok. 13** und S. 1608[8]

Woronzow, Julij Michajlowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Neu Delhi; 1977/78 Leiter der sowjetischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad **Dok. 128** und S. 1971[6]

Wright, Sir John Oliver Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Bonn **Dok. 118, 174** und S. 245, 767, 1605

Wrzaszczyk, Tadeusz Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der Volksrepublik Polen, Vorsitzender der Planungskommission beim Ministerrat und stellvertretendes Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP **Dok. 171** und S. 60–62, 121[3], 122–125, 708–710, 715

Würth, Pierre Leiter der Ständigen Vertretung des Großherzogtums Luxemburg bei der NATO in Brüssel S. 208

Würzen, Dieter von Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 368, 421, 814[27], 1021f., 1162, 1165, 1880

Wyszyński, Stefan Kardinal und Erzbischof von Gnesen und Warschau sowie Primas der kath. Kirche in Polen S. 88

Yadin, Yigael stellvertretender Ministerpräsident des Staates Israel und Parteivorsitzender der „Demokratischen Bewegung für den Wandel" S. 616[16], 780

Yamani, Scheich Ahmed Zaki Minister für Öl und Bodenschätze des Königreichs Saudi-Arabien S. 924[13]

Yatt, H.E.W. Feldwebel der amerikanischen Streitkräfte, Mitglied des Militärattachéstabs an der amerikanischen Bot-

schaft in Pretoria bis zu seiner Ausweisung im April 1979 S. 631[17]

Yazdi, Ebrahim Außenminister der Islamischen Republik Iran von April bis November 1979 S. 640, 1964[5]

Yigit Generalsekretär im türkischen Außenministerium S. 1504

Yorck von Wartenburg, Ludwig Graf *1759 †1830 S. 447[10]

York, Charles T. Gesandter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1930

York von Wartenburg, Alexander Graf Vortragender Legationsrat I. Klasse an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der UNO in New York, ab Mitte Januar ins Auswärtige Amt abgeordnet, vom 5. Februar bis 27. Februar Teilnehmer an der ECOSOC-Tagung in New York, seit 17. April 1979 Leiter des Referats 014 „Büro Staatssekretäre" im Auswärtigen Amt **Dok.** 141 und S. 225[1], 323[1], 347[1], 355[1], 359[1], 367[1], 408[1], 421[1], 430[10], 447[10], 609[1], 700[1], 843[1], 847[1], 883[1], 936[1], 1099[1], 1167[2], 1216[3], 1634[1], 1924[1], 1931[1], 1936[1]

Yoshino, Bonruku Botschafter von Japan in Bonn S. 74

Young, Andrew J. Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der UNO in New York bis 15. August 1979 S. 33, 791[10], 1148, 1171, 1181f., 1194, 1207, 1213, 1439, 1596, 1598

van Ypersele de Strihou, J. Chef des Wirtschafts- und Sozialkabinetts des belgischen Ministerpräsidenten S. 847, 851

Yu Qiuli Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik China und Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh S. 1826, 1841

Yu Zhan Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik China S. 792[15]

Zablocki, Clement John Abgeordneter im amerikanischen Repräsentantenhaus (Democratic Party) und Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses S. 1829[10]

Zarai Korrespondentin der Tageszeitung „Jerusalem Post" S. 1015[17], 1298[22]

al-Zayyat, Mohammed Hassan 1969–1972 Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Arabischen Republik bzw. der Arabischen Republik Ägypten bei der UNO in New York S. 1199[4]

Zdovc, Edvin Vizekonsul der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien in Frankfurt am Main, am 7. Februar 1976 ermordet S. 1134[50]

Zeiner Gundersen, Herman Frederik Vorsitzender des Militärausschusses der NATO S. 213, 286, 656f., 672, 899, 1683, 1689

Zeller, Klaus Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 211 „Europäische Einigung, bilaterale Beziehungen zu westeuropäischen Staaten und der Türkei" im Bundeskanzleramt S. 36[3], 225[1], 511[10], 601[1], 606, 847[1], 880[1], 905[1], 991[1], 1390[1], 1399[1], 1457[1], 1594[1], 1658[1], 1924[1]

Zenker, Heike Botschaftsrätin an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria S. 606[25]

Zhang Wenjin Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik China S. 279, 295[14], 1519, 1523, 1841, 1844

Zhou Enlai 1949–1976 Ministerpräsident der Volksrepublik China S. 913, 1540, 1545, 1772

Zhu De 1975/76 Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China (1922–1925 Studium an der Georg-August-Universität Göttingen) S. 1545

Zhu Liqing Leiterin der Westeuropa-Abteilung im chinesischen Außenministerium S. 1826f.

Zia ul-Haq, Mohammad Präsident der Islamischen Republik Pakistan und Generalstabschef der pakistanischen Streitkräfte; 1977/78 Vorsitzender des Militärrates der Islamischen Republik Pakistan S. 29[28], 30, 52[22], 109[8], 829, 888, 1267f., 1276

Zimmermann, Friedrich Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag S. 1238[17], 1553[3]

Zippori, Mordechai stellvertretender Verteidigungsminister des Staates Israel und Abgeordneter im israelischen Parlament (Likud) S. 199

Sachregister

Bei der Benutzung des Sachregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Das Sachregister erfaßt in alphabetischer Reihenfolge Staaten, Organisationen und Institutionen sowie weitere Sachbegriffe.
- Die Einträge zu den Schlagworten „Abkommen und Verträge", „Gesetze und Verordnungen" sowie „Konferenzen und Verhandlungen" folgen der Chronologie.
- Kursiv gedruckte Querverweise erschließen die zwischen den Schlagworten bestehenden Verbindungen.
- Bezieht sich ein Schlagwort auf ein Dokument als Ganzes, so ist die Dokumentennummer angegeben.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Verweise über die Beziehungen zweier Staaten zueinander finden sich bei dem in der Schlagwortfolge alphabetisch zuerst aufgeführten Staat. So werden beispielsweise die Fundstellen zu den äthiopisch-sowjetischen Beziehungen unter „Äthiopien" und dort beim Unterschlagwort „UdSSR" genannt. Ebenso werden die Beziehungen übernationaler Organisationen zueinander alphabetisch verschlagwortet.
- Die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland werden allerdings stets unter dem Schlagwort des jeweils fremden Staates erfaßt. Entsprechendes gilt für das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu übernationalen Organisationen wie etwa der UNO.
- In einigen Fällen wird unmittelbar hinter dem Schlagwort zu einem Staat ein eigenes Schlagwort wie „Frankreich–Bundesrepublik Deutschland" oder „USA–Bundesrepublik Deutschland" gebildet, um eine zusätzliche Untergliederung möglich zu machen.
- Die Beziehungen eines Staates zu einer übernationalen Organisation bzw. zu internationalen Verhandlungen werden unter dem Schlagwort der Organisation bzw. der Verhandlungen erfaßt. Ist ein Staat nicht Mitglied einer Organisation bzw. Teilnehmer der Verhandlungen, ist die Fundstelle unter dem Schlagwort des Staates ausgewiesen.
- Wirtschaftsunternehmen werden unter einem eigenen Schlagwort aufgeführt.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 195 bzw. von Seite 3 bis 950, **Band II** von Dokument 196 bis 395 bzw. von Seite 951 bis 1977.

Abkommen und Verträge

- Vertrag vom 16. bzw. 28.5.1858 zwischen China und Rußland über Freundschaft und Grenzen (Vertrag von Aigun)
  S. 1540[40]
- Vertrag vom 1. bzw. 13.6.1858 zwischen China und Rußland über Frieden, Freundschaft, Handel und Schiffahrt (Vertrag von Tientsin)
  S. 1540[40]
- Vertrag vom 2. bzw. 14.11.1860 zwischen China und Rußland über Handel, Schifffahrt und Grenzen (Vertrag von Peking)
  S. 1540[40]
- Vertrag vom 12. bzw. 24.2.1881 zwischen China und Rußland über die Wiederherstellung der chinesischen Hoheit im Gebiet von Ili (Vertrag von St. Petersburg)
  S. 1540[40]
- Vertrag vom 9.2.1920 über Spitzbergen
  S. 281[8]
- Vertrag vom 4.6.1920 zwischen Ungarn und den Alliierten und Assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Trianon)
  S. 1236
- Vertrag vom 26.2.1921 zwischen Persien und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik über Freundschaft
  S. 58
- Vertrag vom 16.4.1922 zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (Rapallo-Vertrag)
  S. 447
- Genfer Protokoll vom 17.6.1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege
  S. 543
- Konkordat vom 20.7.1933 zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl
  S. 986[1]
- Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrag vom 23.8.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
  S. 447
- Vereinbarung vom 12.9.1944 zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin (Londoner Protokoll)
  S. 1469[6]
- Abkommen vom 14.11.1944 zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Kontrolleinrichtungen in Deutschland (Londoner Abkommen)
  S. 1469
- Abkommen vom 1.5.1945 zwischen der Provisorischen Regierung der Französischen Republik, der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika betreffend Änderungen des Abkommens vom 14.11.1944 über Kontrolleinrichtungen in Deutschland
  S. 1469
- UNO-Charta vom 26.6.1945
  siehe: UNO-Charta
- Kommuniqué vom 2.8.1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen)
  S. 180[12]
- Friedensvertrag vom 10.2.1947 zwischen den Alliierten und Assoziierten Mächten und der Italienischen Republik
  S. 411[14]
- Vereinbarung vom 14.3.1947 zwischen der Republik der Philippinen und den Vereinigten Staaten von Amerika betreffend Militärbasen
  S. 168[27]
- Nordatlantikvertrag vom 4.4.1949
  S. 657[14], 668[9], 765, 780, 1340
- I. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde
  S. 232[3], 233[4+5], 234[6]
- II. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See
  S. 232[3], 233[4+5], 234[6]

- III. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 über die Behandlung von Kriegsgefangenen
  S. 232[3], 233[4+5], 234[6]
- IV. Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten
  S. 232[3], 233[4+5], 234[6]
- Vertrag vom 14.2.1950 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Volksrepublik China über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand
  S. 792[15], 1535[19], 1539
- Kollektiver Sicherheitspakt der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 13.4.1950
  S. 209[12]
- Konvention vom 4.11.1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention)
  S. 99[3]
- Stützpunkteabkommen vom 26.9.1953 zwischen dem Spanischen Staat und den Vereinigten Staaten von Amerika
  S. 1036
- Vertrag vom 23.10.1954 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Deutschland-Vertrag)
  S. 626[22], 1469, 1691
- Vertrag vom 23.10.1954 zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Überleitungsvertrag)
  S. 1468[5], 1469 f.
- WEU-Vertrag vom 23.10.1954
  S. 262, 1152[9], 1350[5]
- Vertrag vom 14.5.1955 zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der DDR, der Volksrepublik Polen, der Volksrepublik Rumänien, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand
  S. 1778
- Abkommen vom 30.6.1955 zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Regierung der Südafrikanischen Union betreffend Verteidigungsfragen
  S. 633
- Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM-Vertrag)
  siehe: Römische Verträge
- Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag)
  siehe: Römische Verträge
- Abkommen vom 12.5.1958 zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Einrichtung eines gemeinsamen nordamerikanischen Luftverteidigungskommandos
  S. 504[25]
- Abkommen vom 7.8.1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Islamischen Republik Pakistan zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung bei den Steuern vom Einkommen
  S. 623[9]
- Abkommen vom 5.3.1959 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Islamischen Republik Pakistan über Zusammenarbeit
  S. 624
- Vertrag vom 25.11.1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Islamischen Republik Pakistan zur Förderung und zum Schutz von Kapitalanlagen
  S. 623[9]
- Wiener Übereinkommen vom 18.4.1961 über diplomatische Beziehungen
  S. 136, 629–631, 1661[5], 1775 f., 1829[11]
- Abkommen vom 9.7.1961 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und dem Königreich Griechenland
  S. 394[8]
- Abkommen vom 15.8.1962 zwischen der Republik Indonesien und dem Königreich der Niederlande betreffend West-Neuguinea
  S. 835[23]
- Vertrag vom 22.1.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Fran-

zösischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit
S. 448, 1713

- Wiener Übereinkommen vom 24.4.1963 über konsularische Beziehungen
S. 1661[5]
- Charta der Organization of African Unity vom 26.5.1963
S. 431[3], 432
- Abkommen vom 8.8.1963 zwischen Indien und den Vereinigten Staaten von Amerika über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie
S. 891
- Verwaltungsvereinbarung vom 26.6.1964 zwischen den Verkehrsministerien der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Bulgarien über den internationalen Straßengüterverkehr
S. 548
- Vertrag vom 8.4.1965 über die Fusion der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften
S. 1602[37]
- Vertrag vom 16.9.1966 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Freistaat Bayern über den Bau des Main-Donau-Kanals (Duisburger Vertrag)
S. 540[28]
- Vertrag vom 27.1.1967 über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper
S. 497
- Vertrag vom 14.2.1967 über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco)
S. 461, 470[13], 663[8], 1666[24]
- Vertrag vom 1.7.1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Nichtverbreitungsvertrag)
S. 8[8], 76, 229, 663[8], 664[12], 730, 889, 1152, 1165 f., 1268[13], 1666[24]
- Vertrag vom 26.5.1969 zwischen den Republiken Bolivien, Chile, Ecuador, Kolumbien und Peru (Anden-Pakt)
S. 467
- Abkommen vom 6.8.1970 zwischen dem Spanischen Staat und den Vereinigten Staaten von Amerika über Freundschaft und Zusammenarbeit
S. 1036
- Vertrag vom 12.8.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Moskauer Vertrag)
S. 218, 694[20], 1237, 1263, 1338, 1340, 1561, 1741, 1749–1751, 1753, 1759, 1778–1780
- Vertrag vom 7.12.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (Warschauer Vertrag)
S. 683[6], 707[8], 709[14], 713 f., 716[26], 1145, 1146[31], 1159[39], 1237, 1263, 1338, 1340, 1753, 1759, 1938[11+13]
- Vertrag vom 27.5.1971 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Arabischen Republik über Freundschaft und Zusammenarbeit
S. 1529[47]
- Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3.9.1971
S. 219[21], 248, 523[14], 548, 697, 725[19], 1019, 1246, 1261, 1263, 1338, 1340, 1443[11], 1450, 1513[30], 1514, 1532, 1690, 1711[33], 1757–1759, 1779 f., 1920[14]
- Abkommen vom 17.12.1971 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der DDR über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) (Transitabkommen)
S. 1448[28]
- Vertragswerk vom 22.1.1972 über den Beitritt des Königreichs Dänemark, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der Republik Irland und des Königreichs Norwegen zu EWG, EURATOM und EGKS
S. 645[39], 1394[16], 1395[19], 1459 f., 1602[37], 1626
- Vereinbarung vom 7.2.1972 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial in dritte Länder
S. 318 f., 320[9], 1049 f., 1584[5], 1585, 1857

- Vertrag vom 9.4.1972 zwischen der Republik Irak und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Frieden und Freundschaft
  S. 223[36], 985[6]
- Übereinkommen vom 10.4.1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen
  S. 525f., 728, 730, 1920[14]
- Vertrag vom 26.5.1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über Fragen des Verkehrs (Verkehrsvertrag)
  S. 1447
- Interimsabkommen vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT I)
  siehe unter: SALT
- Vertrag vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag)
  S. 16[15], 497, 1100, 1308
- Handelsabkommen vom 18.10.1972 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika
  S. 879[27+28]
- Abkommen vom 30.11.1972 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Pakistan über Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung und technologischen Entwicklung
  S. 623[9]
- Abkommen vom 19.12.1972 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern
  S. 886[11]
- Vertrag vom 21.12.1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über die Grundlagen der Beziehungen (Grundlagenvertrag)
  S. 248[16], 256, 1237, 1263, 1753, 1759, 1779
- Abkommen vom 27.1.1973 über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam
  S. 1344[6]
- Abkommen vom 19.7.1973 zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der Französischen Republik über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit
  S. 1919
- Abkommen vom 5.10.1973 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Finnland über den Freihandel
  S. 577[10], 578[11]
- Vertrag vom 11.12.1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gegenseitigen Beziehungen (Prager Vertrag)
  S. 1338, 1753, 1759
- Übereinkommen vom 14.12.1973 über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten (Diplomatenschutzkonvention)
  S. 1802
- Abkommen vom 25.4.1974 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der DDR auf dem Gebiet des Gesundheitswesens
  S. 729
- Vertrag vom 11.7.1974 zwischen der Somalischen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft und Zusammenarbeit
  S. 336[8]
- AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 28.2.1975
  S. 414[42], 457[27+28], 798[19], 865, 1371, 1422, 1461
- Konsularvertrag vom 26.3.1975 zwischen der DDR und der Republik Österreich
  S. 116[2], 1249[18]
- Abkommen vom 14.5.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit
  S. 555[32]

- Abkommen vom 27.6.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie
  S. 446[8], 458[29], 460, 870, 892[18], 977, 1270, 1666[24]
- Abkommen vom 9.10.1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über Renten- und Unfallversicherung nebst der Vereinbarung hierzu
  S. 121[6], 538[22], 683[3], 708[12], 709[14], 714, 826f., 941[9], 1146[31], 1159f.
- Abkommen vom 9.10.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Gewährung eines Finanzkredits
  S. 121[6], 708[12], 709[14], 714, 826–828, 941[9]
- Ausreiseprotokoll vom 9.10.1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen
  S. 121[6], 705–710, 714, 716, 826f., 940–943, 1146[30], 1157
- Langfristiges Programm vom 9.10.1975 für die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen
  S. 121[6], 709[14], 714, 826f.
- Abkommen vom 25.11.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Bulgarien über kulturelle Zusammenarbeit
  S. 548
- Vertrag vom 24.1.1976 zwischen dem Spanischen Staat und den Vereinigten Staaten von Amerika über Freundschaft und Zusammenarbeit
  S. 1036
- Abkommen vom 26.2.1976 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien sowie der Internationalen Atomenergieorganisation über die Anwendung von Sicherungsmaßnahmen
  S. 460[39]
- Abkommen vom 26.3.1976 zwischen der Republik Türkei und den Vereinigten Staaten von Amerika über Verteidigungshilfe
  S. 114[12], 667
- Abkommen vom 11.6.1976 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über kulturelle Zusammenarbeit
  S. 713
- Europäisches Übereinkommen vom 27.1.1977 zur Bekämpfung des Terrorismus
  S. 103f.
- Übereinkommen vom 18.5.1977 über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken (ENMOD-Abkommen)
  S. 525f., 723, 728, 730f., 842, 874[15], 1672, 1712[5], 1920
- I. Zusatzprotokoll vom 8.6.1977 zu den Genfer Abkommen vom 12.8.1949
  S. 233f., 1803
- II. Zusatzprotokoll vom 8.6.1977 zu den Genfer Abkommen vom 12.8.1949
  S. 233
- Vertrag vom 18.7.1977 zwischen der Demokratischen Volksrepublik Laos und der Sozialistischen Republik Vietnam über Freundschaft und Zusammenarbeit
  S. 932[9]
- Vertrag vom 7.9.1977 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik Panama zur schrittweisen Übergabe der Souveränität über die Kanalzone an Panama
  S. 760[23], 869, 1355
- Vertrag vom 7.9.1977 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik Panama über die immerwährende Neutralität und den Betrieb des Panama-Kanals
  S. 760[23], 869, 1355
- Finanzprotokoll vom 15.9.1977 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern
  S. 886[11]
- Abkommen vom 6.5.1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit

auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie
S. 57, 188, 189[10], 371, 563, 698, 699[33], 977, 1164, 1306, 1487, 1574, 1644, 1746, 1751, 1755, 1782f.

- Abkommen vom 8.6.1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Arabischen Republik Syrien über finanzielle Zusammenarbeit
S. 720[12]
- Schlußdokument der Zehnten UNO-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 30.6.1978
S. 185[7+8]
- Vertrag vom 12.8.1978 zwischen dem Kaiserreich Japan und der Volksrepublik China über Frieden und Freundschaft
S. 72, 77f., 445, 1535[19]
- Abkommen vom 9.10.1978 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik China über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 698, 1575
- Vertrag vom 3.11.1978 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Sozialistischen Republik Vietnam über Freundschaft und Zusammenarbeit
S. 31[32], 167[24], 203[2+3], 220, 276, 288, 1535
- Vereinbarungen vom 16.11.1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR betreffend Verbesserungen im Berlin-Verkehr, die Transitpauschale und den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr
S. 369
- Vertrag vom 5.12.1978 zwischen der Demokratischen Republik Afghanistan und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit
S. 455[19], 829, 1932, 1970[4]
- Vereinbarung vom 7.1.1979 zwischen der Republik der Philippinen und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Änderung ihrer Vereinbarung vom 14.3.1947 betreffend Militärbasen
S. 168[27]
- Vertrag vom 18.2.1979 zwischen der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam und dem kambodschanischen Revolutionären Volksrat über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit
S. 146, 275
- Vertrag vom 24.2.1979 zwischen der DDR und der Volksrepublik Mosambik über Freundschaft und Zusammenarbeit
S. 248, 373[3]
- Friedensvertrag vom 26.3.1979 zwischen der Arabischen Republik Ägypten und dem Staat Israel
siehe unter: Nahost-Konflikt
- Abkommen vom 4.5.1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Arabischen Republik Syrien über finanzielle Zusammenarbeit
S. 720[12]
- Vertrag vom 28.5.1979 zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Dänemark, der Französischen Republik, der Republik Irland, der Italienischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und der Republik Griechenland über den Beitritt der Republik Griechenland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und zur Europäischen Atomgemeinschaft
S. 383[38], 801, 1925
- Vertrag vom 18.6.1979 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II)
siehe unter: SALT
- Fischerei-Rahmenabkommen vom 28.6. 1979 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Kanada
S. 251
- Handelsabkommen vom 7.7.1979 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Volksrepublik China
S. 879[28]
- Konsularvertrag vom 4.9.1979 zwischen der DDR und den Vereinigten Staaten von Amerika
S. 1673[9], 1917, 1920[10]
- Programm der Spezialisierung und Kooperation der Produktion vom 5.10.1979

zwischen der DDR und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
S. 1446f.
- Vertrag vom 12.10.1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen
S. 555
- Abkommen vom 31.10.1979 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der DDR über die Befreiung von Straßenfahrzeugen von Steuern und Gebühren
S. 1448[28]
- AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 31.10.1979
S. 1916
- Vertrag vom 15.11.1979 zwischen der DDR und dem Sozialistischen Äthiopien über Freundschaft und Zusammenarbeit
S. 1948[10]
- Internationales Übereinkommen vom 18.12.1979 gegen Geiselnahme
S. 1804[19]
- Abkommen vom 24.4.1980 zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der Französischen Republik über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit
S. 1919
- Abkommen vom 16.6.1980 zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der Französischen Republik über kulturelle Zusammenarbeit
S. 1919
- Abkommen vom 16.6.1980 zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der Französischen Republik über Statut und Modalitäten der Arbeitsweise der Kulturzentren, deren Eröffnung in dem von beiden Seiten abgeschlossenen Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit vereinbart wurde
S. 1919
- Konsularvertrag vom 16.6.1980 zwischen der DDR und der Französischen Republik
S. 1920[10]

Abrüstung und Rüstungskontrolle
siehe außerdem: TNF-Modernisierung
S. 189, 386, 391, 470, 816, 1235, 1255f., 1263, 1432, 1741
- ABM
S. 16[15], 497, 777, 1100–1102, 1308
- Atomwaffenfreie Zone in Skandinavien
S. 281f.
- Atomwaffenfreie Zone in Südasien
S. 1267, 1268[13]
- Belgien
S. 588, 1258, 1409
- Bundesrepublik Deutschland
S. 101, 218, 259f., 390, 544[12], 545[15], 550[17], 587, 802–804, 842, 1033–1036, 1142, 1153[14], 1331, 1358f., 1402, 1417, 1446, 1484f., 1525, 1532, 1566, 1571, 1611–1613, 1831[9]
- B-Waffen-Abkommen
S. 525f., 728, 730, 1920[14]
- ČSSR
S. 1496
- Dänemark
S. 1408, 1411
- DDR
S. 369, 1033–1036, 1441f., 1444–1446, 1831[9]
- ENMOD-Abkommen
S. 525f., 723, 728, 730f., 842, 874[15], 1672, 1712[5], 1920
- Europäische Abrüstungskonferenz
S. 18, 101, 217f., 259f., 401, 521[2], 549–551, 699, 712, 715f., 732, 738–742, 802, 804, 817, 842, 957, 1034, 1097f., 1129f., 1141, 1218, 1330f., 1358, 1379, 1402, 1435, 1481, 1484, 1512, 1525, 1549, 1571, 1573, 1611–1613, 1646, 1673[10], 1675, 1736–1738, 1764, 1767f., 1864, 1910, 1951
- Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 100f., 1512
- Export konventioneller Rüstungsgüter
S. 734, 874
- FBS
S. 217f.
- Finnland
S. 282[9], 1512
- Frankreich
S. 18, 101, 217f., 259f., 401, 521[2], 544, 549–551, 587, 699, 712, 715f., 732, 738–742, 802–804, 817, 842, 957, 1034, 1097f., 1129f., 1140f., 1216, 1218, 1330f., 1358, 1379, 1402, 1435, 1481, 1484, 1512, 1525, 1549, 1571, 1573, 1611–1613, 1646, 1673[10], 1675, 1736–1738, 1764, 1767f., 1864, 1910, 1951

– Friedenszone im Indischen Ozean
S. 734, 874, 909, 1032, 1064, 1354

– Griechenland
S. 588

– Großbritannien
S. 259f., 544[11], 545[15], 587, 776, 1411, 1612

– Irland
S. 101

– Italien
S. 545[15], 587, 1331f., 1408, 1418f.

– Kanada
S. 586f., 1411

– Niederlande
S. 101, 545, 587f., 1622[9], 1623

– Norwegen
S. 587, 1409f.

– Österreich
S. 1512

– Polen
S. 545, 1142, 1153[14], 1939

– Rumänien
S. 1176f., 1435f.

– Schweden
S. 1512

– Schweiz
S. 1512

– UdSSR
Dok. 130, 285, 287, 296 und S. 101, 217f., 325, 402, 496–498, 541–545, 598, 776, 874, 909, 1142, 1176f., 1216, 1381, 1417–1419, 1435, 1441f., 1445f., 1491, 1495–1497, 1512, 1524f., 1551f., 1562[11], 1563, 1573, 1582, 1609, 1611f., 1623, 1716, 1738, 1939

– Umfassender Teststoppvertrag
S. 544, 575, 776, 874, 1216

– Ungarn
S. 1496

– UNO
S. 259f., 1267[7]

– USA
S. 496–498, 541–545, 586f., 874, 909, 1100, 1142, 1410, 1515–1518, 1587f., 1609, 1623, 1653–1655, 1737

– Verbot chemischer Waffen
Dok. 121 und S. 730, 734, 874, 878

– Verbot radiologischer Kriegsführung
S. 874, 909

– Verbot von Anti-Satelliten-Systemen
Dok. 112 und S. 734, 775, 777, 854, 909, 1032, 1100

– Volksrepublik China
S. 185, 236, 542, 544, 1216

– Warschauer Pakt
S. 402, 587[10], 696[25], 699, 712, 716, 732f., 737–744, 802–804, 826, 956[33], 957, 1033f., 1094, 1096, 1129, 1153[14], 1218, 1239, 1241[30], 1445f., 1477, 1481, 1484, 1768, 1910f., 1952

Afghanistan
siehe außerdem: Nahost-Konflikt

S. 52, 832, 939, 1032, 1065, 1149, 1215, 1272[23], 1528

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 394 und S. 1971

– Pakistan
S. 52, 829, 888, 1272f.

– UdSSR
Dok. 172, 383, 384, 385, 393, 395 und S. 52[61], 86[14], 108, 151f., 221, 455f., 623[10], 810, 888, 1307, 1507, 1536, 1972–1974

Ägypten
siehe außerdem: Bewegung blockfreier Staaten, Energie- und Rohstoffpolitik, Europäisch-Arabischer Dialog, Nahost-Konflikt, Rüstungsexportpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik

Dok. 94 und S. 429, 455, 1019

– Arabische Republik Jemen (Nordjemen)
S. 302, 1223

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 117, 249, 250, 267, 292 und S. 159, 378, 482, 569f., 617f., 749, 781, 789, 1135–1137, 1277–1280, 1507

– Europäische Gemeinschaften
S. 1895–1897

– Frankreich
S. 1966[14]

– Großbritannien
S. 241, 1966[14]

– Iran
S. 210[17], 212

– Israel
S. 1966[14]

– Libyen
S. 159, 195[7], 939

– Marokko
S. 1228

– PLO
S. 1223f., 1232

– Saudi-Arabien
S. 244, 302, 378f., 425, 557f., 617, 781, 835, 918f., 1302, 1614

– Sudan
S. 918

– Syrien
S. 519, 1223

– Türkei
S. 1223

– UdSSR
S. 223[36], 1507, 1529, 1542, 1966[14]

– USA
S. 242, 301–303, 439[3], 789, 1135–1137, 1277–1280, 1966[14]

Albanien
S. 541, 1131, 1525

Algerien
siehe außerdem:
Energie- und Rohstoffpolitik, Nahost-Konflikt, UNO, Westsahara-Konflikt

– Arabische Republik Jemen (Nordjemen)
S. 1352

– Bundesrepublik Deutschland
S. 1248

– Iran
S. 1693[4]

American Jewish Committee
Dok. 95

Amnesty International
S. 1702, 1824[29]

Angola
siehe außerdem:
Berlin, Bewegung blockfreier Staaten, Namibia-Frage, Rhodesien-Frage, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 1699, 1818, 1821f.

– Befreiungsbewegungen (FNLA, MPLA, UNITA)
S. 59[13], 437, 1247[11], 1821

– Brasilien
S. 437

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 252 und S. 34[41], 1371, 1703f.

– DDR
S. 129f., 374, 437[11], 1704, 1818[10], 1946[8], 1948

– Europäische Gemeinschaften
S. 1246–1248, 1371

– Kuba
S. 59, 374, 436f., 593, 756f., 1530, 1703, 1723, 1821[20]

– Portugal
S. 436, 1247f.

– Sambia
S. 1703, 1821[20]

– Senegal
S. 436

– UdSSR
S. 216, 436, 437[11], 456, 586[4], 894, 1507, 1703, 1743[14], 1818[10]

– Zaire
S. 757, 1701–1704, 1743[14]

Arabische Ligen
S. 224, 355, 367f., 379, 405[9], 614, 824f., 867, 954f., 1223, 1296, 1320f., 1791[4], 1798, 1895–1897

Arabische Republik Jemen (Nordjemen)
siehe außerdem:
Ägypten, Algerien, Terrorismus

Dok. 276 und S. 1537

– Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)
S. 300, 304, 380, 411, 616f., 681, 895f., 938, 1223, 1351f., 1353[10], 1354

– Irak
S. 1352

– Jordanien
S. 1352

– Kuba
S. 381

– Libyen
S. 1352

– Saudi-Arabien
S. 300, 304, 895, 1223, 1352, 1353[10]

– UdSSR
S. 895, 1353

– USA
S. 300[12], 411, 441, 895, 938, 1223, 1353

Arab Organization for Industrialization (AOI)
S. 1453[5]

Argentinien
siehe außerdem:
Energie- und Rohstoffpolitik, Rüstungsexportpolitik
S. 993
– Brasilien
S. 459[36]
– Bundesrepublik Deutschland
S. 481[6], 663[8], 665, 1071, 1666f., 1788–1790
– Chile
S. 459[37], 460
– Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 958f.
– Kanada
S. 664[12]
– Pakistan
S. 1273
– USA
S. 1788[5], 1789f.

ASEAN (Association of Southeast Asian Nations)
siehe außerdem:
Australien, „Indochina-Flüchtlinge", Japan, Kambodscha, UdSSR, USA, Vietnam, Volksrepublik China
S. 54, 72f., 77f., 227, 793, 830, 867, 888, 933, 967, 978, 1123f., 1597, 1615, 1772
– Bewegung blockfreier Staaten
S. 1313f.
– Europäische Gemeinschaften
S. 71, 148, 221, 244f., 819, 934, 936, 967, 1316f., 1334, 1462, 1522
– Thailand
S. 1520
– UNO
S. 290

Äthiopien
S. 380, 431–434, 617
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 96
– DDR
S. 1946[8], 1947[9], 1948
– Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 272
– Frankreich
S. 433
– Kuba
S. 59, 756, 1537
– Somalia
S. 48, 108[6], 335[5], 337, 411, 432, 434, 1859
– Sudan
S. 432
– UdSSR
S. 108, 152, 431–433, 455f., 586[4], 1537, 1743[14]

Atlantic Treaty Association (ATA)
S. 1412[23]

Australien
siehe außerdem:
Energie- und Rohstoffpolitik, Rhodesien-Frage, Rüstungsexportpolitik, UNO, Wirtschafts- und Finanzpolitik
– ASEAN
S. 836[25], 1316
– Bundesrepublik Deutschland
S. 836[25]
– EURATOM
S. 800
– Pakistan
S. 1274
– Singapur
S. 836

Bahamas
S. 1315

Bahrain
S. 241[4]

Bangladesch
S. 1314, 1907, 1971[6]

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)
S. 511

Barbados
S. 1315

Belgien
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Energie- und Rohstoffpolitik, Europäisch-Arabischer Dialog, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, „Indochina-Flüchtlinge", KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, Rhodesien-Frage, Rüstungsexportpolitik, SALT, TNF-Modernisierung, UNO, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 454, 847, 851
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 176, 269

– DDR
S. 1326f.
– Iran
S. 212
– Kambodscha
S. 106
– Kuba
S. 1636
– Zaire
S. 32[35]

Berlin
Dok. 1 und S. 256, 371[10], 550, 653, 712, 958[37], 1032, 1261, 1263, 1298, 1665, 1756
– Angola
S. 1246, 1249
– Außenvertretung von Berlin (West)
S. 1246, 1914[8]
– Berlin Document Center
S. 1672
– Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland
S. 1690f., 1712, 1758, 1914[8]
– Brasilien
S. 4
– Bundespräsenz in Berlin (West)
S. 1712[5], 1757
– DDR
S. 248, 376, 526[24], 625, 704f., 1163[7], 1164, 1410, 1444, 1446–1450, 1757f., 1830[6], 1834, 1913, 1921
– Deutsche Nationalstiftung
S. 1513f., 1780
– Drei Mächte
S. 524, 626[22], 723[6], 838, 840, 1513[30], 1514[32], 1758, 1913[6], 1915[13], 1916, 1920[14]
– Einbeziehung in die Direktwahlen zum Europäischen Parlament
S. 219, 523–525, 600, 605, 644, 695, 697, 722–726, 729, 838–840, 879
– Einbeziehung in (internationale) Abkommen und Verträge
S. 525f., 723, 728, 730f., 842, 1442[8], 1443, 1447f., 1450, 1575, 1672, 1712[5], 1755[14], 1915[13], 1916, 1920
– Energieversorgung
S. 1163[7], 1164, 1444, 1449f.
– Europäische Gemeinschaften
S. 723, 726, 731, 1672, 1914–1916
– Fernkabelverbindungen
S. 1913f., 1921
– Frankreich
Dok. 330 und S. 526f., 725, 728, 730, 840, 856f., 1112[16], 1210, 1402f., 1672f., 1675, 1712f., 1915f.
– Großbritannien
Dok. 336 und S. 4, 526[24], 605, 728, 1605, 1672[3], 1915f., 1921
– Irak
S. 979
– Italien
S. 1338
– Jordanien
S. 4
– Jugoslawien
S. 1117[1]
– Kanada
S. 4f.
– Kuba
S. 1246[6], 1249
– MBFR
S. 1469
– Mosambik
S. 1246, 1249f.
– Namibia
S. 1249
– Rhodesien
S. 1249
– Saudi-Arabien
S. 5
– Schweden
S. 3–5
– Sudan
S. 4f.
– UdSSR
Dok. 335 und S. 188[5], 219, 526[24], 600, 698[31], 704, 705[16], 724f., 1163[7], 1164, 1513[30], 1514, 1532, 1752[7], 1755[14], 1757, 1913–1915
– UNO
S. 408, 526f.
– USA
S. 4f., 526[24], 527f., 724, 728, 1672[6], 1675, 1691, 1712[5], 1921
– Verkehrsfragen
S. 526f., 724, 728f., 842f., 1442f., 1447, 1672, 1913, 1921
– Vier-Mächte-Verantwortung
S. 526[21], 527[25], 724f., 728, 1469f., 1913[5]
– Vietnam
S. 1246[6], 1249

– Zugangsrecht der Drei Mächte
S. 1913 f., 1921

Berliner Bischofskonferenz
S. 88 f.

Berliner Ordinarienkonferenz
S. 89[7]

Bewegung blockfreier Staaten
siehe außerdem:
ASEAN, Nahost-Konflikt, Spanien, UdSSR, USA, Volksrepublik China
S. 84[7], 272, 490, 759[21], 792, 1118–1128, 1130, 1188–1191, 1287, 1313–1315, 1405, 1420, 1472, 1513, 1576, 1948

– Ägypten
S. 1121, 1125, 1127, 1191, 1333, 1510, 1723
– Angola
S. 1333
– Botsuana
S. 1333
– Bundesrepublik Deutschland
S. 758, 760, 1122–1125, 1333, 1374, 1508
– Indien
S. 832, 892, 1119[8], 1121 f.
– Jamaika
S. 1315
– Jugoslawien
S. 1118–1123, 1125, 1128, 1314, 1374, 1510, 1723
– Kambodscha
S. 1121, 1124, 1126, 1191, 1313 f.
– Kuba
S. 755[6], 757 f., 760, 892, 1119, 1121 f., 1307, 1313–1315, 1508, 1510, 1539, 1636, 1723, 1907
– Malaysia
S. 1314
– Mosambik
S. 1333
– Pakistan
S. 1273
– Sambia
S. 1333
– Singapur
S. 1121[16]
– Syrien
S. 1171
– Tansania
S. 1191, 1333

Bhutan
S. 1314

Birma
S. 1314

Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V.
S. 994

Bolivien
S. 993, 1011, 1071

Bonner Vierergruppe
Dok. 118, 174 und S. 117[3+6], 248, 600, 626, 723 f., 726, 727[24+25], 728, 1470, 1514, 1639, 1640[10+11], 1672[3+5], 1673[9], 1690 f., 1712, 1913[6], 1914 f., 1917, 1920–1922

Botsuana
siehe außerdem:
Bewegung blockfreier Staaten, Namibia-Frage, Rhodesien-Frage
S. 478, 798

Brasilien
siehe außerdem:
Angola, Argentinien, Berlin, Energie- und Rohstoffpolitik, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Rüstungsexportpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 437[13], 456, 988, 993, 1011
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 102 und S. 446, 458[29], 683[6], 870, 892, 977, 1071, 1188 f., 1270, 1666 f.
– Kuba
S. 459
– Senegal
S. 437
– Südafrika
S. 459
– UdSSR
S. 459
– USA
S. 457 f.

Bulgarien
siehe außerdem:
Energie- und Rohstoffpolitik, MBFR, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 1142, 1493
– Europäische Gemeinschaften
S. 218[19], 536, 549, 554
– Griechenland
S. 396, 547, 744
– Jugoslawien
S. 395, 547, 561 f., 1131 f.

– Rumänien
S. 547, 561
– Türkei
S. 547
– UdSSR
S. 395 f., 547, 562

Bulgarien–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 120, 122, 124 und S. 1379
– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 537 f., 549, 553–557
– Humanitäre Fragen
S. 551
– Kulturbeziehungen
S. 549, 551
– Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 548[10]

Bundesamt für Verfassungsschutz
S. 1132–1134, 1414

Bundesgrenzschutz
S. 106[33], 567

Bundeskabinett
S. 91, 361, 428[3], 571, 654[3], 662 f., 694[15], 703[13], 811[21], 854, 943[2], 1128, 1134[50], 1358, 1392[9], 1429[6], 1499[7], 1665, 1735 f., 1926, 1929, 1930[27], 1958

Bundeskanzleramt
S. 80[6], 108 f., 153–155, 206, 335, 866, 1134[50], 1278, 1336, 1486, 1517, 1639[7], 1869, 1970

Bundeskriminalamt
S. 106[33], 155, 566 f., 1388[2], 1389, 1414, 1557[2], 1558 f.

Bundesministerium der Finanzen
S. 80[6], 123, 310[16], 537[20], 703[13], 1724[31], 1927, 1929, 1968

Bundesministerium der Justiz
S. 104[20], 1134[50]

Bundesministerium der Verteidigung
S. 43 f., 49–51, 53–55, 90 f., 95, 198 f., 232–234, 316–319, 332–336, 397[3], 398, 400 f., 480, 481[5], 506 f., 509, 629, 807[7], 812–814, 1049–1051, 1092, 1219, 1253[16], 1254, 1278, 1282, 1325, 1336, 1343[1], 1468, 1517, 1547[4], 1590[2], 1656[13], 1677 f., 1686, 1825[33], 1856[1], 1869

Bundesministerium des Innern
S. 108 f., 154 f., 157, 303, 334–336, 566, 571[17], 1038 f., 1134[50], 1167 f., 1388[1], 1968

Bundesministerium für Forschung und Technologie
S. 571[17], 917[45], 1666[24]

Bundesministerium für Verkehr
S. 1087[4], 1720

Bundesministerium für Wirtschaft
S. 60, 122, 370, 571[17], 708[11], 752[29], 813, 814[27], 1071, 1162, 1164 f., 1281–1283, 1404[26], 1486, 1635, 1666[24], 1927, 1929

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
S. 32[35], 334, 427, 752[29], 1071, 1107[4], 1203[25], 1368

Bundesnachrichtendienst (BND)
S. 155, 334, 336 f., 373

Bundesrat
S. 839 f., 941, 999, 1143, 1145[29], 1146[30], 1159, 1608, 1735

Bundessicherheitsrat
S. 49 f., 92[14], 397 f., 471[3], 481, 483, 507, 583[2], 584, 679[11], 686, 807 f., 812–815, 1037, 1323[7], 1324[8], 1325[16], 1326, 1335, 1345, 1357 f., 1468, 1664[17], 1735, 1788–1790, 1856[1], 1857[5], 1944

Bundessozialgericht
S. 714, 1146[31], 1159[39]

Bundestag
S. 64, 142, 189, 219[21], 246[7], 285, 294, 297–299, 323, 325 f., 336, 348, 352 f., 360[10], 378, 385, 428[3], 435, 442, 475, 488, 510[3], 549, 662, 693, 695, 726, 730, 809, 839 f., 916, 922, 941, 960, 980, 998[23], 999, 1014, 1059, 1107[4], 1124, 1145[29], 1146[30], 1151, 1159, 1161, 1182, 1184, 1197, 1245[5], 1378, 1392, 1499[7], 1553, 1607, 1639, 1642, 1646, 1652, 1659, 1724[31], 1735, 1764, 1788, 1865[11], 1867, 1880, 1923, 1925, 1946

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
S. 427

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.
S. 1929 f.

Bundesverband deutscher Banken e.V.
S. 1929

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V. (BDA)
S. 1719[8]

Bundesverfassungsgericht
S. 360, 851, 1146[31], 1159 f., 1915[13]

Bundesverwaltungsgericht
S. 1167 f.

Bundeswehr
S. 54, 92[12+13], 95, 181, 198[4], 199, 280, 334, 353, 389, 401, 475[6], 481, 552, 597, 990, 1151, 1253[16], 1368[7], 1460, 1470, 1524, 1533, 1619[45], 1620, 1677, 1868[19]

Burundi
S. 273

CDU (Christlich-Demokratische Union Deutschlands)
S. 352[4], 412, 428[3], 941[9], 998[23], 999, 1124[23], 1143, 1146[30], 1157, 1159, 1161, 1236, 1238, 1342, 1370, 1418, 1553[3], 1837

Central Treaty Organization (CENTO)
S. 30, 52[22], 84[7], 210[17], 623[10]

Chile
siehe außerdem:
Argentinien, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 594, 1011, 1066–1070

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 222 und S. 1312
– Dänemark
S. 1312
– Frankreich
S. 1071
– Großbritannien
S. 1069, 1071
– Japan
S. 1070 f.
– Kanada
S. 1070 f.
– Peru
S. 470[13]
– Spanien
S. 1070 f.
– USA
S. 1069, 1071
– Volksrepublik China
S. 1070

China
siehe: Republik China (Taiwan) und Volksrepublik China

COMECON (Council for Mutual Economic Aid/Assistance)
siehe: Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

Commonwealth of Nations
S. 32, 246[8], 478[4], 591 f., 594, 606, 641 f., 763 f., 788, 791, 834, 892, 911, 1120, 1124, 1142, 1212, 1312, 1529, 1597, 1617, 1618[41], 1698, 1765 f., 1769, 1820, 1897

Coordinating Committee for East-West Trade Policy (COCOM)
S. 9[11], 1165 f., 1974

Costa Rica
S. 1009 f., 1365, 1489[6]

ČSSR (Československá Socialistická Republika)
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, MBFR, UNO

S. 362, 818, 1493, 1910

– Bundesrepublik Deutschland
S. 1379
– Charta 77
S. 956
– Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 956
– Großbritannien
S. 956
– Iran
S. 1727[14], 1907
– UdSSR
S. 1105, 1736, 1975[4]

CSU (Christlich-Soziale Union)
S. 352[4], 428[3], 941[9], 998[23], 1124[23], 1143, 1157, 1159, 1161, 1237 f., 1342, 1370, 1553[3], 1837

Dänemark
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Chile, Energie- und Rohstoffpolitik, Europäisch-Arabischer Dialog, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, „Indochina-Flüchtlinge", KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, Rhodesien-Frage, SALT, TNF-Modernisierung, UNO, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Zypern-Konflikt

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 232, 345
– DDR
S. 1111
– Kambodscha
S. 1898

– Polen
S. 1111
– UdSSR
S. 289
– Volksrepublik China
S. 163, 288

DDR (Deutsche Demokratische Republik)
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Angola, Äthiopien, Belgien, Berlin, Dänemark, Deutsche Frage, Energie- und Rohstoffpolitik, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, Rhodesien-Frage, Rüstungsexportpolitik, SALT, TNF-Modernisierung, UNO, Wirtschafts- und Finanzpolitik
Dok. 85, 231 und S. 1076f., 1173, 1493
– Afrikapolitik
Dok. 387 und S. 373f., 1830[6]
– Amnestie
S. 1444, 1450f., 1831, 1834
– Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)
S. 1389, 1946[8]
– Frankreich
S. 727[24+25], 729, 1112, 1672–1674, 1919f.
– Großbritannien
S. 725, 727, 729, 1920
– Heiliger Stuhl
Dok. 18 und S. 986[1], 989, 998
– Iran
S. 196
– Japan
Dok. 57 und S. 970
– Libyen
Dok. 43 und S. 129[19], 158, 160, 223, 1946[8], 1948[10]
– Mosambik
S. 129, 248, 373f., 1946[8], 1947[9], 1948
– Nicaragua
S. 1374
– Niederlande
S. 1326[3]
– Österreich
S. 115f., 1112
– Polen
S. 684[7]
– Sambia
S. 129, 1946[8], 1947[9], 1948[10]
– UdSSR
S. 522[4], 611, 702, 704, 1077, 1105, 1305f., 1444, 1446f., 1736, 1752[7], 1778–1780, 1917, 1923
– USA
Dok. 25 und S. 625f., 725–727, 729, 1105f., 1673[9], 1917f.
– Zaire
S. 1701

Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)
siehe außerdem:
Arabische Republik Jemen (Nordjemen), DDR, Nahost-Konflikt, Terrorismus
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 283
– Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 274f.
– Kuba
S. 381, 1537
– Oman
S. 243[12]
– Saudi-Arabien
S. 155, 300, 304, 513, 518
– UdSSR
S. 108, 152, 455, 894, 1389[5], 1537

Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)
S. 166[17], 932

Deutsch-deutsches Verhältnis
Dok. 84, 150, 212, 263, 291, 358 und S. 489f., 523, 529, 531, 580f., 609–612, 684[7], 695, 697, 712, 724f., 840f., 867, 1076f., 1106, 1128, 1142, 1148, 1241, 1244, 1379, 1474, 1532, 1778–1780, 1917, 1923, 1945–1949
– Fluchthilfe/Fluchtversuche
Dok. 110, 111
– Gewässerschutz
S. 1443, 1447, 1831[7]
– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 368–371, 703, 1164, 1305f., 1443, 1450
– Humanitäre Fragen
S. 372, 494
– Innerdeutscher Reiseverkehr
S. 1106, 1448f.
– Journalisten in der DDR
Dok. 133 und S. 488f., 523, 528f., 625, 701–703, 729f., 736, 739, 841, 1106, 1241

– Staatsangehörigkeitsfragen
S. 727, 1673, 1920
– Ständige Vertretungen
Dok. 30, 48
– Verkehrsfragen
S. 369, 703 f., 1077, 1306, 1442 f., 1447 f., 1831[7], 1917

Deutsche Bischofskonferenz
S. 88 f.

Deutsche Bundesbahn
S. 724, 1391, 1873[9], 1913[5], 1921

Deutsche Bundesbank
S. 63, 253 f., 362, 749 f., 923, 1055, 1348, 1393

Deutsche Frage und Wiedervereinigung
Dok. 87, 146, 356 und S. 87–89, 116, 135 f., 205–207, 248[16], 255–257, 370, 372, 374 f., 521 f., 712, 867, 869, 970, 988 f., 1128, 1173, 1263, 1338[6], 1455, 1468–1470, 1506[2], 1675, 1742, 1945–1949
– Bundesrepublik Deutschland
S. 1236, 1240 f., 1468–1470, 1925
– DDR
S. 998, 1241, 1441[1], 1469 f.
– Drei Mächte
S. 1468–1470, 1639, 1640[11], 1826[3], 1925
– Frankreich
S. 857[17], 1112, 1442[4], 1469 f., 1690 f., 1713
– Griechenland
S. 1826 f., 1925
– Großbritannien
S. 1442[4], 1469 f., 1713
– Heiliger Stuhl
S. 986[1], 998
– Österreich
S. 1544[49]
– Polen
S. 683 f.
– UdSSR
S. 522, 684, 1441[1], 1442[4], 1445, 1468–1470, 1544, 1827, 1922
– Ungarn
S. 1236 f.
– USA
S. 1441[1], 1442[4], 1469 f.
– Vier-Mächte-Verantwortung
S. 684, 727[24], 1112, 1469, 1638–1640
– Volksrepublik China
S. 1826 f., 1925

Deutscher Akademischer Austauschdienst e.V.
S. 480, 1369

Deutscher Caritasverband e.V.
S. 1060, 1368[7]

Deutsche Reichsbahn
S. 1913[5], 1921

Deutscher Entwicklungsdienst
S. 1369

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
S. 664

Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT)
S. 1461

Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V.
S. 1929

Deutscher Städtetag
S. 550

Deutsches Archäologisches Institut
S. 469[12]

Deutsche Schule Beirut
S. 567

Deutsches Rotes Kreuz (DRK)
S. 1368, 1755[13]

Die Grünen
S. 1515, 1642

Dschibuti
S. 33

Economic Commission for Europe (ECE)
S. 1209, 1851

Ecuador
S. 465, 481, 808, 1011

EFTA
siehe: European Free Trade Association

Elfenbeinküste
S. 5, 32, 1701, 1818

El Salvador
Dok. 298 und S. 993
– Italien
S. 1489[6]
– Kuba
S. 1637[8]
– Nicaragua
S. 1010, 1365 f., 1374
– Südafrika
S. 1817

– USA
S. 1489

Energie- und Rohstoffpolitik
S. 359, 415, 1151, 1209, 1242

– Ägypten
S. 423

– Algerien
S. 1187

– Alternative Energiequellen
S. 364, 536, 747, 768, 770, 833f., 849, 856, 862, 864, 881, 891, 900, 903, 923f., 930, 963, 966, 1147f., 1438, 1464[33], 1466, 1628, 1667, 1777, 1851

– Argentinien
S. 663–665, 1666f.

– Australien
S. 865, 1270

– Belgien
S. 227[14], 228, 230, 847f.

– Brasilien
S. 446, 456, 458, 460f., 465, 870, 892, 977, 994, 1188f., 1270, 1666f.

– Bulgarien
S. 535f., 1777

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 141, 179 und S. 76f., 85, 226–230, 239f., 364, 379, 446, 458[29], 460f., 465[4], 466, 535f., 570f., 619, 694, 745–748, 753, 768–770, 780–782, 784f., 799–801, 819, 833–837, 848f., 854–856, 870, 881, 889, 891f., 899–904, 917, 923f., 930f., 963, 966f., 969f., 977, 978[6], 995f., 1007, 1020–1022, 1110, 1162–1166, 1188f., 1204, 1210f., 1270, 1392, 1394, 1404, 1437f., 1464–1466, 1601, 1666f., 1723, 1729, 1775–1777

– Dänemark
S. 1110, 1628

– DDR
S. 1446f.

– Erdgas
S. 1163f.

– Erdöl/Erdölpreise
S. 8, 24f., 76, 84f., 156, 158, 210, 212f., 225f., 243, 302, 308f., 358, 361, 364[6], 381, 412f., 417, 424, 454, 456, 458, 535f., 578, 608, 619, 745–748, 768–770, 780–784, 794–796, 801, 833, 835–837, 848, 854–856, 862–865, 899–901, 903f., 923–926, 930f., 962–964, 966f., 969f., 994f., 997, 1007, 1020–1022, 1041, 1115[6], 1139f., 1143, 1147, 1156, 1162, 1186f., 1204, 1210, 1242, 1267, 1322, 1343f., 1348[20], 1392–1394, 1404, 1437f., 1464–1466, 1490, 1498, 1529, 1533f., 1537, 1545f., 1601, 1604, 1625, 1627f., 1636, 1662, 1667, 1693[6], 1694, 1722f., 1727, 1775–1777, 1850, 1871, 1880[18], 1907f., 1927, 1930, 1974

– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 364, 745–747, 768–770, 796, 835, 881, 922–926, 930, 962–964, 970, 997, 1186f., 1211, 1404[26], 1458, 1464, 1533, 1605f., 1628, 1723, 1850f.

– Frankreich
S. 29, 76, 226–230, 239f., 446, 745–748, 753, 767–770, 795f., 799–801, 854–856, 900, 923f., 1166, 1211, 1391, 1393f., 1404, 1465, 1532, 1601, 1628, 1723, 1775

– Großbritannien
S. 76, 84, 229, 536, 767–770, 818, 855, 1021, 1404[26], 1465, 1532, 1537, 1604f., 1625, 1627f.

– Heiliger Stuhl
S. 995

– IEA (Internationale Energieagentur)
S. 364, 746[5], 769f., 784, 795, 848, 963f., 1007, 1404[26], 1851, 1927[15], 1930

– Indien
S. 624, 889–892, 1267[7], 1268f., 1275, 1360f., 1617, 1729f.

– International Nuclear Fuel Cycle Evaluation (INFCE)
S. 8, 77, 571[17]

– Irak
S. 978[6], 1021, 1267, 1545

– Iran
S. 24f., 76, 84f., 158, 210, 212f., 225f., 364[6], 381, 783, 833, 848, 865, 899, 903, 1115[6], 1163f., 1267[7], 1662, 1693[6], 1694, 1722f., 1727, 1775–1777, 1880[18], 1907, 1927[15], 1930

– Irland
S. 1464f.

– Israel
S. 25, 1270

– Italien
S. 1004, 1007, 1601, 1628

– Japan
S. 76f., 865, 963f., 967, 969f., 1537, 1601, 1723, 1907

– Jordanien
S. 1204, 1545
– Jugoslawien
S. 1777
– Kanada
S. 76, 536, 663–665, 865, 963f., 1667
– Kernenergie
S. 8, 29, 76f., 227–230, 239f., 364, 366, 446, 458, 460f., 535f., 571, 623–625, 662–665, 694, 697, 745–747, 753, 768, 770, 783, 785, 799–801, 818f., 833f., 836f., 847–849, 856, 864, 870, 889–892, 900, 904, 917, 923f., 930f., 963, 966, 977, 1007, 1020f., 1110, 1162–1166, 1188f., 1266–1276, 1360f., 1392–1394, 1404, 1431, 1465f., 1515, 1528, 1532, 1540[40], 1616f., 1628, 1666f., 1729f., 1739, 1818, 1851, 1860
– Kuwait
S. 226, 862, 1431[11], 1545, 1777
– Libyen
S. 158, 1187, 1267, 1270, 1723, 1777
– Malaysia
S. 837
– Mexiko
S. 84, 226, 456, 536, 899, 903, 995, 1464, 1777
– Niederlande
S. 230, 818, 855
– Nigeria
S. 456, 995, 1545
– Norwegen
S. 84, 536, 899, 1020–1022, 1739
– OAPEC
S. 415[43]
– Oman
S. 1343f.
– OPEC
S. 24, 84, 308f., 412, 414, 454[7], 619, 746–748, 768f., 783, 784[3+4], 785, 796[11], 861–866, 901, 904, 917, 924, 963f., 994f., 1020, 1187, 1392, 1394, 1464, 1529, 1545f., 1723, 1927, 1930, 1974
– Pakistan
Dok. 256 und S. 29, 623–625, 818f., 889f., 1360f., 1528, 1616f., 1667, 1729
– Peru
S. 465f.
– Polen
S. 1147f., 1775, 1777
– Rumänien
S. 1109, 1431[11], 1437f., 1777
– Saudi-Arabien
S. 84f., 156, 226, 243, 308, 412, 619, 745, 780f., 855, 899–904, 930f., 1021, 1267, 1545, 1601, 1777, 1871
– Schweden
S. 1110
– Schweiz
S. 1666f.
– Singapur
S. 836f.
– Südafrika
S. 25
– Türkei
S. 994
– UdSSR
S. 535f., 575, 697, 836, 865, 902f., 917, 1162–1166, 1446f., 1465, 1534, 1537, 1723, 1776–1778, 1974
– Ungarn
S. 1777
– UNO
S. 1464
– USA
S. 8[8], 76, 302, 308f., 379, 413, 458, 535, 570f., 619, 623–625, 662–665, 694, 697, 745f., 769f., 780, 783–785, 794–796, 818[5], 848f., 856, 862, 865, 881, 891f., 899f., 902–904, 923[9], 926, 963f., 966f., 995, 1004, 1041, 1055, 1110[11], 1140, 1166, 1188f., 1270, 1348[20], 1360f., 1458, 1464f., 1528, 1537, 1586, 1601, 1666f., 1693[6], 1694, 1723, 1727, 1729f., 1817
– Venezuela
S. 226, 995, 1021, 1777
– Vereinigte Arabische Emirate
S. 226, 855, 1267
– Volksrepublik China
S. 1166, 1540[40]

Entspannungspolitik
S. 10, 36, 56, 102, 131f., 146, 184, 186, 189, 217f., 222, 237, 244, 258 , 265, 286, 321, 369, 390f., 457, 473, 490, 504, 521[2], 522, 529, 530[3+4], 573f., 606, 608, 610, 648, 673, 687, 697, 711–713, 735, 738–744, 758, 817, 825, 871, 906, 915, 938, 944, 1000, 1004f., 1018, 1077, 1100, 1108, 1130, 1139, 1142, 1146f., 1149, 1160, 1176f., 1237, 1256, 1262f., 1265[27], 1304–1306, 1336, 1339f., 1349[2], 1379, 1381, 1408, 1417, 1419, 1439, 1445, 1451, 1474, 1476, 1479, 1481, 1483, 1493, 1526f.,

1543, 1555f., 1569[29], 1574, 1576–1580, 1598, 1607, 1633, 1644, 1646, 1648, 1650, 1652, 1664, 1675, 1691, 1716, 1741, 1743, 1748, 1753, 1757–1760, 1762, 1764, 1780f., 1783, 1806–1808, 1831[9], 1832f., 1836f., 1877, 1891, 1904, 1910f., 1915, 1923, 1938–1940, 1944, 1946f., 1971[7]

Entwicklungshilfepolitik
S. 32[35], 33, 306, 309f., 360f., 414–416, 435f., 456f., 569f., 623, 752f., 758f., 797f., 811, 813, 862f., 865, 926, 964, 970, 994f., 1021f., 1190, 1201, 1203, 1271, 1274, 1302, 1362, 1405f., 1437f., 1453, 1729, 1959, 1972f.

EURATOM
siehe: Europäische Atomgemeinschaft

Europäisch-Arabischer Dialog
S. 224, 244, 978, 1170, 1185–1187, 1462, 1464

– Ägypten
S. 1320

– Belgien
S. 954, 1311

– Bundesrepublik Deutschland
S. 105, 825, 954

– Dänemark
S. 954, 1895

– Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 104f., 824f., 954f., 1311, 1321, 1895–1897

– Frankreich
S. 955, 1311, 1896

– Großbritannien
S. 105, 954

– Irland
S. 824f., 955

– Italien
S. 1311

– Niederlande
S. 104f., 954f., 1895

– Tunesien
S. 955

Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)
siehe außerdem: Australien
S. 8[8], 227–230, 239f., 800f., 1882[24]

Europäische Gemeinschaften (EG)
siehe außerdem:
Ägypten, Angola, ASEAN, Berlin, Bulgarien, Energie- und Rohstoffpolitik, Finnland, Griechenland, „Indochina-Flüchtlinge", Irak, Iran, Israel, Japan, Jugoslawien, Kanada, Libanon, Nahost-Konflikt, Polen, Portugal, Rumänien, Saudi-Arabien, Spanien, Thailand, Türkei, UdSSR, USA, Volksrepublik China, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Zaire
S. 366, 758, 867, 977, 1123f., 1147, 1239

– Afrikapolitik
S. 367, 749, 1186, 1333, 1464

– Agrarpolitik
S. 79–82, 118–120, 230f., 250–254, 358, 363[5], 365, 602f., 607, 750f., 771, 796f., 856, 1332[10], 1333[19], 1394f., 1404, 1415, 1422–1424, 1458–1460, 1533, 1603–1605, 1625f., 1630, 1787, 1851

– AKP-Staaten
S. 414[42], 457[27+28], 752, 797f., 865, 1422, 1461

– Belgien
S. 80[6], 81, 227[14], 228, 230, 749[21], 1348[19], 1606, 1626, 1787

– Bundesrepublik Deutschland
S. 79–82, 117–120, 227–231, 239f., 251–255, 363[5], 365, 392–394, 749–751, 771f., 796–801, 853, 1395f., 1404, 1423f., 1458–1460, 1465, 1499[7], 1602–1606, 1624–1630, 1786f., 1856[3]

– Dänemark
S. 251[22], 1348[19], 1424, 1459, 1522[16], 1626f., 1629, 1786f., 1851[15]

– Direktwahlen zum Europäischen Parlament
S. 120, 219, 444[2], 523–525, 600, 605, 625, 644, 683[6], 695, 697, 704f., 722–726, 774, 799, 838–840, 852f., 879, 922, 997, 1533, 1852

– „Drei Weise"
S. 107, 644, 1457f., 1606, 1849, 1852

– Europäische Investitionsbank (EIB)
S. 752, 798

– Europäischer Entwicklungsfonds
S. 752

– Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
S. 1333[19], 1460, 1464, 1856[3]

– Europäischer Gerichtshof (Luxemburg)
S. 227–230, 239f., 645, 798[20], 800, 1672[3], 1915[13], 1916

- Europäischer Rat
  Dok. 83, 190, 362 und S. 103[19], 105, 107, 231, 239, 254, 272, 274, 357f., 361, 442, 602f., 644, 745, 747, 750, 752[30], 768–771, 784[4], 796f., 805f., 835, 848f., 856f., 881, 902, 929f., 963, 980, 1064, 1074f., 1202, 1292, 1295f., 1333[18+19], 1394[16], 1395, 1416, 1422–1425, 1458–1460, 1465, 1597, 1602–1606, 1620, 1624–1630, 1660, 1786f., 1838, 1848, 1895, 1898, 1924
- Europäischer Währungsfonds (EWF)
  S. 923, 1852
- Europäisches Institut
  S. 851
- Europäisches Parlament
  S. 239, 254[32], 645, 699, 1394, 1423, 1457f., 1460, 1856[3]
- Europäisches Währungssystem (EWS)
  S. 79–81, 118–120, 230f., 252f., 357f., 363, 457, 601–603, 607, 749f., 922f., 965, 997, 1140, 1210, 1348[19], 1395f., 1404, 1422f., 1425, 1458, 1493, 1533, 1851f.
- Europäische Union
  S. 1457, 1852
- Fischereipolitik
  S. 229, 251, 751, 771, 796, 1111, 1458, 1604f., 1628, 1787, 1851
- Frankreich
  S. 79–82, 117–120, 227–231, 239f., 252, 363[5], 366, 393[7], 394, 749–751, 771[18], 796–801, 852f., 1257, 1332[10], 1395f., 1403f., 1424, 1459, 1465, 1522[16], 1602, 1604f., 1624–1629, 1786, 1851[14], 1856[3], 1882[24]
- Großbritannien
  S. 80, 229, 231, 239, 251–255, 363[5], 365, 601–603, 607, 750f., 770–772, 774, 796f., 798[21], 856, 902, 925, 1142, 1211, 1333[18], 1394f., 1402–1404, 1422–1425, 1457–1460, 1465, 1597[20], 1602–1606, 1623–1627, 1629f., 1660, 1786f., 1848–1851, 1856[3]
- Haushalts- und Konvergenzfragen
  S. 239, 253, 602f., 750f., 770–772, 796f., 856, 925, 1333[18], 1394f., 1402–1404, 1414f., 1423f., 1457–1460, 1533, 1597[20], 1602–1606, 1623–1630, 1660, 1713, 1786f., 1849–1851, 1856[3]
- Innerdeutscher Handel
  S. 370, 371[10], 1443f., 1450
- Irland
  S. 798[21], 1394[16], 1424, 1457–1460, 1626, 1787
- Italien
  S. 239, 925, 1332[10], 1333[18], 1422–1425, 1459, 1522[16], 1604, 1626, 1629
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften
  S. 106, 118f., 222f., 229[20], 230f., 253, 273, 299[10], 364f., 366[13], 393[6+7], 414[42], 536[18], 563[10], 602[7], 644f., 747, 750, 752[29], 771, 797, 798[21], 800[30], 824[18], 924[13], 925, 935[26], 963, 1247, 1310, 1333[18+19], 1394[16], 1396, 1403[22], 1422, 1457f., 1464[35], 1465, 1522[16], 1603f., 1626, 1850–1852, 1882[24], 1895f., 1898
- Korrekturmechanismus
  S. 254, 750, 771, 925, 1395, 1459f., 1625–1627, 1850
- Lateinamerikapolitik
  S. 1334
- Luxemburg
  S. 1787
- Mittelmeerpolitik
  S. 1461[22], 1881f., 1887[15]
- Niederlande
  S. 230, 1626f., 1629, 1787
- OPEC
  S. 901, 924
- Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
  S. 218, 562–564, 798f., 1032, 1261, 1264, 1266, 1814
- Tagungen des EG-Ministerrats bzw. des Europäischen Rats
  siehe: Konferenzen und Verhandlungen
- Verteidigungspolitik
  S. 1257

Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)
S. 1882[24]

Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ)
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Arabische Republik Jemen (Nordjemen), Argentinien, Äthiopien, ČSSR, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), Europäisch-Arabischer Dialog, Griechenland, „Indochina-Flüchtlinge", Iran, Kambodscha, Libanon, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Nicaragua, Pakistan, PLO,

Portugal, Rhodesien-Frage, Spanien, Südafrika, Türkei, UdSSR, Vietnam, Volksrepublik China, Zypern-Konflikt

Dok. 22, 60, 137, 169, 170, 196, 265, 374 und S. 222, 1924f.

- Afrikapolitik
  S. 272f.
- Belgien
  S. 99, 104, 269, 271, 273, 823, 952, 954, 1309, 1311, 1897
- Bundesrepublik Deutschland
  S. 104, 269–271, 274–276, 278, 817, 819, 820[29], 822, 825, 952, 954–956, 958, 1312f., 1897f.
- Dänemark
  S. 99, 104, 272, 276, 816f., 823, 952, 954, 958, 1312, 1895, 1897f.
- Europäischer Rechtsraum
  S. 103f., 957f.
- Frankreich
  S. 104, 269f., 272, 274f., 277f., 818f., 822[9], 824, 951f., 954f., 957f., 1311, 1895–1897
- Großbritannien
  S. 104, 268–274, 276f., 816–819, 823, 953f., 956–958, 1309, 1311f., 1895, 1897f.
- Irland
  S. 99, 272, 818, 824f., 953, 955, 957f., 1897
- Italien
  S. 99, 104, 269f., 272, 277, 824, 1311f., 1897
- Konferenzen und informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ
  siehe: Konferenzen und Verhandlungen
- KSZE
  S. 102f., 267–270, 816f., 820[29], 957
- Lateinamerikapolitik
  S. 106, 1361
- Luxemburg
  S. 271, 824, 1310
- Mißbrauch und Verletzung diplomatischer Privilegien
  S. 106, 270
- Mittelmeerpolitik
  S. 99f., 267–270
- Niederlande
  S. 99, 104, 106, 269–272, 274, 277, 817f., 823, 953–955, 957f., 1312, 1895, 1897
- Politisches Komitee
  S. 99–107, 267–278, 816–825, 951–959, 1282, 1310, 1312f., 1334, 1894–1898
- Terrorismus
  S. 103f.
- UNO
  S. 270–272, 819, 1309f.

Europarat
S. 99, 1022, 1731

European Free Trade Association (EFTA)
S. 250[21]

FDP (Freie Demokratische Partei)
S. 352[4], 428[3], 488, 524[17], 931, 998[23], 999, 1124[23], 1143, 1161, 1180, 1342, 1515, 1553[3], 1642, 1648, 1721, 1736, 1742, 1752, 1799, 1837, 1859

Fidschi
S. 1618

Finnland
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Namibia-Frage, SALT, TNF-Modernisierung, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 86[14]

- Bundesrepublik Deutschland
  Dok. 127
- Europäische Gemeinschaften
  S. 577
- NATO
  S. 283
- UdSSR
  S. 281, 577

Frankreich
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Ägypten, Äthiopien, Chile, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Europäisch-Arabischer Dialog, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, „Indochina-Flüchtlinge", KSZE, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, Oman, Rhodesien-Frage, Rüstungsexportpolitik, SALT, TNF-Modernisierung, UNO, Westeuropäische Union, Westsahara-Konflikt, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Zypern-Konflikt

S. 252, 454, 1109f., 1494, 1833

- Afrikapolitik
  S. 250f., 367, 749, 1186, 1464, 1531

– Force de frappe
S. 418, 420, 738, 859, 915, 1401, 1501, 1599–1601
– Großbritannien
S. 767–769, 1604f., 1712f.
– Irak
S. 978, 1229f., 1300
– Iran
S. 23f., 44, 223, 225, 1693[4], 1775[18], 1905–1909, 1926, 1928–1931, 1957f., 1968
– Israel
S. 1532
– Kambodscha
S. 106, 1846
– Kuba
S. 1636
– Libyen
S. 223, 1230
– MBFR
S. 18, 260, 397[6], 419, 446, 453[7], 550[17], 597, 738, 803f., 1035, 1096f., 1141, 1329[5], 1402, 1467–1470
– Pakistan
S. 29f., 1271, 1273–1275
– PLO
S. 1058[2], 1059
– Polen
S. 1208, 1400, 1673
– Rumänien
S. 1429f.
– Saudi-Arabien
S. 155, 900, 1229
– Spanien
S. 1882[24]
– Syrien
S. 1173
– UdSSR
S. 214–222, 322, 446, 521, 860, 938, 981–983, 1336, 1400, 1612f., 1691, 1712[5], 1977
– USA
S. 445f., 794f., 1401f., 1601, 1674[11], 1927–1931, 1958
– Verteidigungspolitik
S. 1401[11]
– Vietnam
S. 106
– Volksrepublik China
S. 216, 219–223, 226f., 288, 938, 997, 1399
– Zaire
S. 32[35], 33

Frankreich–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem:
Berlin, Deutsche Frage
Dok. 16, 26, 50, 51, 54, 100, 119, 157, 165, 166, 167, 177, 193, 246, 284, 286, 326 und S. 834, 1415, 1531, 1533, 1689–1691
– Deutsch-französische Rüstungskooperation und gemeinsame Rüstungsexportpolitik
Dok. 72, 129, 217, 271, 311, 364 und S. 10[12], 481[6], 1404f.
– Französische Truppen in der Bundesrepublik
S. 419f.
– Nukleare Zusammenarbeit
S. 1257[9]

Freedom House
S. 1821[20]

Friedrich-Ebert-Stifung
S. 1369f., 1488

Friedrich-Naumann-Stiftung
S. 1369

Gabun
S. 4, 1701, 1818, 1907

Gambia
S. 4

General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)
S. 299, 323, 366, 571f., 601, 964f., 1261, 1264

Gesetze und Verordnungen
– Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22.7.1913
S. 727[23]
– Gesetz vom 27.9.1950 über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
S. 1133[46]
– Gesetz vom 21.5.1951 über Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie
S. 467[8]

- Gesetz vom 19.5.1953 über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz)
  S. 1146[30]
- Gesetz vom 22.2.1955 zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit
  S. 727[23]
- Ausführungsgesetz vom 20.4.1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz)
  S. 10[15], 91[10], 92[14], 808, 812
- Außenwirtschaftsgesetz vom 28.4.1961
  S. 10[15]
- Gesetz vom 10.7.1961 über das Kreditwesen
  S. 864
- Verordnung vom 22.8.1961 zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28.4.1961 (Außenwirtschaftsverordnung)
  S. 583[2]
- Betriebsverfassungsgesetz vom 15.1.1972
  S. 467[8]
- Gesetz vom 7.8.1972 zur Änderung des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
  S. 1133[46]
- Gesetz vom 4.5.1976 über die Mitbestimmung
  S. 467[8]
- Gesetz vom 16.6.1978 über die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlgesetz)
  S. 523
- Gesetz vom 30.11.1978 zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Gewerbesteuergesetzes, des Umsatzsteuergesetzes und anderer Gesetze (Steueränderungsgesetz 1979)
  S. 1145
- Gesetz vom 22.12.1978 zur Änderung des Kraftfahrzeug-Steuergesetzes
  S. 703[13]
- Gesetz vom 23.2.1979 über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1979 (Haushaltsgesetz 1979)
  S. 61
- 16. Strafrechtsänderungsgesetz vom 16.7.1979
  S. 428[3], 1161
- Gesetz vom 14.3.1980 zu dem Vertrag vom 28.5.1979 und dem Beschluß vom 24.5.1979 über den Beitritt der Republik Griechenland zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zur Europäischen Atomgemeinschaft und zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
  S. 1925[6]
- Gesetz vom 11.12.1990 zu den Zusatzprotokollen I und II zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen von 1949
  S. 233[4]

Gewerkschaft Textil und Bekleidung
S. 1264

Ghana
S. 808, 955, 1010, 1704

Goethe-Institut zur Pflege der deutschen Sprache im Ausland und zur Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit e.V.
S. 567

Grenada
S. 1315, 1637[8]

Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9)
S. 109, 156, 304[7], 334–337, 1037, 1039

Griechenland
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Bulgarien, Deutsche Frage, MBFR, NATO, SALT, TNF-Modernisierung, UNO, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Zypern-Konflikt
S. 788, 1721

- Bundesrepublik Deutschland
  Dok. 89, 299, 300, 381 und S. 1826 f.
- Europäische Gemeinschaften
  S. 383, 393 f., 396, 454, 515, 646, 788, 801, 1056, 1332[10], 1498 f., 1531, 1852, 1882
- Europäische Politische Zusammenarbeit
  S. 270 f., 819 f.
- Iran
  S. 213
- Israel
  S. 515
- Jugoslawien
  S. 395

– Türkei
S. 111–115, 394–396, 412, 1497[4], 1499 f., 1503–1505
– UdSSR
S. 1494 f.
– USA
S. 1493 f.
– Volksrepublik China
S. 1826 f.

Großbritannien
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Ägypten, Chile, ČSSR, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Europäisch-Arabischer Dialog, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, „Indochina-Flüchtlinge", KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, Rhodesien-Frage, Rüstungsexportpolitik, SALT, TNF-Modernisierung, UNO, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Westeuropäische Union, Zypern-Konflikt
S. 78 f., 293 f., 297, 454, 751, 1110, 1142, 1211, 1463, 1675
– Indien
S. 30
– Irak
S. 978
– Iran
S. 44, 213, 1661[3], 1872, 1905–1909, 1926, 1928–1931, 1957 f., 1968
– Irland
S. 1463
– Jamaika
S. 296
– Kambodscha
S. 106, 1597, 1898
– Katar
S. 241[4]
– Kuba
S. 1636
– Kuwait
S. 241[4]
– Norwegen
S. 281[7]
– Oman
S. 241[4], 243, 1344
– Pakistan
S. 1271, 1273–1275
– PLO
S. 1059, 1614
– Polen
S. 63, 1148 f.
– Rumänien
S. 1430
– Sambia
S. 296
– Saudi-Arabien
S. 155, 241[4], 242
– Sicherheitspolitik
S. 605[20], 1501, 1599
– Spanien
S. 590
– Südafrika
S. 633, 819
– UdSSR
S. 295, 322, 860, 1774, 1976
– USA
S. 605[20], 1501, 1531, 1599–1601, 1727[16], 1927–1931, 1957 f.
– Vereinigte Arabische Emirate
S. 241[4]
– Vietnam
S. 106
– Volksrepublik China
S. 244, 290, 997, 1594, 1616, 1774

Großbritannien–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem:
Berlin, Deutsche Frage
Dok. 55, 56, 58, 66, 79, 131, 132, 160, 314, 315, 316 und S. 9, 1872

Grundgesetz vom 23.5.1949
S. 10[15], 727[23], 841, 851, 1146[31], 1167[3], 1168

Gruppe der 77
S. 461[43], 760

Guatemala
S. 1010, 1365 f., 1374, 1510, 1637[8]

Guinea
S. 32

Guinea-Bissau
S. 1246, 1249 f.

Haager Akademie für Internationales Recht
S. 1087

Heiliger Stuhl
siehe außerdem:
DDR, Deutsche Frage, Energie- und Rohstoffpolitik, Nahost-Konflikt
S. 1244
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 204, 205 und S. 87–89, 1235f.
– Israel
S. 996
– Polen
S. 841f., 852, 987f., 1000, 1077
– UdSSR
S. 216, 988
– Ungarn
S. 988

Honduras
S. 1010, 1365f.

Hongkong
siehe außerdem: „Indochina-Flüchtlinge“
S. 73, 221, 1544[50], 1596

Humanitäres Kriegsvölkerrecht
Dok. 52

IAEO
siehe: Internationale Atomenergieorganisation

IEA (Internationale Energieagentur)
siehe unter: Energie- und Rohstoffpolitik

Indien
siehe außerdem:
Bewegung blockfreier Staaten, Energie- und Rohstoffpolitik, Großbritannien, Rüstungsexportpolitik, UNO
S. 1065, 1942
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 184 und S. 48–55, 90–93, 807–815
– Pakistan
S. 54, 580, 810, 1267–1270, 1272f., 1275, 1617, 1730
– UdSSR
Dok. 128 und S. 51f., 55, 84[7], 279, 809, 812, 832, 891, 1542, 1971[6+11], 1977
– USA
S. 624, 832, 1360f., 1729
– Volksrepublik China
Dok. 61 und S. 579f., 888–891, 1527f., 1730

„Indochina-Flüchtlinge“
Dok. 32 und S. 31f., 929, 967, 1087, 1124, 1596
– ASEAN
S. 146f., 913, 928[15], 951f., 1519
– Belgien
S. 952, 1309
– Bundesrepublik Deutschland
S. 147, 819, 927f., 934f., 952, 1008[17], 1317, 1539, 1615[36]
– Dänemark
S. 952
– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 818f., 820[29], 925, 951–954, 1309f., 1512[23], 1513, 1615[36]
– Frankreich
S. 818f., 951f., 954
– Großbritannien
S. 818, 953, 1309
– Hongkong
S. 147[10], 818, 913, 953, 1309, 1615
– Indonesien
S. 146f., 913, 951f.
– Irland
S. 818, 953
– Italien
S. 1008
– Japan
S. 927f.
– Kambodscha
S. 818, 912, 927, 928[15], 933, 951, 1008, 1520, 1538f., 1576[40], 1615f., 1890[17]
– Laos
S. 927, 928[15]
– Malaysia
S. 913, 935, 951f., 1317
– Niederlande
S. 818, 953
– Philippinen
S. 913, 952
– Singapur
S. 913, 935, 953
– Thailand
S. 818, 913, 932–935, 951f., 1512[23], 1513, 1538f., 1576[40], 1615f., 1890
– UdSSR
S. 913, 1008[17]

– UNO
S. 792, 818f., 913, 927f., 934f., 951–953, 965, 1008[17], 1309f., 1317, 1615
– USA
S. 927f., 1008[17]
– Vietnam
S. 147, 792, 818, 912, 927f., 935, 951–953, 965, 1008, 1309, 1513, 1519f., 1539, 1890
– Volksrepublik China
S. 933, 953, 1008[17], 1519f., 1539, 1890

Indonesien
siehe außerdem:
„Indochina-Flüchtlinge", Rüstungsexportpolitik
– Bundesrepublik Deutschland
S. 481[6]
– Malaysia
S. 835f.
– Niederlande
S. 835
– USA
S. 145
– Vietnam
S. 147f.
– Volksrepublik China
S. 145

Institute for the U.S. and Canadian Studies
S. 1398

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
S. 1398

Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (IMEMO)
S. 1551, 1953[17]

International Civil Aviation Organization
S. 1497[4]

Internationale Atomenergieorganisation (IAEO)
S. 8[8], 29[28], 227[14], 460, 461[42], 571[17], 624[11], 663, 694, 917, 924, 1020, 1165f., 1266[4], 1360[37], 1666[24], 1667[26], 1729[25]

Internationale Liga für Menschenrechte
S. 1698[1], 1701[16], 1702

Internationaler Gerichtshof (IGH)
S. 396[19], 1131[42], 1829, 1858, 1879, 1881, 1906, 1927, 1928[16], 1965

Internationaler Währungsfonds (IWF)
S. 28, 295[17], 306–308, 357, 360[9], 362, 367, 382f., 415, 423f., 489, 511, 569, 622f., 646, 765[23], 965, 1019, 1230[17], 1271, 1275[31], 1369, 1462[30+31], 1700[12], 1701[13]

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)
S. 1058[2], 1059, 1512[23], 1615[35+36], 1693[4], 1697, 1898

Internationales Schulbuch-Institut (Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung)
S. 713[13]

International Institute for Strategic Studies (IISS)
S. 859, 1383[4], 1385[15], 1556, 1599

International Olympic Committee (IOC)
S. 1711[3]

Irak
siehe außerdem:
Arabische Republik Jemen (Nordjemen), Berlin, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Nahost-Konflikt, Rüstungsexportpolitik, UNO
S. 152, 225, 356, 1842
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 201, 203 und S. 1012f., 1057, 1064, 1907
– Europäische Gemeinschaften
S. 1881f., 1887[15]
– Iran
S. 224, 898, 985, 1012, 1065, 1887[15], 1907
– Israel
S. 984[5]
– Japan
S. 978
– Jordanien
S. 984
– Saudi-Arabien
S. 378[14], 835, 984, 1223
– Syrien
S. 26, 87, 380, 718, 721, 984, 1012f., 1231, 1320, 1614
– UdSSR
S. 223, 244, 455, 985, 1012, 1064, 1222, 1301[31], 1507
– USA
S. 384, 1012, 1057, 1064

Iran
siehe außerdem:
Ägypten, Algerien, Belgien, ČSSR, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irak, Nahost-Konflikt, Rüstungsexportpolitik, SALT, UNO, Wirtschafts- und Finanzpolitik

Dok. 49, 103 und S. 23f., 43–46, 57f., 83, 86, 108, 152, 223f., 307, 381, 405f., 413, 427, 430, 441, 455, 482, 514, 520, 617, 748, 888, 894, 898, 1010, 1032, 1113–1116, 1149, 1173, 1178f., 1190, 1215, 1465, 1668[6], 1813, 1850, 1935f., 1940, 1942

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 8, 233, 324, 368 und S. 11, 209f., 223f., 1163f., 1179, 1662f., 1707, 1748, 1774f., 1827–1829, 1842–1844, 1854–1856, 1880–1883, 1905–1909, 1928f., 1957f., 1963–1969

– Europäische Gemeinschaften
S. 1661, 1669, 1692–1697, 1966[19]

– Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 105, 640f., 1726, 1849, 1853, 1894f.

– Israel
S. 210–212, 640, 1177, 1722f.

– Italien
S. 212, 1926

– Jamaika
S. 1907

– Japan
S. 1926, 1931, 1957f.

– Kanada
S. 210

– Kuba
S. 1907

– Kuwait
S. 1907

– Libyen
S. 195f., 640

– NATO
S. 207–213

– Niederlande
S. 212

– Nigeria
S. 1907

– Norwegen
S. 213, 1907

– Oman
S. 243[12], 1344

– Pakistan
S. 1271–1273

– PLO
S. 209f., 242, 640, 1726f.

– Portugal
S. 1907

– Sambia
S. 1907

– Saudi-Arabien
S. 86, 110[13], 155, 209f., 242, 304, 513, 896, 1869[3]

– Schweden
S. 1693[4]

– Schweiz
S. 1926, 1968[4]

– Syrien
S. 1177–1179, 1693[4]

– Türkei
S. 211

– UdSSR
Dok. 360 und S. 43[1], 58, 83, 85, 87, 152, 208, 210, 212f., 221, 223, 640, 897, 938, 985, 1065, 1115, 1536f., 1707, 1727[14], 1728, 1775f., 1872, 1881, 1883, 1907f., 1971[12], 1977

– USA
Dok. 331, 333, 357, 363, 391 und S. 22f., 27, 44–46, 210–212, 749, 779f., 832, 1065, 1114, 1178, 1536f., 1661f., 1668f., 1725–1728, 1746–1748, 1774–1776, 1792–1794, 1800, 1803, 1836[9], 1837–1840, 1842–1844, 1853, 1871–1874, 1877–1883, 1890, 1894f., 1900, 1905–1909, 1912, 1926–1931, 1941, 1956–1959, 1968f., 1977

– Volksrepublik China
S. 210, 1843, 1881, 1907

– Wirtschaftssanktionen
Dok. 382, 392 und S. 1871–1875, 1878–1883, 1905–1909, 1956–1959, 1966

Irland
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Energie- und Rohstoffpolitik, Europäisch-Arabischer Dialog, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, Großbritannien, „Indochina-Flüchtlinge", KSZE, Nahost-Konflikt, Rhodesien-Frage, Rüstungsexportpolitik

Dok. 293 und S. 1531

Island
S. 1569[26], 1899, 1903

Israel
siehe außerdem:
Ägypten, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Griechenland, Heiliger Stuhl, Irak, Iran, KSZE, Nahost-Konflikt, Rüstungsexportpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 918, 1906
– Europäische Gemeinschaften
S. 225, 1720, 1895
– Jordanien
S. 406[14], 1231
– Libanon
S. 613[5], 823 f., 1016, 1073 f., 1175 f., 1181, 1191–1193, 1195–1197, 1231 f., 1297, 1299, 1318 f., 1406
– Libyen
S. 195[7], 1267[5]
– PLO
S. 565 f., 613[5], 1013[10], 1058 f., 1128, 1289 f., 1557[2], 1558 f., 1801
– Polen
S. 1149
– Saudi-Arabien
S. 156
– Spanien
S. 515 f., 590, 1332, 1371, 1720 f.
– Südafrika
S. 249, 272
– Syrien
S. 984[3], 1196
– USA
S. 301–303, 1072–1074, 1135–1137, 1277–1280, 1406

Israel–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 116, 208, 260, 261, 338 und S. 160, 482, 615, 620, 749, 918, 996, 1125, 1135–1137, 1183 f., 1277–1280, 1333, 1406, 1438
– Verjährungsdebatte
S. 428–431, 782[30], 998 f., 1161, 1302
– Wiedergutmachungspolitik
S. 868, 1724

Italien
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Berlin, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, Europäisch-Arabischer Dialog, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, „Indochina-Flüchtlinge", Iran, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, Oman, Rhodesien-Frage, Rüstungsexportpolitik, SALT, Terrorismus, TNF-Modernisierung, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 120, 454, 1001–1004, 1007, 1056, 1143, 1607[6]
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 206, 270, 272, 288 und S. 161 f.
– Pakistan
S. 1271
– PLO
S. 566
– Polen
S. 1149
– Sicherheitspolitik
S. 605[20], 859, 1501, 1599
– Südafrika
S. 631 f.
– Südtirol
Dok. 36 und S. 411
– UdSSR
S. 1006[15]
– USA
S. 605[20], 859, 1004, 1188 f., 1501, 1599
– Vietnam
S. 106
– Volksrepublik China
S. 997

IWF
siehe: Internationaler Währungsfonds

Jamaika
siehe außerdem:
Bewegung blockfreier Staaten, Großbritannien, Iran, UNO
S. 362
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 82
– Kuba
S. 1315[9]
– UdSSR
S. 1315[9]

Japan
siehe außerdem:
Chile, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Irak, Iran, „Indochina-Flüchtlinge", Nahost-Konflikt, Oman, Rüstungsexportpolitik, SALT, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 833, 1631, 1942

– ASEAN
S. 1316
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 14, 15, 191, 199 und S. 255–257
– Europäische Gemeinschaften
S. 366, 925
– Kambodscha
S. 72
– Kuba
S. 1636
– Pakistan
S. 1271, 1274
– Polen
S. 63
– Republik China (Taiwan)
S. 1535[19]
– UdSSR
S. 1539, 1751[5]
– USA
S. 1890, 1957 f.
– Vietnam
S. 72, 78
– Volksrepublik China
S. 72 f., 220, 1535, 1539 f., 1542, 1544[50], 1545

Jemen
siehe: Arabische Republik Jemen (Nordjemen) und Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)

Jewish Claims Conference (Conference on Jewish Material Claims Against Germany)
S. 1724[31]

Jordanien
siehe außerdem:
Arabische Republik Jemen (Nordjemen), Berlin, Energie- und Rohstoffpolitik, Irak, Israel, Nahost-Konflikt, UNO, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 244
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 123, 244, 245, 247 und S. 1795–1800
– PLO
S. 407, 426, 1206
– Saudi-Arabien
Dok. 347
– USA
S. 301–303, 379 f., 404–408

Jugoslawien
siehe außerdem:
Bewegung blockfreier Staaten, Bulgarien, Energie- und Rohstoffpolitik, Griechenland, KSZE, Nahost-Konflikt, Terrorismus, TNF-Modernisierung
S. 467, 1177, 1342, 1493
– Europäische Gemeinschaften
S. 536
– PLO
S. 1127
– UdSSR
S. 216, 277, 1189, 1491
– Volksrepublik China
S. 277

Jugoslawien–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Berlin
Dok. 234 und S. 556, 1248
– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 537 f.
– Staatsangehörigkeitsfragen
Dok. 239

Kambodscha
siehe außerdem:
Belgien, Bewegung blockfreier Staaten, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, „Indochina-Flüchtlinge", Japan, UNO
S. 414, 1124, 1527
– ASEAN
S. 106, 1846[24], 1898
– Bundesrepublik Deutschland
S. 106, 913 f., 1522, 1597, 1846–1848
– Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 105 f., 1310, 1462, 1512 f., 1849, 1853, 1898
– Luxemburg
S. 1310
– Thailand
S. 933, 1315
– UdSSR
S. 913 f.
– USA
S. 1898
– Vietnam
S. 31, 47 f., 71 f., 77 f., 105 f., 146 f., 151, 167, 203[2], 219 f., 226 f., 236, 238, 244, 275 f., 288, 413, 456, 696[27], 713, 792, 830,

832, 888, 932f., 1121, 1126, 1191, 1309[4], 1315f., 1519, 1521, 1535, 1537f., 1576[40], 1597, 1615, 1772, 1845–1847, 1898, 1971[6]

– Volksrepublik China
S. 167, 288, 1126, 1522f., 1538, 1772, 1845–1847, 1898

Kamerun
S. 1701

Kanada
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Argentinien, Berlin, Chile, Energie- und Rohstoffpolitik, Iran, KSZE, MBFR, Namibia-Frage, NATO, Rüstungsexportpolitik, SALT, TNF-Modernisierung, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 78f.

– Europäische Gemeinschaften
S. 251, 1170

– Kuba
S. 1636

– Norwegen
S. 281[7]

– Pakistan
S. 1271

– Rumänien
S. 1431

– USA
S. 164

Kap Verde
S. 1246, 1249

Karibische Gruppe für Zusammenarbeit bei der wirtschaftlichen Entwicklung (Caribbean Group for Cooperation in Economic Development)
S. 359f.

Katar
siehe außerdem:
Großbritannien, Nahost-Konflikt, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 1795–1800

Kenia
S. 32, 335[5], 434, 1618, 1818

KIWZ (Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit)
S. 85, 415, 861–863, 866, 1021

Kolumbien
S. 808, 1510

Konferenzen und Verhandlungen
– Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der USA und der UdSSR vom 4. bis 11.2.1945 in Jalta
S. 893

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs Großbritanniens, der UdSSR und der USA vom 17.7. bis 2.8.1945 in Potsdam
S. 180, 1442[4]

– Indochina-Konferenz vom 8.5. bis 21.7. 1954 in Genf
S. 294

– NATO-Ministerratstagung am 2./3.5. 1957 in Bonn
S. 16[13]

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 1. bis 6.9. 1961 in Belgrad
S. 1119

– NATO-Ministerratstagung vom 4. bis 6.5.1962 in Athen
S. 19[20], 193[7]

– Konferenz Ägyptens, Birmas, Ceylons, Ghanas, Indonesiens und Kambodschas über den chinesisch-indischen Grenzkonflikt vom 10. bis 12.12.1962 in Colombo
S. 888[4]

– NATO-Ministerratstagung am 13./14.12. 1967 in Brüssel
S. 291[4]

– NATO-Ministerratstagung am 24./25.6. 1968 in Reykjavik
S. 1258

– II. Generalkonferenz des lateinamerikanischen Episkopats vom 24.8. bis 6.9.1968 in Medellín
S. 987

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 8. bis 10.9. 1970 in Lusaka
S. 1120

– Konferenz der Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten vom 14. bis 22.1.1971 in Singapur
S. 478[4]

– MBFR-Explorationsgespräche vom 31.1. bis 28.6.1973 in Wien
S. 1583[6]

- Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 26. bis 28.11.1973 in Algier
  S. 1185
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 14./15.12.1973 in Kopenhagen
  S. 104[23]
- Energiekonferenz vom 11. bis 13.2.1974 in Washington
  S. 746, 781
- I. Session der Diplomatischen Konferenz zur Neubestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Kriegsvölkerrechts vom 20.2. bis 29.3.1974 in Genf
  S. 232[3], 233[5]
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der EG-Kommission am 20./21.4.1974 auf Schloß Gymnich
  S. 222
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 10./11.6.1974 in Bonn
  S. 104[23]
- Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 26. bis 29.10.1974 in Rabat
  S. 1199, 1206, 1296, 1321
- Konferenz der Außen-, Erdöl- und Finanzminister der OPEC-Mitgliedstaaten vom 24. bis 26.1.1975 in Algier
  S. 862[7]
- Gipfelkonferenz der OPEC-Mitgliedstaaten vom 4. bis 6.3.1975 in Algier
  S. 862[7]
- Tagung des Europäischen Rats am 10./11.3.1975 in Dublin
  S. 254[32], 1395, 1924[4]
- Expertentreffen im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs vom 10. bis 15.6.1975 in Kairo
  S. 104[23]
- Schlußkonferenz der KSZE vom 30.7. bis 1.8.1975 in Helsinki
  siehe unter: KSZE
- Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 4./5.11.1975 in London
  S. 1165[11], 1666[24]
- IV. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 5. bis 31.5. 1976 in Nairobi
  S. 361, 1120
- Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 26.11.1976 in Bukarest
  S. 587[10], 1034
- Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 27./28.1.1977 in Straßburg
  S. 104[20]
- Weltwirtschaftsgipfel am 7./8.5.1977 in London
  siehe: Weltwirtschaftsgipfel
- Abschließende Ministertagung der KIWZ vom 30.5. bis 2.6.1977 in Paris
  S. 85[12]
- Tagung des Europäischen Rats am 29./30.6.1977 in London
  S. 105, 805, 1202, 1292
- EG-Ministerratstagung am 20.9.1977 in Brüssel
  S. 819[24]
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 20.9.1977 in Brüssel
  S. 819[24]
- KSZE-Folgekonferenz vom 4.10.1977 bis 9.3.1978 in Belgrad
  siehe unter: KSZE
- Konferenz Algeriens, des Irak, der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen), Libyens und Syriens sowie der PLO vom 2. bis 5.12.1977 in Tripolis
  S. 409[6]
- Tagung des Europäischen Rats am 5./6.12.1977 in Brüssel
  S. 103[19]
- Konferenz Algeriens, der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen), Libyens und Syriens sowie der PLO vom 2. bis 4.2.1978 in Algier
  S. 409[6]
- Abrüstungskonferenz der Sozialistischen Internationale vom 24. bis 26.4.1978 in Helsinki
  S. 1397
- UNO-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 23.5. bis 30.6.1978 in New York
  S. 91, 185[7+8], 259[11], 260, 408, 811, 1034, 1477, 1482, 1716, 1743

- NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31.5.1978 in Washington
  S. 139, 258[4], 398, 1387
- Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über ein Verbot von Anti-Satelliten-Systemen vom 8. bis 16.6.1978 in Helsinki
  S. 496
- Tagung des Europäischen Rats am 6./7.7.1978 in Bremen
  S. 364, 924
- Konferenz der Außenminister der OAU-Mitgliedstaaten vom 7. bis 18.7.1978 in Khartum
  S. 436
- Weltwirtschaftsgipfel am 16./17.7.1978 in Bonn
  siehe: Weltwirtschaftsgipfel
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 18. bis 22.7.1978 in Khartum
  S. 436
- Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten vom 25. bis 30.7.1978 in Belgrad
  S. 1118f., 1122
- Vorkonferenz vom 28.8. bis 15.9.1978 in Genf zur UNO-Waffenkonferenz vom 10. bis 28.9.1979 in Genf
  S. 331[4], 332
- Konferenz zwischen Ägypten, Israel und den USA über den Nahen Osten vom 5. bis 17.9.1978 bei Camp David
  siehe unter: Nahost-Konflikt
- Konferenz Algeriens, der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen), Libyens und Syriens sowie der PLO vom 20. bis 23.9.1978 in Damaskus
  S. 409[6], 519[14]
- Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT II) vom 21.9. bis 2.11.1978 in Genf
  S. 13
- KSZE-Expertentreffen zur Prüfung und Ausarbeitung einer allgemein annehmbaren Methode der friedlichen Regelung von Streitfällen vom 31.10. bis 11.12.1978 in Montreux
  siehe unter: KSZE
- Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten vom 2. bis 5.11.1978 in Bagdad
  S. 25[13], 27, 243, 355, 407, 821[7], 921, 984[4], 1137[10], 1198[17], 1200, 1206[4], 1222f., 1227, 1279
- Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 20./21.11.1978 in Brüssel
  S. 71, 148, 221, 244f., 934, 967, 1316
- Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 22./23.11.1978 in Moskau
  S. 6[6], 276, 916, 937, 1241[30]
- Tagung des Europäischen Rats am 4./5.12.1978 in Brüssel
  S. 107[35], 239, 1849[3], 1852[16]
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 5./6.12.1978 in Brüssel
  S. 281[6]
- Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über eine Beschränkung des Exports konventioneller Rüstungsgüter vom 5. bis 15.12.1978 in Mexiko-Stadt
  S. 874[11]
- NATO-Ministerratstagung am 7./8.12. 1978 in Brüssel
  S. 191[18], 274, 443
- Ministerkonferenz der OPEC-Mitgliedstaaten am 16./17.12.1978 in Abu Dhabi
  S. 24[10], 84[9]
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 18.12.1978 in Brüssel
  S. 79[4]
- EG-Ministerratstagung am 18./19.12.1978 in Brüssel
  S. 252[27]
- Informelles Treffen der Staats- und Regierungschefs Australiens, der Bundesrepublik Deutschland, Jamaikas, Kanadas, Nigerias, Norwegens und Venezuelas am 28./29.12.1978 auf Jamaika
  S. 75, 226, 359, 415f., 457[28], 865[12], 1017
- Treffen der Staats- und Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 5./6.1.1979 auf Guadeloupe
  Dok. 2, 3, 4, 5 und S. 38, 56, 73f., 76f., 79, 83, 140, 186, 225, 294, 295[17], 298, 347, 356, 382, 569, 603, 607, 1056, 1502, 1534

- EG-Ministerratstagung am 15.1.1979 in Brüssel
  S. 29[26], 79[3]
- Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über ein Verbot von Anti-Satelliten-Systemen vom 23.1. bis 16.2.1979 in Bern
  S. 496
- III. Generalkonferenz des lateinamerikanischen Episkopats vom 28.1. bis 13.2.1979 in Puebla
  S. 987, 992
- Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten vom 30.1. bis 2.2.1979 in Maputo
  S. 759[21], 1314
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 5./6.2.1979 in Brüssel
  S. 118[4], 231[29], 252[27]
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 12.2.1979 in Brüssel
  S. 119, 231[29]
- KSZE-Expertentreffen über Fragen der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum vom 13.2. bis 26.3.1979 in Valletta
  siehe unter: KSZE
- Verhandlungen zwischen Ägypten, Israel und den USA vom 21. bis 25.2.1979 bei Camp David
  siehe unter: Nahost-Konflikt
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 5./6.3.1979 in Brüssel
  S. 230, 363[5]
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 12.3.1979 in Paris
  S. 278
- Tagung des Europäischen Rats am 12./13.3.1979 in Paris
  S. 107, 231, 239, 357f., 361, 363–367, 752[30], 923, 1404[26]
- Verhandlungen über einen Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe vom 12. bis 19.3.1979 in Genf
  S. 309[13]
- Vorkonferenz vom 19.3. bis 12.4.1979 in Genf zur UNO-Waffenkonferenz vom 10. bis 28.9.1979 in Genf
  S. 331–333
- VIII. Runde der Dritten UNO-Seerechtskonferenz vom 19.3. bis 27.4.1979 in Genf
  S. 461[43]
- Außerordentliche Tagung der OPEC-Mitgliedstaaten am 26./27.3.1979 in Genf
  S. 454[7]
- Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister arabischer Staaten vom 27. bis 31.3.1979 in Bagdad
  S. 405, 407, 440, 513f., 518[10], 558[6], 614[11], 821[7], 921, 1137[10], 1198[17], 1206[4], 1222f., 1231, 1279, 1320, 1791[4], 1795f., 1798
- Konferenz der Justizminister der EG-Mitgliedstaaten am 23.4.1979 in Paris
  S. 104
- Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über ein Verbot von Anti-Satelliten-Systemen vom 23.4. bis 20.6.1979 in Wien
  S. 496f., 498[10]
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 24./25.4.1979 in Homestead/Florida
  S. 488, 498–509, 648, 650, 666, 674, 676, 688f., 773
- Tagung des OECD-Exekutivausschusses am 26.4.1979 in Paris
  S. 360f.
- V. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 7.5. bis 3.6.1979 in Manila
  S. 310, 361, 414, 456, 535, 752, 782, 793, 863, 1437
- Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 8. bis 12.5.1979 in Fes
  S. 765
- Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 10.5.1979 in Straßburg
  S. 1022
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 12./13.5.1979 in Mercuès/Cahors
  S. 222, 366, 592, 635–646, 806, 821f.
- Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 14.5.1979 in Brüssel
  S. 605, 647–650

- Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Mitgliedstaaten am 14./15.5.1979 in Budapest
  S. 692, 696, 699, 712, 716, 732f., 737–744, 802–804, 826, 956[33], 957, 1033, 1094, 1096, 1129, 1768
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16.5.1979 in Brüssel
  S. 143, 650[15], 654–661, 669–675, 678–682, 741, 850, 893[2+3], 894
- Konferenz der Geberländer der Caribbean Group for Cooperation in Economic Development am 17./18.5.1979 in Paris
  S. 360
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs Frankreichs und der frankophonen Staaten Afrikas am 21./22.5.1979 in Kigali
  S. 642
- Konferenz der Geberländer im Rahmen der Türkei-Hilfe am 30.5.1979 in Paris
  S. 765, 794
- NATO-Ministerratstagung am 30./31.5.1979 in Den Haag
  Dok. 156, 159 und S. 143, 202, 483, 592, 625, 639, 661, 722, 731, 772f., 802[4], 826, 850, 875, 1035, 1053, 1061, 1088, 1094
- Konferenz der Außenminister Botsuanas, Mosambiks, Nigerias, Sambias und Tansanias am 2.6.1979 in Daressalam
  S. 788
- Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten vom 6. bis 10.6.1979 in Colombo
  S. 792, 1120–1122, 1314
- EG-Ratstagung auf der Ebene der für Energiefragen zuständigen Minister am 18.6.1979 in Luxemburg
  S. 747[7], 769[11], 796, 854
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 18.6.1979 in Luxemburg
  S. 749[21]
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 18.6.1979 in Paris
  S. 805f., 820, 822, 825, 951
- Tagung der WEU-Versammlung vom 18. bis 21.6.1979 in Paris
  S. 1280[4], 1281
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 18. bis 22.6.1979 in Luxemburg
  S. 771[18], 797
- Sondertagung des Ständigen Rats der OAS vom 20. bis 23.6.1979 in Washington
  S. 1287
- Tagung des Europäischen Rats am 21./22.6.1979 in Straßburg
  S. 365, 602f., 644, 745, 747, 750, 768–771, 784[4], 796f., 805f., 835, 848f., 856f., 881, 902f., 922–925, 930, 963, 970, 1333[18], 1394[16], 1404[26], 1422, 1464[35]
- Islamisches „World Symposion on Ascension" vom 23. bis 26.6.1979 in Amman
  S. 1215
- Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten vom 26. bis 28.6.1979 in Genf
  S. 619, 746, 748, 769, 784[4], 785, 861, 863f., 866, 901, 904, 924, 963
- Außerordentliche Tagung des Rats der Arabischen Liga vom 27. bis 29.6.1979 in Tunis
  S. 954[22]
- Weltwirtschaftsgipfel am 28./29.6.1979 in Tokio
  siehe: Weltwirtschaftsgipfel
- Treffen der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten vom 28. bis 30.6.1979 in Denpasar
  S. 819, 934
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 17. bis 20.7.1979 in Monrovia
  S. 1121, 1125, 1510, 1698
- Internationale Konferenz über das Flüchtlingsproblem in Südostasien am 20./21.7.1979 in Genf
  S. 913, 925, 927f., 934f., 952, 965, 1008[17], 1309, 1317, 1519, 1890[17]
- EG-Ministerratstagung am 24.7.1979 in Brüssel
  S. 1461[22], 1464[35]
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten vom 1. bis 7.8.1979 in Lusaka
  S. 592, 594, 606, 641, 788[15], 834, 892, 911, 1120, 1124, 1142, 1312, 1597, 1698, 1765f., 1769, 1820

- Tagung des Palästinensischen Zentralrats am 11./12.8.1979 in Damaskus
  S. 1224
- Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 3. bis 9.9.1979 in Havanna
  S. 12, 272, 490, 755[6], 757f., 759[21], 892, 1118f., 1121f., 1124–1126, 1188–1191, 1212, 1287, 1307, 1313–1315, 1332f., 1373f., 1405, 1472, 1510, 1636, 1846[24]
- Verfassungskonferenz über Rhodesien vom 10.9. bis 21.12.1979 in London
  S. 1311f., 1595f., 1621, 1698f., 1769f.
- Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 11.9.1979 in Dublin
  S. 1309–1313, 1320f., 1332
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 17.9.1979 in Brüssel
  S. 1333[18]
- EG-Ratstagung auf der Ebene der für Energiefragen zuständigen Minister am 20.9.1979 in Brüssel
  S. 1211
- Treffen der für Energiefragen zuständigen Minister der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas und der USA am 26.9.1979 in Paris
  S. 1211
- Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 20./21.10.1979 in Ashford Castle
  S. 1512, 1596
- EG-Ratstagung auf der Ebene der für Fischereifragen zuständigen Minister am 29.10.1979 in Luxemburg
  S. 1604[44]
- EG-Ministerratstagung am 29./30.10. 1979 in Luxemburg
  S. 1310[9]
- Internationale Konferenz über Hilfsmaßnahmen für Kambodscha am 5.11.1979 in New York
  S. 1615f.
- Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 13./14.11.1979 in Den Haag
  S. 499, 509, 734, 1089, 1324, 1358, 1384, 1421f., 1548, 1569[29], 1587f., 1591f., 1657, 1680–1689, 1739
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts- und Finanzminister am 19.11.1979 in Brüssel
  S. 1629
- EG-Ministerratstagung am 20.11.1979 in Brüssel
  S. 1629, 1849[3], 1853
- Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 20. bis 22.11.1979 in Tunis
  S. 1726, 1791[4], 1798f., 1896
- Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 22.11.1979 in Straßburg
  S. 1512, 1731
- Plenarkonferenz zur internationalen Bewertung des Kernbrennstoffkreislaufs (INFCE) vom 24. bis 29.11.1979 in Wien
  S. 8[9]
- Internationale Konferenz zur finanziellen und wirtschaftlichen Gesundung Zaires am 28./29.11.1979 in Brüssel
  S. 1701[13]
- Tagung des Europäischen Rats am 29./30.11.1979 in Dublin
  S. 747, 768, 770f., 796f., 925, 1403[22], 1422–1425, 1458–1460, 1465, 1597[20], 1602–1606, 1620, 1624–1630, 1660, 1786f., 1838, 1848–1853
- Treffen der Außenminister der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts am 5./6.12.1979 in Ost-Berlin
  S. 1812, 1834, 1951f.
- Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 10.12.1979 in Brüssel
  S. 1876–1878
- EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 10./11.12.1979 in Brüssel
  S. 1851
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 11./12.12.1979 in Brüssel
  S. 672, 734, 1888–1891
- Gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12.12.1979 in Brüssel
  S. 672, 1089, 1357f., 1384, 1407, 1492, 1510, 1524, 1534, 1548, 1569, 1587[8], 1592, 1623[17], 1656, 1680, 1805, 1833, 1835, 1884, 1886, 1892–1894, 1899–1905, 1910

- NATO-Ministerratstagung am 13./14.12. 1979 in Brüssel
  Dok. 378 und S. 202, 766, 845, 1004, 1041, 1089, 1307, 1384, 1421f., 1492, 1510, 1548, 1569, 1592, 1646, 1656, 1666, 1685[20], 1833, 1835, 1866, 1882, 1884, 1905, 1908, 1923[31]
- Konferenz der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten am 14.12.1979 in Kuala Lumpur
  S. 1898[20]
- Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 7./8.3.1980 in Kuala Lumpur
  S. 1316, 1334, 1522[17]
- Tagung des Europäischen Rats am 27./28.4.1980 in Luxemburg
  S. 1850
- Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 13./14.5.1980 in Brüssel
  S. 659, 1889
- Tagung des Europäischen Rats am 12./13.6.1980 in Venedig
  S. 1416
- Weltwirtschaftsgipfel am 22./23.6.1980 in Venedig
  siehe: Weltwirtschaftsgipfel
- Konferenz der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten am 25./26.6.1980 in Kuala Lumpur
  S. 1316
- NATO-Ministerratstagung am 25./26.6. 1980 in Ankara
  S. 1901
- KSZE-Folgekonferenz vom 11.11.1980 bis 9.9.1983 in Madrid
  siehe unter: KSZE
- VI. UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) vom 6.6. bis 3.7.1983 in Belgrad
  S. 753

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
siehe: KSZE

Konrad-Adenauer-Stiftung
S. 1369

Korea
siehe: Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) und Republik Korea (Südkorea)

Kreditanstalt für Wiederaufbau
S. 555[34]

KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
siehe außerdem: Europäische Politische Zusammenarbeit

S. 18[16], 218, 326, 712, 758, 1076, 1237, 1239, 1339, 1358, 1476, 1745, 1749, 1942

- Belgien
  S. 269
- Bundesrepublik Deutschland
  S. 102f., 269f., 390, 817, 820[29], 942f., 1034f., 1129f., 1148, 1359, 1378, 1767f., 1911, 1943
- Dänemark
  S. 102, 816f.
- DDR
  S. 488f., 528[26+27], 625, 1034, 1036, 1920
- Folgekonferenz vom 4.10.1977 bis 9.3.1978 in Belgrad
  S. 102f., 401f., 429[6], 582, 733, 738–740, 915, 956[31], 997, 1035, 1094, 1129f., 1242, 1244, 1481, 1742, 1755[13], 1912, 1940
- Folgekonferenz vom 11.11.1980 bis 9.9.1983 in Madrid
  S. 102f., 258, 268–270, 401, 551, 575f., 586, 588, 693, 696[25], 732f., 737–744, 804, 816f., 820[29], 914f., 956[31], 957, 998, 1034–1036, 1048, 1077, 1098, 1129f., 1141f., 1148, 1152, 1176, 1208f., 1242, 1244, 1329[5], 1330f., 1359, 1373, 1376, 1378, 1381, 1402, 1432, 1435f., 1446, 1481, 1484, 1512, 1525, 1571, 1612f., 1644, 1648, 1670[5], 1674f., 1716, 1736–1738, 1764, 1767f., 1830[6], 1834, 1900, 1910–1912, 1918, 1920, 1940, 1943, 1951, 1954
- Frankreich
  S. 269, 957, 1148, 1673, 1910f.
- Großbritannien
  S. 102f., 268–270, 817, 957, 1912
- Irland
  S. 957
- Israel
  S. 267
- Italien
  S. 102f., 269
- Jugoslawien
  S. 1128f.
- Kanada
  S. 744, 1912

- Korb I (Prinzipienkatalog)
  S. 260, 817, 1129, 1736
- Korb I (vertrauensbildende Maßnahmen)
  S. 175, 190, 260, 284, 325, 401f., 551, 732f., 737, 740, 744, 803f., 817, 820[29], 826, 914, 998, 1034–1036, 1083f., 1093, 1095–1098, 1129f., 1329[5], 1378, 1525, 1571, 1611f., 1715f., 1742, 1767, 1864, 1909[3], 1910–1912, 1943, 1951
- Korb II (wirtschaftliche Zusammenarbeit, Umweltschutz)
  S. 1910f.
- Korb III (Kontakte, Kultur- und Informationsaustausch)
  S. 488f., 528[26+27], 742, 1612, 1910–1912
- KSZE-Expertentreffen zur Prüfung und Ausarbeitung einer allgemein annehmbaren Methode der friedlichen Regelung von Streitfällen vom 31.10. bis 11.12.1978 in Montreux
  S. 269
- KSZE-Expertentreffen über Fragen der Zusammenarbeit im Mittelmeerraum vom 13.2. bis 26.3.1979 in Valletta
  S. 102, 267–269
- MBFR
  S. 1083f., 1092–1098, 1329f., 1581, 1583
- Mittelmeerpolitik
  S. 102, 267–270, 1129
- Neutrale und nichtgebundene Staaten
  S. 267, 1911
- Niederlande
  S. 103, 269, 741, 817, 957, 912
- Polen
  S. 942f., 1148, 1673, 1940
- Schlußakte vom 1.8.1975
  S. 18[16], 102, 175, 190, 248[16], 269, 284, 401, 488[28], 489[30], 528[26+27], 588, 683[3], 732, 739f., 742, 817, 826, 828, 943, 956[31], 1033, 1035f., 1077, 1096f., 1129f., 1152, 1263, 1378, 1432, 1571, 1612, 1753, 1767, 1863[7], 1939f.
- Schlußkonferenz vom 30.7. bis 1.8.1975 in Helsinki
  S. 19, 321f., 562, 941, 1129f., 1209, 1235
- Türkei
  S. 743
- UdSSR
  S. 267, 269, 325, 402, 549, 732, 1481, 1525, 1573, 1611f., 1738, 1767f.
- USA
  S. 267, 269, 1737
- Warschauer Pakt
  S. 402, 587[10], 696[25], 712, 732f., 737–744, 802–804, 956[33], 957, 1033f., 1094, 1096, 1129, 1477, 1481, 1484, 1612, 1768, 1910–1912, 1951

Kuba
siehe außerdem:
Angola, Arabische Republik Jemen (Nordjemen), Äthiopien, Belgien, Berlin, Bewegung blockfreier Staaten, Brasilien, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), El Salvador, Frankreich, Großbritannien, Iran, Jamaika, Japan, Kanada, Rhodesien-Frage, UNO, Westsahara-Konflikt, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 152, 248, 892, 895, 1080

- Afrikapolitik
  S. 58f., 456, 459, 755f., 759, 878, 1031, 1243, 1285, 1315[9], 1507
- Bundesrepublik Deutschland
  Dok. 158, 318 und S. 490, 1071, 1122f., 1510
- Lateinamerikapolitik
  S. 1637
- Mexiko
  S. 1637[8]
- Mosambik
  S. 272, 374
- Nicaragua
  S. 1010, 1363–1367, 1637[8]
- Somalia
  S. 59, 336[8]
- Spanien
  S. 1636
- UdSSR
  Dok. 259 und S. 605, 761, 776, 1304f., 1307, 1346[10], 1347, 1354f., 1359, 1398, 1400, 1471–1474, 1495, 1507, 1554, 1600, 1636, 1836[9], 1935
- USA
  S. 58, 605, 754f., 760f., 1284–1288, 1304f., 1354f., 1361, 1473, 1509f., 1634–1637
- Volksrepublik China
  S. 1530
- Zaire
  S. 757

Kultusministerkonferenz
S. 713[13]

Kuwait
siehe außerdem:
Energie- und Rohstoffpolitik, Großbritannien, Iran, Nahost-Konflikt, Rüstungsexportpolitik, UNO
S. 83

Länder der Bundesrepublik Deutschland
S. 147[10], 662[5+6], 703[13], 851, 935, 1112, 1133[46], 1317[21], 1513–1515, 1642[9], 1938[14]

Laos
siehe außerdem: „Indochina-Flüchtlinge"
S. 203[3], 220, 414[38]

– Thailand
S. 933, 1315

– Vietnam
S. 219, 696[27], 792, 888, 932, 1520, 1537, 1772, 1847[26]

– Volksrepublik China
S. 1315

Lesotho
S. 1821

Libanon
siehe außerdem:
Israel, Nahost-Konflikt
S. 519

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 243 und S. 1059 f.

– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 1205

– PLO
S. 1297[17]

– Syrien
S. 1192[4], 1193, 1196, 1297[17]

Libyen
siehe außerdem:
Ägypten, Arabische Republik Jemen (Nordjemen), DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Iran, Israel, Nahost-Konflikt, Rüstungsexportpolitik, UNO, Westsahara-Konflikt, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 195, 857, 895

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 35, 180 und S. 223

– Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
S. 158[6]

– Sudan
S. 159

– Tansania
S. 479[7]

– Tunesien
S. 159 f.

– UdSSR
S. 158[6], 195[7], 223, 244, 930, 1723

– Uganda
S. 456, 479[7]

– USA
S. 195[7], 930, 1842

Luxemburg
siehe unter:
Europäische Gemeinschaften, Kambodscha, MBFR, Nahost-Konflikt, Rhodesien-Frage, TNF-Modernisierung, UNO

Malawi
S. 1595, 1818, 1821

Malaysia
siehe außerdem:
Bewegung blockfreier Staaten, Energie- und Rohstoffpolitik, „Indochina-Flüchtlinge", Indonesien

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 266

– UdSSR
S. 1317[9]

– Vietnam
S. 1527, 1536 f.

– Volksrepublik China
S. 1317[9]

Malta
S. 99, 268 f., 1882

Marokko
siehe außerdem:
Ägypten, Nahost-Konflikt, Rhodesien-Frage, UNO, Westsahara-Konflikt
S. 1701

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 365 und S. 32[35]

– Saudi-Arabien
S. 781

– Zaire
S. 32

Mauretanien
S. 33, 1228, 1858[3+4]

MBFR (Mutual and Balanced Force Reduction)
siehe außerdem:
Berlin, Frankreich, KSZE, TNF-Modernisierung

Dok. 39, 63, 200, 216 und S. 9, 57, 144, 174–176, 217 f., 386, 442–444, 450, 457, 572, 574 f., 598, 648, 661, 692, 712, 715, 739 f., 744, 776, 877, 906, 997 f., 1123, 1142, 1153, 1176, 1251[5], 1263, 1339, 1354, 1358, 1419, 1435, 1476, 1571, 1587[5], 1644–1646, 1648, 1650, 1688, 1715 f., 1736 f., 1745, 1749, 1942, 1954

- Begleitende Maßnahmen
Dok. 20, 90, 229, 294 und S. 175 f., 180 f., 190, 323–326, 349–351, 443 f., 487, 576, 651[3], 731–733, 740, 793, 803 f., 846, 976, 1034, 1036, 1045, 1082[6], 1083 f., 1329–1332, 1359, 1427, 1581, 1583, 1654[4], 1656, 1666, 1708, 1710, 1815, 1863 f., 1867 f., 1909, 1951, 1960 f.
- Belgien
S. 400, 1045 f., 1329[5], 1525, 1707–1709, 1738[38], 1865[11], 1866–1868
- Bulgarien
S. 552 f.
- Bundesrepublik Deutschland
S. 95, 178–181, 183, 190 f., 258–260, 264–266, 283 f., 323–326, 347–354, 390, 397–403, 443 f., 446, 475, 487, 549, 550[17], 551–553, 573, 576 f., 597, 693, 731–733, 740, 778, 787[8], 793, 803 f., 846, 914, 974, 1018, 1034 f., 1046, 1048 f., 1081–1084, 1092–1099, 1147, 1150 f., 1253, 1325 f., 1329–1332, 1378, 1381, 1402, 1467–1470, 1524 f., 1582 f., 1592[12], 1654, 1666, 1686, 1742, 1764, 1769, 1810, 1815 f., 1863–1869, 1911, 1951
- „Ceiling“ und „common collective ceiling“
Dok. 80 und S. 177–183, 190, 265, 386, 397[3], 401 f., 443, 474, 476, 549, 551 f., 576, 597, 971[3], 973 f., 976, 1046–1048, 1082, 1325, 1329, 1331, 1654[4], 1810, 1868, 1960
- ČSSR
S. 1525
- Dänemark
S. 742, 1329[5]
- Datenfrage
S. 57, 177–179, 181 f., 190, 259, 264 f., 283, 324 f., 348, 351, 386, 443, 474–477, 551 f., 573, 576, 597, 651, 693, 733 f., 742 f., 777 f., 787[8], 793, 854, 873 f., 882, 909, 914, 971[4+5], 972–976, 1018, 1030 f., 1044–1047, 1080–1082, 1147, 1150 f., 1242 f., 1325[16], 1326, 1331, 1378, 1381, 1408 f., 1417, 1425–1427, 1468, 1470, 1480, 1484, 1524, 1581–1583, 1654[4], 1708 f., 1733, 1769, 1809 f., 1815 f., 1865, 1868, 1909[3], 1911, 1951, 1960[5], 1962
- DDR
S. 259, 475 f., 1034, 1036, 1427, 1525
- Griechenland
S. 1331
- Großbritannien
S. 181, 258–260, 263–266, 283, 347–352, 398, 400, 1045–1048, 1094 f., 1098 f., 1469 f., 1592[12], 1686, 1708 f., 1865[11], 1868
- Interimsabkommen
Dok. 59, 334, 354, 366, 390 und S. 348, 351, 974, 1046–1048, 1081–1084, 1325, 1518, 1549, 1592, 1654–1656, 1686, 1707, 1738[38], 1742, 1764, 1769, 1809, 1900, 1909, 1911, 1943, 1951
- Italien
S. 1046, 1329[5], 1330–1332, 1708, 1865[11]
- Kanada
S. 400, 1045 f.
- Luxemburg
S. 1525, 1738[38], 1865[11], 1866[14]
- NATO
S. 94 f., 191, 975, 1092–1097
- Niederlande
S. 400, 741, 1046, 1329[5], 1525, 1707–1710, 1738[38], 1815 f., 1863, 1865–1869
- Norwegen
S. 282 f., 326, 402, 572, 1097, 1329[5]
- Polen
Dok. 106, 352 und S. 778, 1147, 1426, 1810, 1962
- Reduzierungsphasen
S. 178 f., 182, 265, 326[13], 651[3], 733, 777[1], 793, 971[3+4], 972–976, 1045–1048, 1081 f., 1708–1710, 1816, 1865[11], 1867 f., 1909[3], 1960–1962
- Reduzierungsraum
S. 326[13], 349[12], 350, 353, 397[3], 399 f., 402, 443, 475[6], 552 f., 576, 597, 732, 793, 975, 1082, 1093 f., 1096 f., 1151, 1325, 1329, 1331 f., 1466–1468, 1480, 1863[7], 1864, 1951, 1961
- SALT
S. 258, 324

– Türkei
S. 326, 401, 572, 743, 1045, 1097, 1331

– UdSSR
Dok. 289, 310 und S. 177–183, 258–260, 264f., 282, 326[13], 348, 351, 353f., 389f., 446, 476, 597, 651, 696, 733, 777, 793, 873f., 909, 914, 971–977, 1030f., 1044–1048, 1080–1082, 1094, 1151, 1325[16], 1329, 1381, 1417, 1468–1470, 1524, 1709, 1769, 1809f., 1909[3], 1960f.

– USA
S. 94–96, 179, 265, 283f., 323–326, 347–351, 398–400, 476f., 777f., 787[8], 793, 803f., 846, 873f., 909, 971[3], 972–974, 1030f., 1045–1048, 1080–1084, 1092–1099, 1325[16], 1329, 1466–1470, 1592[12], 1654[4], 1686, 1816, 1865, 1866[14], 1868, 1909[3]

– Verifikation
S. 177, 179f., 182, 264, 325, 349[12], 350, 397[3], 398, 402, 443f., 732, 740–742, 787[8], 793[24], 803f., 914, 1034, 1047, 1093, 1095f., 1330, 1427, 1468, 1909[3], 1960[5]

– Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 22.11.1973
S. 265, 1816, 1865f.

– Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 26.11.1974 für ein Moratorium der Land- und Luftstreitkräfte der elf direkten Teilnehmerstaaten im Reduzierungsgebiet für die Dauer der Verhandlungen
S. 265f., 972, 1082

– Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 5.12.1974
S. 1961

– Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 16.12.1975 für eine Einbeziehung amerikanischer nuklearer Komponenten (Option III)
S. 65f., 69, 141, 143, 201, 264[6], 324f., 344, 349f., 397[6], 503, 573, 741, 972, 1516–1518, 1609, 1623, 1655, 1657, 1682, 1685f., 1689, 1708, 1816, 1865, 1867f.

– Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 15.7.1977
S. 1816, 1865f.

– Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 19.4.1978
S. 93, 180, 190f., 351[19], 443, 1151, 1708, 1816, 1865f., 1951, 1963

– Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 8.6.1978
S. 180f., 182[17], 190, 266, 282[9], 474, 475[8], 552, 873, 972f., 975, 1769, 1951, 1963

– Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 30.11.1978
S. 1961

– Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 13.12.1978
S. 178, 190, 354, 443, 474, 973, 1151, 1708, 1710, 1816

– Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 28.6.1979
S. 971–977, 1045–1047, 1147, 1710, 1961

– Warschauer Pakt
S. 94, 400f., 778, 909, 1030, 1094, 1096, 1426[4+5], 1427, 1480

Mexiko
siehe außerdem:
Energie- und Rohstoffpolitik, Kuba, UNO
S. 988

– Bundesrepublik Deutschland
S. 1107

– Nicaragua
S. 1011

– USA
S. 413

Militärischer Abschirmdienst (MAD)
S. 155

Mongolische Volksrepublik
S. 1246[6], 1249, 1523, 1526, 1541

Mosambik
siehe außerdem:
Berlin, Bewegung blockfreier Staaten, DDR, Kuba, Namibia-Frage, Rhodesien-Frage

– Südafrika
S. 1821

– UdSSR
S. 456

– Uganda
S. 478

Mutual and Balanced Force Reductions
siehe: MBFR

Nahost-Konflikt
S. 200, 361, 456, 1149

- „Ablehnungsfront" bzw. „Bagdad-Front"
S. 25[13], 26[17], 27, 243, 355, 405, 407, 409, 425, 440f., 482, 513f., 518, 519[14], 599, 781[24], 821, 824[18], 921, 984[4+5], 1137, 1186, 1198, 1200, 1206, 1222f., 1227–1229, 1231, 1279, 1318, 1320f., 1530, 1614, 1722, 1791[4], 1795f., 1798
- Afghanistan
S. 721
- Ägypten
S. 25–27, 86, 105, 209[12], 241f., 301–303, 356, 405[9], 407, 409f., 422, 426, 439f., 513f., 516–520, 557f., 572, 599f., 614–617, 635, 636[6], 638, 717–719, 748, 774, 789, 795, 806, 821–824, 835, 866[3], 867, 882, 893[3], 896f., 919–921, 927, 979f., 995f., 1012, 1014, 1063, 1074, 1120, 1139, 1172, 1174[23], 1185f., 1190, 1194–1196, 1198–1200, 1203, 1207, 1213f., 1219–1232, 1289–1293, 1297–1299, 1301, 1319–1321, 1332, 1452–1456, 1511, 1528, 1530, 1613f., 1718–1720, 1722, 1791[4], 1796, 1799
- Algerien
S. 425, 1320
- Arabisch-israelischer Krieg 1973 („Jom-Kippur-Krieg")
S. 439[3], 518[12], 1199
- Belgien
S. 637f., 743, 823
- Bewegung blockfreier Staaten
S. 1120f., 1125, 1127
- Brasilien
S. 458
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 349 und S. 243f., 356, 378, 380, 486, 512–520, 559, 599f., 614, 637f., 717–721, 748f., 765, 774, 779, 789, 805f., 822, 835f., 866[3], 867–869, 893[3], 897, 903, 921, 928–930, 979–981, 1012–1014, 1020, 1063f., 1074f., 1125, 1127f., 1136f., 1169–1172, 1174f., 1181–1185, 1192–1198, 1201–1207, 1214, 1219, 1225, 1229–1232, 1278f., 1291–1293, 1294[5], 1295–1301, 1318–1321, 1333, 1359f., 1372, 1406, 1438f., 1452, 1454–1456, 1511, 1528f., 1613f., 1678f., 1722
- Dänemark
S. 823
- DDR
S. 196
- Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)
S. 425
- Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 243f., 356f., 380, 411f., 422, 438–442, 614, 635–639, 718, 720, 748f., 805f., 820[29], 821–825, 882, 911, 920f., 929, 954f., 980f., 1012, 1014, 1064, 1074f., 1125, 1169–1171, 1174, 1192, 1201f., 1205, 1214, 1219, 1229f., 1292, 1295f., 1300, 1310, 1318–1320, 1406, 1439, 1452, 1529, 1614, 1796, 1798, 1895
- Frankreich
S. 636, 639f., 718, 739, 748f., 795, 805f., 822[9], 824, 954, 1229, 1292, 1294[5], 1300, 1406, 1452
- Friedenskonferenz in Genf
S. 26f., 302[4], 380, 426, 441, 486, 519, 636, 919, 1012, 1172, 1199f., 1204, 1292f., 1301, 1372
- Friedensvertrag vom 26.3.1979 zwischen Ägypten und Israel
Dok. 98 und S. 303f., 355, 357f., 376f., 404–409, 411, 421, 429, 458f., 482, 513, 515[15], 517f., 558, 570, 572, 600, 614, 616, 618, 621[2], 636–638, 680f., 718[7], 721[14], 737, 739, 743, 762, 764f., 776[8], 780, 789[16], 821–824, 835, 866[3], 868, 882, 893[3], 908, 939[12], 954, 1012, 1014, 1031, 1194, 1198, 1200, 1213[6], 1219f., 1222, 1226[3], 1227f., 1231, 1290[9], 1292, 1296f., 1301, 1372, 1438f., 1528, 1718[2], 1796
- Großbritannien
S. 241–243, 295, 600, 637–639, 774, 805f., 823, 896, 954, 1074[12], 1614f.
- Heiliger Stuhl
S. 1360, 1614
- Irak
S. 425, 441, 519f., 599, 717, 748, 979f., 1012, 1222, 1229, 1320
- Iran
S. 209, 224, 301f., 517, 558, 721, 930, 1139
- Irland
S. 824

- Israel
  S. 25f., 105, 209[12], 242f., 301–303, 356, 379[18], 404–406, 409–411, 422[5], 438, 440f., 458, 486[16], 512–516, 519, 559, 572, 599f., 613–615, 618, 635f., 638–640, 717–721, 739, 748, 764f., 774, 780, 789, 806, 821, 823f., 866[3], 868f., 882f., 893[3], 896f., 911, 919–921, 928, 930, 954, 979f., 1012, 1014, 1020, 1073–1075, 1120, 1127f., 1139, 1169[3], 1170–1173, 1174[23], 1175f., 1182, 1184f., 1190, 1192–1196, 1198–1200, 1202f., 1205f., 1213f., 1219–1222, 1224f., 1226[3], 1227–1232, 1270, 1289–1293, 1295–1301, 1318–1321, 1332f., 1359f., 1372, 1406, 1438, 1452, 1454–1456, 1462, 1511, 1528–1530, 1613–1615, 1718–1720, 1722, 1791[4], 1792[6], 1796–1800
- Italien
  S. 824, 897
- Japan
  S. 928f.
- Jordanien
  Dok. 91 und S. 242, 301–303, 377[6], 379, 426, 486, 513f., 518, 558f., 636, 639, 717, 718[5], 719, 980, 1074, 1173, 1198–1201, 1203–1207, 1212–1214, 1222, 1231f., 1290–1292, 1295f., 1299–1301, 1319, 1332, 1359, 1456, 1719, 1792[6], 1795–1800
- Jugoslawien
  S. 1075, 1127f.
- Katar
  S. 1795–1800
- Konferenz zwischen Ägypten, Israel und den USA über den Nahen Osten vom 5. bis 17.9.1978 bei Camp David
  S. 25, 27, 86f., 209[12], 301[2], 302, 377[4], 404, 426, 455, 600
- Kuwait
  S. 425, 440, 1074, 1221, 1359
- Libanon
  S. 486[16], 635[5], 639f., 718[5], 823f., 1073, 1175f., 1192–1198, 1202–1205, 1213, 1224, 1231f., 1297, 1299, 1318f., 1332, 1359f., 1406, 1614, 1719
- Libyen
  S. 425, 748, 866[3], 867f., 920, 1222
- Luxemburg
  S. 824
- Marokko
  S. 517, 806, 930, 1228
- NATO
  S. 893–899
- Niederlande
  S. 637f., 823
- Norwegen
  S. 1020
- OPEC
  S. 865
- Pakistan
  S. 1270
- Palästina-Frage
  S. 304, 355, 358[19], 376f., 380, 404–406, 410[13], 411, 422, 426, 439, 455, 458, 486, 513, 515, 517, 519, 558, 599f., 613–616, 618, 635[5], 636–640, 719–721, 764f., 806, 821, 822[9], 823f., 835, 866[3], 868f., 893[3], 896f., 919–921, 928–930, 954, 979–981, 995f., 1012, 1059, 1074f., 1169–1171, 1173–1177, 1181f., 1184f., 1192–1197, 1200, 1202, 1204, 1206f., 1213, 1219–1222, 1224f., 1226[3], 1227–1232, 1289–1291, 1293, 1295–1297, 1299–1301, 1318–1320, 1372, 1438f., 1452, 1454–1456, 1511, 1528f., 1613–1615, 1718[2], 1719f., 1792[6], 1797–1799, 1895
- PLO
  S. 243, 514f., 518–520, 599, 618, 636–638, 719f., 765, 823f., 835, 920, 1020, 1074f., 1127f., 1173, 1174[23], 1193f., 1196, 1199, 1204[26], 1206f., 1213f., 1221, 1223–1225, 1289f., 1296, 1297[17], 1300, 1319, 1359f., 1372, 1406, 1438f., 1456, 1529, 1614, 1719[9]
- Rumänien
  S. 1075, 1438f.
- Saudi-Arabien
  S. 25, 156, 243f., 301–303, 379, 411, 425, 440f., 486[15], 513–515, 517–520, 558, 572, 613–618, 637, 717f., 739, 748f., 774, 779, 806, 835, 903, 919–921, 930, 1020, 1127, 1139, 1172, 1206, 1221, 1223, 1227, 1229, 1332, 1359, 1529
- Senegal
  S. 1174[23], 1221
- Singapur
  S. 835
- Spanien
  S. 1372
- Syrien
  S. 87, 425, 441, 486, 515, 519f., 717–721, 748, 1171–1176, 1181–1185, 1190, 1196, 1199[9], 1222, 1299, 1301, 1320, 1332, 1359f., 1455f., 1614, 1719, 1795–1800

– Tunesien
S. 517, 1795–1800

– Türkei
S. 765, 897

– UdSSR
S. 26, 244, 380, 404f., 426, 439[4], 441, 455, 486, 600, 637, 718[5], 721, 748, 776, 877, 882, 893[3], 894, 896, 908, 919f., 938, 954, 1031, 1073, 1075, 1139, 1170, 1173, 1289, 1298, 1301, 1360, 1439, 1529, 1597

– UNO
S. 404f., 519, 635f., 639, 776, 824, 908, 1031, 1073f., 1169[3], 1173f., 1183, 1193, 1195f., 1199–1201, 1204, 1214, 1219–1221, 1227, 1229, 1297[17], 1301, 1319, 1360, 1372

– USA
Dok. 68 und S. 86, 105[24], 243, 295, 298, 326, 355f., 358, 376–378, 380, 403–408, 422[5], 426, 438–442, 486, 518–520, 558, 600, 614, 616, 618, 636–640, 717–719, 748, 764f., 774, 779f., 789, 795, 805f., 821–824, 832, 835, 867–869, 877, 882f., 893–896, 908, 919–921, 928f., 938, 954, 979, 1020, 1031, 1064, 1073–1075, 1127, 1139, 1170, 1172f., 1174[23], 1175, 1181–1184, 1190, 1194–1196, 1198–1200, 1203, 1206, 1213f., 1221, 1227, 1229, 1291–1293, 1298, 1319f., 1359f., 1406, 1439, 1456, 1511, 1530, 1613, 1791[4], 1796

– Vereinigte Arabische Emirate
S. 748

– Verhandlungen zwischen Ägypten, Israel und den USA vom 21. bis 25.2.1979 bei Camp David
S. 26[16], 209[12], 241–243, 426, 455

– Volksrepublik China
S. 1528, 1530

Namibia-Frage
siehe außerdem: Berlin

S. 34, 247–249, 357, 374, 592f., 631, 634[24], 756, 908, 911, 1052, 1171, 1530, 1699, 1723, 1821

– Angola
S. 128, 246, 410, 484[8], 485, 643, 763, 788, 1700, 1703, 1823

– Botsuana
S. 128, 246, 410, 484[8], 485, 643, 763, 788, 1700

– Brasilien
S. 459

– Bundesrepublik Deutschland
S. 126–128, 245f., 409f., 484f., 595f., 642f., 763, 773f., 788, 791, 1124, 1619, 1700, 1703, 1769f., 1822f.

– Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 272, 642f.

– Finnland
S. 127

– Frankreich
S. 126, 127[7], 245f., 409f., 484f., 596[24], 1700, 1703

– Großbritannien
S. 126, 127[7], 245f., 409f., 484f., 594–596, 607, 643, 762f., 773f., 788, 791f., 834, 1124, 1619, 1700, 1703

– Kanada
S. 126, 127[7], 245f., 409f., 484f., 596[24], 1700, 1703

– Mosambik
S. 128, 246, 410, 484[8], 485, 643, 763, 788, 1700

– Niederlande
S. 643, 763

– Nigeria
S. 127f.

– Norwegen
S. 643

– Sambia
S. 128, 246, 410, 484[8], 485, 643, 763, 788, 1700, 1823

– Südafrika
S. 126–129, 245f., 409f., 484, 594–596, 607, 642f., 757, 762f., 791f., 908, 1031, 1124, 1361, 1619, 1699f., 1703, 1769, 1822f.

– SWAPO
S. 127–129, 245[4], 246, 409[8], 410, 484[8], 594, 595[23], 596, 642f., 757, 763, 791, 1619[44], 1700, 1769, 1823

– Tansania
S. 128, 246, 410, 484[8], 485, 643, 763, 788, 1700

– Türkei
S. 763

– UdSSR
S. 410, 1031, 1508, 1769

– UNO
S. 126–128, 245[4], 409f., 484f., 594–596, 643, 757[14], 759, 762, 763[10], 773[27], 791, 1361, 1619[44], 1700[8], 1769f., 1822f.

– USA
S. 126, 127[7], 245f., 409f., 484f., 596[24], 762, 788, 791, 1031, 1700, 1703

– Zaire
S. 1700

Nationales Olympisches Komitee (NOK)
S. 1711

NATO (North Atlantic Treaty Organization)
siehe außerdem:
Finnland, Iran, MBFR, Nahost-Konflikt, Rüstungsexportpolitik, Spanien, UdSSR, Volksrepublik China
S. 12, 19, 131–134, 137–145, 196, 233f., 262, 285, 386, 448, 758, 765f., 977, 998, 1052, 1123, 1239, 1254–1259, 1420, 1868, 1941, 1943

– „Abkoppelung"
Dok. 88 und S. 132f., 330, 338, 342, 687, 1023, 1217, 1303, 1418, 1910

– AEW
S. 1889f.

– Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC)
Dok. 140, 143, 145, 185, 372 und S. 143, 281[6], 387, 417[1], 419f., 500, 650[15], 734, 741, 850

– AWACS
S. 280, 657, 680f., 895

– Belgien
S. 655, 657, 659, 680, 898, 1889–1891

– Bundesrepublik Deutschland
S. 114f., 280, 291f., 499, 659f., 679, 735f., 860, 1322, 1347[16], 1348, 1356f., 1888[4], 1891

– Bündnisstrategie
S. 16, 132, 327–330, 338, 341f., 391, 400f., 418, 502, 508, 686–688, 1050f., 1388, 1517[10], 1518, 1876–1878, 1890f.

– Dänemark
S. 658, 898

– Eurogroup
Dok. 138, 369 und S. 202, 605, 658, 668, 679, 1890

– Frankreich
S. 417–420, 499[5], 1342, 1531

– Generalsekretär
S. 12, 19, 112[8], 113, 164, 184[6], 207–209, 212, 654, 657, 660f., 671–673, 675, 678–680, 682, 744, 765f., 945, 961f., 1104, 1386, 1407f., 1411f., 1483, 1503[21], 1598, 1657, 1889f., 1899, 1904, 1910

– Griechenland
Dok. 24 und S. 134, 394f., 572, 622, 659, 735, 860, 898, 1499f., 1503–1505, 1531

– Großbritannien
S. 281[7], 291, 654f., 658, 898, 1890

– High Level Group
siehe unter: TNF-Modernisierung

– Independent European Programme Group (IEPG)
S. 1405

– Italien
S. 659, 1889, 1891

– Kanada
S. 281[7], 655, 657f., 1889

– Langfristiges Verteidigungsprogramm
S. 139f., 282, 417[1], 647, 655, 658–660, 681f., 1304, 1322, 1347[16], 1348, 1356, 1383[4], 1891, 1912

– Militärausschuß
S. 41, 112[7], 324, 350, 656f., 672, 899, 1503[21], 1657, 1683, 1689

– NATO-Doppelbeschluß
siehe: TNF-Modernisierung

– Neutronenwaffe
S. 66, 68, 131f., 144f., 194, 261, 330, 344, 389, 418, 499, 502, 504, 506, 604, 649f., 652, 674–677, 699, 739, 742, 744, 1026, 1089f., 1104, 1251[5+8], 1253, 1258[17], 1303, 1327, 1436, 1492, 1512[6], 1523, 1597f., 1609, 1611, 1633

– Niederlande
S. 499f., 658, 660, 679, 741, 1889, 1891

– Nordflanke
S. 11, 572

– Norwegen
Dok. 62 und S. 660, 898, 1019, 1891

– Nukleare Planungsgruppe (NPG)
Dok. 113, 328, 329 und S. 193, 330, 419f., 488, 506–509, 648, 650, 666, 674, 676, 688f., 734, 773, 1358, 1384, 1421f., 1548, 1569[29], 1587f., 1591f., 1608, 1657, 1739

– Politischer Ausschuß
S. 174f., 285, 398, 401, 587[10], 1094[16], 1095[17], 1329[5], 1330[7], 1343[1], 1470[9], 1569[26], 1709f., 1738[38], 1863–1865

– Portugal
S. 647, 654f., 659f., 678–680, 1888f., 1891

– Rüstungskooperation
S. 66f., 1405[30]

– SACEUR
S. 19, 95, 111[4], 112–115, 262, 324, 350, 394, 400 f., 498, 504, 622, 667, 682, 735, 858–861, 1280[4], 1281–1283, 1503–1505, 1683, 1689

– SALT
S. 38–42, 943–950, 959–962, 1104

– SHAPE
S. 400, 860, 1889

– Special Group
siehe unter: TNF-Modernisierung

– Ständiger Rat
S. 38–42, 162–169, 174, 201 f., 207–213, 280–283, 286–290, 292, 316[19], 419 f., 449, 453[7], 499[5+8], 585–588, 871–879, 893[2], 943–950, 959–962, 1284[2], 1329[5], 1357, 1359[31], 1383[4], 1386, 1407–1412, 1483[22], 1548 f., 1590, 1592, 1653–1658, 1738, 1804–1808, 1836[8], 1863, 1866, 1893[6], 1902, 1971[12]

– Südflanke
S. 552 f., 572, 1500, 1721

– Tagungen des NATO-Ministerrats
siehe: Konferenzen und Verhandlungen

– Türkei
S. 111–115, 622, 654 f., 659 f., 666[3], 668[9], 678 f., 735 f., 743, 860, 898, 1019, 1499 f., 1503–1505, 1891

– UNO
S. 331[3], 332

– USA
Dok. 75 und S. 131–133, 144 f., 280[5], 281[7], 291 f., 387–389, 391, 605[20], 658–661, 679–682, 859, 1080, 1304, 1322, 1347[16], 1348, 1356, 1597, 1889–1891

– Warschauer Pakt
S. 655–657, 1006, 1050 f., 1435

Neuseeland
S. 215, 1316, 1851[14]

Nicaragua
siehe außerdem:
DDR, El Salvador, Kuba, Mexiko, Wirtschafts- und Finanzpolitik

Dok. 207, 279 und S. 993, 1361, 1489

– Bundesrepublik Deutschland
S. 1011, 1107, 1362–1365, 1368–1370, 1373 f.

– Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 958, 1312 f.

– UdSSR
S. 1010, 1363 f.

– USA
S. 1011, 1364, 1368

Niederlande
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Europäisch-Arabischer Dialog, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, „Indochina-Flüchtlinge", Indonesien, Iran, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, Rhodesien-Frage, Rüstungsexportpolitik, SALT, TNF-Modernisierung, UNO, Westeuropäische Union, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Zypern-Konflikt

S. 1087

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 228, 322, 371 und S. 676–678, 683 f.

– Pakistan
S. 1271

– PLO
S. 1059, 1799

– Polen
S. 683 f.

– Südafrika
S. 1312

– UdSSR
S. 677

– USA
S. 835, 1087[4]

– Volksrepublik China
S. 163

Niger
S. 1376[31]

Nigeria
siehe außerdem:
Energie- und Rohstoffpolitik, Iran, Namibia-Frage, Rüstungsexportpolitik, UNO

S. 798[20]

Nordatlantikpakt
siehe: NATO

Nord-Süd-Kommission (Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen)
S. 416, 1214

Norwegen
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Energie- und Rohstoffpolitik, Großbritannien,

Iran, Kanada, MBFR, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, Rhodesien-Frage, SALT, TNF-Modernisierung, UNO, Wirtschafts- und Finanzpolitik

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 209, 340, 359

– Türkei
S. 1019

– UdSSR
S. 280–283

– USA
S. 280[5], 281[7], 1017[4]

Olympische Spiele 1980
S. 739, 1077, 1240, 1473, 1711f., 1752[7], 1923, 1974

Oman
siehe außerdem:
Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), Energie- und Rohstoffpolitik, Großbritannien, Iran
S. 895[6], 897, 1223

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 273

– Frankreich
S. 1343

– Italien
S. 1343

– Japan
S. 1343

– PLO
S. 243[12]

– Saudi-Arabien
S. 243, 1344

– Syrien
S. 1344

– USA
S. 243, 1343, 1344[9]

Organisation für Afrikanische Einheit (OAE)
siehe: Organization of African Unity

Organization for Economic Cooperation and Development (OECD)
S. 24, 295[17], 360, 509, 511, 963, 1021, 1462[31], 1851

Organization of African Unity (OAU)
S. 224, 367, 431, 436, 477[2], 479[7], 756, 978, 1121, 1510, 1698, 1862

Organization of American States (OAS)
S. 470[13], 1287

Organization of Arab Petroleum Exporting Countries (OAPEC)
siehe unter: Energie- und Rohstoffpolitik

Organization of Petroleum Exporting Countries (OPEC)
siehe unter: Energie- und Rohstoffpolitik
siehe außerdem:
Europäische Gemeinschaften, Nahost-Konflikt

Orient-Institut Beirut
S. 567

Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft
S. 554[31], 556

Österreich
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, DDR, Deutsche Frage, Rüstungsexportpolitik, TNF-Modernisierung, Wirtschafts- und Finanzpolitik

– Bundesrepublik Deutschland
S. 161f.

– PLO
S. 1013f., 1020, 1058f., 1213, 1224f., 1232, 1296

– UdSSR
Dok. 73

Pakistan
siehe außerdem:
Afghanistan, Australien, Bewegung blockfreier Staaten, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Indien, Iran, Italien, Japan, Kanada, Nahost-Konflikt, Niederlande, Rüstungsexportpolitik
S. 30f., 109, 413, 897, 1065, 1536, 1942

– Bundesrepublik Deutschland
S. 48–55, 90–93, 481, 623, 1271, 1274, 1275[31], 1276, 1729, 1794f.

– Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 818f.

– Saudi-Arabien
S. 1271, 1274

– Schweden
S. 1271

– UdSSR
S. 52[22], 84, 623[10], 829, 1271–1274, 1528, 1971[11+12], 1973 f., 1977

– USA
S. 29, 623–625, 1266–1268, 1270 f., 1273 f., 1275[31], 1360 f., 1528, 1616 f., 1666 f., 1729, 1747, 1792–1795, 1842, 1971[11]

– Volksrepublik China
S. 1267, 1274, 1729

Panama
S. 760 f., 869, 1010

Paraguay
S. 459[36]

Peru
siehe außerdem:
Chile, Energie- und Rohstoffpolitik, Rüstungsexportpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik

Dok. 104 und S. 468–470, 988, 1011

PFLP (Popular Front for the Liberation of Palestine)
S. 304[7], 1559[6]

Philippinen
siehe außerdem:
„Indochina-Flüchtlinge", Rüstungsexportpolitik, UNO

S. 168, 1890

PLO (Palestine Liberation Organization)
siehe außerdem:
Ägypten, Frankreich, Großbritannien, Iran, Israel, Italien, Jordanien, Jugoslawien, Libanon, Nahost-Konflikt, Niederlande, Oman, Österreich, Saudi-Arabien, Spanien, Terrorismus, UdSSR, USA

S. 105, 377[4], 441

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 220 und S. 564–567, 1013 f., 1020, 1125, 1213, 1224 f., 1232, 1294[5], 1296, 1310[13], 1372, 1557–1560, 1614, 1799

– Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 1310[13]

– Palästinensische Nationalcharta vom 17.6.1968
S. 515, 1300

– UNO
S. 1128

Poets (Playwrights), Essayists and Novelists (P.E.N.)
S. 130[24]

Polen
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Dänemark, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Heiliger Stuhl, Israel, Italien, Japan, KSZE, MBFR, Niederlande, SALT, TNF-Modernisierung, UNO, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 1493, 1972

– Europäische Gemeinschaften
S. 62, 218[19], 828

– UdSSR
S. 63, 1109, 1491, 1939

– USA
S. 63, 1883

– Vietnam
S. 713

– Volksrepublik China
S. 713, 1149

Polen–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Deutsche Frage

Dok. 152, 171, 236, 237, 386 und S. 538, 683 f., 986 f., 989, 1208, 1379, 1400

– Fragen der Renten- und Unfallversicherung
S. 538, 683[3], 714, 1146, 1159 f.

– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 61 f., 64, 121[6+7], 122 f., 708, 713 f., 825–829, 1111, 1145, 1153–1156, 1938

– Humanitäre Fragen
Dok. 151, 194 und S. 714–717, 826–828, 1146, 1156–1159, 1938[13]

– Kulturbeziehungen
S. 713, 1145 f., 1157, 1938

– Polnische Kreditwünsche
Dok. 12, 27 und S. 708–710, 826[9], 827, 1153–1156

– Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 714

Portugal
siehe außerdem:
Angola, Iran, NATO, UNO

S. 1721, 1941

– Bundesrepublik Deutschland
S. 654[4], 679[11], 1248

– Europäische Gemeinschaften
S. 365[10], 394, 454, 1422, 1531, 1882

– Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 270, 1313

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
S. 1134[50]

Presse und Nachrichtenagenturen
– Agence France Presse (AFP)
S. 1065[27]
– Al Ahram (Kairo)
S. 1169[3]
– Al Akhbar (Kairo)
S. 1228[11]
– Al Nahar (Beirut)
S. 1558[5]
– Associated Press (AP)
S. 1284[2]
– Ayandegan (Teheran)
S. 1178[32]
– Barricada (Managua)
S. 1367
– Borba (Belgrad)
S. 1117[1], 1122
– Deutsche Presse-Agentur (dpa)
S. 468[10]
– Le Figaro (Paris)
S. 1210
– Financial Times (London)
S. 253[30], 296
– Frankfurter Allgemeine Zeitung
S. 403[3], 405, 471[3], 1820
– Haaretz (Tel Aviv)
S. 1294[5]
– Hatzofeh (Tel Aviv)
S. 1719[10]
– Hoy (Santiago de Chile)
S. 1068
– Internationale Angelegenheiten
S. 683[6]
– Izvestija (Moskau)
S. 149, 699[33], 1553[2], 1728
– Jerusalem Post
S. 1015[17], 1298[22], 1719[10]
– The Jordan Times (Amman)
S. 403[3], 405
– Kölner Stadt-Anzeiger
S. 1350[9]
– Magazine (Beirut)
S. 1175[25]
– Le Monde (Paris)
S. 328, 683[6], 1673[10]
– Nationale Stimme des Iran (National Voice of Iran) (Baku)
S. 1838
– The New York Times
S. 499[7], 1304, 1354
– The New York Times Magazine
S. 1209
– The Observer (London)
S. 1544
– Paris Match
S. 1701
– Pars News Agency (Teheran)
S. 1693, 1840
– Polska Agencja Prasowa (Polnische Presseagentur) (Warschau)
S. 706[7]
– Pravda (Moskau)
S. 144, 149, 374, 699[34], 725, 1274, 1288[16], 1349, 1397, 1471, 1562, 1567[20], 1631, 1704, 1832[15]
– La Prensa (Managua)
S. 1009[5], 1367
– Radio Afghanistan
S. 1970[2]
– Radio Moskau
S. 1838
– Reuters
S. 568[5], 1840
– Der Spiegel (Hamburg)
S. 522, 529, 1090, 1181, 1444[19], 1645f., 1650, 1945, 1953[17]
– Stern (Hamburg)
S. 1052f., 1088, 1645
– Stimme Amerikas (Voice of America)
S. 1701[16]
– The Straits Times (Singapur)
S. 1846[24]
– Tansuo
S. 1523[19]
– TASS (Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza) (Moskau)
S. 839[9], 1471, 1473[17], 1582[5], 1734[22], 1832[15], 1840
– Wahrheit (Berlin (West))
S. 1733
– The Washington Post
S. 403[3], 407, 779[15], 1304[10], 1354, 1728

– WDR (Westdeutscher Rundfunk Köln)
S. 507
– Die Welt (Hamburg)
S. 526, 566[10], 1257, 1486
– Welt am Sonntag
S. 1971[7]
– Xinhua (Peking)
S. 1847[26]
– Yedioth Achronoth (Tel Aviv)
S. 1719[10]
– ZDF (Zweites Deutsches Fernsehen)
S. 624[11], 839, 1059, 1115[8], 1797

Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)
siehe außerdem: Europäische Gemeinschaften, Libyen, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 63, 203[2], 288, 533, 535f., 758, 761, 867, 964, 977, 1123, 1237, 1239, 1306, 1520, 1776, 1813[10]

Republik China (Taiwan)
siehe außerdem: Japan
S. 832
– USA
S. 166[18], 167, 749, 779f.
– Volksrepublik China
S. 73, 166f.

Republik Korea (Südkorea)
siehe außerdem: Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 166, 457, 1631, 1890

RGW
siehe: Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

Rhodesien-Frage
siehe außerdem: Berlin
S. 34, 606[25], 643, 756, 798, 908, 1120[9], 1171, 1723
– Angola
S. 129[17], 248f., 593, 595f., 642, 756, 763, 791, 956, 1120[9], 1124, 1142, 1529f., 1594
– Australien
S. 1618
– Belgien
S. 764, 1897
– Botsuana
S. 129[17], 248f., 593, 595f., 642, 763, 791, 956, 1120[9], 1124, 1142, 1529f., 1594, 1818
– Bundesrepublik Deutschland
S. 129, 247–249, 592–594, 642, 791, 955f., 1124, 1595f., 1619, 1699, 1769, 1820f., 1897f.
– Dänemark
S. 642, 763, 1897
– DDR
S. 129
– Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 272, 641f., 955f., 1311f.
– Frankreich
S. 642, 1897
– Großbritannien
S. 129, 246f., 249, 483f., 591–594, 596f., 606, 641f., 762–764, 788, 791, 834, 911, 955[28], 956, 1120[9], 1124, 1142, 1212, 1311f., 1508, 1529, 1594–1596, 1617–1619, 1621, 1698–1700, 1818–1821, 1897f.
– Irland
S. 642, 1897
– Italien
S. 1897
– Kuba
S. 129, 642, 757, 1818[11]
– Luxemburg
S. 642
– Marokko
S. 1818
– Mosambik
S. 129[17], 248f., 593, 595f., 642, 756f., 763, 791, 956, 1120[9], 1124, 1142, 1529f., 1594, 1596
– Niederlande
S. 642, 763, 1897
– Norwegen
S. 763
– Patriotische Front (ZANU und ZAPU)
S. 129[17+18], 247, 249, 591[10], 606[25], 757, 1508[5], 1595, 1617f., 1621, 1699, 1769, 1818–1820, 1821[18], 1897
– Sambia
S. 129[17], 248f., 593, 595f., 642, 756, 763, 791, 955f., 1120[9], 1124, 1142, 1529f., 1594f., 1619, 1819
– Sanktionen gegen Rhodesien
S. 246[7], 247, 594, 596f., 606[25], 641, 763, 778, 788, 911, 1596, 1618, 1897, 1906[9], 1926[10]
– Senegal
S. 1818

– Südafrika
S. 129, 247, 249, 1619, 1818–1821
– Tansania
S. 129[17], 248f., 593, 595f., 642, 763, 791, 956, 1120[9], 1124, 1142, 1529f., 1594f.
– UdSSR
S. 129, 1508, 1595, 1769, 1818[11], 1820f.
– UNO
S. 247, 1617f.
– USA
S. 129, 246f., 485, 591, 642, 763, 778f., 788, 791, 911, 1596
– Volksrepublik China
S. 1594f.
– Zaire
S. 1698–1700, 1818

Römische Verträge vom 25.3.1957
S. 104, 602, 645, 699, 1374, 1394, 1602[37], 1604[44], 1915[13]
– EURATOM-Vertrag vom 25.3.1957
S. 227–230, 239f., 366, 800f.
– EWG-Vertrag vom 25.3.1957
S. 219[21], 370[8], 392[4+5], 798[20], 1458

Rumänien
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Bulgarien, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Nahost-Konflikt, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 277, 932, 1189f., 1493
– Europäische Gemeinschaften
S. 218[19], 536, 1429[5]
– Syrien
S. 1429[5]
– UdSSR
S. 6, 216, 218, 221
– USA
S. 1430f.
– Volksrepublik China
S. 1440

Rumänien–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 290 und S. 556, 1142, 1379
– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 537f., 1428[4], 1429–1431
– Humanitäre Fragen
S. 1432–1435
– Kulturbeziehungen
S. 1432

Rüstungsexportpolitik
– Ägypten
S. 303, 439[3]
– Argentinien
S. 481[6], 808f., 1788–1790
– Australien
S. 215
– Belgien
S. 289
– Brasilien
S. 92, 808
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 10, 19, 21, 44, 108, 168, 327, 346 und S. 10f., 36f., 73f., 110, 146, 184f., 214f., 236f., 318–320, 465[3], 481[6], 583–585, 608, 892, 912, 1049–1051, 1268, 1335f., 1399, 1404f., 1584f., 1856f., 1948
– DDR
S. 1948
– Deutsch-französische Rüstungskooperation und gemeinsame Rüstungsexportpolitik
S. 10[12], 318–320, 481[6], 583–585, 1049–1051, 1335f., 1404f., 1584f., 1856f.
– Frankreich
S. 10, 30, 57, 215f., 277f., 318–320, 481[6], 583–585, 912, 938, 1049–1051, 1230, 1275, 1335f., 1399, 1404f., 1584f., 1788[4], 1856f.
– Großbritannien
S. 9f., 30, 51, 55, 57, 73, 277, 290, 607, 1050f., 1275, 1405, 1774, 1788[4]
– Indien
S. 30, 48–55, 90–93, 807–815, 892
– Indonesien
S. 481[6], 808
– Irak
S. 481[6], 1230
– Iran
S. 11, 808, 811f.
– Irland
S. 215[9]
– Israel
S. 198–200, 1677–1679
– Italien
S. 51, 465[3], 1788[4]
– Japan
S. 215[9]
– Kanada
S. 289f.

– Kuba
S. 1050
– Kuwait
S. 808
– Libyen
S. 465[3]
– NATO
S. 1050
– Niederlande
S. 1788[4]
– Nigeria
S. 808
– Österreich
S. 215[9]
– Pakistan
S. 29f., 48–55, 90–93, 481, 808, 810, 813
– Peru
S. 808
– Philippinen
S. 92
– Saudi-Arabien
S. 11, 242, 302, 480–483
– Schweden
S. 215[9]
– Schweiz
S. 215[9]
– Singapur
S. 808
– Spanien
S. 215[9]
– Südafrika
S. 481[6], 629
– Sudan
S. 92[14]
– Syrien
S. 481[6]
– Tansania
S. 215
– UdSSR
S. 10, 36f., 55, 73f., 184, 215, 237, 290, 809, 812, 1051, 1579, 1959
– Uganda
S. 215
– USA
S. 29, 53, 91, 214f., 242, 302f., 439[3], 808, 810f., 912, 938, 1677–1679, 1788[4]
– Venezuela
S. 808
– Vereinigte Arabische Emirate
S. 808
– Volksrepublik China
S. 9f., 36f., 57, 73f., 165, 184, 214–216, 236f., 277f., 289f., 583–585, 607, 910, 912, 938, 1354, 1399, 1472, 1579, 1774
– Warschauer Pakt
S. 1050

SALT (Strategic Arms Limitations Talks)
siehe außerdem:
MBFR, NATO, TNF-Modernisierung
S. 56, 217f., 244, 325f., 337–346, 391, 737–744, 779[15], 1255, 1599, 1942
– Absichts- und Prinzipienerklärung
S. 39–42, 172, 671
– ALCM
S. 39, 41, 948
– ASBM
S. 944[3], 947[18]
– „Backfire"-Bomber
S. 13, 39–41, 487, 500[15], 501, 670, 873, 915, 945f., 949f., 1005, 1140f., 1419, 1589[17]
– Belgien
S. 674, 875, 947f.
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 248 und S. 7, 42, 169–174, 189f., 312–317, 390, 487, 575f., 603, 685f., 691f., 772, 790, 853f., 876, 889, 906f., 910f., 915f., 945–947, 959–962, 968f., 1004–1006, 1018, 1041, 1054, 1078, 1088, 1104, 1151f., 1378, 1416, 1419, 1492, 1503, 1549–1551, 1556, 1568, 1570f., 1589, 1601, 1610, 1666, 1745, 1782, 1836[8], 1905, 1941
– Cruise Missiles
S. 6, 13, 39–42, 68, 172, 218, 313, 316f., 389, 500, 669f., 685, 873, 947[18], 948, 960f., 1140f., 1550, 1643
– Dänemark
S. 875, 948f.
– DDR
S. 1442, 1445, 1832
– Drohnen
S. 6, 13, 40
– F-111
S. 41, 343

- FBS
  S. 40, 68, 173, 389, 670, 695, 699, 873, 907f., 916, 937, 1028[5], 1029[9], 1030, 1349[2], 1350[9], 1380, 1398[7], 1550, 1565, 1570, 1643
- Finnland
  S. 575f.
- Frankreich
  S. 21f., 41, 68, 453[7], 738, 772, 854, 875, 916, 937, 945[12], 948, 968, 1006, 1030, 1104, 1140, 1152, 1216f., 1401[11], 1674[11]
- Gemeinsame Erklärung der USA und der UdSSR vom 24.11.1974 zu den Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen (Vereinbarung von Wladiwostok)
  S. 14, 859
- GLCM
  S. 41, 69, 172, 316f., 947[18]
- Grauzonenproblematik
  S. 13f., 41, 890, 968f., 1028[5], 1041, 1102–1104, 1140f., 1148, 1151f., 1217f., 1349[2]
- Griechenland
  S. 1503
- Großbritannien
  S. 7, 21, 41, 171[6], 173, 313, 314[14], 604, 875, 916, 937, 968, 1006, 1030, 1104, 1217, 1549, 1601, 1610, 1660, 1836[8]
- ICBM
  S. 14[8], 17, 39, 41, 67, 69, 337, 339–341, 501, 669f., 737, 875, 944[3], 945[12], 947–949, 1100, 1103f., 1251[7], 1550
- Iran
  S. 671, 875, 1042
- Italien
  S. 671, 740, 949, 1006, 1419
- Japan
  S. 968f.
- Kanada
  S. 875, 949
- MIRV
  S. 14, 40f., 174, 339, 502, 670, 737, 944[3], 948f., 1650
- Modernisierungsfrage
  S. 40f., 501, 670, 945
- Nichtumgehung/Nichtweitergabe
  Dok. 197 und S. 13, 39[7], 41f., 170–172, 176f., 312–317, 501, 670, 685, 873, 943[2], 944–946, 1140, 1550, 1589[17], 1601
- Niederlande
  S. 671, 741, 875
- Norwegen
  S. 671, 1018
- „Pershing“
  S. 316f., 500
- Polen
  S. 1148, 1940
- Protokoll zum SALT-II-Vertrag
  S. 6, 13, 39–41, 65, 67–69, 143, 192, 343, 450, 500f., 670, 685, 947, 1550, 1565, 1589[17], 1601, 1643, 1649
- SALT I (Interimsabkommen vom 26.5.1972)
  S. 14, 16, 402, 497, 671, 777, 911, 946, 968, 1101–1103, 1349[2], 1350, 1525, 1565, 1744
- SALT II (Vertrag vom 18.6.1979)
  Dok. 7, 38, 71, 181, 195 und S. 16, 20, 22, 67, 141f., 149–151, 165f., 189f., 289, 294, 298f., 345, 351, 429, 442, 450, 457, 475, 487, 497f., 499[7], 500f., 506, 546, 551f., 568, 572–577, 585[2], 597, 600, 603f., 607, 618, 648–650, 653, 669–676, 685f., 691–693, 695, 712, 715, 734, 737–741, 761, 772, 775–777, 786f., 790, 838, 845, 850, 853f., 880, 889f., 904, 906–911, 920, 968, 974, 981–983, 1004–1006, 1018, 1024, 1026, 1028f., 1040–1042, 1054, 1062, 1078f., 1088, 1091, 1100f., 1103f., 1107, 1123, 1139–1141, 1148, 1176f., 1239, 1244, 1263, 1287f., 1304, 1339–1341, 1350, 1354, 1359, 1378, 1380, 1392, 1398, 1401[11], 1407, 1416, 1419, 1433, 1436, 1442, 1445, 1471[4], 1472, 1473[17], 1474, 1482f., 1491f., 1495f., 1501–1503, 1525, 1533, 1550, 1553f., 1556, 1569[25], 1570f., 1582[5], 1589, 1600f., 1622[9], 1631, 1643, 1647, 1649–1651, 1657, 1660, 1665f., 1681f., 1715, 1730f., 1737f., 1743–1745, 1760, 1763, 1765f., 1773, 1782f., 1832, 1836[8], 1876, 1881, 1887, 1890, 1901, 1905, 1912, 1915, 1940f., 1977
- SALT III
  S. 21f., 39f., 68, 173f., 200, 420, 450, 499[7], 501, 573, 603f., 608, 670f., 675, 686, 690, 695, 715, 737, 740f., 775, 777, 787, 854, 859, 871–873, 875f., 906f., 915f., 936f., 943[2], 944, 949, 959–962, 968, 997f., 1005f., 1018, 1029f., 1032, 1041, 1048, 1100, 1103f., 1141, 1152, 1153[14], 1216–1219, 1251[5+7], 1256, 1263, 1341, 1349[2], 1359[31], 1378, 1380f., 1407f., 1436, 1445, 1475f., 1479, 1483f., 1549f., 1569[25], 1570, 1589, 1610, 1622[9], 1647f., 1650, 1660,

1674[11], 1736, 1743–1745, 1749, 1781, 1836[8], 1900f., 1905, 1911, 1913
– SLBM
S. 14, 39, 174, 337, 339f., 944[3], 947, 949
– SLCM
S. 41, 172, 316f., 947[18]
– SS-20
S. 13, 915f., 937, 947, 1005, 1140, 1153[14]
– Türkei
S. 568, 735, 743, 776, 875, 949, 1026, 1042, 1062
– UdSSR
S. 313[9], 314, 389f., 669–671, 692, 695, 737, 775f., 873–878, 906–911, 915f., 936f., 946–950, 960f., 968, 1005f., 1018, 1028–1030, 1032, 1042f., 1062, 1100–1104, 1140f., 1148, 1152, 1216, 1287f., 1349[2], 1350[9], 1380, 1398, 1407, 1479, 1482–1484, 1495, 1550, 1553f., 1564f., 1569[25+29], 1601, 1610, 1643, 1647–1650, 1716, 1743f., 1765
– USA
Dok. 230 und S. 38–41, 169–174, 176f., 312–317, 500–502, 568, 573f., 669–671, 685, 692, 735, 737, 772, 775–777, 787, 790, 871–878, 906–911, 937, 943–950, 959–962, 968, 1004–1006, 1018, 1028–1030, 1032, 1041–1043, 1054, 1062, 1078f., 1088, 1091, 1139f., 1148, 1152, 1176, 1217, 1251, 1287f., 1349[2], 1380, 1492, 1495, 1503, 1549–1551, 1554, 1556, 1565, 1589, 1601, 1610, 1648, 1650, 1665, 1682, 1743f., 1836[8], 1905, 1912f.
– Verifikation
S. 14, 39f., 500[15], 574, 670f., 674, 692, 695, 735[20], 776, 873, 875, 945, 947–949, 1018, 1026, 1030, 1042, 1062, 1582[5], 1589[17]
– Volksrepublik China
S. 149f., 165f., 875, 916, 968, 1027, 1030, 1152, 1216f.
– Warschauer Pakt
S. 916, 937

Sambia
siehe außerdem:
Angola, Bewegung blockfreier Staaten, DDR, Großbritannien, Iran, Rhodesien-Frage, UNO
– Südafrika
S. 1821
– Volksrepublik China
S. 168
– Zaire
S. 1703

Saudi-Arabien
siehe außerdem:
Ägypten, Arabische Republik Jemen (Nordjemen), Berlin, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Irak, Iran, Israel, Jordanien, Marokko, Nahost-Konflikt, Oman, Pakistan, Rüstungsexportpolitik, Westsahara-Konflikt, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 83, 155, 1747, 1791f., 1794, 1817, 1842
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 17, 23, 34, 69, 134, 186, 187, 189, 213, 367 und S. 11, 480–483, 749, 1907[13]
– Europäische Gemeinschaften
S. 1881, 1887[15]
– PLO
S. 242, 1223
– Somalia
S. 411
– Syrien
S. 378[14]
– Türkei
S. 86
– UdSSR
S. 108f., 242, 302, 304, 384, 513, 616–618, 748, 1537
– USA
S. 24[11], 27, 155, 242, 301–304, 378f., 681, 921, 1871

Schweden
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Berlin, Energie- und Rohstoffpolitik, Iran, Pakistan, Rüstungsexportpolitik, TNF-Modernisierung, Wirtschafts- und Finanzpolitik
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 325 und S. 3
– UdSSR
S. 1670f.

Schweiz
siehe unter:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Iran, Rüstungsexportpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik

Senegal
siehe außerdem:
Angola, Brasilien, Nahost-Konflikt, Rhodesien-Frage
S. 1701
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 97 und S. 32[35]
– Zaire
S. 32, 436

Singapur
siehe außerdem:
Australien, Bewegung blockfreier Staaten, Energie- und Rohstoffpolitik, „Indochina-Flüchtlinge", Nahost-Konflikt, Rüstungsexportpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 78
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 173
– Vietnam
S. 1537, 1597
– Volksrepublik China
S. 830

Somalia
siehe außerdem:
Äthiopien, Kuba, Saudi-Arabien
S. 617
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 77 und S. 433, 1507, 1948
– UdSSR
S. 108[6], 336[8], 1507, 1542

Sowjetunion
siehe: UdSSR

Sozialistische Einheitspartei West-Berlins
S. 1733

Sozialistische Internationale
S. 1013[10], 1125, 1396–1398, 1833

Spanien
siehe außerdem:
Chile, Frankreich, Großbritannien, Israel, Kuba, Nahost-Konflikt, Rüstungsexportpolitik, Terrorismus, UNO, Westsahara-Konflikt, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 1941
– Bewegung blockfreier Staaten
S. 1373 f.
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 280 und S. 516, 590
– Europäische Gemeinschaften
S. 252, 394, 454, 515 f., 590 f., 1332[10], 1371–1375, 1422, 1531, 1720, 1856[3], 1882
– Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 270
– NATO
S. 590 f., 1036, 1373, 1531, 1721
– PLO
S. 1332, 1371 f., 1722
– UdSSR
S. 590[4], 1721
– USA
S. 1036, 1531

SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)
S. 66, 352[4], 428[3], 436, 590[4], 633, 716, 931, 998[23], 999, 1058, 1109 f., 1124[23], 1143, 1157, 1160, 1251, 1325, 1342, 1356, 1370, 1392, 1397[4], 1398[7], 1419, 1421, 1488, 1502, 1515, 1553[3], 1642, 1648, 1658[3], 1659, 1664 f., 1742, 1752, 1783 f., 1832 f., 1835[3], 1836[7], 1837, 1859 f., 1917[17]

Sri Lanka
S. 1121 f.

Stiftung Wissenschaft und Politik
S. 327

Strategic Arms Limitation Talks
siehe: SALT

Südafrika
siehe außerdem:
Brasilien, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, Großbritannien, Israel, Italien, Mosambik, Namibia-Frage, Niederlande, Rhodesien-Frage, Rüstungsexportpolitik, Sambia, UNO
S. 34, 131, 224, 249, 756, 774, 1333, 1529 f., 1595, 1801, 1823 f., 1906
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 28, 136, 355 und S. 97 f., 436, 819, 1637, 1860 f.
– Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 272 f., 631, 819
– UdSSR
S. 1824
– USA
S. 631
– Zaire
S. 1821

Sudan
siehe außerdem: Ägypten, Äthiopien, Berlin, Libyen, Rüstungsexportpolitik
S. 32, 433, 616f., 1173

SWAPO (South West Africa People's Organisation)
siehe unter: Namibia-Frage

Swasiland
S. 1818f.

Syrien
siehe außerdem: Ägypten, Bewegung blockfreier Staaten, Frankreich, Irak, Iran, Israel, Libanon, Nahost-Konflikt, Oman, Rumänien, Rüstungsexportpolitik, Saudi-Arabien
S. 152, 225
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 153, 240, 241, 242 und S. 1429[5], 1795–1800
- UdSSR
S. 455, 721[13]

Tansania
siehe außerdem: Bewegung blockfreier Staaten, Libyen, Namibia-Frage, Rhodesien-Frage, Rüstungsexportpolitik
- UdSSR
S. 215
- Uganda
Dok. 107 und S. 215[11], 273[27], 274, 486, 1191

Terrorismus
siehe außerdem: Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 1139
- Arabische Republik Jemen (Nordjemen)
S. 1353
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 125, 308 und S. 304, 334f., 444[2], 514, 538, 1058, 1118[5], 1132–1134, 1388f., 1661, 1662[8], 1774
- Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)
S. 1388f.
- Italien
S. 1002, 1414
- Jugoslawien
S. 1118[5], 1132–1134
- PLO
S. 514, 564–567, 1058, 1557–1560
- Spanien
S. 1375
- Türkei
S. 307, 382

Thailand
siehe außerdem: ASEAN, „Indochina-Flüchtlinge", Kambodscha, Laos
S. 1846
- Bundesrepublik Deutschland
Dok. 192
- Europäische Gemeinschaften
S. 935
- UdSSR
S. 933, 936
- USA
S. 1527
- Vietnam
S. 72, 77, 244, 933, 1520–1522, 1527, 1536–1538, 1615, 1772, 1847[26]
- Volksrepublik China
S. 71, 933, 1315, 1520

The American Council on Germany
S. 430[10]

The Aspen Institute
S. 653

The Council on Religion and International Affairs
S. 1821[20]

The German Marshall Fund of the United States
S. 653

TNF-Modernisierung der NATO/NATO-Doppelbeschluß
Dok. 29, 31, 42, 78, 178, 210, 306, 313, 321, 351, 373, 375, 376 und S. 18, 64, 66, 69f., 329f., 351, 386, 391, 397[6], 488, 502–505, 576, 651, 656, 672–675, 737–744, 844f., 854, 872, 1306, 1407–1412, 1474–1479, 1482–1485, 1850, 1860, 1863[4], 1914
- ALCM
S. 15, 138f., 141–143, 343, 506
- „Backfire"-Bomber
S. 15, 66, 192, 341, 346, 508, 573, 650[15], 668, 673, 692, 699, 738f., 844, 850, 997, 1005, 1104, 1108f., 1241[30], 1339f., 1381f., 1524, 1552[22], 1555, 1565, 1567, 1570, 1572, 1582, 1648, 1659, 1682, 1746[21], 1785[4], 1877, 1893[6], 1940, 1942–1944

– Belgien
S. 133, 139, 141f., 507, 650[15], 674, 742f., 844f., 850f., 858, 860, 1005, 1023f., 1026, 1043, 1056, 1061, 1079, 1104, 1108f., 1252, 1258, 1327f., 1341, 1345f., 1357, 1387, 1409, 1421, 1466, 1492, 1502, 1569[26], 1586, 1598f., 1607f., 1622, 1656, 1658[3], 1663, 1680f., 1683f., 1687f., 1708, 1808, 1832, 1885–1887, 1892f., 1901–1904

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 114, 147, 253, 268 und S. 15, 17, 132–134, 137, 190, 194, 200–202, 208, 260–262, 291f., 294, 344, 346, 349, 390, 449–453, 503, 530[3], 531, 573, 603f., 648–650, 652, 673f., 678, 692, 733f., 739f., 773, 786f., 790, 844f., 850f., 858–860, 907f., 910, 915f., 968f., 997, 1005f., 1023–1028, 1041, 1043f., 1053f., 1056f., 1060f., 1078f., 1085f., 1088, 1090f., 1104, 1108f., 1123, 1141, 1209, 1216f., 1241f., 1303f., 1327f., 1339–1342, 1345–1347, 1349f., 1357f., 1378–1382, 1384–1386, 1397, 1401, 1409f., 1417f., 1421f., 1432f., 1435f., 1475f., 1483[22], 1490–1492, 1500–1503, 1517, 1524, 1533f., 1547–1549, 1552, 1553[2], 1555, 1562[11], 1564f., 1567–1570, 1574, 1582, 1586f., 1590–1593, 1598f., 1607–1611, 1622f., 1630–1633, 1644–1652, 1653[2], 1656, 1658[3], 1659, 1663–1665, 1670f., 1680f., 1683, 1686, 1689, 1717, 1730, 1732–1737, 1739, 1745f., 1762–1767, 1781–1783, 1785f., 1804–1808, 1812f., 1830[3], 1832–1834, 1836–1838, 1885–1887, 1891–1894, 1899–1901, 1903f., 1911, 1940–1944, 1949–1952, 1954, 1958f.

– Cruise Missiles
S. 15, 17, 65, 139, 143, 261, 450, 508, 667, 787, 845, 858f., 1251[7], 1340, 1349, 1491, 1555, 1866[15]

– Dänemark
S. 133, 650[15], 673, 742, 787, 844f., 1005, 1026, 1044, 1053f., 1079, 1108f., 1307, 1345f., 1357, 1408f., 1411, 1569[26], 1653, 1657, 1663, 1670[4], 1680, 1684f., 1688, 1785f., 1794, 1808, 1830, 1833–1835, 1837f., 1886, 1893, 1902–1904

– DDR
S. 1442, 1445, 1735, 1830, 1831[9], 1832–1834, 1922

– F-111
S. 1552[22], 1555

– FBS
S. 15, 192f., 345, 451, 1381, 1652, 1733

– Finnland
S. 1670[4]

– Frankreich
Dok. 93 und S. 15, 17f., 141, 192, 207f., 345, 449[5], 453[7], 688, 738, 850, 858, 860, 1041, 1104, 1141, 1340, 1342, 1382[23], 1400f., 1412, 1418, 1478, 1491, 1556, 1569[26], 1673f., 1676

– GLCM
S. 65, 69, 139, 143, 343, 506, 508, 1005, 1023–1025, 1108, 1303, 1323, 1388, 1502, 1682

– Griechenland
S. 133f., 667, 744, 851, 1005, 1026, 1028, 1056, 1062, 1491, 1496, 1502, 1569[26], 1657, 1663, 1684, 1899, 1903

– Großbritannien
S. 16, 133, 141, 144, 192, 202, 260–262, 291, 294, 343, 345, 449[5], 503–505, 507, 604, 649, 650[15], 673, 688f., 740f., 773, 850, 858, 860, 1023f., 1041, 1056, 1061, 1079, 1104, 1108, 1327[5], 1340f., 1382[23], 1385, 1411, 1502, 1552[22], 1556, 1569[26], 1598f., 1604, 1606–1611, 1622f., 1627, 1655–1657, 1660, 1680f., 1683f., 1686, 1689, 1708, 1761f., 1765f., 1876f., 1892f., 1899, 1901, 1904, 1912

– High Level Group der NATO
Dok. 282 und S. 140, 143f., 173f., 193, 201f., 261, 291f., 330, 417[3], 418–420, 449[3], 452f., 499, 502f., 505–509, 603f., 648f., 658, 667, 672f., 675f., 689, 734, 738, 742, 1023, 1041, 1043, 1053, 1085, 1089f., 1258, 1308, 1323, 1326f., 1347, 1357, 1518, 1547f., 1587[5], 1590f., 1593, 1607[8], 1622, 1653, 1655, 1656[13], 1680, 1682, 1684, 1687, 1805, 1893, 1899

– ICBM
S. 138

– Italien
S. 133f., 141, 208, 504f., 507, 650[15], 667, 845, 850, 858, 860, 1005f., 1023f., 1026f., 1043, 1056, 1061, 1104, 1108, 1341f., 1345f., 1357, 1408, 1417, 1419, 1421f., 1502, 1569[26], 1586, 1598, 1607f., 1656, 1658[3], 1659, 1663, 1680, 1683f., 1708, 1762, 1807[17], 1832, 1877f., 1891–1893, 1899, 1901, 1904

– Jugoslawien
S. 1325

- Kanada
  S. 504f., 1411, 1569[26], 1653, 1657f., 1680, 1684, 1899, 1902
- Luxemburg
  S. 133, 139, 141, 507, 744, 1005, 1079, 1108, 1346, 1569[26], 1657, 1899, 1903
- MBFR
  S. 1516–1518
- MIRV
  S. 138, 1501, 1534, 1567, 1763, 1941
- Niederlande
  Dok. 144 und S. 133, 139, 141f., 503f., 507, 649f., 675, 741, 773, 844f., 860, 1005, 1023f., 1026f., 1043, 1056, 1061, 1079, 1089–1091, 1104, 1108f., 1251f., 1258, 1283[14], 1307, 1325, 1327[5], 1328, 1341, 1345f., 1357f., 1385–1387, 1401, 1410f., 1417–1419, 1421f., 1492, 1502, 1516f., 1569[26], 1587, 1592f., 1598f., 1607–1611, 1621–1623, 1653, 1656f., 1658[3], 1659f., 1663f., 1680–1685, 1687–1689, 1708, 1710, 1807[17], 1808, 1815, 1832, 1837, 1866[15], 1877, 1884–1887, 1892f., 1903f.
- Norwegen
  S. 133, 504, 675, 742, 787, 844, 1005, 1017, 1026–1028, 1043f., 1053f., 1079, 1089, 1108f., 1345f., 1357, 1409f., 1569[26], 1622f., 1657, 1663, 1670[4], 1680, 1684f., 1688, 1735–1737, 1739, 1808, 1835–1838, 1885–1887, 1899, 1903
- Österreich
  S. 1325
- „Pershing“
  S. 65, 133, 139, 143, 343f., 349, 503, 506, 508, 667, 787, 844f., 858f., 1023f., 1104, 1108, 1303, 1323, 1340, 1349f., 1388, 1491, 1502, 1513, 1682, 1685[20], 1866[15]
- Polen
  S. 1939f., 1944f., 1959, 1962
- Portugal
  S. 851, 858, 860, 1005, 1026, 1657, 1903
- Rumänien
  S. 1435, 1513
- Rüstungskontrolle/Verhandlungsangebot
  Dok. 45 und S. 131–133, 140, 142, 144f., 173f., 192f., 201f., 291f., 294, 330, 417–420, 449–453, 506, 508f., 598, 648–650, 656, 672, 674–677, 685–687, 689f., 734, 737–744, 772[23], 773, 850f., 1023–1025, 1027, 1043, 1053, 1057, 1061, 1078, 1085, 1088–1090, 1109, 1123, 1141, 1209, 1242, 1253, 1258, 1303, 1307f., 1323f., 1326, 1341, 1345, 1358, 1378, 1383f., 1386, 1388, 1401, 1412[23], 1417[22], 1418, 1421, 1433, 1436, 1476, 1479, 1484f., 1491f., 1496, 1502, 1524, 1534, 1552[22], 1553[2], 1568, 1570, 1574, 1587[5], 1590–1593, 1607, 1609–1611, 1622, 1632, 1644f., 1650, 1653, 1656f., 1659, 1664[17], 1682, 1684, 1687, 1717, 1733, 1736f., 1739, 1745f., 1761, 1764–1767, 1783, 1785f., 1805, 1807[17], 1830[3], 1832, 1835–1838, 1864, 1877f., 1884, 1885[10], 1894, 1899–1901, 1903–1905, 1910f., 1943, 1949f., 1952f.
- SALT II
  Dok. 264 und S. 1251, 1328, 1346f., 1357f., 1387, 1412[23], 1418, 1555, 1564f., 1572, 1587[5], 1607[8], 1608, 1610f., 1663[11], 1680, 1682–1684, 1688, 1734, 1885, 1903, 1950
- SALT III
  S. 13–15, 17, 65, 141, 597f., 1024, 1027, 1307f., 1323[7], 1417[22], 1565, 1572, 1607, 1611, 1645[19], 1646, 1654, 1682, 1684, 1783, 1899, 1949[5], 1950
- Schweden
  S. 1670f.
- SLBM
  S. 1026
- SLCM
  S. 139, 343, 787, 844, 1005, 1017, 1025–1027, 1108
- Special Group der NATO
  Dok. 65, 101, 282 und S. 201f., 294, 298, 330, 417–420, 488, 499, 501, 503, 509, 573, 598, 603f., 648f., 658, 672f., 675, 689, 738, 742, 1024, 1041, 1043, 1048, 1053, 1085, 1089f., 1217f., 1250[3], 1258, 1308, 1323, 1326, 1341, 1347, 1357, 1547f., 1587[5], 1590–1593, 1607[8], 1622, 1653, 1655–1657, 1680, 1682, 1684, 1687, 1733, 1805, 1893, 1899
- SS-20
  S. 15, 17, 66, 132f., 165, 192, 261, 339–341, 344, 346, 502, 508, 573, 604, 650[15], 668, 673, 692, 699, 738f., 744, 844, 850, 915f., 997, 1005, 1024, 1104, 1108, 1209, 1241[30], 1339, 1350, 1381, 1386, 1398, 1408[8], 1410, 1417–1419, 1478f., 1490, 1501f., 1513, 1524, 1534, 1552[22], 1555, 1565, 1567, 1570, 1572, 1582, 1599, 1645f., 1648f., 1654, 1659, 1670[5], 1671, 1682f., 1688, 1733f., 1738, 1745, 1746[21],

1763 f., 1766, 1785[4], 1786, 1877, 1893[6], 1900, 1903, 1911, 1940–1944

– Türkei
Dok. 142 und S. 133, 141, 504, 650[15], 851, 1005, 1026, 1028, 1056, 1062, 1411, 1569[26], 1657, 1680, 1684 f., 1899, 1903

– UdSSR
Dok. 307, 317 und S. 17, 137 f., 142, 144, 192 f., 337, 341, 344–346, 349, 418, 450 f., 502 f., 530[3], 531, 648–650, 672–674, 677, 686 f., 690, 699, 744, 844 f., 850, 858–860, 907 f., 910, 915, 997, 1005 f., 1023, 1025, 1057, 1061, 1088, 1108, 1141, 1209, 1216 f., 1241, 1251–1253, 1258[17], 1302 f., 1308, 1323[7], 1324, 1328, 1339–1342, 1346 f., 1349 f., 1357 f., 1359[31], 1378–1382, 1386, 1388, 1396–1398, 1400 f., 1407–1412, 1417–1419, 1421, 1432 f., 1435 f., 1466, 1474–1479, 1482–1485, 1490–1492, 1495 f., 1500 f., 1513, 1524, 1533 f., 1550–1552, 1562–1567, 1569[25+26+29], 1570, 1572–1574, 1582, 1587[5], 1591, 1593, 1599, 1606 f., 1609–1611, 1623, 1643, 1646 f., 1649–1652, 1654, 1659, 1665, 1670 f., 1717, 1730, 1732–1735, 1743 f., 1746, 1759–1762, 1765–1767, 1783, 1785 f., 1794, 1806 f., 1812, 1830, 1832, 1834, 1838, 1884, 1885[10], 1893, 1899 f., 1912, 1923, 1941–1944, 1950, 1952–1954, 1959

– Ungarn
S. 1809, 1812 f.

– USA
Dok. 254, 303 und S. 17, 111–115, 134, 137, 192–194, 201 f., 260 f., 291 f., 449[5], 450, 452, 503, 505–507, 648, 652, 672, 674, 687–689, 734, 739, 772[23], 787, 790, 844 f., 850, 858 f., 997, 1017[4], 1023, 1041, 1043 f., 1052–1054, 1056 f., 1060–1062, 1078 f., 1085 f., 1088–1091, 1103 f., 1108, 1141, 1251 f., 1302–1304, 1323, 1327[5], 1341, 1346 f., 1350, 1358, 1382, 1385, 1387, 1410, 1412[23], 1418, 1475, 1490–1492, 1501 f., 1524, 1533 f., 1547–1550, 1552, 1555 f., 1564, 1568, 1569[26], 1570, 1587, 1590[2], 1591 f., 1598 f., 1609–1611, 1623, 1653–1659, 1664 f., 1680–1686, 1689, 1739, 1762, 1794, 1805, 1808, 1836 f., 1877, 1893 f., 1899 f., 1903, 1942 f., 1950

– Volksrepublik China
S. 165

– Warschauer Pakt
S. 699, 910, 1251[8], 1385, 1436, 1593, 1670[5], 1746[21], 1830, 1832, 1885[10], 1953

Treuhandstelle für den Interzonenhandel
S. 372

Tschad
S. 159, 196, 223

Tschechoslowakei
siehe: ČSSR

Tunesien
siehe außerdem:
Europäisch-Arabischer Dialog, Libyen, Nahost-Konflikt, UNO

S. 159, 1795–1800

Türkei
siehe außerdem:
Ägypten, Bulgarien, Energie- und Rohstoffpolitik, Griechenland, Iran, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, Norwegen, SALT, Saudi-Arabien, Terrorismus, TNF-Modernisierung, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Zypern-Konflikt

S. 109, 382, 455, 520, 652, 748, 1616

– Bundesrepublik Deutschland
S. 29, 32, 307, 356 f., 381–384, 509–512, 569, 654[3]

– Europäische Gemeinschaften
S. 392[5], 801 f., 1461, 1882

– Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 274

– Sicherheitspolitik
S. 605[20], 666[3], 859, 1501, 1599, 1945

– UdSSR
S. 84, 86, 504, 666 f.

– USA
S. 114, 381–384, 489, 568 f., 605[20], 621–623, 666[3], 667, 859, 1501, 1599

UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Ägypten, Angola, Arabische Republik Jemen (Nordjemen), Äthiopien, Brasilien, Bulgarien, ČSSR, Dänemark, DDR, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), Energie- und Rohstoffpolitik, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Heiliger Stuhl, Indien, „Indochina-Flüchtlinge", Irak, Iran, Italien, Jamaika, Japan, Jugoslawien, Kambodscha, KSZE, Kuba, Libyen, Malaysia,

Mosambik, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Polen, Rhodesien-Frage, Rumänien, Rüstungsexportpolitik, SALT, Saudi-Arabien, Schweden, Somalia, Spanien, Südafrika, Syrien, Tansania, Thailand, TNF-Modernisierung, Türkei, UNO, Westsahara-Konflikt, Wirtschafts- und Finanzpolitik

Dok. 202 und S. 7, 20, 84, 140, 153, 381, 456, 580, 588, 739, 890, 895, 898, 935, 1080, 1109, 1238f., 1255, 1339, 1394, 1420, 1493, 1910

- Afrikapolitik
S. 59[14], 248f., 456, 459, 573f., 877f., 894, 908, 1031, 1243, 1307, 1507f., 1597, 1699, 1701, 1769f., 1859
- ASEAN
S. 934, 1527
- Bewegung blockfreier Staaten
S. 1119[8], 1124, 1314, 1510, 1539
- Europäische Gemeinschaften
S. 222, 751, 878f., 934
- Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 275–277, 957
- Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti (KGB)
S. 839
- NATO
S. 132, 134, 280–283, 655f., 1876f.
- PLO
S. 1301[31]
- Uganda
S. 215
- Ungarn
S. 1736, 1966, 1975[4]
- USA
Dok. 211, 277, 295 und S. 56, 69, 131, 144f., 149–151, 164–166, 169, 218, 275, 322, 327–330, 429[6], 472f., 681, 696, 735, 777, 838, 860, 877–879, 889, 907–910, 938, 981–983, 993f., 1100–1103, 1284–1288, 1304f., 1346[10], 1347, 1359, 1400, 1418, 1420, 1482, 1495, 1534, 1542, 1554, 1600, 1631–1633, 1728, 1743[14], 1748, 1760, 1775f., 1793, 1836[9], 1838–1840, 1915, 1931f., 1935f., 1975f.
- Vietnam
S. 72, 148, 151, 167[24], 168, 203, 275f., 287–289, 295, 381, 776, 832, 932, 967, 1317[9], 1520f., 1523[18], 1527, 1535, 1537, 1539[34], 1615
- Volksrepublik China
Dok. 9, 46 und S. 6, 9[11], 10, 21, 36f., 69, 72f., 78, 145f., 149, 164f., 167f., 186, 204, 214, 216f., 220f., 227, 236–238, 244, 275–277, 286f., 289, 322, 362, 413, 445, 447, 459, 471–473, 476, 581f., 693, 696f., 712f., 738, 792, 831, 878, 882, 889–891, 908f., 911–913, 934, 967f., 994, 997, 1031f., 1189, 1399f., 1420, 1440, 1495, 1507, 1521–1523, 1525–1527, 1530, 1534–1536, 1538–1543, 1576–1580, 1588, 1594, 1596, 1616, 1771, 1773f., 1847
- Zaire
S. 1743[14]

UdSSR–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem:
Berlin, Deutsche Frage

Dok. 6, 11, 40, 41, 47, 53, 148, 188, 275, 281, 309, 320, 337, 341, 342, 343, 344, 388 und S. 56f., 220–222, 295, 299, 322, 389, 471, 490, 531, 633, 838f., 882, 977, 982, 1019, 1108, 1305f., 1400, 1526, 1534, 1630–1633, 1806f., 1812, 1872, 1917, 1923

- Gemeinsame Erklärung vom 21.5.1973
S. 1758[17]
- Gemeinsame Erklärung vom 30.10.1974
S. 918[46]
- Gemeinsame Deklaration vom 6.5.1978
S. 57[7], 186, 190, 1141, 1341, 1377, 1524, 1561[8], 1568, 1574, 1715, 1732, 1745, 1762f., 1781
- Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
Dok. 238 und S. 188f., 698f., 917, 1486f., 1574, 1741, 1751f., 1754f., 1777f., 1782f.
- Humanitäre Fragen
Dok. 319 und S. 1755–1758
- Kulturbeziehungen
S. 1752, 1754
- Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 698, 1575, 1755f.

Uganda
siehe außerdem:
Libyen, Mosambik, Rüstungsexportpolitik, Tansania, UdSSR

S. 477–480, 594, 1010

UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development)
S. 310, 361, 414, 456, 535, 752f., 782, 793, 863, 1437, 1464

Ungarn
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Energie- und Rohstoffpolitik, Heiliger Stuhl, TNF-Modernisierung, UdSSR, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 218[19], 1077, 1259f., 1493

Ungarn–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Deutsche Frage
Dok. 251, 255, 353 und S. 556, 1142, 1379

– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 1233f., 1261, 1264–1266

– Humanitäre Fragen
S. 1243f., 1261

– Kulturbeziehungen
S. 1243f.

UNO (United Nations Organization)
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, ASEAN, Berlin, Energie- und Rohstoffpolitik, Europäische Politische Zusammenarbeit, „Indochina-Flüchtlinge", Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, PLO, Rhodesien-Frage, Westsahara-Konflikt, Zypern-Konflikt
S. 1851

– Algerien
S. 1860[9]

– Australien
S. 331[3], 332, 333[9]

– Belgien
S. 271

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 92 und S. 188, 270f., 331–333, 526f., 1362, 1375f., 1510[10], 1800–1804, 1824, 1860–1862

– Committee on Disarmament (CD)
S. 100–101, 185, 259[11], 545, 816, 874[15], 1527

– Conference of the Committee on Disarmament (CCD)
S. 259[11], 874[15]

– ČSSR
S. 1907

– Dänemark
S. 331[4], 332, 1860

– DDR
S. 1376

– ECOSOC
S. 952f.

– Frankreich
S. 259f., 270

– Generalsekretär
S. 28[25], 100, 273f., 380[21], 408–417, 426[19], 484, 526f., 569, 596, 635[5], 643, 724, 757, 759, 762, 763[10], 773[27], 791, 818, 884[8], 913, 952–954, 965, 1008, 1073, 1200, 1213, 1309, 1361, 1504, 1512, 1579[43], 1615, 1672, 1693f., 1726f., 1823, 1843, 1875, 1878, 1895

– Generalversammlungen
S. 106, 270f., 413f., 436, 791[10], 819, 874[15], 928[15], 952, 1057, 1064, 1074[12], 1128[31], 1169[3], 1199[5], 1213, 1309f., 1315, 1332, 1356, 1362, 1374–1378, 1471, 1579, 1614, 1796, 1798, 1800–1804, 1824[31], 1860[9], 1861[11], 1898[20], 1918[23], 1939[19]

– Griechenland
S. 270f.

– Großbritannien
S. 270–272, 333[9]

– Indien
S. 1803

– Irak
S. 1881

– Iran
S. 1693–1695, 1697, 1726f., 1793, 1803, 1829[10], 1842f., 1874f., 1878f., 1881, 1895, 1927f., 1956[3], 1957, 1965f., 1966[19], 1968f.

– Jamaika
S. 1907

– Jordanien
S. 1801

– Kambodscha
S. 106, 413f., 1310, 1315, 1462, 1846

– Konvention gegen Geiselnahme
Dok. 350 und S. 271[17], 1881

– Kuba
S. 490, 1510, 1907

– Kuwait
S. 1907

– Libyen
S. 1881

– Luxemburg
S. 271

– Marokko
S. 1860f.

- Mexiko
  S. 1802
- Niederlande
  S. 101, 271, 331–333
- Nigeria
  S. 1907
- Norwegen
  S. 331[4], 332, 1907
- Philippinen
  S. 1376[31]
- Polen
  S. 271
- Portugal
  S. 270, 1907
- Resolution Nr. 2454 der Generalversammlung vom 20.12.1968
  S. 544[12]
- Resolution Nr. 3067 der Generalversammlung vom 16.11.1973
  S. 461[43]
- Resolution Nr. 33/114 der Generalversammlung vom 18.12.1978
  S. 271
- Resolution Nr. 33/183D der Generalversammlung vom 24.1.1979
  S. 272[19]
- Resolution Nr. 34/37 der Generalversammlung vom 21.11.1979
  S. 1860[9]
- Resolution Nr. 34/93 der Generalversammlung vom 12.12.1979
  S. 1861, 1862[12]
- Resolution Nr. 181 des Sicherheitsrats vom 7.8.1963
  S. 629[12]
- Resolution Nr. 182 des Sicherheitsrats vom 4.12.1963
  S. 629[12]
- Resolution Nr. 232 des Sicherheitsrats vom 16.12.1966
  S. 247[9]
- Resolution Nr. 242 des Sicherheitsrats vom 22.11.1967
  S. 27, 105, 209[12], 377[4], 441, 520[18], 558, 618, 718[7], 719, 764, 821, 920, 927, 929, 1014, 1074f., 1173f., 1199, 1201f., 1213[6], 1221, 1301[31], 1438, 1800
- Resolution Nr. 245 des Sicherheitsrats vom 25.1.1968
  S. 756[10]
- Resolution Nr. 253 des Sicherheitsrats vom 29.5.1968
  S. 247[9]
- Resolution Nr. 264 des Sicherheitsrats vom 20.3.1969
  S. 756[10]
- Resolution Nr. 276 des Sicherheitsrats vom 30.1.1970
  S. 756[10]
- Resolution Nr. 283 des Sicherheitsrats vom 29.7.1970
  S. 756[10]
- Resolution Nr. 338 des Sicherheitsrats vom 22.10.1973
  S. 377[4], 718[7], 927, 1173, 1199, 1301[31], 1800
- Resolution Nr. 340 des Sicherheitsrats vom 25.10.1973
  S. 776[8]
- Resolution Nr. 341 des Sicherheitsrats vom 27.10.1973
  S. 776[8]
- Resolution Nr. 418 des Sicherheitsrats vom 4.11.1977
  S. 98
- Resolution Nr. 425 des Sicherheitsrats vom 19.3.1978
  S. 635[5], 1193[6], 1195f.
- Resolution Nr. 426 des Sicherheitsrats vom 19.3.1978
  S. 635[5]
- Resolution Nr. 435 des Sicherheitsrats vom 29.9.1978
  S. 126[2], 127, 247[10], 410[9], 763[10]
- Resolution Nr. 438 des Sicherheitsrats vom 23.10.1978
  S. 776[8]
- Resolution Nr. 444 des Sicherheitsrats vom 19.1.1979
  S. 1195
- Resolution Nr. 450 des Sicherheitsrats vom 14.6.1979
  S. 635[5]
- Resolution Nr. 457 des Sicherheitsrats vom 4.12.1979
  S. 1906, 1957, 1968[5]
- Resolution Nr. 461 des Sicherheitsrats vom 31.12.1979
  S. 1968[5]
- Sambia
  S. 1907

– Seerechtskonferenz
S. 461, 1361

– Sicherheitsrat
S. 34, 98, 127[5+7+8], 188, 219, 227, 273[25], 276, 290, 294, 409, 410[9], 413, 414[38], 485, 580, 635, 639, 642f., 874[15], 927f., 935, 952f., 1073[8], 1074[12], 1127, 1173f., 1183[18], 1195f., 1199[4], 1200, 1213[6], 1219–1221, 1227, 1376, 1402, 1510, 1693, 1697, 1700[8], 1727, 1769, 1775, 1793, 1829, 1842, 1874, 1879, 1881, 1895, 1897, 1906–1908, 1927f., 1930f., 1956[3], 1957f., 1966[19], 1968f., 1971[12]

– Sondergeneralversammlungen
S. 91, 185[7+8], 259[11], 260, 408, 811, 1034, 1477, 1482, 1716, 1743

– Spanien
S. 270, 1375f.

– Südafrika
S. 98, 756

– Tunesien
S. 1376[31]

– UdSSR
S. 227, 1579, 1801, 1860, 1881, 1907f., 1928, 1957

– UNEF
S. 776, 1073

– UNESCO
S. 1220

– UNFDAC
S. 1619[45]

– UNHCR
S. 792, 818f., 951, 953, 1008[17], 1317, 1898

– UNICEF
S. 1512[23], 1615[35+36]

– UNIFIL
S. 635f., 639, 1193, 1195f., 1297[17], 1319, 1360

– UNTAG
S. 126–128, 245[4], 247[10], 409[8], 410, 594[20], 596[24], 757[14], 1619[44]

– UNTSO
S. 1073

– USA
S. 219, 271, 331[3], 332, 333[9], 1148, 1171, 1181, 1194, 1207, 1213, 1510, 1726f., 1793, 1801[11+12], 1802–1804, 1927f., 1930f., 1956[3], 1957, 1968f.

– Venezuela
S. 1802

– Vietnam
S. 219

– Volksrepublik China
S. 185, 219, 227, 816, 1527, 1579, 1842, 1881, 1907

– Waffenkonferenz
Dok. 76

UNO-Charta vom 26.6.1945
S. 98[14], 413, 432, 587, 1035f., 1802, 1804, 1879–1881, 1906–1908, 1927f., 1930[27], 1956[3], 1957, 1968[5], 1970[4], 1971[6], 1976

Uruguay
S. 1071

USA (United States of America)
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Ägypten, Arabische Republik Jemen (Nordjemen), Argentinien, Brasilien, Chile, DDR, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Indien, „Indochina-Flüchtlinge", Indonesien, Irak, Iran, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Kambodscha, Kanada, KSZE, Kuba, Libyen, MBFR, Mexiko, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Oman, Pakistan, PLO, Polen, Republik China (Taiwan), Rhodesien-Frage, Rumänien, Rüstungsexportpolitik, SALT, Saudi-Arabien, Spanien, Südafrika, Thailand, TNF-Modernisierung, Türkei, UdSSR, UNO, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Zypern-Konflikt

S. 7, 249, 1040, 1042, 1055, 1339, 1394, 1420, 1507, 1675

– Amerikanische Streitkräfte in Europa
S. 261

– ASEAN
S. 1316

– Bewegung blockfreier Staaten
S. 12

– Central Intelligence Agency (CIA)
S. 1554

– Europäische Gemeinschaften
S. 1170, 1853, 1881f.

– Europapolitik
S. 1493f.

– Kongreß (Senat und Repräsentantenhaus)
S. 114[12], 150f., 170, 218, 246f., 250[20], 261[16], 305, 326, 349[12], 399, 406[14], 411[16], 439, 485[11], 487, 501, 568, 570–572, 574,

618, 621, 623, 652, 692, 696[26], 757[14], 764[14], 772, 778f., 784, 787, 789, 795, 806, 845, 853, 875, 876[21], 879–881, 892, 910, 934, 945, 946[13], 960, 1004, 1006, 1040, 1054[8], 1062[18], 1074, 1088, 1091, 1100, 1103, 1139f., 1175f., 1244, 1255f., 1304[10], 1307f., 1328, 1341, 1346f., 1354, 1357, 1359, 1368, 1416, 1490, 1492, 1503, 1533, 1550f., 1554, 1556, 1586, 1589, 1601, 1608, 1655f., 1658, 1682, 1684, 1694[8], 1730, 1737, 1789f., 1816, 1829[10], 1836[9], 1905, 1912

- Lateinamerikapolitik
  S. 1361
- MX-Rakete
  S. 779, 853, 872, 911, 937, 944[3], 947f., 1018, 1062f., 1101f., 1251[7], 1254[3], 1303, 1631, 1681
- Neutronenwaffe
  S. 1516
- Nuklearstrategie
  S. 67, 232–234, 1102f., 1254[3], 1255–1257, 1681f.
- PLO
  S. 520[18], 1074, 1148, 1310[13], 1726f., 1879
- Puerto Rico
  S. 755
- Schnelle Eingreiftruppen
  S. 27, 1079, 1303, 1631
- Sicherheitspolitik
  S. 605[20], 666[3], 859, 1501, 1599
- Vietnam
  S. 792, 869, 1173
- Volksrepublik China
  Dok. 33, 37 und S. 6, 20, 40, 56, 69, 72f., 77, 145f., 287f., 322, 445, 456, 459, 778, 833, 878f., 882, 889, 909, 938, 1031f., 1418, 1420, 1472, 1535, 1542, 1544[50], 1545, 1589, 1890

USA–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem:
Berlin, Deutsche Frage

Dok. 13, 67, 74, 81, 86, 99, 109, 126, 135, 139, 149, 155, 161, 162, 163, 164, 175, 182, 193, 214, 215, 218, 219, 221, 223, 224, 225, 226, 227, 235, 257, 262, 274, 278, 302, 312, 323, 339, 348, 370, 389 und S. 117[3+6], 134, 137–145, 160, 169–177, 312–317, 429f., 510[3], 531, 664f., 685–690, 843, 853, 870, 892, 977, 997f., 1004, 1087[4], 1107, 1401f., 1546–1552, 1600, 1747[27], 1788[5], 1789f., 1827–1829, 1843f., 1854–1856, 1872, 1926–1931

- Amerikanische Truppen in der Bundesrepublik Deutschland
  S. 15, 845f., 1619f.

Vatikan
siehe: Heiliger Stuhl

Venezuela
siehe unter:
Energie- und Rohstoffpolitik, Rüstungsexportpolitik, UNO

Vereinigte Arabische Emirate
siehe außerdem:
Energie- und Rohstoffpolitik, Großbritannien, Nahost-Konflikt, Rüstungsexportpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 1881, 1887[15]

Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland
siehe: Großbritannien

Vereinigte Staaten von Amerika
siehe: USA

Vereinte Nationen
siehe: UNO

Vierer-Außenministertreffen
Dok. 154, 377 und S. 592, 1510, 1514, 1882, 1913, 1922f., 1927

Vierer-Direktorentreffen
Dok. 379, 380 und S. 728[27], 731, 1360, 1612

Vierergruppe
siehe: Bonner Vierergruppe

Vietnam
siehe außerdem:
Berlin, Frankreich, Großbritannien, „Indochina-Flüchtlinge", Indonesien, Italien, Japan, Kambodscha, Laos, Malaysia, Polen, Singapur, Thailand, UdSSR, UNO, USA

- ASEAN
  S. 146, 148, 1317[9], 1522, 1527, 1535, 1538
- Bundesrepublik Deutschland
  S. 1521f.
- Europäische Politische Zusammenarbeit
  S. 106, 275f.
- Volksrepublik China
  Dok. 64 und S. 48[3], 78, 146, 148, 167f., 203f., 219–221, 226f., 236, 238, 244, 258, 275f., 279, 294f., 300, 321f., 327, 362, 369,

413, 445, 455[19], 579[3], 586, 693, 696, 713, 738, 792, 830–832, 912, 932, 936, 967, 1126, 1315, 1317[9], 1420, 1519–1521, 1523[18], 1535, 1537f., 1578, 1596, 1615, 1772, 1774, 1845–1847, 1971[6]

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
S. 539

Volksrepublik China
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Chile, Dänemark, Deutsche Frage, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Indien, „Indochina-Flüchtlinge", Indonesien, Iran, Italien, Japan, Jugoslawien, Kambodscha, Kuba, Laos, Malaysia, Nahost-Konflikt, Niederlande, Pakistan, Polen, Republik China (Taiwan), Rhodesien-Frage, Rumänien, Rüstungsexportpolitik, SALT, Sambia, Singapur, Thailand, TNF-Modernisierung, UdSSR, UNO, USA, Vietnam, Wirtschafts- und Finanzpolitik

Dok. 105, 304 und S. 20, 146, 163–165, 430, 712, 831, 993f., 1523, 1826f., 1942

– ASEAN
S. 219f., 244, 276, 290, 1538

– Bewegung blockfreier Staaten
S. 1508, 1510

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 301, 305, 361 und S. 146, 163, 185f., 215, 219–223, 227, 244, 693, 830, 997, 1399, 1420f., 1440, 1486f., 1513, 1576f., 1580, 1588f., 1594, 1616, 1771–1773

– Europäische Gemeinschaften
S. 222, 277

– Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 236, 275–278

– NATO
S. 286–290

– Warschauer Pakt
S. 276

– Zaire
S. 168, 1530

Volkswagen-Stiftung
S. 469[12]

Warschauer Pakt
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, KSZE, MBFR, NATO, Rüstungsexportpolitik, SALT, TNF-Modernisierung, Volksrepublik China

S. 6[6], 221, 454f., 562, 692, 1108, 1123f., 1170, 1189f., 1239, 1263, 1327, 1451, 1810, 1812, 1834, 1877, 1935, 1941, 1943, 1947, 1948[10]

Weltbank (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung)
S. 310f., 360, 425, 440, 570, 862, 1271f., 1275[31], 1369, 1405, 1701[13]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 70

– International Development Association (IDA)
S. 311

Weltwirtschaftsgipfel
– Weltwirtschaftsgipfel am 7./8.5.1977 in London
S. 8[8+9], 75

– Weltwirtschaftsgipfel am 16./17.7.1978 in Bonn
S. 8[8], 75–77, 299[10], 311, 570, 784[5], 785, 926, 965–967, 970, 1415

– Weltwirtschaftsgipfel am 28./29.6.1979 in Tokio
Dok. 198 und S. 35, 74f., 76[11+12], 78, 257, 311, 424f., 427, 569f., 607, 619, 644, 652, 747, 768f., 782, 785, 795f., 835, 849, 857, 862f., 866, 881f., 900, 902–904, 908, 910, 916, 922–924, 926f., 929–931, 935, 953, 966f., 969, 1005f., 1020, 1032, 1054, 1087, 1211[18+20], 1336, 1393, 1404[26], 1458, 1464[35], 1627, 1732, 1927[15], 1930

– Weltwirtschaftsgipfel am 22./23.6.1980 in Venedig
S. 1415f.

Westeuropäische Union (WEU)
S. 262f., 1152[9]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 258

– Frankreich
S. 1281f.

– Großbritannien
S. 1281

– Niederlande
S. 1282f.

Westsahara-Konflikt
S. 781[23]

– Algerien
S. 33, 1858f., 1860[8+9], 1861

– Bundesrepublik Deutschland
S. 1859f.
– Dänemark
S. 1860
– Frankreich
S. 33
– Frente Polisario
S. 33, 517, 1228, 1858[5], 1859, 1860[8+9]
– Kuba
S. 1859
– Libyen
S. 1858f., 1861
– Marokko
S. 33, 1228, 1858–1861
– Saudi-Arabien
S. 1228
– Spanien
S. 33[36], 1858[4]
– UdSSR
S. 1858–1860
– UNO
S. 1858, 1860

Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 368f., 458, 510, 547f., 834, 1262
– Ägypten
S. 86, 308, 378, 423–425, 427, 440, 619, 789, 1300, 1453, 1722
– Angola
S. 1249
– Australien
S. 75f.
– Belgien
S. 849, 852, 1634–1636
– Brasilien
S. 457, 459
– Bulgarien
S. 533–535, 546f., 553, 560f.
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 297 und S. 75f., 295f., 305–312, 356f., 359–363, 381–384, 424f., 427, 466, 509–512, 533, 569f., 623, 652, 750, 766, 785f., 788f., 849, 1019, 1110f., 1143, 1347, 1356, 1391f., 1395f., 1403, 1453, 1462[31], 1490, 1498, 1634–1637, 1844
– Chile
S. 1068f.
– Dänemark
S. 1110f., 1786
– DDR
S. 375, 1446f., 1490, 1674, 1922
– Europäische Gemeinschaften
S. 364–366
– Finnland
S. 578
– Frankreich
S. 75f., 124, 511, 849, 1140, 1209f., 1390[3], 1391–1393, 1395f., 1403, 1462[31], 1490, 1634–1636, 1674
– Griechenland
S. 1490, 1498
– Großbritannien
S. 63, 75f., 124, 293f., 296f., 511, 602, 1142, 1393, 1395f., 1413, 1490, 1532, 1603, 1625, 1629, 1636
– Iran
S. 1115, 1844
– Israel
S. 1230, 1300, 1720
– Italien
S. 124, 849, 1003f., 1142, 1413, 1490, 1532
– Jamaika
S. 359–363
– Japan
S. 63, 75, 124, 490, 511, 926, 1634, 1636
– Jordanien
S. 1201
– Kanada
S. 76, 1490, 1635[5], 1636
– Katar
S. 1453[5]
– Kuba
S. 1634–1637
– Libyen
S. 158
– Nicaragua
S. 1365, 1367, 1369
– Niederlande
S. 359f.
– Norwegen
S. 1019
– Österreich
S. 124, 466, 1635[5]
– Peru
S. 467
– Polen
S. 62–64, 124f., 1143–1145, 1153–1156, 1208, 1490, 1813

- Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)
  S. 125
- Rumänien
  S. 124f., 1490
- Saudi-Arabien
  S. 86, 156, 511, 1453[5]
- Schweden
  S. 124, 466
- Schweiz
  S. 466
- Singapur
  S. 363, 457
- Spanien
  S. 1634–1636
- Türkei/Türkei-Hilfe
  Dok. 115 und S. 11f., 28f., 77, 85f., 295f., 307f., 356f., 360, 367, 381–384, 394, 412, 423, 489, 569, 602, 607, 621–623, 646, 652, 668[9], 679, 765f., 788, 794, 926, 1019, 1052, 1462, 1499f.
- UdSSR
  S. 63, 938, 1446f., 1486f., 1490, 1636, 1773
- Ungarn
  S. 1260f., 1813
- USA
  S. 7[7], 12, 63, 75f., 85, 124, 306, 381–384, 456f., 489, 569f., 621f., 652, 785f., 788f., 849, 965, 1040f., 1108, 1110, 1140, 1143, 1156, 1242, 1348[20], 1392f., 1395f., 1403, 1416, 1462[31], 1844
- Vereinigte Arabische Emirate
  S. 1453[5]
- Volksrepublik China
  S. 1453[5], 1486f., 1506[2], 1513, 1772f.

Wirtschaftsunternehmen und Banken

- Abeking & Rasmussen
  S. 97[7+8], 98
- Aeroflot
  S. 1286
- Airbus GIE
  S. 852
- Air France
  S. 641, 729[28]
- Air Rhodesia
  S. 1820[17]
- Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
  S. 554
- Bank für Gemeinwirtschaft
  S. 1635
- Bank Handlowy Warszawa S.A.
  S. 125[16]
- Barclays Bank plc
  S. 63
- Bayer AG
  S. 467
- Blohm + Voss AG
  S. 1788–1790
- Boeing Company
  S. 462[44]
- British Aerospace plc
  S. 1774[16]
- British Airways plc
  S. 729[28], 1873
- British Petroleum
  S. 769, 855, 1603
- Chase Manhattan Bank
  S. 63
- Chrysler Motor Corporation
  S. 1836[9]
- Commerzbank AG
  S. 62f., 1635
- Compagnie Française d'Assurance pour le Commerce Extérieur (Coface)
  S. 1674[13]
- Compagnie Générale des Matières Nucléaires (COGEMA)
  S. 799[25]
- Cruzeiro do Sul
  S. 462[44]
- Daimler-Benz AG
  S. 555
- Dassault Aviation
  S. 1453[5]
- DEMAG (Deutsche Maschinenbau-Aktiengesellschaft)
  S. 892[19]
- DEMINEX (Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH)
  S. 466, 1021f.
- Deutsche Babcock AG
  S. 1844
- Deutsche Bank AG
  S. 892[19], 1635
- Deutsche BP AG
  S. 296[22]

- Deutsche Flüssigerdgas Terminal GmbH
S. 296[22]
- Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen mbH (DWK)
S. 799[25]
- Deutsche Lufthansa AG
S. 43[5], 1087[4], 1558, 1668[3], 1844[16], 1873
- Deutsche Texaco AG
S. 465[4]
- Diehl Munitionssysteme GmbH & Co. KG
S. 92[14+15]
- Dornier GmbH
S. 91[10], 892[19]
- Dresdner Bank AG
S. 1153–1155
- El Al
S. 1058[5]
- Elwerath Erdgas und Erdöl GmbH
S. 465[4]
- Erdölraffinerie Ingolstadt AG
S. 296[22]
- Erdölraffinerie Speyer Elf-Gelsenberg
S. 296[22]
- Export-Import Bank of the United States
S. 569
- Finnair
S. 1721[5]
- First National Bank of Chicago
S. 1844
- Ford Motor Company
S. 293[3], 306
- Fried. Krupp GmbH
S. 123[10], 188[8]
- Fried. Krupp Hüttenwerke AG
S. 1844
- General Motors Corporation
S. 1873[9]
- Hermes-Kreditversicherungs-AG
S. 91[10], 537f., 555[34], 1070f., 1249, 1369, 1635
- Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW)
S. 807, 810–814
- Impexmetal S.A.
S. 826[9]
- Interamerikanische Entwicklungsbank
S. 1369
- Iran Air
S. 1725[2]
- Junghans AG
S. 199[10]
- Karibische Entwicklungsbank
S. 360
- Klöckner-Humboldt-Deutz AG
S. 1635, 1637[10]
- Korf-Stahl AG
S. 188[8]
- Kraftwerk Union AG (KWU)
S. 663[8], 665[14], 978[6], 1163[7], 1666[24]
- Krauss-Maffei AG
S. 51, 55[24], 480f.
- Krupp Industrie- und Stahlbau
S. 1635
- London and Rhodesian Mining Company plc (LONRHO)
S. 1819
- Lurgi Apparate Technik GmbH
S. 61[13]
- Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH
S. 583–585, 1335f., 1453
- Metallgesellschaft AG
S. 826[9]
- Morgan Guaranty Trust Company
S. 1844
- National Iranian Gas Company (NIGC)
S. 1163[8]
- Oerlikon-Bührle Holding AG
S. 480f.
- Orbital Transport- und Raketen-AG (OTRAG)
S. 34, 1245
- Oto Melara S.p.A.
S. 465[3]
- Pan American World Airways
S. 729[28], 842
- Polskie Linie Lotnicze LOT S.A.
S. 527, 724
- Rheinmetall Berlin AG
S. 92, 1677f.
- Rheinstahl AG
S. 93
- Robert Bosch GmbH
S. 554
- Royal Dutch Shell plc
S. 855

– Ruhrgas AG
S. 296[22], 1163[8]
– Salzgitter AG
S. 188[8], 917[45]
– Siemens AG
S. 154, 307[8], 481, 620, 1038f., 1453
– Singapore Airlines
S. 836
– Société Anonyme Belge d'Exploitation de la Navigation Aérienne (SABENA)
S. 852
– Société Nationale Industrielle Aérospatiale (SNIAS)
S. 583f.
– Sojuzgasexport
S. 1163[8]
– Sterling Airways
S. 1721[15]
– Stinnes AG
S. 296[22]
– Stinnes-Fanal-Organisation
S. 296[22]
– Stinnes-Stromeyer-Brennstoffhandel
S. 296[22]
– Sulzer AG
S. 665, 1666[24]
– Thyssen AG
S. 556
– Thyssen Henschel AG
S. 1873[9]
– Transbrasil
S. 462[44]
– Uhde GmbH
S. 1635
– VASP (Viação Aérea São Paulo)
S. 462[44]
– Vauxhall Motors
S. 293[3]
– Veba AG
S. 296[22], 864, 1022
– VFW-Fokker
S. 1429[6]
– Wegmann & Co.
S. 481
– Wintershall Holding AG
S. 465[4]

Zaire
siehe außerdem:
Angola, Belgien, DDR, Frankreich, Kuba, Marokko, Namibia-Frage, Rhodesien-Frage, Sambia, Senegal, Südafrika, UdSSR, Volksrepublik China
S. 32, 437
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 332 und S. 34, 683[6], 1245
– Europäische Gemeinschaften
S. 1701[13]

Zentralrat der Juden in Deutschland
S. 1724[31]

Zypern
Dok. 183 und S. 886, 1882

Zypern-Konflikt
S. 271, 357, 384, 568[5], 569, 622f., 884–887, 1500, 1503f.
– Bundesrepublik Deutschland
S. 100, 885–887
– Dänemark
S. 100
– Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 99f., 273, 412
– Frankreich
S. 100, 274
– Griechenland
S. 100, 384, 412
– Griechische Volksgruppe
S. 100[9], 884, 886f.
– Großbritannien
S. 273f.
– Niederlande
S. 274
– Türkei
S. 99, 412
– Türkische Volksgruppe
S. 100[9], 884–887
– UNO
S. 100, 273f., 412, 884[8]
– USA
S. 28, 273, 412
– Varosha (Famagusta)
S. 28, 412, 623, 884, 886, 1505
– Volksgruppengespräche
S. 99[3], 100[9], 273, 820, 883[3], 884, 885[10], 886f.

Stand: Februar 1979

Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit
BM a.D. Prof. Dr. Carlo Schmid

02 Planungsstab
Ministerialdirektor Dr. Hansen

Der Bundesminister des Auswärtigen
Hans-Dietrich Genscher
Persönlicher Referent: VLR I Wallau

01 Leitungsstab

010 Ministerbüro
VLR I Lewalter

012 Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte, Informationsdienste
VLR I Dr Ellerkmann

011 Parlaments- und Kabinettsreferat
VLR I Dr Knacksted

013 Pressereferat
VLR I Dr Sudhoff

Staatssekretär im Auswärtigen Amt
Dr. Peter Hermes
Geschäftsbereich: Abt. 4, 6
Persönlicher Referent: VLR Dr. Bächmann

Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Günther van Well
Geschäftsbereich: Abt. 1, 2, 3, 5, 7
Persönlicher Referent: VLR Dr. von Studnitz

Staatsminister
Dr. Hildegard Hamm-Brücher
Persönlicher Referent: LR I Dr. Haas

Staatsminister
Dr. Klaus von Dohnanyi
Persönlicher Referent: LR I Dr. Ohr

014 Büro Staatssekretäre
VLR I Graf York von Wartenburg

1 Zentralabteilung
Ministerialdirektor Röding

Unterabteilung 10
Ministerialdirigent Dr Haller

100 Allgemeine Personalangelegenheiten
VLR I Dr Brackio

101 Höherer Dienst; Honorarkonsuln
VLR I Huber

102 Ausbildung und Fortbildung
VLR I Munch

103 Gehobener, mittlerer und einfacher Dienst; Arbeiter
VLR I Horstmann

104 Personal bei inter- und supranationalen Organisationen
VLR Garbers

105 Sprachendienst
VLR I Kusterer

106 Gesundheitsdienst
LMedD Dr Rohwedder

1 – I Inspekteure
Botschafter Ramisch
Chefinspekteur

1 – Z Botschafter z.b.V.
1 – Z1 Botschafter Dr Robert
1 – Z2 Botschafter Wolff

Unterabteilung 11
Ministerialdirigent Schonfeld
Planungsbeauftragter

110 Organisation
VLR I Graf von der Schulenburg

111 Liegenschaften und Sachverwaltung Ausland
VLR I Dr Treiltz

112 Haushalt und Finanzen
Beauftragter für den Haushalt
VLR I Dr Erll

113 Besoldung
VLR Dr Saumweber

114 Chiffrier- und Fernmeldewesen
VLR I Dr Giesecke

115 Innerer Dienst
VLR Grasshof

116 Bibliothek und Dokumentation
VLR Dr Rasmussen

117 Politisches Archiv und Historisches Referat
VLR I Dr Weinandy

118 Geheimschutz und Sicherheit
VLR I Dr Louis

119 Vorprüfungsstelle
VLR Stammer

2 Politische Abteilung
Ministerialdirektor Dr. Blech

Unterabteilung 20
N.N.

200 Europäische Einigung und politische Zusammenarbeit; Europarat; Nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)
VLR I Dr Stabreit

201 Atlantisches Bündnis und Verteidigung
VLR I Dr Holmann

202 Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein
VLR I Dr Feil

203 Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden
VLR I Herbach

204 Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten
VLR I Dr Schenk

Unterabteilung 21
Ministerialdirigent Dr Lucking

210 Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen
VLR I Dr Freiherr von Richthofen

212 Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u.a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
VLR I Dr Joetze

213 Sowjetunion
VLR I Dr Kuhn

214 Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien
VLRin I Dr Finke-Osiander

215 Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin
VLR Dr von Siegfried

Unterabteilung 22
Botschafter Dr Ruth
Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle

220 Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere VN-Bereich und SALT
VLR I Dr Citron

221 Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa
VLR I Dr Ruecknegel

222 Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit): Abrüstungsausschuß, Nichtverbreitung; Regionale Rüstungskontrolle (außerhalb Europas), Forschung
VLR I Arz von Straussenburg

Unterabteilung 23
Ministerialdirigent Dr Gorenflos

230 Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat
VLR I Dr Schaad

231 Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen
VLR I Dr Baumann

232 VN-Sonderorganisationen, weltweite zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen, Dekolonisierungsfragen
VLR I Th Schmitz

3 Politische Abteilung
Ministerialdirektor Dr. Meyer-Landrut

300 Grundsatz- und Koordinierungsfragen
N.N.

301 Arbeitsstab Humanitäre Hilfe
VLR Nesitroy

31 Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik
Ministerialdirigent Dr Hille

32 Beauftragter für Afrikapolitik
Ministerialdirigent H Muller

33 Beauftragter für Lateinamerikapolitik
Ministerialdirigent Dr Limmer

34 Beauftragter für Asienpolitik
Ministerialdirigent Dr Petersen

310 Naher Osten
VLR I Dr Fiedler

311 Mittlerer Osten, Maghreb
VLR I Monifori

320 Ost- und Südafrika
VLR I Kremer

321 West- und Zentralafrika
VLR I Vesinng

330 Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Karibischer Raum
VLR I Dr Holl

331 Andenstaaten und Mittelamerika
VLR I Marre

340 Süd- und Südostasien
VLR I Dr Sieger

341 Ostasien, Australien, Neuseeland, Ozeanien
VLR I Wegner

4 Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration
Ministerialdirektor Dr. Lautenschlager

Unterabteilung 40
Ministerialdirigent Dr Matthias

400 Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der Kapitalhilfe; Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften
VLR I Dr Kampmann

401 Außenpolitische Fragen und Grundsätze der Technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern
VLR I Dr Enzweiler

402 Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere UNCTAD und ECE; Internationale Rohstoffpolitik; Nahrungsmittelhilfe
VLR I Dr Sulimma

405 Internationale Energiepolitik; Energiewirtschaftliche Beziehungen zu Förder- und Verbraucherländern; Energiefragen in internationalen Organisationen
VLR Dr Dreckmann

Unterabteilung 41
Ministerialdirigent Dr Dittmann

410 Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums, Afrikas und den übrigen AKP-Staaten; Europäisches Parlament
VLR I Dr von Kyaw

411 Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT
VLR I Dr Freitag

412 Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; EGKS; OECD
VLR I Dr Mohler

413 Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Energieforschung, der Weltraumerschließung und der Ozeanographie
VLR I Rouget

414 Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der naturwissenschaftlichen Forschung, der technologischen Entwicklung und der Umweltprobleme
VLR I Graf von Bruhl

Unterabteilung 42
Ministerialdirigent Freiherr von Stein

420 Wirtschaftsbeziehungen zum Westen
VLR I Vogeler

421 Wirtschaftsbeziehungen West-Ost
VLR I Sieger

422 Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport; Rüstungsexportpolitik
VLR I Dr Pabsch

423 Verkehrspolitik, Post- und Fernmeldewesen, Fremdenverkehr
VLR I Freiherr von Menzingen

5 Rechtsabteilung
Ministerialdirigent Dr. Fleischhauer
Völkerrechtsberater

Vertreter
Ministerialdirigent Dr Verbeek

500 Allgemeines Völkerrecht
VLR I Dr Freiherr Marschall von Bieberstein

501 Völkerrechtliche Verträge
VLR I Dr Treviranus

502 Recht der diplomatischen und konsularischen Beziehungen und der Beziehungen zu internationalen Organisationen
VLR I K Hollmann

510 Staats- und Verwaltungsrecht
VLR I Dr Wersdorfer

511 Strafrecht, Steuer- und Zollrecht
VLR I Dr Turk

512 Zivilrecht, Handels- und privates Wirtschaftsrecht
VLR I Dr von Hassell

513 Arbeits- und Sozialrecht; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Flüchtlingswesen
VLR I Dr Jeslaedt

514 Kriegsfolgen: Aus Krieg und Besatzung entstandene Fragen, Rechtsstellung ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik und der Bundeswehr im Ausland, Auslandsschulden, beschlagnahmtes Auslandsvermögen, Wiedergutmachung, beamtenrechtliche Kriegsfolgen
VLR I Prof Dr Rumpf

50 Arbeitsstab Seerechtskonferenz
Botschafter Wolff

6 Abteilung für auswärtige Kulturpolitik
Ministerialdirektor Dr. K. Müller

Vertreter
Ministerialdirigent Dr Witt

600 Grundsatzfragen, Gesamtplanung, kulturpolitische Öffentlichkeitsarbeit, Förderung der deutschen Sprache, Gästeprogramm
VLR I Th Schmitt

610 Regionale Planung und Koordinierung, Kulturabkommen
VLR I Dr Kalkbrenner

611 Multilaterale Zusammenarbeit
VLR I Dr Deutz

620 Auslandsschulen, Schulwesen
VLR I Dr Scholl

621 Wissenschaft und Hochschulen, Deutsches Archäologisches Institut
VLR I Dr Kullak-Ublick

621 B Büro des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit – Arbeitseinheit I –
VLR Dr Repges

630 Kulturinstitute, Deutsch-ausländische Kulturgesellschaften
VLRin I Dr Rheker

631 Darstellende Kunst, Musik; Bildende Kunst
VLR I Dr Koppenholer

632 Film, Fernsehen, Rundfunk; Buchwesen
VLR I Dr Arens

640 Gesellschaftliche Gruppen, Internationale Gesellschaftspolitische Zusammenarbeit, Maßnahmen und Fragen der politischen, beruflichen und allgemeinen Weiterbildung
VLR I Dr Schlingensiepen

641 Jugend, Sport, Kirchen
VLR I Dr Stelker

7 Protokoll
Botschafter Schoeller

Vertreter
Gesandter Holzheimer